Die CSU 1945 – 1948

Texte und Materialien
zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut
für Zeitgeschichte

Band 4

Die CSU 1945 – 1948

Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union

Band 1
Protokolle 1945 – 1946

Herausgegeben im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
von Barbara Fait und Alf Mintzel
unter Mitarbeit von Thomas Schlemmer

R. Oldenbourg Verlag München 1993

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die CSU 1945 – 1948 : Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union / hrsg. im Auftr. des Instituts für Zeitgeschichte von Barbara Fait und Alf Mintzel unter Mitarb. von Thomas Schlemmer. – München : Oldenbourg.
(Texte und Materialien zur Zeitgeschichte ; Bd. 4)
ISBN 3-486-55982-6

NE: Fait, Barbara [Hrsg.]; GT

Bd. 1. Protokolle 1945 – 1946. – 1993

© 1993 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Druck: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

Gedruckt auf alterungsbeständigem säurefreiem Papier

ISBN 3-486-55982-6

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung I

Einleitung III

1. "Wir wollen frei von Politik an die praktische Arbeit gehen." (IV) - 2. Die Union wird "aus der Taufe gehoben" (VIII) - 3. Bayerische Christlich-Soziale Union versus Bayerische Christliche Einigungspartei (XX) - 4. Der "Fall Schäffer" - Teil I (XXIII) - 5. Der Höhenflug des "Ochsensepp". Müllers Weg zum Parteivorsitz (XXVIII) - 6. Die Bamberger "Entscheidungsschlacht" (XXXV) - 7. Der "Fall Schäffer" - Teil II (XLIV) - 8. Satzungsdebatten (XLVIII) - a) Die Diskussionen um die Delegiertenschlüssel (XLVIII) - b) "Parteidirektorium" oder "Führersystem"? (LI) - c) Revisionsbemühungen (LIX) - 9. Die "Oberbayerische Revolte" (LXVI) - 10. Erläuterungen zu den Dokumenten (LXXXIV) - a) Aufbau der Dokumentation (LXXXIV) - b) Die dokumentierten Parteigremien (LXXXVII) - c) Quellenlage und Lücken in der Überlieferung (LXXXIX) - d) Editorische und redaktionelle Bemerkungen (XCIII)

Verzeichnis und Nachweis der Protokolle und Materialien XCVII

Abkürzungsverzeichnis CII

Protokolle 3

Anhang 1701

Materialien

Programmatik 1703

Organisation und Satzung 1751

Kurzbiographien der erwähnten Personen 1835

Register

Sach- und Ortsregister 1949

Personenregister 1977

Vorbemerkung

Die Geschichte der CSU in den Jahren 1945 bis 1948 ist seit den Pionierstudien von Alf Mintzel keine terra incognita mehr. Gleichwohl liegen wichtige Aspekte der inneren Entwicklung, der programmatischen Orientierung, des organisatorischen Aufbaus und der praktischen Politik der Christlich-Sozialen Union in den ersten Nachkriegsjahren nach wie vor im Dunkeln. Diese Defizite haben ihren Grund vor allem darin, daß der Forschung zentrale parteiinterne Dokumente bislang nicht zur Verfügung standen.

Mit der vorliegenden Dokumentation können diese Defizite weitgehend ausgeglichen werden. Sie enthält die bisher noch kaum ausgewerteten Protokolle der Landesversammlungen und des Landesausschusses und ihrer Vorläufergremien sowie die Mitschriften des Landesarbeitsausschusses, der anfangs als eine Art erweiterter Vorstand fungierte. In den Protokollen dieser Leitungsgremien spiegelt sich freilich nicht nur die schwierige Gründungsphase der CSU, etwa der Richtungskampf zwischen dem eher katholisch-traditionalistischen und dem interkonfessionell-modernen Parteiflügel oder die Fülle der organisatorischen, personellen und programmatischen Probleme, mit denen sich die im Aufbau befindliche Partei konfrontiert sah. Die Protokolle geben darüber hinaus auch Aufschluß über die CSU als Regierungspartei, ihr spannungsreiches Verhältnis zum Koalitionspartner SPD (bis 1947) und zur amerikanischen Besatzungsmacht, die in wesentlichen Fragen (etwa bei der Entnazifizierung und der Kultur- und Schulpolitik) ganz andere Positionen vertrat als die CSU. Mit der vorliegenden Dokumentation wird die Forschung über die CSU auf eine neue Grundlage gestellt und zugleich der nach einer gewissen Euphorie über die "OMGUS-Akten" wieder stagnierenden Forschung über die Besatzungszeit ein kräftiger Impuls verliehen.

Die Initiative, eine Quellensammlung zur Frühgeschichte der CSU vorzulegen, ging von Hans Woller und Alf Mintzel aus, der dafür auch sein in den sechziger und siebziger Jahren zusammengetragenes, zuletzt am Lehrstuhl für Soziologie an der Universität Passau verwahrtes "CSU-Archiv" zur Verfügung stellte. Diese nun im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte liegenden Dokumente bilden den Kernbestand der Aktenpublikation, der durch Unterlagen aus anderen Archiven ergänzt und komplettiert werden konnte; vor allem das Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung ist hier zu nennen, das die Arbeit an der CSU-Dokumentation großzügig unterstützte. Mit dem Dank dafür verbindet das Institut für Zeitgeschichte die Hoffnung auf eine Fortsetzung dieser Zusammenarbeit, vor allem bei der Publikation der Protokolle des Landesvorstandes der CSU, die in diese Dokumentation nicht aufgenommen werden konnten.

Unter der Projektleitung von Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller hat Barbara Fait, zunächst als Projektmitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte, später neben ihrer Tätigkeit als wissenschaftliche Assistentin am Historischen Seminar der Universität Köln, die Archivrecherchen durchgeführt, die Zusammenstellung der Dokumente besorgt und die Einleitung geschrieben. Thomas Schlemmer unterstützte sie dabei mit außerordentlichem Engagement und erstellte den biographischen Anhang.

Katharina Knippschild erarbeitete das Sachregister. Zu verschiedenen Zeiten und in unterschiedlichem Ausmaße schrieben Ruth Diekmann, Annette Hauser, Elke Heussler, Heike Hoffmann sowie Ruth Jäschke und Ursula Reddmann das umfangreiche

Manuskript, das anschließend von Veronika Hösch, Wilfried Mausbach, Dieter Pohl, Marcus Schurig und Regina Vossen korrigiert und vereinheitlicht wurde. Die Computer-Spezialisten Gabi Broszat-Kehl und Rainer Ostermann haben zwischen hard- und software vermittelt und das Manuskript in eine ansprechende äußere Form gebracht. Christoph Weisz wirkte bei der Layout-Gestaltung und bei der Endredaktion mit, Martin Bott und Mathias Rösch halfen schließlich bei Einzelrecherchen und ermittelten Daten für den biographischen Anhang. Rudolf Morsey, Professor an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, hat das Manuskript für den wissenschaftlichen Beirat des Instituts für Zeitgeschichte begutachtet und wichtige Anregungen für den Druck gegeben, Georg Maisinger, der Verwaltungsleiter des Instituts, brachte das Projekt über manche administrative Klippe.

Mit dem Dank an alle am Projekt beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbindet das Institut für Zeitgeschichte die Hoffnung, daß die gehaltvolle Dokumentation einen neuen Anstoß für die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte der CSU und Bayerns in der Besatzungszeit und den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland gibt.

Institut für Zeitgeschichte München, im Mai 1993

Horst Möller

Einleitung

Anton Pfeiffer, geschichtsbewußter Mitbegründer der "Christlich-Sozialen Union in Bayern" und eine der herausragendsten Persönlichkeiten der jungen Partei, sagte in einer Situation, in der es in der bewegten Frühgeschichte der Union wieder einmal hoch herging, er "hoffe, daß die Reden des heutigen Tages sehr gut stenographisch aufgenommen sind; denn sie werden einstens eine Geschichtsquelle für die weitere Entwicklung sein".[1]

Glücklicherweise erfüllte sich diese Hoffnung, und so können Jahrzehnte später mit dieser Dokumentation von Protokollen und Materialien zur Frühgeschichte der CSU "Geschichtsquellen" der Öffentlichkeit vorgelegt werden, die von hohem Rang für die Parteienforschung, aber auch für die wissenschaftliche Beschäftigung mit der frühen Nachkriegszeit sind.

Die Protokolle sind eine wahre Fundgrube, die in ihrer thematischen Vielfalt den verschiedensten Interessensgebieten nicht nur aus dem Bereich der Historiographie neue Impulse liefern können und sollen. Sie reflektieren das gesamte Spektrum zunächst bayerischer, dann zonaler und schließlich überzonaler Entwicklungen und Probleme der frühen Nachkriegszeit. Sie beleuchten die "hohe Politik" des bayerischen Freistaates, z.B. seine "Außen-" und Verfassungspolitik gegenüber den übrigen deutschen Ländern, spiegeln aber auch die Besatzungspolitik der Sieger, soweit die Ziele und Pläne der amerikanischen Besatzungsmacht und ihrer Alliierter den bayerischen Kräften transparent wurden bzw. ihr Tun bestimmten. Die Protokolle vermitteln neben vielen Aspekten der politischen Geschichte auch plastische Eindrücke von den Sorgen und Nöten des Alltags, wie sie sich etwa in der propagandistischen Verwertung der "schwarzen Ochsen" von Marktredwitz offenbaren, die illegal geschlachtet zu haben, die parteipolitische Konkurrenz den "Bonzen" von der CSU vorwarf. Sie zeigen das immer schwieriger werdende Verhältnis von Partei und Bevölkerung zur Entnazifizierung, ihre Auswirkungen auf das politische Klima und viele andere Alltagsprobleme, mit denen die deutsche Nachkriegsgesellschaft über Bayerns Grenzen hinaus konfrontiert war. Stichworte wie das inzwischen überstrapazierte von der "politischen Kultur", Alltagsgeschichte, politische Geschichte, Kultur, Soziologie und Sozialgeschichte, Wahlforschung usw. werden der reichen Palette nur unzureichend gerecht, die sich den Lesern der parteiinternen Diskussionen eröffnet.

Die Einleitung zu den facettenreichen Protokollen und Materialien kann nur wenige Teilbereiche beleuchten. Dies soll dazu beitragen, auch denjenigen einen ersten Zugang zu den Dokumenten zu eröffnen, die die Dokumentation mit Hilfe des Sachregisters nur punktuell zu Rate ziehen - was angesichts des voluminösen Umfangs wohl häufig der Fall sein wird. Sie beschränkt sich auf drei Schwerpunkte, die eng miteinander verbunden sind: Die bislang weitgehend unbekannte "Urgeschichte" der CSU muß auch deshalb ausführlich geschildert werden, weil die wenigen und sehr wortkargen Protokolle des Jahres 1945 nur sehr unzureichende Einblicke in diese prägnante Phase bieten. In den Monaten ab August 1945 bildeten sich nämlich die Konstellationen bereits heraus, die für lange Jahre das Gesicht der Partei zeichneten. Die frühe

[1] Vor dem Landesausschuß am 28. und 29. Februar 1948, Dok. Nr. 32, S. 1629.

Gründungsgeschichte der CSU ist untrennbar mit dem sachlichen, aber auch persönlichen Antagonismus der beiden Rivalen im Kampf um die Parteiführung, Fritz Schäffer und Josef Müller, verbunden. Den Höhe- und vorläufigen Endpunkt ihrer erbitterten Führungsstreitigkeiten markierte die sogenannte "Bamberger Tagung" der CSU, in der Josef Müller am 31. März 1946 den Sieg davontrug.
Einen zentralen Stellenwert in den Protokollen - und deshalb auch in den im Anhang präsentierten Materialien - nahm seither die Diskussion um die Gestaltung der inneren Verfassung der Partei, ihrer Statuten, ein. In den zuweilen sehr scharfen Diskussionen um die Organisation der Partei setzte sich der Machtkampf zwischen den Flügeln fort, die sich 1945 herausgebildet hatten. Den Satzungsdebatten und ihren Hintergründen gilt der zweite Schwerpunkt der Einleitung.
Fritz Schäffers politische Karriere war im April 1946 durch eine Intervention der amerikanischen Besatzungsmacht jäh unterbrochen worden. Als sein Statthalter agierte seither Alois Hundhammer, der seinen Platz unverzüglich räumte, als Schäffer Ende Januar 1948 die politische Bühne wieder betreten konnte. Unter dem Banner einer "inneren Reform" der CSU durch eine Änderung ihrer Satzungen knüpfte Schäffer 1948 fast nahtlos an die Führungsstreitigkeiten der Jahre 1945/46 an. Die von ihm angezettelte "Oberbayerische Revolte", der thematische Schlußpunkt der Einleitung, brachte die Partei Anfang 1948 an den Rand ihres Zusammenbruchs. Sie markierte den Anfang vom Ende der interkonfessionellen Massenpartei, die 1945 "aus der Taufe gehoben" wurde. Die CSU wandelte sich zu einer Honoratiorenpartei Weimarer Prägung, bis im Januar 1955 Hanns Seidels Wahl zum Vorsitzenden eine Rückkehr zu den Wurzeln einläutete und der Aufstieg der Union zu einer "Massen- und Apparat-Partei modernen Typs" (Mintzel) begann.
Die Beschränkung auf diese Kernfragen der innerparteilichen Entwicklung bedeutet, und das sei ausdrücklich gleich zu Beginn vermerkt, daß vor allem die Zwistigkeiten zur Sprache kommen müssen, die die "Union" belasteten. Viele positive Impulse, die die junge Partei setzte, etwa mit ihrer innovativen Programmatik, kommen dabei zu kurz. Die konstituierenden Jahre waren streiterfüllte Jahre und die Machtkämpfe so hart, daß sich selbst die in Machtfragen erfahrenen amerikanischen Beobachter der Szenerie beeindruckt zeigten: "Politics, the world over, is a nasty game and Bavaria is no exception."[2]

1. *"Wir wollen frei von Politik an die praktische Arbeit gehen."*

Die bayerische Szenerie des Jahres 1945 war dominiert von der allgegenwärtigen Präsenz der amerikanischen Besatzungsmacht, die unmittelbar nach dem Abschluß der militärischen Operationen - in Bayern am 6. Mai - ihre Herrschaft zu institutionalisieren begann und zunächst jegliche deutsche politische Initiative unterband. Die Etablierung der Besatzungsherrschaft verlief im gesamten Gebiet der US-Zone ähnlich, doch fiel Bayern unerwartet eine Sonderrolle zu. Am 15. Mai war in München ein kleiner Stab von 32 Offizieren eingetroffen, der unter der Leitung des ehemaligen New Yorker Stadtverordneten Charles Keegan den Grundstock der in den folgenden Monaten auf etwa 200 Offiziere erweiterten amerikanischen Militärregierung in Bay-

[2] Pierre Purves, OMGUS, Office of the Director of Political Affairs, an Ambassador Heath, 13. Mai 1946: Subj.: CSU in Bavaria. Case of Joseph Müller, National Archives Washington (NA) Record Group (RG) 84, CGC Box 2 of 12.

ern, dem Regional Military Government (RMG), bildete.[3] Schon zwei Wochen nach ihrer Ankunft, am 28. Mai 1945, beriefen die Amerikaner auf Empfehlung des Münchner Erzbischofs, Kardinal Michael von Faulhaber, den ehemaligen Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Fritz Schäffer, zum Vorläufigen Ministerpräsidenten von Bayern. Dies geschah, noch bevor die Alliierten am 5. Juni 1945 offiziell die oberste Regierungsgewalt in Deutschland übernahmen und mit einer Erklärung des gleichen Tages die Besatzungszonen unter sich aufteilten.[4] Die Ernennung Schäffers zum ersten Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit war ein Experiment, und die Ausübung dieses Amtes "unter der Oberhoheit und Kontrolle der Militärregierung" war schwierig. Der Vorläufige Ministerpräsident - so war es in der Ernennungsurkunde klargestellt - war nämlich einerseits reines Vollzugsorgan der Besatzungsmacht, zeichnete andererseits aber verantwortlich für die Durchführung der amerikanischen Direktiven in allen Verwaltungsbereichen.[5] Eigentlich war Schäffer damit angesichts eines nur noch in Rudimenten existierenden Verwaltungsapparates von vornherein zum Scheitern verurteilt. Obwohl die Amerikaner ihn bei seinem Amtsantritt über die Folgen eines etwaigen Versagens unverblümt aufgeklärt hatten - es drohten Prozeß und Verurteilung durch den Militärgerichtshof -, stellte sich Schäffer aber der Herausforderung.

Er verstand die Einsetzung des ersten Ministerpräsidenten in Bayern als Bestätigung bayerischer sonderstaatlicher Traditionen und hoffte, durch die schnelle Wiederherstellung einer effizienten Landesverwaltung, die - angesichts der vermutlich noch einige Zeit andauernden Ausschaltung der Reichsbehörden - befreit von "preußischer" Bevormundung agieren könnte, eine föderalistische Vorentscheidung herbeiführen zu können.[6] Mit diesen Plänen knüpfte Schäffer an traditionelle Ziele der Bayerischen Volkspartei an, die in dieser Situation des Neubeginns endlich ihre historische Chance zu erhalten schienen.

Seit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 hatte Bayern um die Bewahrung seiner Eigenstaatlichkeit gekämpft. Die meisten Reservatrechte, die die Verfassung des Kaiserreiches dem größten der deutschen Mittelstaaten noch zugebilligt hatte, waren mit der Monarchie hinweggefegt worden. Die Weimarer Verfassung war eher unitarisch, und vergeblich hatten Bayerns Föderalisten, allen voran die Bayerische Volkspartei, ihre Revision zu erstreiten versucht. Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten hatten die föderalistischen Reformbestrebungen ihr jähes Ende gefunden, aber nach

---

3 Dazu ausführlich Lutz Niethammer, Die amerikanische Besatzungsmacht zwischen Verwaltungstradition und politischen Parteien in Bayern 1945 (künftig: Niethammer, Bayern 1945), in: VfZ 15 (1967), S. 153-210, hier S. 178.

4 "Declaration regarding the defeat of Germany and the assumption of supreme authority with respect to Germany by the Governments of the United Kingdom, the United States, the USSR, and the Provisional Government of the French Republic" und "Statement by the Governments [...] on zones of occupation in Germany", beide vom 5. Juni 1945, z.B. in: Documents on Germany under Occupation, selected and edited by Beate Ruhm von Oppen, London u.a. 1955, S. 29 ff. und S. 35.

5 "Vorläufige Ernennungsurkunde" vom 28. Mai 1945; die englische Originalfassung der Urkunde ist als Faksimile wiedergegeben in: 100 Jahre Fritz Schäffer. Politik in schwierigen Zeiten, Katalog der Ausstellung im Museum Kloster Asbach, 12. Mai - 15. August 1988, hrsg. von Peter Claus Hartmann und Otto Altendorfer, Passau 1988, S. 117.

6 Lutz Niethammer, Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, [2]Berlin, Bonn 1982 (künftig: Niethammer, Mitläuferfabrik), S. 162. Zum bayerischen Föderalismus und zu den verschiedenen Vorstellungen über "Föderalismus", die bis hin zu separatistischen Ideen reichten: Peter Jakob Kock, Bayerns Weg in die Bundesrepublik, Stuttgart 1984.

dem Zusammenbruch des NS-Regimes schien sich dem einstigen BVP-Vorsitzenden nun die Möglichkeit zu eröffnen, das zu erreichen, wofür seine Partei in der Weimarer Republik vergeblich gekämpft hatte: Eine deutsche Staatskonstruktion, in der die Einzelstaaten wieder die ihnen gebührende Rolle spielen konnten.
Richteten sich die "außenpolitischen" Bestrebungen Schäffers auf die gouvernementale Absicherung bayerischer Staatshoheit, so war seine Politik im Innern bestimmt von seiner Furcht vor einem Linksrutsch in einer politisch und moralisch zutiefst verunsicherten Bevölkerung. Deshalb glaubte er, daß man eine Politisierung der Bevölkerung und damit auch eine Demokratisierung der Regierung vorerst unbedingt vermeiden müsse. Am 17. Juli 1945 entwarf er anläßlich der ersten bayerischen Landrätetagung sein Regierungskonzept, das von starkem Mißtrauen gegenüber politischen "Tendenzen" geprägt war: "Die Landesregierung ist keine politische Regierung, vertritt keine politische Richtung, ist eine deutsche Regierung und will das christliche Sittengebot im deutschen Volke wieder aufleben lassen. Alle anderen Kreise, die mit irgendwelchen Tendenzen kommen, sind abzulehnen. Wir wollen frei von Politik an die praktische Arbeit gehen."[7]
Das war nicht nur eine klare Absage an ein wie immer geartetes Block-Modell, also an eine Einbeziehung aller nicht-nationalsozialistischen politischen Kräfte in die Regierung, wie es etwa in der Sowjetischen Besatzungszone oder auf lokaler Ebene auch in Bayern häufig praktiziert wurde, sondern eine Absage an eine parteipolitische Orientierung der Regierung überhaupt und gleichzeitig eine Manifestation tiefsitzender Parteienfeindlichkeit. Daß diese keineswegs gleichzusetzen war mit einer "apolitischen" Richtungslosigkeit des Ministerpräsidenten, wie sie Schäffer für sich und seine Regierung in Anspruch nahm, ergibt sich aus den skizzierten Zielen seiner Tätigkeit. Was Schäffer vorschwebte, lief auf eine langfristige Lenkung der bayerischen Geschicke unter seiner väterlichen Ägide hinaus, die solange andauern sollte, bis das Volk "in späteren Jahren" zu demokratischem Bewußtsein herangereift war.[8] Auch damit knüpfte er letztlich an Ideen an, die schon in den Krisenjahren der Weimarer Republik - damals allerdings unter monarchistischen Vorzeichen - in den Reihen der Bayerischen Volkspartei laut geworden waren.
Seine Vorstellungen wurden durchkreuzt, als die amerikanische Militärregierung Mitte August 1945 ankündigte, daß in Kürze die Zulassung von politischen Parteien in der US-Zone zu erwarten sei. Der damit abgegebene Startschuß für die Entfaltung parteipolitischer Aktivitäten in Bayern erfolgte vor dem Hintergrund der Lizenzierung der ersten Nachkriegsparteien in der Sowjetischen Besatzungszone und im Einklang mit den Beschlüssen der "Großen Drei" auf der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945, die die Förderung demokratischer politischer Parteien zum erklärten alliierten Besatzungziel erhoben hatten.
Colonel Robert Reese, Verwaltungschef des für Bayern zuständigen Regional Military Government, informierte den bayerischen Ministerpräsidenten am 14. August 1945 eher unwillig über die aktuellen amerikanischen Pläne, die mit einer von USFET (United States Forces, European Theater) am 27. August 1945 erlassenen Direktive offiziell wurden. Reese, der wie viele amerikanische Offiziere einer frühzeitigen Reaktivierung der deutschen politischen Kräfte mißtrauisch gegenüberstand,[9] for-

[7] Zitiert nach Niethammer, Bayern 1945, S. 187.
[8] Der Bayerische Ministerpräsident an Col. Reese, 17. August 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 142.
[9] Dazu ausführlicher Hans Woller, Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV), Stuttgart 1982, S. 14ff.

derte Fritz Schäffer daher im gleichen Atemzug dazu auf, ihm binnen sechs Tagen, bis zum 20. August, Maßnahmen zu nennen, "die getroffen werden können, um die Wirkungen der Entnazifizierung sicherzustellen und zu verhindern, daß auf dem Umweg über die neu zugelassenen Parteien die Auswirkungen illusorisch gemacht werden".[10] Außerdem sollte Schäffer auch die Frage prüfen: "Können bei der Bildung der neuen Parteien auch Mitglieder der Landesregierung aktiv hervortreten?"[11]
Schäffer säumte nicht, die Fragen des Colonel ausführlich zu beantworten. In einem sechsseitigen Brief schlug er am 17. August verschiedene Vorkehrungen zur Sicherstellung der Ausschaltung nazistischen Einflusses auf die sich neu bildenden Parteien vor. Vor Auflistung seiner Empfehlungen zur Bekämpfung nationalsozialistischer Infiltration führte er Reese, mit dem er sich offensichtlich einig wußte, aber nachdrücklich die Gefahren eines überstürzten Neubeginns parteipolitischen Lebens vor Augen: "Die Zeitverhältnisse sind für die Zulassung politischer Parteien nicht günstig. Wir stehen vor einem harten Winter. Die allgemeine Not wird radikalen Phrasen leider geneigte Ohren bieten. Als Folge der Entnazifizierung sind weite Bevölkerungskreise, die sehr geschulte Kräfte darstellen, der wirtschaftlichen Not überantwortet und können gerade radikalen Richtungen geeignete Führer und Propagandakräfte stellen." Obwohl Schäffer sich wenig Illusionen über die Realisierbarkeit seiner Vorschläge gemacht haben dürfte, bat er die Militärregierung, doch "zu erwägen, ob es nicht möglich wäre, die Wiederzulassung der politischen Tätigkeit im deutschen Volke stufenweise und unter gewissen Beschränkungen, die dem Sinn der Demokratie aber entsprechen, vorzunehmen". Seiner Überzeugung nach mußte das deutsche Volk Schritt für Schritt zur Demokratie erzogen werden. Eine zu schnelle Freigabe voller demokratischer Rechte würde eine erneute Zersplitterung des Parteiensystems zur Folge haben, und dies war aus seiner Sicht eine zwingende Vorstufe zu Anarchie und Nihilismus. Schäffer empfahl deshalb, Wahlen zunächst nur auf örtlicher Ebene - erst in späteren Jahren auf Landesebene - abhalten zu lassen und dabei, mit dem langfristigen Ziel der Etablierung eines Zweiparteiensystems, jeweils nur die Aufstellung zweier Kandidaten zu erlauben. Schäffer schlug der Militärregierung außerdem vor, für die schließlich stattfindenden Wahlen der Landesregierung nur solche Personen als Kandidaten zuzulassen, "die sich in der praktischen Arbeit der Selbstverwaltungskörperschaften bewährt haben. Es würde dies dann bei den Gewählten eine Auslese schon bewährter Männer darstellen."[12] Dabei dachte der Vorläufige Ministerpräsident zweifellos nicht zuletzt an sich selbst, hatte er doch über die gesamte Dauer der Weimarer Republik in verschiedenen Funktionen dem bayerischen Staate gedient. Es hiesse aber, Schäffers Motive mißzuverstehen, hinter seinen Überlegungen pure Amtsversessenheit zu vermuten. Sein antiparteiliches, obrigkeitstaatliches Demokratieverständnis war in erster Linie ein Reflex auf die Erfahrungen der jüngsten NS-Vergangenheit und wurde von vielen Zeitgenossen geteilt.
Dies unterstreicht auch der erste Teil seines Schreibens an Reese, das jenem Problem gewidmet war, das dem langjährigen Mitglied und zuletzt (1929 bis 1933) Vorsitzen-

[10] Aktennotiz vom 14. August 1945, nicht gezeichnet, BayHStA, NL Pfeiffer 142.
[11] Der Fragesteller geht aus einer zweiten Aktennotiz vom 14. August (BayHStA, NL Pfeiffer 142), in der diese Frage als Zitat vermerkt ist, nicht eindeutig hervor, doch der Beginn der Notiz deutet darauf, daß es sich um das Gespräch mit Reese gehandelt hat: "Der Ministerpräsident möchte bei der Prüfung der Frage betreffend Neubildung der Parteien auch die Frage prüfen: [...]".
[12] Schäffer an Reese, 17. August 1945 (wie Anm. 8).

den der Bayerischen Volkspartei offensichtlich besonders auf den Nägeln brannte: der Beantwortung der schwierigen Frage, ob sich auch die Regierungsmitglieder an den bevorstehenden parteipolitischen Aktivitäten beteiligen dürften.
Wohl schweren Herzens, aber ganz im Einklang mit seinem gouvernementalen Regierungskonzept, verneinte Schäffer dies und traf damit auch eine persönliche Entscheidung, die für die künftige Entwicklung der entstehenden Christlich-Sozialen Union von weitreichender Bedeutung war: Schäffer betonte, daß die personelle Besetzung der bayerischen Landesverwaltung bewußt ungeachtet früherer politischer Überzeugungen erfolgt sei - ausgenommen selbstverständlich solcher nationalsozialistischer Art -, und wies Reese eindringlich auf die Nachteile parteipolitischer Bindungen der Regierungsmitglieder hin. Der Vorläufige Ministerpräsident befürchtete, das Aufkommen von Parteien könne der reibungslosen, ganz auf die gemeinsame Bewältigung der sachlichen Probleme gerichteten Abwicklung der Verwaltung hinderlich sein: "Die Zulassung politischer Parteien könnte hier insofern störend wirken, als Rücksichtnahme auf die Stimmung der künftigen Wähler von politischen Gesinnungsgenossen der Angehörigen der Landesverwaltung gefordert wird." Aus all diesen Überlegungen heraus war es nur konsequent, daß er sich verpflichtet fühlte, sich selbst und die tragenden Kräfte seiner Regierung von solchen "Störungen" fernzuhalten. Schäffer glaubte, der Militärregierung "die Erklärung abgeben zu können, daß sich die Angehörigen der Bayerischen Landesregierung einer solchen Einflußnahme entziehen werden. Es wird allerdings das zu Folge haben müssen, daß die Mitglieder der Bayerischen Landesregierung sich selbst für ihre Person jeder politischen Betätigung enthalten. Es ist allerdings auch das insofern nicht bedenkenfrei, als die politischen Parteien gerade dadurch dem Einfluß von Personen entzogen werden, die sicherlich das Verantwortungsbewußtsein in den politischen Parteien nur stärken würden."[13]
Kein Zweifel, Schäffers Haltung in dieser Frage war ambivalent. Seine Ausführungen zeigen, wie schwer ihm der Verzicht auf eigene parteipolitische Initiativen zum Wohle des Staates fiel, wenn schon der Gang der Dinge nicht mehr aufzuhalten war. Doch zunächst stand er zu seinem Wort, zumal auch die Militärregierung den "Wunsch ausgedrückt" hatte, er möge sich aus dem aktiven Parteienleben vorerst heraushalten.[14]

2. *Die Union wird "aus der Taufe gehoben"*

Als sich am 14. August 1945 um 17 Uhr, also noch am gleichen Tag, an dem Reese die baldige Wiederzulassung politischer Parteien in Aussicht gestellt hatte, ein kleiner Personenkreis zu einer Besprechung über die Bildung einer neuen christlichen Partei zusammensetzte, fehlte Schäffer in der zwölfköpfigen Runde.[15] Es spricht vieles dafür, daß damit bereits eine Vorentscheidung für den Ausgang der bevorstehenden Kämpfe um die Führung der entstehenden CSU gefallen war. In dieser ersten, noch halboffi-

[13] Ebenda.
[14] So seine Ausführungen vor dem Erweiterten Vorläufigen Landesausschuß am 30. und 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 110.
[15] Stenographische Notizen Pfeiffers "Part. Bildung, Die. 14.8.45, 17 h" nebst einem später vorgenommenen Übertrag in Langschrift, BayHStA, NL Pfeiffer 41. Die Übertragung erfolgte im Rahmen der Untersuchung Christiane Reuters über Anton Pfeiffer ("Graue Eminenz der bayerischen Politik". Eine politische Biographie Anton Pfeiffers (1888-1957), München 1987) durch Oberregierungsrat Schmidpeter; dazu Reuter, Graue Eminenz, S. 121 und S. 274.

ziellen Besprechung über die Bildung einer bayerischen christlichen Sammlungspartei, die sich als Gegenkraft gegen die sozialistischen Strömungen verstand, wurden nämlich bereits wichtige Weichen für die künftige Marschroute dieser Partei gestellt, über die seit Kriegsende in verschiedenen informellen Gesprächszirkeln längst erste Gedanken entwickelt worden waren. Daß mit den Ideen auch die Personen, die sie vertraten, einen ersten Etappensieg erzielen konnten, liegt auf der Hand. Hinzu kam etwas, das man als Vorrecht und Aura der Gründungsväter bezeichnen könnte, die dem am 14. August versammelten Personenkreis einen Einflußvorsprung verschaffte, der von Dauer bleiben sollte. Der Autoritätsbonus dieser zwölfköpfigen Gruppe der ersten Stunde läßt sich schon daran ermessen, daß mit Joseph Baumgartner, Max Grasmann, Heinrich Krehle, Emil Muhler, Josef Müller, Anton Pfeiffer und Maria Probst in diesem Kreis bereits sieben Personen vertreten waren, die später als Angehörige der 1946 gewählten Landesvorstandschaft in führende Positionen der neuen Partei rücken sollten - unter ihnen auch der künftige Landesvorsitzende Josef Müller.[16] Auch Schäffer selbst vertrat später die Meinung, daß sein Fehlen in dieser ersten Zusammenkunft ausschlaggebend für die weitere Entwicklung der Christlich-Sozialen Union war,[17] die an diesem Tag auf den Weg gebracht wurde.

Als Gastgeber der Besprechung am 14. August fungierte der Münchner Oberbürgermeister Karl Scharnagl. Als langjähriger Erster Bürgermeister der bayerischen Metropole schon zu Weimarer Zeiten (1925 bis 1933) zählte er zur Prominenz der ehemaligen BVP und erfreute sich großer Popularität. Scharnagl hatte schon am 10. August 1945 mit einem Rundschreiben an ca. 60 Personen "außerhalb des sozialistischen Lagers" die Initiative zur Gründung einer Sammlungspartei auf christlicher Grundlage ergriffen. Sein fast vierseitiger Rundbrief enthielt bereits richtungweisende Gedanken zum Charakter und zur programmatischen Ausrichtung der zu schaffenden Partei, die den späteren Entwicklungen sehr nahe kamen. Als früheste - quasi-öffentliche - programmatische Kundgebung der damals allerdings noch gar nicht existierenden CSU steht er an der ersten Stelle der im Anhang dieser Dokumentation zusammengestellten Materialien zur Frühgeschichte der CSU.[18]

Scharnagl warb in seinem Rundbrief, gleichzeitig ein Aufruf an alle interessierten Kreise, in der neuzugründenden Gruppierung mitzuwirken, für ein völlig neues Parteienverständnis, eine entschiedene Abwendung von althergebrachten Mustern, für "neue Wege": Die "bisherigen Formen politischer Betätigung der Parteien [müssen] verschwinden". Diese seien wegen ihrer Vielzahl, vor allem aber "ihrer beengten Zielsetzung wegen überholt und in der Zukunft unmöglich". Er ging davon aus, daß sich künftig nur zwei oder drei Gruppen "politischer Meinung" bilden werden, die, so hatten ihm wiederholte Gespräche mit Angehörigen der früheren sozialdemokratischen Partei gezeigt, in ihren demokratischen und sozialen Zielsetzungen zwar weitgehend übereinstimmen, sich aber in ihrer weltanschaulichen "Grundsatzlegung" wesentlich voneinander unterscheiden würden. Die politische Gruppierung, deren Formierung er mit seiner Initiative anregen wollte und die "hoffentlich den Hauptteil der Bevölke-

[16] Weitere Teilnehmer waren nach Pfeiffers Notizen die Herren Gerstl, Reuter, Schwarzer und Stadelmayer, sowie eine Person namens Dr. Pröbst, bei der es sich um Maria Probst handelte: Walter Berberich, Die historische Entwicklung der Christlich-Sozialen Union in Bayern bis zum Eintritt in die Bundespolitik, Würzburg 1965, S. 38.

[17] Ausführungen Schäffers vor dem Erweiterten Vorläufigen Landesausschuß am 30. und 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 110.

[18] Rundschreiben Scharnagls vom 10. August 1945, "Verehrter Herr!", Dok. Nr. I, S. 1703f.

rung erfassen" werde, müsse sich "bewußt und entschieden zu einer christlichen Staats- und Gesellschaftsauffassung bekennen und dieses Bekenntnis, soweit wie möglich, praktisch werden lassen". Um möglichst weite Bevölkerungsteile "aller Berufskreise und aller Schichten" erfassen zu können, riet Scharnagl von der Aufstellung eines Programmes ab, "das zu sehr in Einzelheiten sich ergeht. Es handelt sich darum, die großen Gesichtspunkte, die einigen können, herauszustellen und alles zu vermeiden, was zersplittert und aufteilt."
Scharnagl entwarf damit das Bild einer christlich-interkonfessionellen Sammlungspartei, die von ihrer Zielsetzung her als wirkliche Volkspartei schichten- und ständeübergreifend die gesamte Bevölkerung erfassen sollte. Auch über den Namen der zu schaffenden Gruppierung hatte er schon erste Ideen formuliert. Für ihn stand fest: "Sämtliche Namen der früheren Parteien sind unmöglich und müssen verschwinden. Sie sind belastet durch die Vergangenheit und sind beengt durch frühere Programme". Mit den von ihm vorgeschlagenen, durch die parallelen Bestrebungen im Rheinland mitinspirierten Alternativen: "Christliche Demokraten" oder "Christliche Demokratische Volksbewegung", plädierte er für einen Verzicht auf das durch die NS-Zeit, aber auch durch die beginnende Entnazifizierung diskreditierte Wort "Partei" schlechthin.
Es spricht manches dafür, daß der allein von Scharnagl unterzeichnete Rundbrief ein Gemeinschaftswerk von Scharnagl und dem damals noch fast gänzlich unbekannten Rechtsanwalt Josef Müller war, das in den regelmäßigen Gesprächen in der "Kanzlei Dr. Müller" in der Münchner Gedonstraße konzipiert worden war. Müller empfing seit Juni 1945 einen wachsenden Kreis politisch Interessierter in seiner Schwabinger Wohnung, um "über Vergangenheit und Zukunft", vor allem aber über die Gründung einer "dynamischen" und "neuen Gruppierung" zu diskutieren. Zu seinen Gästen zählte auch Karl Scharnagl, der zwar nach eigenem Bekunden wenig Neigung verspürte, selbst parteipolitisch in den Vordergrund zu treten,[19] jedoch in diesen Gründungswochen - vermutlich wegen seines zugkräftigen Namens - regelmäßig als Promotor auftrat.
Der Scharnagl-Rundbrief diente offensichtlich der Vorbereitung der schon am 10. August für die nächste Zukunft erwarteten, ersten formellen Besprechung über die Parteigründung. Die Angeschriebenen wurden nämlich abschließend gebeten, ihre Meinung zu den von Scharnagl skizzierten Überlegungen bis zum 13. August mitzuteilen, da "es dringend notwendig ist, rasch zu einer Klärung zu kommen". Die am 14. August offiziell angekündigte Zulassung politischer Parteien durch die Amerikaner kam also nicht überraschend und wurde, entgegen teilweise anderslautender Erklärungen, von manchem auch dringlich herbeigesehnt.
Die Initiative zur Einberufung der Sitzung am 14. August war von Müller, Scharnagl, und Schäffer gemeinsam ausgegangen.[20] Da letzterer sich selbst zu parteipolitischer Enthaltsamkeit verpflichtet fühlte und deshalb nicht persönlich teilnehmen konnte, entsandte er als seinen Vertreter seine rechte Hand in der Staatskanzlei, den langjährigen ehemaligen BVP-Generalsekretär (1918 bis 1933) Anton Pfeiffer,[21] um die Neu-

[19] Scharnagl an Schäffer, 22. September 1945, Kopie im Besitz d.V.; Josef Müller, Bis zur letzten Konsequenz. Ein Leben für Frieden und Freiheit, München 1975, S. 305f. Müller erwähnte den Rundbrief in seinen Memoiren nicht, vermerkte aber ausdrücklich (S. 309), daß sich die Vorstellungen beider in diesen Wochen deckten.
[20] Berberich, Historische Entwicklung, S. 38.
[21] Zu Pfeiffer ausführlich Reuter, Graue Eminenz.

igkeit des Tages mit denen zu besprechen, die sich schon seit geraumer Zeit Gedanken über die Bildung einer Partei "gegensätzlich gegen die soz[ialistisch]-komm[unistische] Gruppe" gemacht hatten. Pfeiffer, der sich wichtige Aspekte der Diskussion stichwortartig notierte, ist es zu verdanken, daß der Verlauf dieser bedeutsamen Sitzung einigermaßen zu rekonstruieren ist. Nach Pfeiffers Notizen eröffnete Scharnagl die Diskussion mit einem Bericht über seinen Rundbrief, die Mitteilung der Militärregierung und auch Schäffers Reaktionen:[22] "gestern eine entscheidende Sitzung, in der man sich entschlossen hat, Parteien und Gewerkschaften bald zuzulassen. Sch[äffer] meint, daß zwei Jahre nötig wären."

Trotz der damit angesprochenen Bedenken des Ministerpräsidenten gegen die frühzeitige Parteienbildung versäumte Pfeiffer offenbar nicht, bereits in dieser ersten Besprechung vorsorglich den Führungsanspruch Schäffers geltend zu machen: "Er verwies auf die einstige Größe und Bedeutung der BVP und vertrat die Meinung, Fritz Schäffer als ihr einstiger Vorsitzender habe ein primäres Recht, auch an die Spitze einer Neugründung zu treten."[23]

Obwohl Vorbehalte gegen die Wiederzulassung von Parteien so kurz nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur auch in diesem Kreise laut wurden, war doch nicht zu verkennen, daß man entschlossen war, die in Aussicht gestellte Chance parteipolitischer Betätigung energisch zu ergreifen. Max Grasmann, ein Mann der Wirtschaft mit Verbandserfahrung, warnte davor, zögerlich vorzugehen. Seines Erachtens war es "höchste Zeit, die Organisation hinzustellen".

Und daß sich diesbezügliche Aktivitäten nicht allein auf München beschränken sollten, auch darüber waren sich die Besprechungsteilnehmer einig: "Fühlung mit außerhalb nehmen und *gleichzeitig außerhalb* solche Stellen aufbauen. Sie machen in jeder Stadt etwas anderes. Dachorganisation aufbauen für das Land." Schon am 14. August 1945 war somit klar, daß der Münchner Gründerkreis sich als Keimzelle der künftigen Landespartei verstand und die Führungsrolle in ganz Bayern für sich beanspruchte. Diese gedachte er vor allem durch organisatorische Maßnahmen durchzusetzen und zu festigen: "Entscheidend wird die praktische Arbeit sein, die abhängt 1. von den Organen, 2. von den Möglichkeiten, die zwischen den Organen gegeben sind, [...] nebensächlich sind Namensgebung und *Programme*."

Trotzdem blieben aber programmatische Überlegungen an diesem Tag nicht gänzlich ausgespart. Josef Müller, der zwar auch die Meinung vertrat, daß der Gedanke der Parteiengründung "heute verfrüht" aufgekommen sei, entwarf sein schon recht konkretes Konzept über das Wesen der neuzubildenden Partei, das in Gesprächen mit Karl Scharnagl und im Kreise anderer politischer Freunde in den vergangenen Wochen Gestalt angenommen hatte. Seine bereits während des Krieges entwickelte Grundidee, "dem in unserem Zeitalter zu erwartenden Trend zur Vermassung und zum politischen Kollektiv die Dynamik dessen entgegenwirken" zu lassen, "was man unter christlicher Kultur verstand",[24] hatte zweifellos Auftrieb und wichtige Anstöße

[22] Die folgenden Ausführungen und Zitate folgen, soweit nicht anders vermerkt, den stenographischen Notizen Pfeiffers (wie Anm. 15).

[23] Müller, Konsequenz, S. 310. Müller berichtete in seinen Memoiren ausführlich über diese Sitzung am 14. August, verwechselte und vermischte diese jedoch mit einer weiteren am 12. September, deren Entscheidungen er z.T.auf den 14. August vordatierte. Da er Pfeiffer als Vertreter Schäffers bezeichnete, muß sich seine Wiedergabe der zitierten Äußerung Pfeiffers auf die Sitzung am 14. August beziehen, denn Schäffer war am 12. September selbst anwesend.

[24] Müller, Konsequenz, S. 307.

durch einen Mann erhalten, dem er Anfang Juli 1945 eher zufällig begegnet war: Adam Stegerwald. Der christliche Gewerkschaftsführer und Reichsarbeitsminister im Kabinett Brüning, der in seiner berühmten, von Brüning mitverfaßten Essener Rede schon 1920 für die Schaffung einer interkonfessionellen, antisozialistischen Volkspartei eingetreten war, hatte 1945 diese Gedanken wieder aufgenommen und war bei Müller, dem ähnliches vorschwebte, auf offene Ohren gestoßen. Insbesondere die von Müller bereits am 14. August entworfenen Pläne, eine solche Partei in Abkehr von früheren bayerischen Traditionen von vornherein in den gesamtdeutschen Rahmen des politischen Neubeginns zu stellen, dürften von Stegerwald bekräftigt worden sein, der als Reichspolitiker eine gesamtdeutsche Partei nicht nur ins Auge faßte, sondern diese Vorstellung mit dem Versuch eines ersten "Reichstreffens" auch schon sehr bald, im November 1945, praktisch umzusetzen versuchte.[25]

Müllers Parteikonzept, das er dem Münchner Gründerkreis am 14. August schmackhaft zu machen versuchte, liest sich nach Pfeiffers Notizen folgendermaßen: "Für uns: Gruppierung, die auf Reichsgruppierung hinausläuft, Reichstreue und R[eichs]-Verfassung. Hauptfrage: die christlichen Bekenntnisse. Nicht in alte Parteigliederungen und nicht alte Personen. [...] Schwierig, wenn der Personenkreis angelehnt wird an die Kreise der alten BV[P] oder der alten DNV[P]. *Zuerst Programm aufstellen* und dann die Personen feststellen."

Aufschlußreich dürften auch seine Ausführungen zum Verhältnis von Partei und Staatsregierung gewesen sein, die sich wenig mit den Vorstellungen Fritz Schäffers deckten. Pfeiffer hielt fest: "1. Was erwartet die Partei von der Staatsführung? 2. Wie weit kann sie sich selbst in die positive Staatsarbeit eingliedern? Wie kann man mit den anderen Parteien zusammenarbeiten? Man kommt nicht weiter mit den alten Methoden des Denkens und der Parteien durch." Trotz ihrer Dürrheit verraten diese Notizen doch bereits eine gewisse Distanz gegenüber der bestehenden Regierung Schäffer und dem vom Ministerpräsidenten verfolgten Regierungskonzept, die an anderer Stelle sehr viel augenscheinlicher an die Oberfläche treten sollte.

Doch folgen wir der Chronologie: Der Münchner Kreis stimmte mit Müller am 14. August darin überein, daß "die Tore" der zu gründenden christlichen Partei "weit geöffnet werden" sollten. Schlagworte, die in diesem Zusammenhang fielen, lauteten: "sozialer Gedanke an die Spitze", "bayer[ischer] Anhang", "Front der Anständigen". Und auch andere Aspekte der Ausführungen Müllers, wie das von ihm geforderte Bekenntnis zur Reichstreue und die klare Distanzierung von den alten Weimarer Parteien und möglichst auch ihren herausragenden Repräsentanten, scheinen mehrheitlich gut angekommen zu sein. Jedenfalls findet sich der Name des politischen Neulings, der sich schon in dieser ersten Zusammenkunft als Hauptredner und künftiger Meinungsführer zu profilieren begann, unter den Mitgliedern einer kleinen Kommission, die mit der Vorbereitung der Parteigründung betraut wurde. Diesem sogenannten "Redaktionsausschuß" gehörten neben Müller unter dem Vorsitz von Max Grasmann außerdem Heinrich Krehle, Anton Pfeiffer und Alois Schlögl an.[26]

---

[25] Zu Stegerwald und seinem Wirken als Würzburger CSU-Gründer: Peter Herde, Die Unionsparteien zwischen Tradition und Neubeginn: Adam Stegerwald, in: Winfried Becker (Hrsg.), Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland (Symposion an der Universität Passau, 30.-31. Oktober 1985), Köln, Wien 1987, S. 245-286/295, hier S. 277f.

[26] Die Notizen Pfeiffers sind hier sehr unklar, er vermerkte lediglich: "Dr. Grasmann. Krehle, Dr. Müller, Dr. Schlögl, Pfeiffer. Vorsitz. Kommission: Nicht viel von Details sprechen." Die gleichen

Die personelle Zusammensetzung des Ausschusses spiegelt bereits deutlich das verfolgte Konzept der Sammlung: Mit Grasmann als Wirtschaftsfachmann, Krehle als Vertreter der christlichen Gewerkschaftsbewegung, Pfeiffer als Repräsentanten der alten BVP und der bayerischen Gouvernementalen, Schlögl als Bauernführer und schließlich Müller als jüngstem, weder partei- noch verbandspolitisch bisher hervorgetretenen Vertreter des "Neuen" war das Bevölkerungsspektrum schon recht weitflächig abgedeckt.
Die Aktivitäten des Redaktionsausschusses, der wenig später, am 12. September, wieder aufgelöst wurde, spiegeln sich nur vereinzelt in den Akten. Seine Hauptaufgabe war es offensichtlich, erste programmatische Richtlinien zu entwerfen. Pfeiffer, "mit der einleitenden Federführung für den Redaktionsausschuß beauftragt",[27] unterbreitete seinen Ausschußkollegen bereits mit Schreiben vom 5. September einen Programmentwurf, den er gemeinsam mit Karl Schwend, einem Mitbegründer der BVP und dem Leiter der parteieigenen "Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz", erarbeitet hatte. Der Titel des von Pfeiffer ausdrücklich als "durchaus nicht vollständig und lückenlos" bezeichneten Entwurfs lautete: "Grundsatz-Programm einer Christlich-Demokratischen Volkspartei in Bayern".[28]
Es scheint, als sei die ehrenvolle Aufgabe der "einleitenden Federführung" in der Programmgestaltung nicht ohne taktische Erwägungen ausgerechnet Pfeiffer übertragen worden. Pfeiffer, der in der Besprechung am 14. August in einer Art Stellvertreterfunktion für den persönlich verhinderten Ministerpräsidenten aufgetreten war, galt zweifellos als Repräsentant der Schäffer-Richtung. Der Ministerpräsident setzte sich aber für ein Parteikonzept ein, das der Münchner Gründungszirkel mehrheitlich ablehnte und das im Großen und Ganzen auf eine Wiederbelebung der Bayerischen Volkspartei hinauslief.
Sollte es sich also bei der kurzzeitigen Ernennung Pfeiffers zum "Chefprogrammatiker" tatsächlich um ein geschicktes Ablenkungsmanöver gehandelt haben, so ging dieses Kalkül jedenfalls auf: Die Illusion, damit an maßgeblicher Stelle die Linie der entstehenden Partei im Sinne Schäffers mitzubestimmen, erzeugte ein trügerisches Gefühl der Sicherheit. Vollauf beschäftigt mit seinen Aufgaben in der Staatskanzlei und den programmatischen Vorbereitungen, entgingen Pfeiffer nämlich manche Aktivitäten der übrigen Ausschußmitglieder, die den gewonnenen Freiraum nutzten, um ihren Vorstellungen über die zu gründende Partei zum Durchbruch zu verhelfen.
Für den 30. August war ein weiteres Treffen zur Vorbereitung der Parteigründung geplant. Ob diese Besprechung in größerem Kreise zustandekam, läßt sich angesichts der lückenhaften Quellenlage nicht sagen. Überliefert ist ein auf den 30. August datierter Resolutionsentwurf, der von den Teilnehmern der Sitzung unterzeichnet wer-

---

Namen tauchen aber als Adressaten eines Briefes von Pfeiffer vom 5. September auf, in dem er die baldige Einberufung einer Redaktionssitzung durch den Vorsitzenden Grasmann anregt (BayHStA, NL Pfeiffer 41). Vgl. auch Schreiben Pfeiffers an Scharnagl vom 13. September 1945 (NL Pfeiffer 533), in dem der Name "Redaktionsausschuß" fällt.

27 Pfeiffer an Scharnagl, 13. September 1945 (wie Anm. 26).

28 Schreiben vom 5. September 1945 nebst Grundsatzprogramm, BayHStA, NL Pfeiffer 41. Der Programmentwurf ist von Konrad Repgen publiziert worden: Über die Anfänge des CSU-Programms von 1945, in: Land und Reich, Stamm und Nation. Probleme und Perspektiven bayerischer Geschichte. Festgabe für Max Spindler zum 90. Geburtstag, im Auftrag der Kommission für bayerische Landesgeschichte hrsg. von Andreas Kraus, München 1984, S. 467ff. Ein Abdruck auch im Anhang der Pfeiffer-Biographie von Reuter, Graue Eminenz, S. 317ff.

den sollte, in der überlieferten Fassung jedoch keine Unterschriften enthält.[29] Als sicher kann aber erstens gelten, daß eine Verständigung über den Inhalt dieses Resolutionsentwurfes stattgefunden haben muß. Seine Aussagen waren nämlich, wie der später zu schildernde Verlauf der nächsten entscheidenden Besprechung am 12. September zeigt, einer Reihe von Personen bekannt und fanden ihre volle Unterstützung. Zweitens vollzogen sich diese Unterredungen unter Ausschluß derjenigen Personen, die hinter Schäffer standen.

Im ersten Teil der "Resolution" vom 30. August waren programmatische Leitlinien festgehalten, die den Stand der bisherigen Diskussionen bilanzierten und sich weitgehend mit den Grundgedanken des Scharnagl-Rundbriefes deckten: Um "jede Zersplitterung der politischen Kräfte zu vermeiden", sollten bei der bevorstehenden Parteiengründung die "verschiedenen [nicht-sozialistischen] Richtungen nicht in selbständigen Parteien, sondern innerhalb einer einzigen Sammlungspartei zur Geltung gebracht werden". Auf der Grundlage eines kompromißlosen Kampfes gegen den "Nazismus" standen als wesentliche Ziele die "Realisierung einer wahrhaften Demokratie" und eine "soziale Einstellung zu allen Problemen des öffentlichen und privaten Lebens" im Mittelpunkt. Eine "dauerhafte Gesundung" des öffentlichen Lebens sei aber nur dann zu erwarten, "wenn der künftige Staat durchdrungen ist vom Geist einer christlichen Weltanschauung."

Diese einleitenden, konsensfähigen programmatischen Sätze bildeten aber nur den Auftakt für die eigentliche Kernaussage, die in ihrer Schärfe alle bisherigen Argumentationen übertraf und in den künftigen Diskussionen innerhalb der CSU eine bedeutsame Rolle spielen sollte: "Die Unterzeichneten sind sich darüber hinaus einig, daß die neue Sammlungspartei nicht eine Fortsetzung einer der früheren Parteien, womöglich mit denselben Führern, sein darf. Die Politik der Parteien von [19]32 hat weitgehend den Größenwahnsinn Hitlers gefördert und nicht zuletzt seine Machtergreifung mit zu verantworten. Ihr Mangel an Ideen, Tatkraft, Format und der Fähigkeit, die Zeichen einer Zeit zu verstehen, verursachten somit die sich seinerzeit vorbereitende deutsche Katastrophe."

Der damit gegen die Weimarer Parteien und ihre Führungen erhobene Vorwurf der Steigbügelhalterschaft für Hitler richtete sich fraglos nicht zuletzt gegen Fritz Schäffer und seinen zunächst durch Pfeiffer am 14. August geltend gemachten Führungsanspruch in der entstehenden Partei. Er findet sich bis zur vorläufigen Ausschaltung des ehemaligen BVP-Vorsitzenden aus dem politischen Leben durch die Militärregierung im April 1946 in zahlreichen Passagen der dokumentierten Parteiprotokolle der CSU wieder. Vor allem auf der dramatisch verlaufenden Bamberger Tagung der CSU am 30. und 31. März 1946 (Dokument Nr. 12), als erstmals ein satzungsmäßig bereits einigermaßen legitimiertes Gremium über die Parteiführung entschied, wurden die Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit als schlagendes Argument gegen Schäffers Führungsambitionen ins Feld geführt.

Sollten die ausdrückliche Abgrenzung von der BVP oder der in der "Resolution" vorgeschlagene Name der zu gründenden "politischen Bewegung" noch Zweifel daran lassen, welcher Personenkreis sich mit ihr zu Wort gemeldet hatte, so werden diese endgültig ausgeräumt durch die Charakterisierung der "Männer", die zur Führung der neuen Gruppierung berufen waren: An die Spitze der "*Christlich-Sozialen Union*" soll-

[29] "Resolution", "übereingekommen zu München den 30. August 1945", nicht gezeichnet, IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 1.

ten vor allem jene *neuen* politischen Kräfte treten, "die sich in den letzten Jahren an der aktiven Bekämpfung des Nazismus unter Einsatz ihrer Freiheit und ihres Lebens beteiligt haben."

Für die Kenner der Szenerie war damit der künftige Spitzenkandidat gleichsam beim Namen genannt: Josef Müller. Die Eignungskriterien waren auf ihn geradezu zugeschnitten. Er war erstens "neu" in der Politik. Zwar hatte er seit Mitte der zwanziger Jahre der BVP angehört, war aber als damals noch junger Mann in dieser Partei einfaches Mitglied geblieben. Vor allem jedoch war er zweitens, wie sein Biograph Friedrich Hermann Hettler im Untertitel seines Buches hervorhebt, ein "Mann des Widerstandes".[30] Als Offizier der Abwehr hatte er seinen kämpferischen Geist im aktiven Widerstand gegen die Nationalsozialisten unter Beweis gestellt. Im Auftrag der Militäropposition gegen das Hitlerregime führte er unter anderem Friedensverhandlungen mit der englischen Regierung; er war wegen solcher Aktivitäten 1943 in Haft geraten und trotz seines Freispruchs in einem gegen ihn durchgeführten Hochverratsprozeß in Haft geblieben, bis ihn die Amerikaner Anfang Mai 1945 befreiten.

Auf Müller ging auch die Idee zurück, die neue Bewegung als "Union" zu bezeichnen - in Anspielung auf die "Union" der protestantischen Fürsten im 30jährigen Krieg sollte dies gegenüber den protestantischen Kräften den Beweis "paritätischer Gesinnung" erbringen.[31] Die "Resolution", in der zum ersten Mal der künftige Name der Partei festgehalten war, stammte also zweifelsfrei aus dem Umfeld Müllers und die Formulierungen sprechen dafür, daß Müller selbst an ihrer Abfassung zumindest beteiligt war.

Seine Handschrift zeigte sich auch im zweiten Teil des Textes, der der Gründung eines siebenköpfigen Aktionsausschusses gewidmet war. Dieser sollte programmatische und organisatorische Vorbereitungen treffen, die ihn in die Funktion einer Parteigründungszentrale erhoben hätten. Außer der Ausarbeitung eines Programmentwurfes "nach den Richtlinien dieser Resolution" und der Abfassung und Verbreitung einer "Proklamation an die Öffentlichkeit" war ihm auch zugedacht, die Partei bei der Militärregierung anzumelden und zu vertreten, ihr eine Organisationsgrundlage zu schaffen und Verbindungen zu "verwandten Gruppen" aufzunehmen.

Die Namen derjenigen, die ursprünglich am 30. August als Mitglieder in diesen Aktionsausschuß berufen werden sollten, fehlen im Resolutionsentwurf, in dem einige Freizeilen zur Eintragung der "sieben Herren" unbeschrieben blieben. Doch wurde der Plan zur Bildung eines Siebener-Ausschusses, wie auch der Umriß der ihm zugedachten Aufgaben, etwa zwei Wochen später wieder aufgenommen.

Die Müller-Freunde waren also in diesen Tagen alles andere als untätig. Ihr Hauptaugenmerk galt neben den organisatorischen Problemen offensichtlich vor allem der Abwehr Fritz Schäffers und seiner Pläne der Reaktivierung der ehemaligen Bayerischen Volkspartei. Die Früchte der gedanklichen Arbeit und anderer Aktivitäten der Müller-Gruppe reiften in einer ursprünglich von Max Grasmann, als Vorsitzendem des Redaktionsausschusses, für den 12. September einberufenen Redaktionssitzung, zu der Grasmann auch einen Programmvorschlag vorlegte: den Entwurf eines "Grundsatz-Programms der Christlich-Demokratischen Union".[32] Überraschenderweise fan-

---

[30] Friedrich Hermann Hettler, Josef Müller ("Ochsensepp"). Mann des Widerstandes und erster CSU-Vorsitzender, München 1991.

[31] Müller, Konsequenz, S. 308f.

[32] Schreiben Grasmanns an Pfeiffer, Krehle, Müller und Schlögl vom 12. September 1945 nebst anliegendem "Vorschlag Dr. Grasmann", BayHStA, NL Pfeiffer 41.

den sich am 12. September allerdings über den kleinen Zirkel des Redaktionsausschusses hinaus sehr viel mehr Personen ein, als von einigen erwartet.[33] Initiator der Erweiterung des Kreises um eine Reihe weiterer Teilnehmer - dabei war z.B. auch die Sekretärin Adam Stegerwalds als "Beobachterin"[34] - war Josef Müller, der Scharnagl um die organisatorische Vorbereitung und Leitung dieser Sitzung gebeten hatte. Müller plante Großes für diesen Tag, an dem - so erklärte er später zu Recht, aber unter Angabe eines falschen Datums (14. August!) - "die Union aus der Taufe gehoben" wurde.[35] Dabei war diesmal auch Fritz Schäffer, der, vermutlich alarmiert durch die am 14. August sich abzeichnenden Tendenzen zur Ausschaltung früherer BVP-Eliten, seine Entscheidung zur Distanz gegenüber parteipolitischen Aktivitäten schnell wieder umgeworfen hatte.

In dieser Sitzung am 12. September, zu der sich im Münchner Rathaus etwa 20 Personen versammelt hatten, standen zwei Themen im Mittelpunkt: der Name für die Partei und die Wahl eines "arbeitsfähigen" Ausschusses, dem die weiteren Gründungsvorbereitungen anzuvertrauen waren.[36] Damit war in dieser Sitzung hinreichender Konfliktstoff zur Diskussion gestellt.

Wieder machte sich Pfeiffer Notizen über den Verlauf dieser Besprechung,[37] die als eigentliche Gründungssitzung der CSU gelten kann. Pfeiffers Mitschrift beginnt mit den knappen Vermerken: "Entscheidend die Personenauswahl. Darf keine Fortsetzung der alten Bayerischen Volkspartei sein: 1. In erster Linie Personen wählen, die politisch Neuland sind, für die Masse, die politisch Neuland ist. 2. Nach den Gesichtspunkten, wie sie sich in den letzten zwölf Jahren kämpferisch bewährt haben." Damit war - ganz auf der Linie der "Resolution" des 30. August - gleich zu Beginn der Sitzung der Fehdehandschuh gegen Schäffer geworfen und zugleich Müller als sein Kontrahent namhaft gemacht.

Pfeiffers stichwortartige Notizen, in denen sporadisch das Geschehen auch in ausformulierten Sätzen festgehalten ist, lassen trotz ihres fragmentarischen Charakters unschwer erkennen, wie scharf die Fronten inzwischen schon verliefen. Die bereits am 14. August begonnene Auseinandersetzung zwischen den Anhängern einer zwar um neue Ideen bereicherten, aber doch eher als Neuauflage der alten Bayerischen Volkspartei konzipierten Partei mit Fritz Schäffer und Anton Pfeiffer als ihren Wortführern und den um Müller gruppierten Verfechtern einer von Grund auf neuen, modernen Massenpartei mit "Bewegungscharakter", die sich in ihrer Organisation, ihrer Programmatik und nicht zuletzt auch in ihrer Führung grundlegend vom Typ der bürgerlichen Honoratiorenpartei Weimarer Prägung unterscheiden sollte, erfuhr in dieser Sitzung ihren ersten Höhepunkt.

---

[33] Brief Pfeiffers an Scharnagl vom 13. September 1945 und Antwortschreiben Scharnagls vom 16. September 1945, beide BayHStA, NL Pfeiffer 533.

[34] Herde, Unionsparteien, S. 268f.

[35] Müller, Konsequenz, S. 310. Das - wie die folgenden Ausführungen zeigen werden - von Müller irrtümlich angegebene Datum des 14. August (dazu auch Anm. 23) wurde von der CSU-Forschung im allgemeinen übernommen. Es findet sich bei Konstanze Wolf, CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis 1948-1960, Köln 1982, S. 27, bei Herde, Unionsparteien, S. 268, oder auch Winfried Becker, CDU und CSU 1945-1950, Mainz 1987, S. 78.

[36] Stenographische Notizen Pfeiffers: "Aktionsausschuß", undat. [12.September 1945] und Übertrag (vgl. Anm. 15), BayHStA, NL Pfeiffer 41.

[37] Die folgenden Zitate und Ausführungen zu dieser Sitzung folgen, soweit nicht anders vermerkt, Pfeiffers Notizen (wie Anm. 36).

Ministerpräsident Schäffer, der wiederholt die Autorität seines Staatsamtes zur Geltung zu bringen versuchte, kämpfte an diesem Tag von vornherein auf verlorenem Posten. Die Anhänger der Müllerschen Linie, schon zahlenmäßig in der Mehrheit, waren auf die Diskussion bestens vorbereitet und konnten mit Argumenten aufwarten, denen Schäffer und seine politischen Freunde wenig entgegenzusetzen hatten. Aus der Defensive heraus fand der Ministerpräsident gegenüber den begeisterten Anhängern des Neuen, die die "einmalige Gelegenheit" feierten, "eine nichtmarxistische Massenpartei zu bilden", zweifellos auch nicht den richtigen Ton. Ihrer Aufbruchstimmung begegnete er gleich zu Beginn seines Diskussionsbeitrages mit dem zwar zutreffenden, in dieser Situation aber eher ungeschickten Hinweis, die Entscheidung über den Beginn des demokratischen Parteilebens falle "nicht aus eigenem Entschluß, sondern nach Anordnung der MR". Schäffer machte auch vor diesem Forum kaum einen Hehl daraus, daß ihm die begonnene Reaktivierung der politischen Kräfte nach wie vor wenig behagte: Die von ihm inzwischen erkannte Notwendigkeit einer Parteigründung leitete er allein aus der Tatsache ab, daß "die eine Partei [SPD und KPD] schon lange arbeitet". Seine schwunglose, von Anti-Motiven bestimmte Argumentation gipfelte in der Frage: "Wollen Sie wirklich eine Einigung aller Kreise, die nicht soz[ialistisch] sind?" Nach Pfeiffers Notizen unterließ Schäffer es zwar, seine eigene Einstellung zu diesem Thema explizit herauszustreichen, doch empfahl er, die Parole an das Land herauszugeben, sich dort unter einem Namen zu formieren, der deutlich genug Gegensätzliches implizierte: "Bayerische Volkspartei".[38]

Damit war das erwartete Stichwort für die Müller-Gruppe gefallen. Sie begann nun ein Scherbengericht gegen die alte Bayerische Volkspartei - und damit auch gegen ihren ehemaligen Vorsitzenden - abzuhalten, das Schäffer auch persönlich verletzen und eine Annäherung der Positionen eher erschweren mußte. Die Verfechter eines konsequenten politischen Neubeginns folgten dabei der in der "Resolution" des 30. August vorgegebenen Argumentation und beschworen die Schatten der Vergangenheit: In ihren Augen - und auch aus der Sicht der Bevölkerung - hatte sich die Bayerische Volkspartei durch ihre Haltung gegenüber den Nationalsozialisten, ihr Versagen in der Weimarer Republik und ihre Zustimmung zum "Ermächtigungsgesetz" vom 24. März 1933 gründlich kompromittiert: "Wenn die Parteien nicht so gefehlt hätten, wäre der Naz[ismus] nicht gekommen", betonte Max Grasmann. Ein anderer Besprechungsteilnehmer forderte: "Es muß das politische Leben auf einer neuen, sauberen Grundlage aufgebaut sein". Besonders schmerzhaft für Schäffer waren zweifellos die Ausführungen des Domkapitulars von München und Freising, Erwin von Kienitz, der der hoffnungslos unterlegenen BVP-Riege schließlich auch noch die schützende Hand der katholischen Kirche entzog: "Unmöglich in der Form und mit dem Namen der alten Bayerischen Volkspartei. Von kirchlicher Seite will man die nicht mehr. [...] Die Kirche wird sich nicht mehr hergeben, einer früheren Bayerischen Volkspartei den Segen der Kirche zu geben." Und auch Karl Scharnagl bekräftigte - vermutlich in begütigender Absicht, wenn auch mit gegenteiliger Wirkung -, was er in seinem Rundbrief noch mit weniger scharfen Worten vertreten hatte: "Niemand denkt ernsthaft

[38] In den Notizen heißt es: "Parole an das Land: Wenn keine [?] kommt, dann wird wieder der alte Name angemeldet: Bayerische Volkspartei". Aus dem Kontext wird nicht klar, worauf sich "keine" bezieht, möglicherweise auf die einige Zeilen vorher notierten Bemerkungen Schäffers über die Richtlinien der Amerikaner, die noch offengehalten hatten, ob sie bereits eine Landespartei oder nur eine Partei auf Kreisebene zulassen würden.

daran, die Bayerische Volkspartei wieder zum Leben entstehen zu lassen. Weder im Namen, noch im Programm, noch im Umriß der zu benennenden Personen."
Angesichts der Wucht der vorgetragenen Verdikte sah sich sogar mancher Gegner der Wiederbelebung der Bayerischen Volkspartei schließlich veranlaßt, vermittelnd in die Diskussion einzugreifen: "Es ist nicht so auf dem Land und nicht in der Stadt, daß man die früheren Parteien so ablehnt. Aus propagandistischem Grund eine Reihe von diesen Persönlichkeiten aufnehmen, weil wir ihre Arbeit und ihre Namen brauchen." Diese pragmatische Position vertrat auch Josef Müller, der Hauptprotagonist der neuen Linie, als er erklärte: "Wir brauchen auch Massen. - Auch alte Namen."
Am Ende des harten Schlagabtausches standen die beiden Entscheidungen zur Abstimmung, deren Vorbereitung die Diskussion gedient hatte: Der Name des neuen Parteigebildes und die personelle Besetzung des "arbeitsfähigen" Ausschusses zur weiteren Vorbereitung der Parteigründung. Was die Namensgebung betraf, so wurden nach den Notizen Pfeiffers folgende Alternativen in die Diskussion eingebracht: "Bayerische Union", und zwar mit der Begründung, das Wort bayerisch sei "gerade jetzt von besonderer Zugfähigkeit". Franz Xaver Fackler schlug vor: "Bayerische Bauern- und Arbeiterpartei". Daß auch die von Pfeiffer und Grasmann in ihren Programmentwürfen gewählten Bezeichnungen "Christlich-Demokratische Volkspartei in Bayern" bzw. "Christlich-Demokratische Union" diskutiert wurden, ist anzunehmen, wenn auch Pfeiffers Mitschriften keinerlei Hinweis darauf enthalten. Schließlich wurde der Vorschlag in die Debatte geworfen, der bereits in der "Resolution" vom 30. August festgehalten war und sich an diesem Tag durchsetzen sollte: "Bayerische Christlich-Soziale Union". Während Müller in seinen Memoiren berichtete, daß er diesen Namen beantragt habe,[39] war es nach den Notizen Pfeiffers von Kienitz, der (vermutlich nach Absprache mit Müller) zuerst dafür eintrat und damit auch gleich die Zustimmung der katholischen Kirche signalisierte.
Das Schlußvotum, bei dem auf Antrag Pfeiffers[40] über jeden Namensbestandteil getrennt abgestimmt wurde, erbrachte folgendes Ergebnis: Während das Prädikat "Christlich", das für manche eine zu enge Bindung an die Kirche ausdrückte, eine nur äußerst knappe Mehrheit fand - neun dafür, acht dagegen, eine Enthaltung -, ergab sich eine klare Majorität für die Aufnahme des Begriffes "Sozial": Zwölf waren dafür, vier dagegen, eine Enthaltung. Für "Union" plädierte eine noch beachtlichere Mehrheit. Dagegen stimmte nur einer, ein anderer enthielt sich der Stimme. Fast einmütig war das Ergebnis in der Frage der Aufnahme des bayerischen Elementes in den künftigen Parteinamen. Bei einer Enthaltung stimmten alle übrigen dafür. Die schließlich noch vorgenommene Abstimmung über den vollen Namen erbrachte dann ein scheinbar völlig einvernehmliches Bild. Pfeiffer vermerkte: "Mit allen Stimmen: Bayerische christlich soziale Union".[41]
Zum Schluß der Sitzung erfolgte die Wahl des Ausschusses zur weiteren Vorbereitung der Parteigründung, dem folgende Aufgaben mit auf den Weg gegeben wurden: "a) Satzung der neuen Partei, b) Vorläufiger Vorstand, c) Landesausschuß, d) Verbin-

[39] Müller, Konsequenz, S. 310.
[40] Ebenda.
[41] Das von Pfeiffer notierte Ergebnis widerspricht allerdings seiner an anderer Stelle festgehaltenen Aussage, wonach er sich an diesem Tag "aus grundsätzlichen Erwägungen" bei sämtlichen Abstimmungen der Stimme enthalten hatte. Pfeiffer an Scharnagl, 13. September 1946, BayHStA, NL Pfeiffer 533.

dung mit gleichgesinnten Gruppen, e) Parteiprogramm fertigzustellen." Nachdem zunächst offenbar mit neun gegen sechs Stimmen einem neun- statt siebenköpfigen Gremium der Vorzug gegeben worden war, wurden schließlich zehn Herren gewählt,[42] und zwar: "1. Müller, 2. Semler, 3. Schlögl, 4. Krehle, 5. Baumeister, 6. Dr. Schnurr, 7. Dr. Straimer, 8. Dr. von Eicken, 9. Dr. von Kienitz, 10. Fackler".[43]
Ähnlich wie beim Redaktionsausschuß folgte man auch in der Wahl der Mitglieder des Aktionsausschusses dem Grundprinzip der Sammlung aller Schichten und Stände: Schlögl vertrat die Bauernschaft, die Namen Fackler und Krehle standen für die christliche Gewerkschaftsbewegung und damit für die Arbeiterschaft, Versicherungsdirektor Hans Hermann von Eicken repräsentierte mit dem einflußreichen Industrieberater Johannes Semler die Wirtschaft. Beide waren evangelisch und sollten vermutlich in "Personalunion" zusammen mit Domkapitular von Kienitz die christlichen Konfessionen vertreten. Der 34jährige ehemalige Diözesansekretär des Katholischen Jungmännerverbandes München, Max Schnurr, wurde wohl als Vertreter der Jugend in den Ausschuß gewählt.
Alles in allem hatten Schäffer und seine politischen Freunde am 12. September eine empfindliche Niederlage erlitten. Diese offenbarte sich nicht nur in der Namensfrage - die gleichzeitig schon für ein Programm stand -, sondern vor allem auch in der personellen Besetzung des neu gewählten "Aktionsausschusses". Diese war zwar in gewisser Hinsicht ausgewogen, doch war anders als im Redaktionsausschuß keiner der erklärten Mitstreiter Schäffers mehr vertreten. Das war um so auffälliger, als mit Krehle, Müller und Schlögl drei Mitglieder des Redaktionsausschusses durch ihre Wahl in das Nachfolgegremium bestätigt wurden, ausgerechnet der Name Pfeiffer in der neuen Liste hingegen fehlte. Dabei hatte Pfeiffer die programmatischen Vorbereitungen mit großem Engagement betrieben. Er hatte nicht nur einen Programmentwurf erarbeitet, sondern darüber hinaus Kontakte zu den verwandten Bestrebungen im ganzen Land angeknüpft. Seiner Rührigkeit und seinem stets präsenten historischen Bewußtsein ist es zu verdanken, daß frühe Programmentwürfe aus den verschiedensten bayerischen Orten, die er in diesen Wochen gesammelt hatte, überliefert sind, u.a. ein früher Entwurf des Verfassers des späteren Grundsatzprogrammes der CSU vom Oktober 1946, Eugen Rindt, der im Anhang dieser Dokumentation nachzulesen ist. Der Augsburger CSU-Mitbegründer hatte Pfeiffer seinen Programmentwurf für eine "christlich-politische Partei in Bayern" vom 31. August 1945 übrigens mit der Bemerkung zugesandt, die Augsburger Gruppierung werde sich der Münchner Partei eingliedern[44] - eine frühe Bestätigung des Münchner Führungsanspruches.
Für Pfeiffer bedeutete es vor dem Hintergrund seiner intensiven Aktivitäten als federführender Programmatiker mehr als nur eine politische Niederlage, daß er am 12. September bei der Wahl des Aktionsausschusses übergangen worden war. Er empfand dies auch menschlich als Affront. In einem als "Persönliche Angelegenheit" gekennzeichneten Schreiben machte der einstige BVP-Generalsekretär am Tag darauf Scharnagl als dem Vorsitzenden und "Regisseur" der Sitzung bittere Vorwürfe, die klar

[42] Die an dieser Stelle interpretationsfähigen Notizen werden in diesem Sinne bestätigt durch ein Schreiben Scharnagls an Pfeiffer vom 16. September 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 533.
[43] Sämtliche Ausführungen zu dieser Sitzung folgten, soweit nicht anders vermerkt, den Notizen Pfeiffers (wie Anm. 36).
[44] Eugen Rindt an Pfeiffer, 31. August 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 41; "Gedanken zu dem Programm einer christlich-politischen Partei in Bayern", Dok. Nr. II, S. 1705ff.

zeigen, wie sehr sich Pfeiffer und die gesamte Schäffer-Gruppe von den Vorgängen überrumpelt fühlten: Der personellen Zusammensetzung dieser Besprechung am 12. September, in der "sehr bedeutende Kreise" nicht vertreten gewesen seien, hätten - so Pfeiffer - ebenso taktische Motive zugrundegelegen, wie der gesamten Verhandlungsführung, in der "sofort die Absprache sichtbar" geworden sei, die Scharnagl "mit verschiedenen Gruppen" getroffen habe. Pfeiffer empfand es "als nicht angemessen" und auch menschlich enttäuschend, daß Scharnagl es versäumt hatte, ihm selbst oder dem Ministerpräsidenten - "hier will ich lieber sagen, unserem alten Freund Schäffer" - von diesen Plänen vorher Mitteilung zu machen.
"Mit großem Erstaunen" habe er ferner zur Kenntnis nehmen müssen, daß Scharnagl als Vorsitzender nicht nur nicht den Äußerungen von Kienitz' energisch entgegengetreten sei, sondern sich als ehemals herausragender BVP-Repräsentant ebenfalls so entschieden von dieser Partei distanziert habe: "Diese Toterklärung entspricht doch nicht den Tatsachen. Eine solche Preisgabe einer politischen Formation, die einzig und allein die Grundlage Ihres eigenen politischen Wirkens und Aufstiegs war, verblüffte mich sehr." Pfeiffer selbst fühlte sich, ohne Rücksicht auf die ihm daraus "zugeschriebene Belastung verpflichtet, Ehre und Ansehen der Bayerischen Volkspartei nach Kräften zu wahren. Die von Ihnen totgesagte Bayerische Volkspartei hat bestimmt mehr Lebenskraft und Lebenswillen als manches Gebilde, an dem zur Zeit herumgezimmert wird."[45] Auch von Kienitz wurde mit einem empörten Brief bedacht, der in der Bemerkung gipfelte, daß "die Bayerische Volkspartei bestimmt nicht auf den Krücken kirchlichen Segens so einherzuhumpeln hatte, wie es aus Ihren Worten geschlossen werden mußte."[46]

3. *Bayerische Christlich-Soziale Union versus Bayerische Christliche Einigungspartei*

Am 17. September 1945 traf sich der neu gewählte Aktionsausschuß, der sich nun "Ausschuß zur Vorbereitung der Gründung einer Christlich-Sozialen Union" nannte, zu seiner ersten Sitzung (Dokument Nr. 1). Dem auch aus eigener Sicht nun offiziellen Charakter der Zusammenkünfte trugen die Beteiligten insofern Rechnung, als sie nun begannen, dafür Sorge zu tragen, daß die getroffenen Verabredungen schriftlich festgehalten wurden. Mit dem Ergebnisprotokoll dieser ersten Besprechung eines gewählten Gremiums der CSU beginnt die vorliegende Dokumentation. Die Protokolle des Jahres 1945 sind allerdings sehr wortkarg und vermitteln - anders als die späteren Sitzungsmitschriften und vor allem die Ende März 1946 einsetzenden Wortprotokolle - nur unzureichende Einblicke in die Vorgänge bis zur Gründungsversammlung der Landespartei am 8. Januar 1946 (Dokument Nr. 6). Gerade in diesen drei Monaten wurden aber wichtige Weichen für die weitere Entwicklung der Union gestellt, die angesichts der für 1945 insgesamt sehr spärlichen und lückenhaften Überlieferung zum Teil nur schwer zu rekonstruieren sind. Diese entscheidende Phase der Gründungsmonate so genau wie möglich auszuleuchten, ist zum Verständnis der weiteren Diskussionen daher unumgänglich.
In der ersten Sitzung des Vorbereitenden Ausschusses am 17. September wurden vor allem programmatische Fragen besprochen, die vergleichsweise wenig Zündstoff boten. Die noch relativ vagen programmatischen Vorstellungen der gegnerischen Grup-

[45] Pfeiffer an Scharnagl, 13. September 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 533.
[46] Pfeiffer an von Kienitz, 13. September 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 533.

pen strebten nämlich gar nicht so weit auseinander, wie die heftigen Streitigkeiten vermuten lassen. Um so umstrittener waren die Themen der wenig später, am 21. September, einberufenen Sitzung (Dokument Nr. 2), die schon eher angetan waren, die Fronten weiter zu verhärten. Denn der Ausschuß besprach an diesem Tag die Vorbereitung der Gründungsversammlung der Münchner Organisation der CSU, und in diesem Zusammenhang fiel - für manche fraglos äußerst überraschend - eine weitere wichtige personelle Vorentscheidung. Der Vorbereitende Ausschuß nahm nämlich eine "probeweise Abstimmung über die Meinung der Anwesenden über die Person des künftigen Parteivorsitzenden für München" vor. Wer diesen Vorschlag einer Probewahl einbrachte, ist angesichts des dürren Protokolltextes nur zu vermuten. Wahrscheinlich war es der inzwischen zum Münchner Gründungskreis gestoßene Bauernführer und parlamentarische Routinier Michael Horlacher, der später wiederholt mit ähnlichen Raffinessen aufwartete. Wer immer aber diesen Coup am 21. September gelandet hatte, er war erfolgreich: Fünf der acht stimmberechtigten Teilnehmer sprachen sich für Josef Müller aus. Nur Baumeister stimmte dagegen, Müller selbst und Rudolf Schwarzer enthielten sich der Stimme.[47]

Wie brisant der Ausschuß selbst dieses weit über seine Aufgabenstellung der Gründungsvorbereitung hinausgehende Vorgehen empfand, zeigte sich nicht nur darin, daß sich die anwesenden Herren nach erfolgter Abstimmung einmütig zu versichern beeilten, "daß dieser Beschluß nur die Meinung des Ausschusses feststellen und der Abstimmung in der Gründungsversammlung nicht vorgreifen soll". Daß zumindest die Initiatoren der Probeabstimmung sich der Wirkung dieses Schachzuges sehr bewußt waren, ist auch daraus zu ersehen, daß man sich an diesem Nachmittag genau überlegte, wie die vorgeblich wenig bedeutende Meinungsfeststellung dem gegnerischen Lager am wirkungsvollsten zu hintertragen sei. Gleich drei Parlamentäre, unter ihnen Horlacher, wurden entsandt, um für die ebenso behutsame wie nachdrückliche Weitergabe der Nachricht zu sorgen. Sie wurden beauftragt, am folgenden Tag zunächst Scharnagl zu unterrichten und seine Unterstützung zu gewinnen. Anschließend waren sie angehalten, "möglichst unter Teilnahme von Dr. Scharnagl" auch Schäffer über das Ergebnis der Probeabstimmung zu informieren "und ihn zu bitten, sich den in der Ausschußsitzung zum Ausdruck gekommenen Gesichtspunkten nicht zu verschliessen."[48]

Die spektakuläre Nachricht, die noch am Abend des 21. September durchsickerte, brachte das Faß zum Überlaufen. Der Vorbereitende Ausschuß hatte seine Sitzung um 20 Uhr beendet. Noch am gleichen Abend fand eine weitere Besprechung über eine Parteigründung statt. Pfeiffer unterrichtete Bürgermeister Scharnagl im Auftrag des Ministerpräsidenten am 22. September brieflich über diese "Aussprache zwischen Angehörigen jenes politischen Kreises", dessen "ungenügende Beteiligungsmöglichkeit an der Sitzung von vor zehn Tagen ich so stark beanstandet habe".[49] Fritz Schäffer, der schon vorher begonnen hatte, diejenigen hinter sich zu sammeln, "die zurückkommen wollte[n] auf die bayerische Volkspartei",[50] hatte zum Gegenangriff geblasen. Seinen treuesten Mitstreiter fand er nach wie vor in Anton Pfeiffer, der am 12. September

47 Vorbereitender Ausschuß am 21. September 1945, Dok. Nr. 2, S. 5.

48 Ebenda.

49 Pfeiffer an Scharnagl, 22. September 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 533.

50 Ausführungen Müllers in einer Sitzung mit sozialdemokratischen und kommunistischen Vertretern am 20. September 1945. "Niederschrift über die Sitzung am 20.9.45, 17.30", ACSP, NL Müller 8.

empört erklärt hatte, daß er sich an die Beschlüsse dieses Tages für sein "weiteres politisches Handeln" nicht gebunden fühle, und sich gleichzeitig sehr zuversichtlich darüber geäußert hatte, "daß nach Bekanntgabe dieser Parteigründung sich herausstellen werde, welches Gewicht jedem einzelnen Namen in weiteren Kreisen zukommt".[51]
Die "von einmütigem Verständigungswillen" getragene Aussprache der Müller-Opponenten am 21. September gipfelte nach "hinreichender Erörterung aller Gesichtspunkte" in dem Beschluß, für Montag, den 24. September, eine "Schlußsitzung" zur Frage der Parteibildung einzuberufen. Als Aufgaben dieser Besprechung waren vorgesehen: "eine Namensform festzulegen; die Liste der Unterzeichner [des Lizenzierungsantrages] wenigstens grundsätzlich zu vereinbaren; den Entwurf eines Programms zu billigen."
Unter Vorsitz von Ministerpräsident Schäffer war für das vorbereitende "Gremium" einer "Bayerischen Christlichen Einigungspartei" folgende personelle Zusammensetzung geplant: "1. Oberbürgermeister Dr. Scharnagl, 2.-11. der Ausschuß der neulich ins Leben trat, ergänzt durch 12. Herrn Michael Helmerich, 13. Dr. Grasmann, 14. Dr. Pfeiffer." Der Teilnehmerkreis sollte außerdem durch sechs weitere Personen "abgerundet" werden, unter ihnen der gerade aus der Gefangenschaft zurückgekehrte, ehemalige (1927 bis 1933) stellvertretende Generalsekretär der bayerischen christlichen Bauernvereine und spätere Statthalter Schäffers in der CSU, Alois Hundhammer, ferner auch Joseph Baumgartner und Ludwig Sporer. Obwohl die komplette Einbeziehung des Aktionsausschusses auf eine gewisse Kompromißbereitschaft gegenüber der Müller-Gruppe deutete, war doch die Ignorierung der Beschlüsse des 12. September und die Initiative zur Gründung einer "Bayerischen Christlichen Einigungspartei"[52] eine offene Kampfansage.
Einen Zusammenhang herzustellen zwischen der Probeabstimmung des Vorbereitenden Ausschusses und dieser Aktion Schäffers liegt nahe. Tatsächlich wird aber die Abstimmung, wie auch die Sitzung, in Pfeiffers Brief an keiner Stelle erwähnt. Ministerpräsident Schäffer habe sich vielmehr zu diesem Schritt veranlaßt gesehen, so heißt es dort, weil sich "verschiedene Kreise von beachtlichen Personen, die uns früher politisch fremd gegenüberstanden", mit dem "dringenden Ersuchen" an ihn gewandt hatten, "sich um eine Zusammenfassung und Fortführung der bisherigen Arbeiten für Schaffung einer bürgerlichen Sammelpartei zu bemühen, um ein baldiges befriedigendes Ergebnis herbeizuführen."[53]
Über die Sitzung am 24. September ist wenig überliefert.[54] Anscheinend wurde erneut das Versagen der BVP in der Endphase von Weimar, insbesondere ihre Zustimmung zum "Ermächtigungsgesetz", angeprangert, doch scheint zum Schluß eine Einigung erzielt worden zu sein.[55] Die drohende Spaltung des konservativen Lagers konnte jeden-

---

51 Pfeiffer an Scharnagl, 13. September 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 533.

52 Zur Gründung einer Bayerischen Christlichen Einigungspartei, mit der Schäffer liebäugelte, vgl. auch Rundschreiben zur Parteienbildung vom 21. September 1945, ACSP, NL Elsen 3.1.1.

53 Wie Anm. 49.

54 Im BayHStA, NL Pfeiffer 41, findet sich nur eine Liste der "Teilnehmer an der Besprechung über Parteienbildung am Montag, 24.9.45" auf der 25 Namen aufgeführt sind, außer denen Schnurrs und von Kienitz' auch die Namen sämtlicher Mitglieder des Vorbereitenden Ausschusses einschließlich Josef Müller.

55 Auf der Teilnehmerliste (wie Anm. 54) ist der Vermerk notiert: "Wer von den aufgeführten Reichstagsabgeordneten für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hat, ist bei Aufstellung der Liste nicht bekannt"; außerdem findet sich dort eine Notiz, daß Eichhorn und Semler Namen protestantischer Damen beibringen sollten.

falls abgewendet werden. Vier Tage später, am 28. September berichtete Müller Vertretern der Sozialdemokratie und der Kommunisten: "Die bayerische christlich soziale Union ist gegründet worden, und zwar jetzt als einheitliches Gebilde. Es hat keine Splitterungen ergeben, auch die Dissonanzen, die vorhanden waren, sind behoben."[56] Diesem Lagebericht an die Adresse der Linksparteien mag zu diesem Zeitpunkt - am 28. September gegen 18 Uhr - mehr als nur ein gewisser Zweckoptimismus zugrundegelegen haben. Auch Schäffer berichtete später von dem Versuch eines "Friedensschlusses", der aber bedauerlichweise dadurch nicht zum Tragen gekommen sei, daß in diesen Tagen sein "Vertrauen in die Loyalität von Dr. Müller nicht gewachsen war".[57] Diese Mißtrauenskundgebung zielte im Kern auf ein Ereignis, das noch am Abend des 28. Septembers alle Einigungsbemühungen vorläufig wieder hinfällig machte. Etwa zwei Stunden nach Müllers zuversichtlicher Verkündung des innerparteilichen Burgfriedens erfuhr Fritz Schäffer nämlich, daß er mit sofortiger Wirkung seines Amtes als Ministerpräsident enthoben war.[58]

4. *Der "Fall Schäffer" - Teil I*

Die Absetzung Fritz Schäffers als bayerischer Ministerpräsident war ein Schlüsselereignis in der Frühgeschichte der CSU, das die Entwicklung der Partei noch lange belasten sollte. Fritz Schäffer schrieb seine Entlassung nämlich den Intrigen seines innerparteilichen Kontrahenten Josef Müller zu, was zwar nicht den Realitäten entsprach, aber den gerade beigelegten Streitigkeiten um die Führung und die politische Linie der entstehenden CSU neuen Auftrieb und eine andere Qualität verlieh. Die seither unüberbrückbaren persönlichen Gegensätze zwischen Müller und Schäffer und der nach Schäffers vorübergehender Ausschaltung aus dem politischen Leben in der Hundhammer-Müller-Gegnerschaft fortgesetzte "persönliche Stunk"[59] sollten die Union vor immer neue Zerreißproben stellen. Die Protokolle vor allem der Bamberger Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der CSU am 30. und 31. März 1946 (Dokument Nr. 12) und der Regensburger Landesausschußsitzung am 28. und 29. Februar 1948 (Dokument Nr. 32), aber auch viele andere dokumentierte Wortwechsel belegen die starke persönliche Komponente der parteiinternen Flügelkämpfe, die vermutlich ohne die Ereignisse des 28. September nie so virulent geworden wären.

Dabei hatte Müller keinerlei Einfluß auf die Absetzung Schäffers, wenn diese ihm auch fraglos gelegen kam. Tatsächlich war - um es überspitzt auszudrücken - der "Sturz" Schäffers das Ergebnis eines Umschwungs in der amerikanischen Besatzungspolitik und unqualifizierter Bemerkungen eines prominenten amerikanischen Generals (George S. Patton) über die Entnazifizierung, die zufällig zeitlich zusammentrafen. Schäffer selbst hatte sich durch seine Haltung in der Entnazifizierungsfrage angreifbar gemacht und damit seinerseits nicht unerheblich zu seinem "Fall" beigetra-

---

[56] "Niederschrift über die am 28. September 1945 [...] stattgefundene Besprechung", ACSP, NL Müller 8.

[57] Schäffer vor dem Erweiterten Vorläufigen Landesausschuß am 30. und 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 112.

[58] Eine plastische Beschreibung des Vorganges findet sich in den Memoiren von Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München 1959, S. 200.

[59] Haußleiter vor dem Erweiterten Vorläufigen Landesausschuß am 30. und 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 106.

gen. Die Vorgeschichte und Begleitumstände der sogenannten Schäffer-Patton-Affaire sind kein historisches Neuland mehr.[60] Wegen der Bedeutung dieser Vorgänge in den parteiinternen Auseinandersetzungen und der Legenden, die sich in den hier abgedruckten Protokollen und noch über Jahre und Jahrzehnte hinaus in Kreisen der CSU um dieses Ereignis rankten, sollen sie aber in Kürze in Erinnerung gerufen werden:

Die Lösung der drängenden Aufgaben, denen sich Schäffers bayerische Notstandsverwaltung gegenübersah, wurde zweifellos nicht gerade erleichtert durch eine Verpflichtung, die ihm die Militärregierung gleich bei seiner Ernennung besonders nahegelegt hatte: die Entnazifizierung der Verwaltung. Die am 28. Mai noch recht vage ergangene Anordnung wurde präzisiert durch eine USFET-Direktive vom 7. Juli 1945, die den Kreis der aus dem öffentlichen Dienst Entlassungspflichtigen genauer umriß. Betroffen waren danach nicht nur Mitglieder und Amtsträger der NSDAP und ihrer Gliederungen, sondern darüber hinaus, und zwar unabhängig von einer etwaigen Mitgliedschaft, auch die führenden Träger der Verwaltung; im Falle der Landesverwaltung Ministerialdirektoren, Regierungspräsidenten und Landräte.[61] Die schematische Entnazifizierungsdirektive bedeutete die Entlassung von etwa 30 Prozent aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten, darunter eine große Anzahl hochspezialisierter Beamter aus den Reihen des höheren und gehobenen Dienstes, unter denen besonders viele Parteimitglieder waren.[62]

Unter solchen Umständen eine arbeitsfähige Verwaltung aufzubauen, schien unmöglich. Schäffer, der die Funktionstüchtigkeit der bayerischen Staatsverwaltung zur Linderung der allgemeinen Not anstreben mußte, diese aber auch zur Unterstreichung der Vorzüge föderalistischer Pläne unter Beweis stellen wollte, begann schon vor Erlaß der USFET-Direktive vom 7. Juli, der Militärregierung die Probleme, die sich aus der politischen Säuberung für seine Regierungstätigkeit ergaben, vor Augen zu führen. Am 6. Juli 1945 erwog das Kabinett sogar seine Demission - als Protest gegen die Massenentlassungen, die die Bemühungen um den Verwaltungsaufbau paralysierten, den eigenen Entnazifizierungswillen lähmten und die Regierung Schäffer bald zu Defensivmaßnahmen provozierten. Ab August richtete der Vorläufige Ministerpräsident, dessen Bestürzung über die katastrophalen Auswirkungen der Säuberung vom gesamten Kabinett, einschließlich der Sozialdemokraten, geteilt wurde, mehrere Denkschriften über das Entnazifizierungsproblem an die Militärregierung, in denen er die schematische Entnazifizierungspraxis scharf kritisierte. Schäffer ging davon aus, daß eine Konzentration der Entnazifizierung auf die "wirklichen innerlichen Nazi" den betroffenen Personenkreis drastisch reduzieren und damit auch das Personalproblem entschärfen würde.[63] Das Kabinett Schäffer fand beim RMG durchaus Verständnis für die Probleme, die sich durch die Entnazifizierung ergaben, und "wahrscheinlich wur-

[60] Hierzu ausführlich Niethammer, Bayern 1945, S. 195ff., und ders., Mitläuferfabrik, v.a. S. 229ff.

[61] Einen informativen Überblick zur Entnazifizierung bietet die Einleitung von Clemens Vollnhals (Hrsg.), Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949, München 1991, hier S. 11. Als Standardwerk über den komplizierten Prozeß der politischen Säuberung in Bayern und der US-Zone gilt nach wie vor die umfangreiche Studie von Niethammer, Mitläuferfabrik.

[62] Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 254, Zahlen über die Entlassungen im öffentlichen Dienst: ebenda, S. 252.

[63] Ebenda, S. 174ff.

den [...] die zwischen RMG und der Landesregierung geführten Gespräche über Verzögerung und Änderung der Entnazifizierung vom Militärgouverneur gedeckt".[64]
George Smith Patton jun., der exzentrische General und Gouverneur des östlichen Militärdistrikts, war in erster Linie Antikommunist und nicht gerade ein Freund der Entnazifizierung. Mit seiner Einstellung befand er sich allerdings im krassen Widerspruch zu den Zielen amerikanischer Besatzungspolitik, wie sie in der für die US-Besatzungspolitik maßgeblichen Direktive JCS 1067 vom 26. April 1945[65] und der US-FET-Direktive vom 7. Juli 1945 niedergelegt waren.
Gerüchte über die unter Pattons Kommando verhältnismäßig lasche Durchführung der Entnazifizierung waren rasch über die Landesgrenzen hinausgedrungen. Der Verdacht, daß in Bayern die Dinge nicht zum besten stehen könnten, bewog USFET schon im Juni 1945, einen Stabsoffizier nach München zu schicken, der sich in der dortigen Special Branch umsehen sollte. Ernst Anspach, ein sozialdemokratischer deutscher Emigrant, gewann sehr bald nach seinem Eintreffen den Eindruck, daß die bayerische Landesregierung, die ihm auch wegen ihrer konservativen Zusammensetzung wenig behagte, die Entnazifizierung unterlaufe und darin vom RMG unterstützt werde. Da er bei seinen Vorgesetzten mit seinen Lageberichten auf wenig Resonanz stieß, lancierte er entsprechende Meldungen in die US-Presse, die diese in skandalträchtigen Schlagzeilen verwertete. Der "Bavarian Scandal" verursachte in den USA einiges Aufsehen, zeitigte jedoch vorerst keine ernsteren Konsequenzen. Dies auch deshalb, weil vor der Potsdamer Konferenz, in der sich die Alliierten im Juli/August 1945 auf gemeinsame Richtlinien der Besatzungspolitik verständigten, und im Zuge der erst allmählichen Konsolidierung der Militärregierung eher Improvisation als klare Linien die Maßnahmen der Amerikaner leiteten. Dies zeigte sich gerade auch in der Frage der Entnazifizierung, die die Besatzungsmacht durch immer wieder neue, zum Teil überstürzt erlassene Direktiven zu lösen versuchte.
Patton kam deshalb zunächst mit einer Verwarnung davon. Er wurde vom amerikanischen Militärgouverneur Dwight D. Eisenhower und seinem Stellvertreter Lucius D. Clay im August 1945 lediglich zu einem klärenden Gespräch geladen, in dem er eindringlich zur Raison gerufen wurde. Die Warnung zeigte jedoch nicht die gewünschte Wirkung. Am 21. September kritisierte Patton in einem Interview die Entnazifizierung als aufbauhemmend und stellte - was viel schlimmer war - zur Bekräftigung seines Standpunktes dann auch noch Parallelen zu amerikanischen Verhältnissen her. Über das, was er genau gesagt hatte, kursierten verschiedene Versionen, entscheidend aber war, daß seine Äußerung in den USA "so aufgefaßt wurde, als habe er sagen wollen, ein Anhänger Hitlers sei ungefähr dasselbe wie ein Anhänger Roosevelts."[66] Das Interview löste in den USA einen Sturm der Entrüstung aus und brachte Bayern erneut ins Zentrum der Aufmerksamkeit.
Clay schickte unverzüglich seinen politischen Berater, Robert D. Murphy, nach München, der sich vor Ort ein Bild über den Stand der Entnazifizierung verschaffen, die für ihren vermuteten Boykott Verantwortlichen namhaft machen und gegebenenfalls sofort handeln sollte. Murphy hielt sich drei Tage in München auf und spürte durch Befragungen von Militärregierungsoffizieren, der Schäffer-Regierung und Repräsen-

[64] Ebenda, S. 231. Eine ausführliche Charakterisierung Pattons in: Ders., Bayern 1945, S. 184f.
[65] Text der Direktive z.B. in: Documents on Germany under Occupation, S. 13ff.
[66] Niethammmer, Mitläuferfabrik, S. 234.

tanten der bayerischen Parteien sowie Aktenprüfungen den bayerischen Mißständen nach. Tatsächlich erwies sich, so kabelte er am 3. Oktober in einem geheimen Telegramm nach Washington, daß die Zeitungsberichte weit übertrieben und der Regierung Schäffer keine allzu großen Vorwürfe zu machen waren.[67]
Murphy war offensichtlich angenehm überrascht und hatte auch den Eindruck gewonnen, daß mit Schäffer kein Freund der Nationalsozialisten an die Spitze der ersten bayerischen Nachkriegsregierung gelangt war. Angesichts seiner günstigen Beurteilung der Lage in München scheinen die Konsequenzen, die er veranlaßte, um so befremdlicher und auch widersprüchlich: Er empfahl nämlich - so berichtete er dem amerikanischen Außenminister Byrnes -, Schäffer als Ministerpräsidenten abzusetzen, gleichzeitig plädierte er aber dafür, die bayerische Regierung zu stärken und ihr mehr Verantwortlichkeit und größere Autorität zuzumessen.[68]
Gründe für seine Empfehlung, Schäffer trotz seines positiven Eindrucks des Amtes zu entheben, nannte Murphy dem Außenminister nicht. Es spricht einiges dafür, daß Schäffer von vornherein geopfert werden sollte, um durch diese personelle Konsequenz den Angriffen gegen Patton die Schärfe zu nehmen.[69] Für die Umbildung der bayerischen Regierung sprachen aber vor allem andere Gründe, die in Murphys Empfehlung, die Stellung der bayerischen Regierung zu stärken, auch anklingen und die mit der Entnazifizierungsfrage gar nichts zu tun hatten. Im September 1945 war deutlich geworden, daß sich die gemeinsame alliierte Herrschaft in Deutschland sehr viel schwieriger gestaltete als erwartet und sich insbesondere die im Potsdamer Abkommen vereinbarte Behandlung Deutschlands als Wirtschaftseinheit nicht realisieren ließ. Die Amerikaner widmeten ihre Aufmerksamkeit daher verstärkt dem politischen Aufbau ihrer Zone, gemäß ihren föderalistischen Vorstellungen insbesondere auch im Sinne einer Stärkung der Länder, deren demokratische Konsolidierung, beginnend mit der Bildung der Länder Bayern, Groß-Hessen und Württemberg-Baden am 19. September 1945, forciert wurde.[70] Vor diesem Hintergrund ist Murphys Empfehlung der Kompetenzerweiterung der bayerischen Regierung zu verstehen, und diese Planungen sprachen entschieden für die Ablösung Schäffers. Dessen gouvernementales Regierungskonzept einer apolitischen Notstandsverwaltung unter langfristiger Ausschaltung parteipolitischer und anderer demokratischer Einflüsse stand den amerikanischen Plänen diametral entgegen.
War schon angesichts solcher übergeordneter Überlegungen, von denen man in Bayern allerdings nichts erfuhr, das Schicksal der Schäffer-Regierung besiegelt, so kam noch hinzu, daß zur gleichen Zeit wie Murphy noch ein anderer Mann nach München gekommen war, um im Auftrag der Armeeführung die politische Lage zu erkunden. Walter L. Dorn, politischer Berater General Eisenhowers, erstattete dem amerikanischen Hauptquartier in Frankfurt am 28. September Bericht. Bei ihm hatte der Besuch in München ganz andere Eindrücke hinterlassen als bei Murphy. Vermutlich sah er veraltete Bilanzen der Entnazifizierung, die in den letzten Wochen intensiviert worden war. Sein Bericht machte den Militärgouverneur so wütend, daß dieser mit dem Gedanken spielte, Schäffer zu verhaften. Schließlich befahl er aber dann doch nur,

---

67 Murphy an den Secretary of State, 5. Oktober 1945, NA RG 165, Box 175, Sec II.
68 Ebenda.
69 Niethammer, Bayern, S. 201, geht davon aus.
70 Ausführlicher hierzu: Barbara Fait, "In einer Atmosphäre von Freiheit". Die Rolle der Amerikaner bei der Verfassunggebung in den Ländern der US-Zone 1946, in: VfZ 33 (1985), S. 427ff.

den Ministerpräsidenten und die Minister, die seine Politik unterstützt hätten, unverzüglich zu entlassen. Gefragt, wer als Nachfolger in Frage käme, nannte Dorn den Namen Wilhelm Hoegner, und damit war die Entscheidung auch schon gefallen. Noch am Spätnachmittag des 28. September mußte Patton, der wenige Tage später strafversetzt wurde, als eine seiner letzten Amtshandlungen in Bayern entsprechende Anweisungen nach München telefonieren, und gegen 20 Uhr desselben Tages wurde Schäffer durch den Sozialdemokraten Hoegner abgelöst.[71]

Für den von den Ereignissen total überrumpelten Schäffer bedeutete es nur wenig Trost, daß Robert Murphy seine Entlassung am folgenden Tag zu einem freiwilligen Rücktritt umdekorierte. Tief verletzt und in Unkenntnis der realen Hintergründe sah er in seinem innerparteilichen Hauptkontrahenten Josef Müller den für seine Degradierung maßgeblich Verantwortlichen.[72] Daß der künftige CSU-Landesvorsitzende, der sich gern seiner guten Beziehungen zur Besatzungsmacht rühmte, angesichts der skizzierten Zusammenhänge keinerlei Einfluß auf das Schicksal der ersten bayerischen Nachkriegsregierung nehmen konnte, steht außer Frage. Doch entbehrte Schäffers wiederholt geäußerter Verdacht, Müller habe seinen Sturz herbeigeführt, insofern nicht jeder Grundlage, als Müller seit Anfang September tatsächlich rege Aktivitäten mit dem Ziel der Ablösung der Schäffer-Regierung entfaltet hatte.

Die gouvernementale, antiparteiliche Ausrichtung der Regierung Schäffers mußte in dem Maße, in dem das politische Leben in Bayern sich allmählich reaktivierte, zu immer größerem Widerspruch reizen. Noch bevor die amerikanische Militärregierung im August 1945 die Wiederzulassung politischer Parteien ankündigte, hatten die Gründungszirkel der Kommunistischen Partei um Bruno Goldhammer und der Sozialdemokratischen Partei um Albert Roßhaupter und Wilhelm Hoegner sich zu einer lockeren Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, die sich schon seit Juni um eine baldige Legalisierung der Parteien bemühte und die "diktatorische Politik" der Schäffer-Regierung immer schärfer kritisierte. Schon am 8. August 1945 setzte die Arbeitsgemeinschaft dem gouvernementalen Konzept Schäffers ein Gegenkonzept in Form eines gemeinsamen Aktionsprogramms entgegen. Die darin geforderten durchgreifenden sozialen und politischen Reformen sollten im solidarischen Zusammenwirken aller "antifaschistischen Bevölkerungskreise" realisiert werden.[73] Frühe Versuche, im Einklang mit diesen Bündnisvorstellungen auch Repräsentanten der ehemaligen BVP für die gemeinsame Sache zu gewinnen, waren über winzige Ansätze nicht hinausgekommen, da noch völlig offen war, in welcher Gestalt eine künftige bayerische bürgerliche Partei hervortreten würde. Nachdem die Militärregierung aber den Startschuß zur Parteienbildung abgegeben und damit auch eine in Kürze zu erwartende Politisierung der Regierung signalisiert hatte, gaben jene Kreise innerhalb des bürgerlichen Lagers ihre Zurückhaltung auf, die Neues wollten und ein Wiederaufleben der alten Bayerischen Volkspartei zu verhindern gedachten.

Mit Schäffer als Ministerpräsident stand ausgerechnet der ehemalige Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei und Hauptexponent ihrer Wiederbelebung an der Spitze der

---

[71] Hierzu auch Hoegner, Außenseiter, S. 200f.

[72] Die Vorgänge kamen ausführlich am zweiten Tag der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 31. März 1946 zur Sprache (Dok. Nr. 12, S. 110ff., 137ff.). Das Protokoll belegt deutlich die persönliche Verletztheit Schäffers.

[73] Ausführlicher hierzu Niethammer, Bayern 1945, S. 191f., der auch die Inhalte des Aktionsprogramms schildert.

bayerischen Regierung, was diesen Bestrebungen vermutlich einen erheblichen innerparteilichen Bonus verschaffen würde. Schäffer selbst leitete seinen Führungsanspruch in der entstehenden Partei nicht zuletzt aus seinem Staatsamt ab. Wie Müller später dem Erweiterten Vorläufigen Landesausschuß berichtete, hatte Schäffer im Zuge der Auseinandersetzungen um die Führung der Union klipp und klar erklärt, die Amerikaner hätten ihn als früheren Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei zum Ministerpräsidenten ernannt, "infolgedessen könnte er jetzt von seinen Freunden, von den Leuten erwarten, daß [...] er hier die Gründung vollziehe und die Führung übernehme."[74]

Die innerparteilichen Machtkämpfe, deren Ausgang im August/September 1945 noch offen war, ließen aus der Sicht der Müller-Freunde einen Regierungswechsel also geboten erscheinen, und seit August 1945 trafen sich die Hauptexponenten der neuen Linie, Adam Stegerwald und Josef Müller, mit Vertretern der KPD und SPD, um sich auf den Fall der Politisierung oder Entlassung der Schäffer-Regierung vorzubereiten. Insbesondere Stegerwalds Interesse, Schäffers Nachfolge anzutreten, war in München ein offenes Geheimnis, aber auch Müller zeigte sich nicht abgeneigt. Am 14. September stand als Ergebnis der überparteilichen Beratungen eine Ministerliste fest, an deren Spitze Müller als Ministerpräsident stand.[75] Der designierte Regierungschef nahm in der Folgezeit die Dinge recht entschlossen in die Hand. Waren die "interfraktionellen" Besprechungen über die Regierungsumbildung im August noch von den Linksparteien initiiert worden, so war es im September Müller, der dazu lud und seine vermeintlich künftige Rolle als Regierungschef schon vorab ganz ausfüllte.[76] Als Schäffers Stuhl durch die Patton-Affaire ins Wanken geriet, präsentierte er dem interfraktionellen Kreis am 28. September flugs ein von ihm entworfenes Programm für eine "Regierung auf demokratischer Grundlage",[77] zu dessen Realisierung er jedoch keine Gelegenheit bekam. Denn während die Herren noch bis etwa 20 Uhr die wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung berieten, befand sich der neue Ministerpräsident Hoegner bereits auf dem Weg zur Militärregierung, um dort wenig später "aus allen Wolken" zu fallen.[78]

Schäffer hatte also recht, wenn er argwöhnte, Müller habe zu jenen Kreisen gezählt, "die die Stellung [...] der damaligen Landesregierung in gar keiner Weise unterstützt, sondern bewußt untergraben haben".[79] Er irrte jedoch in der Annahme, Müller habe auf die amerikanische Entscheidung auch nur den geringsten Einfluß ausüben können.

5. *Der Höhenflug des "Ochsensepp". Müllers Weg zum Parteivorsitz*

Sollten die Verhandlungen um die entstehende CSU zwischen dem 24. und 28. September tatsächlich in ein ruhigeres Fahrwasser geraten sein, so standen die Zeichen ab dem 28. September wieder auf Sturm. Eigentlich hätten die Gründungsvorbereitungen schon am 2. Oktober zu einem ersten Abschluß kommen sollen. Der Entwurf eines Rundschreibens, mit dem Scharnagl am 1. Oktober zu einer konstituierenden

---

[74] Vor dem Erweiterten Vorläufigen Landesausschuß am 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 130f.

[75] Aktennotiz vom 14. September 1945, ungezeichnet, Kopie im Besitz d.V.

[76] Niederschriften der interfraktionellen Besprechungen am 20. und 28. September 1945, ACSP, NL Müller 8.

[77] Undatierter, ungezeichneter Entwurf des Regierungsprogramms, ACSP, NL Müller 227.

[78] Hoegner, Außenseiter, S. 200.

[79] Schäffer vor dem Erweiterten Vorläufigen Landesausschuß am 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 110.

Sitzung der Bayerischen Christlich-Sozialen Union am 2. Oktober einladen wollte, war schon vorbereitet. Verschiedene Besprechungen über "die Möglichkeit der Erfassung aller Kreise unseres Volkes, die den Aufbau einer Staats- und Gesellschaftsordnung auf positiver Grundlage erstreben, zu einer einheitlichen politischen Organisation" hatten, so hieß es darin, "erfolgreich zu einem Ergebnis geführt". Eine erste Voranmeldung bei der Militärregierung unter dem Namen "Bayerische Christliche Soziale Union" sei bereits erfolgt.[80]

Letzteres traf zwar zu, doch war die Gruppe um Scharnagl und Müller nicht die einzige, die mit der Voranmeldung bei der Militärregierung ein Präjudiz zu schaffen versucht hatte. Bei der Militärregierung waren bis zum 8. Oktober nicht weniger als "zehn bis zwölf" Voranmeldungen für Parteien in München eingelaufen, "eine Erscheinung", die den zuständigen politischen Offizier veranlaßte, "einen ernsten Appell an die Vertrauensmänner der verschiedenen Gruppen zu richten".[81] Daß unter diesen Gruppen auch eine um Schäffer und Pfeiffer vertreten war, ist sehr wahrscheinlich. Sicher ist, daß Schäffer in verschiedenen Orten außerhalb Münchens erfolgreich für die Gründung einer Partei unter dem Namen "Bayerischer Volksbund" initiativ wurde und daraus auch kein Geheimnis machte.[82]

Fest steht ferner, daß die zwischenzeitlich verfolgten Pläne der Schäffer-Gruppe zur Gründung einer Konkurrenzpartei in München bis zum 11. Oktober wieder begraben wurden. Inzwischen hatten weitere Besprechungen zur Vorbereitung der Parteigründung stattgefunden, in denen offensichtlich eine neuerliche Einigung erzielt worden war.[83] Am 11. Oktober konnten sich schließlich im Münchner Rathaus etwa 100 Personen zur feierlichen Gründungsversammlung der CSU "in München" versammeln (Dokument Nr. 3). Mit auffälliger Betonung teilte Scharnagl diesem Forum in seiner langen Eröffnungsrede mit, daß der Appell der Militärregierung erfreulicherweise dazu geführt habe, daß *eine* der ursprünglichen Voranmeldungen zugunsten der Union zurückgezogen worden sei. Tatsächlich dürfte aber nicht nur die Mahnung der Militärregierung dazu beigetragen haben, daß eine Abspaltung der Schäffer-Gruppe verhindert werden konnte. Das Protokoll der Münchener Gründungsversammlung läßt darüber hinaus rege parteiinterne Aktivitäten erahnen, die mit dem Ziel entfaltet worden waren, eine Verständigung schließlich doch noch zu ermöglichen.

Diese konstituierende Sitzung der Christlich-Sozialen Union in München war nämlich - und zwar nicht nur mit Blick auf die Militärregierung - ausdrücklich und ausschließlich als Münchner Angelegenheit zu betrachten. Scharnagl erklärte am 11. Oktober, es sei "noch nicht an der Zeit, über irgendwelche Gedanken, Pläne, Notwendigkeiten, die über den Stadtkreis hinausgehen, Erörterungen anzustellen oder gar Festlegungen zu treffen. Das soll und muß unter allen Umständen verhindert werden und muß unterbleiben, einmal, weil die Militärregierung es noch nicht gestattet, dann aber auch, weil tatsächlich die Verhältnisse zu verschieden liegen". Damit waren die Motive der "unter allen Umständen" zu wahrenden lokalen Beschränkung auf den Kreis München

---

[80] Scharnagl an "Verehrter Herr!", 1. Oktober 1945, ACSP, NL Müller 1.

[81] Gründungsversammlung der CSU-München, 11. Oktober 1946, Dok. Nr. 3, S. 9.

[82] Schäffer an Baumgartner, 17. Oktober 1945, IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 1.

[83] Über die Inhalte dieser Besprechungen ist wenig bekannt; nachweislich fand eine Sitzung am 5. Oktober statt, auf der u.a. der Beschluß gefaßt wurde, Unionsmitgliedern ihre Mitarbeit an der Regierung Hoegner freizustellen (Dok. Nr. 5, S. 24). Im Entwurf des Einladungsrundschreibens von Scharnagl wird Bezug auf mehrere Besprechungen genommen, über deren Inhalte und Termine nichts ausgesagt wird.

für die Kenner der Szenerie offen genug aufgedeckt.[84] Mit dem Hinweis auf die heterogenen Verhältnisse im Lande, mit dem Scharnagl die in der Tat sehr verschiedenen Voraussetzungen für eine Parteiarbeit in den drei großen bayerischen Traditionszonen im fränkischen, schwäbischen und altbayerischen Raum andeutete, war nämlich zugleich das Kardinalproblem der Union schlechthin angesprochen, das keineswegs allein zeitbedingt war: Die "verschiedenen Verhältnisse" waren gewissermassen ein Synonym für die beiden großen gegnerischen Kräfte in der Union, deren Rivalität die Partei in den kommenden Jahren vor immer neue Zerreißproben stellte. Weil der Kampf zwischen Schäffer und Müller am 11. Oktober noch längst nicht ausgestanden war, es auf der anderen Seite aber dringend erforderlich erschien, wenigstens auf lokaler Ebene zu einer arbeitsfähigen Lösung zu gelangen, wurde der Münchner Bereich ausdrücklich von der Landespartei isoliert, deren Gestaltung damit zunächst offengehalten wurde. Mit diesem Kompromiß war aber die Sprengkraft des eigentlichen Kerns der Auseinandersetzungen, in denen es um die organisatorische und programmatische Ausrichtung, vor allem aber um die Führung der Landespartei ging, keineswegs entschärft.

Die Tendenz zur zeitlichen Verschiebung des Konfliktes hatte sich schon vorher angekündigt. Scharnagl hatte Schäffer bereits am 22. September mit dem Argument zu beruhigen versucht, daß die "für die örtliche politische Tätigkeit erstrebte Regelung", nämlich die Bildung der Christlich-Sozialen Union in München auf der Grundlage der am 12. September gefaßten Beschlüsse, einer von Schäffer "gewünschten Regelung für Bayern" nicht vorgreifen wolle.[85] Das entsprach zwar ganz und gar nicht den Intentionen des Münchner Gründerzirkels, der von Anfang an die führende Rolle in ganz Bayern angestrebt hatte, doch offensichtlich glaubten die Verfechter des Unionsgedankens, daß die Zeit für sie arbeiten werde - ein Kalkül, das schließlich aufging.

Am Ende der Münchner Gründungsversammlung, deren spannungsgeladene Atmosphäre eher zwischen den Zeilen des Protokolls zum Ausdruck kommt, stand wiederum die Wahl eines Ausschusses. Dieser sollte für München die "notwendigen Vorarbeiten der endgültigen Formulierung des Programms unter Festlegung der Satzung" durchführen. Seine personelle Zusammensetzung war schon im Vorfeld der Gründungsversammlung abgesprochen worden. Vorgesehen war nur, wie Scharnagl erläuterte, die Ergänzung eines vor "etwa 14 Tagen" gebildeten sechsköpfigen Ausschusses durch die Person Walther von Millers.[86] Als Scharnagl jedoch pflichtgemäß die Versammlung aufforderte, zu seinen Vorschlägen Stellung zu nehmen, kam es zu einem unerwarteten Zwischenfall. Michael Horlacher, der in den folgenden Wochen wiederholt als "Geburtshelfer" Müllers in Erscheinung trat, stellte überraschend den Antrag auf Unterbrechung der Sitzung, "damit eine gegenseitige Verständigung stattfinden kann. Denn ich möchte bemerken, daß es bezüglich des Vorschlags der sechs bzw. sieben Ausschußmitglieder Schwierigkeiten geben wird, und es könnte dadurch die Einmütigkeit gestört werden."[87]

---

[84] Dok. Nr. 3, S. 9.

[85] Scharnagl an Schäffer, 22. September 1945 (wie Anm. 19).

[86] Dok. Nr. 3, S. 9f. Weitere Anhaltspunkte zu diesem Ausschuß über die Hinweise in Dok. Nr. 3 hinaus waren nicht zu finden. Die Formulierung "vor etwa 14 Tagen" könnte sich auf die Sitzung am 24. September (vgl. S. XXIIIf.) beziehen.

[87] Ebenda, S. 10.

Nach einer nur viertelstündigen Unterbrechung der Versammlung stand plötzlich ein völlig neues Gremium zur Abstimmung, hatten sich doch in letzter Minute "Differenzen ergeben bei zwei Herren, die dem Ausschuß angehören". Um eine volle Einigkeit herbeizuführen und "die Differenz, die zwischen Müller und Schäffer besteht, zu klären", schlug Scharnagl vor, da "nun diese beiden Herren ausfallen würden", einen Vorstand für München zu bestellen, in dem weder Müller noch Schäffer vertreten waren.[88] Der von der Versammlung schließlich mit großer Mehrheit (63:27 Stimmen) bestätigte Vorstand für München-Stadt war eindeutig eine Not- und Kompromißlösung. In seiner Zusammensetzung wohlabgewogen, waren mit Walther von Miller und Wilhelm Eichhorn als gleichberechtigten Vorsitzenden zwei "Verlegenheitskandidaten"[89] an die Münchner Parteispitze gelangt. Diese waren zwar jeweils einer der rivalisierenden Kerngruppen zuzurechnen,[90] doch sie zählten politisch nicht gerade zu den Profiliertesten und hatten sich aus den Scharmützeln der vergangenen Wochen herausgehalten.

Damit war das offene Duell Schäffer-Müller endgültig vertagt. Schäffer und vor allem Alois Hundhammer, der inzwischen Pfeiffer als dessen engsten Mitstreiter abgelöst hatte, zeigten sich über diese Wendung zwar überrascht und wenig erfreut, und Hundhammer protestierte gegen die gefundene Lösung mit dem Hinweis, trotz aller Differenzen, "die bestanden haben, haben die beiden Herren Schäffer und Dr. Müller in dem Ausschuß zunächst zusammengearbeitet, und zwar ersprießlich".[91] Zu ernsthafteren Auseinandersetzungen kam es in dieser "Angelegenheit", die in "verhältnismässiger Ruhe und Ordnung [...] erledigt" wurde, aber laut Protokoll nicht.[92]

Daß der personalpolitische Schachzug, Müller und Schäffer aus der Münchner Parteiführung herauszulösen, nicht nur mit Wissen sondern sogar als taktisches Manöver der Müller-Riege erfolgte, ist schon deswegen zu vermuten, weil die Initiative von Horlacher ausging, der in den folgenden Wochen den Zielen des "Ochsensepp" wiederholt mit raffinierten Kunstgriffen zum Durchbruch verhalf. Auf eine wohlüberlegte Aktion deuten aber auch andere Indizien. Pragmatische Überlegungen, auch in personeller Hinsicht die "rein lokale Gründung in München" im Interesse einer Einigung ausdrücklich isoliert von der Frage der "Parteiführung für das Land" zu betrachten,[93] hatte es im Umfeld Müllers nämlich gegeben. Nach Schäffers Absetzung als Ministerpräsident standen die Chancen recht gut, daß sein Name über kurz oder lang an Zugkraft verlieren würde, besonders dann, wenn außerdem gewährleistet war, daß er auch parteipolitisch nicht an vorderster Front in Erscheinung trat.

Die Müller-Gruppe hatte noch einen weiteren Grund, mit dem Verlauf der Gründungsversammlung vollauf zufrieden zu sein. Die Namensfrage, die neben der Wahl des Ausschusses ebenfalls zur Abstimmung stehen sollte, war in der Aufregung über die Personaldiskussion völlig untergegangen. Und als sich am 8. Januar 1946 erstmals Vertreter aus allen Teilen Bayerns zur konstituierenden Sitzung auf Landesebene tra-

88 Ebenda, S. 10f.

89 So bezeichnete Eichhorn selbst seine Funktion in einem Schreiben an Schäffer vom 2. Februar 1946, Kopie im Besitz d.V.

90 Eichhorn war der Gruppe Müller, von Miller der Schäffer-Gruppe zuzurechnen: Alf Mintzel, Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen 1977, S. 59.

91 Dok. Nr. 3, S. 11.

92 Scharnagl am 3. Oktober 1945, Dok. Nr. 3, S. 12.

93 Semler an Müller, 22. September 1945, ACSP, NL Müller 5.

fen (Dokument Nr. 6), stand der zwar nach wie vor "doch zum Teil umstrittene Name"[94] längst nicht mehr ernsthaft zur Diskussion.
Mit der Entscheidung vom 11. Oktober hatte der Vorbereitende Ausschuß formal seine Legitimation verloren. Dessen ungeachtet setzten einige seiner Mitglieder ihre Aktivititäten zur Vorbereitung der Landesparteigründung unverdrossen fort. Während sich der Münchner Vorstand fortan vor allem örtlichen Fragen widmen wollte, sollte, so hatten von Miller und Scharnagl vereinbart, Scharnagl "im Auftrag der Münchner Union vorläufig Landesfragen" bearbeiten.[95] Scharnagl, der seinen ablehnenden Standpunkt gegenüber einer Neuauflage der Bayerischen Volkspartei zwar wiederholt in aller Deutlichkeit ausgesprochen hatte, aber gleichzeitig Schäffer mehrfach seine persönliche Loyalität zugesichert und seine mangelnde Bereitschaft, selbst "als Führer für die neue Organisation benannt zu sein", zuletzt am 22. September bekräftigt hatte,[96] schlüpfte wohl aus eben diesem Grund und eher unfreiwillig immer stärker in die Rolle eines von beiden Seiten beanspruchten Vermittlers, dessen Sympathien freilich immer deutlicher Müller zuneigten.
Ob Scharnagl die praktische Ausführung des ihm erteilten Auftrages, Landesfragen zu bearbeiten, formell Müller oder anderen Teilnehmern einer Besprechung über "Organisations- und Pressefragen" übertragen hatte, die sich am 25. Oktober in der Kanzlei Dr. Müllers in der Münchner Gedonstraße trafen (Dokument Nr. 4), ist nicht zu belegen. Angesichts der zupackenden Energie, mit der sich der kleine Kreis dieser Fragen annahm, ist dies aber zu vermuten. So beschloß die Runde an diesem Tag etwa die Errichtung eines Münchner Sekretariats als Koordinierungsstelle für das Land, schuf also bereits den Vorläufer der künftigen CSU-Landesgeschäftsstelle. Ferner einigte sie sich darauf, künftig "möglichst in jeder Woche zur gleichen Zeit am gleichen Ort" in der Kanzlei Dr. Müller zusammenzukommen. "Im Hinblick auf den inoffiziellen Charakter der Besprechungen", so waren sich die Anwesenden immerhin einig, war "die Zuziehung weiterer interessierter Teilnehmer freigestellt". Welch seltsamer Widerspruch! Die Beschlüsse vom 25. Oktober über organisatorische und Pressefragen, nicht zuletzt der Beschluß über die Errichtung eines vorläufigen Generalsekretariats, lassen sich mit der nüchternen Feststellung des inoffiziellen Charakters der zukünftigen Besprechungen und damit auch des am 25. Oktober tagenden Gremiums selbst nur schwer in Einklang bringen.
Da die Überlieferung für das Jahr 1945 ziemlich lückenhaft ist und sich für die nachfolgenden Wochen zwar Hinweise darauf finden lassen, daß weitere vorbereitende Besprechungen stattfanden, jedoch weder Sitzungsprotokolle noch Notizen über deren Verlauf, sind die Entwicklungen bis zur nächsten entscheidenden Sitzung am 17. Dezember (Dokument Nr. 5) kaum zu erhellen. Auch ist angesichts der Quellenlage nicht zweifelsfrei festzustellen, um was für einen Kreis es sich handelte, der künftig wöchentlich zur gleichen Zeit und am gleichen Ort Fragen des Parteiaufbaus, erklärtermaßen mindestens der Parteipresse, zu erörtern plante. Es spricht aber einiges dafür - Ort und Termin der nächsten, für Mittwoch, den 31. Oktober, 16 Uhr, in Aussicht genommenen Sitzung und der Hinweis auf den inoffiziellen Charakter der Besprechungen, zu denen andere interessierte Kreise hinzugezogen werden sollten -, daß die am 25. Oktober angekündigten regelmäßigen Besprechungen nichts anderes waren als

[94] Erweiterter Vorläufiger Landesausschuß am 8. Januar 1946, Dok. Nr. 6, S. 23.
[95] Besprechung über Organisations- und Pressefragen am 25. Oktober 1945, Dok. Nr. 4, S. 13.
[96] Scharnagl an Schäffer (wie Anm. 19).

die Zusammenkünfte des sogenannten "Mittwoch-Nachmittag-Aussprache-Kreises", der nach dem Spitznamen seines Initiators, des "Ochsensepp", auch "Ochsen-Club" genannt wurde.[97] Die Treffen des Ochsen-Clubs, zu denen vor allem Anhänger Müllers erschienen, fanden seit Juli 1945 ziemlich regelmäßig in der Kanzlei in der Gedonstraße statt. Obwohl der Mittwoch-Nachmittag-Aussprache Kreis sich 1945/46 zur festen Institution der Union entwickelte, war dieser lockere Gesprächszirkel alles andere als ein parteioffizielles Gremium. Und ganz sicher handelte es sich bei seinen (zum Teil wechselnden) Gästen auch nicht um einen Personenkreis, dem die Initiative zur Vorbereitung der Gründung der Landespartei übertragen worden wäre. Trotzdem wurden in der Gedonstraße weiterhin entscheidende Weichen für die künftige Entwicklung gestellt.

Am 25. November 1945 fanden die Gründungsvorbereitungen für München mit der Einreichung des Antrags auf Lizenzierung der Christlich-Sozialen Union München bei der Militärregierung einen vorläufigen Abschluß.[98] Zu den 31 alphabetisch aufgeführten Sponsoren (Bürgen) der Münchner Partei zählten auch Müller und Schäffer. Am gleichen Tag wandten sich die beiden Vorsitzenden des Vorbereitenden Ausschusses der Christlich-Sozialen Union München, Wilhelm Eichhorn und Walther von Miller, mit einem Aufruf an "die gleichgesinnten Freunde im ganzen Bayernland",[99] um sie davon in Kenntnis zu setzen, daß nun von der Militärregierung auch die Bildung einer Landesorganisation zugelassen werden würde. Folgende Herren, "die besonders enge Verbindungen mit den Kreisen außerhalb Münchens haben", waren vom Vorbereitenden Ausschuß München ersucht worden, "die nötigen Vorarbeiten zu leiten": Wilhelm Eichhorn, Michael Horlacher, Alois Hundhammer, Heinrich Krehle, Carl Lacherbauer, Walther von Miller, Josef Müller, Fritz Schäffer und August Schwingenstein.[100] Die auch hier eingehaltene alphabetische Ordnung der Namen war kein Zufall, denn die politische Führung der Landespartei war nach wie vor heftig umstritten. Eingeweihten konnte aber nicht entgehen, daß Schäffer mehr und mehr an Boden verlor.

Das Protokoll der ersten überlieferten Sitzung[101] dieses vorbereitenden Landesausschusses am 17. Dezember 1945 (Dokument Nr. 5) zeigt die inzwischen bereits sehr starke Dominanz Josef Müllers. Dessen Position war auch durch die Absetzung Schäffers als Ministerpräsident gestärkt worden. Schäffer selbst war allerdings an seiner politischen Talfahrt nicht ganz unschuldig. Menschlich enttäuscht und tief gekränkt hatte er die aus seiner Sicht "unlauteren Mittel", mit denen gegen seine Person unter Anwendung "jede[r] mögliche[n] Form der Kränkung" gearbeitet worden sei,[102]

---

[97] Müller, Konsequenz, S. 307; Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller, Lehrjahre der CSU. Eine Nachkriegspartei im Spiegel vertraulicher Berichte an die Militärregierung, Stuttgart 1984, S. 21f. Die Dokumentation enthält Berichte über die Zusammenkünfte des Ochsen-Clubs für den Zeitraum zwischen April 1946 und Januar 1948.

[98] Application for the Organization of a Democratic Political Party, 25. November 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 41.

[99] Vorbereitender Ausschuß der Christlich-Sozialen Union München, 25. November 1945, an den Verehrten Freund, Dok. Nr. XI, S. 1751f.

[100] Ebenda.

[101] In einer parteiintern erstellten kleinen Chronik beginnt die Geschichte der Landespartei mit der Sitzung des Vorläufigen Ausschusses am 17. Dezember 1945, doch hat der Vorbereitende Landesausschuß nachweislich bereits am 30. November getagt: Schäffer an Eichhorn, 1. Dezember 1945 (Kopie im Besitz d.V.).

[102] Schäffer an Eichhorn, 26. Januar 1946, Kopie im Besitz d.V.

seinerseits mit politisch unklugen Rundumschlägen beantwortet und damit seine eigene Position immer weiter verschlechtert. Zerstritten hatte er sich unter anderem auch mit so einflußreicher Prominenz wie Schlögl und Horlacher,[103] die als Bauernführer ein sehr gewichtiges Wort in der Union mitzusprechen hatten.
Ausschlaggebend für Müllers immer deutlicher zu Tage tretende Führungsposition innerhalb der Landespartei dürfte jedoch neben seiner überzeugenderen Parteikonzeption seine allgegenwärtige Rührigkeit gewesen sein, die überall ihre Spuren hinterließ und ihm nicht nur Feinde, sondern vor allem auch einflußreiche Freunde verschafft hatte. Zu diesen zählte in diesen Wochen speziell Michael Horlacher, der seit dem 11. Oktober zur Schlüsselfigur im Kampf um die Parteiführung avancierte. Auf Horlachers Initiative fielen am 17. Dezember 1945 zwei für die weitere Entwicklung äußerst wichtige Vorentscheidungen. Er stellte nämlich scheinbar beiläufig "den Antrag, daß wir aus der Mitte dieses Ausschusses einen vorläufigen Vorsitzenden dieses vorläufigen Landesausschusses wählen." Der Ausschuß erklärte sich einverstanden, und "auf Vorschlag von Dr. Horlacher wurde Dr. Müller einstimmig als vorläufiger Vorsitzender des vorbereitenden Landesausschusses gewählt".[104]
Der auf den ersten Blick harmlos anmutende Beschluß hatte es in zweierlei Hinsicht in sich: Zum einen hatte sich der Vorbereitende Ausschuß selbst zum Vorläufigen Landesausschuß erhoben. Dem Landesausschuß aber oblag es gemäß den (Vorläufigen) Satzungen (Dokument Nr. XIII), die am 8. Januar 1946 vom "Vorläufigen Erweiterten Landesausschuß", bestätigt wurden (Dokument Nr. 6), die "Richtlinien für die politische Arbeit der Partei" zu bestimmen. Faktisch übernahm der Vorläufige Landesausschuß, der sich seit der Bamberger Tagung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946 Landesarbeitsausschuß nannte und seither um Vertreter aus allen bayerischen Bezirken erweitert worden war, die Funktion eines Landesvorstandes. Dessen Wahl erfolgte erst am 6. Dezember 1946 nach vorheriger Verabschiedung der eigentlichen Parteisatzung am 4. Oktober und ihrer Genehmigung durch die Militärregierung am 29. Oktober 1946.[105]
Zum anderen war Müller damit in ein Amt gewählt worden, das es dem ebenso schlauen wie entschlossenen politischen Aufsteiger leicht machte, übergangslos in die Rolle eines vorläufigen Landesvorsitzenden zu schlüpfen. Mit einem Rundschreiben vom 31. Dezember 1945, das zusammen mit anderen Materialien als Broschüre in einer Auflage von 30.000 Exemplaren verteilt wurde, informierte der Vorläufige Landesausschuß die Parteifreunde im ganzen Lande: "Zum vorläufigen Landesvorsitzenden der Union wurde am 17. Dezember 1945 Herr Rechtsanwalt Dr. Josef Müller gewählt." Gezeichnet war der Rundbrief mit größter Selbstverständlichkeit von Müller - als vorläufigem Landesvorsitzenden natürlich.[106]
Vermutlich rief dieser unverfrorene Versuch der Schaffung eines fait accompli einigen Protest hervor, denn zu Beginn der ersten landesweiten Sitzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern, der Gründungsversammlung auf Landesebene, die der Vorbereitende Ausschuß als Tagung eines "Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses"

[103] Dazu Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der CSU am 30. und 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 116ff., 124f., 160f.
[104] Dok. Nr. 5, S. 19.
[105] Satzung (Dok. Nr. XVII) und Genehmigungsschreiben der Militärregierung (Dok. Nr. XVIII), S. 1783ff., 1804.
[106] Rundschreiben des Vorläufigen Landesausschusses an den "Lieben Parteifreund", vom 31. Dezember 1946, Dok. Nr. XII, S. 1753f.

für den 8. Januar 1946 nach München einberufen hatte, war Müllers Würde als "Landesvorsitzender" wieder mit dem Zusatz versehen: "des vorläufigen Landesausschusses". Dafür war allerdings das Attribut "vorläufig" weggefallen.[107] Am Ende dieser Zusammenkunft wurde aber auch der einschränkende Zusatz hinfällig, denn Michael Horlacher stellte einmal mehr seine Geschicklichkeit als "Geburtshelfer" unter Beweis. Das Protokoll vermerkt in aller Schlichtheit: "Der zum Schluß von Herrn Dr. Horlacher gestellte Antrag: 'Im Vertrauen auf die bisherige Arbeit des Landesvorsitzenden bittet die heutige Tagung den Landesvorsitzenden, die vorläufige Organisation der Kreisverbände sobald es möglich ist durchzuführen', wurde einstimmig angenommen".[108]

Mit der geschickt eingefädelten Pseudowahl Müllers zum Landesvorsitzenden und seiner Betrauung mit der Organisation der Landespartei nach eigenem Ermessen endeten die chaotischen Wildwuchserscheinungen, von denen die erste Gründungsphase gekennzeichnet war. Mit der Einsetzung von Landesarbeits- und Parteiausschüssen und anderen Grundsatzentscheidungen markiert diese erste kleine Landesversammlung der CSU eine deutliche Zäsur in ihrer bewegten Entstehungsgeschichte. Unter der gekonnten "Regie" des Landesvorsitzenden, dessen Ziel der Schaffung einer straffen, effektiven Organisation unter einer starken Zentrale als Voraussetzung erfolgreicher Parteiarbeit immer deutlicher zu Tage treten sollte, begann eine Phase der Konsolidierung. Die erste Etappe des Aufstiegs der CSU zu einer "Massen- und Apparat-Partei modernen Typs" (Mintzel) war allerdings nach wie vor begleitet von ständigen Zwistigkeiten. Die dokumentierten Protokolle belegen in vielen Passagen die starke Labilität der "Union", die nicht zuletzt aus den harten Kämpfen abzuleiten ist, die sich Müller und Schäffer in diesen ersten Gründungsmonaten lieferten. Durch die von Anfang an im Mittelpunkt stehenden Führungsstreitigkeiten mit der Folge einer sehr frühen Verhärtung auch der inhaltlichen Positionen blieb die 1945 durchaus bestehende Chance eines Ausgleiches zwischen den alten und neuen Kräften, zwischen den um Schäffer/Hundhammer gruppierten, überwiegend aus altbayerischen Gebieten stammenden Verfechtern einer katholisch-konservativ ausgerichteten (Honoratioren-) Partei dezidiert bayerischen Charakters und den hinter Müller stehenden Anhängern des Gedankens einer modernen interkonfessionellen Massen- und Volkspartei ungenutzt.

6. *Die Bamberger "Entscheidungsschlacht"*

Die gegnerischen Lager, die sich schon in den ersten Gründungswochen in Gestalt des Schäffer-Müller-Antagonismus als prägnantes Kennzeichen der jungen Partei herausgebildet hatten, gewannen seit Januar 1946 immer deutlichere Konturen. Dem um Schäffer und Hundhammer gruppierten bayerisch-katholisch-etatistischen Flügel, dessen Anhängerschaft sich vor allem aus den Bezirksverbänden Ober- und Niederbayern sowie München rekrutierte, stand der Müller-Flügel gegenüber, der mit seiner liberal-konservativen, christlich-interkonfessionellen Orientierung vor allem im fränkischen und schwäbischen Raum Unterstützung fand. Daneben und dazwischen tummelte sich der sogenannte Bauernflügel um Horlacher, Baumgartner und Schlögl, der aber weniger einheitlich in Erscheinung trat und dessen Repräsentanten - je nachdem,

[107] Dok. Nr. 6, S. 21.
[108] Ebenda, S. 26.

welche der beiden gegnerischen Kerngruppen ihren Interessen näher kam - wechselnde Koalitionen eingingen. Die Wendigkeit des sogenannten Bauernflügels manifestierte sich am deutlichsten in der Person Michael Horlachers, der maßgeblich den Aufstieg des "Ochsensepp" vorantrieb, sich aber seit Mitte 1946 zu einem der entschiedensten Gegner des Parteivorsitzenden wandelte, um diesen Anfang 1948 dann wieder mit aller Kraft zu unterstützen.
Als in den ersten Monaten des Jahres 1946 weitere Weichen für die künftige Entwicklung der CSU gestellt wurden, agierten Horlacher und Müller noch in engem Schulterschluß. Zu den bedeutsamsten Streitfragen, in denen sie Seite an Seite standen, zählte die Regelung des zeitlichen Rahmens, in dem sich die Konstituierung der Partei vollziehen sollte. Horlacher war es zu verdanken, daß am 8. Januar Schäffers Versuch mißlang, diesen Rahmen auf ein Maß zu beschränken, der Müllers Position entschieden verschlechtert hätte. Hundhammer hatte im Namen der Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern und Oberpfalz den Antrag eingebracht, schnellstens die Bildung der in der vorläufigen Satzung (Dokument Nr. XIII) vorgesehenen Bezirksverbände zu vollziehen, deren Vorstandschaften am 10. Februar "aus sich heraus" die Landesvorstandschaft konstituieren sollten.[109] Hinter diesem Vorschlag stand die Überlegung, daß eine so kurz bemessene Frist die altbayerischen Verbände begünstigen mußte, da man dort auf die überkommenen BVP-Strukturen zurückgreifen konnte, während im Fränkischen quasi bei Null begonnen werden mußte. Wäre dieser Antrag von der Gründungsversammlung gebilligt worden, hätten angesichts des altbayerischen Vorsprungs Schäffers Parteikonzept und sein Führungsanspruch die besten Aussichten auf Erfolg gehabt. Wie geschildert, gelang es Horlacher und Müller - unterstützt vor allem durch fränkische Sprecher -, die Terminierung abzuwehren und die Durchführung des Organisationsaufbaues in das freie Ermessen des vorläufigen Landesvorsitzenden zu stellen. Auf Müller war damit zugleich das Recht übergegangen, zu bestimmen, wann der Aufbau der Partei weit genug gediehen war, um weitere Grundsatzentscheidungen - etwa über die Parteisatzungen oder die Person des Landesvorsitzenden - treffen zu können.
Im März 1946 - die Konstituierung auch der fränkischen Bezirksverbände stand unmittelbar vor dem Abschluß - sah Müller die notwendigen Voraussetzungen erfüllt. Am 14. März ergriff er die Initiative, um im Vorläufigen Landesausschuß eine in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzende Vorentscheidung zur innerparteilichen Machtverteilung herbeizuführen (Dokument Nr. 10). Müller plädierte für die Einberufung eines Erweiterten Landesausschusses am 31. März 1946. Da, so die Argumentation der Müller-Gruppe, den Vorläufigen Satzungen vom 8. Januar lediglich der Rang einer reinen "Formsache" zukam - "Sie waren nie ernstlich gemeint" und "galten nur der Anerkennung der Partei durch die Militärregierung" -, sollte im Vorfeld der geplanten Tagung der "Schlüssel für die Abstimmungsberechtigung" festgelegt werden.
Nach der Vorläufigen Satzung entsandte jeder der für die sieben bayerischen Regierungsbezirke zu bildenden "Kreisverbände" der CSU drei Delegierte in den Landesausschuß, in dem neben diesen 21 Bezirksvertretern eine vierzehnköpfige "Gesamtvorstandschaft" Sitz und Stimme haben sollte. Es gelang Müller mit tatkräftiger Unterstützung Horlachers, die Zusammensetzung - und damit auch den Charakter - des Landesausschusses am 14. März entscheidend zu verändern. Neben dem schon am 8.

[109] Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 8. Januar 1946, Dok. Nr. 6, S. 26.

Januar stillschweigend als Bezirksverband anerkannten München erhielten auch Nürnberg-Fürth und Augsburg den Status von Bezirksverbänden, außerdem wurde die Zahl der Bezirksvertreter erhöht. Dies geschah gegen den erbitterten Widerstand Schäffers und Hundhammers, die auf der Gültigkeit der Vorläufigen Satzung vom 8. Januar bestanden und für die Einberufung einer ordentlichen Landesversammlung plädierten. Schäffer wandte sich ferner gegen eine schematische Vergabe der Stimmberechtigung, nach der allen Bezirksverbänden unabhängig von ihrer Größe die gleiche Delegiertenzahl zugestanden werden sollte: "Gleiches Stimmrecht sei ungerecht, da Niederbayern 300.000 Stimmen, Augsburg aber nur 100.000 Einwohner habe." Schäffer konnte nach der heftigen Diskussion lediglich in diesem Punkt die Pläne Müllers durchkreuzen: Augsburg wurden als kleinstem Bezirksverband nur drei Delegierte eingeräumt, alle übrigen Bezirksverbände einschließlich der großstädtischen Verbände Nürnberg-Fürth und München waren künftig mit fünf Delegierten vertreten.[110] Damit hatte sich Müller, der davon ausgehen konnte, daß außer den vier fränkischen Bezirksverbänden vermutlich auch die beiden schwäbischen hinter ihm stehen würden, für die für den 31. März geplante Sitzung eine tragfähige Basis verschafft. Nachdem dieser Vorstoß von Erfolg gekrönt war, konnte der nächste folgen: Horlacher holte die Zustimmung des Vorläufigen Landesausschusses ein, in der Sitzung am 31. März die Wahl des Vorläufigen Landesvorsitzenden bestätigen zu lassen - dies war zweifellos ein wichtiges Motiv des überraschenden Antrags auf Änderung des Delegiertenschlüssels. Außerdem bedeutete der positive Beschluß ein weiteres statuarisches Präjudiz, das ebenso wie die Stimmrechtsregelung von Bestand bleiben sollte: In der Januar-Satzung war neben dem ersten nämlich ein zweiter Vorsitzender vorgesehen, von einer konsequenterweise parallel durchzuführenden Entscheidung über die Person eines vorläufigen zweiten Vorsitzenden war jedoch nicht die Rede. Gegen diesen Antrag stimmte wiederum Schäffer, der stattdessen "satzungsgemäß Neuwahl" forderte, was nach den vorläufigen Statuten auf die Einberufung einer Landesversammlung hinauslief.

Der von Schäffer und Hundhammer an diesem Tag wiederholt vorgebrachte Vorschlag der baldigen Einberufung einer Landesversammlung hatte gute Gründe: Beide waren überzeugt, daß Schäffers Bekanntheitsvorsprung ihm in diesem basisbetonten Gremium gute Chancen bieten würde, den im Lande noch weitgehend unbekannten vorläufigen Landesvorsitzenden im Kampf um die Parteiführung zu schlagen. Schäffer war, wie er selbst erklärte, "eitel genug anzunehmen, daß weite Bevölkerungskreise in Bayern" ihn "schätzen".[111] Dessen war sich natürlich auch die Gegenseite bewußt, die deshalb Schäffers und Hundhammers Begehren am 14. März entschlossen abwehrte. Gleiches geschah in der nächsten Zusammenkunft am 29. März (Dokument Nr. 11), in der Schäffer auf seine Forderung zurückkam und sie zeitlich präzisierte: Nach seiner Vorstellung sollte die Wahl der "endgültigen Landesvorstandschaft" durch eine Landesversammlung am 5. Mai 1946 durchgeführt werden.[112]

Während Schäffers Pläne im Vorläufigen Landesausschuß keine Chance hatten, konnte Müller, der sich für seine Stimmrechtsinitiative zusätzlich der Rückendeckung der Militärregierung versichert hatte,[113] am 29. März einen weiteren Erfolg verbuchen. Er

[110] Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses am 14. März 1946, Dok. Nr. 10, S. 37ff.
[111] Tagung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 109.
[112] Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses am 29. März 1946, Dok. Nr. 11, S. 44.
[113] Dok. Nr. XV, S. 1761f.

erreichte gegen den heftigen Protest Schäffers eine neuerliche Modifikation der Stimmrechtsregelung, die auf eine weitere Stärkung seiner Position in der inzwischen für den nächsten Tag einberufenen Landestagung hinauslief: Stimmberechtigt waren dort nach dem Willen des Vorläufigen Landesausschusses jetzt auch die der Union angehörenden Kabinettsmitglieder sowie die bisherigen Mitglieder des Ausschusses selbst, die Müller bislang in allen wichtigen Fragen mehrheitlich unterstützt hatten.[114]
In der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946 (Dokument Nr. 12), zu der das Landessekretariat wohl nicht zufällig in Müllers oberfränkische Heimat, nach Bamberg, geladen hatte,[115] erreichten die seit September 1945 anhaltenden Streitigkeiten um die Parteiführung ihren Höhepunkt. Den Auftakt zu dem erbitterten Kampf zwischen Müller und Schäffer, der im Bamberger Heinrichsaal vor den Augen zahlreicher Zuhörer offen ausgetragen wurde, bildete ein taktischer Winkelzug Müllers. Da die Militärregierung die Anerkennung der im Vorläufigen Landesausschuß verabschiedeten Änderung des Delegiertenschlüssels von der Zustimmung des Erweiterten Landesausschusses abhängig gemacht hatte, hatten Müller und seine politischen Freunde eine Überrumpelungsstrategie verabredet, die das Risiko einer Ablehnung weitgehend ausschloß: In eigenmächtiger Abänderung der angekündigten Tagesordnung führte der vorläufige Landesvorsitzende unmittelbar im Anschluß an seine lange Eröffnungsrede eine Abstimmung über die Stimmrechtsregelung herbei. Gegen heftigste Proteste Schäffers sorgte er mit Unterstützung einiger Mitstreiter dafür, daß diese Grundsatzentscheidung ohne inhaltliche Diskussion über die Bühne ging und in ihrer machtpolitischen Dimension vermutlich von vielen Delegierten gar nicht wahrgenommen wurde.[116]
Die Abstimmung, die mit 39 Ja- gegen 16 Nein-Stimmen die Stimmberechtigung der CSU-Regierungsmitglieder erbrachte und mit 38 gegen 18 Stimmen den neu gebildeten großstädtischen Bezirksverbänden Nürnberg-Fürth und Augsburg sowie den bisherigen Mitgliedern des Vorläufigen Landesausschusses Sitz und Stimme im Landesausschuß verschaffte, endete mit einem überragenden Sieg Müllers. Da in Bamberg außerdem die Entscheidung fiel, daß der Erweiterte Vorläufige Landesausschuß "bis zur Bestellung eines Landesausschusses durch die Landesversammlung als der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union" tagen konnte, hatte sich der vorläufige Landesvorsitzende eine Zweidrittelmehrheit in einem Gremium gesichert, das alle weiteren Grundsatzentscheidungen fällen und dafür sorgen würde, daß das in Bamberg erzielte Kräfteverhältnis für die folgenden Jahre konstant blieb.[117]
Mit so klaren Mehrheitsverhältnissen scheinen Müller und seine Anhänger indes nicht gerechnet zu haben. Die Abstimmung über das Stimmrecht war in vollem Gange, als ein enger Vertrauter des "Ochsensepp", Friedrich von Prittwitz-Gaffron, die laufende Stimmabgabe mit der erregten Mitteilung unterbrach, im Saal kursiere ein anonymes Schreiben. Nach Beendigung der Abstimmung wurde das mehrseitige Papier, das für den Rest des Sitzungstages alle Aufmerksamkeit auf sich ziehen sollte, in ganzer Länge verlesen.[118] Das stellenweise wirr formulierte Schriftstück trug die Überschrift: "Die

[114] Wie Anm. 112.
[115] Rundschreiben des Landessekretariats vom 18. März 1946, ACSP, CSU-Landesausschüsse, 30. und 31. März 1946.
[116] Vgl. Ausführungen Speichers, Dok. Nr. 12, S. 62f.
[117] Tagung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 86f., S. 152.
[118] Ebenda, S. 86ff.

Bedeutung unserer Stellungnahme im Kampf um die Führung der Christlich-Sozialen Union" und stammte von Josef Eduard Messmer, einem den meisten Delegierten unbekannten ehemaligen Mitglied des bayerischen monarchistischen Widerstandes, der schon seit August 1945 wiederholt gegen Müller initiativ geworden war.[119]
Messmers "Stellungnahme" ist in Dokument Nr. 12 nachzulesen, daher, aber auch weil weniger der Inhalt als vielmehr die Behandlung dieses Schriftstückes von Relevanz ist, genügt an dieser Stelle der Hinweis, daß es sich um polemische Angriffe gegen den "Kommunisten" Müller handelte, die mit so abstrusen Behauptungen gespickt waren, daß der Landesausschuß mit "Gelächter", "Heiterkeit", aber auch der Feststellung reagierte, das sei "ja Irrsinn!"[120] Um so verwunderlicher mag es auf den ersten Blick anmuten, daß ausgerechnet ein so kluger Kopf wie Johannes Semler die Verlesung des Papiers anregte, und zwar nachdem er es "in Ruhe" gelesen hatte.[121]
Bei genauerer Betrachtung der Vorgänge in Bamberg wird jedoch deutlich, daß es sich bei jener ausführlichen Würdigung des "Zwischenfalles Messmer" um nichts anderes gehandelt haben muß, als einen raffinierten Schachzug der Müller-Riege mit dem Ziel, Schäffer vor dem versammelten Forum, das am nächsten Tag über die Person des Parteivorsitzenden entscheiden sollte, nachhaltig zu diskreditieren: Das "überraschend" zu Tage geförderte Pamphlet war nämlich erstens einer Reihe von Personen vor Beginn der Sitzung bekannt. Auch Müller hatte nach eigenem Bekunden von seiner Existenz gewußt[122] und kannte mit größter Wahrscheinlichkeit auch dessen Inhalt. Hatten zweitens Parteigänger Müllers noch kurz zuvor die Diskussion über die für die künftige Verfassung der CSU so bedeutsame Stimmrechtsregelung mit Anträgen auf Schluß der Debatte verhindert, und zwar mit dem Argument, die Zeit sei zu knapp bemessen,[123] so waren es mit von Prittwitz-Gaffron und Semler ausgerechnet engste Mitstreiter Müllers, die das sachlich völlig belanglose Papier eines politischen Hinterbänklers in das Zentrum der Aufmerksamkeit rückten und dafür sorgten, daß seiner Behandlung viel Zeit geopfert wurde. Dies geschah vorgeblich wegen der Anonymität des Schriftstückes - um der politischen Kultur willen, zu deren Pflege sie sich aufgerufen fühlten. Faktisch war die Aufregung über den fragwürdigen politischen Stil allerdings eher künstlich aufgebauscht, da Messmer sich unverzüglich als Verantwortlicher zu erkennen gab. Und es war drittens sicher kein Zufall, daß Müller nach Verlesung des Pamphlets in naiver Unschuld beklagte: "Der gleiche Herr, der vorhin erklärt hat, daß er dieses Schriftstück verfaßt hat, saß gemeinsam mit Staatsrat Schäffer in Regensburg mir gegenüber. Er hat es nicht der Mühe wert gefunden, nach der Diskussion, auf die er hier Bezug nimmt, mir irgendein Wort zu sagen."[124]
Damit hatte er Messmer mit einer geschickten Wendung in die Nähe Schäffers gerückt, dessen Rolle als möglicher Drahtzieher der Pamphlet-Aktion auch dadurch an Wahrscheinlichkeit gewann, daß Messmer die politischen Überzeugungen des Staatsrates tendenziell teilte und diese in sein Pamphlet eingeflossen waren - wenn auch in Ausprägungen, die Messmer eigen waren. Insbesondere seine Behauptung, Müller sei ein Handlanger der Kommunisten, wies eine unverkennbare Verwandtschaft zu - al-

[119] Messmer an den Vorsitzenden des Aktions-Ausschusses der sich konstituierenden CSU, 17. September 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 41.
[120] Wortlaut der Stellungnahme und Zwischenrufe Dok. Nr. 12, S. 87ff.
[121] Ebenda, S. 87.
[122] Ebenda, S. 95.
[123] Z.B. Nerreter, ebenda, S. 81f.
[124] Ebenda, S. 91.

lerdings schwächer formulierten - Vorwürfen auf, die auch Schäffer wiederholt öffentlich gegen Müller vorgebracht hatte. Da Messmers Pamphlet außerdem in der Feststellung gipfelte, allein Schäffer oder Hundhammer seien zur Führung der CSU berufen, mußte sich den Delegierten alles in allem der Verdacht geradezu aufdrängen, die Initiative Messmers sei mit Wissen und Billigung Schäffers und Hundhammers erfolgt.
Es war schließlich der Bezirksverband Oberfranken, der die im Raum stehende Frage offen aussprach: "Haben Staatsrat Schäffer und Herr Hundhammer das Pamphlet gebilligt? Haben sie es gekannt? Sind sie mit der Verbreitung einverstanden?" Beide Verdächtigten dürften wahrheitsgemäß geantwortet haben, als sie letzteres übereinstimmend weit von sich wiesen.[125] Schließlich konnten die wirren Ausführungen Messmers kaum geeignet sein, ihre Position in der Partei zu stärken - im Gegenteil.
Doch sachliche Überlegungen wurden in der aufgeheizten Atmosphäre im Bamberger Heinrichsaal nicht gerade begünstigt. Schäffer, der sich schon vorher unter den Gästen und der Mehrheit der Delegierten eher Antipathien zugezogen hatte, weil er angesichts der Bedeutung der Frage der Stimmberechtigung für ihre Beratung unter Ausschluß der Öffentlichkeit plädiert hatte,[126] geriet durch den "Zwischenfall Messmer" noch weiter in die Defensive. Josef Müller hingegen, der sich nach den "Gemeinheiten", dem "Schmutzkübel, der in den letzten Wochen konzentriert und bewußt" über ihn ausgegossen worden sei, tapfer und durch "nichts mehr" zu überraschen zeigte, strömten die Sympathien zu.[127]
Damit war der Boden für die Niederlage, die Schäffer am zweiten Sitzungstag erfuhr, endgültig bereitet. Auf seinen Wunsch tagten die Delegierten am Morgen tatsächlich zunächst unter Ausschluß der Öffentlichkeit - ein neuerlicher taktischer Fehler des autoritären Politikers, der einen weiteren Eklat heraufbeschwor, als die Gäste nach gu gut eineinhalbstündigem Warten vor der verschlossenen Türe des Sitzungssaales fast handgreiflich Einlaß begehrten.[128]
Schäffer hatte gute Gründe für seinen Wunsch, ein Publikum fernzuhalten, dessen zuweilen lautstark geltend gemachte Vorstellungen Müller einseitig begünstigten. Die Kraft der Massensuggestion als Instrument der Politik war nach den Erfahrungen der NS-Zeit nur allzu präsent, und der Eindruck Carl Lacherbauers, daß am Vortag weniger die Delegierten, als vielmehr die Öffentlichkeit entschieden hatte, war nicht gänzlich aus der Luft gegriffen. Ernst Falkner kommentierte den Verlauf des ersten Sitzungstages aber doch überspitzt, als er am nächsten Morgen bemerkte, "daß bei der gestrigen Sitzung Herr Goebbels hätte teilnehmen können, er hätte helle Freude gehabt."[129]
Im Zentrum der internen Diskussion stand am 31. März zunächst der von Schäffer gestellte und von Nieder- und Oberbayern (Falkner/Hundhammer) unterstützte Antrag auf Einberufung einer Landesversammlung am 5. Mai. Während Schäffer seinen Antrag nur vage mit dem Hinweis begründete, ein entsprechender positiver Beschluß würde zur Erleichterung der Diskussion beitragen, brachte Falkner das Motiv dieses Begehrens auf den Punkt, als er erklärte, nur die Landesversammlung könne ord-

[125] Ebenda, S. 96.
[126] Ebenda, S. 57.
[127] Ebenda, S. 91.
[128] Ebenda, S. 114f.
[129] Ebenda, S. 98.

nungsgemäß die Wahl des Hauptes der Union vornehmen.[130] Tatsächlich war die in Bamberg fortgesetzte Debatte über die Einberufung der Landesversammlung nichts anderes als ein verdeckter Kampf um die Parteiführung und entsprechend verliefen die Fronten. Kroll und Barth als Sprecher der fränkischen Bezirke stellten im Gegenzug den Antrag, die Wahl des Landesvorsitzenden sofort, also durch den versammelten Bamberger Erweiterten Landesausschuß vorzunehmen.[131] Zunächst wurde die Diskussion aber unterbrochen, denn Müller regte an, die Abwesenheit der Öffentlichkeit zur Klärung der Meinungsverschiedenheiten zu nutzen, die zwischen ihm und Schäffer bestanden. Taktisch klug überließ er Schäffer den Vortritt, der sich tatsächlich bereit fand, die Vorbehalte, die er gegen Müller vorzubringen hatte, als erster zu artikulieren.

In seinen Ausführungen entlud sich die aufgestaute Enttäuschung und Wut der letzten Monate: Schäffers Rede war eine einzige Anklage, in der er alle "Ungerechtigkeiten" aneinanderreihte, die er seit Ende September 1945 zu erleiden hatte und die aus seiner Sicht maßgeblich auf Müller zurückzuzuführen waren. Er prangerte dessen Rolle als für seine Absetzung als Ministerpräsident Verantwortlicher an und warf ihm, anknüpfend an die Auseinandersetzungen im Vorfeld der Parteigründung, vor, die aus der ehemaligen BVP stammende Anhängerschaft als "Unionsanhänger zweiter Klasse" zu diffamieren. Auch auf die "öffentlichen Angriffe, die gegen mich erhoben werden", kam Schäffer zu sprechen. Seit einigen Wochen waren ihm in verschiedenen Zeitungsartikeln NS-Belastungen vorgeworfen worden, und Schäffer machte kein Geheimnis daraus, daß für ihn der Verantwortliche fest stand: "Diese Situation ist veranlaßt worden, lieber Herr Dr. Müller, durch Sie, selbstverständlich auch durch andere. Aber das geistige Haupt eines Kampfes, der seit 1. Oktober in vollkommenem Mißverständnis der Situation geführt worden ist, Herr Dr. Müller, das sind Sie."[132]

Auch Horlacher und Schlögl, die sich in Parteiveranstaltungen an den öffentlichen Angriffen beteiligt hatten, überschüttete er mit Vorwürfen. Ebenso erging es dem Chefredakteur der Landshuter "Isar-Post" und Parteifreund Georg Pix, der "einen gehässigen Artikel nach dem anderen" gegen ihn schreibe und mit dazu beigetragen habe, daß sich inzwischen die "ganze bayerische Presse" gegen ihn verschworen habe. In dieser Situation - so Schäffer - habe ihn die Partei schmählich im Stich gelassen. Sie habe ihm "überhaupt keine Möglichkeit" gegeben, seine "Ehre zu verteidigen".

Schäffers emotionsgeladene Anklage gegen das Komplott, zu dem sich seine politischen Gegner unter dem "geistigen Haupt" Müllers verschworen hatten, gipfelte in der Versicherung: "Wenn jemand behauptet, daß ich je einen Führungsanspruch erhoben habe, dann soll er mir das beweisen. Ich habe immer [...] das eine erklärt: Über die Führung entscheiden in demokratischen Parteien letzten Endes die Wähler. Ob ich [...] eine Wahl annehmen würde oder nicht, da habe ich mich geweigert, eine Erklärung abzugeben. Ich habe meinen guten Grund dazu gehabt."[133]

Schäffers Ausführungen, die er mit dem Plädoyer beendete, bis zur Landesversammlung "irgendeinen tüchtigen Kreisvorsitzenden" mit der Führung der Unionsgeschäfte zu betrauen - "Schäffer braucht er nicht zu heißen und Hundhammer braucht er auch nicht zu heißen", Müller sollte er gewiß nicht heißen -, beanspruchten eine gute

[130] Ebenda, S. 98f.
[131] Ebenda, S. 102f.
[132] Ebenda, S. 110. Ausführlicher zu den Angriffen vgl. S. XLV.
[133] Ebenda, S. 122.

Stunde der Sitzungszeit. Etwa doppelt so lang dürfte die gekonnte Gegenrede Müllers die Aufmerksamkeit der Delegierten und Gäste, die inzwischen wieder eingelassen worden waren, beansprucht haben.
In meisterhafter Selbstdarstellung, in der er wiederholt seine Tätigkeit im deutschen Widerstand zur Unterstreichung seiner moralischen Integrität ins Spiel brachte, wies Müller Schäffers Vorwürfe weit von sich und distanzierte sich von den kleinlichen Streitereien, deren Ursache einzig im persönlichen Ehrgeiz zu suchen sei. "Es ging hier klar um das, was erklärt wurde mit dem sogenannten Führungsanspruch in der Union." Wie Schäffer behauptete auch Müller, einen solchen nicht zu erheben: "Ich kann ruhig sagen, ich habe eine gewisse Vitalität und eine gewisse Dynamik in mir, das gebe ich zu [...], aber ich bin nicht ehrgeizig." Unter dem Galgen der Nationalsozialisten stehend habe er den Beschluß gefaßt, sein Leben für "die christliche Idee" einzusetzen: "Da geht es mir nicht um lächerliche Posten, das ist mir völlig schnuppe".[134] Nachdem er dieses eindrucksvolle Bild gezeichnet hatte, mußte es Wirkungen zeigen, wenn Müller - auf die Streitigkeiten der Gründungswochen eingehend - hinzusetzte: "Auch von Herrn Schäffer hätte man erwarten müssen, daß er rein persönliche Verstimmungen überwindet."
Müller skizzierte und begründete außerdem noch einmal seine Politik in pointierter Abgrenzung zu Schäffer: "Herr Schäffer geht eben von Anfang an von der Bayerischen Volkspartei aus. Auch ich war dort, ich kenne die Entwicklung; aber ich möchte mehr Dynamik in der ganzen Entwicklung haben, mehr Vitalität.[135] Vor diesem Hintergrund war auch seine Haltung gegenüber dem von Schäffer wiederholt geforderten forcierten Aufbau der Parteiorganisation zu verstehen. Dessen Begehren nach baldiger Einberufung der Landesversammlung stellte er sein Bemühen gegenüber, diese im Interesse der Union möglichst zu verzögern: zum einen, "weil wir noch nicht soweit sind", zum anderen, da er innerparteiliche Kraftproben im Vorfeld der anstehenden Wahlkämpfe tunlichst vermeiden wollte.
Im Interesse einer wirklichen Union habe er - so legte er psychologisch geschickt nun die Motive seiner Stimmrechtsinitiative bloß - Franken bewußt "stark gestellt", weil "ich den Eindruck gehabt habe, daß die Union sich angesichts des Zusammengehens der beiden Konfessionen, der beiden Kräfte, am ehesten festigt und keine Einseitigkeit herauskommt".[136] In Replik auf die von Schäffer beschworene drohende Gefahr eines Linksrutsches, des von Müller so bezeichneten "Nihilismus", schloß er seine Ausführungen mit der griffigen Parole: "Wir müssen durch Evolution die Revolution verhindern. [...] Deswegen muß das Ganze organisch bis ins letzte durchentwickelt werden."[137]
Müllers wortgewaltige Rede war kaum verklungen, als Paul Nerreter, Gründungsmitglied der CSU in Nürnberg und Mittelfranken und erklärter Anhänger Müllers, seine begeisterte Würdigung der Reden beider führenden Persönlichkeiten, "um deren Namen sozusagen die Bamberger Tagung schwingt", mit dem Antrag auf sofortige Wahl des Parteivorsitzenden und Schluß der Debatte verband.[138] Kein Zweifel, die Müller-Gruppe war entschlossen, jedes Risiko zu vermeiden.

[134] Ebenda, S. 129.
[135] Ebenda, S. 136.
[136] Ebenda, S. 143.
[137] Ebenda, S. 145.
[138] Ebenda, S. 145f.

Mit einigem Recht, aber vergeblich, verwahrte sich Hundhammer gegen diese neuerliche Unterdrückung jeglicher Diskussion, die seitens des Müller-Flügels durch den vorzeitigen Antrag auf Schluß der Debatte erzwungen wurde. Müller leitete - wie schon am Vortag in eigenmächtiger Abänderung der Tagesordnung - unverzüglich die Abstimmung über den Antrag auf sofortige Wahl des Landesvorsitzenden ein. Dabei blieb ungeklärt, ob es sich um eine Wahl oder eine Bestätigung des Parteivorsitzenden oder aber nur um eine Vertrauenserklärung für Müller handeln sollte. Dies führte dazu, daß der Vorgang später - je nach Interessenlage - als Wahl, Bestätigung oder aber Vertrauensvotum bezeichnet wurde. Von 59 Delegierten sprachen sich am 31. März 41 mit einem Ja für Müller aus, 17 Delegierte bekundeten mit Nein ihre Ablehnung, einer enthielt sich.[139]

Schäffers nach dieser klaren Niederlage nolens volens abgegebene Erklärung, "daß meine Liebe der Christlich-Sozialen Union gehört und daß ich deshalb loyal meine Kräfte zur Verfügung stelle",[140] erhielt stürmischen Beifall und stellte die Grundlage jener irreführenden Mär von der "Bamberger Linie" dar, die fortan als Synomym der Einigkeit in das Parteivokabular aufgenommen wurde. Josef Müller trug das seinige dazu bei, dem Märchen von der nun einigen Union und anderen Fehlinterpretationen der Bamberger Vorgänge Vorschub zu leisten. Mit einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung: "Christlich-Soziale Union einig und geschlossen", ließ er die Leserschaft wissen, "daß unter dem Eindruck der Erklärungen Dr. Müllers und seiner Wiederwahl sämtliche anwesenden Vertreter geschlossen ihren Willen bekundeten, unter der vom Landesausschuß gewählten Führung mit allen Kräften am Aufbau der Union und der Verbreitung ihrer Ideen weiterhin mitzuarbeiten".[141]

Das dieser Formulierung immanente Eigenlob wie auch der Eindruck der Endgültigkeit der Entscheidung vom 31. März, den Müller zu vermitteln suchte, war geradezu eine Provokation. Die Niederlage in Bamberg mußte Schäffer und seine Anhänger nicht nur als solche bitter enttäuschen und verärgern. Der Ablauf dieser Tagung mußte sie wegen des - höchstwahrscheinlich gänzlich überflüssigen - Taktierens seitens der Müller-Riege auch zutiefst erzürnen und ihnen das Gefühl vermitteln, überspielt worden zu sein. Für Schäffer war - wie er noch knapp zwei Jahre später erklärte - die Bamberger Sitzung "eine der beschämendsten und häßlichsten Erinnerungen, die ich habe."[142] Tatsächlich erwiesen sich die vorschnell gefeierten Loyalitätsbekundungen des Verlierers auch bald als bloße Lippenbekenntnisse.

Schäffer wandte sich unmittelbar nach der Bamberger Tagung, schon am 1. April 1946, an die Militärregierung, um die Beschlüsse des Vortages revidieren zu lassen und die baldige Einberufung einer Landesversammlung, die allein zur Wahl des Parteivorsitzenden befugt war, mit Hilfe der Amerikaner durchzusetzen.[143] Drei Tage später, am 4. April, verwahrte er sich gegen eine Meldung der DANA, die in der Tat eine schiefe Darlegung der "Bamberger Linie" geliefert hatte: Fritz Schäffer, "um dessen Ansprüche heftige Kämpfe entbrannt waren, verzichtete", so die DANA, "in der Bamberger Sitzung formell auf seine bisherigen Ansprüche und nahm seine kürzlichen Angriffe gegen Dr. Michael Horlacher, München, und Dr. Pix, Landshut, zurück."

---

[139] Ebenda, S. 152.
[140] Ebenda, S. 153.
[141] SZ, 2. April 1946: Christlich Soziale Union einig und geschlossen.
[142] Landesausschußsitzung am 28. und 29. Februar 1948, Dok. Nr. 32, S. 1577.
[143] Dazu S. XLVI.

Diese Kurzmeldung provozierte Schäffer zu einer Richtigstellung, die keinen Zweifel daran ließ, daß er ganz und gar nicht bereit war, Müller die Parteiführung kampflos zu überlassen: "Staatsrat Schäffer", so seine aufschlußreiche Darstellung der Vorgänge, "hat in dieser Sitzung eine Erklärung nicht abgegeben, wonach er Angriffe gegen Dr. Michael Horlacher, München, und Dr. Pix, Landshut, zurücknehme oder zurückzunehmen habe. Er hat auch keine Erklärung abgegeben, daß er 'formell' auf seine bisherigen Ansprüche verzichte. Er hat die Erklärung abgegeben, daß er nach wie vor loyal zur Mitarbeit in der Union bereit sei".[144]
Drei Wochen später, am 24. April, wurden Schäffers auch nach Bamberg ungebrochenen Führungsambitionen durch eine amerikanische Intervention jäh zunichte gemacht - paradoxerweise am gleichen Tag, an dem sein Wunsch nach baldiger Einberufung einer Landesversammlung mit einer entsprechenden Anordnung der Militärregierung in Erfüllung ging.[145]

7. *Der "Fall Schäffer" - Teil II*

Am 24. April 1946 setzte die Militärregierung den Landesvorsitzenden der CSU, Josef Müller, davon in Kenntnis, daß Fritz Schäffer mit sofortiger Wirkung jegliche politische Betätigung (einschließlich des aktiven und passiven Wahlrechts) untersagt sei. Sie forderte Müller auf, dafür Sorge zu tragen, daß Schäffer aus seinen Parteifunktionen als Vorsitzender des Bezirksverbandes München (seit 21. März 1946) und als Bürge der CSU München und der Landespartei auszuscheiden habe. Die Begründung für diesen Schritt, der Fritz Schäffer für fast zwei Jahre aus dem politischen Leben ausschalten sollte, lautete, Schäffer sei als nationalsozialistischer Sympathisant und Kollaborateur sowie als Exponent einer ultra-nationalistischen und militaristischen Ideologie zu betrachten. Ferner wurde der schon im September 1945 anläßlich Schäffers Entlassung als Ministerpräsident erhobene Vorwurf erneuert, Schäffer habe versucht, während seiner Amtszeit die amerikanischen Entnazifizierungsdirektiven zu unterlaufen.[146]
Das politische Betätigungsverbot war nicht nur deswegen von großer Brisanz, weil es mit Schäffer eine der prominentesten Persönlichkeiten Bayerns traf. Zum politischen Sprengstoff, der die Geschichte der CSU nachhaltig prägen sollte, wurde dieser Akt vor allem deshalb, weil vor dem Hintergrund der parteiinternen Querelen und des fortdauernden Kampfes zwischen Schäffer und Müller um die Führung der Union schnell der Verdacht laut wurde, daß die Ausschaltung Schäffers maßgeblich auf Intrigen Müllers zurückzuführen sei, der seine guten Beziehungen zu den Amerikanern genutzt habe, sich seines schärfsten Rivalen zu entledigen. Tatsächlich sprachen verschiedene Indizien für diese "Intrigentheorie":

---

[144] Schreiben Schäffers an den Redakteur der DANA, Reschke, 4. April 1946, BayHStA, NL Pfeiffer 533.

[145] OMGBY, Peter Vacca, an Josef Müller, 24. April 1946, ACSP, NL Müller 200.

[146] Abschrift des in vielen Exemplaren verbreiteten Schreibens der Militärregierung (OMGBY) an Müller vom 24. April 1946, ACSP, NL Arnold 4; Das Schreiben ist gedruckt in: 100 Jahre Fritz Schäffer, S. 125. Abschrift und Übersetzung des Schreibens der Militärregierung an Schäffer selbst (24. April 1946) z.B. ACSP, NL Zwicknagl 1 und 6.

Das politische Betätigungsverbot kam für Schäffer und seine politischen Freunde zwar "völlig überraschend",[147] doch gab es Vorboten, mit denen sich dies bereits ankündigte. Seit Anfang März 1946 waren in verschiedenen Zeitungsberichten schwerwiegende Vorwürfe gegen Schäffer erhoben worden, die er in Bamberg auch aufgegriffen hatte. Im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit standen insbesondere zwei Vorkommnisse, die den ehemaligen BVP-Vorsitzenden als mutmaßlichen NS-Sympathisanten auswiesen: Schäffers sogenannte "Coburger Rede" und ein Auszug aus einem Zeitungsartikel, den Schäffer am 8. April 1933 im Regensburger Anzeiger veröffentlicht hatte. Bei der Coburger Rede handelte es sich um seine 1922 abgegebene Stellungnahme vor dem Bayerischen Landtag (11. November) zu den von Hitler mit Hilfe der SA provozierten Straßenkämpfen anläßlich des sogenannten "Deutschen Tags" in Coburg im Oktober 1922. Schäffer hatte sich damals gegen die von der SPD erhobene Forderung ausgesprochen, die nationalsozialistischen Gruppierungen zu zerschlagen. Im Zeitungsartikel vom 8. April 1933 hatte Schäffer - im Einklang mit der damaligen "Zähmungskonzeption" der BVP und wohl auch, um seine Partei zu retten - die Loyalität der BVP zur Reichsregierung bekundet und einen Zusammenbruch des Kabinetts Hitler als Unglück und Gefahr für das Deutsche Reich bezeichnet.

In diesem Kontext ist eine ausführlichere Darstellung dieser Vorgänge nicht angezeigt - festzuhalten ist, daß das von Schäffer gegen sich selbst beantragte Entnazifizierungsverfahren schließlich seine Rehabilitierung erbrachte.[148] Bedeutsam für die Entwicklung der CSU war in diesem Zusammenhang hingegen die Tatsache, daß es nicht nur die Presse oder Redner der gegnerischen Parteien waren, die dafür sorgten, daß die kompromittierenden Äußerungen publik wurden, sondern daß sich auch Parteifreunde Schäffers an den öffentlichen Angriffen beteiligten. Als lautstarke Ankläger waren aus den Reihen der CSU vor allem der Chefredakteur der "Isar-Post", Georg Pix, weniger vehement auch Schlögl und Horlacher hervorgetreten. Ihre Rolle in der "Anti-Schäffer-Kampagne" war während der Bamberger Tagung zur Sprache gekommen, als beide Seiten die Gelegenheit nutzten, ihre Sicht der Dinge darzulegen. Die im Protokoll dieser Tagung festgehaltenen Darstellungen der Vorgänge durch alle Beteiligten sprechen für sich selbst und stellen die ausführlichsten Aussagen dar, die zu dem Thema überhaupt überliefert sind - allerdings widersprechen sie sich. In der Zusammenschau mit den spärlichen Hinweisen, die anderen zugänglichen Materialien zu der heiklen Frage zu entnehmen sind, ob die Zeitungskampagne durch Müller "als geistigem Haupte" in Gang gebracht wurde, entkräften sie aber eher die entsprechenden Vorwürfe Schäffers. Einem erregten Briefwechsel zwischen Schäffer und Pix ist zu entnehmen, daß Pix bereits am 18. Februar 1946 den Artikel vom 8. April 1933 kannte, also noch bevor die Presse ab Anfang März Auszüge daraus veröffentlichte. Ferner läßt die Korrespondenz erkennen, daß das Verhältnis der beiden Männer durch Ressentiments belastet war, die auf Weimarer Zeiten zurückgingen.[149] Während Pix als möglicher Trommler in der Wüste also in Betracht kommt, gibt es

[147] So der Schäffer-Biograph Christoph Henzler (Fritz Schäffer (1945-1967). Eine biographische Studie zum ersten Bayerischen Nachkriegs-Ministerpräsidenten und ersten Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, Diss., München o.J.), der freundlicherweise die Einsichtnahme in das Manuskript seiner Studie gestattete, deren Veröffentlichung in Vorbereitung ist.

[148] Dazu ausführlich Henzler, Schäffer, Manuskript S. 275-292.

[149] Kopie der Briefwechsel vom Februar/März 1946 im Besitz d.V.

für eine Beteiligung Müllers keinerlei Beweise.[150] Schäffer selbst war - wie sein Biograph feststellt - von Müllers Unschuld an der Kampagne Zeit seines Lebens nicht zu überzeugen und sah sich in seiner Einschätzung des Landesvorsitzenden als gemeinem Intriganten noch bestätigt, als die Militärregierung seine politische Karriere jäh unterbrach.

Es sprach auch einiges für die mögliche Verstrickung Müllers in diese Affäre: Der Pressefeldzug gegen Schäffer begann Anfang März 1946, also zu einem Zeitpunkt, zu dem vorauszusehen war, daß die Entscheidung im Kampf um die Parteiführung nun sehr bald fallen würde. Nachdem Müller in Bamberg einen klaren Sieg davongetragen hatte, zeigte sich rasch, daß Schäffer nicht daran dachte aufzugeben, sondern vielmehr darauf setzte, mit Unterstützung der Militärregierung baldmöglichst die Einberufung einer Landesversammlung durchzusetzen, in der er sich sehr viel bessere Chancen auf den Vorsitz in der Union ausrechnen konnte. Tatsächlich wies die Militärregierung Müller am 24. April 1946 formell an, noch vor der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung, die im Juni bevorstand, eine Landesversammlung einzuberufen, die über den Parteivorsitz zu entscheiden hatte,[151] was Müller, der in stetigem Kontakt zur Militärregierung stand, vermutlich schon vorher absehen konnte. Am gleichen Tag erfolgte die politische Kaltstellung Schäffers, und in der am 17. Mai schließlich abgehaltenen ersten Landesversammlung der CSU konnte Müller seine Position als Parteivorsitzender überragend behaupten und darüber hinaus die Zustimmung der Versammlung zu einem Satzungsentwurf erlangen, der ganz und gar nicht den Vorstellungen seiner Kontrahenten entsprach, die mit Schäffer überraschend ihren führenden Kopf verloren hatten. Diese Zusammenhänge sind es, die das zeitgenössische Mißtrauen gegen Müller nährten und die auch in jüngsten wissenschaftlichen Untersuchungen dazu beigetragen haben, daß die Wahrscheinlichkeit seiner "Mittäterschaft" im Vordergrund steht, auch wenn angesichts der Quellenlage konzediert wird, daß es sich damals wie heute um pure Spekulation handelt.[152]

Tatsächlich war Müller - wie die Entstehungsgeschichte der CSU zeigt - ein ausgefuchster Politiker, der sich nicht scheute, seinen Zielen mit vielfältigen Raffinessen zum Durchbruch zu verhelfen. Die dokumentierten Protokolle zeigen bei zusammenhängender Lektüre immer wieder die geschickte Regie, die er walten ließ, um seine politischen Gegner zu überspielen. Sie zeigen aber auch, daß Müller kein Mann der heimlichen Intrige war. Des Einsatzes derartiger Mittel bedurfte er dank seiner taktischen Gewandtheit nicht.

Aber nicht nur sein in den Protokollen zu Tage tretendes Profil spricht gegen den Vorwurf Schäffers, Müller habe ihn bei der Militärregierung denunziert und seinen Einfluß geltend gemacht, sich durch ein politisches Betätigungsverbot seines gefährlichsten Gegners zu entledigen. Darüber hinaus gibt es gewichtige Indizien, die diesen Verdacht widerlegen. So kritisierte etwa einer der engsten Vertrauten des CSU-Vorsitzenden, Friedrich von Prittwitz-Gaffron, in einem Gespräch mit der Militärregie-

[150] Georg Pix, der zu dieser Zeit bereits zu den schärfsten Gegnern Müllers zählte und somit selbst "Partei" war, behauptete allerdings im Mai 1946 in einer "Aussprache" mit Müller, der Landesvorsitzende habe seinerzeit von den geplanten Artikeln der Isar-Post über Schäffers politische Belastungen vor ihrer Veröffentlichung gewußt und diese gutgeheißen, was Müller heftig von sich wies. Die Aussprache endete handgreiflich; Aktenvermerk "Betr. Unterredung Dr. Pix, Landshut und Dr. Müller, München", 12. Juni 1946, ACSP, NL Müller 6.

[151] OMBGY, Peter Vacca, an Müller, 24. April 1946, ACSP, NL Müller 200.

[152] Henzler, Schäffer, Manuskript S. 246 und S. 256.

rung das Verbot als politisch sehr unklug: "Turning to Bavarian Politics, he [von Prittwitz-Gaffron] thougt, that the action of Military Government in politically disqualifying Schaeffer was a mistake."[153] Tatsächlich war gerade vor dem Hintergrund der manchen noch schmerzhaft erinnerlichen taktischen Winkelzüge in Bamberg und der von Schäffer dort gegen Müller erhobenen Vorwürfe zu erwarten, daß die politischen Gegner Müllers ihm die Ausschaltung Schäffers anlasten würden, während diese dem Betroffenen selbst eine Aura des Märtyrertums verleihen würde. Das mußte Schäffers Anhängerschaft eher stärken und die Gräben innerhalb der CSU mit größter Wahrscheinlichkeit noch vertiefen - was faktisch Realität wurde.[154] Die innerparteiliche Kluft zu überbrücken war aber - wie die Protokolle belegen - mindestens bis zur Jahresmitte 1946 ein konstant verfolgtes, primäres Ziel der Politik Müllers.

Gegen seine schuldhafte Verstrickung in die Schäffer-Affäre sprechen aber vor allem Vorgänge, die sich in den Reihen der amerikanischen Militärregierung abspielten, und zwar vor allem in Abteilungen, die für die Entnazifizierung zuständig waren. Aus amerikanischen Überlieferungen geht nämlich hervor, daß eine Gruppe von "linken" Offizieren des OMGBY, teilweise deutsche Emigranten, ihr möglichstes taten, um die als reaktionär betrachteten bayerischen Kräfte einzudämmen. Einer dieser Offiziere war Ernst Anspach, der aus eigenem Antrieb schon den Sturz Schäffers als Ministerpräsident systematisch vorzubereiten half. In einem amerikanischen Memorandum vom 13. Mai 1946 heißt es, daß bei OMGBY eine allgemeine Feindseligkeit gegen die "reaktionäre" CSU vorherrsche ("general hostility of MG in Bavaria against CSU"), die bei einer beträchtlichen Zahl von Offizieren so weit ging, daß sie die Partei mit allen Mitteln sprengen wollten: "They openly avow their intend to break up CSU." Und die Aversion dieser Gruppe richtete sich keineswegs allein gegen Schäffer und seine Anhängerschaft. Vielmehr hatten die Gegner der CSU innerhalb der Militärregierung zur gleichen Zeit ihr Augenmerk auch auf Müller gerichtet.[155] Da Müller sich weniger angreifbar gemacht hatte als Schäffer, dauerte es allerdings noch einige Monate, bis dessen Fall im Herbst 1946 die Gemüter erhitzte. Beteiligt an dem fehlgeschlagenen Versuch, auch Müller wegen angeblicher NS-Belastungen aus dem politischen Leben auszuschalten, war die gleiche Gruppe von Offizieren um Ernst Anspach, die auch in die Schäffer-Affäre verstrickt waren. Ihre führende Köpfe wurden um die Jahreswende 1946/47 schließlich wegen dieser Aktionen strafversetzt.[156]

Den bayerischen Zeitgenossen blieben diese Vorgänge allerdings verborgen. Schäffers politisches Betätigungsverbot erschütterte die noch junge CSU und vertiefte die

---

[153] Memorandum, Donald R. Heath an Robert Murphy, 20. June 1946, NA RG 84, Office of POLAD, CGC Box 70.

[154] Müller selbst sprach im Kreis des Landesarbeitsausschusses von "gefährlichen Zusammenhängen" und "Rückwirkungen der amerikanischen Maßnahmen auf die Anhänger Schäffers", Landesarbeitsausschuß am 1. Mai 1946, Dok. Nr. 15, S. 194f.

[155] OMGUS, Office of the Director of Political Affairs, Memorandum von Pierre M. Purves an Ambassador Heath, 13. Mai 1946: Subject: CSU in Bavaria. Case of Joseph Müller, NA RG 84, POLAD, CGC Box 2 of 12. Heath hielt das Memorandum für so wichtig, daß er empfahl, es in einem persönlichen Brief an James Riddleberger, den Leiter der Abteilung für Central European Affairs des Washingtoner State Departmens, weiterzuleiten.

[156] James R. Wilcinson, American General Consul, an Robert Murphy, 27. September 1946: Attitude towards Dr. Mueller, NA RG 84, POLAD, CGC Box 70; Robert W. Beghtol, American Vice Consul, an Wilcinson, 11. December 1946, NA RG 84, POLAD, Box 73; Charles W. Thomas, American Vice Consul Munich, an Wilcinson, 11. December 1946, NA RG 84, POLAD, Box 73; Teilaspekte auch bei Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 434f.

Zwistigkeiten, die nun zuweilen geradezu haßerfüllt ausgetragen wurden; die Intrigentheorie stieß bei vielen auf fruchtbaren Boden und nahm sicher manchen gegen Müller ein, der vorher noch unentschieden war. Nach außen war die CSU freilich bemüht, die inneren Erschütterungen herunterzuspielen. Die offizielle Reaktion der Union war distanziert-neutral: "Im Falle Schäffer hat die Militärregierung von sich aus ein Urteil gesprochen, über das zu kritisieren und nach dieser oder jener Seite hin zu diskutieren uns nicht zukommt", so lautete die parteioffizielle Linie, die an die Redner ausgegeben wurde. Sie wurden ferner angehalten, sich nur dann zum Fall Schäffer zu äußern, wenn sie durch Nachfragen hierzu angeregt würden.[157] Nach einiger Zeit beruhigten sich dann die Gemüter, und es sah fast so aus, als sei der Fall Schäffer auch parteiintern allmählich in Vergessenheit geraten. Der Name Schäffer wurde in den folgenden Monaten immer seltener laut, und die seit April 1946 von Alois Hundhammer weitergeführte altbayerische "Opposition" schien sich nach manch hartem Gefecht im Januar 1948 schließlich mit der Parteiführung zu arrangieren. Doch als sich Schäffer aus seiner unfreiwilligen politischen Quarantäne zurückmeldete, war das Beben, das seine Rückkehr begleitete, gewaltig.

8. *Satzungsdebatten*

Mit der in Bamberg am 30. und 31. März 1946 verabschiedeten Änderung des Stimmrechts und der Bestätigung Müllers als alleinigem Landesvorsitzenden waren statuarische Präjudizien geschaffen, die trotz erheblicher Anstrengungen seitens des Schäffer/Hundhammer-Flügels vorläufig nicht mehr rückgängig zu machen waren und die Müller in die Lage versetzten, sein Parteikonzept gegen ihren teilweise erbitterten Widerstand durchzusetzen. Die Bamberger Entscheidungen bildeten das Fundament, um die improvisierte organisatorische Verfassung der CSU durch ein gut durchdachtes Regelwerk abzulösen, das mit entsprechenden Vorkehrungen auf die Realisierung jener modernen interkonfessionellen Sammlungspartei zielte, die Müller vorschwebte, die aber freilich über lange Jahre nur auf dem Papier bestand. Organisation und Apparat der CSU wurden von Alf Mintzel in seiner "Anatomie" dieser Partei ausführlich dargestellt. Zum Verständnis der dokumentierten Protokolle ist es trotz nicht immer vermeidbarer Wiederholungen bekannter Zusammenhänge dennoch unerläßlich, zwei Teilaspekte der organisatorischen Verfassung zu beleuchten, die als umstrittene Dauerbrenner die parteiinternen Diskussionen wie ein roter Faden durchziehen: die Gestaltung der Parteispitze und die Regelung des Stimmrechts in den Basisvertretungen der CSU, der Landesversammlung und dem Landesausschuß. Beide betrafen unmittelbar die innerparteiliche Machtverteilung, und die sich daran entzündenden Streitereien waren zugleich "organisationspolitisch verdeckte Grundsatzdebatten über den großen Kurs der Partei",[158] in der die bekannten Lager aufeinanderprallten.

a) Die Diskussionen um die Delegiertenschlüssel

Einen wesentlichen Bestandteil seines Organisationskonzeptes bildete Müllers Bestreben, den fränkisch-protestantischen Kreisen und Verbänden innerhalb der Partei ein Mitspracherecht zu sichern, das ihrer objektiven Stärke nicht entsprach. Die CSU

[157] Redner-Dienst der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Nr. 4, München, Mitte Mai 1946.
[158] Alf Mintzel, Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972, Opladen 1975, S. 87.

war hinsichtlich ihrer Mitglieder- und Wählerschaft eine katholische Partei (91,3% der Mitglieder), deren Hochburgen in den altbayerischen Bezirksverbänden Ober- und Niederbayern und Oberpfalz sowie im "neubayerischen" katholischen Schwaben lagen. In diesen vier von insgesamt zehn Bezirksverbänden konzentrierten sich im Dezember 1946 rund 68% ihrer damals ca. 70.000 Mitglieder und rund 57% aller bayerischen Unionswähler; in Ober- und Niederbayern und der Oberpfalz war außerdem die Organisationsdichte weit höher als in den übrigen Bezirksverbänden.[159] Zwar wurden vergleichende statistische Berechnungen erstmals Ende 1946 durchgeführt, doch hatten schon die bayerischen Kommunalwahlen (in Gemeinden bis 20.000 Einwohner am 27. Januar 1946, in Land- und Stadtkreisen am 28. April bzw. 26. Mai) entsprechende Tendenzen erkennen lassen. Die CSU war vor allem dort erfolgreich, wo schon die BVP besonders stark gewesen war.

Müllers Zielsetzung des Aufbaus einer nicht nur von ihrem Anspruch sondern auch in der Realität ihrer Mitglieder- und Anhängerschaft christlich-interkonfessionellen Sammlungspartei, die alle Schichten und Regionen erfassen sollte, implizierte, daß er bestrebt sein mußte, die überkommenen politischen Strukturen in Bayern zu überwinden. Dies sollte unter anderem durch Stimmrechtsregelungen erreicht werden, die den Diasporagebieten ein objektiv zunächst unangemessenes Gewicht in der Partei verschafften. Auf lange Sicht, so die Kalkulation, würde der überproportionale Einfluß insbesondere der fränkischen Kreise ihre Wirkung auf die dortige Bevölkerung nicht verfehlen, die in steigendem Maße ihre Interessen durch die Union vertreten sehen würde.

Die praktische Umsetzung konnte nur über eine Stimmrechtsregelung geschehen, die allen Parteiverbänden unabhängig vom Ausmaß ihrer Gefolgschaft die gleichen Einflußmöglichkeiten in den Parteigremien zugestand. Diese Lösung scheint zunächst auch nicht umstritten gewesen zu sein, zumal sie den BVP-Traditionen entsprach. Die vorläufige Satzung vom 8. Januar (Dokument Nr. XIII) räumte allen Bezirksverbänden die Entsendung der gleichen Anzahl von Delegierten in den Landesausschuß ein; in der Landesversammlung waren die Regionen proportional zu ihrer Einwohnerschaft vertreten: Jeder Land- und Stadtkreis entsandte mindestens je einen Vertreter, überstieg die Einwohnerschaft die Grenze von 50.000, kam für "je angefangene 50.000" ein weiterer hinzu.[160]

Daß anläßlich der Stimmrechtsinitiative Müllers im März erste Proteste Schäffers gegen die schematische Gleichbehandlung der Bezirksverbände laut wurden, war darauf zurückzuführen, daß sich der Führungsstreit inzwischen weiter zugespitzt hatte und Schäffer - möglicherweise erst durch die Zielstrebigkeit, mit der Müller und seine Mitstreiter die Stimmrechtsänderung durchsetzten - bewußt geworden war, daß die schematische Regelung des Delegiertenschlüssels nicht nur dem Sammlungsgedanken diente, sondern - vor allem in Verbindung mit der Aufwertung der großstädtischen Organisationen und der Erhöhung der Delegiertenzahl - auch Müller und seine Anhängerschaft begünstigte. Auf die nach Schäffers Ausschaltung mit Hundhammer als Oppositionsführer fortgesetzten Führungs- und Flügelstreitigkeiten war es auch zurückzuführen, daß sich die Querelen um die Stimmrechtsregelungen seit Dezember 1946 zum Dauerstreit entwickelten, nachdem die Wahlen des Jahres und die allmähliche Konturierung der Organisationsdichte die fortdauernde Kluft bestätigten, die zwi-

[159] Ebenda, S. 86ff, Tabellen S. 130, 134, 188.

[160] § 4 a) und c) der Vorläufigen Satzung, Dok. Nr. XIII, S. 1755f.

schen der tatsächlichen Mitglieder- und Wählerstärke und ihrer Repräsentation innerhalb der Parteigremien lag.
Im Mai 1946 hatte Müller der ersten ordentlichen Landesversammlung der CSU (Dokument Nr. 18) einen umfangreichen Satzungsentwurf vorgelegt (Dokument Nr. XVI), der wie die Januar-Satzung eine schematische Verteilung des Stimmrechts vorsah. Während eine harte Auseinandersetzung über das Stimmrecht in Bamberg nur durch ausgeklügelte taktische Manöver abgewendet werden konnte, stießen die entsprechenden Paragraphen der neuen Satzung weder im Landesarbeitsausschuß, der seit der Bamberger Tagung den Vorläufigen Landesausschuß als provisorisches Führungsgremium der Union abgelöst hatte, noch in der ersten ordentlichen Landesversammlung der CSU am 17. Mai 1946 auf nennenswerte Widerstände. Laut Paragraph 45 der neuen Statuten, die Müller der Landesversammlung zur Genehmigung präsentierte, waren die Bezirksverbände unterschiedslos mit je fünf Delegierten im Landesausschuß vertreten. Den Status eines Bezirksverbandes konnten nach Paragraph 31 alle Städte mit mehr als 150.000 Einwohnern erlangen. Mit August Haußleiter war es ausgerechnet ein Franke und künftiger Wortführer der Müller-Gruppe, der auf mögliche Konsequenzen dieser Regelung aufmerksam machte, die eigentlich geeignet waren, die Gegenseite hellhörig zu machen. Als Müller einen Regensburger Redner unterstützte, der anregte, die in Paragraph 31 vorgesehene Mindesteinwohnerzahl von 150.000 auf 100.000 zu reduzieren, wandte sich Haußleiter energisch gegen das "Übergewicht der Großstädte über das flache Land", das in Kopplung mit der gleichberechtigten Entsendung von fünf Delegierten aus jedem Bezirksverband in der Tat noch verstärkt worden wäre.[161]
Erstaunlicherweise nahm die innerparteiliche Opposition diese Kritik ebensowenig auf wie den Regensburger Vorschlag, den großstädtischen Einfluß durch eine nach der Einwohnerzahl gestaffelte Vertretung zu reduzieren. Unbestritten blieb zunächst auch die Regelung über die Zusammensetzung der Landesversammlung, in die laut Paragraph 42 des Mai-Entwurfs jeder Kreisverband unabhängig von der Einwohnerzahl je zwei Vertreter entsenden konnte. Die Landesversammlung entschied sich am 17. Mai 1946 einstimmig, "eine Probeehe [...] mit diesen Statuten" einzugehen, und "weitere Überlegungen erst dann an[zustellen], wenn sich Änderungen aus der Praxis ergeben".[162]
Aus oberbayerischer Sicht erwies sich die "Probeehe" im Laufe des Jahres 1946 als wenig glücklich. Inzwischen hatte die Mai-Satzung einige Veränderungen erfahren,[163] war jedoch in den Stimmrechtsabschnitten unverändert geblieben, als sie nach der Genehmigung durch die Militärregierung und ihrer Annahme durch den Landesausschuß erneut der Landesversammlung vorgelegt wurde. Die Landesversammlung trat am 14. und 15. Dezember zum zweiten Mal zusammen (Dokument Nr. 26), und am ersten Tag dieser Zusammenkunft legte Karl Warmuth im Namen des oberbayerischen Kreisverbandes Freising einen umfassenden Abänderungsantrag zur Satzung vor. Deren Mängel hatten es ermöglicht, so Warmuth, "daß in der Union, besonders im Landesausschuß und in der Landesvorstandschaft, sich allmählich eine einseitige Führung gegen den Willen der Unionswähler und Unionsmitglieder herauszubilden

[161] Landesversammlung am 17. Mai 1946, Dok. Nr. 18, S. 292.
[162] Ebenda, S. 307, 298, 290.
[163] Satzung vom 4. Oktober, Dok. Nr. XVII, S. 1783ff. Die gegenüber der Mai-Fassung (Dok. Nr. XVI, S. 1763ff.) vorgenommenen Änderungen sind dort durch Kursivsatz hervorgehoben.

scheint". Der Kreisverband Freising sah das "demokratische Prinzip" unter anderem durch die Stimmrechtsregelungen gefährdet, deren schematische Gestaltung dazu geführt habe, "daß die offizielle Unionspolitik einen Kurs steuern kann, der dem Willen der Mehrzahl der Unionswähler bzw. der Unionsmitglieder nicht mehr gerecht wird". Nach Auffassung der Freisinger würde es "wahrer Demokratie" entsprechen, wenn "den stärkeren Unions-Kreis- und Bezirksverbänden auch mehr Stimmen in den Parteiorganen zuerkannt werden als den schwachen". Warmuth schlug deshalb eine Neuregelung vor, nach der jeder Kreisverband "pro 8000 angefangene Unionswählerstimmen" einen Delegierten in die Landesversammlung entsenden konnte. Analog zu diesem "Leistungsprinzip" sollte sich auch die Besetzung des Landesausschusses an den Wahlerfolgen der Partei orientieren: Je 50.000 Wählerstimmen in den jeweils vorhergegangenen Landtagswahlen waren nach den Freisinger Vorstellungen eine angemessene Basis für die Entsendung eines Delegierten in den Landesausschuß.[164]
Bei diesem Freisinger Antrag handelte es sich tatsächlich um einen verdeckten Antrag des Bezirksverbandes Oberbayern der CSU,[165] und die Tragweite der Veränderungen, die seine Annahme eingeläutet hätte, wird deutlich, wenn man die Ergebnisse der bayerischen Landtagswahlen am 1. Dezember 1946 betrachtet: Die CSU-Stimmen massierten sich nämlich vor allem in Oberbayern, wo einschließlich des Bezirksverbandes München 24,6% aller Unionswähler beheimatet waren. Der Bezirksverband Oberbayern hätte mit allein 18,4% aller CSU-Wähler an erster Stelle von der vorgeschlagenen Neuregelung profitiert.
Horlacher wandte sich mit "aller Schärfe", "und zwar aus demokratischem Prinzip" dagegen, durch das von Freising vorgeschlagene "Machtprinzip" die "Dynamik der Union in unseren Diaspora-Gebieten" zu schwächen: "Glauben Sie mir, in der Union kommt es auf den Zusammenhang zwischen den fränkischen und altbayerischen Gebieten an; sonst geht die Union zum Teufel."[166] Sein energischer Einsatz in dieser Angelegenheit war allerdings an diesem Tag unnötig. Da Freising/Oberbayern den Antrag auf eine prinzipielle Veränderung des Delegiertenschlüssels mit Vorschlägen für die Umgestaltung der Parteispitze gekoppelt hatte, die die Gemüter noch heftiger bewegten, ging die oberbayerische Stimmrechtsinitiative am 14. Dezember vorläufig sang- und klanglos unter, ohne aber in Vergessenheit zu geraten.

b) "Parteidirektorium" oder "Führersystem"?

Die Vorläufige Satzung der CSU vom 8. Januar (Dokument Nr. XIII) sah einen ersten und zweiten Landesvorsitzenden vor, die zusammen mit zwölf weiteren Personen die Landesvorstandschaft bilden sollten. Die Leitung der CSU lag jedoch in Händen des von der Landesversammlung zu wählenden ersten Vorsitzenden, dessen Machtposition durch den zweiten Vorsitzenden nicht geschmälert war. In der Vorläufigen Satzung waren die Aufgaben des zweiten Vorsitzenden nicht geregelt, ihm war offensichtlich eine reine Stellvertreterfunktion zugedacht.
Schon Anfang März 1946 war jedoch angesichts der andauernden Führungsstreitigkeiten zwischen Schäffer und Müller erstmals der Gedanke aufgekommen, den Parteivorsitz einem gleichberechtigten Direktorium zu übertragen. Franz August Schmitt und Alois Schlögl hatten überlegt, daß das drohende Auseinanderfallen der CSU

[164] Landesversammlung der CSU am 14. und 15. Dezember 1946, Dok. Nr. 26, S. 842ff.
[165] Hundhammer, ebenda, S. 849f.
[166] Ebenda, S. 853.

durch eine Kollegiatslösung am besten verhindert werden könnte. Sie hatten daher am 7. März 1946 die "Idee entwickelt, an Stelle *eines* Parteivorsitzenden ein sogenanntes Parteidirektorium treten zu lassen". Dieses sollte "aus mehreren gleichberechtigten Persönlichkeiten" bestehen, die sich aus "den verschiedenen 'Quellen', aus denen die Union gespeist wird", rekrutieren sollten. Nach ihren Plänen war dem Direktorium lediglich die laufende politische Vertretung und die organisatorische Leitung, nicht aber die politische Führung der Partei zu übertragen: "Die eigentliche politische Führung liegt bei der Landesvorstandschaft, die etwa einen Kreis von 25 Personen umfaßt." Damit sahen Schmitt und Schlögl das "Führersystem", das niemand wünsche, als "von vornherein im Keim erledigt" an.[167]

Schmitt übersandte einen als Ergebnis der gemeinsamen Überlegungen von ihm gefertigten Satzungsentwurf an Müller, Schäffer und andere prominente Mitglieder der Partei mit der Bitte, über diesen eventuell im Vorläufigen Landesausschuß zu verhandeln.[168] Nach dem Entwurf Schmitts bestand das Direktorium aus fünf Mitgliedern: nämlich vier vom Landesausschuß zu wählenden Personen, die Repräsentanten erstens der ehemaligen BVP, zweitens des Bauernbundes, drittens der ehemaligen Demokraten und viertens der bäuerlichen oder gewerblichen Kreise Frankens sein sollten. Fünfter im Bunde war nach diesen Vorschlägen ein Generalsekretär.[169]

Die Kollegiatsidee stieß vor allem in Oberbayern auf positive Resonanz. Der Vorsitzende des Bezirksverbandes, Alois Hundhammer, informierte das Landessekretariat der CSU am 25. März über einen von Oberbayern für die Bamberger Tagung geplanten Antrag, der - so Hundhammer - von der Überzeugung geleitet war, "daß den derzeit in der Landesleitung der Union bestehenden untragbaren Verhältnissen ein Ende bereitet werden muß. Der Kampf um die Führung hat durch die öffentlich erfolgten Angriffe Formen angenommen, die von den Mitgliedern der Union allgemein aufs tiefste bedauert werden und die eine Hemmung und Lähmung sowohl der Werbemöglichkeiten der Union wie ihrer sachlichen Arbeit bedeuten." Da die Bezirksverbände inzwischen ihre Vorstandschaften gewählt hatten, betrachtete Oberbayern die vorläufige Legitimierung der bisherigen Landesleitung als hinfällig. Deshalb wünschte der Bezirksverband, den bisherigen Vorläufigen Landesausschuß nun durch einen aus den Vorsitzenden der zehn Bezirksverbände zu bildenden Arbeitsausschuß zu ersetzen und ihm die Leitung der Partei zu übertragen: "Nach gut demokratischem Grundsatze ist es am Platze, daß aus den Bezirksvorstandschaften heraus die vorläufige Landesleitung jetzt gebildet wird. Auf diesem Wege kann auch das Problem Schäffer - Dr. Müller bereinigt werden, da Herr Dr. Müller ohne weiteres von einem Bezirksverbandsvorsitzenden als dessen Vertreter in die Landesleitung delegiert werden kann. Mit dem Vorschlag Oberbayerns ist auch der von anderer Seite vertretene Plan der Schaffung eines Direktoriums als Parteileitung aufgegriffen und verwirklicht."[170] Inhaltlich entsprach der oberbayerische Antrag weitgehend der bereits am 8. Januar von Schäffer/Hundhammer vertretenen Position, die möglicherweise schon damals auf die dauerhafte Etablierung einer Kollegiatsspitze zielte, jetzt aber erstmals in diesem Sinne präzisiert wurde.

---

[167] Franz August Schmitt an Schäffer, Pfeiffer, Müller, Schwingenstein und Hanfstaengl, 13. März 1946, BayHStA, NL Pfeiffer 41.

[168] Franz August Schmitt an Schlögl, 13. März 1946, ACSP, NL Müller 2; Text des Entwurfes in der Anlage zum Schreiben an Schäffer u.a. (wie Anm. 167).

[169] Satzungsentwurf (wie Anm. 167f.).

[170] CSU-Kreisverband Oberbayern an das Landessekretariat, 25. März 1946, IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 1.

Diese frühen oberbayerischen Bestrebungen zur Schaffung einer kollegialen Parteiführung scheiterten auf der Bamberger Tagung. Müller wurde als Parteivorsitzender bestätigt, und statt der von Hundhammer vorgeschlagenen Regelung einer zehnköpfigen Bezirksrepräsentanz trat der Landesarbeitsausschuß "zur Unterstützung des Landesvorsitzenden" ins Leben. Der Landesarbeitsausschuß stellte im wesentlichen die um je einen Bezirksvertreter ergänzte Fortsetzung des Vorläufigen Landesausschusses dar und konnte mit nun 26 Mitgliedern schon aufgrund seiner personellen Stärke kaum als kollektive Parteispitze agieren.
Die in Bamberg nur vorläufig abgewehrten Bemühungen zur Eindämmung der Macht des umstrittenen Parteivorsitzenden setzten sich fort, als im Mai 1946 die Satzungsberatungen begannen. Im Entwurf der umfangreichen neuen Satzung (Dokument Nr. XVI) war die Position des Landesvorsitzenden gegenüber der Januar-Fassung noch erheblich gestärkt. Der neue Satzungsentwurf sah nur noch einen einzigen Landesvorsitzenden vor, der "vorübergehend für einen Teilbereich seiner Aufgaben" einen Vertreter nach eigenem Ermessen bestellen konnte.[171] Eine gewisse Einschränkung seiner Machtstellung war allerdings dadurch gegeben, daß laut Paragraph 51 die siebenköpfige Geschäftsführende Vorstandschaft, die zusammen mit dem Landesvorsitzenden die Parteileitung darstellte, von der Landesvorstandschaft gewählt wurde. Neben dem Landesvorsitzenden gehörten der Landesvorstandschaft nach Paragraph 47 des Mai-Entwurfs zehn vom Landesausschuß zu wählende Mitglieder, je ein Vertreter der zehn Bezirksverbände, die Regierungsmitglieder der CSU und die Vorstandschaft der Landtagsfraktion, schließlich die Vorstandschaft des berufsständischen Rates der CSU sowie Vertreter der Frauen und der Jugend an. Mit ihren rund 40 Mitgliedern stellte die so konzipierte Landesvorstandschaft einen durchaus repräsentativen Querschnitt der Gesamtpartei dar, deren mittelbarer Einfluß auf die Parteileitung - und ihre Politik - mit den Bestimmungen des Paragraphen 51 abgesichert war.
Die dennoch sehr starke Stellung des Parteivorsitzenden traf schon bei der Beratung des Satzungsentwurfes durch den Landesarbeitsausschuß auf Widerstände. Der von Pfeiffer am 9. Mai (Dokument Nr. 16) erneuerte Vorschlag einer Kollegiatsspitze, "die am besten das demokratische, territoriale, konfessionelle und ständische Prinzip" gewährleiste, wurde zwar von Hundhammer "wärmstens" begrüßt,[172] stieß aber im übrigen auf Ablehnung. Angesichts der überwiegend Müller-freundlichen Ausrichtung des Ausschusses war dies zu erwarten. Der Schäffer/Hundhammer-Flügel setzte daher seine Hoffnungen auf die bevorstehende Landesversammlung, von der sich seine führenden Köpfe eine stärkere Unterstützung ihrer Positionen versprachen. Als sich die Delegierten am 17. Mai 1946 zur ersten ordentlichen Landesversammlung in München trafen (Dokument Nr. 18), um unter anderem eine Entscheidung über die Statuten der Partei zu fällen, startete Hundhammer einen neuerlichen Vorstoß gegen das "Führerprinzip", das er in der starken Stellung des Landesvorsitzenden verankert sah. Sein Antrag, statt eines Vorsitzenden einen ersten, zweiten und dritten Landesvorsitzenden zu wählen, "um das demokratische Prinzip auch in dieser Beziehung deutlich zu machen", scheiterte jedoch an der schnellen Reaktion Horlachers, der in direkter Replik beantragte, die Satzung ohne Änderung so anzunehmen, wie sie vorlag.[173]

[171] § 47 und 52.
[172] Dok. Nr. 17, S. 218.
[173] Landesversammlung am 17. Mai 1946, Dok. Nr. 18, S. 288ff.

Die Müller-Gruppe war offensichtlich bemüht, eine Debatte über diesen Punkt, wie überhaupt eine ausführlichere Diskussion des Satzungsentwurfs, zu verhindern. Als sich dann doch eine Auseinandersetzung über die Parteispitze zu entzünden drohte, war es Baumgartner, der Schluß der Debatte und en bloc Abstimmung über die Satzung beantragte. Mit der prominenten Rückendeckung beider Bauernführer konnte Müller getrost über den diesmal von Anton von Aretin vorgebrachten Abänderungsantrag (Wahl dreier Vorsitzender) abstimmen lassen, der nur 27 Stimmen (von rund 400) erhielt. Nachdem Müller ausdrücklich versichert hatte, daß die Satzung jederzeit, "schon in der nächsten Landesversammlung", die noch im gleichen Jahr einberufen werden würde, wieder abgeändert werden könne, nahm die Versammlung die Satzung einstimmig an.[174]

Damit war die erste Hürde genommen. Es galt nun, das Urteil der Militärregierung einzuholen, von deren Zustimmung es abhing, ob die Statuten in der vorliegenden Form in Kraft treten konnten. Die Amerikaner waren im Großen und Ganzen mit dem Satzungsentwurf einverstanden, erhoben jedoch Einwände gegen einzelne Bestimmungen. Sie machten ihren Einfluß einerseits im Sinne einer Stärkung der demokratischen Prinzipien geltend, die sie in der eher zentralistischen Ausrichtung und den weitreichenden Rechten des Landesvorsitzenden nicht durchwegs gewährleistet sahen, trugen aber andererseits auch dazu bei, dessen Position noch zu verstärken.

Die Militärregierung hatte schon im April 1946 Auflagen für die Satzung genannt, die aber eher allgemeiner Natur und auch selbstverständlich waren: Nach ihren Vorgaben mußten alle Parteifunktionäre einmal jährlich durch geheime Abstimmung gewählt werden; für eine Wahl bezeichneten die Amerikaner die Mehrheit der abgegebenen Stimmen für ausreichend. Wahlvorschläge sollten von den Delegierten eingereicht werden können, denen eine ausreichende Frist einzuräumen war, sich über die vorgeschlagenen Kandidaten zu informieren. Außerdem erwartete die Militärregierung ein geordnetes Finanzgebaren durch regelmäßige Finanzberichte und Kassenprüfungen.[175]

Als Müller der Militärregierung die von der Landesversammlung verabschiedete Satzung vorlegte, wurden die Bedingungen etwas konkreter. Den Amerikanern war der Satzungsentwurf hinsichtlich der Organisation des Landesverbandes zu "autokratisch geregelt", insbesondere sahen sie die Rechte der Parteibasis nicht ausreichend gewahrt. In Beantwortung der amerikanischen Kritik versuchte Müller am 22. Juli 1946 die Bedenken der Militärregierung zu zerstreuen: "Die Satzung bezweckt in keiner Weise eine autokratische Führung der Partei. Sie versucht jedoch, die infolge der Größe der Partei sehr schwerfällige Landesversammlung dadurch zu entlasten, daß sie minderwichtige Entscheidungen kleineren und deshalb für einen häufigeren Zusammentritt geeigneteren Organen überträgt. Diese Organe leiten ihre Ermächtigung jedoch von der Landesversammlung ab, auf deren Wahl sie zurückgehen." Im übrigen stellte Müller fest, zu diesem Punkt "nur in mündlicher Aussprache aufgrund genauerer Einzelangaben" Stellung nehmen zu können.[176]

Die "genaueren Einzelangaben" ließen zunächst auf sich warten. Am 20. August informierte die Militärregierung den für die Satzungsverhandlungen zuständigen Verbindungsmann der CSU-Landesgeschäftstelle, Hanswolf Haunhorst, daß Müllers Er-

[174] Ebenda, S. 306f.

[175] Schreiben von Millers und Schäffers an die Vorsitzenden der Bezirksverbände, 19. April 1946, ACSP, NL Müller 65.

[176] Müller an die Militärregierung, 22. Juli 1946, ACSP, NL Müller 2.

klärungen ihre Einwände nicht entkräftet hatten: Die Satzungen sollten "den Willen möglichst aller Parteimitglieder und Wähler zum Ausdruck bringen", und das war in den Augen des Chefs der Political Activities Branch, Oberstleutnant Paul Burns, in der vorliegenden Fassung "keineswegs" der Fall: "Der Grund sei, daß die Ortsverbände nicht in der Lage seien, ihre Ansichten und Wünsche bei der Landesleitung mit entsprechendem Nachdruck [...] zum Ausdruck zu bringen. Die Möglichkeit dafür müsse geschaffen werden."[177] Zwei Tage später, am 22. August, teilte Burns schließlich der Parteileitung mündlich mit, auf welche Bestimmungen die amerikanische Kritik im einzelnen zielte.

Zu Paragraph 51 der Mai-Fassung (Paragraph 53 der Oktober-Fassung), der die Wahl der Geschäftsführenden Vorstandschaft durch die Landesvorstandschaft vorsah, erklärte Burns laut Besprechungsprotokoll: "Die sieben Mitglieder der Geschäftsführenden Landesvorstandschaft sollen durch den Landesvorsitzenden aus den 41 Mitgliedern der Landesvorstandschaft ernannt werden. Nur auf diese Weise sei es gewährleistet, daß der Landesvorsitzende während seines Amtsjahres wirklich führen und arbeiten könne."[178] Während diese Intervention auf eine erhebliche Stärkung der Position des Landesvorsitzenden hinauslief und zweifellos von Müller begrüßt wurde, bezweckte die amerikanische Kritik zu Paragraph 59 der Mai-Satzung (Paragraph 62 der Oktober-Fassung), der die Geschäftsführer bis hinab zur Kreisebene der direkten Kontrolle der Landesleitung unterstellte, eher das Gegenteil. Burns stellte ausdrücklich fest: "Die Geschäftsführer, die von der Landesvorstandschaft für die unteren Organisationen angestellt werden, dürfen keinesfalls sich in die inneren politischen Angelegenheiten der Kreis- usw. -verbände einmischen. Es muß klar zum Ausdruck kommen, daß ihre Aufgabe rein verwaltungsmäßig und organisatorisch ist."[179]

Die Kritik an der "zentralistischen" Regelung der Geschäftsführerfrage - die auch vom Schäffer/Hundhammer-Flügel bekämpft wurde - tangierte freilich in höchstem Maße Müllers politisch-organisatorisches Parteikonzept, sah er doch in der Schaffung eines zentral gesteuerten, effektiven Parteiapparates, der insbesondere auch für die Gewährleistung eines kontinuierlichen Kommunikationsflusses unabdingbar war, eine wesentliche Voraussetzung für die angestrebte Entwicklung der CSU zu einer modernen Volkspartei. Den Geschäftstellen kam als "Instrument gesellschaftlich-politischer Integration" in diesem Konzept eine Schlüsselfunktion zu.[180] Die Parteileitung unterbreitete den Amerikanern am 3. September eine Neufassung des Paragraphen, der aber noch immer auf "größte Bedenken" stieß. Die Militärregierung stellte neuerlich klar: "Es ist nichts gegen Geschäftsstellen der Landespartei in den Bezirken usw. einzuwenden, jedoch dürfen diese Geschäftsstellen keinerlei Berechtigung haben, sich in die inneren Angelegenheiten lokaler Art einzumischen."[181]

Auch die amerikanische Intervention gegenüber den Bestrebungen, die Kandidatenaufstellung zu den Landtagswahlen von der Bestätigung durch den Landesausschuß

---

[177] Aktenvermerk HH [Haunhorst], Dienstag, den 20. August 1946, Betrifft: Parteisatzungen, ACSP, NL Müller 2.

[178] Bedingungen der Militärregierung für die Parteisatzungen. Besprechung der Parteisatzungen der Christlich-Sozialen Union mit Oberstleutnant Paul Burns, OMGB, am 22. August 1946, f.d.R. des Protokolls: Haunhorst, ACSP, NL Müller 2.

[179] Ebenda.

[180] Mintzel, CSU, S. 139f.

[181] Übersetzung: Memorandum für Herrn Haunhorst, 5. September 1946, gez. Paul Burns, ACSP, NL Müller 2; die Fassung des Paragraphen vom 3. September konnte nicht ermittelt werden.

abhängig zu machen, zielte auf eine Stärkung des föderalen Prinzips. Der durch Paragraph 46 c) ermöglichte Eingriff in die Unabhängigkeit der Bezirksverbände sei "undemokratisch". Und beinahe ironisch bedachte die Militärregierung den zweiten Absatz des Paragraphen 52, der dem Landesvorsitzenden das Recht einräumen wollte, zu allen Versammlungen der Unterverbände geladen zu werden und dort sprechen zu dürfen. "Besteht etwa Zweifel, daß der Landesvorsitzende zu Versammlungen der Unterverbände, deren Mitglied er nicht ist, eingeladen wird und dort sprechen darf? Sollte er nicht eingeladen sein, könnte das seinen guten Grund haben, und er sollte nicht eintreten dürfen und die Mitglieder zu irgend etwas zwingen."[182]
Burns hatte seinen Standpunkt deutlich genug zum Ausdruck gebracht. Wie wichtig Müller gerade diese Bestimmung war, läßt sich daran ermessen, daß er nun unter bewußter Umgehung von Burns versuchte, wenigstens sein Präsenzrecht in der Satzung festzuschreiben. Haunhorst wandte sich "in Abwesenheit von Obstlt. Burns" an einen anderen Offizier der Political Activities Branch, Pierre Purves, und trug ihm "unseren Wunsch betreffend Abänderung des jetzigen Satzungsentwurfes dahingehend" vor, "daß der Landesvorsitzende an allen Versammlungen der Organe ohne Stimmberechtigung teilnehmen kann". Ferner legte er ihm "unsere Gründe, die zu diesem Wunsch führten", dar. Die nicht schriftlich festgehaltene Begründung muß überzeugend gewesen sein. Vermutlich fürchtete Müller, daß seine innerparteilichen Gegner, die sich in den altbayerischen Verbänden konzentrierten, versuchen würden, seine Position über die Bezirksverbände zu unterhöhlen - was Anfang 1948 tatsächlich geschah. Jedenfalls zeigte Purves durchaus Verständnis für Müllers Begehren, war allerdings nicht bereit, der klaren Weisung seines Vorgesetzen den Gehorsam zu verweigern. Purves bedauerte, "nicht ohne weiteres eine bindende Antwort geben" zu können, "da er hierüber zunächst mit Obstlt. Burns sprechen müsse. Er erklärte sich jedoch bereit, unseren Standpunkt ohne Rückhalt zu vertreten."[183]
Es gelang nicht, Burns umzustimmen. In Paragraph 54 der Satzung vom 4. Oktober 1946 (Dokument Nr. XVII) war der entsprechende Passus gestrichen. Gleiches war einer Bestimmung des alten Paragraphen 69 beschieden, die der Landesvorstandschaft ein Aufsichtsrecht auch über die "Politik sämtlicher Unterverbände" einräumen und einem aus ihrer Mitte zu bestimmenden Repräsentanten ein Teilnahme- und Stimmrecht in allen Zusammenkünften sichern wollte. In der Fassung vom Oktober (Paragraph 72) erstreckte sich das Aufsichtsrecht allein auf den Geschäftsbetrieb und die finanzielle Gebarung, das Zugangsrecht der Landesleitung zu den Sitzungen sämtlicher Unterverbände war entfallen.
Auch alle übrigen Wünsche der Militärregierung waren in der Neufassung der Satzung berücksichtigt, die dem Landesausschuß der CSU am 4. Oktober (Dokument Nr. 22) zur neuerlichen Beratung vorgelegt wurde. Der neue Entwurf wies gegenüber der Mai-Satzung eine Reihe von Veränderungen auf, die nur zum Teil auf Interventionen der Besatzungsmacht zurückzuführen waren. Den schärfsten Protest des Landesausschusses rief jedoch ausgerechnet die von der Militärregierung gewünschte Änderung

[182] Ebenda. Laut Protokoll (wie Anm. 178) bezog sich diese Kritik auf § 69, die Rechte des Landesvorsitzenden sind jedoch in § 52 geregelt, der in der Fassung vom 17. Mai die Teilnahme- und Stimmberechtigung des Vorsitzenden in allen Verbänden vorsah, jedoch keine Einladungspflicht vorschrieb. Die von der Militärregierung mehrfach ausdrücklich erwähnte Einladungspflicht deutet darauf, daß § 52 der Fassung vom 17. Mai 1946 vor Übersendung des Entwurfs an die Militärregierung erweitert wurde.

[183] Aktenvermerk von Haunhorst für Müller und Liedig, 18. September 1946, ACSP, NL Müller 2.

des Paragraphen 51 (nun 53) hervor, der die Auswahl der Mitglieder des Geschäftsführenden Landesvorstandes dem Landesvorsitzenden überließ. Das konnte allerdings auch nicht überraschen, betraf dies doch den sensibelsten Punkt der Satzungsstreitigkeiten. Hundhammer verwies zu Recht auf die damit vollzogene Stärkung der Position des Landesvorsitzenden und erkannte in der neuen Formulierung "etwas von dem sogenannten Führerprinzip, gegen das ich mich bei den früheren Beratungen der Satzung gewendet habe. Wenn dieser Passus bliebe, könnte ich für meine Person - abgesehen von einem zweiten dann noch - die Satzungen nicht annehmen." Er schlug stattdessen die Bildung eines "Sondergremiums" vor, das sich aus den Vorsitzenden der Bezirksverbände zusammensetzen sollte.[184]

Damit hatte Hundhammer seine alte Forderung wiederaufgenommen, der einerseits der "später verwirklichte Gedanke zu Grunde" lag, "mit diesem Sondergremium ein Stabilisierungsinstrument zur Balancierung der regionalen organisatorisch-politischen Disparitäten zu schaffen".[185] Andererseits stand dahinter aber vor allem auch der Wunsch, eine wirksame Kontrolle des Landesvorsitzenden zu gewährleisten bzw. dieses Amt in der bisherigen Ausprägung möglichst abzuschaffen und durch eine Kollegiatslösung zu ersetzen. Der zweite Passus, den Hundhammer nicht zu akzeptieren bereit war, betraf nämlich den Landesvorsitzenden selbst. Hundhammer beantragte, "daß nicht *ein* Landesvorsitzender gewählt wird, sondern eine Landesvorstandschaft, bestehend mindestens aus dem ersten, zweiten und dritten Landesvorsitzenden, jedenfalls bestehend aus mehreren Mitgliedern."[186]

Müller reagierte auf diesen neuerlichen Versuch, seine Machtposition zu beschneiden, gewohnt geschmeidig. Er verlas Aktennotizen, aus denen hervorging, daß Hundhammer bei der Militärregierung vorstellig geworden war, um dort gegen den "diktatorischen" Charakter der Satzungen Front zu machen, jedoch seinen Protest zurücknahm, nachdem er einsehen mußte, daß die Militärregierung die Satzung befürwortete. Hundhammer bestritt Müllers Version energisch,[187] konnte jedoch nicht verhindern, daß mit dem Hinweis auf die Haltung der Amerikaner eine ausführlichere Diskussion über die Gestaltung der Parteispitze wieder nicht zustandekam. Das Abstimmungsergebnis über beide Anträge Hundhammers zeigte aber, daß inzwischen eine beachtliche Anzahl der Delegierten sein Mißtrauen gegenüber Müller teilten: Von 71 Stimmberechtigten votierten nur 39 gegen und 32 für Hundhammers Vorschlag des Dreierdirektoriums; die Idee des "Sondergremiums" erbrachte dasselbe Resultat.[188] Während Hundhammer daraufhin erklärte, "unter diesem Gesichtspunkt die Satzungen als Ganzes" ablehnen zu müssen, war ein erheblicher Teil der Befürworter seiner Anträge nicht bereit, ihm in dieser Konsequenz zu folgen. Die Satzung wurde mit 49 gegen 18 Stimmen angenommen.[189]

Allerdings war nicht der Landesausschuß, sondern auch nach den Buchstaben der neuen Satzung allein die Landesversammlung der CSU befugt, über die Statuten zu beschließen. Als diese am 14. und 15. Dezember 1946 zusammentrat (Dokument Nr. 26), entflammten die Streitigkeiten um die Parteispitze in aller Schärfe. Wie auch in

[184] Landesausschußsitzung am 4. Oktober 1946, Dok. Nr. 23, S. 617.
[185] Mintzel, CSU, S. 114.
[186] Landesausschußsitzung am 4. Oktober 1946, Dok. Nr. 23, S. 617.
[187] Ebenda, S. 618f.
[188] Ebenda, S. 627, 631.
[189] Ebenda, S. 632.

der Frage des Delegiertenschlüssels war es der oberbayerische Kreisverband Freising, der die Forderungen Hundhammers aufnahm und die Einrichtung eines Dreierdirektoriums beantragte.[190] Als Müller erneut versuchte, diese Initiative abzuwehren, indem er die Militärregierung ins Spiel brachte, zeigten seine Gegner, die diese Reaktion offenbar erwartet hatten, Flagge. Richard Pflaum schloß sich der Freisinger Forderung im Namen des Bezirksverbandes München an, flankiert von Hundhammer, der Müllers Einschüchterungsversuch mit der Bemerkung parierte, daß seitens der Militärregierung keinerlei Stellungnahme über die Gestaltung der Parteispitze vorliege: "Ich lege Wert darauf; ich glaube, es ist am Platze ausdrücklich festzustellen, daß seitens der Militärregierung bezüglich der Fassung des Artikel 54 kein Einfluß genommen wird."[191]

Die Versammlung drohte in den nachfolgenden Wortgefechten außer Kontrolle zu geraten und in Tumult überzugehen, doch gelang es in letzter Minute einem schwäbischen Vertreter, die Situation zu entschärfen. Hugo Fink, Vorstandsmitglied der Bezirksverbände Augsburg und Schwaben, stellte kurzentschlossen Antrag auf Schluß der Debatte und erinnerte an die schon vor der Eskalation laut gewordene Anregung, die Bearbeitung der Änderungsanträge einer Satzungskommission zu übertragen.

Der spätere bayerische Innenminister Willi Ankermüller (Unterfranken) schloß sich diesem Vorschlag an, den er allerdings in einem wichtigten Punkt modifizierte. Er beantragte, die Änderungsanträge der Landesversammlung und etwaige weitere Vorschläge der antragsberechtigten Parteiorgane zur weiteren Bearbeitung an den Landesausschuß zu überweisen.[192] Die Rücküberweisung an den Landesausschuß zielte darauf, Zeit zu gewinnen, was die Opposition zwar durchschaute, jedoch nicht verhindern konnte. Schlögls Versuch, die Satzungsarbeiten an eine Frist zu binden, mißlang. Gegen 59 gezählte Nein-Stimmen sprach sich durch Erheben die überwältigende Mehrheit der 495 stimmberechtigten Delegierten für Ankermüllers Antrag aus. In der unmittelbar darauf durchgeführten schriftlichen Abstimmung über das gesamte Satzungswerk lauteten 311 von 389 abgegebenen Stimmzetteln auf Ja, 69 Delegierte lehnten die Statuten ab, neun Stimmzettel waren leer bzw. ungültig.[193]

Die hitzigen Auseinandersetzungen im Dezember 1946 deuteten schon darauf hin, daß das Problem die Partei noch einige Zeit beschäftigen würde. Tatsächlich flammte der Streit immer wieder auf, doch gelang es Müller bis 1948, eine Satzungsänderung zu verhindern. Der schließlich vom Landesausschuß der CSU am 28. und 29. Februar 1948 (Dokument Nr. 32) gefaßte Beschluß, die Satzung durch einen Paragraphen 54 a) dahingehend zu ergänzen, daß dem Landesvorsitzenden zwei durch den Landesausschuß zu wählende Stellvertreter zur Seite gestellt wurden, konnte den Schäffer/Hundhammer-Flügel allerdings kaum zufriedenstellen. Die Satzungsänderung erfolgte darüber hinaus zu einem Zeitpunkt, zu dem Hundhammer und der oberbayerische Kern seiner Anhängerschaft bereits die Hoffnung aufgegeben hatten, auf ordnungsgemäßen Bahnen ihren Vorstellungen einer demokratischen Parteispitze zum Durchbruch verhelfen zu können, und statt dessen ihr Glück auf dem Wege der offenen Rebellion versuchten.

---

[190] Landesversammlung am 14. und 15. Dezember 1946, Dok. Nr. 26, S. 843, 845.
[191] Ebenda, S. 849.
[192] Anregung Rindts ebenda, S. 846f.; Anträge Finks und Ankermüllers S. 856f.
[193] Ergebnisse der Abstimmungen ebenda, S. 859, 864.

c) Revisionsbemühungen

Müller hatte im Mai und neuerlich im Dezember 1946 die Ratifizierung der Statuten auch durch manche oppositionelle oder mißtrauische Kräfte mit der Versicherung erkauft, daß diese nicht "für alle Ewigkeit" gelten sollten, vielmehr ihre Änderung jederzeit möglich sei. Tatsächlich mußten die Vertreter der innerparteilichen Opposition jedoch bald erkennen, daß Müller nach Verabschiedung der Satzungen alle Bestrebungen zu ihrer Änderung unterlief. Nachdem die Landesausschußsitzung im Januar 1947 (Dokument Nr. 27) ganz im Zeichen der umstrittenen Regierungsbildung in Bayern gestanden hatte, kamen bei der nächsten Gelegenheit, in der außerordentlichen Landesversammlung am 30. und 31. August 1947 in Eichstätt (Dokument Nr. 28), die Streitigkeiten um die Parteispitze neuerlich auf. Dies vollzog sich vor dem Hintergrund der Direktorenwahlen für die bizonalen Behörden in Frankfurt, bei denen Müller gegen den erklärten Willen der bayerischen Landesregierung aktiv geworden war und seine "diktatorischen Gelüste" erneut unter Beweis gestellt hatte. "Arm in Arm" mit Konrad Adenauer hatte er die Wahl eines sozialdemokratischen Wirtschaftsdirektors verhindert und so dazu beigetragen, daß die von der Landesregierung erstrebte Große Koalition in Frankfurt platzte und außerdem der bayerische Wunschkandidat für das Amt des Landwirtschaftsdirektors (Joseph Baumgartner) nicht zum Zuge kam. Angesichts dieser Brüskierung auch der CSU-Parlamentarier, die die Regierungspolitik unterstützten, hatten die Verfechter des Direktoriums erfolgreich die Landtagsfraktion der CSU für ihre Pläne mobilisiert, die der Landesversammlung die Empfehlung mit auf den Weg gab, den bisherigen Landesvorsitzenden durch ein "Dreierdirektorium" abzulösen.[194]

Trotz dieser und anderer Aktivitäten im Vorfeld der Eichstätter Tagung gelang es Müller, eine ausführlichere Satzungsdebatte zu verhindern. Zwar wurde in verschiedenen Diskussionsbeiträgen die Forderung nach dem Direktorium laut, doch Horlacher - jetzt Sprecher der Opposition - bekam erst kurz vor Schluß der Sitzung Gelegenheit, dieses Begehren zu begründen. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit entschied die Landesversammlung ein weiteres Mal, die Bearbeitung der Satzungsänderungsbegehren dem Landesausschuß zu übertragen. Wie schon im Dezember 1946 scheiterte auch im August 1947 der Versuch, den Landesausschuß zeitlich zu binden,[195] und Müller zögerte seine Einberufung bis zur letzten Minute hinaus.

Da der Landesausschuß nur zweimal jährlich zusammentreten mußte, lud Müller erst am 6. Dezember 1947 zur zweiten Jahrestagung, die am 13. und 14. Dezember stattfinden sollte. Die Sitzung kam jedoch nicht zustande, da der Bezirksverband Oberbayern Einspruch erhob. Müller hatte die satzungsgemäß festgeschriebene Einladungsfrist von zehn Tagen nicht eingehalten, und Oberbayern erklärte sich außerstande, die für die anstehende Satzungsdiskussion notwendigen Vorbereitungen rechtzeitig abzuschließen.[196]

Nachdem für den 3. und 4. Januar 1948 ein neuer Termin festgelegt worden war, übersandte der Bezirksverband den Mitgliedern des Landesausschusses am 23. Dezember einen umfangreichen Satzungsänderungsentwurf (Dokument Nr. XXI). Er zielte auf eine stärkere "Berücksichtigung der demokratischen Grundsätze in der Par-

[194] Münchner Mittag, 22. August 1947: Auf dem Weg zur Bayerischen Volkspartei?

[195] Landesversammlung am 30. und 31. August 1947, Dok. Nr. 28: Rede Horlachers S. 1202ff., Beschluß S. 1222.

[196] Schreiben des Bezirksvorsitzenden Hundhammer vom 9. Dezember 1947, ACSP, NL Müller 109.

teisatzung und damit im Parteileben" und wiederholte in seinen Kernpunkten die alten oberbayerischen Forderungen: Sie betrafen die Ablösung des Landesvorsitzenden durch einen mehrköpfigen "Vorstand" (eine kollegiale Parteiführung mit drei Landesvorsitzenden, zwei Schriftführern und zwei Kassieren), die Stärkung des Einflusses der Landesvorstandschaft bei gleichzeitiger Beseitigung des Geschäftsführenden Landesvorstandes und schließlich die Berücksichtigung der Mitgliederstärke der einzelnen Unterverbände der Partei in den Delegiertenschlüsseln zu den Kreis-, Bezirks- und Landesversammlungen.

Auch am 3. und 4. Januar 1948 blieb die Satzung aber unverändert. Nach zunächst harten Debatten, in denen die bekannten Positionen zur Gestaltung der Parteispitze und der Stimmrechtsregelungen aufeinanderprallten,[197] kam es im Erlanger Logensaal jedoch zu einem Kompromiß, der endlich ein Ende der Satzungsquerelen einzuleiten schien. Einmal mehr war es Horlacher, der in einer verfahrenen Situation die Geschicke der Partei lenkte und mit einem Vorschlag aufwartete, dem beide Seiten folgen konnten: Er beantragte, einen Arbeitsausschuß zur Vorbereitung der Satzungsänderungen einzusetzen und ihm folgende Richtlinien mit auf den Weg zu geben: "1. An einem von der gesamten Landesversammlung gewählten Vorsitzenden wird festgehalten. 2. Es werden durch den Landesausschuß zwei stellvertretende Landesvorsitzende gewählt - damit der Streit einmal aus dem Weg geräumt ist. 3. Die Landesvorstandschaft ist [...] zu ergänzen aufgrund der vorliegenden Vorschläge, die zu den Satzungsänderungen gemacht sind."[198]

Damit hatte ausgerechnet Horlacher, im August 1947 als Sprecher der Opposition einer der energischsten Verfechter des Direktoriums, diese Forderung zugunsten des Parteivorsitzenden fallengelassen. Die bayerische Presse bewertete die allseits mit großer Überraschung aufgenommene "Einigung zwischen Dr. Josef Müller und Dr. Michael Horlacher, zwischen denen bisher ernste Gegensätze bestanden hatten", als den "bemerkenswerteste[n] innerparteiliche[n] Vorgang auf der Erlanger Tagung. Er dürfte von größerem Gewicht für die innerpolitische Situation Bayerns sein, indem er die Position Dr. Josef Müllers innerhalb der CSU stärkte."[199] Auch die Militärregierung zeigte sich verblüfft, hatte aber für Horlachers Kehrtwendung eine plausible Erklärung. Sie vermutete zu Recht, daß sein Umschwung auf die von ihm befürchteten politischen Schwierigkeiten zurückzuführen war, die sich aus der bevorstehenden Rehabilitierung Fritz Schäffers ergeben könnten; ferner sei er angesichts der in Gestalt der Bayernpartei heraufziehenden Gefahren unbedingt an einer Einigung der Union interessiert.[200]

Um tatsächlich ein Ende des Satzungsstreites herbeizuführen, bedurfte es jedoch auch eines deutlichen Zugeständnisses an die andere Seite. Horlachers Empfehlung zur Neugestaltung der Parteispitze war daher gekoppelt mit einem Vorschlag zur Neuregelung der Delegiertenschlüssel, der Oberbayerns Vorstellungen entgegenkam: "1. An der Vertretung der Kreise in der Landesversammlung wird aus grundsätzlichen Erwägungen festgehalten. 2. Der Arbeitsausschuß soll aber einen Ausgleich herbeiführen durch die unterschiedliche Zahl der Bezirksvertreter, entsprechend der unterschiedli-

---

197 Landesausschuß am 3. und 4. Januar 1948, Dok. Nr. 29, S. 1284ff.

198 Ebenda, S. 1314.

199 Münchner Merkur, 5. Januar 1948: Dr. Semler kritisiert die Besatzungsmächte.

200 Bericht über den Landesausschuß in Erlangen, OMGBY, 6. Januar 1948, IfZ-Archiv, MA 1479/8. Zu Schäffers Rückkehr und zur Bayernpartei vgl. S. LXVIff.

chen Größe der Bezirke, den unterschiedlichen Stimmverhältnissen und dem Stand der Parteimitglieder."[201]
Horlachers zweiteiliger Vorschlag besaß eigentlich nur als untrennbarer Block tatsächlichen Kompromißcharakter, denn trotz der Wahl zweier Stellvertreter blieb die Machtposition des Parteivorsitzenden grundsätzlich unangetastet. Vermutlich handelten die oberbayerischen Delegierten in gutem Glauben an die allgemeine Konzessionsbereitschaft, als sie in der auf Haußleiters Anregung "Punkt für Punkt" vorgenommenen Abstimmung ihren Willen zur Einigung unter Beweis stellten. Die vorgeschlagene Neugestaltung der Parteispitze wurde nämlich einstimmig angenommen. Ein ganz anderes Ergebnis zeitigte jedoch die Abstimmung über die Änderung des Delegiertenschlüssels: Gegen drei Stimmen entschied der Landesausschuß zwar für die Annahme der Richtlinie Nr. 1 (nach deren Wortlaut alles beim alten bleiben konnte); der Vorschlag zur Neuregelung des Stimmrechts für den Landesausschuß wurde jedoch mit 53 gegen 45 Stimmen abgelehnt. Mit einigem Recht bezeichnete sich die oberbayerische Opposition später als "Opfer einer überlegenen Regieführung".[202]
In Erlangen überwog freilich noch der Eindruck endlich erreichter innerparteilicher Harmonie, die auch in der personellen Besetzung der Satzungskommission zum Ausdruck kam: Als Vertreter der bayerischen Regierungsbezirke - ausdrücklich in Abkehr vom Organisationsprinzip der CSU ohne Berücksichtigung von Repräsentanten der großstädtischen Bezirksverbände - wurden Georg Barth (Oberfranken), Heinrich Emmert (Mittelfranken), Gerhard Kroll (Unterfranken), Konrad Kübler (Niederbayern), Anton Pfeiffer (Oberbayern), Eugen Rindt (Schwaben) und Otto Schedl (Oberpfalz) in den Ausschuß bestellt. Ferner sollten ihm Thusnelda Lang-Brumann für die Frauen und je ein noch von diesen Gruppen zu bestimmender Vertreter der Jugend, der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen sowie der Landtagsfraktion angehören.[203]
Am 20. und 21. Januar 1948 trat kurz vor den Tagungen des für den 23. Januar geladenen Landesausschusses und der für den 24. und 25. Januar einberufenen Landesversammlung die Satzungskommission zusammen. Allerdings unterschied sich der Teilnehmerkreis von dem, der in Erlangen vereinbart worden war. Wer tatsächlich zu den Sitzungen erschien, läßt sich nicht vollständig rekonstruieren. Sicher nahmen Dittrich als Jugendvertreter, Hanswolf Haunhorst (Landesgeschäftsstelle), Karl August Kroth (Unterfranken), Otto Schedl (Oberpfalz), Karl Schmid (Handwerk) sowie für die Frauen Thusnelda Lang-Brumann teil, ferner im Wechsel Heinrich Emmert und Alfred Euerl (Mittelfranken). Nur zeitweise anwesend waren zwei besonders wichtige Persönlichkeiten: Michael Horlacher und Anton Pfeiffer, mit letzterem ausgerechnet der Satzungsexperte und Vertreter der oberbayerischen Opposition.[204]
In Bayern bahnte sich ein Generalstreik an. Da sowohl Ministerpräsident Ehard als auch sein Stellvertreter, Josef Müller, nicht im Freistaate weilten, war Pfeiffer als Leiter der Staatskanzlei mit dieser innerbayerischen Krise an vorderster Front konfrontiert und konnte nur stundenweise an den Beratungen teilnehmen.[205] Müllers Anhän-

[201] Landesausschuß am 3. und 4. Januar 1948, Dok. Nr. 29, S. 1314f.
[202] Ebenda, S. 1319f.; Bewertung der Vorgänge durch Geiselberger vor der Landesversammlung am 24. und 25. Januar 1948, Dok. Nr. 31, S. 1421.
[203] Landesausschuß am 3. und 4. Januar 1948, Dok. Nr. 29, S. 1321ff.
[204] Dazu Schreiben Pfeiffers an Müller, 22. Januar 1948, BayHStA, NL Pfeiffer 535.
[205] Ebenda.

ger nutzten die Gunst der Stunde. Pfeiffer beklagte am 22. Januar 1948 in einem fünfseitigen Schreiben an Müller die mißliche Verhandlungsführung der Kommission, die die angebahnte Einigung neuerlich zunichte gemacht habe: Ungeachtet seiner immensen Belastungen durch die aktuelle Krise war es ihm gelungen, am 20. Januar für acht Stunden an den Satzungsberatungen teilzunehmen. Diese dauerten bis spätabends, konnten jedoch nicht abgeschlossen werden. Angesichts der sich zuspitzenden innenpolitischen Situation war am Abend des 20. Januar schon absehbar, daß er am nächsten Tag nur zeitweise den Beratungen beiwohnen konnte. Pfeiffer schlug deshalb der Kommission vor, die vier Kardinalprobleme, die man aus seiner Sicht in etwa zwei Stunden bewältigen könnte, mit ihm gemeinsam zu lösen, für alle weiteren (vor allem endredaktionellen) Arbeiten aber auf ihn zu verzichten. Diese vier Punkte betrafen die Zusammensetzung der Parteispitze und die Stimmrechtsregelung, und Pfeiffer hatte schon am 20. Januar seinen Standpunkt hierzu dargelegt. Er ging davon aus, daß jedes Kommissionsmitglied sehen konnte, "daß mir ein Ausgleich der Spannungen und die Sicherung der Einigkeit in der Partei im Sinne des Unionsgedankens als höchstes Ziel vorschwebt", und war bereit, "im Rahmen einer grundsätzlichen Auffassung [...] jeden fairen Verständigungsweg zu gehen".
Verabredet war, die vier Punkte am Vormittag des 21. Januar zu verhandeln, doch war es Pfeiffer nicht möglich, den Termin einzuhalten. Als er am Nachmittag schließlich herbeieilte, mußte er erfahren, daß zwei zentrale Fragen bereits in seiner Abwesenheit beraten und beschlossen worden waren: "Mit allen gegen zwei Stimmen" war "die Zuerkennung von Zusatzstimmen an die hochleistenden Kreisverbände abgelehnt" worden, mit dem gleichen Stimmenverhältnis war der Beschluß bezüglich der Parteispitze bereits gefaßt. Beide Entscheidungen fielen "aufgrund der Darlegungen des Herrn Horlacher", der sich damit endgültig und unmißverständlich wieder auf Müllers Seite gestellt hatte.
Pfeiffer fühlte sich überrumpelt. Auf seine ungläubige Nachfrage, ob die Beschlüsse endgültig seien, erhielt er zur Antwort "eigentlich ja!" Der Ausschuß fand sich nicht bereit, seinem Vorschlag nach neuerlicher Beratung zu folgen, da "man ja gestern und heute hinreichend über diese Punkte gesprochen habe, und daß man höchstens noch einmal die Debatte eröffnen könne, wenn wirklich nur tatsächlich neue Gesichtspunkte vorgetragen würden." Dabei blieb es, und nach einigem Hin und Her kündigte Pfeiffer seine weitere Mitarbeit auf: "Unter diesen Umständen hat meine weitere Teilnahme an den Beratungen keinen Sinn mehr, nachdem zwei so wichtige Entscheidungen wie die über die Gestaltung der Parteispitze und über die Zusatzstimmen für hochleistende Kreisverbände trotz meiner starken Beteiligung an der Behandlung der Materie in meiner Abwesenheit getroffen worden" sind.
Müller gegenüber bezeichnete Pfeiffer das Verhalten der Kommission als illoyal und "politisch gefährlich" und wies ihn darauf hin, daß er sich angesichts dieses faits accomplis gezwungen sehe, im Landesausschuß bzw. vor der Landesversammlung "mit einer Minderheitenstellungnahme" hervorzutreten.[206] Hundhammer gegenüber, dem er sein Protestschreiben am gleichen Tag in Kopie übersandte, fand er schärfere Worte. Pfeiffer betrachtete "die ganze Angelegenheit als einen wirklichen Affront". Er sah allerdings noch einen "kurzen Bewegungsraum, um einigen wesentlichen Personen den Ernst der Situation klarzumachen". Angesichts des Generalstreiks konnte die für

[206] Pfeiffer an Müller, 22. Januar 1948, BayHStA, NL Pfeiffer 535. Ähnlich seine Ausführungen vor dem Landesausschuß am 24. Januar 1948.

den 23. Januar, also den folgenden Tag, einberufene Sitzung des Landesausschusses unmöglich pünktlich stattfinden. Die Tagung würde - so vermutete Pfeiffer - frühestens am Nachmittag des 24. Januar zu realisieren sein. Dann aber sollte längst die Landesversammlung begonnen haben. Aus Pfeiffers Sicht bot das durch den Streik verursachte Chaos einen guten Vorwand, die Absetzung der Landesversammlung zu betreiben und die damit für den Landesausschuß gewonnene Zeit zu nutzen, um in eine "große grundsätzliche Erörterung" der Satzungsfragen einzutreten. Pfeiffer plädierte also dafür, die Entscheidungen der Satzungskommission nicht anzuerkennen und schlug Hundhammer vor, vielleicht mit Unterstützung anderer "rasch erreichbarer" Bezirksverbände - er dachte dabei explizit an München -, eine Vertagung der Landesversammlung auf Ende Februar zu beantragen.[207]

Trotz des Streiks fand die Landesversammlung jedoch - wenn auch mit erheblicher Verspätung - am 24. und 25. Januar 1948 in Marktredwitz statt (Dokument Nr. 31). Die Verzögerung ging aber vor allem zu Lasten des Landesausschusses, der am 24. Januar um 14 Uhr unter improvisierten Bedingungen (Protokoll erst ab 15.19 Uhr) seine Verhandlungen begann (Dokument Nr. 30). Ihm blieb nur wenig Gelegenheit, sich mit den Satzungsänderungen zu befassen. Die eingeplante Sitzungsdauer von zweieinhalb Stunden reichte bei weitem nicht aus, die Beratungen noch einmal aufzunehmen oder gar einen Konsens herbeizuführen, der von der Landesversammlung nur noch bestätigt werden mußte. Der Landesausschuß hatte gerade Zeit genug, die Berichte der Satzungskommission entgegenzunehmen: einen Bericht Kroths und die angekündigte Minderheitenstellungnahme Pfeiffers. Kroth hob als "Mehrheitsberichterstatter" vor allem den Willen zur Einigung hervor, der die Beratungen am 20. und 21. Januar bestimmt habe. Die Kommission habe sich sehr bemüht, "eine Lösung zu finden, die allen annehmbar ist. Es ist uns leider nicht ganz gelungen". Als strittig bezeichnete Kroth vor allem die Neuregelung des Delegiertenschlüssels. Die Kommission habe sich jedoch bemüht, den oberbayerischen Wünschen nach einem gerechteren Delegiertenschlüssel indirekt entgegenzukommen, indem auch künftig die Landtagsabgeordneten in der Landesversammlung sitz- und stimmberechtigt sein sollten. Nach den vorliegenden Statistiken hatten nämlich "die mitgliederstarken Verbände ihre Abgeordneten durchgebracht", während dies den mitgliederarmen nicht gelungen sei. Die Kommission habe in dieser Lösung, mit der faktisch alles beim alten blieb, "einen naheliegenden und natürlichen Ausgleich" erkannt.[208]

Zu Wort kam dann Pfeiffer, der zwar kritisierte, daß "in der vorgesehenen Zeit von ein- oder eineinhalb Stunden eine Frage" entschieden werden sollte, "welche für einen bedeutenden Teil der Parteiangehörigen eine sehr weittragende Bedeutung hat", sich aber viel Muße ließ, um ausführlich die unfaire Verhandlungsführung der Satzungskommission zu beklagen, bevor er die oberbayerischen Vorstellungen über einen zu schaffenden Ausgleich in einem halbstündigen Vortrag entwarf.[209]

Diese Überbeanspruchung seines eingeforderten Rechts auf Abgabe einer "Minderheitenstellungnahme" weckte einigen Unmut, zumal Pfeiffers komplizierten Erklärungen schwer zu folgen war. Otto Thomas (Oberpfalz) gab die allgemeine Stimmung wohl treffend wieder, als er seinen Überdruß über die "endlosen Debatten um organisatorische Fragen" zu erkennen gab und die angesichts der Notlage der hungernden

---

[207] Pfeiffer an Hundhammer, 22. Januar 1948, BayHStA, NL Pfeiffer 535.

[208] Landesausschuß am 24. Januar 1948, Dok. Nr. 30, S. 1379f. Diese Regelung war bereits in der Satzung vom 4. Oktober 1946 verankert.

[209] Ebenda, S. 1380ff.

Bevölkerung durchaus berechtigte Frage stellte: "Haben wir nichts anderes zu tun?" Sein Antrag, die Satzungsänderungen "überhaupt" von der Tagesordnung der Landesversammlung zu streichen, erfolgte vermutlich im Alleingang, denn Müller und Horlacher waren sichtlich daran interessiert, zu einer Entscheidung zu gelangen.
Der Antrag kam ihnen aber insofern gelegen, als sie nun darauf drängen konnten, die Frage möglichst schnell abzuhandeln. In der Landesversammlung, in die die weitere Beratung verlegt wurde, sollten eigentlich nur noch Horlacher und Pfeiffer ausführlicher zur Satzungsänderung sprechen, um im Anschluß daran unverzüglich zur Abstimmung zu schreiten - Punkt für Punkt, wie schon am 3. und 4. Januar in Erlangen.
Horlacher trat dafür ein, daß die "Periode der Geschichtchen der Union aufhört und die Union sich als geschichtlicher Faktor in unser bayerisches und deutsches Geschehen einschaltet". Obwohl er zu Beginn seiner Rede die Bedeutung von Satzungsänderungen unterstrich - diese "sehen nach außen oft sehr harmlos aus [...], aber es können sich hinter den Satzungsänderungsanträgen Dinge verbergen, die doch etwas anderes sind wie bloße Satzungsänderungen"[210] -, gab er doch sein Bestes, um die Bedeutung der umstrittenen Fragen herunterzuspielen. Die Delegierten dankten ihm seine beruhigenden Worte mit lebhaften Beifallskundgebungen, die sich zu stürmischem Applaus steigerten, als er seine Rede mit dem Appell schloß: "Ich würde wünschen, daß dieser Parteitag der Union den Namen tragen würde: Parteitag der Einigung der Union - die niemand mehr angreifen und niemand zerstören kann."
Pfeiffer, der sich bewußt war, daß ihm "eine sehr undankbare Aufgabe" zufiel, weil er nach Horlachers eingängiger und kurzweiliger Rede gezwungen war, die Delegierten "in die Welt der Realität innerhalb der Partei" zurückzuführen, schien die Landesversammlung mit einer langen, trockenen Begründung seines "Vermittlungsvorschlages" zur Stimmrechtsregelung tatsächlich eher zu langweilen.[211] Daß seine Ausführungen aber bei einem beträchtlichen Teil der Delegierten auf offene Ohren gestoßen waren, zeigte sich erst im späteren Verlauf der Versammlung.
Nachdem Pfeiffer seine Rede beendet hatte, lag die Initiative zunächst wieder bei Müller, der vorschlug, die Abänderungsanträge Punkt für Punkt zu debattieren und zu entscheiden. Ohne Debatte stimmte daraufhin die Versammlung mit 194 gegen 63 Stimmen dafür, an "einem von der Landesversammlung gewählten Vorsitzenden" festzuhalten. Einstimmigkeit fand die Schaffung zweier Stellvertreter, deren Wahl durch den Landesausschuß (und nicht durch die Landesversammlung) nach kurzer Debatte von 196 gegen 86 Delegierte unterstützt wurde.[212]
Während dieser Aspekt der Satzungsänderung also glatt über die Bühne ging, entwikkelte sich über die Stimmrechtsregelung ein heftiger Streit, der bis spät in die Nacht andauerte. Über die Vertretung der Kreisverbände in der Landesversammlung wurde am 24. Januar wie "unter Viehhändlern gefeilscht".[213] Eine hitzige Debatte entzündete sich schon an der Frage des Abstimmungsmodus. Die oberbayerischen Vertreter, die aufgrund der Erlanger Erfahrungen befürchteten, wieder ein Opfer taktischer Winkelzüge zu werden, bestanden darauf, zunächst über den von Pfeiffer eingebrachten

[210] Ausführungen Horlachers vor der Landesversammlung am 24. und 25. Januar 1948, Dok. Nr. 31, S. 1407ff.
[211] Ebenda, S. 1412ff., Zitat S. 1412.
[212] Ebenda, S. 1424f.
[213] OMGBY-Bericht über die Sitzung am 24. und 25. Januar 1948 vom 26. Januar 1948, IfZ-Archiv, MA 1479/14.

"Vermittlungsvorschlag" abzustimmen. Danach sollten jedem Kreisverband weiterhin zwei Stimmen in der Landesversammlung zugebilligt, das Leistungsprinzip aber dadurch realisiert werden, daß Kreisverbände mit mehr als 500 Mitgliedern für je "weitere 250 nachgewiesene Mitglieder einen zusätzlichen", insgesamt jedoch nicht mehr als zwei Zusatzvertreter, entsenden konnten. Ein "Rest von 126 Mitgliedern" sollte dabei "für voll" gelten.[214]
Das Ergebnis der daraufhin zuerst über diesen Antrag durchgeführten Abstimmung war (bei 210 Stimmen gegen und 197 Stimmen für den Antrag) so knapp, daß Müller sie unter dem Vorwand ihres anfechtbaren Verlaufs annullierte.[215] In dieser Situation ergriff Hans Ehard das Wort, der in einer kurzen aber wirkungsvollen Rede vor einer Kampfabstimmung über diesen "wundesten Punkt" warnte: "Hier steht die Einheit der Partei auf dem Spiel."[216] Er plädierte dafür, statt der von Pfeiffer vorgeschlagenen zwei nur eine Zusatzstimme zu gewähren. Müller reagierte mit dem Vorschlag einer Essenspause, die genutzt werden sollte, um "zu überlegen, ob ein Ausweg möglich ist". Die mehr als einstündige Unterbrechung erwies sich jedoch als zu kurz. Als die Versammlung um 21.46 Uhr wieder zusammentrat, regte Horlacher die Vertagung der Debatte und die Einsetzung einer Kommission an, die sich über Nacht um eine gerechte Lösung bemühen sollte. Der neuerliche Versuch, Zeit zu gewinnen, scheiterte an Ehard, der im Gegenzug nun seinen Kompromißvorschlag zugunsten Oberbayerns abänderte und damit den Streit erst richtig entfachte.
Ehard empfahl, von Hundhammer unterstützt, die für die Zusatzvertreter notwendige Mitgliederzahl auf 300 zu erhöhen und unter dieser Voraussetzung zwei Zusatzvertreter zuzulassen. Die Diskussionsbeiträge, die wie kaum eine andere Quelle die Motive offenbaren, die hinter den Kämpfen um die Stimmrechtsregelung standen, mündeten zuletzt in einen von Haußleiter vorgeschlagenen Kompromiß: Jeder Kreisverband bis zu 500 Mitgliedern erhielt zwei Stimmen, für je weitere 500 Mitglieder wurde eine zusätzliche Stimme gewährt; die Zahl der Zusatzstimmen durfte zwei nicht überschreiten. Der entsprechende Antrag wurde gegen 59 Stimmen von der "überwiegenden Majorität" der Versammlung angenommen, die die "texttechnische" Formulierung einem spätestens im Februar einzuberufenden Landesausschuß überwies, der die Änderungen im Namen der Landesversammlung auch in Kraft setzen sollte.[217]
Damit schienen am 24. Januar 1948 gegen 23 Uhr die seit März 1946 andauernden Satzungskämpfe endgültig beendet. Horlachers Vision des Parteitages der Einigung sollte sich allerdings sehr bald als illusionär erweisen. Gut informierte Kreise ließen sich durch den Marktredwitzer Schein der Einigkeit auch wenig täuschen. Ein Beobachter der Militärregierung, der der Versammlung beigewohnt hatte, war überzeugt, daß der Kompromiß nicht von Bestand sein würde: "Beide Gruppen werden versuchen, erneut eine Änderung zu erreichen."[218] Als geradezu hellseherisch sollte sich der Kommentar des sozialdemokratischen Chefredakteurs des Südost-Kurier, Josef Felder, erweisen. Seine Vorhersagen gründeten auf Beobachtungen, die er während der Landesversammlung machen konnte, die freilich dem Protokoll nicht zu entnehmen

[214] Landesversammlung am 24. und 25. Januar 1948, Dok. Nr. 31, S. 1430.
[215] Ebenda, S. 1432.
[216] Ebenda, S. 1433.
[217] Ebenda, S. 1450ff.
[218] OMGBY-Bericht über die Landesversammlung am 24. und 25. Januar 1948 vom 26. Januar 1948, IfZ-Archiv, MA 1479/14.

sind: Als Michael Horlacher am 24. Januar "zur Unterstützung seines vor sehr kurzer Frist noch von ihm heftig bekämpften Parteifreundes Dr. Josef Müller in der Turnhalle von Marktredwitz das Wort ergriff" und das Treffen als einen "Parteitag der Einigung" apostrophierte, klatschte - wie auch das Protokoll vermerkt - zwar eine "nicht unbeachtliche Mehrheit" kräftig Beifall. Hingegen - und dies ist dem Protokoll nicht zu entnehmen - "zeigten die Mienen der oberbayerischen Delegation", die im "hinteren Teil des Saales" plaziert war, "keine Zustimmung". Josef Felder wagte deshalb stark zu bezweifeln, daß dieser Parteitag "wirklich mit dem Prädikat in die Parteigeschichte eingehen" würde, "das ihm Dr. Horlacher etwas voreilig verlieh". Müller müsse sich bewußt sein, so Felder, daß die Kreise der "kgl. oberbayerische[n] Opposition" trotz der Zugeständnisse des 24. Januar "von heute auf morgen zumindest den linken Flügel der Bayernpartei bilden können. [...] Die beiden Parteikapitäne Josef Müller und Michael Horlacher müssen nun ihr Parteischiff auf Gedeih und Verderb steuern und dabei sorgsam auf die Rebellenführer achten, die mit finsterer Miene an der Reling stehen."[219]

9. *Die "Oberbayerische Revolte"*

Am 18. November 1947 endete das von Fritz Schäffer gegen sich selbst beantragte Spruchkammerverfahren: Er wurde als vom Befreiungsgesetz "nicht betroffen" erklärt und das Verfahren gegen ihn eingestellt. Die Militärregierung zeigte sich zwar von seiner politischen Zuverlässigkeit noch nicht überzeugt; doch zwei Monate später, am 26. Januar 1948, gab auch sie Schäffer offiziell grünes Licht für die Wiederaufnahme seiner Parteikarriere, schränkte seinen Aktionsradius jedoch nach wie vor durch das Verbot der Übernahme eines Regierungsamtes ein.[220]
Schäffers Wiedereintritt in die Politik warf aber schon Anfang Dezember 1947 erste Schatten voraus. Wie geschildert erhob Hundhammer am 9. Dezember Einspruch gegen die nicht fristgerecht erfolgte Ladung zur zweiten Landesausschußsitzung des Jahres 1947, da "diese zu kurzfristige und damit satzungswidrige Einberufung [...] nicht mehr die notwendigen vorbereitenden Arbeiten und Fühlungnahmen [ermöglicht], die bei der Wichtigkeit der auf die Tagesordnung gesetzten Punkte unumgänglich notwendig sind."[221] Der Protest war um so bemerkenswerter, als sich der Bezirksverband Oberbayern etwa einen Monat vorher, am 6. November 1947, noch nachdrücklich um die "baldige Einberufung des Landesausschusses" bemüht hatte, in Vollzug des in der Landesversammlung vom August 1947 (Dokument Nr. 28) gefaßten Beschlusses nämlich, den mit der Bearbeitung der Satzungsänderungen betrauten Landesausschuß so schnell wie möglich einzuberufen.[222] Angesichts dieser Widersprüchlichkeiten ging der Parteivorsitzende Müller zu Recht davon aus, daß sich hinter dem unter einem formalen Vorwand erhobenen Einspruch mit der unvermeidlichen Folge einer Verzögerung der Landesausschußsitzung bis in den Januar 1948 hinein mehr verbarg, als die Begründung erkennen ließ: "They hope to have Fritz Schaeffer rehabilitated in time for the Land Assembly".[223]

---

[219] Südost-Kurier, 28. Januar 1948: Der Schatten über der CSU.
[220] Dazu Henzler, Schäffer, Manuskript S. 247f., S. 292ff. Zur Oberbayerischen Revolte vgl. auch Mintzel, CSU, S. 225-234.
[221] Schreiben Hundhammers vom 9. Dezember 1947, ACSP, NL Müller 109.
[222] Schreiben Krehles, Bayerischer Arbeitsminister, an Müller, 6. November 1947, ACSP, NL Müller 10/3.
[223] OMGBY, Paul Burns, 15. Dezember 1947, Conversation with Dr. Mueller, IfZ-Archiv, MA 1479/8.

Müller blieb nichts anderes übrig, als dem Einspruch Oberbayerns zu folgen und die Landesausschußsitzung zu verschieben. Der Geschäftsführende Landesvorstand beschloß noch am 9. Dezember, also unmittelbar nach Eingang des oberbayerischen Widerspruchs, die Sitzung unter Einhaltung der satzungsgemäßen Frist von zehn Tagen zum nächstmöglichen Termin, angesichts der bevorstehenden Feiertage für die erste Januarhälfte, anzuberaumen.[224]

Müllers Position in der Partei war in diesen Wochen auch nach seiner eigenen Einschätzung eher labil, und die Verzögerung der Landesausschußsitzung kam ihm nicht nur wegen der voraussichtlich nun noch rechtzeitigen Rehabilitierung Schäffers äusserst ungelegen. Der Parteivorsitzende fürchtete, daß Hans Ehard, der nach der dramatisch verlaufenden Landesversammlung im August 1947 von der bayerischen Presse, aber auch in den Reihen der Partei als heimlicher CSU-Vorsitzender gefeiert wurde, zu seinem Sturz ansetzen könne.[225] Da Ehards Ansehen durch die vergeblichen Kämpfe gegen die "zentralistischen" Bestrebungen der bizonalen Behörden seit dem Herbst 1947 nach Müllers Einschätzung gelitten hatte,[226] mußte er bestrebt sein, die anstehenden Parteizusammenkünfte, insbesondere die Landesversammlung, die über den Parteivorsitzenden zu entscheiden hatte, möglichst schnell über die Bühne zu bringen.

Der Münchner Merkur zeigte sich erstaunlich gut über die innerparteilichen Vorgänge informiert, als er im Anschluß an die Landesversammlung der CSU am 24. und 25. Januar 1948 zu berichten wußte:[227] "Bei der Wahl des Landesvorsitzenden war kein Gegenkandidat für Dr. Müller aufgestellt worden. Die ursprüngliche Absicht, Dr. Hans Ehard zum Landesvorsitzenden vorzuschlagen, wurde von Dr. Alois Hundhammer wieder aufgegeben." Der Merkur irrte jedoch - wie sich in den nächsten Wochen zeigen sollte - gründlich in der Erklärung der Motive, die Hundhammers Meinungsumschwung zugrunde lagen. Diesen führte er nämlich darauf zurück, daß "sich in den Vorabstimmungen über die Satzungsänderungen eine eindeutige Mehrheit für die Auffassung Dr. Müllers ergeben hatte". Es war aber nicht die befürchtete Niederlage in der Satzungsdiskussion, die Hundhammer von seinem Vorhaben abbrachte, Ehard als Gegenkandidaten zu nominieren, sondern die am Tag vor der Landesversammlung bekannt gewordene Entscheidung der Militärregierung, Schäffer aus der politischen Verbannung zu erlösen: Gleich zu Beginn der Landesversammlung hatte Hundhammer den versammelten Delegierten die "wichtige Mitteilung" zu machen: "Gestern [am 23. Januar 1948] hat Herr Staatsrat Fritz Schäffer von der Militärregierung die Mitteilung bekommen, daß er wieder volle politische Betätigungsfreiheit hat." Unterbrochen von lebhaftem Beifall setzte er hinzu: "Er kann wieder wählen und gewählt werden."[228]

Obwohl Müller von der Landesversammlung am 25. Januar 1948 mit einer guten Dreiviertelmehrheit als Landesvorsitzender bestätigt wurde - mit 348 von 447 Stimmen bei 45 Nein-Stimmen, 33 Enthaltungen und 19 Splitterstimmen für Pfeiffer (zwölf), Ehard (fünf), Baumgartner (eine) und Schäffer (eine)[229] -, fühlte er sich kei-

[224] Beschluß des Geschäftsführenden Vorstandes vom 9. Dezember 1947, ACSP, NL Müller 10/4.
[225] OMGBY, Burns, 15. Dezember 1947, Conversation with Dr. Mueller, IfZ-Archiv, MA 1479/8.
[226] Ebenda. Zu Ehard vgl. Karl-Ulrich Gelberg, Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946-1954, Düsseldorf 1992.
[227] Münchner Merkur, 26. Januar 1948: Dr. Müller bleibt CSU-Landesvorsitzender.
[228] Landesversammlung am 24. und 25. Januar 1946, Dok. Nr. 31, S. 1402.
[229] Ebenda, S. 1498.

neswegs sicher. Seine im Dezember 1947 noch vorsichtig formulierte Angst vor einem möglichen "Umsturzversuch" Ehards steigerte sich vielmehr noch, als mit der von Schäffer angeführten oberbayerischen Revolte die Führungskämpfe der Gründungsmonate eine Neuauflage erfuhren. Am 27. Februar, dem Tag vor der Regensburger Landesausschußsitzung der CSU (Dokument Nr. 32), sprach Müller gegenüber Paul Burns, dem Chef der Political Activities Branch, seine für den kommenden Tag gehegten Befürchtungen offen aus: "Dr. Mueller stated that it was quite possible, that Dr. Ehard would try to gain control of the party at the meeting [...] He would do this by trying to manouvre himself into the position of settling the differences between Mueller and Schaeffer and by doing so get rid of both of them."[230]
Bemerkenswert ist an dieser Erklärung vor allem, daß Müller mit Ehard den Konkurrenten nannte, der ihm tatsächlich gefährlich werden konnte und der im Mai 1949 auch den Parteivorsitz übernahm, bezeichnenderweise aber nicht den von ihm offensichtlich nicht ernst genommenen Rivalen, der zu dieser Zeit zu seinem Sturz ansetzte und von Teilen der Partei als überragender Favorit gehandelt wurde: Fritz Schäffer. Daß sich Müller Anfang 1948 noch für ein weiteres Jahr behaupten konnte, dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß seine Gegner in diesen Wochen alles auf eine Karte setzten und als Müllers Antipoden Fritz Schäffer auf ihren Schild hoben. Hans Ehard wäre als "Mann des Ausgleichs" zweifellos der aussichtsreichere Kandidat gewesen.
Fritz Schäffer war schon im Januar 1947 davon ausgegangen, daß die von Müller geführte Union "mit Wahrscheinlichkeit" zerfällt. "Wenn die Dinge besser werden sollen, muß man den Mut zu offener Aussprache haben. Ich habe diesen Mut behalten, wenn ich auch, wie ich annehme, endgültig aus dem politischen Leben deshalb ausgeschieden bin."[231] Trotz dieser pessimistischen Prognose hatte er aber im Sommer 1947 begonnen, sein politisches Comeback vorzubereiten. Seine Planungen, so lauteten jedenfalls Gerüchte, die Mitte 1947 kursierten, liefen damals auf die Bildung einer neuen Partei, eines "Katholischen Volksblocks Bayern" hinaus.[232] Von solchen Plänen war im November 1947 jedoch zunächst nicht die Rede. Stattdessen lavierte Schäffer jetzt zwischen dem Gedanken und Versuch der "inneren Reform"[233] der CSU mit dem Ziel ihrer Umformung nach dem Konzept eines katholisch-altbayerischen Blocks unter seiner Führung und der Alternative seines Beitritts zur Bayernpartei, die - unter seiner Führung - entsprechend auszugestalten wäre. Beide Alternativen verfolgte er parallel und geriet dadurch letztlich in beiden Parteien in Mißkredit.
Die faktisch schon seit 1945 zunächst unter anderen Namen in München und anderen bayerischen Orten existierende Bayernpartei[234] begann sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1947 zu einem ernstzunehmenden Faktor in der bayerischen Politik zu entwikkeln. Die bis 1947 radikal-separatistische, extrem preußenfeindliche Gruppierung, die zunächst auch durch heftige innere Streitigkeiten in ihrer Aktionsfähigkeit eingeschränkt war, war in ihren Bemühungen um eine Zulassung als Landespartei bisher

[230] OMGBY, 5. März 1948, Subj.: Notes on the CSU Land Committee Meeting, Paul Burns, Chief Political Activities Branch, IfZ Archiv, MA 1479/14.
[231] Schäffer an W. Arnold, 8. Januar 1947, ACSP, NL Arnold 4.
[232] Ilse Unger, Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945-1957, Stuttgart 1979, S. 23.
[233] Aus dem Titel einer in 20.500 Exemplaren verteilten Broschüre des Bezirksverbandes Oberbayern der CSU vom 26. Juli 1948 (z.B. in: ACSP, NL Arnold 2): Verlauf der Bemühungen des Bezirksverbandes Oberbayern um eine innere Reform der CSU.
[234] Zur Entstehungsgeschichte der Bayernpartei ausführlich Unger, Bayernpartei, S. 18ff.

am Veto der Militärregierung gescheitert, die kein Interesse haben konnte, die in Bayern ohnehin starken partikularistischen Strömungen durch die Lizenzierung einer radikal-bayerisch-separatistischen Partei noch zu fördern. Im Zuge der deutschlandpolitischen Entscheidungen des Jahres 1947, insbesondere seit der Stärkung der bizonalen Zuständigkeiten im Sommer 1947, hatte die Bayernpartei jedoch starken Zulauf zu verzeichnen, den die Besatzungsmacht nicht dauerhaft ignorieren konnte. Nicht wenige der Neuzugänge stammten aus den Reihen des Schäffer/Hundhammer-Flügels der CSU, der - wie die dokumentierten Parteiprotokolle in vielen Passagen zeigen - die Interessen des Freistaates durch die Politik der Union nicht ausreichend gewahrt sah. Unter dem Einfluß der ehemaligen Unionsmitglieder milderte sich die radikale Programmatik der Bayernpartei, in der - in Anknüpfung an die Traditionen der Bayerischen Volkspartei - die betont föderalistischen, christlich-konservativen und monarchistischen Strömungen immer stärker wurden.[235] Insbesondere in Altbayern stieß die sich so wandelnde Partei mehr und mehr auf Zustimmung in der Bevölkerung, in deren Augen sich die "außenseiterische Oppositionspartei" allmählich zu einer "wählbaren Alternative" entwickelte.[236]

Obwohl auch der organisatorische Aufbau der Bayernpartei Fortschritte machte, fehlte in ihren Reihen jedoch ein Kopf, eine zugkräftige, landesweit bekannte Persönlichkeit, ein Politiker mit ausgleichenden Fähigkeiten und ausreichender Prominenz, der die nach wie vor sehr heterogene Gruppierung einigen und ihr das Prestige einer Volkspartei verschaffen konnte. Innerhalb der Bayernpartei gab es für den Parteivorsitz zwei Wunschkandidaten, Joseph Baumgartner, der von den eher liberalen Kreisen der Partei favorisiert wurde, und Fritz Schäffer, den die christlich-konservativen Kreise an die Parteispitze wünschten.

Als Schäffers Rehabilitierung bevorstand, bemühten sich insbesondere Anton von Aretin und Anton Donhauser, beide bis 1947 Mitglieder der CSU, Schäffer für die Bayernpartei zu gewinnen.[237] Dieser zeigte sich solchen Überlegungen durchaus aufgeschlossen. Am 11. Januar 1948 ließ er Joseph Baumgartner wissen, daß er dessen Auffassung teile, "daß es besser ist, mit der anderen Seite", gemeint war die CSU, "gar keinen Versuch mehr zu machen". Noch am 9. Februar 1948 rang er heftig mit sich, welcher Partei er den Vorzug geben sollte. An diesem Tag teilte er Baumgartner aber auch mit, daß er "noch in dieser Woche entscheidende Entschlüsse fassen muß und wohl nicht mehr länger warten kann".[238] Seine Entscheidung war offensichtlich nicht zuletzt davon abhängig, was die Bayernpartei ihm zu bieten gewillt war, und es scheint - die Aussagen hierzu widersprechen sich -, daß er von seinen Plänen, sich der Bayernpartei zur Verfügung zu stellen, erst wieder abrückte, nachdem klar geworden war, daß Baumgartner, der am 26. Januar aus der CSU austrat[239] und wenig später den Vorsitz der Bayernpartei übernahm, die bei weitem größere Chance hatte.[240] Stattdes-

---

[235] Konstanze Wolf, CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis 1948-1960, Köln 1982, S. 40.

[236] Ebenda, S. 50.

[237] Unger, Bayernpartei, S. 29f.

[238] Schreiben Schäffers vom 11. Januar 1948, zitiert nach Henzler, Schäffer, Manuskript S. 307, sowie Ausführungen Schäffers auf der Landesausschußsitzung am 28. und 29. Februar 1948, Dok. Nr. 32, hier S. 1580.

[239] Schreiben Baumgartners an Müller, 26. Januar 1948, IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 4.

[240] Hierzu Ausführungen Müllers, der Baumgartner als seine Quelle angab, und Schäffers auf der Landesausschußsitzung der CSU am 28. und 29. Februar 1948, Dok. Nr. 32, S. 1546ff., S. 1579ff.

sen widmete Schäffer seine Aufmerksamkeit jetzt einer "inneren Reform" der CSU, ohne dabei aber die Alternative der Bayernpartei gänzlich aus den Augen zu verlieren.

Innerhalb der CSU war es vor allem Hundhammer, der Schäffers Anstrengungen zur Umgestaltung der Union unterstützte. Den entscheidenden Schritt in diese Richtung markierte die Übergabe seines Vorsitzes im Bezirksverband Oberbayern an Schäffer, zwei Wochen nachdem die Militärregierung die über Schäffer verhängten Sanktionen offiziell aufgehoben hatte.[241] Am 14. Februar 1948 wählte der Bezirksverband Oberbayern Schäffer mit überwältigender Mehrheit (71 gegen 7 Stimmen) zum neuen Vorsitzenden.[242] Offiziell war Hundhammer, der Schäffer als seinen Nachfolger empfahl, "wegen Arbeitsüberlastung"[243] zurückgetreten, doch ein Kommentar der Süddeutschen Zeitung kam der Wahrheit näher:[244] "Schäffer soll und will innerhalb der CSU den Kampf gegen den Landesvorsitzenden Dr. Müller ausfechten, für den Dr. Hundhammer nicht entschlossen und taktisch gewandt genug gewesen ist."

Es waren allerdings aus oberbayerischer Sicht weniger die mangelnde Entschlossenheit oder taktische Gewandtheit, als vielmehr seine im Vergleich zu Schäffer sehr viel geringere Popularität, die Hundhammer in seinen wiederholten Bemühungen, Müller die Parteiführung streitig zu machen, in den zurückliegenden zwei Jahren scheitern ließen. Im Vergleich zu Schäffer war der erheblich jüngere Hundhammer vor 1933 ein relativ unbeschriebenes Blatt, dessen politische Ambitionen sich 1946/47 stark auf die parlamentarisch-gouvernementale Ebene konzentrierten, wo er auch erfolgreich agierte. Als Parteipolitiker haftete ihm eher das Stigma der Niederlage an. Schäffers 1946 von manchem ersehnter und von vielen sicher auch erwarteter Siegeszug in der CSU war in den Augen seiner Anhänger hingegen an einer "höheren Gewalt", der Militärregierung, gescheitert. Insofern war es nur konsequent, daß sie zuversichtlich davon ausgingen, daß er seinen damals kurz vor dem Ziel abrupt gestoppten Triumphzug 1948 endlich vollenden könnte.

Schäffer startete seine spektakuläre Aktion zur inneren Parteireform mit einem geradezu "religiösen Sendungsbewußtsein".[245] Er zeigte sich fest entschlossen, die aus seiner Sicht letzte Gelegenheit zu nutzen, die wegen ihrer schlechten Führung abgewirtschaftete Union vor ihrem drohenden Untergang zu retten. Seine Wahl zum Vorsitzenden des Bezirksverbandes Oberbayern am 14. Februar war, so erklärte er in einem Interview gegenüber der Süddeutschen Zeitung, "der Beginn eines Kampfes auf Biegen und Brechen".[246]

In einer Broschüre, die der CSU-Bezirksverband Oberbayern am 26. Juli 1948 in hoher Auflage (20.500 Exemplare) an seine "Mitglieder und Freunde" verteilte, waren die Ziele seines Kampfes, die Schäffer am 14. Februar der oberbayerischen und am 20. Februar auch der Münchner Bezirksversammlung verkündet hatte, in komprimierter Form zusammengefaßt: Die "Wählerschaft der CSU, die auseinanderzufallen" drohte, gedachte er dadurch "zusammenzuhalten" und von ihrer Abwanderung zur Bayernpartei abzubringen, "daß die CSU wieder auf die Grundgedanken zurückge-

[241] Neue Zeitung, 15. Februar 1948: Neue Krise der bayerischen CSU.
[242] Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 51.
[243] Verlauf der Bemühungen (wie Anm. 233), S.1.
[244] SZ-Streiflicht vom 17. Februar 1948.
[245] Mintzel, CSU, S. 225.
[246] SZ, 17. Februar 1948: Vor einer Wende der bayerischen Politik.

führt" wird, die für ihre Schaffung ausschlaggebend gewesen waren, nämlich: "die Wählerschaft der bayerischen Bevölkerung in allen Konfessionen und Ständen zu einigen und die Anhänger aller früheren bodenständigen Parteien in gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Freundschaft zusammenzufassen. Dadurch sollte ein politischer Block entstehen, der Bayern in schwerer Zeit vertreten und der für die christliche Gedankenwelt und den bayerischen Staatsgedanken werben sollte."
Die so zusammengefaßten grundsätzlichen Ziele entsprachen durchaus der von Müller und der CSU verfolgten Politik. Erst bei Aufzählung der Motive, die der Abwanderung weiter Wählerkreise in Schäffers Augen zugrundelagen, bekannte er Farbe: "Die Wählerschaft habe das Gefühl, daß gerade *Anhänger großer alter bayerischer Parteien* innerhalb der CSU *mißachtet und zurückgesetzt* würden; daß die Liebe der bodenständigen Bevölkerung zum *bayerischen Heimatgedanken* als 'Separatismus' und 'partikularistischer Chauvinismus' abgetan werden; daß die Parteiführung gegenüber dem *Anwachsen der Zentralgewalt* in der Frankfurter bizonalen Verwaltung eine unklare Stellung zeige; daß der *bodenständige Teil der Bevölkerung* sich in vielen wirtschaftlichen und politischen Fragen nicht mit Unrecht als *vergessen* und übersehen vorkomme; daß eine bewußte *Abneigung gegen das sogenannte 'ultrakonservative' Bayern* genährt statt bekämpft würde und daß vor allem in der großen Frage unserer Zeit, dem Geisteskampf zwischen Ost und West, zwischen *Kommunismus und Christentum*, die Parteileitung der CSU bis heute noch keine klare Parole ausgegeben und keine klare Scheidungs- und Trennungslinie gezogen hat."
Es waren aber nicht allein solche Fehlentwicklungen, die Schäffer leiteten. Es war bezeichnend, daß dem angeprangerten Versagen der Parteileitung in der von Schäffer so apostrophierten wichtigsten Frage der Zeit unmittelbar ein weiteres folgte, das sich in dieser Nachbarschaft geradezu absurd ausnimmt: Die Wählerschaft sei "auch verstimmt über die *ständigen Spannungen*, die seit den Jahren 1946/47 innerhalb der CSU bestünden; es spielen dabei auch die Verleumdungen gegen Staatsrat Schäffer eine Rolle: seine Diffamierung gegenüber der Besatzungsmacht, von der er feststellen müsse, daß sie auch aus eigenen Kreisen heraus genährt worden sei."[247] Kein Zweifel, Schäffers Mission enthielt auch ein Moment der Rache.
Die inhaltlichen Kernpunkte der Schäfferschen Kritik, die darin zum Ausdruck kommenden Ziele, die vom oberbayerischen Bezirksverband mitgetragen wurden, konnten trotz der Bekräftigung des interkonfessionellen Gedankens mit ihrer Betonung des (alt-)bayerischen Primats in der fränkisch-protestantischen Anhänger- und Mitgliederschaft der CSU kaum auf Zustimmung treffen. Schon die programmatische Seite der angestrebten "inneren Reform" der CSU implizierte die bewußte Ausrichtung auf eine altbayerische Klientel und damit faktisch die Aufgabe des fränkisch-protestantischen Faktors in der Union.
Schäffer zielte freilich nicht allein auf einen programmatischen Kurswechsel der CSU, war dieser doch im Rahmen der bestehenden Mehrheitsverhältnisse auch schwerlich zu erreichen. Die Bezirksversammlung Oberbayern zeigte sich - aus ihrer Sicht mit einiger Berechtigung - überzeugt, daß die Mißstände politischer Art "damit zusammenhängen, daß der *organisatorische Aufbau der CSU grundsätzlich falsch*" ist. "Wenn sich der Wille der Mehrheit der Wähler und Mitglieder innerhalb der Parteiorganisation zur Geltung bringen könnte, wäre ein Widerspruch zwischen dem Willen der Wähler

[247] Verlauf der Bemühungen (wie Anm. 233), S. 2f., Hervorhebungen im Original.

und dem Tun der Parteiführung nicht möglich."[248] Deshalb mußte der Weg zu einer Änderung der politischen Linie der Union über eine Reform ihrer Organisation laufen. Da man sich im Bezirksverband Oberbayern aus leidvoller Erfahrung bewußt war, daß es unmöglich sein würde, "diese Reformvorschläge in den Organen der Partei zur Annahme zu bringen", gegen deren "einseitige Zusammensetzung" man sich gerade wandte, "mußte der Bezirksverband Oberbayern das ganze Gewicht seiner Mitglieder und Wähler einsetzen",[249] um den gewünschten Kurswechsel der Partei zu erzwingen.

Praktisch gestaltete sich der folgenschwere Einsatz des geballten Gewichts des mitgliederstärksten Bezirksverbandes der CSU als ein wahrhaft "revolutionärer Vorgang",[250] der sich allerdings in wenig revolutionären Formen vollzog. Die zwischen dem neuen Bezirksvorsitzenden Oberbayerns und dem Landesvorsitzenden der CSU bzw. dem Geschäftsführenden Landesvorstand in dieser Angelegenheit gewechselte Korrespondenz war von ausgesuchter Höflichkeit. Der Briefwechsel ist in Dokument Nr. 32 in voller Länge nachzulesen.[251] Es genügt daher, in diesem Kontext die Kernpunkte zusammenzufassen:

Noch am Tag seiner Wahl unterrichtete Schäffer Josef Müller über sein neues Amt und teilte ihm die seitens der oberbayerischen Bezirksversammlung am 14. Februar gefaßten Beschlüsse mit, die ihn ermächtigten, "sofort in Verhandlungen über das künftige Verhältnis des Bezirksverbandes Oberbayern zur Landesleitung einzutreten". Für diese Verhandlungen hatte sich Schäffer mit "Mindestforderungen" rüsten lassen, die auf eine Änderung der Satzung "gegen ein persönliches Regiment innerhalb der Partei" zielten, das "sofort [...] abzustellen" sei, sowie auf eine Neuregelung des Delegiertenschlüssels, in dem "die Mitglieder und Wähler der Partei nach Zahl und Stärke zur Geltung kommen" sollten. Außer diesen altbekannten Forderungen verlangte Oberbayern eine weitgehend autonome Stellung innerhalb der Landespartei. Solange die in diesem Sinne zu führenden Verhandlungen nicht ein von Oberbayern gebilligtes Ergebnis zeitigen würden, erklärte sich der Bezirksverband durch Beschlüsse der Landesleitung, des Landesausschusses und der Landesversammlungen und "insbesondere Weisungen des ersten Landesvorsitzenden" nicht gebunden.

Um den "Mindestforderungen" entsprechenden Nachdruck zu verleihen, waren sie mit der Drohung verbunden, "daß eine innere Reform der CSU Voraussetzung für das Verbleiben der Wählerschaft und der Organisation des Bezirksverbandes Oberbayern innerhalb der CSU ist". Das hieß mit anderen Worten: Sollte dem oberbayerischen Begehren nicht stattgegeben werden, so hatte die Parteiführung damit zu rechnen, daß der mitgliederstärkste Bezirksverband der CSU unter Schäffers Führung geschlossen zur Bayernpartei übertreten würde. Schäffer hütete sich zwar, die Drohung in dieser Klarheit laut werden zu lassen, doch waren Äußerungen wie die gegenüber der Süddeutschen Zeitung, der er - konkret auf diese Möglichkeit angesprochen - mit einer Bauernregel antwortete, deutlich genug: "Eine gute Henne gackert erst dann, wenn das Ei gelegt ist."[252]

---

[248] Ebenda, S. 3, Hervorhebungen im Orginal.

[249] Ebenda, S. 3f.

[250] Müller in der Sitzung der Geschäftsführenden Vorstandschaft der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 25. Februar 1948, S. 12, ACSP, CSU-Landesvorstandsprotokolle.

[251] Dok. Nr. 32, S. 1562ff.

[252] SZ, 17. Februar 1948: Interview mit Fritz Schäffer.

Der Geschäftsführende Landesvorstand der CSU, dem Müller unverzüglich die Angelegenheit übertragen hatte, reagierte am 17. Februar höflich, aber mit einer deutlichen Absage auf den oberbayerischen Erpressungsversuch. Verhandlungen seien "bedauerlicherweise" angesichts der oberbayerischen Entscheidung, Weisungen und Erklärungen des Landesvorsitzenden vorläufig nicht anzuerkennen, unmöglich. Der Landesvorstand erklärte sich jedoch bereit, Schäffer trotz des satzungswidrigen Charakters der oberbayerischen Beschlüsse zu empfangen, um ihm Gelegenheit zu geben, diese "vorzutragen und zu begründen".
Der oberbayerische Bezirksvorsitzende, der diese Reaktion zutreffend dahingehend gedeutet hatte, "daß der Herr Landesvorsitzende es ablehnt, die gewünschte Besprechung mit mir zu halten", erbat in voluntaristischer Fehlinterpretation der ebenso eindeutigen Verhandlungsabsage des Landesvorstandes eine Bestätigung, daß dessen Einladung die "Verhandlungen im Sinne dieses [oberbayerischen] Beschlusses beginnen und einleiten soll".
Daraufhin erklärte sich der Geschäftsführende Landesvorstand, der am 24. Februar in Abwesenheit Müllers über die Reaktion auf Schäffers Rückfrage beraten hatte,[253] unzuständig für eine Entscheidung zur Sache, die allein der Landesversammlung gebühre, erklärte sich aber kompetent und bereit, "über das weitere formale Vorgehen der Behandlung der Anträge des Bezirksverbandes Oberbayern Beschluß [zu] fassen". Schäffer wurde eingeladen, am Mittwoch, den 25. Februar um 20 Uhr zu einer Aussprache mit dem Geschäftsführenden Landesvorstand zu erscheinen. Der Landesvorstand schloß sein Schreiben mit der etwas zu optimistischen Formel: "Wir glauben, in der Aussprache zwischen Ihnen und dem Landesvorstand eine Möglichkeit zu finden, in demokratischer Weise Anregungen, Anträge und Wünsche des Bezirksverbandes Oberbayern vor den zuständigen Gremien der Partei vorzutragen und zu vertreten."
Schäffer erklärte sich zu dieser Zusammenkunft bereit, "trotzdem ich über diese Verhandlungsführung enttäuscht bin, und trotzdem ich die personelle Zusammensetzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes in Rechnung ziehen muß". Obwohl er sich also keine Illusionen über die Haltung des Geschäftsführenden Landesvorstandes machte, dem mit Max Grasmann, August Haußleiter, Michael Horlacher, Elisabeth Meyer-Spreckels, Emil Muhler, Lorenz Sedlmayr und Franz Josef Strauß ausnahmslos Personen angehörten, die zu diesem Zeitpunkt hinter Müller standen, konnte Schäffer auch schwerlich umhin, auf den Vorschlag einzugehen. Schließlich wollte er beweisen, "daß ich den guten Willen zu einer Beilegung der Angelegenheit habe, soweit dies mit meinem Gewissen verantwortet werden kann". Voraussetzung seines Erscheinens und Verbleibens sei, daß die Aussprache "in ruhigen und würdigen Formen" verlaufe und "den Rahmen nicht übersteigt, der in Ihrem Schreiben vom 24. Februar [...] selbst gezogen ist".
Das Treffen kam als Sitzung der Geschäftsführenden Vorstandschaft mit dem alleinigen Tagesordnungspunkt: "Angelegenheit Landesverband - Bezirksverband Oberbayern" am 25. Februar auch zustande, trug jedoch wenig dazu bei, einer Lösung näher zu kommen.[254] Müller demonstrierte von Anfang an unerschütterliche Stärke, und zwar noch bevor die Aussprache überhaupt begonnen hatte. Während Schäffer pünktlich

[253] Sitzung der Geschäftsführenden Vorstandschaft der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 25. Februar 1948, S. 3, ACSP, CSU-Landesvorstandsprotokolle.
[254] Ebenda.

eintraf, geruhte der Landesvorsitzende, der sich zunächst betont desinteressiert gab, nämlich mit fast einstündiger Verspätung, um 20.53 Uhr, zu erscheinen. Nachdem er sich in provokanter Manier auch erst jetzt über den neuesten Stand der Dinge informiert hatte, schlug Müller vor, daß Schäffer zunächst seinen Standpunkt darlegen solle, um hernach in die Diskussion einzutreten. Schäffer hielt es - im Einklang mit der vorher getroffenen Verabredung - hingegen für geraten, "daß wir uns heute über den modus procedendi unterhalten". Sein Vorschlag lautete, aus der Landesvorstandschaft heraus eine Kommission zur Beilegung des Konfliktes zu bilden: "Mit ihr bin ich dann zu jeder Tages- und Nachtzeit bereit, mich zu unterhalten."[255]
Da Müller seinen "persönlichen Standpunkt jetzt etwas zurückhalten" wollte, parierte Haußleiter den selbstbewußt vorgetragenen Vorschlag Schäffers: Die Bezirksversammlung Oberbayerns habe Beschlüsse gefaßt, mit denen sie sich "de facto außerhalb des Landesverbandes der Christlich-Sozialen Union gestellt hat". Rein "persönlich - das ist kein Beschluß des Landesvorstandes" - interessierte ihn die Frage, ob die Vertretung des oberbayerischen Standpunktes "vor den satzungsmäßigen Gremien der Partei" unter den gegebenen Voraussetzungen überhaupt möglich sei. Er "persönlich" verneinte dies: "Wir müssen also meiner Ansicht nach zuerst einmal die Frage klären, ob der Bezirksverband Oberbayern überhaupt bereit ist, sich wieder auf den Boden der demokratischen Satzungen der Union zu stellen und dann in deren Rahmen die Änderungen vorzuschlagen, wozu er ja jederzeit das Recht hat."
Der rhetorischen ersten schloß er eine zweite "Vorfrage" zur Klärung des modus procedendi an: Haußleiter wünschte zu erfahren, ob angesichts der Bezeichnung der oberbayerischen Forderungen als "Mindestforderungen", die faktisch aber weit über jeden bisherigen Antrag Oberbayerns hinausgingen, eine Diskussion überhaupt begonnen werden könne: "Ich möchte doch sagen, daß doch die Union erst einmal klären muß, ob sie unter diesen Verhältnissen überhaupt in die Diskussion von Mindestforderungen eintreten kann, die ja ohne Zweifel doch weitgehend auf ihre Auflösung hin gerichtet sind oder auf ihre Auflösung zielen."
Nach diesen harschen "persönlichen" Worten, die tatsächlich die Haltung des Geschäftsführenden Landesvorstandes umrissen, kam Haußleiter endlich auf das Prozedere zu sprechen. Angesichts der weitreichenden Fragen, die sich aus den "Mindestforderungen" ergaben, hielt er es für ausgeschlossen, den 56-köpfigen Landesvorstand mit ihrer Behandlung zu betrauen. Dies könne nur in der Landesversammlung bzw. "zur Vorklärung" im Landesausschuß geschehen. Die wichtigste Frage, die Haußleiter abschließend sich selbst - mit Blick auf Schäffer - stellte, lautete jedoch, "daß wir, um überhaupt Partei bleiben zu können, klären müssen, ob sich ein Bezirksverband ausserhalb der Satzungen stellen und gleichzeitig alle Rechte beibehalten kann, die ihm die Satzung zubilligt, also z.B. das Stimmrecht in den Gremien der Partei, während er gleichzeitig erklärt, Beschlüsse der Partei nicht als bindend anzuerkennen".
Diese Stellungnahme war sicher nicht angetan, den Konflikt zu entschärfen. Müller präsentierte sich in dieser Situation als neutraler Vermittler und schlug Schäffer vor, zu konkretisieren, welche Funktion die von ihm vorgeschlagene Kommission überhaupt wahrnehmen solle. Schäffer, der in der Diskussion trotz seiner hoffnungslosen Minderheitsposition sehr ruhig blieb, erläuterte seinen Vorschlag, der darauf zielte, im kleinen Kreis "zuerst den Versuch zu machen, ob man sich einigen kann und dann

[255] Ebenda, S. 5.

diese Einigungsformel der Landesversammlung vorzuschlagen. Dann ist die Sache wieder in Ordnung."
Schäffers Kommissionsidee stieß auf geschlossene Ablehnung, obwohl der Staatsrat a.D. die in der vorhergehenden Korrespondenz seitens des Geschäftsführenden Landesvorstandes betonte Zuständigkeit der Landesversammlung damit formal anerkannt hatte. Der Gegenvorschlag des Vorstandes lautete, statt dieser Kommission dem Landesausschuß, als dem von der letzten Landesversammlung formell mit der Überarbeitung der Satzung beauftragten Gremium, die Behandlung der Frage zu übertragen. Dieser Lösung war wiederum Schäffer aus gutem Grunde abgeneigt. Er mußte davon ausgehen, daß der Landesausschuß dem oberbayerischen Vorstoß sehr kritisch begegnen würde und "nie den Reformvorschlägen zustimmen würde, die sich unter anderem ja gerade gegen die personelle Zusammensetzung des Landesausschusses richteten".[256] Außerdem konnte Müller vor diesem relativ öffentlichen Forum den "Mindestforderungen" schon deswegen nicht entgegenkommen, weil dies einen peinlichen Gesichtsverlust zur Folge gehabt hätte. Allenfalls im kleinsten Kreise, der die erhoffte Kapitulation des Parteivorsitzenden durch entsprechende öffentliche Erklärungen kaschieren könnte und dessen personelle Zusammensetzung eine möglichst paritätische sein müßte, hätten die Mindestforderungen überhaupt eine Aussicht auf Erfolg haben können. Deshalb beharrte Schäffer auf der Vorentscheidung des Konfliktes durch eine Kommission, deren Haltung anschließend - und darin glaubte er dem Landesvorstand getrost entgegenkommen zu können - durch "das höchste demokratische Organ" der Partei, also durch die Landesversammlung, zu bestätigen wäre.
Schäffer hatte im Verlauf der Diskussion wiederholt verraten, wie gering er die Landesversammlung einschätzte, deren unmittelbare (nicht durch den Landesausschuß gefilterte) Zuständigkeit er heuchlerisch mit demokratischen Argumenten begründete. Am deutlichsten wurde diese Einstellung, als er Sedlmayrs Frage: "Können wir denn im voraus wissen, wie sich ein Landesausschuß verhalten wird?" mit der Feststellung quittierte: "Man kann ungefähr im voraus wissen, wie sich eine Landesversammlung verhält."[257] Das höchste Parteigremium als reines Akklamationsorgan herabzusetzen, entsprach zwar seiner faktischen Rolle, die auch allen Anwesenden bewußt war, doch hatte Schäffer mit dieser und anderen Bemerkungen seinen Kontrahenten unfreiwillig Munition geliefert, die nun flugs sein "demokratisches" Argument gegen ihn einsetzten und - nicht weniger heuchlerisch - die Autorität der Landesversammlung herausstrichen, um ihrem Standpunkt Nachdruck zu verleihen.
Müller erinnerte Schäffer daran, daß die Landesversammlung erst vier Wochen zuvor ihren Willen deutlich zu erkennen gegeben hatte: "Sie müssen nach meinem Empfinden, Herr Staatsrat, nur davon ausgehen, daß die Landesversammlung klare Beschlüsse gefaßt hat. Bitte setzen Sie zum Vergleich, irgendein Bezirksverband draußen würde das gleiche unternehmen, was Oberbayern unternommen hat. Dann kämen Sie nie zur Arbeit der Partei, weil Sie von heute auf morgen fortwährend nur sehen müßten, wie Sie mit der Nichtanerkennung von Beschlüssen der Landesversammlung fertig werden. Die Landesversammlung hat doch die größte und höchste Autorität der Partei. Ihre Beschlüsse sind von jedem anzuerkennen. Wenn sich ein Bezirksverband außerhalb der Union stellt dadurch, daß er die Beschlüsse nicht anerkennt, dann ist das eine sehr weittragende politische Angelegenheit für die Landesversammlung.

[256] Verlauf der Bemühungen (wie Anm. 233), S. 4.
[257] Vorstandsprotokoll (wie Anm. 254), S. 21.

Aber dadurch kann die Partei als solche unter keinen Umständen durch irgendwelche Verhandlungen die Autorität der Beschlüsse der Landesversammlung aufgeben. Denn das würde Konsequenzen auslösen, die eine Partei in ihrer Arbeit und in ihrer Schlagkraft nach außen dauernd hemmen müßte".[258]
Müllers Argumentation war zwar in sich überzeugend, doch ignorierte sie völlig das Dilemma, in dem sich der zwar größte und mitgliederstärkste, durch die geltenden Delegiertenschlüssel in den Parteigremien jedoch unterrepräsentierte und hoffnungslos unterlegene Bezirksverband befand. Diese Zwickmühle war angesichts der verhärteten Fronten tatsächlich - wie Schäffer wiederholt erklärte - nur auf außergewöhnlichem Wege aufzulösen: "Der Sinn des Beschlusses von Oberbayern ist der, daß Oberbayern sagt: So, wie die Verhältnisse jetzt liegen, kann ich die berechtigten Wünsche nicht durchsetzen, wenn ich mich an den normalen Weg halte, ich will das Band mit der CSU nicht lösen, aber ich will eine innere Neuorganisation der CSU, die auch mir das natürliche Recht gibt, das ich beanspruche. Das ist der Sinn."[259]
Alles in allem drehte sich die Aussprache am 25. Februar im Kreise. In immer neuen Varianten wiederholten und begründeten die Kontrahenten ihre im Kern unveränderte Haltung. Lediglich ein neuer Aspekt kristallisierte sich im Verlauf der einstündigen Diskussion heraus. Es war Haußleiter, der darauf aufmerksam machte, daß es "Kollektivmitgliedschaften" in der CSU nicht gebe, daß also nicht ein Bezirks- oder Kreisverband den Austritt aus der Union beschließen könne, sondern ein solcher Schritt laut Satzung den Einzelmitgliedern vorbehalten sei.[260] Diese Reaktion auf die oberbayerische Austrittsdrohung war jedoch angesichts der Stimmung in den oberbayerischen Kreisen nicht sehr überzeugend und dürfte Schäffer auch wenig beeindruckt haben.
Als übereinstimmende Meinung des Landesvorstandes, die wahrscheinlich aus taktischen Gründen - um die Minderheitsposition Schäffers herauszustreichen - in Form von einander ergänzenden und anfeuernden Einzelstatements der Vorstandsmitglieder artikuliert wurde, schälte sich schließlich die Auffassung heraus, die schon zu Beginn der Aussprache feststand: Die einzige Lösung des Konfliktes bestand darin, daß Oberbayern sich wieder in den Rahmen der Satzungen begab, um von hier aus sein Bestreben zur Satzungsänderung weiterzuverfolgen. Schäffer, der diese Lösung zu Recht mit der Bemerkung kommentierte, daß "dann [...] der Bezirksverband Oberbayern schlechthin den alten Majoritätsverhältnissen ausgeliefert"[261] sei, erklärte die Verhandlung schließlich für gescheitert, erbat sich eine schriftliche Fixierung der Haltung des Geschäftsführenden Landesvorstandes und gab zu Protokoll: "Der Bezirksverband Oberbayern wollte erreichen, daß er im Rahmen der CSU bleiben kann (Haußleiter: zurückkehren, mußten Sie sagen!), also gut, daß er bleiben kann -: zurückkehren kann, und hält es für notwendig, daß vorher mit einem Gremium der Partei Verhandlungen geführt werden, ob er mit der Erfüllung seiner Forderungen rechnen kann."[262]
Der Landesvorstand formulierte noch am gleichen Abend die von Schäffer erwünschte schriftliche Stellungnahme: Er legte zwar "den größten Wert auf den sachli-

[258] Ebenda, S. 6f.
[259] Ebenda.
[260] Ebenda, S. 10.
[261] Ebenda, S. 17.
[262] Ebenda, S. 19.

chen Ausgleich" der Auseinandersetzung unter Ausklammerung "aller persönlichen Differenzen", blieb aber hart in der Sache: So sehr dem gesamten Landesvorstand, "uns allen ohne Unterschied", an einer Beilegung der Auseinandersetzungen gelegen war, bedauerte er doch "feststellen zu müssen: Solange der Bezirksverband Oberbayern sich selbst außerhalb der Statuten der Christlich-Sozialen Union gestellt hat, ist eine Verhandlung mit ihm über die Sache selbst innerhalb der Gremien der Union nicht möglich."[263]

Schäffer berichtete seinem Bezirksverband am Tag darauf, am 26. Februar, über den negativen Ausgang der Besprechung. Nachdem er einsehen mußte, daß Oberbayerns Gewicht allein offensichtlich nicht ausreichte, die Parteileitung zum Nachgeben zu bewegen, war Schäffer entschlossen, die Flucht nach vorn anzutreten und den Kampf auszuweiten. Zwar hatte er am 17. Februar übertrieben, als er sich in einem Interview überzeugt gab, "daß die übrigen Bezirksverbände die berechtigten Forderungen des Bezirksverbandes Oberbayern anerkennen werden",[264] doch rechnete er fest damit, wenigstens die Parteifreunde aus München und Niederbayern auf seine Seite ziehen zu können. Am 26. Februar informierte er seine oberbayerischen Mitstreiter, daß er nun plane, Niederbayern als Bündnispartner in die Revolte einzubinden. Folgenden Beschluß erhoffte er der für den 27. Februar nach Plattling anberaumten niederbayerischen Bezirksversammlung schmackhaft zu machen: "1. Die Forderungen des Bezirksverbandes Oberbayern der CSU vom 14.2.[19]48 werden vom Bezirksverband Niederbayern als eigene übernommen. 2. Der Bezirksverband Niederbayern beauftragt seine Vertreter im Landesausschuß vom 28./29.2.[19]48 dafür einzutreten, daß a) der Punkt 3 der Tagesordnung 'Politische Aussprache' als erster Punkt genommen wird und daß b) der Antrag gestellt wird, die Landesvorstandschaft, deren Mitglieder in Regensburg anwesend sind, sofort zu einer geschlossenen Sitzung einzuberufen". In dieser Vorstandssitzung sollte "der Vertreter des Bezirksverbandes Oberbayern die Forderungen seines Bezirksverbandes vertreten" und versuchen, mit der Landesvorstandschaft "einen Antrag an die nächste Landesversammlung gemeinsam auszuarbeiten, der die Einigung und den Zusammenhalt der CSU ermöglicht".[265]

Während der Münchner Bezirksverband schon am 20. Februar versichert hatte, Schäffer und Oberbayern in jeder Hinsicht zu unterstützen, ausdrücklich aber davon absehen wollte, sich in "den sachlichen Kampf" einzumischen,[266] fand sich Niederbayern nicht zur erwünschten Rückendeckung bereit. Im Gegenteil: Die Bezirksversammlung begegnete Schäffers Bemühungen am 27. Februar mit einer "Willenskundgebung", die wenig Zweifel daran ließ, daß der Bezirksverband Schäffers Aktion ausgesprochen mißbilligte.[267] Mit der unerwarteten Distanzierung ausgerechnet des niederbayerischen Nachbarverbandes war eigentlich schon am 27. Februar 1948 klar, daß die Oberbayerische Revolte zum Scheitern verurteilt war.

Dies bestätigte sich in der Landesausschußsitzung in Regensburg am 28. und 29. Februar (Dokument Nr. 32), die in vieler Hinsicht ein zweites "Bamberg" darstellte.

---

[263] Auch dieser Brief vom 25. Februar 1948 wurde vor dem Landesausschuß in voller Länge verlesen, Dok. Nr. 32, S. 1567f.

[264] SZ, 17. Februar 1948: Interview mit Fritz Schäffer.

[265] Aktenvermerk, gez. Röhrl, 26. Februar 1948, Kopie im Besitz d.V.

[266] Ausführliche Zitate aus dem Protokoll der Münchner Bezirksversammlung vom 20. Februar 1946 in: Mintzel, CSU, S. 226ff., 592ff.; hier S. 594.

[267] Text der Willenskundgebung im Protokoll des Landesausschusses am 28. und 29. Februar 1948, Dok. Nr. 32, S. 1668.

Müller machte von seinem Recht als Vorsitzender exzessiven Gebrauch, als er bereits in seiner langen Eröffnungsrede in aller Ausführlichkeit auf den bestehenden Konflikt einging, dessen Erörterung als sachlicher Bestandteil des dritten Punktes der geplanten Tagesordnung "Politische Aussprache" an dieser Stelle eigentlich deplaziert war. Geschickt stellte er schon hier - und immer wieder auch in seinen folgenden Diskussionsbeiträgen - einen, nämlich den persönlichen Aspekt der Schäffer-Revolte besonders heraus: "Lesen Sie das Protokoll des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union vom Frühjahr 1946 in Bamberg und Sie finden die gleichen Angriffe. [...] Jetzt, nach zwei Jahren, werden die gleichen Angriffe mit der gleichen Massivität aufgenommen, als ob innerhalb der zwei Jahre die Zeit stehengeblieben wäre."[268] Tatsächlich mußten die von Schäffer in diesen Wochen erneut gegen Müller vorgebrachten öffentlichen Beschuldigungen, dieser sei sowohl Betreiber seines Sturzes als Ministerpräsident als auch der Anstifter der Kampagne, die mit seiner Ausschaltung aus dem politischen Leben geendet hatte, eher ihren Zweck verfehlen. Damit schadete Schäffer weniger dem Landesvorsitzenden als sich selbst, verlor doch so der erklärt uneigennützige Charakter seiner reformerischen Ziele zwangsläufig an Glaubwürdigkeit. Deshalb rollte Müller, der das Protokoll der Bamberger Sitzung vorher genau studiert haben muß, die damaligen Vorgänge geradezu genüßlich noch einmal in aller Ausführlichkeit auf.

Der zweite Schwerpunkt seiner Rede zielte auf die gleiche Kerbe: er galt Schäffers undurchsichtigem Spiel mit der Bayernpartei. Müller berichtete den Delegierten unter Berufung auf Baumgartner, daß Schäffer sich am 7. Januar "für die Bayernpartei entschieden", von seiner Beitrittsneigung aber abgelassen habe, nachdem sich herausgestellt hatte, daß er dort "nicht die notwendige Gegenliebe" fand, weil er "dort erster Vorsitzender werden wollte".[269]

Mit solchen Sticheleien gelang es Müller, tatkräftig unterstützt von Horlacher, der sich wiederholt mit deftigen Zwischenrufen einschaltete, den Angreifer Schäffer gleich zu Beginn der Sitzung in die Defensive zu drängen - auch das eine Wiederholung der für Schäffer traumatischen Bamberger Erfahrung. Schäffer lief wunschgemäß in die vorbereitete Falle, als er sich in seiner späteren Gegenrede unklugerweise "genötigt" sah, "zuerst auf persönliche Momente einzugehen", bis er endlich auf sein aktuelles Anliegen der inneren Reform der CSU zu sprechen kam.[270]

Bevor Schäffer zu Wort kam, entspann sich jedoch im Anschluß an Müllers "Begrüssungsrede" eine überaus wichtige "Geschäftsordnungsdebatte". Die ursprünglich Niederbayern zugedachte Rolle als Fürsprecher der oberbayerischen Belange übernahm München, dessen Bezirksvorsitzender Krehle den Delegierten vor Eintritt in die Tagesordnung vorschlug, die Sitzung zu unterbrechen und zunächst die Landesvorstandschaft zusammentreten und zu dem aktuellen Konflikt Stellung beziehen zu lassen, damit "wir mit anderen Worten unsere dreckige Wäsche hier nicht vor aller Öffentlichkeit waschen, sondern daß sich die Landesvorstandschaft mit der Frage befaßt und dann dem Landesausschuß die entsprechenden Vorschläge unterbreitet."[271] Selbstverständlich waren Schäffers Versuche vom Vortag, Niederbayern für das Plädoyer auf Verlagerung der Auseinandersetzung in die Landesvorstandschaft einzuspannen, der

[268] Ebenda, S. 1541.
[269] Ebenda, S. 1548, Gegendarstellung Schäffers, S. 1580f.
[270] Ebenda, S. 1575ff.
[271] Ebenda, S. 1556.

Gegenseite nicht entgangen; sie zeigte sich vorbereitet. Horlacher, der Krehles Vorschlag als "Hohn auf die Demokratie" bezeichnete, nutzte die ihm für eine Stellungnahme zu diesem "Geschäftsordnungsantrag" eingeräumte Redezeit, um, von lebhaftem Beifall unterstützt, die oberbayerische "Diktatur" anzuprangern, die sich im Beschluß des Bezirksverbandes manifestiert habe. In Fortsetzung der von Müller begonnenen psychologischen Kriegsführung stellte er an Schäffers Adresse gerichtet fest: "Wir sind nicht mehr die Fortsetzung irgendeiner alten Partei! [...] Wer das nicht einsieht, ist entweder arterienverkalkt oder hat die zwölf Jahre des Nationalsozialismus verschlafen."[272]

Die Aktionen folgten nun Schlag auf Schlag: Schäffers Gefolgschaft reagierte mit einem von Karl Lang für den Bezirksverband München eingebrachten Antrag, eine Siebenerkommission unter Vorsitz von Ministerpräsident Ehard zur Konfliktbewältigung zu bilden; dieser wurde pariert von Barth und Kroll (beide Oberfranken), die erneut den Vorstoß Oberbayerns scharf verurteilten.

Diese Scharmützel füllten den ganzen Vormittag und als sich die Delegierten nach der Mittagspause wieder versammelt hatten, wurde ihnen auf Müllers Geheiß die zwischen Schäffer und dem Landesvorstand gewechselte Korrespondenz in voller Länge verlesen, eine Aktion, die - noch immer vor Eintritt in die Tagesordnung - einiges an Zeit beanspruchte. Das Wort zur "Geschäftsordnung" erhielt nun Haußleiter, der dieses in erster Linie nutzte, um die Angriffe gegen Schäffer und Oberbayern fortzusetzen. Endlich kamen die Anträge Krehle und Lang wieder zur Sprache, die mit dem Einverständnis der Antragsteller jedoch zurückgestellt wurden, um zuvor Schäffer Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben.[273]

Damit hatte die Müller-Riege das Ziel ihrer Provokationen fast erreicht. Nachdem Schäffer lange gesprochen, Müller unmittelbar geantwortet und Horlacher als nachfolgender Redner bereits ausgeholt hatte, unterbrach Hundhammer die gelungene Inszenierung erstaunlich spät mit der Frage, ob es nicht jetzt an der Zeit sei, die Anträge Krehle und Lang zur Abstimmung zu stellen. Müllers Antwort zeigt, daß er sich seines Etappensieges inzwischen sicher war: "Zunächst ist gesprochen worden, und jeder hat Gelegenheit zur Stellungnahme. Denn ich habe dafür gesorgt, daß ein demokratischer Ausgleich durchgeführt wird."[274] Damit hatte er umschrieben, was inzwischen nicht mehr zu übersehen war: Die vom Geschäftsführenden Landesvorstand gewünschte Behandlung der Oberbayerischen Revolte durch den Landesausschuß der CSU war in vollem Gange und ein Abbruch der Diskussion und die Übertragung dieser Angelegenheit an die Landesvorstandschaft oder eine Kommission wäre allenfalls noch begründbar gewesen, wenn sich die Kontrahenten handgreifliche Szenen geliefert hätten. Dazu kam es selbstverständlich nicht.

Schäffers vor dem Landesausschuß abgegebene Stellungnahme war in weiten Teilen der Vergangenheitsbewältigung gewidmet, bis er endlich auf die Beweggründe zu sprechen kam, die ihn zur Revolte veranlaßt hatten.[275] Er wiederholte im wesentlichen die geschilderten Argumente, deren betont (alt-)bayerische Komponente er mit Rücksicht auf die fränkische Gruppe jedoch stark zurücknahm. Stattdessen malte er das Gespenst der Bayernpartei an die Wand, deren zu erwartende landesweite Lizenzie-

[272] Ebenda, S. 1557.
[273] Ebenda, S. 1575.
[274] Ebenda, S. 1600.
[275] Stellungnahme ebenda, S. 1575ff., Motive der Revolte S. 1588ff.

rung der CSU dort, "wo die große Masse der Wähler ist", das heißt in Altbayern, Verluste in Höhe von 30 bis 40% ihrer Wähler bescheren werde. Noch sei es Zeit, "einen Damm aufzurichten und das zusammenzuhalten und zu retten, was wir retten wollen".[276] Dies konnte aber aus seiner Sicht nur dadurch geschehen, daß der Wille der Wählerschaft in der Partei angemessen zur Geltung gebracht wurde.
Schäffer verneinte wiederholt, mit seiner Aktion Führungsambitionen zu verfolgen. Nicht politischer Ehrgeiz sei es, der ihn treibe, vielmehr gehorche er dem, was ihm sein Gewissen gebiete. "Jeder von Euch, der es will, bekommt von mir notariell mit Brief und Siegel bestätigt, daß ich gar keine Führerstellung bei Euch annehmen werde. Darum geht es mir nicht. Es geht mir darum, daß ich die Wählerschaft der CSU auch der CSU erhalten kann, und wenn außerordentliche Zeiten sind, muß ich das auch auf außerordentlichem Weg erreichen."[277] Tatsächlich hatte er aber, wie Müller dem Landesausschuß wahrheitsgemäß berichtete, den oberbayerischen Freunden gegenüber am 14. Februar zumindest klargestellt, daß er nicht gewillt war, der Partei "unter dem Kommando und unter dem persönlichen Regiment des Herrn Dr. Josef Müller" zu dienen. Das deutete Müller zu Recht als Indiz eines sehr wohl vorhandenen Führungswillens.[278]
In einer stark von Müller selbst und seinen Parteigängern, speziell Horlacher und Haußleiter, dominierten Aussprache, in der Kroll die aktuellen Vorgänge unter das Leitmotiv: "Der Arzt als Mörder" stellte und Schäffer als "einen" verurteilte, der kommt und "sagt, er wolle die Union retten und gibt ihr praktisch den Dolchstoß",[279] traten vor allem Pfeiffer und Hundhammer als Anwälte für Schäffer und Oberbayern ein. Provoziert von der offensichtlichen "Regie" und den harten Worten, die gefallen waren, trugen sie jedoch eher dazu bei, die Position der "Rebellen" noch weiter zu verschlechtern. Pfeiffer erneuerte und bekräftigte seinen schon früher erhobenen Vorwurf, die Union sei eine Mischung aus "Politbüro" und "Führer, wir folgen Dir"-Bewegung, eine von den Delegierten mit Empörung aufgenommene Polemik, für die er sich am nächsten Morgen entschuldigte.[280] Auch Hundhammer zeigte sich der Situation wenig gewachsen. Er kanzelte die Parteijugend ab, deren Wortführer, "die in ihrer politischen und Lebenserfahrung ein gutes Stück [...] unter dem Mann stehen, um den hier die Debatte geht", sich dennoch "berufen" fühlten, Schäffer "die Leviten zu lesen". Außerdem gab er seiner Überzeugung Ausdruck, daß sich die "Parteien, die rechts von der Sozialdemokratie stehen", - CSU und Bayernpartei - "letzten Endes doch noch in einer näheren Gemeinschaft fühlen [müssen], als CSU und SPD".[281] Besonnen war das alles nicht, und als sich die Delegierten spät in der Nacht - um 23.26 Uhr - bis zum nächsten Morgen vertagten, war die Entscheidung faktisch schon gefallen.
Auf Müllers Vorschlag wurde am 29. Februar die Rednerliste des Vortages gestrichen. Zu Wort kamen stattdessen auf seine Anregung zunächst Wilhelm Eichhorn, als einer "unserer Senioren", aber zweifellos vor allem als ein geachteter Fürsprecher Müllers, je ein Sprecher der verschiedenen Gruppen in der Union, wobei den Frauen

[276] Ebenda, S. 1588f.
[277] Ebenda, S. 1595.
[278] Ebenda, S. 1645.
[279] Ebenda, S. 1625.
[280] Ebenda, S. 1630, S. 1648f.
[281] Ebenda, S. 1638, S. 1642.

- "wir sind Kavaliere" - zwei Wortbeiträge eingeräumt wurden, sowie schließlich je ein Bezirksvertreter. Die meisten Sprecher distanzierten sich mehr oder weniger massiv von Schäffer und dem von ihm betriebenen oberbayerischen Beschluß zur Revolte. Für ein Entgegenkommen plädierten nur der als Vertreter der Arbeitnehmerschaft auftretende Münchner Bezirksvorsitzende Krehle, der aber die Form des oberbayerischen Vorstoßes deutlich genug verurteilte, Karl Schmid, ein Mitglied des Münchner Bezirksvorstandes, der für die Handwerker sprach, Hans Hagn als Sprecher des Münchner Bezirksverbandes, der noch einmal die Idee der Siebenerkommission aufnahm, und - zum Entsetzen der Augsburger Delegierten - Josef Fischer, der für Schwaben und Augsburg sprach und sich wegen seiner überraschenden Unterstützung Schäffers ihre scharfe Kritik zuzog.[282] Damit hatten sich nur vier Sprecher, davon drei aus dem Bezirksverband München, hinter Schäffer gestellt. Zwei Plädoyers, von Zita Zehner (München) und Karl Sigmund Mayr (Mittelfranken), vermieden eine deutliche Stellungnahme, die übrigen acht Sprecher, nämlich Elisabeth Meyer-Spreckels als Frauenvertreterin, Walter Rinke (Flüchtlinge), Franz Xaver Butterhof (Junge Union), Karl Donderer (Niederbayern), Georg Gamperl (Oberpfalz), Alfred Euerl (Nürnberg-Fürth), Hubert Pieterek (Unterfranken) und Georg Barth (Oberfranken), erteilten Schäffer und seinem Bezirksverband eine unmißverständliche Absage.
Nachdem abschließend noch einmal Schäffer und Müller das Wort ergriffen hatten, ließ Müller über einen vorformulierten "Antrag des Landesausschusses" abstimmen, der bei 108 abgegebenen Stimmen von 68 Delegierten unterstützt und von 18 Delegierten abgelehnt wurde; 23 (darunter Müller und Ehard) hatten sich enthalten: Der Landesausschuß stellte fest, daß Oberbayern "gegen die Satzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern verstößt" und verurteilte das oberbayerische Vorgehen als "parteischädigend". Wer den oberbayerischen Beschlüssen folge, habe "sich damit von selber außerhalb der Christlich-Sozialen Union in Bayern gestellt". Der Landesvorstand wurde beauftragt, das Verhältnis der oberbayerischen Kreisverbände zu klären "und gegebenenfalls den Bezirksverband neu zu organisieren".[283]
Damit hatte der Landesausschuß Schäffer eine Abfuhr erteilt, die kaum schärfer ausfallen konnte. Das Abstimmungsergebnis - nur 65% der Delegierten hatten dem Antrag zugestimmt - konnte allerdings auch Müller kaum zufriedenstellen. Tatsächlich war in verschiedenen Stellungnahmen der Gruppen- bzw. Bezirksvertreter zum Ausdruck gekommen, daß weite Kreise in der Partei der ständigen Querelen mehr als überdrüssig waren. Ausgerechnet Karl Sigmund Mayr, der Vorsitzende des Bezirksverbandes Mittelfranken der CSU, deutete schon an diesem Tag die Konsequenz an, die die Partei ein Jahr später ziehen sollte, um sich endlich von den Streitigkeiten zu befreien, die sie von den ersten Gründungswochen an belastet hatten. Er richtete an den Herrn Ministerpräsidenten als den Mann, der sich in Franken "ein derartiges Ansehen geschaffen" habe, "wie vielleicht seit vielen, vielen Jahren kein Politiker mehr", eine Frage, die Hans Ehard als künftigen Hoffnungsträger der Partei hell aufleuchten ließ: "Warum haben Sie das soweit kommen lassen?"[284]
August Haußleiter, seit 29. Februar stellvertretender Vorsitzender der CSU, wertete am 8. März 1948 in einem Rundfunkkommentar die Regensburger Entscheidung als Endpunkt der innerparteilichen Machtkämpfe: "Die Spannungen innerhalb der Union

[282] Ausführungen der einzelnen Sprecher ebenda, S. 1650ff., Kritik an Fischer S. 1667.
[283] Text des Antrages ebenda, S. 1680; Abstimmungsergebnis S. 1684.
[284] Ebenda, S. 1670f.

sind erledigt und überwunden", die Partei habe keine Zeit mehr "zu persönlichen Machtkämpfen".[285] Letzteres war angesichts der im April bevorstehenden Kommunalwahlen nur allzu wahr, doch gab sich Schäffer mit der Entscheidung von Regensburg nicht geschlagen, und so zogen sich die Ausläufer der Auseinandersetzung, die dem Prestige der CSU sehr abträglich war, bis Herbst des Jahres hin.
Der Bezirksverband Oberbayern der CSU blieb Schäffer zunächst treu, modifizierte aber die Beschlüsse des 14. Februar in einem entscheidenden Punkt: Die Bezirksversammlung beschloß am 10. März, die oberbayerischen Reformvorschläge zwar aufrechtzuerhalten, doch sollten sie nun auf satzungsmäßigen Wege durchgesetzt werden.[286] Die Oberbayerische Revolte fand mit dieser Entscheidung ihr Ende, nicht jedoch Schäffers persönlicher Kampf, den er bis zu seinem Parteiaustritt im September 1948 fortsetzte: Er bemühte sich jetzt intensiv um die Unterstützung weiterer Bezirksverbände zur baldigen Einberufung einer Landesversammlung, von der er sich nicht nur Verständnis für die oberbayerischen Reformvorschläge, sondern vor allem auch die Wahl eines neuen Landesvorsitzenden erhoffte.[287] Deshalb flankierte er seine Bemühungen durch fortgesetzte Angriffe gegen Müller. Öffentliche Äußerungen im Hinblick auf die CSU-Parteiführung wie: "der Dreck schwimmt oben", die den gegnerischen Parteien im aktuellen Wahlkampf sehr willkommen waren,[288] mögen dazu beigetragen haben, daß die CSU-Führung sich nun entschlossen zeigte, Nägel mit Köpfen zu machen und Schäffer aus der Partei auszuschließen. In der Landesausschußsitzung in Ingolstadt am 1. und 2. April 1948 ließ Müller einen entsprechenden Antrag Oberfrankens verlesen und provozierte damit den geschlossenen Auszug der oberbayerischen Delegierten. Der oberbayerische Bezirksverband, der noch immer zu Schäffer hielt, bemühte sich nun, dem drohenden Landesschiedsverfahren durch die Konstituierung eines Bezirksschiedsgerichtes zuvorzukommen, scheiterte mit diesem Rettungsversuch jedoch am Veto der Landesvorstandschaft, die am 17. Juli 1948 mit 26 gegen 13 Stimmen die Zuständigkeit des Landesschiedsgerichtes feststellte.[289] Der erste Schiedsgerichtstermin war für den 25. August 1948 vorgesehen, kam aber nicht zustande, da Schäffer formale Verstöße geltend machte. Am 14. September, zwei Tage vor der nun auf den 16. September verschobenen Verhandlung, trat Schäffer, dem inzwischen auch Oberbayern seine Gefolgschaft mehr oder weniger deutlich aufgekündigt hatte,[290] aus der CSU aus.
Auch seine Verhandlungen mit der Bayernpartei, die er unmittelbar nach der Regensburger Niederlage wiederaufgenommen hatte, scheiterten in diesen Septembertagen.[291] Seine Verhandlungsposition schien im März ungleich stärker als noch im Januar 1948, konnte er doch nun auf eine umfangreiche Mitgift hinweisen, die er in Gestalt eines Großteils der oberbayerischen CSU in die Allianz einbringen würde. Doch die Bayernpartei reagierte zurückhaltend; erst nachdem der Landesausschuß der CSU

[285] Rundbrief 6/48 der CSU-Landesgeschäftsstelle, 8. März 1948, Kopie im Besitz d.V.
[286] Verlauf der Bemühungen (wie Anm. 233).
[287] Ebenda, S. 6.
[288] Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes, 29. April 1948 (ACSP, CSU-Landesvorstandsprotokolle), sowie Anlage zum Protokoll: Wahlplakat der SPD: Ereignisse der Woche: Dreck ist Trumpf! "Führer, wir folgen Dir!".
[289] Protokoll der Sitzung der Landesvorstandschaft der CSU am 17. Juli 1948 in Augsburg, S. 25, ACSP, CSU-Landesvorstandsprotokolle.
[290] Dazu Henzler, Schäffer, Manuskript S. 344.
[291] Unger, Bayernpartei, S. 150.

am 17. und 18. Juli 1948 in Augsburg das Parteiausschlußverfahren gegen Schäffer abgesegnet hatte, sah sie sich veranlaßt, sich mit den Bedingungen und Konsequenzen seines möglichen Parteiwechsels ernsthaft auseinanderzusetzen. Schäffers Stellung war inzwischen jedoch so geschwächt, daß die Verhandlungen mit einer klaren Absage an die von ihm an seinen Beitritt geknüpften Bedingungen - vor allem Neuwahl des Bezirksvorsitzenden in Oberbayern - endeten.[292]

Schäffers als Triumpfzug geplanter Wiedereintritt in die bayerische Politik mündete also in einer umfassenden Niederlage. Obschon subjektiv verfärbt, kam Haußleiters abschließende Wertung der Vorgänge, seine "Wahrheit über den Fall Schäffer", den Realitäten wohl sehr nahe, als er den "Amoklauf" des künftigen Bundesfinanzministers aus dessen persönlicher Verbitterung erklärte, die ihn blind für die möglichen Folgen seines Vorgehens machte: Schäffer habe, so Haußleiter am 17. September, "offenkundig in keinem Augenblick seit 1946 die Enttäuschung darüber verwunden, daß er damals in Bamberg nicht zum Landesvorsitzenden der CSU in Bayern gewählt worden ist. Seine vorübergehende Ausschaltung als Politiker hat dieses brennende persönliche Ressentiment vertieft. Dadurch hat er sich zu schweren politischen Fehlern und Irrtümern hinreißen lassen" und "Handlungen begangen, die gerade die Verwirklichung der von ihm vertretenen politischen Ideale gefährden."

Zu Recht kritisierte Haußleiter insbesondere auch den Zeitpunkt der Initiative, mit der Schäffer der Partei ausgerechnet in dem Moment "in den Rücken [fiel], als diese sich anschickte, in den schweren Gemeindewahlkampf des Frühjahrs 1948 hineinzugehen" und in dem außerdem die Verhandlungen über das künftige Schicksal Deutschlands und Bayerns in ihre heiße Phase eintraten. Ausgerechnet in "dem Augenblick, in dem die Christlich-Soziale Union das Land Bayern in entscheidender Stunde vertritt, versucht Staatsrat Schäffer verbissen und verbittert, getrieben von einem Sendungsbewußtsein, dessen Berechtigung durch eine lange Kette begangener Fehler widerlegt wird, die Union zu zerschlagen".[293]

Fraglos trug Schäffers im Februar 1948 unternommene Revolte das ihrige dazu bei, das Ansehen der durch die bevorstehende landesweite Lizenzierung der Bayernpartei bedrängten Union zu mindern und sie in ihrer Schlagkraft entscheidend zu schwächen. Hatten sich mit den Delegierten des Regensburger Landesausschusses schon die aktivsten Parteifreunde der ständigen Reibereien überdrüssig gezeigt, so konnte kaum ausbleiben, daß der von der Presse ausgiebig kommentierte neuerliche Streit auch auf die bayerische Bevölkerung seinen Eindruck nicht verfehlte. Bei den Kommunalwahlen am 25. April und 30. Mai 1948 verlor die CSU, die bei den Land- und Stadtkreiswahlen im April/Mai 1946 noch 60% der Wähler angesprochen hatte, mehr als ein Drittel ihrer Anhängerschaft. Nur noch 37,8% der Land- und Stadtkreiswähler (in den Gemeinden waren es sogar nur 30%) schenkten ihr Vertrauen der "Union". Auf die im wesentlichen in Ober- und Niederbayern konzentrierte Bayernpartei, die landesweit immerhin 8,7% der Wähler erreichte, entfielen in Oberbayern örtlich bis zu 40% und in Niederbayern örtlich bis zu 30% der Stimmen. Bei den Bundestagswahlen im August 1949 stimmten sogar nur noch 29,2% der Wähler für die CSU, die Bayernpartei hatte mit landesweit 20,9% kräftig aufgeholt.[294]

---

[292] Ebenda, S. 150f.; so auch Henzler, Schäffer, Manuskript S. 341f.

[293] CSU in Bayern, Stellv. d. Landesvorsitzenden [August Haußleiter], München, 17. September 1948: Die Wahrheit über den Fall Schäffer. Persönliche und politische Hintergründe seines Austrittes aus der CSU, in: ACSP, NL Elsen 3.1.1.

[294] Wahlergebnisse nach Dietrich Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848 bis 1953, Düsseldorf 1973, S. 353-355.

Natürlich waren die hohen Wahlverluste der CSU nicht allein auf die Oberbayerische Revolte zurückzuführen, doch absorbierte Schäffers bis in den Herbst weiterverfolgte Initiative die Kräfte der Partei in einer Situation, in der sie durch die Konkurrenz der Bayernpartei und vor allem durch die finanziellen Engpässe, die die Währungsreform im Juni 1948 mit sich brachte, alle Energien für die Bewältigung dieser Herausforderungen gebraucht hätte. Im Februar 1948 setzte ein gewaltiger Auflösungsprozeß ein, der die Union "fast an den Punkt des organisatorisch-politischen Zusammenbruchs" führte. Die von Müller als Massen- und Volkspartei modernen Typs auf den Weg gebrachte Union entwickelte sich zu einer Honoratiorenpartei Weimarer Prägung zurück, "der eine breite innerparteiliche Legitimationsbasis ebenso fehlte, wie ein Parteiapparat von größerer administrativ-technischer Bedeutung".[295]
Mit der Oberbayerischen Revolte, als dem Höhe- und Endpunkt der Auseinandersetzungen um die Gestaltung und Führung der Union, endet die Gründungsgeschichte der CSU, die durch die 1945/46 wie auch 1948 stark von persönlichen Ressentiments geprägten Machtkämpfe der beiden Hauptrivalen gekennzeichnet war. Daß sich die Partei ab Februar 1948 von diesen Streitigkeiten endgültig zu distanzieren begann, schließlich beiden Konkurrenten den Laufpaß gab und mit Ehard einen Mann des Ausgleichs an ihre Spitze stellte, war auch ein Ausdruck gewachsenen Selbstbewußtseins und politischer Reife, die in den ersten Jahren zunächst erlernt werden mußten. Josef Fischer sprach vielen aus dem Herzen, als er im Februar 1948 sein Unverständnis darüber ausdrückte, "daß sich eventuell fünf Personen, wenn es hoch geht, um die Union streiten". Es werde zu Unrecht "soviel von den Gründern der Christlich-Sozialen Union gesprochen": Nicht einzelne wenige Personen, "ganz kleine Kreise", die er "nicht als Debattierklub" bezeichnen wollte, auch wenn sie "in ihrer Bedeutung [...] nicht viel mehr" waren, hatten der Partei zum Durchbruch verholfen, sondern ein "geradezu unvorstellbarer Vorgang", er mochte ihn "fast die Vorsehung nennen".[296]
Die Oberbayerische Revolte markiert also in mehrfacher Hinsicht einen Wendepunkt in der Geschichte der Christlich-Sozialen Union in Bayern, der mehr als die Abwahl Josef Müllers eine Zäsur auch in der Dokumentation ihrer bewegten Frühgeschichte rechtfertigt. Mit der Regensburger Landesausschußsitzung als Höhepunkt des Schäffer-Müller-Konfliktes und zugleich Endpunkt der Gründungsgeschichte der CSU endet daher auch diese Dokumentation parteiinterner Protokolle.

10. *Erläuterungen zu den Dokumenten*

a) Aufbau der Dokumentation

Das Kernstück der vorliegenden Dokumentation zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union bilden 32 parteiinterne Protokolle aus den Jahren 1945 bis Anfang 1948, die hier erstmals publiziert werden können. Im Anhang werden Materialien zur Programmatik und organisatorischen Verfassung der CSU präsentiert, ein umfangreicher biographischer Annex gibt schließlich Auskunft über das Leben und politische Wirken von ca. 550 Personen überwiegend aus den Reihen der CSU, die in den Protokollen erwähnt sind oder als Redner agieren.
Bei den Protokollen handelt es sich um die Mitschriften der Zusammenkünfte der damaligen "zentralen" Führungsgremien der CSU, nämlich der vorläufigen Landesleitung unter zunächst wechselnden Bezeichnungen, des Landesausschusses und seiner

[295] Mintzel, CSU, S. 86, S. 88.
[296] Landesausschußsitzung vom 28. und 29. Februar 1948, Dok. Nr. 32, S. 1664.

Vorläufer sowie schließlich der Landesversammlung aus der Zeit vom 17. September 1945 bis 29. Februar 1948. Nicht berücksichtigt werden konnten die Protokolle der im Dezember 1946 gebildeten Geschäftsführenden Vorstandschaft und der Landesvorstandschaft der CSU, deren Publikation in den nächsten Jahren in Aussicht genommen ist.

Die Protokolle sind chronologisch geordnet. Die Entscheidung, die Gremien nicht getrennt zu dokumentieren, sondern der Chronologie zu folgen, trägt dem Faktum Rechnung, daß erst ab Mitte/Ende 1946 von einer gewissen Konsolidierung der Parteiarbeit und -organisation gesprochen werden kann. Bis zur endgültigen Verabschiedung der Satzungen im Dezember 1946 überschnitten sich die Kompetenzen und Arbeiten der Ausschüsse, lediglich Aufgaben und Charakter der Landesversammlungen waren von Anfang an relativ konstant und hätten eine gesonderte Präsentation erlaubt. Als oberstes Organ der CSU hatte die mit Delegierten aus allen Kreisverbänden beschickte Landesversammlung entscheidende Rechte, faktisch dienten diese mit ca. 500 stimmberechtigten Teilnehmern und zahlreichen Gästen quasi öffentlichen Parteitage aber im wesentlichen der Bestätigung der in den Ausschüssen geleisteten Vorarbeit. Die Vorgänge auf den Landesversammlungen stehen also in engem Zusammenhang mit den Aktivitäten in den übrigen dokumentierten Gremien, und die Protokolle ergänzen einander.

Es handelt es sich dabei um verschiedene Varianten protokollarischer Möglichkeiten. Die Sitzungsmitschriften des Jahres 1945 sind wortkarge Ergebnis- oder Kurzprotokolle, die für sich genommen wenig aussagekräftig sind; ihre Bedeutung wird oft erst in der Zusammenschau mit anderen Quellen sichtbar. Deshalb wurden die Gründungsmonate der CSU, über die bislang wenig bekannt war, in der Einleitung ausführlich beleuchtet. Um die Jahreswende 1945/1946 beginnen die Mitschriften länger und genauer zu werden, einzelne Diskussionsbeiträge werden inhaltlich skizziert und auch den jeweiligen Rednern zugeschrieben. Teilweise sind sie in direkter Rede formuliert, doch handelt es sich zunächst nach wie vor um Kurzprotokolle, die die Wortbeiträge im allgemeinen nur zusammenfassen. Häufig sind es Mischformen zwischen Ergebnis- und Verlaufsprotokollen mit der deutlichen Tendenz zu zunehmender Ausführlichkeit. Das erste Wortprotokoll nach einem Stenogramm datiert von Ende März 1946 (Dokument Nr. 12). In den folgenden drei Monaten bis Anfang Juli wechseln Wortprotokolle noch mit Mischformen (nun Verlaufsprotokolle mit Wortprotokollelementen), danach handelt es sich ausschließlich um Wortprotokolle.

Die Auswahl der Materialien zur Frühgeschichte der CSU im Anhang dieser Dokumentation orientierte sich an zwei Schwerpunkten: Aufgenommen wurden grundsätzlich nur Quellen zu den Themenbereichen erstens Programmatik und zweitens Satzungsfragen. Sie wurden auch dann dokumentiert, wenn sie - wie das Grundsatzprogramm und das Dreißig-Punkte-Programm vom Oktober 1946 - bereits an anderer Stelle publiziert wurden. Aufnahme fanden auch solche Dokumente, die im Kontext der parteiinternen Diskussionen in Teilen oder zur Gänze verlesen wurden. Obwohl manche der Materialien aus den Protokolltexten zu rekonstruieren wären, schien ihre geschlossene und vollständige Wiedergabe im Anhang dennoch angezeigt. Denn erstens erlaubt die Zusammenschau mit den übrigen Quellen einen besseren Einblick in das jeweilige Themenfeld, zweitens wird dem Benutzer damit ein schneller Zugriff auf diese für die Parteigeschichte zentralen Materialien ermöglicht. Die Dokumente sind, beginnend mit der Programmatik, sachthematisch unterteilt und innerhalb der beiden Themenbereiche chronologisch geordnet.

Die in dieser Dokumentation erstmals in ihrer Gesamtheit präsentierten Programme der Gründerjahre, einschließlich des bisher nahezu unbekannten Wirtschafts- und Sozialprogramms der CSU vom August 1947,[297] wurden ergänzt um Entwürfe und andere programmatische Verlautbarungen wie Aufrufe und Rundschreiben vor allem aus den Gründungsmonaten, beginnend am 10. August 1945. Es war jedoch nicht möglich und auch nicht ratsam, sämtliche überlieferten Programmentwürfe des Jahres 1945 zu berücksichtigen. Vielmehr beschränkt sich die Dokumentation auf diejenigen Entwürfe, die für die programmatische Entwicklung der Landespartei schließlich relevant wurden.

Die Materialien zum Themenbereich Satzung umfassen die Statuten selbst in ihrer vorläufigen, sehr knappen Formulierung vom 8. Januar und der sehr viel ausführlicheren Version vom 17. Mai 1946, die bis Oktober des Jahres noch erhebliche Veränderungen erfuhr. Die Fassung vom 17. Mai diente als Textgrundlage der bis Februar 1948 unveränderten Satzung vom 4. Oktober 1946, die nach ihrer Bestätigung durch die Landesversammlung am 14. und 15. Dezember 1946 endgültig in Kraft trat. Die Veränderungen in den Oktoberstatuten gegenüber der Version vom Mai waren zu umfangreich, um sie innerhalb der Mai-Fassung transparent zu machen. Obwohl beide Satzungen über weite Teile identisch sind, wird daher auch die Oktobersatzung vollständig wiedergegeben. Die gegenüber der Maisatzung abweichenden Passagen - sowohl einzelne Worte als auch ganze Absätze oder Paragraphen - sind durch Kursivsatz bzw. Auslassungsvermerke kenntlich gemacht. Die Oktoberstatuten der CSU wurden im Februar 1948 in zwei Paragraphen verändert; ihr neuer Wortlaut ist in Fußnoten festgehalten.

Neben den eigentlichen Parteisatzungen wurden ergänzend auch die Schiedsordnung und das Finanzstatut der CSU aufgenommen, außerdem zwei Rundschreiben vom November bzw. Dezember 1945, mit denen erste organisatorische Festlegungen erfolgten. Berücksichtigt wurden ferner die Entwürfe zur Abänderung der Satzung der Partei aus der Zeit von Dezember 1947 bis Februar 1948. In diesem Zusammenhang wäre auch dem Antrag zur Zulassung der CSU auf Landesebene ein zentraler Stellenwert zugekommen. Über seinen Verbleib lassen sich aber keinerlei Anhaltspunkte finden. Überliefert - und dokumentiert - ist jedoch das offizielle Antwortschreiben der Militärregierung über die (vorläufige) Lizenzierung der CSU auf Landesebene, das den ab 8. Januar 1946 landesweiten Status der Partei begründete.

Abgerundet wird die Dokumentation schließlich mit den Kurzbiographien von ca. 550 Personen überwiegend aus den Reihen der CSU, deren systematische Auswertung interessante und überraschende Ergebnisse über das Profil der Partei zeitigen dürfte. Der biographische Annex wird in einem eigenen Vorspann näher erläutert.

[297] In den einschlägigen Arbeiten zur Geschichte der CSU sucht man nach dem Programm vergeblich; berücksichtigt wurde es jedoch in der Studie von Klaus Schreyer, Bayern - ein Industriestaat. Die importierte Industrialisierung. Das wirtschaftliche Wachstum nach 1945 als Ordnungs- und Strukturproblem, München, Wien 1969, S. 97ff. Veröffentlicht wurde das Programm in den Artikeln "Produktionssteigerung, Lastenausgleich und soziale Befriedung - Das Wirtschafts- und Sozialprogramm der Christlich-Sozialen Union" und "Unsere Sozialpolitik will den Arbeitsfrieden" in den Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union Nr. 19 vom 20.9.1947 bzw. Nr. 20 vom 4.10.1947.

b) Die dokumentierten Parteigremien

Die Jahre 1945/46 markieren die Formierungsphase der CSU, in der die Parteiorganisation sich erst allmählich herausbildete. Bis zur Verabschiedung der vorläufigen Satzung am 8. Januar 1946 traten die CSU-Gremien unter wechselnden oder gar keinen Selbstbezeichnungen zusammen: als "Ausschuß zur Vorbereitung der Gründung einer Christlich-Sozialen Union" (17. September 1945) und als "Vorläufiger Landesausschuß" (17. Dezember 1945). Die selbstgestellten Aufgaben umfaßten im wesentlichen die Vorbereitung der Parteigründung: Im Mittelpunkt standen organisatorische, programmatische und personelle Überlegungen und Entscheidungen. Diese Vorarbeiten bezogen sich formal zunächst nur auf den Kreis München, faktisch erhoben die Münchner Parteigründer jedoch von Anfang an den Anspruch, Wegbereiter und Gründungszentrale der Landespartei zu sein. Da sie dieses Selbstverständnis auch sehr schnell durchsetzen konnten, wurden die überlieferten frühen Protokolle des Münchner Zirkels, anders als Überlieferungen aus sonstigen bayerischen Gründerkreisen, in dieser der Geschichte der Landespartei geltenden Dokumentation berücksichtigt.

Nach der Gründungsversammlung der CSU für München am 11. Oktober 1945 (Dokument Nr. 3) war zwischen der CSU-München und der von der Militärregierung noch nicht erlaubten Landesorganisation zu unterscheiden. In den folgenden Wochen wurden die - noch illegalen - Vorbereitungen für die Bildung der Landespartei in inoffiziellen Gesprächszirkeln vorangetrieben, über deren Wirken wenig überliefert ist. Vermutlich verzichteten die Protagonisten aus taktischen, vielleicht auch aus rechtlichen Gründen auf die schriftliche Fixierung ihrer Aktivitäten. Eine Ausnahme stellt die Niederschrift über eine "Besprechung über Organisations- und Pressefragen" am 25. Oktober 1945 dar (Dokument Nr. 4), die wegen der Bedeutung der an diesem Tage getroffenen Entscheidungen trotz des inoffiziellen Charakters dieses Gesprächskreises in die Dokumentation übernommen wurde.

Die Gründungsvorbereitungen für die Landespartei begannen offiziell, nachdem mit der USFET-Direktive vom 23. November 1945 die landesweite parteipolitische Betätigung möglich wurde. Am 25. November unterrichtete der Vorbereitende Ausschuß der Christlich-Sozialen Union München die interessierten politischen Kreise Bayerns über die Pläne zum Aufbau der Landespartei und über die Bestellung eines neunköpfigen Ausschusses, der die nötigen Vorarbeiten leisten sollte. Ihm gehörten ausschließlich Münchner Parteigründer an.[298] Dieser sogenannte "Vorläufige Landesausschuß" trat von Ende November bis zum 8. Januar einige Male zusammen und erarbeitete vorläufige Satzungen und das erste Parteiprogramm: "Die zehn Punkte der Christlich-Sozialen Union", die als Grundlagen zur Anmeldung der Landespartei dienten.

Die Vorbereitungsphase endete mit der Gründungsversammlung auf Landesebene am 8. Januar 1946, zu der erstmals Teilnehmer aus ganz Bayern - fünf Delegierte aus jedem Regierungsbezirk - angereist waren. Diese Versammlung tagte als "Erweiterter Vorläufiger Landesausschuß" der CSU. Mit der am 8. Januar vorgenommenen Verabschiedung der vorläufigen Satzungen erfuhr die Organisation der CSU zwar eine geregelte Ordnung, diese bestand jedoch vorläufig nur auf dem Papier. Als satzungsmässige Gremien der CSU auf Landesebene waren die Landesversammlung - mit Dele-

[298] Zu den Mitgliedern des Ausschusses s. Dok. Nr. XI, S. 1751f.

gierten aus allen Kreisverbänden (damals häufig noch unter der Bezeichnung: Bezirksverbände) -, der Landesausschuß - mit Delegierten aus allen Bezirksverbänden (damals häufig noch unter der Bezeichnung: Kreisverbände) - und eine Landesvorstandschaft vorgesehen. Diese Gremien konnten jedoch erst nach dem allmählichen Aufbau der Organisationen auf Bezirks- und Kreisebene in Aktion treten.
Bis Ende März 1946 wurden die Funktionen des künftigen Landesvorstandes vom "Vorläufigen Landesausschuß" wahrgenommen. Dieser war die Fortsetzung des am 25. November gebildeten, inzwischen auf elf Personen erweiterten Neuner-Ausschusses, dem nach wie vor ausschließlich Münchner Parteigründer angehörten. Neben bzw. über dem Vorläufigen Landesausschuß stand der "Erweiterte Vorläufige Landesausschuß", der die im Vorläufigen Landesausschuß vorbereiteten Entscheidungen satzungsrechtlicher, organisatorischer oder personeller Art bis zur ersten Zusammenkunft der Landesversammlung "vorläufig" legitimieren sollte. Der "Erweiterte Vorläufige Landesausschuß", der zweimal (am 8. Januar und 30. und 31. März 1946) zusammentrat, war der Vorläufer des späteren Landesausschusses der CSU. Er setzte sich aus den Mitgliedern des Vorläufigen Landesausschusses und je fünf Delegierten aus den Regierungsbezirken Bayerns zusammen.
Einen Konsolidierungsschub erfuhr die Organisation in der Sitzung des "Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses" am 30. und 31. März 1946, die erste außerhalb Münchens abgehaltene Tagung, die nach Bamberg einberufen worden war (Dokument Nr. 12). Die Bamberger Tagung besaß wegen der Anwesenheit zahlreicher Gäste aber eher einen Versammlungscharakter und wurde parteiintern auch oft als Landesversammlung bezeichnet. In Bamberg wurde ein neues Gremium zur Unterstützung des am 31. März 1946 bestätigten Landesvorsitzenden geschaffen, der sogenannte "Arbeits-" oder "Landesarbeitsausschuß". Er stellte im wesentlichen eine Fortsetzung des bisherigen Vorläufigen Landesausschusses dar, der aber personell erweitert wurde und nun tatsächlich den Charakter einer Landesvertretung annahm.[299] Es handelte sich um eine dem späteren satzungsmäßigen Gremium bereits sehr nahe kommende Vorform der Landesvorstandschaft; er nahm auch entsprechende Kompetenzen wahr. Mit der Schaffung des Landesarbeitsausschusses stellte der Vorläufige Landesausschuß seine Tätigkeit ein.
Am 30. März wurde außerdem die Zusammensetzung des "Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses" verändert. Zu den stimmberechtigten Delegierten zählten jetzt auch die Vertreter der neugeschaffenen großstädtischen Bezirksverbände und die Kabinettsmitglieder der Union.[300] Diese personelle Erweiterung wurde erst mit dem entsprechenden Beschluß am 30. März offiziell, doch war die Einladung zur Bamberger Tagung bereits nach dem neuen Schlüssel ergangen.[301] Am 31. März wurde zusätzlich der Beschluß gefaßt, als stimmberechtigte Delegierte des Vorläufigen Erweiterten Landesausschusses acht Vertreterinnen der Frauen sowie eine noch offene Zahl von Jugendvertretern hinzuzuziehen.[302] Künftig umfaßte der "Vorläufige Erweiterte Landesausschuß" also nun einen Kreis von rund 70 Personen. Gleichzeitig wurde er am 31. März formell umbenannt in "Landesausschuß",[303] er wurde aber entgegen diesem

[299] Zur Zusammensetzung des Landesarbeitsausschusses vgl. Dok. Nr. 12, S. 152.
[300] Vgl. dazu S. XXXVIII.
[301] Einladungsschreiben des Landessekretariats der CSU vom 18. März 1946, ACSP, CSU-Landesausschüsse, 30. und 31. März 1946.
[302] Dok. Nr. 12, S. 172ff.
[303] Ebenda, S. 152.

Beschluß bei seiner übernächsten Zusammenkunft am 6. Juli 1946 als "Erweiterter Landesausschuß" einberufen.
Am 17. Mai 1946 tagte die erste Landesversammlung der CSU, zu der aus jedem Landkreis und jeder kreisunmittelbaren Stadt mindestens je ein stimmberechtigter Vertreter, für Städte über 50.000 Einwohner für je "angefangene 50.000" ein weiterer Vertreter geladen waren.[304] Die Landesversammlung bestätigte den Landesvorsitzenden und verabschiedete eine neue Parteisatzung, die aber bis zum 4. Oktober noch erheblich verändert wurde und endgültig erst am 14. und 15. Dezember 1946 in Kraft trat.
Die am 17. Mai 1946 beschlossene Satzung unterschied - wie auch die Oktobersatzung - zwischen der Landesversammlung, dem Landesausschuß, der Landesvorstandschaft, dem berufsständischen Rat der Landesvorstandschaft und der geschäftsführenden Vorstandschaft.[305] Die letztgenannten Organe konnten jedoch erst ab Dezember 1946 gebildet werden, nachdem in den Orts-, Kreis- und Bezirksverbänden Neuwahlen nach den Buchstaben der von der Militärregierung genehmigten neuen Satzung durchgeführt worden waren. Obwohl der Landesarbeitsausschuß mit den Satzungsbeschlüssen vom 17. Mai formal zu existieren aufgehört hatte, traf er noch zweimal zusammen und fungierte weiterhin als vorläufige Landesvorstandschaft.
Im September 1946 endete das Wirrwarr wechselnder Selbstbezeichnungen und unklarer Kompetenzen: Für den Erweiterten Landesausschuß hatte sich nun die satzungsgemäß korrekte Bezeichnung Landesausschuß durchgesetzt; der Landesarbeitsausschuß hatte mit seiner letzten Sitzung am 5. Juli seine Tätigkeit eingestellt. Bis zum 6. Dezember 1946 trat ausschließlich der Landesausschuß in Erscheinung, der monatlich mindestens einmal zusammentraf, die Satzung und die neuen Programme erarbeitete und vorläufig verabschiedete und am 6. Dezember Vertreter aus seinen Reihen in die Landesvorstandschaft wählte, die am 10. Dezember 1946 ihre erste Sitzung abhielt.
Damit verlagerte sich das Schwergewicht der Arbeiten in den Landesvorstand und - nach den etwa zeitgleich abgehaltenen ersten Landtagswahlen am 1. Dezember 1946 - in die Fraktion der CSU. Im gesamten Jahr 1947 fanden nur zwei Zusammenkünfte der dokumentierten Gremien statt: die Landesausschußsitzung am 3. Januar 1947 und die Landesversammlung am 30. und 31. August 1947. Im Jahr 1948 begannen sich die Sitzungen jedoch wieder zu häufen: Hintergrund war die Zuspitzung der Streitigkeiten um eine Satzungsänderung, die in der Oberbayerischen Revolte gipfelten.[306] Im Januar/Februar 1948 fanden deshalb innerhalb kürzester Zeit vier Zusammenkünfte statt, drei des Landesausschusses und eine Landesversammlung. Mit dem Protokoll des Landesausschusses am 28./29. Februar 1948 endet die Dokumentation.

c) Quellenlage und Lücken in der Überlieferung

Als die Arbeiten an dieser Dokumentation im Herbst 1989 begannen, schien der Gedanke, einen so weitgehend vollständigen Dokumentenkorpus zusammentragen zu können, wie dies tatsächlich gelungen ist, in hohem Maße illusionär. Vielmehr war davon auszugehen, daß die Überlieferung große Lücken aufweisen würde, über deren tatsächliches Ausmaß angesichts der Unzugänglichkeit wichtiger Aktenbestände Un-

[304] Einladungsschreiben vom 2. Mai 1946, IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner Bd. 2.
[305] Zur personellen Zusammensetzung siehe §§ 43-54 der Satzung s. Dok. Nr. XVII, S. 1783ff.
[306] Zur oberbayerischen Revolte und ihren Folgen vgl. S. LXVIIff.

sicherheit herrschte. Die Entscheidung, eine solche Publikation notfalls allein auf die von Alf Mintzel in den 70er Jahren zusammengetragenen umfangreichen, aber nicht vollständigen Unterlagen im sogenannten "CSU-Archiv am Lehrstuhl für Soziologie der Universität Passau" zu stützen, verband sich allerdings mit der Hoffnung, einer künftigen Öffnung der parteiinternen Archivalien den Weg zu bereiten.
Erste Recherchen in den damals zugänglichen Beständen, insbesondere in den OMGUS-Akten und in verschiedenen Nachlässen von CSU-Politikern, mit dem Ziel, die Sammlung der parteiinternen Protokolle zu vervollständigen, waren entmutigend, weil sich dort zwar Hinweise, gelegentlich auch Einladungen oder Berichte zu den parteiinternen Sitzungen, für die Frühzeit aber keine Sitzungsprotokolle fanden. Tatsächlich - so ist nach Abschluß der Recherchen festzustellen - wurden die Protokolle der Anfangszeit jeweils in nur einfacher Ausführung angefertigt und entweder im Landessekretariat oder aber im sogenannten "Büro Dr. Müller", also in den Handakten des damaligen Parteivorsitzenden, abgelegt. Der zeitbedingte Mangel an Papier, der vor allem in den Jahren 1945/46 ein gravierendes Problem darstellte, dürfte allerdings für die auffallend sparsame Nutzung der vorhandenen kostbaren Papierressourcen nicht ausschlaggebend gewesen sein; entscheidend war wohl vielmehr eine gezielte "Protokollpolitik", eine Tendenz zur Geheimniskrämerei. Diese erklärte sich aus den harten Kämpfen um die Führung der entstehenden Partei, wie sie sich vor allem in den Protokollen der Bamberger Tagung am 30. und 31. März 1946 (Dokument Nr. 12) und der Regensburger Landesausschußsitzung am 28. und 29. Februar 1948 (Dokument Nr. 32), aber auch in vielen anderen Sitzungsprotokollen spiegeln. In einer Situation, in der sich die später recht klar abzugrenzenden Flügel erst herausbildeten, in der sich vermeintliche oder echte Loyalitäten erst erweisen mußten, in der es nur weniger "falscher", gezielt der Besatzungsmacht hintertragener Worte bedurfte, um als Person oder Partei von heute auf morgen diskreditiert zu sein, in einem konfliktgeladenen politischen Klima, in dem es schließlich auch darum ging, die Kontrahenten über eigene Pläne und Absichten möglichst im Unklaren zu lassen, erschien eine breitere Verteilung der Sitzungsprotokolle wohl als ein zu großes Risiko.
Daß sich die Spätfolgen der damaligen Protokollpolitik schließlich doch nicht auf die fast 50 Jahre später publizierte Dokumentation der parteiinternen Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der CSU erstrecken, ist einer grundlegenden Wende in der Archivpolitik der CSU zu verdanken, die der Forschung seit kurzem ganz neue Möglichkeiten eröffnet und ihr Auftrieb geben wird. Um die Jahreswende 1989/90 gelangten nämlich die Altregistraturen der Landesleitung der CSU in das Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP) der Hanns-Seidel-Stiftung in München. Diese für die Geschichte der CSU zentralen Materialien, die bis dahin in den Kellern der Partei lagen, konnten Dank des Entgegenkommens der CSU für diese Dokumentation ausgewertet werden.
Wenig später erfolgte eine weitere bedeutende Abgabe an das ACSP, der diese Dokumentation nicht weniger zu verdanken hat: Es handelt sich um den Nachlaß des ersten Parteivorsitzenden, Josef Müller, der mit der freundlichen Genehmigung von Frau Christa Müller ebenfalls diesem Projekt offenstand. Ohne die Unterstützung der CSU und von Frau Müller hätte diese Dokumentation lückenhaft bleiben müssen. Sie kann nun, nachdem im Frühjahr 1992 als letztes Dokument auch das lange gesuchte Protokoll des zweiten Sitzungstages des Bamberger Landesausschusses am 31. März 1946 aufgefunden werden konnte, als weitgehend vollständig gelten.
Alle Lücken ließen sich freilich nicht schließen. Problematisch erweist sich vor allem

die Überlieferungssituation für das Jahr 1945. Die ersten Gehversuche der neuen Partei konnten nur mit insgesamt fünf Kurzprotokollen dokumentiert werden, die, zum Teil nur stichpunktartig abgefaßt, das tatsächliche Geschehen oft im Dunkeln lassen. Wie in der Einleitung gezeigt wurde und wie auch aus den Materialien im Anhang der Dokumentation herauszulesen ist, ist mit diesen fragmentarischen Einblicken die tatsächliche Fülle der im Zuge der Parteigründung unternommenen Besprechungsaktivitäten keineswegs erfaßt. Man traf sich, wie aus Korrespondenzen, Aktennotizen und nicht zuletzt den Arbeitsergebnissen abzulesen ist, seit Mitte August 1945 häufig, zeitweise in Abständen von weniger als einer Woche, an verschiedenen Orten und in wechselnder Zusammensetzung.[307] Doch war der Charakter dieser sondierenden Besprechungen wohl noch zu informell, um ihre Ergebnisse in Protokollen festzuhalten. Möglicherweise sind aber auch Materialien im Laufe der Jahre verloren gegangen. Nicht auszuschließen, wenn auch wenig wahrscheinlich ist ferner, daß Einzelstücke noch in einem der Nachlässe verborgen sind, die "verschollen" oder der Forschung unzugänglich sind, etwa im Nachlaß Alois Hundhammers.

Sehr viel günstiger ist die Quellenlage ab Januar 1946. Beginnend mit der Gründungsversammlung auf Landesebene am 8. Januar 1946 können - mit einer Ausnahme[308] - sämtliche Sitzungsprotokolle bis zum 29. Februar 1948 dokumentiert werden.

Die Protokolle der 27 Zusammenkünfte der Jahre 1946 bis Anfang 1948 sind an sechs Stellen lückenhaft. In drei Fällen fehlen einzelne Seiten, in einem sogar fünf.[309] In zwei weiteren Fällen war es nötig, glücklicherweise aber auch möglich, auf Ersatzüberlieferungen zurückzugreifen. Es handelt sich erstens um die Rede Josef Müllers vor der Landesversammlung am 17. Mai 1946 (Dokument Nr. 18). Statt des Redetextes findet sich im Protokoll nur der Vermerk: "Fehlblatt S. 70 mit 92 (Rede Müller) muß noch geschrieben und eingelegt werden". Ersteres scheint erfolgt zu sein, letzteres ist offensichtlich nicht geschehen, vermutlich weil die Rede kurz darauf im Mitteilungsblatt der Partei, im Union-Dienst, als Sonderbeilage nachzulesen war. Der Text der damals publizierten Rede erweckt den Eindruck großer Authentizität, da darin auch Zwischenrufe festgehalten sind. Wahrscheinlich basierte er auf dem stenographischen Protokoll, das aber - wie spätere Reaktionen auf den gedruckten Redetext und auch die ausschließlich positiven Zwischenrufe vermuten lassen - offenbar redigiert wurde. Auf eine Ersatzüberlieferung mußte ferner für die Rede Joseph

---

[307] Folgende Sitzungen lassen sich über die dokumentierten Protokolle heraus für die Zeit vom August bis Dezember 1945 nachweisen: Besprechungen über Parteienbildung am 14. August 1945 und 12. September 1945 (ausführlich hierzu S. VIIIff.); Besprechung über Parteienbildung am 24. September 1945 (hierzu S. XXII); Sitzung des Vorbereitenden Ausschusses am 5. Oktober 1946 (Aktennotiz vom 18. Dezember 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 41, Dokument Nr. 6, S. 24); Sitzung des Vorbereitenden Ausschusses München zwischen dem 23. und 25. November 1945 (Rundschreiben vom 25. November 1945 im Anhang dieser Dokumentation) zur Vorbereitung der Landesorganisation, in deren Verlauf der Vorläufige Landesausschuß bestellt wurde. Hinweise bzw. Einladungen fanden sich außerdem für Sitzungen des Vorläufigen Landesausschusses am 26. November, 30. November, 10. und 21. Dezember 1945 (Nachweise bei d.V.).

[308] Für die Sitzung des Landesarbeitsausschusses am 8. Mai 1946 fand sich nur eine Anwesenheitsliste (IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel, und ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse) sowie ein kurzer Bericht in einem Schreiben des Landessekretariates, gez. A.W. Schmidt, an Rinke, 10. Mai 1946, ACSP, NL Müller 10/2.

[309] S. 65 des Protokolls der Landesausschußsitzung am 31. Oktober 1946, S. 92 der Landesversammlung am 14. und 15. Dezember 1946 und S. 5 des Landesausschusses am 24. Januar 1948 sowie S. 54 bis 58 des Protokolls der Landesausschußsitzung am 31. Oktober 1946.

Baumgartners vor der Landesversammlung am 30. August 1947 (Dokument Nr. 28) zurückgegriffen werden, da das Originalprotokoll nach der Ankündigung seines Auftrittes 15 Fehlseiten aufweist. Baumgartners ebenfalls 15-seitiges Redemanuskript fand sich in seinem Nachlaß. Trotz der Problematik der in beiden Fällen nur annähernden Authentizität der Ersatzüberlieferungen wurden sie mit entsprechenden Vermerken in die stenographischen Protokolle eingefügt, da sie die ungefähren Stoßrichtungen und Inhalte der tatsächlichen Ausführungen spiegeln dürften.

Die Recherchen für die Dokumentation erstreckten sich auf alle in bayerischen und außerbayerischen Archiven zugänglichen Bestände, deren Durchsicht die geringste Aussicht auf Erfolg versprach. Als wichtigster und ergiebigster Fundort erwies sich das Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP) der Hanns-Seidel-Stiftung. Außer den bereits angesprochenen zentralen Beständen, den Akten der CSU-Landesleitung und dem Nachlaß von Josef Müller, wurden aus dem ACSP zahlreiche weitere Bestände unterschiedlicher Größe und Qualität zu Rate gezogen, die teilweise für die Parteigeschichte von hohem Wert sind, in denen sich jedoch durchwegs keine Protokolle des dokumentierten Zeitraumes fanden.[310]

Im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München wird die "Sammlung Mintzel" aufbewahrt, die den Grundstock der Dokumentation lieferte. Im IfZ-Archiv fand sich aber auch ein versprengtes Protokoll, das seinerzeit ausnahmsweise hektographiert wurde, in allen anderen überprüften Beständen jedoch fehlt: das der Gründungsversammlung der CSU in München (11. Oktober 1945) im Nachlaß Joseph Baumgartners. Aus den im IfZ-Archiv aufbewahrten Akten der amerikanischen Militärregierung (OMGUS und OMGBY) lassen sich ebenfalls manche Erkenntnisse zur Frühgeschichte der CSU gewinnen. Darin finden sich etwa zahlreiche, teilweise sehr ausführliche Informantenberichte über die Zusammenkünfte der Parteigremien, Interviews mit einzelnen führenden Politikern und vieles andere mehr, Protokolle selbst allerdings nicht.[311]

Auch das Bayerische Hauptstaatsarchiv verwahrt Nachlässe von Unionspolitikern, von denen sich vor allem die Anton Pfeiffers und, allerdings erst für die Zeit etwa ab 1948/49, Hans Ehards als Fundgruben zur CSU-Parteigeschichte erwiesen.[312] Dem Nachlaß Pfeiffer verdanken die Einleitung sowie der Anhang der Dokumentation Erkenntnisse und Dokumente. Protokolle des dokumentierten Zeitraumes fanden sich darin jedoch nicht, ebensowenig wie im Teilnachlaß von Karl Schwend, der in der Bayerischen Staatsbibliothek in München aufbewahrt wird, oder in den Handakten Karl Scharnagls im Stadtarchiv München.

---

[310] Im einzelnen wurden im ACSP folgende Bestände durchgesehen: Ordner CSU 1946-1948; Akten der Landesleitung der CSU: Landesausschüsse, Landesarbeitsausschüsse und Landesversammlungen; außerdem die Nachlässe: Wilhelm Arnold, Franz Elsen, Karl Sigmund Mayr, Josef Müller, Gerhard Schuchart, Hans Schütz, August Schwingenstein, Otto Weinkamm, Max Zwicknagl. Ferner die Teilnachlässe bzw. Nachlaßsplitter: Alois Hundhammer, Gerhard Kroll, Willi Lucke, Fritz Schäffer, Karl Scharnagl, Alois Schlögl sowie die Sammlung Karl Köhler. Weitere Nachlässe erwiesen sich aufgrund der detaillierten Bestandsverzeichnisse als unergiebig.

[311] Im IfZ-Archiv wurden folgende Bestände durchgesehen: Nachlässe Joseph Baumgartner, Wilhelm Hoegner, Dieter Sattler; Sammlung Bayernpartei, Sammlung Mintzel, OMGUS und OMGBY.

[312] Im Bayerischen Hauptstaatsarchiv (BayHStA) wurden im einzelnen folgende Nachlässe überprüft: Hans Ehard, Otto Gessler, Hans Hilpert, Anton Pfeiffer, Fritz Schäffer (Nachlaßsplitter), Josef Schwalber, Karl Schwend (Teilnachlaß) und Lorenz Sedlmayr.

Im Bundesarchiv Koblenz schien v.a. der Nachlaß Fritz Schäffers "protokollverdächtig".[313] Allerdings wurde im Rahmen dieses Projektes von der Nachlaßverwalterin, Frau Dr. Gerda Bracker, die Einsichtnahme nicht gestattet, doch konnte der Nachlaß mit ihrer freundlichen Genehmigung im Rahmen anderer Forschungen zum gleichen Zeitraum gesichtet und bei diesen Recherchen sichergestellt werden, daß darin keine ergänzenden Protokolltexte zu finden sind.
Schließlich besitzt auch das Archiv der Christlich-Demokratischen Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung einige Nachlässe von CSU-Politikern, unter anderem den Adam Stegerwalds, und natürlich von christdemokratischen Politikern, die teilweise für die Geschichte der CSU aufschlußreich sind, jedoch ebenfalls keine parteiinternen Protokolle des dokumentierten Zeitraumes enthalten.[314]

d) Editorische und redaktionelle Bemerkungen

Die Dokumentation von Protokollen und Materialien zur Frühgeschichte der CSU weist keinen aufwendigen Anmerkungsapparat auf. Der Verzicht auf eine akribische Kommentierung ergab sich aus der Alternative, angesichts der damit verbundenen hohen Kosten auf die Publikation der Dokumente zu verzichten oder aber diese wichtigen Quellen der Wissenschaft in der vorliegenden Form zugänglich zu machen. Die Entscheidung, die Protokolle und Materialien gleichsam im "leichteren" wissenschaftlichen Gewand zu präsentieren, ist jedoch gut vertretbar: Die Nachkriegsgeschichte der US- und Bizone und speziell auch Bayerns und der CSU stellen heute kein Neuland mehr dar. Die meisten der in den Protokollen angesprochenen Institutionen und parteiexternen Vorgänge können als bekannt (bzw. problemlos recherchierbar) vorausgesetzt werden. Hinsichtlich der parteiinternen Entwicklungen und der Politik der CSU in Bayern und über die Landesgrenzen hinaus aber sprechen die Dokumente größtenteils für sich und aus sich selbst heraus. Dies gilt weniger für die erste Gründungsphase 1945 und die mit der Oberbayerischen Revolte eingeleitete Zerfallskrise der CSU, deren Beginn im Februar 1948 das Ende dieser Dokumentation markiert. Beide Themenkomplexe wurden deshalb in der Einleitung ausführlich behandelt. Darüber hinaus schließen die im Anhang dieser Dokumentation wiedergegebenen Materialien zur Programmatik und Satzung zusammen mit den teilweise sehr schwer zugänglichen biographischen Informationen die wichtigsten Kommentierungsdesiderate.
Die Protokolle sind grundsätzlich ungekürzt wiedergegeben, editorische Eingriffe beschränkten sich auf folgende Maßnahmen:
1. Die in den Vorlagen stark differierenden Protokollüberschriften wurden standardisiert; da die originalen Titel einen gewissen Informationswert besitzen, sind sie im Dokumentenverzeichnis zusätzlich wiedergegeben. Dieses Verzeichnis beinhaltet jeweils unter fortlaufender Numerierung (arabische Ziffern für die Protokolle, römische Ziffern für die Materialien im Anhang) die Titel der Dokumente und den Nachweis der archivalischen Fundorte.

---

[313] Ferner wurden eine Reihe von Bestandsverzeichnisse weiterer Nachlässe geprüft, u.a. die Verzeichnisse Ritter von Lex und Maria Probst.

[314] Im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) wurden die Nachlässe von Prittwitz-Gaffron, Bruno Dörpinghaus, Karl Greib, Werner Hilpert, Engelbert Kraus, Wilhelm Laforet und Adam Stegerwald durchgesehen; weitere Nachlässe, u.a. der Teilnachlaß Michael Horlachers, erwiesen sich aufgrund der detaillierten Bestandsverzeichnisse im Kontext dieser Dokumentation als unergiebig.

2. Die Protokolle sind jeweils mit "Dokumentenköpfen" versehen, die einem einheitlichen Schema folgen: Festgehalten sind zunächst unter der Rubrik: "Tagesordnung" die Themen der betreffenden Sitzungen. Die Tagesordnungen orientieren sich, soweit solche aufgestellt wurden und überliefert sind, so wortgetreu wie möglich an den parteieigenen Formulierungen, sind aber dem realen Tagungsverlauf angepaßt, um den Benutzern einen schnellen Überblick über die tatsächlichen Themen der Sitzungen zu vermitteln. Dies betraf in manchen Fällen nur eine Umstellung der Ordnung, in anderen Fällen entsprach der Sitzungsverlauf so wenig den ursprünglichen Planungen, daß es notwendig war, eine neue "Tagesordnung" zu rekonstruieren. Da Tagesordnungen auch als Mittel der Politik dienen können (und zuweilen dienten), wurden entsprechende Eingriffe grundsätzlich in Fußnoten angemerkt und dort auch die geplanten/angekündigten Tagesordnungspunkte aufgeführt.
An zweiter Stelle der Dokumentenköpfe sind die Tagungsorte festgehalten, soweit sie zu ermitteln waren. Diese Information erlaubt Aufschlüsse über die "Intimität" mancher Sitzungen, aber auch die Improvisationsbedürftigkeit und -fähigkeit der Organisatoren und der Sitzungsteilnehmer.
Ferner informieren die "Köpfe" über die anwesenden Teilnehmer/Delegierten. Die Teilnehmer der einzelnen Sitzungen gehen teilweise aus Anwesenheitslisten oder Listen der Abstimmungsberechtigten hervor. Diese Listen wurden gegebenenfalls um weitere Personen ergänzt, die aufgrund von Wortmeldungen oder anderen eindeutigen Indizien als anwesend zu ermitteln waren. Für einzelne Sitzungen sind keine Anwesenheitslisten überliefert. In diesen Fällen wurden die Sitzungsteilnehmer anhand der Protokolltexte ermittelt, die freilich nur unvollständige Aufschlüsse über die Anwesenheiten zulassen.
Während die Anwesenheitslisten zu den Sitzungen des Vorläufigen Landesausschusses und seiner Vorläufer sowie des Landesarbeitsausschusses, also den zahlenmäßig kleinen Vorläufergremien der Landesvorstandschaft, zwischen den Personen unterscheiden, die in den parteieigenen Anwesenheitslisten festgehalten sind und denen, die "ferner" laut Protokolltext zweifelsfrei als anwesend nachzuweisen sind, erfolgt diese Unterscheidung nicht bei den Sitzungen des (Erweiterten Vorläufigen) Landesausschusses. Für die erstgenannten Gremien liegen mit einer Ausnahme handschriftliche bzw. von den Teilnehmern unterschriebene Listen vor oder die Anwesenden sind im Protokoll selbst festgehalten. Die darüber hinaus ferner ermittelten Teilnehmer könnten aus verschiedenen denkbaren Gründen in den Listen fehlen (z.B. als Gäste oder wegen nur kurzzeitiger Anwesenheit), so daß die Unterscheidung sinnvoll erschien. Bei den letztgenannten Gremien läßt die Quellenlage diese Trennung hingegen nicht zu: Die Rekonstruktion der Teilnehmer der Landesausschüsse anhand der parteieigenen Listen ist nämlich insofern in einzelnen Fällen methodisch problematisch, als manche Listen bereits vor Beginn der Sitzungen maschinenschriftlich angefertigt und nicht durchgängig unterzeichnet wurden. Sie enthalten teilweise nur Vermerke (Kreuze, Häkchen, Minuszeichen) über An- und Abwesenheiten bzw. geben durch handschriftliche Korrekturen Auskunft über Ersatzdelegierte. Ob diese Aktualisierung in jedem Fall erfolgt ist, ist fraglich. Es ist daher auch nicht auszuschliessen, daß bei einzelnen Sitzungen der eine oder andere Delegierte, der sich kurzfristig durch eine andere Person vertreten ließ, zu Unrecht als anwesend geführt ist, sein Vertreter hingegen nur dann aufgeführt wird, wenn er sich zu Worte meldete. Die Quellen, die für die Erstellung der Anwesenheitslisten jeweils hinzugezogen wurden,

und gegebenenfalls ihre besondere methodische Problematik sind in Fußnoten festgehalten.
Grundsätzlich keine Anwesenheitslisten wurden bei Sitzungen mit (Groß-) Versammlungscharakter aufgestellt. Dies gilt für die Gründungsversammlung der CSU in München am 11. Oktober 1945 und generell für alle Landesversammlungen. Die Feststellung der Anwesenden hätte hier nur dann einen Wert, wenn es möglich gewesen wäre, die aufgeführten Personen bei vertretbarem Aufwand biographisch zu annotieren. Die biographischen Recherchen erwiesen sich jedoch bereits bei dem sehr viel engeren Kreis der Delegierten der Landesausschüsse, die schon eher der politischen (Semi-) Prominenz zugehörig waren, als überaus schwierig und nicht immer erfolgreich. Die etwa 500 Delegierten der Landesversammlungen fluktuierten von Versammlung zu Versammlung stark, die meisten von ihnen traten als Diskussionsredner nie in Erscheinung und dürften auch lokalpolitisch von eher geringer und meist kurzzeitiger Bedeutung gewesen sein. Sofern sich diese Delegierten zu Worte meldeten, wurden sie - wie alle in den Protokollen erwähnten Personen - im Personenregister erfaßt und - soweit möglich - im biographischen Annex annotiert.
Die Dokumentenköpfe enden mit der Angabe der Fundorte der einzelnen Protokolle. Sofern sie zu ermitteln waren, sind hier ferner die Protokollanten oder verantwortlichen Schriftführer aufgeführt. Obwohl die Parteisatzungen (§ 68 der Mai- bzw. § 71 der Oktobersatzung) vorschrieben, daß die Niederschriften der Sitzungen und Versammlungen der CSU jeweils durch die Unterschriften des Vorsitzenden und mindestens dreier weiterer Teilnehmer zu autorisieren waren,[315] wurde diese Bestimmung in der Praxis nicht eingehalten. Müller selbst unterschrieb keine der Mitschriften und auch die Protokollanten unterzeichneten nicht durchgängig. Unterschriften, entsprechende Vermerke über die Protokollführer in den Mitschriften selbst oder in den Anwesenheitslisten finden sich zwar in den meisten frühen Protokollen (Dokumente Nr. 4, 5, 6, 8, 9, 10, 11, 13, 15, 16, 19, 20), die stenographischen Mitschriften wurden jedoch von vereidigten Landtagsstenographen angefertigt,[316] die namentlich nicht benannt wurden und die Mitschriften auch nicht unterschrieben. In drei Fällen (Dokumente Nr. 12, 28, 31) gehen aber die Schriftführer aus den Protokolltexten hervor.
Beginn und Ende der Sitzungen werden überwiegend in den Protokolltexten selbst mitgeteilt. Sofern dies nicht geschah, wurden die in den Einladungen angegebenen Uhrzeiten oder Hinweise aus den Protokollen (z.B. vormittags) in eckigen Klammern vermerkt. Stützen sich die Angaben auf andere Quellen, so ist dies in Fußnoten vermerkt.
Anmerkungen innerhalb der Protokolle selbst finden sich nur in Ausnahmefällen: zur Erläuterung von Lücken bzw. übernommenen Ersatzüberlieferungen, bei Eingriffen in den Text, die über die Korrektur offensichtlicher Tipp- oder Flüchtigkeitsfehler bereits eine gewisse Interpretation bedeuteten, bei groben sachlichen Unstimmigkeiten und bei nicht zweifelsfrei zu klärenden Identitäten von Personen. Sofern Personen mit Funktionen umschrieben wurden, die eine eindeutige Identifizierung zulassen, wurden die Namen im Text in eckigen Klammern (einmal auf jeder Seite) vermerkt. Dies gilt jedoch nicht für die Person des Landesvorsitzenden Müller, dessen Identität als bekannt vorausgesetzt wurde. Eckige Klammern markieren auch kleinere Eingriffe in den Text, die über die routinemäßig erfolgten Korrekturen hinausgingen, etwa bei

[315] Dok. Nr. XVI, S. 1782, und Dok. Nr. XVII, S. 1803.
[316] So Müller vor der Landesversammlung am 24. und 25. Januar 1948, Dok. Nr. 31, S. 1422.

grammatikalischen Unstimmigkeiten, ohne daß dies gesondert angemerkt wird. Die grundsätzlich äußerst sparsam vorgenommenen Eingriffe erstreckten sich hingegen nicht auf gelegentlich recht eigenwillige sprachliche Besonderheiten einzelner Redner oder Bajuwarismen. Textstellen, die z.B. wegen grob unsinniger Formulierungen Anlaß zu Zweifeln über die Korrektheit der Abschrift bieten könnten, sind mit den üblichen Mitteln ("[sic!]") als authentisch gekennzeichnet. Fragezeichen oder ähnliche Markierungen ("..."), die von den Protokollanten zur Kennzeichnung von möglichen Hörfehlern etc. eingefügt wurden, wurden in den Texten grundsätzlich ohne Vermerk belassen. Handschriftliche Korrekturen der maschinenschriftlichen Protokolle wurden übernommen; sie erfolgten lediglich zur Berichtigung offensichtlicher Schreib-, Wort- und/oder Hörfehler; Randbemerkungen, handschriftliche Ergänzungen längerer Passagen oder sinnverändernde Korrekturen finden sich in den Vorlagen nicht.
Die stillschweigenden Routinekorrekturen umfaßten die üblichen Eingriffe: Schreibweisen, Monats- und Jahresangaben sowie Uhrzeiten wurden vereinheitlicht und modernisiert, die Zeichensetzung der Vorlagen sowie offensichtliche Schreib- oder Tippfehler wurden korrigiert. Abkürzungen wurden vereinheitlicht und außerdem auf ein Minimum reduziert. Nicht aufgelöst wurden Abkürzungen, die im damaligen mündlichen Sprachgebrauch als Kürzel gängig waren, wie CSU oder CIC. Diese werden im Abkürzungsverzeichnis aufgeschlüsselt. Hervorhebungen im Text wurden nur beibehalten und durch Kursivsatz kenntlich gemacht, wenn es sich nicht um rein dem Ästhetikempfinden dienende Sperrungen, Unterstreichungen oder ähnliches handelt.
Grundsätzlich und stillschweigend wurden die sehr häufig falschen Schreibweisen der Eigennamen korrigiert, Anmerkungen erfolgten nur dort, wo Zweifel über die Identität bestanden. Fehlende Namensbestandteile wurden ergänzt, sofern die Namen den Beginn der Diskussionsbeiträge markieren, benutzte Kurz- oder Spitznamen ("Ochsensepp") in den Wortbeiträgen selbst wurden hingegen belassen. Belassen wurden auch fälschlich verliehene Titel, sagt dies doch einiges über das Ansehen und Auftreten der damit geschmückten Personen aus. Eigennamen sind grundsätzlich kursiv gesetzt.
Einleitung, Protokolle und Materialien sind durch ein Personenregister erschlossen, die Protokolle sind zusätzlich in einem integrierten Sach- und Ortsregister erfaßt. Die für die Erstellung der Register maßgeblichen Grundsätze sowie Hinweise zu ihrer Benutzung finden sich zu Beginn der Register im dritten Band der Dokumentation.
Zum Schluß bleibt die angenehme Aufgabe, mich bei allen zu bedanken, die zur Realisierung dieser Dokumentation beigetragen haben oder an ihrer Fertigstellung mitwirkten. Mein herzlicher Dank gilt allen im Vorwort genannten Institutionen und Mitwirkenden, die auf vielfältige Weise zu ihrem Gelingen beitrugen, insbesondere aber Thomas Schlemmer, der den umfangreichen biographischen Annex erstellt und mich auch bei anderen Arbeiten unterstützt hat, und Katharina Knippschild, die mit beträchtlichem Durchhaltevermögen das Sachregister angefertigt hat.

Köln, im Januar 1993 *Barbara Fait*

Verzeichnis und Nachweis der Protokolle und Materialien

Protokolle

Nr. 1: Erste Besprechung des Ausschusses zur Vorbereitung der Gründung einer Christlich-Sozialen Union am 17. September 1945 in München [*Niederschrift über die erste Besprechung des Ausschusses zur Vorbereitung der Gründung einer "christlich-sozialen Union" am 17. September 1945, von 17-20 Uhr. ACSP, NL Müller 8*] 3

Nr. 2: Sitzung des Vorbereitenden Ausschusses der Christlich-Sozialen Union am 21. September 1945 in München [*Niederschrift. Sitzung (christlich-soziale Union) vom 21.9.1945 von 17 - 20.30 Uhr. ACSP, NL Müller 8*] 5

Nr. 3: Gründungsversammlung der Christlich-Sozialen Union München am 11. Oktober 1945 in München [*Protokoll zur Gründungsversammlung der Christlich-Sozialen Union am 11. Oktober 1945 im Sitzungssaal des Rathauses, München, 15 Uhr. IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 1*] 7

Nr. 4: Besprechung über Organisations- und Pressefragen (Christlich-Soziale Union) am 25. Oktober 1945 in München [*Niederschrift über die Besprechung am 25. Oktober 1945 in der Kanzlei Dr. Müller, München, Gedonstraße 4, über Organisations- und Pressefragen (Christlich-soziale Union). ACSP, NL Müller 8*] 13

Nr. 5: Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 17. Dezember 1945 in München [*Protokoll der Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses am 17. Dezember 1945 in der Kanzlei Rechtsanwalt Schefbeck. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 17

Nr. 6: Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 8. Januar 1946 in München [*Niederschrift über die Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 8. Januar 1946 im Rathaussaal Zimmer 208 in München. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 21

Nr. 7: Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 23. Januar 1946 in München [*Niederschrift über die Sitzung des vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 23.1.46, 13,30 Uhr in der Kanzlei Dr. Josef Müller, München, Gedonstr. 4/I. ACSP, NL Müller 10/1*] 27

Nr. 8: Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 8. Februar 1946 in München [*Landesausschuß-Sitzung der Christlich-Sozialen Union vom 8. Februar 1946. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 29

Nr. 9: Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 25. Februar 1946 in München [*Niederschrift über die Sitzung des Landesausschusses am 25. Februar 1946 in der Kanzlei des Herrn Rechtsanwalts*

Dr. Müller, München, Gedonstr. 4. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel] 31

Nr. 10: Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 14. März 1946 in München [*Niederschrift der Sitzung des vorläufigen Landesausschusses vom Donnerstag, den 14. März 1946 in der Kanzlei des Herrn Rechtsanwalts Dr. Müller. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 35

Nr. 11: Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 29. März 1946 in München [*Protokoll der Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union Bayerns vom 29. März 1946. ACSP, CSU-Landesausschüsse*] 43

Nr. 12: Tagung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 30. und 31. März 1946 in Bamberg [*Niederschrift über die Tagung des erweiterten vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union Bayerns in Bamberg am 30. und 31. März 1946. ACSP, NL Müller 10/1*] 47

Nr. 13: Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 16. April 1946 in München [*Niederschrift über die Sitzung des Arbeitsausschusses am Dienstag, den 16. April 1946. ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 185

Nr. 14: Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 24. April 1946 in München [*Niederschrift über die 2. Sitzung des Landesarbeitsausschusses am Mittwoch, den 24. April 1946. ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 189

Nr. 15: Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 1. Mai 1946 in München [*Niederschrift über die Arbeitsausschuß-Sitzung am 1. Mai 1946 in München. ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 193

Nr. 16: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 9. Mai 1946 in München [*Niederschrift über die Landesausschuß-Sitzung am 9. Mai 1946 im Münchner Rathaussaal. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 211

Nr. 17: Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 16. Mai 1946 in München [*Protokoll der Sitzung des Arbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 16. Mai 1946 im Landessekretariat in München, Paul Heyse Straße. ACSP-CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 221

Nr. 18: Tagung der ersten ordentlichen Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 17. Mai 1946 in München [*Niederschrift über die Tagung der ersten ordentlichen satzungsgemäß einberufenen Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 17. Mai 1946 in München. ACSP, CSU-Landesversammlungen, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel, auf den S. 308-318 ergänzt durch: "Unser Weg (Rückblick und Ausblick), Rede von Dr. Josef Müller auf der Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in München am 17. Mai 1946", Union-Dienst Nr. 7, Sonderbeilage Nr. 2*] 255

Nr. 19: Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 13. Juni 1946 in München [*Protokoll der Sitzung des Landesarbeitsausschusses am 13. Juni 1946 im Landessekretariat München. ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 371

Nr. 20: Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 5. Juli 1946 in München [*Protokoll der Sitzung des Landesarbeitsausschusses am Freitag, den 5. Juli 1946. ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 407

Nr. 21: Sitzung des Erweiterten Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 6. Juli 1946 in München [*Protokoll der Sitzung des Erweiterten Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 6. Juli 1946 im Rathaus in München. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 423

Nr. 22: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 6. September 1946 in München [*Niederschrift der Landesauschußsitzung der Christlich-Sozialen Union am 6. September 1946 im Wirtschaftsministerium, Prinzregentenstraße 28. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 515

Nr. 23: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 4. Oktober 1946 in München [*Niederschrift über die Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 4. Oktober 1946. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 599

Nr. 24: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 31. Oktober 1946 in München [*Niederschrift über die Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 31. Oktober 1946 in München. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 671

Nr. 25: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 6. Dezember 1946 in München [*Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 6. Dezember 1946 im Wirtschaftsministerium. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 771

Nr. 26: Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union am 14. und 15. Dezember 1946 in Eichstätt [*Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Eichstätt am 14. und 15. Dezember 1946. ACSP, CSU-Landesversammlungen, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 835

Nr. 27: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 3. Januar 1947 in Augsburg [*Sitzung des Landesausschusses der Christlich Sozialen Union in Bayern am 3. Januar 1947 in Augsburg, Pfälzer Hof. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 961

Nr. 28: Außerordentliche Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union am 30. und 31. August 1947 in Eichstätt [*Außerordentliche Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern in Eichstätt am 30./31. August 1947. ACSP, CSU-Landesversammlungen, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel, auf den Seiten 1085-1093 ergänzt durch: "Rede von Staatsminister Dr. Joseph Baumgartner am 30. August 1947, anläßlich der Landesversammlung der CSU in Eichstätt", IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 118*] 1061

Nr. 29: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 3. und 4. Januar 1948 in Erlangen [*Landesausschußsitzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 3./4. Januar 1948 in Erlangen. ACSP, CSU-Landesausschüsse*] 1229

Nr. 30: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 24. Januar 1948 in Marktredwitz [*Landesausschußsitzung der Christlich Sozialen Union in Bayern am 24. Januar 1948 in Marktredwitz. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 1379

Nr. 31: Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 24. und 25. Januar 1948 in Marktredwitz [*Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 24./25. Januar 1948 in Marktredwitz. ACSP, CSU-Landesversammlungen*] 1395

Nr. 32: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 28. und 29. Februar 1948 in Regensburg [*Landesausschußsitzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 28./29. Februar 1948 in Regensburg. ACSP, CSU-Landesausschüsse*] 1533

Materialien

Programmatik

Nr. I: Rundschreiben Karl Scharnagls, 10. August 1945 [*ACSP, NL Müller 1*] ... 1703

Nr. II: Programmatische Überlegungen Eugen Rindts, 31. August 1945 [*BayHStA, NL Pfeiffer 41*] 1705

Nr. III: Aufruf der Bayerischen Christlich-Sozialen Union München, September/Oktober 1945 [*BayHStA, NL Pfeiffer 41*] 1708

Nr. IV: Die zehn Punkte der Christlich-Sozialen Union, 31. Dezember 1945 [*ACSP, NL Arnold 4*] 1713

Nr. V: Aufruf der Christlich-Sozialen Union, 31. Dezember 1945 [*ACSP, NL Arnold 4*] 1715

Nr. VI: Programmentwurf Eugen Rindts zur Vorlage vor dem Landesausschuß der CSU am 4. Oktober 1946 [*ACSP, CSU-Landesausschüsse, Anlage zum Protokoll der Sitzung des Landesausschusses am 4. Oktober 1946*] 1717

Nr. VII: Grundsatzprogramm der Christlichen-Sozialen Union in Bayern, 31. Oktober 1946 [*IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 1723

Nr. VIII: Programmentwurf August Haußleiters zur Vorlage vor dem Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union am 4. Oktober 1946 [*ACSP, CSU-Landesausschüsse, Anlage zum Protokoll der Sitzung des Landesausschusses am 4. Oktober 1946*] 1729

Nr. IX: Die dreißig Punkte der Union, 31. Oktober 1946 [*IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 1734

Nr. X: Wirtschafts- und Sozialprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern, 31. August 1947 [*ACSP, CSU-Landesversammlungen, Anlage zum Protokoll der Landesversammlung am 30. und 31. August 1947*] 1742

Organisation und Satzung

Nr. XI: Rundschreiben des Vorbereitenden Ausschusses der Christlich-Sozialen Union München, 25. November 1945 [*ACSP, NL Arnold 4*] 1751

Nr. XII: Rundschreiben des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union, 31. Dezember 1945 [*ACSP, NL Arnold 4*] 1753

Nr. XIII: Vorläufige Satzung der Christlich-Sozialen Union, 8. Januar 1946 [*ACSP, CSU-Landesausschüsse, Anlage zum Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 8. Januar 1946*] 1755

Nr. XIV: Genehmigungsschreiben der Militärregierung zur Bildung der Christlich-Sozialen Union in Bayern auf Landesebene, 8. Januar 1946 [*ACSP, CSU-Landesausschüsse, Anlage zum Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 8. Januar 1946*] 1757

Nr. XV: Satzungsänderung, 29. März 1946 [*ACSP, NL Müller 10/1, Anlage zum Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946*] 1761

Nr. XVI: Satzungsentwurf mit den von der ersten ordentlichen Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union am 17. Mai 1946 beschlossenen Änderungen [*ACSP, CSU-Landesversammlungen*] 1763

Nr. XVII: Satzung der Christlich-Sozialen Union vom 4. Oktober 1946, mit den Abänderungsbeschlüssen vom 28. und 29. Februar 1948 [*IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; die vermerkten Änderungen laut Protokoll der Sitzung des Landesausschusses am 28. und 29. Februar 1948; ACSP, CSU-Landesausschüsse*] 1783

Nr. XVIII: Genehmigung der Satzung der Christlich-Sozialen Union durch die Militärregierung, 29. Oktober 1946 [*ACSP, NL Müller* 2] 1804

Nr. XIX: Schiedsordnung der Christlich-Sozialen Union, 6. Dezember 1946 [*IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 1805

Nr. XX: Finanzstatut der Christlich-Sozialen Union in Bayern, mit rückwirkender Geltung ab 1. Januar 1947 beschlossen am 3. Januar 1948 [*IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 1811

Nr. XXI: Vorschläge des Bezirksverbandes Oberbayern zur Satzungsänderung, 23. Dezember 1947 [*BayHStA, NL Pfeiffer 533*] 1816

Nr. XXII: Satzungsänderungsentwurf des Satzungsausschusses der Christlich-Sozialen Union, Februar 1948 [*BayHStA, NL Pfeiffer 41*] 1825

Abkürzungsverzeichnis

ACSP	Archiv für Christlich-Soziale Politik (der Hanns-Seidel-Stiftung)
AEG	Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft
Antifa	Antifaschismus, antifaschistisch
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
BA	Bundesarchiv
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
BBB	Bayerischer Bauernbund
BBMB	Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund
BBV	Bayerischer Bauernverband
BDM	Bund Deutscher Mädel
BGB	Bayerischer Gewerkschaftsbund
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BHKB	Bayerischer Heimat- und Königsbund
BHKP	Bayerische Heimat- und Königspartei
BP	Bayernpartei
BRK	Bayerisches Rotes Kreuz
BVP	Bayerische Volkspartei
CAD (Civ.Adm.Div.)	Civil Administration Division
CDU	Christlich-Demokratische Union
CGC	Classified General Correspondence
CIC	Counter Intelligence Corps
Col.	Colonel
CSA	Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft
CSU	Christlich-Soziale Union
CSVD	Christlich-Sozialer Volksdienst
CVD	Christlicher Volksdienst
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DANA/DENA	Deutsche (Allgemeine) Nachrichten-Agentur
DBV	Deutscher Bauernverband
DCSVP	Deutsche Christlich-Soziale Volkspartei
DDP/StP	Deutsche Demokratische Partei/Staatspartei
DG	Deutsche Gemeinschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
Dir.	Direktor
DNVP	Deutsch-Nationale Volkspartei
DP	Displaced Persons
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DVP	Deutsche Volkspartei
EAK	Evangelischer Arbeitskreis
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
ERP	European Recovery Program
ev.	evangelisch

FDP	Freie Demokratische Partei
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
Gestapo	Geheime Staatspolizei
HJ	Hitlerjugend
ICD	Information Control Division
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IG	Industriegewerkschaft
JEIA	Joint Export-Import Agency
JU	Junge Union
KAB	Katholische Arbeiterbewegung
kath.	katholisch
KdF	Kraft durch Freude
KL	Konzentrationslager
KOMINTERN	Kommunistische Internationale
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KZ	Konzentrationslager
LDP	Liberaldemokratische Partei
LKrO	Landkreisordnung
Lt.	Lieutenant
MdA	Mitglied des Abgeordnetenhauses
MdB	Mitglied des Bundestags
MdBü	Mitglied der Bürgerschaft
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MdL	Mitglied des Landtags
MdPR	Mitglied des Parlamentarischen Rats
MdR	Mitglied des Reichstags
MdS	Mitglied des Senats
MdVLV	Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung
MdVNV	Mitglied der Verfassunggebenden Nationalversammlung
MdWR	Mitglied des Wirtschaftsrats
Mfr.	Mittelfranken
MNN	Münchner Neueste Nachrichten
MP	Military Police
MR	Militärregierung
NA	National Archives
NATO	North Atlantic Treaty Organization
Ndb.	Niederbayern
NL	Nachlaß
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrer-Korps
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
Obb.	Oberbayern
Ofr.	Oberfranken
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OLG	Oberlandesgericht

OMGB(Y)	Office of Military Government for Bavaria
OMGUS	Office of Military Government, United States
Opf.	Oberpfalz
OSS	Office of Strategic Services
ÖVP	Österreichische Volkspartei
Pg.	Parteigenosse
POLAD	Political Advisor
RG	Record Group
RM	Reichsmark
RMG	Regional Military Governement
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
SA	Sturmabteilung
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
Schw.	Schwaben
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMA(D)	Sowjetische Militäradministration (in Deutschland)
SPD (SOPADE)	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (im Exil)
SS	Schutzstaffel
SZ	Süddeutsche Zeitung
Ufr.	Unterfranken
UN(O)	United Nations (Organization)
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
US(A)	United States (of America)
USFET	United States Forces, European Theater
VDA	Volksbund für das Deutschtum im Ausland
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WAV	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
WD	War Department

Protokolle

Nr. 1

Erste Besprechung des Ausschusses zur Vorbereitung der Gründung einer Christlich-Sozialen Union am 17. September 1945 in München

Tagesordnung:[1]
1. Reiseeindrücke aus Franken
2. Mitarbeit von Herrn Fackler im Vorbereitenden Ausschuß
3. Programmgestaltung
4. Aufrufe: Bayerische Christlich-Soziale Union; Bayerische Union
5. Arbeitsplanungen

Anwesend:[2] Donhauser, von Eicken, Fackler (zeitweise), Helmerich (zeitweise), Käss, Krehle, J. Müller, Schnurr, Semler; abwesend: Baumeister, von Kienitz, Schlögl (wegen einer Reise nach Franken)

ACSP, NL Müller 8

[Beginn: 17 Uhr]

1. [...][3]
2. Es berichten *von Eicken*, Dr. *Müller*, Dr. *Semler* über Reiseeindrücke in Franken.
3. Zunächst wird die Frage besprochen, ob die Mitarbeit des Herrn *Fackler* im Ausschuß solange zulässig ist, als der von Herrn *Fackler* eingereichte Antrag auf Genehmigung einer politischen Partei mit abweichendem Namen nicht zurückgezogen ist. Es wird mehrfach die Ansicht vertreten, daß ein derartiges Verhalten nicht korrekt sein würde. Herr *Fackler* steht auf dem Standpunkt, daß ihm jetzt Gelegenheit gegeben werden müsse, die Programmgestaltung der Union kennenzulernen, ehe er seinen alten Antrag, den er *vor* seiner Wahl in den Ausschuß eingereicht habe, zurückziehen könne. Es wird Einigung auf folgender Grundlage erzielt:
   Herr *Fackler* wartet das Ergebnis der heutigen Besprechung ab. Steht er in Übereinstimmung mit der sich ergebenden Programmgestaltung, zieht er seinen Antrag zurück, wenn nicht, scheidet er aus dem Ausschuß aus.
   Zu Ende der Besprechung gibt Herr *Donhauser* als Vertreter des inzwischen zur Teilnahme an einer anderen Besprechung weggegangenen Herrn *Fackler* die Erklärung ab, daß die Programmgestaltung die Zustimmung des Herrn *Fackler* finde.
4. Anschließend wird zur Feststellung, inwieweit grundsätzliche Übereinstimmung aller Anwesenden besteht, der vorliegende Aufruf "Bayerische Christlich-Soziale Union" durchgesprochen und anschließend noch mit dem Aufruf "Bayerische Union" abgestimmt. Es ergibt sich Übereinstimmung aller Anwesenden mit einer Fassung, die gesondert niedergelegt ist und am folgenden Tag in Reinschrift ausgearbeitet werden soll.[4]

---

1 Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.
2 Laut Anwesenheitsfeststellung im Protokoll.
3 Punkt 1 stellt die Anwesenden (s.o.) fest.
4 Die Endfassung des Aufrufes findet sich im Anhang, Dok. Nr. III, S. 1708ff.

5. Für die weitere Arbeit des Ausschusses wird vorgesehen:
   Aussprache Dr. *Müller* - Major *Vacca* am folgenden Vormittag zur Klärung grundsätzlicher Vorfragen.
   Anschließend Vereinbarung einer weiteren Aussprache durch Telefon oder Boten.
   Fühlungnahme mit demokratischen Gruppen (Dr. *Müller*, MNN; *Fuchs*).
   Herr *von Eicken* erwähnt, daß er im allgemeinen nur am Montag und Freitag Zeit habe. Er bittet, nach Möglichkeit diese Tage zu berücksichtigen, in anderen Fällen Herrn Pfarrer *Bezzel*, Kunigundenstr. 62, zuzuziehen.

[Schluß: 20 Uhr]

Nr. 2

Sitzung des Vorbereitenden Ausschusses der Christlich-Sozialen Union am 21. September 1945 in München

Tagesordnung:[1]
1. Vorbereitung der Gründungsversammlung
2. Probeabstimmung über die Person des künftigen Parteivorsitzenden für München
3. Gründungsaufruf

Anwesend:[2] Baumeister, Baumgartner, von Eicken, Helmerich, Horlacher, J. Müller, Schnurr, Schwarzer; ferner (ohne Teilnahme an der Abstimmung): Ph. Held (zeitweise), Käss, Lochner, Semler (zeitweise)

ACSP, NL Müller 8

[Beginn: 17 Uhr]

1. [...][3]
2. Die Einladung zur Gründungsversammlung soll von folgenden Herren unterzeichnet werden, und zwar in alphabetischer Reihenfolge:
   Dr. *Muhler*, Dekan *Langenfaß*, Dr. *Schäffer*, Dr. *Scharnagl*, Direktor *Eichhorn*, Dr. *Müller*, *Krehle*, Dr. *Baumgartner*, Dr. *Schnurr*, *Baumeister*, *Fackler*, *von Eicken*;
   ferner von drei Herren, die Dr. *Müller* noch im Benehmen mit Dr. *Scharnagl* zu bestimmen ermächtigt wird.
3. Zur Gründungsversammlung soll jeder der die Einladung Unterzeichnenden sechs Versammlungsteilnehmer bestimmen.
4. Die probeweise Abstimmung über die Meinung der Anwesenden über die Person des künftigen Parteivorsitzenden für München ergab fünf Stimmen für Dr. *Müller*, eine Stimme dagegen (*Baumeister*), zwei Stimmenthaltungen (*Schwarzer*, Dr. *Müller*).
   Es besteht Einstimmigkeit darüber, daß dieser Beschluß nur die Meinung des Ausschusses feststellen und der Abstimmung in der Gründungsversammlung nicht vorgreifen soll.
5. Es wird einstimmig vorgesehen, daß die Herren *Schwarzer*, Dr. *Horlacher*, Dr. *Schnurr* gebeten werden sollen, gemeinsam morgen zunächst bei Dr. *Scharnagl* vorzusprechen, um ihn über das Ergebnis zu unterrichten. Sie sollen anschließend, möglichst unter Teilnahme von Dr. *Scharnagl*, den Ministerpräsidenten Dr. *Schäffer* aufsuchen, um ihn ebenfalls zu unterrichten und ihn zu bitten, sich den in der Ausschußsitzung zum Ausdruck gekommenen Gesichtspunkten nicht zu verschließen.
6. Es besteht Einstimmigkeit darüber, daß Dr. *Scharnagl* gebeten werden soll, in der Gründungsversammlung den Vorsitz zu übernehmen.
7. Die wesentlichen Punkte des gemeinsamen Aufrufs sind bereits in der vorausgehenden Sitzung mit Einstimmigkeit festgelegt. Den damals nicht anwesenden Her-

---

1 Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.
2 Laut Anwesenheitsfeststellung im Protokoll.
3 Punkt 1 stellt die Anwesenden (s.o.) fest.

ren Dr. *Horlacher*, Dr. *Baumgartner*, *Baumeister*, wird die so entstandene Fassung des Aufrufes[4] in Abschrift übergeben mit der Bitte, eventuelle Änderungswünsche baldigst bekanntzugeben.

[Schluß: 20.30 Uhr]

[4] Die Endfassung des Aufrufes findet sich im Anhang, Dok. Nr. III, S. 1708ff.

Nr. 3

Gründungsversammlung der Christlich-Sozialen Union München am 11. Oktober 1945 in München

Tagesordnung:[1]
1. Einführungs- und Begrüßungsansprache von Karl Scharnagl
2. Wahl eines Vorbereitenden Ausschusses (Vorstandes) für München

Tagungsort: München, Sitzungssaal des Rathauses

IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 1

Beginn: 15.00 Uhr

Einführungsrede von Herrn Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl* wurde am Anfang nicht niedergeschrieben.
Ich habe mir erlaubt, eine Anzahl von Parteien anzuschreiben aus allen Kreisen und Schichten unserer Bevölkerung. Und ich kann mit Befriedigung feststellen, daß die Antwort allgemein zufriedenstellend ausgefallen ist. Aufgrund dieser Feststellungen haben dann im Laufe der nächsten Wochen mehrere weitere Besprechungen stattgefunden und es hat sich die Möglichkeit ergeben, diese ersten Gedanken weiter auszubauen und tatsächlich zu einer allgemeinen Grundlage werden zu lassen. Es ist mir eine große Befriedigung, feststellen zu können, daß insbesondere die Angehörigen der beiden Bekenntnisse der christlichen Religion sich absolut zustimmend zu dieser gemeinsamen Arbeit ausgesprochen haben, und daß die Möglichkeit gegeben ist, somit auch für die politische Arbeit im weitesten Kreise die Angehörigen des katholischen und evangelischen Bekenntnisses zusammenzubringen und zur gemeinsamen Arbeit zu führen. Darüber hinaus sollen, wie ich bereits betont habe und wie ich oftmals betonen möchte, alle diejenigen mit eingeladen werden zur gemeinsamen Arbeit, die sich für den Grundgedanken, daß wir unser Volk in dieser positiven Einstellung vorwärts führen müssen, mit uns zusammenfinden wollen und glauben, zusammenfinden zu können. Ich habe immer klar ausgesprochen, daß die neue Partei auch in der Namensbildung schon eine äußere Bekundung erfahren muß und daß jede Anlehnung an den Namen einer früheren Organisation unter allen Umständen zu unterbleiben hat. Damit soll in keiner Weise eine Beurteilung oder gar eine Verurteilung einer politischen Tätigkeit früherer Zeiten ausgesprochen werden. Sie waren in ihrer Zeit durchaus gerechtfertigt und haben für das Wohl des Volkes das Beste geleistet, was unter den damaligen Verhältnissen möglich war. Aber wir haben heute andere Verhältnisse, wir haben heute andere Aufgaben und Ziele, die eine große Umfassung, einen weiteren Rahmen notwendig machen und deshalb soll abgesehen werden von früheren Namensbildungen und von früheren Programmen und es soll eine neue Grundlage, ein neuer Rahmen gegeben werden. Das schließt meines Erachtens auch in sich, daß

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes. Eine Anwesenheitsliste liegt nicht vor. Da die Teilnehmer nur sehr punktuell (eindeutig fünf von 92 Anwesenden) ermittelt werden konnten und die Sitzung als Gründungs*versammlung* quasi öffentlich war, wurde wie bei den nachfolgenden Landesversammlungen auf eine Anwesenheitsfeststellung verzichtet.

Personen, die in früherer Zeit auf dem Boden früherer Organisationen erfolgreich gearbeitet haben, heute nicht so sehr in die Erscheinung treten sollen, weil nicht nur zu leicht Anschauungen entstehen könnten, daß die Neuorganisation vielleicht doch nicht so ganz neu und umfassend wäre, wie sie sein muß. Auch damit soll in keiner Weise irgendeine Beurteilung dieser Personen stattfinden. Ich habe ausdrücklich bezüglich meiner Person erklärt, daß ich selbstverständlich lediglich die Anregung sein wollte, in den weiteren Verfolgungen aber bereits im Hintergrund stehen will, und ich hoffe, daß mir nach den heutigen Besprechungen dies absolut und restlos möglich sein wird. Wenn wir uns so gestalten und so an die Arbeit geben, so bin ich überzeugt, daß es möglich sein wird, in unserer Münchner Stadt diejenigen Kreise zu erfassen und zu sammeln, die gleich uns auf dem Boden gemeinsamer Arbeit zur Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten stehen wollen und die auf anderer Grundlage, wie die Links-Parteien, ihre Tätigkeit zu führen beabsichtigen. Ich habe betont, daß in unserer Münchner Stadt aufgrund der gegebenen Verhältnisse, der Stellung, die die Amerikanische Regierung einnimmt, sich die Notwendigkeit ergibt, daß wir lediglich örtlich arbeiten. Es ist infolgedessen auch heute noch nicht an der Zeit, über irgendwelche Gedanken, Pläne, Notwendigkeiten, die über den Stadtkreis hinausgehen, Erörterungen anzustellen oder gar Festlegungen zu treffen. Das soll und muß unter allen Umständen verhindert werden und muß unterbleiben, einmal, weil die Militärregierung es noch nicht gestattet, dann aber auch, weil tatsächlich die Verhältnisse zu verschieden liegen. Ich glaube, daß auch Sie nach dieser Richtung meine Auffassung teilen, daß die Struktur der Münchner Bevölkerung anders ist wie die des gesamten Landes. Das ergibt sich insbesondere daraus, daß die Notwendigkeit der Erfassung der politisch interessierten Kreise in München anders ausgerichtet sein muß, wie dies draußen auf dem Lande und selbst auch in den Provinzstädten möglich und notwendig ist. Infolgedessen bin ich der Meinung und habe den Gedanken immer vertreten, wir müssen in München nach unseren Verhältnissen jetzt vorgehen. Das bedeutet nicht und darf nicht bedeuten, daß wir dem Lande den Weg verbauen. Gewiß, man wird draußen am Land schauen, wie in München die Arbeit vor sich geht. Aber ich habe die feste Überzeugung, wenn sie in München auf breitester Grundlage, und das ist meines Erachtens das Wichtigste, in absoluter Geschlossenheit und Einigkeit vor sich geht, dann ist der Arbeit für das Land und draußen auf dem Land in keiner Weise der Weg verbaut.

Im allgemeinen haben diese grundsätzlichen Gedanken in den Vorbesprechungen allseitige Zustimmung gefunden und man hat sich sowohl hinsichtlich des Namens wie hinsichtlich der programmatischen Festlegungen in diesem Sinne geeinigt. Hinsichtlich des Namens hat man sich geeinigt auf die Bezeichnung *Bayerisch-Christlich-soziale Union*.

Das Wort bayerisch ist nicht mehr gestattet im Augenblick, weil die Organisation nur für den Stadtkreis München zugelassen wird. Es darf also eine solche politische Organisation weder bayerisch noch deutsch, noch für Deutschland, noch für Bayern benannt werden. Es genügt durchaus eine allgemein richtungsgebende Namensbezeichnung, und die wird für unsere Münchner Verhältnisse heißen: *Politisch Christlich-soziale Union*.

Das Wort Union klingt für uns etwas fremd, doch es ist trotzdem nach längerer Aussprache belassen worden, da wir damit bekunden, daß wir doch den Anschluß an den übrigen Teil des Reiches nicht verbauen wollen und somit hat man die Bedenken, die gegen das klangfremde Wort Union bestehen, zurückgestellt und es belassen. Nach-

dem diese Titelgebung die Genehmigung eines großen Kreises gefunden hatte, war ich ermächtigt von diesen Kreisen, die sogenannte Voranmeldung des Wortes bei der Militärregierung zu machen. Ich habe sie noch mit dem Wort bayerisch gemacht. Aber dies ist nicht zulässig. Die vorläufige Anmeldung mußte dahin gehen, daß beabsichtigt ist, eine politische Union mit dem Namen "Bayerisch-Christlich-soziale Union" zu bilden. Das war die erste Voranmeldung. Hinsichtlich der Grundsätze ist also betont worden, daß man auf dem Boden einer christlichen Weltanschauung, einer christlichen Gesellschaftsordnung den Wiederaufbau unseres Volkes erstreben will. Es ist dann weiter betont worden, daß man in sozialer Hinsicht den Bedürfnissen aller Bevölkerungskreise Rechnung tragen will. Dann ist ausschließlich betont worden, daß wir bayerisch sein wollen, was aber auch augenblicklich im Wort nicht zum Ausdruck kommen darf, und zwar nicht in dem Sinne irgendeiner Absonderungsbestrebung, sondern im Sinne des Bewußtseins der Zugehörigkeit zum Reich als einer Gliederung desselben, die unseren bayerischen Notwendigkeiten durchaus Rechnung tragen würde. Das waren im großen und ganzen die grundsätzlichen Gedanken, die in der Programmgestaltung zum Ausdruck kommen sollten. Am letzten Montag ist nun den verschiedenen Personen, die die vorläufigen Meldungen eingereicht haben, vom zuständigen politischen Offizier die Eröffnung gemacht worden, wie weiter zu verfahren ist. Es lagen zehn bis zwölf Anmeldungen vor, eine Erscheinung, die den politischen Offizier veranlaßte, einen ernsten Appell an die Vertrauensmänner der verschiedenen Gruppen zu richten. Ob sie Wirkung hat, diese Mahnung, wird die nächste Zeit zeigen. Erfreulich ist, daß eine weitere Meldung bereits bei dieser Zusammenkunft zurückgezogen wurde zugunsten der Union.

Für die endgültige Anmeldung nun ist notwendig die Anmeldung von 25 Personen, für welche der große Fragebogen in vierfacher Ausfertigung in deutscher und englischer Sprache vorgelegt werden muß. Es ist selbstverständlich, daß unter den Anmeldungen, wie später auch unter den Mitgliedern und Funktionären einer neuen Partei kein Mitglied der NSDAP sein darf. Weiter muß vorgelegt werden das Programm und eine Satzung in vierfacher Ausfertigung, wobei meines Erachtens nur eine Rahmensatzung vorläufig vorgelegt werden braucht, die möglichst klein gehalten werden kann, also nur das Wesentlichste enthält. Alles andere kann dann, wenn die Partei ins Leben gerufen ist und wirksam ist, durch Satzungsänderungen nachgeholt bzw. ergänzt oder abgeändert werden. Wesentlich ist auch, daß schon über die Finanzierung Mitteilung gemacht werden muß, und daß dann, wenn die Partei genehmigt ist, alle 14 Tage ein Bericht eingereicht werden muß über Neuzugänge an Mitgliedern. Es muß also alles der Militärregierung in größter Offenheit vorgelegt werden.

Die Notwendigkeit, in dieser Weise vorzugehen, bringt es künftig mit sich, daß auch eine Feststellung für die Tätigkeit und der von uns gewünschten Parteiorganisation getroffen wird in einem Ausmaß, das über die bisherigen Besprechungen hinausgeht, und diese Feststellung zu treffen ist der Grund unserer heutigen Zusammenkunft. Ich betone ausdrücklich, eine politische Versammlung wird nicht genehmigt, solange die Partei nicht genehmigt ist. Sie ist also auch heute nicht genehmigt. Wir wollen also heute nur die organisatorischen Fragen besprechen und festlegen. Außerdem müssen wir uns klar werden über die Satzungen und eine entsprechende Gestaltung der Vorstandschaft. Dem Ausschuß, der mit sechs Personen vor etwa 14 Tagen bestellt wurde, bitte ich, Herrn *von Miller* beizugeben, so daß wir einen Ausschuß von sieben Personen hätten, der diese Beratungen vorzunehmen hat. Das sind die Vorschläge, die ich Ihnen unterbreiten möchte, und ich bitte Sie herzlich wie dringend, in diesem Sinne

tätig sein zu wollen, in diesem Sinne Ihre Zustimmung geben zu wollen, und damit zu bekunden, daß Sie alle, welchen Schichten Sie auch angehören, welchen Anschauungen Sie auch in früherer Zeit gehuldigt haben, heute noch dahin übereinstimmen, daß wir alle zusammenstehen wollen, um auf einer großen, breiten, gemeinsamen Grundlage zu arbeiten für das Wohle unserer Stadt und für das Wohle unserer Bürgerschaft. Ich bitte Sie also, in diesem Sinne Stellung zu nehmen zu meinen Vorschlägen,

1. zum Namen der Partei als "Christlich-soziale Union"
2. diesen Ausschuß von sechs Personen zu ergänzen durch Herrn *Walther von Miller*, Stadtrat und Rechtsanwalt, ihm die Vollmacht zu übertragen, die endgültige programmatische Satzung der Partei auszuarbeiten und
3. die Ermächtigung zu geben, daß dieser Ausschuß diese weitere Anmeldung tätigt, das heißt die 25 Personen festsetzt, ihre Fragebogen einsammelt und vorlegt bei der Militärregierung, damit die endgültige Genehmigung der Partei erfolgen kann.

Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Herren! Ich bin mit den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters grundsätzlich einverstanden. Doch möchte ich an Sie die Bitte richten, diese Versammlung auf eine Viertelstunde zu unterbrechen, damit eine gegenseitige Verständigung stattfinden kann. Denn ich möchte bemerken, daß es bezüglich des Vorschlags der sechs bzw. sieben Ausschußmitglieder Schwierigkeiten geben wird, und es könnte dadurch die Einmütigkeit gestört werden. Ich bitte Sie unbedingt, nach den Informationen, die uns bekannt geworden sind, eine viertelstündige Unterbrechung eintreten zu lassen.
Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Ich begrüße diesen Vorschlag, denn wir wollen alles tun, um Einigkeit und Geschlossenheit herbeizuführen.
Dr. *Schäffer*: Wäre es nicht gut, einen Vorsitzenden für den Ausschuß zu bestimmen, wobei ich vorschlagen würde Herrn Direktor *Eichhorn*.
Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, daß Dr. *Eichhorn* den Vorsitz des Ausschusses führen soll.

Eine viertelstündige Unterbrechung.

Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Ich habe erwähnt, daß bei den Vorbesprechungen grundsätzliche Einigung erzielt worden ist. Es haben sich jedoch jetzt noch Differenzen ergeben bei zwei Herren, die dem Ausschuß angehören. Um diese Einigkeit fehlerfrei zu gestalten und die Differenz, die zwischen *Müller* und *Schäffer* besteht, zu klären, schlage ich vor, daß ein kleiner Ausschuß gebildet wird, damit die vollständige restlose Übereinstimmung gefunden wird. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn dieser Standpunkt eintreten würde. Denn wir wollen in keiner Weise mit irgendeiner Belastung an die Öffentlichkeit treten noch intern das Arbeiten beginnen. Da nun diese beiden Herren ausfallen würden, wird vorgeschlagen, eine Vorstandschaft zu bestellen, die dann in der Lage wäre, die von mir angegebenen notwendigen Vorarbeiten der endgültigen Formulierung des Programms unter Festlegung der Satzung durchzuführen. Es wird daher folgender Vorschlag gemacht:

1. Die Wahl von zwei Vorsitzenden für München und zwar
   a) Dr. *von Miller*
   b) Dr. *Eichhorn*

2. Zwei stellvertretende Vorstände
   a) Verlagsdirektor *Schwingenstein* und
   b) Herrn *Krehle*
3. Als Beisitzer des Vorstands Herrn Dr. *Grasmann*, Herrn *Steber*, Herrn *Schmid*, *Karl*, Herrn *Scharnagl*, Herrn *von Eicken*, Herrn *Eberling*, Herrn *Niklas*.

Es wäre das die Grundlage, auf der man arbeiten könnte. Was jetzt vorgeschlagen ist, hat eine ausschließliche Geltung für den Stadtkreis München und wird in keiner Weise einer weitergehenden Regelung für Bayern, die erst in später Zeit erfolgen kann, vorgreifen. Ich möchte Ihnen empfehlen, diesem Vorschlag Ihre Zustimmung zu geben, damit wir heute zu einem Ergebnis kommen können, das die Möglichkeit einer erfolgreichen Arbeit in der Partei bietet.
Dr. *Schäffer*: Ich bitte zunächst, den alten Vorschlag, den Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl* gemacht hat, anzunehmen und womöglich ohne Debatte. Ich habe mich bei einer Gelegenheit gezwungen gesehen, über gewisse politische Vorgänge mich zu äussern, die mit Dr. *Müller* zusammenhängen. Ich bemerke, daß meine Bemühungen dahin gehen, eine Union wirklich entstehen zu lassen. Wenn man heute den Vorschlag gemacht hat, mich aus dem Ausschuß auszuschließen, so hat das eine große politische Bedeutung, über die ich nicht zu reden brauche.
Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Ich bedauere die soeben gemachten Ausführungen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn durch eine genaue Prüfung eine Bereinigung bestehender Mißfälligkeiten erfolgen würde. Ich würde wünschen, daß wir abstimmen, ob Debatte erwünscht ist oder nicht.
Ostermeier: Ich möchte sagen, daß es mich befremdet, daß ein so wichtiger Vorschlag gemacht wird ohne vorherige Bekanntgabe. Das wäre meines Erachtens wichtiger als der Vorschlag von Dr. *Horlacher*.
Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Nochmalige Verlesung des gemachten Antrags zur Aufstellung einer Vorstandschaft.
Ostermeier: Ich bitte um Abstimmung, ob die Vorstandschaft gewählt werden soll oder der alte Ausschuß bleiben soll.
Dr. *Schäffer*: Wir sind heute ein Gremium, das lediglich in einem vorbereitenden Stadium ist. Dieses Gremium hat noch keine Satzung. Ich kann also heute weder aufgrund von Satzungen noch aufgrund von Legitimationen einen Vorstand wählen. Wir haben den Vorschlag gemacht, noch ein Ersatzmitglied zu nehmen in der Person des *von Miller*. Das genügt für die nächsten Wochen. Alles andere ist eine politische Aktion.
Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Ich möchte dieser Auffassung entgegentreten, deswegen, weil die Autorisierung irgendeiner Vereinigung von Freunden solange unmöglich ist, bis eben die ganze Organisation von Grund auf aufgebaut wird. Es ist meines Erachtens nicht zweckmäßig, solange zu warten, und es ist fraglich, ob die Möglichkeit besteht, eine Vorstandschaft zu wählen, ohne daß eine Partei genehmigt worden ist. - Ich halte die Bereinigung der Mißhelligkeiten im Interesse der Klärung der Situation für eine bedeutungsvolle und wichtige Aufgabe, so daß ich bitten möchte, dieser Möglichkeit zuzustimmen und ihr den Weg freizugeben. Wenn diese beiden Personen aus dem Ausschuß wegfallen, so ist es zweckmäßig, gleich ein Organ zu bestellen, das die Vorarbeiten durchführt.
Dr. *Hundhammer*: Trotz aller Differenzen, die bestanden haben, haben die beiden Herren *Schäffer* und Dr. *Müller* in dem Ausschuß zunächst zusammengearbeitet und zwar ersprießlich. Ich möchte bitten, die beiden Herren in dem Ausschuß zu belassen.

Es sind starke Bestrebungen im Gange, die auseinanderziehen. Wir haben eine derartig große historische Stunde in unserer Heimat, daß doch jeder das entscheidende Ziel und die Aufgabe sehen muß.
Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Ich würde es nicht verstehen, wenn bei derartigen Fragen von untergeordneter Stellung solche Unstimmigkeiten und Uneinigkeiten bestünden.
Ich schlage Abstimmung vor, ob dem ersten Antrag zugestimmt wird, also dem Ausschuß von sechs bzw. sieben Personen.
42:50 - mit Mehrheit abgelehnt.
Nunmehr Abstimmung zu dem Antrag zur Bestellung einer Vorstandschaft, wie sie vorher genannt wurde.
63:27 - mit Mehrheit zugestimmt.
Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Es hat eine Mehrheit entschieden, die nicht unbeträchtlich ist und sich aus den verschiedensten Kreisen unserer Münchner Bevölkerung zusammensetzt. Ich freue mich, daß in verhältnismäßiger Ruhe und Ordnung die Angelegenheit heute erledigt wurde. Ich danke Ihnen dafür, und ich habe die Überzeugung, daß in der gleichen Weise weitergearbeitet wird, damit wir wirklich eine Vereinigung haben aller wohlmeinenden Angehörigen unserer Münchner Bürgerschaft zum Aufbau unserer Stadt und unseres neuen Lebens. Damit sind wir am Ende angelangt und ich darf unsere Zusammenkunft schließen mit nochmaligem Dank.

Ende der Sitzung um ca. 18 Uhr.

Nr. 4

Besprechung über Organisations- und Pressefragen (Christlich-Soziale Union) am 25. Oktober 1945 in München

Tagesordnung:[1]
1. Anwesenheitsfeststellung
2. Organisation
   a) Schaffung eines Münchner Sekretariats
   b) Aufstellung einer Kartei von Vertrauensleuten
   c) Versorgung mit Informationsmaterial
   d) Auswahl, Schulung und Vermittlung von Rednern
   e) Ausarbeitung des Programms
3. Presse: Einrichtung eines Presseausschusses
4. Sonstiges

Tagungsort: München, Kanzlei Josef Müller, Gedonstraße 4

Anwesend:[2] Horlacher, Horstmann, Käss, Krehle, J. Müller, Nothaft, Oesterle, Schefbeck, Schlögl, Steber, Treppesch, Weixler

ACSP, NL Müller 8; Protokollführer: K/H

[Beginn: nicht ermittelt]

I. [...][3]

II. Organisation:
Übereinstimmung, daß Frage einer vorläufigen Landesorganisation sehr dringlich und Durchgabe einer Sekretariatsanschrift in München sofort notwendig seien. Die Anwesenden nehmen Kenntnis, daß Dr. *von Miller* mit Dr. *Scharnagl* vereinbart hat, daß dieser im Auftrag der Münchner Union vorläufig Landesfragen bearbeitet, während Dr. *von Miller* sich auf örtliche Fragen beschränkt. Sofort zu veranlassen:

a) Schaffung des Münchner *Sekretariats*. Es wird sich um eine vorläufige Lösung handeln, da der Posten des Generalsekretärs endgültig erst durch die Landesversammlung besetzt werden kann. Die für München Ort vorgesehene Lösung (Sekretärin und Herr *Heubl*) wird für das Land als nicht ausreichend betrachtet, weil ein Herr mit größeren Erfahrungen eingesetzt werden soll. Gedacht wird an Herrn *Weixler*, daneben kommt Herr Dr. *Pix*[4] in Frage. Großer Wert wird auf Beratung des später eingesetzten Beauftragten durch Dr. *Oesterle* gelegt.

b) Rasche Aufstellung einer Kartei von *Vertrauensleuten* für das ganze Land. Besprochen wurde, daß Dr. *Schlögl* den von ihm erbetenen Beitrag baldigst zur Verfügung stellt und daß auch alle anderen Anwesenden sich um Ergänzung der vorliegenden lückenhaften Kartei bemühen.

---

1 Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.
2 Laut Anwesenheitsfeststellung im Protokoll. Einige Herren waren nur zeitweise anwesend.
3 Punkt I stellt die Anwesenden (s.o.) fest.
4 In der Vorlage: "Brix".

c) Baldige Versorgung dieser Vertrauensleute mit *Informationsmaterial* ist die erste Aufgabe des Sekretariats. Dr. *Schlögl* wird zunächst 500 Exemplare der bisherigen Unterlagen bis 26. Oktober zur Verfügung stellen.
d) Die *Auswahl* geeigneter *Redner* soll von allen Anwesenden unterstützt werden. In Betracht kommen sowohl schon voll einsatzfähige Kräfte mit Erfahrung wie Nachwuchskräfte, deren *Schulung* eine weitere Aufgabe sein wird.
e) Das Sekretariat hat die weitere Aufgabe, diese *Redner*, soweit nötig, nach Orten außerhalb Münchens *zu vermitteln*.
f) Endlich ist vordringlich, daß das vorläufig ausgearbeitete ausführliche Programm unter Mitarbeit der maßgebenden Vertreter der einzelnen Fachgebiete ergänzt und verbessert wird, so daß es als Unterlage für die einheitliche Programmausrichtung und die Tätigkeit der Redner geeignet ist.

III. Presse:

Die Möglichkeiten der Pressearbeit sind vorläufig dadurch beschränkt, daß bis auf weiteres die Regelung bis in die Einzelfragen durch die Militärregierung erfolgt. Da alle Ausschußarbeiten nicht im luftleeren Raum geschehen, sondern darauf abgestellt sein sollen, daß praktisch etwas erreicht wird, lassen sich genaue Einzelanweisungen noch nicht geben. Es lassen sich aber folgende Richtlinien bereits aufstellen:

a) Die Besprechungen sollen möglichst in jeder Woche *zur gleichen Zeit am gleichen Ort* stattfinden.
b) Da bei ihnen vorwiegend nur Münchner Teilnehmer anwesend sein können, besonderer Wert aber auch auf Mitarbeit anderer bayerischer Orte gelegt werden muß, sollen Teilnehmer aus ganz Bayern benannt und, soweit jeweils an der Anwesenheit verhindert, schriftlich unterrichtet werden.
c) Als Teilnehmer sind vorgesehen:
Aus München: Dr. *Oesterle*, *Schwingenstein*, *Steber*, Dr. *Lang*, *Horstmann*, *Eugen Maier*, *Alois Wagner*, Dr. *Hagemann* (früher Germania), Herausgeber der amerikanischen Zeitung, *Schwend*?
Von außerhalb: *Josef Held*, Regensburg; *Debus*, Regensburg; *Nothaft*, Deggendorf; *Feistle*, Vilsbiburg; *Wein*, Cham; Dr. *Bauer*, Dillingen; *Konrad*, Nürnberg; (Sebaldusverlag) - *Naumann*, Augsburg; *Wegner*, Würzburg; *Brandl*, Rosenheim.
Für die Oberpfalz kann Justizrat *Pfleger* weitere Vorschläge machen. Direktor *Eichhorn* ist gebeten, geeignete Namen von der evangelischen Seite anzugeben.
d) Der Ausschuß wird sich laufend über die Situation im Pressesektor zu unterrichten suchen. Dr. *Oesterle* wird gebeten, über die ergangenen Bestimmungen jeweils kurz zu unterrichten.
e) Der Ausschuß soll seine Arbeit auf folgende Ziele konzentrieren: Entwurf von Vorschlägen für den Aufbau des Pressewesens zur Vorlage bei den maßgebenden Stellen. Klärung der Frage einer gesonderten Parteipresse und gegebenenfalls Unterstützung derselben.
Aufbau eines Informationsdienstes der Union durch Fertigung und Verteilung von Nachrichtenmaterial und Broschüren.
f) Im einzelnen soll unter anderem der Frage der Heimatpresse, der Kirchenzeitungen, der Fachzeitungen auf landwirtschaftlich-, gewerkschaftlichem- usw. Gebiet Aufmerksamkeit geschenkt werden.

IV. Dr. *Müller* wird gebeten, von den besprochenen Vorschlägen Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl* Kenntnis zu geben.
Herr *Steber* wird gebeten, sowie die Anschrift des Sekretariats feststeht, eine entsprechende Notiz in der Süddeutschen Zeitung zu veranlassen.
Bis zur endgültigen Regelung der Ausschußarbeiten sollen die Besprechungen zur Vermeidung von Verzögerungen zunächst am *Mittwoch, den 31. Oktober 1945*[5], *16 Uhr in der Kanzlei Dr. Müller* fortgesetzt werden. Im Hinblick auf den inoffiziellen Charakter der Besprechungen ist die Zuziehung weiterer interessierter Teilnehmer freigestellt. Verhinderte Teilnehmer sind gebeten, einen Vertreter zu senden.

[Schluß: nicht ermittelt]

[5] Besprechungsprotokolle aus der Zeit vom 26. Oktober bis 17. Dezember 1945 (nächste überlieferte Sitzung) konnten nicht ermittelt werden. Näheres hierzu in der Einleitung, S. XCI.

Nr. 5

Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 17. Dezember 1945 in München

Tagesordnung:[1]
1. Benennung eines Namens für den Posten als Verkehrsminister
2. Bildung von Entnazifizierungsausschüssen
3. Frage der einzuberufenden Landesversammlung
4. Organisatorisches

Tagungsort: München, Kanzlei Otto Schefbeck, Sendlingerstraße 48

Anwesend:[2] von Eicken, Horlacher, Käss, Krehle, Lacherbauer, von Miller, J. Müller, Pix, F. Schäffer, Schefbeck

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Protokollführer: Schefbeck

[Beginn: nachmittags]

Dr. *Müller* gab zunächst eine Aussprache, welche er vormittags mit Prof. *Dorn* von der Militärregierung hatte, wieder.
Punkt 2. der Tagesordnung wird vorweg behandelt:
Horlacher: Ich bitte, die Entnazifizierungsfrage aus den übrigen, allgemeinen politischen Problemen herauszulassen. Wir müssen uns auf den Boden der Gerechtigkeit stellen. Das Gesetz muß auf dem Rechtsstandpunkt aufgebaut sein. Es sollen von uns Richtlinien in dieser Frage ausgearbeitet werden, die nach außen gemeinsam in der politischen Arbeit vertreten werden. Es wurden im Mai und Juni von der Regierung in dieser Frage Fehler gemacht.
Müller: Der neue Gesetzentwurf ist nicht so gut, er ist so lang. Es darf nicht jemand bestraft werden für eine Weltanschauung, sondern es muß im Gesetz ausgedrückt werden, daß es sich um Wiedergutmachung von Schäden handelt. Es muß ein richtiges Rechtsverfahren sein. Es soll auch keine Arisierung mit umgekehrten Vorzeichen sein. Bei einem Richter wird das Problem neutralisiert.
Von Eicken: Ich muß eine streng vertrauliche Äußerung eines Amerikaners bringen: Auf dem Boden des Deutschen Reiches sind 70 Millionen vorhanden, leben können nur 40 bis 50 Millionen darauf, die anderen sind zuviel und die werden aus den Kreisen der Nazi genommen.
Krehle: Es kommen neue amerikanische Richtlinien heraus in dieser Frage. Zuerst lag ein Riesenentwurf des Ministers *Schmitt* vor. Dann wurde die Sache einem Ausschuß, bestehend aus den Staatssekretären *Ehard*, *Pfeiffer* und Minister *Schmitt* überwiesen. Der Ausschuß-Entwurf sah dann anders aus. Die Amerikaner wünschen eine einheitliche Regelung. Solange diese Grundlage nicht da ist, ist es müßig, über diese Sache zu sprechen.

---

[1] Punkte 1, 2 und 4 laut Wortlaut des Protokolls, Punkt 3 lautet im Protokoll: "Frage des einzuberufenden Landesparlamentes"; gemeint war jedoch eindeutig die bevorstehende Gründungsversammlung der CSU vom 8. Januar 1946; vgl. Dok. Nr. 6, S. 21ff.

[2] Laut Anwesenheitsfeststellung im Protokoll.

Schäffer: Wir können nur zu einem Gesetzentwurf Stellung nehmen und der liegt nicht vor. Wir können also nur zu den programmatischen Ausführungen von *Hoegner* Stellung nehmen. Ich glaube nicht, daß der Gesetzentwurf Gesetz wird. Die Union soll sich nicht zu dem Gesetze festlegen. Wenn *Müller* für seine Person eine Verbesserung erreicht, ist es gut.
Müller: Ich habe Innenminister *Seifried* erklärt, daß wir bereit sind, verschiedene Dinge aus dem politischen Tageskampf herauszunehmen, z.B. Schaden der Wirtschaft durch willkürliche Treuhänderbestellung. Ich würde vorschlagen, einen Entnazifizierungsausschuß zu bilden, der die Richtlinien der Union festlegt. Dr. *Lacherbauer* könnte darin als Sachverständiger mitarbeiten.
Horlacher: Es müssen allgemeine Richtlinien ausgearbeitet werden, welche die Union vertritt. Jeder einzelne Redner muß die Richtlinien wissen. Die Jugendlichen müssen schonender behandelt werden.
Lacherbauer: Die Herren sind sich über die wirkliche Lage nicht im klaren. Die Amerikaner schimpfen, daß nicht genügend entnazifiziert wird. Die Beamten werden nur auf Weisung der Amerikaner entlassen. In der freien Wirtschaft haben wir zunächst kein Gesetz mit Ausnahme des Gesetzes No. 8. Was die Treuhänder betrifft, so kommen die Befehle von der Militärregierung an das Wirtschaftsamt. Dieses bestellt die Treuhänder und überwacht sie. Die Regierung *Hoegner* hat den Auftrag erhalten, ein Gesetz einzubringen. Wir haben nicht die Richter, die wir bräuchten, um das Gesetz durchzuführen.
Stellungnahme zum Schreiben des Ministers *Schmitt* über die Zusammensetzung der Ausschüsse:
Lacherbauer: Nehmen wir positiv Stellung zum Schreiben und arbeiten wir mit in den Ausschüssen.
Schäffer: Die Ausschüsse müssen paritätisch zusammengesetzt werden.
Müller: Ich mache den Vorschlag, daß wir an *Schmitt* schreiben, daß wir zur Ausschußfrage Vorschläge machen.
Lacherbauer: Ich würde das Ersuchen von *Schmitt* so behandeln, indem ich die Leute benenne und in einem gesonderten Schreiben die Auffassung verträte, daß die Ausschüsse nicht paritätisch zusammengesetzt [sind].
Müller: Die Schlüsselfrage erledigt sich sofort, sobald die Gemeindewahlen durchgeführt sind.
Horlacher: Die Schlüsselfrage ist nicht so wichtig. Es gibt Gemeinden, in denen alle Parteimitglieder waren.
Staatsrat *Schäffer* wurde schließlich beauftragt, vier Juristen im Benehmen mit dem Landgerichtspräsidenten auszusuchen und zu benennen. Als Beisitzer sollen die Herren *Krehle*, *Horlacher* und *Steber* Leute aus ihren Kreisen benennen.
Punkt 1. der Tagesordnung (Vorschlag eines Verkehrsministers):
Müller: Ich bin dafür, daß ein Fachmann das Amt annehmen kann, aber die Partei als solche soll sich nicht beteiligen.
Lacherbauer: Wenn wir hier Konzessionen machen, greifen wir einem Kabinett unter die Arme, dem wir nicht die Zustimmung geben.
Horlacher: Es soll den einzelnen Leuten der Union freigestellt werden, sich am Kabinett zu beteiligen.
Müller: Wir müssen auf den früheren Beschluß vom Oktober zurückgreifen, daß wir uns offiziell am Kabinett nicht beteiligen, aber es einzelnen Leuten aus unseren Reihen freistellen, sich am Kabinett zu beteiligen.

Schäffer: Der Vorschlag ist an uns mündlich ergangen, ich würde auch mündlich antworten, und zwar folgendermaßen: "Die Union ist nicht in der Lage, einen bestimmten Vorschlag zu machen."
Horlacher: Ich bin damit nicht einverstanden.
Müller: Ich schlage folgende Fassung vor: "Die Union steht auf dem Standpunkt, daß dieses Kabinett kein Koalitionskabinett ist. Im übrigen bleibt es bei dem früher gefaßten Beschluß vom Oktober 1945".
Der Ausschuß erklärte sich einstimmig damit einverstanden.
Punkt 3. der Tagesordnung (Landesversammlung):
Nach einer kurzen Aussprache einigte sich der Ausschuß dahin, daß eine vorläufige Landesversammlung auf Dienstag den 8. Januar 1946 nachmittags 14 Uhr einberufen werden soll. Jeder Regierungsbezirk soll durch fünf Personen vertreten sein.
Schefbeck: Was soll der Zweck der Landesversammlung sein? Soll eine vorläufige Vorstandschaft gewählt werden, oder soll die Tagung nur informatorischen Zwecken dienen?
Horlacher: Ich bin dagegen, daß die Landesversammlung die Vorstandschaft wählt. Sie ist nicht legitimiert, so wenig wie unser Ausschuß legitimiert ist. Wir sind ein vorläufiger Ausschuß und die neue Vorstandschaft wäre auch nur eine vorläufige und nicht legitimiert. Ich stelle den Antrag, daß wir aus der Mitte dieses Ausschusses einen vorläufigen Vorsitzenden dieses vorläufigen Landesausschusses wählen.
Der Ausschuß erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden und auf Vorschlag von Dr. *Horlacher* wurde Dr. *Müller* einstimmig als vorläufiger Vorsitzender des vorbereitenden Landesausschusses gewählt.

[Schluß: nicht ermittelt]

Nr. 6

Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 8. Januar 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Begrüßung und Eröffnungsansprache von Josef Müller
2. Gemeindewahlen
3. Bezeichnung "Christlich-Soziale Union"
4. Vorläufige Satzung
5. Arbeits- und Stimmungsberichte aus den Bezirken
6. Rede-Skizze zur Verteilung
7. Rundfunk- und Pressefragen, Parteipresse
8. Verhältnis zu den anderen Parteien
9. Mitarbeit an der Regierung Hoegner
10. Entnazifizierung
11. Bildung von Arbeits- und Parteiausschüssen
12. Aufbau der Parteiorganisation

Tagungsort: München, Rathaussaal

Anwesend:[2] Arnold, Bickleder, Böcker, L. Brand, M. Deku, Eichhorn, Falkner, Gerathewohl, Holzmann, Horlacher, Hundhammer, Lacherbauer, Kaifer, Karpf, Kroll, K.A. Kroth, Lobinger, von Miller, J. Müller, Nerreter, Ortloph, Rindt, F. Schäffer, A.W. Schmidt, Temmel, Wutzlhofer; als Gast von der Militärregierung: Vacca

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Protokollführer: A.W. Schmidt

[Beginn: vormittags]

Herr Dr. *Josef Müller*, Landesvorsitzender des vorläufigen Landesausschusses, eröffnete die Sitzung nach Begrüßung der Gäste und Freunde wie folgt:
Wir stehen am Anfang einer neuen Zeit. Nicht nur dem deutschen Volk, nein allen Völkern der Menschheit, wird zum ersten Mal in der Geschichte der Zivilisation die Aufgabe und die Möglichkeit gegeben, das Leben des einzelnen Menschen in der Gemeinschaft der Menschen und das Leben des einzelnen Volkes in der Gemeinschaft der Völker nach neuem und gleichem Gesetz zu bauen.
Das neue Gesetz entsteht aus der Erkenntnis, daß die sittliche Macht gesiegt hat und daß die sittliche Macht nun als Gesetzgeber an die Spitze des kommenden Staates treten muß.
Glaube keiner, das Kommende sei ja doch nur wieder eine neubemalte Kulisse, hinter der der alte Handel selbstsüchtiger Interessen mit neuen Schlagworten weitergehe. Gewiß, Selbstsucht wird immer wieder versuchen, durch Worte getarnt, sich Vorteil und Macht zu erschleichen; aber im Bewußtsein der Menschen, aller Menschen, ist

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes. Eine feste Tagesordnung wurde bewußt nicht aufgestellt; vgl. S. 22.

[2] Eine Anwesenheitsliste mit den Teilnehmern der Sitzung war nicht auffindbar. Die im folgenden genannten Teilnehmer wurden, soweit möglich, aus dem Protokolltext ermittelt.

Neues entstanden: Das Wissen von der höheren, der letztentscheidenden Macht des sittlichen Gedankens.
Dieses Erkennen bricht mit einer fast kosmischen Gewalt in die Denkweise des Menschen ein. Wie von einer großen Flut wird die Denkweise der Menschen erfaßt und zu neuer Willensbildung getragen.
Wir in der Union von Männern und Frauen haben erkannt, daß der Weg in die Zukunft auf allen Gebieten ein Weg neuen Denkens ist. Alte Parteien können ihn nicht gehen, indem sie neue Worte auf alte Fahnen schreiben.
Nicht um Schlagworte geht es, nicht um lockende Versprechungen, nicht um Kampfrufe gegen Propaganda-"Faschisten", sondern darum geht es, daß das ganze deutsche Volk herausgeführt wird aus der Armut, die keine Schande ist, und aus der Schande, die die bitterste Armut seiner Geschichte ist.
Das ist der Weg; und diesen Weg zu gehen und zu führen haben wir Bürger und Bauer, Arbeiter und heimgekehrten Soldat, Besitzlosen und Heimatlosen in unsere Reihen gerufen, in die Union christlicher und sozialer deutscher Menschen.
Wir schauen nicht zurück, wir wollen nicht zurück. Wir wollen nicht Zeit und uns selbst verlieren am Parteigezänk; ob Kommunist oder Sozialist, jeder will bauen und keiner kann mehr Häuser bauen als Deutschland Kohle hat für Zement. Aber was nicht jeder kann, das ist Vertrauen zu schaffen, Gewißheit, daß endlich jeder sicher seiner Arbeit und seines Lohns, seines rechtmäßig erworbenen Eigentums, des Wertes seines Ersparten, der freien und für alle gleichen Bildungsmöglichkeit seiner Kinder, der Nahrung ohne Not und der Versorgung für Krankheit und die alten Tage.
Vertrauen und Leistung führen zu diesem Ziel, nicht Versprechungen. Vertrauen und Leistungswille sind es, die Menschen aller Volksschichten zu uns führen, in eine Gemeinschaft, eine Union der christlichen und sozialen Kräfte.
Christliche und soziale Denkweise stellt sich heute wie vor 2000 Jahren schützend vor die Armen und Heimatlosen und führt sie ins Leben zurück.
Christliche und soziale Denkweise ist es, in der die Fürsorge für Krankheit und Alter ihren Ursprung hat.
Christliche und soziale Denkweise ist es, die keinen höher stellt als den anderen, aber jedem gibt, was das Recht des Menschen ist: Arbeit und Lohn, Nahrung und ein heimatlich schützendes Dach für Frau und Kind. Christliches Denken schützt Recht und Eigentum vor Willkür und Raub.
Christlich-soziale Denkweise jagt die Pharisäer aus dem Tempel und die Lumpen, die Ausbeuter und die Denunzianten aus dem Staat.
Christliche Denkweise, Urlehre des Christentums ist es, die zur Freiheit ruft, zur Freiheit von Geist und Gewissen, zum Kampf für Recht und Wahrheit, für freies Wort und für die Würde des Menschen.
Fort mit Lüge und Tyrannei von deutschem Boden, fort mit jedem Despotismus, wo er auch sei und wie er sich auch tarne: das ist der Kampfruf christlichen-sozialen Willens und unserer unerschütterlichen Entschlossenheit.
Diesen Kampf werden wir führen, gegen wen es auch sei.
Zur Tagesordnung selbst erklärte der Vorsitzende [*Josef Müller*], daß es sich bei der heutigen Zusammenkunft um eine Arbeitstagung des gegenseitigen Kennenlernens handle. Aus diesem Grund liegt keine feste Tagesordnung vor, um der freien Entwicklung des Arbeitsprogrammes Raum zu gewähren.
Die brennendste Frage behandelte Herr Direktor *Holzmann* in seinem Vortrag über Technik und Gesetzliches bei den Gemeindewahlen.

Schwierigkeiten bereitete, wie aus der anschließenden Debatte hervorging, laut den Wortmeldern Herrn *Ortloph*, Regensburg, *Lobinger*, Passau, die Frage, ob der in den einzelnen Ortsverbänden angemeldete Name in Verbindung mit dem Namen Christlich-Soziale Union auf dem Wahlvorschlag eingereicht werden kann. Staatsrat *Schäffer* schilderte in einem historischen Überblick die Gründe, warum es bei den einzelnen Bezirks- oder Ortsverbänden zu den Namensgebungen "Bayerische Volkspartei" in Straubing, "Bayerischer Volksbund" in Dachau kam. Alle wollten sie das gleiche, aber mangels an Verbindungsmöglichkeiten und [wegen der] durch die Verhältnisse bedingte[n] Selbständigkeit war ein einheitliches Ausrichten nicht möglich.
Der Vorsitzende [*Josef Müller*] begründete seinerseits nochmals den doch zum Teil umstrittenen Namen der Christlich-Sozialen Union. Aus seinen Ausführungen sprach der tiefe Ernst um die Erhaltung der christlich-abendländischen Kultur und das Vermächtnis der Männer - Katholiken und bekenntnistreue Protestanten -, die für dieses Ideal in den Tod gegangen sind. Als er im KZ-Lager Flossenbürg zweimal zum Hinrichtungshof geführt wurde, um das Schicksal seiner und unserer Mitkämpfer zu teilen, war er entschlossen, sein Leben zu opfern, auf daß unser Vaterland und Europa christlich blieben. Es ist daher unsere heilige Pflicht, unter einem gemeinsamen Namen gemeinsam für diese Ideale fortan zu leben und zu kämpfen.
Dr. *Horlacher*, München, *Böcker*, Aschaffenburg und Dr. *Arnold*, Nürnberg, unterstrichen ihrerseits diese Ausführungen.
Die inzwischen verlesene vorläufige Satzung der Christlich-Sozialen Union[3] wurde von der Versammlung *einstimmig* angenommen.
Die anschließend von den einzelnen Vertretern der Kreise gegebenen Arbeits- und Stimmungsberichte aus ihren Bezirken ergaben ein überraschend gutes Bild über die Wahlaussichten und einen erfreulichen Fortschritt der Organisationsarbeiten in den einzelnen Bezirken.
Es berichteten:

Für Unterfranken: Dr. *Wutzlhofer*, Landrat Marktheidenfeld; Dr. *Karl August Kroth*, Schweinfurt; *Hugo Karpf*, Aschaffenburg.
Für Oberbayern: Dr. *Hundhammer*, München; *Brand*, Aichach.
Für Mittelfranken: Dr. *Paul Nerreter*, Nürnberg.
Für Oberpfalz und Regensburg: Frau *Deku*, Regensburg.
Für Schwaben: Dr. *Rindt*, Augsburg; Bürgermeister *Kaifer*, Neusäß.
Für Oberfranken: Dr. *Kroll*, Bamberg.
Für Niederbayern: Landrat *Bickleder*, Straubing; *Temmel*, Straubing.
Für München: Dr. *Walther von Miller*.

Schwierigkeiten ergaben sich lediglich in Coburg, Naila und Rehau und im allgemeinen durch die Benzinnot für die Organisationstätigkeit.
Major *Vacca*, der inzwischen vom Vorsitzenden [*Josef Müller*] herzlich begrüßt werden konnte, klärte dann erfreulicherweise all die Fragen, die schon am Vormittag bis zu seinem Eintreffen zurückgestellt werden mußten, ob der Sammelname Christlich-Soziale Union auch dann auf dem Wahlvorschlag als Obertitel mit angegeben werden kann, wenn der Orts- oder Bezirksverband unter einem anderen Namen angemeldet und zugelassen wurde.

[3] Die Vorläufige Satzung findet sich im Anhang, Dok. Nr. XIII, S. 1755f.

Es wurden durch ihn noch verschiedene Einzelfragen in der Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen für die Gemeindewahlen geklärt. Die Versammlung dankte durch Beifall.
Professor Dr. *Gerathewohl* riß in Kürze die von ihm geschaffene Rede-Skizze auf, die an alle Versammlungsteilnehmer verteilt worden war und außerdem an alle Bezirksgruppen und in Frage kommenden Redner versandt wird.[4]
Dr. *Eichhorn* schlug vor, bei der Rede-Skizze die Währungsfrage genauer zu behandeln, damit der allgemeine Optimismus eingedämmt wird. Dr. *Horlacher* wandte sich dagegen, da diese Frage vorläufig nur theoretisch behandelt und praktisch erst nach Anlaufen der Wirtschaft zu lösen sei.
Zur Rundfunkfrage berichtete der Vorsitzende [*Josef Müller*] über das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen über die Zulassung der politischen Parteien zum Rundfunk. Die Frage wird erst dann endgültig gelöst werden können, wenn durch das Wahlergebnis ein Überblick über das Stärkeverhältnis der einzelnen Parteien geschaffen sei. Die Versammlung bestätigte einstimmig die Ansicht des Vorsitzenden.
Auch in der Pressefrage teilte die Versammlung die Ansicht des Vorsitzenden, der die Schwierigkeiten geschildert und den ausdrücklichen Willen bekundet hat, endlich eine eigene Parteipresse zu erhalten.
Über das Verhältnis zu den anderen Parteien führte der Vorsitzende aus, daß keine Vereinbarung für einen politischen Burgfrieden vorliege, aber von der Union keine Polemiken geführt werden. Wir haben dies nicht notwendig, da wir positiveres zu tun haben. Selbstverständlich, wenn wir angegriffen werden, werden wir nicht ausweichen. Mit den offenbar bewußt unklaren Angriffen in der Main-Post Nr. 11 vom 29. Dezember 1945 "Föderalismus" und in der Süddeutschen Zeitung vom 1. Januar 1946 "So geht es nicht" und den Hintermännern dieser Artikel setzte sich der Vorsitzende kräftig auseinander. Die Abrechnung klang in dem Schluß aus, Bayern hat sich nicht nur vor Deutschland, sondern auch vor Europa und der ganzen Welt zu verantworten. Bayern hat heute die Aufgabe, den Norden vor dem Abgleiten nach dem Osten zu schützen; Deutschland ist die Ostfront der westlichen abendländischen Kulturgemeinschaft. Diese Front darf nicht aufgerissen werden.
Zur Frage der Regierungsbildung wurde folgende Entschließung verlesen und von der Versammlung gebilligt:

> Der Ausschuß der in Gründung befindlichen Bayerischen Christlich-Sozialen Union hat in seiner heutigen Sitzung (vom 5. Oktober 1945) beschlossen, den von Ministerpräsident Dr. *Hoegner* zum Eintritt in die neu zu bildende Bayerische Landesregierung aufgeforderten Personen die Frage ihres Eintritts zur persönlichen Entscheidung zu überlassen.

Dieser gleiche Standpunkt wurde auch eingenommen hinsichtlich der Nennung eines Vertreters der Union für den Posten des Bayerischen Verkehrministers.
In der Frage der Entnazifizierung vertrat der Vorsitzende [*Josef Müller*] unter Zustimmung der gesamten Tagungsteilnehmer den schon wiederholt vertretenen Standpunkt, daß die Rechtsbasis angestrebt werden müsse, um die Entnazifizierung nicht zu einer Arisierung mit entgegengesetzten Vorzeichen zu machen.

---

[4] Die "Stichworte für eine Gemeindewahl-Rede der Christlich-Sozialen Union", Januar 1946 (BayHStA, NL Schwalber 005), wurden wegen ihrer weitgehenden Übereinstimmung mit anderen programmatischen Dokumenten dieser Wochen im Anhang nicht berücksichtigt.

Laut Brief vom 2. Januar 1946 des Herrn Staatssekretärs Dr. *Anton Pfeiffer* sollen in den Bayerischen Landesausschuß neun Vertreter der CSU durch den Ministerpräsidenten berufen werden. Es sollen deshalb neun Vertreter durch die Partei vorgeschlagen werden, wobei Oberstudiendirektor *Stang*, als Präsident des letzten demokratisch gewählten Bayerischen Landtags, sowie Staatsrat *Schäffer*, als erster Ministerpräsident des neuen Bayerischen Staates, als Einzelpersönlichkeiten in den Bayerischen Ausschuß berufen würden.
Die Versammlung entschließt sich einstimmig zu folgendem: Jeder Kreisverband nennt im Verlauf einer Woche zwei namhafte Vertreter seines Kreises an die Landesleitung. Aus diesen Vorschlägen werden zur gegebenen Zeit die neun Kandidaten gewählt.
Den Ausbau der Organisation übernehmen folgende Ausschüsse, die zu bilden die nachgenannten Parteifreunde zur Aufgabe haben:

I) Arbeitsausschüsse:
1. Kulturpolitischer Ausschuß: Vorsitz: Geistlicher Rat *Muhler*, Stellvertreter: Prof. *Albert*;
2. Ausschuß für Verwaltungsaufbau und Staatsfinanzierung: Vorsitz: Staatsrat *Schäffer*, Stellvertreter: Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*;
3. Informationsausschuß: Vorsitz: Dr. *Richard Pflaum*, Stellvertreter: Staatsrat Dr. *Pfeiffer*;
4. Staatspolitischer Ausschuß: Vorsitz: Dr. *Müller*, Stellvertreter: Staatsrat *Schäffer*;
5. Ausschuß für Fragen zwischenstaatlicher Beziehungen: Vorsitz: *Botschafter von Prittwitz*, Stellvertreter: Dr. *J. Müller*;
6. Wirtschaftspolitischer Ausschuß: Vorsitz: Dr. *Semler*, Stellvertreter: Dr. *Horlacher*;
7. Sozialpolitischer Ausschuß: Vorsitz: Staatsrat *Krehle*, Stellvertreter: Buchbindermeister *Kiefer*;
8. Ausschuß "Frau und Familie": Vorsitz: Frau *Elisabeth Hahn*, Stellvertreterin: Frau *Else Dahm*;
9. Jugendausschuß: Vorsitz: *Franz Steber*, Stellvertreter: Dr. *Thierfelder*;
10. Agrarpolitischer Ausschuß: Vorsitz: Dr. *Baumgartner*, Stellvertreter: Direktor *Schwingenstein*.

II) Parteiausschüsse:
1. Organisations- und Werbeausschuß: Vorsitz: Dr. *Anton Pfeiffer*, Stellvertreter: *A.W. Schmidt*;
2. Presseausschuß: Vorsitz: Direktor *Holzmann*, Stellvertreter: Dr. *Hagemann*;
3. Ausschuß für Redner-Schulung: Vorsitz: Prof. Dr. *Gerathewohl*, Stellvertreter: --;
4. Finanzausschuß: Finanzobmann: Dr. *Fr. A. Schmitt*, Erster Beisitzer: Dr. *Grasmann*, Zweiter Beisitzer: Dr. *Rothenbücher*;
5. Parteischiedsgericht: Vorsitz: Landgerichtspräsident Dr. *Hagenauer*.

Im Tagesverlauf war von Herrn Dr. *Hundhammer* im Namen der vorläufigen Kreisverbände Oberbayern, Niederbayern und Oberpfalz folgender Antrag gestellt worden:

In ordnungsmäßiger Abstimmung (je fünf Stimmen für jeden Kreisverband) ist zu beschließen:

1. In den früheren Regierungsbezirken Oberbayern, Niederbayern, Schwaben, Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und Stadt München konstituieren sich (soweit noch nicht geschehen) in der Woche nach dem 27. Januar 1946 Kreisverbände der Landesorganisation und wählen ihre Kreisvorstandschaften, in denen möglichst alle Stände - auch Frauen und die Jugend - berücksichtigt werden sollen.
2. Die Kreisvorstandschaften treten in der Woche nach dem 10. Februar 1946 in München zu einer neuen Tagung zusammen und konstituieren aus sich heraus die Landesvorstandschaft. Sie beschließen gleichzeitig über ein Statut der Landesorganisation und ein Programm, zu dem die einzelnen Kreisvorstände bis 3. Februar Vorschläge einreichen sollen.
gezeichnet:
Oberpfalz: *Staudinger, Rucker, Ortloph, Deku, Eder,*
Niederbayern: Dr. *Falkner, Temmel,*
Oberbayern: Dr. *Hundhammer, Nerkenschlager, Reiser.*

Für den Antrag *Hundhammer* sprach Staatsrat *Schäffer* mit der Begründung, daß der rasche Aufbau der Organisation auf diese Weise am ehesten möglich wäre. Gegen den Antrag sprachen Dr. *Horlacher*, Dr. *Müller*, Bürgermeister *Lacherbauer*, *Nerreter*, Nürnberg, die darauf hinwiesen, daß eine Organisation organisch wachsen müsse und nicht künstlich organisiert werden dürfe. Der Antrag des Herrn Dr. *Falkner*: "Die Regierungsbezirke konstituieren sich bis 10. Februar 1946 die Kreisvorstandschaften" und der Antrag des Herrn Staatsrat *Schäffer*: "Der vorläufige Landesvorsitzende wird ersucht, die Kreisverbände aufzufordern, sobald als möglich sich zu konstituieren und dies dem vorläufigen Landesausschuß mitzuteilen", wurden im Verlauf der Diskussion von den Antragstellern zurückgezogen.
Der zum Schluß von Herrn Dr. *Horlacher* gestellte Antrag:

> Im Vertrauen auf die bisherige Arbeit des Landesvorsitzenden bittet die heutige Tagung den Landesvorsitzenden, die vorläufige Organisation der Kreisverbände sobald es möglich ist durchzuführen.

wurde einstimmig angenommen, wobei der Vorschlag zur Kenntnis genommen wurde, bei den Einberufungsorten Nürnberg oder Bamberg zu berücksichtigen.

Schluß der Versammlung: 18.30 [Uhr].

Nr. 7

Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 23. Januar 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Vorparlament
2. Parteizeitung
3. Organisations- und Wahlfragen
4. Rundfunkwerbung der CSU
5. Sonstiges

Tagungsort: München, Kanzlei Josef Müller, Gedonstraße 4

Anwesend:[2] Eichhorn, Horlacher, Hundhammer, Lacherbauer, von Miller, J. Müller, Steber; ferner: Hagemann, A.W. Schmidt; abwesend: von Eicken, Krehle, F. Schäffer, Schwingenstein

ACSP, NL Müller 10/1

[Beginn: 13.30 Uhr]

1. Vorparlament.
   Hierzu wird nach Aussprache von Dr. *Müller* der Antrag gestellt:

   > Die Vorschläge der Christlich-Sozialen Union für das Vorparlament werden in einer Sitzung des vorläufigen Landesausschusses besprochen und festgelegt, die nach den Gemeindewahlen, und zwar längstens zehn Tage nachher, stattfindet.

   Gegenantrag Dr. *Hundhammer*:

   > Über die einzureichenden Vorschläge wird aufgrund der eingegangenen Meldungen sofort entschieden.

   Antrag Dr. *Müller* wird gegen zwei Stimmen angenommen. Damit entfällt Antrag Dr. *Hundhammer*.
2. Bericht über Genehmigung und bisherige Arbeiten zur Herausgabe eines Parteiblattes. Hierzu berichtet Herr *Hagemann*.
3. Bericht über Organisations- und Wahlfragen von Dir. *Schmidt*.
4. Bericht über Rundfunkwerbung der Partei.
5. Sonstiges: Die Süddeutsche Zeitung (*Schwingenstein*) hat die Stellungnahme zur Aufnahme eines von Staatsrat *Schäffer* namentlich unterzeichneten Wahlaufrufes der Union in die Süddeutsche Zeitung gewünscht. In der Aussprache vertritt der überwiegende Teil der Ausschußmitglieder den Standpunkt, daß eine Veröffentlichung in dieser Form nicht zweckmäßig sei.

[Schluß: nicht ermittelt]

---

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.
[2] Laut Anwesenheitsfestellung im Protokoll. Die unter "ferner" Genannten wurden anhand des Protokolltextes ermittelt.

Nr. 8

Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 8. Februar 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Stellungnahme zu den Wahlen
2. Vorbereitung zu den Wahlen
3. Wahlvorschläge
4. Besetzung der Arbeits- und Parteiausschüsse
5. Parteigericht
6. Bayerische Rundschau
7. Stellung zur Königspartei
8. Sonstiges

Anwesend:[2] Baumgartner, Eichhorn, von Eicken, L. Hagenauer, Horlacher, Hundhammer, von Miller, Schlögl, A.W. Schmidt, Schwingenstein; ferner: Dörpinghaus, J. Müller

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Protokollführer: A.W. Schmidt

[Beginn: 17 Uhr.]

1. Stellungnahme zu den Wahlen:
   Ohne besondere Bemerkung.
2. Vorbereitung zu den Wahlen:
   Kreiswahlen finden am 28. April 1946, Gemeindewahlen der Städte über 20.000 Einwohner (23 Städte) am 26. Mai 1946 statt. Am 30. Juni 1946 soll die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung durchgeführt werden sowie die Wahlen für die Bezirkstage bei den Regierungspräsidenten.
3. Wahlvorschläge:
   Die Kreise sollen zur Nennung der Kandidaten für die Bezirks- [und] Kreistagswahlen aufgefordert werden.
   Stellungnahme zum Fall *Haugh*, Sonthofen.
   Vorsitzender Dr. *J. Müller* läßt sich Zwischenfälle melden.
   Das Wahlgesetz soll sofort an die Mitglieder des vorbereitenden Ausschusses gehen.
   Für das Vorparlament werden folgende Vorschläge abgegeben:

   München: Dr. *von Miller*; Oberbayern: Dachdecker *Schäfer*, Ingolstadt; Niederbayern: Regierungsrat a.D. *Falkner*, Plattling; Schwaben: Dr. *Rindt*, Augsburg; Mittelfranken: Dr. *Nerreter*, Nürnberg; Oberfranken: Dr. *Sauer*, Gunzendorf; Oberpfalz: *H. Zitzler*, Regensburg; Unterfranken: Dr. *Kroth*, Schweinfurt; außerdem Dr. *Josef Müller* als Landesvorsitzender.

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.
[2] Laut Anwesenheitsfeststellung im Protokoll und Anwesenheitsliste. Die unter "ferner" Genannten wurden anhand des Protokolltextes ermittelt.

Ferner weitere sechs Eventualvorschläge:
München: Herr *Pflaum*; Oberbayern: Dr. *Lenz*, Laufen; Schwaben: Herr *Lichti*, Herrlehof; Mittelfranken: Dr. *Arnold*, Nürnberg; Oberfranken: Dr. *Blaser, Hof*; Unterfranken: Herr *Karpf*.

4. Besetzung der Arbeits- und Parteiausschüsse durch letzte Mittwochvormittags-Besprechung erledigt.
5. Parteigericht:
   Es wurde festgehalten, daß das Parteigericht mangels Satzungen nicht in Aktion treten kann. Die schwebenden Fälle, die vorgelegt wurden, können daher nicht vom Parteigericht behandelt werden. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob das Parteigericht als Ehrengericht in Aktion treten soll. Ansonsten müßte das Inkrafttreten der Satzungen abgewartet werden.
   Herr Dr. *Horlacher* und Herr Minister Dr. *Baumgartner* lehnen die Behandlung der schwebenden Fälle vor einem Ehrengericht ab, da sie vor dem Landesausschuß behandelt werden müssen. Nach vorhergehender eingehender Besprechung der Vorfälle wird einstimmig folgender Beschluß gefaßt:
   Es wird festgehalten, daß Herrn Dr. *Josef Müller* als vorläufiger Vorsitzender vom gesamten Landesausschuß einheitlich das Vertrauen ausgesprochen wird.
6. Bayerische Rundschau:
   Zur Mitarbeit soll jedermann eingeladen werden.
7. Die Stellung zur Königspartei hängt davon ab, ob sie zur Landespartei zugelassen wird, was scheinbar nicht der Fall ist.
8. Man sprach sich noch eingehend mit Herrn *Dörpinghaus*, dem Landessekretär für Groß-Hessen, Frankfurt, Blumenstr. 3, Telefon 53170 und 53180, aus.

[Schluß: nicht ermittelt]

Nr. 9

Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 25. Februar 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Neuvorschlag zum Quasiparlament für Dr. Nerreter, Dr. Sauer und Dr. Rindt
2. Gründung eines Sudetendeutschen Hilfsbundes
3. Anordnung der Militärregierung Bayern über Gemeindeordnung und Gemeindewahlen Nr. 9
4. Zonenrat und Interzonenrat - Absendung zweier Vertreter des Landesausschusses und Landessekretariats

Tagungsort: München, Kanzlei Josef Müller, Gedonstraße 4

Anwesend:[2] Eichhorn, Horlacher, Hundhammer, Jaeger, Krehle, Lacherbauer, von Miller, J. Müller, A.W. Schmidt, Schwingenstein, Steber

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Protokollführer: Jaeger

Dr. *Müller* eröffnet die Sitzung um 18.15 Uhr. Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

Zu Punkt 1. der Tagesordnung berichtet Dr. *Müller*, daß ihm Herr *von Elmenau* am letzten Samstag, den 23. Februar, von der Ablehnung dreier von der Union für das Vorparlament vorgeschlagener Herren Mitteilung gemacht habe. Es handelt sich um Dr. *Nerreter*, Nürnberg, Dr. *Rindt*, Augsburg und Dr. *Sauer*, Bamberg. Der Ministerpräsident [*Wilhelm Hoegner*] habe dazu mitgeteilt, daß die Ablehnung keinen Angriff gegen eine bestimmte Gruppe darstelle; Herr Major *Schweizer* habe erklärt, daß der Ministerpräsident die volle Verantwortung für die Fragebogen der Volksvertreter habe. Über die Personalien der Abgelehnten wird bekanntgegeben: Dr. *Nerreter* gehörte der SA von 1934-35 an und hat seine Mitgliedschaft damit begründet, daß er einen positiven Versuch mit dem Nationalsozialismus machen wollte. Am 8. Dezember 1945 wurde er von der Militärregierung als Rechtsanwalt bestätigt.
Dr. *Müller* fragt, ob man neue Vorschläge machen oder es ablehnen solle, solche zu machen. Er schlägt vor, nur dann, wenn die Kreisverbände darauf bestehen, vertreten zu werden, neue Vorschläge einzureichen.
Dr. *Hundhammer* fragt, ob Dr. *Falkner* abgelehnt wurde. Erwiderung: Dr. *Falkner* wurde nicht namhaft gemacht, weil die Regierung von Niederbayern sich gegen ihn als abgesetzten Regierungspräsidenten äußerte. Dr. *Hundhammer* bittet Herrn *Schmidt*, der Sache nachzugehen. Er schließt sich der Ansicht Dr. *Müllers* an. Wenn die Kreisverbände neue Vertreter wünschen, sollen sie diese namhaft machen.
Dr. *Eichhorn* fragt, ob an Abgeordnete ein strengerer Maßstab gelegt wird als an Beamte.

---

[1] Laut Anlage zum Protokoll. Ferner waren vorgesehen, gelangten aber nicht zur Besprechung: "5. Vorschlag zur Anweisung der Arbeitsweise der Partei- und Arbeitsausschüsse; 6. Meldung von Kandidaten für Landräte, Flüchtlingskommissare, Arbeitsamtsvorsteher; 7. Presse und Lektor; 8. Namensgebung."

[2] Laut Anwesenheitsfeststellung im Protokoll.

Unter Vorwegnahme von Punkt 3. der Tagesordnung berichtet Dr. *Müller* über die Verfügung der Militärregierung betreffend die Ausübung des Amtes durch diejenigen Bürgermeister und Gemeinderäte, die politisch belastet sind, und über die hierzu ergangenen Ausführungsbestimmungen der Staatsregierung. Sodann wird ein Plakat der SPD aus Aichach gezeigt und verlesen, das die Überschrift trägt: "Wahlberechtigte Nationalsozialisten!" und diese auffordert, der SPD ihre Stimme zu geben, weil eine Regierung der SPD den Nazis das Wahlrecht verschafft und das Säuberungsgesetz vorbereitet habe.
Dr. *Müller* berichtet, er habe Herrn Staatssekretär *Pfeiffer* erklärt, daß der Beratende Landesausschuß nicht mehr als Vorparlament anzusehen sei, wenn die Mitgliedschaft allein in der Hand des Ministerpräsidenten liegt.
Dr. *Lacherbauer* fragt, ob es auf das Vertrauen des Ministerpräsidenten oder das der vorschlagenden Kreise ankommt. Er vertrete die Auffassung von Dr. *Müller*, vielleicht noch konsequenter, und gebe zu erwägen, ob die Union nicht alle ihre Vertreter zurückziehen solle. Staatssekretär *Krehle* bittet, die Lage nicht zuzuspitzen. Das Vorparlament trete morgen und wieder in sechs Wochen zusammen, habe nur beratende Funktion und werde nur zwei oder drei Sitzungen abhalten. Deshalb lohne es sich nicht, die Lage zuzuspitzen. Das Vorparlament sei eine Totgeburt. In der künftigen Verfassung dürfte, so hätte die Militärregierung bestimmt, kein Wort über einen künftigen Reichsaufbau gesagt werden; die Verfassung werde also so aussehen, als ob Bayern im luftleeren Raum stände.
Dr. *Eichhorn*: Es geht nicht um die Bedeutung des Vorparlaments, es geht um die künftige Entwicklung, um die Kandidatenaufstellung bei den Wahlen. Vor der Wahl müßten die Kandidaten geprüft werden; man darf nicht erst wählen und dann prüfen, sonst geht die Freudigkeit der Wählerschaft verloren.
Nach allgemeiner Zustimmung zum Vorschlag Dr. *Müllers* werden Punkt 1. und 3. der Tagesordnung abgeschlossen. Herr *Schmidt* berichtet noch, daß der Herausgeber der Fränkischen Volksstimme, Dr. *Fischer*, zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt worden sei, wegen eines Vergehens nach § 175 RStGB.
Zu Punkt 2. der Tagesordnung umreißt Dr. *Müller* zwei Möglichkeiten: unter Ablehnung von Haßtiraden mit dem Sozialgebot Christi ernst zu machen und sich den Interessen der Sudetendeutschen anzunehmen, oder aber die Sache schwimmen zu lassen, worauf die Sudetendeutschen eine eigene Partei gründen würden, die vielleicht nicht von uns geführt würde.
Dr. *Lacherbauer* führt aus: Eine Sudetendeutsche Partei ist ein Unsinn, denn eine Partei muß aus Gesinnung erwachsen und kann nicht territorial bestimmt sein. Eine Sudetendeutsche Partei dient der Durchsetzung persönlicher Ansprüche und ist mit den Polen im Reichstag zu vergleichen. In konsequenter Weiterführung dieses Gedankens müßte es in Bayern eine eigene Preußenpartei geben.
Dr. *Müller* verweist darauf, daß die Sudetendeutschen bald das Wahlrecht besitzen werden, und daß er von amerikanischer Seite gefragt worden sei, ob die Union durch die zwei bis drei Millionen Sudetendeutschen gestärkt oder geschwächt werde. Die Stimmen der Sudetendeutschen würden auch die Aussichten der Königspartei beeinflussen.
Dr. *von Miller* schlägt vor, durch Verhandlungen die Bildung einer Sudetendeutschen Partei abzufangen. Staatssekretär *Krehle* erklärt: Entweder die Sudetendeutschen wollen sich in unseren Volkskörper eingliedern oder nicht. Die Sudetendeutsche Heimatfront wurde seinerzeit der NSDAP eingegliedert, die Sozialdemokratie dage-

gen aufgelöst. Die ehemaligen Sudetendeutschen Christlich-Sozialen, die der Sudetendeutschen Heimatfront beigetreten waren, sind also politisch belastet; schon daraus geht hervor, daß die Sozialdemokraten das Rennen machen werden. Es braucht eine Sudetendeutsche Hilfsorganisation, aber keine Sudetendeutsche Partei.
Herr *Schmidt* weist darauf hin, daß Oberamtsrichter *Ziegler* aus Cham der Urheber des Gedankens einer Sudetendeutschen Partei ist. Er hofft, auf diese Weise seine Landsleute beisammen halten und vor sozialistischen Einflüssen schützen zu können.
Dr. *Müller* führt aus, die Tradition der Sudetendeutschen sei christlich, aber es bestehe Gefahr, daß sie mit ihrer Heimat auch die christliche Tradition verlören.
Dr. *Hundhammer* erklärt: Es handelt sich um eine Frage der bayerischen Selbstbehauptung. Der sogenannte Preußenhaß ist entstanden, weil die Norddeutschen die maßgebenden Stellen besetzt haben. Die Reaktion des bayerischen Volkes ist berechtigt, ja eine Pflicht. Zuerst muß Remedur geschaffen werden. Das ist keine Sache des Ressentiments, sondern eine Verpflichtung gegenüber dem bayerischen Volk. Die Sudetendeutschen sind nach verschiedenen Richtungen kein idealer Zuwachs. Unsere Haltung muß christlich, aber auch kritisch sein. Eine gewisse Reserve ist angebracht. Wir brauchen zu dieser Frage heute noch keine endgültige Stellung zu nehmen, auf jeden Fall aber nicht beide Arme zu öffnen. Man soll wegen Wahltaktik keine Grundsätze aufgeben.
Dr. *Müller* erklärt: Die Sudetendeutsche Partei wird zugelassen werden. Die Sudetendeutschen sind eine Tatsache, alles andere ist Gefühlssache.
Dr. *Eichhorn* schließt sich den Ausführungen von Dr. *Hundhammer* an und fordert die Wiederherstellung des bayerischen Berufsbeamtentums. Er schlägt vor, in öffentlicher Versammlung über das Thema der Sudetendeutschen Partei nicht zu sprechen. Wir müssen zwischen den Flüchtlingen unterscheiden, die bleiben, und denen, die wieder gehen können.
Dr. *Müller* kündigt für die Landtagswahlen mit Wahrscheinlichkeit das Verhältniswahlrecht an.
Dr. *Horlacher* erklärt: Die Sudetendeutschen sind keine Preußen. Die Sudetendeutsche Partei wird eine Partei der Minorität, eine Partei der Heimatlosen sein, Landhunger haben und zum Sozialismus übergehen. In der Preußenfrage müsse man vernünftige Worte sprechen. Der landsmannschaftliche Charakter der Beamtenschaft muß wiederhergestellt werden. Auch wer im Lande bleibt, darf keinen leitenden Posten [in] der bayerischen Verwaltung haben. Anders liegen die Dinge in der Wirtschaft. Wenn die vier Millionen Fremden radikalisiert werden, so haben die sechs Millionen Bayern den Nachteil.
Staatssekretär *Krehle* warnt vor einem Ghetto durch Barackensiedlungen vor den Städten.
Landessekretär *Schmidt* berichtet zu Punkt 4. der Tagesordnung: Für jede Zone wird ein Rat der Christlich-Sozialen Union geschaffen. In diesen Zonenrat sind zwei Vertreter der Partei zu entsenden. Er dient der Vorbereitung für eine Reichsunion. Ausserdem soll ein Zwischenzonenrat geschaffen werden. Berlin hat gebeten, zwei bis drei Herren im März nach Berlin zu entsenden.
Staatssekretär *Krehle* spricht sich für eine Fühlungnahme aus. Die Zonen werden in Zukunft eine größere Rolle spielen, da der französische Widerstand gegen eine deutsche Zentralverwaltung nicht aufgegeben werden wird und England sich dem französischen Standpunkt nähert. Wir werden länger als geglaubt nicht zu einer Reichsre-

gelung kommen. Vielleicht wird beim Länderrat sogar eine Volksvertretung geschaffen. Die Hessische CDU ist stark zentralistisch orientiert.
Dr. *Müller* berichtet: Wir haben Berlin nicht als Zentrale der Union anerkannt. Wir sind aber willens, mitzuhelfen bei der Reichsunion, wir sind gegen Berlin als Zentrale, nicht deshalb, weil es in der russischen Zone liegt, sondern weil von der Wilhelmstraße aus Deutschland schon in zwei Kriege gestürzt wurde. Das Schwergewicht muß in Zukunft im Süden oder Südwesten liegen. Vorschläge zum Zonenrat sind erbeten. Für den Zwischenzonenrat in Berlin kommen vielleicht *Krehle*, ein Landwirtschaftsvertreter und Dr. *Scharnagl* in Frage.
Dr. *Hundhammer* legt auch Wert darauf, dabei zu sein, Dr. *Lacherbauer* bittet, einen Vertreter der Demokraten zu entsenden, *Franz Steber* einen der Jugend. Dr. *Müller* will sich von Berlin die Höchstziffer der Vertreter mitteilen lassen.
Für den Zonenrat der amerikanischen Zone wünscht Dr. *Horlacher* einen Vertreter des Bauernverbandes. Staatssekretär *Krehle* legt keinen Wert auf Vertretung, da er dienstlich jederzeit nach Stuttgart fahren kann. Dr. *Hundhammer* spricht den Wunsch aus, nach Stuttgart entsandt zu werden. Dr. *Horlacher* ist dagegen. Dr. *Eichhorn* erklärt, er könne als Protestant auch eine besondere Vertretung fordern, er tue es aber nicht. Dr. *Müller* schlägt vor, daß jede Konfession einen Vertreter entsendet. Einer hiervon solle möglichst ein Jugendlicher sein. Staatssekretär *Krehle* warnt vor zentralistischen Bestrebungen in Württemberg. Stuttgart und Frankfurt wollen Hauptstadt werden. Dr. *Hundhammer* schlägt vor, noch keinen endgültigen Beschluß zu fassen.
Dr. *Müller* stellt fest, daß noch kein endgültiger Beschluß gefaßt sei, daß er aber, wenn es eile, auf der Grundlage seiner Ausführungen zu handeln berechtigt sei. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.
Nach langen Diskussionen wird auf Antrag von Dr. *Müller* beschlossen, in etwa zwei bis drei Wochen eine Sitzung des erweiterten Landesausschusses in Nürnberg oder Bamberg zu halten. Auf der Tagesordnung soll vor allem die Wahl des endgültigen Landesvorstandes stehen. Nähere Einzelheiten sollen auf der nächsten Sitzung des Landesausschusses beschlossen werden.
Im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit wird auf die übrigen Punkte der Tagesordnung nicht mehr eingegangen. Dr. *Müller* schließt die Sitzung um 20.20 Uhr.

Nr. 10

Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 14. März 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Antrag der Oberpfalz, eingebracht durch Herrn Staatsrat Schäffer, Frau Deku als Vertreterin der Oberpfalz in das Vorparlament zu entsenden
2. Stellungnahme zum Brief von Herrn Dr. Rindt, Augsburg, an den Ministerpräsidenten
3. Stellungnahme zum 1. Mai als Feiertag
4. Frage, ob die Landkreiswahlen verschoben werden sollen, weil der 28. April der Weiße Sonntag ist
5. Frage der Errichtung eines Jugendreferats im Kultusministerium
6. Stellungnahme zum Säuberungsgesetz
7. Einberufung eines erweiterten Landesausschusses für den 31. März
8. Anträge des Herrn Staatsrats Schäffer vom 11. Februar

Tagungsort: München, Kanzlei Josef Müller, Gedonstraße 4

Anwesend:[2] Eichhorn, Horlacher, Hundhammer, Jaeger, Krehle, Lacherbauer, von Miller, J. Müller, F. Schäffer, A.W. Schmidt, Schwingenstein, Steber; als Gäste: Baumgartner, L. Hagenauer; ferner: Käss

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Schriftführer: Jaeger, A.W. Schmidt

Dr. *Müller* eröffnet die Sitzung[3] um 16.50 Uhr. Die Tagesordnung wird folgendermassen festgelegt: [...][4]
Zu Punkt 1:
Dr. *Hundhammer* äußert Bedenken gegen die Benennung von Frau *Deku*, da der Sitz im Vorparlament in erster Linie der Vorsitzenden des Frauenausschusses, Frau *Hahn*, zustehe und Frau *Deku* erst seit fünf Jahren in Bayern ist. Auch Dr. *Baumgartner* spricht sich für Frau *Hahn* aus. Staatsrat *Schäffer* schlägt vor, beide ins Vorparlament zu entsenden. Dr. *Müller* führt aus, daß es sich nicht um die Besetzung der drei bisher unbesetzten, aber der CSU zustehenden Sitze im Vorparlament handle, sondern um einen vierten, derzeit vakanten Sitz, für den der Ministerpräsident [*Wilhelm Hoegner*] Frau *Deku* schon halbe Zusagen gemacht habe. Dr. *Hundhammer* schlägt vor, im Einvernehmen mit Frau *Hahn* zu handeln. In diesem Sinne wird Einverständnis erzielt.
Zu Punkt 2:
Dr. *Müller* verliest Brief von Herrn Dr. *Rindt*, Augsburg, an den Ministerpräsidenten vom 7. März 1946. Dr. *Horlacher*, Dr. *Hundhammer* und Staatsrat *Schäffer* sind gegen

---

1 Laut Wortlaut des Protokolls. Ferner waren vorgesehen, gelangten aber nicht zur Besprechung: "9. Vorschlag zur Arbeitsweise der Partei- und Arbeitsausschüsse; 10. Zwischen-Zonen-Verbindungsausschuß (Anmeldung der Partei innerhalb der Zonen)."

2 Laut Anwesenheitsfeststellung im Protokoll. Der unter "ferner" Genannte wurde anhand des Protokolltextes ermittelt.

3 Die Sitzung war bereits für den 8. März 1946 vorgesehen, wurde jedoch mit Schreiben vom 8. März 1946 auf den 14. März 1946 verschoben. Vgl. ACSP, CSU-Landesausschüsse, 14. März 1946, Schreiben des Landessekretariats der CSU in Bayern, A.W. Schmidt, an die "verehrlichen Mitglieder des (vorläufigen) Landesausschusses" vom 5. März 1946 bzw. vom 8. März 1946.

4 Die an dieser Stelle festgehaltene Tagesordnung ist von Punkt 1 bis 8 oben wörtlich wiedergegeben, zum Wortlaut der weiterhin vorgesehenen Punkte 9 und 10 vgl. Anm. 1.

offizielle Stellungnahme zu diesem Brief. Staatsrat *Schäffer* und Dr. *Lacherbauer* sprechen sich dafür aus, prinzipiell Herrn Dr. *Rindt* zu decken. Dr. *Eichhorn* erklärt, man solle öffentlich für Leute wie Dr. *Rindt* eintreten.
Staatsrat *Schäffer* führt eine Reihe von Fällen auf, in denen Angehörigen der Union seitens der Regierung ungerechte Behandlung zuteil wurde: Landrat *Maier* aus Dingolfing, Landrat *Werkmeister* von Münchberg ("Rote Flut" im Rundschreiben), Landrat von Roding ("Königlich Bayerischer Hauptmann" auf Visitenkarte), Straubing, wo alles abgesetzt[5] wurde, Fall Günzburg, wo der Bürgermeister vor das Militärgericht kam und Stadtkämmerer *Riemer* abgesetzt wurde, Direktor *Martin*, Bayerische Versicherungskammer, Dr. *Klug*, l. Vorsitzender des Versorgungsverbandes Bayerischer Gemeinden, Absetzung der zwei Bürgermeister von Burgkunstadt. Innenminister *Seifried* habe gesprächsweise erzählt, daß die Absetzungen im Anschluß an die Anwesenheit der Vertreter des Internationalen Gewerkschaftskongresses vor sich gegangen seien.
Dr. *Müller* berichtet, daß die Denunziationen der Militärregierung in gedruckter Form übergeben wurden, er selbst sei wegen Karlstadt bei *Seifried* gewesen und halte es für unzweckmäßig, wenn von verschiedenen Seiten zu *Seifried* gegangen würde, bevor die Union die Gesamtzahl der Fälle vortrage. Das Material müsse erst gesammelt werden.
Dr. *Baumgartner* weist darauf hin, daß das Kultusministerium lauter unwiderrufliche Beamte anstelle und daß sieben von acht Kreisschulräten der SPD angehörten. *Schäffer* schlägt vor, an alle Kreisverbände zu schreiben, damit sie Material senden. Dr. *Müller* hält es für besser, die Bezirksverbandvorsitzenden persönlich zu verständigen und möglichst wenig zu korrespondieren. Hierüber herrscht allgemeines Einverständnis.
Zu Punkt 3:
Über die von Dr. *Müller* und Dr. *Hundhammer* vertretene Ansicht, sich an den Feiern des 1. Mai, falls solche gehalten werden, möglichst nicht zu beteiligen, wird Einverständnis erzielt.
Zu Punkt 4:
Dr. *Müller* spricht sich gegen eine Verlegung der Wahlen vom 28. April aus. Hierüber herrscht Einverständnis.
Zu Punkt 5:
Franz Steber berichtet, daß im Kultusministerium ein Jugend-Referat gegründet werden soll. Hierfür sei Landrat *Strauß* von Schongau vorgesehen. Dr. *Eichhorn* vertrat den Standpunkt, daß man die Jugenderziehung in den Händen der kirchlichen Institutionen belassen soll und es keineswegs notwendig wäre, daß sich das Kultusministerium damit beschäftige. Man schaffe dafür nur einen Posten, von dem man auf die Dauer nicht wisse, wie er besetzt bliebe. Dr. *Horlacher* und Dr. *Baumgartner* vertraten aber die Meinung, daß, wenn schon beabsichtigt wäre, ein diesbezügliches Referat zu besetzen, wir durchaus positiv Stellung nehmen sollten, wenn es durch einen Mann von uns erfolge. *Müller* bestätigt, daß *Strauß* ein aktiver Mitarbeiter sei. *Lacherbauer* weist darauf hin, daß es sich hier um eine Position handle, die in erster Linie den Vertretern des Humanismus ein Podium schaffen solle.

[5] In der Vorlage: "angesetzt".

Die anschließende sozialpolitische Diskussion über die Lage der Jugend brachte noch verschiedene Einzelheiten.

Zu Punkt 6:

Dr. *Müller* betrachtet das Säuberungsgesetz als Basis für die Weiterentwicklung. Dr. *Baumgartner* berichtet, daß sich in Unterfranken Tendenzen der KPD zeigen, alle Vorsitzenden der Spruchkammern zu stellen. Dr. *Lacherbauer* stellt fest, daß das Gesetz Tatsache ist. Die Konstanten im Verfahren seien der Vorsitzer und der Ankläger. Das Säuberungsgesetz sei das sozial wichtigste Gesetz, das je dem deutschen Volk vorgelegt worden sei. An die Mitglieder der Spruchkammern würden hohe Anforderungen gestellt. Sie müßten als Antifaschisten bekannt sein. Dr. *Horlacher* weist darauf hin, daß im KZ 80% der Insassen Arbeiter waren, während in den Anhaltelagern der Militärregierung 80% Angehörige der geistigen Berufe wären. Dr. *Baumgartner* meint, die Amerikaner wünschten eine neue Gesellschaftsschichtung in Deutschland. Dr. *Müller* hält es für wichtig festzustellen, wer von den Mitgliedern der Union wirklich unbelastet ist.

Staatsrat *Schäffer* berichtet den Fall eines Landkreises mit 60.000 Einwohnern. Nach dem Säuberungsgesetz seien in diesem Kreis etwa 40.000 Fragebogen einzureichen, 10.000 Fälle seien durch die Spruchkammern zu schleusen. Der Ausschuß nach Gesetz Nr. 8 habe in diesem Kreis in einem halben Jahr 500 Fälle erledigt. Der Ausschuß gelte als mustergültig. Man könne sich leicht ausrechnen, wie langwierig die Säuberung sei.

Dr. *Lacherbauer* berichtet, daß vorerst Gesetz Nr. 8 weiter gilt, bis die Durchführung des Säuberungsgesetzes stattfindet. Dieses Gesetz sei unterzeichnet, aber nicht verkündet. Dr. *Müller* schlägt vor, offiziell keine positive Stellung zu nehmen, jedoch das Gesetz als Tatsache und Basis der Weiterarbeit zu betrachten. Dr. *Baumgartner* weist auf die Bedeutung des Anhangs zu diesem Gesetz hin. *Franz Steber* bemerkt, daß in einem halben Jahr eine neue Situation entstanden sein könne.

Die Anwesenden schließen sich der Auffassung Dr. *Müllers*, offiziell keine Stellung zu nehmen und das Gesetz als Basis der Arbeit zu betrachten, an.

Zu Punkt 7:

Dr. *Müller* berichtet, daß Unterfranken noch nicht organisiert sei, während München, Oberfranken und Schwaben nächste Woche konstituiert werden. Er schlage vor, auf den 31. März einen erweiterten, das heißt den eigentlichen Landesausschuß einzuberufen. Es gelte vor der Festlegung der Tagesordnung den Schlüssel für die Abstimmungsberechtigung zu bestimmen. Dr. *Müller* verliest einen Antrag des Stadtverbandes Nürnberg-Fürth, nach dem dieser Stadtverband die gleichen Rechte wie der Stadtverband München erhalten soll. Er befürwortet diesen Antrag. Auch Dr. *Horlacher* spricht sich für diesen Antrag aus. Staatsrat *Schäffer* weist darauf hin, daß von jeher selbständige, gleichberechtigte Verbände für Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben und für die Städte München, Nürnberg und Augsburg geplant gewesen sind. Für die Stimmberechtigung sei die Grundlage allein durch die Satzungen bestimmt. Dr. *Hundhammer* schließt sich der Auffassung an, daß bis zur Fertigstellung endgültiger Satzungen nach den eingereichten Satzungen verfahren werden muß.

Dr. *Käss* weist darauf hin, daß es vorerst nicht möglich sei, eine Landesversammlung abzuhalten. Dr. *Müller* vertritt ebenfalls die Auffassung, daß vorerst nur eine Landesausschußsitzung durchführbar ist. Jeder Bezirksverband solle fünf stimmberechtigte Vertreter entsenden.

Staatsrat *Schäffer* erklärt: Dies führt zu keiner Lösung. Die Satzung ist beschlossen und der Militärregierung vorgelegt. Gewiß sollen die Bezirksverbände möglichst selbständig sein und die drei Städte, die immer eine solche Stellung gehabt haben, ihnen gleichgestellt werden. Aber Augsburg und Niederbayern kann man nicht auf eine Stufe stellen, denn Niederbayern bringt der Union 300.000 Stimmen. Augsburg habe aber nicht einmal 300.000 Einwohner. Wenn ich Satzungen beschlossen habe, bin ich daran gebunden. Man kann am 31. März neue Satzungen annehmen, aber jeder Beschluß gegen die Satzungen ist ungültig.
Dr. *Müller* berichtet, daß er Herrn Landgerichtsrat *Schneider*, der außerhalb der inneren Spannungen der Union stehe, mit der Ausarbeitung von Satzungen beauftragt habe. Dr. *Horlacher* erklärt, die bisherigen Satzungen seien reine Formalität, von ihnen könne man nicht ausgehen. Eine Aufstellung der Vertreter durch die Landkreise, wie sie für die Landesversammlung vorgesehen sei, genüge bei einer großen Partei nicht. Der Bauernverband mische sich nicht in die Politik ein, aber er kümmere sich um die Zusammensetzung der Parteien, denen seine Wähler angehören.
Dr. *Müller* zeigt die Alternative auf, sich auf ein bestimmtes Stimmrecht zu einigen, oder aber den erweiterten Landesausschuß einen neuen Beschluß fassen zu lassen.
Dr. *von Miller* stellt fest, daß die Statuten da seien, aber wir vorerst keine Landesversammlung durchführen können, deshalb sei eine Zwischenlösung unbedingt erforderlich. Staatsrat *Schäffer* sieht die Notwendigkeit einer Zwischenlösung ein und stimmt der Auffassung zu, daß vorerst nur ein erweiterter Landesausschuß tagen kann. Aber es stehe nicht die Zwischenlösung zur Frage, sondern das Stimmrecht. Die Satzungen seien gegenüber der Besatzungsbehörde eingereicht und schon deshalb verbindlich. Man müsse sie analog anwenden. Das Abstimmungsrecht müsse im Verhältnis zur Einwohnerzahl stimmen.
Dr. *Horlacher* erklärt, die Satzungen sind nur Formsache. Sie waren nie ernstlich gemeint. Vorerst ist nichts anderes möglich, als daß je fünf Vertreter der Regierungsbezirke und der drei großen Städte stimmberechtigt sind. Niemand hat den Inhalt der Satzungen gekannt, als sie beschlossen wurden. Sie galten nur als Voraussetzung der Anerkennung der Partei durch die Militärregierung. Dr. *Müller* wurde seinerzeit einstimmig gewählt. Deshalb bleibt er solange im Amt, bis eine Landesversammmlung zusammenkommt.
Dr. *Müller* stellt den Antrag:

> Es wird eine Landesausschußsitzung für Sonntag, den 31. März, nach Bamberg einberufen.

Staatsrat *Schäffer* erklärt: Wir können keinen solchen Ausschuß einberufen. Ich stoße mich an dem Ausdruck "Landesausschuß". Dr. *Horlacher* schlägt die Formulierung "erweiterter Landesausschuß" vor.
Dr. *Hundhammer*: Als Vorsitzender von Oberbayern erkläre ich ausdrücklich, daß ich, wenn nicht nach der Satzung verfahren wird, die Beschlüsse nicht anerkenne.
Dr. *Müller* verliest daraufhin Brief des zweiten Vorsitzenden von Oberbayern, Herrn *Schweiger*, an ihn vom ... 1946.
Dr. *Hundhammer* erklärt, daß er auf seinem Standpunkt bestehen bleibt und sich mit der Frage dieses Briefes gesondert befassen werde. Dr. *Müller* erklärt, wir seien nicht beim Herrn *Hitler* angelangt. Was Dr. *Hundhammer* ihm zurückgibt. Daraufhin verabschiedet sich Dr. *Hundhammer* um 18.35 Uhr, weil er noch in einer Versammlung sprechen muß.

Staatsrat *Schäffer* bedauert es menschlich, daß, wenn der Vorsitzende von Oberbayern zur Sache spricht, man ihm einen solchen Brief vorhält. Dr. *Müller* erklärt, *Hundhammer* habe als 1. Vorsitzender gesprochen. Deshalb habe er ihm ein Schreiben des 2. Vorsitzenden vorgehalten, das er gestern erhalten habe. *Hundhammer* negiere ihn. Beim Mittagessen des Bezirksverbandes Oberbayern sei er angepöbelt worden, daß er irgendwelches belastendes Material über *Schäffer* dem CIC übergeben habe. Er sei bereit, hierüber eine ehrenwörtliche Erklärung abzugeben, aber er verlange, daß sein Wort und seine Ehre auch geschützt seien. In Oberbayern habe eine zufällig beschickte Versammlung gewaltmäßig zur Wahl von Dr. *Hundhammer* geführt. Außerdem sei er zur letzten Tagung von Oberbayern nicht eingeladen worden.
Staatsrat *Schäffer* stellt fest, daß er erst ab 14 Uhr auf der oberbayerischen Sitzung anwesend war. Er müsse annehmen, daß Dr. *Müller* sagen wolle, er erkenne Dr. *Hundhammer* als Vorsitzenden von *Oberbayern* nicht an. Er stelle fest, daß *Müller* und er bei der ersten konstituierenden Sitzung von Oberbayern gemeinsam teilgenommen hätten und daß die oberbayerischen Vertreter vollkommen geschlossen gewesen wären. Der ganze Vorstand sei gewählt worden, nur die Stelle des 2. Vorsitzenden sei frei geblieben, um sie später durch einen Vertreter des Bauernverbandes zu besetzen.
Dr. *Müller* verliest den Brief des evangelischen Pfarrers *Walter von Kemmeten* aus dem Landkreis Dachau vom ... 1946 an ihn.
Dr. *Horlacher* erklärt, daß er Dr. *Hundhammer* als Vorsitzenden von Oberbayern anerkenne, aber man müsse fragen, wie der Verband Oberbayern aussehe. Es seien nur drei Landwirte und kein Vertreter des Bauernverbandes zugegen gewesen.
Nun läßt Dr. *Müller* über seinen Antrag abstimmen. Dagegen ist nur Staatsrat *Schäffer*.
Dr. *Müller* stellt folgenden Antrag:

> Beim Landesausschuß haben die Bezirksverbände je fünf Stimmen. Dem Antrag des Kreisverbandes für den Stadtbezirk Nürnberg-Fürth auf Zubilligung von fünf Stimmen wird stattgegeben.

Staatssekretär *Krehle* spricht sich dafür aus, auch Augsburg besonderes Stimmrecht zu geben.
Staatsrat *Schäffer* erklärt, daß er diesen Beschluß nicht anerkennen könne. Dr. *von Miller* erklärt, es sei klar, daß dies keine ganz gerechte Lösung sei. Entweder müsse man allen Verbänden gleiches Stimmrecht geben oder man müsse grundsätzlich differenzieren. Dr. *Lacherbauer* ist der Auffassung, daß der jetzige Landesausschuß nur eine Geschäftsführung mit oder ohne Auftrag ausführe. Dr. *Horlacher* erklärt, die große Mehrheit sei für den Antrag, die Minderheit nehme nur aus persönlichen Gründen dagegen Stellung. *Von Miller* betont, daß *Schäffer* seine Ansicht stets begründet hat. *Schäffer* verlange analoge Anwendung der Satzung, also Differenzierung des Stimmrechts, während er für gleiches Stimmrecht sei.
Dr. *Eichhorn* erklärt: Wenn wir in München das Beispiel des persönlichen Streites geben, zerbricht eines Tages die Union. In den Kreisen der Bayerischen Volkspartei habe man einen guten Magen, bei den anderen Kreisen kann man das nicht verlangen. Wenn wir eine Landesversammlung mit 200 Leuten veranstalten, wiederholt sich der Streit. *Schäffer* und *Lacherbauer* sprechen sich dafür aus, daß Nürnberg und Augsburg die Rechte von Bezirksverbänden erhalten, aber sie sollen nicht so viel Stimmen wie die übrigen Bezirksverbände bekommen.

Dr. *Müller* formuliert seinen Antrag neu:

Der Bezirksverband für den Stadtverband Nürnberg-Fürth erhält die Rechte eines Kreisverbandes, ebenso der Bezirksverband Augsburg-Stadt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.
Dr. *Horlacher* stellt den Antrag:

Nürnberg-Fürth erhält die gleiche Stimmenzahl wie München.

Dr. *Horlacher* begründet den Antrag damit, daß man die Stimmenzahl der Städte noch nicht kenne. Staatsrat *Schäffer* betont, daß die Satzung es nicht auf die Stimmen, sondern auf die Einwohnerzahl abstellt. Gleiches Stimmrecht sei ungerecht, da Niederbayern 300.000 Stimmen, Augsburg aber nur 100.000 Einwohner habe.
Es wird über den Antrag *Horlacher* abgestimmt. Dagegen sind *Schäffer* und *Lacherbauer*.
Staatssekretär *Krehle* stellt den Antrag:

Augsburg erhält drei Stimmen.

Bei der Abstimmung enthalten sich *Schäffer* und *Lacherbauer* der Stimmen.
Dr. *Müller* erklärt: Ich brauche eine Basis für meine Arbeit. In Franken besteht die Notwendigkeit, daß die Union sich nicht mit der BVP identifiziert, sonst gehen die jungen evangelischen Geistlichen zu den Demokraten. Als Kennzeichen dafür, daß die Union eine neue Partei ist, gilt allgemein, daß von Herrn *Schäffer* kein Führungsanspruch erhoben wird. *Schäffer* erhebt ihn aber offenkundig. Deshalb ist Neuwahl des Vorsitzenden oder des Vorstandes erforderlich, oder die Bestellung eines Wahlausschusses, der eine Neuwahl vorbereitet. Dr. *Horlacher* betont, daß der vorläufige Vorsitzende eine Rückendeckung braucht. Auf die Tagesordnung gehöre der Punkt "Bestätigung der Wahl des vorläufigen Vorsitzenden". *Von Miller* meint, da es sich um eine Zwischenlösung handelt, solle man durch den besser legitimierten Ausschuß einen weiteren Vorstand wählen lassen. Dr. *Müller* spricht sich für einen Beirat aus, da wir über München hinauswachsen müssen.
Dr. *Horlacher* stellt den Antrag:

Bestätigung der Wahl des vorläufigen Vorsitzenden.

Dr. *von Miller* stellt den Antrag:

Wahl des vorläufigen Vorsitzenden und eines ihn unterstützenden Beirats.

Dr. *Horlacher* betont, daß er sehr gemäßigt sei. Eigentlich müsse er beantragen, daß der Beirat durch zehn Vertreter der Landwirtschaft und je sechs Vertreter der Arbeiterschaft und des Gewerbes verstärkt werden müsse, doch halte er diesen Antrag vorerst noch zurück. Dafür aber müsse er verlangen, daß am vorläufigen Gremium nicht so viel geändert werde.
Horlacher und *von Miller* einigen sich auf den Antrag:

Bestätigung der Wahl des vorläufigen Vorsitzenden.

Dr. *Lacherbauer* ist für einen Vorstand aus zehn Köpfen, darunter Dr. *Müller*. Dr. *von Miller* wünscht, daß der jetzige Ausschuß abtritt. Dr. *Eichhorn* meint, München müsse stark vertreten sein, sonst gebe es einen Diktator. Dr. *Müller* weist darauf hin, daß in ein paar Monaten eine Landesversammlung zusammentreten kann. Eine Landesvor-

standschaft müsse Rücksicht nehmen auf alle Strömungen der Union. Das gehe aber noch nicht. *Krehle* meint, dieser Ausschuß dürfe nicht verschwinden.
Dr. *Müller* formuliert zwei Anträge:

1. Bestätigung der Wahl des vorläufigen Vorsitzenden,
2. Erweiterung des vorläufigen Ausschusses um 15 Mann.

Schäffer fordert satzungsgemäß Neuwahl. Dr. *Horlacher* erklärt: Wir sind die ersten Gründer der Union, wir haben unsere Fragebogen hergeben müssen, der Münchner Ausschuß soll die Beratung der laufenden Angelegenheiten haben, bei politischen Fragen solle er durch Landesvertreter erweitert werden.
Bei der Abstimmung über den Antrag 1. stimmt *Schäffer* dagegen.
Der Antrag 2. wird neu formuliert:

> Erweiterung des vorläufigen Arbeitsausschusses durch Aufnahme der Kabinettsmitglieder (Minister und Staatssekretäre).

Bei der Abstimmung enthält sich *Schäffer* der Stimme.
Dr. *Müller* schlägt als weitere Tagesordnung für Bamberg vor: Berichte der Bezirksverbände und der Ausschüsse. Referenten und Jugendausschuß werden eingeladen, haben aber kein Stimmrecht. Die Statuten sollen durch besonderen Ausschuß bestimmt werden. Dr. *Horlacher* schlägt eine allgemeine politische Aussprache vor. Die Vorschläge werden angenommen.
Zu Punkt 8:
Dr. *Müller* fragt, ob eine Diskussion über das Verhältnis *Schäffer/Müller* gewünscht wird. *Schäffer* legt keinen Wert darauf. Daraufhin tritt man in die Besprechung des Verhältnisses zwischen Staatsrat *Schäffer* und den Vertretern des Bauernverbandes ein.
Dr. *Horlacher* stellt fest, der Bauernverband mische sich nicht in Politik ein. Die Rosenheimer Rede Dr. *Schlögls* sei dessen Privatsache und gehe den Bauernverband nichts an. Er bitte über die Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen. Bei der Sitzung von Oberbayern habe man Vorwürfe gegen nicht Anwesende erhoben. Es wäre fair gewesen, Herrn Dr. *Schlögl* anzurufen. Die Union habe sich nicht in Angelegenheiten des Bauernverbandes einzumischen.
Es kommen zur Verlesung: Schreiben des Stadtverbandes München vom 11. März, unterzeichnet durch *von Miller* und *Eichhorn*; Schreiben des Bezirksverbandes Oberbayern vom 8. März, unterzeichnet von Dr. *Hundhammer*; Schreiben des Herrn Dr. *Schlögl* vom 12. März und Schreiben des Herrn Dr. *Rindke* vom 13. März
Dr. *Horlacher* stellt den Antrag:

> Die Schreiben werden zur Kenntnis genommen, und es wird zur Tagesordnung übergegangen.

Staatsrat *Schäffer* stellt den Antrag:

> Die Anträge Oberbayern und München werden dem Unionsmitglied *Schlögl* zur Kenntnis gebracht. Der Ausschuß gibt sein Befremden insbesondere darüber zum Ausdruck, daß Herr *Schlögl* sich nicht veranlaßt gesehen hat, die Presseangriffe richtigzustellen. Angriffe dieser [sic!] Öffentlichkeit gegen Parteifreunde haben zu unterbleiben. Bei Wiederholung wird von den disziplinären Möglichkeiten Gebrauch gemacht werden.

Dr. *Horlacher* betont, daß auch in früheren Zeiten Gegensätze öffentlich ausgetragen wurden, so zwischen *Heim* und *Schirmer*.
Dr. *Müller* verliest Stellen des Protokolls von Plattling, insbesondere über die Rede *Schäffers*, den Antrag *Lobinger* und die Ausführungen von Landrat *Bickleder*[6]. Er betont, daß *Schlögl* offen gesprochen habe, wenn es auch besser gewesen wäre, das eine oder andere nicht zu sagen. Er ziehe einen offenen Gegner vor. Man solle zur Tagesordnung übergehen.
Dr. *Lacherbauer* erklärt, er kenne den Sachverhalt nicht. Diskussionen, die persönlich oder sachlich bestehen, dürfen nicht in öffentlichen Reden ausgetragen werden. Dadurch werde keine Läuterung erreicht. Er schließe sich dem Antrag *Schäffer* an. Dr. *Horlacher*: Ich bleibe bei meinem Antrag. Ich müßte sonst ins einzelne gehen. In der Demokratie gibt es kein Maulkorbgesetz! Ich behalte mir immer das Recht vor, politisch weittragende Auseinandersetzungen zu erörtern. Das Leben in der Partei darf nicht erstickt werden.
Dr. *Müller*: Wir sind eine Partei, die in etwa den Demokraten in Amerika gleichen wird, daher haben wir Sozialisten und Konservative in unseren Reihen. Wir brauchen sachliche Diskussion, auch in öffentlichen Versammlungen. Natürlich dürfen keine Ehrenkränkungen vorkommen.
Es wird über den Antrag *Horlacher* abgestimmt. Dagegen sind *Schäffer* und *Lacherbauer*, der Stimme enthalten sich *Eichhorn*, *von Miller* und *Steber*.

Ohne Eintritt in Punkt 9 und 10 der Tagesordnung wird die Sitzung um 20 Uhr geschlossen.

[6] In der Vorlage: "Pichleder".

Nr. 11

Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 29. März 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Anträge für die Bamberger Tagung der CSU:
   a) Personalpolitik der Regierung Hoegner
   b) Aufstellung eines Parteiprogramms und einer Satzung
   c) Schiedsgerichtsordnung
   d) Wahl der Landesvorstandschaft
   e) Festlegung der Stimmberechtigung der Bezirksverbände
   f) Bestätigung des Landesvorsitzenden
   g) Bildung eines Arbeitsausschusses
2. Sonstiges

Anwesend:[2] Eichhorn, Horlacher, Hundhammer, Krehle, Lacherbauer, J. Müller, F. Schäffer, Schwingenstein, Steber; ferner: L. Hagenauer, Koenig, A.W. Schmidt

ACSP, CSU-Landesausschüsse; Schriftführer: Koenig, A.W. Schmidt

Die Sitzung wurde von Dr. *Müller* um 8.45 Uhr eröffnet. Auf der Tagesordnung standen die Anträge für die Bamberger Tagung des erweiterten Landesausschusses der Union.

Zu dem ersten Antrag des Bezirkes Oberbayern, der sich gegen die kommunistischen Staatssekretäre in den Ministerien richtete, führte Dr. *Horlacher* aus, daß die Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei im Landwirtschaftministerium erfolge, um eine Opposition von dieser Seite aus zu verhindern. Die Frage der Bodenreform, wie sie jetzt für Bayern geplant sei, wurde mit Zustimmung der KPD geregelt.

Herr Dr. *Müller* betonte, daß für die Zusammensetzung der Regierung Ministerpräsident Dr. *Hoegner* verantwortlich sei.

Dr. *Hundhammer* bestand als Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern auf der Aufrechterhaltung des Antrages.

Als gemeinsamer Antrag der Bezirke Oberbayern und München wird die Aufstellung eines Parteiprogrammes und einer Parteisatzung gefordert.

Dr. *Müller* wies darauf hin, daß ein Arbeitsgremium in Bamberg zur Feststellung von Satzungen und Programmen gebildet werden soll. Eine gründliche Vorbereitung sei dafür notwendig und sämtliche Ausschüsse müßten dazu herangezogen werden. Die Vorbereitung dafür würde bereits von Fachjuristen getroffen werden.

Dr. *Horlacher* betonte, daß es verfrüht sei, feste Parteisatzungen zu schaffen, da die besten Kräfte noch fehlten.

Staatsrat *Schäffer* bestand auf der Beibehaltung fester Termine in dem gemeinsamen Antrag.

Generalstaatsanwalt *Hagenauer* äußerte, daß eine Schiedsgerichtsordnung erst nach der Parteisatzung geschaffen werden könne. Zunächst sei wohl ein Ehrengericht mög-

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.
[2] Laut Anwesenheitsliste. Die unter "ferner" Genannten wurden anhand des Protokolltextes ermittelt.

lich, das von Fall zu Fall zusammentrete, aber diese Zwischenlösung halte er für wenig zweckmäßig. Er müsse wissen, was gewünscht wird, bevor er die Aufgabe in Angriff nehme. Dafür sei auch notwendig, daß er zu den Satzungsverhandlungen zugezogen würde.
Dr. *Hundhammer* stellte die beiden Hauptgesichtspunkte der Ehrengerichtsbarkeit, persönliche ehrenrührige Handlungen gegen andere Parteimitglieder und parteischädigendes Verhalten, heraus.
Dr. *Horlacher* wandte sich gegen Diktaturbestrebungen innerhalb der Union.
Dr. *Hundhammer* wies darauf hin, daß die Ehrengerichtsbarkeit notwendig sei, um gegen Lügen und Flüsterpropaganda vorgehen zu können. Die Frage sei nur, ob ein Ehrengericht oder ein Schiedsgericht geschaffen werden soll.
Dr. *Eichhorn* hielt ein Ehrengericht auch ohne Parteisatzungen und Programme für möglich. Ein solches Parteigericht müsse alle Befugnisse eines Sühneverfahrens erhalten.
Dr. *Lacherbauer* ist der Auffassung, daß nur ein Schiedsgerichtsverfahren möglich sei.
Dr. *Horlacher* erklärte, daß er bei ehrenrührigem Verhalten die ordentlichen Gerichte in Anspruch nehmen werde. Er sammelt Material und will im entsprechenden Augenblick seine Maßnahmen ergreifen.
Abschließend wurde von Staatsrat *Schäffer* und Dr. *Hundhammer* auf Beibehaltung der Anträge mit festen Terminen und Vorlage bei der Bamberger Tagung bestanden.
Für die Wahl der endgültigen Landesvorstandschaft ist nach einem Antrag *Schäffer* der 5. Mai 1946 vorgesehen. An diesem Tage soll ein gewählter Landesausschuß zusammentreten. Dr. *Müller* betonte nochmals, daß die Partei sich immer noch im Stadium des Aufbaues befinde, der bis dahin nicht abgeschlossen sein könne. Er wolle vor allem eine Majorisierung vermeiden. Der Antrag *Schäffer* wurde trotzdem auf der Tagesordnung belassen.
Der Bezirksverband Niederbayern legt der Bamberger Tagung einen Antrag vor, den Beschluß des vorläufigen Landesausschusses der Union vom 8. Januar 1946 hinsichtlich der Festlegung des Stimmrechts als ungültig zu erklären.
Dr. *Müller* führt dazu aus, daß er mit der Militärregierung folgenden Antrag abgesprochen habe:

> Bei der Sitzung des erweiterten Landesausschusses haben die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Ober- Mittel- und Unterfranken je fünf Stimmen. Ferner werden als Bezirksverbände anerkannt und sind stimmberechtigt: Die Christlich-Soziale Union in München mit fünf Stimmen, in Nürnberg mit fünf Stimmen und in Augsburg mit drei Stimmen. Weiter sind stimmberechtigt die bisherigen Mitglieder des vorläufigen Landesausschusses:
> Dr. *Müller*, Dr. *von Miller*, Dr. *Eichhorn*, *Krehle*, *Schwingenstein*, Dr. *Lacherbauer*, Dr. *Schäffer*, Dr. *Hundhammer*, *Steber*, Dr. *Horlacher*, Dr. *von Eicken*.
> Schließlich haben Stimmrecht die der Union angehörenden Mitglieder der Bayerischen Regierung
> Dr. *Baumgartner*, *Helmerich*, Dr. *Pfeiffer*, *Krehle*, *Ehard*.

Außerdem seien Anträge von Würzburg und Regensburg zu erwarten, diese Städte als Bezirksverbände anzuerkennen und ihnen je drei Stimmen zuzubilligen.
Dr. *Schäffer* und Dr. *Hundhammer* wandten sich gegen das Stimmrecht der Stadtkreise, wobei Dr. *Hundhammer* die Notwendigkeit eines legalen Aufbaues der Partei

betonte, der nur über die Kreisverbände gehen könne und daher nur 48 Stimmen umfassen dürfte.
Dr. *Horlacher* verlangte die Berücksichtigung weitester Kreise beim Aufbau der Organisation sowie der Gründungsmitglieder, die den Weg zur einheitlichen Ausrichtung vorbereitet hätten. In diesem Punkte müsse man über die Satzung hinausgehen.
Dr. *Schäffer* ersuchte zu Protokoll zu nehmen: Dr. *Horlacher* erkennt die Satzung nicht an.
Dr. *Müller* verwies auf die beiden Rechtsgrundlagen. Die Landessatzung und die Ermächtigung der Militärregierung. Er wird ein Rechtsgutachten vorlegen, aus dem die Rechtsgültigkeit des Antrages ersehen werden könne.
Dr. *Eichhorn* wies darauf hin, daß seit der Wahl *Schäffers* die Kreise der alten Bayerischen Volkspartei einen Auftrieb zeigten, der Bände spräche. München sei für die Union ein verlorener Platz. Man könne die Dinge in diesem Sinne nicht mehr weitertreiben lassen und er wird nicht nach Bamberg fahren, da es bei dem Kurs *Schäffer* den Protestanten unmöglich gemacht werde, mitzuarbeiten.
(Dr. *Eichhorn* verläßt die Sitzung, wird aber nach einiger Zeit von Dr. *Müller* wieder hereingeholt.)
Nach einer Auseinandersetzung zwischen Dr. *Horlacher* und Dr. *Lacherbauer* über die demokratische Grundlage des Antrages erfolgt die Abstimmung. Der Antrag wird mit fünf Stimmen gegen zwei bei zwei Stimmenthaltungen angenommen.
Dr. *Müller* legt ferner dem Ausschuß als weiteren Antrag vor:

> Dr. *Josef Müller* wird in Bestätigung des Beschlusses des vorläufigen Landesausschusses vom 17. Dezember 1945 durch den erweiterten Landesausschuß als Landesvorsitzender bestätigt.

Er führt dazu aus, daß er vermeiden wolle, vor den Großstadtwahlen und der Kandidatenaufstellung zur Landesversammlung einen offenen Konflikt heraufzubeschwören.
Dr. *Lacherbauer* betont, daß es sich nicht um eine Neuwahl, sondern nur um eine Bestätigung handeln könne, um eine neue Vertrauensbasis zu schaffen.
Die Abstimmung ergibt bei einer Stimmenthaltung zwei Stimmen dagegen und fünf Stimmen dafür. Der Antrag wird somit in Bamberg vorgelegt werden.
Weiter legt Dr. *Müller* den Antrag vor:

> Zur Unterstützung des Landesvorsitzenden bis zum Zusammentritt der Landesversammlung wird ein Arbeitsausschuß bestellt, bestehend aus den bisherigen Mitgliedern des vorläufigen Landesausschusses, den Kabinettsmitgliedern der Union und je einem von den Bezirksverbänden genannten Vertreter.

Der Antrag wird mit sechs gegen zwei Stimmen zur Vorlage in Bamberg angenommen.
Als letzter Antrag wird von Dr. *Müller* vorgelegt:

> Der bisherige erweiterte Landesausschuß tagt in Zukunft bis zur Bestellung eines Landesausschusses durch die Landesversammlung als der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union.

Der Antrag wird mit sechs Stimmen gegen zwei Stimmen zur Vorlage in Bamberg verwiesen.

Dr. *Müller* wies anschließend darauf hin, daß die Militärrregierung in Bamberg vertreten sein werde und daß dies in den politischen Diskussionen berücksichtigt werden müsse. Außerdem habe er auch Dr. *Pix* eigeladen, um diesem gegebenenfalls die Möglichkeit zu bieten, in die Diskussion einzugreifen.
Dr. *Schäffer* erklärte, wenn die Pressekampagne Gegenstand der öffentlichen Aussprache werde, verlassen er und seine Leute die Versammlung. Er wird dann ebenso öffentlich antworten.
Dr. *Horlacher* verwies darauf, daß er der Parteileitung in Bamberg einen Antrag vorlegen werde, der an Schärfe nichts vermissen lassen werde und endlich klare Verhältnisse schaffen dürfte.

Um 10.15 Uhr wird die Sitzung von Dr. Müller geschlossen.

Nr. 12

Tagung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 30. und 31. März 1946 in Bamberg

Tagesordnung:[1]
1. Begrüßung
2. Eröffnungsrede des vorläufigen Landesvorsitzenden
3. Stimmberechtigung[2]
4. Einberufung einer Landesversammlung
5. Müller-Schäffer Konflikt: Stellungnahmen der Kontrahenten
6. Bestätigung des Landesvorsitzenden
7. Bestellung eines Arbeitsausschusses und Erklärung des Erweiterten Landesausschusses zum Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union
8. Schaffung und Bestellung eines vorläufigen Parteischiedsgerichtes
9. Frauenvertreterinnen und Jugendvertreter[3]
10. Sonstiges

Tagungsort: Bamberg, Heinrichsaal

Anwesend:[4] E. Ammann, Arnold, Barth, Baumgartner, Bergsträsser, Blaser, Boehlke, Brandner, Bühner, Burges, Busch, Dahm, Detsch, Döppert, Dürr, Ehard, Etterer, Euerl, Falkner, Gassenmeyer, Gerathewohl, Gierl, Hahn, Haußleiter, Held, Helmerich, Herding, Heubl, Hönekopp, Holzer, Holzmann, Horlacher, Hundhammer, Imler, Jahn, Karpf, von Katzler, Klenk, Koenig, A. Konrad, Krehle, Krempl, Kroll, K.A. Kroth, Kübel, Lacherbauer, Lobinger, Mack, J. Maier, Messmer, Miesgang, von Miller, J. Müller, Muhler, Nerreter, Ortloph, Ott, Pfeiffer, Pflaum, Pix, von Prittwitz-Gaffron, Ramelsberger, Reiser, Rindt, Rinke, Rothermel, F.L. Sauer, F. Schäfer, F. Schäffer, Schlögl, A.W. Schmidt, Schweiger, Schwin-

---

1 Rekonstruiert anhand des Protokolltextes, da der tatsächliche Sitzungsverlauf der vorgesehenen Tagesordnung kaum entsprach. Laut Schreiben des Landessekretariats der CSU an die Bezirksverbände der Christlich-Sozialen Union, gez. A.W. Schmidt, vom 27. März 1946 (ACSP, CSU-Landesausschüsse, 30. und 31. März 1946) war folgende Tagesordnung vorgesehen:
"1. Bericht des vorläufigen Landesvorsitzenden über die Arbeit der vergangenen Monate. 2. Bericht der Bezirksvorsitzenden über die Arbeit ihrer Bezirksverbände. 3. Tätigkeitsbericht der Arbeits- und Parteiausschüsse. 4. Anträge des vorläufigen Landesausschusses: a) Die Wahl des vorläufigen Landesvorsitzenden durch den vorläufigen Landesausschuß in der Sitzung vom 17. Dezember 1945 wird bestätigt; b) Es wird ein Arbeitsausschuß der Christlich-Sozialen Union für das Land Bayern bestellt. Er besteht aus: a) den Mitgliedern des bisherigen vorläufigen Landesausschusses, b) den der Regierung angehörigen Mitgliedern der CSU (Minister und Staatssekretäre), c) den Vertretern der Bezirksverbände, die durch die Bezirksverbände namhaft zu machen sind. 5. Anträge der Bezirksverbände. 6. Stellungnahme zur Regierungspolitik und allgemeine politische Aussprache. 7. Sonstiges."
Das Schreiben ergänzte die unter dem 18. März 1946 verschickte Einladung zu dieser Sitzung, mit der auch die vom Vorläufigen Landesausschuß am 14. März beschlossene Regelung der Stimmberechtigung bekanntgegeben wurde (ACSP, CSU-Landesausschüsse, 30. und 31. März 1946). Mit Schreiben vom 26. März 1946 hatte das Landessekretariat den Bezirksverbänden einen Auszug des Protokolls der Sitzung des vorläufigen Landesausschusses vom 14. März, "Tagesordnungspunkt 7) Einberufung eines erweiterten Landesausschusses für Sonntag, 31. März 1946" übersandt (ACSP, NL Müller 10/1).

2 Während der Abstimmung zu diesem Thema ereignete sich der "Zwischenfall Messmer" (vgl. S. 86ff.), der die Sitzungsteilnehmer lange beschäftigte, als "Zwischenfall" jedoch nicht in die Tagesordnung aufgenommen wurde.

3 Die Behandlung dieses Themas wurde unterbrochen durch die Erörterung der Schäffer-Pix- und Schäffer-Horlacher-Konflikte.

4 Eine Anwesenheitsliste mit den Teilnehmern dieser Sitzung war nicht auffindbar. Die im folgenden genannten Teilnehmer wurden, soweit möglich, aus dem Protokolltext ermittelt.

genstein, Semler, Söllner, Speicher, Sporer, Steber, W. Stegerwald, F.J. Strauß, Stücklen, Ulrich, Weinberger, Weinkamm, G. Weinzierl, Weiss, Zöller

ACSP, Nachlaß Müller 10/1; Schriftführer: Söllner

Beginn: 30. März 1946, 16.45 Uhr.[5]

Dr. *Barth*: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde in der Christlich-Sozialen Union! Erlauben Sie mir, daß ich in meiner Eigenschaft als 1. Vorsitzender der Union im Bezirk Oberfranken einige Worte des Grußes außerhalb der Tagesordnung zu Ihnen spreche. Ich begrüße Sie zuerst herzlich in dem lieben, alten Bamberg, in dieser schönen, alten Stadt, die erfüllt ist von dem Reichtum unserer Kultur und die in diesem sinnlosen Kriege, der hinter uns liegt, Gott sei Dank in ihren wertvollsten Gütern nicht gelitten hat.
Wir alle hatten einen schönen Reisetag, es ist ein März-Sonnabend, wie man sich ihn schöner nicht wünschen kann. Wir sind hier zusammengekommen, um in dieser zweiten Landestagung der bayerischen Union wichtige Beschlüsse zu fassen. Wir sehen uns zwar von einer Stadt umgeben, die im Kriege nicht oder kaum gelitten hat, und wir tagen an einem sonnigen Frühlingstage. Aber dieses äußere Drum und Dran kann uns nicht über die Ernsthaftigkeit der Fragen hinwegtäuschen, die wir hier zu erörtern haben. Sie sind in unser Oberfranken gekommen, in eine Provinz, die die Folgen des unseligen Krieges vielleicht mehr spürt, als jeder andere Bezirk unseres Bayernlandes. Wir nehmen hier in unendlichen, langen Reihen die Flüchtlinge auf, die aus dem Sudetenland und zum Teil auch aus dem übrigen Osten vertrieben wurden. Wir sehen das entsetzliche Elend, in dem diese Ausgewiesenen zu uns kommen. Unsere Städte und unsere Dörfer bersten vor diesen Einquartierungen und manche menschliche Reibungen sind mit diesem unendlich dichten Zusammendrängen verbunden.
Dieser Gedanke an die Not, die täglich an uns vorüberzieht, lenkt unseren Blick hin zu dem Ganzen, zu der Not, in der sich das deutsche Volk insgesamt befindet.
Wir bekennen uns froh und freudig zur Union. In unseren Reihen haben sich Katholiken und Evangelische, kleine Bauern und Arbeiter, Mittelstand und, wie man sagt, die gehobenen Stände zusammengefunden, um hier nicht gegeneinander, sondern miteinander für das Ganze zu wirken. Und diesen Blick für das Ganze wünsche ich uns allen für diese Tagung. Das Schicksal, das wir erlitten haben, und die Not, die wir jetzt durchstehen müssen, erleben und erleiden wir nicht als Katholiken und nicht als Evangelische, nicht als Bayern, Rheinländer oder Thüringer, wir erleben sie als Deutsche. Wenn wir diesen Blick auf das gesamtdeutsche Schicksal richten, dann löst sich manche Frage, die so schwer erscheint, von vorneherein, denn in dem Blick auf das Ganze liegt auch bereits die Antwort, die dem Ganzen nutzt. In diesem Sinne wünsche ich unserer Tagung ein volles Gelingen.

(Beifall.)

Vorsitzender Dr. *Müller*: Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich eröffne die zweite Tagung des erweiterten Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union. Wir haben diese Tagung entsprechend einem Beschluß, der bei der ersten Tagung am 8. Januar dieses Jahres in München gefaßt wurde, nach Bamberg einberufen. Wir haben gut daran getan, nach Bamberg zu kommen, denn hier war die Union

[5] Das Protokoll trägt den Vermerk: "Übertragung aus dem Stenogramm".

schon im Anfangsstadium ihrer Gründung in Bayern zu Hause. Noch bevor sie anderswo eine Heimat erhielt, hatte sie eine Heimat hier in Bamberg. Aber auch die Geschichte Bambergs war immer so, daß jeder aus Bayern gerne nach Bamberg kommen kann. In Bamberg ist immer ein guter Zufluchtsort dann, wenn es irgendwo kriselt. Wir waren im Jahre des Heils 1918/19 schon hier zu Hause. Als damals sonst in Bayern eine Krisis herrschte, kam das Bayerische Parlament damals in diesem Raum zusammen. Hier tagte der Landtag, hier hatte damals die Regierung Unterschlupf gefunden, hier konnte sie ruhig zu arbeiten beginnen. Aber auch nachher zeigte sich immer wieder, daß in diesem Lande hier eine Aufgeschlossenheit für fortschrittliches neues Denken vorhanden war.
Wenn wir heute auf die Geschichte zurückschauen, werden wir großenteils doch der Auffassung sein, daß der Heros, der vor 1933 dem deutschen Volke vorstand, einen Heiligenschein trug, der nicht ganz berechtigt war. Damals wurde in weiten deutschen Gauen *Hindenburg* zum Reichspräsidenten gewählt, hier in Franken hat man damals *Marx* gewählt.

(Bravo!)

Wir können uns heute mit einigem Stolz daran erinnern, wenn wir uns so oft über die Schuldfrage unterhalten. War es nicht ein Kennzeichen dafür, daß damals das deutsche Volk doch wirklich den ehrlichen Willen hatte, einen Ausweg zu finden? Man hätte vielleicht energischer vorgehen sollen, vielleicht hätte *Marx* energischer kämpfen sollen. Man hätte vielleicht den Kampf vorverlegen und die Entscheidung in ein Stadium verlegen können, in dem der Kampf gegen den Nationalsozialismus, wie überhaupt gegen den übertriebenen Nationalismus, noch Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Es war ein Unglück, daß man damals die Entscheidung nicht gesucht hat. Man soll Entscheidungen dann, wenn sie in der Luft liegen, nicht unbedingt ausweichen. Klarheit muß herrschen, ein klarer Weg muß gefunden werden, wenn es auch manchmal schwer ist.
Ich sage das bewußt im Augenblick. Die Öffentlichkeit beschäftigt sich ja mehr mit uns, als vielleicht unbedingt notwendig wäre. Es ist fraglich, ob alles zweckmäßig war, was in dieser Zeit geschehen ist, aber eines ist sicher: Wir brauchen dem Kampf und den Auseinandersetzungen nicht auszuweichen. Wir werden den Kampf nach außen führen und uns auch intern über unsere Zielstellungen auseinandersetzen. Wir müssen uns eines Tages über unser Programm auseinandersetzen, wenn ich das einwerfen darf. Bisher haben wir ja nur Richtlinien oder Aufrufe. Es wird aber notwendig sein, daß wir klare Punkte entwickeln, daß wir klar sehen, wohin der Weg der Union in der Zukunft auf allen Gebieten, auf weltanschaulichem, staatspolitischem, gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiete gehen soll. Auch da können wir jetzt schon den Beginn in der Auseinandersetzung feststellen. Wir werden wahrscheinlich auch bei der politischen Aussprache, die wir in dieser Tagung haben, langsam beginnen müssen, diese Fragen aufzuwerfen. Bisher konnten wir die Arbeit den Ausschüssen überlassen. Wir müssen von ihnen Bericht bekommen. Wir müssen so langsam beginnen, die Arbeit der Ausschüsse auszuwerten.
Seit unserer letzten Tagung hat das Volk in Bayern sich für uns entschieden, zunächst allerdings nur das Landvolk. Es hat sich aber in einer solch starken Majorität entschieden - denn in den Mehrheitsstimmlisten liegen ja soundso viele Prozente noch für uns -, daß wir wirklich auf den Erfolg stolz sein können. Die Union hat den Erfolg bekommen, obwohl sie noch nicht einmal das Programm entwickelt hat. Sie hat den

Erfolg, weil die Menschen fühlen, daß hier ein Weg gegangen wird, der aus dem hoffnungslosen Dasein herausführen wird, daß hier ein Weg zur Gesundung des deutschen Volkes gefunden wird.
Der Wirtschaftsaufbau steht bestimmt im Vordergrund, wenn wir an das Materielle, an unsere Existenznotwendigkeit denken. Wichtiger aber als der Wirtschaftsaufbau ist der moralische Aufbau des deutschen Volkes. Da wird die Union einsetzen müssen, da wird die Besonderheit der Union gegenüber den anderen Parteien liegen müssen. Das war wohl auch einer der Hauptgründe dafür, daß wir versucht haben, alle Kreise zu sammeln, die mit uns die gleiche Basis für das Staats- und Wirtschaftsleben anerkennen, nämlich das christliche Sittengesetz. Wir wollen alle sammeln, die sich verantwortlich fühlen vor Gott, denn darin unterscheiden wir uns von den Despoten der Vergangenheit, den großen und den kleinen. Sie hatten sich losgelöst von der Verantwortlichkeit gegenüber Gott. Wir wollen alle sammeln, die bewußt diese Verantwortlichkeit anerkennen. Wir müssen aber einen Kerntrupp in dieser Sammlung haben. Die Kerntruppe für diese Sammlung muß sich aus den Menschen rekrutieren, die dieses christliche Sittengesetz absolut klar und eindeutig anerkennen. Infolgedessen können wir stolz darauf sein, daß es bis jetzt gelungen ist, katholische und evangelische Christen zu einer Einheit im politischen Handeln und Denken zusammenzubringen. Es war kein Problem mehr und es bleibt hoffentlich in der Zukunft auch so, wie es bis jetzt war und im Augenblick ist, daß diese Schwierigkeiten überwunden sind. Wir wollen hier dazu beitragen, daß es kein Problem mehr werden wird.
Die Bayern haben uns nach meinem Empfinden aber auch deshalb gewählt, weil sie von uns erwarten, daß sie ihre Ruhe bekommen. Man will nach all den Erlebnissen der Vergangenheit zu einer ruhigen Gesundung kommen. Man will eine Ausgeglichenheit im persönlichen und im Staatsleben haben. Diese Ausgeglichenheit erwartet man mit Recht von uns, die wir das christliche Sittengebot, das 1. Gebot Christi, das Sozialgebot "Liebe Deinen Nächsten wie dich selbst", anerkennen.
Darüber hinaus erwartet man von uns, daß wir dem Volke zum Recht verhelfen. Es ist nicht damit getan, daß man nur die Macht hat im Staate. Es können Machthaber dasein, die sich auch dann durchsetzen, wenn sie in der Minorität sind, das hat die Vergangenheit gezeigt. Wir werden als Union wahrscheinlich die Majorität haben. Aber auch dann wird es darauf ankommen, daß wir nicht einseitig die Macht ausnützen, sondern daß wir dann wirklich die Voraussetzung für eine gesunde Ordnung, eine gesunde Rechts- und Wirtschaftsordnung schaffen. Wir müssen auch in dieser Hinsicht uns hier klar werden.
Wenn dieser Weg gegangen wird, wird er uns zu praktischen Fragen führen. Wir müssen uns so langsam darüber klar werden: Wollen wir allein oder mit anderen zusammen Verantwortung übernehmen? Man könnte leicht der Auffassung sein, daß das Volk dann, wenn es sich so klar ausspricht, wie es bisher geschehen ist und wie es hoffentlich in der nächsten Wahl geschehen wird, will, daß wir allein die Regierung übernehmen sollen. Ich glaube aber, daß jeder denkende Mensch anerkennen muß, daß die Aufgabenstellungen der Gegenwart erfordern, daß man die Voraussetzung für eine ruhige und ordnungsmäßige Entwicklung auf möglichst lange Sicht schafft. Wir können uns hier in der politischen Debatte dann wohl darüber unterhalten, wie das auszuwerten ist, ob es in der praktischen Fragestellung dann so lautet, daß die Union willens sein wird, sich an einer Koalitionsregierung zu beteiligen oder nicht. Wir müssen die Frage noch nicht beantworten, aber es wird zweckmäßig sein, wenn wir uns auch darüber klar werden: Ist ein Wille dafür vorhanden? Sind die Voraussetzungen

dafür gegeben? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt werden, wenn wir nachher willens sein wollen, uns zu beteiligen. Es ist ja so, daß man in der Gegenwart oft rasch entscheiden, rasch handeln muß. Es ist nicht immer so, daß alle, die das Vertrauen der Bevölkerung haben, zusammengerufen werden können. Infolgedessen sollen wir die hier gegebene Gelegenheit wahrnehmen, um auch dafür Anregungen zu bekommen.

Weiter müssen wir uns darüber unterhalten, wie unsere Arbeit im einzelnen, rein praktisch, rein organisatorisch, gelöst werden soll. Diese Fragen stehen sogar in mancherlei Hinsicht im Augenblick im Vordergrund, denn wir sind in den Wahlkampf hineingegangen ohne eine Organisation, wir waren ja nur wenige Wochen vorher als Landespartei genehmigt worden. Wir hatten kein Sekretariat, wir konnten kaum Redner schicken. Nur da oder dort haben wir Flugblätter hinausgegeben, aber nicht annähernd so viele, als man früher hinausgegeben hätte oder vielleicht auch, als die Konkurrenz hinausgegeben hat. Jetzt aber wird es darauf ankommen, daß wir auch organisatorisch die Voraussetzungen für eine gute Arbeit schaffen. Wir müssen hier eine Planung für die künftigen Satzungen entwickeln, denn sie sollen eine Grundlage für den inneren Aufbau sein. Sie müssen uns dann die Möglichkeit geben, alle Kräfte, die zu uns kommen, einzuspannen und auszurichten auf das gemeinsame Ziel, den Erfolg für die Union, den Erfolg für die bayerische Heimat und für das deutsche Vaterland. Auch hier müssen dann Fragen beantwortet werden, die jetzt bereits an uns gestellt sind. Wir haben schon jetzt, zunächst in der amerikanischen Zone, die Möglichkeit, uns mit Gleichgesinnten zu einer gemeinsamen Partei zusammenzuschließen. Die Verhandlungen sollen bereits nächste Woche beginnen. Deshalb müssen auch diese Fragen in der politischen Aussprache besprochen werden.

Darüber hinaus müssen wir uns noch darüber unterhalten, wie wir uns das Zusammengehen mit den Gleichgesinnten in ganz Deutschland für die Zukunft vorstellen. Auch in dieser Hinsicht werden Anträge eingebracht werden, sie müssen entschieden werden.

Das sind die einzelnen Probleme, die uns beschäftigen werden. Es werden noch etliche dazukommen, es würde zu weit führen, wenn ich sie jetzt alle hier behandeln würde.

Über eines aber wollen wir uns im klaren sein: Bei all dem, was wir hier besprechen, wollen wir daran denken, daß wir eine christliche und soziale Union, eine Einigung sind und alles, was wir sprechen, in diesem Hinblick sprechen. Wenn wir uns auseinandersetzen, dann wollen wir es offen tun, aber doch so, daß auch da das christliche Sozialgebot seine Anwendung findet "Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst".

(Sehr richtig! - Beifall. - Zuruf: Auf das warten wir schon lange!)

Wir wollen schon die Themen behandeln und darauf eingehen, aber wir wollen daran denken, daß der Partner, und wenn er vielleicht im Moment auch gegnerisch spricht, doch auch der christliche Glaubensgenosse, darüber hinaus sogar noch Parteifreund ist.

(Sehr richtig! Zuruf: Sie sollen sich schämen!)

Um eines bitte ich aber: Keine Einseitigkeit. Wenn gesprochen wird, dann muß hier offen gesprochen werden.

(Sehr richtig!)

Dann keine heimtückischen Angriffe, keine Schmutzkübel im Hintergrund.

(Sehr richtig!)

Denn da, muß ich schon sagen, ist ein offener Angriff in einer solchen Besprechung noch viel angenehmer als der Schmutzkübel, der von rückwärts ausgegossen wird.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, damit ungefähr die Themenstellung gegeben zu haben. Vergessen wir nicht, wir haben es nicht leicht. Die Konflikte, die bestehen, sind vielleicht etwas zwangsläufig entstanden, aber sie sind doch auch von anderen gefördert, und zwar wesentlich gefördert worden.

(Zurufe: Mit Hilfe der anderen! - Isar-Post!)

Es wird dazwischen geworfen "Mit Hilfe der anderen!" Ich glaube, daß dieser Einwurf vielleicht in etwas nicht ungerechtfertigt ist. *Aber* es kommt darauf an: Wer hat das ausgelöst? Hat nicht etwa nur die vorhandene Unklarheit es ausgelöst, daß Gruppierungen entstehen konnten, die von vorneherein nicht wünschenswert waren und nicht im Sinne der Union waren? Ich gehe dem gar nicht aus dem Wege, ich weiß - um das klare Thema zu behandeln -, daß vor kurzem ein Besuch eines sehr maßgeblichen sozialistischen Führers - ich hätte beinahe gesagt Staatsführers - bei einem sehr maßgeblichen Mann der Königspartei stattgefunden hat, und daß dabei bestimmte Absprachen getroffen wurden, die gerade die Union betroffen haben.

(Hört, hört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen uns darüber klar sein, und das muß von allen erwartet werden: Hier wird Politik besprochen für die Union,

(Zuruf: Jawohl!)

nicht für irgendeinen, der außerhalb der Union steht.

(Sehr richtig!)

Das gilt für alle Kräfte, das gilt für links wie rechts.

(Zuruf: Gibt es nicht!)

In früherer Zeit ist vielleicht manchmal vermieden worden, die beiden Gefahrenpunkte zu erkennen. In der Hitlerzeit haben wir das sehr wohl sehen können. Wie oft ist agitiert worden mit der kommunistischen Gefahr - und es war nur die Agitation, um die Stimmung des Volkes auszunützen, ohne daß eine Gefahr im Augenblick akut war! Dabei hat man aber verkannt, daß die Gefahr des Rechtsradikalismus, als die der Nationalsozialismus sich zuerst getarnt hat, mindestens genauso groß war, wie die Gefahr, die von links her kam.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich muß das klar aussprechen, weil oft der Vorwurf erhoben wird, wir hätten bisher nur taktiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir mußten irgendwie die Kräfte in der Union zusammenbringen. Wir mußten mit den verschiedensten Menschen verhandeln,

und wir müssen mit weitesten Gruppen des Volkes verhandeln, wenn wir unser Ziel erreichen wollen.

(Sehr richtig!)

Darauf müssen Sie Ihre Arbeit einstellen. Da wird der Vorwurf erhoben, daß man dann vielleicht zuviel Gefühle haben könnte. Ich will es klar sagen für die Kommunisten oder Sozialdemokraten: Das ist eine Dummheit sondersgleichen, wenn das der gegenwärtigen Führung der Union vorgeworfen wird.

(Sehr richtig! Zuruf: Die haben für uns auch nichts!)

Wir sehen die Feinde der Union klar und erkennen sie, aber es kommt sehr darauf an, wie man den Gegner angeht.

(Sehr gut !)

Auch da muß klar gesagt werden: Nicht mit alten Methoden!

(Sehr gut!)

Denn sind Sie sich darüber klar: Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, sie haben doch in den Kampfzeiten gegen den Nationalsozialismus ihren Bestand gewahrt, sie sind stark geblieben. Das müssen wir uns immer vergegenwärtigen, wenn heute die Debatte um die Bayerische Volkspartei geht. Sie konnten ihren Bestand wahren, weil sie eine Sammlung von Menschen auf weltanschaulicher Basis waren. Und doch ist der Nationalsozialismus über sie hinweggegangen wie über die anderen Parteien auch! Warum? War es nicht doch so, daß dort wohl die Wähler konstant blieben, daran glaubten, daß aber dann doch die Statik, das Beharrungsvermögen zu stark, zu groß war und daß die Dynamik, die Bewegung darüber hinweglief?

(Sehr gut! - Zuruf: Die Jugend hat gefehlt!)

Erinnern wir uns daran: Welche Auswirkungen hatte allein die unsoziale Liquidation der Inflation! In der Hauptsache wurde die letzte Inflation auf Kosten der festen Lohn- und Gehaltsempfänger liquidiert!

(Sehr richtig! - Widerspruch.)

Dadurch sind neue Unruheherde in der Bevölkerung, in der Schichtung des Volkes entstanden. Es wurde ein Proletariat geschaffen, das zunächst, rein materialistisch gesehen, sozialistisch hätte sein sollen, das aber dann aus der Gefühlsmäßigkeit heraus vaterländisch-sozialistisch sein wollte und damit später nationalsozialistisch wurde.

(Sehr richtig!)

Denken wir daran, daß man damals doch den Versuch hätte unternehmen können, eine bessere Kombination zwischen den Generationen zu finden. Wir hatten die Vorkriegsgeneration, die Kriegsgeneration und die Nachkriegsgeneration, drei auseinanderstrebende Gruppierungen: Die Vorkriegsgeneration blieb doch stark am alten Denken haften. Die Kriegsgeneration hat im Anfang noch - es sei auch hier gesagt -, wenn man an 1918/19 denkt, in der Zeit der Freikorps, den Staat gerettet und durchgerissen. Dann aber gingen die Leute an die Arbeit, dann mußten sie das Brot verdienen, mußten sie eine Existenz suchen. Dann kam die Brücke zwischen Vorkriegs- und Nachkriegsgeneration, und zwar deshalb, weil die Jungen im Augenblick da standen und nicht wußten wohin. Sie verliefen sich zunächst, später aber sahen sie einen

Mann, der eine gewisse Dynamik, eine Aktivität entwickelte und damit die Jugend mitriß.

(Sehr gut!)

Wollen wir daran denken, wenn wir kleine Fragen, wie nur die Konstruktion der Partei in den Satzungen, überlegen: Auch diese Fragen können sehr wichtig werden, wenn es darauf ankommt, die Dynamik einer Gruppierung von Menschen im politischen Leben zu sichern. Wir müssen die Voraussetzung dafür schaffen, daß wir keine starre Partei werden.

(Sehr gut!)

Ich kenne und habe vor mir liegen ein taktisches Programm, das die Kommunisten entwickelt haben! "Strategie und Taktik". Es ist neben dem Einheitsprogramm, das die sozialistische Einheitspartei jetzt schaffen will, mit das Interessanteste. Ich will den Inhalt nur dahingehend angeben - wir verlieren sonst zu viel Zeit: Es kommt ihnen darauf an, sich durchzusetzen, auch durch die Beteiligung am demokratischen Staatsaufbau. Sie sprechen klar davon, daß zunächst andere Parteien die Führung in diesem demokratischen Staatsaufbau übernehmen werden. Dann erklären sie:

> Wenn es uns gelingt, diese Bewegung in vollem Schwung zu halten und sie nicht in einigen Regierungsämtern und durch einige Gesetze totlaufen zu lassen, dann werden und müssen die Kommunisten, da sie die Aktivsten, Klarsehendsten und Anpassungsfähigsten sind, mit der Zeit die Führung übernehmen.

(Hört, hört!)

Es kommt ihnen also darauf an, in Form einer Bewegung über die Massen, über die starren Parteien hinwegzukommen.

(Sehr gut!)

Halten wir uns das immer vor, werden wir nicht zur starren Partei! Wir haben bewußt den Namen Partei abgelehnt, weil wir eine Gruppierung von Menschen sein wollen, die auch in dieser Hinsicht nicht an das Alte anknüpft,

(Sehr gut!)

eine Gruppierung von Menschen, die christlichen und sozialen Willen haben im Staatsaufbau, im Gesellschaftsaufbau. Hier muß aber die Voraussetzung geschaffen werden, daß der Wille sich auch zur Tat umsetzen kann, daß der Wille nicht nur Programm wird, nicht nur Wort bleibt.

(Sehr richtig!)

Bitte, sorgen Sie hier mit uns dafür, daß die Voraussetzung dafür geschaffen wird! Bleiben Sie nicht im Starren, sonst ist es besser, heute auseinander zu gehen,

(Sehr gut!)

denn dann müssen eben die Menschen sich zusammenfinden, die den Willen haben, der Gefahr klar ins Auge zu schauen und dieser Gefahr zu begegnen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Die Gefahr aber wird nicht nur repräsentiert durch die augenblicklichen Parteien, die zum Konkurrenzkampf in den Wahlen antreten, die Gefahr ist viel größer, und zwar

deshalb, weil der Gegner der Zukunft heute vielleicht noch gar nicht richtig zu erkennen ist. Sind wir uns darüber klar:

(Zuruf: Jawohl!)

Heute können wir von Sozialdemokraten, Kommunisten reden, morgen haben wir politische Nihilisten vor uns! Unser Volk ist augenblicklich in einer gewissen Apathie. Viele lassen alle Viere gerade sein.

(Zuruf *Schäffer*: Sind ja gerade!)

Sie nehmen alles an. Sie wollen kommandiert werden. Sie sind noch so stark an Führer gewöhnt, daß sie ohne weiteres akzeptieren würden, wenn heute wieder ein Führer dastünde, weil sie nur immer im alten Trott weitergehen. Sie sind herausgerissen, aber sie sind im Strudel drinnen, jeder einzelne. Und wenn wir nicht scheinheilig sind, sagen wir von uns selbst, daß jeder von uns auch irgendwie im Strudel mit drin ist. Es wäre scheinheilig, wenn einer heute sagen würde, ich sehe absolut klar, daß heute so und so aufgebaut werden muß, daß die Aufgaben so und so bewältigt werden können. Wir müssen uns erst klar werden über unser Denken und Wollen. Wir wollen das dadurch, daß wir hier eine klare Basis genommen haben, eine Basis, die sich durch Jahrtausende bewährt hat, die Basis christlich und sozial.

(Lebhafter Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir treten in die Tagesordnung ein. Bevor wir die einzelnen Punkte der Tagesordnung zur Verhandlung stellen, muß zunächst die Stimmberechtigung klargestellt werden, weil wir sonst schon im Gremium keine Klarheit bei den Abstimmungen schaffen können. Es muß klargestellt werden: Wer ist hier als offizieller Teilnehmer und wer ist hier als Gast.
Ich darf infolgedessen den Antrag des vorläufigen Landesausschusses Ziffer 1 verlesen lassen:
Söllner:

1. Bei der Sitzung des erweiterten Landesausschusses haben die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Ober-, Mittel- und Unterfranken je fünf Stimmen. Ferner werden als Bezirksverbände anerkannt und sind stimmberechtigt die Christlich-Soziale Union in München mit fünf Stimmen, in Nürnberg mit fünf Stimmen und in Augsburg mit drei Stimmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf Herrn *Söllner* - mit Ihrer Zustimmung - zum Schriftführer bestellen. Ich bitte zu entschuldigen, wenn ich dies nachhole.
Ich bitte Herrn *Söllner*, die anderen zur Frage der Stimmberechtigung vorliegenden Anträge zu verlesen.
Schriftführer *Söllner*: Kreisverband Oberbayern.

Die Bezirksvorstandschaft Oberbayern der Bayerischen Christlich-Sozialen Union stellt zur Sitzung des erweiterten Landesausschusses am 30. und 31. März 1946 folgenden Antrag:
Es wird beschlossen, bis zur Wahl einer endgültigen Landesvorstandschaft der Bayerischen Christlich-Sozialen Union einen neuen vorläufigen Arbeitsausschuß zu bilden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Entschuldigung, ich darf unterbrechen, nur die Stimmrechtsanträge, sonst kommen wir im Moment noch nicht weiter: Alle Anträge, die sich auf die Stimmberechtigung beziehen!
Es liegen noch Anträge vor zum Stimmrecht für Würzburg, Regensburg, Bamberg.

(Zurufe: Und Niederbayern und München!)

In den letzteren Fällen sind nur noch weitere Stimmen beantragt worden. Das darf ich vielleicht aus den Anträgen herausnehmen.
Schriftführer (*Söllner*): Niederbayern:

> Der Ausschuß der Christlich-Sozialen Union Landshut hat in seiner Sitzung vom 25. März 1946 folgenden Beschluß gefaßt: Der Ausschuß bedauert aufs lebhafteste die beständigen Angriffe, die gegenseitig in der Isar-Post ...

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das hat keinen Sinn, ich bitte, endlich die Anträge zum Stimmrecht vorzulesen.
Schriftführer (*Söllner*): Würzburg:

> Die am 25. März 1946 in Würzburg tagende, von allen unterfränkischen Kreisverbänden beschickte Bezirkskonferenz stellt den Antrag, dem Stadtverband Würzburg, entsprechend der Stimmrechtszuweisung an den Stadtverband Nürnberg-Fürth und den Stadtverband Augsburg, die Rechte eines Bezirksverbandes zuzuerkennen und ihm, wie Augsburg, drei Stimmen zuzusprechen, und zwar mit sofortiger Wirkung für den erweiterten Landesausschuß in Bamberg am 31. März 1946.

Christlich-Soziale Union, Bezirksverband Niederbayern:

> Der Bezirksverband Niederbayern der CSU stellt folgenden Antrag: Es sind die Stimmrechte der Bezirksverbände für die Tagung des erweiterten vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946 in Bamberg, gemäß den vorläufigen, derzeit gültigen Landessatzungen (Ziffer 4, Abschnitt a) zu bewerten. Es kommen demnach jedem Bezirksverband so viele Stimmen zu, als der Bezirk Land- und Stadtkreise enthält. Städte, denen die Rechte eines Bezirksverbands zugesprochen sind, erhalten für je angefangene 50.000 Einwohner eine Stimme. Begründung: Der Beschluß des vorläufigen Landesausschusses der CSU, der im Schreiben vom 18. März 1946 (Ziffer 1 und 3) enthalten ist, ist rechtsungültig, da er der vorläufigen, derzeit gültigen Satzung, außerdem der inneren Gerechtigkeit widerspricht
> Gezeichnet: Dr. *Falkner*, 1. Vorsitzender des Bezirksverbandes Niederbayern.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf den formellen Antrag verlesen, der vom vorläufigen Landesausschuß gestellt wurde:

> Bei der Sitzung des erweiterten Landesausschusses haben die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Ober-, Mittel- und Unterfranken je fünf Stimmen. Ferner werden als Bezirksverbände anerkannt und sind stimmberechtigt die Christlich-Soziale Union in München mit fünf Stimmen, in Nürnberg mit fünf Stimmen und in Augsburg mit drei Stimmen.
> Weiter sind stimmberechtigt die bisherigen Mitglieder des vorläufigen Landesausschusses: Dr. *Müller*, Dr. *von Miller*, Dr. *Eichhorn*, *Krehle*, *Schwingenstein*, Dr. *Lacherbauer*, *Schäffer*, *Hundhammer*, *Steber*, Dr. *Horlacher*, Dr. *von Eicken*. Schließ-

lich haben Stimmrecht die der Union angehörenden Mitglieder der Bayerischen Regierung: Dr. *Baumgartner*, *Helmerich*, Dr. *Pfeiffer*, *Krehle*, *Ehard*.

Wir treten in die Diskussion über die Frage der Stimmberechtigung ein.
Schäffer: Zur Geschäftsordnung! Meine Herren, ich schlage aus dringenden Gründen vor, daß wir die Debatte über diese Anträge in eine geschlossene Sitzung verlegen, in eine Sitzung, in der nur die stimmberechtigten Vertreter der Bezirksverbände anwesend sind.
Diese Fragen der Stimmberechtigung sind entscheidend für die heutige Landesversammlung und werfen alle Punkte auf, die das interne Verhältnis innerhalb der Partei betreffen. Wer die Einigkeit der Partei hochhalten will, wird sich bemühen, daß diese Debatte offen, sachlich, aber nicht in allzu weitem Kreise erfolgt.
Ich beantrage deshalb Verweisung in eine geschlossene Sitzung. Ich möchte weiter darauf aufmerksam machen: Wir sind heute hier um 16 Uhr zusammengetreten, das heißt, praktisch ist es schon 17 Uhr geworden; ich weiß nicht, wie geplant ist, wie lange die heutige Sitzung dauern soll. Jedenfalls der allergrößte Teil hat so disponiert und disponieren müssen, daß er morgen wieder abfahren muß. Wir müssen infolgedessen in erster Linie das Gewicht darauf legen, daß wir die brennenden organisatorischen Fragen, für die Anträge gestellt sind, möglichst erledigen. Das wird umso besser sein, je kleiner der Kreis derer ist, die sich darüber zu unterhalten und darüber zu beschließen haben. Ich würde deswegen geschäftsordnungsmäßig vorschlagen, daß wir alles, was vor der Öffentlichkeit zu erörtern ist, heute erörtern, und morgen in erster Linie das Gewicht darauf verlegen, das Organisatorische in geschlossener Sitzung unter uns zu besprechen.
Ich stelle deshalb formell den Antrag, die Debatte über die Frage der Stimmberechtigung in eine geschlossene Sitzung zu verlegen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte aber festzustellen, wer Teilnehmer dieser geschlossenen Sitzung des erweiterten Landesausschusses sein soll, Herr *Schäffer*.

(Zuruf *Schäffer*: Ich kann die Antwort gleich geben.)

Dr. *Kroll*: Meine Damen und Herren, als Gastgeber von Bamberg möchte ich hier kurz folgendes sagen: Wir begrüßen die Gäste, die erschienen sind, um zuzuhören. Wir verhandeln keine Sittlichkeitsdelikte.

(Bravo! Sehr richtig!)

Was wir zu verhandeln haben, kann und muß durchaus den Parteifreunden kund werden.

(Sehr richtig!)

Ich sehe keinen Grund ein, warum wir, wie vor einem juristischen Forum, das dunkle Geschichten aufzudecken hat, die Öffentlichkeit, die - wohl bemerkt - aus Parteifreunden besteht, ausschließen sollen.
Ich schlage daher vor, daß wir nur eine Gruppierung vornehmen, daß die Delegierten hier an den ersten zwei Reihen zusammenrücken und die Gäste, wie das wohl auch in den Parlamenten der Welt üblich ist, zuhören dürfen, sofern nicht zwingende Gründe bestehen, daß wir etwas zu verstecken haben. Ich bitte, den Antrag *Schäffer* abzulehnen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Schäffer: Meine Herren, ich kann mich auf geschichtliche Erinnerungen berufen.

(Zuruf: Die sind veraltet!)

In der französischen Revolution war es so, daß die Tribüne die Hauptrolle gespielt hat, und daß die Delegierten des Volkes von der Tribüne vergewaltigt worden sind.

(Sehr richtig! - Widerspruch.)

Wir wollen eine sachliche Arbeit innerhalb der Union leisten. Ich bin gerne bereit, alles, was ich in den sechs Monaten jetzt erlebt habe, miterlebt habe, zu erzählen,

(Zuruf: Das wollen wir gar nicht wissen!)

um die Anträge, die gestellt worden sind, aus diesen sachlichen Momenten und Erinnerungen heraus zu begründen. Aber mir steht über allem der Gedanke an die Union.

(Bravo!)

Mir steht der Gedanke in allererster Reihe, daß die Union, wenn sie als Partei arbeiten will, vor allem geordnet arbeiten will.

(Sehr richtig!)

Ich habe zum Beispiel noch kein Regierungskabinett gesehen, das seine Sitzungen auf dem öffentlichen Marktplatz abgehalten hat.

(Zuruf: Wir sind kein öffentlicher Marktplatz, Herr *Schäffer*!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, ich protestiere gegen den Ausdruck öffentlicher Marktplatz für diese Sitzung.

(Lebhafte Zustimmung. - Allgemeine Unruhe im Saal.)

Schäffer: Ich weise diesen Protest in aller Form zurück. Aber, wenn ich -
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, ich bin Vorsitzender und darf jetzt dazwischen werfen: Wenn sie eine Beleidigung für das Gremium aussprechen würden, müßte ich mich gezwungen sehen, Ihnen das Wort zu entziehen.

(Bravo!)

Schäffer: Meine Herren, ich möchte nur wissen, inwiefern ich jemanden beleidigt habe, wenn ich den Satz aufstelle, daß es eine selbstverständliche Voraussetzung jeder sachlichen Beratung über Gegenstände ist - wie ich es in meinem Kabinett auch gemacht habe -,

(Zuruf: Das ist kein Kabinett, das interessiert uns nicht!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe.
Schäffer: - daß ich diese sachliche Beratung im Kreise derer führe, die darüber abzustimmen haben, und das Ergebnis einer Beratung dann vor der Öffentlichkeit vertreten wird. Deswegen habe ich das Bild gebraucht. Es ist ganz selbstverständlich, daß kein Regierungskabinett und keine verantwortliche Körperschaft auf einem öffentlichen Marktplatz tagt, sondern in einem Ratszimmer. Ich weiß nicht, inwiefern das eine Beleidigung für irgendeinen der Anwesenden ist.
Wir haben in München darüber gesprochen, Herr Vorsitzender. Sie haben mir in München zugesagt -

(Zuruf des Vorsitzenden: Nein!)

- Sie haben mir in München zugesagt, daß diese Themen, die die Parteiorganisation betreffen, in geschlossener Sitzung behandelt werden.

(Zurufe: Darüber können wir jetzt abstimmen. - Nein, das ist nicht in München beschlossen worden!)

Deswegen habe ich diesen Antrag hier gestellt, von dem ich sogar annahm, daß er ohne weiteres Ihre eigene Zustimmung findet, Herr Dr. *Müller*. Ihre Meinung scheint sich inzwischen geändert zu haben. Ich stelle lediglich fest, mich bestimmen rein sachliche Gründe.
Wenn wir die Frage der Stimmberechtigung aufwerfen, müssen wir auch die Frage aufwerfen, warum schon in dem vorbereitenden Ausschuß die Erklärung abgegeben worden ist, daß der Beschluß des vorbereitenden Ausschusses als satzungswidrig gar nicht möglich ist, und daß alle Beschlüsse, die wir fassen würden, satzungsungültig wären, ganz abgesehen davon, daß sie der inneren Gerechtigkeit widersprächen. Aber ich meine, das könnte man im internen Kreis auch. Wir haben eine Tagesordnung und sollten uns an diese halten. In der Tagesordnung heißt es: 1. Punkt, Bericht über die Tätigkeit; 2. Punkt, Bericht der Bezirksvorsitzenden; 3. Punkt, ich glaube, die Arbeitsausschüsse oder so etwas ähnliches.
Ich würde vorschlagen, daß wir bei der Tagesordnung bleiben und uns zunächst an die Tagesordnung halten. Wir haben in München darüber gesprochen. Ich wiederhole es noch einmal: es ist ganz selbstverständlich, daß diese innerparteiorganisatorischen Fragen in diesem Gremium gar nicht erörtert werden können. An der Erörterung müssen die beteiligt sein, die hierzu delegiert sind, sonst niemand.

(Sehr richtig! Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir kommen noch nicht zur Abstimmung, leider. Es handelt sich um folgendes: Herr *Schäffer* hat selbst den Einwand gebracht, der gegen seine ganze Rede möglich ist, indem er sagt, wir sollen dann abstimmen.
Ich kann nicht in die Tagesordnung eintreten, bevor klargestellt ist, wer abstimmen kann.

(Zuruf: Die Delegierten!)

Ganz klar. Infolgedessen muß die Frage des Stimmrechts die erste Frage sein, die behandelt wird.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Bei Festlegung der Tagesordnung war es noch nicht bekannt, daß der Antrag für den vorläufigen Landesausschuß, den ich verlesen habe, gestellt wird. Die Besprechung des vorläufigen Landesausschusses, die Herr *Schäffer* erwähnt, ist, wie ich mich mit Recht erinnern zu können glaube, nicht richtig wiedergegeben.
Ich bitte, damit nicht zu viel Temperament hereinkommt, vielleicht einen unserer ruhigsten Teilnehmer, den Staatssekretär *Krehle*, der bei der Sitzung zugegen war, festzustellen, ob eine solche Zusage gegeben wurde.
Krehle: Meine Damen und Herren! In der gestrigen Sitzung des vorläufigen Landesausschusses ist auf Wunsch des Herrn Staatsrat *Schäffer* beschlossen worden, daß alle Fragen, die den Konflikt in der Union berühren, nach Möglichkeit in geschlossenem Kreis verhandelt werden, aber nicht die organisatorischen Fragen.

(Hört, hört!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dann weiterfahren. Es wird ein Gegenantrag gestellt. Ich muß den Gegenantrag -

(Zuruf: Es ist kein Gegenantrag!)

Dr. *Horlacher*: Ich möchte nur ganz kurz sprechen. Wir sind doch in einer Versammlung von Parteifreunden. Wir sind keine Volksversammlung und haben kein Bedürfnis danach, daß die Dinge, die den Aufbau und die Organisation der Union betreffen, öffentlich diskutiert werden.

(Zuruf: Jawohl!)

Wir brauchen das Licht der Öffentlichkeit vor unseren Parteifreunden nicht zu scheuen, wir können uns ruhig hier auseinandersetzen. Ich nehme auch an, daß wir der Union Ehre machen werden, nämlich ihrem Namen christlich, daß die Auseinandersetzungen in einer ruhigen, vornehmen und sachlichen Weise geführt werden.

(Bravo!)

Da braucht dann nichts das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen. Viel gefährlicher ist es, in geheimen, abgeschlossenen Konventikeln das oder jenes herauszugreifen, das oder jenes anzugreifen. Es bleibt dann doch nicht auf diese geheimen Konventikel beschränkt, sondern hier schleicht dann das Gift durch das Land, und das wollen wir nicht mehr haben.
Also, meine lieben Parteifreunde, ich bitte Sie, diese Dinge in aller Öffentlichkeit in vornehmer und sachlicher Auseinandersetzung zugunsten der Union zu entwickeln, damit die Vertreter des Landes ihren Leuten draußen einen Rechenschaftsbericht geben können, auf den diese Anspruch haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich verlese einen Gegenantrag von Dr. *Kroll*:

Parteifreunde verbleiben im Saal. Delegierte setzen sich getrennt.

Die Debatte geht weiter. Es hat sich gemeldet Herr Dr. *Barth*.
Dr. *Barth*: Staatsrat *Schäffer* hat zu Beginn seiner kurzen Rede davon gesprochen, daß in der französischen Revolution das Parlament unter dem Druck der Tribüne gestanden hätte. Es scheint mir, als hätte er beabsichtigt, die Delegierten hier als Parlament zu bezeichnen und die Gäste als Tribüne. Ich glaube, dieser Vergleich hinkt.

(Sehr richtig!)

Er hinkt ganz gewaltig.

(Sehr richtig! - Zuruf: Das haben wir gerade gehört!)

Wir sind hier kein Radauklub wie damals.
Ich unterstütze den Antrag von Dr. *Kroll*, daß die Delegierten gesondert von den anderen sich an der Tafel zusammensetzen, an der auch Herr Dr. *Müller* seinen Platz hat.
Dr. *Nerreter*: Meine lieben Parteifreunde! Das, was ich ausführen wollte, hat mir Herr Dr. *Müller* schon vorweggenommen. Die Disposition unserer Beratung ist doch mit der Natur der Sache gegeben. Es ist doch ganz klar, daß zunächst Klarheit darüber geschaffen werden muß, wer abstimmungsberechtigt ist, und daß erst dann Beratungen und Abstimmungen erfolgen können. Wenn also ursprünglich vielleicht nach der Reihe der Eingänge der Anträge eine andere Disposition der Tagesordnung vorgesehen war, möchte ich doch sagen, die Forderung, wie sie jetzt aufgestellt wird, ist doch

das allein Vernünftige. Warum wollen wir uns heute mit dem Bericht der einzelnen Arbeitsausschüsse befassen, während dringendere Dinge zu erledigen sind. Herr Staatsrat *Schäffer* hat selbst gesagt, daß eine Reihe von Teilnehmern morgen im Laufe des Vormittags wieder wegfahren muß. Warum wollen wir nun die Parteifreunde von der Beratung der wichtigsten Punkte ausschließen? Diese wichtigsten Punkte kommen dann zur Beratung, wenn die Frage des Stimmrechts geklärt ist.
Ich sehe darin auch keine Gefahr, meine Herren. Denn wenn es um unsere Christlich-Soziale Union so bestellt wäre, daß schon die Frage, wer stimmberechtigt ist, gefährlich ist und gescheut werden muß, dann ist der Name Union nicht berechtigt.

(Zustimmung.)

Wir sind doch alle in der Lage, über rein sachliche Dinge rein sachlich zu sprechen. Ich komme zum Beispiel für Nürnberg. Was kann uns passieren? Es kann uns abgesprochen werden, daß Nürnberg/Fürth eigenes Stimmrecht neben Mittelfranken hat. Ich sage Ihnen ganz offen: Wenn die Mehrheit das beschließt, bin ich genauso ruhig und mein Puls wird genauso langsam gehen wie vorher. Das sind doch alles Dinge, die uns nicht irgendwie ernsthaft in Erregung bringen können, die brauchen wir auch nicht vor unseren Parteifreunden irgendwie zu verstecken. Die können ruhig zuhören. Ich halte den Antrag von Dr. *Kroll* für sachdienlich. Ich halte auch die Art des Verfahrens, wie Dr. *Kroll* sie vorgeschlagen hat, für vollkommen unbedenklich.

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Sporer*, bitte melden Sie sich schriftlich. Herr *Schäffer* hat sich zuerst gemeldet gehabt.
Schäffer: Ich stelle fest, ich habe ganz ruhig, sachlich, geschäftsordnungsmäßig einen Antrag gestellt, nämlich entsprechend unserer Vorsprache in München die parteiorganisatorischen Fragen, die auch den Konflikt zur Sprache bringen, in geschlossener Sitzung der Delegierten zu beraten. Das hat zwei Gründe.
Nummer 1: An der Debatte über parteiorganisatorische Fragen können sich nach meinem Dafürhalten überhaupt nur die Delegierten beteiligen, die das Stimmrecht haben. Das ist selbstverständlich. Wer unter Ihnen, der schon einmal mit Satzungen gearbeitet hat, ganz gleich, ob das eine Innung oder sonst etwas ist, und der ein Gremium zusammensetzt, das einen Vorstand und Ausschüsse nach Zuständigkeit hat, lädt zu den Vorstands- und Ausschußsitzungen irgendwelche Gäste ein? Wozu hat man denn Delegierte? Ist denn der Begriff "Satzung" und "satzungsmäßiges" Vorgehen bei uns überhaupt verloren gegangen? Sind wir denn nicht nur Leute, die im Auftrag handeln? Wenn ich hier stehe, stehe ich deshalb hier, weil mich jemand gewählt hat, weil mir jemand sein Vertrauen geschenkt hat, weil ich den vertrete. Ich rede doch nicht in meinem Namen, ich rede im Namen der Organisation, der Wählerschaft, die ich vertrete. Ich bitte doch daran zu denken, daß man als Gewählter ein Amt und eine Pflicht hat, und daß ich als Gewählter nur im Namen dieses Amtes und dieser Pflicht hier reden kann.
Ich bitte also, die Dinge doch so zu lassen, wie sie wirklich sind. Wir haben Satzungen, wir müssen überall Satzungen haben, wir müssen unsere Gesetze haben und müssen uns an diese Gesetze halten. Diese Gesetze sagen, daß die Zuständigkeit für die Beratung, die Zuständigkeit für die Beschlußfassung in gewissen Themen an Mandate gebunden ist, und daß infolgedessen nur die Mandatsträger in solchen Fragen reden können. Ich habe ausdrücklich gebeten - ich bitte, sich an das zu erinnern, was ich gesagt habe -

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, darf ich Sie bitten, sich etwas kurz zu fassen. Wir haben nur zwei Tage Zeit für die hochpolitischen Fragen.
Schäffer: Deshalb spreche ich, weil ich will, daß ein Ergebnis aus dieser Tagung herauskommt.

(Zuruf: Das wollen wir alle!)

- Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen, sondern ruhig vortragen zu lassen.
Ich verweise auf die Tagesordnung, die wir alle vorliegen haben. In dieser Tagesordnung haben wir vier Punkte, in denen überhaupt keine Abstimmung vorgesehen ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, Sie wiederholen sich.
Schäffer: Herr Vorsitzender, es hilft Ihnen nichts, Sie werden mir das Wort nicht verbieten können.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn Sie sich wiederholen und damit bewußt die Arbeit nicht ermöglichen, muß ich Ihnen das Wort entziehen.
Schäffer: Weil Sie gesagt haben, es sei notwendig, daß jetzt die Abstimmung über die Stimmberechtigung erfolgt. Das ist nach der Geschäftsordnung nicht notwendig. Nach der Geschäftsordnung haben wir zuerst den Bericht des vorläufigen Landesvorsitzenden, den wir noch nicht gehört haben, den Bericht der Bezirksvorsitzenden, den Tätigkeitsbericht der Arbeits- und Parteiausschüsse. Wir können außerdem die Stellungnahme zur Regierungspolitik formulieren und zur allgemeinen politischen Aussprache kommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, das haben Sie vorhin schon gesagt. Ich entziehe Ihnen das Wort.
Schäffer: Ich unterwerfe mich nicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, ich entziehe Ihnen das Wort.
Schäffer: Das können Sie gar nicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bin Vorsitzender und habe hier die Verantwortung.
Schäffer: Herr Vorsitzender, dann empfehle ich meinen Freunden,-

(Zurufe und Gegenrufe! - Zuruf: Wer redet hier, Bamberg oder München?)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Herren, ich bitte um Ruhe.

(Zuruf: Das lassen wir uns nicht gefallen.- Gegenrufe: Große Unruhe im Saal. - Zuruf: Und das heißt sich Christlich-Soziale Union! - Zuruf *Schäffer*.)

Herr *Schäffer*, ich habe Ihnen das Wort entzogen.
Schäffer: Meine Herren, ich lasse mir das Wort nicht entziehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Wort hat Frau *Speicher*.

(Zuruf *Schäffer*: Ich lasse mir das Wort nicht entziehen, ich muß meinen Antrag begründen können.)

Frau *Speicher*: Herr *Schäffer*, ich will wahrscheinlich so reden, wie Sie es gerne hören, nicht weil Sie es gerne hören, sondern weil ich annehme, daß es der Versammlung dienlich ist. Die Erregung, die jetzt hereingebracht wurde, kann nicht weitergehen. Herr *Schäffer* - einen Augenblick, nicht unterbrechen, Herr *Schäffer* -, wir haben genau gehört, was Sie wollen. Die Gegenseite hat sich auch genau äußern können. Ich glaube, alle, die jetzt im Saale anwesend sind, können aus dieser Sachlage heraus entscheiden. Wir können ruhig jetzt sagen, die Delegierten stimmen ab. Statt dieser langen Diskussion hätten wir inzwischen längst abgestimmt. Und so eine große und wichtige Frage, daß sie die Versammlung sprengen würde, ist das sicher nicht. Also, bitte,

Herr *Schäffer* -

(Zuruf *Schäffer*: Es ist die wichtigste Frage! - Weitere Zurufe.)

Es ist insofern nicht so wichtig: Ob es nun ein paar Stimmen mehr oder weniger sind, wird doch keine so große Rolle spielen und die Sache nicht entscheidend ändern.
Noch etwas meine Damen und Herren! Lassen Sie doch einen Redner sprechen. Er wird sich dann kürzer fassen, er wird geneigt sein, eher abzubrechen. So aber kommt er immer in Erregung. Wir wollen nicht die Gepflogenheiten annehmen, wie sie in Volksversammlungen üblich sind. Der Vorsitzende wird den Redner, wenn er nicht unterbrochen wird und sich trotzdem wiederholt, in aller Ruhe darauf aufmerksam machen können, daß er zu lange spricht. Wenn aber der Redner dauernd unterbrochen wird und dieser Lärm hereinkommt, kann überhaupt keine Ordnung mehr sein.
Ich bitte Sie, im Interesse der Union alle diese Sympathien oder Antipathien für die eine oder andere Seite zurückzudrängen und Geduld zu üben. Nur dann kommen wir zu ersprießlichen Beratungen.

(Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es sind von zwei Herren Anträge auf Schluß der Debatte gestellt worden. Wir kommen zunächst zum Antrag auf Schluß der Debatte. Spricht jemand gegen den Antrag? - Herr *Schäffer* hat das Wort.

(Zuruf: *Sporer*: Ich habe schon vorher ums Wort gebeten!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist zunächst über den Antrag auf Schluß der Debatte zu sprechen.
Schäffer: Ich bitte, mich ruhig anzuhören, meine Damen und Herren. Sie sind sich über die Bedeutung der Situation nicht im klaren.

(Widerspruch.)

Sie sind sich nicht im klaren.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Vollständig, Herr *Schäffer*!)

Ich frage einmal an, wie jetzt eigentlich über den Antrag abgestimmt werden sollte. Wir müssen uns doch darüber aussprechen, wer jetzt darüber abstimmt.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Das ist ja der Antrag des Vorsitzenden!)

Wir haben entgegengesetzte Anträge, über die wir in eine sachliche Debatte eintreten müssen. Wir haben Anträge, die vollkommen entgegengesetzt sind. Der Antrag Niederbayern ist korrekt gestellt. Es ist noch gar nicht bekanntgegeben, daß dieser Antrag vom Kreisverband München-Stadt in aller Form unterstützt worden ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich unterbrechen, Herr *Schäffer*. Wir sind leider Gottes noch nicht bei der Debatte über diese Anträge, sondern wir sind noch bei der Debatte, ob überhaupt darüber beschlossen werden soll. Ich bitte, das nicht zu vergessen.
Schäffer: Der Schluß der Debatte bezieht sich auf den Antrag *Kroll* und auf meinen Antrag, getrennt abzustimmen? - Gut!
Dr. *Nerreter*: Zur Geschäftsordnung eine Frage: Haben die Kreisverbände, deren Stimmrecht anscheinend bestritten werden soll, jetzt Stimmrecht oder nicht?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren. Bei dem Antrag auf Schluß der Debatte bitte ich, keine Formalität zu erheben. Wir müssen praktisch vorgehen. Deswegen schlage ich vor, bei dem Antrag auf Schluß der Debatte stimmen wir ge-

schlossen ab. Es hat keinen Sinn, jetzt zu unterscheiden. Es muß eine Grundlage geschaffen werden, dann können wir erst über die Frage der Stimmberechtigung entscheiden.
Wer ist gegen den Antrag auf Schluß der Debatte? -
Die Debatte ist geschlossen.
Damit komme ich zur Abstimmung über den Gegenantrag *Kroll*.

(Zuruf *Sporer*: Ich habe zuvor ums Wort gebeten!)

Ist überholt durch die Abstimmung über den Antrag auf Schluß der Debatte.
Damit kommen wir zum Gegenantrag *Kroll*. Der Gegenantrag lautet:

Parteifreunde verbleiben im Saal, Delegierte setzen sich getrennt.

Schäffer: Zur Abstimmung! Ich bitte, über meinen Antrag zuerst abstimmen zu lassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Normalerweise wird über einen Gegenantrag zuerst abgestimmt. Es ist überall so, daß über den Gegenantrag zuerst abgestimmt wird, wenn zwei konträre Anträge vorliegen. Hier gilt das umso mehr, als der Antrag *Kroll* sogar, wenn man formalistisch vorgehen will, der weitergehende Antrag ist.
Schäffer: Der weitergehende ist mein Antrag, ganz selbstverständlich.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich übernehme die Verantwortung dafür und stimme in gleicher Weise wie vorhin ab über den Gegenantrag *Kroll*:

Parteifreunde verbleiben im Saal, Delegierte setzen sich getrennt.

Wer ist dagegen?

(Zuruf: Wer hat Stimmrecht?)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zunächst alle miteinander.

(Widerspruch.)

Wir müssen weiterkommen. Ich kann nicht an Formalitäten jetzt alles scheitern lassen.

(Zuruf: Dann hättet Ihr uns gar nicht einladen sollen,
dann macht, was Ihr wollt, alleine!)

Dr. *Rindt*: Ich stelle folgenden Antrag:

Es stimmen über diesen Antrag die bisherigen Delegierten und die Antragsteller für weitere Stimmen.

(Zuruf *Schäffer*: Sehr gut!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gut ich bin damit einverstanden.
Wer ist gegen den Antrag *Rindt*? - Niemand.
Wer ist für den Antrag ? - Alle.
Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Wir sind uns klar. Herr *Rindt*, bitte, erklären sie noch einmal:
Es stimmen über diesen Antrag ab -
Dr. *Rindt*: Erstens, wer Delegierte gesandt hat, also die Delegierten. Zweitens, die Antragsteller, die Anträge gestellt haben über zusätzliche Delegierte.

(Zuruf *Schäffer*: Das sind die Städte Würzburg und Regensburg glaube ich.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Und dazu, nachdem das vorhin beantragt wurde, die Leute des vorläufigen Landesausschusses, das ist selbstverständlich.

(Zuruf: Die Vorsitzenden der Arbeitsausschüsse nicht?)

Nein.
Schäffer: Ich bitte, zunächst die Zahl derer festzustellen, die jetzt abstimmen müssen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, an dieser Kleinigkeit wollen wir es wirklich nicht scheitern lassen und die kostbare Zeit nicht verlieren.
Ich verlese nochmals den Gegenantrag *Kroll*:

Parteifreunde verbleiben im Saal, Delegierte setzen sich getrennt.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich schlage vor, daß die Delegierten, die abstimmen dürfen, aufstehen, damit ein klares Bild entsteht.)

Gut, alle die nach dem Antrag *Rindt* abstimmungsberechtigt sind, stehen jetzt auf.
Jetzt bitte ich: Wer enthält sich? - Wer ist gegen den Antrag? Den bitte ich die Hand zu heben. - Es sind 16 dagegen.
Wer ist für den Antrag? - 39.
Der Antrag *Kroll* ist angenommen.

(Beifall.)

Meine Herren, ich darf jetzt vielleicht bitten, in Zukunft bei diesen Fragen Beifalls- und Mißfallenskundgebungen zu unterlassen. Wir bekommen sonst eine unnötige Hitze herein.

(Zuruf: Antrag *Kroll* durchführen, die Delegierten zusammenziehen!)

Wir müssen nachher noch einmal umgruppieren. Ich bitte, vorher den Antrag *Kroll* durchzuführen. Die Delegierten bleiben beisammen, die anderen tauschen vielleicht die Plätze.
Dr. *Horlacher*: Ich mache den praktischen Vorschlag - er ergibt sich aus der praktischen Gruppierung -, daß die Delegierten aufstehen und die Nichtdelegierten, die dazwischen sitzen, die Plätze tauschen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es bleiben hier sitzen: die Mitglieder des vorläufigen Landesausschusses, die Delegierten der Bezirke und zunächst die Mitglieder des Kabinetts. Alle anderen bitte ich, von diesem Tisch wegzugehen.
(Die Umgruppierung erfolgt.)
Ich darf, weil jetzt einige Unklarheiten bestehen, eben die Vertreter der Bezirke bekanntgeben. Zunächst brauche ich noch nicht die Namen. Ich brauche die Zahl der Delegierten der einzelnen Bezirke hier an dem Tisch.
Ich bitte, die einzelnen Bezirke rasch vorzulesen.
Schriftführer:

München-Stadt: Staatsrat *Schäffer*, Direktor *Pflaum*, *Sedlmayr*, -

(Zuruf: Statt *Sedlmayr*: *Heubl*!)

Schäffer: Wenn ich gleichzeitig im vorläufigen Landesausschuß sein sollte, ernenne ich für München an meiner Stelle einen anderen Delegierten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Recht haben Sie. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß wir das nachher klarstellen müssen.

(Zuruf *Schäffer*: Für diesen Sonderfall bestimme ich Herrn *Weiss* für mich.)

Dr. *Lacherbauer*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ein stimmberechtigtes Mitglied hier in zwei Eigenschaften erscheint, und zwar sowohl als Mitglied der Landesvorstandschaft wie auch als etwaiges Mitglied eines Bezirksverbands, ist es selbstverständlich, daß er zunächst in seiner höheren Eigenschaft hier konsultiert und mitbeschließt. Es hat jeder Kreisverband die Möglichkeit, fünf Personen zu benennen, und er muß nicht ausgerechnet einen benennen, der gleichzeitig Mitglied der Landesvorstandschaft ist. Ich muß daher sagen, der Kreisverband München ist durchaus berechtigt, außer Staatsrat *Schäffer* noch weitere fünf Mitglieder zu benennen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das wurde bisher nicht bezweifelt, Herr Dr. *Lacherbauer*. Also bitte ich, daß die beiden Herren feststellen -

(Zuruf *Schäffer*: Allenfalls *Weiss*. - Zuruf: *Sporer*!)

Schriftführer:

Pflaum, *Heubl* als Vertreter für *Sedlmayr*, Frau *Dahm*, *Holzer*

(Zuruf: Und *Sporer*!)

und *Sporer*.
Oberbayern: Dr. *Hundhammer*

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: An meiner Stelle *Detsch* (Rosenheim), weil ich als Mitglied der Landesleitung stimmberechtigt bin.)

Schweiger, *Schäfer* (Ingolstadt), *Reiser*, *Miesgang*.

(Zuruf: Statt *Miesgang*: Frau *Hahn* (Krailling))

Niederbayern: Dr. *Falkner*, *Brandner*, *Lobinger*, *Kübler*,

(Zuruf: Statt *Kübler*: *Ramelsberger*!)

Frau *Böcht*.

(Zuruf: Statt Frau *Böcht*: *Weinberger*!)

Oberpfalz: *Krempl*, *Hegelweiser*,

(Zuruf: Statt *Hegelweiser*: *Etterer*!)

Etterer statt *Hegelweiser*, *Ortloph*, Dr. *Debus*,

(Zuruf: Statt *Debus*: *Gierl*!)

Gierl statt *Debus*, Frau *Deku*,

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist Frau *Deku* da?

(Zuruf: Statt Frau *Deku*: *Held*!)

Schriftführer:

Held.
Schwaben: *Stegerwald*, Dr. *Rothermel*, *Burges*, Dr. *Jahn*, *Boehlke*.
Augsburg-Stadt: Dr. *Rindt*, *Imler*, *Weinkamm*.
Oberfranken: Dr. *Barth*, *Haußleiter*, *Blaser*, Dr. *Busch*, Dr. *Kroll*.
Mittelfranken: *Mack*, *Stücklen*, *Weinzierl*, *Klenk*, Dr. *Herding*.
Nürnberg-Stadt: Dr. *Nerreter*, *Konrad*,

(Zuruf: Für *Konrad*: Dr. *Arnold*!)

Speicher, Ulrich, Euerl.
Unterfranken: Dr. *Dürr*, Dr. *Bergsträsser.*

(Zuruf: An und für sich sind für Unterfranken bestellt: Dr. *Dürr*, Dr. *Kroth*, *Karpf*, *Sauer*, *Döppert*. Für den Fall, daß dann unser Antrag genehmigt wird, benennen wir nochmals drei.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, die drei, solange das noch nicht genehmigt ist, nicht mitstimmen zu lassen.
Schriftführer: Und Dr. *Bergsträsser*, Dr. *Bühner*?

(Zuruf: Die entfallen vorläufig.)

Also: *Dürr*, *Kroth*, *Karpf*, *Sauer*, *Döppert.*
Stimmberechtigt sind weiter der vorläufige Landesausschuß:

Dr. *Eichhorn*, Dr. *von Eicken*, Dr. *Horlacher*, Dr. *Hundhammer*, Dr. *Lacherbauer*, *Krehle*, Dr. *von Miller*, Staatsrat *Schäffer*, *Schwingenstein*, *Steber*, Dr. *Müller*, Dr. *Baumgartner*, Dr. *Pfeiffer*, *Helmerich*, *Ehard.*

(Zuruf: Dr. *von Eicken* fehlt; kann dafür Herr *Schlögl* abstimmen?)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird gefragt, ob Herr *Schlögl* an Stelle von Dr. *von Eicken* das Stimmrecht ausüben soll. Es ist also die Frage der Übertragung des Stimmrechts bei Mitgliedern des vorläufigen Landesausschusses aufgetaucht. Ich glaube, in dem Falle davon ausgehen zu können, daß das Stimmrecht bei Mitgliedern des vorläufigen Landesausschusses eigentlich nicht übertragen werden sollte. Die sind für ihre Person in den vorläufigen Landesausschuß gewählt, infolgedessen können sie ihr Stimmrecht nicht übertragen.
Teilt die Delegiertenversammlung diese Auffassung? - Kein Widerspruch, akzeptiert.
Dann treten wir in die Debatte über die beiden Anträge ein.
Ein Teilnehmer: Wir haben vorhin festgestellt, daß von Seiten der Gäste sehr viele Mißfallens- und Beifallsäußerungen zum Ausdruck gebracht wurden. Ich möchte die Landesversammlung bitten, dahingehend Stellung zu nehmen und einen Beschluß herbeizuführen, nach den üblichen parlamentarischen Methoden zu verfahren, wie dies auch früher der Fall war, daß die Gäste, die hier sind, an der Tagung teilnehmen und sich alles anhören, was besprochen und beraten wird, aber so wenig wie möglich oder gar nicht sich mit Beifalls- und Mißfallensäußerungen daran beteiligen. Denn dadurch würde nur die Arbeit in unserem fortschrittlichen Stadium behindert werden. Es war auch früher nirgends bei einer Partei so gewesen, und wir dürfen das auch nicht einreißen lassen, sonst würde das Wort Delegierter ohne weiteres überflüssig werden. Ich bitte, diese Anregung eventuell als Antrag zu betrachten und darüber abzustimmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, daß es zunächst noch nicht nötig ist, einen formellen Antrag zu stellen. Ich bitte mit Rücksicht darauf, daß wir nur wenig Zeit haben, daß zunächst nur die Delegierten sprechen und die anderen warten.
Ein Teilnehmer: Ich bin nur als Gast. Wir haben die weite Reise gemacht und werden hier dauernd als Eindringlinge behandelt. Was tun wir überhaupt hier? Da kann jemand den Antrag stellen, die ganzen Gäste sollen hinausgeworfen werden, dann sind sie weg.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte zu entschuldigen, ich muß eine strenge Disziplin durchführen.
Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Die Verhältnisse liegen praktisch so, daß wir uns in der Union im vorläufigen Aufbau befinden. Diese Tagung hier muß manches ersetzen, was wir durch eine ordnungsgemäße Landesversammlung vorerst noch nicht erledigen können. Ich sehe gar nicht ein, daß wir gegenüber unseren Parteifreunden, die heute zwar kein Stimmrecht haben, die aber als Gäste geladen sind, so engherzig sein sollen. Ich stehe auf dem Standpunkt: Je mehr die Klärung in diesem größeren Kreise erfolgt, desto besser ist es für die Union. Ich würde bitten, daß wir nicht den engherzigen Rahmen und diese Starrheit, die sich manche Leute auferlegen wollen, hier anwenden. Wir wollen in der Union ein dynamisches Gebilde werden, nicht eines in juristisch starren Formen. Ich weiß die Hintergründe nicht, warum die Diskussion momentan erstarren soll. Ich würde bitten, hier großzügig und nicht engherzig zu handeln, denn wir befinden uns ja in einem vorläufigen Aufbau-Stadium.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir brauchen keinen formellen Antrag. Wenn ein Parteifreund etwas zu sagen hat und es ist wichtig, so mag er es sagen. Ist es unwichtig, dann werde ich mir erlauben darauf hinzuweisen, daß die Redezeit in der Hauptsache für die Delegierten vorgesehen ist.
Wir kommen nun zur Debatte über den Antrag Niederbayern und den Antrag des Landesausschusses. Die Anträge sind Ihnen bekannt.
Niederbayern stellt den weitergehenden Antrag:

> Es sind die Stimmrechte der Bezirksverbände für die Tagung des Erweiterten vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946 in Bamberg, gemäß den vorläufigen, derzeit gültigen Landessatzungen (Ziffer 4. Abschnitt a) zu bewerten. Es kommen demnach jedem Bezirksverband so viele Stimmen zu, als der Bezirk Land- und Stadtkreise enthält. Städte, denen die Rechte eines Bezirksverbandes zugesprochen sind, erhalten für je angefangene 50.000 Einwohner eine Stimme.
> Begründung:
> Der Beschluß des vorläufigen Landesausschusses der CSU, der im Schreiben vom 18. März 1946 (Ziffer 1 und 3) enthalten ist, ist rechtsungültig, da er der vorläufigen, derzeit gültigen Satzung, außerdem der inneren Gerechtigkeit widerspricht.

Ich bitte zunächst Niederbayern den Antrag zu begründen.
Dr. *Falkner*: Ich habe die Begründung schon in den Antrag aufgenommen. Sie haben sie auch verlesen. Rein juristisch widerspricht die Abstimmungsberechtigung, die Sie festgelegt haben, meiner Ansicht nach den Satzungen. Vielleicht könnte der entscheidende Passus der Satzungen verlesen werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir kommen dann darauf.
Dr. *Hundhammer*: Ich möchte zu dem Antrag Niederbayern folgendes bemerken: Bei der letzten Zusammenkunft in München ist eine vorläufige Satzung beschlossen worden. An die Bestimmungen dieser vorläufigen Satzung lehnt sich offenbar der Antrag Niederbayern an. Nach dieser Satzung würde, wie es hier schon gesagt worden ist, sowieso jedem Kreisverband, also in dem Falle Kreisverband gleich Landratsbezirk, eine Stimme zukommen. Wir hätten dann in dem Falle auch eine gerechte Verteilung der Stimmen auf die Unterverbände. Es sind Unterverbände da, allerdings nicht alle aus ganz Bayern, leider nicht. Man hätte sich ja gegenseitig vertreten können. Dann wäre die Stimmberechtigung auf das ganze Land verteilt gewesen. Mit dieser Regelung wären auch die Anträge, die von Regensburg und Würzburg vorliegen, eigentlich

bewilligt gewesen, weil dann ja für je 50.000 angefangene Einwohner ihnen eine Stimme zugekommen wäre.
Ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß eine einmal beschlossene Satzung auch eingehalten werden muß, und daß man nach dieser Satzung, um korrekt zu verfahren, die Stimmen verteilen muß. Ich unterstütze deswegen den Antrag Niederbayern, wobei ich ausdrücklich auf die rechtlichen Konsequenzen und die rechtliche Seite der ganzen Angelegenheit hinweise.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dazu darf ich folgendes bemerken: Der Standpunkt des Herrn Dr. *Hundhammer* war mir vorher bekannt. Der Beschluß der Landesversammlung, den ich vorgelesen habe, und der Ihnen nachher noch im einzelnen bekanntgegeben wird, ist schon vor einiger Zeit gefaßt worden. *Hundhammer* war nicht da, er ist dann weggegangen. Mittlerweile hat das Bezirkssekretariat von Oberbayern bei der Militärregierung von Oberbayern in Aussicht gestellt, daß dieses Vorgehen, wie es hier vorgesehen worden sei, illegal ist. Es wurde dabei sogar ein Ausdruck gebraucht, zum mindesten bestätigt, der zu weit ging. Ich habe mich deswegen veranlaßt gesehen, die Anträge, die der Landesausschuß noch gestern früh beschlossen oder bestätigt hat, der Militärregierung für Bayern vorzulegen, weil ich auf jeden Fall den Vorwurf der Illegalität oder der Schiebung vermeiden will.

(Sehr richtig!)

Ich habe an die Militärregierung folgendes Schreiben gerichtet, ich bitte es zu verlesen.
Schriftführer:

An die
Militärregierung für Bayern
zu Händen von Herrn Major *Vacca*
München.

Betrifft: Christlich-Soziale Union.

Die Landessatzung der Christlich-Sozialen Union, die der Militärregierung bei der Anmeldung vorgelegt wurde, kann erst in Kraft treten, wenn eine Landesversammlung zusammentreten und wählen kann. Dies ist im Augenblick noch nicht möglich, weil der organische und demokratische Aufbau der Kreis- und Ortsverbände noch nicht restlos abgeschlossen ist.
Es müssen aber für die Christlich-Soziale Union schon jetzt Entscheidungen getroffen werden, die voraussetzen, daß der die Entscheidung Treffende das Vertrauen der Mehrheit der Union genießt. Um diese Notwendigkeit zu sichern, hat der vorläufige Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union am 8. Januar 1946 beschlossen, zum 31. März 1946 einen aus dem ganzen Land beschickten erweiterten Landesausschuß nach Bamberg einzuberufen und ihm die Entscheidung über den grundsätzlichen Aufbau zu übertragen. Der Tagungsort Bamberg war in der vorausgehenden Sitzung des erweiterten Landesausschusses vom 8. Januar 1946 festgelegt worden.
Aufgrund einer Rücksprache des vorläufigen Landesvorsitzenden bei der Militärregierung hat der vorläufige Landesausschuß seinen Antrag wie folgt abschließend formuliert:

1. Bei der Sitzung des erweiterten Landesausschusses haben die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Ober-, Mittel- und Unterfranken je fünf Stimmen.
   Ferner werden als Bezirksverbände anerkannt und sind stimmberechtigt die Christlich-Soziale Union in München mit fünf Stimmen, in Nürnberg mit fünf Stimmen und in Augsburg mit drei Stimmen.
   (Angekündigt ist ein Antrag der Christlich-Sozialen Union Würzburg auf deren Anerkennung als Bezirksverband mit zwei Stimmen Stimmrecht.)
   Weiter sind stimmberechtigt die bisherigen Mitglieder des vorläufigen Landesausschusses:
   Dr. *Müller*, Dr. *von Miller*, Dr. *Eichhorn*, *Krehle*, *Schwingenstein*, Dr. *Lacherbauer*, *Schäffer*, Dr. *Hundhammer*, *Steber*, Dr. *Horlacher*, Dr. *von Eicken*.
   Schließlich haben Stimmrecht die der Union angehörenden Mitglieder der Bayerischen Regierung:
   Dr. *Baumgartner*, *Helmerich*, Dr. *Pfeiffer*, *Krehle*, *Ehard*.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe darauf folgende Bestätigung erhalten:

Betrifft: Änderung des Statuts der Christlich-Sozialen Union.

1. Ihr Antrag wegen Änderung der Statuten der Christlich-Sozialen Union vom 29. März 1946, der diesem Hauptquartier vorgelegt worden ist, und von dem Abschrift als Anlage hier beigefügt worden ist, ist sorgfältig überlegt worden.
2. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, falls die darin behandelten Angelegenheiten ordnungsgemäß vorgelegt und in einer Majorität der ordnungsmäßig berufenen Delegierten des erweiterten Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union ratifiziert werden.
3. Die Ratifizierung soll durch geheime Abstimmung erfolgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe es für notwendig gehalten, Klarheit zu schaffen, weil meine Auffassung die war: Die Statuten, wie wir sie vorgelegt hatten, wurden beschlossen vom erweiterten Landesausschuß, also dem gleichen Gremium, das hier wieder einberufen ist. Solange, bis eine Landesversammlung die endgültigen Statuten beschließt, hat dieser erweiterte Landesausschuß das Recht, die Statuten abzuändern, unter der Voraussetzung, daß die Militärregierung, die mit Bürgen (?) damals die Ermächtigung ausdrücklich erteilt hat - die Ermächtigung ist Ihnen bekannt -, selbst die Abänderung beschließt. Infolgedessen ist hiermit eine Rechtsklarheit geschaffen.
Ich habe jetzt - weil ich in dem Schreiben der Militärregierung ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, weil es heißt: "ordnungsmäßig bestellte Delegierte" - festzustellen, wie die einzelnen Delegierten für diese Versammlung hier bestellt wurden.
Wie wurden die Delegierten für München-Stadt bestellt?
Schäffer: Die Delegierten für München-Stadt wurden in der satzungsgemäß gewählten Kreisvorstandschaft bestellt, die dazu berufen ist.

(Zuruf *Krehle*: Kein einziger Arbeitnehmervertreter von München ist dabei.)

- Herr *Sedlmayr* war eingeladen. Er ist leider nicht gekommen. Deswegen wurde ein Stellvertreter bestimmt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer hat bestellt?
Schäffer: Die Kreisvorstandschaft durch Beschluß.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Oberbayern.
Dr. *Hundhammer*: Oberbayern hat durch Beschluß der Kreisvorstandschaft, die ordnungsgemäß eingeladen war, die Delegierten bestimmt. Damals war Oberbayern von der Voraussetzung ausgegangen, daß nur die Delegierten der Kreisverbände stimmberechtigt sind. Darum war damals ich als Vertreter für Oberbayern mitbestimmt. Nachdem ich selber für Oberbayern jetzt ausfalle, weil ich noch als Mitglied der Landesleitung stimmberechtigt bin, habe ich heute Frau *Hahn*, die Vorsitzende des Landesausschusses der Frauen, die zugleich Oberbayern angehört, an meiner Stelle mit meiner Stimme betraut.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte Herrn *Schäffer*, sich noch zu äußern. Ich muß unbedingt ein klares Protokoll haben.
Schäffer: Es waren in München sechs bestellt. Ich scheide jetzt aus. Infolgedessen bleiben die anderen bestellten Herren *Pflaum*, *Sporer*, *Holzer*, Frau *Dahm*. Herr *Sedlmayr*, der eigentlich kommen sollte, ist nicht gekommen. Deswegen habe ich Herrn *Heubl* benannt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf mit Rücksicht auf die protokollarische Wahrheit feststellen, daß Sie vorhin Herrn *Holzer* an Ihrer Stelle bestellt haben. Ich werde gegen eine Abänderung keinen Einwand erheben.
Schäffer: Nein, ich hatte zuerst den Namen *Weiss* genannt und übersehen, daß *Sporer* schon bestellt war.
Dr. *Horlacher*: Darf ich eine bescheidende Frage stellen? Aus welchen Mitgliedern und aus wievielen Mitgliedern besteht die Kreisvorstandschaft?
Schäffer: Ich überlasse das Werturteil über diese Anfrage der Versammlung. Die Kreisvorstandschaft besteht aus den satzungsgemäß gewählten Mitgliedern.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf unterbrechen. Wir müssen weiterkommen.
Wie wurden die Delegierten für Niederbayern bestellt?
Dr. *Falkner*: Die Bezirksvorstandschaft wurde von den Einladungen in Kenntnis gesetzt. Von der Bezirksvorstandschaft nehmen *Lobinger*, *Brandner* und ich selbst teil.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich möchte wissen, wer bestellt hat.
Dr. *Falkner*: Im Auftrage von *Kübler*, *Böcht*, die verhindert sind, habe ich persönlich bestellt, die anderen Herren nehmen automatisch teil.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer hat die anderen Herren bestellt? Ich muß hier ein klares Protokoll haben. Wer hat die einzelnen Delegierten gewählt oder bestellt?
Dr. *Falkner*: Es ist niemand gewählt oder bestellt worden, sondern die Einladung ist an die Bezirksvorstandschaft hinausgegangen, und ich habe die Vorstandschaft aufgefordert, an dieser Tagung teilzunehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es muß doch - ich hoffe - ein Beschluß der Vertrauensmännerversammlung oder der Vorstandschaft oder eine persönliche Verfügung vorliegen.
Dr. *Falkner*: Ich habe als 1. Vorsitzender die Vorstandschaft von dieser Tagung in Kenntnis gesetzt und sie aufgefordert, an der Tagung teilzunehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Haben Sie persönlich das verfügt, oder hat die Vorstandschaft einen Beschluß gefaßt?
Dr. *Falkner*: Ich persönlich habe verfügt, die Vorstandschaft hat keinen Beschluß gefaßt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Oberpfalz! Wer hat bestellt?
Held: Im Benehmen mit meinem Vorstand wurden die Delegierten bestellt, weil die vorher geladenen Vertreter nicht erscheinen konnten. Sie waren verhindert, weil heute um 10 Uhr ein Staatssekretär aus München da war, um eine Beeidigung im sogenannten Denazifizierungsausschuß der Spruchkammer vorzunehmen; dadurch wurde bei uns alles umgeworfen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das geht zu weit, das interessiert uns hier nicht. Ich muß der Verfügung gerecht werden.
Held: Ich habe gestern abend in letzter Minute den ganzen Vorstand, den 1., 2., 3., 4. Vorsitzenden und den Jugendführer bei uns zusammengetrommelt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Liegt ein Beschluß der Vorstandschaft für die einzelnen Delegierten vor?
Held: Für die einzelnen Delegierten liegt kein Beschluß vor. Ich als Vorsitzender habe die einzelnen Delegierten einzeln bestellt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Schwaben!
Stegerwald: In Schwaben wurden die Wahlmänner heute in der Gesamtsitzung, der Gründungssitzung des Bezirksverbands Schwaben von sämtlichen Kreisvorsitzenden gewählt.

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Augsburg-Stadt!
Imler: (Dr. *Rindt*?) In Vertretung gebe ich bekannt, daß für Augsburg-Stadt die Wahlmänner aufgrund eines Gesamtbeschlusses der Vorstandschaft geschickt worden sind.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Oberfranken!
Dr. *Barth*: Durch Beschluß der Bezirksversammlung Oberfranken vom 17. Februar wurde der Vorstand des Bezirksverbands Oberfranken ermächtigt, bis zur nächsten Bezirksversammlung, die vor dem 30. Juni stattfinden muß, die Delegierten zu bestimmen. Im Einvernehmen mit den Kreisverbänden ist dann diese Auswahl der Delegierten geschehen.

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Mittelfranken!
Mack: In einer Bezirksversammlung, die am 23. Februar in Nürnberg stattfand, wurden die Delegierten gewählt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nürnberg-Stadt!
Dr. *Nerreter*: Wir hatten am 18. März eine Mitgliederversammlung in Nürnberg, zu der sämtliche Mitglieder eingeladen waren. Die meisten waren erschienen. Es wurde dort ein Arbeitsausschuß gewählt. Dieser Arbeitsausschuß trat am 28. März zusammen. Die Delegierten von Nürnberg-Stadt wurden dort in schriftlicher und geheimer Wahl gewählt.

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Unterfranken!
Dr. *Dürr*: Die am 25. März in Würzburg tagende und von allen Kreisverbänden beschickte Bezirkskonferenz hat die Abgeordneten bestimmt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit habe ich die Formalität erfüllt.
Wir kommen nun zu der Frage, ob die Herren, die nur durch die Autorität eines einzelnen bestellt wurden, Stimmrecht haben sollen oder nicht. Ich würde der Auffassung sein, daß wir uns hier im Augenblick noch nicht in Formalitäten einhängen, sonst ent-

stehen darüber scharfe Dissonanzen. Ich möchte infolgedessen bitten, daß sie unter der Voraussetzung der Zustimmung der Militärregierung jetzt in dieser Versammlung ihr Stimmrecht ausüben dürfen.
Erhebt sich ein Widerspruch? - Nein!

(Zuruf: Protokollarisch festgelegt!)

Dann haben wir die Debatte über die Anträge *Falkner* und Landesausschuß fortzusetzen. Wer meldet sich noch? - Herr Dr. *Kroll*.
Dr. *Kroll*: Zu dem Antrag von Niederbayern möchte ich feststellen: Es handelt sich dabei nicht darum, daß die einzelnen Kreise stimmberechtigt sein sollen - was hier vielleicht zu Mißverständnissen geführt hat - im Sinne einer Landesversammlung, vielmehr darum, daß die Kreise ihr Stimmrecht nicht mehr durch Wahl, sondern durch statistische Aufzählung heute den Bezirken delegieren sollen.
Ich muß ehrlich erklären, daß diese Aufzählung nur zu rein formalen Schwierigkeiten führen kann, da eine andere Zusammensetzung der Delegierten dadurch nicht mehr zu erreichen ist, als höchstens eine Gewichtsverlagerung.
Ich möchte zur Klarheit sagen: Entweder stimmen die Bezirksvertreter so, wie sie hier sind und wie sie vom vorläufigen Landesausschuß vorgeschlagen wurden, ab, oder aber es stimmen einmal später wirklich gewählte Vertreter der Landkreise ab. Eine Vermengung der beiden Abstimmungsverfahren halte ich für untunlich, denn sie verwischt nur das Bild.
Ich bin also im Auftrag der Vertreter Oberfrankens ermächtigt, Sie zu bitten, den Antrag Niederbayern abzulehnen und dem Antrag des vorläufigen Vorsitzenden zuzustimmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren, ich muß noch etwas nachholen. Einer der vorgesehenen Herren des vorläufigen Landesausschusses ist Dr. *Wilhelm Eichhorn*.
Er hat sich durch folgendes Schreiben entschuldigt.
Schriftführer:

Sehr geehrter Herr Doktor *Müller*!

Meine mündliche Erklärung von heute früh möchte ich nochmals schriftlich wiederholen. Es ist mir unmöglich, als Mitglied des vorläufigen Landesausschusses in die Bamberger Sitzung zu kommen, um dort mit einigen wenigen anderen Beteiligten eine Abstimmung über mein Stimmrecht über mich ergehen zu lassen. Als ein Beteiligter minderen Rechts kann ich persönlich und als einer der wenigen Repräsentanten der evangelischen Seite nicht anwesend sein. Ehe klargestellt ist, welche Befugnis der vorläufige Landesausschuß hat, kann ich zu meinem Bedauern an Sitzungen nicht mehr teilnehmen.
Nach wie vor halte ich warmen Herzens die Hoffnung fest, daß eine wirkliche Union, eine Vereinigung der Konfessionen auf politischem Gebiet, eine Zusammenfassung sonstiger, früher auseinanderstrebender politischer Parteien und eine Sammlung von Menschen der verschiedenartigsten Typen auf der Grundlage christlicher Weltanschauung und sozialer Haltung zustande kommt.
Zur Zeit allerdings sind insbesondere in Südbayern und vor allem in München die Grundlagen für eine politische Vereinigung der beiden christlichen Bekenntnisse gefährdet. Schon oft betonte ich, daß es mit der immer wiederholten Deklamation, die Union umfasse neben anderem die beiden Bekenntnisse, nicht getan ist. Hand

in Hand damit muß auch die entsprechende Personalpolitik gehen. Ich weiß wohl, daß auf evangelischer Seite viel weniger "Politiker" parat stehen und daß man nicht selten fürchtet, es erstehe doch tatsächlich die Bayerische Volkspartei wieder, und die Evangelischen und hinzugestoßenen anderen politischen Parteien seien höchstens ein Anhängsel. Ich freue mich, daß in beträchtlichen Teilen Bayerns der Protestantismus auch in den maßgebenden Ämtern der Partei zum Zuge gekommen ist, aber die Verhältnisse in einem beträchtlichen Teil Altbayerns zerstören das gute Zutrauen, das anderwärts besteht. In München z.B. ist der Prozentsatz der in Parteiämtern stehenden Evangelischen und der Zugehörigen früherer selbständiger Parteien lächerlich klein. Insbesondere seit einigen Wochen ist deutlich merkbar, daß absolut geeignete Kandidaten, die sich selbst zur Mitarbeit anboten oder von unserer Seite präsentiert wurden, auf allerlei Weise wegmanövriert wurden oder höchstens in die harmlose Rolle des Beisitzers gestellt wurden. Es wird eben absolut verkannt, daß eine Minderheit, die zahlenmäßig doch recht beachtlich ist, besonders schonend behandelt werden muß und daß man ihr auch personelle Opfer bringen muß, besonders in der Übergangszeit.
Mit besten Grüßen stets Ihr ergebener
gez.: *W. Eichhorn.*

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer* hat sich zum Wort gemeldet.
Schäffer: Auf den Brief *Eichhorn* wird wohl unser zweiter Vorsitzender eingehen, der dazu berufen ist.
Ich möchte zunächst nur feststellen: Herr *Eichhorn* ist in München als zweiter Vorsitzender nicht mehr gewählt worden, nachdem er allerdings die feste Erklärung abgegeben hatte, er würde eine Wiederwahl auch völlig ablehnen, seine Zeit sei so in Anspruch genommen, daß er politisch und in der Kreisvorstandschaft nicht mehr tätig sein könne. Diese Erklärung steht protokollarisch fest. Sie ist in dem Protokoll enthalten, das auch der Militärregierung vorgelegt wurde.
Die Kreisvorstandschaft München hat - nur zahlenmäßig einmal festgestellt - als ersten Vorsitzenden, wenn ich nun einmal Konfessionen aufzählen muß, was meiner Natur an sich widerspricht -, einen katholischen Mann, als zweiten Vorsitzenden einen evangelischen, als dritten Vorsitzenden wieder einen katholischen Mann, das ist ein Arbeitervertreter. Sie hat drei Evangelische in der Kreisvorstandschaft unter 15, wenn ich die beiden Bürgermeister wegrechne, die ex officio drinnen sind. Das ist das Wahlergebnis in München. Bei den eingeschriebenen Mitgliedern dürfte die Zahl der Evangelischen leider Gottes die 20% bei weitem nicht erreichen, die der Vertretung in der Kreisvorstandschaft entsprechen. Mir ist in München kein Fall bekannt, in dem irgendwie von einer Zurücksetzung hätte gesprochen werden können. In einem Falle, in dem es sich lediglich um einen privaten Streit zwischen zwei Personen gehandelt hat, habe ich gebeten, diesen der Kreisvorstandschaft zur Entscheidung vorzulegen.
Nun zur Sache selbst! Über diesen Brief, der aus irgendwelchen Gründen verlesen worden ist, wird sich hier Herr Direktor *Pflaum* noch äußern. Ich möchte zu dem Antrag Niederbayern sprechen. Die Kreisvorstandschaft München hat diesen Antrag in aller Form unterstützt und dabei gebeten, die übrigen Bezirksverbände möchten diesen Antrag ebenfalls unterstützen. Ich bemerke dabei, daß ich damals schon in dem vorläufigen Landesausschuß erklärt habe, ich würde alle Beschlüsse, die den Satzungen widersprechen, nicht als rechtmäßig anerkennen können, infolgedessen könne ich auch diesen Vorschlag, wie er hier vorgelegt wird, als satzungswidrig nicht als bindend anerkennen. Ich habe ausdrücklich gebeten, diese Erklärung in das Protokoll jener

Sitzung des vorläufigen Landesausschusses zu übernehmen. Ob es geschehen ist, weiß ich nicht. Ich habe neulich wieder angefragt, ob das geschehen ist. Meine Gründe sind folgende: Wir müssen zu einem ordnungsmäßigen Aufbau der Organisation kommen. Wir können die Organisation der Partei, wie es dem demokratischen Gedanken entspricht, nur von unten her aufbauen. Wir sind heute durch die Umstände so weit, daß ich annehmen muß, daß alle Bezirksverbände stehen. Alle Bezirksverbände sind ja durch die Kreistagswahlen gezwungen, in den Landkreisen und nunmehr auch in den Stadtkreisen die Kandidaten aufzustellen. Ich darf also annehmen, daß dieser Hinderungsgrund wegfällt, der am 8. Januar noch erwähnt worden ist. Damals haben wir gewünscht, es möchte bis Februar eine konstituierende Landesversammlung einberufen werden. Später habe ich diesen Vorschlag, um damals den Frieden herbeizuführen, dahin abgeändert, daß ich sagte "sobald als möglich". Damals kam der Einwand - wohl von Mittelfranken -, daß einzelne Bezirksverbände technisch dazu nicht in der Lage seien, bis dahin Delegierte zu einer Landesversammlung zu schicken. Ich habe dann "sobald als möglich" vorgeschlagen und wir haben uns darauf geeinigt. Heute sind wir so weit, daß wir die Organisation in allen Bezirksverbänden als stehend erachten können. Daher haben wir uns als die Vertreter der Mitglieder zu betrachten, die uns gewählt haben. Infolgedessen haben wir, möchte ich sagen, das Gewicht der Mitglieder und der Wählerschaft, die hinter uns steht.
Wenn Sie den Kreisverband Niederbayern nehmen, der bei den Landkreiswahlen allein mit 300.000 Stimmen aufgebracht

(Bravo!)

und der das beste Wahlergebnis gehabt hat, so muß ich sagen: Dieser Bezirksverband Niederbayern hat selbstverständlich das Recht, entsprechend seiner Stärke eine Vertretung zu finden. In den Satzungen, die vorläufig gewesen, aber damals schon der Besatzungsmacht vorgelegen und von uns anerkannt worden sind, haben wir das nicht so gemacht, daß wir nach Wählerstimmen gegangen sind. Wir sind vielmehr, ich möchte sagen, im großen und ganzen von der Einwohnerzahl ausgegangen. Man hat die Land- und Stadtkreise als Grundlage genommen und ging davon aus, was früher ja auch schon der Fall war, daß jeder Landkreis ungefähr 50.000 Einwohner hat. Dieses Bild hat man dann auch auf die Städte umgelegt. Es ist jedem Bezirksverband unbenommen, ob er Städte in sich vereinigen will, also ob, sagen wir einmal, in der Oberpfalz Regensburg mit dem Bezirksverband Oberpfalz gehen will oder ob Regensburg und Oberpfalz je einen eigenen Bezirksverband bilden. Ich wäre dafür, daß wir unseren Bezirksverbänden die größtmögliche Freiheit lassen, wenn sie eine eigene Organisation einer großen Stadt vorziehen. Das kann den Vorteil haben, daß die besondere Bevölkerungsschichtung, die in einer Stadt vorhanden ist, sich dann auch in der Organisation wesentlich besser zur Geltung bringt, und daß die Bevölkerungsschichtung, die auf dem Lande vorhanden ist, sich dann im Bezirksverband Land besser zum Ausdruck bringt. Dann hat das seinen guten Grund. Deswegen muß ich sagen: Der Grundsatz, den wir hier in dieser vorläufigen Satzung aufgenommen haben - er ist nicht etwa neu, sondern aus der früheren Zeit, wo er jahrzehntelang schon geübt worden ist, übernommen gewesen und deshalb in diese Satzung hereingekommen -, ist ein gesunder Grundsatz. Er gibt der Bevölkerung, der Wählerschaft, der Mitgliederzahl die Möglichkeit, sich in ihrem Gewicht zum Ausdruck zu bringen. Deswegen standen wir auch auf dem Standpunkt: Unsere Satzungen sind zu halten, schon wegen ihrer inneren Gerechtigkeit. Ich muß aber auch sagen: Ich bin nun einmal dafür, daß das,

was wir machen, auch aus sachlichen Gründen gemacht wird, und wenn wir Satzungen aus sachlichen Gründen gemacht haben, daß wir uns an diese sachlichen Gründe immer halten. Ich bestreite, daß es irgendeinem Gremium möglich ist, Satzungen, die es selbst einmal angenommen und die es vorgelegt hat, einfach willkürlich unter bestimmten Zeitumständen zu ändern.
Ich will meinen lieben Freunden und Kollegen vom vorbereitenden Arbeitsausschuß[6] gewiß nicht weh tun, aber die Dinge liegen nun einmal so: Der vorbereitende Arbeitsausschuß war bestellt rein aus der Stadt München heraus. Er ist bestellt worden in, will ich einmal sagen, statu nascendi, im Anfangsstadium, und - leider Gottes, muß ich sagen - in einer Form, die ich damals schon als nicht geordnet empfunden habe. Wir haben um des Friedens willen möglichst gestrebt, überhaupt zur Arbeit zu kommen und die Fragen, die mit der Entstehung zusammenhängen, nicht aufzuwerfen. Der Bezirksverband München hat inzwischen gewählt, der Bezirksverband hat - ob es nun den einen freut oder nicht, aber wir haben den Willen der Wähler zu respektieren - nun einmal seine Vertrauensleute gewählt. Der vorbereitende Ausschuß München, aus dem der vorbereitende Arbeitsausschuß für das Land hervorging, existiert also nicht mehr.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, ich bitte sich kurz zu fassen, es wird sonst ein Antrag auf Abkürzung der Redezeit gestellt.

(Zuruf: Unerhört!)

Schäffer: Ich muß infolgedessen feststellen: Ich persönlich kann eine innere Berechtigung dafür nicht anerkennen, daß die Legitimation noch dauernd ausgeübt wird, und daß der vorbereitende Ausschuß ein höheres Stimmrecht für sich in Anspruch nimmt, als die höchsten Bezirksverbände zusammen, die vielleicht Hunderttausende von Wählerstimmen repräsentieren. Ich muß auf dem Standpunkt stehenbleiben, daß das ein Verstoß gegen die innere Gerechtigkeit wäre, und daß wir eine saubere, solide Arbeit und Grundlage haben, wenn wir uns an die Satzungen, an deren gerechte Grundsätze halten und den Antrag Niederbayern annehmen. Und darum bitte ich. Wenn der Antrag Niederbayern abgelehnt werden sollte, ich könnte mich nicht entschließen, eine Erklärung abzugeben, daß die dann weiter gefaßten Beschlüsse als satzungsmäßig zu erachten sind.

(Hört, hört!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, das wird die Versammlung hier zu beschließen haben, was dann satzungsmäßig ist und was nicht. Als Rechtsgrundlage steht einwandfrei folgendes fest: Die Militärregierung hat die damaligen Statuten des vorläufigen Landesausschusses genehmigt. Die gleiche Militärregierung gibt ihre Zustimmung, wenn das gleiche Gremium, nämlich der erweiterte Landesausschuß, sie abändert, die Abänderung beschließt, das ist legal. Dagegen wird der Antrag *Falkner* damit illegal, und zwar deswegen, weil wir hier nicht in einer Landesversammlung, sondern in einer Sitzung des erweiterten Landesausschusses sind, der damals die Beschlüsse gefaßt hat und jetzt wieder vor der Beschlußfassung steht. Das ist die Rechtsgrundlage. Darüber hinaus darf ich noch folgendes erklären: Es ist nicht richtig, daß

[6] Gemeint ist der Vorläufige Landesausschuß.

der vorläufige Landesausschuß mehr Stimmen hätte, als die anderen Vertreter zusammen.

(Zuruf *Schäffer*: Ich habe gesagt: als zwei zusammen!)

Sie haben gesagt "als die anderen zusammen!"

(Zuruf: Zweifellos ein Mißverständnis!)

Da muß doch festgestellt werden: Es waren elf; es sind noch dazu einige nicht erschienen. Die Vertreter der Bezirksverbände gehen, je nach dem was beschlossen wird, wie das Stimmrecht gegeben wird, mindestens in die vierzig - achtundvierzig. Das ist also ein gewisses Verhältnis.

Darüber hinaus halte ich es für notwendig, folgendes zu erklären: Ich weiß, daß ich mir Gegner geschaffen habe dadurch, daß ich nicht mit allem einverstanden war, was im Aufbau der Organisation durchgeführt wurde. Ich habe Widerspruch erhoben damals bei der Wahl des Kreisvorsitzenden von Oberbayern. Ich habe den Widerspruch deswegen erhoben, weil in dieser Versammlung, die dort gewählt hat, noch nicht einmal gewählte Bezirksvertreter waren. Die Vertreter waren vielmehr bestellt, um zu organisieren und dieselben Männer haben einen Kreisvorsitzenden gewählt. Sie haben gewählt, obwohl nicht ein einziger Vertreter des Bauernbunds dort war, der doch in Oberbayern stark genug ist.

Meine Herren, wenn wir eine Union schaffen wollen, müssen alle, die sich hier zusammenschließen, in den Organisationen vertreten sein, dann gibt es keine Taktik, die darauf beruht, daß man zufällig den oder jenen heranzieht. Ich hätte auch Vollmachten und Mandatsversprechen geben können. Ich habe es nicht getan, weil das nicht im Interesse der Union wäre. Wir müssen dafür sorgen, daß alle Kräfte, die zu uns kommen, sich wirklich bei uns als Mitglieder und nicht als geduldete Mitläufer fühlen können.

(Zustimmung.)

Ich darf dazu ein Schreiben des 2. Kreisvorsitzenden der Union von Oberbayern bekanntgeben. Der zweite Teil lautet:

> Ich bin bitter enttäuscht darüber, daß die Union sich erlaubt, in dieser Weise gegen den Bayerischen Bauernverband vorzugehen. Ich bin auch 2. Kreisvorsitzender des Bayerischen Bauernverbandes, Kreisverband Oberbayern. Ich möchte Ihnen als Landesvorsitzender rundweg erklären, daß wir Bauern es ablehnen, wieder bloß Stimmvieh für die Union zu sein. Wenn der Bauernstand in der Union nicht so verankert wird, daß er seiner Bedeutung nach entsprechenden Einfluß bekommt, dann müssen wir Bauern aus der Union heraus. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß die Stimmung in der Landwirtschaft so ist.
>
> Ich bitte Sie, meine Stellungnahme sämtlichen Bezirksvorständen der Union im Kreis Oberbayern mitzuteilen. Ich hätte selbst gern in der Versammlung noch Stellung genommen, mußte aber weggehen, da ich als Bürgermeister um 14 Uhr nachmittags in meiner Gemeinde sein mußte. Ich bitte mir mitzuteilen, ob Sie als Landesvorsitzender gewillt sind, den Bezirksvorständen von Oberbayern meine Stellungnahme mitzuteilen.

Gleichzeitig ist ein Antrag des Bezirksvorsitzenden von Oberbayern beim Landessekretariat eingelaufen, der wollte, daß das Landessekretariat und der Landesvorsitzende nicht unmittelbar mit den Kreisverbänden draußen korrespondieren.

(Hört, hört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! So läßt sich keine Organisation aufbauen!

(Zuruf: Diktatoren!)

Weiterhin: Wir haben gehört, die Wähler haben für die Herren hier entschieden. Das ist noch lange nicht gesagt. Meine Damen und Herren, die Wähler haben für die Union entschieden,

(Lebhafter Beifall.)

doch nicht für die einzelnen Herren, die damals aufgetreten sind und die jetzt als Vertreter dieser Leute dort auftreten. Das hat mit dem Entscheid der Wähler nichts zu tun. Die Wähler werden darauf warten, ob wir hier eine gerechte Lösung finden, daß die Wähler auch glauben, daß sie bei uns nun wirklich vertreten sind.

(Bravo!)

Da kann ich es nicht darauf ankommen lassen, daß ein Herr, der sehr bekannt war als Vertreter der evangelischen Kreise, Dr. *Eichhorn*, nun hinausmanövriert werden sollte oder wollte. Ich kann es auch nicht darauf ankommen lassen, daß Herren, die sich Mühe gegeben haben, die Union zu gründen und zu schaffen, heute hinausgeschmissen werden von Leuten, die später das Arbeiten angefangen haben, nur deshalb, weil sie zufällig eine bessere Taktik haben. Das geht nicht, das würde gegen die Interessen der Union verstoßen, damit würde die Union gesprengt. Deswegen bitte ich, Vorsorge zu treffen, daß wir hier eine wirklich vernünftige Grundlage schaffen. Das kann nicht in ein paar Wochen geschehen, das muß nachgeprüft werden, wer ist ordnungsgemäß gewählt.

Herr *Schäffer*, Sie wissen genausogut wie ich, daß die Militärregierung jetzt auch den Wahlvorgang für München-Stadt nachprüft.

(Zuruf *Schäffer*: Ich bitte ums Wort!)

Mir ist es gleichgültig, ich sage nichts, es ist nichts einzuwenden. Auf der anderen Seite müssen aber diese Nachprüfungen vollzogen werden und vollzogen sein, bevor wir weiter organisieren. Ich kann nur so vorgehen, daß wirklich die Leute hier den entscheidenden Einfluß ausüben, die durch den Willen ihrer Wähler und nicht per Zufall heraufgekommen sind, deswegen, weil sie ihre Sonderbesprechungen gehabt haben.

Dr. *Horlacher*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen in dieser Frage einen ganz klaren Standpunkt einnehmen. Der Standpunkt geht dahin, daß wir uns nicht darauf berufen können, was in früherer Zeit gewesen ist. Darauf kann sich in Deutschland niemand berufen, denn der Zusammensturz in Deutschland ist so katastrophal, daß er nicht katastrophaler sein kann. Auch der Zusammensturz im politischen Leben ist ungeheuer groß. Wir müssen erst durch den Einfluß einzelner Männer, die sich herauswagen, die Leute zu Mitgliedern der Partei gewinnen. Wir sind ja noch lange nicht so weit, daß man eine endgültige Organisation der Partei schaffen kann, weil wir noch über eine sehr geringe Mitgliederzahl in der Union verfügen. Wir haben sehr viele Wähler, aber sehr wenige eingeschriebene Mitglieder. Das wird nie-

mand bestreiten wollen. Deshalb dürfen wir dankbar sein, daß die amerikanische Militärregierung so klug ist und selbst einsieht, daß man hier vorübergehend andere Wege gehen muß. Die Satzungen, die dann letzten Endes angenommen werden müssen, können nur in einer wirklich bevollmächtigten Landesversammlung der Partei verabschiedet werden. Diese muß eingehend vorbereitet werden.
Was wir damals als Satzung angenommen haben, haben wir per Abstimmung gar nicht angenommen. Sind wir ehrlich! Die Herren waren alle beisammen. Wir haben damals die Satzung dem Herrn Dr. *Müller* nach rascher Abstimmung mitgegeben, damit die Partei als Landespartei zugelassen werden konnte. War es so, oder war es nicht so?

(Zuruf: Jawohl!)

So war die Sachlage. Jetzt beruft man sich auf starre Rechtsgrundsätze, um starr etwas zur Entscheidung zu treiben. Wir wollen, und soweit ich sehe, will die große Mehrheit der Wähler der Union, daß wir uns erst mit neuen Gedankengängen in der Bevölkerung weiter durchsetzen, und zwar so, daß sich Evangelische, Katholische und auch Andersgläubige in unseren Reihen wohl fühlen,

(Bravo!)

damit man sieht, daß wir nicht mehr der Wurmfortsatz der alten Bayerischen Volkspartei sind.

(Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Dr. *Horlacher*, ich darf bitten, jetzt nicht zu weit zu gehen.
Dr. *Horlacher*: Bitte, aber Herr *Schäffer* hat weitergehende Ausführungen gemacht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich müßte mich sonst auch verpflichtet sehen, Ihnen das Wort zu entziehen.
Dr. *Horlacher*: Ich bitte, folgendes zu bedenken: Wir kennen uns nun aus, wir wissen, worum es sich handelt. Wir wissen auch, daß der Militärregierung unsere Beschlüsse zur Sanktionierung vorgelegt werden müssen. Die Verhältnisse liegen nun so, meine lieben Freunde, daß wir für die Bamberger Tagung zwei Versammlungen angesetzt haben. Es macht einen sehr schlechten Eindruck, wenn man dort erfährt, daß wir hier über Abstimmungen streiten und die Delegierten an den Versammlungen gar nicht teilnehmen.
Ich würde bitten, daß wir die Debatte zu Ende führen, daß wir aber heute nicht mehr abstimmen, sondern daß die Abstimmung morgen früh stattfindet. Ich bitte, mir mitzuteilen, wann die Versammlung morgen früh fortgesetzt wird. Ich würde aber meine Parteifreunde bitten, wenn Sie etwas über mich auszuführen haben, das morgen früh zu tun, wenn ich hier anwesend bin. Ich bitte darüber abzustimmen, ob heute noch abgestimmt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es liegen jetzt neun Wortmeldungen vor. Eben kommt die zehnte. Ich bitte, sich nun kurz fassen zu wollen. Wir können nur noch schriftliche Wortmeldungen berücksichtigen.

(Zuruf.)

Herr *Pflaum* hat das Wort.
Pflaum: Ich will mich ganz kurz fassen und nur auf die Frage der Protestanten und der Demokraten in der Union eingehen.

Ich bin Protestant und ich wurde in der Versammlung der Bezirksvereine in München von 88 Stimmen mit 85 Stimmen gewählt. In unserem Bezirksverband der Union sind drei (vier?) Protestanten gewählt. Im Bezirksverband München befinden sich ausserdem sechs Demokraten. Das ist ein Beweis dafür, daß wir im Bezirk München nicht kleinlich und engherzig sind, und daß von einer Reaktion, von der soeben gesprochen wurde, nicht die Rede sein kann. Falls eine Reaktion eintreten sollte, können Sie überzeugt sein, daß wir nicht mitmachen und sie sofort ausschalten würden. Aber das ist bis heute nicht der Fall. Ich muß feststellen: Mich hat keiner gefragt, sind Sie Protestant oder Nichtprotestant. Wir sind offen empfangen worden, wir haben unsere Unterhaltungen offen und frei geführt. Ich bedauere sehr, daß derartige Stimmungen hier hereingetragen werden. Ich kann sagen: Wir alle bedauern, daß Herr Dr. *Eichhorn* nicht mehr Mitglied des Bezirksverbandes ist. Er hat aber selbst dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß er ausscheiden möchte. Wir hoffen und wünschen aber mit Ihnen, daß Herr Dr. *Eichhorn* seinerzeit, wenn es soweit ist, als Ausschuß-Mitglied wieder in den Landesausschuß gewählt wird. Es steht dann bei Ihnen, welche Position Sie ihm im Landesausschuß geben werden.

Ganz kurz möchte ich darauf zurückkommen, warum wir so wenige Protestanten bei uns in der Union als Mitglieder haben. Lieber hätte ich darüber nicht gesprochen, aber ich muß es. Ich selbst habe mich in München bemüht, bei verschiedenen Pfarrämtern und verschiedenen Kreisen Namen genannt zu bekommen, deren Träger geeignet wären, Ausschuß-Positionen in der Union zu übernehmen, aber leider haben wir sehr wenige und wenig Bereitwilligkeit gefunden. Ich glaube, es ist besser, ich gehe auf diese Dinge nicht näher ein. Wer verstehen will und Ohren hat zu hören, der wird mich verstanden haben. Es ist keine Opposition gegen die Union, sondern es ist zur Zeit einfach unmöglich.

Bei der letzten Bezirksversammlung hat Herr Dr. *Eichhorn* angeregt, einen Vertreter der protestantischen Jugend in unseren Bezirksauschuß zu wählen. Es herrschte Einstimmigkeit darüber, daß auch ein junger Protestant in den Ausschuß kommen soll. Als aber die Frage gestellt wurde, wer ist der Mann und ist der Mann Mitglied der Union, hieß es, ob er Mitglied ist, das wissen wir nicht. Das sind die Gründe, warum wir verhältnismäßig wenige Protestanten bei uns haben.

Zum Schluß darf ich noch bemerken, daß in unserem Bezirksverband München drei frühere Demokraten Vorsitzende von Bezirksvereinen sind. Es hat sich also wirklich bei uns zur Zeit eine Reaktion noch nicht gemeldet. Ich erkläre auch in meinen Versammlungen: Die Christlich-Soziale Union ist eine Organisation, in der sich Katholiken und Protestanten friedlich und schiedlich zusammenfinden und zusammenarbeiten wollen. Wir lehnen es ab, eine konfessionelle Organisation zu sein.

(Bravo!)

Das, meine Herren, ist unser Wunsch. Wir alle sind guten Willens und wollen das Gleiche, vielleicht nur auf verschiedenem Wege.

(Zuruf: Das sind doch keine Belange für das Land, dauernd nur Münchner Belange!)

Haußleiter: Meine Damen und Herren! Wir in Franken haben die Union als neue Partei begriffen. Diese ist nun in folgender Lage: Sie muß sich erst Arbeitsgrundlagen und eine Arbeitsbasis schaffen. Daher muß manches improvisiert gemacht werden. Wir können heute bei der Tagung des erweiterten Landesausschusses nicht hergehen und uns nun fragen, wie soll in Zukunft die Frage des Stimmrechts geregelt werden, bevor wir nicht wissen, wie wir heute stimmen sollen. Daß die Pläne, die Herr Staats-

rat *Schäffer* vorgeschlagen hat, heute nicht mehr realisiert werden können, ist ganz klar, denn wir können heute nicht mehr eine Verteilung der Stimmen nach den einzelnen Kreisen der Bezirke vornehmen.
Ein ganz einfacher Vorschlag! Wir gehen den vernünftigen Weg beim Aufbau einer neuen Partei, wir suchen uns eine Arbeitsbasis, und diese Arbeitsbasis enthält der Vorschlag des Landesausschusses. Gehen wir nämlich anders vor, nach irgendeiner Art von Gerechtigkeit, dann erheben sich sehr vielfältige Möglichkeiten. Wir können nach Kreisen stimmen. Wir in Franken können sagen, unsere Kreise sind größer. Oder wir gehen nach der Einwohnerzahl. Andere können sagen, wir gehen nach der Zahl der eingetragenen Mitglieder. Im letzteren Falle wäre zum Beispiel in Franken der Aufbau von vornherein zerschlagen, weil wir in Franken erst Mitglieder gewinnen müssen für eine Partei, die in Franken in weiten Kreisen noch nicht vorhanden war.
Deshalb bitte ich Sie um eines: Dokumentieren sie, daß hier eine neue Partei aufzubauen versucht und nicht versucht, plötzlich Machtfragen in die Debatte zu werfen, bevor die Machtverhältnisse erst geklärt werden. Wir in Franken kämpfen darum, daß das evangelische Franken in die Union hineingeht. Wenn Sie aber jetzt den früheren Machtstandpunkt der Bayerischen Volkspartei klarstellen wollen, indem - wie *Schäffer* sagt - die Zahl der Wähler die Grundlage für das Stimmrecht bilden soll, dann, meine Damen und Herren, zerschlagen Sie von vorneherein die Union in Nordbayern. Daran besteht gar kein Zweifel.
Hier stehen in Wirklichkeit ganz andere Dinge zur Debatte: Eine Gruppe, die die Methoden von 1933 wiederholen will, mit denen sie Schiffbruch erlitten hat, und eine andere Gruppe, die zeigen will, daß sie aus der Vergangenheit gelernt hat und mit neuen Methoden arbeiten will in einer Zeit, in der die Diktatur nämlich nicht unmöglich ist, in der sie erst nach Kristallisationskernen sucht. Herr *Hitler* war der eine Kristallisationskern. Er hat die Diktatur nicht erfunden, sie liegt im Strom der Zeit. Wir suchen eine Basis, diesen gefährlichen Kräften entgegenzuwirken. Diese Basis müssen wir schaffen durch vertrauensvolle Zusammenarbeit und nicht durch Machtkämpfe hier. Die Arbeitsbasis ist der Vorschlag des Landesausschusses.
Deshalb schlage ich vor, den Vorschlag des Landesausschusses anzunehmen und abzustimmen entsprechend der gegenwärtigen Lage, entsprechend diesem Vorschlag und der Zahl der Stimmen, die darin vorgesehen sind. Der weitere Ausbau der Partei wird dann eine gerechtere und klarere Regelung ermöglichen. Jetzt schon Rechtsfragen in den Vordergrund zu stellen, wo wir am Anfang stehen, ist überflüssig und unmöglich und hindert - wie wir es hier erlebt haben - die sachliche Arbeit.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es liegen noch zehn Wortmeldungen vor. Herr *Nerreter*, Nürnberg, stellt Antrag auf Schluß der Debatte.
Ich bitte Herrn *Nerreter*, den Antrag zu begründen.
Dr. *Nerreter*: Meine lieben Parteifreunde! Wir haben die Gepflogenheit, wenn wir uns über gewisse Dinge unterhalten, plötzlich in das nächste und übernächste Thema hinüberzugleiten. Es war zum Beispiel jetzt, wo wir uns darüber unterhalten, welche Regelung der Abstimmungsrechte berechtigter ist, nicht notwendig, über die Frage evangelisch und katholisch zu debattieren. Ich spreche keinen Vorwurf gegen eine bestimmte Richtung aus, sondern ich wollte nur die Tatsache feststellen. Wenn es von einer Seite in die Debatte geworfen wird, erwidert die andere Seite darauf. Das ist aber nicht notwendig. Wir müssen uns folgende Frage vergegenwärtigen: Ist es für den

Aufbau der Union zweckmäßiger, dem Vorschlag des Landesausschusses oder dem Antrag Niederbayerns zu folgen?
Zur Frage evangelisch und katholisch ließe sich sehr viel mehr ausführen. Ich darf nur eines sagen: Warten Sie nur die Kreistagswahl ab, warten Sie ab, wie die evangelischen Landkreise in Mittelfranken, in Uffenheim, Gunzenhausen, Weißenburg, Ansbach und ähnlichen Kreisen abstimmen und dann stellen Sie die ruhig gegen die entsprechenden Landkreise in Niederbayern, dann werden Sie nicht enttäuscht werden!

(Bravo!)

Mit dieser Feststellung können wir das Thema evangelisch - katholisch vorerst bis Ende April vertagen. Wir wollen das nicht aufrühren.
Das Wichtige ist jetzt: Wenn wir in dem Tempo weiter beraten, wie wir es bis jetzt gemacht haben - wir sind noch im äußersten Vorhof unserer Beratungen - dann sitzen wir wahrscheinlich noch übermorgen beisammen und sind immer noch nicht weitergekommen.
Die beiden Teile haben nun ihre Ansicht begründet. Auf der einen Seite stehen Niederbayern und Oberbayern, auf der anderen Seite hat Oberfranken die andere Ansicht vertreten. Wir alle haben uns nun ein Bild machen können. Ich halte die Sache für reif zur Abstimmung.

(Zuruf Dr. *Zöller.*)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Haben Sie sich zum Antrag auf Schluß der Debatte gemeldet?
Dr. *Zöller*: Nicht zum Antrag auf Schluß der Debatte. Ich bin morgen nicht mehr da und bitte, daß mir ganz kurz das Wort zu grundsätzlichen Dingen gewährt wird. Einiges ist mir schon aus dem Munde genommen, ich werde höchsten drei Minuten sprechen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sind die Herren einverstanden?

(Zurufe: Jawohl!)

Dr. *Zöller*: Freunde der Union! Ich selbst bin Katholik, war früher Mitglied der Bayerischen Volkspartei und Gründungsmitglied der Bayernwacht. Ich wurde dann - ich mache kein Hehl daraus - als Beamter 1937 Mitglied der NSDAP. Ich stehe heute als Beamter draußen. Ich war, wie ich ausdrücklich bemerken will, vom ersten Kriegstage an draußen und bin als schwerkriegsbeschädigter Krüppel nach Hause gekommen. Als Katholik bin ich augenblicklich in einem ausgesprochen evangelischen Landkreis tätig. Ich muß sagen, ich schäme mich als Katholik für die Christlich-Soziale Union deswegen, weil Machtfragen in der heutigen Zeit überhaupt möglich sind. Ich hätte nie geglaubt, daß es möglich wäre, daß christliche Männer in der heutigen schweren Zeit um Machtfragen streiten können.
Es gibt doch für uns nur eines: Auf dem Boden des Christentums uns zu einem wahrhaft demokratischen Aufbau des Staates zusammenzufinden. Wer an der Spitze steht, ist völlig gleichgültig, Hauptsache es steht ein Mann an der Spitze, der auf unserem Boden steht! Wie die Union demokratisch aufgebaut wird, darüber kann es auch keinen Zweifel geben. Wir wollen die Demokratie, und darum wollen wir sie bei uns in erster Linie praktizieren: Wer gewählt wird, steht oben und sonst niemand! Ich bin der gleichen Meinung mit Dr. *Horlacher*, der gesagt hat, wir sind vorläufig noch ein Haufen. Diesen Ausdruck "Wir sind vorläufig noch ein Haufen" habe ich nicht nur in Mittel- und Oberfranken, sondern auch in München gehört, als ich neulich oben war.

Es ist unsere Sache, auf dem einmal eingeschlagenen, vorläufig unvollständigen Wege weiterzugehen, bis wir uns endgültig organisiert haben. Dann wird sich herausstellen, wer oben stehen soll. Darum ist meine Meinung: Wir fahren auf dem bisherigen Wege fort, bis die Partei endgültig organisiert ist. Dann wird gewählt nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit. Etwas anderes gibt es nicht. Das ist meine Meinung und die Meinung all der zahllosen Männer und Frauen, die ich draußen kenne. Mit dieser Erwartung, daß das erfüllt wird, möchte ich nach Hause gehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Falkner* hat zu seinem Antrag das Wort zu einer Erklärung erbeten.
Dr. *Falkner*: Herr Vorsitzender, Sie haben den Antrag Niederbayern als illegal bezeichnet. Ich darf feststellen, daß - und mit Ihrer Zustimmung stelle ich das fest - zur Zeit, als der Antrag eingebracht wurde, Niederbayern keine Kenntnis davon haben konnte, daß die Militärregierung die für uns maßgebliche Satzung bzw. eine Änderung der maßgeblichen Satzung gebilligt hatte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist selbstverständlich ein Mißverständnis. Ich habe nicht Ihren Antrag als illegal bezeichnet. Die Rechtslage ist vielmehr so: Hier steht der Antrag des Landesausschusses, für den von der Militärregierung eine Ausnahme vorgesehen ist, und hier steht Ihr Antrag. Wenn Ihr Antrag angenommen wird, so wird er erst legal, wenn er von der Militärregierung gebilligt wird.
Dr. *Falkner*: Sie haben wörtlich diesen Satz gebraucht, dieser Satz steht im Protokoll. Ich lasse mir das hernach nicht bestreiten und lasse mich nicht hinterher einsperren.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie haben erklärt, Sie wollen eine Erklärung zu Ihrem Antrag abgeben. Ich stelle fest, Sie sprechen zu Ihrem Antrag, obwohl zunächst noch ein Antrag auf Schluß der Debatte steht.
Dr. *Falkner*: Ich muß den Antrag zurückziehen, wenn Sie sagen, er ist illegal.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das sage ich nicht, ich verstehe Sie nicht.
Dr. *Falkner*: Dann noch etwas grundsätzliches.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Falkner*, es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Ich entziehe Ihnen das Wort, wenn Sie zur Sache reden.
Dr. *Rindt*: Zum Antrag auf Schluß der Debatte! Meine Herren, wenn wir auf der Basis weitermachen wie bisher, sitzen wir morgen noch da und sind genau so weit wie heute.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer spricht gegen den Antrag auf Schluß der Debatte? - Herr *Schäffer*?
Schäffer: Nur ein Satz: Es ist gerecht, daß man die Möglichkeit hat, sich auf Anwürfe hin, die im Laufe der Debatte gekommen sind, zu verteidigen. Ich bitte um die Möglichkeit, auf die Anwürfe einzugehen, die gegen mich im Zusammenhang mit dem Kreisverband München gerichtet worden sind.
Dr. *Hundhammer*: Es ist der Kreisverband Oberbayern angegriffen worden. Ich lege Wert darauf, daß ich zu diesen Anwürfen Stellung nehmen kann.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer spricht noch zum Antrag auf Schluß der Debatte? - Dann lasse ich über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen.
Wer enthält sich? - Wer ist gegen den Antrag auf Schluß der Debatte? - 17 Herren sind gegen den Antrag auf Schluß der Debatte.
Der Antrag auf Schluß der Debatte ist damit angenommen.

(Zuruf: Wenn Parteigenossen reden, sollen andere auch reden dürfen!)

Dr. *Hundhammer*: Zur sachlichen Feststellung: Hier dürfen Parteigenossen reden - und angegriffenen Vorsitzenden wird nicht das Wort gegeben, um Stellung nehmen zu können.

(Zurufe: Pfui, Pfui! - Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe.
Herr Dr. *Hundhammer*, ich verwahre mich gegen den Vorwurf. Es ist erst vorhin, während der Herr gesprochen hat, festgestellt worden, daß er Parteigenosse war. Im übrigen müßte ich bei jedem Herrn erst eine Nachprüfung vornehmen. Ich darf darauf hinweisen, daß in München in einer Bezirksversammlung ungefähr 20 Herren Mitglieder der Union waren, während 51 abgestimmt haben. Ich muß dann bei jedem feststellen, ob er Parteigenosse ist.
Schäffer: Ich bitte mir aber aus, daß ich auf solche gemeine Verleumdungen antworten darf.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen worden.

(Zuruf: Das ist auch eine Diktatur!)

Dr. *Nerreter*: Einen Satz zur Geschäftsordnung! Es wurde vorhin abgestimmt. Der Studienrat Dr. *Herding*, Erlangen, hat nach Erlangen zurückkehren müssen, weil er die Wahlvorschläge für die Kreistagswahlen noch bis morgen zu bearbeiten hat. Er hat Herrn *Hönekopp*, Erlangen, delegiert und wir waren einverstanden.
Wenn Sie Einwendungen erheben, ist Mittelfranken nur mit vier Stimmen vertreten, und dann sind wir darüber auch nicht böse.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Unter der Voraussetzung der Zustimmung der Militärregierung, muß ich erklären, wird kein Einwand dagegen erhoben, daß Herr *Hönekopp* delegiert wird. Da für den Antrag des Landesausschusses auf Abänderung die Zustimmung der Militärregierung vorliegt, schreite ich zunächst zur Abstimmung über den Antrag des Landesausschusses. Ich darf zunächst den ganzen Antrag verlesen. Wir werden dann getrennt nach Absätzen abstimmen.
Ich bitte nochmals Ziffer 1 zu verlesen.
Schriftführer:

1. Bei der Sitzung des erweiterten Landesausschusses haben die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Ober-, Mittel-, und Unterfranken je fünf Stimmen. Ferner werden als Bezirksverbände anerkannt und sind stimmberechtigt die Christlich-Soziale Union in München mit fünf Stimmen, in Nürnberg mit fünf Stimmen und in Augsburg mit drei Stimmen.
Weiter sind stimmberechtigt die bisherigen Mitglieder des vorläufigen Landesausschusses:
Dr. *Müller*, Dr. *von Miller*, Dr. *Eichhorn*, *Krehle*, *Schwingenstein*, Dr. *Lacherbauer*, *Schäffer*, *Hundhammer*, *Steber*, Dr. *Horlacher*, Dr. *von Eicken*.
Schließlich haben Stimmrecht die der Union angehörenden Mitglieder der Bayerischen Regierung: Dr. *Baumgartner*, *Helmerich*, Dr. *Pfeiffer*, *Krehle*, *Ehard*.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren! Ich bitte zunächst über den letzten Teil abstimmen zu dürfen, und zwar deswegen, weil ich von der Rechtsgrundlage ausgehe. Die Statuten sind beschlossen worden vom erweiterten Landesausschuß, der damals aus dem vorläufigen Landesausschuß und den Delegierten der Bezirksverbände bestanden hat. Damals war noch nicht vorgesehen, daß die Herren Mitglie-

der der Regierung stimmberechtigt sind. Infolgedessen bitte ich hier, damit alles ordnungsmäßig und rechtmäßig zugeht, zunächst über diesen Antrag abzustimmen. Die Militärregierung verlangt geheime Abstimmung über die Anträge. Ich lasse die Karten verteilen. Ich bitte und schlage bei dieser Abstimmung vor, daß die Herren der Regierung, soweit sie nicht sonst delegiert sind oder dem vorläufigen Landesausschuß als Mitglieder angehören, nicht mit abstimmen. Es werden jetzt die Stimmzettel verteilt.

Dr. *Nerreter*: Ich bitte, nicht Nürnberg zu sagen, sondern Nürnberg-Fürth. Nürnberg allein hätte nicht das Recht, sich München an die Seite zu stellen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, Ihr Einverständnis annehmen zu dürfen, wenn wir über die genannten Mitglieder der Regierung geschlossen abstimmen und nicht jeden einzelnen dabei erwähnen, weil es sich um die Tatsache der Mitgliedschaft zur Regierung handelt.

Ich bitte, nur zu stimmen mit Ja oder Nein. Wer für den Antrag ist, daß die Herren Mitglieder der Regierung Stimmrecht erhalten, stimmt mit Ja, die anderen mit Nein. Ich bitte, nun abzustimmen.

Während die Stimmzettel eingesammelt werden, darf ich nochmals die hier anwesenden Stimmberechtigten abzählen. Ich bitte, die Namen der Herren, die stimmberechtigt sind, nun vorzulesen. Es könnte mittlerweile jemand weggegangen sein. Damit kein Zweifel besteht, lasse ich die Stimmberechtigten nochmals abzählen.

Ich bitte die Stimmberechtigten zu verlesen.

(Der Schriftführer verliest die ersten Namen der Stimmberechtigten. - Die Stimmzettel werden eingesammelt.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! So kann ich es nicht machen. Es besteht ein Zweifel. Es wurde für jemand eine Stimme abgegeben, der nicht da ist. Infolgedessen wiederhole ich die Abstimmung und lasse jeweils beim Aufruf des Namens die Stimmzettel einsammeln.

Ich bitte, die anderen Stimmzettel zu vernichten. Ich bitte den Schriftführer, die Namen der Stimmberechtigten aufzurufen und bitte die Stimmberechtigten, jeweils beim Aufruf ihres Namens den Stimmzettel abzugeben.

Schriftführer:

Sporer, Direktor *Pflaum*, *Heubl*, Frau *Dahm*, *Holzer*, *Detsch*, *Schweiger*, *Schäfer*, *Reiser*, Frau *Hahn*, Dr. *Falkner*, *Brandner*, *Lobinger*, *Ramelsberger*, *Weinberger*, *Krempl*, *Etterer*, *Ortloph*, *Gierl*, *Held*, *Stegerwald*, Dr. *Rothermel*, *Burges*, Dr. *Jahn*, *Boehlke*, Dr. *Rindt*, *Imler*, *Weinkamm*, Dr. *Barth*, *Haußleiter*, *Blaser*, Dr. *Busch*, Dr. *Kroll*, *Mack*, *Stücklen*, *Weinzierl*, *Klenk*, *Hönekopp*, Dr. *Nerreter*, Dr. *Arnold*, *Speicher*, *Ulrich*, *Euerl*, Dr. *Dürr*, Dr. *Kroth*, *Ludwig Sauer*, *Hugo Karpf*, *Döppert*.

Weiter sind stimmberechtigt:

Dr. *Müller*, Dr. *von Miller*, Dr. *Eichhorn*, *Krehle*, *Schwingenstein*, Dr. *Lacherbauer*, *Schäffer*, *Hundhammer*, *Steber*, Dr. *Horlacher*, Dr. *von Eicken*.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf für alle Abstimmungen eines nachholen. Ich würde, daß wir keine Einwendungen bekommen, vorschlagen - obwohl das bei solchen Abstimmungen nicht üblich ist -, daß drei Herren bestellt werden, die die Abstimmungen mitüberprüfen.

Darf ich vorschlagen: Herrn *Holzmann*, Dr. *Gassenmeyer* (Nürnberg) und Herrn *Ammann* (Würzburg).

Ist die Versammlung damit einverstanden, daß die Herren zur Überprüfung der Abstimmungen bestellt werden? Kein Einwand? - Einverstanden!
Dr. *Hundhammer*: Darf ich noch eine andere Frage aufwerfen, Herr Vorsitzender? Ich bitte bekanntzugeben, wie lange zu tagen geplant ist, daß man disponieren kann.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, wir können das jetzt ungefähr übersehen. Wir werden noch die Abstimmung über den Antrag durchführen, dann müssen wir wohl Schluß machen für heute. Die Tagung beginnt morgen früh um 9 Uhr. Wenn keine Unordnung eintritt, können wir während der Abstimmung die Quartierfrage noch besprechen.
Dr. *Nerreter*: Herr *Klenk* (Uffenheim) mußte wegfahren. Wir bitten, zu genehmigen, daß an seiner Stelle Herr *Kübel* (Roth) abstimmt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Erhebt sich dagegen ein Einwand? - Ich stelle fest, daß kein Einwand erhoben wird. - Angenommen.
(Die Abstimmung erfolgt. Die Stimmzettel werden jeweils bei Aufruf des Namens der einzelnen Stimmberechtigten eingesammelt.)
Ich darf Herrn *Holzmann* bitten, das Ergebnis der Abstimmung bekanntzugeben.
Holzmann: Es wurden 39 Ja- und 16 Nein-Stimmen abgegeben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit ist der Antrag angenommen.
Die Herren Mitglieder der Regierung haben Stimmrecht. Ich bitte der Abstimmung wegen, hier Platz zu nehmen. Wir kommen zur Abstimmung über die weiteren Anträge.
Der Antrag des Landesausschusses Ziffer 1 lautet:

> Bei der Sitzung des erweiterten Landesausschusses haben die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Ober-, Mittel- und Unterfranken je fünf Stimmen. Ferner werden als Bezirksverbände anerkannt und sind stimmberechtigt die Christlich-Soziale Union in München mit fünf Stimmen, in Nürnberg mit fünf Stimmen und in Augsburg mit drei Stimmen.
> Weiter sind stimmberechtigt die bisherigen Mitglieder des vorläufigen Landesausschusses:
> Dr. *Müller*, Dr. von *Miller*, Dr. *Eichhorn*, *Krehle*, *Schwingenstein*, Dr. *Lacherbauer*, *Schäffer*, *Hundhammer*, *Steber*, Dr. *Horlacher*, Dr. *von Eicken*.

Ich bitte jetzt, über diesen Antrag abzustimmen.
Von Prittwitz-Gaffron: Ich bitte um das Wort zur Geschäftsordnung. Ich möchte auf folgenden Vorgang hinweisen: An unserem Tischende wird ein anonymes Schreiben herumgereicht - woher es kommt, weiß ich nicht - mit der Überschrift "Die Bedeutung unserer Stellungnahme im Kampf um die Führung der Christlich-Sozialen Union". Ich möchte in der schärfsten Weise dagegen protestieren, daß in einer Versammlung wie der unsrigen ein Individuum ist, das sich erfrecht - kann ich nur sagen -, ein anonymes Schriftstück auf den Tisch des Hauses zu legen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer hat das anonyme Schriftstück verteilt?

(Zuruf: Ich habe dieses Schriftstück verfaßt! - Zuruf: Aufstehen!)

Dann schreiben Sie Ihren Namen darunter!

(Zuruf: Er steht darunter!)

Darüber werden wir nach der Abstimmung noch debattieren.
Es werden jetzt die Stimmzettel eingesammelt.

(Die Stimmzettel werden hierauf jeweils bei Aufruf des Namens der einzelnen Stimmberechtigten eingesammelt.)
Ich bitte Herrn Direktor *Holzmann*, das Ergebnis bekanntzugeben.
Holzmann: 38 Delegierte haben mit Ja, 18 mit Nein gestimmt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit ist dieser Antrag angenommen.
Ich habe vorgesehen, daß wir heute nur dieses Thema behandeln.
Herr Dr. *Semler* hat sich vorhin noch gemeldet.
Dr. *Semler*: Meine Herren, Sie waren gerade in der Abstimmung, ich wollte nicht stören. Aber der Vorgang, den Herr *von Prittwitz* aufgezeigt hat, bedarf doch zwischendurch Ihrer Behandlung.
In der Zwischenzeit, während Sie wählten, habe ich mir erlaubt, in Ruhe das Schriftstück durchzulesen. Soweit es sachliche Meinungen des Verfassers vertritt, ist das eine Frage für sich. Es mag dem Verfasser vorbehalten bleiben, für die Wahl eines Landesvorsitzenden einzutreten, wie er es für richtig hält, und Namen vorzuschlagen.
Wenn aber hier in der Versammlung jemand anwesend ist, der ein anonymes Schreiben an dem Tisch herumzeigt, das von ihm verfaßt ist und schwere Angriffe gegen eine Person enthält, müßte dieser Herr den Mut haben, seine Meinung auszusprechen und sie zu begründen, statt hier ein Pamphlet um den Tisch zu reichen, das uns hier plötzlich von Hand zu Hand zugereicht wird, in dem gegen Männer unserer Union, die hier im Saale vertreten sind, Behauptungen aufgestellt werden, die zum mindesten erst einmal eines Beweises bedürfen.
Ich bitte die Versammlung, diesen Fall zu bereinigen. Er gehört bereinigt.
Ich gebe dem Herrn Vorsitzenden dieses Schriftstück, ich weiß nicht, ob die Herren Wert darauf legen, daß es verlesen wird.

(Zurufe: Jawohl!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte den Schriftführer, das Schriftstück zu verlesen.

(Zuruf *Messmer*: Es ist nicht anonym, ich habe sofort Stellung dazu genommen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Hier wird es als anonymes Schriftstück verlesen, dann können Sie die Erklärung abgeben.
Schriftführer:

Die Bedeutung unserer Stellungnahme im Kampf um die Führung der Christlich-Sozialen Union.
I. Wir sehen heute zwei Persönlichkeiten im Brennpunkt des Kampfes um die Führung der Christlich-Sozialen Union.
Offensichtlich befindet sich die eine der beiden Persönlichkeiten gegenüber der anderen im Vorteil, da ihr uneingeschränkt die Tagespresse zur Verfügung steht. Die Art und Weise jedoch, wie sie diesen Einfluß benützt, um unter Außerachtlassung aller Grundgesetze charakterlicher Sauberkeit dieses Machtziel zu erreichen, spricht nicht gerade für die Würdigkeit dieses Mannes, unser Vertrauen zu geniessen.
Welche Empörung jene Methode des Kampfes in unseren Reihen auslöst, beweist die Stellungnahme der katholischen Gesellenvereine Bayerns, die heute das stärkste Kontingent an Gemeinde- und Stadträten unserer Richtung stellt, zu dieser Frage.
Es wird von Dr. *Josef Müller* behauptet, Herr Staatsrat *Schäffer* habe eine zu tolerante Stellung in der Entnazifizierungsfrage als Ministerpräsident eingenommen.

Bevor wir an die Prüfung dieser Frage herangehen, soll zunächst festgestellt werden, inwieweit Herr Dr. *Müller* überhaupt befugt ist, diese Frage aufzuwerfen.
Auch der Verfasser dieses [Schreibens] befindet sich im Besitz des amtlichen KZ-Ausweises der Militärregierung und gehört deshalb bestimmt nicht zur extremen Toleranzrichtung dem Nazismus gegenüber. Er hat unter bewußtem Einsatz seines Lebens ehedem (1938/39) die Sammlung der aktiven Kräfte unserer Richtung betrieben unter dem Motto, daß die herrschende Generation die Verantwortung trage für das ethische Schicksal der kommenden.
Er selbst ist mit seinen Freunden empört über die Tatsache, daß Dr. *Josef Müller* seine Vertrauensstellung als vorläufiger Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union dazu benützte, sich mit einer Reihe von ersten Mitarbeitern zu umgeben (Aufbau der stärksten demokratischen Partei!)

(Zuruf *Messmer*: Halt, alles verlesen, bitte!)

Sie können hierher kommen und können mir folgen, wie ich vorlese.

- die Parteigenossen und noch dazu teilweise Militaristen waren (Korrespondenz).
Neben grundsätzlichen Erwägungen hatte diese undurchsichtige Haltung von Dr. *Josef Müller* zur Folge, daß sowohl die Jugend wie die amtlichen Vertreter unserer Richtung - KZ-Betreuungsstelle - die Gewährsleute - anläßlich der Kreisvorsitzenden-Wahl in München einhellig ihre Stimme Staatsrat *Schäffer* gaben.

II. Bei dieser Auseinandersetzung jener beiden Persönlichkeiten geht es um noch viel entscheidendere Fragen:
Die eingehende Prüfung der Lage ergibt, daß die Persönlichkeiten, die im Brennpunkt dieses Kampfes stehen, jeweils Exponenten einer ideologischen Grundrichtung sind. Die eine der beiden, die rechte Gruppe (Staatsrat *Schäffer*, Dr. *Hundhammer*), steht konsequent auf dem Boden der Überzeugung, daß allein im Rahmen der bürgerlich-demokratischen Wertordnung die Verwirklichung unseres christlichen Staatsdenkens möglich ist.
Die linke Gruppe versucht eine Synthese zwischen christlichem Gedankengut und kommunistischer Staatsauffassung.

(Zuruf: Unverschämter Verleumder!)

Eingehende Informationen weisen auf, daß über 60% aller maßgebenden Unterbau-Positionen, staatlich wie kommunal, sich in der Hand der KPD befinden.

(Zuruf: In München! - Widerspruch. - Zuruf: Stimmt auch!)

Diese Positionen wurden zu einem Zeitpunkt besetzt, als Aktionen sich bildender politischer Parteien noch streng verboten waren. Damit sicherte sich diese Partei den entscheidenden Einfluß auf die staatliche und kommunale Exekutive. Die Auswirkung ist bereits weitgehend bekannt.
Die KPD-Leute bezogen die offensichtlich nach durchdachter Planung verteilten Positionen als Parteilose. Aus zuverlässiger Quelle wird berichtet, daß gerade die jungen Kräfte der KPD sich bedingungslos den östlichen Anweisungen unterwerfen und ohne weiteres einer Sabotage jeden Aufbaues Widerstand leisten, wenn diese zu einem Zusammenbruch führt, der der östlichen Welt- und Wertordnung den Weg bereiten könnte.
Es erscheint nicht zweckmäßig, sich an dieser Stelle noch umfassender mit der bedeutenden Schlagkraft dieser Partei heute schon zu befassen.

Wir fragen uns, in welchem Verhältnis der Erfolg dieses Positionskampfes der KPD zu unserem demokratischen Prinzip steht.
Wir sind viel zu optimistisch, wenn wir glauben, daß dieser Gegner auch trotz des zu erwartenden überwältigenden Wahlsieges gegen ihn (einschließlich der bürgerlichen Richtung in der SPD) kampflos räumen wird.
Wenn wir nicht den gleichen kompromißlosen Kampf gegen diesen Gegner führen - wenigstens in den eigenen Reihen -, gelingt es ihm bei der Eigenart des Aufbaues seiner Parteiführung, sich trotzdem gegen eine erdrückende Mehrheit des bürgerlich-demokratischen Denkens durchzusetzen.
Denn eben diese Eigenart seines Parteiaufbaus setzt ihn gründlich in Vorteil gegenüber unseren bürgerlich-demokratischen Methoden. Dieser Gegner verfügt über eine gefährlich kluge taktische Konzeption. Er weiß, daß es ihm auf die Dauer schwer sein wird, seine starke Position bei dem Mißverhältnis seines Stimmproportionals zu behaupten. Denn sein grundsätzlicher Verstoß gegen die demokratische Spielregel wird sich keineswegs der Tolerierung unserer Besatzungsmacht als der Treuhänderin der Neuordnung unseres demokratischen Staatsaufbaues erfreuen.
Er versucht deshalb, andere Ansatzpunkte zu gewinnen. Der erste Versuch, die Führung der Arbeiterschaft an sich zu reißen, durch eine Vereinigung mit der SPD, scheiterte zunächst in diesem Raume an der demokratisch-reinen Haltung exponierter führender Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Partei.
Der zweite Versuch war der Einbruch der KPD in unsere Parteigruppe. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich der Exponent der linken Gruppe [*Josef Müller*] vor aller Öffentlichkeit auf seine besonders intimen persönlichen Beziehungen mit dem Neffen von *Molotow* beruft. Es ist bekannt, daß sich diese Persönlichkeit auf Capri mit diesem Neffen von *Molotow* zur eingehenden Erörterung traf.
In Regensburg erklärte jener Mann: man müsse die Reaktion bekämpfen und dem sozialistischen Gedanken der Zeit Rechnung tragen. Er habe sich im KZ eingehend mit dem Bolschewismus befaßt; namhafte Vertreter, mit denen er sich bei dieser Gelegenheit über das Wesen des Bolschewismus unterhielt, hätten ihm die Überzeugung vermittelt, daß ein deutscher Bolschewismus eine ganz andere Entfaltung - eine viel bürgerlichere - nehmen würde, wie der östliche Bolschewismus.
Keineswegs dürfe man an der Entwicklung der Zeit vorübergehen (mit bolschewistischem Einschlag), die Zeit der reaktionären Gedankengänge sei endgültig vorüber.
Anschließend griff er nicht die KPD an, mit deren ideologischen Wurzeln er sich soeben identisch erklärt hatte. Um so mehr proklamierte er den Kampf gegen die Sozialdemokratie. Gerade die Sozialdemokratie hatte jedoch durch ihre Ablehnung einer Vereinigung mit dem Kommunismus bewiesen, daß sie auf dem Boden des bürgerlich-demokratischen Staatsdenkens steht.
Es hat fast den Anschein, als ob der Schwerpunkt dieses Versuches einer Synthese zwischen christlicher Weltanschauung und Bolschewismus in der Initiative des letzteren liege. Darauf weisen auch eindeutig die engen Beziehungen dieser Persönlichkeit zu hiesigen kommunistischen Kreisen hin, die ihn offen als ihren Vertrauensmann innerhalb der Christlich-Sozialen Union bezeichnen.

(Allgemeines Gelächter.)

Es sei hier mit besonderer Betonung auf die Anlage dieser Stellungnahme verwiesen, die die Intrige der Figuren dieses Mannes im Kampf um das Landwirtschafts-

ministerium zur Darstellung bringt. Gerade bei diesem Anlaß wandten sich die Kommunisten vertrauensvoll an diesen Mann, um seine Hilfe gegen jenen konsequenten und reinen Charakter Dr. *Hundhammer* zu erbitten; und sie bekamen diese Hilfe durch ihn in der Form einer Intrige, die alle Gesetze von Demokratie auf den Kopf stellte; denn Dr. *Hundhammer* war mit absoluter Mehrheit von der sich konstituierenden Christlich-Sozialen Union beauftragt und allein legitimiert, die Verhandlungen im Rahmen demokratischer Gepflogenheiten zu führen.
Hier wird vielleicht einmal ein Staatsgerichtshof entscheiden

(Heiterkeit.)

über das Maß der Verantwortung, die ein Mann dafür trägt, die Wiederherstellung der Ordnung im Ernährungssektor verhindert zu haben.
Jahrzehntelang war Bayern Überschußraum an landwirtschaftlichen Produkten. Erst heute, und dazu noch bei einer Verbrauchsdrosselung im Verhältnis von 1:4, ja 1:5, reicht die letztjährige gute Ernte nicht einmal mehr zur Befriedigung eines Ernährungs-Solls aus, das die Militärregierung nach eingehender Prüfung als unzureichend und gesundheitlich nicht vertretbar feststellte. Aber es kann hier gar nicht auf solche Einzelheiten eingegangen werden, denn ihre Vielzahl würde den Umfang dieser Klarstellung unhandlich erweitern.

(Zuruf: Das ist ja Irrsinn!)

Gerade jene Kreise, die aus metaphysischen Gründen ihr Leben im Kampf gegen den Nazismus einsetzten, vertreten heute die Überzeugung, daß allein aus unserem christlichen Ideengut eine Lösung all der Fragen möglich sei, die das Erbe des Chaos an uns stellen. Sie haben deshalb sich entschlossen, der jeweiligen Führung eine Garantieverpflichtung aufzuerlegen und nannten diese Partei "Christlich-Soziale Union".
Eine wertvolle Brücke schlug der gemeinsame Kampf für den in diesem Schilde für uns enthaltenen heiligen Namen, eine Brücke zwischen jenen beiden Konfessionen, die beide in jenem Namen den Schwerpunkt ihres Glaubens und Denkens und Kämpfens erkannten. Auch ist dieser Name ein Schlüssel zu jenem kosmopolitischen Denken, in das wir hineinzuwachsen haben, wenn wir den Nachweis unserer Reife erbringen wollen, uns in die Gesetze des Zusammenlebens der Völker wieder einzuleben.
Auch ist dieser Name Programm für die Sauberkeit des Charakters jener Männer, welchen wir mit unserer Stimme das Vertrauen aussprechen, Treuhänder unseres von diesem Namen getragenen Ideengutes zu sein.
Wir müssen aus der Abstraktion des Glaubens uns zurückfinden aus [sic!] einem lebens- und wirklichkeitsverbundenen Glauben. Ebenso müssen wir im Kampffeld um die Verwirklichung unseres Erkenntnisgutes im Staate zurückfinden, zunächst in unserem eigenen Lager, aus einer Politik der Taktik als Alleinzweck, des Kampfes um die Macht, aus einer Politik der Intrige zu einer Politik kameradschaftlicher Sauberkeit, der Linie und des Formats. Neben der Sauberkeit des Charakters - der Klarheit seiner Grundlegung in unserem Ideengute - entscheidet allein die Fähigkeit zur Leistung über die Würdigkeit für unser Vertrauen.
Zwei Persönlichkeiten unseres religiösen und soziologischen Weltgefüges weisen uns durch ihr entscheidendes Urteil die Wege für unsere Stellungnahme:
In seiner Neujahrsbotschaft hat Papst *Pius XII.* eindeutig erklärt, daß [es] nach gewissenhaftesten Untersuchungen keine Brücke gibt zwischen christlicher Weltauf-

fassung und Bolschewismus. Und es hat der Vertreter des westlichen demokratischen Denkens in Europa, Premierminister *Churchill*, in seiner letzten geschichtsentscheidenden Darlegung eine klare ideologische Kampfansage gegen den Bolschewismus entwickelt.
Wir haben uns in dieser unserer Stellungnahme anläßlich der Wahl des Repräsentanten der Christlich-Sozialen Union somit zu entscheiden, ob wir gewillt sind, die Konsequenz aus unserem Parteischild zu ziehen, ob wir gewillt sind, uns auf den Boden der westlichen Demokratien zu stellen, oder ob wir einer von dieser Richtung verurteilten Linie unsere Stimme geben und uns somit auch zugleich in offenen Gegensatz zu unserem Parteischild stellen wollen.
Somit stehen wohl nunmehr zwei Männer zur Entscheidung, die aufgrund ihrer metaphysisch verankerten ethischen Haltung den Führungsanspruch an die Christlich-Soziale Union rechtfertigen, das ist:
Ministerpräsident a.D. Staatsrat *Fritz Schäffer* sowie Dr. phil. und Dr. rer. pol. *Alois Hundhammer*,
der bereits im Alter von 30 Jahren seinerzeit in den Landtag berufen wurde und als aktivster Kämpfer gegen den Nazismus vor 1933 in allen Lagern bekannt war.
München, den 28. März 1946, Mr/Ke.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte davon abzusehen, daß ich jetzt auf diese Geschichte eingehe. Es interessiert mich nur das eine: Der gleiche Herr, der vorhin erklärt hat, daß er dieses Schriftstück verfaßt hat, saß gemeinsam mit Staatsrat *Schäffer* in Regensburg mir gegenüber. Er hat es nicht der Mühe wert gefunden, nach der Diskussion, auf die er hier Bezug nimmt, mir irgendein Wort zu sagen.

(Zuruf: Ich war Gast!)

Es ist Gemeinheit und Lüge, was in diesem Pamphlet steht.

(Zuruf: Wie heißt der Mann?)

Bitte, wie heißen Sie? Wollen Sie Ihren Namen sagen!

(Zuruf: Ja natürlich; *Messmer*.-
Zuruf: Der Name ist schon zuviel, hinaus mit dem Mann!)

Ich darf sachlich nur das eine erklären: Es ist wirklich eine Gemeinheit - das darf ich Ihnen ruhig sagen -, mir derartige Vorwürfe zu machen. Ich bin allerdings nach dem Schmutzkübel, der in den letzten Wochen konzentriert und bewußt über mich ausgegossen wurde, durch nichts mehr überrascht.

(Zurufe: Pfui Teufel!)

Hönekopp: Mit einem anonymen Schreiben ist es immer üblich gewesen, daß es ungelesen unter den Tisch fliegt. Wir lassen unseren Führer nicht in dieser Form angreifen.
Ich hoffe, daß die Vertreter von Oberbayern sich von dem Schreiben distanzieren, und schlage vor: Sie stellen hier allgemein die Vertrauensfrage, und dann muß ich feststellen, daß dieser Mann nicht mehr in die Partei hineingehört.

(Beifall!)

Dr. *Nerreter*: Meine lieben Parteifreunde! Ich sehe eine Gefahr heraufkommen. Wir haben uns jetzt hier in eineinhalb Tagen zusammengefunden, um bestimmte sachliche

Dinge zu erledigen. Wenn wir uns jetzt mit diesem Schreiben im einzelnen befassen, geht die Debatte auf dieses Gebiet hinüber. Mit dem Schreiben können wir uns aber nicht befassen, einmal deshalb, weil es in der Form unsachlich gehalten ist - ich will mich ganz dezent ausdrücken -, ferner, weil es überhaupt nicht in die Tagesordnung hineingehört. Mit dem Schreiben können wir uns erst befassen, wenn die formelle Seite klargestellt ist.
Ich stelle den Antrag, den Fall zur weiteren Behandlung dem Parteischiedsgericht zu überweisen, im übrigen mit der Tagesordnung fortzufahren.
Maier, Johann: Ich bin der Auffassung, daß der Mann uns nicht einmal zur Stellungnahme zwingen darf, und stelle den Gegenantrag: Wir zerreißen das Ding und geben es ihm in die Hand;

(Zuruf: Nicht zerreißen!)

in zwei Minuten soll er verschwunden sein. Jede Diskussion wäre zu schade. Es wäre zu schade, wenn uns solche Elemente hier überhaupt zu einer Stellungnahme zwingen.
Dr. *Arnold*: Meine Damen und Herren! Im Laufe des heutigen Tages haben wir schon mancherlei Unerfreuliches gehört. Was uns soeben geboten wurde, ist das größte Ausmaß an Unsauberkeit und Unwahrhaftigkeit, das man sich überhaupt denken kann.
Auf diese Angelegenheit gibt es für uns nur zwei Dinge:

1. Den Antrag durchzubringen, daß solche Persönlichkeiten von der Teilnahme an den weiteren Verhandlungen und von der Partei ausgeschlossen werden,
2. zu verlangen, daß in der CSU ein Schiedsgericht errichtet wird.

(Zurufe: Ist schon da! - Ist noch nicht da!)

Konrad: Meine verehrten Parteifreunde! Bei meiner langjährigen Mitarbeit im politischen Leben habe ich das, was uns heute geboten wurde, noch nicht erlebt. Ich muß nun dringend bitten, daß die Herren, die glauben, wir müßten jetzt in dem großen Gremium die Machtfrage durch breite Debatten austragen, sich einmal darüber klar werden, wie die Gesamtsituation für uns Delegierte und Parteifreunde steht. Ich habe das Gefühl, daß die Gesamtsituation verkannt wird. Vorläufig ist die Auseinandersetzung zwischen Ost und West in einem neuen Kriege anscheinend noch abgeblasen. Aber der Kleinkrieg hat längst begonnen.

(Sehr richtig!)

Im Herzen Europas wird um die Seelen der Menschen gerungen. Da haben wir in der Christlich-Sozialen Union eine gewaltig große Aufgabe, und da verstehen wir nicht, wie Sie heute in dieser Breite diese Führerfrage aufrollen können.

(Zurufe: Jawohl! Sehr richtig!)

Ich muß Ihnen sagen, mein lieber Parteifreund *Schäffer* und mein lieber Freund *Hundhammer*, wir waren zusammen und haben zusammen gekämpft. Ich verstehe nicht, daß wir jetzt in der Form das machen können. Es mag eine Zeit kommen, wo andere Auffassungen stärker in Erscheinung treten. Gut, dann möge man, ebenso wie auch der Kronprinz [*Rupprecht*] und andere Herren, die Zeit abwarten, wenn sie wirklich kommen sollte. Ich bin der Überzeugung: Wir haben die Aufgabe - Arbeiter, Bauern, Beamte, Mittelstand zusammen mit den verschiedenen Schichten unseres

Volkes - zusammenzustehen, um die abendländische Kultur im Herzen Europas zu retten.

(Sehr richtig!)

Auf diese großen Aufgaben müssen wir uns einstellen und alles andere zurückstellen. Ich bitte, nun einen Schlußstrich unter die Fragen zu ziehen, die uns auseinander führen. Sie können in einem kleinen Gremium erörtert werden, mag jeder Bezirksverband einen Delegierten dazu stellen, oder wie Sie das machen wollen. Ich würde beantragen, daß von jedem Bezirksverband ein Delegierter zusammen mit dem engeren Landesvorstand, der gewählt wird, diese Fragen behandelt, daß wir aber nicht in diesem großen Gremium unsere Zeit damit verbrauchen.

(Sehr richtig!)

Wenn wir so zusammenarbeiten und die Fragen herausstellen, die wir draußen in der Propaganda brauchen, damit wir klar sehen, dann habe ich die Überzeugung, daß wir auch für unsere Christlich-Soziale Union arbeiten können.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich bitten, sich kurz zu fassen. Es liegen bereits wieder sechs Wortmeldungen vor.
Konrad: Ich bitte, die Debatte aufs kürzeste zu beschränken, dem Antrag von Regierungsrat *Arnold* Rechnung zu tragen und dann zur Tagesordnung überzugehen, gegebenenfalls die Abstimmung vorzunehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es liegt ein Antrag von Dr. *Arnold* vor, den Herrn *Messmer* aus der Partei auszuschließen.
Dr. *Kroll* (?): Wir können dem Herrn jetzt nahelegen, die Sitzung zu verlassen, ich spreche aber der Versammlung, wie sie hier ist, das Recht ab, über den Ausschluß aus der Partei zu befinden. Das setzt nach meinem Rechtsempfinden ein Gerichtsverfahren voraus, und für das Gerichtsverfahren ist nicht das große Gremium, sondern nur das Parteischiedsgericht zuständig. Daß der Herr im Augenblick nicht länger hier anwesend sein soll, entspricht wohl dem allgemeinen Empfinden. Ich glaube aber, daß wir einen formellen Beschluß in dieser Richtung nicht zu fassen brauchen. Ich nehme an, der betreffende Herr hat gemerkt, daß seine Anwesenheit im Augenblick untunlich ist, und wird sich wohl von sich aus entfernen.
Im übrigen bitte ich, die Frage, ob Ausschluß oder Nichtausschluß, dem Parteischiedsgericht zu übertragen und in eine sachliche Debatte über die Gesichtspunkte, die das Schreiben enthält, hier nicht einzutreten, einmal deshalb, weil eine Aussprache im Augenblick nicht vorgesehen ist, ferner weil es viel zu lange aufhält, weil wir produktive Arbeit zu leisten haben. Deswegen sind wir hierher gekommen.

(Zuruf: Weil wir uns nicht auf den Weg hinziehen lassen wollen,
auf den er uns hinziehen will!)

Strauß: Als Vertreter der Jugend und als Mann, der dreiviertel Jahre ein Landratsamt führt und einen Kreis mit über 3000 (?) Mitgliedern aufgebaut hat, stelle ich die Frage: Wo bleibt die Union? Wenn heute die Jugend hier wäre, glauben Sie nicht, daß die Jugend abgestoßen und angewidert wäre?

(Stürmische Zustimmung.)

Meine Herren! Worum wir heute bei den Versammlungen draußen kämpfen, ist das, daß wir als Aktivisten die Jugend hereinbekommen. Wenn ich den Leuten das sagen muß, was ich hier sehe, laufen sie mir alle ohne Ausnahme davon. Was haben wir bei

uns alles? Ergraute Leute! Die Jugend schaut, was los ist. Wenn sie sieht, wie es bei uns ist, läuft sie davon.
Ich protestiere gegen eine solche Geschäftsgebarung im allgemeinen, daß hier persönlicher Schmutz und Dreck ausgetragen wird. Wenn wir sechs Jahre draußen gestanden und gehofft haben, daß der Schwindel des Nazismus ein Ende nimmt, haben wir ein Recht, heute zu hoffen, nein zu fordern, daß eine Demokratie mit Disziplin aufgebaut wird.

(Zuruf: Und Sie, Herr Vorsitzender haben die Verantwortung dafür!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen. Wir haben vorhin gesagt, die Herren Gäste werden gebeten, sich zurückzuhalten. Sie tragen selbst mit dazu bei, daß das geschieht, was ich vermeiden möchte. Alle Herren haben die Verantwortung.
Strauß: Uns geht es heute darum, daß wir als letzte Rettungsmöglichkeit gegenüber dem sozialistisch-kommunistischen Block, der in der Bildung begriffen und in ständiger Progression ist, ebenfalls eine Bewegung aufbauen, die uns retten kann. Es geht nicht um die eine oder andere Persönlichkeit, es geht um die Frage: Christentum oder nicht mehr!

(Bravo!)

Wenn wir so weiterfahren - ich sehe es draußen in den Gemeinden, die wir haben, ich habe einen großen Prozentsatz an Bergarbeitern -, laufen uns die Leute davon. Ich vertrete durchaus ein dem sozialen Fortschritt der Zeit Rechnung tragendes Programm. Wir müssen uns auf die Taktik einstellen oder wir verfallen wieder in den alten Fehler reiner Bürgerlichkeit, die uns auf die Seite abschiebt. Sie dürfen die Taktik, die jetzt von der Seite mit vielen Mitteln getrieben wird, nicht mit Tendenz verwechseln. So etwas ist ein Denkfehler, noch mehr eine Charakterlosigkeit. Ich habe mit Erstaunen gehört - zu Ihrer Orientierung, ich bin nicht Parteigenosse -, daß ein Parteigenosse, der 1937 zur Partei gegangen ist und nach dem Gesetz der Militärregierung erstens wahlberechtigt und zweitens wählbar ist, der als Kriegskrüppel zu uns kommt und bereit ist mitzuarbeiten - er will keinen Posten -, persönlich angegriffen wird.

(Zuruf: Und beschimpft wird!)

Ich bin schärfster Verfechter der antinationalsozialistischen Richtung, auch als Kämpfer in der Freiheitsaktion Bayern gewesen. Ich habe mich persönlich in den Tagen des April vorigen Jahres den SS-Burschen entgegengestellt. Ich wehre mich dagegen, daß man heute diese Leute den Kommunisten in die Arme treibt, die heute erklären, sie öffnen ihr Tor den anständigen Nazis und Pgs.
Ich verbitte mir hier solche Zwischenrufe - mir kann keiner nazistisches Denken vorwerfen - und wehre mich dagegen, daß solche persönliche Angriffe gemacht werden: "Hier dürfen Parteigenossen reden, und wir dürfen nicht reden". Ich frage nicht, wer das gesagt hat. Entweder haben wir Einigkeit oder Zersplitterung. Haben wir ein Duell hier oder eine Union?
Ott: Ich komme als gewählter Vertreter der Jugend Schwabens. Ich habe geglaubt, daß ich der Jugend von dieser Tagung einen Eindruck und ein Bild vermitteln kann von dem, was die alte Generation uns vorzustellen hat. In diesem Pamphlet, in dieser Auseinandersetzung heute nachmittag habe ich den Eindruck bekommen, daß es nicht um eine saubere, christliche, soziale Gesinnung, sondern darum geht, den Be-

sitzstand des Bürgertums zu bewahren und jedem anderen Menschen ein Lebensrecht abzusprechen.

(Unruhe im Saal.)

Als Vertreter der Jugend frage ich diesen Herrn:

(Zuruf: Er ist immer noch da und noch nicht draußen!)

Ist dieses Pamphlet von Ihnen unterschrieben oder haben Sie erst Ihren Namen genannt, als Sie hier aufgefordert wurden?

(Zuruf *Messmer*: Es ist mein Zeichen darauf!)

Mein Herr, es genügt mir. Sie waren für mich zu feige, den ganzen Namen darunter zu setzen.

(Zuruf *Messmer*: Die Herren, die es bekamen, kennen mich!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich fragen: Ist das das Pamphlet, von dem mir gesagt wurde, daß es auf der Fahrt im Auto gelesen und verteilt wurde?
Krempl: (?) Ich muß sagen, daß ich es im Auto gelesen habe. Er hat gesagt, es sei von ihm verfaßt.
Ich möchte dazu erklären, daß ich es tief bedauere, daß der ganze heutige Abend so vergangen ist, daß ich am liebsten heimgehe. Ich ringe jetzt ungefähr ein halbes Jahr um die Gestaltung der Christlich-Sozialen Union in Schwandorf, im ganz gefährlichen Kessel. Ich kann Ihnen sagen: Ich möchte als alter Mann weinen. 35 Jahre habe ich früher für die christliche Richtung gekämpft. Ich will nur sagen, ich habe das gelesen, ich halte es nicht für anonym, weil er seinen Namen dafür hergegeben hat.

(Zurufe.)

Ott: Ich stelle fest, dieses Schriftstück ist von dem Herrn nicht mit seinem ganzen Namen gezeichnet. Ich protestiere im Namen der schwäbischen Jugend dagegen und spreche dem Herrn unsere tiefe Verachtung für dieses Gebaren aus. Wir hätten erwartet, daß das Alter uns ein Vorbild ist. Man hat oft im Leben gesagt, ihr Jungen usw., ihr seid das und das, aber ich muß sagen: So weit haben wir uns nicht herabgewürdigt.
Ich möchte bitten, wenn Bestrebungen da sind, die Führung in die Hand zu bekommen: Wir haben nicht Posten zu vergeben, wir wollen die Arbeit jener Männer sehen - und wenn das die Arbeit ist, dann Dankeschön.
Maier, Johann: Ich habe vorhin den Antrag gestellt, darüber abzustimmen, daß dieser Mann sofort den Saal zu verlassen hat, alles andere war außer der Sache. Ich bitte, über meinen Antrag abzustimmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Maier*, ich habe erwartet, daß der Mann selbst geht und uns eine Abstimmung erübrigt.

(Zurufe: Raus!)

Herr *Messmer* gehen Sie jetzt? Oder gehen Sie nicht?

(Zuruf *Messmer*: Selbstverständlich, Sie sehen, daß ich gehe!)

Dr. Gerathewohl: Das, was wir vorhin von dem jungen Parteifreund hörten, der sich als Landrat vorstellte, unterschreibe ich voll und ganz. Ich unterschreibe auch voll und ganz das, was von dem Alter gesagt wurde. Ich meine, wir sollten heute abend nicht mit dem Gefühl, das zum Ausdruck gebracht wurde, auseinandergehen, daß es sich

hier um einen Reinigungsprozeß ideologischer Art handelt. Meines Erachtens kann diese Frage heute abend in der halben Stunde, die uns noch zur Verfügung steht, nicht in positivem Sinne gelöst werden.
Ich beantrage deshalb Vertagung der Aussprache zu den positiv und ideologisch wichtigen Grundfragen der Partei auf morgen vormittag. In dieser Erwartung, glaube ich, können wir heute alle in dem Bewußtsein gehen, auch wirklich etwas Positives mitzunehmen. Denn ohne das gehen wir morgen unter keinen Umständen heim. Ich beantrage, daß alle diese Dinge, die eben hier besprochen wurden, als endgültig erledigt angesehen werden, und daß wir morgen zur Tagesordnung übergehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf noch bekannt geben: Es ist noch ein Antrag von Oberfranken eingegangen, der wohl kein Antrag, sondern eine Anfrage ist. Sonst liegt ein Antrag auf Schluß der Debatte vor.
Ich gebe diese Anfrage, die als Antrag formuliert ist, bekannt:

> Haben Staatsrat *Schäffer* und Herr *Hundhammer* das Pamphlet gebilligt? Haben sie es gekannt? Sind Sie mit der Verbreitung einverstanden?

Ich möchte den beiden Herren Gelegenheit geben, eine Erklärung abzugeben, bevor ich über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimme. Ich bitte, sich kurz zu äußern, wir müssen Schluß machen.
Schäffer: Meine Herren, ich erkläre Ihnen folgendes: Der Herr Vorsitzende hat vorhin schon meinen Namen mit dem Schriftstück in Zusammenhang gebracht, weil ich bei der Bezirkstagung in Regensburg in dem gleichen Saale und an dem gleichen Tische mit dem Herrn gesessen sei. Ich verwahre mich gegen solche Unterstellungen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Staatsrat *Schäffer*, ich darf erwidern. Ich habe nicht Ihren Namen mit dem Schriftstück in Zusammenhang gebracht, sondern erwähnt, daß der Herr mit Ihnen gemeinsam in Regensburg zusammensaß und sich mit mir nachher darüber nicht unterhalten hat. Ich bitte, meine Worte nicht zu entstellen.
Schäffer: Meine Herren, was hat es denn anders für einen Sinn, als damit anzudeuten, daß der Mann, mit dem ich in der Oberpfalz zufällig beisammensaß, gewissermaßen mein Hilfswerkzeug ist?
Zur Sache! Ich habe dieses Schriftstück gesehen und ihn gebeten, es nicht zu verteilen. Das ist die Tatsache.
Nun darf ich noch etwas anderes sagen. Ich will eine Besprechung haben. Ich nehme den Vorschlag auf, der gemacht worden ist. Ich habe schon einmal aus wohlerwogenen Gründen gebeten, eine geschlossene Sitzung zu halten. Ich möchte auf den sachlichen Inhalt des Schriftstücks eingehen.

(Zuruf: Aha!)

Jawohl, weil mein Name damit in Zusammenhang gebracht wird, und ich kann erzählen!
Dr. *Hundhammer*: Meine Damen und Herren, ich erkläre zu der Sache - ich hatte mich schon zu Wort gemeldet, als die Diskussion darauf kam -, daß das Schriftstück ohne mein Wissen verfaßt und gegen meinen Willen verbreitet ist.
Den beiden Anträgen Dr. *Nerreter* und *Konrad* stimme ich zu. Die Sache soll so behandelt werden, wie es von den beiden Herren vorgeschlagen ist.

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Ich lasse darüber abstimmen.

Wer enthält sich? - Wer ist dagegen?
Der Antrag auf Schluß der Debatte ist angenommen.
Dr. *Nerreter*: Mein Antrag auf Überweisung an das Schiedsgericht steht noch aus.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag auf Überweisung an das Schiedsgericht steht noch aus.
Ist eine Debatte darüber erwünscht?

(Zuruf: Nein!)

Dr. *Lacherbauer*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß wir ein Schiedsgericht überhaupt noch nicht haben. Es wird also erforderlich, zuerst ein Schiedsgericht zu bilden. Weder in unseren Satzungen noch irgendwo ist das Schiedsgericht konstitutiv rechtlich begründet worden. Es liegt ein ähnlicher Antrag vor. Wir hatten in der letzten Landesvorstandssitzung darüber eingehend debattiert und festgestellt, daß ein Schiedsgericht nicht besteht. Wenn also Überweisung an ein Organ erfolgt, das nicht existiert, dann ist dieser Antrag gegenstandslos.
Schäffer: Zur Klarstellung! Ich habe im Namen des Bezirksverbandes München-Stadt beantragt, daß satzungsgemäß ein Ausschlußverfahren festgestellt wird. Ich bitte diesen Antrag, wenn es zur Abstimmung kommt, anzunehmen. Dann kann dieser Fall darunter gebracht werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dazu kommen wir morgen, es liegt so viel vor.
Dr. *Nerreter*: So ganz abwegig war mein Antrag doch nicht. Ich stützte mich bei der Annahme, daß ein Schiedsgericht besteht, auf eine Mitteilung des Landessekretariats vom 7. Januar 1946, wo unter der Ziffer 5 steht "Parteischiedsgericht: Vorsitzender Landgerichtspräsident Dr. *Ludwig Hagenauer*".
Ich bin natürlich in der Provinz und muß mich auf die schriftlichen Mitteilungen weitgehend verlassen. Wenn mir mitgeteilt wird, daß ein Parteischiedsgericht besteht, und wenn der Vorsitzende schon drin steht, nehme ich als biederer Provinzler an, daß dies stimmt, was aus München mitgeteilt wird.
Ich kann meinen Antrag zur Abkürzung dahin berichtigen: Überweisung "an ein zu bildendes Parteischiedsgericht".
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Schiedsgericht ist gebildet worden wie die anderen Ausschüsse damals auch, das heißt, Dr. *Hagenauer* sollte das Schiedsgericht vorbereiten, die Statuten entwerfen usw.
Hönekopp: Es wurde beantragt, daß in dieses Schiedsgericht von jedem Bezirk ein Vertreter hinein müsse. Das sind Dinge, die uns alle interessieren, die wir uns mit den Leuten unterhalten. Es ist unbedingt nötig, daß dieses Schiedsgericht auf breite Basis gestellt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, wir brauchen heute keine weitere Debatte mehr über diese ganzen Fragen. Ich würde vorschlagen, daß wir so vorgehen:
Zu dem Antrag *Konrad* - es ist praktisch nicht möglich, so vorzugehen, wie es von *Konrad* vorgesehen wurde - schlage ich vor: Beschlußfähig ist das Gremium, das vorhin als beschlußfähig festgestellt wurde.
Über die anderen Sachen wurde vorhin schon debattiert.
Ich schlage vor, morgen um 9 Uhr die Tagung zu beginnen. Es treffen sich nur die Stimmberechtigten. Gäste und andere Personen werden erst ab 11 Uhr zugelassen.

(Lebhafter Widerspruch und Zuruf: Dann ist es schade, daß wir hergekommen sind!)

Es wird Einspruch erhoben. Ich will mir nicht den Vorwurf machen lassen, als ob die Öffentlichkeit ausgeschlossen würde. Das gibt es nicht.

Dann schlage ich vor: Eine Stunde lang treffen sich die Abstimmungsberechtigten. Das ist nicht lange. Wir können uns dann über das Nötige klar werden. Ab 10 Uhr werden die Nichtabstimmungsberechtigten zugelassen.

[Unterbrechung der Sitzung: 30. März 1946, 20.30 Uhr.][7]
Fortsetzung der Tagung der Christlich-Sozialen Union in Bamberg [am] 31. März 1946, 9.15 Uhr

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich die heutige Sitzung eröffnen.
Ich halte es für zweckmäßig, Herrn *Schäffer* zuerst das Wort zu geben, nachdem von ihm die Anregung ausgegangen ist, daß diese Tagung um 9 Uhr unter Ausschluß der Öffentlichkeit - wenn ich mich so ausdrücken darf - stattfindet.
Schäffer: Ich bin mir zwar im Unklaren, welche Erklärung ich jetzt abgeben soll. Ich glaube, ich soll eine Erklärung abgeben, warum ich eine geschlossene Sitzung beantragt habe.
(Zustimmung des Vorsitzenden [*Josef Müller*].)
Ich habe gestern schon darüber gesprochen. Ich halte eine geschlossene Sitzung dann für notwendig, wenn - wie ich hoffe - in ruhiger und sachlicher Form Dinge besprochen werden, die nun einmal von vorneherein gewisse Gegensätze aufzeigen.
Unsere Tagesordnung war an sich so gegliedert, daß eine Reihe von Gegenständen der Tagesordnung für einen größeren Kreis bestimmt schienen, die drei Berichte 1., 2., 3. und der letzte Punkt "Politische Aussprache". Ich hatte gestern die Anregung gegeben, diese Punkte der Tagesordnung in Gegenwart des größeren Kreises und die anderen Punkte, die Gegensätze aufzeigen, in kleinerem Kreis zu besprechen.
Es wäre wünschenswert, um zu ruhiger, sachlicher Erörterung zu kommen, daß man sich über die Bedeutung der einzelnen Anträge klar wird. Ich spreche hier in aller Form einen besonderen Wunsch aus: Ich glaube, die Verhandlungen würden wesentlich friedlicher verlaufen und wir würden uns wesentlich besser verstehen und es würden manche Mißverständnisse, die ich zum Beispiel aus dem Artikel des Oberbayerischen Volksblatt[es] sehr deutlich heraussehe, sofort behoben werden können, wenn der Antrag München "Einberufung einer Landesversammlung" zuerst beraten würde. Dieser Antrag fällt auch deshalb aus dem Rahmen der übrigen Anträge heraus, weil nach unseren Satzungen darüber gar keine Abstimmung, sondern lediglich eine Erklärung der übrigen Bezirksverbände notwendig ist, wie sie sich zu dem Antrag stellen. Es wäre sehr gut, wenn wir über diesen Antrag zuerst sprechen könnten. Ich hätte dann Gelegenheit, auch Erklärungen abzugeben, von denen ich hoffe, daß sie die Situation wesentlich erleichtern würden. Ich würde die anderen Bezirksvorsitzenden bitten, dazu Stellung zu nehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Wort hat Herr *Falkner*.
Dr. *Falkner*: Wir sind alle der Meinung, daß bei der gestrigen Sitzung Herr *Goebbels* hätte teilnehmen können, er hätte helle Freude gehabt. Das wollen wir doch vermeiden.

[7] Im Wortprotokoll fehlt die Zeitangabe. Die Uhrzeit wurde übernommen aus einem vierzehnseitigen Kurzprotokoll der Sitzung: "Niederschrift über die Sitzung des erweiterten vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union Bayerns in Bamberg am 30. und 31. März 1946" im Privatbesitz Karl Köhler.

Mein Vorschlag wäre der: Wir wollen uns jetzt gegenseitig in dem kleineren Kreise zusichern, daß wir ruhig, vernünftig und sachlich miteinander reden.
Herr Dr. *Müller*, nehmen Sie mir es nicht übel, ich halte es nicht für richtig, bei Anwesenheit von etwa 100-150 Leuten und von Delegierten Beifall oder Mißfallen zu äußern. Die gestrige Verhandlung hat bewiesen, daß ruhiges, sachliches Verhandeln nicht möglich war. Wir alle haben den Wunsch, daß Einigkeit in der Union nicht nur zustande kommt, sondern herrscht und bleibt. Es muß ein ordnungsgemäß[8] gewählter Kopf an die Spitze der Union treten. Deshalb möchte ich bitten und vorschlagen, und für Niederbayern stimme ich dem Antrag von Staatsrat *Schäffer* zu: Berufen Sie eine Landesversammlung ein, in der durch die ordnungsgemäß gewählten Vertreter das ordnungsgemäß gewählte Haupt der Union gewählt werden kann.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf eines sagen: Es geht wie in allen Fällen, der die Verantwortung hat, wird von beiden Seiten angegriffen. Ich bin gestern abend schon darauf angesprochen worden, daß unter den Herren, die da waren, vor allem unter den Jungen, die Annahme bestehen könnte, daß wir hier irgendeinen Kuhhandel machen würden, wenn wir die Öffentlichkeit ausschließen würden. Es hat alles seinen Vor- und Nachteil. Wenn wir uns anständig und fair unterhalten - und das dürfte doch vorauszusetzen sein -, dann müßte man die Öffentlichkeit nicht ausschließen, denn die Öffentlichkeit wird ja durch unsere eigenen Parteifreunde und durch die Leute dargestellt, die in die Union hereinwachsen sollen. Es liegt ja an uns, wie geschmackvoll eventuelle Kämpfe, die es in allen Parteien gibt - wir haben sie heute, die anderen werden sie morgen haben -, ausgetragen werden. Es geht darum, daß den Leuten nicht der Geschmack verdorben wird.
Heubl: Ich stimme den Ausführungen von Dr. *Müller* zu. Wer kann Garantie übernehmen, daß gestern keine Angehörigen einer anderen Partei im Saale anwesend waren?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Eine Kontrolle war gestern dadurch erschwert, daß die Omnibusse aus München verspätet ankamen, Herr *Schmidt* daher nicht da war. Dieser hätte aber auch nicht alle gekannt. Wir stehen eben am Anfang einer neuen Partei, wo wir uns nicht alle kennen.
Heubl: Ich kenne drei Leute, die nicht Mitglied der Union sind und trotzdem anwesend waren. Das habe ich erst gestern abend erfahren.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann muß ich bitten, mir zu sagen, der gehört nicht zu uns, aber ich kann nicht jeden hinausschmeißen, nur deshalb, weil er nicht stimmberechtigt ist. Es waren auch in München Leute da, die nicht stimmberechtigt waren.
Heubl: Ich möchte nur bitten, heute das genau zu prüfen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es kann heute geprüft werden, ob jemand hereinkommt, der nicht bekannt ist.
Dr. *Hundhammer*: Ich möchte vorschlagen, daß wir uns zunächst über den Antrag von Staatsrat *Schäffer* bezüglich Einberufung der Landesversammlung kurz schlüssig werden. Dann können wir hernach zu den anderen Fragen Stellung nehmen. Ich selbst unterstütze den Antrag.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren, ich bin überrascht, daß in dem jetzigen Gremium, das so bedeutsam einberufen wurde, daß die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde, ausgerechnet dieser Antrag kommt, der ruhig in der Öffent-

[8] In der Vorlage: "ordnungsgewählter".

lichkeit diskutiert werden kann. Wozu die Frage, ob und wann eine Landesversammlung einberufen werden soll, in dem geschlossenen Kreis diskutieren?
Ich darf einen Antrag auf Zulassung von Jugendvertretern verlesen, der von Herrn *Holzer* eingegangen ist:

Antrag auf Zulassung von Jugendvertretern:
Eine Reihe von Jugendvertretern hat sich an mich mit der Bitte gewandt, ihren Antrag auf Zulassung zur geschlossenen Sitzung zu vertreten.
Ich bitte, diesen Antrag begründen zu dürfen.

Ich bitte Herrn *Holzer*, den Antrag zu begründen.
Holzer: Gestern abend hat sich eine Anzahl von Jugendvertretern im Anschluß an die turbulente Sitzung mit der Bitte an mich gewandt, daß man wenigstens den gewählten Jugendvertreter aus jedem Bezirksverband zu dieser Sitzung zulassen soll. Die Jugendvertreter haben gehofft, daß sie aus dieser geschlossenen Sitzung einen viel besseren Eindruck an die Leute vermitteln können, die sie gewählt haben, als sie gestern bei öffentlicher Sitzung erhalten haben. Sie haben die Frage offengelassen, ob ihnen dabei das Stimmrecht gegeben werden soll oder nicht.
Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn sie Stimmrecht bekommen sollten, müßte das beantragt werden. Nach dem, was gestern über das Stimmrecht beschlossen wurde und was der Militärregierung vorgelegen hat, möchte ich aber eine Erweiterung des Stimmrechts nicht gerne vornehmen. Wenn kein formeller Antrag gestellt wird, möchte ich darüber weggehen.
Dagegen können wir darüber diskutieren, ob Vertreter der Jugend zugelassen werden sollen.
Dr. *Hundhammer*: Ich schlage vor, daß wir über diesen Antrag ganz kurz ohne Diskussion abstimmen, und zwar nicht durch Zettel, sondern durch Aufstehen oder Handaufheben. Wir kürzen dadurch das Verfahren ab.
Dr. *Horlacher*: Meine Herren, ich bin dagegen, daß dieser wichtige Punkt der Tagesordnung unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt wird. Ich sehe nicht ein, warum organisatorische Fragen der Union nicht im Beisein der Gäste behandelt werden sollen. Ich erinnere an ein früheres Parteigremium, dessen Namen ich hier nicht mehr nennen will, an dem ich auch - allerdings nicht in verantwortlicher Stelle, aber bei den Landesversammlungen - beteiligt war. Da sind nie die Gäste ausgeschlossen worden. Ich sehe diese Methode nicht ein. Ich würde bitten, daß solche Anträge in öffentlicher Sitzung behandelt werden. Ich sehe überhaupt nicht ein, warum bei irgendeiner Gelegenheit die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden soll. Wer ist denn diese Öffentlichkeit? Das sind meistens abgestellte Vertreter von Bezirken, meistens Leute, die bestimmte Bevölkerungskreise vertreten. Ich sehe die große Gefahr darin: Wenn hier in einem Zirkel etwas verhandelt wird und gewisse Dinge nicht gleich hinausdringen, dann ist die Gerüchtemacherei viel schlimmer.

(Zurufe.)

- Ich bitte, mich ruhig reden zu lassen.
Herr Dr. *Falkner* hat hier erklärt, es muß ein ordnungsgemäß gewählter Kopf her. Das war der Sinn seiner Ausführungen. Gegen derartige Ausführungen wende ich mich mit aller Schärfe. Das sind Ausführungen, die nie die Mißstimmung in der Union zur Ruhe kommen lassen; das sind die Ausführungen die uns trennen; das sind die Aus-

führungen, die auf die inneren Differenzen der Union hinweisen. Ich habe gestern ausgeführt - und das kann niemand widerlegen: Die Union ist erst im Aufbau begriffen. Wer will das bestreiten? Die Union hat nicht die Wähler, die sie braucht, hat nicht die gewählten Mitglieder, die sie für ihren Aufbau der Partei braucht. Sie muß erst einen gewissen Mitgliederstamm bekommen, um den wir werben. Wenn der Mitgliederstamm in den Bezirken draußen da ist, wenn die Organisation einen bestimmten Aufbau hat, wenn die neuen Ideen der Organisation sich beim Volke durchgesetzt haben, wie wir es in unseren Versammlungen erleben, dann wollen wir die Entscheidung darüber herbeiführen in einer Landesversammlung, die dann auch verkehrstechnisch möglich ist. Heute ist das verkehrstechnisch gar nicht möglich. Ich bin selbst Leiter eines größeren Instituts und weiß, daß eine große Generalversammlung heute auf ungeheure Schwierigkeiten stößt. Deshalb ist die Militärregierung so klug gewesen, hier eine vorläufige Satzung zu geben, weil sie damit dem erst sich anbahnenden Aufbau der Partei und den vorhandenen Schwierigkeiten Rechnung trägt. Man braucht darüber gar nicht mehr zu reden.

Denken Sie auch an die praktischen Folgen! Warum soll durch solche Anträge immer der Eindruck einer Vertrauenserschütterung gegenüber unserem vorläufigen Landesvorsitzenden erweckt werden? Dagegen wende ich mich jetzt. Die Leute haben sich in ehrlicher Arbeit bemüht, den organisatorischen Aufbau der Partei durchzuführen und vorzubereiten, sie haben ein eigenes publizistisches Blatt geschaffen. Wir sind der Meinung, daß endlich damit Schluß sein muß. Wir sind der Meinung, daß Herr Dr. *Müller* unser Vertrauen genießt, die Verhältnisse zu ordnen, bis es soweit ist, daß die Union eine ordnungsgemäße Landesversammlung einberufen kann.

Dann ein anderer Gesichtspunkt! Sie berufen sich immer auf die Satzungen. Ich habe schon darauf hingewiesen: Noch nie sind hier Satzungen diskutiert oder beschlossen worden. Wir werden wieder eine Tagung dieses Gremiums abhalten müssen, wenn der Entwurf der Satzung vorgelegt wird. Wir werden dann Satzungen eingehend beraten. Sie müssen so gestaltet werden, daß in der Union niemals zufällige Gebilde eine Rolle spielen können, daß niemals zufällige Beeinflussungen gewisser Personenkreise eine Rolle spielen können. Sie müssen so gestaltet werden, daß die Bezirke in ihren Vertretungen zum Ausdruck kommen, aber auch die großen Berufsstände, Bauernstand, Arbeiterstand und gewerblicher Mittelstand ihre Berücksichtigung finden. Soweit sind wir noch lange nicht. Wir haben in einigen Bezirken Bayerns sehr gut gearbeitet. Unsere fränkischen Herren verdienen den Dank der Versammlung, sie haben ihre Delegierten ordnungsgemäß hierher bestellt. Ich bedaure, daß gerade Herr *Falkner* sich zum Wortführer der neuen Kopfgestaltung machte, während er seinen Kopf von Niederbayern selber ausgesucht hat und erst mit Genehmigung der Militärregierung über diesen faux pas hinweggehen muß. Ähnlich ist es in anderen Bezirken. Ich will die Dinge nicht verschärfen. Wir haben hier einen klaren Überblick und Einblick in die Verhältnisse gewonnen. Wir sind über die Dinge in der Union durchaus im klaren. Ich bitte die Diskussion nicht fortzusetzen, sondern den Antrag abzulehnen.

Wir werden dem Landesvorsitzenden nachher unser Vertrauen aussprechen. Er ist befugt, die Landesversammlung einzuberufen, wenn er es für zweckmäßig erachtet. So arbeitet man vertrauensvoll in einer Partei und nicht mit juristischen Klauseln, die Mißstimmung in die Reihen der Union hereintragen.

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf darauf aufmerksam machen, wir haben 9.30 Uhr vorbei. Jetzt aber sehr sachlich und nüchtern gesprochen: Wenn Sie heute noch mit dem Autobus nach München zurückfahren wollen, müssen Sie mindestens um 15 Uhr wegfahren.
Vorher wollen Sie aber wahrscheinlich zu Mittag essen. Ich muß mir deshalb ausbitten, daß ich jetzt den Redner, gleichgültig wer es sei, einmal mahnen darf, sich kürzer zu fassen, ohne daß es übelgenommen wird. Es wird ja bald alles übelgenommen. Beim zweiten Mal kündige ich Wortentzug an, beim dritten Mal - entziehe ich das Wort.
Schäffer: Ich bitte um Festsetzung einer Redezeit von fünf Minuten, das andere erweckt den Eindruck der Willkür.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, Sie haben recht, aber auf der anderen Seite ist es so: Ich nehme Sie als Beispiel. Wenn Sie eine Erklärung abzugeben haben, möchte ich Sie nicht in der Zeit binden, weil es uns allen sehr darauf ankommt, daß wir uns heute aussprechen können.
Schäffer: Dann können Sie die Redezeit verlängern, aber sie soll grundsätzlich fünf Minuten sein.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich nehme alles an, was der Kürzung dient. Also wird der Vorschlag akzeptiert, daß die Redezeit grundsätzlich fünf Minuten ist, daß ich nach fünf Minuten unterbreche und nur dann nicht unterbreche, wenn wirklich absolut sachliche und zweckdienliche Ausführungen gemacht werden.

(Zurufe: Jawohl!)

Vorher muß ich aber noch zu der Frage Stellung nehmen lassen, ob die Jugendvertreter zugezogen werden sollen. Wir wollen nicht den Eindruck erwecken, als hätten wir hier etwas Besonderes.
Sind die Herren einverstanden, daß die Jugend hereinkommt? - Gut, einverstanden. Dann dürfen die Vertreter der Jugend hereinkommen, ohne Stimmrecht.

(Zuruf: Aus jedem Bezirk zwei Vertreter!)

- Aus jedem Bezirk zwei Vertreter.
Schäffer: Ich habe bisher dazu gesprochen, daß ich bitte, meinen Antrag vorauszubehandeln. Ich möchte den Antrag gerne noch begründen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir werden uns noch darüber klar werden, wie wir die Sachen möglichst rasch behandeln.
(Die zugelassenen Jugendvertreter kommen in den Saal.)
Ich darf, während die Herrschaften hereingehen, einen Antrag verlesen, den Herr *Barth*, Oberfranken stellt:

> Oberfranken stellt den Antrag, die Wahl des Landesvorsitzenden sofort vorzunehmen.

Wir fahren weiter. Ich erteile das Wort Herrn Dr. *Kroll*.
Dr. *Kroll*: Zu dem Antrag *Hundhammer*! Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Hinauszögerung der Wahl des Landesvorsitzenden unerträglich ist, weil sie zu dauernden Spannungen und inneren Kämpfen führt und die klare Linie verwischt. Auf der anderen Seite sind wir uns darüber klar, daß die Einberufung einer Landesversammlung nach München unter Teilnahme sämtlicher Landkreise bedeuten würde, daß gerade die fränkischen Landkreise nur dürftig vertreten sein könnten, weil es technisch unmöglich wäre, daß alle nach München Vertreter entsenden würden. Aus

diesem Grunde und weil wir der Meinung sind, daß die hier berufenen Delegierten durchaus als Vertreter ihrer Provinz anzusehen sind, können wir nicht einsehen, warum die Wahl des Landesvorsitzenden immer von Tagung zu Tagung hinausgeschoben werden soll. Wir brauchen endgültig Klarheit über die Linie der Union. Eine Landesversammlung könnte nicht vor Ende Mai, Anfang Juni stattfinden. Bis dahin sind wieder Wahlen. Es ist undenkbar, an sozialdemokratische Plätze hinauszutreten und Unklarheit über unsere ganze Linie zu lassen.

Oberfranken beantragt daher, den Antrag *Hundhammer* abzulehnen und die Wahl des Landesvorsitzenden heute in dieser Sitzung sofort vorzunehmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf eine Erklärung verlesen, die von Niederbayern übergeben wurde:

Bei der Einladung zur Bamberger Tagung habe ich angenommen, daß die durch die Kreisvorstandschaften gewählte Bezirksvorstandschaft automatisch die stimmberechtigte Vertretung Niederbayerns sein würde. Demgemäß habe ich die Mitglieder der Bezirksvorstandschaft von der Tagung verständigt und zur Teilnahme aufgefordert. Es haben im letzten Augenblick zwei Mitglieder der Vorstandschaft abgesagt. Ich habe deshalb zwei Herren, die als Vertreter Niederbayerns in den Arbeitsausschüssen tätig sind, gebeten, als stimmberechtigte Vertreter Niederbayerns an der Tagung in Bamberg teilzunehmen.
Ich stelle erst jetzt fest, daß es die Meinung der vorläufigen Landesvorstandschaft gewesen wäre, die stimmberechtigten Vertreter in einer Tagung aller Kreisvorsitzenden feststellen zu lassen. In der Einladung zur Bamberger Tagung war dies nicht enthalten. Da ich mich nicht dem Vorwurf aussetzen kann, undemokratisch gehandelt zu haben, betrachten sich die in Bamberg anwesenden Vertreter Niederbayerns als nicht stimmberechtigt. Dr. *Falkner* -

Ich kann die Namen nicht recht lesen, es sind die Vertreter von Niederbayern.
Dazu möchte ich kurz erklären: Wir haben gestern festgestellt, daß alle stimmberechtigt sind, unter Vorbehalt der Genehmigung der Militärregierung, weil dort ausdrücklich gesagt wird "in demokratischer Weise gewählt". Wenn ein Kreis jetzt diese Haltung einnimmt, bekommen wir neue Schwierigkeiten. Ich möchte nicht, daß jetzt unnötigerweise Schwierigkeiten erhoben werden.
Dr. *Falkner*: Ich will keine Schwierigkeiten machen. Aber es ist gegen mich der Vorwurf erhoben worden, ich hätte diktatorischerweise Vertreter abgeordnet. Das kann ich nicht zulassen. Sie haben selbst gesagt, "vorbehaltlich der Zustimmung der Militärregierung".
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Vorwurf war nicht persönlich gemeint, auch nicht der von Dr. *Horlacher*. Ich habe es nicht so aufgefaßt, sonst hätte ich den Vorwurf zurückgewiesen.
Dr. *Falkner*: Es ist eine sehr heikle Situation für mich, ungeheuer heikel, weil sich morgen die Militärregierung mit dem Fall beschäftigen kann.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es sind noch einige Kreise da, die ebenso verfahren haben. Ich nehme nicht an, daß daraus Konsequenzen entstehen, will aber ...
Schäffer: Ich muß dazu erklären: Wir haben die erste Einladung erhalten, nachdem unsere Wahlversammlung in München gewesen ist. Einen Tag darauf hat die neue, satzungsgemäß gewählte Kreisvorstandschaft - die nach der ganzen Übung und den bisherigen Satzungen, auch dem bereits ausgearbeiteten neuen Satzungsentwurf,

selbstverständlich zur Vertretung der Partei bei allen Geschäften mit der Landesparteileitung berechtigt ist - in ordentlicher Sitzung die Vertreter durch Wahl nominiert. Sie sind ja anwesend.
Nun höre ich mit Erstaunen, daß vielleicht - obwohl das in keiner Einladung und Satzung steht -, daß die Kreisvorsitzenden, also meine 50 Bezirksvorsitzenden hätten zusammentreten müssen, um aus diesem Kreise heraus die Vertreter zu wählen. Das ist mir neu. Aber wenn diese Meinung vertreten wird und vertreten wurde, muß München heute auch ausscheiden, weil sein Stimmrecht auch zweifelhaft ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, nun werden dabei hier formale Schwierigkeiten gemacht, die wirklich nicht notwendig sind.
Dr. *Falkner*: Herr Dr. *Müller*, legen Sie es, bitte, nicht so aus, als ob ich hier Schwierigkeiten machen würde. Es ist mir der Vorwurf gemacht worden, ich hätte diktatorisch gehandelt. Ich kann jetzt nicht heimfahren und morgen sitze ich im Kittchen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie sitzen damit noch lange nicht im Kittchen. Die Leute haben es furchtbar eilig mit dem Kittchen.
Es ist gestern abgestimmt worden. Wir können ohne weiteres mit dieser Methode fortfahren, die bisher eingehalten wurde. Wenn Sie formell einen Antrag stellen, lasse ich darüber abstimmen, aber ich bitte, jetzt darüber zur Tagesordnung übergehen zu dürfen, sonst kommen wir wegen dieser formellen Dinge wieder nicht weiter.
Dr. *Falkner*: Dann muß auch der Vorwurf von Herrn Dr. *Horlacher*, wenn er auch kein persönlicher Vorwurf ist, zurückgenommen werden.
Dr. *Horlacher*: Wenn ein Stenograph dagewesen wäre, hätte er festgehalten, was ich mit meinen Ausführungen wollte. Ich bitte, meine Ausführungen nicht aus dem Zusammenhang herauszureißen.
Ich habe gesagt, Herr *Falkner* hätte erklärt, es muß ein ordnungsgemäß gewählter Kopf her. Ich habe ausgeführt, Herr *Falkner* hätte das um so weniger tun sollen, als wir mit Genehmigung der Militärregierung über die Zusammensetzung seiner Vertretung hinweggehen.
Ich bitte, mich immer aus dem Spiel zu lassen, ich weiß, was ich will und was ich rede. Ich erkläre, daß mir jeder Vorwurf gegenüber Herrn *Falkner* ferngelegen ist. Es wurde gar kein Vorwurf erhoben. Die Dinge sind protokollarisch festgelegt. Es geht mich gar nichts an. Die Beschlüsse sind übrigens durch die Abstimmungen überholt, die gestern stattgefunden haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf nochmals auf folgendes hinweisen: Es ist bereits 9.45 Uhr. Um 10 Uhr müssen wir, wenn wir unser Versprechen halten wollen, die Öffentlichkeit wieder herstellen. Das Wichtigste ist jetzt, weil die Zuhörer noch nicht da sind, Dinge zu besprechen, die jetzt wirklich besprochen gehören.
Dr. *Lacherbauer*: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werde mich über zwei Punkte äußern, nämlich über die Beteiligung der Gäste und über den Vorschlag wegen der Wahl eines neuen Vorsitzenden.
Was die Beteiligung der Gäste betrifft, will ich folgendes ausführen: Soviel ich unterrichtet bin, haben wir eine Sitzung des erweiterten vorläufigen Landesausschusses einberufen. Ein solcher Ausschuß ist ein satzungsmäßiges Organ. Er kann beraten und beschließen, und zwar entweder in der Öffentlichkeit oder in geschlossener Sitzung. Meine Herren und meine Damen, Sie haben sich - wenigstens bisher - dafür entschieden, in öffentlicher Sitzung zu tagen. Ich habe gar nichts dagegen einzuwenden, aber etwas habe ich vorzutragen: Stimmberechtigt und sitzberechtigt in diesem Gremium sind nur die Herren, die jetzt hier anwesend sind. Wenn sich Gäste in unsere Beratun-

gen einmischen, verliert die Beratung und die Beschlußfassung an Klarheit. Ich möchte dafür plädieren, daß Gäste beteiligt sind, aber nur als Zuhörer. Es geht nicht an, daß sich Leute in unsere Beschlußfassung einmengen, die weder Sitz noch Stimme haben. Damit möchte ich nicht zum Ausdruck bringen, daß ich es den Leuten nicht gönnen würde. Aber wir sind keine Landesversammlung und keine Parteiversammlung, wir sind einfach und klar der vorläufige Landesausschuß, der sich mit Zustimmung der Militärregierung noch etwas erweitert hat. Wenn auf die Art und Weise, wie ich sie gestern beobachtet habe, Einfluß auf die Stimme genommen würde, dann habe ich Zweifel, ob die Beschlüsse, die hier gefaßt werden, rechtsgültig gefaßt sind. Ich bitte, diese Argumente zu erwägen. Ich weiß, daß von bestimmter Seite wieder von juristischen Zwirnsfäden gesprochen wird. Das gibt es nicht. Es muß Klarheit bestehen: Entweder beschließt ein Organ oder die Öffentlichkeit.
Zum zweiten Punkt: Der Antrag von Dr. *Kroll* und von anderer Seite auf Neuwahl eines Landesvorsitzenden kann hier überhaupt nicht diskutiert und beschlossen werden, weil wir keine Landesversammlung sind. Es kann erörtert werden, ob eine Landesversammlung einberufen werden soll, und das Organ, der vorläufige Landesausschuß, ist nach meiner Meinung nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Ich persönlich plädiere sehr stark dafür, daß endlich die Leute, die dazu berufen sind - das sind die wahlberechtigten und stimmberechtigten Mitglieder -, die Entscheidung treffen, wer der Führer dieser Partei sein soll. Das darf nicht von oben her bestimmt werden, sondern es muß von unten her wachsen. Wir haben Bezirks- und Kreisvereine. Sie haben sich konstituiert. Es ist Zeit, daß sich auch der Landesverband konstituiert. Wir können darüber diskutieren, wann, müssen aber zu einem Ergebnis kommen. Es muß ein Beschluß in diesem Gremium gefaßt werden.

(Bravo!)

Dr. *Rindt*: Meine Herren, ich möchte nicht so sehr zu den Ausführungen von Herrn *Lacherbauer* Stellung nehmen, sondern ganz allgemein an Sie alle eine Bitte richten. Wir haben uns in diesem geschlossenen Gremium zusammengefunden, um zu einem Ziel zu kommen. Ganz ehrlich gesagt, der Eindruck von gestern nachmittag, den ich vorausahnte, war so, daß wir, wenn wir heute wieder so weitermachen, zu keinem Ergebnis kommen. Ich bitte jeden der Herren und jede der Damen, daß wir uns im Geiste der Liebe und des gegenseitigen Verstehenwollens zusammensetzen und daß wir nicht Worte, die in der Hitze des Gefechtes kommen, auf die Waagschale legen, wie es vielleicht zwischen feindlichen Brüdern der Fall ist. Es geht nicht an, daß sich heute irgendeine stärkere Gruppe vergewaltigt sieht und glaubt, einen eigenen Weg gehen zu müssen. Wir wollen doch auch im engsten Kreise unbedingt eine Union sein.

(Zuruf Dr. *Lacherbauer*: Heute geht es ja!)

- Sehr gut! Ich stimme Ihnen in diesem Punkte vollkommen zu.
Das Zweite: Ich habe gehört, in dem Umstand, daß Herr Dr. *Müller* eine geschlossene Versammlung einberufen hat, wird ein Entgegenkommen gegenüber der Gruppe des Herrn *Schäffer* erblickt. Ich habe den unmaßgeblichen Eindruck gehabt, als wären bestimmte Dinge vorgebracht worden, die der Klarheit bedürfen in einem Rahmen - wie das Herr *Lacherbauer* sehr richtig gesagt hat -, der nicht in der Form von Zurufen oder einer Stimmungsmache der nicht eigentlich legitimierten Vertreter der Union bestehen kann.
Ich bitte die Frage stellen zu dürfen: Vielleicht wäre es richtig, wenn wir uns jetzt mit den Punkten des gestern vorgelesenen Pamphlets ganz kurz und sachlich beschäftigen

würden. Wenn Sie anderer Meinung sind, ich bin mit Ihnen einverstanden. Ich möchte nicht, daß irgend jemand von dieser Tagung nach Hause geht und sich sagen muß, er ist unter den Tisch gebügelt worden. Wir stehen vor größten Entscheidungen in politischer und parteipolitischer Hinsicht. Wenn jetzt nicht gesprochen wird, eines Tages wird gesprochen werden. Ich glaube, die Mentalität der verschiedenen Herren zu kennen. Es möchte klug sein, vorwegzunehmen, was noch irgendwie in Verständnis und Liebe bereinigt werden kann, bevor es in etwa zu spät ist.
Haußleiter: Meine Herren, ich möchte folgendes sagen: Wir kämpfen in Oberfranken einen erbitterten und tödlichen Kampf gegen die Mächte der Diktatur, die unterirdisch schon wieder am Werke sind. Uns wird der Boden entzogen.

(Hört, hört!)

Nun erleben wir folgendes: Während wir hier an der Front stehen - ich darf das militaristische Bild gebrauchen -, haben wir im Hintergrund den Münchner Parteistunk, der uns jede Arbeit erschwert und unmöglich macht. Hier gibt es nur eines, meine Herren: Sie schaffen uns die Arbeitsbasis für einen Kampf, den wir ernstlich führen müssen gegen die Mächte des Atheismus, des Materialismus und der Diktatur. Wir Oberfranken beschwören Sie: Klammern Sie sich nicht an Äußerlichkeiten!
Zur Frage der Union möchte ich ganz klar sagen: In Nordbayern beginnt der Konfessionskampf. Jeder augenblickliche Wechsel bis Juni bedeutet den Konfessionskampf in Nordbayern mit aller Schärfe. Die Freude daran haben die Kommunisten, die Sozialisten, die Gegner des christlichen Gedankengutes. Deshalb beschwöre ich Sie: Helfen Sie uns, den wirklichen Krieg zu führen, indem Sie den Münchner Stunk begraben und uns eine Basis geben für die Arbeit draußen! Dr. *Müller* ist der Mann der Zusammenarbeit in Nordbayern. Die sachlichen Punkte, die eingewendet werden, hie Sozialismus, hie bürgerliche Haltung, wollen wir klären. Wir haben auch manches gegenüber Herrn Dr. *Müller* vorzubringen und wollen dies ehrlich vorbringen, das ist die Schaffung des sachlichen Programms. Erst weg mit dem persönlichen Stunk, dann Schaffung des sachlichen Programms! Anders können wir nicht arbeiten. Darum bitte ich Sie alle. Sonst geht Nordbayern flöten für die Union, darauf mache ich Sie alle aufmerksam.

(Zustimmung.)

Krempl: Meine Herren, kämpfen wir um Ideen oder um Persönlichkeiten?

(Sehr gut!)

Kämpfen wir um die Ernte des Ehrgeizes für einzelne Menschen oder um das, was uns allen zugrunde liegt, die christliche Idee? Es gibt gar keinen Zweifel darüber, daß beispielsweise im Jahre 1918 die breite Masse des Volkes nach Männern gesucht hat. Damals waren es Herr *Held* und der Prälat *Leicht*, die sich zusammengefunden und in einer Weise abgestritten haben, aber wir haben eine Freude an ihrer Diskussion gehabt. Heute haben wir auch nach Männern ausgeschaut. Als der Name *Schäffer* zum erstenmal genannt wurde - sagen wir es offen -, hat in ganz Bayern die Tiefe des christlichen Volkes aufgeatmet, daß ein Mann dastand wie *Schäffer*.
Als die Christlich-Soziale Union aufgemacht wurde und die Ideen der Christlich-Sozialen Union ins Volk drangen und *Müller* der Ideenträger dieser christlichen Idee wurde, hat man sich im ganzen Volke darüber gefreut.
Schäffer ist nach meinem Erachten mehr der Träger einer christlich-konservativen Idee - ich sage nur, nach meinem Ermessen -, *Müller* ist mehr der Träger einer christ-

lich-sozialen Idee, mehr nach links. Sollen denn diese beiden Ideen des christlichen Gedankengutes, das bestimmt das einzige ist, was ein Volk zusammenhält, der christlich-konservative Gedanke und die christlich-soziale Idee, nicht zusammen verankert sein können in der Christlich-Sozialen Union, weil wir Christen sind? Wir müssen uns schämen, daß es nicht so ist. Meine Herren, ich liebe den Herrn Dr. *Müller*, ich verehre den Herrn *Schäffer*, ich stehe zu keinem freund und zu keinem feind, aber eines müssen wir fertigbringen, zu überbrücken.
Zum Schluß möchte ich Herrn Dr. *Müller* noch bitten, die Erklärung zurückzunehmen, daß die einzelnen Delegierten eventuell illegal bestellt sind. Es ist für uns wesentlich, daß wir nicht illegal da sind. Ich bin der einstimmig gewählte Bezirksvorsitzende in Schwandorf-Land und bin sicher nicht illegal da, denn wir haben noch keine richtige Organisation. Aber die Träger sind die, die die Partei gemacht und die den Mut haben, hinauszugehen. Ich würde Sie bitten, Herr Dr. *Müller*, diese Erklärung im Interesse des Friedens und der Zusammenarbeit zu geben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu gleich Stellung nehmen. Ich habe keinen Vorwurf der Illegalität erhoben. Ich habe nur erklärt: Es ist ausdrücklich in der Bestätigung der Militärregierung darauf hingewiesen, daß die Delegierten ordnungsgemäß gewählt sein müssen. Daher habe ich rein sachlich festgestellt, wie die einzelnen Delegierten bestellt worden sind. Es ist Sache der Militärregierung, das zu bestätigen. Ich werde sogar dafür eintreten, daß es bestätigt wird, denn wir wollen keine sinnlose Tagung gehabt haben. Mir kam es nur darauf an: Wie sind die Einzelnen bestellt worden, gewählt oder nicht gewählt, das andere ist mir zunächst persönlich gleichgültig. Wir müssen uns dann darüber unterhalten, ob die Beschlüsse anerkannt werden oder nicht. Ein Vorwurf der Illegalität wird von mir nicht erhoben und ist nicht erhoben worden. Ich will aber eine Rechtsgrundlage haben.
Gestern noch habe ich mir eine Rechtsgrundlage dadurch geschaffen, daß ich mir vorgestern eine Bestätigung der Militärregierung erbeten habe.
Darf ich noch bemerken: Ich hätte es für zweckmäßiger gehalten - wenn wir schon unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagen -, daß wir rein persönlich einmal den Standpunkt festgelegt hätten, Herr *Schäffer*. Es entsteht wieder ein Bild, hie konservativ -

(Zuruf *Schäffer*: Hätten Sie mich reden lassen, dann wäre es schon längst ...)

Das hat keinen Zweck, zu sagen, hätten Sie mich reden lassen. Ich habe Ihnen vorhin als erstem das Wort gegeben. Infolgedessen können Sie mir keinen Vorwurf machen. Ich habe Ihnen das Wort gegeben, ohne daß Sie darum gebeten hatten. Ich habe Ihnen gestern hier entwickelt - das war mein Vorteil, weil ich den Vorsitz führe -, wie mein Denken ist. Mein Denken ist mehr dynamisch, während ich davon ausgehe, daß Sie mehr das statische Denken haben. Ich wollte den Vorteil dadurch wettmachen, daß ich Ihnen als erstem ungebeten das Wort gegeben habe in der Annahme, Sie würden in diesem Kreis sagen: Das sind meine Auffassungen, da bin ich konträr, in dem Punkt greife ich Dr. *Müller* an.
Ich habe nichts zu verbergen, ich werde die Erklärungen in öffentlicher Sitzung geben. Wenn es nicht zu lächerlich wäre, hätte ich auf das Pamphlet eingehen müssen. Wenn aber wirklich Angriffe vorgetragen werden, sollen sie offen vorgetragen werden, dann nehme ich dazu Stellung und gebe Ihnen jede Erklärung, die Sie wünschen. Aber nützen Sie jetzt die Gelegenheit, sagen Sie, in dem und dem Punkt werfe ich Dir das vor! Dann können wir uns hier unterhalten und zu einer Entscheidung kommen.

Sind die Herren damit einverstanden, daß ich außerhalb der Wortmeldungen Herrn *Schäffer* das Wort gebe? - Einverstanden!
Schäffer: Meine Damen und Herren, das dauert dann länger als fünf Minuten, das kann ich nicht verhindern.
Zunächst einmal beginne ich mit dem, was ich sagen wollte: Ich habe im Rahmen des Kreisverbands München den Antrag gestellt, die Landesversammlung auf den 5. Mai 1946 nach München einzuberufen. Ich habe dazu folgende Gründe:
I. Es kann durchgeführt werden. Nachdem die Kreistagswahlen in allen Landkreisen durchgeführt sind, müssen in allen Landkreisen die Organisationen stehen. Wer bis zu dem Tage keine Organisation hat, wird nie eine bekommen, weil sie Kandidaten dann gar nicht aufstellen kann. Also das Land ist durchorganisiert. Weiter ist es, wie die Dinge hier beweisen, technisch möglich, an einem Ort zusammenzukommen. Die anderen Parteien kommen auch alle zusammen, die anderen Parteien haben ihre konstituierenden Sitzungen schon gehabt oder sie haben sie jetzt, wie die Sozialisten am 13. und 14. April. Wir können unmöglich in dieser politischen Aktionsunfähigkeit bleiben. Wir können es machen, müssen es machen. Ich garantiere Ihnen, die Herren finden in München für ein oder zwei Nächte Quartier.
II. Wir gehen in eine Zeit hinein, in der das Recht - nicht im Sinne der Formaljuristerei, sondern das reine Recht - die Grundlage auch der Demokratie sein muß. Wenn wir uns ein Recht gegeben haben, müssen wir dieses Recht halten, wir müssen es halten unseren Wählern und Mitgliedern gegenüber. Wir haben nach einem alten Grundsatz nun einmal den Satz aufgestellt - das hat Dr. *Lacherbauer* schon betont: Die Landesversammlung wählt den Vorstand und den Landesausschuß. Wir haben gleichzeitig die Bestimmungen festgelegt, wie es gemacht werden muß. Wenn wir eine andere Wahl durchführen, kann sie von jemand, der die Wahl und unser Tun im demokratischen Sinne nachprüft, nicht genehmigt werden.
Ich mache weiter darauf aufmerksam: Es gibt selbstverständlich in jeder Organisation einen sogenannten Minderheitenschutz, damit nicht der Gedanke und das Gefühl der Vergewaltigung und Diktatur entsteht. Wir haben in diesem Falle in unserer Satzung auch einen Minderheitenschutz in der Bestimmung, daß auf Aufforderung von zwei Kreisverbänden eine Landesversammlung stattfinden muß. Die drei Kreisverbände München, Oberbayern, Niederbayern haben heute vormittag schon erklärt, daß sie diesen Antrag auf Einberufung der Landesversammlung unterstützen. Ich mache darauf aufmerksam: Wenn die Landesversammlung nicht einberufen wird, dann würde alles Tun nach dem 5. Mai, wenn die Landesversammlung nicht zusammentritt, im Widerspruch mit unseren Satzungen stehen und könnte beanstandet werden.
Ich habe den Antrag gestellt, weil ich es - ferne von aller Person - für notwendig erachte, endlich zum Aufbau unserer Partei zu kommen. Ich habe den Termin vorgeschlagen, weil wir jetzt in den Kreistagswahlen sind, die Kreistagswahlen durchführen können. Wir können acht Tage nach den Kreistagswahlen zusammenkommen. Es sind bei den nächsten Wahlen nur die Großstädte beteiligt, so daß es also geht. Am 30. Juni haben wir schon wieder Wahlen, und wir können unmöglich bis nach dem 30. Juni warten. Das ist auch politisch ganz unmöglich. Wir müssen endlich, genau wie die anderen Parteien, mit einer satzungsmäßig von unten herauf gewählten Vorstandschaft hervortreten können, und dazu ist nach den eigenen Satzungen eine Landesversammlung notwendig. Das ist die Begründung für meinen Antrag.
Nun bitte ich aber folgendes zu bedenken: Es sind dabei - Sie müssen die Anträge im Zusammenhang betrachten, die ineinander greifen - auch andere Anträge gestellt

worden. Zum Beispiel ist der Antrag gestellt worden, bis zur nächsten Landesversammlung einen neuen vorläufigen Arbeitsausschuß aus den Vorsitzenden der zehn Bezirksverbände zusammenzusetzen, die dann unter sich aufgrund ihrer Geschäftsordnung die Dinge sofort regeln und die neue Landesversammlung gemeinsam vorbereiten können.
Nun zu den öffentlichen Angriffen, die gegen mich erhoben werden. Ich habe das Fränkische Tageblatt, ein sehr liebes Blatt, zum morgendlichen Aufguß auf das Gestrige noch nachlesen können. Ich bitte die Damen und Herren, es zu studieren, Sie wissen, was ich meine. Wenn in dem Blatt, das uns zur Begrüßung vorgelegt wird, von den Persönlichkeiten die Rede ist, "die sich heute wieder um die Führung im christlichen Raum bemühen, wohl unter Berufung auf einstige Verdienste und unter Außerachtlassung begangener Fehler im Dienste alter Parteien", so ist - wir wollen nicht darüber streiten, Herr Dr. *Kroll* - anzunehmen, daß meine Person gemeint ist, was auch mit dem allgemeinen Führungsanspruch zusammenhängt.
Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen einmal folgendes: Vielleicht wäre ich heute nicht Kreisvorsitzender von München, wenn ich nicht durch diese öffentlichen Angriffe in eine Zwangslage gekommen wäre. Andere Parteien haben unserer Union geschrieben, den oder jenen dürft Ihr nicht nehmen. Sie haben es dabei - ich bitte, es mir zu glauben - der Wahrheit zuwider damit begründet, daß ich ein besonderer Nazifreund gewesen wäre. Die Leute, die mein Leben in München kennen, wissen, was von dem Vorwurf zu halten ist. Ich bin aber bereit, ausführlich darauf einzugehen. Es ist aber nicht notwendig. Ich habe den Bezirksverbänden als solchen den Abdruck einer Rede zugesandt. Wenn Sie sich dafür interessieren, können Sie es jetzt lesen.
Ich sage nun: Man stelle sich die politische Situation vor. In dieser politischen Situation gibt es nur eines - das bitte ich die Herren zu bedenken -, in dieser Situation erhalte ich entweder einen Vertrauensbeweis oder der Name *Fritz Schäffer* verschwindet endgültig aus dem öffentlichen Leben und aus der Christlich-Sozialen Union. So sind die Dinge gelagert gewesen. Also, es geht nicht um den Führungsanspruch, meine Damen und Herren. Bei den Wahlen in München ging es wesentlich darum: Soll mein Name in der Christlich-Sozialen Union überhaupt bleiben oder soll er grundsätzlich ausscheiden? Nun sage ich Ihnen ehrlich: Ich bin eitel genug anzunehmen, daß weite Bevölkerungskreise in Bayern mich schätzen,

(Bravo!)

infolgedessen anzunehmen, daß, wenn *Fritz Schäffer* aus der Union ausscheidet, es für die Union ein Schlag sein wird. Aber, meine Damen und Herren, ich hätte gar nicht anders gekonnt, als Mensch nicht - der spielt hier keine Rolle -, aber als Politiker auch nicht. Wenn von fremder Seite her mit solchen Angriffen der Union gesagt wird, den könnt Ihr nicht nehmen, und die Union lehnt ihn dann ab, dann ist er von seinen Freunden abgelehnt, er wird seiner Gesinnung treu bleiben und der Union für sich keine Schwierigkeiten machen, aber aufdrängen kann er sich selbstverständlich nicht. Das ist die Situation, das haben die Münchner verstanden, und so ist die Sache in München nun einmal gekommen.
Nun darf ich Ihnen aber etwas anderes sagen. Jetzt bitte ich, mich reden zu lassen, Herr Dr. *Müller*.
Ich habe mich nicht zum Wort gemeldet, ich bin hier veranlaßt worden, eine Erklärung abzugeben. Ich bitte, sie abgeben zu dürfen.
Diese Situation ist veranlaßt worden, lieber Herr Dr. *Müller*, durch Sie, selbstver-

ständlich auch durch andere. Aber das geistige Haupt eines Kampfes, der seit 1. Oktober in vollkommenem Mißverständnis der Situation geführt worden ist, Herr Dr. *Müller*, das sind Sie. Ich kann Ihnen nicht helfen, ich muß es hier öffentlich sagen.

(Zuruf des Vorsitzenden [*Josef Müller*]: Ich bitte ja darum!)

Ich bitte, eine politische Bemerkung vorausschicken zu können. Ich habe seinerzeit, als ich noch im Amt als Ministerpräsident war, von der damaligen Militärregierung den Wunsch ausgedrückt erhalten, ich möchte mich am parteipolitischen Leben aktiv solange nicht beteiligen, bis genaue Instruktionen der Militärregierung ergangen seien. Infolgedessen konnte ich in den ersten Zeiten, als die Bildung der Partei begonnen hat, bei den ganzen Ausschußbildungen etc. nicht dabei sein. Sie haben sich chaotisch gebildet, und ich muß ehrlich gestehen, es waren manchmal Persönlichkeiten vertreten, die wir heute schon alle nicht mehr sehen, und die vielleicht damals einen Einfluß gehabt haben, der nicht gut gewesen ist. Nun, die ersten Ausschüsse sind jedenfalls so entstanden. Nun darf ich auch offen sagen: In der Zeit, als ich Ministerpräsident war, gab es ja auch schon eine Reibung. Ich bitte, ganz offen reden zu dürfen. Die amerikanische Presse heißt mich ja heute manchmal noch - ich will einmal sagen - den Freund eines bekannten amerikanischen Generals [*George S. Patton*]. Ich will das ganz dahingestellt sein lassen, aber die Dinge sind wirklich so. Ich hatte persönlich das Vertrauen der Verbindungsoffiziere, mit denen ich arbeitete. Es gab aber Kreise, deutsche Kreise, die die Stellung - will ich einmal sagen - der damaligen Landesregierung in gar keiner Weise unterstützt, sondern bewußt untergraben haben. Das sind Kreise, die in erster Linie daran dachten, es würde der berühmte Linksrutsch in Europa eintreten, eine Meinung, die ich nicht vertreten habe. Und die Entwicklung hat mir ja auch recht gegeben. Selbst wenn ich aber an einen Linksrutsch geglaubt hätte, meine Damen und Herren, ich habe auch einmal hoffnungslos gegen die Nazis gekämpft, innerlich hoffnungslos, weil ich wußte, daß die Entscheidung schon gefallen ist, aber ich habe den Kampf noch gekämpft, als er aussichtslos war, weil ich der Überzeugung war, ich wollte nie eine Verantwortung für etwas übernehmen, was ich für den Untergang meines Volkes halte.

Wir sind heute ganz genau in derselben Situation. Ich wäre ein Tor, wenn ich einen politischen Ehrgeiz hätte. Ich habe die feste Überzeugung, meine Damen und Herren, es vergehen keine vier Monate, und alle politischen Mandate und aller politische Ehrgeiz erscheint uns als Irrsinn und als Wahnsinn. Das ist meine Überzeugung. Deswegen möchte ich Ihnen als Mensch sagen: Wenn ich diese Überzeugung habe, dann kämpfe ich gegen eine neu aufziehende Gefahr, die genauso groß ist wie der alte Faschismus, aus meiner Überzeugung heraus, solange ich kann. Selbst wenn ich gewußt hätte, daß der Linksrutsch unvermeidlich sei, ich hätte mich dagegen gestemmt.

Zu einer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten war ich immer bereit und habe das vom ersten Tage an meiner Amtstätigkeit getan. Ich habe, als ich Ministerpräsident war, sechs Leute ernannt, davon waren zwei Sozialisten. Das waren 33%, mehr vielleicht, als sie bei der nächsten Wahl erhalten werden. Aber ich würde mich immer weigern, von mir aus - und jetzt reden wir ganz deutsch - mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Dabei sage ich ganz ehrlich, es wäre vollkommen gleichgültig, ob in einer Körperschaft, der ich angehöre, *ein* Kommunist sitzt oder zehn. Es kommt nicht auf den zahlenmäßigen Vergleich an. Der eine Kommunist ist genauso das Ohr einer fremden Macht wie zehn.

(Sehr richtig!)

Der springende Punkt ist: Ich muß eine Trennungslinie finden. Die größte innenpolitische Gefahr, die wir haben, ist die Vereinigung der Sozialisten und der Kommunisten. Wenn die Vereinigung der Sozialisten und der Kommunisten kommt, dann ist der Geist, der in Asiens Steppen heranwächst und der ganz Europa versengen wird, aus der russischen Besatzungszone im Vordringen in die drei anderen Zonen.

(Zuruf: Ganz richtig!)

Deshalb ist meine Auffassung die: Wenn ich heute eine bewußte Politik treibe, muß ich es den Sozialdemokraten, soweit ich kann, fast zur Zwangslage gestalten, daß sie von sich aus möglichst die Trennungslinie zwischen KPD und SPD ziehen. Ich stelle mich auf den Standpunkt: Ich wollte parteipolitisch ein großes Gruppensystem, und weil ich dieses Gruppensystem will, will ich in dieses Gruppensystem die Gruppe der Sozialdemokratie miteingeschlossen haben. Ob das in Form der Koalition oder in Form des "Seiner Majestät getreuen Opposition" geschieht, das sind politische Tagesfragen. Der ist ein Tor, der sich heute schon anderen an den Hals wirft. Das ist meine innere Überzeugung. Ich bin in der Notzeit dafür, daß man eine solche Koalition macht, wenn ich das nach den Umständen machen kann und wenn die Ansprüche des anderen nicht zu groß sind. Aber ich würde immer betonen: Nur mit der Sozialdemokratie und nie mit der KPD! Sozialdemokratie, Du hast Dich zu entscheiden zwischen uns und zwischen der KPD! Diese Stellungnahme muß ich einnehmen auch in meiner geistigen Einstellung, auch in der Agitation. Das ist das Entscheidende. Das war auch der Gedankengang, von dem, wenn ich die letzten politischen Folgerungen ziehe, meine ganze Agitation immer eingestellt war.
Nun zurück! Als ich damals aus dem Amt schied - ich bin formell und habe die Urkunden zurückgegeben; mein erstes Rücktrittsgesuch war anfangs September, dann gingen voran Verhandlungen, die Verbindungsoffiziere in München wollten es nicht wahr haben, und dann kam die Entscheidung in Frankfurt - als ich zurücktrat, war ein wesentlicher Gesichtspunkt der: Wie ist das Verhältnis zur KPD? Und da, mein lieber *Müller*, sind wir sehr stark auseinander gegangen. Mein lieber Freund *Müller* hat damals mit den Kommunisten verhandelt, hat damals mit ihnen ein Regierungsprogramm aufgestellt und hat ihnen damals bestimmte Posten angeboten. Er hat es getan, ohne mit uns, mit der Regierung, seinen Parteifreunden über die Dinge überhaupt zu reden.

(Hört, hört!)

Er hat es getan, ohne - was auch nahegelegen hätte, wenigstens hat mir das, ich rede hier vertraulich, Ministerpräsident Dr. *Hoegner* persönlich bestätigt - mit der Sozialdemokratie auch über diese Punkte Fühlung zu nehmen. Als das neue Kabinett gebildet wurde, hat Ministerpräsident Dr. *Hoegner* - das läßt sich protokollarisch feststellen - mir die Erklärung abgegeben, daß er mit Herrn Dr. *Müller* nicht verhandeln wolle gerade aus dem Grunde, weil Dr. *Müller* hinter dem Rücken der Sozialdemokratie mit den Kommunisten verhandelt und ihnen auch bestimmte Posten, darunter den besonders begehrten Staatssekretär in der Staatskanzlei angeboten habe. Ich habe das damals dem Ausschuß mitgeteilt. Das kam ins Protokoll des Ausschusses hinein. Damals war *Semler* als Ihr Vertreter im Ausschuß, Herr Dr. *Müller*. Wir kamen dann am nächsten Tage wieder zusammen. Am nächsten Tage war Dr. *Müller* selbst anwesend und hat erklärt, daß er in der Nacht noch den Herrn Staatsrat *Grothe*, einen Kommunisten, der später abgelehnt wurde, angerufen und von den Erklärungen Dr. *Hoegners* verständigt habe, was ich als einen Vertrauensbruch betrachte, und was uns verhand-

lungsunfähig macht, wenn wir über Regierungsverhandlungen mit anderen Parteien reden müssen. So war die Situation. Ich rede ganz offen, Herr Dr. *Müller*, weil Sie es ja gewünscht haben.
Aufgrund dieser Situation war ich, als ich nun in die Verhandlungen der Union hereinkam, der Überzeugung, daß es unmöglich ist, sofort, in der Stunde damals, Herrn Dr. *Müller* als ersten Vorsitzenden der neuen Organisation aufzustellen. Infolgedessen habe ich, als damals in der ersten Sitzung dieser Vorschlag gemacht wurde, diesem Vorschlag widersprechen müssen. Es kam zu einer Debatte, und es wurde damals abgelehnt, und dann ging die Geschichte so eigentlich los.
Ich habe dann einmal versucht, einen Frieden zu schließen, aber ich bedauere, feststellen zu müssen, daß mein Vertrauen in die Loyalität von Dr. *Müller* nicht gewachsen war und daher dieser Friedensschluß leider mir und der Sache nicht geholfen hat.
Wir haben dann die Situation in München so gehabt: Zuerst war ein kleiner Ausschuß aus sechs Personen gebildet, dem Dr. *Müller* und ich angehörten. Dann wurde von Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl* eine Sitzung einberufen, die eine Anzahl von Personen umfaßte, die wir heute schon lange nicht mehr in unsern Kreisen sehen, die auch nach meinem Dafürhalten zweckgeladen (?) waren. In dieser Sitzung wurde ich hinausgewählt.[9] Ich bin in aller Ruhe gegangen, habe aber damals schon angesetzt gehabt und habe im Lande für die Union geworben, und sonst gar nichts. Der Name Christlich-Soziale Union hat mir ja nie sonderlich gefallen, ich weiß, daß er auch im Ausland Widerstand (?) findet, während ein anderer Name, den wir in Niederbayern, auch in Passau vielfach vertreten haben, im Ausland ein sehr warmes Verständnis gefunden hatte. Aber ich rede über diese Dinge nicht. Mir ist der Name völlig gleichgültig, wenn nur das Wesen einer Partei gesund und richtig ist.
Nun wurde mir die Arbeit dadurch nicht erleichtert, daß an die Orte, an denen ich für die Christlich-Soziale Union geworben habe, von München Schreiben ausgegangen sind, man solle mit mir keine Organisation beginnen, denn ich wolle nur die Bayerische Volkspartei aufziehen. Meine Damen und Herren, dazu ein Wort: Ich habe in der Zeit, als ich noch nicht arbeiten durfte, meine engeren Freunde *Pfeiffer* usw. ersucht, sie sollen in den Ausschüssen, die sich da bilden, den Gedanken vertreten, wir wollen nicht die Bayerische Volkspartei gründen, sondern wir wollen eine große Sammel- und Volkspartei überkonfessionell über die Stände gründen. Ich hatte mir allerdings gedacht, daß das Idealisten sind, die das machen, und daß diese die Vergangenheit vergessen können. Ich möchte hier nur einmal feststellen und wissen, wer mir Tatsachen bringen könnte, die dem entgegenstehen, daß die alten Anhänger der Bayerischen Volkspartei - sie sind nun einmal da, sie werden sogar prozentmäßig der allergrößte Teil unserer Wähler sein und bleiben, und wir werden sie infolgedessen letzten Endes nicht totschlagen wollen -, daß die alten Wähler der Bayerischen Volkspartei nie eine kleinliche und engherzige Haltung gegenüber den Angehörigen anderer früherer Parteien und so fort gezeigt haben.
Meine Damen und Herren, ich garantiere Ihnen: Wenn Sie in den Ausschüssen nachrechnen - ich bin kein Schnüffler, weder Stände- noch Konfessions- noch Parteienschnüffler, aber ich ließe es darauf ankommen -, werden Sie feststellen: Der Prozentsatz derer, die aus anderen Lagern zu den früheren Wählern der Bayerischen Volkspartei gestoßen sind, und die als einfache Mitglieder in den Reihen stehen, ist

[9] Protokolle der angesprochenen Sitzungen liegen nur z.T. vor. Näheres dazu in der Einleitung, S. XCI.

viel geringer und ihre Beteiligung in den Ausschüssen ist viel größer als der Mitgliederzahl entspricht. Das ist ganz bestimmt richtig. Man kann also nicht sagen, daß meine früheren Freunde der Bayerischen Volkspartei irgendwie engherzig gewesen wären.

Aber nun muß ich, wenn - und das wünsche ich - eine Christlich-Soziale Union zusammenschmelzen soll, dringend bitten, daß auch alle anderen Kreise die alte Abneigung und das alte Unverständnis gegenüber der Bayerischen Volkspartei vergessen. Entschuldigen Sie, meine Damen und Herren, wenn ich dabei nur mit einem Wort auf gestern zurückkomme. Als bei der Begrüßungsansprache unseres Vorsitzenden einzelne Sätze gegen die alte Bayerische Volkspartei gesprochen wurden, wurden diese mit einer Leidenschaft aufgenommen, daß ich fast sagen möchte, ich habe sie sonst in einer anderen Stadt nicht gefunden. Ich möchte fast sagen, hier ist eine Abneigung gegen den Namen Bayerische Volkspartei, den ich schon fast als mehr denn als Abneigung bezeichnen möchte. Ich muß sagen: Wir müssen uns zusammenfinden! Wir können nicht die Leute der Bayerischen Volkspartei nur deshalb, weil sie dabei waren, als Unionsanhänger zweiter Klasse betrachten. Und darum, meine Damen und Herren, geht es mir! Wir haben mit den Angriffen auf die Bayerische Volkspartei - das bitte ich dem lieben Freund *Konrad* von Nürnberg zu sagen, weil mich der gestern gefragt hat - schon erreicht, daß in den Anweisungen der Militärregierung betreffend Ausfüllung des neuen Fragebogens vom 15. Oktober vorigen Jahres die Anhänger der Bayerischen Volkspartei als naziverdächtig gelten und den Leuten der Harzburger Front gleichgestellt werden.

(Zurufe.)

Meine Herren, nach meiner Überzeugung - ich will nicht auf Einzelheiten eingehen - hat die Bayerische Volkspartei von allen politischen Parteien den entschlossensten, längsten und zähesten Kampf geführt, zäher sogar wie das Zentrum.

(Jawohl!)

Durch die Angriffe, die heute aus dem eigenen Lager gegen die Bayerische Volkspartei geführt werden - wenn der Angriff gegen mich als den Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei des Jahres 1933 gerichtet wird, sollten die Herren wissen, daß er damit gegen die ganze Bayerische Volkspartei geht -, durch solche Angriffe, meine Damen und Herren, treffen Sie Hunderttausende von Ihren Parteifreunden deswegen, weil sie früher Angehörige der Bayerischen Volkspartei gewesen sind. Und darum - nicht meiner Person wegen - stehe ich dafür ein, daß die Bayerische Volkspartei aus den Kreisen der Union keine Angriffe erfährt, und daß sich endlich die Wahrheit durchbricht, daß die Bayerische Volkspartei in dem Kampf gegen das Nazitum ihre Pflicht und Schuldigkeit - ich sage, besser als jede andere Partei - getan hat. Darum möchte ich Sie alle dringend bitten, diese Situation zu verstehen. Ich war Vorsitzender der Bayerischen Volkspartei, das ist richtig. Ich habe meinen Freunden auch die Treue gehalten, ich habe meinen Kopf nicht in Sicherheit gebracht. Ich war der Überzeugung, solange einer in Gefahr ist, hast Du als ehemaliger Vorsitzender auch in Gefahr zu sein, und ich verlasse meine alten Freunde nie; das ist nun einmal mein Lebensprinzip. Ich weiß, daß das Volk an sich und gerade die Leute, die ich so als die einfachen Wähler gehabt habe, ein braves Volk sind, das es wirklich wert ist, daß man seinen Kopf dafür einsetzt. Und das wollte ich auch tun. Darum war ich über diese Angriffe, die sich sechs Monate lang, zuerst in der Stille und dann in der Öffentlichkeit steigend fortgesetzt haben, innerlich empört. Ich könnte jeden zum Zeugen neh-

men, der Mitglied des vorbereitenden Ausschusses in München und Mitglied des vorbereitenden Ausschusses im Lande gewesen ist: Es ist keine Sitzung gewesen, in der eine wirkliche Arbeit geleistet wurde. Alle Sitzungen sind nur Zank und Streit gewesen. Es war immer so, daß der Angegriffene aus irgendeinem lächerlichen Grunde ich gewesen bin, und daß ich mich immer zu wehren hatte. Das hat sich so gesteigert, daß ich, als damals das Parteigericht eingeführt wurde, sehr froh war um diese Einrichtung, weil ich dann gehofft habe, daß diese Angriffe gegen mich innerhalb der zuständigen Parteiinstanz ausgetragen werden können.

(Unruhe am Eingang des Saales.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Einen Augenblick, Herr *Schäffer*. - Ich bitte um Ruhe an der Türe.

(Die Unruhe am Saaleingang steigert sich. Die von der Sitzung ausgeschlossenen Teilnehmer begehren heftig Einlaß.)

Dr. *Horlacher*: Ich bitte einen Moment ums Wort zur Geschäftsordnung. - Ich sehe nicht ein, warum unsere Parteifreunde die Ausführungen von Herrn *Schäffer* nicht hören sollen. Sie sind auf 10 Uhr bestellt.
Ich stelle den Antrag, die Parteifreunde jetzt zuzulassen.

(Die starke Unruhe an der Saaltüre dauert an.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf rasch zur Geschäftsordnung eine Abstimmung vornehmen lassen.

(Laute Zurufe vom Saaleingang her.)

Einen Augenblick!

(Andauernde Unruhe und Zurufe vom Saaleingang her. - Zuruf *Emil Muhler* vom Eingang her: Wir fahren nicht von München nach Bamberg, um uns dann einfach herausstellen zu lassen. Dagegen protestiere ich im Namen von hundert Leuten. Das ist eine Frechheit. Dagegen protestiere ich, daß man uns herausstellt, damit Sie lange Reden halten und die dreckige Wäsche waschen können. - Fortdauer der lärmenden Unruhe.)

Ich bitte, mich abstimmen zu lassen. Sind die Damen und Herren damit einverstanden, daß unsere Parteifreunde hier teilnehmen dürfen?

(Zurufe: Jawohl!)

Wer ist dagegen.
Frau *Speicher*: Ich bin dafür, daß die Gäste und Parteifreunde hier hereingehen, aber diese Ausdrücke, wie sie eben gefallen sind, diese Drohungen werden die Atmosphäre von vorneherein vergiften. Dann bin ich dafür, daß wir alle den Saal verlassen.

(Zuruf vom Eingang her: Dann lösen wir die ganze Union auf! - Gegenruf: Das machen wir nicht! - Die Unruhe am Eingang dauert an.)

Wir haben jetzt Herrn *Schäffer* angehört. Wir haben uns über seine Auffassung orientieren können. Wir werden Herrn *Schäffer* sachlich antworten.
Was Sie (zum Saaleingang gewendet) machen, das ist Nazimanier!

(Starke Unruhe, besonders am Eingang, Rufe und Gegenrufe!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich weise diesen Vorwurf hier zurück.

Frau *Speicher*: Solche Drohungen sind Nazimanieren. Ich war im Konzentrationslager ...

(Laute Rufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ruhe! Ich lasse darüber abstimmen: Können unsere Parteifreunde jetzt teilnehmen oder nicht? - Wer spricht dagegen?

(Laute Rufe von allen Seiten. - Fortdauer der Unruhe am Saaleingang.)

Holzer: Ich bitte, wenn diese Abstimmung durchgeführt wird, darüber mit abzustimmen, daß die Parteifreunde, die jetzt als Gäste zugelassen werden, keine Zwischenrufe machen und keine Anträge einzubringen haben.

(Die Unruhe dauert an.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich lasse zunächst darüber abstimmen: Dürfen Parteifreunde teilnehmen? - Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Angenommen.
Ich bitte, die Gäste und Parteifreunde einzulassen. Ich bitte aber um Ruhe.
(Die bisher von der Sitzung ausgeschlossenen Teilnehmer werden eingelassen und kommen in den Saal.)

(Zuruf *Muhler*: Herr Vorsitzender, ich verlange, daß die Dame (gemeint Frau *Speicher*) sich bei mir entschuldigt, sonst fahre ich sofort nach München zurück. - Ich war auch im Konzentrationslager. Wir müssen andere Manieren annehmen. - Starke Unruhe im Saal. - Vielfache Zurufe.)

Ich unterbreche die Sitzung auf drei Minuten.

(Nach einigen Minuten Unterbrechung wird die Sitzung fortgesetzt.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedauere die Szene, die sich jetzt gerade abgespielt hat. Ich habe den Vorwurf, der hier gegen einen sehr verdienstvollen Mann der Union erhoben wurde, der auch jahrelang im Konzentrationslager war und sehr viel in der vergangenen Zeit erlitten hat, zurückgewiesen und weise ihn nochmals ausdrücklich zurück. Ich fordere Sie (zu Frau *Speicher* gewendet) auf, diesen Ausdruck zurückzunehmen.
Frau *Speicher*: Meine Damen und Herren! Wenn dieser Ausdruck, den ich gebraucht habe, Anstoß erregt hat, nehme ich ihn in der Form zurück. In der Sache selbst muß ich sagen: Es ist außerordentlich bedauerlich, daß man hier mit Drohungen und solchen Sachen arbeitet.
Bitte, meine Damen und Herren, für uns, die wir im Saale waren, war es außerordentlich interessant, die Auffassungen von Herrn *Schäffer* zu hören, und ich habe mich auf den Augenblick gesehnt, in dem ich ih[m] erwidern kann, nicht zu seinen Gunsten, sondern über die Bayerische Volkspartei das sagen zu dürfen, was ich jahrelang erlebt habe. In Nürnberg bin ich bekannt als Kämpferin ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Einen Augenblick, ich habe Ihnen noch nicht zur Sache, sondern nur zur Zurücknahme Ihrer Äußerung das Wort gegeben.
Frau *Speicher*: Der Ordnung will ich mich gerne fügen, wenn ich von anderen Ordnung verlange.
Ich darf wiederholen: Wenn der Ausdruck in dieser Form Anstoß erregt hat, so nehme ich ihn zurück. In der Sache selbst muß ich nach wie vor bedauern, daß die Gäste - wir begrüßen sie ja alle - mit diesen Argumenten und Drohungen arbeiten.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte festzustellen: Sind alle die Herren, die jetzt hereingekommen sind, Parteifreunde? Sind sie den anderen hier bekannt?
Heute früh ist behauptet worden, es seien Herren dagewesen, die nicht weiter bekannt gewesen, die nicht bei der Union seien.
Ist jemand da, der nicht Mitglied der Union ist? - Sind alle Damen und Herren, die da sind, Mitglied der Union? - Ist jemand da, der nicht Mitglied der Union ist, den fordere ich auf, den Saal zu verlassen! - Sind die Gäste ausdrücklich bekannt? -
Gut! - Dann darf ich eines feststellen: Es wurde hier vorhin vorgeschlagen - ich darf es als Anregung nehmen, es ist kein formeller Antrag gestellt, sondern nur die Anregung gegeben -, daß die Parteifreunde, die jetzt hier zugegen sind, sich nicht an der Debatte beteiligen.

(Zuruf: Auch nicht durch Zwischenrufe!)

- Es sind anderswo auch Zwischenrufe gemacht worden; sie werden immer gemacht. Ich bin der Meinung, es handelt sich hier um Parteifreunde, die ihre Meinung kundtun können. Das nehme ich nicht zurück. Sollte es ausarten, werde ich natürlich einschreiten.
Ich bitte aber, von Zwischenrufen abzusehen. Sollte einer vorkommen, dann bitte ich, ihn so zu halten, daß er wirklich in bestimmten Formen bleibt.
Sollte sich ein Parteifreund zu Wort melden - ich nehme an, es sind Freunde dabei, die von weither gekommen sind, um an den Diskussionen teilzunehmen; es sind Leute dabei, die ihre Verdienste haben im Aufbau, vielleicht manchmal mehr als Leute, die später gewählt wurden -, sollte ein Parteifreund dabei sein, der glaubt, etwas zu sagen zu haben, bitte ich ihn, ausdrücklich zu vermerken, daß er nicht Delegierter ist. Ich werde dann, soweit möglich, für ihn eine Äußerung oder eine kurze Wortmeldung zulassen. Nur, wenn ein Widerspruch erhoben wird, werde ich es nicht tun.
Ich bitte Herrn *Schäffer* fortzufahren.
Schäffer: Meine Damen und Herren! Ich darf fortfahren.
Zur Verständigung der Damen und Herren, die eben nachträglich in den Saal gekommen sind, bemerke ich folgendes:
Ich bin ausdrücklich aufgefordert worden, meine Stellungnahme zu dem sogenannten Führungsstreit, oder wie Sie es nennen wollen, innerhalb der Christlich-Sozialen Union, insbesondere meine eigene Einstellung und meine eigene Tätigkeit bekanntzugeben.
Ich habe sie ungefähr so geschildert: Als ich gezwungen wurde, das Parteigericht anzurufen - ich mußte das Parteigericht in verschiedenen Fällen anrufen -, hat es sich meistens darum gehandelt: Zuerst war von dem betreffenden Ortsvorsitzenden eine Versammlung ordnungsmäßig angesetzt. Dann wurde die Versammlung plötzlich abgesagt. Wenn ich dann nachfrug, warum sie abgesagt wurde, hieß es in dem einen Fall, die Stadt, in der ich spreche, gelte bei der amerikanischen Militärregierung als reaktionär; es sei infolgedessen nicht möglich, mich in einer Stadt sprechen zu lassen.

(Zuruf: Falsch!)

In dem anderen Falle wurde gesagt, es sei unmöglich, mich sprechen zu lassen; ich sei bei den Amerikanern unten durch. Ein dritter Fall, den ich vor das Parteigericht bringen wollte - ich war gestern sehr erfreut, als Sie so viel Hoffnung auf das Parteigericht setzten, Herr *Nerreter* -, war der Fall Dr. *Horlacher*.
Dieser Fall lag so: Angriffe gingen immer schon voraus. Nun hat plötzlich meine

Rede vom Coburger-Tag eine besondere Rolle gespielt. Es sind, glaube ich, Herren aus Coburg da, die wissen es ungefähr. Es war im Oktober 1922. Da war dieser Coburger-Tag, und daraufhin hat die Sozialdemokratische Fraktion des Bayerischen Landtags eine sehr scharfe Interpellation gegen die Bayerische Landesregierung eingebracht. Die Bayerische Landesregierung hat sich gegen die Interpellation gewehrt, die in ihrer Form weit über das Ziel hinaus und ganz daneben geschossen hat. Statt daß sie nämlich auf die junge NSDAP schoß, hat sie auf die Regierung geschossen, der sie den Vorwurf gemacht hat, in Bayern sei ein Brandherd entstanden usw. Das war maßlos übertrieben. Da war ich als junger Abgeordneter von der Bayerischen Volkspartei abgestellt, den Standpunkt der Fraktion zu vertreten. Der Standpunkt der Fraktion sollte ganz kurz gefaßt ungefähr so lauten: Wir haben als Bayerische Volkspartei nicht die Aufgabe, die Sozialdemokratie zu schützen, weil - man denke an die Räterepublik - die Sozialdemokratie noch in den Jahren 1920/21/22 leider auch die Straße in den Dienst ihrer Politik gestellt hatte. Dagegen mußte ich den Standpunkt vertreten, daß die Straße überhaupt nicht der Politik gehört, und in diesem Sinne habe ich gesprochen.

Ich habe, um es vorwegzunehmen, diese Rede mit vieler Mühe dann in den Landtagsdrucksachen gefunden. Und ich muß sagen: Wenn ich das nehme, was ich dann als grundsätzliche Stellung zu der damaligen jungen NSDAP gesagt habe, die ja damals in statu nascendi, wie wir immer sagen, gewesen ist, dann habe ich vollkommen recht behalten. Insbesondere hat sich das, was ich damals - als Bedenken, von dem ich nicht wußte, ob es sich bewahrheiten würde oder nicht, das ich aber als offenes Bedenken gebracht habe - über den springenden Gegensatz gesprochen habe, daß die Nationalsozialisten von Vaterlandsliebe reden und den Völkerhaß meinen, daß also das sittliche Moment zwischen uns steht, ja dann sehr deutlich bewiesen. Ich habe diese Rede, wie gesagt, später gefunden. Ich habe sie sogar einem Informationsdienst zugeleitet, damit er weiß, wie ich im Oktober 1922 vorausschauend über die NSDAP gedacht habe.

Bei meiner Polemik über die Sozialdemokratie gab es natürlich auch Stellen, die, wenn man so Sätze einzeln herausreißt, anders gedeutet werden können. Zum Beispiel hat mir ein Kommunist einen Zuruf gemacht, als ich sagte, die Nazi lieben uns von der Bayerischen Volkspartei nicht. Da habe ich dann - man muß im Landtag auf einen Zuruf antworten, ob es geistreich ist oder nicht - gesagt, vielleicht wäre es mir lieber, der liebt mich und Sie lieben mich nicht. Denn die Kommunisten waren bei mir damals nicht gerade beliebt, und die waren auch nicht sonderlich, die wir damals im Landtag hatten. Das war die Situation.

Nun ist gegen mich schon früher, als ich noch im Ministerpräsidium war, wegen dieser Rede geschossen worden. Nun hat Freund *Horlacher* diese Rede wieder aufgegriffen und hat mir bei einer Sitzung im Dezember schon einmal gesagt, er greife die Bayerische Volkspartei und den Redner derselben an, weil sie im Oktober 1922 diese Stellungnahme im Landtag eingenommen hätten. Er habe in Tölz in einem Zeitungsarchiv Gelegenheit, das Material zu sammeln, und das werde er schon verwerten. Ich habe damals mit Dr. *Müller* gesprochen und ihn sofort nach der Unterredung darauf aufmerksam gemacht, *Horlacher* scheint Material gegen mich an bestimmte Stellen leiten zu wollen, ich bitte, dem vorzubeugen.

(Zurufe: Ist unerhört, so etwas! - Wird das mitstenographiert?)

- Ja, deswegen erzähle ich es ja. - Weiter - es geht sogar weiter -: Ich habe am 7. Januar - war es, glaube ich - eine Besprechung im Büro *Schwingenstein* gehabt. Bei dieser Gelegenheit hat Freund *Horlacher* nun das Resultat seiner Nachforschung herausgebracht, nämlich einen Auszug aus seiner Rede, den er mir zuerst nicht zeigen wollte, den ich aber dann doch gesehen habe. Dabei konnte ich feststellen, daß selbstverständlich das Wesentliche und Maßgebliche nicht darin enthalten gewesen ist, sondern nur einzelne Stellen ausgezogen waren, die man nach 25 Jahren so oder so deuten kann. Ich habe am nächsten Tage Herrn Dr. *Müller* - ich bin sonst gar nicht so, aber über dieses Gespräch habe ich mir eine Vormerkung gemacht - am Telephon gesagt, Herr Dr. *Horlacher* scheint an eine Verwertung des Materials zu denken, ich bitte, ihn zu warnen und ihm zu sagen, daß das unter Parteifreunden, unter Deutschen ein Ding der Unmöglichkeit ist. Ich wurde wenige Tage darauf von zuverlässiger Seite verständigt, daß das Material bei einer anderen (?) bestimmten Stelle bearbeitet wird. Daraufhin habe ich - es war inzwischen die Landesausschußsitzung - in aller Form unter Zusammenstellung dieser Tatsachen gebeten, ein Parteigericht möge diesen Fall prüfen, weil nach den Umständen doch anzunehmen sei, daß ein Zusammenhang zwischen dem Auftauchen des Materials an einer Stelle und mir (und früher?) bestehe.

Wir haben dann eine Sitzung gehabt, die turbulent, wie gewöhnlich, gewesen ist. In dieser Sitzung hat Dr. *Horlacher* es abgelehnt, sich einem Parteigericht und Ehrengericht in dieser Frage zu stellen. Ich habe mich dabei nicht beruhigt, sondern an Dr. *Müller* als Landesvorsitzenden ein zweites Schreiben gerichtet. Ich habe alles hier und kann es vorzeigen. In diesem Schreiben habe ich Herrn Dr. *Müller* unter Anführung der Tatsachen, des an ihn gerichteten Anrufs und dergleichen, gebeten, die Dinge weiterzuverfolgen, und habe ihm einen Vorschlag für eine Satzungsbestimmung gemacht, wonach jeder Parteifreund in die Lage versetzt werden muß, in solchen Dingen seine Ehre zu reinigen und sich selbst zu schützen, und gegen den anderen Teil, falls er es verweigert, sich einzulassen, die Disziplinarmaßnahmen einer Partei einzutreten haben.

Ich glaube, das war eine Anregung, der man hätte nachgeben können. Aber, wie viele meiner Anregungen und Schreiben, die ich an den vorläufigen Landesausschuß gerichtet habe, ist diese Anregung selbstverständlich nie bearbeitet worden, weil ich ja die Geschäftsbehandlung des vorläufigen Ausschusses als einfaches Mitglied in gar keiner Weise beeinflussen kann.

Das war dieser eine Fall wegen dem Parteigericht. Ich bemerke dabei: Ich habe Herrn Dr. *Horlacher*, um ihn zu warnen und ihm zu sagen, daß ich schon ahne, wohin er Material schickt, gesagt, daß ich an diese Stelle die Coburger Rede auch schon geschickt hätte. Ich habe sie damals - ich habe es Dr. *Müller* ausdrücklich bestätigt - nur dem Inhalt nach schicken können. Den Wortlaut habe ich erst erhalten, als ich wußte, daß Dr. *Horlacher* sich den Auszug aus der Rede gemacht hat. Ich habe dann mit vieler Mühe aus einem ganz alten Archiv diese Drucksachen und den Wortlaut erhalten können und habe derselben Stelle den Wortlaut von A bis Z übergeben. Und ich glaube, daß diese Stelle dann auch dabei beruhigt gewesen ist.

Das war ein Fall. Es kamen dann andere. Ich habe gedacht, ich könnte es mit dem Parteigericht beseitigen. Das ging nicht. Die Freundschaft wurde natürlich nicht gefestigt.

Es kamen dann die öffentlichen Angriffe. Der erste öffentliche Angriff war bekanntlich in Rosenheim, wo in den Presseberichten meine Einstellung zum Zweiparteiensystem vollkommen mißverständlich als eine Negation jeder Koalitionsmöglichkeit mit

der anderen Partei herausgestellt wurde. Jeder, der das angelsächsische Muster kennt, weiß, was ich will. Ich wurde als unmöglich, als vom politischen Ehrgeiz besessen usw., als ein Mann, der aus der Politik zu verschwinden hätte, bezeichnet.

(Lebhafte Zurufe.)

Ich habe mich damals zunächst einmal an das Präsidium des Bayerischen Bauernverbandes gewandt, weil ich annahm, daß der Bayerische Bauernverband als unpolitische Organisation es für die Zukunft wohl verhindern wolle, daß auf Tagungen des Bayerischen Bauernverbandes, wo noch dazu die ganze amerikanische Militärregierung geladen war, ein innenpolitischer Streit innerhalb der Union, ich will nicht sagen ausgetragen, sondern angezündet wurde. Bis heute habe ich damit keinen Erfolg gehabt.
Dann habe ich mich an meinen Kreisverband gewendet, dem ich angehöre. Zunächst wurde es abgelehnt, für mich irgend etwas zu tun. Als ich darauf bestand, daß etwas unternommen werden müsse, hat der vorbereitende Ausschuß München einen Antrag angenommen, den ich hier habe, der von mir formuliert war und der sehr mäßig gewesen ist. Er hat nur gelautet: Wir haben diesen und jenen Pressebericht vor uns, wir haben eine Erklärung Dr. *Schlögls* vor uns, wir stellen fest, daß die Berichte von Dr. *Schlögl* nie berichtigt, anscheinend auch nie zu berichtigen versucht wurden. Wir tragen der Landesparteileitung den Wunsch vor, daß die Wiederholung solcher Angriffe in der Zukunft unmöglich gemacht wird.
Das war alles und war gewiß nicht viel. Dieser Antrag wurde damals von dem vorbereitenden Ausschuß München einstimmig angenommen und einstimmig an die Landesparteileitung weitergeleitet. Später, als die Angelegenheit in die Landesparteileitung, also den vorläufigen Landesausschuß kam, haben Dr. *Horlacher* und Dr. *Müller* beantragt, über den Antrag München - der noch unterstützt war durch einen Antrag Oberbayern, weil die Sache in Oberbayern gespielt hat - zur Tagesordnung überzugehen. Gegen meine und gegen meines Freundes *Lacherbauer* Stimme haben sämtliche anderen Mitglieder, also auch diejenigen, die im Münchner vorbereitenden Ausschuß für den Antrag gestimmt hatten, im vorläufigen Landesausschuß für den Übergang zur Tagesordnung gestimmt, weil im Münchner vorbereitenden Ausschuß sich vielleicht eine Mehrheit für mich gestaltet hätte, wenn es Zwiespalt gegeben hätte, während die Mehrheit im vorläufigen Landesausschuß ja immer gegen mich gewesen ist, ob es sich um die kleinsten oder um die größten Dinge gehandelt hat. Das war die zweite Entwicklung.
Dann kam die dritte Entwicklung, die Angriffe in der Presse. Herr Dr. *Pix* hat einen Briefwechsel mit mir begonnen über die Sünden der alten Bayerischen Volkspartei und meine späteren Sünden, auf die ich nicht eingehen will.
Aber im zweiten Briefe - glaube ich -, den er mir schrieb, war es, wo er mit besonderer Freude die Stelle aus dem Artikel im Regensburger Anzeiger anzog, aufgrund derer man mir nachweisen wollte, daß ich die Hitler-Regierung wahrscheinlich warm begrüßt und jedenfalls unterstützt hätte. Es ist nicht so leicht für einen Mann, der wenig Verbindungen hat, den Regensburger Anzeiger des Jahres 1933 wieder auszugraben. Infolgedessen konnte ich nur sagen, ich sei ihm dankbar, daß er mir Gelegenheit gibt, einmal nachzuforschen. Es hat einige Zeit gedauert, dann habe ich die Sache erhalten. Ich weiß, daß wenige Tage, nachdem Herr Dr. *Pix* mir den Brief geschrieben hatte, Herr Dr. *Müller* die Fundstelle aus dem Re-gensburger Anzeiger einem anderen meiner Freunde, *Hans von Lex* als neuestes Ereignis, als etwas, das *Schäffer* wahrscheinlich nie überwinden würde, erzählt hat. *Hans von Lex* würde hier

auch als Zeuge zur Verfügung stehen. Ich weiß auch, daß Herr Dr. *Müller* in jenen Tagen in Landshut gewesen ist und sich mit Herrn Dr. *Pix* ausführlich besprochen hat. Nachdem Dr. *Pix* mir dieses Material zunächst also brieflich gegeben hatte, erschien dieses selbe Material in der Nr. 1 als Eröffnungsartikel der sozialdemokratischen Volkswacht in Regensburg, Blatt für Oberpfalz-Niederbayern. Ich habe dann sofort eine Berichtigung an dieses Blatt geschickt - nein, halt, an dieses Blatt konnte ich keine Berichtigung schicken, es ist ein Parteiblatt. Die Sache wurde dann gleichzeitig in der Mittelbayerischen Zeitung in Regensburg abgedruckt. An die Mittelbayerische Zeitung in Regensburg habe ich sofort eine Berichtigung gesandt. Ich habe es so gemacht: Ich mußte damals in Neumarkt in der Oberpfalz reden. In meiner Rede habe ich auf diesen Angriff erwidert und habe einen Versammlungsbericht von dort einschicken lassen. Und die Mittelbayerische Zeitung war so anständig, wenigstens einen Teil dieser Berichtigung, wenn auch an ganz kleiner, unbekannter Stelle, zu bringen, aber sie hat es wenigstens gebracht. Sie unterscheidet sich dadurch von anderen Zeitungen, die uns näher stehen sollten, sehr günstig.

(Zuruf: Isar-Post!)

Ich habe dann hören müssen, daß der sozialdemokratische Sekretär *Albert* die Dinge noch einmal aufgegriffen hat, und dann kam es in die Süddeutsche Zeitung, also in das große Münchner Blatt. Darauf habe ich in einer Rede in den Leopold-Lichtspielen zwei Tage darauf geantwortet. Ich muß der Süddeutschen Zeitung zugestehen, daß sie einen Pressebericht über meine Versammlung gebracht hat, wenn dieser Pressebericht natürlich auch nicht so ausführlich und so auffallend gewesen ist wie der Angriff vorher. Jedenfalls haben die Münchner auf die Weise erfahren, daß ich geantwortet und anscheinend mit Erfolg geantwortet habe.
Und nun ist das Betrüblichste: Ungefähr seit dieser Zeit veröffentlicht Dr. *Pix*, ich darf sagen in jeder Nummer der Isar-Post, die das einzige Blatt ist, von dem man sagt, es sei ein Blatt der Union, in Landshut einen gehässigen Artikel nach dem anderen gegen mich. Die Berichtungen unserer Versammlungsberichte in den gegnerischen Blättern über meine Antwort sind viel besser, gerechter, loyaler und ausführlicher gewesen, als etwa die Isar-Post geantwortet hat, als ich in Vilsbiburg, also vor den Toren von Landshut über diesen Vorfall sprach. Ich stelle das nur fest.
Soweit sind wir nun heute. Und diese Artikel gehen ja zur Zeit auch durch die ganze bayerische Presse. Ich habe Sie ja schon ersucht, lesen Sie doch dieses famose Fränkische Tagblatt, wo es heißt: "Ist Staatsrat *Schäffer* noch tragbar für die Christlich-Soziale Union? - Scharfe Kritik Staatskommissars *Horlacher* auf einer Kundgebung", dann haben Sie die Fortsetzung des ganzen Spiels. Nun stelle ich aber dazu im Namen der Gerechtigkeit und im Namen der Demokratie und nach dem alten Satz "Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, Du sollst sie hören alle beede" folgendes fest: Ich habe in der Union bis zu dieser Stunde überhaupt keine Möglichkeit gehabt, meine Ehre zu verteidigen. Wenn ich der Bayerischen Rundschau einen Artikel eingesandt habe, ist er, mit Ausnahme einer kurzen Notiz, grundsätzlich abgelehnt worden, selbst wenn die Süddeutsche Zeitung beispielsweise den Artikel brachte, weil sie ihn parteihistorisch und statistisch für wertvoll gehalten hat. Alle Artikel, die ich mit dem Namen *Schäffer* eingesandt habe, wurden von der Bayerischen Rundschau grundsätzlich abgelehnt. Als noch der vorbereitende Ausschuß in München getagt hat, wurde einmal gesagt, wer in der Süddeutschen Zeitung einen Artikel schreiben darf. Freund *Steber* war, glaube ich, genannt - ich weiß nicht, ob noch jemand -, aber Freund

Schäffer ist ausdrücklich abgelehnt worden, daß er, wie andere Parteimitglieder, in der Süddeutschen Zeitung einmal programmatisch zum Gedankengut der Union, Verhältnis zur alten Bayerischen Volkspartei, Zweiparteiensystem oder so etwas Stellung nimmt. Ich konnte auch damals nicht einmal in den öffentlichen Versammlungen in München sprechen. Erst als jetzt die Bezirksvereine gebildet waren und die Bezirksvereine selbständig ihre Redner gebeten haben, war es mir möglich, in München zu sprechen. Ich bitte, erkundigen Sie sich doch einmal, wie meine Reden gehalten sind. Ich habe in der Antwortrede auf die Verleumdungen, die jetzt durch die Zeitungen gehen, am Schlusse gesagt: Ich kenne gewiß die Hintergründe dieses Angriffs, aber der Gedanke der Union war mein Gedanke, ist heute noch mein Herzensgedanke. Niemand hat aus meinem Munde noch ein Wort in der Öffentlichkeit gehört, das der Union etwa hätte schaden können, und niemand wird das je hören.
Ich weiß, daß die Kommunisten eine eigene Organisation zur Spaltung anderer Parteien haben, die ein gewisser *Specht* leitet. Ich weiß, welche Selbstüberwindung man aufbringen muß, um nicht in manchmal gerechtem Zorn auf solche Spaltversuche hereinzufallen. Ich habe noch in keiner Versammlung irgendein Wort gesagt, das ich nicht heute und zu jeder Stunde verantworten könnte. Ich bitte jeden, der etwas anderes weiß, das hier sachlich darlegen zu wollen.
Ich stelle fest: Es schmerzt mich, meine lieben Franken, daß meine Versuche, daß die Franken - eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, heißt es - auch einmal den Menschen und Politiker *Schäffer* kennenlernen, wider meinen Willen völlig erfolglos geblieben sind. Wenn Versammlungen in Franken angesetzt waren, sind sie immer wieder abgesetzt worden.

(Pfui!)

Wenn ich an das Landessekretariat herantrat, das mir durch Herrn *Banzer* einmal den Wunsch übermittelte, ich solle mitteilen, ob ich bereit sei, in Franken in Versammlungen zu sprechen, habe ich zur Antwort gegeben, dieses Angebot freut mich riesig. Ich will nicht in den Verdacht kommen, daß ich nur altbayerisch denke und aus Altbayern nicht herausgehe. Die Leute sollen mich und meine Art zu denken und zu reden kennenlernen und sollen dann ein Urteil haben. Denn wenn sie mich nicht kennenlernen, haben sie kein Urteil, dann haben sie nur gehört und wahrscheinlich nicht von lauter Freunden gehört. Und - Stille in allen Wassern - ich habe den betreffenden Herrn Landessekretär jetzt schon drei- oder viermal gefragt, woran das liege, ich kann keine Antwort erhalten. Also, meine lieben Damen und Herren aus Franken, ich glaube, es würde Ihnen gar nichts schaden, wenn Sie einmal den Herrn *Schäffer* - ob Sie ihn lieben oder nicht, aber rein als Mensch zu den Menschen Ihrer Heimat - reden ließen. Es ist in einer Partei nach meinem Dafürhalten nie üblich und sollte nicht üblich sein, einem Manne, den man doch nicht gerade für ganz unwesentlich hält, die Presse und, soweit man kann, das Wort zu verweigern. Ich muß mich wundern, wenn ich manchmal Dinge über mich höre, was ich sein soll und denken soll, dann ist mir nie das geringste davon bekannt.
Darf ich Ihnen zusammenfassend folgendes sagen: Ich glaube, ich habe mich wirklich bemüht, ein Gesamtbild der Verhältnisse zu geben. Ich darf meine Grundgedanken noch einmal hervorheben: Ich habe Ihnen angedeutet, daß ich in mancher Hinsicht sehr düster in die Zukunft schaue. Aber - wie vor einem Erdbeben, das wir nicht verhindern können - müssen wir bis zur letzten Minute unsere Pflicht tun, unserem Volke und auch dem ganzen Geist der Zeit gegenüber. Ich habe neulich in amerikanischen

Zeitungen Artikel gelesen, die mir wirklich wohl getan haben, weil ich gemerkt habe, daß man dort drüben in der Presse jetzt genauso schreibt, wie ich denke,

(Zuruf: Ganz richtig!)

daß man die Gefahr des roten Faschismus - gebrauchen Sie den Ausdruck einmal und denken Sie ihn durch - sehr genau zu erkennen beginnt.

(Sehr gut!)

Ich würde dringend bitten, meine Stellungnahme deshalb zu verstehen. Meine allgemeine politische Einstellung ist: Wenn man ist christlich, ist man selbstverständlich sozial, deshalb braucht man aber lange noch nicht ein bolschewistischer Kollektivist zu sein. Der bin ich nicht, und den lehne ich überall ab,

(Bravo!)

weil das der Weg zum roten Faschismus ist. Deshalb sage ich allen: Ich bin jederzeit bereit, mit einer sozialen, demokratischen Partei zu gehen. Ich bin aber nie bereit, wenn sich ihr Wesen nicht ganz ändert, mit der Kommunistischen Partei zu gehen. Das ist das A und O meines politischen Programms für den Augenblick und meine grundsätzliche politische Einstellung. Ferner: Ich will die innere Verschmelzung der Union zu einem geschlossenen Ganzen. Ich betone ausdrücklich: Meine innere Überzeugung ist, daß man den Anhängern der Bayerischen Volkspartei nicht vorwerfen kann, daß sie irgendeinen Teil zurückgedrängt, daß sie eine Übermacht, mehr als ihrer Zahl entspricht, beansprucht hätten. Aber ich bedauere, wenn ich feststellen muß, daß gegen die alte Bayerische Volkspartei und ihre Anhänger noch Abneigung und Unverständnis besteht und dadurch - möchte ich sagen - eine Art Minderwertigkeit der Anhänger der Bayerischen Volkspartei konstruiert werden will. Das ist allein der Grund, warum ich alle Anfragen, ob ich mich nicht zu einem feierlichen Verzicht auf jeden größeren Ehrenposten in der Partei, der Union bereit erklären wollte, abgelehnt habe. Ich würde es als Schande für die Bayerische Volkspartei empfinden, wenn ein Mann, dem man nicht vorwerfen kann, daß er silberne Löffel gestohlen hat oder auf das Hirn gefallen ist, deswegen allein eine Minderwertigkeitsrolle einnehmen sollte, weil er Vorsitzender der Bayerischen Volkspartei gewesen ist.

Schließlich stelle ich fest: Wenn jemand behauptet, daß ich je einen Führungsanspruch erhoben habe, dann soll er mir das beweisen. Ich habe immer, mein lieber *Horlacher*, das eine erklärt: Über die Führung entscheiden in demokratischen Parteien letzten Endes die Wähler. Ob ich in einem bestimmten Zeitpunkt eine Wahl annehmen würde oder nicht, da habe ich mich geweigert, eine Erklärung abzugeben. Ich habe meinen guten Grund dazu gehabt. Warum ich sie in München angenommen habe und annehmen mußte, das habe ich Ihnen erklärt, meine Herren. In der Situation hat es sich nicht so sehr darum gehandelt, eine Position zu erringen, in der Situation hat es sich darum gehandelt, ob ich im öffentlichen politischen Leben überhaupt bleiben kann oder nicht. Das ist die Situation gewesen.

Und hier ist die Situation die: Ich erhebe keinen Führungsanspruch. Wählen Sie einen Parteivorsitzenden, wie Sie wollen. Aber Sie haben meine Gründe gehört, warum ich Sie bitten muß - abgesehen davon, daß, was ich aufrechterhalten muß, satzungsmäßig heute ein Landesvorsitzender überhaupt nicht gewählt werden kann -, mich nicht zu veranlassen, zu einem Vertrauensvotum oder einer ähnlichen Aktion für Herrn Dr. *Müller* Stellung zu nehmen.

Ich müßte es aus den Gründen ablehnen, die ich eben dargelegt habe. Das Liebste und Beste wäre, Sie würden die Zwischenlösung finden, die wir Ihnen vorgeschlagen haben: Nehmen Sie irgendeinen tüchtigen Kreisvorsitzenden, der dann die Geschäfte bis zur nächsten Landesversammlung führt; *Schäffer* braucht er nicht zu heißen, und *Hundhammer* braucht er auch nicht zu heißen!

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Rein zeitlich darf ich eines bemerken. Herr *Schäffer* hat fünf Viertelstunden gesprochen. Ich glaube, so vorgehen zu sollen, daß ich rein zum Sachlichen Stellung nehme und die wesentlichen Dinge behandle. Wird Herr *Schäffer* etwas als wesentlich empfinden, was ich nicht beantworte, so bitte ich Herrn *Schäffer*, mich darauf noch anzusprechen, sonst verlieren wir zuviel Zeit, und Sie kommen Ihrerseits nicht zur Debatte. Ich kann und will Rede und Antwort stehen auf alle Vorwürfe, die gemacht worden sind.
Ich darf zunächst vorwegnehmen die rein persönlichen Vorwürfe, die meine Geschäftsführung als Landesvorsitzender betreffen. Der Hauptvorwurf, der wohl gemacht werden kann, ist der Vorwurf der Ungerechtigkeit in der Führung der Union, rein im Persönlichen gesehen. Ich muß hierzu folgendes erklären: In einem Punkt hätte Herr *Schäffer* eventuell ein Recht, mir einen Vorwurf zu machen, das ist der Punkt, daß ich Artikel, die er gebracht hatte, nicht in die Bayerische Rundschau aufgenommen habe. Ich sage Ihnen dazu ganz offen meine Meinung. Wir sind im Aufbau, wir wollen konstruieren, eine Partei durcharbeiten, durchorganisieren, und da will ich dieses kurze Blatt, das wir haben, das doch nur ein großes Flugblatt ist und nicht mehr, nicht hernehmen lassen zu persönlichen Auseinandersetzungen.

(Bravo! Sehr richtig!)

Die gehören heraus. Meinetwegen können die anderen Zeitungen, die mehr Raum haben, das machen, aber in der Rundschau wird nur Positives geschrieben. Das alles interessiert uns eigentlich nur, soweit wir aus Fehlern der Vergangenheit lernen können,

(Bravo!)

sonst will ich auf das Alte überhaupt nicht eingehen, weil wir leider gar keine Zeit zu verlieren und große Aufgaben haben, nicht nur heute, sondern überhaupt.

(Bravo!)

Infolgedessen habe ich mich auch mit der Vergangenheit nicht weiter befaßt, soweit die Auseinandersetzungen zwischen zwei Gruppierungen da sind. Ich war nicht ungerecht in der Hinsicht. Wir wollen uns darüber klar sein: Herr *Schäffer* hat gestern erklärt, seine Leute sollen dableiben. Sie sehen auf der anderen Seite, der Bauernverband hat seine Leute beisammen. Es sind verschiedene Gruppierungen. Sie haben gestern auch das Schreiben von Dr. *Eichhorn* von der evangelischen Seite gehört. Von jeder Seite, die jetzt herkommt, werden bestimmte Ansprüche erhoben. Das ist eine Selbstverständlichkeit, darüber darf man nicht überrascht sein, wenn so verschiedene Gruppen zusammengefaßt werden. Von Gruppen, die bisher ganz anders gelagert, zum Teil heterogen waren, werden Ansprüche erhoben. Denken wir an das, was gestern vom Bauernbund und von all den anderen Seiten verlesen wurde! Der eine macht dem anderen Vorwürfe. Wie soll ich es halten? Soll ich jeden Vorwurf aufnehmen? Soll ich mich in jeden Vorwurf einmischen? Soll ich alle Auseinanderset-

zungen annehmen? Hier ist ein dicker Akt, der behandelt in der Hauptsache rein persönliche Schreiben, ein großer Teil der Schreiben von Herrn *Schäffer*, immer an mich gerichtet.

(Hört, hört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unmittelbar vor der Wahl, wo wirklich ganz anderes zu leisten war, bekomme ich sechs Schreiben von Herrn *Schäffer* wegen Schiedsgericht.

(Unerhört!)

Es ist ein Schreiben nicht nur gegen Herrn *Horlacher*, sondern auch gegen Herrn *Karpf* oder die Leute aus Aschaffenburg, die ich bis dahin gar nicht kannte, mit dem Vorwurf, man hätte ihn nicht reden lassen. Ein Schreiben Schiedsgericht kontra *Pix* mit dem Vorwurf, Herr *Schäffer* hätte in Landshut nicht reden dürfen. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, damals hatte ich beim besten Willen keine Zeit. Mir ging es darum, daß die Union sich in dem Augenblick durchsetzt, daß wir die Wahlen bestehen, nicht um diesen persönlichen Dreck, mit dem man sich gegenseitig bewirft.

(Sehr richtig!)

Gewiß, es wäre ein Schiedsgericht notwendig, wir müssen es durchführen. Es ist aber noch nicht einmal ein Schiedsgericht da. Ich habe die ganzen Sachen Herrn Generalstaatsanwalt *Hagenauer* vorgelegt, der von uns bestellt wurde zur Errichtung eines Schiedsgerichts, noch nicht als Schiedsrichter. Erinnern Sie sich an die Tagung vom 8. Januar! Damals wurden die Vorsitzenden der Ausschüsse bestellt, ebenso der Mann, der das Schiedsgericht einrichten, die Statuten entwerfen sollte. Sie können doch nicht in den blinden Nebel hinein ein Schiedsgericht einrichten, sondern es muß eine Grundlage, ein Statut da sein, die Leute müssen sich unterwerfen. Von der einen Seite wurde verlangt, daß ich Leute ausschließe, von der anderen Seite wurde ebenso die letzte Konsequenz gegen Herrn *Schäffer* verlangt. Soll ich die Verantwortung dafür tragen, auf diese Weise die Union rein aus technischen Gründen zu zerschlagen,

(Unmöglich!)

deshalb, weil persönliche Dissonanzen aufgetreten sind? In diesem Falle muß ich versuchen, mit Ruhe die ganzen Sachen abzuwickeln. Und so habe ich diese ganzen Angelegenheiten vor den Landesausschuß gebracht. Sie haben es von Herrn *Schäffer* gehört. Gegen die Anträge waren im Landesausschuß, der aus elf Personen besteht - sie sind Ihnen gestern verlesen worden, es sind Leute aus den verschiedenen Gruppierungen heraus, Leute, die wirklich etwas bedeuten -, zunächst fast regelmäßig nur Herr *Schäffer*, dann meistens Herr Dr. *Hundhammer* und zum Schluß in einigen Punkten Herr Dr. *Lacherbauer*, die anderen waren alle dafür, daß man diese Sachen ablehnt, und sie haben über diese Dinge entschieden. Kann ich mehr tun? Wenn die Minorität gegen die Majorität steht, dann wird doch, wie das immer der Fall ist, daß die Majorität klare Entscheidungen fällt, die Majorität einigermaßen das Recht für sich haben, dann die getroffenen Entscheidungen durchgeführt zu wissen. Wenn alle miteinander der Auffassung waren, mit Ausnahme von zwei oder drei Leuten, es wird über diesen Antrag zur Tagesordnung übergegangen, dann ist es nicht anders, als was wir gestern auch soundso oft erlebt haben, daß alle miteinander der Sachen überdrüssig werden und sagen, legen wir die Geschichte ad acta. Was soll dann geschehen? Ein Schiedsgericht entscheidet noch nicht, ist noch nicht da. Es wurde die Frage eines

Ehrengerichts aufgeworfen. Im Falle des Ehrengerichts müssen sich beide der Entscheidung unterwerfen. Eine Entscheidung, die aus dem politischen Sektor herausverlegt werden konnte, konnte also nicht getroffen werden. Dem Ehrengericht haben sich nicht beide Gruppen unterworfen. Ich kann nicht auf eigene Faust eine der beiden starken Gruppen ausschließen. Denn, sind wir uns darüber klar, Herr *Schäffer* hat eine gewisse Anhängerschaft, der Bauernverband hat heute bereits 250.000 eingeschriebene Mitglieder,

(Zuruf: Ob die alle mit *Horlacher* gehen, ist fraglich!)

infolgedessen muß ich darauf Rücksicht nehmen. Es wird eingeworfen, ob alle mit *Horlacher* gehen. Ich hatte auch das Schreiben des zweiten Vorsitzenden des Kreisverbandes Oberbayern und gleichzeitig des Bauernverbandes da, des Parteifreundes *Schweiger*, der früher vom Bauernbund kam und der mir sagt, wenn die einseitige Stellungnahme des Kreisverbands für *Schäffer* so weitergeht, dann tritt der Bauernverband wieder hinaus und macht seine eigene Bauernpartei.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, Sie haben das dauernd gehört. Die Gefahr liegt auch in der Luft, daß die Leute herausgehen können und eine Bauern-, Arbeiter-Partei oder sonstige Partei aufmachen. Es waren nicht die Bauern allein. Staatssekretär *Krehle* wird bestätigen, daß die Arbeiter ähnliche Gedanken hatten, und zwar deswegen, weil es sich für alle diese Leute darum handelt, einen neuen Weg zu gehen und zu finden. Ich habe nie - das kann ich mit ehrlichem, ruhigem Gewissen sagen, und das werden alle meine Freunde bestätigen, die in meinen Versammlungen waren, und ich habe jetzt bestimmt schon mindestens 30 Versammlungen gehalten - gegen die Bayerische Volkspartei Stellung genommen.

(Sehr richtig!)

Ich habe nie einen Zweifel darüber gelassen, daß ich selbst Mitglied der Bayerischen Volkspartei war, und ich glaube, meine Freunde von früher werden mir keinen Vorwurf machen können, daß ich mich nicht immer als Mitglied der Bayerischen Volkspartei gefühlt und benommen habe. Ich mache niemand gegenüber ein Hehl daraus. Aber ich stehe heute auf dem Standpunkt: Heute wäre die Bayerische Volkspartei fehl am Platze, weil sie die ganzen Aufgaben, die an uns herantreten, gar nicht lösen könnte.

(Sehr richtig!)

Ich bin von anderer Seite angegriffen worden, weil ich in Regensburg - bestimmt zum Teil aus Gefühlsgründen, ich war früher sehr gut befreundet mit dem Ministerpräsidenten *Held* - Stellung genommen und nicht nur *Held* herausgestellt, sondern in weitgehendem Maße die Bayerische Volkspartei und ihre Politik vor 1933 verteidigt habe, gerade in den Übergangstagen. Denn für diese Zeit konnte man diese Politik wirklich sehr gut verteidigen. Damals haben die Leute bestimmte Gründe für ihre Entscheidungen gehabt, das wird verteidigt. Aber von früher her - sind wir uns klar - würden dann, wenn wir Vorzüge nachweisen werden, auch Fehler aufgeworfen werden. Ich liebe es nicht, daß man heute nur über die Fehler von damals diskutiert. Man könnte auch dann darauf hinweisen, daß die Weltanschauungsparteien damals ihre Aufgaben auch gelöst und weitgehend gelöst haben. Aber zweifelsohne sind gewisse Fehler gemacht worden.

Herr *Schäffer* hat vorhin - ich gehe nicht weiter darauf ein, weil ich mit den Fehlern nicht zuviel Zeit verlieren will - auf meine Ansprache von gestern Bezug genommen, daß wir hier an die Zeit von damals erinnert haben. Ich bin und bleibe der Auffassung, daß wir bestimmt besser gehandelt hätten, wenn wir bei der damaligen Wahl nicht *Hindenburg* aufgestellt, sondern *Marx* gewählt hätten.

(Sehr richtig!)

Dann wäre eine Entscheidung vorverlegt worden, die nachher doch fiel. Es hat heute natürlich keinen Sinn, deswegen zu sagen: Ihr habt damals einen Fehler gemacht, der sich so und so ausgewirkt hat. Da lasse ich eines gelten - und das muß ich einer anderen Seite sagen: Man muß dann denen, die damals die Entscheidung getroffen haben, zugute halten, daß sie aus der augenblicklichen Situation heraus geurteilt haben. Deswegen hat es keinen Sinn, sich dann da hineinzuhängen und immer wieder nur in Fehlern zu würgen. Dann kommen wir aus den Auseinandersetzungen über die alte Zeit nicht mehr hinaus.

(Sehr richtig!)

Es kommt vielmehr darauf an, klar zu sehen: War damals die Führung so, daß sie heute irgendwie mit allen Mitteln politisch erledigt werden muß? War sie so, daß man heute sagen kann, wir können von euch erwarten, daß ihr selbst bestimmte Konsequenzen zieht? Oder war sie so, daß wir sie entschuldigen und verteidigen können? Die vierte Möglichkeit ist: War sie so, daß wir sagen können, wir brauchen uns nicht zu schämen? Ich sage Ihnen gleich, ich bin für die vierte Lösung,

(Sehr richtig!)

zu erklären, wir brauchen uns nicht zu schämen. Ich bin nicht dafür, daß wir heute dauernd antreten und uns entschuldigen und verteidigen [für] damals, und zwar deswegen, weil wir - und das ist das Gute an der Union - eine neue Union, eine neue Gruppierung von Menschen sind. Aber das ist auch der Grund, warum ich einen klaren Trennungsstrich gezogen wissen wollte zwischen Vergangenheit und Gegenwart.

(Sehr gut!)

Da darf ich zu den Ausführungen von Herrn *Schäffer* eines sagen. Als ich aus der Gefangenschaft zurückkam, war ich dann erst einige Tage darauf bei Herrn *Schäffer*. Ich habe mich vorher mit anderen Freunden der Bayerischen Volkspartei immer gesehen und gesprochen, kam dann aber erst zu Herrn *Schäffer* zu einer Aussprache, als die Verhältnisse schon einigermaßen weiter gediehen waren. Da kann ich Ihnen eines sagen: Vielleicht wäre es besser gewesen, wir wären nicht so rasch in den Anlauf zu Parteibildungen gekommen. Das stand aber nicht in unserem Belieben. Ich habe mich, als ich nach meiner Befreiung noch in Capri war, mit amerikanischen Freunden, die damals mit mir die Verhältnisse besprochen haben, über die Parteibildung unterhalten und damals die Auffassung vertreten, daß die Parteibildung in Deutschland langsam anlaufen und organisch wachsen sollte. Dann hätten wir wohl nicht die Erscheinungen, die den Erscheinungen von damals schon ähnlich sind, als die Demokratie rasch verbraucht wurde, auch oft wegen persönlicher Sachen. So lief aber diese Entwicklung ohne unsere Einflußnahme rascher an, als uns das lieb war. Wenn sie organisch, langsam gegangen wäre, hätten wir mehr überlegen können. Es wird Freund *Emil Muhler* sich erinnern, wir waren damals einmal gemeinsam zu einem Herrn der Militärregierung bestellt. Wir haben die Auffassung vertreten, man sollte eigentlich

die Parteibildung erst etwa in einem Jahr so langsam anlaufen lassen. Aber es geschah ziemlich rasch und abrupt. Nun ging ich aus Überlegungen, die ich in der Gefängniszeit angestellt hatte, von folgender Auffassung aus. Ich habe es Ihnen schon gestern kurz gesagt, infolgedessen will ich es nicht zu weit ausführen. Die alten Parteien, und zwar alle miteinander, haben sich damals von der nationalsozialistischen Bewegung überrollen lassen, deswegen, weil sie zu starr sind. Infolgedessen lag es nahe, sich zu sagen, dann kein starres Prinzip.

Ein Vorwurf, der mir sehr zu Unrecht gemacht wird, das wissen alle Freunde der Union, ist der Vorwurf, ich könnte nicht starr genug sein gegenüber einer Bewegung, die jetzt als Kommunismus bezeichnet wird. Ich bezeichne sie nur nicht allein mit dem Namen Kommunismus, sondern mit dem weitergehenden Namen politischer Nihilismus. Es kann jetzt wieder genauso gehen, daß diese Gruppierungen von Menschen, die wir jetzt im Augenblick mit dem Namen Kommunismus bezeichnen, die sonst aber auch eventuell mit anderen Namen zu belegen sind - ich habe gestern den Namen politische Nihilisten gebraucht -, wieder weggerollt kommen über Altes, Starres. Infolgedessen kam es mir darauf an, erstens eine starke Basis zu konstruieren, die nicht so leicht überrannt werden kann, zweitens aber auch eine Vitalität, eine Dynamik in dieser Gruppierung von Menschen zu haben. Die Basis war für mich klar gegeben aus der Tatsache, daß in der Nazizeit der Kampf am schärfsten und mit großer Aussicht auf Erfolg im weltanschaulichen Bereich geführt wurde. Dort wurde aktiver Widerstand geleistet, sonst nicht, leider, das müssen wir ruhig sagen, sonst nur zum Teil im Destruktiven. Einen Widerstand konnte man vielleicht noch erblicken in den Zersetzungen der Wehrkraft, in Hochverrats-, in Landesverrats-, in allen diesen Verfahren, die gelaufen sind. Denn da sind - ich habe es letzthin in einer Ansprache gesagt - in den Jahren 1942/43 allein ungefähr 15.000 Leute geköpft worden. Aber es war eigentlich kein Widerstand, der den Einsatz gelohnt hätte.

(Sehr richtig!)

Ich war immer dagegen, daß Leute nur diese Schwarzhörergeschichten weitererzählt haben, weil sie sinnlos geopfert worden sind. Ich habe erklärt, der Widerstand wurde aus dem weltanschaulichen Bereich heraus geleistet.

Ich darf für mich in Anspruch nehmen, daß ich da immer zum Kampf eingetreten bin, von 1933 an. Das muß ich auch erwähnen, weil es in gemeinster Weise dann mißbraucht wurde. Ich habe immer wieder erklärt und mache kein Hehl daraus, und Sie müssen es wissen, wenn Sie entscheiden wollen, ob Sie Vertrauen haben wollen oder nicht: Ich habe von 1939 an mit der Militäropposition gearbeitet, mit den führenden Leuten, dem Generaloberst *Beck*, es gehörte damals auch Generaloberst *Halder* dazu, ferner - ich muß das alles erklären, weil ein anderer Vorwurf jetzt dann gleich hier vorweggenommen wird - der General *Thomas* und Admiral *Canaris*, es gehörten *Oster* und *Olbricht* und die ganzen Leute der tatsächlichen Militäropposition dazu und die anderen Namen, die heute noch genannt werden wie *Kluge* und die Leute, die später zum Teil am 20. Juli draufgegangen sind. Ich habe damals mit den Männern vereinbart, daß ich gemeinsam mit evangelischen Freunden, z.B. Pastor *Bonhoeffer*, der nachher auch noch umgebracht wurde, und der Gruppe um *Dohnanyi* und den Leuten, die früher bei *Niemöller* standen usw. zusammenarbeiten sollte. Wir haben uns zusammen über die Steuerung des Weltanschauungskampfes verständigt, damit man nicht auseinanderlief, sondern vom Hintergrund aus die Fäden so hielt, daß er konzentrisch geführt wurde. Die Freunde sind nach Norwegen gegangen und haben dort

die evangelische Kirche beraten, damit sie aus den Fehlern, die hier gemacht wurden, lerne. Sie sind überall herumgereist. Ich habe z.B. mit der Untergrundbewegung in Holland, wo der Widerstand auch von beiden Konfessionen getragen wurde, Fühlung gehabt. Wir haben uns gerade an diesen Weltanschauungswiderstandskampf sehr stark angelehnt, und zwar deswegen, weil wir - bekenntnistreue evangelische Freunde und ich mit einigen katholischen Freunden - uns zusammengefunden hatten. Das muß ich Ihnen sagen, um Ihnen das weitere zu entwickeln, warum ich dann zur Konstruktion der Union auf dieser Weltanschauungsbasis kam. Ich sah damals, daß erstens hier eine Basis gegeben war, zweitens aber auch - und das bitte ich nicht zu vergessen -, daß das die Gruppierung von Menschen war, die am ehesten draußen in den anderen Ländern ansprechen konnte. Ich habe damals im offiziellen Auftrag der Miltäropposition Friedensverhandlungen geführt. Ich muß das hier erklären, weil das in gemeinster Weise weiterentwickelt wird und mir in einer Sitzung in Plattling, bei der Herr *Schäffer* dabei war, der Vorwurf der Spionage für England in einer Weise gemacht wurde, daß ich sagen muß, der betreffende Mann hat heute, obwohl das mittlerweile geklärt wurde, das nicht widerrufen.

(Hört, hört!)

Zu deutsch, man versucht ähnlich wie damals jetzt wieder die Erzbergerei herauszunehmen und Vergleiche zu ziehen. Da muß ich sagen, es war damals schon ein scheußliches Spiel, das gegen *Erzberger* gespielt wurde. Ich brauche ihn dabei nicht zu verteidigen, und ich will ihn nicht verteidigen. Aber wenn damals die *Erzberger*-Mörder von München aus mit einem Paß der bayerischen Polizeidirektion nach Ungarn gebracht wurden und damals Mitglieder der Bayerischen Volkspartei irgendwie dabei waren, so ist das kein Ruhmesblatt der bayerischen Geschichte. Das hat mit der Politik *Erzbergers* nichts zu tun. Das werden auch die evangelischen Freunde, die in verschiedener Hinsicht eine andere Meinung zu *Erzberger* hatten, zugeben müssen. Und darum geht es mir: Auch hier keine Wiederholung in dieser Hinsicht zuzulassen, nicht aus Gefühlsduselei die Leute wieder zu einem falschen Nationalbegriff hinkommen zu lassen, aus dem heraus man alles andere verkennt, so daß man zu solchen Taten kommt wie hier. Zu dem Vorwurf, der erhoben wurde, mußte ich aber gegenüber den Herren, die ihn erhoben haben, klar erklären: Wenn jemand gegen mich Vorwürfe erhebt, weil ich für die offizielle Militäropposition, zu der die namhaftesten Leute gehört haben, die Friedensverhandlungen mit der englischen Regierung durch einen sehr namhaften Vermittler geführt habe, wenn damals, wie das jetzt in der Zeitung erwähnt wird, ein Mitglied der englischen Regierung selbst hinkam, um die Verhandlungen zu führen, wenn damals erklärt wurde, es verhandelt hier das anständige Deutschland, dann muß ich Ihnen heute sagen: Derjenige, der mich deswegen angreift, billigt die Kriegspolitik des Herrn *Hitler*.

(Beifall.)

Und wenn wir weitergegangen sind und bis zu meiner Verhaftung in Kontakt, und zwar in unmittelbar fortlaufendem Kontakt geblieben sind und dort Maßnahmen und Entscheidungen getroffen haben, die nicht nur von mir, sondern auch von den maßgebenden Generälen verantwortet wurden, dann muß ich Ihnen sagen: Auch da war es klar, daß wir uns dessen bewußt waren, daß Vertrauen geschenkt worden war und daß wir das Vertrauen erwidern müssen, weil sonst das anständige Deutschland vor der Welt wieder in den Geruch des Nazi-Deutschland gekommen wäre. Und wir mußten das in die Waagschale werfen, daß hier in Deutschland noch Menschen sind, die das

Unrecht *Hitlers* nicht billigen und sich auch in den einzelnen Phasen von diesem Unrecht distanziert haben.

(Sehr gut!)

Ich habe bedauert, daß hinter meinem Rücken das in gemeinster Weise ausgenützt wurde. Ich habe gestern gehört, daß Herr *Sporer* noch auf der Herfahrt erklärt hat: einen Spion kann man doch nicht zum Vorsitzenden wählen.

(Zuruf: Pfui, der gehört doch hinaus!)

Mit solchen Methoden wurde gekämpft und wird gekämpft. Es wird nach außen verbrämt mit kleinen Geschichten wie Geschäftsordnung und sonstigen Geschichten, wie wir es hier erlebt haben.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Die ganze Zeit Geschäftsordnung, Satzungen usw.!)

Bitte, es wird der Vorwurf erhoben, wir sind noch nicht zur Arbeit gelangt, weil wir immer die Dissonanzen haben. Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen noch sagen, in soundso viel sachlichen Punkten - das hätte Herr *Schäffer* ruhig sagen können - sind wir sogar sehr einig gewesen. Es war so, als es sich z.B. um die Frage der Regierungsbildung handelte, Beteiligung oder Nichtbeteiligung, wo wir uns nicht verständigt haben, weil wieder der Krach war. Trotzdem fiel unabhängig davon die Entscheidung. Also kann es sich um das Sachliche hier nicht gehandelt haben.
Es ging hier klar um das, was erklärt wurde mit dem sogenannten Führungsanspruch in der Union. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen ehrlich sagen, ich bin nicht ehrgeizig. Man sagt das immer für sich. In der Politik hat jeder einen gewissen Auftrieb. Ich kann ruhig sagen, ich habe eine gewisse Vitalität und eine gewisse Dynamik in mir, das gebe ich zu,

(Zuruf: Ist auch gut so!)

aber ich bin nicht ehrgeizig. Und das sage ich wirklich: Ich war zweimal vor dem Galgen - ich habe es in Versammlungen ein paarmal gesagt -, und wenn Sie in der Situation sind, wissen Sie, wofür es sich zu leben und zu sterben lohnt. Da habe ich mir damals vorgenommen, wenn ich schon bereit war, mein Leben einzusetzen für die christliche Idee und an den Galgen zu gehen, nachher auch mein Leben wieder einzusetzen für die gleiche Idee, um sie durchzusetzen.

(Stürmischer Beifall.)

Da geht es mir nicht um lächerliche Posten, das ist mir völlig schnuppe. Ich kann Ihnen ruhig sagen: Im Februar 1943 habe ich im Auftrag des Generaloberst *Beck* noch an die Westmächte die Erklärung abzugeben gehabt, daß jetzt gehandelt würde - das war unmittelbar vor dem *Tresckow*-Attentat -, weil die Generäle sich selbst verpflichtet fühlen würden, die Verbrecherbande zu beseitigen, die nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt ins Unglück gestürzt hatte. Die Erklärung ist dort angenommen und weitergegeben worden. Kurz nachher wurde ich verhaftet. Es war der letzte Abschied von der Welt. Auch damals ging es schon um die klaren Entscheidungen. Hier stand eine Verbrecherbande, aber mit einer Pyramide nach unten laufend, wobei sehr viele Menschen erfaßt sind, die mitgehandelt haben, ohne sich dessen bewußt zu sein. Aber worauf kommt es in solchen Fällen an? Es kommt darauf an, klar die Gruppierungen von Menschen zu erfassen, die auf die Weise erfaßt und mitgerissen sind, aber auch daraus Lehren zu ziehen. Infolgedessen kam es mir immer darauf an,

aus meinem persönlichen Erlebnis, aber auch aus dem Erlebnis meiner Mitmenschen und jetzt meiner Parteifreunde heraus zu gestalten. So habe ich mich nicht festlegen lassen auf ein Programm und habe - das sage ich Ihnen auch ehrlich - bisher noch nicht die Organisation so forcieren lassen, wie es Herr *Schäffer* und andere Leute wollten, und zwar deswegen, weil ich der Auffassung bin, das muß organisch wachsen, muß langsam gehen, und es müssen alle Gruppierungen, die zu uns kommen, mitwirken, wenn wir das Programm schaffen, wenn wir die Worte schaffen und wenn wir die Organisation schaffen. Ich habe es gestern schon gestreift und will nicht lange darauf eingehen: Ich hatte Bedenken geäußert, als bestimmte Freunde die Organisation forciert schaffen wollten, denn die Verpflichtung hatte ich gegenüber allen, die zu uns kommen, daß nicht eine Gruppe einseitig durchkommt. Es ist an sich schon ein gewisser Vorteil für die Leute da. Sie haben zum Teil doch alterfahrene Parlamentarier. Das ist nicht ein Nachteil, das ist ein Vorteil, wenn man sie hat. Es kommt aber darauf an, die Kombination zwischen Alten und Jungen zu finden und nicht den Fehler von damals zu machen, daß man diese Kombination nicht findet. Aber ich muß den Jungen und den anderen auch Gelegenheit geben, daß sie hineinwachsen, und zwar so rasch wie möglich. Infolgedessen kommt es darauf an, zuerst ein Gefühl dafür zu bekommen, wo zeigen sich Leute, wo zeigen sich junge Leute? Hier war es so: Im Anfang sind auch aus dem Kreis einige herangekommen - Sie kennen die Auseinandersetzung, die letzthin in München wegen Herrn *Stürmann* stattfand - und andere Leute, zum Teil wieder vom *Schäffer*-Kreis her, sind hier herangegangen und haben behauptet, wir sind Vertreter der Jugend. Mir war von vorneherein klar, was sich da zeigte, war nur ein Impuls nach oben, aber nicht ein allgemein jugendlicher Impuls, der wünschenswert ist. Und deswegen wollte ich bewußt vorher die Ausschüsse schaffen lassen. Das habe ich in der letzten Sitzung am 8. Januar gemacht. Ich wollte zunächst einen Überblick gewinnen, wo sind Menschen, wo sind Freunde, und wollte überall herumfahren und dann mittlerweile die Leute zusammenfinden, um dann entsprechende Kräfte nach oben zu bringen. Wir haben noch nicht alle die Kräfte da, die wir brauchen, und wenn wir vor Mandatsverteilungen stehen, werden wir uns manchmal den Kopf zerbrechen müssen, es sei denn, daß wir ganz einfach alles laufen lassen. So mußte man klar sehen. Man mußte irgendwie eine Distanz zum Alten beziehen, ohne das Alte herunterzureißen. Man mußte dann die Kombination suchen und mußte einen Weg in die Zukunft suchen, auch in persönlicher Hinsicht.

Und nun komme ich wieder zum Persönlichen. Ich kam damals zu Herrn *Schäffer*. Die Besprechung, die er dargestellt hat, war etwas früher als er angibt, sie war im Gründungsstadium. Wir haben uns damals in Ausschüssen unterhalten. Es hat Freund *Pfeiffer* da oder dort mitgewirkt. Es sind da und dort Verstimmungen, aber wir müssen die Verstimmungen überwinden. Auch von Herrn *Schäffer* hätte man erwarten müssen, daß er eine rein persönliche Verstimmung überwindet. Nun kam bei der Aussprache zwischen ihm und mir folgender Gedanke zum Ausdruck: Es handelte sich zunächst rein um die Form der Einladung zu einer Gründungsversammlung. Da hat Herr *Schäffer* zunächst angenommen, daß er die Einladung herausgibt. Er sagte dann, man könnte daran denken, daß *Scharnagl* mit unterschreibt. Er hat mir klargelegt, daß die Union bzw. die neue Parteigruppierung die Verantwortung dafür übernehmen soll, daß er als Ministerpräsident bestellt worden sei. Denn die Amerikaner seien gekommen und hätten den früheren Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei bestellt, infolgedessen könnte er jetzt von seinen Freunden, von den Leuten erwarten, daß sie ihm das Vertrauen zum Ausdruck bringen würden, daß er hier die Gründung voll-

ziehe und die Führung übernehme. Da habe ich ihm dann ganz ehrlich erklärt - ich bin immer offen in der Hinsicht, selbst wenn es mir schadet: Herr *Schäffer*, da sind wir völlig im Gegensatz zueinander, nicht aus persönlichen Gründen. Denn ich wußte damals noch gar nicht, worum es sich handelt, und daß ich jetzt hier an diesem Platz stehe, sondern ich habe es abgelehnt, weil nach meiner Auffassung die Union als eine Neugruppierung von Menschen niemals die Verantwortung für ein Zwischenstadium übernehmen konnte, bei dem ein Mann, zu dem man Vertrauen hatte, für das Notstandsministerium bestellt wurde. Ich habe damals erklärt, Ihre Regierung ist eine Notstandsregierung, die neue Union hat damit nichts zu tun, weil wir noch nicht in der Demokratie waren, und wir sind ja heute noch nicht drin.

(Zuruf: Wir sind ja heute noch nicht frei!)

Es handelte sich ferner darum, daß ich erklären mußte: Weil die Union eine neue Gruppierung von Menschen ist, kann sie auch nicht an die alte Zeit anknüpfen, und der frühere Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei kann nicht der Vorsitzende der Union sein, weil sonst sofort die Union nur zur weiterentwickelten, bestenfalls zur erweiterten Bayerischen Volkspartei würde.

(Sehr richtig!)

Wäre das geschehen, dann hätte ich die Freunde verraten, die aus anderen Gruppierungen von Menschen, aus dem weltanschaulichen Bereich, aber auch aus früheren Parteien heraus zu uns gekommen waren. So standen wir vom ersten Moment an seit dieser Zeit in Gegensätzen drin. Die Gegensätze haben sich immer weiter entwickelt. Es ging Herrn *Schäffer* nicht um die Frage Kommunismus. Da hätten Sie hier keine lange Rede zu halten brauchen, Herr *Schäffer*,

(Heiterkeit. - Sehr richtig!)

das wußten Sie alle, die hier sitzen, Sie kennen meine Haltung zur Frage Kommunismus und sogar noch im weitergehenden Sinne zur Frage Kollektivismus, denn darauf kommt es an. Um da nur eine Kleinigkeit vorwegzunehmen: Ich habe - und das war der einzige Vorzug, den ich genossen habe - auch noch nicht in einer anderen Presse als in der Union-Presse geschrieben. Ich habe noch keinen Artikel zur Süddeutschen Zeitung gegeben, weil ich nicht wollte, daß Herr *Schäffer* benachteiligt würde. Aber ich habe den einzigen Vorzug gehabt, daß ich diese "Geistige Erneuerung" herausgegeben habe, nur um ungefähr einen Weg zu zeigen. Die "Geistige Erneuerung" richtet sich in der Hauptsache an Leute der Oberschicht und an andere Adressen nach aussen. Da kam es mir darauf an, klar zu zeigen: hie Kollektiv und hie christliche Persönlichkeit, denn das ist das unterscheidende Merkmal für unsere Arbeit, meine lieben Freunde.

(Sehr richtig!)

Mich interessiert nicht die Kommunistische Partei mit 2%, da unterhalte ich mich heute mit Ihnen gar nicht darüber, ob die in eine Koalition hinein soll oder nicht,

(Zuruf: Laßt sie doch herein!)

das steht nicht zur Entscheidung, diese 2%, sondern es handelt sich um das kollektive Denken der Menschen, das nicht nur dort in diesen 2 oder 5% Parteikommunisten, sondern in mehr Menschen drinnen ist. Es handelt sich darum, daß wir unter allen

Umständen verhindern müssen, daß eine neue Despotie, staatsmäßig und geistesmässig gesehen, sich durchsetzt.

(Zuruf: Gut gesehen!)

Diese Despotie braucht nicht nur mit Parteinamen verknüpft zu sein, wir wissen ja noch nicht einmal, wie die Parteinamen sein werden. Wir wissen doch, daß jetzt die Auseinandersetzungen darüber sind - noch nicht im bayerischen Bereich: Wie wird die Sozialdemokratie aussehen, wird Herr *Schumacher* oder ein anderer sich durchsetzen? Ich halte es für möglich, daß wir in Bayern drei Parteien bekommen. Und wenn Herr *Hoegner* Ihnen, Herr *Schäffer*, heute irgendwelche Erklärungen gibt, interessiert mich das nicht, das sage ich Ihnen ganz ehrlich. Ich möchte - trotzdem ich mit Ihnen viele Sorgen habe, wenn ich an dem Platz bin - nicht mit Herrn *Hoegner* in einiger Zeit tauschen, denn wir haben die Auseinandersetzungen, es kommt nur darauf an, daß wir wirklich dabei ein Ziel erreichen, die anderen sind den Auseinandersetzung ausgewichen, sie haben ihre alte Partei mit ihrem alten Programm übernommen, das sie im wesentlichen aus taktischen Gründen da und dort mit Föderalismus oder sonstigen Geschichten verbrämt haben.

(Sehr richtig!)

Mit rein taktischen Geschichten und formellen Änderungen werden keine geistigen Auseinandersetzungen durchgeführt. Die Herrschaften werden noch andere Entscheidungen zu treffen haben. Ich will aber, daß die Union dann, wenn diese Entscheidungen dort getroffen werden, in so starker Position ist, daß sie bestimmte Kräfte auffangen kann, das sage ich ganz ehrlich.

(Lebhafter Beifall.)

Wenn mir der Vorwurf gemacht wird, ich sei Linkssozialist oder wer weiß was -, ist mir das völlig schnuppe,

(Bravo!)

deswegen, weil er ungerechtfertigt ist, weil er parteipolitisch gesehen ist von Leuten, die nicht umdenken können. Ich bin kein Linkssozialist oder, wie es sogar in dieser Schmiergeschichte, aber auch anderswo erwähnt wurde, ich sei unter dem Einfluß des Neffen von *Molotow* Kommunist geworden, ohne daß ich es gemerkt hätte. Ich suche nur klar zu erfassen, welche Notwendigkeiten bei der Gruppierung von Menschen im politischen Leben bestehen, um möglichst viele Menschen um uns, die wir das Christliche und das Soziale durchsetzen wollen, herumzubringen. Nun kann ich Ihnen eines sagen, wenn ich auch das Schmierblatt sonst nicht weiter erwähnen will: Ich war mit dem Neffen von *Molotow* beisammen, er war in Buchenwald mein Nachbar. In Flossenbürg war mein Nachbar ein russischer Partisanengeneral, meine Damen und Herren, aber nicht in Capri - es ist so dargestellt worden, als ob wir eine Vergnügungsreise nach Capri gemacht hätten -, er ist sogar vor der Befreiung weg, weil er nicht befreit werden wollte, sondern er ist zu den Partisanen gegangen. Halten Sie mich für so doof, daß ich mich mit den Leuten überhaupt nicht unterhalte, wenn ich Gelegenheit habe, mir Klarheit zu verschaffen, was geht drüben vor? Oder halten Sie mich für so blöde, daß ich Kommunist werde ohne daß ich es merke? Man kann nur lachen über die Methode, mit der der Kampf geführt wurde, und über die Gemeinheit, mit der die Lügen verbreitet wurden bei Leuten, die gleich darauf reagieren.

Und welche Konsequenzen habe ich aus meinen Unterhaltungen gezogen - deswegen habe ich es erwähnt? Es wurde mir klar, daß wir in Rußland den Kommunismus haben als evolutionären Kommunismus. Das Wort Bolschewismus ist nicht mehr am Platze. Es ist ein evolutionärer Kommunismus. Man ist bereits in einem weiteren Stadium, nämlich beim Kommunismus, der schon - meinetwegen - absieht von allgemeiner Sozialisierung der Produktionsmittel usw. Ich sagte damals am Ende einer Unterhaltung gerade zu dem Neffen von *Molotow*: "Sage Deinem Onkel, er darf nie vergessen, daß der deutsche Kommunismus immer ein anderer sein wird als der Kommunismus, den ihr jetzt bereits habt. Eurer ist evolutionär, unserer ist noch und wird zwangsläufig ein revolutionärer Kommunismus bleiben". Vielleicht bleibt er es überhaupt, und zwar deswegen, weil sich dort der Kommunismus tatsächlich schon zu einer Staatsideologie durchgesetzt hat, nicht nur - ich will sagen - zu einer Wirtschaftsideologie, bei uns aber würde schon bei der Veranlagung der Deutschen zu extremem Denken - das wollen wir ganz ruhig sagen, wir gehen immer bis zur letzten Konsequenz, bei allem, das sehen wir jetzt in der Diskussion -,

(Heiterkeit.)

bei unserer Veranlagung würde unweigerlich dieser Kommunismus oder diese Ideologie, die dann entsteht, extrem werden und zwangsläufig immer revolutionär bleiben. Denken Sie doch an *Hitler* und seinen Völkischen Beobachter, der gewiß Staatsorgan hätte werden sollen, der aber selbst dann, als man die volle Macht hatte, noch revolutionäres Organ war, obwohl es keinen Sinn mehr gehabt hat.

Nun kommt es uns - wenn wir diese Kräfte erkennen wollen - doch darauf an, zu sehen, wo muß ich mich parat stellen, um eine Bewegung abzufangen und mich nicht überrollen zu lassen, wo gehe ich zum Gegenangriff? Ganz klar gesehen: Die Bereitschaftsstellung habe ich Ihnen gesagt, das war das Weltanschauliche mit der Gruppierung der Menschen, rein parteipolitisch gesehen. Der Gegenangriff? Damit hätten wir uns beschäftigen müssen, wenn wir uns hier nicht mit solchen Geschichten hätten aufhalten müssen,

(Sehr richtig!)

und zwar deswegen, weil der sehr wohl in allen Punkten überlegt sein muß. Er hängt zusammen - das hätte auch klar ausgesprochen werden müssen - mit der Stellungnahme - ganz ruhig gesagt - zur Frage Föderalismus, übertriebener Föderalismus oder wie Sie sagen wollen. Ich will das Wort Separatismus nicht in den Mund nehmen, weil ich das wirklich ablehnen würde für unsere Freunde. Das hängt aber auch mit der Frage zusammen: Wie stellen wir uns zum Reich?

Meine Auffassung ist die: Es kommt darauf an, daß wir als Bayern - ich fühle mich, auch wenn ich Franke bin, als guter Bayer, die Franken fühlen sich nämlich als gute Bayern, das können Sie ruhig sagen, wenn Sie draußen sehen, daß überall weiß/blau geflaggt wird, wir sind genauso gute Bayern wie Sie - es kommt darauf an, daß wir als Bayern vor der bayerischen, der deutschen und der Weltgeschichte unsere Aufgabe erkennen, daß wir diesmal die Ostfront der westlichen Kulturwelt zu verteidigen haben. Die westliche Kulturwelt kann nicht aufgerissen werden.

Meine lieben Freunde! Wir haben erlebt, wie rasch Frankreich damals zusammenbrach, wie ein Volk ohne weiteres weggeschwemmt wurde, weil es keine Resistenzkraft hatte. Was nützt es, wenn Leute da und dort hinschielen und sagen, wir können

dort anbandeln und Fühlung nehmen! Alle diese Dinge sind abzulehnen, dabei kommt nichts Gescheites heraus.

(Zuruf: Einseitig!)

Ich hätte auch die Möglichkeit gehabt, die Fühlung aufzunehmen wie andere Leute, die dort hinschielen. Mit mir war Ministerpräsident *Léon Blum* beisammen, er hat mich gut verstanden. Er hat mir Grüße sagen lassen. Ich habe ihm auf Weihnachten kurz geschrieben. Aber ich rate jedem ab, hier die Finger zu verbrennen, weil das keine Lösung ist. Es kommt vielmehr darauf an, zu sehen, wo kann man irgendeine Basis finden, die uns dann weiterbringt, die uns zu irgendeiner Verständigung bringt für den Frieden. Wir tun ja alle miteinander so, als ob wir schon den schönsten Frieden und die schönste friedvolle Demokratie hätten. In Wirklichkeit sind wir noch im Waffenstillstand drin

(Zuruf: Noch nicht einmal!)

und müssen erst sehen, wie gruppieren sich die Menschen. Infolgedessen kommt es darauf an, alles zu vermeiden, was den Frieden vorbelastet.

(Sehr richtig!)

Zu den Vorwürfen, die manchmal erhoben werden, ich sei nicht genug Bayer, weil ich nun nicht einseitig bestimmte Leute von der Königspartei bevorzugt habe, muß ich klar folgendes sagen: Solange ich auf dem Posten stehe, vertrete ich die Monarchisten und die Republikaner, die bei der Union sind, und nicht einseitig eine Gruppierung. Ich kann infolgedessen nicht eine zugunsten der anderen benachteiligen. Hier war es aber klar, daß man bestimmte weitgehende Zusagen haben wollte, daß das Volksreferendum ins Programm kommen sollte. Dann kam Freund *Hundhammer* und machte den Vermittlungsvorschlag, man wünsche, daß Mandatszusagen gegeben würden. Ich kann heute sagen: Ich habe bisher noch keine einzige Mandatszusage gegeben, weil sonst die ganze Geschichte wieder aus persönlichen Gründen in die Brüche gehen würde.

(Sehr richtig!)

Hier bei der Frage - Königspartei - mußte man klar sehen, daß eine gewisse Gruppierung in Bayern im Augenblick aus Gefühlswerten, die ich ohne weiteres anerkenne, glaubte, jetzt rasch ein Ziel verfolgen und erreichen zu können durch das Volksreferendum.

Man wollte die Zusage haben, das soll ins Programm kommen. Meine Damen und Herren! Was hat ein Volksreferendum wegen Abstimmung über den König in unserem Programm zu tun? Unser Programm wird ganz anders aussehen. Deshalb habe ich gesagt, wir müssen uns darüber unterhalten, wie wir zur Gegenarbeit antreten. Da werden die grundsätzlichen Probleme der Zukunft hinein müssen. In den Auseinandersetzungen wird Farbe bekannt werden darüber, was wir als christliche und soziale Staats- und Gesellschaftspolitik bezeichnen. Aber die Königsparteifragen haben dabei nichts zu sagen. Dabei wird dann auch eines bekannt werden - darüber wollten und sollten wir uns hier eigentlich auch unterhalten: Wie stehen wir zum Reich? Da sage

ich immer, wenn mir vorgehalten wird, ich sei nicht genügend Bayer: Das weise ich zurück, ich bin für die Reichseinheit,

(Stürmischer Beifall.)

ich lehne aber das Einheitsreich ab.

(Erneute stürmische Zustimmung.)

Es kommt hier darauf an, die gerechte Lösung zu finden. Da nützen uns Sprüche mit Föderalismus usw. nichts, weil das Programmwort Föderalismus in der alten Zeit Bedeutung hatte, damals auch mit Recht in den Kampf geworfen wurde, vor allem von der Bayerischen Volksparteiseite her. Damals sollten und mußten wir den föderativen Reichsaufbau verlangen. Ich gestehe ganz ehrlich, daß ich damals als junger Mensch auch nicht gerne gesehen habe, daß man dauernd nur dieses Wort Föderalismus hineinwarf und daß das beinahe der einzige Programmpunkt war, der dauernd vertreten wurde. Ich erinnere mich an eine Unterhaltung mit *Brüning*. Er hatte mich gebeten, bei meinen Freunden in München darauf hinzuwirken, daß nicht dauernd diese Denkschriften nach Berlin hinaufgehen, sondern daß man irgendwie sonst positiv Stellung nimmt. Ich habe damals darum gebeten - in dem Falle kann ich es ruhig sagen, ich schätze wirklich den alten Ministerpräsidenten *Held*, aber in dem Punkt sah man das verschiedenartige Denken -, ich habe gebeten, schickt einen Wirtschaftsvertreter hinauf, der genügend Wirtschaftsaufträge herunterholt. Dann wird mir das föderative Prinzip von selbst leichter, wenn es uns wirtschaftlich besser geht. Statt dessen hat man, wie *Brüning* sich ausdrückt, einen tennisspielenden Gesandten in Berlin gehabt. Das war bestimmt nicht notwendig. Ich muß lachen, wenn heute Leute, allerdings zum Glück nicht Parteifreunde von uns sondern andere Leute, soweit gehen, daß sie wieder davon sprechen, daß die Einzelstaaten wieder ihre Gesandten im Ausland haben sollen.

(Große Heiterkeit.)

Mangels Masse wird sich das Ganze von selbst erledigen.

(Erneute Heiterkeit.)

So möchte ich auch in dieser Hinsicht einen klaren Weg haben. Das hat nichts mit der Koalition und sonstigen Verhandlungen zu tun. Auch hier will ich Ihnen Rede und Antwort stehen.

Wie war es, als die Union gegründet wurde? Ich möchte nicht sagen, wie es vorhin gesagt wurde, ich bin die Union oder sonstwie. Das bin ich nicht so ohne weiteres. Der Gedanke lag drin in den Menschen, die das Erlebnis der letzten Zeit in sich umwerten wollen. Es kam darauf an, die Menschen zusammenzubringen. Ich habe Menschen vom Norden und überall zusammengesammelt, weil es darauf ankam, vor allem die Menschen im Norden zum Union-Denken zu bringen. Wir im konservativen Bayern, vor allem auch in dem mehr ländlichen Südbayern, können mit den Problemstellungen der Zukunft leichter fertig werden. Aber unsere Freunde im Norden müssen auch damit fertig werden. Wenn Sie *Jakob Kaiser* gehört haben, der da war, wenn Sie von der Not in Berlin hören: Wie schwer haben es die Menschen dort, wie sind die abgesunken! Da muß sich die Union durchsetzen! Und ich war erfreut, von *Kaiser* zu hören, daß er mit mir der Auffassung war, wenn wir nicht auseinanderfallen, sind wir auf

dem besten Wege, die stärkste Partei, nicht nur hier, sondern auch im Reich zu werden.

(Lebhafter Beifall.)

Ich sehe auch das nicht unter irgendwelchen Vorstellungen starrer Art von früher an, sondern ich freue mich darüber, daß es gelingt, alle diese Menschen auch in den Städten des Nordens, in denen die materielle Verzweiflung vor allem herrscht, zu einer positiven Gruppierung, zu einer konstruktiven Gruppierung zusammen zu bringen. Wir müssen jetzt vor allem zur Konstruktion kommen gegenüber der Negation, die wir während der nationalsozialistischen Zeit hatten. Wir sprechen dauernd von Nihilismus. Bitte, wo wird der Nihilismus einsetzen? Beim verschärften Kritizismus, dann allüberall! Er ist, wie Sie bemerken können, auch bei uns da. Wir kritisieren doch über die geringsten Kleinigkeiten so, als ob es sich um die größten Probleme handelte. Wenn das schon bei uns der Fall ist, wie wird es erst draußen, wie im Norden sein, wo die Leute in der Not sind, wo sie schon aus Hunger kritisieren! Wo sollen Menschen sein, die die Autorität finden werden, sich durchzusetzen bei diesen Menschen in der Verzweiflung! Da muß konstruktiv gearbeitet werden, um wieder das Vertrauen diesen Menschen zu geben. Da nützen alte Sprüche nichts, sondern es kommt dann wirklich darauf an, den Menschen zu zeigen, daß sich hier in der Union christliche und - das betone ich jetzt doppelt und dreifach, auch wenn immer wieder behauptet wird, ich sei Linkssozialist - wirklich soziale Menschen sich zusammenfinden.

(Stürmischer Beifall. - Zuruf: Auch wenn sie nicht christlich sind!)

Ich lehne die soziale Scheinheiligkeitsduselei, wie sie manchmal üblich war, ab.

(Sehr richtig! Bravo!)

Ich möchte jetzt wirklich nicht noch weiter dieses Thema behandeln. Ich habe hier die grundsätzlichen Auffassungen gezeigt und gezeigt, wo wir ungefähr differieren. Wenn Sie es rein staatspolitisch nehmen, würden wir gar nicht so stark differieren. Ich darf eher den Nenner sagen: Herr *Schäffer* geht eben von Anfang an von der Bayerischen Volkspartei aus. Auch ich war dort, ich kenne die Entwicklung, aber ich möchte mehr Dynamik in der ganzen Entwicklung haben, mehr Vitalität. Ich möchte es darauf abstellen, daß wir das Ganze nicht unter parteimäßigen Vorstellungen sehen, sondern, daß wir das Ganze klar sehen unter den großen Gesichtspunkten, die wichtig sind für die großen Linien in der Politik.

(Beifall.)

Für mich dreht es sich im Moment noch gar nicht darum, ob Koalition oder nicht Koalition, das sind taktische Fragen. Ich kann Ihnen da auch Rede und Antwort stehen. Ich habe nicht so, wie Herr *Schäffer* es dargestellt hat, etwa hinter dem Rücken anderer mit den Kommunisten verhandelt. Das weise ich entschieden zurück.

(Hört, hört!)

Es waren - hier rufe ich *Krehle* zum Zeugen an - auch andere dabei. Wir waren in den damals maßgeblichen Tagen zusammen zu einer Besprechung bei *Schamagl*. Es wurde kein Hehl daraus gemacht. Auch Herr *Hoegner* sagt hier die Unwahrheit, wenn er behauptet, daß ich hinter dem Rücken der Sozialisten mit den Kommunisten verhandelt hätte. Es waren nur immer beide Kreise beisammen, als sie damals an mich

herantraten mit der Bitte um Fühlungnahme, und zwar nicht wegen einer Regierungsbildung, darum ging es gar nicht. Bei einer Besprechung bei der Militärregierung - ich habe die Herren damals bei Major *Vacca* eingeführt - habe ich vielmehr von allem Anfang an erklärt - das wird von den Freunden, die darum wußten, bestätigt werden -, die Frage der Regierungsbildung wird zurückzustellen sein, bis wir uns über andere Dinge klar sind, nämlich über die Frage: Wie stellen wir uns den Aufbau konkret vor? Auch da muß ich sagen: Hätte ich, wenn ich die Möglichkeit hatte, mich mit den Leuten zu unterhalten, es nicht darauf abstellen sollen, mir eine konkrete Vorstellung über den Aufbau zu machen? Ich habe es nicht hinter dem Rücken getan, ich will nicht im einzelnen die Leute nennen, die dabei waren, die darum wußten und die auch das Programm kannten. Wir haben uns auch über sehr schwere Fragen auf kulturellem Gebiet unterhalten. Ich muß sagen, daß die Kommunisten, vielleicht aus taktischen Gründen, rascher zu bestimmten Erklärungen, zu einer bestimmten Linie bereit waren. *Emil Muhler*, Du warst damals dabei - *Muhler* war dabei und ist Zeuge -, als die Sozialdemokraten, vor allem ein bestimmter Herr der Sozialdemokratie mich nachher abgelehnt hat bei den Verhandlungen, von denen Herr *Schäffer* gesprochen hat. Ich weise es auch entschieden zurück und müßte es, wenn es bewußt wiederholt wird, als Lüge bezeichnen, daß ich meinerseits die Kommunisten in einer entscheidenden Nacht angerufen hätte. Es wird sehr viel entstellt. Tatsache war: Ich bin damals den Verhandlungen ferngeblieben, weil wir leider wieder den Krach hatten, weil Herr *Schäffer* mir vorgeworfen hatte, ich hätte ihn gemeinsam mit Herrn *Stegerwald* gestürzt. Deswegen ging ich nicht zu den Besprechungen und bat Dr. *Semler* an meiner Stelle hinzugehen, weil es sich als notwendig erwies, daß jemand dort war. Ich wurde dann nachts von den Kommunisten angerufen. Sie haben mich angerufen, nicht umgekehrt. Sie wollten von mir Auskunft haben. Sie erklärten, daß Dr. *Hundhammer* in meinem Namen bzw. im Namen der Union eine Erklärung abgegeben hätte. Daraufhin sagte ich, wir haben keine Besprechung gehabt, die Herrn *Hundhammer* legitimiert hätte, eine Erklärung für die Union abzugeben. Wir hatten diese Besprechung nicht in dem Sinne, in dem es erwähnt wurde, nämlich, daß wir einen kommunistischen Staatssekretär im Innenministerium ablehnen würden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Warum habe ich das gesagt? Ich bin von Anfang an dafür eingetreten, daß wir nicht eine Koalitionsregierung sind, daß wir diese Regierung nicht als Koalitionsregierung anerkennen; infolgedessen bleibt es auch dem Herrn Ministerpräsidenten *Hoegner* - der damals mit der Regierungsbildung bestellt war - überlassen, seine Regierung zu bilden, wie er will; wir übernehmen dafür keine Verantwortung; wir nehmen ihm auch nicht die Auseinandersetzung mit den Kommunisten in solchen Fällen ab. Da sollen sich die Sozialisten unter sich auseinandersetzen; wir aber würden uns, in dem Falle darf ich es ruhig sagen - zum mindesten taktisch falsch verhalten, wenn wir hier eine Verantwortung übernehmen würden. - Das war der Grund für die Haltung, die ich dabei eingenommen habe, alles andere dabei ist unwahr.

Nun komme ich zu den Auseinandersetzungen, die dem vorangingen, zu dem Vorwurf - er ist heute nicht so klar wiederholt worden, er wird aber immer in Vertrauensmännerversammlungen wiederholt -, ich hätte bzw. ich hätte gemeinsam mit *Stegerwald* Herrn *Schäffer* gestürzt.

(Hört, hört!)

Wenn dieser Vorwurf bewußt wiederholt wird, werde ich ihn als gemeine Lüge bezeichnen und entsprechend vorgehen, weil ich das schon widerlegt habe, und zwar so widerlegt habe, daß es anerkannt wurde. Ich habe auch hier für meine Erklärungen wieder glaubwürdige Zeugen, das sind Staatssekretär *Krehle* und Minister *Helmerich*. Die Besprechungen zwischen *Stegerwald* und mir fanden immer in Anwesenheit meiner Freunde statt, die ich gerade erwähnt habe, kein Wort, daß ich mit *Stegerwald* dabei allein gesprochen habe. Herr *Stegerwald* sagte mir damals, daß er beauftragt sei, wegen einer Regierungsbildung zu sondieren. Im Anfang faßte er seinen Auftrag etwas weitergehend auf, nachher sagte er, er habe zu sondieren. Er hat mir damals angeboten, seine Vertretung zu übernehmen. Ich habe das gegenüber Herrn *Stegerwald* abgelehnt, ich habe - das werden die Herren bestätigen - ausdrücklich erklärt, die Regierung *Schäffer* ist eine Notstandsregierung, wir sind noch nicht so weit, daß wir eine Regierung auf demokratischer Basis oder zu mindesten schon auf quasi-demokratischer Basis bilden könnten; warten wir in Gottes Namen ab und wechseln nicht von heute auf morgen wieder zu einer anderen Regierung, zu mindesten nicht zu einer Regierung, für die wir wieder in der Notstandszeit die Verantwortung tragen.

(Sehr richtig!)

Stegerwald kam mit mir am Schluß dahin überein, daß er diese Auffassung klarstellen würde. Ich wurde dann selbst auch zur Militärregierung gebeten und habe dort den Standpunkt ungefähr ähnlich wiederholt. Damals wurde schon gebeten, Namen zu nennen für eventuelle Posten. Es kamen der Kultusminister und andere Ministerposten in Frage, als Herrn *Schäffer* damals ein Minister nach dem anderen abgeschossen wurde. Ich habe es abgelehnt, Namen zu nennen.
Nun kommt die andere Phase. Während einer Besprechung in meiner Kanzlei kam ein amerikanischer Offizier und lud mich zu einer sofortigen Besprechung mit Botschafter *Murphy* ein. Hätte ich da erst Herrn *Schäffer* fragen sollen oder müssen, ob ich zu der Besprechung mit dem Botschafter hingehen soll, wenn ich dazu abgeholt werde?

(Zuruf: Nein!)

Da kann mir wirklich nicht der Vorwurf gemacht werden, daß ich hinter dem Rücken operiert hätte. Die Unterhaltung mit Herrn Botschafter *Murphy* dauerte etwas länger. Ich habe auch da nicht Vorschläge unterbreitet, wie sie mir unterstellt wurden. Ich weiß nicht, wieweit ich im einzelnen darauf eingehen kann, ich müßte erst rückfragen. Soviel glaube ich aber mit gutem Gewissen sagen zu können: Es ging auch da ums Grundsätzliche. Die Verhandlung wurde - um es ausdrücklich zu sagen - nicht in dem Sinne geführt, daß ich etwa die Regierungsbildung übernehmen sollte, sondern es kam nur auf eine Aussprache an. Der Botschafter erklärte, wir wollen zuerst klar sehen und dann am Schlusse die Entscheidung treffen. Ich machte ihm in ähnlichem Sinne wörtlich folgenden Vorschlag: Bevor wir über bestimmte Dinge sprechen, die im Zusammenhang mit einer Regierungsbildung immer erörtert werden müssen, müssen ganz konkrete Fragen besprochen werden, nämlich: Wieviel Tonnen Kohle - nicht auf die Ziffer genau, aber ungefähr - werden wir zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft bekommen? Ich stellte diese Frage, weil ich der Auffassung war, wenn wir schon nach Ablösung der Notstandsregierung *Schäffer* Verantwortung übernehmen sollen, hätte, wenn eine solche Regierung anfängt, wenigstens die Wirtschaft so anlaufen sollen, daß einige Fabriken wieder zu arbeiten begonnen hätten. Ich sagte damals wörtlich: Wir werden bestimmt damit rechnen müssen - genauso wie wir mit Hunger

rechnen -, daß wir keine Hausbrandkohle haben, aber wir brauchen Industriekohle, weil sich wieder etwas regen muß, um den Leuten gewisse Hoffnungen zu geben. Denn wenn wir schon an die Verantwortung herangehen, dann wollen wir nicht à tout prix hin, weil es irgendeinem pressiert, Ministerpräsident zu werden.
Damit war die Verhandlung abgeschlossen. Es wurden Namen diskutiert, aber nicht unter dem Gesichtspunkt der Bildung der Regierung, sondern unter dem Gesichtspunkt: Wer ragt aus den einzelnen Parteien heraus? Wer kommt bei der Überlegung auf Brauchbarkeit für bestimmte Aufgaben in Frage? Es wurden von den ganzen Leuten nur zwei oder drei für bestimmte Aufgabenverteilungen praktisch diskutiert, alles andere wurde zurückgestellt.
Zu dem Vorwurf, ich hätte den Kommunisten einen Staatssekretär im Ministerpräsidium versprochen! Auch da muß ich sagen: absolut unwahr. Ich muß verlangen, daß man endlich dafür Beweis antritt und nicht nur irgend etwas hinschmeißt. Es wurde von Linksseite her mehrfach, auch bei der Besprechung bei Herrn Oberbürgermeister *Scharnagl*, die unmittelbar in diesen Tagen stattfand und bei der die Herren *Krehle*, *Baumgartner* usw. zugegen waren, die Frage der eigentlichen Verteilung der Ministerien erörtert. Von Linksseite her wurde der Wunsch geäußert, daß die Linksseite geschlossen soviele Sitze haben sollte als wir von der Union. Die Kommunisten haben ihrerseits gelegentlich etwas von einzelnen Posten hineingeworfen. Keiner von uns ist auf diese Debatte eingegangen. Ich habe jeweils erklärt: Bevor man noch nicht weiß, wie sieht das Arbeitsprogramm einer Regierung aus, kann man noch nicht über diese Dinge diskutieren. Ich hätte mich auch - das sage ich ganz ruhig - dann nicht eingemischt, wenn die sozialistische Gruppe, und zwar geschlossen als kommunistisch-sozialistische Gruppe ihrerseits dann hereingeht, wenn die unter sich einig werden, wenn die ihre Posten miteinander verteilen. Warum da dauernd die Finger hereinnehmen! Sie sollen dazu kommen, daß sie sich auseinandersetzen müssen auch um Posten, wo man gerne auseinander kommt. Lassen wir es darauf ankommen! Warum immer nur vorprellen deswegen, weil man es zu eilig hat? Es kommt immer darauf an, eine gewisse Ruhe zu bewahren, und ich habe den Eindruck, daß manche Leute da und dort die Ruhe verloren haben, auch in späterer Zeit, bei der Wahl.
Auch bei der Wahl sind wir in gewissen Differenzen. Es war der Wahlerfolg da. Zwei Tage darauf kam schon ein Brief von Herrn *Schäffer*, in dem ein Telegramm aus Niederbayern erwähnt wird, daß Niederbayern den Rücktritt der Regierung *Hoegner* und Beauftragung *Schäffers* mit der Regierungsbildung verlangt. Das offizielle Niederbayern, Herr *Falkner*, hat mir nachher erklärt, er wisse dort nichts davon. Auch das habe ich als Material behandelt. Bitte, entscheiden Sie darüber, ob das recht war oder nicht. Ich bin gar nicht weiter darauf eingegangen,

(Gut!)

weil wir in solcher Zeit andere Aufgaben und andere Sorgen haben, als nur hinzugehen und zu sagen: Weil wir einen Wahlerfolg haben, verlangen wir à tout prix sofort Bildung der Regierung. Die Sozialisten hätten nicht mit Unrecht gesagt: Auf dem Lande ist die Union stark, in den Städten sind wir stark. Sie haben es überall erklärt, Sie konnten es in der ausländischen Presse überall sehen, als die Wahl herum war. Ich bin der Auffassung, wir können es auf die Probe ankommen lassen, dann lassen wir es aber auch erst darauf ankommen, dann gehen wir erst an die Verantwortung heran, wenn tatsächlich in den Städten gewählt ist, wenn sich wirklich gezeigt hat, wieviel Prozent des bayerischen Volkes hinter uns stehen! Dann gibt es nachher keine Dis-

kussion mehr. Dann sind klare Verhältnisse geschaffen. Alles vorherige Eilen würde das Verlieren der Ruhe für klare, ruhige Entscheidungen bedeuten.
Auch ähnliche Fälle spielten immer herein. Ich will nicht im einzelnen darauf eingehen, aber wenn die Debatte fortgesetzt wird, kann ich in jedem einzelnen Falle antreten.
Zu den anderen Fragen möchte ich nur folgendes erklären: Herr *Schäffer* macht mir im einzelnen Vorwürfe. Er macht aber auch anderen Freunden Vorwürfe, *Scharnagl*, der heute nicht da ist, und dem einen oder anderen, so, als ob er von allen miteinander benachteiligt und verfolgt worden wäre.

(Hört, hört! Armer Kerl!)

Ich kann ruhig sagen, man hat sich wirklich Mühe gegeben, eine Union zu schaffen, und zwar mit Einschluß des Herrn *Schäffer*. Ich habe vorhin erwähnt - und Herr *Schäffer* wird es bestätigen -, ich habe auch nochmals eine Aussprache gehabt und habe das, was ich jetzt dargelegt habe, ihm damals schon klargelegt. Wenn er sagt, es sei nicht gehalten worden, dann kann ich nur sagen: Ich erinnere mich nicht, wo ich das nicht durchgehalten hätte, mit Ausnahme der Fragen, wo es sich um die Zerreißproben innerhalb der Union gehandelt hat. Bei den Zerreißproben kann man nicht aus persönlicher Rücksichtnahme immer nachgeben, sonst wäre man weich und feige. Hier aber kam es mir darauf an, alle die Leute zusammenzufassen, die nun wirklich auf diesem Wege mitgehen. Es kam mir darauf an, sie auch organisatorisch zusammenzufassen.
Wir dürfen eines nicht verkennen. Auch wenn Herr *Schäffer* nicht mit Unrecht sagt, ich habe in München den Erfolg erreicht, kann ich ruhig sagen: Der Vorwurf, als ob ich hinter der Pressekampagne gestanden hätte, ist wirklich hundertprozentig falsch. Dieser Vorwurf ist selbstverständlich gegen mich ausgewertet worden, ohne daß ich irgend etwas dafür kann. Wir haben x-mal verhandelt.
Ich kann ruhig sagen, ich habe so und so oft auf die Herren, auch auf Herrn *Pix* eingeredet, so daß mir von der Seite nachher auch Weichheit in der Haltung vorgeworfen wurde, weil ich gebeten habe: Unterlaßt die Angriffe in der Öffentlichkeit! Wir setzen uns auseinander. Ich habe erklärt, ich rufe sobald als möglich eine Sitzung nach Bamberg ein. Ich habe damals schon die Sitzung für jetzt vorgesehen gehabt. Ich habe gebeten, stellt die Auseinandersetzungen zurück, es könnte doch sein, daß ein Nachteil eintritt. Von der Seite ist mir dann gesagt worden, die Linke bringt es, sie hat noch mehr Material, und vielleicht haben wir sogar den Vorteil, daß wir den Kampf vorverlegen, und zwar deswegen, weil er ja doch kommt, bevor wir noch im eigentlichen Wahlkampf stehen. Ich habe deswegen meinen Standpunkt nicht geändert gehabt. Aber es ist immerhin ein Einwand, der sich einigermaßen hören ließ. Ich habe jeweils Freunde zur Beratung zugezogen, wenn etwas war. Es war dann Herr *Reschke* von der DANA da. Er hat mich interpelliert. Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen, kann es aber auch, wenn es notwendig ist. Ich habe damals *Krehle*, ich habe *Scharnagl* und *Walther von Miller* gebeten, bei der Aussprache dabei zu sein. Ich habe auch erreicht, daß die DANA bis heute, bis zu diesen Entscheidungen hier diese Frage zurückgestellt hat.
Das eine ist klar, meine sehr verehrten Damen und Herren: Nachdem der Stein einmal ins Rollen gebracht ist, interessiert sich jedermann dafür. Es mag uns bequem oder unbequem sein, es hat keinen Sinn, der Beantwortung einer Frage auszuweichen

- nicht meinetwegen, Sie können ruhig jemand anders hinstellen -, nämlich der Frage: Soll *Schäffer* die Führung der Union übernehmen können?

(Zuruf: Kommt nicht in Frage!)

Auch wenn ein Vordermann von *Schäffer* käme - das kann man ruhig sagen -, das wüßten die anderen und die Frage käme in den Kampf herein. Nicht deshalb, weil die Frage von der linken Seite oder von auswärts gestellt wurde, muß sie beantwortet werden, sondern deshalb, weil wir selbst auch in diesem Falle eine klare Haltung beziehen müssen. Es ist unwahr - es tut mir leid, daß heute Herr *Lex* nicht da ist -, es ist unwahr, daß ich mit *Lex* in diesem Zusammenhang gesprochen haben sollte, daß jetzt diese Erklärung *Pix* gefunden sei. Man spricht soviel und hat mich gemein verdächtigt, daß ich der Militärregierung Material gegen Parteifreunde, nämlich gegen Herrn *Schäffer*, gegeben hätte. Ich habe es immer abgelehnt, als Parteifreund gegen Parteifreund, erst recht als Vorsitzender gegen Parteifreund Material zu geben. Ich hätte auch nicht allzuviel geben können. Was ich bisher gegeben habe, ist kein Material, das gegen, sondern eher Material, das zugunsten von *Schäffer* spricht. Das kennt er. Das ist der Bericht, den der Ministerpräsident *Held* einige drei, vier Tage nach dem Umsturz in Bayern über die Vorgänge diktiert hat, die damals zur Umbildung geführt haben. Das habe ich deswegen gegeben, nicht nur der Militärregierung, sondern auch dem Criminal Court in Nürnberg, weil dabei Bayern und unsere ehemaligen Freunde von der Bayerischen Volkspartei für die Zeit des Übergangs gut wegkommen, weil man sieht, wer hatte damals die Verantwortung für den Übergang. Sobald unsere Presse etwas größer ist, würde ich auch dafür sorgen, daß es dort veröffentlicht wird, wenn die Zustimmung gegeben wird. Denn man sieht klar, daß da die Verantwortung *Hitler*, *Frick*, aber auch *Hugenberg* und andere trugen. Man sieht ferner klar, daß damals in Bayern bestimmte, klare Entscheidungen so getroffen wurden, daß sie verantwortet werden können. Ich habe allerdings auch da bisher noch es abgelehnt, einen Artikel von Herrn *Schäffer* über den Schießbefehl in die Union hereinzunehmen, weil dies jetzt in dem Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen wie eine Entschuldigung aussieht. Es ist aber nichts dabei, was der Herr *Schäffer* zu entschuldigen hätte, denn die Frage "Schießbefehl" hatte damals der Ministerpräsident oder das Gesamtkabinett oder der Innenminister zu lösen. Es kommt aber darauf an, daß man ein Dokument hat, das von einem offiziellen Zeugen, nämlich dem Ministerpräsidenten *Held*, stammt, der sich heute nicht in solchem Zusammenhang mit solchen Auseinandersetzungen entschuldigen muß. Also eine klare, ruhige Überlegung, für die ich mich jederzeit rechtfertigen kann. Alles andere sieht danach aus, daß man sagt: Ja, aber ich hätte soundso -.

Auch da muß ich eines sagen: Selbst in dieser Darstellung wären die Darstellungen *Schäffers* gedächtnismäßig nicht ganz richtig wiedergegeben gewesen. Es kam mir in dem Falle darauf an, nicht wegen der Verantwortung für damals herumzureisen, ob Wehrmacht oder nicht Wehrmacht, ob die jemand da hat, sondern es kam nach meinem Empfinden damals darauf an, daß der alte, gute *Held* im Ministerrat - wie er selbst diktiert hat, und wie ich selbst weiß, weil ich damals den ganzen Tag bei ihm dort war - darauf hingewiesen hat, daß auch aus einem eventuellen Schießbefehl ein Bürgerkrieg entstehen kann, und daran erinnert hat, daß im Rahmen eines Bürgerkrieges damals Straßburg verloren ging, und daß man vor der Geschichte nicht die Verantwortung dafür übernehmen könne, daß das Saargebiet oder Danzig verloren gehen könne.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sind Gründe, die sich hören lassen. Ich habe eine andere Auffassung vertreten. Ich bin dann am 9. Februar 1934 einen ganzen Tag unmittelbar von *Himmler*, der die Vernehmung geleitet hat, durch den späteren Obergruppenführer *Müller*, auch über die Fragen vernommen worden. Ich habe damals ganz offen erklärt: Ich habe *Held* geraten, den Schießbefehl zu geben, weil ich der Auffassung bin, daß nicht der die Verantwortung trägt, der den Staat verteidigt, sondern der, der ihn angreift. Aber die Gründe *Helds* lassen sich wirklich sehr gut hören von jedermann, es sind Gründe, die jeder anerkennen muß, die man auch draußen anerkennen wird. Deswegen wollte ich hier nicht kleine Auseinandersetzungen in diesem kleinen Flugblatt, sondern ich wollte, daß diese Themen so behandelt werden, daß man nachher sagen kann, das ist ein Versuch der Feststellung historischer Wahrheit.

Ich kann mir, glaube ich, mit gutem Recht sagen, daß ich, wenigstens vor meinem Gewissen, nicht ungerecht gegenüber Herrn *Schäffer* war. Bestimmt, da und dort mußte ich Entscheidungen treffen, die ihn benachteiligt haben. Ich habe mich aber dazu verpflichtet gefühlt, gerade um das Interesse der Union zu wahren, um zu helfen, daß die Union sich aufbauen kann. Auch da trete ich Herrn *Schäffer* immer wieder entgegen, wenn er einen forcierten Aufbau verlangt. Auch in den heutigen Beschlüssen und Anträgen muß ich ihm entgegentreten. Sie haben gestern gehört, es fanden rein im ersten Moment Bestellungen statt durch Leute, die nicht aus allen Gruppierungen genommen waren, die in der Union zusammengekommen sind. Warum denn durchaus so eilig? Fassen wir doch diese Leute zusammen - heute haben wir sie größtenteils zusammen, aber *Krempl* sagt selbst, unsere Organisation ist noch nicht so weit -, fassen wir doch die Leute zusammen und bauen eine Organisation bis in die Bezirke richtig durch und kontrollieren, daß uns kein Vorwurf gemacht werden kann! Ich habe ja so viele Beschwerdeschreiben, auch von konfessioneller Seite, nicht nur von Bauernbundseite. Schaffen wir dann eine wirklich stoßkräftige Organisation! Keine taktischen Kompromißgeschichten in diesem Punkt! Da muß klar und eindeutig gearbeitet werden. Da müßte ein objektiver Dritter, der das ganze bewacht, wirklich kontrollieren können, daß wir demokratisch aufbauen.

(Zuruf: Die Amerikaner!)

Da darf ich Ihnen eines sagen: Glauben Sie nicht, daß die Militärregierung, als ich gestern den Antrag eingereicht habe, nicht auch die Frage überprüft hat? Es ging sogar soweit, daß, wie mir vor einigen Wochen schon von Parteifreundesseite, aber auch von dritter Seite - damals wurde mir eine Regierungsstelle genannt - erklärt wurde, gegen mich geschossen worden war, weil ich eine Parteidiktatur durchführen würde, weil ich es bisher noch nicht zur Wahl der Vorstandschaft kommen ließ.

Meine lieben Parteifreunde! Warum habe ich es bisher noch nicht zur Wahl kommen lassen? - Es ist übrigens falsch gesagt, man hätte die Wahl erzwingen müssen. - Ich habe es noch nicht zur Wahl kommen lassen, weil wir alle uns jeweils im vorläufigen Landesausschuß darüber klar waren, mit Ausnahme der vorhin erwähnten Minderheit. Infolgedessen kam es nicht darauf an, jetzt zu forcieren. Ich habe es aber auch deswegen noch nicht dazu kommen lassen, weil wir organisatorisch noch nicht soweit sind.

Ein weiterer Grund ist der, daß ich der Auffassung bin, es sollten jetzt draußen keine Kraftproben bei den Wahlen noch um andere Posten stattfinden.

(Sehr gut!)

Denken wir doch daran, jetzt haben wir den 31. Am Ende des kommenden Monats wählen wir, im folgenden Monat wählen wir in den größeren Städten. Dann streiten wir um alle Posten miteinander herum. Denn so, wie es bis jetzt war, mußten Sie diese Kräche erwarten, wenn es um mehr Posten geht, leider Gottes.
Infolgedessen war und bleibt mein Vorschlag an Sie: Wählen Sie zunächst den Vorsitzenden, ganz gleich wen, oder bestätigen Sie ihn oder was Sie machen wollen, es ist ganz gleichgültig, was Sie machen, es handelt sich dabei nicht um persönliche Dinge, aber wählen Sie jemand, der im Moment noch durchhält. Ich muß es wirklich nicht sein, Sie können jeden nehmen, den Sie wollen, aber dann, bitte, jemand, von dem man Gewähr hat, daß er wirklich die mittlere Linie der Union vertritt, wenn ich mich so ausdrücken darf.

(Sehr gut!)

Dann kommt dazu: Wenn Sie wählen, wählen Sie nicht einen - das sage ich jetzt ganz ruhig -, der bei zwei Parteien ist, nämlich bei der Union und bei der Königspartei.

(Sehr gut!)

Es müssen daraus Konflikte entstehen. Die Königspartei hat sich bis heute noch nicht entschieden, ob sie Kandidaten aufstellt oder nicht. Solange nicht entschieden ist, ob es sich bei der Königspartei um eine Partei oder einen Verein handelt - der Name spricht für die erstere Lösung -, solange können wir nicht dulden, daß führende Leute von uns gleichzeitig in der Königspartei sind und bei maßgeblichen Willensbildungen mitwirken. Das ist nach dem Anstandsprinzip unmöglich.

(Sehr richtig!)

Aber dann bitte ich Sie weiter: Wählen Sie oder billigen Sie den Arbeitsausschuß, den wir vorgeschlagen haben, bestehend aus den Mitgliedern der Regierung, dem vorläufigen Landesausschuß, also den elf Leuten, die jetzt noch beisammen sind - zum Teil sind es verschiedene Gruppen, es handelt sich um bestenfalls acht oder neun und den Delegierten von Ihnen. Aus diesem Arbeitsausschuß heraus kann dann gearbeitet, können Vorstandswahlen vorbereitet werden, sonst bekommen Sie jetzt nur eine Verzettelung und taktische Manöver. Damit bekommen Sie dann etwas Organisches. Sie können selbst bei der Auswahl der Persönlichkeiten auf die Willensbildung einwirken. Ich habe bisher - das sage ich ganz ehrlich, ich spiele sehr offen - die Taktik verfolgt, daß ich bewußt Franken stark gestellt habe, weil [sich] hier nicht nur die Union im Kampf mit den anderen nach außen entscheidet, sondern auch deshalb, weil ich den Eindruck gehabt habe, daß die Union sich angesichts des Zusammengehens der beiden Konfessionen, der beiden Kräfte, am ehesten festigt und keine Einseitigkeit herauskommt.
Ich bin dann so vorgegangen, daß ich die schwäbischen Freunde besucht und mich mit Ihnen besprochen habe. Ich habe mich gefreut, daß dort das Zusammengehen genauso gut gelungen ist, nachdem man auch im Anfang gewisse Dissonanzen hatte. Aber mit einer Selbstverständlichkeit sondersgleichen sind die konfessionellen und die sonstigen Fragen, auch die Personenfragen behandelt worden. Mit der Oberpfalz habe ich ähnliches durchzuführen versucht. Ich hoffe, daß man dort auch soweit kommt, auch wenn da und dort Zuckungen vorhanden sind. Das ist bei einer neuen Gruppierung immer der Fall. Da wird man zusammenhelfen und darüber hinwegkommen. Ehrlich gesagt, weil drunten gewisse Schwierigkeiten da waren, habe ich

versucht, dort etwas abzukapseln, damit die Kämpfe, die zwischen uns ausgetragen werden, nicht die ganze Union in Bayern zerhauen.

(Bravo!)

Da muß sich eben zeigen: Raufen wir uns im Münchner und im oberbayerischen Bereich zusammen oder gelingt es nicht. Aber die Union wird jetzt nicht mehr zerschlagen.

(Stürmischer Beifall.)

Dann bitte ich Sie noch um eins, damit die Union stark bleibt. Sie wissen, daß nicht nur die Personenfrage in puncto Konfession usw. eine Gefährdung bringen kann, auch die ständischen Interessen können eine Gefährdung bedeuten. Wenn Sie heute Ihren Vorstand nach dem Vorschlag Niederbayerns zu dem bestimmenden Gremium mit einem Primus inter pares zusammensetzen, bitte, nehmen Sie dann die Titel von allen miteinander Doktor, Doktor, Doktor, Doktor.

(Heiterkeit. - Sehr richtig!)

So kann man nicht vorgehen, meine lieben Freunde. Wenn schon, wenn wir eine Vorstandschaft nehmen, müssen die Konfessionen, aber auch die ständischen Interessen berücksichtigt werden. Denn bekanntlich, rein persönlich gesehen, platzt dann etwas sehr gerne, ohne daß grundsätzliche Differenzen da sind.

(Heiterkeit. - Zuruf Dr. *Falkner*: Da ist Niederbayern vorbildlich!)

Ich möchte auch bei der Verteilung der ständischen Fragen und Interessen nicht einseitig, auch nicht einseitig ständisch vorgehen, das sage ich den Vertretern der Stände ehrlich, weil wir sonst auch in dieser Hinsicht eine zu starre Partei bekommen könnten. Deshalb habe ich vorgeschlagen, daß wir die Statuten wirklich langsam und überlegt entwickeln.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Langsam und überlegt, daß es jeder lesen kann. - Heiterkeit!)

Dann muß - genauso wie beim Programm - Vorarbeit durch die Ausschüsse geliefert werden. Die Ausschüsse müssen sich darüber klar werden.
Dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich bewußt, daß die Ausschüsse als das Element eingebaut werden, das immer den dynamischen Impuls gibt. Wenn Sie die ständischen Interessen nehmen, können gewisse Zufälligkeiten mitwirken. Es wird dabei ein gewisser und vielleicht guter Konservatismus mit hineinkommen, gerade in dem ländlichen Bayern. Aber denken Sie nur einmal an die ganzen Flüchtlinge, die wir jetzt haben. Wir bekommen zuviel Dynamik durch eine zu große proletarische Masse herein. Da dürfen wir nicht nur ländlich und konservativ denken, da gehört ein gewisser Impuls dazu. Den kann ich nicht allein hineinbringen. Auch wenn Sie mir das größte Vertrauen schenken, wäre das unmöglich. Da gehören soundso viele Menschen, die besten Leute aus der Union dazu. Deshalb damals der Vorschlag, daß wir die Ausschüsse so aufbauen, daß sie ihrerseits wieder organisch wachsen und nach gewisser Zeit wieder ihre Vorsitzenden wählen, nicht damit sie nur ein Programm diskutieren, sondern auch deswegen, weil sie dann ihrerseits im organischen Aufbau der Partei mitwirken sollen. Wenn ich mich so ausdrücken darf: Ich möchte nicht nur einen horizontalen, sondern gleichzeitig einen vertikalen Aufbau der Partei, nicht nur territorial nach den Bezirken, sondern gleichzeitig so, daß die Ausschüsse ihrerseits in einer gewissen von Ihnen zu bestimmenden Relation Vertre-

ter in den Landesausschuß und in die Landesversammlung schicken können. Auf diese Weise werden wir verhindern, daß wir nachher starr werden. Dann kommt, wenn wirklich bei den territorialen Gesichtspunkten Fehler gemacht werden sollten, aus den Ausschüssen hoffentlich ein frischer Impuls heraus. Es wird dann nur darauf ankommen, daß die Ausschüsse wirklich so zusammengesetzt sind, daß alle Strömungen Platz greifen. Wir haben heute sowohl konservative Elemente wie - das kann man ruhig sagen - Sozialisten in der Union. Wir werden vielleicht noch mehr bekommen,

(Zuruf: Gut, in Ordnung!)

gerade, wenn links Splitterungen kommen. Das muß berücksichtigt werden, das ist auch zum Teil unsere Aufgabe, diese Menschen aufzufangen,

(Sehr richtig!)

die Kräfte zu absorbieren. Wir müssen durch Evolution die Revolution verhindern.

(Sehr gut!)

Deswegen muß das Ganze organisch bis ins letzte durchentwickelt werden.

(Sehr richtig!)

So sind Ihre Aufgabenstellungen im Aufbau der Parteiorganisation, im Aufbau der Ausschüsse, in allen Fragen von wichtiger Entscheidung. Wenn wir jetzt am Anfang Konstruktionsfehler machen, können sich diese für dauernd rächen.

(Sehr richtig!)

Wir wollen aber jetzt den Bau so aufrichten, daß er hält, daß wir eine Union bekommen, die wirklich Standkraft hat im Innern und dann nach außen.

(Stürmischer, anhaltender Beifall!)

Es liegen ungefähr 15 Wortmeldungen vor.
Nerreter hat Antrag auf Schluß der Debatte gestellt.
Sodann haben wir über den Antrag Oberfranken auf Bestätigung des Unionsvorsitzenden abzustimmen.
Ich bitte jetzt um Diskussion über den Antrag auf Schluß der Debatte. Herr *Nerreter* begründet.
Dr. *Nerreter*: Meine Freunde! Der gestrige Nachmittag war eine verkorkste Sache; es wurde allgemein so empfunden. Ich will das nicht im einzelnen begründen, Schwamm drüber!
Der heutige Vormittag war ein Erlebnis, wenigstens für mich. Ich habe es dankbar begrüßt, daß die beiden führenden Persönlichkeiten der Christlich-Sozialen Union, um deren Namen sozusagen die Bamberger Tagung schwingt, in einer klaren und offenen Aussprache Gelegenheit hatten, die Ziele ihrer Politik und ihre Aspekte uns darzulegen. Eine gute Rede kriegt ja, wie unser großer oberbayerischer Landsmann *Ludwig Thoma* sagt, leicht Junge. Und es müssen zwei sehr gute Reden gewesen sein, denn sie haben nicht weniger als 15 bis 20 Wortmeldungen zur Folge gehabt.

(Heiterkeit.)

Wir sind aber nicht in der Lage, die Gedanken jedes einzelnen von uns dazu noch zu hören. Dann müßten wir wahrscheinlich die Tagung mindestens über eine Woche erstrecken. Das, worum es sich für uns handeln muß, ist klar: Wir müssen mit einer klaren und eindeutigen Entscheidung jetzt wieder heimfahren. Denn wir werden von

Freunden und auch von Außenstehenden gefragt: Was habt Ihr in Bamberg gemacht? Dann müssen wir Rede und Antwort stehen können.
Ich greife den Antrag von Oberfranken auf, daß wir jetzt zur Wahl des Vorsitzenden Stellung nehmen und diese Wahl vollziehen, denn wir brauchen für die nächste Zeit eine stabile Führung und Leitung der Christlich-Sozialen Union solange, bis es möglich sein wird, ohne gewaltsame Herbeiführung der Landestagung diese Landestagung wirklich stattfinden zu lassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Hundhammer* hat das Wort zum Antrag auf Schluß der Debatte.
Dr. *Hundhammer*: Ich habe mich jetzt, seit die Tagung läuft, dreimal zur Diskussion, zur Sache gemeldet, gestern zweimal, heute, bevor die beiden Herren gesprochen haben, zum drittenmal. Gestern wurde beide Male, bevor die Möglichkeit zur Stellungnahme bestanden hat, auf Anregung des Vorsitzenden Schluß der Debatte beschlossen. Es ist jetzt der dritte Fall, in dem eine Wortmeldung vorliegt und in dem wieder der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt ist, bevor ich Stellung nehmen kann. Nachdem mein Name in der Diskussion und in den Ausführungen wiederholt gefallen ist und auch sachliche Fragen vorliegen, die mich veranlassen, Stellung zu nehmen, bitte ich, mir Gelegenheit zu geben, zu sprechen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich dazu eines sagen! Ich muß erklären: Nicht durch mich angeregt wurde Schluß der Debatte beschlossen, sondern es kam jeweils der Antrag - das kann ohne weiteres festgestellt werden -, und entsprechend dem Antrag ist beschlossen worden.
Strauß: Meines Erachtens kann diese Debatte nicht beschlossen werden, bevor nicht ein Antrag eingebracht wird, und der entspricht der gesunden Vernunft, daß in der Zukunft in der Öffentlichkeit die privaten Streitigkeiten, sei es in Zeitungen, sei es in öffentlichen Versammlungen nicht mehr erwähnt werden dürfen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich bitte nicht nur darum, ich möchte sagen, ich fordere und, wenn ich die Macht hätte - ich habe sie nicht und will sie nicht haben -, würde ich es befehlen, daß beide Teile sich verpflichten und ihr Ehrenwort geben, daß von nun an der Name der Union nicht mehr durch Ausgraben von Stenogrammen, durch gegenseitiges Hin- und Hergerede, Zitierung von Archiven und längst verflossenen Dingen in den Dreck gezogen wird. ...

(Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Strauß*, darf ich um eines bitten, wir reden zum Antrag auf Schluß der Debatte. Wir können diese Frage nachher noch erörtern. Am Nachmittag können wir uns meinetwegen noch soundso lange unterhalten, aber die Leute müssen um 15 Uhr weg. Da können wir jetzt keine langen Reden halten. Ich dachte, Sie würden zum Antrag auf Schluß der Debatte sprechen.
Strauß: Ich stelle nur noch den Antrag, daß die zwei oder drei Teile sich verpflichten, darüber nicht mehr in der Öffentlichkeit zu sprechen und zu schreiben, und daß sie sich heute zur Versöhnung die Hand reichen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Horlacher* zum Antrag auf Schluß der Debatte.

Dr. *Horlacher*: Meine Herren, ich würde dringend bitten, den Antrag auf Schluß der Debatte anzunehmen. Ich hätte genauso gut das Bedürfnis zu reden wie Dr. *Hundhammer*, vielleicht noch mehr.

(Zurufe.)

Ich stelle das zurück und behalte mir vor, über die Coburger Rede heute nachmittag noch zu sprechen. Ich glaube, wir sind uns über die Verhältnisse im Großen und Ganzen im klaren. Wir haben die beiden Referate gehört. Wir sind nicht dazu da, einzelne Geschichten zu behandeln, die interessieren bei der großen politischen Lage nicht. Wir sind dazu da, eine politische Linie für die Union aufzuzeigen. Und da, glaube ich, kann ich ruhig aussprechen: Was der Herr Vorsitzende ausgesprochen hat, das verdient unser vollstes Vertrauen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist nicht nur zum Antrag auf Schluß der Debatte gesprochen worden.
Will noch jemand zu dem Antrag auf Schluß der Debatte sprechen?
Schäffer: Ich hätte selbstverständlich Anlaß, auf manche Bemerkungen aus dem Referat einzugehen. Wenn ich darauf verzichte, tue ich es unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß ich die Sachschilderung nicht im Ganzen anerkennen kann.
Ein Teilnehmer: Ich möchte beantragen: Wir beschließen die Debatte und gehen so auseinander, daß wir draußen in der Öffentlichkeit sagen können, wir haben die große Linie gefunden, die sich in den Worten des Vorsitzenden gezeichnet hat.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich lasse zum Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen. Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Vier sind dagegen.
Damit ist die Debatte geschlossen.

(Bravo!)

Wir kommen dann zu den Anträgen. Es liegen jetzt folgende Anträge vor:
Oberfranken stellt den Antrag, die Wahl des Landesvorsitzenden sofort vorzunehmen. Das ist der Antrag Dr. *Barth*.
Dr. *Arnold* stellt den Antrag auf Schluß der Debatte und Antrag auf Vertrauensentscheid für den Vorsitzenden.
Ein Antrag *Nerreter* ist dasselbe.
Jetzt bitte ich, darüber zu beschließen, daß ich unter Abänderung der Tagesordnung - ich muß es so machen und werde selbstverständlich nachher den Vorsitz übergeben - jetzt den Antrag wegen Bestätigung oder Wahl des Landesvorsitzenden vornehme.

(Zuruf: Vorschlag: Fünf Minuten Pause! - Gegenrufe: Nein!)

Darf ich Ihre Zustimmung annehmen, daß jetzt dieses Thema vorgenommen wird?

(Zurufe: Jawohl!)

Ich gebe nur den Antrag bekannt und bitte, Ihrerseits dann jemand zu benennen, der den Vorsitz führt.
Es liegt dazu noch der Antrag des vorläufigen Landesausschusses Ziffer 2. vor:

> Dr. *Josef Müller* wird in Bestätigung des Beschlusses des vorläufigen Landesausschusses vom 17. Dezember 1945 durch den erweiterten Landesausschuß als Landesvorsitzender bestätigt.

Dann haben wir noch den Antrag des vorläufigen Landesausschusses Ziffer 3.:

> Zur Unterstützung des Landesvorsitzenden bis zum Zusammentritt der Landesversammlung wird ein Arbeitsausschuß bestellt, bestehend aus den bisherigen Mitgliedern des vorläufigen Landesausschusses, den Kabinettsmitgliedern der Union und je einem von den Bezirksverbänden benannten Vertreter.

Ich darf Ihre Zustimmung annehmen, daß die beiden Anträge getrennt behandelt werden.
Für die Behandlung des ersten Antrags bitte ich Sie, Ihrerseits einen Herrn zu bestimmen, der jetzt den Vorsitz übernimmt.

(Zurufe: *Barth* (Coburg), *von Prittwitz-Gaffron.*)

Prittwitz-Gaffron ist nicht Delegierter.

(Zuruf: Staatssekretär *Pfeiffer*! - Zuruf: Ich bin nicht lange genug da!)

Barth (Coburg) ist der Vorsitzende des einladenden Bezirks. Infolgedessen schlage ich vor, den Vorschlag anzunehmen.

(Zuruf: *Krehle*!)

Wollen wir nicht wegen Äußerlichkeiten wieder in Konflikte kommen.
Es stehen also vorgeschlagen: *Barth* (Coburg), Staatssekretär *Pfeiffer*, Staatssekretär *Krehle*.
Wollen wir darüber abstimmen? Dann müssen wir jetzt schon wieder schriftlich abstimmen.

(Zurufe: *Barth* (Coburg)!)

Ich könnte - weil die Militärregierung ja in all diesen Fällen, wo es von Bedeutung sei, schriftliche Abstimmung vorsieht - von schriftlicher Abstimmung nur absehen, wenn Einstimmigkeit herrscht.
Dann darf ich abstimmen. *Anton Pfeiffer* hat selbst erklärt, er komme nicht in Betracht, *Krehle* auch nicht. Dann steht nur der Vorschlag *Barth* (Coburg).
Wer ist dagegen, daß *Barth* (Coburg) jetzt zur Behandlung dieser Frage den Vorsitz übernimmt?
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Angenommen.
Ich bitte Dr. *Barth* (Coburg), den Vorsitz zu übernehmen.
Dr. *Barth* (Coburg) als Vorsitzender: Meine Damen und Herren, die Anträge, die wir jetzt beraten, sind Ihnen bekannt. Herr Staatssekretär *Schäffer* hat das Wort.
Schäffer: Ich wollte zu den Anträgen zunächst eine Erklärung abgeben.
Herr *Strauß* hat vorhin gewünscht, daß die verschiedenen Personen eine Erklärung abgeben, daß sie loyal zum Wohle der Union arbeiten und sich jeden öffentlichen Angriffs auf eine Partei oder eine Parteigruppe enthalten wollen.
Ich darf für mich persönlich in Anspruch nehmen, daß ich glaube, nicht den Vorwurf zu verdienen, das je getan zu haben, gebe aber die feierliche Erklärung ab, daß ich mich an diese alte Linie immer halten will und daß von mir aus gegen einen Parteifreund in der Öffentlichkeit nie ein Angriff erfolgen wird.

(Lebhafter Beifall.)

Mein Weg ist der, daß ich den zuständigen Parteiinstanzen meine sachliche Meinung vortrage, unter Umständen auch persönliche Themen bespreche, wenn ich es für notwendig halte, aber nur im geschlossenen Zirkel der Parteiinstanz.
Von diesem Gesichtspunkt aus darf ich einmal bitten, jetzt meine Stellungnahme zu den verschiedenen Anträgen zu verstehen.
Ich habe im Namen des Kreisverbands oder Bezirksverbands München-Stadt zunächst den Antrag auf Einberufung einer Landesversammlung zum 5. Mai 1946 in München gestellt.
Liebe Freunde, ich kann nicht anders, als zu erklären, daß diesem Antrag bereits zwei Kreisverbände, Oberbayern und Niederbayern, beigetreten sind, und daß damit nach meiner Überzeugung dem Antrag ohne Abstimmung stattgegeben werden muß.
Ich bitte, diese Erklärung zu Protokoll zu nehmen.
Was die Frage des Landesvorstands betrifft, so hätte ich dringend gewünscht - und darauf war meine Rede abgestellt -, daß wir hier in diesem Saal, in dem sogar ein Kreuz vorhanden ist, die Möglichkeit gehabt hätten, uns die Hände zu reichen und zu sagen: Wir arbeiten beide gemeinsam zum Wohle der Union.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich hätte das gewünscht, aber, meine Damen und Herren, ich bitte es mir nicht übel zu nehmen, wenn ich in keiner Situation eine Unwahrheit aussprechen will. Ich habe schon betont, daß ich nicht die Überzeugung haben kann, daß eine Wiederwahl oder eine Bestätigung unseres Dr. *Müller* in meinem Kreisverband verstanden wird.

(Zuruf: Macht nichts! - Hört, hört! - Zuruf: Spielt ja keine Rolle!)

Bitte, ich habe gebeten, wir möchten uns heute auf eine feste Konzeption einigen. Ich habe angeregt, daß wir beide - Dr. *Müller* hat das in seiner Rede auch zum Ausdruck gebracht - sagen wir, um es nicht als Obsiegen irgendeiner Richtung erscheinen zu lassen, uns für die Zeit bis zur nächsten Landesversammlung aus der Vorstandschaft zurückziehen.

(Lebhafte Zurufe! - Zuruf Dr. *Horlacher*: Ist unerhört, ich [sic!] unmöglich! - Zuruf: Schluß der Debatte!)

Dr. *Barth* als Vorsitzender: Bitte fassen Sie sich kurz.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Heute nachmittag kann das erörtert werden, aber nicht jetzt!)

Schäffer: Ich habe meine Erklärung abgegeben!

(Zuruf: Mehr als die Erklärung!)

Dr. *Barth* als Vorsitzender: Schluß der Debatte.
Es wird der Antrag zur Abstimmung gestellt.
Schäffer: Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich diesen Antrag, unterstützt von Ober- und Niederbayern, aufrechterhalte.
Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung möchte ich bemerken: Diese Äußerungen von Herrn *Schäffer* waren außerhalb nach Schluß der Debatte. Schluß der Debatte ist angenommen. Es ist uns unmöglich, zu diesem Gesichtspunkt jetzt Stellung zu nehmen. Wir haben jetzt über die Wahl abzustimmen. Die anderen Fragen werden wir heute nachmittag noch behandeln. Das sind so weitreichende Fragen, daß man schon Stellung dazu nehmen muß.

Dr. *Barth* als Vorsitzender: Ich stelle zur Abstimmung den Antrag des vorläufigen Landesausschusses:

> Dr. *Josef Müller* wird in Bestätigung des Beschlusses des vorläufigen Landesausschusses vom 17. Dezember 1945 durch den erweiterten Landesausschuß als Landesvorsitzender bestätigt.

Wir schreiten zur Abstimmung.

(Unruhe. - Zurufe: Ja oder Nein?)

Wer für Dr. *Müller* ist, stimmt mit Ja, im anderen Falle mit Nein.
Schriftführer: Ich verlese die stimmberechtigten Vertreter: -
Dr. *Müller*: Darf ich vorher kurz eingreifen, aber es muß ordnungsmäßig durchgeführt werden.
Ich bitte, wie gestern, Herrn *Holzmann* mit noch zwei Herren zu bestellen, daß sie die ganze Wahl beaufsichtigen und durchführen lassen. Ich würde aber bitten, daß in diesem Falle die Stimmzettel getrennt eingesammelt werden.
Es muß mit Namen abgestimmt werden.

(Zuruf: Muß mit Namen abgestimmt werden?)

Dr. *Barth* als Vorsitzender: Wenn Sie Dr. *Müller* wählen, schreiben Sie seinen Namen darauf.

(Widerspruch. - Zurufe: Nein!)

Gut, ich lasse mich belehren.
Also: Ja oder Nein.
Ich lese den Antrag noch einmal vor:

> Dr. *Josef Müller* wird in Bestätigung des Beschlusses des vorläufigen Landesausschusses vom 17. Dezember 1945 durch den erweiterten Landesausschuß als Landesvorsitzender bestätigt.

Daraus ergibt sich: Ja oder Nein.

(Lebhafte Zurufe! - Zuruf Dr. *Nerreter*: Zur Geschäftsordnung! Nachdem nur ein Kandidat zur Wahl steht, genügt es doch vollkommen, wenn wir Ja oder Nein stimmen!)

Dr. *Lacherbauer*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dr. *Müller* ist Landesvorsitzender. Solange Dr. *Müller* Landesvorsitzender ist, kann die Frage, ob gewählt oder nicht gewählt wird, überhaupt nicht debattiert werden. Dr. *Müller* hat die Vertrauensfrage gestellt, und die ist mit Ja oder Nein zu beantworten.
Dr. *Barth* als Vorsitzender: Damit ich klarlege: Es handelt sich nicht um ein Vertrauensvotum, sondern um eine Wiederwahl zur Person.
Dr. *Lacherbauer*: Nein, wir haben nichts zu wählen, es ist kein vakanter Posten da.
Dr. *Baumgartner* (Dr. *Horlacher*?): Herr Dr. *Barth*! Was Dr. *Lacherbauer* sagt, ist nicht ganz richtig. Dr. *Müller* ist gegenwärtig vorläufiger Landesvorsitzender. Wir wollen doch entscheiden, ob er zum Landesvorsitzenden bestätigt wird oder nicht.
Das ist etwas anderes, als wenn er als vorläufiger Vorsitzender anerkannt wird oder nicht.
Ich bitte, das klarzustellen.
Dr. *Lacherbauer*: Die Ausführungen von Dr. *Baumgartner* veranlassen mich zu grundsätzlichen Erwägungen.

Nur die Landesversammlung kann den definitiven Landesvorsitzenden wählen. Hier ist der erweiterte Landesausschuß, der diese Funktion überhaupt nicht ausüben kann. Es kann also nur um die Frage gehen - und wir haben es in München so besprochen und sind uns darüber einig gewesen: Dr. *Müller* stellt die Vertrauensfrage, und die hat diese Formulierung:
Ich bitte, diese Formulierung noch einmal genau anzuhören, dann werden Sie sich bestimmt auf meinen Standpunkt stellen können.
Dr. *Horlacher*: So liegen die Dinge nicht ganz.

(Zuruf.)

- Ich bitte, mir das Wort zu lassen, ich weiß genau, was ich will, Herr Dr. *Lacherbauer*. Lassen Sie mich zuerst reden. Ich bin selbst 58 Jahre alt, im politischen Leben gestanden und weiß, was ich zu sagen habe.
Es handelt sich darum, daß eine Formulierung der Militärregierung vorliegt. Die Militärregierung steht auf dem Standpunkt, daß die Herren darüber abzustimmen haben, ob das Gremium gesetzmäßig ist oder nicht. Das ist gestern durch geheime Abstimmung erledigt worden.
Die Militärregierung steht weiter auf dem Standpunkt, daß ein Vorsitzender zu wählen ist, bis eine ordnungsgemäße Landesversammlung später einmal möglich ist. Die Militärregierung sieht selbst ein, daß eine solche nach dem Gang der Dinge noch nicht möglich ist, die Militärregierung wünscht aber, daß die Union legal arbeitet und daß der Vorwurf der Illegalität gegen den Vorsitzenden nicht mehr erhoben werden kann. Deswegen muß der Vorsitzende gewählt werden. Nachdem nur *ein* Wahlvorschlag vorliegt - Dr. *Müller* -, wird das jetzt im Protokoll aufgenommen, und wir werden über die Person des Dr. *Müller* mit Ja oder Nein abstimmen.
Dr. *Müller*: Ich muß etwas berichtigen, ich würde mich sonst nicht zum Wort gemeldet haben.
Es ist nicht richtig, wenn erklärt wird, die Militärregierung wünscht.
Die Militärregierung hat die Auffassung, daß wir eine freie demokratische Wahl haben. Es handelt sich um folgendes: Weil die Legalität bestritten wurde, soll klargelegt werden, daß wir legal vorgehen, wenn wir eine Beschlußfassung vornehmen. Ich habe deshalb die Anträge des vorläufigen Landesausschusses der Militärregierung vorgelegt. Diese hat ihrerseits die Bestätigung ausgesprochen. Diese geht dahin, daß Sie berechtigt sind, unter Abänderung der Statuten mit einfacher Majorität diese Beschlüsse zu fassen.
So ist das Verhältnis. Das ist also kein Einmischen, das würde vollkommen falsch sein. Aber der Einwand *Lacherbauer* ist demnach in diesem Falle nicht aufrechtzuhalten. Sie können ohne weiteres hier die Statuten abändern, deswegen, weil der erweiterte Landesausschuß damals die Statuten beschlossen hat und sie ohne weiteres abändern kann, solange, bis eine Landesversammlung ihrerseits als das erweiterte Gremium Statuten beschließt. Nachher kann natürlich ein Landesausschuß Statuten nicht mehr abändern.
Solange aber kann der erweiterte Landesausschuß aufgrund dieser Genehmigung mit einfacher Majorität die Statuten abändern.

(Zuruf: Ich bitte, jetzt die Wahl durchzuführen und nicht durch weitere Diskussionen die Wahl hinauszuschieben.)

Dr. *Barth* als Vorsitzender: Wir schreiten zur Durchführung der Wahl.
(Die Abstimmung wird durchgeführt. Die Stimmzettel werden jeweils bei Aufruf des

Namens der einzelnen Stimmberechtigten eingesammelt. - Bei Aufruf des Dr. *Müller* erklärt dieser: Ich beteilige mich nicht an der Abstimmung.)
Ich schlage vor, daß, wie gestern, wiederum zwei Delegierte und zwei Gäste die Zählung durchführen. Ich bitte Herrn *Holzmann*, Herrn *Ammann*, Dr. *von Katzler* und Dr. *Gerathewohl*.
Meine Damen und Herren! Während der Zählung stelle ich den zweiten Punkt, den Antrag des vorläufigen Landesausschusses unter Ziffer 3. zur Wahl:

> Zur Unterstützung des Landesvorsitzenden bis zum Zusammentritt der Landesversammlung wird ein Arbeitsausschuß bestellt, bestehend aus den bisherigen Mitgliedern des vorläufigen Landesausschusses, den Kabinettsmitgliedern der Union und je einem von den Bezirksverbänden benannten Vertreter.

Ich bitte, auch über diesen Antrag mit Ja, wenn die Zustimmung vorliegt, und mit Nein, wenn die Ablehnung vorliegt, abzustimmen.
(Die Abstimmung wird durchgeführt. Die Stimmzettel werden jeweils bei Aufruf des Namens der einzelnen Stimmberechtigten eingesammelt.)
Das Ergebnis der Abstimmung zu dem ersten Punkt, Wahl des Landesvorsitzenden:

> Es wurden abgegeben: 59 Stimmen, davon 41 mit Ja,
>
> (Beifall.)
>
> 17 mit Nein, eine Stimme ist ungültig.

Während der Auszählung zu Punkt 2 kann ich den dritten Punkt, der zur Entscheidung gestellt wird, den Antrag des vorläufigen Landesausschusses unter Ziffer 4 zur Abstimmung stellen:

> Der bisherige erweiterte Landesausschuß tagt in Zukunft bis zur Bestellung eines Landesausschusses durch die Landesversammlung als der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union.

Das ist also die dritte Wahl, die wieder mit Ja oder Nein zu entscheiden ist.
(Die Abstimmung wird durchgeführt. Die Stimmzettel werden jeweils bei Aufruf des Namens der einzelnen Stimmberechtigten eingesammelt.)
Das Ergebnis der Abstimmung zum Punkt 2 hat folgendes Aussehen:

> Es wurden abgegeben: 60 Stimmen, davon 46 mit Ja und 14 mit Nein.

Punkt 2 ist also ebenfalls angenommen worden.
Der dritte Antrag:

> Es wurden ebenfalls abgegeben: 60 Stimmen, davon 46 mit Ja und 14 mit Nein.

Auch dieser Antrag ist dementsprechend angenommen.
Herr Dr. *Müller*! Sie haben eben das Ergebnis dieser dreifachen Abstimmung gehört. Ich freue mich, Sie in Ihrem verantwortungsvollen Amt, das Sie bisher als unser Landesvorsitzender schon innegehabt haben, bestätigt zu wissen.

(Lebhafter Beifall. - Dr. *Müller* übernimmt wieder den Vorsitz.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir bezeigt haben.

Ich verspreche Ihnen, ich werde mich bemühen, das Beste zu tun, was in menschlichen Kräften steht.

(Bravo!)

Ich will nicht nur das Beste tun, was in meinen Kräften steht, um wirklich die Union durchzusetzen als die Union aller draußen, aller, die sich um das Programm, um die Gruppierung sammeln wollen, sondern auch als eine wirkliche Union im Innern.
Ich bitte jetzt ehrlich und offen auch diejenigen, die mir ihre Stimme nicht gegeben haben, doch vertrauensvoll mit mir zusammenzuarbeiten. Wir wollen immer daran denken, daß es sich doch um das Größere handelt, nämlich darum, unsere christliche Weltanschauung durchzusetzen und nicht nur ein christliches, soziales Parteigebilde, sondern auch ein christliches, soziales Volk zu schaffen.

(Zustimmung.)

Wir wollen nicht viel Worte verlieren. Ich danke Ihnen und bitte Sie alle um Ihre Mitarbeit, um die Zusammenarbeit, jetzt vor allem, wo es gilt, draußen zu arbeiten. Ich bitte aber auch alle Freunde, die bisher in den Ausschüssen und überall zusammengeholfen haben. Wenn wir zusammenstehen, wird es uns auf alle Fälle gelingen.
Schäffer: Ich möchte nur erklären, daß meine Liebe der Christlich-Sozialen Union gehört und daß ich deshalb loyal meine Kräfte zur Verfügung stelle.

(Stürmischer Beifall.)

Dr. *Hundhammer*: Es ist vorhin davon gesprochen worden, daß es Leute gebe, die beiden Parteien angehören, der Königspartei und der Christlich-Sozialen Union. Aus dem Zusammenhang muß ich entnehmen, daß das auf mich gemünzt ist.
Ich erkläre, daß ich nicht Mitglied der Königspartei bin und von Anfang an, als die versucht haben, nach meiner Rückkehr aus der Gefangenschaft mich zu gewinnen und an führende Stelle zu setzen, erklärt habe: "Nein, ich halte diesen Weg nicht für richtig."

(Lebhafter Beifall.)

Im übrigen hoffe ich, nachdem es mir gestern und heute vormittag nicht möglich war, zu diesen Gedankengängen und Dingen Stellung zu nehmen, meine weiteren Ausführungen noch machen zu können.
Dr. *Falkner*: Es wurde heute vormittag kurz die Sitzung in Plattling erwähnt mit dem Vorwurf, der seinerzeit gegen Sie, Herr Dr. *Müller*, erhoben wurde.
Ich möchte hier erklären, daß Sie persönlich und einige Herren der Vorstandschaft mir den Sachverhalt erklärt haben und daß ich erklärt habe, die Auskunft ist befriedigend. Dementsprechend sind auch die Kreisverbände unterrichtet worden.
Zur Wahl des Landesvorsitzenden: Es ist eine Selbstverständlichkeit für Niederbayern, daß wir Sie als ersten Vorsitzenden anerkennen und loyal mit Ihnen zusammenarbeiten.

(Lebhafter Beifall.)

Dr. *Horlacher*: Meine Herren, ich brauche nicht mehr viel zu sagen. Ich freue mich über die letzten Erklärungen. Es wird auch an unserer Seite liegen, dasselbe zu tun. Ich werde meine Freunde, die bisher geholfen haben, den fortschrittlichen Weg der

Union zu bereiten, ermahnen, alles zurückzustellen, was irgendwie zu persönlichen Differenzen führen könnte.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie nun, nachdem so viel Klarheit geschaffen ist, mir noch in einem zuzustimmen. Wir haben leider noch kein Schiedsgericht, wollen uns aber nachher kurz darüber klar werden, daß wir jetzt dem Herrn Dr. *Hagenauer*, der damit beauftragt ist, eine klare Weisung geben, was das Schiedsgericht darstellen soll. Wir wollen uns dann hier, wenn wir jetzt beisammen sind, verpflichten, bis zur endgültigen Festlegung eines Schiedsgerichts in den Statuten dieses Schiedsgericht für die Schlichtung der Streitigkeiten zwischen uns anzuerkennen.

(Sehr gut!)

Ich schlage Ihnen jetzt konkret vor: Dr. *Hagenauer* (München), Dr. *Weinkamm* - Dr. *Weinkamm* hat, glaube ich, das Schiedsgericht in Schwaben,

(Zuruf: Ja!)

dürfte ich ihn vorschlagen? - und einen dritten Herren, einen Juristen aus Franken. Ich bitte aber, die Leute draußen zu lassen, die in entsprechenden Positionen in der Partei sind, damit wir nicht nachher Konflikte bekommen.

(Zuruf: Dr. *Ankermüller*!)

Also:

1. Dr. *Hagenauer*, Dr. *Weinkamm* und Dr. *Ankermüller* sind das Schiedsgericht der Partei, das bis zur Bildung eines statutenmäßigen Schiedsgerichts durch die Landesversammlung die Differenzen zwischen Parteifreunden der Union zu schlichten hat.
2. Alle versammelten Mitglieder des Landesausschusses - die anderen können wir noch nicht binden - erkennen dieses Schiedsgericht zur Schlichtung der zwischen ihnen bestehenden Differenzen an und unterwerfen sich seinen Schiedssprüchen.
3. Alle Parteifreunde, die sich zur Union bekennen, sind gehalten, in gleicher Weise das Schiedsgericht anzuerkennen und sich den Schiedssprüchen zu unterwerfen.
4. Unterwirft sich ein Parteifreund einem Schiedsspruch des Schiedsgerichts nicht, so wird er von diesem Zeitpunkt an nicht mehr als Mitglied der Christlich-Sozialen Union behandelt.

Ich möchte Punkt 4 so fassen. Wir können dem Schiedsgericht kaum den Ausschluß eines Mitglieds überlassen. Dafür würde die Rechtsbasis fehlen. Ich bitte die Juristen, mit zu überlegen.
Schäffer: Ich würde vorschlagen: Dann wird der Fall den zuständigen Parteiinstanzen zur weiteren Behandlung nach der jeweiligen Satzung hinübergegeben.
Wir müssen unter Umständen einmal Leute - ich denke nicht an bestimmte Personen - ausschließen können, die die Partei schädigen.
Ich würde also sagen: Unterwirft er sich nicht, wird der Fall den zuständigen Parteiinstanzen entsprechend den jeweiligen Satzungsbestimmungen zur weiteren Behandlung hinübergegeben.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich möchte so vorschlagen, daß er trotzdem von da an nicht mehr als Mitglied behandelt wird.
Schäffer: Bis zur Erledigung durch die Parteiinstanzen wird er nicht mehr als Parteimitglied anerkannt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bis zur Erledigung durch die Parteiinstanzen wird er nicht mehr als Mitglied der Union behandelt.
Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Frauen und Herren! Die Sache mit dem Schiedsgericht ist eine sehr schwerwiegende Angelegenheit. Bevor man zu so einer Sache sachlich Stellung nimmt -

(Lachen.)

Lassen Sie mich ruhig reden! Gerade Ihr Verhalten beweist, welche Absichten dahinter stecken.

(Zuruf: Entschuldigen Sie, ich habe nichts gesagt!)

Die Verhältnisse liegen so, daß eine solche Schiedsgerichtsordnung vorher genau festgelegt werden muß. Das kann man nicht im Handumdrehen machen; das muß man sich genau überlegen, welche Gegenstände die Schiedsgerichtsordnung umfassen kann. Sie kann einmal keine Gegenstände umfassen, die vor dem Datum des Erlasses der Schiedsordnung liegen. Das wäre rückwirkende Kraft, das geht nicht.

(Zuruf: Doch! Sonst könnten wir gerade diese früheren Dinge nicht bereinigen.)

Weiter kann die Schiedsgerichtsordnung keine Gegenstände umfassen, die sachliche Auseinandersetzungen innerhalb der Union betreffen. Das ist ganz ausgeschlossen, das würde verhindern, den ideenmäßigen Aufbau der Union weiterzutragen.
Ich würde beantragen, daß diese Schiedsgerichtsordnung einem Ausschuß überwiesen wird, der darüber zu beraten hat und der die Sache dann dem nächsten Landesausschuß vorlegt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Dr. *Horlacher*, darf ich dazu eines sagen: Es ist natürlich klar, und so weit sind wir alle Juristen, daß wir wissen, daß dieser Beschluß keine rückwirkende Kraft hat, denn die rückwirkende Kraft wurde erstmals in Gesetzen durch die Nazis verfügt. Wir werden jedenfalls die normale Rechtsbasis haben.
Es kommt uns aber allen darauf an, daß wir eine Basis dafür bekommen, daß wir wirklich arbeiten können. Deshalb wollen wir durch diesen Beschluß eine Regelung treffen bis zu dem Zeitpunkt, in dem ein gut ausgearbeitetes Schiedsgerichtsverfahren durchgeführt werden kann. Selbstverständlich müssen diese Statuten dann von der Landesversammlung beschlossen werden. Wir brauchen aber eine Übergangsregelung, damit nicht - wie bisher oder, wie wir es gestern erlebt haben oder immer wieder erleben können - irgendwelche Klamaukgeschichten angerichtet werden. Wir wollen nicht einander zwingen, miteinander vor den Kadi zu gehen. Nehmen Sie nur den praktischen Fall von gestern! Es könnte leicht sein, daß mir jemand den Vorwurf macht, daß ich den Verfasser dieses Pamphlets nicht vor den Kadi ziehe. Es muß in Zukunft die Möglichkeit gegeben sein, daß diese Dinge vor das Schiedsgericht kommen und rasch behandelt werden, auch wenn wir noch keine Instanz haben. Wir müssen jetzt eine Regelung finden - ich appelliere an *Horlacher*, der immer sagt, wir wollen nicht stur und paragraphenmäßig sein -, die uns die Möglichkeit gibt, diese Dinge so zu behandeln, daß wir beweglich genug die Zwischenzeit überbrücken.

Wird noch das Wort dazu gewünscht? Ich glaube, diese Vorschläge sind ungefähr vollständig. Oder haben die Juristen noch Vorschläge zur Ergänzung?

(Zuruf: Abstimmen! - Mittagspause!)

Ich darf bitten, rasch zwischenhinein das zu erledigen.

(Zurufe: Es wäre empfehlenswert, noch hineinzusetzen, daß der ordentliche Rechtsweg ausgeschlossen bleibt! - Das geht nicht!)

Das kann man nicht.
Dr. *Nerreter*: Ich möchte zur Frage der rückwirkenden Kraft noch sprechen.
Wenn es sich darum handelt, Herr Staatskommissar *Horlacher*, daß materielle Vorschriften rückwirkende Kraft haben sollen, bin ich dagegen, aber man kann doch prozessuale Vorschriften mit rückwirkender Kraft ausstatten. Ich habe mich vorhin für die rückwirkende Kraft eingesetzt. Da ist mir entgegengehalten worden, daß das nazistisch ist. Was Dr. *Falkner* für sich in Anspruch nimmt, muß ich auch in Anspruch nehmen. Es haben sich jetzt gewisse Streitigkeiten angehäuft. Infolgedessen muß eine Instanz geschaffen werden, die diese Streitigkeiten bereinigt.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Die müssen am heutigen Tage erledigt sein!)

- Nein, meine Herren! Es ist zum Beispiel der Fall vom gestrigen Abend zu bereinigen. Ich habe mich dafür eingesetzt, daß dieser Fall dem Schiedsgericht unterbreitet wird. Wenn Sie sagen, das Schiedsgericht hat keine rückwirkende Kraft, dann könnten Sie diesen Fall von gestern abend, wenn Sie streng logisch denken, dem Schiedsgericht nicht unterbreiten. In prozessualer Hinsicht muß also die rückwirkende Kraft bestehen.
Dr. *Horlacher*: Meine Herren, wir haben uns jetzt zu einer einheitlichen Union vereinigt. Da sollen alle die Geschichten, die vergangen sind, erledigt sein, mit der einen Ausnahme dieses Pamphlets von gestern.
Krempl: Meine Herren! Nachdem heute die Versammlung so schön verlaufen ist und wir mit Befriedigung heimgehen in dem Bewußtsein, es besteht Einigkeit, würde ich bitten, nicht wegen dem Pamphlet noch einen Streit aufzuziehen. Das soll auch begraben sein.

(Zustimmung.)

Die Herren haben sich die Hände gereicht. Damit ist es für uns gar, die Sache ist erledigt. Wir müssen dem Volke draußen sagen können: Die Union ist einig.
Auf zum Kampf!

(Bravo!)

Ein Teilnehmer: Ich möchte in technischer Hinsicht noch vorschlagen, daß die Fälle vor dem Schiedsgericht nicht öffentlich erörtert werden können. Es könnte möglich sein, daß solche Fragen in öffentlicher Diskussion oder schriftlich auftauchen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Auf diese Anregung bitte ich zu ergänzen:

Streitfragen, die beim Schiedsgericht anhängig sind, dürfen bis zur Entscheidung durch das Schiedsgericht nicht in der Öffentlichkeit debattiert werden.

(Sehr richtig!)

Dr. *Horlacher*: Ich bin auch dafür, daß das Pamphlet mit unter den Tisch fällt. Legen wir den ganzen Kram jetzt hinter uns!

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der einzige, der an dem Pamphlet interessiert sein könnte, bin ich. Ich erkläre: Wenn Sie mir in dem Falle zustimmen, ist das Pamphlet für mich erledigt. Ich würde nur darauf eingehen, wenn der Vorwurf erhoben werden könnte, als hätte ich irgend etwas zu verbergen oder zu verheimlichen; sonst kann mich ein solcher Mann nicht beleidigen.

(Zustimmung.)

Ich bitte nun Herrn Dr. *Koenig*, den ganzen Antrag nochmals zu verlesen, damit wir kein Kuddelmuddel bekommen.
Ein Teilnehmer: Ich würde empfehlen, statt "dürfen nicht in der Öffentlichkeit debattiert werden" zu sagen "dürfen der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden". Sonst wird lediglich das Versprechen ausgesprochen, aber das Zugänglichmachen für die Öffentlichkeit würde damit nicht unterbunden.
Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung! Es ist vorgesehen, daß die Herren heute noch einmal übernachten können. Ich schlage vor, daß wir die Sitzung unterbrechen und daß wir uns um 15 Uhr wieder treffen und die Sitzung fortsetzen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich bitten: Wollen wir beisammen bleiben zur Tagung oder wollen Sie zurückfahren? Die Schofföre für München erklären: Wenn nicht um 15.30 Uhr gefahren wird, würde es zu spät werden.
Schäffer: Ich habe damit gerechnet, daß ich heute heimfahren kann. Ich bin beruflich festgelegt, ich muß unbedingt heimfahren. Ich bitte, das nicht als Demonstration zu betrachten. Ich muß heimfahren.
Strauß: Vielleicht kann man einen Omnibus heute heimfahren lassen, den anderen morgen.
Dr. *Falkner*: Ich mache den Vorschlag, daß wir bis 15 Uhr beisammen bleiben,

(Widerspruch.)

weil dann sehr viele wegfahren müssen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde am liebsten auch vorschlagen, daß wir bis 15 Uhr beisammen bleiben und arbeiten und heute lieber auf das Essen verzichten, dafür aber etwas leisten.
Wer ist mit meinem Vorschlag einverstanden, daß die Tagung bis 15 Uhr dauert? - Ich glaube, es ist die große Mehrheit.
Anerkannt. - Wir tagen also bis 15 Uhr. Um 15 Uhr wird Schluß gemacht. Wir machen nun eine Pause von fünf Minuten.

(Nach einigen Minuten Pause wird die Sitzung fortgesetzt.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren, ich bitte Platz zu nehmen. Ich will jetzt die Frage des Schiedsgerichts zur Debatte stellen, bitte aber um kürzeste Debatte. - Wenn die Herrschaften Platz genommen haben, geht die Debatte weiter. Zum Wort hat sich gemeldet Herr Dr. *Pix*. Ich bitte, die Erörterung sachlich, ruhig zu führen, ohne daß wir gleich wieder in Erregung kommen.
Dr. *Pix*: Meine Damen und Herren! Ich bedauere, daß man am Vormittag nicht zu Wort gekommen ist, jetzt ist der halbe Saal leer. Die Angriffe, die gegen mich gerich-

tet worden sind, sind bei vollem Saal vorgetragen worden. Eine Gerechtigkeit kann ich darin nicht erblicken. Ich habe mich wiederholt zum Wort gemeldet und bin nicht angenommen worden.
Herr Staatsrat *Schäffer* hat sich darüber aufgeregt, daß in der Isar-Post verschiedene Angriffe gegen ihn erschienen sind. Diese Angriffe richten sich - ich habe das ausdrücklich unterschieden - nicht so sehr gegen seine Person als gegen den Führungsanspruch, der von ihm ausgegangen ist. Gegen diesen Führungsanspruch habe ich protestiert. Ich habe die Artikel nicht geschrieben in meiner Eigenschaft als Mitglied der Union, sondern ich habe die Artikel geschrieben, weil es sich um eine politische Frage handelte, die für das ganze bayerische Vaterland Bedeutung hat. Im einzelnen darüber sich auszusprechen würde heute bei dieser fortgeschrittenen Zeit zu weit gehen. Ich bedauere das, denn ich war eigens deswegen hergekommen nach Bamberg, um mich hier wirklich einmal aussprechen zu können. Ich habe wiederholt versucht, in Parteigremien diese Aussprache herbeizuführen. Das ist bis zum heutigen Tage nicht möglich gewesen. Es blieb gar keine andere Wahl, als in die Öffentlichkeit zu gehen.
Nun, meine Damen und Herren, nur noch ein paar kurze Richtigstellungen.

(Zuruf *Schäffer*.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Staatsrat *Schäffer*, Sie können nicht durch Zwischenrufe in die Abwicklung der Verhandlung eingreifen. Ich muß Dr. *Pix* Gelegenheit geben, hier seine Gedanken zu entwickeln. Die Probleme sind behandelt worden. Es hat keinen Sinn, den Problemen auszuweichen und damit Unklarheiten hereinzubringen. Wir haben gesehen, daß wir durch Klarheit eine Lösung in verschiedenen Fragen gefunden haben. Ich hoffe, daß auch das der Lösung dient.
Dr. *Pix*: Es sind gegen mich und gegen meine politischen Freunde, vor allem gegen Dr. *Horlacher* von Seiten des Staatsrats *Schäffer* Vorwürfe, und zwar sehr massive Vorwürfe erhoben worden. Es hat z.B. geheißen, wir hätten Herrn Staatsrat *Schäffer* bei den Amerikanern denunziert. Meine sehr verehrten Anwesenden, Herr Staatsrat *Schäffer* hat das in einem Brief an mich in einer Weise zum Ausdruck gebracht, die nach meinen Begriffen kaum überboten werden kann. Ich hatte meine Sachen schon eingepackt und muß sie jetzt erst wieder heraussuchen.
Herr *Schäffer* schrieb am 26. Februar 1946 folgendes an mich:

> Ich hatte in den letzten 48 Stunden wieder eine sehr lehrreiche und interessante Rücksprache. Namen nennen kann ich Ihnen vorerst nicht. Bei dieser Gelegenheit darf ich bemerken, daß ein Herr des amerikanischen Informationsdienstes, als ich ihn fragte, ob gegen mich von bestimmten Personen tatsächlich Denunziationen beim CIC eingelaufen seien, überrascht mir zur Antwort gab, das könnten nur - ein paar Punkte gewesen sein. Er nannte dabei einen Namen mit drei Buchstaben.

Wer der Mann sein sollte, weiß jeder, das kann nur ich gewesen sein. - Herr Staatsrat *Schäffer* hat mich damit beschuldigt, bei den Amerikanern gegen ihn Denunziationen abgeliefert zu haben.
Ich stelle dazu folgendes fest: Ich habe, solange die Amerikaner hier sind, nur einmal mit den CIC zu tun gehabt, das war meine persönliche Überprüfung. Bei der Gelegenheit ist überhaupt nicht über das Problem *Schäffer* gesprochen worden, es stand auch gar nicht zur Debatte. Ich war dann zweimal bei anderen amerikanischen Stellen gewesen, mit denen ich auch zwangsweise in das Problem *Schäffer* mich eingelassen habe. Das erstemal - hier bitte ich als Zeugen Herrn Dr. *Rinke*, der bei diesen beiden

Unterredungen dabei war: Der kann hier objektiv sagen, ob das, was ich hier ausführe, richtig ist oder nicht -, das erstemal drehte es sich um eine ganz allgemeine Unterhaltung. Ich vertrat den Standpunkt, ohne auf Einzelheiten einzugehen, daß die Union etwas ganz Neues sei und nicht mit Staatsrat *Schäffer* einfach identifiziert werden könne: Es sei selbstverständlich, daß ein Parteigebilde wie die Union sich erst ausleben müsse. Da drehte es sich nicht um Personenfragen, sondern um sachliche Angelegenheiten für den Aufbau der neuen Partei.
Ist das richtig, Herr Dr. *Rinke*, was ich hier sage?

(Zuruf *Rinke*: Ja.)

Habe ich irgendeine Denunziation gegen Herrn *Schäffer* vorgebracht? Das Zweite war vorgestern. Und nun, meine Damen und Herren, sage ich Ihnen folgendes: Ich war wieder bei derselben Stelle, weil ich gehört habe, daß angeblich bei den Amerikanern der Plan bestanden habe, in die inneren Streitigkeiten der Union oder, besser gesagt, gegen *Schäffer* einzugreifen. Ich bin darauf zu den Amerikanern, zu der für mich erreichbaren, maßgebenden Stelle gegangen und habe dort gefragt, ob diese Dinge richtig seien. Ich habe bemerkt, ich würde es sehr bedauern, wenn überhaupt in dieser Angelegenheit amerikanische Stellen tätig wären, es handle sich hier um eine Auseinandersetzung, die zwischen uns Deutschen vor sich zu gehen hat.
Ist das richtig, Herr Dr. *Rinke*, oder nicht?

(Zuruf *Rinke*: Ja.)

Das waren die beiden Unterredungen, die ich bezüglich Herrn *Schäffer* mit den Amerikanern geführt habe. Ein weiteres Gespräch über *Schäffer* bei den Amerikanern ist von meiner Seite nicht geführt worden. Ich wüßte nicht, wo ich bei Amerikanern war und über das *Schäffer*-Problem gesprochen hätte. Beide Stellungnahmen können von Herrn Dr. *Rinke* vom Landesausschuß einwandfrei klargelegt und bestätigt werden. Ich erkläre daher nachdrücklich, daß der Vorwurf, ich hätte Herrn *Schäffer* bei den Amerikanern denunziert, eine Unterstellung ist. Ich will mich nicht schärfer ausdrükken im Interesse des Tones, der sich hier erfreulicherweise gebessert hat, aber man muß mir Gelegenheit geben, das festzustellen, und ich bitte Herrn Staatsrat *Schäffer*, die schwere Beschuldigung gegen mich zurückzunehmen.
Staatsrat *Schäffer*: Ich will lediglich erklären: Was ich dem Dr. *Pix* geschrieben habe, stimmt. Ich nehme gerne zur Kenntnis, daß er heute erklärt, er hat kein Material gegeben.
Dr. *Pix*: Herr Staatsrat *Schäffer*, ich habe diese Erklärung geschrieben, Sie haben bis heute nicht geantwortet.
Staatsrat *Schäffer*: Ich habe bis heute nicht geantwortet, weil ich Ihnen das Material geben wollte, um die anderen Angriffe zu verhindern, weil ich das Material gesammelt habe. Ich habe Ihnen geschrieben, ich sammle das Material und stelle es Ihnen zur Verfügung, dann können Sie meine ganze Tätigkeit in der Nazi-Zeit durchprüfen.
Dr. *Pix*: Herr Staatsrat *Schäffer*, in unserem Briefwechsel habe ich Ihnen offen gesagt, was ich an Ihrer Politik auszusetzen habe. Es drehte sich nicht - ich habe es offen gesagt, oder können Sie behaupten, ich hätte hintenherum etwas gemacht? -
Staatsrat *Schäffer*: Sie haben dieses Material gesammelt. Sagen Sie ehrlich, ist das Material, das heute durch die Presse geht, von Ihnen bei sich behalten worden oder haben Sie mit anderen darüber gesprochen?

Dr. *Pix*: Ich habe dieses Material in der Landshuter-Zeitung gefunden. Ich kenne das Material vom Regensburger-Anzeiger überhaupt nicht.

(Zuruf *Schäffer*: Aber Sie haben es zitiert!)

Ich habe das Material lediglich in der Landshuter-Zeitung gefunden, und das, was aus dem Regensburger-Anzeiger zitiert worden ist, ist sogar viel weitergehend, das können Sie anhand unseres Briefwechsels feststellen. Das stand mir gar nicht zur Verfügung, das habe ich erst erfahren, nachdem die Auseinandersetzungen in der Presse vor sich gegangen sind, und zwar nicht in der Isar-Post. Sie können beides vergleichen und werden dann zu derselben Feststellung kommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Staatsrat, es dient sicher eine Aufklärung. Ich habe von Herrn *Rinke* gehört, daß bestimmt kein Material an amerikanische Stellen gegeben wurde,

(Zuruf *Schäffer*: Das habe ich als wahr hingenommen.)

weder von *Pix* noch von irgendeinem Parteifreund.
Dr. *Rinke*, darf ich Sie bitten, Ihre Erklärung zu wiederholen.
Dr. *Rinke*: Das habe ich vorhin schon schriftlich gegeben: Weder Dr. *Horlacher* noch Herr *Pix* noch überhaupt eine deutsche Stelle haben Material an amerikanische Stellen geliefert.
Vorsitzender: Herr Staatsrat *Schäffer*, das Beste ist, Sie nehmen das zur Kenntnis.
Staatsrat *Schäffer*: Ich nehme das zur Kenntnis.
Dr. *Pix*: Nachdem Herr Staatsrat *Schäffer* das in allen möglichen Versammlungen und bei allen möglichen Stellen vorgebracht hat. Dagegen wehre ich mich. - Herr Staatsrat *Schäffer*, Sie haben in Plattling erklärt,

(Zuruf *Schäffer*: Ich habe allein geschrieben -)

Sie haben in Plattling erklärt: "Ich muß zu meinem Bedauern sagen, daß es Parteifreunde gibt, die mich bei den Amerikanern denunzieren." Ich habe dazwischen gerufen: "Wer ist das?" Dann haben Sie den Namen Dr. *Horlacher* genannt.
Staatsrat *Schäffer*: Ich bitte festzustellen, das hängt mit dem Fall mit Ihnen überhaupt nicht zusammen.
Ich habe in Plattling wörtlich gesagt: "Ich habe ein Schiedsgericht anrufen müssen, weil ein Verdacht besteht." Und das Schiedsgericht habe ich angerufen.
Dr. *Pix*: Sie haben den Namen nicht nennen wollen, aber genannt, und bei jedem mußte der Eindruck entstehen, das ist Tatsache, daß von Dr. *Horlacher* das Material an die Amerikaner abgeliefert wurde.
Staatsrat *Schäffer*: Ich habe meine Worte vorsichtig gewählt und gesagt, was wahr war, daß ich das Schiedsgericht angerufen habe.
Dr. *Horlacher*: Ich bitte folgendes festzustellen - das ist auch wichtig, daß die Herren das wissen, nur nicht so aufgeregt in solchen Sachen, die immerhin von Wichtigkeit sind: Als ich hier nach München gekommen bin und zuerst zu einer amerikanischen Stelle kam, habe ich erfahren, in welchem Verhältnis die Bayerische Volkspartei von den Amerikanern beurteilt wird, habe weiter in Erfahrung gebracht, daß bei den Amerikanern sich Material befindet, insbesondere die sogenannte Coburger Rede. Ich hätte gewußt, bei welcher amerikanischen Stelle die Rede zu holen ist. Herr *Schwingenstein* ist Zeuge dafür, daß ich das abgelehnt habe. Wir haben es dann durch Zufall von einer deutschen Stelle bekommen. Wir hätten es auch von jeder anderen Stelle bekommen, auch von einer Stelle, die durchaus einwandfrei gewesen wäre. Die

Coburger Rede ist kein Geheimnis, sie ist überall zu lesen, wo sich noch ein Protokoll des Landtags von früher befindet.
Weiter kommt hinzu: Wir haben in engerem Kreise einen Ausgleich herbeiführen wollen, wobei *Schäffer* gefragt wurde, ob er auf den Führungsanspruch verzichte. Ich habe gesagt, daß die Stimmung der Amerikaner so und so war. Ich habe die Coburger Rede vorgelesen, worauf Staatsrat *Schäffer* erklärte - *Schwingenstein* ist Zeuge, *Schlögl* ist Zeuge: "Ich habe selbst diese Coburger-Rede den Amerikanern gegeben". Infolgedessen entbehren diese Dinge jeder Grundlage.
Nun kommt weiterhin hinzu - ich bitte, innerhalb der Union nicht so engherzig zu sein: es handelt sich um ein Gebiet, das uns doch interessiert, nämlich darum - das hat mit Personen gar nichts zu tun -, inwieweit wir Belastungen von früher auf die Union übernehmen wollen. Da bin ich persönlich der Meinung - davon gehe ich nicht ab -, daß wir unsere Union nicht weiteren Belastungen aussetzen durch Führungsansprüche von einer Seite, die uns diese Belastungen herüberbringt.

(Zuruf: Das ist doch erledigt!)

Das ist eine Frage, die auch öffentlich erörtert werden kann, denn diese Frage wird von sozialistischer Seite zur Erörterung kommen, das können wir nie verhindern. Das war auch früher bei großen Parteien so, daß man sachliche Meinungsverschiedenheiten ausgetragen hat. Darüber ist gar nicht zu diskutieren, das sind Grundlagen der Politik, das hat mit persönlichen Empfindlichkeiten gar nichts zu tun. Ich habe infolgedessen in Miesbach, wo ich diese Dinge behandelt habe, unter Zustimmung sämtlicher Bezirksvorsitzenden der Partei ausdrücklich betont, das hat mit Dingen, die die Ehre des Herrn *Schäffer* angreifen, gar nichts zu tun, die schätzen wir nach wie vor. Wir schätzen auch die Verdienste der ehemaligen Bayerischen Volkspartei, nehmen uns aber auch das Recht heraus, die Union bei den Wählern so darzustellen, wie sie in Wirklichkeit ist, nämlich eine neue Partei auf neuer Grundlage, darum muß ich diese Gesichtspunkte entwickeln können, deshalb hängt auch die Parteiführerfrage mit diesen Gesichtspunkten eng zusammen. Deswegen kann auch Dr. *Pix* -
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf unterbrechen, Dr. *Pix* kann dann noch eine Erklärung abgeben. Ich möchte hier jetzt alles aufbieten, daß wir geschlossen herausgehen. Infolgedessen werde ich alles akzeptieren, was dem dient, und alles ablehnen, was dem nicht dient.
Ich verlese einen Antrag, der vorgelegt wurde:

> Als Jugendvertreter stelle ich den Antrag, für den Fall, daß Dr. *Müller* als Landesvorsitzender gewählt wird, Staatsrat *Schäffer* zum zweiten Landesvorsitzenden zu wählen.
> Begründung: Wir erkennen klar den Wert des Herrn Staatsrat *Schäffer* und wollen auf die hinter ihm stehende Gruppe nicht verzichten.

Die Unterschrift kann ich nicht lesen. Ist es ein abstimmungsberechtigtes Mitglied, das den Antrag gestellt hat? - Es scheint ein Gast gewesen zu sein. Infolgedessen bitte ich die Versammlung, damit einverstanden zu sein, daß dieser Antrag nicht besprochen wird. Ich glaube, Staatsrat *Schäffer* wird selbst verstehen, daß wir heute diesen Antrag nicht besprechen.
Die Versammlung ist dann damit einverstanden, daß dieser Antrag nicht weiter behandelt wird.

Dann kommt noch eine Frage: Zum Schiedsgericht ist noch eine Anregung gegeben worden. Bevor wir zur Abstimmung über das Schiedsgericht schreiten, darf ich folgendes sagen: Das Schiedsgericht dient natürlich nur und kann nur dienen der Schlichtung von Streitfällen, die von jetzt an auftreten. Was in der Vergangenheit war, muß so behandelt werden, wie wir zwei jetzt hoffentlich behandelt werden. Ich bitte, daß Ihr es auch so behandelt, daß wir darunter einen Schlußstrich ziehen. Es hat keinen Sinn, wenn wir dauernd raufen. Wir wollen in den Wahlkampf hineingehen und alles aufbieten, um wirklich so viel Volk wie nur möglich hinter uns zu bekommen. Verkrachen wir uns wieder, was menschlich ist, dann käme die Sache vor das gleiche Gremium. Wir werden zuerst versuchen, es im Arbeitsausschuß zu behandeln, und dann behandeln wir es erneut in diesem Gremium, das heute hier beisammen ist, das eingeladen ist, aber so, wie wir es heute am Schluß, und nicht, wie wir es am Anfang behandelt haben. Deshalb bitte ich - Herr *Pix*, auch Ihrerseits, ich weiß, *Pix* hat vorhin darauf hingewiesen, darauf habe ich ihm das Wort gegeben, Herr *Pix* ist in der Presse, hat selbst eine Zeitung, hat dort eine gewisse Verantwortlichkeit, die erkenne ich an, im Interesse der Gerechtigkeit mußte er deshalb zu Wort kommen - ich bitte, was ausgesprochen, was ausgetragen werden muß, so auszutragen, daß wir es vor dem christlichen Gewissen rechtfertigen. Das ist kein einseitiger Vorwurf, ich mache den Vorwurf auch anderen, die in Versammlungen gesprochen haben, das muß auch begraben sein. Es ist so zu halten, ich möchte sagen, wir wollen davon ausgehen, was ich vorhin gesagt habe: Wenn wir über die Vergangenheit diskutieren, dann nur in dem Sinne, daß wir wirklich Lehren daraus ziehen wollen, nicht in dem Sinne, daß wir nur diskutieren, damit diskutiert ist. Wir können es nicht verbieten und nicht unterbinden, daß Parteifreunde sich einmal darüber auseinandersetzen, ob das oder das nun richtig war, und jetzt es aber dann irgendwie auswerten für die Gegenwart. Wenn sie es nur tun, um Worte zu brauchen, hat es von vorneherein keinen Sinn. Wenn es ausgesprochen werden muß, dann bitte - ich werde, weil wir heute leider so viel nicht behandelt haben, sehr bald wieder eine Sitzung dieses Gremiums einberufen -, dann bitte, warten Sie, bis die nächste Sitzung einberufen ist - es kommt ganz darauf an, wie die Wahltermine liegen -, daß wir es dann gleich machen. Wir müssen es schon deshalb, weil wir uns unterhalten müssen, welche Beschlüsse haben wir zu fassen in puncto Reichslösung usw. Leider sind schon einige Herren weggegangen. Ich rechne damit, daß wir die nächste Sitzung - ich möchte mich dabei aber nicht binden, weil ich nicht weiß, was bei den Wahlvorbereitungen dazwischenkommt - im Laufe eines Monats haben, vielleicht kurz vor oder nach den Wahlen. Vor den Wahlen könnte es hinderlich sein, weil noch gearbeitet werden muß, aber dann sicher kurz nach den Wahlen. Ich würde es nur vor den Wahlen halten, wenn wir vorher schon zu anderen Problemen Stellung nehmen müssen oder wenn die Aufstellung der Kandidaten für den Verfassunggebenden Landtag schon sehr rasch akut würde. Diese Frage möchte ich, soweit es notwendig ist, auch offen in diesem Gremium besprechen.

Deswegen heute dieser Burgfriede zwischen uns, bis wir den Landesausschuß wieder beisammen haben. Auch da, wenn es nicht unbedingt notwendig ist - aber dann müssen schon sehr triftige Gründe da sein: Debatten über Bayerische Volkspartei usw. heraus aus unserer Diskussion! Einigen wir uns auf den Nenner, daß wir überall erklären, wenn wir von der Vergangenheit, von den Fehlern der Bayerischen Volkspartei sprechen, müssen auch die Vorzüge der damaligen Führung und der Partei gleichzeitig erwähnt werden. Ich glaube, auf den Nenner können wir uns einigen. Denn - das müssen wir festhalten: Fehler sind von allen gemacht worden. Meine Damen und

Herren, die Sozialdemokraten haben großes Interesse an unserem Kampf, sie haben mindestens die gleichen Fehler gemacht, wie sie von der Bayerischen Volkspartei gemacht wurden. Vergessen wir nicht: Der Grundfehler, der damals gemacht wurde, war sicher die Tatsache, daß die Sozialdemokraten sich in Preußen im Handstreich aus der Macht haben hinauswerfen lassen in einem Zeitpunkt, in dem sie noch die ganze Polizeigewalt in Händen hatten. *Braun* und *Severing* trifft mindestens soviel Verantwortung wie die Leute, die aus der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum gehandelt haben. Auf den Nenner könnten wir uns einigen.
Ich bitte jetzt, Herr *Pix*, zu Ihrer Stellungnahme zu kommen.
Dr. *Pix*: Meine Damen und Herren, was ich zu sagen habe, ist ganz kurz gesagt. Soweit die Politik des Herrn Staatsrat *Schäffer* in der Vergangenheit eine Rolle gespielt hat und seine Person in bezug auf den Führungsanspruch heute noch eine Rolle spielt, werde ich solange gar nichts gegen Herrn Staatsrat *Schäffer* unternehmen, als er diesen Führungsanspruch tatsächlich begräbt. In dem Augenblick, in dem der Führungsanspruch gestellt wird, müssen die Dinge aus der Vergangenheit eine Rolle spielen.

(Zuruf *Schäffer*: Das ist Sache der Wähler. - Unruhe im Saal.
- Zahlreiche Zwischenrufe.)

Herr Staatsrat *Schäffer* hat es selber in der Hand, den Frieden in der Union zu halten. Er braucht nicht zu gehen, zwischen Gehen und Führungsanspruch ist ein großer Unterschied, meine Herren.

(Zuruf: Jedes Mitglied in der Union hat den Führungsanspruch!)

Nein, wir erheben auch keinen Führungsanspruch, der Führungsanspruch wird von uns bestritten.

(Zuruf: Das ist Ihre persönliche Sache!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gehen wir davon aus, wenn ich einen Vorschlag machen darf: Herr *Schäffer*, Sie haben vorhin Loyalität und loyale Zusammenarbeit zugesichert. Wir wollen auf jeden Fall diese beiderseitige Erklärung jetzt auch im Verhältnis zur anderen Seite zugrunde legen. Wollen wir uns darauf einigen, daß zunächst die Parteiführung nicht gestört wird. Wir werden sehr bald den Arbeitsausschuß beisammen haben. Aber, meine Damen und Herren, Sie hätten - das wurde vorhin übersehen - noch ihre Vertreter bestellen müssen. Ich werde aber dann einen Beschluß (zum Schluß?) vorschlagen, daß es den Kreisverbänden überlassen wird, durch Wahl die Vertreter zu bestellen. Wir können dann diese Dinge im Arbeitsausschuß behandeln. Sollte mittlerweile - deshalb habe ich auch das Schiedsgericht für die Zwischenregelung vorgeschlagen - irgend etwas geschehen, was der Vergangenheit ähnlich sieht, würde ich so frei sein, alle diese Dinge so rasch wie möglich vor das Schiedsgericht zu bringen und eine Entscheidung oder ein Gutachten oder sonst etwas herbeizuholen und allen, die hier verantwortlich sind, so rasch wie möglich zugänglich zu machen. So könnten wir die augenblicklichen Schwierigkeiten überwinden.
Herr *Schäffer*, Sie haben vorhin die Wahl anerkannt, so daß Sie gegen diese Wahl verfassungsmäßig keinen Widerspruch erheben.
Staatsrat *Schäffer*: Selbstverständlich, das gilt allen gegenüber, Loyalität gegen Loyalität, das ist ganz selbstverständlich.

(Zuruf *Pix*.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich unterbrechen, Herr *Pix*. Sie können sich nachher noch melden. Darf ich zunächst anderen Leuten das Wort geben. Herr *Haußleiter* hat sich gemeldet.

Haußleiter: Meine Damen und Herren! Als Mann aus dem evangelischen Nordbayern möchte ich zu dem Thema, das Herr *Horlacher* angeschnitten hat, sagen: Wir sagen immer, wenn wir mit den Leuten sprechen, unsere Politik ist eine neue, aber wenn einer der Politiker angegriffen wird, die Parteifreunde sind, dann springen wir dem Angreifer ins Gesicht, das sind die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Weist ein Kommunist nach und er greift immer Herrn *Schäffer* an, dann sage ich, Herr *Schäffer* hat nicht die Regierung *Brüning* gestürzt und beseitigt, das haben die Kommunisten gemeinsam mit den Nationalsozialisten getan. Bitte, dann ist meist der Saal still.

Wir wollen da auch unsere Leute in Schutz nehmen. Das müssen wir tun, dann erscheinen wir draußen als ein geschlossener Block. Wenn wir hier nicht als Block draussen erscheinen, dann geht das vor die Hunde, was für uns in Nordbayern der Begriff Union ist.

Daß wir im Innern eine klare Führung brauchen und schaffen wollen, ist klar. Ich glaube, die gegenseitigen Erklärungen haben hier die Bahn für eine bessere Zusammenarbeit freigegeben. Meines Erachtens gibt es nichts Unproduktiveres, als die alten Auseinandersetzungen jetzt von neuem aufflammen zu lassen. Gehen wir ans Werk, in einen Kampf, der in zwei oder drei Monaten ein Kampf auf Leben und Tod sein wird, darauf verlassen Sie sich!

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es sind noch Wortmeldungen da. Ich bitte, vielleicht diese zurückstellen zu dürfen. Wir haben noch dringende Sachen. Ich bitte, nicht mehr zu diesem Konflikt zu sprechen, und bitte die Versammlung, damit einverstanden zu sein: Nur praktische Vorschläge sollen gemacht werden.

Held: Es wird Sie alle interessieren, wieso es kommt, daß der Artikel gegen Herrn *Schäffer* in die Zeitung lanciert worden ist. Vielleicht dient das zur Aufklärung des Falles.

Die Bayerischen Anzeiger in Regensburg wurden zur Sicherheit gegen Bombenangriffe nach Eltershausen (?) transportiert. Dort sind sie von den Sozialdemokraten entdeckt worden. Sie wurden in die Mittelbayerische Zeitung transportiert. Dann hat Dr. *Held*, mein Vetter, sich einen Teil dieser Bände geben lassen. Zwei Bände wurden zurückbehalten. Aus diesen zwei Bänden hat der sozialdemokratische Redakteur *Endrulat* diese Artikel herausgenommen, die in der Mittelbayerischen Zeitung erschienen sind. Nun wurde unsererseits sofort Stellung genommen und die zwei Bände zurückgefordert. Darauf kamen drei Kriminalbeamte mit einigen Herren von der Mittelbayerischen Zeitung mit einem Auto und beschlagnahmten sämtliche Bände des Bayerischen Anzeiger. Diese Bände sind seit voriger Woche sämtlich in der Mittelbayerischen Zeitung, und Sie müssen sich darauf gefaßt machen, daß da von sozialdemokratischer Seite alles herausgeholt wird, was gegen die ehemalige Bayerische Volkspartei war, um das der Union anzuhängen.

Nun wäre hier noch die Frage zu klären: Soll dann dagegen Stellung genommen werden oder soll man es einfach ignorieren?

Ich bin dafür, daß man es lediglich der Parteileitung in München überläßt, daß sie soweit Stellung nimmt, als sie es für notwendig hält, und daß man im ganzen Land diese Artikel einfach ignoriert.

(Zuruf.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Pix*, Sie sind noch nicht ganz zufrieden. Ich hoffe, daß wir gut und einig auseinandergehen. Ich möchte mit Ihnen noch ein Wort reden. Sind Sie mit meinem Vorschlag einverstanden, daß jetzt ein Schlußstrich gemacht wird? Wenn sehr triftige Gründe vorliegen, würden Sie - in dem Fall aber erst, nachdem Sie sich an die Parteileitung gewendet haben - dann handeln wollen. Ich erkläre hier, wenn Sie sich an mich wenden, werde ich das, was Sie mir schreiben - sagen wir, es handelt sich um *Schäffer* oder irgendeinen Parteifreund -, den anderen Freunden so rasch wie möglich zugänglich machen und eine kurze Stellungnahme einholen. Wenn ich mich selbst nicht zu entscheiden getraue, werde ich es dem Schiedsgericht oder, wenn wir gerade eine Sitzung des Arbeitsausschusses haben, dem Arbeitsausschuß vorlegen.

(Zuruf: Das ist loyal.)

Herr *Pix*, das wäre ein fairer Vorschlag.

Dr. *Pix*: Ich bin Herausgeber und Chefredakteur einer Zeitung. Als solcher kann ich mir irgendwelche Vorschriften von Parteiseite nicht machen lassen, das geht nicht, meine Herren. Wenn Sie das von mir verlangen, greifen Sie in die Pressefreiheit ein. Das ist ganz unmöglich.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe Ihnen aber einen Vorschlag gemacht, der keine Vorschriften enthält. Ich habe Ihnen vielmehr einen Vorschlag für die Behandlung eines solchen Streitfalles gemacht. Wenn Sie meinetwegen einen Befehl vorliegen hätten, -

(Zuruf Dr. *Pix*: Habe ich nicht. Ich habe keinen Befehl.)

so haben Sie als Pressemann einem Befehl Folge zu leisten. Wenn aber keiner vorliegt, können Sie sehr wohl den Weg gehen, den ich vorgeschlagen habe, daß Sie sagen, das und das ist offen, ich sehe mich verpflichtet. Wenden Sie sich an mich, ich gebe es hinüber, und wenn keine Einigung kommt, gebe ich es dem Schiedsgericht oder dem Arbeitsausschuß. Ich glaube, daß das sehr wohl mit Ihrer Pflicht als Pressemann zu vertreten ist.

Würden Sie diesen Vorschlag akzeptieren? Ich bitte Sie im Interesse der Union jetzt wirklich, daß Sie diesen Modus einhalten.

Dr. *Pix*: Ich habe meine Erklärung abgegeben.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Pressefreiheit steht hier nicht zur Diskussion. Hier handelt es sich nicht allein um die Pressefreiheit, sondern auch um die Tatsache Ihrer Mitgliedschaft in der Union. Wenn es sich um eine Pflichtenkollision handelt, werden wir das wohl zu würdigen wissen

(Zuruf *Holzer*.)

und wird das Schiedsgericht das auch zu würdigen wissen. Es wird dann nicht über Sie entschieden, ohne daß das Schiedsgericht Sie hört. Es ist nur ein Vorschlag für den Modus procedendi, an den Sie sich halten sollen.

Dr. *Pix*: Herr Dr. *Müller*, Sie wissen ganz genau, daß ich mit meinen Veröffentlichungen nicht herausgerückt bin, ohne triftige Gründe gehabt zu haben.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damals war es so, daß wir noch nicht die klare Linie, die klaren Entscheidungen hatten. Wir hatten damals ein Gremium einberufen und versucht, die Sachen zu erledigen, sind aber heute in einem Stadium, in dem Sie den Weg wirklich gehen könnten. Es wäre wirklich ein guter Weg und ein Weg, in dem Sie beweisen könnten, daß Sie wirklich ein gutes Mitglied der Union sind. Bitte, sind Sie so gut. Ich habe gesagt, unter die Vergangenheit machen wir alle einen Schlußstrich.
Dr. *Pix*: Es gibt historische Fragen, die jederzeit behandelt werden können und eventuell auch behandelt werden müssen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte in diesem Falle, daß wir uns nicht mißverstehen, unter die Vergangenheit dieser Konflikte einen Strich zu machen. Ich habe vorhin gesagt, was meiner Ansicht nach vor das Schiedsgericht kommen muß. Wie weit Lehren daraus zu ziehen sind, ist dann eine Angelegenheit des Schiedsgerichts. Es wird nicht über jedes Wort entschieden werden müssen. Es muß so sein, daß eine entsprechende Form und eine entsprechende Regelung für die Handhabung des Modus procedendi gefunden wird.
Herr *Pix*, ich glaube, es ist wirklich der Wille aller, daß Sie auf den Vorschlag eingehen. Ich will nicht sagen, es ist eine Bitte, aber Sie sollten in dem Falle das akzeptieren.
Dr. *Pix*: Das kann ich nicht machen, daß ich die Pressefreiheit grundsätzlich durch einen Parteibeschluß beschränken lasse, das geht nicht.

(Zuruf: Dann muß er aus der Union heraus.)

Was ich praktisch mache, ist eine andere Frage, aber grundsätzlich durch einen Parteibeschluß die Pressefreiheit beschränken, geht nicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Also, dann fahre ich weiter. - Herr *Holzer*, aber kurz.
Holzer: Ich glaube, wir können von jedem Mitglied der Union, das irgendwie in der Öffentlichkeit steht, verlangen, daß es nicht selbst in irgendeiner unangebrachten Form Dinge an die Öffentlichkeit zerrt, die einen Schaden für die Union bedeuten können.
Dr. *Rindt*: Ich wollte zu dieser Frage noch folgendes sagen, Herr *Pix*. Dr. *Müller* hat gesagt, er bitte Sie nicht. Ich darf Sie offiziell von Augsburg und Schwaben bitten, auf den Vorschlag von Dr. *Müller* einzugehen, und zwar aus folgenden Gründen heraus:
Es handelt sich hier nach meiner Überzeugung in keiner Weise um eine Beschränkung der Pressefreiheit, sondern nur darum, ob eine gewisse Methode gefunden wird, und zwar aus den Gründen heraus, wo das größere Interesse hinsichtlich des Volksganzen liegt.
Falls Sie mit der Methode der Parteileitung nicht einverstanden sind, wird Dr. *Müller* der letzte sein, der Ihnen die freie Äußerung Ihrer Meinung unterbindet. Es sollen nicht von vorneherein jetzt wieder Gegensätze vorhanden sein, die sich um etwas annehmen, was gegenwärtig im Interesse der ganzen politischen Lage und im Interesse unserer Union unbedingt vermieden werden müßte.
Ich bitte Sie nochmals offiziell als Vertreter von Augsburg und Schwaben, dem Vorschlag von Dr. *Müller* zuzustimmen.
Dr. *Pix*: Meine Herren, ich lasse mich zu einer äußersten Konsequenz herbei. Die lautet folgendermaßen: Ich bin bereit, dieses ganze Problem mit Dr. *Müller* und Herrn *Schäffer* durchzusprechen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, diesen Vorschlag können wir akzeptieren.
Staatsrat *Schäffer*: Einverstanden, wobei ich nur bemerke, mein Gewissen für die Vergangenheit ist rein.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wollen wir hier keine Verschärfung hereinbringen! Wir vereinbaren, *Schäffer*, *Pix* und ich setzen uns zusammen. Können wir keine Einigung finden, dann ziehen wir das jetzt hier vorgeschlagene Schiedsgericht zu. Diesen Vorschlag mache ich. Ich fühle mich in dem Fall wirklich als neutral. Wenn ich nicht die Verantwortung als neutral allein übernehmen kann, würde ich das Schiedsgericht zuziehen.
Sie sind damit einverstanden? - Dann bin ich zufrieden, daß wir auch da eine Regelung gefunden haben.
Nun müssen wir über das Schiedsgericht abstimmen. Ich lasse die Stimmzettel verteilen, weil es sich auch da um eine Statutenänderung handelt, für die ich erst die Genehmigung der Militärregierung einholen will. Deshalb bitte ich den Antrag, der jetzt vorgelesen wird, so zu fassen:

> Unter Vorbehalt der Zustimmung der Militärregierung zu einer diesbezüglichen Statutenänderung wird folgendes beschlossen.

Dr. *Falkner*: Zur Geschäftsordnung! Ist eine geheime Abstimmung notwendig, wenn Einstimmigkeit vorhanden ist?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe der Militärregierung zugesagt, daß diese Abstimmungen in geheimer Wahl vor sich gehen müssen.
Ich bitte, die Herren *von Prittwitz* und Dr. *Semler* dabei zu helfen.

(Zuruf: Dr. *Bergsträsser* ist da!)

Ich lasse den Antrag über das Schiedsgericht jetzt nochmals verlesen. Während der Abstimmung verhandeln wir über andere Punkte weiter.
Dr. *Koenig*:

> Zur Bildung eines Parteischiedsgerichts wird unter Vorbehalt der Zustimmung der Militärregierung zu einer diesbezüglichen einschlägigen Änderung der Statuten folgendes beschlossen:
> 1. Generalstaatsanwalt Dr. *Hagenauer* wird gebeten, ein Parteischiedsgericht zu bilden. Als Mitglieder des Schiedsgerichts werden berufen die Herren Dr. *Weinkamm* und Dr. *Ankermüller*.
> 2. Alle Mitglieder des Landesausschusses der CSU erkennen das Schiedsgericht an und unterwerfen sich seinen Schiedssprüchen.
> 3. Alle Parteifreunde, die sich zur Union bekennen, sind gehalten, den Spruch des Schiedsgerichts anzuerkennen.
> 4. Unterwirft sich ein Parteifreund einem Spruch des Schiedsgerichts nicht, so wird er bis zur Erledigung der Angelegenheit nicht mehr als Mitglied der Union behandelt.
> 5. Streitfragen, die beim Schiedsgericht anhängig sind, dürfen bis zu ihrer Erledigung außerhalb des Schiedsgerichts nicht erörtert werden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist der Antrag, so wie er gestellt ist, vollständig?
Dr. *Horlacher*: Meine Herren, ich gehöre zu denen, die an Stelle der Bayerischen Volkspartei gerne eine demokratische Union aufbauen. Ich habe mindestens in hundert Versammlungen unter Zustimmung zu meinen Ideen gesprochen und habe nie

persönliche Dinge hineingetragen, soweit sie nicht ausnahmsweise in Miesbach zur Klärung berührt werden mußten. Aber ich muß sagen: Wir leben jetzt im Zeitalter der Demokratie. Ich bitte, das nicht zu vergessen. Parteigerichten und Schiedsgerichten - oder wie das heißt - zu dem Zweck, daß die Entwicklung der Demokratie durch Maulkorbgesetze beschränkt wird, dem stimme ich nicht zu, das kommt gar nicht in Frage. Ich lehne diesen Antrag ab, wenn ich nicht die bestimmte Zusicherung habe, daß in einer solchen Schiedsgerichtsordnung festgelegt wird, welche Punkte überhaupt einem Schiedsgericht unterworfen werden können. Dazu kommt - das ist unbedingte Voraussetzung: Die Demokratie muß durch genaue Bestimmungen bezüglich des Rechts des einzelnen geschützt sein. Das ist mein Recht. Ich stehe nicht mehr auf dem Boden der früheren Bayerischen Volkspartei, sondern auf dem Boden der Union. Das lehne ich rundweg ab. Von diesem Gesichtspunkt aus lasse ich mir auch in öffentlicher Diskussion, wenn wir in den Wahlkampf kommen, nicht das Maul verbieten. Ich lasse mir nicht verbieten, daß ich erklären kann: Ich habe persönlich mit diesen Geschichten nichts zu tun; das sind Dinge, die die Herren zu verantworten haben, die früher maßgebend an der Bayerischen Volkspartei beteiligt waren. Das Recht lasse ich mir nicht bestreiten. Je klarer die Linie wird, desto besser wird sie. Ein Schutzgesetz für die Bayerische Volkspartei gibt es nicht, dem stimme ich nicht zu.

(Zuruf: Wollen wir auch gar nicht!)

Ich habe bezüglich der Bayerischen Volkspartei völlige Freiheit, das hat mit der Union gar nichts zu tun. Wenn einer in seiner früheren Eigenschaft als Mitglied der Bayerischen Volkspartei Äußerungen gemacht hat, mit denen ich nicht übereinstimme, habe ich als Mitglied der Union das Recht, diese Äußerungen zurückzuweisen. Damit belaste ich mich nicht. Das sind gewaltige Unterschiede. Ich bin nicht mehr der, der ich vor 13 Jahren gewesen bin. Das müssen sich die Herrschaften merken. Ich gehöre zu denen, die wissen, welche maßgebenden Fehler bei uns gemacht worden sind. Täuschen Sie sich darüber nicht, ich weiß mehr, als Sie vermuten! Ich habe bisher immer damit zurückgehalten. Ich gebe deshalb den guten Rat, daß die Herren den Führungsanspruch dort zurückstellen, wo sie sich selber in Gefahr begeben. Das sind rein sachliche, politische Gesichtspunkte. Ein Maulkorbgesetz oder ein Schutzgesetz für die Bayerische Volkspartei lehne ich ab.

(Zuruf: Eine Diktatur gibt es bei uns nicht!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe.
Herr *Horlacher*, der Standpunkt kann recht sein. Deshalb bitte ich aber, vielleicht doch noch zu überlegen, ob wir nicht eine klare Zuständigkeit schaffen wollen.
Wollen wir, damit wir klar fassen, so ergänzen: Das Schiedsgericht ist zuständig zur Behandlung -. Ja, was wollen wir anhängig machen? Es handelt sich da nicht um die Erfassung der historischen Diskussionen. Wir wollen aber eine klare Zuständigkeit festlegen, damit wir eine Einigung erzielen und hier nicht ein Gesetz beschließen, das, wie Herr *Horlacher* sich ausdrückt, als Gewaltmaßnahme empfunden wird. Lieber wäre es mir allerdings gewesen, wir hätten einen absoluten Burgfrieden.
Ich bitte, mit mir zu überlegen: Was wollen wir anhängig machen? Wir wollen mit persönlichen Differenzen anfangen. Es müssen betroffen werden ehrenkränkende

Äußerungen. Das gehört auf jeden Fall hinein. Wir müssen unter allen Umständen die Ehre der Parteifreunde untereinander schützen.
Was wollen wir noch dazu nehmen?

(Zurufe.)

Dr. *Nerreter*: Ich würde unter Umständen auch folgendes vorschlagen: "Ein Verhalten, das gegen die Grundsätze der Demokratie verstößt."
Das ist der Fehler, den wir früher gemacht haben, daß die Demokratie zu großzügig war und nicht erkannt hat, daß man den Feinden der Demokratie gegenüber eine Grenze ziehen muß.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist nur zu wahr. Wir müssen klare, präzise Festlegungen haben. Das können wir nur, indem wir sagen "ein die Partei schädigendes Verhalten".

(Zuruf: "Ein die Union schädigendes Verhalten"!)

- "Ein die Union schädigendes Verhalten." In dem Wort Union liegt in diesem Falle sogar noch viel mehr, nämlich die Einigung. Also erklären wir, wenn alle einverstanden sind, noch folgendes dazu: "Das Schiedsgericht ist zuständig zur Entscheidung von" - Augenblick, nicht von Meinungsverschiedenheiten - "zur Entscheidung über persönliche

(Zuruf Dr. *Horlacher*: "Ehrenrührige Angriffe gegen Mitglieder der Union!")

- ehrenrührige Angriffe von Mitgliedern der Union untereinander".

(Zuruf: "Als demokratische Partei"!)

Das nützt uns nichts, "als demokratische Partei".
Nun haben wir "ein die Union schädigendes Verhalten", weiter "ehrenrührige Angriffe", also die persönlichen Differenzen.
Jetzt würde ich ferner vorschlagen: "Das Schiedsgericht ist weiterhin zuständig zur Einholung von Gutachten". Ich meine jetzt diese Sachen, inwieweit Pressefreiheit und dergleichen Geschichten berührt werden.
Dr. *Horlacher*: Das geht viel zu weit. So kann die Sache nicht gemacht werden. Ich bitte, diese Frage der Zuständigkeit des Schiedsgerichts dem Landesausschuß zu überweisen.

(Zuruf: Wenn die Wahl des Vorsitzenden besprochen werden kann,
dann wird auch das besprochen werden können!)

An den Beratungen nehme ich nicht mehr teil. Zwischen Ramsch und Bogen macht man solche wichtigen Entscheidungen nicht. Wenn die Gefahr eines Maulkorbgesetzes besteht, wende ich mich als Demokrat ganz entschieden dagegen. Das muß genau juristisch formuliert werden. Deswegen beantrage ich, diese Frage dem Arbeitsausschuß zu überweisen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir können so formulieren: "und zur Einholung von Gutachten über Konflikte zwischen der Parteiführung und Mitgliedern der Union".
Dr. *Horlacher*: Als einer der Vertreter der größeren Gruppen stimme ich hier nicht mit und behalte mir meine Meinungsfreiheit vor. Ich will mir keinen Maulkorb anlegen lassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Deswegen habe ich das Wort "Gutachten" aufgenommen.
Dr. *Horlacher*: Das muß ordnungsgemäß beraten werden. Es muß so gemacht werden,

wie jeder vernünftige Mensch es verlangen kann. Ich bin dagegen und halte mich nicht daran.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe versucht, die äußerste Lösungsmöglichkeit zu finden.
Sind noch Verbesserungsvorschläge da?

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Das gehört überlegt!)

Sind wir uns alle einig, wir wollen diese Lösung haben?
Krempl: Vorschlag: Bis zum nächsten Landesausschuß soll das Schiedsgericht gebildet sein.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist sowieso im Gange. Es handelt sich nur darum, eine Regelung zu treffen, bis wir die Statuten haben.

(Zuruf: Seit Monaten warten wir darauf, daß die Differenzen in der Öffentlichkeit ...)

Das ist kein Vorschlag.
Der Antrag wird nochmals verlesen, dann wird darüber abgestimmt.
Dr. *Koenig*:

Zur Bildung eines Parteischiedsgerichts wird unter Vorbehalt der Zustimmung der Militärregierung zu dieser Satzungsänderung beantragt:

1. Generalstaatsanwalt Dr. *Hagenauer* wird gebeten, ein Parteischiedsgericht zu bilden. Zu Mitgliedern des Schiedsgerichts werden berufen die Herren Dr. *Weinkamm* und Dr. *Ankermüller*.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Halt, wir brauchen zwei Ersatzmitglieder. Wen wollen wir nehmen? Ich bitte rasch um Namen von Juristen, die ihrerseits politisch nicht so interessiert sind, daß sie in den Konflikt hineingezogen werden können. Sie müssen nicht hier sein.

(Zurufe: Dr. *Weiskopf*, Dr. *Krapp*. - Zurufe weiterer Namen.)

Wir wollen nur zwei. Einigen Sie sich auf zwei Herren!

(Erneute Zurufe von Namen.)

Also schreiben wir: "Als Ersatzmitglieder Dr. *Weiskopf* und Dr. *Krapp*".
Dr. *Koenig*:

Als Ersatzmänner Dr. *Weiskopf* und Dr. *Krapp*.

2. Alle Mitglieder des Landesausschusses der CSU erkennen das Schiedsgericht an und unterwerfen sich seinen Schiedssprüchen.
3. Alle Parteifreunde, die sich zur Union bekennen, sind gehalten, den Spruch des Schiedsgerichts anzuerkennen.
4. Unterwirft sich ein Parteifreund einem Spruch des Schiedsgerichts nicht, so wird er bis zur Erledigung der Angelegenheit nicht mehr als Mitglied der Union behandelt.
5. Streitfragen, die beim Schiedsgericht anhängig sind, dürfen bis zu ihrer Erledigung außerhalb des Schiedsgerichts nicht erörtert werden.
6. Das Schiedsgericht ist zuständig zur Entscheidung über ehrenrührige Angriffe von Mitgliedern der Union gegeneinander sowie ein die Union schädigendes Verhalten von Mitgliedern. Es ist weiterhin zuständig zur Einholung von Gutachten über Konflikte zwischen der Parteiführung und Mitgliedern der Union.

Dr. *Horlacher*: Ich bitte ums Wort zu einer Erklärung.

Da aufgrund dieser in rascher Beratung erfolgten Niederschrift nicht zu übersehen ist, ob dieses Schiedsgericht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Demokratie steht, lehnt Dr. *Horlacher* diesen Antrag ab.

Ich bitte, das ins Protokoll für die Militärregierung hineinzuschreiben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich nehme diese Erklärung ins Protokoll auf.
Dr. *Horlacher*: Ich binde mich auch nicht daran, bis eine ordnungsgemäße Beratung stattgefunden hat.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich erkläre hier meinerseits zu Protokoll - das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen:

Dieser Gegenstand wird der nächsten Landesausschußsitzung zur nochmaligen Besprechung vorgelegt, unbeschadet der Gültigkeit des Beschlusses bis zu dieser Landesausschußsitzung.

Ich will jetzt eine klare Regelung haben, bis wir weiter sind.
Dr. *Horlacher*: Es bleibt dabei, daß ich den Antrag ablehne.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist Dein freies Recht.
Spricht noch jemand zu dem Antrag? Ich bitte, davon abzusehen, wenn es nicht unbedingt sachdienlich ist.
Dr. *Lacherbauer*: Meine Damen und Herren! Ich freue mich außerordentlich, daß endlich einmal ein Organ in unsere Satzung hineinkommt. Jedem Vereinsgebilde und parteipolitischen Gebilde gehört auch diese Art von Rechtsfigur an. Dieses Organ ist dazu berufen, zu verhindern, daß immer die Differenzen in der Öffentlichkeit ausgetragen werden, die uns nur schaden und anderen nur nützen. Ich begrüße das und hätte es gerne gesehen, wenn bereits am 8. Januar der Vorschlag von Staatsrat *Schäffer* zur Bildung eines Schiedsgerichts, den ich damals unterstützt habe, angenommen worden wäre. Der einzige Mann, der damals wirklich dagegen protestiert hat, war Dr. *Michael Horlacher*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe das Wort nicht dazu erteilt, daß die Differenzen vergrößert werden.
Dr. *Rindt*: Ich glaube, in dem verlesenen Antrag heißt es "bis zur weiteren Erledigung". Da fehlt, wodurch dieser Rechtsstreit erledigt werden soll.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: "Bis zur beschlußmäßigen Erledigung" müssen wir schreiben.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Das ist so unvorbereitet!)

Wir müssen es noch einmal verlesen. Ich möchte wirklich Klarheit haben.

Dr. *Koenig*:

4. Unterwirft sich ein Parteifreund einem Spruch des Schiedsgerichts nicht, so wird er bis zur beschlußmäßigen Erledigung der Angelegenheit nicht mehr als Mitglied der Union behandelt.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Dann treten wir aus!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe vorhin bei der Zuständigkeit vielleicht eines übersehen. Wir wissen, daß Konflikte eventuell da sind und noch bestehen können wegen verschiedener Wahlvorgänge. Ich möchte gerne, daß das beim Schiedsgericht

hineinkommt, daß bei den Gutachten hinzugesetzt wird "und über die Rechtmäßigkeit von Wahlen".
Sporer: Zur Sache! Die Herren sind sehr weit auseinander. Es wird, glaube ich, in München etwas angestritten. Ich würde es für sehr unglücklich halten, wenn diese Herren wegen kleiner formaler Dinge zusammentreten müssen. Das wird ein umständlicher Apparat werden. Wir werden dann erleben, daß dann erst recht neue Streitigkeiten kämen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dafür ist das Schiedsgericht da. Ich habe gesagt, "zur Einholung von Gutachten über die Rechtmäßigkeit von Wahlen". Das ist das Mindeste, was man in diesem Falle annehmen kann, daß man sagt: Es sind Konflikte da, ich habe die Möglichkeit, das vors Schiedsgericht zu geben und von dort Gutachten einzuholen, die natürlich dann in den anderen Gremien vorgelegt werden, denn das Schiedsgericht wird in dem Falle keinen Beschluß für irgendeine Aktion fassen können.
Wir schreiten dann zur Abstimmung.
Ich bitte die beiden Herren, so liebenswürdig zu sein und die Abstimmung in gültiger Form vorzunehmen.
Es wird abgestimmt mit Ja oder Nein.
Dr. *Horlacher*: Ich werde über diesen Antrag überhaupt nicht abstimmen. Ich halte ihn für undemokratisch und bitte, meine protokollarische Erklärung der Militärregierung zu übermitteln.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ganze Protokoll wird der Militärregierung übermittelt.
Dr. *Horlacher*: Wir wollen keine Parteidiktatur, das darf ich offen aussprechen.

(Zuruf: Keine Parteihetze!)

Es kann da von keiner Parteihetze die Rede sein. Darüber werde ich Sie aufklären, was das heißt.
(Die Abstimmung wird durchgeführt. Die Stimmzettel werden jeweils bei Aufruf des Namens der einzelnen Stimmberechtigten eingesammelt. Dr. *Horlacher* erklärt bei Aufruf seines Namens: Ich beteilige mich nicht an der Abstimmung.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, Platz zu nehmen. Während ausgezählt wird, fahren wir weiter.
Es liegt jetzt noch ein Antrag der Frauen vor. Die Frauen wünschen für die Zukunft eine Vertretung im Landesausschuß. Ich glaube, das ist gerechtfertigt. Wir müssen - das hätten wir schon eher in die Anträge aufnehmen können, das gebe ich ohne weiteres zu -, wir müssen noch vorsehen, daß in den Landesausschuß mindestens ein oder zwei Vertreterinnen der Frauen kommen.
Ich würde offiziell vorschlagen, auch zwei Vertreter der Jugend aufzunehmen. Ich glaube, daß ich das hier jetzt einfach beschließen kann. Wir können dann, weil das zu lange aufhält, in der nächsten Landesausschußsitzung die eigentliche schriftliche Basis, die Statutenänderung in dem Punkt vornehmen. Ich möchte nur die Möglichkeit haben, daß ich für die nächste Landesausschußsitzung zwei Vertreter der Frauen und zwei Vertreter der Jugend einladen darf.
Wen schlagen die Damen als Vertreter vor?

(Zurufe: *Deku*, Frau *Lang-Brumann!*)

Frau *Hahn* stellt den Antrag. Er lautet:

Zu Mitgliedern des Landesausschusses werden bestellt als Vertreterinnen der Frauen

(Zurufe.)

Frau *Hahn*?

Frau *Hahn*: Als Vorsitzende des Frauenausschusses bin ich doch eo ipso drinnen?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist bis heute noch nicht der Fall.
Frau *Hahn*: Dann komme ich in erster Linie in Frage.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich schlage vor: Frau *Hahn* und Frau *Lang-Brumann*. Meine Damen und Herren! Haben Sie etwas dagegen - wir sind so viele Männer -, wenn wir drei Frauen nehmen? Ich möchte auch da eine Kombination zwischen Erfahrung und zwischen den Kräften haben, die jetzt arbeiten. Ich würde dann vorschlagen:
Frau *Lang-Brumann*, Frau *Hahn* und Frau *Deku*. Ich würde jetzt fast vorschlagen, nehmen wir vier, damit auch eine Vertreterin von Franken da ist, Frau *Speicher*.
Der Antrag wird also abgeändert. Die Frauen werden in Zukunft mit vier Vertreterinnen im Landesausschuß vertreten sein.
Schlögl: Ich muß mich dagegen wenden. Es existieren anscheinend nur Frauen in der Stadt und nicht auf dem Lande. So in Bausch und Bogen geht das nicht. Wie Sie es beim Schiedsgericht gemacht haben, machen Sie es auch mit der Frauenvertretung. Die Landfrauen müssen auch vertreten sein. Meinetwegen nehmen Sie zehn Vertreterinnen hinein, es müssen aber auch Landfrauen vertreten sein. Mit der Taktik, wie Sie arbeiten, geht es nicht weiter.
Frau *Hahn*: Darf ich bitten: Drei Frauen sind jetzt gewählt worden, die schon von den Kreissekretariaten als Vertreterinnen der Frauen gewählt sind, ich selbst, Frau *Deku* und Frau *Speicher*. Wir fühlen uns durchaus als Vertreterinnen der Frauen vom Lande. Ich bin außerdem von Oberbayern und nicht von München.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Sie sind keine Landfrau!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Aufregung ist nicht notwendig.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Weil Sie alles in Bausch und Bogen machen!)

Es kommt mir jetzt nur darauf an, daß wir die Frauen zur nächsten Landesausschußsitzung einladen können. Dann wird dieser Beschluß nochmals durch geheime Abstimmung vollzogen. Dabei können weitere Vorschläge gemacht werden.
Frau *Speicher*: Ich darf nur sagen, bis dahin werden wir vielleicht auch geeignete Frauen vom Lande vorschlagen können.
Schlögl: Die haben wir schon. Aber ich mache das nicht in Bausch und Bogen mit, weil ich das mit meiner Vorstandschaft noch besprechen muß.
Held: Ich mache den Vorschlag, später noch zwei Bauersfrauen durch das Sekretariat *Schlögl* dazu bestimmen zu lassen.

(Zurufe: Und die Arbeiterfrauen?)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir hoffen, daß uns dann unsere lieben Frauen nicht majorisieren werden.

(Heiterkeit!)

Vergessen wir nicht, meine Damen und Herren, ein großer Teil unserer Wähler wird aus der Frauenschaft rekrutiert. Deswegen würde ich vorschlagen, daß wir vorerst nur den Beschluß zur Einladung dieser Frauen fassen

(Zuruf: Und die Arbeiterfrauen?)

und dann sagen: Es bleibt den Vertretern des Bauernverbandes und der Arbeiterbewegung vorbehalten, noch je zwei Frauen vorzuschlagen, die zur Landesausschußsitzung eingeladen werden.

(Sehr gut!)

Es handelt sich im wesentlichen darum, daß ich die Frauen mit Aussicht auf Erfolg einladen und annehmen kann, daß sie kommen und Stimmberechtigung bekommen.
Ich unterbreche. Es wird das Abstimmungsergebnis zum Schiedsgericht bekanntgegeben.
Von Prittwitz-Gaffron: Es sind 42 Stimmen abgegeben, 41 mit Ja, eine Enthaltung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann kommen wir zunächst zur Abstimmung über den Antrag der Frauen.
Der Antrag lautet:

> Zur nächsten Landesausschußsitzung werden als Vertreterinnen der Frauen eingeladen Frau *Hahn*, Frau *Lang-Brumann*, Frau *Speicher*, Frau *Deku* sowie zwei vom Bauernverband und zwei von der Arbeitervertretung zu benennende Frauen.

Der Antrag steht zur Abstimmung.
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen?

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Ich stimme auch hier nicht mit aus Gründen, die ich ausdrücklich ...)

Wer ist dagegen? - Der Antrag ist angenommen.

(Zuruf: Einstimmig angenommen!)

- Einstimmig angenommen.
Wir haben bis jetzt als Vertreter der Jugend Herrn *Steber*. Leider sind nicht noch mehr da, ich möchte infolgedessen keinen formellen Beschluß fassen. Aber die Jugend hat sich ja organisiert. Ich möchte deshalb hier erklären: Ich werde bis zur nächsten Landesausschußsitzung mit der Jugendvertretung Fühlung nehmen und werde mir dann Vorschläge von Vertretern der Jugend einholen, die auch eingeladen werden.
Miesgang: Ich bitte, bei der Frage der Jugend folgendes bemerken zu dürfen:
Die Frage der Kriegsversehrten ist zu einem der brennendsten Probleme der derzeitigen Entwicklung geworden,

(Sehr richtig!)

dadurch, daß die Kriegsversehrten einen so ungeheuren Prozentsatz der Menschen zwischen 20 und 30 ausmachen.
Ich bitte, in die Jugendvertretung einen Mann mit hereinzunehmen, der auch die Interessen der Kriegsversehrten vertritt. Wie dringend nötig das ist, dürften die Beschlüsse der letzten Zeit bewiesen haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das werde ich mit *Steber* besprechen. Ich schlage vor, daß wir uns heute noch nicht auf eine Zahl festlegen. Ich werde diese Frage am

zweckmässigsten im Arbeitsausschuß besprechen, sonst kommen wir darüber auch noch in Dissonanzen.
Dann haben wir ein Schreiben von Herrn *Fackler*, München:

> Betrifft: Vertretung der ehemaligen bayerischen Widerstandsbewegung im Landesvorstand.
> Als Sprecher der ehemaligen bayerischen Widerstandsbewegung erlaube ich mir im Auftrag meiner Freunde das Ansuchen zu stellen, daß bei der Besetzung der Landesleitung der Union auch ein Vertreter unserer ehemaligen bayerischen Widerstandsbewegung zugewählt wird. Als den hierfür in Frage kommenden Kandidaten schlagen wir vor: *Wilhelm von Seutter*, München, Hohenfelsstr. 24.
> Unser Ansuchen begründen wir mit der Tatsache, daß wir auf nicht-marxistischer Seite die stärkste illegale Bewegung waren, die seit 1934 gegen das Nazi-Regime arbeitete. Mehr als 500 Vertrauensleute unserer Bewegung wurden im August 1939 von der Gestapo verhaftet und lange Zeit festgehalten. Auch jetzt steht beim Aufbau der Union unsere Bewegung überall in vorderster Linie. Deshalb bitten wir, unseren Antrag, wenn irgend möglich, der Landesversammlung vorzulegen und im zustimmenden Sinn Beschluß fassen zu lassen.

Ich würde Ihnen vorschlagen, diesen Antrag dem Arbeitsausschuß zur Behandlung zu überweisen. Seine Behandlung würde zur politischen Diskussion führen. Infolgedessen soll er dort behandelt werden.
Einverstanden?

(Zuruf: Der Arbeitsausschuß ist also ermächtigt, einen Vertreter zuzuziehen, wenn sich die Mehrheit dafür ergibt?)

- Nein, das noch nicht. Man kann sich dort einigen, ob man jemand einlädt. Beschluß kann nur hier gefaßt werden.
Nun, meine Damen und Herren, zu den noch vorliegenden Anträgen, damit diese jetzt formell erledigt werden.
Welche Anträge sind noch offen, die hier wichtig und einschlägig sind?
Nehmen wir den nächsten Antrag weg. Herr *Schäffer* hat die Landesversammlung zum 5. Mai beantragt gehabt.
Meine Damen und Herren, ich bin dagegen. Sie haben die großen Ausführungen schon gehört, wir brauchen uns darüber nicht mehr auseinanderzusetzen.
Herr *Schäffer*, ich würde vorschlagen: Zunächst kommt nochmals der Landesausschuß zusammen, dann können Sie dort einen entsprechenden Antrag einbringen. Jetzt ist es wichtig, die Organisation ruhig, organisch durchzubauen und nicht überschnell eine Landesversammlung abzuhalten.
Wollen Sie den Antrag aufrechterhalten, Herr *Schäffer*?
Schäffer: Darüber muß ich mit meiner Kreisvorstandschaft reden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Halten Sie ihn aufrecht oder nicht? Ich muß ihn behandeln.
Schäffer: Ich muß ihn aufrechterhalten. Über den Antrag braucht gar nicht abgestimmt zu werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann erklären Sie sich damit einverstanden, daß der Antrag bis zur nächsten Landesausschußsitzung zurückgestellt wird?
Schäffer: Das kann ich nicht, ich rede noch mit meiner Kreisvorstandschaft.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann muß ich darüber abstimmen lassen.

Soll ich den Antrag formell verlesen? Erklären Sie sich einverstanden, Herr *Schäffer*?
Schäffer: Ich kann nur erklären: Ich bin gebunden. Ich habe den Auftrag im Namen meiner Kreisvorstandschaft eingereicht. Zwei Kreisverbände haben ihn unterstützt. Die sind gar nicht mehr da und können eine Erklärung gar nicht mehr abgeben. Der Antrag ist mit Unterstützung von drei Kreisverbänden eingereicht, das ist eine Tatsache. Ich rede mit meiner Kreisvorstandschaft noch einmal.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist keine Regelung, weil aufgrund dessen irgendein Vorwurf gegen die Geschäftsführung im Landesausschuß erhoben werden kann. Entweder Sie erklären sich einverstanden, daß der Antrag bis zur nächsten Landesausschußsitzung zurückgestellt wird, oder ich muß darüber abstimmen lassen.

(Zuruf.)

Dazu darf ich erklären: Die Rechtsgrundlage ist folgende: Der Landesausschuß hat ein Statut gegeben. Infolgedessen wird auch die Bestimmung außer Kraft zu setzen sein, daß zwei Bezirksverbände allein die Einberufung einer Landesversammlung verlangen können, denn die Landesversammlung (?) kann ihrerseits diese Bestimmung außer Kraft setzen. Infolgedessen haben wir hier zwei Anträge zu behandeln. Der eine Antrag ist der, zum 5. Mai eine Landesversammlung einzuberufen, der andere ist der Antrag der Bezirksverbände, bis dahin eine Satzung vorzulegen.
Dr. *Semler*: Ich habe rechtliche Bedenken gegen diese Auffassung. Ich bin der Meinung, daß der hier versammelte Kreis die am 8. Januar beschlossene Satzung abändern kann. In diesem Falle liegt es aber so, daß nach dieser Satzung vor dem heutigen Tage ein Antrag satzungsgemäß eingebracht ist, der unterstützt ist und dem an sich gefolgt werden muß.

(Zuruf: Nein!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir können, vorbehaltlich der Zustimmung der Militärregierung, in diesem Falle jede Änderung der Satzung vornehmen, weil es das gleiche Gremium ist, das die Satzung beschlossen hat.
Ein Teilnehmer: Genau einverstanden, aber der Unterschied liegt darin, daß hier aufgrund der Satzung der Antrag auf Einberufung gestellt ist, der von zwei Kreisverbänden unterstützt ist und ...

(Unruhe im Saal.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren, in dem Punkt muß ich schriftlich abstimmen lassen, weil es eine Statutenänderung betrifft.
Darf ich bitten, die Stimmzettel zu verteilen.
Krempl: Ich möchte doch bitten, diesen Antrag zurückzustellen.
Dr. *Semler*: Die Versammlung kann selbst beschließen, über den Antrag heute nicht abzustimmen, sie kann Vertagung beschließen.
Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Damen und Herren! Es sind hier Erklärungen wegen loyaler Zusammenarbeit abgegeben worden. Das schließt ganz vernunftgemäß in sich, daß jetzt der Landesausschuß, der gewählt ist, zunächst die Vollmacht hat, bis der Landesvorsitzende der Meinung ist, daß die Landesversammlung einberufen werden kann. Wenn das von der Gegenseite nicht eingehalten wird, so ist das keine Loyalitätserklärung.
Dieser Antrag hätte sinngemäß jetzt zurückgezogen werden müssen. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren! Wir stimmen jetzt über den Antrag schriftlich ab. Er lautet - ich formuliere ihn jetzt so:

> Unter Vorbehalt der Zustimmung der Militärregierung zu einer Statutenänderung wird der Antrag des Bezirksverbands München-Stadt auf Einberufung einer Landesversammlung zum 5. Mai abgelehnt.
> Es bleibt dem Landesvorsitzenden überlassen, im Einvernehmen mit dem Arbeitsausschuß eine Landesversammlung dann einzuberufen, wenn der demokratische, organische Aufbau der Union vollzogen ist.

Ich bitte, über diesen Antrag geheim abzustimmen.
Haußleiter: Zur Geschäftsordnung! Ich schlage eine andere Formulierung dieses Antrags vor. Durch die Wahl des ersten Vorsitzenden ist der Antrag auf Einberufung hinfällig geworden, da dieser Antrag nur zur Konstituierung und zur Wahl eines ordnungsgemäßen, endgültigen Vorsitzenden gestellt wurde. Mithin ist ganz klar, daß durch die heute morgen erfolgte Abstimmung der Antrag mit seiner Begründung hinfällig geworden ist.
Ich stelle den Antrag, so zu formulieren.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren! Dann bitte ich, den Antrag genau zu formulieren.
Haußleiter: Ich möchte so formulieren:

> Die Versammlung erklärt, daß durch die endgültige Wahl des Vorsitzenden durch den erweiterten Landesausschuß der Antrag auf Einberufung einer Landesversammlung hinfällig geworden ist.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann aber bleibt es dem Vorsitzenden überlassen -
Haußleiter:

> Es bleibt dem Vorsitzenden überlassen, den Termin zur Einberufung einer Landesversammlung zu bestimmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich ziehe meinen Antrag zugunsten des Antrags *Haußleiter* zurück und bitte, über den Antrag *Haußleiter* in geheimer Wahl abzustimmen.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Ich nehme jetzt an den Beratungen und Entschließungen nicht mehr teil, weil ich keine Entschließungen fassen kann ...)

Jetzt bitte ich, die Namen der Stimmberechtigten zu verlesen.
Solange die Abstimmung durchgeführt wird, nützen wir die Zeit aus.
Es wäre noch zu beschließen über die sehr klare Resolution über die Frage der Haltung der Union zur Reichspolitik, eine sehr wichtige Frage. Schade, daß die Zeit drängt.
Müssen wir über diese Resolution noch abstimmen?
Ein Teilnehmer: Meines Erachtens können wir heute unmöglich auseinandergehen, ohne mindestens in einer Entschließung zu einer der brennendsten Fragen, nämlich der Frage der Reichspolitik, Stellung zu nehmen. Wir werden im gesamten Land und Reich, überall, wo wir uns als Vertreter der Union sehen lassen, darauf angesprochen. Es läßt sich nicht verheimlichen, daß wir in diesen Tagen zu einer Landesausschußsitzung zusammengekommen sind, und es würde nach draußen hin nicht verstanden werden, wenn wir kein Wort zu den brennendsten Problemen unserer Zeit gefunden

hätten. Ich bedauere, daß die Versammlung diesen Ausgang nimmt, möchte aber, daß am Ende dieser Zusammenkunft eine Entschließung über diese wichtige Frage gefaßt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte zusammenzubleiben, daß wir beschlußfähig bleiben. Darf ich bitten, Ober- und Niederbayern hereinzuholen.
Ich bitte, die Namen für die Abstimmung über die Frage der Landesversammlung zu verlesen.
(Die Abstimmung wird durchgeführt.)
Es liegt der Antrag zu folgender Entschließung vor:

Der am 31. März 1946 in Bamberg tagende erweiterte Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union beschließt:
Der Landesvorsitzende wird beauftragt, auf der nächsten Tagung des Landesausschusses ein soziales Sofortprogramm vorzulegen, das folgende Punkte umfaßt und von folgenden Grundsätzen ausgeht:

1. Die Lage derer, die durch den Krieg ihre Existenz, ihre Heimat, Hab und Gut verloren, erfordert einen gerechten Ausgleich der Kriegslasten.
2. Für die Wiederseßhaftmachung und Eingliederung der Ausgewiesenen ist eine klare Planung vorzulegen.
3. In der gleichen Weise bedürfen Kriegsversehrte und Kriegsopfer der besonderen Hilfe des Staates. Dafür sind die Richtlinien auszuarbeiten.
4. Soziale Gerechtigkeit und christliche Nächstenliebe erfordern ein solches echtes Sozialprogramm. Nur durch seine Verwirklichung kann die Gefahr einer neuen kollektivistischen Massendiktatur abgewendet werden, die einen neuen Ansturm von Materialismus und Atheismus bedeutet und deren Anzeichen auf der Linken und auf der Rechten in allen radikalen Lagern bereits sichtbar sind.
5. Der Landesausschuß ist der Ansicht: Durch solche wirkliche Sozialpolitik unterscheiden wir uns als Christen grundsätzlich von allen sozialistischen Programmen, deren Sozialismus von Materialismus und Atheismus untrennbar ist. Dadurch wird die politische Zusammenarbeit mit den sozialistischen Parteien nicht unmöglich gemacht. Aber für uns ist nicht Sozialismus, sondern christliches Gemeinschaftsdenken die Grundlage unserer Sozialpolitik.

Da ist Begründung und Antrag zusammengezogen. Infolgedessen bin ich auch der Auffassung: Es muß vor allem zum Flüchtlings- und Kriegsversehrtenproblem eine Beschlußfassung her.
Wir müssen eine kurze Resolution fassen. Ich bitte, mit zu formulieren.
Dr. *Horlacher*: Ich beantrage, den Herrn Landesvorsitzenden zu beauftragen, eine entsprechende Resolution zu verfassen. Wir sind mit den Grundgedanken ganz einverstanden.
Es liegen aber auch andere wichtige Gebiete vor. Wir werden den Landesausschuß so bald wie möglich wieder zusammenberufen müssen.

(Zurufe.)

- Sie können ganz beruhigt sein, wir werden ihn schon wegen der Ernährungslage und anderer politischer Probleme zusammenrufen müssen. Da wird der Streit der Union in den Hintergrund treten und sachliche und fachliche Arbeit im Vordergrund stehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Noch ein Vorschlag zur Reichspolitik.

Ich darf erklären: Am nächsten Mittwoch findet in Stuttgart eine Tagung für die Bildung einer Partei auf Zonenbasis für die ganze amerikanische Zone statt.
Ich werde daran teilnehmen und bitte, mich zu begleiten, den Herrn *von Prittwitz*, den Herrn Dr. *Kroll* und den Herrn Botschafter *von Voretzsch*.
Darf ich Ihr Einverständnis dazu annehmen?
Dr. *Horlacher*: Ich bitte, in der Parteiorganisation nicht weiter so fortzufahren, daß die stärkste Gruppe der Partei, die Bauernschaft, immer so in den Hintergrund gedrängt wird. Schon wieder der Vorschlag, daß wir vollständig ausgeschaltet sind!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist die erste Vorbesprechung, bei der man erst klar sehen muß, was los ist. Ich bin aber gerne bereit, noch einen Vorschlag zu akzeptieren. Wer von Ihnen geht mit?

(Zuruf: Botschafter *Voretzsch* ist ausübender Landwirt!)

Dr. *Horlacher*: Ich bitte davon auszugehen, daß wir schon 250.000 Mitglieder überschritten haben und mit unseren Familienangehörigen die Hauptmasse der Wähler der Union in der Hand haben. Wir ertragen es nicht mehr - mir persönlich ist es gleichgültig -, daß auf uns nicht die gebührende Rücksicht genommen wird.
Wir werden einen geeigneten Herren aus den Reihen des Bauernverbands in Vorschlag bringen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich schlage also vor "und einen Herrn des Bayerischen Bauernverbands".
Erhebt sich dagegen Widerspruch, daß wir an dem Aufbau der Union auf Zonenbasis mitwirken? - Einstimmig angenommen.
Bezüglich der Flüchtlingsfrage würde ich vorschlagen, doch wenigstens eine kurze Feststellung hier zu treffen.
Haußleiter: Meine Damen und Herren! Wer jeden zweiten Tag im Lande eine Versammlung abhält, weiß, daß sich eine Explosion vorbereitet, die für uns alle böse wird. Ich erlebe die Vorbereitung zur Gründung einer Flüchtlingspartei. Rechtsanwälte setzen sich zusammen und sagen, wir machen eine Flüchtlingspartei, das wird die stärkste Partei in Bayern, und dann stellen wir die Regierung.

(Zurufe.)

- Das ist ein Witz, aber wenn wir nicht achtgeben, passiert das.
Deshalb muß die Sache geklärt werden, daß wir wissen, was wir im Wahlkampf zu sagen haben. Wir müssen sozialen Zündstoff beseitigen, sonst explodiert er. Wir müssen wirkliche Sozialpolitik treiben, sonst verlieren diejenigen, die sich an alles klammern, alles mit einem Schlag. Wir dürfen aber auch nicht nach links abrutschen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich lasse zwei weitere Vorschläge, die zur Flüchtlingsfrage gemacht worden sind, verlesen. Eine der beiden, die beste, werden wir dann akzeptieren. Wir sind uns klar, daß irgend etwas geschehen muß.
Ich bitte Herrn *Koenig*, die beiden Anträge noch vorzulesen.
Dr. *Koenig*:

Entschließung des erweiterten Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union Bayerns zur Frage der Ausgewiesenen.
Der erweiterte Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union Bayerns hat sich auf seiner Tagung in Bamberg am 31. März 1946 erneut mit dem Problem der Ausgewiesenen aus den deutschen Ostgebieten und dem Sudetenland eingehend befaßt.
Die Union bekennt sich zur deutschen Schicksalsgemeinschaft und gibt der aus ih-

rer christlichen und sozialen Grundhaltung erwachsenden Verpflichtung Ausdruck, die Verantwortung auch für diese Opfer der Nazi-Politik und des Krieges mit zu übernehmen. Sie weist ihre Organisationen, Mitglieder und Freunde an, sich mit ganzer Kraft diesem ernstesten Sozialproblem der Gegenwart zuzuwenden und ihre in Not geratenen Brüder nicht im Stich zu lassen.
Die Union erblickt das letzte Ziel der Maßnahmen in der Eingliederung aller zwangsweise Zugewanderten in die Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft ihrer neuen Heimat auf der Grundlage eines menschenwürdigen Daseins. Ihre rechtliche Gleichstellung mit den Angehörigen der Aufnahmeländer ist für die Union eine selbstverständliche demokratische Forderung. Darüber hinaus vertritt sie den Grundsatz gerechter Lastenverteilung nach dem Grade persönlicher Leistungsfähigkeit der Einkommensbezieher und Vermögensträger. Sie fordert, daß Arbeitsvermittlung, Arbeitsbeschaffung und Umschulung zu planmäßigem und vollem Einsatz für die Ausgewiesenen gelangen, daß insbesondere die Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene den Charakter der Armenpflege verliert und daß eine umfassende Betreuung und Ausbildung der jugendlichen Zuwanderer erfolgen. Um den neuen Staatsbürgern Platz zu schaffen, ist der Abtransport der aus anderen Zonen stammenden Flüchtlinge beschleunigt durchzuführen.
Die Union ist der Überzeugung, daß eine endgültige Lösung des Problems der Ausgewiesenen erst dann möglich ist, wenn sich die vorhandenen Wirtschaftskräfte voll entfalten können. Trotzdem müssen bis dahin Volk und Staat, Kirchen, Verbände und Organisationen sowie sämtliche politischen Parteien zusammenwirken, um gemeinsam der furchtbaren Not des Augenblicks [entgegen] zu steuern und für die Ausgewiesenen die Voraussetzungen zur Erhaltung von Leben, Gesundheit und Arbeitskraft zu schaffen, von denen die Begründung einer neuen Existenz für Millionen von Menschen abhängt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bin vollkommen damit einverstanden. Nur bitte ich, "demokratische Forderung" in "soziale Forderung" abzuändern. Die zweite Fassung ist kürzer. Wollen wir die verlesen!
Dr. *Koenig*:

Das Elend der Heimatlosen und Flüchtlinge ist Gegenstand ernster Sorge der Christlich-Sozialen Union. Der Landesausschuß beschließt daher eine Organisation der verschiedenen Flüchtlingsgruppen auf landsmannschaftlicher Grundlage im Rahmen der Parteiorganisation. Wir verlangen die Schaffung einer klaren Rechtsgrundlage für diese bedauernswerten Opfer des Krieges, die ihre Ansprüche regelt und klare Grundsätze für Seßhaftmachung und berufliche Eingliederung in[10] ihre neue Heimat schafft.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Welche Fassung wollen wir akzeptieren?

(Zurufe: Die zwei!)

Dr. *Koenig*: Nach den Verhandlungen, die die Flüchtlingsorganisation selbst mit der amerikanischen Besatzung gepflogen hat, sind landsmannschaftliche Zusammenschlüsse der Flüchtlinge verboten.

(Zurufe.)

[10] In der Vorlage: "und".

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nehmen wir beide? Alles einverstanden?
Dann schreite ich zur Abstimmung über die zwei verlesenen Resolutionen.
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen?
Dr. *Nerreter*: Darf ich zur Begründung etwas sagen. Wir haben gestern einen Nachmittag vergeudet und heute früh für notwendige Sachen einen Vormittag reserviert. Jetzt peitschen wir in größter Eile die wichtigsten Dinge durch. Vorhin ist von Coburg gesagt worden, zur Frage der Reichseinheit muß eine Resolution gefaßt werden, weil es die Wichtigkeit der Sache erfordert.
Ich sage: Wenn wir in diesem Tempo die Fragen der Reichseinheit und der Flüchtlinge durchpeitschen, werden wir uns nicht mehr klar, wodurch die einzelnen Fassungen voneinander abweichen. Der Antrag 2 bezüglich der Flüchtlinge war nicht etwa ein Exzerpt aus dem Antrag 1, sondern es war etwas ganz anderes. Es war darin von landsmannschaftlicher Zusammenfassung die Rede, gegen die mit Recht Bedenken erhoben worden sind.
Ich meine, so geht es auch nicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Einwand hat etwas für sich.
Infolgedessen würde ich vorschlagen, wir beschließen hier: Wir akzeptieren die beiden Resolutionen und verweisen sie zur redaktionellen Behandlung an den Arbeitsausschuß. Einverstanden?

(Zurufe: Jawohl!)

Das Gleiche möchte ich für die Resolution beantragen, die der Sozialpolitische Ausschuß heute vorzulegen hätte, erstens zur Sozialversicherung, zweitens zur Kriegsversehrtenfrage und zur Gewerkschaftsfrage.
Ich bitte, daß auch diese Resolution sowie die Resolution des Wirtschaftsausschusses zur redaktionellen Behandlung dem Arbeitsausschuß überwiesen und dann in der Bayerischen Rundschau veröffentlicht werden.
Ein Teilnehmer: Ich stelle den gleichen Antrag wegen der Resolution des Wirtschaftsausschusses. Ich möchte aber bitten, daß der Arbeitsausschuß ersucht wird, mit tunlichster Beschleunigung zu diesen Resolutionen Stellung zu nehmen und, wenn er sie billigt, sie alsbald in geeigneter Form zur Kenntnis der Öffentlichkeit zu bringen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: In der Resolution - ich kenne sie - bekennen wir uns zur deutschen Wirtschaftseinheit.
Erhebt sich dagegen irgendein Einspruch? Das muß klar gestellt sein. - Gut, einverstanden. Dann wird die Resolution dem Arbeitsausschuß überwiesen.
Ebenso würde ich vorschlagen, die von Dr. *Kroll* bearbeitete Resolution zur Frage der Reichseinheit, unter der Voraussetzung, daß wir die Reichseinheit anerkennen, uns aber gegen das Einheitsreich wenden, an den Arbeitsausschuß zu überweisen.
Einverstanden? - Ich stelle das fest.
Dann habe ich nachzuholen, was wir vorhin fast übersehen hätten. Sie erklären sich einverstanden, daß die für den Arbeitsausschuß vorgesehenen Mitglieder von den Bezirksverbänden bestellt werden, und zwar in legaler Weise, also durch Wahl. Zur Zahl der Mitglieder: Zunächst ist nach unserer Beschlußfassung vorgesehen, daß je ein Vertreter hineinkommt. Sollte sich später die Notwendigkeit für eine Erweiterung ergeben, werden wir das tun.
Ich darf also Ihre Zustimmung annehmen, daß die Vorschläge für die einzelnen Mitglieder des Ausschusses von den Bezirksverbänden eingeholt werden.

Herr Dr. *Barth* hat sich gemeldet.
Dr. *Barth*: Ich erinnere an die Presseresolution, die von Oberfranken vorgelegt wurde. Wir sind leider nicht dazu gekommen, das Problem zu besprechen, das sehr wichtig ist, bei dem eine sehr klare Haltung bezogen werden muß.
Ich schlage vor, auch diese Resolution dem Arbeitsausschuß zu überweisen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Kein Widerspruch? - Dann darf ich Ihre Zustimmung annehmen. Es handelt sich um Stellungnahme zur sogenannten unabhängigen Presse und Förderung der Parteipresse.
Dann kommt ein Antrag wegen der Zusammensetzung der Spruchkammern nach dem Befreiungsgesetz.
Ich würde bitten, diesen Antrag auch hinüberzugeben.
Dann ein Antrag Würzburg wegen der Evakuierten. Es handelt sich da um das Stimmrecht der Evakuierten. Ich bitte, auch da einverstanden zu sein, daß der Antrag im Arbeitsausschuß behandelt wird.

(Zuruf: Das müßte aber möglichst bald gemacht werden, weil die Wahlen schon am 28. April stattfinden und die Evakuierten, die eventuell bei den Kreistagswahlen wählen würden, das Wahlrecht sonst verlieren.)

Das ist keine Resolution. Ich darf bitten, den Antrag dahin abzuändern:

Der Landesvorsitzende wird beauftragt, mit der Militärregierung und der Bayerischen Staatsregierung zu verhandeln.

Einverstanden? - Ja.
Haußleiter: Zur Geschäftsordnung! In unserem Antrag war auch versucht, eine Klärung der Frage herbeizuführen, ob wir unsere Politik als soziale oder sozialistische Politik bezeichnen. Die Frage ist im Wahlkampf draußen wichtig.
Ich beantrage:

Über die Frage einer sozialen oder sozialistischen Politik wird keine öffentliche Diskussion mehr geführt; das macht unter der Mehrzahl der Wähler einen sehr schlechten Eindruck.
Der Vorsitzende bereitet eine endgültige Klärung bis zur nächsten Tagung vor.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das letztere ist zuviel gesagt. Damit treten wir in die Diskussion über das Programm. Diese wird von den verschiedenen Ausschüssen, dem Wirtschafts- und sozialpolitischen Ausschuß schon ernsthaft vorbereitet. Das können Sie nicht so machen, daß Sie sagen "wird bis zur nächsten Tagung vorbereitet". Das Programm ist so ernsthaft, daß wir nachher wirklich gründlich darüber sitzen müssen.
Ich werde das, was Sie gesagt haben, so erledigen, daß ich es im Redner-Dienst als Anregung berücksichtige und daß dort entsprechende Weisung gegeben wird. Dann bekommen wir hier keine große Diskussion.
Dr. *Dürr*: Die Frage der Zuteilung oder Zuweisung des Redner-Dienstes, eine rein organisatorische Frage, muß auch geregelt werden.

(Zurufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Parteibeiträge! Leider Gottes haben wir von der Kasse niemand da. Es wurde damals vereinbart, daß im Augenblick Sie selbst noch darüber verfügen. Das bitte ich rein organisatorisch behandeln zu dürfen.
Frau *Hahn*: Ich möchte alle Kreis- und Bezirksverbände bitten, unter ihren Frauen zu suchen, wer zur Mitarbeit im Frauenausschuß in Frage kommt oder wer unter den

Frauen besonders politisch interessiert ist. Es ist uns der Vorwurf gemacht worden, wir hätten nur Stadtfrauen. Wir warten im Sekretariat dauernd auf Zuschriften von Frauen vom Lande, die sich zur Mitarbeit melden. Veranlassen Sie das, bitte. Es soll jede bei uns mitarbeiten können, bei uns ist bestimmt kein Rangstreit.
Eine Teilnehmerin: In Franken und Mittelfranken sollen auch evangelische Frauen mitarbeiten!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Noch ein Antrag oder eine Anregung, dann darf ich annehmen, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir jetzt zum Ende dieser Tagung schreiten.
Ein Teilnehmer: Zur Frage der Entnazifizierung!

(Große Unruhe im Saal. Ein Teil der Versammlungsteilnehmer rüstet zum Aufbruch und verläßt die Plätze.)

Da ist der Minister *Schmitt* umeinander gereist, und er verlangt jetzt von uns ...

(Sehr starke Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darüber sind Verhandlungen im Gange. Es sind noch Besprechungen darüber eingeleitet. Wir werden da noch Nachdruck geben können.
Dazu darf ich nur bitten, daß so oft als möglich solche Anregungen hereingegeben werden. Tun Sie das schriftlich, dazu brauchen wir nicht die Landesausschußsitzung. Geben Sie auch schriftlich die Beschwerden über Personalpolitik und diese Fragen herein, dann kann alles gesammelt behandelt werden. Alle denken bisher immer nur daran, daß dies irgendein örtliches Problem sei, das gerade akut ist, es sind aber soundso viele einzelne Probleme.

(Anhaltende Unruhe im Saal.)

Nun, meine Damen und Herren, danke ich Ihnen recht herzlich für Ihre Mitarbeit, nicht nur für die Mitarbeit, die Sie hier geleistet, sondern auch für die Mitarbeit, die Sie bis jetzt schon für die Union geleistet haben. Es sind viele unter uns - das war der Grund, warum ich die Parteifreunde an der Sitzung habe teilnehmen lassen -, die sehr viel Kraft für die Union aufgewendet haben, die Leute, die die Ausschüsse organisiert haben, wie Freund *Muhler*, der den Kulturausschuß aufbaut, *Semler*, der den Wirtschaftsausschuß aufbaut, *von Prittwitz* und die anderen. Ich kann nicht alle nennen, alle haben sich redlichst bemüht und geben sich redlichste Mühe. Bitte, unterstützen Sie uns dabei.
Sie haben vielleicht oft einen Eindruck von München gehabt, der das Bild noch schwärzer gestaltet hat, als es war. So arg schwarz war es nicht. Es waren Dissonanzen da, die Arbeit wurde gehemmt, aber auf der anderen Seite wären wir nicht so weit, wenn sich nicht Kräfte zusammengefunden hätten, die bemüht sind, für die Union alles aufzubieten, die Genannten, aber auch noch andere dazu. Ich wäre zum Beispiel bei der Wahl aufgesessen, wenn mir nicht Männer wie *Holzmann* und alle die anderen beigesprungen wären.
Es war Einmütigkeit in der Zusammenarbeit da. Darum bitte ich, daß Sie Ihrerseits ebenso einmütig draußen arbeiten. Ich habe das oft wahrnehmen können und mich darüber gefreut, wenn draußen gearbeitet wurde. Heute sind wir, glaube ich, so weit, daß wir mit noch größerem Mut arbeiten können. Es handelt sich jetzt nicht darum, wer die Union führt und wer in Opposition steht oder gestanden ist. Es handelt sich darum, daß alle, die bewußt zusammenarbeiten wollen, zusammenstehen. Dann ist es gleichgültig, ob gelegentlich eine Opposition da ist. Wir haben jetzt gemerkt, wir ha-

ben uns gestritten und gerauft und haben uns im Großen und Ganzen zusammengerauft. Wir werden alle so weggehen, daß wir zwar einige unangenehme Eindrücke, aber auch gute Eindrücke mitnehmen.
Deswegen bitte ich Sie: Denken Sie, wenn Sie draußen in der Arbeit stehen, an die guten Eindrücke! Lassen Sie sich zu weiterer Arbeit ermutigen! Stellen Sie alles Trennende und auch diese Dissonanzen zurück!

[Schluß der Sitzung: 31. März 1946, 15.45 Uhr.][11]

[11] Im Wortprotokoll ist keine Zeitangabe vermerkt. Die Uhrzeit wurde übernommen aus einem vierzehnseitigen Kurzprotokoll der Sitzung: "Niederschrift über die Sitzung des erweiterten vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union Bayerns in Bamberg am 30. und 31. März 1946" im Privatbesitz Karl Köhler.

Nr. 13

Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 16. April 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Bericht Müllers über seine Besprechung mit der Militärregierung über die Pressefrage
2. Ausgestaltung der Mitteilungsblätter der CSU
3. Vorfälle nach der Bamberger Tagung
4. Bericht über die Besprechungen in Stuttgart über den Aufbau der Union auf zonaler Ebene
5. Termin und Tagesordnung der Landesversammlung
6. Wahlen und Wahlrecht
7. Entschließungen des Wirtschafts- und des Sozialpolitischen Ausschusses
8. Besetzung der Spruchkammern

Tagungsort: München, Kanzlei Josef Müller, Gedonstraße 4

Anwesend:[2] Arnold, Barth, Deggendorfer, Dürr, Ehard, Eichhorn, von Eicken, Falkner, Helmerich, Horlacher, Hundhammer, Krehle, Kroll, Lacherbauer, von Miller, J. Müller (zeitweise), Ortloph, Pfeiffer, Pflaum, Rinke, F. Schäfer, Steber, von Voretzsch sowie ein Vertreter der Militärregierung; ferner: Hamacher, Koenig

ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Protokollführer: Hamacher, Koenig

Nach Eröffnung der Sitzung um 11.20 durch Herrn Botschafter Dr. *von Voretzsch* in Vertretung von Herrn Dr. *Müller* wird die Anwesenheit festgestellt. Danach erfolgt die Verlesung des Protokolls[3] der Bamberger Tagung, zu dem einige Abänderungen gewünscht werden.
Um 11.50 übernimmt Herr Dr. *Müller* den Vorsitz und gibt zunächst einen Bericht über seine Besprechungen mit der Militärregierung in der Pressefrage. Es werden Halbmonatsschriften mit einer Auflage von 40.000 und einem Umfang von 32 Seiten für die drei Landesparteien genehmigt. Diese hatten angeregt, die Auflage auf 80.000 Exemplare mit einem Umfang von 16 Seiten zu erhöhen. Die bisherigen Mitteilungsblätter sollen zu Informationsblättern der Parteien werden, mit einheitlichem Inhalt und zentraler Redigierung.

---

1 Rekonstruiert anhand des Protokolltextes, da die geplante Tagesordnung dem Sitzungsverlauf kaum entsprach. Laut Einladungsschreiben des Landessekretariates, gez. Schmidt, an die Mitglieder des Arbeitsausschusses vom 11. April 1946 (ACSP, NL Arnold 4 und NL Müller 11) war folgende Tagesordnung vorgesehen: "1) Protokoll der Sitzung des erweiterten vorläufigen Landesausschusses vom 30./31. März 1946, 2) Billigung der Geschäftsordnung a) für den Arbeitsausschuß b) für den Landesausschuß c) für die Sekretariate, 3) Fragen der Parteischiedsgerichte, 4) Personalpolitik der Regierung, 5) Besetzung der Spruchausschüsse, 6) Schaffung eines Personalausschusses, 7) Schaffung eines Informations- bzw. Presseausschusses." Eine erste Einladung ohne Bekanntgabe der Tagesordnung datiert am 6. April 1946 (ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, 16. April 1946).

2 Laut Anwesenheitsliste. Die unter "ferner" Genannten wurden anhand des Protokolltextes ermittelt.

3 Dabei muß es es sich um ein Kurzprotokoll, vermutlich die vierzehnseitige "Niederschrift über die Sitzung des erweiterten vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union Bayerns in Bamberg am 30. und 31. März 1946" gehandelt haben, die sich im Privatbesitz Karl Köhlers befindet.

Anschließend erfolgt eine Aussprache über die Ausgestaltung der Mitteilungsblätter der Union, insbesondere über die Bayerische Rundschau. Es herrscht die Auffassung darüber, daß innere Schwierigkeiten nicht in der eigenen Presse ausgetragen werden sollen. Ebenso wird die Beschwerde von Staatsrat *Schäffer* über Zurückweisung einzelner Artikel durch die Bayerische Rundschau behandelt. Staatssekretär *Pfeiffer* ergreift daraufhin das Wort zu längeren Ausführungen über die Auseinandersetzungen innerhalb der Union und die Arbeit der in der Regierung vertretenen Unions-Mitglieder. Er weist zur parteipolitischen Lage darauf hin, daß die heutige Stellung der SPD, wie es die Erlanger Tagung ergeben hätte, keine Tarnung mehr sei und daß die Sozialdemokraten sich im Stadium der Evolution befinden, so daß ein Einbruch in unsere Sphäre zu befürchten sei. Es sei daher an der Zeit, daß die Union zu gewissen Dingen positive Stellung nehme.
Anschließend werden die Vorfälle nach der Bamberger Tagung behandelt. Herr *Pflaum* verliest eine Entschließung des Bezirksausschusses München, die an den Arbeitsausschuß gerichtet ist und die die Stellungnahme der Isar-Post zur Bamberger Tagung zum Gegenstand hat.
Die Erklärung ist im Wortlaut beigefügt[4].

Schluß der Sitzung 14 Uhr.
Die Arbeitstagung wurde um 15 Uhr fortgesetzt.

Herr Dr. *Müller* gab einen kurzen Bericht über die Stuttgarter Besprechungen zum Aufbau der Union auf Zonenbasis.
Er wies darauf hin, daß Berlin als Reichszentrale nicht anerkannt worden sei. Der Name Christliche Union sei für die Zonenarbeit angenommen worden.
Weitere Besprechungen sollten im April stattfinden, wobei auch die Grundlinien für einheitliche programmatische Erklärungen geschaffen werden sollen.
Es wird ein Brief von Herrn Dr. *Adenauer*, Köln, verlesen, der weitere Einzelheiten zu den Stuttgarter Beschlüssen enthält.
Die Fragen der Zonenpartei und der Reichszentrale werden eingehend besprochen.
Es herrscht Einmütigkeit darüber, daß die Christlich-Soziale Union Bayerns auf der Tagung der Christlich-Demokratischen Union in Berlin nicht offiziell vertreten [sein] wird.
Als nächster Punkt der Tagesordnung wird der Termin der Landesversammlung beraten.
Danach sollen am 9. Mai 1946 die Arbeitsausschußsitzung[5] in München stattfinden und am 18./19. Mai 1946 die Landesversammlung in München tagen.
Auf die Tagesordnung für den Landesausschuß werden gesetzt:

1. Vorbereitung der Landesversammlung
2. Besprechung der Richtlinien für ein Grundsatz- und Arbeitsprogramm.
3. Vorbereitung der Aufstellung der Kandidaten für die Verfassunggebende Landesversammlung
4. Sonstiges

[4] Diese Anlage konnte nicht ermittelt werden.
[5] Gemeint ist vermutlich die Landesausschußsitzung am 9. Mai, vgl. Dokument Nr. 16, S. 211ff.

Die Tagesordnung für die Landesversammlung sieht vor:

1. Berichterstattung des Landesvorsitzenden
2. Satzung
3. Wahl der Landesvorstandschaft
4. Aufstellung der Kandidatenliste für die Verfassunggebende Landesversammlung
5. Bericht der Ausschüsse
6. Grundlinie für ein Grundsatz- und Arbeitsprogramm
7. Sonstiges

Es wird weiterhin die Frage des Wahlsystems besprochen, wobei Dr. *Müller* die Auffassung vertrat, daß für die Landeswahlen mit dem Ein-Mann-Wahlsystem gerechnet werden kann, während bei den Wahlen vorher das Verhältniswahlsystem zur Anwendung gelangen wird.
In der Landesversammlung müßten die Kandidaten aufgestellt werden, wobei es nach Angabe der Amerikaner notwendig sei, möglichst viele Kandidaten zu nominieren.
Herr Staatsrat *Schäffer* bat, das Material für die Landesversammlung gut vorzubereiten und in Zukunft Entschließungen im Wortlaut den Delegierten stets vorher zuzusenden.

Schluß der Sitzung 17.30 [Uhr].
Die Tagung fand ihre Fortsetzung um 19.30 [Uhr].

Die Entschließungen der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Ausschüsse werden verlesen. Änderungen werden vorgenommen und die weitere Behandlung der Resolutionen beschlossen.
Veröffentlicht werden sollen, mit redaktionellen Änderungen, Entschließungen zur Wirtschaftseinheit und zur Lage des Handwerks, ferner zur Sozialversicherung, zur Versehrtenfrage, zur Gewerkschaftsfrage und zum Problem der Ausgewiesenen. Sie sollen sämtlich im Unions-Dienst und in der Bayerischen Rundschau veröffentlicht werden.
Die Entschließung zur Rechtspflege wird zurückgestellt, ebenso zur Neugestaltung des Revisions- und Treuhandwesens, ferner die fünf Formulierungen zur Eigentumsfrage, die der Arbeitstagung zur Erledigung überwiesen werden.
Staatsrat *Pfeiffer* erläutert anschließend daran eingehend die Rechtsgrundlagen zur Durchführung der Landeswahlen und verwies darauf, daß die Unterlagen dafür bei ihm in Empfang genommen werden könnten.
Weitere Einzelheiten über die Notwendigkeit der Organisation der Union wurden besprochen. Dabei wurde auch die Frage der Besetzung der Spruchkammern zum Denazifizierungsgesetz erörtert.

Schluß der Sitzung 23 Uhr.

Nr. 14

Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 24. April 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Verschiedenes
2. Flüchtlingsproblem
3. Entnazifizierung

Tagungsort: München, Kanzlei Josef Müller, Gedonstr. 4

Anwesend:[2] Dürr, Eichhorn, von Eicken, Falkner, Helmerich, Hundhammer, Jaeger, Kroll, Lacherbauer, Laforet, Ortloph, Pflaum, Scharnagl, F. Schäfer, A.W. Schmidt; als Gäste: Rinke und ein Vertreter der Militärregierung; ferner: Käss, Koenig

ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel

Beginn: 10.30 Uhr

In Abwesenheit von Herrn Dr. *Josef Müller* übernimmt Dr. *Eichhorn* den Vorsitz.
Direktor *A.W. Schmidt* verliest das Protokoll der 1. Sitzung des Landesarbeitsausschusses vom 16. April 1946.
Dr. *Hundhammer* bittet um Zusendung der Protokolle an die Bezirksverbände.
Direktor *A.W. Schmidt* verliest einige Posteingänge von allgemeiner Wichtigkeit:
Schreiben der KPD zu dem Flugblatt "Wir haben gearbeitet".
Es wurde beschlossen, das Schreiben unbeantwortet zu lassen. Die Union lasse sich keine Termine stellen und eine Richtigstellung sei nicht erforderlich.
Schreiben der CDU, Berlin, vom ...
CDU bittet um Angaben über die Christlich-Soziale Union in Bayern zur Verwertung auf der Landesversammlung der CDU am ...
Dr. *Eichhorn* äußerte unter Zustimmung der Anwesenden, daß dieses Schreiben auch besser unbeantwortet bleiben solle. Die CDU Berlin wolle nur Zentrale spielen - und außerdem würden wir uns mit unseren Angaben nur blamieren.
Es wird die Frage gestellt, ob die Mitgliederzahl eigentlich jetzt angegeben werden könne.
Direktor *A.W. Schmidt* erbittet die Zustimmung der Anwesenden zu einer Maßnahme: da die Benzinzuteilung nunmehr zentral durch das Landessekretariat an die Bezirksverbände erfolge, habe er vorgesehen, den Bezirksverbänden nur dann Benzin zu genehmigen, wenn ihre Meldung über die Mitgliederzahl vorliege.
Die Zustimmung wird erteilt.

---

1 Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.

2 Laut maschinenschriftlicher vorbereiteter Anwesenheitsliste, die jedoch nicht durchgängig Unterschriften enthält. Von den teilweise durch Ankreuzen oder Abhaken als anwesend gekennzeichneten Personen wurden nur diejenigen in die Liste übernommen, bei denen die Vermerke eindeutig sind oder die im Protokoll erscheinen. Die Namen der Gäste sind handschriftlich ergänzt worden, die unter "ferner" Genannten wurden anhand des Protokolltextes ermittelt.

Minister *Helmerich* erklärte, daß das Benzin von jetzt ab jeder Partei insgesamt an die Landesleitung zugeteilt werde, und zwar jeder Partei gleich viel: monatlich 10.760 l.
Dr. *Eichhorn* warf die Frage auf, wie innerhalb der Stadt München die Bezeichnung der Verbände geregelt werden könne: Verwechslung zwischen dem Bezirksverband - Regierungsbezirk und den Stadtbezirken in München, die ja eigentlich nunmehr Kreisverbände heißen müßten.
Da die Behandlung dieser Frage zu weit führen würde, wurde sie auf einen späteren Termin verschoben.
Direktor *A.W. Schmidt* fragt, ob Interesse für die Verlesung des Informationsbriefes der CDU vorhanden sei.
Die Anwesenden bitten, den Informationsbrief - wenigstens auszugsweise - den Bezirksverbänden in Abschrift zuzuleiten.
Dr. *Eichhorn* fordert Herrn Dr. *Koenig* auf, die von ihm entworfene Rede für den Rundfunk über das Problem der Ausgewiesenen zu verlesen.
Dr. *Koenig* verliest seine Rundfunkrede.
Er erklärt, daß die zuständigen Stellen ihm erklärt haben, daß der Passus über die Verschleppung der Bevölkerung und über die Zurückhaltung der arbeitsfähigen Kräfte in der Tschechoslowakei wahrscheinlich nicht durchgelassen werden würde, ebenso nicht der Abschnitt, in dem von der Forderung der wirtschaftlichen Einheit und den Bedenken gegenüber der Loslösung der ostdeutschen Gebiete gesprochen wird.
Dr. *Eichhorn* erklärt, daß, wenn die Rede Dr. *Koenigs* auf diese Weise verstümmelt würde, dann müßten andere Punkte stärker herausgearbeitet werden.
Dr. *Hundhammer* bat, wenn eine Umarbeitung der Rede erfolgen sollte, auf die Möglichkeit, auf den ehemaligen Exerzierplätzen und Flugplätzen geschlossene Siedlungen für die Ausgewiesenen zu schaffen, besondere Betonung zu legen.
Dr. *Eichhorn* gab zu bedenken, daß es sich vorläufig ja erst einmal um die primitivste Unterbringung der Ausgewiesenen handele, und man an solche Siedlungen erst später denken könne. Die Schwierigkeiten dieser ersten Unterbringung seien ungeheuerlich, z.T. durch Verschulden der Bevölkerung, die die Leute möglichst schlecht unterzubringen gewillt sei, damit sie bald wieder gehen. Es lägen ihm hierüber Berichte von der Inneren Mission vor.
Dr. *Koenig* erwähnte den Fall des Landrates von Griesbach.
Dr. *Käss* erklärte, daß sich der Rundfunk jetzt offenbar mehr und mehr mit solchen Kundgebungen der einzelnen Parteien an die Öffentlichkeit zu wenden gedenke, und daß es daher anzuraten sei, wenn die Erklärungen, die in diesen Fällen gegeben werden sollen, gut vorbereitet, möglichst den Arbeitsausschüssen zur gründlichen Durcharbeitung gegeben werden sollen. Auf diese Weise würde auch gleichzeitig ein Beitrag zu einer Gestaltung des Programmes der Partei geliefert.
Dr. *Eichhorn* betonte, daß die Union in der Stellungnahme zu akuten Tagesfragen nicht nachhinken dürfe. Das Programm darf, ja muß langsam wachsen, aber die aktuellen Tagesprobleme müssen sofort behandelt werden.
Dr. *Koenig* berichtet über seine Eindrücke bei seiner Flüchtlingskundgebung in Hof: er habe den Eindruck einer allgemeinen Apathie gegenüber den Fragen des Flüchtlingselends gewonnen. Im übrigen seien Vertreter aus Forchheim anwesend gewesen und hätten ihm folgendes erklärt: Staatsrat *Schäffer* hat auf einer Rede in Forchheim gesagt, daß man die Flüchtlinge wohl hereinlassen muß, daß man sie aber in keine Stellungen bringen wird. Sie, die Forchheimer, würden bestimmt nicht mehr die CSU wählen.

Dr. *Rinke* berichtigt: Staatsrat *Schäffer* habe gesagt: die eine Heimat haben, sollen wieder zurück. Die keine Heimat [haben,] werden von uns aufgenommen, aber man solle ihnen zu wissen geben, daß sie nicht nur Rechte sondern auch Pflichten haben.
Dr. *Koenig* erwiderte, daß jedenfalls der Eindruck unter den Flüchtlingen in Forchheim der oben beschriebene gewesen sei, und daß für die Union unter diesen Leuten nichts mehr zu retten sei.
Dr. *Eichhorn* wandte sich auch entschieden gegen die Verschiebung innerhalb der Zonen.
Dr. *Käss* zeigte an Einzelbeispielen auf, was für Schwierigkeiten und Störungen - nicht nur menschlicher Art, sondern wirtschaftlicher und sozialer - durch diese Rückführungsaktion aufgetaucht seien.
Dr. *Rinke* erklärte, daß er gehört habe, daß auf Befehl des Kontrollrates die Schlesier aus Bayern in die englische und russische Zone abtransportiert werden sollten.
Dr. *Eichhorn* erklärte diesen Punkt für abgeschlossen.
Durch die Abwesenheit Dr. *Müllers* wird die Behandlung der eigentlich vorgesehenen Punkte - der Spruchausschüsse - hinausgeschoben. In der Zwischenzeit gibt Herr Bürgermeister Dr. *Lacherbauer* eine Erklärung der Zustände um die Einrichtung der Spruchausschüsse und die Durchführung des Entnazifizierungsgesetzes.

[Schluß: nicht ermittelt]

Nr. 15

Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 1. Mai 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Fall Schäffer
2. CSU und Königspartei
3. Entnazifizierung
4. Bericht über die Arbeit des Vorbereitenden Verfassungsausschusses
5. Berliner Tagung der Union
6. Zusammenschluß zu einer Zonen- bzw. Reichspartei
7. Parteisatzungen
8. Tagesordnung der Landesversammlung
9. Königspartei
10. Sonstiges

Tagungsort: München, Kanzlei Josef Müller, Gedonstraße 4

Anwesend:[2] Arnold, Barth, Baumgartner, Ehard, Eichhorn, von Eicken, Falkner, Gerathewohl, Hamacher, Horlacher, Hundhammer, Jaeger, Käss, Krehle, Kroll, Lacherbauer, R. Martin, von Miller, J. Müller, Nerreter, Ortloph, Pfeiffer, Pflaum, Rief, Rindt, Rinke, F. Schäfer, Steber, Vogl; ferner: Held, Koenig, Mauerer, Scharnagl

ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Protokollführer: Hamacher, Jaeger, Koenig, Mauerer, Vogl

Beginn: 10.30 Uhr

Dr. *Müller* begrüßt die Versammlung und verweist auf die Notwendigkeit, daß kein neues Moment der Beunruhigung die Arbeit der Partei nach innen und außen stören darf.

Pflaum berichtet von der Vorstandssitzung des Bezirksverbandes München, die bei *Sporer* einberufen worden war im Zusammenhang mit dem Fall *Schäffer*. Er berichtet, daß die Versammlung sofort von *Sporer* weg ins Parteibüro verlegt wurde. Dort hätte dann der Landesvorsitzende eine Erklärung abgegeben, daß von ihm aus die Militärregierung in keiner Weise beeinflußt worden sei. Man hätte diese Erklärung dankbar entgegengenommen.

Dr. *Lacherbauer* kündigte vertraulich eine Stellungnahme des Bezirksausschusses an, die einen beruhigenden Charakter habe. Es würde darin der Landesvorsitzende gebeten, im Zusammenhang mit dem Fall *Schäffer* eine Bitte in geeigneter Form an die amerikanischen Stellen weiterzugeben.

---

1 Rekonstruiert anhand des Protokolltextes, da die geplante Tagesordnung dem Sitzungsverlauf kaum entsprach. Vorgesehen waren laut Einladungsschreiben des Landessekretariats vom 26. April 1946 (IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 1): "1. Protokoll der letzten Arbeitsausschußsitzung vom Dienstag, 16. April 1946, 2. Besprechung des Satzungsentwurfes, 3. Grundsätzliches zum föderativen Programm, 4. Zonenpartei, 5. Weitere Vorbereitung für den Landesausschuß."

2 Laut Anwesenheitsliste. Die unter "ferner" Genannten wurden anhand des Protokolltextes ermittelt. Drei Namen (Vertreter für Schwaben und Nürnberg-Fürth) sind nicht zweifelsfrei festzustellen und wurden daher ausgelassen.

Dr. *Müller* unterstreicht noch einmal seine selbstverständliche Bereitschaft, alles zu tun, um *Schäffers* berufliche Position zu halten. Er verwies auf die gefährlichen Zusammenhänge, die zwischen der wirtschaftlichen Rehabilitierung *Schäffers* und den Rückwirkungen der amerikanischen Maßnahmen auf die Anhänger *Schäffers* bestünden.
Dr. *Lacherbauer* betonte, daß der Fall *Schäffer* über den Kreisverband hinausgehe und Angelegenheit der Landesleitung sei.
Dr. *Horlacher* verwies auf die Notwendigkeit, *Schäffer* in allen persönlichen Angelegenheiten zu unterstützen, aber von der persönlichen Seite kühl die politische zu trennen. "Ich habe das Vertrauen zu Dr. *Müller*, daß er in persönlicher Hinsicht alles tut, was zugunsten *Schäffers* bei der Militärregierung erreicht werden kann. Was die politische Seite angeht, so liegen die Verhältnisse hier anders. Ich sage offen meine Meinung. Als Politiker muß man kühl denken. Das Ziel kann nur sein: Wie kann die Union ihre fortschrittliche Arbeit vollenden ohne neue Störungen. Da ist es notwendig, daß ein Revirement dort stattfindet, wo es notwendig ist. Wenn das nicht von innen heraus erfolgt, kommen wir auf der Bauernseite in größte Schwierigkeiten, so daß ich mir schon überlegt habe, ob ich nicht aus dem Landesausschuß ausscheide. Es ist nötig, daß Sie die Gefahren sehen. Das Wahlergebnis des Landes beweist, daß die Führer der Bauernschaft ihre Pflicht erfüllt haben, daß der Fall *Schäffer* auf der politischen Seite nicht die Rolle gespielt hat, die ihm einzelne Herren geben zu müssen geglaubt haben. Die Wahl wurde bestimmt durch die Haltung des Bauernverbandes und der fortschrittlichen Kreise der Union. Ich gebe die Mahnung an verschiedene Herren: Überlegen Sie sich, ob bei Ihnen nicht irgendwie eine maßgebende Beteiligung oder Verhandlungen mit hervorragenden Vertretern des Nationalsozialismus in Frage kommen."
Dr. *Hundhammer*: Namen nennen.
Dr. *Horlacher*: Ich gebe jedem einzelnen Herren die Gelegenheit, sich selbst zu prüfen. Ich kann Ihnen die Beweise liefern, daß ich einige Male die Leute vor amerikanischen Offizieren in Schutz habe nehmen müssen. Da habe ich herausgehört, wie die Dinge im einzelnen liegen.
Dr. *Müller* unterbricht wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit.
Dr. *Horlacher* fährt fort: Das Revirement ist notwendig, besonders in München. Es wäre vielleicht besser, wenn der eine oder andere Herr in München eventuell freiwillig ausscheiden würde. Das sind Konsequenzen, die von jedem einzelnen gezogen werden müssen. Der Vorsitzende von Nürnberg teilte mir mit, daß in meiner Heimatstadt Feuchtwangen die Wahl in dem äußerst schwierigen Landkreis so ausfiel, daß 92% dort die Union wählten. Die Versammlungen wirken sich aus, wenn man die fortschrittliche Haltung auf sozialem Gebiet merkt. Auf politischem Gebiet gehen die Wähler mit. Auch unsere Tätigkeit in der Presse wirkt sich aus. Wir haben das Verdienst, daß die Union gemeinsam marschiert. Die Vertreter der Jungen in München schrieben mir unlängst einen Brief, in dem sie verlangen, daß in München einer der führenden jüngeren Kräfte den Vorsitz übernehmen solle. Ich habe mit *Baumgartner* noch nicht darüber gesprochen. Aber er wäre der geeignete Mann, er hat im Rundfunk das Gehör des Volkes gefunden, damit wäre die Verbindung von Stadt und Land zum Ausdruck [gebracht]. Und diese Verbindung brauchen wir. Das ist ein Vorschlag, den ich den Herren hiermit mache.
Dr. *Müller* weist darauf hin, daß die Münchner Angelegenheiten hier nicht erörtert werden. Er verweist auf den in einer Bezirksvorstandssitzung geäußerten Wunsch, daß

auch die Herren um *Horlacher* ihr Ehrenwort abgeben möchten, daß sie an der *Schäffer*-Angelegenheit unbeteiligt waren.
Dr. *Rindt* legt gegen diese Ehrenwort-Abgabe Verwahrung ein und verlangt das Vertrauen schlechthin unter Zustimmung der Mehrzahl der Beteiligten.
Dr. *Hundhammer* widerspricht den Ausführungen *Horlachers*, daß er mit seinen Reden so ausschließlich zum Wahlerfolg beigetragen habe. Oberbayern habe sich ohne *Horlacher* mit 67% zur Union bekannt. Er verwahrt sich dagegen, daß *Horlacher* nach dem Fall *Schäffer* nunmehr neue Persönlichkeiten der Union attackiert. Herr *Schäfer* unterstützt Dr. *Hundhammer* sehr temperamentvoll.
Dr. *Müller* unterbricht die Debatte und warnt vor persönlichen Beleidigungen.
Von Eicken: Ich habe an den zweiten Vorsitzenden einen Brief schreiben müssen und muß auch im Lande feststellen, daß *Schäffer* zwar kaltgestellt ist, und die kleinen *Schäffer* dort weiterarbeiten. Wenn das so weitergeht, wird ein neuer Reinigungsprozeß nötig sein, auf den ich schon seit Monaten hinweise.
Dr. *Müller* verweist darauf, daß München nicht maßgebend für die Union sei, und daß die Verhältnisse in München sich in Bälde beruhigt haben würden. In Versammlungen solle man den Fall *Schäffer* nicht weiterbehandeln, um so mehr aber den Vorwurf der reaktionären Haltung. Reaktionär sei die alte taktische Haltung der Kommunisten, die wie früher überall die Ruhe stören.
Auf Vorschlag Dr. *Müllers* berichtet Dr. *Gerathewohl* über die Münchner Rede Dr. *Müllers* am Vorabend in den Mathäserbierhallen.
Die weiteren Erörterungen befassen sich damit, ob der von Dr. *Müller* verlesene Artikel der Basler Nationalzeitung in der ersten Nummer der Rundschau gebracht werden soll. Dr. *Müller* tritt für die wörtliche Veröffentlichung ein, Staatssekretär *Pfeiffer*, *Hundhammer*, *Falkner*, *Kroll* halten das nicht für wünschenswert. Nach längerem Hin und Her einigt man sich auf einen Vorschlag Dr. *Gerathewohls*, verschiedene Stellen des langen Berichts nur indirekt wiederzugeben. Die letzte Entscheidung über die Veröffentlichung wird Dr. *Müller* überlassen. Im Redner-Dienst soll der Artikel wörtlich gebracht werden. Dr. *Müller* will durch die Bekanntgabe des Artikels in der amerikanischen Öffentlichkeit dahin wirken, daß man sich dort mit den tatsächlichen Verhältnissen in den Linkskreisen nach dem Umsturz 1933 objektiver befaßt. Er verweist auf die Absicht innerhalb der KPD und SPD, sämtliche führenden Köpfe der Union im Zusammenhang mit der Volkspartei zu belasten, um auf diese Weise indirekt die Union zu erledigen. Mit der Veröffentlichung dieses Artikels gingen wir zum längst fällig gewordenen Gegenangriff über.
Dr. *Müller*: Meine Herren gehen wir zu einem anderen Thema über: die Königspartei. Sie hat nunmehr eigene Kandidaten für den[3] Stadtrat aufgestellt. Ich bin der Auffassung: Nunmehr ganz klare Linie! Herr *Hemmeter* hat schon einmal die Königspartei einen Pfahl im Fleisch der Union genannt. Werden Sie sich schlüssig, daß wir dem Landesausschuß einen Antrag einbringen können, daß gleichzeitige Mitgliedschaft bei beiden Parteien nicht möglich ist. Der Landesvorsitzende wird beauftragt, jeden auszuschließen, der gleichzeitiges Mitglied ist.
Dr. *Pfeiffer*: Das ist überflüssig, wenn die Satzung einen Paragraphen hat, daß ein Mitglied der Union nicht Mitglied einer anderen Partei sein kann. Es überschneiden sich die Empfindungen, sentimentale Dinge und politische Auffassung. Mitte Mai wird ein

[3] In der Vorlage: "im".

Verfassungsentwurf veröffentlicht werden. Im Rahmen dieser Verfassung wird die Königspartei für sich das Instrument des Volksentscheids verlangen können. Ich würde vorschlagen, heute noch keinen politisch gefärbten Schritt zu tun.
Dr. *Lacherbauer*: Besteht nicht die Möglichkeit, daß die Königspartei ihren Wahlvorschlag für den Stadtrat fallen läßt? Ursprünglich wollte man keine eigenen Kandidaten.
Dr. *Müller*: Wir haben immer zu berücksichtigen den Vorwurf einer reaktionären Haltung. Hier brauchen wir eine klare Linie gegenüber der Königspartei.
Dr. *Lacherbauer*: Halten Sie [es] nicht für möglich, durch Verhandlungen noch etwas zu erreichen?
Dr. *Müller*: Haben wir doch Mut und Vertrauen zu unserer Arbeit. Klare Entscheidungen.
Dr. *Horlacher*: Die Frage der Königspartei ist nicht so einfach, sie muß noch ausführlich erörtert werden.

Eine Stunde Mittagspause.
Beginn der Nachmittags-Sitzung 14.30 [Uhr].

Man erörtert zunächst das Verhalten der SPD in verschiedenen Einzelfällen zur Union.
Anschließend referiert Staatssekretär Dr. *Pfeiffer* über seinen Tätigkeitsbereich: Ich darf an den Anfang setzen, was ich seit Wochen predige: Daß nämlich die Partei nur dann Bedeutung hat, wenn sie zu den politischen Fragen Stellung nimmt. Die Beschränkung auf das Sammlungsprinzip ergibt keine organisierte Masse hinter uns. Nur dann ist die Partei in der Lage, Prestige in die Waagschale zu werfen, wenn sie Politik treibt und nicht innere Auseinandersetzung. Im Kabinett sind wir nur dem Gewissen verantwortlich, weil wir noch nicht den Schutz und die Stütze der Partei haben.
Dr. *Pfeiffer* fordert dann ein klares Programm der Partei oder wenigstens ein Merkbüchlein, das in 20 bis 30 Punkten zu den Augenblicksfragen Stellung nimmt. Er verweist auf die Notwendigkeit, wie man weitere Abschüsse von Persönlichkeiten der Partei seitens der Gegner verhindern könne. Er verweist darauf, daß das am besten geschehen könnte, wenn die Partei durch eine exakte Organisation und durch klare politische Stellungnahme die Rolle einer fleet in being spielen könne, ohne in einer Koalitionsregierung vertreten sein zu müssen. Aufgrund des alle Erwartungen übertreffenden Wahlergebnisses fordert *Pfeiffer* eine Mobilisierung fähigster Persönlichkeiten für Schlüsselstellungen. Seiner Ansicht nach sei die Union stark genug, um die SPD mit dem Hinweis auf die Koalition in Schach halten zu können.
Er fährt fort: Ich bin mit *Müller* der Meinung, daß alles, was bis November geschieht, Übergangsregelung ist. Die werden wir dann durch Legalisierung abschließen müssen. Der endgültige Landtag wird dann einen Ausschuß einsetzen müssen, der den ganzen Staatsaufbau überprüfen wird, vor allem auch die Beamtenbesetzungen, und dann erst kann man das Ganze in einen normalen Etat überführen. Es wird dann zu überprüfen sein, ob die Landräte gewählt werden oder ob sie Organe der Regierung sein werden. Die Amerikaner lassen das offen. Es wird beim Landtag liegen, ob die Regierungspräsidenten gewählt werden oder nicht. Die politische Gewalt ist schon jetzt bei der Union. Wir können sagen, wenn ihr euch unanständig aufführt, gehen wir zum Gegenangriff über und werden keine Koalition bilden sondern eine Mehrheitsregierung und werden eines Tages die ganze Entwicklung unter die Lupe nehmen. Dann muß

man auch unmittelbar mit den Amerikanern sprechen, als Vertreter des Volksteiles, dessen Exponenten wir sind.
Zu den Spruchkammern: Bis 1. Juni müssen die Vorstände der Spruchausschüsse vom Justizministerium bestätigt werden. Schnellste Mitteilung also an Dr. *Ehard*. Es wurde weiterhin bestimmt, daß sich alle Beamten der Staatsanwalt[schaft] für die Spruchkammern zur Verfügung stellen müssen. Bis jetzt wurden nur solche Beisitzer berufen, auf die man sich mit allen drei Parteien einigen konnte. Es ist weiter vorgesehen, daß die Einreichung der Fragebogen möglichst bald bei den Spruchkammern selber zu erfolgen hat. Auf diese Weise wird das System der kommunistischen investigators beim special branch in Fortfall kommen.
Sämtliche Angestellte des öffentlichen Dienstes, die mit mehr als gewöhnlicher Arbeit beschäftigt sind, werden in Zukunft über die Ressort-Ministerien präsentiert werden. Die special branch in den Landkreisen ist beauftragt, bis 1. Juni 1946 für die mündlichen Bestätigungen eine schriftliche auszufertigen. Am 30. Mai müssen sämtliche Mitarbeiter im öffentlichen Dienst geklärt sein. Sie werden 1. nach dem Landkreis erfaßt sein, 2. in einer Zentralkartothek des Ministerpräsidenten und 3. in einer der Militärregierung. Auf diese Weise haben wir ein einheitliches deutsches und amerikanisches clearing.
Anschließend betont *Pfeiffer* nochmals die Dringlichkeit der Bereitstellung fähiger Leute seitens der Union. Man dürfe nicht zu viel Funktionen kumulieren, bei den Schwierigkeiten der heutigen Verwaltungs- und Regierungstätigkeit müsse man vielmehr noch mehr spezialisieren. Weiter verwies *Pfeiffer* auf den Umbau im Ministerium *Schmitt* und auf das Ausscheiden der beiden *Holys*. Vom Verfassungsausschuß berichtet Dr. *Pfeiffer*: Die Kommission ist autonom. Die Regierungsmitglieder sind nicht als Kabinettsmitglieder, sondern als Fachleute beteiligt.
Zur Frage des Föderalismus: Ein gräßliches Wort! Aber es ist notwendig, an der Sache festzuhalten. Anweisungen an unsere Redner mit ein paar Punkten: 1. Bekenntnis zur Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen und Wille zum Wiederaufbau des neuen Deutschland. 2. Bundesstaatlicher Aufbau auf allen Stufen. Föderalismus von Gemeinden und Provinzen. Kein Münchner Zentralismus. Vom staatlichen Leben der Einzelstaaten soll nicht mehr weggenommen werden, als unbedingt notwendig ist. An Stelle von drei Gauen wieder eine Bayerische Staatsregierung. Es existiert kein oberster Walter des Staates mehr. Wir in Bayern können die Bezeichnung Staatsregierung führen, in Hessen heißt es nur Landesregierung. In den drei Ländern ist die Situation grundverschieden. Wir sind noch beisammen mit Ausnahme von Lindau. Sämtliche Reichsinstitute in bayerischer Treuhänderschaft. Württemberg ist in Zonen auseinandergerissen, und Hessen ist wie eine Aktiengesellschaft. Auf dem Eisenbahngebiet boten die Amerikaner die Überführung in Staatsbesitz an. Das würde bei uns klappen. Aber nicht in Württemberg, wegen der Zonenaufteilung. Dort müßte man zuviel neu organisieren, ebenso in Hessen. Darum sagte man dort nein. Wenn die Eisenbahnen Zoneneigentum würden, müßten wir in Bayern den größeren Teil der Kosten tragen. Von den großen Mengen Lebensmitteln, die unter dem Begriff Zone eingeführt werden, bekommen wir auch das wenigste, haben aber das meiste zu bezahlen. Daraus ersieht man, wie vorsichtig man in realpolitischen Dingen sein muß. Das gilt auch für die Zusammenarbeit der Unionen auf Zonenbasis. Zwei Dinge müssen gemacht werden: Unser Vorsitzender sollte nur aufgrund eines besonderen Auftrages mit den Vertretern der anderen Zonen verhandeln. Zweitens, er soll ein Programm mitnehmen, das unser Staatsprogramm und dessen Anerkennung voraussetzt für die Zusam-

menarbeit mit den anderen Unionen. Grundsatz muß sein, auch bei den Parteiverhandlungen: Kein altes Reichszentrum mit einem bayerischen Flügel, der weiß/blau angestrichen ist. Wir müssen eine auf dem bayerischen Boden stehende Partei sein, bereit zur Zusammenarbeit mit den anderen Zonen wo es möglich ist.
Dr. *Müller*: Bezüglich *Kaiser* und der Berliner Tagung: Ich wollte zunächst hinfahren und viele Leute mitnehmen, aber in Stuttgart ergab sich ein anderes Bild. Gerade *Adenauer*, aber auch *Hilpert* hatten große Bedenken. Wir könnten vor ein fait accompli gestellt werden. Wir wollen Berlin nicht als Reichszentrale und auch nicht als Zentrale der Union wieder sehen. Die Zentrale soll in die Rhein/Main-Gegend gelegt und Berlin eine selbständige Filiale werden. Wir werden nach Berlin nur Beobachter schicken, die keine Verpflichtung eingehen. Ich sprach mit *Kaiser* vollkommen offen über meine Bedenken, und *Kaiser* ging ganz vernünftig weg.
Dr. *Pfeiffer*: Ich möchte noch anregen, daß die Landesleitung mit drei Vorsitzenden besetzt werden soll: Das hat sich auch bei der Volkspartei bewährt. Es sitzen nicht alle drei in München. Und auch die Stände lassen sich auf diese Weise besser unterbringen.
Dr. *Müller*: Dr. *Adenauer* ist nun leider bezüglich Berlin wieder umgefallen. Er verliest einen Brief Dr. *Adenauers*. Soll nun Berlin Zentrale der Partei sein?

(Stimmen: Nie!)

Ich werde meinen Standpunkt nie ändern, wenn nicht sehr dringende Gründe das verlangen. Nur wenn außenpolitische Maßstäbe in Frage kommen. Ich wurde von einem sehr guten amerikanischen Bekannten darüber aufgeklärt, daß es sein könnte, daß vollendete Tatsachen geschaffen würden, daß von amerikanischer Seite aus aussenpolitischen Gründen eine Entscheidung getroffen würde. Ich verwies darauf, daß es im Augenblick vollkommen unzweckmäßig sei, da wir mit Berlin nicht in Verbindung bleiben können, aufgrund der augenblicklichen Verhältnisse. Berlin hat immer unsere Außenpolitik belastet. Es hat hundertprozentig versagt, weil man im auswärtigen Amt Kommißstiefel trug im Gegensatz zu Wien. Wir wollen heute noch nicht vom Zentrum der Reichspolitik reden, das kann auch eine Kleinstadt sein. Man könnte diskutieren, ob das Zentrum im Westen oder in Franken sein soll. Nicht nur als Bayer und Franke denke ich an Bamberg, sondern aus unserer Geschichte heraus. Wegen seiner Bedeutung gegenüber dem Osten, die es im Lauf der Geschichte hatte. Die Amerikaner müssen Interesse haben an der Tschechoslowakei. Da liegt Bamberg zentral, auch für eine europäische Politik. Uranvorkommen sind heute mindestens ebenso interessant wie früher Ölzentren.
Pflaum: Hat Bamberg ein Hofbräuhaus?
Dr. *Kroll* gibt eine diesbezügliche, beruhigende Erklärung.
Dr. *Müller*: Meine Herren, es ist gar nicht so lächerlich: Gute Politik wird immer dort gemacht, wo Essenskultur ist. - Ich kann auch vertreten, daß ich in Stuttgart rasch eine Entscheidung getroffen habe. Ich habe nach Bamberg die Verantwortung dafür übernommen. Ich hielt mich verpflichtet, rasch zum Abschluß zu kommen, weil gewisse außenpolitische Notwendigkeiten ein rasches Handeln angezeigt sein ließen. Ich hatte vorher den Besuch zweier Londoner Freunde. Wir waren uns weitgehend einig. London sieht die Entwicklung der Verhältnisse mit allen Möglichkeiten sehr klar. Sie wissen, daß ich in Rom seinerzeit Verhandlungen führte mit *Halifax*. Der Friede wäre nicht bloß gut für Deutschland, sondern auch für Europa geworden. Vielleicht kann das auch in Zukunft werden. Über eines müssen wir uns klar sein: Unsere Außenpoli-

tik kann sich nur an die angelsächsischen Mächte anlehnen. Hier keine Ressentiments. Die dürfen keine Rolle spielen. Die beiden Westmächte sind sich inzwischen über verschiedenes klar geworden. Vertraulich darf ich Ihnen sagen, daß ich diese ganze Zonenpartei-Gründung betrieben habe nicht ohne Übereinstimmung mit maßgeblichen Leuten der beiden Mächte. Ich mußte in Stuttgart deshalb so rasch handeln, weil ich wußte, daß es im Rahmen der Außenpolitik nötig war, im Hinblick auf eine Erklärung für Rhein/Ruhr. Sie hätte keine Bedeutung gehabt, wenn sie nur von den einzelnen Unionen abgegeben worden wäre. Wir mußten eine Rückenstützung abgeben für die Freunde in den umstrittenen Gebieten. Ich habe kürzlich Besuch bekommen von Freunden aus der Pfalz. Dort ist die Parteigründung wegen der beiden Konfessionen schwieriger gewesen wie bei uns. Ich habe unsere Freunde animiert und sehr stark diese Entwicklung gefördert. In allernächster Zeit wird eine Gründungskundgebung in Ludwigshafen sein. Ich bin eingeladen worden, die Rede zu halten. Die Amerikaner waren begeistert und haben die Fühlung aufgenommen mit den Franzosen deswegen. Es ist für sie interessant, die Rückwirkung bei den Franzosen festzustellen. In Stuttgart hörte ich, daß die Franzosen über das Bamberger Ergebnis unangenehm berührt waren, weil sie einen Kurswechsel erwarteten. Ich habe Herrn *Surbak* mitteilen lassen, daß die Bamberger Linie klar eingehalten wird. Ich stand während des Krieges auch in Verbindung mit *de Gaulle*. Man hoffte, daß ich europäische Politik machen würde und daß die Union eine europäische Linie gehen würde. Besonders die Jugend arbeitet auf ein geeintes Europa hin. Es bestehen höchstens verschiedene Auffassungen über die Methoden. Ich sei gerne bereit zu einer Aussprache darüber. Ich habe dann noch gehört, daß die Franzosen noch unangenehmer berührt waren über die Presseverlautbarungen hinsichtlich des Unions-Zusammenschlusses und des Rhein/Ruhrgebietes. Diese Verstimmung darf uns aber nicht berühren. Wir können in diesem Punkt keinen Kompromiß machen. Wir können freiwillig kein Gebiet aufgeben.

(Zwischenruf: Auch nicht die Saar.)

Dann gleitet auch im Osten deutsches Land ab. Ich habe den Franzosen mitteilen lassen, daß die Rhein/Ruhrfrage territorial gesehen von uns nicht diskutiert werden kann. Sollte ein Diktat erfolgen, so ist es ein Diktat. Eine wirtschaftliche Selbständigkeit? Dann wäre die Frage zu erörtern über europäische Wirtschaftsplanung überhaupt. Wenn durch wirtschaftliche Verflechtungen einer künftigen europäischen Lösung vorgearbeitet würde und von allen Seiten Opfer gebracht würden, würden wir das begrüßen. Ich ließ das nur als meine Privatmeinung mitteilen. Ich habe nicht im Namen der Union gesprochen. Ich bitte Sie, zur bisherigen Behandlung der Zonenpolitik Stellung zu nehmen und zu klären, wie diese Frage in Zukunft behandelt werden soll. Noch eines: Es wurde mir vor einiger Zeit bedeutet, daß man es an bestimmter Stelle nicht ungern sehen würde, wenn ich nicht in Wochen, sondern in Tagen weiterhandeln würde. Weiter wurde bei anderer Gelegenheit, aber nicht ohne Zusammenhang damit, erklärt, daß jeder Widerstand, der gegen meine Politik in der Union getrieben würde, gebrochen würde. Notfalls mit Gewalt. Ich erklärte dazu, daß ich stolz darauf sei, noch nie Schuld gehabt zu haben, daß jemand ins Gefängnis gekommen sei. Ich hätte das im Krieg gekonnt. Ich werde auch in Zukunft so handeln und erklärte, daß ich mit meinen Freuden einig sei, daß die Linie der Union so geht, wie sie seit Bamberg geht. Ich würde aber bitten, bei allen Erörterungen draußen zu beherzigen, daß unangezeigte Erörterungen draußen sehr nachteilig sein könnten. Ich

würde mich meinerseits verpflichtet sehen, wenn unsere Linie im Rahmen der Friedenspolitik gestört würde, zu erwägen, ob ein solcher Störer nicht vor das Schiedsgericht kömmen müßte.
Pflaum: Nicht notwendig, weil die Amerikaner eingreifen!
Dr. *Müller*: Ich werde nie die Amerikaner zu Hilfe rufen.
Von Eicken: Die Ausführungen Dr. *Müllers* sind so klar, daß wir dafür aufrichtigen Dank schulden. Das einzige Bedenken, das ich habe, ist das, daß englischen politischen Erklärungen nicht immer allzuviel Bedeutung beizumessen ist. Ich habe da meine Erfahrungen von Oberschlesien her. Aber abgesehen davon ist die heute aufgezeigte Linie nicht nur darum, weil die Westmächte es wollen, die einzige, die wir vertreten können, wenn wir noch einen gesamtdeutschen Staat haben wollen. Darum schlage ich vor: *Müller* einstimmiges Vertrauen auszusprechen, daß er weiter die Verhandlungen führt und uns darüber berichtet. Diese Verhandlungen können nur von einem Manne geführt werden.
Dr. *Müller*: Ich habe jetzt schon ziemlich viel Erfahrungen mit den Engländern, sie sind zäh. Aber wenn Entscheidungen getroffen sind, halten sie so starr fest, daß man sich auf sie verlassen kann. Sie sind für ein fair play bis zum letzten.
Meine Herren, dann darf ich Sie bitten, zur Zonenfrage Stellung zu nehmen. Ich habe es so besprochen, daß die Union auch föderativ aufgebaut wird, die einzelnen Unionen bleiben selbständig. Die Berliner arbeiten darauf hin, daß wir uns Christlich-Demokratische Union heißen sollen. Ich möchte mich nicht darauf einlassen. Höchstens Union. Ich würde lieber sagen: Christliche Union Deutschlands. Christlich ist unsere Haltung gegenüber der marxistischen Linie.
Dr. *Horlacher*: Das ist ein schwerwiegendes Problem. Die Rede des Herrn *Lebsche* war vom Standpunkt des bayerischen Aufbaus hervorragend, der Beifall war ungeheuer. Darum keine überstürzten Maßnahmen, das ist noch verfrüht. Ich bin nicht gegen zonenweise Verhandlungen, aber dagegen, daß Berlin einen Anspruch erhebt, daß wir unseren Namen ändern. Ich habe Verständnis, wenn die Berliner Unterstützung brauchen, aber uns dürfen sie nicht mehr überspielen. Diesen Zustand mache ich nicht mehr mit, ich bin kein Preußenfeind, ich bin ein Freund aller Demokraten Deutschlands. Aber nach dem Zerfall Preußens muß die Geschichte von 1860 bis 1945 zurückrevidiert werden. Es muß der Süden des Reiches eine beherrschende Rolle im ganzen Reich gewinnen. Die Verhältnisse sind so weittragend, daß ich dringend bitte, daß hier eine Parteiformulierung bezüglich des künftigen Staatsaufbaues baldigst erfolgt. Wirtschaftseinheit muß sein, aber die Hoheit der inneren Verwaltung, die Kultur- und Verkehrshoheit müssen den Ländern vorbehalten sein. Ein Staat muß sich im gegebenen Moment aller Gefahren selbst wehren können. Wir hätten noch 1933 den Anschluß an Österreich finden können, wenn das so gewesen wäre. Ich möchte nicht haben, daß aus Kreisen der Leute, die bisher den Landesvorsitzenden unterstützt haben, der Verdacht geäußert wird, daß der Landesvorsitzende unitaristisch sein könnte. Darum die Frage der Verhandlungen mit anderen Zonen nur in Form von Arbeitsgemeinschaften. Der Aufbau der Union ist noch nicht gegen alle Gefahren gesichert. Wir wissen noch nicht, wie das Reich aussieht. Diesmal müssen die Bundesstaaten bestimmen, was an Rechten dem Reich verbleibt, nicht umgekehrt. Keine Überrumpelungspolitik. Die Herren in Berlin haben immer die Neigung, die Suppe für sich auszuessen, wir können sehen, was übrig bleibt. Aber der bayerische Suppenteller muß diesmal in unserer Hand bleiben. Die Länder müssen Träger des Reiches sein, nicht Kostgänger. Der bundesstaatliche Charakter muß allerdings auch

innerhalb der Länder richtig ausgebaut sein. Kein Münchner Zentralismus. Die Rücksicht auf fränkische und oberpfälzische Wirtschaftskreise muß gewahrt werden.
Dr. *Müller*: Meine Herren, wir brauchen Beschlüsse.
Dr. *Eichhorn*: Überholt durch den Beifall. Im übrigen: Hohe Politik in Ehren. Ich bin sehr dafür, daß man auf der Wacht bleibt. Was der Vorsitzende [*Josef Müller*] berichtet, ist sehr interessant, aber doch nicht so sehr akut. Außerdem ist im Augenblick die Zerrissenheit so groß, daß die Gefahr eines plötzlichen Einheitsreiches sehr gering ist, wenn es uns nicht plötzlich diktiert wird.
Dr. *Müller*: Diese Frage muß heute erörtert werden. Macht nicht wieder den Fehler von dazumal! Es ist eminent wichtig, daß wir noch im Waffenstillstand stehen, wir müssen erst zu einem Frieden kommen. Wir dürfen uns nicht auseinanderreden, sonst wird über uns verhandelt. *Anton* [*Pfeiffer*] sagte vorhin, daß *Maier* hin und wieder ironische Bemerkungen macht. Diese Geschichten schaden uns außerordentlich, weil bei den Anglo-Amerikanern der Eindruck aufkommt, als wären wir Gefühlsdusler, mit denen man nicht richtig reden kann.
Der Aufbau der Union muß föderativ sein. Ein gemeinsames Gremium aus den verschiedenen Vorsitzenden. Die führen den weiteren Ausbau durch. Bei den nächsten Tagungen müßten schon Leute dabei sein aus den Ausschüssen. *Adenauer* hat die gleiche Linie vertreten wie ich, auch hinsichtlich Berlins. Es wird Auseinandersetzungen geben wie überall. Aber wenn ich mich auf die Seite setze, wird mit mir nicht gesprochen. Drum setze ich mich hin und raufe. Ich möchte *Kroll* losschicken nach Stuttgart und Frankfurt, damit er sondiert. Dann können wir uns auf die einzelnen Fragen abstimmen. Ich will mit den anderen einig werden, daß sie den Berliner Zentralismus nicht mitmachen. Gemeinsam wollen wir überlegen: Wie schaffen wir das Gebilde, das über die Unionen gelagert wird, welche Vollmachten bekommt eine Reichsparteileitung. Das liegt alles bei uns. Wir müssen uns bloß einigen, daß wir nicht allein als ewige Neinsager dastehen.
Dr. *Kroll*: Wenn hier von einer Union auf Zonenbasis die Rede sein soll, so darf nichts geschehen, was gegen den Willen der Landesversammlung ist. Eine Diskussion, ob Berlin noch einmal Zentrale sein kann, kann gar nicht mehr stattfinden, das wird von uns abgelehnt. Ich habe 13 Jahre lang in Berlin gelebt und in dieser heidnischen Atmosphäre habe ich gelitten, wie man sich das gar nicht vorstellen kann. Ich werde die Herren, die für Berlin eintreten, mit Waffen schlagen, die in Berlin selber geschmiedet sind. Wir brauchen bis zu einem gewissen Grad Ihre separatistische Haltung hier in Bayern, um die Zugeständnisse zu erzwingen, die der Norden machen muß. Im übrigen müssen wir uns ganz klar sein: Wollen wir noch eine Reichsgewalt oder nicht. Dann aber würde ich lieber gleich auf dem Standpunkt der Königspartei stehen, die das Reich wenigstens klar ablehnt. Gegenüber den Ausführungen von Dr. *Pfeiffer* ist zu sagen, daß die Einigkeit, die man braucht zur Ratifizierung der Reichsverfassung, nie zu bekommen sein wird. Dann gehen wir lieber auseinander und versuchen gar nicht mehr, eine Zentralregierung zu bauen. Alle Länder müssen gewisse Kompetenzen abtreten, die sie selber bestimmen müssen. Aber eine Vermengung, daß man nominell ein Reich schafft und de facto dann doch nicht zuläßt, wird ein Zerrgebilde. Es ist allerdings zu bedenken, daß einzelne Staaten sehr schnell ein Spielball der Randstaaten werden, so daß der endgültige Zerfall dann nicht mehr abgewendet werden kann. Bayern könnte es ja eventuell gleichgültig sein, ob Ruhr, Rhein und der Osten verloren sind. Wenn es sich aber auf diesen Standpunkt nicht stellt, wird es die Opfer

nicht bringen müssen, die es bisher für unlautere Zwecke bringen mußte. Aber es wird gewisse Kompetenzen aufgeben müssen. Bayern wird das Reich vom Süden aufbauen müssen, oder zwangsweise eingebaut werden. Kürzlich ist eine Schrift erschienen über die Lostrennung Schwabens vom Reich. Besonders die Franzosen sind die Befürworter einer solchen Politik. Ich wage zu verneinen, daß die Franzosen Freunde des Reiches sind. Die Angelsachsen werden objektiver sein für die Reichspolitik. Wenn *Müller* die Vertrauensfrage hinsichtlich der Zonenpolitik stellt, dann müssen Sie sich klar sein, ob Sie eine redliche Reichspolitik machen oder separatistisch sein wollen. Ich will klare Entscheidungen, im anderen Fall würde ich es vorziehen, aus der Union auszutreten. Ich würde mich gegen jede preußische Vormachtstellung wehren.

Dr. *Müller*: In diesen Punkten will ich Taktiker sein. Gelingt es uns erst einmal, das Schwergewicht zu haben, dann können wir immer noch entscheiden.

Dr. *Falkner*: Preußen ist noch lange nicht tot. Der preußische Geist lebt, das sehen wir hier in Bayern jeden Tag. Sie versuchen hier, unsere Stellungen auszuhöhlen. Mit den Leuten kommt der Geist. Für das Reich ja, wenn das Schwergewicht im Süden liegt. Ich gehe lieber zu den Hottentotten als zu den Preußen.

Dr. *Müller*: Da gehe ich mit Ihnen einig.

Dr. *Barth* warnt davor, daß man zuviel Angst vor einem Unitarismus hat. Die Gefahr des Auseinanderfallens sei größer. Zu *Pfeiffers* Ausführungen meinte er, wenn man schon die Schicksalsgemeinschaft der Deutschen betone, müsse man nicht in erster Linie eigenstaatliche Rechte suchen. Das Schulwesen den Ländern zu übereignen sei unmöglich, besonders angesichts der fluktuierenden Bevölkerung.

Dr. *Rindt* beantragt, Dr. *Müller* das Vertrauen auszusprechen, verwahrt sich aber dagegen, daß man mit Gewalt drohe, wenn jemand gegen die politische Linie sei. "Ohne jeden persönlichen Bezug möchte ich gegen eine solche Formulierung protestieren. Ich habe mich im Dritten Reich gegen jede Gewaltanwendung gewehrt, ich würde es auch im vierten Reiche tun."

Dr. *Hundhammer*: Seit ich im März 1933 mit dem Gewehr der tobenden Menge vor dem Landtag den Eintritt verwehrt habe, stand ich unmittelbar unter den Klauen der Gestapo. Heute erlebe ich es zum erstenmal wieder, daß man hier erklärt, Leute, die eine gewisse Politik stören, würden verhaftet. Das kann bloß Leute betreffen, die hier im Saale sitzen. Ich erkläre, daß ich einen für richtig erkannten Standpunkt auch weiter vertrete. Es wäre Feigheit, eine politische Linie, die man im Interesse des eigenen Volkes für richtig hält, deswegen aufzugeben, weil mit Verhaftung gedroht wird. Ich stand zur Union in allen Kämpfen, auch als die Königspartei mich werben wollte. Ich bin auch manchmal von links her nicht unfreundlich behandelt worden. Ich stehe zur Union in allen Kämpfen, wenn ich auch zwischen *Müller* und *Schäffer* die Mittellinie vertrat und erklärte, daß weder *Müller* noch *Schäffer* die Führung haben sollten. Ich glaube, auch weiterhin bleiben zu können. Aber wenn es in dieser Tonart weitergehen würde, dann würden wahrscheinlich doch viele nicht mehr mittun können. Für ein Vertrauensvotum kann ich nicht mehr eintreten.

Dr. *Müller*: Ich wundere mich über diese Tonart. Wer hat denn hier eine Drohung empfunden? Ich muß die Situation so darstellen, wie sie ist. Aber ich kann doch erwarten, daß Sie zwischen den Zeilen lesen, welche Haltung zur Außenpolitik eingenommen werden muß.

Falkner und *Rindt* betonen, daß sie die Ausführungen Dr. *Müllers* nicht als persönliche Drohung empfinden.

Dr. *Kroll* lehnt jede Einmischung seitens der Militärregierung als undemokratisch ab. Er verlangt getrennte Abstimmung zur Vertrauensfrage für die Zonenpolitik und hinsichtlich seiner Ermächtigung durch das Gremium.
Dr. *Horlacher* verlangt genaue Formulierungen und rügt, daß Dr. *Müller* in der Frage des Unions-Zusammenschlusses zu rasch vorgegangen sei, daß außerdem im Verfassungsausschuß keine Vertreter der Wirtschaft und des Bauerntums seien.
Dr. *Lacherbauer*: Bezieht sich die Befugnis für Verhandlungen nur auf Verhandlungen oder auf Abschlußvollmacht?
Dr. *Müller*: Wir haben die Union auf der Zonenbasis jetzt geschaffen. Wegen der Rhein/Ruhrfrage. Jetzt kommt es darauf an, wie wird die Union jetzt gestaltet? Wir erklärten nach außen unsere Gemeinschaft, ohne im Innern die Organisation vorzunehmen. Jetzt sollen Sondierungen vorgenommen werden. In der nächsten Ausschußsitzung soll dann weiter verhandelt werden.
Dr. *Lacherbauer*: Die Sache ist so wichtig, daß ich keine Blankovollmacht ausstellen kann. Die letzte Billigung muß einem größeren Gremium vorbehalten bleiben.
Dr. *Horlacher*: Maßgebend ist die Zahl der abgegebenen Stimmen in den einzelnen Ländern.
Dr. *Müller*: Darüber sind wir uns ganz klar.
Dr. *Rindt*: Diese Tatsachen gehen ganz klar aus den Erklärungen von *Kroll* und *Müller* hervor. Ich stelle den Antrag:

> Der Arbeitsausschuß genehmigt die bisher von Dr. *Müller* auf der Zonengrundlage der Christlichen Unionen geführten Verhandlungen und ermächtigt ihn, diese Verhandlungen fortzusetzen.

Dr. *Müller* läßt über den gestellten Antrag abstimmen, und zwar getrennt für den ersten und für den zweiten Teil.
Dr. *Müller*: Wer enthält sich? *Hundhammer, Schäfer.*
Wer ist dagegen? Niemand.
Antrag angenommen.
Die Regensburger Gäste verweisen darauf, daß sie als Gäste nicht abstimmen können, sonst wären sie für den Antrag.
Dr. *Horlacher*: Aber von entscheidenden Phasen ist der Arbeitsausschuß sofort in Kenntnis zu setzen.
Dr. *Müller*: Wenn es sich um entscheidende Dinge handelt, hole ich Sie selbstverständlich sofort zusammen. Wenn wir rasch handeln müssen, sammelt *Kroll* die einzelnen Meinungen in den Bezirken und dann setzen wir uns zusammen.
Dr. *Müller* läßt für die Bevollmächtigung *Krolls* abstimmen.
Dr. *Kroll* wird einstimmig bevollmächtigt.
Im Anschluß bittet Dr. *Müller* Dr. *Käss*, über den Verfassungsentwurf zu referieren. Der Vortrag von Dr. *Käss* wird bald von Dr. *Rindt* unterbrochen mit dem Vorschlag, den Mitgliedern des Gremiums erst Gelegenheit zu geben, den Verfassungsentwurf zu studieren.
Dr. *Müller* schlägt vor, daß Dr. *Kroll* zu dieser Materie ein Korreferat ausarbeitet, und daß die beiden Arbeiten dann allen Bezirksvorständen innerhalb drei Tagen zum Studium zugeschickt werden. Die besonders interessierten Herren wurden gebeten, sich vor der Ausarbeitung noch mit Dr. *Käss* und Dr. *Kroll* in Verbindung zu setzen.
Seitens verschiedener Sitzungsteilnehmer wird verlangt, daß das föderative Prinzip in den Satzungen weitgehend festgelegt werden muß.

Dr. *Eichhorn* verweist auf die Gefahr, daß bei Abstimmungen die Minderheit zu kurz kommt. Besonders im Hinblick auf den evangelischen Volksteil. Er verlangt eine Kooptierungsmöglichkeit zur Korrektur bei den Abstimmungen und erklärt, daß das Zusammengehen der Konfessionen 1918 an der damaligen Personalpolitik gescheitert sei.
Dr. *Müller* betont die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Konfessionen. Davon hänge augenblicklich - mehr noch wie von der Erfassung der Stände - das Bestehen der Union ab.
Dr. *Horlacher* verwahrt sich gegen diese Auffassung und erklärt, daß er aus der Union ausscheiden werde, wenn die Berufsstände nicht eine stärkere Berücksichtigung fänden. Er kämpfe nicht für ein Mandat. Daran sei er persönlich völlig uninteressiert. Aber wertvolle Leute könnten nur dadurch für die Union erfaßt werden, daß man die Bauern und die anderen Stände in der Verfassung mehr berücksichtige.
Dr. *Müller* entgegnet diesem Einwand mit dem Hinweis, daß bei einer allenfallsigen Anwendung des Einmannwahl-Prinzips sogar eher zuviel Leute nach ständischen Gesichtspunkten aufgestellt würden, eine Gefahr, die, bei allem Verständnis für die Betonung der ständischen Interessen im Hinblick auf das Niveau der künftigen Fraktion, nicht verkannt werden dürfe.
Dr. *Müller* verweist darauf, daß zunächst das alte bayerische Wahlrecht mit den Listenwahlen bestehen bliebe. Weiter führt er aus: Ich habe mich kürzlich mit dem ersten politischen Offizier des längeren über das Prinzip Koalitionsregierung oder Mehrheitsregierung unterhalten. Die Amerikaner reden uns nicht darein, aber es wurde mir geraten, die Regierung allein zu bilden. (Ich bitte, diese Dinge vertraulich zu behandeln, so viel Gemeinschaftsgefühl müssen wir haben, daß wir das vertraulich besprechen können). Ich habe die Auffassung vertreten, daß wir für Ruhe beim Aufbau sorgen müssen. Die würde gewährleistet, wenn eine gewisse größere Gruppierung aus der Opposition ausscheidet. Der Offizier meinte, ein geschlossener Block wäre besser. Zwei Blocks könnten sich ausbalancieren. Ich sagte, in zwei, drei Jahren könnte man darüber reden, aber vorerst wäre eine Koalitionspolitik besser.
Rief: Ist der Aufbau von Wirtschaftsgruppen geplant und ist es möglich, daß seitens dieser Wirtschaftsgruppen der Partei satzungsgemäß Vertreter zugestellt werden können, wie es früher auch war?
Dr. *Nerreter*: Wir würden hier spanische Stiefel schaffen, in die man die späteren Entwicklungen dann hineinpressen müßte. Wir sind uns bei jeder Wahl im klaren, daß die Parität zu berücksichtigen ist. Wenn wir die Leute praktisch erziehen, ist mehr geschaffen als durch Verankerungen von Grundsätzen auf dem Papier. Wozu müssen wir Dinge festnageln, die sich aus dem gesunden Menschenverstand ergeben?
Dr. *Eichhorn*: Ich verlange nicht, daß ein bestimmter Prozentsatz erscheinen muß, sondern der Wahltechnik nach müßte eine Berücksichtigung möglich sein. Wenn ich eine Liste aufstelle, kann ich über eine Liste verhandeln. Bei den unteren und mittleren Körpern kann aber eine schlechte Mischung hereinkommen. Das ist doch keine neue Geschichte, schon die Volkspartei mußte sich damit abraufen. Bei geheimer Wahl kann man sich aber nicht abraufen.
Dr. *Müller*: Mir haben am besten die Vertrauensmännerversammlungen in Nürnberg, Bamberg, Augsburg gefallen, weil dort das konfessionelle Problem vorbildlich gelöst wurde, ohne viel hin und her. Ich verteidige in diesem Fall die Union, persönliche In-

teressen könnten ein Paktieren empfehlen. Deshalb möchte ich nicht, daß das ständische Prinzip bei uns so hereinkommt wie bei der Volkspartei. Ich denke da an *Heim*.

(Zwischenruf *Horlachers*: Er konnte sich ja nicht durchsetzen!)

Wir müssen uns in erster Linie jetzt weltanschaulich sammeln. Es wird wichtig sein, von der Führung aus zu sorgen, daß die eine Gruppe jetzt, die andere dann zur Geltung kommt. Aber bindet Euch nicht satzungsgemäß, sonst reitet Ihr die Union zum Teufel.

Dr. *Kroll*: Der ständische Gedanke in der Union wird sich durchsetzen, aber wir müssen den Gedanken der Partei und des ständischen Reichsaufbaus scheiden. Die Tatsache, daß der ständische Gesichtspunkt so stark ist und in der Weimarer Verfassung nicht berücksichtigt wurde, sorgte dafür, daß er in alle Auseinandersetzungen hineingepreßt wurde. Wir müssen sagen: Oberhaus und Unterhaus nach englischem Vorbild. Die ständischen Gruppierungen werden in einem Ständehaus vertreten, aber wir dürfen die beiden Prinzipien nicht andauernd durcheinandermengen. Die ständische Ordnung muß in erster Linie in einem Programm vertreten sein als Aufbauprinzip für Staat und staatsbildende Bereiche. Die Wahl des Parteivorstandes haben wir nicht ständisch beeinflußt, ihm aber einen Beirat aus sämtlichen Ständen beigegeben. Wir vertreten den Standpunkt, daß das Ständeprinzip stärker wie bisher herausgestellt werden muß in einer zweiten Kammer als Revisionskammer neben dem Unterhaus. Man ist heute parteienmüde. Die Leute suchen einen Ausgleich. Die Union hat Zukunft, wenn sie verspricht, den Interessenkampf der Parteien durch den ständischen Gedanken zurückzudrängen.

Dr. *Horlacher*: Dann scheide ich aus dem Landes- und Arbeitsausschuß aus. Die Verhältnisse sind so, daß die Mehrzahl der Wähler vom Lande stammt. Wir wollen nicht mehr haben, daß die Dinge sich zurückentwickeln. Aber dann sind wir auf der anderen Seite. Dann sind wir die stärkste Partei in Bayern.

Dr. *Müller*: Ich entziehe Dir das Wort, weil ich keine Äußerungen zulasse, die die Union gefährden.

Dr. *Horlacher*: Ich gefährde nicht die Union, dann trete ich aus der Union aus und gebe öffentlich bekannt, um was es sich handelt. Die Union muß so gestaltet werden, wie es dem bäuerlichen Aufbau der bayerischen Bevölkerung entspricht. Wir haben hier bloß Akademiker, das geht nicht. Wir wünschen, daß die künftige Parteileitung so zusammengesetzt wird, daß die Hauptvertreter der Stände zur Geltung kommen. Wir bitten dringend darum, daß uns der Verfassungsentwurf zugeleitet wird, damit wir uns darüber unterhalten können. Die Zweite Kammer ist nur eine Vertröstung.

Dr. *Müller*: So kann es nicht weitergehen, ich bin klar und deutsch. Durch solche Unterhaltung wird die Union gefährdet. Das schadet draußen ganz eminent. Gerade in Franken wird das betont, wenn der Bauernverband immer von einer eigenen Parteigründung spricht.

Dr. *Nerreter*: Herr Dr. *Horlacher*, Sie haben versucht, über die evangelischen Pfarrämter Ihre Anhänger für den Bauernverband zu werben. Wenn Sie auf dem Weg weitergehen, den Sie anscheinend einschlagen wollen, dann kann ich Ihnen versichern, daß Sie Ihre Mitglieder auf dieselbe Weise verlieren, wie Sie sie bekommen haben.

Dr. *Kroll*: Wenn wir Demokraten sind, dann gibt es nur die Alternative: Wahlen oder ständische Vertretung. Sie könnten auch die Vertreter der Priesterschaften und des Adels wieder aufstellen, das hat es auch einmal gegeben! Bei einer Anlehnung an das englische Wahlrecht wird eine starke Minderheit ausgeschlossen. Diese Minderheit ist

aber dann in ständischer Hinsicht in einer Kammer vertreten. Mehr kann man nicht verlangen.
Dr. *Rindt*: Ich schlage vor, daß *Horlacher* baldigst einen Verfassungsentwurf bekommt, und dann soll die Sache in aller Ruhe geprüft werden. Wenn wir berücksichtigen, um was es geht, dann wird sich der Ausgleich finden lassen.
Dr. *Müller*: Ich breche ab, und ich bitte Dich dringend, *Michel* [*Horlacher*], führe keine solchen Diskussionen mehr, sonst werde ich scharf. Wenn einer eine eigene Partei gründen will, dann sorge ich, daß die Trennung möglichst rasch geht. So weit sind wir heute, Gott sei Dank, daß jeder, der hinausgeht, leiden wird.
Dr. *Horlacher*: Darum geht es nicht. Ich will den Aufbau der Union ja nicht gefährden.
Dr. *Müller*: Es geht weiter. Thema: Königspartei. Vorerst muß übrigens die Tagesordnung für die Landesversammlung noch festgelegt werden. Wir müssen uns auch bald darüber klar werden, welche Kandidaten für die Landesleitung von draußen benannt werden können. Auch *Horlacher* bitte ich, sich bestimmte Gedanken durch den Kopf gehen zu lassen, wir müssen eine gute Fraktion haben.
Diskussion über die Tagesordnung für die Landesversammlung und über den Tagungsort für die nächste Ausschußsitzung.
Dr. *Müller*: Wir brauchen dringend jetzt die genaue Aufstellung der Mitgliederlisten. Dann werde ich in der nächsten Sitzung auch den Aufbau des Generalsekretariats vorlegen und die Kassenfragen. Aus dem großen Gremium werden wir einige Leute herausnehmen, die diese Fragen durchgehen. Ich möchte vor allem den verwaltungsrechtlichen Ausschuß, den *Schäffer* hatte, *Nerreter* übergeben. Er soll mit *Lex* zusammenarbeiten. Ich stehe noch vor dem Problem, daß ich den staatspolitischen Ausschuß noch nicht aufgebaut habe. Er muß so klein gehalten werden, daß selbst die schwierigsten Fragen behandelt werden können, ohne daß etwas nach außen kommt. Parteileitung, Mitglieder der Regierung, je einen Vertreter der Bezirke, weiterhin der eine oder andere von besonderer Bedeutung sollen diesem Gremium angehören. Da können ständische Interessen berücksichtigt werden. Dazu müssen wir erst einen Überblick über die Parteimitglieder von draußen haben.
Eine weitere Frage: Ich habe vorgeschlagen, daß jeder Ort mit über 100.000 Einwohnern beantragen kann, daß er die Rechte einer Bezirksorganisation bekommt. Jeweils vom Landesausschuß muß dann die Stimmzahl festgelegt werden. Bisher ist München, Nürnberg-Fürth und Augsburg verselbständigt. Das ist ungerecht gegenüber Regensburg und Bamberg. Sind Sie damit einverstanden? Ja.
Nun zur Königsfrage: Weil die Königspartei eigene Kandidaten für die Stadt aufgestellt hat, muß Klarheit geschaffen werden. Wir müssen davon ausgehen, daß nicht jemand gleichzeitig Mitglied der Union und der Königspartei sein kann. Ich möchte diese Klarheit im Gegensatz zu *Pfeiffer* schon jetzt haben. Bis jetzt war die Königspartei auch bei unseren internen Besprechungen anwesend. Das geht in Zukunft nicht mehr. Ich bin dafür, den Trennungsstrich eindeutig zur Königspartei zu ziehen, nicht nur auf Verfassungsbestimmungen zu verweisen. Vielleicht wird die Königspartei am schärfsten als Konkurrent auftreten. Verschiedene Herren haben Verhandlungen das Wort geredet. Ich habe bis jetzt überhaupt noch nicht verhandelt. Wenn sie Heimat- und Königsbund im alten Sinn gewesen wäre, hätte ich verhandelt. Aber wenn sie als Partei auftritt, sind Verhandlungen nicht mehr möglich. Wir sollten es auf eine Entscheidung ankommen lassen. Ich glaube, die Leute der Königspartei werden sehr enttäuscht sein. Auch in München wird sich die Union durchsetzen. Es soll keiner in seinen Gefühlen verletzt werden. Aber wir müssen die Partei als solche angreifen, even-

tuell auch einzelne Persönlichkeiten. Wir werden gut daran tun, diese Dinge zu überwinden. Das ist auch notwendig im Hinblick auf die Besatzungsmächte und den Vorwurf der Reaktion. Die Königspartei vertritt mancherlei reaktionäre Dinge. Ich bitte um Ihre Stellungnahme.
Barth verweist darauf, daß die Frage der Königspartei in Oberfranken überhaupt keine Rolle spiele.
Dr. *Horlacher* vertritt den Standpunkt, daß es sich hier um sehr starke Gefühlsströme handelt, unter deren Einfluß auch Leute stünden, die keinesfalls reaktionär seien. Im übrigen ziehe die äußerste Linke den Nutzen aus der Behandlung dieser Streitfrage.
Dr. *Horlacher* gab zu bedenken, ob man nicht diesen Streit auf diese Weise zurückstellen könnte, daß die kommende Verfassung für ein Volksreferendum in Hinblick auf die Königsfrage eine Möglichkeit vorsehe, die nicht eine Zweidrittelmehrheit verlange. Die Königspartei würde bei einem solchen Zugeständnis eher bereit sein, einzusehen, daß der Streit um die Königskrone für sie jetzt nicht opportun sei. Nach Dr. *Horlacher* war die erste Versammlung der Königspartei überfüllt und die Rede von Dr. *Lebsche* außerordentlich eindrucksvoll.
Dr. *Müller* betonte, daß nach amerikanischer Auffassung die Rede ohne jede Konzeption und die ganze Planung ein Wolkenkuckucksheim gewesen sei.
Dr. *Nerreter* vertritt die Auffassung, daß in Bayern bei einem Volksreferendum für die Königspartei nie eine Mehrheit, bestimmt keine qualifizierte Mehrheit zustande komme. Jeder, der für ein Referendum dieser Art plädiere, setze sich schon dem Verdacht einer reaktionären Haltung aus.
Dr. *Scharnagl*: Die Union muß sich fernhalten von jeder Propagierung des Königsgedankens. Aber es muß bald eine Klärung kommen. Es ist nicht zweckmäßig, daß sich die Werbung auf Jahre hinauszieht. Ob und wann in diesem Jahr vielleicht noch eine Abstimmung kommen soll, ist von untergeordneter Bedeutung. Zur Kandidatenaufstellung: Man soll sich jetzt noch nicht abschließend festlegen, sondern erst bei der nächsten Sitzung. Die Kandidatenaufstellung geschah gegen den Willen des Kronprinzen [*Rupprecht*]. Vielleicht ergibt sich daraus ohnehin eine Krisis. Ich halte es übrigens nicht für unmöglich, daß die Monarchie nur in einem [...][4]
Dr. *Lacherbauer*: Ich schließe mich den Ausführungen meines Vorredners an. Innerhalb der Königspartei sind verschiedene Auffassungen über die Beteiligung im Stadtrat. Ich bin der Meinung, daß Verhandlungen mit den Herren geführt werden sollen, die gegen Nominierung von Kandidaten sind. Man sollte die Dinge sich nicht allein entwickeln lassen.
Dr. *Müller*: Dann zerhaue ich mir in Franken sehr viel Porzellan. Ich muß besonders um Kulmbach kämpfen. Dort sind kommunistische Gefahren. Diese Gefahr ist im Vordergrund. Dagegen muß ein Block aufgestellt werden. Da kann keine Rücksicht genommen werden. *Hoegner* ist zu *Rupprecht* gegangen, ich nicht. Das ist ein Aktivum! Lassen wir es dabei. Wenn die Leute einen Wunsch hätten, könnten sie ja ihrerseits Fühlung genommen haben. Wir laufen nicht Leuten nach, die ihre ehrgeizige Politik betreiben.
Dr. *Nerreter* verweist darauf, daß bei einem Volksentscheid die Union ohnedies Farbe bekennen müßte und nicht mit Gewehr bei Fuß dabei stehen könnte.

[4] Das Ende der Ausführungen Scharnagls fehlt in der Vorlage, in der an dieser Stelle eine neue Seite beginnt.

Dr. *Scharnagl* ist der Auffassung, daß die Union weder für noch gegen sein sollte, sondern daß diese Frage jedem einzelnen als Privatansicht überlassen bleiben müßte.
Nerreter gibt dagegen zu bedenken, daß man die Privatmeinung eines einzelnen Parteigängers nicht von der Union trennen könnte.
Dr. *Müller*: *Hundhammer*, nimm es mir nicht übel. In einer Deiner Reden sprachst Du damals von Deiner Treue zum Königseid. Ich erhielt zwei Tage darauf einen schriftlichen Protest von etlichen jungen Leuten, die eine Stellungnahme dagegen verlangten. Sie schrieben nicht mit Unrecht: Wir haben *Hitler* einen Eid geschworen, dann müssen wir ihm unseren Eid auch halten. Vor einigen Tagen ist bei der Militärregierung Dein Name gefallen. Man sagte, Du nähmest Stellung für die Königspartei. Ich wies das zurück. Darauf die Bemerkung: Es wäre gut, wenn Sie ihn veranlassen würden, sich zurückzuhalten.
Dr. *Hundhammer*: Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß ich monarchistisch gesinnt bin. Auch in der Sozialdemokratie gibt es Freunde des monarchistischen Gedankens. Ich halte es für kein Verbrechen, sich zur Monarchie zu bekennen, und wenn man schon eine Königspartei zuläßt, dann wundere ich mich, daß man einem Mann wie mir seine Einstellung zum Vorwurf macht. Ich wußte nicht, daß die Militärregierung ein Bekenntnis zur Monarchie nicht wünscht, aber ich werde bei nächster Gelegenheit bei der Militärregierung einmal anfragen.
Dr. *Müller*: Es handelt sich nicht um eine Weisung der Militärregierung. Ich meine, es wäre besser, wenn Du darüber hinweggehen würdest.
Dr. *Hundhammer*: Ich bin von der Militärregierung über die Königsfrage schon gefragt worden und erklärte, daß ein erheblicher Teil des Volkes in Südbayern für den König sei. Wenn die monarchistische Partei geeignete Kandidaten aufstellt, dann kann sie bei den Wahlen eine beachtliche Gefahr darstellen.
Dr. *Falkner*: Ich mahne zur Vorsicht. Wir müssen reden als Vertreter der Leute, in Niederbayern gibt es viele Monarchisten, dem muß ich Rechnung tragen. Solange es möglich ist, vermeide ich es, auf das Thema einzugehen, aber es ist eine Resonanz dafür da.
Dr. *Scharnagl*: Ich beantrage nochmals Vertagung bis zur nächsten Arbeitsausschußsitzung.
Dr. *Müller*: (Unter allgemeiner Zustimmung) Ich bin auch dafür.
Dr. *Lacherbauer*: Die Kandidaten sind aufgestellt, ich sehe eine große Gefahr, es wäre wünschenswert, wenn man an verschiedene Leute, die keine Heißsporne sind, herantreten würde. Auch in München ist die Stimmung so, daß sich das Bürgertum leicht von Gefühlen fangen läßt. Dann bekommen wir vier oder fünf Vertreter, dann werden die Kommunisten und Sozialdemokraten eine Mehrheit haben, und das ergibt Konsequenzen. Ich wünsche keine Verhandlung mit der Königspartei, sondern nur Beratung der vernünftigen Leute von der Königspartei.
Dr. *Falkner*: Die Königspartei wird daraufhin einen Kuhhandel haben wollen und fragen, was bietet ihr, wenn wir die Kandidaten zurückziehen.
Dr. *Arnold*: In Franken ist nicht alles republikanisch gesinnt. Wenn man sich dort zur Königspartei nicht äußert, so deshalb, weil man die Union stark haben will. Wir müssen dort gegen die Kommunisten arbeiten, da tritt das Problem zurück. Aber es ist keineswegs alles republikanisch.
Schäfer: Verschiedene protestantische Professoren aus Erlangen traten an mich schon heran und sind sehr aufgeschlossen für den Königsgedanken.
Dr. *Müller*: Vergessen wir nicht das Flüchtlingsproblem!

Dr. *Held* unterstützt aufgrund seiner eingehenden Kenntnisse der altbayerischen Verhältnisse die Auffassung Dr. *Falkners*, daß der Königsgedanke in weiten Kreisen der Bevölkerung Sympathie habe.
Dr. *Hundhammer* stellt das Interesse für den Königsgedanken auch in Oberfranken fest. Die Leute, die mit der Union nicht zufrieden seien, aber auch nicht sozialdemokratisch wählen wollen, seien Anhänger der Königspartei. Außerdem könnte es durchaus sein, daß einmal die Sozialdemokratie mit der Königspartei verhandle.

Schluß der Sitzung 18.15 Uhr.

Nr. 16

Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 9. Mai 1946 in München[1]

Tagesordnung:[2]
1. Bericht aus den Bezirken
2. Durcharbeitung der Satzungen
3. Vorbereitung der Landesversammlung
   a. Bericht der Ausschüsse
   b. Besprechung der Richtlinien zum Arbeitsprogramm
   c. Sonstiges.

Ferner:
4. Fall Schäffer
5. Bericht über das Wahlgesetz
6. Bericht über die Verhältnisse in Schlesien

Tagungsort: München, Rathaussaal

Anwesend:[3] Blaser, Boehlke, Busch, Dahm, M. Deku, Döppert, Donsberger, Dürr, Ehard, Eichhorn, von Eicken, Elhardt, Falkner, J. Fischer, Geiselberger, Gronwald, Haußleiter, Held, Helmerich, Horlacher, Hundhammer, Imler, Jahn, Käss, Karpf, Kaschnik, K. Köhler, Krehle, Krempl, Kroll, K.A. Kroth, Kübler, Kuhmann, Lang-Brumann, K. Lenz, Ritter von Lex, Lobinger, A. Maier, R. Martin, Mauerer, von Miller, J. Müller, Münter, Neidlinger, Nerreter, Ortloph, Pfeiffer, Pflaum, Piechl, Rattler, Rindt, Rothermel, F.L. Sauer, F. Schäfer, Schinagl, Schlögl, A.W. Schmidt, F.A. Schmitt, Schwingenstein, Sedlmayr, Semler, Speicher, Staab, Steber, W. Stegerwald, F.J. Strauß, G. Stücklen, R. Stücklen, Waldmüller, Warmuth, Weinkamm, G. Weinzierl, Wieser

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Protokollführer: Mauerer

[Beginn: vormittags]

Dr. *Müller* eröffnet die Sitzung und gibt die Tagesordnung bekannt. [...][4]
Dr. *Hundhammer*, Oberbayern: In den letzten Wochen wurde der Ausbau der Bezirksverbände organisatorisch fortgesetzt. Es ist kein Bezirk da, der bei den Wahlen

---

1 Am Tag zuvor hatte der Arbeitsausschuß getagt. Das Protokoll dieser Sitzung konnte nicht ermittelt werden; im ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, findet sich jedoch die Anwesenheitsliste dieser Sitzung. Anhaltspunkte über den Verlauf und die Themen enthält ein Schreiben des Landessekretariates der CSU, gez. A.W. Schmidt, an Dr. Rinke vom 10. Mai 1946 (ACSP, NL Müller 10/2), in dem Schmidt über den Verlauf v.a. der Landesausschußsitzung vom 9. Mai, aber auch der Sitzung des Arbeitsausschusses am 8. Mai 1946 berichtet: "Beides waren Arbeitssitzungen, die im allgemeinen in ruhiger, sachlicher Atmosphäre stattfanden und sich in der Hauptsache mit der Lesung der Satzungen befaßten, deren neuer Text Ihnen gesondert übermittelt wird. Auf diesen Tagungen hielt Herr Staatssekretär Dr. Pfeiffer ein Referat über die Wahlbestimmungen zur sogenannten Nationalversammlung. Es ergab sich dabei, daß nicht die Landesversammlung der Union, sondern die Bezirksverbände für die Aufstellung der Kandidaten zuständig sind. Auch gab Herr Staatsrat Dr. Pfeiffer bekannt, daß die Landtagswahlen wegen einer im November stattfindenden Volkszählung auf den Dezember verschoben sind. Die Landesversammlung der Union soll eine reine Arbeitstagung mit dem Hauptzweck der Annahme der neuen Satzungen sein und wurde auf Freitag, den 17.V.46, 9 Uhr, im großen Rathaussaal vorverlegt. [...]"

2 Punkte 1 bis 3 laut Wortlaut des Protokolls. Als 4. Tagesordnungspunkt war vorgesehen, wurde jedoch nicht behandelt: "Referat Holzmann über die Wahlen". Die unter "Ferner" genannten Themen wurden anhand des Protokolltextes rekonstruiert.

3 Laut Anwesenheitsliste, ergänzt anhand des Protokolltextes.

4 Von 1.-3. wie oben wiedergegeben, zu 4.-6. vgl. Anm. 2.

nicht die Mehrheit für die Union gebracht hätte. Die Mitgliederwerbung wurde weiter gefördert und ist erfreulicherweise gestiegen. Der Fall *Schäffer* brachte in Oberbayern einige Erschütterungen, zumal er [*Fritz Schäffer*] aus den eigenen Reihen abgeschossen wurde. Altbayern will, daß der Staat föderativ aufgebaut wird. Die Schwierigkeiten, die bestanden haben, haben sich ausgependelt.

Dr. *Falkner*, Niederbayern: Schwierigkeiten hat es gegeben, als die Militärregierung erklärte, ein Bezirksverband existiere nicht und sei illegal. Es wurden dieserhalb mit der Militärregierung Verhandlungen geführt, jedoch ohne Erfolg. Wir dürfen für den Bezirksverband nicht tätig sein. In Kötzting wurde als Landrat ein Geistlicher vorgeschlagen. Der Bischof ist mit dem Vorschlag einverstanden. Bis jetzt sind in Niederbayern über 1000 eingeschriebene Mitglieder zu benennen.

Haußleiter, Oberfranken: Das Wahlergebnis war sehr gut. Der Kampf gegen die Liberal-Demokraten wurde mit aller Schärfe durchgeführt. Die Mitgliederwerbung beginnt nach der Wahl. Die Gefahr des Konfessions-Kampfes ist weitgehend ausgeschaltet.

Dr. *Nerreter*, Mittelfranken: Der Wahlkampf brachte in Mittelfranken ein gutes Resultat. So wurden z.B. in Feuchtwangen 92%, Gunzenhausen 90%, Hilpoltstein 88% aller Stimmen für die Union gegeben. Doch sind die Schwierigkeiten keineswegs überwunden. Die Landräte dürfen unter keinen Umständen bleiben, sonst besteht die Gefahr, daß sich die Wähler zurückziehen. Die Personalfrage stellt eine große Schwierigkeit dar. Es hat verschiedentlich Zusammenstöße in den Versammlungen gegeben.

Was die Mitglieder anbelangt, so wird man in Mittelfranken nicht sehr damit rechnen können. Die Angst, einer Partei beizutreten, steckt den Leuten aus den Erfahrungen der jüngsten Zeit noch zu stark in den Gliedern.

Dr. *Nerreter* ersucht, Wahlplakate nach dort zu geben.

Dr. *Dürr*, Unterfranken: Das Stimmungsbild deckt sich mit den anderen Teilen in Franken. Der Machtanspruch der SPD und KPD drückt sehr auf die Anhänger der Union. Die Personalpolitik erschwert die Lage sehr, es sitzen überall SPD-Leute. Es ist unbedingt erforderlich, daß wir als Landespartei alles daran setzen, daß dieser unmögliche Zustand ein Ende findet.

Ortloph, Oberpfalz: Der Fall *Schäffer* erschütterte die Leute sehr, zumal aus den eigenen Reihen geschossen wurde, was sie nicht verstehen können. Die Organisation konnte nicht so aufgebaut werden, zumal ein Wechsel im Landessekretariat erfolgen mußte. Besonders dringlich erscheint

1. die Lösung der Währungsfrage,
2. die Zurückberufung der unbelasteten Kriegsgefangenen,
3. die Eindämmung der Wohnungsbeschlagnahme, was größtenteils außergewöhnliche Härten mit sich bringt.

Die Herausgabe eines Parteiprogramms wird dringend erwartet.

Pflaum, München: Die Organisation wurde seit Wochen beendet. Der vorbereitende Ausschuß hat sehr wertvolle Arbeit für München und Bayern geleistet. Bisher haben wir 2000 Mitglieder. Mitglieder zu bekommen, stellt eine große Schwierigkeit dar. Es wurde Staatssekretär *Krehle* als neuer Vorsitzender gewählt.

Dr. *Fischer*, Augsburg: Die Organisation wurde nicht fertiggestellt. Die Kreisverbände stehen. Nach den Wahlen sollen die Ortsvereine in Angriff genommen werden. Wenn die Kreisverbände nicht durchkommen, wird von Augsburg aus eingegriffen. Was den inneren Ausbau anbelangt, so ist erfreulicherweise festzustellen, daß die Kluft zwi-

schen den Jungen und Alten überbrückt werden konnte. Die Versammlungen waren teils sehr schlecht besucht.
Ein Teilnehmer warf die Frage auf, ob Landräte gewählt werden, was von Dr. *Pfeiffer* im bejahenden Sinne beantwortet wurde.
Dr. *Müller* gab anschließend an die Berichte der einzelnen Bezirksverbände die offiziellen Ziffern des Wahlergebnisses bekannt:

Union 71,75%, SPD 22,00%, KPD 2,60%, Wirtschaftlicher Aufbau 0,40%, sonstige kleine Parteien 3,25%

und verwies darauf, daß der außergewöhnlich hohe Wahlerfolg der Union die anderen Parteien zu größerer Aktivität anspornen wird.
Anschließend wurde darüber diskutiert, inwieweit Geistliche als Landräte in Betracht kommen sollen. Man vertrat allgemein den Standpunkt, daß die Geistlichkeit mit Rücksicht auf ihren Beruf nicht ins Blickfeld der Politik gerückt werden soll, was jedoch nicht ausschließt, daß man ein oder zwei Geistliche in den Landtag nimmt.
Zweckmäßig ist es jedoch, daß man sich dieserhalb mit Persönlichkeiten beider Konfessionen unterhält.
Dr. *Eichhorn* berichtet, daß der Landesbischof [*Hans Meiser*] absolut dagegen ist, daß evangelische Geistliche in die Politik hereingezogen werden.
Dr. *Müller* nahm noch einmal zu dem Fall *Schäffer* Stellung und verliest dabei ein offizielles und ein persönliches Schreiben, das Dr. *Müller* an Staatsrat *Schäffer* gab.
Die darauf erfolgte Aussprache verlief in einem ruhigen und sachlichen Ton, der absolut dem Geist der Union entspricht. Dr. *Müller* gab die ehrenwörtliche Versicherung, daß weder von seiner Seite noch von Seiten der Union irgendwelches Material an die Militärregierung gegeben wurde, was zum Abschuß *Schäffers* führte. Die Militärregierung konnte sich jedoch nicht bereit erklären, hierüber eine schriftliche Bestätigung auszuhändigen. Dr. *Müller* erklärte, daß er sich vom ersten Augenblick dafür eingesetzt hätte, daß *Schäffer* die Möglichkeit zur Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit erhält.
Dr. *Müller* verliest einen Artikel der Basler Nationalzeitung, der sich schon seit längerer Zeit in seinem Besitz befindet, aber erst seit ca. zehn Tagen an Parteifreunde gegeben wurde. Wenn man den Artikel nunmehr an die Öffentlichkeit gibt, so soll das Zwischenthema *Schäffer* gestreift werden, während das andere herausgestellt werden soll.
Die Union wird als reaktionäre Partei angesehen, und wir müssen den Gegenbeweis bringen. Die SPD und KPD setzen alles daran, uns zu spalten. Das Abschießen innerhalb der Union muß unter allen Umständen unterbunden werden.
Dr. *Müller* macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß der Verfasser des Bamberger Pamphlets in der Oberpfalz weiterarbeitet.
Dr. *Hundhammer* setzt sich energisch dafür ein, daß das gegenseitige Abschießen nunmehr unterbunden werden müsse. Drohungen, wie "nach dem *Schäffer* kämen die Schäffer dran", müssen unbedingt aufhören, da sie der Union nur schaden.
Dr. *Pfeiffer* gibt einen ausführlichen Bericht über das Wahlgesetz, das dem Protokoll als Anlage beiliegt.
Am Donnerstag, den 16. Mai 1946, tritt im Landwirtschaftsministerium der Arbeitsausschuß zusammen.

Für die Landesversammlung wurde nunmehr Freitag, der 17. Mai 1946, festgelegt. Diese findet im Rathaus Zimmer 208 statt. Beginn 9 Uhr.
Man begann nunmehr mit der Durcharbeitung der Satzungen.

Mittagspause von 13.30 bis 14.30 [Uhr].
Beginn [der Nachmittagssitzung]: 14.40 [Uhr].

Die Diskussion beginnt mit den Auseinandersetzungen über den § 28. Es steht die Einsetzung eines Kreisgeschäftsführers zur Frage. Die Frage ist, ob der Kreissekretär ein Angestellter des Landesverbandes oder der Kreisverbände sein soll.
Gronwald: Meine Herren, bedenken Sie folgendes: Jetzt bei den Wahlen ist das Interesse für die Politik wach, da kann man auf ehrenamtliche Mitarbeiter rechnen. Aber die Erfahrungen aus früheren Jahren haben gelehrt, daß nach den Wahlen das Interesse an der politischen Arbeit nachläßt. Über solche politische Flauten kann nur eine gute Organisation hinweghelfen. Diese Seele dieser Organisation ist der Kreisgeschäftsführer. In Bayern müssen wir unter Umständen über 60 Kreisgeschäftsführer haben. Man kann es nicht den Kreisen überlassen, ihre eigenen Dienstanweisungen und Besoldungsordnungen zu machen. Wir haben weiter die Erfahrung gemacht, daß alle anderen Organisationen (Gewerkschaften) dazu übergegangen sind, ihre Geschäftsführer nicht von den untergeordneten Einheiten anstellen zu lassen. Im übrigen hat der Geschäftsführer nicht die Aufgabe, Politik zu machen, sondern technische Aufgaben durchzuführen. Das muß nach einer einheitlichen Dienstordnung geregelt sein.
Dr. *Horlacher* weist darauf hin, daß der Landesvorsitzende zwar seinen Einfluß geltend machen muß, mit Rücksicht auf eine einheitliche Personalpolitik, daß sich die Union aber unter gar keinen Umständen 60 und mehr Kreisgeschäftsführer leisten kann.
Sauer weist darauf hin, daß er bis jetzt schon ca. 1600 Mitglieder geworben hätte. Aber ein Kreissekretariat könne er sich trotzdem nicht erlauben. Er warnte vor einer Diktatur von oben, die nur an das Nazi-System erinnern könnte.
Kübler verweist auf die unbedingte Notwendigkeit, Kreisgeschäftsführer anzustellen. Die Arbeit könnte nicht auf die Dauer ehrenamtlich geleistet werden. Die Kosten sollen jene tragen, die Rat und Hilfe beim Parteisekretär suchen.
Blaser: Wir haben in Hof die Erfahrung gemacht, daß, nachdem die Schwierigkeiten in der Landesleitung halbwegs beseitigt sind, nunmehr die Auseinandersetzungen in den Kreis- und Bezirksverbänden einsetzen. Ein Geschäftsführer, der unabhängig ist von seiner Umgebung, kann dann ein ruhender Pol sein. Ein anderer Punkt: Wir in Oberfranken haben die Auseinandersetzungen mit den anderen Parteien mehr wie Sie hier. Da wissen wir eine schlagkräftige Organisation zu schätzen. Die SPD hat gute Sekretäre, die auf entsprechende Weisungen eingespielt sind. Wenn es bei uns so wird, wie es verschiedene Herren von Ihnen wünschen, dann sind wir kleine Vereine, die nicht getragen sind von der Parteigesamtheit. Bayreuth und Hof wünschen, daß die Kreisgeschäftsführer von München angestellt werden. Wir sprechen aus der Erfahrung des Grenzlandkampfes.
Kübler: Meine Herren, ich möchte vorschlagen, daß man die Bemerkungen endlich unterläßt, als ob wir mit einer Nazi-Organisation etwas zu tun hätten. Das ist geschmacklos und unrichtig.
Ein Teilnehmer verbittet es sich, daß man dem Land Angestellte von oben vorsetzt. Die Kreise kennen selbst ihre Notwendigkeiten, und die Bezirksverbände sind so gut

die Union wie die Landesleitung München. Wenn die Zentrale mit den Bezirken in einer Linie gehe, dann brauche sie von außen nichts zu befürchten.
Gronwald: Der Landesverbandsvorstand ist ja nicht ein Gremium von irgendwo her, sondern ein Organ, das von unten her gewählt wird. Im übrigen haben Sie das Vorschlagsrecht in den Kreisverbänden. Weiter: Wenn die Anstellung den Kreisverbänden überlassen bleibt, können sich nur die finanziell guten einen Angestellten leisten. Aber gerade in den Notstandskreisen, wo die politische Arbeit am wichtigsten ist, haben wir dann keinen.
Dr. *Eichhorn*: Ich würde die Ablehnung verstehen, wenn es sich darum handelt, daß sich jeder einzelne Kreis einen Sekretär leistet. Aber das wird ohnedies nicht in Frage kommen. Aber andererseits wird eine Zusammenlegung mehrerer Kreise auch Schwierigkeiten machen, denn ein Sekretär kann nicht fünf und mehr Herren zu gleicher Zeit dienen.
Karpf: Der Sekretär muß das Vertrauen des Kreises haben, wo er arbeitet. Die Entlohnung kann zentral geregelt werden. Es darf aber unter keinen Umständen vorkommen, daß der eine gut, der andere schlecht bezahlt wird. Deshalb schlage ich vor, der Sekretär wird draußen gewählt, von der Landesvorstandschaft bestätigt und bezahlt.
Geiselberger: Ich mache einen Vermittlungsvorschlag. Die einzelnen Bezirksverbände teilen sich in größere Gruppen auf. Dazu eine Unterteilung für Zweigsekretariate. Die Anstellung der betreffenden Sekretäre erfolgt durch den Bezirksverband im Benehmen mit der Landesvorstandschaft. Die Kreisverbände, die in einem solchen Bezirkssekretariat zusammengeschlossen sind, können dann auch gehört werden. Die Landesleitung kann die Bestellung von ihrem Einverständnis abhängig machen. Wenn wir schon eine Union sind, müssen wir zu einer Einheit kommen können. Und wenn wir schon von kommunaler Selbstverwaltung reden, dann müssen wir auch bei der Partei von unten nach oben organisieren. Darum möchte ich dieses Recht den Kreis- und Bezirksverbänden nicht nehmen lassen.
Dr. *Hundhammer*: Die Bezahlung von oben her erfolgt auf dem Umweg des Geldes, das wir von unten aufbringen müssen. Je mehr Leute angestellt werden, desto mehr verlangt die Landesstelle von unten her. Wer bezahlt, schafft an. Wir wollen die Anstellung draußen selber vornehmen. Meinetwegen im Einvernehmen mit dem Landesvorstand.
Dr. *Müller*: Meine Herren, ich bitte dieses Thema ernst zu nehmen. Die Union ist noch kein organisches Gebilde. Sie ist auf der einen Seite eine Gruppierung von Wählermassen, auf der anderen ein Kreis von Menschen, der die Union durchsetzen will. Wir haben uns zwar nach außen bewährt, aber noch lange nicht nach innen. Hier zerreden wir uns. Ich sehe Schwierigkeiten überall. Sie sind in allen Bezirksverbänden. Wenn wir nicht eine straffe Steuerung bekommen, zerflattert die Union. Oft genug gibt es nicht Krach wegen einer Idee, sondern wegen Personen. Es müssen Aussenstellen da sein, die gut geführt werden und auch an Weisungen gebunden sind. Die technische Dienstaufsicht muß zentral gesteuert sein. Die politische Aufgabe liegt selbstverständlich nicht beim Sekretär, wenn auch ein tüchtiger Sekretär Einfluß gewinnen kann. Aber es darf kein Durcheinander kommen, dadurch, daß ein Sekretär einem örtlichen Vorsitzenden in jeder Hinsicht verpflichtet ist. Und wieviel Wechsel kann es bei Vorsitzenden geben. Wieviele Klagen laufen bei mir ein. Ein bedeutender Teil meiner Arbeitszeit geht mit Schlichtungen verloren. Ich brauche einen Apparat, um klar zu sehen und zu steuern. Sie verlangen draußen sehr viel von uns, obwohl wir

erst im Aufbau sind, obwohl wir in den Wahlkämpfen stehen und Politik machen müssen aus der Opposition heraus. Diese Aufgaben verlangen, daß ich ein gutes Landessekretariat habe, daß aber auch ein geordneter organisatorischer und technischer Verkehr nach außen möglich ist. Es geht nicht, daß ich von Oberbayern einen Brief bekomme, ich solle nicht unmittelbar mit Kreisstellen verkehren. Dann mache die Arbeit, wer will. Es handelt sich hier um eine Frage von entscheidender Bedeutung für die Union.

Dr. *Hundhammer*: Ich lehne es ab, daß das Landessekretariat seinen Verkehr mit den Kreisen unmittelbar erledigt, ohne daß die Bezirksverbände wissen, was los ist.

Ein Teilnehmer aus Schwaben: Ich muß *Hundhammer* zustimmen. Wenn wir draußen ordentlich dezentral stehen, dann stehen wir auch im gesamten gut. Wo richtig gearbeitet wird, steht die Organisation ohnedies geschlossen da. Wir müssen auch in den Kreis- und Bezirksverbänden genau wissen, was wir wollen. Wir lassen uns hier gerne von Zeit zu Zeit gemeinsam ausrichten. Da sind wir gern dabei. Aber wir wollen mit dabei sein. Wir verstehen die Nöte der zentralen Organisation, aber wir wollen Dezentralisation.

Dr. *Horlacher*: Ich würde bitten, § 28 zu streichen. Wir kommen bei den Bezirksverbänden ohnedies auf diese Fragen noch zurück.

Dr. *Müller*: Wenn dieser Antrag nicht angenommen wird, stelle ich die Vertrauensfrage, weil ich dann die Verantwortung nicht tragen kann.

Dr. *Nerreter*: Meine lieben Freunde, ich glaubte erst, es handle sich um eine formale Frage. Aber wie ich sehe, geht es um mehr. Es ist kein Zufall, daß Oberfranken für den Antrag stimmt. Wir in Franken brauchen den Rückhalt von München. Darum werde ich mich einsetzen, daß wir in Franken das freiwillig machen, was Sie hier in Altbayern ablehnen.

Blaser verweist darauf, daß man heutzutage ständig von Dezentralisation rede, während die anderen Parteien ihren Apparat außerordentlich zentralisieren. Es wird anscheinend bei uns wieder so werden, daß jeder tun kann, was er will. Wir in Nordbayern halten den § 28 für notwendig.

Dr. *Kroll*: Wir haben in Oberfranken einen 1. Vorsitzenden, der gemeinsame Feiern mit der KPD veranstaltet. Dieser Mann weigert sich auf der anderen Seite, Vertreter der Landesleitung bei sich sprechen zu lassen. Nicht weil er pro *Schäffer* war, sondern pro sich und kontra alle anderen draußen. Selbstverwaltung ist schön, aber sie muß maßvoll beschnitten sein. Wenn persönlicher Ehrgeiz bei den Vorsitzenden ausbricht, dann kann man nichts mehr machen. Wir lassen heute jeden reden, was er will, kein Mensch kümmert sich, wenn keine Kontrolle, keine Ausrichtung und keine geschulten Angestellten der Union da sind.

Dr. *Müller*: Wenn die Herren von Schwaben auf ihre Verhältnisse hinweisen und wenn sie sich nicht dareinreden lassen wollen, so kann ich nur das eine sagen: Sie haben keinen Grund darüber zu klagen, daß Ihnen dreinregiert wird. Kunst der Führung ist: Das Recht zum Eingreifen haben, aber nicht eingreifen. Ich habe auch in München nicht eingegriffen. Wenn ich jetzt in der Oberpfalz eingreifen muß, dann nur wegen der Militärregierung. Dort melden zwei Vorsitzende Versammlungen an. Selbstverständlich verlangt die Militärregierung Klarheit darüber, wer nun einmal der richtige Vorsitzende ist. Es kommen Briefe herein, die darüber klagen, daß die Konfessionen hier, die Stände dort zu wenig berücksichtigt werden. Wenn die Union auseinander fliegt, machen Sie mich verantwortlich. Deshalb will ich die Konsequenzen ziehen. Ich muß einen Apparat haben, mit dem ich zusammenarbeiten kann.

(Beifall der Mehrheit.)

Draußen wie hier werden zentrifugale Kräfte wirksam, wenn der Ehrgeiz einsetzt. Ich habe nicht den Ehrgeiz, ewig hier zu stehen. Aber ich möchte dafür sorgen, daß die Union steht, wenn ich gehe. Drum bitte ich um Abstimmung. Ich weise Sie noch einmal darauf hin, der Landesvorstand ist das Gremium, in dem Sie selbst vertreten sind.
Wer enthält sich? Niemand.
Wer ist dagegen? Elf.
Wer ist dafür? Dreiunddreißig.
Der Antrag ist angenommen.
Über den zweiten Teil des § 28 hinsichtlich der Gehaltsregelung wird eigens abgestimmt. Dieser Passus wird einstimmig angenommen.
Dr. *Müller* verläßt vorübergehend die Sitzung, während dieser Zeit referiert der frühere Bürgermeister von Ratibor, Herr *Kaschnik*, über die Verhältnisse in Schlesien.
Nach diesem Referat geht die Diskussion über die Satzungen weiter. Dr. *Schlögl* macht den Antrag, die einzelnen Paragraphen nicht mehr vorzulesen, damit sich die Sache nicht so in die Länge zieht. Der Antrag wird ab § 30 durchgeführt.
Dr. *Hundhammer* wiederholt bei § 36 seine zu § 28 vorgebrachten Bedenken und lehnt eine Zustimmung zu diesem Paragraphen ab.
Es erfolgt eine Abstimmung. Niemand enthält sich, vier Stimmen dagegen und 14 Stimmen dafür.
Zu § 39 regt Dr. *Eichhorn* an, daß die Berufsstände sowie die christlichen Bekenntnisse gestrichen werden. Ersteres wird allgemein gebilligt, die Entscheidung bezüglich der Bekenntnisse wird zurückgestellt. Es schließt sich eine kürzere Diskussion an, darüber, ob je fünf Vertreter für die Frauen und für die Jugend nicht zuwenig sind.
Dr. *Hundhammer* ergreift dann wieder das Wort und erklärt: Ich bin dagegen, daß man nur einen Landesvorsitzenden erwählt. Ich bin gegen das Führerprinzip. Ich beantrage, daß nicht nur ein Landesvorsitzender, sondern eine Landesvorstandschaft gewählt wird.
Gronwald gibt die Berechtigung dieses Einwurfes zu, verweist aber zugleich auf § 75 Abschnitt 2, der außer einem ersten Vorsitzenden noch einen zweiten und einen Schatzmeister vorsieht. Es schließen sich Diskussionen über wünschenswerte Änderungen hinsichtlich der Terminologie an, wie z.B. Landesleitung, Landesvorsitzender etc.
Dr. *Müller* kommt von der Militärregierung zurück und gibt bekannt, daß für aufgestellte Kandidaten die langen Fragebogen vorgelegt werden müssen. Desgleichen, daß am 18. Mai 1946 die Statuten einzureichen sind.
Dr. *Horlacher* erklärt, daß mehrere Vorsitzende nur neue Schwierigkeiten bringen. Im übrigen sei die Stelle eines ersten Vorsitzenden keineswegs so allgewaltig, daß man allzu große Befürchtungen hinsichtlich der Wiedereinführung des Führerprinzips hegen müßte.
Dr. *Käss* verweist darauf, daß der Landesvorsitzende von der Landesversammlung bestellt wird. Er soll das kontinuierliche Moment darstellen. Ein Mann muß da sein. Es muß abgestimmt werden, welche fünf Herren hereinkommen. Die Landesvorstandschaft ist ein kleinerer Kreis, in dem sachlicher diskutiert werden kann wie bei einer Landesversammlung.
Dr. *Müller* verlangt die Aufstellung einer Mandatsliste.
Blaser hält es für falsch, daß Theologen wieder eine Rolle in der Politik und im Landtag spielen. Dr. Müller bittet, diese Frage bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen.

Bei § 42 Absatz a[5] geändert.
Dr. *Pfeiffer* betont, daß eine oberste Spitze von fünf Personen zu klein sei. Er schlägt sieben bis neun Personen vor. Eine Art Kollegiatsspitze könne am besten das demokratische, territoriale, konfessionelle und ständische Prinzip berücksichtigen. Dabei sollen die einzelnen Vorsitzenden keineswegs gleichberechtigt sein.
Dr. *Hundhammer* begrüßt diese Anregungen wärmstens.
Dr. *Kroll* lehnt das Kollegiats-System ab. Es gäbe kein Landratsamt mit zwei und drei Vorständen. Die englische Arbeiterpartei habe ihren leader. Starke Kontrollorgane auf der einen Seite, auf der anderen Seite eine klare Führung, die wirklich verantwortlich ist. Bei drei Vorsitzenden wisse man nicht, wen man zuletzt haftbar machen müsse. Das Weimarer System scheiterte daran, daß das Parlament eine solche Macht hatte, daß Regierungsbildungen vielfach unmöglich wurden. Kollegiats-Systeme sind nicht tragbar in der heutigen Zeit, wo es verschiedenste Auffassungen und Richtungen gibt. Schließlich kommt man dazu, daß man sagen muß: Der Vorstand tut nichts, es geschieht nichts.

(Beifall.)

Dr. *Müller*: Ich hatte vorhin die Vertrauensfrage angedeutet. In diesem Fall werde ich nie die Vertrauensfrage stellen, weil ich nicht persönlich interessiert bin, wenngleich ich feststellen muß, daß man in Aufbauzeiten eine straffe Führung braucht. Aber neun Personen scheinen mir zuviel. Sieben wären mir lieber. Fünf sind zuwenig, das stimmt. Darf ich abstimmen lassen. Wenn die Abstimmung ein zweifelhaftes Bild ergibt, dann setzen wir uns in der Landesversammlung noch einmal auseinander.
Bei der Abstimmung sind drei gegen Dr. *Müllers* Vorschlag, die anderen dafür.
§ 51 löst eine längere Diskussion aus. Dr. *Müller* plädiert für den Paragraph[en], Dr. *Hundhammer* und Dr. *Horlacher* sind dagegen. Schließlich einigt man sich dahin, diesem Paragraphen eine Kann-Form zu geben.
Bei § 54 wird die vorgesehene Aufnahmegebühr diskutiert. Dr. *Müller* schlägt vor, "Sonderumlagen" zu streichen, eventuell auch "Aufnahmegebühr".
Bei § 55 wird vorgeschlagen, das Wort "Schatzmeister" abzuändern.
Meinungsverschiedenheiten ergeben sich bei der Frage der Bildung der Bezirksverbände. Es wird darauf hingewiesen, daß hunderttausend Einwohner eine zu geringe Zahl für die Zuerkennung der Eigenschaft eines Bezirksverbandes an die Städte darstelle, wenn Landkreise wie Kronach mit 86.000 Einwohnern erst mit 20 anderen Landkreisen einen Bezirksverband bilden können.
Dr. *Kroll* schlägt 300.000 vor.
Dr. *Müller* erklärt, daß er über diese Frage nicht gern diskutiere, nachdem Augsburg und Regensburg, die in Frage kommenden Städte, nicht mehr anwesend seien. Man einigt sich darauf, diese Frage noch offen zu lassen.
Zu § 52 erklärt Dr. *Müller*: *Hagenauer* hat sich letzthin beklagt, daß kein Münchner für das Schiedsgericht zur Verfügung steht. Er möchte vom Landesausschuß einen tüchtigen Juristen bestellt wissen. Delegieren Sie bitte dieses Recht zur Bestellung eines Mitglieds des Schiedsgerichts in München an den Arbeitsausschuß.
Der Antrag Dr. *Müllers* wird einstimmig angenommen.
Dr. *Müller* bittet um das Einverständnis des Ausschusses, einen Tag vor der Landes-

[5] Unleserlicher Buchstabe: "a" oder "d", wahrscheinlich "a", vgl. § 42 des Entwurfes vom 17. Mai 1946 mit den Ziffern a-e, Dok. Nr. XVI, S. 1774.

versammlung, also am 16. Mai 1946, noch einmal zusammenzutreten. Er gibt außerhalb des Zusammenhangs dem Ausschuß Kenntnis von den Glückwunschadressen zum Wahlerfolg der Union aus Berlin und Recklinghausen. Außerdem verweist er darauf, daß die Grundlinie für ein Grundsatzprogramm zu besprechen ist. Im übrigen seien alle Resolutionen zu lang und zu wenig zugkräftig.
Dr. *Semler* berichtet, daß für Juni eine Tagung des Wirtschaftspolitischen und Sozialpolitischen Ausschusses in Bayreuth vorgesehen sei, um die entsprechenden Richtlinien aufeinander abzustimmen.
Die programmatischen Punkte könnten erst nach nochmaliger Vorlage gegenüber dem Ausschuß festgelegt werden. Über andere Punkte dagegen sei bereits Klarheit vorhanden. Z.B. es kann und darf keine staatliche Planwirtschaft geben, wenn wir auch gegen eine liberalistische Wirtschaftsordnung sind. Drei gleichgeordnete Säulen müssen Träger der Wirtschaft sein:
1. die Landwirtschaft vertreten durch den Bauernverband,
2. die Arbeitnehmerschaft durch die Gewerkschaften vertreten,
3. die Unternehmerschaft (Industrie, mittlere und Kleinbetriebe).
Die Selbstverwaltung der Wirtschaft muß angestrebt werden. Es kann nicht ohne Planung abgehen. Die Planung kann nicht vom Staat, sie muß von den Organen der Wirtschaft durchgeführt werden. Die augenblickliche Wirtschaftsführung wächst sich allmählich zu einem Schaden für die Wirtschaft aus. Hier ist aktive Opposition gegen die Regierung *Hoegner* notwendig. Allerdings liegen die Gefahren nicht nur in der Linie der Sozialdemokratie, sie liegen im Wirtschaftsministerium selbst.
Der Wirtschaftsminister hat es auch verabsäumt, trotz unserer Bitte, die Unternehmer wie die Gewerkschaften zusammenzurufen, so daß wir gemeinsam hätten gewisse Vorarbeiten leisten können. Man kann es den Gewerkschaften nicht einmal verargen, wenn sie sich für allein verantwortlich für den Wiederaufbau der Wirtschaft halten. Der Unternehmerverband ist noch nicht da, die Innungen sind noch nicht aktiv, und andere Stellen haben wir auch noch nicht. Die Arbeit des Wirtschaftspolitischen Ausschusses wird unter dem Gesichtspunkt betrachtet, daß praktische Vorschläge für praktische wirtschaftliche Arbeit verwirklicht werden müssen.
Die gedrängten Ausführungen Dr. *Semlers* finden den lebhaften Beifall der Anwesenden.
Dr. *Müller* betont, daß bisher zu wenig praktische Arbeit bei den Ausschüssen geleistet wurde. Aus dem Landessekretariat würden in Zukunft den Ausschüssen Referenten zur Verfügung gestellt. Dr. *Müller* verweist auf die Notwendigkeit, einen Personalpolitischen Ausschuß zu bilden, für dessen Leitung er Herrn *Kain* vorgesehen hätte. Er bat um die grundsätzliche Ermächtigung hierzu seitens des Ausschusses.
Haußleiter: Es ist notwendig, daß wir in die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung mit einem klaren Programm hineingehen. Ich möchte vorschlagen, daß die Bayreuther Tagung schon eher abgehalten wird. Und noch etwas anderes: Wenn wir den Aufbau einer Unternehmerorganisation fordern, so kann das ein heißes Eisen sein. Wir müssen diese Notwendigkeit den Wählern entsprechend erklären, sonst könnten wir als reaktionär mißverstanden werden. Es muß um einen richtigen Einsatz der Gewerkschaften gekämpft werden.
Nachdem kurz das Thema Königspartei gestreift wurde, verweist Dr. *Müller* auf die Notwendigkeit hinsichtlich der Personalpolitik, immer entsprechend belegte Informationen an die Landesleitung weiterzugeben. Es kämen dauernd von außen berechtigte Klagen, leider aber meist ohne entsprechende Unterlagen. Man könne nur etwas er-

reichen bei den zuständigen Stellen, wenn man entsprechendes Material vorlegen könne. Das gelte gegenüber den Dienststellen ebenso wie im Hinblick auf Presseveröffentlichungen.

Die Tagung endet 19.30 [Uhr].

Nr. 17

Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 16. Mai 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Beratung der Satzungen
2. Bayerischer Regierungsanzeiger
3. Entwurf eines neuen Beamtengesetzes
4. Stellungnahme zur Auflösung der Bayerischen Heimat- und Königspartei
5. Zusammenschluß der Unionsparteien auf Zonen- und Reichsebene
6. Aufstellung von Geistlichen als Wahlkandidaten
7. Beratung der Satzungen (Fortsetzung)
8. Programmatische Entschließung "Mindestforderungen an die CSU" zur Vorlage bei der Landesversammlung

Tagungsort: München, Landessekretariat, Paul-Heyse-Straße 2-4

Anwesend:[2] Dürr, Eichhorn, von Eicken, Falkner, Hundhammer, Krehle, R. Martin, von Miller, Motzet, J. Müller (zeitweise), Pflaum, Rindt, F. Schäfer, Schwingenstein, Steber; als Gäste: Gerathewohl, Rinke; ferner: Arnold, Gronwald, Horlacher, Jaeger, Ritter von Lex, von Prittwitz-Gaffron, Schlögl, A.W. Schmidt

ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel

Beginn: 9.44 Uhr.

Der Vorsitzende (Dr. *Müller*) eröffnet die Sitzung des Arbeitsausschusses mit dem Hinweis darauf, daß bei eventuell notwendig werdenden Abstimmungen die betreffenden Punkte solange zurückgestellt würden, bis der Arbeitsausschuß vollzählig sei.
Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* gibt Einzelheiten über die Tagesordnung der Landesversammlung bekannt und drückt seine Freude darüber aus, daß die Union nunmehr in der Paul-Heyse-Straße die unumgänglich notwendigen Büroräume habe erwerben können. Nun erst sei eine geregelte organisatorische Büroarbeit möglich.
Vorsitzender [*Josef Müller*] erteilt dann das Wort Dr. *Gronwald* zum Bericht über die Satzungen.
Dr. *Gronwald* tritt in die Erläuterung der Satzungen ein. Er führt aus, daß die Satzungen gemäß den Beschlüssen und Erörterungen der letzten Ausschußsitzungen noch einmal überarbeitet worden seien.
Redner verliest den vorliegenden Satzungsentwurf Paragraph für Paragraph. Dabei werden die einzelnen Paragraphen zur Aussprache gestellt.
Bei § 4,1 sprechen sich Dr. *Hundhammer* und Dr. *Falkner* gegen eine schriftliche Anerkennung der Satzungen und Schiedsgerichtsordnung durch neue Mitglieder aus. Das bedeute eine Erschwerung in der Mitgliederwerbung.
Vorsitzender [*Josef Müller*] hält es für notwendig, daß die Mitglieder wenigstens die Schiedsgerichtsordnung schriftlich anerkennen, um für alle Streitfälle eine Rechtsbasis zu haben.

---

1 Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.
2 Laut Anwesenheitsliste. Die unter "ferner" Genannten wurden anhand des Protokolltextes ermittelt.

Dr. *Gerathewohl* glaubt, daß mit der Unterschrift des Aufnahmeantrages gleichzeitig die Anerkennung der Satzungen und Schiedsgerichtsordnung verbunden werden könne. Damit würde dem werbetechnischen Gesichtspunkt Rechnung getragen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] will den Punkt zur Aussprache mit Dr. *Hagenauer* zurückstellen. Ihm komme es in erster Linie auf die Anerkennung der Schiedsgerichtsordnung an.
Von Eicken und Dr. *Arnold* halten die Bedenken von Dr. *Hundhammer* für berechtigt.
Vorsitzender [*Josef Müller*] spricht sich schließlich für folgende Fassung aus: Mit der Unterzeichnung des Aufnahmeantrages erkennt der Aufzunehmende die Satzungen der Christlich-Sozialen Union an und unterwirft sich der Schiedsgerichtsordnung.
Für § 4,2 schlägt Dr. *Falkner* die Fassung vor:

> Der Beitritt wird mit der Aushändigung der Mitgliederkarte wirksam.

Nach kurzer Debatte wird ein Punkt 2 eingefügt mit der Fassung:

> Über die Aufnahme entscheidet die Ortsvorstandschaft.

Daran fügt sich dann Punkt 3:

> Der Beitritt wird erst mit der Aushändigung der Mitgliedskarte wirksam.

Vorsitzender [*Josef Müller*] will bei § 4,4 eine Notifizierungspflicht bei Ortswechsel aufgenommen wissen.
Dr. *Falkner* will dem Bewerber die Möglichkeit geben, entgegen § 4,3 sich gegebenenfalls wegen seiner Aufnahme bis hinauf an die Landesvorstandschaft zu wenden.
Nach weiteren Vorschlägen von *Ritter von Lex* und Dr. *Gronwald* wird auf Vorschlag des Vorsitzenden folgende Fassung angenommen:

> Lehnt die Ortsvorstandschaft die Aufnahme ab, so kann der Bewerber die Entscheidung der Kreisverbandsvorstandschaft anrufen. Lehnt auch diese ab, so entscheidet die Bezirksvorstandschaft. In grundsätzlichen Fragen entscheidet die Landesvorstandschaft endgültig.

Bei § 7,5 verweist Dr. *Hundhammer* darauf, daß jedes Mitglied die Möglichkeit haben muß, das Schiedsgericht ohne Dazwischenschalten seiner Ortsvorstandschaft anzurufen.
Von Eicken pflichtet dem bei.
Dr. *Falkner* ist für die Fassung:

> Das Schiedsgerichtsverfahren kann sowohl vom einzelnen Mitglied wie von der Vorstandschaft des Ortsverbandes beantragt werden.

Dr. *Gronwald* hält es für zu weitgehend, die Entscheidung über die Anrufung des Schiedsgerichts dem einzelnen Mitglied zu überlassen. In § 7,5 würden lediglich die Fälle von § 7,4 a - d getroffen.
Auf Vorschlag von *von Eicken* wird in § 7,4 an Ziffer d Ziffer e angefügt:

> bewußt unwahre Angaben im Aufnahmeantrag gemacht hat.

In § 8 wird auf Vorschlag *von Eickens* angefügt:

> Antragsberechtigt ist jedes einzelne Mitglied.

In § 13 e wird auf Vorschlag von *Ritter von Lex* nach längerer Debatte eingefügt: "in besonderen Fällen", so daß § 13 e lautet:

> die den Mitgliedern der Vorstandschaft in besonderen Fällen zu erstattenden Barauslagen und Verdienstausfälle.

Bei § 16,1 wendet sich Dr. *Hundhammer* gegen eine Beschränkung der Zahl der Ausschüsse, wie sie aus der vorliegenden Fassung hervorgehe.
Der Ausschuß beschließt folgende Fassung:

> Zur Bearbeitung besonderer Aufgaben vor allem auf den Gebieten

usw.
§ 16,2 wird aus stilistischen Gründen wie folgt geändert:

> An den Arbeiten der Ausschüsse können alle Mitglieder teilnehmen, die daran interessiert sind.

In § 22 a wird auf Wunsch des Vorsitzenden [*Josef Müller*] die geheime Wahl der Ortsverbandsvertreter für die Kreisversammlung festgelegt:

> Je zwei in geheimer Wahl von den angeschlossenen Ortsverbänden gewählten Vertretern.

In § 23 g wird auf Vorschlag von *Ritter von Lex* anstelle von "Jahresrechnung" "Haushaltungsvoranschlag und Jahresrechnung" geschrieben.
In § 23,1 wird in Anlehnung an § 13 e "in besonderen Fällen" aufgenommen.
In § 24,2 wird festgelegt, daß künftig statt "Kreisverbandsversammlung" und "Kreisverbandsvorstandschaft" "Kreisversammlung" und "Kreisvorstandschaft" geschrieben wird. Sinngemäß ändern sich auch die Bezeichnungen für "Bezirksverbandsversammlungen" und "Bezirksverbandsvorstandschaft".
§ 25 d wird nach Debatte präziser gefaßt:

> Den im Kreisgebiet ansässigen Mitgliedern des Bezirkstags, den Landtagsabgeordneten und Mitgliedern der Vorstandschaften der höheren Organisationsstufen der Union.

Nach Verlesung von § 26,2 entspinnt sich eine längere Aussprache über die Gruppierung der Stände und Berufe im Kreisbeirat, wobei *Ritter von Lex* und Dr. *Horlacher* für eine Vorziehung der Arbeiterschaft bei der Aufführung der Stände und Berufe eintreten.
Der Passus wird schließlich unter Beibehaltung des ständischen Prinzips umgruppiert in:

> Der Kreisbeirat wird von der Kreisversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt. Er soll berufsständisch gegliedert sein und insbesondere aus Vertretern der Landwirtschaft, Arbeiterschaft, des Handels und Gewerbes, der Industrie, des kulturellen Sektors, der freien Berufe, der Beamtenschaft sowie der Frauen und der Jugend bestehen.

Gegen die Fassung des § 29,2 hat Dr. *Hundhammer* Bedenken. Er tritt für eine Streichung des Absatzes ein.
Vorsitzender [*Josef Müller*] spricht sich dagegen aus. Die Landesvorstandschaft müßte das Recht haben, ordnend in die Verhältnisse eines Kreises einzugreifen.

Dr. *Horlacher* schließt sich der Meinung des Vorsitzenden an.
§ 29 erhält folgende Fassung:

Der Kreisverband wird aufgelöst:
1. Durch Beschluß der Landesvorstandschaft. § 64 Abs. 2 dieser Satzung gilt entsprechend.
2. Er gilt als aufgelöst, wenn die Zahl der angeschlossenen Ortsverbände unter drei gesunken ist.

Um die Anwendung der allgemeinen Bestimmungen der Paragraphen 57-69 auch für den Kreisverband sicherzustellen, wird ein neuer § 30 mit der Fassung eingefügt:

§§ 57-69 gelten entsprechend.

Durch die Einfügung eines neuen Paragraphen ergibt sich für die neue Fassung der Satzung eine Verschiebung sämtlicher folgender Paragraphen um eine Nummer. (§ 30 alter Fassung wird § 31 neuer Fassung usw.)
Die Fassung des bisherigen § 30 (Errichtung von Bezirksverbänden) führt zu einer ausgedehnten Debatte über die Bildung von Bezirksverbänden, an der sich außer dem Vorsitzenden [*Josef Müller*] vor allem Dr. *Hundhammer* und Dr. *Horlacher* beteiligen. Hierbei bittet der Vorsitzende, daß bei künftigen Sitzungen des Bezirksverbandes Oberbayern wenigstens ein Mitglied des Landessekretariats eingeladen werde.
Der Paragraph erhält dann folgende Fassung:

Der Landesverband gliedert sich in folgende Bezirksverbände:
Oberbayern, Niederbayern, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Oberpfalz, Schwaben und München.
Städten mit mehr als 150.000 Einwohnern kann auf Antrag die Stellung eines Bezirksverbandes durch den Landesausschuß gewährt werden.

§ 31 (Aufgaben des Bezirksverbandes) wird umgruppiert.
§ 33 wird nach Debatte erweitert:

Die Bezirksversammlung besteht aus:
a) je zwei Vertretern der angeschlossenen Kreisverbände, die in geheimer Wahl zu wählen sind,
b) den im Gebiet des Bezirksverbandes ansässigen Landtagsabgeordneten und Angehörigen der Organe des Landesverbandes,
c) den Mitgliedern der Bezirkstagsfraktion
d) bei städtischen Bezirksverbänden ferner aus den Mitgliedern der Stadtratsfraktion.

§ 34 (Aufgaben der Bezirksversammlung) führt zur Erörterung der Frage, ob die Beiträge einheitlich für sämtliche Ortsverbände der Christlich-Sozialen Union geregelt werden sollten.
Dr. *Gronwald* bemerkt, daß die Beiträge der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitglieder angepaßt sein sollten und daher nicht einheitlich von München aus geregelt werden könnten. Am besten beschließe der Landesverband einen Grundbeitrag, der an ihn abzuführen sei. Dazu kämen Zuschläge der Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände.
Eine Beschlußfassung zu dieser Frage wird bis zur Behandlung von § 56 verschoben.
In den §§ 35 und 36 werden kleinere Änderungen vorgenommen.

§ 37 (Bezirksständerat) löst eine längere Aussprache aus.
Von Miller spricht sich dagegen aus, eigene Jugendvertreter zuzulassen. Man solle eben beispielsweise einen jungen Arbeiter hereinnehmen.
Dr. *Eichhorn* sieht keinen Grund dafür, daß Banken und Versicherungen eigens genannt werden.
Der Vorschlag des Vorsitzenden [*Josef Müller*], statt "Banken und Versicherungen" "Geld- und Kreditwesen" zu setzen, findet Zustimmung.
Statt "Evakuierte und Flüchtlinge" wird in 1. "Ausgewiesene und Flüchtlinge" eingefügt.
Im übrigen wird bei diesem Paragraphen die Umgruppierung von § 26,2 berücksichtigt.
In Abs. 2 wird sodann unter Weglassung des zweiten Satzes formuliert:

Die Mitglieder des Bezirksständerates werden auf Vorschlag der Bezirksvorstandschaft von der Bezirksversammlung gewählt.

In § 38 (Ausschüsse) wird auf Vorschlag von *Ritter* von *Lex* in Abs. 2 aufgenommen: "Auf Vorschlag der Bezirksvorstandschaft".
§ 38,4 erhält nach Debatte die Formulierung:

> Die Ausschüsse werden nach Bedarf von den Vorsitzenden berufen. Sie haben die Aufgabe, die politische Zielsetzung zu vertiefen und ihre Tätigkeit durch Bereitstellung von Unterlagen anzuregen. Die Vorsitzenden berichten der Bezirksvorstandschaft über das Ergebnis der Ausschußtätigkeit.

Bei § 41 (Landesversammlung) wird die endgültige Zulassung von fünf Vertretern der Frauen und fünf Vertretern der Jugend beschlossen.
Bei § 42 stellt Dr. *Hundhammer* den Antrag, daß von der Landesversammlung nicht nur der Landesvorsitzende, sondern ein zweiter und dritter Vorsitzender und vielleicht noch ein oder zwei weitere Mitglieder der Landesvorstandschaft gewählt werden sollten.
Vorsitzender [*Josef Müller*] spricht sich gegen den Vorschlag Dr. *Hundhammers* aus. Bei seiner Durchführung würde die Landesversammlung nie zur richtigen Arbeit kommen.
Dr. *Hundhammer* hält seinen Vorschlag mit der Begründung aufrecht, daß die Wahl weiterer Vorsitzender keine besondere Belastung der Landesversammlung bedeutet.
Dr. *Gronwald* verweist besonders auf die technischen Schwierigkeiten, die sich bei der Wahl mehrerer Vorsitzender durch die Landesversammlung ergäben. Bei der Landesversammlung handle es sich um ein Gremium von 500 Mitgliedern.
Von Eicken ist aus denselben Gründen gegen den Vorschlag Dr. *Hundhammers*. Der Landesausschuß sei bereits ein genügend großes Gremium.
Dr. *Gerathewohl* wirft die Frage auf, ob eine gesetzliche Bestimmung bestehe, daß zwei Vorsitzende von der Mitgliederversammlung gewählt würden. Seiner Ansicht nach sei das demokratische Prinzip vollständig gewahrt, wenn der zweite Vorsitzende von einem Ausschuß bestellt werde, der ja wiederum von der Landesversammlung gewählt sei.
Ritter von Lex macht darauf aufmerksam, daß die Wahl von mehreren Vorsitzenden laut BGB durch die Versammlung vorgenommen werden müßte.
Bei § 43 b findet Dr. *Falkner* die vorgeschriebene Zahl von fünf Bezirksverbänden zur Beantragung einer außerordentlichen Landesversammlung etwas hoch.

Vorsitzender [*Josef Müller*] will an der Zahl festhalten. Ein so großes Gremium wie die Landesversammlung könne nur bei Vorlage besonderer Gründe von wenigstens fünf Bezirksverbänden zusammengerufen werden.
§ 46 h veranlaßt Dr. *Falkner* zu der Frage, warum außer den anderen Mitgliedern der Landesvorstandschaft noch eigene zehn vom Landesausschuß zu wählende Mitglieder in der Landesvorstandschaft vertreten sein sollen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] begründet es damit, daß er nicht nur eine horizontale, sondern auch eine vertikale Gliederung haben wolle. Auf diese Weise könnten besonders fähige Leute herangezogen werden.
Dr. *Eichhorn* äußert Bedenken gegen die Zuziehung des gesamten berufsständischen Rates zur Landesvorstandschaft, wie sie in § 46 f vorgesehen sei.
Vorsitzender [*Josef Müller*] regt an, eine dreiköpfige Vorstandschaft des berufsständischen Rates in die Landesvorstandschaft aufzunehmen.
Dr. *Rindt* stimmt dem zu, schlägt aber ergänzend vor, daß bei wichtigen Anträgen von berufsständischer Seite der berufsständische Rat die Möglichkeit habe, mit der Landesvorstandschaft abzustimmen.
Dr. *Eichhorn* regt unter Zustimmung des Vorsitzenden an, daß beim Vorliegen eines solchen Falles der Landesvorsitzende sich mit dem berufsständischen Rat vorher bespreche.
Dr. *Hundhammer* äußert bei § 47 h Bedenken wegen der Anstellung von Bezirks- und Kreisgeschäftsführern durch die Landesvorstandschaft.
Vorsitzender [*Josef Müller*] verweist darauf, daß bei der morgigen Sitzung darüber abgestimmt werden würde.
Zu § 49 (Berufsständischer Rat der Landesvorstandschaft) legt Dr. *Gronwald* die Auffassung zugrunde, daß man die Berufsstände nicht nach ihrer zahlenmäßigen Größe hätte werten sollen, sondern nach ihrer Bedeutung im gesamten Wirtschaftsgefüge.
Dr. *Hundhammer* erscheint die paritätische Zusammensetzung aus je zwei Vertretern nicht angemessen. Auch wenn man eine Majorisierung vermeiden wolle, könne man nicht übersehen, daß die Landwirtschaft bei den Beratungen ein wesentlich stärkeres Gewicht haben müsse als etwa die Hausfrauen.
Dr. *Rindt* verweist darauf, daß der berufsständische Rat für sich allein ja nicht beschlußfähig sei, jedoch abstimmungsberechtigt, wenn es sich um berufsständische Interessen handle.
Dr. *Falkner* vermißt unter den Berufsständen die Geistlichen.
Nach längerer Aussprache wird unter allgemeiner Zustimmung beschlossen, je zwei Vertreter der katholischen und der evangelischen Geistlichkeit in den berufsständischen Rat aufzunehmen.

Die Sitzung wird um 13.12 Uhr zur Mittagspause unterbrochen.
Die Sitzung wird unter dem Vorsitz von Dr. *Eichhorn* um 14.40 Uhr wieder aufgenommen.

Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* gibt bekannt, daß die Bayerische Staatsregierung beabsichtige, einen Bayerischen Regierungsanzeiger mit einer Auflagenhöhe von 100.000 Stück herauszugeben. Der Verlag der Bamberger Zeitung habe um Stellungnahme der Union gebeten, da der Verlag befürchte, daß die Zeitung ein Konkurrenzorgan der Privatpresse werden könnte.
Staatssekretär *Krehle* bezeichnet den Staatsanzeiger als reines Publikationsorgan, das möglichst an die Stelle der einzelnen Amtsblätter der Ministerien treten und alle Ge-

setze und Verordnungen der Bayerischen Staatsregierung bzw. der Ministerien enthalten solle. Die Auflagenhöhe von 100.000 Stück sei mit der Militärregierung abgesprochen. Es sei damit die Möglichkeit gegeben, daß interessierte Privatkreise den Staatsanzeiger abonnieren könnten. Der Staatsanzeiger werde keine politische Zeitung wie etwa der frühere Bayerische Staatsanzeiger werden, so daß von einer Konkurrenz gegenüber den anderen Zeitungen nicht gesprochen werden könne.

Jaeger verbreitet sich anschließend über den Entwurf eines neuen Beamtengesetzes, der von der Bayerischen Staatsregierung auf Anforderung der Militärregierung ausgearbeitet worden sei. Der Entwurf gebe dem Ministerpräsidenten einen überragenden Einfluß auf die Berufung von Beamten. Nach ihm habe der Ministerpräsident das Ernennungsrecht, ferner übe er das Gnadenrecht in Beamtensachen aus. Nach dem Entwurf sei die Errichtung eines zentralen Personalamtes für ganz Bayern geplant. Der öffentliche Dienst sei in zwei Teile gegliedert, einen hauptbeamtlichen und einen nicht berufsmäßigen. Der letztere werde von den gewählten Personen, also z.B. Landräten, ausgefüllt. Die Beamtenschaft solle von der Politik getrennt werden. Es wäre den Beamten jede politische Aktivität in Parteiausschüssen sowie die Zahlung von Parteibeiträgen verboten. Bei der Ernennung sei ferner politische Fürsprache verboten. Es sei eine Personalkommission vorgeschlagen, die der Ministerpräsident ernenne und die gewisse Aufgaben gegenüber dem Personalamt habe. Die Akten des Personalamtes sollten öffentlich aufliegen. Sämtliche bayerischen Beamten sollten nach Vormerkungslisten gemäß ihrer Prüfung erfaßt werden.

Dr. *Eichhorn* macht Bedenken gegen die Übertragung weitgehender Rechte an den Ministerpräsidenten, insbesondere vor Erlaß einer Verfassung, geltend.

Staatssekretär *Krehle* berichtet ausführlich, wie es zu der Abfassung des Entwurfes gekommen sei. Der Entwurf sei nach den Richtlinien des Kontrollrats seiner Unterrichtung nach von Dr. *Pfeiffer* bearbeitet worden. Er empfehle, sich nicht gegen den Entwurf zu stellen, da zudem zu erwarten sei, daß die Verabschiedung des neuen Beamtengesetzes noch längere Zeit auf sich warten lasse. Doch müsse auch er den Standpunkt vertreten, daß in Zukunft nur diejenigen Beamte werden sollten, die mit Hoheitsaufgaben ausgestattet seien. Im übrigen hätten die Regierungsmitglieder den Entwurf noch gar nicht zu Gesicht bekommen. Es sei nur darüber gesprochen worden, daß die Militärregierung die Vorlage eines Entwurfes befohlen habe. Seit dem Einmarsch der Amerikaner seien sämtliche neu berufenen Beamten lediglich kommissarisch beauftragt worden.

Dr. *Rindt* habe ebenfalls schwere Bedenken gegen den Entwurf. Im Bezug auf die Beschränkung in der Verleihung der Beamtenrechte schließt er sich der Auffassung von Staatssekretär *Krehle* an. Wenn gewisse Dinge einmal eingefahren seien, so sei es bei einem Regierungswechsel dem Nachfolger ungeheuer schwer, irgendeinen auch nur formellen Grund zu finden, um etwas zu ändern.

Von Eicken unterstreicht die Ausführungen von Dr. *Rindt*, insbesondere dessen Einwände gegen die Entziehung des passiven Wahlrechtes für Beamte.

Dr. *Arnold* äußert ebenfalls die Befürchtung, daß auf diese Weise die jetzt außerordentlich zahlreich in führende Stellungen gelangten SPD-Funktionäre auf Verwaltungsposten sichergestellt werden sollten.

Von Eicken wünscht, daß der Ausschuß eine Resolution fasse, die man den Parteifreunden in der Regierung übergeben solle.

Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* stellt den vertraulichen Charakter der Mitteilung über den Entwurf heraus.

Dr. *Gronwald* schließt sich der Meinung der bisher zu Worte gekommenen Ausschußmitglieder an.
Ritter von Lex macht noch darauf aufmerksam, daß man es sich in Deutschland bei dem Mangel an politischen Köpfen nicht leisten könne, alle Beamten von der aktiven Betätigung in der Politik auszuschließen. Mit anderen Augen sei dieser Vorschlag anzusehen, wenn in Zukunft sowohl die Landräte wie auch die Regierungspräsidenten gewählt würden.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*] bringt nochmals die Meinung des Arbeitsausschusses zum Ausdruck, wenn er feststellt, daß dieser nicht wünsche, daß noch vor dem Zusammentritt des neuen Landtags ein Beamtengesetz geschaffen werde, das die Union vor vollendete Tatsachen stelle.
Die eingehende Aussprache über den Entwurf eines neuen Beamtengesetzes wird mit folgender einstimmig angenommener Resolution abgeschlossen:

> Der Arbeitsausschuß bittet die Parteifreunde in der Regierung, dafür zu sorgen, daß auf dem Gebiete der Berufsbeamtengesetzgebung nichts geschieht, was die Christlich-Soziale Union vor vollendete Tatsachen stellt, ehe sie politisch verantwortlich tätig sein kann.

Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* gibt dann bekannt, daß beabsichtigt sei, an die Besucher der Landesversammlung ein Schreiben folgenden Inhalts herauszugeben:

> An alle Kreis- und Bezirksverbände.
>
> Wir bitten, uns möglichst umgehend, vielleicht sofort, nachstehend diejenigen Miglieder der Union anzugeben, die Sie für die Besetzung irgendwelcher Posten für besonders geeignet halten und dabei anzugeben:
> 1. ihre Vorbildung,
> 2. in welcher Weise politisch verfolgt,
> 3. in welcher Weise aktiv gegen den Nationalsozialismus tätig.
> Wir bitten, die Mitteilung vertraulich an das Landessekretariat zu senden.

Dr. *Falkner*, *von Eicken* und *Ritter von Lex* versprechen sich von dem Zirkular nicht viel.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*] pflichtete dieser Ansicht bei, rät aber, es auf den Versuch ankommen zu lassen.
Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* schneidet die Frage der vermögensrechtlichen Haftung der Unionsmitglieder an.
Dr. *Gronwald* stellt sich die Haftung so vor, daß die Vorstandschaften der einzelnen Verbände nur vermögensrechtliche Verpflichtungen eingehen könnten, die ihren eigenen Verband betreffen, daß solche vermögensrechtlichen Verpflichtungen nur dann eingegangen werden könnten, wenn sie vom Vorstand beschlossen seien und daß vermögensrechtliche Willenserklärungen von mindestens drei Vorstandsmitgliedern unterschrieben sein müßten.
Dr. *Falkner* glaubt, daß das nicht verhindern könne, daß örtliche Vorstände Verpflichtungen eingingen, die über ihre Kraft hinausgingen.
Jaeger erinnert daran, daß in der Satzung stehe, daß die Union in das Vereinsregister eingetragen werde. Damit sei die Haftungsangelegenheit geregelt.
Dr. *Martin* hält diesen im Zusammenhang mit der Frage der Behandlung des Finanzstatutes zur Aussprache gebrachten Komplex nicht für vordringlich. Er schlägt Vor-

lage des Finanzstatutes zur Überprüfung an diejenigen vor, die damit praktisch zu tun hätten.
Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* gibt dazu bekannt, daß der Finanzausschuß am nächsten Tage vor der Landesversammlung tagen und sich mit dem Finanzstatut befassen werde. Dieses könne dann im Juli bei der nächsten Landesversammlung endgültig verabschiedet werden.
Dr. *Müller* übernimmt wieder den Vorsitz und führt aus: Ich muß ein anderes Thema vorwegnehmen, weil ich anschließend zur Militärregierung gehen muß. Ich bin von der Militärregierung angerufen worden, ich möchte ihr meine Stellungnahme zur Auflösung der Königspartei bekanntgeben. Ich wollte Zeit gewinnen und habe erklärt, daß ich in einer Stunde zur Militärregierung kommen oder anrufen würde, um die Sache zu besprechen.
Ich darf dazu sagen: Die Gerüchte, die zur Königspartei-Frage zum Teil aus eigenen Kreisen kommen, sind so töricht, daß man darüber nur lachen oder sich wundern kann, daß es immer noch Leute gibt, die solche Gelegenheiten benützen, um Schwierigkeiten zu machen. Ich habe mich bisher zurückgehalten. Sie kennen das eine Interview, um das ich telefonisch gebeten wurde. Es war eine kurze telefonische Unterhaltung. Ich habe etwa drei Sätze gesagt. Ein Satz ist aus dem Zusammenhang herausgenommen und wiedergegeben worden: Mich interessiert die Königspartei nur für den Münchner Bereich. Ich habe dazugesetzt: Im übrigen hätte sich die Frage nach meinem Empfinden von selbst weiterentwickelt, ohne daß im Augenblick ein Eingreifen absolut notwendig gewesen wäre. Das habe ich als persönliche, nicht zur Veröffentlichung geeignete Bemerkung dazugesetzt.
Nun war die weitere Frage gestellt worden: Die Mitglieder der Königspartei werden doch alle die Union wählen. Meine Antwort darauf war: Nein, ich nehme an, daß vielleicht ein Bruchteil davon Union wählt, daß sich aber ein großer Teil möglicherweise der Wahl enthalten wird. Sie können sich auch den Grund vorstellen, warum ich diese Erklärung abgegeben habe. Denn wahrscheinlich wäre die Antwort, daß alle Union wählen, sehr erwünscht gewesen.
Eines darf ich noch feststellen: Die Erklärung *von Aretins* ist nach meinem Empfinden denkbar unklug und uns gegenüber sehr unfreundlich. Wenn er wirklich an uns Interesse nehmen würde oder genommen hätte - ich weiß nicht, er hat meines Wissens bei einer Ortsgruppe eine Zeitlang Interesse genommen -,

(Zuruf *von Eicken*: Sein Sohn *Anton* [*von Aretin*], nicht er selber. Dieser ist ein absolut einwandfreier Unionsmann)

hätte er diese Haltung nicht einnehmen dürfen. Er mußte wissen, daß er damit bestimmt der Union Schwierigkeiten bereitet. Ich bedaure es auch, wenn diese Gelegenheit aus eigenen Kreisen wahrgenommen wird, um um jeden Preis einen Vorstoß zu machen für einen - ich will das Wort ruhig aussprechen - Säuberungsprozeß. Meine Herren! Man macht keine Säuberungsprozesse dadurch, daß man solche Gelegenheiten benützt. Wenn wir tatsächlich noch einer Säuberung bedürfen sollten, dann soll man das nicht dann machen, wenn die anderen darauf warten. So viel müßte man allmählich gelernt haben.
Ich hätte, wenn die Entscheidung jetzt nicht getroffen worden wäre, morgen einen Antrag gestellt, daß kein Mitglied der Königspartei gleichzeitig Mitglied der Union sein kann. Ich wollte letzthin schon den Antrag stellen. Ich bedaure es, daß ich damals davon abgesehen habe. Wenn ich mich recht erinnere, hat Dr. *Pfeiffer* die Anregung

dazu gegeben, daß man einen solchen Beschluß nicht fassen soll. Hätte man den Beschluß gefaßt, hätte man sich viel leichter getan. Ich werde gegebenenfalls in die Erklärung mit aufnehmen, daß ohnedies die Absicht bestand, einen diesbezüglichen Beschluß herbeizuführen. Ich halte es aber für denkbar unangebracht, jetzt die Frage aufzuwerfen, welche Personen in der Union mit der Königspartei sympathisieren und welche nicht.

(Zuruf *von Eicken*: Ich auch!)

Es könnte mich das dahin bringen, die Schlußfolgerung zu ziehen, daß Freunde von uns allzu stark den Wünschen Außenstehender Rechnung tragen. Ich glaube, ich komme sicher nicht in den Verdacht, reaktionär zu sein, aber gerade weil ich das Prinzip vertrete, daß die Union zusammengehalten werden muß, kann ich auch nicht ohne weiteres dem Drängen irgendeiner Gruppe nachgeben, auch wenn jetzt behauptet wird, ich sei mehr nach der Mitte hin ins Rutschen geraten. Ein Vorsitzender, der Exponent eines Flügels ist, ist fehl am Platz. Ich habe in dem Augenblick, in dem ich den Vorsitz habe, für alle da zu sein. Infolgedessen muß auch mein Appell an alle gehen, daß sie zusammenstehen. Da kann ich nicht Partei ergreifen für eine Gruppe, auch wenn mir die Gruppe aus irgendwelchen anderen Gründen sehr angenehm ist. Ich trete in jeder Beziehung für eine aufgeschlossene Politik ein. Aber das geschieht nicht dadurch, daß ich jetzt einseitig Stellung nehme oder einseitig dem Drängen irgendeiner Gruppe nachgebe. Ich werde morgen ungefähr den gleichen Standpunkt vertreten, denn wir müssen dafür sorgen, daß allmählich von oben bis unten eine Linie hineinkommt.

Ich bitte aber auch die einzelnen Freunde, daß sie sich jetzt nicht in den Wirbel mit hineinreißen lassen. Wir werden in nächster Zeit vielleicht noch mehr Kraftproben haben. Verschiedene Freunde haben - einer war gestern schon bei mir - Schreiben zugestellt bekommen, daß sie sich nicht mehr politisch betätigen sollen. Es ist selbstverständlich, daß ein solches Schreiben anerkannt werden muß. Die Militärregierung hat natürlich das Recht zu sagen: Wir wollen die und die Klärung haben. Wir selbst wollen dabei aber nicht die Schreier sein.

Ich bitte Sie jetzt um Ihre Stellungnahme: Wie würden Sie sich eine Erklärung denken, die ich der Militärregierung abgeben kann? Ich bitte Sie um Ihren Rat. Ich möchte aber keinen Beschluß herbeiführen.

(Zuruf: Was hat man vorgeworfen?)

Ich weiß nicht, ob es besser wird, wenn man über die Angelegenheiten spricht. Ich glaube, die Wissenden haben in den letzten Sitzungen schon verschiedenes gemerkt. Ich möchte Einzelheiten nicht allzusehr herausstellen.

Dr. *Falkner*: Ich glaube, wenn wir keinen Beschluß fassen, sondern einen Rat geben sollen, dann müssen Sie uns reinen Wein einschenken, was Sie meinen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es dreht sich nicht allein um die Frage der Königspartei, sondern es handelt sich auch um den letzten Fall, den wir auszutragen hatten. Beide Fälle sollen gegen uns ausgenützt werden.

Dr. *Eichhorn*: An sich ist die Frage der Besatzungsmacht über Ihre Stellungnahme zur Auflösung der Königspartei eine offizielle Frage. Wer kann uns verpflichten, den Mund aufzutun und ein Werturteil über etwas Vergangenes abzugeben?

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn die Besatzungsmächte von mir eine Meinungsäußerung wollen, kann ich nicht ausweichen. Ich werde auch in dieser Sache nicht ausweichen.

Dr. *Eichhorn*: Ich habe nichts dagegen. Nur ist es etwas merkwürdig. Wenn Sie vor der Auflösung gefragt worden wären, hätte ich gesagt: ausgezeichnet.
Dr. *Rindt*: Wir haben doch in Bamberg einem Antrag zugestimmt, daß ein Mitglied der Christlich-Sozialen Union nicht Mitglied einer anderen Partei sein kann. Dr. *Hundhammer* hat sich damals auch von vornherein auf den Standpunkt gestellt, daß er nie Mitglied der Heimat- und Königspartei gewesen ist und daß dieser Antrag ohnehin in Richtung der Heimat- und Königspartei gezielt hat. Damit ist die grundsätzliche Politik der CSU in dieser Hinsicht von vornherein schon umrissen.
Ich glaube, wir sind einer Meinung: Für uns, die CSU, war die Frage einer Staatsform, ob Republik oder Monarchie, nie primär. Primär war nur 1. das demokratische Prinzip und 2. das rein praktisch ökonomische Prinzip, daß wir etwas zu essen, daß wir Kleider und Wohnungen bekommen und schließlich unser weiterer prinzipieller Gesichtspunkt, daß die Ordnung des neuen Lebens in unserem Volke nur durch das Christentum wiederhergestellt werden kann.
Von Eicken: Und die Bekämpfung des Separatismus!
Dr. *Gerathewohl*: Wir haben sogar offiziell formuliert, daß wir in unseren Reihen monarchische und republikanische Anhänger der Demokratie haben, und daß wir in der Frage, ob der Staat eine monarchische oder republikanische Spitze haben soll, eine Frage untergeordneter Bedeutung sehen. Wir haben aber noch einen Zusatz gemacht, der dem Sinn nach lautet, daß wir in erster Linie darauf ausgehen, daß durch die Regelung einer Verfassungsfrage nicht die Reichseinheit vorbelastet würde. Wir haben außerdem unseren Rednern von jeher die Anweisung gegeben, daß keiner von sich aus für oder gegen die Monarchie Stellung nimmt. Diese Anweisung war eigentlich bindend. Es ist vielleicht nicht unwichtig, daß wir unseren Rednern diese Anweisung vom ersten Augenblick des Entstehens der Königspartei an gegeben haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, diese Anweisung herauszunehmen. Wer hat die Rundfunksache?
Dr. *Gerathewohl*: Dr. *Käss* hat die Antworten auf die Fragen. Es ist wichtig, daß wir unseren Rednern diese Anweisung von vornherein mit Zustimmung aller Mitglieder des Arbeitsausschusses gegeben haben. Diese Anweisung wurde damals auch von den Freunden, die irgendwie monarchisch eingestellt sind, angenommen. Es ist das schon vor Wochen geschehen. Ich glaube, daß das vollkommen für die Entlastung gegenüber der Besatzungsmacht genügt. Ich habe diese Stellungnahme übrigens bereits im ersten Redner-Dienst gedruckt, ich glaube im März.
Dr. *Rinke* macht in der Frage der Auflösung der Königspartei vertrauliche Mitteilungen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich werde mich in diesem Falle vor meine Mitglieder stellen und klar zum Ausdruck bringen, daß Monarchisten, die wir als Mitglieder haben, nicht ohne weiteres deswegen, weil sie die monarchische Staatsform für besser halten, als reaktionär zu bezeichnen sind.

(Sehr richtig!)

Es müssen in diesem Falle schon bestimmte andere Argumente im einzelnen angeführt werden.
Von Eicken: Dann wäre das ganze englische Volk reaktionär.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Versuch, das zu vermengen, wird von bestimmten Kreisen dauernd unternommen. *Hundhammer*, unterlaßt in Gottes Namen in Euren Sitzungen alles, was die Schwierigkeiten irgendwie vergrößert. Wenn Ihr nicht alles

überbrücken könnt, dann zweifelt doch nicht immer an der Ehrlichkeit. Auch wenn ich mich da oder dort in der Zonenpolitik schließlich und endlich veranlaßt sehe, etwas zu forcieren, dann braucht Ihr mich deswegen nicht für einen krummen Hund anzusehen. Ich werde schon bestimmte Gründe haben. Man darf schon daran glauben, daß ich in besonderen Fällen eine besondere Stellung einnehme, auch wenn ich die Gründe nicht jedem auf die Nase binden darf. So viel Vertrauen muß man in Gottes Namen im Rahmen der Außenpolitik haben. Die außenpolitischen Probleme lassen sich schließlich nicht in großen Gremien erörtern.
Zur Zonenfrage noch eines: Die Erklärung über die Zonenfrage und die Union für Europa ist etwas sehr weit gegangen. Ich habe in einer Vertrauensmännerversammlung in Garmisch Ausführungen zu dem Thema Zonenpartei gemacht, weil danach gefragt wurde. Diese Ausführungen, die wesentlich länger waren, sind von irgendeinem anwesenden Herrn - wer, weiß ich bis heute noch nicht - zu einigen Sätzen zusammengefaßt worden. Dabei ist ein absoluter Bockmist herausgekommen.[3] Ich habe vorhin DANA mitgeteilt, daß ich morgen, wenn die Freunde von Garmisch da sind, eventuell noch einmal feststelle, wer anwesend war. Denn ich habe es als Indiskretion angesehen, daß ohne mein Wissen Mitteilungen über meine Rede an die Presse hinausgegeben worden sind. Es wurde in Garmisch nichts davon gesagt, daß außer den Parteifreunden noch jemand anderer da wäre. Wäre jemand von der Militärregierung dagewesen, ich hätte die gleichen Ausführungen gemacht, weil ich vor der Militärregierung keine Geheimnisse habe. Aber wenn ein DANA - oder Pressekorrespondent da war, hätte ich erwarten dürfen, daß er, bevor er irgend etwas herausbringt, sich mit mir darüber unterhält.
Ich habe nun in Garmisch den Standpunkt zum Ausdruck gebracht, den Sie kennen, daß ich nämlich dafür bin, die Union so rasch wie irgend möglich auf Interzonenbasis aufzubauen. Ich habe meine Gründe, warum ich dafür bin. Es liegen bestimmte Gründe vor, warum ich in Stuttgart so rasch gehandelt habe. Ich wußte von bestimmter Seite, daß man irgendeine Erklärung zur Rhein-Ruhr-Frage erwartet. Wenn die Sozialdemokraten tun, als ob sie die erste Erklärung abgegeben hätten, und uns daraus ein Vorwurf gemacht wird, so muß ich erklären: Die erste Erklärung zur Rhein-Ruhr-Frage kam von uns. Aus diesem Grunde haben wir damals so rasch die Erklärung über die völlige Einigkeit herausgegeben. Ich habe in Garmisch aber auch nochmals erklärt, daß wir gegen Berlin als Zentrale des Reiches, aber auch als Zentrale der Union sind. Ich habe bisher mich noch nicht entschieden, ob ich selbst nach Berlin zu dem Unionstreffen hinauffahre oder nicht. Ich habe bisher noch keinen Antrag eingereicht, auch nicht für andere Herren, weil ich die Entscheidung diesem Gremium überlassen will. Das Treffen ist auf den 16. und 17. Juni verlegt worden. Ich habe den Berlinern mitteilen lassen, daß ich es für unangebracht halte, eine derart große Tagung abzuhalten, ohne daß gewisse Fragen vorher in kleineren Gremien besprochen werden. Ich habe die Befürchtung, daß man uns dort vor vollendete Tatsachen stellt. Da mache ich nicht mit. Ich warte auf den Besuch eines Freundes von Berlin. Diesem werde ich das ganz offen sagen.
Was als Ergebnis von Garmisch verkündet worden ist, ist also absolut unwahr. Ich habe sogar deutlich erklärt, daß wir Bedenken gegen Berlin als Reichshauptstadt und Zentrale der Union haben. Vielmehr habe ich vorgeschlagen, daß die Zentrale ir-

[3] Zur Meldung der DANA und den Äußerungen Müllers in Garmisch vgl. Landesversammlung der CSU am 17. Mai 1946, Dok. 18, S. 259ff.

gendwohin nach dem Süden oder Westen kommt, wobei Berlin selbstverständlich Filiale wird, ein Standpunkt, den ich immer schon eingenommen und den Sie gebilligt haben. Ich habe in Garmisch auch nicht die Erklärung abgegeben, daß ich eine Union für Europa haben will, sondern ich habe darauf hingewiesen, daß die Sozialisten ihre Internationale haben, daß diese Internationale jetzt wieder hergestellt wird, und ich mich freuen würde und es ein Ziel der Arbeit der Union sein müßte, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß auch innerhalb der gleichdenkenden Gruppierungen in den verschiedenen Staaten, die das Christentum auf ihr Banner schreiben - ich glaube, ich habe das sogar wörtlich gesagt -, eine Verständigung und dann eine Zusammenarbeit stattfindet. Ich glaube, daß das ein Ziel ist, das wir alle miteinander gutheißen.
Wie aber nun die Presseveröffentlichung zustandekam, weiß ich nicht. Ich habe DANA heute erklärt, daß ich es bedaure, daß man in solchen Fällen Veröffentlichungen vornimmt, ohne sich mit dem, der als interviewt gilt, vorher zu verständigen.
Von Eicken: Mir ist heute morgen ein Schriftstück gezeigt worden, in dem unter anderem stand, daß die Christlich-Sozialen Unionen miteinander verschmelzen. Auf den Ausdruck "verschmelzen" wurde entscheidendes Gewicht gelegt, während wir uns in einer der letzten Sitzungen des Arbeitsausschusses darüber klar waren, daß die Landesparteien als solche bestehen bleiben, und wir höchstens eine Dachorganisation anstreben. Gerade auf diesen Ausdruck "verschmelzen" hat man heute entscheidendes Gewicht gelegt und daraus den Vorwurf gemacht, daß die CSU durch ihren Landesvorsitzenden eine Politik gemacht hat, die den bisherigen Beschlüssen zuwiderläuft.
Ich bin zur Stellungnahme aufgefordert worden und muß daher fragen, ob das Wort "verschmelzen" irrtümlich gebraucht worden ist. Man berief sich dabei auf ausdrückliche Zusagen von Dr. *Adenauer*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe nie den Ausdruck "verschmelzen" im Sinne des Aufgehens in einer Einheit gebraucht. Sie kennen meinen Standpunkt, an dem ich nach wie vor festhalte. Auch die Union wird föderativ aufgebaut werden. Wie es im einzelnen gemacht werden kann, müssen wir sehen. Das war der Grund, warum ich vorgeschlagen habe, daß sich in Stuttgart die entsprechenden Ausschußreferenten zusammensetzen, die diese Themen der Staatspolitik behandeln, damit wir dann einen analogen Aufbau der Union gemäß dem von uns gewünschten Reichsaufbau erhalten.
Von Eicken: Das genügt mir.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Ausdruck "absorb"[4] im Englischen heißt etwas anderes als das deutsche "absorbieren". Dieses klingt so, als ob man nicht mehr weiterexistieren würde. Vielleicht ist das Mißverständnis darauf zurückzuführen.
Dr. *Eichhorn*: Ich möchte einen Vorschlag machen, der früher im Staatsdienst ausgezeichnete Dienste geleistet hat. Es hat keinen vorsichtigen Minister gegeben, der nicht seine Reden vorher in großen Zügen niedergelegt hätte. Denn wir kannten unsere Reporter. Auf diese Weise ist es nicht selten gelungen, den vollständigen Wortlaut so, wie man ihn präsentiert hat, in die Presse zu bringen. Ein anderer Korrespondent wieder hat in zwei Minuten aus sechs Seiten drei gemacht. Bei Reden, wie sie am nächsten Sonntag gehalten werden, wäre es wünschenswert, wenn ein Mann aus der Presse von uns, der weiß, was die Presse bringt, die Rede nach diesen Gesichtspunkten zusammenschreiben würde.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir haben im allgemeinen bei den bedeutsamen Reden

[4] In der Vorlage: "abserve".

einen Landtagsstenographen dabei, so daß dann das Konzept vorliegt. Das ist eben das Bezeichnende für Garmisch, daß irgendeine kleine Vertrauensmännerversammlung vom Ortsbereich Garmisch hergenommen und dann eine längere Äußerung als programmatische Erklärung konstruiert wird. Man konnte nicht annehmen, daß aus der Vertrauensmännerkundgebung in Garmisch so etwas gemacht würde, und [man] daher eigens einen Stenographen mitnehmen müßte.
Von Prittwitz-Gaffron schließt sich an die Ausführungen von Dr. *Rinke* an. Die englische Monarchie sei auf ganz anderer Basis entstanden als die deutsche, nämlich aufgrund eines Vertrages und nicht aufgrund des sogenannten Gottesgnadentums. Für die Amerikaner habe die monarchische Idee meist etwas Reaktionäres an sich, was nach deutschen Begriffen durchaus nicht der Fall sein müßte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich sage übrigens offen: Ich vertrete rein persönlich den Standpunkt, daß ich es nicht ungerne gesehen hätte, wenn eine Rechtspartei entstanden wäre, die die rechtsgerichteten Elemente umfaßt hätte. Denn ich lehne es ab, die Union als Rechtspartei bezeichnen zu lassen.
Dr. *Gerathewohl*: Ich erinnere daran, daß die Königspartei, ehe sie in Erscheinung trat, sich an Sie mit gewissen Bedingungen gewandt hat. Wir können darauf hinweisen, daß wir von vornherein auf derartige Bindungen nicht eingegangen sind.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir sind in der angenehmen Lage zu erklären, daß Herr Dr. *Hoegner* und noch andere Sozialdemokraten beim Kronprinzen waren, während ich nicht hingegangen bin, und daß sogar, wie ich gehört habe, einer der kommunistischen Herren, ich glaube Herr *Schmitt*, erklärt hat, daß er es bedauert habe, daß *Hoegner* ihn nicht mitgenommen habe.
Dr. *Gerathewohl*: Wir können sogar soweit gehen, daß wir sagen: Wenn wir diese Forderungen der Königspartei nicht abgelehnt hätten, dann wäre die Königspartei gar nicht als Partei entstanden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es muß ausgesprochen werden, daß Herr Dr. *Hoegner* und andere Sozialdemokraten zum Kronprinz *Rupprecht* gegangen sind, während ich es abgelehnt habe, hinzugehen.

(Zuruf: *Hoegner*, *Roßhaupter* und *Preis* waren dort!)

Von Eicken: Waren Sie eingeladen?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich will das offiziell nicht sagen, aber hier kann ich es ruhig tun: Ich war eingeladen.
Dr. *Eichhorn*: Eine Beruhigung für die Amerikaner kann auch sein, daß die Wählerschaft der Königspartei, selbst wenn sie zu uns stößt, niemals einen Block bilden kann. Denn die Wählerschaft der Königspartei ist ja doch nirgends massiert, sondern ziemlich zersplittert. Es wird hier ungefähr so gehen, wie mit einem einzelnen Pg. der NSDAP.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird das Gerücht kolportiert, ich hätte die Königspartei mit Hilfe der Amerikaner liquidieren lassen. Auch dazu darf ich sagen: Es hat letzthin nicht mit Unrecht jemand behauptet, ich sei augenblicklich in Bayern der berühmteste und berüchtigste Mensch. Ich bin weder daran schuld, daß die Königspartei liquidiert wird, noch daß irgendeine andere Partei ins Schußfeld kommt. Ich sehe die Konkurrenz als Konkurrenz an, mit der wir uns in lauterem Wettbewerb auseinanderzusetzen haben. Mir liegt nicht daran, daß ich bei den Amerikanern gegen andere Leute vorgehe, sondern daß ich sie im demokratischen Kampf aus dem Felde schlage. Ich werde wahrscheinlich im Union-Dienst zur Königsfrage noch Stellung nehmen.

Dr. *Arnold*: Ein wesentliches Entlastungsmoment in der Königsparteifrage liegt mit einer Stellungnahme der Union in Nürnberg vor. Als seinerzeit das Problem Königspartei und CSU erörtert wurde, waren wir gezwungen, eine ganz eindeutige Stellungnahme in der Öffentlichkeit abzugeben. Das haben wir in einer Veröffentlichung getan. Ich habe diese Veröffentlichung erst vorgenommen, nachdem ich mich mit Dr. *Müller* ins Benehmen gesetzt hatte. Das Dokument läßt sich nicht mehr aus der Welt schaffen.
(Dr. *Arnold* verliest die Veröffentlichung.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich werde auch diesen Artikel der Militärregierung übergeben.
Damit ist die Erörterung der Königsparteifrage abgeschlossen.
Dr. *Gronwald*: Was ich vorzutragen habe, steht mit den Satzungen im Zusammenhang. Wir haben vorhin beschlossen, in den berufsständischen Rat beim Landesverband je zwei Geistliche der beiden Konfessionen hereinzunehmen. Es besteht, glaube ich, Übereinstimmung darüber, daß wir in den Bezirksständerat keine Geistlichen hereinnehmen. Hier haben wir außerdem ohnedies aus jedem Berufsstand nur einen Vertreter.
Wenn wir nun die Geistlichen in den berufsständischen Rat hereinnehmen, so bedeutet das keineswegs, daß wir damit die Bahn dafür öffnen, daß die Geistlichen zu den Parlamenten kandidieren. Ich darf daran erinnern, daß wir uns bei Gründung der Union darüber im klaren waren, daß wir die Geistlichkeit als Funktionäre aus der Politik herauslassen wollen. Das ist weithin vertreten worden. Wenn Geistliche im berufsständischen Rat tätig sind, so ist das keine parteipolitische Funktion, sondern diese Tätigkeit liegt auf einer ganz anderen Linie. Es besteht Übereinstimmung, daß sie weiterhin aus den Parlamenten herausgehalten werden sollen.
Dr. *Hundhammer*: Der Vorredner hat mit der ausdrücklichen Feststellung geschlossen, er wünsche, daß die Geistlichen in Zukunft aus den Parlamenten herausgehalten werden. Die meisten von Ihnen werden wissen, daß in der letzten Sitzung im Rathaus Oberbayern empfohlen worden war, dafür zu sorgen, daß Stadtpfarrer *Muhler* in den Landtag hineinkommt. Das würde dem, was Dr. *Gronwald* gesagt hat, an sich widersprechen. Ich habe gestern mit den Kreisvorsitzenden von Oberbayern Fühlung genommen und ihnen davon Kenntnis gegeben, daß gewünscht worden ist, Oberbayern solle den Herrn Stadtpfarrer *Muhler* als Kandidaten aufstellen. Ich habe bei den Vorsitzenden der Kreisverbände keine Bereitwilligkeit dazu gefunden. Das wurde zum Teil mit Ausführungen begründet, die sich vollkommen mit dem decken, was der Vorredner gesagt hat.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich einen Augenblick unterbrechen, nur um die Zeit auszunützen. Ich habe mit kirchlichen Kreisen Fühlung genommen. Auf evangelischer Seite besteht überhaupt kein Wunsch, daß Geistliche in die Parlamente kommen, im Gegenteil, es ist ein negativer Wunsch vorhanden. Ich darf auch in diesem Kreis ruhig sagen, daß mir von katholischer Seite, von *Neuhäusler*, gesagt worden ist, daß der Kardinal ungefähr die gleiche Auffassung vertritt. In Bamberg war daran gedacht, daß *Meixner* kandidieren soll. Er hat seine Kandidatur zurückgezogen. Im Ordinariat Regensburg haben wir noch gewisse Schwierigkeiten. Dort [sind] Prof. *Prechtl*, der gleichzeitig Landrat ist, sowie im Kötztinger Landkreis Pfarrer *Pongratz* als Kandidat benannt worden. Ich habe versucht, die Frage der Kandidatur dieser Herren von kirchlicher Seite aus zu klären. Es wäre mir das lieber, als wenn von unserer Seite aus ein Beschluß gefaßt würde. Denn diese Frage ist von den Kirchen zu lösen und nicht

von uns. Wenn wir sie lösen müssen, dann muß es in der delikatesten Weise geschehen.
Meinen Standpunkt kennen Sie. Ich bin an und für sich auch dagegen, daß Geistliche in die Tagespolitik hineingezogen werden. Man könnte nur dann davon absehen, wenn jemand wirklich so hervorragt, daß man sagt: In diesem Falle scheidet er aus der Betrachtung als Geistlicher aus. Aber ich wäre in diesem Falle verpflichtet, an die beiden Konfessionen heranzutreten und Ihnen zu sagen, jede möchte Vorschläge machen. Sonst bekommen wir Mißstimmungen.
Dr. *Rinke*: Die Militärregierung wird gegen die Aufstellung der Geistlichen selbstverständlich keinen Einspruch erheben. Ich habe aber das Empfinden, sie sieht es nicht gerne. Wegen *Muhler* habe ich angefragt. Den würde man verdauen. Das ist noch der einzige.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe mit *Muhler* selbst eine Aussprache gehabt. Er brennt bestimmt nicht darauf, Abgeordneter zu werden. Aber ich habe ihm meinen Standpunkt dargelegt: Wenn Geistliche kommen, dann ist er der einzige, den wir vertreten können. Er genießt auch bei den anderen Parteien und auch auf evangelischer Seite ein solches Ansehen, daß man keine besonderen Bedenken gegen ihn äußern würde. Ich habe ihm auch gesagt: Wir sind so gut befreundet, daß wir alles rückhaltlos besprechen können. Aber auch bei *Muhler* erscheint es besser, wenn er an anderer Stelle von uns herausgestellt wird. *Muhler* ist ein Name, der viel für uns bedeutet, gerade angesichts seiner Haltung in der Vergangenheit. Wir werden ihn irgendwo herausstellen, aber nicht im Rahmen politischer Auseinandersetzungen. Unabhängig davon, ob Geistliche nun Mitglieder des Parlaments sind oder nicht, werde ich immer dafür eintreten, daß dann, wenn kulturelle Fragen behandelt werden, Geistliche von den Fraktionen zugezogen werden. Ich habe das den beiden Konfessionen auch bereits zugesagt. Das bedeutet aber nicht, daß Geistliche ins Parlament gewählt werden müssen. Das Parlament gibt ihnen immerhin Möglichkeiten zu unangenehmen Auseinandersetzungen.
Ich bin keinesfalls dafür zu haben, daß Geistliche Landräte werden, und dagegen werde ich selbst mit allen Mitteln noch angehen. Da mache ich keine Kompromisse. In diesem Falle scheidet jeder Kompromiß aus.
Von Prittwitz-Gaffron: Ich möchte unterstreichen, was Dr. *Rinke* und Dr. *Gronwald* gesagt haben. Wenn es irgend möglich ist zu vermeiden, daß Geistliche in das Parlament kommen, so muß es im Interesse des Zusammenhalts der Union verhindert werden. Ich bin auch der Ansicht, daß man diese Frage selbstverständlich nicht mit irgendwelchen großartigen Beschlüssen regeln soll. Man sollte auch über diese Frage morgen nicht groß diskutieren. Man soll vielmehr durch gütliches Einvernehmen mit den beiden Kirchen die von uns gewünschte Lösung herbeiführen.
Herr *Muhler* würde überall in der Öffentlichkeit verstanden werden. Darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Wenn aber nur ein einziger weiterer Geistlicher in das Parlament kommt, würde der Vorwurf des Klerikalismus erhoben werden, gleichgültig ob berechtigt oder unberechtigt. Es würde den Zustrom weiterer Menschen aus den Kreisen der Demokraten vollkommen unmöglich machen und die Position derjenigen Demokraten, die sich in der Union zusammengetan haben, auf das allerschwerste gefährden. Wir Demokraten, die wir zur Union gestoßen sind, haben niemals von dieser Sache gesprochen. In diesem Punkte müssen wir anstandshalber darauf hinweisen.
Dr. *Eichhorn*: Unser Landesbischof hat einem Geistlichen, der Landrat werden wollte, verboten, es zu werden. Er hat es einem anderen Geistlichen, der in unserem Kreise

auch verkehrt, ebenfalls verboten. Dieser Geistliche scheidet nun aus dem geistlichen Amt aus, ohne daß er irgend etwas angestellt hat. Er scheint lieber zu politisieren. Geschmackssache!
Wir haben noch einen weiteren Fall in Nürnberg. Landesbischof *Meiser* hat den betreffenden Geistlichen zu sich geladen. Er kam nicht. Ich werde ihm aber heute als einhellige Meinung des ganzen Ausschusses schreiben, daß Geistliche nicht politisieren sollen. Der Fall *Muhler* hat meine Position in der Angelegenheit natürlich geschwächt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich hoffe, daß dieser Fall so bereinigt wird, daß wir tatsächlich zu dem Ergebnis kommen, daß Geistliche aus der Politik herausbleiben. Was anderes ist es, wenn wir eine zweite Kammer bekommen. Etwas anderes ist es auch, wenn wir die Geistlichen der beiden Konfessionen bei Beratungen über kulturelle Fragen zuziehen.

(Zuruf: Aber auch *Muhler* nicht aufstellen, er ist ein Präzedenzfall.)

Wir werden *Muhler* bestimmt anders herausstellen können und müssen. Denn er ist ein Name, der sehr gut in allen Kreisen wirkt.
Auf Vorschlag von Dr. *Gronwald* wird zur Erörterung des Geschäftsführerparagraphen (§ 58 alter Fassung) übergegangen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] betont dabei nachdrücklich, daß er auf der Annahme des Paragraphen 58 unbedingt bestehen müsse. Er würde sonst die Vertrauensfrage stellen. Dieser Paragraph ermögliche es ihm, aus dem "Wählerhaufen" - diesen Ausdruck wolle er nur in diesem Gremium gebrauchen - eine Partei zu bilden. Nicht er habe ja bezüglich der Geschäftsführer zu bestimmen, sondern die Landesvorstandschaft, die ohnedies ein sehr großes Gremium sei.
Dr. *Falkner* macht gegen § 58,3 Bedenken geltend.
Vorsitzender [*Josef Müller*] führt die Vorgänge in der Oberpfalz als Beweis dafür an, daß man auch § 58,3 unbedingt brauche. Die Bezirksvorsitzenden könnten ihre Stimme ja in der Landesvorstandschaft zur Geltung bringen.
Dr. *Rindt* ist für eine versuchsweise Belassung der jetzigen Formulierung von § 58,3.
Dr. *Hundhammer* erklärt, der Passus werde morgen auf starken Widerstand durch Oberbayern stoßen.
Dr. *Müller* übergibt den Vorsitz an Dr. *Eichhorn*.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*] nimmt die Frage der Kandidatur der Geistlichen noch einmal auf und erklärt, daß er annehme, daß *Muhler* nicht kandidiere. Er möchte sich nicht ein zweites Mal bloßstellen.
Dr. *Dürr*: Auch in Unterfranken ist ein katholischer Geistlicher als Kandidat für die Verfassunggebende Versammlung bestellt worden. Der betreffende Herr hat erklärt, er nehme die Kandidatur nur an, wenn ihm sein Bischof die Genehmigung erteile. Nun konnte ich wegen der Kürze der Zeit nur mit dem Generalvikar sprechen. Dieser ist schon aus rein persönlichen Gründen von der Kandidatur nicht erbaut, da der betreffende geistliche Herr sehr alt ist. Er ist nur deswegen aufgestellt worden, weil im Kreis kein Mensch die Unionssache in die Hand genommen hatte. Er hat den 1. Vorsitz übernommen, ein evangelischer Pfarrer den 2. Beide haben in dem Kreis die Union gemacht. Der Kreis ist an sich ein ausgesprochen Nazi-überfütterter Kreis. Fast jeder zweite war bei der Partei. Es ist deshalb sehr schwer, dort Leute zu finden, die für derartige Kandidaturen in Frage kommen.

Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*]: Geben Sie den Bezirk einem Fremden.
Staatssekretär *Krehle*: Reden Sie mit dem Bischof und schlagen Sie *Ehard* vor.
Dr. *Dürr*: Ich hoffe, daß die Kandidatur zurückgenommen wird. Ich wollte es nur hier zur Sprache gebracht haben.
Dr. *Falkner*: Ich habe in Niederbayern zwei Fälle. Der eine betrifft Prof. *Prechtl*, der seit dem Einmarsch der Amerikaner Landrat ist und auch als Kandidat für die Verfassunggebende Versammlung aufgestellt ist. Man will ihn nicht wegbringen und wird ihn auch nicht wegbringen. Der zweite Geistliche ist Pfarrer *Pongratz*. Ich habe dem Bischof in dieser Angelegenheit einen Brief geschrieben. Der Bischof hat mir geantwortet, er teile meine Bedenken voll und ganz. Er habe dem Pfarrer verboten zu kandidieren. Vor 14 Tagen habe ich nun den Bischof gesehen. Er hat mich bei der Hand genommen und mir gesagt, er müßte mir noch etwas sagen. Er habe *Pongratz* doch genehmigen müssen.
Dr. *Gerathewohl*: Sie können doch ohne weiteres auf die Stellungnahme des Landesvorsitzenden, des Arbeitsausschusses sowie auf die Stellungnahme des Papstes [*Pius XII.*] und des Kardinals [*Michael von Faulhaber*] verweisen. Das sind vier Autoritäten, die meiner Ansicht nach genügen müßten, um eine Situation zu verhindern, die - ich spreche jetzt nicht als Demokrat, sondern als Evangelischer - meines Erachtens für die Union außerordentlich gefährlich sein könnte. Gerade wenn wir in konfessionellen Dingen einig gehen wollen, ist es das beste, wenn die Geistlichen beider Konfessionen in dem vorhin von Dr. *Müller* ausgedrückten Sinn beiseite bleiben.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*]: Das andere wäre für uns, die wir in der Öffentlichkeit gesprochen haben, geradezu peinlich. Wir haben in der Gründungsversammlung programmatisch in einem scharf formulierten Satz erklärt, die aktiv politisierenden Geistlichen sind für uns unerwünscht.
Von Eicken: Ich habe es in allen Wahlreden gesagt.
Dr. *Rindt*: Ich bin bestürzt. Wir haben in Schwaben programmatisch erklärt und sind dabei in weitesten Bevölkerungskreisen auf Verständnis gestoßen, daß der Geistliche aus der Politik herausbleiben soll. Ich bitte, dafür zu sorgen, daß diese Dinge auf eine dezente, aber auch nachdrückliche Weise abgestellt werden. Für den Unionsgedanken ist nichts so gefährlich wie die Hereinnahme von Geistlichen in ein ausgesprochen politisch-parlamentarisches Institut.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*]: Ich glaube, der Ausschuß steht einhellig auf diesem Standpunkt. Das müßte eigentlich genügen.
Dr. *Rindt*: Ich wollte bloß noch darauf aufmerksam machen, daß es der Papst von katholischer Seite offiziell als unerwünscht bezeichnet hat, wenn sich Geistliche in der Politik irgendwie herausstellen.
Dr. *Dürr*: Die evangelische Kirche hat es genauso getan.
Dr. *Martin*: Ich möchte betonen, daß jeder Redner in Augsburg und Schwaben, Dr. *Rindt* wie auch ich selbst, in jeder Rede herausgestellt hat, daß Geistliche in der Politik unerwünscht sind. Wenn es anders gemacht wird, werden wir der Lüge bezichtigt oder wir werden beschuldigt, daß wir umgefallen sind.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*]: Wir sind vollständig einer Meinung. Wir müssen Herrn Dr. *Müller* bitten, daß er unsere Stellungnahme energisch zum Ausdruck bringt.
Dr. *Gronwald*: Ich glaube, es wird von einer anderen Seite, die heute an dieser Besprechung nicht teilnimmt, morgen auf der Landesversammlung die Frage der Kandidatur von Geistlichen zur Sprache gebracht werden. Ich glaube, das wird man nur dadurch verhindern können, daß Dr. *Müller* in seinen einleitenden Ausführungen zum

Ausdruck bringt, daß Kandidaturen von Geistlichen unerwünscht sind. Das braucht kein offizieller Beschluß zu sein. Es würde genügen, wenn Dr. *Müller* es vor der Landesversammlung noch einmal klarstellt.
Wenn das nicht geschieht, so fürchte ich, daß sich die Landesversammlung morgen mit dieser Frage beschäftigen wird.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*]: Wir schließen damit diesen Punkt ab und kehren zur Besprechung der Satzung zurück.
Dr. *Rindt*: Wir bitten Sie, Herrn Dr. *Müller* unsere Stellungnahme mitzuteilen, damit er in dem besprochenen Sinne morgen vorgeht.
Von Eicken: Ich habe offen in Versammlungen erklärt, daß Geistliche aus der Politik herausbleiben werden. Ich bin kein Lügner. Das wäre für mich ein Grund, aus der Partei auszutreten.
Der Ausschuß geht dann wieder zur Beratung der Satzungen über. Die vor der Mittagspause begonnene Aussprache über § 49 wird abgeschlossen. Der Paragraph erhält folgende Fassung:

§ 50

1. Der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft besteht aus je zwei Vertretern der katholischen und evangelischen Geistlichkeit sowie je zwei Vertretern
   a) der Landwirtschaft,
   b) der Arbeiter,
   c) der Industrie,
   d) des Handwerks,
   e) des Handels,
   f) des Geld- und Kreditwesens,
   g) der freien Berufe,
   h) der Angestellten,
   i) der Beamten,
   k) der Hausfrauen,
   l) der Ausgewiesenen und Flüchtlinge.
2. Die Mitglieder des berufsständischen Rates werden auf Vorschlag der geschäftsführenden Vorstandschaft von der Landesvorstandschaft gewählt. Bei den Vorschlägen sollen die Wünsche der der Union angehörenden Mitglieder der berufsständischen Organisationen (Bauernverband, Gewerkschaften usw.) sowie die Anregungen der jeweils in Betracht kommenden Ausschüsse berücksichtigt werden.
3. Der Landesvorsitzende beruft den berufsständischen Rat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen zu Sitzungen ein. Die Sitzungen werden vom Landesvorsitzenden geleitet. Der berufsständische Rat wählt aus seiner Mitte eine aus drei Mitgliedern bestehende Vorstandschaft.
4. Dem berufsständischen Rat obliegt die Wahrnehmung aller Aufgaben, die die Interessen der in ihm vertretenen Berufsstände berühren. Der berufsständische Rat leitet seine Anträge zur Beschlußfassung an die Landesvorstandschaft in diesen Fällen unter stimmberechtigter Hinzuziehung der Mitglieder des berufsständischen Rates. Antragsberechtigt sind der berufsständische Rat insgesamt und die Vertreter der einzelnen Berufsstände gemeinsam.

In § 51 wird in Angleichung an BGB "Vertretungsbefugnis" statt "Vertretungsmacht" geschrieben. Im letzten Satz des Paragraphen wird statt "Gliederungen" "Verbände" geschrieben.
Zu § 52,3 fragt Dr. *Falkner*, warum die Ausschüsse ihre Vorsitzenden nicht selber wählen.
Dr. *Rindt* klärt die Frage dahin, daß der Vorsitzende als führender Kopf den Ausschuß doch erst bilden müsse.
Dr. *Rindt* spricht sich dann dagegen aus, daß, wie in § 53 vorgesehen, der Landesgeschäftsführer die Dienstaufsicht über die Bezirks- und Kreisgeschäftsführer ausübt. Seiner Meinung nach müßte das das geschäftsführende Vorstandsmitglied tun.
Dr. *Gronwald* schlägt vor, daß der Landesvorsitzende ausüben und zugleich delegieren kann.
Dr. *Falkner* begründet, warum er gegen die Dienstaufsicht des Landesgeschäftsführers über die Bezirks- und Kreisgeschäftsführer sei. Weisungen an den Bezirksverband sollte der Landesvorsitzende an den Vorsitzenden des Bezirksverbandes geben, aber nicht an den Geschäftsführer.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*] glaubt, daß Dr. *Müller* sicher nichts gegen die Streichung dieses Dienstaufsichts-Passus habe.
Dr. *Rindt* schließt sich der Meinung von Dr. *Falkner* an, empfiehlt aber, es vorläufig bei dieser Formulierung zu lassen, da Dr. *Müller* seines Wissens unbedingt daran festhalten wolle.
Dr. *Gerathewohl* empfiehlt Formulierung des Absatzes mit folgendem Zusatz:

> Der Landesgeschäftsführer übt die Dienstaufsicht über die Bezirks- und Kreisgeschäftsführer aus, soweit es sich um Aufgaben handelt, die über den engeren Kreis hinausgehen.

Ritter von Lex und Dr. *Dürr* bemängeln, daß in § 53 dasselbe gesagt sei wie in § 58,6.
Dr. *Horlacher* erbittet das Wort zur Geschäftsordnung und erklärt: Es ist jetzt 17 Uhr. Ich bin von einem größeren Kreis beauftragt, Ihnen eine entscheidende Entschließung vorzulegen, die heute noch unter allen Umständen beraten werden muß. Ich würde bitten, daß die Sitzung dafür unterbrochen wird oder daß die Beratung der Satzungen so rasch vor sich geht, daß wir spätestens um 17.15 Uhr damit fertig sind. Denn sonst geht es wieder so, daß die wichtigen Dinge, die morgen in der Landesversammlung zur Entscheidung gebracht werden müssen, nicht gehörig vorbereitet sind, und wir uns dort über Kleinigkeiten unterhalten, während die großen politischen Fragen in den Hintergrund treten. Wir haben Veranlassung - ich kann die Datails noch nicht bekanntgeben -, zu einigen großen politischen Fragen Stellung zu nehmen. Diese müssen der Landesversammlung morgen vorgeschlagen werden. Das ist außerordentlich wichtig, und ich bitte daher, die Zeiteinteilung entsprechend zu treffen.
Der Ausschuß fährt in der Beratung der Satzungen fort.
Es wird Streichung des Dienstaufsichts-Passus von § 53 beschlossen, der nachher in § 58,6 ohnedies wiederkehrt.
Bei Erörterung von § 56 (Beiträge) tritt Dr. *Horlacher* für eine einheitliche Regelung wenigstens von Mindestbeiträgen ein.
Dr. *Gronwald* will nach Festsetzung eines Mindestbeitrages durch die Landesversammlung den Ortsverbänden die Möglichkeit einer Staffelung der Beiträge überlassen.

Bei § 57,1 (§ 58,1 neue Fassung) wird im letzten Satz statt "geschäftsordnungsmässigen" "sonstigen" geschrieben.
In § 59 (Vertretung nach außen) wird auf Vorschlag von *Ritter von Lex* nach längerer Debatte in Abs. 2 eingefügt:

> Finanzielle Verpflichtungen bedürfen außerdem der Genehmigung des Schatzmeisters.

§ 59,3 wird auf Vorschlag von Dr. *Horlacher* gestrichen.
In § 60,2,4,5 und 6 wird statt "Kassenführung" "Kassen- und Rechnungsführung" geschrieben.
§ 62 (Haushaltplan) wird als solcher gestrichen und an seine Stelle gesetzt:

> Für die Finanzgebarung der Verbände der Union gelten die Bestimmungen des vom Landesausschuß beschlossenen Finanzstatuts.

§ 63,1 (Abstimmungen) wird erweitert:

1. Alle Organe der Union fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende. Die Organe sind beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist. Wird Beschlußunfähigkeit festgestellt, so ist innerhalb von vier Wochen eine weitere Versammlung anzuberaumen, die dann mit einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen beschließen kann.

§ 64,1 c wird erweitert:

c) Zur Landesvorstandschaft und zur geschäftsführenden Landesvorstandschaft jedes Mitglied dieser Organe, ferner der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft und die Vertreter der einzelnen Berufsstände gemeinsam. Wünschen Ortsverbände oder Mitglieder Anträge zu stellen, so müssen sie sich an einen Antragsberechtigten wenden.

Damit ist die Beratung der Satzungen abgeschlossen.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*] erteilt das Wort Dr. *Horlacher* zur Begründung der von ihm im Verlaufe seiner Rede vorgelegten Entschließung.
[*Michael Horlacher*]: Wenn ich Ihnen jetzt eine Entschließung vorlege, so dürfen Sie überzeugt sein, daß diese Entschließung nicht allein von mir stammt. Sie dürfen nicht immer von dem Gesichtspunkt ausgehen, daß alles, was da und dort Unannehmlichkeiten hervorrufen könnte, immer von mir stammt. Diese Entschließung ist entstanden in der Sorge verschiedener Herren und in gemeinsamen Beratungen, in denen man sich auf eine einheitliche Linie geeinigt hat. Diese Linie werde ich Ihnen vortragen. Sie ist von ca. 20 Mitgliedern der Union unterschrieben, darunter Dr. *Baumgartner*, meine Wenigkeit, Dr. *Schlögl*, *Schwingenstein*, Dr. *Rothermel*, Dr. *Wittmann*, *Schweiger*, dem 2. Vorsitzenden von Oberbayern und vielen anderen Herren. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

> Der Parteivorsitzende der Christlich-Sozialen Union hat bei der letzten Münchner Versammlung erklärt, die CSU könne ihren Anhängern noch kein Programm vorlegen. Diese Erklärung hat in den weitesten Kreisen des bayerischen Volkes und darüber hinaus

- damit ist die amerikanische Militärregierung gemeint -

Bestürzungen und Enttäuschungen hervorgerufen.

Ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich den ersten Satz nicht so auffasse, daß er eine Kundgebung des Mißtrauens gegen den Parteivorsitzenden enthält, sondern er ist nur in der Form einer Konstatierung aufzufassen, daß wir keine programmatischen Erklärungen nach außen haben.

Die Unterzeichneten stellen daher an die Landesversammlung der CSU den Antrag, eine Entschließung zu fassen, aus der eindeutig folgende Gesichtspunkte hervorgehen:
1. Klares Bekenntnis zum bayerischen Volk und Staat. Der politische Neuaufbau muß den demokratischen Gedanken entsprechen und auf der Grundlage selbständiger Bundesstaaten erfolgen. Dem Reich ist an Aufgaben nur zu überlassen, was zur Erhaltung der politischen und wirtschaftlichen Reichseinheit unbedingt notwendig ist.

Daraus ergibt sich die einheitliche Stellungnahme aller der Leute, die in der Union tätig sind und insbesondere das Landvolk vertreten. Uns ist eine andere Stellungnahme - das sprechen wir unumwunden aus - unerträglich. Wenn eine andere Stellungnahme erfolgen würde, wäre das für uns ein Schlag, den wir nicht ertragen können. Es ist unsere große Sorge, daß hier klar Stellung genommen wird. Diese Stellungnahme ist hier klar enthalten und zwar nach beiden Richtungen. Einmal wird klar Stellung genommen zu dem zentralistischen Einheitsstaat. Die Idee des zentralistischen Einheitsstaates sollte nach den Erfahrungen des Dritten Reiches bereits zugrunde gegangen sein. Ich habe das heute auch den Amerikanern gegenüber auseinandergesetzt. Der zentralistische Einheitsstaat hat nach den Erfahrungen des Dritten Reiches jede Wehrfähigkeit der einzelnen Länder, insbesondere des Landes Bayern, gegenüber der diktatorischen Gewalt des Nationalsozialismus unmöglich gemacht. Jede zentralistische Form bringt diese Gefahr wieder mit sich.
Ebenso wie wir diesen überspitzten Zentralismus ablehnen, lehnen wir auch den Separatismus mit aller Entschiedenheit ab. Der Separatismus ist in gleichem Maße zu verwerfen wie der Unitarismus, wenn ich das Schlagwort gebrauchen soll, wie der reine Einheitsstaat. Wir wollen den Weg gehen, der nach der Geschichte unseres Volkes vorgezeichnet ist. Das ist der Weg der Verbindung der Bundesstaaten zu einem Reichsganzen. Denn ein einheitliches Reich ist unter allen Umständen notwendig.
Herr *von Eicken* hat dann noch einen Zusatz vorgeschlagen, den ich mit Einverständnis der übrigen Herren mit hereinnehmen möchte. Er würde heißen:

Die künftigen Reichsgrenzen müssen die Einheit und Existenz des gesamten deutschen Volkes gewährleisten.

Das ist eine selbstverständliche Forderung, die sich aus unserer gesamtdeutschen Einstellung ergeben muß.

2. Eindeutiges Bekenntnis zur christlichen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung im Gegensatz zur egoistischen, kapitalistischen Profitwirtschaft. Das grundsätzlich anzuerkennende Privateigentum muß in Einklang mit den christlichen Sittengesetzen gebracht werden.

Diese Form der Formulierung entspricht auch den Auffassungen aller unserer Leute, auch derjenigen, die früher in sogenannten Rechtsparteien tätig waren. Wir sind der Meinung, daß aus der Geschichte gelernt werden muß, und daß hier die Grenzlinien unseres christlichen Ideengutes zu anderen Auffassungen gezogen werden müssen. Wir sind auch mit dem Zusatz einverstanden, den Herr *von Eicken* gemacht hat, der lautet:

> Eindeutiges Bekenntnis zur christlichen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung im Gegensatz zur egoistisch kapitalistischen Profitwirtschaft und Kollektivwirtschaft.

Damit ist unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung vom christlichen Standpunkt aus eindeutig nach links und rechts abgegrenzt, wenn man diese Begriffe überhaupt noch gebrauchen will.

> 3. Bekenntnis zu einer wirklich fortschrittlichen, ehrlich gemeinten Demokratie. Daher scharfe Ablehnung jeder Art von Reaktion, zu der auch militaristische, diktatorische, volks- und staatsfeindliche Umtriebe gehören.

Die Union ist in der Betrachtungsweise der Presse an einem Punkt angelangt - ob nun berechtigt oder unberechtigt, lasse ich dahingestellt -, daß diese Erklärung der Union unbedingt nötig ist. Wir können nicht stillschweigend an einer einmütigen Einstellung zu dieser wichtigen Lebensfrage der Union vorübergehen. Was vorgegangen ist, ist für uns rückschrittlich gewesen. Wir wollen nicht mehr die Zeiten haben, wie sie vor 1933 gewesen sind. Wir wollen auch die maßgebenden Gesellschaftsschichten nicht mehr haben, die vor 1933 maßgeblich an diesem nationalsozialistischen Unglück beteiligt waren. Das ist nach unserer Überzeugung alles Reaktion, und jeder vernünftig denkende Deutsche müßte sich dem Gedanken anschließen, daß eine Wiederholung des Unglücks durch Ideen, die dem Nationalsozialismus verwandt sind, nicht mehr vorkommen soll.
Von Eicken hat noch vorgeschlagen:

> Daher scharfe Ablehnung jeder Art von Reaktion, zu der auch militaristische, diktatorische, klassendiktatorische und sonstige volks- und staatsfeindliche Umtriebe gehören.

Man kann gegen die kommunistische Seite das Klassendiktatorische noch schärfer herausarbeiten. Ich würde das Wort klassendiktatorisch vorziehen, da die Wendung sonst gegen die Sozialdemokratie angewandt werden könnte. An sich hätte ich geglaubt, daß diktatorisch genügen würde.
Ritter von Lex: Ich schlage vor:

> Wir sind gegen jede Diktatur eines einzelnen, einer Klasse, einer Partei.

Dr. *Horlacher*: Das paßt in diese scharfe Formulierung nicht hinein. Es muß schlagartig herauskommen, damit man wirklich weiß, was die Union auf diesem entscheidenden Gebiet will. Klassendiktatorisch würde ein allumfassender Begriff sein.

(Zuruf: Und die Planwirtschaft?)

Diese Frage muß in einem besonderen Parteiprogramm erörtert werden. Hier handelt es sich darum, die Kernfragen herauszustellen, in denen die Union vollständig einig sein muß.

4. Loyale und ehrliche Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht, um unserem Volke zu nützen und das verlorengegangene Vertrauen des Auslandes wiederherzustellen.

Meine verehrten Herren! Eine solche Erklärung ist unbedingt notwendig. Von einzelnen Rednern der Union - ich will sie deswegen nicht angreifen, ich weiß, daß nicht jeder die gleiche Auffassung haben kann - sind draußen sehr ungeschickte Wendungen gebraucht worden, die uns außerordentlich geschadet und die auch manchmal das Eingreifen des CIC gegenüber bestimmten Personen zur Folge gehabt haben. Wir müssen eine eindeutige Stellungnahme beziehen. Wenn an verschiedenen Maßnahmen der Besatzungsmacht Kritik geübt wird, dann müssen Sie es den Herren überlassen, die über die entsprechende Wortgewandtheit verfügen und die Dinge so darstellen können, daß es kein Unglück gibt. Ich erinnere daran, daß die Rede von Dr. *Schumacher* sehr wortgewandt war. Er hat sich, ohne aggressiv zu werden, oft auch gegen die anderen gewandt.
Von Eicken: Wenn ein CSU-Redner versucht hätte, das zu sagen, wäre er lebenslänglich eingesperrt worden.
Dr. *Horlacher*: Wir müssen diese Gesichtspunkte herausstellen, damit wir wieder die Freiheit gewinnen, etwas sagen zu können.

5. Loyale, aber gerechte und beschleunigte Durchführung der Entnazifizierung.

Wir wollten das ursprünglich etwas weiter fassen. Es war auch ein Unglück, daß manche Leute das Entnazifizierungsgesetz allzu schlecht gemacht haben. Das Gesetz ist nicht schlecht. Es ist an sich in den Grundgedanken gut, wenn es richtig durchgeführt wird. Sie müssen bei der Entnazifizierung immer daran denken, daß dabei nicht allein unsere Meinung in Betracht kommt, sondern daß bei den Millionen Verbrechen, die der Nationalsozialimus bei uns und in Europa angerichtet hat, die Einstellung des Auslandes sich erst langsam wandeln kann.

Die Unterzeichneten betrachten die obigen Punkte als einheitliches geschlossenes Ganzes und als Mindestforderung für die gesamte Politik der Christlich-Sozialen Union. Sie stellen den Antrag, daß seitens der Landesvorstandschaft die gegenwärtige Entschließung der Landesversammlung zur Abstimmung vorgelegt wird.

Das soll morgen geschehen. Dann kommt eine sehr scharfe Wendung, die nicht einmal von mir stammt, sondern von meinen Freunden. Ich bitte, darauf Rücksicht zu nehmen. Es zeigt aber, für wie wesentlich diese Gesichtspunkte erachtet werden.

Bei Ablehnung unserer Bitte an die Landesvorstandschaft, diese Mindestforderung der Landsversammlung vorzulegen, wären wir gezwungen, eine erweiterte Stellungnahme der Öffentlichkeit selbst zu unterbreiten.

Der letzte Satz fällt sofort weg. Ich bitte, ihn nicht als Schärfe aufzufassen, sondern nur so, daß er die Wichtigkeit unterstreicht.

(Zuruf: Den können Sie ruhig streichen!)

Ich glaube, es wäre erfreulich, wenn die Herren mit der Auffassung, wie sie in diesen fünf Punkten zum Ausdruck gekommen ist, einverstanden wären. Der letze Satz fällt weg, sobald wir uns geeinigt haben.

Es kommt noch ein weiteres hinzu. Ich habe das Protokoll von den Unionen vor mir gehabt. Dieses Protokoll hat bei unserer Besprechung heute nachmittag die schärfste Ablehnung erfahren.

(Zuruf *von Eicken*: Es stimmt bloß nicht!)

Das ist die Frage. Ich habe darauf hingewiesen, daß es die Loyalität erfordert, daß wir zunächst den Landesvorsitzenden hören. Wie sich nun die Dinge auch im wesentlichen abgespielt haben, sie sind durch unsere Entschließung überholt.
Zusammenfassend darf ich sagen, daß diese fünf Kernpunkte so abgefaßt sind, daß sie die wesentliche Arbeit der Union anreißen und den Zusammenhalt der Union gewährleisten. Wir wollen keine Trennung in der Union, aber eine Mitarbeit in der Union ist eben von gewissen Voraussetzungen in den Grundlinien abhängig.
Ich habe darauf schon wiederholt hingewiesen. Soweit ich im Lande herumgehört habe, bin ich bei meinen gut besuchten Versammlungen auf keinerlei Widerspruch gestoßen, wenn ich diese Grundsätze vorgetragen habe. Diese Linie der Union hat sich draußen durchgesetzt.
Ich bitte nun, dazu Stellung zu nehmen.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*]: 1. können wir eine solche Sache natürlich nicht ohne Dr. *Müller* machen. 2. ist diese Entschließung nicht eine Angelegenheit, die erst in der letzten Viertelstunde so akut geworden ist, daß sie morgen früh behandelt werden soll. Sie hätte zum mindesten so lange vorher vorliegen müssen, daß man es auch durchlesen kann.
Zur Sache selbst möchte ich bemerken: Die Entschließung enthält die wesentlichen Programmpunkte, die sich mit unseren ersten Programmpunkten decken. Natürlich sind einzelne Tagesfragen, die inzwischen aufgetaucht sind, darin nicht enthalten gewesen. Es hat uns Hunderttausende von Wählern und Gesinnungsgenossen gebracht, daß wir ein allgemein gehaltenes, aber tadellos würdiges, für jeden, der geistig denkt, auch gutes Programm herausgebracht haben. Es war auch z.B. in der Frage "Reich" für jeden absolut ausreichend und zu unterschreiben, gleichgültig, ob er mit einer Nuance mehr da oder dort steht.
Man darf nicht entsetzt sein, daß unser Vorsitzender Dr. *Müller* es nach meiner Überzeugung mit Recht abgelehnt hat, überstürzt den alten Fehler zu machen und zu sagen: Wir fordern, wir versprechen: 1., 2., 3., 4., 5., wo sich dann jeder einen Vorteil sucht. Das will auch Dr. *Horlacher* und wollen auch seine Freunde nicht. Wir werden verschiedener Meinung sein in der Formulierung des Verhältnisses von Reich und Bundesstaaten, auch Sie, Herr Dr. *Horlacher*, in den Kreisen, die Sie vertreten. Ich habe erst heute Besuch von einem Herren gehabt, der ziemlich maßgebend bei uns ist. Er wird das nicht unterschreiben. Ich unterschreibe es auch nicht.
Dr. *Horlacher*: Dann, meine Herren, wenn Sie es nicht unterschreiben, mache ich darauf aufmerksam, wird die Schicksalsstunde der Union schlagen.

(Lebhafe Unruhe.)

Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*]: Es ist gar keine Veranlassung dazu da. Es ist auch niemand in der Union auf einen Boden gedrängt worden, daß eine Flügelstellung notwendig wäre.
Ein Wort zum Wirtschaftsproblem. Ich höre nicht gerne das Wort Profitwirtschaft. Das ist ein Schlagwort. Nehmen Sie es nicht übel, auch wenn ich als Vertreter der Banken und Versicherungen angesehen werden könnte.

Das Denazifizierungsgesetz förmlich zu loben liegt mir nicht. Der allgemeine Spruch, daß wir eine gerechte und rasche Durchführung wollen, wird von allen akzeptiert werden.
Ich weiß nicht, ob es einen Sinn hat, in eine Einzeldiskussion einzutreten.
Ritter von Lex: Ich möchte vorschlagen, daß wir nicht über die einzelnen Punkte diskutieren - das ist nur im Beisein des Vorsitzenden [*Josef Müller*] möglich -, sondern daß wir vor allem über den ersten und letzten Satz sprechen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Herren, die den Antrag stellen, sich schon vor der Rückkehr des Landesvorsitzenden entschließen, die Einleitung und den Schluß wegzulassen. Ich sehe in den beiden Sätzen eine mindestens ebenso große Gefahr wie Sie, wenn die Beschlüsse nicht angenommen werden. Ich finde, es ist eine Art Mißtrauen, das hier dem Landesvorsitzenden gegenüber ausgedrückt wird. Ich sehe nicht ein, warum die Programmpunkte mit einem Vorwurf gegen den Landesvorsitzenden vorgetragen werden.
Was die Programmpunkte selber angeht, so glaube ich, daß unter 100 Rednern der Union keine fünf sind, die diese Programmpunkte nicht seit Monaten vertreten.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*]: Wir können die einzelnen Punkte mit wenig Änderungen annehmen, meiner Auffassung nach sogar ohne Dr. *Müller*. Aber der Anfang und Schluß dürfen nicht vorgetragen werden.
Dr. *Horlacher*: Sie sind für unseren internen Kreis bestimmt.
Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt*: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte, daß mindestens der Anfang und Schluß wegfällt. In der Einladung, die das Landessekretariat herausgegeben hat, heißt es außerdem ausdrücklich: Anträge sind dem Landessekretariat schriftlich bis spätestens 13. Mai 1946 vorzulegen.
Von Miller: Ich glaube, daß es der Auffassung des Landesvorsitzenden grundsätzlich widerspricht, daß wir in letzter Minute ein kurz gefaßtes Programm herausgeben.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*]: So verstehe ich die Entschließung nicht. Ich verstehe sie als programmatische, absolut interne Erklärung in der Landesversammlung. Es soll die Richtung sein, in der wir gehen müssen.
Dr. *Falkner*: Es soll eine Entschließung werden, die morgen in der Landesversammlung als eine Proklamation der Union veröffentlicht werden soll.
Von Miller: Und das in letzter Minute! Wir haben ein halbes Jahr Zeit gehabt, wir haben Ausschüsse, die dafür zuständig sind. Jetzt bekommen wir von außen 20 Unterschriften, die uns schnell in letzter Minute eine Art Kurzprogramm aufdrängen, das wir als Arbeitsausschuß gutheißen sollen, damit morgen darüber abgestimmt wird. Ich habe nichts gegen die Punkte, aber gegen das ganze Verfahren ist sehr viel einzuwenden. Wir haben uns nicht deswegen in diesem Gremium hier geplagt, daß jetzt von außen einfach erklärt wird: Wir verlangen das und das, Ihr habt es gutzuheißen, sonst passiert morgen das und das.
Dr. *Horlacher* weist darauf hin, daß es sich bei dieser Entschließung um einen Dringlichkeitsantrag handle. Wer von Politik etwas verstehe, wisse, worum es gehe. Er und seine Freunde könnten den jetzigen Zustand einfach nicht mehr ertragen.
Redner kommt dann auf die Besprechung mit den amerikanischen Pressevertretern zu sprechen. Die Erklärung, daß die Union noch kein Programm habe, sei bestimmt keine Stärkung der Sache der Union gewesen. Er sei damals wegen der Kürze der Zeit nicht zu Wort gekommen. Von der größten amerikanischen Zeitung, der New York Times, sei die amerikanische Meinung dahingehend umrissen worden, daß sich in der Union alle reaktionären Elemente sammeln. Die Union müsse endlich einmal

eine klare Stellungnahme beziehen. Das sei wesentlich wichtiger als die Beratung von Satzungen. Man werde immer auf morgen und übermorgen vertröstet.
Die Formulierung der Entschließung sei so, daß sie jeder unterschreiben könne. Er sei froh, daß man in der Union endlich aus dem Streit um Personen heraus und zu einer sachlichen Arbeit gekommen sei.
Die Entschließung stelle kein Ultimatum oder Diktat dar, sondern sei eine bedeutsame, entscheidende, politische Angelegenheit.
Er betone nochmals, daß Einleitung und Schluß der Entschließung nur für den internen Kreis bestimmt seien.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*]: Das Programm ist mir in vielen Dingen zu mager. Es enthält nur ein Stück von dem, was wir sind und wollen. In anderen Dingen ist es etwas zu scharf. So kann man es nicht als Programm herausstellen. Ich habe Bedenken, die nichts mit rechts und links zu tun haben. Jedenfalls sticht es als Bekenntnis bedeutend von dem ab, was Dr. *Schumacher* und die Sozialdemokraten programmatisch herausgegeben haben. Eine Reihe von Punkten müßte noch dazugesetzt werden. So ist die Flüchtlingsfrage, die Gefangenenfrage, die Zonenfrage und die Wirtschaftsfrage überhaupt nicht berührt worden. Dazu müssen wir uns auch äußern. Wenn es jetzt allmählich in jeder Zeitung steht, daß wir ein einheitliches Wirtschaftsgebiet brauchen, so muß das die Union ebenfalls klarstellen, nicht erst, wenn wir in X Jahren einen Friedensvertrag bekommen.
Dr. *Horlacher* unterstreicht nochmals seine vorher gemachten Ausführungen. Man könne nicht von einer Landesversammlung zur anderen gehen und bloß Satzungen durchberaten.
Von Prittwitz-Gaffron: Meine Stellungnahme zu dem Vorschlag Dr. *Horlachers* und seiner Freunde ist folgende: Ich möchte warnen, daß wir uns gleich so furchtbar erhitzen. Wir wollen die Sache in Ruhe überlegen. Tatsache ist jedenfalls, daß die Ideen, die Herr Dr. *Horlacher* und seine Freunde vorgebracht haben, in weiten Kreisen der Union-Anhängerschaft erörtert werden in dem Sinne, daß ein Programm gefordert wird. Daß aber einer Programmforderung nicht in allen Parteien nachgegeben worden ist, hat niemand deutlicher gesagt als Dr. *Schumacher*, der mit denselben Worten wie Dr. *Müller* ebenfalls eine programmatische Erklärung abgelehnt hat. Er hat weiter nichts getan, als gewisse Grundsätze kundzutun. Grundsätze, die zum Teil sogar sehr anfechtbar sind. Mehr kann und sollte man von uns zur Zeit nicht verlangen. Wenn ich die Entschließung von Dr. *Horlacher* als Ausdruck einer gewissen Ungeduld oder auch Kritik betrachte, so geht mein Vorsatz dahin, daß man nicht der Landesversammlung eine Entschließung zur Annahme vorlegt, sondern daß vielleicht einige der Herren, die diese Gruppe vertreten, mit dem Text ihrer Entschließung zum Vorsitzenden [*Josef Müller*] gehen und ihn bitten, ob sie damit rechnen können, daß morgen in der Landesversammlung seitens des Landesvorsitzenden zu diesen und jenen Punkten Stellung genommen wird, mit der Begründung, daß sie aus der und der Veranlassung Wert darauf legen.
Im einzelnen können wir unterschreiben, was der Herr Vorsitzende [*Wilhelm Eichhorn*] eben gesagt hat. Die Erklärung ist in einzelnen Punkten nicht nur nicht weitgehend genug, sondern meines Erachtens direkt schädlich. Ich kann nur von dem zwischenstaatlichen Gebiet sprechen. Hier ist die Formulierung viel zu schwach. Es ist auch nicht richtig, daß nicht vorgearbeitet worden ist. Die Ausschüsse haben Resolutionen vorbereitet. Sie sind in Händen des Landessekretariats. So hat unser Ausschuß

eine Resolution vorbereitet, die bei allen Herren Zustimmung gefunden hat, die aber viel weiter geht.
Wenn man in irgendeiner Entschließung zu den maßgebenden Programmpunkten Stellung nimmt, muß das aber auch gleich auf den ersten Schuß hin so geschehen, daß es hieb- und stichfest dasteht. Es darf nicht eine allgemeine Entschließung mit mehr oder weniger allgemeinen Formulierungen sein, sonst ist das schlimmer, als wenn keine Entschließung herausgekommen wäre.
Mein Vorschlag geht also dahin, daß Herr Dr. *Horlacher* und seine Freunde mit ihrer Entschließung, deren Tendenz ich nicht mißbillige, zu Herrn Dr. *Müller* gehen und ihm die Sache vortragen, damit er sie verwertet. Werden dann die Wünsche der Herren nicht berücksichtigt oder fühlen Sie sich enttäuscht, dann ist immer noch Gelegenheit gegeben, zu Entschließungen, die von anderer Seite vorgetragen werden, Stellung zu nehmen. Aber man müßte vorher der Landesleitung sagen: Das sind unsere Wünsche, was gedenkt Ihr morgen zu tun?
Es kommen zwei Gelegenheiten, die Landesversammlung und die Kundgebung im Zirkus Krone. Diese können in taktischer Weise politisch ausgenutzt werden. Ich halte es aber nicht für richtig, dem Landesvorsitzenden eine Entschließung sozusagen unter dem Druck eines Maschinengewehrs vorzulegen. Auch wenn die Entschließung nicht veröffentlicht wird, kommt sie doch in die Öffentlichkeit. Sie muß aus der Initiative der Parteileitung hervorgehen.
Dr. *Rindt* schließt sich dem Standpunkt *von Prittwitz-Gaffrons* an.
Dr. *Gronwald* erklärt, daß seines Wissens die grundsätzlichen Programmpunkte bei der Landesversammlung im Laufe des Juni bekanntgegeben werden sollten. Das würde erst nach gründlicher Vorbereitung in der Form geschehen, daß die Vorträge und Referate gedruckt und Rundfunk und Presse zugänglich gemacht würden.
Er habe starke Bedenken gegen die Entschließung insofern, als dadurch in der Landesversammlung der sehr unangenehme Eindruck erweckt werden könne, daß durch Beschluß der Landesversammlung der eigene Vorstand gezwungen werde, sich endlich zu gewissen Dingen zu äußern. Im übrigen schließe er sich der Meinung des Botschafters *Prittwitz-Gaffron* an.
Dr. *Horlacher*: Wenn Sie so weiterfahren, erkläre ich mein Desinteressement und verlasse den Saal. Ich habe deutlich genug gesagt, worum es geht.
Von Eicken: Sie haben gehört, daß ich an einigen Formulierungen mich beteiligt habe. Ich habe dabei nie das Gefühl gehabt, daß dem Landesvorsitzenden in den Rücken gefallen wird. Denn sonst hätte ich mich überhaupt nicht beteiligt. Ich habe auch nicht das Gefühl gehabt, daß ein Programm aufgestellt werden soll. Ich bin mit manchen Erläuterungen von Freund *Horlacher* nicht einverstanden, weil sie mißverständlich sind. Aber mir scheint - und das war der Grund meiner Beteiligung - die Sache deswegen im Augenblick brennend, weil uns die Militärregierung dauernd drängt und den Vorwurf macht, daß wir reaktionär wären, daß die ganze Königspartei zu uns herüberflute - wir haben es vorhin von Dr. *Müller* gehört - und daß das eine größere Stärkung des reaktionären Flügels bedeute. In diesem Augenblick hielt ich es nicht für richtig, auf eine zweite Landesversammlung im Juni zu warten. Bis dorthin kann weiß Gott was an Mißdeutungen sich einstellen. Ich war daher der Ansicht, man müßte einige grundsätzliche Punkte klar herausstellen, die weder mit Vollständigkeit noch mit sonst irgend etwas was zu tun haben, die aber so formuliert sind, daß es niemand gibt, der sie nicht unterschreiben könnte. Der Hauptzweck der Entschließung ist also, den Mißdeutungen und den dauernden Attacken der Sozialdemokratie die Spitze abzu-

brechen. Da braucht gar nicht lange gefeilt zu werden. Meinetwegen sind die Punkte wirklich reform- und ergänzungsbedürftig. Daß man darüber mit Dr. *Müller* sprechen muß, ist selbstverständlich. Aber er wird, wenn er es richtig auffaßt, bestimmt nicht das Gefühl haben, daß man ihn zur Formulierung eines detaillierten Programms zwingt.
Dr. *Martin* hält es für selbstverständlich und in allen Parteien üblich, daß auf der Landesversammlung eine Entschließung angenommen werde. Diese Entschließung brauche deswegen noch kein Programm zu sein. Sie könne zudem bis morgen redaktionell ergänzt und der Anfangs- und Schlußsatz könne weggelassen werden. Die Öffentlichkeit habe monatelang nur den persönlichen Dreck erfahren, und zur Sache habe die Union fast immer geschwiegen. Er spreche sich, selbstverständlich mit Zustimmung von Dr. *Müller*, für die Annahme der Entschließung aus.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*] schlägt vor, die Programmpunkte in einem kleineren Kreis mit Dr. *Horlacher* bis zur Rückkehr des Landesvorsitzenden durchzuberaten. Der Ausschuß wolle die Entschließung keineswegs ablehnen. Dr. *Horlacher* fordert, daß die Entschließung vor der Wahl des Vorsitzenden angenommen werden müsse. Ein Vorsitzender könne nicht gewählt werden, bevor er nicht die gesamte Partei mit den grundlegenden Fragen seiner Politik vertraut gemacht habe.
Von Eicken: Da kann ich nicht mit. Die Vertrauensfrage für Dr. *Müller* konstruieren wir da nicht. Ich bin dafür, daß wir aus der dringlichen Lage heraus eine programmatische Erklärung herausgeben. Auch verstehe ich, daß diese Erklärung nicht vollständig sein muß, weil die Zeit drängt. Wenn Sie aber eine Vertrauensfrage für den Vorsitzenden daraus konstruieren, dann müssen Sie auf meine Mitwirkung verzichten.
Dr. *Horlacher*: Es ist keine Vertrauensfrage. Es handelt sich darum, daß die Union zu diesen Kernpunkten und Tagesfragen vor der Vorstandswahl klar Stellung nimmt. Wenn sich die Union einig ist und dann ihren Vorsitzenden wählt, ist es keine Mißtrauenskundgebung gegen den Vorsitzenden der Union, sondern das Gegenteil.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*]: Ich schlage vor, daß wir jetzt die einzelnen Punkte durchberaten.
Dr. *Horlacher*: Ich habe nicht das Recht, im einzelnen in Beratungen einzutreten.
Staatssekretär *Krehle* ist zwar der grundsätzlichen Auffassung, daß eine Entschließung gefaßt werden solle, wendet sich aber mit Nachdruck dagegen, daß dem Arbeitsausschuß das Recht abgesprochen werde, zu den einzelnen Punkten der Entschließung Stellung zu nehmen. Von Diktieren dürfe hier keine Rede sein.
Dr. *Rindt* bittet Dr. *Horlacher* nochmals um Klarstellung der Gründe, die zu der Entschließung geführt hätten.
Dr. *Horlacher* stellt unter Verlesung der Entschließung noch einmal die von ihm oben vorgetragenen Gesichtspunkte heraus.
Anschließend übernimmt Dr. *Müller* wieder den Vorsitz. Er führt aus: Ich weiß, daß der Bauernverband angegangen wurde, Kandidaten in den Linksparteien aufzustellen. Meine Herren, so geht es nicht weiter.
Dr. *Horlacher*: So ein Geschwätz. Auf eine solche Sache gehen wir nicht ein. Das ist von Leuten gesagt worden, die sicher nicht maßgeblich sind. Ich habe heute früh gesagt: Noch nie hat es so viele Denunzianten gegeben wie jetzt in Deutschland.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie finden auch sehr willfährige Opfer.
Dr. *Horlacher*: Das hat mit unserer Sache nichts zu tun. Hier handelt es sich um die politische Linie.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Aufgrund der Besprechung lehne ich Ziffer 1 glatt ab.
Dr. *Horlacher*: Wenn Ziffer 1 glatt abgelehnt wird, werden wir auch eine glatte Stellungnahme beziehen. Einen Einheitsstaat, Herr Dr. *Müller*, den Sie vorbereitet haben, was heute die Bestürzung aller unserer Leute hervorgerufen hat, machen wir nicht mit. Das erklären wir ohne weiteres. Wir haben Ihnen bisher das Vertrauen geschenkt, wir haben die Masse der Wähler aus dem Landvolk gebracht. Wir müssen sehen, wie wir in den Städten abschneiden. Wir haben aber die fränkischen und altbayerischen Kreise beisammen gehabt und uns auf dieses Einheitsprogramm vereinigt. Die große Masse der Wählerschaft stammt aus unseren Reihen. Es ist eine Unmöglichkeit, daß wir eine Parteiführung ertragen können, die den reinen Unitarismus anstrebt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Dr. *Michel Horlacher*! Herr *Prittwitz-Gaffron*, der mit in Stuttgart dabei war, wird das als glatte Lüge bezeichnen. Hier wird in gemeinster Weise intrigiert.
Von Prittwitz-Gaffron: Herr Dr. *Horlacher*, unter diesen Umständen bedaure ich, erklären zu müssen, daß ich an der weiteren Beratung nicht teilnehmen kann. Was Sie vorgebracht haben, sind glatte Unwahrheiten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nur weil eine bestimmte Gruppe mich zu bestimmten Maßnahmen gegen andere Leute in der Union zwingen will. Da mache ich nicht mit. Ich erkläre hiermit offen, daß ich gerade von der Seite aus im Zusammenhang mit dem Fall *Schäffer* angegangen wurde, weitere Konsequenzen gegen andere Mitglieder der Union zu ziehen, und daß ich das abgelehnt habe, weil wir nicht einen Kampf, der von außen in die Union hereingetragen wurde, jetzt innerhalb der Union führen dürfen. Ich habe die Union gegenüber jedermann zu verteidigen, auch gegenüber meinen bisherigen Freunden, wenn es darauf ankommt.
Dr. *Horlacher*: Die Union wird von uns allen verteidigt. Was Sie ausführen, hat mit unserer Entschließung nichts zu tun.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn ich mich dagegen gewehrt habe, daß Sie im Vorsitz der Union eine wesentliche Rolle spielen, so habe ich einen Grund. Wenn in anderen Fällen Vorgänge von 1933 aufgegriffen werden, so kann ich auch bei Ihnen die Frage Ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz aufwerfen.
Dr. *Horlacher*: Dazu werde ich mich schon äußern.
Dr. *Rindt* bittet den Vorsitzenden um Mitteilung des Ergebnisses der Besprechungen mit der Militärregierung. Vielleicht werde sich daraus eine Stellungnahme zu der Entschließung von Dr. *Horlacher* ergeben.
Vorsitzender [*Josef Müller*] schildert die Besprechung mit der Militärregierung, bei der er die Stellungnahme der Union zur Königsparteifrage umrissen habe.
Die Ausführungen des Vorsitzenden werden kurz nach Beginn von Dr. *Horlacher* unterbrochen, der auf eine Bemerkung des Vorsitzenden mit dem Verlassen des Raumes droht.
Dr. *Horlacher* legt anschließend noch einmal eingehend die Gründe dar, die ihn und 20 seiner Freunde dazu geführt hätten, auf der morgigen Sitzung der Landesversammlung die Annahme der aus fünf Punkten bestehenden Entschließung zu fordern. Besondere Bedeutung mißt er dem Punkt 1 der Entschließung bei, der das Verhältnis Bayern-Reich behandelt.
Er schließt mit den Worten: Die Verhältnisse sind jetzt so, daß wir eine klare Stellungnahme beziehen müssen: 1. zu dem überspitzten Unitarismus, wie er früher bestanden hat und 2. zu dem ebenso fehlerhaften Separatismus. Von Separatismus kann

bei uns gar keine Rede sein. Die Richtpunkte sind so festgelegt, daß sie die Einigkeit der Union und eine klare Stellungnahme zeigen können. Der Punkt 1 lautet folgendermaßen:
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Den Satz habe ich gelesen. Ich kann dazu nur erklären: Wir brauchen ihn nicht. Wenn diese Resolution infolgedessen morgen eingebracht und angenommen wird, steht mein Rücktritt sofort fest. Die Rückwirkungen auf andere können Sie sich dann vorstellen und können sie, Herr Dr. *Horlacher*, vertreten. Dann können Sie Ihrem Wunsche gemäß den Vorsitz übernehmen.
Dr. *Horlacher*: Ich habe gar nicht den Wunsch, den Vorsitz zu übernehmen.
Ein Mitglied des Arbeitsausschusses: Ich glaube, daß die Situation sehr leicht geklärt werden kann, wenn wir Herrn *Prittwitz* bitten, seine vorherigen Äußerungen zu wiederholen.
Von Prittwitz-Gaffron wiederholt seinen oben dargelegten Standpunkt. Er betont, daß über die Entschließung im allgemeinen ihrem Inhalt nach keine Meinungsverschiedenheit bestehe, daß er es aber nicht für richtig halte, gewissermaßen vor aller Welt einen Druck auf den Landesvorsitzenden auszuüben, und daß er empfehle, daß Dr. *Müller* die Entschließung in seinen morgigen Ausführungen oder bei seiner Rede im Zirkus Krone verwerte.
Vorsitzender [*Josef Müller*] ruft *Prittwitz* als Zeugen dafür an, daß an den Behauptungen, daß er den Unitarismus vertrete, nichts Wahres sei. *Prittwitz* habe allen Unterhaltungen in Stuttgart mit beigewohnt. Er habe wie in Bamberg erklärt, er sei für die Reichseinheit, aber gegen das Einheitsreich. Es werde über ihn aus persönlichen Gründen, wie er immer wieder betonen müsse, sehr viel gelogen.
Von Eicken erklärt noch einmal, warum er sich an der Abfassung der Entschließung beteiligt habe. Es führe ganz bestimmt zu Mißdeutungen, wenn auf dem morgigen Parteitag nichts weiter als Satzungen beraten würden. Es müsse schnell etwas Grundsätzliches an die Öffentlichkeit herausgegeben werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dieses schnelle Etwas ist nichts, und zwar deswegen, weil es der ganzen Arbeit vorausgreift, die der Staatspolitische und der Verfassungsausschuß geleistet haben. Meine Herren, machen Sie nicht wieder die alte Dr. *Heim*-Politik! *Schlögl*, ich weiß, daß Du jemand gesagt hast: Was will der *Müller*, das ist ein kleiner Anwalt. Ich weiß, daß einer auf einer Versammlung in Oberbayern erklärt hat, obwohl man mich 25 Jahre kenne, sei man gegen mich, weil ich Zentralist sei. Keiner der Herren hat sich die Mühe genommen, sich mit mir zu unterhalten. Das ist keine Zusammenarbeit und kein Aufbau.
Dr. *Schlögl*: Lassen Sie mich als Generalsekretär des Bayerischen Bauernverbandes kurz erklären, wie es zu der Entschließung gekommen ist und welche Hintergründe sie hat. Meine Herren! Der Bayerische Bauernverband - ich möchte das betonen - vertritt einen geschlossenen Berufsstand. Die Person Dr. *Heims* hereinzuwerfen, ist völlig abwegig. Damals war der Bauernverein mehr oder minder ein Anhängsel der Bayerischen Volkspartei. Das ist überspielt und überlebt. In der Einheitsorganisation des Bayerischen Bauernverbandes sind heute die Gruppen des Bauernbundes, des Landbundes, des Bauernvereins und des landwirtschaftlichen Vereins beisammen. Dieser Berufsstand ist genau so geschlossen wie die Gewerkschaften. Genauso, wie es eine Selbstverständlichkeit wäre, wenn die Gewerkschaften auf einer Delegiertenversammlung einen Beschluß fassen, so ist das auch für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir hatten heute eine offizielle Delegiertenversammlung. Die Kreisvorsitzenden von ganz Bayern waren mit dem gesamten Vorstand vertreten. Es ist ganz klar, daß sich

die Delegierten auch zur gegenwärtigen politischen Lage äußern, vor allem deshalb, weil die kommunistische Partei in den letzten Tagen sehr scharf gegen den Bayerischen Bauernverband geschossen hat. Sie hat behauptet, der Bayerische Bauernverband treibe einzig und allein Unions-Politik. Ich bin deswegen jetzt schon zum dritten Mal vernommen worden.
Vorhin ist Dr. *Horlacher* angegriffen worden. Bei einem überparteilichen Verband darf ruhig auch ein Wort über die eine oder andere Partei gesagt werden - das wird bei den Gewerkschaften genauso sein. Bei dieser Gelegenheit sind Äußerungen gegen Dr. *Müller* gemacht worden, weil von der französischen Zone Zeitungen mitgebracht worden sind, die unsere Bauern in hellste Aufregung versetzt haben. In den Zeitungen war klipp und klar zu lesen, daß eine Verschmelzung - ich wiederhole nur, was in den Zeitungen stand - zwischen der Christlich-Sozialen Union in Bayern mit den anderen ähnlichen Parteien im Reich mit Zustimmung von Dr. *Müller* vorgenommen worden sein soll. Sie müssen auch einmal die Mentalität unserer Bauern in Betracht ziehen. Es handelt sich jetzt nicht mehr um die Volkspartei-Bauern, auch nicht um die Bauernbunds-Bauern. Aber die Leute haben ihre alten Ideen noch in sich. Wenn Sie keine klare Stellungnahme zu der Frage Bayern einnehmen, dann ist es ganz ausgeschlossen, daß Ihnen die Bauern wie bisher treu bleiben. Als ein Bauer Dr. *Müller* angriff, hat Dr. *Horlacher* sofort das Wort ergriffen und hat ihn in schärfster Weise wieder verteidigt. So ist die Situation. Ich kann es Ihnen aus dem Protokoll nachweisen. Ein anderer hat sogar einen Zwischenruf gemacht: Der hat eine Sympathie für *Müller*. Es geht doch nicht, daß der Parteivorsitzende der Union, die von 275.000 organisierten Bauern mindestens 200.000 gewählt haben, nach Auffassung unserer Delegierten eine solche Politik treibt, wie es in den Zeitungen aus der französischen Zone zu lesen steht. Bei den Delegiertenversammlungen waren Sozialdemokraten dabei. Wir haben auch föderalistische Bauern in unseren Reihen. Aber in der Frage Bayern waren sich alle einig. Ich habe mich gewundert, wie scharf die sozialdemokratischen Vertreter den bayerischen Standpunkt herausgearbeitet haben.
Sie müssen die Entschließung daher als Kundgebung eines geschlossenen Berufsstandes betrachten. Sie können sie ablehnen. Sie tun uns einen sehr großen Gefallen, wenn Sie die Entschließung ablehnen oder sie nicht behandeln. Wir können dann schon heute mitteilen - das gilt für Minister *Baumgartner*, wie für mich, wie für Dr. *Horlacher* -, daß wir dann die entsprechenden Schlüsse ziehen müssen. Die Leute, die unterschrieben haben, sind zum größten Teil Bezirksvorsitzende und Träger der Unionsidee draußen auf dem Lande. Darauf mache ich Sie aufmerksam. Ich bitte Sie dringend, verschärfen Sie die Situation nicht und reden Sie nichts nach, was nicht hundertprozentig beweisbar ist. Wenn ich die Äußerung gemacht habe, der *Müller* ist ein Rechtsanwalt und versteht die Taktik, so ist das wirklich nicht schlimm.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: So war es nicht. Die Äußerung lautete vielmehr: Was will der *Müller*, der ist ein kleiner Anwalt.
Dr. *Schlögl*: *Horlacher* ist Zeuge. Davon ist nicht gesprochen worden. Ich habe lediglich von der geschickten Taktik von Dr. *Müller* gesprochen, der Rechtsanwalt ist.
Meine Herren! Bei uns wird alles protokollarisch aufgenommen. Ich kenne Dr. *Müller* schon seit der Zeit vor 1933.
Meine Herren! Seien Sie sich darüber klar: Wenn Sie die Kundgebung des Berufsstandes so behandeln, wie es zum Teil hier geschieht, so zwingen Sie den Berufsstand zu einer anderen Stellungnahme. Ich habe heute in meinem Terminkalender nachgeschaut. Ich habe 86 Versammlungen für die Union gehalten. Dr. *Horlacher* hat mehr

gehalten. Dr. *Baumgartner* hat ebenfalls in zahlreichen Versammlungen gesprochen. Der Bauer hängt nun einmal an seinem Lande. Er sitzt hunderte von Jahren schon darauf. Wenn wir in der bayerischen Frage keine völlig klare Stellung beziehen, werden wir in unserem Berufsstand Schwierigkeiten bekommen. Wer von den Bauern des Bayerischen Bauernverbandes kandidiert, der ist gezwungen, das Statut unseres Verbandes anzuerkennen, gleichgültig, ob er der Sozialdemokratischen Partei oder einer anderen angehört. Und in der Frage Bayern ist unser Standpunkt festgelegt.
Machen Sie uns die Arbeit nicht schwerer. Sie kennen den Bayerischen Bauernverband. Er ist eine überparteiliche Organisation. Sie fänden auch noch andere Bauern, die kandidieren, darüber gibt es keinen Zweifel. Aber die offiziellen Vertreter des Bayerischen Bauernverbandes haben Sie eben dann nicht mehr. Ich kann als Generalsekretär auch nur die Politik treiben, die mir mein Berufsstand aufgibt. *Horlacher* ist Präsident des Bauernverbandes.

(Zuruf: Einer der Präsidenten!)

Wir sind uns in der Frage Bayern in Altbayern und in Franken einig.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir auch!
Dr. *Schlögl*: Warum machen Sie dann in der Form solche Schwierigkeiten? Was steht denn im ersten Satz anderes als wie das Bekenntnis zu Bayern und zum deutschen Volk?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Aber so gefaßt, meine Herren, daß ich mich schäme, wenn es so herauskommt. Das ist doch keine Formulierung in einer so bedeutenden Frage.
Dr. *Schlögl*: Ein Verfassungsjurist hat mitgearbeitet. Ich bitte dringend, beleidigen Sie den Berufsstand nicht.
Dr. *Horlacher*: Andere Leute sind schließlich auch keine Idioten. Eine Parteidiktatur richten wir nicht auf, sondern eine Demokratie.
Von Prittwitz-Gaffron: Sie haben hier behauptet, daß Herr Dr. *Müller* für den Einheitsstaat eintritt.
Dr. *Horlacher*: Ich habe behauptet, daß das von Herrn Dr. *Müller* gesagt wird.

(Unruhe und Bewegung.)

Ritter von Lex: Ich bin ein alter Freund unserer Sache, ich habe mit *Michel Horlacher* 1933 in der Reichstagsfraktion gesessen, als wir nach reiflicher Überlegung schweren Herzens dem Ermächtigungsgesetz zustimmten. Das kann ich mit ruhigem Gewissen sagen. Aber jetzt muß ich doch auf eines hinweisen: Ich war in Rosenheim dabei und ich war im Mathäser-Bräu, als mein alter Freund *Sepp Müller* eine große Rede gehalten hat. Ich habe in Rosenheim und im Mathäser-Bräu gesehen, daß die Leute bis tief in die Nacht dageblieben sind und die ergreifende soziologische Hinführung der Masse angehört haben. Ich habe gehört, wie Dr. *Müller* geschildert hat, wie er in seiner langen Haft mit vielen Leuten zusammenkam und die Erkenntnis gewann, daß uns nur eines in Bayern, Deutschland und Europa retten kann, nämlich die christliche Nächstenliebe. Ich habe mit vielen Leuten in Rosenheim gesprochen. Die meisten von ihnen waren von der Rede begeistert. Nun wäre es aber notwendig, daß Dr. *Müller* recht bald wieder sprechen und daß recht bald eine Formulierung des Programms der Union erfolgen würde.
Die Situation hat sich noch etwas dadurch verschärft, daß Dr. *Schumacher* eine von seinem und seiner Richtung Standpunkt aus wirklich meisterhafte Rede hingelegt hat.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Aber dabei auch erklärt hat, daß er noch kein Programm habe.
Dr. *Horlacher*: Aber programmatische Erläuterungen hat er gebracht.
Ritter von Lex: Dr. *Schumacher* hat seine Rede ebenso wie Dr. *Müller* begonnen. Ich habe im ersten Augenblick erleichtert aufgeatmet und gedacht, nun können auch wir es uns leisten, zunächst einmal von einem fixierten und formulierten Programm abzusehen, weil es gewisse Zeit und Überlegung erfordert. Das Ganze war aber eigentlich eine gewisse Täuschung. Denn im weiteren Verlauf hat Dr. *Schumacher* sehr exakte und konkrete Formulierungen gebracht.
Nun bin ich der Meinung: Ich habe die Erklärung von Dr. *Horlacher* und seinen Freunden angehört. Die Einleitung würde ich streichen. Das ist auch schon zugestanden worden. Der Schlußsatz gehört unter allen Umständen weg. Der Punkt 1 kann noch geschliffen werden.
Wir haben vorhin alle erklärt, wir wünschen, daß Dr. *Müller* so bald wie möglich kommt. Es würde uns nicht gefallen, wenn diese Sache in seiner Abwesenheit erörtert würde. Ein Stein fiel uns vom Herzen, als er dann zur Tür hereinkam. Wenn die fünf Punkte überarbeitet werden, so kann ich mir denken, daß alle, auch unser Landesvorsitzender, einverstanden sind. Was mir nicht gefallen würde, wäre, wenn die Resolution morgen in irgendeiner offensiven oder aggressiven Form vorgebracht würde. Mir würde es besser gefallen, wenn die Resolution morgen von Dr. *Müller* selbst vor der Wahl zum Landesvorsitzenden proklamiert würde. Wir würden dann einmütig und begeistert zustimmen und anschließend zur Wahl des Landesvorsitzenden schreiten. Redaktionelle Änderungen könnten noch heute nacht vorgenommen werden. Es sollen keine Formulierungen verwendet werden, die dem künftigen Landesvorsitzenden den Weg allzu stark verbauen. Es muß auch gesagt werden, was viele Tausende und Zehntausende in Bayern gesagt haben wollen, und zwar muß das unser Landesvorsitzender morgen in der Landesversammlung sagen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] erklärt sein Einverständnis mit dem Vorschlag von *Ritter von Lex*.
Nach weiterer zum Teil lebhafter Aussprache wird ein Redaktionskomitee aus den Herren Dr. *Horlacher*, *Schwingenstein* (zur Zeit abwesend), Dr. *Gronwald*, *Lex* und *Prittwitz-Gaffron* gebildet, das die Entschließung für die morgige Landesversammlung überarbeiten soll.

Schluß der Sitzung des Arbeitsausschusses 19.22 Uhr.

Nr. 18

Tagung der ersten ordentlichen Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 17. Mai 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Bekanntmachungen des Landessekretariats
2. Genehmigung der Satzungen
3. Bericht des Landesvorsitzenden
4. Wahl des Landesvorsitzenden
5. Kurzer Bericht der Verbände
6. Aufstellung der Kandidatenliste für die Verfassunggebende Landesversammlung
7. Grundlinie für ein Grundsatz- und Arbeitsprogramm
8. Sonstiges

Tagungsort: München, Großer Rathaussaal

ACSP, CSU-Landesversammlungen, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; auf den Seiten 308-318: Rede Müllers, ergänzt durch: Union-Dienst Nr. 7, Sonderbeilage Nr. 2

Beginn: 9.41 Uhr.

Vorsitzender Dr. *Müller*: Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Als Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union in Bayern eröffne ich die erste Landesversammlung der Union.
Ich danke Ihnen für Ihr Erscheinen. Die Tagung wird eine Arbeitstagung sein, infolgedessen erspare ich mir zur Einleitung große Begrüßungsworte. Wir wollen nicht mit großen Reden nutzlos Zeit verlieren. Ich werde jetzt die Tagesordnung bekanntgeben. Wir werden so rasch wie möglich in die Tagesordnung eintreten.
Die vorgesehene Tagesordnung lautet:

1. Bekanntmachungen des Landessekretariats
2. Berichterstattung des Landesvorsitzenden
3. Wahl des Landesvorsitzenden
4. Genehmigung der Satzungen
5. Aufstellung der Kandidatenliste für die Verfassunggebende Landesversammlung
6. Bericht der Ausschüsse
7. Grundlinie für ein Grundsatz- und Arbeitsprogramm
8. Sonstiges.

Ich bitte vorschlagen zu dürfen, daß wir eine Änderung der Tagesordnung vornehmen. Aus Versehen wurden einige Punkte verändert. Die Wahl des Landesvorsitzenden kann erst vorgenommen werden, wenn die neuen Satzungen angenommen sind.
Infolgedessen würde ich vorschlagen, die Tagesordnung so abzuwickeln, daß sie lautet:

1. Bekanntmachungen des Landessekretariats
2. Genehmigung der Satzungen

[1] Laut Wortlaut des Protokolls (s.u.); die Punkte 5 und 7 wurden bis zur nächsten Landesversammlung zurückgestellt.

3. Bericht des Landesvorsitzenden
4. Wahl des Landesvorsitzenden
5. Kurzer Bericht der Verbände

Ich würde das hier vorschlagen, das war vorgesehen bei "Sonstiges".

6. Aufstellung der Kandidatenliste für die Verfassunggebende Landesversammlung

Wenn ich zu den Berichten noch feststellen darf: Ich wäre dankbar, wenn die einzelnen Bezirke vereinbaren würden, wer den kurzen Bericht gibt. Ich wäre dankbar, wenn die Berichte nicht längere Zeit beanspruchen würden als zehn Minuten, es sei denn, daß eine besondere Notwendigkeit für längere Ausführungen bestehen würde. Das würde aber vorher bekanntgegeben werden.

(Zurufe: Fünf Minuten!)

- Fünf Minuten werden vorgeschlagen. Dann darf ich so vorgehen.
Dann kommt als nächster Punkt die Besprechung der Kandidatenliste. Die Kandidatenliste ist aufzustellen von den Bezirksverbänden, wir haben hier nur die Planung der Kandidatenliste vorzunehmen, wenn ich mich so ausdrücken darf.
Nächster Punkt: Bericht der Ausschüsse. Im Zusammenhang damit werden die Grundlinien für ein Grundsatz- und Arbeitsprogramm besprochen.
Letzter Punkt: Sonstiges.
Darf ich Ihre Zustimmung zur Änderung der Tagesordnung annehmen?

(Zurufe: Jawohl!)

- Es widerspricht niemand. Dann ist die Tagesordnung angenommen.
Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich erteile Herrn *Schmidt* das Wort zu dem Bericht des Landessekretariats.
Schmidt: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erst gestern ist es uns gelungen, dem Landessekretariat die Räume zu verschaffen, die einer politischen Organisation von der Größe der Union entsprechen. Wir haben in der Paul Heysestraße 2-4 im Gebäude der Münchner Zeitung unsere jetzigen Büroräume bezogen. Der Mietvertrag lautet über eine Miete von 4000 RM bei über sechs Räumen. Bisher wurde die gesamte Organisation in zwei Räumen in der Herrnstraße bewältigt - Räume, die eine Reihe von Ihnen gesehen haben -, und wir haben unter den schlechtesten Verhältnissen die Wahlkämpfe bestreiten müssen. Gestern waren wir zum ersten Mal in der Lage, dort die Landessatzungen durchzuberaten, die wir Ihnen heute vorlegen können. Der heutige Tag bedeutet also den Abschluß einer ersten wichtigen Arbeitsepoche unserer Organisation und gibt Anlaß zu einer kleinen *Rückschau über die geleistete Arbeit.*
Wenige Tage nach der Gründung der Christlich-Sozialen Union in Bayern konnten wir an der Schwelle des Jahres 1946 im Deutschen Museum nur ein notdürftiges Büro, einen Raum, beziehen und einen vorläufigen Geschäftsführer mit einer Schreibkraft einstellen. Im selben Raum war die Bezirksgeschäftsstelle von München untergebracht. Unter solchen Umständen mußte die Union in den Gemeindewahlkampf am 27. Januar 1946 gehen. Unter fast den gleichen Verhältnissen mußte der Wahlkampf für die Kreistage geführt werden, mußte sich ein Parteiverkehr großen Ausmaßes abwickeln, das ganze Land mit Werbematerial versehen und der Rednereinsatz gesteuert werden. Die Notlage erforderte einen raschen Aufbau eines wenn auch improvi-

sierten Parteiapparates, sozusagen aus dem Handgelenk. Die Hauptsache aber war, daß die Partei in diesen bewegten Wochen rasch zum Wahlkampf anlaufen konnte, und die Organisation hat ihre Feuerprobe siegreich bestanden.
Nebenher wurde in zahlreichen Besprechungen, Ausschußsitzungen und Konferenzen unentwegt aufgebaut und ein Parteiapparat in den Grundzügen projektiert, der die Aussicht eröffnet, daß die Union in moderner Form in das politische Geschehen eingreifen kann. Während draußen die Union in der horizontalen Organisation aus hunderten von Ortsverbänden Zug um Zug emporwuchs, wurde hier im Landesverband dem vertikalen Aufbau der Ausschüsse noch besonderes Augenmerk zugewendet.
In allen Bezirksverbänden bestehen heute Bezirkssekretariate, in einer Reihe von Kreisverbänden außerdem hauptamtlich bestellte Kreissekretäre mit einem Büro.
Welche Arbeit im Landessekretariat bewältigt wurde, zeigen Ihnen nachfolgende Ziffern: Wir hatten einen außerordentlich umfangreichen Briefumlauf von ca. 60 Briefen am Tag, einen Telefonverkehr von durchschnittlich 400 Gesprächen am Tag. Der Umlauf wird demonstriert durch die Porto- und Telefonkosten. Wir haben Telefongebühren von etwa 3500 RM bezahlen müssen. An Porto- und Postgebühren war insgesamt derselbe Betrag rund zu leisten. Wir haben in dieser Epoche 1,2 Millionen Flugblätter und 150.000 Plakate herausgegeben. Die dafür entstandenen Kosten betrugen rund 20.000 RM. Wir beschäftigen derzeit drei Sekretäre, vier Angestellte und sieben Schreibkräfte, die alle in den beiden kleinen Räumen arbeiten mußten.
Die Bewältigung der eigentlichen Organisations- und Werbetätigkeit nahm neben der laufenden Tätigkeit einen besonders wichtigen Raum ein, insbesondere die Beschaffung von Werbematerial, Kraftfahrzeugen, Betriebsstoff, Papier, die Anschaffung und der Entwurf von Flugblättern und Plakaten, die Herausgabe eines periodisch erscheinenden Schrifttums, die Sammlung und Sichtung aller wichtigen politischen Presseauslassungen in einem Parteiarchiv, die Heranbildung eines tüchtigen Rednernachwuchses in Rednerkursen, die Organisation des Einsatzes aller für das ganze Land zur Verfügung stehenden Redner, die Führung von Karteien, die besondere Förderung des Aufbaues einer Jugend- und Frauenorganisation, die Statistik der Wahlergebnisse usw. Etwa 230 Redner der Union wurden organisatorisch erfaßt und mit einem Redner-Dienst regelmäßig versehen. Etwa 200 größere Versammlungen und Veranstaltungen in ganz Bayern wurden vom Landessekretariat organisiert und mit prominenten Rednern beschickt.
Mögen aus diesen kurzen Ausführungen unsere Freunde im ganzen Lande erkennen, daß die Opfer, die sie für ihre Organisation bringen, für gute Zwecke angelegt werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wird hierzu das Wort gewünscht? - Nein. Dann darf ich weiterfahren.

(Zuruf Dr. *Baumgartner*: Zur Geschäftsordnung!)

- Ich bitte die Herren Redner, jeweils ihren Namen zu nennen - es wird alles mitstenographiert -, damit der Name ins Protokoll aufgenommen wird.
Dr. *Baumgartner*: *Baumgartner* ist mein Name.

(Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Bevor wir in der Tagesordnung weiterschreiten, darf ich den Herrn Vorsitzenden bitten, mir zu gestatten, eine Anfrage an ihn zu stellen. Ich bin von einer großen Anzahl von Freunden gebeten worden, daß heute gleich am An-

fang eine schwerwiegende Sache geklärt wird, und der Herr Vorsitzende wird das selbst begrüßen, daß Klarheit in einer Sache geschaffen wird, die heute in der Zeitung veröffentlicht ist. Die Pressenotiz lautet:

> Garmisch-Partenkirchen, 16. Mai (DANA): Der Zusammenschluß der christlichen Unionen aller Zonen steht kurz vor seinem Abschluß, erklärte der Landesvorsitzende Dr. *Josef Müller* am Sonntag auf einer CSU-Tagung in Garmisch-Partenkirchen. Eine Zusammenkunft aller Unionen Deutschlands finde, wie angemeldet, vom 27. bis 29. Mai 1946 in Berlin statt. Der Vorsitzende der CSU [sic!] für die sowjetische Besatzungszone, *Jakob*[2] *Kaiser*, habe nach einer Mitteilung von Dr. *Müller* bereits sein Einverständnis zu dem Zusammenschluß erklärt. Dr. *Müller* bezeichnete eine "Christliche Union Europas" als das weitere Ziel der deutschen Union.

Da möchte ich den Herrn Vorsitzenden [*Josef Müller*] bitten, uns hier in der ganzen Versammlung Aufklärung zu geben.
Weiter möchte ich den Herrn Vorsitzenden bitten, uns Aufklärung zu geben über ein Protokoll, das über die Sitzungen der verschiedenen Unionen vorhanden ist und das auch Äußerungen unseres Vorsitzenden enthält, von denen ich nicht weiß, ob sie richtig sind, und die der Herr Vorsitzende in der ganzen Versammlung aufzuklären Gelegenheit hat.
Wir wollen in der Union überall von Anfang an Klarheit haben, bevor wir in Einzelberatungen eintreten.
Ich verlese einen Auszug aus dem Protokoll einer Sitzung der Britischen CSU [sic!] am 25. und 26. April 1946 in Neuenkirchen (Kreis Wiedenbrück). - Vorsitzender war der ehemalige Oberbürgermeister Dr. *Adenauer*:

> Dieser berichtete zu Punkt 3 der Tagesordnung über seine Besprechung in Stuttgart anläßlich der Tagung des Länderrats mit den Vorsitzenden der Partei in Bayern, Württemberg-Baden und Groß-Hessen sowie über seine Besprechung mit dem Vorsitzenden der CSU [sic!] in Berlin, Herrn *Kaiser*, und seinen diesbezüglichen Briefwechsel mit dem Vorsitzenden der süddeutschen Parteien der CDU bzw. der CSU. Er wies insbesondere darauf hin, daß Herr Dr. *Müller*, München, auf einer Tagung der Christlich-Sozialen Union Bayerns zum Ersten Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union Bayerns gewählt worden sei. Auf derselben Tagung habe sich die Christlich-Soziale Union Bayerns mit überwältigender Mehrheit für den Bundesstaat und gegen den durch den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten *Hoegner* vertretenen Gedanken eines Staatenbundes ausgesprochen.
>
> (Hört, hört!)
>
> Der Vorsitzende gab ferner Kenntnis von dem Beschluß der süddeutschen Parteien, sich innerhalb der amerikanischen Zone zu einer Partei zu verschmelzen, wobei als zweiter Schritt der Zusammenschluß der CDU in der amerikanischen Zone mit derjenigen in der britischen Zone geplant sei. Die Vorsitzenden der süddeutschen Parteien hätten ihn als Vorsitzenden der C[D]U in der britischen Zone beauftragt, die vorbereitenden Schritte beim Kontrollrat zu unternehmen.

[2] In der Vorlage: "Georg".

Eine Anzahl meiner Freunde - wir konnten nur mit ein paar Freunden sprechen - stellt daher folgenden Antrag:

Die Landesversammlung wolle beschließen:
1. Eine Christlich-Soziale Union als Einheitspartei der Christlich-Sozialen Unionen für ganz Deutschland lehnen wir ab.

(Hört, hört! Zuruf: Warum?)

2. Wir wünschen und begrüßen eine enge Zusammenarbeit der Christlich-Sozialen Unionen in allen Teilen Deutschlands und zu diesem Zwecke befürworten wir die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft, um die gemeinsamen Belange der christlichen Staats- und Weltauffassung in Deutschland vertreten zu können.
3. Die Selbständigkeit der einzelnen Christlich-Sozialen Unionen bleibt auf jeden Fall dadurch unberührt.
Dr. *Baumgartner*, Dr. *Horlacher*, Dr. *Schlögl*, *Schwingenstein*, *Piechl*, Dr. *Wittmann*, *Nickl*, *Sauer*, *Naemendig* (?), *Schweiger*, *Weinzierl*, *Huber*, *Schantz*, *Sturm*, *Rothermel*.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann zunächst keinen Grund dafür einsehen, daß diese Bekanntmachung jetzt vollzogen wurde. Ich hatte sowieso vorgesehen, einen Bericht zu geben. Es versteht sich eigentlich, daß solche Bekanntmachungen im Zusammenhang mit dem Bericht gemacht worden wären und daß in diesem Zusammenhang Anfragen gestellt würden.

(Sehr richtig!)

Ich bedaure ein solches Vorgehen des Herrn Ministers *Baumgartner*. Wenn ich gewußt hätte, daß er so von der Tagesordnung abweichen und hier Themen zur Tagesordnung stellen will, die jetzt bestimmt noch nicht zur Debatte reif sind, dann hätte ich ihm das Wort nicht gegeben.

(Sehr richtig!)

Ich lege aber jetzt, nachdem das Thema einmal angeschnitten wurde, Wert darauf, wenigstens eine Frage zu behandeln, das ist die heute in der Presse bekanntgegebene DANA-Meldung. Die andere Frage des Berichts über die Zonenpartei stelle ich zurück und gebe den Bericht im Zusammenhang mit meinem Bericht.
Ich nehme Ihr Einverständnis hierzu an.
Dr. *Baumgartner*: Dr. *Müller*, ich wollte nur, daß das behandelt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie haben hier einen Antrag oder eine Resolution oder was es sein soll, bekanntgegeben, die zweckmäßig - will ich zum mindesten sagen - in irgendeinem Zusammenhang mit der Tagesordnung, eventuell im Zusammenhang mit dem Bericht des Landesvorsitzenden über seine Tätigkeit bekanntgegeben worden wäre. Denn es ist selbstverständlich, daß ich doch einen Bericht über die Verhandlungen gebe, die über eine Union auf Zonenbasis geführt wurden.

(Sehr richtig!)

Infolgedessen muß ich ein solches Vorgehen als unverständlich bezeichnen.
Ich darf auf die DANA-Meldung eingehen und, wenn Sie damit einverstanden sind, insoweit von der Tagesordnung abweichen.
Darf ich Ihr Einverständnis annehmen?

(Zurufe: Jawohl!)

Die DANA hat folgendes bekanntgegeben:

> Garmisch-Partenkirchen, 16. Mai (DANA): Der Zusammenschluß der christlichen Unionen aller Zonen steht kurz vor seinem Abschluß, erklärte der Landesvorsitzende Dr. *Josef Müller* am Sonntag auf einer CSU-Tagung in Garmisch-Partenkirchen. Eine Zusammenkunft aller Unionen Deutschlands finde, wie angemeldet, vom 27. bis 29. Mai 1946 in Berlin statt. Der Vorsitzende der CSU [sic!] für die sowjetische Besatzungszone, *Jakob*[3] *Kaiser*, habe nach einer Mitteilung von Dr. *Müller* bereits sein Einverständnis zu dem Zusammenschluß erklärt. Dr. *Müller* bezeichnete eine "Christliche Union Europas" als das weitere Ziel der deutschen Union.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, die Parteifreunde, die mich kennen, werden mir zutrauen, daß ich kein Illusionist bin und daß ich bestimmt Erklärungen in einem solchen Sinne mit einem solchen Wortlaut nicht bekanntgegeben habe.

(Zustimmung.)

Wahr ist folgendes: Am letzten Sonntag war eine Vertrauensmännerversammlung der Christlich-Sozialen Union in Garmisch-Partenkirchen, ausdrücklich als Vertrauensmännerversammlung bekanntgegeben, keine Gäste dazu eingeladen. Es hätte höchstens sein können, daß irgendein Berichterstatter der Militärregierung dagewesen wäre, weil die Militärregierung immer das Recht hat, anwesend zu sein und eingeladen ist. Es wurde aber auch nichts davon erwähnt, daß ein Berichterstatter der Militärregierung da sei. Anfangs wurde etwas davon erwähnt, daß die Presse vertreten sei. Auf jeden Fall kann ich sagen: Jedes Wort, das ich gesprochen habe, hätte ohne weiteres in die Presse kommen können, wenn es wahrheitsgemäß wiedergegeben worden wäre.

Ich habe auf die Anfragen der Freunde einen kurzen Überblick über die Union gegeben. Dabei wurden auch Fragen wegen der Partei auf Zonenbasis gestellt. Ich habe erklärt, daß wir die Verhandlungen geführt haben, daß wir an dem Weiterbau der Partei auf Zonen- und Interzonenbasis arbeiten, habe in der Ansprache gegen Schluß erklärt, daß unsere Hauptarbeit immer dem Frieden gelten müsse, daß wir über uns hinauswachsen müßten. Dabei habe ich erwähnt, wenn die Sozialisten eine Internationale haben, dann müßte es eigentlich auch den Vertretern der christlichen Idee in den verschiedenen Parteien der verschiedenen Länder gelingen, zu einer Verständigung auf dieser Friedensbasis zu kommen.

(Beifall.)

Ich bitte einen der Herren von Garmisch, dazu Stellung zu nehmen. Wer meldet sich? *Fleckenstein*: Meine Herren! Herr Dr. *Müller* hat in Garmisch weniger gesagt als das, was er jetzt sagte. Er hat lediglich zuletzt erklärt, der Name Union habe Anklang gefunden, ein Nomen sei ein Omen. Deswegen sei es sein Wunsch, wenn dem Frieden Europas durch eine Einheit des christlichen Gedankens, wie er ihn entwickelt hat, gedient sei, daß der Name Union auch weiter über die Landesgrenzen hinaus in Europa Fuß fasse. Das war alles.

Von Stuttgart und einem Zusammenschluß auf Interzonenbasis wurde lediglich folgendes erklärt: Es wurde mir - Dr. *Müller* - zum Vorwurf gemacht, ich sei nach

[3] In der Vorlage: "Georg".

Stuttgart gefahren und hätte kurzerhand den Zusammenschluß erwogen oder gar angenommen. Dem ist nicht so. Vielmehr sind wir der Meinung, daß wir in Bayern innerhalb der CSU zunächst einmal unseren Aufbau durchführen müssen. So es möglich ist, weiterzugehen und eine Zusammenarbeit zu ermöglichen, geschieht selbstverständlich dafür das äußerste.
Wer den Bericht in die Zeitung gebracht hat, ist uns unerfindlich. Jedenfalls ist der Bericht in jeder Weise gefälscht.

(Bravo!)

Zobel: Als Vertreter von Garmisch möchte ich noch bemerken, daß Dr. *Müller* wörtlich folgendes erklärt hat: "Ein Zusammenschluß in der amerikanischen Zone wird angestrebt und begrüßt. Hinsichtlich der Interzonenfrage wird nur eine Fühlungnahme angestrebt."
Das ist das, was Dr. *Müller* gesagt hat. Es steht in krassem Widerspruch zu dem, was die DANA-Meldung veröffentlicht hat. In der Bezirksversammlung von Oberbayern ist diese DANA-Meldung bereits am vorigen Mittwoch veröffentlicht worden. Wir selbst von Garmisch-Partenkirchen, die an der Versammlung teilgenommen haben, waren über diese Meldung erstaunt, vor allem darüber, daß auch gesagt wurde, die Union könne zu einer europäischen Union werden.
Wir stellen als Versammlungsteilnehmer von Garmisch-Partenkirchen ausdrücklich fest, daß die DANA-Meldung in jeder Beziehung gefälscht bzw. unwahr wiedergegeben worden ist.
Ein Vertreter der Presse ist nicht offiziell anwesend gewesen. Jedoch war der Vertreter des Hochland-Boten, der der CSU angehört, anwesend. Wir werden ihn befragen, ob er diese Meldung veröffentlicht und der DANA weitergegeben hat. Soviel uns bekannt ist, sind auch keine Leute dagewesen, die außerhalb der CSU gestanden haben und die diese Meldung irgendwie hätten herbeigeführt haben können. Wir werden von uns aus alle nötigen Schritte unternehmen, um eine Klärung dieser Meldung herbeizuführen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte folgende Nutzanwendungen daraus zu ziehen:
Erstens: Glauben Sie nicht jeden Schmarren, der verbreitet wird, auch wenn dabei ihr Landesvorsitzender gelästert wird. Ich bin es ja nur noch kurz, aber es kann da stehen wer will, so kann man nicht arbeiten, wenn jeder auf irgendeine Mitteilung hereinfällt. In diesem Falle ist natürlich ein Entschuldigungsgrund gegeben, weil die Meldung durch die Presse gegangen ist, aber man könnte mittlerweile auch gelernt haben, wie manchmal Äußerungen in der sogenannten neutralen Presse zu werten sind.

(Sehr richtig!)

Zweitens: In Vertrauensmännerversammlungen bitte ich jeweils festzustellen, wer da ist.
Selbstverständlich lasse ich überall, wo es darauf ankommt, alles mitschreiben. Soundso oft lasse ich die Reden mitschreiben, vor allem dann, wenn in einer Rede irgendein Thema behandelt wird, das wichtig ist.
Bei Vertrauensmännerversammlungen setzt man voraus, daß eine vertrauliche Aussprache über alle Themen stattfinden kann. Das Recht, in jeder Vertrauensmännerversammlung anwesend zu sein, hat selbstverständlich die Militärregierung, haben die Vertreter der Besatzungsmacht. Sonstige Vertreter, vor allem Vertreter der Presse, sollen nur vereinbarungsgemäß eingeladen sein. Wenn sie da sind, muß man zum

mindesten erwarten, daß sie nachher mit dem Redner darüber sprechen. Ich bitte, dafür zu sorgen, daß das draußen immer so durchgeführt wird.
Ich habe mich, als ich das erste Mal von der DANA-Meldung hörte, selbst schon an die DANA gewandt. Sie hat erklärt, sie könne weiter nichts dafür, ihr Berichterstatter in Garmisch hätte es gebracht. Ich habe daraufhin erklärt, die DANA hat mich soundso oft angerufen und irgendwelche Erklärungen zu verlangen gesucht, vor allem im Zusammenhang mit der Königspartei-Frage. Ich hätte bei einiger Neutralität und loyaler Zusammenarbeit, die nun einmal im politischen öffentlichen Leben notwendig ist, annehmen können, daß man dann, wenn man eine so weitgehende Mitteilung macht, bei der noch von europäischer Union die Rede ist, sich doch zum mindesten vor der Bekanntgabe über den Wortlaut verständigen würde. Das sei um so mehr notwendig, weil doch dort wohl bestimmt nicht ein maßgebender Mann der DANA vertreten gewesen sei. Mehr habe ich dazu zunächst nicht zu sagen.
Die Erklärung zur Zonenbasis-Frage werde ich im Zusammenhang mit meinem Bericht abgeben. Bis dahin wird auch Botschafter *von Prittwitz* da sein, der mich nach Stuttgart begleitet hat und der gleichfalls objektiver Zeuge für den Vorgang ist. Ich glaube, Botschafter *von Prittwitz* ist noch nicht zugegen.

(Zuruf: Nein!)

- Dann darf ich annehmen, daß diese Frage bis zu dieser Besprechung zurückgestellt wird.

(Zuruf: Jawohl!)

Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Herren! Die Erörterungen haben ergeben, daß die Klarstellung dieser Frage notwendig gewesen ist. Ich bitte, für alle Zukunft festzuhalten, daß wir in einem neuen Zeitabschnitt leben, einem Zeitabschnitt, in dem die öffentliche Meinung sich wieder äußern kann. Es kann da und dort passieren, daß diese öffentliche Meinung entweder in einzelnen Teilen unrichtig wiedergegeben ist oder schiefe Darstellungen enthält. Unsere Aufgabe ist es dann, dafür zu sorgen, daß das durch die richtige Meinung wieder in Ordnung gebracht wird. Das ist der Zweck der Anfrage, die der Herr Minister *Baumgartner* gestellt hat.
Glauben Sie mir, wir haben diese Anfrage deswegen gestellt, weil das Volk draußen auf all das, was hier mit raschen Vereinigungen zusammenhängt, sehr stark reagiert.

(Sehr richtig!)

Das ist einmal so, daran können wir nicht vorübergehen. Es ist unsere Aufgabe, hier dem Willen unserer Leute Rechnung zu tragen, soweit sie eine Berechtigung dazu haben. Das ist einmal die Aufgabe der Demokratie und wir behalten uns auch vor, daß wir - wie jeder Teilnehmer dieser Versammlung - auch Entschließungen zur Tagesordnung einbringen, denn die Verhältnisse liegen so, daß die Hauptgrundsätze der politischen Linie - das ist kein Vorwurf gegenüber dem Herrn Landesvorsitzenden - von der Landesversammlung bestimmt werden. Weiter kommt hinzu, daß insbesondere der Zusammenschluß mit anderen Parteien in anderen Ländern - und mögen es noch so befreundete Parteien sein - nur durch Beschluß der Landesversammlung erfolgen kann.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren! Ich bitte Herrn *Horlacher*, hier jetzt keinen Vortrag zu halten, der außerhalb der Tagesordnung liegt. Wir haben heute ein solches Pensum an Arbeit zu bewältigen. Ich habe deswegen am Anfang auf eine längere Ansprache an Sie verzichtet und ich muß bitten, darauf Bedacht zu neh-

men, daß Sie nur einen Tag hier tagen. Deshalb bitte ich Herrn *Horlacher*, davon abzusehen, lange Ausführungen zu Themen zu machen, die im Augenblick zum mindesten nicht zur Debatte stehen. Wir wollen die Tagesordnung weiter behandeln.
Dr. *Horlacher*: Ich bitte ums Wort. - Wenn der Herr Vorsitzende mich nicht unterbrochen hätte, wäre ich schon am Ende gewesen und hätte gesagt, daß wir uns vorbehalten, die Erörterung bei den zuständigen Tagesordnungspunkten vorzunehmen.
Im übrigen bitte ich den Herrn Vorsitzenden, über diese Frage nicht in Aufregung zu geraten. Wir behalten uns trotzdem vor, grundsätzliche Fragen in der Landesversammlung zu erörtern.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren! Ich habe keine Veranlassung, in Aufregung zu geraten. Ich gerate nur dann in Aufregung, wenn etwas unzweckmässig abgewickelt wird, weil am Schlusse wir alle miteinander die Zeche zu bezahlen haben, nicht nach Hause kommen und die beste Arbeit versäumen.
Schwingenstein: Nur drei Sätze! Ich begrüße es, daß diese DANA-Meldung falsch ist. Ich bedaure aber, daß es leider Gottes in der letzten Zeit wiederholt notwendig ist, hinter DANA-Meldungen ein Fragezeichen zu machen. Die Presse hat sich wiederholt mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Wir werden in der nächsten Woche in Rothenburg eine große Presse-Tagung abhalten, auf der ich diese Falschmeldungen der DANA zur Diskussion stellen werde.

(Lebhafte Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich in der Tagesordnung weiterfahren. Steht das Stimmrecht fest?

(Zuruf: Noch nicht!)

- Wir treten in die Besprechung der Satzung ein. Sollte eine Abstimmung notwendig sein, werde ich diese so lange zurückstellen, bis das Stimmrecht festgestellt ist. Ich möchte aber keine Zeit versäumen und darf infolgedessen sofort die Verlesung der Satzung beginnen. Wir werden, wenn Sie einverstanden sind, so vorgehen, daß die Satzungen zunächst abschnittsweise von Herrn *Gronwald* als Berichterstatter behandelt werden. Herr *Gronwald* hat wesentlich am Aufbau der Satzung gemeinsam mit den Münchner Herren mitgearbeitet. Es lagen zunächst zwei Vorschläge für die Satzung vor, einer der im offiziellen Auftrag der Landesleitung entworfen wurde, und ein Entwurf, von Oberfranken eingereicht. Beide Entwürfe[4] wurden in einem Arbeitsausschuß zusammengearbeitet und im Landesausschuß behandelt. Im Landesausschuß hat dann Schwaben, vertreten durch Parteifreund *Rindt*, sehr gute Anregungen für den weiteren Ausbau der Satzungen gebracht, und zwar für den Einbau des Ständeprinzips. Das war die Diskussionsgrundlage für die gestrige Besprechung des Arbeitsausschusses. Gestern wurde der Satzungsentwurf so ausgearbeitet, wie er Ihnen jetzt bekannt gemacht wird.
Ich bitte Herrn *Gronwald*, mit dem Referat zu beginnen. Es wird noch nicht über die einzelnen Paragraphen abgestimmt. Es werden zuerst die Abschnitte behandelt, dann wird über die einzelnen Paragraphen abgestimmt.
Haben die Parteifreunde alle ein Exemplar der Satzung vor sich liegen, soweit diese ausreichen?

(Zustimmende Zurufe.)

[4] In der Vorlage: "Bei 2 Entwürfen".

- Dann bitte ich Herrn *Gronwald* zu beginnen.
Gronwald: Meine Damen und Herren! Die vorliegende Satzung zerfällt in fünf Hauptteile, und zwar den Teil A, der Name, Sitz und Aufgabe der Union behandelt, den Teil B, in dem die Frage der Mitgliedschaft geregelt ist, weiter Teil C, der die Gliederung der Union darstellt und die Aufgaben der Ortsverbände, Kreisverbände, Bezirksverbände und des Landesverbandes behandelt und gleichzeitig die Rahmensatzung für diese Untergliederungen, für diese Verbände enthält, ferner den Teil D, der die Beitragsfrage zum Gegenstand hat, schließlich den Teil E, der allgemeine Bestimmungen geschäftsordnungsmäßiger Art enthält.
Ich verlese den Teil A.

A) Name, Sitz und Aufgabe

§ 1

Name und Sitz

Die "Christlich-Soziale Union" ist eine politische Partei. Sie führt den Namen "Christlich-Soziale Union in Bayern", hat ihren Sitz in München und soll in das Vereinsregister eingetragen werden.

§ 2

Aufgabe

1. Aufgabe der Christlich-Sozialen Union (im folgenden kurz "Union" genannt) ist der politische Zusammenschluß aller auf dem Boden der christlichen Kulturauffassung, der Demokratie und des sozialen Verantwortungsbewußtseins stehenden Staatsbürger mit der Aufgabe, die im Programm der Union festgelegten Ziele mit den Mitteln einer politischen Partei im öffentlichen Leben zur Geltung zu bringen.
2. Zu diesem Zweck
   a) wirbt sie Mitglieder,
   b) sammelt sie Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben,
   c) veranstaltet sie Versammlungen, Lehrgänge und sonstige Zusammenkünfte zur Verbreitung und Vertiefung ihrer politischen Grundsätze,
   d) gibt sie Zeitschriften, Zeitungen und sonstiges politisches Schrifttum heraus,
   e) stellt sie Kandidaten für die politischen Wahlen auf.

Es kommt dann der Teil B mit den Paragraphen 3 - 8, der die Frage der Mitgliedschaft behandelt, und zwar werden zunächst die Voraussetzungen über den Erwerb der Mitgliedschaft geklärt, dann wird der Erwerb selbst behandelt. In § 5 werden dann die Rechte, in § 6 die Pflichten der Mitglieder behandelt, in § 7 die Frage des Austritts, der Streichung und des Ausschlusses geregelt.
Es ist hier ein Unterschied zwischen Austritt, Streichung und Ausschluß in der Weise, daß der Austritt durch schriftliche Erklärung, durch eigenen Entschluß erfolgen kann. Die Streichung erfolgt, wenn jemand schuldhaft mindestens sechs Monate mit seinen Beiträgen im Rückstand ist. Der Ausschluß kann im Schiedsgerichtsverfahren durchgeführt werden auf Antrag der Vorstandschaft des Ortsverbandes, eventuell des Kreis-, Bezirks- oder Landesverbandes, wenn das Mitglied gegen die guten Sitten, gegen die Satzungen oder gegen die Parteidisziplin verstoßen hat, ferner aus anderen Gründen, die im § 7 enthalten sind.

§ 8 bestimmt dann, daß Streitigkeiten unter Mitgliedern zunächst durch ein Schiedsgericht beigelegt werden sollen. Antragsberechtigt ist jedes Mitglied.
Ich lese nun den Abschnitt "Mitgliedschaft":

B) Mitgliedschaft

§ 3

Voraussetzungen

Mitglieder der Union können alle ehrbaren, wahlberechtigten Männer und Frauen werden, die sich zum Programm der Union bekennen und keiner anderen politischen Partei angehören. Vorübergehendes Ruhen des Wahlrechts wegen kurzfristigen Zuzuges steht der Aufnahme nicht im Wege, ebensowenig jugendliches Alter, wenn der Antragsteller das 17. Lebensjahr vollendet hat.

§ 4

Erwerb

1. Die Aufnahme in die Union kann jederzeit bei dem für den Wohnsitz des Bewerbers zuständigen Ortsverband beantragt werden. In Ausnahmefällen kann der Aufnahmeantrag auch bei einem Kreis- oder Bezirksverband eingebracht werden, der die Aufnahme bei einem Ortsverband veranlaßt. Der Aufnahmeantrag ist schriftlich zu stellen. Gleichzeitig sind die Satzungen, das Programm und die Schiedsgerichtsordnung der Union schriftlich anzuerkennen.
2. Über die Aufnahme entscheidet die Ortsvorstandschaft.
3. Der Beitritt wird erst mit der Aushändigung der Mitgliedskarte wirksam.
4. Lehnt die Ortsvorstandschaft die Aufnahme ab, so kann der Bewerber die Entscheidung der Kreisverbandsvorstandschaft anrufen. Gegen diesen Entscheid ist Berufung bei der Bezirksvorstandschaft zulässig.

Nun kommt etwas, was korrigiert wird, weil es nicht ganz richtig abgeschrieben ist.
Richtig geht es weiter:

In grundsätzlichen Fragen kann gegen die Entscheidung der Bezirksvorstandschaft die Landesvorstandschaft angerufen werden. Diese beschließt endgültig.

5. Bei Ortswechsel soll das Mitglied seine Umschreibung zum neuen Ortsverband herbeiführen.

§ 5

Rechte

Jedes Mitglied hat das Recht

a) das Programm der Union mitzugestalten und auf die politische Arbeit Einfluß zu nehmen,
b) die Rechenschaftsberichte der Organe und Vertreter der Union zu prüfen,
c) an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen,
d) bei der Aufstellung von Bewerbern für Wahlen mitzuwirken.

Diese Rechte können nur innerhalb der Einrichtungen und auf den Tagungen der Union wahrgenommen werden. Nur Mitglieder können ein Amt oder eine Kandidatur in der Union übernehmen.

§ 6

Pflichten

Jedes Mitglied hat die Pflicht, sich an den Aufgaben der Union zu beteiligen, die Grundsätze der Union zu vertreten, sich für ihre Ziele einzusetzen und den Mitgliedsbeitrag zu entrichten.

§ 7

Verlust der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch
   a) Austritt,
   b) Streichung,
   c) Ausschluß.
2. Ein Mitglied kann jederzeit durch schriftliche Erklärung bei dem Ortsverband, bei dem es als Mitglied geführt wird, austreten. Es hat jedoch keinen Anspruch auf Rückerstattung von Beiträgen.
3. Ein Mitglied kann durch Beschluß seiner Ortsverbandsvorstandschaft gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung schuldhaft mit mindestens sechs Monatsbeiträgen im Rückstand geblieben ist.
4. Ein Mitglied kann durch Beschluß des Schiedsgerichts ausgeschlossen werden, wenn es
   a) gegen die guten Sitten verstoßen hat,
   b) wegen einer ehrenrührigen Handlung verurteilt ist,
   c) den Grundsätzen oder den Satzungen der Union bewußt entgegengearbeitet hat,
   d) gegen die Parteidisziplin erheblich verstoßen hat,
   e) bewußt unwahre Angaben im Aufnahmeantrag gemacht hat.
5. Das Schiedsgerichtsverfahren wird von der Vorstandschaft des Ortsverbandes beantragt. Es kann auch von den Vorstandschaften des Kreis-, Bezirks- oder Landesverbandes beantragt werden, wenn das Mitglied Mandatsträger ist oder diesen Gliederungen als Vertreter oder gewähltes Mitglied angehört.
6. Der Ausschluß wird dem Mitgliede durch den Vorsitzenden seines Ortsverbandes schriftlich mitgeteilt.

§ 8

Streitigkeiten

Streitigkeiten unter Mitgliedern, die das Parteiinteresse berühren, sind nach der Schiedsordnung einem Ehrengericht vorzulegen. Antragsberechtigt ist jedes einzelne Mitglied.

Es folgt Teil C, der die Gliederung der Union behandelt und bei der Besprechung der einzelnen Gliederungen auch gleichzeitig die Satzung der Ortsverbände, Kreisverbände und Bezirksverbände enthält. Das ist aus doppeltem Grunde geschehen: Einmal deswegen, um den Verbänden draußen im Lande bei der Aufstellung von Satzungen an die Hand zu gehen und ihnen hier eine Mustersatzung zu geben. Zweitens auch darum, daß mit der Annahme dieser Satzung durch die Landesversammlung und ihrer Genehmigung durch die Militärregierung automatisch auch die Satzungen der Ortsverbände, Kreisverbände und Bezirksverbände genehmigt sind, also diese vielfachen Verfahren im Lande nicht erforderlich sind.

Die Ortsverbände umfassen in der Regel den Bereich einiger Ortschaften einer Gemeinde, in größeren Städten können sie auch für Stadtteile gebildet werden.

Hier sind dann weiter die Aufgaben der Ortsverbände, Kreisverbände, Bezirksverbände und schließlich die Organe festgestellt: Mitgliederversammlungen, Vorstandschaft und, für den Fall, daß es zweckmäßig erscheint, Beirat und schließlich für Sonderaufgaben die Ausschüsse, soweit auch hier die Bildung von Ausschüssen geraten erscheint.
Es sind dann weiter die Aufgaben der Mitgliederversammlung, der Vorstandschaft, des Beirats und der Ausschüsse festgestellt.

C) Gliederung der Union

§ 9

Übersicht

Die Union gliedert sich in

I. Ortsverbände
II. Kreisverbände
III. Bezirksverbände
IV. den Landesverband

I. Ortsverbände

§ 10

Bereich

Die Mitglieder einer oder mehrerer Ortschaften einer politischen Gemeinde oder eines Stadtteils gleicher Größenordnung bilden einen Ortsverband.

§ 11

Aufgaben

Die Ortsverbände haben die Aufgabe

a) Das Gedankengut der Union in Wort und Schrift unter der Bevölkerung zu verbreiten und unablässig für die Ziele der Union zu werben,
b) das Verständnis für die Politik der Union unter den Mitgliedern zu pflegen, ihr politisches Interesse zu fördern und sie zur Teilnahme an der praktischen Politik zu befähigen,
c) Kandidaten für die örtlichen Wahlen aufzustellen,
d) die politischen Grundsätze der Union in den gemeindlichen Selbstverwaltungskörperschaften ihres Bereichs zu vertreten,
e) die Mitgliederliste zu führen,
f) die Beiträge einzuziehen.

§ 12

Organe

Die Organe der Ortsverbände sind:

1. Die Mitgliederversammlung,
2. die Vorstandschaft,
3. ein nach Bedarf zu bildender Beirat,
4. nach Bedarf zu bildende Ausschüsse.

§ 13

Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung beschließt über:
   a) die Wahl der Vorstandschaft,
   b) die Wahl der Kassenprüfer,

c) die Jahresrechnung und Entlastung der Vorstandschaft,
d) die Höhe der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,
e) die den Mitgliedern der Vorstandschaft in besonderen Fällen zu erstattenden Barauslagen und Verdienstausfälle,
f) die Aufstellung der Kandidaten für die kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften ihres Bereichs,
g) die Wahl von Vertretern zum Kreisverband,
h) sämtliche das Interesse des Ortsverbandes berührenden Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung,
i) die Grundsätze der örtlichen Kommunalpolitik.

2. Der Vorsitzende ist verpflichtet, im 1. Quartal eines jeden Geschäftsjahres eine Hauptmitgliederversammlung einzuberufen. Die Einladung hat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen zu erfolgen.
3. Weitere Mitgliederversammlungen können nach Bedarf anberaumt werden.
4. Eine Mitgliederversammlung ist unverzüglich einzuberufen, wenn dieses von mindestens einem Drittel aller Mitglieder unter Angabe der Gründe schriftlich bei der Vorstandschaft beantragt wird, oder wenn es sonst das Interesse des Ortsverbandes erfordert, oder wenn der Bezirksvorstand oder der Landesvorstand es verlangen.

§ 14

Vorstandschaft

1. Die Ortsvorstandschaft besteht aus mindestens drei Mitgliedern, und zwar
a) dem Vorsitzenden,
b) zwei weiteren Mitgliedern.
2. Die Vorstandschaft wird für ein Jahr gewählt, sie ist ehrenamtlich tätig.
3. Die Inhaber von Mandaten zu den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften, dem Bezirkstag oder den Parlamenten und die Angehörigen der höheren Organisationsstufen der Union haben, sofern sie im Bereich der Ortsverbände ansässig sind, Sitz und Stimme in der Vorstandschaft, Ausnahmen hiervon § 15, Abs. 3.

§ 15

Beirat

1. Sofern die Größe des Ortsverbandes oder andere Umstände es zweckmäßig erscheinen lassen, kann die Mitgliederversammlung beschließen, der Vorstandschaft einen Beirat zuzuordnen.
2. Der Beirat soll berufsständisch gegliedert sein und insbesondere Vertreter der Landwirtschaft, des gewerblichen Mittelstandes, der Industrie, der freien Berufe, des kulturellen Sektors, der Arbeiterschaft, der Beamtenschaft sowie der Frauen und der Jugend enthalten.
3. Die Mitglieder, die Vertreter der Union in den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften im Bereich des Ortsverbandes sind, gehören dem Beirat an. Sie scheiden in diesem Falle, wenn sie nicht gewählte Vorstandsmitglieder sind, bis auf den Fraktionsführer oder einen sonst von ihnen zu benennenden Vertreter, aus der Vorstandschaft aus. § 14, Abs. 3 ist insoweit nicht auf diesen Personenkreis anzuwenden.
4. Bestehen im Bereich des Ortsverbandes Ausschüsse für besondere Aufgaben, so gehören die Obleute dieser Ausschüsse ebenfalls dem Beirat an.

5. Die Stärke des Beirats und die Anzahl der aus den einzelnen Berufsständen zu wählenden Mitglieder beschließt die Mitgliederversammlung. Die Wahlperiode beträgt ein Jahr. Der Ortsvorsitzende ist gleichzeitig Vorsitzender des Beirats.
6. Der Beirat hat die Aufgabe, die Vorstandschaft zu unterstützen und sie in allen politischen Fragen zu beraten. Die Vorstandschaft ist verpflichtet, den Beirat in allen politischen und organisatorisch bedeutsamen Fragen zu hören. In dringenden, eilbedürftigen Fällen, insbesondere solchen gemäß § 13 Abs. 1 Ziffer f - i, kann der Beirat an die Stelle der Mitgliederversammlung treten, doch ist dieser nachträglich innerhalb von sechs Wochen über die gefaßten Beschlüsse zu berichten.

§ 16

Ausschüsse

1. Aufgaben
   Zur Bearbeitung besonderer Aufgaben vor allem auf den Gebieten der Kultur-, Wirtschafts- und Kommunalpolitik oder zur Pflege der Belange der dem Ortsverband angehörenden Frauen und der Jugend, kann die Mitgliederversammlung die Errichtung besonderer Ausschüsse beschließen.
2. Ausschußmitglieder
   An den Arbeiten der Ausschüsse können alle Mitglieder teilnehmen, die daran interessiert sind.
3. Obleute
   Die Ausschüsse wählen sich aus ihrer Mitte einen Obmann. Der Obmann lädt die Mitglieder des Ausschusses im Einvernehmen mit dem Ortsvorsitzenden zu Versammlungen ein, leitet diese und unterrichtet die Ortsverbandvorstandschaft über die Ergebnisse der Ausschußtätigkeit. Die Obleute gehören dem Beirat an.
4. Die Ortsausschüsse wählen Vertreter zu den entsprechenden Ausschüssen des Kreisverbandes.

§ 17

Auflösung

Der Ortsverband wird aufgelöst:
a) durch Beschluß der Mitgliederversammlung,
b) durch Beschluß der Landesvorstandschaft.
§ 64 dieser Satzung gilt entsprechend.

§ 18

Geschäftsordnung

§§ 58 - 70 dieser Satzung gelten entsprechend.

- Das sind die geschäftsordnungsmäßigen Bestimmungen.
Die Kreisverbände: Die Kreisverbände sind ähnlich gegliedert wie die Ortsverbände. Das höchste Organ ist die Kreisversammlung. Die Geschäfte führt der Vorstand. Dem Vorstand ist ein Beirat beigegeben. Die Tätigkeit von Vorstand und Beirat kann ergänzt werden durch Ausschüsse, die diese zu beraten haben. Die Aufgaben sind dazu hier im einzelnen festgehalten:

II. Kreisverbände

§ 19

Bildung von Kreisverbänden

Die Ortsverbände eines Landkreises oder einer kreisunmittelbaren Stadt bilden einen Kreisverband.

§ 20

Aufgaben der Kreisverbände sind:

a) Aufbau der inneren und äußeren Organisation der Union innerhalb des Kreises, Werbung für ihre Ziele in Wort und Schrift,
b) Beteiligung am öffentlichen politischen Leben des Kreises,
c) Errichtung von Ausschüssen für die verschiedenen Bereiche des kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens,
d) Aufstellung von Kandidaten für die kommunalen Selbstverwaltungsorgane der zuständigen Kreisinstanz,
e) Vorschlag von Landtagskandidaten,
f) Wahl von Delegierten für die höheren Organisationsstufen der Union,
g) Unterstützung und Beratung der Ortsverbandsvorstände,
h) Unterrichtung und Schulung der Mitarbeiter.

§ 21

Organe der Kreisverbände sind:

a) die Kreisverbandsversammlung,
b) die Kreisverbandsvorstandschaft,
c) der Beirat des Kreisverbandes,
d) die nach Bedarf zu bildenden Arbeitsausschüsse,
e) das Schiedsgericht.

§ 22

Die Kreisverbandsversammlung besteht [aus]:

a) je zwei in geheimer Wahl von den angeschlossenen Ortsverbänden gewählten Vertretern,
b) den im Gebiet des Kreisverbandes ansässigen Mandatsträgern zu den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften der Kreisinstanz, des Bezirkstages sowie der Parlamente,
c) den im Gebiet des Kreisverbandes ansässigen Mitgliedern der übergeordneten Organisationsstufen der Union.

§ 23

Aufgaben der Kreisverbandsversammlung sind:

a) Wahl der Kreisverbandsvorstandschaft und des Beirats,
b) Wahl der Ausschußvorsitzenden,
c) Aufstellen von Kandidaten für die kommunalen Selbstverwaltungsorgane der Kreisinstanz,
d) Nominierung von Landtagskandidaten,
e) Wahl von Vertretern zu übergeordneten Organisationsstufen der Union,
f) Aufstellen von Richtlinien für die politische Tätigkeit innerhalb des Kreises nach Maßgabe der Beschlüsse der Landesvorstandschaft,
g) Entgegennahme und Genehmigung des Haushaltungsvoranschlags und der Jahresrechnung,

h) Entlastung des Vorstandes,
i) Festsetzung der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,
k) Beschlußfassung über sämtliche das Interesse des Kreisverbandes berührenden politischen und organisatorischen Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung,
l) Beschlußfassung über die den Mitgliedern der Vorstandschaft in besonderen Fällen zu erstattenden Barauslagen und Verdienstausfälle,
m) Wahl von zwei Kassenprüfern.

§ 24

Einberufung

1. Die Kreisversammlung tritt mindestens halbjährlich einmal, sonst nach Bedarf zusammen. Sie ist vom Kreisvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von acht Tagen einzuberufen.
2. Die Kreisversammlung ist einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder das schriftlich unter Angabe der Gründe bei der Kreisvorstandschaft beantragt, oder wenn der Bezirksvorstand oder der Landesvorstand es verlangen.

§ 25

Kreisvorstandschaft

1. Die Kreisvorstandschaft besteht aus:
   a) dem Vorsitzenden,
   b) mindestens vier weiteren Mitgliedern,
   c) dem Vorsitzenden der Kreistags- (Stadtrats-) Fraktion,
   d) den im Kreisgebiet ansässigen Mitgliedern des Bezirkstags, den Landtagsabgeordneten und Mitgliedern der Vorstandschaften der höheren Organisationsstufen der Union.
2. Die Vorstandschaftsmitglieder zu 1. und 2. werden von der Kreisversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt. Sie sind ehrenamtlich tätig.

§ 26

Kreisbeirat

1. Aufgaben:
   Der Kreisbeirat berät und unterstützt die Kreisvorstandschaft bei der Durchführung der dem Kreisverbande gestellten Aufgaben. Die Vorstandschaft ist verpflichtet, den Beirat in allen politisch und organisatorisch bedeutsamen Fragen zu hören. In dringenden, besonders eilbedürftigen Fällen (§ 23, Abs. c, d, e, l, k) kann der Beirat an die Stelle der Kreisversammlung treten; jedoch ist diese nachträglich innerhalb von sechs Wochen über die gefaßten Beschlüsse zu unterrichten.
2. Zusammensetzung:
   Der Kreisbeirat wird von der Kreisversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt. Er soll berufsständisch gegliedert sein und insbesondere aus Vertretern der Landwirtschaft, Arbeiterschaft, des Handels und Gewerbes, der Industrie, des kulturellen Sektors, der freien Berufe, der Beamtenschaft sowie der Frauen und der Jugend bestehen.
   Dem Kreisbeirat gehören ferner an:
   die Vorsitzenden der Ausschüsse und die Mitglieder der Kreistags- (Stadtrats-) Fraktion.

Der Vorsitzende des Kreisverbandes übt gleichzeitig den Vorsitz im Kreisbeirat aus.

§ 27

Kreisausschüsse

1. Die Kreisverbände können für kulturelle, kommunalpolitische, wirtschaftliche und sonstige Sonderaufgaben Ausschüsse errichten.
2. Mitglieder:
   a) Die Ausschußvorsitzenden werden von der Kreisversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt.
   b) Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den Ausschußvorsitzenden aufgrund von Vorschlägen der Ortsvorstandschaften berufen.
3. Aufgaben:
   Die Ausschüsse tagen nach Bedarf. Sie haben die Aufgabe, das politische Wollen der Union zu verbreiten und zu vertiefen, die politische Tätigkeit der Union durch Bereitstellen von Unterlagen anzuregen, die Mitglieder über den politischen Weg der Union zu unterrichten und sie immer wieder zur Mitarbeit anzuregen. Die Vorsitzenden berichten der Kreisvorstandschaft über das Ergebnis der Ausschußtätigkeit.

§ 28

Schiedsgericht

Jeder Kreisverband hat ein Schiedsgericht zu errichten. Besetzung, Zuständigkeit und Verfahren des Schiedsgerichts richten sich nach der vom Landesverband beschlossenen Schiedsordnung.

§ 29

Auflösung

Der Kreisverband wird aufgelöst:

1. Durch Beschluß der Landesvorstandschaft. § 63 Abs. 2 dieser Satzung gilt entsprechend.
2. Er gilt als aufgelöst, wenn die Zahl der angeschlossenen Ortsverbände unter 3 - drei - gesunken ist.

§ 30

Geschäftsordnung

§§ 57 - 69 gelten entsprechend.

Die nächsthöhere Organisationsstufe sind die Bezirksverbände, die aus den Kreisverbänden eines bestimmen Bezirks, in der Regel eines Regierungsbezirks gebildet werden.
Die Bezirksverbände sind ähnlich gegliedert wie die Kreisverbände. Oberste Stellen: die Bezirksversammlung, dann der Bezirksvorstand. Es kommt dann - hier bei der Bezirksvorstandschaft neu eingefügt - der Bezirksständerat. Dieser wird gebildet aus je einem Vertreter der Berufsstände und hat die Aufgabe, die berufsständischen Fragen zu behandeln und sie der Bezirksversammlung zur Beschlußfassung zuzuleiten.
Ich lese weiter:

III. Bezirksverbände

§ 31

Bildung von Bezirksverbänden

Der Landesverband gliedert sich in folgende Bezirksverbände: Oberbayern, Niederbayern, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Oberpfalz, Schwaben und München.

Städten mit mehr als 150.000 Einwohnern kann auf Antrag die Stellung eines Bezirksverbandes durch den Landesausschuß gewährt werden.

§ 32

Aufgaben:

Aufgaben des Bezirksverbandes sind:

a) Durchführung der politischen Beschlüsse des Landesverbandes,
b) Unterstützung und Beratung der Kreis- und Ortsverbände bei Durchführung ihrer Aufgaben,
c) politischer und organisatorischer Erfahrungsaustausch mit den Kreisverbänden,
d) Festigung und Ausbau der Organisation innerhalb des Bezirksverbandes,
e) Förderung der planmäßigen Werbung für die Ziele der Union,
f) Veranstaltung von politischen Ausbildungslehrgängen,
g) Aufstellen von Wahlvorschlägen für die Landtagswahlen.

§ 33

Organe:

Organe des Bezirksverbandes sind:

1. die Bezirksversammlung,
2. die Bezirksvorstandschaft,
3. der Bezirksständerat,
4. nach Bedarf zu bildende Arbeitsausschüsse,
5. das Schiedsgericht.

§ 34

Bezirksversammlung

Die Bezirksversammlung besteht aus:

a) je zwei Vertretern der angeschlossenen Kreisverbände, die in geheimer Wahl zu wählen sind,
b) den im Gebiet des Bezirksverbandes ansässigen Landtagsabgeordneten und Angehörigen der Organe des Landesverbandes,
c) den Mitgliedern der Bezirkstagsfraktion,
d) bei städtischen Bezirksverbänden ferner aus den Mitgliedern der Stadtratsfraktion.

§ 35

Aufgaben

Aufgaben der Bezirksversammlung sind:

a) Wahl der Vorstandschaft,
b) Wahl der Mitglieder des Bezirksständerates,
c) Wahl der Mitglieder der Ausschüsse,
d) Wahl der Kassenprüfer,
e) Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag, die Jahresrechnung und die Entlastung der Vorstandschaft,

f) Beschlußfassung über die Höhe der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,
g) Beschlußfassung über die den Vorstandsmitgliedern im besondern zu erstattenden Barauslagen und Verdienstausfälle.
h) Aufstellen von Wahlvorschlägen für den Landtag,
i) Wahl von Vertretern zur Landesversammlung, zum Landesausschuß und zur Landesvorstandschaft,
k) Aufstellen von Richtlinien für die politische und organisatorische Tätigkeit innerhalb des Bezirksverbandes nach Maßgabe der Beschlüsse des Landesverbandes,
l) Beschlußfassung über sämtliche das Interesse des Bezirksverbandes berührenden politischen und organisatorischen Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung.

§ 36

Einberufung

1. Die Bezirksversammlung tritt mindestens halbjährlich, außerdem nach Bedarf zusammen. Sie wird vom Bezirksvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen einberufen.
2. Die Bezirksversammlung ist einzuberufen, wenn ein Drittel der angeschlossenen Kreisverbände dies schriftlich unter Angabe der Gründe beim Bezirksvorsitzenden beantragt oder wenn die Landesvorstandschaft es verlangt.

§ 37

Bezirksvorstandschaft

1. Die Bezirksvorstandschaft besteht aus:
   a) dem Vorsitzenden,
   b) mindestens sechs weiteren Mitgliedern,
   c) den im Bereich des Bezirksverbandes gewählten Landtagsabgeordneten der Union,
   d) den im Bereich des Bezirksverbandes ansässigen Mitgliedern der Landesvorstandschaft,
   e) dem Vorsitzenden der Bezirkstagsfraktion, bei städtischen Bezirksverbänden dem Vorsitzenden der Stadtratsfraktion.
2. Die Vorstandsmitglieder zu a) und b) werden von der Bezirksversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt. Sie sind ehrenamtlich tätig.
3. Die Bezirksvorstandschaft soll mindestens vierteljährlich zusammentreten, sie wird im übrigen nach Bedarf vom Bezirksvorsitzenden berufen. Die Einladung hat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen zu erfolgen.
   Die Sitzung ist einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder der Bezirksvorstandschaft dies schriftlich unter Angabe der Gründe beim Bezirksvorsitzenden beantragt oder wenn die Landesvorstandschaft es verlangt.

§ 38

Bezirksständerat

1. Der Bezirksständerat besteht aus je einem Vertreter
   a) der Landwirtschaft,
   b) der Arbeiter,
   c) der Industrie,

d) des Handwerks,
e) des Handels,
f) des Geld- und Kreditwesens,
g) der freien Berufe,
h) der Angestellten,
i) der Beamten,
k) der Hausfrauen,
l) der Ausgewiesenen und Flüchtlinge.

2. Die Mitglieder des Bezirksständerates werden auf Vorschlag der Bezirksvorstandschaft von der Bezirksversammlung gewählt.
3. Der Bezirksvorsitzende führt gleichzeitig den Vorsitz im Bezirksständerat. Der Bezirksständerat wählt aus seiner Mitte einen stellvertretenden Vorsitzenden.
4. Der Bezirksvorsitzende beruft den Bezirksständerat nach Bedarf schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von acht Tagen zu Sitzungen ein. Er tritt im übrigen regelmäßig gleichzeitig mit der Bezirksversammlung zusammen.
5. Der Bezirksständerat hat die Aufgabe, alle Fragen zu beraten, die die Interessen der in ihm vertretenen Berufsstände betreffen. Er kann seine Anträge dem Berufsständerat der Landesvorstandschaft oder der Bezirksversammlung vorlegen. Im letzten Fall beschließt die Bezirksversammlung über die Anträge unter stimmberechtigter Zuziehung der Mitglieder des Bezirksständerats.

§ 39

Ausschüsse

1. Die Bezirksversammlung kann zur Behandlung von Sonderaufgaben und von Fachfragen die Errichtung von Ausschüssen beschließen.
2. Die Vorsitzenden der Ausschüsse werden auf Vorschlag der Bezirksvorstandschaft von der Bezirksversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt.
3. Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den Ausschußvorsitzenden aufgrund von Vorschlägen der Kreisverbände berufen.
4. Die Ausschüsse werden nach Bedarf von den Vorsitzenden berufen. Sie haben die Aufgabe, die politische Zielsetzung zu vertiefen und ihre Tätigkeit durch Bereitstellen von Unterlagen anzuregen. Die Vorsitzenden berichten dem Bezirksvorstand über das Ergebnis der Ausschußtätigkeit.

§ 40

Schiedsgericht

Für das beim Bezirksverband zu bildende Schiedsgericht gelten die Bestimmungen der von der Landesvorstandschaft beschlossenen Schiedsordnung.

Zu § 38: -

Dr. *Falkner*: Ich nehme Bezug auf § 50 der Satzung, der den berufsständischen Rat der Landesvorstandschaft regelt. Dort haben wir festgesetzt, daß je zwei Vertreter der katholischen und evangelischen Geistlichkeit berufen werden sollen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich möchte vorschlagen, jetzt noch in keine Einzeldebatten einzutreten. Wir gehen das noch im einzelnen durch. Mittlerweile ist das Stimmrecht festgestellt. Dann wird über die einzelnen Paragraphen debattiert. Wir müssen das, damit wir eine legale Grundlage bekommen.

Wird das gebilligt? - Einverstanden.

Gronwald: Der Landesverband. Organe des Landesverbandes: Das oberste Organ ist die Landesversammlung. Aus ihr heraus wird der Landesausschuß gebildet, der eine verkleinerte Landesversammlung darstellt und häufiger im Jahre zusammentritt, während vorgesehen ist, daß die Landesversammlung im Jahre im allgemeinen nur einmal tagt. Der Landesausschuß wählt die Landesvorstandschaft. Der Landesvorsitzende wird von der Landesversammlung gewählt, während es Aufgabe des Landesausschusses ist, aus seiner Mitte die Vorstandschaft zu bilden. Die Landesvorstandschaft verjüngt sich dann in eine geschäftsführende Vorstandschaft. Während die Landesvorstandschaft an sich ein ziemlich großes Gremium ist, soll die geschäftsführende Vorstandschaft aus sieben Mitgliedern bestehen. Dieses kleine Gremium ist deswegen miteingeschaltet, um dem Vorsitzenden jederzeit einen Kreis zur Verfügung zu stellen, der schnell zusammentreten und ihn in allen wichtigen und dringenden Fragen beraten kann.
Neu eingeschaltet ist hier der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft. Schließlich stehen der Vorstandschaft noch die Arbeits- und Organisationsausschüsse beratend zur Seite.

IV. Landesverband

§ 41

Organe

Organe des Landesverbandes sind:

a) die Landesversammlung,
b) der Landesausschuß,
c) die Landesvorstandschaft,
d) die geschäftsführende Landesvorstandschaft,
e) der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft,
f) die Arbeits- und Organisationsausschüsse.

§ 42

Landesversammlung

Die Landesversammlung ist das oberste politische Organ der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

Sie besteht aus:

a) je zwei stimmberechtigten Vertretern der Kreisverbände,
b) den Mitgliedern der Landesvorstandschaft,
c) den Mitgliedern des Landtages, soweit sie der Union angehören,
d) den Mitgliedern des berufständischen Rates der Landesvorstandschaft,
e) fünf Vertretern der Frauen und fünf Vertretern der Jugend.

§ 43

Aufgaben:

Die Landesversammlung wählt den Landesvorsitzenden für die Dauer eines Jahres.

Ihr obliegt ferner die Beschlußfassung über:

a) die Satzung und deren Änderungen,
b) das Programm,
c) die Richtlinien der Politik,
d) die Schiedsordnung,
e) die Auflösung der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

§ 44

Einberufung:

Die Landesversammlung tagt einmal im Jahr. Sie wird mit einer Frist von 14 Tagen vom Landesvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen.

Eine außerordentliche Landesversammlung muß in derselben Weise einberufen werden:

a) auf Beschluß der geschäftsführenden Landesvorstandschaft,
b) auf Antrag von mindestens fünf Bezirksverbänden.

§ 45

Landesausschuß

Zur Entlastung der Landesversammlung wird ein Landesausschuß gebildet. Er besteht aus:

a) der Landesvorstandschaft,
b) dem berufsständischen Rat der Landesvorstandschaft,
c) je fünf Vertretern der Bezirksverbände,
d) der Vorstandschaft der Landtagsfraktion,
e) drei Vertretern der Frauen und drei Vertretern der Jugend, die der Landesausschuß auf Vorschlag der Landesvorstandschaft wählt.

§ 46

Aufgaben

1. Dem Landesausschuß obliegt die Beschlußfassung über alle im Laufe des Geschäftsjahres auftretenden politischen Fragen von grundsätzlicher oder weittragender Bedeutung, die der Landesversammlung nicht vorgelegen haben.
2. Insbesondere hat der Landesausschuß folgende Aufgaben:
   a) die Wahl der Landesvorstandschaft,
   b) die Wahl der Vorsitzenden der Arbeits- und Organisationsausschüsse,
   c) die Zustimmung zu den Landtagswahlvorschlägen der Bezirksverbände,
   d) die Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes,
   e) Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag, Jahresrechnung und die Entlastung der Landesvorstandschaft,
   f) Festsetzung der Beiträge,
   g) Besetzung des Landesschiedsgerichtes,
   h) Beschlußfassung über organisatorische Fragen,
   i) Wahl von zwei Kassenprüfern.
3. Der Landesausschuß tritt mindestens zweimal im Jahre zusammen. Im übrigen kann er nach Bedarf vom Landesvorsitzenden berufen werden. Die Einladungen erfolgen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen. Der Landesausschuß muß einberufen werden, wenn dies mindestens von einem Drittel seiner Mitglieder schriftlich unter Angabe der Gründe bei der Landesvorstandschaft beantragt wird.

§ 47

Landesvorstandschaft

Die Landesvorstandschaft besteht aus:

a) dem Landesvorsitzenden,
b) zehn vom Landesausschuß für die Dauer eines Jahres zu wählenden Mitgliedern,
c) je einem von den Bezirksverbänden zu wählenden Vertreter,

d) den Mitgliedern der Staatsregierung, soweit sie der Union angehören,
e) der Vorstandschaft der Landtagsfraktion,
f) der Vorstandschaft des berufsständischen Rates,
g) zwei Vertretern der Frauen und
h) zwei Vertretern der Jugend, die der Landesausschuß auf Vorschlag der Landesvorstandschaft wählt.

§ 48

Aufgaben

Zu den Aufgaben der Landesvorstandschaft gehören insbesondere:
a) Beschlußfassung über die Durchführung der von der Landesversammlung und dem Landesausschuß beschlossenen Politik,
b) Anstellung des Landesgeschäftsführers,
c) Wahl eines geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes,
d) Überwachung der Kassenführung,
e) Überwachung der politischen Tätigkeit der Unterverbände der Union,
f) Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften und sonstigem politischen Schrifttum,
g) Veranstaltung von Lehrgängen und Arbeitsgemeinschaften zur Schulung von Mitarbeitern und zur Vertiefung der politischen Grundsätze der Union,
h) Anstellung von Bezirks- und Kreisgeschäftsführern,
i) Erlaß einer Besoldungsordnung und Dienstanweisung für die Angestellten der Union,
k) Anstellung eines Revisors.

§ 49

Die Landesvorstandschaft tritt mindestens vierteljährlich zusammen. Sie wird vom Landesvorsitzenden schriftlich mit einer Frist von sieben Tagen unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Bei außerordentlichen Anlässen kann die Einberufung auch kurzfristig erfolgen. Sie muß erfolgen, wenn das mindestens von einem Drittel [ihrer] Mitglieder schriftlich unter Angabe der Gründe beim Landesvorsitzenden beantragt wird.

Die Landesvorstandschaft verteilt ihre Ämter selbst, sie muß jedoch mindestens ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied und einen Schatzmeister bestellen.

§ 50

Berufsständischer Rat der Landesvorstandschaft

1. Der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft besteht aus je zwei Vertretern der katholischen und evangelischen Geistlichkeit sowie je zwei Vertretern
   a) der Landwirtschaft,
   b) der Arbeiter,
   c) der Industrie,
   d) des Handwerks,
   e) des Handels,
   f) des Geld- und Kreditwesens,
   g) der freien Berufe,
   h) der Angestellten,
   i) der Beamten,
   k) der Hausfrauen,
   l) der Ausgewiesenen und Flüchtlinge.

Wahl der Mitglieder

2. Die Mitglieder des berufsständischen Rates werden auf Vorschlag der geschäftsführenden Vorstandschaft von der Landesvorstandschaft gewählt. Bei den Vorschlägen sollen die Wünsche der der Union angehörenden Mitglieder der berufsständischen Organisation[en] (Bauernverband, Gewerkschaften usw.) sowie die Anregungen der jeweils in Betracht kommenden Ausschüsse berücksichtigt werden.

Einberufung

3. Der Landesvorsitzende beruft den berufsständischen Rat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen zu Sitzungen ein. Die Sitzungen werden vom Landesvorsitzenden geleitet. Der berufsständische Rat wählt aus seiner Mitte eine aus drei Mitgliedern bestehende Vorstandschaft.

Aufgabe

4. Dem berufsständischen Rat obliegt die Wahrnehmung aller Aufgaben, die die Interessen der in ihm vertretenen Berufsstände berühren. Der berufsständische Rat leitet seine Anträge zur Beschlußfassung an die Landesvorstandschaft; die Landesvorstandschaft beschließt in diesen Fällen unter stimmberechtigter Hinzuziehung der Mitglieder des berufsständischen Rates.
Antragsberechtigt sind der berufsständische Rat insgesamt und die Vertreter der einzelnen Berufsstände gemeinsam.

§ 51

Geschäftsführende Vorstandschaft

1. Zu ihrer Entlastung und zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebes wählt die Landesvorstandschaft aus ihrer Mitte eine aus sieben Mitgliedern bestehende geschäftsführende Landesvorstandschaft. Art und Umfang der Aufgaben der geschäftsführenden Landesvorstandschaft bestimmt die Landesvorstandschaft.
2. Die geschäftsführende Landesvorstandschaft wird nach Bedarf vom Landesvorsitzenden mit einer Frist von zwei Tagen einberufen. Sie muß einberufen werden, wenn es von mindestens drei Mitgliedern schriftlich unter Angabe der Gründe beim Landesvorsitzenden beantragt wird. In besonders dringenden Fällen kann der Landesvorsitzende die Einberufungsfrist herabsetzen.

§ 52

Landesvorsitzender

Der Landesvorsitzende führt die Geschäfte der Union und vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich. Seine Vertretungsbefugnis ergibt sich aus dieser Satzung. Der Landesvorsitzende wird von der Landesversammlung für die Dauer eines Jahres mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Er kann sich vermöge schriftlicher Vollmacht durch jedes Mitglied der geschäftsführenden Landesvorstandschaft vorübergehend für einen Teilbereich seiner Aufgaben vertreten lassen. Für den Fall einer vorzeitigen Erledigung des Landesvorsitzes hat die geschäftsführende Landesvorstandschaft bis zur Neuwahl unverzüglich einen vorläufigen Vorsitzenden aus ihrer Mitte zu berufen. Die Genehmigung des Landesausschusses ist innerhalb von vier Wochen nachzuholen. Der Landesvorsitzende kann jederzeit an allen Sitzungen, Versammlungen und sonstigen Zusammenkünften der Organe aller Verbände der Union stimmberechtigt teilnehmen.

§ 53

Arbeits- und Organisationsausschüsse

1. Der Landesausschuß kann nach Bedarf die Bildung von Arbeits- und Organisationsausschüssen beschließen.
2. Die Arbeits- und Organisationsausschüsse beraten die Landesvorstandschaft in den politischen Fachfragen, für die sie gebildet sind.
3. Die Geschäfte der Arbeits- und Organisationsausschüsse werden von einem Vorsitzenden und einem stellvertretenden Vorsitzenden geführt, die vom Landesausschuß für ein Jahr gewählt werden.
4. Die Mitglieder der Arbeits- und Organisationsausschüsse werden von den Bezirksverbänden gewählt. Jeder Bezirksverband kann drei sachverständige Vertreter entsenden. Die Vorsitzenden können weitere fünfzehn sachkundige Mitglieder im Einvernehmen mit der Landesvorstandschaft berufen.
5. Die Arbeits- und Organisationsausschüsse werden nach Bedarf von den Vorsitzenden berufen. Sie regeln ihre Angelegenheiten selbst.

§ 54

Der Landesgeschäftsführer

Der Landesgeschäftsführer ist der Leiter der Geschäftsstelle des Landesverbandes. Er erledigt seine Aufgaben nach den Weisungen des Landesvorsitzenden und nach Maßgabe der von der Landesvorstandschaft beschlossenen Dienstanweisung. Er kann an allen Sitzungen und Versammlungen der Organe der Union teilnehmen.

§ 55

Schiedsgericht

Für das vom Landesausschuß zu bildende Schiedsgericht gelten die Bestimmungen der Schiedsordnung.

§ 56

Auflösung

Die Union wird aufgelöst

a) durch Beschluß der Landesversammlung,
b) durch Eröffnung des Konkursverfahrens über ihr Vermögen,
c) durch Entziehung der Rechtsfähigkeit (§ 43 BGB),
d) im Falle des § 73 BGB.

D) Beiträge

§ 57

Die zur Durchführung der Aufgaben der Union erforderlichen Mittel werden durch Aufnahmegebühren, Mitgliederbeiträge, Sammlungen und Spenden aufgebracht. Die Finanzgebarung der Union wird durch ein gesondertes, vom Landesausschuß zu beschließendes Finanzstatut im einzelnen geregelt.

E) Allgemeine Bestimmungen

§ 58

Geschäftsbetrieb

1. Die Geschäfte der Ortsverbände, Kreisverbände, Bezirksverbände und des Landesverbandes werden von den Vorstandschaften geführt. Diese sind dabei an die Beschlüsse und Richtlinien der Organe gebunden, von denen sie gewählt sind.

Die Unterverbände haben darüber hinaus die politischen, organisatorischen und sonstigen Beschlüsse des Landesverbandes zu beachten.

2. Die Vorstandschaften verteilen ihre Ämter selbst. Sie haben jedoch mindestens einen zweiten Vorsitzenden und einen Schatzmeister aus ihrer Mitte zu wählen.
3. In besonderen Fällen kann von den Vorstandschaften zur Unterstützung des Vorsitzenden ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied bestellt werden. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied ist ehrenamtlich tätig. Es erhält seine Aufgaben vom Vorsitzenden und ist an dessen Weisungen gebunden.

§ 59

Geschäftsführer

1. Die Landesvorstandschaft stellt für in der Regel zwei oder mehr Kreisverbände und für jeden Bezirksverband einen Geschäftsführer an. Die Geschäftsführer führen die Bezeichnung Kreis- bzw. Bezirksgeschäftsführer.
2. Die Anstellung erfolgt auf Vorschlag der betroffenen Kreis- oder Bezirksvorstandschaften. Kommt eine Verständigung über den ersten und gegebenenfalls auch einen zweiten Vorschlag nicht zustande, ist die Landesvorstandschaft berechtigt, von sich aus einen Geschäftsführer einzusetzen.
3. Das Recht Geschäftsführer anzustellen, einzusetzen und abzuberufen steht lediglich der Landesvorstandschaft zu.
4. Das Gehalt der Geschäftsführer wird vom Landesverband getragen, die sonstigen Kosten der Geschäftstellen werden von den Verbänden aufgebracht, für die sie errichtet sind.
5. Die Aufgaben der Geschäftsführer werden durch eine von der Landesvorstandschaft beschlossene Dienstanweisung geregelt.
6. Die Geschäftsführer unterstehen der Dienstaufsicht des Landesvorsitzenden. Der Landesvorsitzende kann dieses Recht auf das geschäftsführende Vorstandsmitglied oder auf den Landesgeschäftsführer delegieren. Die Geschäftsführer sind an die politischen Weisungen der Landesvorstandschaft und der Vorsitzenden, für deren Bereich sie eingesetzt sind, gebunden.
7. Die Geschäftsführer nehmen an allen Sitzungen und Versammlungen der Organe der Verbände ihres Anstellungsbereiches teil.

§ 60

Vertretung nach außen

1. Die Ortsverbände, Kreisverbände, Bezirksverbände und der Landesverband werden gerichtlich und außergerichtlich von ihren Vorsitzenden vertreten.
2. Rechtsverbindliche Willenserklärungen und politische Erklärungen von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung müssen vom Vorsitzenden und einem weiteren Vorstandsmitglied unterschrieben sein. Finanzielle Verpflichtungen bedürfen außerdem der Genehmigung des Schatzmeisters.

§ 61

Buchführung und Kassenprüfung

1. Alle Verbände der Union sind zur ordnungsgemäßen Buchführung verpflichtet.
2. Die Kassen- und Rechnungsführung jedes Verbandes ist am Schlusse eines Geschäftsjahres und außerdem mindestens halbjährlich noch einmal von zwei Kassenprüfern und dem Vorsitzenden oder einem von ihm zu benennenden Vertreter sachlich und formal zu prüfen.

3. Die Kassenprüfer werden von den Organen, die jeweils die Vorstandschaften wählen, für ein Jahr gewählt. Sie dürfen den Vorstandschaften nicht angehören.
4. Die Landesvorstandschaft kann die Kassen- und Rechnungsführung aller Unterverbände jederzeit unangemeldet durch einen von ihr bestellten Revisor prüfen lassen.
5. Über alle Kassen- und Rechnungsprüfungen ist eine Niederschrift zu fertigen, die von den Prüfern, den Vorsitzenden und dem Schatzmeister zu unterschreiben ist. Die Niederschrift ist zehn Jahre bei den Akten aufzubewahren.
6. Über das Ergebnis der Kassen- und Rechnungsprüfungen ist der nächsten Mitgliederversammlung zu berichten. Ernstere Beanstandungen sind unverzüglich der Landesvorstandschaft zu melden. Die Meldepflicht obliegt - unabhängig voneinander - den Kassenprüfern und dem Vorsitzenden.

§ 62

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 63

Finanzgebarung

Für die Finanzgebarung der Verbände der Union gelten die Bestimmungen des vom Landesausschuß beschlossenen Finanzstatuts.

§ 64

Abstimmungen, Auflösung

1. Alle Organe der Union fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende. Die Organe sind beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist. Wird Beschlußunfähigkeit festgestellt, so ist innerhalb von vier Wochen eine weitere Versammlung anzuberaumen, die dann mit einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen beschließen kann.
2. Auflösungsbeschlüsse können nur gefaßt werden, wenn
   a) beim Ortsverband mindestens drei Viertel aller Mitglieder anwesend sind und davon zwei Drittel der Auflösung zustimmen,
   b) beim Landesverband mindestens drei Viertel aller Mitglieder der Landesversammlung anwesend sind und davon zwei Drittel der Auflösung zustimmen.
3. Wird die Anwesenheit von drei Vierteln der Mitglieder bei der ersten Versammlung nicht erreicht, so kann eine zweite Versammlung berufen werden, die dann mit der einfachen Mehrheit der Erschienenen beschließt.
4. Im Falle der Auflösung gelten die letzten Vorstandsmitglieder als Liquidatoren, sofern nicht bei den Ortsverbänden die Mitgliederversammlung, bei den Kreisverbänden die Kreisversammlung und beim Landesverband die Landesversammlung andere Liquidatoren wählt. Für die Tätigkeit, Vergütung und Verantwortung der Liquidatoren gelten die Bestimmungen über den Vorstand entsprechend.
5. Bei Auflösung eines Ortsvereins geht das Vermögen auf den Kreisverband über. Das Vermögen aufgelöster Kreisverbände geht auf die Bezirksverbände über, das Vermögen aufgelöster Bezirksverbände gilt als an den Landesverband übertragen. Bei Auflösung des Landesverbandes geht das Vermögen der Union je zur Hälfte an die Caritas und an die innere Mission.

§ 65

Anträge in Landesangelegenheiten

1. Anträge können stellen:
   a) zur Landesversammlung jeder Kreis- und Bezirksverband, ferner die Landesvorstandschaft, die geschäftsführende Landesvorstandschaft und der Landesvorsitzende,
   b) zum Landesausschuß jeder Kreis- und Bezirksverband, ferner die Landesvorstandschaft, die geschäftsführende Landesvorstandschaft und der Landesvorsitzende,
   c) zur Landesvorstandschaft und zur geschäftsführenden Landesvorstandschaft jedes Mitglied dieser Organe, ferner der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft und die Vertreter der einzelnen Berufsstände gemeinsam. Wünschen Ortsverbände oder Mitglieder Anträge zu stellen, so müssen sie sich an einen Antragsberechtigten wenden.
2. Den Organen der Unterverbände gegenüber ist jeweils jeder Teilnehmer antragsberechtigt.
3. Die Anträge sind so zeitig zu stellen, daß sie noch in die mitzuteilende Tagesordnung aufgenommen werden können. Spätere Anträge sind nur zulässig, wenn sie sich erst aus der Versammlung selbst ergeben oder von der Mehrheit der Versammlung zugelassen werden.

§ 66

Teilnahmeberechtigung

1. Die Verhandlungen der Landesversammlung sind jedem eingeschriebenen Mitglied als Gast gegen Vorweis der Mitgliedskarte nach Verfügbarkeit des Raumes zugänglich. Wortmeldungen von Gästen sind durch ein Versammlungsmitglied anzubringen und bedürfen der Zustimmung der Versammlung.
2. Die Verhandlungen aller anderen Organe sind nur den satzungsmäßigen Teilnehmern zugänglich, die sich auf Verlangen legitimieren müssen. Durch Mehrheitsbeschluß können Gäste zugelassen werden.

§ 67

Wahlen

Die Aufstellung der Repräsentanten und Kandidaten der Union ist stets in schriftlicher geheimer Abstimmung durchzuführen. Sie gilt, soweit nicht gesetzlich anders bestimmt ist, für ein Jahr. Es entscheidet einfache Mehrheit, bei Bedarf erfolgt Stichwahl. Bewerber für die Wahlen sind so zeitig bekanntzugeben, daß sich die Wahlberechtigten vorher ein Urteil über sie bilden können. Jeder Stimmberechtigte ist berechtigt, Bewerber vorzuschlagen.

§ 68

Niederschriften

1. Über die Sitzungen und Versammlungen der Organe aller Verbände der Union sind Niederschriften zu fertigen.
2. Die Niederschriften sind nach Genehmigung vom Vorsitzenden und mindestens drei Teilnehmern zu unterschreiben.
3. Die Niederschriften sind mindestens zehn Jahre bei den Akten aufzubewahren.

§ 69

Aufsicht

1. Die Landesvorstandschaft hat ein Aufsichtsrecht über die Geschäftsführung und die Politik sämtlicher Unterverbände der Union.
2. Die Landesvorstandschaft kann aus ihrer Mitte ein Mitglied mit der Ausführung dieser Aufsicht beauftragen
3. Das mit der Aufsicht beauftragte Mitglied der Landesvorstandschaft kann von den Organen der Unterverbände der Union sämtliche Unterlagen anfordern und alle Auskünfte verlangen, die zur Ausübung dieses Rechtes erforderlich sind. Es kann ferner an sämtlichen Sitzungen, Versammlungen und sonstigen Zusammenkünften innerhalb der Union stimmberechtigt teilnehmen.

§ 70

Wirtschaftliche Beteiligung

1. Die Verbände der Union können keine wirtschaftlichen Beteiligungen und keine Fusionen irgendwelcher Art eingehen. Sie dürfen sich auch selbst nicht wirtschaftlich betätigen.
2. Ausnahmen kann die Landesvorstandschaft beschließen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir treten in die Debatte über diese Statuten ein.
Meine lieben Parteifreunde! Zunächst darf ich eines bemerken. Sie werden vielleicht das Empfinden haben, gerade weil bei mir immer leicht das Vorurteil herrscht, daß ich etwas zentral oder zentralistisch denke, daß die Statuten zu zentralistisch aufgebaut seien, also eine zu starke Zentralgewalt schaffen würden. Vergessen Sie bitte bei der Diskussion nicht: Zunächst haben wir einen großen Wahlerfolg, haben wir viele Anhänger, viele Wähler bekommen. Aber die Ziffer der eingeschriebenen Mitglieder der Union, um den alten Ausdruck zu nehmen, gleicht nicht annähernd der Wahlziffer. Sie steht noch in keinem Verhältnis dazu. Zum Teil ist der Aufbau so vollzogen worden, daß sich ganz wenige Parteifreunde draußen gefunden und die Union in den jeweiligen Orten und Kreisen aufgebaut haben. Heute würde vielleicht der Aufbau schon nicht mehr ganz der Zusammensetzung der Wählerschaft entsprechen. Es kommt jetzt darauf an, daß wir so aktiv wie irgend möglich den Mitgliederstand erhöhen und dann die Organisation richtig zusammenfassen. Es kommt also einzig darauf an, aus den vielen Gruppierungen, die sich zusammengefunden haben, ein festes Gefüge zu machen. Dazu ist es notwendig, die Möglichkeit zu schaffen, daß wirklich eine straffe Organisation durchgeführt werden kann. Sie können später, vielleicht in ein, zwei Jahren wieder Lockerungen vornehmen. Aber im Augenblick muß das Ganze durchgerissen werden. Sie haben die Schwierigkeiten zum Teil selbst draußen miterlebt. Wir hatten hier dieselben Schwierigkeiten. Ich kann sagen, daß ich einen schönen Bruchteil meiner Zeit - und ich arbeite nicht wenig - hernehmen muß, nur um Streitigkeiten zu schlichten. Es ist das nichts besonderes. Es versteht sich das von selbst, gerade bei uns, weil wir eine neue Gruppierung sind. Es ist das sogar ein Beweis dafür, daß sich Leute zusammengefunden haben, die nicht ganz einfach von früheren Vorstellungen ausgegangen sind und früher nicht zu einem engeren Partei- und Freundeskreis gehört haben. Jetzt muß aber dafür gesorgt werden, daß wir allmählich zusammenwachsen, uns verstehen, damit dort, wo Schwierigkeiten auftreten, rasch und energisch gehandelt und durchgegriffen werden kann. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, die Gegner von außen und eventuell auch Parteifreunde, die, zumindestens objektiv betrachtet, gegnerisch handeln, so rasch wie möglich zur Raison

zu bringen, wenn ich mich so ausdrücken darf. Ich denke dabei nicht immer nur an den Kampf, ich denke vor allem an die Vermittlung. Aber manchmal muß sehr darauf Bedacht genommen werden, die Leute doch zur Vernunft zu bringen, und oft muß gegen den schärfsten und größten Feind aufgetreten werden - das ist nun einmal menschlich -, gegen den persönlichen Ehrgeiz.

(Sehr richtig!)

Infolgedessen bitte ich Sie, wenn Sie debattieren, nicht etwa davon auszugehen, daß Statuten entworfen werden sollten, die dem Landesvorsitzenden oder der Landesvorstandschaft, die ja schon ein sehr großes Gremium ist, zuviel Macht geben, sondern ich bitte Sie, daran zu denken: Jede dieser Bestimmungen ist notwendig, um eine straffe Organisation zu schaffen, um durch die Organisation die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Union Stoßkraft nach außen und auch eventuell ausgleichende Kraft nach innen entwickeln wird.
Nun bitte ich, die Debatte zu beginnen: Wer meldet sich zum Wort?
Dr. *Schlögl*: Meine Damen und Herren! Ich bin Gründungsmitglied der Christlich-Sozialen Union und möchte daher die Anregung geben, daß der § 1 in der Urfassung angenommen wird. Es heißt in § 1:

> Die Christlich-Soziale Union ist eine politische Partei. Sie führt den Namen Christlich-Soziale Union in Bayern.

Wir haben bei der Gründungsversammlung über diese Frage lange debattiert. Ich würde bitten, daß der ursprüngliche Name wieder zur Geltung kommt und stelle daher die Bitte an die Landesversammlung, die Satzung zu ändern in: "Sie führt den Namen Bayerische Christlich-Soziale Union".

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Darf ich dazu Stellung nehmen. Wir haben früher lange Debatten gehabt, als wir den Namen gefunden haben. Ich bedauere immer wieder, daß nur mit Rücksicht auf Stimmungen solche Fragen aufgeworfen werden.

(Sehr richtig!)

Es hat sich nämlich früher gezeigt, daß die Militärregierung bestimmte Schwierigkeiten gemacht hat. Ich weiß im Augenblick nicht, ob die Schwierigkeiten noch bestehen würden, weil ich nämlich leider trotz langer Vorbereitungszeit bisher nicht darauf hingewiesen wurde, daß solch ein Antrag hier kommen würde.

(Zuruf: Sind wir nicht alle Deutsche?)

In einem solchen Fall muß man darum bitten, daß man darauf vorbereitet wird, damit man sich orientieren kann. Es wurde damals von der Militärregierung darauf hingewiesen, daß die Kennzeichnung "Bayerische Christlich-Soziale Union" eine Besonderheit für eine Partei darstellen würde, die ihr nicht zustehe, weil ja auch die anderen Parteien im bayerischen Raum bayerisch sein wollen.

(Sehr richtig!)

Das ist nicht das Spezifikum. Das Spezifikum liegt anderswo.
Dr. *Schlögl*: Das bedarf doch nur einer Aufklärung!

Dr. *Horlacher*: Meine Damen und Herren! Bei uns darf - und das ist nur eine wohlwollende Mahnung gegenüber dem Herrn Vorsitzenden [*Josef Müller*] - nie der Eindruck entstehen, daß einer, selbst wenn er eine Meinung vorbringt, die für ihn allein dastehen würde, das nicht tun kann, weil sich der Herr Vorsitzende gleich mit großer Erregung dagegen wendet.

(Sehr richtig!)

Wir sind einmal in der Debatte und müssen es jetzt auch ertragen lernen, auch die Meinung des anderen, selbst wenn sie uns nicht paßt, gelten zu lassen. Wir werden uns dann schon auseinandersetzen. Ich würde bitten, daß diese Gesichtspunkte beachtet werden, gerade da, wenn man glaubt, mit besonderer Vehemenz eine bestimmte Meinung durchsetzen zu müssen.

Nun lassen Sie mich zur Satzung selber etwas sagen. Meine verehrten Damen und Herren! Wenn ich die Satzungen im Ganzen ansehe - und ich möchte die Debatte durch meine Ausführungen verkürzen, damit wir nicht zu lange an der Satzung hängen bleiben -, so ist sie in ihrem Gerippe als Ganzes gesehen nicht schlecht. Sie sind aber ziemlich voluminös geworden und es wäre manches besser herausgelassen worden, was in die Geschäftsordnung gehört hätte. Die Satzungen wären dann übersichtlicher geworden. Wenn sich der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens so voluminös vollzieht, gehen wir glücklichen Zeiten entgegen. Das steht einwandfrei fest. Ich gehe von dem Gesichtspunkt aus: Mögen die Satzungen im einzelnen am Anfang nicht ganz zusagen, wir wollen im Augenblick darüber hinweggehen. Erst die Erfahrungen werden die Satzungen gestalten müssen. Wir werden die Satzungen ändern können. Wir brauchen dazu meines Erachtens keine Zweidrittelmehrheit. Wenn das vorgesehen wäre, dann sollte meines Erachtens die Bestimmung in der Satzung aufgenommen werden, daß sie während einer Übergangszeit von mindestens zwei Jahren mit einfacher Mehrheit geändert werden könnte. Die Satzungen sind aus dem Nichts geschaffen worden. Deswegen sind sie auch so voluminös geworden.

Wenn aber der Satz des Herrn Vorsitzenden stimmt, daß wir wie jede Organisation ein festes Gefüge brauchen, so stimme ich den Satzungen im Ganzen durchaus zu. Aber trotz dem festen Gefüge muß die demokratische Luft die ganze Partei durchwehen.

(Sehr richtig!)

Es muß jeder das Recht haben, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, jeder Bezirk und jeder Kreis. Denn wenn es der Sinn der Demokratie ist, von unten nach oben zu wirken, muß das so sein. Es könnten zwar auch manche Bestimmungen etwas anders ausgedrückt werden. Ich bitte im Augenblick darüber hinwegzusehen. Die Erfahrung muß das Ganze einspielen. Es kommt darauf an, wie die Satzung gehandhabt wird. Eine Satzung kann noch so gut und schön sein, sie nützt nichts, wenn sie nicht entsprechend gehandhabt wird. Darauf kommt es in erster Linie an. Aber den Grundsatz möchte ich aufstellen, daß der draußen bestellte Geschäftsführer das Vertrauen der Leute seines Bezirkes haben muß.

(Sehr richtig!)

Sonst kann nicht praktisch gearbeitet werden. Das ist ein Grundsatz, auf den wir uns trotz aller Satzungen vereinigen müssen.

Bezüglich des obersten Organs, der Landesversammlung, stehe ich schon auf dem Standpunkt, daß die Landesversammlung das oberste demokratische Recht der Partei in Anspruch nehmen muß, bei allen wichtigen, grundsätzlichen Fragen der Gesamt-

politik gehört zu werden. Es werden manche wichtigen Fragen an uns herantreten. Dann wird die Verantwortung so groß sein, daß der große demokratische Apparat der Landesversammlung zu Worte kommen muß. Da ist mir der Satz "Die Landesversammlung ist das oberste politische Organ der Christlich-Sozialen Union in Bayern" zu wenig. Er ist mir nicht ganz hieb- und stichfest. Nach meiner Überzeugung müßte das etwas schärfer formuliert werden. Es müßte insbesondere heißen: "Die Landesversammlung hat zu allen grundsätzlichen politischen Fragen des Landes Stellung zu nehmen, insbesondere auch zu den Fragen, die über das Land Bayern hinausgreifen." Es ist das an sich eine Selbstverständlichkeit. Es ist aber dringend notwendig, daß es in der Satzung festgelegt wird. Damit wären alle Fragen getroffen, die auch die künftige Reichspolitik angehen. Diese schwerwiegenden Fragen zu entscheiden, muß in erster Linie das Recht der Landesversammlung sein. Hierüber müssen wir uns auseinandersetzen.
Diese wesentlichen Punkte wollte ich hervorheben. Ich will nicht länger sprechen, weil ich das demokratische Prinzip einhalten will, daß auch andere Herren ihre Meinung äußern und man somit zu einer einheitlichen Meinung kommt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte bei dieser Gelegenheit ein für alle Male etwas sagen: Wenn von Demokratie gesprochen wird, vergessen wir nicht - ich wollte es erst später sagen - die Demokratie, die wir jetzt haben, ist im gewissen Sinne ein Findelkind, das uns in die Wiege gelegt wird. Wir selbst hatten die Demokratie verloren. Wir müssen uns erst zu ihr zurückfinden. Demokratie aber als Schlagwort kann leicht zur Phrase und leicht mißbraucht werden. Zerreden wir nicht die Demokratie in dem Augenblick, in dem wir sie aufbauen wollen. Denken wir an die alte Zeit, wie damals die Demokratie auch in den Parlamenten zerredet wurde. Auch da waren zum Teil die Herren Abgeordneten in den Parlamenten schuld daran, daß die Demokratie zerredet und verloren wurde.

(Bravo!)

Wenn wir die Demokratie aufbauen, dann wollen wir eine disziplinierte Demokratie haben, diszipliniert bis ins Kleine.

(Sehr richtig!)

Denn sonst verlieren wir nur die Zeit durch Worte und kommen nicht zur Tat. Unsere Leute, die in Not sind, erwarten mehr als Worte, mehr als demokratische Phrasen. Sie erwarten von uns Arbeit und wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß wir arbeiten können, auch in der Union.

(Beifall.)

Ich möchte hier auf einen Punkt hinweisen, der mir wesentlich erscheint und der hier angeführt wurde, nämlich die Landesversammlung als oberstes politisches Organ der Christlich-Sozialen Union in Bayern. Meine lieben Freunde! Freund *Michel Horlacher* war bei den Besprechungen zugegen, es sind ja schießlich so viele Leute dagewesen, daß sich der gesunde Menschenverstand nach demokratischem Prinzip in der Majorität durchsetzen konnte. Wir haben natürlich auch alle möglichen Gesichtspunkte überlegt. Vergessen Sie nicht, die Landesversammlung, wie sie hier beschlossen wird, hat ungefähr 600 Mitglieder. Sie können die Landesversammlung nicht alle paar Wochen zusammenrufen.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, wenn ich an Sie die Frage richten würde, ist es Ihnen möglich, im Sommer bei jeder Gelegenheit zu kommen, dann werden Sie sagen, da muß es sich schon um etwas sehr Wichtiges handeln. Wenn ich Sie frage: Können Sie in der Zeit der Wahlen jeden Monat zusammenkommen, dann werden Sie sagen, da haben wir etwas ganz anderes zu tun, denn wir, die wir draußen für die Union arbeiten, wir müssen dafür sorgen, daß gewählt, nicht daß geredet wird. Es kommt infolgedessen darauf an, die Sicherungen immer so einzubauen, daß nicht gegen Ihren Willen gehandelt wird. Sie bestimmen über die Landesversammlung die Grundsätze, nach denen die Politik für das laufende Jahr bis zu einer Tagung gemacht wird. Der Landesausschuß, der ja auch von draußen zusammengesetzt ist und auch schon eine sehr breite Basis hat, so wie er hier vorgesehen ist, der auch dabei die Ständegruppen einbezieht, ist kleiner. Den kann man öfters zusammenberufen und Sie werden bisher festgestellt haben, daß ich den Landesausschuß im Verhältnis sogar sehr häufig zusammengerufen habe, weil ja jeder vernünftige Mensch schon dafür sein muß, daß draußen keine Mißverständnisse auftreten, sondern daß vertrauensvoll zusammengearbeitet werden kann, gerade in einem Zeitpunkt, in dem man noch aufbaut und sich nicht so genau kennt, daß man, ich möchte sagen, auf die Gedanken anspringt, wenn sie von irgendwo herkommen. Sie werden gemerkt haben, daß ich grundsätzlich zu jeder Bezirksversammlung [kam], wenn es irgendwie ging, um engen Kontakt zu halten, um zu hören, was gesprochen wird, um Antwort zu geben. Daß in einem bestimmten Bezirk der Landesvorsitzende nicht weiter eingeladen wurde, bitte, meine Herren, dafür kann man nichts.
Wenn dann der Landesausschuß zu groß ist, dann bleibt immer noch die Landesvorstandschaft. Sie ist ja auch schon ein Gremium von 30 Leuten, also kein einzelner, und fast alle Rechte gehen auf die Landesvorstandschaft über, auch die Rechte hinsichtlich der Bestellung der Geschäftsführer draußen, denn in der Landesvorstandschaft sind die Bezirksverbände vertreten. Sie können also Ihre Interessen ohne weiteres geltend machen. Es ist nicht konzentriert auf einen einzelnen, sondern immer auf eine Spitze, wenn ich mich so ausdrücken darf, die aber immer noch so breit ist, daß Sie ihr Vertrauen schenken können. Wenn Sie dann schon aus irgendwelchen Gründen einmal das Vertrauen entziehen würden, dann ist dafür gesorgt, daß das in diesen Gremien sehr rasch klargestellt wird. Ich bitte also bei der Diskussion der Statuten doch ein gewisses Vertrauen nicht nur zum Landesvorsitzenden, sondern zu Ihren eigenen Vertretern in der Landesvorstandschaft und im Landesausschuß zugrunde zu legen.

(Sehr gut!)

Sodann eine Bemerkung zur Geschäftsordnung. Wir haben jetzt 11.15 Uhr. Wir sollen heute die Satzungen durchbringen. Ich bin daher dafür, Paragraph um Paragraph abzufragen, ob etwas dagegen einzuwenden ist, dann sofort abzustimmen, eventuell durch Zurufe, wo es ganz klar ist, ferner die Redezeit auf alleräußerstens fünf Minuten zu beschränken.

(Beifall.)

Dr. *Hundhammer* hat sich als nächster Redner gemeldet. Ich bitte, die Wortmeldungen schriftlich einzureichen. Ich werde sie dann nach dem Eingang behandeln.
Dr. *Hundhammer*: Es ist vorhin das Wort gefallen "demokratische Willensbildung von unten her". Diesem Wort stimme ich unbedingt zu und es ist auch der Anlaß, warum ich das Wort ergreife. Ich habe an der Vorbereitung der Satzungen teilgenommen und bei den Beratungen wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die Satzungen, die im üb-

rigen gut durchgearbeitet sind, mir im wesentlichen in ihrem Geist zu sehr auf eine Kontrolle und auf die Führung von oben abgestellt erscheinen.

(Zuruf: Ist doch notwendig!)

Das wollen Sie auch, aber nicht alle. Wir wollen die Willensbildung verstärkt von unten her beeinflußt wissen. Deshalb sind es vor allem zwei Punkte, die ich hier zur Sprache bringen möchte. Das eine ist die Frage, die Dr. *Horlacher* schon angeschnitten hat, daß die Geschäftsführer draußen nicht tätig sein und nicht angestellt werden können, wenn sie nicht das unbedingte Vertrauen des Vorsitzenden im Kreis oder im Bezirk besitzen. Der zweite Punkt ist der, daß die Landesversammlung jetzt, nach dem Text der Satzungen, nur den Landesvorsitzenden wählt. Auch in dieser besonderen Herausstellung der Person des Landesvorsitzenden als durch die Landesversammlung gewählt, kommt weitgehend äußerlich zum Ausdruck, daß wir aufs Führerprinzip abgestellt sind. Demgegenüber schlage ich vor, daß die Landesversammlung nicht nur einen Vorsitzenden, sondern einen 1., 2. und 3. Vorsitzenden wählt.

(Zuruf: Einen 4. und 5.!)

Nein!

(Zuruf: Sie haben ohnehin ein Gremium!)

Die Gremien sind sehr groß.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte sich kürzer fassen zu wollen, wir kommen sonst nicht durch, weil jeder beansprucht, lange reden zu dürfen. Die anderen Herren werden sich am Schluß beklagen.

Darf ich noch einen Augenblick unterbrechen? Darf ich Ihr Einverständnis annehmen, daß ich jeden Redner unterbreche, wenn er fünf Minuten gesprochen hat. Ich bitte, dann noch mit kurzen Sätzen abzuschließen.

Dr. *Hundhammer*: Ich halte die Wahl eines 2. und 3. Landesvorsitzenden durch die Landesversammlung für notwendig, um das demokratische Prinzip auch in dieser Beziehung deutlich zu machen. Die Belastung der Landesversammlung mit Arbeit dadurch, daß wir statt eines Mannes drei wählen, ist nicht so, daß sie nicht etwa bewältigt werden könnte. Es wäre dann damit zum Ausdruck gebracht, daß wir auf das demokratische Prinzip der Mehrheit, der Einflußnahme auch der verschiedenen Richtungen abgestellt sind.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich bitte, um nochmals zum Formellen Stellung zu nehmen, jetzt nur zur Satzung im allgemeinen zu sprechen. Sollen Anträge zu einzelnen Punkten gestellt werden, dann bitte ich das in die Form von Anträgen zu fassen. Ich kann hier nicht die Meinung eines jeden zugrunde legen. Am Schlusse haben wir lauter Meinungen und kommen nicht weiter und haben die Satzungen zerredet.

Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung!

Ich habe mich nur deswegen gemeldet, weil ich ehrlich sagen muß, ich habe vorhin die letzten Ausführungen des Herrn Vorsitzenden gegen mich nicht verstanden. Ich wollte die Landesversammlung dahin bringen, daß sie der Satzung das notwendige Vertrauen entgegenbringt und Änderungen erst vornimmt, wenn sie sich in der Praxis ergeben.

Des weiteren bin ich der Meinung: Ändern Sie an diesen Satzungen nichts mehr, damit wir zu den politischen Fragen kommen.

(Sehr richtig!)

Nehmen Sie die Satzungen so an.

(Lebhafter Beifall.)

Stellen wir weitere Überlegungen erst dann an, wenn sich Änderungen aus der Praxis ergeben. Machen Sie den Weg frei zu unserer politischen Arbeit.

(Sehr richtig!)

Dr. *Kroll*: Die Ausführungen von Herrn Dr. *Hundhammer* entbehren eigentlich einer besonderen Begründung. Herr Dr. *Hundhammer* hat darauf hingewiesen, daß hier ein Führerprinzip zur Geltung kommt. Es geht um etwas anderes. Die Landesversammlung ist ein großes Gremium und wird einen anderen Ausschuß neben dem Vorsitzenden wählen, die Vorstandschaft. Von dem Führerprinzip kann doch nur die Rede sein, wenn man sehr böswillig ist.
Worum es uns geht ist herauszustellen, daß es einen Aufbau geben muß und daß es nun leider auch in der Demokratie Autorität geben muß. Ohne sie kann nicht regiert werden und wir haben nur die Wahl, auf dem Minimum an Disziplin aufzubauen, das wir erfahrungsgemäß draußen brauchen, oder darauf zu verzichten und zu warten, bis besser organisierte Parteien, die heute klein sind, sich so lange durchgearbeitet haben, bis sie das Land aufgefressen haben.
Dr. *Baumgartner*: Ich stelle ebenfalls den Antrag, die Satzung als Ganzes anzunehmen.
Haußleiter: Ich möchte eines hier sagen: Bei den Vordebatten ist gerade Franken, wo die Union eine neue Partei ist, für eine zentrale Form der Organisation eingetreten. Denn, meine Damen und Herren, wir stehen dort in einem schwereren Krieg als Sie hier unten, und wenn wir zur Zentrale ein erhebliches Vertrauen haben, so deswegen, weil wir wollen, daß sie aktionsfähig ist. Ich glaube daher, daß die anderen Kreise dasselbe Vertrauen haben. Wir wollen erreichen, daß wir jetzt in dem beginnenden Kampf, in dem die kleine KPD heute schon eine Stoßkraft entwickelt, die weit über ihre Mitgliederzahl hinausgeht, einsatzfähig sind und uns einen Weg zur politischen Arbeit bahnen können. Deshalb schlagen wir vor, hier keine Debatte über diese Satzung zu machen. Wenn sie mißbraucht werden sollte, besteht immer noch die Möglichkeit, Änderungen vorzuschlagen.

(Sehr gut!)

Dr. *Bauer*: Die Satzung ist zweifellos eine sehr fleißige und sehr tüchtige Arbeit und ich schließe mich ohne weiteres den Vorschlägen der Vorredner an, sie wenn möglich en bloc anzunehmen. Aber nichtsdestoweniger bedaure ich es trotzdem, daß wir nicht Gelegenheit hatten, die Satzungen schon einige Tage vorher etwas genauer zu überprüfen.

(Sehr richtig!)

Ich verkenne dabei nicht die Schwierigkeiten organisatorischer Art, die dem sicher im Wege standen. Ich stelle deshalb den Antrag, um eine demokratische Überprüfung auf ganz breiter Basis zu ermöglichen, daß die Satzung zunächst auf die Dauer eines Vierteljahres in Kraft tritt und dann durch einen Antrag aufgelöst bzw. abgeändert

werden kann, der durch die nächste, baldmöglichst einzuberufende Landesversammlung zu verabschieden ist. Im Konkreten möchte ich eine Abänderung bedauern, die erst in diesem Entwurf uns vorgelegt wurde. Das bezieht sich auf § 31, wo die Möglichkeit für Städte über 150.000 Einwohner vorgesehen ist, den Antrag auf Erklärung als selbständiger Bezirksverband zu stellen. Regensburg liegt gerade zwischen 100- und 150.000. Ich möchte nicht den Eindruck haben, daß durch diese Fassung gerade Regensburg von der Möglichkeit ausgeschlossen werden sollte, Bezirksverband zu werden. Denn es ist wohl klar, daß Regensburg mit seinen ca. 120.000 Einwohnern eine Bedeutung hat, die über seine Zahl hinausgeht, weil es im Vergleich zu anderen viel größeren Städten nahezu unzerstört ist.
Ferner möchte ich zur Erwägung anheimstellen, ob es zweckmäßig ist, Niederbayern und Oberpfalz als Bezirksverband auseinanderzureißen, solange beide staatsrechtlich noch einen Regierungsbezirk bilden. Wir haben uns in Regensburg die Sache so vorgestellt, daß ein Bezirksverband aus Niederbayern, Oberpfalz und Stadt Regensburg als Dachorganisation gebildet wird und daß innerhalb dieses Sprengels dann eine Unterteilung in Sektionen mit selbständigen Sekretariaten unter der Oberleitung Regensburgs erfolgt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Den Vorschlag, ob man 150.000 Einwohner als Grenze für die Bildung eines Bezirksverbandes nimmt, kann man debattieren.

(Zuruf: 300.000!)

Die andere Frage, die aufgeworfen wurde, die Satzungen lediglich für ein Vierteljahr zugrunde zu legen, muß ich verneinen. Es ist eine absolute Unmöglichkeit.

(Sehr richtig!)

Da kann man nicht arbeiten. Wir werden zwar schon in Bälde, im nächsten Sommer, eine Landesversammlung haben. Aber hoffentlich nicht wieder mit Statuten-Debatten. Ich komme nachher darauf zurück. Wir müssen den Versuch machen, zum mindesten einmal ein Jahr zu arbeiten und zu sehen, welche Erfahrungen wir sammeln, dann kann man wieder eine kurze Debatte machen und an den Statuten weiterarbeiten.
Dr. *Arnold*: Ich bitte um Erörterung der Frage, ob Oberpfalz und Niederbayern auseinandergenommen werden sollen.

(Jawohl!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist ein wesentlicher Gesichtspunkt beim Aufbau gewesen. Wir haben jetzt im Augenblick Schwierigkeiten in Niederbayern und in der Oberpfalz mit der Militärregierung, weil die Militärregierung die selbständige Organisation Niederbayern noch nicht anerkannt hat. Wenn sie heute statutenmäßig beschlossen wird, dann ist anzunehmen, daß die Militärregierung die selbständige Organisation anerkennen wird.
Meine lieben Freunde! Da bin ich nun einmal sehr dezentral eingestellt. Denn ich bin dafür, daß man dort wirklich die Kräfte, die zusammengehören, auch zusammenhält.

(Sehr richtig!)

Infolgedessen bin ich für selbständige Behandlung innerhalb der Union einerseits von Oberfranken und Mittelfranken und andererseits von Oberpfalz und Niederbayern.

Wenn sich nicht sofort eine starke Majorität dagegen ausspricht, würde ich bitten, es nicht zu ändern.
Ich möchte nur noch kurz zur Frage Stellung nehmen, welche Ziffer in § 31 aufgenommen werden soll. Denn das ist eine Frage, über die man wirklich debattieren kann. Soll man eine Ziffer von 100.000, 150.000 oder 200.000 nehmen? Ich habe ursprünglich selbst angeregt, 100.000 zu nehmen. Es wurden dann Bedenken laut, und es kam der Vorschlag 200.000. Jetzt hat man sich auf 150.000 geeinigt. Ich bitte um Ihre kurze Stellungnahme.
Haußleiter: Ich möchte folgendes dazu bemerken. In § 31 heißt es "Städte mit mehr als 150.000 Einwohner". In § 45 heißt es: "Der Landesausschuß besteht aus je fünf Vertretern der Bezirksverbände". Wenn wir nun die Städte mit 100.000 Einwohnern zu Bezirksverbänden machen, dann führt das zu einem starken Übergewicht der Großstädte über das flache Land. Dagegen wenden wir uns. Es war bisher so, daß Augsburg nur drei Stimmen hatte. Nach der Satzung bekommt es jetzt bereits fünf Stimmen. Wenn wir Städte mit 100.000 Einwohnern nehmen, bekommt Regensburg fünf und Bamberg fünf Stimmen. Ich weiß nicht, wie es mit Würzburg ist. Dann haben am Schluß im Landesausschuß die Städte eben soviel Stimmen wie das ganze breite flache Land und dagegen wenden wir uns.

(Sehr richtig!)

Dr. *Geiselberger*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Dr. *Horlacher* und Dr. *Baumgartner* zustimmen. Ich glaube, ich darf nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden des Bezirksverbandes Oberbayern sprechen, daß wir über die Satzungen ohne lange Diskussionen, auch nicht über Einzelfragen wie die Frage der 150.000 Einwohner, kumulativ abstimmen. Wir müssen aber klarstellen, daß die Satzungen mindestens innerhalb von zwei Jahren nach den aus der Praxis sich ergebenden Verhältnissen und Notwendigkeiten mit einfacher Stimmenmehrheit abgeändert werden können.

(Sehr richtig!)

Wir haben es am vergangenen Donnerstag beim Landesausschuß erlebt. Wenn wir in eine Einzeldebatte über jeden einzelnen Paragraphen eintreten, dann wird es 16 Uhr und 17 Uhr werden und die meisten von uns müssen wieder weg. Praktische Arbeit ist dann nicht geleistet worden. Wir stehen vor einer entscheidenden Wahl, und ich glaube, es wird notwendig sein, uns gerade auch über programmatische Punkte unserer Parteiarbeit heute im klaren zu werden. Wir müssen diesen Formalitätskram, der bestimmt auch notwendig ist, zurückstellen gegenüber der notwendigen praktischen politischen Arbeit. Deshalb wiederhole ich meinen weitergehenden Antrag auf Schluß der Debatte und kumulative Annahme der Satzung mit der Einschränkung, daß sie mit einfacher Mehrheit aus gegebener Notwendigkeit innerhalb von zwei Jahren geändert werden kann.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Es wird zunächst zum Antrag auf Schluß der Debatte gesprochen. Zum Wort haben sich noch 21 Herren gemeldet. Ich möchte die Namen nicht im einzelnen bekanntgeben.
Dr. *Baumgartner*: Ich stelle ebenfalls Antrag auf Schluß der Debatte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte zum Antrag auf Schluß der Debatte Stellung zu nehmen. Wer spricht gegen Schluß der Debatte?
Dr. *Schrott*: In § 3 müßte meines Erachtens - bei einer raschen Lektüre habe ich es nirgends finden können - drinstehen: Ein Mitglied kann werden, wer deutscher Staatsan-

gehöriger ist. Die deutsche Staatsangehörigkeit ist doch wohl Voraussetzung für die Mitgliedschaft.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das liegt schon im Wort wahlberechtigt.
Ich würde vorschlagen, nur zum Antrag auf Schluß der Debatte zu reden und dann höchstens zu sagen, ob jemand wirklich etwas ganz besonders Vernünftiges noch zu den Statuten zu sagen hat.
Dr. *Arnold*: Eine ganz kurze Bemerkung: In § 31 heißt es: Der Landesverband gliedert sich in folgende Bezirksverbände: Oberbayern, Niederbayern, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Oberpfalz, Schwaben und München.
Ich möchte feststellen, daß Nürnberg als Bezirksverband bereits anerkannt ist. Ich bitte dem Rechnung zu tragen.
Dr. *Rindt*: Ich möchte ebenfalls Antrag auf Schluß der Debatte stellen, bitte aber noch über den Antrag Dr. *Falkner* abzustimmen, der wesentlich ist. Der Antrag bezog sich auf die Hereinnahme der beiden kirchlichen Vertreter.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich schlage vor, so vorzugehen, daß wir jetzt über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen. Ich muß in diesem Falle so vorgehen. Anschließend werde ich dann in Form von Anfragen oder Anträgen von Ihnen prüfen lassen, ob besonders wichtige Anregungen noch gegeben werden. Denn die wollen wir nicht ausschalten. Es müssen aber schon Anregungen sein, die wirklich grundsätzlicher Art sind. Andere Debatten werde ich dann nicht mehr zulassen.
Dr. *Käss* verliest hierauf zur namentlichen Feststellung der anwesenden Stimmberechtigten anhand der Anwesenheitsliste die Namen der Bezirks- und Kreisverbände und trägt die ihm zugerufenen Namen der Stimmberechtigten und die Zahl der von diesen vertretenen Stimmen in die genannte Liste ein.
Während der Verlesung unterbricht Dr. *Käss* und erklärt:
Ich schalte folgendes ein. Wir müssen, damit alle Anfechtungen ausgeschlossen sind, nachprüfen, ob und für welchen Bezirk jeder in geheimer Wahl bestellt worden ist. Dazu wurden vorgedruckte Zettel zur Ausfüllung ausgegeben. Die Ausfüllung ist aber vielfach unzulänglich geschehen. Ich bitte, das sofort nachzuholen und die Zettel vorne abzugeben. Dabei ist vor allem auf den Zetteln der Beschluß anzugeben, aufgrund dessen der betreffende Delegierte vertretungsberechtigt ist.
Anschließend fährt Dr. *Käss* in der Verlesung fort.
Vorsitzender [*Josef Müller*] (die Verlesung unterbrechend): Meine lieben Freunde! Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es eine Schwierigkeit geben könnte: In einem Bezirk sind offenkundig jetzt erst Parteifreunde als Vertreter einzelner Kreise bestellt worden, obwohl sie nicht als solche gemeldet waren und keine Vollmachten haben.
Ich bitte nicht zu glauben, daß ich Schwierigkeiten formeller Art machen will, ich muß aber danach trachten, daß wir Beschlüsse bekommen, die auch von der Militärregierung anerkannt werden. Es ist klar, daß die Statuten der Militärregierung vorgelegt werden müssen.
Daher bitte ich davon auszugehen, daß nur diejenigen stimmberechtigt sind, die in ihren Kreisversammlungen als Vertreter bestellt sind. Sie können nicht hier als Bezirksvorsitzende etwa einen Mann aus einem Kreis als Vertreter bestellen. Ist das bisher in irgendeinem Kreis geschehen? Wie ist das bei der Oberpfalz? Sind die Herren der Oberpfalz dort bestellt worden?

(Zuruf: Nicht durchwegs!)

Dr. *Käss*: Ich werde die Oberpfalz nochmals vorlesen und bitte dann, damit wir keine Anfechtungen bekommen, das Erforderliche richtigzustellen.
(Dr. *Käss* wiederholt nunmehr die Verlesung der Oberpfalz und fährt in der Verlesung der übrigen Bezirke und Kreise fort. Er weist dabei darauf hin, daß die Herren, die die Namen der Stimmberechtigten zurufen, jeweils mit der Meldung die Verantwortung dafür übernehmen, daß die Wahl ordnungsmäßig ist.)
Vorsitzender [*Josef Müller*] (die Feststellung der Stimmberechtigten wieder unterbrechend): Meine lieben Freunde! Ich stelle gerade fest, wir benötigen zur Feststellung der Stimmberechtigten noch eine Viertelstunde. Leider läßt sich diese Arbeit nicht ersparen, weil wir dann dauernd Abstimmungen vornehmen müssen.
Ich darf vorschlagen: Die noch nicht verlesenen Bezirke bleiben da - aber bestimmt -, sonst darf ich eine Pause von zehn Minuten einschalten.
Ich bitte aber unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die Feststellung der Stimmberechtigung innerhalb der zehn Minuten in Ordnung gebracht wird.
(Während der von 11.55 bis 12.05 Uhr dauernden Pause fährt Dr. *Käss* in der Feststellung der Stimmberechtigten fort. Er wird von *Banger* abgelöst, der die Feststellung zu Ende führt.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte Platz zu nehmen. Darf ich bitten, draußen zu sagen, daß jetzt abgestimmt wird. Wir können nicht weiterarbeiten, wenn sich die Herrschaften nicht hinsetzen.
Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag auf Schluß der Debatte. Ich schlage vor, daß wir über diesen Antrag kurz so abstimmen, daß nur die Stimmberechtigten abstimmen, die verlesen worden sind, daß wir aber Formalitätseinsprüche nur dann erheben, wenn gerade dadurch die Abstimmung beeinträchtigt wird.
Wer enthält sich? - Wer ist gegen den Antrag auf Schluß der Debatte? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Nun können so, wie ich vorhin erklärt habe, noch ganz kurze Anträge und Anfragen gestellt werden. Ich bitte dabei aber zu beachten, daß die Anträge formuliert werden müssen und daß die Anfragen nicht länger als fünf Sätze sein dürfen, sonst kommen wir nicht durch.
Einverstanden? -
Dr. *Arnold*: Zu § 31: Ich stelle den Antrag, daß im zweiten Absatz des § 31 das Wort "Nürnberg" dazugesetzt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich sofort darüber abstimmen lassen, damit wir auch da weiterkommen. Oder wird eine Debatte gewünscht?
§ 31 lautet in Abs. 2: Oberbayern, Niederbayern, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Oberpfalz, Schwaben und München. Das sind die Bezirksverbände, in die sich der Landesverband gliedert.
Nürnberg stellt den Antrag, daß hier noch beigefügt wird "Nürnberg".

(Zuruf: Nürnberg-Fürth!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es soll beigefügt werden "Nürnberg-Fürth".

(Zuruf: Ich stelle den Antrag, daß Augsburg mit hereingenommen wird!)

- Ich darf zunächst über den Antrag "Nürnberg-Fürth" abstimmen. Der Antrag ist bekannt. Er geht dahin, daß in § 31 noch hinzugefügt wird "und Nürnberg-Fürth".
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? -
Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ein weiterer Antrag -

(Zuruf: Augsburg!)

- Schwaben stellt den Antrag, "Augsburg" hinzuzufügen. Ich bitte den Antragsteller um Formulierung des Antrags. Der Antrag muß ins Protokoll aufgenommen werden.

(Zuruf.)

- *Kaifer* stellt den Antrag, daß in § 31, Abs. 2 noch hinzugefügt wird "und Augsburg". *Kaifer*, den Antrag mit drei Sätzen begründen! Oder will *Rindt* begründen?
Dr. *Rindt*: Aus der Bedeutung Augsburgs als Hauptstadt des Gebiets Schwaben und auch einwohnermäßig. Augsburg hat rund 180.000 Einwohner.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bin auch dafür, und zwar deswegen, weil bisher Nürnberg-Fürth und Augsburg schon so behandelt worden sind, seit der Tagung in Bamberg.
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen, daß noch beigefügt wird "und Augsburg"?

(Zuruf: Drei Stimmen!)

Moment. Wir stimmen zunächst darüber ab, ob Augsburg grundsätzlich aufgenommen wird, nachher über die Stimmenzahl.
Einverstanden?

(Zurufe: Ja.)

- Ja. Es wird also zunächst nur darüber abgestimmt, ob Augsburg aufgenommen wird.
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Ich bitte abzuzählen.
Schmidt: Es sind acht Stimmen dagegen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Acht Stimmen dagegen. Der Antrag ist angenommen.
Jetzt wird über die Zahl der Mitglieder abgestimmt, die Augsburg bekommen soll.
Dr. *Rindt*: Wenn schon über die Stimmenzahl abgestimmt wird, stelle ich den Antrag, daß das bei jeder neuen Stadt so gehandhabt wird.
Dr. *Bauer*: Im § 31 ist nicht von der Stimmenzahl die Rede. Hier handelt es sich um die Stellung des Bezirksverbandes in der Organisation der Union.
Ich stelle den Antrag, daß für je 50.000 angefangene Stimmen eine Stimme den Städten gewährt wird.
Haußleiter: Zur Geschäftsordnung! Ich bin unter allen Umständen dagegen und stelle den Antrag, daß Augsburg, wie bisher, im Landesausschuß mit drei Stimmen vertreten sein soll. Dieser Paragraph steht weiter hinten, in dem es heißt, daß jeder Bezirksverband mit fünf Stimmen im Landesausschuß vertreten ist.
Ich schlage vor, daß hinzugefügt wird "und Augsburg", letzteres jedoch nur mit drei Stimmen im Landesausschuß.
Dr. *Geiselberger*: Meine Herren! Wenn wir schon beschlossen haben, daß die Großstädte als Bezirksverbände aufgenommen werden, bin ich dafür, daß sie auch paritätisch gleichmäßig behandelt werden und hier nicht wieder eine Ausnahme in die Satzung eingefügt wird. Meines Erachtens wäre der Antrag, der vorhin gestellt worden ist, nur gerecht, daß entsprechend den in diesen Städten aufgebrachten Stimmenzahlen die Vertretung im Landesausschuß bestimmt wird. Entweder gehen wir diesen Weg oder wir gehen den anderen Weg, daß wir jeden Bezirksverband gleichmäßig behandeln und jedem anerkannten Bezirksverband die in den Satzungen vorgesehenen fünf Vertreter im Landesausschuß zubilligen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Geiselberger*, Ihr Standpunkt scheint mir richtig zu sein. Ich bitte, Ihren Antrag zu formulieren.
Geiselberger: Es ist bereits beschlossen, daß die beiden Städte Nürnberg und Augsburg als Bezirksverbände anerkannt werden. Es steht auch bereits in der Satzung, daß jeder Bezirksverband mit fünf Mitgliedern im Landesausschuß vertreten ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag *Geiselberger* geht also dahin, überhaupt nichts aufzunehmen, weil ohnehin jeder Bezirksverband nach der Satzung gleich viel Stimmen hat.
Geiselberger: Ja, darüber brauchen wir nicht zu debattieren.
Dr. *Bauer*: Ich stelle den Gegenantrag, in § 31 die Zahl 150.000 in 100.000 umzuwandeln und pro angefangene 50.000 einen Vertreter zu gewähren.
Dr. *Baumgartner*: Ich wende mich gegen diesen Antrag, weil dadurch das flache Land glatt benachteiligt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, den Antrag zu formulieren, damit wir darüber abstimmen können.
Dr. *Bauer*: Mein Antrag geht dahin, daß in § 31 anstelle von 150.000 die Zahl 100.000 tritt und daß auf je angefangene 50.000 Einwohner *ein* Vertreter fällt.

(Zurufe: Nein!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Diesen Antrag müssen wir zerlegen.
Ich stimme zunächst über den ersten Antrag ab: " § 31 wird dahin abgeändert, daß anstelle der Ziffer 150.000 die Ziffer 100.000 tritt." Der Antrag ist bekannt.
Wer enthält sich? - Wer ist gegen den Antrag? - Ich glaube, wir brauchen gar nicht abzuzählen. - Wer ist für den Antrag? - Neun Stimmen. Der Antrag ist abgelehnt.
Der zweite Teil des Antrages könnte für sich ein selbständiger Antrag sein, ich bitte, ihn zu formulieren.
Dr. *Bauer*: Für je 50.000 Stimmberechtigte ein Vertreter, und zwar für Stadt und Land.

(Widerspruch.)

Damit würde die Gefahr behoben werden, die von Herrn Dr. *Baumgartner* erwähnt wurde, daß das Land überstimmt wird. Da ergibt sich dann wieder ein ganz anderer Gesichtspunkt für den Antrag, der eben abgelehnt worden ist. Ich würde bitten, daß über diesen Antrag nochmals abgestimmt wird. Das scheint mir die gerechte Lösung zu sein.
Krempl: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Regensburg ein selbständiger Bezirksverband wird, weil früher schon und jetzt wieder das flache Land von Regensburg aus dirigiert werden will. Das ist ein Antrag: Regensburg wird ein selbständiger Bezirksverband. Oberpfalz und Niederbayern wollen selbständige Bezirksverbände werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Krempl*, darüber haben wir jetzt schon abgestimmt. 150.000 Einwohner ist die Grundlage.
Dr. *Held*: Regensburg hat jetzt nach der Lebensmittelkartenausgabe 145.000 Einwohner. Um Aufnahme von weiteren 16.000 wird zur Zeit verhandelt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf unterbrechen. Meine lieben Freunde! Es hat keinen Sinn, darüber zu reden. Irgendwo muß die Grenze liegen. Die ist 150.000 und wenn sieben Einwohner fehlen, muß für uns eine Grenze da sein. Es hat keinen Sinn, darüber weiter zu debattieren, sonst kommen wir nicht weiter.

Wir müssen den Antrag wieder aufnehmen, der vorhin von Dr. *Bauer* gestellt wurde. Er hat den Antrag gestellt, § 45 wird dahin abgeändert, daß -

(Unruhe.)

- Ich bitte um Ruhe.
Dr. *Bauer*: § 45 c): Je ein Vertreter für je 50.000 angefangene Einwohner eines jeden Bezirks.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wollen wir darüber debattieren, meine lieben Freunde? Ich glaube, eine Debatte erübrigt sich, wir bekommen sonst nur ein absolutes Durcheinander.
Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Damen und Herren! Ich bitte es in § 31 bei den Abänderungen "Nürnberg-Fürth und Augsburg" zu belassen, alle übrigen Anträge abzulehnen. Die Verhältnisse liegen doch praktisch so - daran müssen Sie auch denken: Wir wollen eine gute Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land. Sie wissen, daß wir das betont haben. Aber andererseits muß auf die Schichtung der Wählermasse der Partei Rücksicht genommen werden. Die Verhältnisse liegen so, daß wir heute die Wahlergebnisse der Großstädte noch gar nicht vor uns haben. Erst wenn dies der Fall ist, können wir zu der Verteilung der Stimmen endgültig Stellung nehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir stimmen über den Antrag Dr. *Bauer* ab.
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Wer ist dafür? -
Sechs sind dafür. Der Antrag Dr. *Bauer* ist abgelehnt.
Frau *Hahn* stellt einen Antrag.
Frau *Hahn*: Die Frauenvertretung ist viel zu gering. § 38: Der Bezirksständerat besteht aus je einem Vertreter eines Standes. Es ist selbstverständlich, daß dieser eine Vertreter von den Männern genommen wird. Von den Frauen haben wir nur eine Vertreterin für die Hausfrauen. Es gibt aber auch Arbeiterinnen, Bäuerinnen und andere Berufe. Wir verlangen hier mehr Frauenvertreter.
Bei § 42 dasselbe. Landesversammlung. Es sind nur fünf Frauen vertreten und wir stellen die Mehrzahl der Wählerinnen.

(Bravo!)

§ 45, Landesausschuß. Satzungsgemäß drei Frauen. In Bamberg bei der Tagung des erweiterten Landesausschusses und bei der Frauentagung sind uns bereits acht Frauen genehmigt worden.
§ 50, Ständerat der Landesvorstandschaft. Es ist ebenso, wie ich es vorhin für den Bezirksständerat gesagt habe. Hier sind zwei Hausfrauen genehmigt, aber keine der berufstätigen Frauen. Ich bitte das abzuändern.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Schlögl* hat das Wort.
Dr. *Schlögl*: Meine Damen und Herren! Sind wir froh, daß das Ständeprinzip einmal in eine Parteisatzung hereingekommen ist. Wir vom Bauernstand sind auch nicht entzückt von den ein oder zwei Vertretern, die Arbeiterschaft auch nicht, und wir sind gewiß große Berufsstände. Wir probieren es einmal. Der Dame möchte ich sagen, wir Männer vertreten schon die Frauen auch.

(Heiterkeit. - Sehr richtig!)

Wenn wir nämlich in der Aufgliederung der Frauen so weitergehen, müßte es heißen: "Standesmäßige Jungfrauen usw." Lassen wir es bei der Regelung, wie sie vorgesehen ist. Sie ist nicht ideal, das sage ich ganz offen. Es ist so, wie ich sagte: Von uns Bauern mit Angehörigen sind mindestens 200.000 Wähler der Christlich-Sozialen Union. Daß

wir hier nur einen und dort nur zwei Vertreter haben, ist nicht ideal, aber wie gesagt, wir stellen alle Einwände zurück und probieren es einmal so. Wir gehen nur eine Probeehe ein mit diesen Statuten.

(Heiterkeit.)

Die Frauen setzen sich dann schon durch.
Frau *Hahn*: Die Arbeiterinnen lassen sich das nicht gefallen.
Dr. *Schlögl*: Die Bauersfrauen auch nicht.
Frau *Hahn*: Die können nach Ihren Worten vielleicht noch durch den Bauern vertreten werden.

(Heiterkeit. - Zuruf: Die anderen auch!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich bitte, in dem Falle wirklich Frau *Hahn* zu hören. Es ist schon so, daß man bestimmt berücksichtigen muß, daß die Frauen - nun rein zweckmäßig gedacht - einen Großteil der Wähler darstellen. Leider habe ich draußen in Bezirksversammlungen usw. festgestellt, daß ein horror feminae besteht. Daher wäre es schon zweckmäßig, den Vorschlag zu überlegen, aber nicht zu große Ansprüche zu stellen.
Welcher praktische Vorschlag wird gemacht?
Frau *Hahn*: Je eine Vertreterin der berufstätigen Frau ...
Dr. *Horlacher*: Ich bitte, den Grundsatz der Gerechtigkeit walten zu lassen. Die Männer sind im öffentlichen Leben tätig, weil sie zu Hause nichts zu sagen haben.

(Heiterkeit.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Frau *Hahn*, Sie sind angegriffen und müssen sich verteidigen.

(Heiterkeit.)

Frau *Hahn*: Für die berufstätige Frau brauchen wir wenigstens eine Vertretung. Beim Bezirksständerat - § 38 - müßte es heißen: eine Vertreterin der Hausfrauen und eine Vertreterin der berufstätigen Frauen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Beim Ständerat machen wir keinen Kompromiß. Da geht es nicht. Da haben wir gestern schon die Diskussion gehabt und da hat Freund *Horlacher* vorhin schon gesagt, was er denkt. Der Ständerat muß jetzt einmal so zum Arbeiten kommen.
Ich würde vorschlagen, allgemein eine Empfehlung aufzunehmen und den Orts-, Kreis- und Bezirksverbänden aufzuerlegen, in ihre Vorstandschaften auch Frauen hereinzunehmen und bei der Aufstellung der Delegierten die Frauen zu berücksichtigen. Wenn der Bezirksverband fünf Vertreter, der Kreisverband zwei Vertreter entsenden kann, muß es den Kreis- und Bezirksverbänden auferlegt werden, auch die Frauen gebührend zu berücksichtigen. Die Bestimmung, die hier in die Satzung aufgenommen ist, soll lediglich etwas Zusätzliches sein. Wir haben von vorneherein unterstellt, daß die Verbände der Union die Frauen entsprechend als Delegierte berücksichtigen. Um einen Ausgleich zu schaffen, ist außerdem die Frau noch gesondert berücksichtigt worden. Damit ist den Frauen am besten gedient, wenn so verfahren wird.
Frau *Lang-Brumann*: Ich würde vorschlagen, daß man wenigstens die drei wichtigsten Kategorien der Frauen hereinnimmt, die Hausfrau, die Berufstätige - da könnten meinetwegen die Arbeiterinnen und andere Berufstätige berücksichtigt werden - und die

Bäuerinnen. Ich erinnere Sie daran, daß Sie in Bamberg gesagt haben, nun haben Sie lauter Städterinnen, aber keine Bäuerinnen, keine Arbeiterinnen. Jetzt haben wir uns um Arbeiterinnen und Bäuerinnen umgeschaut und bitten, daß auch diese Stände vertreten werden.
Warum wollen Sie uns andauernd hier hinausschieben? Wir schaden Ihnen doch nichts! Je mehr wir hier vertreten werden, desto mehr können Sie vor die Frauen draußen hintreten und sagen: die Christlich-Soziale Union.
Wenn ich aber sage, die ganzen Herren schauen, daß sie uns hinausdrücken, dann sagen die Frauen: "Dann ist es uns auch gleich, dann wählen wir irgendwo anders."

(Beifall.)

Dr. *Geiselberger*: Ich glaube, der Vorschlag der Frau *Lang-Brumann*, die aus alter Praxis spricht, wäre für die Versammlung gangbar, daß wir bei der Ständevertretung in die von Frau *Lang-Brumann* angeführten drei Klassen aufteilen, eine Hausfrau, eine Bauersfrau, eine Berufstätige. Dieser Weg wäre zu gehen.
In § 42 könnte man nach meinem Dafürhalten in der Landesversammlung den berechtigten Wünschen der Frauen entgegenkommen, wenn man die dort benannten fünf Vertreter der Frauen vielleicht auf zehn erhöhen würde. Das wäre ein Vermittlungsvorschlag, auf den die Versammlung eingehen könnte.
Ferner möchte ich jetzt gleich noch, ohne vorzugreifen, sagen, daß ich bei den Berufsständen auch einen Stand vermißt habe, das ist die Presse.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Freie Berufe!
Dr. *Geiselberger*: Das ist ein sehr weitgehender Begriff in der heutigen Zeit. Ich glaube, wir sehnen den Zeitpunkt herbei, in dem wir wieder einmal von einer Parteipresse der CSU reden können, und nicht nur eine sogenannte überparteiliche Presse haben, von der wir heute einleitend bei unseren Beratungen bereits eine Kostprobe vorgesetzt erhalten haben.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jetzt ein Vorschlag! Herr *Gronwald*, bitte rasch.
Gronwald: Um den Wünschen der Frauen entgegenzukommen, würde ich vorschlagen, den Landesausschuß so zusammenzusetzen, daß jeder Bezirksverband eine Frau in den Landesausschuß entsendet. Das sind dann zwölf Frauen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Also Vorschlag: Beim Landesausschuß zehn Frauen vorzusehen. Es sind zehn Bezirksverbände, infolgedessen kämen zehn Frauen dazu. Bisher sind fünf Frauen vorgesehen.

(Unruhe.)

Gronwald: § 42 würde dann unter e) lauten: "zehn Vertretern der Frauen und drei Vertretern der Jugend."
In § 45 beim Landesausschuß würde es dann auch heißen unter e) "zehn Vertretern der Frauen und drei Vertretern der Jugend".
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Für die Jugend kommt noch ein gesonderter Antrag. Es handelt sich zunächst nur um die Frauen. Also zehn Vertreter der Frauen.

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Aus Stadt und Land!)

Aus Stadt und Land.
Darf ich darüber abstimmen lassen?
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? -
Der Antrag ist angenommen.

Ein Vertreter der Jugend hat folgenden Antrag gestellt. Ich bitte den Antrag vorzutragen.
Ott: Der Antrag ist von mehreren Bezirksverbänden gestellt, von Oberbayern, München, Schwaben und Augsburg. Er lautet:

> In die Vorstandschaft jedes Orts-, Kreis- und Bezirksverbandes ist je ein Vertreter der Jugend zu wählen, in die Landesvorstandschaft drei Vertreter, in den Landesausschuß fünf, in die Landesversammlung für jeden Bezirksverband zwei Vertreter.

Ich bitte, dem Antrag zuzustimmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wird eine Debatte darüber gewünscht?

(Zurufe: Als Jugendvertreter für Oberfranken schließe ich mich dem Antrag an. - Ich schließe mich ebenfalls an.)

Es ist keine Debatte darüber erwünscht. Dann lasse ich abstimmen.
Wer enthält sich? - Wer ist gegen den Antrag? -
Einstimmig angenommen.
Dr. *Falkner*: Ich stelle den Antrag, im § 38 entsprechend dem § 50 je einen Vertreter der katholischen und evangelischen Geistlichkeit in den Bezirksständerat aufzunehmen.
Die Begründung: Wir haben im § 50 den berufsständischen Rat der Landesvorstandschaft festgelegt und dort gesagt, daß je zwei Vertreter der katholischen und evangelischen Geistlichkeit aufgenommen werden sollen. Ich hielte es für richtig, wenn auch der Bezirksständerat entsprechend je einen Vertreter der Geistlichkeit aufnehmen würde.
Dr. *Eichhorn*: Es ist wohl am Platze, daß in dem obersten Gremium, ständisch sozusagen - wenn auch mit einem gewissen Schönheitsfehler, denn der geistliche Stand ist ja kein Berufsstand -, auch die Geistlichen vertreten sind. Dagegen halte ich es in den unteren Gremien für nicht entsprechend. Hier reibt man sich viel mehr, hier steht man in den örtlichen Verhältnissen und der Geistliche ist viel mehr dem ausgesetzt, daß er in das Tagesgespräch kommt.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir lassen darüber sofort abstimmen.
Wie heißt der Antrag?
Dr. *Falkner*: § 38: Der Bezirksständerat besteht aus je ein[em] Vertreter der katholischen und evangelischen Geistlichkeit. Ich weise darauf hin, daß ich den Antrag gestellt habe, weil ich den Bezirksständerat nicht als ein politisches, sondern als ein berufsständisches Gremium betrachte. Ich bitte, diesen Satz in das Protokoll aufzunehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es kommt sowieso alles in das Protokoll.
Dr. *Baumgartner*: Ich möchte sagen: Unsere Geistlichen werden draußen sowieso so angegriffen, daß sie politisieren. Wenn wir sie in den unteren Gremien auch noch drin haben, wären sie noch mehr Angriffen ausgesetzt.
Ich wäre auch dafür, daß wir sie, so wie *Eichhorn* es meint, nur in die oberste Spitze mit hereinnehmen.

(Zuruf: Abstimmen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Abstimmung!
Wer enthält sich? - Wer ist gegen den Antrag *Falkner*? - Es scheint die Majorität zu

sein. Ich frage infolgedessen: Wer ist für den Antrag *Falkner*? - Der Antrag *Falkner* ist abgelehnt.
Weitere Anträge? *Fleckenstein*!
Fleckenstein: § 38, Bezirksstände! Ein Schönheitsfehler: Ausgewiesene und Flüchtlinge sind kein Berufsstand. Infolgedessen Vorschlag: Ausgewiesene und Flüchtlinge nach ihrem ... (?) Berufsstand.
Ferner: § 38, Ziff. 5): "Der Bezirksständerat hat die Aufgabe, alle Fragen zu beraten, die die Interessen der in ihm vertretenen Berufsstände betreffen."
Es gehört sehr viel Vorarbeit und weitgehende Beschäftigung mit Fachliteratur dazu. Dasselbe gilt zu § 50. Dazu kommt außerdem die Vorarbeit, eventuell Gesetzesvorlagen vorzubereiten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das geht zu weit.
Fleckenstein: Das letztere fällt also weg.
Weiter zu § 2: Hier heißt es "der christlichen Kulturauffassung." Das ist sehr blaß. Besser wäre "des christlichen Sittengesetzes".
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Also, welche Anträge werden formal gestellt?
Fleckenstein: Zu § 2 anstelle von "der christlichen Kulturauffassung" zu setzen "des christlichen Sittengesetzes", weil "christliche Kulturauffassung" zu flach ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich darüber zunächst debattieren lassen.
Michel: Ich bitte, daß man "christliche Weltanschauung" einsetzt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir haben es uns natürlich auch überlegt, aber von der christlichen "Weltanschauung" haben wir auch von Herrn *Hitler* manchmal gehört. Wir haben uns auch überlegt, ob wir nicht den präzisen Ausdruck "christliches Sittengesetz" nehmen sollen, aber "christliche Kulturauffassung" ist ein weiter gehender Begriff. Er kennzeichnet auch einen gewissen Unterschied ...
Michel: ... (Redner nicht verständlich, da zu leise und Unruhe in der Versammlung.)
Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Herren, nur eines: Gebrauchen Sie den Begriff der Weltanschauung nicht mehr. Er ist im Dritten Reich so mißbraucht worden, daß ich von ihm nichts mehr hören will. Das Wort "Kulturauffassung" reicht so weit, daß man damit zufrieden sein kann.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf die Debatte darüber abschließen. Wir wollen nicht durch Einzeldebatten das Ganze zerreden, ich habe nur kurze Anträge zugelassen.
Wer enthält sich? - Wer ist gegen die Abänderung? - Es scheint die Majorität zu sein.
Wer ist für die Abänderung? - 19. Abgelehnt.
Nächster Antrag!
Dr. *von Eicken*: Ich stelle zur Erwägung, ob man im § 65 dem berufsständischen Rat und dem Landesausschuß nicht ein Antragsrecht zur Landesversammlung einräumen sollte.
Gronwald: Das Antragsrecht des berufsständischen Rates richtet sich an die Landesvorstandschaft. Wenn der berufsständische Rat einen Antrag an die Landesversammlung richten will, kann er das unschwer über die Landesvorstandschaft tun. Der Landesvorstandschaft sind diese Anträge vorzulegen, die sie dann ihrerseits an die Landesversammlung weiterleitet.

(Zuruf: Abstimmen lassen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Abstimmung!
Wer enthält sich! - Wer ist dagegen? - Es scheint die Mehrheit zu sein.

Wer ist dafür? - Niemand. Abgelehnt.
Wo ist der Antragsteller?

(Heiterkeit.)

Weiterer Antrag!
Piechl: § 59, Ziff. 3) lautet: "Das Recht, Geschäftsführer anzustellen, einzusetzen und abzuberufen, steht lediglich der Landesvorstandschaft zu."
Wir wollen das in der Weise geregelt haben, daß dieser Absatz lautet: "Das Recht, Geschäftsführer anzustellen, einzusetzen und abzuberufen, steht der Landesvorstandschaft im Einvernehmen mit den einschlägigen Kreisvorstandschaften zu."
Dr. *Käss*: Welchen Paragraphen haben Sie eben zitiert?

(Zuruf: § 59, Ziffer 3)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube der Antrag ist überholt.
Gronwald: Überholt! In § 59, Ziffer 2) heißt es: "Die Anstellung erfolgt auf Vorschlag der betroffenen Kreis- oder Bezirksvorstandschaften. Kommt eine Verständigung über den ersten und gegebenenfalls auch einen zweiten Vorschlag nicht zustande, ist die Landesvorstandschaft berechtigt, von sich aus einen Geschäftsführer einzusetzen."
Also, die Mitwirkung der Kreis- und Bezirksvorstandschaften ist hier weitgehend eingeschaltet.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Piechl*, ich will Ihnen sagen: Wir müssen jetzt nicht Einzeldebatten haben. Wir stehen noch in einem Entwicklungsstadium, in dem es sogar vorkommen konnte, daß gleichzeitig zwei Vorsitzende da waren. Infolgedessen muß die Möglichkeit bestehen, sich durchzusetzen.

(Zuruf: Es handelt sich hier um die Abberufung. Ziffer 2 bezieht sich lediglich auf die Anstellung, nicht auf die Abberufung.)

Dr. *Horlacher*: Es ist selbstverständlich, daß die Kreisvorstandschaften und Bezirksvorstandschaften bei der Abberufung mitzureden haben. Meinetwegen müßte es mindestens heißen: "Das Recht Geschäftsführer anzustellen, einzusetzen und abzuberufen, steht lediglich der Landesvorstandschaft im Einvernehmen mit den Kreis- und Bezirksvorstandschaften zu."
Ich beantrage das.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Herren, ich muß feststellen, wer hat die letzte Entscheidung. Sonst geht nachher der Streit um das Einvernehmen und ich kann das Schiedsgericht mobilisieren. Das muß klargestellt sein, irgend jemand muß am Schlusse die Entscheidung haben. Die Landesvorstandschaft besteht ja nicht nur aus dem Vorsitzenden, sondern auch aus den Vertretern der Bezirke, sie ist ein Gremium von 30 Leuten.
Von Aretin: Ich möchte mich weniger zur Einsetzung als zur Weisungsgebundenheit der Geschäftsführer äußern. Wenn sie Weisungen annehmen von ihrem Vorsitzenden, ist nichts gegen eine Schiedsrichterrolle des Landesvorstands zu sagen. Wenn sie aber weisungsgebunden sind vom Landesausschuß her, dann bin ich dagegen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist nach meinem Empfinden durch § 59 überholt. Ich muß bitten, solche Geschichten wegzulassen.

(Zuruf: Abstimmung!)

Gronwald: Es heißt in § 59, Ziff. 6: "Die Geschäftsführer sind an die politischen Weisungen der Landesvorstandschaft" - darin sind die Bezirke vertreten - "und der Vorsitzenden, für deren Bereich sie eingesetzt sind, gebunden".

(Zurufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich lasse zunächst über den Antrag *Horlacher* abstimmen. Wie heißt der Antrag?
Dr. *Horlacher*: In Ziffer 3 einzusetzen: "steht lediglich der Landesvorstandschaft im Einvernehmen mit den Kreis- und Bezirksvorstandschaften".
Dr. *von Eicken*: Vermittlungsvorschlag: Statt "im Einvernehmen" "nach Anhörung"!

(Zuruf: Nein!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Herren, das muß klar formuliert werden, wer hat die letzte Entscheidung. Ich stehe jetzt vor der Frage und kann Ihnen sagen: In der Oberpfalz waren gleich zwei Vorsitzende da.

(Widerspruch und Zurufe.)

Die Militärregierung stellte mich vor die Tatsache, zur Militärregierung zu kommen. Mir wurde erklärt so und so, beide Herren erklären, sie sind die Bezirksvorsitzenden. Die Militärregierung hat mir erklärt, es wird kein anderer Ausweg bleiben, als daß Sie aufgrund der Ihnen erteilten Vollmacht zum Aufbau der Partei Ihrerseits kommissarisch einen Bezirksvorsitzenden bestimmen.
Wenn Sie, meine Herren, hier festlegen "im Einvernehmen", dann kommen sofort die ganzen Schwierigkeiten, denn dann muß die Entscheidung erst getroffen werden.
Ich habe auch in dem angegebenen Falle im Einvernehmen sogar mit verschiedenen Herren, die da waren, gehandelt und dann erst einen bestellt, um so rasch wie möglich zu einer demokratischen Basis zu kommen. Die Vernunft gebietet in solchen Fällen, daß man sich verständigt, aber es muß klargestellt sein, daß irgendwann einmal eine Entscheidung getroffen wird.

(Zuruf: Abstimmen!)

Dr. *Horlacher*: Ich lasse mich auch überzeugen. Ich könnte ein Sicherungsventil einbauen: Die Landesvorstandschaft entscheidet mit Zweidrittelmehrheit. Mit dieser Maßgabe bin ich einverstanden. Ich will nur, daß ein Beschluß zustandekommen kann, der klare Verhältnisse schafft.
Dr. *Gronwald*: Die neue Formulierung würde lauten:

> Das Recht Geschäftsführer anzustellen, einzusetzen und abzuberufen, steht der Landesvorstandschaft im Einvernehmen mit den Vorstandschaften der Kreis- und Bezirksverbände zu. Kommt ein Einvernehmen nicht zustande, entscheidet die Landesvorstandschaft mit Zweidrittelmehrheit endgültig.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir kommen zur Abstimmung.
Wer enthält sich?
Wer ist gegen den Antrag Dr. *Horlacher*?
Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Dr. *Kroll*: Ein praktischer Fall veranlaßt mich, auf den § 7 Abs. 5 aufmerksam zu machen und eine andere Formulierung zu erbitten. Es heißt darin:

> Das Schiedsgerichtsverfahren wird von der Vorstandschaft des Ortsverbandes beantragt. Es kann auch von den Vorstandschaften des Kreis-, Bezirks- oder Landesverbandes beantragt werden,

Und nun kommt die Formulierung, auf die es mir ankommt:

wenn das Mitglied Mandatsträger ist oder diesen Gliederungen als Vertreter oder gewähltes Mitglied angehört.

Ich schlage vor, einfach zu formulieren:

wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Es ist ein Fall, den ich hier nicht beim Namen nennen möchte, gegeben, wo wir in absehbarer Zeit - es handelt sich nicht um Oberfranken - das Schiedsgericht anrufen müssen. In diesem Fall wird die Vorstandschaft von einem Mitglied derartig eingeschüchtert, daß niemand wagt, einen Antrag zu stellen. Wenn der Kreis- und in diesem Falle sogar der Bezirksverband von sich aus einschreitet, besteht die Gefahr, daß eine politische Korruption nicht aufgedeckt wird. Ich kann den Fall nicht näher schildern, bitte mir aber Glauben zu schenken, daß es so ist und die Formulierung aufzunehmen "Wenn ein wichtiger Grund vorliegt".
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich halte das für sehr gut.
Wir stimmen ab.
Wer enthält sich der Stimme?
Wer ist gegen den Antrag Dr. *Kroll*?
Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Weitere Anträge liegen nicht mehr vor.
Detsch: § 29 Abs. 2 besagt, daß ein Kreisverband aufgelöst wird, wenn er nurmehr weniger als drei Ortsverbände hat. Es fragt sich nun, ob eine Stadt wie Rosenheim ihren Kreisverband in wenigstens drei Ortsverbände aufgliedern muß.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir müssen eine Ordnung bekommen. Infolgedessen bin ich dafür, daß wir es so stehen lassen. An und für sich wäre es gut, wenn man aufgliederte. Wir müssen infolgedessen eine Grundlage für die Aufgliederung schaffen, aber wenn sich in einem Jahr zeigt, daß das zu formalistisch ist, dann kann man es immer noch ändern. Es ist kein wichtiger Grund für eine Satzungsänderung. Es ist auch - glaube ich - kein formeller Antrag gestellt. Infolgedessen möchte ich von einer Änderung absehen.
Dr. *Hundhammer*: Ich schlage einen Zusatz vor:

Die Bestimmung gilt nicht für Kreisverbände, die sich nur auf den Bereich einer Stadt erstrecken.

Dr. *Käss*: Ich glaube, die Sache ist nach dem gesunden Menschenverstand völlig klar. Der Kreisverband gilt "in diesem Falle" als aufgelöst. Das ist aber nur dann der Fall, wenn er sowieso an Auszehrung stirbt. In einem Stadtkreisverband wird man das selbstverständlich nicht machen. Ein Zwang auf Städte, sich stärker aufzugliedern, nur um der Satzung zu genügen, ist nicht gegeben. Ich glaube, dadurch, daß wir die Tatsache feststellen, daß es so zu betrachten ist, ist eine formelle Änderung der Satzungen überflüssig.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir kommen nicht weiter. Ich darf vorschlagen, es wird über die Satzung en bloc abgestimmt. Wir haben jetzt 12.53 Uhr und noch ein großes Pensum zu bewältigen. Nurmehr ganz wichtige Anträge möchte ich noch zulassen.

Von Aretin: Ich beantrage zu § 43:

> Die Landesversammlung wählt einen 1., 2. und einen 3. Landesvorsitzenden auf die Dauer eines Jahres, die die stammliche und konfessionelle Struktur unseres Volkes repräsentieren sollen.

Wir haben in jedem Bezirksverband zwei oder drei Vorsitzende. Warum soll es im Lande anders sein?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, Herr *von Aretin* hat einiges falsch verstanden. Ich bitte Herrn Dr. *Gronwald* sich dazu zu äußern.
Dr. *Gronwald*: Unter den allgemeinen Bestimmungen ist vorgesehen, daß die Vorstandschaften aus ihrer Mitte einen zweiten Vorsitzenden wählen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube also, wir brauchen diesen Antrag nicht zur Abstimmung zu stellen. Wird der Antrag formell gestellt?
Von Aretin: Doch. Der Antrag lautet:

> Die Landesversammlung wählt einen 1., 2. und einen 3. Landesvorsitzenden auf die Dauer eines Jahres, die die stammliche und konfessionelle Struktur unseres Volkes repräsentieren sollen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich kurz ohne lange Debatte dazu Stellung nehmen. Sie haben vorhin gesagt, daß das ein sehr weitgehender Antrag ist, der berücksichtigt werden müßte. Ich sage Ihnen dagegen: Wenn Sie diesen Antrag annehmen, dann verewigen Sie Zwistigkeiten.

(Zuruf: Nein!)

Wir haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß gearbeitet werden kann. Sie können nicht in einem großen Gremium alle Auseinandersetzungen durchführen. Mit Worten kann man sehr gut sagen: "Weltanschauliche und sonstige Gruppierungen, ständische und sonstige Interessen". So etwas muß dann in einem kleineren Gremium ausgewogen werden.
Dr. *Baumgartner*: Meine Damen und Herren, ich wiederhole meinen Antrag auf Schluß der Debatte. Ich wiederhole den Antrag, daß über die Satzung en bloc abgestimmt wird.

(Sehr gut!)

Dr. *Hundhammer*: Ich möchte dazu nur feststellen, daß die Satzung mit einfacher Stimmenmehrheit angenommen wird und dementsprechend mit einfacher Stimmenmehrheit auf einer späteren Landesversammlung wieder abgeändert werden kann. Das bedarf keines Antrages. Das Gegenteil steht nicht in der Satzung, ergibt sich also von selbst.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir stimmen ab über den Antrag, ob die Satzung jetzt en bloc angenommen wird oder nicht.

(Beifall.)

Das ist der weitergehende Antrag. Infolgedessen lasse ich zunächst noch nicht über die Annahme abstimmen sondern über den Antrag: Die Satzung wird en bloc angenommen.
Wir stimmen jetzt also darüber ab, ob die Satzung en bloc angenommen wird.

(Zuruf: Für die Dauer von einem oder zwei Jahren?)

Wer enthält sich?
Wer ist dagegen?
17 Stimmen sind dagegen.
Der Antrag ist angenommen.
Damit wird jetzt über die Satzung en bloc abgestimmt.
Wird das Vorlesen der Satzung ausdrücklich gewünscht?

(Zurufe: Nein!)

Dann darf ich einen formellen Antrag in diesem Sinne erbitten.
Dr. *Horlacher*: Ich bitte, die Satzung en bloc anzunehmen.
Holzer: Zur Geschäftsordnung!
Ich möchte nur fragen, ob nach dieser Beschlußfassung jetzt über den Antrag *von Aretin* noch abgestimmt werden kann oder nicht mehr.

(Zurufe: Nein!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nach dieser Beschlußfassung ist der Antrag *von Aretin* selbstverständlich abzulehnen. Aber damit keine Anfechtung kommt, lasse ich, wenn Sie einverstanden sind, rasch noch über den Antrag *von Aretin* abstimmen.
Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Damen und Herren! Ich bitte einen solchen Antrag abzulehnen und zwar deshalb, weil dieser Antrag lediglich äußerlich einfach aussieht. Dann wählen Sie einmal einen 1., 2. und 3. Vorsitzenden! Dann kommen die Bauern, die Arbeiter, der gewerbliche Mittelstand, dann kommen die Katholiken, die Protestanten. Jeder will sich um diese 1. und 2. Vorsitzenden reißen.

(Unruhe im Hause.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich lasse über den Antrag *Aretin* kurz abstimmen, damit kein Anfechtungsgrund gegeben ist.
Wer enthält sich?
Wer ist gegen den Antrag *Aretin*? Das scheint die Majorität zu sein.
Wer ist für den Antrag *Aretin*? Es sind 27.
Der Antrag *Aretin* ist abgelehnt.
Dr. *Baumgartner*: Ich stelle den Antrag, auf die Verlesung der Statuten zu verzichten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Minister Dr. *Baumgartner* hat den Antrag gestellt, auf die Verlesung der Statuten, die schon vorher verlesen worden sind, zu verzichten.
Ich stimme ab über den Antrag.
Wer enthält sich?
Wer ist gegen den Antrag?
Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Statuten. Ich stelle den Antrag:

> Die der Landesversammlung bekanntgegebene Satzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern wird mit den in der Versammlung beschlossenen Änderungen angenommen.

(Zuruf: Auf zwei Jahre.)

Das brauchen wir nicht und zwar aus einem anderen Grunde. Ich kann dazu gleich erklären: Es ist im Augenblick noch keine Zweidrittelmajorität vorgesehen. Sie könnten höchstens jetzt den Antrag stellen, daß die Satzung zwei Jahre Gültigkeit haben

soll. Dieser Antrag liegt nicht vor. Dann kann die Satzung schon in der nächsten Landesversammlung abgeändert werden.

(Sehr gut!)

Ich bin aber der Auffassung, die nächste Landesversammlung soll damit nicht behelligt werden - ich darf das rasch noch während der Abstimmung einfügen -, sondern erst die Landesversammlung, die im nächsten Jahre stattfindet. Wir werden dieses Jahr noch eine Landesversammlung haben. Ich würde also bitten, überall darauf hinzuwirken, daß keine Abänderungsanträge gestellt werden, außer sie sind sehr wichtig. Dann werden wir uns verständigen. Aber bis nächstes Jahr haben wir die entsprechenden Erfahrungen gesammelt. Dann können wir uns darüber unterhalten, ob die Satzungen noch brauchbar sind oder nicht.
Sind Sie damit einverstanden? Dann lasse ich jetzt über die Annahme der Satzungen abstimmen.
Wer enthält sich?
Wer ist gegen den Antrag?
Damit ist die Satzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern einstimmig angenommen.

(Lebhafter Beifall.)

Meine lieben Freunde! Ich glaube, wir freuen uns alle miteinander. Ich kann sagen, in dieser Satzung ist zum erstenmal der Versuch gemacht worden, in einer Partei eine Gliederung nach zwei Gesichtspunkten durchzuführen, nach weltanschaulichen wie nach ständischen.

(Beifall.)

Wenn es gelingt, so zusammenzuarbeiten, dann wird unsere Union bestimmt ein gutes organisches Gefüge werden.

(Lebhafter Beifall.)

Wir treten ein in die Besprechung der Schiedsordnung der Christlich-Sozialen Union in Bayern. Ich wollte dafür sorgen, daß heute schon eine ordnungsmäßige Vorbereitung getroffen ist. Wir müssen eine Zwischenregelung schaffen, weil in dringenden Fällen bereits jetzt die Möglichkeit bestehen muß, das Schiedsgericht anzugehen. Auf der anderen Seite muß aber auch da erst ein Versuch unternommen werden. Ich erteile Dr. *Käss* das Wort zum Bericht.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Wie lange wird es dauern?)

Es ist in kurzer Zeit erledigt.
Dr. *Horlacher*: Ich bitte um das Wort zur Geschäftsordnung. Wir müssen heute nachmittag dringend weg. Wir möchten bei den dringenden Angelegenheiten, insbesondere bei der Entschließung, die wir eingereicht haben, dabei sein. Ich würde daher bitten, das vorwegzunehmen.
Dr. *Baumgartner*: Dr. *Horlacher* muß heute in Coburg und ich in Würzburg sprechen.

(Zuruf *Krehle*: Und wir haben heute Ministerrat.)

Deshalb würde ich bitten, wenn wir diese Frage jetzt kurz behandeln.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gut, wenn wir durchkommen. Aber wir müssen die Schiedsordnung dann hernach durchbesprechen.

Sind Sie einverstanden, daß wir die Debatte über die Schiedsgerichtsordnung auf Nachmittag zurückstellen?
Das ist anscheinend der Fall.
[...][5]
[*Josef Müller*:] Das Ziel meines kurzen Tätigkeitsberichtes ist es nicht, programmatische Erklärungen abzugeben, sondern ich möchte Ihnen die Grundlinie der Unionsarbeit in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aufzeigen. Die Union ist von unten herauf, aus den einzelnen Kreisen und Bezirken gewachsen. Es hat anfänglich wohl einige Schwierigkeiten gegeben, bis die Union organisch zusammengefügt werden konnte. Aber durch Besprechungen von Einzelpersönlichkeiten wurde dann sehr rasch eine Einigung unter dem Gesichtspunkt erzielt: Aufbau einer Gruppierung, einer Partei im demokratischen Staatswesen hauptsächlich mit dem Ziel der Zusammenfassung der beiden christlichen Bekenntnisse. Auch die Namensfrage konnte nicht sofort gelöst werden, es tauchten verschiedene Vorschläge auf, und es wurden Zweifel laut über die Zweckmäßigkeit des gewählten Namens. Wir berieten dann ferner darüber, wie weit der Kreis der Union gezogen werden soll. Es wurde darüber Einigung erzielt, daß wir alle ansprechen wollen, die sich für ihr Tun und Lassen vor Gott verantwortlich fühlen. Damit ist aber auch unserer Arbeit eine gewisse Richtlinie gegeben. Nach kurzer Tätigkeit hat sich gezeigt, daß die Idee und der Name sehr rasch Anklang gefunden haben. Konnte man ursprünglich vielleicht Zweifel hegen, ob sich das Fremdwort Union durchsetzen würde, so sind heute alle Bedenken verschwunden. Der Begriff Union ist überall zuhause.

(Beifall.- Sehr richtig!)

[...] Das nächste Ziel unserer Arbeit war die Bildung vorbereitender Ausschüsse. Das ganze Land war dann zum ersten Mal auf der Haupttagung in Bamberg, der Tagung des erweiterten Landesausschusses vertreten. In Bamberg wurde die Wahl des Landesvorsitzenden vorgenommen. 70 Prozent der Delegierten entschieden sich dafür, daß ich dieses Amt einstweilen übernehmen solle, bis auf der Landesversammlung endgültig ein Landesvorsitzender gewählt werden kann.
[...] Meine lieben Freunde! Wir können - und ich scheue mich nicht, es als religiöser Mensch ganz klar auszusprechen - Gott danken für die Kraft, die er uns für unser Wirken gegeben hat, und für die Erfolge, die er unserer Tätigkeit beschieden hat. Wir hatten wirklich große Erfolge. Ich wäge dabei nicht nur die äußeren Gesichtspunkte. Wir erreichten zunächst bei den Gemeindewahlen einen Prozentsatz, der schon die

[5] Hier fehlen einige Seiten im Protokoll, in dem an dieser Stelle vermerkt ist: "Fehlblatt S. 70 mit 92 (Rede Müller) muß noch geschrieben und eingelegt werden." Dies ist offensichtlich nicht geschehen; die Rede wurde jedoch abgedruckt im Union-Dienst, Sonderbeilage 2, unter dem Titel: "Unser Weg (Rückblick und Ausblick), Rede von Dr. Josef Müller auf der Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in München am 17. Mai 1946". Der Wortlaut der veröffentlichten Fassung ist im folgenden ersatzweise übernommen worden. Diese Druckfassung ist zwar - z.B. durch die Wiedergabe von Zwischenrufen - als authentische stenographische Mitschrift des Sitzungsverlaufs aufgemacht, wurde aber offensichtlich im nachhinein geglättet. Die Zwischenrufe sind beispielsweise durchgängig positiv, obwohl Müller einige kontroverse Themen ansprach, die üblicherweise Kritik provozierten. In der Sitzung des Landesausschusses vom 6. Juli 1946 (vgl. S. 490) stellte Schlögl dann auch die deutliche "Verbesserung" der Druckfassung gegenüber der tatsächlich gehaltenen Rede nachdrücklich heraus. Die in der Rede Müllers hier und im folgenden durch "[...]" kenntlich gemachten Auslassungen beinhalten in der Druckfassung Zwischenüberschriften, deren Wiedergabe im Rahmen dieser Dokumentation gestört hätte.

Erwartung aufkommen ließ, daß bei den Kreistagswahlen mindestens 70 Prozent der Landbevölkerung und der Bevölkerung in den Städten unter 20.000 Einwohnern hinter uns stehen würden. Tatsächlich sprachen uns dann 71,75 Prozent der Wähler ihr Vertrauen aus, ein Erfolg, wie er nicht allgemein erwartet wurde.

(Sehr richtig!)

Wenn die Wahlflaute nicht gewesen wäre und das Interesse der Landbevölkerung für diese Wahl nicht nachgelassen hätte, hätten wir sehr wahrscheinlich einen noch grösseren Erfolg gehabt. Ich hoffe, daß auch die Wahlen in den Städten über 20.000 Einwohnern für uns erfolgreich sein werden. Nach den bisherigen Eindrücken brauchen wir an dem Erfolg nicht zu zweifeln.

[...] Meine lieben Freunde! Den Erfolg danken wir der Zusammenarbeit aller. Wir hatten am Anfang sicherlich da und dort Dissonanzen und sprachen uns manchmal kräftig aus, als wir daran gingen, eine junge, eine neue Partei zu schaffen, ohne alte Formen und alte Programme zu übernehmen; die Aussprache war manchmal so kräftig, daß unsere Worte öfters, vielleicht überflüssigerweise, durchs Fenster zur Öffentlichkeit hinausdrangen. Es wurde das oft bedauert, war aber doch in gewissem Sinne auch ein Zeichen der Stärke. Aber die erfreulichste Tatsache war, daß wir treu zusammenhielten und zusammenarbeiteten und so von Erfolg zu Erfolg schreiten konnten. Ich danke das vor allem Ihnen, die Sie draußen in den Bezirken so tatkräftig mitgearbeitet haben. Unser Bemühen im Landessekretariat wie auch in den Ausschüssen, besonders im Landesausschuß, war stets, soweit irgendwie möglich zum Erfolg beizutragen. Ich kann Ihnen ruhig sagen: So leicht wird uns das keiner nachmachen, daß wir die Wahlkampagne für die Gemeindewahlen sozusagen aus einigen kleinen Zimmern in der Herrnstraße heraus ohne großes Propagandamaterial und ohne viele Reden durchführten und daß wir auch die weitere Aufbau- und Propagandatätigkeit aus diesen kleinen Räumen heraus entfalteten. Eine andere Partei, die bei den letzten Wahlen auf einem sehr niedrigen Prozentsatz stehen blieb, hatte für ihre Tätigkeit einen Palast zur Verfügung.

(Sehr richtig!)

Für uns ist das Äußere nicht das Entscheidende. Wir wollen auch nicht nach außen mehr scheinen als wir sind. Für uns steht jetzt die organisatorische Arbeit im Vordergrund. Dafür haben Sie heute die Voraussetzungen durch die Annahme der Satzung geschaffen. Jetzt kann gearbeitet werden und zwar von jedem, dem Sie die Verantwortung übertragen, ganz gleichgültig, ob er *Müller* heißt oder einen anderen Namen trägt. Ich wollte dafür sorgen, daß es jetzt nicht mehr von einer Person abhängt, ob die Union sich behauptet oder nicht. Ich glaube, jetzt können wir wirklich sagen, es hängt nicht mehr davon ab, ob Sie den oder jenen als Landesvorsitzenden wählen. Natürlich knüpfen sich da und dort bestimmte Verbindungen an eine Person. Diese stehen aber jedem zur Verfügung, der an die Spitze tritt. Sie können in dieser Hinsicht frei wählen.

[...] Sie müssen aber davon ausgehen, daß wir weder eine Rechts- noch eine Linkspartei sind. Wir sind eine Gruppierung von Menschen, die nicht mit alten Vorstellungen arbeiten. Wir haben Vertreter aus allen Kreisen bei uns, die teils sozial sehr aufgeschlossen, teils im guten Sinne konservativ sind. Ich vermeide meist das Schlagwort Christlicher Sozialismus, weil der Begriff Sozialismus in gewissem Sinne ein Schlagwort geworden ist. Soweit er es nicht ist, ist er eine Kennzeichnung für ein bestimmtes Denken im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung. Wir wollen auch nach

neuen Namen, nicht nur nach neuen Wegen suchen. Ich sprach vor kurzem von der christlichen Solidarität. Ich kann mit Freude feststellen, daß dieses christliche Zusammengehörigkeitsgefühl und der Wille, ernst zu machen mit dem Sozialgebot Christi, Gemeingut in der Union geworden ist.

(Lebhafter Beifall.)

[...] Wir können uns den Vorwurf, wir seien eine reaktionäre Partei, nicht gefallen lassen.

(Sehr richtig! - Starker Beifall.)

Reaktionär sind nach unserer Vorstellung Parteien, die sich an alte Namen, alte Programme und alte Männer klammern. Wir werden nicht mehr lange zusehen, wenn man Brunnenvergiftung treibt.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Ich bedauere, daß in dieser Hinsicht auch Beziehungen zum Ausland mißbraucht werden.

(Sehr richtig!)

Sooft ich mich bisher mit Militärbehörden oder mit Vertretern der Auslandspresse über, wenn ich so sagen darf, Konkurrenzparteien unterhielt, so nahm ich mir immer vor, einen fairen, lauteren Wettbewerb zu treiben.

(Sehr gut! - Starker Beifall.)

Wir von der Christlich-Sozialen Union stellen uns nicht auf die Stufe des Denunziantentums. Denn wir gehen davon aus, daß Christus, so wie er damals die Wucherer und die unsauberen Elemente aus dem Tempel jagte, auch die Denunzianten und korrupten Elemente heute wieder aus dem Tempel hinauspeitschen würde. Wir werden auch in Zukunft nicht auf dieses Niveau sinken. Wir bitten aber andere Parteien, allmählich Niveau anzunehmen.

(Sehr richtig!)

Es tut mir leid, hier auf ein Interview eingehen zu müssen, das nach Angabe des Observer Ministerpräsident *Hoegner* gegeben hat. Im ersten Teil des Artikels ist davon die Rede - ich will nicht den ganzen Artikel verlesen -, daß es in den bayerischen Bergen Nazi-Maquis gibt und daß dort die Edelweiß-Widerstandsbewegung besteht. Es ist ferner die Rede davon, daß diese Bewegung den Charakter einer schwarzen Reichswehr und einer Feme angenommen hat und ihre Mitglieder in Skihütten leben usw. Irgendeine politische Richtung, heißt es dann, weisen diese Widerstandsgruppen nicht auf. Sie haben sich ausschließlich zum Zwecke späteren anarchistischen Terrors vereinigt. - Im zweiten Abschnitt lesen wir dann folgende bezeichnenden Sätze:

> Über die Fortschritte der Denazifizierung äußerte sich Dr. *Hoegner* sehr optimistisch. In die Christlich-Soziale Union hätten sich viele Nazielemente eingeschlichen, die die Widerstandsgruppen in den Bergen oft unterstützen.

(Pfui-Rufe.)

> Die CSU ist aber die stärkste Partei in Bayern. Die Kommunisten andererseits sehen in Bayern in der Denazifizierung lediglich ein Mittel, um eine gesetzlose Rache zu üben. Gegen den Führer des rechten Flügels der CSU, *Schäffer*, der der erste

Ministerpräsident Bayerns nach dem Zusammenbruch war, läuft gegenwärtig ein Untersuchungsverfahren über seine politische Vergangenheit; nachdem er von der Militärregierung seines Postens enthoben worden war, legte er auch die Leitung der CSU nieder. Der Münchner Bezirk dieser Partei wählte ihn jedoch wieder zu seinem Kreisvorsitzenden - Im übrigen sprach sich Dr. *Hoegner* gegen jeden Berliner Zentralismus und für ein föderalistisches Bayern aus. Er hält Dr. *Schumacher* für einen sturen preußischen Zentralisten.

Meine lieben Freunde! Es tut mir leid, das Thema "*Schäffer*" berühren zu müssen. Ich hätte gewünscht, daß es uns erspart geblieben wäre. Es war aber schon immer klar in dem Kampfe, der von außen her um den Namen *Schäffer* geführt wurde, daß es um mehr ging als um eine Person. Ich machte nie ein Hehl daraus, daß ich in politischer Hinsicht mehrfach Meinungsverschiedenheiten mit Herrn Staatsrat *Schäffer* hatte. Es ist Ihnen aus den Auseinandersetzungen in Bamberg bekannt. Ich glaube, es war manchen Herrschaften draußen, die auf eine Spaltung der Union warteten, sehr unangenehm, daß in Bamberg klare Entscheidungen fielen.

(Sehr richtig!)

Es ist bezeichnend, daß vor und besonders nach der Bamberger Tagung die Hetze gegen die Christlich-Soziale Union sehr stark einsetzte und daß man im Zusammenhang mit dem Fall *Schäffer* der Union als solcher den Vorwurf einer reaktionären Partei machte. Ich möchte nicht unmittelbar der Ursache nachspüren, aber wir selbst schlossen uns dadurch - das sei all unseren Gegnern gesagt - nur noch enger zusammen.

(Sehr gut!)

Ich möchte noch folgendes betonen, um hier in diesem Gremium ganz offen zu sein: Als mir die Maßnahmen der Militärregierung bekannt wurden, die ich zu vollziehen hatte, schrieb ich zwei Briefe an Staatsrat *Schäffer*. Außer dem offiziellen Brief in offizieller Funktion schrieb ich einen persönlichen; darin stellte ich fest, daß ich die Maßnahmen persönlich bedauere und keinerlei Schritte unternommen hatte, die zu diesem Eingreifen der Militärregierung führten. Ich hob auch hervor, daß ich keinerlei Material an die Militärregierung weitergegeben hatte. Meine Anfrage bei der Militärregierung, ob von einer anderen Stelle der Union solches Material zur Verfügung gestellt worden sei, wurde klar verneint.

(Sehr schön!)

Ich glaube, ich muß diese Feststellung hier machen, damit sie im ganzen Lande mehr und mehr bekannt wird. Denn von anderer Seite wird bewußt Propaganda im entgegengesetzen Sinne gemacht, und zwar Propaganda gegenüber jedermann. Wir wissen, daß eine bestimmte Partei einen Herren mit Namen *Specht* aufgestellt hat, einen Spaltspecht, dessen eifrigstes Bestreben es ist, Dissonanzen in die Union zu bringen. Wir wissen ferner, daß sich eine andere Partei damit befaßt, in einem eigenen Gremium die persönlichen Verhältnisse verschiedener Kandidaten von uns nachzuprüfen, um uns auf diese Weise Schwierigkeiten zu bereiten. Meine lieben Freunde! So kann die Demokratie nicht gedeihen, wenn immer nur darauf hingearbeitet wird, daß einer den anderen, wie das schöne Wort lautet, "abschießt".

(Sehr richtig!)

Das erinnert allzusehr an die Zeit, in der der Begriff der Liquidation geprägt wurde.

(Beifall.)

Wir wenden uns energisch gegen ein solches Vorgehen.

(Lebhafter Beifall.)

[...] Unser Volk hat nicht zum Jux gewählt und wir streben gewiß nicht nach der Futterkrippe; denn wir wissen, daß die Verantwortung sehr groß sein wird, wenn sie uns zufällt. Ganz gleichgültig, wer an der Spitze der Staatsverwaltung steht, jeder ist, wie ich immer wieder erkläre, zunächst Konkursverwalter.

(Sehr richtig!)

Er hat fürs erste nur die Aufgabe, einen Status zu erstellen und danach zu trachten, in den Status wieder irgendwelche Aktivposten einzubauen.

(Sehr gut!)

Der größte Aktivposten könnte der Fassonwert eines demokratischen Bayern werden, sozusagen der good will, den man in einer Firma aktiviert, wenn man bestimmte Schwierigkeiten zu überwinden hat, aber von der späteren Kreditfähigkeit der Firma überzeugt ist. Wir können heute sagen: wenn das bayerische Volk auf dem Lande mit nahezu dreiviertel Mehrheit eine neue Partei gewählt hat, die es ernst nimmt mit einer christlichen, sozialen Politik, so bedeutet das ein Bekenntnis zum Kredit für diese Union; und dieser kann sozusagen in den Wiederaufbau der Firma "Bayerischer Staat" eingesetzt werden. Denn wir gehen davon aus: Bei allem Idealismus ist eine nüchterne Staats- und Wirtschaftspolitik ohne Schlagworte zu machen, um unserem Volk eine nochmalige Enttäuschung zu ersparen. Wehe, wenn es noch einmal enttäuscht wird.

(Sehr richtig!)

Jeder mag es enttäuschen, nur wir dürfen das nicht.

(Sehr gut!)

Denn wir würden dann nicht nur die Zukunft einer Partei gefährden, wir würden die politische Einstellung zum Christentum als tragenden Kulturfaktor gefährden.

(Sehr richtig!)

Deshalb müssen wir, gleichgültig wer an diesem Posten hier stehen wird, davon ausgehen, daß unter keinen Umständen leichtsinnig ein Risiko übernommen wird, im Rahmen der Staatspolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik und noch viel weniger der Kulturpolitik. Alles muß vermieden werden, was das Vertrauen des Volkes erschüttert. Wir verlieren dann nicht nur den Kredit gegenüber dem eigenen Volk, sondern auch gegenüber dem Ausland.

(Sehr richtig!)

[...] Meine lieben Freunde! Eines Tages muß ein anständiges Bayern und ein anständiges Deutschland wieder den Kredit des Auslandes auf allen Gebieten beanspruchen, auch dort, wo es sich um einen realen Kredit handelt. Wir können nicht nur mit Worten aufbauen. Wir sprechen vom Aufbau eines demokratischen Staates, aber die Demokratie kann eine leere Form sein, wenn sie nicht mit einem Inhalt gefüllt wird. Auch hier gibt es ein Schlagwort, das ich schon jetzt aussprechen muß, weil es im

Rahmen der Staatspolitik liegt. Ich habe wiederholt erklärt, ich lehne den Begriff Föderalismus als Schlagwort ab. Ich gehe davon aus: Wir wollen keine Schlagwortpolitik mehr. Genau so, wie das Wort Sozialismus im gewissen Sinne Schlagwort wurde, so war es auch mit dem Wort Föderalismus. Es hatte einst einen großen Sinn, als es ein Kampfwort gegen die Überlegenheit Preußens im Reich geworden war. Da mußte ein Kampfwort vorangestellt werden, das die Menschen mitriß. In unserer heutigen Zeit kommt es nicht darauf an, daß sich einer in föderalistischen Redensarten ergeht, sondern daß er nüchtern die Interessen wahrnimmt für die bayerische Heimat sowohl wie für das deutsche Vaterland.

(Sehr gut!)

Vergessen wir nicht, ein Streit um Worte könnte auch hier ein Zerreden des Vertrauens bedeuten! Ein Begriff, falsch geprägt, kann leicht weitere Auswirkungen haben. Einer wird ihn in das Schlagwort Separatismus umfälschen, der andere wird vielleicht in dem gleichen Wort bereits ein gewisses Zugeständnis an den Zentralismus erblikken. Lösen wir uns auch da von den Worten der Vergangenheit! Versuchen wir aber vor allem, neue Ideen für die Zusammenarbeit zwischem dem Ganzen und dem selbständigen Teil des Ganzen durchzusetzen, wenn es eines Tages gilt, die Verfassung zu schaffen.
Meine lieben Freunde! Ich lehne es grundsätzlich ab, mich an alte Begriffe zu klammern. Ich lehne es ab, etwas nur deshalb zu vertreten, weil es Tradition war. Ich werde nicht erklären: Das bayerische Volk ist traditionell ein christliches Volk und deshalb müssen wir für das Christentum eintreten. Nein, wir müssen aus Überzeugung dafür eintreten.

(Sehr gut!)

Wir müssen bewußt unsere christliche Politik als Naturnotwendigkeit begründen.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Das Gleiche gilt hier auf diesem Gebiet. Ich lehne ab, von dem traditionellen bayerischen Begriff zu sprechen und Rechte nur deshalb zu beanspruchen, weil sie Bayern einmal besaß. Diese gefühlsmäßige Einstellung gibt uns nichts, sie gibt uns kein Brot für das Volk. Es kommt darauf an, klar und eindeutig die wirtschaftlichen und die staatspolitischen Notwendigkeiten gegeneinander abzuwägen. Da trete ich dann sogar recht energisch dafür ein, daß der Teil ein sehr selbständiger Teil wird,

(Beifall.)

wenn die Wirtschaftsbasis dafür gefunden ist. Vorher die Masse mit Schlagworten zu bedienen ist leicht, führt aber später zu Enttäuschungen. Wir müssen aus vernunftmäßigen Gründen dafür eintreten, daß Bayern seine Rechte beim Wiederaufbau Deutschlands bekommt. Wenn nicht mehr der starre Zentralismus herrscht, der den Kollektivismus in gewissem Sinne gefördert und begünstigt hat, kann bei organischer Zusammenarbeit der selbständigen Teile mit der Zentrale ein wirklich gutes Fundament für Bayern und für Deutschland geschaffen werden. Meine lieben Freunde, ich halte es für falsch, diesen Aufbau als zentralistisch zu bezeichnen. Ich vertrat die gleiche Auffassung beim Aufbau der Union auf Zonen- und Interzonenbasis. Auch in Bamberg nahm ich, wenn Sie sich erinnern, klar und eindeutig für die Reichseinheit und ebenso klar gegen das Einheitsreich Stellung. Ich suchte diesen Grundsatz auch bei den Besprechungen zu verwirklichen, die mit den Freunden aus den anderen Zo-

nen und den anderen Ländern unserer Zone stattfanden. Erfreulicherweise waren wir uns dabei alle einig. - Ich möchte auch in dieser Beziehung nicht die Politik von früher verfolgen, die Folge davon war, daß wir manchmal gar nicht mehr ernst genommen wurden, weil man schon von vornherein ein Nein erwartete. Damit kann man nicht in einer so nüchternen Zeit, die nüchterne Arbeit verlangt, Politik machen. Man muß schon zeigen, daß man den guten und ehrlichen Willen zur Zusammenarbeit hat. Deshalb wirkte ich von mir aus mit Nachdruck darauf hin, daß wir die Union so rasch wie möglich beschlossen.

Meine lieben Freunde! Was war der nüchterne Grund dazu, die Entscheidung so rasch wie möglich zu treffen? In den Tagen, in denen die Sitzung stattfand, stand die Rhein-Ruhr-Frage zur Debatte. Wenn Sie die Presseveröffentlichung der DANA und die Neue Zeitung gelesen haben, werden Sie festgestellt haben - und ich stelle es heute mit Stolz fest, gerade weil auf andere Parteien hingewiesen wird: Die Vertreter der christlichen Unionen im ganzen Reich, das heißt in der amerikanischen und in der englischen Zone, legten ein eindeutiges Bekenntnis in der Rhein-Ruhr-Frage ab. Wir brachten klar zum Ausdruck, daß wir mit freiem Willen das Rhein-Ruhr-Gebiet nicht preisgeben können.

(Lebhafter Beifall.)

Dieser territoriale Verzicht würde ein Unglück bedeuten. Wenn durch wirtschaftliche Verflechtungen besser weitergearbeitet werden kann, würden wir das begrüßen, vorausgesetzt, daß dann gleichzeitig anderswo im Sinne einer künftigen europäischen Wirtschaftsplanung vorgearbeitet wird; denn Europa ist zu klein geworden für die vielen Zollgrenzen, Europa ist zu nachdrücklich zerstört, als daß es im Einzelnen rasch wieder aufgebaut werden könnte. Denken Sie auch an die Währungsfrage! Die Währung ist in fast allen europäischen Ländern durch die Hitlerpolitik schwer erschüttert worden. Wir müssen auch hier, wenn ehrlicher Wille zur Zusammenarbeit besteht, im größeren Rahmen planen, nicht mehr im kleinen. Liebe Freunde, so bitte ich die Schritte zu verstehen, die ich in der Frage des Staatsaufbaues unternommen habe. Ich hatte schon vorher eine Aussprache mit *Jakob Kaiser*, dem Vertreter der Christlich Demokratischen Union Berlin. Auch da konnte ich feststellen, daß weitgehende Übereinstimmung in der Auffassung über den Aufbau Deutschlands besteht. Ich legte damals *Kaiser* dar, es würde uns, und vor allem mich, besonders freuen, wenn gerade Ihr in Berlin das erste Wort in der Öffentlichkeit über den föderativen Aufbau des Reiches sprecht. Auf jeden Fall läßt sich sagen, daß man wirklich in ganz Deutschland den Willen zu einer guten, vernünftigen und praktischen Zusammenarbeit hat.

(Sehr richtig!)

Heute weilt hier bei uns Dr. *Otto Lenz* von der Christlich Demokratischen Union Berlin als Gast. Er brachte mir den Entwurf für die Verfassung mit, der als Diskussionsgrundlage für die Zusammenkunft in Berlin gedacht ist. Es würde zu weit führen, diesen Entwurf jetzt im einzelnen zu besprechen. Ich glaube aber, selbst Leute, die von vorneherein argwöhnisch sind, würden sagen, der Entwurf ist immerhin eine Diskussionsgrundlage; denn auch unsere Freunde im Norden sind der Auffassung, daß das Reich föderativ gestaltet sein soll. Sie gehen von zwei Kammern aus, und zwar ist die zweite Kammer im wesentlichen auf dem Länderprinzip aufgebaut. Eine ange-

nehme Überraschung war es für mich, daß in dem Entwurf auch vorgesehen ist, die Wahl des Reichspräsidenten gerade dieser Vertretung zu überlassen.

(Bravo!)

Ich glaube, man kann sagen, wenn wir in diesem Geist beraten, werden manche Mißverständnisse aus früherer Zeit verschwinden.

(Sehr richtig!)

[...] Mit ernstem und gutem Willen arbeiten wir weiter am Aufbau der Union auf der breiteren Basis innerhalb der Zone und zwischen den Zonen. Wir müssen es ja schon aus der nüchternen Wirklichkeit heraus tun; denn irgendwann werden ja die Zonengrenzen überwunden. Meine lieben Freunde! Es war leicht, Deutschland als autarkes Wirtschaftsgebiet zu erklären, aber furchtbar schwer wird es sein, Deutschland wieder in die Weltwirtschaft einzugliedern. Innerhalb von Tagen war das Verhängnis geschehen, daß durch den Kriegsausgang die einzelnen Gebiete Deutschlands wirtschaftlich aus dem Gesamtorganismus herausgegliedert wurden. Es wird längere Zeit beanspruchen, diese Gebiete wirtschaftlich wieder so zusammenzuschließen, daß ein erfolgreiches Wirtschaftsleben beginnt. Dieses Wirtschaftsleben ist auch die Voraussetzung dafür, daß wir wieder im Rahmen der Weltwirtschaft mit den anderen Völkern zusammenarbeiten können.

[...] Meine lieben Freunde! Nüchterne Politik ist auch die Voraussetzung für eine Weltanschauungsgruppierung. Ich weiß, daß eine weltanschauliche Gruppierung auch Anhänger finden würde, wenn nicht nüchterne Wirtschafts- und Staatspolitik damit verbunden wäre. Die weltanschaulich orientierten Anhänger bewiesen die größte Konstanz gegenüber fluktuierenden Elementen, gegenüber dem Revolutionären. Wir sind uns dessen bewußt, daß auch wir durch diese Voraussetzung begünstigt werden. Aber wir wollen das nicht in ungerechtfertigter Weise ausnützen, sondern gerade dadurch uns noch mehr in der Staats- und Wirtschaftspolitik verpflichtet fühlen. Denn dann verwirklichen wir auch die Hauptprinzipien der Union, die in Bälde Programm werden. Bisher konnte man nur unser Wollen, Denken und Fühlen beurteilen. Das Volk hat uns schon auf den Namen hin Kredit gegeben. Heute wird es mehr und mehr notwendig, unser Wollen ins Wort umzuformen, das dann zur Tat wird. Die Meinungen gehen darüber auseinander, ob man rasch ein Programm aufstellen soll. Bestimmte Parteien schlugen diesen Weg ein. Ich hatte jüngst bei der Militärregierung eine Aussprache mit Pressevertretern. Die Sozialdemokraten und Kommunisten wurden nach ihrem Programm gefragt. Sie gaben klare Programmpunkte an und sprachen vor allem von der Sozialisierung. Wohin diese Voreiligkeit führt, können Sie aus folgendem Beispiel ersehen: Der Sprecher der Sozialdemokratie, Bürgermeister *Wimmer*, wurde z.B. gefragt: "Betrifft Ihre Sozialisierung auch das Kirchengut?" *Wimmer* erklärte: "Ja." Der Sprecher der Kommunisten, Staatssekretär *Ficker* vom Innenministerium, erklärte auf die gleiche Frage: "Nein."

(Heiterkeit.)

[...] Meine lieben Freunde! Mit besserem Gewissen konnte ich erklären: Wir haben noch kein fest ausgearbeitetes Programm mit scharf umrissenen Formulierungen. Wir gehen von einer bestimmten Grundhaltung und bestimmten Grundlinien aus, wenn wir auch unser Arbeitsprogramm genau festlegen. Dann müssen sich die aufgeschlossenen sozialen und die konservativen Kräfte der Union auseinandersetzen. Dann werden wir auch über die Formulierungen beraten können. Heute kommt es nur dar-

auf an, bestimmte Grundlinien zu entwickeln. Klar ist die schon vorhin unterstrichene Grundlinie, daß wir alle ansprechen, die sich für ihr Tun und Lassen vor Gott verantwortlich fühlen. Klar ist die Grundlinie, daß wir das christliche Sittengesetz, die zehn Gebote der Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik zugrunde legen. Klar ist ferner, daß wir auf allen Gebieten ernst machen mit dem Sozialgebot Christi "Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst". Wir wollen also in jeder Weise die Liebe gegen den Haß stellen,

(Lebhafter Beifall.)

auch wenn es die Bereinigung der Vergangenheit betrifft, z.B. auf dem Teilgebiet der Entnazifizierung.

(Sehr richtig!)

Natürlich hat die Entnazifizierungsfrage in einem solchen Grundsatzprogramm nichts verloren.

(Sehr richtig!)

Sie ist eine Frage, die uns vielleicht noch längere Zeit beschäftigt. Hoffentlich werden wenigstens die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Entscheidungen in Bälde getroffen werden können, um die Leute aus der Unsicherheit und aus der Unruhe herauszuführen.

(Sehr gut!)

In unserem Grundsatzprogramm, das auf längere Sicht Geltung haben muß, werden wir nur die wesentlichsten Punkte herausarbeiten. Es muß aber auch historisch gut fundiert werden.
Meine lieben Freunde! Man denkt heute allgemein, wenn man vom marxistischen Sozialismus spricht, an das Erfurter Programm. Dieses Programm war so fundiert, daß es Anklang bei den Zeitgenossen finden mußte. Wir wollen kein Programm aufstellen mit den Grundsätzen: "Wir fordern, wir verlangen usw." Wir wollen, weil wir mit den Menschen und für den Menschen Politik machen, den Einzelnen klar überzeugen, daß sich unsere Grundsätze durchsetzen müssen, wenn Bayern und Deutschland bestehen und darüber hinaus Europa leben soll. Wir wollen vor allem die Erkenntnis im Volk verbreiten, daß das Christentum eine Naturnotwendigkeit für das Zusammenleben der Völker ist, um weitere Bürgerkriege und Weltkriege zu vermeiden. Es hat keinen Zweck, von den letzten zwölf Jahren nur zu schwatzen.

(Sehr gut!)

Sie sind für uns vor allem deshalb von Belang, weil wir sie soziologisch für unser Programm auswerten wollen. Uns interessiert die Frage, wie sich dieses kollektivistische Denken durchsetzen konnte. Um so erfolgreicher können wir es dann bekämpfen.

(Sehr gut!)

In unserem Programm werden wir auch niederlegen, was ich über das Verhältnis Bayern-Deutschland ausführte.
So werden wir in vertrauensvoller Zusammenarbeit die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Union eine segensvolle Arbeit leisten kann. Es wird dafür Sorge getragen werden, daß wir alle Krisen überwinden. Es kommt gewiß viel auf das Programm an,

aber nicht allein auf das Programm. Ausschlaggebend ist der feste Wille, mit dem Programm ernst zu machen, die Worte zur Tat werden zu lassen.

(Sehr richtig!)

[...] Wir sind bereit, in jeder Weise dazu beizutragen, daß jetzt die Voraussetzungen für einen organischen Aufbau unserer Heimat und des deutschen Vaterlandes geschaffen werden. In der Vergangenheit brach *Hitler* sein Wort soundso oft und verscherzte dadurch unser Ansehen und unseren Kredit bei den Völkern. Wir werden uns dafür einsetzen, daß ein anständiges Deutschland wieder ersteht, das von aller Welt als vertrauensvoller Partner anerkannt werden kann. Wir werden dann eines Tages auch wieder jenseits unserer Grenzen Freunde finden, die uns die Hand reichen. [...] Vorläufig obliegt es uns nur, dafür zu sorgen, daß die Zusammenarbeit zwischen der Besatzungsmacht und uns eine gute ist.

(Lebhafter Beifall.)

Gewisse Reibungen werden sich nicht vermeiden lassen, aber manche Mißhelligkeiten rühren daher, daß *Hitler* zuviel versprochen hat; auch wenn die Amerikaner halbe Herrgötter wären, könnten sie diese Versprechungen nicht erfüllen. Wir wollen mit der Besatzungsmacht zusammenarbeiten, nicht nur aus dem unabänderlichen Zwang heraus, sondern weil es unserem christlichen Prinzip entspricht, die Hand zu reichen und nicht den Soldaten, der seine Pflicht tut, unseren inneren Unwillen entgelten zu lassen.

(Sehr gut!)

Wir wissen, um es ehrlich zu sagen, daß wir aus eigener Kraft nicht frei geworden wären.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Wir wollen das nicht vergessen! Gerade die Amerikaner sind nicht über das Meer gekommen, weil sie einen Eroberungsfeldzug geplant hatten. Sie haben hier keine territorialen Absichten, wie immer erklärt wurde. Sie sind gekommen, um für die Freiheit zu kämpfen, um für eine Kulturvorstellung zu kämpfen, zu der wir uns in der Christlich-Sozialen Union bekennen.

(Lebhafter Beifall.)

Ich will mich nicht auf Lobhudeleien einlassen. Gerade die Amerikaner und Engländer und die übrige demokratische Welt müssen in uns Deutschen wieder freie Männer sehen, die aufrecht hintreten und ihre Meinung sagen.

(Sehr gut!)

Wir wollen nicht mehr den Sklaven- und Radfahrertyp der vergangenen Zeit. Wir wollen uns zusammen bemühen, den Geist echter Demokratie zu verwirklichen und das Findelkind Demokratie, das uns in die Wiege gelegt wurde, großzuziehen. -

(Sehr gut!)

Meine lieben Freunde! Ich habe Ihnen in großen Zügen die Linie des Denkens entwickelt, aus der heraus ich bis jetzt gearbeitet habe. Ich glaube aber, daß jeder, den Sie mit Ihrem Vertrauen beehren, ungefähr die gleiche Richtung einhalten muß.

(Sehr richtig!)

Es ist das notwendig, damit die Union sich kraftvoll weiter entfaltet. Es ist aber auch notwendig für unser Volk, für unser Bayernland, für unser Deutschland. Das Hauptziel unserer Arbeit ist, die Voraussetzungen für den Frieden im eigenen Volk und für friedliche Zusammenarbeit mit den anderen Völkern zu schaffen.

(Stürmischer Beifall.)

[...][6]
Meine Herren, ich darf jetzt keine Debatte mehr zulassen. Ich werde sofort meinen Rücktritt erklären und irgendeinen der älteren Herren bitten, den Vorsitz zu übernehmen.
Wer ist so gut?

(Zuruf Dr. *Horlacher.*)

Michel Horlacher, wollen Sie schon zur Wahl sprechen?

(Zuruf: Zur Wahl!)

Meine lieben Freunde! Es wird das Wort zur Wahl verlangt. Infolgedessen erkläre ich hiermit meinen Rücktritt.
Ich bitte, sofern Sie Ihr Einverständnis dazu geben, *Krehle*, an meine Stelle zu treten. Darf ich Ihr Einverständnis annehmen, daß *Krehle* für den Wahlakt den Vorsitz übernimmt, oder haben Sie andere Vorschläge?

(Zurufe: Nein!)

Nein. Dann ist *Krehle* jetzt bestellt, den Vorsitz für den Wahlakt zu führen.
(*Krehle* übernimmt den Vorsitz.)
Dr. *Horlacher*: Meine Damen und Herren, einige Worte! Ich habe den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden Dr. *Müller* mit Aufmerksamkeit zugehört. Ich habe daraus Richtlinien entnommen, denen ich glaube, auch unsererseits die Zustimmung geben zu können.

(Bravo!)

Ich sehe keinen Grund, die Differenzen, die gestern entstanden sind - ich bin ganz offen -, weiter zu vertiefen. Wir haben uns gestern bis in die späte Nachtstunde unterhalten und auf fünf Punkte geeinigt, die wesentliche Punkte in der gegenwärtigen politischen Lage darstellen. Der Herr Vorsitzende ist ja auch darauf eingegangen. Wir wollen jetzt nicht darüber abstimmen, aber es wird vielleicht für Sie doch gut sein, wenn Sie diese Richtpunkte im Zusammenhang mit den gesamten Verhältnissen zur Kenntnis nehmen. Ich will mich sonst nicht weiter in die Wahl einmischen. Das ist nicht meine Aufgabe.
Die Entschließung, die diese fünf Punkte enthält, ist unterschrieben von: Dr. *Horlacher*, Dr. *Baumgartner*, Dr. *Schlögl*, *Schwingenstein*, *Piechl*, *von Prittwitz*, *Helmerich*, *Krehle*, *Pflaum*, *Schweiger*, *Ortloph*, Dr. *Kroll*, Dr. *Arnold*, Dr. *Dürr*, Dr. *Rindt*, *Ritter von Lex*.

[6] Hier endet die gedruckte Rede Müllers, die wegen Fehlseiten im Originalprotokoll ersatzweise eingefügt wurde (vgl. S. 308, Anm. 5). Ab hier ist wieder das Originalprotokoll, S. 93ff., wiedergegeben.

Die Entschließung lautet:

Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union beschließt folgende für die Arbeit der Union maßgebenden Richtlinien:

1. Die Union bekennt sich in unwandelbarer Treue zum bayerischen Volk und Staat. Gemäß dem von altersher in Bayern verwurzelten demokratischen Gedanken fordert sie, daß der Neuaufbau des Reiches von unten her, das heißt auf der Grundlage selbständiger Staaten erfolgt. Dem bundesstaatlichen Reich ist an Aufgaben das zu überlassen, was zur Erhaltung seiner politischen und wirtschaftlichen Einheit notwendig ist.
2. Die Union bekennt sich eindeutig zur christlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung. Sie erkennt das Privateigentum an, soweit es im Einklang mit dem christlichen Sittengesetz genutzt wird. Dagegen lehnt sie den ungezügelten Kapitalismus ebenso nachdrücklich ab wie jede die Einzelpersönlichkeit ertötende kollektivistische Wirtschaftsform.

(Bravo!)

3. Die Union bekennt sich zu einer wirklich fortschrittlichen, ehrlichen Demokratie, die es für alle Zeiten unmöglich macht, daß der Wille des Volkes und die Rechte der Einzelpersönlichkeit vergewaltigt und unterdrückt werden. Die Union lehnt daher jede Art von Reaktion, jede Einzel- und Klassendiktatur sowie alle militaristischen und sonstigen volks- und staatsfeindlichen Umtriebe auf das Schärfste ab.

(Bravo!)

4. Die Union setzt alles daran, das verlorengegangene Vertrauen des Auslandes zum deutschen Volke wieder herzustellen. Sie hält daher eine loyale Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht für eine selbstverständliche Pflicht.
5. Die Union fordert eine beschleunigte, strenge aber gerechte Durchführung des Entnazifizierungsgesetzes, die zu einer dem Maße der Schuld entsprechenden Bestrafung aller verantwortlichen Elemente führt.

Ich glaube, die Entschließung müssen Sie im Gesamtzusammenhang sehen. Sie erkennen daraus die Richtpunkte, die die bisherige Führung der Union bestimmten und können sich daraus ein Gesamtbild über die politische Lage machen. Sie werden zugeben, daß diese politischen Punkte von wesentlicher und entscheidender Bedeutung sind, sowohl für unsere Arbeit im Inneren wie auch für die Arbeit mit anderen. Ich glaube, Sie haben das nach diesen Richtungen hin in sich aufgenommen.

Krehle als Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Meines Erachtens brauchen wir über die eingebrachte Entschließung uns nicht des Langen und Breiten zu unterhalten. Ich glaube, wir können sofort darüber abstimmen, ob diese Entschließung angenommen wird.

Wer für die Annahme dieser Entschließung ist, den bitte ich die Hand zu erheben.

(Zuruf: Ich bin der Auffassung, daß eine so wichtige Entschließung entweder zurückgestellt oder im einzelnen durchgesprochen werden muß. - Weitere Zurufe.)

Krehle als Vorsitzender: Ich glaube, wenn wir erst in eine Debatte über die Entschliessung eintreten, die heute nacht in stundenlanger Debatte im kleinen Kreis zustande gekommen ist, dann wird wahrscheinlich der gleiche Tanz wie gestern hier im großen Gremium wieder angehen.

Dr. *Baumgartner*: Zur Debatte! Ich stelle den Antrag, daß über diese Entschließung en bloc abgestimmt wird.
Krehle als Vorsitzender: Es ist der Antrag gestellt, über diese Entschließung en bloc abzustimmen.
Wer damit einverstanden ist, daß über diese Entschließung sofort abgestimmt wird, den bitte ich die Hand zu erheben. - Es ist die überwältigende Mehrheit.
Wer ist für die Annahme der Entschließung? Ich bitte, die Hand zu erheben: - Danke, die Gegenprobe. -
Die Entschließung ist gegen zwei Stimmen angenommen.

(Bravo!)

Meine Damen und Herren! Ich möchte nun bitten, daß diejenigen Herrschaften, die hier anwesend sind und kein Stimmrecht haben, gleich nach unten in die Trinkstube zum Mittagessen gehen.
In der Zwischenzeit führen wir die Wahl noch durch, weil drunten nicht genügend Platz ist, daß alle gleichzeitig essen könnten. Ich bitte also die Nichtdelegierten, die kein Stimmrecht haben, gleich zum Essen zu gehen, während die Stimmberechtigten hier noch die Vorstandswahl erledigen.
(Geschieht.)
Dr. *Baumgartner*: Zur Geschäftsordnung! Bevor hier Unruhe eintritt, möchte ich noch ein Wort sprechen.
Ich glaube, daß wir allen Grund haben, unserem Vorsitzenden zu danken für die Arbeit, die er geleistet hat, und ihm das Vertrauen auszusprechen.

(Stürmischer Beifall!)

Ich bitte die Damen und Herren, ohne Ihre Wahl zu beeinflussen, ihm auch bei der Wahl das Vertrauen zu geben.

(Erneuter lebhafter Beifall.)

Krehle als Vorsitzender: Herr Dr. *Barth* zur Wahl.
Dr. *Barth*: Minister *Baumgartner* hat das gesagt, was ich sagen wollte.
Krehle als Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Wir kommen dann zur Wahl des Vorsitzenden.
Ich bitte, die Stimmzettel zu verteilen. Wer kein Stimmrecht hat und dableiben will, kann dableiben.
Minister *Baumgartner* hat vorgeschlagen, Herrn Dr. *Müller* das Vertrauen auch für die zukünftige Geschäftsführung zu übertragen. Werden andere Vorschläge für einen Vorsitzenden gemacht? -
Es wird kein anderer Vorschlag gemacht.
Ich bitte, die Stimmzettel zu verteilen. Es muß geheim abgestimmt werden. Es wird abgestimmt mit Ja oder Nein oder mit dem Namen. Besser ist, es schreibt jeder den Namen darauf.

(Zurufe: Den Namen!)

Also bitte, den Namen darauf schreiben, den Namen desjenigen, den er wählt, nicht seinen Namen.

(Heiterkeit!)

Das Stimmrecht steht doch fest?

Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Es darf keine Wurstelei entstehen, es muß der Name darauf geschrieben werden.

(Zuruf Dr. *Baumgartner*: Der Name des zu Wählenden!)

Krehle als Vorsitzender: Ich bitte um Ruhe.
Es wird der Name jedes Stimmberechtigten verlesen und beim Verlesen werfen Sie jeweils Ihren Stimmzettel ein.

(Zuruf: Müssen die Herren, die zwei Stimmen haben, zwei Stimmzettel abgeben?)

Selbstverständlich, weil dann die Zettel stimmen müssen.

(Zuruf über die Stimmberechtigung der Vertreter der Jugend.)

Es wird nach dem bisherigen Verfahren gewählt. Es spielt doch an sich jetzt gar keine Rolle, ob noch zwei oder drei mehr oder weniger mit abstimmen. Wollen wir jetzt die Geschichte nicht komplizieren.

(Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe.
Dr. *Käss*: Ich darf dazu sagen: Wir haben zu der heutigen Landesversammlung nach unseren vorläufigen Satzungen einladen müssen, die wir im Januar der Militärregierung vorgelegt haben und die durch die heute beschlossenen endgültigen Satzungen abgelöst werden. Da wir nach der bisherigen Satzung eingeladen haben, müssen wir die heutigen Abstimmungen nach dieser Satzung durchführen.
Das ist keine Zurücksetzung der Vertreter der Jugend, die nach der neuen Satzung stimmberechtigt sein werden, sondern ein rein formaler Zwang.
Ich darf jetzt mit der Verlesung beginnen. Ich bitte die jeweils vorgelesenen Herren oder die vorgelesenen Damen, Ihren Stimmzettel einzuwerfen.
Krehle als Vorsitzender: Ich bitte, daß noch zwei Herren als Wahlausschuß bestimmt werden. Ich würde vorschlagen Herrn *Holzmann*, wenn er noch da ist.

(Zurufe: Ist nicht mehr da!)

Er ist nicht mehr da. Wer wird als Wahlbeisitzer vorgeschlagen?

(Zuruf: Dr. *Barth*!)

Dr. *Barth* ist vorgeschlagen. Noch ein Herr!

(Zuruf: Dr. *Schlögl*!)

Dr. *Barth* und Dr. *Schlögl* sind vorgeschlagen. Darüber brauche ich wohl nicht abstimmen lassen. - Ich bitte dann die Herren, Ihres Amtes zu walten.
(Die Abstimmung wird durchgeführt. Die Stimmzettel werden jeweils bei Aufruf des Namens der einzelnen Stimmberechtigten eingesammelt.)
Dr. *Käss* (den von ihm durchgeführten Aufruf der Namen der Stimmberechtigten unterbrechend): Meine Damen und Herren! Wir haben, um ganz sicher zu gehen, bei der Abstimmung die der Militärregierung im Januar eingereichte Satzung zugrunde gelegt. In Bamberg ist mit Zustimmung der Militärregierung ein Satzungszusatz beschlossen worden, wonach auch die Mitglieder der Regierung und des früheren Landesausschusses stimmberechtigt waren.
Wir lassen, um jedem Zweifelsfall Rechnung zu tragen, diese Herren jetzt noch gesondert abstimmen.

Krehle als Vorsitzender: Ist die Versammlung damit einverstanden?
Es erhebt sich kein Widerspruch.
(Die Abstimmung wird fortgesetzt. - Anschließend wird die Zählung der Stimmen durchgeführt.)
Meine Herren! Ich darf die durch die Auszählung bedingte Pause ausnützen, um Sie für heute abend als Gäste des Bezirksverbandes München ins Spatenhaus einzuladen. Zeit: 19 Uhr.

(Bravo!)

Es gibt etwas zu essen, aber leider muß jeder Teilnehmer 50 Gramm Fleisch und 50 Gramm Fett abgeben.

(Zuruf: Das gibt Minister *Baumgartner* für alle ab! - Weiterer Zuruf: Mit Vollbier?)

Mit Vollbier, jawohl.
(Die Auszählung der Stimmen dauert an.)
Meine Damen und Herren! Ich glaube, es wird zweckmäßig sein, wenn wir vorläufig das Ergebnis der Wahl hier feststellen, daß es aber nachher, wenn die ganze Landesversammlung beisammen ist, noch einmal bekanntgegeben wird. Ich muß aber bitten, daß mich dann Herr Dr. *Barth* im Vorsitz ablöst, weil ich um 15 Uhr im Kabinett sein muß.
Ich bitte Herrn Dr. *Barth* oder Herrn Dr. *Lenz*, das Ergebnis der Abstimmung bekanntzugeben.
Dr. *Lenz*: Die Auszählung hat folgendes ergeben:

Es sind abgegeben worden

für Dr. *Müller*	185	Stimmen
für Dr. *Rindt*	4	Stimmen
für Dr. *Schwalber*	1	Stimme
für Dr. *Horlacher*	1	Stimme
für Dr. *Pfeiffer*	3	Stimmen
für Dr. *Hundhammer*	1	Stimme
für Dr. *Tortz* (?)	1	Stimme

ferner 18 Enthaltungen.

Krehle als Vorsitzender: Ich darf damit feststellen, daß der bisherige Landesvorsitzende Dr. *Müller* mit überwältigender Mehrheit gewählt ist.

(Beifall der wenigen Anwesenden.)

Ich darf ihn fragen, ob er die Wahl annimmt.
Dr. *Müller*: Ich nehme die Wahl an.
Krehle als Vorsitzender: Dr. *Müller* hat die Annahme der Wahl erklärt.
Ich beglückwünsche ihn zu diesem Ergebnis und schließe dann jetzt die Beratungen. Um 15.30 Uhr gehen die Beratungen weiter.

(Nach einer Pause von 14.45 bis 15.45 [Uhr] werden die Beratungen fortgesetzt.)

Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Damen und Herren! Ich bitte, Platz zu nehmen.
(Die Teilnehmer begeben sich auf ihre Plätze.)
Meine verehrten Damen und Herren! Ich bitte, *endlich* Platz zu nehmen.
(Geschieht.)

Die Christlich-Soziale Union ist seit ihrer Gründung über manchmal große Schwierigkeiten hinweggegangen. Sie ist über Berg und Tal dahingeschritten. Manchmal hat es ausgesehen, als ob die Union keine glückliche Fahrt machen würde. Es hat sich dann zuerst das Gedankengut der Union durchgesetzt. Es hat dann die Arbeit begonnen. Wir sind heute an einem Scheidepunkt angelangt. Die Wahl des Landesvorsitzenden ist erfolgt, und zwar ist sie so erfolgt, daß sie ein erfreuliches Zeichen für die neu gewordene Union darstellt. Sie ist das Zeichen dafür, daß die Zeichen der Zeit verstanden worden sind, daß wir nicht mehr das Alte sind, sondern daß wir aus der Katastrophe Deutschlands die Schlußfolgerungen gezogen haben und bereit sind, den neuen Weg in der Christlich-Sozialen Union zu gehen.

(Lebhafter Beifall.)

Das Wahlergebnis ist ein überwältigender Ausdruck nach dieser Richtung hin.

(Erneuter Beifall.)

Herr Dr. *Müller* ist mit 185 Stimmen gewählt.

(Lebhafter Beifall.)

Das endgültige Ergebnis ist: 191 [sic!] Stimmen sind für Dr. *Müller*, elf für Verschiedene abgegeben worden und 18 Enthaltungen.
Die überwältigende Mehrheit für Dr. *Müller* steht also fest.
Ich will nun nicht in den Fehler verfallen, Herrn Dr. *Müller* ein Loblied zu singen,

(Heiterkeit.)

fällt mir gar nicht ein, sondern ich will Herrn Dr. *Müller* ein paar Ratschläge mit auf den Weg geben.

(Erneute Heiterkeit.)

Der Ratschlag ist der, daß man die Verhältnisse so meistern muß, daß eine große Partei darnach drängt, ihren demokratischen Willen zu den wesentlichen Gesichtspunkten der Politik zum Ausdruck zu bringen, und je mehr der Landesvorsitzende es versteht, die Einheit der Partei zusammenzuhalten und die verschiedenen Ansichten auszugleichen und zu einer großen, gemeinsamen Einheit zusammenzufassen, um so grösser ist die Stärke. Von diesen Gesichtspunkten aus übergebe ich Herrn Dr. *Müller* den Vorsitz.

(Beifall.)

(Dr. *Müller* übernimmt wieder den Vorsitz.)
Vorsitzender Dr. *Müller*: Ich bitte, das Resultat nochmals bekanntzugeben. Herr Dr. *Barth* war in der Wahlprüfungskommission. Er gibt es bekannt.
Dr. *Barth*: Ich gebe noch einmal das Abstimmungsergebnis bekannt:

191 Stimmen für Dr. *Müller*,
11 verschiedene Stimmen,
18 Stimmenthaltungen,
zusammen 220 Stimmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das in der Wahl zum Ausdruck gekommen ist. Ein Vertrauen in dem Ausmaß ehrt und verpflichtet. Ich bin mir dessen vollkommen bewußt. Ich danke Ihnen für die

Ehrung und ich verspreche Ihnen, daß ich die Pflichten, die mir dadurch übertragen worden sind, gerade durch das Ausmaß des Vertrauens wirklich restlos und nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde.

(Bravo.)

Ich bitte auch die Freunde, die sich enthalten haben oder die für einen anderen Parteifreund gestimmt haben, um die Mitarbeit und um eine gute Zusammenarbeit. Ich meinerseits gehe davon aus, daß selbstverständlich jeder das demokratische Recht hat, zu stimmen, für wen er will. Ich werde infolgedessen aus dieser Wahl keinerlei Konsequenzen eventuell gegen irgend jemand ziehen, der geglaubt hat, daß ein anderer besser geeignet sei, an dieser Stelle zu stehen.
Meine Hauptpflicht wird darin bestehen, jetzt die Union so zusammenzuhalten, daß sie wirklich fest gefügt ist. Wir haben annähernd Dreiviertelmajorität der Stimmen bei den Wahlen bekommen und jetzt haben wir mit einem solchen Ergebnis einen Vorsitzenden gewählt, daß ich glaube, die Union hat wirklich bewiesen, daß sie eine Stoßkraft hat, daß sie fähig ist, Arbeiten zu übernehmen, daß Trennendes wohl da und dort zu Auseinandersetzungen, aber nie dazu führen kann, daß die Union in sich an Kraft verliert. Es ist an uns allen, miteinander diesen Willen in jeder Weise, im Großen wie im Kleinen zu verwirklichen.
Wir sind jetzt eine sehr starke Partei, wir sind eine so starke Partei, daß man sagen kann: Kaum dürfte im Verlaufe freier Wahlen in der Geschichte ein solches Wahlresultat oft zu verzeichnen sein. Ich glaube, daß es eine wirklich große Seltenheit ist. Wir werden aber trotzdem uns immer dessen bewußt sein, daß wir nie den Weg zur Einheitspartei gehen wollen, sondern daß wir immer andere als existenzberechtigt anerkennen werden. Ich lehne in dieser Hinsicht eine Äußerung, die Herr Dr. *Schumacher* vor kurzem gebraucht hat, "Deutschland wird sozialdemokratisch sein oder es wird nicht sein", restlos für uns ab.

(Zustimmung.)

Wir werden trotz der Einmütigkeit, die in den Abstimmungen draußen zum Ausdruck gekommen ist, trotz der Einmütigkeit, die hier zum Ausdruck gekommen ist, nie für die Union in Anspruch nehmen, daß Deutschland der Union gehören müsse oder nicht sein werde. Das erinnert mich allzustark an das Wort, das mir bei meiner ersten Vernehmung vom Richter vorgehalten wurde "Wir sind uns doch darüber klar, daß Deutschland ohne die Partei undenkbar ist."
Meine lieben Freunde! Es war das bitterste Erlebnis, eine solche Vorstellung zu vernehmen. Wir erheben keinen Totalitätsanspruch, wir gehen aber davon aus, daß die Weltanschauung, der wir zugehören, sich durchsetzen muß. Wir gehen davon aus, daß wir nicht, daß nicht die Union sich durchsetzen muß, daß sie nicht den Totalitätsanspruch erheben wird, wir gehen davon aus: Wir wollen nur dem Volksganzen dienen, wir wollen nur unserer Weltanschauung dienen, wir wollen dafür sorgen, daß es wahr werde: Deutschland, unsere bayerische Heimat wird christlich sein oder es wird nicht sein!

(Beifall.)

In diesem Sinne bitte ich um Zusammenarbeit aller in der Union.
Wir fahren in der Tagesordnung fort.
Meine lieben Parteifreunde! Wir besprechen jetzt die *Kandidatenliste für die Verfassunggebende Landesversammlung.* Ist Herr *Holzmann* da?

Herr *Holzmann*, würden Sie so freundlich sein, mit einigen Worten rasch einen Überblick über die Aufstellung der Kandidaten zu geben.
Herr Direktor *Holzmann*, der seinerzeit, wie Sie sich erinnern, schon die Gemeindewahlen vorbereitet hat und wirklich sehr aktiv mitgearbeitet hat, hat uns auch jetzt zur Vorbereitung der Kandidatenliste für die Landesversammlung mitgeholfen und hat sich auch im einzelnen bereit erklärt, auf Anfragen Auskunft zu geben.
Bevor wir die Namen besprechen, würde ich bitten, daß Herr *Holzmann* uns einen kurzen Bericht, eine kurze Übersicht gibt, daß Sie Anfragen stellen, damit wir wissen, wie der Modus procedendi ist, und daß wir erst dann die Namen besprechen.
Direktor *Holzmann*: Meine Damen und Herren! Ich kann mich in meinen Ausführungen kurz fassen, nachdem wir in den vergangenen Gemeindewahlen bzw. Kreistagswahlen schon die Prinzipien des demokratischen Wahlrechts kennengelernt haben.
Ich darf gleich sagen: In bezug auf die Wahlberechtigung hat sich in dem Gesetz für die Wahl einer Verfassunggebenden Landesversammlung keine Änderung ergeben. Dagegen ist in bezug auf das passive Wahlrecht eine Bestimmung aufgenommen, die etwas fremd ist. "Wählbar ist jeder wahlberechtigte Deutsche" hat es bisher geheißen. Nun ist in Absatz 2 eine Bestimmung hinzugefügt: "Zugelassen werden nur Bewerber, die vollständig von jeder Nazi-Weltanschauung frei sind."
Meine Damen und Herren! Das ist eine etwas gefährliche Bestimmung. Da sind die Herren und Damen, die als Bewerber in Frage kommen, allen möglichen Schikanen und Intrigen ausgesetzt. Denn was heißt eigentlich "Zugelassen werden nur die Bewerber, die von jeder Nazi-Weltanschauung frei sind"? Jeder kann uns bezichtigen, daß der eine oder andere einmal gesehen worden ist, daß er mit Heil Hitler gegrüßt hat. Also, wenn man das vielleicht von ein, zwei oder drei Personen bestätigen läßt, kann der Verdacht naheliegen, daß einer der Nazi-Weltanschauung gehuldigt hat. Also unberechtigten Angriffen ist hier durch diese Bestimmung nach meiner persönlichen Überzeugung Tür und Tor geöffnet. Es handelt sich nur darum, ob der seinerzeitige Regierungswahlausschuß tatsächlich diese Einwendungen gelten läßt.
Nun haben wir bei diesem neuen Wahlgesetz nicht mehr eine gebundene Liste, sondern eine Liste, die auf den Bewerber allein abgestellt ist und doch etwas mit der gebundenen Liste zu tun hat.
Es geht also nicht an, daß von einer Organisation, von einer Partei aus irgendwelche Kandidaten einfach auf eine Liste aufgestellt werden und daß in der Reihenfolge der Maßgabe der Stimmen, die auf den einzelnen Wahlvorschlag entfallen, nun zum Beispiel die Kandidaten eins, zwei bis zehn gewählt sein werden, und die anderen dann als Ersatzleute gelten. So ist es hier bei diesem Wahlgesetz nicht. Bei diesem Wahlgesetz geht es darum, daß der einzelne Bewerber in seinem Stimmkreis sich durchsetzen kann. Das heißt: Das rechtsrheinische Bayern ist gemäß der Regierungsbezirke in Kreise eingeteilt und innerhalb dieser Kreise sind Stimmkreise. Diese Kreise sind identisch mit dem Regierungsbezirk und innerhalb dieses Regierungsbezirks ist das ganze Gebiet in sogenannte Stimmkreise aufgeteilt. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, wie Ihre einzelnen Stimmkreise auf das ganze Gebiet verteilt sind. Oberbayern hat 39, Niederbayern/Oberpfalz 47, Oberfranken/Mittelfranken 47, Unterfranken 25, Schwaben 22 Stimmkreise.
Es geht also darum, daß man die Kandidaten entsprechend auf die einzelnen Stimmkreise verteilt. Nun geht es aber nicht von oben nach unten, daß man sagt: Der Stimmkreis stellt den auf, und der Stimmkreis stellt den auf. Der Bewerber muß vielmehr von unten her benannt werden. Er muß von seinem Stimmkreis aus als Kandidat

benannt werden. Er wird in seinem Stimmkreis sich bekannt machen müssen, wird in seinem Stimmkreis von einem Ortsverein aufgestellt werden müssen und kandidiert dann nur in seinem einzelnen Stimmkreis. Er ist innerhalb seines Stimmkreises nur der Konkurrenz der gegnerischen Parteien ausgesetzt, die eigenen Parteifreunde kommen für ihn als Konkurrenz nicht in Frage. Trotzdem muß er sich Mühe geben, eine möglichst hohe Stimmziffer zu erreichen, denn bei der Auszählung der Stimmen wird so vorgegangen, daß zuerst alle Stimmen, die auf eine Partei entfallen sind, also auf die sämtlichen Bewerber, die von der Partei aufgestellt worden sind, innerhalb des Regierungsbezirks zusammengezählt werden. Dann wird festgestellt: *Die* Partei hat so viel Stimmen, *die* so viel und *die* so viel, so viel Sitze sind zu verteilen.
Also zum Beispiel: Hier im Regierungsbezirk Oberbayern sind 39 Sitze zu verteilen. Diese 39 Damen und Herren + 1 = 40 werden dann in der Gesamtsumme der gültig abgegebenen Stimmen aufgeteilt. Was nun als Resultat herauskommt ist die Zahl, die jeder haben soll, um gewählt zu sein.
Ein praktisches Beispiel: Wenn zum Beispiel sich errechnet, daß auf einen Bewerber 12.000 Stimmen treffen, dann ist es so, daß der Bewerber, der mehr als 12.000 Stimmen erreicht hat, als gewählt gilt. Der eine oder andere Bewerber hat einen guten Stimmkreis, in dem man auf eine große Anzahl von Wählern der eigenen Partei rechnen kann. Dieser Bewerber erreicht nun irgendein Mehr von Stimmen. Dieses Mehr geht nun nicht ohne weiteres verloren, sondern auch der, der nur 8000 Stimmen in seinem Stimmkreis erreicht hat, kann als gewählt betrachtet werden, wenn eben nicht allzuviele da sind, die vor ihm herlaufen. Wenn Bewerber da sind, auf die 19.000, 18.000, 17.000, 16.000 usw. Stimmen entfallen, und wenn der Bewerber nur 12.000 Stimmen braucht, um gewählt zu sein, dann werden die über 12.000 hinausgehenden Reste auf die anderen Bewerber übertragen, so daß die Bewerber, auf die 6000 bis 8000 Stimmen entfallen, auch noch in Frage kommen können. Bei der Übertragung der Reste bleiben wiederum kleine Reste übrig. Die werden dann auf Gesamtbayern ausgeteilt. Jeder Stimmkreis, der nun die meisten Reste hat, bekommt dann noch Kandidaten, die die nächsthöheren Stimmen erreicht haben.
Das Entscheidende ist, daß man in der Kandidatenaufstellung möglichst geschickt verfährt, daß man nicht in Bezirken, wo man weiß, daß es sich um reine Arbeiterbevölkerung handelt, gerade einen Kandidaten hinstellt, den man absolut sicher drin haben will. Man muß den Kandidaten in Einklang mit der Wählermasse bringen, die ihn wählen soll, damit ein gewisses harmonisches Verhältnis hier entsteht. Selbstverständlich ist es auch möglich, daß ein Kandidat mehrere Stimmkreise zugesagt bekommt, wenn man großen Wert auf ihn legt, zum Beispiel in Stimmkreisen in Franken oben, wo andere Parteien vielleicht auch stark zum Zug kommen. Wenn man da haben will, daß ein bestimmter Parteifreund sich innerhalb seiner Stimmkreise durchsetzt, dann teilt man ihm etwas mehr Stimmkreise zu. Man weiß ja, wie viele Stimmen ungefähr in dem ganzen Regierungsbezirk abgegeben werden können. Man hat das Ergebnis der Gemeindewahl vom Januar und jetzt auch der Kreistagswahl vom letzten Sonntag, so daß man eine ziemlich genaue Berechnung anstellen kann. Man wird also schon den Kandidaten, den man absolut sichern will, so mit Stimmkreisen versehen, daß er die erforderliche Stimmziffer ohne weiteres erreichen kann.
Das Wesentliche, was noch an Neuem zu sagen ist, ist folgendes: Die Militärregierung verlangt, daß der Bewerber von ... (wegen Unruhe nicht verständlich!) aufgestellt wird. Es soll sogar so sein, daß der Bewerber in einer Art Urabstimmung draußen vorgewählt wird. Bei der Kürze der Zeit wird sich das in der Praxis gar nicht so durch-

führen lassen. Es wird genügen, wenn die Bezirksverbände ihre Ortsvereinsvorsitzenden und deren Stellvertreter und noch ein paar Mitglieder zusammenrufen und bekanntgeben: "Wir wollen den und den Kandidaten aufstellen, seid Ihr allseits einverstanden?" usw. Sie bringen dann sicherlich doch 60 bis 80 Mitglieder zusammen, die man dann schon als urabstimmende Persönlichkeiten bezeichnen kann.

(Zuruf: Geheime Wahl?)

Selbstverständlich, durch geheime Wahl.
Man wird einfach sagen: "Für unseren Stimmkreis kommt der und der Kandidat in Frage, er scheint geeignet zu sein, was sagen Sie dazu?" usw., wie man es sonst auch macht. Bei jeder Wahl ist es doch so, daß irgendwelche Persönlichkeiten nominiert werden müssen.
Es sind ja bei dieser Wahl, wie Sie aus dem Ganzen sehen, nicht allzu viele Herren in aktiver Form, sondern mehr in passiver Form beschäftigt. Die Wahlvorschläge werden ja im Regierungsbezirk eingereicht, so daß der Bezirksvereinsvorsitzende des Regierungsbezirkssitzes die Aufgabe hat, dafür zu sorgen, daß für die Stimmkreise seines Regierungsbezirks die Wahlvorschläge eingereicht werden.
Das wäre im wesentlichen das, was ich in der Angelegenheit zu sagen hätte. Ich glaube, daß es nicht zweckmäßig sein wird, hier in dem großen Kreis einzelne Anfragen zu stellen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nur wenn besondere Anfragen da sind.
Ich danke unserem Parteifreund *Holzmann* und bitte vielleicht Dr. *Käss*, noch das Ganze zusammenzufassen und die einzelnen Listen bekanntzugeben. Dann treten wir in die Debatte ein.
Werden noch besondere Anfragen gestellt? Ist etwas Besonderes unklar? Auf andere Unklarheiten kommen wir dann in der Debatte. - Dann bitte ich Dr. *Käss*.
Dr. *Käss*: Meine Herren! Die Wahlordnung stellt ab auf die Bezirke. Für jeden Regierungsbezirk muß ein Wahlvorschlag eingereicht werden, also in unserem Falle ein Vorschlag der Christlich-Sozialen Union. Das letzte Wort für die Einreichung hat also die Bezirksversammlung, nicht unsere Landesversammlung hier. Die hat nur die Aufgabe, die Sache abzustimmen und mit den Bezirken die Aufnahme einiger Kandidaten zu vereinbaren, die vom Land aus erwünscht sind, weil es eine sogenannte Landesliste nach dem derzeitigen Wahlgesetz nicht gibt.
Für die Bezirksversammlung sieht die Aufgabe ganz einfach so aus:
Ich nehme mir die voraussichtlich zu erreichende Stimmenzahl der Union, die anhand der bisherigen Wahl[en] festgestellt werden kann - in den Städten allerdings erst am übernächsten Sonntag wird festgestellt werden können, so daß es dann sehr fix gemacht werden muß -, und stelle fest, in welchen Fällen es nötig ist, mehrere Stimmkreise auf einen Kandidaten zusammenzulegen.
Dann entschließe ich mich, in jedem Stimmkreis, also in jedem Landkreis oder einer Kreisstadt, einige Kandidaten aufzustellen oder zusammenfassend einen Kandidaten aufzustellen. Dabei muß man weitgehend rechnen. Die Stimmen gehen nie der Union verloren. Wenn man zu sehr häuft, gehen einige Leute sicher durch und es gehen Stimmen auf einen anderen Regierungsbezirk - zugunsten der Union allerdings - über. Wenn man zu wenig häuft, gehen besondere Herren, auf die man rechnet, nicht durch. Das ist ein besonderes Rechenkunststück, wofür unsere Fachleute gerne zur Beratung zur Verfügung stehen.

Wesentlich ist, zwei Gesichtspunkte zu beachten:
In unseren Landkreisen draußen ist es wohl zweckmäßig, lieber etwas [zu] viel Kandidaten aufzustellen. Das spornt den gesunden Wettbewerb der Kandidaten an. Wenn jeder das Gefühl hat, "ich habe zwei oder drei Stimmkreise, ich bin sicher", dann strengt er sich im Wahlkampf nicht so an und den Schaden hat die Union als Ganzes, da jede Stimme dem Lande nach der Verhältniszahl zugute kommt.
Weiter ist wesentlich - das betrifft die Aufstellung der Kandidaten und geht in erster Linie unsere Kreisverbände an -, daß im Bezirk eine gewisse gesunde Mischung erzielt wird. Es muß gegenseitig abgestimmt werden, daß Jugend und Alter gut gemischt sind, daß die Frauen zum Zug kommen, daß die verschiedenen Berufsstände einigermaßen ausgeglichen werden. Das wird nicht erreicht, wenn jeder Landkreis bei Nominierung seines Kandidaten die Dinge in seiner örtlichen Perspektive sieht. Das muß abgestimmt werden. Das ist Aufgabe des Bezirksverbands. Der wird in der nächsten Woche eine sehr wesentliche und schnell durchzuführende Aufgabe haben. Er wird anhand der Dinge, die wir heute anschließend noch besprechen werden, seinen Vorschlag in der Bezirksversammlung nach den Grundsätzen der Militärregierung, die Herr *Holzmann* schon bekanntgegeben hat, zusammenstellen und rechtzeitig bis 2. Juni in dieser Form einreichen müssen.
Vom Lande aus geht es nun darum, abzustimmen und gewisse Kandidaten, die vom Lande aus erwünscht sind - wie das schon im wesentlichen etwa vor acht Tagen geschehen ist - mit den Bezirken zu vereinbaren, damit - ich möchte fast sagen - das Niveau unserer Fraktion, die später in der Nationalversammlung auftritt, wirklich ein vielseitiges ist und auch gehobenen Ansprüchen und Anforderungen gerecht werden kann.
Wollen wir nun die Landeskandidaten zunächst noch kurz besprechen. Ich darf die Liste, die vor etwa acht Tagen besprochen wurde, bekanntgeben. Es betrifft Herren, die vom Lande aus nach Vereinbarung in den einzelnen Bezirken aufgestellt werden sollen, weil das Land als solches überhaupt keine Kandidaten aufstellen kann.
Ich verlese die Namen und die Bezirke, mit denen darüber gesprochen wurde. Einige Unklarheiten wären im Anschluß daran vielleicht noch zu klären:

Dr. *Müller*, Nürnberg;
Staatssekretär *Pfeiffer*, Oberpfalz;
Staatssekretär *Ehard*, München;
Minister *Helmerich*, Oberpfalz;
Minister *Baumgartner*, Unterfranken;
Staatssekretär *Krehle*, Schwaben;

(Zuruf: Fällt aus, bleibt in München!)

Ich darf, ehe ich weiterlese, auf eines noch aufmerksam machen - weil das Wort München fällt: In den Großstädten heißt es aufpassen und sich die Hintertüren des Wahlgesetzes genau ansehen. Wenn wir z.B. in München in den zehn Stimmkreisen zehn Kandidaten aufstellen, würden wir riskieren, daß alle zehn nicht durchkommen.

(Zurufe.)

Die Großstädte müssen da stärker aufpassen als das flache Land draußen, weil hier die Schichtung der Wählerschaft eine etwas andere sein wird.

Ich fahre in der Liste fort.

Dr. *Horlacher*, Oberpfalz;
Generalsekretär *Schlögl*, Niederbayern;
Schwingenstein, Schwaben;
Dr. *Thierfelder*, Schwaben;
Dr. *Semler*, Oberfranken;
Herr *von Prittwitz*, Oberfranken;
Frau *Hahn*, Oberbayern;

Steber war für München vorgesehen. Ich weiß nicht, ob das so geblieben ist.

(Zuruf: ... *Steber* verzichtet!)

Ich lese zunächst vor, wir werden darüber diskutieren.
Dann ist die Frage der Geistlichen, über die der Herr Landesvorsitzende anschliessend gesondert sprechen wird.
Eine weitere Frage war noch, ob vom Landesausschuß eine Frau für die Bezirke vorgesehen werden soll oder ob es den Bezirken als solchen überlassen werden kann.
Ich würde für das weitere Vorgehen nachher vorschlagen, jetzt diese Fragen zu diskutieren. Anschließend ist es vielleicht gar nicht nötig und nicht zweckmäßig, die einzelnen Namensvorschläge der Bezirke, die noch nicht endgültig sein können, in allen Einzelheiten durchzugehen. Es wird wohl genügen, die Bezirke nochmals zu bitten, durch Einflußnahme auf ihre Kreisverbände eine gesunde Mischung im Interesse der Fraktion und des Ganzen zu erreichen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich wäre dankbar, wenn wir so vorgehen würden, daß jeder Bezirk aufgerufen wird und einen Überblick gibt, denn dann bekommen wir die Übersicht. Sie werden merken, daß wir Ihnen keine Liste vorlegen. Das habe ich bisher deswegen nicht getan, weil ich mich aus Prinzip nicht in die Kandidatenaufstellung einmischen wollte. Ich habe aus Prinzip keine Wahlversprechen machen wollen, das ist immer eine sehr unangenehme Angelegenheit.
Jetzt bitte ich, die einzelnen Bezirke aufzurufen.
Pflaum: Staatssekretär *Krehle* ist abwesend. Er hat die Liste der Münchner Kandidaten. Wir haben in München zehn Kandidaten. Herr Staatssekretär *Ehard* ist in München noch nicht untergebracht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist die Liste da? Ich bitte sie dann vorzulegen. Ich wäre dankbar, wenn Sie bei der Bekanntgabe den Beruf noch mit angeben würden, weil wir am Schluß noch einen gewissen Überblick gewinnen müssen, wie die Fraktion ungefähr aussieht.
Pflaum: Ich habe jetzt die Liste. In München sind aufgestellt:

Schmid, Präsident der Handwerkskammer, Buchbindermeister;
Elhardt, Obermeister der Konditor- und Bäckerinnung München;
Krehle, Staatssekretär im Arbeitsministerium;
Dr. h.c. *Scharnagl*, Oberbürgermeister von München, früher Bäckermeister;
Sedlmayr, Gewerkschaftsvertreter;
Anzenhofer, Gewerbelehrer;
Dr. *Lacherbauer*, Rechtskundiger Bürgermeister;
Gerstner, Geschäftsinhaber, Einzelhändler;
Dr. *Lill*, Professor, Amt für Denkmalpflege;
Frau *Lang-Brumann*.

Für Herrn Staatssekretär *Ehard* haben wir noch keinen Platz.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann bitte ich, ihn vorzumerken. Ich glaube, München hätte sonst auch gerne *Walther von Miller* daraufgesetzt und hat bisher keinen Platz dafür bekommen.
Ich bitte also *Ehard* und *Walther von Miller* vorzumerken.
Dr. *Hundhammer*: Oberbayern hat eine Vorbesprechung über die Kandidatenaufstellung mit den Kreisen gehabt und sich zunächst auf folgende Kandidaten geeinigt. Die endgültige Festlegung muß erst noch erfolgen:

Eirainer, Bauer;
Riss, Bauer und Bürgermeister;
Michael Maier, Bauer;
Dr. *Lenz*, Landrat, Laufen;
Dr. *Schwalber*, Rechtsanwalt und Bürgermeister, Dachau;
Dr. *Lehmer*, Bürgermeister, Erding;
Raum, Hochschulprofessor, Weihenstephan;
Dr. *Fleckenstein*, Schriftsteller, Garmisch;
Schäfer, Dachdeckermeister, Ingolstadt;
Brand, Kaufmann, Dießen;
Dr. *Schefbeck*, Rechtsanwalt, München;
Melchner, Wirtschaftsprüfer, München-Land;
Huber, Bauer;
Trettenbach, Krankenkassenverbands-Geschäftsführer, Pfaffenhofen;
Dr. *Hundhammer*, Kaufmann, München;
Dr. *Köhler*, Stud. Rat, Starnberg;
Allwein, Krankenkassenangestellter, Bad Tölz;
Berger, Bürgermeister, Traunstein;
Zwicknagl, Brauereibesitzer, Wasserburg.

Im Stimmkreis Schongau wurde ein Bauer aufgestellt, dessen Name mir nicht bekannt ist.
Oberbayern hat sich bemüht, möglichst alle Stände zu vertreten.
Die Frage der Arbeitervertreter wurde besonders erörtert. Als solcher wurde dann ausdrücklich *Berger*, Traunstein anerkannt, der aus dem Arbeiterstand kommt und bei den Arbeiterorganisationen einen Namen hat. Im wesentlichen bestand bei uns die Tendenz, eine Spanne für Leute zu lassen, die noch als Ersatzleute in Betracht kommen können. Wenn Oberbayern und München, die ja gemeinsam abrechnen, bei der Wahl am 30. Juni sich ungefähr in dem Rahmen halten, wie bei den letzten Wahlen, dann können wir rechnen, daß wir mit den 28 bis 29 Kandidaten, die wir jetzt haben, noch eine Spanne von vielleicht vier oder fünf Ersatzleuten bekommen, daß also der Kreis der Ersatzleute nicht zu groß wird.
Es war Oberbayern empfohlen worden, Frau *Hahn* aufzustellen. Es war naheliegend, sie in dem Bezirk zu benennen, in dem sie wohnt. Das ist der Bezirk Starnberg. Starnberg aber hat sich nicht dazu entschließen können. Ich habe dann mit Frau *Hahn* selber verhandelt. Sie hat mir schließlich erklärt, sie lege keinen entscheidenden Wert darauf, daß sie unbedingt aufgestellt wird, nachdem Frau *Lang-Brumann* als Frauenvertreterin, die auch absolut ihr Vertrauen besitzt, in München aufgestellt wird. Vielleicht wird dann bei der nächsten Wahl - diese Wahlperiode erstreckt sich bloß bis 3. November - eine andere Lösung möglich sein.

Eine Sonderfrage war die Frage der Aufstellung eines Geistlichen. Ich glaube, über diese Frage soll noch besonders diskutiert werden, wenn man darüber überhaupt in diesem Rahmen verhandelt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jetzt ist Schwaben an der Reihe. Wer ist eventuell noch vorzumerken? Offen ist hier eventuell noch Frau *Hahn*.
Kronthaler: Herr Dr. *Rindt* ist bereits weg. Er hat mich mit seiner Vertretung beauftragt. Wir haben die Aufstellung noch nicht gemacht. Wir können daher die Namen der Kandidaten nicht bekanntgeben.
Dr. *Käss*: Herr Dr. *Rindt* hat mich noch gebeten vorzumerken, daß Schwaben zwei Kandidaten des Landes, *Schwingenstein* und Dr. *Thierfelder*, gerne auf sicheren Plätzen unterbringen wird. Die Einzelaufstellung ist, wie schon erwähnt wurde, noch nicht vorgenommen und wird erst in der nächsten Woche durchgeführt. Es sollen dabei die Richtlinien der gesunden Mischung beachtet werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der nächste Bezirk wäre Niederbayern.
Dr. *Falkner*: Bei uns sind die Verhältnisse insoferne schwierig, als die Militärregierung vor einigen Wochen das Bezirksbüro geschlossen und die Akten des Bezirksverbandes beschlagnahmt hat, weil die Militärregierung auf dem damals wohl auch richtigen Standpunkt stand, daß ein Bezirksverband eine nicht ordnungsgemäße Organisation darstelle. Zugelassen von der Militärregierung, so wurde uns gesagt, seien nur die Kreise, also die Partei im Rahmen des Landkreises, und die Partei für das Land Bayern. Dazwischen hinein gäbe es nichts. Im Gegenteil, was dazwischen hinein aufgebaut werde, sei illegal.
Die Lage war eine Zeitlang sehr schwierig und vor allem für den Bezirksvorsitzenden etwas unerfreulich. Wir haben dann den Herrn Landesvorsitzenden um sein Eingreifen gebeten. Aber die Dinge konnten immer noch nicht geklärt werden, wenigstens so weit, daß wir unser Büro wieder hätten aufmachen können. Es ist uns deshalb auch von Seiten des Bezirksverbandes aus nicht möglich, irgend etwas zu unternehmen. Wir haben nicht einmal eine Schreibmaschine, kein Blatt Papier, und vor allem können wir nicht wagen, etwas zu tun, weil uns, wie gesagt, eine Betätigung verboten ist. Aber wir hoffen, daß wir morgen vielleicht schon, wenn Herr Dr. *Müller* und ich zu dem zuständigen politischen Offizier in Regensburg fahren werden, die Lage klären können. Ich halte es für meine Pflicht darauf hinzuweisen, daß, wenn uns die Möglichkeit nicht gegeben wird, eine Aufstellung der Kandidaten schlechthin - ich will nicht sagen - unmöglich sein wird, sondern erhebliche Schwierigkeiten macht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Entschuldige, wenn ich unterbreche. Ich nehme an, daß die Situation morgen geklärt wird, nachdem heute die neuen Statuten beschlossen worden sind. Damit ist der Bezirksverband als solcher verankert und die Schwierigkeiten werden höchstwahrscheinlich behoben werden.
Dr. *Falkner*: Wir können für Niederbayern-Oberpfalz, weil es ein einheitlicher Regierungsbezirk ist, mit der Entsendung von etwa 34 Kandidaten in das Parlament rechnen. Das wäre alles, was ich zu sagen habe. Die Kandidatenliste haben wir noch nicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wurde doch letzthin beschlossen, daß ein ungefährer Überblick gegeben werden sollte.
Dr. *Falkner*: Ich kann einen rohen Überblick dahin geben, daß die Wahlen zu den Kandidaten in den Landkreisen ordnungsgemäß stattgefunden haben. Die Kandidaten wurden in geheimer Wahl gewählt und es sind bei uns in allen Kreisen bodenständige Leute aufgestellt worden, die aus dem Landkreis selbst hervorgegangen sind. Wir haben heute von Seiten des Landesverbandes die Anregung bekommen, daß wir Dr.

Schlögl in Niederbayern aufstellen sollen. Das wird sich natürlich durchführen lassen. Was mich an der Aufstellung der Kandidaten durch die Landkreise gestört hat, war das Alter. Ich muß es den niederbayerischen Kreisen zum Vorwurf machen und ich halte es nicht für richtig, daß im Verhältnis nur Leute gehobenen Alters aufgestellt wurden. Soweit ich mich jetzt erinnere, ist zwischen 30 und 40 nur einer, unter 30 keiner. Ich halte das nicht für richtig. Mir wäre es lieber gewesen, wenn eine gesunde Mischung bestünde, 50% zwischen 30 und 40 und die anderen 50% zwischen 40 und 60. Alle Berufsstände sind vertreten, dem Charakter des Bezirkes entsprechend überwiegend Landwirte und Bauern.

Dr. *Käss*: Ich darf dazu noch sagen: Es wird im Falle Oberpfalz-Niederbayern ebenso wie Oberfranken-Mittelfranken-Nürnberg notwendig sein, daß die Bezirksversammlungen ihre nächsten Tagungen möglichst gemeinsam durchführen, weil die Kandidaten für den ganzen Regierungsbezirk der Militärregierung oder auch der bayerischen Regierungsbehörde gemeinsam präsentiert werden müssen.

Dr. *Schedl*: Die Oberpfalz hat keine Kandidatenliste in der Form, wie sie hier erwartet wird, weil eine gewisse Unklarheit bestanden hat und zum anderen, weil die Wahlordnung nicht so zeitig bekannt geworden war, daß an eine konkrete Aufstellung von Kandidaten gegangen werden konnte. Selbstverständlich hat die Oberpfalz eine Diskussionsgrundlage, und das ist eine gesunde berufsständische Mischung von Arbeitern, Bauern, Beamten mit Leuten aus dem Mittelstand und eben auch aus den freien Berufen und auch mit Berücksichtigung der Jugend und selbstverständlich der Frauen. Die endgültige Nominierung dieser Kandidaten wird von dieser Grundlage her erfolgen können, und zwar selbstverständlich frist- und formgerecht. Die vorliegende Nominierung ist nicht eine endgültige, weil sie der Rechtsgrundlage entbehrt. Die Kandidaten sind nicht von den Landkreisen in geheimer Wahl gewählt worden, sondern von der Bezirksversammlung vorgeschlagen worden.

Held: Falsch! Hier muß ich widersprechen. Die Kandidaten sind am 5. Mai in geheimer Wahl gewählt und dann von der Bezirksversammlung angenommen worden. Ich habe aber gar nichts dagegen, daß die Frage noch einmal zur Debatte kommt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Situation in der Oberpfalz ist etwas schwierig. Ich habe es heute schon gesagt. Ich wurde von der Militärregierung darauf aufmerksam gemacht, daß in der Oberpfalz zwei Vorsitzende da sind, die beide bei der Militärregierung aufgetreten sind. Ich habe infolgedessen auf Wunsch der Militärregierung einen kommissarischen Vorsitzenden eingesetzt, und zwar Herrn Dr. *Gamperl* und Herrn *Ortloph* zusammen. Ich habe beide Herren gebeten zu veranlassen, daß morgen eine Vertrauensmännerversammlung der Oberpfalz stattfindet, damit wenigstens vorläufig geordnete Verhältnisse geschaffen werden. Ich möchte nicht allzu lange einen kommissarisch bestellten Vorsitzenden haben, aber doch wenigstens einen vorläufigen. Die endgültigen Wahlen werden später durchzuführen sein, wenn alles überprüft ist.

Dr. *Schedl*: Ich bemerke, daß ich nicht der erste oder der zweite Vorsitzende bin, die nicht mehr da sind, damit kein Irrtum entsteht.

Ich möchte noch zum Einwurf, der gemacht worden ist, bemerken: Von Seiten der Oberpfalz ist die Diskussionsgrundlage, von der ich gesprochen habe, in geheimer Wahl durch 49 Delegierte aus 23 Stadt- und Landkreisen ermittelt worden. Es waren auch Vertreter der Stadt Regensburg da. Ich kann sie benennen, wenn Sie sie haben

wollen. Wenn einer, der delegiert ist, nicht hinkommt, kann der Bezirksvorstand nichts dafür. Sind Sie mir nicht böse, wenn ich das sage.

(Zuruf: Weil die Versammlung illegal war!)

Die Versammlung war durch die Militärregierung Burglengenfeld genehmigt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Herren! Wir werden morgen in der Oberpfalz eine legale Versammlung haben, um dann die Verhältnisse zu klären.
Stehen die Namen schon fest, Beruf, Altersdurchschnitt usw.?
Dr. *Schedl*: Die Namen stehen als Diskussionsgrundlage fest. Ich habe vorhin festgestellt, daß die Stimmkreise, das sind die Kreisverbände, noch keine Wahlen durchgeführt haben, ob sie mit den vorgeschlagenen Kandidaten einverstanden sind. Also stehen sie praktisch, wie ich gesagt habe, nicht fest.
Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Damen und Herren! Nun teile ich Ihnen meinen endgültigen Entschluß mit. Nach langer Überlegung sehe ich davon ab, 1. aus beruflichen Gründen, 2. aus sonstigen Gründen, die Sie später noch einmal erfahren werden, zu kandidieren; damit haben Sie eine Stelle frei in der Oberpfalz und können sich darüber unterhalten. Ich lege darauf gar kein Gewicht, schon seit drei Monaten nicht. Ich bin glücklich darüber, daß mein Freund *Eder* die Stelle in dem Wahlkreis Cham-Waldmünchen einnimmt. Ich bemerke noch weiter, daß ich glücklich bin, in den Zustand eines gewöhnlichen Mitgliedes der Union einzutreten. Wenn Organe der Union etwas von mir wollen, sollen sie sich an mich wenden. Dann werde ich darüber entscheiden. Gewicht lege ich auch darauf keines. Die Verhältnisse sind so, daß ich beruflich so überlastet bin, daß ich gerne anderen den Weg für eine Kandidatur freimache. Ich habe meine Gründe zu diesem Entschluß. Ich werde sie vielleicht diesem oder jenem Freund später einmal mitteilen.
Krempl: Ich möchte zurückweisen, daß wir schuld sind, daß wir zwei Vorstände haben. Ich muß die Oberpfalz und auch Niederbayern in Schutz nehmen. Wir in der Oberpfalz sind uns ebenso wie die in Niederbayern einig. Daß die in Regensburg nicht einig sind, dafür können wir nichts. Wir haben in Schwandorf getagt. Es waren 49 Stimmberechtigte anwesend. Die Tagung war von der Militärbehörde genehmigt. Mit München war die Tagung vereinbart und dabei wurden folgende Kandidaten aufgestellt:

Dr. *Anton Pfeiffer*, Staatssekretär,München;
Josef Faltermeier, Bauer,Tiefbrunn bei Moosham;
Georg Zitzler, Gewerkschaftssekretär, Regensburg, Sudetendeutschestr. 28;
Dr. *Josef Pfleger*, Justizrat, Weiden;
Walter Held, Kaufmann, Steinmetzstr. 9;
Josef Krempl, Kaufmann, Schwandorf, Regensburgerstr. 16;
Dr. *Michael Horlacher*, Staatskommissar, München.

In bezug auf Dr. *Horlacher* möchte ich folgendes erklären. Ich habe Herrn Dr. *Horlacher* zusammen mit Herrn *Eder* in München gebeten, zu kandidieren. Wir waren also darüber übereingekommen, anstelle von *Eder*, also eines Oberpfälzers, ihn aufzustellen. Meines Erachtens braucht sich Dr. *Horlacher* nicht zurückzuziehen, sondern er steht an der Stelle von Herrn *Eder*. Ich bitte Herrn Dr. *Horlacher*, Herrn *Eder*, mit dem er selbst persönlich befreundet ist, keinen Korb zu geben.
Ich fahre mit der Verlesung der Kandidatenliste fort:

Michael Helmerich, Staatsminister, München;
Dr. *Robert Weyh*, Oberamtsrichter, Riedenburg;

Frau *Maria Deku*, Regierungsreferentin, Hubertshöhe bei Roßbach;
Josef Prüschenk, Kalkwerksbesitzer, Landwirt, Kirchenthumbach;
Schäffer Hans, Dreher, Maxhütte;
Dr. *Martin Winkler*, Landrat, Schnaittenbach;
Otto Thomas, Schreinermeister, Erbendorf;
Dr. *Max Rief*, Reg. Direktor, Regensburg, Ziegeltsd[orf][7];
Neumann Ferdinand, Angestellter, Neusorg/Fichtelgebirg[e];
Josef Alois Zahn[8], Bankier, Bürgermeister, Tirschenreuth;
Lorenz Bräu, Bauer, Bruck/Opf., Kellerhof;
Dr. *Karl Debus*, Schriftleiter, Regensburg, Kupfmühle[...];
Otto Bogendörfer, Steuerberater, Eschenbach/Opf. 92;
Josef Weig, Bauer, Gutsbesitzer, Plankenhammer bei Floß;
Hirschmann, Bauer, Neumarkt/Opf.;
Edmund Koch, Angestellter, Weiden, Frauenrichters[tr.];
Lohbauer jun., Bauer, Büchlhof, Post Kemnath;
Grötsch, Schlosser, Cham/Opf. F[...]

Pflaum: Meine Damen und Herren! Die Freunde des Herrn Dr. *Horlacher* vom Bauernverein haben mich beauftragt, darauf zu achten, daß Herr Dr. *Horlacher* das ihm angebotene Mandat bestimmt annimmt, und ich möchte deswegen auch Herrn Dr. *Horlacher* ersuchen, sich von dieser Aufgabe - wenn ich so sagen darf - nicht zu drükken. Es wäre bedauerlich, wenn ein Feuerkopf wie Dr. *Horlacher* in der gesetzgebenden Versammlung fehlen würde. Ich glaube, er wird Leben in die Versammlung bringen und schon allein deswegen ist es unbedingt notwendig, daß Herr Dr. *Horlacher* das Mandat annimmt. Er kann nichts dafür, daß die Herren in der Oberpfalz uneinig sind.

(Zuruf: In Regensburg!)

Aber auch wir können nichts dafür.

(Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde!
Thomas: Es ist sehr befremdlich, wenn man die Gesichter betrachtet, daß die Worte eines Herren, der nicht Akademiker ist, ins Lächerliche gezogen werden, wie das bei unserem verdienten Herrn *Krempl* der Fall ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Diese Behauptung trifft bestimmt nicht zu. Ich glaube es eher dahin auslegen zu dürfen, daß wir uns alle etwas gefreut haben, daß es auch in der Oberpfalz kräftig zugeht.
Aber eines darf ich sagen. Ich bedaure, daß *Michel Horlacher* vorhin seine Erklärung abgegeben hat. Wir sagen uns manchmal, wie man heute früh gemerkt hat, sehr kräftig die Meinung. Aber ich glaube, es ist notwendig, daß jemand auch in diesem Parlament mit drin ist, der fähig ist, seine Meinung deutsch herauszusagen. Ich würde es

[7] In der Vorlage sind ab dieser Stelle der Auflistung bis zur Wortmeldung Pflaum am Rande jeweils einige Buchstaben abgeschnitten, die, da es sich hier um Ortsteile oder Straßennamen handelt, nur teilweise ergänzt werden konnten.
[8] In der Vorlage: "Otto Zahn".

sehr begrüßen, wenn *Michel Horlacher* 1. seine Erklärung zurücknehmen [würde] und 2., wenn die Oberpfalz bestimmt *Horlacher* an sicherer Stelle aufstellt.
Michel, sei kein Dickkopf, los!

(Beifall.)

Dr. *Horlacher*: Es ist für mich ein sehr schweres Opfer. Seit drei Monaten drängen mich meine Freunde, von diesem Schritt abzusehen. Ich lege kein Gewicht darauf, wenn ich keine einmütige Stellungnahme des Bezirksverbandes Oberpfalz finde. Ich suche einen Ausweg, nicht zu kandidieren. Das sage ich ganz offen. Mir erweist bloß jemand einen Gefallen, wenn er mir die Gelegenheit gibt, daß ich die Gelegenheit wirklich benützen kann. Wenn die Oberpfalz nicht einig ist, ich habe keine Lust zu kandidieren. Das ist eine Frage, die die Oberpfalz ausmachen muß. An sich ist mein Grundsatz, nicht zu kandidieren. Wenn ich von dem Grundsatz abgehe, dann möchte ich zwei Voraussetzungen haben: 1., daß die Mehrheit der Landesversammlung damit einverstanden ist und 2., daß die Oberpfalz die Dinge in einer entsprechenden Weise erledigt. Denn mein Beruf als solcher ist außerordentlich umfangreich und meine Rücksichtnahmen auf den großen Berufsstand, den ich vertrete, sind nach den verschiedensten Richtungen hin sehr vielfältig, das werden die Herren verstehen. Wenn die Oberpfalz nicht mit großer Mehrheit diese Dinge erledigen kann, dann habe ich die Gelegenheit, nicht zu kandidieren. Ich bin Ihnen dann sehr dankbar dafür.
Eder: Die Sache wird hier auf ein völlig falsches Gleis geschoben. Von Seiten der Oberpfalz sind gegen Dr. *Horlacher* überhaupt keine Bedenken erhoben worden. Mir selber wurde Dr. *Horlacher* in unserem Landkreis vorgeschlagen. Er wurde in unserem Landkreis einstimmig genehmigt. Das stimmt alles. Ich weiß gar nicht, warum Dr. *Horlacher* speziell mir einen Korb geben will. Das verstehe ich nicht. Denn letzten Endes bin ich der Blamierte, weil wir überall schon für Herrn Dr. *Horlacher* in unserem Landkreis Reklame gemacht haben.

(Heiterkeit.)

Ich bitte daher, daß er die Wahl in unserem Landkreis annimmt. Die Oberpfalz wird uns wenig genieren. Wir haben 17.000 Stimmen und damit ist er bereits gewählt. Ich glaube, daß die gesamte Oberpfalz hinter Herrn Dr. *Horlacher* stehen wird.

(Beifall.)

Dr. *Gamperl*: Als derzeitiger, wie ich annehme, vorübergehender Bezirksvorsitzender des Bezirkes Oberpfalz möchte ich folgendes zur Kenntnis geben:
Der Bezirk Oberpfalz hatte einen Vorstand. Dieser Vorstand mußte aus besonderen Gründen seine Vorstandschaft in andere Hände geben. Der 2. Vorsitzende nannte sich dann wieder Vorstand. Nachher reute es den ersten und er ging zur Militärregierung und erklärte, er sei Vorstand. Dann kam der 2. und erklärte ebenfalls, er sei der Vorstand. Die ganze Sache endete damit, daß die gesamte Vorstandschaft von der Militärregierung abgelehnt wurde. Herr Dr. *Müller* hat zu dem krassesten Mittel gegriffen, das möglich war, er hat eine kommissarische Vorstandschaft eingesetzt, und zwar mich als 1. Vorstand und Herrn *Ortloph* als 2. Vorstand. Nun ist dadurch die ganze Wahl dieser Kandidaten problematisch geworden, und dadurch hat es das Aussehen bekommen, als ob irgendwelche Schwierigkeiten in bezug auf die Kandidaten vorhanden wären. Die bestehen nun nicht. Aber sie sind noch nicht klar genug herausgestellt, so daß wir sie hier nicht als endgültig aufstellen können. Fest steht aber, daß die drei Landeskandidaten bei uns volle Aufnahme gefunden haben und daß die

Stimmkreise dafür bereits bekannt sind. Es besteht deshalb in keiner Weise ein Grund, daß unser lieber Freund Dr. *Horlacher* aus diesen Mißständen, die nun einmal gegeben waren, die aber wohl morgen erledigt sind, eine Konsequenz zieht, die in diesem Zusammenhang nicht berechtigt ist.
Ich bitte daher meinen alten Freund und Mitkämpfer Dr. *Horlacher* dringend, meine Ausführungen als endgültig anzusehen und seine Zurücknahme ebenfalls zurückzunehmen, in der Weise, daß er wieder kandidiert.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Darf ich die Debatte darüber abschließen?
Dr. *Bauer*: Ich möchte für Regensburg-Stadt eine Erklärung abgeben. Ich lege Wert auf die Feststellung, daß die bestehenden Mißhelligkeiten mit der Person des Parteifreundes *Horlacher* nicht das Allergeringste zu tun haben. Im übrigen halte ich es nicht für zweckmäßig, vor diesem Forum eine Angelegenheit zu behandeln, die seit einigen Tagen aufgrund einstimmigen Vorstandsbeschlusses der Stadt Regensburg Gegenstand einer Verhandlung vor dem Landesparteischiedsgericht sein wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich möchte die Debatte darüber abschließen. Sie dürfen aber eine Überzeugung mitnehmen, auch wenn wir vorhin die Sache vielleicht etwas leichter genommen haben: Es ist und es wird dafür gesorgt, daß jetzt auch in der Oberpfalz die Verhältnisse geordnet werden. Die Militärregierung hat den Wunsch geäußert, daß ich diesen Übergangszustand schaffe; der Zustand wird bald behoben werden.
Ich bitte jetzt um Zustimmung, daß der Oberpfalz gegenüber der Wunsch ausgesprochen wird, daß unter allen Umständen *Michel Horlacher* an sicherer Stelle auf die Kandidatenliste gesetzt wird.

(Beifall.)

Ich darf darüber abstimmen.
Ich möchte hier keinen formellen Antrag haben.
Wenn es gewünscht wird, stelle ich einen formellen Antrag: Er *muß* darauf gesetzt werden. Ich möchte das nicht machen. Ich glaube nicht, daß es notwendig ist. Ich glaube, daß die Oberpfalz einen Wunsch berücksichtigt, wenn er von der Landesversammlung mit klarer Majorität zum Ausdruck kommt.
Haaser: Aufgrund dieser Aussprache stelle ich den ausdrücklichen Antrag, daß darüber abgestimmt wird, daß unserem Wunsche in dem Grenzgebiet Cham - Furth im Walde Rechnung getragen wird, wo wir bereits in großem Umfange für Dr. *Horlacher* Propaganda machen, daß Dr. *Horlacher* den Posten annimmt und daß die Oberpfalz restlos damit einverstanden ist und auch die Landesversammlung die Bitte ausspricht, daß Dr. Horlacher diese Kandidatur in unserem Interesse übernimmt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Dann darf ich jetzt schärfer formulieren:

> Die Landesversammlung fordert die Bezirksversammlung Oberpfalz auf, Dr. *Michel Horlacher* an sicherer Stelle auf der Kandidatenliste Oberpfalz - Niederbayern aufzustellen.

Darf ich darüber abstimmen.
Wer enthält sich?
Wer ist gegen den Antrag?
Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Dr. *Horlacher*: Ich halte keine lange Rede. Ich danke für das Vertrauen, das mir entgegengebracht wurde. Ich habe nur eine Bitte an die Oberpfalz, daß sie meinen Freund *Eder* so plaziert, daß er als der erste Ersatzmann in Frage kommt, oder daß er einen Wahlkreis bekommt. Ich bitte jedenfalls so zu disponieren. Die Herren verstehen mich.

(Ist schon geschehen!)

Dr. *Käss*: Auf der Liste der Oberpfalz werden erscheinen - ich stelle das nochmals fest - Dr. *Horlacher*, Staatssekretär *Pfeiffer* und Minister *Helmerich*.
Es folgt jetzt Oberfranken.
Dr. *Kroll*: Für Oberfranken ist aufgrund der letzten Bezirksversammlung die Kandidatenaufstellung so vorgenommen worden, daß zunächst einmal jeder Landkreis seinen Kandidaten aufgestellt hat, obwohl wir uns bewußt sind, daß höchstens die Hälfte der aufgestellten Kandidaten Aussicht hat, wirklich gewählt zu werden. Wir waren der irrigen Annahme, daß die Reihenfolge der Liste entscheidend wäre und haben infolgedessen eine Gruppierung innerhalb der Reihenfolge vorgenommen, wobei wir die ersten zwölf mit Sicherheit durchbringen wollten. Nachdem aber eine Änderung des Wahlgesetzes eingetreten ist, werden wir in der nächsten Woche eine erneute Bezirksversammlung abhalten und dann erneut die Plazierung vornehmen. Es ist der Wunsch Oberfrankens, der Landesleitung an und für sich so weit wie möglich entgegenzukommen und auch Vorschläge der Landesleitung unterzubringen. Wir sind aber ein Bezirk, der verhältnismäßig schwer zu kämpfen hat, und ich darf den Wunsch aussprechen, daß die Landesleitung nur einen Kandidaten zum Unterbringen vorschlägt und vielleicht den 2. Kandidaten an sicherer Stelle in Oberfranken [sic!] oder Ober- oder Niederbayern plaziert. Die beiden Herren, die vorgeschlagen wurden, Herr Dr. *Semler* und Herr *von Prittwitz-Gaffron* sind uns sehr lieb und wert. Es richtet sich gegen keinen der beiden. Wir wären froh, wenn wir sie beide unterbringen könnten. Aber wir fürchten, daß das ohne Schwierigkeiten nicht möglich ist.
Ich darf jetzt vielleicht die Kandidaten verlesen, wenn es gewünscht wird. Ich weiß nicht, ob die Landesleitung die Liste benötigt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wäre schon besser, nachdem wir es vorhin gemacht haben. Ich möchte aber gerade in Franken darum bitten, die Konfessionen entsprechend zu berücksichtigen.
Dr. *Kroll*: Das ist geschehen.

Sühler, Adam, evangelisch, Bauer, für Kreis Kulmbach;
Kaiser, katholisch, Arbeiter, für Forchheim;
Dr. *Kroll*, katholisch, Volkswirt, für Coburg;
Nüssel, Adam, evangelisch, Bauer, für Bayreuth;
Dr. *Krapp*, katholisch, Präsident, für Bamberg;
Dr. *Barth*, evangelisch, Studiendirektor, für Coburg-Stadt;
Dr. *Fröhlich*, katholisch, Landrat, für Ebermannstadt;
Haußleiter, evangelisch, Schriftleiter, für Bayreuth;
Dr. *Busch*, katholisch, Fabrikant, für Wunsiedel;
Dr. *Wittmann*, katholisch, Rechtsanwalt, für Lichtenfels;
Blaser, Kurt, evangelisch, Studienrat, für Hof;
Ostwald, Bernhard, katholisch, Kaufmann, für Rehau;
Papstmann, katholisch, Fabrikant, für Kronach;
Güttler, Josef, katholisch, Landwirt, für Bamberg-Land;

Neuner, evangelisch, Fabrikant, für Pegnitz;
Kalbskopf, Otto, evangelisch, Fabrikbesitzer, für Münchberg;
Kothmann, Fritz, evangelisch, Bauer, für Naila;
von Guttenberg, katholisch, Gutsbesitzer, für Stadtsteinach;
Kolb, Georg, katholisch, für Staffelstein;
Dr. *Weiskopf*[9], evangelisch, Rechtsanwalt, für Kulmbach;
Weber, Peter, evangelisch, Bürgermeister,
Söllner, Karl, evangelisch, Schriftsetzer, für Hof.

Zu unserem großen Bedauern haben wir bisher keine Frauenvertreterin aufstellen können. Aber wir können vielleicht noch unsere Herren bitten, dem weiblichen Geschlecht entgegenzukommen. Ich weiß nicht, ob es noch möglich sein wird. Ich habe keinen Einfluß darauf.
Ich möchte für die Herren von Oberfranken bemerken und darf Ihnen folgendes bekanntgeben: Sie werden hiermit zur endgültigen Beschlußfassung am Samstag in acht Tagen, also morgen in acht Tagen im Landratsamt zu Bayreuth, Ludwigstraße 20 eingeladen. Vormittags 9 Uhr findet an diesem Tag dort eine Bezirksversammlung statt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist zu spät. Die Versammlung muß vorverlegt werden.
Dr. *Arnold*: Wir müssen uns zusammensetzen. Die Liste muß vorher aufgestellt werden. Außerdem ist Wahlsonntag.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Kroll*, haben Sie niemand vorgesehen, der von der Landesleitung vorgeschlagen wurde.
Dr. *Kroll*: Herr *Blaser* ist zugunsten von Herrn Dr. *Semler* zurückgeschrieben worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann bitte ich Herrn *von Prittwitz* vorzumerken.
Dr. *Arnold*: Der Bezirksverband Mittelfranken hat am 15. des Monats seine Versammlung abgehalten. Bei der Aufstellung der Kandidatenliste für Mittelfranken mußten folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden: Einmal die Konfessionen, dann der Berufsstand und dann das Prinzip der Koppelung. Sie wissen, daß wir in Mittelfranken in der politischen Diaspora wohnen. Wir können also unmöglich für jeden Stimmkreis einen Kandidaten aufstellen. In Mittelfranken mußten daher schwache Stimmkreise zusammengelegt werden. Wir haben sechs Stimmkreise zu drei Stimmkreisen zusammengelegt. Im einzelnen sind folgende Kandidaten aufgestellt worden:

Dr. *Voretzsch*, Botschafter, evangelisch,
Dr. *Roth*, Industriedirektor, evangelisch, und zwar für Erlangen-Stadt und -Land.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit an die Landesversammlung eine Anfrage richten. Zuerst wurde Prof. Dr. *Strathmann* von Erlangen, Professor der Theologie, als Kandidat aufgestellt. Erlangen erklärt, solange keine offizielle Entscheidung von der Landesversammlung getroffen ist, soll Prof. *Strathmann* als Kandidat bestehen bleiben. Ich bitte diesen Punkt zu klären.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das geschieht hernach.
Dr. *Arnold*:

Für den Stimmkreis Fürth-Stadt und -Land Dipl. Volkswirt *Mayr*;
für den Stimmbezirk Ansbach-Land Landwirt *Mack*;

[9] In der Vorlage: "Weisshaupt".

für den Landkreis Dinkelsbühl *Paul Brand*, Fabrikant;
für den Landkreis Eichstätt *Weinzierl*, Bürgermeister, Schlossermeister;
für den Landkreis Feuchtwangen *Brumberger*, Bauer und Bürgermeister;
für den Landkreis Gunzenhausen Direktor Dr. *Eichhorn*;
für den Landkreis Hersbruck *Johann Prottengeier*, Bauer;
für den Landkreis Heideck *Stücklen*, Schlossermeister;
für den Stimmkreis Altdorf und Lauf *Andreas Schmid*,[10] Arbeiter;
für den Landkreis Neustadt Dr. *Dollinger*, Kaufmann;
für den Landkreis Rothenburg *Hans Centmayer*, Gutspächter;
für den Landkreis Scheinfeld *Georg von und zu Franckenstein*, Landrat;
für den Landkreis Schwabach *Haiger*, Ökonomierat;
für den Landkreis Uffenheim *Wilhelm Klenk*, Mechaniker.

Voraussichtlich wird - und das ist noch nicht durch eine Versammlung beschlossen - für den Landkreis Weißenburg der Angestellte *Konrad* aufgestellt werden.
Ich bitte nun die Landesversammlung darüber zu entscheiden, in welcher Weise evangelische oder katholische Geistliche bei der Aufstellung von Kandidaten für die Verfassunggebende Landesversammlung berücksichtigt werden können und sollen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir besprechen das noch am Schluß der Liste. Bitte, nächster Bezirk.
Dr. *Nerreter*: Ich wollte noch folgendes feststellen. Vom Landesvorstand waren wir gebeten worden, Frau Dr. *Meyer-Spreckels* als evangelische Frauenvertreterin aufzustellen. Sie konnte in Mittelfranken nicht plaziert werden.
Deggendorfer: Wir haben in einer Mitgliederversammlung am vergangenen Mittwoch, den 15. Mai, in den sechs Stimmkreisen Nürnbergs mit überwältigender Mehrheit unseren Landesvorsitzenden Dr. *Müller* aufgestellt.

(Lebhafter Beifall.)

Dr. *Dürr*: Die Liste von Unterfranken kann verständlicherweise nur eine vorläufige sein. Sie ist auch noch unvollständig, weil einmal noch nicht alle Landkreise ihren vorgeschriebenen Wahlen nachkommen konnten bzw. wenn sie stattgefunden haben, mir die Ergebnisse noch nicht bekannt geworden sind, und weil die Bezirksversammlung erst am 22. des Monats stattfindet. Sie sollte heute stattfinden. Infolge der Landesversammlung mußte sie aber verschoben werden. Außerdem wollten die drei Städte Unterfrankens noch das Wahlergebnis des 26. Mai abwarten.
Fest liegen bereits folgende Kandidaten:

für den Landkreis Alzenau: Bürgermeister *Fritz Huth*;
für Aschaffenburg-Land: Landrat Dr. *Hanns Seidel*;
für Aschaffenburg-Stadt: Gewerkschaftssekretär *Hugo Karpf*;
für Bad Kissingen: Kandidat noch unbekannt;
für Bad Neustadt: Dr. *Bühner*, praktischer Arzt;
für Brückenau: Dr. *Baumgartner*, Ernährungs- und Landwirtschaftsminister;
für Ebern: derselbe Kandidat;
für Gemünden: Dr. *Jörg*, Landrat;
für Gerolzhofen: Freiherr *Fuchs von Bimbach*;[11]

[10] In der Vorlage: "Theodor Schmid".
[11] In der Vorlage: "Fuchs von Bübach".

für Hammelburg: Dr. *Jörg*, Landrat;
für Haßfurt: *Gottfried Hart*,[12] Bürgermeister und Kaufmann;
für Hofheim: *Schmitt, Franz*, Bürgermeister;
für Karlstadt: *Sauer, Franz Ludwig*, Bürgermeister;
für Kitzingen: *Pfeuffer*, Ökonomierat;
für Königshofen: Kandidat wird kommenden Montag aufgestellt;
für Lohr: *Rudolf Englert*, Landrat;
für Marktheidenfeld: Dr. *Hans Wutzlhofer*, Landrat;
für Mellrichstadt: Dr. *Baumgartner*, Landwirtschaftsminister;
für Miltenberg: Dr. *Hanns Seidel*, Landrat;
für Obernburg:[13] *Adalbert Neckermann*;
für Ochsenfurt: Ergebnis noch nicht bekannt;
für Schweinfurt-Land: *Wolf*, Bauer und Bürgermeister;
für Schweinfurt-Stadt: Dr. *Kroth*, Industrie-Direktor;
für Würzburg-Land: *Kraus, Engelbert*, Lagerverwa[lter];
für Würzburg-Stadt: Dr. *Dürr*, Rechnungsrat.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist ein Landkreis offen, der hier zur Diskussion vorgemerkt werden muß?
Dr. *Dürr*: Nein.
Dr. *Käss*: Wir sind mit den Bezirken fertig. Ich bitte nochmals alle Listen, soweit es noch nicht geschehen ist, bei den Stenographen hier vorne in Abschrift abzugeben, damit die Namen aufgenommen werden können.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich schlage folgendes zur Debatte vor: Sie haben die Anregung gehört, daß die Frage debattiert wird, ob es erwünscht erscheint, daß Geistliche kandidieren. Wir werden uns jetzt darüber kurz unterhalten. Anschließend werden wir die einzelnen Namen durchbesprechen, die jetzt eventuell noch in den Bezirkslisten berücksichtigt werden sollen. Darf ich Ihr Einverständnis annehmen?
Ich bitte um Ruhe.
Meine lieben Freunde! Die Frage, ob Geistliche kandidieren sollen oder nicht, ist eigentlich eine Frage, die nach meinem Empfinden nicht beschlußfähig entschieden werden sollte.

(Sehr richtig!)

Es ist so, daß wir höchstens hier einen Wunsch aussprechen können, aber es kann keinesfalls dahin kommen, daß durch einen Beschluß der Geistliche etwa Bürger zweiten Ranges sein sollte.

(Sehr gut!)

Ich bitte nun in die Debatte darüber einzutreten, ob es erwünscht ist, daß Geistliche kandidieren. Wer meldet sich zum Wort?
Dr. *Eichhorn*: Da im Augenblick ein evangelischer Geistlicher zur Wahl steht, darf ich mit ein paar Worten Stellung nehmen. Ich habe meinem Freund *Strathmann* schon vor Monaten einmal dringend abgeraten, es zu tun, als er mich wegen des Politisierens fragte, das er als ehemaliger Christlicher Volksdienstler wieder einmal aufnehmen wollte, wie alle, die einmal Blut gerochen hatten.

[12] In der Vorlage: "Hartburg".
[13] In der Vorlage: "Oberberg".

Wir haben in unseren Versammlungen, nicht bloß hier, sondern wohl auch anderswo, programmatisch mit voller Zustimmung der Landesleitung erklärt, daß Geistliche in der aktiven Politik unerwünscht sind. Das ist nicht bloß einmal, sondern ich nehme an Hunderte Mal bei programmatischen Ausführungen geschehen.

(Warum denn?)

Die Gründe möchte ich nicht näher ausführen. Aber sie liegen in den unteren Stellen und auch im Parlament wohl ziemlich klar. Ganz anders liegen die Verhältnisse, wenn wir über die Dinge sprechen, die sich nicht auf Tagesfragen und Tagespolitik beschränken, sondern die in den großen Bereich der Kulturpolitik und dergleichen gehen. Aber auch wenn kein Geistlicher in einem Landtag sitzt, besonders nicht in einem beratenden, wie dem nächsten, besteht keine Gefahr, daß die kulturellen Dinge, die dieses Gremium etwa beschäftigen, von uns vernachlässigt werden.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, unter uns sind hinreichend Leute, die Rede und Antwort stehen können. Sowie eine offene Frage da ist, hat man zudem einen sehr raschen Weg, sich dahin zu begeben, wo man richtig beraten wird. Ich möchte dringend bitten, daß wir bei dem bleiben, was bis jetzt gemacht worden ist. Ich weiß, daß eine ganze Reihe Kandidaturen, die an sich sehr ehrenvoll sind, auch in den unteren Stellen, den Landratsstellen usw. vorgenommen wurden. Ich weiß aber auch, daß die beiden Kirchen - und ich kann sicher für beide sprechen - diese Kandidaturen für durchaus unerwünscht halten.

(Sehr richtig!)

Ich kann ganz ausdrücklich für die evangelische Kirche erklären, daß es den evangelischen Geistlichen geradezu untersagt worden ist, irgendeine Stelle politischer Art anzunehmen und daß unser Landesbischof [*Hans Meiser*] mir erst vor einigen Tagen ganz uneingeschränkt erklärt hat, er wünsche absolut nicht, daß Geistliche in die Parlamente kommen. Damit ist die Situation für uns glaube ich geklärt. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man zwar keinen Beschluß wird fassen können, aber ich bin überzeugt, daß jeder Geistliche, der einigermaßen die einheitliche Stimmung dieser Versammlung kennt, auch die Konsequenzen zieht, ohne sich deswegen als ein Bürger zweiten Ranges zu fühlen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Dr. *Horlacher* hat sich als nächster Redner gemeldet. Ich möchte nachher meinen Standpunkt umreißen.

Dr. *Horlacher*: Das ist schon eine grundsätzliche Frage. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir freies Feld haben müssen zur Verteidigung von kulturellen und auch kirchlichen Interessen und das Feld wird um so freier sein, je weniger sich die Geistlichen selbst in die aktive Politik hinüberbegeben.

(Sehr richtig!)

Wir wollen in keiner Weise das staatsbürgerliche Recht der Geistlichen einschränken. Wir sind auch dankbar dafür, daß die obersten kirchlichen Behörden uns die Stellungnahme erleichtern, indem sie sagen, daß dort die Geistlichen zurücktreten sollen, wo der Meinungskampf unter den Leuten beginnt. Dem Interesse der Kirchen ist viel besser gedient, wenn ihre eigenen Vertreter aus dem politischen Zank und Streit herausbleiben. Wir bekommen dadurch eine Vertiefung bei den beiden Konfessionen, die wir als gemeinschaftliche christliche Aufgabe in der Politik zu vertreten haben. Wir bekommen auch in der Politik keine Versteifung der Verhältnisse, wenn wir un-

sere Arbeit ohne Geistliche bewältigen. Wir bekommen dadurch keine Einengungen in unserem Gesichtskreis. Ich glaube, wir sind selber Manns genug, im Benehmen mit den Kirchen die entscheidenden kulturpolitischen Fragen vertreten zu können, und ich möchte bitten, daß zwischen den politischen Aufgaben in den Parlamenten und zwischen den kirchlichen Aufgaben ein gewisser Unterschied gemacht wird, nicht zum Nachteil der Kirchen, sondern gerade zu ihrem Vorteil.

(Sehr richtig!)

Ich würde bitten, daß wir das schon zu einer Art Grundsatzfrage machen und diesen Gesichtspunkt ganz allgemein vertreten, besonders, wenn die evangelische Seite diesen Wunsch bereits ausgesprochen hat. Dann kann die katholische Seite auch keinen anderen Wunsch haben, denn da geht dann alles nach gleichheitlich ausgerichteten Gesichtspunkten.

Von Prittwitz-Gaffron: Ich möchte die Ausführungen der beiden Herren Vorredner, besonders die Ausführungen von Herrn Dr. *Horlacher*, sehr unterstützen und unterstreichen. Ich glaube, es wird uns niemand den Vorwurf machen können, daß wir irgendwie Stellung gegen die Geistlichen der Konfessionen genommen haben, insbesondere, wenn man unsere heute genehmigten Satzungen betrachtet, wo ja ausdrücklich die Geistlichen vertreten sind.

Ich glaube, daß in einem künftigen Parlament, wo doch, wenn es nach den Wünschen der Mehrheit unserer Partei geht, eine zweite Kammer eingerichtet sein wird, in dieser Kammer der Platz sein kann, wo auch die Kirchen ihre Vertreter haben. Hier herrscht dann auch nicht der politische Meinungskampf so stark vor wie in der ersten Kammer, dem Abgeordnetenhaus, wo tatsächlich der Fall eintreten könnte, daß die zwei Geistlichen in einer sachlichen gesetzlichen Frage einander mit gegenteiligen Ansichten gegenüberstehen. Ich glaube, das liegt wirklich nicht im Interesse der Sache.

Sicherlich teilt die Mehrheit der hiesigen Versammlung nach meinem Empfinden und nach allem, was wir gestern im Arbeitsausschuß über diese Frage gehört haben, die Ansicht der Herren Vorredner und meine eigene. Ich glaube, wir wären dem Herrn Landesvorsitzenden sehr dankbar, wenn er vielleicht die Frage in diesem Sinne durch Besprechungen mit den Vertretern der Kirchen regeln könnte. Ich bin auch der Meinung, daß man es nicht zu einem Beschluß dieser Art kommen lassen soll.

Prechtl: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fürchten Sie nicht, daß ich zu lange spreche, aber es muß doch auch einmal die andere Seite gehört werden. Schauen Sie zurück in das parlamentarische Leben der Vergangenheit und in das ganze öffentliche Leben, dann wird immer da und dort einmal ein Geistlicher in der Öffentlichkeit und in öffentlichen Vertretungen mitgearbeitet haben. Ich glaube nicht, daß irgendwo mit Recht der Vorwurf erhoben werden könnte, daß das zum Schaden der Allgemeinheit geschehen ist. Zumal bei uns in Bayern haben immer Geistliche im öffentlichen Leben mitgearbeitet und nicht zum Schaden des Volkes.

Das ist der eine Gesichtspunkt, den ich Ihnen zu überlegen geben möchte. Zum zweiten, meine Damen und Herren, dürfen Sie nicht übersehen, der Geistliche wird auch in Zukunft gerade im Landvolk immer wieder mitarbeiten müssen.

(Sehr gut!)

Wenn der Geistliche nicht mittut für die Zielsetzungen, die wir uns in der CSU vorgenommen haben, dann werden Sie bald schwere Rückschläge erleben.

(Sehr gut!)

Es ist also ganz falsch, was hier von den Herren vorgetragen wird. Selbstverständlich wünscht keiner von uns verständigen Leuten, daß etwa von der Kanzel herunter Politik getrieben wird. Aber Sie stempeln damit einen großen angesehenen Stand im Volk zu einem Staatsbürger zweiter Klasse im demokratischen Staat.

(Sehr richtig! - Nein!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht wahr, es ist ein großer Irrtum, wenn irgendwo behauptet wird, daß von kirchlicher Obrigkeit aus ein Verbot ergangen wäre, daß sich der Geistliche im öffentlichen Leben nicht betätigen dürfe. Wenn ein solches Verbot da wäre, dann hätte mir z.B. mein Bischof nicht erlaubt, daß ich jetzt seit einem Jahr Landrat bin. Ich stehe allerdings nicht in der Seelsorge und habe eine Sonderstellung. Ich bin Professor gewesen. Ich stehe wirtschaftlich als Administrator einem großen Stift vor und habe nun seit einem Jahr den Landratsposten inne, nicht zum Schaden meines Landkreises, wie meine Freunde und Nachbarn bestätigen können. Ich glaube, meine Arbeit war wirklich nicht zum Schaden der Bevölkerung. Ich würde es bedauern, wenn heute die Landesversammlung hier eine grundsätzliche Stellung einnehmen würde, die meinen Bedenken nicht gerecht wird. Überlassen Sie es der Bevölkerung, wie sie, unsere Wähler, ihr Vertrauen aussprechen. Allzuviel Geistliche bekommen Sie nicht, haben Sie keine Sorge.

Auf der anderen Seite werden aber so viele grundsätzliche Fragen im Parlament behandelt, daß es immer wieder sehr gut ist, wenn auch ein Geistlicher da ist und hier seine Meinung von der grundsätzlichen Seite her geltend machen kann. Ich bitte auch da zu berücksichtigen, wir Geistlichen haben kein Interesse, ob Sie heute eine Schlachtsteuer beschließen und morgen eine andere wirtschaftliche Frage regeln, aber in kulturellen Fragen dürfen Sie den Träger der christlichen Kultur nicht aus dem öffentlichen Leben ausschließen. Das ist meine Auffassung.

Herold: Die Debatte ist ausgelöst worden durch die Aufstellung des Universitätsprofessors Dr. *Strathmann* als Kandidat für den Verfassunggebenden Landesausschuß für den Land- und Stadtkreis Erlangen. Wir haben bei der Aufstellung des Prof. Dr. *Strathmann* in keiner Weise an seine Eigenschaft als Theologe gedacht - Geistlicher ist er ja gar nicht, denn er ist Universitäts-Professor -, sondern wir haben daran gedacht, daß es sich darum handelt, erfahrene Leute an diese Stelle zu bringen, nachdem Vorschrift war, daß jeder Stimmkreis einen Mann aufstellt. Nur von diesem Gesichtspunkt aus haben wir die Kandidatur Prof. *Strathmanns* durchgeführt. Ich darf auch noch erwähnen, daß die Kandidatur von der Bezirksversammlung Mittelfranken genehmigt worden war, nachdem Prof. *Strathmann* mit 43 Stimmen von 47 anwesenden Delegierten gewählt worden war. Es war bei uns nicht die grundsätzliche Frage maßgebend, hie Vertreter der Kirche oder hie nicht Vertreter der Kirche, sondern es hat sich lediglich darum gehandelt, einen tüchtigen Mann an den Platz zu bringen, wo er hingehört.

Ich bitte außerdem zu klären, ob ein Unversitätsprofessor in dem Fall unter den Begriff Geistlicher fällt.

Brand: Meine Damen und Herren! Im allgemeinen ist es so, daß die Geistlichen froh sind, daß sie nunmehr im 4. Reich nicht mehr hervorzutreten brauchen, wie es früher war. Aber eines steht fest, die besten Köpfe draußen auf dem Lande sind nach wie vor die Geistlichen. Ich war hocherfreut, daß es gelungen war, bei einer Besprechung mit dem Diözesanbischof seine Bedenken einigermaßen zu zerstreuen gegenüber einem Stadtpfarrer, den wir in den Kreistag deswegen gewählt haben, weil er auf dem Gebiet

der Caritas und des Flüchtlingswesens vorbildlich tätig ist. Die Geistlichen treten in einem Parlament nicht als Politiker, sondern als kulturelle Vorkämpfer in vorderster Front auf.
Wenn Dr. *Horlacher* meint, wir werden sowieso von uns aus die kulturellen Belange vertreten, fragen Sie einmal einen Bauern draußen, ob er sagt, es ist gleichgültig, ob der Pfarrer oder der Steuerbeamte diese kulturellen Interessen vertritt. Nein, der Bauer sagt, am besten vertritt unsere Meinung ein Mann von unserem Schlag, von unserem Fleisch und Blut.
Meines Erachtens wäre es daher notwendig - und der Auffassung bin ich aus den Erfahrungen des Landes heraus -, daß der Geistliche, wenn er das Vertrauen der Bevölkerung hat, ebenso wie der Schullehrer, der Steuerbeamte, der Bauer ins Parlament kommen kann und daß es kein Nachteil ist. Geschimpft wird auf die Pfarrer immer, ob so oder so. Auch die CSU wird angegriffen werden, ob sie es so oder so macht, ebenso wie früher die Bayerische Volkspartei.

(Zuruf: Das wollen wir gerade nicht!)

Aber sie wird es werden. Die geistlichen Köpfe als solche wollen wir nicht ausschalten. Wir brauchen sie nicht in das Landesparlament zu wählen, aber in den unteren Organen können sie kulturelle Belange vertreten.
Dr. *Gronwald*: Im Anfang der Union hat das Versprechen gestanden, daß die Union zwar von sich aus christliche Politik oder Politik in christlicher Verantwortung treiben will, aber daß wir die Kirche und ihre Organe nicht mehr in den politischen Meinungsstreit hineinzerren wollen. Dieses Versprechen haben wir in Wort und Schrift weit und breit im ganzen Lande vertreten und ich muß feststellen, daß wir immer dann, wenn wir diesen Grundsatz verfochten haben, den stärksten Beifall unserer Zuhörer gefunden haben.

(Sehr richtig!)

Ich möchte weiter feststellen, daß wir die Zeiten nicht wieder heraufbeschwören möchten, wo die Kirchen von den anderen Parteien als politisch suspekt, als politisch verdächtig betrachtet wurden. Wir möchten nicht noch einmal erleben, daß die anderen mit Fingern auf die Kirchen zeigen und ihnen erklären, daß sie sich zu Handlangern einer bestimmten Partei herablassen, daß deswegen den Anhängern anderer Parteien die Kirche und ihre Verkündigung verleidet wird. Wir möchten auf jeden Fall auch künftig vermieden wissen, daß die Aufgabe der Geistlichen und die Aufgabe der Kirche mit den Aufgaben einer politischen Partei vermengt wird. Wenn wir diesen Grundsatz vertreten, dann tun wir das um der Kirche und um des Auftrages und um der Aufgabe der Kirche willen.

(Sehr richtig!)

Wir wissen ganz genau, daß mancher Geistliche, der in unseren Reihen stehen und nach außen auch als Funktionär in Erscheinung treten könnte, der Partei gute und große Dienste erweisen könnte. Aber wir verzichten um des Christentums, um der Aufgabe der Kirche willen auf diese Dienste, die der einzelne Geistliche der Partei erweisen könnte.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Die Kirche und ihre Aufgaben und die Stellung der Geistlichen steht uns so hoch, daß ich sie ein für allemal aus dem politischen Ver-

sammlungsgezänk heraus haben möchte, steht uns so hoch, daß wir nicht wieder die Kirche und ihre Geistlichen als Vertreter einer politischen Partei in den Zeitungen unserer Gegner abgebildet sehen möchten, wie sich das jetzt bereits wieder anbahnt. Ich glaube, wir erweisen dem Christentum und der Kirche einen schlechten Dienst, wenn wir uns hier von augenblicklichen Nützlichkeitserwägungen leiten lassen und die Geistlichen mit dazu bewegen, doch wieder in die politische Arena zu steigen.
Es wurde vorhin bereits darauf hingewiesen, daß immer dann, wenn die Landtagsfraktionen der Beratung der Geistlichen bedürfen, die Geistlichen in unbeschränkter Zahl zur Verfügung stehen. Ich kann für den Bereich der evangelischen Kirche erklären, daß sie jederzeit die Leute der Landtagsfraktion zur Verfügung stellt, die sie braucht, um kulturelle Fragen zu klären, und ich glaube, daß es auf der katholischen Seite nicht anders sein wird.
Meine Damen und Herren! Ich persönlich würde es außerordentlich bedauern, wenn wir uns selbst Lügen strafen und selbst wortbrüchig werden würden, wenn wir von dem einmal aufgestellten Grundsatz wieder abgehen würden. Ich kann weiterhin daran anknüpfen, was Dr. *Eichhorn* für den evangelischen Bereich sagte, daß wir keinen Geistlichen in das Parlament bringen werden. Ich möchte hoffen, daß wir hierin Linie halten und um der Kirche und um der großen Aufgabe der Geistlichkeit willen von uns aus davon absehen, Geistliche in die Parlamente zu schicken. Das soll keine Zurücksetzung, keine Beeinträchtigung und Schmälerung der staatsbürgerlichen Rechte der Geistlichen sein. Nein, über dieser Überlegung steht die große und einmalige Aufgabe, die das Christentum, das seine Botschaft an alle, gleich welcher Partei sie angehören, zu richten hat, erfüllen will.
Dr. *Kroll*: Meine Damen und Herren! Die Christlich-Soziale Union vertritt einen ganz bestimmten Gedanken, der gerade auch für diesen Streitfall eine Schlichtungsmöglichkeit bietet. Sie vertritt nämlich - wenn ich recht im Bilde bin - den ständischen Gedanken, und der wird sich so ausdrücken, daß wir neben einem Unterhaus ein Ständeparlament bekommen werden, das wesentlich beratende, vielleicht auch Vetorecht beschließende Funktionen haben wird.
Wir wollen uns darüber klar sein, daß der Geistliche mit seinem Rat für die politischen Belange unentbehrlich sein kann, daß aber die Zurverfügungstellung dieses Rates nicht in dem Schlachtfeld des Unterhauses, wenn ich mich einmal hier so ausdrücken darf, unbedingt geschehen muß. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir hier in der Satzung in den Beirat die Geistlichen genommen haben, und daß das auch der Ort ist, wo wir sie als beratende Helfer durchaus uns wünschen. Machen wir uns mit dem Gedanken vertraut, daß sie automatisch als Vertreter der Kirchen eines Tages in das Ständehaus einziehen werden! Vergessen wir doch nicht die große Botschaft - ich muß hier ernst und im christlichen Sinne sprechen -, die der Herr gegeben hat, wenn er sagt: "Mein Reich ist nicht von dieser Welt." Wir dürfen hier die besondere Funktion der Geistlichen nicht übersehen. Sie haben eine ganz besondere Mission zu erfüllen, nämlich die Menschen für die Entscheidung vor Gott reif zu machen und dahin zu führen. Sie dürfen aber nicht absinken in dessen, was eigentlich des Kaisers ist. Wir haben im Mittelalter große Erfahrungen gesammelt und dürfen auch in der heutigen Zeit noch davon zehren, daß die Vermengung der Bereiche des Kaisers und Gottes nicht immer von Nutzen für das öffentliche Leben war.
Wenn ich hier nicht für eine Ausschaltung, sondern nur für eine Ordnung im Sinne des Ratens und Helfens plädiere, so möchte ich doch den Anspruch aufrecht erhalten, daß die Politik nun einmal in ganz besonderem Sinne Laiensache ist. Nicht wir schlies-

sen die Geistlichen aus der Politik aus, sondern die Kirche greift aus der Welt ihre Träger heraus, um sie für ihre Mission auszusondern und besonders vorzubereiten. Wir dürfen nicht denken, daß diese Vermengung, die das Volk instinktiv immer wieder spürt, zum Guten der Kirche sein wird. Ihre wirklich beratende und helfende Funktion, auch ihren Urteilsspruch wollen wir hören. Es kann wohl sein, daß ein Parlament meinetwegen in der Gesetzgebung fehlgreift. Es ist gut, wenn dann eine warnende Stimme da ist, die sagt, "so hättet ihr es nicht machen dürfen und das bedarf einer Korrektur". Unklug aber ist es, den Geistlichen in den Tageskampf der Politik zu stellen. Hier wollen wir uns die Erfahrungen der Vergangenheit zunutze machen. Ich bin auch der Meinung, daß wir nicht das Recht haben, einen Beschluß zu fassen und die Geistlichen auszuschließen.
Ich würde aber empfehlen, dem Landesvorsitzenden eine Formulierung zur Beschlußfassung dieser Versammlung zu unterbreiten, die etwa vorsieht, daß es wünschenswert wäre, wenn die Geistlichen nur als beratende Helfer im Rahmen der Politik tätig sein wollten.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich glaube, wir kürzen die Debatte jetzt ab.
Ich darf vielleicht meinen Standpunkt kurz umreißen:
Wir sprechen alle Menschen an, die sich vor Gott verantwortlich fühlen, so erklären wir immer. Wir wenden uns also aus dem weltanschaulichen Bereich, von der weltanschaulichen Basis heraus an alle, die aufgeschlossen sind für die Verantwortlichkeit vor Gott. Wir wollen das christliche Sittengesetz und die zehn Gebote zur Grundlage der Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik machen. Wir werden infolgedessen in allen Fragen, die hier einschlägig sind, in vollster Übereinstimmung mit den Kirchen stehen.
Der Geistliche hat die Aufgabe von Christus gestellt bekommen, die außerhalb des rein politischen Bereiches liegt. Er wirbt um die Seele des einzelnen Menschen, denn er ist in erster Linie Seelsorger. Aufgeschlossene Menschen für seine Tätigkeit sind in allen Parteien. Er muß sich infolgedessen allen widmen und um alle werben können. Deshalb soll er möglichst aus dem Zank des politischen Alltags herausbleiben. Wir wollen dafür sorgen, daß der Geistliche und die Kirche nicht angegriffen wird. Wir werden uns aber in der Verteidigung leichter tun, wenn der Geistliche sich nicht selbst dabei verteidigen muß. Infolgedessen glaube ich wohl sagen zu dürfen: Wir bitten die Geistlichen, daß sie ihrerseits davon absehen zu kandidieren. Sollte diese Bitte aus besonderen Gründen nicht erfüllt werden, so wäre es meine selbstverständliche Verpflichtung als Landesvorsitzender der Union, dafür zu sorgen, daß dann beide Konfessionen Geistliche abstellen, daß sie es ihren Geistlichen freigeben zu kandidieren. Denn, wollen wir uns darüber klar sein: Politische Ideen können sehr gut sein und sich durchsetzen, aber manchmal scheitert das Durchsetzen, auf der ganzen Linie, mit voller Kraft, doch an der Persönlichkeit oder, noch besser gesagt, am Persönlichen. Daher habe ich darauf zu achten, daß dann aus diesem Bereich heraus keine Gefahr für die Union entsteht. Ich muß dann absolut gerecht beiden Konfessionen entgegentreten können.
Ich wäre Ihnen infolgedessen dankbar, wenn Sie einen diesbezüglichen Antrag formulieren würden. Vielleicht stellt *Kroll* von der katholischen Seite zusammen mit einem Herren von der evangelischen Seite einen Antrag, der dieser Bitte Rechnung trägt. Ich selbst möchte als Landesvorsitzender davon absehen.

Dr. *Nerreter*: Meine verehrten Parteifreunde! Wir haben hier im allgemeinen unsere Meinungen über die Frage, ob der Geistliche sich in der Politik betätigen soll, ausgetauscht. Ich persönlich teile die Meinung der überwiegenden Mehrheit, die hier zum Ausdruck gekommen ist.
Ich bitte Sie aber, auf einen ganz konkreten Fall noch kurz einzugehen, der uns in Mittelfranken am Herzen liegt. Als uns gesagt wurde, daß in Erlangen Herr Universitätsprofessor Dr. *Strathmann* kandidiert, war ich zunächst überrascht. Herr Dr. *Strathmann* wurde dann von den Erlanger Parteifreunden mit allem Nachdruck herausgestellt, und zwar - ich muß das betonen - war darin die katholische Seite fast noch aktiver als die evangelische. Herr Universitätsprofessor Dr. *Strathmann* wurde in Erlangen von der dortigen Kreisversammlung gewählt. Er wurde in Nürnberg als Kandidat von Erlangen uns vorgetragen und wurde auch bei verschwindenden Stimmen dagegen in Nürnberg erneut gewählt. Nun ist doch ein Tatbestand geschaffen, den wir irgendwie bewältigen müssen, ohne dabei auch in persönlicher Hinsicht irgendeine Mißstimmung hervorzurufen.
Also: Im allgemeinen sind wir selbstverständlich einer Meinung. Ich stimme jetzt schon dem Antrag zu, den mein Freund Dr. *Kroll* formulieren wird. Aber, bitte, entscheiden Sie nun auch das ganz Konkrete: Ist der Universitätsprofessor der Theologie hier in gleicher Weise zu behandeln und zu beurteilen wie der Geistliche, der in der Seelsorge tätig ist, und - das ist etwas zusätzliches, was noch zu prüfen ist: Wie kann die Landesleitung und hier die Landesversammlung einen auf demokratische Weise erkennbar gewordenen Willen der Beteiligten der Union irgendwie steuern?
Dr. *Eichhorn*: Den Fall *Strathmann* können Sie ruhig mir überlassen. Wenn ein Beschluß in dem Sinne gefaßt wird, wie ihn unser Vorsitzender formuliert hat, wird sich der Fall wohl sehr einfach erledigen. Eine andere Frage ist - die kann ich nicht regeln -, welcher Schmerz und welche Verstimmung etwa in dem Bezirk Erlangen-Stadt und -Land und darüber hinaus in Nürnberg entsteht. Das muß ich den verehrlichen Parteifreunden in Nürnberg überlassen.
Was die Unterscheidung zwischen einem Seelsorger-Geistlichen und einem Universitätsprofessor der Theologie oder einem Religionslehrer oder vielleicht sonst einem Leiter in der Caritas oder der Inneren Mission, die auch Geistliche sind, betrifft, so gebe ich zu, daß natürlich ein Unterschied besteht zwischen dem aktiven Geistlichen, der in der Gemeinde steht, und dem Geistlichen, der vor Studenten steht oder der schon einen halb weltlichen Beruf ausübt, wenn er Leiter einer wirtschaftlichen Unternehmung, aber Geistlicher ist. Aber wer will im Einzelfalle jeweils die Grenze festsetzen?
Meiner Meinung nach würde ich die Frage nicht diskutieren, sondern einfach sagen: Geistliche. Die weitere Klassifizierung können wir hier unmöglich machen. Es könnte auch ein emeritierter, pensionierter Geistlicher kommen. Von mir aus kann er ruhig politisieren, an sich, er stößt ja bei seiner Gemeinde nicht mehr an. Eine andere Frage ist natürlich, wie weit ihn Außenstehende doch einreihen und sein Verhalten seinem Stand zur Last legen. Gewisse graduelle Unterschiede bestehen, ich würde sie hier aber nicht diskutieren, sonst könnten wir eine ganze Liste aufstellen, und irgendwo müssen wir einen Strich ziehen.
Dr. *Prechtl*: Einige Sätze lassen Sie mich noch sagen!
Wenn der Herr Dr. *Kroll* auf das Wort der Schrift hingewiesen hat, so ist das durchaus richtig. Ich anerkenne durchaus die gute Absicht und Meinung der Herren, die sich gegen eine aktive Beteilung des Geistlichen an der Politik aussprechen, aber ich

könnte dem Herrn Dr. *Kroll* auch ein anderes Wort entgegenhalten, das heißt: Das Reich Christi ist zwar nicht von dieser Welt, aber leider ist es auf dieser Welt. In allen öffentlichen Körperschaften, meine Damen und Herren, werden nicht bloß rein wirtschaftliche oder finanzielle Fragen, sondern es werden auch sehr bedeutende gemischte Fragen behandelt, die sehr weit in das Religiöse, in das Kulturelle und in das Soziale hineingehen. Und das werden Sie wohl dem geistlichen Stand nicht absprechen, daß er in der Bevölkerung der Träger dieser großen Interessensphären, der Vertreter, besonders im Volke, für diese großen, für uns und für eine christliche Partei ausschlaggebenden Interessensphären ist. Ich sehe wirklich nicht ein, warum nicht der eine oder andere Geistliche in den öffentlichen Körperschaften mit raten und taten sollte.

Wenn hier, meine Damen und Herren, ein Beschluß gefaßt werden sollte, so müßte ich diesen von vorneherein ablehnen, denn die Landesversammlung kann hier nicht einen durchaus demokratischen Grundsatz einfach negieren.

(Zurufe.)

Wenn der Geistliche das aktive Wahlrecht hat, muß er auch das passive Wahlrecht haben. Überlassen Sie die Entscheidung ruhig der Bevölkerung. Wenn sie dem einen oder anderen Geistlichen das Vertrauen schenkt, dann soll er auch ins Parlament hineinkommen.

Aber ich möchte nur das eine sagen - ich bin auch schon ein alter Fuchs, das dürfen Sie mir glauben: Wenn Sie einen solchen Beschluß fassen und auf diese Weise mehr oder minder getarnt den Geistlichen in die Sakristei hineinsperren wollen, werden Sie niemand eine größere Freude bereiten als dem Linksradikalismus. Das wollte ich noch sagen.

Euerl: Meine Damen und Herren! Meines Erachtens ist es nicht nötig, über diese Frage einen Beschluß zu fassen.

(Sehr richtig!)

Herr *Gronwald* aus Coburg hat zu der Frage vorhin sehr präzise erklärt, daß wir zur Zeit an den Gedanken der Union mit der ausdrücklichen Feststellung herangetreten sind, daß wir in der zukünftigen Politik der Union die Geistlichen nicht in Anspruch nehmen und nicht mit Politik belasten wollen. Daß der Gedanke richtig gewesen und auch vom Volke verstanden worden ist, hat das Ergebnis der letzten Wahl erwiesen. Bei den Wahlen hat niemand danach gefragt, ob ein Geistlicher der einen oder anderen Konfession auf der Wahlliste steht. Wir tun unseren Geistlichen den besten Dienst, wenn wir ihnen diese Last zu ihrer Arbeit nicht aufladen und ihnen die Verantwortung zu politischer Tätigkeit wegnehmen.

Die Geistlichen danken es uns, wenn wir sie nicht in die politische Arena ziehen.

Zum Fall *Strathmann*: Er ist Theologieprofessor, hat die Geistlichen heranzuziehen. Die Gegner der Partei werden nicht danach fragen, ob er nur Professor ist. Er war ja vorher auch Seelsorger, bevor er Professor geworden ist. Sie werden uns doch den Geistlichen vorhalten. Das bitte ich zu berücksichtigen.

(Zurufe. - Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, diese Frage, die so ernst ist, nicht mit der Erregung zu behandeln, die jetzt gerade aufgetaucht ist. Wir müssen diese Fragen ernst durchdenken, dürfen sie nicht mit Gefühlen behandeln.

Ich bitte um Ruhe. Wenn jemand etwas zu sagen hat, mag er sich zu Wort melden.

Euerl: Unser Volk versteht es, wenn wir die Geistlichen in Zukunft vor politischen Angriffen und Diffamierung bewahren und behüten.
Ich bitte Sie aus diesem Grunde, ohne Beschluß heute festzustellen, daß wir die Geistlichen in Zukunft aus der Politik herauslassen wollen. Kein Geistlicher wird uns deswegen gram sein. Die Geistlichen werden unseren Standpunkt verstehen und dankbar sein, wenn wir sie in Zukunft vor politischen Angriffen schützen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf praktisch noch folgendes sagen:
Soweit ich übersehen konnte, werden bisher von der Seite einer Kirche aus ungefähr vier Namen genannt bzw. drei. Ich selbst habe einen Namen vorgesehen für den Fall, daß wirklich Geistliche kandidieren sollten, einen Mann, der vielleicht am ehesten mit in Betracht kommen könnte. Ich möchte ihn nicht weiter in die Debatte werfen. Der Mann ist wirklich in jeder Weise in den Kampf getreten und würde über den Parteien stehen. Er war solange im KZ in Haft, hat seinen Mann so gestanden, daß bei den ersten Debatten sogar Sozialdemokraten und Kommunisten restlos für ihn dagestanden waren. Ich habe damals erklärt: Ein Geistlicher in dieser Eigenschaft, mit diesem Ansehen, könnte überall, in jedem Amt, in dem bestimmte Aufgaben, besonders soziale oder kulturelle Aufgaben zu erfüllen sind, auftreten. Trotzdem habe ich mit dem Freund gesprochen, und er hat sich von sich aus bereit erklärt, nicht zu kandidieren, wenn nicht ausdrücklich ein Wunsch geäußert würde. Ich habe mit einem anderen Geistlichen darüber gesprochen, der auch als Kandidat genannt wurde. Er hat zur Zeit schon erklärt, er verzichte darauf, und zwar nicht etwa, weil er verärgert war, er werde nach wie vor draußen mitarbeiten, gerade in der kulturellen Beratung, aber er sehe ein, daß es wünschenswert erscheine, weil sonst doch ein bestimmtes Bild entstehen würde.
Freundl: ..... (Redner unverständlich, da zu leise und große Unruhe im Saal.)
Klenk: Meine Damen und Herren! Ich möchte noch ein paar Worte aus der Praxis zu dieser Debatte sagen. Ich glaube, wir haben nicht das Recht, den Geistlichen ihre politische Tätigkeit abzusprechen. Es sind Menschen wie wir. Jeder von uns hat seinen Beruf. Außerberuflich betätigen wir uns noch politisch. Das kann auch der Geistliche. Wohl muß er sich dessen bewußt sein, was er tut und an welchem Platz er steht.
Wir haben bei uns zwei Fälle, der eine negativ, der andere positiv. In einem Falle handelt es sich um einen Geistlichen, der in einer Ortschaft als Kirchenrat tätig ist. Er ist außer Amt. Dieser Mann wird verehrt. Er ist politisch tätig, politisch auf Draht, radikaler wie jeder andere von uns. Er schlägt auch einmal einem auf die Schnut, wenn es sein muß. Aber dieser Mann hat das Recht dazu, denn er führt und leitet diese Ortschaft wie am Schnürchen. Der Mann hat Achtung vor allen Menschen und die anderen Menschen auch vor ihm. Er kann sagen, was er will, er hat recht. Hier sind es lediglich örtliche Angelegenheiten und Verhältnisse, aus denen sich ergibt, wie weit der Geistliche gehen kann. Bei uns zu Hause darf zum Beispiel der Geistliche nicht einmal eine Wahlversammlung besuchen, dann kommt schon die gegnerische Partei und erklärt: Was tut der Geistliche dort? Auch dieser Geistliche hat das Recht, sich politisch zu betätigen, aber es ist in diesem Falle gut für die Allgemeinheit und das Christentum, daß sich dieser Geistliche jetzt zurückhält, denn auch in der SPD und in der KPD gibt es Christen, denen dieser Geistliche Seelsorger sein soll. Aus diesem Grunde, aus diesem Moment heraus muß er sich zurückziehen und darf sich politisch nicht betätigen. Es kommt also immer auf den einzelnen Fall an. Wir können keinem Menschen das demokratische Recht absprechen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Eichhorn* und Dr. *Kroll* haben gemeinsam einen Antrag eingebracht.
Ich bitte, den Antrag zu verlesen.
Gronwald:

> Die Landesversammlung ersucht den Landesvorsitzenden, dahin zu wirken, daß Geistliche in parteipolitischen Dingen beratend tätig seien, aber von ihrer Nominierung als Kandidaten absehen mögen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, die Debatte kurz zu halten. Wir haben noch ganz andere Themen zu bewältigen und werden sonst nicht fertig.
Hergenröder: Ich möchte dazu sehr kurz eine Feststellung treffen:
Auf die temperamentvollen Ausführungen des Herrn *Gronwald* möchte ich darauf hinweisen, daß gerade sein Bezirk, aus dem er kommt, einen Kandidaten der evangelischen Geistlichkeit aufgestellt hat. Ich hätte annehmen müssen, daß er mindestens noch soviel Verbindung mit seinem Heimatbezirk hat ...

(Zuruf: Dr. *Blaser* hat verzichtet, längst erledigt!)

Ich möchte einen Antrag, wie er hier vorgelegt wird, bedauern und ihm nicht zustimmen, und zwar deswegen: Wenn der Geistliche innerhalb der Parteidisziplin seine Politik betreibt, dann können wir kein zweierlei Recht schaffen. Wenn er, was vorhin gesagt wurde, das aktive Wahlrecht hat, muß er auch das passive haben. Wir hätten sonst auch dem Pfarrer *Kneipp* verbieten können, daß er sich statt mit Messe lesen und sonstigen geistlichen Obliegenheiten mit Kräuterlesen usw. befaßt hat.

(Widerspruch. - Zuruf: Das ist kein Vergleich!)

Von Miller: Zur Geschäftsordnung! Ich beantrage Schluß der Debatte und Abstimmung zu dem Antrag *Eichhorn - Kroll*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist Schluß der Debatte beantragt.
Wer spricht gegen Schluß der Debatte?
Prechtl spricht gegen Schluß der Debatte oder zur Geschäftsordnung?
Prechtl: Zur Geschäftsordnung? Darf ich den Antrag nochmals hören.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, den Antrag zu verlesen.
Schmidt:

> Die Landesversammlung ersucht den Landesvorsitzenden dahin zu wirken, daß Geistliche in parteipolitischen Dingen beratend tätig seien, aber von ihrer Nominierung als Kandidaten absehen mögen.

Prechtl: Ich bitte vor den Worten "absehen mögen" das Wort "tunlichst" einzusetzen.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Krempl* zur Geschäftsordnung.
Krempl: Der Vorsitzende hat eine Formulierung gewünscht, daß über diese Sache nicht abgestimmt werden soll. Der nun gestellte Antrag ist weitergehend. Ich bitte Sie, Herr Vorsitzender, wenn wir heute darüber abstimmen, so blamieren wir uns. Die Geistlichen brauchen wir draußen. Die müssen selbst so viel Taktgefühl haben, daß sie den Richtlinien ihrer Bischöfe und des Heiligen Vaters Rechnung tragen. Das haben wir nicht zu bestimmen. Es wäre kränkend für die Geistlichen draußen. Ich weiß, wie kränkend das wirken würde. Ich weiß, wie die Geistlichen draußen arbeiten.
Bitte, setzen Sie den Antrag von der Tagesordnung ab.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Mit Beifalls- und Mißfallenskundgebungen ist nichts gedient.
Dann darf ich, daß die Sache wirklich vernünftig und gerecht erledigt wird, vielleicht zunächst darüber abstimmen lassen, ob über den Antrag *Kroll* abgestimmt werden soll. Ich halte es so für zweckmäßiger. Das ist sonst nicht ohne weiteres üblich, aber angesichts der besonderen Verhältnisse halte ich es für richtig, so vorzugehen.
Dr. *Kroll*: Es ist keine Beschlußfassung darüber, ob Geistliche kandidieren oder nicht, sondern eine Beschlußfassung über eine Empfehlung.

(Zurufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bitte, keine Debatten. Wir lassen darüber abstimmen, ob über den Antrag *Eichhorn - Kroll* abgestimmt werden soll.
Dr. *Nerreter*: Ich mache darauf aufmerksam, daß der Wert des ganzen Antrags durch Einfügung des Wortes "tunlichst" hinfällig wird. Wenn man eine Ausnahme schon empfiehlt, ist die Regel gegenstandslos geworden.

(Sehr gut!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zuerst wird darüber abgestimmt, ob über den Antrag *Eichhorn - Kroll* abgestimmt werden soll. Dann können wir uns über die Formulierung unterhalten.
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen, daß über den Antrag abgestimmt wird? - Darf ich rasch kurz die Gegenprobe machen! Wer ist dafür? Es dürfen selbstverständlich nur die Stimmberechtigten stimmen. Ich bitte abzuzählen.
Schmidt: Es sind 23.

(Zurufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Herren, damit wir Klarheit haben, stimme ich nochmals ab.
Wer ist dagegen, daß abgestimmt werden soll? Es dürfen nur die Stimmberechtigten stimmen. - Es sind 61. Es wird also über den Antrag nicht abgestimmt.

(Beifall.)

Meine lieben Freunde! Damit kommen wir zu den weiteren Debatten, zu den Herren, die bei der Aufstellung in den Bezirksverbänden noch berücksichtigt werden sollen.
Ich bitte, die einzelnen Namen, die vorhin festgestellt worden sind, noch zu nennen.
Dr. *Semler*: Es ist jetzt abgestimmt worden, aber die Frage ist damit nicht geklärt worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Frage der Kandidatur von Geistlichen nicht endgültig erledigt sei, weil nicht abgestimmt wurde, daß aber andererseits Unklarheiten bestehen würden.
Ich glaube, daß ich einen ungefähren Überblick über die Meinung unserer Parteifreunde habe. Ich bitte infolgedessen, keine weiteren Diskussionen darüber zu führen. Einverstanden?

(Zurufe: Jawohl!)

Dr. *Horlacher*: Mit der Ausnahme, daß man die Bitte aussprechen kann, daß der Herr Landesvorsitzende sich bei der Wichtigkeit der Frage mit den maßgebenden Kreisen der evangelischen und katholischen Kirche ins Benehmen setzt und eine Entscheidung in dieser Frage herbeiführt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Weiter! Wir haben die Namen zu besprechen, die bei der Kandidatenaufstellung in Aussicht genommen werden müssen.

(Unruhe.)

Ich bitte, Platz zu nehmen. - Ich bitte, die Namen zu verlesen.
Schmidt:

für München-Stadt: Staatssekretär *Ehard*, Dr. *Walther von Miller*;
für Oberbayern: Frau *Hahn*;
für Schwaben: Direktor *Schwingenstein*, Dr. *Thierfelder*.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sind erledigt. Beide werden untergebracht.
Dr. *Käss*: Von Schwaben wurde mir erklärt, daß die beiden Herren sicher untergebracht würden.
Schmidt: Niederbayern: Dr. *Schlögl*
Dr. *Horlacher*: Bezüglich Niederbayern muß ich einige Ausführungen machen.
Es handelt sich hier um Dr. *Schlögl*. Er ist ein Mann, der zu denen gehört, die unter dem Nationalsozialismus am schwersten Schaden gelitten haben. Er ist auch der letzte Reichstagsabgeordnete von Landshut-Stadt und -Land gewesen. Er war mit großer Stimmenmehrheit gewählt. Einer Mehrheit, die vordem noch gar nicht erreicht gewesen ist. Herr *Schlögl* ist von den Nazis ausgehauen worden. Seine Wohnung ist zerstört und er des Ortes verwiesen worden von der Stadt Landshut.
In der Stadt Landshut haben sich nun Dinge ergeben, die - unter Parteifreunden - nicht wünschenswert sind. Ich will ihnen nicht nachgehen, weil ich es nicht weiß, aber der vernünftige Menschenverstand sollte gebieten, daß ein solcher Mann an der Stelle, wo er früher gewirkt und am meisten Schaden gelitten hat, wieder aufgestellt wird. Das sollte ein Grundsatz sein, über den man gar nicht streiten sollte. Sonst liegt gegen Dr. *Schlögl* nichts vor als das eine, daß er eine der maßgebenden Persönlichkeiten sowohl im Bauernverband wie in der gewerblichen Wirtschaft ist - er ist Obmann der Edeka-Verbände.
Ich glaube, daß die Landesversammlung den Wunsch zum Ausdruck bringen sollte, daß Niederbayern dafür sorgt, daß Dr. *Schlögl* in seinen früheren Wahlkreisen aus dem Gefühl der Dankbarkeit heraus wieder aufgestellt wird.

(Zuruf: Kommt gar nicht in Frage!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, den Vorschlag zu formulieren.
Die Debatte geht weiter über andere Punkte.
Schmidt: Oberfranken: Herr *von Prittwitz*;
Mittelfranken - wenn ich richtig orientiert bin, Herr Dr. *Nerreter*, Frau *Meyer-Spreckels* (?) ist doch noch offen?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir haben jetzt zwei Frauen als Kandidaten, Frau *Lang-Brumann* und Frau *Deku*. Dagegen ist Frau *Hahn* noch nicht aufgestellt. Können wir nicht irgendeine Regelung mit einem Bezirksverband finden?
Ich glaube, das ist die einfachste Frage, die wir jetzt vorwegnehmen können, daß ein Bezirksverband noch eine Frau aufstellt. Das würde dann Frau *Hahn* sein oder eine andere Frau.
Ist in Mittelfranken keine Möglichkeit, *Nerreter, Eichhorn*?
Ist wirklich gar keine Möglichkeit, Frau *Meyer-Spreckels* aufzustellen?
Dr. *Nerreter*: Wir nehmen gerne Belehrungen im Punkt Demokratie entgegen. Es gibt eine ganze Reihe von Schwierigkeiten. Eine Schwierigkeit habe ich vorhin genannt:

Wenn ein Landkreis auf einer bestimmten Kandidatur bestehen bleibt, wie soll dann die Vorstandschaft des Bezirksverbands diesen Landkreis irgendwie zwingen, mit Feuer, mit Schwert oder mit welchen Mitteln sonst? Dieser Landkreis besteht darauf! Umgekehrt: Die Vorstandschaft wird nun von der Landesleitung gebeten, bestimmte Kandidaturen zu befürworten. Das tun wir auch, in glücklichen Fällen gelingt es ohne weiteres. Der Kreisverband Gunzenhausen hat sich gefreut, Dr. *Eichhorn* als Kandidaten zu gewinnen. Aber da, wo es nicht klappt, was soll man da machen? Man kann wohl von einem Landkreisverband zum anderen gehen und sagen, es muß auch eine Frauenvertreterin in die Verfassunggebende Landesversammlung entsendet werden und jeder Landkreis erklärt, das müßt ihr anderswo anbringen, bei uns finden Frauen keinen Anklang. Dann sind wir bei uns machtlos.
Es kommt die weitere Schwierigkeit hinzu - das darf ich auch, um mein Herz ganz auszuschütten, vortragen: Wir haben die gemeinsame Bezirksverbandstagung von Oberfranken, Mittelfranken und Nürnberg noch vorzunehmen. Wann wir das tun können, weiß ich nicht. Über die Termine wird andauernd verhandelt. Mittelfranken ist mit der Kandidatenaufstellung einigermaßen fertig, einige Landkreise hängen noch etwas nach. Wir bitten fast - wir haben keinen Geschäftsführer, weder in Nürnberg noch in Mittelfranken, die Oberpfalz hat, glaube ich, zwei Vorstände,

(Zuruf.)

bei uns besteht wegen dem Vorstand Uneinigkeit, wir haben nicht einmal einen richtig gewählten Vorstand -, uns vielleicht von irgendwoher einen Vorstand und Geschäftsführer zur Verfügung zu stellen.

(Heiterkeit.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich darf dann davon ausgehen, daß Mittelfranken und Oberfranken, wenn möglich, diesen Wunsch berücksichtigen. Das wird Frau *Hahn* sicher nicht übelnehmen. Wir haben vorhin darüber gesprochen. Die beiden Frauen, die bisher aufgestellt sind, sind katholisch. Ich wäre dankbar, wenn auf diese Weise auch eine evangelische Frau aufgestellt würde. *Nerreter*, einverstanden, daß Sie es tunlich machen werden? - Ja.
Frau *Lang-Brumann* als Frauenvertreterin, einverstanden? -
Frau *Hahn*, auch einverstanden?
(Einverständnis wird zum Ausdruck gebracht.)
Dann darf ich verlesen: Antrag Dr. *Horlacher*:

> Die Landesversammlung bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß Dr. *Schlögl* an sicherer Stelle in Niederbayern als Kandidat, womöglich in seinem früheren Wahlkreis Landshut-Stadt und -Land aufgestellt wird.

Darf ich darüber abstimmen? - Wer enthält sich? - Wer ist gegen den Antrag? -
Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Ich darf Niederbayern bitten, diesen Beschluß offiziell zur Kenntnis zu nehmen, ich brauche ihn nicht mehr mitzuteilen.
Dann die anderen Kandidaten, die noch offen sind!
Schmidt: Staatssekretär *Ehard*, Dr. *von Miller* und Herr *von Prittwitz*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Drei Namen sind noch offen. Können wir eine Einigung mit einem Bezirksverband finden? Sie haben die Namen gehört: *von Prittwitz*, *Ehard*, *Walther von Miller*. Gibt es eine Möglichkeit? Hat Oberbayern noch eine Möglichkeit? Oberbayern sollte, glaube ich, noch einen Herren aufstellen, Oberbayern hat sehr we-

nige. Und Niederbayern, nehmen Sie es mir nicht übel, meine lieben Freunde, würden Sie sich nicht entschließen können, einen der drei Genannten aufzustellen? Wir müssen danach trachten, daß die Fraktion wirklich eine gute Zusammensetzung erhält und daß auch Leute drin sind, auf die es in der Arbeit ankommt. Darf ich bitten, erklärt sich ein Bezirksverband freiwillig bereit?
Falkner, komm!
Dr. *Falkner*: Ich kann von mir aus überhaupt keine Entscheidung treffen. Die Bezirksversammlung hat aber das letzte Mal einen Spruch gefällt, an den ich mich gebunden fühle: "Wir wollen nicht haben, daß uns bei den Wahlen irgendwelche Doktoren von München herausgeschickt werden." So hieß es, landläufig ausgedrückt. Ich bin nicht ermächtigt zu sagen, daß wir noch einen der Herren nehmen. Ich kann es empfehlen, wenn es der Landesvorsitzende wünscht, aber mehr kann ich nicht tun.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: So kann man nicht vorgehen. Dann kommt der Bezirksverband am besten weg, der die stärksten Ellenbogen hat. Dann kommen die anderen schlechter weg, die sich ohne weiteres bereit erklärt haben - wie die Oberpfalz -, zwei (drei?) Kandidaten zu übernehmen. Niederbayern, einer muß von Euch übernommen werden: *Prittwitz*, *Walther von Miller*, Staatssekretär *Ehard*.
Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß Staatssekretär *Ehard* bei einigem guten Willen in München untergebracht werden könnte. Gut!
Dann kommen nur in Frage *Prittwitz* und *Walther von Miller*. Niederbayern hat bisher die wenigsten Opfer gebracht.
Kübler, gebt Eurem Herzen einen Stoß.
Dr. *Nerreter*: Erlangen hat sich bereit erklärt, voraussichtlich den Herrn *von Prittwitz* zu bitten, anstelle von Herrn Dr. *Strathmann* die Kandidatur für Erlangen-Stadt und -Land zu übernehmen.
Darf ich hinzufügen: Wir hatten einen Ersatzmann und müssen zu Hause erst die Kreisverbände fragen, ob diese Wahl in Vorzug gebracht werden soll.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann übernimmt Mittelfranken Herrn *von Prittwitz*.
Dr. *Nerreter*: Außerdem ist Frau *Meyer-Spreckels* in Mittelfranken jetzt auch untergebracht. Mein Appell hatte doch Erfolg. Es gibt auch in Mittelfranken noch Kavaliere.

(Heiterkeit. - Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich Niederbayern bitten, Herrn *Walther von Miller* als Kandidaten zu übernehmen.
Dr. *Falkner*: Ich kann die Bezirksversammlung bitten, weiß aber nicht, wie sich die Versammlung dazu stellen wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich den Wunsch äußern, wie vorhin, daß die Landesversammlung wünscht, daß Niederbayern Dr. *von Miller* an sicherer Stelle unterbringt.
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Einstimmig angenommen. Ich darf also die Bitte aussprechen.
Meine lieben Freunde! Ich danke Ihnen recht herzlich dafür, daß wir diese Fragen, die im allgemeinen mit scharfen Debatten geführt werden, mit schärferen als heute hier, erledigt haben.
Wir haben ungefähr unser Pensum erledigt. Wir kommen noch zur *Besprechung der Schiedsgerichtsordnung*. Das Thema wird in fünf Minuten erledigt sein.
Ich bitte Dr. *Käss*.

Dr. *Käss*: Ich darf zu dem vorausgehenden Punkt nachtragen: Es wurde davon gesprochen, daß Staatssekretär *Ehard* noch in München untergebracht würde. Ich weiß nicht, ob das von kompetenter Seite geschehen ist, daß nicht eine Lücke und ein Mißverständnis entsteht.
Die Schiedsordnung ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Satzung. Sie mußte aber im Anschluß an die Satzung gefaßt werden, weil sie dieser angepaßt werden mußte. Da die Satzung erst gestern nach sehr umfangreichen Besprechungen fertig wurde, mußten wir heute nacht im Benehmen mit dem Generalstaatsanwalt *Hagenauer*, den seinerzeit die Bamberger Tagung gebeten hatte, das Schiedsgerichtswesen aufzubauen, einen Entwurf und Grundsätze für diese Schiedsgerichtsordnung aufstellen. Es wird heute der Versammlung der Antrag gestellt werden zuzustimmen, daß gemäß diesen Grundsätzen, die ich jetzt kurz vortragen werde und über die wir dann noch sprechen können, der Landesausschuß ermächtigt wird, eine Schiedsordnung vorläufig in Kraft zu setzen, die der nächsten Landesversammlung zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt wird.
Ich darf die *Grundsätze,* nach denen die Schiedsordnung aufgebaut werden soll, in aller Kürze bekanntgeben:

I. Aufgabe

Die Schiedsordnung hat die Aufgabe, durch ein Verfahren vor Parteischiedsgerichten Streitigkeiten zwischen Mitgliedern oder zwischen einem Mitglied und Parteiorganen, die das Parteiinteresse berühren, zu klären und, soweit die Partei betroffen wird, zu erledigen. Ein Sonderfall solcher Streitigkeiten ist der Ausschluß eines Mitglieds, der ausschließlich nach der Schiedsordnung vollzogen werden kann.
Gründe für den Ausschluß sind:
a) Verstoß gegen die guten Sitten,
b) Verurteilung wegen einer ehrenrührigen Handlung,
c) bewußte Arbeit entgegen den Grundsätzen und den Satzungen der Union,
d) erheblicher Verstoß gegen die Parteidisziplin,
e) wissentlich falsche Angaben im Aufnahmeantrag.
Aufgabe der Schiedsordnung ist:
a) die Klärung und richterliche Würdigung des Sachverhalts,
b) die Entscheidung über die zu treffenden Maßnahmen.
Nicht Aufgabe des Schiedsgerichts ist die Erforschung unbewiesener Gerüchte. Das Schiedsgericht wird nur tätig, wenn konkrete Behauptungen mit Bezug auf ein Parteimitglied vorgebracht sind.

II. Organisatorischer Aufbau

Schiedsgerichte werden gebildet:
1. *in der Kreisinstanz,* also beim Kreisverband, Vorsitzender soll ein Jurist sein, dazu je ein von beiden Beteiligten benannter Beisitzer: Beteiligter in diesem Sinne kann auch ein Organ der Union sein, beispielsweise im Falle eines Ausschusses auch ein örtliches Organ, eine Ortsvorstandschaft oder eine Kreisvorstandschaft der Union.
2. *in der Bezirksinstanz,* beim Bezirksverband. Der Vorsitzende muß ein Jurist sein, zwei Beisitzer, die Juristen sein sollen, aber nicht müssen, das wird von den örtlichen Verhältnissen abhängen.

3. *in der Landesinstanz.* Vorsitzender und zwei Beisitzer. Diese Herren müssen Juristen sein.

Die Schiedsrichter werden von der Versammlung der jeweiligen Instanz gewählt. Das ist die Vorschrift der Militärregierung. Amtsdauer ist ein Jahr. Die Schiedsrichter dürfen nicht Mitglieder des Vorstands ihrer Instanz sein. Es werden jeweils zwei Garnituren gewählt, deren Zuständigkeit im Einzelfall und deren gegenseitige Vertretung (im Falle der Behinderung oder Befangenheit) von vornherein festgelegt sein müssen.

III. Entscheidung

Die Entscheidung kann lauten auf:

1. Juristische Würdigung des Sachverhalts mit Vorschlägen zur gütlichen Regelung, aber ohne Zwangsanordnungen.

Das ist der einfachste Fall.

2. Verwarnung.
3. Einstweiliges Ruhen aller Rechte aus Mitgliedschaft und Ämtern. Diese Entscheidung kann auch als einstweilige Verfügung vor Durchführung des einzelnen Verfahrens getroffen werden.

Das ist in gewissen Fällen erforderlich, wenn das Parteiinteresse auf dem Spiele steht.

4. Ausschluß aus der Partei als schwerste Entscheidung.

Die Entscheidung muß begründet werden und den Beteiligten sowie den interessierten Organen der Union zugehen.

IV. Verfahren

Ein Schlichtungsversuch vor dem zuständigen Vorsitzenden muß vorausgehen. Das Schiedsgericht kann Zeugen hören und Beweise erheben. Es muß dem Antragsteller und dem Antragsgegner Gelegenheit geben, sich zu äußern. Soweit Termin angeordnet wird, können sich die Beteiligten vertreten lassen, aber nur durch Parteimitglieder.

Alle Beteiligten sind zur vertraulichen Behandlung der Verhandlungen verpflichtet.

Die ordentlichen Gerichte dürfen erst angegangen werden, wenn das Schiedsgericht entschieden hat, oder dies im einzelnen Falle schon vorher zuläßt. Das Schiedsgericht kann seinerseits die Verhandlungen aussetzen, bis ein Verfahren vor den ordentlichen Gerichten entschieden ist.

Das ist in manchen Fällen notwendig.

V. Zuständigkeit

Auseinandersetzungen innerhalb eines Kreisverbandes entscheidet in erster Instanz das Kreis-Schiedsgericht.

Alle anderen Streitigkeiten entscheidet in erster Instanz das Bezirks-Schiedsgericht. Soweit in diesem Falle verschiedene Bezirke beteiligt sind, ist der Bezirk des Antragsgegners maßgebend.

In den Bezirksverbänden der Großstädte sind die Instanzen des Kreis- und Bezirks-Schiedsgerichts vereinigt.

Bei Einverständnis der Beteiligten kann sofort die Berufungsinstanz angegangen werden.

VI. Rechtsmittel

Für jeden Fall bestehen zwei Instanzen, es kann also einmal Einspruch eingelegt werden. Ist zunächst das Kreis-Schiedsgericht befaßt, entscheidet auf Einspruch eines Be-

teiligten das Bezirks-Schiedsgericht endgültig. Das Bezirks-Schiedsgericht kann in Fällen von besonderer Wichtigkeit weiteren Einspruch an das Landes-Schiedsgericht zulassen. War das Bezirks-Schiedsgericht erste Instanz, entscheidet auf Einspruch das Landes-Schiedsgericht.

VII. Allgemeine Bestimmungen

Das Schiedsgericht *muß* die Vorstandschaft seiner Instanz, es *kann* andere Organe der Union gutachtlich hören. Dies ist besonders zu beachten in Fällen, in denen neben juristischen auch politische Momente mitspielen.
Die Schiedsrichter werden in geheimer Wahl gewählt. Sie sollen aus Zweckmäßigkeitsgründen am Gerichtsort wohnhaft sein. Sie können wegen Befangenheit sich selbst ablehnen oder abgelehnt werden.

VIII. Schlußbestimmungen

Diese Schiedsordnung ist in § 7 und § 8 der Satzung vorgesehen. Sie gilt als Bestandteil der Satzung. Sie ist von jedem Mitglied der Union beim Eintritt unterschriftlich als verbindlich anzuerkennen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Ich beantrage, die hier vorgetragene Schiedsordnung anzunehmen.
Wird eine Debatte gewünscht?
Dr. *Bauer*: Ich möchte kurz einen Punkt anregen. Wäre es nicht zweckmäßig, neben dem Schiedsgericht eine Anklägerinstanz zu schaffen, die in eigener Zuständigkeit über die Reinhaltung unserer Partei wacht und im Zweifelsfalle von sich aus Anklage gegen Parteimitglieder erhebt?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde vorschlagen, das im Moment zurückzustellen. Ich werde nämlich der nächsten Landesversammlung - das ist eine Schiedsordnung, die jetzt rasch entworfen wurde, daß wir in Notfällen eingreifen können - eine gut ausgearbeitete Schiedsordnung vorlegen. Das wird im Sommer der Fall sein.
Dr. *Bauer*: Also die heutige Schiedsordnung kann jederzeit abgeändert werden?
(Zustimmung des Vorsitzenden.)
Ich bitte dann auch, die Schiedsordnung anzunehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich über die Schiedsordnung abstimmen?
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? -
Die Schiedsordnung ist einstimmig angenommen.
Meine lieben Freunde, ich bitte nun den Landesausschuß zu beauftragen, die Schiedsrichter, soweit noch welche zu bestellen sind, zu bestellen.
Darf ich über diesen Antrag abstimmen? Sie delegieren also, um es klar zu sagen, dem Landesausschuß die Bestellung der Schiedsrichter, weil der Landesausschuß öfter zusammentritt.
Dr. *Käss*: Darf ich betonen: Es ist nicht notwendig, den Antrag zu stellen. Nach unserer Satzung bestellt die Schiedsrichter der Landesausschuß.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde ferner den Antrag stellen, den Landesausschuß zu beauftragen und zu berechtigen, eventuell Ergänzungen zur Schiedsordnung vorzunehmen, soweit sie aus Dringlichkeitsgründen geboten sind.

(Zurufe: Jawohl!)

Darf ich über diese beiden Anträge zusammen abstimmen lassen?
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? -

Die beiden Anträge sind einstimmig angenommen.
Meine lieben Freunde! Wir haben dann unser Programm ungefähr erledigt.
Es kommt Ziffer 6: *Bericht der Ausschüsse.*
Darf ich Ihre Zustimmung annehmen, daß der Bericht der Ausschüsse bis zur nächsten Landesversammlung zurückgestellt wird?

(Zurufe: Jawohl!)

Einverstanden. Wir werden dann grundsätzliche Fragen zu besprechen haben, dabei werden die Ausschüsse berichten.
Das Gleiche gilt für die Besprechungen über die *Grundlinien für ein Grundsatz- und Arbeitsprogramm.* Sie haben heute von mir gehört, wie es gedacht ist. Wir werden daran arbeiten. Diese Besprechung wird der Hauptinhalt der nächsten Landesversammlung im Sommer dieses Jahres sein.
Darf ich Ihre Zustimmung hierzu annehmen?
Dr. *Winkler* (?): ... (Redner wegen Unruhe unverständlich!) bekommen wir diese Entschließung zugestellt?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Entschließung wird veröffentlicht.
Dann ist das auch zurückgestellt.
Wir kommen zum Punkt: *Sonstiges.*
Ich habe Ihnen schon angekündigt - um das vorwegzunehmen -, daß die Landesversammlung im Sommer dieses Jahres, wenn möglich im Juli, stattfindet, vielleicht wird es auch auf August verschoben werden, wenn das notwendig erscheint. Ich hoffe nicht, daß wir vor dem 30. Juni eine Landesversammlung halten müssen. Sollte das aber der Fall sein, wird sie eben gehalten werden. Sie wird nur dann gehalten werden, wenn dringende, besonders wichtige Entscheidungen zu treffen sind, sonst bleibt es bei dem angegebenen Termin.
Das Arbeitsprogramm für die Tagung der nächsten Landesversammlung steht ungefähr fest. Die Versammlung wird in der Hauptsache die Fragen des Programms behandeln. Die übrige Tagesordnung wird - mit Ihrem jetzigen Einverständnis - durch den Landesausschuß festgesetzt.
Einverstanden?

(Zurufe: Jawohl!)

Gut.
Ich darf noch etwas weiteres sagen: Meine lieben Freunde! Die erweiterte Landesausschußsitzung hat einmal in Bamberg stattgefunden. Ich möchte es in Zukunft so halten, daß Landesausschußsitzungen an anderen Plätzen als München stattfinden, wenn das irgendwie möglich ist, denn wir wollen auf diese Weise die Gelegenheit wahrnehmen, irgendwo draußen im Freundeskreis zu tagen und dadurch auch das Interesse bei unseren Parteifreunden in der jeweiligen Stadt zu wecken.
Darf ich Ihr jeweiliges Einverständnis annehmen, daß die nächste Stadt, in der die Landesausschußsitzung stattfinden soll, durch die Landesvorstandschaft bestimmt wird und daß das, wenn möglich, nicht München sein soll? Ich denke daran, eventuell eine Stadt an der Donau zu nehmen, es könnte Regensburg oder Augsburg in Frage kommen. Wir könnten aber auch einmal an den Bereich Marktredwitz, Wunsiedel denken, wo sehr große Aktivität herrscht. Wenn irgendeine sonstige Anregung gegeben wird, bitte ich, das schriftlich mitzuteilen.
Dr. *von Eicken*: Bleibt der vorläufige Landesausschuß also bis zur Wahl des endgültigen Ausschusses im Amt?

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der wird selbstverständlich nochmals einberufen, wenn es notwendig erscheint, weil ich mir auf diese Weise mindestens so lange ein Beratungsgremium sichern will, bis die Landesvorstandschaft gebildet ist.
Ich werde sehr bald eine Landesausschußsitzung einberufen. Sie werden überhaupt damit rechnen können, daß ich häufig Landesausschußsitzungen halte. Das ist notwendig. Jetzt im Aufbau müssen alle Kräfte zusammengefaßt werden, und wenn wir manchmal uns Mühe machen und herumreisen müssen, das wird nicht schaden. Wir werden dadurch noch mehr zusammenwachsen.
Ich sehe die Landesausschußsitzung im Laufe des Juni vor - höchstwahrscheinlich. Dann nehmen wir vielleicht Augsburg, Regensburg oder eine andere Stadt. Das wird noch bestimmt werden.
Noch Wortmeldungen zu dem Punkt "Sonstiges"?
Von Trockau: Ich glaube, im Sinne vieler anzufragen, wenn ich die Frage stelle, wie wird es eigentlich mit den Spruchkammern werden? Wie steht es heute damit? In meinem Fall ist die Sache so, daß eine Spruchkammer von dem SPD-Landrat zusammengesetzt wurde, die in keiner Weise dem Wahlergebnis entspricht. Die Zusammensetzung der Spruchkammer erfolgte vor der Wahl. Steht nun die Landesversammlung, steht der Vorstand der Partei auf dem Standpunkt, daß das so bleiben soll? Ist irgend etwas im Werden, daß diese Zusammensetzungen entsprechend dem Wahlergebnis geändert werden? Wie soll man sich überhaupt in dieser Frage verhalten, ohne dann hernach den Vorwurf zu bekommen, man hätte die Arbeit sabotiert?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich mich dazu rasch äußern.
Meine lieben Freunde! Mein Standpunkt, den ich allüberall vertrete, ist der: Wir würden überhaupt gern die Erledigung all dieser Fragen durch ein Gerichtsverfahren wünschen, das ungefähr dem Schöffengericht entspricht.

(Sehr richtig!)

Denn ich bin der Auffassung, daß die Entwicklung, die durch die Entnazifizierung eingeleitet wird, so weittragend ist, daß man sagen kann, es ist im gewissen Sinne ein Umschichtungsprozeß. Man kann das nicht dem Parteiwillen anheimstellen. Selbst wenn wir einmal den maßgeblichsten Einfluß haben sollten, so wäre ich der Auffassung, man sollte diese Fragen aus der Verantwortung einer einzelnen Partei herausnehmen. Ich gehe davon aus, daß wir alles aufbieten werden, um dieses Prinzip durchzusetzen.

(Starker Beifall.)

Wird dieser Standpunkt nicht durchgesetzt, so müssen wir unter allen Umständen verlangen, daß, wenn man schon die politische Seite herausstellt, dann aber auch nach dem demokratischen Prinzip vorgegangen wird, und daß dann vielleicht nicht dem Buchstaben genau, aber doch ungefähr der Volkswille, wie er in Wahlen zum Ausdruck kommt, berücksichtigt werden muß.

(Sehr richtig!)

Ich bin infolgedessen dafür, daß Sie einen formellen Antrag in diesem Sinne einbringen. Ein solcher Antrag ist mir nur erwünscht.
Von Franckenstein: Meine Spruchkammer fängt Anfang Juni an zu arbeiten. Sie ist bereits vereidigt. Wir haben Befehl, bei einem Wahlkreis, der zu 84,5% CSU gewählt hat, die Schöffen, die Beisitzer, zu gleichen Prozenten aus SPD, KPD und CSU zu nehmen. Es ist Befehl von der Regierung, SPD und KPD arbeiten bei uns grundsätz-

lich zusammen, so daß in unserer ganzen Spruchkammer es überhaupt keinen Wert hat, daß die CSU drin ist. SPD und KPD werden immer zusammen gegen die CSU stimmen. Meine CSU-Leute sagen dann alle, wozu haben 84% so gestimmt, wenn wir in der Spruchkammer jedesmal überstimmt werden sollen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich glaube, es wird ein Antrag eingebracht werden müssen. Ich bitte den Antrag zu formulieren. Ich wäre dankbar, wenn er angenommen würde.
Kaiser: Der Kreisverband Hammelburg hat am 12. Mai 1946 folgende Erklärung verfaßt:

Betrifft: Das Säuberungsgesetz in Bayern; hier paritätische Zusammensetzung der Spruchkammern.
Nach den bisher ergangenen Richtlinien sollen bei allen Spruchkammern die Beisitzer zu gleichen Teilen von den einzelnen zugelassenen politischen Parteien (hauptsächlich CSU, SPD und KPD) gestellt werden. Diesen Standpunkt hat Herr Ministerialrat *Holy* in vielen Äußerungen immer wieder unterstrichen und verlangt, daß die paritätische Zusammensetzung der Spruchkammern aufrecht erhalten werden müsse und nicht vom bisherigen Wahlergebnis abhängig gemacht werden könne.
Auf der zweiten Sitzung des Beratenden Landesausschusses in Bayern hat Herr Minister *Schmitt* unter anderem ausgeführt, daß das Säuberungsgesetz seinem Wesen nach mehr ein politisches als ein Strafgesetz sei.
Die am 12. Mai 1946 versammelten Mitglieder der CSU des Landkreises Hammelburg pflichten diesem Standpunkt bei und verlangen einstimmig aus diesem Grund, daß die Zusammensetzung der Spruchkammern dann auch dem politischen Willen der Bevölkerung entspricht und nach dem bisherigen Wahlergebnis in Bayern erfolgt. Erst wenn dieser unserer Forderung Rechnung getragen wird, wird - um wieder mit Minister *Schmitt* zu sprechen - "die Erkenntnis in unserem Volke bestärkt, daß der Grundsatz der Gerechtigkeit wieder Platz gegriffen hat". Denn aus unserem Wählerkreis werden immer wieder Beschwerden geführt über die vom Ministerium verlangte paritätische Zusammensetzung der Spruchkammern. Die Wähler können außerdem auch nicht verstehen, warum diese Spruchkammern ihre Tätigkeit so lange nicht aufnehmen. Die von bestimmter Seite bisher betriebene ausgesprochene Verschleppungstaktik wird schärfstens abgelehnt.
Christlich-Soziale Union
Kreisverband Hammelburg

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist ein Antrag von Oberfranken eingegangen. Ich bitte, ihn zu verlesen.
Dr. *Kroll*: Der Antrag lautet:

Entschließung der Christlich-Sozialen Union Oberfranken.
Die Landesversammlung wolle beschließen:
Das Gesetz zur Reinigung des Nationalsozialismus bestimmt, daß die Zusammensetzung der Spruchausschüsse der politischen Zusammensetzung der Bevölkerung Rechnung tragen soll.
Die Christlich-Soziale Union stellt fest:
1. Es ist ein Verstoß gegen das Gesetz, wenn das Bayerische Ministerium für Sonderaufgaben fordert, daß die Kommunistische Partei mit 2,6% der Stimmen bei

den Kreistagswahlen in den Ausschüssen in gleicher Stärke vertreten sein soll wie die Union mit 71,5% der Stimmen.
2. Schon heute zeigt sich aus vielen Beobachtungen, daß vielerorts die kommunistische und die sozialdemokratische Partei die Reinigung zu mißbrauchen suchen zu Dingen, die nichts mit ihr zu tun haben. Die Denazifizierung darf nicht als Mittel zur Durchführung des Klassenkampfes betrachtet werden.
3. Die Korruption, die aus dieser Entwicklung heraus droht, würde vervielfacht, wenn die politischen Parteien, die die Errichtung des Klassenkampfes in ihrem Programm fordern, in jedem Spruchausschuß zwei Drittel der Plätze einnehmen.
4. -

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich möchte hier nur gerne das Wort vom Klassenkampf geändert haben. Vielleicht wird der Antrag in diesem Sinne abgeändert.
Dr. *Horlacher*: Ich habe einen kürzeren Antrag formuliert. Ich will, daß die Denazifizierung nicht zu einer parteipolitischen Frage im allgemeinen wird:

Die Landesversammlung beschließt, daß die Spruchkammern sich nach den Grundsätzen der Schöffengerichte oder nach dem demokratischen Grundsatz des Wahlergebnisses zusammensetzen.

Dr. *Gronwald*: "oder unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses."
Von Franckenstein: Ich würde die Schöffengerichte weglassen und nur das Demokratische nehmen.
Dr. *Horlacher*: Ich möchte es formulieren:

Die Landesversammlung beschließt zu fordern, daß die Zusammensetzung der Spruchkammern nach den Grundsätzen der Schöffengerichte oder unter Berücksichtigung des demokratischen Grundsatzes des Wahlergebnisses erfolgt.

(Zuruf: Demokratischer Grundsatz, aber nicht Schöffengericht!)

Dr. *Horlacher*: Das können die Herren noch stilisieren.
Schwägerl: Ich würde vorschlagen, daß die ganze Sache auf breiterer Grundlage gemacht wird, wie ich es in Wunsiedel vorhabe. Dort werden die Leute gefragt werden, wer gegen irgend jemand etwas vorzubringen hat, der soll es vorbringen. Die Namen derjenigen, die im Laufe der Woche durch die Spruchkammern gehen, werden bekanntgegeben, so daß die Leute dann schriftlich Anträge stellen können. Jeder muß anführen können, was er vorzubringen hat. Dann hat sich das andere alles erledigt.
Von Franckenstein: Ich mache darauf aufmerksam, daß in Franken einzelne Spruchkammern schon arbeiten und die nächsten Anfang Juni anfangen. Es eilt daher, weil sonst die Spruchkammern schon nach der Dreiteilung arbeiten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich werde den Beschluß so rasch wie möglich dem Ministerpräsidenten [*Wilhelm Hoegner*] vorlegen und ich würde ihn gleichzeitig auch zur Kenntnis der Miltärregierung bringen. Er gehört auch veröffentlicht.
Darf ich fragen, über welche Anträge wollen wir abstimmen?

(Zuruf: Über den Antrag Dr. *Horlacher*!)

Dann wird abgestimmt über den Antrag *Horlacher*.
Wer enthält sich?
Wer ist dagegen?
Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Dr. *Barth*: Zu den Fragen, die eben besprochen wurden, möchte ich noch etwas allgemeineres hinzufügen. Direktor *Holzmann* hat vorhin schon, als er die Bestimmun-

gen zur Landtagswahl erläuterte, darauf hingewiesen, welchen Dingen bei der Prüfung der Bewerber zur Verfassunggebenden Nationalversammlung Tür und Tor offensteht. Diese Erfahrung machen wir jetzt schon bei den Meldungen für die Spruchkammern. Wir haben in Coburg glücklich die zweite Nachmeldung hinter uns. Wir haben dabei erfahren müssen, daß - ich weiß nicht, wo die Meldungen bearbeitet werden - zum zweiten Mal eine ganze Serie von Bewerbern abgelehnt wurde, die einwandfrei der Forderung entsprachen, daß sie nicht nur einen tadellosen Fragebogen besitzen, sondern daß sie den Nachweis der Aktivität erbringen können.

(Sehr richtig!)

Ich will mich nicht in ein großes Licht setzen, aber den Nachweis kann ich Gott sei Dank erbringen. Abgelehnt bin ich trotzdem, ohne Angabe eines Grundes.

(Zuruf: Jawohl, das ist auch bei uns passiert!)

Ich dränge mich nicht nach dieser undankbaren Arbeit. Aber ich muß mich doch sehr wundern, nach welchen Prinzipien hier eigentlich ausgelesen wird, und wer ausliest. Es wird mir in Coburg gesagt, das geschehe in München. Woher wollen die Münchner mich kennen, wenn nicht irgendeine Stellungnahme von Coburg aus erfolgt? Wie die dortige Abteilung zusammengesetzt wird, brauche ich nicht zu schildern. Denn diese Deutschen, die im Special Branch arbeiten, kennen wir zu einem guten Teil. Wie weit die dann mit ihren Einfluß wahrnehmen, das ist eine Frage für sich. Ich erlebe es jedenfalls. Ich melde einen meiner besten Mitarbeiter in Coburg, einen einwandfreien Mann, zu den Stadtratswahlen. Er wird daraufhin aus seinem Amt suspendiert. Ich habe einen Kollegen, der 1938 von *Streicher* als Studienrat in Nürnberg entlassen worden ist. Er wird jetzt aus unbekannten Gründen wieder entlassen. Ich muß ihn aus dem Gymnasium entfernen. Das sind Zusammenhänge, die doch sehr stutzig machen. Die treibende Kraft, die dahinter steckt, kennen wir und ich brauche sie Ihnen nicht zu nennen. Aber ich zeige hier auf Möglichkeiten, die uns auch bei unseren Landtagsbewerbern drohen, und im allgemeinen auf die Gefahr, die von einer Gruppe droht, die im ganzen gesehen lächerlich klein ist, die aber ihre Verbindungen ausnutzt und sich dadurch eine Basis schafft, was bei uns wenigstens dahin geführt hat, daß die Leute Angst haben.

(Sehr richtig!)

Ich meine doch, daß wir hier etwas tun müßten, um diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wird noch das Wort gewünscht zum Punkt "Sonstiges"?

Brand: Ich möchte einen Fall erwähnen, der zeigt, daß es bei mir umgekehrt war. Mich hat ein CSU-Landrat als Militarist abgelehnt, weil ich im Range eines Hauptmanns sechs Jahre Dienst getan habe. Der Herr Staatsminister *Schmitt* bzw. der Herr Ministerialrat *Holy* hat innerhalb 48 Stunden auf meine Beschwerde hin sofort mitgeteilt, daß ich als Spruchkammermitglied anerkannt werden muß.

(Hört, hört!)

Er hat darauf hingewiesen, daß ich besondere Befugnisse als Stabs-Intendant ausgeübt hätte, nachdem ich vom 27. August 1939 nur im Lazarett tätig war.

Dr. *Horlacher*: Wäre es nicht möglich, daß wir den Antrag stellen könnten, daß wir beim Ministerium *Schmitt* - und ich will ihn nicht zum Beschluß erheben - einen sogenannten Prüfungsausschuß bekommen könnten, der nach den Ergebnissen der Wahl

zusammengesetzt ist, so daß hier das Ministerium *Schmitt* mit diesem Prüfungsausschuß gewisse Entscheidungen zu treffen hat. Herr *Schmitt* ist persönlich ein sehr vernünftiger Mann, mit dem kann man schon reden. Wenn ein Ausschuß danebensitzt, der die Dinge prüft, dann glaube ich, ist ein großer Teil des Dienstes damit erwiesen. Wir müssen dazu kommen, und die Gelegenheit müssen wir benützen. Bei einer der nächsten Wahlreden werde ich den Grundsatz herausarbeiten, daß die Verhältnisse so liegen, daß, wenn wir die Demokratie so anlaufen lassen, wenn wir den Wahlkampf wieder so parterre führen, wie es vor 1933 aufgehört hat, dann können wir als Demokratie zusammenpacken.

(Jawohl!)

Es muß von unserer Seite auf die vornehme Kampfesweise hingearbeitet werden. Das sollen alle unsere Redner betonen. Diesen Grundgedanken sollen sie herausarbeiten, so daß wir hier unsere positive Stellungnahme beziehen, ohne die anderen allzusehr anzugreifen. Denn dann bekommen wir das Volk hinter uns, durch die vornehme Kampfesweise, ohne den Parteihader allzusehr in Anspruch zu nehmen. Nur da muß draufgeschlagen werden, wo es wirklich nötig ist. Das ist eine Frage für sich, die örtlich verschieden liegt.

Aber diese Gesichtspunkte würde ich bitten, einmal herauszuarbeiten, wie die Kampfesweise einer Demokratie nach wirklich guten Gesichtspunkten überhaupt aussehen muß.

Denn wenn sie so aussieht, daß der Kampf nur rein persönlich geführt wird, dann verzichte ich auf eine solche Demokratie. Das müssen wir draußen einmal mit aller Schärfe herausarbeiten, damit das Volk sieht, daß wir eine andere Auseinandersetzung auf der politischen Ebene wollen, als wie es vor 1933 der Fall gewesen ist.

Ich möchte bloß diese allgemeinen Richtlinien geben. Aber bezüglich des Prüfungsausschusses beim Ministerium *Schmitt* würde ich doch, Herr Dr. *Müller*, überlegen, ob wir das nicht beschlußmäßig festlegen.

Dr. *Seidel*: Darf ich zu der Anregung Dr. *Horlachers* etwas sagen. Ich glaube, wir vergessen, daß die Amerikaner bei dieser Frage ein entscheidendes Wort mitreden. Die Prüfung der Kandidaten der Prüfungsausschüsse erfolgt in erster Instanz durch den zuständigen Special Branch-Offizier. Dieser hat seine besonderen Erkenntnisquellen, auf die wir keinen Einfluß haben. Er gibt seine Stellungnahme nach München an die Militärregierung und dort erfolgt eine weitere Stellungnahme. Diese geht dann hinüber an den Minister für Sonderaufgaben. Der ist natürlich in einem bestimmten Umfang an diese Vorentscheidung gebunden. Daher diese überraschenden Ergebnisse, die wir in allen Kreisen antreffen. Ich glaube, wenn in dieser Beziehung etwas gemacht werden soll, dann muß weniger beim Ministerium für Sonderaufgaben, sondern bei der Militärregierung, und zwar hier bei der Zentrale, angesetzt werden, dahingehend, daß die Anforderungen, die die einzelnen Special Branch-Offiziere an die Mitglieder der Spruchkammern draußen stellen, mehr der politischen Lage angeglichen werden. Ich glaube also nicht, daß es das Ministerium ist, das da in der Hauptsache die Schuld trägt. Gewiß wird da das eine oder andere versiebt werden.

Kübler: Meine Herren! Die Ursache, daß wir hier so schlechte Erfahrungen machen, liegt zum großen Teil bei den Landräten. Der Landrat ist derjenige, der nach dem Gesetz die Spruchkammer eigentlich zusammensetzt. Er muß die Leute dafür finden, den Ankläger, den Stellvertreter, den Vorsitzenden. Wenn die Parteien ihre Vorschläge machen, muß man diese vorgeschlagenen Persönlichkeiten etwas überprüfen.

Ich habe zu jeder einzelnen Person Stellung genommen, die mir die Herren Kommunisten vorgelegt haben, mit dem Erfolg, daß die Militärregierung alle sechs abgelehnt hat und von den Sozialdemokraten auch vier, so daß wir außer unserer Partei effektiv noch zwei Sozialdemokraten im Spruchausschuß haben. Man muß nicht alle nehmen, die sie anbieten. Die Militärregierung ist manchmal dankbar, wenn man sie darauf aufmerksam macht, daß bei der KPD manchmal ganz minderwertige Kreaturen sind. Sie sind zum großen Teil kriminell vorbestraft. Es heißt im Gesetz, es müssen charakterlich einwandfreie Männer sein. Der Landrat hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, die Menschen so zu schildern und gegebenenfalls abzulehnen.
Herold: Was ist aber zu machen, wenn der Landrat ein Vertreter der SPD ist und nur für seine Leute gegen die CSU arbeitet?
Kugler: Aus eigener Erfahrung kann ich mitteilen, daß nicht die Militärregierung die Stelle ist, die hemmend dazwischentritt, sondern deutsche Zivilbehörden. Wie könnte es sonst passieren, daß ein Mann wie Dr. *Busch* als Gefreiter zum Militaristen erklärt worden ist? Die Militärregierung hat in diesem Falle erklärt, das sei nicht zulässig, Dr. *Busch* sei anzunehmen. Bei uns liegt also der Fehler, nicht bei der Militärregierung, sondern beim Landrat bzw. bei der Stelle, die so etwas zugelassen hat.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir haben alle ungefähr gleichmäßige Erfahrungen gesammelt. Ich bitte Sie jetzt darum, geben Sie uns alle Erfahrungen bekannt. Bisher haben wir sehr viele Klagen gehört, aber kein detailliertes Material erhalten. Wenn wir dieses Material im einzelnen bekommen, und zwar nicht nur in den Versammlungen vortragen, sondern so klar gefaßt, daß man Beweis antreten kann, dann werde ich bestimmt dafür sorgen, daß dieses Material ausgewertet wird. Es ist notwendig, auf bestimmte Umstände hinzuweisen, die wir vielleicht nicht berücksichtigen. Ich habe Ihnen das heute früh klargemacht, als ich auf Pressestimmen hingewiesen habe. Wir müssen uns darüber klar sein, daß eine gewisse Stimmung bei der Militärbehörde, aber auch in der Auslandspresse erzeugt wurde, die gegen die Union spricht. Es ist die Stimmung, die Union sei eine reaktionäre Partei. Das ist bestimmt mit der Absicht erfolgt, gerade diese Taktik durchhalten zu können. Wenn Sie einverstanden sind - wir sind schon weit in der Zeit fortgeschritten -, dann möchte ich noch folgendes sagen: Wir haben uns redliche Mühe gegeben, mit der Konkurrenz in lauterem Wettbewerb zu stehen. Bisher haben wir den Burgfrieden gewahrt.
Wir bedauern aber, daß das von der anderen Seite aus nicht in diesem Maße erfolgt ist. Wir bedauern vor allem die Personalpolitik, die von manchen Stellen getrieben wurde.

(Sehr richtig!)

Ich bedauere das nicht etwa, weil wir jetzt als Partei davon betroffen sind, sondern ich bedauere es im Interesse unseres Volkes. Wir müssen uns darüber klar sein, daß für jeden Parteibuchbeamten ein anderer mit dort steht und daß das Volk dann für die Kosten von zwei aufkommen muß.

(Sehr gut!)

Wir wollen kein Parteibuchsystem haben. Wir werden aber auch allmählich darnach trachten müssen, daß sich das Parteibuchsystem nicht unterirdisch durchsetzen kann.

(Sehr gut!)

Wir werden dafür sorgen, daß Klarheit in dieser Hinsicht geschaffen wird. Sollte die Klarheit noch nichts nützen, so würde ich bedauern, klar und deutlich in aller Form

aussprechen zu müssen, daß diese Personalpolitik eine Vorbelastung für die künftige Zusammenarbeit mit bestimmten anderen Parteien wäre.

(Zustimmung, sehr richtig!)

Das Volk hat seinen Willen klar zum Ausdruck gebracht. Der Wille muß möglichst bald berücksichtigt werden.
Wünscht jemand noch das Wort?
Brand: Ich habe die Mitteilung bekommen, daß zwischen dem 20. Mai und 4. Juni die Landräte zusammenkommen. Nun ist am 30. April der Kreistag zusammengetreten. Steht es im Belieben eines Landrates, wann er den Kreistag zur ersten Sitzung zusammentreten läßt?
In dieser Frage möchte ich Aufklärung haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das weiß ich im Augenblick nicht.
Von Franckenstein: Der Regierungspräsident von Ansbach [*Hans Schregle*] vertritt den Standpunkt, den er den Landräten offiziell bekanntgegeben hat, daß die Kreistage möglichst bald, aber nicht vor dem 28. Tag einzuberufen sind, oder [sic!] möglichst bald nachher. Nun ist die Frage, die ich gleich anschneiden möchte, müssen die Landräte sofort nach der Kreistagswahl gewählt werden? Irgendeine Ausführungsbestimmung ist nicht da. Eine Reihe von Landräten steht auf dem Standpunkt, die Landratswahl auf die Tagesordnung der ersten Kreistagssitzung setzen zu müssen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, daß Ausführungsbestimmungen in dieser Frage bald erscheinen werden. Ich glaube, daß die Militärregierung auch ihrerseits Wert darauf legen wird, daß in diesem Falle der Wille des Volkes berücksichtigt wird.
Brand: Muß ein Wahlvorschlag für die Wahl des Landrates und des Kreisausschusses eingereicht werden?
Von Franckenstein: Der Kreisausschuß wird aus dem Kreistag gewählt. Der § 5 ist absolut unklar. In ihm steht, daß in diesem fünf- bis siebenköpfigen Ausschuß die verschiedenen Parteien vertreten sein müssen. Wenn nun in den Kreisausschuß aus einem Kreistag von 30 Leuten alle Parteien, die KPD, die SPD usw. hineingenommen werden müssen, so ist die Partei, die die erdrückende Mehrheit hat, viel zu kurz dran. Nach meiner Ansicht heißt es, *verschiedene* Parteien, nicht alle Parteien. Der Regierungspräsident von Oberfranken und Mittelfranken steht auf dem Standpunkt, daß alle Parteien hinein müssen.
Ankermüller: Die Wahl des Landrats muß meiner Meinung nach gleich in der ersten Versammlung, der ersten Kreistagssitzung stattfinden. Es ist nicht so, daß der Kreistag am 30. Tag nach der Wahl, das wäre also am 26. Mai zusammentritt, sondern der Paragraph heißt so: "Die Amtsperiode des gewählten Kreistages beginnt am 30. Tag nach der Wahl." Nicht am 28. April beginnt die Amtsperiode, sondern am 30. Tag danach, am 26. Mai. Ich bin ebenfalls der Meinung, wie schon vorher erwähnt worden ist, daß seitens der Regierung zu den bisher sehr mageren Wahlbestimmungen noch irgendwelche Vorschriften und Dienstanweisungen für den Landrat herauskommen müssen. Es wird meiner Ansicht nach nicht genügen, daß irgendein Regierungspräsidium gesondert vorgeht und Weisungen gibt, und ein anderes das nicht macht. Ich glaube, daß die Militärregierung, wie der Herr Vorsitzende schon gesagt hat, vielleicht auch darauf noch Einfluß ausüben wird. Was die Zusammensetzung dieses Arbeitsausschusses anlangt, so glaube ich, daß das hier eine bindende Vorschrift, eine Muß-Vorschrift ist, die nicht umgangen werden kann, daß alle Parteien, die im Kreistag vertreten sind, auch im Kreisausschuß einen Sitz haben. Das ist eine Vorschrift.

Wenn sie umgangen wird, wird dies meiner Ansicht nach mit Recht angefochten werden können. Wenn sich der Kreistag beispielsweise aus 45 Vertretern zusammensetzt - die Höchstzahl -, und er besteht aus beispielsweise einem KPD-Mann, zehn SPD-Leuten und der Rest sind 34 Unions-Vertreter, dann würden wir beispielsweise bei einem Kreisausschuß von sieben Mitgliedern eine Verteilung von 4:2:1 haben. Es ist das immerhin noch eine Mehrheit für die Union, allerdings nicht ganz so groß wie beim Kreistag. Aber auch hier ist das Mehrheitsverhältnis gewahrt und darauf kommt es allein an. Ich bin neulich schon in einem anderen Kreis danach gefragt worden und da habe ich den gleichen Standpunkt vertreten müssen.
Von Franckenstein: Im § 5 heißt es *alle*, nicht *verschiedene*.
Ankermüller: Das heißt also, die Parteien, die im Kreistag vertreten sind.
Lehmer: Ich habe in dieser Frage am 24. März einen Antrag gestellt, den ich dem Herrn Parteivorsitzenden vorgelegt und ihn gebeten habe, ihn zu verwerten. Der Antrag lautet folgendermaßen:

Betr. Landkreisordnung (LKrO.)
Ich beziehe mich auf meinen Besuch am Mittwoch, den 20. März 1946 in der Gedonstraße, wo ich in Ihrer Abwesenheit mit Herrn *Käss* eine Unterredung hatte.
Ich halte eine Neufassung des Art. 5, 2. Absatz der Landkreisordnung (LKrO.) vom 18. Februar 1946 - unterzeichnet "Der Bayerische Ministerpräsident Dr. *Wilhelm Hoegner*" - für unumgänglich notwendig und mache folgenden Abänderungsvorschlag:
Statt der jetzigen Fassung "Der Kreistag wählt aus seiner Mitte einen fünf- bis siebenköpfigen Ausschuß (Kreisausschuß) in welchem die verschiedenen Parteien vertreten sein müssen", wird folgende neue Fassung in Vorschlag gebracht: "Der Kreistag wählt aus seiner Mitte einen sieben- bis neunköpfigen Ausschuß (Kreisausschuß), in welchem die verschiedenen Parteien vertreten sein müssen, sofern dieselben mindestens 10% der Sitze im Kreistag innehaben".
Begründung:

1. Eine etwas stärkere Ausschußbesetzung (bis zu neun Köpfen) sollte durch das Gesetz unbedingt ermöglicht werden, um besonders in größeren Landkreisen Vertreter aus den verschiedenen Landkreisgebieten, ferner die hauptsächlichsten im Landkreis vertretenen Berufe und Bevölkerungsschichten sowie die eine oder andere besonders geeignete Persönlichkeit für die ständige Ausschußbesetzung heranziehen zu können, zumal doch auch entscheidend wichtige Probleme, z.B. im Zusammenhang mit der Seßhaftmachung von Flüchtlingen, der Ansiedlung neuer Wirtschaftszweige und dergleichen den Ausschuß beschäftigen werden.
2. Sollte doch der Kreisausschuß nicht durch Vertreter von Splitterparteien belastet, sondern in seiner Zusammensetzung möglichst weitgehend dem demokratischen Willen der Bevölkerung angepaßt werden können.

Das Ergebnis der Wahl in unserem Landkreis ist folgendes: Von 45 Sitzen hat die CSU 37 erhalten. Sieben Sozialdemokraten und ein Kommunist sind noch gewählt worden. Wir müssen also, wenn diese Bestimmung nicht geändert wird, in den siebenköpfigen Ausschuß den einen Kommunisten hereinnehmen und einen Sozialdemokraten. Dann blieben noch fünf Sitze für die CSU übrig.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich darf den Antrag als formell hier eingebracht annehmen. Sind Sie damit einverstanden?

Dann darf ich über den Antrag abstimmen lassen. Die Begründung werden wir vielleicht etwas besser geben, wenn Sie einverstanden sind. Aber es geht um die Annahme des Antrags.
Ankermüller: Wenn wir einen großen Kreistag mit 45 Mitgliedern haben, dann ist die Zahl von neun bis zehn Mitgliedern für den Kreisausschuß angebracht. Wir haben auch Kreise, wo die Zahl der Kreistagsmitglieder nur zwischen 20 und 28 liegt. Wenn der Kreisausschuß schon aus der Hälfte der Mitglieder besteht, dann ist die Vereinfachung, die durch den Kreisausschuß erreicht werden soll, nicht gegeben. Das Wesentliche ist doch für den Kreisausschuß, daß dem Landrat ein kleines Parlament zur Verfügung steht, damit er in schwierigen Fragen nicht allein entscheiden muß.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich schreibe also in den Antrag: "fünf bis neun, je nach der Größe des Landkreises".
Darf ich mit dieser Abänderung über den Antrag abstimmen?
Wer enthält sich?
Wer ist gegen den Antrag?
Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Ankermüller: Ich möchte anregen, daß auch von der Partei aus beim Ministerium wegen der Landratswahlen und der Vorschriften ein Vorstoß gemacht wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe vor, es morgen selbst zu tun, damit von der Partei aus Schwung dahinter kommt.
Künzel: Bei uns geht zur Zeit das Gerücht um, daß jeder Landrat eingesetzt werden darf, nicht daß er gewählt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, daß diese Frage nach meinen Informationen überholt ist. Aus den letzten Vorgängen ist dies ersichtlich, nachdem Landratswahlen angesetzt werden.
Ich darf selbstverständlich Ihre Zustimmung annehmen - ich habe mich bisher schon immer in dem Sinne ausgesprochen -, daß man jetzt zu dem Prinzip übergegangen ist, die Landräte zu wählen.
Wetzel: Werden den Kandidaten, die für einen Landratsposten in Aussicht genommen sind, irgendwelche Zusagen gemacht, für wie lange Zeit sie gewählt werden?
Ankermüller: Das Gesetz sagt, daß der Kreistag auf zwei Jahre gewählt wird. Der gleiche Paragraph fährt fort: "Die Wahlperiode des Landrats braucht mit dieser zweijährigen Periode nicht übereinzustimmen." Der Landrat kann also auch für vier oder sechs Jahre gewählt werden. Es ist meiner Meinung nach so wie bei den unmittelbaren Städten, daß eben aufgrund der Wahl ein Dienstvertrag vereinbart wird, in dem die Amtsperiode festgelegt wird. Ich könnte mir vorstellen, daß sich die Wähler beispielsweise an eine längere Zeit binden, während der Kandidat sagt, ich lasse mir nicht die Möglichkeit entgehen, mich für irgendeine andere Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Es ist auch möglich, daß der betreffende Kandidat für sich die Frist kürzt und sich eine halbjährige Kündigungsfrist ausbedingt. So ist es im Gesetz gedacht. Ich habe Gelegenheit gehabt, mit Ministerialdirektor *Koch* bei seiner Würzburger Anwesenheit in dieser Angelegenheit zu sprechen. Er meinte, die Wahlperiode könnte auch verlängert werden. Das sei absichtlich in den Paragraphen hineingekommen.
Herold: Das würde bedeuten, daß wir Schwierigkeiten haben in der Gewinnung von Kandidaten. Kein tüchtiger Mensch stellt sich zur Wahl, wenn er nach zwei Jahren wieder gehen und sich einen anderen Beruf suchen muß.
Ankermüller: Noch wesentlicher scheint mir zu sein, was der Ministerialreferent zum Ausdruck brachte - ich spreche nicht für mich -, daß zunächst einmal die Gehaltsfrage

geklärt werden müßte. Die Gehälter, die zur Zeit angeboten werden, sind für die Leute, die etwas können und denen man sonst überall nachläuft - der Jurist steht zur Zeit sehr hoch in Kurs -, so gering, daß diejenigen, die etwas leisten, sich überlegen, ob sie nicht woanders hingehen und nur von ihrem Pflichtgefühl gehalten werden, sich in der öffentlichen Tätigkeit weiter einzusetzen. Ich bitte, vielleicht auch in dieser Frage einmal vorzusprechen. Ich bitte es aber nicht so aufzufassen, daß man die Wahl zum Landrat davon abhängig machen möchte. Man soll dem Gaul beim Trinken nicht das Maul verbinden. Wenn alle Verantwortung draußen auf dem Landrat liegt - denn es liegt im ganzen genommen auf ihm noch mehr Verantwortung als bei der Regierung -, dann muß dem Rechnung getragen werden. Denn wir sind die Puffer zwischen Regierung und Volk. Wenn die Milch sauer wird, ist der Landrat schuld. Wenn man keine Kälber bekommt, ist der Landrat schuld, und wenn die Schweine verwerfen, ebenfalls der Landrat. Wenn der Wildschaden nicht bekämpft wird, hat der Landrat nichts getan. Ich bitte, daß diese Verantwortung in irgendeiner Form entsprechend honoriert wird.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jawohl.

Dürr: Ich möchte diesem Punkt beistimmen und ihn tatkräftigst unterstützen. Vor allem müssen die größeren Landkreise berücksichtigt werden, weil bei ihnen die Verantwortung und Arbeitsleistung entsprechend größer sein müssen. Bei einem kleineren Kreis ist es eher zu ertragen, wenn die Besoldung geringer ist, als bei einem grösseren Landkreis, wie z.B. beim Landkreis Würzburg.

Dann hätte ich noch eine andere Frage. Wir haben in den Zeitungen gelesen, daß die Bezirkswahlen verschoben werden. Es stand nichts dabei, ob auf immer oder bis wann. Es wäre sehr interessant, vielleicht einmal nachzufragen, ob man denn daran denkt, die Wahlen später stattfinden zu lassen.

Klenk: In Uffenheim liegt uns daran, möglichst schnell einen neuen Landrat zu bekommen. Der jetzige hat unsere Arbeit sabotiert. Wir können jeden Tag gefaßt und ins Loch gesteckt werden. Wenn der Landrat durch den Kreistag gewählt wird, ist er für uns schon sicher. Wird er nicht gewählt und über die Regierung bestimmt, dann muß unbedingt darauf hingearbeitet werden, daß auf beschleunigtem Wege für Abhilfe gesorgt wird in Fällen, in denen in den Landkreisen die CSU die absolute Mehrheit hat. Dort kann doch nicht ein SPD-Mann Landrat sein. Wenn sich dieser dann noch die Frechheit erlaubt und sich als Mitglied der CSU eintragen läßt, sich bei mir in einer Versammlung eine Beitrittserklärung schnappt und ausfüllt, trotzdem er uns überall sabotiert, so muß diese Sache auf irgendeine Art und Weise auf dem schnellsten Weg geklärt werden. Diese Männer müssen wir anhand unseres Wahlergebnisses wegbekommen können. Wir bitten, daß hier in allernächster Zeit eine grundsätzliche Änderung Platz greift. Wir bitten, daß diese unsere Stellungnahme von der Landesleitung der CSU unterstützt wird.

Dr. *Falkner*: Vielleicht ist die Debatte überflüssig. Ich kann ein passendes Beispiel bringen. Wir haben in einem Landkreis jetzt einfach eine Wahl des Landrats durchgeführt. Die Militärregierung hat es genehmigt. Die Wahl ist anerkannt. Der neue Landrat ist durch den Kreistag in Straubing gewählt worden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, wir sollten die Debatte damit abschließen. Liegen noch weitere Wortmeldungen für besondere Fragen vor? Das ist nicht der Fall.

Meine lieben Freunde! Ich glaube, der heutige Tag wird in der Geschichte der Union einmal als ein entscheidender Tag angesehen werden. Wir haben wirklich sehr gute

Arbeit für den Aufbau der Union geleistet. Wir haben keine großen Erklärungen nach außen gegeben mit Ausnahme der Gesichtspunkte, die entwickelt worden sind. Die nächste Landesversammlung wird eine repräsentative Versammlung sein, die mehr nach außen in Erscheinung tritt. Aber was wir heute geleistet haben, ist wirklich gute und saubere Arbeit gewesen. Sie haben diese Arbeit geleistet. Ich danke Ihnen recht herzlich dafür.
Nun gilt eines: Jetzt wieder draußen fest an die Arbeit. Wir haben Wahl auf Wahl vor uns. Wir werden noch weiter an Boden in unserem Volk gewinnen. Wir werden die Union noch weiter sichern und damit unserem Volk und unserer Weltanschauung dienen. Damit schließe ich die heutige Versammlung der CSU.

(Schluß der Landesversammlung 18.56 Uhr)

Nr. 19

Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 13. Juni 1946[1] in München

Tagesordnung:[2]
1. Versammlungsform und Werbemaßnahmen
2. Parteiaufbau aufgrund der neuen Satzung: a) technisch, b) organisatorisch (Vorschläge zur Gründung einer Bauhütte für die Finanzierung des Organisationsausbaues.)
3. Bericht des Landesvorsitzenden
4. Fall Würzburg und Folgerungen aus diesem Fall
5. Vorschläge für das Entnazifizierungsgesetz
6. Sonstiges

Ferner:
7. Fälle Dr. Barth und Viechtach
8. Landshuter Presseresolution
9. Reichspartei

Tagungsort: München, Landessekretariat, Paul-Heyse-Straße 2-4

Anwesend:[3] Arnold, Barth, Ehard, Eichhorn, Falkner, Gamperl, Haußleiter, Helmerich, Horlacher, Hundhammer, Krehle, K.A. Kroth, von Miller, J. Müller (zeitweise), Pflaum, Rinke, F. Schäfer, Schedl, A.W. Schmidt; als Gäste: Clemens, Gerathewohl, Graemer, Liedig, Semler, R. Stücklen; ferner: Bengel, Gronwald, Kahn, Ritter von Lex, Schlögl

ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel

Die Sitzung wird um 11.42 Uhr von Dr. *Eichhorn* als Vorsitzender eröffnet. Er gibt bekannt, daß der Landesvorsitzende Dr. *Müller* in Kürze eintreffen werde.
Dr. *Bengel* gibt inzwischen eine Presseübersicht über charakteristische Pressestimmen aus der letzten Zeit, wobei er insbesondere solche aus England (außenpolitische Rede *Bevins* vor dem Unterhaus), aus der britischen und sowjetrussischen Besatzungszone in Deutschland heranzieht, die sich mit Fragen der Parteipolitik, der allgemeinen Politik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Kulturpolitik und des Separatismus befassen.
Anschließend erklärt Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt*, daß beabsichtigt sei, alle acht bis 14 Tage eine Presserundschau an die Kreise herauszugeben. Darin werde das umfangreiche Zeitungsarchiv des Landessekretariats verwertet. Dieses stehe im übrigen jederzeit auf Anforderung zur weiteren Verwendung zur Verfügung.

---

1 Ursprünglich war als Termin dieser Sitzung der 29. Mai vorgesehen. Eine Einladung an die "Mitglieder des bisherigen Landes-Arbeitsausschusses" zu einer Sitzung am 29. Mai 1946 findet sich z.B. im ACSP, NL Arnold 4. Mit Schreiben des Landessekretariats vom 25. Mai 1946 (ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, 13. Juni 1946) wurde die Sitzung aber "mit Rücksicht auf die Wahlvorbereitungen für die Verfassunggebende Landesversammlung vertagt".

2 Wortlaut der Punkte 1 bis 4 und 6 laut Deckblatt des Originalprotokolls, jedoch wurde die Reihenfolge dem tatsächlichen Sitzungsverlauf angepaßt: Tatsächlich war Punkt 1 als Punkt 6, Punkt 2 als Punkt 4 vorgesehen. Punkt 5 der vorgesehenen Tagesordnung entfiel zugunsten der Aussprache über das Entnazifizierungsgesetz. Er hatte gelautet: "Vorschläge und Berichte der Ausschüsse zum Parteiprogramm". Die unter "Ferner" aufgeführten Themen wurden anhand des Protokolltextes rekonstruiert.

3 Laut Anwesenheitsliste, ergänzt anhand des Protokolltextes. Die Namen von zwei Gästen sowie der Name des Protokollführes sind unleserlich.

Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*] schlägt vor, bis zum Eintreffen des Landesvorsitzenden Dr. *Müller* Punkt 6 der Tagesordnung "Versammlungsform und Werbemaßnahmen" zu behandeln.
Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* verliest einen Brief, den er an eine Reihe von Mitgliedern dieses Ausschusses versandt habe und der Gedanken des Landessekretariats über die Neugestaltung der Versammlungstechnik enthalte.
Dr. *Gamperl* hält den Plan der Landesgeschäftsstelle nicht für zweckmäßig.
Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* verweist auf die besonders gelungenen Versammlungen mit Dr. *Baumgartner* als Redner. Der Rahmen, der diesen Versammlungen gegeben werde (reicher Blumenschmuck, Musikkapelle), habe eine große Werbekraft ausgeübt.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*] glaubt, daß man kein allgemeines Rezept geben könne, zumal die Verhältnisse in den Großstädten und auf dem flachen Land sehr verschieden seien.
Dr. *Gerathewohl* stimmt dem Vorsitzenden bei. Die Eröffnungsversammlung der Christlich-Sozialen Union im Deutschen Museum mit dem Symphonieorchester habe er z.B. in dieser Hinsicht nicht als gelungen empfunden. Es müsse jedoch danach gestrebt werden, die Versammlungen durch werbetechnische Maßnahmen zu beleben. In Südbayern sei eine weiß-blaue Ausschmückung des Versammlungsraumes zu empfehlen.
Kahn erwähnt eine Versammlung in dem Städtchen Schönsee in der nördlichen Oberpfalz an der tschechischen Grenze. Dort sei die Versammlung mit einem Heimatabend verbunden worden und habe das ganze Städtchen auf die Beine gebracht. In der Großstadt müsse man jedoch anders verfahren.
Dr. *Schedl* möchte aufgrund der Regensburger Erfahrungen vor Übertreibungen warnen. Den Leuten komme es im wesentlichen auf gute Redner an. Er müsse allerdings auch zugeben, daß die Dekoration mit weiß-blau in Südbayern eine ganz entscheidende Rolle spiele. Es sei jedoch schwierig, die Versammlungen überall so aufzuziehen, daß sie auch wirklich Niveau hätten. Im übrigen müsse ein Unterschied zwischen Versammlungen, in denen Diskussionsredner aufträten, und Kundgebungen gemacht werden.
Haußleiter macht auf den großen Unterschied zwischen politischen Wahlversammlungen und getarnten Werbeveranstaltungen mit Wanderzirkussen und dergleichen aufmerksam. Politische Wahlversammlungen könne man im allgemeinen nicht mit volkskundlichen Veranstaltungen zusammenlegen.
Landesvorsitzender Dr. *Müller* übernimmt den Vorsitz und kommt sofort darauf zu sprechen, daß ihm heute bei der Militärregierung von Major *Vacca* mitgeteilt worden sei, der Vorsitzende des Bezirksverbandes Oberfranken, Dr. *Barth*, sei von 1933 bis 1935, als er in Danzig wohnte, Mitglied der NSDAP gewesen. Er (Dr. *Müller*) habe vor einer etwaigen Verhaftung gebeten, vorher mit Dr. *Barth* Rücksprache nehmen zu dürfen, da er an diese schwere Anschuldigung nicht ohne weiteres glaube.
Dr. *Barth* gibt dazu folgende Erklärung ab: Ich wurde 1933 in dem Danziger Vorort Schiedlitz, als die Wellen der Machtergreifung im Reich auch nach Danzig schlugen, wie alle anderen Beamten aufgefordert, in die Partei einzutreten. Der Stichtag, zu dem der Eintritt erfolgen sollte, war wohl der 1. Mai. Ich hatte nicht die mindeste Neigung zum Eintritt. Denn ich gehörte mit zu denen, die schon im Januar und Februar äußerten, die Machtergreifung bedeute den Krieg. Ich mußte natürlich angesichts der Stimmung etwas vorsichtig verfahren. Es hat nämlich schon 1933 die ersten

Zusammenstöße gegeben, die damals noch glimpflich verliefen. Ich habe es dann so hingedreht, daß ich den 1. Mai vorübergehen ließ. Ich konnte dann erklären: Jetzt ist es zu spät.
Nun hängt die Geschichte noch mit dem damaligen Ortsgruppenleiter zusammen, der mir seinerzeit auch wiederholt ins Haus gestiegen kam, einem gewissen *Schwanke*. Er ist später, etwa 1935 - den Zeitungsartikel habe ich mir aufbewahrt -, wegen Unterschlagung von Parteigeldern zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden.
Im Herbst 1934 zog ich nach Langfuhr um. Eines Tages fiel ich aus allen Wolken, als ein Mann der Partei erschien und mir erklärte, er hätte Beiträge zu kassieren. Ich erklärte ihm darauf, es müsse ein Irrtum sein, denn ich wäre ja gar nicht in der Partei. Daraufhin zog er wieder ab und wollte dann Erkundigungen anstellen, wie sich das verhielte. Inzwischen hatten im Juni 1933 die Nationalsozialisten ohne Deutschnationale die Regierung gebildet. Ich suchte nun nach einem Grund, um diese Sache klar zu stellen. Den Entwurf dieses Briefes habe ich noch zu Hause. In diesem Briefe schrieb ich ungefähr, daß ich die Nachricht bekommen habe, für die Partei Beiträge zu bezahlen, daß aber das für mich nicht in Frage komme. Denn ich hätte außer meinem Schuldienst die Ausbildung von Referendaren, ich arbeitete wissenschaftlich, ich betreute die VDA-Schulgruppe, die ich bereits als volkskundliche Gruppe in diesem Grenzland aufgezogen hatte. Da ich mir Parteizugehörigkeit nicht ohne Parteiarbeit denken könne, so hätte ich nur die Wahl, das eine oder das andere zu tun, und ich bitte es nicht zu mißdeuten, wenn ich diese Mitgliedschaft ablehne. Das war etwa im Herbst 1935. Daraufhin habe ich nie mehr etwas gehört.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bei der Militärregierung gab man mir Ihre Parteinummer mit drei Million und soundso viel an.
Schäfer erwähnt einen ähnlichen Fall, wo jemand Mitglied gewesen sei und es nicht gewußt habe.
Haußleiter weist in diesem Zusammenhang auf Pläne der Kommunisten hin, grundsätzlich jeden Vorsitzenden der bürgerlichen Parteien "abschießen" zu wollen.

Die Sitzung wird um 12.35 Uhr zur Mittagspause unterbrochen.
Die Sitzung wird um 14.38 Uhr unter dem Vorsitz von Dr. *Eichhorn* mit der Behandlung von Punkt 4 der Tagesordnung "Parteiaufbau aufgrund der neuen Satzung" wieder aufgenommen.

Dr. *Gronwald* führt hierzu aus: Die Satzungen, die in der Landesversammlung am 17. Mai beschlossen worden sind, sind inzwischen noch nicht von der Militärregierung genehmigt worden. Die Militärregierung in München hat erklärt, daß sie einige Änderungsvorschläge zu den Satzungen zu machen haben wird. Welcher Art diese Änderungsvorschläge sein werden, wissen wir noch nicht. Aber nach den Würzburger Vorkommnissen kann man erraten, worum es sich dabei handeln wird. Sie werden in erster Linie dahin gehen, daß Mitglieder von Organen der Union nur solche Persönlichkeiten sein können, die dazu von einer Mitgliederversammlung oder einer sonst dafür zuständigen Versammlung gewählt werden. Unsere Satzungen sehen vor, daß beispielsweise bei den Orts- und Kreisverbänden die Abgeordneten und Vertreter in den kommunalen Parlamenten den Vorständen oder den Beiräten angehören. Weiterhin ist beim Landesverband vorgesehen, daß die Mitglieder der Staatsregierung, soweit sie der Union angehören, Mitglieder des Landesverbandsvorstandes sind. Das soll nach der Ansicht und nach dem Willen der Militärregierung nicht zulässig sein. Mit-

glied dieser Gremien kann nur sein, wer ordnungsmäßig hineingewählt worden ist. Eine schriftliche Auflage und eine offizielle Erklärung der Militärregierung für Bayern liegt noch nicht vor. Aber sobald die Satzungen genehmigt sind, sollen sie den Ortsverbänden, Kreisverbänden und Bezirksverbänden zugeleitet werden.
Dann ergeben sich für die Untergliederungen der Union eine ganze Anzahl Aufgaben, die beschleunigt durchgeführt werden müssen. Zunächst wird es erforderlich sein, daß die Ortsverbände Mitgliederversammlungen einberufen, in denen Umfang und Amtsdauer der Vorstandschaft in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Satzung gebracht werden müssen. Die Vorstandschaften müssen also eine bestimmte Mitgliederzahl haben und ihr Amt muß auf ein Jahr begrenzt werden. Ferner müssen die Ortsvorstandschaften Kassenprüfer und vor allen Dingen die Vertreter zum Kreisverband wählen.
Nachdem die Ortsverbände getagt haben, müssen die Kreisverbände zusammentreten, ihrerseits die Kreisvorstandschaft und den Beirat bilden und vor allem zwei Vertreter zur Bezirksversammlung und zwei Vertreter zur Landesversammlung wählen. Nach den Kreisverbänden müssen die Bezirksverbände zusammentreten, um die Bezirksvorstandschaft zu bilden, den Bezirksständerat zu konstituieren und die Vorsitzenden der Ausschüsse zu wählen, sie müssen die Wahl der Vertreter zur Landesversammlung vornehmen und die Vertreter zum Landesausschuß wählen. Ferner haben die Bezirksverbände die Aufgabe, die fachkundigen Mitglieder für die Arbeit von Organisationsausschüssen des Landesverbandes zu nominieren. Erst nachdem die Bezirksverbände getagt haben, ist es möglich, eine zweite Landesversammlung nach Maßgabe der neuen Satzungen einzuberufen und den neuen Landesausschuß zu konstituieren. Aus diesem neuen Landesausschuß wird dann die neue Landesvorstandschaft gebildet werden.
Bekanntlich wird nach den Satzungen zwar der Landesvorsitzende von der Landesversammlung gewählt, aber es obliegt dem Landesausschuß, die übrigen Mitglieder der Vorstandschaft zu wählen.
Alles in allem genommen vergehen über diesem organisatorischen Aufbau nach Genehmigung der Satzung durch die Militärregierung ungefähr acht Wochen, wenn man die Termine drängt und dabei die satzungsgemäßen Fristen wahrt. Es sind ja bestimmte Termine und Fristen für die Einberufung der verschiedenen Versammlungen festgesetzt. In der Regel sind es acht Tage. Wenn man das einmal durchrechnet, kommt man auf sieben bis acht Wochen, um den neuen Landesausschuß, die neue Landesversammlung und die neue Landesvorstandschaft zu bilden. Bis das geschehen ist, bleiben die alten Gremien weiter in Tätigkeit.
Dr. *Horlacher*: Meine Herren! Ich habe damals bei der Landesversammlung schon gesagt: Die Satzungen sind reichlich kompliziert. Ich war nicht selbst bei den Amerikanern. Ich habe bloß mittelbar davon gehört. Die Schilderung des Vorredners ist, glaube ich, nicht vollständig. Die Amerikaner stoßen sich nicht nur an den paar Äusserlichkeiten. Soweit ich informiert bin, ist den Amerikanern die Satzung viel zu zentralistisch aufgebaut. Sie weckt nach außen hin den Anschein, als ob letzten Endes bloß einer entscheidend ist. Das will man nicht. Ich muß Ihnen offen gestehen, ich will das auch nicht und viele unserer Parteifreunde wollen es ebenfalls nicht. Eine große Partei braucht eine Führung, die sich auf das gesamte Vertrauen der Landesversammlung stützt.
Ich habe mich noch nicht zu bestimmten Anträgen durchgerungen. Ich habe schon gesagt, wir behalten uns Änderungen der Satzung vor. Ich habe mich damals in der Lan-

desversammlung aus Gründen dagegen gewendet, die auf anderen Gebieten lagen, Satzungsänderungen von weitgreifendem Umfange vorzunehmen. Ich stehe aber heute auf dem Standpunkt, daß die Verhältnisse, in denen sich die Partei befindet, und die Schwierigkeiten der Lage es erfordern, daß mindestens ein Direktorium gewählt wird, und zwar von der ganzen Landesversammlung. Dann kann niemand sagen, die Union sei nicht demokratisch aufgebaut. Im demokratischen Staat hat der Landesvorsitzende - ich bedauere, daß er nicht anwesend ist - nicht die Aufgabe, für sich die programmatischen Grundlinien der Partei anzugeben, sondern die Linie der Partei einzuhalten, die sich aus der Gesamthaltung der Partei ergibt. Das ist die Aufgabe des demokratischen Führers einer demokratischen Partei und zu diesem Zweck muß er - und hier ist nach meiner Überzeugung die Satzung der Sozialdemokratie mustergültig - von einem Stab von Leuten umgeben sein, die das Vertrauen der ganzen Landesversammlung genießen. Als die Satzungen seinerzeit angenommen wurden, habe ich sie mir angesehen. Ich bin dabei erschrocken. Es gehört ja ein Studium dazu, bis man feststellt, wer Mitglied des Landesausschusses oder der Landesvorstandschaft ist.

Dieses Studium können wir uns ersparen. Die Landesvorstandschaft müßte meines Erachtens von der ganzen Landesversammlung gewählt werden. Alle Bezirksverbände haben das Recht, die Linie der Partei im ganzen Lande so zu bestimmen, wie es der Gesamtauffassung der Partei entspricht. Das ist kein Vorwurf gegen irgend jemand, sondern bloß eine Sicherung der Gesamtführung der Partei. Ich sehe nicht ein, warum nicht beispielsweise ein siebenköpfiges Direktorium die Verhältnisse der Partei insgesamt führt und ordnet.

Ich überlege mir nach dieser Richtung hin die Dinge. Ich glaube, es sind verschiedene Herren da, die innerlich der gleichen Auffassung sind, daß wir ein gewähltes Gesamtdirektorium finden müssen, schon um den Schwierigkeiten von der amerikanischen Seite zu entgehen, um den Vorwürfen zu entgehen, daß wir zentralistisch oder diktatorisch oder dergleichen aufgebaut sind. Schon deshalb müßte dieses gewählte Direktorium unter allen Umständen von der gesamten Partei bestimmt werden.

Das ist der wesentliche Gesichtspunkt, der mich bei der ganzen Satzung interessiert. Ich muß Ihnen schon sagen, wenn ich selber über die Satzung zu bestimmen gehabt hätte, so hätte ich eine solche Satzung nie in Vorlage gebracht. Eine Satzung muß - das wissen wir alle, die organisatorisch tätig sind, auch Herr *Helmerich* wird es bestätigen - von einem Mann in einem Guß nach demokratischen Grundlinien herausgearbeitet werden. Sie muß übersichtlich sein. Man muß wissen, wer wählt und wer in dem ganzen Betrieb Koch und Kellner ist. Ich kann das von der Satzung nicht behaupten.

Wenn ich Amerikaner wäre und die Neuordnung der Demokratie zu vollziehen hätte, dann wäre ich noch vorsichtiger und noch skeptischer als es ein Deutscher ist, der die Verhältnisse doch immer noch vom deutschen Gesichtspunkt ansieht. Nach der Diktatur, die wir durchlebt haben, finden Sie keine Besatzungsmacht, die dazu ihre Zustimmung gibt, daß eine Satzung geschaffen wird, die nur nach außen hin den Anschein erweckt, als ob in ihr die demokratischen Grundsätze gewahrt wären. Das ist nach dem, was ich gehört habe, die Meinung der amerikanischen Seite.

Diese Meinung scheint mir zum Teil nicht ganz unberechtigt zu sein. Da muß man sich schon die Mühe nehmen, die Dinge mit den Herren einmal ganz klar durchzusprechen, damit man in den Grundauffassungen übereinkommt. Die Satzungen müßten dann einer entsprechenden Änderung unterzogen werden. Wir haben die Satzung bloß deshalb so rasch verabschiedet, damit wir vor den Wahlkämpfen zu einer

praktischen Arbeit auf verschiedenen Gebieten gekommen sind. Denn sonst hätten wir nahezu überhaupt nichts in der Hand gehabt.
Bei der Mehrzahl der Landesversammlung hat die Meinung überwogen, zunächst ein Dach über den Kopf zu bekommen, um dann den Weg für die praktische Arbeit frei zu machen. Wir wollen uns damit nicht zu lange aufhalten. Es hat gar keinen Sinn.
Ich mache also den Vorschlag, daß wir aus der Landesversammlung ein Direktorium wählen. Dieses kann dann den Vorsitzenden von sich aus wählen. Es ist gar nicht notwendig, daß der Vorsitzende von der ganzen Landesversammlung bestimmt wird. Maßgebend ist für die Landesversammlung, daß ein Direktorium vorhanden ist, das ihr für die Einhaltung der Richtlinien der Gesamtpartei verantwortlich ist.
Ich weiß nicht, wie die anderen Herren darüber denken. Von mir aus kann der erste Vorsitzende noch von der Landesversammlung gewählt werden. Maßgebend ist für mich dabei, daß eine Garantie besteht, daß eine vollständig demokratische Führung der Partei auf breiter Grundlage gegeben ist.
Das ist rein sachlich meine Auffassung zur Satzung. Damit trete ich niemand zu nahe. Ich möchte die Garantie haben, daß unsere Partei nicht immer auf amerikanischer Seite auf diese Schwierigkeiten stößt, die uns eines schönen Tages - darüber gibt es gar keinen Zweifel - vor die größten Überraschungen bringt. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, mein Artikel in der Süddeutschen Zeitung ist gerade noch zur rechten Zeit gekommen.

(Sehr richtig!)

Sonst wäre noch ein anderes Unglück passiert. Ich habe den Eindruck, die Herren sind über die Vorgänge insgesamt nicht richtig informiert. Ich habe nur zu wenig Zeit, den Dingen nachzugehen. Ich könnte mich erkundigen. Ich habe diesen Artikel in größter Eile geschrieben. Ich bin damals in der Frühe um 8 Uhr in mein Büro gekommen und von einigen Herren auf gewisse Gefahren hingewiesen worden. Wir haben den Artikel in der letzten Minute noch in die Süddeutsche Zeitung hineinbekommen. Er ist dann von der übrigen Presse übernommen worden.
Die Lage für die Union ist - das sage ich den Herren ganz unumwunden -, soweit es die oberen Stellen der Amerikaner betrifft, zur Zeit keine rosige. Da heißt es, sich auf dem politischen Parkett entsprechend anzupassen, denn sonst passiert eines schönen Tages ein Unglück.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*] spricht sich dagegen aus, daß grundsätzliche Dinge in Abwesenheit des Landesvorsitzenden diskutiert werden.
Nach zustimmender Äußerung von Dr. *Hundhammer* wird die Behandlung des Themas "Satzungen" (Punkt 4 der Tagesordnung) bis zur Ankunft des Landesvorsitzenden verschoben.
Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* will den Kreis der Teilnehmer an der gegenwärtigen Besprechung auf den Arbeitsausschuß beschränkt wissen.
Ritter von Lex kommt noch einmal auf den Wunsch der Amerikaner zu sprechen, daß nur gewählte Personen Mitglieder von Gremien der Union sein sollten. Er findet diesen Wunsch durchaus berechtigt.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*] macht auf Schwierigkeiten aufmerksam, die sich bei der Wahl von mehreren Vorsitzenden unter Berücksichtigung der verschiedenen der Union angehörenden Gruppierungen ergeben könnten. Eine kollegiale Führung der Geschäfte führe zu keiner Entscheidung.

Pflaum verweist darauf, daß die Satzung für München damals ohne weiteres genehmigt worden sei.
Dr. *Gronwald* erläutert nochmals die Änderungswünsche der Militärregierung, wie sie im Falle Würzburg in Erscheinung getreten seien. Die Militärregierung selbst habe festgestellt, daß von Diktatur keine Rede sein könne.
Auf Anfrage von Dr. *Falkner*, ob nicht die Satzung nach dem Vorgang Würzburg für jeden Bezirksverband eigens genehmigt werden müßte, antwortet Dr. *Gronwald*, daß nach Genehmigung der Satzung durch die Militärregierung von Bayern diese für alle Militärregierungen in Bayern verbindlich sei.
Dr. *Kroth* erklärt unter Bezugnahme auf die Würzburger Erfahrungen, daß Wahlvorschläge durch die Vorstandschaft nicht zugelassen würden.
Dr. *Hundhammer* bringt seine Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß allem Anschein nach jetzt die Satzung so geändert würde, wie er es schon immer angeregt habe.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*] bedauert unter Zustimmung des Arbeitsausschusses, daß keine Sitzung des Arbeitsausschusses möglich[4] sei, ohne daß nicht der Landesvorsitzende zur Militärregierung befohlen werde.
Der Arbeitsausschuß befaßt sich dann mit werbetechnischen Fragen (Plakatentwurf).
Anschließend entwickelt Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* den Plan zur Errichtung einer Bauhütte, die der Christlich-Sozialen Union die für den Ausbau der Partei unbedingt benötigten Gelder beschaffen könne. Er verliest den Entwurf eines Briefes an alle Bezirks- und Kreisverbände, der sich mit diesem Plan befaßt. Es sei daran gedacht, Bausteine von tausend bis fünf Mark auszugeben, die besonders von den finanziell starken Ortsverbänden erworben werden könnten. Er glaube, daß mit dieser Organisation ungefähr 1,2 Millionen Mark aufgebracht werden könnten.
Dr. *Hundhammer* schlägt vor, diese Frage zurückzustellen und die anderen wichtigeren Punkte der Tagesordnung zu behandeln.
Dr. *Müller* übernimmt den Vorsitz (15.20 Uhr). Er erstattet zuerst noch einmal Bericht über den Fall *Barth* und fährt dann fort:
Der heute tagende Arbeitsausschuß hätte schon abgelöst sein können oder müssen, wenn die Statuten bereits in Kraft wären. Ich weiß, daß bestimmte Leute böswillig jede Kleinigkeit benützen wollen, um zu intrigieren und erkläre daher, daß alle diese Intrigen bisher nicht gerechtfertigt sind. Aussetzungen an den Statuten sind im Detail nicht angekündigt, vor allem nicht in dem Sinne, in dem das behauptet wird, daß etwa die Statuten einer Parteidiktatur Vorschub leisten sollen. Eine solche Gemeinheit weise ich mit aller Energie gegenüber jedermann zurück.
Bisher ist lediglich ein Fall zur Sprache gestanden, in dem die Statuten eine Rolle gespielt haben. Das war der Fall Würzburg. Hierüber ist Ihnen aus der Presse bekannt, daß die Union in Würzburg suspendiert wurde, nicht etwa, wie das selbstverständlich uns nahestehende Herrschaften behauptet haben, verboten wurde, um das ausdrücklich zu erklären. Die Suspension ist auf folgende Vorgänge zurückzuführen:
Sie kennen alle Dr. *Dürr*, der Mitglied des Landesarbeitsausschusses war. Es ist ein Unrecht, wenn heute Dr. *Dürr* von eigenen Parteifreunden etwa als Reaktionär verschrieen werden sollte. Dr. *Dürr* ist einer der aufgeschlossensten und vernünftigsten Menschen, und ich muß auch da wieder sagen, es ist eine Gemeinheit, wenn man das

[4] In der Vorlage: "nötig".

Geschäft anderer betreibt und eigene Parteifreunde sofort als reaktionär bezeichnet, nur um anderen zu Gefallen zu reden.
Dr. *Dürr* hat gearbeitet wie kein zweiter. Er hat sich Tag und Nacht für die Union Mühe gegeben, und ich wollte nur, daß die Maulaufreißer, die sich jetzt in Gemeinheiten ergehen, so viel schon für die Union getan hätten wie Dr. *Dürr*. Wenn er eines getan hat, was vielleicht zu Unannehmlichkeiten geführt hat, so war es das, daß er zu viel gearbeitet hat, daß er dauernd draußen in jedem kleinen Ort war und dort seine Vorträge gehalten hat. Vielleicht hätte er sich leichter getan, wenn er sich da oder dort Arbeiten draußen erspart hätte und mehr im Büro sitzen geblieben wäre. Aber, Sie wissen, wie das jedem von uns geht. In einer Zeit, in der man gleichzeitig den Aufbau der Partei vorzunehmen und die Wahlkämpfe zu bestehen hat und gleichzeitig politisch arbeiten soll, wird eben das eine oder andere nicht so präzis erledigt werden können, wie das bei normalem Aufbau der Partei der Fall ist. Vergessen Sie nicht, daß wir immerhin schon drei Wahlkämpfe hinter uns hatten, die wir größtenteils mit einem Parteiapparat durchgeführt haben, der verschwindend klein ist. Wir hatten nicht die Mittel zur Verfügung wie meinetwegen die Kommunisten und nicht die Autos, wie sie dort zur Verfügung standen. Wir hatten auch nicht so viele Leute draußen im Vordergrunde stehen wie die anderen.
Infolgedessen muß jeder von uns Tag und Nacht arbeiten, wenn er wirklich etwas leisten will. Deswegen muß ich mich mit aller Energie gegen eine Haltung wenden, die zum mindesten unter Parteifreunden unfreundschaftlich und unkameradschaftlich ist und die im übrigen, wie ich vorhin erklärt habe, oft nur eingenommen wird, um vor anderen in die Knie zu gehen.
Dr. *Dürr* hat, um auf die Vorwürfe im einzelnen einzugehen, bei der Bestellung der Wahlprüfer u.a. einen Mann vorgeschlagen - ich glaube er hieß *Leininger* -, der 1933 zur Partei kam. Ich konnte nun mittlerweile nicht mit Dr. *Dürr* sprechen. Unser Freund Dr. *Kroth* wird nachher wohl einiges dazu sagen können. Jedenfalls hat Dr. *Dürr Leininger* seit 1931 oder 32 nicht mehr gesehen gehabt. Dr. *Dürr* weist, um das gleich vorweg zu nehmen, auch darauf hin, daß auch die SPD einen solchen Mann vorgeschlagen hatte, ebenso wie die Wiederaufbau-Vereinigung. Ich möchte dieses Material noch nicht verwenden, solange ich nicht im einzelnen den Beweis führen kann, daß auch von den anderen Parteien Leute bei der NSDAP waren.
Wir hatten in Würzburg bestimmte Schwierigkeiten innerhalb der Union. Ich brauche nicht zu verschweigen, daß verschiedene Richtungen da waren, wie es beim Aufbau der Union bisher überall der Fall war. Da soll sich keiner über den anderen aufregen und keine Stadt über die andere. Denn alle haben ihre Schwierigkeiten. Man soll Schwierigkeiten nicht dadurch verbergen, daß man den anderen als Reaktionär verschreit.
Einen weiteren Vorwurf konnte man etliche Zeit vorher schon in Schweinfurt hören, daß nämlich bei der letzten Wahl Wahlbestechungen dadurch vorgekommen seien, daß Brot und Mehl verteilt worden seien. In Wirklichkeit hat die Caritas immer schon während des Winters an die armen Leute etwas verteilt. Jetzt hat man diese Dinge mit den Wahlen in Verbindung gebracht. Vielleicht war es ein Nachteil, daß das Büro Dr. *Dürr* mit einer dieser Stellen irgendwie verbunden war, weil Dr. *Dürr* Angestellter des Ordinariats war.
Weiter gab es Dissonanzen zwischen einzelnen Gruppen in Würzburg. Wie Sie wissen, hat unser Parteifreund *Vitus Heller* von dort schon Sorge bereitet. Er bereitet sie uns auch heute wieder. DANA hat mich einmal angerufen, daß sie eine Rede von *Vi-*

tus Heller der Militärregierung geben wolle, weil er erklärt hatte, der marxistische Materialismus liege in den letzten Zuckungen und zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus sei kein Unterschied. Das sollte ein Ausgangspunkt für den Kampf gegen ihn werden.
Vitus Heller hat sich nun wieder mit anderen gerieben. Die Jungen dort waren unzufrieden mit den Alten, wie es anderswo auch vorkam. Besonders erschwert wurden die Verhältnisse in Würzburg dadurch, daß dort eine eigene Wiederaufbau-Vereinigung erstand, in der *Michel Meisner*, der Sohn des bekannten früheren Rechtsanwalts und Justizrats *Meisner*, eine große Rolle spielt.
Dazu kamen Dissonanzen mit dem früheren zweiten Vorsitzenden zur Zeit *Stegerwalds*, *Otto Stein*. Es ging um die Frage, ob ein ehemaliger Logenbruder Mitglied der Union sein kann. Es wurde an uns geschrieben. Ich hatte darüber in meinem Büro mit einigen Herren eine Aussprache. *Scharnagl* und wir vertraten die Auffassung, daß er Mitglied werden könne. Aber mittlerweile hat *Stein* in Würzburg schon ein Vertrauensvotum erzwingen wollen. Sie können sich vorstellen, was für eine kluge Taktik von *Stein* das war. Er hat das entsprechende Vertrauensvotum von Würzburg nicht bekommen. Infolgedessen ist er aus der Union ausgetreten und hat sich mit *Michel Meisner* zusammengetan. *Meisner* ist so stark geworden, daß er uns vielleicht acht bis zehn Mandate und den Sozialdemokraten zwei bis vier Mandate nach der Schätzung der Würzburger weggenommen hat.
Als weiteres kam hinzu: *Stegerwald* hatte einen Vorzimmermann, einen Oberregierungsrat *Klemm*, der ein absoluter Vertrauensmann von *Stegerwald* war. Als *Stegerwald* starb und *Stock* kam, trat er sofort in die SPD über, weil sein neuer Präsident SPD-Mitglied war.
Weiters kommt hinzu, daß die Union in Unterfranken in stärkstem Kampf mit dem Regierungpräsidenten *Stock* steht. Wie weit der Kampf geht, können Sie sich vorstellen, wenn Sie hören, daß *Stock* zu zwei Leuten gesagt hat, man werde sich doch nicht einbilden, daß die Amerikaner ein Pfund Brot nach Bayern geben würden, solange nicht eine sozialdemokratische Mehrheit bestehe. Das ist wohl kennzeichnend für die Geisteshaltung des Herren Regierungspräsidenten.
Es ist selbstverständlich, daß auf diese Weise alles zusammengetragen wird, was der Union irgendwie nachteilig sein kann. *Meisner* hat reichlich mitgeholfen. Er hat lange Zeit geschwankt. Als die erste Wahl vor sechs Wochen war, hat er mir in Gegenwart von drei oder vier Herren in einer Unterredung erklärt, daß die Amerikaner die Union als reaktionär ansähen. Ich habe ihm darauf erwidert: Lieber Kollege *Meisner*, Sie stehen außerhalb der Union, das lassen Sie ruhig meine Sorge sein, solange Sie außerhalb der Union stehen. Denn ich wußte, daß er vorher mit den Sozialdemokraten verhandelt hat. Wenn ich den Eindruck habe, daß einer mit zwei[en] verhandelt und von jedem mehr herausschlagen will, so verständige ich mich lieber mit dem zweiten, also in diesem Fall mit den Sozialdemokraten, als mit dem, der von beiden Geschäfte machen will.
Bei dieser Unterredung habe ich *Meisner* auch vorgehalten, daß er gesagt habe, die Union werde in Würzburg von der Militärregierung verboten werden. Er hat darauf erwidert: So war es nicht gemeint. Jedenfalls mußte der Eindruck entstehen, daß *Meisner* größten Wert darauf legt, die Militärregierung mit allen Informationen zu bedienen, die ihm irgendwie aus der Union heraus zugänglich waren. Es ist auch selbstverständlich, daß er aufgrund der Vorgänge, die ich geschildert habe, gewisse Informationen hatte.

Unter solchen Verhältnissen, wie sie in Würzburg vorlagen, ist es leider immer so, daß unsere Leute bis jetzt die Parteidisziplin noch kaum richtig erfaßt haben und daß sie sehr willens sind, alles zu glauben, was ihnen ein Dritter, ein Gegner sagt. Sie sind sofort bereit, gegen die eigenen Parteifreunde anzugehen, nur wenn es irgendwie ins Konzept paßt.

Die Militärregierung hat dann zunächst Dr. *Dürr* abgesetzt. Ich habe mich daraufhin mit Dr. *Kroth* telefonisch verständigt und ihm Vollmachten erteilt, die Union in Würzburg so rasch wie möglich in Ordnung zu bringen. Ich darf dabei sagen: Wenn manche Leute glauben, sie könnten schnell von Parteidiktatur reden, so ist es immerhin ein Beweis für die Haltung der Miltärregierung, daß sie mir z.B. im Falle Oberpfalz ausdrücklich erklärt hat: Sie haben aufgrund der Ihnen erteilten Vollmachten jederzeit das Recht, wenn etwas nicht in Ordnung ist, einen Vorsitzenden durch einen anderen zu ersetzen, dem Sie vorübergehend Ihre Vollmachten geben, solange, bis demokratische Wahlen durchgeführt sind.

Auch in Würzburg hätte man diesen Weg gehen können. Dort aber war die Militärregierung damit einverstanden, daß innerhalb der nächsten Tage Wahlen stattfänden. Vor den Wahlen ging Dr. *Bergsträsser*, der Vertreter von Dr. *Dürr*, zur Militärregierung und sprach mit Lt. *Chadweek*. Auf die Frage Dr. *Bergsträssers*: Was sollen wir jetzt tun, erklärte er, sie können ja alle Dr. *Dürr* wieder wählen. Nachher hat er allerdings dazugesetzt: Sie hätten ja auch den Gauleiter *Hellmuth* wählen können. Lt. *Chadweek* hat also diese Auskunft als Scherz betrachtet und Dr. *Bergsträsser* hat sie ernst genommen.

Dr. *Kroth* berichtete das Ergebnis der Unterredung der Bezirksvertrauensversammlung. Aufgrund der Tatsache, daß Lt. *Chadweek* erklärt hatte, sie können Dr. *Dürr* wieder wählen, wurde Dr. *Dürr* einstimmig gewählt. Von einer Herausforderung der Militärregierung kann also gar keine Rede sein. Es ist eher die Frage, ob man schon im Rahmen des Aufbaues der Demokratie - ich sage ausdrücklich des Aufbaues - ein Volk vor sich hat, das solche Scherze versteht. Die Wahl wurde als Herausforderung angesehen und die Union für Würzburg-Stadt und -Land wurde suspendiert.

Meine Herren! Wie weit die Verhältnisse dort gediehen waren, ersehen sie daraus, daß bei den Verhandlungen um die Besetzung des Bürgermeister- und Landratpostens *Stein* einen Brief an die Union gerichtet hat, in dem er ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß man *Meisner* als Landrat wählen müßte, also trotz der großen Stimmenmehrheit der Union - 24:8 -, denn die Union würde sonst Nachteile haben. Denn die Militärregierung, die ihrerseits Wert auf *Meisner* lege, würde das übel vermerken.

Wir haben hier sogar den schriftlichen Beweis, daß man versucht hat, die Militärregierung in die Konkurrenz der Parteien hineinzuspielen.

Ich habe dann die in Würzburg angesetzte neue Vertrauensmännerversammlung besucht. Wir hatten Aussprachen mit *Chadweek*. Ich habe hier in München Major *Vacca* schon die Äußerung *Chadweeks* vorgehalten, man könne auch den Dr. *Dürr* wieder wählen. Als wir dann mit *Chadweek* zusammen waren, hat dieser mir die Bedenken wegen der Statuten gesagt.

Ich sehe heute noch nicht hundertprozentig klar, inwieweit Dr. *Dürr* böswillig gehandelt oder geschlampt oder nur etwas getan hat, was er vielleicht besser nicht hätte tun sollen. Er wurde aufgefordert, Statuten vorzulegen. Das war in der Zeit, in der wir hier die Statuten geschaffen haben. Er hat Statuten vorgelegt, die offenkundig nicht autoritativ von einer Mitgliederversammlung genehmigt worden waren.

Nun haben wir mit der Militärregierung in Würzburg die Statuten durchbesprochen. Major *Vacca* hatte die Statuten von uns am 19. Mai, also am Tage nach der Landesversammlung, in Deutsch erhalten und am 21. Mai in Englisch. Er hatte bis zum Fall Würzburg noch keine Stellung genommen. Er hat dann in der Nacht telefonisch Lt. *Chadweek* verschiedenes durchgegeben, und wir haben dann die Aussetzungen miteinander besprochen. Es wurden dabei die in der Landesversammlung beschlossenen Statuten nahezu in allen Punkten zugrundegelegt. Als Grundlage für Änderungen wurde aber nicht das bezeichnet, was manche Leute behauptet haben. Es waren im wesentlichen folgende Punkte - *Kroth*, Sie waren dabei, vielleicht korrigieren wir uns gegenseitig.

Der eine Punkt war, daß Mitglieder des Kreis- und Bezirksausschusses nicht nur die gewählten einzelnen Vertreter sind, sondern auch die im Bezirk oder Kreis wohnhaften Mitglieder der Bezirks- oder Kreistagsfraktion oder des Landtages. Das wurde als nicht demokratisch bezeichnet, weil die Leute unmittelbar gewählt werden müssen. Wir müßten infolgedessen zumindest vorsehen, daß diese Männer durch Zuwahl kooptiert würden, damit auf diese Weise eine direkte Wahl stattfindet. Das war wohl der Haupteinwand.

Alle anderen Punkte waren nebensächlich. Es wurden höchstens noch zwei oder drei Ausstellungen gemacht, die darauf zurückzuführen sind, daß eine schlechte englische Übersetzung vorlag, weil die Übersetzung von einem Übersetzungsbüro vorgenommen wurde, das nicht besonders gute Arbeit geleistet hat.

Alles andere, was hier kolportiert wurde, entbehrt jeder Grundlage. Die Fragen, die dann noch in der Unterhaltung zwischen Major *Vacca* und mir aufgetaucht sind - ich habe bisher seine endgültige Stellungnahme zu den Statuten noch nicht -, gehen im wesentlichen darauf hinaus, daß er wünschte, daß man die Fragebogensache in die Statuten hineinnehmen sollte, worauf ich erwidert habe, das gehöre nach meinem Empfinden nicht dazu, sondern solle als Anlage den Statuten beigegeben werden, als ordinances der Militärregierung, die zu berücksichtigen sind, weil sie immer höheres Recht sind als die Statuten und diese außer Kraft setzen, soweit sie ihnen entgegenstehen.

Zur Diskussion stand noch die Frage der Wählbarkeit. Auch da habe ich die Auffassung vertreten, daß es in die Anlage genommen werden sollte, weil es höheres Recht als unser eigenes Recht ist.

Es wurde dann beschlossen - *Chadweek* war selbst in der Sitzung da -, daß die vom Bezirksausschuß gebildeten Statuten an die Kreise herausgehen sollten, daß die Kreise ihrerseits Beschluß fassen und die Satzungen bei den örtlichen Militärregierungen einreichen sollten, die sie an die Bezirksregierung geben sollten. Es war ursprünglich eine sehr kurze Frist gesetzt. Sie wurde verlängert.

Und nun abschließend zum Fall Würzburg: Ich wurde gestern von Würzburg unterrichtet, daß die Union dort von der Militärregierung die Nachricht erhalten hat, daß man eine Versammlung ansetzen sollte. Sie ist für Donnerstag, den 20. Juni, den Fronleichnamstag, vorgesehen. In der Versammlung soll die ordnungsmäßige Wahl vorgenommen werden, und die Militärregierung würde unmittelbar nachher die Wiederzulassung der Partei beschließen. Major *Vacca* hat mir heute seine Anweisungen zum Lesen gegeben, die er seiner Militärregierung in Würzburg gegeben hat. Sie dekken sich ungefähr damit. Er hat mir erklärt, ob ich nicht schon in kürzerer Zeit die Versammlung dort halten könnte, damit die Zulassung so rasch wie möglich wieder erfolgen könnte. Die Militärregierung wird die Union in Würzburg bestimmt wieder

zulassen. Mit Ausnahme von Dr. *Dürr* können alle wieder gewählt werden, wie mir ausdrücklich erklärt wurde.
Dr. *Hundhammer*: Eine Zwischenfrage! Was sind eigentlich ganz konkret die Punkte, an denen die Militärregierung bei Dr. *Dürr* Anstoß genommen hat?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ganz konkret: Einmal dieser Gesichtspunkt mit dem 33-er Pg., gerüchtemäßig die Sache mit dem Caritasverband, die aber in keiner Weise damit zusammenhängt. Die Satzungen haben keine große Rolle in der Diskussion gespielt.
In der Öffentlichkeit hieß es, 24 Mitglieder hätten der NSDAP angehört, in Wirklichkeit waren es ein oder zwei Mitglieder. Ich habe zu dieser Frage gebeten festzustellen, wieviele frühere NSDAP-Mitglieder bei anderen Parteien sind.
Dr. *Kroth* verliest den Brief der Militärregierung, in dem diese die Suspendierung der CSU für den Stadt- und Landkreis Würzburg ausspricht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich zunächst einmal das Thema Würzburg abschließen. Es wird in kürzester Frist in positivem Sinne erledigt sein.
Dr. *Eichhorn*: In Presse und Rundfunk wird behauptet, Dr. *Dürr* sei Pg. gewesen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist kein Wort daran wahr.
Mittlerweile ist ein anderer Fall aufgetaucht, der Fall Viechtach. In Viechtach ist ein Militärgouverneur, der sehr selbständig vorgeht, nicht nur uns gegenüber, sondern nach meinem Empfinden auch gegenüber übergeordneten Dienststellen. Denn als er auf diese hingewiesen wurde, hat er erklärt, er habe sein eigenes Recht. Dieser Militärgouverneur erhält besonders freundschaftliche Beziehungen zu dem bisherigen Landrat von Viechtach, der Demokrat oder Sozialdemokrat ist, genau weiß ich es nicht. Wir haben in Viechtach eine sehr starke Majorität, ich glaube fast eine Zweidrittelmajorität. Der Militärgouverneur hat bisher, ebenso wie das übrigens jetzt Unterfranken getan hat, sämtliche Gesuche der Bezirksverbände um Übernahme in den Landesverband nicht weitergegeben. Das hat auch *Chadweek* nicht getan, ich habe vorhin vergessen, es zu sagen.
Der Militärgouverneur von Viechtach hat zunächst einen Majoritätsbeschluß von der Mitgliederversammlung haben wollen. Dieser wurde gefaßt. Dann hat er verlangt, daß sämtliche Mitglieder - es waren 300 - unterschreiben müßten. Das wurde ebenfalls gemacht. Dann hat er es noch nicht weitergegeben.
Bei der Landratswahl hat er verlangt, daß der bisherige Landrat wieder gewählt würde. Unsere Parteifreunde haben den bisherigen Landrat nicht gewählt, sondern den früheren Landrat von Dingolfing, *Maier*. Der Gouverneur hat nun erklärt, dieser *Maier* ist Militarist, er war nämlich Reserveoffizier kleiner Charge. Er hat daraufhin die Union für den Landkreis Viechtach verboten. Einzelheiten gehen mir bis morgen zu.
Ein weiterer Fall spielt in Deggendorf. Dort wurde von SPD-Seite her bei der Militärregierung geschossen, mit der Wirkung, daß heute in Deggendorf ein Verfahren gegen den bisherigen Landrat *Chrambach*[5] (?) und den dortigen Parteivorsitzenden, Bürgermeister *Maderer*, stattfindet. Da dort schon in einer anderen Sache danebengegriffen wurde, ist ein Militärgericht von auswärts gekommen, das den Fall untersucht. Es ist damit zu rechnen, daß unsere dortigen Freunde aus der Sache vernünftig herauskommen und wahrscheinlich freigesprochen werden. Ich möchte aber dem Ur-

[5] In der Vorlage: "Lambach".

teil nicht vorgreifen. Aber ich glaube kaum, daß irgend etwas hängen bleibt, weil es sich um Weisungen handelt, die früher gegeben wurden, [und] die sie befolgt haben. *Maderer* ist ein überpenibler Mann, so daß ich sicher bin, daß die Sache in Ordnung ist und der Versuch der SPD dazwischenzuschießen, wieder schief geht.
Und jetzt noch der Fall von Dr. *Barth* in Coburg. Ich bin überzeugt, daß versucht wird, in ähnlicher Weise andere Fälle zu schaffen. Ich darf nur darauf hinweisen, daß z.B. der Herr Regierungspräsident von Ober- und Mittelfranken, *Schregle*, folgendes Gespräch mit unserem Parteifreund *Nerreter* geführt hat:
(Vorsitzender [*Josef Müller*] verliest einen diesbezüglichen Brief von *Nerreter* über eine Unterredung mit dem Regierungspräsidenten von Ober- und Mittelfranken.)
Meine Herren, ich habe dieses Schreiben vorgelesen, denn es ist kennzeichnend für die Haltung dieser Herren Regierungspräsidenten und mancher anderer Stellen, die sich bestimmt mehr als Parteipolitiker denn als Staatsbeamter fühlen und die jede Kleinigkeit benützen werden, um der Union, wenn es irgendwie geht, Schwierigkeiten zu machen, weil sie der Bevölkerung nicht mehr zu geben haben.
Es sind eine Reihe ähnlicher Vorfälle vorgekommen, die im einzelnen zu erörtern zu weit führen würde. Es ist klar, daß gerade von SPD-Seite her, manchmal noch stärker wie von kommunistischer Seite her, versucht wird, unsere Leute unter allen Umständen abzuschießen. Mir ist eine Äußerung von einer solchen Seite bekannt, die dahin ging, man komme gegen Dr. *Müller* nicht auf, aber man werde ihm eben einen Mann nach dem anderen abschießen und ihn auf diese Weise isolieren.
Meine lieben Freunde! Wir stehen nun vor der Frage: Soll man in einem solchen Falle vor dem Gegner, der mit gemeinen Methoden arbeitet, kapitulieren oder nicht? Ein anständiger Kerl kapituliert nicht. Er wird deswegen nicht hingehen und Kompromisse kleinlicher Art schließen, um auf diese Weise sein besonderes Wohlverhalten gegenüber der Konkurrenzpartei zu zeigen. Ein anständiger Kerl wird vor allen Dingen nicht in das Geschrei der Konkurrenz einstimmen, wenn es der eigenen Partei abträglich ist.
Ich stelle diese Worte einer Mitteilung über einen Beschluß des Kreisverbandes der Christlich-Sozialen Union in Landshut-Stadt voraus. Landshut hat am 3. Juni 1946, also gerade an dem Tag, an dem am Abend im Rundfunk die Nachricht der Suspendierung der Union in Würzburg durchgegeben wurde, folgenden Beschluß gefaßt:

> Entschließung:
> Die Vorstandschaft der CSU Landshut sowie die neugebildete Stadtratsfraktion der CSU Landshut nehmen mit Bedauern davon Kenntnis, daß die Nachrichten über Verbote örtlicher CSU-Stellen sowie von ganzen CSU-Kreisen sich häufen.

Meine Herren! Bis zu diesem Zeitpunkt war überhaupt nur der Fall Würzburg akut. Der Fall Viechtach war noch nicht akut, und da faßt man einen Beschluß und stellt mit Bedauern fest, daß diese Fälle sich häufen!

> Dies kann nur dadurch möglich sein, daß die Landesleitung der CSU nicht in der Lage ist, die politische Situation im Lande zu meistern und reaktionären Machenschaften innerhalb der CSU wirksam zu begegnen.
> Die CSU Landshut erwartet, daß durch eine klare politische Linie, die den Erfordernissen der Jetztzeit Rechnung trägt, solche Mißstände unterbunden werden. Die CSU Landshut lehnt es ab, daß die Partei durch irgendwelche Mißstände und Ver-

säumnisse weiterhin in eine Atmosphäre politischer Zweideutigkeiten hineinmanövriert wird.
Vorstand und Stadtratsfraktion der CSU Landshut
I.A. Dr. *Holzner*

Vorsitzender [*Josef Müller*] verliest dann den Antwortbrief an Dr. *Holzner* sowie die von Dr. *Gronwald* angefertigte Niederschrift über eine Unterredung, die er am 12. Juni mit Dr. *Pix*, Landshut, in Gegenwart von Dr. *Schlögl* in dieser Angelegenheit gehabt habe. Er fährt dann fort:
Die Besprechung mußte nach meinem Empfinden ergebnislos verlaufen, weil mir in diesem Fall zunächst der Vorsitzende von Landshut Bericht zu erstatten hat, und zwar schriftlichen Bericht. Es ist selbstverständlich, daß man aus einer solchen Haltung Konsequenzen ziehen muß.
Dr. *Pix* hat dann einen Artikel in die Landshuter Zeitung Isar-Post gebracht, der ziemlich lang ist und den ich nicht im einzelnen verlesen will. Er ist überschrieben mit "Der Weg der Union". In diesem Artikel wurde die Entschließung bekanntgegeben, wie ich feststellen muß, in etwas gemilderter Form. Ferner wurde darin auf den Artikel Bezug genommen, den Staatskommissar Dr. *Horlacher* unter dem Titel "Der Weg der Union" in der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht hat und worin im wesentlichen die Ihnen bekannte Entschließung der Landesversammlung behandelt wird.
Meine lieben Parteifreunde! Das Verhalten der Union in Landshut zwingt mich dazu, Sie um Ihre Zustimmung zu dem formellen Antrag zu bitten, daß ich die Angelegenheit, die durch die Entschließung gekennzeichnet ist, dem Parteischiedsgericht übergebe. Wenn wir nicht fähig sind, die Loyalität unter Parteifreunden zu wahren, dann wollen wir lieber auf die Zugehörigkeit derer, die diese Fähigkeit nicht aufbringen, verzichten.
Ich darf darauf hinweisen, daß mich die Neue Zeitung an dem Tag, an dem ich nach Würzburg fuhr, anrief und mir erklärte, sie würden über Würzburg berichten. Ich sagte ihnen, ich würde nach Würzburg fahren. Sie erklärten mir dann sofort, wir warten Ihren Besuch und Ihren Bericht von Würzburg ab. Wir bitten Sie dann, sich sofort nach Ihrer Rückkehr von Würzburg mit uns in Verbindung zu setzen, weil wir an dem gleichen Abend Umbruch haben. Wir halten den Platz dafür frei, damit Sie wenigstens mit einigen Sätzen gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Nachricht der Militärregierung Ihre Feststellungen treffen können.
So verhält sich die amerikanische Presse -, denn die Neue Zeitung ist bekanntlich in amerikanischen Händen. Wie ganz anders verhält sich die uns nahestehende Presse! Zu meinem Bedauern muß ich auch feststellen, daß sich auch die Süddeutsche Zeitung eigenartig verhalten hat, wenn sie groß die Überschrift bringt: "Die CSU verboten" und dann "im Stadt- und Landkreis Würzburg".

(Sehr richtig!)

Meine Herren! Das hat mit Neutralität und objektiver Berichterstattung nichts mehr zu tun. Ich muß - und das hat wiederum mit Parteidiktatur nichts zu tun - dafür sorgen, daß endlich Ordnung hereinkommt. Ich muß infolgedessen von den zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch machen. Sie hätten es mir sicher nicht verübeln können, wenn ich von mir aus den Fall sofort an das Parteischiedsgericht hinübergegeben hätte. Ich wollte Sie aber, da ich gleichzeitig schon diese Sitzung einberufen hatte, ausdrücklich darum bitten, einen entsprechenden Entschluß zu fassen.
Darf ich bitten, Stellung zu nehmen.

Dr. *Schlögl*: Meine Herren! Ich möchte einmal die Sache Landshut klarstellen, wie sie sich in Wirklichkeit zugetragen hat. Ich kann das, weil ich über die Vorgänge in Landshut - ich bin dort als Kandidat aufgestellt - genauestens im Bilde bin. Die Situation in dieser Vorstandschafts- und Fraktionssitzung war folgende:
Um 19 Uhr abends kam die Meldung durch das Radio, daß die CSU in Würzburg-Stadt und -Land verboten ist. Um 20 Uhr kam dann Herr Dr. *Pix* mit dem DANA-Bericht. Ihm als Vorstand der DANA sind dieser DANA-Bericht und die weiteren Erläuterungen zugegangen gewesen. In der Sitzung wurde dann noch über die Vorgänge in Landau/Isar referiert. Der Fall Viechtach wurde eingehend berichtet. Die Lage in Viechtach war damals so, daß dort bis zum letzten oder vorletzen Tag - Dr. *Gamperl* war auch dort - kein Kandidat aufzustellen war, da die Viechtacher Vertrauensleute nicht mehr zusammenkommen wollten und die Gefahr bestand, daß Viechtach überhaupt ohne Kandidat ist. Weiterhin war am gleichen Tag der Kreisvorsitzende von Viechtach vor das Militärgericht geladen. Der frühere Kandidat von Viechtach, der ehemalige Bauernbündler *Fendl* (?) war eingesperrt. Des weiteren wurde von Schwierigkeiten in einem anderen Kreisverband berichtet. Daraufhin kam es zu dieser Entschließung.
Auf dieser Versammlung waren die eingeschriebenen Mitglieder anwesend. Die Vertrauensleute waren aufgrund der vorgebrachten Berichte ziemlich erregt. Es wurde dann beschlossen, daß auch eine Notiz in die Zeitung kommen sollte, nicht um der Partei irgendwelche Schwierigkeiten zu machen, sondern weil in Landshut, auch aus Gründen, die man nicht näher kennt, drei CSU-Leute als Stadträte von der Militärregierung abgelehnt worden sind.
Zur Ausarbeitung der Entschließung wurde ein Redaktionskomitee zusammengestellt, dem auch ein Geistlicher, Dr. *Öfele*[6] vom Gesellenverein, angehört hat, ferner Dr. *Pix*, Dr. *Holzner* und der dortige Chefarzt des Krankenhauses. Dieses Redaktionskomitee trat dann zusammen und hat dann die Entschließung verfaßt und in die Zeitung gebracht.
So ist der Hergang rein chronologisch gesehen. Dann kam der Brief unseres Parteivorsitzenden nach Landshut. Der Vorstand trat wieder zusammen. Man hat Herrn Dr. *Pix* beauftragt, mündlich bei Dr. *Müller* mit all dem Material Bericht zu erstatten, das ihm zu Gebote stand. Dr. *Pix* rief mich am Tag vorher an und wünschte, daß Dr. *Horlacher* und ich ihn begleiteten. Wir haben zugesagt. Dr. *Horlacher* mußte aber in das Vorparlament, weil Minister *Baumgartner* gesprochen hat. Ich ging mit.
Und nun, meine Herren, will ich folgendes zur Kennzeichnung der ganzen Unterredung sagen: Ich bin bei den schweren Auseinandersetzungen zwischen Dr. *Pix* und dem Landesvorsitzenden nicht zum Reden gekommen. Es sind Beleidigungen auf beiden Seiten gefallen. Die Erregung war auf beiden Seiten so stark, daß, wie mir mein Chauffeur erzählt hat, unten die Leute zusammengelaufen sind. Es haben sich allein um das Büro *Müller* vielleicht acht Leute versammelt, die zugehört haben, was in der CSU los ist. Ich habe bloß auf den Augenblick gewartet - die beiden Herren standen ziemlich nahe beieinander -, wo es zu Tätlichkeiten kam. So hat es ausgeschaut. *Müller*, ich bin ganz unparteiisch. Auch der andere Herr kann das bestätigen. Ich bin nur einmal aufgesprungen, weil ich gedacht habe, jetzt kommt es zu Tätlichkeiten.

[6] In der Vorlage: "Höfele".

Der Vorfall von Landshut ist eine Sache der dortigen Vorstandschaft. Die Mission von Dr. *Pix* konnte nicht erfüllt werden, weil Dr. *Müller* auf schriftlicher, nicht mündlicher Regelung bestand. Ich bedaure den Vorfall deswegen unendlich, und ich habe den Eindruck gehabt, daß der Herr Parteivorsitzende zumindestens an diesem Tage etwas die Nerven verloren hat. Dr. *Pix* ist nicht irgendeine politische Persönlichkeit. Ich erinnere Sie daran, er ist jetzt Vorstand des Journalistenverbandes in Bayern, er ist Vorsitzender der DANA, ist Verleger und Chefredakteur einer Zeitung.
Ich habe gestern Herrn *Schmidt* auch gebeten, den Fall gütlich beizulegen. Wenn das nicht geschieht, so fürchte ich sehr, daß sich derartige Weiterungen aus der Sache ergeben, daß nach meinem Dafürhalten das Ansehen der CSU - und um die handelt es sich letztlich - unendlich darunter leidet.
Meine Herren! Ich bin selbst von Beruf Journalist und habe eine lange Ausbildungszeit hinter mir. Wenn ein Journalist an seiner Berufsehre gepackt wird - und der Ausdruck, den der Herr Landesvorsitzende dem Dr. *Pix* entgegenschleuderte, ist eine Verletzung der Berufsehre -, dann gibt das Weiterungen. Wir haben bereits jetzt bei einem Herren der CSU einen derartigen Fall, wo ein Schiedsgericht des Journalistenverbandes in einer Form tätig ist, die wir gar nicht absehen können.
Nach meinem Dafürhalten wäre es notwendig, daß, bevor hier ein Entschluß gefaßt wird, vielleicht zwei Herren von der Union sich selbst einmal ein Bild machen, wie die Dinge stehen. Ich habe auch unmittelbar hernach eine Niederschrift über den Fall gemacht, weil ich gewußt habe, daß Dr. *Pix* eventuell mit Klage droht, daß es sogar eine Auseinandersetzung bei Gericht gibt. Ich bin mir dessen bewußt, daß das eine ganz unangenehme Angelegenheit wird. Ich bitte Sie dringend, daß man unter allen Umständen beide Teile hört, bevor man hier einen Beschluß faßt.
Einige Worte noch zur Landshuter Entschließung selbst: Auch der Herr Landesvorsitzende wird zugeben, wenn ein großer Kreisverband - Landshut-Stadt und -Land sind ein großer Kreisverband - einen Entschluß gegen die Parteileitung faßt, so ist das lange noch nicht schlimm, selbst wenn Herr Dr. *Pix* behauptet, er kann alles belegen, selbst wenn im ersten Absatz z.B. eine gewisse Unkorrektheit oder schiefe Darstellung ist. Das macht nichts. Das Schlimme ist, wenn etwas dann in die Presse kommt.
Jetzt müßten wir untersuchen: Warum ist es in die Presse gekommen? Das Redaktionskomitee bestand aus vier Personen. Es war der maßgebende Geistliche in dem Komitee drin. Die Herren haben die Sache nicht am gleichen Abend in die Presse gegeben, sondern sie haben noch zwei oder drei Tage gewartet.

(Zuruf: Noch schlimmer!)

Die Herren werden für ihren Entschluß schon ihre Beweggründe gehabt haben. Wenn ich auch nicht Mitglied dieses Arbeitsausschusses bin - ich bin wegen der Landshuter Sache zu der heutigen Sitzung eingeladen worden, weil ich Zeuge für zwei Seiten bin -, so würde ich doch dringend bitten, nicht in dieser Form einen Beschluß zu fassen, daß die Angelegenheit einem Schiedsgericht unterbreitet werden soll.
Es kommt noch eine andere Sache hinzu, die ich auch zu bedenken bitte. Ich muß das ganz offen aussprechen. Wenn ein Bezirksvorsitzender oder ein Bezirksverband glaubt, in irgendeiner Sache mit der Parteileitung nicht einig gehen zu können und sie kritisieren das in einer ihnen geeignet erscheinenden Form, so glaube ich nicht, daß das Schiedsgericht etwas dagegen machen kann. Wir leben letzten Endes in der Demokratie. Ich verfolge zur Zeit die Tagung der englischen Arbeiterpartei. Auf ihr ist der Vorsitzende der Partei öffentlich gegen den eigenen Außenminister aufgetreten.

Ich glaube daher nicht, daß wir gut tun, wenn wir in dieser Form die Sache an das Schiedsgericht bringen. Mir liegt daran, daß wir die Krisis, die sich daraus entwickelt hat, wieder beilegen. Im Falle Dr. *Pix* betone ich, daß nach meinem Dafürhalten das Verschulden auf beiden Seiten liegt. Denn wenn Parteifreunde sich verbal beleidigen, wenn der Parteivorsitzende den anderen aus der Kanzlei hinauswirft, so geht das nach meinem Dafürhalten zu weit, zumal, wenn dieser Hinausgeworfene ausgerechnet der oberste Journalist in Bayern ist. Ich bitte das zu berücksichtigen. In der Form können wir nicht vorwärtskommen.
Wir haben heute auch eine sehr unangenehme Situation in der Landesversammlung[7] gehabt, wo uns vom Ministerpräsidenten *Hoegner* erklärt worden ist, daß ein Herr der Union im Namen der Union einen Artikel geschrieben hat, als ob die Union gegen die Verfassung sei. Der Artikel ist in der Landesversammlung verlesen worden.
Meine Herren! Das ist eine Äußerung eines Privatmannes gewesen. Ich nehme an, daß Herr Dr. *Müller* diesem Artikel fernsteht. Ich kann nie glauben, daß der Landesvorsitzende ohne den Beschluß eines Gremiums eine so hochoffizielle Erklärung in einer Zeitung abgeben läßt. Das sind Dinge, die bereinigt werden müssen. Wenn es nämlich mit unserer Union so weitergeht - das sage ich ganz offen -, dann werden Erklärungen über Erklärungen von allen möglichen Stellen kommen. Das wird ins Uferlose gehen und trägt zu weiten Verstimmungen mit bei. Wenn ich gewußt hätte, was heute hier alles zur Sprache kommt, so hätte ich Ihnen einen Haufen Briefe von mir bekannten CSU-Leuten mitgebracht, die ich allein wegen der Würzburger Affäre erhalten habe und in denen sie mich angefragt haben, ob sie nicht ihre Mandate niederlegen sollen.
Meine Herren! Der Fall Würzburg hat wie ein Nervenschock auf die Leute gewirkt. Die Militärgouverneure sind ja nicht sehr verschieden. Wir wissen, auch die Parsberger Angelegenheit hat eine große Rolle gespielt. Es kommt die Passauer Angelegenheit dazu, wo der Oberbürgermeister *Donderer*, ein Mitglied der Union, gestern abgesetzt worden ist. Es ist in der CSU heute so, daß ein Mandatsträger der CSU mit grossen Schwierigkeiten zu rechnen hat, weil man uns zwei große Dinge nachsagt: 1. die Sabotage der Entnazifizierung. Dazu haben wir heute als Mitglieder der Partei im Vorparlament eine eigene Erklärung abgeben müssen. So weit sind wir schon. 2. sagt man uns nach, daß wir den Entwurf der Verfassung sabotieren, daß andere Dinge viel nötiger seien als die Verfassungsarbeiten.
Das sind alles Dinge, die wir nicht zu weit treiben dürfen. Wenn wir mit einem Journalisten zu tun haben - und ich nehme den Fall an, daß er sogar irgendwie oppositionell gegen den Herrn Landesvorsitzenden eingestellt sein sollte -, so bitte ich gerade die Herren, die etwas oppositionell eingestellt sind, mit besonderer Vorsicht zu behandeln. Die Journalisten sind heute in Mergentheim beisammen. Ich weiß nicht, was aus der Sache wird. Einer Verschärfung der Angelegenheit würde ich nie das Wort reden, sondern vorschlagen, daß morgen zwei unparteiische Herren - denn morgen ist die große Versammlung in Landshut, auf der *Scharnagl* und ich sprechen - nach Landshut fahren, die Landshuter Verhältnisse studieren und sich insbesondere mit den Herren des Redaktionskomitees treffen. Denn diese haben den Auftrag gehabt, eine bestimmte Erklärung in die Presse zu geben.

[7] Gemeint ist das Vorparlament, der "Bayerische Beratende Landesausschuß", der am 12./13. Juni 1946 zu seiner 3. Arbeitstagung zusammentrat.

Es wäre dringend notwendig, daß so vorgegangen würde, bevor man zum Schiedsgericht greift. Ich weiß überhaupt nicht, ob die Statuten schon genehmigt sind und ob wir daher heute schon einen Beschluß über ein Schiedsgericht fassen können. Ich glaube, mit einem Schiedsgericht vertiefen wir nur den ganzen Fall. Es ist kein Zweifel, es brennt in der Union überall, an vielen anderen Orten. Eben hat mir *Kübler* über Passau wieder eine andere Version erzählt. Auf jeden Fall hat der Gouverneur dort protestierend die Sitzung des Kreisrates verlassen, und wir haben schon die Quittung darauf. *Donderer* ist wieder abgehalftert, er ist sofort entlassen worden, ein Mann, der von den Nazis sehr stark verfolgt wurde. Aber mit diesen Dingen müssen wir rechnen.
Ich bitte daher die Herren, daß wir die Landshuter Affäre unter allen Umständen ruhig anfassen und erst dann zu einem Beschluß kommen, wenn vielleicht zwei unparteiische Herren die Verhältnisse einmal studiert haben. Ich bedaure, daß ich das Material, von dem ich gesprochen habe, nicht mitgenommen habe, ich kann schnell in mein Büro fahren, um es zu holen und es Ihnen mitzuteilen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] will zwischen dem Verhalten des Kreisverbandes Landshut-Stadt und dem Fall *Pix* unterscheiden. Er müsse unbedingt darauf bestehen, daß endlich einmal Ordnung in die Union hineinkomme, sonst werde er raschestens eine Landesversammlung einberufen, auf der dann Klarheit nach der einen oder anderen Seite geschaffen werden müsse. Es herrsche an offiziellen Stellen der Eindruck, daß die Union keine Partei sei, sondern ein Parteienblock. Für diesen Eindruck sei von den eigenen Parteifreunden gesorgt worden. Er bestehe daher darauf, daß der Vorstand des Kreisverbandes Landshut, der für das Verhalten des Kreisverbandes verantwortlich sei, vor das Parteigericht komme.
Was die auf der heutigen Sitzung des Vorparlamentes vom Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* aufgeworfenen Ankündigungen gegen die Union angehe, so müsse er feststellen, daß [er] Dr. *Hoegner* vor Verlassen des Vorparlamentes gefragt habe, ob noch wichtige Dinge zur Sprache kämen. Die Frage sei von Dr. *Hoegner* verneint worden.
Dr. *Schlögl* glaubt, daß der Brief des Kreisverbandes Landshut an die Landesleitung niemals Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schiedsgericht sein könne, sondern höchstens die Veröffentlichung der Entschließung.
Vorsitzender [*Josef Müller*] weist darauf hin, daß es sich nicht um den Brief, sondern um die Entschließung handle, die in einem Augenblick gefaßt worden sei, in dem eine Meute von Gegnern versuche, die Militärbesatzungsmacht gegen die CSU zu mobilisieren. Das habe nichts mit Kritik zu tun, die selbstverständlich das gute demokratische Recht des Kreisverbandes sei.
Haußleiter wendet sich scharf gegen die Haltung des Kreisverbandes Landshut. Der Fall Landshut habe in Bayreuth bei den dortigen Parteifreunden größte Entrüstung und schärfste Ablehnung hervorgerufen. Die Redner der Union redeten sich die Hälse heiß bei dem Nachweis gegenüber den sozialistischen und kommunistischen Diskussionsrednern, daß die Union nicht reaktionär sei, während gerade das vom Kreisverband Landshut behauptet worden sei. Der Fall Landshut sei ein grundsätzlicher Fall und nicht damit abgetan, daß man ihn wieder mehr oder weniger freundschaftlich bespreche, weil Herr *Pix* Journalist sei und infolgedessen die Möglichkeit habe - er sage das Wort bewußt -, erpresserisch zu wirken.
Die jetzige Entwicklung in der Union erinnere ihn an die Französische Revolution. Damals hätten der Adel und die Kirche eine vernünftige Entwicklung vertreten sollen. Statt dessen sei der eine Teil starr auf der Basis des Alten stehen geblieben

und der andere zum Feind übergelaufen und habe die Revolutionsparolen so lange mitgeschrieen, bis er selber aufgehängt worden sei. Schon der Beschluß, der in Landshut gefaßt worden sei, sei unmöglich. Das Unerhörte aber sei die Veröffentlichung. Zudem sei die Entschließung mit der Absicht der Veröffentlichung gefaßt worden.
Redner gibt im Namen seiner Parteifreunde, die er vertrete, der Erwartung Ausdruck, daß endlich Ordnung geschaffen werde und spricht sich für Annahme des Antrages des Vorsitzenden aus.
Dr. *Eichhorn* schließt sich im wesentlichen der Ansicht von *Haußleiter* an. Er empfinde es als besonders bezeichnend für das Auseinanderfallen der Bürgerlichkeit, die die Union nun doch einmal vertrete, daß dieselben Leute, die am Falle *Schäffers* schuld waren, heute gegen den Landesvorsitzenden aufträten. Etwas anderes als persönliche Dinge und ehrgeizige Pläne können unmöglich mehr dahinter stecken. Selbst wenn dieser Arbeitsaussschuß, selbst wenn der Landesvorsitzende Fehler machte, müßte die Union wie ein eiserner Block gegen die Angriffe von links zusammenstehen.
Die Entschließung selbst sei haarscharf an der Grenze dessen, was man sich innerhalb einer Partei leisten könne. Über die Veröffentlichung der Entschließung aber könne gar nicht diskutiert werden. Da könne es nur eine Meinung geben.
Im übrigen sei zur Anrufung des Schiedsgerichts kein Beschluß des Gremiums notwendig. Der Vorsitzende könne es selber anrufen, wenn es vom Arbeitsausschuß beschlossen werde, werde es rein zugunsten des Vorsitzenden beschlossen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] weist darauf hin, daß in dem Brief nicht vom Landesvorsitzenden, sondern von der Landesleitung die Rede sei.
Dr. *Eichhorn* erklärt, der Ausschuß fühle sich nicht betroffen und er sehe es daher nicht gerne, wenn ein Beschluß auf Anrufung des Schiedsgerichts gefaßt würde. Statt dessen schlage er vor, der Ausschuß möge einstimmig das Heraustragen dieser Entschließung an die Öffentlichkeit verwerfen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] kommt auf eine Zusammenkunft mit Männern der Presse zu sprechen, auf der diese ihr Erstaunen hierüber ausgedrückt hätten, daß er jetzt als reaktionär verschrieen werde, nachdem er in der Hitlerzeit eine ganz andere Haltung unter Beweis gestellt habe.
Dr. *Horlacher* bezeichnet diese Erklärungen des Vorsitzenden als gegenstandslos, da er noch nie jemand gehört habe, der Dr. *Müller* als reaktionär bezeichnet habe.
Zum Fall Würzburg bemerkt Redner, daß die Amerikaner als reaktionär bezeichneten, wenn an Stellen, die mit der Öffentlichkeit etwas zu tun hätten, frühere Parteimitglieder beschäftigt würden. Aus dieser Lage heraus sei die Stellungnahme von Landshut erfolgt. Er selbst sei mit der Veröffentlichung nicht einverstanden. Es sei jedoch ein Irrtum des Parteivorsitzenden, daß durch diesen Artikel der Isar-Post Porzellan zerschlagen worden sei. Das Gegenteil sei der Fall.
Dr. *Pix* gehöre zu den tüchtigsten Journalisten Bayerns und habe die besten Beziehungen zu allen Seiten. Der Artikel habe keine Versteifung der Lage für die Union, sondern eine Entlastung gebracht. Der Sache der Union sei mit dem Artikel zweifellos gedient worden.
Die Sache eigne sich schon aus dem Grunde nicht für ein Schiedsgericht, weil bei der Unterredung Dr. *Pix* - Dr. *Müller* von beiden Seiten Ausdrücke wie Erpresser, Lügner usw. gefallen seien, so daß jeder der beiden verurteilt werden müsse.
Der Landesvorsitzende sei aufgrund seiner Stellung verpflichtet, Auseinandersetzungen in ruhiger und sachlicher Form vorzunehmen. Die Auseinandersetzungen mit Dr.

Pix jedoch seien unerhört, unerträglich, unhaltbar und unwürdig gewesen. Zudem sei Dr. *Pix* als Vertreter der Landshuter Vorstandschaft gekommen und Dr. *Müller* hätte sich daher nicht auf den Standpunkt stellen können, er müsse unbedingt eine schriftliche Erklärung bekommen. Er sei auch dafür, daß einige geeignete Leute in Landshut die Verhältnisse ins Reine bringen.
Dr. *Gronwald* legt als Zeuge der Unterredung Dr. *Pix* - Dr. *Müller* in längeren Ausführungen dar, daß der scharfe Ton in die Unterredung von Dr. *Pix* hineingebracht worden sei. Er wolle ausdrücklich feststellen, daß es Dr. *Pix* gewesen sei, der die Nerven verloren habe. Dr. *Pix* habe zuerst dem Landesvorsitzenden den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit gemacht und insbesondere erklärt, eine schriftliche Stellungnahme werde nicht erfolgen, "wenn, dann durch die Presse".
Vorsitzender [*Josef Müller*] glaubt, daß jeder, selbst der Journalistenverband, diese Erklärung als erpresserisch hätte empfinden müssen. Zumindest müsse sich der Vorsitzende von Landshut vor dem Schiedsgericht verantworten.
Dr. *Hundhammer* verweist auf die Ausführungen Dr. *Horlachers*, daß die Besatzungsmacht in bezug auf Parteimitglieder sehr empfindlich sei und kommt auf die Beschäftigung von Parteimitgliedern und Parteianwärtern im Generalsekretariat zu sprechen.
Der Arbeitsausschuß beschließt, die Besprechung dieser Frage zurückzustellen.
Dr. *Gronwald* verliest auf Wunsch von *Ritter von Lex* den Artikel der Isar-Post "Der Weg der Union".
Dr. *Horlacher* bezieht sich auf seine vorherigen Ausführungen, denen zufolge die Veröffentlichung in der Isar-Post der Union nicht geschadet habe und er die Entsendung von zwei Parteifreunden nach Landshut vorschlage.
Von Miller wirft rein juristisch die Frage des Schiedsgerichtes auf. Nur Dr. *Müller* könne das Schiedsgericht von sich aus anrufen, was aber wieder nicht notwendig sei, da er sich ebensowenig wie der Ausschuß betroffen fühle. In der Entschließung an sich sei jedoch kein Rechtsbruch zu sehen. Bedauerlich sei sie auf jeden Fall. Noch bedauerlicher sei ihre Veröffentlichung.
Staatssekretär Dr. *Ehard* schließt sich den Ausführungen von Dr. *von Miller* an. Das Gericht, auch das Parteigericht, müsse immer die letzte Instanz sein, die nur angerufen werden dürfe, wenn es keine andere Möglichkeit mehr gebe und wenn Aussicht auf Erfolg bestände.

Haußleiter stellt folgenden Antrag:

> Der Arbeitsausschuß bedauert die Veröffentlichung der Landshuter Entschließung in der Presse, da sie zu schweren Mißverständnissen Anlaß geben kann. Er schlägt die Bildung eines Untersuchungsausschusses vor, der die entstandenen Auseinandersetzungen klären und die notwendige innere Geschlossenheit der Partei im vorliegenden Falle wiederherstellen soll.

Zur Begründung seines Antrages führt Redner die vorhin von ihm geäußerten Gesichtspunkte an. Es gehe nicht darum, daß hier Parteifreunde die Partei öffentlich kritisierten, sondern darum, daß sie ihre eigene Partei mit kommunistischen Argumenten beschimpften, indem sie der Partei reaktionäre Methoden unterstellten.
Vorsitzender [*Josef Müller*] begründet den Antrag an das Schiedsgericht mit parteischädigendem Verhalten.
Dr. *Arnold* schildert die Empörung, die der Landshuter Artikel in seinem Kreise ausgelöst habe. Sogenannte selected citizens an der Universität Erlangen, die wegen ihrer

Haltung bevorzugt aus der Gefangenschaft entlassen worden seien, hätten ihn gefragt, ob die Union Kommunisten im eigenen Lager hätte. Er trete daher ebenfalls dafür ein, daß die Veröffentlichung der Landshuter Entschließung mit scharfen Worten mißbilligt werde.
Im übrigen sei er dafür, Vermittler einzusetzen, die zwischen den Betroffenen vermittelten.
Dr. *Hundhammer* stellt Antrag auf Schluß der Rednerliste.
Dr. *Eichhorn* übernimmt den Vorsitz (17.45 Uhr) und formuliert folgenden Antrag:

> Der erweiterte Landesausschuß bedauert, daß durch Beschluß des Kreisverbandes und der Fraktion Landshut eine Veröffentlichung des vorher gefaßten Beschlusses, der eine starke Kritik an einzelnen Abteilungen der Union und an der Landesleitung ausspricht, beschlossen und durchgeführt worden ist.

Dr. *Schlögl* begründet die Verwendung des Ausdruckes reaktionär durch den Kreisverband Landshut damit, daß in dem Bericht der DANA von 28 1933-er Pgs. unter 180 Mitgliedern in Würzburg die Rede gewesen sei.
Dr. *Müller* übernimmt wieder den Vorsitz.
Staatsminister Dr. *Helmerich* spricht sich ebenfalls gegen ein Hinübergeben der Landshuter Angelegenheit an das Schiedsgericht aus. Er bedaure die Auseinandersetzung zwischen Dr. *Pix* und Dr. *Müller*.
Dr. *Kroth* stellt fest, daß unter 205 Unionsmitgliedern in Würzburg lediglich zwei [Pgs.] aus dem Jahre 1933 gewesen seien.
Vorsitzender [*Josef Müller*] fügt hinzu, daß der eine davon, Dr. *Dürr* aus dem Jahre 1931, als Antinazi bekannt gewesen sei.
Dr. *Horlacher* stellt ausdrücklich fest, daß er gegen eine Verurteilung der Veröffentlichung der Landshuter Entschließung stimmen würde. Der Ausschuß müßte vor einer Beschlußfassung den Satz anwenden "et audiatur altera pars". Niemand wisse, welche Motive für das Verhalten der Landshuter Parteifreunde maßgebend gewesen seien. Das beste wäre es, so bald wie möglich einen Arbeitsausschuß einzuberufen und Herrn Dr. *Pix* und Herrn Dr. *Holzner* zu laden. Dann könne ein vernünftiges Urteil gefällt werden. Er werde gegen alle anderen Beschlüsse stimmen.
Haußleiter schlägt als endgültigen Text vor:

> Der Landesarbeitsausschuß mißbilligt, daß Teile der Entschließung der Vorstandschaft des Kreisverbandes Landshut-Stadt und der Stadtratsfraktion Landshut vom 3. Juni 1946 aufgrund eines Vorstandschaftsbeschlusses in der Presse veröffentlicht wurden und daß dadurch der Leitung der Union zu Unrecht reaktionäre Machenschaften unterstellt wurden.

Ritter von Lex bringt folgende Formulierung ein:

> Der Landesarbeitsausschuß bedauert auf das tiefste, daß die der Landesleitung gemachten Vorhaltungen der Presse übergeben worden sind, da hierdurch dem von gegnerischer Seite im politischen Kampf erhobenen Vorwurf reaktionärer Machenschaften innerhalb der CSU geradezu in die Hände gearbeitet wird.

Haußleiter will angefügt wissen:

> Der Landesarbeitsausschuß schlägt die Bildung eines dreiköpfigen Untersuchungsausschusses vor, der die entstandenen Auseinandersetzungen klären und die nötige innere Geschlossenheit der Union in dem vorliegenden Falle wiederherstellen soll.

Der Antrag *Ritter von Lex* wird mit allen Stimmen gegen Dr. *Horlacher* angenommen.
Der Zusatzantrag von *Ritter von Lex*:

> Der Landesarbeitsausschuß erwartet, daß sachliche Meinungsverschiedenheiten über die Linie der Landesleitung innerhalb der in den Satzungen vorgesehenen Gremien ausgetragen werden,

wird ebenfalls mit allen Stimmen gegen Dr. *Horlacher* angenommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] spricht sich gegen den von *Haußleiter* vorgeschlagenen Untersuchungsausschuß aus.
Ritter von Lex will den Fall insoferne milder beurteilen, als die Entschließung in der Isar-Post in erheblich abgeschwächter Form aufgenommen worden sei.
Vorsitzender [*Josef Müller*] hält an der Verantwortung von Dr. *Holzner* für die Veröffentlichung der Entschließung fest.
Dr. *Schlögl* klärt in diesem Punkte den Ausschuß dahingehend auf, daß Dr. *Holzner* sich sogar gegen die Entschließung ausgesprochen und bei der Abstimmung der Stimme enthalten habe. Er habe aber den Beschluß ausgeführt. Der scharfe Ton sei durch Jugendliche hereingebracht worden. Im übrigen sei die Entschließung lediglich von Intellektuellen abgefaßt worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*] spricht sich schließlich unter Zustimmung des Ausschusses dafür aus, daß die Angelegenheit nach Eingang der Antwort von Landshut auf der nächsten Arbeitsausschußsitzung endgültig geregelt werde. Seine Stellungnahme werde dann im wesentlichen davon abhängen, ob die Landshuter Entschließung den Weg in die gegnerische Presse finde.
Dr. *Barth* berichtet über das Ergebnis seiner Vernehmung bei Major *Vacca*. Es sei ihm erklärt worden, er werde in einem Gerichtsverfahren Gelegenheit haben, Stellung zu nehmen.
Dr. *Hundhammer* kommt auf seinen Antrag betreffs Nichtbeschäftigung von Pgs. und Parteianwärtern im Landessekretariat zurück und betont, daß er diesen Antrag nicht unter den Tisch fallen lassen wolle.
Vorsitzender [*Josef Müller*] verspricht spätere Behandlung des Antrages, wobei er bei dieser Gelegenheit auf eine Entschließung der Militärregierung hinweist, daß Parteimitglieder, die durch die Spruchkammer entnazifiziert worden seien, sofort das Wahlrecht bekommen sollten und daß das Wahlgesetz mit Rücksicht darauf geändert werde.
Er gibt dann einen Bericht über eine Sitzung bei der Militärregierung (Oberst *Reese*) am 5. Juni 1946, in der die Haltung der Parteien zur Entnazifizierung besprochen worden sei. Er führt dabei aus:
Ich darf hier eines vorausschicken: Wenn bestimmte Freunde unter uns, vor allem einer, von einer Besprechung mit der amerikanischen Presse oder mit offiziellen amerikanischen Stellen erfahren haben, dann hat aufgrund meiner Äußerungen immer eine Flüsterpropaganda mit den entsprechenden Versionen eingesetzt. Dasselbe war wieder bei der Unterhaltung der Fall, die am 5. Juni auf Veranlassung von General *Muller* bei Oberst *Reese* stattgefunden hat. Man hat diese Unterhaltung zum Anlaß genommen, um mir wieder zumindest Blödheiten zu unterstellen, denn auf etwas anderes läuft es nicht hinaus.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Wer sind die Parteifreunde?)

Das kommt alles noch.

Die Möglichkeit ist nur dadurch gegeben, daß darüber geredet wurde, daß Ministerpräsident *Hoegner* offenkundig einen Bericht gegeben hat und daß das in seinem Staatssekretariat aufgenommen und weitergesprochen wurde, so daß ich dann von den verschiedensten Stellen davon erfahren habe.
Ich darf Ihnen nun kurz den Vorgang schildern. Die verschiedenen Parteivorsitzenden wurden zu einer Besprechung bei General *Muller* gebeten, General *Muller* war selbst nicht da. Oberst *Reese* hat die Besprechung geführt. Dabei wurde die Haltung der Parteien zur Entnazifizierung behandelt. Es wurde mir gesagt, daß bestimmte Leute Wert darauf legen, ihr Gesetz entsprechend zu verteidigen.
Reese hat nun in der Besprechung darauf hingewiesen, daß General *Clay* einen Sonderbevollmächtigten ernannt habe - soweit ich von meinen anderen Freunden gehört habe, war es Prof. *Dorn* - und daß dieser beauftragt sei, die Haltung der Parteien zur Entnazifizierung zu klären und festzustellen, warum in Bayern die Entnazifizierung nicht vorwärts gehe und welche Schwierigkeiten bestünden.
Oberst *Reese* hat dann erklärt, Ministerpräsident *Hoegners* Standpunkt sei ja bekannt, dagegen sei wichtig und in gewissem Umfang mitentscheidend mein Standpunkt. Ich habe dann erklärt: Ich sehe das gegenwärtige Entnazifizierungsgesetz als eine Basis für eine Weiterentwicklung an, aber mir scheine doch eine weitere Entwicklung notwendig. Ich möchte nicht im einzelnen an dem Gesetz Kritik üben. Man könne bei Gesetzen immer verschiedene Meinungen haben. Rein gesetzestechnisch hätte ich es lieber gesehen - das sei mein persönlicher Standpunkt und nicht der der Union -, wenn wir ein kurzes Gesetz mit bestimmten Feststellungen bekommen hätten und wenn sehr vieles, was in dem Gesetz steht, in Ausführungsbestimmungen und in einen sehr guten Kommentar hineinverarbeitet worden wäre. Denn von der Entnazifizierung seien so viele Schicksale betroffen, daß man sehr differenzieren müsse. Das könne in einem schematischen Gesetz nicht geschehen. Aber wenn entsprechende Ausführungsbestimmungen da seien, die leichter variiert werden können, und wenn dazu ein guter Kommentar komme, der den Richtern in die Hand gegeben würde, dann könnte man auch dazu kommen, daß eine gewisse Einheitlichkeit in der Rechtsprechung durchgeführt werden könne, während ich so befürchten würde und bisher schon festgestellt hätte, daß die verschiedenen Spruchkammern die Fälle sehr verschieden behandeln würden. Ich würde ferner fürchten, daß wir ein langsames und schleppendes Verfahren bekommen würden. Früher habe man über Prozesse von 100 RM ein Jahr prozessiert und jetzt würde man in kurzer Zeit über Existenzen entscheiden müssen. Man müsse infolgedessen dafür sorgen, daß durch entsprechende Unterlagen für den gesamten zuständigen Personenkreis wirklich die Voraussetzung für eine Aktivität dieser Spruchkammern geschaffen werden könne.
Weiterhin habe ich erklärt: Auf jeden Fall vertrete ich für die Union - das bisherige war mein persönlicher Standpunkt - den Standpunkt, daß die Spruchkammern am besten zu einer Art Schöffengericht umgebildet, daß sie also aus der Sphäre der Parteipolitik herausgenommen werden sollen. Denn Parteipolitik würde immerhin bestimmte Machtproben, bestimmte Majorisierungen mit sich bringen. Ich würde die Auffassung vertreten, daß es notwendig sei, dafür zu sorgen, daß die Leute, die vor diesen Spruchkammern stünden, das Empfinden hätten, es geschehe ihnen rechtens. Das haben sie eher, wenn sie vor einem Gericht, als wenn sie vor einer nach parteimäßigen Gesichtspunkten zusammengesetzten Spruchkammer stehen. Diese Auffassung würde ich auch immer vertreten, selbst wenn wir eine noch so große Majorität und einen noch so großen Anspruch auf einen entsprechenden Einfluß auf die

Spruchkammern hätten. Wenn aber dieses Schöffengericht nicht verwirklicht werden könne, dann müsse man doch die Zusammensetzung der Spruchkammern anders gestalten, als es bisher der Fall sei. Denn das System 2:2:2 führe leicht zu Majorisierungen bestimmter Gruppen: Es sei dann die Gefahr einer gewissen Einseitigkeit vor allem einer gewissen Schicht gegenüber gegeben.
Um es hier deutlicher zu sagen: Ich vertrete die Auffassung, daß wir heute in Bayern - das sieht man schon bei den Landratswahlen -, entgegen der Haltung, die Dr. *Hoegner* in Südbayern einnimmt, schon sehr stark die Linksblock-Bildung beobachten können. In den Spruchkammern werden wir diese Linksblock-Bildung bestimmt immer haben. Dann werden selbstverständlich Mitglieder der sogenannten Intelligenzschicht viel schärfer beurteilt werden, als Mitglieder anderer Schichten.
Ich habe dann dazu noch ausgeführt: In der persönlichen Stellungnahme hätte im Dritten Reich ein Teil dieser Schicht gewiß manchmal versagt. Aber die Arbeiter seien damals bei den Mai-Demonstrationen vielfach auch mitgegangen. Die DAF würde aber nicht der Parteimitgliedschaft gleichgewertet, und ich möchte dahin kommen, daß man eine gewisse Gerechtigkeit hereinbekomme.
Ferner würde jeder angegriffen werden, der kurze Zeit dabei war, auch wenn er noch soviel dagegen getan hat. Ich hätte es selbst erlebt, wie Leute der bürgerlichen Schicht ganz phantastisch gestorben seien und Haltung bewahrt hätten. Leute, die irgendwann einmal in der Partei oder anderen, auch militärischen Gruppierungen eine andere Stellung eingenommen hätten.
Ich habe auch das Beispiel von Prof. *Huber* angeführt, der Parteimitglied war und umgebracht wurde, und habe noch einige ähnliche Fälle erwähnt.
Die anderen Fragen wie Zweckmäßigkeit usw. habe ich hier niedergelegt. Wir können nachher darauf eingehen. Ich habe erklärt, ich wäre bereit, innerhalb von 14 Tagen Grundsätze zur Denazifizierung von der Union erstellen zu lassen. Herr Dr. *Hoegner* hat an dieser Stelle sofort eingesetzt und erklärt, das sei nicht möglich. Er müsse darauf bestehen, daß die Parteien sofort Stellung nehmen.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Ist auch nicht möglich. Ich gehe jetzt fort.)

Hoegner hat weiter erklärt, daß er darauf bestehen müsse, daß die Parteien das Gesetz rückhaltlos deckten. Er hat davon gesprochen, daß jetzt schon von CSU-Seite aus mit irgendwelchen Schicksalen für die Mitglieder der Spruchkammern gedroht würde, daß diese also, zu deutsch gesagt, Schaden leiden würden, wenn wir einmal etwas zu sagen hätten, wenn wir also die Regierung gebildet hätten. Er hat vor allem erklärt: Führende Parteileute der Union haben die Erklärung abgegeben, sie würden ihrem Herrgott danken, daß sie das Gesetz nicht unterschreiben mußten. Ich bin ihm ins Wort gefallen und habe ihm erklärt: Herr *Hoegner*, bitte präzisieren Sie, Sie sprechen von führenden Mitgliedern der Union. Wer ist gemeint? Daraufhin hat *Hoegner* sofort gesagt: Wir wissen es ja, es handelt sich um den einen Fall, also den Fall *Schäffer*, Coburger Rede. Daraufhin hat sofort einer der amerikanischen Herren - ich glaube der Dolmetscher - zu *Reese* gesagt: *Hoegner* rectified our standpoint.
Es ist ganz klar erkenntlich: Es wurde gegen die Union als solche Stellung genommen. Daraufhin haben die anderen Parteien Stellung genommen. Zunächst hat Herr *Goldhammer* etwas scharf auf die Union geschlagen. Das war nicht anders zu erwarten. Aber er hat sich gemäßigter ausgedrückt als *Hoegner*. Anschließend hat der Vertreter der Wiederaufbaupartei natürlich auch gegen die Union Stellung genommen, gleichzeitig aber auch gegen alle anderen Parteien. Der Liberaldemokrat hat auch auf die

Union losgeschlagen, aber er hat es immerhin so gehalten, daß er meinen Standpunkt der Schöffengerichte übernommen hat.
Dann wurde die praktische Frage des Schöffengerichts behandelt. Während der Unterhaltung saß Minister *Schmitt* neben mir. Er wies auf einen Brief hin, den er mir wegen meiner Rede in der Landesversammlung geschrieben hat. Er hat mir dann gesagt: Ich habe Ihnen schon durch Dr. *Pfeiffer* vorschlagen lassen, Sie sollen mir einen Mann für mein Ministerium bestellen. Nennen Sie mir einen. Ich bin bereit, ihn sofort zum Staatssekretär zu machen. Ich habe darauf erwidert: Herr *Schmitt*, das kann ich nicht aus dem Handgelenk machen. Meine Stellungnahme zu Ihrem Vorschlag werde ich Ihnen bis nächsten Mittwoch mitteilen.
Und nun wieder zur Unterhaltung mit den amerikanischen Herren. Ich habe dann gesagt, daß ich nicht allein für die Union entscheiden möchte, sondern meinen Arbeitsausschuß einberufen wolle, der die endgültige Entscheidung treffen möge. Was ich hier vorgetragen habe, sei im wesentlichen mein persönlicher Standpunkt. Er würde sich in einem gewissen Umfang möglicherweise mit dem der Union decken.
Später hat *Goldhammer* ziemlich scharf Dr. *Hoegner* angegriffen, weil Dr. *Hoegner* wieder die Union angriff. *Goldhammer* hat also meinen Sekundanten gemacht, ohne daß ich ihn darum gebeten hatte. Er hat erklärt, es wäre alles nicht so gekommen, wenn die Regierungsbildung im letzten Jahr anders vorgenommen worden wäre. Damals hätte man die Angelegenheit viel objektiver behandeln können, als wenn jetzt diese Fragen mitten im Wahlkampf entschieden werden müssen.
Oberst *Reese* hat dann *Hoegner* und mich zu einer zweiten Aussprache eingeladen, die dann am Freitag stattgefunden hat. In dieser Aussprache hat *Hoegner* nochmals seinen Standpunkt vertreten. Ich habe erklärt: Es ist kein Zweifel darüber, daß wir nicht nur die Entnazifizierung mitmachen, sondern auch wünschen. Das habe ich in der ersten Besprechung gesagt. Es kommt nur darauf an, wie man sie in der Praxis durchführt.
Oberst *Reese* hat dann erklärt: Im Punkte der Zeitdauer der Durchführung der Entnazifizierung übernehmen wir Ihren Standpunkt. Ich hatte nämlich gesagt, daß wir innerhalb eines Jahres die ganze Entnazifizierungsgeschichte erledigen müßten, sonst würde fünf Jahre über die Entnazifizierung debattiert, so wie *Hitler* zwölf Jahre lang über die 14 Jahre gesprochen habe. *Reese* erklärte, daß es der Wunsch der Militärregierung und auch General *Clays* sei, daß die Entnazifizierung in einem Jahre abgeschlossen werde. Ich stimmte dem selbstverständlich zu.
Dann wurde mein Vorschlag von *Schmitt* aufgegriffen, daß die kleinen Bagatellfälle, die absolut klar sind, durch eine Art Strafbefehl oder Zahlungsbefehl erledigt werden können, womit gleich wieder so und so viele Fälle erledigt würden. Dieser Vorschlag wurde ebenfalls angenommen. Oberst *Reese* hat dann noch bekanntgegeben, die Militärregierung wolle zwischen 700 und 1000 Gerichte bilden, um möglichst schnell durchzukommen.
Dann kam die Frage einer gemeinsamen Erklärung der Parteien. Ich erklärte Oberst *Reese*, ich sei bereit, die Deckung sofort zu übernehmen und auch den Arbeitsausschuß in diesem Sinne zu bitten. Da sagte *Reese* "bis zu einem neuen Gesetz". *Hoegner* hat bei diesen Worten sofort weitergestoßen und seinerseits darauf bestanden, daß ohne Rücksicht auf die Inaussichtstellung eines neuen Gesetzes eine Deckung abgegeben werden müßte. Die Formulierung hat folgendermaßen gelautet:

> Die Parteien stellen sich entschlossen hinter das bestehende Gesetz und werden alles tun, um seine rasche und reibungslose Durchführung zu sichern.

Ich habe noch versucht, die eine oder andere Änderung durchzusetzten. Zu dem Ausdruck "entschlossen hinter das bestehende Gesetz" sagte ich: Ich bin bereit zu erklären, daß ich das Gesetz als geltend anerkenne. Ich wollte ursprünglich aufgenommen wissen "bis zu einem neuen Gesetz". Das wurde von Dr. *Hoegner* überhaupt nicht akzeptiert. Dagegen habe ich sofort zugestimmt mit aufzunehmen und habe zum Teil selbst formuliert: "und werden alles tun, um seine rasche und reibungslose Durchführung zu sichern." Dieser zweite Teil wurde wesentlich von mir gemacht.
Wir vereinbarten dann, daß morgen vormittag eine Sitzung bei *Hoegner* sein sollte, in der diese Erklärung besprochen und abgegeben werden sollte. Dann kam aber noch am gleichen Tag eine Einladung für den nächsten Tag zu General *Muller*. General *Muller* hat in Gegenwart aller Parteiführer - nur die Liberaldemokraten haben gefehlt - uns einen Brief vorgelesen, in dem zunächst mitgeteilt wurde, daß die Spruchkammern die Stellung von Gerichten haben. Dann erklärte er, daß von der Stellung der Parteien zur Entnazifizierungsfrage die Haltung der Militärregierung abhänge. Er erklärte auch, daß davon die Frage abhängig gemacht würde, wann eine demokratische Regierung in Bayern gebildet würde.
Wir wurden dann verabschiedet.
Staatsminister *Helmerich* verliest ein Protokoll über die vom Landesvorsitzenden eben behandelte Sitzung vom 5. Juni 1946.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der letzte Satz stimmt nicht in dieser Form. Ich habe ausdrücklich am Schlusse der Besprechung Abschrift des Protokolls gewünscht, ebenso wie Abschrift der Erklärung von General *Muller*. Major *Vacca* hat mir erklärt, ich könne sie nicht bekommen.
Ich schlage Ihnen nun folgendes vor. Ich beantrage hiermit, daß Sie beschließen:

> Der Landesvorsitzende ist ermächtigt, seine Zustimmung zu nachfolgender gemeinsamer Erklärung der vier Parteien zu geben:
> Die Parteien stellen sich entschlossen hinter das bestehende Gesetz und werden alles tun, um seine rasche und reibungslose Durchführung zu sichern.

Ich werde dann noch einen Brief an den General *Muller* richten, in dem ich meinen persönlichen Standpunkt vertrete.
Dr. *Hundhammer*: Entspricht der Text des vorgeschlagenen Beschlusses dem Text, der den anderen Parteien vorlag?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dieser Text ist zwischen Dr. *Hoegner* und mir vereinbart. Er weicht nicht von der allgemeinen Vereinbarung ab.
Anschließend verliest Dr. *Gronwald* einen Brief, den Dr. *Müller* an General *Muller* zu richten beabsichtige und der sich mit der Frage der Entnazifizierung und deren Auswirkungen befaßt.
Dr. *Hundhammer* greift, da er weg müsse, noch einmal auf seinen Antrag zurück:

> Der Landesarbeitsausschuß der Partei beschließt, daß im Landessekretariat der Partei frühere Mitglieder der NSDAP, Parteianwärter oder Angehörige nationalsozialistischer Organisationen nicht beschäftigt werden. Soweit solche bereits angestellt sind, haben sie auszuscheiden.

Er glaube, daß die Aussprache des heutigen Nachmittags eine deutliche Begründung dieses Antrags sei.
Vorsitzender [*Josef Müller*] regt den Zusatz an "solange sie nicht entlastet sind".
Dr. *Hundhammer* möchte dem im Augenblick noch nicht ohne weiteres zustimmen.

Entlastete Leute ausgerechnet an Stellen im Landessekretariat zu verwenden, bedürfe auch noch einer besonderen Überlegung.
Vorsitzender [*Josef Müller*] will über den Antrag von Dr. *Hundhammer* später abstimmen lassen. Zunächst bitte er, seinen Antrag zu erledigen:

> Die Partei stellt sich entschlossen hinter das bestehende Gesetz und wird alles tun, um seine rasche und reibungslose Durchführung zu sichern.

Was den Brief anbelange, so gehe dieser auf seine eigene Verantwortung.
Der Antrag wird einstimmig angenommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] erklärt hierauf, daß ihm Oberst *Reese* gesagt habe, wenn der Arbeitsausschuß diesem Antrag nicht zustimme, solle er einen neuen bestellen. Er (Dr. *Müller*) habe das volle Vertrauen der Militärregierung.
Redner fährt dann fort: Ich bitte, jetzt zu meinem Brief Stellung zu nehmen. Der Brief geht dann auf meine persönliche Verantwortung. Ich darf dazu eines erklären: Ich habe wie vielleicht kein zweiter, zum mindesten in Bayern, in den letzten Jahren meinen Kopf hingehalten. Ich habe allein beim Reichskriegsgericht über 30 Anklagepunkte, auf die die Todesstrafe lautete, für den Frieden durchzufechten gehabt. Das wird auch bei den Amerikanern anerkannt. Ich habe meinen Freunden in Berlin mitgeteilt, ich sei nie vor *Hitler* auf dem Bauch gelegen und werde es auch nicht vor anderen tun. Deswegen werde ich mir nie das freie Wort nehmen lassen. Wenn man zu der Auffassung komme, daß mein Standpunkt der Union abträglich sei, so würde ich der erste sein, der sofort die Konsequenzen ziehen und von dieser Stelle abtreten würde.
Ich kann es nicht verantworten, in diesem Falle bedingungslos zu sagen: ich halte alles für gut und recht, was ich nun einmal nicht für gut und recht halte. Dagegen steht mein Gewissen. Das mache ich nicht, mit niemandem, mag es sein, wer es will. Deshalb werde ich unabhängig von Ihrer Stellungnahme auf jeden Fall den Brief zumindest im großen und ganzen so schreiben, wie er hier entworfen ist. Ich werde keine weitere Schärfe hineinbringen, aber ich würde selbst in dem Falle, daß Sie eine andere Meinung haben sollten, mich nicht abbringen lassen, nach meinem Gewissen zu handeln.
Dr. *Horlacher* stellt in längeren Ausführungen heraus, welche große Bedeutung die Amerikaner dem Denazifizierungsgesetz beimessen. Jeder, der gegen das Gesetz spreche, werde in den Augen der Amerikaner fallen. Er spreche unumwunden aus, daß das Gesetz ein gutes Gesetz gewesen sei. Die juristischen Formulierungen seien richtig und so klar gefaßt, daß sie jedem vernünftigen Menschen die Handhabe gäben, die Verhältnisse richtig zu beurteilen. Die Union wäre in die Schwierigkeiten nicht hineingekommen, wenn sich der Parteivorsitzende an den Wortlaut der Entschließung in der Landesversammlung gehalten hätte.
Redner verweist auf die Vorgänge im Vorparlament, wo er am Vormittag in Abwesenheit des Vorsitzenden eine Erklärung habe abgeben müssen, die sich auf die Entschließung in der Landesversammlung gestützt habe. Ein Parteivorsitzender müsse den Beschluß der Landesversammlung auch auf seinen Schriftverkehr übernehmen. Der Brief an General *Muller* habe einen Aufbau und Formulierungen, denen er nach all dem Unglück, das der Nationalsozialismus über Deutschland gebracht habe, nie zustimmen werde. Wenn er schon als Deutscher nicht allen Wendungen dieses Briefes zustimme, so würde es der Amerikaner erst recht nicht tun. Der Brief korrigiere und verwässere die Entschließung der Partei, der der Vorsitzende ja zugestimmt habe.
Dr. *Schlögl* erinnert an die Kritik hinsichtlich der Haltung der CSU in der Entnazifi-

zierungsfrage im Vorparlament und bittet den Vorsitzenden in eindringlichen Worten, sich unter allen Umständen an Beschlüsse der Landesversammlung zu halten. Der Landesvorsitzende müßte immer daran denken - und das gelte auch für den Brief an General *Muller* -, daß jede seiner Äußerungen als von der Partei abgegeben aufgefaßt werde und daß er daher persönliche Äußerungen überhaupt nicht mehr in der Öffentlichkeit abgeben könne. Er empfehle daher dem Vorsitzenden, wie es auch Dr. *Hoegner* mache, immer nach Manuskript zu sprechen oder seine Worte irgendwie festzulegen.
Eine fatale Situation habe sich in der Vorparlamentssitzung heute vormittag auch durch einen Artikel über die Verfassung ergeben. Der Artikelschreiber habe dabei sozusagen eine offizielle Erklärung für die CSU abgegeben. Dieses Recht stünde aber nur dem Parteivorsitzenden zu, gestützt auf das größte Gremium, die Landesversammlung.
Redner bezieht sich auf die Rede des Landesvorsitzenden in Kempten, die dort Anlaß zu Mißverständnissen gegeben habe. Die Stellungnahme des Landesvorsitzenden sei immer und in jedem Falle, den Deutschen wie den Amerikanern gegenüber, die Stellungnahme der Union.
Staassekretär Dr. *Ehard* geht auf den Artikel über die Verfassung ein, wobei er nachdrücklich betont, daß in ihm die ganze Verfassungsfrage in absolut schiefem Licht dargestellt sei.
Haußleiter zitiert die Entschließung der Landesversammlung zur Denazifizierung:

> Die Union fordert eine beschleunigte, strenge aber gerechte Durchführung des Entnazifizierungsgesetzes, die zu einer dem Maße der Schuld entsprechenden Bestrafung aller verantwortlichen Elemente führt.

Redner stellt in eingehenden Darlegungen fest, daß das, was Dr. *Müller* getan habe, genau und vollständig dieser Entschließung entspreche. Dr. *Müller* bringe lediglich Vorschläge zur Verbesserung und gerechteren Durchführung des Entnazifizierungsgesetzes, als es im Augenblick durchgeführt zu werden drohe.
In seinem Gebiet könne er zahlreiche Beispiele für die politische Handhabung des Denazifizierungsgesetzes anführen. So habe in einem Dorfe ein Sozialdemokrat mit Namen *Rätsch* dem früheren Ortsgruppenleiter gegen Fett und Eier die Fürsprache der Sozialdemokraten bei der Denazifizierung zugesichert.
Dr. *Müller* weise in seinem Brief auf das Anwachsen des Denunziantentums hin und auf Mängel in der Gerechtigkeit. Diese Mängel lägen ganz klar dort vor, wo ein Gerichtsbeschluß zum ersten Mal in der Rechtsprechung der ganzen Welt durch einen einzelnen Kommunisten aufgehoben werden könne. Das sei eine Diktatur gegenüber dem Gericht. Auch habe es in der ganzen bisherigen Rechtsprechung der Welt den Fall noch nicht gegeben, daß einer, wenn er zu Unrecht verurteilt worden sei, für den Schaden, den er durch einen falschen Schuldspruch erlitten habe, nicht entschädigt werde. Was der Vorsitzende tue, sei keine Kritik am Entnazifizierungsgesetz, sondern ein Vorschlag zu einer Verbesserung der Rechtsprechung aufgrund des Entnazifizierungsgesetzes.
Er erinnere an den Standpunkt der Kirchen zu dem Gesetz. Beide Kirchen hätten, juristisch sehr gut begründet, genau dieselben Einwände gegen das Denazifizierungsgesetz gebracht. Wenn die Christlich-Soziale Union es nicht wage, für den Rechtsstandpunkt einzutreten, begehe sie Verrat an der Demokratie, die sie aufbauen wolle.

Staatssekretär Dr. *Ehard*: Ich darf zu dem Brief folgende Bemerkung machen: Ich glaube, ich kenne die Atmosphäre hinsichlich der Denazifizierung bei den Amerikanern im allgemeinen und die jetzige Atmosphäre im besonderen sehr genau. Ich kann nur sagen, die Amerikaner sind im Augenblick überaus empfindlich, noch empfindlicher als sonst in diesen Dingen. Sie sind außerdem überaus mißtrauisch und sie sind, ob mit Recht oder Unrecht, jedenfalls tatsächlich besonders mißtrauisch angesichts der Haltung der CSU im Anschluß an die Besprechung bei Oberst *Reese*. Wenn man sich jetzt offiziell unter die Durchführung dieses Gesetzes stellt, so würde ich sehr empfehlen, genau zu überlegen, ob man in einem Brief an General *Muller* diesen Beschluß erläutern oder vielleicht irgendwie abschwächen sollte, oder ob man Vorschläge über die Änderung dieses Gesetzes im Augenblick dem Herrn General *Muller* gegenüber machen sollte.
Ich glaube nicht, daß die Amerikaner, schon nicht aus Prestigegründen, darauf irgendwie eingehen. Sie werden sich auf irgendeine Änderung des Gesetzes tatsächlich nicht einlassen.
Es kommt etwas anderes hinzu. All das, was der Herr Vorsitzende über die Mängel dieses Gesetzes und über die Wünsche, die man an eine Verbesserung hätte, heute vorgetragen hat, ist mir und dem Kreis, der bei der Entstehung des Gesetzes mitgewirkt hat, keineswegs neu. Wir haben diese und ganz andere Einwände in schärfsten Kämpfen mit den Amerikanern vorgebracht. Wir haben nicht nur die Grundsätze, sondern einzelne Paragraphen, einzelne Formulierungen erkämpft, und wir haben zum Schlusse um einzelne Worte gekämpft.
So, wie das Gesetz vorliegt, ist es das Äußerste, was man den Amerikanern tatsächlich abringen konnte. Es hat natürlich eines, und das muß man richtig erkennen: das Gesetz ist in der Tat entwicklungsfähig. Es sind eine Reihe von Tatbeständen enthalten, die der Jurist vielleicht als etwas labil bezeichnet. Manche Dinge sind nicht so präzis, wie man es als Jurist wünschen möchte, aber mit Absicht. Denn wir haben die Erfahrung gemacht: In dem Augenblick, in dem ich irgendeinen Begriff, der besonders gefährlich ist, präzis definiert haben wollte, ist er immer negativ gewesen. Schließlich haben die Amerikaner, die ja auch durch den Kontrollrat und durch Berlin stärker gebunden waren, als sie es anfänglich selbst gemeint haben, ein Einsehen gehabt und gesagt: Lassen wir es bei dieser Formulierung, wir kommen dabei weiter.
Man kann jedoch bei diesem Gesetz bei der Durchführung einsetzen. Und hier sind von Anfang an eine Reihe von Fehlern gemacht worden. Ich muß hier sagen, bedauerlicherweise hat die CSU das Gewicht ihrer Partei nicht zur rechten Zeit eingesetzt, um diese Fehler zur rechten Zeit zu korrigieren. Der politische Minister hat immer und immer wieder gesagt: Im Gesetz steht, daß die Ausschüsse paritätisch zusammengesetzt sein müssen. Das ist nicht richtig. Mit keinem Wort steht das im Gesetz. Im Gesetz steht, daß die Spruchkammern den örtlichen Verhältnissen angepaßt sein sollen und nicht einseitig zusammengesetzt sein dürfen. Das ist etwas ganz anderes. Wir sind dagegen immer Sturm gelaufen. Wir haben immer versucht, etwas dagegen zu tun. *Schmitt* hat es immer wieder gesagt und keiner von den maßgebenden Herren der CSU ist in dem maßgebenden Kreisen irgendwie dagegen eingetreten. Das muß einmal gesagt werden.
Was hier - und das ist ein persönlicher Vorschlag von mir - dem General *Muller* meines Erachtens jetzt in einem nicht günstigen Zeitpunkt gesagt werden soll oder will, das soll man zunächst, und zwar mit dem Gewicht der Partei, dem Ministerpräsidenten [*Wilhelm Hoegner*] sagen. Man soll dem Ministerpräsidenten sagen: Bei der bis-

herigen Durchführung des Gesetzes sind wir auf eine Reihe von Dingen gestoßen, die uns keineswegs gefallen. Wir müssen bei der Durchführung des Gesetzes - und das sind wir unseren Wählern schuldig - eine Reihe von Wünschen geltend machen, die unter allen Umständen berücksichtigt werden müssen. Wenn der politische Minister, ob er nun der kommunistischen oder einer sonstigen Partei angehört, das Gesetz nicht sachlich durchführen kann, dann kann man das nicht auf ein anderes Ministerium oder sonst jemand abschieben. Dann muß ich diesen Minister mit seinem gesamten Ministerium ersetzen.

(Sehr richtig!)

Das ist das, was man unter Umständen als letztes verlangen muß.
Man hätte zur rechten Zeit und viel früher einmal einen Besuch beim Ministerpräsidenten [*Wilhelm Hoegner*] machen können und müssen und hätte ihm sagen können: Bitte, wir wollen gar keine Koalitionsbesprechungen. Aber etwas brennt dem Wähler auf den Nägeln, in einer Sache will er unter allen Umständen die Unterstützung der Partei als solcher - denn deshalb haben wir sie gewählt -, und das ist die Entnazifizierung. Man kann jetzt nicht sagen: Ich kritisiere das Gesetz, ich möchte an Stelle der Spruchkammern Schöffengerichte, ich möchte an Stelle dieser Bestimmung eine andere haben. All diese Dinge sind im Augenblick völlig unmöglich durchzusetzen, vielleicht noch weniger als damals bei der Entstehung des Gesetzes.
Vielleicht kann ich aber bei der Durchführung des Gesetzes, bei der Zusammensetzung der Spruchkammern eine Reihe von Dingen machen. Ich kann mich mit Tatsachenmaterial zum Ministerpräsidenten begeben und sagen: Bitte, ist das ein Zustand, daß deutsche Parteien, nicht Amerikaner, in erster Linie die Leute der CSU, ob sie in der Spruchkammer sitzen oder in irgendeiner maßgebenden öffentlichen oder Parteifunktion, systematisch abschießen? Dagegen wehre ich mich und dagegen muß ich mich wehren. Der Ministerpräsident ist für eine entsprechend sachliche, gerechte und vernünftige Durchführung dieses Gesetzes verantwortlich, und wenn der politische Minister [*Heinrich Schmitt*], den der Ministerpräsident aufgrund des Gesetzes ernannt hat, das nicht fertigbringt, entweder als Person oder mit seinem Apparat, gut, dann muß der Ministerpräsident dafür sorgen, daß irgendeine Revidur geschaffen wird. Aber es ist Gefahr im Verzug. Lange darf es nicht mehr dauern.
Mir schiene der Weg, daß man einmal einen ernsten nachdrücklichen Besuch beim Ministerpräsidenten in dieser Angelegenheit macht, der bessere und der geeignetere. Wenn der Ministerpräsident das Seine nicht tut, dann kann man sehen, wie man weiterkommt. Aber jetzt gleich an die Amerikaner zu gehen mit Vorschlägen, die vielleicht gar nicht gelesen, vielleicht unangenehm aufgefaßt, auf jeden Fall nicht berücksichtigt werden, halte ich zumindest für ganz unopportun.
Entschuldigen Sie, wenn ich etwas temperamentvoll zu dieser Sache gesprochen habe. Ich kenne die Atmosphäre, ich kenne die Entwicklung der Dinge genau. Ich weiß, welche großen Schwierigkeiten zu überwinden waren und was man manchmal dabei hat riskieren müssen, um dieses Gesetz zustande zu bringen. Ich kenne die Verhältnisse und weiß, daß die Atmosphäre in dieser Beziehung im Augenblick nicht nur in München, sondern auch in Berlin außerordentlich gespannt ist.
Ich würde es daher im Augenblick für zweckmäßig halten zu sagen: Wir stehen hinter diesem Gesetz, aber was wir auszusetzen haben, das werden wir dem in erster Linie dafür verantwortlichen Mann, nicht dem politischen Minister, sondern dem Ministerpräsidenten vortragen, und wir werden sagen: Wenn das nicht abgestellt wird, werden

wir uns überlegen, ob wir nicht irgendwelche anderen Wege oder Möglichkeiten dazu haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*] schildert ausführlich den Inhalt seiner Kemptener Rede, soweit sie gegen Ministerpräsident *Hoegner* gerichtet gewesen sei, sowie die Kemptener Erwiderung darauf durch Dr. *Hoegner*.
Staatssekretär Dr. *Ehard* greift noch einmal auf seinen Vorschlag der Vorsprache bei Ministerpräsident *Hoegner* zurück. Der Zeitpunkt für die Reinigung der Atmosphäre sei zwar spät, aber noch nicht zu spät gewählt.
Vorsitzender [*Josef Müller*] führt die Mißstimmung gegen die Union darauf zurück, daß die Partei den Gegnern eben zu groß geworden sei. Schon der Fall *Schäffer* habe die Tendenz aufgezeigt, die Union zu sprengen. Das sei aber nicht gelungen. Die Sozialdemokratie werde dieselben Schwierigkeiten bekommen, die die Union in absehbarer Zeit werde überwunden haben. So habe Dr. *Hoegner* den Amerikanern in seinem Beisein erklärt, *Schumacher* sei der reinste Parteidiktator und er (Dr. *Hoegner*) wehre sich gegen jeden Diktator. Dr. *Hoegner* habe Dr. *Schumacher* mit den schärfsten Worten abgeurteilt, wie er selbst das nie und nimmer in den Auseinandersetzungen zwischen *Schäffer* und ihm getan habe.
Redner führt dann mit Bezug auf den Brief an General *Muller* aus:
Die Amerikaner sind nun einmal in den ganzen Kampf hineingezogen, und deshalb muß ich dem amerikanischen General klar meine Meinung sagen, gerade nachdem jede Gelegenheit wahrgenommen wurde, meine Meinung verfälscht wiederzugeben. Es ist mein persönlicher Brief. Ich werde ihn auf dem persönlichen Briefpapier schreiben. Ich werde den Brief bestimmt schreiben, weil ich glaube, daß er für die Dauer gesehen zum Allerbesten der Union geschrieben ist, auch wenn ich nicht mehr an der Spitze der Union stehe. Das kann die Folge sein.
Ich kann hierzu erklären: Ich habe bestimmt keinen Ehrgeiz nach irgendeinem Amt. Ich bin damals an die Spitze der Union getreten, weil ich geglaubt habe, daß ich am ehesten die Union zusammenhalten kann. Das hat sich auch bei den verschiedenen Abstimmungen gezeigt. Ich werde aber unter keinen Umständen eine Stunde länger an der Spitze der Union stehen, wenn ich mein Gewissen vergewaltigen muß, und das müßte ich in diesem Falle tun. Ich werde auch unter allen Umständen in Kauf nehmen, daß dann irgendwelche Leute glauben, ich sei nicht geeignet für das eine oder andere Amt.
Meine Herren! Ich habe noch nie ein Amt erstrebt. Ich habe, als die Frage der Ministerpräsidentenschaft bereits diskutiert wurde, immer erklärt: Ich persönlich habe keine Neigung dazu. Ich würde auch nicht gerne Parteivorsitzender und Ministerpräsident koppeln. Ich werde aber jedem in die Quere kommen, bei dem ich merke, daß ihn der persönliche Ehrgeiz vortreibt, und zwar deswegen, weil dieser persönliche Ehrgeiz jetzt schon die Union erledigen wird und weil Opportunismus - und das würde ich in diesem Falle als Kapitulieren ansehen - später die Union erledigen wird. Darauf kommt es an. Soll sich die Union heute gegen den Willen des allergrößten Teiles des bayerischen Volkes stellen, auch der vom Gesetz nicht Betroffenen?
Herr Staatssekretär *Ehard*! Ich kann Ihnen jetzt freundschaftlich sagen: Ich wünschte, Sie hätten erlebt, wie die Leute gegen dieses Gesetz stehen. Sie hätten das sehen können, wenn Sie die Vertrauensmännerversammlungen mitgemacht hätten. Ich hatte immer meine Mühe, zu verhindern, daß irgendwelche Resolutionen in diesem Sinne gefaßt wurden. Ich habe Sie und Dr. *Pfeiffer* wegen der Mitwirkung am Gesetz immer

verteidigt und habe das Gesetz weiter verteidigt, als es mein persönlicher Standpunkt zugelassen hätte.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Wir haben auch Hunderte von Versammlungen abgehalten!)

Michel Horlacher! Ganz deutsch gesprochen: Ich wurde von Franken darauf angesprochen, daß Du in großen Städten nicht mehr reden sollst, weil der Schaden unabsehbar wäre. Viele Leute haben sich gegen Deine Versammlungen gestellt und gesagt, ein solcher Standpunkt macht die Union kaputt.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Das ist ein *Müllerscher* Standpunkt. Das ist lächerlich!)

Das ist ein Standpunkt, der jederzeit belegt werden kann.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Das sind ein paar Intellektuelle, die meinen Standpunkt nicht verstehen, aber nicht die Masse des Volkes!)

Die Masse des Volkes ist noch ganz anders eingestellt.
Sie können selbstverständlich Ihre Meinung dazu äußern. Ich werde in diesem Falle, weil es für mich um eine Gewissensfrage geht, überlegen müssen, ob ich nicht sehr schnell eine Landesversammlung einberufe und die Konsequenzen ziehe.
Dr. *Eichhorn* rät, den Brief wenigstens nicht gleichzeitig mit der Erklärung abzuschikken. Am liebsten wäre es ihm aber, wenn sich der Vorsitzende den Vorschlag von Staatssekretär *Ehard* zu eigen machen und den Brief an den wirklich zuständigen Mann, den Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* bringen würde.
Dr. *Horlacher* weist in scharfen Worten die Ausführungen des Landesvorsitzenden über seine Versammlungen in Franken zurück und unterstreicht seine und seiner Mitarbeiter vom Bauernverband Verdienste um die Union.
Vorsitzender [*Josef Müller*] nimmt zu dem in der Oberfränkischen Volksstimme erschienenen Artikel von Dr. *Kroll* über die Verfassung Stellung. Dr. *Kroll* habe möglicherweise die Stellungnahme des Landesvorsitzenden - er halte Arbeiten auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik für vordringlich - etwas pointiert wiedergegeben.
Zur Beleuchtung seiner Einstellung in der Verfassungsfrage schildert Vorsitzender eine Zusammenkunft mit Dr. *Hoegner* im American Press Club, auf der auch prominente amerikanische Journalisten und Schweizer Pressevertreter zugegen gewesen seien. Der Editor der Hearst-Presse habe dabei erklärt, wichtiger als die ganze Verfassungsfrage sei ihm, welche Forderungen er drüben in Amerika für den wirtschaftlichen Aufbau vertreten solle. Er (Dr. *Müller*) habe dann seine Pläne entwickelt, die in erster Linie auf Beschaffung von Kohle und Wiederbelebung des Ausfuhrhandels insbesondere mit Amerika zielten.
Dr. *Gerathewohl* befürchtet, daß jetzt nicht der geeignete Zeitpunkt für die Absendung eines Briefes sei, wie ihn der Landesvorsitzende dem Ausschuß bekanntgegeben habe. Er schlage vor, der Landesvorsitzende möge zwar einen Brief an General *Muller* schreiben, in diesem aber lediglich das Einverständnis mit der Entschließung zum Ausdruck bringen und sich auf eine Kritik der Ausführungsbestimmungen beschränken sowie mitteilen, daß man sich darüber mit Ministerpräsident Dr. *Hoegner* unterhalten wolle.
Im übrigen empfehle er wärmstens den Vorschlag von Dr. *Ehard* für eine Unterredung mit Ministerpräsident Dr. *Hoegner*.
Ritter von Lex umreißt in eingehenden Darlegungen seine Stellungnahme dahingehend, daß er mit dem Herzen für den Brief, mit dem Verstand für den Vorschlag von

Staatssekretär Dr. *Ehard* sei, dem er sich daher in Anbetracht der gegenwärtigen etwas gespannten Lage anschließe.
Vorsitzender [*Josef Müller*] stellt die Frage der Absendung des Briefes bis zu seiner Rückkehr aus Berlin zurück. Allerdings wolle er nicht den Eindruck aufkommen lassen, daß die Amerikaner an sich gegen die Union wären. Die Haltung, die er gegenwärtig einnehme, sei er den Leuten draußen schuldig, die sich unter vielen persönlichen Gefahren für die Union einsetzten und es nicht verstehen könnten, wenn er sich schwach zeige.
Auf eine Anfrage von Dr. *Horlacher* über die Besetzung der Abteilung I im Ministerium *Schmitt* antwortet Staatssekretär *Krehle*, daß Minister *Schmitt* an ihn herangetreten sei, ob er jemand für diese Abteilung wisse. Er (*Krehle*) habe aber niemand empfehlen können.
Vorsitzender [*Josef Müller*] spricht sich unter Zustimmung des Ausschusses dafür aus, daß die Union für das Ministerium *Schmitt* auf keinen Fall einen Staatsekretär benennen werde.
Dr. *Gamperl* tritt in energischen Worten für eine starke Haltung der Partei gegenüber den Angriffen der Gegner ein. Etwas müsse unbedingt geschehen. Ob zum Ministerpräsidenten gegangen werden solle oder ob man besser den Brief an General *Muller* abschicke, wage er nicht zu entscheiden.
Dr. *Gronwald* führt zu den Angriffen auf Unionsmitglieder im Lande draußen aus:
Wir müssen dreierlei unterscheiden: 1. Die Union stellt sich entschlossen hinter das Gesetz. 2. Es werden gewisse Vorschläge für die Durchführungsbestimmungen gemacht, die keine Kritik sondern lediglich Ergänzungen sind. 3. - Und das scheint mir entscheidend zu sein: Stellen wir uns endlich einmal klar und eindeutig vor alle unsere Leute, die draußen diesen namenlosen Verfolgungen und heimtückischen Verleumdungen der Sozialdemokraten und Kommunisten ausgesetzt sind.
Meine Herren: Wenn man in der letzten Zeit durchs Land gekommen ist und mit unseren Vertrauensleuten und Vorsitzenden gesprochen hat, dann wird einem immer wieder händeringend entgegengehalten: Um Gottes Willen, was tut Ihr eigentlich, um endlich einmal unsere eigenen Leute gegen die maßlosen Diffamierungen in Schutz zu nehmen, um allen denjenigen das politische, bürgerliche und wirtschaftliche Leben zu gewährleisten, die auf irgendeine plumpe und heimtückische Verdächtigung hin abgeschossen werden, die nicht nur politisch tot sind, sondern auch mit ihrer ganzen wirtschaftlichen Existenz?
Der Brief hat zum Hintergrund, daß jetzt einmal die höchste amerikanische Stelle auf dieses unmögliche Treiben hingewiesen wird, daß endlich einmal das offene Wort gesprochen wird, das unseren Leuten draußen wieder den Mut gibt, energisch aufzutreten, das ihnen die Gewähr gibt, daß eine Stelle da ist, die sich ihrer Sorgen und ihrer Person annimmt. Der Vorfall mit dem Landrat in Uffenheim von heute vormittag zeigt, in welch skandalöser Weise selbst gegen Leute vorgegangen wird, die wahrhaftig eine weiße Weste haben. Ich glaube, wir sind es der eigenen Partei und der Garnitur, die sich hingestellt hat, schuldig, daß wir uns voll und ganz für unsere Leute einsetzen.
Wenn dieses Tempo von den Gegnern weiterhin beibehalten wird, stehen wir so da, daß die Besten abgeschossen sind, daß die zweite Garnitur abserviert ist und die kümmerliche dritte überbleibt. Wir haben niemand mehr, der dann draußen den Mut hat, sich für die Union einzusetzen. Es kommt dann zwangsläufig, daß Elemente in der Union Einfluß gewinnen und an die Führung kommen, die wir wegen ihrer reak-

tionären Einstellung dort nicht haben wollen und die nach ihrer ganzen Person keine Gewähr dafür bieten, daß wirklich noch die Grundsätze in der Öffentlichkeit und im politischen Leben vertreten werden, für die wir einmal eingetreten sind. Ich lebe in der ständigen Angst, daß die wenigen, die draußen stehen und sich mannhaft für die Ziele der Union einsetzen, resignieren, den Mut verlieren und plötzlich alleinstehen. Dann haben wir noch an der Spitze ein Gremium, das sich anstrengt, die Fahne hochzuhalten, aber wir haben die Gefolgschaft im Lande nicht mehr. Ich bitte, das in Rechnung zu stellen und sich immer wieder zu fragen: Was können wir tun, um diesen unverschämten Diffamierungen, um diesen heimtückischen Angriffen gegen die Persönlichkeiten draußen endlich Einhalt zu gebieten?
Staatssekretär *Dr. Ehard* anerkennt die Richtigkeit der von *Dr. Gronwald* angeführten Tatsachen, bezweifelt aber nach wie vor, ob es zweckmäßig sei, die Beschwerde bei den Amerikanern anzubringen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir müssen zum Schluß der Debatte kommen. Zu dem, was Sie gesagt haben, möchte ich erklären: Ich glaube, daß man die Verteidigung - es wäre von meinem Standpunkt aus Feigheit, wenn ich so handeln würde - leicht vergleichen kann mit der Verteidigung der Zustimmung zum damaligen Ermächtigungsgesetz. Es kann auch später wieder eine Zeit kommen, wo wir uns wegen der Haltung zu verteidigen haben, die wir in diesem Augenblick eingenommen haben.
Auf weitere Vorstellungen von *Dr. Schlögl* erklärt der Vorsitzende sein Einverständnis, daß er nach der Rückkehr von Berlin wegen des Briefes noch einmal mit Staatssekretär Dr. *Ehard* Rücksprache nehmen werde.
Anschließend wird über den Antrag *Dr. Hundhammer* abgestimmt:

> Der Landesarbeitsausschuß der CSU beschließt, daß im Landessekretariat der Partei frühere Mitglieder der NSDAP, Anwärter oder Angehörige nationalsozialistischer Formationen nicht beschäftigt werden können. Soweit solche bereits angestellt sind, haben sie auszuscheiden.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird der Schlußsatz umgeändert in:

> Soweit solche bereits angestellt sind, haben sie bis zur Denazifizierung auszuscheiden.

In dieser Fassung wird der Antrag einstimmig angenommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] kommt dann auf seine Berliner Reise zu sprechen und berichtet:
Ich gehe nach Berlin. *Prittwitz*, *Kroll* und *Steber* sind bereits vorausgefahren. *Horlacher* habe ich herzlich eingeladen. Er hat keine Sehnsucht nach Berlin. Er hat mir bei der Absage wirklich einen netten Brief geschrieben.
Man wehrt sich dagegen, daß Berlin der Sitz der Partei sein soll und daß man dort vollendete Tatsachen schaffen will. Ich werde nach wie vor daran festhalten, daß die Union als solche föderativ aufgebaut werden muß. Ich werde, wenn nicht Gesichtspunkte dazu zwingen, die nicht von der Partei aus hereingebracht werden, wenn also die Außenpolitik dabei von entscheidender Bedeutung sein sollte, meinen Standpunkt nach wie vor durchhalten, so wie Sie ihn kennen. Sollte die Außenpolitik entscheidend sein, werde ich mich mit meinen Freunden besprechen und zumindest versuchen, die entsprechende Zeit zu gewinnen, um entsprechende Entscheidungen herbeizuführen.
Ritter von Lex: Du behältst die Entscheidung Deiner Landesinstanzen vor.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jawohl, wenn es irgendwie geht. Es darf sich dabei nicht um einen Kompromiß mit den Berlinern handeln, sondern es müssen höchstens aus-

senpolitische Gesichtspunkte maßgebend sein, die mir dann in diesem Falle nicht nur von den Parteifreunden in Berlin vorgetragen werden dürfen.
Daß großes Interesse an meiner Berliner Anwesenheit besteht, ergibt sich daraus, daß *Kaiser* in einem Telefongespräch durch den Kontrollrat über die Militärregierung mir mitgeteilt hat, daß Engländer und Amerikaner dringend meine Anwesenheit wünschen und daß auch die Russen mich zu sehen wünschten.
Sie verstehen daher, warum ich unter allen Umständen jetzt nach Berlin gehen will, auch wenn formell eines noch nicht geschehen ist, was ich bisher verlangt habe: Ich habe *Kaiser* telefonisch gebeten, die Publikation richtigzustellen, daß dieser Parteitag ein Parteitag der Union Deutschlands sein soll. Ich habe gebeten, ihn nur als Parteitag der Union der russischen Besatzungszone zu bezeichnen, auf dem wir als Gäste zugegen sind.
Dr. Gronwald: Das ist in der Öffentlichkeit und in der Presse geschehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich werde, sobald ich von Berlin zurück bin, eine neue Arbeitsausschußsitzung einberufen und dort über die Berliner Tagung und das berichten, was sich mittlerweile auf anderen Gebieten ereignet hat. Ich habe heute bei der Militärregierung für Bayern schon erklärt: Gerade weil die amerikanische Militärregierung in Berlin will, daß ich dort bin, möge die hiesige Militärregierung darauf Rücksicht nehmen und in der Zwischenzeit zumindest verhindern, daß die Union durch meine Reise nach Berlin entscheidenden Schaden erleidet.

Schluß der Sitzung: 21.00 Uhr.

Nr. 20

Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 5. Juli 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Einlauf
   a) Antrag Regensburg, die Stadt Regensburg zum Bezirksverband zu machen
   b) Alpenverein
   c) Mietung eines Hauses (ehemalige Segelschule Chiemsee) als Schulungsheim
2. Politische Aussprache
3. Beschluß über die Bildung eines Ausschusses zur endgültigen Gestaltung eines Regierungsprogrammes

Ferner:
4. Finanzstatut
5. Sonstiges

Tagungsort: München, Landessekretariat, Paul-Heyse-Straße 2-4

Anwesend:[2] Donsberger, Eichhorn, von Eicken, Gamperl, Grasmann, Gronwald, Haußleiter, Helmerich, Horlacher, Hundhammer, Krehle, Ritter von Lex, J. Müller, Ostwald, Pauker, Rinke, F.L. Sauer, F. Schäfer, Steber; als Gäste: M. Deku, Hahn, K. Köhler, Lang-Brumann, Muhler, von Prittwitz-Gaffron; ferner: Gerathewohl, Graemer, Schedl, F.A. Schmitt, Semler, Speicher

ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Protokollführer: Pauker

Die Sitzung wird um 14.37 Uhr nach Feststellung der Anwesenheit unter dem Vorsitz des Landesvorsitzenden Dr. *Müller* eröffnet.
Nach einführenden Worten, in denen der Vorsitzende sein Bedauern ausspricht, daß die Vertraulichkeit der Besprechungen des Arbeitsausschusses nicht immer gewahrt worden sei, beschließt der Ausschuß die Zulassung von Gästen zur Sitzung.
Vorsitzender [*Josef Müller*] gibt bekannt, daß er um 17 Uhr zur Militärregierung müsse und um 19 Uhr beim Landesbischof [*Hans Meiser*] eine Besprechung habe. Er bittet daher, die Tagesordnung so abändern zu dürfen, daß nur die wichtigsten Punkte in seiner Anwesenheit besprochen würden.
Als erster Punkt der Tagesordnung wird der Antrag der Stadt Regensburg behandelt, die Stadt Regensburg zum Bezirksverband zu machen.

---

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes, da die ursprünglich geplante Tagesordnung (ACSP, NL Müller 11) dem Sitzungsverlauf kaum entsprach: "1. Einlauf, a) Brief des Herrn Oberbürgermeisters Scharnagl zur Frage Sport und Union, b) Antrag Regensburg, die Stadt Regensburg zum Bezirksverband zu machen, c) Alpenverein, d) Mietung eines Hauses (ehemalige Segelschule Chiemsee) als Schulungsheim, e) Flugblattwerbung - Köpfe der Union, f) Bauhütte Union, g) Werbung für die Bayerische Rundschau, h) Meldung der Mitgliederzahl, i) Einteilung der Kreisgeschäftsstellen, k) Zuweisung von PKW; 2. Politische Aussprache; 3. Beschluß über die Bildung eines Ausschusses zur endgültigen Gestaltung des Regierungsprogramms; 4. Bodenreform; 5. Wohnungsgesetz; 6. Vermögensverwaltung; 7. Kriegsgefangenenrückkehr - Versehrtenausschuß; 8. Vorbereitung der 2. Landesversammlung." Die vorgesehenen Tagesordnungspunkte wurden, soweit besprochen, im Wortlaut übernommen; die unter "Ferner" aufgeführten Punkte wurden anhand des Protokolltextes rekonstruiert.

[2] Laut Anwesenheitsliste. Die unter "ferner" Genannten wurden anhand des Protokolltextes ermittelt. Der Name eines Gastes ist unleserlich.

Der Ausschuß beschließt, der Stadt Regensburg mitzuteilen, daß der Antrag dem Landesarbeitsausschuß mit detaillierter Begründung vorgelegt und dann vor der Landesversammlung eingebracht werden möge.
Anschließend wird die Frage der Mietung einer ehemaligen Segelschule am Chiemsee als Schulungsheim erörtert. Der Plan wird von den Ausschußmitgliedern, insbesonders von Dr. *Gerathewohl* begrüßt, der auf günstige Erfahrungen mit einem Schulungslehrgang in einem Kloster in der Nähe von Bamberg verweist.
Mehrere Ausschußmitglieder vertreten den Standpunkt, daß ein Schulungsheim für ganz Bayern zentraler gelegen sein müßte oder daß für Südbayern und Nordbayern je ein Schulungsheim gemietet werden sollte.
Vorsitzender [*Josef Müller*] hält die Frage der Mietung oder des Ankaufs eines Schulungsheims im Augenblick für verfrüht, nachdem die Organisierung der Kurse selbst noch nicht geklärt sei. Er glaube allerdings auch, daß man später dahinkommen solle, ein eigenes Schulungsheim zu haben.
Dr. *Gerathewohl* schlägt Bildung einer kleinen Kommission vor, die die entsprechenden Objekte, die für Sommer und Winter geeignet seien, in Augenschein nehme.
Staatssekretär *Krehle* empfiehlt, sich mit Herrn *Schwarzer* in Verbindung zu setzen, um zu erfahren, ob der Seehof in Kochel als Schulungsheim in Frage komme. Das Haus werde in diesem Falle von Schwestern bewirtschaftet, so daß hinsichtlich Unterkunft und Verpflegung keine Schwierigkeiten entstünden. Für Südbayern jedenfalls wäre das Haus sehr geeignet.
Dr. *Gerathewohl* empfiehlt für Nordbayern die Aufnahme von Verhandlungen mit dem in der Nähe von Bamberg gelegenen Kloster, in dem er bereits Schulungskurse durchgeführt habe.
Der Ausschuß beschließt, die Angelegenheit der Mietung bzw. des Ankaufs eines Schulungsheims im Auge zu behalten und nach Einholung entsprechender konkreter Vorschläge erneut zu beraten.
Auf Antrag von Dr. *von Eicken* wird als dringlicher Punkt die Frage des Alpenvereins behandelt. Redner hebt die eminente politische und kulturelle Bedeutung des Alpenvereins hervor. Der Alpenverein habe zuletzt über 110.000 Mitglieder gehabt mit einem Hüttenbesitz von 150 erstklassigen Alpenvereinshäusern. Die sozialdemokratischen "Naturfreunde" hätten es vor allem auf den Hüttenbesitz des Alpenvereins abgesehen. In Österreich habe Bundeskanzler *Figl* den ersten Vorsitz des österreichischen Teils des Alpenvereins übernommen. Wenn man die Gelegenheit versäume, hier zu helfen, habe man sich damit einer bedeutenden politischen Entwicklungsmöglichkeit begeben.
Redner bittet, daß die Landesgeschäftsführung beauftragt würde, der Frage des Alpenvereins mit außerordentlicher Sorgfalt und Energie nachzugehen und ihr eventuell alle dazu nötigen Vollmachten in Blanko zu geben. Jedenfalls müsse dafür gesorgt werden, daß der Alpenverein nicht einfach so wie er sei liquidiert werde.
Graemer berichtet, daß er eine Mitteilung vom Polizeipräsidium bekommen habe, daß die Militärregierung den Alpenverein vorläufig verboten habe. Die Frage müßte in direkten Verhandlungen mit der Militärregierung geklärt werden.
Der Ausschuß beschließt, die Angelegenheit bis zur Klärung in direkten Verhandlungen mit der Militärregierung zurückzustellen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] geht dann zu Punkt 2 der Tagesordnung "Politische Aussprache" über, wobei er ausführt:
Meine lieben Freunde! Hier taucht die Frage auf, inwieweit eine politische Aussprache über alle Vorgänge in einem großen Gremium durchgeführt werden kann. Ich

werde morgen dem Landesausschuß vorschlagen, daß zunächst die Bezirksvorstände über alle Vorgänge in den Bezirken berichten. Dann werde ich den staatspolitischen Ausschuß bilden lassen, den ich ja selbst zu bilden hätte, den ich aber in diesem Falle durch den Landesausschuß bilden lassen möchte. Ich werde dem staatspolitischen Ausschuß die Situation klarlegen, wie sie sich bei den sehr weitgehenden und konkreten Verhandlungen, die ich jetzt geführt habe, ergeben hat. Ich werde es ihm überlassen, seinerseits zu entscheiden, was dem Landesaussschuß zur Entscheidung vorgelegt wird.
Das ist keine Geheimnistuerei. Selbstverständlich kann auch Politik unter Beteiligung der Öffentlichkeit gemacht werden, denn in der Demokratie ist ja die Öffentlichkeit im weitesten Maße an der Politik beteiligt. Bestimmte Vorgänge sind aber noch im Ablaufen, so daß eine Störung durch Indiskretionen nicht ohne weiteres zweckmäßig erscheint. Ich darf hierbei bemerken, daß aus rein agitatorischen Gründen in der letzten Zeit alles mögliche über die Politik in der Union verbreitet wurde. Selbstverständlich wurden dabei auch gegen mich Angriffe vorgetragen. Ich möchte aber dabei bitten, daß der Inhalt von vertraulichen Besprechungen doch nicht Leuten mitgeteilt wird, die ihre Aufgabe offenkundig darin sehen, die Union zu sprengen. Sie erinnern sich, daß im Landesausschuß in Bamberg ein Mann aufgetreten ist, der ein Pamphlet verteilt hat, das eine solche Wirkung ausgelöst hat, daß damals alle einstimmig den Mann am liebsten sofort hinausgeworfen hätten.

(Sehr richtig!)

Dieser Mann, der so arbeitet, daß man annehmen kann, er besorgt die Geschäfte anderer, steht zweifelsohne im Zusammenhang mit Leuten aus dem Ausschuß. Denn ich weiß, daß er neuerdings Nachrichten verbreitet, offensichtlich auch schriftlich, die zumindest Bemerkungen enthalten, die in diesem Gremium gemacht worden sind.
Ich bitte infolgedessen, jetzt die Frage stellen zu dürfen: Wer aus diesem Gremium hat Herrn *Messmer* Informationen gegeben über Äußerungen, die ich hier gemacht habe? Wer steht in Verbindung mit Herrn *Messmer*?
Dr. *Hundhammer*: Ich kenne Herrn *Messmer*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Stehst Du in dauernder Verbindung mit ihm, so daß er von Dir Informationen bekommt?
Dr. *Hundhammer*: Informationen bekommt er nicht von mir. Er kommt aber zu mir.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Kennst Du seine Arbeit?
Dr. *Hundhammer*: Nein. Ich weiß, daß er mit den Amerikanern in Verbindung steht. Ich weiß nicht, welche Stellung er dort hat.
Dr. *Muhler*: Ich möchte bloß feststellen, daß ich auch - ich kann nicht sagen in Verbindung mit ihm stehe -, aber daß ich ihn ab und zu sehe. Seit dem Ereignis in Bamberg habe ich ihn ein einziges Mal auf der Straße getroffen. Informationen konnte er keine von mir haben, weil ich nie bei diesen Sitzungen war.
Dr. *Schmitt*: *Messmer* war zweimal bei mir. Einmal habe ich ihn hinausgeworfen. Kürzlich war er wieder bei mir. Ich habe gedacht, er würde mir eine Wahlspende der Firma *Moll* bringen. Er hat es nicht getan, sondern er hat mir einen großen Vortrag über alle möglichen Dinge gehalten.

(Zuruf: Bei *Moll* ist er hinausgeworfen worden.)

Dann ist er wieder gegangen. Er macht den Eindruck eines Menschen, der ständig von einem zum anderen läuft und Zwischenträgereien macht. Man wird nicht klug, was er eigentlich will. Auf der anderen Seite macht er wieder einen sehr intelligenten Ein-

druck. Ich war immer froh, wenn er wieder draußen war. Es ist ein Mann, mit dem man sich nicht einlassen kann.
Irgendwelche Verbindungen mit ihm habe ich nicht. Sollte er sich auf mich berufen, so stimmt das nicht.
Dr. *Muhler*: Bei der Vorstellung hat er sich auf Dr. *Hundhammer* berufen.
Dr. *Hundhammer*: Ohne mein Wissen.
Dr. *Schmitt*: Bei mir hat er sich auch auf eine Reihe von Herren berufen. Ich konnte mir das nach den Vorgängen in Bamberg nicht recht erklären.
Staatsminister *Helmerich*: Seine Haltung in Bamberg war so kurios, daß ich es bedauere, wenn Herren dieses Ausschusses noch Verbindung mit ihm halten. Ich würde bitten, daß niemand mehr aus diesem Ausschuß Verbindung mit ihm hält.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jedenfalls ist mir bekannt geworden, daß Herr *Messmer* ganz konkrete Äußerungen wiedergegeben hat in einem Schriftstück, die hier von mir gemacht wurden.
Dr. *Hundhammer*: Bei mir ist durch *Messmer* angefragt worden - wo er die Information her hat, weiß ich nicht -, *Müller* droht mit Verhaftungen. Diese Äußerung hast Du in der Gedonstraße gemacht. Du hast dort erklärt, Du hättest früher im Rahmen Deines Dienstes bei *Canaris* die Möglichkeit gehabt, jeden ohne Angabe von Gründen verhaften zu lassen. Du hättest damals keinen Gebrauch von dieser Vollmacht gemacht. Du hättest auch jetzt die Macht, jeden verhaften zu lassen, der eine Politik macht, die gegen die von Dir vertretene Linie läuft. Dr. *Rinke* hat damals erklärt, in München sei von einer solchen Bevollmächtigung bei der Militärregierung nichts bekannt.
Ich habe damals daraufhin erklärt, eine solche Drohung würde mir, der ich so lange unter den Klauen der Gestapo gestanden sei, außerordentlich überraschend kommen und es mir unmöglich machen, für das Vertrauensvotum zu stimmen.
Diese Äußerung ist bekannt geworden, ich weiß nicht wie. Daraufhin ist bei mir durch *Messmer* angefragt worden, ob diese Äußerung wirklich gefallen sei.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu bemerken: Wenn wir die alten Protokolle herausholen, werden wir ganz andere Feststellungen treffen.
Ich habe diese Äußerung nicht in dem Sinne gemacht. Es interessiert mich, daß die Äußerung in dieser Version in dem Schriftstück von *Messmer* enthalten ist. Wir werden die alten Protokolle herausholen lassen und den Wortlaut der damaligen Erklärung feststellen, die nie und nimmer darauf abgestellt war, daß ich die Macht hätte, jemanden zu verhaften, sondern nur darauf, daß die Militärregierung in bestimmten Dingen eine bestimmte Empfindsamkeit habe. Ich habe damals erklärt, wenn Leute nicht vorsichtig seien, würde die Möglichkeit bestehen.
Dr. *Hundhammer*: *Müller*, Du hast ausdrücklich erklärt: Ich habe die Macht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich wurde damals nach irgendwelchen Leuten gefragt, und ich habe dazu erklärt: Genauso wie damals von mir abgelehnt wurde, Material gegen *Schäffer* zu geben, so habe ich den Standpunkt eingenommen, die Drohung mit Verhaftungen von Seiten der Militärregierung sei ein Standpunkt, der militärischen Charakters sei. Ich habe den Herrn genannt, der die Äußerung gemacht hat. Militärs neigen leicht zu Verhaftungen.
Jeder, der damals dabei war, konnte die Äußerung in diesem Sinne verstehen.
Dr. *von Eicken*: Ich war damals dabei und möchte zur Klärung dieser Angelegenheit eines sagen: Ich pflege Äußerungen, die mir im ersten Augenblick schockierend erscheinen - ich gebe offen zu, daß mir die Äußerung im ersten Augenblick außeror-

dentlich schockierend erschienen ist -, nachher genau durchzudenken. Ich kann nach bestem Wissen und Gewissen nur erklären, daß die Information von Dr. *Müller* den Sinn hatte zu warnen vor einem Ausderreihetanzen gegenüber Lieblingsplänen der amerikanischen Militärregierung, denen gegenüber sie so empfindlich wäre, daß sie auch nicht vor Verhaftungen zurückschrecke. Soweit ich mich mit Kameraden, die damals anwesend waren, unterhalten habe, ist eine andere Auffassung nicht aufgekommen, wenn auch zugegeben wurde, daß sie damals, ob im Drange der Geschäfte oder mit der Absicht der ernsten Unterstreichung einer besonderen Situation, vielleicht mißverständlich geklungen habe.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Dr. *Hundhammer*, ich habe Ihnen im Augenblick noch nicht das Wort gegeben. Ich muß sehr konkret vorgehen.
Dann darf ich fragen: Von wem hat Herr *Messmer* eine Äußerung, die in der letzen Sitzung von mir gemacht wurde, nachdem abgestimmt war: Wenn der Ausschuß nicht im Rahmen der Entnazifizierung den Vorschlag, von dem die Rede war, annehme, solle ich ihn auflösen.
Messmer hat auch diese Äußerung in seinem neuen Pamphlet wiedergegeben. Von wem hat er diese Äußerung?
Staatsminister *Helmerich*: So kann man nicht arbeiten.
Dr. *Hundhammer*: Ich habe mit ihm über die Sitzung gesprochen. Er hat auch diese Information gehabt, aber nicht von mir. Er hat mich auch wegen der anderen Sache merkwürdigerweise von sich aus angefragt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich den Abstimmungsberechtigten die Frage vorlegen: Wie sollen in Zukunft politische Aussprachen überhaupt möglich sein, wenn solche Indiskretionen vorkommen, die ausgewertet werden?
Dr. *Hundhammer*: Du hast die Drohung mit der Verhaftung vorher schon in Nürnberg und noch bei einer Sitzung der Stadt München fallen lassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: In Nürnberg ist über dieses Thema überhaupt nicht gesprochen worden. Das hat sich längst herausgestellt. Es hat sich nur gezeigt, daß jemand immer im ganzen Lande herumreist und überallhin den Stunk bringt, auch dahin, wo die Leute nichts von diesem Münchner Stunk wissen wollen.
Dr. *Hundhammer*: Aber diese Sache ist von Nürnberg nach München gebracht worden.
Frau *Speicher*: Ich war dabei. Mir ist nichts bekannt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Ganze ist erlogen. Jemand hat ein Interesse daran, dauernd Lügen zu sammeln.
Donsberger: Ich war an sämtlichen Besprechungen in Nürnberg beteiligt. Mir ist eine Äußerung von Dr. *Müller* in diesem Sinne nicht bekannt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Man sieht, daß nur Lügen gesammelt werden, und zwar zweckstrebig.
Dr. *von Eicken*: Ich stelle den Antrag, diese Angelegenheit restlos durchzuklären, weil ich sonst die Herausarbeitung einer Linie in der Zukunft nicht mehr für möglich halte. Ich stelle ferner den Antrag, die Angelegenheit gegebenenfalls einem Ausschuß zu überweisen, weil es etwas Unglaubliches ist, daß ein Mann von der zweifellosen psychopathischen Veranlagung des Herrn *Messmer* überhaupt Informationen bekommt.
Dr. *Horlacher*: *Messmer* habe ich schon seit fünf Monaten hinausgeworfen. Mit ihm rede ich kein Wort mehr.
Staatsminister *Helmerich*: Ich kann nicht verstehen, daß jemand mit ihm verkehrt.

Dr. *Horlacher*: Abgesehen davon möchte ich den Herrn Vorsitzenden bitten, daß er bei Verhandlungen in unserem Kreis nicht immer gleich auf die höchste Palme gerät, wie es ein paarmal geschehen ist. In dieser Stimmung sind Äußerungen gegen verschiedene Leute gefallen, die sehr verschiedenartig ausgedeutet werden können, Äusserungen nicht bloß gegen Dr. *Hundhammer*, sondern auch gegen mich, gegen Dr. *Baumgartner*. Das sind keine Methoden, wie man unter Freunden verkehrt. Man hat den Eindruck, wenn der eine oder andere eine Ansicht vertritt, die dem Vorsitzenden nicht paßt, so kann mit irgendwelchen Verhältnissen bei der Militärregierung gedroht werden.
In einem Fall hat ein Herr von sich aus die Klärung der Gesamtverhältnisse bei der Militärregierung beantragt und in diesem Falle ist - das wird auch die übrigen Herren beruhigen - die ausdrückliche Erklärung seitens der Militärregierung erfolgt, daß diese ganzen Vermutungen nichts anderes sind als leeres Gerede. Ich bitte also, mit solchen Äußerungen vorsichtig zu sein. Von daher kommen diese Geschichten. Solche Sachen müssen bei uns ausscheiden. Die Äußerung, die damals gefallen ist, war mißverständlich aufzufassen. Den Fragenkomplex des Herrn *Messmer* scheide ich dabei vollständig aus.
Eine Anfrage an den Arbeitsausschuß in dieser Angelegenheit halte ich nicht für notwendig und für gegenstandslos. Denn jeder hat bei Äußerungen, die mit Heftigkeit gemacht werden, eine andere Vorstellung, wie sie aufzufassen sind. Darüber kann man sich kein Urteil bilden. Etwas anderes ist es natürlich, ob man Personen, die mit uns nichts zu tun haben, darüber informieren soll.
Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, daß er sich in Zukunft in seinen Äußerungen vorsieht. Er hat manche Äußerungen gebracht, die sehr verschiedenartig auszulegen waren. Ich bitte, diese Dinge zu unterlassen. Ich bitte, sich aber nicht weiter damit zu beschäftigen. Wir wollen praktisch arbeiten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist nicht so leicht. Man kann die Dinge im Augenblick deswegen nicht unerledigt lassen, weil es eine grundsätzliche Frage ist. Es ist keine Arbeit möglich, wenn jede Arbeit nur unter dem Gesichtspunkt kritisiert wird: Wie kann man irgend etwas aufnehmen und aufgrund dessen dann ein Durcheinander schaffen. Die Fragen, die jetzt von entscheidender Bedeutung waren und sind, sind von so diffiziler Natur, daß es in Gottes Namen möglich sein muß, unter Parteifreunden mehr oder weniger vertrauliche Dinge zu besprechen. Wenn das nicht möglich ist, dann ist keine Politik zu machen, auch nicht, wie das in den letzten Tagen geschehen ist, wenn einer von der Union dann an irgendeiner Stelle in den Tagen der letzten Arbeitsausschußsitzung in bezug auf den Landesvorsitzenden erklärt: Jetzt wird das Schwein geschlachtet. Aus solchen Äußerungen ist kein Unionsgeist zu spüren.
Dr. *Hundhammer*: Namen nennen!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Auch die anderen Vorgänge sind so, daß es einen eigenartig berührt, wenn z.B. aus der Union heraus bei der Militärregierung bestimmte Fragen wie unsere Statuten aufgeworfen werden, obwohl die Landesversammlung die Statuten beschlossen hat und zwischen der Militärregierung und mir die Besprechungen stattfinden, wie die Statuten den Bestimmungen der Militärregierung in jeder Form angepaßt werden. Das ist keine Arbeit in einer Partei. Damit macht sich die Partei nur lächerlich. Das ist leider Gottes nicht nur hier der Fall, sondern auch an kleineren Plätzen. Gott sei Dank gibt es da und dort auch angenehme Enttäuschungen und hat man den Eindruck, daß die Leute zusammenarbeiten.

Ich hoffe, daß die Schwierigkeiten bald überwunden werden dadurch, daß die Freunde von draußen, die zur Fraktion kommen - auch das kann man wieder falsch auffassen -, vielleicht neuen Wind nach München hereinbringen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] bittet dann um Zustimmung des Arbeitsausschusses, daß künftighin Fragen der Regierungspolitik mit Vertretern der Bezirke und vor allem mit den Regierungsmitgliedern besprochen würden.
Der Arbeitsausschuß solle bis zur Bildung des staatspolitischen Ausschusses bestehen bleiben.
Schäfer bringt in energischen Worten seine Hoffnung zum Ausdruck, daß bei den künftigen Sitzungen in München wirklich praktische Arbeit geleistet werde, bei der man auch die so notwendigen Direktiven erhalte.
Haußleiter schließt sich in scharfen Worten der Stellungnahme *Schäfers* an.
Dr. *von Eicken* wendet sich gegen die Beratung der wichtigen politischen Fragen in einem kleinen Gremium. Er führt den Rückgang der Wählerzahl für die Union darauf zurück, daß die Wählerschaft über die breite politische Linie der Union nicht orientiert werde. Wenn Leute das in sie gesetzte Vertrauen nicht rechtfertigten, so sei das Ehrengericht dafür da. Statt Debatten über persönliche Dinge und Posteinläufe brauche man die große politische Linie, um damit draußen vor die Wähler hintreten zu können.
Dr. *Horlacher* wendet sich in längeren Ausführungen ebenfalls dagegen, daß die großen politischen Entscheidungen in einem kleineren Ausschuß getroffen werden sollten. Die Ursachen der Schwierigkeiten der Union in der letzten Zeit liegen darin, daß man die Richtlinien, die die Landesversammlung schon einmal festgelegt habe, nicht mit aller Zähigkeit nach außen hin verteidigt habe.
Was den vorgeschlagenen staatspolitischen Ausschuß angeht, so seien die Regierungsmitglieder von den Vorgängen innerhalb der Regierung beeinflußt. Als Gegengewicht dazu müßte auch die Ansicht der Wählerschaft draußen entsprechend vertreten werden. Er sehe daher nicht ein, warum die grundsätzlichen politischen Gesichtspunkte nicht öffentlich erörtert werden könnten. Bei großen Parteien hätten diese öffentlichen Erörterungen sogar schon dazu geführt, daß eine Minderheit, die sich dem großen politischen Programm nicht unterordne, mit Rücksicht auf diese Linie von der Partei ausgeschlossen worden sei, wie das beispielsweise in England in der Labour-Partei geschehen sei.
Dr. *Semler* bezieht sich auf den Vertrauensbruch, der durch die Indiskretionen über Besprechungen in der letzten Arbeitsausschußsitzung vorgekommen sei. Mit Rücksicht darauf verstehe er, wenn der Landesvorsitzende ein Gremium schaffen wolle, das dichthalte.
Dr. *Eichhorn* bezeichnet die personellen Schwierigkeiten innerhalb der Union als Erbe der Bayerischen Volkspartei. Er verlangt ebenfalls, insbesondere auch mit Rücksicht auf die aus der Union abwandernden evangelischen Kreise, daß endlich sachliche Arbeit geleistet werde. Man soll auch nicht bei allen Handlungen danach schielen, ob sie anderen Leuten gefielen. Eine politische Partei müsse letzten Endes doch einen eigenen politischen Willen haben.
Dr. *Horlacher* fordert, daß die Union endlich ihr Programm herausbringe.
Vorsitzender [*Josef Müller*] verweist auf seine Ausführungen in den letzten Sitzungen, in denen er erklärt habe, daß die nächste Landesversammlung bestimmte Richtlinien ausarbeiten werde. Es werde sich dann zeigen, ob die Leute, die jetzt so gern mit dem Schlagwort reaktionär arbeiteten, nicht selbst reaktionär dächten. Er bedauere, fest-

stellen zu müssen, daß es möglich gewesen sei, daß Herren der Union bei der Militärregierung über interne Verhältnisse des Landesparteisekretariats gesprochen hätten. Er müsse daher bestimmte Dinge im vertraulichsten Kreis besprechen, da er nicht mehr sicher sei, ob sonst die Vertraulichkeit gewahrt würde.
Vorsitzender [*Josef Müller*] geht dann zur Behandlung des Punktes drei über, "Beschluß über die Bildung eines Ausschusses zur endgültigen Gestaltung des Regierungsprogramms". Er wolle der morgigen Landesausschußsitzung folgenden Antrag zur Annahme vorlegen:

Beschluß: Die Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung vom 30. Juni 1946 hat die starke Verankerung der Union in der bayerischen Bevölkerung erneut bestätigt. Aus der Tatsache, daß die Union abermals als Mehrheitspartei aus der Wahl hervorgegangen ist, erwächst ihr eine große Verantwortung für die künftige Gestaltung des Schicksals von Volk und Staat. Die Union ist bereit, die Folgerungen aus dem Vertrauensbeweis der Wähler zu ziehen und die Verantwortung zu übernehmen.
Der Landesausschuß beschließt:
Zur endgültigen Gestaltung des Regierungsprogramms wird ein siebenköpfiger Ausschuß gebildet, der aus folgenden Mitgliedern besteht:
Minister Dr. *Baumgartner* (Landwirtschaft),
Staatssekretär *Krehle* (Sozialpolitik),
Dr. *Semler* (Wirtschaft),
Geistlicher Rat Dr. *Muhler* (Kultur),
Ritter von Lex (Staatsverwaltung),
Dr. *Kroll* (Siedlung, Währung, Interzonen),
von Prittwitz-Gaffron.

Weiters solle zum Ausschuß je ein jeweils einzuladender Vertreter der Bezirke genommen werden, wenn bestimmte grundsätzliche Entscheidungen zu treffen seien.
Das Gremium an sich solle also kleiner gehalten werden und nur dann, wenn grundsätzliche Fragen zu entscheiden seien, solle ein Vertreter der Bezirke dazugenommen werden.
Frau *Lang-Brumann* beantragt die Aufnahme einer Frau in den Ausschuß.
Vorsitzender [*Josef Müller*] schlägt die Erweiterung des Ausschusses auf neun Mitglieder vor durch Aufnahme je eines Frauen- und Jugendvertreters. Er weist darauf hin, daß die Ausschußmitglieder immer in kürzester Zeit verfügbar sein müßten.
Frau *Hahn* benennt als Vertreterin der Frauen Frau *Lang-Brumann*.
Vorsitzender stellt das Einverständnis des Ausschusses fest. Aus diesem Ausschuß werde sich nach seinem Empfinden der staatspolitische Ausschuß entwickeln.
Dr. *von Eicken* will die Frage klar beantwortet haben, ob die politischen Entscheidungen nach wie vor durch die großen Ausschüsse gefällt werden sollten.
Vorsitzender [*Josef Müller*] beantwortet die Frage dahin, daß der Ausschuß die Möglichkeit bieten müsse, sehr rasch bestimmte Entscheidungen zu fällen, wobei weitergehende Fragen sofort zur Bearbeitung an die anderen Ausschüsse gehen sollten.
Vorsitzender [*Josef Müller*] geht dann auf die Arbeit der zukünftigen Unionsfraktion in der verfassunggebenden Versammlung ein und umreißt die drei Hauptfragen, die bei der neu auszuarbeitenden Verfassung im Vordergrund des Interesses stünden: Zweikammersystem, Staatspräsident und Wahlrechtsystem. Er gibt bekannt, daß er mit Ministerpräsident Dr. *Hoegner* vereinbart habe, daß die Sozialdemokraten und die

CSU neben dem Verfassungsausschuß der Landesversammlung einen Ausschuß von etwa zehn Köpfen bilden würden, der die einzelnen Verfassungsprobleme zu gestalten versuchen werde. Den Besprechungen mit Dr. *Hoegner* zufolge sei eine Einigung mit den Sozialdemokraten durchaus möglich. Dasselbe sei auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik der Fall, wo Dr. *Hoegner* den Begriff der gesteuerten Wirtschaft übernommen habe. Eine Einigung erscheine auch auf dem Gebiete der Kulturpolitik möglich. Obwohl im Lande draußen große Verstimmung über die Personalpolitik der Sozialdemokratie herrsche, seien doch sicherlich 90% der Union draußen für eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie.
Bayern sei der stärkste Staat im deutschen Verband und hätte infolgedessen auch eine besondere Verpflichtung, alle politischen Probleme unter dem Gesichtspunkt der gemeinsamen Interessen für ganz Deutschland zu betrachten.
Haußleiter verbreitet sich über die Frage der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie wie folgt:
Wir halten droben im nordbayerischen Raum die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie für durchaus zweckmäßig, insbesondere wenn es uns dadurch gelingt, die Sozialdemokratie immer mehr auf den Boden einer sozialen Reformpartei hinzuführen. Verbunden muß es allerdings werden mit einem wesentlich leidenschaftlicherem Kampf gegen ihre Personalpolitik. Ich habe bei uns festgestellt, daß die Sozialdemokratie z.B. alte Parteigenossen als Redner in die Dörfer schickt. Das wird in unserem Raum so gemacht, daß ein völlig unzulänglicher Redner, der zugelassen ist, eine Viertelstunde lang spricht. Anschließend spricht ein Sozialdemokrat, der seit 1933 Pg. ist, in der Diskussion eineinhalb Stunden in einem glänzenden Referat. Hier müssen wir zum Angriff auf die Herren übergehen.
Ein zweiter Punkt scheint mir noch viel wesentlicher. In unserem oberfränkischen Raum geht die Diskussion um die weltanschaulichen Grundlagen der Sozialdemokratie. Hier müssen wir ebenfalls eingreifen. Ich habe folgendes erlebt: In Pegnitz kam ich nach der eigenen Versammlung gerade in dem Augenblick in die sozialdemokratische Versammlung, als der Redner, ein Herr *Fischer* aus Nürnberg, sagte: Wir wissen, daß Dr. *Müller* von der CSU unseren Leuten in München nachläuft und die ganze Zeit dem Herrn Dr. *Hoegner* versichert, die Union wolle mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten. Von dieser Zusammenarbeit sehen wir in der Praxis keine Spur. Der Redner brachte dann irgendwelche lächerlichen Beispiele aus irgendwelchen Orten in Bayern, wo wir Wahlanfechtungen durchgesetzt hätten, also ganz lächerliche Argumente.
Es darf also nicht so sein, daß die Sozialdemokratie unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit, so wie sie es gegenwärtig draußen tut, in irgendeiner Weise als Schwäche empfindet und draußen den Hörern als Schwäche zu suggerieren versucht.
Wir haben den Sozialdemokraten gegenüber aber noch eine zweite Erziehungsaufgabe: Die Sozialdemokraten haben bei uns ein Wahlplakat und Flugblatt in vielen tausenden Exemplaren losgelassen: "Wählt christlich, die wahre christliche Partei ist die Sozialdemokratie, denn sie ist die einzige echt sozialistische Partei."
Hier muß eines klargemacht werden: In ihrem Programm und in ihrer Kernhaltung ihrer Führer ist die Sozialdemokratie heute noch auf dem Boden des historischen Materialismus. Ich habe in der Diskussion diesem Redner in Pegnitz gesagt: Daß die Sozialdemokratie sich als christlich bezeichnet, ist der erste große Erfolg der Christlich-Sozialen Union. Wir werden diesen Weg weitergehen, bis sie endlich das Programm des dialektischen Marxismus abgelehnt hat. Daraufhin hat dieser Mann, der in die Parteiführung gehört, erklärt: Das werden wir niemals tun.

Die Sozialdemokratie führt bei uns augenblicklich einen ehrlichen Kampf gegen die KPD. Wir müssen dagegen gegen die Personalpolitik der Sozialdemokratie kämpfen, die von unserem Regierungspräsidenten *Schregle* ganz bösartig geführt wird. Der Kampf muß mit viel größerer Schärfe und viel größerer Sachkenntnis gegen ihre materialistisch-marxistische Grundposition geführt werden. Denn wenn wir sie erziehen wollen, müssen wir sie auch weltanschaulich erziehen.
Ich habe den Herren gesagt: Wenn ihr wirklich christlich seid, brauchen wir uns auch nicht mehr als christliche Partei zu bezeichnen. Dann ist unser ganzes Volk christlich.
Diese Erziehungsarbeit kann nur durch Kampf und nicht aufgrund irgendwelchen schwächlichen Verständigungsgeredes durchgeführt werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*] bemerkt zu den Ausführungen *Haußleiters*, man habe ihm in der letzten Arbeitsausschußsitzung Vorwürfe gemacht, daß er nicht mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten wolle. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie sei während der Wahlzeit von der Union und auch von ihm sehr scharf geführt worden. Das schließe allerdings eine Zusammenarbeit nach dem Wahlkampf keineswegs aus. Er habe bei seinen Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Personalpolitik der Sozialdemokratie eine starke Belastung sei. In ihrer Haltung gegenüber dem Christentum seien die Sozialdemokraten nicht einig. Dr. *Hoegner* habe in dem Interview mit den amerikanischen Pressevertretern den marxistischen Materialismus als praktische Staats- oder Wirtschaftsauffassung abgelehnt und ihn lediglich als Lehre bezeichnet.
Auch in der Reichspolitik werde man mit der Sozialdemokratie ziemlich einig gehen können, nachdem Dr. *Hoegner* von dem früher geäußerten Gedanken, daß Bayern vielleicht Gesandte entsenden werde, wieder abgerückt sei.
Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen beschäftigt sich Vorsitzender [*Josef Müller*] mit den Umständen, die zur Übernahme des Ministeriums für Sonderaufgaben durch den Parteifreund Dr. *Pfeiffer* geführt hätten.
Zum Schluß wirft er die Frage auf, woher die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung die umfangreichen Mittel für den Wahlkampf habe.
Dr. *Muhler* gibt dazu eine Bemerkung *Loritzens* bekannt, daß das Geld aus der Schweiz komme, was von mehreren Ausschußmitgliedern bezweifelt wird.
Dr. *Eichhorn* schneidet nochmals die Frage der Verfassung an. Beim Staatspräsidenten komme es darauf an, daß durch diese Institution ein Zusammengehen mit den anderen deutschen Ländern nicht erschwert werde.
Was die Wirtschaftspolitik angehe, so enthalte die Verfassung eine Reihe von Bestimmungen, die nicht in eine Verfassung gehörten.
Vorsitzender [*Josef Müller*] unterbricht mit der Bemerkung, daß er zur Militärregierung gehen müsse.
Dr. *Eichhorn* erwidert, daß der Landesvorsitzende fast in jeder Sitzung zur Militärregierung gehen müsse und daß man den Vertretern aus dem Lande einfach nicht mehr zumuten könne, daß beinahe jede Sitzung dadurch gestört werde.
Redner befaßt sich dann mit den Gründen des Stimmenrückgangs für die CSU. Den Hauptgrund sieht er in der wachsenden Uninteressiertheit der bürgerlichen Kreise.
Von Prittwitz-Gaffron nimmt ebenfalls zur Frage des Staatspräsidenten Stellung. Er bezeichnet diese Einrichtung im Rahmen des parlamentarischen Systems als durchaus möglich, im Rahmen des *Hoegnerschen* Präsidialsystems aber als Luxus.
Sauer belegt die Ausführungen des Vorsitzenden [*Josef Müller*] über die Personalpolitik der Sozialdemokratie mit Beispielen aus dem Bezirksverband Unterfranken. Er

fordert das sofortige Verschwinden des Kommunisten *Försch*, dessen agitatorisches Arbeiten auf dem Gebiet der Entnazifizierung starke Beunruhigung auslöse.
Vorsitzender [*Josef Müller*] übergibt den Vorsitz an *von Prittwitz-Gaffron* (16.30 Uhr), wobei er nachträglich noch als Vertreter der Christlich-Demokratischen Union aus Berlin Herrn Dr. ... begrüßt. Er schlägt vor, daß während seiner Abwesenheit außer dem Finanzstatut auch die Bodenreformfrage besprochen werde, zumal der Berliner Herr bestimmte Erfahrungen mitteilen könne.
(*Von Prittwitz-Gaffron* übernimmt den Vorsitz.)
Dr. *Schmitt* legt das Finanzstatut vor. In der Diskussion wird von Dr. *Schedl* Abführung sämtlicher Einnahmen zu 25% an die Landesgeschäftsführung, zu 25% an die Bezirke, und zu 25% an die Kreise vorgeschlagen. Den Ortsverbänden sollten ebenfalls 25% verbleiben.
Demgegenüber bringt *Ritter von Lex* folgenden Vorschlag ein:

> Die Bezirksverbände der Union haben zur Finanzierung der Landesaufgaben an den Landesverband alljährlich einen Kopfbeitrag zu entrichten, dessen Höhe vom Landesschatzmeister vorgeschlagen und von der Landesvorstandschaft alljährlich genehmigt werden muß.

Anschließend werden die einzelnen Paragraphen des Finanz- und Vermögensstatuts der Christlich-Sozialen Union in Bayern durchberaten, wobei folgender Entwurf vorliegt:

> Finanz- und Vermögensstatut der Satzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern
> In Ausführung von § 57 der Satzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern gilt folgendes Finanz- und Vermögensstatut:
>
> Allgemeines: § 1
>
> Die zur Durchführung der Aufgaben der Union erforderlichen Mittel werden aufgebracht durch Mitgliedsbeiträge, Aufnahmegebühren, Sammlungen und Spenden.
> Alle hier in Frage kommenden Stellen der Partei sind zur ordnungsgemäßen Buchführung verpflichtet.
>
> Beiträge: § 2
>
> Der Mitgliedsbeitrag ist ein Jahresbeitrag in Höhe von RM 12, für Frauen von Mitgliedern und für Jugendliche, die noch in Berufsausbildung stehen, von RM 6. Er kann in Monatsraten entrichtet werden.
> Der Beitrag kann bei Bedürfnis auf einen geringeren Betrag festgesetzt werden. Die Beitragshöhe soll nie der Mitgliedschaft im Wege stehen.
> Über eine Ermäßigung des Beitrags entscheidet die Vorstandschaft des Ortsverbandes.
> Die Höhe der Aufnahmegebühr setzt die Bezirksverbandsvorstandschaft fest.
>
> Organisation: § 3
>
> Ortsverband
> Die Aufgaben und Pflichten des Ortsverbandes sind:
> 1. Bestellung eines Kassiers und Kassenprüfers,
> 2. Führung der Mitglieder-Liste,
> 3. Einsammlung der Beiträge, Aufnahmegebühren usw.,
> 4. Errichtung einer Kasse und einer ordentlichen Buchführung über Ein- und Ausgänge,

5. Ablieferung der Eingänge an den zuständigen Kreisverband,
6. Erstellung einer Jahresabrechnung.

§ 4

Dem Kassier des Ortsverbandes ist jedes Jahr Entlastung zu erteilen. Der Kassenprüfer darf nicht dem Vorstand angehören. Über seine Prüfung muß er eine Niederschrift fertigen, die von ihm selbst, dem Vorsitzenden und dem Kassier unterschrieben wird.
Bei Auflösung des Ortsverbandes geht sein Vermögen an den Kreisverband bzw. an den Bezirksverband über. Eine Rückvergütung der Beiträge findet nicht statt.

Kreisverband: § 5

Die Aufgaben und Pflichten des Kreisverbandes sind:
1. Bestellung eines Kreiskassiers und eines Kassenprüfers,
2. Errichtung und Verwaltung der Kreiskasse,
3. Sammlung der von den Ortsverbänden des Kreises erhobenen Beiträge, Aufnahmegebühren usw.,
4. Abführung der aus den Ortsverbänden eingegangenen Gelder an die Kasse des Bezirksverbandes,
5. Erstellung einer Jahresabrechnung.
   Dem Kassier des Kreisverbandes ist jedes Jahr Entlastung zu erteilen (siehe § 4).

Bezirksverband: § 6

Alle Beiträge, Aufnahmegebühren usw. fließen beim Bezirksverband zusammmen. Die Bezirksverbandsversammlung setzt den Prozentsatz fest, der von den eingehenden Geldern den Ortsvereinen bzw. den Kreisverbänden für eigene Zwecke zu überlassen ist.

§ 7

Die Aufgaben und Pflichten des Bezirksverbandes sind:
1. Bestellung eines Bezirkskassiers sowie eines Kassenprüfers,
2. Errichtung der Bezirkskasse verbunden mit ordnungsgemäßer Buchführung,
3. Einsammlung der Ablieferungen der Kreisverbände und Kontrolle über die ordnungsgemäße Durchführung,
4. Aufstellung eines Haushaltsplanes,
5. Jahresrechnungslegung und Entlastung des Kassiers (siehe § 12).

Haushaltsplan: § 8

Ortsverbände und Kreisverbände führen nur eine einfache Kasse. Kreisverbände stellen einen eigenen Haushaltsplan nur dann auf, wenn sie ein Kreissekretariat für den eigenen Kreisverband oder für mehrere benachbarte Kreisverbände errichtet haben.

§ 9

Der Haushaltsplan (§ 62 der Satzung) muß genaue Angaben über die Einnahmen enthalten, wie: Mitgliedsbeiträge, Aufnahmegebühren, Sammlungen, Spenden, Kredite, Zinsen.
Auch die Ausgaben sind gesondert auszuweisen, wie: Personalaufwendungen, etwaige Entschädigung von Mitgliedern oder Delegierten, Reisekosten, Porti, Mieten,

Bürobedarf, Zeitungen, Zeitschriften und Bücher, Versammlungen, Schulungseinrichtungen, Werbung, Wahlkosten und sonstiges.
Der Haushaltsplan ist von dem Vorsitzenden, dem Kassier und dem Geschäftsführer zu unterschreiben und auf Wunsch dem Landessekretariat vorzulegen. Der Haushaltsplan ist von der Bezirksvorstandschaft zu genehmigen.
Die Tätigkeit der Mitarbeiter der Union ist grundsätzlich ehrenamtlich. Auslagen werden stets ersetzt. In besonderen Fällen kann für Verdienstausfall Ersatz geleistet werden.

Landesverband: § 10

Die Aufgaben und Pflichten des Landesverbandes sind:
1. Bestellung und Pflichten des L [sic!]
2. Verwaltung der Landeskasse und Durchführung einer ordnungsgemäßen Buchhaltung,
3. Aufstellung eines Haushaltsplanes, der durch die Landesvorstandschaft zu genehmigen ist,
4. Beschlußfassung über die Abgaben der Bezirksverbände an den Landesverband,
5. Durchführung von außergewöhnlichen Sammelaktionen im ganzen Land (z.B. für Ausbau der Organisation, Wahlfond, Sonderaufgaben),
6. Heranziehung der Mandatsträger der Partei zu laufenden Abgaben für Zwecke der Landesgeschäftsstelle,
7. Jahresrechnungslegung und Entlastung des Landesschatzmeisters (siehe § 4).

Landesschatzmeister; Finanzausschuß: § 11

Der Landesschatzmeister ist Vorsitzender des Finanzausschusses der Union. Mit den Mitgliedern des Finanzausschusses hat der Landesschatzmeister die Finanzierung der Union und ihrer Aufgaben durchzuführen. Zu den Hauptaufgaben des Finanzausschusses gehört die Erhaltung der Landesgeschäftsstelle und die Beschaffung der Mittel für dringende Sonderaufgaben (z.B. Wahlkämpfe). Vorschläge des Landesschatzmeisters bzw. des Finanzausschusses sind der Landesvorstandschaft vorzulegen. Dem Finanzausschuß steht ein Kontroll- und Prüfungsrecht über alle Stellen der Union zu, soweit es sich um Geld- oder Vermögensangelegenheiten handelt.

Abgabe der Bezirksverbände: § 12

Die Bezirksverbände der Union haben zur Finanzierung der Landesaufgaben an den Landesverband alljährlich eine Abgabe zu entrichten, deren Höhe von dem Landesschatzmeister vorgeschlagen und von der Landesvorstandschaft jährlich genehmigt werden muß.
Diese Abgabe ist zu stufen nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Bezirksverbände, wobei die im betreffenden Bezirksverband bei der letzten Wahl für die Union abgegebenen Stimmen die Grundlage bilden. Auch auf die Mitgliederzahl und sonstige Umstände ist Rücksicht zu nehmen.

Außerordentliche Ausgaben: § 13

Außerordentliche Ausgaben, die aus den Barmitteln nicht bestritten werden können, sind den Ortsverbänden verboten. Kreisverbände bedürfen hierzu der Genehmigung ihrer Vorstandschaft. Der Beschluß muß ausdrücklich von dem ersten und zweiten Vorsitzenden und dem Kassier des Kreisverbandes unterschrieben sein.

Der zuständige Bezirksverband hat in jedem Fall durch seine Vorstandschaft die Erlaubnis zu erteilen, ob eine Verpflichtung eingegangen werden darf. Der Bezirksverband hat hierüber unverzüglich dem Landesschatzmeister zu berichten.

Beteiligungen: § 14

Die Ortsverbände dürfen sich nicht an wirtschaftlichen Unternehmen beteiligen oder solche selbst errichten. Beteiligt sich ein Kreis- oder Bezirksverband an einem wirtschaftlichen Unternehmen oder führt er ein solches durch (z.B. Verlag, Zeitungsbetrieb), so hat er über den Landesschatzmeister die Genehmigung der geschäftsführenden Landesvorstandschaft einzuholen.

Zuwendungen: § 15

Zuwendungen (Stiftungen, Vermächtnisse u.a.) können von einzelnen Organisationen der Partei entgegengenommen werden, wenn vorher von dem Landesschatzmeister oder dessen Beauftragten festgestellt ist, daß sich keine Belastung der Organisation daraus ergibt. Solche Zuwendungen dürfen nicht mit einer bestimmten Auflage verbunden sein. Ausnahmen kann nur die geschäftsführende Landesvorstandschaft beschließen.

Geschäftsjahr: § 16

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr (§ 61 der Satzung).

Auflösung: § 17

Für den Fall der Auflösung der Christlich-Sozialen Union in Bayern entscheidet die Landesversammlung über die Verwendung des bei der Auflösung vorhandenen Vermögens nach Maßgabe der allgemeinen Satzung.

In eingehender Debatte werden folgende Änderungen beschlossen:
Aufnahmegebühren werden nicht erhoben. Infolgedessen entfällt in allen Paragraphen "Aufnahmegebühren" (§§ 1, 3, 5, 6 und 9).
In § 1 wird ein Absatz 2 angefügt:

Zuwendungen dürfen nicht unter einer Bindung entgegengenommen werden, die den Zielen der Union zuwiderläuft.

Der Mitgliedsbeitrag wird in § 2 auf RM 6, für Frauen von Mitgliedern und für Jugendliche, die noch in Berufsausbildung stehen, auf RM 3 festgesetzt.
Gestrichen wird Absatz 2.

Die Beitragserhöhung soll nie der Mitgliedschaft im Wege stehen

und Absatz 4

Die Höhe der Aufnahmegebühr setzt die Bezirksverbandsvorstandschaft fest.

Absatz 3 erhält folgende Fassung:

Über eine Ermäßigung des Beitrages entscheidet der Kassier.

In § 6 wird anstelle von Aufnahmegebühren Spenden geschrieben.
In § 6 wird nach "Beiträge" "Spenden" geschrieben.
§ 12 erhält unter Verwertung des Vorschlages von *Ritter von Lex* die Fassung:

Die Bezirksverbände der Union haben zur Finanzierung der Landesaufgaben an den Landesverband alljährlich einen Kopfbetrag zu entrichten, dessen Höhe von

dem Landesschatzmeister vorgeschlagen und von der Landesvorstandschaft jährlich genehmigt werden muß.

Absatz 2 entfällt.
Für § 13 stellt Dr. *Schmitt* eine neue Prüfung in Aussicht mit der Tendenz, folgenden Vorschlag Dr. *Gronwalds* einzubauen:

Die Orts-, Kreis-, Bezirksverbände sowie der Landesverband können vermögensrechtliche Verpflichtungen nur im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eingehen. Für vermögensrechtliche Nachteile, die der Union und ihren Unterverbänden aus der Nichtbeachtung dieser Vorschriften entstehen, haften die Mitglieder der Vorstandschaften, die die Verpflichtungen eingegangen sind, einzeln und insgesamt. Die Vorstandschaften beschließen, bis zu welchem Betrag der Schatzmeister Rechtsgeschäfte, die den Verband der Union, für den sie gewählt sind, vermögensrechtlich verpflichten, selbständig abschließen kann. Alle Rechtsgeschäfte und vermögensrechtlichen Willenserklärungen, die diesen Betrag überschreiten, müssen zuvor von der Vorstandschaft mit Dreiviertelmehrheit beschlossen sein. Sie bedürfen außerdem der Unterschrift des Vorsitzenden, des Schatzmeisters und eines weiteren Vorstandsmitgliedes.

In § 14 wird Satz 2 geändert in:

Will sich ein Kreisverband oder Bezirksverband an einem wirtschaftlichen Unternehmen beteiligen oder führt er ein solches durch ...

§ 15 wird verändert in:

Stiftungen, Vermächtnisse u.ä. können von einzelnen Organisationen der Partei entgegengenommen werden, wenn vorher vom Landesschatzmeister oder dessen Beauftragten festgestellt ist, daß sich keine politische oder vermögensrechtliche Belastung der Organisation daraus ergibt.

Um den Finanzbedarf der Landesgeschäftsstelle für das laufende Jahr zu decken, wird, wie Dr. *Schmitt* unter Zustimmung des Arbeitsausschusses abschließend erklärt, dem Landesausschuß vorgeschlagen, daß jeder Kreisverband bis zum Jahresende RM 1000 an die Landesgeschäftsstelle abführen solle. Diese Regelung solle auch für die Städte gelten.

Schluß der Sitzung 18.30 Uhr.

Nr. 21

Sitzung des Erweiterten Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 6. Juli 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Berichte der Bezirksvorsitzenden
2. Finanzbericht und Antrag des Landesarbeitsausschusses vom 7. Juli 1946
3. Berichte der Ausschüsse
4. Bericht des Landesvorsitzenden
5. Bericht Dr. Pfeiffers (Entnazifizierung)
6. Politische Aussprache
7. Sonstiges

Tagungsort: München, Rathaussaal, Zimmer 208

Anwesend:[2] A. Albert, E. Ammann, Arnold, Boehlke, Böck, Busch, Dahm, Deggendorfer, M. Deku, Döppert, Donsberger, von Eicken, Etterer, Euerl, Fackler, Falkner, J. Fischer, Frankl, Gamperl, Gassenmeyer, Geiselberger, Gerathewohl, Grasmann, Hahn, Haugg, Haußleiter, Helmerich, Heubl, Holzer, Holzmann, Horlacher, Hundhammer, Klenk, K. Köhler, Koenig, Krehle, Krempl, K.A. Kroth, Kübler, Lacherbauer, Lang-Brumann, Lehner, K. Lenz, Ritter von Lex, Lobinger, R. Martin, J. Müller, J.M. Müller, Muhler, Neumann, Ostwald, Ott, Pfeiffer, von Prittwitz-Gaffron, Prüschenk, Rattler, Rinke, Rothermel, F.L. Sauer, F. Schäfer, Schedl, Schlögl, A.W. Schmidt, F.A. Schmitt, Schwingenstein, Semler, Speicher, Sporer, Staab, Steber, G. Stücklen, Thierfelder, Ulrich, Warmuth, G. Weinzierl, Wieser, F. Wittmann

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel

Die Sitzung wird um 9.39 Uhr nach Feststellung der anwesenden Stimmberechtigten unter dem Vorsitz des Landesvorsitzenden Dr. *Müller* eröffnet.
Vorsitzender [*Josef Müller*] gibt einleitend bekannt, daß von 48 Stimmberechtigten 40 anwesend seien. Er richtet herzliche Begrüßungsworte an die Teilnehmer, wobei er einen Rückblick auf den mit den Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung abgeschlossenen Wahlkampf wirft. Er schlägt eine Änderung der Tagesordnung dahingehend vor, daß die politische Aussprache zurückgestellt und zuerst die Berichte der Bezirksvorsitzenden erstattet werden sollten. Anschließend solle ein kleines Gremium gebildet werden, das bestimmte politische Fragen zu besprechen hätte. Während dieser Besprechung könnten die Arbeitsausschüsse ihre Berichte erstatten.
Dr. *Hundhammer* bittet vor Eintritt in die umgestellte Tagesordnung ums Wort. Er führt aus, der Bezirksverband Oberbayern habe vor längerer Zeit den Antrag gestellt und es sei in der letzten Sitzung des Arbeitsausschusses beschlossen worden, daß im Landessekretariat der Partei und in den Bezirkssekretariaten Parteigenossen und belastete Personen nicht beschäftigt werden könnten. Er bitte um ausdrückliche Bestäti-

1 Rekonstruiert anhand des Protokolltextes. Laut Anlage zum Protokoll war folgende Tagesordnung vorgesehen: "1. Politische Aussprache, 2. Bericht der Ausschüsse, 3. Bericht der Zonenverhandlungen, 4. Finanzbericht und Antrag des erweiterten Landesausschusses vom 5. Juli 1946, 5. Vorbereitung der 2. Landesversammlung, 6. Sonstiges."

2 Laut Anwesenheitsliste (die jedoch keine Unterschriften, sondern lediglich Hakenvermerke sowie die Namen von Vertretern enthält, die handschriftlich nachgetragen wurden), ergänzt anhand des Protokolltextes. Vier Namen auf der Anwesenheitsliste sind nicht zweifelsfrei festzustellen und wurden daher ausgelassen.

gung dieses Beschlusses und Ermächtigung des Vorsitzenden, daß Parteigenossen, und zwar auch Mitläufer, raschestens aus dem Landessekretariat und aus Sekretariaten außerhalb Münchens entfernt werden sollten.
Vorsitzender [*Josef Müller*] spricht sich gegen die sofortige Entscheidung dieser Frage bzw. für Behandlung in einem engeren Kreis aus, insbesondere mit Rücksicht auf einen Mitarbeiter im Landessekretariat, der ihm in der schwersten Zeit zur Seite getreten sei und den man nicht Hals über Kopf hinauswerfen könne.
Sporer verweist darauf, daß man auch in der Wirtschaft die Entnazifizierung ohne Rücksicht auf die Folgen habe durchführen müssen. Der Christlich-Sozialen Union sei es mit der Entnazifizierung genauso ernst wie den anderen Parteien. Im übrigen sei der Kreis des Landesausschusses eng genug zur Behandlung dieser Frage.
Dr. *Horlacher* macht geltend, daß die Frage, ob die Leute verdienstvoll gearbeitet hätten oder nicht, leider keine Rolle spielen könne. Bei der Besatzungsmacht werde der strengere Maßstab überall dort angewandt, wo politische Gesichtspunkte eine Rolle spielten, während man auf wirtschaftlichem Gebiet mit Sondergenehmigungen arbeiten könne. Derselbe strenge Maßstab wie im Landessekretariat müsse auch im Arbeitsausschuß angewandt werden. Diese Fragen könnten durch den Landesausschuß ohne weiteres entschieden werden.
Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wendet sich Redner gegen die Neueinsetzung eines Ausschusses. Dieser sei überflüssig, da man ja den Arbeitsausschuß und den Landesausschuß habe.
Abschließend stellt er fest, daß es seines Erachtens für die Union untragbar sei, daß Parteigenossen an sichtbarer Stelle des Landessekretariats arbeiteten.
Vorsitzender [*Josef Müller*] verliest eine Äußerung Dr. *Horlachers* aus der Sitzung des Arbeitsausschusses vom 13. Juni 1946, in der sich dieser für die Einsetzung eines siebenköpfigen Direktoriums ausspricht.
Staatsminister *Helmerich* schließt sich dem Vorschlag des Vorsitzenden auf Zurückstellung des Antrags von Dr. *Hundhammer* bis zur Aussprache über die Denazifizierung an.
Dr. *Hundhammer* stellt nochmals ausdrücklich fest, daß es sich lediglich um eine Verschiebung des Antrags handle.
Dr. *von Eicken* warnt vor Überschätzung der Angelegenheit und fragt, warum der Antrag nicht vor drei oder vier Monaten gestellt worden sei. Jetzt sehe es danach aus, als ob der Mohr seine Schuldigkeit getan habe und gehen könne.
Vorsitzender [*Josef Müller*] läßt darüber abstimmen, ob die Frage zurückgestellt werden soll oder nicht.
Der Landesausschuß beschließt mit allen gegen fünf Stimmen Zurückstellung der Frage.
Zu den nun folgenden Berichten der Bezirksvorsitzenden regt Dr. *Geiselberger* an, daß nach Möglichkeit jeweils auch die Abstimmungsergebnisse des betreffenden Bezirks bekanntgegeben würden.
Die Reihe der Berichte der Bezirksvorsitzenden wird durch den Bericht Dr. *Hundhammers* (Oberbayern) eröffnet, der das folgende Wahlergebnis des 30. Juni bekanntgibt:
CSU 395.530; SPD 214.896; KPD 42.830; WAV 55.889; FDP 11.063.
Mandatsverteilung: CSU 22; SPD 12; KPD 2; WAV 3; FDP 1.
Gegenüber den Wahlen zwischen Januar und 26. Mai seien die CSU-Stimmen von 56,25 auf 54,25[%] zurückgegangen. Der Grund für den Rückgang der CSU-Stimmen

sei einmal der Fall Würzburg und der Fall Viechtach und das damit in Zusammenhang stehende Gerücht, die CSU werde für ganz Bayern verboten, zum anderen die Schwierigkeiten, die einigen Kandidaten der CSU noch im letzten Augenblick gemacht worden seien und die zur Auswechslung zweier Kandidaten im letzten Augenblick geführt hätten (Dr. *Lenz*, Laufen, und *Schäfer*, Ingolstadt). Auch habe sich die Vorverlegung des Wahlschlusses von 18 auf 17 Uhr ungünstig bemerkbar gemacht. In der Agitation habe bei einigen Wählern die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung mit ihrer Parole der Volksabstimmung über jedes Gesetz Anklang gefunden.
Der Mitgliederstand betrage in Oberbayern zur Zeit 17.892. Der Bezirksverband sei gut durchorganisiert, und rein organisationsmäßig habe man keine großen Schwierigkeiten mehr.
Staatssekretär *Krehle* (München) führt den Rückgang der CSU-Stimmen in München von 141.000 bei der Stadtratswahl auf 111.000 (bei der SPD von 128.000 auf 106.000) auf die gleichen Erscheinungen zurück, die der Vorredner angeführt habe. Erheblich ins Gewicht gefallen sei in München die Verkürzung der Wahlzeit. Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder [der] CSU in München betrage 2500. Die nächste Aufgabe sei die Steigerung der Mitgliederzahl auf 10.000.
Krempl (Oberpfalz) berichtet, daß in Niederbayern-Oberpfalz bei einer Wahlbeteiligung von 73,8% eine leichte Zunahme der CSU-Stimmen zu verzeichnen gewesen sei. In Viechtach sei wegen der dortigen schwierigen Lage ein 7%iger Stimmrückgang, in Regensburg ein solcher von 3500 Stimmen zu verzeichnen gewesen. 67% aller Stimmen seien in Oberpfalz-Niederbayern für die CSU abgegeben worden.
Kübler (Niederbayern) bringt die schwierigen Verhältnisse zur Sprache, unter denen in Niederbayern gearbeitet werden müsse, da der Bezirksverband von den Amerikanern nicht genehmigt sei. Die Wahlbeteiligung sei in Niederbayern sehr gut gewesen und habe auf dem Lande zwischen 80 und 95% geschwankt. Eine besonders starke Agitation habe die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung betrieben. Diese Partei sei das Sammelbecken der Nazis geworden, was dadurch nachgewiesen werden könne, daß diese in Landau bei der letzten Wahl plötzlich durch die neu in Erscheinung getretenen Wählerstimmen der Nazi-Frauen 700 Stimmen zu verzeichnen gehabt hätte.
Redner schildert dann kurz die Verhältnisse in Viechtach und betont, daß man die dortigen Zustände völlig unberechtigterweise der CSU in die Schuhe geschoben habe.
Lobinger (Passau) schreibt den Stimmenrückgang der CSU in Passau mit 500 Stimmen und den Stimmenzuwachs der SPD mit 1000 Stimmen den Flüchtlingen zu.
Fischer (Schwaben) gibt den Verlust an CSU-Stimmen in Augsburg mit 6000 an, was 2% ausmache. Bei der Stadtratswahl in Augsburg habe die Wahlbeteiligung 87% betragen gegenüber jetzt 74%. Von den 22 Mandaten in Schwaben seien der CSU 15 zugefallen. Besonders geschadet habe im Regierungsbezirk das Fehlen eines richtigen Programms und die Tatsache, daß man über den Verfassungsentwurf im Gegensatz zu den Sozialdemokraten sehr wenig gewußt habe. Auch sei die Wahlarbeit der Sozialdemokratie viel planvoller gewesen. Sehr schlecht seien die Wahlvorbereitungen hinsichtlich des Plakatklebens gewesen.
Dr. *Arnold* (Mittelfranken) vermittelt über die Wahlen in Mittelfranken folgendes Bild:
CSU 350.400; SPD 280.000; KPD 53.000; LDP 44.000; WAV 29.000.
Unter Berücksichtigung der geringeren Wahlbeteiligung habe die Union in Mittel- und Oberfranken 3,6% Stimmen gegenüber den letzten Wahlen verloren, die SPD habe 1,7% gewonnen, die KPD 0,7%, die Demokraten 1,4% und die WAV 2,6%. Der

Rückgang habe in Nürnberg 13.000 Stimmen betragen, gegenüber einem Verlust der SPD von 7000 Stimmen.
Die Gründe für den Stimmenrückgang seien im früheren Wahlschluß und vor allem in der zu geringen Propaganda der CSU zu suchen. Plakate und Flugblätter seien erst drei Tage vor der Wahl angekommen. Das müsse bei künftigen Wahlen geändert werden.
Haußleiter (Oberfranken) macht auf die Gefahr eines Abmarsches der evangelischen Wählerschaft aus der Union aufmerksam und führt dazu folgendes aus:
Meiner Ansicht nach müssen wir das Wahlergebnis wesentlich schärfer analysieren. Es ergibt sich dann, daß ein wesentlicher Teil der evangelischen Bevölkerung im Begriffe ist, aus der Union abzumarschieren. Es hat keinen Sinn, das im Augenblick zu verleugnen. Wenn wir genau hinsehen, dann zeigt sich, daß Ebermannstadt, ein katholischer Kreis, eine Stimmenzunahme von 6 bis 7% und daß die evangelischen Kreise im Durchschnitt eine Abnahme von 9 bis 11% zu verzeichnen haben. Die Abnahme bezieht sich auch auf die Landkreise. Wir haben in den wenigen evangelischen Landkreisen, in denen wir die absolute Majorität besessen haben, diese durchaus verloren, z.B. im Landkreis Bayreuth oder im Landkreis Kulmbach.
Ohne Zweifel marschiert ein Teil des evangelischen Kleinbürgertums und unsere evangelische Arbeiterschaft zur SPD ab. Wir können das Dorf für Dorf zahlenmäßig belegen. Es sind nicht nur die Flüchtlinge, die nicht CSU wählen, sondern es sind echte Substanzverluste der Union.
Weiter ist zu sagen, daß ein Teil unserer Wähler bewußt nicht gewählt hat. Meine Bauern draußen haben mir das klar und eindeutig erzählt. Die Flüchtlingsintelligenz aus dem evangelischen Bereich geht in die KPD. Wir haben Ärzte und Rechtsanwälte aus Flüchtlingskreisen, die unsere Versammlungen mit großer Intelligenz zur Sau machen, insbesondere auf den Dörfern draußen, wo wir Bauernvertreter sprechen lassen und wo die Ärzte und Rechtsanwälte der KPD sehr geschickt so arbeiten, daß in einzelnen Dörfern die KPD bereits die absolute Majorität hat.

(Hört, hört!)

In einem Dorf hat sich die KPD verdoppelt. In Sophienthal sind fast nur KPD-Stimmen abgegeben worden. Ich möchte hier vor einer Unterschätzung und vor einem Optimismus eindringlichst warnen. Und nun etwas über die Gründe, wie es zu dieser Entwicklung gekommen ist: Hier muß ich zuerst sagen, daß es der evangelischen Gruppe ganz ohne Zweifel an erfahrenen Politikern fehlt. Darin ist der erste Grund für den Stimmenrückgang zu sehen. Wir haben sehr viel Idealisten, Männer aus den Kirchenvorständen, aber ohne jede politische Erfahrung und Praxis.
Etwas anderes hat aber noch entscheidend dazu beigetragen, die Lage dieser Männer draußen grundsätzlich und gründlich zu erschweren. Das erste ist, daß wir Propagandamaterial nur von München bekommen haben und diese Münchner Propaganda für den heißen Boden, auf dem wir leben, nicht durchaus geeignet ist. Weiter kommt hinzu, daß das Pressewesen in Nordbayern vom Sebaldus Verlag gesteuert ist. Dieser Verlag gilt bei der evangelischen Bevölkerung als Exponent der alten Bayerischen Volkspartei strengster Observanz. Deshalb finden wir für Blätter, in denen der Vermerk steht "Sebaldus Verlag", im evangelischen Teil eine äußerst kritische Aufnahme.
Die Fälle Viechtach und Würzburg haben sich um so mehr ausgewirkt, als wir von der Parteiführung in München keinerlei aktive Aufklärung oder Gegenparole bekommen haben. Man hat uns wehrlos dem Beschuß unserer Diskussionsredner ausgesetzt. Wir

hatten gar keine Ahnung, was wir auf den Fall Viechtach und Würzburg im einzelnen Positives sagen könnten.
Dann ist naturgemäß draußen immer wieder der Fall *Schäffer* und die Kritik an der Bayerischen Volkspartei aufgewärmt worden. Die Sozialdemokratie hat mit allen Mitteln unsere evangelischen Wähler davon zu überzeugen versucht, daß eben die Union die Bayerische Volkspartei sei und die paar evangelischen Vertreter draußen harmlose Leute wären, die gar nicht gemerkt hätten, daß sie für die BVP eingespannt würden. Diese Propaganda hat draußen im evangelischen Teil eine erhebliche Wirkung getan, um so mehr, als sie mit einigen von uns nicht zu widerlegenden Gründen belegt worden ist. Z.B. ist die Tatsache, daß in der überwiegend evangelischen Stadt Nürnberg ein einziger katholischer Kandidat, der Landesvorsitzende, aufgestellt war, in allen Diskussionen gegen uns in der schärfsten Weise ausgenützt worden. Man hat gesagt: Da seht Ihr es, Ihr habt das evangelische Nürnberg, jetzt wird es katholisch gemacht.
Ich sage alle diese Dinge hier nicht aus Gründen der Konfessionshetze, sondern weil wir doch um der Union willen den Abmarsch der evangelischen Bevölkerung zur SPD oder in andere Gruppen, z.B. Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung, unter allen Umständen vermeiden müssen. Es geht darum, daß die Majorität in Bayern von Nordbayern aus in Frage gestellt ist. Wir haben jetzt noch 8% Majorität. Lassen Sie diese Entwicklung weitergehen, dann werden Sie sehen, wohin Sie kommen. Größte Erbitterung haben ferner gewisse Vorgänge bei der Aufstellung der Kandidaten ausgelöst. Es ist ein Vorschlag gemacht worden, der unsere evangelischen Kandidaten bis zu einem gewissen Grade daran gehindert hat, sich mit der gleichen Leidenschaft wie vorher für die Union einzusetzen. Der Vorgang hat sich in Bamberg abgespielt. Unsere eigene Bezirkstagung von Oberfranken war von Bamberg aus von Dr. *Kroll* abgesagt worden, ohne uns in irgendeiner Weise zu verständigen. Als wir zur Tagung Nürnberg - Mittelfranken - Oberfranken kamen, sah die oberfränkische Liste so aus - ich spreche auch das in aller Offenheit um der Union willen aus -, daß an den ersten acht Stellen katholische Vertreter saßen und an den weiteren fünf Stellen evangelische Vertreter, von denen mindestens zwei in aussichtsloser Position waren.
Sie können uns nun mit Recht sagen: Es fehlt uns im evangelischen Bereich an Mitarbeitern. Das Verhältnis 8:3 - jetzt ist es glaube ich 7:4, weil wir unter erheblichem Protest noch eine leichte Korrektur herbeiführen konnten - entspricht auch nicht dem Stimmenverhältnis, das wir in Oberfranken eingebracht haben. Ganz abgesehen davon stehen wir im Kampf und wollen weitere Stimmen gewinnen. In einem bestimmten Sektor haben wir es allerdings getan. Wir haben der Freien Demokratischen Partei endgültig das Handwerk gelegt. Sie hat in Bayreuth allein etwa 400 Stimmen nachweislich an uns verloren. Die Niederlage in Kulmbach ist fast so, daß sie dort halbiert worden ist. Die Stimmen haben allein wir gewonnen. Jetzt ist die Freie Demokratische Partei von zwei Gruppen aus auf den 13. und 14. Juli nach Augsburg einberufen mit dem Antrag auf Selbstauflösung der Partei. Das ist ein Erfolg unseres Kampfes gegen diese Gruppe, die den Konfessionsstreit auf ihre Fahne geschrieben hat.
Diese Herren sagen uns jetzt natürlich unter Hinweis auf Nürnberg: Uns habt Ihr ausgeschaltet, aber zugunsten von wem? Und da ist eines für uns ganz klar: Wir müssen den Abmarsch zur Sozialdemokratie aufhalten. Das geht nur, indem wir zwar den Weg zur sachlichen Arbeit im politischen Raum mit ihr suchen, aber indem wir uns ideologisch von ihr schärfer als bisher abgrenzen. Das ist unter allen Umständen not-

wendig. Unsere Leute haben angesichts mancher Reden von Unionsvertretern draussen die Vorstellung, die Union ist ja in Wirklichkeit nichts anderes als die Sozialdemokratie. Unsere Leute versichern zum Teil, sie wollten genau das gleiche.
Nun kommt noch die Sozialdemokratie und sagt: Wir sind auch christlich. Sie haben ein wunderbares Flugblatt gebracht: "Wählt christlich! Wenn Ihr christliche Partei wählen wollt, dann wählt die Sozialdemokratie. Denn wir sind die wirklichen Vertreter des Christentums." Wenn wir da nicht scharfe klare Grenzen ziehen, läuft uns der übrige evangelische Teil weg.
Wir sind nun gezwungen, folgende Forderungen zu erheben:
1. Wir werden, um diesen ideologischen Abmarsch zur SPD von uns aus zu verhindern, einen evangelischen Volksverband gründen, der sich grundsätzlich mit dem historischen Materialismus und dem Massenmaterialismus der marxistischen Parteien auseinandersetzen wird und uns gleichzeitig für die Union Mitarbeiter gewinnen soll, an denen es uns heute im weiten Maße fehlt.
Wir müssen aber 2. in der Union erreichen, daß in den überwiegend evangelischen Bereichen der Eindruck einer katholisierenden Tendenz, der unrichtig ist, auch nicht äußerlich erweckt werden darf. Es ist geradezu schauerlich zu sehen, wie die SPD den von ihr zum Staatsfeiertag gemachten Peter- und Pauls-Tag im evangelischen Bereich ausgenutzt hat. In einem Kreis hat die Militärregierung zum Teil unsere evangelischen Bauern, die den Feiertag nicht kennen, von den Pferden weggeholt. Dann hat es nicht geheißen, das hat der *Hoegner* gemacht, sondern es hat geheißen: Seht die Folge der Wahlen für die Union, warum sind unsere evangelischen Vertreter in die Union hineingegangen? Es war von uns aus gesehen ein geschicktes Wahlmanöver der SPD.
Wir müssen aber innerhalb der Union alles vermeiden, was den Eindruck einer katholisierenden Tendenz erweckt. Wir müssen deshalb von uns aus um der Union willen einen zweiten evangelischen Vorsitzenden für die Union in Bayern verlangen, auf den wir dann in unserer Auseinandersetzung hinweisen können. Wir müssen weiter verlangen, daß die überwiegend evangelischen Bezirksverbände so organisiert werden, daß die evangelische Bevölkerung erfaßt werden kann, daß Pannen wie in Bamberg in Zukunft vermieden werden. Wir verlangen, daß dort auch ein evangelischer Geschäftsführer im überwiegend evangelischen Bereich eingesetzt wird, damit nicht psychologisch Fehler begangen werden, die irreparabel sind. Wir verlangen eine entsprechende Reorganisierung Oberfrankens, die wir von uns aus im Bezirksverband Oberfranken einleiten wollen. Wir legen Wert darauf, daß auch von München aus, das ja nach der Satzung die Einsetzung der Geschäftsführer in der Hand hat, diese örtlichen Notwendigkeiten erkannt werden.
Wenn wir rechtzeitig die Gefahr des Abmarsches der evangelischen Bevölkerung erkennen, können wir diesen meines Erachtens heute noch verhindern. Wenn wir lange zuwarten, wenn wir nichts tun und wenn wir gegenüber der sehr kritischen evangelischen Bevölkerung noch überdies taktisch schlecht manövrieren, wenn wir keine sachliche Arbeit leisten, wenn wir gegenüber der geschickten, geschlossenen und glänzend geleiteten intellektuellen Arbeit der SPD mit den ewigen langweiligen Sprüchen kommen, weil wir zur Sache, nämlich zum Programm, nichts zu sagen haben, dann werden wir nicht nur 8 bis 10% verlieren, dann werden wir das nächste Mal 20% verlieren und dann werden Sie allmählich sehen, daß von Nordbayern aus die gleiche Entwicklung einsetzt wie bei der NSDAP. Diesmal läuft dann die evangelische Bevölkerung zu einer pseudochristlichen Partei links, wie sie damals zu einer pseudochristlichen Partei rechts weggelaufen ist.

Dieser Entwicklung werfen wir uns um der Union willen entgegen und bitten Sie um der Union willen um Ihre Hilfe dabei.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Sauer (Unterfranken) teilt unter dem lebhaften Beifall der Versammlung mit, daß die CSU in Würzburg trotz 18tägigen Verbots gegenüber der Stadtratswahl um 1000 Stimmen zugenommen habe. In Unterfranken hätten 70% für die CSU gestimmt. Von den 24 Mandaten habe die CSU 18, die SPD fünf und die KPD ein Mandat erhalten.
Die größte Schwierigkeit in Unterfranken liege in der Personalpolitik des Regierungspräsidenten *Stock*. Alle Posten von Bedeutung würden in Unterfranken durch den Regierungspräsidenten *Stock* mit SPD-Leuten oder Kommunisten besetzt. Er fordere daher, daß in dieser Beziehung insbesondere auch mit Rücksicht auf die Stimmenverteilung in Unterfranken ein Wechsel vorgenommen werde.
Was die Vertretung des evangelischen Bevölkerungsteils angehe, so lege man in der Vorstandschaft des Bezirksverbandes großes Gewicht auf eine entsprechende Zusammensetzung. So sei z.B. der Vorsitzende des zu 80% katholischen Landkreises Würzburg evangelisch.
Zum Schluß seiner Ausführungen erwähnt Redner noch die agitatorischen Methoden der Kommunisten. Er fordert, daß bei den Sitzungen in München endlich mit der praktischen Arbeit begonnen werde und der ewige Personenstreit aufhöre.
Nach den Berichten der Bezirksvorsitzenden erteilt Vorsitzender [*Josef Müller*] das Wort dem Landesschatzmeister Dr. *Schmitt*.
Dieser weist einleitend darauf hin, daß der Betrieb der Landesgeschäftsstelle bisher nur aus Spenden finanziert worden sei. Von den eingebrachten 85.000 Mark seien noch 20.000 Mark verfügbar, wobei zu bedenken sei, daß in diesem Jahre noch zwei Wahlkämpfe bevorstünden. Er stelle daher in Ausführung eines Beschlusses in der gestrigen Arbeitsausschußsitzung folgenden Antrag:

Der Landesausschuß der Union wolle beschließen:
1. Die bisherige Finanzgebarung des Landesverbandes wird gebilligt.
2. Bis zur Verabschiedung des Finanzstatuts durch den neu zu konstituierenden Landesausschuß haben die Kreisverbände einen Beitrag von 1000 Mark für die Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1946 an den Landesverband der Union abzuführen.

Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* erstattet anschließend den Kassen- und Tätigkeitsbericht der Landesgeschäftsstelle für die Zeit vom 1. Januar 1946 bis 30. Juni 1946. (Siehe Anlage.)[3]
Dr. *Gassenmeyer* bezieht sich auf die Ausführungen des Vorsitzenden [*Josef Müller*] über die Geldquellen der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung. Er habe von gut unterrichteter Seite erfahren, daß innerhalb der Demokratischen Partei und der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung Verhandlungen über eine Fusion stattfänden. Der Sekretär der Demokratischen Partei sei bereits Parteisekretär der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung. Die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung habe allein an Zettelverteiler pro Tag 30 Mark bezahlt. Es ständen ihr 14 Autos zur Verfügung. Die Chauffeure hätten monatlich 1000 Mark Gehalt bekommen.

[3] Diese Anlage konnte nicht ermittelt werden.

Dr. *Hundhammer* bemerkt zu diesem Thema, daß der Generalsekretär der Freien Demokratischen Partei, ein etwa 22 Jahre alter junger Mann, sich bei ihm angeboten habe. Bei dieser Gelegenheit habe er erfahren, daß diesem Mann von der anderen Seite bereits 800 bis 1000 Mark Monatsgehalt geboten worden seien. Wenn die Freie Demokratische Partei sich selbst auflösen wolle, so dürfte man den Anschluß dieser Partei an die Union nicht mit teurem Geld erkaufen, zumal damit nur Köpfe, aber nicht Wähler gewonnen würden.
Zum Kassenbericht hält Redner vor der formalen Billigung der bisherigen Finanzgebarung die Vorlage eines Berichts der Rechnungsprüfer für notwendig.
Dr. *Schmitt* erwidert, daß dies erst am Ende des Jahres geschehen könne.
Dr. *Hundhammer* stellt fest, daß dann eine formale Billigung der bisherigen Finanzgebarung erst am Schluß des Jahres erfolgen könne. Er habe aus dem Bericht des Landesgeschäftsführers nicht ersehen, ob und welchen Überschuß die von der Union herausgebrachten Drucksachen ergeben hätten.
Im übrigen könnten seiner Meinung nach die Kreisverbände nicht ohne weiteres gebunden werden, die 1000 Mark abzuführen. Er lehne es aber nicht ab, in einer Bezirksversammlung von Oberbayern dies zu empfehlen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] will den Bericht der Rechnungsprüfer am Schluß des Jahres erstattet haben.
Zur Anfrage wegen der Drucksachen erklärt er, daß das Verlagswesen bisher getrennt geführt werde. Zum Teil laufe es unter seinem Namen. Es seien Bestimmungen da, daß ein einzelner der Träger der Mitteilungsblätter, der Rundschau usw. sei. Die Partei habe Nutzen dadurch, daß soundso viele Aufgaben der Partei davon bestritten würden. Das könne geprüft und vorgetragen werden. Er habe die ganze Angelegenheit mit Dr. *Semler* besprochen. Er wolle, daß der Verlagsbetrieb rein wirtschaftlich aufgebaut werde und die Partei ihrerseits ihre Parteiorganisation nicht daraus bestreite. Es müßten jetzt vielmehr durch entsprechende wirtschaftliche Fundierung Vorbereitungen für eine eigene Parteipresse geschaffen werden.
Dr. *Semler* teilt dazu mit, daß ein Plan vorbereitet sei für den Fall, daß die dringend notwendige Parteipresse von der Militärregierung in absehbarer Zeit genehmigt werde. Die wirtschaftliche Grundlage dafür sei vorhanden.
Vorsitzender [*Josef Müller*] unterstreicht die Wichtigkeit einer gesunden finanziellen Basis für die Gesamtarbeit der Partei. Bei der Größe der Aufgaben, die die Parteiorganisation in drei Wahlkämpfen zu bewältigen gehabt habe, seien die Aufwendungen verhältnismäßig gering. Trotz aller Sparsamkeit müsse er aber auf einer guten Bezahlung der Parteiangestellten bestehen. Das sei für eine sogenannte soziale Partei selbstverständlich. Auch sei es von größter Wichtigkeit, eine schlagkräftige Organisation zur Verfügung zu haben. In ihren Aufwendungen sei die Union sicherlich die ärmste bayerische Partei.
Dr. *Schmitt* formuliert unter Berücksichtigung der Einwände Dr. *Hundhammers* seinen Antrag wie folgt:

Der Landesausschuß der Union beschließt:

1. Die bisherige Finanzgebarung des Landesverbandes wird zur Kenntnis genommen. Ein Prüfungsbericht am Ende des Geschäftsjahrs wird dem Landesausschuß vorgelegt.
2. Bis zur Verabschiedung des Finanzstatuts durch den neuen Landesausschuß haben die Kreisverbände einen Beitrag von 1000 RM für die Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1946 an den Landesverband der Union abzuführen.

Dr. *Geiselberger* anerkennt zwar die sachlich berechtigten Forderungen der Landesparteileitung, bezweifelt aber, ob alle Kreise die 1000 Mark aus Parteimitteln aufbringen könnten. Die Kreise hätten außerdem auch noch an die Bezirksverbände Beiträge zu leisten. Sie müßten ferner den größten Teil der Wahlkosten und die Kosten für die Redner selbst bezahlen.
Er schlage vor, daß die finanziellen Nöte der Landesparteileitung in den einzelnen Bezirksverbänden erst allen Kreisvorsitzenden zur Kenntnis gebracht werden sollten.
Sauer setzt sich energisch für Annahme des Antrags des Landesschatzmeisters ein. Wenn ein Kreis eine entsprechende Mitgliederwerbung betreibe, könne er den geforderten Betrag auch bei schwierigen finanziellen Verhältnissen aufbringen.
Dr. *Schedl* setzt sich ebenfalls energisch für Annahme des Antrags Dr. *Schmitt* ein. Die geforderten 1000 Mark pro Kreis könnten selbst in der Oberpfalz, dem ärmsten Teil Bayerns, ohne weiteres aufgebracht werden, insbesondere, wenn man an die ehrenamtlichen Gemeinde- und Kreisräte herantrete.
Kübler pflichtet dem Vorredner bei.
Klenk schildert die schwierige finanzielle Lage seines Landkreises (Uffenheim). Er wisse daher nicht, wo er die 1000 Mark hernehmen solle.
Vorsitzender [*Josef Müller*] stellt in einem solchen Falle Entgegenkommen des Landesverbandes in Aussicht, besteht aber aus prinzipiellen Erwägungen auf der unveränderten Annahme des Antrags.
Warmuth will unter allgemeinem Widerspruch den Antrag Dr. *Schmitt* dahingehend abgeändert haben, daß die Kreisverbände die 1000 Mark nach Möglichkeit bezahlen sollten. Er befürchte im übrigen, daß bei Genehmigung des Antrags Dr. *Schmitt* Folgerungen für eine jährliche Beitragsleistung der Kreisverbände gezogen werden könnten.
Nach einem weiteren Vorschlag, daß die Möglichkeit bestehe, für einen armen Landkreis die Patenschaft zu übernehmen, wird der Antrag Dr. *Schmitt* bei drei Stimmenthaltungen angenommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] fragt an, ob der Landesausschuß damit einverstanden sei, daß neutrale Pressevertreter an der politischen Aussprache teilnehmen.
Dr. *Horlacher* will wissen, wie lange die beiden Referate dauern würden. Er möchte einmal erleben, daß man auch tatsächlich zu einer richtigen politischen Aussprache komme. Das sei bisher noch nie der Fall gewesen, auch nicht in Bamberg. Er bitte daher, daß die Referate entsprechend gekürzt würden. Die Zulassung der Pressevertreter zur politischen Aussprache halte er für unmöglich.
Vorsitzender [*Josef Müller*] glaubt, daß sein Referat nicht zu lang würde, nachdem er nie eine Rede vorbereite.
Auf Antrag von *Schwingenstein* ist der Ausschuß mit der Zulassung der Pressevertreter zum Referat des Landesvorsitzenden und Dr. *Pfeiffers* einverstanden.
Vorsitzender [*Josef Müller*] bringt dann folgenden Antrag ein:

> Die Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung vom 30. Juni 1946 hat die starke Verankerung der Union in der bayerischen Bevölkerung erneut bestätigt. Aus der Tatsache, daß die Union abermals als Mehrheitspartei aus der Wahl hervorgegangen ist, erwächst ihr eine große Verantwortung für die künftige Gestaltung des Schicksals von Volk und Staat. Die Union ist bereit, die Folgerungen aus dem Vertrauensbeweis der Wähler zu ziehen und die Verantwortung zu übernehmen.
> Der Landesausschuß der Union beschließt:
> Zur endgültigen Gestaltung des Regierungsprogramms wird ein neunköpfiger Ausschuß gebildet, der aus folgenden Mitgliedern besteht:

Minister Dr. *Baumgartner* für Landwirtschaft,
Staatssekretär *Krehle* für Sozialpolitik,
Dr. *Semler* für Wirtschaft,
Geistlicher Rat Dr. *Muhler* für Kultur,
Ritter von Lex für Staatsverwaltung,
Dr. *Kroll* für Siedlung, Währung und Interzonenfragen,
von Prittwitz-Gaffron für den zwischenstaatlichen Ausschuß,
Steber für die Jugend,
Frau *Lang-Brumann* für die Frauen.
Der Ausschuß wird in besonderen Fällen ergänzt durch die der Union angehörenden Mitglieder der Regierung, durch die Vorsitzenden der Bezirksverbände, durch die Vorsitzenden der Arbeitsausschüsse.

Zur Begründung seines Antrags führt Vorsitzender [*Josef Müller*] aus, es habe sich gezeigt, daß oft sehr rasch Entscheidungen getroffen werden müßten. Er müsse daher ein Gremium zur Verfügung haben, in dem die entscheidenden politischen Fragen vertraulich besprochen werden könnten. Bis zur Wahl einer endgültigen Landesvorstandschaft durch den satzungsgemäßen Landesausschuß würden ja noch sicherlich zwei Monate vergehen. Hinsichtlich der Personen könnten zwar Abänderungsvorschläge gemacht werden. Wenn aber in die Diskussion eingetreten werde, würde man dabei erleben, daß jeder einzelne irgendeine Anregung zu dem Antrag habe.
Der Ausschuß bestehe im wesentlichen aus Regierungsmitgliedern und einigen anderen Freunden, die zusammen herangezogen würden, wenn es besonders eilig sei. Wenn aber zweimal 24 Stunden bis zum Treffen der Entscheidung dazwischenlägen, werde er die Bezirksvorsitzenden und die anderen vorgesehenen Herren mit heranziehen. Diese Zusicherung gebe er verpflichtend.
An sich hätte er über diesen Antrag erst nach dem politischen Referat abstimmen lassen. Es sei aber im Augenblick notwendig, die Zeit auszunützen. Er wolle über Mittag und während der Zeit, in der die einzelnen Ausschüsse berichteten, mit dem neuen Ausschuß die Lage besprechen.
Dr. *Hundhammer* wendet sich dagegen, daß man erstens einen Beschluß über ein Gremium von so weittragender Bedeutung aus dem Handgelenk heraus fassen solle. Ein solcher Beschluß müsse gründlich durchberaten werden. Zweitens erscheine es ihm in einem solchen Falle von selbstverständlicher Notwendigkeit, der künftigen Fraktion einen sehr starken Einfluß zu geben und sie innerhalb eines solchen Ausschusses zu verankern, denn die Fraktion sei das Instrument der Politik. Drittens halte er die Zuziehung der Bezirksvorsitzenden für notwendig. Er selbst hätte beispielsweise ohne weiteres zu den letzten Beratungen in München herangezogen werden können. Leider sei das nicht geschehen. Viertens scheine ihm die personelle Zusammensetzung des Ausschusses nicht so gestaltet zu sein, daß man dem Ausschuß die zugedachten weittragenden Vollmachten übertragen könne.
Ritter von Lex fürchtet, daß durch die Auswahl der Ausschußmitglieder der Eindruck entstehen könnte, ein bestimmter Freundeskreis des Vorsitzenden erhalte eine gewisse Vertrauensstellung. Seines Erachtens müsse auch die andere Richtung in der Partei, die er als freundschaftliche Opposition bezeichnen wolle, maßgeblich im Ausschuß vertreten sein. Auch bitte er, den Antrag über die Abstimmung zurückzustellen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] bittet, in Anbetracht der Durchführung einer disziplinierten Debatte den Ausschuß noch vor der Mittagspause zu bestellen.

Dr. *Horlacher* sieht keinen Grund für die Notwendigkeit der Billigung des Ausschusses. Nach langwierigen Beratungen habe man sich auf den Arbeitsausschuß geeinigt, in dem außer den Regierungsmitgliedern sieben Herren aus allen Kreisen der Partei vertreten seien. Zwischen Tür und Angel über einen solchen Ausschuß zu beschliessen, sei ein Ding der Unmöglichkeit. Er trage sich mit seinen politischen Freunden schon lange mit dem Gedanken, zwar Mitglied der Union zu bleiben, aber aus sämtlichen Ausschüssen der Union auszuscheiden.
Er beantrage, daß sich der gewählte Arbeitsausschuß mit den Problemen beschäftige.
Vorsitzender [*Josef Müller*] bemerkt dazu, daß der Arbeitsausschuß infolge der Annahme der Statuten heute eigentlich nicht mehr existiere. Wenn er noch zur Mitarbeit herangezogen worden sei, so deswegen, weil notwendigerweise ein Übergang hätte geschaffen werden müssen.
Dr. *Hundhammer* fragt an, ob die Statuten genehmigt seien.
Vorsitzender [*Josef Müller*] erwidert, daß die Debatte über die Genehmigung der Statuten im Gange sei. Jedenfalls könne schon jetzt mit den Wahlen in den Orts-, Kreis- und Bezirksverbänden begonnen werden, damit Zeit gewonnen und die Landesversammlung möglichst bald abgehalten werden könne.
Euerl beantragt, daß der Antrag des Vorsitzenden, daß der neue Ausschuß über Mittag tagen solle, genehmigt werde und daß sich eine weitere Debatte am Nachmittag anschließe. Er bitte die Herren der Opposition, nicht immer gleich damit zu drohen, daß ein Kreis von Leuten hinter ihnen stehe, der eventuell aus der Union austrete. Diese Methode komme einer Vergewaltigung gleich.
Dr. *Horlacher* verwahrt sich gegen diese Vorwürfe.
Dr. *Geiselberger* glaubt auch, daß der bisherige Arbeitsausschuß zur Beratung der politischen Fragen genügt hätte. Wenn sich der Vorsitzende mit den genannten Herren über die künftige Regierungspolitik beraten wolle, so bedürfe es dazu keiner Abstimmung.
Dr. *Semler* erklärt, er und *von Prittwitz-Gaffron* hätten sich lediglich als Fachberater für den Ausschuß zur Verfügung gestellt. Sie wollten aber nicht den Anschein erwekken, als ob sie mit im engsten Führungsgremium der Union tätig sein wollten. Er bitte, die Funktion dieses Ausschusses noch einmal klarzustellen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] bezeichnet als Aufgabe des neuen Gremiums, endlich sachliche Arbeit zu leisten. Die persönlichen Dinge sollten anderswo ausgetragen werden. Die Drohungen, die bei Meinungsverschiedenheiten immer so leicht hingeworfen würden, könnten ihn dazu veranlassen, so rasch wie möglich die Landesversammlung einzuberufen und von ihr zu verlangen, daß die Konsequenzen gezogen würden.

Die Sitzung wird um 11.50 Uhr zur Mittagspause unterbrochen.
Die Sitzung wird um 13.10 wieder aufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*] schlägt Berichterstattung der Ausschußvorsitzenden vor und bittet als ersten Redner *von Prittwitz-Gaffron*, den Bericht über den zwischenstaatlichen Ausschuß zu erstatten.
Von Prittwitz-Gaffron: Der zwischenstaatliche Ausschuß, der seine konstituierende Sitzung am 23. Februar 1946 gehalten hat, hat seit dieser Zeit im ganzen fünf Sitzungen gehabt, darunter waren zwei öffentliche Sitzungen. Bei den öffentlichen Sitzungen sind zwei Vorträge gehalten worden, der eine von Herrn *Edgar Hanfstaengl* über das Thema "Konnte *Hitlers* Außenpolitik richtig sein". Der Vortrag ist vervielfältigt wor-

den und ist den auswärtigen Mitgliedern des Ausschusses zugegangen, mit dem Anheimstellen, solche Vorträge eventuell in anderen Städten im kleineren Kreis zu wiederholen. Der zweite Vortrag ist von mir selbst gehalten worden über das Thema "Grundlagen der amerikanischen Demokratie". Die Vervielfältigung steht bevor. Der Vortrag wird ebenfalls verschickt werden.
Nach dem Arbeitsplan des Ausschusses ist das gesamte Arbeitsgebiet nach den verschiedenen Ländern in 13 Hauptreferate eingeteilt. Es wird versucht, innerhalb des Ausschusses durch Referate über diese Gebiete - die nächste Tagung findet in ungefähr vierzehn Tagen statt - Aufklärungsarbeit zu leisten, um Material zu sammeln, welches der Landesleitung zur Verfügung steht und eventuell auf Anforderung auch den Bezirks- oder Kreisverbänden, die Material für einzelne Vorträge brauchen sollten. Im übrigen ist der Grundgedanke des Ausschusses, eine Art Erziehungsarbeit zunächst unter Mitgliedern zu leisten, um die Kenntnis von fremden Ländern, von der Politik fremder Staaten und den internationalen Zusammenhängen, angefangen mit den Zusammenhängen zwischen den deutschen Zonen, weiter zu verbreiten. Der Ausschuß arbeitet eng mit dem wirtschaftspolitischen Ausschuß und dem Flüchtlingsausschuß zusammen. Besonders mit dem letzteren haben wir verschiedene sehr fruchtbringende Besprechungen gehabt.
Ich glaube, ich kann mich eigentlich auf diese Bemerkungen über die Tätigkeit des Ausschusses beschränken, möchte diese aber nur noch ergänzen durch Bekanntgabe der Resolution, die der Ausschuß am 7. Mai zu Fragen der allgemeinen Friedenspolitik gefaßt hat. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

> Wir hoffen auf die baldige Herstellung des Friedenszustandes in Europa im Rahmen der friedlichen Zusammenarbeit aller Völker. Deutschland, das ernstlich bestrebt ist, sich im Innern von den Schlacken der Vergangenheit zu reinigen, will auch in seinen Beziehungen zur Umwelt neu beginnen. Nach allem, was vorgefallen ist, wird der kommende Friedensvertrag für Deutschland keine leichten Bedingungen enthalten. Wir vertrauen aber auf die Einsicht der Alliierten, daß sie nach dem Kampfe gegen die Beherrschung Europas durch den Hitlerdespotismus einem freiheitlichen Deutschland, das sich als Teil Europas fühlt, solche Lebensbedingungen lassen, daß es dereinst als mitverantwortliches Mitglied in die Gesellschaft der Nationen zurückkehren kann.
> Dazu bedarf es wirtschaftlicher und territorialer Existenzmöglichkeiten. Die Verhinderung einer Erneuerung der Kriegsproduktion im Industriegebiet des Rheins, der Ruhr und der Saar kann durch Maßnahmen erfolgen, die keine Verstümmelung des deutschen Wirtschaftskörpers durch Veränderung der politischen Grenzen bedingen. Ebenso können in den deutschen Ostgebieten Vorkehrungen getroffen werden, um durch entsprechende wirtschaftliche Kontrollmaßnahmen der Alliierten die gleichen Sicherheitsbedingungen wie im Westen zu schaffen. Um so mehr erwarten wir, daß bei der endgültigen Grenzziehung darauf Rücksicht genommen wird, der deutschen Bevölkerung die für die Beschaffung von Ernährung und Arbeit unerläßlichen Gebiete zu belassen. Deutschland will in Zukunft mit allen seinen Nachbarn dauernd in Frieden und Eintracht leben. Es glaubt sich daher zu der Hoffnung berechtigt, daß dem Elend der Evakuierungen aus den Ostgebieten und der Tschechoslowakei [entgegen]gesteuert werde im Geiste der Gesetze der Menschlichkeit und Menschenwürde, welche das Unterpfand einer neuen europäischen Ordnung sind.

Frau *Hahn*: Der Frauenausschuß setzt sich aus zwei Kreisen zusammen. Der innere Kreis ist der engere Frauenarbeitskreis. Er umfaßt Frauen aus allen Berufen und Ständen, die akute Frauenfragen bearbeiten und alle jene Probleme, die irgendwie im Parlament oder sonstwie zur Sprache kommen sollen.
Um diesen engeren Frauenarbeitskreis ist ein Ring gebildet. Das sind jene Frauen, die in den Vorstandschaften der Partei in irgendeiner Form tätig sind. Der Frauenausschuß ist nicht nur ein Arbeitskreis über bestimmte Gebiete, also etwa Frauenfragen im Vergleich zu anderen Ausschüssen, sondern er ist in sich auch die gesamte Vertretung aller Frauen und aller Wählerinnen der Union. Er unterscheidet sich damit wesentlich von anderen Arbeitsausschüssen.
Was haben wir getan? In kleinerem Kreis haben sich diejenigen, die ganz in der aktiven Arbeit standen, viele Wochen hindurch, ich kann sagen fast jede Woche, getroffen, oft noch öfters, wenn irgend etwas zu besprechen war. In größerem Kreis sind wir vierzehntägig und in noch größerem Kreis alle vier Wochen zusammengekommen. Im April hatten wir eine große Frauentagung, vor kürzerer Zeit eine größere richtige Arbeitszusammenkunft, um die Fragen durchzubesprechen, die in der Verfassung uns Frauen besonders berühren. Dabei sind eine Reihe von Fachreferaten ausgearbeitet worden, so zum Beispiel Schule und Bildung, Fürsorgewesen, frauliche Aufgabengebiete innerhalb der Stadtverwaltung.
Zeitlich gesehen haben wir noch viel mehr Kraft als auf Sitzungen und Besprechungen auf unseren praktischen Einsatz in der Wahlvorbereitung verwendet. Ein großer Teil von uns hat sich wirklich alle Mühe gegeben, um in Stadt und Land allüberall mitzuhelfen, Wählerinnen zu werben und Versammlungen zu gestalten. Wir haben uns auch schon sehr intensiv mit den programmatischen Richtlinien der Partei befaßt, soweit wir Frauen dazu etwas zu sagen haben. Ein großer Teil der Vorschläge, die wir ausgearbeitet haben, ist in den Richtlinien des kulturpolitischen Ausschusses aufgenommen worden, dem eine unserer Frauenvertreterinnen letzthin sehr gut ausgearbeitete Gedanken übergeben hat. Einige andere Gedanken, die in den anderen Ausschüssen, soweit ich beobachten konnte, nicht verarbeitet worden sind, werden wir in den nächsten Tagen der Partei als Resolution noch vorlegen.
Die Union arbeitet jetzt, um eine neue Ordnung für das Land aufzubauen. Sie kann nicht aufgebaut werden ohne die lebendigen Kräfte der Frau. Dafür arbeitet unser Frauenausschuß, dafür stehen wir alle hier. Wir arbeiten langsam, aber wir arbeiten sicher.

(Lebhafter Beifall.)

Dr. *Semler*: Meine Damen und Herren! Ich wollte, uns hätte man auch Zeit gelassen, langsam und sicher zu arbeiten. Aber in dem Referat, das ich Ihnen vorzutragen habe, werde ich leider seit Monaten von allen Seiten, nicht nur von unserem Herrn Landesvorsitzenden, auf das heftigste gedrängt, schnelle Arbeit zu leisten. Ich hoffe, sie ist deshalb nicht gar zu schlecht geworden.
Wir sind im Verlaufe der letzten Monate durch die Entwicklung der Ereignisse über unsere eigentliche Aufgabe, zu dem Programm der Union den Teil beizutragen, der sich auf das Wirtschaftsleben im ganzen bezieht, hinausgedrängt worden. Es wurde uns die Aufgabe gestellt, nicht nur programmatische Grundsätze zu entwickeln, sondern darüber hinaus zu den drängenden Tagesfragen Stellung zu nehmen und Vorschläge vorzulegen. Das hat dazu geführt, daß die zunächst in unserem Ausschuß begrenzte Tätigkeit sich in immer zunehmendem Umfang zu einer Zusammenarbeit mit

dem sozialpolitischen Ausschuß erweitert hat. Diese Zusammenarbeit hat im Endergebnis dazu geführt, daß wir für die Politik der Union und für die Grundsätze des nunmehr in absehbarer Zeit vorzulegenden Regierungsprogramms schon jetzt ganz konkrete Dinge entwickeln mußten, mit denen unsere politischen Führer wirklich etwas anfangen können. Nach vielfachen gemeinsamen Beratungen innerhalb der Gremien habe ich dann das Grundsätzliche dem Herrn Landesvorsitzenden vorgelegt. Er hat mich daraufhin ersucht, dieses Gerippe, wenn ich es so nennen darf, des wirtschaftlichen Aufbaues wie er unserem erweiterten Kreis vorschwebt, in Vorträgen vor geladenen Gästen der Bezirksverbände zu entwickeln. Die Vorträge wurden noch nicht in allen Bezirken des Landes gehalten. Ich hoffe, daß ich auch noch in Niederbayern und in der Oberpfalz sprechen kann. Das Ergebnis dieser Zusammenkünfte, bei denen in den einzelnen Bezirken Vertreter der Wirtschaft der verschiedensten Kreise anwesend waren, ist im großen und ganzen, man darf wohl sagen überraschend, zustimmend gewesen. Im grundsätzlichen ist nirgends in der Zwischenzeit der vergangenen sechs Wochen ein ernsthafter Widerspruch aus dem Kreise unserer Freunde laut geworden. In Einzelfragen gibt es noch die eine oder die andere Auffassung, über die im übrigen ja noch eingehend beraten und diskutiert werden muß.
Andererseits ist festzustellen, daß die Vorstellung, die wir uns vom Aufbau der Wirtschaft in Bayern und von einigen ganz grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten machen, bei den Hörern offenkundig den Eindruck des Neuen erweckt haben, und zwar des Neuen in dem Sinne, daß man gesagt hat: Jawohl, hier dürften wohl Ansätze für eine unserer heutigen Zeit entsprechende neue wirtschaftliche Gestaltung vorhanden sein.
Wenn es richtig ist, daß dieser Eindruck fast überall, vielleicht am stärksten in Nürnberg vor rund etwa 200 bis 250 Hörern entstanden ist, dann sind wir vielleicht auf dem richtigen Weg, besonders wenn Sie bedenken, daß wir damit in einen ganz bewußten Gegensatz zum Abschnitt drei des Verfassungsentwurfs vom Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* treten, der sich "das Wirtschaftleben" überschreibt und der, wie wir vielleicht alle bedauern, so außerordentlich wenig Neues enthält, mit dem man sich auch freudig gern herumstreiten möchte. Ihr Eindruck ist vielleicht ein ähnlicher gewesen wie der meine. Das was darinsteht, ist schrecklich langweilig. Es sind Dinge, die eigentlich schon unsere Väter gehört haben, es ist orthodoxer Sozialismus in allerältestem Sinne. Dies ist auch der Eindruck bei den Sozialdemokraten selbst, wie ich aus häufigen Unterhaltungen der letzten Zeit gespürt habe. Das ist deshalb besonders interessant, weil man den Eindruck hat, daß sie uns beinahe um unsere neuen Gesichtspunkte beneiden.
Leider kann ich heute nicht entwickeln, was ich gerne vortragen möchte. Denn ich würde dazu eine Zeit beanspruchen, die der Herr Vorsitzende [*Josef Müller*] ganz bestimmt nicht konzediert. Die Arbeit der Ausschüsse soll ja gedruckt werden, nach meiner Unterrichtung noch im Anfange dieses Monats. Das entspricht einem Ansuchen, das an mich von allen Seiten gestellt wurde. Ich bin gebeten worden, daß diese Ausführungen nunmehr allen im Lande zugänglich gemacht werden sollen, damit sich alle in Ruhe damit auseinandersetzen können.
Es wird Sie vielleicht interessieren, daß ein Teil dieser Ausführungen immer wieder eine ganz besondere Aufmerksamkeit hervorgerufen hat. Es ist der Teil, der sich in vollster Offenheit mit den Voraussetzungen für eine Gesundung der Wirtschaft befaßt, die nur von den Besatzungsmächten geliefert werden können. Vielleicht hat unsere Parteileitung gewisse Hemmungen gehabt, ob es der richtige Augenblick wäre,

mit diesen Dingen hervorzutreten. Ich habe das Risiko persönlich auf mich genommen und in allen meinen öffentlichen Versammlungen diese Fragen rückhaltlos und offen angeschnitten, nicht in Form einer Kritik, die uns nicht zusteht, sondern in Form eines ersten Hinweises darauf, daß eine ganze Anzahl Voraussetzungen geschaffen werden müssen, und zwar sehr schnell, wenn überhaupt der wirtschaftliche Aufbau in absehbarer Zeit vor sich gehen soll.
Ich glaube, daß die Resonanz, nicht nur in unserem Arbeitskreis, sondern auch bei den Versammlungen, etwa die gewesen ist, daß unsere Parteileitung nunmehr doch ernstlich in Erwägung ziehen sollte, offiziell von Seiten der Union in Bayern aus sich dahin zu erklären, daß wir zum Wiederaufbau der Wirtschaft diese Voraussetzungen benötigen und daß die Besatzungsmächte sich darüber schlüssig werden müssen. Sie wissen, daß es von anderer Seite in anderen Teilen Deutschlands bereits in dieser oder jener Art geschehen ist. Sie haben hier politisch zu entscheiden. Ich lege Ihnen infolgedessen die Frage vor, ob es nicht an der Zeit ist, daß die Christlich-Soziale Union in Bayern in aller Deutlichkeit, aller Verantwortung und vollem Ernst diesen Punkt aufnimmt und ausspricht.
Daneben hat in der Wirtschaft naturgemäß unser Plan für die Selbstverwaltung einer nach den verschiedenen Wirtschaftszweigen aufgebauten Wirtschaft ganz besonderes Interesse erregt. Es liegt auf der Hand, daß es verschiedene Fragen gibt, die sehr sorgfältig geprüft werden müssen, ehe man einen solchen Plan in die Tat umsetzt. Ein Ergebnis, das der Herr Landesvorsitzende von mir erwartete, ist auch bereits deutlich zu erkennen, daß die Wirtschaft es grundsätzlich begrüßt, wenn man ihr die Verantwortung für ihre eigenen Dinge überläßt, daß aber verantwortliche Männer der Wirtschaft davor warnen, diese Verantwortung zu schnell ins Leben treten zu lassen. Denn die Wirtschaft ist im ganzen doch noch in sehr viel schwächerem Zustand, als man gemeinhin annimmt.
Freilich, um unseren Plan, wie er uns vorschwebt und wie wir hoffen, daß er die ungeteilte Zustimmung der Union finden wird, durchführen zu können, muß man ihn als ein Ganzes nehmen. Das trifft besonders auf einen sehr empfindlichen Punkt zu: Das ist der, in welchem Umfang und in welcher Art soll sich künftig der Staat unternehmerisch in der Wirtschaft betätigen, also jener Punkt, den der *Hoegnersche* Verfassungsentwurf mit der staatssozialistischen Übernahme der Betriebe bezeichnet, oder wie es in seiner damaligen Rede hieß, mit der Übernahme der Wirtschaft im wesentlichen auf genossenschaftlicher Basis.
Wir haben in dieser Hinsicht ganz bestimmte Vorstellungen. Ich kann auch diese leider im Augenblick wegen Zeitmangels nicht entwickeln, aber ich möchte auf die Punkte hinweisen, die nachher im Zusammenhang mit der politischen Debatte wesentlich sind. Wir müssen daran festhalten, daß nach unserer Überzeugung gewisse wirtschaftliche Vorgänge zwar maßgebend vom Staat beeinflußt werden sollen, wir es aber nicht für richtig halten, daß diese Vorgänge Gegenstand der Behandlung durch eine parteipolitische Regierung unmittelbar sind. Das betrifft in allererster Linie die künftige Kreditpolitik, nachdem einmal die Geldneuordnung durchgeführt ist.
Meine Herren, es wird Ihnen der Satz im *Hoegnerschen* Verfassungsentwurf gegenwärtig sein, in dem es heißt, daß die Regierung dem einzelnen Unternehmen die Kredite gibt. Was das bedeutet, brauche ich nicht auszuführen. Die Sorge, die wir heute haben, ist die, daß, bevor die Union verantwortlich die Regierungsgeschäfte übernimmt, auf dem Gebiet wirtschaftlicher Organisation oder überhaupt der Wirtschaftspolitik Festlegungen erfolgen, die später kaum oder überhaupt nicht mehr rückgängig

gemacht werden können. Infolgedessen muß ich die dringende Bitte an die Parteileitung richten, daß man bei den jetzt stattfindenden Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten [*Wilhelm Hoegner*] und seinen Regierungsmitgliedern darauf drängt, daß keine Maßnahmen durchgeführt werden, die wesentliche Punkte unseres Programms, wie wir es uns denken, durchkreuzen. Das soll vor allem deswegen geschehen, weil wir der Auffassung sind, daß das von uns zu beschließende Wirtschaftsprogramm der Union weit mehr sein soll als die Grundlage wirtschaftspolitischen Handelns in den nächsten zwei Jahren. Wir dürfen hoffen - und das scheint mir ein sehr positives Ergebnis der bisherigen Arbeit zu sein -, daß unsere wirtschaftspolitischen Anschauungen draußen wirklich als eine neue Grundlage des Zusammenlebens, vor allem des sozialen Zusammenlebens der arbeitenden Menschen angesehen werden. Wenn das richtig ist, dann müssen wir mit allen Mitteln verhindern, daß in der Übergangszeit dieses wesentliche Ziel durch Maßnahmen beeinträchtigt wird, die eine Regierung etwa durchführt, die nur noch in einem Übergangsstadium tätig ist. Das ist keine leere Warnung, die Gefahr ist da.

Zu unserer Wirtschaftsauffassung gehört zum Beispiel, daß die Kreditpolitik innerhalb des Landes übersichtlich durch eine Stelle geführt wird, die nicht die Regierung ist, die aber dem Staate zugehört, in diesem Falle dem Bayerischen Staat. Es ist lange darüber diskutiert worden, welche Praxis besser ist, die Praxis des alten Reichsbanksystems oder die Praxis, die der Kontrollrat seinerseits angeregt hat. Es ist ja noch kein Befehl vorhanden, Landeszentralbanken zu errichten. Man mag zu beiden Systemen stehen, wie man will. Eines ist sicher, daß wir im Hinblick auf die gegenwärtige Lage in Deutschland rascher zum Ziele kommen werden, wenn wir in Bayern eine eigene Zentralstelle für die Führung der Kreditpolitik haben. Daß wir später den Anschluß nicht nur an die übrige Entwicklung auf diesem Gebiet in Deutschland haben müssen, sondern dringend darauf angewiesen sind, das System so auszubauen, daß der Zahlungsverkehr und auch die Verteilung und Leitung der künftig etwa wieder zur Verfügung stehenden Kapitalien unbehindert vor sich gehen kann, ist wohl eine Selbstverständlichkeit, wenn Sie bedenken, daß Bayern seit langen Jahrzehnten ein Zuschußland gewesen ist.

Von dieser Richtung her sollten wir naturgemäß nirgends ein Hindernis bauen. Aber wenn wir jetzt wieder hören, daß neue Einflüsse am Werke sind, den an sich durchaus vernünftigen letzten Entwurf zum Gesetz über die Landeszentralbank wieder zu Fall zu bringen und wieder die Reichsbank einzuschalten, dann möchte ich in dieser Beziehung eine Warnung aussprechen und zugleich generell die Bitte daran knüpfen, daß in den Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten durch unsere Parteileitung möglichst von übermorgen an Abhilfe geschaffen wird.

In keinem einzigen, wichtigen oder unwichtigen Fall hat die Regierung *Hoegner* uns vorher Kenntnis von wichtigeren Vertrags- und Gesetzentwürfen auf wirtschaftspolitischem Gebiet gegeben. Sie war vielleicht dazu nicht verpflichtet. Wenn wir etwas erfahren haben, so durch den einzelnen Herren der Union in der Regierung. Die Regierung als solche hat es nicht für richtig und notwendig befunden, die Union zu unterrichten. Ich glaube, Herr Landesvorsitzender, ich übertreibe nicht, wenn ich feststelle, daß die Regierung *Hoegner* dieses Recht bisher gehabt hat, daß sie es aber seit den Wahlen nach alter parlamentarischer und demokratischer Methode bestimmt nicht mehr hat.

Wenn eine Übergangsregierung amtiert, dann ist es gute Gepflogenheit in jeder Demokratie der Welt gewesen, daß sie ihre wesentlichen Maßnahmen mit der Führung

der Opposition, die demnächst die Regierung übernehmen wird, abstimmt. Wir müssen unseren Landesvorsitzenden bitten, daß sich von jetzt an in diesem Punkt die Verhältnisse grundlegend ändern. Denn wir können keine positive Arbeit leisten, wir können einer künftigen Regierung der Union keine Vorarbeit bringen, wenn wir nicht über das unterrichtet sind, was jetzt innerhalb der Regierung geplant wird oder, noch schlimmer, beschlossen ist.

In diesem Sinne muß ich auch auf einen zweiten Punkt hinweisen. Das ist die Errichtung des Amtes für Vermögensverwaltung. Sie ist zwar auf eine gewisse Weise durch die Amerikaner geschehen, aber dieser Punkt ist gerade deshalb wichtig, weil er in unser System der Staatsbetätigung entscheidend hineingehört. Die vom Staat unabhängige Vermögensverwaltung soll nach unserer oft schon vorgetragenen Anschauung das Sammelbecken für alle die Vermögenswerte sein, die aus dem Gesetz Nr. 52 und 54 dem Staate zufallen und später vielleicht einmal derjenigen Stelle, die solche Aufgaben in der Wirtschaft übernimmt, die die private Wirtschaft selbst nicht erfüllen kann oder die aus anderen Gründen vom Staate durchgeführt werden sollen. Es geht aber nicht an, daraus eine Beherrschung zu machen. Wir halten das für grundfalsch.

Ich bin im Zweifel, ob es wirklich richtig ist, daß man nur in diesem Punkte dem Befehl der Amerikaner gefolgt ist. Ich kann es nur für mein Arbeitsgebiet beobachten. Aber auf ihm beobachte ich seit Monaten eine unerhört konsequente, klare und geschickte Politik des Ministerpräsidenten als Sachwalter der Sozialdemokratie.

(Sehr richtig!)

Es ist unbedingt notwendig, daß schon in dem Zeitraum, der jetzt vor uns liegt, bevor die Union die Regierung übernimmt, verhindert wird, daß in dieser Linie weiteres geschieht. Ich sage das ganz offen und bewußt. Jeder von Ihnen, der mich kennt, weiß, daß ich aus vollem Herzen der Meinung bin, daß wir mit der Sozialdemokratie zusammen regieren müssen. Aber gerade darum halte ich es für notwendig, Gegensätze nicht zu übertünchen, sondern die Gegensätze klar herauszustellen und dann zu versuchen, sich zusammen zu einigen. Es mag in dem einen Fall gelingen, in dem anderen nicht. Wogegen wir uns wenden müssen ist, daß unser gutes Programm, das bei uns durchdacht ist und bei uns bis heute eine selten einhellige Zustimmung in allen Teilen des Landes gefunden hat, durch Maßnahmen einer Regierung gefährdet wird, die nur noch eine Übergangsregierung ist und in diesem Stadium nach parlamentarischen Grundsätzen nicht mehr das Recht hat, entscheidende politische Maßnahmen durchzuführen.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Wo ist das Programm?)

Verehrtester Herr Dr. *Horlacher*! Sie sind stellvertretender Vorsitzender dieses Ausschusses. Ich habe siebenmal einen Vortrag über dieses Programm gehalten. Ich habe Sie eingeladen zu erscheinen. Der Vortrag hat eineinhalb Stunden gedauert. Ich glaube, Sie hätten ihn ziemlich genau verstanden.

Ich möchte nicht einer politischen Debatte vorgreifen und nur die Punkte erwähnen, die für eine kommende Regierung programmatische wirtschaftspolitische Punkte enthalten.

Im wirtschaftlichen Aufbau darf es uns auch nicht passieren, daß uns von der gegenwärtigen Regierung weitere Steine in den Weg gelegt werden. Ich möchte im Rahmen dieses Referats nicht Kritik üben an der augenblicklichen Wirtschaftspolitik der Regierung. Wir sind wohl alle einig, daß alsbald nach Übernahme der Verantwortung im Staat durch die Union ein Wandel geschaffen werden muß. Bis dahin wird es Ihre

Aufgabe, die Aufgabe der politischen Leitung der Union sein, zu bestimmen, wie wir uns gegenüber den wirtschaftspolitischen Instanzen der heutigen Regierung verhalten wollen. Mein Bemühen ist es ebenso wie das des Ausschusses gewesen, um auch noch über diesen Punkt erschöpfend zu berichten, nicht nur Kritik zu üben, nicht nur in unserem Zirkel unser Programm zu entwickeln, ich bin hinausgegangen und habe häufig mit den verschiedenen Stellen gesprochen und die Dinge erörtert. Ich habe auch eine Reihe der unzähligen Beschwerden vorbringen können. Diese Beschwerden sind inzwischen Legion geworden und es ist ein Jammer, daß ein solcher Zustand im Lande überhaupt hat einreißen können.
Damit komme ich zum letzten Punkt, nämlich zu den Möglichkeiten, die gegeben sind, Sauberkeit zu schaffen. Eine dieser Voraussetzungen ist immer noch nicht erfüllt. Wir haben immer noch keine Gerichte in Bayern. Das ist ein unmöglicher Zustand. Es gibt bald keine Rechtfertigung dafür. Denn seit Monaten hat die Besatzungsmacht die Einsetzung der Gerichte angeordnet, seit Monaten besteht die Möglichkeit der Eröffnung der Gerichte. Bei Anerkennung aller Schwierigkeiten, die sich für das Justizministerium bei der Durchführung dieser Aufgabe entgegengestellt haben, muß es allmählich möglich sein, daß man wieder zum Amtsgericht gehen, sich gegen unberechtigte Angriffe wehren und seine berechtigten Ansprüche durchsetzen kann.

(Sehr wahr!)

Es ist das nur einer der Punkte, die wichtig sind. Aber auch dieser Punkt gehört unterstrichen, und es muß verlangt werden, daß nun einmal endlich etwas geschieht.
Ich habe bereits über die mir erlaubte Zeit hinaus gesprochen. Ich kann Ihnen nicht mehr berichten, ich kann nur bitten, daß in der politischen Debatte auf diese Gesichtspunkte Rücksicht genommen wird, daß unsere Parteileitung in dieser Übergangszeit aufmerksam bleibt und beachtet, daß uns nichts für die kommende Zeit verbaut wird, in der wir die Geschicke bestimmen sollen. Die Gefahr liegt vor allem darin, daß die Union weiterhin, wie es bisher geschehen ist, völlig ausgeschaltet bleibt. Das darf nicht der Fall sein. Das ist eigentlich selbstverständlich. Ich glaube, unsere Bitte an den Herrn Landesvorsitzenden hat unter anderem dahin zu gehen, den Ministerpräsidenten [*Wilhelm Hoegner*] darauf festzulegen, daß die Union von jetzt an bei allen maßgebenden politischen Entscheidungen um ihre Stellungnahme gefragt wird.

(Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär *Krehle*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns im sozialpolitischen Ausschuß in einer Reihe von Sitzungen mit den Problemen beschäftigt, die gegenwärtig im Vordergrund des Interesses stehen. Auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, der Betriebsvertretung und der Sozialversicherung sind zur Zeit Zustände eingetreten, die in gewisser Beziehung ein Vakuum geschaffen haben. Nun hat in der Zwischenzeit die Militärregierung, das heißt der Oberste Kontrollrat, Rahmengesetze zum Arbeitsgerichtsgesetz und zum Betriebsrätegesetz erlassen und außerdem an den Länderrat Fragen gestellt, die vom sozialpolitischen Ausschuß des Länderrates bezüglich der Umgestaltung unserer Sozialversicherung durchzuführen sind. Bezüglich des Arbeitsgerichtsgesetzes und des Betriebsrätegesetzes haben die drei Länder der Zone von sich aus Vorschläge gemacht, die auf einen gemeinsamen Nenner für die ganze Zone gebracht werden sollen. Die Dinge befinden sich noch im Fluß und im Stadium der Verhandlungen.

Das wichtigste Gebiet ist das Gebiet der Sozialversicherung. Wir von unserem Raum aus müssen Wert darauf legen, daß unsere Sozialversicherung auf alle Fälle erhalten bleibt und daß auch die Einrichtungen der Sozialversicherung, die wir gegenwärtig noch haben und die sich in jahrzehntelanger Praxis bewährt haben, nicht dadurch über den Haufen geworfen werden, daß man nun versucht, alles in einen Topf zu werfen und eine Vereinheitlichung durchzuführen, die nicht nur die Interessen der Arbeiter nicht wahrt, sondern vom allgemeinen staatspolitischen Standpunkt nicht vertreten und verantwortet werden kann.
Bezüglich der Sozialversicherung ist die Situation folgende: Auf die Anfragen des Obersten Kontrollrats hat der sozialpolitische Ausschuß des Länderrats die Antwort erteilt. In diesem Zusammenhang ist von Hessen aus ein neuer Entwurf für eine neue Reichsversicherungsordnung vorgelegt worden, die sich sehr stark an die Zustände anlehnt, die im Sektor der russischen Besatzungszone durch die Vereinheitlichung der Versicherung bereits Wirklichkeit geworden sind. Es ist eine nicht bestreitbare Tatsache, daß bei den Verhandlungen in Stuttgart durch die Behördenvertreter, in diesem Falle durch die Vertreter der Versicherungsträger, das sind die Landesversicherungsanstalten und die sonstigen Körperschaften der Sozialversicherung, die zum großen Teil von Sozialisten besetzt sind, versucht wird, alte Ideen, die von den Sozialisten seit Jahrzehnten verfochten werden und die auch wiederholt bei den früheren Parlamenten eine Rolle gespielt haben und abgewehrt werden konnten, nun in die Tat umzusetzen, ohne die Parlamente und die Volksvertretung zu befragen.
In dem Entwurf, den Hessen vorgelegt hat, ist vorgesehen, einheitliche Sozialversicherungsämter für die einzelnen Regierungsbezirke zu schaffen und in diesen Sozialversicherungsämtern alles zusammenzufassen, die Krankenversicherung, die Unfallversicherung, die Invalidenversicherung und auch die Angestelltenversicherung. Die Arbeitslosenversicherung ist zunächst unberührt geblieben, weil sie ja in der Zwischenzeit noch nicht in Gang gesetzt worden ist. Ich bin aber der Auffassung, daß wir uns auf alle Fälle im kommenden Winter darüber klar werden müssen, einer bereits vorhandenen echten Arbeitslosigkeit zu begegnen. Wir werden im kommenden Winter damit zu rechnen haben, daß wir trotz offener Stellen auf der anderen Seite eine echte Arbeitslosigkeit zu verzeichnen haben. All das hängt natürlich sehr stark mit unserer Währungsfrage zusammen, und ich kann mir vorstellen, daß bei der Durchführung einer Währungsreform unsere Wirtschaft einer Belastungsprobe ausgesetzt wird, die man heute noch gar nicht übersehen kann. Fachleute, die sich mit der Frage beschäftigen, rechnen damit, daß durch eine Währungsreform mindestens 60% der heute in Brot und Arbeit stehenden Arbeiter arbeitslos werden.

(Hört, hört!)

Das sind Dinge, die natürlich eine gewisse Voraussicht erfordern, auf die man sich einstellen muß, indem man durch Sammlung bestimmter Rücklagemittel die Voraussetzungen schafft, um diesen Zustand wenigstens in etwa abzumildern.
Wir hatten bereits im vergangenen Winter einen Vorstoß unternommen, eine Arbeitslosenunterstützung wenigstens im Umfang der Höhe der gegenwärtigen Unterstützungen bei den Wohlfahrtsämtern zu gewähren. Das ist aber vom Obersten Kontrollrat abgelehnt worden, vor allem mit Rücksicht darauf, daß die beiden anderen Länder, Württemberg-Baden und Hessen, nicht über die nötigen Mittel in ihrem Reichsstock verfügt haben, um die Arbeitslosenversicherung in diesem bescheidenen Umfang anlaufen zu lassen.

In der Sozialversicherung sind zweifellos Reformen notwendig. Ob man dabei alles, was bisher war und was sich bewährt hat, zerschlagen muß, ist eine andere Frage. Nach unserer Auffassung muß das nicht geschehen.
Was die Unfallversicherung anbelangt, so sind wir der Auffassung, daß diese unter allen Umständen ausgenommen werden muß. Die Unfallversicherung stellt an sich die Ablösung einer Haftpflichtversicherung der Arbeitgeber dar. Sie soll, wozu sich die Arbeitgeber ja auch bereit erklärt haben, auch in Zukunft allein von der Arbeitgeberseite her im Umlageverfahren finanziert werden. Was die Krankenversicherung anbelangt, so sind wir uns darüber im klaren, daß auf diesem Gebiete eine gewisse Bereinigung erfolgen muß und daß Betriebskrankenkassen mit 40 und 50 Mitgliedern nicht aufrechterhalten werden können. Es wird hier ein Mittelweg gefunden werden, um das Richtige zu treffen. Ich bin aber der Auffassung, daß es falsch wäre, bewährte Betriebskrankenkassen unbedingt zu zerschlagen, die meinetwegen über 1000 und 2000 Mitglieder verfügen und mit verhältnismäßig niedrigen Verwaltungskosten arbeiten, weil diese zum großen Teil durch die Betriebe gedeckt werden. Hier muß also auch eine Flurbereinigung, aber nicht eine Vereinheitlichung angestrebt werden, wie sie von der anderen Seite grundsätzlich gewünscht wird.
Ich habe bei der ganzen Sache das Gefühl, daß man bei der Reform der Sozialversicherung von sozialistischer Seite versucht, unter Ausschaltung der Parlamente die Dinge jetzt zu vereinheitlichen, um auch hier den Zustand zu haben, den man auf verschiedenen anderen Gebieten in der Zwischenzeit bereits geschaffen hat, nämlich die Schlüsselstellungen mit Sozialisten zu besetzen.

(Sehr richtig!)

Das ist das Entscheidende, das von der Gegenseite angestrebt wird.
Was die Angestellten- und Invalidenversicherung betrifft, so ist die Situation folgende. Ich muß hier noch nachholen: An sich ist sowohl die Krankenversicherung wie auch die Unfallversicherung leistungsfähig. Sie steht also vor keiner unbedingten Notlage, so daß Maßnahmen auf diesem Gebiet mit Ausnahme der bereits angedeuteten Flurbereinigung gegenwärtig nicht notwendig sind. Anders liegen die Dinge auf dem Gebiete der Rentenversicherung. Der bayerische Staat zahlt zur Zeit aus allgemeinen Steuermitteln einen monatlichen Zuschuß von acht Millionen Mark, um überhaupt die Renten auszahlen und aufrechterhalten zu können. Durch das Hereinströmen der Flüchtlinge usw. wird die Finanzlage noch stärker angespannt. Es müssen daher Wege gefunden werden, um diese Versicherung ohne weitere Belastung der Staatshaushaltsmittel irgendwie zu finanzieren. Auch wir sind der Ansicht, daß die Angestellten- und Invalidenversicherung unter Umständen zusammengelegt werden können. Wir wollen aber dabei unter allen Umständen eine Nivellierung und Herabdrückung der Angestelltenversicherung auf das Niveau der Invalidenversicherung vermeiden. Wir wollen im Gegenteil die Invalidenversicherung in ihren Bestimmungen möglichst nahe an die Angestelltenversicherung heranbringen, und dadurch erreichen, daß auch der Invalide und alte Arbeiter eine Rente bekommt, mit der er dann auch tatsächlich leben kann.
Das sind die Probleme, die gegenwärtig schweben. Sie werden auch in einem Ausschuß des Arbeitsministeriums gegenwärtig besprochen. Dieser Ausschuß ist allerdings nicht so zusammengesetzt, wie wir es wünschen. Der Bayerische Ministerrat wird sich wahrscheinlich in den nächsten Tagen mit den Ergebnissen dieser Ausschußberatungen befassen und zu ihnen ja oder nein sagen.

Soviel mir bekannt geworden ist, sollen aber bereits vom Obersten Kontrollrat in Berlin neue Anfragen und Anordnungen auch bezüglich der Sozialversicherung in Aussicht stehen, so daß es unter Umständen möglich ist, die Tendenz, die dem hessischen Entwurf anhaftet, dadurch auszuschalten, daß ein größerer Einfluß der beteiligten Kreise sichergestellt wird. Ich persönlich bin der Auffassung, daß die Bereinigung in der Sozialversicherung unter keinen Umständen als endgültige Lösung unter Ausschaltung der Parlamente erfolgen kann.
Eine Möglichkeit dazu sehe ich in folgendem. Wenn wirklich der Oberste Kontrollrat auf eine rasche Verabschiedung drängt, dann muß eben versucht werden, in einem sozialpolitischen Ausschuß der Verfassunggebenden Landesversammlung zu diesen Dingen Stellung zu nehmen und damit die Beteiligten wenigstens in etwa zum Wort kommen zu lassen, wie das auch beim Flüchtlingsgesetz über den Flüchtlingsausschuß, einem Unterausschuß des sozialpolitischen Ausschusses, geschehen ist. Dr. *Koenig* wird ja darüber gesondert Bericht erstatten. Ich hoffe, daß wir auch auf diesem Gebiet zu Lösungen kommen, die den beteiligten Kreisen Rechnung tragen.
Über eines müssen wir uns allerdings bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die wir in der Union auf lange Sicht treiben, im klaren sein. Wir haben ja auch wiederholt in gemeinsamen Sitzungen des wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Ausschusses zu einzelnen Fragen Stellung genommen und Übereinstimmung erzielt. Ich kann mir vorstellen, daß wir auf allen Gebieten der Wirtschafts- und Sozialpolitik in gemeinsamen Beratungen der Wirtschaftler und der Sozialpolitiker zu einer Lösung kommen, die sowohl den Forderungen der Wirtschaft wie auch den sozialen Belangen der Arbeiterschaft Rechnung trägt. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Voraussetzungen einer guten Sozialpolitik eine gute Wirtschaftspolitik ist. Das ist die Grundlage. Es dreht sich darum, ob wir überhaupt in absehbarer Zeit wieder zu einem anständigen Ertrag in unserer Wirtschaft kommen. Und eines ist sicher: Im Mittelpunkt aller Wirtschaft hat der lebendige Mensch zu stehen. Gerade wir aus dem christlichen Bereich müssen bei unseren künftigen Planungen absolut darauf Rücksicht nehmen, daß gegenüber der Arbeiterschaft in Zukunft da und dort eine andere Stellung eingenommen werden muß wie in der Vergangenheit und daß die Arbeiterschaft mit Recht aufgrund des Prozentsatzes, den sie im Gesamtvolk ausmacht, auch ihre Wünsche und Anregungen entsprechend zur Anerkennung bringen muß und daß sie als vollkommen gleichberechtigt in Staat und Wirtschaft eingegliedert wird.

(Lebhafter Beifall.)

Dr. *Koenig*: Ein Teil der Redner des Vortages hat darauf hingewiesen, daß die Flüchtlinge mit ihren Stimmen bereits bei den Wahlen am 30. Juni in erheblichem Umfange in Erscheinung getreten sind. Aber das soll nicht der Grund sein, weshalb wir uns jetzt und in Zukunft in besonderem Maße mit dem Flüchtlingsproblem befassen, sondern wir fühlen uns dazu aus unserer christlichen und sozialen Grundhaltung heraus verpflichtet. Aus diesen Erwägungen heraus ist der Flüchtlingsausschuß als einer der ersten Ausschüsse der Union überhaupt gegründet worden und seit einem halben Jahr in Tätigkeit. Er ist zunächst als Unterausschuß im sozialpolitischen Ausschuß ins Leben getreten. Wir haben aber die Ansicht vertreten, daß es sich bei der Problematik der Flüchtlinge nicht allein um eine soziale Frage handelt, sondern daß diese Frage auch ein eminent politisches, wirtschaftspolitisches und nicht zuletzt auch außenpolitisches Gesicht trägt.

Die Anregung zur Bildung des Flüchtlingsausschusses ist gleichzeitig von Seiten des Landessekretariats wie von Flüchtlingen erfolgt, die auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen. Der Ausschuß setzt sich zunächst zusammen als ein Arbeitsausschuß aus Interessenten, die sich freiwillig und ehrlich [sic!] zur Verfügung stellten. Unser Ziel ist aber, diesen Ausschuß organisatorisch in den Gesamtapparat der Union einzubauen und überall dort, wo sich Verbände der Union wie Kreis- oder Bezirksverbände befinden, gleichzeitig auch Ausschüsse bzw. Obleute der Flüchtlinge selbst einzubauen.
Die bisherige praktische Tätigkeit des Ausschusses befaßte sich zunächst damit, die grundsätzliche Haltung der Union zum Flüchtlingsproblem zu klären. Als Grundlage unserer gesamten Tätigkeit müssen wir nach wie vor die Stellungnahme der Union aufgrund der Bamberger Tagung betrachten. Diese Stellungnahme wurde damals dahingehend formuliert, daß die rechtliche Gleichstellung der Ausgewiesenen mit den Angehörigen der Aufnahmeländer für die Union eine selbstverständliche demokratische Forderung darstellt. Davon ausgehend haben wir in unserer öffentlichen Propaganda, in der Beratung der Flüchtlinge und in der Werbung für die Ziele und Ideen der Union unsere Formulierungen getroffen. Wir haben in Mitteilungsblättern, [im] Informationsdienst, Redner-Dienst der Union immer wieder diese Grundhaltung herausgestellt und gehofft, daß wir nun auch im Kreis der Flüchtlinge einen lebhaften Widerhall für die Union finden werden.
Dieser Widerhall ist - und das beweisen die letzten Wahlen ebenso wie zahlreiche Zuschriften, die wir täglich von draußen herein bekommen - nicht erfolgt. Die Gründe dafür liegen darin, daß einmal der organisatorische Aufbau innerhalb der Union nicht so vorgeschritten ist, wie wir es uns am Anfang gedacht haben, und daß wir dabei Widerstände zu überwinden hatten, die teilweise grundsätzlicher Art waren, teilweise aber auch auf eine gewisse Lethargie und Langsamkeit des Aufbaues einer so großen Partei, wie es die Union ist, zurückzuführen sind.
Neben diesen Dingen, deren Leitung und Lenkung jeweils in den Händen einer ganz kleinen Gruppe, eines ganz kleinen Arbeitsausschusses lag, haben wir versucht, die Lage der Flüchtlinge ganz allgemein im Lande Bayern hinsichtlich ihrer Eingliederung in das Wirtschafts- und Sozialleben ständig zu verbessern. Wir arbeiten systematisch mit sämtlichen staatlichen und caritativen Organisationen zusammen. Wir haben grundsätzliche Fragen immer wieder mit dem Staatskommissariat besprochen, wir sind dauernd mit ihm in Fühlungnahme und haben bei ihm tatsächliche, tatkräftige Unterstützung und Hilfe in unseren Bemühungen gefunden. Wir haben uns selbständig mit Wohnungsämtern und Arbeitsämtern in Verbindung gesetzt, um in Einzelfällen und in Fällen Erleichterungen aller Art zu verschaffen, in denen es sich um Hilfeleistung für Gruppen und Berufsstände von Ausgewiesenen handelte, die in einer gewissen Einheit in das Land Bayern kamen.
Diese Zusammenarbeit mit den anderen Parteien war deshalb notwendig, weil das Flüchtlingsproblem ja als Ganzes gesehen nicht ein Problem einer Partei ist, sondern weil sich auch in anderen Parteien bereits sehr starke Gruppen von Flüchtlingen organisiert haben, mit denen wir vom Anfang an in einer Art arbeitsgemeinschaftlicher Vertretung der Interessen der Ausgewiesenen zusammengearbeitet haben. Es ist ein außerordentlich gutes Verhältnis zwischen unserem Ausschuß und den führenden Flüchtlingsleuten der SPD. Wir haben uns dahingehend geeinigt, daß wir von uns aus sämtliche grundsätzlichen doktrinären Dinge zurückstellen wollen und nur das Ge-

meinsame vor Augen haben, nämlich den zwei Millionen Zugewanderten tatsächlich eine neue Heimstätte zu schaffen.
Die Werbung, die wir von der Union aus in Kreisen der Flüchtlinge veranstalteten, konnte sich allerdings nur in ganz geringem Umfange bemerkbar machen. Wir haben Plakate und Flugblätter herausgegeben, die an Deutlichkeit in der Stellungnahme der Union nichts zu wünschen übriglassen. Wir haben aber die Erfahrung gemacht, daß dieses Werbematerial den Flüchtlingskreisen selbst in viel zu geringem Umfange zugute kam und diesen größtenteils gar nicht bekannt war. Wenn es z.B. bei der letzten Wahl, bei der es zum ersten Mal in größerem Umfange darauf ankam, Flüchtlinge parteipolitisch zu erfassen, nur möglich war, für ganz Bayern 5000 Flüchtlingsplakate herauszugeben, so ist das ein organisatorischer Fehler, den wir zunächst nicht gutmachen konnten, den aber, wie wir hoffen, die Zukunft gutmachen wird.
So kam es, daß ganze Kreise, in denen 30.000 - 40.000 Flüchtlinge untergekommen sind, von denen etwa die Hälfte das Wahlrecht hatte, nichts über die Stellungnahme der Union zu dem Flüchtlingsproblem von Seiten der Union selbst erfuhren, sondern nur Zerrbilder vorgesetzt bekamen, die den wirklichen Verhältnissen in keiner Weise entsprachen.
Um nun das Gesamtproblem der nach Bayern ausgewiesenen, aber auch der Ausgewiesenen in den anderen Teilen der amerikanischen Zone zu regeln, haben wir einen Flüchtlingsgesetzentwurf vorbereitet und dem Staatsministerium des Innern, der Staatsregierung und auch dem Länderrat[4] zugleitet. Dieser Gesetzentwurf ist das Ergebnis gemeinsamer Beratungen des Ausschusses der SPD, unseres Ausschusses und des Flüchtlingskommissars. Sie werden aus dem Mitteilungsblatt der Union davon Kenntnis genommen haben, daß wir uns veranlaßt sahen, gegenüber den falschen Darstellungen, wie sie die Süddeutsche Zeitung acht oder 14 Tage vor der Wahl brachte, eine Richtigstellung zu geben. Diese Richtigstellung ist auch vom Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei im vollen Umfange anerkannt worden, [ist] aber nicht in der zweifellos der Sozialdemokratischen Partei im weiten Umfange unterstehenden Presse gebracht worden.
Auf diese Gründe ist es wohl im entscheidenden Maße zurückzuführen, daß bei den Flüchtlingen draußen im Lande im großen Umfange noch Unklarheit über die tatsächliche Haltung der Union besteht. Der Grundsatz des Flüchtlingsgesetzentwurfes, der nunmehr, wie ich gestern erfuhr, tatsächlich im Länderrat zur Debatte steht, beruht auf dem gleichen Fundament, das wir in Bamberg geschaffen haben, und zwar auf der grundsätzlichen Forderung nach Gleichstellung der Flüchtlinge in allen bürgerlichen Rechten und Pflichten nach ihrer erfolgten Einbürgerung in ihre neue Heimat.
Wir haben dazu unsere Forderungen der Staatsregierung nochmals unterbreitet. Diese Forderungen laufen vor allen Dingen darauf hinaus, eine Reihe von Sofortmaßnahmen in die Wege zu leiten, um das Los der Flüchtlinge, die tatsächlich größtenteils vor einer finanziellen Katastrophe stehen, da ihre Mittel fast restlos aufgebraucht sind, sofort und tatkräftig in irgendeiner Form zu erleichtern. Wir haben darauf hingewiesen, daß vor allen Dingen Widerstände aus Kreisen der Handwerkskammern und Ärztekammern gegenüber der Seßhaftmachung von Flüchtlingen bestehen. Diese Widerstände haben dazu geführt, daß auf der einen Seite ein Riesenbedarf an

[4] In der Vorlage: "Landrat".

handwerklicher Arbeit, an ärztlicher Betreuung vorhanden ist, der gerade durch die Flüchtlinge zusätzlich hervorgerufen wurde, daß aber andererseits die Handwerkskammern ebenso wie die Ärztekammern nicht gewillt sind, den tatsächlichen Erfordernissen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens Rechnung zu tragen, und daß sie selbstverständlich Handwerkern und approbierten Ärzten ihre Niederlassung verweigern.
Wir haben ferner darauf hingewiesen, daß es endlich an der Zeit ist, Renten und Pensionszahlungen zu regeln, wie dies in der englischen und teilweise auch in der russischen Zone bereits seit Monaten der Fall ist.
Wir haben ferner darauf verwiesen, daß auch die Praxis der Arbeitsämter in erster Linie [dem] Grad der Bedürftigkeit der Leute Rechnung tragen soll, die nun einen neuen Beruf bzw. die Wiederaufnahme ihrer alten Berufstätigkeit beantragen. Wir haben auch darauf verweisen müssen, daß Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst nach Möglichkeit wieder ihrer früheren Beschäftigung zugeführt werden sollen und daß ihnen die üblichen inländischen und ortsüblichen Löhne und Tarife gezahlt werden.
Als besonders vordringlich haben wir aber hingestellt, daß der Gesetzentwurf von der Staatsregierung nunmehr endgültig als Verhandlungsbasis anerkannt wird und daß er bald Gesetzeskraft erhalten möge.
Eine grundsätzliche Forderung, die auch den Wünschen des Staatskommissariats entspricht, besteht darin, daß wir gebeten haben, das Staatskommissariat für das Flüchtlingswesen unmittelbar aus dem Bereich des Innennministeriums herauszunehmen, da es ja nicht allein eine innerstaatliche Angelegenheit ist, die den Grundsätzen des Innenministeriums entspricht, sondern diesem Staatskommissariat eine Stellung ähnlich der eines Staatssekretärs zu verschaffen und es unmittelbar dem Ministerpräsidenten zu unterstellen. Das hat sich als besonders notwendig insofern herausgestellt, als der Staatskommissar für das Flüchtlingswesen [*Wolfgang Jaenicke*] noch nicht ein einziges Mal zu einer Ministerbesprechung zugezogen wurde, auch nicht, als die Frage zur Entscheidung stand: Wird dieser Gesetzentwurf, der gemeinsam den Wünschen aller Beteiligten entspricht, nun tatsächlich weiter gefördert, oder soll er in der Versenkung verschwinden, wie es vom Innenminister *Seifried* geplant war?
Ich habe diese Feststellungen in einer großen Wählerversammlung in Coburg getroffen, in der hunderte von Flüchtlingen anwesend waren. Ich habe in der Versammlung selbst ein sehr starkes Echo dafür gefunden. Die sozialdemokratische Presse in Coburg hat aber mit [k]einem Wort darauf reagiert.
Wir hätten an sich von der Union aus eine Fülle von Material vorliegen, das sich gegen die Politik der gegenwärtigen Regierung auf dem Gebiet des Flüchtlingswesens richtet und mit dem wir in der Lage wären, einen großen Teil der Flüchtlinge für die Union zu begeistern, zu werben und auch ihre Stimmen bei der nächsten Wahl für uns zu buchen. Aber auch innerhalb der Union wäre zu wünschen - es ist ein schmerzliches Kapitel, was mir immer wieder, wenn ich draußen tätig bin, vorgehalten wird und was aus fast allen Eingaben, die an uns kommen, und es sind deren sehr viele, entgegenklingt -, daß auch unsere Leute, sowohl unsere Funktionäre wie auch unsere gewählten Vertreter in den Gemeindevertretungen bis hinauf zu den Vertretern, die für die Nationalversammlung vorgesehen sind, grundsätzlich die Linie der Union einhalten würden, nämlich die Anerkennung der Flüchtlinge als gleichberechtigte Staatsbürger.

Der Flüchtlingsausschuß erwartet nun, daß darin seitens der Landesleitung Klarheit geschaffen wird, obwohl ja jedem einzelnen Mitglied der Union, vor allen Dingen den prominenten Vertretern, in den letzten Wochen und Monaten genügend Material zugeleitet wurde. Man kann sich nicht darauf hinausreden, auch nicht der kleinste Redner draußen im Lande kann das, daß er über die Stellungnahme der Union unklar geblieben wäre.

Aus der Blütenlese der Beschwerden, die mir auf den Tisch geflattert sind, will ich nur einige wenige herausgreifen, da sie nicht nur die Stimmung der Flüchtlingskreise draußen widerspiegeln, sondern vielleicht auch symbolisch sind für eine gewisse Richtung innerhalb der Union, die diese Dinge in ihrer vollen Klarheit noch nicht begriffen hat. Da schreibt ein Landesökonomierat a.D. ... aus Coburg, "daß es für Staat und Volk nicht gut ist, wenn Fremde überall einen beherrschenden Einfluß ausüben, Fremde, die die Verhältnisse nicht kennen, die vielfach wieder Ort und Staat verlassen, die noch nicht wissen, ob hier ihre Bleibe ist, Fremde, die vielfach Nazis und Nutznießer waren".

Daß die Flüchtlinge Nutznießer geworden sind, kann heute bei Gott niemand behaupten.

Dann wird all denen, die sich für die Rechte der Flüchtlinge einsetzen, vorgeworfen: "Wer sind die Leute, die so extrem schon nach politischen Rechten schreien, kaum daß sie im Lande sind? Nach Arbeit und Pflichten rufen sie nicht."

Meine Damen und Herren! Ich glaube, das ist der erste Ruf, den sämtliche Ausgewiesene, sobald sie in ihre neue Heimat gekommen sind, ausstoßen, der Ruf nach Arbeit und nach einer Existenz, aufgrund deren sie sich tatsächlich eine Lebensmöglichkeit schaffen können.

Was ich eben vorgelesen habe, mag ein Fall sein, der nicht der Prominenz der Union entspricht. Ich habe hier eine Beschwerde, derzufolge ein prominenter Vertreter der Union in Rottalmünster geäußert hat: "Was wir nicht wollen, ist, daß diese Fremden in führende und leitende Stellen und in die öffentlichen Ämter kommen. Dorthin gehören sie nicht."

Es wundert mich nicht, wenn daraufhin in Passau keiner der Flüchtlinge Union gewählt hat, wenn Herr Dr. *Falkner* derartige Worte in Rottalmünster gesagt hat, die natürlich in Flüchtlingskreisen sofort von Mund zu Mund weitergegeben werden.

Es genügt auch nicht, wenn ein prominenter Redner der Union, ein Herr des Ministeriums, in einer zweistündigen Rede betont: "Zum Flüchtlingsproblem haben wir von der Union zu bemerken, daß die Evakuierten nicht hierher gehören."

Meine Damen und Herren! Damit allein erschöpft man das Flüchtlingsproblem in keiner Weise, sondern man muß sich mit diesen Dingen einmal grundsätzlich befassen, und zwar deshalb, weil wir eine christliche und soziale Verpflichtung haben, nicht nur gegenüber den Flüchtlingen selbst, sondern auch vom Christentum als solchem.

Es war für mich in Coburg eine schmerzliche Überraschung, als ich mir sagen lassen mußte, daß ich bis zum vorigen Sonntag, also dem Sonntag vor den Wahlen, der einzige Redner gewesen sei, der überhaupt einmal das Flüchtlingsproblem berührt hat.

(Zuruf: Stimmt nicht ganz!)

Vielleicht hat hin und wieder einer der Herren auf das Flüchtlingsproblem als soziale Verpflichtung hingewiesen. Was aber die Flüchtlinge als solche gehört haben wollen, ist, daß ihnen eine Existenzmöglichkeit geschaffen wird auf der Grundlage der Zuerkennung der bürgerlichen Rechte und Pflichten, wie sie die Allgemeinheit hat.

Die Haltung der Union als Partei, und zwar von Seiten der Parteileitung aus, ist klar und positiv. Die parteiamtlichen Erklärungen lassen darüber keinen Zweifel. Aber ebenso wie einige Entgleisungen prominenter Führer der Union immer wieder vorkommen, die uns regelmäßig berichtet werden, ebenso müssen wir darauf verweisen, daß draußen auf dem Lande zahlreiche Bürgermeister ihren Pflichten auf dem Gebiet der Flüchtlingsbetreuung nicht immer nachkommen. Es wurde mir bei meinen Wahlversammlungen draußen, die ich regelmäßig auch vor Flüchtlingen hielt, vorgehalten, und zwar von einem Redner der KPD, daß gerade überall dort, wo Bürgermeister der Union sind, es den Flüchtlingen am schlechtesten geht.

(Hört, hört! Das ist eine Behauptung!)

Aus der Praxis konnte ich einige Beispiele anführen, die diese Behauptung nicht als richtig erscheinen lassen. Aber die Auffassung ist nun einmal bei den Flüchtlingen da und es ist schwer, diese Leute eines anderen zu belehren, wenn man nicht gleichzeitig ebensoviele positive Beweise einer tatsächlichen positiven Flüchtlingsbetreuung anführen kann. Das Ergebnis aller Dinge ist, daß rund 80% der Ausgewiesenen - wir haben unsere Berichte darüber vorliegen - bei der letzten Wahl Sozialdemokratische Partei gewählt haben. Einer der Lagerpfarrer eines solchen Flüchtlingslagers berichtete mir, daß zu ihm junge Leute gekommen seien, Leute, die positiv christlich sind, Protestanten wie Katholiken, und erklärt haben, sie würden SPD wählen, weil sich sonst niemand um sie kümmert. Er selbst sagte: Ich konnte den Leuten aufgrund meiner Kenntnis der Zusammenhänge keinen anderen Rat geben.

Unsere Wünsche bestehen nun darin, daß die Union uns[eren] organisatorischen Aufbau mit aller Tatkraft unterstützt. Der Flüchtlingsausschuß der Sozialdemokratischen Partei hat, um ein Beispiel zu nennen, gegenwärtig drei Kraftwagen laufen, die allein der Flüchtlingsbetreuung dienen. Die Union selbst verfügt überhaupt nur über drei, von denen zwei meistens ausfallen, und der dritte unterwegs noch eine Panne hat. Unsere Bitte geht weiterhin dahin, unseren Union-Bürgermeistern ehrenamtliche Mitarbeiter anzuweisen, die sich mit aller Tatkraft der organisatorischen Betreuung der Flüchtlinge annehmen und sie [zu] veranlassen, daß in allen Ortsverbänden und Kreisvorständen bis hinauf in den Bezirk Flüchtlingsausschüsse ins Leben gerufen werden. Wir haben vor wenigen Tagen erst eine entsprechende Anweisung, die sich wieder auf eine höhere Anweisung stützen kann, ins Land hinausgesandt, und wir werden aufgrund dieser Anweisung der Landesleitung selbst an Ort und Stelle die Dinge in die Wege leiten, wenn es den Kreisverbänden oder Ortsverbänden aus irgendeinem Grunde nicht möglich ist, den Anweisungen nachzukommen.

Wir bitten aber auch, sämtliche Parteiredner der Union dahingehend zu unterrichten, daß sie einmal das Problem der Flüchtlinge in ihren Reden, sei es [in] Wahlreden, Mitgliederversammlungen oder sonstigen politischen Aufklärungen, überhaupt behandeln, ferner, daß sie es positiv behandeln, und zwar nach den Richtlinien, die seitens der Union immer wieder vorgelegt wurden.

Weiterhin bitten wir bei den kommenden Entscheidungen um einen stärkeren Einsatz der Werbung. Wir bitten darum, daß auch den Flüchtlingen Gelegenheit gegeben wird, in der Landesversammlung selbst in Erscheinung zu treten und, wie es in vorbildlicher Weise in einigen Kreisen bereits geschehen ist, ihnen auch Sitze in den Kreisversammlungen, den Bezirksversammmlungen bzw. auch in der Landesversammlung einzuräumen.

Die Kernfrage für die Union ist die: Gelingt es bei den kommenden Wahlentscheidungen, die etwa 600.000 Wählerstimmen zu einem großen Prozentsatz für die Union zu werben oder gelingt es nicht. Das Verhältnis ist heute so, daß etwa 1,6 Millionen Stimmen der Union etwa 800.000 SPD- und 150.000 KPD-Stimmen gegenüberstehen. Wenn wir die 600.000 Flüchtlingsstimmen als geschlossenen Block zur SPD nehmen, so hätte die SPD mit der Union fast denselben Stand erreicht, vorausgesetzt, daß diese 600.000 Stimmen der SPD zufließen, wozu die allergrößte Gefahr im Augenblick vorhanden ist.
Wir müssen uns vor Augen halten, daß die Flüchtlinge außerordentlich mißtrauisch sind, jede Handlung und jede Äußerung von irgendeiner Seite überprüfen, daß sie aber besonders mißtrauisch sind gegenüber den Worten, Taten und Handlungen der Leute der Union. Die Bevölkerung, die zu uns aus den Ostgebieten oder aus dem Sudetenland gekommen ist, ist an sich nicht grundsätzlich radikal, sondern sie hat einen sehr starken Hang zum Christlichen. Deshalb hätten wir den festen Ansatzpunkt, bei diesen zwei Millionen Menschen, von denen etwa 500.000 - 600.000 Wähler anfallen werden, nun tatsächlich mit unserem Gedanken- und Ideengut zu wirken. Es sind sehr viele christliche Elemente darunter. Die meisten sind fleißige, anspruchslose Leute, die auch ruhig auf eine Entschädigung gegenüber einer höheren Stelle verzichten und tatkräftig Hand anlegen. Wenn nicht handelt es sich meistens um Ausnahmefälle. Wenn die Not und Verzweiflung anhält und sich noch nach der Währungsbereinigung steigert, können diese 600.000 Menschen in das nächste radikale Lager getrieben werden. Das wäre eine Entwicklung, die wir alle im Interesse von Volk und Staat in Bayern aufs tiefste bedauern [würden].
Frau *Hahn* weist darauf hin, daß sie in ihren Vorträgen, auch in Coburg, immer auf die Flüchtlingsfrage eingegangen sei.
Vorsitzender [*Josef Müller*] verliest folgendes Schreiben des Oberbürgermeisters Dr. *Scharnagl*:

> Die Umstellung in personeller Hinsicht, die im Entnazifizierungsverfahren vor sich geht, veranlaßt mich, darauf aufmerksam zu machen, daß auch die personelle Besetzung im Aufgabengebiet des Staatskommissars für das Flüchtlingswesen unsere größte Aufmerksamkeit erfordert. Ich empfehle, heute darauf hinzuweisen, daß unsere Freunde die Entwicklung auf diesem Gebiet besonders stark im Auge behalten. Notwendig wäre auch eine unmittelbare Vorstellung der Landesleitung beim Staatskommissar für das Flüchtlingswesen, Herrn Dr. *Jaenicke*. Ich habe bestimmte Anzeichen dafür, daß die linke Seite sich sehr stark bemüht, über den Personalreferenten beim Staatskommissar ihre Freunde als Flüchtlingskommissare in den Kreisen unterzubringen. Wenn auch diese Stellen durch die Ausübung ihres Dienstes sich keine Freunde erwerben können, so können sie doch andererseits auch sehr starken und unerwünschten Einfluß ausüben. Ich halte es für sehr notwendig, der Angelegenheit größtes Augenmerk zu schenken.

Vorsitzender [*Josef Müller*] bemerkt, daß die Union unter den Flüchtlingskommissaren fast überhaupt nicht vertreten sei.
Dr. *Koenig* erklärt dazu, daß er dem Staatskommissar für das Flüchtlingswesen vor einiger Zeit auf Anforderung zwei Bewerber als Flüchtlingskommissare namhaft gemacht habe, daß aber keiner von beiden angenommen worden sei.

Vorsitzender [*Josef Müller*] schlägt vor, aus Zeitgründen keine Diskussion an die einzelnen Referate anzuknüpfen. Er bittet die Ausschußberichterstatter, sich kurz zu fassen.

Steber: Wir wissen, daß die Union das größere ist und nicht die Jugend. Die Jugendarbeit in der Union hat zwei Seiten, eine Seite der jungen Generation in der Union und eine Seite der Union für die Jugend. Die Arbeit der Union für die Jugend zerfällt in drei Aufgabengebiete, in die Aufgaben der Jugendbewegung als der geistigen Probleme der Jugend, in die Aufgabe der Jugendführung, das ist die Aufgabe der Jugendverbände und -gruppen und -richtungen und in die Aufgabe der Jugendfürsorge. Das ist die Arbeit für die gefährdete Jugend.

Die Arbeit der jungen Generation innerhalb der Union zerfällt in ein Vielfaches. Wir haben im Februar als erster Ausschuß zum ersten Mal in diesem Raum getagt. Von den 80 Leuten, die damals anwesend waren, sind ungefähr ein Drittel bis fast zur Hälfte inzwischen Stadträte, Kreisräte und ähnliches geworden, für mein Empfinden im Augenblick sogar etwas zu schnell. Denn wir haben erfahren und hungern darnach, ein ganzes Stück Schulung, und zwar auf allen Sachgebieten der Politik, zu erfahren. Denn alle die Leute, die 1933 noch nicht oder aber eben erst gewählt haben, haben alle das Gefühl, daß in der Demokratie erst in die Schule gegangen werden muß, wenn auch manche der Jungen ketzerisch genug sind zu sagen, nicht jede Demokratie und jeder demokratische Bezirk ist eine gute Schule für uns Junge.

Unsere Aufgabe ist aber nicht nur das Durchsetzen der jungen Generation oder eines jungen Geistes in der Union, sondern wir haben noch ganz bestimmte Arbeitsgebiete, die uns sehr viele Sorgen und Kummer machen. Ein Problem sind die Studenten. Wenn ich daran denke, daß an der Universität Leipzig bei 1200 immatrikulierten Studenten 370 eingeschriebene Mitglieder der CDU sind, dann darf ich damit die bayerischen Studenten nicht vergleichen. Ein anderes Kapitel ist die junge Lehrerschaft. Die Zugehörigkeit zu uns ist in den verschiedenen Lehrerbildungsanstalten und Akademien sehr fraglich. Jedenfalls ist in anderen Provinzen und Gegenden die Studentenschaft viel geschlossener.

(Zuruf: Westfalen!)

Ein weiteres Arbeitsgebiet wären die Heimkehrer, vor allem die Kriegsversehrten. Sie sind ausgesprochen junge Generation. Wir haben auf diesem Gebiet im Augenblick kein Positivum, das wir endgültig aufweisen können. Daß wir Verständnis für die Kummer und Sorgen der Kriegsversehrten haben, dient ihnen noch nicht. Sehr viel schwieriger sind dagegen Stellenvermittlung und ähnliche Dinge.

Ein drittes Kapitel für die junge Generation innerhalb der Union ist die Organisation und Durchschulung einer jungen politischen CSU-Führerschaft bei den Bauern. Auch in dieser Beziehung haben wir noch kaum Klarheit.

Ich sage diese Dinge, um zu zeigen, daß wir uns der Schwierigkeiten der Situation bewußt sind.

Vorsitzender [*Josef Müller*] verweist auf die vorzüglichen Erfahrungen mit dem Versehrtenausschuß in Regensburg und empfiehlt Nachahmung.

Prüschenk illustriert an den Wahlergebnissen seines Bezirkes, daß die Flüchtlinge durchaus nicht alle SPD wählten, sondern der weitaus größere Teil CSU.

Ritter von Lex: Der Verfassungsausschuß ist ein Unterausschuß des Ausschusses für Staatsverwaltung, Verwaltungsaufbau und Staatsfinanzierung. Wir haben in unserem Ausschuß einige Staats- und Kommunalverwaltungsjuristen, zwei Herren aus der aka-

demischen Sphäre, einen Ziviljuristen - *von Prittwitz-Gaffron* - und einen Volkswirt rer. pol. und phil., der auch in der politischen Front steht, unseren Freund Dr. *Hundhammer*.

Die Aufgabe, die uns gestellt ist, ist eine ziemlich begrenzte. Wir haben zunächst einmal Stellung zu nehmen zu dem Verfassungsentwurf, den Ministerpräsident Dr. *Hoegner* gemacht hat. Aus diesem Entwurf ergeben sich natürlich eine ganze Anzahl hochpolitischer Fragen. Es ist nicht Aufgabe des Verfassungsausschusses, seinerseits etwa aktive Politik zu machen. Das ist Aufgabe der Verfassunggebenden Landesversammlung, ist Aufgabe unserer Fraktion in der Versammlung. Die großen Richtlinien werden von den dafür zuständigen Ausschüssen der Union gegeben.

Wir sind aber trotzdem gezwungen, zu einer Anzahl von politisch sehr wichtigen und sehr weittragenden Fragen auch vom Verfassungsausschuß aus Stellung zu nehmen. Sie werden gleich verstehen, was ich meine, wenn ich ihnen die drei Fragen kurz skizziere, die hier im Vordergrund der Arbeit stehen, das Wahlsystem, Zweikammersystem und die Frage des Staatspräsidenten. Das sind Dinge, die nicht nur politisch wichtig und aktuell sind. Man muß sie auch nach der verfassungsrechtlichen Seite durchdenken, weil man vielleicht auch von dieser Seite her den einen oder anderen nicht unwichtigen Gesichtspunkt beibringen kann.

Sie wissen alle, daß wir den Wahlkampf bestritten haben, indem wir uns eindeutig ausgesprochen haben erstens für das Mehrheitswahlsystem, zweitens für das Zweikammersystem und drittens mit besonderem Nachdruck für die Schaffung eines Bayerischen Staatspräsidenten. Das sind Richtlinien, die selbstverständlich auch für den Verfassungsausschuß maßgebend sind. Trotzdem hat der Verfassungsausschuß das Recht und die Pflicht, z.B. darauf hinzuweisen, daß das Mehrheitswahlsystem auf der einen Seite den großen Vorzug hat, eine allzustarke Zersplitterung der Parteien zu unterbinden, daß es den zweiten großen Vorzug hat, Persönlichkeiten von einer gewissen Qualität in die Kampffront zu bringen, weil ein Mann gegen den anderen zu ringen hat.

Man muß aber auf der anderen Seite auch wieder darauf hinweisen, daß bei diesem Mehrheitswahlsystem unter Umständen sehr starke Minderheiten unter den Tisch fallen, ein Punkt, der z.B. in England dazu geführt hat, daß bei den letzten Wahlen annähernd zwei Millionen Stimmen der Liberalen unbeachtet geblieben sind. Wir gehen heute mit einer gewissen Liebe an dieses Mehrheitswahlsystem heran. Ich habe mit einer ganzen Anzahl von Leuten draußen aus den Gemeinden usw. gesprochen, die mir alle voller Begeisterung gesagt haben: Weg von dem dreimal verfluchten Verhältniswahlsystem, von dem Listensystem, herein in das Mehrheitswahlsystem.

Es ist die Frage, ob dabei vielleicht nicht unter Umständen verkannt wird, daß auch einmal Zeiten kommen könnten, wo wir in die Rolle kommen könnten, als Minderheit unter den Tisch zu fallen, und wo wir dann vielleicht dankbar dafür wären, wenn ein gemäßigtes Mehrheitswahlsystem uns, wenn ich so sagen darf, eine Möglichkeit verschafft, auch als Minderheit wieder zur Beachtung zu kommen.

(Sehr richtig!)

Der Ausschuß hat daher gerade in der Frage des Mehrheits- oder Verhältniswahlsystems bei aller politischen Zurückhaltung sich doch erlaubt, eine Formulierung zu entwerfen, die ungefähr folgenden Inhalt hat:

Es soll selbstverständlich in allgemeiner, gleicher, direkter, geheimer Wahl in den Wahlkreisen in der Form gewählt werden, daß die Kandidaten aus den Stimmkreisen

heraus vorgeschlagen und an die Stimmkreise gebunden sind, daß aber die Rest- und Ausfallstimmen - das sind jene Stimmen, die sich dann ergeben, wenn ein Kandidat überhaupt nicht zum Zug kommt - in Wahlkreislisten und Landeslisten den konkurrierenden Parteien zugute kommen.
Eine solche Empfehlung hat einen gewissen politischen Einschlag. Aber der Ausschuß konnte sich dieser Frage nicht entziehen. Im übrigen ist der Vorschlag eine gewisse Mischung der beiden Systeme. Man kann streiten, von welchem mehr enthalten ist. Vielleicht ist sogar ein bißchen stark Verhältniswahlsystem darin. Auf alle Fälle ist dabei die Bindung des Kandidaten an den Stimmkreis erreicht, was wir in gewisser Beziehung jetzt schon bei der Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung gesehen haben. Ich glaube, es hat sich nicht schlecht erprobt.
Die zweite Frage ist vielleicht noch schwieriger, die Frage des Zweikammersystems. Es wird immer wieder voll Begeisterung erklärt: Selbstverständlich wollen wir ein Zweikammersystem. Nun bitte ich sich vorzustellen, daß die meisten zweiten Kammern - als die vornehmeren heißen sie ja die ersten Kammern - eine Vertretung von Staaten sind, die in einem Gesamtstaat zusammengefaßt sind, wie z.B. der alte Reichsrat, der Schweizerische Ständerat. Etwas derartiges wäre in Bayern an sich nur theoretisch denkbar, wenn wir daran denken würden, eine Kammer der Stämme zu bilden und damit dem famosen Staatsland Schwaben den Wind aus den Segeln zu nehmen. Wir würden dann diese Kammern z.B. aus zehn Franken, zehn Bajuwaren und zehn Schwaben zusammensetzen.
Ich sage das nur, um zu zeigen, daß der Ausschuß die Pflicht hat, auf solche Momente für die künftige politische Entscheidung hinzuweisen. Bei uns geht die Parole vielfach dahin, die zweite Kammer soll eine Ständekammer sein.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Ohne Bauern!)

Hier hat der Ausschuß die Pflicht darauf hinzuweisen, wie schwierig es ist, eine solche Ständekammer zu gestalten. Der Ausschuß würde infolgedessen Material beizubringen haben, um auch für diese sehr heikle Frage die Unterlagen zusammen zu bekommen. Damit ist Deinen Einwänden vorgegriffen.

(Dr. *Horlacher*: Vorerst muß ich den Aufbau der Ständekammer kennen!)

Es gibt nichts schwierigeres, als eine Ständekammer aufzubauen und ein angemessenes Wahlsystem dafür zu finden.
Das dritte, vielleicht allerwichtigste Problem ist die Frage des Staatspräsidenten. Sie werden in den Reihen der Union eine erdrückende Mehrheit finden, die erklärt: Natürlich wollen wir unter allen Umständen einen Staatspräsidenten.

(Zuruf *Sauer*: Oh nein, nicht in Franken!)

Lassen Sie mich die Problematik aufwerfen. Ich darf hier auf folgendes hinweisen. Die Demokratie, wie sie in dem Entwurf Dr. *Hoegner* vorgesehen ist, ist keine parlamentarische Demokratie. Es ist eine Art autoritäre Demokratie. Stellen Sie sich vor, der Ministerpräsident wird nach dem *Hoegnerschen* Verfassungsentwurf gewählt und ist auf die gesamte Dauer der Landtagsperiode von jedem Mißtrauen des Landtags unabhängig. Dieser Ministerpräsident hat also eine Art Stellung wie der Präsident der Vereinigten Staaten. Das ist eine konstitutionelle oder vielleicht sogar eine autoritäre Demokratie. Nun stellen Sie sich vor, daß Sie auf diesen sehr stark unterbauten Ministerpräsidenten noch einen Staatspräsidenten daraufsetzen sollen. Dann muß man

sich noch vor Augen halten, daß wir unter den derzeitigen Verhältnissen noch einen Oberstaatspräsidenten haben, nämlich die Besatzungsmacht.
Daß wir etwas brauchen, um die Staatspersönlichkeit Bayerns ganz stark herauszustellen, ist sonnenklar. Denn daß wir - und das ist auch [k]eine Politik, sondern nur der Versuch des Ausschusses, die Probleme zu zeigen - an die künftige Reichsgründung unter allen Umständen unter dem Gesichtspunkt herangehen, daß wir uns vollkommen frei und gleichwertig an einen runden Tisch setzen und daß keinerlei Lösung in eiserner oder schimmernder Wehr, aber auch keine Lösung mit irgendwelchen Mehrheitsdiktaten mehr von uns entgegengenommen werden kann, ist für die meisten von uns etwas Selbstverständliches.
Ich persönlich bin der Meinung, daß der Ausschuß unter den Varianten, die vorgeschlagen wurden, darauf hinweisen wird, daß es notwendig ist, die Staatspersönlichkeit Bayerns zu unterstreichen. Bayern wird auch darauf bestehen müssen, daß die sogenannte Kompetenz-Kompetenz des Reiches beseitigt wird, daß nicht durch Reichsgesetzgebung den Ländern wieder Rechte genommen werden dürfen, wie unter der Weimarer Verfassung.
Aus all diesen Gründen wird man im Blick auf das künftige Deutschland eine Staatspräsidentenstellung fordern. Sieht man die Dinge nach der inneren Problematik an, so wird man sich klar werden müssen, daß für einen Ministerpräsidenten in der autoritären Prägung wie bisher und für einen Staatspräsidenten kein Raum ist, daß man eben ein Organ schafft und am besten Staatspräsident nennt.
Das alles sind bestimmte Empfehlungen und Gedankengänge, die der Ausschuß bringt. Ich bin überzeugt, daß wir jetzt durch meine Ausführungen leicht in den Verdacht geraten, daß in diesem sogenannten Verfassungsausschuß etwa Politik betrieben wird. Wir wollen das nicht. Wir wollen aber vor allem die Aufgabe erfüllen - die aber mit Fleiß und Gewissenhaftigkeit -, alles Material zusammenzutragen, das die künftig entscheidenden Instanzen brauchen.

(Lebhafter Beifall.)

Köhler: Der Vorsitzende des kulturpolitischen Ausschusses, Dr. *Muhler*, mußte leider aus beruflichen Gründen weggehen. Ich möchte an seiner Stelle das Referat über den kulturpolitischen Ausschuß erstatten.
Der kulturpolitische Ausschuß setzt sich zusammen aus Vertretern der Kirchen, der Wissenschaft, der Erziehung und der Kunst. Die Bezirke entsenden zu diesem Ausschuß je drei Vertreter, und zwar je nach den Themen, die behandelt werden. Die Probleme, die dieser Ausschuß zu lösen hat, sind außerordentlich vielfältige. Denken Sie allein an unsere Schulgebäude. Sie sind in den Städten fast alle zerstört. Dazu sind die Lehrkräfte äußerlich politisch außerordentlich belastet. Es ist eine Tragik, wenn festgestellt werden muß, daß in den Schulen oft 100 Jungen einen Lehrer haben. In den höheren Schulen ist es so, daß wir eine Lehrkraft für 50 Schüler haben. Wenn man dazu noch nimmt, daß keine Lehrbücher da sind, so ist ein Unterricht fast unmöglich.
Groß ist auch die soziale Not unter den Studierenden. Wir haben darüber einen Vortrag gehört, der die ganzen Probleme umreißt.
Wir haben bis jetzt fünf Sitzungen des kulturpolitischen Ausschusses gehabt. In allen diesen Sitzungen sind immer wieder dieselben Probleme aufgetaucht. Am letzten Donnerstag hatten wir eine Tagung. Auf dieser Tagung wurde das kulturpolitische Programm entwickelt. Im Programm wird zuerst einmal festgelegt, welche kulturpoli-

tischen Ziele die Union verfolgt. Dann werden Familie, Erziehung und Schule behandelt, und schließlich Staat und Kirche. Am Schlusse finden wir Kunst und Wissenschaft.
Meine Aufgabe wäre heute eigentlich gewesen, über den Kunstausschuß zu sprechen. Aber die Zeit ist, wie ich höre, außerordentlich kurz. So muß ich darauf verzichten. Eines möchte ich nur sagen: Vergessen Sie nicht die Kunst in der Union. Nicht daß hier Kunst getrieben werden soll, sondern die Bedeutung der Kunst dürfen Sie nicht übersehen. Ich möchte nicht viel darüber sprechen, aber sehen Sie unsere Städte an. Sie sind zerstört, ein Trümmerfeld. Unter diesen Trümmern liegen gewaltige Kunstschätze, die nicht nur von einer Generation, sondern von Generationen geschaffen wurden. Viele Generationen haben an ihnen mitgewirkt, aber unsere Generation hat wahrscheinlich die schwerste Aufgabe zu erfüllen, überall einen neuen Grundstock zu finden. Das gilt auch für die Kunst. Diese Aufgaben sind so gewaltig, daß wir eigentlich ganze Regimenter von Genies bräuchten, um die neuen Grundlagen zu finden.
Ich möchte Ihnen noch die Zusammensetzung des Kunstausschusses bekanntgeben. Es sind Namen darunter, die nicht nur nationalen, sondern teilweise internationalen Ruf haben. Wir sind davon ausgegangen, all die Kräfte, die in der Kunst irgend etwas zu sagen haben, und zwar nicht nur unserer Generation, sondern auch der kommenden Generationen, in einem Ausschuß zusammenzufassen, um die gewaltigen Probleme wenigstens einigermaßen zu lösen.
In diesem Kunstausschuß haben sich für die Union zusammengefunden: Professor *Vorhölzer*, der jetzige Rektor der Technischen Hochschule in München, Professor *Boßlet* aus Würzburg, Professor *Wechs*, Architekt aus Augsburg, Städtebauer. Für die Malerei haben sich zur Verfügung gestellt Professor *Karl Caspar*, jener Künstler, der den Bamberger Dom ausgemalt hat, eine Kapazität, die weit über die Grenzen Bayerns, ja Deutschlands hinaus bekannt ist, Professor *Adolf Schinnerer*, der jetzige stellvertretende Präsident der Akademie der Bildenden Künste. Von den Malern nenne ich *Huber*. Für die Plastik stehen zur Verfügung Professor *Karl Knappe*, Professor *Max Höhne*, Professor *Amann*, für die Dichtungen *Leo Weismantel*, Dr. *Karl August Meissinger*, nur um einige zu nennen. Unter den Musikern nenne ich Professor *Josef Haas*, der jetzige Leiter der Akademie der Tonkunst, Professor *Piechler*, der Leiter der Akademie für Tonkunst in Augsburg, Professor *Zentner*, Professor *Berberich* und viele andere. Für Theater stand zur Verfügung *Wetzelsberger*, der leider nach Stuttgart kam, als Bearbeiter für Rundfunkfragen der Dichter und Schriftsteller *Alois Johannes Lippl*, für Kunstkritik Dr. *Nemitz*, für Denkmalpflege Professor *Lill*.
Sie sehen, daß Männer gefunden worden sind, die in Kunstfragen wirklich entscheidend mitsprechen können. Ich bitte nun, Sie möchten diesem Ausschuß auch wirklich das Gewicht geben, das er an sich verdient. Denn wer wird zuerst der Mittler sein zwischen unserem Volk und den anderen Völkern? Ich glaube die Kunst. Hier hat Bayern ein gewaltiges Wort in unserer Heimat Deutschland mitzureden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: In Tätigkeit ist noch nicht getreten der Staatspolitische Ausschuß. Er wird seine Tätigkeit, soweit ich bis jetzt feststellen konnte, in absehbarer Zeit aufnehmen. Wir würden uns selbstverständlich auch gern vom Standpunkt der Union aus mit Fragen wie Agrarreform befassen und Referate darüber hören. Hoffentlich dauert das nicht mehr allzu lange.
Die anderen Ausschüsse, die ich heute nicht zur Berichterstattung vorgesehen habe, behandeln im wesentlichen innerparteiliche Fragen der Organisation. Es kommt für Sie heute darauf an, die Linie zu sehen, in der bisher gearbeitet wurde.

Ich glaube, Sie werden mir recht geben, wenn ich feststelle, daß unsere Ausschüsse bisher wirklich gearbeitet haben. Ich habe es als meine besondere Aufgabe angesehen, immer wieder die Ausschüsse zu veranlassen, zusammenzutreten und immer weiter zu arbeiten. Wenn wir nämlich zu einem Programm kommen wollen, nach dem alle rufen, so kann das nicht dadurch geschaffen werden, daß irgendwelche Leute zusammentreten und irgendwelche Gedanken hinwerfen. Wenn wir ein Programm hinlegen wollen, muß es wirklich Hand und Fuß haben, muß es fundiert und von weittragender Bedeutung sein. Diese Vorarbeit zu leisten, sind die Ausschüsse beauftragt und sie sind auf dem besten Wege dazu.
Ich darf in Ihrem Namen den Referenten wie auch den Ausschüssen für die Arbeit danken, die bisher geleistet wurde.
Meine lieben Freunde! Nach einem Wahlkampf hat man sich immer zuerst zu überlegen: Wie haben sich die einzelnen Parteien im Wahlkampf in der Konkurrenz verhalten. Dieses Verhalten bedingt das Ergebnis, das bei der Wahl im Volkswillen in der Stimmenzahl zum Ausdruck kommt. Die ersten Wahlkämpfe wurden so geführt, daß man annehmen konnte, es sei ein Burgfrieden vereinbart worden. In Wirklichkeit wurde kein formeller Vertrag abgeschlossen. Es fanden noch nicht einmal Besprechungen statt. Aber alle Parteien haben der Tatsache Rechnung getragen, daß zunächst kein Platz für große Differenzen da ist und auch nicht dafür, viel über Differenzen zu sprechen und dadurch die Möglichkeiten eines Aufbaues zu zerreden.
Leider haben sich die Verhältnisse dann so weiterentwickelt, daß es notwendig erschien, in einen richtigen Kampf hineinzugehen. Ich weiß, daß es mir manche Freunde verübelt haben, daß ich in diesem Zeitpunkt nicht die Gelegenheit einer Aussprache - um es gleich beim Namen zu nennen - mit dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* gesucht habe, Freunde, die glaubten, daß man sich unter allen Umständen damals schon zusammensetzen sollte, um bestimmte Linien zu besprechen. Ich habe es vorgezogen, diese Fragen bis zu dem Zeitpunkt zurückzustellen, in dem klare Entscheidungen getroffen wären. Die Notwendigkeit zu diesem Verhalten sah ich darin, daß immer und immer wieder der Versuch unternommen wurde, die Union von außen her zu sprengen. In einer Zeit, in der man in der Defensive steht, ist es schwer, sich mit dem Gegner auszusprechen, ohne daß bei diesem sofort der Eindruck entsteht, daß die Sprengversuche doch irgendeine Aussicht auf Erfolg hätten.

(Sehr richtig!)

Ich habe es vorgezogen, in diesem Augenblick noch den Beweis dafür anzutreten, daß die Union unter allen Umständen fest steht und daß kein Versuch, die Union von aussen her zu sprengen, irgendeine Aussicht auf Erfolg haben wird.
Ich habe mich für verpflichtet gehalten, in öffentlichen Reden etwas schärfer zu werden, in diesem Falle auch den Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* als Parteiführer anzugreifen. Diese Phase ist abgeschlossen. Ich muß aber trotzdem die Notwendigkeit meiner damaligen Stellungnahme hier aufzeigen. Ich war - ich kann es ruhig sagen - einigermaßen erschüttert, als mir ein Interview des Observer vom 21. April 1946 vorgelegt wurde. In diesem Interview hat Dr. *Hoegner* folgende Erklärungen abgegeben:

Das Nazimaquis in den bayerischen Bergen. Die ausführliche Darstellung Dr. *Hoegners* besagt folgendes: Unter dem Namen "Edelweiß" hat sich von dem Alpengebiet an der Schweizer Grenze bis nach Tirol in Österreich eine Widerstandsbewegung militärischer nationalsozialistischer Gruppen entwickelt, die unter der Führung früherer nationalsozialistischer Größen stehen. Es handelt sich um ehemalige

Mitglieder der deutschen Wehrmacht, die in das Alpengebiet kommandiert wurden, um in den letzten Wochen des Krieges ein letztes Widerstandszentrum zu bilden. Sie verfügen über Armeelager, Waffen aller Art, und die Unterführer sind Offiziere norddeutscher Garnisonen. Die Bewegung sei ernst zu nehmen, sagte Dr. *Hoegner*, sie trägt den Charakter einer "Schwarzen Reichswehr" und einer "Feme". Die Männer leben in Skihütten und auf den Almen. Kürzlich wurde eine Liste mit 400 Namen gefunden, hauptsächlich SPD- und KPD-Namen, die von den Widerstandsgruppen "liquidiert" werden sollten. Irgendeine politische Richtung weisen diese Widerstandsgruppen nicht auf, sie haben sich ausschließlich zum Zwecke späteren anarchistischen Terrors vereinigt. Die Führer der Bewegung halten sich meist auf schweizerischem Gebiet auf bzw. ziehen sich bei drohender Gefahr auf schweizerisches Hoheitsgebiet zurück. Die amerikanischen Besatzungsstreitkräfte wollen im Laufe dieses Sommers eine gründliche Durchkämmung der bayerischen Berge vornehmen. Dies ist eine recht schwierige Operation. Ursprünglich hoffte man, daß der Hunger die Widerstandsgruppen zwingen würde, sich zu stellen. Nur zu einem sehr geringen Teil ist dies jedoch geschehen. Einzelaktionen zur Befreiung Verhafteter, z.B. im Gebiet von Tegernsee, sind zu verzeichnen. Dr. *Hoegner* hält eine engmaschige Gegenaktion für absolut notwendig.

Der zweite Teil wird dann noch wichtiger für uns als der erste Teil:

Über die Fortschritte der *Denazifizierung* äußerte sich Dr. *Hoegner* sehr optimistisch. In die Christlich-Soziale Union hätten sich viele Nazielemente eingeschlichen, die die Widerstandsgruppen in den Bergen offen unterstützen. Die CSU aber ist die stärkste Partei in Bayern. Die Kommunisten andererseits sehen in Bayern in der Denazifizierung lediglich ein Mittel, um eine "Gesetzlose Rache" zu üben. Gegen den Führer des rechten Flügels der CSU, *Schäffer* (der der erste Ministerpräsident Bayerns nach dem Zusammenbruch war), läuft gegenwärtig ein Untersuchungsverfahren über seine politische Vergangenheit.
Nachdem er von der Militärregierung seines Postens enthoben worden war, legte er auch die Leitung der CSU nieder. Der Münchner Bezirk dieser Partei wählte ihn jedoch wieder zu seinem Kreisvorsitzenden. Im übrigen sprach sich Dr. *Hoegner* gegen jeden Berliner Zentralismus und für ein föderalistisches Bayern aus. Er hält Dr. *Schumacher* für einen "sturen preußischen Zentralisten".

Ich habe dieses Interview bekanntlich in der Landesversammlung verlesen. Ich habe es wiederholt zur Begründung der Tatsache, daß ich den Kampf für notwendig gehalten habe und auch unseren Freunden im ganzen Land den Kampf weitestgehend freigegeben habe.
Zu dem Interview muß ich erklären: Als Staatsmann hätte Dr. *Hoegner* die Verpflichtung gehabt, dem eigenen Volk diese Zustände, wenn sie so kraß sind, wie sie geschildert werden, zunächst darzulegen, damit dafür gesorgt wird, daß unter allen Umständen Abhilfe geschaffen wird. Ich glaube, die wenigsten von uns, auch nicht diejenigen, die aus den Alpengebieten kommen, können ein solches Nazimaquis irgendwie bestätigen. Ist es aber nicht vorhanden, dann war es unlauterer Wettbewerb, in solcher Weise im Auslande Propaganda gegen die Union zu machen. Möglicherweise hat sich Dr. *Hoegner* von dem Interview einen gewissen Erfolg für das Schlagwort versprochen, das in dieser Zeit in die Debatte geworfen wurde, die Union sei reaktionär.
Solche Darstellungen lassen gern das Bild des Reaktionären aufkommen. Dieses Bild wird, wenn ich mich an Unterhaltungen in Berlin in den letzten Wochen erinnere, da-

hin abgestimmt, daß man sagt: Bayern ist die Ordnungszelle oder strebt zur Ordnungszelle, ganz so wie anno dazumal, als *Kahr* neben *Ludendorff* usw. saß. Hier mußte Klarheit geschaffen, mußten klare Linien bezogen, mußte ein klarer Kampf aufgenommen werden.
Wenn manche Freunde in der Union das nicht verstehen wollten, sondern geglaubt haben, man müßte darüber hinwegsehen und unter allen Umständen zeigen, daß man mit den Sozialdemokraten auch da absolut zusammensteht, in diesem Falle konnte ich den Freunden, auch wenn sie mir früher noch so nahe standen, nicht Rechnung tragen.

(Sehr richtig!)

Da ging mir das Interesse der Union vor. Denn solange ich an dem Posten als Landesvorsitzender stehe, ist meine erste Aufgabe, die Union gegenüber jedwedem zu verteidigen, der sie angreift. Deswegen mußte ich hier zum Angriff übergehen. Ich habe mich sogar verpflichtet gefühlt, für die Union als stärkste Partei in Bayern zu stehen. In diesem Falle mußten die Verhältnisse klargelegt werden, weil wir dem bayerischen Volke gegenüber die Veranwortung haben, daß nachgewiesen wird, daß solche Verhältnisse nicht bestehen. Ich hatte es in den öffentlichen Versammlungen darauf abgestellt, daß eine öffentliche Stellungnahme zu unseren Angriffen erfolgen sollte. Sie ist nicht erfolgt. Denn ich wollte aus dieser Stellungnahme gern erfahren, ob das Interview richtig wiedergegeben ist oder nicht. Ich möchte im Interesse der guten Zusammenarbeit hoffen, daß es nicht richtig wiedergegeben ist.
Die Sozialdemokratie trat im Konkurrenzkampf auch dadurch in Erscheinung, daß die Männer der Sozialdemokratie, die an wichtigen Außenposten standen, sehr scharf durch eine bestimmte Personalpolitik eingegriffen haben, nicht nur so, daß sich diese Personalpolitik im Staate auswirkte, sondern auch so, daß sie einseitig im Konkurrenzkampf der Parteien um das Vertrauen des Volkes eingesetzt wurde. Die Fälle in Unterfranken, Mittel- und Oberfranken sind hinreichend bekannt.
Auch die Verbote der Union in Würzburg, Viechtach und einige Verbote, die vielleicht gern noch herbeigeführt worden wären, sind letztlich doch auf Bestrebungen zurückzuführen, die zunächst von deutscher Seite, und zwar von Konkurrenzseite, ausgingen.

(Sehr richtig!)

Leider Gottes war es nicht immer so, daß nicht der eine oder andere unserer Freunde ganz unbeteiligt war. Ich möchte immer zu deren Gunsten annehmen, daß sie die Situation nicht klar überblickt haben, sondern daß sie in diesem Falle nur verlockt wurden.
Wir müssen uns darüber klar sein, daß auch die Verbote doch so hingelegt wurden, daß sie gerade in die Wahlzeit hineingepaßt haben.

(Sehr richtig!)

Nur die Kalkulation war falsch.
Ich bin verpflichtet, mit einigen Worten die Situation für Würzburg und Viechtach aufzuzeigen. Sie haben heute das eine oder andere schon gehört. Ich darf Ihnen sagen, wie nach meiner Auffassung dort die Verhältnisse gelagert waren.
In Würzburg stand die Union in einem örtlichen Konkurrenzkampf vor allem mit der Wirtschaftsaufbaupartei, die dort mit einer selbständigen Wirtschaftsaufbauvereinigung für Würzburg unter Führung des Rechtsanwalts Dr. *Meisner* aufgetreten ist. Vor-

her hatten sich bereits einige Zwischenfälle zugetragen, die dazu geführt hatten, daß einzelne Leute, die früher zur Union gehört hatten, dann offen oder auch weniger offen abschwenkten. Dadurch kamen gewisse Indiskretionen vor.
Sie alle, meine lieben Freunde, kennen unseren Parteifreund Dr. *Dürr* aus Würzburg. Ich glaube, Sie werden immer den Eindruck gehabt haben, daß er ein grundanständiger Mensch ist.

(Sehr richtig!)

Dürr hat sich, wie das bei vielen von uns zutrifft, zweifelsohne etwas überarbeitet. Sie müssen immer berücksichtigen: Jeder hat nur eine gewisse Nervenkraft und ein gewisses Reservoir an Kraft übrig. Dr. *Dürr* hat die Hauptaufgabe in der Propagandatätigkeit für die Wahlen darin gesehen, draußen für die Union zu werben. Es mag sein, daß dadurch der rein interne geschäftliche Betrieb etwas beeinträchtigt wurde. Wir sind alle beeinträchtigt, meine lieben Freunde! Die Menschen, die Sie heute als Parteigeschäftsführer anstellen können, sind nicht so ohne weiteres auf der Straße zu finden. Es ist schwer, einen Menschen zu finden, der die Arbeitskraft, die Intelligenz und gleichzeitig ein gewisses politisches Fingerspitzengefühl hat. Denn das sind Voraussetzungen für einen Parteisekretär draußen.
So wurde in Würzburg vielleicht nicht alles so genau überprüft, wie es unbedingt notwendig gewesen wäre. Und so war es auch zu verstehen, daß bei den Vorschlägen für die Wahlprüfer auch ein Mann vorgeschlagen wurde, der schon 1933 bei der Partei war. Dr. *Dürr* hat mir mitteilen lassen, daß er den Mann, der übrigens früher in Unterfranken einen guten Namen hatte, seit 1931/32 nicht mehr gesehen hat. Dr. *Dürr* sagt, er wollte diesen Mann, als er verschiedenes von ihm gehört hatte, wieder zurückziehen. Da haben andere Parteien wieder gesagt, sie hätten auch Pgs. vorgeschlagen. Ich glaube, z.B. die Wirtschaftsaufbauvereinigung hatte einen vorgeschlagen. Dr. *Dürr* hat, grundanständig, aber mit etwas gutmütigem Akzent, dann seinen Kandidaten nicht zurückgezogen.
Es kam daraufhin der erste Anschuß bei der Militärregierung. Diese hat daraufhin Dr. *Dürr* abgesetzt. Und nun kam ein großes Mißverständnis. Der Stellvertreter von Dr. *Dürr*, Dr. *Bergsträsser*, ging zur Militärregierung, zum Leutnant *Chadweek*, unterhielt sich mit ihm über die Lage und frug: Was sollen wir tun? *Chadweek* sagte ihm, Sie können ja den Dr. *Dürr* wieder wählen. *Chadweek* hat nachher noch dazugesetzt, wie er erklärt hat, Sie könnten ja auch den Gauleiter *Hellmuth* wählen. *Bergsträsser* hört den ersten Teil, erfaßt nicht den Witz im zweiten Teil, geht zur Vertrauensmännerversammlung und teilt die Unterredung unserem Freund Dr. *Kroth* mit.

(Zuruf Dr. *Kroth*: Leider hat Leutnant *Chadweek* den zweiten Teil nicht gesagt, sondern von sich aus gefragt: Wie steht es mit der Wahl. Dr. *Bergsträsser* hat geantwortet: Es gibt Schwierigkeiten mit der Wahl des ersten Vorsitzenden, weil wir keine Persönlichkeit finden. Daraufhin hat *Chadweek* gesagt:Unsertwegen können Sie auch wieder Dr. *Dürr* wählen. Nichts weiter. Das muß doch Dr. *Bergsträsser* auch verkehrt aufgefaßt haben.)

Ich habe die Darstellung wiedergegeben, wie sie der Militärregierung heute vorliegt. Ich darf mit dieser Darstellung, die die Vermutung der Objektivität für sich hat, weiterfahren.
Dr. *Kroth* hat also der Versammlung die Wiederwahl Dr. *Dürrs* vorgeschlagen, und Dr. *Dürr* wurde einstimmig wiedergewählt. Das hat die Militärregierung ihrerseits als Herausforderung angesehen, und sie hat daraufhin die Union verboten. Ich habe dann

die Verhältnisse überprüft. Ich bin nach Würzburg gefahren, wo wir uns mit *Chadweek* besprochen haben. Dann kam noch ein Intermezzo hinzu, das nachher[5] gespielt hat und bei dem es sich um gewisse Satzungsformalitäten handelte. Es wurde dann eine Neuwahl in Aussicht genommen. Die Neuwahlen wurden durchgeführt. Die Militärregierung hat die Partei in Würzburg wieder zugelassen. Zum Schluß wurde ich sogar gebeten, den Termin noch etwas vorzuverlegen, wenn es irgendwie ging.
Meine lieben Freunde! Nun zu den Verhältnissen in Viechtach. Auch dazu darf ich sagen, ich gebe eine Darstellung, die die Vermutung der Objektivität besitzt und die auch dadurch einen besonderen Charakter hat, daß mittlerweile der Gouverneur von Viechtach, Capt. *Pike*, zusammen mit dem bisherigen Landrat *Falkenberg* bei mir waren. *Falkenberg* hat - ich möchte nicht den Ausdruck gebrauchen - um gut Wetter angehalten, aber er hat es mir als sehr wahrscheinlich erkennen lassen, daß er jetzt gern in die Union eintreten würde.

(Heiterkeit.)

Unsere Freunde in Viechtach haben seit langem versucht, den Anschluß an die Landespartei zu gewinnen. Leider wurden ihnen immer neue Schwierigkeiten bereitet. Zuerst sollte die Majorität offiziell den Beschluß fassen. Als er gefaßt wurde, wurde verlangt, daß alle Mitglieder der Union dort - es sind etwa 300 - unterschreiben mußten. Als das geschehen war, wurde es immer noch nicht weitergegeben. Es kamen dann die Wahlen. Bei den Wahlen hat der bisherige Gouverneur von Viechtach, Capt. *Pike*, von unseren Freunden gewünscht - man könnte vielleicht auch einen forcierteren Ausdruck gebrauchen -, daß der bisherige Landrat *Falkenberg* wiedergewählt würde. Landrat *Falkenberg* wurde in der Presse mittlerweile als Mitglied der Union hingestellt. Er ist es nicht, wie Sie bereits vorhin gehört haben.
Unsere Freunde haben die Wahl *Falkenbergs* abgelehnt und ihrerseits einen Mann gewählt, der ihnen kurz vorher genannt wurde. Sie wollten ursprünglich einen anderen Parteifreund wählen. Dann wurde ihnen der bisherige, von der Militärregierung eingesetzte Landrat von Neumarkt in der Oberpfalz, *Maier*, vorgeschlagen. Er wurde von ihnen gewählt. Als er gewählt war, hat der Gouverneur *Pike* die Konsequenzen aus der Ablehnung *Falkenbergs* gezogen. Er hat erklärt, daß *Maier* Militarist sei und hat die Union aus diesem Grunde verboten. *Maier* ist Hauptmann der Reserve gewesen. Ich glaube, daß manche andere Partei jetzt allerhand Offiziere aufzuweisen hat. Es gibt Parteien, die sich sogar besonders bemühen, solche Offiziere aufzunehmen. *Maier* wurde als SS- und SA-Mitglied dargestellt. Er war in Wirklichkeit förderndes Mitglied der SS, soweit mir von der Militärregierung erklärt wurde - ich konnte leider keinen unmittelbaren Bericht bekommen - und war kurze Zeit bei der SA. Das konnte für unsere Freunde, wenn sie die Tatsachen gekannt hätten, bestimmend sein, die Wahl nicht vorzunehmen. Aber sie wußten die Details nicht und sind davon ausgegangen, daß der gleiche Mann aus besonderen Gründen als Landrat in Neumarkt in der Oberpfalz genehmigt worden war.
Das Verschulden unserer Parteifreunde ist also wohl nicht so groß, wie es nach den Darstellungen der Presse erscheinen möchte. Dazu kommt, daß wir besondere Gründe hatten und haben, gegenüber dem bisherigen Landrat, Dr. *Falkenberg*, vorsichtig zu sein. Die Gründe haben mich veranlaßt, ihn, als er bei mir war, zu fragen, ob er bei der SS gewesen sei. Denn es sind Informationen eingegangen - sie sind noch nicht

[5] In der Vorlage: "nach hier".

restlos überprüft, aber soviel kann ich heute schon sagen -, die Herrn *Falkenberg* immerhin in einem ganz anderen Licht erscheinen lassen als Herrn *Maier*, und zwar in einem wesentlich negativeren Licht. Manche Angaben, die dort gemacht wurden, könnten bei der Überprüfung dazu führen, daß man sehen wird, daß unsere Freunde mit der Ablehnung *Falkenbergs* durchaus im Rechte waren.
Wir hatten weiterhin einen Zwischenfall, der kurz vor den Wahlen noch der Öffentlichkeit unterbreitet wurde. Wir hatten etwa 14 Tage vor den Wahlen eine Arbeitsausschußsitzung. Während dieser Sitzung wurde ich kurz zur Militärregierung gerufen. Während unserer Unterhaltung teilte mir der amerikanische politische Offizier mit, daß er gerade einen Anruf vom Gouverneur in Coburg erhalten hätte. Aufgrund dieses Anrufes stünde fest, daß unser dortiger Vorsitzender bzw. der Bezirksvorsitzende von Oberfranken, Dr. *Barth*, den Sie kennen, von 1933 bis 1934 oder 1935 Mitglied der NSDAP gewesen sei und eine Fragebogenfälschung vorgenommen hätte. Ich habe Major *Vacca* erklärt, daß ich das unter keinen Umständen glauben könne. Ich würde *Barth* so weit kennen, daß ich ihm eine Fragebogenfälschung überhaupt nicht zutrauen würde. Ich bat ihn, mir mitzuteilen, ob *Barth* ein Geständnis abgelegt hätte, worauf er sagte: Das weiß ich nicht. Die Information lautet, er ist verhaftet. Daraufhin bat ich ihn, doch sofort anzurufen und sich zu erkundigen, ob ein solches Geständnis vorliege. Der Anruf ergab, daß kein Geständnis vorlag.
Als ich in unsere Arbeitsausschußsitzung zurückkam, saß unser Parteifreund *Barth* brav an seinem Platz, der Mann, der also bereits verhaftet sein sollte. Ich habe *Barth* dann nahegelegt, unmittelbar nach dem Essen zur Militärregierung zu gehen und sich dort zur Verfügung zu stellen. Unser Freund *Barth* hat uns damals klargelegt, daß er nicht bei der Partei war, daß er im Jahre 1934 oder 1935 eine Aufforderung bekommen hätte, zur Partei zu gehen und rückwirkend Beiträge nachzahlen sollte. Er hat das abgelehnt, und zwar zu seinem Glück schriftlich. Die Abschrift liegt vor. *Barth* wurde ferner, wie die Unterlagen jetzt ergeben, im Jahre 1937 gefragt, ob er Parteigenosse sei. Er hat damals klar erklärt, daß er kein Parteigenosse sei. Wenn er irgendwann Parteigenosse gewesen wäre, so hätte er das sicher damals nicht verschwiegen.
Ich habe unmittelbar vor der Wahl nochmals gebeten, eine rasche Überprüfung vorzunehmen und *Barth* sofort wegen Fragebogenfälschung vor das Militärgericht zu bringen und damit die Frage zu entscheiden, weil sonst *Barth* nicht gewählt werden könnte, was in Aussicht genommen war. Zu meiner Überraschung habe ich, als ich am Samstag vor der Wahl in Nürnberg gesprochen habe, gehört, daß mittlerweile der Rundfunk bereits *Barth* als abgesetzten Bezirksvorsitzenden bekanntgegeben hat. Inzwischen habe ich nochmals Gelegenheit gehabt, mich über den Fall zu unterhalten. Es wurde mir erklärt, es würde noch etwas anderes vorliegen, nämlich die Tatsache, daß *Barth* im Frühjahr dieses Jahres[6] Nationalsozialisten unterstützt hätte.
Meine lieben Freunde! Das sind wohl die drei Hauptpunkte, die Sie im Rahmen der Maßnahmen, die gegen die Union ergriffen wurden, interessieren würden. Soweit Maßnahmen von Seiten der Militärregierung ergriffen worden sind, steht es uns nicht zu, sie zu kritisieren. Wir können auch die Maßnahmen im gewissen Umfange verstehen. Wir müssen aber feststellen, daß die Veröffentlichung vielleicht zweckmäßigerweise erst nach der Überprüfung des einzelnen Falles erfolgt wäre.

[6] In der Vorlage: "ds. Js."

Ich bedaure, daß bei den Veröffentlichungen auch Freunde, die uns nahe stehen, vorgeprescht sind. Im Falle Würzburg war z.B. die Neue Zeitung so objektiv, mich um eine Klarstellung der Verhältnisse zu bitten. Sie hat bis zur Überprüfung gewartet und dann meine Darstellung gebracht. Parteifreunde von uns waren viel voreiliger. Sie haben ihrerseits Beschlüsse gefaßt, die zum mindesten unter Parteifreunden nicht zu verstehen waren. Denn, meine lieben Freunde, wenn wir noch nicht dahingekommen sind, daß wir uns zunächst vor unsere Parteifreunde stellen, bis bewiesen ist, daß ihnen mit Recht ein Vorwurf gemacht werden kann, dann wird eine Zusammenarbeit sehr schwer möglich sein.

(Sehr richtig!)

Wenn Zeitungsveröffentlichungen vorgenommen werden, in denen nur aufgrund solcher äußerer Maßnahmen der Schrei der anderen, die Union sei reaktionär, aufgegriffen wird, nur damit dem Vorsitzenden dabei etwas vorgeworfen wird, dann ist das nicht zu verstehen. Es ist aber wohl zu verstehen, wenn gerade in diesem Zusammenhang - das muß ich auch sagen - andere Männer, die mit der Presse zu tun haben, die uns nicht nahestehen, gerade an mich herangetreten sind und mir erklärt haben: Herr Dr. *Müller*, es wird notwendig sein, daß Sie jetzt das, was Sie in Flossenbürg erlebt haben, in die Presse bringen, um Ihren eigenen Parteifreunden zu zeigen, daß der Vorwurf, Sie seien zum reaktionären Flügel abgerutscht, unwahr ist.

Denn das kann all diesen Leuten gesagt werden: Keiner von ihnen hat so um die demokratische Freiheit gekämpft wie ich. Deswegen verbitte ich mir auch jedweden Angriff, der in dieser unpersönlichen, unwahren Weise vorgetragen wird. Berechtigte Kritik ist in der Demokratie eine unbedingte Notwendigkeit. Sie wird immer fördernd wirken. Aber eine Kritik, die nur darauf abgestellt ist, Durcheinander zu schaffen, die dadurch dem Gegner die Möglichkeit gibt, zerstörend zu wirken, zumal dann, wenn man gerade im Aufbau der Partei und im Aufbau der Demokratie steht, muß ich unbedingt ablehnen. Das Problem ist ernst, nicht nur für uns, sondern auch für die anderen Parteien. Wenn wir so weitermachen, dann zerreden wir die Demokratie genauso, wie sie vor 1933 zerredet wurde. Die Schreihälse stänkern dann, und das Endergebnis wird sein, daß sich die positive Arbeit nicht durchsetzen kann, daß kein Aufbau durchgeführt werden kann, daß die Verzweiflung dann wieder irgend jemand nach oben bringt, der es versteht, dies für sich auszunützen.

Wir haben bei manchen Parteien, die in Konkurrenz zu uns getreten sind, den Eindruck, daß sie in dieser Hinsicht wirklich reaktionär geblieben sind. Wenn wir das Verhalten der Kommunisten betrachten, so darf ich dazu sagen: Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich rein persönlich in jedem politischen Gegner noch nicht einen persönlichen Feind sehe.

(Sehr gut!)

Rein persönlich unterhalte ich mich z.B. auch mit den prominenten Kommunisten auf ganz angenehmer Basis und ganz vernünftig. Das kann aber nie ein Hindernis dafür sein, daß wir in einen scharfen Kampf gegeneinander treten müssen, wo es notwendig ist. Ich habe deswegen auch in den Versammlungen sowohl wie bei den Aussprachen den Männern, die die Kommunistische Partei führen, erklärt: Ich höre es gern, daß die Kommunisten bereit sind, eine demokratische Partei zu sein. Aber aufgrund der Vergangenheit erscheint mir eine gewisse Bewährungsfrist doch zweckmäßig. Denn schließlich und endlich hat das Zusammengehen der ultraradikalen Flügel damals dazu geführt, daß eine positive Arbeit vor 1933, vor allem in der Zeit, in der *Brüning*

bestimmend für die deutsche Politik war, nicht möglich war. Wenn damals die beiden radikalen Flügel ihrerseits die Verpflichtung gehabt hätten, die Veranwortung zu übernehmen und die Konsequenzen aus ihrer negativen Politik zu ziehen, dann wäre die Entscheidung vorverlegt worden.
Daher weiche ich auch heute keinem Kampf aus. Denn soll eine Entscheidung fallen, dann fällt sie mir lieber frühzeitig als in einem Zeitpunkt des Tiefstandes einer Krisis wie damals im Jahre 1933. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Kommunisten eine außerordentlich geschickte Taktik verfolgen. Sie haben Möglichkeiten. Sie haben bestimmt auch einen guten Informationsdienst, der offenkundig auch bis in unsere eigenen Kreise hineinreicht.
Leider bedienen auch Parteifreunde, die sonst klug sind, diesen Informationsdienst indirekt dadurch, daß dem einen oder anderen Schwätzer, auch wenn er nicht bei der Partei ist, Material zugeleitet wird. Sie erinnern sich an unsere Landesausschußsitzung in Bamberg und an eine Szene dort, wo alle unsere Freunde im Saal am liebsten handgreiflich geworden wären und diesen Herrn Dr. *Messmer* am liebsten hinausgeworfen hätten. Der gleiche Dr. *Messmer*, der damals ein Pamphlet gegen mich verteilt hat - Sie erinnern sich an die Kombination zwischen Kommunismus und Christentum -, kann heute wieder mit Parteifreunden zusammenarbeiten, obwohl er außerhalb der Union steht, obwohl er zweifellos Informationen aus kommunistischen Kreisen bezieht, der gleiche Mann, von dem andere Freunde, die ihn schon längere Zeit kennen, erklären, daß er den § 51 für sich in Anspruch nehmen kann.
Meine lieben Freunde! Auch da ist positive Arbeit notwendig. Wir müssen auch da klar sehen und eine Klärung herbeiführen. Wenn ich infolgedessen da oder dort gegenüber dem einen oder anderen Freund etwas energisch auftrete, dann nehmen Sie es mir nicht übel. Es handelt sich dabei nicht um eine kleine Parteidiktatur, obwohl ich zur Zeit die ganze Verantwortung noch in der Hauptsache allein trage. Aber es ist einmal notwendig, daß ich in diesem Falle dafür sorge, daß Ordnung geschaffen wird. Die Partei muß vom Parteienblock zur eigentlichen Partei werden. Wenn Kräfte da sind, die nur die Partei stören wollen, dann, meine lieben Freunde, muß ich, selbst wenn es Freunde sind, sagen: Entweder sie sagen Adieu oder ich muß einen anderen bitten, die Verantwortung für die Union zu übernehmen, weil ich sonst nicht garantieren kann, daß ich die Union durch eine Krisis hindurchbringe. Gott sei Dank haben wir alle Krisen so überstanden, daß der Bestand der Union gewahrt war, daß die Union eine gewisse Festigkeit gezeigt hat. Es kam zwar da und dort ein kleiner Zwischenfall vor, aber dazu darf ich Ihnen immer wieder sagen: Wenn es in der Kritik bleibt, auch wenn die Kritik scharf wird, so scharf, daß sie zum Fenster hinaus gehört werden kann, dann wird die Union noch nicht kaputt, ganz im Gegenteil. Das zeigt Leben und zeigt, daß wir ein neues Leben entwickeln. Das ist immer noch besser, als wenn andere Parteien, wie immer wieder betont wird, nur alte Programme und alte Leute übernehmen. Wir versuchen Kombinationen, und bei Kombinationen werden immer Differenzpunkte auftreten.
Meine lieben Freunde! Rein negativ in der Kritik und rein negativ im Kampf hat sich die Wirtschaftliche Aufbaupartei verhalten. Sie hat zweifellos die größten Mittel von allen Parteien, die in Konkurrenz getreten sind. Kein Mensch weiß, woher sie kommen. Man kann nicht einmal annehmen, daß es irgendwelche Firmen sein können, die am Aufbau interessiert seien. Denn selbst dafür sind die Mittel zu groß.

(Zuruf: Vielleicht kommen sie von Rußland?)

Wie kann man herausbekommen, woher die Mittel stammen? Wir stellen es nicht etwa aus der Konkurrenz heraus fest, sondern deswegen, weil für den Aufbau unserer Demokratie auch in dieser Beziehung ein klares Bild notwendig ist.

(Sehr richtig!)

Man muß wissen, wer hinter einer Gruppierung von Menschen steht und welche Ziele dabei verfolgt werden. Bisher haben wir den Eindruck, daß die Wirtschaftliche Aufbaupartei so vorgeht, wie anno dazumal Herr *Hitler* in seinen Anfangszeiten vorgegangen ist. Zu allem wird nein gesagt, überall wird Kritik geübt, jede Schweinerei wird herausgeholt, aus irgendeiner Kleinigkeit wird eine große Schweinerei gemacht. Genauso ist damals die Revolverpolitik des Herrn *Hitler* mit dem kleinen Völkischen Beobachter und ähnlichen Zeitungen losgegangen. In dieser negativen Haltung wird verlangt, daß jedes Gesetz, nachträglich auch noch das Denazifizierungsgesetz, dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden muß. Ein solcher absurder Blödsinn kann wirklich nur dazu dienen, die Dummen im Volk einzufangen, ganz so, wie das damals der Herr *Hitler* gemacht hat. Da müssen andere Kräfte dahinterstecken. Wir werden darauf achtgeben, ich hoffe in diesem Fall mit allen anderen zusammen, die gewillt sind, mit uns gemeinsam die Demokratie aufzubauen.
Nach welchen Methoden wurde der Kampf in der Konkurrenz der Parteien durchgeführt? Die Wahlen wurden für die Verfassung vorgenommen. Wenn man aber den Kampf überblickt, so kann man feststellen, daß eigentlich die allerwenigsten Redner, und zwar aus allen Parteien, eigentlich zur Verfassung Stellung genommen haben.

(Zuruf: Leider!)

Meine lieben Freunde! Der Zuruf "leider" ist nicht so ohne weiteres zu beantworten. Die Gründe dafür sind verschiedenartig. Zunächst darf ich feststellen, und zwar in diesem Fall glaube ich auch nicht nur mit anderen Leuten innerhalb Bayerns, sondern auch mit Behörden, die die Verhältnisse überblicken, daß aus der Verfassung lange Zeit eine gewisse Geheimwissenschaft gemacht wurde. Sie haben gehört, ich habe selbst die Verfassung erst im allerletzten Augenblick bekommen, obwohl ich wiederholt darum gebeten hatte, daß ich sie kennenlernte. Sicher waren auch von uns Freunde im Verfassungsausschuß. Man mußte annehmen, daß die Verfassung draussen zur Diskussion gestellt wurde. Man mußte zumindest annehmen, daß die Presse die Themen aufgeworfen hätte. In anderen Ländern hätte man wahrscheinlich vorher in der Presse die ganze Verfassung veröffentlicht. Man kann vielleicht dabei unterstellen, daß die Regierung davon ausgegangen ist, daß die Verfassung noch zur Diskussion stehen wird, weil über die Verfassung abgestimmt wird. Aber für die demokratische Erziehung des Volkes wäre es zweifellos gut gewesen, dem Volk Einblick in die Grundlinien der Verfassung zu geben und es nicht den einzelnen Parteien zu überlassen, wieviel und wie wenig sie über die Verfassung sagen wollen. Ich werde Ihnen hernach noch im einzelnen unsere Haltung zur Verfassung und zur Behandlung des Problems aufzeigen.
Ich betrachte noch weiter die Kampfmethoden in diesem Wahlkampfe. Ich habe schon vorhin gesagt: Eine der Kampfmethoden gegen uns war der immerwährende Sprengversuch, der auf die Union gerichtet war und der großenteils auch so vorgetragen wurde, daß ich immer und immer wieder von allen Seiten angegriffen wurde, und daß man in diesem Kampf, ich möchte sagen, ganz heterogene Kräfte zusammengefügt hat.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, wenn noch ein einzelner an der Spitze einer Partei steht, daß dann der Kampf leichter konzentrisch geführt werden kann, als wenn mehrere dort stehen. Es hat das nicht zur Sprengung geführt. Dann kamen Versuche, wenn ich so sagen darf, mich und damit die Union in die Ecke zu spielen. Das Entnazifizierungsgesetz, von dem man weiß, daß an ihm im Auslande das größte Interesse besteht, vor allem in Amerika, wurde zum Fußball zwischen den Parteien. Ich weiß wirklich im Augenblick keinen besseren Ausdruck dafür. Man hat sich bemüht, die Militärregierung nach dem Einzelverbot im Hinblick auf diese Frage dahin zu bringen, daß vielleicht noch energischere Maßnahmen gegen die Union erfolgten. Das glaubte man wohl dadurch zu erreichen, daß man die Haltung der Union in der Entnazifizierung einer besonderen Kritik unterzog. Man wich Auseinandersetzungen über Probleme, wie ich sie in dem vorhin vorgelesenen Interview des Observer aufgezeigt habe, aus und hat statt dessen lieber neue Debatten über unsere Haltung zum Entnazifizierungsgesetz veranlaßt.
Sie wissen, daß ich früher immer die Auffassung vertreten habe, das Gesetz ist eine gute Basis für die Weiterentwicklung. Nie habe ich und hat die Union als solche die Entnazifizierung abgelehnt. Auch das Gesetz haben wir nicht abgelehnt, im Gegenteil, unsere Landesversammlung hat dazu den Beschluß gefaßt, daß das Entnazifizierungsgesetz beschleunigt, streng und gerecht in einer Weise [durch]geführt wird, die zu einer dem Maße der Schuld entsprechenden Bestrafung aller verantwortlichen Elemente führt.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Das ist aber von der Partei aus nicht veröffentlicht worden.)

Dieser Beschluß wurde in der Landesversammlung so bekannt und in ihr gefaßt, wobei alle stimmberechtigten Vertreter anwesend waren, daß er bekannt sein konnte. Er wurde in den Mitteilungen der Union bekanntgegeben, so daß es unrichtig ist, wenn erklärt wird, er wurde nicht veröffentlicht.
Meine lieben Freunde! Wir haben uns auch dementsprechend verhalten. Aber als eine Aussprache bei der Militärregierung stattfand, bei der die Haltung der Parteien zur Frage der Entnazifizierung und zum Gesetz durchbesprochen wurde, so fühlte ich mich als anständiger Mensch, der eine anständige Politik führen soll und ein offenes Spiel spielt, verpflichtet, meinen Standpunkt ehrlich zu sagen. Ich habe daher erklärt, daß die Union die Entnazifizierung durchführen will. Ich habe aber keinen Hehl daraus gemacht, daß ich persönlich das Gesetz da und dort für verbesserungswürdig halte.
Das war ein Standpunkt, den ich jedwedem Menschen gegenüber vertreten habe und der auch im gewissen Umfange anerkannt worden ist.
Gleichzeitig mit dieser Sache wurden andere Kämpfe vorgetragen, die mit meiner Haltung in bezug auf die Reichspolitik zusammenhängen. Ich werde Ihnen auch hierüber einen offenen, klaren Überblick geben. Verschiedene Elemente außerhalb der Union haben leider Gottes mit Leuten in der Union in dieser Frage zusammengespielt.
Wenn Politik gemacht wird, so setzt das voraus, daß derjenige, der spricht, weiß, daß er für die Union spricht und daß er infolgedessen nach bestem Wissen und Gewissen handelt. Auf der anderen Seite muß er auch als Person das Recht haben zu sagen, das oder das könnte besser gemacht werden. Ich habe dabei den Auffassungen Rechnung getragen, wie sie im Lande draußen Allgemeingut waren. Ich werde noch darauf zu sprechen kommen, daß es nicht nur Allgemeingut innerhalb der Union ist, sondern

auch innerhalb anderer Parteien, daß man da und dort doch versuchen sollte, die Durchführung so zu gestalten, daß bestimmte Voraussetzungen nicht mehr gegeben wären, die Schwierigkeiten geschaffen haben und die zum mindesten nicht zweckmässig sind.

Worin sehe ich die Hauptschwierigkeiten? Das Gesetz als solches bietet zweifellos die Möglichkeit, daß diese wichtige Frage jetzt von deutscher Seite her in Angriff genommen werden kann. Es ist verständlich, daß gerade die amerikanische Besatzungsbehörde Wert darauf legt, daß die Arbeit in Angriff genommen wird. Denn wenn sie schon die Zuständigkeit auf die deutschen Behörden überträgt, so erwartet sie, daß sie irgendwann funktionieren, und sie hat das Recht dazu. Ich muß auch hier feststellen: Wir können und müssen die Amerikaner in ihrer Haltung verstehen. Sie sind ja nicht hergekommen, um in Europa territoriale Eroberungen zu machen, sondern sie sind wirklich in einer Auseinandersetzung zwischen Weltanschauungen oder zwischen Ideen in den Krieg eingetreten. Sie haben für Ideale der Menschheit gefochten, die sie hochhalten, und sie wollen nie mehr zulassen, daß diese Ideale nochmals angegriffen werden können. Der edle Zweck darf und wird nicht verkannt. Infolgedessen werden auch wir unsererseits nicht nur aus unserem Gefühl heraus, sondern auch aus Billigkeitsgründen mithelfen müssen, daß dieses Ziel der Besatzungsmacht erreicht wird.

Wir sollten aber in der Durchführung doch dahin kommen, daß die Spruchkammern, wenn es irgendwie zulässig ist, entpolitisiert werden. Sie kennen meine Auffassung, daß ich ein Schöffengericht immer für besser gehalten hätte als eine nach rein politischen Gesichtspunkten zusammengesetzte Spruchkammer. Denn sonst wird allzuleicht der Parteienstreit in diese so ernste Frage hineingetragen. Denn jede Partei versucht, ihre eigenen Kandidaten so rasch wie möglich durchzubringen. Wir haben ja in den letzten Tagen von einigen Schulbeispielen darüber gehört, zumindest über Versuche, die unternommen wurden.

Mein Vorschlag für die Zukunft geht dahin, daß nicht nur die politische Seite der Entnazifizierung, sondern auch die wirtschaftliche Seite ernst genommen wird. Ich gehe davon aus, daß wir den Nutzen aus der Entnazifizierung sogar unter allen Umständen auch in wirtschaftlicher Hinsicht ziehen müssen. Denn, meine lieben Freunde, wenn wir aufbauen, dann müssen irgendwie wieder Quellen für den Aufbau eröffnet werden, nicht nur Geldquellen, sondern auch Arbeitskraftquellen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, in manchen Punkten werde ich sogar die Rechtsprechung da und dort als zu milde empfinden. Daß einer einfach mit 500 RM oder 1000 RM weglaufen kann, entspricht nicht meinem Empfinden.

(Sehr richtig!)

Mich interessiert viel mehr als der Papierschein, der wirtschaftlich gesehen höchstens dazu verwendet werden kann, den Notenumlauf etwas zu beschränken oder Ausgaben zu decken, die Arbeitskraft dieser Leute, also die Tatsache, daß sie Überstunden leisten müssen oder sonst irgendwie in besonderer Weise für den Aufbau der Wirtschaft herangezogen werden.

Auch dazu darf ich Ihnen ein Beispiel erwähnen: Als ich in Berlin war, ist es mir, das muß ich ehrlich sagen, angenehm aufgefallen, daß in den Straßen nicht annähernd so viel Schutt lag als bei uns. Im Gegenteil, der Schutt ist fast restlos weggeschafft. Man hat dort die Nationalsozialisten und auch andere Leute, z.B. Gefängniswärter - ich selbst habe einige von ihnen gesprochen -, einfach zum Wegschaffen des Schuttes

verwendet. Erst dann konnten sie in die Spruchausschüsse gehen. Dort haben sie noch die Zeugnisse gebraucht, die bei uns auch allgemein notwendig und üblich sind. Die Zeugnisse, die sie beigebracht haben, haben einen viel größeren Wert erhalten, wenn sie vorher die Bestätigung darüber hatten, daß sie soundso viel Arbeitsleistung, zum Teil sogar in Akkordarbeit, hinter sich hatten. Wie gesagt, ich habe mit einigen dieser Leute gesprochen. Sie waren dabei durchaus nicht unzufrieden, sondern sie sind zufrieden, daß sie damit die ganze Geschichte hinter sich bekommen haben.
Deswegen werde ich auch nach wie vor dafür eintreten, daß man, sobald man Erfahrungen bei der Entnazifizierung macht, diese sofort in neuen Ausführungsbestimmungen auswertet und, was ich für unbedingt notwendig halte, in einem Kommentar [zusammenfaßt]. Denn es darf nicht dahin kommen, daß in Bayern die eine Spruchkammer so und die andere so entscheidet. Darin würde eine enorm große Ungerechtigkeit liegen. Damit würde aber auch eine Rechtsunsicherheit eintreten.

(Sehr gut!)

Wir müssen das um so mehr beachten, als ja ein gewisser Unterschied in der Handhabung des Gesetzes auch zu anderen Zonen besteht. Ich würde es deswegen begrüßen, wenn die gesammelten Erfahrungen so rasch als möglich ausgewertet werden.

(Zuruf: Ende August kommt der Kommentar heraus!)

Ich darf dabei feststellen, daß meine Haltung da oder dort falsch verstanden worden ist, weil sie zum Teil von einer Seite propagandistisch ausgewertet wurde, die bei den Verhandlungen beteiligt war. Es wurde z.B. einmal eine Niederschrift gefertigt. Man hat nachher gesagt, es sei eine Aktennotiz und kein Protokoll. Ich hatte vorher um Abschrift eines Protokolls gebeten. Die Niederschrift hat zum Schluß die Feststellung enthalten, daß ich das Gesetz ablehnen würde. Eine glatte Unwahrheit angesichts der gesamten Ausführungen und, wie Sie selbst wissen, angesichts der Haltung, die ich von Anfang bis heute eingenommen habe.
Ich habe nur eines nicht mitgemacht, daß ich nämlich so wie die anderen dauernd applaudiert habe und daß ich nicht gesagt habe, was ich denke. Meine Haltung wurde nach allen Methoden ausgewertet, weil man geglaubt hat, auf diese Weise die Union von außen her und von innen heraus umwerfen zu können.
Wie sah das Bild bei den anderen Parteien aus? Sie wissen, daß mittlerweile, um das vorwegzunehmen, eine Veränderung im Entnazifizierungsministerium eingetreten ist. Schon vorher hatten die Kommunisten, die so große Schreier gegen uns und gegen mich waren, eine Weisung an ihre Leute herausgegeben, daß sie aus den Entnazifizierungsausschüssen herausgehen sollten. Schon vorher haben sie eine Erklärung abgegeben - der Herr Ministerpräsident Dr. *Hoegner* hat mir selbst ein diesbezügliches Schreiben gezeigt -, die sie außerhalb der ganzen Haltung stellt, die jetzt alle Parteien zusammen eingenommen haben.

(Zuruf: Veröffentlichen!)

Weiterhin hat sich bei meiner Unterhaltung mit dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* folgendes zugetragen: Ich habe dem Herrn Ministerpräsidenten, als wir über diese Frage sprachen - ich werde nachher noch darauf zurückkommen - klargestellt, daß jetzt, nachdem die Verantwortung geteilt wurde, [das] auch wirklich ernst aufgefaßt werden muß und daß keine Störung mehr von irgendeiner Seite hereingetragen werden solle.

Als mir Ministerpräsident Dr. *Hoegner* das Schreiben der Kommunisten zeigte, frug ich ihn, ob ihm bekannt sei, daß in Franken Redner oder Vertreter seiner Partei auch keine durchaus positive Haltung zum Entnazifizierungsgesetz eingenommen hätten. Dr. *Hoegner* nahm Bezug auf eine Weisung, die er an seine Partei gerichtet hätte, dahingehend, daß seine Partei aktiv in den Spruchkammern usw. mitarbeiten müsse. Ich habe Dr. *Hoegner* dabei erklärt, ich wüßte doch, wie das manchmal draußen sei, daß manche Leute die Weisungen nicht ohne weiteres befolgten. Ich hätte selbst mehrfach Weisungen hinausgegeben, aber in dem einen oder anderen kleinen Ort gäbe es doch Schwierigkeiten. Dr. *Hoegner* wollte das nicht wahrhaben und ich bat ihn, es nachzuprüfen. Er hat dann seinen Landessekretär *Albert* angerufen und am Telefon festgestellt, daß Herr *Loßmann*, Bezirksvorsitzender der SPD in Franken, in öffentlicher Rede erklärt hat, daß die Sozialdemokratie in Franken aus den Spruchkammern ausscheiden würde, wenn eine bestimmte Voraussetzung, z.B. der Schutz der einzelnen Mitglieder usw., nicht gewährleistet sei. Ministerpräsident Dr. *Hoegner* war darüber mit Recht erregt und sagte dann auch Herrn *Albert* am Telefon, daß dieser Zustand in Franken sofort abgestellt werden müsse, weil sonst Gefahr für die Partei entstehen könnte.

Meine lieben Freunde! Wir haben in diesem Fall bestimmt keine Schadenfreude, denn wir wissen, wie es in diesen Zeiten zugeht. Wir haben noch keine klare Basis im öffentlichen Leben. Aber was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Ich habe nur mit Rücksicht darauf diesen Vorfall erzählt, um zu zeigen, wie es auch den anderen geht. Denn wenn uns das vor zwei, drei Wochen passiert wäre, dann hätte der Rundfunk den Vorfall nicht nur einmal, sondern mehrfach gebracht.

(Sehr richtig!)

Die Parteien haben dann eine Erklärung abgegeben, die Ihnen bekannt wurde, weil sie durch Presse und Rundfunk ging. In ihr haben alle Parteien die Durchführung des Entnazifizierungsgesetzes gewünscht. Ich habe die Erklärung für die Union unterschrieben. Ich brauche sie nicht zu verlesen, denn sie ist bekannt. Ich habe betont und betone auch jetzt: Damit verpflichte ich mich ehrlich und als anständiger Mensch, für meine Unterschrift immer einzutreten und dafür zu sorgen, daß wirklich gute und rasche Arbeit im Rahmen der Entnazifizierung geleistet wird.

Ich habe damit auch die Union verpflichtet und bitte hier um Ihre Zustimmung dafür, daß die Union eine solche Verpflichtung eingegangen hat. Wir nehmen es ernst, und zwar sehr ernst, weil wir wissen, welche Bedeutung der Entnazifizierung heute zukommt.

Ich habe die Entnazifizierung vorhin unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses zur Besatzungsmacht betrachtet. Ich habe sie bereits betrachtet im Hinblick auf wirtschaftliche Auswirkungen, die aus der Entnazifizierung heraus ausgelöst werden. Wir wissen aber auch, daß sie noch unter einem anderen außerordentlich wichtigen Gesichtspunkt zu betrachten ist, nämlich dem, daß unser Volk irgendwann einmal wieder Ruhe bekommen muß.

(Sehr richtig!)

Durch meine Unterschrift und dadurch, daß ich weitere Schritte unternommen habe, will ich mit Sorge tragen dafür, daß diese Voraussetzung für eine Beruhigung des Volkes erfüllt wird. Wir wissen, daß es dabei nicht allen recht gemacht werden kann. Aber wenn wir gerecht sind, dann wird allein durch die Gerechtigkeit die Voraussetzung dafür geschaffen werden, daß der Großteil des Volkes das Empfinden hat, daß

ihm rechtens geschieht und daß man damit in einem großen Teil des Volkes wieder zu einer positiven Einstellung zum Staat und zur Staatsführung gelangen kann.
Da Staatsminister Dr. *Pfeiffer* nicht da ist, möchte ich hier die Frage behandeln: Wie kam es zur Übernahme des Ministeriums für Sonderaufgaben durch unseren Parteifreund Dr. *Pfeiffer*?

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Ich bitte, sich etwas kürzer zu fassen, so daß wir auch noch zu Wort kommen, nicht, daß es so geht wie bei anderen Tagungen. Andere Zurufe: Weiterfahren!)

Herr Dr. *Horlacher* wird noch Gelegenheit haben, für die Opposition vorzutragen.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Ich weise den Vorwurf des Herrn Vorsitzenden [*Josef Müller*] mit aller Entschiedenheit zurück. Wir sind keine Opposition!)

Meine lieben Freunde! Ich werde mit dem Ernst, der durch die Situation geboten ist, die Sache vortragen.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Er kann sich auch kürzer fassen!)

Ich lasse nötigenfalls darüber abstimmen, ob das Referat zu Ende geführt wird, oder ob ich nur auf Anfragen antworten soll.

(Zurufe: Wir wollen von Ihnen etwas wissen. Wir bitten darum. Bitte etwas ruhiger, und zwar von allen Seiten!)

Meine lieben Freunde! Schon vor den Wahlen hat Ministerpräsident Dr. *Hoegner* einmal die Frage aufgeworfen, daß Dr. *Anton Pfeiffer* in das Sonderministerium gehen sollte. Zunächst war die Frage, ob er als Staatssekretär in das Ministerium eintreten und die Verhältnisse dort überprüfen sollte. *Pfeiffer* hat seinerzeit den Auftrag nicht so ohne weiteres übernehmen können und wollen, da die Funktion, die er zu erfüllen gehabt hätte, die eines Staatskommissars für eine besondere Aufgabe gewesen wäre. Ich habe den Standpunkt unseres Parteifreundes Dr. *Pfeiffer* gebilligt. Am Freitag vor der Wahl hat mir Ministerpräsident Dr. *Hoegner* noch erklärt, Dr. *Pfeiffer* müsse unter allen Umständen ins Sonderministerium, sei es als Minister, sei es als Staatssekretär. Das hänge vom Ausgang der Wahlen ab.
Am Montag nach den Wahlen habe ich dann, wie das am Freitag vor den Wahlen zwischen Dr. *Hoegner* und mir verabredet worden war, die Besprechung über die schwebenden Probleme begonnen. Bei dieser Gelegenheit hat Herr Ministerpräsident Dr. *Hoegner* das Thema wieder ganz klar darauf abgestellt, daß Dr. *Pfeiffer* unter allen Umständen die Funktion im Sonderministerium übernehmen solle. Er hat mir erklärt, daß die Militärregierung ihrerseits das wünsche. Wir stimmen wohl mit Dr. *Hoegner* darin überein, daß Dr. *Pfeiffer* besondere Qualitäten für diese Aufgabe besitzt. Er hat wesentlich bei der Ausarbeitung des Entnazifizierungsgesetzes mitgearbeitet, er hat einen gewissen Überblick, und ich glaube, wir werden ihm die Qualitäten zuerkennen können, vor allem auch die Einsicht und das Geschick, eine so schwere Aufgabe zu erfüllen. Ich glaube, wenn wir unter staatsmännischen und staatspolitischen Gesichtspunkten einen herauszustellen hätten, den wir für dieses Amt zu bestellen hätten, dann würden wir zweifelsohne auch an ihn denken. Denn wenn er die Aufgabe gelöst hat, hat er damit nicht nur der Union, sondern auch dem bayerischen Volk einen großen Dienst getan.
Es war selbstverständlich, daß ich die ganzen Besprechungen immer wieder mit ihm gemeinsam durchgedacht habe, auch wenn wir sie getrennt geführt haben. Ich habe

Ihnen bereits heute früh gesagt: Ich habe dann die Mitglieder der Regierung jeweils zur Beratung gebeten und sie durch einige andere Freunde ergänzt. Bei den Erfahrungen, die ich gemacht habe und die darin bestanden, daß die einen oder anderen Fragen, die im kleineren Kreis besprochen wurden, auch draußen weiterdiskutiert wurden, habe ich es nicht für nötig gehalten, den Kreis zu groß zu gestalten.
Dr. *Pfeiffer* hat im Rahmen der Besprechungen dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* dann erklärt, daß er den Auftrag dahingehend haben möchte, daß er als Staatssekretär in der Staatskanzlei den Auftrag erhält, das Ministerium für Sonderaufgaben zu übernehmen und daß er zum Minister ernannt wird. Die Frage, wie das behandelt werden sollte, hat in der Aussprache zwischen dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* und mir immer wieder eine große Rolle gespielt. Denn ich habe mir den Standpunkt des Parteifreundes *Pfeiffer* zu eigen gemacht. Ich habe deswegen auch *Pfeiffers* Standpunkt als den Standpunkt meiner Parteifreunde vorgetragen.
Ich habe zunächst angeregt, die Entscheidung bis zur heutigen Tagung zurückzustellen, weil mir die Übernahme dieser Verantwortung so bedeutsam erschiene,

(Sehr gut!)

daß ich sie gern durch die Vertrauensleute des ganzen Landes hätte tragen lassen. Ministerpräsident Dr. *Hoegner* aber erklärte mir, daß die Entscheidung sofort getroffen werden müßte. Er wies vor allem auch darauf hin, daß die Kommunisten ihrerseits den Rücktritt *Schmitts* und die Zusammenhänge damit der Öffentlichkeit bekanntgegeben hatten. Zwischen Ministerpräsident Dr. *Hoegner* und *Schmitt*, der in diesem Falle auch für die Kommunistische Partei sprach, war zunächst Vertraulichkeit vereinbart worden. Dementgegen hat aber der Rundfunk die Nachricht schon sehr frühzeitig gebracht, und zwar so, daß man zweifelsohne annehmen konnte, daß die Kommunistische Partei durch die Bekanntgabe auch bestimmte Ziele verfolge. Auch die Veröffentlichung des Briefes des Herrn Ministers *Schmitt* hat gezeigt, daß die Kommunistische Partei offenkundig glauben machen will, daß Dr. *Hoegner* hier dem Druck der Reaktion, gleich Union, gewichen sei. Ich glaube, meine lieben Freunde, wir brauchen uns nicht allzulange mit dem Vorwurf befassen. Wir haben wirklich nichts weiter dazu getan, wenngleich wir die ganze Zeit schon mit Bedauern feststellen mußten, daß im Sonderministerium das eine oder andere nicht ganz gestimmt hat,

(Sehr richtig!)

daß manche, die den Kommunisten nahestanden oder Verbindungen zu ihnen hatten, darauf hinweisen, daß die Kommunistische Partei durch die Fragebögen, die im Sonderministerium eingegangen waren, zur besten Kartothek in ganz Bayern kam, wenngleich wir mit Bedauern feststellen mußten, daß auch in den Anweisungen, die an die Spruchkammern hinausgegeben wurden und in der Art, wie die Spruchkammern behandelt wurden, nicht immer ganz objektiv vorgegangen wurde.
Ich schätze den bisherigen Minister *Schmitt* persönlich wirklich hoch und halte ihn für einen anständigen Menschen. Ich habe mich mit ihm ganz gut verstanden und denke, daß trotz dieser Feststellungen das Einverständnis bleiben wird. Aber im Interesse der Union und um der Wahrheit und Gerechtigkeit willen mußten diese Feststellungen getroffen werden. Ich muß deswegen auch alles, was in dem Brief von *Schmitt* uns und auch dem Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* unterschoben und unterstellt wird, als reine Propaganda zurückweisen und es, wie ich das auch in der Neuen Zeitung getan habe, als reine Propagandamätzchen bezeichnen. Ich glaube, daß der Großteil des Volkes diese Meinung mit mir teilen wird.

Meine lieben Freunde! So sieht das Problem aus, das von uns im Rahmen der Entnazifizierung zu lösen war. Wenn wir die Verantwortung übernommen haben, indem wir den Fachminister Dr. *Pfeiffer* zur Verfügung gestellt haben, so sind wir uns dessen bewußt, daß wir ihn mit allen Kräften unterstützen müssen und werden. Es kann dann nicht vorkommen, daß irgendwelche Kleinigkeiten dazu führen, daß der eine oder andere nörgelt und dann willfährig das Ohr irgendwelchen dritten Leuten leiht. Selbstverständlich wird man gerade in diesem Ministerium dem einen oder anderen weh tun oder da und dort durch die Politik dieses Ministeriums Kritik auf sich nehmen müssen. Wir werden genau prüfen, wie weit Kritik berechtigt ist. Sie muß dann berücksichtigt werden, nicht nur von uns, nicht nur von Minister Dr. *Pfeiffer*, sondern auch von der Regierung als solcher. Sie wird auch berücksichtigt werden - davon bin ich fest überzeugt - von der Militärregierung.
Alles aber, was nicht gerechte und vernünftige Kritik ist, muß von uns unter Einsatz aller Freunde im ganzen Land bekämpft werden. Wenn wir dabei jetzt mitwirken wollen, daß die Entnazifizierung in Angriff genommen wird, so haben wir die Hoffnung - und das stelle ich nochmals fest -, daß sie so rasch wie möglich durchgeführt wird. Es hat mich gefreut, bei den Besprechungen bei der Militärregierung und auch in Berlin zu hören, daß auch dort die Absicht besteht, dafür Vorsorge zu treffen, daß wir, wenn es irgendwie möglich ist, die ganze Entnazifizierung in einem Jahr hinter uns bekommen.
Meine lieben Freunde! Wenn das erreicht ist, freuen wir uns alle miteinander. Denn dann kann wirklich ruhig und vernünftig gearbeitet werden, und dann wird hoffentlich auch aufgehört mit dem ewigen Gerede von den vergangenen zwölf Jahren. Denn wir wollen nicht den Fehler machen, daß nur immer über die zwölf Jahre geredet wird, so wie Herr *Hitler* immer über die 14 Jahre geredet hat. Wir wollen lediglich dort reden, wo wir Fehler erwähnen, die nicht wiederholt werden dürfen, wo also auch aus der Geschichte gelernt werden kann.
Es darf nicht dazu führen, daß so, wie jetzt Fußball zwischen den Parteien gespielt wird, draußen dauernd mit Existenzen und Zwischenexistenzen gespielt wird. Deswegen habe ich dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* bei der Aussprache vorgeschlagen, daß Vorsorge dafür getroffen wird, daß das sogenannte Abschießen endlich aufhört und daß statt dessen eine vernünftige Regelung durchgeführt wird. Ich habe das bei der hiesigen Militärbehörde und bei den Besprechungen in Berlin gleichfalls vorgeschlagen.
Bestimmte Fälle müssen natürlich aufgeklärt werden. Zu diesem Zweck ist es wohl notwendig, daß durch gesetzliche Regelung bestimmt wird, daß ein bestimmtes Wissen den Behörden zur Kenntnis gebracht werden muß, ein Wissen über Personen, die in der Vergangenheit verbrecherisch oder in politisch verwerflicher Weise gefehlt haben. Man kann den Tatbestand natürlich noch auf bestimmte Vorgänge ausdehnen, die zur Beurteilung der Persönlichkeit im Entnazifizierungsverfahren notwendig sind. Aber darüber hinaus müssen wir alle zusammenhelfen, damit die Denunziation so rasch wie möglich aus unserem Volk wieder herauskommt. Ich habe deswegen auch gebeten, die Frist dieser Anzeigenpflicht zu begrenzen, so daß dann nachher einmal ein Abschluß da ist. Denn dann müssen alle moralischen Kräfte, auch die des Staates und der Parteien, wieder eingesetzt werden, und die moralischen Verfallserscheinungen müssen wieder verschwinden.
Ich habe Ihnen einen eingehenden Überblick gegeben über das, was im Rahmen der Entnazifizierung notwendig war. Ich darf jetzt anschließend zur Frage der Wirtschafts-

politik übergehen, die allmählich auch von uns ernsthaft vorwärts getrieben werden muß. Ich nehme deswegen dieses Thema unmittelbar auf, nachdem ich Ihnen über die Entnazifizierung berichtet habe, weil ich die Wirtschaftspolitik heute als die allerwichtigste Politik ansehe. Gewiß, das Entnazifizierungsproblem steht unter außen- und innenpolitischen Gesichtspunkten jetzt ungefähr auf gleicher Höhe. Aber es ist ein zeitbedingtes Problem. Wirtschaftspolitik aber muß eine Politik auf lange Dauer sein. Wir dürfen aber auch in dieser Frage nicht mehr allzuviel Zeit verlieren dadurch, daß wir nur immer Erörterungen über theoretische Begriffe anstellen. Ich habe deswegen seit langen Wochen schon mit unseren Leuten vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß darüber gesprochen, daß jetzt nach zweierlei Gesichtspunkten gearbeitet werden muß. Wir wollen nicht lediglich Begriffe aufstellen, die für unser Parteiprogramm notwendig sind. Die Auffassung z.B., die wir vom Eigentumsbegriff haben, ist sehr notwendig. Aber das darf nicht dazu führen, daß darüber Bücher geschrieben werden, praktisch aber nicht dafür gesorgt wird, das konservierungswichtige Eigentum zu erhalten und neues Eigentum zu schaffen, wenn ich mich so ausdrücken darf.

Ich habe gebeten, daß an einem praktischen Wirtschaftsprogramm gearbeitet wird, das die Union dann vertreten und in die Tat umsetzen wird, wenn sie selbst die Verantwortung übernimmt, daß aber jetzt schon geprüft wird, welche Maßnahmen, die heute getroffen werden, von so weittragender Bedeutung sind, daß wir heute schon einzugreifen versuchen müssen. Sonst kann nachher das gesündeste Wirtschaftsprogramm nicht verwirklicht werden, weil bestimmte Voraussetzungen eben fehlen oder nicht mehr da sind.

Ich glaube, daß wir in Kürze, vielleicht schon bis zur nächsten Landesausschußsitzung, soweit sind, daß wir, wenn ich mich so ausdrücken darf, das Wirtschaftsprogramm, wie es im Rahmen unseres Parteiprogramms notwendig ist, vorliegen haben, daß wir daneben das Arbeitsprogramm für die Union und für eine Regierung, in der die Union maßgeblich mitwirkt, entwickeln können. Es ist heute schon so fertig, daß uns Überraschungen nicht mehr passieren werden, wenn die Verantwortung nicht allzufrüh auf uns übergeht.

Meine lieben Freunde! Immer und immer wieder muß gesagt werden: Eine gute Wirtschaftspolitik ist die Voraussetzung für eine gute Sozialpolitik und eine gute Sozialpolitik ist die Voraussetzung für eine gute Staats- und Kulturpolitik. Die Wirtschaftspolitik kann daher nicht ernst genug genommen werden. Ich bitte unter allen Umständen, die fähigsten und tüchtigsten Kerle, die Sie draußen auftreiben - ich gebrauche ausdrücklich den Ausdruck "Kerle", weil ich von einem ganzen Kerl ausgehe - uns zur Verfügung zu halten und zur Mitarbeit heranzubringen. Es ist notwendig, daß wir uns darüber klar werden, daß die Verwirklichung der Wirtschaftspolitik und des wirtschaftlichen Programms davon abhängt, daß die dazu notwendigen Persönlichkeiten zur Verfügung stehen. Mit Paragraphen allein wird noch keine gute Wirtschaftspolitik gemacht. Es gehören ganze Männer her, die allerdings die nötige rechtliche Basis, aber auch die entsprechenden Vollmachten bekommen müssen, um sich durchzusetzen, um da und dort den Schutt aus den vergangenen Jahren wegzuräumen, aber auch das, was mittlerweile, wenn ich an den moralischen Zusammenbruch denke, da und dort noch an Schutt dazugekommen ist. Diese Männer werden darüber hinausgehend dafür zu sorgen haben, daß nicht nur der Schutt wegkommt, sondern daß auch aufgebaut wird und Häuser und Fabriken entstehen und unsere Wirtschaft wieder in die Weltwirtschaft eingegliedert werden kann.

Wie wichtig diese Fragen sind, zeigt sich allein, wenn ich auf die Schwierigkeiten eingehen würde, die das Wohnungsgesetz jetzt bereitet. Eine Betrachtung in dieser Richtung würde zu weit führen. Wenn wir die Zeit haben, können wir in der Debatte darauf eingehen. Ich glaube, allein dieses Gesetz zeigt uns schon, wie schwer wir es haben werden, bis wir wieder zu einem Punkt kommen, in dem wieder ein gewisses Existenzminimum und Existenzniveau für unser Volk erreicht wird.
Die anderen politischen Probleme, die von den Ausschüssen behandelt wurden, brauche ich Ihnen nicht im einzelnen aufzuzeigen. Vielleicht können wir auch darauf in der Debatte eingehen. Wichtig erscheint mir die Betrachtung der Tatsache, daß für unsere Union die Kulturpolitik natürlich von besonderer Bedeutung sein wird.
Ich darf dabei noch folgendes sagen: Die Kulturpolitik wird von uns nicht so angefaßt werden, wie es sich manche Leute draußen jetzt am liebsten an die Wand malen möchten. Es war interessant, letzthin festzustellen, was der Vertreter einer kleinen Partei, der Liberaldemokratischen Partei, im Beisein zweier amerikanischer Offiziere sagte, als er von den Wahlen und vom Wahlergebnis sprach. Er führte das ganze Wahlergebnis nur auf die Propagandatätigkeit der Pfarrer der beiden Konfessionen zurück. Ich weiß, daß jetzt manche Leute versuchen, neuen Brennstoff zu finden, nachdem sie uns mit dem Fußball Entnazifizierung nicht in die Ecke haben spielen können. Wir haben in der Landesversammlung beschlossen, daß wir selbst mit den beiden Kirchen verhandeln würden, daß Geistliche in der aktiven politischen Betätigung in politischen Tagesfragen nicht erwünscht erscheinen. Unser Wunsch wurde im großen und ganzen befolgt mit Ausnahme von ein oder zwei Fällen in den beiden Konfessionen. Ich glaube, daß auch in dieser Hinsicht eine vernünftige Regelung gefunden werden kann.
Ich darf dabei aber gleichzeitig feststellen: Wenn von außen her damit Propaganda gemacht werden sollte, dann werden wir schon dafür sorgen, daß klar wird, daß die Geistlichen nicht Staatsbürger zweiter Ordnung sind.

(Sehr richtig!)

Denn an und für sich hätten sie das gleiche gute Recht wie die anderen Staatsbürger. Es fragt sich nur, ob es im Interesse der Kirche liegt oder ob wir es von der Union aus wünschen. Aber die anderen mögen daraus kein Kapital schlagen, weil sonst unsererseits genauso wie bei der Entnazifizierung dafür gesorgt wird, daß klargestellt wird, mit welchen Methoden und mit welchen Mitteln sie draußen im Volke werben und daß sie nur mit anderen Schlagworten ihr Geschäft treiben wollen.
Wenn die Liberaldemokratische Partei heute in den Wahlkampf tritt, daß sie sich zunächst als nationale Partei mit möglichst vielen Offizieren gebärdet, da und dort mit dem alten Lied "Deutschland, Deutschland über alles", wenn sie weiter damit auftritt, daß sie draußen im wesentlichen Persönlichkeiten sammelt, die den Manchester-Liberalismus vertreten, wenn sie glaubt, mit dem alten Schlagwort von anno dazumal auftreten zu können, das auch die verschwundene Staatspartei früher schon übernommen hatte, mit dem Antiklerikalismus, dann glaube ich, wird die Partei keine allzu großen Aussichten auf Erfolg haben. Denn jeder weiß, daß das nur Schlagworte und Argumente sind, um irgendwelche Leute draußen zu verwirren. Jeder wird dann an die alten Zeiten erinnert, wo der Pfarrer und Schullehrer im dauernden Kampf miteinander lagen und die sogenannten Demokraten und Staatsparteiler letztlich nur den Schullehrer und die Stehkragenproletarier im alten Sinne gesammelt haben. Dann mögen sie den alten Weg gehen.

Die Geschichte hat aufgezeigt, wohin das geführt hat. Denn letzten Endes sind die meisten Vertreter dieser Art bei der Nazipartei gelandet. Die Nazipartei hat gerade von dort sehr viele ihrer aktivsten Elemente bezogen. Wir werden dann beweisen, daß die guten Demokraten, die zu uns gekommen sind, einen ganz anderen Einfluß auf die Gestaltung des Aufbaues der Demokratie haben als diejenigen, die nur einen demokratischen Namen zur Schau tragen.

Bei den Besprechungen, die ich mit Ministerpräsident Dr. *Hoegner* in den letzten Tagen geführt habe, haben wir auch unsere Haltung und die Haltung der Sozialdemokratie zur praktischen Regierungspolitik der nächsten Zeit klargestellt. Wir haben uns darüber unterhalten, wie die praktische Arbeit für den Entwurf einer Verfassung geleistet werden kann.

Drei Probleme stehen hier bei der Betrachtung der Verfassung im Vordergrund: die Frage des Zweikammersystems, die Frage des Staatspräsidenten, die Frage des Wahlrechtssystems. Für das Zweikammersystem wird nach meiner Überzeugung - und die Freunde wissen, daß ich bemüht bin, im ganzen Lande herumzukommen und Informationen aus dem ganzen Lande zu erhalten - die Union nahezu geschlossen eintreten.

Zur Frage des Staatspräsidenten, glaube ich, wird die Haltung nicht so geschlossen sein. Ich möchte annehmen, daß ein Teil - und ich weiß nicht, soll ich ein Großteil oder ein Teil der Union sagen - für und ein Teil gegen den Staatspräsidenten eintreten wird. Ich glaube, daß die Unionsfraktion in dieser Hinsicht ihren Mitgliedern, die vom Volk gewählt sind, die Abstimmung freigeben wird. Deswegen wollte ich gerade zu diesem Punkt keinerlei Weisungen hinausgeben. Denn ich weiß, daß ich damit immer nur einen Teil der Union in seinem Willen erfaßt hätte.

Zur Frage des Wahlrechtssystems dürfte anzunehmen sein, daß der Großteil der Union für das Mehrheitswahlsystem eintreten wird. Ich glaube aber, daß wir uns dann doch über bestimmte Verbesserungen dieses Wahlrechtssystems unterhalten müssen. Denn zweifelsohne hat ein schematisches Mehrheitswahlsystem auch seine großen Nachteile. Vergessen Sie nicht, daß wir darauf achten müssen, daß alle Kräfte des Volkes zur Geltung kommen. Das Mehrheitswahlsystem führt doch leicht dazu, daß sich in der Hauptsache Gesichtspunkte des territorialen Zusammenhangs durchsetzen. Denn es ist nicht gut, die Fraktion so zu gestalten, daß sie, ich möchte sagen, der soziologischen Struktur entspricht. Wir werden das später noch mehr zu beachten haben, wenn wir bedenken, wieviel Flüchtlinge zu uns hereinkommen und wie wir diesen Flüchtlingen Rechnung tragen müssen.

Bei der Aussprache mit Dr. *Hoegner* hat sich gezeigt, daß dieser der Auffassung war, daß wir auch in dieser Frage zu gewissen Verständigungen kommen könnten. Die Sozialdemokratische Partei hat ihren Standpunkt präziser festgelegt, als es unsere Partei getan hat. Dr. *Hoegner* hat das nachträglich im gewissen Umfang bedauert. Er geht davon aus, daß beim Zweikammersystem ein Ausgleich möglich sei, wenn wir nicht bei der zweiten Kammer von einer Ständekammer, sondern mehr von einer Art Senat oder einem ähnlichen Gremium ausgehen.

In puncto Staatspräsident haben wir die Debatte zurückgestellt, bis wir den Überblick über die Haltung innerhalb der beiden Fraktionen haben.

Beim Wahlrechtssystem geht auch Dr. *Hoegner* davon aus, daß das Verhältniswahlrechtssystem verbesserungsbedürftig sei, wenn es durchgesetzt werden sollte. Das Schlußresultat war, daß ein Mittelweg gefunden werden kann, wenn die beiden Parteien nicht an einem Schlagwort festhalten. Dieser Mittelweg könnte durch diese

Verbesserungen erreicht werden. Praktisch wird wahrscheinlich so vorgegangen werden, daß die Verfassunggebende Landesversammlung ihrerseits einen großen Verfassungsausschuß wählt und daß die beiden Parteien unabhängig davon noch besondere Fachleute zu Beratungen zusammenstellen.
Meine lieben Freunde! Aus meinen Ausführungen ersehen Sie bereits, daß die Besprechungen mit Dr. *Hoegner* unter dem Gesichtspunkt einer Verständigung geführt wurden. Ich darf dazu sagen: Sie wurden auch verständig geführt. Wir haben offizielle Besprechungen geführt, wir haben auch in persönlicher Unterredung in offener Weise verschiedene Probleme besprochen, die die Staats- und Parteipolitik betreffen. Ich habe Ihnen das eine oder andere, soweit es möglich war, aus dieser offenen Aussprache bereits gesagt.
Wenn wir bereit sind, mit der Sozialdemokratie zusammenzuwirken, damit unser Volk wirklich zu einem ruhigen Aufbau kommt, so müssen allerdings bestimmte Belastungsmomente für diese Arbeit verschwinden und auch für die Zukunft ausgeschaltet bleiben. Ich habe den Herrn Ministerpräsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß aus Kreisen unserer Parteifreunde Kritik an der Personalpolitik der Sozialdemokratie geübt würde, vor allem in bezug auf die Personalpolitik der Regierungspräsidenten *Schregle* und *Stock*, beide in Franken. Wir haben vereinbart, daß diese Fragen zunächst zurückgestellt und zwischen uns geklärt werden, wenn ich das entsprechende Material vorlegen werde. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß meine Parteifreunde nicht mit der Linie der Personalpolitik einverstanden sind, die im Kultusministerium und vom Kultusministerium aus verfolgt wird.
Wir stellen fest: Wir wollen Personalpolitik nie ansehen als Futterkrippenpolitik. Darum darf es nicht gehen. Aber wir wollen dann doch dafür sorgen, daß die Verhältnisse in der Bevölkerung tatsächlich auch in der Besetzung der einzelnen Stellen zum Ausdruck kommen, daß dort aber auch die vernünftigen und tüchtigen Leute sitzen.

(Sehr richtig!)

Wenn ich nur nach dem Parteibuchsystem besetze, zahlt das Volk doppelt, weil neben jedem Parteibuchbeamten noch ein Fachbeamter sitzen muß, der die Arbeit machen muß. Das darf unter keinen Umständen geschehen. Deswegen werden wir und müssen wir zusammenhelfen, daß in den Ministerien klare und saubere Arbeit bis hinunter zur kleinsten Stelle geleistet wird.

(Zurufe: Wird Zeit dazu! - Sehr richtig!)

Ministerpräsident Dr. *Hoegner* hat dafür Verständnis gezeigt. Weitere Aussprachen werden dann zu praktischen Ergebnissen führen müssen.
Ministerpräsident Dr. *Hoegner* hat im Zusammenhang mit diesen Aussprachen die Frage aufgeworfen, ob unsere Partei bereit sei, noch mehr Verantwortung zu übernehmen. Er hat mir angeboten, daß die Union einen Staatssekretär für das Wirtschaftsministerium stellen solle. Ich habe zu dieser Frage darauf hinweisen müssen, daß wir die Wirtschaftspolitik möglicherweise in diesem Punkte anders betrachten, als sie von diesem Ministerium aus angesehen wird, daß aber gerade in personeller Hinsicht in diesem Ministerium manche Änderungen notwendig erscheinen. Die Änderungen können nicht allein dadurch vorgenommen werden, daß wir jetzt vorübergehend oder bis zu einem ungewissen Zeitpunkt nur einen Staatssekretär ins Wirtschaftsministerium hineinstellen. Damit ist nicht viel gedient, daß einer von der Union dort sitzt, der Staatssekretär ist. Dann warten wir lieber noch eine Zeitlang und sorgen

dafür, daß die Voraussetzungen geschaffen werden, daß nachher rasch und praktisch eingegriffen wird. Aber mit halber Arbeit ist es nicht getan.
Ministerpräsident Dr. *Hoegner* hat weiterhin die Frage aufgeworfen, ob die Union nicht doch bereit sei, sich jetzt klar dahin zu erklären, daß sie koalitionsmäßig an der gegenwärtigen Regierung beteiligt sei. Sie, meine lieben Freunde, werden darüber nachher noch mitzuentscheiden haben.
In den Aussprachen, die wir in den letzten Tagen geführt hatten, wurde der Wunsch laut, ich möchte bei der Aussprache mit Ministerpräsident Dr. *Hoegner* zum Ausdruck bringen, daß der Großteil unserer Parteifreunde draußen zusammen mit anderen Kreisen erwartet, daß die Konsequenzen aus dem Willen des Volkes, das heißt aus dem Wahlergebnis, gezogen werden. Ich möchte meinerseits erklären: Es wird wohl bei vielen heute erwartet, daß die Konsequenzen gezogen werden.

(Sehr richtig!)

Wir reißen uns bestimmt nicht um die Übernahme der Verantwortung. Ich habe das in Reden erklärt und erkläre das heute wieder. *Schäffer* und *Hoegner* waren Konkursverwalter, bestellt vom Willen des Gerichts, das heißt der Besatzungsbehörden. Wenn einer von uns hinkommt und wenn wir die ganze Regierung mitbilden, ist es nichts anderes. Der Mann, der dann die Regierungspolitik zu führen hat, ist lediglich Konkursverwalter, in diesem Falle allerdings bestellt vom Willen der Gläubigerversammlung zusammen mit den Schuldnervertretern, weil wir Gläubiger und Schuldner in einer Person sind, wiederum abhängig von dem Willen des Gerichts, das heißt der Besatzungsmacht.
Ich habe immer wieder den Wunsch ausgesprochen, daß wir sobald wie möglich eine Konkursbilanz haben möchten, damit wir sehen können, wie wir mit dem Rechenstift das Rechnen für den Aufbau anfangen können. Das erwarten wir und das fordern wir. Wir wollen, daß Klarheit geschaffen wird, daß dem Volke reiner Wein eingeschenkt wird, wie unsere wirtschaftliche Situation aussieht, und zwar nicht nur in großen Reden über die Vergangenheit, sondern in diesem Fall nach dem alten Prinzip: Laßt Zahlen sprechen.
Ich möchte den Willen der bayerischen Parteifreunde von draußen so zum Ausdruck bringen, daß ich für die Union die Erklärung abgebe, die ich bereits nach der zweiten Wahl abgegeben habe: Die Union ist bereit, die Verantwortung für die Regierungsführung zu übernehmen.

(Beifall.)

Eine Forderung wird von uns nicht gestellt und kann von uns nicht gestellt werden, weil die Regierung ja von der Militärregierung bestellt wird. Ich habe den Eindruck, daß die Militärregierung für die gesamte amerikanische Besatzungszone keine Veränderungen vorhat. Wir haben darauf keinen Einfluß. Wir wollen zunächst auch nicht dadurch, daß wir den Volkswillen besonders zum Ausdruck bringen, Einfluß auf die Gestaltung des Willens der Militärregierung nehmen. Wir haben zur Militärregierung das Vertrauen, daß sie im rechten Zeitpunkt den demokratischen Aufbau des Staates durchführen läßt.
Meine lieben Freunde! Bei der Aussprache habe ich Herrn Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* auch die Frage vorgelegt über seine, seiner Partei und der Staatsregierung Einstellung zur Reichspolitik. Ich darf Ihnen jetzt einen Überblick geben über unsere eigene Haltung zu dieser Frage.

Ich weiß, daß jetzt draußen vielfach, ich möchte fast sagen mit allen möglichen gereimten und ungereimten Versen, agitiert wird, die über mich gesungen und geflüstert werden. Ich werde als wilder Unitarist verschrieen. Man unterstellt mir dabei so vieles in bezug auf meine Haltung in Berlin, und ich glaube, es ist der Tag nicht mehr fern, wo man nachprüfen wird, ob ich nicht vielleicht doch getarnter Preuße sei.
Wenn die Freunde eine gerechte Kritik üben, dann hat das zur Voraussetzung, daß sie mit mir selbst darüber sprechen.

(Zuruf: Wann denn?)

Wenn irgend jemand herkommt und sich draußen Verse zusammenreimt, dann darf ich nur erklären: Meine lieben Freunde, Ihr hättet genügend Möglichkeiten, Euch über das zu informieren, was in Berlin war und nicht irgendeinem Geflüster zu glauben, das von Dritten hereingetragen wird.
Und jetzt auf den Zuruf geantwortet, und zwar scharf geantwortet: Wenn jetzt gefragt wird, wann man die Information hätte einholen können, dann sage ich Ihnen, Herr Dr. *von Eicken*, in der letzten Zeit war ich immer wieder da, aber ich habe leider so gar keine Zeit für leere Schwätzereien für alle möglichen Probleme. Denn jetzt mußte während des Wahlkampfes draußen gearbeitet werden. Es konnte nicht lange Zeit damit verbraucht werden, ob mein Standpunkt so oder so vorgetragen wurde. Da muß man eben die Geduld haben und zuwarten und mir schreiben: Bitte, gib mir eine Abschrift Deiner Rede, die Du in Berlin gehalten hast. Dann bekommt sie der Schreiber am nächsten Tag.
Meine Freunde aus Nürnberg werden bestätigen, und das wird jetzt gesagt, Herr *von Eicken*, ich habe am vorletzten Samstag vor der Wahl, von Samstag nachmittag 15 Uhr bis Sonntag abend 20 Uhr, acht Reden gehalten. Ich glaube, daß ich damit bewiesen habe, daß ich genügend Nervensubstanz habe, um schwere Arbeit zu leisten. Wenn ich aber dann nach Hause komme und ich habe nur üble Stänkereien, so verbraucht das mehr Nervenkraft als die positive Arbeit.

(Sehr richtig!)

Damit schaden Sie nicht nur mir, damit schaden Sie, solange ich an diesem Platze bin, der Union.

(Sehr richtig!)

Wenn einer reden will, dann muß er gleichzeitig zur Arbeit antreten.
Meine lieben Freunde!

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Warum die Aufregung?)

Wie ist meine Haltung zur Reichspolitik? Ich habe schon in verschiedenen Versammlungen und auch vor Ihnen

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Was ist überhaupt Reichspolitik?)

die klare Erklärung abgegeben, daß ich die Reichseinheit anerkenne und daß ich mich genauso, wie ich mich für die Reichseinheit ausspreche, auch gegen ein Einheitsreich ausspreche. Ich glaube, das ist klargestellt gewesen. Ich habe das vor meiner Wahl ausgesprochen und habe mich bis zum heutigen Tage daran gehalten und werde mich auch weiterhin daran halten, und zwar nicht nur, weil ich mich durch die Haltung der Union gebunden fühle. Es entspricht in diesem Fall auch meiner persönlichen Haltung.

(Bravo!)

Aber leeres Geschwätz über Föderalismus mache ich nicht mit. Dann muß man schon wissen, wie man sich den föderativen Aufbau vorstellt. Denn wir wollen alle den föderativen Aufbau anstreben. Aber wenn draußen jetzt schon angefangen wird, hin und her zu operieren, ob nicht das mehr Unitarismus sein könnte oder das weniger Unitarismus, dann bekennen Sie, meine Herren, Farbe, dann sagen Sie klar, ob Ihr Föderalismus Separatismus ist oder nicht. Denn ich habe bisher nicht mehr getan, als daß ich die klare Erklärung für die Union abgegeben habe, daß die Union den Separatismus ablehnt.
Wenn Sie schon von Reaktion reden, dann erklären Sie auch damit, ob Sie nicht im alten Denken reaktionär sind oder nicht.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Eine solche Frage ist zu einer solchen Aufregung nicht geeignet.)

Herr Dr. *Horlacher*! Ich weiß sehr wohl, was dahintersteckt.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Die Tonart lassen wir uns nicht gefallen. Das ist eine ernste staatspolitische Frage und keine Frage von Schlagworten, die Ihrerseits gegen unsere Leute gebraucht werden.)

Ich glaube, die Parteifreunde sind damit einverstanden, daß das Thema in der gleichen Weise wie bisher weiterbehandelt wird.

(Zuruf: Etwas ruhiger!)

Ich habe in Berlin zwei Reden gehalten. In der ersten Rede hat zunächst in einer öffentlichen Kundgebung *Jakob Kaiser* über Wirtschaftspolitik, über das Wirtschaftsprogramm, über das sozialpolitische Programm und über Staatspolitik gesprochen. In seiner Rede hat *Jakob Kaiser* - die Rede wird jetzt bekanntgegeben werden - erklärt: Ich bin kein Föderalist. Wenn Sie es weiter hören, wissen Sie gleich, was dieses Wort "ich bin kein Föderalist" bedeutet. Es bedeutet in diesem Fall "von Natur kein Föderalist". *Jakob Kaiser* hat dann weitergefahren: Aber angesichts der tatsächlichen Umstände lehne ich den Zentralismus ab und bekenne mich zum föderativen Reichsaufbau.
Meine lieben Freunde! Für mich war das der Erfolg der Politk, die ich in der Zusammenarbeit mit *Jakob Kaiser* angestrebt habe. Denn es ist viel wichtiger, daß das Bekenntnis zum föderativen Reichsaufbau vom Norden abgegeben wird als von uns aus. Denn vom bayerischen Raume aus wurde es immer abgegeben. Jetzt aber ist die Tatsache eingetreten, daß unsere Freunde im Norden ihrerseits für die Union der russischen Besatzungszone sich zum föderativen Reichsaufbau bekannt haben.
Ich habe weiter das Ziel meiner Zusammenarbeit mit den Freunden in den nördlichen Zonen darin gesehen, es dahin zu bringen, daß sie ebenso wie ich für den föderativen Aufbau der Union eintreten. Es ist auch heute klargestellt, daß unsere Freunde in der russischen Besatzungszone ebenso wie im Westen und Südwesten, wenn es soweit kommt, daß die Union auf rechtlicher Basis geschaffen werden kann, mit uns gemeinsam für eine föderativ gegliederte Union eintreten.
Meine lieben Freunde! Ist das nicht eine viel vernünftigere Politik - ich will kein Selbstlob aussprechen - anzustreben, daß diejenigen, die sich bisher noch nicht zu diesem Denken bekannt haben, ihrerseits jetzt den Schritt zu uns her gehen. Wollen wir ihnen immer nur entgegenschreien: Wir wollen nicht mit Euch zusammensitzen?
Und jetzt kommt die Frage: Dürfen wir das angesichts der Not, die in ganz Deutschland herrscht, angesichts der Not, die vor allem dort herrscht. Wir könnten das vor unserer Geschichte und vor unserem Gewissen nicht verantworten.

Das wesentliche, was ich zu diesem Punkt gesagt habe, darf ich Ihnen rasch verlesen. Ich werde die beiden Ansprachen demnächst verschicken. Ich habe erklärt:

> Als Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union in Bayern, der Partei, die bei den letzten Wahlen das Vertrauen von über 60% der bayerischen Wähler erhalten hat, freue ich mich, Zeuge sein zu dürfen für die Arbeit unserer Freunde in Berlin, in der ganzen Zone, bei dieser Arbeit mitwirken zu dürfen, und ich freue mich aber auch, Zeuge sein zu dürfen des Aufbauwillens Berlins.
> In dieser Zeit müssen wir zusammenarbeiten. Wir müssen planen, es muß hinausgehen über das Denken der einzelnen, auch der einzelnen Union, ob die eine Christlich-Demokratische Union heißt, ob wir Christlich-Soziale Union heißen, das bedeutet nichts.

Ich kann ruhig sagen, die Worte, daß eine geistige Gemeinschaft zwischen den Unionen besteht, haben zunächst schon einen Beifallssturm ausgelöst.

> Die Namensverschiedenheit war vielleicht überhaupt nur bedingt dadurch, daß wir uns damals nicht gleich verständigen konnten. Wir wissen, wir wollen das gleiche Ziel erreichen, wir wissen, wir werden uns zusammenfinden. Ihr in der Christlich-Demokratischen Union, Ihr seid genauso christlich und sozial wie wir, die wir diesen Namen aufgenommen haben in das Programm, das im Namen schon liegt. Ihr wißt von uns - und das sollen alle wissen -, wir sind genauso Demokraten wie Ihr in der Christlich-Demokratischen Union. Und wir wissen jetzt - das hat sich bei der Tagung gezeigt -, daß die Zeit nicht mehr fern sein wird, bis wir wieder eine Union Deutschlands sein werden.

Die Freunde, die dabei waren, können bestätigen, daß folgender Absatz einen Beifallssturm von, ich kann ruhig sagen, vier bis fünf Minuten ausgelöst hat:

> Deutsche Schwestern und Brüder! Ob unsere Heimat im Norden oder im Süden steht, wir alle lieben unsere Heimat, aber jetzt in dieser Stunde empfinden wir noch mehr. Wir denken an das Wort: Wir hatten einst ein schönes Vaterland. Dieses Vaterland aber, es trug und trägt in der Geschichte, in der Vergangenheit, in der Gegenwart und für die Zukunft den Namen Deutschland.

Meine lieben Freunde! Wenn einfache Worte wirklich einen stürmischen Beifall auslösen konnten, so glaube ich in diesem Falle nicht nur aus der Stimmung heraus gesprochen zu haben, sondern ich glaube, auch da dem Willen unserer bayerischen Brüder und Schwestern Rechnung getragen zu haben, die die deutschen Brüder und Schwestern im Norden nicht im Stiche lassen.

(Bravo!)

> Wir alle im Deutschen Volk, wir wollen jetzt zusammenstehen nicht nur als ein Volk, wir wollen zusammenstehen wie eine große Familie. Gewiß, in jeder Familie kann es einmal Auseinandersetzungen geben. Der liebe Gott hat ja auch Geschwister nicht gleich geschaffen und sie lieben sich nicht immer gleichermaßen. Aber in der Not steht eine anständige Familie zusammen.

Ich darf dazu noch sagen: Als sich der Beifall gelegt hatte, wurde von den Logen der Besatzungsmächte Beifall mitgespendet. In den Logen waren alle namhaften Vertreter der Besatzungsmächte zugegen. Auch dort besteht das Empfinden dafür, daß eine

anständige Familie zusammenhält und daß sich das deutsche Volk heute als anständige Familie betrachtet.

Wir werden die Not überwinden, denn unser Volk ist ein fleißiges Volk, wir werden sie nicht allein aus der Union heraus und durch die Arbeit der Union überwinden. Wir werden allen, die den gleichen Willen haben wie wir, zum Aufbau die Hand reichen.

So, wie wir in der Not der vergangenen Tage zusammengestanden sind ohne Rücksicht auf Parteien, so werden wir auch jetzt in der Not nicht darauf vergessen, sondern auch da wissen, daß wir nur durch Zusammenstehen herauskommen aus dieser Not, so wie wir damals aus dem Gefängnis herausgekommen sind, das sich Deutschland geheißen hat. Wir könnten ja gar nicht anders, auch wenn wir kleinlich denken würden. Wir mögen Meinungsverschiedenheiten haben, so oder so, aber angesichts der Aufgaben, die uns gestellt sind, geht es nicht mehr um Worte, da geht es um mehr.

Wenn mein Freund *Kaiser* vorhin erklärt hat, daß Ihr den Zentralismus ablehnt von der Union aus, von der Christlich-Demokratischen Union aus, so wißt Ihr nicht nur ab heute, sondern schon länger: Seitdem die Christlich-Soziale Union in Bayern entstand, seitdem lehnt sie den Separatismus ab.

Wir alle arbeiten auf das gleiche Ziel hin. Ich war Zeuge ihrer Arbeit und muß sie wirklich anerkennen. Wir alle, die wir von den anderen Zonen gekommen sind, sind uns einig darüber: Es tut sich hier was. Wir danken Euch dafür. Ich danke Euch nicht nur als Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union in Bayern, ich danke Euch schon für die im Entstehen begriffene Union Deutschlands und ich bin überzeugt, eines Tages wird Euch ganz Deutschland danken.

Meine lieben Freunde! Sie werden zu prüfen haben, ob das die Erklärung eines Unitaristen war.

Ich habe in der Schlußansprache dann nochmals die Gedanken zum Ausdruck gebracht und nochmals von dem föderativen Aufbau der Union gesprochen. Ich habe dann auf Bitten meiner Freunde klargelegt, daß wir als Demokratische Partei eine große Partei darstellen, ähnlich wie die Demokratische Partei in Amerika, die New Dealer und Konservative in sich hat, daß man deswegen sehr zu Unrecht die Partei nur nach einem Flügel oder Flügelmann beurteilt und deswegen als reaktionäre Partei verschreit. Ich habe auch im Einverständnis mit meinen Freunden das Schlagwort reaktionär zurückweisen und zurückgeben müssen an diejenigen, die sich nicht die Mühe geben, neue Wege zu suchen.

Ich habe aber dabei angekündigt, daß es dann, wenn wir die Union überstürzt auf den einzelnen Gliedern der Union aufbauen, nicht mehr so leicht sein wird wie bisher. Denn es hat sich in Berlin gezeigt, daß dort wirklich ein sehr harmonisches Verhältnis herrschte. Ich habe angekündigt, daß in der Zukunft die Aussprache wohl etwas lebhafter werden könnte. Ich dachte dabei an unsere Aussprachen und daran, daß in Zukunft der eine oder andere Freund mitgeht.

Ich hatte unseren Freund *Michel Horlacher* sogar mehrfach eingeladen mitzugehen. Es war alles dafür vorgesehen. Die Diskussion wird dann dort sicher lebhafter und für die Gesamtheit der Unionen Deutschlands fruchtbringend geführt werden.

Ich habe dabei wiederholt, was ich meinen Freunden schon oft in Reden gesagt habe: Unsere ganze Arbeit muß schließlich und endlich dahingehen, daß wir dafür Vorsorge

treffen, daß, nachdem der Waffenstillstand einmal vorüber sein wird, endlich Friede wird.
Meine lieben Freunde! Wenn ich die Erklärungen in Berlin abgegeben habe, so habe ich sie auch vor allem in der klaren Form eines Bekenntnisses zu Deutschland abgegeben, weil ich wollte, daß kein Zweifel darüber besteht, daß wir als Bayern, aber auch als Deutsche in Bayern empfinden, und weil ich wollte, daß gleichzeitig auf die Notlage hingewiesen wird, die heute für unser Volk besteht.
Ich habe keine Gelegenheit versäumt, auch in den Aussprachen mit den namhaften Vertretern der Besatzungsmächte, immer wieder darauf hinzuweisen, daß wir alle in Deutschland und aus allen Gegenden Deutschlands heraus wünschen, daß die Besatzungszonengrenzen beseitigt werden. Wir müssen wieder zu einer Einheit und zunächst zumindest zu einer Wirtschaftseinheit werden. Wir sind im Süden abhängig von der Wirtschaft des Nordens. Ohne das geht es nicht. Die im Norden sind von uns abhängig. Wir müssen zusammenwirken fürs Ganze und für alle Teile. Denn auch für uns, für Bayern ist es notwendig, daß endlich die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß - um jetzt praktisch zu reden - die Kohle aus dem Rheinland kommt.
Mit demokratischen Phrasen allein wird die Demokratie und der Staat nicht aufgebaut. Ich erkläre immer wieder: Die Demokratie wird manchmal als die Staatsform des vollen Magens bezeichnet. Wir sind noch nicht soweit. Unser Volk ist noch hungrig und wird noch länger hungrig sein müssen, und deswegen muß unsere ganze Arbeit hier in der Union, in den Ausschüssen, in Ihren Aussprachen darauf abgestellt sein, bei allen Gelegenheiten dafür zu sorgen, daß wir nicht eines Tages durch die Erscheinungen überrannt werden, die der Hunger für ein Volk zeitigt. Wir müssen durch unsere Arbeit zusammen mit den Freunden in den anderen Zonen dafür sorgen, daß auch dort nicht die Voraussetzungen dafür gegeben sind, daß die Verzweiflung das Volk dahin drängt, wo wir es nicht haben wollen. Vergessen wir nicht, wenn ein Teil von uns weggestoßen wird, wenn ein Teil ins Gleiten kommt, dann kann es leicht sein, daß das Ganze durcheinanderkommt. Wenn aber ganz Deutschland durcheinanderkommt, wenn ganz Deutschland wieder auf falschen Wegen geht, wenn in ganz Deutschland durch irgendwelche Erscheinungen aus alter Zeit die Demokratie schon im Aufbau zusammenbricht, dann wird auch unsere Heimat zusammenbrechen.
Deswegen, liebe Freunde, bitte ich Sie, helfen Sie durch eine positive praktische Arbeit mit, so wie Sie bisher mitgeholfen haben, helfen Sie auch durch Kritik, aber auch da bitte ich Sie, durch gerechte Kritik. Wir werden der Kritik Stand halten, wir alle, die wir von Ihnen die Verantwortung übertragen bekommen haben. Aber Sie Ihrerseits müssen in diesem Falle praktisch mitarbeiten und müssen uns unterstützen, damit wir auch in der Union ein Ganzes werden. Es wird nicht so schwer sein, wie es manchmal aussieht. Wir haben es jetzt schon da und dort gemerkt. Wir haben zwar heute die eine oder andere Sorge von draußen zu hören bekommen. Wir haben gehört, daß da und dort zwischen den Konfessionen Schwierigkeiten bestehen.
Meine lieben Freunde! Wenn man draußen herumkommt, so sieht man trotzdem doch überall, bei allen Schwierigkeiten, daß der Wille zur Einheit da ist, der Wille, in der einigen Union gesammelt zu sein. Wenn die Wahlen da und dort kleine Absplitterungen der Stimmen ergeben haben, so mögen das Erscheinungen sein, die auf äußere Umstände zurückzuführen sind, vielleicht auf falsche Politik oder falsche Organisation. Die Wahlen haben doch gezeigt, daß wir konstant geblieben sind. Denn wir haben uns ungefähr um den gleichen Prozentsatz herum gehalten und gezeigt, daß die Union auf jeden Fall die Majorität halten konnte.

Meine lieben Freunde! Ihre und meine Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß die Union auf dem gleichen Stand bleibt für die Zukunft.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Meine Damen und Herren! Sie werden verstehen, daß ich mit sehr schwerem Herzen heute zu Ihnen spreche, nachdem ich mich vor einigen Tagen entschlossen habe, die wohl schwierigste politische und moralische Aufgabe unter meiner Verantwortung zu unternehmen, die wir in Bayern, die wir überhaupt in der amerikanischen Zone zu lösen haben. Sie können sich auch vorstellen, daß ich nicht bei der ersten Besprechung ja gesagt habe und daß es für mich außerordentlich schwer gewesen ist, einen Wirkungskreis im wesentlichen aufzugeben, der für mich nach allen Seiten hin sehr befriedigend war und mir die Möglichkeit gab, das zur Auswirkung zu bringen, was ich vielleicht an besonderen Dingen einsetzen kann. Aber die Situation war dadurch sehr einfach geworden, daß das Ganze sich zu einer Vertrauensfrage für mich entwickelte. Ich habe von Anfang an an der Schaffung des Gesetzes mitgearbeitet. Gerade vor einem Jahr, in der ersten Woche des Juli 1945, habe ich mit den ersten systematischen Untersuchungen des Problems der Reinigung Bayerns von Nationalsozialimus und Militarismus begonnen. Ich habe damals große Reihenuntersuchungen über die zwei Fragen durchgeführt: Wie sind die einzelnen nationalsozialistischen Gliederungen von Zeitpunkt zu Zeitpunkt zu beurteilen, wenn man die Entwicklung unter der Zeitlupe betrachtet? Was bedeutet z.B. die Zugehörigkeit zur SS im Jahre 1931, was bedeutet sie 1937 und was bedeutet sie 1941? Was bedeutet die Zugehörigkeit zur SA 1924 oder 1928, was bedeutet sie 1934 vor und nach dem 30. Juni, was im Jahre 1938? Was bedeutet das Innehaben eines Ranges in diesen verschiedenen Formationen?

Aus dieser Untersuchung ist eine Untersuchung der ungefähr 40 Gliederungen der NSDAP geworden, die in dem großen Fragebogen aufgeführt sind. Dabei hat es sich, um für unsere Verhältnisse zu sprechen, ergeben, daß eine ganze Reihe von dort genannten Institutionen bei uns praktisch unbekannt sind. Es hat sich daraus auch ergeben, daß rein örtlich und nach Zeiten verschieden, eine solche Vielfältigkeit der Fälle und der Gruppen von Fällen festzustellen war, daß man nicht einfach kategorisch Zugehörigkeit zu einer dieser Gliederungen als einen besonders abfälligen Punkt in der politischen Einstellung und im politischen Bekenntnis der betreffenden Person bezeichnen kann.

Die zweite Reihenuntersuchung wurde an vielen Fällen durchgeführt, teils im engeren studentischen Freundeskreis, aus dem ich hervorgegangen bin, und teils in einem weit größeren Rahmen. Diese zweite Untersuchungsreihe diente lediglich dem Versuch, eine allgemeingültige Feststellung zu formulieren, wie der unpolitische Durchschnittsdeutsche in die NSDAP gekommen ist, sie diente dem Versuch, die bunte Vielseitigkeit, die sich dabei ergab, in Gruppen aufzulösen. Aus dem übereifrigen Standpunkt, man muß dem Staat dienen, man muß ein Bekenntnis zum Staat ablegen, aus Feigheit, aus Streberei, aus Mangel an Erkenntnissen, aus der leichten Täuschungsmöglichkeit durch die Propaganda des Nationalsozialismus, kurzum aus einer ungeheuren Menge von Einzelumständen ist es dazu gekommen, daß sich ein geradezu diabolisches Spinnengewebesystem über das ganze deutsche Volk legte und die Wirkung hatte, daß zum Schluß noch kaum irgend jemand, der eine Tätigkeit ausüben wollte, vom braunen Spritzer verschont blieb. Durch diesen Umstand sind so viele wertvolle Kräfte lahmgelegt und aus der Verwendungsfähigkeit im neuen Staat ausge-

schlossen worden, daß damit auch eine Anzahl ernster Probleme entstanden ist, besonders dadurch, daß ja jede der in Betracht kommenden 900.000 Personen in Bayern zwei bis drei Familienangehörige hat, so daß bei einer Grundbevölkerung von 6,5 Millionen Menschen nahezu die Hälfte der Bevölkerung unseres engeren bayerischen Vaterlandes von den Ausstrahlungen des Problems betroffen wird.
Auf der anderen Seite war es mir sehr wichtig zu erkennen, wo die Triebkräfte, die Traktoren saßen, die das Volk dahin geführt haben, daß uns der Nationalsozialismus überwältigen konnte. Bei diesen Untersuchungen ist mir ganz klar geworden: Wenn wir das Stoßdämpfersystem der deutschen Staaten und keinen Einheitsstaat gehabt, wenn wir wie bei einem Schiff das Schottensystem der Sicherheitskammern gehabt hätten, wäre es unmöglich geworden, daß z.B. Bayern vom Nationalsozialismus überrannt worden wäre.

(Sehr richtig!)

Es hat eine Zeit gegeben, wo auch in Bayern die Bewegung einen etwas beängstigenden Umfang angenommen hatte. Aber der im Grunde sehr gesunde geistige Denkzustand des bayerischen Volkes hatte den Höhepunkt der Bräune bereits überschritten. Die Überwältigung Bayerns ist nur von außen her durch den Berliner Zentralismus möglich gewesen.
Das nur nebenbei. Neben diesen zwei Fragen, die ich in den Reihenuntersuchungen behandelt habe, war noch von wesentlicherer Bedeutung die Kernfrage: Welches waren die großen verderblichen Kräfte, die das bayerische Volk zum Nationalsozialismus hinführten? Einzelheiten dieser Erkenntnisse sind in einer Reihe von deutschen und englischen Ausarbeitungen aus den Monaten Juli, August und September 1945 zusammengefaßt. Sie sind mit sehr einsichtsvollen und maßgeblichen Personen aus dem Kreis der amerikanischen Behörden wie mit deutschen Freunden besprochen worden. Auf diesem Grundmaterial erwuchs dann der erste Versuch, eine gesetzliche Formulierung zu finden, und zwar ausgehend von folgendem allgemeinen Gedanken: Der Nationalsozialismus ist ein großes Verbrechen gewesen, begangen von Deutschen gegenüber Deutschen. Infolgedessen muß 1. die Aburteilung der Verbrecher durch Deutsche erfolgen und 2. kann eine endgültige Bereinigung nur stattfinden, wenn der Nationalsozialismus geistig überwunden wird durch edleres deutsches Gedankengut. Denn ein verlorener Krieg mit der Bedeutung, die dann den Siegermächten innerhalb des eigenen Volkes zukommt, hat in sich immer die Tendenz, daß insbesondere bei jungen Leuten der natürliche Gedanke der Vaterlandsliebe sich übersteigert und daß dann, wenn neu aufgebaut wird, Dinge, die Ausläufer der Vergangenheit sind, zu Lasten und zu Schulden der Kreise gerechnet werden, die den neuen Staat bauen sollen. Wenn Sie an all das Bittere denken, was naturgemäß mit einer Besetzung verbunden ist, wenn Sie die Frage der Zivilinternierten und der Kriegsgefangenen mit in Betracht ziehen, dann verstehen und wissen Sie, daß dieser Gefahrenkreis besonders groß ist und eine Reaktionsgefahr mit dem Neonazismus entsteht, um nur diese eine Gefahr zu nennen. Derartige Gedanken wie Neonazismus werden auch dann besonders stark, wenn man sieht, daß die ersten Versuche zur Bereinigung, die von der Besatzungsmacht unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit für die im Lande stehende Besatzungstruppe durchgeführt wurden, da nicht hineingegriffen haben, wo diese unmittelbaren Gesichtspunkte nicht wirksam werden müssen.
Das Ergebnis war, daß eine ganze Reihe von Leuten frei herumgelaufen sind, die örtlich als ausgesprochene Nutznießer oder sympathisierende Anhänger des Nationalso-

zialismus bekannt waren, daß also jener Zustand eintrat, daß man in vielen Gegenden hören konnte, daß Nationalsozialisten noch schöne Wagen fahren dürfen, daß sie unangetastet ihr Geschäft führen können, daß es ihnen gut geht und daß sie angesehene Leute sind, Nationalsozialisten, die eine Veränderung der Lage noch gar nicht empfinden, während auf der anderen Seite mancher kleine Beamte, mancher kleine Geschäftsmann die bittersten Dinge durchmachen mußte: Entlassung aus dem Amt, Blockierung seines Vermögens, Verlust der Stellung und Treuhänder im Geschäft.
Aus dem Zusammenwirken dieser Umstände mußte eine Atmosphäre entstehen, in der ein Neonazismus sich regen konnte oder regen kann. Diese Dinge waren auch zu erwägen. All das wurde zusammengefaßt in dem Versuch eines Gesetzes zur Reinigung Bayerns von Nationalsozialismus und Militarismus. Dieses Gesetz ist aus gemeinsamer Arbeit von unserem Staatssekretär Dr. *Ehard* und mir hervorgegangen in einem Zeitpunkt, als sich der als Minister bestellte Herr *Heinrich Schmitt* mit der Ausarbeitung von allgemeinen Richtlinien befaßte.
Als dann unter ständiger Anteilnahme des Ministerpräsidenten [*Wilhelm Hoegner*] dieser Gesetzentwurf ausgearbeitet war, kam in gemeinsamen Beratungen, an denen Herr Minister *Schmitt* teilnahm, die Schlußfassung des Gesetzes zustande, das als Vorschlag eines bayerischen Gesetzes an die Militärregierung ging. Sehr bald wurde nun sowohl von der Militärregierung wie auch von den Mitgliedern im Länderrat in Stuttgart aus Württemberg-Baden und Hessen der Gedanke geäußert: Nachdem hier nun einmal der im großen und ganzen als glücklich bezeichnete Versuch gemacht wurde, die ungeheure Vielfältigkeit der Materie sowohl nach Motiven wie nach Zusammenhängen wie nach Lösungsmöglichkeiten zu gliedern, nachdem insbesondere darin ein absolut klares Rechtsverfahren vorgeschrieben war, das die individuelle Schuldhaftigkeit ergeben soll, damit die Entsühnungsmaßnahme dem Maße nach auch auf die Schuldhaftigkeit, die nachgewiesen ist, abgestellt werden kann, nachdem im Gesetz deutlich geworden war, daß die große Schar der durch besondere Umstände hineingedrängten Menschen einen Rückweg finden sollen, der ihnen die Mitarbeit im neuen Staat ermöglicht, nachdem all diese Vorfragen als mindestens gut gelungener Versuch angesehen wurden, sollte das Gesetz ein Zonengesetz werden.
Im Dezember fanden dann Besprechungen in Stuttgart statt. Anfang Januar haben wir in einer dreitägigen Gewalttour eine Zonenfassung gemacht, bei der sich unser Gesetz, ich muß sagen leider, stark verändert hat, weil eben auch Hessen und Württemberg-Baden zu Wort kamen, die zum Teil ganz anders gelagerte Verhältnisse haben. Anfang Februar wurde der Entwurf einer gemischten Kommission vorgelegt, bei der auf amerikanischer Seite Herr *Fahy*[7] (?) den Vorsitz führte, der frühere stellvertretende Justizminister der Vereinigten Staaten, der zu jener Zeit Leiter der Abteilung für Rechtsfragen im Kontrollrat war. Wir haben in einem dreiwöchigen Konklave das Gesetz nach allen Seiten hin überarbeitet. Wir haben manchen großen Schmerz dabei erlebt. Insbesondere war es für uns das Allerschwerste, daß das Kontrollratsgesetz vom 12. August 1945 mit seinen Kategorien, die in erster Linie für die Überprüfung in Betracht kommen, ob sie als Hauptschuldige und Aktivisten anzusehen sind, daß diese Kategorien, die schon vor längerer Zeit aufgestellt worden waren und deren Zusammenstellung nicht in Stuttgart an Ort und Stelle stattgefunden hatte, nicht abgeändert werden konnten. Es wurde uns allerdings dabei erklärt, daß man ein absolutes Ver-

[7] In der Vorlage: "Vay".

trauen in die Rechtlichkeit und Gerechtigkeit der von uns einzusetzenden Ausschüsse setzt. Der Zweck dieser Kategorien, die jetzt im Anhang des Gesetzes zusammengefaßt sind, sei der, wie ein großer Trichter zu wirken, daß all die Leute aus Positionen, bei denen man annehmen muß, daß sie ein gewisses hohes Mindestmaß von Vertrauen bei den braunen Machthabern besessen haben müssen und die bisher alle Säuberungsversuche überlebt haben, vor den Ausschüssen antreten müssen, um sich zu rechtfertigen. Wenn sie sich rechtferigen können, sind sie gerechtfertigt. Wenn sie sich nicht rechtfertigen können, dann sind sie eben als Präsumptivangehörige dieser zwei Gruppen zu behandeln.
Das Vertrauen, das man in unsere Rechtlichkeit setzte und zum Ausdruck brachte, war sehr groß. Die Wünsche, die wir vorbrachten und die auf unserer genauen Kenntnis der Verhältnisse basierten, fanden nur zu einem Teil Erfüllung. In der Schlußüberlegung mußten wir uns aber sagen: Wenn das Gesetz uns die Möglichkeit gibt, daß wir alle Fälle überprüfen können, die aufgrund des Gesetzes Nr. 8 bereits verabschiedet sind, wenn das Gesetz Nr. 8 dann aufgehoben wird, wenn es dann überhaupt die Möglichkeit gibt, daß dieser ganze Komplex nach gleichen Gesichtspunkten aufgrund einer wohlausgearbeiteten Rechtsnorm von Deutschen durchgeführt und erledigt werden kann, dann ist das die Annahme eines Standpunktes, der uns als Ausgangspunkt der Überlegungen ganz selbstverständlich war. Man darf nicht vergessen, daß es sich um viele zehntausende von Fällen handelt, die bei der Arbeitserlaubnis oder Arbeitsverweigerung verbeschieden wurden, die zu Entlassungen, zur Einstellung der Gehaltszahlungen, zur Einsetzung von Treuhändern, zur Blockierung des Vermögens usw. führten, daß bei einer Neuüberarbeitung des gesamten Fragenkomplexes tausende von Menschen wieder in das Wirtschaftsleben eingegliedert und eine große Anzahl von wertvollen Kräften anständiger Menschen verfügbar gemacht werden können.
Das war ebenso wie der moralische Grundsatz, daß nun Deutsche diese Fragen bereinigen sollen, ein sehr wichtiger Punkt für die Annahme. Weiterhin war dafür der Gedanke maßgebend, daß uns jetzt ein geordnetes Rechtsverfahren die Grundlage gibt, den einzelnen Fall individuell zu klären und die Entsühnungsmaßnahme individuell festzusetzen. In einer sehr denkwürdigen Aussprache mit General [*Fahy*] hatte ich die Ziffern entwickelt, die aufgrund von Schätzungen als in Betracht kommend anzusehen sind. Das sind für Bayern rund 850.000 bis 900.000 Fälle. Davon nun faßt die Zahl der Mitläufer wahrscheinlich über 700.000 Fälle, vielleicht sogar 800.000 mit Einschluß derer, die Bewährungsfrist erhalten. Es wurde erst in dieser Unterredung zugestanden, daß diese Personen nicht als Aktivisten behandelt werden müssen. Aus den 900.000 Fällen müssen dann etwa 20.000 zur Behandlung als ganz schwere Fälle kommen, das sind also etwa 2% der Gesamtheit der Fälle. Sie kommen für ganz schwere Strafen wie mehrjährige Straflager, Aberkennung von bedeutenden Teilen des Vermögens, dauernde Berufsbeschränkungen usw. in Frage. Hier handelt es sich vor allem darum, die wirklichen Nutznießer, die großen Traktoren, die großen Förderer und Wegbereiter und die Bestien der Bewegung, die sich Denunziationen und Mißhandlungen haben zuschulden kommen lassen, einer unerbittlichen Strafe zuzuführen. Für diese Personen soll eine Strafe festgesetzt werden nach den Grundsätzen, die ich bereits genannt habe und die den Leuten Hören und Sehen vergehen läßt und alle Lust nimmt, sich wieder mit Dingen zu befassen, die auch nur im entferntesten an Neonazismus erinnern könnten.

Bei der überbleibenden Masse der anderen vom Gesetz betroffenen Menschen sind zwei Gruppen geschaffen. Die eine umfaßt die Gruppe mit Bewährungsfrist. Sie ist insbesondere dort vorgesehen, wo Leute, ohne daß sie sich an sichtbaren Verbrechen beteiligt haben, durch ihre Großspurigkeit und das Gewicht ihres Ansehens dazu geholfen haben, daß kleine und schwache Leute der Versuchung und dem Druck erlegen sind, weil sie sich sagen mußten: Wenn ein solcher Mann nachgibt und in die Partei hineingeht, kann man es mir kleinem Mann auch nicht verübeln. Diese Ziffern wurden zuerst mit Überraschung aufgenommen, sind aber bei der weiteren Gestaltung als eine Art stillschweigender Grundlage angesehen worden. Bei der weiteren Aussprache haben die Herren aus Hessen und Württemberg-Baden sehr bald erklärt, der genannte Schlüssel dürfe auch bei ihnen zutreffen.
Das war die Entwicklungsgeschichte des Gesetzes. Es wurde dann in München in diesem Saale am 5. März angenommen. Die Länderratssitzung war hier, weil man die Vorarbeit von bayerischer Seite besonders anerkennen wollte. Bei allen Schwächen hat das Gesetz doch bedeutende Vorteile. Mit ihm wird die Behandlung des Problems über die Gesetzlosigkeit weit hinausgehoben. Die Durchführung des Gesetzes hat allerdings gelitten an organisatorischen Fehlgriffen und Fehlzündungen, an dem Mangel an Klarheit der Steuerung im höchsten politischen Sinn. Das hat dazu geführt, daß die Durchführung des Gesetzes zum Teil als Parteiensache sehr radikaler Art aufgenommen wurde oder so wirkte, daß das Gesetz zum Teil zu einem Instrument örtlicher Diktatur wurde, daß die Leute, die sich zur Mitarbeit bereit erklärten, von einer Seite aus beurteilt wurden, die politisch dazu bestimmt nicht kompetent war.
Auf der anderen Seite kam ein gewisser Widerwillen daher, daß man sagte: Wie komme ich dazu, daß ich mich zur Verfügung stelle? Dann werde ich abgeschossen, weil ich einer bestimmten Seite nicht passe. Das führte dazu, daß gerade Elemente, die besonders wertvoll und wichtig für die Durchführung des Gesetzes im Sinne einer ganz hohen Aufgabe sind, sich zu stark zurückgehalten haben.
In der letzten Zeit kam dann noch die Mischung mit politischen Gesichtpunkten im höheren Sinne dazu. Man sagte: Wenn die Christlich-Soziale Union die größte Partei in Bayern ist, soll sie bei der Durchführung dieses heiklen Gesetzes auch zeigen, was sie kann. Das ist an und für sich eine sehr kritische Stellungnahme zu den Dingen. Ich möchte ausdrücklich zwei Punkte hier betonen. Das eine ist: Möge niemand irgendwo die Behauptung stillschweigend entgegennehmen, daß nun die Union einen weiteren Minister in der Regierung *Hoegner* habe. Meine Damen und Herren, die Übernahme dieses Ministeriums ist nicht eine Verstärkung des Einflusses der Union, sondern sie bedeutet, daß ein Vertreter der Union dieser Regierung die allergrößte Last und Sorge abnehmen soll.

(Sehr richtig!)

Ich sage Ihnen ganz offen: Wenn ich nicht nach dieser großen Vorarbeit so mit dem Gesetz verwachsen gewesen wäre und wenn nicht mein Tiefstes und Innerstes mir gesagt hätte, mich erbarmt des Volkes, weil ich gesehen habe, daß man hier vor der Frage im Faust steht: "Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt Ihr ihn der Pein", dann hätte mich keine politische Rücksicht auf Union, auf Einfluß oder irgend etwas dazu gebracht, diese Aufgabe zu übernehmen.
Diese Aufgabe ist im ganzen gesehen die höchste moralische und politische Aufgabe, die es in Bayern zu lösen gibt. Ob es meiner Kraft gelingt, weiß ich nicht. Wenn ich bei dieser Aufgabe das Ende meiner politischen Tätigkeit erlebe, nun gut, dann soll

das sein. Ich werde aber mit aller Kraft, mit aller Überzeugungsmöglichkeit den Versuch machen, in die Tat umzusetzen, was ich gestern oder vorgestern bei der Übernahme des Ministeriums ausgesprochen habe. Ministerpräsident Dr. *Hoegner* führte dabei das Argument an, daß es wichtig sei, daß auch ein Vertreter der Christlich-Sozialen Union hier an führender Stelle mitarbeite. Ich nahm diesen Faden auf und sagte in meiner Antwort, daß ich nie und nirgends meine Zugehörigkeit zur Union, zu deren Gründungsmitgliedern ich gehöre, verleugne oder unter den Scheffel stelle und daß ich in allen politischen Fragen und in jeder Stellungnahme zum öffentlichen Leben überall als Vertreter und Angehöriger der Union meine Überzeugung über das, was notwendig ist, aussprechen werde.

(Beifall.)

Ich sagte weiter, zu den führenden Mitarbeitern des Ministeriums gewendet: Meine Herren, ich erwarte und setze voraus, daß jeder von Ihnen seine gefestigte politische Einstellung zu den Problemen des öffentlichen Lebens hat. Das ist sein Recht und im demokratischen Staat seine Pflicht. Aber unsere gemeinsame Aufgabe hier in diesem Ministerium ist es, die Ausführung dieses Gesetzes aus der Sphäre der Politik emporzuheben und das Gesetz zum Prüfstein für die größten moralischen Kräfte unseres Volkes zu machen.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Aus verschiedenen Dingen, die sich in den letzten 52 Stunden im internen Bereich abgespielt haben, habe ich den Eindruck bekommen, daß man mich ausgezeichnet verstanden hat. Ich habe weiterhin gesagt: Es handelt sich darum, sehr viel Sand aus den Zahnrädchen der bestehenden Maschine zu nehmen und auch die Erfahrungen, die man gesammelt hat, sich in bestimmten Maßnahmen auswirken zu lassen. Zu diesen Maßnahmen gehört es unter allen Umständen, daß alle Kreise des Volkes ein absolutes Vertrauen zu den Organen haben, welche als Ankläger und Richter die Einzelfälle zu behandeln haben werden. Ich ließ infolgedessen keinen Zweifel darüber, daß alles überprüft werden wird und daß dort, wo sich wirklich feststellen läßt, daß Sand in die Maschine gekommen ist, daß Diktatur geübt wird, daß dort der Zustand nicht bleiben kann.

Es gibt eine ganze Reihe von Aufgaben, zu deren Durchführung man neue Kräfte braucht. Da appelliere ich jetzt an Sie als meine Parteifreunde, daß Sie wirklich die Menschen, Frauen und Männer abstellen, die wir notwendig haben, daß wir die Zahl der Kammern vergrößern können. Wir wollen 215 Kammern aufstellen und fünf Berufungskammern. Von den 215 Kammern sind 47 noch nicht marschfähig, weil es noch an irgendeinem Punkte hapert. Die etwas über 150 vorhandenen Kammern sind erst im Anlaufen begriffen. Wenn Sie dann rechnen, daß ungefähr 5,5 oder 6 Millionen Meldebogen durchsortiert werden mußten und müssen - denn bei den Kammern, die noch nicht stehen, hat die Durchsortierung der Meldebogen noch gar nicht begonnen -, daß dann voraussichtlich 900.000 übrigbleiben, bei denen ein Verfahren durchgeführt werden muß, dann sehen Sie, daß bei 200 Kammern im Durchschnitt ca. 5000 Fälle auf die Kammer treffen. Wenn man nicht das Gesetz in Verruf bringen will, indem man gewisse Meldebogen einfach mit dem Aufdruck o.k. versieht und wenn die kleinen Geldstrafen noch bleiben, die jetzt Vorschrift sind und derentwegen wir erneut eine begründete Bitte an General *Clay* gerichtet haben - denn jetzt kann es dazu kommen, daß einer mit 300 RM Geldstrafe dafür wegkommt, daß es ihm ganz erträglich gegangen ist, weil er zur Partei gegangen ist, und die anderen, die nicht zur Partei

gegangen sind, müssen zuschauen, wie ihnen soundso viele Mitläufer wieder vor die Nase gesetzt werden -, wenn wir all das verhindern wollen, müssen wir zwei Dinge machen:
1. Ich muß als verantwortlicher Mann bei den zuständigen Stellen als Gefühl des ganzen Volkes die Überzeugung vortragen können, daß man mit den kleinen Strafen bei reichen Leuten das Gegenteil des gewollten Eindruckes erweckt, und 2. muß ich sagen können: Wenn man weiß, daß wirklich die Gerechtigkeit als oberstes Ziel dasteht, dann werden in Zukunft so viele Leute sich bereit erklären mitzumachen, daß wir eine bedeutende Abkürzung in der Abwicklung des Gesetzes herbeiführen können.
Wir denken gegenwärtig daran, die Sache dadurch zu erleichtern - sie ist noch nicht verbeschieden und hängt vor allen Dingen davon ab, ob Kräfte aus dem Kreis der Union und uns befreundet gegenüberstehenden Menschen sich in größerer Zahl zur Verfügung stellen -, daß man die Kammern, die mit einem Vorsitzenden, einem stellvertretenden Vorsitzenden, einem öffentlichen Ankläger und dessen Stellvertreter und einer Reihe von Beisitzern besetzt sind, in kleine und große Senate in der Weise auflöst, daß ein stellvertretender Vorsitzender, ein stellvertretender öffentlicher Ankläger und zwei Beisitzer die kleinen Fälle durchprüfen, die man gegebenenfalls auf schriftlichem Weg erledigen kann, und daß die größeren Kammern mit dem öffentlichen Hauptankläger, dem Vorsitzenden und vier Beisitzern die Fälle behandeln, bei denen eine öffentliche Verhandlung durchgeführt werden muß. Wenn wir genug Leute bekommen, die mitmachen - und wir benötigen dafür etwa 6-7000 Personen -, könnten wir dahin kommen, daß wir jede Kammer mit einer Hauptkammer und zwei Flügelkammern ausstatten. Dann wäre es möglich, im Verlaufe von ungefähr sieben bis acht Monaten das Problem zu lösen, daß nur noch einige Tausend Fälle übrigbleiben, die längere Nachforschung nötig machen, wie Fälle der Klasse I und II, wobei es sich also um Leute handelt, bei denen uns das Mitleid nicht allzusehr zu packen braucht, wenn die Zeit der Unsicherheit bei diesen Leuten länger dauert. Die anderen Fälle könnten rasch und glatt und in individueller Überprüfung erledigt werden.
Das ist, wie ich sagte, nur möglich, wenn sich in größerem Umfange vollkommen unbelastete Menschen aus unseren Kreisen zur Verfügung stellen. Ich muß das ausdrücklich bemerken: Es wird wirklich dafür gesorgt, daß niemand Angst haben muß, daß man ihn anschießen und zu Fall bringen kann, bloß weil man fürchtet, daß mit ihm ein Element in die Kammer kommt, das soziologisch oder ideologisch für gewisse Leute unerwünscht ist. Mit dieser Möglichkeit eines Terrors wird aufgehört. Sie werden das sehr bald merken. Denn wie ich Ihnen sagte, stehe ich auf dem Standpunkt, daß das Gesetz im ganzen aus der Sphäre des Politischen herausgehoben werden muß. Sie werden dann auch verstehen, wenn ich in der nächsten Zeit nicht als Vertreter der Union in öffentlichen Versammlungen sprechen werde. Denn ich fühle mich verpflichtet, dabei mit gutem Beispiel voranzugehen, oder wenn ich spreche, nur über diese Fragen zu sprechen, damit man sieht: Nun will die Union ihrerseits der große Traktor sein, daß diese Fragen rasch gelöst werden, daß wir den Weg freimachen und bereiten für den Aufbau eines gesunden neuen Staates und für ein neues, edleres Gedankengut.
Das sind die Überlegungen, die ich in den zehn Tagen, seit die Frage der Umbesetzung des Ministeriums spielt, angestellt habe. Zwei Dinge waren es, die mich am Tag meiner Berufung sehr bewegten. Das eine war, daß meine Berufung erfolgte in den Tagen, wo ich vor genau einem Jahr die erste Zeile geschrieben habe, aus der dann

das Gesetz hervorgegangen ist. Das zweite war, daß ich eine Stunde, nachdem ich mein Amt angetreten habe, als erste Amtshandlung die Vereidigung einer Reihe von Vorsitzenden von Spruchkammern, von Berufungskammern und öffentlichen Anklägern vorzunehmen hatte. In dem Eid, den ich diesen Leuten abnahm und über den ich zu ihnen gesprochen habe, habe ich meine eigene innere Verpflichtung mit ausgesprochen.
Und nun bitte ich Sie alle: Helfen Sie jetzt dem Manne der Union, daß er diese Aufgabe erfüllen kann.

(Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*] dankt Staatsminister *Pfeiffer* für die Ausführungen und erklärt, daß die Union zusammenhelfen werde, damit er die schwierige Aufgabe der politischen Säuberung erfüllen könne.

Die Sitzung wird um 17.28 Uhr zu einer kurzen Pause unterbrochen.
Die Sitzung wird um 17.44 Uhr wieder aufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*] eröffnet nach Aufzählung der Anträge, die noch zu erledigen seien, die Diskussion über die beiden Referate.
Euerl stellt einige Detailfragen. Er wird in seinen Ausführungen durch eine Wortmeldung Dr. *Hundhammers* zur Geschäftsordnung unterbrochen, der geltend macht, daß die Zeit jetzt nicht mehr zur Beantwortung von Detailfragen ausreiche, sondern für die politische Debatte zur Verfügung gestellt werden müsse.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer* schließt sich der Meinung Dr. *Hundhammers* an. Er könne jetzt noch nicht alle Fragen sofort beantworten, nachdem er ja erst kurze Zeit im Amte sei und nicht habe Minister werden wollen. Er bitte die Antragsteller, sich schriftlich an ihn zu wenden. Sämtliche Anfragen würden umgehend beantwortet werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*] vertritt ebenfalls den Standpunkt, daß in der Debatte nur grundsätzliche politische Fragen besprochen werden sollten.
Euerl gibt seinem Wunsche Ausdruck, daß die Union endlich die Verantwortung übernehmen möchte. Es sei schon da und dort die Ansicht zu hören, daß sich die Union scheue, dies zu tun.
Zum Bericht des Vorsitzenden des Verfassungsausschusses bemerkt Redner, daß die Franken ebenfalls erstaunt gewesen seien, daß sich dieser so sehr für den Staatspräsidenten eingesetzt habe.

(Widerspruch.)

Das widerspreche der Haltung der Unionsanhänger in Franken, die auch in den Versammlungen vertreten worden sei.
Einer baldigen Klärung bedürfe die Frage eines Wirtschaftsprogramms. Die Wähler könnten jetzt verlangen, daß man ihnen reinen Wein einschenke.
Redner unterstreicht dann die Ausführungen *Haußleiters* über den Abmarsch der evangelischen Bevölkerungskreise aus der Union in Franken und knüpft daran die Bitte, daß die Verhandlungen im Landesausschuß in Zukunft in einem Geiste geführt werden möchten, daß alle Mitglieder der Union daran teilnehmen könnten.
Dr. *Schlögl* führt aus: Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Der Herr Vorsitzende hat vorhin von einer Opposition im Landesausschuß gesprochen. Ich glaube, in *der* Form ist er zu weit gegangen. Richtig ist, daß ein Flügel in der Union, wenn man ihn

so nennen darf, tatsächlich Anlaß hat zu Kritik an der Haltung des Landesvorsitzenden. Ich möchte in aller Ruhe und Sachlichkeit diese Kritik hier darstellen, nicht, weil wir Opposition treiben, sondern weil es im Interesse der Union notwendig ist, daß wir einmal klare Verhältnisse schaffen. Ich bitte den Herrn Landesvorsitzenden, mich dabei nicht zu unterbrechen. Ich sage ihm ganz genau - ich bin ein Niederbayer -, klipp und klar die Wahrheit.
Es ist mir aufgefallen, daß heute ausgerechnet die Presse vom Reich da war. Von den bayerischen Journalisten habe ich niemand gesehen.

(Zuruf: Süddeutsche Zeitung, Neue Zeitung!)

Meine Frauen und Herren! Ich komme vom Journalistenberufstand her. Ich bin auch Journalist gewesen. Das empfindlichste Wesen ist ein Journalist. Denn er muß wie eine hohe Dame behandelt werden. Wenn ein Parteivorsitzender in dieser Beziehung Fehler macht, so hat das immer Rückwirkungen. Ich kenne zufälligerweise den Telegraf von Berlin. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Ich lese das Blatt alle Tage. Die Haltung gegenüber Bayern ist absolut unfreundlich. Es sind in dieser Zeitung Wendungen enthalten, die uns zeigen, daß man uns als eine Art Hilfsvölker behandeln will, wie man in Berlin oft gesagt hat. Wir bitten daher, daß in Zukunft diejenigen Presseleute, die der Union in Bayern angehören, unbedingt auch zu unseren Beratungen herangezogen werden. Man kann sich ja hernach unterhalten, ob nicht sofort ein geschlossener Bericht herausgegeben wird oder ob es dem einzelnen Journalisten gestattet ist, daß er selbständig zu Tagungen Stellung nimmt.
Es ist eine bekannte Tatsache, daß es gerade der Bauernflügel war, der Dr. *Müller* auf den Schild erhoben hat. Das wurde uns damals sogar sehr stark verübelt. Wir hatten mit Dr. *Müller* auch keine Differenzpunkte. Die Differenzpunkte begannen mit der Beratung der sogenannten fünf Punkte, die dann Gegenstand der Landesversammlung waren. Es ist damals schon sehr schwer hergegangen. Wir haben damals tief bedauert, daß diese Schärfe hineinkam und wir saßen - mein Freund zur Linken wird mir das bestätigen - noch bis 1 Uhr nachts zusammen, um diesen Riß in der Union zu leimen. Er wurde auch geleimt. Aber ich bin der Meinung, daß der Riß immer noch besteht und bereits etwas größer geworden ist. Wir müssen im Landesausschuß soweit kommen, daß dieser Riß einmal beseitigt wird.
Sie wissen, daß ich Generalsekretär des Bayerischen Bauernverbandes bin. Der Bayerische Bauernverband ist wohl überparteilich und wird auch überparteilich bleiben. Diese Organisation wird aber kraft ihrer Haltung für die Zukunft der Union ausschlaggebend sein. Meine Organisation ist mit dem heutigen Tag abgeschlossen. Ich habe mir einen Schlußstrich ziehen lassen. Der Bayerische Bauernverband zählt jetzt 317.543 Mitglieder. Wir sind bisher in unserem Blatt sowohl wie auch sonst in der Öffentlichkeit - von internen Sachen abgesehen - sehr loyal gegenüber der Union eingestellt gewesen. Wir haben diese Einstellung auch bewiesen. Trotz aller Bedenken haben die bekannteren Persönlichkeiten für die Union kandidiert, obwohl ein Beschluß eines Organs von uns vorlag, daß wir nicht kandidieren sollten.
Sie sehen daraus, daß dieser Verband, die bestorganisierte Truppe, die wir außer den Gewerkschaften überhaupt in Bayern haben, wohl auch ein Recht hat zu kritisieren. Deswegen nehme ich zugleich als Mitglied der Union das Recht in Anspruch, die Dinge offen aufzuzeigen, die mir eine Gefahr für die Union bedeuten.
Die fünf Punkte waren die erste große sachliche Differenz. Es handelt sich um nichts anderes sonst. Dr. *Müller* ist uns gut und recht. Wir haben nichts gegen ihn. Aber

wenn sich schwere sachliche Differenzen ergeben, so sind wir selbstverständlich so frei, das zu sagen, und zwar mit der uns ureigenen Kraft. Bauernfäuste und Bauernsprache sind immer sehr deutlich. Daher wird auch Herr Dr. *Müller* außerordentlich deutlich meine Meinung zu hören bekommen.
Die fünf Punkte wurden von der Landesversammlung beschlossen. Ich hatte erwartet, daß sie als das Übergangsprogramm der Union in aller Welt verkündet würden. Ich habe wohl in den Tageszeitungen der ganzen bayerischen Presse einige Tage später die Rede des Herrn Parteivorsitzenden gelesen. Das ist gut und recht. Wir sagen gar nichts, wenn er sich in der Öffentlichkeit rührt. Seine Rede hat er sogar etwas verbessert. Hier war sie etwas weniger schön. In der Presse stand sie sehr schön. Es war ein ganz geschicktes Arrangement. Aber daß er vergessen hat, die Willenskundgebung der Delegierten auch mit zu veröffentlichen, haben wir ihm sehr schwer angekreidet. Es war früher bei allen Parteien immer so, daß die Presse über solche Willenskundgebungen berichtet hat.
Es wurde uns dann gesagt, die fünf Punkte würden im Mitteilungsblatt erscheinen. Meine Damen und Herren! Mitteilungsblatt der Union ist gut und recht. Aber ich habe den Eindruck bekommen, als ob man es in das Mitteilungsblatt aufgenommen und nicht durch Presse und Radio bekanntgegeben hat, weil die Union, wenigstens die maßgeblichen Persönlichkeiten, nicht mit ganzem Herzen hinter diesem Beschluß stehen. Diese Angelegenheit hat schwer verstimmt, und ich habe sie tief bedauert.
Noch viel schlimmer war eine andere Tatsache, die uns dann im Vorparlament zu einem fürchterlichen Eiertanz gezwungen hat. Grund dazu war ein Artikel von Dr. *Kroll* im Oberfränkischen Volksblatt, Mitteilungsblatt der Christlich-Sozialen Union in Oberfranken, vom 24. April 1946, also nach der Tagung der Landesversammlung.
Meine Frauen und Herren! Ich stehe auf dem Standpunkt, gegen Dr. *Kroll* müßte von parteiamtlicher Seite heute noch eingeschritten werden, weil er so ein Zeug geschrieben hat. Schreibt er es in einer Tageszeitung, dann kann er so dumm schreiben, wie er will. Aber wenn er es in einem Mitteilungsblatt der Union schreibt, so ist das eine Sache für sich. Dr. *Müller* wird entgegenhalten, ich habe in der Isar-Post einen Artikel geschrieben. Das ist meine persönliche Meinung. Aber in das Mitteilungsblatt darf Dr. *Kroll* so etwas nicht hineinschreiben.
Es steht nämlich in diesem Artikel: "Große Entscheidungen in nächster Zeit. Verfassung oder Flickwerk". Weiter unten heißt es dann:

> Einheitsstaat, Bundesstaat, Staatenbund. Zunächst ergibt sich die Frage, ob die Zeit schon reif ist, für Bayern eine Verfassung, seine endgültige Festlegung des staatlichen Systems auszuarbeiten, wo wir noch nicht wissen, wie die anderen deutschen Länder sich entscheiden und wo wir vor allem von der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, also der übergeordneten staatlichen Einheit noch weit entfernt sind.

Meine Frauen und Herren! Dieser Satz ist denkbar unglücklich und hat uns unendlich geschadet. Ich habe Resolutionen der oberfränkischen Bauern in der Hand, die mir das beweisen. Der Bauernverband sollte sogar eine Protestversammlung in Bamberg abhalten, um gegen solche Auslassungen Stellung zu nehmen. Wir haben es im Hinblick auf die Wahl nicht getan. In einem parteiamtlichen Organ muß man gescheiter daherreden. Das ist gegen den Beschluß der Landesversammlung. Ich habe mir letzthin in der Parteileitung schon erlaubt zu sagen, ich hätte gewünscht, daß diese fünf

Punkte tatsächlich überall eingehalten worden wären. Dann wären diese Konflikte, die wir jetzt glücklich haben, sicherlich nicht passiert.
Und nun komme ich zu der Person des Herrn Landesvorsitzenden selber. Meine Herren! Ich habe dem Herrn Landesvorsitzenden tatsächlich insoweit etwas zu sagen: Ich bin älter wie er. Er mag gescheiter sein wie ich, aber ich bin auch schon lange Zeit in der Politik. Darum darf ich freundschaftlich etwas zu ihm sagen. Ich hätte den dringenden Wunsch, der Herr Landesvorsitzende möchte weniger reden. Was er redet, muß schriftlich aufgeschrieben sein. Denn wenn er irgendwelche mißverständlichen Wendungen gebraucht, so kommen sie todsicher in die Presse, vor allem wenn sie nicht so sind, daß sie ohne Kritik bleiben können.
So haben uns z.B. seine Äußerungen über die Entnazifizierung außerordentlich schwer geschadet. Die Mitglieder des Vorparlaments mußten schnell noch im letzten Augenblick eine Loyalitätserklärung abgeben. Der Bayerische Ministerpräsident [*Wilhelm Hoegner*] ist nämlich ein großer politischer Taktiker. Er war so geschickt und hat nicht nur die *Krollsche* Äußerung, sondern auch die Äußerungen des Herrn Landesvorsitzenden dazu verwandt, um uns im Vorparlament in versteckter und offener Weise anzugreifen, wodurch Leute von uns kopfscheu gemacht worden sind.
Wenn uns dann in der Entnazifizierung loyale Haltung abgesprochen worden ist, so haben wir es diesem Zustand zu verdanken. Ich sage Ihnen das eine: Unser lieber Freund *Pfeiffer* ist das größte Opfer des Landesvorsitzenden. Jetzt haben wir wirklich die Verantwortung in der Denazifizierung. Jetzt müssen wir beweisen, wie wir sie durchführen. Sie sehen also, irgendein Wort des Landesvorsitzenden wird als Meinung der Union aufgefaßt und es gibt dann hernach große Schwierigkeiten.
Der Bayerische Bauernverband sah sich veranlaßt, weil die Kritik fürchterlich einsetzte und die Zuschriften kein Ende mehr nahmen, in Ingolstadt eine große Bauernversammlung einzuberufen und durch mich bestimmte Erklärungen abgeben zu lassen. Das hätte es alles nicht gebraucht, wenn unser Landesvorsitzender schweigsamer wäre und sich seine Worte tatsächlich immer überlegen würde. Als Landesvorsitzender hat er eine ungeheuere Aufgabe. Ich möchte nicht an seinem Posten sein, obwohl ich auch viel vertragen kann und gute Nerven habe. Aber er muß seine Redseligkeit etwas bezähmen.
Genau[so] ist es mit seiner Berliner Rede. Was habe ich mich bemüht, daß er nicht nach Berlin fährt! Ich habe gewußt, es kommt ein Debakel dabei heraus. Ich weiß, er ist, ich möchte sagen, ein politischer Schöngeist. Es rührt ihn alles, was da droben vorgeht. Meine Frauen und Herren! Ich stehe auf dem Standpunkt, zunächst müssen wir unser eigenes Haus in Ordnung bringen.

(Sehr richtig!)

Erst dann kümmern uns die anderen Zusammenhänge. Wir vom Bauernstand sind keine Gegner eines Reiches. Aber wo ist das Reich? Es wird schon etwas gemacht, was noch gar nicht gezeugt ist. Das ist ein Zustand, der nach meinem Dafürhalten unmöglich ist, selbst wenn ich da oben Bekehrungsversuche machen will. Ich sage eines: Den Herrn *Kaiser* bekehrt unser Landesvorsitzender nie.

(Sehr richtig!)

Und wenn mir Bauern schreiben: Was ist richtig, der Föderalismus von der Gedonstraße 4 oder der Föderalismus von Herrn *Kaiser*, dann bin ich fest überzeugt, daß die Bauern recht haben.

Ich kann Ihnen hier einen Brief verlesen, damit Sie sehen, daß die Bauern das schreiben. So dumm, wie sie manchmal von bestimmten Großstädtern angeschaut werden, sind sie nicht. Im Gegenteil, sie sind hellhöriger als wir. So schreibt ein Bauer:

> Zu meiner größten Verwunderung habe ich gestern abend am Radio gehört, daß die CDU-Kundgebung in Berlin sozusagen mit einer Verbrüderung des Föderalismus des Herrn *Kaiser* mit dem des Herrn Dr. *Müller* geendet hat. Ich weiß nicht, welcher Föderalismus nun gesiegt hat, der Berliner Föderalismus oder der Föderalismus der Gedonstraße in München.

Der weiß sogar Deine Wohnung, weil er wahrscheinlich schon öfters dort war.

(Zuruf des Vorsitzenden [*Josef Müller*]: Weil er es wahrscheinlich vom *Schlögl* gehört hat!)

Nein! In der Regie bin ich oft glücklicher als Du. Das gebe ich zu. Dieser Brief ist absolut nicht bestellt.

(Zuruf des Vorsitzenden [*Josef Müller*]: Du hast mehr Zeit für Regie!)

Nein! Ich habe weniger Zeit als Du, ich rede nicht soviel. Das ist der Unterschied.

> Beide Arten von Föderalismus haben nach meiner Überzeugung nichts mit dem bayerischen Föderalismus zu tun. Worin man sich in Berlin geeinigt hat, ist der alte Scheinföderalismus der Weimarer Verfassung, hinter dem als ewig drohendes Gespenst der Zentralismus alter Prägung steht, der letzten Endes zum Hitlerismus geführt hat und der morgen in einem neuen totalitären Staat enden kann.

Also, mein lieber *Müller*, das ist ein Bauer, der hat 40 Tagwerk Grund. Er ist auch ein Politiker. Ich kann Dir nur eines sagen: Diese Rede in Berlin, wenigstens soweit es den Auszug im Radio betrifft, hat in Bauernkreisen ganz verheerend gewirkt. Darüber gibt es keinen Zweifel. Wie sich die Städter dazu einstellen, habe ich nicht zu untersuchen.

Auch Deine heutige Rede hat mich nicht davon überzeugen können, daß Du wirklich im Grunde die Gedanken des Föderalismus ganz hochhältst. Ich kann mir nicht helfen: Deine heutige Rede war wieder dazu angetan, die Begriffe Föderalismus nicht so zu formulieren, wie es notwendig wäre. Ich glaube nicht, daß Du Unitarist bist, auch wenn Du am Zipfel Bayerns geboren bist. Daß der preußische Einfluß bei Dir maßgebend ist, sehe ich überall. Aber ich nehme an, daß Du in der Münchner Schule langsam etwas anders eingestellt wirst.

Wie auch die Dinge liegen und stehen: *Müller*, ich muß Dir ernstlich eines sagen - und das ist die Erklärung, die ich abzugeben habe: Unser Verband muß in dieser Frage die Dinge klären. Es ist so viel Mißtrauen in der Landwirtschaft und in der Bauernschaft, daß wir gezwungen sind, unsere maßgebenden Organe einzuberufen, um uns mit unserem schlampigen Verhältnis zur Union zu befassen. Dieses Verhältnis muß in irgendeiner Form geklärt werden. Bis zu dieser Klärung ist kein Mitglied unseres Verbandes, das maßgebend in der Union ist, in der Lage, irgendein Amt in der Partei weiterzuführen.

Bei dieser Versammlung wird weiterhin auch geklärt werden, ob wir in der Lage sind, unsere Mandate beizubehalten oder nicht. Ich bin gezwungen, diese Erklärung hier abzugeben.

Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Ich habe sicherlich nicht verletzend gesprochen, aber Sie sehen den Ernst der Situation, und ich bitte Sie dringend, nehmen

Sie auf die Mentalität der Bayern und insbesondere auch der bayerischen Landwirtschaft Rücksicht. Ich habe mich gewundert, daß die fränkischen Bauern noch viel energischer in der Tonart sind als die altbayerischen Bauern.

(Hört, hört!)

Ich war selber bei der Kreisvorstandssitzung in Oberfranken anwesend. Wenn der Dr. *Kroll* dagewesen wäre - wo sitzt er?

(Zuruf: Er ist nicht da!)

Schade, dem hätte ich noch viel deutlicher die Meinung gesagt.
Die Bauern sind so erbittert über den Artikel, insbesondere deswegen, weil die Gedonstraße 4 es nicht für wert gefunden hat, den Artikel zurückzunehmen. Es kann auch einmal ein Dr. *Kroll* einen Fehler machen. Aber der Herr Parteivorsitzende hätte ihn an den Ohren nehmen müssen. Er hätte in die nächste Nummer eine Bemerkung hereinnehmen müssen, daß der Aufsatz eine Privatmeinung von Dr. *Kroll* war. In einer Parteizeitung wirkt so etwas jedenfalls verheerend. Ich weiß, daß der Artikel von Dr. *Kroll* als Flugblatt bei der SPD verwendet worden ist. Es haben tatsächlich Bauern aufgrund dieses Flugblattes - es ist in Altbayern verwendet worden - SPD gewählt, weil sie sagen, hier sehen wir eine klarere Richtung.
Damit komme ich zu einer schweren Kritik der Leitung. Wenn der Herr Dr. *Müller* nur nicht nach Berlin gefahren wäre! Hätte er sich daheim hingesetzt und seine ganze Kraft eingesetzt, daß man draußen auch gewußt hätte, was man zur Verfassung reden soll. Es ist eine merkwürdige Sache, wenn der Generalsekretär des Bayerischen Bauernverbandes 100 Redeskizzen verbreiten soll, wenn die Bauern schreiben: Was soll man sagen? Einen Verfassungsentwurf haben sie nicht gehabt. Ich habe 100 Reden mit 18 Seiten Manuskript selber gemacht. *Kübler* kann es bestätigen. Der Inhalt war meine Privatmeinung. Man hätte Weisungen hinausgeben müssen. Man hätte im Plakatdienst anders arbeiten müssen. Wir haben das Recht zu einer Kritik. Wenn es nicht möglich gewesen war, Plakate zu machen, so hätte man es nur zu sagen brauchen. Ich hätte vielleicht 100.000 Plakate machen und sie hinausbringen lassen. So aber saßen wir ganz auf dem Trockenen.
Es ist eine unangenehme Sache, wenn man einen sozialdemokratischen Diskussionsredner hat, der einem erklärt: Ich war in drei Unionsversammlungen und habe jetzt zwei verschiedene Auffassungen über die Verfassung bekommen. Das ist einfach unmöglich. Das geht nicht auf die Dauer. Eine große Partei kann sich das nicht leisten.
Was ich jetzt gesagt habe, sind im allgemeinen meine eigenen Ausführungen. Die Erklärung, die ich im Namen der Organe des Bauernverbandes abgegeben habe, ist ernster. Alles andere, was ich meinem Freund *Müller* gesagt habe, wird bei seiner Haut abprallen. Er hat nicht einmal in den Tisch hineingeschlagen. Das ist ein gutes Zeichen. Ich bitte aber dringendst, die Erklärung, die ich hier in einer offiziellen Stelle abgegeben habe, ernst zu nehmen.
Meine Herren! Wir haben keine Opposition und wir treiben keinerlei Opposition.

(Bravorufe.)

Aber es gibt Dinge, die man nicht mehr halten kann, Dinge, die sich dann politisch weiterfressen, die für uns alle unerträglich werden. Ich kann Ihnen sagen, mein Freund *Horlacher* hat bisher alles unternommen, um die Lawine der Bauernpartei aufzuhalten. Diese Lawine existiert schon. Wir müssen uns mit Händen und Füßen dagegen wenden. Es sind bereits Zirkel vorhanden. Wir wenden uns dagegen, soviel

wir können. Aber, meine Herren, erschweren Sie uns unsere Aufgabe nicht, sonst schlägt eines Tages die Lawine über uns zusammen, man kann sich wenden und drehen wie man will.
Darum bitte ich, daß Dr. *Müller* zumindest diese meine Erklärung sehr ernst nimmt und sich darnach richtet und in seinen Ausführungen in der Öffentlichkeit vorsichtiger wird. Z.B. seine unglückliche Reichenhaller Rede! Ich habe den stenographischen Bericht bekommen. Du hast von Bayern in Deinem ganzen Referat nichts gesagt. Es steht nichts davon drin. Es geht nicht, daß Du als Landesvorsitzender der CSU in Bayern sprichst - Du hast in der letzten Landesversammlung den Namen "Bayerische CSU" abgelehnt und mich ziemlich zusammengeputzt - und erst der nächste Redner, der eigentlich der Referent gewesen wäre, hat von Bayern reden müssen. Das verargen Dir die Bauern fürchterlich, weil sie dem Zweiten nichts mehr glauben. So ist es in Wirklichkeit.
Die Bauern sind mißtrauisch. Alle anwesenden Bauern können mir das bestätigen. Der Bauersmann hat das beste Gefühl für die Politik. Wenn er sich irgendwie betrogen fühlt oder glaubt, es wird in anderem Sinne gemacht, dann macht er seinen Vertretern die größten Schwierigkeiten.
Mein lieber Freund *Müller*! Soweit meine Worte an Dich persönlich gerichtet waren, weißt Du, wie es vorgetragen war.
Dann habe ich noch eine Bitte. Lieber Freund, Du gebrauchst in Deiner Erregung - ein Landesvorsitzender muß Nerven haben, und die hast Du oft nicht - oft Ausdrücke, die als Drohung aufgefaßt werden. Du hast z.B. einem Parteifreund mit der Militärregierung gedroht. Er hat daraufhin offiziell bei der Militärregierung angefragt und die offizielle Antwort lautet: "Ich kann Ihnen zu Ihrer Freude mitteilen, daß gegen Sie gar nichts vorliegt."

(Zuruf des Vorsitzenden [*Josef Müller*].)

Du bekommst den Brief im Original von mir zu hören. Ich rate Dir, laß diese Drohungen. Der Brief ist von *Felsenthal* unterschrieben und lautet:

> Auf Ihren Brief vom 13. Juni 1946 freue ich mich, Ihnen mitteilen zu können, daß, soweit unsere Untersuchungen ergeben haben, gegen Sie bei der Militärregierung nicht das geringste vorliegt. Zu einer Beunruhigung irgendwelcher Art liegt keinerlei Grund vor.
> Mit freundlichen Grüßen
> Ihr *Leonhard Felsenthal*, Press Controll Officer.

Der Brief war an Dr. *Pix* gerichtet. Du weißt, Du hast einen Streit mit ihm gehabt. Ich will darauf nicht eingehen. Auf jeden Fall darf man mit solchen Drohungen nicht kommen. Darüber gibt es gar keinen Zweifel. Du mußt gerade einem Pressemenschen gegenüber vorsichtiger sein. Die heutige Tagung hat wieder bewiesen, daß Du weniger vorsichtig warst, daß ein Berliner Pressevertreter da war und andere nicht. Die bayerische Presse wird Dir eines Tages Schwierigkeiten machen, und das wollen wir nicht.
Meine Worte sind in aller Freundschaft gesprochen. Die Erklärung habe ich in allem Ernst vorgetragen. Ich hoffe, daß der Herr Landesvorsitzende zumindest von der ernsten Erklärung, zu der ich berechtigt und befugt bin, Kenntnis nimmt, damit die Union durch diese Fährnisse hindurchgeführt wird. Denn daß die Verhältnisse ziemlich weit gediehen sind, nicht durch meine Regie - ich will gar nicht soviel mit der Politik

zu tun haben, ich habe als Generalsekretär und Verleger genügend Arbeit -, sondern durch die Bauern selber, das können mir auch die anwesenden Bauern bestätigen. Ich würde Dich bitten, mach uns nicht weiter Schwierigkeiten. Bezähme Dich als Landesvorsitzender. Dann passieren diese Sachen nicht, die man vielleicht nicht tragisch nehmen kann, weil wir eine junge Partei sind. Da gährt es immer mehr als in einer alten Partei, wo man mehr gegeneinander abgeschliffen ist. Vielleicht wird der Herr Dr. *Müller* ein guter Schleifer. Bis jetzt tritt er ziemlich herum im Porzellanladen. Deshalb passiert das. Ich muß das in allem Ernst sagen, schon als Bundesbruder.
Wie behandelst Du den *Horlacher*? Wenn sich der bloß rührt, gehst Du schon los. Dabei ist er der beste Mensch, der nicht einmal seinem Kater etwas tut.
Meine Freunde! Ich habe schon oft dazu beigetragen, daß drohende Risse der Union wieder geleimt worden sind. Meine Rede soll so aufgefaßt werden. Wir arbeiten letzten Endes dazu zusammen, um eventuelle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Daher ist die politische Aussprache die wichtigste. Einen Minister hören wir öfters. Dich hören wir zu oft. Aber unsere Freunde vom Land und von den Städten werden zu wenig gehört. Ich glaube, ich habe es freundschaftlich gesagt. Du wirst vielleicht von anderen ernste Worte bekommen. Das muß für den Landesvorsitzenden ein Ansporn sein, es besser zu machen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] führt in seiner Erwiderung aus, er wolle in seiner Antwort den Ton nicht verändern, in dem Dr. *Schlögl* gesprochen habe. Was das Verhältnis zu Dr. *Horlacher*, *Schlögl* und dem Bauernverband angehe, so könne er für die Union die immerwährende Drohung eines Austrittes der Mitglieder des Bauernverbandes oder der Lawine einer Bauernpartei nicht vertragen. Er und auch keiner seiner Freunde hätten draußen das Vorhandensein einer solchen Lawine festgestellt. Solche Strömungen kämen höchstens aus dem Büro des Bauernverbandes heraus. Was den Brief anbelange, so könne auch er Briefe bringen, die sich gegen eine gewisse Politik richteten, die vom Bauernverband gemeinsam mit dem Parteifreund Dr. *Pix* verfolgt werde.
Zu der Beschuldigung, es sei nur norddeutsche Presse eingeladen gewesen, bemerkt Vorsitzender [*Josef Müller*], daß er überhaupt keine Presse eingeladen habe, zumal es sich um eine reine Arbeitstagung handle. Es sei ihm während der Verhandlungen mitgeteilt worden, daß Pressevertreter draußen seien. Er wisse nicht, wer die Presse veranlaßt habe zu kommen. Außerdem seien auch die Süddeutsche Zeitung und die Neue Zeitung, diese in besonderer Weise, vertreten gewesen.
Schwingenstein wirft ein, die Süddeutsche Zeitung habe er erst angerufen, nachdem er die Presse vom Norden vertreten gesehen hätte. Er habe selbst den Antrag gestellt, daß die Presse während der beiden Referate zugelassen würde, er habe aber nicht gedacht, daß der Vorsitzende im ersten Teil seiner Rede wirklich interne Angelegenheiten behandeln würde.
Vorsitzender [*Josef Müller*] antwortet, daß es Angelegenheiten gewesen seien, die sowieso draußen bekannt seien. Im Falle Viechtach und Würzburg habe sich die Presse, die mit der Union nichts zu tun habe, in mancher Hinsicht neutraler verhalten als Leute, die der Union nahestünden.
Redner geht dann auf die Unterredung mit Dr. *Pix* im Anschluß an die Landshuter Resolution und die Drohung von Dr. *Pix* ein, er habe Material und werde es jetzt veröffentlichen. Es gehe auf keinen Fall, daß Unionsmitglieder ihre eigene Partei in einer Weise angriffen, wie es in der Landshuter Resolution und durch Dr. *Pix* geschehen sei. Es sei seine Pflicht, die Union gegenüber jedem anderen zu verteidigen.

Vorsitzender [*Josef Müller*] befaßt sich dann mit der Haltung des Bauernflügels der Union und führt dabei aus:
Wenn vom Bauernflügel der Union und von dem besonderen Einfluß des Bauernverbandes gesprochen wird, dann bitte ich daran zu denken, daß ich als Vorsitzender der Union nicht einseitig sein darf. Die Union setzt sich ja nicht allein aus Repräsentanten eines Bauernverbandes zusammen, der soundso viele Mitglieder hat. Genau könnten die Freunde, die die Arbeiterkreise vertreten, sagen: Die Gewerkschaften müssen jetzt den und den Einfluß haben. Vergessen Sie nicht: Das Hauptkräftereservoir der Union liegt ja im weltanschaulichen Bereich. Da ist die Union manchmal sehr empfindlich in ihrem Bestand.
Ich will mich nicht in Eure Verhältnisse einmischen, so sehr Ihr Euch in unsere Verhältnisse einmischt. Aber ich bin gespannt auf die Schwierigkeiten, die im Bauernverband aus dem fränkischen Bereich heraus von Leuten noch kommen werden, die nicht gerade die Haltung billigen, die von Exponenten des Bauernverbandes eingenommen wird.
Wenn von Reden gesprochen wird, so könnte ich auch mit Briefen aufwarten, wenn ich gewußt hätte, wie die Diskussion kommt. Gerade Reden von Euch wurden mir immer als Grund bezeichnet dafür, daß wir soundso viele Flüchtlingsstimmen nicht bekommen haben.

(Sehr richtig!)

Denn das Bekenntnis zu Deutschland ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die heimatlos gewordenen Deutschen, um die es sich im wesentlichen auch in Bayern handelt, jetzt eine neue Heimat finden und sich daheim fühlen. Es ist also nicht mehr nur deutsche Politik, sondern auch bayerische Politik, wenn ich immer und immer wieder betone, daß ich Bayer bin und gleichzeitig auch als Deutscher spreche.
Ich muß es den anderen Freunden überlassen, die meine verschiedenen Reden gehört haben, ob sie *Schlögl* recht geben, wenn er mich als Redner angreift. Ich möchte einmal die Kritik hören, die geübt würde, wenn ich nicht versuchen würde, auch draußen für die Union zu werben, soweit es mir möglich ist. Soweit die Freunde draußen bei meinen Reden zugegen waren, werden sie feststellen können, ob in ihnen eine gewisse Werbekraft liegt.
Ich weiß auch, welche Reden in Wirklichkeit gemeint sind. Ich habe sie heute früh zitiert. Im wesentlichen habt Ihr eine Rede gemeint, wo Ihr einen gewissen Stoß bekommen habt und in der ich den Führer der Sozialdemokratie wegen des Interviews im Observer angreifen mußte. Ich weiß, daß gerade diese Angriffe dazu geführt haben, daß gewisse Attacken geritten wurden.
Dazu darf ich eines sagen: Ich bin für eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie, damit unser Bayerischer Staat wirklich gut aufgebaut wird. Ich bin dafür, daß die Verfassung eher mit 90 als mit 60% angenommen wird. Um praktisch zu reden, ich bin dafür, daß wir uns mit ihr über gewisse wirtschaftliche und sonstige politische Fragen verständigen. Aber wenn ich merke, daß von dorther Sprengstoff in die Union hineingetragen wird, dann stelle ich mich dagegen.
Ich weiß nicht, ob es sich nicht nachprüfen läßt, daß es doch eine Rolle gespielt hat, daß der bayerische Hauptvertreter der Sozialdemokratie [*Wilhelm Hoegner*] nicht nach Hannover zur Tagung der Sozialdemokratie Deutschlands gegangen ist und daß ich nach Berlin gegangen bin.

Meine lieben Freunde! Wenn bedauert wird, daß ich nach Berlin gegangen bin, so würde ich meinerseits bedauern, wenn Sie diese Meinung übernehmen sollten. Wenn etwa die Landesversammlung meine Haltung in Berlin nicht billigen sollte, meine Haltung, die darauf eingestellt war, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wieder ein Deutschland, und vor allem so rasch wie möglich eine deutsche Wirtschaftseinheit entsteht, dann, meine lieben Freunde, wäre ich falsch am Platze. Dann würde der andere Teil einen Mann zu stellen haben, der vielleicht dann eine andere Parteipolitik vertreten wird. Ich habe bisher festgestellt, daß in der ganzen Union überall ein Empfinden für die Zusammenarbeit der Deutschen besteht.

(Sehr richtig!)

Man kann sich höchstens überlegen, ob man den Föderalismus in der einen oder anderen Variation übernehmen will. Ich habe Ihnen heute angedeutet, wohin der praktische Weg führen wird.

Ich glaube kaum, daß unser Freund *Lex* verdächtigt wird in dem Sinne, wie es vielleicht mir unterstellt wird, zu starke unitarische Neigungen zu haben. Aber ich habe bewußt gerade dafür gesorgt, daß der Ausschuß von *Lex* das Denken der Union und in diesem Falle der bayerischen Union repräsentiert. Wenn ich in Berlin dafür gesorgt habe, daß unsere Freunde im Norden auch für den föderativen Reichsaufbau eintreten, dann ist es produktive Arbeit. Was hätten wir davon, wenn wir dauernd nur wieder nein und nein nach Berlin und nach dem Westen rufen würden, jetzt in einem Zeitpunkt, wo das Zusammengehörigkeitsgefühl in Deutschland noch viel stärker ist als je zuvor.

Ich darf hier wiederholen, was ich den Vertretern der auswärtigen Mächte in Berlin gesagt habe: Es ist Gefahr im Verzug. Es muß dafür gesorgt werden, daß wieder eine deutsche Reichseinheit, zunächst zumindest eine Wirtschaftseinheit, entsteht, daß so rasch wie möglich vor allem die Zonengrenzen fallen. Es ist Gefahr im Verzug nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, die sehr vordringlich sind, sondern auch aus ganz anderen Tatsachen heraus. Denn wenn nämlich die Zonengrenzen nicht fallen, dann kommt bestimmt wieder ein neuer Nationalismus. Dieser Nationalismus ist viel gefährlicher als alles andere. Warum wollen wir dann in diesem Falle nicht wirkliche Bannerträger der Reichseinheit sein und unsererseits dafür sorgen, daß dieses Deutschland so aussehen wird, wie wir es wollen? Das können wir am besten dadurch erreichen, daß wir mit den anderen Unionen so rasch wie möglich zusammenarbeiten, um auf diese Weise ein einheitliches Denken herauszustellen. Die Union ist heute in der geistigen Einheit in Deutschland schon vorhanden. Gott sei Dank, sage ich in diesem Falle.

Zu der Kritik, daß ich die fünf Punkte, die damals von der Landesversammlung beschlossen worden sind, nicht so herausgestellt hätte, wie es gewünscht wurde, und daß ich statt dessen meine Rede hätte veröffentlichen lassen, darf ich nur sagen: Ich habe die Veröffentlichung nicht selbst entworfen. Es kann im übrigen im Protokoll jederzeit ein Vergleich vorgenommen werden, um festzustellen, ob die Rede und die Veröffentlichung übereingestimmt haben. Tatsache ist, daß mich *Schwingenstein* oder ein Vertreter von ihm damals gebeten hat, daß ihm die Rede möglichst rasch vom Landessekretariat aus hinübergegeben würde.

In dieser Veröffentlichung stand auch wieder etwas, was manchen Freunden von uns, die glaubten, die Sozialdemokratie könnte besonders empfindlich sein und verletzt werden, unangenehm war. Ich habe damals davon gesprochen, daß bei der Pressekon-

ferenz in der Militärregierung die Sozialdemokraten gefragt wurden, ob ihre Sozialisierung auf das Kirchengut ausgedehnt werde, und daß sie darauf ja gesagt hätten, daß aber der kommunistische Vertreter nein gesagt habe. In der Veröffentlichung stand leider statt Sozialisierung Agrarreform. Ministerpräsident Dr. *Hoegner* hat das in Kempten etwas variiert. Er rief mich noch an und sprach davon, daß nie von einer Agrarreform die Rede gewesen sei. Er hat das Kleinere abgelehnt, obwohl das Grössere gesagt wurde, und es darauf abgestellt, daß im Agrarreformausschuß nie eine solche Äußerung gefallen sei. Es wurde also eine Behauptung, die überhaupt nicht aufgestellt wurde, unterstellt. Leider Gottes haben das Freunde von uns, die sehr gern dazu neigen, aufgegriffen.

Die fünf Punkte sind übrigens in unseren Mitteilungen bekanntgegeben worden. Bekanntlich ist die Presse, wie sie heute besteht, leider Gottes in keinem engen Kontakt mit der Union. Das hat man bei der Bekanntgabe der verschiedenen Mitteilungen gesehen, die der Union abträglich waren und bei den Korrekturen, die eigentlich hätten vorgenommen werden können und nicht vorgenommen worden sind.

Wenn mein Freund *Schlögl* unseren Parteifreund Dr. *Kroll* wegen einer Veröffentlichung über die Verfassung, die in Bamberg erschienen ist, besonders angreift, so wendet er sich an die unrichtige Adresse. Ich sage das nicht etwa deswegen, weil ich unterstellen würde, er meint mich damit. Ich habe nichts damit zu tun. Aber der Artikel stammt nicht einmal von Dr. *Kroll*, er stammt von einem Manne - ich will und kann den Namen noch nicht nennen -, der ein gewisses Alter und gewisse Erfahrungen hat und der nicht nur in Bamberg, sondern weit darüber hinaus einen sehr guten Namen hat, ich glaube auch ein Mann, bei dem auch Ihr an seiner Haltung zur föderativen Frage keinen Zweifel haben würdet.

In Franken wird in manchen Kreisen in der Frage des Staatspräsidenten ein anderer Standpunkt vertreten. Ich kann daraus nur die Nutzanwendung ziehen, daß ich keine Weisungen für die gesamte Union hinausgebe, wie sie sich in dieser Frage verhalten soll. Dann überlasse ich es dem Willen des Volkes und denen, die durch den Willen des Volkes in die Verfassunggebende Versammlung kommen, ihre Auffassung durchzusetzen. Ich habe daher bisher erklärt, die Union wird in dieser Frage höchstwahrscheinlich keinen Fraktionszwang durchführen.

Nach meinem Empfinden erfordert es die Demokratie, daß man bei solchen Meinungsverschiedenheiten eine Minorität nicht durch eine Majorität majorisieren läßt, auch nicht innerhalb der eigenen Union. Die Kunst der Führung der Union wird darin bestehen, daß man nicht alle zusammenzwingt. *Schlögl*, Du hast gesagt, Ihr habt Dickschädel. Ich bin auch ein Bauernbub und habe vielleicht deswegen auch einen Dickschädel. Man muß trotzdem dahinkommen, daß nicht einer glaubt, er müßte das ganze uniformieren, so wie er denkt oder wie der Bauernverband denkt.

Man muß jeden in gleicher Weise zu Worte kommen lassen und dafür sorgen, daß nicht eine Gruppe die andere Gruppe beherrscht, sei es faktisch, sei es durch die Tat, sei es durch eine gewisse Taktik, die darin besteht, daß draußen irgendwelche Kräfte mobilisiert werden, während andere ihre Kräfte nicht mobilisieren. Ich sehe meine Aufgabe darin, immer darnach zu trachten, daß in dieser Hinsicht alle Kräfte in der Union ausbalanciert werden.

Ich glaube, daß wir dann auch dahin kommen werden, daß die Beziehungen zwischen der Union und dem Bauernverband doch wieder, ich möchte sagen, normalisiert werden und daß das Verhältnis - ich glaube, *Schlögl* hat gesagt das schlampige Verhältnis - bald wieder zu einer guten Ehe führen wird. Von mir aus besteht der Wille dazu.

Frau *Speicher* wendet sich gegen den Gedanken der Gründung einer Bauernpartei. Wenn durch eine eigene Bauernpartei die christliche und bürgerliche Grundhaltung zersplittert werde, so hätten bei den bestehenden sehr starken Ressentiments gegen die Landbevölkerung die Bauern den Schaden. Diese Ressentiments dürfe man nicht bis ins Unerträgliche steigern. Wie früher bei der Bayerischen Volkspartei, so seien die Bauern heute in der Union am besten aufgehoben.
Bei der von *Haußleiter* aufgeworfenen und von *Euerl* ebenfalls unterstrichenen Frage des Abmarsches der evangelischen Wähler aus der Union dürfe nicht vergessen werden, daß die große Anteilnahme der protestantischen Pastoren und der führenden protestantischen Kreise an der Durchsetzung des Nationalsozialismus die heutige Situation mit bedingen würde. Ein gebranntes Kind sollte doch das Feuer scheuen und nicht noch einmal Extremen nachgehen. Es sei doch nicht so schlimm, wenn es hie und da aussehe, als ob ein Katholischer bevorzugt würde. Man müsse immer das grosse Ganze im Auge haben und sich sagen: Wenn die Menschen nur überhaupt christlich sind. Die Frage katholisch oder evangelisch sei daneben in der Politik von untergeordneter Bedeutung. Von der christlichen Gesamthaltung erwarte man die Rettung des Staates.
Zur Personalpolitik bemerkt Rednerin, daß sich die Sozialisten in der Nürnberger Stadtverwaltung als Einheitspartei fühlten und auch bei der Postenbesetzung entsprechend vorgehen würden.
Es müsse Aufgabe der zukünftigen Regierung sein, die Einstufung der Beamten nach ihrer tatsächlichen Leistung vorzunehmen.
Die heutige Einstufung der Beamten der Kommunalverwaltung sei durchschnittlich viel zu hoch.
Rednerin weist darauf hin, daß man über der Flüchtlingsfürsorge nicht die Fliegergeschädigten vergessen möge und daß sie es als Mangel empfunden habe, daß bei dem heutigen Referat über die Tätigkeit des kulturpolitischen Ausschusses die Frauen überhaupt nicht erwähnt worden seien.
Zum Schlusse ihrer Ausführungen tritt sie für den Staatspräsidenten ein, da es gut sei, wenn jemand über den Parteien stehe. Er brauche deshalb keinen großen Apparat zu haben, aber der Staatspräsident bedeute einen sichtbaren und kontinuierlichen Faktor, der besonders in kritischen Zeiten die Geschicke des Landes lenken könnte.
Vorsitzender [*Josef Müller*] macht darauf aufmerksam, daß noch zehn Redner vorgemerkt seien. Er bittet die Redner, ihre Redezeit auf fünf Minuten zu beschränken.
Staab führt die Mißverständnisse innerhalb der Union auf das Fehlen einer Parteipresse zurück. Von Neutralität der bayerischen Zeitungen könne überhaupt keine Rede sein. Er stelle daher den Antrag, der Parteivorsitzende solle alles tun, damit bald eine Parteipresse ins Leben trete.
Vorsitzender [*Josef Müller*] erklärt, daß er keine Gelegenheit vorübergehen lasse, in diesem Sinne zu wirken, auch den Amerikanern gegenüber.
Kübler drückt seine Befriedigung darüber aus, daß man aus den Berichten der Ausschüsse ersehen habe, daß praktische Arbeit geleistet werde.
Zur Flüchtlingsfrage übergehend bemerkt Redner, daß der Referent von falschen Voraussetzungen ausgehe. Die Flüchtlinge, insbesondere die Evakuierten, würden sich nicht alle nach Arbeit drängen. Die Flüchtlinge könnten auch nicht erwarten, als Volldeutsche behandelt zu werden, wenn sie in den Wirtshäusern, wie es vorgekommen sei, tschechisch sprächen. Er nehme aber in seinen Versammlungen immer zum

Flüchtlingsproblem Stellung und appelliere an das Gewissen der einheimischen Bevölkerung.
Besonders energisch wendet sich Redner gegen den Vorwurf, insbesondere wenn er von Angehörigen der Presse aus den eigenen Reihen komme, die Union sei reaktionär.
Auch er habe es bedauert, daß die fünf Punkte damals nicht in die Presse gekommen seien. Wenn schon Beschlüsse gefaßt würden, müßten sie auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.
Mit Rücksicht auf die Arbeitsüberlastung des Vorsitzenden sei er dafür, daß ein dreiköpfiges Direktorium als ganz kleines Gremium der Partei gebildet werde. Dieses Gremium könne bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Vorsitzenden und Unionsmitgliedern eingreifen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] will vor Abfahrt der Nürnberger Parteifreunde über die Anträge Beschluß fassen und anschließend die Debatte fortsetzen. Er bringt zunächst folgenden Antrag ein:

> Zur Prüfung und Aufklärung von persönlichen politischen Angriffen gegen die Mitglieder der Union wird ein aus drei Mitgliedern bestehender Ausschuß gebildet. Dieser Prüfungsausschuß berichtet dem Landesarbeitsausschuß laufend über jeden von ihm behandelten Fall.

Dr. *Horlacher* lehnt den Antrag als Maulkorbgesetz grundsätzlich ab. Überhaupt sei er der Meinung, daß der Herr Vorsitzende erst in gerichtliche Fühlungnahme zu einzelnen Persönlichkeiten kommen müsse, die in der Politik auch eine Rolle spielen würden.
Vorsitzender [*Josef Müller*] glaubt, daß Dr. *Horlacher* den Sinn des Antrags offensichtlich nicht verstanden habe. Es gehe bei diesem Antrag darum, die Fälle von angegriffenen Parteifreunden zu klären. Er allein könne diese Fälle nicht behandeln, da sonst die Opposition sofort wieder aus jedem einzelnen Fall Kapital schlage. Als ersten Fall wolle er in diesem Ausschuß den des Parteifreundes *Schmidt* behandeln.
Dr. *von Eicken* beantragt Erhöhung der Mitgliederzahl des Ausschusses auf fünf. Mit dieser Änderung wird der Antrag dann einstimmig angenommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] widerspricht einem Antrag von Staatssekretär *Krehle*, jeweils den zuständigen Bezirksvorsitzenden hinzuzuziehen. Der Ausschuß werde dann nicht arbeitsfähig. Selbstverständlich werde man mit dem jeweiligen Bezirksvorsitzenden so rasch wie möglich Fühlung nehmen.
Nach weiterer kurzer Beratung werden Dr. *Hundhammer*, Frau *Hahn*, *Köhler*, *von Prittwitz-Gaffron* und *Ritter von Lex* einstimmig als Mitglieder des Prüfungsausschusses bestellt.
Die Gewählten nehmen die Wahl an.
Dr. *Hundhammer* betont anschließend, daß er mit der Nennung des Namens *Schmidt* seinen Antrag von heute früh nicht für erledigt halte.
Er beantragt, daß belastete Personen vielleicht nach einer schnellen, aber kurzen Vorprüfung im Prüfungsausschuß je nach ihrer Belastung aus dem Dienst zu beurlauben seien oder auszuscheiden hätten.
Vorsitzender [*Josef Müller*] will den damaligen Beschluß des Arbeitsausschusses übernehmen, daß belastete Persönlichkeiten bis zur Entlastung durch das Entnazifizierungsverfahren oder die Militärregierung auszuscheiden hätten.

Dr. *Horlacher* bittet, den Beschluß auch wirklich durchzuführen. Es drehe sich nicht um Personen, sondern darum, daß die Partei in Ungelegenheiten kommen könne. Wenn er gewußt hätte, daß sich der Prüfungsausschuß auch mit dem Personal des Generalsekretariats befassen würde, hätte er dagegen gestimmt. Bei parteipolitischen Betätigungen müßte ein vollständiges o.k.-Verhältnis vorliegen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] teilt mit, daß ihm bezüglich *Schmidt* vom CIC erklärt worden sei, daß dieser für technisch-organisatorische Aufgaben beschäftigt werden könne. Er habe also durchaus nicht leichtsinnig den Herrn *Schmidt* gebeten, die Arbeit zu übernehmen. Heute halte er es allerdings für zweckmäßig, daß der Ausschuß den Parteifreund *Schmidt* höre, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen werde. Er betrachte es als unanständig, wenn man jemand Tag und Nacht arbeiten lasse und nachher höre man nicht einmal seine Gründe. Ähnliches habe er auch der neuen politischen Leitung der Militärregierung gegenüber erklärt.
Dr. *Rinke* gibt bekannt, daß es der Militärregierung bekannt sei, daß im Generalsekretariat leichtbelastete Personen beschäftigt seien. Er empfehle, nicht päpstlicher als der Papst zu sein und erst bei der Militärregierung anzufragen, ob die betreffenden Personen noch weiter o.k. seien. Dann könne die Frage weiterbehandelt werde.
Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* führt in eigener Sache aus:
Meine Damen und Herren! Nur ganz kurz, nachdem ich schon dauernd apostrophiert worden bin. Ich wollte eines klar sagen:
1. Ich weiß ganz genau, daß bereits sieben Anzeigen bei der Militärregierung vorliegen und daß eine sogar bis zum Kontrollrat gegangen ist. Daß nicht eingegriffen wurde, scheint ein Beweis zu sein, daß die Sache nicht ganz so liegt, wie manche "Freunde" es angesehen haben, die die Anzeige erstattet haben.
2. Ich habe bereits dreimal - und das sage ich mit besonderer Betonung - angeboten, daß ich die Arbeit sofort niederlege. Es ging damals nicht. Ich habe mich erst bemüht, daß Herr *Strauß*, den ich Herrn Dr. *Müller* aus Schongau zugeführt habe, mein Amt übernimmt. Daß Herr *Strauß* nicht in der Lage war, es sofort zu übernehmen, weil bei ihm persönliche Verhältnisse vorliegen, steht auf einem anderen Blatt, ebenso, daß ein anderer Herr bis heute noch nicht eintreten konnte.
Es lag mir daran, die Union nicht im Stich zu lassen. Ich habe die Arbeit nicht meinetwegen, sondern der Union zuliebe gemacht. Das stelle ich hier fest.
Vorsitzender [*Josef Müller*] dankt *Schmidt* für die geleistete Arbeit und drückt seine Empörung über die Tatsache aus, daß man sich aus eigenen Kreisen der Union bei der Militärregierung über die Verhältnisse im Landessekretariat beschwert habe. Er werde gelegentlich auch solche Fälle überprüfen müssen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] verliest dann folgenden Antrag:

> Der Landesausschuß billigt die Haltung der Mitglieder der Union, die aufgrund freier persönlicher Entscheidung der derzeitigen Regierung als Fachvertreter angehören.
> Er beschließt:
> Die Union wird die derzeitige Übergangsregierung weiterhin tolerieren.

Bei der sofort folgenden Abstimmung erhebt *Krempl* Einspruch gegen den zweiten Teil des Antrags. Er könne in Anbetracht der gemeinen Kampfesweise der Sozialdemokratie als Schwandorfer nicht dafür stimmen.
Warmuth fragt, ob der zweite Teil aufrechterhalten bleiben müsse.

Vorsitzender [*Josef Müller*] antwortet, die Union sei das nicht der Regierung, sondern den Parteifreunden in der Regierung schuldig. Er sei vor kurzem vor der Frage gestanden, im Zusammenhang mit den heutigen Debatten einen anderen Antrag einzubringen.
Haußleiter sieht keinen Grund, sich gegenüber der Regierung *Hoegner* ostentativ festzulegen, wohl aber hält er es für absolut notwendig, daß die Versammlung die Haltung der Mitglieder der Union in der Regierung *Hoegner* billige.
Vorsitzender [*Josef Müller*] läßt über den Antrag in zwei Teilen abstimmen.

Teil 1

> Der Landesausschuß billigt die Haltung der Mitglieder der Union, die aufgrund freier persönlicher Entscheidung der derzeitigen Regierung als Fachvertreter angehören.

wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Teil 2

> Die Union toleriert weiterhin die derzeitige Übergangsregierung.

wird mit allen Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen (Dr. *Müller* und Dr. *Horlacher*) abgelehnt.
Dr. *Horlacher* begründet seine Stimmenthaltung mit der unglücklichen Fassung des Antrags.
Vorsitzender [*Josef Müller*] nimmt dann den Antrag von heute vormittag wieder auf:

> Die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung vom 30. Juni 1946 hat die starke Verankerung[8] der Union in der bayerischen Bevölkerung erneut bestätigt. Aus der Tatsache, daß die Union abermals als Mehrheitspartei aus der Wahl hervorgegangen ist, erwächst ihr eine große Verantwortung für die künftige Gestaltung des Schicksals von Volk und Staat. Die Union ist bereit, die Folgerungen aus dem Vertrauensbeweis der Wähler zu ziehen und die Verantwortung zu übernehmen.
> Der Landesausschuß der Union beschließt:
> Zur endgültigen Gestaltung des Regierungsprogramms wird ein Ausschuß gebildet, der aus folgenden Mitgliedern besteht:

Vorsitzender [*Josef Müller*] will zuerst über den Ausschuß als solchen und dann über die Namen abstimmen lassen.
Dr. *Geiselberger* wünscht, daß der künftigen Fraktion ein maßgebender Einfluß eingeräumt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*] gibt zu bedenken, daß die Fraktion nach Fertigstellung der Verfassung wieder auseinandergehe. Er hoffe aber, daß die Fraktion gute Leute bringe, aus denen der Ausschuß dann ergänzt werden könne.
Ritter von Lex erscheint der Ausdruck "zur endgültigen Gestaltung des Regierungsprogramms" zu weitgehend zu sein.
Haußleiter schlägt unter allgemeiner Zustimmung "zur Ausarbeitung des Regierungsprogramms" vor.
Dr. *Horlacher* greift auf seine Einwände gegen die Bildung des Ausschusses in der Vormittagssitzung zurück. Er sehe nicht ein, warum nicht der gewählte Arbeitsaus-

[8] In der Vorlage: "Verantwortung".

schuß, bestehend aus sieben Mitgliedern und den Regierungsmitgliedern, diese Aufgaben übernehmen könne.
Vorsitzender [*Josef Müller*] erwidert: Der Arbeitsausschuß ist damals unter ganz anderen Voraussetzungen gebildet worden. Wir haben mittlerweile Gott sei Dank schon seit ungefähr einem dreiviertel Jahr die Union. Heute müssen wir soweit kommen, daß wirklich die Leute zusammentreten, die bisher die praktische Arbeit geleistet haben. Sie haben heute die Vertreter der einzelnen Arbeitsausschüsse, die bisher gebildet worden sind, gehört, und ich glaube, Sie werden verstehen, daß ich gerade diese Leute in einem solchen Gremium zusammengefaßt wissen will. Sonst reden wir ewig weiter und praktisch geschieht am Schluß nichts.
Darf ich darüber abstimmen lassen.
Wer enthält sich?
Wer ist dagegen?
Der Antrag ist angenommen.
Dann kommt die Zusammenstellung der Mitglieder:

> Ausschußmitglieder sind die der Union angehörenden Mitglieder der Regierung, die Vorsitzenden der Bezirksverbände und die Vorsitzenden der Arbeitsausschüsse.

Diese sind es von selbst. Dann kommt das weitere Gremium, ich möchte sagen, der Leute, die Spezialaufgaben zu bearbeiten haben und die in der Hauptsache in München erreichbar sein müssen, wenn ich nicht den ganzen Ausschuß zusammenholen kann, wie es letzthin war. Da hätte ich vorgeschlagen Minister Dr. *Baumgartner* für den Ausschuß für Landwirtschaft.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Er ist sowieso drin!)

Ich muß nur die Möglichkeit haben, die in München erreichbaren Mitglieder zusammenzuholen. Infolgedessen macht es nichts aus. Wir stellen so zusammen, und die Münchner Mitglieder werden dann ermächtigt, in besonders dringenden Fällen rasch zu entscheiden.
Ich werde im übrigen wahrscheinlich vor der nächsten Landesversammlung noch einmal einen Landesausschuß haben, spätestens in vier bis sechs Wochen. Dann können wir sehen, wie die Dinge bis dahin gelaufen sind.
Weiter schlage ich vor Staatssekretär *Krehle* für Sozialpolitik, Dr. *Semler* für die Wirtschaft, Geistlicher Rat *Muhler* für Kulturpolitik, *Ritter von Lex* für Staatsverwaltung, Dr. *Kroll* für Siedlung, Währung und Interzonenfragen, *von Prittwitz-Gaffron* für zwischenstaatliche Beziehungen, *Steber* für die Jugend, Frau *Thusnelda Lang-Brumann* für die Frauen.
Dr. *Horlacher*: Ich betrachte die Ausschaltung meiner Person als einen Affront gegenüber der Bauernschaft, weil ich hier der ortsanwesende Vorsitzende des Bayerischen Bauernverbandes bin. Beschließen Sie, was sie wollen, mit der Annahme dieses Beschlusses scheide ich aus allen Funktionen der Union aus und bleibe nur noch gewöhnliches Mitglied. Mir ist das sehr angenehm.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Baumgartner* ist als erster von mir genannt worden. Er kann, glaube ich, auch als Vertreter der Landwirtschaft gelten.

(Zurufe, Unruhe im Saal. - Vorher hat man Sie für den Prüfungsausschuß vorgeschlagen, da haben Sie wegen Überarbeitung abgelehnt!)

Dr. *Horlacher*: Das ist etwas ganz anderes. Dieser Ausschuß ist ein Ausschuß zu grundsätzlichen Fragen.

Schäfer: Ich glaube, es läßt sich ohne weiteres machen, daß wir Dr. *Horlacher* hereinnehmen, nachdem Dr. *Baumgartner* Minister ist und wir ihn daher herauslassen können. Damit ist abgeholfen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gut, einverstanden.

(Zuruf: Und *Hundhammer* auch.)

Er ist sowieso ständig hier.
Warmuth bittet um geheime Abstimmung, zieht aber seinen Antrag dann zurück.
Krempl will neben dem Bauernstand und den Beamten auch den Mittelstand vertreten haben.
Dr. *Geiselberger* erwidert, wenn man sich ins Detail verzettele, komme man überhaupt zu nichts.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich lasse über den Antrag abstimmen mit der Umbesetzung Dr. *Horlacher* anstelle von Dr. *Baumgartner*.
Holzer: Ich stelle den Antrag, daß ausdrücklich im Antrag vermerkt wird, daß alle in München zur Zeit der Einberufung Abwesenden auch einberufen werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nachdem ich die Erklärung abgegeben hatte, ist Ihr Antrag etwas merkwürdig. Aber ich lasse nachher darüber abstimmen.
Wer enthält sich?
Wer ist dagegen?
Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung einstimmig angenommen.
Dr. *Horlacher*: Ich begehe in meinem Leben nie Inkonsequenzen. Ich habe den Ausschuß für überflüssig gehalten. Ich bin infolgedessen gegen diesen Antrag. Ich halte den Ausschuß nicht für notwendig, weil im Arbeitsausschuß ganz andere Persönlichkeiten waren, Herr *Schwingenstein* usw. Die sieben Mitglieder des Arbeitsausschusses sind aus irgendwelchen Gründen plötzlich ausgewechselt worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe heute schon gesagt: An und für sich ist der Arbeitsausschuß, so wie er jetzt besteht, noch aktionsfähig, solange, bis die neuen Statuten durchgeführt sind. Wenn die neuen Statuten durchgeführt sind, ist der Arbeitsausschuß praktisch überholt. Ich brauche den Arbeitsausschuß für andere Aufgaben. Den neuen Ausschuß brauche ich für Spezialaufgaben, die jetzt so rasch wie möglich in Angriff genommen und durchgeführt werden müssen. Sonst reden wir nur, und wenn die Verantwortung kommt, haben wir die Zeit verloren.
Es wird nicht mehr abgestimmt. Ich habe vorhin schon erklärt, daß die in München anwesenden Mitglieder in besonders dringenden Fällen zusammenkommen. Es wird dann sofort der Ausschuß als solcher so rasch als möglich einberufen. Wenn Beschlüsse gefaßt werden, wird die Genehmigung des gesamten Ausschusses eingeholt. Mit dieser Maßgabe frage ich Sie, ob eigens über den Antrag *Holzer* abgestimmt werden soll.
Holzer: Ich ziehe den Antrag zurück.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Da kommen wir zur Fortsetzung der weiteren Aussprache. Ich bedauere, daß soundso viele Freunde weggegangen sind.
Fischer (Augsburg) zieht einen von ihm gestellten Antrag zurück.
Dr. *Hundhammer*: Wir sind heute an sich dazugekommen, wie man zu sagen pflegt, die Atmosphäre in etwa zu klären. Zu dieser Debatte aber kommen wir jetzt in einer sehr späten Stunde, die wahrscheinlich nicht mehr die Möglichkeit zu einer grundsätzlichen Aufrollung vieler Fragen die Zeit läßt, die notwendig wäre. Ich möchte

mich daher im Hinblick auf die vorgerückte Zeit gewissermaßen auf die Titelüberschriften der Probleme beschränken, die ich sonst aufrollen wollte.
Die erste Frage knüpft an die Diskussion über die Berliner Ausführungen unseres Landesvorsitzenden an. Herr Dr. *Schlögl* hat zu den Ausführungen als solchen Stellung genommen. Ich möchte die Frage aufwerfen, Herr Dr. *Müller*, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre und vielleicht in Zukunft zur Erleichterung der Situation beitragen würde, wenn z.B. zu einer solchen Fahrt nach Berlin nicht bloß zwei Herren zugezogen würden wie der Herr Dr. *Kroll* und Herr *Steber* - ich weiß nicht, ob er noch da ist -, die bei uns nun einmal im Ruf stehen, daß sie einseitig eine bestimmte, nicht gerade bayerisch eingestellte Richtung vertreten. Ich komme zu dem Urteil auch deswegen, weil ich die dicke Denkschrift von Dr. *Kroll* über die Neuregelung der Verhältnisse kenne.
Meine grundsätzliche erste Anregung ist also, es möchten in solchen Fällen Gremien nicht einseitig zusammengesetzt sein. Bei der neuen Ausschußbildung vorhin ist dieser Situation bereits etwas besser Rechnung getragen worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zur Abkürzung darf ich kurz erklären: Für die Reise waren weiterhin vorgesehen Dr. *Schamagl*, Dr. *Horlacher* und Dr. *Baumgartner*. Für diese Herren waren die Interzonenpässe schon bereitgelegen. Droben waren *von Prittwitz-Gaffron*, *Steber* und Dr. *Kroll*. Ich habe selbst bedauert, daß die anderen Herren nicht mitgegangen sind.
Dr. *Horlacher*: Ich konnte nicht, weil ich im Länderrat wichtige Besprechungen hatte. Aber ich habe dem Herrn Vorsitzenden einen Brief geschrieben, aus dem die Stellungnahme, die ich eingenommen hätte, klar und deutlich ersichtlich ist. Ich habe von diesem Brief in den Verlautbarungen des Herrn Vorsitzenden keine Zeile bemerkt.
Dr. *Hundhammer*: Die zweite Frage, die ich anschneiden wollte und die ich ebenso kurz abtun werde, betrifft den politischen Kurs an sich. Ich habe beim Landesvorsitzenden - ich spreche das offen aus, ich bin bekannt als Freund der offenen Aussprache - im ersten Halbjahr meiner Betätigung den unbedingten Eindruck gehabt, daß er sich zu sehr bemüht hat, einen Konflikt mit den Kommunisten zu vermeiden, und daß er zu sehr geneigt war, nach dieser Richtung hin den Kontakt aufrechtzuerhalten. Ich bin der Auffassung, daß das tragende Moment unserer Partei eine ganz klare Linie gegen die Kommunisten zu sein hat. Was uns die Wähler in Wirklichkeit gebracht hat, ist nicht unsere Propaganda, nicht unsere sonstige Tüchtigkeit, sondern das ist der einzige Umstand, daß die überwiegende Mehrheit der Wähler in uns, in der Christlich-Sozialen Union, das wirkliche Bollwerk gegen die kommunistische Gefahr sieht.

(Jawohl!)

Ich halte es deswegen für unbedingt notwendig, daß wir in dieser Beziehung - der Vorsitzende hat jetzt in der letzten Zeit in etwa eine andere Linie in der Öffentlichkeit schon vertreten - ganz klare Haltung beziehen. Wir wollen keinen Weg nach Moskau. Wir können uns in der gegenwärtigen Situation auch unserem Vaterland gegenüber der uns heute gegebenen Pflicht nur entledigen, wenn wir den Damm gegen die kommunistische Gefahr bilden. Deswegen möchte ich in dieser Richtung eine absolut klare und eindeutige Linie halten.
Damit hängt auch etwas anderes zusammen: Der Herr Vorsitzende vertritt die Auffassung, daß wir in etwa mit unserer Gesamthaltung daraufhin abstellen müssen, daß wir den Osten, der heute unter russischer Besatzung steht, noch halten.

Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, wir können nur durch eine ganz klare Herausstellung unserer nichtkommunistischen Prinzipien einen Halt bilden, nicht dadurch, daß wir uns etwa mit den Leuten aus der russischen Zone zusammensetzen und versuchen, mit diesen schon im Hinblick auf die kommende Union, eine Reichsunion, besonderen Kontakt zu halten. Ich habe meine Meinung über die Verhältnisse gebildet aus sehr eingehender Aussprache mit Dr. *Hermes*, der früher bis zu seiner Absetzung durch die Russen der Vorsitzende der CDU in Berlin gewesen ist.
Damit hängt dann in etwa schon meine Haltung zu der Frage der Reichsunion zusammen. Ich gebrauche jetzt das Wort zum ersten Mal. Wir sind der Meinung, daß man mit dem Hineingehen in eine Reichseinheitspartei, in eine Einheitsunion für das Deutsche Reich, langsamer treten soll. Wir haben die Auffassung, daß der Herr Vorsitzende [*Josef Müller*] in seiner Bereitwilligkeit, es als Selbstverständlichkeit hinzustellen, daß wir in die Union für das ganze Gebiet mit dem russischen Gebiet zusammengehen werden, zu weit vorgeprellt ist. Über diese Frage hätte vorher in unserem Kreis eingehend gesprochen werden müssen.
Eine andere Frage betrifft einen Punkt, der allerdings durch die Abstimmung von vorhin zum Teil schon etwas überholt ist: Können wir in unserem Parteiapparat irgendwie belastete Personen beschäftigen? Ich bin der Meinung, wir können das nicht, selbst dann nicht, wenn seitens der Militärregierung erklärt wird, es liege gegen bestimmte Personen nichts vor. Ich habe heute wieder folgenden Fall erlebt mit dem in Oberbayern gewählten Abgeordneten Dr. *Lenz*. Ich bin selbst bei Major *Vacca* gewesen und habe gefragt: Herr Major, besteht seitens der Militärregierung ein Bedenken oder würde es irgendwie unangenehm aufgenommen werden, wenn Dr. *Lenz* für uns als Kandidat aufgestellt wird? Er sagte mir: Nein, es bestehen keine Bedenken. Heute werde ich angerufen, Dr. *Lenz* wird als Abgeordneter abgelehnt.
Wir haben in anderen Fällen auch schon erlebt - nicht nur im Würzburger Fall mit dem berühmten Mißverständnis -, daß zunächst gesagt wird, Ihr könnt das und das tun, und hernach stellt sich etwas anderes heraus.
Das zweite Problem bei der Beschäftigung der belasteten Personen in der Partei ist der Gesichtspunkt der Öffentlichkeit, nicht nur die Frage, wie sich die Besatzungsmacht dazu stellt. Wie würde es aussehen, wenn die kommunistische und sozialdemokratische Propaganda eine Liste der Leute bringen würde, die irgendwie belastet sind und bei uns beschäftigt werden? Dann können wir uns in der Öffentlichkeit nicht damit entschuldigen, daß etwa die Besatzungsmacht erklärt hat, es bestehen keine Bedenken. Deshalb darf ich heute schon erklären, daß ich auf rascheste Entscheidung und Durchführung von Maßnahmen auf diesem Gebiet im Interesse der Partei den allergrößen Wert lege.
Von einer anderen Frage, die ich noch gern kurz anschneiden möchte, wurde heute schon ein paar Mal gesprochen. Es wurde dem Vorsitzenden geraten, nicht so leicht Drohungen auszusprechen. Ich habe schon einmal Anlaß gehabt, in einem kleineren Kreis sehr deutlich dazu Stellung zu nehmen. Ich möchte mich heute unbedingt dieser Mahnung anschließen. Wenn es hier jemand für notwendig oder sogar für seine Gewissenspflicht hält, in bestimmten Dingen einen anderen Kurs zu vertreten, als er vielleicht bei der Militärregierung momentan sich durchgesetzt hat, so ist es nicht etwa am Platze zu sagen, es gäbe Mittel, um den Mann kaltzustellen, sondern es ist am Platze zu überlegen, daß erstens eine gewisse Opposition innerhalb der Partei vielleicht sogar in manchen Fragen nützlich sein kann, und daß zweitens derjenige, der eine andere Meinung vertritt oder einen anderen Kurs für richtig hält, dies nicht immer

aus bösem Willen heraus tun muß oder aus selbstsüchtigen Motiven, sondern weil er die Vertretung der von ihm eingeschlagenen Linie für eine Gewissenspflicht im Interesse seiner Heimat und der Allgemeinheit hält.
Zum Schluß noch eine kurze sachliche Frage, nämlich nach unseren Parteisatzungen, die an sich seinerzeit gegen meine Meinung beschlossen worden sind. Ich habe gegen die Satzungen gesprochen. Aber wir haben inzwischen nichts gehört, wie weit sie genehmigt sind oder nicht und wie die Lage in dieser Beziehung ist. Ich möchte darüber gern Aufklärung haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Parteisatzungen werden in absehbarer Zeit genehmigt werden. Ich habe gestern abend noch bei der Militärregierung eine Rücksprache gehabt. Ich habe hier den Entwurf eines Schreibens, das an mich gerichtet ist, nachdem es vorher zwischen den mittlerweile in der neuen politischen Abteilung angetretenen Herren und mir besprochen wurde. Die Aussprache findet durchaus auf freundschaftlicher Basis statt. Der bisherige politische Referent hat leider die Satzungen bisher noch nicht bearbeitet gehabt und keine Vorschläge dazu gemacht.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Wer ist der neue Referent?)

Es sind jetzt drei neue Herren da, die die politische Abteilung führen. Das ist Col. *Burns*[9] (?), Major *Schweizer* und Mr. *Purpos*[10] (?).
Von der Militärregierung werden einige Änderungen gewünscht. Sie sind aber nicht etwa so, wie manche Leute draußen es in der Flüsterpropaganda dargestellt haben, daß man Anstoß nehmen würde an einer Parteidiktatur.
Ich darf dann weiterhin erwähnen: Es fällt auf, wenn man sieht, daß gleichzeitig ein Schreiben herumgegangen ist, das bei unseren Leuten Verbreitung gefunden hat, aber offenkundig auch anderswohin gekommen ist, und das von dem Herrn *Messmer* stammt, der damals in Bamberg hinausgeflogen ist. Ausgerechnet von diesem Mann wird in dem Schreiben eine Kritik unserer Parteisatzungen mit Einzelausführungen zu den einzelnen Punkten gegeben. Diese Kritik kam zustande unter Mitwirkung von Parteifreunden. Herr *Holzer*, Herr *Fißlthaler*[11] und auch einige andere haben mitgewirkt.
Holzer: Ich stelle richtig, daß ich an der Kritik der Parteisatzungen, wie sie hier vorliegen, und von der ich übrigens nichts weiß, nicht mitgewirkt habe.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird ausdrücklich vom Herrn *Messmer* darauf Bezug genommen.
Holzer: Tut mir leid, ich kann meine Erklärung nur wiederholen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bedaure feststellen zu müssen, daß auch da Parteifreunde die demokratische Möglichkeit, auf die Parteientwicklung Einfluß zu nehmen, darin gesehen haben, daß sie auf diese Weise Außenstehende unterstützt haben, die offenkundig auch mit anderen zusammenarbeiten, und dann die Hilfe der Militärregierung gegen die eigene Partei beansprucht haben.
Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt*: Darf ich der Ordnung halber richtigstellen: Der Herr *Messmer* ist noch Mitglied der Union, und zwar in der Stadtgruppe des Herrn *Sporer*.

[9] In der Vorlage: "Birnes".
[10] Gemeint ist offenbar Pierre Purves.
[11] In der Vorlage: "Viesentaler".

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Er ist es noch, trotzdem in Bamberg der Wille der Parteifreunde eindeutig zur Kenntnis dieser Gruppe kam.
Meine lieben Freunde! Ich möchte noch kurz zu den anderen Ausführungen Stellung nehmen. Ich fasse mich kurz. Vielleicht kann nachher noch eine Ergänzung gegeben werden.
Ich bedauere, daß *Hundhammer* eine Wendung von Kaltstellung gebracht hat.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Dieses Wort ist nicht in dem Sinn gefallen, sondern in anderem Wortlaut!)

Ich kann nur sagen, daß damals bei der Militärregierung Aussprachen waren, und daß bei der Militärregierung auf verschiedene Erklärungen aufmerksam gemacht wurde, die abgegeben wurden, ferner auf Reden. Ich habe damals in wohlwollendstem Sinne *Hundhammer* einmal gebeten, von Reden Abstand zu nehmen, und zwar deswegen, weil mir gerade eine Rede vorgehalten wurde, die nicht nur Konsequenzen für *Hundhammer*, sondern auch für die Union haben konnte. Es war die Rede, in der *Hundhammer* erklärt hat, er habe seinem König den Treueeid geschworen und er fühle sich noch daran gebunden. In der Zeit, in der die Debatte um die Königspartei ging, um die ganze Monarchiefrage, in der gerade Zusammenhänge zwischen Königspartei und uns dazu dienen sollten, die Union als reaktionär zu bezeichnen, waren solche Worte zumindest gefährlich. Damals wurde ich das erste Mal darauf aufmerksam gemacht, daß ich doch hier für Klarheit sorgen sollte.
Des weiteren spielt hier eine Unterredung herein, die bei der Militärregierung im Zusammenhang mit einer Aussprache über das Denazifizierungsproblem stattfand, als ich der Erklärung zustimmte und sagte, ich würde diese meine Zustimmung auch dem Arbeitsausschuß vortragen und die Zustimmung des Arbeitsausschusses einholen. Da bemerkte Col. *Reese*: Wenn der Arbeitsausschuß nicht zustimmt, dann lösen Sie ihn eben auf und bestellen einen neuen.
Ich habe nicht vor der Abstimmung, aber nach der Abstimmung von diesen Worten Kenntnis gegeben. Auch das wurde bedauerlicherweise wieder in einem Pamphlet gegen mich verwendet, so, wie ich die Äußerung gebraucht habe.
Dr. *Hundhammer*: Die Äußerung ist am 1. Mai in der Gedonstraße 4 gefallen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Du hast vorher Deine Rede über den Treueeid gegenüber dem König gehalten.
Wenn mir nun in der Militärregierung etwas gesagt wird, was einen Parteifreund oder die Union betrifft, so muß ich doch den Parteifreunden das zur Kenntnis bringen. Wenn ich es nicht sage, können sie mir einen Vorwurf machen. Wenn dann nachher irgendeine Gefahr eintritt, dann kann ich die Gefahr viel schwerer beseitigen, als wenn ich vorher einem sage, es steht ernst, das und das vertritt die Union[12] bzw. die und die Haltung nimmt sie ein.
Ich sehe, mein Freund *Falkner* lacht dazu. Er hätte auch zu einem bestimmten Zeitpunkt Mißtrauen haben können. Wir haben eine wirklich schwere Situation gemeinsam dadurch gemeistert, daß wir uns offen ausgesprochen und die Konsequenzen daraus gezogen haben. So wie wir die Schwierigkeiten überwunden haben, könnte man sie auch anderswo überwinden, wenn eine vertrauensmäßige Grundlage da wäre.
Es hat sich mittlerweile doch gezeigt, daß da und dort nicht immer das Vertrauen in dem Maße vorhanden war, daß man die entsprechenden Konsequenzen aus solchen

[12] Gemeint ist offenbar die Militärregierung.

Bemerkungen gezogen hat. Es wird vielmehr irgendeine Möglichkeit gesucht, diese Bemerkung dann gegen d[en] Parteivorsitzenden auszuwerten.
Meine lieben Freunde! Solange ich noch da bin, halte ich es so. Vielleicht suchen Sie sich bald einen anderen, der dann die Union in anderer Weise führt.
Das folgende mögen Sie nun gern hören oder nicht: Als letzthin die Kämpfe sehr stark im Gange waren, hat ein mir nahestehender amerikanischer Freund etwas gesagt, worauf ich wirklich bestimmte Dispositionen abstellen konnte: Die Union ist bis jetzt ein Parteienblock, und es wird nur darauf ankommen, ob sie zur Partei wird. Er sagte weiter: Sie können wirklich glauben - ich sage es auf Ehr und Gewissen: Wenn Sie nicht vorne dran wären, würden vielleicht andere Konsequenzen gezogen worden sein. Denn schließlich und endlich gilt mein Name dort nicht erst etwas, seitdem ich an dieser Stelle stehe. Schließlich und endlich habe ich in der Vergangenheit ein Recht darauf erworben, manches freie Wort sagen zu können. Wenn dieses Vertrauensverhältnis aufgrund der Vergangenheit besteht, so stelle ich das Vertrauen, daß mir gegeben wird, damit der Union zur Verfügung.
Wie lange ich das noch tue, weiß ich nicht, weil ich sehe, daß offenkundig die auseinanderstrebenden Kräfte immer wieder dann zusammenkommen, wenn es gegen den Parteivorsitzenden geht. So kann auf die Dauer eine Partei nicht geführt werden, weil eben die normalen Kräfte eines Menschen dafür nicht mehr ausreichen. Sie werden also möglicherweise bald vor schweren und letzten Entscheidungen stehen.
Ich erteile dem nächsten Redner das Wort.
Dr. *Horlacher*: Der Herr Vorsitzende [*Josef Müller*] hat zum Schluß von den auseinanderstrebenden Kräften gesprochen, die immer gegen die Person des Vorsitzenden zusammengehen. Dagegen möchte ich Widerspruch erheben. Denn so ist die Lage nicht. Es streben gar keine Kräfte auseinander, sondern wir sind mit verschiedenen sachlichen Haltungen nicht einverstanden. Wir haben nach verschiedenen Richtungen hin wesentliche Bemerkungen zu machen. Dabei stehen wesentliche Teile der Wählerschaft in Stadt und Land auf unserer Seite. Deswegen sind wir gezwungen, auf gewisse Klarstellungen zu dringen. Das hat mit der Person des Vorsitzenden gar nichts zu tun. Ich würde nur wünschen, daß wir endlich dazu kommen, das Kleinzeug aus unserer Partei herauszulassen.

(Sehr richtig!)

Das kann anderswo erörtert werden.
Der Herr Vorsitzende hat die Gabe eines guten Advokaten. Er versteht, aus schwarz weiß zu machen. Diese Eigenschaft des Advokaten verbindet sich oft recht unangenehm mit der Eigenschaft des Parteivorsitzenden. Das muß als Parteivorsitzender ausscheiden. Wir haben kein Interesse zu erfahren, ob der Herr *Messmer* mit dem oder jenem gesprochen hat. Mir wäre so etwas gleichgültig. Wenn ich einen erwische, der gegen mich arbeitet, so packe ich ihn, wenn grundlegende Dinge auseinandergesetzt werden. Sachliche Meinungsverschiedenheiten werden immer und in jeder Partei auftreten. Flüsterpropaganda betreiben wir nicht. Es betrifft lediglich Dinge, die die Wählerschaft aufgrund ihrer Kenntnisse an uns heranträgt.
Ich muß offen und ehrlich gestehen: Ich bin seinerzeit dafür eingetreten, in Widerspruch mit großen Teilen der Parteifreunde, die Satzung en bloc anzunehmen. Wenn ich damals nicht gewesen wäre und den Teil der Parteifreunde zurückgehalten hätte, so hätte es eine uferlose Diskussion gegeben. Heute machen sie den Vorwurf, daß ich Schuld bin am Zustandekommen der Satzungen. Wenn ich die Satzung nachträglich

lese, so hat sie einen Aufbau, der zumindest nicht klar ist. Daher kommen die Klagen der Wähler.
Nun etwas besonders wesentliches: Ich würde bitten, die Frage des Kommunismus, die mein Freund *Hundhammer* angeschnitten hat, in einer Form zu behandeln, daß wir keine Schwierigkeiten mit der Besatzungsmacht bekommen. Mir ist von der Besatzungsmacht wiederholt erklärt worden: Das sind eben unsere Verbündeten. Wogegen wir reden müssen, das ist die Diktatur in jeder Form. Da genügt es auch vollständig, wenn wir über die Lage sprechen, wie sie beispielsweise in anderen Ländern auf dem Gebiet der Landwirtschaft ist. Das verstehen unsere Hörer. Deswegen braucht man die Dinge nicht so beim Namen zu nennen und sich damit Schwierigkeiten schaffen.
Wenn ich rede, brauchen Sie (zum Vorsitzenden) ja nicht Obacht zu geben.
Nun kommt ein anderes Kapitel. Es betrifft den Herrn Dr. *Pix*. Ich habe die dringende Bitte an Sie, daß Sie die Empfindlichkeit auf diesem Gebiet endlich zurückstellen und trachten, daß Sie mit dem Herrn Dr. *Pix* auf ein gutes freundschaftliches Verhältnis kommen, wie es früher der Fall gewesen ist. Denn der Herr Dr. *Pix* hat nun einmal einen maßgebenden Einfluß auf die gesamte bayerische Presse. Ich bitte also, daß diese Verstimmungen aus dem Weg geräumt werden. Denn damit kann man keine Politik machen.
Dann zur bayerischen Frage, die mir sehr wesentlich ist. Mit ein paar Schlagworten können die Dinge nicht abgetan werden. Ich habe mir die Rede des Vorsitzenden in dieser Beziehung genau angehört. Ich war heute nachmittag froh, als unsere Besprechungen durch die Referate auf einen gewissen höheren Punkt gekommen waren. Die Ausführungen des Herrn Vorsitzenden aber haben mich nicht befriedigt in der Frage des Aufbaues des Reichs.
Der Herr *Kaiser* hat nämlich eine Broschüre herausgegeben "Der soziale Staat". Wir sind aufgrund unserer langjährigen parlamentarischen Erfahrung vom Jahre 1920 bis 1933 - wenigstens ich - genau informiert, wie man in Berlin verfährt. Dazu muß man das Berliner Pflaster kennen, um zu wissen, welche Gefahren für den Süddeutschen darin liegen, auf das Glatteis der norddeutschen Formulierungen zu gehen. Das ist die große Sorge unserer Leute.
Der Herr *Kaiser* kann nicht mehr aus seiner Haut herausfahren, nachdem er folgendes geschrieben hat:

> Die Länder können keinesfalls Souveränitätsrechte für sich in Anspruch nehmen. Man wird der Lösung näherkommen, wenn man auf die Schlagworte Einheitsstaat oder Föderalismus verzichtet und sich den Grundsatz zur Richtschnur macht, daß die Länder und Provinzen die Schwerpunkte der Verwaltung darstellen, während die Reichszentrale in erster Linie den Schwerpunkt der Gesetzgebung bildet. Es wird keinen Streit darüber geben, daß dem Reich die Aufgaben der Rechtsprechung, der Außenpolitik, der Handels- und der Zollpolitik, der Post und Eisenbahn, in den gebotenen Grenzen auch der Steuer- und Finanzpolitik zustehen müssen. Dazu eine Grundsatzgesetzgebung auf allen Gebieten, auf denen eine einheitliche Verwaltung wünschenswert und notwendig erscheint.

Meine Damen und Herren! Dieser Standpunkt ist für uns nach unserer bayerischen Auffassung vollständig untragbar.

(Sehr richtig!)

Wir haben jetzt eine geschichtliche Aufgabe zu erfüllen, sowohl in Bayern wie im Reich, in Bayern, daß wir die Hand, die wir von der amerikanischen Seite geboten bekommen, ergreifen und daß wir uns zunächst ohne Rücksicht auf die kommende Gestaltung des Reiches, die noch in weiter Ferne liegt, den Bayerischen Staat als einen Machtfaktor innerhalb des kommenden Reiches gestalten, und zwar in einer Form, daß wir nicht mehr von den Anweisungen einer Berliner Zentrale abhängig sind.
Der zweite Gesichtspunkt ist der, daß wir gar nicht gegen das Reich sind. Ich bin selber Franke und weiß die fränkische Mentalität einzuschätzen. Ich weiß, daß der Franke genauso wie der Altbayer ein Gegner jeden Berliner Zentralismus ist.
Wir wollen schon eine gemeinsame Zusammenarbeit mit dem Reich, aber das Reich muß sich möglichst aus einzelnen Bundesstaaten zusammensetzen. Die Voraussetzungen sind vor allem in Bayern und auch noch in Württemberg-Baden und Hessen gegeben. Aber dann hört es auf. Dann kommt die Konkursmasse des preußischen Staates. Ich kann Ihnen ehrlich sagen, ich bin froh, daß die Tradition des preußischen Staates, die ich für ein Unglück für das Deutschland der letzten hundert Jahre halte, zusammengebrochen ist. Sie hat uns keinen Segen gebracht, sondern nur das Gegenteil. Da müssen sich erst die einzelnen Länder bilden, die einzelnen Bundesstaaten, ob sie nun Hannover heißen, das schon lange die Sehnsucht hat, aus der preußischen Herrschaftssphäre herauszukommen, oder Weser-Ems oder Rhein-Ruhr. Das sind die Fragen, die erst in Norddeutschland erledigt sein müssen. Solange sie nicht erledigt sind, kann nicht daran gedacht werden, ein einheitliches Reich aufzubauen. Aufbauen müssen wir jetzt von unten, von den Ländern her. Zuerst müssen das Fundament und die Stockwerke geschaffen werden, und dann kommt über das Ganze das Dach des Reiches.
Daß wir selbstverständlich für eine gewisse wirtschaftliche Einheit des Reiches sind, ist sonnenklar. Das haben wir auch in den Versammlungen immer wieder betont. Daß wir dafür sind, daß die Zonengrenzen fallen, ist ebenfalls ganz selbstverständlich. Es ist aber eine Grundsatzvoraussetzung für die Arbeit, daß wir eine einheitliche Linie bezüglich des inneren Aufbaues des Reiches haben müssen. Wir halten jedenfalls an dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches fest.
Ich habe letzthin in einer Tagung gesagt, daß viele Leute den Unterschied zwischen Bundesstaat und Staatenbund nicht kennen. Bundesstaat ist der Aufbau des Reiches auf selbständigen Staaten, wobei die einzelnen Staatsbürger sowohl Interesse an dem Bundesstaat, also dem Einzelstaat innerhalb des Reiches, haben wie auch gewisse Reichsinteressen. Der bundesstaatliche Charakter verbindet sowohl mit dem Land wie mit dem kommenden Reich. Der Staatenbund ist nur eine Verbindung der einzelnen Gliedstaaten. Die Lösung für uns liegt im bundesstaatlichen Aufbau des Reiches, allerdings mit der Maßgabe, daß wir künftig von den Bundesstaaten an das Reich nur die Rechte abgeben, die das Reich zu seinem Leben unbedingt benötigt, aber nicht mehr und nicht mehr so, wie die Herren von Berlin mit ihrem Scheinföderalismus es wollen.
Ich traue den Herren, je weiter sie im Norden wohnen, um so weniger. Denn ihre Suada[13] übertüncht alles. Aber wir sind klug genug und haben die entsprechende Schulung, daß wir wissen, daß es um Grundsätze geht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich auf die Zeit aufmerksam machen.

[13] In der Vorlage: "Swada".

Dr. *Horlacher*: Der Hauptgrundsatz ist der, daß Bayern und der deutsche Süden innerhalb des Reiches eine andere Stellung einnehmen müssen, als es vorher der Fall gewesen ist.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *von Prittwitz* war dabei, als im Verfassungsausschuß der Union der Sowjetzone besprochen wurde, wie sich die Leute dort die Verfassung vorstellen. Ich bitte ihn, das rasch vorzutragen, damit man sieht, daß wir wirklich in den leeren Raum hineinreden.

Von Prittwitz-Gaffron: Ich habe mich sowieso zum Wort gemeldet.

Ich hatte die Ehre, an den Sitzungen des Verfassungsausschusses der Sowjetzone der CDU in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des zwischenstaatlichen Ausschusses teilzunehmen. Man nimmt gewöhnlich an und sagt in Deutschland so oft, daß wir ein Objekt der Politik sind und keinen Einfluß auf die auswärtigen Dinge nehmen können. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß hierin ein gewisser Irrtum liegt. Wir können unter zwei Bedingungen einen gewissen Einfluß ausüben, daß wir erstens einmal immer wieder, soweit es in unseren Kräften steht, dafür eintreten, daß wir eine Friedenspolitik in der Welt sehen wollen. Das wollen die Leute im Auslande von uns hören. Denn nur aus einem Bekenntnis zum Frieden können sie sehen, daß wir einmal ein Mitglied der Völkerfamilie werden und mit ihr zusammenarbeiten wollen.

Das zweite Argument berührt die Fragen von *Schlögl*, *Horlacher* und anderen Herren. Es ist die Frage eines Deutschlands als allgemeine Einheit. Es ist doch so, daß sich die Alliierten geradezu an diesen Begriff von Deutschland klammern. Denn nur mit diesem Deutschland können sie ja Frieden schließen. Infolgedessen darf dieses Deutschland nicht von den Deutschen preisgegeben werden.

Dies nur ganz allgemein gesagt. Jeder der Alliierten, mit dem ich in Berlin gesprochen habe, hat geradezu zitternd gefragt: Ihr seid doch für die deutsche Einheit?

Was die Frage betrifft, die Dr. *Horlacher* angeschnitten hat, so bewegt sie sich ganz auf dem Grunde, der in der berühmten Resolution mit den fünf Punkten niedergelegt ist, die ich selbst unterschrieben habe. Es ist außerdem jedem bekannt, was ich darüber denke, da ich seit dem Jahre 1918 in bezug auf den staatlichen Aufbau Deutschlands immer wieder dasselbe wiederholt habe.

Die Eindrücke, die wir alle in Berlin gewonnen haben, sind durchaus eindeutige in dem Sinne, daß der Überrest von Preußen, der überhaupt nur noch in einzelnen Bestandteilen besteht, vollkommen in die Ecke gedrängt ist.

Redner führt dann aus, daß er im Verfassungsausschuß die Belange Bayerns zu vertreten gehabt habe. Man hätte dort mit der Laterne nach einem Zentralisten suchen müssen. Man habe heute ein ganz anderes Berlin vor sich als früher. Nach der Auflösung Preußens steckte ja nichts mehr dahinter. In dem Ausschuß habe die amerikanische Bundesrepublik als Vorbild gedient. Auf dieser Basis habe man sich dort geeinigt.

Das Bekenntnis zu Deutschland schließe ein außenpolitisches Bekenntnis in sich. Wenn Deutschland auseinanderbräche, würden die Rivalitäten ins Unermeßliche steigen und die Leidtragenden wären die Deutschen selbst, einschließlich der Bayern.

Das Eintreten Bayerns in Berlin - wenigstens der bayerischen CSU-Vertreter - für den deutschen Bundesstaat im Sinne des ersten Punktes der berühmten Resolution sei daher ein Aktivum für die deutsche Zukunft und nicht ein Negativum.

Vorsitzender [*Josef Müller*] bedauert, daß die Ausführungen *von Prittwitz-Gaffrons* vor einem halbgeleerten Saal gemacht worden seien und daß gerade die Leute, die es bei Angriffen besonders ernst nähmen, fehlten, wenn positive Dinge entwickelt würden. Mit Worten des Dankes an die treuen Mitarbeiter, die bis zum Schluß ausgehalten hätten, schließt er die Sitzung.

Schluß der Sitzung 20.11 Uhr.

Nr. 22

Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 6. September 1946 in München

Tagesordnung:[1]

1. Bericht über Stand der Parteiorganisation und beabsichtigte weitere Maßnahmen sowie Wahlvorbereitungen
2. Bericht über Stand der Satzungsgenehmigung durch die Militärregierung
3. Berichte über die Vorarbeiten und den Stand der Ausarbeitung zum Parteiprogramm
4. Bericht des Herrn Landesvorsitzenden über die Interzonenpolitik der Union
5. Bericht über Arbeiten des Flüchtlingsausschusses
6. Bericht über Arbeiten des Wirtschaftspolitischen Ausschusses
7. Bericht über den Stand der Verfassungsverhandlungen
8. Bericht des Herrn Landesvorsitzenden zu einzelnen Fragen der Verfassung und über die Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion
9. Politische Aussprache
10. Verschiedenes

Tagungsort: München, Wirtschaftsministerium, Prinzregentenstraße 28

Anwesend:[2] A. von Aretin, Arnold, R. Berger, Boehlke, Brandner, Butterhof, Jos. Detsch, Donsberger, von Eicken, Elhardt, Etterer, Euerl, Fackler, J. Fischer, Gamperl, Geiselberger, Gerathewohl, Grasmann, Hafenbrädl, Hahn, Hagn, Haugg, H. Haunhorst, Haußleiter, (Heubl), Holzmann, Hundhammer, Jaeger, Karpf, Klenk, E. Koch, Koenig, E. Kraus, Kroll, Kübler, Kurz, Lacherbauer, Liedig, A. Maier, R. Martin, Mauerer, Meyer-Spreckels, Miesgang, J.Müller, J.M. Müller, Muhler, Neumann, Ostwald, Ott, Pflaum, Hans Pflüger, von Prittwitz-Gaffron, Probst, Rattler, Rindt, Rothermel, F.L. Sauer, F. Schäfer, Scharnagl, Schedl, Schwägerl, Semler, Speicher, Sporer, Staab, Steber, Stücklen, Stürmann, Ulrich, Vogl, von Voretzsch, Warmuth, Weinkamm, G. Weinzierl, Weiß, Willke

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel

Die Sitzung wird um 10.05 durch den Landesvorsitzenden Dr. *Müller* eröffnet.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Liebe Parteifreunde! Ich eröffne die Sitzung des Landesausschusses, zu der die Freunde vordringlicherweise unter Abkürzung der Fristen einberufen worden sind. Ich darf vorher feststellen: Anwesend dürfen nur sein Vertreter für den Landesauschuß und solche Parteifreunde, die aus bestimmten zwingenden Gründen ausdrücklich die Erlaubnis haben, anwesend zu sein. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß Vertreter der Militärregierung, soweit welche erscheinen, zugelassen sind. Auf der anderen Seite ist es so, daß die Fragen, die in einer Landesausschußsitzung besprochen werden, von entscheidender Bedeutung sind. Infolgedessen ist es eine Selbstverständlichkeit, daß eine gewisse Vertraulichkeit, die in jeder Partei üblich ist, gewahrt werden muß.

---

1 Von der Landesgeschäftsstelle am 5. September 1946 so formuliert (ACSP, CSU-Landesausschüsse, 6. September 1946) und in der Sitzung (vgl. S. 519) den Mitgliedern des Landesausschusses bekanntgegeben. Tatsächlich entfiel jedoch Punkt 5. In den Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union Nr. 10 vom 21. September 1946 wurde die Sitzung vom 6. September fälschlich auf den 5. September datiert.

2 Laut Anwesenheitsliste. Fünf Namen von Delegierten und die der beiden Vertreter der Militärregierung sind unleserlich.

Sollten irgendwelche Personen anwesend sein, die nicht als Vertreter hier sind, so bitte ich sie, den Raum zu verlassen.
Pflaum: Vom Bezirksverband München sind eine Reihe von Herren anwesend, die nicht stimmberechtigt sind. Vor allem ist gestern eine Kommission bestellt worden, die Ihnen eine Resolution zu überbringen hat. Die Resolution habe ich hier bereits abgegeben. Außerdem sehe ich hier eine Reihe von Herren, die wohl im Ausschuß des Bezirksverbandes München sind, aber keine Stimmberechtigung haben. Die Herren sind hierher gekommen, weil sie eben in München ansässig sind und weil bekannt wurde, daß es in Bamberg eine Gepflogenheit war, daß die Freunde aus der Stadt und aus Franken anwesend waren. Ich wollte das vorher bekanntgeben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Ich halte es für zweckmäßig, diese Frage zu klären. Ich vertrete die Auffassung, daß bei diesen Besprechungen - das ist allgemein bekannt -, wenn eine Dringlichkeit geboten ist, nur die Vertreter da sind und sonst Persönlichkeiten, die ermächtigt sind. Resolutionen können genauso von den Vorsitzenden der Bezirksverbände vorgetragen werden. Wenn der Bezirksverband dann im Rahmen der Tagesordnung wünscht, daß der eine oder andere zugelassen wird, so muß ausdrücklich Antrag gestellt werden. Ich sehe mich dazu veranlaßt, weil gerade in jüngster Zeit noch verschiedene Indiskretionen vorgekommen sind, die zu sehr unangenehmen Weiterungen geführt haben. Ich bitte um Stellungnahme der Versammlung.

(Zurufe: Nur wahlberechtigte Vertreter!)

Hagn: Ich vertrete die Auffassung, daß Kollegen aus München, die die Gewähr bieten, daß sie nichts hinaustragen, zugelassen werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, darüber abstimmen zu dürfen.
Sporer: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß in Bamberg ausdrücklich gesagt worden ist: In der Versammlung dürfen, damit Stimmung herrscht, Freunde unserer Richtung aus Bamberg und Umgebung anwesend sein. In Bamberg waren sehr viele Gäste zugegen. Die Kontrolle war sehr mangelhaft. Es hat sich sogar herausgestellt, daß die Chauffeure, die die Herrschaften hingefahren haben, auch zugegen waren, obwohl sie sicher nicht zu unserer Richtung gehört haben. Man hat daran kein Ärgernis genommen, sondern einen gewissen Hinterhalt an Stimmung gehabt. Es ist da nicht besonders vornehm gehandelt worden. Es sind heute lediglich einzelne Herren aus unserer Münchner Stadtratsfraktion anwesend, von denen sicherlich nicht gesagt werden kann, daß sie gekommen sind, um Radau zu machen, sondern weil für sie die Verhandlungen hier genau dasselbe Interesse wie für uns alle haben. Es handelt sich doch um die Verfassung. Es muß diesen Gästen zumindest die Möglichkeit geboten werden, hier, fast möchte ich sagen zu treuen Händen, anwesend zu sein. Ich würde es für sehr bedauerlich halten, wenn man solchen ehrenwerten Männern gleichsam ein Mißtrauensvotum ausstellt und sie vom Saale verweist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf darauf hinweisen, daß die Fraktion ihrerseits auch beschlossen hat, daß noch nicht einmal Mitglieder des Landesausschusses in Fraktionssitzungen anwesend sein dürften.
Schwägerl: Ich glaube, daß hier ein Irrtum vorliegt. In Bamberg war es eine Landesversammlung und hier ist eine Landesausschußsitzung. Das ist der Unterschied.
Sporer: Das war auch keine normale Landesversammlung.
Dr. *Rindt*: Weil das Beispiel der Fraktion gefallen ist, so möchte ich sagen: Ohne Wissen und Bevollmächtigung der Fraktion wurden Gäste gebracht. Ich glaube, daß die

Verhältnisse dieser Gäste nicht sehr erfreulich waren. Ich stelle mich persönlich auf den Standpunkt: Ich weiß nicht, wer von den Herren hier bevollmächtigter Vertreter ist und wer nicht. Ich glaube aber, daß, um auf Bamberg zurückzukommen, es damals eine taktische Notwendigkeit war, auch die nicht mit Sitz und Stimme begabten Vertreter zuzulassen, daß die Stimmung damals so war, daß die ganze Geschichte sonst gesprengt worden wäre, hätte man die Gäste verwiesen.
Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß der Landesausschuß eine Arbeitstagung ist, daß hier an und für sich nur die Leute etwas zu suchen haben, die hier Sitz und Stimme haben, um für andere zu sprechen. Es kann nicht anders sein, weil die Leute, die hier sitzen, aufgrund ihrer Wahl hier sind. Sie haben aufgrund der Wahl Sitz und Stimme und die Verpflichtung zu arbeiten.
Ich wende mich dagegen, daß Leute, die nicht ausdrücklich eingeladen wurden, hier mitarbeiten, bei allem persönlichen Vertrauen, das ich diesen Herren entgegenbringe. *Kurz*: Ich lege den allergrößten Wert darauf, daß die Herren, die geladen worden sind, bleiben können.
Veranlassung, die Sitzung zu besuchen, gibt mir folgendes: Ich bin Beisitzer an der Berufungskammer für München-Oberbayern. Ich habe bis jetzt 30 bis 40 Versammlungen gehalten. Ich lege den allergrößten Wert darauf, wenn wir nun wieder in die Wahlagitation eintreten, auch über die laufenden Dinge, die hier im Landesausschuß besprochen werden, unterrichtet zu sein, zumal deshalb, weil das letzte Mal die Rednerlisten zu spät herausgekommen sind. (?) Von Radaumachen und von irgendwelchen Beeinflussungen usw. kann selbstverständlich gar keine Rede sein. Ich möchte also gebeten haben, daß die Herren, die in diesem Sinne geladen worden sind, an den Beratungen teilnehmen können.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe Veranlassung, ausdrücklich nochmals darauf hinzuweisen, daß mich verschiedene Indiskretionen vor einiger Zeit zwingen, jetzt in diesem Falle schärfer vorzugehen. Es sollen nur die Leute, die ausdrücklich eingeladen sind und die eine bestimmte Aufgabe haben, hierbleiben. Alle anderen bitte ich, das Lokal zu verlassen. Ich werde unter allen Umständen darauf bestehen.
Dr. *Lacherbauer*: Ich bitte mitzuteilen, wer außer den stimmberechtigten Vertretern eingeladen worden ist.

(Zuruf: Und von wem!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Landesleitung hat immerhin die Möglichkeit, die Leute einzuladen, die hier aus bestimmten Gründen notwendig sind.

(Zuruf: Nein!)

Ich bitte, in Zukunft daran festzuhalten.
Meine lieben Freunde! Ich kürze die Debatte ab. Ich kann nicht durch Geschäftsordnungsdebatten den ganzen Tag zerreden lassen.
Dr. *Lacherbauer*: Ich habe eine Frage gestellt. Ich bitte die Frage zu behandeln.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Frage wird dadurch beantwortet, daß zu den Referaten Stellung genommen wird. Einzelne Leute werden Referate halten. Es wird ausdrücklich die Stimmberechtigung festgestellt. Ich sah mich zu meiner Stellungnahme deswegen veranlaßt - ich bin immer für offene Aussprache -, weil ich vorhin die Mitteilung erhalten habe, daß Herr *Stürmann* mitgebracht worden ist und daß auch andere Leute mitgekommen sind. Ich habe nichts gegen die Personen einzuwenden. Ich sehe mich nur veranlaßt, hier Klarheit zu schaffen.

Dr. *Stürmann*: Ich stelle folgendes fest: Ich glaube, daß keiner in diesem Saal ist, der dem Stadtrat *Fackler* und mir, die wir im Jahre 1934 die bayerische Widerstandsbewegung gegründet haben, zu einer Zeit, in der fast noch niemand hier im Saale so weit war, sich aktiv gegen den Nationalsozialismus zur Befreiung unseres Vaterlandes einzusetzen, das Recht streitig macht, hier zuzuhören, was von den Organen, die, nur bedingt durch unseren Willen, gewählt sind, gesprochen wird. Wir wollen nur zuhören, ohne Stellung zu nehmen. Wenn wir nicht das demokratische Recht haben zuzuhören, was gesagt wird, dann ist die gesamte Durchführung dieser Parteiorganisation undemokratisch, und wir werden daraus unsere Konsequenzen ziehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich entziehe dem Herrn Dr. *Stürmann* das Wort.
Meine lieben Freunde! Ich stelle hier fest: In der Zeit, in der Herr Dr. *Stürmann* gekämpft hat, haben viele andere Freunde auch gekämpft.

(Zurufe: Sehr richtig, er war nicht allein!)

Die Freunde, die dort gekämpft haben, sehen es nur als ihre Pflicht an, zu arbeiten und machen daraus kein großes Aufheben.
Meine lieben Freunde! Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer ist dagegen, daß Mitglieder, Parteifreunde, die nicht ausdrücklich Vertreter sind und die nicht ausdrücklich mit Zustimmung des Landesvorsitzenden anwesend sind, hier bei den Verhandlungen zugegen sind? Ich muß abstimmen lassen, der Antrag lautet so:

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Wer enthält sich? Wer ist dagegen?

(Widerspruch.)

Der Antrag wird formuliert:

> Anwesend in der Landesausschußsitzung dürfen nur Vertreter für den Landesausschuß sein und Parteifreunde, die ausdrücklich von der Landesleitung dazu eingeladen sind oder die Zustimmung erhalten.

Die Landesleitung kann selbstverständlich eingeladen haben.
Sporer: Die Landesleitung muß sich denselben Prinzipien unterwerfen wie die Bezirksleitung von München.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich entziehe Herrn Dr. *Sporer* das Wort.
Sporer: Sie haben Leuten von Bamberg ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich entziehe Herrn Dr. *Sporer* das Wort. Der Antrag ist bekannt.

(Zuruf: Nein!)

Dr. *Lacherbauer*: Meine Frage ist nicht beantwortet worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Lacherbauer* hat nicht das Wort. Ich entziehe ihm das Wort.

(Lebhafte Unruhe, Zurufe: Das geht nicht!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag ist bekannt. Wer enthält sich? Wer ist gegen diesen Antrag? Nur die Stimmberechtigten dürfen abstimmen. Wer ist für den Antrag? Ich mache die Gegenprobe.
Der Antrag ist offensichtlich mit großer Majorität angenommen. Ich fordere jetzt die Nichtstimmberechtigten auf, den Raum zu verlassen.
(Geschieht.)

Dr. *von Eicken*: Zur Geschäftsordnung! Ich beantrage eine Umstellung in der Tagesordnung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Tagesordnung ist noch nicht bekanntgegeben.
Dr. *von Eicken*: Dann verschiebe ich meinen Geschäftsordnungsantrag bis zur Bekanntgabe der Tagesordnung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte jetzt den Geschäftsführer, die Stimmberechtigten festzustellen.
(Landesgeschäftsführer *Liedig* stellt die Stimmberechtigten fest.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es fehlen noch einige Parteifreunde, ich glaube aus Oberfranken und Mittelfranken. Wir können aber trotzdem anfangen.

(Zuruf: Mittelfranken ist da!)

Oberfranken ist noch nicht ganz vertreten. Die Mitglieder der Staatsregierung, die an und für sich Mitglieder des Landesausschusses sind, sind heute verhindert, da alle zum größten Teil nach Stuttgart fahren mußten.
Die Stimmfähigkeit ist gegeben.
Wir treten in die Tagesordnung ein. Die Tagesordnung lautet:

1. Bericht über Stand der Parteiorganisation und beabsichtigte weitere Maßnahmen sowie Wahlvorbereitungen.
2. Bericht über Stand der Satzungsgenehmigung durch die Militärregierung.
3. Bericht über die Vorarbeiten und den Stand der Ausarbeitung zum Parteiprogramm.
4. Bericht des Herrn Landesvorsitzenden über die Interzonenpolitik der Union.
5. Bericht über Arbeiten des Flüchtlingsausschusses.
6. Bericht über Arbeiten des Wirtschaftspolitischen Ausschusses.
7. Bericht über den Stand der Verfassungsverhandlungen.
   Mittagspause.
8. Bericht des Herrn Landesvorsitzenden zu einzelnen Fragen der Verfassung und über die Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion.
9. Politische Aussprache.
10. Verschiedenes.

Dr. *von Eicken*: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte, nach Möglichkeit die Tagesordnung so umzustellen, daß der Punkt 7 und im Zusammenhang damit der Punkt 6 an erster Stelle behandelt wird. Ich möchte damit vermeiden, daß die Dinge, die die augenblicklich größte Bedeutung und größte Wichtigkeit haben, eventuell wieder nachmittags um 17 Uhr vor einem abgekämpften oder unvollständigen Hause durchgepeitscht werden müssen.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Solange noch nicht alle da sind, würde ich bitten, diese entscheidenden Fragen zurückzustellen. Wir können uns nachher darüber unterhalten, ob wir die Behandlung dieser Fragen vorverlegen.
Dr. *von Eicken*: Damit kann ich mich einverstanden erklären.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie können nachher Ihren Antrag wiederholen, wenn die übrigen Herren alle da sind. Dann werde ich mich selbstverständlich damit einverstanden erklären.
Zu Punkt 1 der Tagesordnung bitte ich jetzt den Geschäftsführer *Liedig*, einen Bericht zu geben.

Liedig: Meine Damen und Herren! Mit Rücksicht darauf, daß wir jetzt schon fast eine Stunde verloren haben, will ich den Bericht über den Stand der Parteiorganisation ganz kurz erstatten und keinen Rechenschaftsbericht über das ablegen, was ich vorgefunden habe, was inzwischen geschehen ist und was noch zu geschehen hat.
Im Vordergrund der Organisationsarbeit steht im Augenblick die Aufnahme der Kreisverbände in den Landesverband. Die Militärregierung hat von sämtlichen politischen Parteien gefordert, daß die Kreisverbände sich unverzüglich zu entscheiden haben, ob sie in den Landesverband aufgenommen werden wollen oder nicht. Wir haben dieserhalb an die Bezirke hinausgeschrieben und auch unmittelbar an die Kreise. Der Termin war der 5. September. Trotzdem ist ein großer Teil der Erklärungen oder Entschließungen der Kreisverbände bisher nicht mitgeteilt worden. Ich gebe die Zahlen darüber in Übersicht bekannt. Die Liste kann nachher von den einzelnen Vertretern der Bezirke hier eingesehen werden, damit Sie sehen, wo es am meisten hapert.
Im Bezirk Oberbayern fehlen noch 18 Kreisverbandserklärungen, im Bezirk Unterfranken zehn, in Niederbayern eine, Oberfranken zehn, Mittelfranken fünf, Oberpfalz eine und Schwaben neun.
Bei den Besprechungen bei der Militärregierung hat sich herausgestellt, daß dort angeblich sieben Kreisverbände als überhaupt nicht existierend geführt werden. Ich habe hier die Karte der Militärregierung anschlagen lassen. Was schraffiert ist, ist bereits in den Landesverband aufgenommen, was in Längsstrichen gezeichnet ist, ist noch nicht aufgenommen, das heißt in diesem Falle steht die Genehmigung der Militärregierung noch aus, die Anträge sind aber gestellt. Was offen ist, also ganz weiß ist, wird von der Militärregierung als nicht existent angesehen.
Ich bitte die Herren Bezirksvorsitzenden, mit allem Nachdruck diese Fragen in Ihren Bezirken zu klären, da nach Erklärung der Sachbearbeiter der Militärregierung von Bayern damit gerechnet werden muß, daß mit Ablauf dieses Monats nur noch die als Landesparteien zugelassenen Parteien Bayerns politische Betätigung betreiben dürfen. Es liegt also im eigenen Interesse der einzelnen Bezirke und Kreise, die Angelegenheit schnellstens in Ordnung zu bringen.
Nach den Unterlagen der Militärregierung sind als nicht vorhanden aufgeführt in Unterfranken die Kreisverbände Alzenau, Hofheim, Mellrichstadt und Oberndorf, in Mittelfranken die Kreisverbände Höchstädt und Hersbruck, in Oberfranken der Kreisverband Naila.
Aus den Verhandlungen mit der Militärregierung hat sich aber ergeben, daß anscheinend auch im dortigen Apparat nicht alles funktioniert hat. Denn beispielsweise steht der Kreisverband Hersbruck in Mittelfranken, der als nicht existent geführt wird, in einer lebhaften Korrespondenz mit der Militärregierung, die ihn also in einem anderen Ressort wieder als existent behandelt. Diese Dinge müssen jetzt in der Form geklärt werden, daß diese Kreisverbände bei der örtlichen Militärregierung sofort vorstellig werden und nachweisen, wann sie zunächst einmal ihren Antrag zur Genehmigung als örtlicher Kreisverband gestellt haben und wann er ihnen bestätigt worden ist. Denn sie gelten als überhaupt nicht existent.
Aufgrund der Verhandlungen bei der Militärregierung ergibt sich eine neue Zweckmäßigkeitsfrage, über die die Herren Bezirksvertreter sich schlüssig werden wollen, nämlich, ob die Stadt- und Landkreise, die den gleichen Namen führen, nicht zweckmäßigerweise organisatorisch, das heißt also geschäftsstellenmäßig zusammengefaßt werden. Nur bei dem Stadt- und Landkreis München, Nürnberg und Augsburg würde es auch eine Organisationsverschiebung bedeuten, weil diese Landkreise aus den je-

weiligen Bezirksverbänden des Regierungsbezirkes dann in den Bezirksverband dieser drei als Städte selbständigen Bezirksverbände eingegliedert werden müssen.
Die Militärregierung hat uns nahegelegt, den Bezirks- und Kreisverbänden einen solchen Vorschlag zu machen, wodurch dann in Übereinstimmung mit der Organisation der Militärregierung, mit der unsere Stellen draußen ja dann praktisch zu arbeiten haben, unsere Organisation vereinfacht würde.
Noch ein allgemeines Wort über die Auffassung der Militärregierung über die innere Parteiorganisation, wie sie sich bei den Beratungen über die Satzungen der Partei ergeben hat. Die politische Abteilung der Militärregierung von Bayern kennt als politische Instanzen und Organisationsformen der Partei praktisch nur die Kreisverbände und den Landesverband. Die Organisation der Bezirksverbände wird von mir als eine parteiinterne, zweckmäßigerweise erwünschte Organisationsform angesehen. Daher erübrigt sich auch ein Antrag auf Aufnahme in einen Bezirksverband. Die Bildung von Bezirksverbänden ist rein in das Ermessen der Parteiführung gestellt. Dort wo sie es für zweckmäßig und notwendig hält, kann sie auch Kreise innerhalb eines Bezirkes zu Kreisgruppen zusammenfassen, ganz wie es die Aufgaben der Organisation und der Verwaltungsarbeit der Partei erfordern. In diesem Punkt stimmen unsere Satzungen, wie sie seinerzeit beschlossen worden sind, auch in der Formulierung mit der Auffassung der Militärregierung überein. Da heißt es bezüglich der Kreisverbände:

> Die Ortsverbände eines Landkreises oder einer kreisunmittelbaren Stadt bilden einen Kreisverband.

Bezüglich der Bezirksverbände heißt es:

> Der Landesverband gliedert sich in folgende Bezirksverbände:

Diese Unterscheidungen der Formulierung entsprechen also durchaus der inzwischen auch von der Militärregierung uns gegenüber als Wunsch geäußerten Organisationsform.
Die innere Organisation der Partei besteht aus zwei grundverschiedenen Elementen. Das eine sind die gewählten Körperschaften der Partei, also der Ortsverband, der Kreisverband, der Bezirksverband, der Landesverband als solcher. Das andere ist die Verwaltungsmaschinerie der Partei. Das sind die Geschäftsstellen, der Geschäftsführer beim Landesverband, bei den Bezirken und Kreisen.
Bezüglich der Geschäftsführer ist jetzt bei den Abschlußberatungen über die Satzungen von der Militärregierung ausdrücklich festgestellt worden, daß sie ein Verwaltungsinstrument der Landesführung sind, daß die Geschäftsführer bis hinunter in die Kreisverbände also der Landesführung unterstehen, daß sie von ihr eingesetzt und abberufen werden. Sie sind praktisch also die Repräsentanten der Verwaltungs- und Organisationsarbeit der Partei.
Die hauptamtlich eingesetzten oder einzusetzenden Geschäftsführer haben sich ausdrücklich jeder Art von politischer Einflußnahme und politischer Willensbildung in dem Gremium, für das sie geschäftsführermäßig arbeiten, zu enthalten. Soweit sie den jeweiligen Ortsverbänden usw. als Mitglieder angehören, haben sie natürlich in dem Ortsverband und als dessen Vertreter unter Umständen auch Sitz und Stimme. Das ist eine andere Funktion. Aber in ihrer Eigenschaft als Geschäftsführer haben sie nur organisatorische und verwaltungsmäßige Aufgaben, nämlich Aufgaben, die in erster Linie von der Landesführung bestimmt und bekanntgegeben werden.

Daß diese Arbeiten im Einvernehmen mit den Herren Bezirks- und Kreisvorsitzenden durchgeführt werden, ergibt sich schon daraus, daß sie letzten Endes von dem Landesausschuß und der Landesvorstandschaft bestimmt werden, die ihrerseits wieder aus Wahlen dieser Gremien hervorgegangen ist. Das ist notwendig zur Klarstellung der Frage des zukünftigen Aufbaus der verwaltungsmäßigen und organisatorischen Parteiorganisation, die bisher ja zum großen Teil noch im argen liegt. Darauf ist es leider auch zurückzuführen, daß die Bewältigung der Arbeiten, die rein organisatorisch und verwaltungsmäßig durchgeführt werden müssen, noch nicht so funktioniert, wie es wünschenswert wäre. Ich will Sie nicht mit vielen Einzelheiten langweilen, aber wenn ich Ihnen sage, daß von ungefähr 40% aller Kreisverbände die Ende Juli fälligen Stärkemeldungen als Unterlage für den Bericht des Landesvorsitzenden an die Militärregierung bis zum 5. September nicht vorgelegen haben, so können Sie daraus ersehen, wie sehr unsere Organisationsarbeit noch der Verbesserung bedarf.
So ist es leider mit vielen Dingen. Man kann im Durchschnitt sagen, daß rund 70% der anfallenden Arbeit bei der Landesgeschäftsstelle unnötige Arbeit ist, die vermieden werden könnte und die den Menschen, Material- und Zeiteinsatz von wichtigeren Aufgaben absorbiert und wegzieht, nur weil die Organisationsarbeit innerhalb der Partei noch sehr im argen liegt.
Hieraus einen Vorwurf zu machen, liegt mir völlig fern. Es ist die Feststellung einer Tatsache, die sich aus dem Entwicklungsgang der Partei erklärt, die ja praktisch erst in den letzten Wochen die Möglichkeit bekommen hat, eine organisatorische Durcharbeitung in Angriff zu nehmen. In den ersten Monaten des Bestehens der Partei stand die reine Wahlarbeit so im Vordergrund, daß der parteiinterne Aufbau nicht ausreichend besorgt werden konnte. Dieser Aufbau und Ausbau ist gerade im Hinblick auf die kommenden Wahlentscheidungen von meines Erachtens ausschlaggebender Bedeutung. Der nächste Wahlkampf wird sicherlich sehr viel erbitterter und mit sehr viel größeren Schwierigkeiten geführt werden. Ich denke nur an die bereits erfolgte Rationierung, ja man kann beinahe sagen Entzug, des Treibstoffes für die politische Arbeit und die angekündigte Beschränkung der Papierzuteilung in den nächsten Monaten. Es ist daher klar, daß die Wahlarbeit im nächsten Wahlkampf sehr viel schwieriger werden wird. Um so mehr verlangt eine intensive Kleinarbeit und Organisationsarbeit eine Entlastung der Landesgeschäftsstelle von Dingen, die bei ordnungsgemäßer Erledigung überhaupt mit einem Arbeitsgang erledigt werden können, statt daß sie zehn oder zwölf Arbeitsgänge, Telefonate, Mahnschreiben, Telegramme usw. notwendig machen.
Ich bitte daher dringend, unter dem Gesichtspunkt der wirklich entscheidenden Wahlen, die vor uns stehen, um möglichste Unterstützung in der Mitarbeit und bei der Erledigung all der Aufgaben und Termine, die gestellt werden. Nur so können wir den Wahlkampf mit einer gefestigten Organisation durchführen.
In einer Reihe von Fällen haben wir in den letzten Wochen bereits hauptamtliche Kreisgeschäftsführer einsetzen können. Leider standen wir auch da vor der Tatsache, daß nur ein Fünftel der Kreisgeschäftsführer von den Kreisen und Bezirken vorgeschlagen wurde. In allen anderen Fällen wurden wir dringend gebeten, jemand namhaft zu machen, weil es angeblich nicht möglich war, im Kreis- oder Bezirksbereich einen geeigneten Sachbearbeiter zu finden. Ich glaube, daß es viel richtiger wäre, wenn das Verhältnis umgekehrt wäre, daß also mindestens vier Fünftel der Landesleitung zur Einstellung vorgeschlagen würden und daß die Fälle, wo wir auf die Suche

gehen und jemanden hinausschicken müssen, sich vielleicht auf 10 bis 20% verringern lassen.
Eine rein geschäftsmäßige Bitte in diesem Zusammenhang ist, daß man zur Erledigung des Geschäftsverkehrs unserem Wunsche entspricht, den wir hinausgegeben haben, sachlich verschiedene Dinge nicht im selben Schreiben zu behandeln. Bei der Aufteilung der Arbeit auf verschiedene Sachreferate, die nicht einmal im selben Hause sind, ist es sonst unvermeidlich, daß erhebliche Verzögerungen bei der Gesamterledigung der vorgebrachten Fälle eintreten oder aber, daß der eine oder andere Punkt praktisch unter den Tisch fällt und keine Erledigung findet, weil der Sachbearbeiter oder seine Bürokraft versehentlich die Angelegenheit mit seiner Teilbeantwortung für erledigt angesehen hat. Auch dadurch könnte unsere interne Arbeit wesentlich erleichtert und verbessert werden.
Nun noch einige Worte zur technischen Vorbereitung des nächsten Wahlkampfes. Aus den Erfahrungen des Wahlkampfes vom 30. Juni, dessen statistische Auswertung für die beiden stärksten Parteien ich an der Wand habe anschlagen lassen, ergeben sich besondere Lehren. Der Vergleich der beiden Karten ist sehr instruktiv, weil er gleichzeitig zeigt, wo die Schwächen sind, wo wir also in Zukunft beim nächsten Wahlkampf entscheidend das Schwergewicht unserer Arbeit einsetzen müssen. Wir haben das Wahlergebnis nicht nur der beiden größten Parteien, sondern auch der übrigen Parteien auch ziffermäßig auswerten lassen und Vergleiche darüber angestellt, weil wir bei den beschränkten finanziellen und materiellen Mitteln, die uns für den nächsten Wahlkampf aller Voraussicht nach zur Verfügung stehen, die Gebiete möglichst zuverlässig und sorgfältig ermitteln müssen, in denen entscheidende Auseinandersetzungen zu erwarten und das Ringen um die Majorität von Bedeutung ist. Wir werden also bei den nächsten Wahlkämpfen die Gegenden, von denen wir annehmen können und wissen, daß wir unsere Position ohne äußerst starken Arbeitseinsatz halten können, in der Versorgung leider schlechter stellen müssen als die eigentlichen Kampfgebiete. Ich hoffe, daß die Herren Bezirksvertreter für diese Zwangsmaßnahme Verständnis finden werden. Soweit als möglich wollen wir versuchen, auch in den uns an sich sicher erscheinenden Stimmkreisen die Arbeit für den Wahlkampf, auch die Versorgung mit Plakaten, Flugzetteln und, so Gott und die Amerikaner wollen, auch Treibstoff, so zu ermöglichen, daß auch dort ein praktischer Wahlfeldzug durchgeführt werden kann.
Wir beabsichtigen, in der Plakatierung die Maßnahmen durchzuführen, die wir durch die verschiedenen Rundschreiben bekanntgegeben haben. Daneben aber wollen wir, wenn eine vernünftige finanzielle Regelung gefunden werden kann, die öffentlichen Plakatinstitute in Bayern für die Plakatierung mit heranziehen. Die Plakatierungsdauer an den Litfaßsäulen beträgt 14 Tage. Sie würde die runde Summe von 15.000 RM kosten, eine Summe, über die ich im Augenblick unter diesem Gesichtpunkt noch keinen Vorschlag machen kann, daß sie genehmigt werden soll. Der Vorteil dieser Maßnahme besteht darin, daß die öffentlichen Plakatinstitute mit ihren bekannten Plakatflächen usw. von uns benutzt werden können, ohne daß der Vertrieb und das ordnungsgemäße Ankleben der Plakate unseren Treibstoff und unsere sonstigen Mittel in Anspruch nimmt. Die Zwangslage des Treibstoffes wird trotz der verhältnismässig hohen Summe, die diese Plakatierung durch öffentliche Institute fordert, wahrscheinlich zu der Entscheidung führen, daß wir sie mit einschalten müssen. Ein genaues Verzeichnis, wo und in welchem Umfang diese einzelnen Institute arbeiten

werden, wird dieser Tage den Bezirken zugeleitet, so daß sie dazu Stellung nehmen können.
Aus den gleichen Mangelgründen ist es bei den nächsten Wahlkämpfen erforderlich, den Rednereinsatz anders zu steuern als es bisher der Fall war. Auch darüber ist eine Anweisung hinausgegangen und sind Vorschläge gemacht worden, in der Form, daß zunächst einmal jeder Bezirk in seinem Bereich die Wünsche der Kreisverbände aufeinander abstimmt und dann einen Gesamtplan vorlegt, insbesondere bezüglich der sogenannten prominenten Redner. Sämtliche hierfür in Frage kommenden Herren haben gebeten, daß davon Abstand genommen werden möge, sie unmittelbar, etwa gar durch Ortsverbände usw. anschreiben zu lassen, um sie zu einer Rede zu bekommen. Sie haben sich alle bereit erklärt, sich in dem Rahmen der ihnen verfügbaren Zeit - neben ihren sonstigen Aufgaben in den Ministerien usw. - zur Verfügung zu stellen, aber in einem planmäßig gesteuerten Reiseeinsatz. Es wird sich nicht vermeiden lassen, daß auch in Zukunft wieder Umbesetzungen von womöglich schon plakatierten Versammlungen mit prominenten Rednern notwendig werden. Ich bitte die Herren Bezirksvertreter, schon jetzt diese Möglichkeit bei ihrer Planung ins Auge zu fassen und dafür besorgt zu sein, daß sie dann wenigstens einen Ersatzredner zur Verfügung haben, daß nicht Dinge passieren wie im letzten Wahlkampf, wo vielfach einfach Versammlungen ausgefallen sind.
Über weitere Einzelheiten zu den Wahlvorbereitungen wird dann anschließend noch Dr. *Gerathewohl* kurz berichten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich darf dazwischen hinein nur eine Bemerkung machen: Ich habe jetzt manchmal den Eindruck gewonnen, daß manche Parteifreunde draußen es unterlassen, die entsprechende Mitgliederwerbung durchzuführen. Man hat fast manchmal den Eindruck, als ob bestimmte Gedankengänge mitspielen, daß man fürchtet, durch weitere Mitglieder Opposition bekommen zu können. Eine Partei, wie es die Union ist, muß alle Flügel haben. Infolgedessen darf der einzelne Vorsitzende nicht davor zurückschrecken, auch andere Mitglieder, die seine Denkungsart nicht unbedingt teilen, zu gewinnen. Sollte dieser Eindruck weiter bestehen, so würde ich mich veranlaßt sehen, von der Parteileitung aus in den betreffenden Kreisen unmittelbar werben zu lassen, um auf diese Weise die entsprechende Basis für die Partei in den jeweiligen Kreisen zu bekommen. Daß noch Kreise da sind mit noch nicht einmal 100 Mitgliedern, ist doch heute eine Unmöglichkeit. Ich weiß, daß dann wieder Vorwürfe erhoben werden, wenn man in die einzelnen Kreise zur Arbeit hineingeht. Aber ich werde auch diese Vorwürfe in Kauf nehmen und in Kauf nehmen müssen.
Ich bitte jetzt Dr. *Gerathewohl*, einen kurzen Bericht über die Wahlvorbereitungen zu geben, wie sie seinerzeit in Angriff genommen worden sind, und kurz auch mit einigen Strichen die Rednerschulung zu erwähnen.
Dr. *Gerathewohl*: Meine Damen und Herren! Die nächsten Wochen werden die Wochen der Vorbereitung auf den nächsten Wahlkampf sein. Da möchte ich besonders darauf hinweisen, daß es nicht mehr vorkommen sollte, wie es zum Teil der Fall war, daß ein Kreisvorsitzender selbst abends in der Dunkelheit mit dem Klebetopf herumlaufen muß, um Plakate anzukleben. Ich habe da, wo ich in den letzten Wochen gewesen bin, die Jugend angesprochen und es ist mir überall nach kurzer Zeit gelungen, zehn, zwölf, 20 junge Menschen dem Kreisvorsitzenden zur Verfügung zu stellen, die sich gern bereit erklärt haben, diese Arbeit in Zukunft zu übernehmen. Ich glaube

also, daß in dieser Beziehung für die nächsten Wahlen keine Schwierigkeiten mehr bestehen werden.
Ich habe die ganz erfreuliche Feststellung gemacht, daß unsere Jugend allmählich auftaut, daß sie allmählich, und zwar vom weltanschaulichen Sektor her, zur Union hinüberkommt. Ob sie nun schon bei uns ist oder nicht, ist gleichgültig, aber die an sich hier gegebene Aktivität jetzt in den Wahlkampf mit hereinzustellen scheint mir eine besonders wichtige und auch nicht allzu schwere Aufgabe zu sein.
Ich möchte auch meinerseits unterstreichen, daß diese Wochen des Übergangs noch ganz besonders zur Mitgliederwerbung ausgenützt werden sollen. Bedenken Sie, daß die SPD seit Wochen in München überall Plakate angeklebt hat, auf denen die Stellen angegeben werden, die Anmeldungen entgegennehmen. Ich höre zu meiner Freude, daß München ab Mitte September eine ähnliche Aktion vorhat. Ich möchte das auch für die kleineren Bezirke und Kreise dringendst empfehlen. Vergessen sie dabei auch nicht, bei jeder Versammlung von Mitgliedern immer wieder Beitrittserklärungen aufzulegen, was gern vergessen wird, und die Mitglieder insbesondere anzuregen, innerhalb der nächsten Wochen ein oder zwei neue Mitglieder zu werben. Einzelne Kreisverbände haben einen kleinen Wettbewerb durchgeführt, der sich ausgezeichnet bewährt hat. Einer der Herren, der neulich einen solchen Vorschlag machte, ist hier unter uns.
Wenn wir an den Wahlkampf im einzelnen denken, so sei auf eine technische Sache hingewiesen. Das ist der Lautsprecherwagen, der sich in fränkischen und oberpfälzischen Kreisen ausgezeichnet bewährt hat. Wer irgendwie die Möglichkeit hat, solche Wagen zu bekommen oder Lautsprecher zu montieren, den bitte ich, das möglichst bald zu tun. Es hat sich gezeigt, daß wir in den kleinen Orten, in den Dörfern usw. mit der Plakatierung häufig nicht durchkommen. Es hat eine vorzügliche Wirkung, wenn der Lautsprecherwagen von Viertelstunde zu Viertelstunde von einem Dorf zum andern fährt, besonders in den letzten Tagen vor den Wahlen.
Was nun den eigentlichen Aufbau des Wahlkampfes angeht, so haben wir die letzten Wochen und Monate ganz besonders zur Rednerschulung ausgenutzt. Ich werde auch die nächsten Wochen dazu benützen, um in den Kreisverbänden, die uns hierzu eingeladen haben, den Rednernachwuchs, der natürlich jeweils von den Kreisvorsitzenden vorgeschlagen wird, zu schulen. Wir dürfen uns nicht mehr wie in den letzten Wahlkämpfen von den wenigen prominenten Rednern abhängig machen. Das hat zu außerordentlichen Unzuträglichkeiten geführt.
Ich möchte empfehlen, eine Kundgebung von einer Versammlung zu unterscheiden. Ich halte es nicht für richtig, daß, wenn beispielsweise ein Minister spricht, noch zehn oder zwölf Diskussionsredner sprechen, was die ganze Sache zerflattern läßt. Der Minister muß zu einer bestimmten Zeit wegfahren und in einer Stunde woanders sprechen. Wenn Sie dagegen die Form der Kundgebung wählen, erübrigt sich die Diskussion.
In der Versammlung muß es natürlich Diskussion geben. Hier bitte ich nun zu bedenken, daß neben den großen auch die kleinen Bezirksversammlungen nicht vergessen werden dürfen. Hier hat es sich besonders bewährt, einen Arbeiter zu Arbeitern, einen Bauern zu Bauern, einen jungen Menschen zu jungen Menschen sprechen zu lassen. Ich habe z.B. jetzt einen jungen Menschen geschult, einen oberfränkischen Bauernsohn, und hinausgeschickt. Die Kreisverbände haben ihn als Redner unter dem Titel angekündigt "als Bauernsohn in der Union". Das wirkt mehr als wenn irgendein anderer, beispielsweise ein Doktor zu den Bauern redet. Wir haben damit

auch sehr gute Erfolge vornehmlich bei der Schulung von Arbeitern in München gehabt. Diese Aktion läuft weiter. Sofern noch ein Rednerkurs stattfindet, bitte ich, sich hierzu bei der Landesgeschäftsstelle beim Redner-Dienst vormerken zu lassen. Wir haben auch in München Ende September einen Rednerkurs für drei oder vier Tage laufen. Auch dazu können die Kreisverbände noch einzelne, besonders geeignete jüngere Redner abordnen. Der Kurs findet vom 24. bis 27. September in München statt.
Was den geistigen Aufbau des Wahlkampfes angeht, so ist es natürlich dringendst notwendig, daß wir den nächsten Wahlkampf mit einem Programm führen. Sie glauben nicht, wie schwierig eine Rednerschulung ist, wenn man immer wieder das Material zusammensuchen muß. Meine Aufgabe ist nicht, eine eigene Politik zu machen, sondern die Politik der Partei den anderen weiterzugeben. Diese Frage wird wohl hoffentlich recht bald gelöst werden. Das Programm ist die Grundlage unserer ganzen Rednerschulung und unserer Rednerbetätigung in der Öffentlichkeit.
Es hat sich in der letzten Zeit herausgestellt, daß das, was bisher bei der Ausarbeitung der Verfassung von der Union geleistet worden ist, einen ausgezeichneten Werbecharakter hat. Ich habe neulich bei der großen Münchner Versammlung beobachtet, als Herr *Haußleiter* über die Arbeit der Fraktion gesprochen hat, daß die Leute mit grosser Spannung, auch unsere Gegner, den Ausführungen gefolgt sind. Ich glaube, daß wir hier doch ein ziemliches Gewicht in die Waagschale werfen können.
Sehr wichtig ist auch die Abgrenzung zu den anderen Parteien. Es darf nicht vorkommen, wie manche Redner mit Stolz mir erzählt haben, Redner der zweiten oder dritten Garnitur, wenn ich so sagen darf, daß sie genauso reden wie die Sozialdemokraten. Die Folge davon ist, daß die Leute sagen: Der redet genauso wie die Sozialdemokraten. Da kann ich eigentlich auch dorthin gehen. Wir müssen ganz scharf abgrenzen: Das ist die Union und das sind die anderen. Ich bin sehr dafür, daß wir, so wie wir es im allgemeinen gemacht haben, auch im nächsten Wahlkampf möglichst sachlich, ruhig und vornehm uns verhalten. Ich glaube, auf die Dauer hat das einen guten Erfolg, besonders bei der Jugend. Täuschen Sie sich nicht. Die Jugend - ich denke dabei immer an die Männer unter 40 - hat eine Abneigung gegen alle persönlichen Geschichten, sei es innerhalb einer Partei, sei es innerhalb der verschiedenen Parteien. Ich konnte auch hier in München wieder feststellen, daß Herr *Loritz* mit den persönlichen Angriffen die Jugend nicht auf die Dauer zu packen versteht. Es sind das Übergangserscheinungen. Wir müssen versuchen, auch hier sachlich zu bleiben. Ich bin immer dafür, ganz klar abzugrenzen. Wenn wir z.B. über Religion und Christentum sprechen und von der Sozialdemokratie reden, dann müssen wir sagen: Die Sozialdemokratie steht auf dem Standpunkt, daß die Religion Privatsache ist, wir aber stehen auf dem Standpunkt, daß usw.
In dieser Weise müßten wir die Linie ziehen. Wenn wir natürlich persönlich angegriffen worden sind, ist es klar, daß wir loshauen. Aber, meine Herren, ich bitte dabei zu bedenken, daß die Verhältnisse total verschieden sind. Mir wurde z.B. von Nürnberg erzählt, daß dort gegenwärtig eine gute Zusammenarbeit mit der SPD herrscht. Es ist natürlich klar, daß ich hier nicht gerade wieder losschieße, wenn die Situation günstig ist. Es kann sein, daß in einem anderen kleinen Ort irgendwelche Spannungen bestehen oder Angriffe von der anderen Seite gemacht worden sind, die wir zurückweisen müssen. Ich möchte deswegen auch davor warnen, etwa auch von Seiten der Landesleitung aus, allgemeine Direktiven in der Frage des persönlichen politischen Vorgehens zu geben. Wir müssen diese Frage immer von Fall zu Fall regeln. Vor allem bitte

ich die Redner in den kleineren Versammlungen, sich recht zurückzuhalten. Denn Sie wissen, ein unbedachtes Wort kann in solchen Fällen der ganzen Union in Bayern schaden.
Wichtig wird unser Kampf gegen die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung sein. Wir haben Material gegen diese Vereinigung gesammelt und die Rede, die *Haußleiter* kürzlich hier in München gehalten hat, wird von uns vervielfältigt werden und kann dann auch draußen weiterhin als Material dienen. Was ich im Redner-Dienst veröffentliche, ist alles unmittelbar vom Redner selbst zu verwenden. Das *Haußleitersche* Material wird so geformt werden, daß jeder Redner es von sich aus weiter verwenden kann. Es nützt nichts, wenn prominente Redner Neues sagen, und es wird lediglich zur Kenntnis genommen. Mir kommt es sehr darauf an, daß jeder Redner mit der Schere aus dem Redner-Dienst herausschneiden und es unmittelbar verwerten kann, was notwendig ist. Ich bin sehr dankbar, wenn gerade am Redner-Dienst sehr viel mitgearbeitet wird. Ich habe die meisten Beiträge bis jetzt selbst geschrieben, nicht weil das mein besonderer Wunsch ist, sondern weil einfach nichts da war. Gerade von bäuerlicher Seite haben wir noch sehr wenig Material bekommen. Ich möchte aber gerade auch darüber Material bekommen, ebenso wie ich die Herren der Fraktion bitte, uns die Ergebnisse der Fraktionsarbeit immer wieder im einzelnen bekanntzugeben.
Zum Beispiel hörte ich gestern von dem für unsere Propaganda außerordentlich wichtigen Beschluß, daß die Union sich dafür einsetzen wird, daß die Flüchtlinge ohne Karenzzeit wählen dürfen. Ich glaube, ich bin recht informiert. Das ist etwas, was für den Wahlkampf von ungeheuerer Bedeutung ist. Gerade die Flüchtlingsfrage muß von uns sehr scharf angefaßt werden. Sie wissen, wenn dieser Antrag der Fraktion durchgeht, dann haben wir, ich weiß nicht wieviel hunderttausend Stimmen gewonnen, um die es jetzt sehr scharf zu kämpfen gilt.
Einen genauso schweren Kampf wird es um die kleinen Pgs. geben. In den letzten 14 Tagen hat der Kampf um den kleinen Pg. wieder eingesetzt. Ich lese gerade, daß Herr *Schmitt* im Zirkus Krone z.B. erklärt hat, daß der Mitläufer überhaupt nicht vor die Spruchkammer gehöre, weil man sonst das halbe Volk verurteilen müsse. Mit solchen Sätzen macht heute die Kommunistische Partei ihre Propaganda. Das ist eine ganz große Gefahrenquelle. Betrachten Sie sich auf der anderen Seite, wie Herr *Loritz* um den kleinen Pg. wirbt, wie er in gewisser Hinsicht sogar das Gesetz sabotiert. Auch was Herr *Schmitt* gesagt hat, ist letzten Endes eine Sabotage des Säuberungsgesetzes. Wir werden in diesen Fragen sehr scharf mit den beiden Parteien zu kämpfen haben. Seien wir uns darüber klar, daß nur ein geringer Bruchteil unserer Wähler, oder sagen wir nur die Hälfte, uns der weltanschaulichen Grundlage wegen wählt und deswegen, weil wir Union sind. Viele haben [uns] natürlich auch aus anderen Gründen gewählt.
Ich würde es deshalb außerordentlich begrüßen, wenn der Herr Minister *Pfeiffer* vielleicht irgendwie Gelegenheit nehmen würde, soweit er das in seinem Ressort machen kann, gerade zu dieser Frage einmal wieder Stellung zu nehmen, damit wir etwas sagen können. Wenn wir das nicht können, laufen uns die Leute davon, und wenn sie früher noch so oft und noch so gern gewählt haben. Das müssen Parteileitung und Fraktion gerade für unsere Werbung in unseren nächsten Wahlkämpfen irgendwie berücksichtigen.
Das sind einige der Schwierigkeiten. Ich will Sie nicht länger aufhalten. Vielleicht ergeben sich noch entsprechende Anregungen für den nächsten Wahlkampf. Wenn Sie in Verlegenheit um Redner sind, auch um Redner in kleineren Versammlungen, um Redner zur Jugend, vor Arbeitern usw., so wenden Sie sich bitte an uns. Einige haben

wir zur Verfügung. Am besten ist es aber, wenn die Redner Männer und Frauen sind, die aus Ihrer Gegend stammen, die Sie vielleicht in einem Lehrgang in München kurze Zeit auf ihre Rednertätigkeit ausrichten lassen.
Ich fürchte einen Rückgang der Wählerstimmen, der sicherlich nicht unbedeutend wäre, wenn wir nicht alle Mittel zusammennehmen und wir nicht alle zusammenstehen, um diesen Wahlkampf durchzuführen. Wenn das der Fall ist, dann werden wir sicherlich auch wieder so abschneiden, wie wir es uns erhoffen und wie es uns zukommt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke für die Ausführungen.
Meine lieben Freunde! Eine Aussprache darüber bitte ich zurückzustellen. Wir haben Gelegenheit, im Rahmen der politischen Aussprache all diese Fragen zu behandeln. Dagegen würde hier vielleicht einschlägig sein, wenn der Bezirksverband München die einschlägige Ziffer seiner Resolution bekanntgibt.
Pflaum: Meine Damen und Herren! Der Bezirksverband München hat gestern in seiner Ausschußsitzung folgenden Beschluß gefaßt:

1. Der Bezirksverband München begrüßt die positive Stellungnahme der Fraktion zur Frage des Staatspräsidenten in Bayern. Er erwartet, daß diese Stellungnahme in der Verfassung noch ihren Niederschlag findet.
2. In allen übrigen Angelegenheiten muß der bayerische Gedanke, für den so große Opfer gebracht wurden, stärkere Beachtung finden.
3. Der Bezirksverband München verlangt dringend, daß in der Arbeit der Partei an allen Instanzen deutlich erkennbar zum Ausdruck kommt, daß die Union die stärkste Vertretung des bayerischen Volkes ist; dies ist insbesondere bei der Bestellung von hauptamtlichen Funktionären und Sekretären zu beachten, besonders im Landessekretariat.
4. Der Bezirksverband verlangt auch, daß man endlich mit der Arbeit an einem Programm der CSU beginnt, das eine Richtschnur für unsere Tätigkeit bedeuten kann.
5. Zur Geltendmachung dieser Punkte werden folgende fünf Herren bestellt: Dr. *Lacherbauer*, *Richard Pflaum*, *Hans Pflüger*, *Anton Freiherr von Aretin* und *Hans Hagn*.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir werden diese Resolution in der Weise berücksichtigen, daß wir das zu den einzelnen Punkten Einschlägige herausgreifen; einschlägig hier ist Ziffer drei. Ich bitte die Herren bekanntzugeben, gegen wen sich hier die Resolution in dem Punkte richtet:

> Dies ist insbesondere bei der Bestellung von hauptamtlichen Funktionären und Sekretären zu beachten, besonders im Landessekretariat.

Denn das gehört zur Frage der Organisation. Darf ich bitten.
Anton von Aretin: Dazu darf ich erklären, daß es in München stadtbekannt ist, daß die Persönlichkeiten, die in der Paul-Heyse-Straße maßgebend die Organisation beeinflussen, zum wesentlichen Teil Nichtbayern sind und unseren Verhältnissen in Bayern außerordentlich fremd, zum Teil ablehnend gegenüberstehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Konkretes bitte!
Von Aretin: Es handelt sich erstens um den Leiter der Organisation *Oster*, der in einer Aussprache über die Frage der Bodenreform sich in einer Art und Weise ausdrückte, die lediglich preußische Verhältnisse zugrundelegt. Ich glaube nicht, daß ein Offizier

des Generalstabes an dieser Stelle an der richtigen Stelle tätig ist. Zweitens ist es der frühere Angehörige der Deutsch-Nationalen Volkspartei *Gronwald*, der in maßgebender Stelle dort tätig ist. Auch solche Persönlichkeiten, die aus Mecklenburg nach Bayern zugewandert sind, erscheinen mir nicht tragbar; es ist ein Mißverhältnis zwischen den bayerischen Wählern und Ihren Herren im Landessekretariat, das auf die Dauer untragbar ist.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dazu darf ich feststellen, daß ich lange gebraucht habe, bis ich einigermaßen eine Organisation auch im Generalsekretariat durchführen konnte. Sie müssen sich darüber klar sein, daß die Leute, die ins Generalsekretariat kommen, sofort von verschiedenen Seiten unter die Lupe genommen werden. Ich muß aber darauf achten, daß ich tüchtige Kräfte bekomme. Es nützt mir nichts, wenn ich nur irgendwelche Leute hineinstelle, mit Rücksicht auf irgendwelche Ressentiments. Die Hauptfrage ist, daß einer tüchtig ist, etwas leistet. Denn davon hängt eine Organisation ab. Selbstverständlich werden wir - das sage ich rundweg heraus - bei gleichen Persönlichkeiten den Bayern den Vorzug geben. Wenn aber jemand besonders tüchtig ist, dann kommt der besonders Tüchtige hin an die Stelle. Davon hängt auch der Erfolg der Partei dann ab.

Weiterhin: Es wurde namentlich genannt *Achim Oster*. Er ist dort tätig, nicht als Chef der Organisationsabteilung wie hier dargestellt wird, sondern als ein Mann, der weitestgehend alle möglichen Arbeiten verrichten muß, der Material zusammentragen muß, gerade jetzt, wie wir es im Hinblick auf andere Parteien notwendig haben, der den Überblick gewinnt und dann das organisatorisch meistert. *Oster* hat zweifelsohne ein Talent, ist ein sehr tüchtiger und junger Mann. Ferner, wenn gesprochen wird vom Generalstab: *Oster* war Generalstabsoffizier. Aber es dürfte auch den Freunden hier bekannt sein, daß der Vater Osters, der General *Oster*, in Flossenbürg gehängt wurde und daß er - das ist im Auslande bekannt und dürfte allmählich auch hier in München bekannt sein - lange Zeit der namhafte Organisator der Widerstandsbewegung war, wenn man schon von der Widerstandsbewegung redet; einer, der dafür an den Galgen gegangen ist, daß er es benützt hat, gleichzeitig den Widerstand für den Generaloberst *Beck* aufzubauen. Der Mann hat überall einen so guten Namen, daß wir auch in diesem Fall einen Generalstabsoffizier hinnehmen können. Sie dürfen es um so mehr tun, denn ich kann Ihnen sagen, wie ich ihn der Militärregierung vorgestellt habe, daß man ihn dort ohne weiteres entsprechend angenommen hat. Denn ein Mann mit solchen Verdiensten kann wohl mit jedem anderen konkurrieren, der heute vorgibt, die Widerstandsbewegung aufgebaut zu haben. Wir dürfen zufrieden sein, wenn wir heute solche Männer in unseren Reihen haben, gerade im Verkehr mit allen möglichen Stellen. Ich halte es für einseitig, wenn man so vorgeht.

Es wurde dann auch der Name *Gronwald* genannt. Ich glaube, daß fast alle Parteifreunde die Überzeugung gewonnen haben, daß *Gronwald* einer der aktivsten Mitarbeiter ist, die wir gefunden haben. *Gronwald* war in Oberfranken tätig. Er war dort lange Zeit herausgestellt. Ich möchte die Oberfranken fragen, ob sie nicht absolutes Vertrauen gerade in die Arbeit *Gronwalds* haben. Er hat buchstäblich Tag und Nacht gearbeitet. Er arbeitet jetzt wieder sehr intensiv an allen möglichen Arbeiten, die wir dringend notwendig haben. Wir haben sehr viele Leute, die reden, kritisieren, auf deutsch gesagt, das Maul aufreißen, die nicht bereit sind, sich hinzustellen und aktive Leistungen aufzuzeigen. Auf die Leistung kommt es an, wenn die Union bestehen soll, nicht auf das Maulaufreißen. Ich muß sehr deutsch reden, gerade weil von bestimmten

Kreisen immer nur Kritik vorgebracht wird, weil dort die Arbeit höchstens im Intrigieren gesehen wird.

(Zuruf.)

Ich komme jetzt dazu, Ihnen die Statuten vortragen zu lassen.
Haußleiter: Ich bitte vorher ums Wort.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist kennzeichnend für das Verhalten mancher Leute, gerade in München, daß man es für notwendig befunden hat, trotzdem die Statuten mit überwältigender Majorität angenommen wurden - es haben nur ganz wenige, drei oder fünf, soweit ich mich erinnere, dagegen gestimmt -, aus der Partei heraus eine Denkschrift gegen die Landesversammlung zur Militärregierung zu geben.

(Hört!)

Meine lieben Freunde! Sie können sich vorstellen,

(Zuruf: Wer war das?)

wie da noch eine Arbeit möglich ist.

(Zuruf: Die Namen!)

Pflaum: Darf ich richtigstellen: Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß diese Persönlichkeiten auf jeden Fall dem Bezirksausschuß München völlig ferne stehen. Wir haben mit dieser Angelegenheit nicht das Geringste zu tun. Bei dieser Gelegenheit muß ich sagen, daß ich es bedauere, daß der Herr Dr. *Müller* eine besondere Schärfe in diese Angelegenheit bringt. Ich bedauere, daß Punkt 3 aus der Sache herausgenommen wurde. Ich bitte, die Sache als Ganzes anzusehen.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Ziffer drei ist eine Organisationsfrage, deshalb muß es hier behandelt werden.
Ich halte die Schärfe in dem Fall für notwendig, weil ich mich aufgrund von Resolutionen, die in anderen Bezirksverbänden gefaßt worden sind, allmählich verpflichtet sehe, die Geduld aufzugeben und energisch durchzugreifen.

(Sehr richtig!)

Ich halte es für unmöglich, die Partei dauernd durch Intriganten lähmen zu lassen, die in die Partei hineingekommen sind. Herr *Pflaum* hat erklärt, daß der Bezirksverband München mit der Sache nichts zu tun hat. Die Denkschrift ist eingereicht von Herrn *Messmer*, der damals in Bamberg hinausgeschmissen wurde. Ich habe mittlerweile festgestellt, daß *Messmer* Mitglied des Bezirksverbandes München ist. Ich habe ferner festgestellt, daß er mit Material bedient wurde, das nur Leuten, die in den intimsten Sitzungen der Partei zugegen waren, z.B. beim Arbeitsausschuß, bekannt sein konnte. Es ist das nicht abgestritten worden.
Pflaum: Darf ich eine Erklärung bezüglich des Bezirksverbandes München abgeben: Ich persönlich kenne den Herrn gar nicht. Ich habe ihn einmal in Bamberg gesehen. Ich verurteile es selbstverständlich.

(Zuruf: Ist er noch Mitglied?)

Das weiß ich nicht.

(Zuruf: Das wäre unerhört!)

Entschuldigen Sie, sind Sie für jedes Ihrer Mitglieder verantwortlich?

(Zuruf: In dem Punkt schon!)

Herr Dr. *Müller*, das ist uns nicht zur Kenntnis gebracht worden. Wir werden der Angelegenheit nachgehen und werden selbstverständlich die notwendigen Konsequenzen ziehen.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Herr Dr. *Pflaum*, ich darf hier feststellen, die Angelegenheit habe ich bereits in der Arbeitsausschußsitzung zur Sprache gebracht. Es war eine Reihe von Freunden zugegen. Ich habe an jemand bestimmten die Anfrage gerichtet. Die Anfrage wurde nicht bestritten.

(Zuruf: Nennen Sie ruhig den Namen!)

Die Fragen werden noch geregelt werden.
Das Wort hat Herr Dr. *Semler*.
Dr. *Semler*: Der Betreffende, den Sie in der Arbeitsausschußsitzung angesprochen haben, gehört nicht zum Bezirksverband München.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Er steht in Verbindung und ferner stehen bestimmte Leute noch in Verbindung.
Dr. *Semler*: Es wäre sehr richtig, wenn Sie, Herr *Pflaum*, der Sache nachgehen würden. Es wäre sehr erwünscht, wenn *Messmer* aus dem Bezirksverband München verschwindet.
Pflaum: Ich habe die Erklärung abgegeben, daß wir der Sache nachgehen und die notwendigen Konsequenzen ziehen werden.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Wie notwendig das Durchgreifen ist, sehe ich aus folgendem: Ich habe in der Fraktion und in einem Bezirksverband auf eine Anfrage kurz Antwort gegeben wegen der Arbeit Dr. *Gerathewohls* und habe dabei, weil ich wegen der Haltung der Gewerkschaften gefragt wurde, darauf hingewiesen, daß wir die Verpflichtung sehen, jetzt besonders die Jungarbeiter intensiv zu schulen, um auf die Gewerkschaftsarbeit zu blicken. Ich wurde kurze Zeit daraufhin bei der Militärregierung darauf angesprochen, daß ich ohne Genehmigung eine Gewerkschaftsschule errichtet hätte, oder ob ich eine solche Schule errichtet hätte. Ich habe den Sachverhalt gezeigt: Es war so. Es ist immerhin bemerkenswert, daß aus solchen Sitzungen das sofort wieder benützt wurde, um dorthin einen Bericht zu geben. Ich habe gar nichts dagegen, wenn Vertreter der Militärregierung in jeder, auch der intimsten Sitzung dabei sind. Wir spielen ein offenes Spiel in jeder Weise. Aber ich wende mich dagegen, wenn Intriganten irgendwelche Äußerungen dann ausnützen, um die Partei von innen heraus auszuhöhlen und zu bekämpfen.
Das Wort hat Herr *Haußleiter*.
Haußleiter: Ich möchte doch noch ein kurzes Wort zu dem Fall *Gronwald* sagen, und zwar aus folgendem Grund: Bei uns in Oberfranken ist die eigentliche Einbruchsstelle der roten Gefahr aus der Ostzone, und dort erleben wir, daß bestimmte Gruppen der SPD bereits zur SED übergehen. In Coburg haben sich solche Fälle ereignet, in Hof und in Kulmbach sehen die Dinge ähnlich aus. Die Spaltung der SPD beginnt. Dort haben wir von der Union aus Bayern zu verteidigen. Ich wehre mich hier mit aller Eindringlichkeit dagegen, daß die Leute, die dort droben mit aller Leidenschaft das Übergreifen der gefährlichen Einflüsse aus der Ostzone abzufangen versuchen, hier in irgendwelcher Weise angegriffen werden oder als untragbar für die Partei bezeichnet werden, weil sie nicht geborene Bayern sind. Ich glaube, diese Männer dort und gerade *Gronwald* leisten einen entscheidenden Beitrag an einer Stelle, an der Bayern besser verteidigt wird als dort, wo man eine Isolierungspolitik betreibt, die dann über den Haufen gerannt würde, wenn erst einmal in Nordbayern die rote Diktatur stabili-

siert wäre. In diesem Kampf möchte ich doch meine Freunde aus München bitten, uns nicht in den Rücken zu fallen, indem man in der Vergangenheit der Leute kramt, die dort ganz ohne Zweifel, soweit die Union in Frage kommt, wie Bayern stehen.
Ich möchte auf ein Zweites hinweisen: Ich glaube, es wäre vielleicht deshalb besonders ungeschickt, *Gronwald* anzugreifen - ich halte es für sehr notwendig, daß wir bei jedem Parteifreund das Gefühl haben, er ist tragbar -, weil die Sache auch die evangelische Kirche betrifft, wenn wir ihn hier angreifen. Er ist maßgebendes Mitglied der Bayerischen Landessynode und unter diesem Gesichtspunkt auch als Nichtbayer nicht ohne weiteres anzuprangern. Auf diese beiden Gesichtspunkte wollte ich doch hinweisen.
Hagn: Ich möchte folgendes bemerken: Wir von München empfinden es sehr schmerzlich, daß es einer aus München gewesen sei, der dieses Intrigantentum bewerkstelligt hat. Wir verurteilen das genauso scharf wie sie selbst. Vielleicht liegt ein Fehler innerhalb der Landesleitung, daß die Bezirksgruppe München nicht immer verständigt wurde, gegen den Mann vorzugehen, um ihn aus der Partei herauszuwerfen, wie es in einem solchen Fall gang und gäbe war. Das wurde nicht gemacht. Sonst wäre er bestimmt herausgeworfen worden.
Wenn der Vorsitzende zu der Angelegenheit sagt, daß nur der Tüchtigste hier am Platze ist, so halten wir das für vollkommen recht, aber für uns in Bayern wäre es vor allen Dingen ein Armutszeugnis, wenn wir nicht für die wichtige Stelle der bayerischen Vertretung innerhalb der Union einen Bayern finden könnten. Wenn *Haußleiter* sagt, daß der Mann Ungeheueres geleistet hat - wir wollen ihm diese Dinge nicht aberkennen -, aber vielleicht wäre er, wo die SED einzubrechen droht, besser verwendet. Wir erleben es tagtäglich in unseren Versammlungen in München, wir stellen nicht mehr konkret das Bayerische, das Münchnerische in unseren Wahlversammlungen heraus und immer und immer wieder müssen wir es erfahren - ich sehe es im besonderen -, daß wir selbst mit Einwanderern von Preußen usw. dort hausieren gehen müssen, weil wir keine anderen hätten. Und die Leute in den Versammlungen sagen uns: Wir haben genug tüchtige Kräfte, um sie in dem Sektor einzusetzen, wo sie passen.

(Zuruf: Wo sind sie denn?)

Dr. *von Eicken*: Eine Kleinigkeit zu dieser Sache und dann die Wiederholung meines Geschäftsordnungsantrages. Ich wundere mich, daß die Parteileitung nicht darauf verweist, daß, was ich genau zu wissen glaube, die Tätigkeit des Herrn *Gronwald* im Landesausschuß keine endgültige und keine dauernde, sondern eine zeitlich beschränkte ist, die, soviel ich weiß, in allernächster Zeit sowieso ihr Ende findet, wenn die ihm gestellte Sonderaufgabe vorbei ist. So hat es Herr *Gronwald* geschildert, den ich persönlich gut kenne und den ich, wie ich offen bekenne, für einen der tüchtigsten und fähigsten Köpfe halte, die die Partei überhaupt besitzt, und den man nicht gut aus der gesamten Tätigkeit darum ausschalten kann, weil die Gesamtleitung in München sitzt.
Dann wiederhole ich dringend meinen Geschäftsordnungsantrag. Ich habe beantragt, die wesentlicheren Punkte herauszuziehen, bei denen wir die Frage, ob wir mit der Fraktion einig sind, zu behandeln haben, um sie so früh zu behandeln, daß danach nicht das halbe Haus davongelaufen ist und die andere Hälfte des Hauses schon derart abgekämpft ist, daß niemand mehr mitkommt.

[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Zunächst hat das Wort noch Dr. *Kroll*.
Dr. *Kroll*: Ich begrüße die Worte, die Herr Dr. von *Eicken* eben in der Angelegenheit *Gronwald* an uns gerichtet hat. Wenn ich an den Bezirksverband Oberfranken denke, wir haben vor kurzer Zeit in Bamberg wohl die größte Flüchtlingsversammlung abgehalten - es waren über 3000 Menschen erschienen. Wenn bei uns das Flüchtlingsproblem besonders im Vordergrund steht, so ist das Grund dafür, nicht nur so zu tun, als ob man mit der milden christlichen Nächstenliebe an die Probleme herangehe, sondern auch Vertreter aus ihren Reihen zu Worte kommen zu lassen. Wenn ausnahmsweise in München jemand sitzt, der aus der östlichen Zone herübergekommen ist und hier für den Gedanken der Union, der ja nicht nur ein spezifisch bayerischer, sondern darüber hinaus ein gesamtdeutscher Gedanke ist, arbeitet, so können wir darin keinen Vorwurf erblicken, sondern wir freuen uns darüber, daß uns so tatkräftige Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Ich darf, bevor ich abschließe und bitte, dem Antrag Herrn Dr. *von Eickens* stattzugeben, vielleicht etwas sagen, was an die Worte von Herrn *Haußleiter* anklingt. Wir empfinden allmählich die ständigen Differenzen in München als eine derartige Lähmung der gesamten Parteiarbeit, daß wir der Meinung sind, daß wir, wenn es so weitergeht und wenn auch der Herr Landesvorsitzende in seinen Arbeiten so stark behindert bleibt, bei den kommenden Wahlen einen weiteren Wahlrückgang erleiden werden.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Wir werden vermutlich endlich dorthin kommen, wohin man uns bringen will, nämlich daß wir die Majorität in Bayern verlieren. Ich weiß nicht, ob die Herren in München, die sich streiten, das beabsichtigen. Ich nehme aber an, daß sie es nicht wollen. Wir haben jedenfalls energische Schritte unternommen, um endlich dorthin zu kommen, wohin wir kommen müssen, nämlich zu einem zügigen Aufbau der Partei, zu einem klaren, leider noch immer ausstehenden Parteiprogramm und zu all den notwendigen Maßnahmen, einschließlich der Schiedsgerichtsordnung, die es uns ermöglichen, Herren, die nur stören wollen, endlich einmal dorthin zu versetzen, wohin sie gehören, nämlich an die frische Luft. Wir haben daher vom Bezirksverband Oberfranken eine Resolution eingebracht und nach München mitgebracht:

> Die Bezirksversammlung des Bezirkes Oberfranken der Christlich-Sozialen Union in Bayern, die am 4. August in Bamberg tagte, hat einstimmig folgende Resolution gefaßt:
> Der Bezirksverband Oberfranken erwartet, daß die Parteileitung mit größter Energie die sachliche Arbeit vorantreibt, persönliche Hemmungen ausschaltet und die Gestaltung eines klaren Programms beschleunigt und abschließt. Angesichts der ständig wachsenden unsachlichen Angriffe auf unsere Parteifreunde ist unseren Parteifreunden jede nur erdenkliche Rückendeckung zu gewähren.

Ich darf einschalten, daß Sie vielleicht alle wissen, wie stark wir unter den Abschüssen der eigenen Leute zu leiden hatten und wie groß die Hemmungen sind, die hier überwunden werden müssen. Wir müssen alle Kraft darauf richten, daß das überwunden wird.

> Die Parteidisziplin ist zu vertiefen und die Verabschiedung der Schiedsgerichtsordnung ist zu beschleunigen. Der Charakter der Union als einer neuen Partei ist auch in dem notwendigen Aufbau sichtbar zu machen. Der Bezirk Oberfranken hat das volle Vertrauen, daß es Herrn Dr. *Josef Müller* gelingen wird, die noch vorhandenen

Mängel abzustellen, die Schlagkraft der Union zu erhöhen und ihr Ansehen im Volke zu festigen.

Ich möchte hinzufügen, daß letzteres ganz besonders dringend ist. Meine Herren! Sie gestatten mir, daß ich diese Resolution überreiche. Ich bitte Sie, was Angriffe gegen meine Person betrifft, ich bin leider kein Bayer, obwohl ich sehr tief in Bayern verwurzelt bin. Ich bin vom Bezirksverband Oberfranken gewählt worden.
[Vorsitzender] Dr. *Müller* (da zwei Redner gleichzeitig beginnen wollen): Ich muß bitten, die Wortmeldungen schriftlich einzureichen. Dr. *Semler, Arnold.*
Dr. *von Eicken*: Zur Geschäftsordnung.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Wir müssen die Debatte zu Ende führen. Das Wort hat Dr. *Semler.*
Dr. *Semler*: Meine Herren aus München, Sie haben vom Landesvorsitzenden gehört, daß er die Auffassung der Resolution teilt, daß selbstverständlich bayerische befähigte und überzeugte Anhänger der Union im Landessekretariat vertreten sein sollen. Meine Herren! Sie sind in der Person *Gronwalds* einem Irrtum zum Opfer gefallen. *Gronwald* ist in der Tat nicht nur einer unserer befähigsten Freunde, Sie wissen, welchen Wert wir von evangelischer Seite auf seine Person legen. Leider wird er nicht mehr sehr lange bei uns bleiben. Tun Sie den Gefallen, indem Sie den Einwand bezüglich seiner Person aufgeben.
Pflaum: Die Diskussion veranlaßt mich nochmals zu einer Erklärung. Es besteht bloß ein Mißverständnis. Wir haben gestern hier in München eine Bezirksausschußversammlung gehabt, bei der 50 Vereine vertreten waren. Das Gremium war größer, als es hier beisammen ist. In dieser Versammlung wurde gegen eine Stimme beschlossen, uns dem Landesverband anzuschließen. Wir stehen vollständig hinter dem Landesverband. Wir haben natürlich verschiedene Meinungen, die hauptsächlich beim Staatspräsidenten zum Ausdruck kommen. Der Punkt 3, der hier aufgegriffen wurde, wegen der Angehörigen des Landessekretariats, ist nicht vom Vorstande des Bezirksausschusses gestellt worden, sondern kam aus der Versammlung heraus. Nachdem wir Demokraten sind, mußten wir selbstverständlich diesen Antrag, der einstimmig beschlossen wurde, annehmen und hier zur Kenntnis bringen. Es ist nicht so, daß hier der Bezirksverband München gegen den Landesverband stehen würde, sondern wir stehen geschlossen hinter Ihnen. In verschiedenen Dingen haben wir eine andere Meinung, und diese wollen wir hier zum Ausdruck bringen. Auch bei anderen Parteien ist es so; bei den Sozialdemokraten kommen auch verschiedene Meinungen zum Ausdruck. Wir können nur an diesen verschiedenen Meinungen lernen und können uns klären und wieder zusammenfinden. Irgendeine Böswilligkeit auf unserer Seite besteht nicht. Wir stehen geschlossen hinter dem Landesverband und begrüßen es, wenn in der heutigen Versammlung herauskommt, daß wir nunmehr recht bald ein klares Programm haben. Diesen gleichen Wunsch haben Sie alle.
Liedig: Zu einer Erklärung: Ich möchte mit dieser Erklärung die Möglichkeit geben, die Debatte abzuschließen. Ich stelle fest, daß der Bezirksvorsitzende des Bezirksverbandes München uns Mitarbeiter versprochen hat. Bis heute haben wir nicht einmal einen Boten angeboten bekommen, geschweige denn einen Referenten oder eine Sekretärin.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Das Wort hat Parteifreund *Arnold.*
Dr. *Arnold*: Nach den Erklärungen des Herrn *Pflaum* ist eine Beruhigung eingetreten.

Es ist eine Einigung im wirklichen Unions-Sinne. Ich möchte bitten, daß wir Schluß mit diesen Diskussionen machen. Ich möchte folgenden Antrag einreichen:

Der Ausschuß billigt die Politik der Landesleitung.

[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Meine lieben Freunde! Wird noch eine Debatte gewünscht?

(Zuruf: Nein!)

Darf ich dann über den Antrag abstimmen lassen? Wer enthält sich? Zwei. Wer ist dagegen? Der Antrag ist bei zwei Stimmenthaltungen einstimmig angenommen worden.

Ich lasse noch kurz ein Referat über die Statuten halten. Es wird nicht lange, höchstens zehn Minuten dauern. Herr *Haunhorst* hat die Verhandlungen mit der Militärregierung wegen der Statuten geleitet. Er wird kurz über den Abschluß berichten.

Haunhorst: Meine Damen und Herren! Die Parteisatzungen sind am 22. August der Militärregierung vorgelegt worden, und zwar in der Form, wie sie von der Landesversammlung im Mai angenommen wurden. Dabei hat uns die Militärregierung einige Forderungen gestellt, die gleichmäßig in den Satzungen sämtlicher Parteien aufgenommen werden müssen, um ihre Genehmigung durch die Militärregierung zu ermöglichen. Folgende Punkte sind dabei von Wichtigkeit: Die Mitgliedschaft in der Partei muß für alle Wahlberechtigten frei und zugänglich sein. Das ist weiter erläutert, daß die Personen, die unter Kategorie eins und zwei des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus fallen, nicht in die Partei aufgenommen werden können, bis sie durch die Spruchkammern entlastet sind bzw. nach Ablauf ihrer Bewährungsfrist. Dann dürfen weiterhin keine Parteimitglieder von der Partei ausgeschlossen werden, ohne daß sie zuerst vor einem unparteiischen Parteiausschuß, der Vertreter der örtlichen Gruppen einschließt, gehört worden sind. Weiterhin müssen die Parteifinanzen in regelmäßigen Abständen überprüft werden. Die Parteisatzungen müssen die Struktur der Partei klar darlegen.

Wir haben mit der Stelle der Militärregierung unsere Satzungen durchbesprochen, und es wurden dann nur einige kleinere Beanstandungen erhoben, die anzuführen sich im einzelnen hier kaum lohnt. Es handelt sich im allgemeinen um kleinere redaktionelle Sachen, bis auf eine Einzelfrage, daß der berufsständische Rat gewählt werden soll, und zwar vom Landesausschuß bzw. von der Landesversammlung im Gegensatz zu der damaligen Form der Satzung, wo er ernannt wurde. Nun haben wir der Militärregierung die Satzung entsprechend überarbeitet am 3. September wieder vorgelegt und haben sie im Hinblick auf die heutige Sitzung gebeten, uns einen Entscheid zu geben, wie über unsere Satzungen entschieden wird, damit wir das heute der Versammlung vorlegen können. In dem Sinne hat Oberstleutnant *Burns* von der Militärregierung uns gestern abend geschrieben, daß die Satzungen in der allgemeinen Form akzeptabel sind, daß es sich nur um ein[ige] redaktionelle Änderungen handelt, die noch aufgenommen werden müssen, um die Satzungen durchzubringen. *Burns* sagte zu mir persönlich, er glaubt, daß die Satzungen bis Mitte des Monats als erste Satzungen der Parteien in Bayern angenommen werden. Die einzigen Satzungen, die wirklich vollständig und durchgearbeitet sind, sind die Satzungen der Union gewesen. Sie haben der Militärregierung als Grundlage für die Beurteilung der Satzungen anderer Parteien gedient und ihr ein vollständiges Bild der deutschen Parteien vermittelt.

(Zuruf: Die Arbeit von *Gronwald*!)

[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Dazu darf ich Ihnen erklären: Ich setze in den nächsten Tagen die Parteisatzungen in Kraft. Ich will sie deswegen unmittelbar vorläufig in Kraft setzen, weil wir die neuen Wahlen aufgrund der neuen Satzungen vornehmen und neue Ausschüsse bilden müssen. Bis zu den Wahlen müssen wir so weit sein, daß die Wahlen für die Partei allüberall durchgeführt worden sind. Auf diese Weise können wir erreichen, daß wirklich der Wille des Volkes auch in der Partei zum Ausdruck kommt. Ich weise nochmals darauf hin, daß ich allerdings eventuell da und dort nachhelfen müßte, wo ich den Eindruck habe, daß manche rein persönliche Gründe dafür haben, daß sie ihre Werbung nicht intensiv entfaltet haben, wenn sie oppositionelle Gruppen nicht in ihre Partei aufnehmen wollen. Gehen Sie davon aus, daß die Parteisatzungen so, wie sie jetzt beschlossen wurden, in Kraft kommen, daß allerdings die berufsständische Gruppe vom Landesausschuß bzw. von der Landesversammlung gewählt wird. Das wird in den nächsten Tagen herauskommen.

(Zuruf *Brandner*: Ich möchte bitten, daß mit Beschleunigung die Satzungen an die Bezirksverbände herausgeschickt werden, damit auch die Ortsverbände entsprechend informiert werden können.)

Ich werde sie drucken lassen, nachdem die Genehmigung der Militärregierung da ist, und auch in Übersetzung herausgeben, damit sie den örtlichen Militärregierungen vorgelegt werden können. Damit darf ich die Debatte über die Statuten abschließen. Einverstanden?

(Zustimmung.)

Meine lieben Freund! Nun käme der Antrag *Eicken*.
Von Aretin: Zur Geschäftsordnung. Ich ziehe das, was ich über *Gronwald* gesagt habe, zurück.

(Beifall.)

[Vorsitzender] Dr. *Müller*: *Eicken* hat den Antrag gestellt, daß die Debatte Punkt 7 der Tagesordnung jetzt schon behandelt wird. Ich würde trotzdem vorschlagen, daß wir jetzt eine halbstündige Debatte über das Parteiprogramm durchführen. Ich fürchte, daß bei den anderen Debatten diese für die Union bedeutsamen Fragen in den Hintergrund kommen.

(Zuruf Dr. *von Eicken*: Ich bin damit einverstanden.)

Ich habe mit den einzelnen abgesprochen, daß sie so kurz als möglich ihr Referat halten. Die Sache der Partei muß fertig besprochen werden.

(Zuruf Dr. *von Eicken*: Wenn ich sicher bin, daß die Dinge nicht auf den letzten Punkt kommen.)

Wenn es zu lange dauert, werde ich eingreifen. Ich bitte Parteifreund *Rindt* um ein kurzes Referat, um einige Bemerkungen nur, damit die Parteifreunde sehen, wie die Arbeit in Angriff genommen ist und wie sie weiter durchgeführt wird.
Rindt: Ich möchte gleich feststellen, daß der Mann, der als Referent vorgesehen ist, nicht da ist. Es ist nämlich Herr *Gronwald*. Ich will gar nicht auf die eigentlichen Gründe dafür eingehen, warum es unbedingt notwendig ist, daß wir gegenwärtig ein Parteiprogramm haben. Ich möchte nur kurz folgendes sagen: Die Stimmung im Volke ist so, daß der Union immer mehr Mißtrauen entgegengebracht wird. Man weiß nicht, was die Union will. Auf der anderen Seite haben wir mehr und mehr, glaube

ich, als Union die Stärke bekommen, auch die innere Stärke, um heute zu wissen, inwieweit all diese verschiedenen Gruppen, die sich in der Union politisch zusammengefunden haben, ein und dieselbe Richtung gehen werden. Wir können also wirklich getrost, abgesehen von der Notwendigkeit, darangehen, ein Programm aufzustellen. Ich weiß, daß weite Kreise von Parteifreunden auf dem Standpunkt stehen, es wäre vielleicht schon lange notwendig gewesen. Ich glaube andererseits auch, daß es richtig war, etwas zuzuwarten. Über den Zeitpunkt des Zuwartens kann man verschiedener Meinung sein. Heute liegen die Dinge folgendermaßen: Vor ungefähr drei Wochen war im Staatspolitischen Ausschuß der Partei das erste Mal die Frage des Programmes offiziell auf der Tagesordnung der Zusammenarbeit gestanden. Es hat sich damals in der Aussprache darum gedreht, welche Art von Programm erstellt werden soll. Man könnte verschiedene Arten eines Programms ins Auge fassen, entweder, um bei dem Schwanz anzufangen, aus der Not der Zeit und aus der Notwendigkeit heraus, mit Sofortmaßnahmen irgendwie zu beginnen, rein theoretisch gesehen, sich irgendwie einer kommunisten [sic!] Richtung ideell anzuschließen und zur Gestaltung eines Sofortprogrammes übergehen. Man könnte auch sagen, daß es notwendig wäre, ein Arbeitsprogramm der CSU zu bauen; ein Arbeitsprogramm, das sich von dem Sofortprogramm insofern unterscheidet, als es eben die praktische Arbeit der CSU auf längere Zeitdauer hinaus festlegt. Die dritte Möglichkeit, die uns verbleibt, wäre die, ein grundsätzliches Rahmenprogramm zu schaffen. Ich darf auf diesen Punkt hernach noch in einer halben Minute besonders eingehen.

Die Aussprache in dieser ersten Zusammenkunft des Staatspolitischen Ausschusses hat ergeben, daß wir uns aus verschiedenen Gründen zunächst am besten auf ein grundsätzliches Rahmenprogramm festlegen werden und wohl auch festlegen wollen und müssen. Die Gründe hierfür sind folgende: Intern gesehen müssen wir endlich einmal den Menschen sagen, inwieweit wir als christliche Partei einen klaren Weg gehen. Sie wissen alle mit mir, wie für uns der Begriff des Christentums in der Fassung, die auch in diesem Rahmen erstmals zusammengebaut wurde, ausschlaggebend für die gesamte Politik ist. Wir müssen also die grundsätzlichen Linien in einer ganz klaren und eindeutigen Form herausstellen und ich scheue mich nicht einen Ausdruck zu wiederholen, der damals aufs Tapet kam: Wir müssen ein grundsätzliches Rahmenprogramm schaffen, das im guten Sinne des Wortes christlich-revolutionär ist. Dazu kommt, daß wir vielleicht bei einem Arbeitsprogramm nicht so sehr die Möglichkeit hätten, eine deutsche Gemeinschafts- und Unionspolitik im eigentlichen Sinne des Wortes zu treiben, wie es vielleicht mit einem grundsätzlichen Rahmenprogramm möglich ist. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß ich in diesen Dingen nicht als der ideelle Vertreter eines deutschen Einheitsstaates sehe; ich fühle mich als einer der überzeugtesten Vertreter des föderalistischen Gedankens in Deutschland. Aber trotzdem kommen wir nicht von Bayern oder von Hessen oder von Württemberg-Baden aus an eine Politik, die mit anderen Worten auch im Rahmen eines Parteiprogrammes besagen würde: Wir schließen uns in unserer gesamten Arbeitsleistung in irgendeiner Form, und sei es eben auch nur in der Form, ab von dem gesamtdeutschen Rahmen. Wir haben deutsche Wirtschaftsaufgaben, deutsche Kulturaufgaben, die wir unbedingt erfüllen müssen. Wir haben vor allen Dingen eines: Wir haben die weltgeschichtliche Aufgabe, die westliche Kultur vor irgendwelchen Einflüssen zu bewahren. Hier ist notwendig, eine wirkliche deutsche Politik mit Einbau des deutschen Gedankens zu betreiben. Was wir als Bayern hier unter CSU-Politik darüber hinaus, unter unserer Politik verstehen, meine Freunde, da glaube ich, daß der Zeitpunkt gekom-

men ist, an dem wir über die Grenzen Bayerns und über die Grenzen Deutschlands hinauslangen dürfen und langen können, zu all jenen Parteigruppen in anderen Ländern, die auf ähnlicher Grundlage stehen wie wir.
Wir können durch ein grundsätzliches Rahmenprogramm, das die Umlegung der christlichen Weltanschauung in dem vorliegend ausgedrückten Sinne bedeutet, an das sonstige öffentliche, staatliche Leben anknüpfen, schon auch, daß wir endlich einmal draußen die Resonanz und den Anschluß bekommen, mit dem sich heute die SPD, Herr *Schumacher*, so groß tut. Er macht es vielleicht aus taktischen Gründen, weil man sich selbst klar ist, daß die SPD, wie sie heute ist, auf dem Aussterbeetat angelangt ist. Sie wird zerfallen. Wir müssen uns klar sein, wenn es Herrn *Schumacher* nicht gelingt, die SPD von der marxistischen Grundlage wegzubringen und auf eine andere Basis zu stellen, hat die SPD in Deutschland in Kürze ausgespielt, eine tonangebende Partei zu sein. Hier sind es also vielleicht in erster Linie taktische Gründe, mit der Labour-Party, die vielleicht in einem Irrtum über die SPD befangen ist, enger zusammenzukommen. Wir glauben, daß wir aufgrund unserer Grundsätze nicht nur mit den benachbarten Ländern dann in einen engen Kontakt kommen, sondern daß es möglich ist, daß wir aufgrund eines Rahmenprogramms grundsätzlich christlicher Gestaltung auch den Anstoß für das geben, was notwendig ist: für eine europäische Konföderation und darüber hinaus für eine christliche Übernationale. Wir müssen eine christliche Übernationale als Gegengewicht zur roten Internationale bringen.
Wir müssen sehr vom Grundsätzlichen ausgehen und so soll das Programm, das wir zunächst gestalten, in Kürze uns Klarheit geben, soll jene Grundwahrheiten christlicher Politik enthalten, die für uns alle aufgrund unserer Gesamteinstellung bindend sind. Aus dieser Grundvoraussetzung heraus kann sich dann ein Arbeitsprogramm entwickeln. Aus der Grundvoraussetzung kann sich dann unter Umständen, falls das überhaupt wünschenswert und politisch klug ist, sogar ein Sofortprogramm entwikkeln. Diese Dinge sind zweiter Natur. Wie sehr aber eine derartige Gestaltung notwendig ist, darüber glaube ich kein Wort mehr verlieren zu müssen. Ich glaube, daß neben einer Resolution der Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes Augsburg vom Sonntag, dem 1. September 1946, noch die eine oder andere Resolution oder der eine oder andere Beschluß in der gleichen Richtung vorliegt, der darauf drängt, nun endlich, oder, wie es hier ausgedrückt ist, in der letzten entscheidenden Stunde, mit jenen großen Richtlinien unserer Politik herauszutreten und zu all den Fragen Stellung zu nehmen, die uns allen auf der Seele brennen.
Ich möchte ganz besonders begrüßen, was Herr Dr. *Gerathewohl* gesagt hat: Wir brauchen das Programm für den nächsten Wahlkampf. Die praktische Arbeit als solche ist folgende, daß, soweit ich persönlich die Sache überblicke, diesem Gremium und dann der Landesversammlung wohl noch im Laufe des September mindestens zwei Entwürfe vorgelegt werden; falls nicht vom Landesausschuß vorgezogen wird, die beiden Entwürfe bereits in einem zu verarbeiten oder den einen oder den anderen anzunehmen und so der Landesversammlung dann zur Beschlußfassung und Abstimmung bereits ein Einheitsexemplar, um mich so auszudrücken, vorzulegen. Es wird also zunächst ein Programmentwurf von *Gronwald* und Mitarbeitern ausgearbeitet; ein zweiter, bei dem ich als sogenannter Korreferent benannt wurde, wird von den Mitarbeitern des Bezirksverbandes Augsburg und Schwaben ausgearbeitet. Der Augsburger Entwurf wird nächste Woche in der Form vorgelegt werden können, wie man sich das eben vorstellt. Welchen Grundgedanken, welchen Ansatzpunkt Herr *Gronwald* in seinem Entwurf hat, weiß ich nicht. Unser Grundgedanke ist der: In eini-

gen wenigen, vielleicht 15 Punkten die Gesamtlinie unserer Grundsätze in der Politik festzulegen, angefangen von der Staatspolitik, der Wirtschaftspolitik, der Kulturpolitik und Sozialpolitik, und in gleicher Weise herauszustellen und damit eben den großen Rahmen zu schaffen, an den wir uns alle gebunden fühlen und eines Tages gebunden fühlen müssen, nicht was den Entwurf angeht, sondern die Tatsache als solche, wenn wir uns vor uns selbst Berechtigung haben wollen, Mitglieder der CSU und auch gewählte Vertreter der CSU zu sein, ganz gleich, in welchem Rahmen.

(Beifall.)

[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Meine lieben Freunde! Der Ruf nach dem Programm war da, seitdem die Union gegründet wurde. Wir sind zunächst so vorgegangen, daß wir in Einzelaufrufen bestimmte Richtlinien gegeben haben. Ich habe die Hauptaufgabe der ersten Zeit darin gesehen, alle Kräfte, die im Sinne unserer Einigung zusammengefaßt werden können, zu erfassen und dann die Linie herauszuarbeiten. Infolgedessen habe ich es da und dort vielleicht nicht darauf ankommen lassen können, Leute vor die Nase zu stoßen, die eventuell doch in die Grundlinie mit einmünden wollen. Heute müssen wir soweit sein, daß wir in der Union auch Debatten um ein Programm führen können. Am Anfange wäre es wahrscheinlich sehr schwierig geworden, weil dann zu den anderen Debatten auch die Debatten hinzugekommen wären und der Sprengstoff wäre wohl zu groß gewesen. Lange Zeit wurde mit allen Mitteln versucht, von außen, aber auch teilweise von innen heraus, die Union zu sprengen. Infolgedessen konnte ich keinen Sprengstoff sich ansammeln lassen, konnte auch nicht durch Programmdebatten sich die Leute auseinanderreden lassen. Die Gefahr besteht immer.

Es war ferner notwendig, einen Überblick über die Entwicklung im gesamten deutschen Vaterlande zu gewinnen. Wir dürfen keine Kirchturmpolitik treiben. Ich bin genauso föderativ eingestellt wie die Leute, die hier den Föderalismus besonders herausstellen wollen. Aber wir müssen uns darüber klar sein, Kirchturmpolitik würde sich immer rächen, weil wir dann isoliert dastehen würden. Infolgedessen mußte man einen Überblick darüber gewinnen, wie sich die Programme sonst, auch in den anderen Bereichen, entwickeln. Es war auch notwendig, einen Überblick zu gewinnen über die Programme ähnlicher weltanschaulicher Parteien, wie wir eine sind, im ganzen europäischen Bereich. Es ist ja ein Zeichen eigentlich unserer jetzigen Zeit, daß auch in anderen Ländern Parteien auf der gleichen ideellen Grundlage entstanden sind, wie wir sie haben. Meine lieben Freunde! Es wäre verfehlt, wenn wir darüber hinweggehen wollten, wenn wir uns nicht damit befassen wollten, in welcher Richtung die jeweiligen Parteien dort gehen. Es besteht eine gewisse Fühlungnahme. Ich glaube, daß das Interesse sogar soweit gehen wird, daß wir in absehbarer Zeit die Möglichkeit haben zu zeigen, daß auch dort Gleichgesinnte sich nicht scheuen werden, sich mit uns eventuell auf unseren Tagungen zu treffen. Ich arbeite zur Zeit sehr intensiv darauf hin, diese Basis zu finden. Ich glaube, daß wir dadurch die Möglichkeit haben werden, wirklich die Aufgabe zu lösen, unsere Kultur vor dem Verfall oder vor der Vernichtung zu bewahren. Wir sind - und das verkennen manche Leute - in erster Linie eine Zusammenfassung von gleichgerichteten Menschen auf kultureller Grundlage. Das Staatspolitische hat sich dem einzuordnen. Aber auch unsere staatspolitischen Gedankengänge müssen von den Ideen der christlichen Kulturwelt bestimmt sein.

(Sehr richtig!)

Gefühlsmäßigkeiten, wie sie da und dort zum Ausdruck kommen, die das Staatspolitische in den Vordergrund stellen wollen, sind sicher nicht im Interesse der Union gelegen und in der Richtung des größten Teils derer, die sich in der Union zusammengefunden haben, und derer, die der Union als Wähler das Vertrauen geben.

(Sehr richtig!)

Infolgedessen wird das Programm so entwickelt werden, daß wir ein Grundsatzprogramm aufstellen, an dem nicht gerüttelt werden darf, das kein Programm sein darf, lediglich zeitbedingt aus irgendwelchen staatspolitischen Notwendigkeiten heraus. Dieses Grundsatzprogramm muß so gestaltet sein, daß jeder weiß, der zur Union stossen will: Er muß es akzeptieren oder er gehört nicht in die Union herein. Das, was sich manche Leute jetzt als Programm vorstellen, ist ein Teil des Regierungsprogramms oder des staatspolitischen Programms, in dem bestimmte Notwendigkeiten enthalten sind, die eben dadurch gegeben sind, daß die Union als Partei die Aufgabe hat, Staatspolitik in der Demokratie und durch demokratische Mittel zu machen. Hinsichtlich des Parteiprogramms, des allein taktischen Programms, wenn ich mich so ausdrücken darf, darf keine Meinungsverschiedenheit bestehen. Da darf auch nicht der Versuch gemacht werden, daß die einzelnen sich durch Unduldsamkeit aus der Union hinausgestoßen fühlen. Denn dort muß die Möglichkeit bestehen, daß die Union als Partei auf breitester Basis, als Sammelpartei im guten Sinne des Wortes, als Volkspartei im guten Sinne des Wortes, alle Grundrichtungen, alle Schichten und alle Stände in sich vereinigen kann. Es hat sich ja bisher gezeigt, daß die Union das weitestgehende Vertrauen in allen Schichten des Volkes hat, und deswegen müssen wir auch auf diese Schichten Rücksicht nehmen; deswegen müssen wir auch auf ihre Haltung zum Staat und zur Gesellschaftsordnung Rücksicht nehmen. Im übrigen ist das nicht nur eine Rücksichtnahme gegenüber Parteifreunden, es ist auch unsere Pflicht als ehrliche, christlich und sozial denkende Menschen.

In dieser Richtung ungefähr wird das Programm verlaufen. Ich habe *Gronwald* gebeten, gerade von diesem Gedanken ausgehend als Richtlinie zu nehmen, was ich jetzt etwa so ausdrücke: Gott erschuf den Menschen. Wir wollen uns nicht scheuen, davon auszugehen, daß der Mensch im Vordergrund der Politik steht. Dazu kommt, daß Gott die Familie begründet hat, daraus, aus der Sammlung der Menschen und der Familien, wurde das Volk. Das Volk schuf den Staat und die Staaten, so daß damit für uns klarsteht, daß nicht der Staat das oberste Prinzip ist, wie es jetzt lange Zeit als Wahrheit hingenommen wurde. Für uns ist der Staat nicht der Inbegriff unseres gesamten Denkens. Er ist eine Notwendigkeit für das Zusammenleben der Menschen. Er steht ordnend in der Menschheit drin. Die Völker, die Völkerfamilien schufen die Gesamtheit der Staaten. So ungefähr möchte ich das Programm der Linie nach entwickeln lassen.

Es kommt noch eine Frage dazu: Wir wissen, daß heute z.B. die Frage mancher Bezeichnungen, die Frage des christlichen Sozialismus, sehr scharf debattiert wird. Da möchte ich davon ausgehen, wenn wir das Programm gestalten und das Fundament für das Programm legen, daß wir klarstellen, daß es einen christlichen Sozialismus schon gegeben hat, bevor es einen marxistischen, einen materialistischen Sozialismus gab. Aber, ich gehe davon aus, daß wir den christlichen Sozialismus nicht als Forderung erheben sollten, und zwar deshalb, weil auch das jetzt alles zu einer Begriffsumwandlung geführt hat, da wir sonst einander klar gegenüberstellen müßten, was christlicher und was materialistischer Sozialismus ist. Da das Wort Sozialismus Schlagwort

geworden ist, könnte auch das Wort "christlicher Sozialismus" vielleicht Schlagwort werden. Deswegen suche ich nach irgendeiner Lösung in dem Sinne, daß man vielleicht zu einem Begriff der christlichen Sozialreform, vielleicht zum Begriff des christlichen Solidarismus kommt, da letzterer als Idee dargestellt wird, das andere als Anzeichen der Aktivität. Es wird nicht darauf ankommen, wie wir das Wort finden; klar wird sein, daß wir herausstellen, daß wir ernst machen mit dem Sozialgebot Christi und daß wir davon ausgehen, daß das Eigentum an Grund und Boden, an den Produktionsmitteln und alledem auch diesem Gebot unterstehen.

(Sehr gut!)

Aber wir werden darüber hinausgehend klar herausstellen müssen, daß wir nicht, um nur in kurzen Strichen meine Meinung zu sagen, an die Stelle des doch etwas schwächer gewordenen Druckes des Unternehmers - des zwangsläufig schwächer gewordenen Druckes - den viel stärkeren Druck des Staates als kollektivistischen Staat treten lassen.

Meine lieben Freunde! Es ist selbstverständlich, daß das nicht von heute auf morgen geschehen kann. *Rindt* hat ihnen gesagt, er arbeite; *Gronwald* arbeitet. Wir haben den Staatspolitischen Ausschuß, der sich weiterhin damit befaßt. Wir haben bisher alle unsere Ausschüsse gebeten, uns ihre Beschlüsse und Resolutionen vorzulegen: Welche Punkte sie für notwendig erachten, in welchen Punkten sie sich in den Ausschüssen geeinigt haben. Das alles wird und muß gut verarbeitet werden. Wenn dann am Schluß die Vorschläge da sind und eine komplizierte Arbeit vorliegt, dann werde ich versuchen, dem noch einen guten Guß zu geben, daß es denn auch in einer schönen, guten Form herauskommt. Wenn wir heute ein Programm gestalten, wenn wir vor allem unser Grundsatzprogramm gestalten, dann wollen wir davon ausgehen, daß es für lange, lange Zeit geschaffen wird. Wir wollen nicht vom tausendjährigen Reich sprechen, weil das eine Phantasie war; wir wollen aber immerhin davon ausgehen, daß es unsere Generation überdauern wird, daß wir damit bereits den Grundstein für die Arbeit zukünftiger Generationen legen. Ich hoffe, daß die Arbeiten, die geleistet werden, so sind, daß sich die Union damit sehen lassen kann.

Darf ich damit den Punkt "Programmvorarbeiten" abschließen. Darf ich Ihr Einverständnis zu dem Vorschlag für die Programmarbeit annehmen, so wie ich sie vorgetragen habe, und darf ich Ihr Einverständnis annehmen, daß das Programm unter Zugrundelegung der Richtlinien entwickelt werden soll, wie ich sie Ihnen aufgezeigt habe?

Erhebt sich ein Widerspruch?

Einstimmig angenommen.

Meine lieben Freunde! Wir kommen jetzt zu Punkt 4 "Bericht des Landesvorsitzenden über die Interzonenpolitik der Union". Dieser Punkt dauert höchstens zehn Minuten. Ich werde Ihnen lediglich einen kurzen Überblick geben und diesen Punkt dann abschließen. Anschließend können wir in die praktische Arbeit eintreten. Ich werde nur eine Niederschrift verlesen. Dann sehen Sie gleich den Stand. Ich gebe keinen langen Bericht über diese Verhandlungen.

Am besten ist die Interzonenpolitik in den Beschlüssen dargestellt, die jetzt in Wiesbaden gefaßt wurden, beim Zusammentreffen der Vertreter aller Zonen.

(Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe. Die Französische Zone war allerdings offiziell nicht vertreten, weil die Franzosen unseren Leuten die Ausreise nicht erlauben. Dagegen waren die Ver-

treter der drei anderen Zonen anwesend, und es war bemerkenswert, daß die Öffentlichkeit, auch die Besatzungsmacht, ein sehr großes Interesse daran genommen hat, daß *Kaiser*, *Adenauer* und ich uns dort getroffen und daß wir uns auf einer Linie gefunden haben. Bekanntlich gab es lange Zeit eine große Debatte darüber, ob sich *Kaiser* und *Adenauer* auf einer Linie finden könnten. Ich stand in den Auffassungen verschiedener Art ungefähr zwischen den beiden, auch in den Auffassungen zu verschiedenen Linien im programmatischen Sinne. Aus jeder Zone waren ursprünglich zwei Vertreter vorgesehen, und zwar unter dem Gesichtspunkt des Zusammengehens der Konfessionen je ein katholischer und ein evangelischer Vertreter. Es kamen noch einige Freunde dazu, die in die Debatte eingegriffen haben.
Ich darf das Ergebnis der Aussprache verlesen lassen. Ich bitte Herrn *Liedig*, das Ergebnis zu verlesen.
Liedig: Über die Formen der Zusammenarbeit wurde eine Verständigung dahin erzielt:

1. Bis zur Bildung einer Reichspartei wird ein Ausschuß gebildet, in den jede Zone je zwei Vertreter und zwei Stellvertreter entsendet. Jede Zone hat in dem Ausschuß zwei Stimmen. Dem Ausschuß obliegt es, über einheitliche Linien der Parteipolitik zu befinden. Es ist in Aussicht genommen, daß der Ausschuß in jedem Monat einmal zusammentrifft. Jede Zone hat das Recht, den Zusammentritt des Ausschusses zu verlangen.
2. Zur Durchführung der Zusammenarbeit wird eine Geschäftsstelle errichtet. Jede Zone stellt einen Geschäftsführer. Bis zur Errichtung der Geschäftsstelle hat Herr *Dörpinghaus* die geschäftlichen Angelegenheiten wahrzunehmen.
3. Es werden folgende Arbeitsausschüsse gebildet:
   1. Kulturausschuß, 2. Verfassungsausschuß, 3. Wirtschafts- und Sozialausschuß, 4. Landwirtschafts- und Ernährungsausschuß, 5. Flüchtlingsausschuß.
4. Die Benennung der Persönlichkeiten für den leitenden Ausschuß sowie der Geschäftsführer erfolgt bis zum 1. Oktober.

Dann wurde an die Presse folgende Entschließung gegeben:

> Am 28. und 29. August trafen sich in Königstein i.T. die führenden Vertreter der Christlich-Demokratischen und der Christlich-Sozialen Unionen der amerikanischen, britischen und sowjetrussischen Zonen und Berlins. Zweck der Tagung war, die enge Zusammenarbeit zwischen den Zonen zu gewährleisten.
> Die Aussprache ergab Übereinstimmung in allen Lebensfragen des deutschen Volkes, insbesondere hinsichtlich der Einheit Deutschlands, seiner Grenzen in West und Ost und der Notwendigkeit der Beseitigung der Zonengrenzen. Um auch weiterhin die einheitliche Haltung der Unionen zu sichern, wurde eine Zusammenarbeit in einer ständigen Arbeitsgemeinschaft beschlossen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich darf nochmals feststellen: Auch die Union, die eines Tages für Deutschland entstehen wird, die jetzt zunächst durch eine Arbeitsgemeinschaft repräsentiert ist, wird auf föderalistischer Basis aufgebaut sein, als eine Zusammenfassung von gleichberechtigten Unionen. Ich habe klargestellt, daß es ausgeschlossen ist, daß wir in dieser Hinsicht unsere Selbständigkeit aufgeben könnten oder auch nur den Namen ändern würden. Wir werden in Bayern die Christlich-Soziale Union sein, genauso wie die anderen sich Christlich-Demokratische Union nennen. Wir sind dann eben die Zusammenfassung dieser Christlich-

Sozialen Unionen in den einzelnen Gliedern Deutschlands. Dem ist Rechnung getragen durch die Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaften.
Ich darf Ihnen dazu ferner erklären: Ich sehe es als einen Erfolg unserer Arbeit an, daß gerade auch die Leute im Norden, vor allem die Leute um *Jakob Kaiser*, sich jetzt klar und eindeutig für den föderativen Aufbau Deutschlands ausgesprochen haben. Denn ich halte es für besser, im positiven Sinne zusammenzuarbeiten und den Menschen dort zu überzeugen, als nur in Opposition und in Kirchturmpolitik zu machen.

(Sehr richtig!)

Auf diese Weise werden wir viel weiter kommen und werden unsere Ideen viel besser durchsetzen können, als wenn wir nur dauernd Protestnoten von einer Zone zur anderen schicken würden. Es ist vielleicht ein Unterschied, das sei klar herausgestellt, zwischen Menschen, die aus Gefühlsmäßigkeit, ich möchte sagen vom Herzen her, Föderalisten sind und Menschen, die aus Vernunftgründen Föderalisten geworden sind. Ich weiß, daß manche im politischen Bereich daran Anstoß nehmen, daß *Kaiser* erklärt hat, er sei angesichts der Entwicklung der Verhältnisse Föderalist geworden, er sei es nicht von Haus aus.
Meine lieben Freunde! Entscheidend ist die Tatsache, daß sich auch diese Leute heute zum föderativen Reichsaufbau bekennen. Ob es vom Verstand oder vom Herzen herkommt, mag von untergeordneter Bedeutung bleiben.
Wir haben - das steht in dieser Resolution nicht drin - jetzt auch eine Zusammenfassung der Unionen innerhalb der amerikanischen Zone vorgenommen. Für die Interzonenbasis ist es so, daß die Vertreter dafür bestellt sind. Für unsere Zone bin ich als erster Vertreter dort. Der zweite ist Dr. *Simpfendörfer*, der Präsident des Württembergischen Landtags. *Simpfendörfer* ist evangelisch. Wir sind daher zu dieser Kombination gekommen. Stellvertreter ist bisher *Hilpert*. Wir werden uns innerhalb unserer Zone auf einen weiteren Stellvertreter einigen. Bei der Bestellung des Geschäftsführers werde ich zunächst sehen, welche Geschäftsführer von den anderen bestellt werden, damit wir auch in der Geschäftsleitung eine gute Vertretung haben.
Bei den Ausschüssen werde ich davon ausgehen, daß ich zunächst ohne Festlegung den jeweiligen Vertreter oder die jeweiligen Vertreter von unseren Ausschüssen delegieren lasse, ohne daß man endgültig eine Festlegung vornimmt. Denn es kommt natürlich darauf an, Leute zu benennen, die in der Materie stehen. Es ist das sicher besser, als wenn man durch Zufallswahlen Vertreter benennt. Ich bitte Sie hier um Ihr Einverständnis.
Erhebt sich ein Widerspruch dagegen?
Dann darf ich Ihre einstimmige Zustimmung dazu annehmen.
Für die Zonenbasis ist es so, daß jede einzelne Union zwei Vertreter bestellt. Wir haben, weil wir auch da von der Einigung der Konfessionen ausgehen wollen, für Bayern noch einen evangelischen Vertreter zu bestellen. Ich würde Sie bitten, festzustellen, ob Sie damit einverstanden sind, wenn ich einen unserer Freunde aus dem engeren Arbeitsausschuß dafür delegieren lasse. Ich würde diese Frage dann im Staatspolitischen Ausschuß und im Arbeitsausschuß besprechen und dort einen Vorschlag machen oder mir einen Vorschlag machen lassen.
Sind Sie damit einverstanden?
Es erhebt sich kein Widerspruch.
Ich darf damit mein Referat abschließen. Wird das Wort zu einer Aussprache über die Zonenpolitik gewünscht?

Dr. *von Eicken*: Ich möchte nur eine kurze Erklärung abgeben. Es hat uns außerordentlich interessiert, daß *Jakob Kaiser* heute sich zum föderativen Reichsaufbau bekennt. Ich mache immerhin noch gewisse Vorbehalte wegen der inneren Überzeugung dieser mir etwas überraschend kommenden Einstellung.
Ich habe aber noch ein anderes Bedenken, und ich möchte dieses einmal zur Sprache bringen, damit es nicht etwa hier bei uns abfärbt. Das Bedenken, das ich habe, ist die außerordentliche Festlegung *Jakob Kaisers*, soweit ich orientiert bin, auf den sogenannten christlichen Sozialismus, von dem wir vorhin schon gesprochen haben. Ich halte diesen Begriff und auch die Form, in der *Jakob Kaiser* ihn vertritt und sogar schon in unserem Kreise hier zur Sprache gebracht hat, für außerordentlich gefährlich und für außerordentlich verschwommen. Gefährlich darum, weil er verschwommen ist. Ich glaube besonders, daß es eine ganze Reihe ernster und gewichtiger Kräfte unter den bayerischen Bauern geben wird, die diese Art Auffassung von Sozialismus in keiner Weise teilen, wenn sie sie irgendwie näher beleuchtet bekommen werden. Die Stellungnahme *Kaisers* hängt mit den Berliner Gewerkschaftsverhältnissen zusammen. *Kaiser* drückt aber die Dinge so aus, daß man zu einer Abgrenzung mit marxistischen Vorstellungen überhaupt nur dadurch kommt, weil das Wort christlich davorsteht. Wenn man aber wie wir ganz konsequent Kollektivismus, Staatskapitalismus und ähnliche Dinge ablehnt, wie der Herr Landesvorsitzende mit beruhigender Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht hat, dann muß man auch die Wege, die dahin führen können, ablehnen.
Ich bringe diese Dinge darum zur Sprache, weil ich gern im Zusammenhang mit den Worten des Herrn Landesvorsitzenden, daß er den Ausdruck christlicher Sozialismus selber vermeiden will, eine Erklärung für die Stellungnahme *Kaisers* haben will. Mir liegt nicht nur daran, daß der Ausdruck christlicher Sozialismus vermieden wird, sondern daran, daß nicht Einflüsse dieser Art, wie ich gelegentlich bemerken zu können geglaubt habe und weiterhin befürchte, auf unsere Sphäre übergreifen. Es müssen daher bei uns entsprechende Sicherheiten eingebaut werden, und es muß bei der Bildung eines Gesamtwillens unmißverständlich zum Ausdruck kommen, daß das, was Herr *Kaiser* unter christlichem Sozialismus versteht, für uns unannehmbar ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dazu darf ich sagen: Ich habe auf den föderativen Aufbau der Unionen hingewiesen. Es ist *Kaiser* und der Union in der russischen Zone nicht benommen, ihr Programm aufzubauen, wie sie es für recht halten. Wenn sie aus den Gegebenheiten der russischen Zone und der Gegenüberstellung im Kampfe gerade mit den kollektivistischen Vorstellungen sich zum christlichen Sozialismus bekennen wollen, so mag es von dort aus klar und eindeutig geschehen. Im übrigen, *Eicken*, darf ich ruhig sagen, die Ideen von *Kaiser* sind gar nicht so unklar. Ich habe *Rindt* gestern eine große Schrift darüber gegeben, die von den dortigen Freunden abgefaßt wurde, sie finden darin Gedanken, die vom Großteil auch unserer Union geteilt werden.
Vielleicht kann *Rindt* kurz dazu Stellung nehmen.
Dr. *Rindt*: Ich kann noch keinen Bericht darüber geben, aber ich glaube, daß die Formulierung christlicher Sozialismus ein bißchen unter Druck der Besatzungsbehörde entstanden ist. Vieles davon entspricht dem, was wir unter christlich-sozialer Einstellung gerade in der heutigen Zeit voll und ganz empfinden. Ich habe den Eindruck, daß hier mit einer viel größeren, ich möchte sagen, geistigen Aktivität an diesem Problem gearbeitet wird, als es in anderen Zonen der Fall ist. Es mag sein, daß *Kaiser* sich in seinen Verlautbarungen nach außen hin ein bißchen gedreht und gewendet hat, um vor allen Dingen bei der russischen Besatzung nicht anzustoßen. Aber die gei-

stigen Grundlagen dafür erscheinen mir vollkommen korrekt, zum mindesten 60%, und auch vollkommen tragbar für uns.
Ich weiß nicht, ob gewünscht wird, daß ich bei der nächsten Zusammenkunft oder sonstwie einmal Sie darüber informiere. Es wäre äußerst wertvoll und könnte uns eine Reihe von Anregungen bringen, wenngleich bestimmte spitze Formulierungen von uns nicht angenommen werden können.
Donsberger: Meine Damen und Herren! Die maßgebenden Vertreter der Arbeiterschaft in Bayern haben sich mit der Frage, ob auch in der Zukunft das Wort christlicher Sozialismus in der Werbung oder Propaganda gebraucht werden soll, wiederholt beschäftigt. Wir sind einstimmig zu der Auffassung gekommen, daß man ein solches Wort innerhalb unserer Kreise in der Zukunft nicht gebrauchen soll, und zwar um der Abgrenzung willen zwischen unserer Auffassung und derjenigen des Marxismus. Der einfache Mann versteht unter Sozialismus sozialdemokratische Auffassung. Aus diesem Grunde bitten wir, daß in unserem Sprachschatz innerhalb der Parteitätigkeit das Wort Sozialismus in Zukunft verschwinden soll.
Brandner: Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Frage des christlichen Sozialismus hat nicht nur eine Auswirkung taktischer Art, sondern sie hat eine ideologische Auswirkung, die unter Umständen für *Kaiser* sehr gefährlich wird, wenn er sie nicht fallenläßt. Bei den Besprechungen auf Interzonenbasis kann *Kaiser* sehr leicht mit seiner grundsätzlichen Einstellung in Widerspruch geraten. Es kann dann leicht der Fall sein, daß er sich seinen eigenen Leuten gegenüber propagandistisch verrennt und daß sich die Masse hernach von ihm abwendet, wenn er seinen Forderungen nicht nachkommen kann. Ich glaube, daß wir mit dem Grundsatz, den der Landesvorsitzende eben zum Ausdruck gebracht hat, anstelle des Wortes christlicher Sozialismus die praktische christliche Nächstenliebe in den Vordergrund zu rücken, bei den Massen einen viel größeren Anklang finden. Ich habe als Landrat in den Gemeinden draußen bei meiner praktischen Arbeit mit den Flüchtlingen und der einheimischen Bevölkerung immer wieder festgestellt, daß wir ohne christlichen Sozialismus leicht auskommen, wenn wir die Frage des praktischen Christentums in den Vordergrund stellen und daß uns die Bevölkerung sehr gut versteht. Jedenfalls müssen wir meiner Ansicht nach die Ideologie von *Kaiser* strikt ablehnen, weil sonst die Entwicklung gegen uns laufen würde.
Dr. *Kroll*: Meine Herren! Bei der Ablehnung des Begriffes christlicher Sozialismus durch Herrn Dr. *von Eicken* möchte ich meinerseits feststellen, daß ich mich mehr darum bemühen muß, den christlichen Kapitalismus abzulehnen,

(Sehr gut!)

den es einmal gegeben hat und immer noch gibt, als den christlichen Sozialismus zu verdammen. Wir ringen in dem Ausschuß, der kürzlich tagte und in dem Dr. *Hundhammer*, Dr. *Semler*, Dr. *Rindt* und viele andere Herren vertreten waren, um einen schlagkräftigen Begriff eines revolutionär-christlich gestalteten Parteiprogramms. Mit bloßen Versprechungen der alten Schulen und der alten Parteien, mit dem Hinhalten in dieser Not der Flüchtlinge, der Ausgebombten und Evakuierten werden wir - das haben wir erfahren - keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken. Hier geht es nicht um den Begriff als solchen. Aber die Haltung, die in ihm ausgedrückt ist, muß Wirklichkeit werden, wenn wir etwas anderes sein wollen als eine alte bourgeoise Partei.
Dr. *von Eicken*: Liebe Freunde! Es trifft sich trefflich, daß ich gleich wieder erwidern kann. Herr Dr. *Kroll* sagte, es geht ihm nicht um Begriffe. Mir geht es aber um den

Begriff. Wir waren uns vorhin ganz klar darüber, was für ein Parteiprogramm wir aufbauen wollen. Wir waren uns ganz klar darüber, was für ein Parteiprogramm wir aufbauen müssen. Ich glaube, daß keiner, der hier anwesend ist und mich kennt, mir zutraut, daß ich für den christlichen Kapitalismus sprechen will, ganz abgesehen davon, daß mir vor den vielen Ismen allmählich schlecht wird.
Hier geht es mir um das Wort christlicher Sozialismus, das ich wahrscheinlich mit der Mehrheit der hier Anwesenden für unbrauchbar halte, und darum, daß hinter dem Begriff christlicher Sozialismus eine Reihe von Gedankengängen steht, die ich beim besten Willen trotz eifrigstem Bemühen von grundsätzlichen Gedankengängen der Sozialdemokratie nicht mehr trennen kann und von denen ich fürchte, daß sie bei uns übergreifen, und zwar deswegen, weil die wenigsten wissen, was damit gemeint ist. Ich verlange hier keine Abwendung von Sozialideen. Ich glaube, für mich in Anspruch nehmen zu dürfen, daß sich keiner finden läßt, der mir mit wirklich ernst zu machenden Sozialideen vorangehen kann. Eines will ich: Ich will erstens Klarheit der Begriffe haben und zweitens wissen, daß sich hier nicht Einflüsse geltend machen, die nicht hierher gehören.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt.
Es haben sich noch zwei Freunde zum Wort gemeldet. Ich darf Herrn *Arnold* bitten, daß die beiden Freunde *Scharnagl* und *Haußleiter* vielleicht noch ihre Meinung sagen dürfen. Es hat keinen Sinn, ein solches Thema rasch abzubrechen.
Sind Sie damit einverstanden oder wird der Antrag auf Schluß der Debatte aufrechterhalten?

(Zuruf *Arnold*: Weiter bitte!)

Dr. *Scharnagl*: Es ist sehr gut, wenn die Debatte nicht zu ausgedehnt wird. Aber gründlich muß die Angelegenheit einmal erörtert und durchgearbeitet werden. Insofern gehe ich mit einem der Vorredner einig, der gesagt hat, daß man droben mit einer größeren Aktivität diese Angelegenheit bearbeitet. Ich würde diese größere Aktivität auch bei uns wünschen. Ich lehne auch das Wort und den Begriff christlicher Sozialismus ab. Ich gehe mit dem Herrn Vorredner einig, daß das Hauptgewicht immer auf dem Wort Sozialismus liegen bleibt. Wir müssen meines Erachtens den Gedanken soziales Christentum gegenüberstellen, nicht den Gedanken Nächstenliebe. Denn mit dem Gedanken Nächstenliebe können wir keine Wirtschaft aufbauen und keine Wirtschaft formulieren. Es handelt sich nicht nur darum, Not zu lindern, es handelt sich darum, eine ganz neue Konstruktion unserer Wirtschaft zu finden.
Dazu brauchen wir ein soziales Christentum und nicht einen christlichen Sozialismus. Diese Frage muß, wie gesagt, aktiv in unserem Kreis bearbeitet werden und muß dann natürlich auch allgemeine Geltung finden. Es darf nicht so sein, daß in irgendeinem Gremium, das dazu berufen ist, die Sache gründlich behandelt wird und dann prellt wieder irgend jemand aus einem Berufsstand vor und stellt in dieser Angelegenheit ganz abweichende Anträge. So darf es nun auch nicht gemacht werden. Wir wären gerade jetzt in einem entscheidenden Stadium, wo diese Sache sehr genau geklärt werden könnte, aber dann endgültig und für alle Berufe und nach allen Seiten. Heute in der Aussprache kann man die Frage natürlich nicht endgültig klären.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir werden eine größere Aussprache darüber haben, sobald das Programm da ist. Das wird nur noch drei, höchstenfalls vier Wochen dauern. Ich werde dann sofort eine Landesausschußsitzung einberufen und die Frage gründlich besprechen lassen. Das Programm wird, wenn es gut gelungen ist, durch eine Lan-

desversammlung entschieden werden. Ich möchte damit eine gute Landesversammlung hinstellen.

Haußleiter: Wir leben doch heute im Zustand einer durch die Besatzungsmacht verhinderten Revolution. Wir hätten ohne die Amerikaner das revolutionäre Chaos gehabt.

Eine latente Revolution ist nur durch zwei Methoden aufzuhalten! Erstens nicht dadurch, daß man ihrer Ideologie nachläuft. Das muß unter allen Umständen vermieden werden. Die Anwendung des Begriffes christlicher Sozialismus würde bedeuten, daß wir schon äußerlich der Möglichkeit der Entwicklung zu einem neuen Staatskollektivismus nachzulaufen scheinen. Deshalb müssen wir diesen Begriff unter allen Umständen vermeiden. Zweitens müssen wir die Zeitspanne, die uns gegeben ist, benutzen, die Ursachen der Revolution zu beseitigen. Das geht nur durch eine echte soziale Reform. Wenn wir hier nicht zugreifen, das müssen wir uns sagen, dann kommt nämlich die Revolution, und zwar eine Revolution, die das Christentum endgültig vom äusseren Boden Europas hinwegfegen wird. Daran ist gar kein Zweifel. Wir sind vor die Aufgabe gestellt, die sozialen Fragen zu lösen, oder wir werden eine Revolution des Kollektivismus erleben, im Vergleich zu der der Nationalsozialismus nur ein bescheidenes Vorspiel gewesen ist.

(Sehr richtig!)

Deshalb ist die Verwirklichung der sozialen Reform und die Lösung der brennenden sozialen Fragen die wichtigste Aufgabe im Dienst der Erhaltung der christlichen Welt, für die wir hier stehen.

(Sehr gut!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dem, was *von Eicken* gesprochen hat, hinzufügen: Verkennen Sie nicht, eine wie entsetzlich schwierige Aufgabe *Kaiser* zu erfüllen hat.

(Sehr richtig!)

Ich kenne seine Sorgen. Ich kenne die letzten Entwicklungen. Selbst wenn mir hier wieder Schwierigkeiten gemacht werden sollten, werde ich Anfang Oktober hinaufgehen und selbst in der russischen Besatzungszone in den Wahlkämpfen sprechen, auch in Berlin.

(Bravo!)

Denn ich halte es für unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, den Freunden, die jetzt auch unseren Kampf mitführen, in ihrem Kampf beizustehen.

(Beifall. Sehr richtig!)

Wir wollen uns darüber klar sein, daß die Presse nicht alles wiedergibt, was dort vor sich geht, und daß Sie aus der Presse allein nicht die Schwierigkeit der Aufgabe erkennen können. Aber wir leiden vielleicht manchmal darunter - in unseren Debatten könnte man es machmal denken -, daß wir nicht diese Not durchzustehen haben. Vielleicht würden wir in manchen Debatten anders reden und anders handeln, wenn wir in dieser Notsituation wären.

(Sehr richtig!)

Ich darf Ihnen dazu sagen, Herr *von Eicken*, auch in diesen Fragen hat *Kaiser* seine Partei geschlossen hinter sich.

Manchmal hat man den Eindruck - das gilt in diesem Falle nicht für Sie -, als ob wir da und dort gewisse Minderwertigkeitskomplexe hätten. Wenn man die Ausschüsse sieht, die sie in Berlin zusammengestellt haben, dann kann ich nur sagen: Ich würde mir für unsere Union ein solches Gremium wünschen, wie man es dort oft beisammen hat. Es gibt andere Fragen, die vielleicht einmal vordringlicher zu behandeln sind, die auch im Rahmen der Debatten über die Zonenpolitik behandelt werden mußten. Ich darf Ihnen nur die Frage andeuten, bei der ich mit *Kaiser* durchaus nicht einig bin, nämlich die Frage einer künftigen Zentrale des neuen Deutschlands. Denn ich bin mir auch mit den Freunden aus dem Westen wohl auch einig, daß wir nicht gern die alte Zentrale des ehemaligen Reiches als Hauptstadt des neuen Deutschland sehen würden.

Diese Debatten gehen zwischen uns noch viel ernsthafter hin und her. Im übrigen darf ich zum föderativen Problem noch sagen, daß dort bereits an neuen Entwürfen zu einer neuen Verfassung des neuen Deutschland gearbeitet wird. Ich vermeide ausdrücklich immer das Wort Reich, weil es zu sehr an das erinnert, was wir einmal im zentralistischen Hitler-Deutschland hatten. Auch da ist es kennzeichnend für die Haltung der Union, daß man den Repräsentanten Deutschlands im früheren Sinne, den Reichspräsidenten, durch die Vertreter der einzelnen Glieder Deutschlands gewählt wissen will, also durch die zweite Kammer, wenn wir uns so ausdrücken wollen, die eine Zusammenfassung der Vertreter der Einzelstaaten des Reiches sein wird. Sie sehen daraus, daß dort der Föderalismus auch weitgehend ernst genommen wird. Hoffentlich hält es so durch. Ich würde aber bitten, daß ich jetzt vielleicht die Debatte über die Zonenpolitik abschließen darf, es sei denn, daß noch wichtige Anfragen gestellt werden.

Sind Sie mit dem Abschluß der Debatte über die Zonenpolitik einverstanden? Ich schließe dann die Debatte ab.

Wir haben bis zum Mittagessen noch eine Stunde zur Verfügung. Wollen Sie jetzt in die Debatte über die Verfassung eintreten, oder darf ich jetzt den Parteifreund *Semler* bitten, sein Referat zu halten. Das Referat leitet bereits zur Arbeit der Fraktion im Rahmen des Wirtschaftsteils der Verfassung über. Es handelt sich also in diesem Falle nicht nur um ein Referat über den Wirtschaftspolitischen Ausschuß und dessen Beschlüsse.

Ich glaube, daß wir am besten jetzt dieses Referat folgen lassen. Am Nachmittag werden wir dann mit der Debatte über die Verfassung beginnen und das Verhältnis Fraktion und Partei behandeln.

Sind Sie damit einverstanden? Dann bitte ich Dr. *Semler*, sein Referat zu halten.

Dr. *Semler*: Meine Damen und Herren! Als wir uns letztes Jahr zur Gründung der Union zusammenschlossen, sind, glaube ich, zwei Gesichtspunkte im Vordergrunde unserer Überlegungen gestanden. Wir sagten uns, daß wir nach den Erlebnissen dieses letzten Jahrzehnts und beim Wiederaufbau einer neuen Demokratie Wege gehen müßten, die sich wesentlich von der Praxis der Weimarer Republik unterscheiden. Wir sagten uns ferner, daß der Inhalt unseres politischen Denkens und Handelns abgestimmt sein müßte auf das grundsätzlich Weltanschauliche, das uns alle hier zusammenführte. Angewandt auf das Gebiet, dessen Bearbeitung Sie, der Landesausschuß, mir vertrauensvoll übertragen haben, bedeutete dies, daß wir für den künftigen Aufbau und die Gliederung der Wirtschaft in Verbindung mit den Institutionen, die dem Sozialleben des Volkes im Lande dienen sollten, Formen und Wege finden müßten, die neuartig und unseren Gedanken angepaßt werden. Das bedeutete ferner, daß

der Inhalt, nämlich das wirtschaftliche und das soziale Verhalten, in Einklang stehen mußte mit dem Satz, den ich vorhin zu prägen versucht habe.
In diesem Sinne habe ich jetzt seit dreiviertel Jahren versucht, im Kreise unserer Parteifreunde hier im Lande die Grundlage zu finden, auf der sich die so verschiedenartigen Auffassungen aus Herkommen, Anschauung und Beruf vereinigen lassen würden. Daß diese Aufgabe nicht leicht war, wissen Sie. Ich habe mich bemüht, so vorzugehen, daß in dem damals gebildeten Wirtschaftspolitischen Ausschuß die Vertreter nicht nur aller Bezirksverbände mitberieten und mitsprachen, sondern daß darüber hinaus besondere Sachkenner dieser Gebiete hinzutraten und wir gemeinschaftlich den Versuch unternahmen, diese Voraussetzungen für die Arbeit der Union zu schaffen. Hand in Hand damit - und das, darf ich sagen, ist wohl ein erfreuliches Zeichen für den Geist der Partei - sind die ständigen Beratungen mit dem Sozialpolitischen Ausschuß gegangen. Niemals in den ganzen Monaten hat es eine ernste Meinungsverschiedenheit unter uns weder über das Ziel noch über den Weg gegeben.
Ich habe dann im Auftrag des Landesvorsitzenden die Gedanken, die in großen Zügen bei uns Gestalt gewonnen hatten, hier und auch draußen im Lande vorgetragen. Sie kennen diese Äußerungen. Sie sind dann in einem grundlegenden Vortrag zusammengefaßt worden, der gedruckt wurde und den Sie wohl alle besitzen. Gegen die dort vertretenen Gedanken ist in Bayern von keiner Seite ernster Widerspruch erhoben worden. In unserem Parteikreise ist vielmehr die Auffassung, die dort vorsichtig in großen Zügen skizziert wurde, von allen einmütig gebilligt worden.
So durften wir dann darangehen, die Grundsätze, die wir entwickelt hatten und die die Billigung aller Teile der Union in Bayern gefunden hatten, nunmehr in die Form von Artikeln zu kleiden, die in der Verfassung des Landes diese Grundsätze wiedergeben sollten und die gleichzeitig, gestützt auf die große Stärke der Partei, in diesem Punkte der Verfassung ein Gesicht geben sollten, das überall nach außen diese neue Wirtschafts- und Sozialgesinnung, die wir vertreten, kundtun sollte.
Ich habe die Artikel, die dafür in Frage kamen, mit anderen Freunden zusammen beraten und besprochen. Sie sind den Mitgliedern der Fraktion zugegangen und sie sind am vergangenen Mittwoch der letzten Woche in der Gesamttagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses durchberaten worden und mit denjenigen Änderungen, die der Wirtschaftspolitische Ausschuß für richtig hielt, einstimmig im Wirtschaftspolitischen Ausschuß gebilligt worden.
Wie war denn nun das Bild der Fraktion? Ich bitte um die Erlaubnis, im Zusammenhang mit dieser Frage hier Stellung nehmen zu dürfen, auch wenn das eine oder andere Ihnen vielleicht als eine Abschweifung von dem mir gestellten Thema erscheinen mag.
Im Kreis der Fraktion waren verschiedene sehr wesentliche politische Fragen Gegenstand der Überlegung. Ich darf vielleicht hier in den Vordergrund stellen die Frage des Wahlrechts, die Frage des Staatspräsidenten, die Frage des Senats und die Frage der Wirtschaft. Der Ablauf der Arbeiten der Fraktion gestaltete sich so, daß die Frage des Wahlrechts eingehend erörtert, dann aber eine Lösung gefunden wurde, die in den Beratungen mit der Sozialdemokratie wohl im ganzen zu einer Lösung führte, die jedenfalls die Zustimmung der Fraktion unserer Partei erhielt.
In der Frage des Staatspräsidenten ist Ihnen bekannt, daß darüber sehr lange sehr eifrige Beratungen im Kreis der Fraktion stattgefunden haben. Es gibt eine starke Gruppe in unserer Partei, die auf die Institution des Staatspräsidenten entscheidendes Gewicht legt und mit guten Gründen diesen Standpunkt vertritt. Es war von vornher-

ein klar, daß die Sozialdemokratie der Institution des Staatspräsidenten ablehnend gegenüberstand und für den Fall, daß sie ihn doch annehmen würde, sicherlich Konzessionen auf anderen Gebieten dafür verlangen müßte. Der Staatspräsident ist im Kreis der Fraktion mit großer Mehrheit, wie Sie wissen, beschlossen worden. Meine persönliche Einstellung ist die, daß der Staatspräsident eine durchaus erwünschte Institution einer demokratischen Verfassung sein kann. Ich hätte sogar - ich sage das ganz offen - dieses Institut auch begrüßt, wenn alle deutschen Länder einen Staatspräsident[en] hätten. Wir hätten dann auf diese Weise in der Summe dieser Präsidenten vielleicht schon den gegebenen Bundeskanzler des kommenden Deutschland vor uns. Erwünscht wäre in diesem Zusammenhang freilich gewesen, daß dann auch die deutschen Länder dieses Institut eingeführt hätten. Es war für mich keine so grundsätzliche Frage wie für viele andere meiner Kollegen. Ich werde mich selbstverständlich dem fügen, was die Mehrheit beschlossen hat und gern auch dem Staatspräsidenten zustimmen, weil diese Frage für mich eine reine Zweckmäßigkeitsfrage ist.
Bedenklich war für mich lediglich eins - ich muß das vorausschicken, damit Sie den Gesichtspunkt klar erkennen -, ob der Staatspräsident ein großes Opfer unsererseits auf anderem Gebiete verdiente. Bitte, das ist eine sachliche Überlegung. Wir konnten von vornherein nicht voraussehen, in welchem Umfange etwa Ansprüche seitens der Sozialdemokratie gestellt würden. Wir wissen ja auch heute noch nicht, wie sich die Sozialdemokratie endgültig stellt. Die Sozialdemokraten haben sich im Verfassungsausschuß der Stimme enthalten. Die Dinge zeichneten sich aber sehr früh ab.
Ich muß Ihnen sagen, daß ich mit einer gewissen Besorgnis, trotz grundsätzlich positiver Einstellung zum Staatspräsidenten, diese Entwicklung verfolgt habe. Die Dinge wurden klarer, als der Senat zur Sprache kam. Ich glaube, es herrscht volle Einigkeit in der Union und der Fraktion darüber, daß der Senat erwünscht ist. Wir alle wünschten diesen Senat als ein ausgleichendes Element gegenüber dem Parlament und dem Zufallsspiel, das im parlamentarischen Leben, im Landtag sich ergibt. Wir wünschten den Senat als eine Zusammenfassung von Männern, die das volle Vertrauen des ganzen Landes verdienen, Männer aus dem geistigen, kulturellen, aber auch stark aus dem wirtschaftlichen Leben. Der Senat sollte Funktionen haben, die man beraten möchte. In diesem Sinne war, soweit ich es richtig verstanden habe, der Senat eine verfassungsmäßige Einrichtung, die wir unter allen Umständen erstreben und durchsetzen wollen.
Und nun trat ein Gegensatz innerhalb unserer eigenen Partei zu Tage, den am Anfang wohl die wenigsten gesehen haben. Damit komme ich genau in das Gebiet, über das ich Ihnen zu berichten habe. In den Grundlinien, die wir für das Wirtschafts- und Sozialprogramm entwickelt hatten, befindet sich auch der Gedanke, daß die staatliche Planwirtschaft, die Staatswirtschaft oder der Staatskapitalismus, wie sie die anderen nennen - die Bezeichnung ist gleichgültig -, oder die Entwicklung nach dieser Richtung hin unerwünscht ist. Wir wünschen - ich glaube, ich gebe damit die Gedanken der Union einigermaßen richtig wieder -, daß der Staat nicht nur seine schützende Hand über alle Berufsstände hält, sondern auch leitet und führt da, wo der Staat in der Zukunft dazu berufen sein wird, daß aber im Rahmen dieser staatlichen Aufgabe der einzelne Mensch in der Wirtschaft frei sein soll, daß der Initiative des einzelnen, ganz einerlei, ob er Unternehmer, großer oder kleiner Gewerbetreibender, Handwerker oder Arbeiter ist - denn auch der Arbeiter kann in der Wirtschaft sinnvoll eine eigene Initiative entfalten -, daß also der freien Initiative möglichst keine Schranken auferlegt werden sollen.

Formal standen wir vor folgender Überlegung: Wer soll denn nun in den nächsten 20 Jahren diesen Aufbau leiten? Darauf kommt es nämlich an. Denn wenn 20 Jahre lang eine Stelle den Aufbau leitet, wird sie dies vermutlich auch über die 20 Jahre hinaus tun, und 20 Jahre werden wir ganz bestimmt eine Planwirtschaft brauchen, auch wir, die wir den Grundsatz der staatlichen Planwirtschaft ablehnen.
Es war also von größter Bedeutung festzustellen, wer diese Pläne aufstellen und wer sie durchführen sollte. In diesem Sinne haben wir den Gedanken der Selbstverwaltung der Wirtschaft von früh an vertreten und zu unserem Parteiprogramm erhoben. Dieser Gedanke ist auch in anderen Teilen Deutschlands überlegt worden. Denn die Lösung, die wir jetzt vertreten haben, liegt nahe. Wenn man den Staat und seine Organe und seine Bürokratie nicht will und darüber hinaus erkennt, daß die freie Wirtschaft, an der mancher hängen mag, nicht in der Lage ist und nicht berufen sein kann, allein den Wiederaufbau zu bestreiten, dann gibt es fast überhaupt keine andere Lösung, als daß man die beiden Elemente verbindet, den Staat mit seinen Organen, der letzten Endes die Entscheidung haben muß, und die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte insgesamt, und diese wirtschaftlichen Kräfte in geeigneter Organisationsform, denen man dann die Mitwirkung am wirtschaftlichen Geschehen der Zukunft anvertraut.
So etwa haben wir unsere Gedanken entwickelt. In dieser Richtung lief auch unser Vorschlag, die Selbstverwaltung der Wirtschaft in der Verfassung in geeigneter Form wiederzugeben. Ich spreche hier nicht von den zusätzlichen Vorschlägen, die ich mir erlaubt habe, in meinem Vortrag vorzutragen. Es ist nur ein Weg. Ich habe diesen Weg der Selbstverwaltung über die Kammer deshalb vorgeschlagen, weil ich wußte, daß der gleiche Gedanke nicht nur bei uns in Bayern, sondern auch anderwärts lebhaft diskutiert wird.
In der vorigen Woche war der Bürgermeister von Hamburg [*Rudolf Petersen*] hier in München. Er war bei mir und hat mir erzählt, daß *Lehr*, *Steltzer*, *Kopf* und er, die vier Staatschefs der bisher bestehenden norddeutschen Gebiete, die vermutlich in absehbarer Zeit eigene Staatsgebiete werden, sich alle vier darauf geeinigt haben, den Grundsatz, der bei uns in der bayerischen Union entwickelt ist, nunmehr in die Tat umzusetzen. Und warum? Weil sie keinen anderen Weg sehen, der in dynamischer Form den Wiederaufbau in der Wirtschaft besser repräsentieren kann. Da liegt der Punkt, wo es hier bei uns in den letzten Wochen zu Differenzen gekommen ist.
Die Entwicklung der kommenden Zeit auf dem wirtschaftlichen Gebiet wird verschiedene Richtungen zeigen. Eine dieser Richtungen wird darin bestehen, daß sich die großen Berufszweige, stärker als es bisher vielleicht der Fall war, zusammenschließen werden. Diese Entwicklung liegt in der Zeit. Sie hat gar nichts Bedauerliches an sich. Im Gegenteil, es ist richtig, daß die großen Berufsstände sich zusammenschließen, nachdem die Einzelwirtschaft, das Einzelunternehmen schwach geworden ist, Vermögen verloren hat. Nachdem diese Entwicklung eingetreten ist, die wir kennen, ist der einzelne nicht mehr stark genug. Es tritt jetzt die weitere Entwicklung ein, die wir ja bei dem schwächsten Teilhaber der Wirtschaft schon in früheren Jahrzehnten gesehen haben, nämlich beim Arbeiter, der sich zusammenschloß. Dasselbe tritt jetzt im großen gesehen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen zu Tage. In diesem Sinne haben sich bereits im letzten Jahre der stärkste und wichtigste Berufszweig in Bayern, nämlich die Bauern, im Bauernverband zu einer starken und machtvollen Organisation zusammengeschlossen. Als zweites sind die alten Gewerkschaften auf den Plan getreten, die nun wieder langsam ihre frühere Stellung gewinnen und nach mei-

ner Beobachtung ihre Stellung in absehbarer Zeit noch wesentlich verstärken werden. In ähnlicher Richtung gehen die Bemühungen auch anderer Wirtschaftszweige, der sogenannten freien Wirtschaft, des Handels, der Industrie, des Verkehrs, der Banken usw. Sie hinken nach, und zwar deshalb, weil sie in jeder Beziehung am schwersten durch den Krieg betroffen waren.
Die Organisationen, die sich jetzt bei uns im Lande auf diesem Gebiet bildeten, sind noch unvollkommen. Sie stehen erst am Anfang. Einges Tages werden auch sie zu Formen kommen, die diesen Teil der Gesamtwirtschaft stärker zusammenbringt. Das Handwerk, der zweitwichtigste Faktor unseres bayerischen Wirtschaftslebens, ist heute dabei, sich diese Formen zu suchen. Dieser Wirtschaftszweig tut sich schwer. Das wissen wir. Ich glaube, gerade wir in der Union sind diejenigen, die dem Handwerk in seinen Bestrebungen am stärksten helfen sollten und müßten. Denn es ist nach meinem Gefühl einer der gläubigsten Träger unserer Unionsidee.
Wenn sich also die großen Verbände der einzelnen Wirtschaftszweige bilden werden - und sie werden kommen -, wie wird unsere Einstellung dazu sein? Werden wir sie ablehnen? Nein! Im Gegenteil! Sie haben ihr Gutes, sie schaffen klare Verhältnisse. In diesem Sinne haben wir uns auch geäußert. Ich habe diese Gedanken mit folgenden Sätzen wiedergegeben:

> Es ist das gute Recht aller Berufskreise, sich zu gegenseitigem Schutz und zur Wahrung der besonderen Berufsinteressen zusammenzuschließen und berufliche Vereinigungen zu bilden. Wir möchten eine Entwicklung, die zur Bildung starker und für das Gesamtwohl sich mitverantwortlich fühlender Berufsverbände führt, nicht nur von der Verfassung anerkannt und von der Staatsführung geduldet wissen, sondern ihr stärkste Förderung zuteil werden lassen. Unsere Auffassung von der neuen sozialen Wirtschaftsordnung unseres Volkes verlangt nach klar gegliederten Berufsständen, die bereit und in der Lage sind, künftig wichtige Funktionen im Gemeinschaftsleben der Nation zu übernehmen.

Dagegen [sind] von weit berufenerer Seite als von mir hier im Kreise der Fraktion Bedenken geäußert worden, ob eine Einwirkung der Berufsstände, vertreten durch ihre Verbände, nicht zu unerfreulicher Interessenpolitik führen würde. Diese Befürchtung ist selbstverständlich da. Wir haben in anderen Staaten Beispiele vor uns und wissen, daß maßgebender Einfluß auf die Staatspolitk durch die Interessenverbände zu nichts Gutem führt. Andererseits brauchen diese Verbände in Wahrnehmung ihrer legitimen und berechtigten Aufgaben selbstverständlich ein Ventil. Sie müssen die Möglichkeit haben, ihre Auffassungen und Wünsche so bei der Staatsführung zum Ausdruck zu bringen, wie es nötig ist.
Es handelt sich also für uns politisch gesehen darum, die Interessen dieser Verbände in Einklang zu bringen mit der allgemeinen Staatspolitik und sie auf die Ebene zu führen, wo die Vertretung der Einzelinteressen richtig am Platze ist. Dieser Platz wäre unter anderem in einem Senat gegeben.
Meine Herren! Er wäre in einem Senat durchaus dann gegeben, wenn die Wahrung der Interessen der großen wirtschaftlichen Berufsstände paritätisch und gleichmäßig neben den sonstigen Berufsständen im Lande und neben den Vertretungen der großen geistigen und kulturellen Werte parallel geschaltet wird. Diese Lösung des Senats hätten wir alle begrüßen können. Dort wäre dann ein Ausgleich der Einzelinteressen wie der Interessen der Allgemeinheit möglich gewesen. Die Aufgabe, die wir der Selbstverwaltung zugedacht haben, nämlich mit den staatlichen Organen die Pla-

nung und Durchführung der großen wirtschaftlichen Vorhaben der Zukunft vorzunehmen, konnte durchaus davon getrennt sein und mußte es sein. Das war unsere Auffassung und so haben wir uns bemüht, sie niederzulegen.
Ich darf das noch mit folgenden Sätzen belegen:

> Zwar begrüßen wir die Bildung großer berufsständischer Verbände der einzelnen Wirtschaftszweige, in deren Kreis den Gewerkschaften in Zukunft die verantwortungsvolle Rolle zufallen wird, neben der Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer in der Wirtschaft ihren Einfluß für eine wahrhaft soziale und gerechte Gestaltung des Wirtschaftslebens einzusetzen. Es wäre dringend erwünscht, wenn neben dem Bauernverband, der die berufsständische Arbeit im landwirtschaftlichen Sektor bereits weitgehend aufgebaut hat, nunmehr bald auch das bayerische Handwerk, diese andere bedeutsame Gruppe unserer heimischen Wirtschaft, sich in ähnlicher Verbandsbildung zusammenschließt und auch die Industrie, die vorläufig in einer Vielzahl von Vereinigungen ihre Wirtschaftszweige repräsentiert, zu einer klareren und einheitlichen Gliederung gelangen würde.
> So wichtig uns die Verbände als die berufsständischen vertikalen Gliederungen der Wirtschaft im Lande erscheinen und so bedeutsam ihre Aufgaben beim kommenden Wiederaufbau sein werden, wir tragen aber Bedenken, allein auf die Verbände die Selbstverwaltung der Wirtschaft zu stützen. Die Selbstverwaltung muß auf breiterer Grundlage ruhen. Sie hat andere Aufgaben zu erfüllen als die für die Spezialinteressen ihrer Angehörigen gebildeten Verbände, und es soll soweit wie möglich die Interessenpolitik aus ihrer Arbeit ausgeschaltet bleiben. Infolgedessen sind wir der Meinung, daß die Organe der Selbstverwaltung von den wirtschaftlichen Verbänden und den Gewerkschaften unabhängig sein sollen.

Diese Sätze, die ich mit voller Billigung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses vertreten habe, haben die zwei Kräfte auf den Plan gerufen, die anderer Auffassung sind als wir, den Bauernverband und die Gewerkschaften. Bei den Gewerkschaften kann es nicht wunder nehmen. Es ist selbstverständlich, daß sie zunächst darauf Wert gelegt haben. Sie kennen alle die weitgehenden Forderungen der Gewerkschaften, wesentlich mehr Einfluß auf die Gestaltung aller wirtschaftlichen Dinge zu nehmen als je zuvor. Gingen doch Äußerungen von *Schiefer* soweit, daß er verlangte, daß grundsätzlich alle Dinge der Wirtschaft letzten Endes bei den Gewerkschaften zusammenlaufen sollten. Anders konnte man seine Äußerungen damals nicht verstehen.
Überraschend war die Stellungnahme in gewissem Umfange beim Bauernverband. In der Union gibt es niemand, ob Städter oder Landmann, der nicht die berechtigten Ansprüche unserer Bauern voll anerkennt und vertritt. Wir haben überall, gerade zuletzt noch bei den Verfassungsartikeln über die Wirtschaft, alle Forderungen, die der Bauernverband durch seine Sprecher *Schlögl* und *Horlacher* stellte, nicht nur bewilligt, wir haben sie freudigen Herzens vertreten und sie sind restlos erfüllt. Denn der Verfassungsausschuß hat sie einstimmig angenommen. Darüber darf es also in unserem Kreis überhaupt keinen Zweifel geben, daß jeder von uns für die legitimen Ansprüche der Bauernschaft Bayerns selbstverständlich eintritt.
Eine andere Frage ist es jedoch - und die muß ich klar und präzis Ihnen vorzutragen versuchen -, ob es richtig ist, daß die wirtschaftliche Politik einschließlich der Selbstverwaltung durch die Verbände geführt wird, oder ob die andere Auffassung richtig ist, daß sie durch neutrale Hände geführt werden soll.

Der Gegensatz, der hier innerhalb der Union zu Tage trat, hat nun zu folgender Entwicklung innerhalb der Fraktion geführt: In Kenntnis der Vorlage, die ich auf Verlangen und mit Billigung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Fraktion vorzulegen hatte, sind die Verhandlungen so gelaufen, daß zunächst der Senat behandelt wurde. Bei der Behandlung des Senats wurde der Fraktion ein Vorschlag unterbreitet, der die Zusammensetzung des Senats mit 60 Mitgliedern so vorsah, daß 42 dieser Mitglieder die Vertreter der wirtschaftlichen Interessentengruppen waren und daß innerhalb dieser 42 dem Bauernverband elf, den Gewerkschaften elf, den Genossenschaften fünf Mitglieder zustanden. Das waren 27 Mitglieder. Daneben waren Handwerk, Gewerbe und andere vertreten. Es war vorgesehen, daß die Kirchen sechs Vertreter haben sollten. Dann traten noch die übrigen Gruppen hinzu, die ich nicht aufzuzählen brauche. Gleichzeitig erklärte unser Fraktionskollege Dr. *Horlacher*, daß mit dieser Zusammensetzung des Senats als eines sachverständigen, überwiegend aus den wirtschaftlichen Interessentenkreisen zusammengesetzten Gremiums, jedes beratende Organ anderer Art überflüssig wäre, daß die Selbstverwaltung überflüssig wäre. Denn das Spitzenorgan zur Äußerung aller wirtschaftspolitischen Ansichten sei jetzt der Senat. Die Durchführung aber solle nicht objektiven Selbstverwaltungsorganen übertragen werden, sondern den Verbänden. Die Anschauung *Horlacher - Schlögl* hat gesiegt. Der Senat wurde entsprechend zusammengesetzt, obwohl die Fraktion, wenn ich es richtig verstanden habe, in ihrer Mehrheit sich vor allem gegen die Hereinnahme von sechs Genossenschaftsvertretern gewehrt hat, ist der Senat in zweiter Lesung wiederum mit sechs Genossenschaftsvertretern besetzt.

Wir haben nichts gegen die Genossenschaften. Sie finden in unseren Äußerungen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses wiederholt, daß wir die Bildung der Genossenschaften begrüßen. Es ist doch selbstverständlich, nachdem alle Wirtschaftszweige schwach sind, daß sie sich um Selbsthilfe bemühen. Wir haben im Verfassungsausschuß ja die neue Formulierung über die genossenschaftliche Selbsthilfe der Berufsstände, speziell der Mittelbetriebe und des Mittelstandes, eingebracht. Aber diese fünf Vertreter sollen nicht aus landwirtschaftlichen oder handwerklichen Genossenschaften hereingewählt werden, sondern es sind die Vertreter der Verbrauchergenossenschaften. Darüber ist kein Zweifel. Wer noch Zweifel hatte, der ist durch die Erklärung Professor *Nawiaskys* in der Fraktion darüber belehrt worden. Das halten wir nicht für notwendig. Im Gegenteil. Diese Zusammensetzung und das Kräfteverhältnis, das jetzt beschlossen ist, gibt nunmehr dem Senat ein Gesicht, das völlig anders ist als das, was wir uns ursprünglich unter dem Senat vorgestellt haben, nämlich dem beratenden, aus besten Männern Bayerns zusammengesetzten Organ des Ausgleichs, einem Organ, das wirklich ein Senat im Sinne des Wortes sein sollte. Ich kann nicht anders, als diesen Senat mit der jetzigen Zusammensetzung als eine Ständekammer, und zwar eine schlechte Ständekammer empfinden.

(Sehr richtig!)

Aber wie gingen die Dinge weiter? Da die unentwegten Vertreter der Verbandspolitik wußten, daß die Debatte über die objektive Selbstverwaltung eines Tages in der Fraktion beginnen müßte und würde und daß dann die Frage des Senats wieder aufgerollt würde und durch die Fraktion dann vielleicht anders bestimmt würde, ist es überhaupt zu keiner Diskussion gekommen, abgesehen von einem Vortrag, den ich hier halten sollte und vielleicht einer einstündigen Unterhaltung einiger weniger Redner in der Fraktion. Dann wurde die Diskussion abgebrochen und nie wieder auf-

genommen. Dagegen wurde der Senat in zweiter Lesung beschlossen, hinsichtlich der Genossenschaften nach meinem Gefühl gegen das Votum der Fraktion.
Weiterhin wurde das Kapitel Wirtschaft dann in der Folge so behandelt, wie ich es schriftlich niedergelegt habe. Sie haben meinen Brief an den Wirtschaftspolitischen Ausschuß alle in Händen. Ich brauche darüber nicht zu berichten. Meine Herren! Es ist ein gefährlicher Weg, den die Fraktionsleitung in diesem Falle gegangen ist. Die Fraktion ist nicht gefragt worden, und was in einer interfraktionellen Besprechung in den Nachtstunden in der vergangenen Woche herausgekommen ist, das ist etwas anderes, als was wir uns vorgestellt haben. Abends um 19 Uhr, am Ende der Debatten des Verfassungsausschusses, als wir den Abschnitt "Landwirtschaft und Arbeit" hinter uns hatten, wurde mir gesagt, wir setzen die Beratungen am nächsten Tag fort. Mein Einwand, daß weder meine Person, noch die Zwölfer-Kommission überhaupt je zu dem Punkt gehört wurden, wurde übergangen. Ich selbst wurde in dem Gedanken gehalten, daß am nächsten Tag dann auf der Grundlage des Entwurfes, den ich gemacht hatte, weiter beraten würde. Tatsächlich wurde abends weiter verhandelt. Ich war nicht anwesend. Es kam der Kompromiß heraus. Drei Minuten vor Beginn der nächsten Sitzung wurde mir gesagt, daß noch am Abend bereits eine Besprechung stattgefunden habe, und mir das Ergebnis gezeigt. Eine flüchtige Durchsicht genügte, um festzustellen, daß dieser Entwurf in den entscheidendsten Punkten von der Grundsatzpolitik abwich, und ich mußte aufgrund dieser Lage bei der eigentlichen Beratung eingreifen. Man hatte mir nicht das Referat übertragen, das hatte Kollege *Schlögl*. Die Dinge gingen dann so vor sich, daß Kollege *Schlögl* kurz referierte und es an mir lag, die notwendigen Abänderungsanträge zu stellen. In dem Kompromiß war der Mittelstandsschutzparagraph verwässert, das Handwerk nicht genannt - und das hatte die Union vertreten. Wir mußten uns von Herrn Professor *Nawiasky* sagen lassen, daß auch das Handwerk unter das Gewerbe fiel. Und ich habe bis zum Schluß der Verhandlungen gebraucht, um den Schutz des Mittelstandes wieder hineinzubekommen. Ja, es ging soweit, daß alle produktiven Mittel im Staatsbesitz sein sollten. Es hat einen Kampf des Herrn Abgeordneten *Loritz* und meiner Person gekostet, dieses herauszubringen und in eine "Kann-"Vorschrift zu bringen.
Gegen mich hat mein Fraktionskollege Dr. *Horlacher* mit dem Letzten gekämpft. Die Sozialisierung des Bank- und Versicherungswesens stand ebenfalls drin. Sie wissen auch, daß es in unserem Kreise Freunde der Verstaatlichung dieser Institutionen gibt. Meine Herren! Das schadet gar nichts. Es gibt in unserem Kreis radikale Männer und solche, die der sozialistischen Denkweise zuneigen. Wir haben hier ein Jahr zusammengearbeitet und haben uns zu einem Ergebnis durchgerungen. Wir haben eine Formulierung gewählt. Diese ließ alle Wege offen. Die Formulierung war von den Sozialdemokraten angenommen. Sie ist von uns dann in einer interfraktionellen Besprechung, von den Vertretern der Union, fallenlassen worden.

(Zuruf: Warum?)

Das weiß ich nicht. Weiterhin ist man an den Gedanken und Wünschen derjenigen Herren, die hierfür die Verantwortung tragen, vorübergegangen. Auch wenn man dafür ist, das Versicherungswesen zu sozialisieren, warum nicht? Aber es in diesem Augenblick in die Verfassung hineinschreiben, ist wahrlich nicht übermäßig politisch klug. Wir haben gerade drei Wochen hinter uns, daß in München der große Strafprozeß gegen die Münchner Rückversicherung gespielt hat. In dem Augenblick, wo wir um den Bestand des deutschen Versicherungswesens gegenüber den Alliierten kämp-

fen müssen, beschließt die Christlich-Soziale Union mit den Sozialdemokraten die Verstaatlichung, mit anderen Worten, wir geben es den Alliierten bekannt. Ob das klug ist? Ich könnte mir denken, daß besonnene Vertreter der Anschauung sind und sich mit der Fassung der Union begnügen würden, daß Privateigentum in Gemeineigentum übergeführt werden kann, wenn das Gesamtwohl es verlangt. Man braucht es nicht anders auszusprechen. Meine Herren! Ich könnte die Liste weiter verfolgen.
Sie haben den Entwurf der interfraktionellen Besprechungen als Anlage eins vor sich; als Anlage zwei[3] den dann in mühseliger Arbeit herausgebrachten, nach meinem Dafürhalten elenden Kompromiß. Ich halte ihn für einen solchen vor allen Dingen deshalb, weil wir uns eine ganz große Gelegenheit haben entgehen lassen. Die Amerikaner haben uns ein ganz großes Geschenk gemacht gehabt. Sie haben doch eingegriffen und die Vorschläge für die Planwirtschaft verboten. Statt daß nun die Union eintrat und sagt, damit ist der dritte Hauptteil des Vorentwurfes gegenstandslos geworden; wir setzen jetzt einen neuen Artikel hin, der unseren Gedanken entspricht. - Diesen Vorschlag habe ich in der Zwölfer-Kommission in der ersten und einzigen Sitzung gemacht; er wurde abgelehnt und mir wurde aufgegeben, anhand des *Hoegner*-Entwurfes Abänderungsvorschläge zu den einzelnen Artikeln zu entwerfen. Mir blieb nichts übrig. Denn ich hatte mich selbstverständlich dem Zwölfer-Ausschuß zu fügen. Nun bitte ich aber zu bedenken: Ein Abänderungsvorschlag kann nie dasselbe sein wie ein Entwurf für einen ganzen Hauptteil, der aus einem Guß gemacht ist. Das war der eine ganz schwere Fehler, den wir taktisch begangen haben. Der zweite Fehler war der, daß wir kurzerhand auf die Selbstverwaltung als Prinzip verzichtet haben. Ich war so entsetzt, als ich diese Dinge wenige Minuten vor Beginn des Verfassungsausschusses erfuhr, daß ich mich an den Minister *Roßhaupter*, den Fraktionsführer der Sozialdemokraten - der Ministerpräsident war nicht anwesend -, wandte. Sie wissen, daß der Einwand von Dr. *Horlacher* immer der Hinweis auf die Militärregierung gewesen ist. Es war da der Beobachter der Militärregierung, Professor *Glum*. Er hat gesagt, gegen die Fassung des Artikels ist nach seinem Dafürhalten seitens der Militärregierung kein Einwand zu befürchten, gegen die zwei Artikel mit dem Grundsatz der Selbstverwaltung; den zweiten Artikel als Einleitung des Landwirtschaftsrates. Wir haben darüber lange im Wirtschaftspolitischen Ausschusse am letzten Mittwoch debattiert und uns schließlich dahin geeinigt, als Wortlaut, der zu empfehlen war, den zu nehmen, der auf den Arbeiten Dr. *Grasmanns*, des Vorsitzenden dieses Ausschusses, beruhte. Meine eigenen Vorschläge habe ich fallenlassen, weil es sinnvoll war und mehr Aussicht bot, uns auf diesen auch von dem Wirtschaftsbeirat gestützten Vorschlag zu stellen. Denn der Wirtschaftsbeirat, der vom Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* persönlich ernannt ist, mußte auch bei der Sozialdemokratie ein Gewicht haben. Minister *Roßhaupter* nahm beide Artikel mit seiner Fraktion an. Beide Artikel sind am Widerspruch des Abgeordneten Dr. *Horlacher* gefallen, dem sich die übrigen Mitglieder der Fraktion des Verfassungsausschusses anschlossen. Mir selber blieb dann, um das ganz klarzustellen - ich komme gleich auf die Vorwürfe, die man mir mit Recht vielleicht heute macht -, nachdem ich fast überall angegriffen wurde, nachdem es mir nicht gelungen war, meinen Standpunkt durchzusetzen, ich aber immerhin ... -, nichts übrig, als im Endergebnis dafür zu stimmen. Ich habe die Grundlage nicht verschuldet. Ich

[3] Diese Anlagen (beide: ACSP, NL Zwicknagl 5: J. Semler an die Mitglieder des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der CSU, 4. September 1946) wurden im Anhang der Dokumentation nicht berücksichtigt.

konnte nur eines tun, das Schlimmste verhüten und den Entwurf so zu bestimmen, daß er einigermaßen tragbar wurde.
Wenn ich weiter sage, daß einer der Grundsätze von uns, daß Enteignungen nur gegen Entschädigung vorgenommen werden dürfen, verschwunden war: Ich mußte ihn erst wieder in einem separaten Artikel herstellen. Den Weg, den wir noch gehabt hätten, die Selbstverwaltung wenigstens als Grundsatz mit Zustimmung der Amerikaner durchzusetzen, ist, wie Sie wissen, auf Betreiben des Abgeordneten Dr. *Horlacher* gefallen.
Meine Herren! Nachdem die Dinge sich so entwickelt haben, habe ich das Verlangen gestellt, daß die Fraktion Gelegenheit haben müßte, über diesen Entwurf der ersten Lesung zu beraten. Am Montag und Dienstag war die Fraktion hier in diesem Saal versammelt. Es war keine Gelegenheit, hier über die Wirtschaft zu beraten, und dann ist man am Dienstag nachmittag, wenn ich mich nicht irre, in die Beratung der zweiten Lesung im Verfassungsausschuß eingetreten, ohne daß die Fraktion oder die Zwölfer-Kommission zur Beratung zusammengekommen sind, um über diesen Artikel zu beraten und zu ihm Stellung zu nehmen. Da werden Sie verstehen, daß ich es dann abgelehnt habe, an der zweiten Lesung teilzunehmen. Sie werden verstehen, daß ich den Vorsitz im Wirtschaftspolitischen Ausschuß niederlege, was ich am Sonntag dem Herrn Parteivorsitzenden gegenüber getan habe. Die Partei muß sich klar werden, will sie den Weg der Interessenverbände gehen - es ist nicht, daß ich den Vorschlag gemacht hätte, daß ich nun verstimmt wäre, weil mein Vorschlag nicht angenommen wurde. Ich habe ja meine eigenen Vorschläge selbst fallenlassen, weil ich es aus taktischen Gründen für viel günstiger halte, die Vorschläge des Kollegen *Grasmann* durchzusetzen. Aber ich kann es gegenüber meinen Freunden im Wirtschaftspolitischen Ausschuß nicht länger verantworten, daß eine solche Politik innerhalb der Fraktion betrieben wird. Ich habe es den Vertretern bestimmter Berufszweige gegenüber zu verantworten. Trotzdem ich keinem Berufszweige angehöre, war es mein Bestreben, jedem Berufsstand das zukommen zu lassen, was er beanspruchen durfte, soweit das in menschlicher Fähigkeit liegt. Es durfte jeder das Vertrauen zu mir haben, daß ich nicht zugunsten eines Berufsstandes einen anderen in unseren Beratungen zu kurz kommen lassen würde. Jetzt haben wir eine einseitige Festlegung der Union auf einen Interessenstandpunkt, von dem die Union nur schwer noch je wieder herunterkommen wird. Und diesen Standpunkt müssen Sie, das politische Gremium der Partei, ernstlich erwägen.
Meine Herren! Ich habe es auch aus einem anderen Grunde getan. Mit Recht tobt heute alles gegen mich. Die Leute sehen die Süddeutsche Zeitung und dann sagen sie: In unseren Reihen hält er hier die Reden, vertritt das Programm und stimmt dann drüben für diese Artikel. Denn in der Zeitung steht "einstimmig beschlossen". Ein Brief, den ich gestern Abend erhalten habe, macht das deutlich:

Sehr geehrter Herr Dr. *Semler*!

Soeben lese ich in dem Bericht der Süddeutschen Zeitung über die letzten Verhandlungen des Verfassungsausschusses. Darunter ist auch unter anderem die einstimmige Annahme des Art. 117 Abs. 2 und 3 angeführt. Von dieser "einstimmigen" Annahme ausgehend und im Hinblick auf den bisherigen Gesamtablauf der Verfassungsberatungen und der jetzt ersichtlichen Behandlung der so bedeutungsvollen Fragen: Staat und Wirtschaft, sage ich Ihnen hierdurch jede weitere Gefolgschaft, die ich Ihnen loyalerweise noch auf der letzten Ausschußsitzung trotz meiner so be-

rechtigten Beschwerden über Ihre sachliche und formale Führung des Ausschusses bezeigt habe, endgültig auf. Sie haben sich in jeder Beziehung des Amtes und des Führungsanspruches innerhalb der Union so wenig gewachsen gezeigt, daß um der Gesamtentwicklung es unbedingt erforderlich ist, hier neue Verhältnisse zu schaffen. Wobei es die mühsame Arbeit der Zukunft sein wird, das für die Union wieder aufzubauen und fruchtbar zu machen, was Sie vertan haben. Und wobei Sie es zu verantworten haben werden, wenn die Konsequenzen Ihres so negativen Wirkens schwerste Schäden der weiteren staatlichen und wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns und damit auch der gesamtdeutschen Zukunft nach sich ziehen. Mit dem Bemerken, daß ich Durchschrift dieses Schreibens dem Landesvorstand der Partei zugestellt habe, zeichne ich.

Meine Herren! Jeder, der politisch tätig ist, leidet bekanntlich ein wenig an Eitelkeit. So ist es ein gesundes Korrektiv, wenn man die Wahrheit erfährt. Ich nehme es dem Schreiber des Briefes gar nicht übel, daß er so offen ist.
In Ihrer Hand liegt es nunmehr, das weitere zu veranlassen. Nach altem, gut demokratischen Grundsatz habe ich mein Mandat niedergelegt. Es liegt wieder in der Hand des Parteivorsitzenden.
Zum Abschluß noch ein ernstes Wort: Ich habe mich bemüht, objektiv zu berichten. Wenn ich in einzelnen Sachen vielleicht zu scharf geworden bin, so lag es nicht in meiner Absicht. Aber beraten Sie jetzt, bitte, nicht wieder nach der persönlichen Seite - denn das wäre grundfalsch -, beraten Sie rein sachlich! Überlegen Sie den Weg, aber auch eines: Wir haben in der Union die großen Kräfte ruhen. Wir wollen sie nicht verkennen, nicht unterdrücken. Aber Ihre Aufgabe als die politische Zentralinstanz der Partei muß es sein, dafür zu sorgen, daß alle Kräfte zur Geltung kommen und nicht die einen ihren Willen den anderen aufdrücken. Nur so können wir die Union erhalten. Das ist die Aufgabe hier. Es ist ein wunder Punkt, den ich zur Sprache gebracht habe. Er muß im Interesse der Union bereinigt werden.

(Lebhafter Beifall.)

Dr. *von Eicken*: Zur Geschäftsordnung!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Zunächst bitte ich um Ordnung. Ich danke unserem Parteifreund *Semler*. Ich habe sein Rücktrittsschreiben zur Kenntnis genommen, seinen Rücktritt aber nicht angenommen.

(Allgemeiner Beifall.)

Wir werden heute nachmittag darüber sprechen und entsprechend zu entscheiden haben. Meine Aufgabe sehe ich darin - das ist auch der Grund, warum ich Sie so dringend einberufen habe - klarzustellen, daß die Union kein Interessentenhaufen ist.

(Zuruf: Sehr richtig! - Und nie werden wird!)

Wir erkennen klar an, daß alle Stände von uns berücksichtigt und gefördert werden müssen, aber die Union hätte ihren Sinn verfehlt, wenn sie zu einer reinen Interessentenpartei würde. Dann müßten wir die Union selbst aufgeben. Denn dann betrügen wir das Volk, wenn wir als ersten Namen hinstellen "Christlich". Ich darf nur vorübergehend darauf hinweisen, daß wir heute das gleiche Bild haben, wie wir es, leider Gottes, in den Fraktionssitzungen auch so oft haben.
Eine Frage, die Frage des Staatspräsidenten, steht für manche so im Vordergrund des Interesses, daß sie nur Interesse genommen haben, wenn diese Frage zur Debatte

stand, gleich als ob diese Frage die entscheidende Frage der Union wäre. Sie werden jetzt von dem Punkte feststellen können, daß mir eine Resolution übergeben wurde, daß aber die Herren von dem Tisch, der die Resolution übergeben hat, jetzt bei den Referaten, die doch schließlich auch von weittragender Bedeutung sind, fehlen. Sie werden wahrscheinlich ihr Interesse erst wieder bekunden, wenn die Frage des Staatspräsidenten zur Debatte steht.
Meine lieben Freunde! Ich darf nur diese Feststellung so im Vorübergehen treffen, und ich bitte die Freunde, die übrig geblieben sind ...

(Zuruf: Die [stimm]berechtigten Vertreter sind noch da;
es sind bloß die gegangen, die hinausgeworfen worden sind.)

Es ist doch so. Ich möchte dabei vorderhand noch nichts sagen. Wir werden uns heute nachmittag über diese Frage unterhalten.
Dr. *von Eicken*: Ich möchte ganz kurz, ehe wir auseinandergehen, feststellen: Der Herr Fraktionsvorsitzende [*Alois Hundhammer*], der für diese Vorgänge verantwortlich ist, war im Sitzungssaal bis kurz vor dem Beginn des Referats Dr. *Semler*. Ich beantrage, daß sofort nach der Mittagspause der Herr Fraktionsvorsitzende geladen wird, um uns über diese Vorgänge von seiner Seite eine Auskunft zu geben.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jetzt darf ich damit die Vormittagssitzung beschließen. Ist es ein formeller Antrag?

(Dr. *von Eicken*: Ja.)

Dann darf ich über den Antrag *Eicken* abstimmen lassen. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Der Antrag *Eicken*, daß der Fraktionsvorsitzende dringendst geladen wird, um uns nähere Auskünfte zu geben, ist einstimmig angenommen. Wir beginnen wieder um 14.45 Uhr pünktlich.

Schluß der Vormittagssitzung 13.25 Uhr.
Beginn der Nachmittagssitzung 15.10 Uhr.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Liebe Freunde! Ich glaube, wir beginnen jetzt unsere Nachmittagssitzung, auch wenn einige Freunde noch fehlen. Wir verlieren sonst zuviel Zeit. Ich muß versuchen, möglichst zu kürzen, weil ein Teil unserer Freunde von weiterher schon etwas eher abreisen muß.
Ich würde vorschlagen, daß wir jetzt nicht erst die Aussprache zu dem Referat *Semler* halten, sondern zuerst das Referat *Prittwitz* nehmen, über die Arbeiten der Fraktion für die Verfassung, und daß wir dann erst die ganze Debatte zusammenfassen.
Ich darf Ihr Einverständnis annehmen. Dann bitte ich unseren Parteifreund *Prittwitz*, uns einen Überblick zu geben.
Von Prittwitz-Gaffron: Meine Damen und Herren! Ich bedauere in unserem gegenseitigen Interesse, daß Herr Dr. *Ehard*, der das Referat eigentlich halten sollte, nicht hier ist. Denn er hätte es in wesentlich besserer und sachlicherer Form machen können als ich. Ich möchte mich auf rein sachliche Ausführungen beschränken und meine persönliche Stellungnahme im Hintergrund lassen.
Die Arbeiten der Verfassunggebenden Landesversammlung haben sich - und das möchte ich ausdrücklich betonen - im großen und ganzen in einer außerordentlich sachlichen und ruhigen Weise abgespielt. Es sind auch Meinungsverschiedenheiten

zwischen den verschiedenen Parteien in diesem Ausschuß immer in sachlicher Weise zum Ausdruck gebracht worden, und das einzige, was man vielleicht bedauern kann, ist, daß auch in diesem Ausschuß schon allzu früh die Fraktionsstandpunkte zum Ausdruck gebracht worden sind, weswegen ich es persönlich für richtiger gehalten hätte, wenn man den Anschauungen der einzelnen Abgeordneten etwas größeren Spielraum gelassen hätte. Es ist leider noch kein Abdruck vorhanden, der den Inhalt der Verfassung, wie er bislang im Verfassungsausschuß beschlossen worden ist, zusammenfaßt. Die technische Seite dieser Dinge hat etwas versagt. Wenn Sie die Bestimmungen des Entwurfes durchlesen, so werden sie, glaube ich, alle zugeben, daß der Geist, der in diesem Verfassungsentwurf niedergelegt ist, unser aller ungeteilte Zustimmung finden kann. Es ist der Geist eines freien, sozialen Rechtsstaates mit Anerkennung seiner kulturellen Mission.
Über den Geist der Verfassung gibt Ihnen am besten die Präambel einen Eindruck. Das ist eines der wenigen, d[as] ich vorlesen möchte:

> Im Angesichte des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsauffassung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des Zweiten Weltkrieges geführt hat, in dem festen Entschluß, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechtes dauernd zu sichern, gibt sich das bayerische Volk, eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte, nachstehende demokratische Verfassung:

Soweit ich mich erinnere, ist diese Präambel auch einstimmig oder fast einstimmig angenommen worden.
Der Aufbau der ganzen Verfassung gliedert sich in vier Hauptteile. Der erste Hauptteil enthält die Aufgaben und den Aufbau des Staates, der zweite Hauptteil die Grundrechte und die Grundpflichten, dann kommt das Gemeinschaftsleben und schließlich die Wirtschaft und Arbeit. Ich glaube, gegen diesen Aufbau läßt sich nichts einwenden. Der erste Haupteil als derjenige, der vom Staate handelt, gibt in einer großen Reihe von Abschnitten eine genaue, ich möchte fast sagen, historische Darlegung des Aufbaues des Bayerischen Staates, wie er sich aus den Gemeinden, aus den Bezirken und Kreisen heraus aufgebaut hat. Dabei ist zu bemerken, daß der alte Ausdruck "Kreis" wieder an die Stelle des neueingeführten "Bezirks" gekommen ist. Selbstverständlich kann da nicht ein Artikel fehlen, daß der Träger der Staatsgewalt das Volk ist. Ebenso wird in der Verfassung eindeutig aufgeteilt in eine säuberliche Teilung der Zuständigkeiten der drei Gewalten, der richterlichen, der Exekutive und der Legislative. Von diesen Gewalten steht im Vordergrund der Landtag, bei welchem die ganze Macht der Gesetzgebung und bis zu einem gewissen Grade auch die Kontrolle der Verwaltung zentralisiert ist. In dem Abschnitt über den Landtag steht nichts außergewöhnliches drin. Ich möchte nur das hervorheben, was vielleicht etwas neues ist: Es ist ausdrücklich vorgesehen, daß staatsfeindliche Wählergruppen, die also unter dem Deckmantel der Demokratie die Demokratie bekämpfen wollen, ausgeschlossen sind und daß unter Umständen gegen solche Versuche seitens des Verfassungsgerichtshofs eingeschritten werden kann. Als Wahlalter hat man sich auf 25 Jahre geeinigt. Es ist vielleicht auch der Artikel hervorzuheben, daß Abgeordnete seitens ihres Arbeitgebers keines Urlaubs bedürfen. Das ist insofern eine Neuerung, als hier ein Grundsatz, der in früheren Verfassungen nur für Beamte galt, auf Angestellte und

Arbeiter ausgedehnt worden ist. Ich glaube, daß man die Bedeutung dieses Artikels sehr unterstreichen muß.
Die Wünsche, die seitens der Union immer laut geworden sind, eine zweite Kammer einzuführen, sind in dem Entwurf berücksichtigt, aber nicht hundertprozentig durchgeführt. Über den Senat, der eingerichtet worden ist, hat sich hinsichtlich seiner Zusammensetzung bereits unser Freund *Semler* geäußert; ich will aber der Vollständigkeit halber doch noch einmal aufführen: elf Vertreter der Land- und Forstwirtschaft; elf Vertreter der Gewerkschaften; fünf der Industrie und des Handels; fünf des Handwerks; fünf der freien Berufe; vier der Religionsgemeinschaften; fünf der Wohltätigkeitsvereine; drei der Hochschulen und Akademien; fünf der Genossenschaften und sechs der Gemeindeverbände. Für diesen Senat ist ein Mindestalter von 40 Jahren vorgeschrieben, und die Betreffenden sollen soweit als möglich aus den Körperschaften, aus denen sie kommen, durch Wahl erwählt werden. Bis zu der Zeit, wo ein solches Wahlgesetz bestehen wird, müssen sie bestimmt werden; natürlich läßt sich bei Hochschulen und Religionsgemeinschaften keine Wahl durchführen. Die Amtsdauer des Senates ist auf sechs Jahre festgesetzt, mit der Erneuerung jeweils eines Drittels alle zwei Jahre. Im Gegensatz zum Landtag ist also der Senat sozusagen eine ewige Körperschaft, die niemals ganz außer Betrieb tritt.
Was die Zuständigkeiten des Senates anlangt, so habe ich aus den Notizen in den Zeitungen den Eindruck, daß sie hier in der Presse nicht ganz richtig wiedergegeben sind. Die Zuständigkeiten sind gewiß beschränkt, aber sie sind doch ziemlich weitgehender Art: Zunächst kann der Senat eine gesetzliche Initiative ergreifen. Er kann Gesetzesvorlagen, sei es direkt, sei es auf dem Wege über die Staatsregierung, an den Landtag bringen. Man kann doch annehmen, daß eine bedeutsamere Gesetzesvorlage, die auf diese Weise vom Senat vorgeschlagen wird, nicht unbeachtet in den Schubfächern des Landtages verschwinden kann. Der Senat ist außerdem eine Behörde, die der Landesregierung für Gutachten zur Verfügung steht. Ferner sieht die Verfassung für die Staatsregierung den Zwang vor, gewisse Gesetzesvorlagen dem Senat, bevor sie an den Landtag gehen, vorzulegen. Das bezieht sich auf das Budget, auf verfassungsändernde Gesetze und solche, die zum Volksentscheid gebracht werden sollen. Es kann - und das ist der letzte wichtige Punkt - der Landtag kein Gesetz zur Veröffentlichung geben, das nicht vorher dem Senat vorgelegt wird, der berechtigt ist, Einwendungen zu erheben und diese Einwendungen dem Landtag mitzuteilen. Es ist richtig, daß er damit kein eigentliches Vetorecht hat, es ist aber ebenso hervorzuheben, daß Einwendungen des Senates, insbesondere, wenn sie in der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden, wohl kaum vom Landtag übersehen werden können. Jedenfalls wäre es dann Aufgabe bestimmter Parteien im Landtage, solche Einwendungen aufzugreifen.
Ein besonderer Absatz ist im Rahmen der Exekutive dem Staatspräsidenten gewidmet. Über den kann ich Ihnen nur wenig berichten. Ich bin bei den Verhandlungen nicht selbst dabei gewesen. Aber nach den bisherigen Entwürfen, von denen ich nicht weiß, ob sie schon definitiver Art sind, steht dem Staatspräsidenten eigentlich nur ein zweifaches Recht zu: Das Recht, den Landtag aufzulösen, falls er sich nicht über die Wahl eines Ministerpräsidenten - über diesen Punkt werde ich gleich sprechen - einigen kann und außerdem bei Gefahren für die Sicherheit des Landes einen beschränkten Notstand zu erklären, aber immer im Einvernehmen mit der Staatsregierung.
Das bringt mich auf das Thema Staatsregierung. Hier liegt vielleicht neben dem auch noch zu erwähnenden Wahlrecht der wichtigste Punkt in dem ganzen Entwurf. Man hat sich einstimmig darauf geeinigt, den Vorschlägen der Kommission zuzustimmen,

daß dem Ministerpräsidenten eine vierjährige Karenzfrist zugesichert wird, daß er also nicht von irgendwelchen Mißtrauensvoten oder Unstimmigkeiten in einzelnen Gesetzen abhängig ist. Allerdings ist als Art. 31 eingefügt worden, daß, falls sich grobe politische Unstimmigkeiten zwischen dem Landtag und dem Ministerpräsidenten ergeben, die politische Lage gewissermaßen nicht gemeistert werden kann, er zum Rücktritt verpflichtet ist.
Was den zweiten, ebenfalls fast gleich wichtigen Punkt "Wahlrecht" anbelangt, so wissen Sie, daß versucht worden ist, das Mehrheitswahlrecht durchzusetzen. Ich persönlich bedauere es ganz außerordentlich, daß dieser Versuch nicht geglückt ist. Es ist aber ein sogenanntes verbessertes Proportionalwahlrecht angenommen worden. Die Verbesserung liegt erstens einmal in der Bindung des Abgeordneten an seinen Wahlkreis und vor allen Dingen in der Klausel, daß 10% der Stimmen auf einen Kandidaten entfallen müssen, damit die Partei zugelassen wird. Es ist damit eine Kautele geschaffen, daß Splitterparteien nicht zum Zuge kommen können.
Ein eigener Abschnitt, der erst im Verlaufe der Debatte eingefügt worden ist, ist dem Verfassungsgerichtshof gewidmet, wodurch die dritte Gewalt, die richterliche Gewalt, in dem Entwurf besonders in den Vordergrund geschoben worden ist. Dieses Gericht ist zuständig für alle staatsrechtlichen Fragen und eine Reihe Einzelfragen, die aufgeführt sind. Ich möchte von diesen Einzelfragen nur das eine hervorheben, daß der Verfassungsgerichtshof zuständig ist für die Frage der Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes. Hat ein ordentlicher Richter bei Anwendung eines Gesetzes einen Zweifel über die Verfassungsmäßigkeit, so ist er verpflichtet, diese Frage dem Verfassungsgerichtshof vorzulegen. Der Verfassungsgerichtshof hat damit eine Stellung, die der Stellung des Obersten Bundesgerichts in den Vereinigten Staaten sehr nahe kommt.
Was die Gesetzgebung selbst anbelangt, so ist sie, wie Sie aus den Ausführungen über den Senat schon sehen können, beim Landtag einrangiert. Es ist neben der Gesetzgebung durch den Landtag selbst auch die Möglichkeit eines Volksentscheides und Volksbegehrens vorgesehen, aber entgegen den Versuchen, die seitens des Abgeordneten *Loritz* gemacht worden sind, nur in beschränktem Umfang, indem festgesetzt ist, daß zu einem Volksbegehren ein Zehntel der stimmberechtigten Staatsbürger mitwirken müssen und daß die Abberufung des Landtages durch Volksentscheid nur möglich ist, wenn der hierzu erforderliche Antrag von einer Million Staatsbürgern ausgeht. Verfassungsänderungen sind nur durch Gesetz und nicht durch Volksentscheid möglich und bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der Mitgliederzahl des Landtages.
In den Kapiteln über die Verwaltung ist ganz besonders die dort verankerte Stellung der Gemeinden wichtig, die den Gedanken zum Ausdruck bringt, daß die Gemeinden eigentlich vor dem Staate existiert haben und daß der Staat sich auf den Gemeinden und Gemeindeverbänden aufbaut.
Auch die Organisation der Staatsbehörden ist hier besonders berücksichtigt. Bei der Rechtspflege hat die Union einen ausgesprochenen Sieg in dem einen Punkt erlangt, daß sie die Lebenslänglichkeit der Richter der ordentlichen Gerichte durchgesetzt hat. Es waren hier zunächst Schwierigkeiten bei der Sozialdemokratie. Sie sind aber überwunden worden, und bei der zweiten Lesung ist dieser Artikel, soweit ich mich erinnere, einstimmig angenommen worden.
Ebenso ist den Beamten ein besonderer Abschnitt der Verfassung gewidmet. Hier sind einige kleine Veränderungen hinsichtlich der Prüfungsordnung gegenüber den früheren gesetzlichen Bestimmungen eingefügt worden, die aber materiell keine so

große Bedeutung haben. Umgekehrt ist besonders die Notwendigkeit unterstrichen, daß der Beamtenkörper sich eindeutig, immer und wo immer er auftritt, sich zur demokratischen Staats- und Lebensform bekennt.
Was den zweiten Hauptteil anbelangt, der die Grundrechte und Grundpflichten enthält, so kann ich mich wohl deswegen besonders kurz fassen, weil er ja vom Plenum schon durchberaten ist und nicht nur der breiteren Öffentlichkeit, sondern auch Ihnen im näheren bekannt sein dürfte. Hier möchte ich nochmal hervorheben, daß ausdrücklich festgelegt wird, daß die Verfassung dem Schutze und dem geistigen und leiblichen Wohle aller Einwohner zu dienen hat, daß die Würde der menschlichen Persönlichkeit in den Vordergrund geschoben ist, daß das Eigentumsrecht des Individuums gewährleistet ist. Es ist hier ein besonderer, im ursprünglichen Entwurf nicht vorgesehener Paragraph über die Pressefreiheit eingefügt, wo auch der Gedanke unterstrichen wird, daß die Presse nicht im luftleeren Raume arbeitet, sondern sich demokratischen Gedanken unterzuordnen hat. Es ist ferner - das möchte ich hervorheben - im Artikel 81 die Treuepflicht gegenüber Staat, Demokratie und Allgemeinheit eingeführt. Auch der Paragraph, der Verbot und Strafe von Völker- und Rassenhaß zum Ausdruck bringt, ist zu erwähnen.
Ein besonders geglückter Teil der Verfassung scheint mir der dritte Hauptteil zu sein mit der Überschrift: "Das Gemeinschaftsleben". Auch dieser Teil ist in der Plenarversammlung durchberaten worden und ist den Mitgliedern der Union zum Teil durch einen Artikel von Herrn Dr. *Hundhammer* im Unions-Mitteilungsblatt erläutert worden. Besonders im Abschnitt über Ehe und Familie, glaube ich, sind unsere Grundsätze in einer eindeutigen und lapidaren Weise zum Siege gekommen. Hierbei möchte ich besonders hervorheben, daß es dem Ausschusse und der Landesversammlung zur Ehre gereicht, daß sie die gleichen grundsätzlichen Rechte der Frau in der Ehe unterstrichen hat.
Was Bildung und Schule anbelangt, so wissen Sie, daß die Bekenntnisschule nicht nur erhalten, sondern ganz deutlich neben der Gemeinschaftsschule umschrieben worden ist, daß aber die Gemeinschaftsschule nur dort eingeführt wird, wo sie unbedingt erforderlich ist, daß alles das aber dem Wunsche und der Entscheidung der Erziehungsberechtigten untergeordnet ist. Ein besonderer Paragraph, der eingefügt worden ist, gilt dem Schutze der Geistlichen. Dieser besondere Schutz ist neu, aber nach den Vorgängen, die wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten erlebt haben, wohl besonders notwendig geworden.
Der Schlußteil, der vierte Hauptteil, trägt die Überschrift "Wirtschaft und Arbeit". Auf den Abschnitt Wirtschaft brauche ich nicht mehr einzugehen, da es ja zum Teil schon in der Debatte heute früh behandelt worden ist und zum Teil wohl nachher nochmal behandelt werden wird. Ich möchte hier nur das eine oder andere hervorheben, und das ist vor allem der Gedanke, daß der Aufstieg tüchtiger Kräfte aus nichtselbständiger Arbeit zu selbständigen Existenzen ausdrücklich in der Verfassung niedergelegt worden ist. Es ist ferner der Grundsatz der Möglichkeit einer Beteiligung der Selbstverwaltungskörper an den Aufgaben der Gestaltung der Wirtschaft niedergelegt. Es ist außerdem der Mittelstand besonders erwähnt. Eine besondere Frontstellung ist gegen Einrichtung von Monopolen eingenommen worden, verbunden mit dem allgemeinen Grundsatz einer Überwachung des Staates hinsichtlich der planmäßigen Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter. Ich möchte ausdrücklich unterstreichen, daß die von den Sozialdemokraten geforderte Planwirtschaft in diesen Entwürfen abgelehnt ist.

Was das Eigentum anbelangt, so ist auch in diesem Hauptteil nochmals unterstrichen, daß das Eigentum gewährleistet ist und daß das Eigentum entsprechend den sozialen Grundsätzen unserer Partei den Pflichten unterzuordnen ist, die der Einzelne gegenüber der Allgemeinheit hat. Es gibt also keinen rücksichtslos individuellen Standpunkt mehr in dieser Beziehung.
Was die Landwirtschaft anbelangt, so ist hier der verstärkte Schutz, den dieser Zweig verdient, im weitgehenden Maße sichergestellt worden, sowohl hinsichtlich des Schutzes des Eigentums wie auch hinsichtlich des Schutzes der Marktordnungen und der Verhinderung der Überschuldung. Die "Arbeit" gehört neben dem Abschnitt über das Gemeinschaftsleben auch zu denjenigen Teilen des Verfassungsentwurfs, der nach meiner bescheidenen Ansicht besonders gut formuliert worden ist. Die Arbeit wird als das wertvollste wirtschaftliche Gut bezeichnet. Es wird auskömmliche Existenz, Sozialversicherung, angemessenes Entgelt und Mindestlohn für die Arbeit gefordert. Die Koalitionsfreiheit wird stabilisiert, und es werden auch die Arbeitsgerichte sichergestellt, ebenso das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in der Produktion und ihr Recht auf Erholung.
Viele dieser Dinge, die ich hier vorgetragen habe, klingen, wenn man sie hört, als selbstverständlich. Trotzdem werden Sie bei einer großen Reihe von Bestimmungen, die wir angenommen haben, wenn man sie mit den Bestimmungen anderer Verfassungen vergleicht, feststellen, daß sie hier zum ersten Male kodifiziert worden sind. Ich glaube, daß diejenigen, die an diesen Arbeiten sich beteiligt haben, sich dieses zur Ehre anrechnen dürfen.
Über die Schlußbestimmungen kann ich Ihnen aus eigener Erfahrung nichts sagen, weil ich bei der letzten Sitzung nicht dabei war. Das kann vielleicht noch ergänzt werden. Aber nach den bisher getroffenen Beschlüssen ist wohl die wichtigste Übergangsbestimmung, daß ausdrücklich formuliert ist, daß Bayern einem künftigen deutschen demokratischen Bundesstaat beitreten wird. Ich glaube mit diesem Ausklang darf ich meine kurzen referierenden Bemerkungen schließen.

(Starker Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Parteifreund *Prittwitz* für sein sachliches Referat. Ich frage bei den Fraktionskollegen an, ob sie Ihrerseits noch das Referat zu ergänzen haben. Dann frage ich an, ob Sie irgendwelche besonderen Wünsche haben.
Dr. *Hundhammer*: Ich habe von den Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. *Prittwitz* nur einen Teil hören können, aber daraus gesehen, daß er das auch nach meiner Anschauung Wesentliche hervorgehoben hat.
Er hat am Schluß betont, daß in den Schluß- und Übergangsbestimmungen, an deren Beratungen er selber nicht teilnehmen konnte, sich die wesentliche Bestimmung findet:

> Bayern wird einem künftigen demokratischen deutschen Bundesstaate beitreten.

Es ist dieser Formulierung dann bei der ersten und zweiten endgültigen Lesung noch folgender Nachsatz beigefügt worden:

> Er soll auf einem freiwilligen Zusammenschluß der deutschen Einzelstaaten beruhen, deren staatsrechtliches Eigenleben zu sichern ist.

Dieser Zusatz wurde auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten nach einer ziemlich langen Debatte angenommen. Es ist eine Bestimmung, die wahrscheinlich vielen von Ihnen sehr bedeutungsvoll erscheinen wird.

Eine andere Bestimmung, die in den Schluß- und Übergangsbestimmungen enthalten ist, die uns wichtig erscheint und vor allem dem evangelischen Teil im Hinblick auf einen besonderen Antrag, den der Landesbischof *Meiser* gestellt hat, absolut wichtig ist, lautet - das ist Artikel 140 b:

> Die früher geschlossenen Staatsverträge, insbesondere der Vertrag mit den christlichen Kirchen vom 24. Januar 1925, bleiben in Kraft.

Auf diese Bestimmung haben die evangelischen Mitglieder der Fraktion bei früheren Unterhaltungen schon großen Wert gelegt. Ich möchte Ihnen sagen, daß mir diese Bestimmung persönlich deshalb sehr wichtig ist und erscheint, weil ich mir darüber absolut klar bin, daß die Sozialdemokratie heute auch bei ihrer sonst kirchlichen Dingen gegenüber etwas aufgeschlosseneren Art nachdrücklich auf eine Abänderung der Konkordate hinarbeitet und diese Änderung bei der erstmöglichen gegebenen Situation anstrebt. Die Überzeugung habe ich im Verfassungsausschuß bei den Beratungen über diesen Artikel und auch bei einer anderen gesonderten Gelegenheit gewonnen.
Zu der Präambel, die Ihnen schon aus der Zeitung bekannt geworden ist,

(*Von Prittwitz-Gaffron*: Ich habe sie vorgelesen.)

wurde noch ein Zusatz hinzugefügt, der heute in der Süddeutschen Zeitung nicht abgedruckt ist. Sie lautet:

> Im Angesichte des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsauffassung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des Zweiten Weltkrieges geführt hat, in dem festen Entschlusse, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechtes dauernd zu sichern, gibt sich das bayerische Volk, eingedenk seiner mehr als 1000-jährigen Geschichte nachstehende demokratische Verfassung.

(*Von Prittwitz-Gaffron*: Ich habe sie schon so vorgelesen.)

Das wußte ich nicht. Ich hatte nur die Formulierung in der Zeitung gekannt. Der Zusatz betont etwas, was vielen Fraktionskollegen und ebenso dem großen Teil unserer Wähler als ein Ding von außerordentlichem Wert erscheint.
Nun zu den anderen Bestimmungen im einzelnen ein paar Worte: Ich habe zu der Verfassung als solcher eine Unmenge von Zuschriften und von Vorschlägen aller Art bekommen. Wenn einmal der ganze Verfassungstext Ihnen vorliegen wird, werden Sie sehen und werden mit mir und vielen anderen, die die Verfassung inzwischen durchstudiert haben, zu der Überzeugung kommen, daß im ganzen ein Werk geschaffen wird, das dem bayerischen Volk für die Zukunft einen Staat schafft, der sich sehen lassen kann. Die Verfassung ist in ihrer Gesamtheit zweifellos ein Werk, das über den Durchschnitt der uns bisher vorliegenden Verfassungsentwürfe weit hinausragt.
Es wird im gesamten Verfassungswerk insbesondere - da stimme ich vollkommen mit den Ausführungen des Herrn Botschafters *von Prittwitz* überein - der Teil über die Grundrechte und Grundpflichten des Staatsbürgers, der Teil über Ehe und Familie, der Teil über Kirchen und Religionsgemeinschaften das eigentliche Kernstück bilden, in welchem der Standpunkt unserer Partei aber restlos verwirklicht ist. Ich habe das in dem einen Ausschnitt der Verfassung, den ich in der letzten Nummer des Mitteilungsblattes der CSU behandelt habe, bereits zum Ausdruck gebracht. In diesem Abschnitt haben wir unser Programm restlos verwirklicht.

Wir haben im ersten Hauptteil, der sich mit dem Staatsaufbau befaßt, bezüglich der zweiten Kammer nicht die Erwartungen aller unserer Parteifreunde verwirklichen können. Die Hauptschwierigkeiten waren wesentlich darin gelegen, daß es nicht möglich war, ein Gremium zu finden, das die zweite Kammer voll rechtskräftig hätte wählen können. Eine Wahl durch das ganze Volk mit Listen, wie der Landtag gewählt wird, wäre sinnlos, denn da würden wir nur einen Abklatsch des Landtages bekommen haben. Die Organisationen der Berufsstände, auf die man zurückgreifen wollte, konnten deshalb nicht für eine zweite Kammer, die dem Landtage voll ebenbürtig zur Seite gestanden wäre, eingeschaltet werden, weil diese Berufsorganisationen im jetzigen Zustand nur einen kleinen Teil jeweils der einzelnen Berufsstände umfassen und nur auf freiwilliger Basis beruhen dürfen. Es sollen ja sogar die Handelskammern, die Handwerkskammern ihres offiziellen Vollcharakters entkleidet werden. Es wird darüber gesprochen, wenigstens diskutiert, ob der Bauernverband seine öffentlich-rechtliche Stellung behalten soll. Ich betone, es ist nicht schon soweit, daß er sie verlieren soll, aber diskutiert wird es bereits. So konnten wir in der Fraktion kein Gremium finden und keinen Weg, auf dem wir eine zweite Kammer so hätten zusammensetzen können, daß ihr eine voll formal ebenbürtige Stellung neben dem Landtag hätte eingeräumt werden können. Aber ich bin trotzdem der Auffassung, daß in diesen Senat, der sich jetzt auf 60 Mitglieder beschränkt, Persönlichkeiten von wirklichem Gewicht entsandt werden und er - das halte ich für wahrscheinlich - dann trotzdem eine außerordentlich beachtliche Stellung hat. Dem Senat muß nach den Festlegungen in der Verfassung erstens jedes Gesetz, das beschlossen ist, vorgelegt werden; zweitens, es müssen ihm bestimmte Entwürfe vorgelegt werden, bevor sie an den Landtag kommen; drittens, der Senat kann von sich aus Gesetzesvorlagen dem Landtag unterbreiten und der Staatsregierung vorlegen: Ein Initiativrecht, wenn auch eingeschränkter Art. Wenn der Senat nun zu irgendeinem Problem sachlich Stellung nimmt und ein Gutachten abgibt, dann wird, wenn die geeigneten Persönlichkeiten und angesehenen Männer in ihm sind - es ist sowieso ein höheres Lebensalter für die Mitgliedschaft vorgesehen -, ein solches Gutachten zweifellos weitgehend beachtet werden. Es ist an anderer Stelle das Wort formuliert: "Der Senat wird sein, was er aus sich macht."

Eine Frage, die viel diskutiert worden ist, die von der Mehrheit unserer Redner in den Wahlkämpfen verlangt worden war, die aber umstritten ist, ist die Frage des Staatspräsidenten. Die Formulierungen, die jetzt dafür in den letzten Tagen gefunden worden sind, sind im Verfassungsausschuß in erster Lesung gegen eine sozialdemokratische Stimme bei Stimmenenthaltung der übrigen Sozialdemokraten angenommen worden. Sie sind in der zweiten Lesung bei Stimmenthaltung aller Sozialdemokraten angenommen worden unter ausdrücklicher Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner*, daß er nachdrücklichst für den Staatspräsidenten eintrete. Herr Dr. *Hoegner* hat vor der zweiten Lesung eine Rede gehalten, die an Schärfe und eindeutigem Eintreten für den Staatspräsidenten jeder Rede, die hier in diesem Saale von Fraktionskollegen gehalten worden ist, ebenbürtig gegenübersteht. Es wird diese Frage wahrscheinlich auch in den weiteren Diskussionen in Zukunft noch eine Rolle spielen.

Zum gesamten Verfassungswerk möchte ich abschließend eines sagen: Es hätte an sich die Möglichkeit bestanden, theoretisch, eine Verfassung restlos in der Form durchzudrücken, wie unsere Fraktion sie will, weil wir die absolute Mehrheit in der Verfassunggebenden Landesversammlung haben. Aber zwei Gründe haben dagegen gesprochen: Das eine war, daß zunächst in manchen Fragen natürlich in der eigenen Fraktion keine restlose Übereinstimmung besteht. Das zweite aber - das erscheint mir

noch als das weitaus wichtigere - ist, daß es für eine Verfassung eine Tat von großer staatspolitischer Bedeutung ist, wenn es gelingt, sie so zu formulieren, daß die Mehrheit, die überwiegende Mehrheit des gesamten Volkes sie annehmen kann.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Wenn eine Verfassung, die wenigstens von den zwei großen Parteien, die zusammen nahezu 90% des Volkes umschließen, also von einer so großen Volksmehrheit bejaht werden kann, dann steht ihr ein ganz anderes Gewicht zu, als wenn wir sie etwa nur mit unserer Mehrheit durchdrücken. Eine Verfassung ist nicht etwa ein Gesetz, das man mit aller Gewalt durchdrücken kann. Sie [ist] uns eine Grundformulierung des Staates, die von der überwiegenden Mehrheit des Volkes getragen werden soll. Freilich dürfen von der Mehrheit der Minderheit keine Konzessionen gemacht werden, die für die Mehrheit aus grundsätzlichen Gründen nicht annehmbar wären. Aber das, glaube ich, ist nicht geschehen. Ich persönlich bin der Auffassung, ich kann die Verfassung, wie sie vorliegt, mit gutem Gewissen vertreten. Ich freue mich, daß damit ein Werk geschaffen ist, an dem mitgewirkt zu haben meine eigenen Söhne noch stolz sein können. Wir haben ein Werk geschaffen, und ich glaube auch, daß die Verfassung als Ganzes - das kann ich heute schon sagen -, so wie sie jetzt formuliert ist, mit voller Zustimmung der Sozialdemokratie angenommen wird. Das ist es, was ich dazu zu sagen habe.

(Starker Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich schlage jetzt vor, daß wir in die Debatte eintreten, und zwar bitte ich so vorgehen zu dürfen, daß wir vielleicht zunächst noch - ist Dr. *Semler* da? - das Thema, das heute vormittag besprochen worden ist, zu Ende führen. Ich würde vorschlagen, Dr. *Semler* bringt in einigen Sätzen nur nochmals zur Sprache, weil Herr Dr. *Hundhammer* heute vormittag nicht da war, wenigstens bei dieser Debatte nicht da war. Es handelt sich um die Divergenzen im Hinblick auf den Wirtschaftsteil. Ich würde bitten, hier die Frage des Staatspräsidenten noch draußen zu lassen. Anschließend wird die Frage des Staatspräsidenten noch aufgeworfen werden. Dabei würde ich vorschlagen, daß wir nicht hier in der altgewohnten Weise, wie es in der Fraktion der Fall ist, in allen Debatten immer das Thema Staatspräsident oder nicht Staatspräsident behandeln. Wir müssen nur klar Stellung nehmen, ob ein Fraktionszwang durchgeführt wird. Denn hier geht es dann nicht um eine Einzelfrage der Verfassung, sondern hier geht es um ein Prinzip der Demokratie. Ich darf das jetzt gleich nehmen, weil wir dann die Debatte zusammengeführt haben. Ich habe *Haunhorst* gebeten, bevor ich selbst Rücksprache genommen habe, die Frage der Haltung der politischen Abteilung der Militärregierung zur Frage des Fraktionszwanges zu klären und zu fragen, wie dieses Verfahren in der amerikanischen Demokratie durchgeführt wird. Bekanntlich haben sowohl die Amerikaner wie auch die Engländer ein ähnliches Verfahren, das sogenannte w[h]ip-Verfahren. Wie sind die Grundspielregeln für dieses w[h]ip-Verfahren, das unserem Fraktionszwang gleichkommt?

Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte das zurückzustellen und Herrn Dr. *Semler* mit seinen Ausführungen beginnen zu lassen.

Dr. *Hundhammer*: Zur Geschäftsordnung! Ich muß auch gegen diesen Vorschlag Einspruch erheben. Ich muß weg in einer unaufschiebbaren Sache. Außerdem möchte ich grundsätzlich erklären, über die Frage, ob Fraktionszwang oder nicht, kann man sich unterhalten. Aber die Entscheidung darüber trifft die Fraktion selbst.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Da sind wir schon an dem Thema, das ich behandeln will. Ich will es geklärt haben, bevor einzelne Leute weggehen.
Dr. *Hundhammer*: Eine Diskussion darüber, ob Fraktionszwang vorgeschrieben werden soll oder nicht, lehne ich ab. Ich verlasse den Saal. Das entscheidet die Fraktion.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Dr. *Hundhammer*! In den westlichen Demokratien ist dieses Verfahren ...
Dr. *Hundhammer*: Das entscheidet die Fraktion. Der Landesausschuß kann Stellung nehmen. Das ist klar. Das Recht ist ihm unbenommen. Er kann diskutieren, aber die Fraktion kann sich keine Vorschriften machen lassen.
Dr. *Kroll*: Ich bitte, über meinen Antrag abzustimmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Fraktion ist ein Teil der Partei. Die Frage wird daher unter diesem Gesichtspunkt zu entscheiden sein.
Dr. *Kroll*: Herr Dr. *Hundhammer*, bleiben Sie! Erst abstimmen!
Dr. *Hundhammer*: Meine Herren! Stellen Sie sich vor, was würde die Fraktion sagen, wenn ich einen solchen Beschluß hier mitgemacht hätte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Dr. *Hundhammer*, ich werde Ihnen nachher die Spielregeln der Demokratie klar aufzeigen lassen.

(Zuruf: Über den Antrag Dr. *Kroll* abstimmen!)

Ich bitte einen formellen Antrag zur Geschäftsordnung einzubringen.
Dr. *Kroll*: Ich bitte Herrn Dr. *Semler* zur Ausführung über den Wirtschaftsteil als erstem das Wort zu erteilen und alle übrigen Angelegenheiten zurückzustellen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer enthält sich?
Wer ist gegen den Antrag *Kroll*?
Der Antrag ist einstimmig angenommen. Herr Dr. *Semler* hat das Wort.
Dr. *Semler*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe heute morgen versucht, Ihnen das Ergebnis der Arbeit im Wirtschaftspolitischen Ausschuß darzulegen. Ich habe über den Verlauf berichtet, den die Arbeiten in der Fraktion und im Verfassungsausschuß genommen haben.
Sie können ganz beruhigt sein, Herr Dr. *Hundhammer*, ich habe heute morgen die Herren lange in Anspruch genommen. Ich kann Ihnen das nicht wiederholen. Ich will mich nicht in persönliche Auseinandersetzungen einlassen. Das liegt mir völlig fern. Soweit ich persönlich gesprochen habe, geschah es zur Begründung meines Entschlusses, mein Amt als Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses niederzulegen. Die Herren haben davon Kenntnis genommen. Ich bin persönlich dem Vorsitzenden sehr dankbar, daß er meine Demission nicht annehmen will. Dazu gehören in diesem Falle aber zwei. Zunächst habe ich es niedergelegt und es liegt in Ihrer Hand, die politischen Entscheidungen zu treffen. Sie werden mir gestatten, daß ich das abwarte.
Der Fraktionskollege Dr. *Hundhammer* war leider nicht anwesend. Ich habe in einem schriftlichen Bericht an den Wirtschaftspolitischen Ausschuß, der vermutlich in Ihrer Hand ist, die Entwicklung niedergelegt. Ich glaube, daß ich den Sachverhalt richtig wiedergegeben habe und aus dieser Entwicklung heraus heute morgen meine Bedenken gegen das Verfahren geäußert habe, das unsere Fraktion in der Angelegenheit Wirtschaft und Arbeit eingeschlagen hat, nicht so sehr gegen die formale Seite, die ich persönlich bedauere und nicht für glücklich halte. Ich würde, wenn wir Gelegenheit gehabt hätten, in der Fraktion zu beraten, dort meine Ansicht noch einmal geäußert haben. Meine Bedenken richten sich vielmehr gegen die sachliche und politische Seite, auf die es hier in diesem Gremium meiner Ansicht nach ausschließlich an-

kommt. Es kann nicht fruchtbar sein, wenn der Landesausschuß an der Fraktion Kritik übt. Er soll die Fraktion befruchten und da, wo er sieht, daß die Fraktion politisch eine bestimmte Stellungnahme einnimmt oder sich von bestimmten politischen Gesichtspunkten führen läßt, der Fraktion seine Meinung übermitteln. Das allein war der Anlaß meiner Ausführungen am Vormittag.
Mein Bedenken, das ich geäußert habe, richtet sich dagegen, daß im Aufbau der Wirtschaft, wie sich die Union ihn, ich glaube sagen zu dürfen auch nach dem einstimmigen Votum des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, vorstellt, nicht die Interessenverbände das ausschlaggebende Wort sprechen sollen, sondern daß dieser Aufbau der Wirtschaft in einer Form vor sich geht, daß er wirklich unabhängig von den materiellen Interessen eine Vollrepräsentanz der Wirtschaft darstellt. Was dabei im einzelnen zu erfolgen hat, ist nicht von der Fraktion durch die Verfassung zu beschließen, sondern das wird künftig das Gesetz regeln.
Es hat keinen Zweck, daß wir um die Dinge herumreden, sondern ich betrachte es als meine Aufgabe, sie offen auszusprechen. Die Frage ist die, ob die Interessenverbände letzten Endes die Entscheidung in den wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen fällen sollen oder nicht. Ich habe den Eindruck - und ich habe das heute morgen ausgesprochen -, daß sich die Fraktion unserer Partei zu stark unter den Einfluß der Interessenverbände begeben hat. Das halte ich staatspolitisch für falsch. Insofern hatte ich meine persönliche Meinung zum Ausdruck gebracht und ich glaube, ich darf sagen, daß sie wohl der Ansicht des von mir vertretenen Ausschusses entspricht. Denn er hat in diesem Punkt in vollem Einverständnis mit mir und meinen Vorschlägen seine Beschlüsse gefaßt.
So ist die Sachlage und an Ihnen, meine Herren, ist es jetzt, sich zu entscheiden, ob die Linie, die nun von der Fraktion beschritten ist, der Linie der Partei entspricht oder nicht. Sie haben hier in Ihrem Kreis die politische Verantwortung als Landesausschuß von der Partei aus gesehen zu treffen.
Um meine Ausführungen von heute morgen nicht zu belasten, möchte ich ausdrücklich noch zweierlei hinzusetzen: Die Bestimmungen über die Landwirtschaft sind genau den Vorschlägen unserer Freunde aus der Landwirtschaft entsprechend formuliert und im Verfassungsausschuß angenommen worden. Dasselbe gilt hinsichtlich der Arbeit des Verfassungsausschusses in dem Abschnitt Wirtschaft und Arbeit, in dem unsere Auffassungen entsprechend niedergelegt sind. Ich darf sagen, daß dieser Abschnitt in der Tat voll und ganz unserer Linie entspricht. Bedauerlich ist nur, das habe ich heute morgen ausgeführt, daß es bei diesem einen Abschnitt geblieben ist. Denn im Grunde wäre die Durchschlagskraft unserer Partei unendlich gestärkt worden, wenn wir uns hätten entschließen können, nachdem die Amerikaner die Planwirtschaft gestrichen haben, den ganzen dritten Hauptteil unserer Auffassung entsprechend vorzuschlagen und zu erörtern. Das ist, wie gesagt, nicht geschehen.
Das ist in großen Zügen der Inhalt meines Referates gewesen, Herr Dr. *Hundhammer*. Ich habe persönlich dann im einzelnen die Dinge dargestellt, wie sie im Verfassungsausschuß gelaufen sind. Ich habe mich nicht gescheut zu sagen, daß ich eine scharfe persönliche Kritik an der Einstellung unseres Fraktionskollegen Dr. *Horlacher* geübt habe. Denn es ist nicht verständlich, wie er sich in Gegensatz mindestens zu einer Anzahl Fraktionskollegen in dem Punkt der Wirtschaft stellen konnte. Seine persönliche Einstellung war mir sehr wohl verständlich, aber ich habe nicht verstanden, daß er sich nicht überwinden konnte, nachdem er die Ansicht der großen Mehrheit der Fraktion kannte und wir der Landwirtschaft alles von uns aus mit unserer ganzen

Kraft und Stimme bewilligt haben, was ihr zukam, daß er die Initiative ergriff, seinerseits dem übrigen Teil der Wirtschaft den Schutz zu versagen, wie ich ihn für unbedingt notwendig hielt.
Dr. *Hundhammer*: Ich möchte zunächst eines hier vorweg betonen: Der Kollege Dr. *Semler* hat ausgeführt, daß im Abschnitt über die Landwirtschaft und über die Arbeit die Wünsche der Fraktionsgruppen, wenn ich einmal so sagen darf, aus diesen Sonderständen heraus so ziemlich restlos erfüllt worden sind, so daß eine Diskussion über dieses Thema nicht erforderlich ist. Da wird es demnach genügen, die Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen.
Schwierigkeit hat sich ergeben, das ist richtig, beim Wirtschaftsteil, bei der Wirtschaftsordnung, in der Hauptsache zwischen der Auffassung des Kollegen Dr. *Semler* und der Auffassung, um den Gegenspieler zu nennen, Dr. *Horlachers*. Der Wirtschaftsteil ist gegenüber dem *Hoegnerschen* Entwurf ja wesentlich zusammengeschnitten. Einen guten Teil der Arbeit haben uns die Amerikaner abgenommen, indem sie die Wirtschaftsplanung im *Hoegnerschen* Sinne von sich aus herausgestrichen haben. Der Kollege *Semler* hat dann Wert darauf gelegt, daß folgende Fassung aufgenommen wurde. Ich glaube, auch die Formulierung ist von Ihnen:

> Die auf demokratischer Grundlage aus Unternehmern und Arbeitnehmern gewählten Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft nehmen an den wirtschaftlichen Gestaltungsaufgaben teil. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

Diese Formulierung ist abgeändert worden - ich weiß nicht, ob das bekannt ist, Herr Dr. *Semler* - in die andere Formulierung:

> Die auf demokratischer Grundlage aus den Kreisen der Berufsverbände ...

Diese Abänderung wurde dann in der zweiten Lesung einstimmig angenommen. Ich selber habe mich in diesen Fragen nicht wesentlich eingeschaltet, sondern ich wollte das der Wirtschaft überlassen. Nachdem in vielen Punkten die Führung praktisch bei Dr. *Horlacher* gelegen war, nachdem er in erster Linie der Repräsentant der Wirtschaft ist, würde ich es für zweckmäßig halten, zu der Diskussion über diese Probleme bezüglich der Details Dr. *Horlacher* zuzuziehen.
Bezüglich der generellen Auffassung ist es selbstverständlich, daß ich dafür eintrete, daß die Haltung, die die Fraktion eingenommen hat, auch vertreten wird. Ich bin der Auffassung, daß zunächst aus der Gesamtheit der Fraktion heraus die Mitglieder des Verfassungsausschusses gewählt worden sind. Sie repräsentieren die Fraktion im Verfassungsausschuß. Die Fraktion als solche hatte bedauerlicherweise nicht die Gelegenheit, ein Referat von Dr. *Semler*, das angesetzt war, entgegenzunehmen. Sie wird erst am Montag und Dienstag Gelegenheit haben, zu diesem Problem vor der dritten Lesung nochmals Stellung zu nehmen. Ich habe mich deshalb auch der Anregung von Dr. *Semler* entsprechend - und es war auch vom Landesvorsitzenden Dr. *Müller* gewünscht worden - für eine Verschiebung der Vollsitzungen der Verfassunggebenden Versammlung auf nächste Woche eingesetzt. Denn eigentlich hätten diese Dinge schon gestern und heute in dritter Lesung verabschiedet werden sollen. Zu Hilfe gekommen ist uns dabei allerdings auch noch die Verlängerung des Gesamttermins vom 15. September auf den 30. September.
Sachlich möchte ich sagen: Die Diskussion wird sich wohl im wesentlichen um den Artikel 113 b drehen.

(Zuruf: Artikel 117, 2 und 3!)

Hier ist die Einstellung zu den sozialen Problemen, zu den Fragen, inwieweit sich die öffentliche Hand ins Wirtschaftsleben einschaltet, zu regeln. Dieses Problem muß zweifellos in der Fraktion durchbesprochen werden. Das ist richtig. Denn es ist das eine Frage, die umkämpft ist. Aber ich glaube, daß eine Partei, die so weitgehend den sozialen Fortschritt auf ihre Fahne geschrieben hat, wie es bei uns der Fall ist, nicht - und das sage ich als meine persönliche Meinung hier - daran wird vorbeigehen können, grundsätzliche für die Allgemeinheit wichtige Produktionsmittel unter Umständen der Kontrolle durch die Gesamtheit zu unterstellen. Wir wollen vom reinen Kapitalismus in diesen Dingen loskommen. Ich bekenne mich auch in Ihrem Kreise ganz offen zu der Auffassung, daß der Kapitalismus dann, wenn er in seiner Zusammenballung seiner Macht übergroß wird, wie wir es schon erlebt haben, mit Rücksicht auf das Gemeinwohl in seiner Bewegungsfreiheit beschnitten werden muß. Wie weit nun dabei zu gehen ist, wo die Grenze liegt, das ist eine Frage, die im einzelnen abzuwägen bleibt und die bei der Besprechung der Detailgesetze wohl zu beraten sein wird. Wir müssen aber davon ausgehen, daß wir sozial eine fortschrittliche Partei sein wollen, die nicht auf die Dauer den Standpunkt des früheren hemmungslosen Wirtschaftsliberalismus zu ihrem eigenen macht.
Das sind meine grundsätzlichen Ausführungen, die ich hierzu zu machen habe.
Ich möchte betonen, daß mir ein Schreiben über die Tagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses zugegangen war, datiert vom 31. August, eine Art Merkblatt mit der Überschrift "Gegen Planwirtschaft für Gleichberechtigung der Arbeitnehmer". Ich kann zu meiner Freude feststellen, daß ein guter Teil der darin aufgestellten Forderungen nahezu wörtlich in unsere Verfassung übernommen worden ist, bevor ich das Blatt kannte. Aber ich vertrete durchaus im wesentlichen denselben Standpunkt, wie er hier gefordert war. Ich bin überhaupt der Auffassung, daß der grundsätzliche Unterschied in den Meinungen bezüglich vieler Probleme gar nicht so groß ist. Die Kritik und die Mißstimmung ist zum Teil dadurch veranlaßt, daß in der Fraktion nicht die Möglichkeit gegeben war, die Dinge vorher genügend durchzubesprechen und zu klären. Das ist ein Umstand, den ich persönlich bedauere, den ich aber nicht ändern konnte, obwohl ich meinerseits gerade darauf hinarbeite, die Fraktion jeweils möglichst lange in der Woche zusammenzuhalten und dort eingehende Aussprachen durchzuführen. Wir werden am kommenden Montag und Dienstag noch dazu Stellung nehmen können. Übrigens hat Herr Dr. *Semler* nicht gegen die Formulierung, die hier liegt, gestimmt. Wenn eine Änderung unbedingt gewünscht werden sollte und die Mehrheit der Fraktion sich auf diesen Standpunkt stellt, würde vor der dritten Lesung noch die Möglichkeit bestehen, eine solche Änderung herbeizuführen.
Ich habe im ganzen immer auf möglichsten Ausgleich der Meinungen hingewirkt. Das ist selbstverständlich meine Aufgabe als Fraktionsvorsitzender. Ich habe aber dabei immer den Standpunkt eingenommen, daß wir unser Parteiprogramm, das nicht im einzelnen formuliert ist, das aber im Namen unserer Partei "Bayerische, Christliche, Soziale Union" verkörpert ist, in der Verfassung in die Tat umsetzen. Ich bin der Auffassung, das ist uns auch gelungen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wünscht Dr. *Semler* dazu das Wort?
Dr. *Semler*: Nachher!
Dr. *von Eicken*: Herr Dr. *Hundhammer* hat mir die Aufgabe wesentlich erleichtert. Mir ist ein sehr großer Stein vom Herzen gefallen, als ich gehört habe, daß diese Dinge noch einmal abgesprochen und abgestimmt werden können, ja nicht nur abgestimmt werden können, sondern abgestimmt werden sollen. Sie alle werden mit mir

zusammen heute vormittag beinahe vor dem Eindruck gestanden haben: Hier stehen wir an einem Punkt, wo die Partei fast in die Luft fliegen kann. Heute nachmittag haben wir den Eindruck nicht mehr. Es ist also nicht so, daß mit aller Gewalt etwas erzwungen werden muß, sondern es ist so, daß diese Dinge nicht rechtzeitig abgestimmt werden konnten. Es entfällt damit nach meiner Anschauung ein erheblicher Teil der grundsätzlichen Bedenken, die Herr Dr. *Semler* gegen die Weiterführung seines Ausschusses vorgebracht hat. Ich danke dem Herrn Landesvorsitzenden, daß er den Rücktritt nicht angenommen hat und werde Sie am Schlusse meines Referates bitten, möglichst einstimmig Herrn Dr. *Semler* zu bitten, diese Tätigkeit weiter zu behalten.
Nun muß ich allerdings zur Steuer[ung] der Angelegenheit und zur leichteren Verständigung auf tatsächlichem Boden ungefähr das schildern, vor dem ich stand, als ich selber an der Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses teilgenommen habe. Ich möchte erst einmal formulieren, was für uns unabdinglich ist: Unabdinglich ist die Selbstverwaltung der Wirtschaft und unabdinglich ist für uns, wie Herr Dr. *Hundhammer* ganz richtig sagt, eine Steuerung der Wirtschaft, die uns als sozialrevolutionär erscheinen läßt. Die Frage ist bloß, ob nicht die ursprüngliche Fassung des Paragraphen, der ungefähr sagte, daß Überführung in das Gemeineigentum dort angebracht und wünschenswert ist, wo es das Gemeinwohl verlangt, genügt, und ob man sich nicht davor hüten konnte, sich auf den Boden der sozialdemokratischen Propaganda zu begeben, indem man diese oder jene Wirtschaftsart oder diesen oder jenen Wirtschaftszweig einzeln aufführt, angefangen von der Urproduktion, bei der es schon darum zum großen Teil überflüssig ist, weil die Elektrizitätswerke usw. ja sowieso im Gemeineigentum stehen, bis zu den Großbanken und Versicherungen. Entschuldigen Sie, ich bin Versicherungsmann. Ich sage es nicht als Versicherungsmann, sondern darum, weil ich nicht weiß, ob all die Leute, die die Paragraphen annehmen, sich ein Bild machen, um was es sich handelt und welche Folgen es haben kann.
Als ich zum Wirtschaftspolitischen Ausschuß fuhr, stand ich auf dem Standpunkt, daß die *Semlersche* Form der Organisierung von unten herauf für die wirtschaftliche Selbstverwaltung die einzig logische und mögliche wäre. Ich habe dann gelegentlich des Beginns der Sitzung gehört und festgestellt, daß es auch eine andere Möglichkeit gab und daß diese andere Möglichkeit dadurch geschaffen werden sollte, daß man den Senat gleichsam mit zwei Funktionen ausstattete, nämlich auf der einen Seite das staatspolitische Kontroll- und Hemmungsorgan und auf der anderen Seite gleichzeitig die Spitze der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zu sein. Das ist etwas, was mir zumindest als einleuchtend erschienen ist. Da ich wußte, daß ein erheblicher und sehr aktiver Teil unserer Parteifreunde sich auf diesen Standpunkt weitgehend festgelegt hatte, schien es mir viel notwendiger, die grundsätzliche Frage der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zu retten. Ich machte da einen Vorschlag: Nehmen wir den Senat in dieser doppelbödigen Funktion als gegeben an und unterbauen ihn gleichsam von oben nach unten mit wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern.
Nun befinde ich mich in einem Punkt in Meinungsverschiedenheit mit Herrn Dr. *Semler*. Ich betone von vornherein, daß diese Meinungsverschiedenheit nicht groß genug war, um mich etwa als einzigen gegen die von ihm vorgeschlagene Lösung stimmen zu lassen. Ich habe das, wie ich hier betone, schon aus dem Prinzip nicht gemacht, weil ich wußte, daß Dr. *Semler* einen sehr tapferen und schweren Kampf führte und ich keinesfalls in diesem Augenblick wegen kleiner oder wenigstens nicht sehr bedeutender Verfahrensdifferenzen ihn um das Benefiz der Einstimmigkeit bringen wollte.

Ich bin, wie ich hier betone, nicht unbedingt der Überzeugung, daß in einem Lande von der relativen Kleinheit Bayerns die Selbstverwaltung durch die großen Interessenverbände nicht möglich oder nicht wünschenswert wäre. Ich glaube, daß diese ohne sehr große Schwierigkeiten durchzuführen ist, wobei ich mich der Meinung enthalte, ob das nun das unbedingt bessere ist. Ich möchte nur feststellen, daß, wenn große Teile unserer Partei diese Form des Aufbaues der Selbstverwaltung für richtiger halten - und es ist wohl nicht so, daß das nur die Bauern sind -, es dann vielleicht zumindest taktisch nicht mehr zweckmäßig ist, die andere Form mit aller Gewalt durchdrücken zu wollen und an dieser Aufgabe eventuell zu scheitern oder Bruchstellen auftreten zu lassen.
Darum habe ich im Laufe dieser Verhandlung immer wieder vorgeschlagen, doch den dann beschlossenen Wirtschaftsrat vielleicht wegzulassen und uns auf den Senat und die Interessenverbände als die nachfolgenden Formen der Selbstverwaltung zu beschränken.
Ich habe dabei nicht nur einen negativen Grund. Ich möchte nicht als Konjunkturpolitiker vor Ihnen stehen, der eine Entscheidung deswegen trifft, weil eine große Zahl von Parteifreunden dieser Ansicht ist, und der damit der Mehrheit nachläuft. Ich habe auch ganz schwerwiegende positive Gründe für diese meine Einstellung. Wenn wir in einem Lande von dem relativ geringen Umfang und der relativ geringen Einwohnerzahl Bayerns anfangen, die Wirtschaft regional aufgrund der Regierungsbezirke aufzubauen, dann einen Wirtschaftsapparat herauszukristallisieren und schließlich - was als einziges übrig geblieben ist - noch einen Wirtschaftsrat zu nehmen, so möchte ich Ihnen sagen, daß ich vor dem Wasserkopf in den Verbänden zumindest diesselbe fanatische Angst habe wie vor der Staatsbürokratie.
Dann noch etwas anderes. Wenn wir im Landesausschuß schon erhebliche Spannungen erleben, wenn wir diese Spannungen in der Fraktion erleben, wenn wir sie infolgedessen im kommenden Landtag und auch im Senat erleben werden, dann habe ich erheblichste Bedenken dagegen, nun noch eine dritte Körperschaft zu schaffen, in der diese Tanzarena an dritter Stelle von vorne beginnt.
Ich halte, wie ich Dr. *Semler* und dem Ausschuß gegenüber immer wieder betont habe, diese Frage nicht für so entscheidend wichtig, daß ich sie zu einem grundsätzlichen negativen Votum in der CSU hätte machen müssen. Wenn wir über die Frage der Selbstverwaltung der Wirtschaft im Prinzip einig sind, wenn die Planwirtschaft nicht nur von den Amerikanern verboten, sondern von uns selbst nicht gewünscht wird, wenn die Staatsbürokratie ausgeschaltet bleiben soll, dann wird es nicht mehr von entscheidender Bedeutung sein, welche Form dieser wirtschaftlichen Selbstverwaltung wir nun mit aller Gewalt durchdrücken wollen.
Nun möchte ich allerdings sagen, daß ich persönlich bedauere, daß Herr Dr. *Semler* den Mut und die Konsequenzen aufgebracht hat, in einer Frage, die mir, wie ich Ihnen schon auseinandergesetzt habe, nicht so bedeutend erscheint, einen so schweren Gang zu tun und eine Niederlage einzustecken, von der er von vornherein wußte oder ahnte, daß sie ihm bereitet werden würde. Ich hätte nicht einen Augenblick gezögert, für die Frage der Selbstverwaltung so schwere Konsequenzen auf mich zu nehmen. Ich hätte die Frage der Selbstverwaltung wahrscheinlich bis zum Austritt aus der Partei getrieben, wenn es notwendig wäre. Aber die Frage der Form der Selbstverwaltung zu einer solchen Prinzipienfrage aufzuschwemmen, hätte ich beinahe gesagt, halte ich nicht mehr für praktisch, wenn ich auch volles Verständnis dafür habe, daß gewisse

Bedenken dagegen bestehen und daß ein Mann, der diese Bedenken für sehr groß hält, persönlich diesen schweren Gang geht.
Wenn ich diese Frage in dieser historischen Breite noch einmal aufgerollt habe, dann deswegen, weil wir in der Frage dieses Abschnittes Wirtschaft zu einem greifbaren Ergebnis kommen müssen. Wir können es uns nicht leisten, hier noch irgendwelche weiteren Kraftproben auf uns zu nehmen, sondern wir werden in der Praxis zweifellos mit der Überzeugung der Mehrheit zu rechnen haben. Ich glaube, nicht zu irren, wenn ich erkläre, daß die Mehrheit der Fraktion und zumindest ihr aktivster und geschlossenster Teil die Selbstverwaltung sich aus den Verbänden und darüber aus dem Senat vorstellt und ich halte es nicht für praktisch, diese Frage ohne weiteres damit gleichzusetzen, daß man sagt: Das wird eine Regierung der Interessentenhaufen.
Meine Herren! Die Verbände haben in jeder Form wirtschaftlicher Selbstverwaltung, die sie aufbauen, ob regional mit besonderen Körperschaften oder für ganz Bayern vorgenommen, immer in irgendeiner Form das entscheidende Wort zu sprechen, schon darum, weil sie fest organisiert sind. Dieser Situation gegenüber halte ich auf der einen Seite die einfachste und unkomplizierteste Form für die wesentlichste, die, die uns nicht einen Haufen neuer Gremien beschert, in denen wir weiter streiten und weiter Spannungen austragen müssen. Auf der anderen Seite halte ich diese rein praktisch-taktische Frage nicht für schwerwiegend genug, um daraus Prinzipienfragen zu machen, die die Partei als solche in ihrem innersten Gefüge treffen könnten.
Ich halte es auf der anderen Seite für falsch, daß man diese Fragen nicht vorher fraktionell besprochen hat. Entgegen meiner früheren Annahme kann ich nach den Äußerungen von Dr. *Hundhammer* annehmen, daß dahinter keinerlei Absicht gestanden hat. Ich will das wenigstens so annehmen. Wenn das so ist, meine Herren, dann glaube ich, daß wir nicht Kuhhandel in der eigenen Fraktion machen sollen, sondern daß wir sagen sollten: Schön, wenn die Mehrheit der Fraktion sich die Selbstverwaltung in dieser Form vorstellt, dann wollen wir, trotzdem auch gegen diese Form erhebliche Bedenken möglich sind, mit dieser Form uns einverstanden erklären. Aber wir wünschen von Euch jetzt, daß Ihr dafür in der Frage des § 117 Euch damit einverstanden erklärt, daß man in der Frage der möglichen Überführung ins Gemeineigentum überhaupt ganz allgemein und grundsätzlich sich darauf einstellt, daß die Überführung ins Gemeineigentum dort stattfindet, wo sie dem Gemeinwohl dienlich und notwendig ist, ohne sich auf einen propagandistischen Katalog einzulassen. Denn um nichts weiter als um einen Propagandakatalog kann es sich handeln, wenn drei oder vier Wirtschaftszweige aufgezählt werden, während andere nicht aufgezählt werden, die bei reiflicher Überlegung und genauerem Nachsehen mindestens ebenso notwendig hineingehörten.
Ich möchte hier noch ganz Grundsätzliches über den Sozialismus sagen. Jeder von uns weiß, daß Sozialismus in der Luft liegt, daß es zu allen Zeiten und unter allen wirtschaftlichen Krisen immer einmal Utopisten gegeben hat, die wirtschaftlich genau sagten: So muß die Welt aussehen, dann ist sie in Ordnung. Stellen Sie sich nun die Vollsozialisierung vor! Die Entwicklung geht auch dann weiter. Welches Hochbild wird dann eine kommende Generation zum Ersatz des Sozialismus oder des Marxismus aufstellen?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich mache darauf aufmerksam, daß wir 16.15 Uhr haben. Ich bitte die Redner, sich von jetzt an möglichst kurz zu fassen, damit wir unsere Themen bewältigen können.

Zum Wort haben sich gemeldet *Kübler* und *Hundhammer*. Wenn Du einverstanden bist (zu *Kübler* gewendet), gebe ich Dr. *Hundhammer* zuerst das Wort.
Dr. *Hundhammer*: Ich habe aus den Ausführungen des Herrn Vorredners entnommen, daß irgendwie die Meinung verbreitet war, die Diskussion über den Wirtschaftsteil sei in der Fraktion irgendwie absichtlich vermieden worden. Ich möchte gern von Kollegen *Semler* sofort durch Zuruf wissen, ob er selber diese Auffassung hat.

(Zuruf Dr. *Semler*: Ja!)

Ich möchte dazu die Erklärung abgeben, daß eine Absicht in dieser Beziehung nie, auch nicht im entferntesten bestanden hat, wenigstens bei mir nicht. Ich habe mich bemüht, in der Fraktion diesen Wirtschaftsteil durchberaten zu lassen. Er war zweimal auf der Tagesordnung gestanden. Einmal konnte Dr. *Semler* nicht erscheinen, das zweite Mal wurden andere Fragen leidenschaftlich erörtert, so daß es nicht zu der Diskussion über diese Wirtschaftsfrage kam. Ich habe mich bemüht und es für selbstverständlich gehalten, daß über den Wirtschaftsteil vor der Gesamtheit der Fraktionskollegen verhandelt wird. Deswegen habe ich mich auch für den Vorschlag eingesetzt, die Vollversammlung des Hauses hinauszuschieben, um der Fraktion vorher noch Gelegenheit zu geben, sich über diesen Punkt zu unterhalten.
Ich bedauere es, daß es mir nicht möglich ist, an den Beratungen weiter teilzunehmen. Ich habe eine Versammlung für auswärts übernommen, und zwar außerhalb Oberbayerns, die ich nicht einfach im Stiche lassen kann. Ich wußte nicht - die Einladungskarte hat mich sehr spät erreicht -, daß dieses Gremium hier einberufen wird, in dem meine Anwesenheit notwendig wäre.
Ich möchte deshalb jetzt, bevor ich weggehe - es werden noch Fraktionskollegen hier bei den Beratungen sein -, zu der Frage, die vorhin angeschnitten wurde, abschließend eine Erklärung abgeben:
Es steht Ihnen hier selbstverständlich das Recht zu, auch über die Frage des eventuellen Fraktionszwanges sich auszusprechen. Ich muß Ihnen aber sagen, daß die Entscheidung darüber, ob Fraktionszwang oder nicht, selbstverständlich nur die Fraktion selbst fällen kann. Die Fraktion wird von Ihrer Meinung zu den Problemen vielleicht Kenntnis nehmen, aber Sie können nicht darüber abstimmen, ob die Fraktion zu einem Punkt Fraktionszwang durchführen wird, oder nicht. Denn die Lage - darauf muß ich auch verweisen - ist folgende:
Die Partei ist das Instrument, aus dem heraus die Abgeordneten gewählt werden. Der Abgeordnete als solcher ist aber dem Volk verantwortlich. Er unterliegt in solchen Dingen nicht etwa grundsätzlich einer Marschroute, die ihm zwingend von irgendeinem Gremium außerhalb des Volkes vorgeschrieben werden könnte.
Haußleiter: Zur Geschäftsordnung!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist Herr Dr. *Hundhammer* der Meinung, wenn ich an das letztere anknüpfen darf, daß damit auch die Fraktion nicht die Möglichkeit hat, einen Fraktionszwang auszusprechen?
Dr. *Hundhammer*: Nein!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nach dem, was hier vorgetragen wurde, dürfte auch diese Meinung des Herrn Dr. *Hundhammer* interessieren.
Dr. *Hundhammer*: Die Fraktion hat als solche nach alter parlamentarischer Sitte die Möglichkeit, bei bestimmten Fragen festzulegen, daß die Fraktionsmitglieder zu einem bestimmten Problem geschlossen abstimmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich dazu die Meinung der betreffenden Abteilung der Militärregierung vortragen lassen.

(Unruhe. Dr. *Hundhammer* verläßt den Saal.)

Ich muß sachlich vorgehen und infolgedessen zuerst die Meinung der Militärregierung vortragen lassen. Dann nehmen wir Stellung dazu.
Haunhorst: Die politische Abteilung der Militärregierung hat sich bezüglich des Fraktionszwanges auf folgenden Standpunkt gestellt:
Ein Fraktionszwang kommt grundsätzlich nicht in Frage.

(Zuruf: Dr. *Hundhammer* ist gegangen und hört nicht zu.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte weiterzufahren.
Haunhorst: Die gewählten Vertreter sind nur ihren Wählern verantwortlich. Die Fraktion als Fraktion hingegen ist der Partei verantwortlich. Denn sie bedeutet den Zusammenschluß der Abgeordneten, die von der Partei im Parlament aufgestellt worden sind.
Im großen und ganzen kommt die ganze Sache darauf hinaus, daß die Parteileitung sich in dem Fall, daß ein Abgeordneter gegen die Linie der Partei abstimmt, entschließen kann, den betreffenden Abgeordneten das nächste Mal nicht auf die Wahlliste zu setzen. Das ist die einzige Möglichkeit eines Druckes, der seitens der Partei auf einen Abgeordneten ausgeübt werden kann.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu meinerseits noch mitteilen: Ich habe mich auch eingehend mit den zuständigen Herren der Politischen Abteilung der Militärregierung über dieses Problem unterhalten und sie gebeten, mir zu sagen wie es bei ihnen gehandhabt wird und wie es wohl auch für uns zweckmäßig und notwendig sein würde vorzugehen. Genau dieselbe Meinung wurde über diesen Punkt vertreten. Danach ist die Fraktion ein Teil der Partei. Die Fraktion ihrerseits kann einen Zwang nicht aussprechen. Der einzelne Abgeordnete ist nicht gehalten, einem eventuellen Zwang Folge zu leisten. Er ist frei gewählt und entscheidet nach seinem Gewissen. Die Partei als solche kann allerdings eine einheitliche Abstimmung vorsehen und gegebenenfalls anordnen. Sie muß es dann dem einzelnen Abgeordneten überlassen, dem Folge zu leisten. Leistet er nicht Folge, so kann er die Konsequenzen ziehen oder die Partei kann ihm gegenüber die Konsequenzen ziehen. Es muß dem Abgeordneten dann aber die Möglichkeit gegeben werden, das eventuell in einem Schiedsgerichtsverfahren endgültig zu entscheiden.
So ungefähr ist die Haltung. Ich habe sie dem Sinn nach nahezu vollkommen richtig wiedergegeben und dem Wortlaut nach ungefähr wortgetreu. So ist ungefähr die Haltung der Militärregierung.
Meine lieben Freunde! Damit ist auch für unsere Debatte hier ungefähr eine Marschroute gegeben.
Es war erst ein Referat vorgesehen. Ich verzichte darauf. Mit Ihrem Einverständnis darf ich Ihnen kurz mit einigen Strichen die Situation sagen.
Es ist von allem Anfang nicht gerade das allerbeste Einvernehmen zwischen der Fraktion und der Parteileitung dagewesen. Das sage ich ganz ehrlich. Ich bin immer für offene Sprache. Das ist wohl zum Teil darauf zurückzuführen, daß bereits am ersten Morgen, an dem die Fraktion zusammentrat, außerhalb der Fraktion Besprechungen im Bauernverband stattgefunden haben und daß dann ein großer Teil der Abgeordneten, etwa 40, mit einer festen Marschroute bei den Wahlen in die Fraktion gekommen sind. Ich habe davon abgesehen, vorher irgendwelche Abgeordnete zusammenzuru-

fen, weil ich sie auch bezüglich der Wahlen nicht beeinflussen wollte. Ich habe es infolgedessen bedauert, daß ein Verband, der eigentlich nicht politisch sein will und nicht politisch ist, die Möglichkeit geschaffen hat, auf diese Weise kumulativ auf die Fraktion gestaltend einzuwirken. Sie müssen sich darüber klar sein, daß sich auf diese Weise nicht gerade das angenehmste Bild für die Union ergeben hat. Ich sage nichts zu den einzelnen Personen. Es ist das ein vorübergehender Vorgang. Aber keinesfalls darf es in der Zukunft nochmals vorkommen, daß man annehmen muß, daß es in der Union nur einen Flügel gibt. Ich habe es an und für sich bedauert, auch das sage ich offen heraus, daß die Fraktion so zusammengesetzt ist, daß sie nicht das Bild der Union widerspiegelt.

(Sehr richtig!)

Ein Altersdurchschnitt von etwa 55 Jahren ist zu hoch.

(Sehr richtig!)

Gott sei Dank haben wir in der Union genügend junge Kräfte, und ich hoffe, daß sich die jungen Kräfte durchsetzen werden. Es entspricht ferner nicht dem Bild der Gesamtunion, wenn die Arbeiterschaft durch neun Vertreter in der Fraktion vertreten ist. Gott sei Dank wählen im Prozentsatz bestimmt erheblich mehr Arbeiter die Union, als dieser Prozentsatz es andeutet. Infolgedessen bitte ich Sie, gerade als Bezirksvorsitzende darauf zu achten, daß in Zukunft wirklich dem Rechnung getragen wird, daß ein gutes Bild der Union auch durch die Fraktion wiedergegeben wird. Ich werde auch in Zukunft mit allen Mitteln dafür sorgen, daß auch das Gewerbe entsprechend zur Geltung kommt.

Ich habe vorhin nicht in die Debatten Dr. *Semler* usw. eingegriffen. Meine lieben Freunde, ich gehe davon aus, daß unsere Wirtschaft und unsere soziale Struktur auf vier Pfeilern gebaut ist: Gewerkschaften, Gewerbe, Bauernschaft, Unternehmertum. Gerade wir müssen Wert darauf legen, daß das Gewerbe richtig vertreten ist; nicht deswegen nur, weil uns diese Leute zumeist wählen, sondern auch deswegen, weil die Gewerkschaften, ich möchte sagen naturnotwendig, irgendwie einen gewissen kollektivistischen Zug in sich haben müssen. Den hat jede Gewerkschaft. Sie brauchen sich nur an Worte der Vergangenheit zu erinnern. Dieser kollektivistische Zug muß ausbalanciert werden, in diesem Fall durch einen anderen Pfeiler, der daneben steht, eine Gruppierung, die ungefähr der Gewerkschaft gleicht. Das ist das Gewerbe, der kleine Mann, der zumeist doch aus der Arbeiterschaft herauswächst, zunächst als qualifizierter Arbeiter dasteht und nachher Handwerker ist. Er hat die Tendenz des Arbeiters an sich, und gleichzeitig hat er das Empfinden der Eigenpersönlichkeit. Sein Vorhandensein ist infolgedessen für eine gesunde soziale Struktur der Gesellschaftsordnung unbedingt notwendig. Bauernschaft und Unternehmertum verstehen sich. Darüber brauche ich kein Wort zu verlieren. Gerade deswegen möchte ich bitten, daß Sie in Zukunft bei der Wahl der Kandidaten auch von diesen Gruppierungen ausgehen.

Damit darf ich dieses Thema beenden und zu der Frage des Staatspräsidenten übergehen, mit der vor allem die Frage der Abstimmungsfreiheit der Abgeordneten zusammenhängt. Bitte unterhalten wir uns nicht lange darüber, ob ein Staatspräsident notwendig ist oder nicht. Das soll in der Fraktion entschieden werden. Wir können unsere Meinung äußern, wenn wir wollen. Aber in der Fraktion sind die einzelnen Persönlichkeiten, die vom Volk gewählt sind und die die letzte Entscheidung haben. Wir haben hier nur eine Entscheidung zu treffen, die notwendig ist, damit die Union

keinen Schaden leidet. Es ist jetzt in Ihre Hand gelegt, dafür zu sorgen, daß die Union durch die Frage des Staatspräsidenten keinen Schaden leidet. Denn die Debatten wurden in der Fraktion zum Teil mit großer Leidenschaftlichkeit geführt. Es haben sich verschiedene Abstimmungen abgespielt, die nicht gerade sehr angenehm waren. Es waren so viele Debatten über diese Fragen, daß man sagen konnte, die Frage stand weitaus im Vordergrund des Interesses, viel stärker als zum Beispiel die Frage der Wirtschaftsstruktur und die Frage, inwieweit die Verfassung die Wirtschaftsstruktur berücksichtigen soll,

(Hört, hört!)

obwohl gerade diese Fragen von entscheidender Bedeutung für das Weiterleben der Union sein können.

Es hat sich dabei auch folgendes Bild ergeben, das ich unbedingt beschreiben muß. Es handelt sich nicht allein um die Frage, ob ein Staatspräsident aus staatsrechtlichen oder staatspolitischen oder verfassungspolitischen Gründen notwendig oder zweckmäßig erscheint. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich selbst habe dem Staatspräsidenten fast genausoviel plus wie minus gegeben und ich habe diesen Standpunkt auch vor dem Landesausschuß vertreten, als ich damals unmittelbar nach der Wahl erklärt hatte, daß in dieser Hinsicht die Abstimmung freigegeben werden sollte. Damals bin ich aus meiner eigenen Haltung so vorgegangen, weil ich mir gesagt habe: Mit mir wird wahrscheinlich der Großteil der Union das nicht als essentielle Frage der Union beurteilen.

(Sehr richtig!)

Deswegen wollte ich in diesem Punkt die Union nicht festgelegt wissen. Ich habe nur klare Erklärungen zur Frage der zweiten Kammer ausgegeben. Denn das habe ich für eine Notwendigkeit gehalten und das war auch der allgemeine Wille aller Parteifreunde im ganzen Land. Dagegen konnte man in der Frage des Staatspräsidenten damals schon klar erkennen, daß in Altbayern und in Franken ganz verschiedenartige Auffassungen vorhanden waren.

Es hat sich dann auch bei den Debatten und auch bei der Haltung der Sozialdemokraten gezeigt, daß alle möglichen Erwägungen eine Rolle gespielt haben, zum Schluß rein staatspolitische und, es sei offen gesagt, rein parteitaktische Erwägungen, parteitaktische Erwägungen vor allem hereingetragen von der Sozialdemokratie. Da habe ich dann eine klare Haltung bezogen. Denn ich darf nie und nimmer zulassen, daß die Union in Nachteil gerät, wenn einzelne Leute ein Problem zu leidenschaftlich beurteilen und es zum Hauptinhalt der Arbeit machen. Man konnte klar erkennen, daß im fränkischen Bereich die Meinungen aufeinanderprallen. Gerade Ministerpräsident *Hoegner* hat bei einer Aussprache, als er erklärt hatte, daß der Staatspräsident von der Sozialdemokratie abgelehnt würde, und als er langsam zu erkennen gegeben hat, daß er abweichen würde, selbst erklärt, daß die Sozialdemokraten in Franken mehr deutsch denken.

Meine lieben Freunde! Ich sah sofort eine Gefahr darin, daß die Sozialdemokratie, wenn wir nicht besonders klug vorgehen, diese Frage des Staatspräsidenten gerade in Franken zum Hauptpropagandapunkt gegen uns machen wird.

(Zuruf: Ist schon angelaufen!)

Es ist ganz klar, daß der Kampf bei den nächsten Wahlen am stärksten in Franken toben wird. Das dürfen die Freunde aus dem altbayerischen Bereich nicht verkennen.

Die Haltung der Sozialdemokratie ist auch taktisch sehr geschickt gewesen. Zunächst hat sie abgelehnt. Ministerpräsident *Hoegner* hat da und dort eine andere Meinung anklingen lassen. Aber die Sozialdemokratie hat sich auch dabei nie gefunden, sondern sie hat immer taktiert. Sie wollte der Union dieses Thema zur Entscheidung zuschieben. Es ging so weit, daß von einzelnen Leuten der Ausdruck geprägt wurde, der von der Sozialdemokratie herkam, die Sozialdemokratie würde sich ganz gern vergewaltigen lassen.
Ich möchte nicht annehmen, daß es sich dabei um die ganze Sozialdemokratie gehandelt hat, sondern nur um einen gewissen Teil. Denn die Sozialdemokraten haben im Augenblick ungefähr drei Richtungen. Wir müssen das hier auch kurz streifen.

(Zuruf: Viel mehr!)

Hier in Altbayern die *Hoegner*-Richtung, um es klar zu sagen - ich bitte die Freunde aus Altbayern es nicht übel zu nehmen, wenn ich sage -, die stark bajuwaristisch auftretende Richtung. Ich gebrauche ausdrücklich in diesem Fall ein Schlagwort.
In Franken sind vor allem zwei Richtungen vertreten, die *Schumacher*-Richtung, der die Sozialdemokratie in der Hauptsache ihren Wahlerfolg verdankt hat,

(Zuruf: Jawohl!)

und in dem Grenzbereich Coburg-Hof eine Richtung, die schon hart an die SED herangeht. Denn dort arbeiten vielfach die sogenannten Linksblöcke in dieser Richtung.
Wenn wir hier nicht vorsichtig taktieren, wenn wir nicht vorsichtig weiterarbeiten, geraten wir dort bestimmt ins Gleiten und werden Mißerfolg auf Mißerfolg haben, um so mehr, als die Sozialdemokratie dort gerade mit dem deutschen Bekenntnis, das dann dem bayerischen Bekenntnis entgegengestellt wird, versuchen wird, die Jugend und die Flüchtlinge zu erfassen. Denn die Sozialdemokratie will vor allem jetzt die Flüchtlinge erfassen. Sie will sich als Partei der Flüchtlinge hinstellen. Das kann allerdings auch zwangsläufig zu gewissen Entwicklungen und Umbildungen in der Sozialdemokratie führen. Das mag ihre Sorge sein. Wir dürfen jetzt nur nicht etwa auf einen Teil reagieren und dem anderen Teil die Möglichkeit der ganzen Propaganda uns gegenüber geben. Das würde geschehen, wenn die Sozialdemokratie durch die Majorität der Union vergewaltigt würde. Denn das würde dann die Propaganda für die ganze Sozialdemokratie bilden.
Leider Gottes wurde auf unserer Seite, wie heute schon angedeutet wurde, sehr viel taktiert

(Zuruf: Paktiert!)

und paktiert, wie mit Recht dazwischengerufen wird, so daß man annehmen muß, manche Leute sind besonders stark an einem besonders engen Verhältnis zur Sozialdemokratie interessiert, wenigstens für ihren Teil. Meine lieben Freunde! Ich habe immer wieder erklärt, wir sind zur Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie bereit, wir wollen die Zusammenarbeit. Aber ich halte es für reichlich überflüssig, wenn allzu viele Leute das unsererseits immer wieder betonen. Sie werden von der Sozialdemokratie bisher noch nie so viele Reden in dem gleichen Sinn gehört haben.

(Sehr richtig!)

Wenn ich eine Erklärung abgebe als Parteivorsitzender, so ist das mein gutes Recht und ist auch im Rahmen der Entwicklung der Staatspolitik da und dort eine Notwen-

digkeit. Aber ich habe immer wieder zugesetzt, wir hoffen aber, daß eine künftige Zusammenarbeit nicht vorbelastet wird, vorbelastet wird vor allem durch die einseitige Personalpolitik der Sozialdemokraten.

(Sehr richtig!)

Meine lieben Freunde! Mir gehen die Klagen aus dem ganzen Lande zu. Sie werden mir zugeben, ich reise doch dauernd durch das ganze Land und ich glaube, einen Überblick zu haben. Es ist verheerend, wie es draußen zugeht.

(Sehr richtig!)

Da sehe ich eine übermäßige Betonung des Paktierens als eine Anbietung an, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen. Wenn man jede Entscheidung zum Schluß in der Fraktion davon abhängig macht, was die Sozialdemokraten oder was der oder jener Sozialdemokrat gesagt hat, dann sage ich nur: Wozu hat uns das Volk das Vertrauen gegeben?

(Sehr richtig! Starker Beifall!)

Auch die Frage des Staatspräsidenten hat stark hereingespielt. Herr Professor *Nawiasky*, der von Herrn *Hoegner* aus der Schweiz eingeladen und herangeholt wurde

(Zuruf *Haußleiter*: Der Agent *Hoegners*!)

und der bei uns in jeder Fraktionssitzung sitzt, in der diese Fragen debattiert werden, hat mir selbst die Frage vorgelegt, was ich dazu meinen würde, wenn man *Hoegner* zum Staatspräsidenten machen würde.

(Zuruf *Haußleiter*: Hört, hört! Das ist der Agent *Hoegners*, der an den Fraktionssitzungen teilnimmt! Weiterer Zuruf: Darum ist *Hoegner* für den Staatspräsidenten!)

Dazu kommt, daß in der letzten Zeit immer wieder darauf hingewiesen wird, daß bestimmte Abmachungen vorliegen würden, die *Hoegner* die Staatspräsidentschaft garantieren würden. Ich wurde erst vor einigen Tagen von einem namhaften Vertreter darauf angesprochen, daß sogar die Wiederwahl garantiert werde, damit man auf diese Weise die Zustimmung bekommen würde.
Da, meine lieben Freunde, habe ich mich dann klar entschieden. Unsere Wähler draußen würden uns den Rücken verschlagen, wenn wir die Personalpolitik der Sozialdemokraten verewigen würden.

(Sehr richtig!)

Da hört dann bald die rein sachliche Erwägung auf, gestützt auf rein verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Fragen. Hier muß die politische Linie herausgearbeitet werden. Eine Kompromißlerei hin und her hört sich von selbst in dem Augenblick auf, in dem man den Eindruck hat, daß eine bestimmte Politik auf Kosten der Majorität eingeschlagen werden soll.
Ich habe selbst bisher immer klar zum Ausdruck gebracht, daß ich auch da zur Zusammenarbeit bereit war. Aber es hat sich in der letzten Zeit gezeigt, daß die anfänglichen zwischenparteilichen Besprechungen, später wurden es zwischenfraktionelle Besprechungen, großenteils so geführt wurden, daß ich von nichts gewußt habe.
Ich darf hier klar und eindeutig feststellen: Sollte von irgend jemand aus der Partei, auch aus der Fraktion, eine Zusicherung dafür gegeben [worden] sein, daß ein be-

stimmter Mann als Staatspräsident gewählt wird, gleichgültig wer es auch sei, dann werde ich als Landesvorsitzender das nicht anerkennen.

(Sehr richtig!)

Denn hier kann kein Abgeordneter, kann kein Fraktionsvorsitzender entscheiden. Ich will nicht sagen, daß es *Hundhammer* getan hat. Ich habe keinen Anhaltspunkt dafür und vermute es auch nicht. Ich sage es nur, um den Vergleich zu gebrauchen. Hier kann nur von mir verantwortlich gehandelt werden. Denn ich trage der Landesversammlung gegenüber die Verantwortung, und nur mich können Sie abberufen - während Sie die anderen nicht abberufen können -, dann, wenn ich eine Zusage machen würde, die Sie nicht billigen würden. Das ist auch eine gesunde demokratische Auffassung.

(Sehr richtig!)

Ich habe, das wiederhole ich noch einmal, niemandem eine Zusicherung gegeben, und ich werde niemandem eine Zusicherung geben. Sollte ein Staatspräsident kommen, dann hat die künftige Fraktion zu entscheiden, und sie wird nicht entscheiden, ohne den Landesausschuß oder eventuell die Landesversammlung zu hören. Denn für so wichtige Fragen werde ich eine Landesversammlung einberufen, die dann die Linien der Regierungspolitik aufzuweisen hat.

(Zuruf: Unbedingt, jawohl!)

Ich werde nie zulassen, daß der Ehrgeiz über die Union siegt.

(Zahlreiche Zurufe: Sehr richtig, sehr gut, Kuhhandel!)

Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich so offen und ich möchte sagen mit deutlicher Schärfe gesprochen habe. Denn ich habe manchmal den Eindruck gehabt, daß für die Union keine größere Gefahr besteht als die Gefahr, die durch den persönlichen Ehrgeiz geboren ist.

(Sehr richtig!)

Wir werden in den künftigen Wahlen vielleicht manchmal dafür zu zahlen haben, daß der eine oder andere doch grundsätzliche Erwägungen hätte anstellen müssen in der einen oder anderen Frage, die nicht nur für ihn, sondern für die Union und für unser Volk bedeutsam war. Ich will hier noch nicht deutlicher werden, aber es wird bald die Zeit sein, wo ich in dem einen oder anderen Punkt sehr deutlich werden muß. Es eilt anscheinend dem einen oder anderen, irgendwo herausgestellt zu werden. Keiner kann sich selbst herausstellen. Im entscheidenden Moment wird die Union, vertreten durch die Landesversammlung, vertreten durch den Landesausschuß, die geeigneten Persönlichkeiten herausstellen, die dann die tüchtigsten und fähigsten und charaktervollsten Männer der Union sein müssen.

(Lebhafter Beifall!)

Damit darf ich die grundsätzliche Erklärung abschließen.
Das Wort hat Dr. *Semler* zu einer persönlichen Erklärung.
Dr. *Semler*: Meine Damen und Herren! Ich muß heute abend wieder zurückfahren als Sachverständiger in dem Prozeß gegen den früheren Landrat Dr. *Breuer*. Darum muß ich jetzt bitten, mich verabschieden zu dürfen. Ich möchte nur persönlich eines sagen: Ich habe über das Vorgehen der Fraktion in dieser Frage meine eigene persönliche

Meinung. Ich werde in der Fraktion meine Pflicht tun. Ich werde stimmen, wie die Fraktion es beschließt. Wenn die Fraktion Fraktionszwang beschließt, so werde ich selbstverständlich stimmen, wie es meine Pflicht ist.
Die Niederlegung meines Mandates, Herr Dr. *von Eicken*, fällt mir nicht schwer. Das müssen sie schon mir überlassen. Ich habe keinen politischen Ehrgeiz, sondern ein großes politisches Interesse. Das hat mich bisher geführt. Im übrigen schäme ich mich nicht, daß ich eine gewisse politische Niederlage erlitten habe. Das war mir von der ersten Sekunde an klar, daß ich unterliegen würde, in der ersten Stunde, in der diese Fraktion zusammentrat. Darüber schäme ich mich nicht. Ich habe den Kampf geführt, weil ich ein freier, unabhängiger Mann bin. Wenn ich jetzt unterlegen bin, werde ich meine Konsequenzen in der Fraktion daraus ziehen. In der Versammlung werde ich so stimmen, wie die Fraktion es beschließt. Aber im übrigen bitte ich, mir die Freiheit zu lassen, die Entschlüsse zu fassen, die ich für notwendig halte. Und wenn die Partei auf dem Standpunkt steht, daß der Vorschlag über die Verbände der richtige ist, so beuge ich mich ihm. Ich werde dann mitarbeiten. Aber sie müssen nicht verlangen, daß ich die wirtschaftspolitische Führung in dem Ausschuß weiter in der Hand habe. Mein Vertreter ist Dr. *Horlacher*. Er wird meinen Platz besser ausfüllen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Einen Augenblick noch! Ich habe vorhin gesagt, ich habe den Rücktritt *Semlers* nicht angenommen. Ich bitte Sie in Kürze um Stellungnahme zu der Frage, ob *Semler* den Wirtschaftspolitischen Ausschuß weiter führen soll oder nicht.

(Zuruf: Sofort abstimmen!)

Darf ich über folgenden Antrag abstimmen:

> Der Landesausschuß bestellt von neuem Dr. *Semler* zum Vorsitzenden des Wirtschaftspolitischen Ausschusses.

Wer enthält sich?
Warmuth: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte vielleicht so zu formulieren, daß der Landesausschuß Herrn Dr. *Semler* bittet, weiterhin den Vorsitz zu übernehmen oder beizubehalten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ein Bitten meinerseits oder unsererseits ist nicht möglich.
Warmuth: Es handelt sich in diesem Falle nicht um bitten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, das geht nicht, entschuldige, es ist sehr gut gemeint, sicher. Aber auf der anderen Seite ist es so, daß Sie als Landesausschuß eine gewisse Haltung haben, Sie wählen, Sie bestellen.
Warmuth: Wenn Sie bestellen, dann kann Dr. *Semler* die Bestellung, die eine Wahl ist, annehmen oder ablehnen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich über den Antrag abstimmen lassen?
Dr. *Arnold*: Er kann doch nur von seinem Ausschuß gewählt werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir haben damals bestellt. Er ist noch nicht endgültig. Ich glaube, es kann noch keine endgültige Wahl vorgenommen werden. Ich war damals anwesend, als die ersten Wahlen waren. Er war vorläufig bestellt wie fast alle Vorsitzenden bisher vorläufig vom Landesausschuß bestellt sind. Ich wollte erst warten, bis die einzelnen Gremien sich erweitert und ihren endgültigen Bestand haben.
Geiselberger: Ich würde den Antrag so formulieren:

> Der Landesausschuß spricht Herrn Dr. *Semler* für seine Tätigkeit als Vorsitzender des volkswirtschaftlichen Ausschusses sein Vertrauen aus und ersucht ihn, das Amt weiterzuführen.

Denn wir als Landesausschuß haben nicht die Bestellung des Vorsitzenden, die ist Sache des volkswirtschaftlichen Ausschusses.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das kommt erst; bisher sind alle Vorsitzenden vorläufig ernannt. Dann stimmen wir ab über den Antrag in der Form, wie ihn Parteifreund *Geiselberger* gestellt hat.
Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Einstimmig angenommen.
Dann treten wir in die Debatte ein. Das Wort hat Parteifreund *Kübler*.
Kübler: Meine Damen und Herren! Ich werde Sie nicht lange in Anspruch nehmen. Aber ich halte es für notwendig, nachdem ich Mitglied der Fraktion bin, hier ein paar Worte der Aufklärung zu sprechen, damit nicht in diesem Gremium falsche Meinungen entstehen. Wenn hier der Antrag zur Rehabilitierung oder eine Vertrauenskundgebung für unseren Herrn Dr. *Semler* eingebracht worden ist, hätte ich es für selbstverständlich gehalten, zu erklären, daß ich Herrn Dr. *Semler* für seine Arbeit als Leiter des Wirtschaftspolitischen Ausschusses herzlichen Dank sagen will. Denn die Arbeit, die er geleistet hat, ist fruchtbringend und bietet wertvolle Unterlagen für alle die Fragen, die uns im Laufe der Zeit noch bei der Gesetzgebung beschäftigen werden. Aber dessen ungeachtet möchte ich auch hier feststellen, was der Ausschuß ausarbeitet, das kann doch nicht ein Dogma sein, das für die Fraktionsmitglieder bindend ist und das in die Verfassung aufgenommen werden muß. Soweit können die Arbeiten des Ausschusses nicht gehen. Wir haben es selbstverständlich gerne als Material aufgenommen. Wir haben uns darüber besprochen. Vieles aus der Denkschrift Dr. *Semlers* wird benützt, wenn es gilt, die einschlägigen Gesetze, die nunmehr aufgrund der Verfassung gemacht werden müssen, zu beraten. Wir werden diese Arbeit Dr. *Semlers* und des Wirtschaftspolitischen Ausschusses als Grundlage nehmen. Das ist für uns selbstverständlich. Im übrigen ist es ja doch nicht so, daß man über den *Semlerschen* Entwurf des Wirtschaftspolitischen Ausschusses einfach hinweggegangen wäre. Wir haben in der Fraktion einen Zwölfer-Ausschuß aus lauter Wirtschaftlern, Handwerkern usw. gebildet. Da ist der Präsident der oberbayerischen Handwerkskammer [*Karl Schmid*] drin gewesen. Lauter praktische Menschen aus der Wirtschaft haben sich zusammengesetzt und haben diese Grundlage beraten und haben anhand des uns vorliegenden Entwurfes für die Verfassung dann das wertvollste herausgezogen, das war selbstverständlich. Man wird ja die Gesetze oder Verfassung nicht allein, sondern in Zusammenarbeit der ebenfalls vom Volke gewählten Vertreter machen. Da wird hin und her beraten und jeder ist guten Willens. Das werden Sie selbst zugeben. Ich glaube bestimmt, daß auch der Zwölfer-Ausschuß unserer Fraktion sich von der Bestimmung leiten ließ, nur das Beste zu tun, um der Verfassung für unsere Wirtschaft etwas grundlegend Gutes zu schaffen. Meine Herren! Genau so war es doch. Es wurde vorher der Einwand gemacht, für die Landwirtschaft wurden die Vorschläge einstimmig angenommen. Hier waren es nicht die Vorschläge des Bauernverbandes. Auch hier haben wir aus dem Gremium der Fraktion heraus einen Ausschuß gebildet und dieser hat sich zusammengesetzt und alle Fragen der Landwirtschaft beraten, von denen wir wünschen, daß sie in der Verfassung Aufnahme finden. So haben sich die Dinge abgewickelt. Aber es war niemand bösen Willens oder es bestand die Absicht, etwas zu negieren. Es wird ja so würdig erachtet, wie es würdig erachtet zu werden verdient. Es wird uns der *Semlersche* Entwurf sehr dienen müssen, um die rechte Grundlage für die Gesetze zu finden, die aufgrund der Verfassung gemacht werden müssen. Ich würde es von ganzem Herzen als Mittelständler bedauern, wenn Kollege *Semler* nicht mehr mitarbeiten würde. Es würde für uns einen sehr großen Verlust be-

deuten. Es lag bestimmt kein böser Wille vor, daß die Genossenschaften jetzt in den Senat hineingekommen sind. Das können Sie uns als Wirtschaftlern glauben. Das war bestimmt nicht unser Wille und heute, wenn es die Möglichkeit gibt, dazu ablehnend Stellung zu nehmen, werde ich der erste sein, der dazu ein Wort spricht, weil ich es für vollkommen deplaziert halte, daß man in das Gremium des Senates Vertreter der Genossenschaften hineinschickt. Es ist darauf aufmerksam gemacht worden und Herr Dr. *Semler* hat besonders darauf hingewiesen, daß zu wenig Aussprache gepflogen wurde. Ich bedauere auch jetzt hier in dem Schriftsatz, daß sich kein Platz mehr fand, zu dieser wichtigen Frage Stellung zu nehmen. Das ist etwas, was ich sehr bedauere. Ich habe heute von unserer Sitzung schon bedauert, daß sie mit einer Debatte begonnen hat, die eine Stunde in Anspruch genommen hat, ohne wertvolle Arbeit zu leisten. Ich stelle fest, daß ich schon wiederholt schärfstens dagegen aufgetreten bin, daß Sie soviel Blech reden, anstatt an die praktische Arbeit heranzugehen. Wertvolle Aussprachen über die Probleme Wirtschaft, Senat, Presse sind unter den Tisch gefallen, sind versäumt worden. Diese Mahnung möchte ich auch an Ihre Partei richten. Sorgen Sie dafür, daß Sie sofort in die praktische Arbeit eintreten, nicht in alle möglichen persönlichen Bemerkungen und immer zur Geschäftsordnung sprechen! Arbeiten wollen wir!

Meine Damen und Herren! Ein Zwang zur Abstimmung ist bisher überhaupt noch nicht an die Fraktion oder ihre Mitglieder ausgegeben worden. Aber stellen Sie sich vor, welch beschämendes Bild es geben würde, wenn es tatsächlich im Parlament so ausschauen würde, daß ein jeder nach seiner Meinung stimmen würde! Das wäre das beschämendste, was es für die Union überhaupt geben könnte. Da muß eine bestimmte Marschroute mitgegeben werden.

Es ist schon richtig, daß der Staatspräsident über alle Dinge hinweg in den Vordergrund gestellt wurde. Wir haben uns wiederholt darüber unterhalten. Der Staatspräsident war schon fast in der Versenkung verschwunden. Wie er dann wieder ans Tageslicht kam: Ich persönlich habe für den Staatspräsidenten gestimmt und schäme mich nicht. Immer, schon in der Monarchie, habe ich mich mit Politik befaßt. Ich war Republikaner und habe mich gesehnt, eine Zeit erleben zu können, wo das Volk selber die Lenkung seiner Geschicke in die Hand nehmen kann. Ich denke mit Schaudern an die Zeit eines *Kahr*, wo man jeden Republikaner geknechtet hat, der sich als Deutscher zur republikanischen Verfassung bekannte. Aber ich muß schon sagen, in einem Staatspräsidenten, der wirklich auf dem Boden der Verfassung unverrückbar steht, sehe ich den wertvollsten Garanten für die kommende Zeit - und nur unter diesem Gesichtspunkt habe ich für den Staatspräsidenten gestimmt und schäme mich dessen gar nicht.

Ich weiß nicht, wie oft uns in der kurzen Zeit hier immer und immer wieder der Vorwurf gemacht worden ist, daß wir alt sind. Meine Herren, das ist eine Krankheit, der niemand entgehen kann. Man wird alt. Es gibt auch junge Alte. Unsere politische Tätigkeit hat nicht jetzt erst bei der Wahl oder mit der Bildung dieser Verfassunggebenden Landesversammlung begonnen. Sie liegt schon eineinhalb Jahre zurück. Ich hätte die suchen mögen, die damals in die Bresche gesprungen wären, wenn wir Alte nicht gewesen wären. Das letzte Jahr gehört zu den schwierigsten Zeiten. Wir waren bestimmt nicht mehr willens, uns wieder einmal in die Politik zu stürzen. Ich denke da an die Erlebnisse und Ergebnisse der politischen Verhältnisse der Vergangenheit und wenn wir auch nicht persönlich schuldhaft geworden sind, der Grundgedanke ist es wert - und wenn die große Zeit nicht herangekommen und die Not uns nicht so auf

den Fingernägeln gebrannt hätte -, daß wir Alte noch einmal in die Bresche gesprungen sind. Ich gebe Ihnen die Versicherung, ich habe mich nicht hingedrängt. Ich glaube, es werden in unserer Fraktion nicht viele sein, die sich gedrängt haben, wieder in der Politik tätig zu sein. Ich gebe Ihnen die Versicherung, meine grauen Haare werden in Zukunft nicht mehr stören. Ich werde meine paar Jahre auch noch anderweitig verbringen können, als daß ich mich mit Politik herumstreite. Das Erleben hier in der Politik, in der Union, in den Gremien ist nicht sehr erhebend. Immer wieder habe ich gesagt: Wir haben ein Ziel, auf das wir losgehen. Wir haben nur eines versprochen, dem Volk und Vaterland zu dienen. Da können wir doch nicht in dem einen oder anderen einen Feind sehen, wenn wir gegenteiliger Meinung sind. Wir müssen das streng beseitigen. Es wäre nämlich bei gutem Willen schon möglich.
Wenn davon gesprochen wird, daß die Fraktion in jeder Entscheidung von den Sozialdemokraten abhängig ist, so weise ich das für meine Person mit Entschiedenheit zurück. Ich lasse mich nur von dem guten Glauben leiten, mit meiner Abstimmung das Rechte zu wollen. Ob das den Sozialdemokraten oder Kommunisten recht oder nicht recht ist, spielt für mich keine Rolle. Deshalb weise ich es so besonders zurück, daß in der Politik jede Entscheidung von den Sozialdemokraten abhängig ist.
Meine Damen und Herren, die Sie der Fraktion nicht angehören, ich bin überzeugt, daß alle den gleichen guten Willen haben, nämlich das Beste zu tun für Volk und Vaterland. Das wollen wir in den Menschen sehen, und solange ich nicht davon überzeugt bin, daß einer böswillig dagegen verstößt, gebe ich ihm meine Hand und betrachte ihn als ganz gleich wertvollen Mitarbeiter in dem Gremium und der Partei, der wir dienen, daß ich mich nie entschließen kann, solch böse Gedanken zu haben. Ich möchte nicht, meine Damen und Herren, daß Sie mit einer Meinung aus dieser Versammlung scheiden, die nicht den Tatsachen entspricht. Wir haben bestimmt hier in der Fraktion alle guten Willen gezeigt und haben alles getan, um den richtigen Weg zu finden. Ich bin der Überzeugung, daß die Verfassung, die aus dem Gremium der Union zusammen mit den gewählten Vertretern des Volkes auch aus anderen Parteien geboren wird, etwas wird, auf das wir stolz sein dürfen, was ein wertvolles Instrument zum Aufbau unseres Volkes und Vaterlandes sein wird.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf Parteifreund *Kübler* einiges sagen: Wenn er auf das Alter hinweist, es ist sicher nicht gegen den einzelnen gerichtet. *Kübler*, jetzt darf ich Dir aber eines sagen, glaubst Du, daß das letzten Endes die Union ist, wenn die Fraktion einen Altersdurchschnitt von über 55 Jahren hat, wenn vier Abgeordnete über 70 Jahre, nur drei unter 40 Jahre und wesentlich über 30 Abgeordnete über 60 Jahre alt sind?
Meine lieben Freunde, das ist nun nicht das Bild der Union. Wenn wir draußen von der jungen Union sprechen und wenn wir die Kombination von alt und jung anstreben wollen, dann müssen wir die gute Mischung herbringen zwischen der Erfahrung des Alters und der jugendlichen Kraft der einzelnen draußen. Das ist eine Aufgabe. Das betrifft nicht den einzelnen. Du bist bald ein Junger, denn Du liegst ungefähr im Durchschnitt. Aber draußen muß bei der nächsten Kandidatenaufstellung dafür gesorgt werden, daß möglichst viele junge tüchtige Leute kommen. Über die anderen Fragen, was zwischen den Parteien hin und her ging, *Kübler*, da können wir uns weiter darüber unterhalten. Da können die einzelnen Abgeordneten nur das sagen, daß immer und immer wieder das Thema Staatspräsident neu aufgerührt wurde und neu in

den Vordergrund gebracht wurde, vor allem auch die Tatsache, daß die Sozialdemokratie sich gerne vergewaltigen lassen werde, daß *Hoegner* und *Roßhaupter*, trotzdem *Hoegner* einen Vorschlag für den Staatspräsidenten vorgelegt hatte - ich glaube, es war bei der vorletzten Abstimmung -, sich der Stimme enthalten hat, um auf diese Weise indirekt in die Wahl zu kommen, daß der Ausgleich gefunden wird: Ein Sozialdemokrat Staatspräsident, einer von der Union Ministerpräsident; während aber die Union die Verantwortung dafür übernehmen soll, daß die Institution kommt. Es kann einer die Meinung haben - das ist völlig frei, das kann keinem totgeredet werden -, aber ich will eines vermeiden, daß eine Majorität durch Majorisierung der Minorität in der Fraktion die Majorität im Volke majorisiert.

(Zuruf: Das muß erst festgestellt werden!)

Wir haben 58%, bitte das Beispiel ...

(Dann stellen wir doch den Staatspräsidenten zur Volksabstimmung!)

die letzte Abstimmung in der Fraktion ergab 71 für den Staatspräsidenten, 29 dagegen, eine Stimmenthaltung. Wenn Sie das zugrunde legen, dann haben Sie ungefähr 15% der 180 Abgeordneten des Parlaments. Wenn die Sozialdemokratie ihrerseits, so wie es bisher geschehen ist, den Staatspräsidenten ablehnt, dann würden wir die Majorität wie folgt majorisieren:

(Dann nehmen wir in dem Falle Rücksicht auf die Sozialdemokraten.)

Meine lieben Freunde! Ich bitte, nicht mit dieser Leidenschaftlichkeit hier zu beginnen, sondern nüchtern zu bleiben. Ich muß also hier dafür sorgen, daß in demokratischer Weise der Wille des Volkes zum Ausdruck kommt. Mögen dann, wenn wir die Abstimmung freigeben, auch die Sozialdemokraten ihre Abstimmung freigeben. Dann mag sich zeigen, ob die Majorität im Parlament für den Staatspräsidenten ist. Dann haben wir klare Bekenntnisse. Dann kann auch keine üble Propaganda mit dieser Majorisierung getrieben und auf eine gern geschehene Vergewaltigung hingewiesen werden.

Haußleiter: Zur Frage des Staatspräsidenten müssen wir uns doch die Dinge einmal ganz sachlich und nüchtern überlegen: Ich spreche hier nur ganz kurz dazu und dann zur Frage des Fraktionszwanges. - Der Staatspräsident hat an sich drei Möglichkeiten: Die staatsrechtliche Frage - da hat er nach der Planung im Entwurf eine bestimmte Funktion, eigentlich insbesondere die Funktion, Krisen zu überbrücken und die Sicherung der Autorität zu stabilisieren. Diese Funktion des Staatspräsidenten kann man positiv oder negativ ansehen. Es hängt davon ab, wie im einzelnen die Machtbefugnisse des Ministerpräsidenten geregelt sind. Wir haben einen Satz über den Ministerpräsidenten heute in der Verfassung einstimmig angenommen: Daß der Ministerpräsident nämlich auf vier Jahre gewählt ist. Wenn wir nun die Elemente der Stabilisierung verstärken, dann besteht die Möglichkeit, daß die stabilen Gegengewichte gegenüber dem Volkswillen so stark werden, daß der Volkswille selbst keine entsprechende Möglichkeit hat, sich auszuwirken. Über diese staatsrechtliche Seite des Staatspräsidenten haben wir uns ganz sachlich auseinandergesetzt, und darüber kann man im einzelnen genauso juristisch diskutieren.

Der Staatspräsident hat eine zweite Seite, und die möchte ich als seinen Symbolcharakter bezeichnen, nämlich Symbol einer weitgehenden Selbständigkeit Bayerns. Dieser Symbolcharakter ist es in Wirklichkeit, der die Leidenschaften in so hohem Maße bewegt. Denn die rein staatsrechtliche Frage ist ja auch in der Frage des Wahlrechtes

ebenso akut gewesen; da sind wir zu Lösungen gekommen. - Der Symbolcharakter hat in der Tat dazu geführt, daß der Staatspräsident uns unendlich viel Zeit in der Fraktionsdebatte gekostet hat. Über den Symbolcharakter kann man in dem Augenblick streiten, in dem [man] die Selbständigkeit Bayerns so stark betont und herausgearbeitet hat, wie im gegenwärtigen Verfassungsentwurf. Ich persönlich bin gerade wegen seines Symbolcharakters ihm gegenüber in ganz besonderem Maße bedenklich, denn hier besteht die Möglichkeit, daß er zum Anlaß von ganz bestimmten Träumen wird, von Träumen, die nicht realisierbar werden und die unser Volk hindern, der nackten Realität ins Gesicht zu sehen. Da, muß ich Ihnen sagen, bin ich leidenschaftlicher Föderalist. Ich glaube, daß wir Franken ohne die Rückendeckung Bayerns an die rote Gefahr von drüben verloren sind, und deshalb wollen wir Franken und deshalb möchte auch ich, daß der Staatspräsident kein Element der Trennung zwischen Bayern und Franken wird. Deshalb sind wir Franken die leidenschaftlichen Anhänger der Einheit Bayerns. Nun muß ich eines sagen, daß da eine Gefahr besteht. Wir wollen den föderalistischen Staatsaufbau mit allen Mitteln stabilisieren, weil nur daraus eine wirklich organische Ordnung, nicht nur im deutschen Raum, sondern im europäischen Raum möglich ist. Wir glauben ja an ein christliches Abendland, das im ganzen föderalistisch organisiert ist.

Aber wenn wir in dem Augenblick der Katastrophe diesen Föderalismus symbolhaft ausgestalten, dann sehe ich bei uns die Jugend zum Teil wieder in einen radikalen Zentralismus weglaufen. Diese Entwicklung wird bei uns jedenfalls freibleiben. Ich habe diese Gefahr genau beobachtet. In dem Augenblick, in dem wir den Staatspräsidenten so herausstellen, daß er nicht mehr als ein Element des Föderalismus, sondern als ein Element des Partikularismus erscheinen könnte, besteht in den Augen unserer Jugend diese Gefahr. Die Jugend ist aus anderen Gründen verführt, durch die demokratische [sic!] Propaganda, durch die WAV-Propaganda und bei der Linken durch die kommunistische Einheitspropaganda, die sehr stark auf den jungen, durch die HJ tief beeindruckten Menschen einwirkt. Deshalb haben wir uns gesagt: Starke Herausarbeitung des föderalistischen Charakters Bayerns ohne ein Symbol, das gerade die föderalistische Entwicklung in den Augen der jungen Generation kompromittieren könnte. In beiden Fragen waren wir nicht ohne weiteres entschlossen, sondern haben die Elemente sehr sorgfältig gegeneinander abgewogen.

Nun kommt dazu die Hauptfrage und das ist die taktische Frage. Wenn man im Grundsätzlichen das Gute und das Negative in gleicher Weise sieht, dann muß es erlaubt sein, auch die Frage der augenblicklichen taktischen Situation zu überlegen. Da, muß ich sagen, bin ich zutiefst erschrocken und konnte nicht in die Jubelrufe[4] einstimmen, als ich sah, daß Herr *Hoegner* sich mit aller Intensität für den Staatspräsidenten einsetzte. Da habe ich gefragt, wozu? Und da habe ich mir gesagt: Halt, in der Konzeption des Staatspräsidenten ist eines seiner Rechte! Es ist ein wesentliches Recht enthalten, das Recht nämlich, die Beamten zu ernennen. Herr *Hoegner* hat sich mit aller Energie bemüht, seine ganze Fraktion zur Bejahung des Staatspräsidenten herumzureißen.

Da hat mich jetzt ein Wort des Kollegen *Horlacher* - ich bedauere, daß er nicht hier ist - zu äußerster Wachsamkeit alarmiert. Er hat folgendes in der Fraktionssitzung gesagt - ich möchte es hier wiederholen -, wir müssen eine Koalitionsregierung bilden und es

[4] In der Vorlage: "Jugendrufe".

wird dann auch in dem Verhältnis Staatspräsident : Ministerpräsident diese Koalition zum Ausdruck kommen müssen. Meine Damen und Herren! Da habe ich mir gesagt: Jetzt sind wir Franken aber wachsam. Denn ein roter Staatspräsident würde ein rotes Franken bedeuten. Dann überlegen Sie sich, bitte, die Konsequenzen! Wir werden von der roten Personalpolitik erdrosselt. Da ist gar kein Zweifel. Jetzt kommt eine Koalition, und jetzt stimmt Herr *Hoegner* mit seiner SPD für den Staatspräsidenten, weil er das als sein Altenteil ansieht. Denn er kann ja beim Ausgang der kommenden Wahlen nicht Ministerpräsident bleiben. Dann denken Sie mit mir, bitte, weiter, wie die Entwicklung fortgehen wird. Wir werden Herrn *Hoegner* als Staatspräsidenten bekommen, so wie die Dinge liegen.

(Zwischenrufe: Nein!)

Bitte, ich habe die Gespräche beobachtet.

(Zuruf: Zur Sache: Auf Anregung des Herrn Vorsitzenden [*Josef Müller*] hat es geheißen, über den Staatspräsident wenig sprechen; das ist Sache der Fraktion. Sie sprechen schon 13 Minuten dazu!)

Ich möchte hier nur grundsätzlich begründen, weshalb es für uns eine Gewissensfrage ist. Und da komme ich zu dem Thema der Freiheit der Abstimmung in der Fraktion. Diese müssen wir fordern, denn das sind Fragen, die die Zukunft unser aller angehen. Wir werden den Augenblick erleben, in dem Herr *Hoegner* Staatspräsident ist und wir vielleicht in vier Jahren nicht mehr die Mehrheit haben. Die Sozialdemokratie, die für die Koalition ist, solange sie in der Minderheit ist, lehnt jede Koalition mit uns ab, wenn sie in der Mehrheit ist. Dann haben wir einen roten Staatspräsidenten und bekommen in vier Jahren im Zweifelsfalle einen roten Ministerpräsidenten dazu. Aus dieser inneren Sorge heraus können wir das Symbol des Staatspräsidenten nicht für so wesentlich halten, daß wir nicht den augenblicklichen taktischen Gefahren nüchtern und realistisch ins Auge sehen. Und da sagen wir Ihnen: Ich bin - ich spreche von mir aus - aus dieser Sorge um unser Land und um unseren Bereich droben heute gegen den Staatspräsidenten, eben aus dieser Lage heraus. Ich glaube, daß hier jeder Abgeordnete sich seinen Wählern und seinem Gewissen allein verpflichtet fühlen darf. Ich habe droben die Mitglieder in zwei Bezirken befragt und die waren bis auf zwei oder drei Stimmen jeweils geschlossen gegen den Staatspräsidenten, aus den Sorgen heraus, die vorliegen. Deshalb stelle ich jetzt folgende Entschließung zur Debatte:

Der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union trifft zur Frage des Fraktionszwanges folgende Feststellung:

Ich möchte hier gleich folgendes dazu sagen: Als Abgeordneter wache ich ebenso genau und überlegend und auch gewissenhaft über die Rechte der Abgeordneten wie Herr Dr. *Hundhammer*, daß jeder von uns sich nur seinen Wählern gegenüber verpflichtet fühlen darf, und zu den Entschlüssen, die entscheidend sind und in der Fraktion gefaßt werden müssen, sage ich: Die Feststellung über ihre Haltung zu einer grundsätzlichen Frage hat die Partei zu treffen; sie hat das Recht dazu; deshalb kann sie zur Frage des Fraktionszwangs eine grundsätzliche Feststellung treffen. Ich möchte also folgende Formulierung zur Debatte stellen:

Der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union trifft zur Frage des Fraktionszwanges folgende Feststellung:

Die Abgeordneten der Union sind gewählte Vertreter des Volkes und können daher grundsätzlich einem Fraktionszwang nicht unterworfen werden.

(Zuruf : Nein!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
Haußleiter:

Sie sind in entscheidenden Fragen nur Ihrem Gewissen und ihren Wählern verantwortlich. Jede Einschränkung dieser Verantwortlichkeit widerspricht dem demokratischen Charakter der Union.

Das ist die Entschließung, die von der Partei zur Frage des Fraktionszwanges grundsätzlich getroffen werden kann und meiner Ansicht nach auch getroffen werden muß. Es ist gesagt worden, "in entscheidenden Fragen"; daß man sich in Fragen über weniger wichtige Dinge jeweils einig ist, ist selbstverständlich. Wir haben uns gerade dadurch ausgezeichnet, daß wir in manchen Fällen im Verfassungsausschuß unbekümmert gegeneinander gestimmt haben, wie es bei anderen demokratischen Ländern und bei anderen Parteien auch der Fall ist. Wir haben noch keinen Fall erlebt, in dem irgendein Abgeordneter bisher unter Fraktionszwang gestellt worden ist oder gestellt werden mußte. Ich sehe nicht ein, weshalb ausgerechnet in der Frage des Staatspräsidenten jetzt plötzlich ein solcher Gewissenszwang ausgeübt werden soll.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir haben noch elf Wortmeldungen. Ich darf die Redezeit mit Ihrem Einverständnis kürzen - nur wenn zu grundsätzlichen Fragen gesprochen wird, würde ich gestatten, daß länger gesprochen wird - auf: ... was darf ich vorschlagen?

(Zurufe: Zwei Minuten, drei Minuten!)

Also drei Minuten Redezeit.
Frau Dr. *Meyer-Spreckels*: Zur Geschäftsordnung! Könnten wir nicht über den Antrag abstimmen, weil wir Franken mit dem Zug weg müssen?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich werde nur noch kurz einige Redner sprechen lassen. Vielleicht werden einige auf das Wort verzichten.
(Zu Frau Dr. *Meyer-Spreckels*:) Wann müssen Sie wegfahren?

(Frau Dr. *Meyer-Spreckels*: Um 18.20 Uhr.)

Ich werde auf alle Fälle die Abstimmung in einer Viertelstunde vornehmen lassen. Ich bitte Parteifreund *Martin* zu seinen Ausführungen das Wort zu nehmen.
Martin: Meine Damen und Herren! Ich habe im Auftrage der Jugend Schwabens eine Resolution zu verlesen, die zwei Punkte enthält, deren Inhalt heute an sich schon des öfteren diskutiert worden ist. Ich darf zu dieser Resolution grundsätzlich das eine sagen, ohne Sie länger damit aufhalten zu wollen, daß wir in der Jugend Schwabens seit langem mit größtem Interesse die Entwicklung der Partei und auch die Entwicklung in der Fraktion verfolgen. Es ist so, daß wir tatsächlich über verschiedene Methoden enttäuscht sind, mit denen innerhalb der Fraktion vorgegangen worden ist. Seien Sie überzeugt, wenn wir die Jugend zu uns bringen wollen, dann müssen wir tatsächlich auch im internen Kreise mit diesem frischen Wind, wie ich ihn immer bezeichne, ernst machen und die alten Methoden endlich einmal aufgeben. Das nur grundsätzlich zum Inhalt der Resolution. Sie lautet:

Weiteste Kreise der Union, außerdem der Arbeitervereine, Gesellenvereine, der konfessionellen Jugend und insbesondere auch die Frauen sehen mit Besorgnis und

Befremden auf die innere Entwicklung der CSU. Sowohl in den Augen der Mitglieder der Union als auch in der breiten Öffentlichkeit wird die Frage nach dem Bestand der Partei immer brennender. Die Spannungen liegen keineswegs auf der Ebene der verschiedenen Konfessionen, sondern sie beruhen vielmehr auf der Gegensätzlichkeit der neuen und alten Auffassung von Politik. Wir wollen heute noch nicht weiter darauf eingehen, inwieweit diese Spannungen, die unmittelbar zu einer Gefahr für die Existenz der CSU werden können, auf die Ehrgeizpolitik bestimmter Persönlichkeiten zurückzuführen sind.

Die Union steht heute vor der Entscheidung, entweder eine ehrliche, grundsatztreue Politik zu betreiben, oder durch ihre Kompromißpolitik alter Prägung weiteste Kreise der Bevölkerung abzustoßen. Die Grundsatzpolitik muß sowohl den Erfordernissen des Ewigen im Menschen als auch den Forderungen der Zeit gerecht werden.

Wir halten es für das Gebot der Stunde, daß folgende Maßnahmen sofort durchgeführt werden, wenn der Bestand der Union gesichert bleiben soll:

1. Die Schaffung eines grundsätzlichen Rahmenprogramms, das sich von jedem Arbeits- oder Sofortprogramm unterscheidet. Dieses Programm, das die christlichen Grundsätze im staatlichen und sonstigen öffentlichen Leben verwirklichen soll, ist unbedingt noch vor Beginn des Wahlkampfes zu veröffentlichen.
2. Wir fordern, daß die Abgeordneten aller Fraktionen der Union sich in ihren politischen Entscheidungen an die Grundsätze und Beschlüsse der Partei halten. Verschiedene Vorgänge in der Landtagsfraktion und im Landtagsplenum geben Veranlassung, gerade diese Forderung im Interesse der Wähler mit allem Nachdruck zu erheben. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß gerade in diesen beiden Kammern hinter verschlossenen Türen Dinge geschehen sind, die nicht mehr gebilligt werden können. Wir verweisen im Besonderen darauf, daß die bisher von der Union proklamierten Grundsätze bereits Allgemeingut geworden sind und nunmehr durch ein festgefügtes Grundsatzprogramm vor jeder Verwässerung geschützt werden müssen. Der gegenwärtige Zustand fordert alle anderen Parteien geradezu zu einer Wahlpropaganda heraus, die aus der Programmlosigkeit und Zwiespältigkeit der Union Kapital schlägt. Die geringe Zahl der Mitglieder ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß breiteste Kreise der Wählerschaft so lange eine abwartende Stellung einnehmen werden, bis die CSU endlich mit einem eindeutigen Programm an die Öffentlichkeit tritt.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Wort hat *Kroll*.

Maier: Zur Geschäftsordnung. Ich möchte Ihnen bloß empfehlen, dieses Programm in die Öffentlichkeit zu geben, dann ist die Union bestimmt in ein paar Tagen erledigt.

(Zurufe und Unruhe im Saal.)

Für mich ist die Sache erledigt.

(Zuruf: Das ist auch gar nicht vorgesehen, daß die Sache an die Öffentlichkeit kommt.)

Dr. *Kroll*: Wir haben jetzt heute soviel Geschmack an der Demokratie gewonnen, daß wir alle nach Hause gehen werden und das Gefühl haben, daß von den demokratischen Freiheiten reichlich Gebrauch gemacht wird. Meine Herren! Ich fasse mich kurz. Ich muß aber auf Dinge eingehen, die Herr Dr. *Müller* gesagt hat.

Er sprach von dem einen Flügel, der in der Union allein existiere. Ich möchte mich hierzu zum Sprecher einer großen Schar von Mitgliedern der Union machen und folgendes feststellen: Wir hatten eigentlich in Ihrer Person, als wir Sie wählten, den Repräsentanten des anderen Flügels gewählt, und wir sind darüber etwas enttäuscht - das gestehe ich offen -, daß Sie diesen Flügel durch allzu langes Zurückhalten und Abwarten, wie Sie es persönlich immer wieder betonen, über die Maßen geschwächt haben. Ich bin der Meinung, daß es an der Zeit ist, aus dieser Haltung der Reserve nicht immer erst hinterher, wenn ein Unglück passiert ist, herauszutreten und starke Worte zu gebrauchen, sondern bereits von vornherein durch entsprechende Maßnahmen und Abstimmungen, durch Ausrichten der Mitglieder und Abgeordneten dafür zu sorgen, daß rechtzeitig die Linie der Union festgelegt wird. Ich muß leider den Vorwurf machen, daß diejenigen Kreise, die weitgehend eine andere Haltung haben, als sie vielleicht in der jetzigen Fraktion sich spiegelt, im gewissen Sinne dadurch geschwächt wurden, daß ihre Führung nicht immer richtig gehandelt hat.

Aber das schließt nicht aus, daß wir hoffen, uns doch wieder zu konsolidieren und entsprechend unserer Überzeugung im Kräfteverhältnis nach außen in die Erscheinung treten. Aber ich möchte dringend bitten, mit dem Taktieren und Paktieren auch innerhalb der Gruppen der Union insofern einmal Schluß zu machen, als endlich das von uns so lange geforderte Programm kommt und endlich die klaren Richtlinien festgelegt werden. Das ist jetzt schon kein dringender Wunsch mehr. Wenn ich es in vier oder acht Wochen wiederhole, könnte es ein Nachruf auf die Union sein.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Ich kann keine Entschuldigung mehr anerkennen und das tun meine Freunde auch nicht. Herr Dr. *Müller*, es gibt jetzt keinen Grund mehr, noch abzuwarten und die Linien irgendwie offen zu lassen.

Ich habe zu zwei Punkten noch etwas zu sagen: Zunächst die Personalpolitik der SPD. Meine Herren! Ich war vor kurzer Zeit auf einer Landrats- und Oberbürgermeisterversammlung in Bayreuth, bei der der Herr Innenminister *Seifried* gesprochen hat. Ich habe aus den Äußerungen, von denen ich einige bekanntgeben werde, festgestellt, daß wir als eine so schlappe Bande behandelt werden, die man gar nicht mehr ernst nimmt. Ich glaube, wir haben ungeheueres Prestige verloren, und ich frage mich, ob wir es überhaupt noch wiedergewinnen können. Wenn der Minister erklärte, die Union hätte lauter unzuverlässige Landratskandidaten - 18 seien bereits abgelehnt - und dann fortfährt, bei uns sind es einige wenige und die sind nur durch die Quertreibereien einer anderen Partei zu Fall gekommen, aber wir werden dafür sorgen, daß diejenigen, die die Quertreibereien begangen haben, entsprechend behandelt werden - so mutet uns das reichlich komisch an. Ich möchte ausdrücklich den Herrn Vorsitzenden bitten, daß es unbedingt notwendig ist, nicht nur nach innen starke Worte zu sagen, sondern nach außen deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß es eine Grenze der Mildtätigkeit in der Personalpolitik gibt, damit wir entweder zu unserem Rechte kommen oder damit man sieht, daß wir keinen Geschmack an einer Scheindemokratie finden und lieber auf ein politisches Spielzeug verzichten, wenn wir Marionetten sind, an denen von anderswoher gezogen wird. Ich darf mein Befremden zum Ausdruck geben, daß wir bisher eigentlich immer nur nach innen gesprochen haben und [man] die so deutlich greifbaren Angriffe, abgesehen von der Unionszeitschrift, noch nicht irgendwie ausgewertet hat, daß man hätte sagen können: Bis hierher und nicht weiter!

Ein weiterer Punkt ist folgender - ich bin gleich am Ende: "Tausendjährige Geschichte des bayerischen Volkes", in allen Ehren sei dieses Wort gesagt. Ich möchte die Herren Abgeordneten dringend bitten, wenn sie eine Verfassung machen, überlegen Sie, was Sie den Flüchtlingen zu geben haben, daß sie einst Bayern werden können, wenn sie hier bleiben. Wenn Sie das nicht tun, handeln Sie meines Erachtens weder christlich noch deutsch.
Ich darf abschließend noch sagen, daß es in einem Punkt sehr wesentlich wäre, den Standpunkt der Militärregierung zu erfahren. Man hört immer wieder, daß die Union als Ganzes eine äußerst unbeliebte Partei sei und von der Militärregierung abgelehnt würde, bzw., daß man in ihr reaktionäre Kreise vermute. Meine Herren! Es ist hier dringend notwendig, einmal eine endgültige Klärung herbeizuführen. Es ist zu unterscheiden, ob eine Ablehnung des Christentums vorliegt, oder ob es sich darum handelt, daß diese oder jene mißliebige Persönlichkeit abgelehnt wird. Über dieses ließe sich reden, über jenes nicht. Es wäre in diesem Zusammenhang erforderlich, eine Bereinigung der Pressefrage zu erzielen. Wir werden durch eine Presse vergewaltigt, die sich, wenigstens in Oberfranken, schon zum Anwalt der SED gemacht hat.
Ich darf noch auf einen Vorfall innerhalb der Fraktion hinweisen: Daß ich nämlich, als ich einmal als immerhin erster Vorsitzender Oberfrankens als Gast an einer Fraktionssitzung teilnehmen wollte, hinausgewiesen wurde, während das Nichtparteimitglied Herr *Nawiasky* ständiger Gast der Fraktion ist.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Ich würde doch bitten, hier sinnvollere Maßnahmen walten zu lassen und nicht die eigenen Leute...

(Zuruf: Nicht einmal deutscher Staatsbürger! - *Haußleiter*: Dafür der Vertrauensmann *Hoegners*! - Weiterer Zuruf: Der war schon in der Politik, bevor Sie in der Politik waren!)

[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Ich bitte, nicht mit dieser Leidenschaftlichkeit vorzugehen. Ich darf vielleicht bloß folgendes sagen: Die Personalpolitik der Sozialdemokraten steht einwandfrei klar. Ich unterlasse keine Möglichkeit, dagegen anzugehen. Sie müssen sich darüber im klaren sein, das Angehen bedeutet immer, mit der Militärregierung zu verhandeln. Ich verhandle Tag für Tag, zum mindesten alle paar Tage, mit ihr. *Haunhorst*, Sie sprechen weiterhin fast jeden Tag zu Besuch dort vor. Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß nun einmal das Vorurteil da ist, daß die Union reaktionär sei.
Auch das lassen Sie sich gesagt sein: Es ist kein Glück gewesen, daß die Fraktion nur einseitig das Bild der Union wiedergegeben hat.

(Sehr richtig!)

Dazu darf ich aber sagen: Ich habe die Fraktion nicht bestellt. Die Fraktion ist draussen gewählt worden. Ich kann nur an Sie appellieren, daß Sie dafür sorgen, daß das nächste Mal die Fraktion wirklich das Bild der Union wiedergibt.
Zur Presse darf ich sagen: Die ernsthafteste Sorge, die es überhaupt gibt, ist die Frage der Presse. Ich unterlasse keine Möglichkeit, immer wieder den Versuch zu machen, daß wir doch zu einer eigenen Parteipresse kommen. Es gibt ja bekanntlich sogar in der sowjetischen Zone eine eigene Parteipresse. Bei uns [ist] der Standpunkt der Militärregierung, daß in der amerikanischen Zone eine Parteipresse als solche nicht zugelassen wird. Ich habe mich an ausländische Pressevertreter gewandt - ich will keinen

Namen nennen, es waren sehr namhafte Persönlichkeiten darunter vertreten -, hier unseren Standpunkt richtig zu sehen, daß für den Aufbau der Demokratie eine Parteipresse eine unbedingte Notwendigkeit ist. Jedenfalls ist eine Parteipresse, die klar von einer Partei aus in ihrer Richtung lanciert wird, besser als eine unabhängige Presse, die doch eine getarnte Parteipresse ist.

(Sehr richtig!)

Lieber *Kroll*! Ich spreche die Worte nicht nur hier; ich habe ja vor einiger Zeit noch deutlichere Worte an anderer Stelle gesprochen. Ich wurde, leider Gottes, da von eigenen Parteifreunden desavouiert und sabotiert.
Wir haben 17.35 Uhr. Wir müssen zur Abstimmung schreiten. Dann kann weiter debattiert werden.
Warmuth: Zur Geschäftsordnung! Ich habe mich um 16.10 Uhr zu Wort gemeldet und es bis jetzt noch nicht bekommen.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Hier liegen die Wortmeldungen (nimmt einen Zettel zur Hand); es geht der Reihe nach. Der nächste ist *Rindt*, dann kommt *Warmuth*.
Warmuth: Die Zeiten, die den einzelnen überlassen worden sind, sind zum Teil erheblich überschritten worden.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Ich habe die Uhr kontrolliert. Ein Teil der Freunde muß abreisen. Infolgedessen beantrage ich Abstimmung über den Antrag *Haußleiter*.
Dr. *Fackler*: Zur Geschäftsordnung! Zu dem Antrag möchte ich sagen, daß wir nicht beschlußfähig sind.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Wenn bestimmte Leute weggegangen sind, um auf diese Weise eine Beschlußunfähigkeit herbeizuführen, dann bedauere ich das, und zwar deswegen, weil die Freunde aus Franken, die am weitesten weg sind, eigens hergekommen sind.
Dr. *Scharnagl*: Einen Einwurf gegen den Antrag.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Ich werde jetzt über meinen Antrag abstimmen lassen, daß jetzt über den Antrag *Haußleiter* abgestimmt wird. Ich lasse noch einen für und einen gegen den Antrag sprechen. Sind Sie einverstanden? Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Vier dagegen. Der Antrag ist angenommen. Es spricht einer gegen und einer für den Antrag. Wer will gegen den Antrag sprechen? (Es meldet sich Dr. *Scharnagl*.) Ich bitte *Scharnagl*. Für den Antrag? *Arnold*.
Bitte, *Scharnagl*!
Dr. *Scharnagl*: Die Entscheidung des Fraktionszwanges muß natürlich grundsätzlich gemacht werden. Es geht nicht an, daß man von Fall zu Fall eine Entscheidung trifft. Wenn die Meinung ausgesprochen worden ist, daß die Union keinen Fraktionszwang zuläßt, muß dies für alle Fälle gelten, dann muß sie sich vor Augen halten, welche Fälle denkbar sind. Ich konstruiere einen Fall, der sehr leicht denkbar ist: Es gibt einen Konflikt mit einem Minister unserer Partei, die Sozialdemokraten nehmen Stellung dagegen. Es ist denkbar, daß auch einige Mitglieder unserer Partei dagegen sind. Sie könnten, wenn kein Fraktionszwang besteht, mit den Sozialdemokraten oder anderen Gruppen gegen den Minister stimmen. Das ist möglich und denkbar. Es gibt aber eine ganz unmögliche Situation. Die Frage ist die: Ist es demokratisch, einen Fraktionszwang auszuüben? Ich sage, ja. In der Verfassung steht der Satz: "Mehrheit entscheidet". Hier ist also in demokratischer Weise festgelegt, daß es der Mehrheit bedarf für das, was als richtig erkannt ist. Was man in der Verfassung für das Allgemeine gelten lassen will, müssen wir naturgemäß auch für die Fraktion, für die Partei

gelten lassen. Die Meinung, daß es nicht demokratisch wäre, einen Fraktionszwang einzuführen, daß jedem Einzelnen die absolute Freiheit gewahrt werden müsse zu seiner Stellungnahme, das finde ich für eine Überspitzung der Demokratie, für eine ungesunde Auslegung der Demokratie. Denn sie gibt natürlich allen möglichen Tages- und sonstigen Möglichkeiten den Weg frei, und das ist mit einer gesunden Wirtschafts- und Arbeitsführung nicht vereinbarlich.
Meine Herren! Die Rechnung, die mein Freund *Müller* über die Majorisierung der Mehrheit des Volkes aufgestellt hat, kann ich nicht anerkennen. Es ist nicht so, daß hinter den Abgeordneten, die gegen den Staatspräsidenten gesprochen haben, die gesamte Wählerschaft dieser Kollegen stehen. Ich kenne die Stimmung in München, von meinen Münchner Leuten; ich bin aber überzeugt, daß es in meinem Wahlkreis auch Leute gibt, die sagen, man kann ohne Staatspräsidenten auskommen. Selbstverständlich bin ich für den Staatspräsidenten und damit müssen sich diese Wähler abfinden.
Ebenso bin ich überzeugt, daß im Wahlkreis *Müller* Leute sein werden, die für den Staatspräsidenten sein werden, wenn man ihnen richtige Aufklärung gibt. Es ist falsch, zu rechnen, soundso viele Leute haben dafür, soundso viele dagegen gestimmt, also ein soundso großer Teil des bayerischen Volkes für oder gegen den Staatspräsidenten. Ein absolut richtiges Ergebnis könnte nur aus einer reinen Volksabstimmung kommen. Die könnten wir vor der Vorlage der Verfassung wohl kaum mehr durchführen. Es müssen eben die gewählten Abgeordneten gelten. Nun kommen wir wieder zur Kardinalfrage: Soll jeder nach seiner Überzeugung abstimmen oder soll eine von der Mehrheit festgestellte Linie eingehalten werden? Da bin ich der Meinung, daß es im Interesse einer kontinuierlichen, starken und gesunden politischen Führung notwendig ist, weil sonst eine Auflösung der allgemeinen Meinung der Partei und der Fraktion eintritt, wenn die Vielzahl der Wähler nach ihrem Ermessen entscheiden kann. Es ist also eine prinzipielle Festlegung, die für alle Fälle eingehalten werden muß, weil man sie nicht von Fall zu Fall freigeben oder Fraktionszwang einführen kann.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: *Arnold* spricht für den Antrag.
Arnold: Meine Herren! Ich spreche als Vertreter zweier Bezirksverbände. Die Sorge, weswegen ich mich hier bewogen fühle, mich zum Worte zu melden, ist in erster Linie eine Existenzsorge der Union und in zweiter Linie eine gewisse Sorge, die wir aus Franken mitbringen. Eine Existenzsorge: Ich will Ihnen ganz offen und ehrlich schildern, wie die Situation bei uns ist. Vor vier bis sechs Wochen ...
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Ich stelle fest, daß Freunde jetzt noch den Saal verlassen, um die Beschlußfähigkeit nachher zu bezweifeln. Ich halte ein solches Vorgehen für absolut parteischädigend. Wer verläßt den Saal?
Dr. *Fackler*: Wir gehen alle - wir sind amtsbekannt.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Ich bitte, die Namen festzustellen.
Dr. *Fackler*: Wir verlassen den Saal unter Protest wegen der Machenschaften, die hier vor sich gehen.

(Zuruf: Laßt Sie doch gehen! *Müller*, was regst Du Dich auf!)

(*Fackler*, *Pflüger* und Freiherr *von Aretin* verlassen den Saal.)
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Ich bitte um Ruhe. Ich bitte *Arnold* fortzufahren.
Arnold: Ein solcher Vorfall wie eben jetzt braucht bloß den Sozialdemokraten und den Kommunisten bekannt zu werden. Ich garantiere Ihnen dafür, daß die Union in Mittelfranken, Nürnberg und in Oberfranken in kürzester Zeit sich selbst liquidieren muß, weil uns die Verhältnisse hier dazu zwingen. Ich gestehe offen, daß ich vor vier

bis sechs Wochen einen Brief an den Landesvorsitzenden schreiben mußte, weil mich die Verhältnisse dazu zwangen, zu sagen, wenn nicht in absehbarer Zeit durch die Union eine ganz klare und entschiedene Politik betrieben wird, dann ist es das Beste, wir lösen die Union auf. Denn wir sind in Franken nicht mehr in der Lage, eine solche Politik, wie sie von hier suggeriert wird, durchzuführen.
Meine Herren! Es ist eine Existenzfrage und eine Gewissensfrage, die wir heute zu entscheiden haben. Eine Existenzfrage insofern, als wir sehen, daß sich die Fraktion in einer Weise festlegt, daß nach außen die Sozialdemokratie den Erfolg davonträgt. Denn dann sind wir erledigt. Die rote Flut wird uns überspülen und auch Sie, meine Herren in München, die sich geborgen fühlen. Zweitens, es ist eine Gewissensfrage, ob wir, da wir nun wissen, wie auf der anderen Seite paktiert wird, einem SPD-Mann in den Sattel helfen wollen. Meine Herren, da können wir nicht mitmachen!
Zum Schluß noch einen ganz kurzen Satz. Ich möchte Ihnen, meine Herren, die älter sind, die über Lebenserfahrung verfügen, doch einen Satz ins Gedächtnis zurückrufen, den vor 2000 Jahren ein Römer ausgesprochen hat: Ne quid detrimenti capiat res publica! Sorgen Sie dafür, daß wir nicht untergehen! In Ihrer Hand liegt das.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir schreiten zur Abstimmung. Ich lasse den Antrag *Haußleiter* nochmals verlesen.
Haußleiter:

> Der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union trifft zur Frage des Fraktionszwanges folgende Feststellung:
> Die Abgeordneten der Union sind gewählte Vertreter des Volkes und können daher grundsätzlich einem Fraktionszwang nicht unterworfen werden. Sie sind in entscheidenden Fragen nur ihrem Gewissen und ihren Wählern verantwortlich. Jede Einschränkung dieser Verantwortlichkeit widerspricht dem demokratischen Charakter der Union.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Da die Stimmfähigkeit bezweifelt wird, lasse ich jetzt nach Bezirken abstimmen. Es wird wohl besser sein. Ich glaube auch, es wird zweckmäßig sein, wenn ich schriftlich abstimmen lasse, damit nachher keine Zweifel geäußert werden können. Diese kurze Zeit wollen wir noch aufwenden, damit klare Verhältnisse geschaffen werden können. Es wird mit Ja oder Nein abgestimmt. Ich würde bitten, sich in diesem Falle nicht zu enthalten, damit Klarheit geschaffen wird.
Wer für den Antrag stimmt, schreibt Ja, wer gegen ihn stimmt, Nein auf den Stimmzettel.
(In der folgenden Abstimmung werden folgende Stimmzettel abgegeben: Für München drei, Oberbayern vier, Niederbayern zwei, Oberpfalz drei, Oberfranken vier, Mittelfranken sieben, Nürnberg fünf, Unterfranken einer, Schwaben zwei, Augsburg drei.)
Als Mitglieder des Landesausschusses sind noch stimmberechtigt Frau *Speicher*, Dr. *von Eicken*, Staatssekretär *Krehle* und Dr. *Müller*.
(Von den vier genannten Damen und Herren werden drei Stimmzettel abgegeben, so daß sich die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen auf 37 beläuft.)
Wir kommen zum Bericht des Flüchtlingsausschusses. Soll der Bericht dieses Ausschusses heute noch abgegeben werden, Herr *Kroll*?

Warmuth: Ich wollte gerne fragen, ob ich noch zum Wort kommen kann. Um 16 Uhr habe ich meine Wortmeldung abgegeben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Mit dem Einverständnis der Versammlung gebe ich *Warmuth* das Wort.
Warmuth: Ich möchte voraus feststellen, daß ich es als eigenartig finde, daß dieser Antrag jetzt zur Abstimmung kam. Der Antrag ist erst im Laufe der Debatte gestellt worden. Die Debatte wurde um 16.08 Uhr eröffnet, um 16.10 Uhr habe ich meine Wortmeldung abgegeben. Ich stelle fest, daß der Antrag erst während der Debatte eingebracht worden ist, nicht vor der Debatte, und die Rednerliste war nicht abgeschlossen. Es hätte jemand anderer schließlich auch Anträge zu stellen gehabt, die dann eventuell auch zur Abstimmung hätten kommen müssen.
Nun kurz zur Frage der Wirtschaft in der Union. Wir haben hier heute vormittag scharfe Worte gehört. Das, glaube ich, ist begraben. Herr Dr. *Semler* wird Gelegenheit haben, in der Fraktion gehört zu werden, und wir begrüßen es. Ich speziell bin mit seiner Auffassung sehr einverstanden. Sein Wirtschaftsprogramm entspricht mir.
Was den Fraktionszwang anlangt, so sind die Verhältnisse hier durch den Antrag bereits festgelegt. Ich habe hierzu zu sagen, daß ich an sich ein Gegner eines Fraktionszwanges bin. Die Union muß aber so kräftig sein, daß alle Fragen, die uns berühren, intern ausgetragen werden können, damit innerhalb der Union eine Linie gefunden werden kann, die für alle tragbar ist. Denn ich halte es für notwendig, daß wir in der Öffentlichkeit geschlossen unsere Meinung kundtun. Das habe ich auch im kleinen draußen so gehalten. Ich glaube, es wäre auch möglich, es hier im großen durchzuführen.
Was den Altersdurchschnitt anlangt, der heute einmal besprochen worden ist, so möchte ich feststellen, daß es sich bei der Verfassunggebenden Versammlung nicht um einen Landtag handelt, obwohl sich viele Abgeordnete zum Teil schon als Landtagsabgeordnete fühlen. Man hat es heute entnehmen können. Die gegenwärtige Verfassunggebende Landesversammlung wird als Landtag betrachtet, was nicht der Fall ist. Wir haben auch in unserem Kreis einen erfahrenen Mann ausgewählt und auch durchgedrückt. Wir haben ihn in der Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit durchgebracht. Ich kann aber heute schon sagen, daß deswegen noch lange nicht der gleiche Mann Landtagsabgeordneter werden soll.
Leider ist in vielen Kreisen nicht überlegt und berücksichtigt worden, daß es gilt, das Rahmenwerk zu unserem Staat zu schaffen, die Verfassung. Um die Regierungsbildung wird sich erst der Landtag kümmern müssen. Der kann dann auch ganz anders geartet sein, auch dem Alter nach. Ich stimme dem Herrn Landesvorsitzenden zu, daß die Abgeordneten in diesem Gremium vielleicht jünger sein sollen.
Bei der Frage des Staatspräsidenten wurde der Vorwurf erhoben, daß dieser Frage viel zu viel Zeit in der Fraktion gewidmet worden ist. Ich glaube, in den anderen Dingen war sowieso Einstimmigkeit vorhanden. Vor dem 30. Juni hat die Union drei wichtige Punkte herausgestellt, die uns von den anderen Parteien unterscheiden: Das war der Staatspräsident, das Wahlsystem und die zweite Kammer. Diese Momente haben unsere Redner, speziell unser Abgeordneter im Landkreis, herausgestellt. Wir haben 40 bis 45 Versammlungen in unserem Landkreis abgehalten. In der Landesausschußsitzung im Juli hat der Herr Vorsitzende ausdrücklich erklärt, die Union hält unbedingt fest an der zweiten Kammer und am Mehrheitswahlsystem und die Meinung ist geteilt beim Staatspräsidenten. Das Mehrheitswahlsystem konnte und wurde auch mit Zustimmung des Herrn Landesvorsitzenden nicht durchgehalten.

Was die Zusammenarbeit mit der SPD anlangt, so bitte ich hier folgendes zu erwägen: Es ist ein Unterschied, ob bei einer Verfassung mit den Sozialdemokraten zusammengearbeitet werden soll oder bei der Bestellung einer Regierung oder beim Erlaß von Gesetzen im Landtag. Bei einer Verfassung scheint mir eine Zusammenarbeit erforderlich. In der Regierung muß das weniger der Fall sein.
Was die Person des Staatspräsidenten angeht - ich bin gleich fertig -, so glaube ich hier mit den übrigen Anwesenden einig zu sein, daß heute über eine Besetzung nicht gesprochen werden soll und daß der Standpunkt des Vorsitzenden richtig ist, daß hier keine Vorentscheidungen fallen dürfen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es liegt noch ein Antrag *Donsberger* vor, den ich vielleicht verlesen darf, obwohl die Stimmfähigkeit nicht mehr gegeben ist:

> Der erweiterte Landesausschuß der CSU beschließt:
> Die Fraktion der CSU wolle bei der Beratung der Verfassung für Bayern dahin wirken, daß eine neue Bestimmung in die Verfassung aufgenommen wird, nach der die erworbenen Rechte der Beamten unverletzlich sind.

Leider sind die Herren, die bei den Besprechungen über die Beamtenrechte zugegen waren, nicht mehr anwesend, so daß ich nicht sagen kann, wie weit diese Frage bisher behandelt ist.
Ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß ich diesen Antrag noch an die Fraktion hinübergebe. Erhebt sich ein Widerspruch? Nein. Damit ist der Antrag angenommen.
Ich bitte jetzt das Ergebnis der Abstimmung bekanntzugeben.
Liedig: Abgegeben wurden 37 Stimmen. Mit Ja stimmten 28, mit Nein acht, eine Stimmenthaltung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es waren anwesend 57 Stimmberechtigte, so daß die Abstimmung gültig ist.
Meine lieben Freunde! Ich glaube, wir sind am Schluß der Debatte angelangt. Werden noch irgendwelche Wünsche geäußert? Das ist nicht der Fall. Dann danke ich recht herzlich für die Mitarbeit und schließe den Landesausschuß.

Schluß der Sitzung 18.05 Uhr.

Nr. 23

Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 4. Oktober 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Beschlußfassung über die von der Militärregierung genehmigten Satzungen der Christlich-Sozialen Union in Bayern
2. Beschlußfassung über das politische Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union
3. Vorbereitung der Landtagswahl
4. Entnazifizierung

Tagungsort: München, Wirtschaftsministerium, Prinzregentenstraße 28

Anwesend:[2] E. Ammann, A. von Aretin, Bender, N. Berger, R. Berger, Ludw. Blum, Boehlke, Brandner, Butterhof, Dahm, Jos. Detsch, Dittrich, B. Dötsch, Donsberger, Eichhorn, Engelhardt, Erber, Etterer, Euerl, Fackler, Falkner, H. Fink, J. Fischer, Fißlthaler, Frankl, Gamperl, Gassenmeyer, A. Gaßner, Geiselberger, Gerathewohl, W. Hagenauer, Hahn, Haugg, H. Haunhorst, Haußleiter, Helmerich, Hölzl, Hundhammer, Ibler, Imler, Jahn, Kahn, F. Kaiser, Karpf, Klenk, Knaab, K. Köhler, A. Konrad, E. Kraus, Krehle (zeitweise), Krempl, Kreying, Kroll, K.A. Kroth, Kübler, Lacherbauer, Lang-Brumann, Lenzenhuber, Liedig, Mack, R. Martin, Mauerer, Mayr, Meyer-Spreckels, Miesgang, von Miller, J. Müller, Muhler, Neumann, Nientimp, Ortloph, Pfluger, Piechl, Plonner, Probst, Rattler, Retting, Riedel, Rindt, Rothermel, F.L. Sauer, F. Schäfer, Schedl, Schell, Schlögl, F.A. Schmitt, A. Schubert, Schwägerl, Schwappacher, Sedlmayr, Semler, Speicher, Sporer, Stadler, Stiller, Strathmann, Strenkert, Stücklen, Stürmann, Sühler, Ulrich, Vogl, von Voretzsch, Wackerl, Warmuth, Weinkamm, G. Weinzierl, F. Wittmann, J. Wittmann

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel

Beginn der Sitzung: 9.50 Uhr.

Liedig: Ich bitte, Platz zu nehmen, damit ich die Präsenz der stimmberechtigten Mitglieder des Landesausschusses feststellen kann. Ich bitte die stimmberechtigten Vertreter von München-Stadt, sich persönlich zu melden und auszuweisen.
(Die Stimmberechtigten von München und der übrigen bayerischen Bezirke werden festgestellt.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich eröffne die Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union. Einwendungen gegen die ordnungsmäßige Einladung werden nicht erhoben. Ich habe die Geschäftsführer der Christlich-Sozialen Union, die gestern zu einer Tagung hier waren, eingeladen, als Gäste hier teilzunehmen.
Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.
Ich nehme an, daß alle Anwesenden Parteifreunde sind. Es werden heute selbstverständlich außer den Vertretern der Militärregierung, soweit welche anwesend sind, Pressevertreter nicht zugelassen. Die Stimmliste habe ich vortragen lassen. Es fehlen

---

1 Punkt 1 bis 3 laut Wortlaut des Protokolls, (vgl. S. 600); Punkt "4. Entnazifizierung" wurde auf Antrag zusätzlich in die Tagesordnung aufgenommen. Die vorgesehenen Punkte 4 und 5 (Politische Aussprache, Verschiedenes) entfielen.

2 Laut Anwesenheitsliste, die nur die Unterschriften eines Teiles der Anwesenden enthält, ergänzt anhand des Protokolltextes sowie durch die Liste der Stimmberechtigten, auf der mit den Vermerken "+" bzw. "-" die An- oder Abwesenheit der Stimmberechtigten festgehalten ist. Zwei Namen sind unleserlich.

meines Wissens noch die Vertreter von Nürnberg und Regensburg. Ich werde vor Beginn der ersten Abstimmung die Stimmliste vielleicht nochmals überprüfen lassen.
Ich gebe Ihnen die Tagesordnung bekannt:

1. Beschlußfassung über die von der Militärregierung genehmigten Satzungen der Christlich-Sozialen Union in Bayern.
2. Beschlußfassung über das politische Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union.
3. Vorbereitung der Landtagswahl.
4. Politische Aussprache.
5. Verschiedenes.

Erhebt sich ein Einspruch gegen die festgesetzte Tagesordnung?
Dr. *Gamperl*: Ich bitte, die Denazifizierung in die Tagesordnung aufzunehmen. Wir stehen vor der Agitation für die Landtagswahl, und die Denazifizierung spielt eine so große Rolle, daß mir eine Aussprache hierüber unbedingt notwendig erscheint.
Mayr (Fürth): Als Vorsitzender des Bezirksverbandes Mittelfranken schließe ich mich diesem Antrag an.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird vorgeschlagen, den Punkt Entnazifizierung als eigenen Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen. Erhebt sich ein Widerspruch dagegen?
Nein, dann wird der Punkt Entnazifizierung als eigener Punkt in die Tagesordnung aufgenommen. Ich würde vorschlagen, ihn vielleicht als dritten Punkt zu nehmen, vor "Vorbereitung der Landtagswahlen".
Dr. *Gamperl*: Einverstanden.
Dr. *Hundhammer*: Ich würde bitten, die Vorbereitung der Landtagswahlen vorwegzunehmen, da dieser Punkt vordringlicher ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gut. Es wird vorgeschlagen, als Punkt 4 "Denazifizierung" einzufügen. Erhebt sich ein Widerspruch dagegen?
Dr. *Schlögl*: Ich bitte, daß zu diesem Punkt der Tagesordnung Dr. *Pfeiffer* gebeten wird, hierher zu kommen.
Staatssekretär *Krehle*: Er kann nicht kommen, er ist den ganzen Tag bei der Militärregierung festgehalten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zu dem Punkt brauchen wir ihn sicher.
Dr. *Schlögl*: Sonst hat es keinen Zweck, wenn wir darüber sprechen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich werde ihm mitteilen lassen, daß dieser Punkt auf die Tagesordnung gesetzt ist und ihn bitten, an den Beratungen teilzunehmen.
Sauer: Er soll doch einen Referenten schicken.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Veranlaßt (zu *Liedig* gewendet), daß er oder ein Referent kommt. Wir werden sagen, er soll sich bereithalten.

(Zuruf: Vielleicht kann sein Referent *Erber* kommen?)

Ist *Erber* Mitglied der Union? Denn ich möchte heute nur Mitglieder der Union hier haben. Infolgedessen wird man mitteilen lassen, daß Dr. *Pfeiffer* im Laufe des Tages gebraucht wird. Es wird ihm rechtzeitig mitgeteilt werden, zu welchem Zeitpunkt dieses Thema ungefähr zur Aussprache kommt.
Wird im übrigen noch ein Antrag zur Tagesordnung gestellt?
Nein. Dann nehme ich an, daß die Tagesordnung so, wie ich sie vorgetragen habe, genehmigt ist.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Punkt 1 der Tagesordnung lautet: Beschlußfassung über die von der Militärregierung genehmigten Satzungen der Christlich-Sozialen Union in Bayern.
Die Satzungen der Union wurden in der Landesversammlung vom 17. Mai 1946 beschlossen, wie Sie sich erinnern werden. Sie wurden sofort der Militärregierung zur Genehmigung vorgelegt. Die Militärregierung hat die Satzungen überprüft. Mittlerweile trat ein Wechsel bei der zuständigen Überprüfungsstelle der Militärregierung ein, was die Behandlung der Satzungen verzögerte. Andererseits wurden Bedenken laut, die mittelbar wenigstens von Unionsseite aus gegen die in der Landesversammlung beschlossenen Satzungen vorgebracht wurden. Diesen Bedenken hat die Militärregierung nicht weiter Rechnung getragen. Sie hat sie selbstverständlich mit überprüft. Die Satzungen wurden auch nach Berlin gegeben. Ich darf Ihnen erklären, daß der zuständige politische Offizier der Militärregierung festgestellt hat, daß unsere Satzungen im großen und ganzen für Parteisatzungen vorbildlich seien, daß sie das Vorbild geworden seien auch für die Überprüfung der Parteisatzungen anderer Parteien, weil mit unseren Satzungen eine neue Konstruktion versucht wurde. Die Militärregierung ihrerseits hat aber dann Abänderungen vorgeschlagen, die Ihnen jetzt bekanntgegeben werden.
Die Militärregierung hat weiterhin an uns folgendes Schreiben gerichtet wegen des Abstimmungsmodus bzw. wegen der Behandlung der Satzungen durch zuständige Gremien, wenn ich mich so ausdrücken darf. Ich lese Ihnen das Schreiben vom 16. September vor:

> Die Militärregierung hat keinerlei Einwendungen gegen die vorgelegten überarbeiteten Satzungen der Union, wie sie am 3. September vorgelegt wurden, sofern die in den folgenden Besprechungen abgemachten Änderungen damit ausgenommen worden sind [sic!]. Die Satzungen mit den eingearbeiteten Abänderungen sind möglichst ohne Verzug dem Landesausschuß vorzulegen. Werden sie dort ohne weiteres angenommen, sind der Militärregierung durch den Landesvorsitzenden drei beglaubigte Abschriften der Satzungen in englisch und deutsch zur Geneh-migung vorzulegen. Weiter muß ein Brief mit vorgelegt werden mit der Angabe des Datums der Versammlung, in der die Satzungen beraten wurden, sowie des Ergebnisses der Abstimmung über die Annahme der Satzungen. Sollten erneute Änderungen gewünscht werden, müßten die Satzungen der Militärregierung von Bayern mit diesen Änderungen nochmals zur Überprüfung vorgelegt werden.
> Gez. *Paul Burns*, Oberst.

Meine lieben Freunde! Damit sind Sie zur Genehmigung der Änderungen zuständig geworden, die die Militärregierung vorgeschlagen hat. Wenn Sie heute die Satzungen mit diesen Änderungen annehmen sollten, dann werden die Satzungen umgehend vorgelegt werden. Ich kann nach mündlicher Absprache damit rechnen, daß dann die Satzungen innerhalb von Tagen endgültig genehmigt sind. Dann sind aufgrund der neuen Satzungen sofort die Wahlen in der ganzen Union von unten bis oben hinauf an die Spitze bis zur Landesvorstandschaft vorzunehmen. Wir werden dabei einen Terminkalender aufstellen müssen, und Sie werden gebeten, sich an diesen Terminkalender zu halten, damit wir dann umgehend wirklich eine demokratische Organisation für die ganze Union bekommen.
Beim Abstimmungsmodus in der heutigen Versammlung ist folgendes zu berücksichtigen: Bei der Besprechung bei der Militärregierung wurde folgender Standpunkt dort

als Meinung festgestellt: Die Militärregierung ist zunächst der Auffassung, daß in demokratischer Weise vorgegangen wird und daß sie sich eventuell selbstverständlich dann veranlaßt sieht, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, wenn in irgendeiner Weise etwa ein Beschluß gefaßt werden sollte, der nicht auf der demokratischen Basis steht. Für uns taucht dabei die Frage auf, auch nach der dortigen Meinung: Nachdem die Landesversammlung seinerzeit am 17. Mai die neuen Statuten angenommen hat, wären die bisherigen Gremien überholt, soweit sie nicht ihrerseits wieder bereits in demokratischer Weise gewählt sind. In demokratischer Weise sind gewählt selbstverständlich die Bezirksvertreter, die Repräsentanten vom ganzen Land. Ein Zweifel könnte entstehen, wenn man auf den Modus zurückgreift, wie er seit Bamberg hinsichtlich der Stimmberechtigung der Mitglieder des früheren Arbeitsausschusses eingeführt wurde. Denn der Arbeitsausschuß war eine vorübergehende Einrichtung der Gründungszeit, ist dann als Stimmberechtigung eingeführt worden, wäre aber an und für sich überholt, auch nach der mündlich geäußerten Meinung eines Referenten der Militärregierung. Ich möchte nun meinerseits, damit ja keine Bedenken geäußert werden, daß alle berücksichtigt sind, die irgendwie einmal im Landesausschuß mitgewirkt haben, vorschlagen, daß wir bei den Abstimmungen eine doppelte Abstimmung vornehmen. Es wird uns nicht zu lange aufhalten. Der Grund ist, daß ich keine Divergenzen haben möchte zwischen dem eigentlichen Landesausschuß auf der gewählten Grundlage der Bezirksvertretung und dem größeren, dem früheren erweiterten Landesausschuß, bei dem der Arbeitsausschuß dabei ist. Ich tue das, damit von vornherein feststeht: Dieser Beschluß ist auf jeden Fall glatt angenommen. Sollten Divergenzen im Endresultat der Abstimmungen da sein, dann müßte eben darüber nachträglich entschieden werden. Ich glaube, daß es nicht weiter notwendig sein wird. Aber ich glaube, auf diese Weise bestimmt loyal gegenüber jedermann, auch gegenüber einer eventuellen Minorität zu verfahren.
Sind Sie damit einverstanden? Dann ist der Vorschlag akzeptiert. Ich bitte den stellvertretenden Verbandsgeschäftsführer *Liedig*, die Ergänzungen der Militärregierung vorzutragen.
Liedig: Darf ich noch einen Moment unterbrechen. Ich habe gesehen, daß eine Reihe neuer Besucher gekommen ist. Ich nehme an, daß es zum Teil stimmberechtigte Vertreter von Nürnberg sind.
Ich darf um Nennung der Namen bitten und zugleich fragen, ob Ausweise für die Vertreter vorhanden sind. *Haunhorst*, sammeln Sie bitte einmal die Ausweise der Stimmberechtigten für Nürnberg ein.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, das kann zwischenhinein geschehen. Es kann nachher bei der Abstimmung nochmals festgestellt werden, wieviel Stimmberechtigte anwesend sind. Ich bitte nun, auf die Satzungen einzugehen.
Liedig: Mit der Einladung ist allen stimmberechtigten Mitgliedern der heutigen Versammlung eine Ausfertigung der Satzungen, wie sie von der Militärregierung genehmigt worden sind, zugegangen, jedenfalls den Bezirken zur Verteilung an ihre bevollmächtigten Vertreter. Ich habe noch eine Reihe von Exemplaren hier. Sollte ein stimmberechtigter Vertreter sein Exemplar nicht dabei haben, so kann er hier eines bekommen.
Ich schlage nun vor, daß wir anhand des vorliegenden Textes die Satzungen durchgehen. Dort, wo gegenüber der auf der Landesversammlung vom 17. Mai hier in München angenommenen Textierung keine Abweichungen sind, ist wohl eine nochmalige Verlesung jedes Paragraphen nicht erforderlich.
Oder erhebt sich dagegen Widerspruch?

Im § 2 der Ihnen vorliegenden Ausfertigung ist unter Absatz 2 b ein Schreibfehler unterlaufen. Dort muß es richtig heißen:

sammelt sie Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben

und nicht Mitglieder.
Im § 3 ist ein Zusatz beigefügt, der in der Textierung, wie sie Ihnen vorliegt, nicht exakt gefaßt ist. Wir haben dagegen bei der Militärregierung noch einmal Vorstellung erhoben. Die Fußnote heißt jetzt neu:

Außerdem ist nicht aufnahmefähig,

Weiter bleibt die vorliegende Fassung unverändert:

wer nach den Bestimmungen des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus
1. in die Kategorie I oder II eingereiht ist,
2. sich während einer begrenzten Frist bewähren muß,

mit folgendem Zusatz unter 2

während der Dauer dieser Frist.

§ 7 hatte in der Münchner Fassung unter Ziffer 6 stehen:

Der Ausschluß wird dem Mitglied durch den Vorsitzenden seines Ortsverbandes schriftlich mitgeteilt.

Statt dessen kommt nun die Änderung, wie sie mit Ziffer 6, 7 und 8 vorliegt:

6. Im ersten Schiedsgericht muß ein oder mehrere Mitglieder des Ortsverbandes, dem das betreffende Mitglied angehörte, mit Sitz und Stimme vertreten sein. Das Schiedsgericht muß sich aus unparteiischen Richtern und Beisitzern zusammensetzen.
7. Der Ausschluß wird dem Mitglied durch den Vorsitzenden seines Ortsverbandes schriftlich mitgeteilt.
8. Gegen die Entscheidung des ersten Schiedsgerichtes ist Berufung beim Schiedsgericht des Landesverbandes gestattet. Die Berufung gilt als frist- und formgerecht eingereicht, wenn sie innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung des Ausschlusses schriftlich eingebracht wird. Das Schiedsgericht des Landesverbandes beschließt endgültig.

Diese Bestimmungen, die der Schiedsordnung entnommen sind, sind auf Wunsch der Militärregierung eingefügt worden, weil jedes Mitglied ja in Zukunft im Besitze der Satzungen sein soll und daher über seine verfahrensrechtlichen Möglichkeiten aus der Satzung alles notwendige entnehmen soll.
Bis § 12 einschließlich ist die Münchner Fassung unverändert.
§ 13 lautete in Ziffer 2 der Münchner Fassung, die durch eine Auslassung geändert worden ist, wie folgt:

Der Vorsitzende ist verpflichtet, im ersten Quartal eines jeden Geschäftsjahres eine Hauptmitgliederversammlung einzuberufen. Die Einladung hat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen zu erfolgen.

Statt dessen lautet er in Ziffer 2 jetzt in dem Vorschlag, wie er von der Militärregierung entsprechend Ihren Anregungen genehmigt worden ist:

Der Vorsitzende ist verpflichtet, im ersten Quartal eines jeden Geschäftsjahres eine Hauptmitgliederversammlung einzuberufen.

Es ist eine neue Ziffer 5 angefügt, die folgendermaßen lautet:

Die Hauptmitgliederversammlung und alle weiteren Mitgliederversammlungen sind schriftlich mit einer Frist von einer Woche und unter Angabe der Tagesordnung einzuberufen. Sie sind ferner unter Wahrung der Frist und Angabe der wichtigsten Verhandlungspunkte (Wahlen) in den Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union oder in einer im Bereich des Ortsverbandes verbreiteten Tageszeitung anzuzeigen. In kleinen ländlichen Ortsverbänden kann die öffentliche Bekanntgabe statt durch die Mitteilungen oder durch die Zeitungen in der ortsüblichen Weise (Ausruf, Anschlag) erfolgen.

Hier ist ein Schreibfehler unterlaufen. Es muß heißen "Ausruf" statt "Anruf".
Diese neue Ziffer 5 ist auf Wunsch der Militärregierung eingefügt worden, damit sichergestellt ist, daß jeder von einer möglichen Versammlung Kenntnis erhalten kann.
Der § 15 lautete in der Münchner Fassung in Ziffer 6:

Der Beirat hat die Aufgabe, die Vorstandschaft zu unterstützen und sie in allen politischen Fragen zu beraten. Die Vorstandschaft ist verpflichtet, den Beirat in allen politisch und organisatorisch bedeutsamen Fragen zu hören. In dringenden, eilbedürftigen Fällen, insbesondere solchen gemäß § 13 Absatz 1 Ziffer f-i, kann der Beirat an die Stelle der Mitgliederversammlung treten, doch ist dieser nachträglich innerhalb von sechs Wochen über die gefaßten Beschlüsse zu berichten.

Anstelle dieser Fassung ist nun eine neue Textierung des § 15 Ziffer 6 vorgenommen worden.

Der Beirat hat die Aufgabe, die Vorstandschaft zu unterstützen und sie in allen politischen Fragen zu beraten. Die Vorstandschaft ist gehalten, den Beirat in allen politisch und organisatorisch bedeutsamen Fragen zu hören.

§ 17 Ziffer 1 lautete in der Münchner Fassung:

Der Ortsverband wird aufgelöst:
1. a) durch Beschluß der Mitgliederversammlung,
   b) durch Beschluß der Landesvorstandschaft.

§ 66 dieser Satzung gilt entsprechend.

Die neue Fassung lautet:

Der Ortsverband wird aufgelöst:
1. a) durch Beschluß der Mitgliederversammlung,
   b) durch Beschluß der Landesvorstandschaft.

§ 67 dieser Satzung gilt entsprechend.

Die folgende Ziffer 2 ist neu gefaßt worden und lautet jetzt:

Gegen den Auflösungsbeschluß der Landesvorstandschaft kann schriftlich Berufung beim Schiedsgericht des Landesverbandes eingelegt werden. Die Berufung gilt als frist- und formgerecht eingelegt, wenn sie innerhalb von zwei Wochen nach Zustel-

lung des Auflösungsbeschlusses eingebracht wird und von mindestens einem Viertel der Mitglieder des aufgelösten Ortsverbandes unterschrieben ist. Gegen den Entscheid des Schiedsgerichts ist innerhalb von vier Wochen nach Zustellung Einspruch bei der nächsten Landesversammlung zulässig. Der Einspruch muß von mindestens einem Viertel der Mitglieder des aufgelösten Ortsverbandes unterschrieben sein. Die Landesversammlung entscheidet endgültig.

Im § 18 ist eine redaktionelle Änderung angebracht. Da sind lediglich andere Verweisungsziffern der Paragraphen angegeben. Früher hieß es § 60-72 und jetzt heißt es § 61-73.
§ 24 lautete in der Münchner Fassung folgendermaßen:

Die Kreisversammlung tritt mindestens halbjährlich, sonst nach Bedarf zusammen. Sie ist vom Kreisvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von acht Tagen zu berufen.

Jetzt lautet die Ziffer 1 in der Ihnen vorliegenden endgültigen Textierung:

1. Die Kreisversammlung tritt mindestens halbjährlich, sonst nach Bedarf zusammen.

Ziffer 3 lautet:

§ 13 Absatz 5 gilt entsprechend.

Es ist das die Verweisung auf die Regelung bei den Ortsverbänden, die wir vorhin schon verlesen haben.
Geändert ist ferner der § 26, Ziffer 1. Die Münchner Fassung lautete:

1. Der Kreisbeirat berät und unterstützt die Kreisvorstandschaft bei der Durchführung der dem Kreisverband gestellten Aufgaben. Die Vorstandschaft ist verpflichtet, den Beirat in allen politisch und organisatorisch bedeutsamen Fragen zu hören. In dringenden, besonders eilbedürftigen Fällen (§ 23 Absatz a, b, c und k) kann der Beirat an die Stelle der Kreisversammlung treten, jedoch ist dieser nachträglich innerhalb von sechs Wochen über die gefaßten Beschlüsse zu berichten.

Die neue Fassung lautet:

1. Der Kreisbeirat berät und unterstützt die Kreisvorstandschaft bei der Durchführung der dem Kreisverband gestellten Aufgaben. Die Vorstandschaft ist gehalten, den Beirat in allen politisch und organisatorisch bedeutsamen Fragen zu hören.

§ 29 lautete in der Münchner Fassung folgendermaßen:

Der Kreisverband wird aufgelöst:
1. Durch Beschluß der Landesvorstandschaft.
2. Er gilt als aufgelöst, wenn die Zahl der angeschlossenen Ortsverbände unter drei gesunken ist.

Dann kamen Verweisungszusätze. Jetzt heißt § 29 in der Ihnen vorliegenden Fassung:

Der Kreisverband wird aufgelöst:
1. Durch Beschluß der Landesvorstandschaft.

2. Er gilt als aufgelöst, wenn die Zahl der angeschlossenen Ortsverbände unter drei gesunken ist. § 17, Absatz 2 und § 67, Absatz 4 und 5 dieser Satzung gelten entsprechend.

Bei § 30 ist genau die gleiche redaktionelle Verweisung geändert. Statt 60-72 heißt es jetzt:

§§ 61-73 gelten entsprechend.

In § 34 der Ihnen vorliegenden Fassung ist in Buchstabe e das Wort "hinzu" eingefügt vor "gewählt", so daß Buchstabe e heißt:

Je drei Vertretern der Frauen und Jugend, die auf Vorschlag der Bezirksvorstandschaft von der Bezirksversammlung hinzugewählt werden.

§ 35 lautete in der Münchner Fassung:

Aufgaben der Bezirksversammlung sind:
a) Wahl der Vorstandschaft,
b) Wahl der Mitglieder des Bezirksständerates,
c) Wahl der Mitglieder der Ausschüsse,
d) Wahl der Kassenprüfer,
e) Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag, die Jahresrechnung und die Entlastung der Vorstandschaft.

Ich lese also die alte Fassung vor und nachher die Ihnen vorliegende:

f) Beschlußfassung über die Höhe der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,
g) Beschlußfassung über die den Vorstandsmitgliedern in besonderen Fällen zu erstattenden Barauslagen und Verdienstausfälle,
h) Ausstellung von Wahlvorschlägen für den Landtag,
i) Wahl von Vertretern zur Landesversammlung, zum Landesausschuß und zur Landesvorstandschaft,
k) Aufstellung von Richtlinien für die politische und organisatorische Tätigkeit innerhalb des Bezirksverbandes nach Maßgabe der Beschlüsse des Landesverbandes,
l) Beschlußfassung über sämtliche das Interesse des Bezirksverbandes berührenden, politischen und organisatorischen Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung.

Die Ihnen vorliegende Fassung f) c) ist mißverständlich. Sie muß infolgedessen als neue selbständige Ziffer g) geführt werden, so daß Ziffer g) jetzt heißt:

Wahl eines Vertreters zur Landesvorstandschaft.

Unter f) war die Frage der Vertretung der Frauen und der Jugend geregelt. Darunter ist versehentlich die Wahl eines Vertreters zur Landesvorstandschaft aufgenommen worden.
Dieses c) bitte ich also zu streichen, statt dessen muß die neue Hauptlitera g) eingefügt werden, die ich eben vorgelesen habe.
In der Ihnen vorliegenden Fassung erhält dann Litera g) die Bezeichnung h), Litera h) die Bezeichnung i), Litera i) die Bezeichnung k), Litera k) die Bezeichnung l).

Neu einzufügen ist die Bezeichnung m) mit folgendem Text:

Aufstellung von Wahlvorschlägen für den Bezirkstag bzw. Stadtrat in den großstädtischen Bezirksverbänden.

Die Ihnen vorliegende Fassung unter Litera l) Aufstellung von Richtlinien usw. erhält infolgedessen jetzt die neue Litera h) und die nachfolgende Litera m) Beschlußfassung über sämtliche das Interesse usw. erhält die neu eingesetzte Litera o).

(Zuruf: Noch einmal m) verlesen!)

Das neu dazwischengerückte m) lautet folgendermaßen:

Aufstellung von Wahlvorschlägen für den Bezirkstag bzw. Stadtrat in den großstädtischen Bezirksverbänden.

In § 37 lautete in der Münchner Fassung die Ziffer 2:

Die Vorstandsmitglieder zu a) und b) werden von der Bezirksversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt. Sie sind ehrenamtlich tätig.

Dieser Absatz ist jetzt in der Ihnen vorliegenden Fassung gefallen, so daß der ursprüngliche Absatz 3 jetzt als Absatz 2 in der Ihnen vorliegenden Fassung gilt.
§ 42 alter Fassung bekommt die Paragraphennummer 43, weil ein neuer § 42 in der Ihnen vorliegenden Fassung eingefügt ist. Der neu eingefügte § 42 lautet:

Auflösung:
1. Der Bezirksverband kann nur durch Beschluß der Landesvorstandschaft aufgelöst werden.
2. § 17, Absatz 2 und § 67, Absatz 4 und 5 dieser Satzung gelten entsprechend.

Diese Bestimmung war in der alten Fassung nicht enthalten.
§ 45 alter Fassung entspricht dem § 46 der Ihnen vorliegenden Fassung. Die Münchner Fassung lautete:

1. Die Landesversammlung tagt einmal im Jahr. Sie wird mit einer Frist von 14 Tagen vom Landesvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen.

Jetzt lautet § 46:

Die Landesversammlung tagt einmal im Jahr. Sie wird mit einer Frist von 14 Tagen vom Landesvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Sie ist außerdem fristgerecht in den Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union bekanntzumachen.

Dieser Zusatz ist also gegenüber der früheren Fassung hinzuzusetzen. Im übrigen bleibt der Paragraph unverändert.
§ 47 der Münchner Fassung, jetzt § 48 der Ihnen vorliegenden Fassung ist zu ändern. Er lautete ursprünglich in Ziffer 2:

Insbesondere hat der Landesausschuß folgende Aufgaben:
a) Wahl der Landesvorstandschaft,
b) Wahl der Vorsitzenden der Arbeits- und Organisationsausschüsse,
c) Zustimmung zu den Landtagswahlvorschlägen der Bezirksverbände,
d) Entgegennahme des Rechenschaftsberichts,

e) Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag, die Jahresrechnung und die Entlastung der Landesvorstandschaft,
f) Festsetzung der Beiträge und Beschlußfassung über das Finanzstatut,
g) Besetzung des Schiedsgerichts,
h) Beschlußfassung über organisatorische Fragen,
i) Wahl von zwei Kassenprüfern.

Anstelle dieses § 47 ist der § 48 in der Ihnen vorliegenden Fassung getreten. Er lautet in Ziffer 2:

Insbesondere hat der Landesausschuß folgende Aufgaben:
a) Wahl der Landesvorstandschaft,
b) Wahl der Vorsitzenden der Arbeits- und Organisationsausschüsse,
c) Entgegennahme des Rechenschaftsberichts,
d) Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag, die Jahresrechnung und die Entlastung der Landesvorstandschaft,
e) Festsetzung der Beiträge und Beschlußfassung über das Finanzstatut,
f) Besetzung des Schiedsgerichts,
g) Beschlußfassung über organisatorische Fragen,
h) Wahl von zwei Kassenprüfern,
i) Wahl der Mitglieder des berufsständischen Rates (§ 52 Absatz 2).

§ 48 Münchner Fassung, jetzt § 49, aber in geänderter Fassung, lautete ursprünglich:

Die Landesvorstandschaft besteht aus:
a) dem Landesvorsitzenden,
b) zehn vom Landesausschuß für die Dauer eines Jahres zu wählenden Mitgliedern,
c) je einem von den Bezirksverbänden zu wählenden Vertreter,
d) den Mitgliedern der Staatsregierung, soweit sie der Union angehören,
e) der Vorstandschaft der Landtagsfraktion,
f) der Vorstandschaft des berufsständischen Rates,
g) zwei Vertretern der Frauen,
h) zwei Vertretern der Jugend, die der Landesausschuß auf Vorschlag der Landesvorstandschaft wählt.

Statt dessen ist zur Klarstellung des Textes der § 49 in der Ihnen vorliegenden Fassung getreten:
Die Landesvorstandschaft besteht aus:
a) dem Landesvorsitzenden,
b) zehn vom Landesausschuß[3] für die Dauer eines Jahres zu wählenden Mitgliedern,
c) zwei Vertretern der Frauen,
d) zwei Vertretern der Jugend, die der Landesausschuß auf Vorschlag der Landesvorstandschaft wählt,
e) je einem von den Bezirksverbänden zu wählenden Vertreter,

[3] In der Vorlage: "zehn vom Vertreter des Landesausschusses". Die vorgenommene Korrektur entspricht dem Wortlaut des § 49 b) der Satzung vom 4.Oktober 1946, Text im Anhang, Dok. Nr. XVII, S. 1783ff., hier S. 1797.

f) den Mitgliedern der Staatsregierung, soweit sie der Union angehören,
g) der Vorstandschaft der Landtagsfraktion,
h) der Vorstandschaft des berufsständischen Rates.

Dann ist geändert worden der § 50 Münchner Fassung, jetzt § 51, und zwar ist der letzte Absatz des § 50 alter Fassung gestrichen, der folgendermaßen gelautet hatte:

Die Landesvorstandschaft verteilt ihre Ämter selbst. Sie muß jedoch mindestens ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied und einen Schatzmeister bestellen.

Dieser Absatz ist in der neuen Fassung ganz entfallen, da es eine Frage der Geschäftsordnung der Landesvorstandschaft ist, wie sie ihre Tätigkeit regelt.
Der § 51 alter Fassung, jetzt § 52, lautet in Ziffer 2 folgendermaßen:

Die Mitglieder des berufsständischen Rates werden auf Vorschlag der geschäftsführenden Vorstandschaft von der Landesvorstandschaft gewählt. Bei den Vorschlägen sollen die Wünsche der der Union angehörenden Mitglieder der berufsständischen Organisationen (Bauernverband, Gewerkschaften usw.) sowie die Anregungen der jeweils in Betracht kommenden Ausschüsse berücksichtigt werden.

Jetzt heißt die Fassung in der Ziffer 2, wie sie Ihnen vorliegt:

Die Mitglieder des berufsständischen Rates werden auf Vorschlag der geschäftsführenden Vorstandschaft vom Landesausschuß gewählt. Bei den Vorschlägen sollen die Wünsche der der Union angehörenden Mitglieder der berufsständischen Organisationen (Bauernverband, Gewerkschaften usw.) sowie die Anregungen der jeweils in Betracht kommenden Ausschüsse berücksichtigt werden.

Anstelle der Landesvorstandschaft in der alten Fassung ist also in der neuen Fassung der Landesausschuß getreten.
§ 52 alter Fassung, also jetzt § 53 der Ihnen vorliegenden Fassung, lautete vorher:

1. Zu ihrer Entlastung und zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebes wählt die Landesvorstandschaft aus ihrer Mitte eine aus sieben Mitgliedern bestehende geschäftsführende Landesvorstandschaft. Art und Umfang der Aufgaben der geschäftsführenden Landesvorstandschaft bestimmt die Landesvorstandschaft.

Statt dessen ist auf Anregung der Militärregierung folgende Fassung getreten:

1. Zur Entlastung der Landesvorstandschaft, zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebes und der Beratung dringender Angelegenheiten bildet der Landesvorsitzende aus der Mitte der Landesvorstandschaft eine aus sieben Mitgliedern bestehende geschäftsführende Landesvorstandschaft.

(Zuruf: Ohne Wahl?)

Die Ihnen vorliegende Fassung § 53 Ziffer 1 ist auf einen Wunsch der Militärregierung eingefügt worden.
Ich wiederhole den Text.
(Redner wiederholt § 53 Ziffer 1)

(Widerspruch.)

§ 53 alter Fassung, § 54 neuer Fassung, lautete ursprünglich:

Der Landesvorsitzende führt die Geschäfte der Union und vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich. Seine Vertretungsbefugnis ergibt sich aus § [60] dieser Satzung. Der Landesvorsitzende wird von der Landesversammlung für die Dauer eines

Jahres mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Er kann sich vermöge schriftlicher Vollmacht durch jedes Mitglied der geschäftsführenden Landesvorstandschaft vorübergehend für einen Teilbereich seiner Aufgaben vertreten lassen. Für den Fall einer vorzeitigen Erledigung des Landesvorsitzes hat die Landesvorstandschaft bis zur Neuwahl unverzüglich einen vorläufigen Vorsitzenden aus ihrer Mitte zu berufen. Die Genehmigung des Landesausschusses ist innerhalb von vier Wochen nachzuholen. Der Landesvorsitzende kann jederzeit an allen Sitzungen, Versammlungen und sonstigen Zusammenkünften der Organe aller Verbände der Union stimmberechtigt teilnehmen.

Statt dessen lautet § 54 der Ihnen vorliegenden Fassung jetzt folgendermaßen:

Der Landesvorsitzende führt die Geschäfte der Union und vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich. Seine Vertretungsbefugnis ergibt sich aus § 63 dieser Satzung.

1. Der Landesvorsitzende wird von der Landesversammlung für die Dauer eines Jahres mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Wiederwahl ist zulässig.
2. Für den Fall einer vorzeitigen Erledigung des Landesvorsitzes hat die Landesvorstandschaft bis zur Neuwahl unverzüglich einen vorläufigen Vorsitzenden aus ihrer Mitte zu berufen. Die Genehmigung des Landesausschusses ist innerhalb von vier Wochen nachzuholen.

(Widerspruch. Zuruf: Sie haben den zweiten Satz des neuen § 54 ausgelassen.)

Der zweite Satz der neuen Fassung des § 54 lautet:

Er kann sich vermöge schriftlicher Vollmacht durch jedes Mitglied der geschäftsführenden Landesvorstandschaft vorübergehend oder für einen Teilbereich seiner Aufgaben vertreten lassen.

Der § 54, so wie er Ihnen vorliegt, ist also textlich unverändert. Er ist lediglich gegenüber der früheren Münchner Fassung verändert.
Dr. *Kroth*: Was bedeutet die Ziffer 3 bei § 54 vor "Der Landesvorsitzende"?
Liedig: Das ist ein technischer Fehler in der Vervielfältigung. Ich bitte, das zu entschuldigen. Es heißt:

Landesvorsitzender: Der Landesvorsitzende führt die Geschäfte usw.

§ 55 alter Fassung, jetzt § 56 der Ihnen vorliegenden Fassung, lautete:

Der Landesgeschäftsführer ist der Leiter der Geschäftsstelle des Landesverbandes. Er erledigt seine Aufgaben nach den Weisungen des Landesvorsitzenden nach Maßgabe der von dem Landesvorstand beschlossenen Dienstanweisung. Er kann an allen Sitzungen und Versammlungen der Organe der Union teilnehmen.

In der neuen Fassung heißt es:

Der Landesgeschäftsführer ist der Leiter der Geschäftsstelle des Landesverbandes. Er erledigt seine Aufgaben nach den Weisungen des Landesvorsitzenden und nach Maßgabe der von dem Landesvorstand beschlossenen Dienstanweisung. Er kann an allen Sitzungen und Versammlungen der Organe der Union beratend teilnehmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Da sich bereits Freunde zum Wort melden, würde ich vorschlagen, Wortmeldungen zurückzustellen, bis die ganze Satzung behandelt ist.
Dr. *Hundhammer*: Wir wollen abwarten.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich werde Zettel verteilen lassen. Ich bitte, sich nachher schriftlich zu melden, damit man eine entsprechende Reihenfolge hat.
Liedig: § 56 der Münchner Fassung, jetzt § 57 der Ihnen vorliegenden Fassung, lautete:

> Für das vom Landesausschuß zu bildende Schiedsgericht gelten die Bestimmungen der Schiedsordnung.

Darüber ist jetzt in § 57 der Ihnen vorliegenden Fassung klar ausgeführt worden:

> Der Landesverband hat ein Schiedsgericht zu errichten. Zuständigkeit und Verfahren richten sich nach der von der Landesversammlung beschlossenen Schiedsordnung. Über die Besetzung beschließt der Landesausschuß.

Das sind Bestimmungen, die aus dem Entwurf der Schiedsordnung hierher entnommen wurden.
§ 57 der alten Fassung, § 58 der Ihnen vorliegenden Fassung, lautete:

> Die Union wird aufgelöst:
> a) durch Beschluß der Landesversammlung,
> b) durch Eröffnung des Konkursverfahrens über ihr Vermögen,
> c) durch Entziehung der Rechtsfähigkeit (§ 43 BGB),
> d) im Falle des § 73 BGB.

In b) ist das Wort "Eröffnung" durch "Erklärung" richtiggestellt worden, so daß § 58 lautet:

> Die Union wird aufgelöst:
> a) durch Beschluß der Landesversammlung,
> b) durch Erklärung des Konkurses durch ein zuständiges Gericht,
> c) durch Entziehung der Rechtsfähigkeit (§ 43 BGB),
> d) im Falle des § 73 BGB.

Im § 58 ist nur eine redaktionelle Änderung vorzunehmen. Es sind die Verweisungsziffern geändert. Sie lauten jetzt:

> §§ 61-73 gelten entsprechend

Der § 61 alter Fassung ist neu gefaßt und lautet jetzt als § 62:

> Geschäftsstellen:
> 1. Zur Sicherung eines reibungslosen Geschäftsbetriebes kann die Landesvorstandschaft in den Bezirken und Kreisen Geschäftsstellen errichten. Diese haben rein verwaltungsmäßigen Charakter und sind nicht berechtigt, sich in die politischen inneren Angelegenheiten der Verbände einzumischen.
> 2. Das Personal der Geschäftsstellen wird durch die Landesvorstandschaft angestellt und bezahlt.

Die alte Fassung dieses Paragraphen lautete folgendermaßen:
Geschäftsführer:

> 1. Die Landesvorstandschaft stellt für in der Regel zwei oder mehr Kreisverbände und für jeden Bezirksverband einen Geschäftsführer an. Die Geschäftsführer führen die Bezeichnung Kreis- bzw. Bezirksgeschäftsführer.

2. Die Anstellung erfolgt auf Vorschlag der betroffenen Kreise und Bezirksvorstandschaften. Kommt eine Verständigung über den ersten und gegebenenfalls zweiten Vorschlag nicht zustande, ist die Landesvorstandschaft berechtigt, von sich aus einen Geschäftsführer einzusetzen.
3. Das Recht, Geschäftsführer einzustellen, einzusetzen und abzuberufen steht lediglich der Landesvorstandschaft im Einvernehmen mit den Kreis- bzw. Bezirksvorstandschaften zu. Kommt ein Einvernehmen nicht zustande, entscheidet die Landesvorstandschaft mit Zweidrittelmehrheit.
4. Das Gehalt der Geschäftsführer wird vom Landesverband getragen. Die sonstigen Kosten der Geschäftsstelle werden von den Verbänden aufgebracht, für die sie errichtet sind.
5. Die Aufgaben der Geschäftsführer werden durch eine von der Landesvorstandschaft beschlossene Dienstanweisung geregelt.
6. Der Geschäftsführer untersteht der Dienstaufsicht des Landesvorsitzenden. Der Landesvorsitzende kann dieses Recht auf das geschäftsführende Vorstandsmitglied oder auf den Landesgeschäftsführer übertragen. Die Geschäftsführer sind an die politischen Weisungen des Landesvorsitzenden und der Vorsitzenden, für deren Bereich sie eingesetzt sind, gebunden.
7. Die Geschäftsführer nehmen an allen Sitzungen und Versammlungen der Organe der Verbände ihres Anstellungsbereiches teil.

Anstelle dieses, man könnte fast sagen, eine Dienstanweisung enthaltenden Paragraphen, ist jetzt also § 62 der Ihnen vorliegenden Fassung getreten, die ich bereits verlesen habe.
§ 63 der vorliegenden Fassung lautete früher in Ziffer 2:

> Rechtsverbindliche Erklärungen und politische Erklärungen von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung müssen vom Vorsitzenden und einem weiteren Vorstandsmitglied unterschrieben sein. Finanzielle Verpflichtungen bedürfen ausserdem der Genehmigung des Schatzmeisters.

Statt dessen heißt es jetzt in Ziffer 2 der Ihnen vorliegenden Fassung:

> Rechtsverbindliche Willenserklärungen und politische Erklärungen von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung müssen vom Vorsitzenden und einem weiteren Vorstandsmitglied unterschrieben sein.

Neu ist dann als selbständiger Absatz 3 angefügt:

> Für das Eingehen finanzieller Verpflichtungen gelten die Bestimmungen des Finanzstatuts.

Früher hieß es:

> Finanzielle Verpflichtungen bedürfen außerdem der Genehmigung des Schatzmeisters.

Aber da es möglich ist, daß im Finanzstatut eine andere Regelung getroffen werden kann, ist auf dieses Statut einfach verwiesen worden.
§ 63 entspricht dem § 64 der Ihnen vorliegenden Fassung. Die alte Bestimmung lautete in Ziffer 2:

> Die Kassen- und Rechnungsprüfung jedes Unterverbandes ist am Schlusse eines Geschäftsjahres und außerdem mindestens halbjährlich noch einmal von zwei Kas-

senprüfern und dem Vorsitzenden oder einem von ihm zu benennenden Vertreter sachlich und formal zu prüfen.

Jetzt lautet die Fassung:

Die Kassen- und Rechnungsprüfung jedes Unterverbandes sowie des Landesverbandes ist am Schlusse eines Geschäftsjahres und außerdem mindestens halbjährlich noch einmal von zwei unabhängigen, geprüften Kassenprüfern und dem Vorsitzenden oder einem von ihm zu benennenden Vertreter sachlich und formal zu prüfen.

§ 67 der Ihnen vorliegenden Fassung lautete früher:

1. Alle Organe der Union fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende. Die Organe sind beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist. Wird Beschlußunfähigkeit festgestellt, so ist innerhalb von vier Wochen eine weitere Versammlung einzuberufen, die dann mit einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen beschließen kann.
2. Auflösungsbeschlüsse können nur gefaßt werden, wenn
   a) beim Ortsverband mindestens drei Viertel aller Mitglieder anwesend sind und davon zwei Drittel der Auflösung zustimmen,
   b) beim Landesverband mindestens drei Viertel aller Mitglieder der Landesversammlung anwesend sind und davon zwei Drittel der Auflösung zustimmen.
3. Wird die Anwesenheit von drei Viertel der Mitglieder bei der ersten Versammlung nicht erreicht, so kann eine zweite Versammlung berufen werden, die dann mit einfacher Mehrheit der Erschienenen beschließt.
4. Im Falle der Auflösung gelten die letzten Vorstandsmitglieder als Liquidatoren, sofern nicht bei den Ortsverbänden die Mitgliederversammlung, bei den Kreisverbänden die Kreisversammlung und beim Landesverband die Landesversammlung andere Liquidatoren wählt. Für die Tätigkeit, Vergütung und Verantwortung der Liquidatoren gelten die Bestimmungen über den Vorstand entsprechend.
5. Bei Auflösung eines Ortsverbandes geht das Vermögen auf den Kreisverband über. Das Vermögen aufgelöster Kreisverbände geht auf die Bezirksverbände über, das Vermögen aufgelöster Bezirksverbände gilt als an den Landesverband übertragen. Bei Auflösung des Landesverbandes geht das Vermögen der Union je zur Hälfte an die Caritas und an die Innere Mission.

Die Fassung des § 67, wie sie Ihnen vorliegt und die an die Stelle dieser Fassung, wie ich sie eben vorgelesen habe, tritt, lautet folgendermaßen:

1. Alle Organe der Union fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit.

Die Ihnen vorliegende Fassung hat wegen der Frage der Untervertretung, wie sie auch heute akut war, folgende Einfügung zu bekommen:

Jeder stimmberechtigte Vertreter muß seine Stimmberechtigung durch schriftliche Vollmacht des von ihm vertretenen Organs der Partei nachweisen.

Es geht dann weiter - ich verlese langsam und diktiere:

Mit Zustimmung des vertretenen Organs kann ein stimmberechtigter Vertreter im Falle dringender Verhinderung seine Stimme durch schriftliche Vollmacht auf einen von ihm namhaft zu machenden Vertreter fallweise übertragen.

Soll ich die ganze Einfügung jetzt noch einmal verlesen oder ist es nicht erforderlich?

(Nein!)

Dann bleibt § 67 abgesehen von dieser Einfügung in der Ihnen vorliegenden Fassung unverändert. Die Veränderungen gegenüber der früheren Fassung darf ich noch ergänzen. Ziffer 1 haben wir eben durchgearbeitet. Ziffer 2 entspricht der Ziffer 2, wie sie auch in der Münchner Fassung war, Ziffer 3 der Ihnen vorliegenden Fassung und Ziffer 4 sind zu ändern. Ziffer 5 entspricht wieder der früheren Fassung. Ich lese die Ihnen vorliegende Fassung, also die neue Textierung vor:

3. Wird die Anwesenheit von drei Viertel der Mitglieder bei der ersten Versammlung nicht erreicht, so beschließt diese einen Termin, zu dem eine neue Versammlung frühestens nach Ablauf einer Woche und innerhalb von vier Wochen einzuberufen ist, die dann mit einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen über die Auflösung beschließt.

Dann heißt es weiter:

4. Im Falle der Auflösung gelten die letzten Vorstandsmitglieder als Liquidatoren, sofern nicht bei den Ortsverbänden die Mitgliederversammlung, bei den Kreisverbänden die Kreisversammlung, bei den Bezirksverbänden die Bezirksversammlung und beim Landesverband die Landesversammlung andere Liquidatoren wählt. Für die Tätigkeit, Vergütung und Verantwortung der Liquidatoren gelten die Bestimmungen über den Vorstand entsprechend.
5. Im Falle der Auflösung durch Beschluß der Landesvorstandschaft kann dieser zugleich die Liquidatoren bestellen.

Ziffer 6 in der Ihnen vorliegenden Fassung ist unverändert.
Die Ziffer 3 der Münchner Fassung des § 67, § 68 der Ihnen vorliegenden Fassung, ist in Ziffer 3 und 4 neu gefaßt. Die alte Ziffer 3 der Münchner Fassung lautete:

3. Die Anträge sind so zeitig zu stellen, daß sie noch in die mitzuteilende Tagesordnung aufgenommen werden können. Spätere Anträge sind nur zulässig, wenn sie sich erst aus der Versammlung selbst ergeben oder von der Mehrheit der Versammlung zugelassen werden.

Statt dessen lautet die Ziffer 3 der Ihnen vorliegenden Fassung:

Die Anträge sind so zeitig zu stellen, daß sie noch in die mitzuteilende Tagesordnung aufgenommen werden können.

Neu hinzugefügt ist eine Ziffer 4:

Anträge, die - ohne in unmittelbarem Zusammenhang mit den Verhandlungsgegenständen zu stehen - erst während einer Sitzung oder Versammlung eingebracht werden, werden zwar entgegengenommen, doch entscheidet die Versammlung, ob sie sofort oder erst zu einem späteren Termin beraten werden sollen.

Dr. *Hundhammer*: Das Wort "eine" in Ziffer 4 ist wohl zu streichen?
Liedig: Es ist ein Diktatfehler.
§ 71 der Münchner Fassung - § 72 der Ihnen vorliegenden Fassung - lautete:

1. Die Landesvorstandschaft hat ein Aufsichtsrecht über die Geschäftsführung und die Politik sämtlicher Unterverbände der Union.

2. Die Landesvorstandschaft kann aus ihrer Mitte ein Mitglied mit der Ausübung dieser Aufsicht beauftragen.
3. Das mit der Aufsicht beauftragte Mitglied der Landesvorstandschaft kann von den Organen der Unterverbände der Union sämtliche Unterlagen anfordern und alle Auskünfte verlangen, die zur Ausübung dieses Rechtes erforderlich sind. Es kann ferner an sämtlichen Sitzungen, Versammlungen und sonstigen Zusammenkünften innerhalb der Union stimmberechtigt teilnehmen.

Statt diesem § 71 gilt die Ihnen vorliegende Fassung. Gegenüber der früheren Fassung sind geändert worden Ziffer 1 und 3. Der § lautet jetzt als § 72 folgendermaßen:

1. Die Landesvorstandschaft hat das Recht, den Geschäftsbetrieb und die Kassenbücher aller Unterverbände der Union zu überprüfen, damit der Geschäftsbetrieb dieser Verbände entsprechend den Anordnungen des Landesausschusses durchgeführt wird.

Die Ziffer 2 entspricht der Fassung, wie sie in der Münchner Fassung schon festgelegt war. Ziffer 3 lautet jetzt:

Das mit der Aufsicht beauftragte Mitglied der Landesvorstandschaft kann von den Organen der Unterverbände sämtliche Unterlagen anfordern und Auskünfte verlangen, die zur Ausübung dieses Rechtes erforderlich sind.

§ 73 der Ihnen vorliegenden Fassung, früher § 72, lautete in Ziffer 1 folgendermaßen:

1. Die Verbände der Union können keine wirtschaftlichen Beteiligungen und keine Fusionen irgendwelcher Art eingehen. Sie dürfen sich auch selbst nicht wirtschaftlich betätigen.

§ 73 lautet jetzt folgendermaßen:

1. Die Verbände der Union können keine wirtschaftlichen Beteiligungen und keine wirtschaftlichen und politischen Fusionen gleich welcher Art eingehen. Sie dürfen sich auch selbst nicht wirtschaftlich betätigen.

Ziffer 2 bleibt unverändert.
Nach diesem § 73, wie ich ihn eben verlesen habe, ist neu einzufügen ein neuer § 74:

Änderungen: Änderungen dieser Satzung können nur von der Landesversammlung mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden.

Ich wiederhole den neuen § 74.
(Redner wiederholt den Paragraphen.)
Der § 74 der Ihnen vorliegenden Fassung erhält die Bezeichnung § 75 und wird redaktionell in der Ziffer 1 wie folgt geändert. Es bleibt bestehen:

Diese Satzung ist in der am 17. Mai 1946 in München stattgefundenen Landesversammlung beschlossen.

Hier ist neu einzufügen der heutige Akt mit folgenden Worten:

und durch den am 4. Oktober 1946 in München zusammengetretenen Landesausschuß in dieser überarbeiteten Form angenommen worden.

Im übrigen bleibt die Satzung in Ziffer 1:

Sie tritt sofort in Kraft und ist jedem Mitglied auszuhändigen.

bestehen und ebenso die Ziffer 2.

Damit habe ich die Änderungen der Satzung vergleichsweise bekanntgegeben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir treten in die Diskussion ein. Bevor ich die Diskussion eröffne, bitte ich Sie um folgendes: Denken Sie, bitte, daran, daß Änderungen, die vorgeschlagen werden, dann, wenn sie der Mehrheit nicht absolut notwendig erscheinen, ein Funktionieren der Organisation der Union behindern. Denn dann sind erst wer weiß wie lange Verhandlungen notwendig, bis die einzelnen Änderungen durchgesetzt werden. Wenn Sie redaktionelle Änderungen haben, dürfte das natürlich keine Schwierigkeit bedeuten.
Erste Wortmeldung: Dr. *Hundhammer*.
Dr. *Hundhammer*: Die Satzungen, wie sie uns jetzt vorliegen, sind - ich glaube, den Eindruck haben Sie alle mit mir jetzt gewonnen - ein außerordentlich umfangreiches und zum Teil kompliziertes Werk geworden, und auch der Aufbau, der Apparat der Partei im ganzen ist ein sehr umfangreicher Bau geworden. Ich glaube, es wird zweckmäßig sein, wenn wir dafür einen Lehrstuhl für Parteisatzungen beantragen. Auf alle Fälle wird es notwendig sein, die Kenntnis der Satzungen bei unseren Funktionären sehr eingehend zu pflegen und zu fördern. Denn gerade bei dem großen Kreis der Funktionsträger, die wir haben, wird es viele geben, die sich nicht ohne weiteres in dem Umfang in die Satzungen vertiefen werden, wie es zum vollen Verständnis notwendig wäre. Ich hätte lieber kürzere Satzungen gesehen.
Vorweg ein paar kleinere Einzelheiten, die mir bei der Bekanntgabe aufgefallen sind: Einmal möchte ich die Frage aufwerfen, warum keinerlei Selbstauflösungsrecht der Kreis- und Bezirksverbände vorgesehen ist. Dann, bei Artikel 62, wurde nach meinen Notizen - ich weiß nicht, ob ich mich irre - am 17. Mai seinerzeit als Text noch beschlossen:

> Das Personal der Geschäftsstelle wird durch die Landesvorstandschaft im Einvernehmen mit den Vorsitzenden der Kreis- und Bezirksverbände angestellt und bezahlt.

So lauten meine Notizen.

(Zuruf: Jawohl!)

Liedig: Das ist so verlesen worden.
Dr. *Hundhammer*: Das fehlt aber im Text, der uns vorliegt.

(Zustimmende Zurufe.)

Liedig: Der jetzige § 62 weist eine ganz andere Fassung als der ursprüngliche § 61 der Münchner Fassung auf. Die Münchener Fassung, die ich verlesen habe, habe ich mit dieser Änderung verlesen, wie Sie sie eben zitiert haben.
Dr. *Hundhammer*: Auf diesen Zusatz wollten wir nicht ohne weiteres verzichten, wenn nicht eine ganz besondere Begründung dazu gegeben werden kann. Aber ich glaube, das sind kleinere Nebensächlichkeiten. Der einzige Punkt, der mir in der ganzen Diskussion heute vor der Endabstimmung über die Satzungen wesentlich erscheint, ist der, ob an der Spitze der Partei ein einzelner Vorsitzender stehen soll, oder ob wir eine kollegiale Führung durch die Vorstandschaft haben sollen. Die beiden hierfür in Betracht kommenden §§ sind die §§ 49 und 53. Ich werde auf diese beiden hernach noch zurückkommen. Beim § 64 hätte ich noch etwas vorweg zu erwähnen: Er sieht jetzt vor, daß die Kassen- und Rechnungsprüfung jedes Unterverbandes am Schluß

des Geschäftsjahres und noch außerdem halbjährig einmal von zwei unabhängigen geprüften Kassenprüfern und dem Vorsitzenden zu überprüfen sind.

(Zuruf: Wer zahlt das!)

Eine Prüfung durch geprüfte Kassenprüfer verstehe ich für die Landesorganisation, vielleicht auch noch für die Bezirksorganisation, aber für die Kreisorganisationen draußen in jedem Bezirk und eventuell sogar für die Ortsverbände - ich weiß nicht, ob das auch darunter zu verstehen ist -, das würde ich als außerordentlich weitgehend erachten, als zu weitgehend.

(Zurufe: Jawohl!)

Nun aber zu den anderen Bestimmungen: Zu § 53. Der § 53 sagt:

> Zur Entlastung der Landesvorstandschaft, zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebes bildet der Landesvorsitzende aus der Mitte der Landesvorstandschaft eine aus sieben Mitgliedern bestehende geschäftsführende Landesvorstandschaft.

Dieser Punkt ist etwas von dem sogenannten Führerprinzip, gegen das ich mich bei den früheren Beratungen der Satzung gewendet habe. Wenn dieser Passus bliebe, könnte ich für meine Person - abgesehen von einem zweiten dann noch - die Satzungen nicht annehmen. Ich würde es vielmehr für richtig halten, dann hier einzusetzen - wenn man die Bestimmung als solche lassen will -

> Zur Entlastung der Vorstandschaft ... wird ein aus den Vorsitzenden der Bezirksverbände gebildetes Sondergremium geschaffen.

Nach den demokratischen Grundsätzen, nachdem die ersten Vorsitzenden doch gewählt sind, müßte das die Stelle sein, die autorisiert ist, hier als kleiner Kreis, meinetwegen zusammen dann mit dem ersten Landesvorsitzenden, zu sprechen und zu handeln.
Dann aber beim § 49, in dem vorgesehen ist, daß die Landesvorstandschaft aus dem Landesvorsitzenden usw. besteht, da stelle ich den Antrag - ich bitte, auch meine vorherige Anregung als Antrag zu nehmen - ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, die Anträge zu formulieren.
Dr. *Hundhammer*: Wird geschehen. Ich reiche ihn noch schriftlich ein. Bei § 49 a stelle ich den Antrag, daß nicht *ein* Landesvorsitzender gewählt wird, sondern eine Landesvorstandschaft, bestehend mindestens aus dem ersten, zweiten und dritten Landesvorsitzenden, jedenfalls bestehend aus mehreren Mitgliedern. Den Antrag möchte ich erst nach der Diskussion formulieren.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf darauf hinweisen, daß in der schriftlichen Einladung für die heutige Landesausschußsitzung eigens stand: Etwaige Abänderungsvorschläge sind spätestens zu Beginn der Landesausschußsitzung schriftlich vorzulegen.

(Zurufe des Widerspruchs!)

Wir müssen die Satzungen tatsächlich heute durchbringen. In nicht allzu langer Zeit ...

(Zurufe: Wir haben die Satzungen ja erst gekriegt.)

Zu dem was Dr. *Hundhammer* gesagt hat, darf ich folgendes erklären: Die Landesversammlung hat die Statuten auch so angenommen, aufgenommen wurden nur die Abänderungsvorschläge der Militärregierung. Die Abänderungen wurden nicht etwa unsererseits gemacht. Die Militärregierung hatte - das habe ich vorhin erklärt - aus Uni-

onskreisen eine Schrift bekommen, in der gegen die von der Landesversammlung angenommenen Statuten Stellung genommen wurde. Es war das sicher kein gewöhnlicher Vorgang.
Dr. *Hundhammer*: Aber nicht von mir und nicht im Einverständnis mit mir.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf weiter sagen, Dr. *Hundhammer*, laut Aktennotiz vom 16. September 1946 war Dr. *Hundhammer* am Samstag vor dem 16.

mit einigen Begleitern und seiner Sekretärin bei Oberstleutnant *Burns* gewesen und habe sich nach unseren Satzungen erkundigt. Dabei gebrauchte er gegen den angeblich dort niedergelegten Willen zu diktatorischer Führung recht scharfe Worte. Oberstleutnant *Burns* gab ihm dann die Satzungen zur Durchsicht. Der ganze Verlauf wurde durch Dr. *Hundhammers* Sekretärin schriftlich festgehalten.
Hundhammer machte dann Einwendungen gegen verschiedene Paragraphen unserer Satzungen, vor allem gegen einige, die inzwischen bereits geändert worden sind. *Burns* erklärte ihm hierauf jeweils, daß die in Frage kommenden Paragraphen bereits geändert seien, oder sagte wie im § 62 (Geschäftsstellen), daß sie in dieser Form für die Militärregierung durchaus annehmbar seien. Am Schluß der Unterredung erklärte Dr. *Hundhammer* dann, in dieser Form sei er natürlich mit den Satzungen auch einverstanden und habe nichts dagegen einzuwenden. Oberstleutnant *Burns* fand es auffallend, wie schnell Dr. *Hundhammer* seine Haltung von scharfer Ablehnung bis zur begeisterten Aufnahme änderte, sobald er den Standpunkt der Militärregierung erfahren hatte.

(Dr. *Hundhammer*: Zur Richtigstellung!)

Herr Dr. *Hundhammer*, ich habe in aller Ruhe das vorgetragen, was *Burns* erklärt hat. Ich habe schon früher Herrn Dr. *Hundhammer* darauf aufmerksam gemacht. Es war deswegen, weil es mir nicht unbedingt notwendig erscheint, daß jemand, der in der Landesversammlung überstimmt wurde - die Satzungen wurden bekanntlich damals angenommen, ich glaube gegen drei oder fünf Stimmen,

(Zuruf: 181)

verschwindend wenig Stimmen im Vergleich zu den 200 Stimmen, die dafür waren ...
Daraufhin hat Dr. *Hundhammer* erklärt, er sei nicht aus eigenem Antrieb hingegangen, sondern vorgeladen worden. Wir haben nun von der Militärregierung folgendes erfahren, und zwar vom Vertreter des Oberstleutnant *Burns*: Dieser Vertreter hat festgestellt, daß Dr. *Hundhammer* seitens der Militärregierung weder eingeladen noch bestellt worden ist.

Er verneinte dies entschieden und erklärte, Dr. *Hundhammer* sei überraschend und ohne irgendwelche Aufforderung der Militärregierung dort erschienen. Die Frage, ob Dr. *Hundhammer* am Ende der Besprechungen über die Satzungen noch Einwände geltend gemacht oder Vorbehalte aufrechterhalten habe, verneinte er entschieden. Dr. *Hundhammer* habe sich im Gegenteil mit den Satzungen in dieser Form grundsätzlich zufriedengestellt erklärt.

Dr. *Hundhammer*: Ich bitte ums Wort zur Richtigstellung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Hundhammer*.
Dr. *Hundhammer*: Ich erkläre hierzu folgendes:
1. Ich bin nicht auf eigene Anregung zur Militärregierung gegangen, sondern mir ist mitgeteilt worden, daß ich kommen soll. Ich bitte, wenn Zweifel dareingesetzt werden, Herrn Oberst *Burns* zu fragen und mich ihm gegenüberzustellen.

2. Es ist unwahr, wenn behauptet wird, ich wäre nicht bestellt worden. Es wurde mir sogar der Termin mitgeteilt, wann ich kommen sollte, ohne daß ich Herrn Oberst *Burns* vorher kannte.
Es ist ferner unwahr, daß ich mit einigen Begleitern und einer Sekretärin dort gewesen bin. Ich war allein dort, ohne Begleiter. Ich habe mich mit niemand hinbestellt gehabt, auch keine Sekretärin war dabei. Ich war ganz allein dort. Auch in dem Punkt sind die aufgestellten Behauptungen nicht richtig und entsprechen absolut nicht den Tatsachen.
Zu den weiteren Einzelheiten möchte ich sagen, daß ich bei Oberst *Burns* die Satzungen vorgelegt bekam, dann gefragt wurde, wie ich mich dazu stelle. Dann habe ich meinen Standpunkt dort dargelegt. Ich bestreite aber ausdrücklich, daß ich von meiner Seite dazu den Anstoß gegeben hätte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich will keine lange Debatte darüber, erstens hat *Burns* es mir persönlich gesagt, dann dem Herrn *Haunhorst* erklärt. Wir brauchen darüber...
Dr. *Hundhammer*: Gegenüberstellen!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zum rein Sachlichen - meine lieben Freunde, ich bitte um Ruhe - darf ich bemerken: Ich weiß es, daß von Diktatur usw. im ganzen Lande jetzt herumgeschrieen wird. Es kommt mir wirklich nicht darauf an, eine Diktatur zu führen. Im Gegenteil, ich glaube, daß viele vielleicht sogar den gegenteiligen Einwand haben, daß man da und dort energischer durchgreifen soll. Es liegt in der Hinsicht die eine und andere Resolution vor, die mir zugeschickt worden sind. Auf der anderen Seite ist es so: Irgend jemand muß die Verantwortung übernehmen. Er kann aber die Verantwortung nur tragen, wenn die Union geschlossen dasteht. Ich habe zunächst als Landesvorsitzender die Verantwortung zu übernehmen gehabt. Ich begrüße den Tag, an dem die Landesvorstandschaft gewählt ist. Das kann ich ruhig sagen, weil rein physisch ein einzelner die ganze Arbeit nicht durchhalten kann, um so mehr, als die Freunde im ganzen Land wissen, daß ich im Wahlkampf dauernd, immer und immer wieder, tätig bin. Wenn die Freunde aus Nürnberg sprechen, so werden sie bestätigen, daß ich allein an einem Samstag-Sonntag acht Reden in Nürnberg gehalten habe. Es ist nicht durchzuhalten, aber wenn sie dastehen, müssen sie die Verantwortung tragen und jeder Vorwurf der Diktatur ist in dem Falle ungerechtfertigt. Freilich muß man dann bestimmte Entscheidungen treffen. Die Militärregierung hat eine Änderung vorgenommen, die vielleicht von Ihnen, wenn Sie übelwollen, in dem Sinne ausgelegt werden kann, daß der Landesvorsitzende zuviel Recht hätte, wenn er aus der Landesvorstandschaft das Gremium bestellt, das mit ihm dann unmittelbar die Verantwortung teilt. Es wird ja aus der gewählten Landesvorstandschaft bestellt. Auf der anderen Seite ist auch die Anregung nicht von mir gekommen. Im Gegenteil ist dieser Wunsch von der Militärregierung geäußert worden, und zwar deswegen, weil das dem amerikanischen Parteileben entspricht, weil dort der Mann, der die Verantwortung hat, für die Dauer, für die er gewählt ist, auch die Männer bestellt, die mit ihm die Verantwortung tragen. Er ist für sie mitverantwortlich. Er leidet darunter, wenn sie Fehler machen. Infolgedessen soll er - das ist die Darstellung, die die Militärregierung gegeben hat - seinerseits dabei die Verantwortung von vornherein mit übernehmen müssen. Werden von der Landesvorstandschaft die einzelnen Leute gewählt, so wie es bisher war, dann wird im Streitfall nach der Auffassung, wie sie dort in Amerika herrscht, die Verantwortung dem Landesvorsitzenden zum Teil abgenommen. Man erklärt dann: Ist die Zeit abgelaufen, dann muß der Landesvorsitzende, wenn er Fehler gemacht hat, an und für sich ausscheiden und wird nicht mehr gewählt. Auch wenn

seine Mitarbeiter Fehler machen, muß er dafür geradestehen. Das ist der Grund, der mir vorgeführt wurde. Ich habe kein Wort in dem Sinne von mir aus vorgebracht. Ich war überrascht, weil ich vorher Kenntnis von der Schrift bekommen habe, die aus der Union gegen die Satzung eingereicht worden ist und die die Diktatur des Landesvorsitzenden besonders in den Vordergrund gestellt hat.
Das ist das Ergebnis der Verhandlungen gewesen. Die anderen Änderungen, wie sie vorgeschlagen wurden, wurden von der Militärregierung durchwegs ihrerseits an uns herangebracht, nicht etwa von uns angeregt. Ich habe mich bei diesen ganzen Verhandlungen sehr zurückgehalten. Das hat im wesentlichen Herr *Haunhorst* getan, der Verbindungsmann zur Militärregierung ist, weil er fließend englisch spricht und ich selbst nicht jeden Tag hingehen kann. Ich mußte eine Zeitlang jeden Tag dort sein und habe Anregungen entgegengenommen; es wurden sofort dort wieder Vorschläge eingereicht, und zwar im wesentlichen immer nur in Anlehnung an die Erklärungen der Militärregierung. Gerade deswegen bitte ich Sie, davon Abstand zu nehmen, jetzt in dem Sinne Änderungen durchzuführen. Sollten Sie weiter gehende Änderungen durchführen wollen, dann können Sie das immer noch in der Landesversammlung machen, denn Sie sind ermächtigt, hier, wie ich vorgelesen habe, die Statuten mit den Änderungen anzunehmen oder erneute Änderungen wieder dort vorzuschlagen. Die Landesversammlung, die die Statuten beschlossen hat, ist selbstverständlich das über dem Landesausschuß gebildete Gremium. Die neue Landesversammlung hat ihrerseits eventuell die entsprechenden Beschlüsse zu fassen. Ich bitte Sie, das in der Diskussion zu berücksichtigen, damit wir nicht zuviel Zeit durch Anträge verlieren.
Das nächste Wort hat Dr. *Gamperl*.
Dr. *Hundhammer*: Darf ich den einen Antrag, wie er jetzt formuliert ist, verlesen: § 53 lautet:

> Zur Beratung dringender Angelegenheiten wird eine geschäftsführende Landesvorstandschaft gebildet, die aus dem ersten, zweiten und dritten Landesvorsitzenden sowie aus den ersten Vorsitzenden der Bezirksverbände besteht.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich schlage vor, über die Anträge am Schluß abzustimmen und vorher die Debatte zu Ende zu führen. Wir werden, ich glaube, nachdem alle Freunde von auswärts gekommen sind, zuerst auch deren Meinung hören.
Dr. *Gamperl*: Meine Damen und Herren! Im Namen des Bezirksverbandes Oberpfalz schlage ich vor, daß durch den Landesausschuß die Satzungen mit den von der Militärregierung vorgeschlagenen Änderungen genehmigt werden. Ich begründe das damit, daß wir ja eigentlich nur das Recht haben, abzulehnen oder anzunehmen, nicht etwa Änderungen vorzuschlagen.

(Zurufe des Widerspruchs.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu vielleicht nochmals das Schreiben der Militärregierung verlesen:

> Die Satzungen mit den eingearbeiteten Abänderungen sind möglichst ohne Verzug dem Landesausschuß vorzulegen. Werden sie dort ohne weiteres angenommen, sind der Militärregierung durch den Landesvorsitzenden drei beglaubigte Abschriften der Satzungen in englisch und deutsch zur Genehmigung vorzulegen. Weiter muß ein Brief mit vorgelegt werden mit Angabe des Datums der Versammlung, in der die Satzungen beraten wurden, sowie des Ergebnisses der Abstimmung über die Satzungen. Sollten erneute Änderungen gewünscht werden, müßten die Satzungen

der Militärregierung von Bayern mit diesen Änderungen nochmals zur Überprüfung vorgelegt werden.

Dr. *Gamperl*: Wenn ich sagte, daß wir nur die Möglichkeit haben, die Satzungen anzunehmen oder abzulehnen, so begründe ich das damit, daß, wenn wieder eine Verzögerung eintritt, wir vor dem nächsten Wahlkampf in einer derartig schwierigen Lage und derart gelähmt sind, daß wir es keineswegs verantworten können, diese Verzögerung noch einmal auf uns zu nehmen. Ich möchte doch sagen, wir sind doch die Christlich-Soziale Union. Beim Turmbau von Babel gab es bekanntlich die Sprachverwirrung. Ich meine, wir, die wir doch grundsätzlich eine christliche Partei sind, haben es nicht notwendig, eine solche Sprachverwirrung auf uns zu nehmen.
Ich bitte daher, den Antrag Dr. *Hundhammer* abzulehnen und die Satzungen, so wie sie sind, anzunehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu vielleicht noch folgendes ausführen: Die Militärregierung hat am 22. August 1946 die einzelnen Bedingungen für die Genehmigung der Statuten angegeben. Dabei hat sie für den § 52 folgendes wörtlich nicht nur vorgeschlagen, sondern auch für die Änderung begründet:

Die sieben Mitglieder der geschäftsführenden Landesvorstandschaft sollen durch den Landesvorsitzenden aus den 41 Mitgliedern der Landesvorstandschaft ernannt werden. Nur auf diese Weise ist es gewährleistet, daß der Landesvorsitzende während seines Amtsjahres wirklich führen und arbeiten kann.

Das ist, wörtlich wiedergegeben, die Erklärung, die die Militärregierung für ihren Standpunkt angegeben hat.
Ich erteile das Wort dem nächsten Redner, *Brandner, Wolfgang*.
Brandner: Meine Damen und Herren!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich vielleicht vorher noch sagen, meine lieben Freunde, damit sich die Debatte darüber nicht zu lange aufhält, Ihnen vorzuschlagen, daß der einzelne Redner eine Redezeit von drei Minuten hat, wenn nicht die Ausführungen grundsätzlicher Art sind; dann werde ich nicht unterbrechen. Einverstanden? (Kein Widerspruch.) Dann darf ich bei drei Minuten jeweils unterbrechen.

(Zuruf: Einschließlich des Vorsitzenden!)

Brandner: Meine Damen und Herren! Ich habe das Gefühl, daß z.B. beim § 62, wo es heißt:

Zur Sicherung eines reibungslosen Geschäftsbetriebes kann die Landesvorstandschaft in den Bezirken und Kreisen Geschäftsstellen errichten; diese haben rein verwaltungsmäßigen Charakter und sind nicht berechtigt, sich in die politischen inneren Angelegenheiten der Verbände einzumischen. Das Personal der Geschäftsstellen wird durch die Landesvorstandschaft abgestellt und bezahlt

das nicht weitgehend genug ist, weil gerade der Kreisvorsitzende und Bezirksvorsitzende unter Umständen mit den Geschäftsführern zusammenarbeiten muß. Es könnte nun sehr leicht vorkommen, daß ihm von oben herunter Leute hingestellt werden, die mit der jeweiligen Mentalität der Masse nicht vertraut sind. Ich würde schon vorschlagen, weil es zu stark nach Zentralismus riecht, daß man hier an den ersten Satz angeheftet den Nachsatz macht:

wenn die Bezirks- und Kreisverbände dies unterlassen.

Dann hat die Landesvorstandschaft das Recht, um eine wirklich gute Parteiarbeit und reibungslose Geschäftsführung durchzuführen, selbst Leute einzusetzen. Aber solange die Kreis- und Bezirksverbände das selbst machen, habe ich die Meinung, soll die Landesvorstandschaft das nicht tun, nur dort, wo das nicht gemacht wird. Ich glaube kaum, daß selbst Bedenken bei der Militärregierung in diesem Punkte zum Ausdruck kommen würden, weil nämlich auch auf der anderen Seite die demokratische Grundnorm und der innere Aufbau der Partei von unten heraus grundsätzlich gewahrt bleibt.
Dr. *Fackler*: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte vorschlagen, daß die einzelnen Redner zuerst über den gleichen Paragraphen sprechen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, daß man bezüglich der Geschäftsführung rascher vorwärts kommt. Auch in der Landesversammlung wurde dieser Gegenstand sehr lang verhandelt. Die Militärregierung ihrerseits vertritt die Auffassung, daß die Geschäftsführung in den Kreisverbänden bestellt werden soll, wie hier vorgesehen ist, und zwar deshalb, weil damit das Funktionieren des Parteiapparates gewährleistet ist. Allerdings wird dabei festgestellt, die Geschäftsführer müssen sich fernhalten von der Einmischung in die Politik außerhalb des eigentlichen Bereiches, in dem sie selbst ansässig sind. Wenn sie dort Mitglieder sind, können sie selbstverständlich als Mitglieder auch ihre Rechte wahrnehmen. Außerhalb dieses Bereiches sollen sie rein geschäftsführende Funktionen haben. Die politische Verantwortung trägt der jeweilige Vorsitzende. Der Geschäftsführer hat keine politische Verantwortung. Das wird eigens bei den einzelnen Anweisungen klargestellt und bei den Verpflichtungen aufgenommen werden, wenn Geschäftsführer aufgestellt werden.
Bitte, *Liedig*.
Liedig: Soweit bisher überhaupt Geschäftsführer eingesetzt worden sind, ist es jeweils nach vorheriger Befragung der Bezirks- und Kreisvorstandschaft geschehen. Dasselbe Verfahren wird auch in der Anweisung über die Einsetzung der Geschäftsführer vorgesehen. Die Fassung, wie hier der § 62 vorliegt, ist auf den Vorschlag des Obersten *Burns* in dieser Form aufgenommen worden, weil er gesagt hat, die Parteiapparatur muß eine einheitliche sein und der Geschäftsführer, der draußen eingesetzt wird, hat eine doppelte Funktion: Er ist einmal das Arbeitsorgan des Vorsitzenden im Bezirk und des Vorsitzenden im Kreis, also der Stelle, für die er als Geschäftsführer eingesetzt ist; er ist zweitens das verwaltungsmäßige Vollzugsorgan der Anweisungen, die von der Landesvorstandschaft für die organisatorische und verwaltungsmäßige Arbeit innerhalb der Union gestellt werden. Es ist klar zum Ausdruck gebracht in Ziffer 1:

> Zur Sicherung eines reibungslosen Geschäftsbetriebes kann die Landesvorstandschaft in den Bezirken und Kreisen Geschäftsstellen errichten; diese haben rein verwaltungsmäßigen Charakter und sind nicht berechtigt, sich in die politischen inneren Angelegenheiten der Verbände einzumischen.

Die Fassung entspricht wörtlich dem, was der Oberst *Burns* uns bei der Besprechung vorgeschlagen hat. Nach meiner Auffassung ist für diese Aufgabenbegrenzung die Regelung tragbar. Die Landesvorstandschaft muß die Geschäftsführer einsetzen. Die Landesvorstandschaft, die ja ihrerseits wieder, wie Sie aus der Satzung ersehen, in sich unter anderem ja auch die Bezirksvorsitzenden umfaßt, also nicht die geschäftsführende Vorstandschaft, sondern die gesamte Landesvorstandschaft hat die Einsetzung und Anstellung der Geschäftsführer zu genehmigen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Als nächster Redner - Dr. *Kroll* - ist nicht da; wird zurückgestellt. - *Sauer*!
Sauer: Meine lieben Parteifreunde! Es erübrigt sich doch, nachdem wir bereits einige Tage in der Landesversammlung groß und breit über unsere Statuten verhandelt haben, daß wir hier noch einmal Änderungsanträge haben. Es ist richtig, auch damals haben wir den Änderungsantrag, den Dr. *Hundhammer* gebracht hat, gehabt. Wir haben gesehen, welche Stellung die Militärregierung einnimmt. Ich habe das auch in Unterfranken erlebt. Wir wissen, welchen Kampf wir Oberbürgermeister haben. Die Militärregierung hat sich immer auf den Standpunkt gestellt, in allen Kreisverbänden, der jeweilig Gewählte hat die Verantwortung zu tragen, einzig und allein. Wenn er nach einem Jahr nicht paßt, dann, sagen sie, lehnen Sie ihn ab. Er ist ja nur auf ein Jahr gewählt. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man, ohne daß man die Statuten zu ändern braucht, vielleicht diesen Antrag Dr. *Hundhammers* unterstützen könnte, daß die jeweiligen Bezirksverbandsvorsitzenden zu diesen Ausschüssen hinzugezogen werden müssen. Dazu brauchen wir keine Änderungen. Denn wir kommen bald einen Schritt weiter. Die Militärregierung Würzburg hat schon am 1. Oktober die direkte Aufstellung der Kandidaten verlangt. Sie hat sie von den Sozialdemokraten und von den Kommunisten. Die haben sie schon, wir kommen überall hinterher, und da bin ich der Meinung, daß wir es sein lassen, diesen Antrag zu stellen, ebenfalls die Anträge von den übrigen Herren; da ist in der Geschäftsordnung unter 1 der Satz drin, die Einsetzung erfolgt im Einvernehmen mit dem zuständigen Bezirksvorsitzenden. Ich glaube, wir reden aneinander nur vorbei.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist ein rein redaktioneller Antrag Dr. *Semler* eingegangen. Dr. *Semler*.
Dr. *Semler*: Ich stelle den Antrag nur, weil der Punkt erfahrungsgemäß eine Rolle spielt. In dem diktierten Text zu § 67, 2. Satz heißt es, daß ein verhinderter stimmberechtigter Vertreter berechtigt ist, einen Vertreter zu beauftragen. Es muß noch eine Klarstellung erfolgen. Ich schlage vor: "einem anderen stimmberechtigten Vertreter zu übertragen." Wenn Sie das nicht wollen, dann müssen Sie zwei andere Worte nehmen: Es muß mindestens ein Vertreter der Union sein. Drittens, wenn Sie nicht einem anderen Gremium das Stimmrecht übertragen wollen, dann muß es sinngemäß ein Mitglied desselben Bezirksverbandes sein. Nach dem vorliegenden Text könnte ein verhinderter stimmberechtigter Vertreter irgend jemand anderen beauftragen.

(Zuruf: Es heißt: Mit Zustimmung des vertretenen Organs!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist ausdrücklich von der Militärregierung vertreten worden, weil die Militärregierung ein doppeltes Stimmrecht ablehnen will.
Würden Sie, Herr Dr. *Semler*, im Hinblick darauf Ihren Antrag zurücknehmen?
Dr. *Semler*: Bitte.
Dr. *Gamperl*: Ich stelle Antrag auf Schluß der Diskussion. Es steht uns als Landesausschuß doch nicht zu, die Beschlüsse und Paragraphen der Landesversammlung hier zu ändern. Die Landesversammlung hat uns Statuten gegeben und der Landesausschuß ist doch nicht berufen, diese Statuten zu ändern. Wir müssen lediglich die Zusätze von Seiten der Militärregierung durchberaten und diese können wir annehmen oder ablehnen. Darum stelle ich nunmehr Antrag auf Schluß der Debatte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Wer spricht [da]für und wer dagegen?

(Zuruf *Geiselberger*: Zur Geschäftsordnung!)

Ich würde vorschlagen, einer für und einer gegen.

Geiselberger: Zur Geschäftsordnung! Ich stimme an sich dem Herrn Vorredner bis zu einem gewissen Grade bei. Ich möchte aufmerksam machen, daß ich meinerseits bei der Landesversammlung am 17. Mai seinerzeit den Antrag gestellt habe auf En-bloc-Annahme der Satzung unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die Satzungen jederzeit mit einfacher Mehrheit der Landesversammlung wieder veränderten Verhältnissen angepaßt werden können. Nun überrascht es mich, daß in der heute uns vorliegenden Fassung im § 74 eingefügt ist, daß die Satzungen nur mit einer Zweidrittelmajorität geändert werden können. Meine Herren, ich stelle fest, daß hier nach meinem Dafürhalten in einem entschieden wesentlichen Punkt der Satzungen von dem Beschluß der Landesversammlung vom 17. Mai abgegangen worden ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Geiselbergers* Standpunkt läßt sich hören. Ich würde vorschlagen, einen formellen Antrag zu stellen. Auch das ist von der Militärregierung selbst als Vorschlag gekommen. Ich weiß nicht, ob die Militärregierung das unbedingt als wichtigste Entscheidung ansehen würde. Ich persönlich hätte nichts dagegen. Es ist nur zu überlegen, ob wir es dadurch erschweren wollen.
Es kann noch jemand für oder gegen Schluß der Debatte sprechen. Wer spricht dagegen? (*Warmuth* meldet sich.) *Warmuth*!
Warmuth: Ich spreche insofern, als ich Rednerliste Nr. 7 gehabt habe und bereits acht vor mir gesprochen haben. Ich bin bereits einmal übergangen worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist genau hier. Es ist lediglich *Gamperl* zur Geschäftsordnung gewesen.
Warmuth: Vor mir hat Dr. *Semler* gesprochen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Semler* hat einen redaktionellen Antrag gestellt.
Warmuth: Ich stelle ebenfalls einen redaktionellen Antrag, und zwar folgendermaßen: § 45 der Satzungen lautet, daß für die Beschlußfassung der Satzungen die Landesversammlung zuständig ist. Die Beschlußfassung über die Satzungen obliegt der Landesversammlung, nicht dem Landesausschuß. Der Landesausschuß kann vorberaten und der Landesversammlung vorschlagen. Wir können heute nicht die Satzungen beschließen. Das ist ein Widerspruch gegenüber den früheren Festlegungen und auch gegenüber den neuen Satzungen.
Zu redaktionellen Änderungen kann ich jetzt nicht kommen, weil ich gegen die Beendigung der Debatte spreche, und zwar bedürfen meines Erachtens wesentliche Punkte noch einer Klärung, einer Änderung und deswegen spreche ich dafür, daß die Debatte sachlich zu den einzelnen Paragraphen, bei denen Abänderungsvorschläge vorgebracht werden können, fortzusetzen ist.
Sühler: Zur Geschäftsordnung! Das stimmt nicht. Ich bin im Gegensatz zu meinem Vorredner der Ansicht, daß der Landesausschuß schon einen Beschluß über die Satzungen fassen kann. Denn die Satzungen, auf die er sich beruft, sind ja noch nicht genehmigt. Sie unterliegen erst der Genehmigung durch die Militärregierung; infolgedessen können sie wohl von uns beschlossen werden, nachdem die Militärregierung es uns mitteilt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist hier ausdrücklich in dem Schreiben der Militärregierung, das ich schon zweimal verlesen habe, gesagt, daß der Landesausschuß diese Änderungen, die von der Militärregierung vorgeschlagen sind, seinerseits genehmigen kann. Dann wird gewählt. Dann kann die neue Landesversammlung, wenn der Antrag *Geiselberger* angenommen werden sollte, eventuell darüber beschließen. Das ist der formelle Vorgang, so daß aufgrund dessen der Landesausschuß berechtigt ist, darüber zu beschließen. Das steht fest.

Es kann noch jemand für Schluß der Debatte sprechen. Es spricht niemand; dann darf ich vielleicht vorher nochmals die Stimmliste feststellen lassen.
(*Liedig* stellt nochmals namentlich die Anwesenheit der stimmberechtigten Mitglieder des Landesausschusses fest; siehe Anlage zum Protokoll![4])
Dann stimmen wir ab über den Antrag auf Schluß der Debatte. Die Stimmberechtigung steht fest. Ich glaube, daß wir bei diesem Antrag auf Schluß der Debatte nicht in der zweifachen Abstimmung vorgehen müssen. Ich würde infolgedessen vorschlagen, daß hier so vorgegangen wird, daß auch die Mitglieder des Arbeitsausschusses gleich mitstimmen.
Warmuth: Da bin ich dagegen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe deshalb abstimmen lassen. Der Vorschlag ist angenommen worden. Es könnte, wenn sie Wert darauf legen, doppelt abgestimmt werden.
Wir stimmen zunächst in der Geschlossenheit ab. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag auf Schluß der Debatte? Ich bitte abzuzählen - 16. Gegenprobe: Wer ist für Schluß der Debatte? (Die Mehrzahl der Mitglieder meldet sich.) Der Antrag ist - das ist ohne weiteres festzustellen - angenommen.
Dann kommen wir zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Es liegen vor zwei Anträge Dr. *Hundhammer*. *Brandner*, haben Sie Ihren Antrag formell schon eingereicht? (*Brandner* gibt einen Zettel mit dem Antrag zum Tisch des Vorsitzenden.) Dann danke. Drei Anträge liegen vor. Ich bitte, die Anträge zu verlesen. Ich bitte um Ruhe.
Liedig: Es liegt vor ein Abänderungsantrag zu § 49 Ziffer a von Dr. *Hundhammer*. Er soll heißen:

> "Die Landesvorstandschaft besteht aus a) dem ersten, zweiten und dritten Landesvorsitzenden" gegenüber der bisherigen Fassung: "a) dem Landesvorsitzenden."

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir kommen zur Abstimmung.
Dr. *Hundhammer*: Ich beantrage schriftliche Abstimmung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, Stimmzettel zu verteilen. Der Antrag ist so wichtig, daß doppelt abgestimmt wird.
Dr. *Hundhammer*: Ich bitte, auch den zweiten Antrag gleich bekanntzugeben.
Liedig: Abgestimmt wird mit gelben Stimmzetteln.
Die beiden Anträge, die im sachlichen Zusammenhang stehen, gebe ich noch bekannt. § 49: Bei a) soll es heißen: "dem ersten, zweiten und dritten Landesvorsitzenden." Dann ist es der Abänderungsantrag zu § 53 Ziffer 1, der damit im Zusammenhang steht:

> Zur Beratung dringender Angelegenheiten wird eine geschäftsführende Landesvorstandschaft gebildet, die aus erstem, zweitem und drittem Vorsitzenden sowie aus den ersten Vorsitzenden der Bezirksverbände besteht.

Das sind die beiden Anträge, die sachlich zusammenhängen.
Jetzt wird abgestimmt über den Antrag zu § 49.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich für die Abstimmung gleich einen Ausschuß bestimmen. Ich würde vorschlagen - Dr. *Semler* stimmt nicht ab, sind Sie so liebenswürdig und beteiligen sich dabei? Noch jemand, der sich an der Abstimmung nicht beteiligt? *Blum* und? Also Dr. *Semler*, *Blum* und *Engelhardt*. Sind die Freunde einverstan-

[4] Diese Anlage wurde in der Anwesenheitsliste berücksichtigt.

den, diese Herren als Abstimmungskommission zu bestellen? (Kein Widerspruch.) Zunächst stimmen ab alle stimmberechtigten Vertreter der Bezirke, einschließlich der stimmberechtigten Mitglieder des Arbeitsausschusses, wie sie als stimmberechtigt verlesen worden sind. Bei der zweiten Abstimmung werden die Arbeitsausschußmitglieder nicht mitstimmen.
Dr. *Hundhammer*: Stimmen wir mit Ja oder Nein!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer für den Antrag Dr. *Hundhammer* ist, stimmt mit Ja, wer dagegen, mit Nein; also wer für die Fassung, wie sie vorgeschlagen ist aufgrund der Militärregierung, stimmt mit Nein.

(Zuruf: Unklar!)

Ich wiederhole nochmals: Es steht der Antrag *Hundhammer*, der Abänderungsantrag zu § 49 a, zur Abstimmung. Wer für den Antrag *Hundhammer* ist, stimmt mit Ja, wer gegen den Abänderungsantrag und für die Annahme der Statuten, wie sie die Landesversammlung beschlossen hat und die von der Militärregierung überprüft worden sind, ist, stimmt mit Nein.

(Zuruf: Es wäre doch richtiger, wir stimmen nur über den Antrag Dr. *Hundhammer* ab mit Ja oder Nein, nicht über die Statuten.)

Liedig: Es geht jetzt nur um die Änderung zu § 49.
(Die Stimmberechtigten werden aufgerufen und geben ihre Stimmzettel ab.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit ist diese Abstimmung geschlossen. Wir kommen jetzt, nachdem die beiden Abstimmungen verlangt worden sind, zur Abstimmung ohne Arbeitsausschuß.
Dr. *Hundhammer*: Wer sind diejenigen, die außer dem Arbeitsausschuß in Frage kommen?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Alle stimmberechtigten Bezirksvertreter.
Liedig: Zu dem Landesausschuß gehören außerdem noch die Namen, die ich verlesen habe: Dr. *von Eicken*, Dr. *Eichhorn*, Dr. *Horlacher*, Dr. *Hundhammer*, Staatssekretär *Krehle*, Dr. *Lacherbauer*, Dr. *Müller* und *Steber*.

(Zuruf: Sollen die abstimmen, die wenigen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe eingangs erklärt, daß die Meinung geäußert worden ist, daß der Landesausschuß nur aus den stimmberechtigten Vertretern ohne die Mitglieder des Arbeitsausschusses besteht. Wenn wir nun doppelt abstimmen, dann steht es fest, einmal so und einmal so. Gehen die Meinungen auseinander, dann können wir eventuell die Entscheidung der Militärregierung anrufen. Gehen sie nicht auseinander, dann ist die Abstimmung eindeutig entschieden.
Dr. *Eichhorn*: Wenn das Ergebnis der Abstimmung über diesen Antrag nun aber bei der ersten Abstimmung schon so eindeutig wäre, daß eine Abstimmung ohne die Mitglieder des Arbeitsausschusses keine Änderung mehr hervorrufen kann, dann könnte man doch auf die zweite Abstimmung verzichten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Vorschlag Dr. *Eichhorn* lautet: Wir zählen zuerst ab. Würde die Entscheidung auf der Kippe liegen, daß es etwas ausmacht, dann die kleinere Abstimmung; andernfalls bleibt es bei dieser ersten Abstimmung. Dann darf ich den zweiten Antrag schon nehmen. - Es werden rote Zettel ausgegeben. Der zweite Antrag Dr. *Hundhammer*.

Liedig: Der zweite Antrag Dr. *Hundhammer* zur Abänderung des § 53 Ziffer 1 lautet:

Zur Beratung dringender Angelegenheiten ...

Dr. *Hundhammer*: Sollte diese erste Abstimmung das Ergebnis haben, daß mein Antrag zu § 49 a abgelehnt würde, dann würde ich den Antrag so formulieren, daß man herausstreicht: "Zweitem und drittem Vorsitzenden".
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir gehen jetzt so vor, wir nehmen den Antrag *Brandner* vorweg. Der hat nichts damit zu tun: Der Antrag *Brandner*.
Brandner: Der Nachsatz soll gleich nach dem Punkt kommen. § 62 soll lauten:

Zur Sicherung eines reibungslosen Geschäftsbetriebes kann die Landesvorstandschaft in den Bezirken und Kreisen Geschäftsstellen errichten, wenn die Bezirks- und Kreisvorstände dies unterlassen.

Liedig: Der Antrag lautet jetzt folgendermaßen:

§ 62 Ziffer 1 soll lauten:
Zur Sicherung eines reibungslosen Geschäftsbetriebes kann die Landesvorstandschaft in den Bezirken und Kreisen Geschäftsstellen errichten, wenn die Bezirks- und Kreisvorstände dies unterlassen.

Dann geht er weiter wie in der alten Fassung.
Wer für den Änderungsantrag ist, stimmt mit Ja; wer die vorliegende Fassung befürwortet, stimmt mit Nein.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, neuerdings aufzurufen. Darf ich jetzt vielleicht dafür, weil die Herren gerade beim Abzählen sind, ein paar andere Herren bitten, mit einzusammeln? Einverstanden mit diesem Vorschlag?
(Der Vorsitzende bittet drei Herren, die selbst nicht abstimmen, die Stimmzettel einzusammeln. - Die Stimmberechtigten werden aufgerufen und geben ihre Stimmzettel ab.)
Die Abstimmung ist abgeschlossen.
Die Abstimmung über den ersten Antrag Dr. *Hundhammer* hat folgendes ergeben: Mit Nein: 39; mit Ja: 32; 71 haben sich beteiligt.
Jetzt bitte ich festzustellen, wieviele Mitglieder des Arbeitsausschusses sich an der Abstimmung beteiligt haben. (Geschieht durch *Liedig*.) Es haben sich sechs Mitglieder beteiligt. Auch wenn dann anders abgestimmt würde, ergäbe es kein anderes Resultat. Wird damit auf die zweite Abstimmung verzichtet? Es ist hier kein anderes Resultat zu erwarten, das steht fest.
Dr. *Stürmann*: Die Mehrheit scheint so knapp zu sein. Sie haben selber gesagt, wenn das Verhältnis so eindeutig ausweist, daß eine große Mehrheit für oder gegen den Antrag ist; nun scheint es mir sich um ein paar Stimmen zu handeln. Ich halte es für zweckmäßig, daß man in diesem Falle nochmal, ohne die Mitglieder des Arbeitsausschusses, abstimmt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn es gewünscht wird, ohne weiteres. Ich möchte gerne die Loyalität erweisen. Dann wird abgestimmt: Diesmal stimmen die Mitglieder des Arbeitsausschusses nicht mit. Es wird nochmals über den ersten Antrag Dr. *Hundhammer* zum § 49 a abgestimmt, über den vorhin bereits abgestimmt wurde. Es stimmen diesmal nur die Vertreter der Bezirke. Wer für den Antrag *Hundhammer* ist, stimmt mit Ja, wer für die von der Landesversammlung beschlossenen Statuten ist, wie sie von der Militärregierung abgeändert wurden, stimmt mit Nein.

(Zuruf: Wie heißt der Antrag *Hundhammer*?)

Liedig:

Die Landesvorstandschaft besteht aus a) dem ersten, zweiten und dritten Vorsitzenden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Über diesen Antrag ist abzustimmen. Wer für den Vorschlag der Landesversammlung ist, stimmt mit Nein.

(Zuruf des Widerspruchs.)

Liedig: Wer dagegen ist, stimmt mit Nein. Also nochmals: Wer für den Antrag *Hundhammer* ist zum § 49 a:

Die Landesvorstandschaft besteht aus erstem, zweitem und drittem Vorsitzenden.

stimmt mit Ja; wer gegen den Antrag *Hundhammer* ist, stimmt mit Nein.

(Zuruf: Jetzt ist es klar!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf vorher das Resultat des Antrags *Brandner* bekanntgeben: Nein: 41; Ja: 30.
Der Antrag *Brandner* ist abgelehnt. Ich glaube, hier brauchen wir bestimmt keine zweite Abstimmung, weil das Verhältnis so groß ist, daß es klar ist.
Wir schreiten zur Abstimmung. Es beginnt dann die Abstimmung aufgrund der Statuten hier. Das ist nämlich der Standpunkt der Militärregierung, daß die Statuten insofern gelten sollen. Diese Abstimmung lehnt sich an § 47 der Statuten an, das ist die Rechtsgrundlage dafür.
(Die Stimmberechtigten, ohne die Mitglieder des Arbeitsausschusses, werden aufgerufen und geben ihre Stimmzettel ab.)
Die Abstimmung ist abgeschlossen. Jetzt müssen wir einen Moment warten, um das Resultat abzuwarten.
Dr. *Hundhammer*: Mein Antrag würde dahin gehen, wenn die Mehrheit diesmal mit Nein gestimmt hat, bei meinem zweiten Antrag "den zweiten und dritten Vorsitzenden" herauszulassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich lasse in der Zwischenzeit die Entwürfe der beiden Referenten für das Programm der Union verteilen. Referent war *Rindt*, Korreferent war *Haußleiter*; beide haben Entwürfe ausgearbeitet. Diese werden jetzt verteilt, damit Sie sie während der Mittagspause lesen können, damit heute nachmittag sofort die Diskussion darüber beginnen kann. Einverstanden? - Eine ganz kurze Pause jetzt. -
Meine lieben Freunde! Ich darf mittlerweile noch etwas zum Antrag *Geiselberger* sagen. Ich bitte, ihn aber formuliert einzureichen.
Liedig: Der neue § 74 bezüglich der Änderungen soll folgendermaßen heißen:

Änderungen dieser Satzung können nur von der Landesversammlung mit einfacher Mehrheit beschlossen werden

gegenüber dem Vorschlag der Militärregierung "mit Zweidrittelmehrheit".
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde vorschlagen, wir stimmen gleich über den Antrag ab. Ich lasse über Mittag bei der Militärregierung anfragen, ob es von grundsätzlicher Bedeutung ist - ich selbst neige zum Antrag *Geiselberger* -, daß die Militärregierung an der Zweidrittelmehrheit festhält, wenn die Landesversammlung, wenn sie dann neu durchgewählt ist, aufgrund der Erfahrungen eventuell Änderungen vornimmt. Ich werde über Mittag zu klären versuchen, ob das dann neue Verhandlungen notwendig machen würde. Ich darf deswegen vielleicht, damit die Zeit ausgenützt ist,

sofort über den Antrag *Geiselberger*, der verlesen ist, abstimmen lassen. Muß er nochmal verlesen werden?

(Zuruf: Nein!)

Dann wird darüber abgestimmt.

(Zuruf: Durch Akklamation! - Nicht schriftlich!)

Es wird gewünscht, daß darüber nicht geheim abgestimmt wird. Einverstanden?

(Zuruf: Ja!)

Voretzsch: Wäre es nicht möglich ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn der Antrag mit großer Majorität angenommen wird - ich bin selbst dafür, daß er angenommen wird -, dann wird über Mittag gesprochen. Sollte die Militärregierung in dem Falle doch neue Verhandlungen [als] notwendig erachten, wird Ihnen das gleich zu Beginn der Nachmittagssitzung mitgeteilt und dann müssen wir nochmals endgültig abstimmen. Einverstanden mit diesem Modus? Dann darf ich abstimmen lassen.
Dr. *Hundhammer*: Es liegt jetzt das Resultat vor; jetzt wollen wir bei der Abstimmung bleiben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Mit Nein: 38; mit Ja: 28. Damit ist der Antrag *Hundhammer* in beiden Abstimmungsgängen abgelehnt worden.
Dr. *Hundhammer*: Nun ändere ich meinen zweiten Antrag, das heißt es ist der zweite und dritte Landesvorsitzende herauszustreichen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Vielleicht machen wir doch die Prozedur so: Weil offen abgestimmt wird, stimmen wir über den Antrag *Geiselberger* ab. Darf ich darüber jetzt abstimmen? Der Antrag ist bekannt oder muß er nochmals verlesen werden?

(Zurufe: Nein!)

Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Zwei. Damit ist der Antrag *Geiselberger* mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.
Ich werde am Mittag dann versuchen, daß der Antrag dann gleich genehmigt wird, weil er keine grundsätzliche Änderung bedeutet.
Dr. *Hundhammer*: Nachdem der Antrag zu § 49 abgelehnt ist, ist bei dem Antrag zu § 53 aus dem Antrag herauszustreichen: "und zweitem und drittem." Ich bitte das vorzunehmen und den Antrag nochmals in der jetzigen Form zu verlesen.
Liedig: Der Abänderungsantrag Dr. *Hundhammer* zum § 53 Ziffer 1 lautet:

> Zur Beratung dringender Angelegenheiten wird eine geschäftsführende Landesvorstandschaft gebildet, die aus dem Landesvorsitzenden sowie aus den ersten Vorsitzenden der Bezirksverbände besteht.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Jawohl. - Wieder mit Ja und Nein abstimmen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Abstimmung beginnt. Darf ich die erste Kommission bitten, wieder zu funktionieren? Es stimmt wieder alles mit, auch der Arbeitsausschuß.
Liedig: Die Abstimmung beginnt.
(Die Stimmberechtigten werden aufgerufen und geben ihre Stimmzettel ab.)
Die Abstimmung ist beendet.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Während diese Abstimmung nachgezählt wird, bitte ich vielleicht Dr. *Rindt*, nur mit zwei Sätzen ungefähr den

Freunden den Standpunkt zum Programm zu sagen. Ich will den *Haußleiter*-Entwurf auch verteilen lassen. Es ist nämlich so: Ich habe beide Entwürfe durchgelesen. Ich habe überlegt, ob man sie koordinieren kann. Sie sind beide von der gleichen Basis ausgehend so gestaltet, daß sie schwer zu koordinieren sind. Nach meiner Auffassung ist es so, daß der *Rindt*sche Entwurf in der Hauptsache ein Grundsatzprogramm ist, daß ein Arbeitsprogramm oder Regierungsprogramm darin nicht weiter enthalten ist; das müßte man eventuell durch entsprechende Zusatzresolutionen ergänzen, nicht ins Programm aufnehmen, damit das Programm als solches nicht verändert wird. Aber entsprechende Resolutionen, z.B. bezüglich der Landwirtschaft, wären zu fassen. *Haußleiter* hat ein Grundsatz- und Arbeitsprogramm ineinander hineingearbeitet. Das ist ein Standpunkt, der nachmittags etwas durchdiskutiert werden kann. Dann müßten Zusatzresolutionen im allgemeinen nicht gefaßt werden. Jetzt bitte ich vielleicht die beiden Herren, während verhandelt wird, kurz das Wort zu ergreifen. Wir wollen bestenfalls drei Minuten geben, den Standpunkt zu erörtern.

Dr. *Rindt*: Ich habe an und für sich nicht einmal drei Minuten mit dem auszufüllen, was ich zu sagen habe, nachdem der Landesvorsitzende das Grundsätzliche bereits vorweggenommen hat.

Bereits in der letzten Landesausschußsitzung wurde festgelegt: Wir wollen ein grundsätzliches Rahmenprogramm schaffen. An diese Weisungen haben wir uns in Augsburg und Schwaben gehalten. Ich lege daher heute eine Diskussionsgrundlage über ein grundsätzliches Programm der CSU vor. Dieses grundsätzliche Programm der CSU ist nach jeder Richtung hin ausbaufähig. Vor allen Dingen sind so gut wie alle Dinge, die uns als grundsätzliche Weltanschauungspartei berühren, berücksichtigt, so daß auf allen Gebieten die Ausstrahlungen in der praktischen Arbeit erfolgen können.

Gegliedert ist das Programm in eine Präambel und in einige Hauptteile, zunächst einmal die staatliche Ordnung, dann die Rechtsordnung, dann die Sozialordnung. Der vierte Abschnitt lautet Wirtschaftsordnung und der fünfte Kulturordnung und der sechste Zwischenstaatliche Ordnung. Wert wurde in erster Linie darauf gelegt, daß der Entwurf selbst in sich propagandistisch wirkt. Die allgemeinen Thesen, die, soweit es möglich ist, gemeinverständlich gehalten wurden, sind bei jedem Programmpunkt an den Anfang gestellt worden, da sich aus dieser allgemeinen grundsätzlichen Einstellung unsere realen Forderungen für das praktische Leben ergeben. Es folgt dann zu jedem Programmpunkt ein Nachsatz mit Thesis und Antithesis, wo also in Gegensätzen das herausgestellt wird, was wir ablehnen und was wir im einzelnen anstreben.

Es wurde also, wie gesagt, nicht nur auf das Grundsätzliche, sondern in erster Linie in etwa auch auf das Propagandistische Wert gelegt. Zu überlegen war außerdem, ob wir eine Form wählen sollen, wie sie *Haußleiter* gewählt hat. Wir sind von dieser Form abgekommen, weil sie uns aus Gründen der Propaganda zu wenig prägnant erschien und an und für sich zu wenig in die Augen fallend.

Ich bitte also, diesen Vorschlag heute mittag zu überblicken und dann dazu Stellung zu nehmen. Es ist klar, auch der Entwurf von uns soll nur eine Diskussionsgrundlage abgeben. Er wird da und dort noch ergänzt werden müssen oder ergänzt werden können. Er wird vor allen Dingen einer redaktionellen Formulierung in der einen oder anderen Hinsicht bedürfen. Ich bitte also, bei der Entwurfsbeurteilung nur das Grundsätzliche, den Typ als solchen zu berücksichtigen.

Haußleiter: Ich bin von anderen Voraussetzungen ausgegangen.

Liedig: Darf ich einen Augenblick unterbrechen?

Vorsitzender [*Josef Müller*]: [...][5] Ich möchte das Abstimmungsergebnis zum Antrag Dr. *Hundhammer* bekanntgeben: Der Antrag Dr. *Hundhammer* ist mit 39 gegen 32 Stimmen abgelehnt.
Ich darf jetzt fragen, nachdem es dasselbe Verhältnis ist wie vorhin, ob noch einmal abgestimmt werden soll.
Dr. *Hundhammer*: Nein.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird ausdrücklich darauf verzichtet.
Dann ist der zweite Antrag Dr. *Hundhammer* abgelehnt.
Ich bitte, daß niemand weggeht, damit wir weiterkommen. Wir müssen jetzt noch über die Satzungen en bloc abstimmen. Nachdem die Anträge abgelehnt sind, darf ich über die Satzungen in ihrer Gesamtheit abstimmen lassen. Wird dazu schriftliche Abstimmung gewünscht?

(Zuruf: Ja!)

Dr. *Hundhammer*: Ich möchte eine Erklärung zur Abstimmung abgeben. Nachdem die mir sehr wesentlich erscheinenden Abänderungsvorschläge zum Programm nicht angenommen worden sind, erkläre ich, daß ich unter diesem Gesichtspunkt die Satzungen als Ganzes ablehne.
Warmuth: Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß wir zu einer Beschlußfassung nicht zuständig sind, selbst nicht auf den Brief der Militärregierung hin. Wir müssen uns an unsere Satzungen halten. Sie schreiben vor, daß zuständig für die Satzungen sowohl für das Verfassen als für die Änderungen die Landesversammlung ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Das jetzige Vorgehen ist aufgebaut auf den Statuten. Wenn die Statuten und die Satzungen angenommen sind, wird sofort durchgewählt werden. Es wird dann eine Landesversammlung stattfinden, sobald durchgewählt ist, und dann wird darüber beschlossen. Es ist in diesem Falle selbstverständlich, daß die Militärregierung jeweils gehört wird. Denn sie überwacht ja den demokratischen Aufbau. Infolgedessen habe ich auch die Rechtsgrundlage dadurch geschaffen, daß ich den Standpunkt der Militärregierung von vornherein eingeholt habe. Dann gibt es nachher keine langen Diskussionen mehr.
Damit darf ich über die Satzungen in ihrer Gesamtheit abstimmen lassen. Wird geheime Abstimmung gewünscht?

(Ja!)

Dann wird geheim abgestimmt. Ich stelle den formellen Antrag:

> Die in der Landesversammlung vom 17. Mai 1946 beschlossene Satzung wird mit dem dem Landesausschuß bekanntgegebenen Abänderungsvorschlag angenommen
>
> (Zuruf *Haußleiter*: Und in Kraft gesetzt.)
>
> und in Kraft gesetzt.

Es wird mit Ja oder Nein abgestimmt. Wer für die Annahme meines Antrags auf Genehmigung dieser Abänderung und Inkraftsetzung der Statuten ist, stimmt mit Ja, und wer dagegen ist, stimmt mit Nein. Es sind rote Stimmzettel verteilt. Es stimmt jetzt alles, einschließlich des Arbeitsausschusses.
(Es folgt die namentliche Verlesung der Abstimmungsberechtigten unter gleichzeitigem Einsammeln der Stimmzettel.)

[5] In der Vorlage, S. 38, ein redaktioneller Vermerk.

Liedig: Ist jemand, der abstimmungsberechtigt ist, nicht verlesen worden?
Die Abstimmung ist beendet.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, in diesem Falle nehmen wir gleich die doppelte Abstimmung vor und lassen jetzt ohne den Arbeitsausschuß abstimmen. Das erscheint als das Zweckmäßige.

(Zuruf *Brandner*: Das ist nicht notwendig.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren! Ich darf das Resultat der Abstimmung über die Satzung bekanntgeben: Die Satzung wurde mit 49 zu 18 Stimmen angenommen.

(Beifall.)

Meine lieben Freunde! Ich danke Ihnen für die Mitarbeit. Ich freue mich, daß auf diese Weise die Union eine Grundlage bekommt für den organisatorischen Aufbau, für die Durchgliederung und damit auch für die neuen Wahlen, die auf demokratischer Basis jetzt im gesamten Bereich der Union durchzuführen sind.
Aber wir können die Zeit dadurch ausfüllen, daß *Haußleiter* jetzt vielleicht den Freunden auch noch seinen Standpunkt zu dem vorgelegten Programmentwurf mitteilt.
Haußleiter: Der Programmentwurf, den ich gemacht habe, beruht auf der Vorarbeit unserer Ausschüsse und setzt sich aus all den Anregungen zusammen, die im Verlauf des Bestehens der Union entwickelt worden sind. Insbesondere ist auch verarbeitet, was sich im Kampfe um die Verfassung als notwendige Grundlage unserer Arbeit ergeben hat. Der Entwurf, den ich vorlege, enthält über das Grundsatzprogramm hinaus eine Stellungnahme zu all den Fragen, auf die die Bevölkerung von uns heute Antwort erwartet. Es ist also kein Grundsatzprogramm, sondern damit verbunden sind Teile eines Arbeitsprogramms, das sich auf die nächsten fünf oder zehn Jahre erstrecken soll. Gegliedert ist es nach Punkten, und zwar ausgehend von der Einzelperson und ihren Rechten über Familie, Gemeinde und Staat zu den grundsätzlichen Forderungen auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Kultur und der Religion. Es schließt ab mit der grundsätzlichen Stellungnahme zu der Frage eines neuen Europas und einer neuen Gesamtordnung der Völker der Erde, also mit unserer außenpolitischen Stellungnahme. In dieser Gliederung habe ich auf Zwischenüberschriften verzichtet.
Ich bitte zu entschuldigen, ich habe eine Kiefervereiterung, ich kann heute schlecht sprechen.
Mir ist noch folgendes wesentlich: Mein Programmentwurf ist umfangreich. Er ist kürzbar. Es sind Möglichkeiten gegeben, ihn zu vereinfachen. Ich habe die längere Formulierung gewählt, weil ich mir gesagt habe, die ausführlichere Formulierung ist reicher im Inhalt, ist leichter zu kürzen und zu vereinfachen als umgekehrt.
Von dieser Einstellung aus ist das Programm in seinen sechs enggeschriebenen Seiten als Diskussionsgrundlage gedacht und nicht als ein vollendeter Entwurf, als Diskussionsgrundlage genau wie das Programm *Rindt*, das ein klares Grundsatzprogramm ist, als Diskussionsgrundlage in einer anderen Form, die im wesentlichen die gleiche geistige Haltung darstellt und die geistigen und ideellen Grundlagen der Union umreißen will.
Es wird sich also heute darum drehen, ob wir uns zur Form des *Rindt*schen Programms oder zur Form meines Programmentwurfs entscheiden. Wir müssen dann aus dieser Vorlage durch einen Redaktionsausschuß die endgültige Gestalt des Parteiprogramms herausarbeiten.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir machen jetzt Pause für das Mittagessen. Ich bitte die Freunde, sich zu beeilen, daß wir vielleicht um 14 Uhr schon wieder beginnen können.

(Widerspruch.)

Es wird Widerspruch erhoben. Wir beginnen um 14.15 Uhr Einverstanden?

Die Sitzung wird um 13.03 Uhr zur Mittagspause unterbrochen.
Die Sitzung wird um 14.39 Uhr wieder aufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir behandeln den Punkt 2 der Tagesordnung weiter. Ich bitte zunächst *Rindt*, das Wort zu nehmen und seinen Vorschlag für ein Grundsatzprogramm vorzutragen.

(Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe.
Dr. *Rindt*: Ich darf zur Einleitung noch folgendes sagen oder wiederholen: Ich bitte, diesen Entwurf also als Diskussionsgrundlage aufzufassen und vor allem an irgendwelchen Formulierungen, die vielleicht da und dort Ihren Standpunkt oder das, was Sie sagen wollen, nicht so ganz treffen, keinen Anstoß zu nehmen. Ich denke dabei besonders an das Kulturprogramm, wo ja auch nach meiner Überzeugung wohl die meisten redaktionellen Änderungen vorgenommen werden müssen um eine Sprache zu sprechen, die auch dem Künstler als solchem gerecht wird.
Ich bitte also, hier zunächst nicht auf die Formulierung zu achten, sondern vor allen Dingen auf die Form der Punktegestaltung, auf die gemeinsame Einteilung, auf das Grundsätzliche und das Propagandistische.
(Dr. *Rindt* verliest den von ihm verfaßten Entwurf. Siehe Anlage![6])
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich schlage vor, daß jetzt ohne Diskussion auch der Entwurf *Haußleiter* verlesen wird. Da *Haußleiter* stimmlich dazu nicht fähig ist, wird das Dr. *Gerathewohl* tun.
Dr. *Stürmann*: Zur Geschäftsordnung! Ist es vielleicht nicht zweckmäßiger, daß man jetzt nicht sämtliche Texte verliest. Denn jeder der einzelnen Texte ist in sich gut und kann möglicherweise auch einer Kritik in einer einzelnen Formulierung unterworfen werden. Ist es vielleicht nicht viel zweckmäßgier, wenn man sagt: Im gesamten ist das uns jetzt Verlesene tragbar oder soll ergänzt werden, ohne daß man jetzt durch weitere Anschließungen von neuen Formulierungen nur eine Verdoppelung, Verdreifachung oder Vervierfachung erhält.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde an und für sich auch gern so vorschlagen. Andererseits ist es so, daß *Haußleiters* Entwurf auch für sich gut ist. Ich muß nämlich sagen, ich habe mindestens dreimal schon überlegt, für welchen Entwurf ich mich letzten Endes entscheiden soll. Da aber beide Entwürfe in ihrer Eigenart gut sind, möchte ich gern, daß Sie die beiden Entwürfe hören. Nachher nehmen wir kurz Stellung dazu. Wir überlegen uns, ob eine Koordination möglich ist - was nach meinem Empfinden nicht möglich sein wird -, und entscheiden uns für den einen im Prinzip und lassen dann eventuell die Frage offen, ob wir, weil der *Rindtsche* Entwurf eigentlich nur das Grundsatzprogramm gut entwickelt, nicht durch Zusatzresolutionen dann vom *Haußleiterschen* Entwurf das eine oder andere für das Arbeitsprogramm, für das

[6] Der Entwurf Rindt findet sich im Anhang, Dok. Nr. VI, S. 1717ff.

vorläufige Aufbauprogramm oder wie wir es taufen wollen, ergänzend herübernehmen.
Ich glaube, wir gehen so vor. Es hält nicht allzulange auf. Ich würde vorschlagen, daß Herr Professor *Gerathewohl* den *Haußleiterschen* Entwurf vorträgt. Nachdem die Anregung gekommen ist, möchte ich aber wissen, ob er vorgetragen oder gekürzt werden soll.

(Zuruf: Vortragen!)

Dann bitte ich vielleicht ohne lange Diskussion, Herr Dr. *Stürmann*, einverstanden zu sein, daß Professor *Gerathewohl*, weil *Haußleiter* stimmlich dazu nicht in der Lage ist, den *Haußleiterschen* Entwurf vorträgt.
Dr. *Stürmann*: Einverstanden.
(Dr. *Gerathewohl* verliest das *Haußleitersche* Programm.[7])
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ihr Beifall beweist, daß Sie damit einverstanden sind, wenn ich den beiden Referenten für die geleistete Arbeit unseren Dank ausspreche.

(Sehr richtig! Beifall.)

Dankenswerterweise wurden noch zwei Vorschläge ausgearbeitet, der eine vom Parteifreund *Gronwald*, der mittlerweile von München weggegangen ist, und ein anderer vom Parteifreund *Haunhorst*. Ich habe die beiden Entwürfe nicht vervielfältigen lassen, weil mir die anderen beiden so gut erschienen, daß die von *Gronwald* und *Haunhorst* nicht zur gleichen Auswirkung gekommen wären. Man darf ja nicht zuviel vorlegen, damit keine Verwirrung eintritt. *Rindt* und *Haußleiter* haben die beiden Vorschläge gekannt, wenigstens den Vorschlag *Gronwald*, so daß das, was dort wichtig war, berücksichtigt wurde.
Danken muß ich jetzt auch unserem Programmausschuß und allen Ausschüssen, die es durch ihre Vorarbeit ermöglicht haben, daß man die Grundlage für diese letzten Arbeiten jetzt bekommen hat. Ich habe mir noch einzelne Programmentwürfe von gleichgerichteten weltanschaulichen Parteien verschafft. Ich habe den Programmentwurf der Union in der britischen Zone vor mir. Er ist kürzer in den Forderungen, nicht so entwickelt. Er geht stark ins einzelne. Er hat zwei Hauptteile. Einen Hauptteil, der das Grundsatzprogramm ist, und einen zweiten Teil, der überschrieben ist "Vordringliche Aufgaben der ersten Aufbauperiode".
Wenn Sie die Programme der verschiedenen Parteien in demokratischen Staaten betrachten, so sehen Sie, daß dort, wo die Demokratie besonders gut entwickelt ist, die Parteien im allgemeinen fast kein Programm haben, sondern an Tradition oder an Brauchtum oder an Resolutionen anknüpfen. Wir sehen, daß dort, wo die Demokratie in der Entwicklung ist, Programme in der Regel sehr grundsätzlich entwickelt werden. Wir in Deutschland haben ja mit den Programmen schon Erlebnisse hinter uns, wenn Sie an die Erfurter oder ähnliche Programme denken, die in ihrer Herausbildung und Entwicklung eigentlich schon für sich eine Weltanschauungs-Darstellung geworden sind. Es ist interessant, daß in England z.B. die Labour-Partei ein relativ kurzes Programm entwickelt hat, und zwar erst nach zwei Jahren. Die Konservative Partei hat fast kein Programm. Sie lehnt sich an einzelne Grundresolutionen an. In Amerika ist es so, daß die beiden großen Parteien kein Programm der Partei als solches haben,

[7] Der Entwurf Haußleiter findet sich im Anhang, Dok. Nr. VIII, S. 1729ff.

sondern Programme, die in den Einzelstaaten entwickelt sind und die zum Teil sehr stark voneinander differieren.
Wir haben auch längere Zeit gebraucht, bis wir ein Programm entwickelt haben. Es war das nach meiner Auffassung kein Fehler. Es war notwendig, daß sich erst gezeigt hat, in welchen Grundlinien die geistige Haltung der Gruppierungen verläuft, die in der Union zusammengefaßt worden sind. Wir haben ja bekanntlich weit auseinanderliegende Flügel. Ich glaube aber, daß auf, ich möchte sagen, jedes dieser beiden Programme, wie sie hier entwickelt worden sind, sich die ganze Union abstellen kann. Sie sind so gehalten, daß ziemlich jeder Flügel damit übereinstimmen kann. Der am weitesten links stehende Flügel oder am weitesten rechts stehende Flügel wird kaum andere Worte finden können, als sie hier entwickelt worden sind, sowohl im Vorschlag *Rindt*, der, soweit ich weiß, ein Gemeinschaftsvorschlag ist, wie im Vorschlag *Haußleiter*, der auch noch mit anderen zusammen ausgearbeitet worden ist.
In beiden Programmen ist auch die Kombination zwischen der Erfahrung des Alters und der Auffassung der Jugend berücksichtigt worden. Es ist ein neues Denken entwickelt worden. Aber es knüpft an an die gute Erfahrung, die wir schon gesammelt haben, gerade auf weltanschaulichem Gebiet. In beiden Vorschlägen sieht man, daß das Programm aus dem Erlebnis der Zeit heraus gestaltet ist, die hinter uns liegt, das ist wichtig, daß wir nicht Konstruktionen in den luftleeren Raum machen, sondern von einer realen Basis ausgehen.
Damit bitte ich, die Diskussion zu beginnen. Ich wäre dankbar, meine lieben Freunden, wenn die Diskussion nicht zu lange dauern würde. Vielleicht können wir kurz feststellen, welches der beiden Programme wir jetzt schon für unsere Wahlarbeit zugrunde legen. Wir werden dann in der Landesversammlung, wenn, wie ich hoffe, durchgewählt ist, in einem feierlichen Akt das Programm noch endgültig beschließen lassen.
Ich würde vorschlagen, daß bei den Wortmeldungen jeder sofort feststellt, und zwar kurz - am liebsten würde ich es so haben, daß nur die einzelnen Bezirke einen Redner vorschicken, damit allen Rechnung getragen ist -, welches der beiden Programme die Grundlage abgeben soll. Das andere Programm wird dann auch jetzt schon im Wahlkampf mit verwertet. Denn beide Programme sind gleich brauchbar.
Darf ich um Wortmeldungen bitten?
Es hat sich zunächst *Kroll* gemeldet.
Dr. *Kroll*: Meine Herren! Aus der Tatsache heraus, daß wir hier zwei gute Entwürfe haben und die Wahl schwerfällt, noch dazu wenn ein Entwurf aus dem eigenen Bezirk vorliegt, möchte ich folgendes bemerken: Ich mache den Vorschlag, daß wir das in der Durcharbeitung etwas systematischer erscheinende *Rindtsche* Programm zur Grundlage nehmen und den Entwurf *Haußleiter*, soweit er neue Dinge bringt, die im *Rindtschen* Programm nicht enthalten sind, hineinverarbeiten. Das ist deshalb verhältnismäßig leicht möglich, weil die Formulierungen, die *Haußleiter* gewählt hat, meistens so sind, daß man sie sehr gut in das *Rindtsche* Programm einfügen kann.
Ich möchte aber noch etwas Grundsätzliches bemerken:
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe.
Dr. *Kroll*: Ich weiß nicht, ob der Herr Landesvorsitzende beabsichtigt, heute schon über das Programm irgendwie vorabstimmen zu lassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich gleich jetzt einschalten, dann kommen wir rascher vorwärts. Ich wollte erst sehen, ob man sich heute schon auf eines der beiden Programme festlegen will. Sonst hätte ich vorgeschlagen: Überarbeitung der Pro-

gramme und in 14 Tagen nochmaliges Zusammentreten des Landesausschusses, der dann eines dieser Programme herausstellt. Mittlerweile könnte ein Redaktionsausschuß oder ein kleiner Ausschuß die Verarbeitung vornehmen.

(Sehr richtig!)

Aber sollte es angesichts der Dringlichkeit, daß wir vor den Wahlen rasch das Programm ausarbeiten wollen, gewünscht werden, dann könnten wir heute schon einen grundsätzlichen Beschluß fassen, könnten das betreffende Programm weiter ausarbeiten und nachher vor der Landesversammlung das endgültige Programm entwickeln. Das wäre auch ein Weg. Ich halte es für besser, heute zu sagen: Eines der beiden Programme stellen wir heraus. Wir brauchen es nicht gleich großmächtig als das Programm der Union zu veröffentlichen, weil es ja nicht von der Landesversammlung beschlossen ist. Aber es wird dann die Grundlage für die ganze Wahlpropaganda werden. Das andere Programm, das dann abgelehnt wird, wird in der Wahlpropaganda auch mit berücksichtigt. Dann wird weitergearbeitet, damit wir am Schluß ein Programm aus einem Guß herausbekommen. In der Landesversammlung wird es feierlich und endgültig beschlossen.

Dr. *Kroll*: Ich würde also den Vorschlag machen, ohne in die inhaltliche Diskussion einzutreten - ich weiß nicht, wie weit wir da heute kommen werden -, das *Rindtsche* Programm zur Grundlage zu nehmen, ein Redaktionskomitee zu bilden und vielleicht binnen 14 Tagen oder innerhalb eines enger begrenzten Zeitraumes das *Haußleitersche* Programm einzuarbeiten, soweit nicht die Frage offen bleibt, ob man für Propagandazwecke bereits mit dem einen Programm arbeiten will. Es würde sich vielleicht empfehlen.

Wenn wir uns allerdings auf eines der beiden Programme einigen, dann müssen wir in eine inhaltliche Diskussion eintreten und ungefähr sagen, was bei den einzelnen Punkten abgeändert oder hinzugefügt werden muß. Es muß also erst Klarheit darüber geschaffen werden, welche Diskussionsgrundlage wir jetzt anerkennen.

Ich bringe also den Antrag ein, das *Rindtsche* Programm als Diskussionsgrundlage und das *Haußleitersche* Programm als Diskussionsbeitrag aufzufassen und anhand des *Rindtschen* Programms die Dinge weiter zu bearbeiten.

Dr. *von Eicken*: Ich habe von jeher den Vorzug, ob ich will oder nicht, mich in einem gewissen Gegensatze zu meinem Freund Dr. *Kroll* zu befinden. Ich habe das *Rindtsche* Programm, wie ich bekennen muß, schnell überflogen, dagegen das *Haußleitersche* Programm durch Vorlesung auf mich wirken lassen können. Ich bin heute vormittag nicht dagewesen. Mir scheint nach meiner nicht endgültigen, aber vorläufigen Feststellung, das *Haußleitersche* Programm in Form und Inhalt von einem solchen Niveau, wie ich es bisher, wie ich offen gestehen muß, in den Verhandlungen der Union noch nicht oft gesehen habe. Ich bitte Sie daher, das *Haußleitersche* Programm als Diskussionsgrundlage anzuerkennen.

Euerl: Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir stehen alle so etwas unter dem Eindruck von dem, was wir gehört haben. Ich möchte auch dem Vorschlag meiner Herren Vorredner zustimmen, daß wir das Programm unseres Freundes *Haußleiter*, das sich in einer weiten und grundsätzlichen Stellungnahme zu all den Fragen, die uns bewegen, äußert, zur Diskussionsgrundlage nehmen.

Ich würde auch gleich bitten, dem Vorschlag des Herrn Vorsitzenden [*Josef Müller*] stattzugeben, daß wir uns darüber sofort einigen, welches Programm wir als Grundlage nehmen, um uns draußen für die kommenden Versammlungen eine Grundlage in

die Hand zu geben. Denn gerade in den kommenden Versammlungen wird es außerordentlich wichtig sein, daß wir vor unsere Wähler mit einem tatsächlichen Programm hintreten. Wir können nicht mehr, wie in den letzten Versammlungen, sagen, daß das Programm in Arbeit ist. Denn die Union besteht jetzt schon über ein Jahr oder fast ein Jahr, und in dieser Zeit müßte es möglich sein, ein Programm für die Wähler herauszustellen. Wenn uns aber ein so vorzügliches Programm, wie das im Entwurf *Haußleiter*, vorliegt, das dann noch durch den Entwurf des Herrn Dr. *Rindt* ergänzt werden kann, dann glaube ich, daß wir gegenüber allen anderen Parteien einen kolossalen Vorsprung haben und auch unseren Wählern etwas sagen und an die Hand geben können, womit sie zufrieden sind und mit uns einig gehen werden.
Ich möchte daher den Antrag stellen und bitte darüber abzustimmen, daß das Programm *Haußleiter* als Diskussionsgrundlage genommen wird und daß wir draußen auch ermächtigt werden, dieses Programm als Basis und Grundlage für unsere Versammlungen zu verwenden.
Professor *Strathmann*: Meine geehrten Herren! Beide Programme enthalten in ihren positiven Forderungen wohl kaum etwas, dem man widersprechen könnte. Wenn man sie aber unter dem Gesichtspunkt würdigt, mit welchem von beiden man in unserem Volke bei der Wahlarbeit die größeren Erfolge erzielen kann, und weiter, wenn man sie unter dem Gesichtspunkt der sorgsamen Durcharbeitung der einzelnen Gedanken und des Reichtums der angestellten Erwägungen würdigt, dann muß ich doch dem *Haußleiterschen* Entwurf entschieden den Vorzug geben. Nach der formalen Seite hin hat es für mich, ich möchte beinahe sagen, etwas Drückendes gehabt, so lange über die vielen Seiten hin des Programms von Dr. *Rindt* immer wieder zu hören: wir fordern, wir fordern, wir fordern. Damit machen wir keinen Eindruck. In der Notlage, in der wir stehen, in dem Druck, in dem wir uns befinden, in der proletarischen Existenz, in die wir alle miteinander hineingeworfen sind, werden diese Forderungen nur einen sehr geringen Eindruck machen, da jeder, der das hört, sagen wird: Fordern, Du hast leicht fordern, aber was nützt mich Deine Forderung, Du wirst damit die Welt nicht ändern.
Es kommt noch etwas Zweites nach der formalen Seite hinzu: Wenn man die einzelnen Sätze, die kleinen Abschnitte des *Rindtschen* Programmes durchliest, so fällt einem doch oft auf, daß der erste Satz, dann der zweite positive Satz und dann der kritische (?) Satz nicht immer in einem klaren logischen Verhältnis miteinander stehen, sondern sehr oft sind Dinge nebeneinandergestellt, die sich, jedenfalls auf den ersten Eindruck, schnurstracks widersprechen. Es müßte dann irgendwie zum Ausdruck gebracht werden, daß wir zwar dieses wollen, aber das andere auch und inwiefern. Aber dann läuft es auf ein Programm "zwar aber" hinaus, mit dem man wieder keinen Eindruck machen kann.
Endlich möchte ich zum *Rindtschen* Programm noch auf folgendes hinweisen: Es taucht hier eine ganze Anzahl von Begriffen auf, die durchaus der Klärung bedürfen. Ich will z.B. nur eines nennen:

Wir fordern den christlichen Rechts-, Sozial- und Kulturstaat.

Meine sehr verehrten Herren! Gibt es einen christlichen Staat?

(Zuruf: Ist in der Verfassung festgelegt!)

Die Menschen können christlich sein. Kann der Staat als solcher christlich sein?

(Zuruf: Ja, er muß!)

Wenn ich diesen Begriff ernst nehme, so muß darin eigentlich enthalten sein, daß als voller Staatsbürger nur der gelten kann, der wirklich Christ ist.

(Widerspruch.)

Können wir uns auf diesen Standpunkt stellen? Unter allen Umständen bedeutet dieser Begriff einen Punkt, an dem in der Öffentlichkeit sofort eine heftige Diskussion einsetzen wird.

Der *Haußleitersche* Entwurf, der für den Geist christlicher Politik mit aller Entschiedenheit eintritt und sich in den konkreten Einzelforderungen von dem *Rindtschen* Entwurf kaum unterscheidet, scheint mir den Vorteil zu bieten, daß er eine so angreifbare Formulierung vermeidet. Ich spreche nicht von dem, was gemeint ist, ich spreche von der Formulierung, wie die Herren wohl verstehen.

So gäbe es noch eine ganze Reihe von anderen Punkten, die man anführen könnte und bei denen man sagen muß: Hier sind Begriffe verwendet, die jedenfalls erst der Klärung bedürfen, bevor sie als fertige Programmünze in das Land hinausgeworfen werden.

Ich glaube, daß auch in dem *Haußleiterschen* Entwurf nach der begrifflichen Seite hin noch eine sorgfältige Durchprüfung erfolgen muß. Ich habe meinen verehrten Nachbarn schon darauf aufmerksam gemacht, daß es kaum möglich sei, daß jede Art von Rassentheorie abzulehnen ist. Da es Rassen gibt, muß es auch Rassentheorien geben, die sich mit den Fragen der Bewertung, der Erkenntnisse der Eigenart der Rassen usw. zu befassen haben. Man kann nicht ablehnen, daß sich die wissenschaftliche Theorie mit solchen Fragen befaßt. Was Herr *Haußleiter* meint, ist aber offenbar Rassenhaß und dergleichen. Das ist natürlich abzulehnen.

Ich hebe nur einen Punkt heraus, um zu zeigen, daß auch dieser Entwurf, so groß seine geistigen Vorzüge meines Erachtens sind, doch in der Formulierung auch noch einer genauen Überprüfung bedarf. Ein zweiter Punkt, auf den ich meinen Nachbarn sofort hingewiesen habe, ist der, daß es an einer Stelle, nämlich im Satz 14 heißt:

Der Staat soll nicht selber wirtschaften.

Das ist eine viel zu allgemeine Formulierung. Ich fragte *Haußleiter*: Soll der Staat auch keine Eisenbahn betreiben? Wenn er das soll, dann wird er doch irgendwie wirtschaften müssen?

Auch diese Formulierung bedarf einer einschränkenden Prüfung. So gibt es noch manches andere, womit ich die verehrten Herren nicht aufhalten will. Nur scheint mir dieser Entwurf, auf das Ganze gesehen, doch den Vorzug zu verdienen. Beide Entwürfe müssen meines Erachtens, wenn eine größere und stärkere Wirkung in der Öffentlichkeit erzielt werden soll, soviel wie irgend möglich knapper, kürzer gefaßt werden.

(Zuruf: Unbedingt!)

Möglichst eindrucksvolle, knappe Formulierungen sind das Geheimnis der Wirksamkeit eines Programms, wie man sich denn ja auch z.B. in dieser Beziehung das Erfurter Programm von ehedem sehr wohl zum Vorbild nehmen kann. Denn nach der formalen Seite hin war es jedenfalls sehr gewandt gestaltet.

Im übrigen brauche ich dazu nichts zu sagen.

Frau *Speicher*: Liebe Anwesende! Ich kann meinem Vorredner vor allem darin zustimmen, daß es einen christlichen Staat heute nicht mehr gibt. Ich glaube, darin liegt unser ganzes Unglück beschlossen. Der christliche Philosoph *Hege[l]* sagt: "Es gibt

heute keinen christlichen Staat mehr, es kann heute höchstens christliche Staatsmänner geben, die den Staat führen."
Nun meine sehr Verehrten, darf ich noch darauf aufmerksam machen, daß der heutige Staat im allgemeinen immer noch, wenn auch nicht vollkommen, aber zu einem erheblichen Teil, von den christlichen Grundsätzen lebt. Da ist der Christlich-Sozialen Union die Aufgabe gestellt, dieses Maß von christlichen Grundsätzen, von denen das Staatsleben sich heute noch nährt, nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern noch zu festigen.
Dann, meine sehr Verehrten, darf ich sagen - ich will damit dem Herrn *Haußleiter* nicht zu nahe treten, der Entwurf von Herrn *Haußleiter* ist ausgezeichnet, aber ich für meine Person habe im Entwurf von Herrn Dr. *Rindt* so viele sympathische Punkte gefunden, daß ich fast den Entwurf *Rindt* vorziehen möchte.
Aber jetzt muß ich dasselbe sagen, was Professor *Strathmann* sagte, daß eben die Dinge viel zu allgemein gehalten sind. Z.B. heißt es hier:

Der Staat ist der gottgewollte Endzustand eines Volkes.

Nun, meine verehrten Anwesenden, ich wäre dafür, daß man hier präzis und stärker heraushebt, daß der Staat zwar die gottgewollte Ordnung ist, aber daß nicht eine Staatsomnipotenz platzgreifen darf. Es ist zwar in vielen einzelnen Punkten noch ausgeführt, aber wenn Sie gleich am Beginn des Programms diese Grundsätze scharf herausstellen, werden unsere Leute, nachdem wir eine Periode der Staatsverfolgung hinter uns haben, nicht in die Gefahr kommen, an diesen irgendwie zu straucheln. Ich würde gleich hier fortfahren und sagen:

Staatsomnipotenz, soweit sie die göttlichen und natürlichen Rechte des Individuums direkt oder indirekt verletzt, lehnen wir ab.

Ich glaube, damit wäre gleich im Eingang des Programms festgelegt, daß wir jede Staatsvergottung und jede Staatsomnipotenz ablehnen.
Dann möchte ich etwas zum Dilettantismus sagen. Wir alle haben immer wieder in unser Programm geschrieben, daß wir den Dilettantismus für den Staatsapparat und das Staatsleben ablehnen. In Wirklichkeit sehen wir schrecklich viel Dilettantismus.
Meine sehr verehrten Anwesenden! Ich mache die Erfahrung und beobachte - ich meine in weitem Umkreis -, daß wir oft Leute an Posten setzen, die absolut weder die menschlichen, noch die fachlichen Qualitäten für die Aufgaben haben, die der Posten an sie stellt.
Ich weiß nicht, ich bemerke eine solche Unruhe hier. Aber ich bin bald fertig.

(Zuruf: Sie haben ganz recht!)

Jetzt habe ich Zustimmung. Das tröstet mich.
Ich bitte, solche Vorgänge ganz besonders zu beobachten. Unsere heutige Demokratie krankt schon wieder daran, daß wir an sehr vielen Posten Leute sitzen haben, die einfach ihre Posten nicht ausfüllen können und die dadurch die Demokratie in Mißkredit bringen. Unsere heutige Lage ist schon wieder nicht sehr zufriedenstellend. Wir müssen fürchten, daß eines schönen Tages die Wellen wieder über uns zusammenschlagen.
Ein sehr sympathischer Punkt ist für uns Frauen im *Rindtschen* Programm der Punkt:

Wir fordern die rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter.

Dann, verehrte Anwesende, heißt es - was überdies von allen Parteien gefordert wird:

Die Arbeit der Hausfrau kommt der Berufsarbeit des Mannes gleich.

Meine Herren! Entschließen Sie sich einmal zu überlegen, was die Arbeit der Hausfrau für die Erhaltung der Familie bedeutet. Früher sah man den Junggesellen in Glanz und Gloria. Heute zeigt sich wieder, was der Junggeselle ohne Frau ist.

(Heiterkeit und Beifall.)

Wir wissen, meine Herren, daß erst in der Familie und durch die Arbeit der Hausfrau eine gute Kindererziehung möglich ist. Keine Anstalt, keine Massenerziehung wird Ihnen die Qualität an Menschen heranziehen können, die wir für einen bürgerlichen und gut geordneten Staat brauchen.
Darf ich noch ein paar Minuten sprechen? Ich sehe Sie schon aufstehen, Herr Dr. *Müller*. Das sind doch alles Dinge, die zur Diskussionsgrundlage nötig sind!
Sodann heißt es vom Richter:

Wir verlangen einen unabhängigen Richterstand.

Verehrte Anwesende! Mir wird ein bißchen ängstlich und schwummelig, wenn ich das lese und daran denke, wie schon in der Republik Urteile gefällt worden sind, die die Republik untergraben haben. Mir wird einigermaßen schlecht, wenn ich daran denke, wie die Richter im vergangenen Staat sich benommen haben. Wir können also nicht unbedingt auf das Gewissen pochen. Freilich, ich weiß, für den Rechtsstaat wäre das Gegebene die Unabhängigkeit der Richter. Es muß aber irgendein Ventil, irgendeine Sicherheit geschaffen werden, daß die Richter uns nicht noch einmal in eine Lage bringen können, wie wir sie in der Republik und im vergangenen nationalsozialistischen Staat erlebt haben.
Ich will aufhören. Vielleicht habe ich schon zuviel gesprochen. Ich kann mich dann noch einmal zum Wort melden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte nicht zu verübeln, wenn ich etwas auf Kürze dränge.
Frau *Speicher*: Darf ich etwas zu den Volkshochschulen sagen? Wir fordern wie alle anderen Parteien die Volkshochschule. Wie wenige von [den] Männern nehmen sich die Mühe, die Vortragsreihen und die Programme der Volkshochschule zu studieren. Vom christlichen Geist merken Sie da jedenfalls nicht viel. Alles wird in das Programm aufgenommen, nur nicht etwas, was ich als wirklich volksbildend kenne.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte nicht zu verübeln, wenn ich etwas gekürzt habe, und zwar aus folgendem Grund: Es ist sicher notwendig, daß das Programm gründlich durchberaten wird. Deswegen habe ich vorhin vorgesehen für den Fall, daß wichtige Abänderungen notwendig sind, in 14 Tagen eben eine neue Landesausschußsitzung abzuhalten und dabei die Programmfrage als ersten Punkt zu behandeln, damit gründliche Arbeit geleistet wird. Ich möchte nur heute zu einem gewissen Abschluß kommen, damit wir jetzt schon etwas für die Wahlen hinausgeben können und somit die Grundlage für die Wahlen haben. Es liegen bereits 15 Wortmeldungen vor.
Geiselberger: Zur Geschäftsordnung! Ich glaube, der Herr Vorsitzende hat vorhin einen sehr wichtigen Vorschlag gemacht, um nicht die Debatte ins Uferlose treiben zu lassen, nämlich den Vorschlag, daß je ein Vertreter der Bezirksverbände für sich - und ich glaube, es wird so ungefähr jeder berechtigt sein, im Namen seines Bezirksverbandes zu sprechen - die Stellungnahme zu den beiden uns vorgelegten Entwürfen kurz

darlegt. Wir wollen uns dann entsprechend den Darlegungen einigen und abstimmen. Wir haben bis jetzt bereits gesehen, daß fast nur Herren aus Franken und fränkischen Bezirksverbänden gesprochen haben. Ich weiß nicht, wie die Liste der 15 Redner noch weiter aussieht. Aber ich glaube, der Vorschlag des Herrn Vorsitzenden würde wesentlich zur Abkürzung der Debatte beitragen.
Wir können heute auf einzelne Punkte des Programms nicht eingehen. Inhaltlich gehen doch beide Programmentwürfe in prinzipiellen Punkten ziemlich vollkommen einig und konform. Es handelt sich nur darum, welche Fassung uns als die praktischere erscheint. Das ist für die praktische politische Arbeit draußen im Volk das wichtigste. Im übrigen wird ja das Redaktionskomitee, das der Herr Vorsitzende bereits vorgeschlagen hat und auf das wir uns wohl alle einigen werden, die Verschmelzung der beiden Entwürfe unbedingt vornehmen müssen. Dann werden wir uns in der Landesversammlung über die endgültige Fassung erst unterhalten müssen. Weiter können wir heute nicht kommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zum letzteren möchte ich sagen: Die Verschmelzung wird sehr schwer sein, wenn wir nicht die Linie ...
Geiselberger: Deswegen sage ich, wir werden uns ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Deswegen habe ich die Diskussion zugelassen. Ich lese rasch die Rednerliste vor. Vielleicht können wir den Vorschlag durchhalten, daß von jedem Bezirk einer spricht und sagt: Die und die Linie wollen wir gehen. Wir überlegen dann, wie wir es praktisch dann weitermachen können.
(Vorsitzender verliest die Rednerliste.)
Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung! Ich stelle den Antrag auf Schluß der Debatte und begründe das wie folgt: Die Parteifreunde *Haußleiter* und *Rindt* haben sich, wie ich weiß, dahingehend geeinigt, daß sie ihr Programm in der Redaktionskommission zusammenfassen werden. Oder habe ich es mißverstanden?

(Zuruf *Haußleiter*: Ergänzen!)

Ich schlage vor Schluß der Debatte und beantrage, die Redaktionskommission einzusetzen, Zuschriften der Bezirksverbände bis zu einem bestimmten Termin, sagen wir bis [in] 14 Tage[n], entgegenzunehmen und dann einen endgültigen Programmentwurf auszuarbeiten und noch einmal dem Landesausschuß zur Beratung vorzulegen - die Landesversammlung ist dazu zu groß - und hinterher der Landesversammlung. Ich glaube, dann kommen wir am schnellsten weiter; sonst verlieren wir uns heute in uferlosen Debatten. Das Gremium ist viel zu groß, um zwei Entwürfe durchdiskutieren zu können.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es steht der Antrag auf Schluß der Debatte. Wer spricht gegen den Antrag auf Schluß der Debatte?
Krempl: Ich spreche deshalb zum Schluß der Debatte, weil ich zum Wort gemeldet bin.

(Unruhe. Heiterkeit.)

Ich bin gleich fertig. Ich halte keine systematische Rede.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf annehmen, daß die Freunde einverstanden sind, wenn *Krempl* ganz kurz grundsätzlich spricht.
Krempl: Die beiden Entwürfe sind gut. An beiden fehlt etwas, und wir haben heute keine Zeit, diese Entwürfe weiter auszuarbeiten. Darüber ist kein Zweifel. Wir müssen uns heute klar werden über einen anderen wichtigen Punkt, und das ist folgender: In bezug auf die Denazifizierung ist sich die Christlich-Soziale Union der schweren

Aufgabe bewußt. Sie ist sich bewußt der großen Verantwortung, daß Tausenden von Familien der Ernährer ohne Verdienst ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bitte, stellen Sie nachher den Antrag.
Krempl: Das ist wichtiger. Denn es wird Nacht, und wir wollen heimgehen und den Leuten etwas sagen können. Die kleinen Pgs. leiden heute ein Martyrium. Das können wir nicht machen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es spricht niemand für Schluß der Debatte?
Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag auf Schluß der Debatte?
Vier Stimmen sind gegen den Antrag auf Schluß der Debatte. Der Antrag ist damit angenommen. Damit ist die Rednerliste zu diesem Punkt der Tagesordnung erledigt.
Jetzt, meine lieben Freunde, haben wir darüber zu beschließen, welcher der beiden Entwürfe zugrunde gelegt werden soll.
Dr. *Kroll*: Der Antrag lautete so ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Kroll*, entschuldige! ...
Kübler: Die einen melden sich fünfmal zur Geschäftsordnung, und wer sich zur Diskussion meldet, kommt nie daran.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Beide Entwürfe können nicht ineinander hineingearbeitet werden. Wir müssen sagen: Der eine ist die Grundlage des anderen. Er wird dazukoordiniert. Infolgedessen würde ich vorschlagen, jetzt darüber schlüssig zu werden, von welchem Antrag ausgegangen wird. Dann setzen wir ein nicht zu großes Komitee ein, das schon innerhalb der nächsten acht Tage die Durcharbeitung vornimmt. Dann werden wir in 14 Tagen in einer neuen Landesausschußsitzung als ersten Punkt der Tagesordnung den Punkt "Programm" setzen. Einverstanden?
Dr. *Hundhammer*: Ich beantrage, daß von jedem Bezirksverband ein Vertreter in den Landesausschuß kommt.
Staatssekretär *Krehle*: Ich wollte dasselbe beantragen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Einverstanden. Ich möchte jetzt nur die grundsätzliche Stimmung noch festhalten. Sie haben gemerkt, es sind Divergenzen da. Die einen haben sich präzis auf den *Rindtschen* Vorschlag ausgesprochen, Professor *Strathmann* mehr für den Vorschlag *Haußleiter*. Infolgedessen möchte ich gern die Linie feststellen, damit dieses Komitee eine Grundlage hat, und sagen: Von dieser Linie gehen wir aus. Es ist das keine Bindung zu den einzelnen Bestimmungen. Es muß eine Grundlage vorhanden sein, damit praktisch gearbeitet werden kann.
Dr. *Eichhorn*: Wir haben eben unter einer ganz bestimmten Voraussetzung den Antrag auf Schluß der Debatte angenommen, nämlich unter der Voraussetzung, daß jetzt nicht ein Gericht über zwei wertvolle Arbeiten von Parteifreunden gehalten wird, sondern daß eine Verschmelzung vorgenommen wird. Die beiden Herren sind keine Gegner.

(Heiterkeit.)

Wir haben also kein Volksgericht zu veranstalten, welcher von beiden Entwürfen der bessere ist. Wir wollen aus den zwei etwas machen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Darf ich vielleicht den Vorschlag machen, daß *Rindt* und *Haußleiter* kurz in drei Minuten einmal sagen, wie sie es praktisch anpacken wollen. Meine Meinung, die ich nicht aufzwingen will, ist, daß man eine Grundlage haben und der Stimmung der Mehrheit des Landesausschusses Rechnung getragen werden muß, welcher Weg grundsätzlich gegangen werden soll. Sonst

geht nämlich im Redaktionskomitee wieder die Debatte um das Grundsätzliche los. Ich möchte die Arbeit in acht Tagen durchgeführt haben.
Brandner spricht kurz zur Geschäftsordnung.
Brandner: Damit wir weiterkommen, schlage ich vor, daß wir aufgrund der guten Gliederung, die im *Rindtschen* Programm zum Ausdruck kommt, das *Rindtsche* Programm als aufbauende Grundlage verwerten. Inhaltlich ist das andere Programm genauso wertvoll.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es steht der Vorschlag *Brandner* zur Debatte.
Piechl: Zur Geschäftsordnung! Ich glaube, es ist das beste, daß das Komitee sich einigt.
Dr. *Gamperl*: Da beide Programme den Grundsätzen der Union entsprechen, möchte ich den Vorschlag machen, es wird dem Redner bei den Versammlungen überlassen, aus welchem Programm er sein Material schöpfen will.
Dann werde ich weiter vorschlagen, daß jeder Bezirksvorsitzende sich kurz darüber äußert, sei es bloß in einer Minute.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Sie haben gelacht, als ich gesagt habe, in Amerika ist es in den Parteien so, daß in den Nordstaaten die Demokratische Partei ein ganz anderes Parteiprogramm entwickelt als im Süden. Wir wollen uns nicht daran halten. Wir sind in unserem demokratischen Denken noch nicht so weit entwickelt wie in Amerika.

(Zuruf: Fast! Heiterkeit.)

Klenk: Zur Geschäftsordnung! Die zwei Entwürfe sind wirklich sehr gut. Aber ehe wir uns für irgend etwas entscheiden, würde ich es begrüßen, wenn wir die Angelegenheit etwas mehr diskutieren würden. Wir müssen Zeit gewinnen. Wir schieben die Sache von vornherein um 14 Tage auf, statt daß wir jetzt die Arbeit auf uns nehmen, um eine ganz andere Linie festlegen zu können. Wir brauchen in der Zukunft und beim Wahlkampf ein Programm. In 14 Tagen sitzen wir wiederum so da wie heute auch und kommen nicht weiter.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Es ist bereits 16.10 Uhr. Ich weiß, daß ein Teil unserer Freunde aus der Oberpfalz sogar schon nach 17 Uhr abreisen muß. Infolgedessen können wir darüber keine lange Diskussion mehr durchführen. Im Gegenteil, bei der Bedeutung, die ein Programm hat, habe ich gerade deswegen vorgeschlagen, in 14 Tagen eine neue Landesausschußsitzung anzuberaumen, die dann als ersten Punkt der Tagesordnung die Behandlung des Programms bringt. Wenn mittlerweile eines der beiden Programme zur Grundbasis erklärt worden ist, kann Dr. *Gerathewohl* für die Propaganda bereits die entsprechenden Entwürfe machen, damit wir keine Zeit für die Wahlvorbereitung verlieren. Aber jetzt bitte ich, über den Antrag *Brandner* abstimmen zu dürfen. *Brandner* hat den Antrag gestellt, das *Rindtsche* Programm soll die Basis zu der Entwicklung des Programms werden. Ich darf diesen Antrag ergänzen: Das *Haußleitersche* Programm ist nicht in den Ideen, aber in den Formulierungen manchmal besser. Es wird daher in das Programm, soweit es möglich ist, hineingearbeitet. Ich lasse über diesen Antrag abstimmen.
Frau *Meyer-Spreckels*: Bedeutet das, daß die Reihenfolge im *Rindtschen* Programm die gleiche bleibt? Könnte man dann nicht eine Umstellung vom Einzelmensch herauf zum Staat vornehmen?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das würde vom Redaktionskomitee bis zum nächsten Mal geklärt werden.

Voretzsch: Wir sind alle von den beiden Programmen beeindruckt. Es muß doch möglich sein, beide Programme zu vereinigen. Ich möchte nicht sagen, daß das eine die Grundlage von dem anderen sein sollte, sondern beide müßten zusammengelegt werden. Die Programme sind Programme, weniger programmatische Erklärungen eines Ministerpräsidenten bei Übernahme einer neuen Regierung; ein Programm müßte viel kürzer und packender sein. Es sollte nicht länger als eineinhalb Seiten sein.

(Zuruf Dr. *Rindt*: Das ist unmöglich!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es war das ursprünglich auch meine Auffassung. Ich wollte auch zuerst ein sehr kurzes Programm haben. Aber als die beiden Programme von *Rindt* und *Haußleiter* entwickelt wurden, wie sie jetzt vor uns liegen, habe ich sie für so gut gehalten, daß ich mir gesagt habe, ich wüßte nicht, wie ich die Programmpunkte zusammendrängen sollte. Ich habe es versucht, aber es ist zu schwer.
Professor *Strathmann*: Wollen wir nicht vielleicht doch den eben gemachten Vorschlag annehmen und einfach die beiden Vorschläge als Material unseren Leuten im Lande hinausgeben. Das halte ich für viel besser.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf gleich abstimmen lassen. Professor *Strathmann* stellt den Antrag, beide Entwürfe als Material für die Wahlarbeit unseren Ortsverbänden hinauszugeben.
Um den Unterschied nochmals hervorzuheben, darf ich vor der Abstimmung nur mit einem Satz sagen - Herr Professor *Strathmann*, Sie haben selbst darauf hingewiesen -, das *Rindtsche* Programm erscheint mir in der Grundlinie, ich möchte sagen, besser durchgezogen - wenn ich mich so ausdrücken darf, ich will nicht sagen ausgearbeitet -, besser durchentwickelt. Das *Haußleitersche* Programm ist in der Wirkungskraft besser als das *Rindtsche*. Darin liegt der Unterschied. Gerade weil beide Programme so differieren, bin ich der Auffassung, man soll eines zur Grundlage nehmen und das andere hineinarbeiten, um die beiderseitigen Vorteile zu vereinigen. Aber von einem muß man ausgehen, sonst bekommt man kein einheitliches Bild.
Ich möchte nicht, daß das Programm der Union von oben her gegeben wird. Deswegen habe ich vorhin die Anregung gegeben, daß die einzelnen Bezirke dazu Stellung nehmen und daß dann alle draußen, in Nord- wie in Südbayern, damit zufrieden sind und es brauchen können. Es soll nicht nachher der eine Teil sagen: Uns hätte das andere wesentlich besser entsprochen.
Darf ich jetzt abstimmen lassen. Es liegt der Antrag *Brandner* vor. Ich brauche ihn nicht mehr zu wiederholen. Er ist bekannt.

(Zuruf: Das *Rindtsche* Programm als Grundlage,
den *Haußleiterschen* Entwurf hineinarbeiten!)

Wer enthält sich? Wer ist dagegen?
Vier sind dagegen, der Vorschlag ist angenommen.
Jetzt bitte ich, das Redaktionskomitee zusammenzusetzen. Ich würde vorschlagen, von jedem Bezirk einen Vertreter, ferner einen Vertreter der Frauen und einen Vertreter der Jugend. Werden sonst noch Vorschläge dazu gemacht?

(Zuruf: Die Referenten!)

Selbstverständlich sind die beiden Referenten mit im Komitee.
Wird dieser Vorschlag so angenommen?

(Zuruf: Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses.)

Wenn wir den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses nehmen, müssen wir auch den Vorsitzenden des Kulturausschusses beiziehen.

(Widerspruch. - Zuruf: Das Gremium wird viel zu groß.)

Dr. *Rindt*: Zur Geschäftsordnung! Ich schlage vor, daß das Redaktionskomitee sich mit den Ausschüssen über die einzelnen Abschnitte in Verbindung setzt, deren Formulierungen entgegennimmt und sie einarbeitet.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Ausschüsse haben jederzeit das Recht, beratend Stellung zu nehmen. Das Redaktionskomitee wird die Ausschüsse zur Mitarbeit heranziehen. Das halte ich für das Beste.
Im übrigen soll der Ausschuß nicht zu groß sein, sonst kommt eine Divergenz.
Der Ausschuß besteht also aus den beiden Referenten, je einem Vertreter der Bezirke, einem Vertreter der Frauen und einem Vertreter der Jugend.
Einverstanden? Dann brauche ich nicht mehr darüber abstimmen zu lassen. Dann ist der Vorschlag angenommen.
Ich schlage vor, daß wir die Vertreter der Bezirke hier gleich bestimmen.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Die Bezirke sollen sie bestimmen.)

Ich bitte die Bezirke, umgehend die Vertreter zu bestellen, am liebsten bis Montag, damit wir keine Zeit verlieren.

(Zuruf: Sofort hier bestellen.)

Es wird vorgeschlagen, sie sofort hier zu bestellen.
Staatssekretär *Krehle*: Der Bezirksverband München schlägt *Sedlmayr* vor, womit auch ein Arbeitervertreter im Komitee ist.
Dr. *Hundhammer*: Dr. *Hundhammer* für Oberbayern mit dem Recht, jeweils einen anderen Vertreter zu bestellen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Für Niederbayern wird *Kübler* vorgeschlagen.
Kübler: Ich habe keine Zeit.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann *Maier* von Dingolfing für Niederbayern. Für Oberpfalz *Ortloph*, Oberfranken Dr. *Kroll*, Mittelfranken *Engelhardt*, Unterfranken Dr. *Kroth*, Schwaben Dr. *Martin*, Augsburg *Fink*, Nürnberg Dr. *Arnold*.
Die Frauen haben schon bestellt.
Liedig: Frau *Lang-Brumann*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Für die Jugend wird es am besten sein, *Steber* zu nehmen. Die Jugend ist sonst durch *Steber* im Arbeitsausschuß vertreten. Man kann ihn nicht einfach übergehen. Ich würde vorschlagen, daß wir ihn bestellen. Erhebt sich Widerspruch?
Dann ist mein Vorschlag angenommen. Damit ist das Redaktionskomitee zusammengestellt. *Stürmann* hatte sich gemeldet.
Dr. *Stürmann*: Ich war gegen die Benennung des Herrn *Steber*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich den ersten Termin der Sitzung festlegen, damit keine Zeit verloren geht. Welchen Tag schlagen die beiden Referenten vor?

(Zuruf: Donnerstag und Freitag! Widerspruch. Zuruf: Am Donnerstag Fraktions- und Freitag Plenarsitzung!)

Dr. *Hundhammer*: Ich schlage Mittwoch vor. Am Donnerstag vormittag ist Fraktionssitzung, am Donnerstag nachmittag Wirtschaftsausschußsitzung der Verfassunggebenden Landesversammlung. Wahrscheinlich tagt auch noch der Verfassungsausschuß, so

daß es also zweckmäßig sein dürfte, in der zweiten Woche die Termine zusammenzulegen. Ich schlage Mittwoch nachmittag vor.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit das Programm fertig wird, würde ich Mittwoch vormittag vorschlagen, 9.30 Uhr, Landesgeschäftsstelle. Einverstanden?

(Zuruf: Ja!)

Ich bitte das Redaktionskomitee, es darauf abzustellen, daß längstens in 14 Tagen der Landesausschuß das Programm vorliegen hat. Einverstanden? Mittlerweile sind die Freunde einverstanden, wenn Professor *Gerathewohl* bereits die beiden Programme für die Rednerentwürfe verarbeitet. Einverstanden?
Frau *Lang-Brumann* hat sich gemeldet.
Frau *Lang-Brumann*: Es ist vorher gesagt worden, daß beide Entwürfe gleich gut seien. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß im Kulturprogramm ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Entwürfen ist. Aus dem einen Entwurf geht hervor, daß die Gemeinschaftsschule die Regelschule wäre.

(Zuruf: Absolut nicht!)

Es heißt genau "nur dann, wenn die Eltern es wünschen"; das setzt einen Antrag voraus. Der andere Entwurf stellt die Bekenntnisschule in den Vordergrund; also Vorsicht, nicht daß wir wieder eine Konfusion bekommen: Die einen treten für die Konfessionsschule ein, die anderen für die Gemeinschaftsschule.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Frau *Lang-Brumann*, ich glaube, daß es in der Union keinen Zweifel gegeben hat, daß beide Konfessionen die Konfessionsschule als Grundlage genommen haben. Übrigens gehen beide Entwürfe auf die Vorschläge des kulturellen Ausschusses zurück. Es hat sich lediglich um die Formulierung gehandelt.
Frau *Lang-Brumann*: Man kann sie vielleicht glücklicher formulieren.
Dr. *Kroll*: Ich möchte nur mitteilen, daß die Redaktionssitzung am Mittwoch auf Schwierigkeiten stößt. Ich bitte, vorschlagen zu dürfen, daß eventuell Freitag genommen wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Da ist Plenarsitzung.
Dr. *Kroll*: Wie ist es mit Samstag?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Da ist sonst eine ganze Woche verloren. Samstag-Sonntag sind noch dazu Wahlpropagandatage.
Dr. *Hundhammer*: An sich würde es am zweckmäßigsten sein, am Donnerstag nachmittag, weil wir am Vormittag in der Fraktion zusammmen sind und am Nachmittag, wenn der Wirtschaftsausschuß beginnt, ein gewisses Vakuum da ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir müssen uns darüber klar sein, daß es nicht im Handumdrehen zu machen ist, weil zwei sehr gute Entwürfe vorliegen und verarbeitet werden müssen. Wenn nur ein so guter da wäre, täte man sich leichter. Zwei gleichwertige haben infolgedessen Diskussion sehr notwendig. Ich würde vorschlagen, den Mittwoch vormittag zu nehmen und Freitag eventuell als Reserve.
Dr. *Kroll*: Wir können ja...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Kroll*, sind Sie einverstanden mit Mittwoch vormittag?
Kroll: Ich kann nicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Einverstanden? Darf ich damit dann diesen Punkt der Tagesordnung: Beschlußfassung über das politische Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union für abgeschlossen erklären?
Ortloph: Ich bin nicht ganz klar, wann diese Sitzung ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Am Mittwoch, 9.30 Uhr in der Landesgeschäftsstelle.

Wir kommen zu Punkt 3: Vorbereitung der Landtagswahlen. Dr. *Hundhammer*!
Dr. *Hundhammer*: Gestern hat sich der Verfassungsausschuß mit dem Termin der Landtagswahlen befaßt. Es wurde der 17. November für die Volksabstimmung und für die Landtagswahlen festgelegt. Baden-Württemberg hat diesen Termin ebenfalls bereits angenommen; Hessen macht noch Schwierigkeiten, weil sie dort mit ihrer Arbeit nicht fertig sind.
Eine zweite Mitteilung, die wichtig ist: Die Reihenfolge der Wahlvorschläge wurde gestern im Wahlgesetz endgültig festgelegt, daß nämlich die Parteien auf dem Stimmzettel aufmarschieren nach der Stimmenzahl der letzt vorausgegangenen Wahl, für ganz Bayern einheitlich. Wir haben also bei der nächsten Wahl Nr. 1 auf der Liste.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zum Termin der Wahlen war auch bei der Militärregierung die Frage offen, ob wir nicht als stärkste Partei einen Wunsch äußern. Nachdem gestern der Termin festgelegt wurde, wird das schwer sein. Meine persönliche Auffassung war, den Wahltermin etwas hinauszuschieben. Es war interessant, daß zuerst die Sozialdemokraten die Wahlen möglichst lange hinausschieben wollten, in letzter Zeit hat Herr *Hoegner* den Wahltermin vorverlegen wollen. Nach meiner Auffassung würde es für uns, für die Arbeit besser sein, wenn der Wahltermin noch in den Dezembertagen gewesen wäre.

(Zuruf: Da können wir nirgends mehr hin bei unseren Schneeverhältnissen!)

Arbeiten kann man immer. Ich glaube, daß es möglich sein wird, wenn Hessen auch noch verschiebt, sich nochmals zu äußern. Ich glaube, daß man noch etwas Zeit für die Wahlvorbereitungen notwendig hätte als die Zeit, die jetzt bleibt.

(Zuruf *Brandner*.)

Dr. *von Eicken*: Ich halte im Interesse der Wahlpropaganda eine Verschiebung nicht für glücklich. Ich weiß genau wie Sie, daß bis 17. November nicht mehr viel Zeit ist, aber ich halte es auf der anderen Seite nicht für praktisch, in den oberbayerischen Gebieten zu warten, bis zwei Meter Schnee liegt.

(Zuruf: Im Bayerischen Wald ist es ebenso, ja erst recht!)

Dr. *Schedl*: Wenn am 17. November gewählt wird, haben wir in der Hauptvorbereitungszeit Allerheiligen und Allerseelen. Da können wir nicht gut Versammlungen halten, und wenn wir welche halten, geht niemand hin. Es fällt ein sehr wichtiges Wochenende aus mit mindestens 20 Versammlungen.

(Zuruf: Das gilt für *alle* Parteien!)

Sühler: ... daß wir die Bauern nicht zu den Wahlversammlungen herbekommen, wenn wir noch 14 Tage zuwarten würden.

(Zuruf: Zuwarten!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir können hier keine bindenden Beschlüsse fassen, und zwar deshalb, weil in dem Falle das Sprachrohr der Union, nämlich die Fraktion, zu entscheiden hätte. Wir wollen aber den Wunsch des Landesausschusses in der Hinsicht festlegen, weil hier vor allem die Leute da sind, die in der praktischen Arbeit ihre Erfahrungen gesammelt haben. Es ist fraglich, ob in dieser Hinsicht eine Änderung möglich ist. Man kann nichts versprechen. Darf ich vielleicht, um die Stimmung festzustellen, jetzt die Anfrage richten, keinen formellen Antrag:

Wer ist für eine Verschiebung der Wahlen? Es bleibt der Zeitraum zwischen 17. November und 8. Dezember; das ist die Grenze, soweit es möglich ist.
Dr. *Krehle*: Darf ich noch auf etwas aufmerksam machen: Wir haben uns in der Regierung damit beschäftigt. Die Militärregierung wünscht den 17. November. Wir haben dem Rechnung zu tragen, weil die neue Regierung noch vor Weihnachten gebildet werden soll. Wird die Landtagswahl auf 1. oder 8. Dezember verschoben, dann fällt die Regierungsbildung mitten in die Weihnachtsfeiertage hinein. Ich meine, je rascher die Regierung umgebildet ist, desto besser ist die Position für unsere Partei.
Dr. *Gamperl*: Meiner Auffassung nach würde eine Verschiebung um acht Tage eine Verbesserung bedeuten, ohne daß die Schneeverhältnisse hereinfallen und ohne daß die Schwierigkeit, die Herr Staatssekretär *Krehle* meint, auftaucht. Acht Tage und nicht weiter!
Fischer: Wie die Fachleute sich die Einreichung der Listen usw. vorstellen! Wie können wir Bezirksversammlungen und Kreisversammlungen in dieser kurzen Zeit durchführen, da ja alles erst neu durchgewählt werden muß!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dann darüber abstimmen lassen, und zwar möchte ich vielleicht so formulieren: Wer ist für eine kurzfristige Verschiebung der Wahl, insofern sich das erreichen läßt? Darf ich darüber abstimmen?
Wer ist dafür? Ich bitte, die Hand zu erheben. Bitte abzählen. Es scheint die Mehrheit zu sein.
Wer ist dagegen? Siebzehn. - Die überwiegende Mehrheit tritt in dem Falle dafür ein, daß der Versuch gemacht werden soll, die Wahlen kurzfristig zu verschieben.
Dr. *Hundhammer*: Ich bitte, gleich davon offiziell Kenntnis nehmen zu dürfen, daß der Landesausschuß diesen Wunsch äußert, um es der Fraktion mitzuteilen.
Piechl: Meine Herren! Ich bin trotzdem dafür, daß alle Vorbereitungen so angelegt werden, als wenn die Wahl am 17. November stattfände.

(Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Damit ist dies abgeschlossen. Wir kommen dann zur Behandlung der Wahl noch weiter. Herr Dr. *Pfeiffer* war leider nicht zu erreichen. Es ist der persönliche Referent gekommen: Herr Dr. *Erber*. Ich schlage vor, daß wir jetzt gleich die Frage behandeln, die heute als eigener Punkt der Tagesordnung beschlossen wurde: Die Entnazifizierung.
Wer meldet sich zum Wort? *Mayr*!
Mayr (Fürth): Verehrte Anwesende, liebe Parteifreunde! Ich möchte die Debatte über einen Punkt, der der CSU wohl zur Zeit die größten Sorgen bereitet, damit beginnen, daß ich Ihnen von einer Erklärung Kenntnis gebe, die der Herr Landesbischof *Meiser* abgegeben hat. Das Unrecht, die Unzulänglichkeiten und die Härten, die da und dort bei der Durchführung des Denazifizierungsgesetzes auftreten, erfüllen weite christliche Kreise mit größter Sorge. Die Klagen, die in beiden Konfessionen den Geistlichen zugetragen werden, haben den Herrn Landesbischof veranlaßt, zu erklären, daß er in der nächsten Zeit in der Öffentlichkeit eine Erklärung abgeben wird, wonach er sich von der Christlich-Sozialen Union absetzen wird; das heißt er kann aufgrund seiner Einstellung, daß die Denazifizierung im christlichen Sinne durchzuführen sei, der Politik, wie sie von der CSU vertreten wird, nicht mehr folgen. Das wird er durch eine Erklärung in der Öffentlichkeit bekunden. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, welche Folgen diese Erklärung haben kann. Darüber hinaus möchte ich Ihnen in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bezirksverbandes Mittelfranken sagen,

daß mich zur Zeit nichts so sehr beschäftigt, wie die Verteidigung des Herrn Staatsministers Dr. *Pfeiffer*. Ich muß in jeder Versammlung immer wieder den ehrlichen Willen bekunden, den unser Parteifreund Dr. *Pfeiffer* in der Ausübung seines schweren Ministeramtes mitbringt. Aber dennoch gelingt es mir nicht, da und dort die bitteren Klagen - ich muß schon sagen -, oft mit Recht erhobenen bitteren Klagen zu beruhigen. Allmählich komme ich mir vor wie ein Mann, der auf verlorenem Posten kämpft. Nürnberg und Mittelfranken ist die Hochburg der SPD. Leider ist die Lage so, daß die Beisitzer der CSU nicht mit den gleichen - ich muß in Klammer setzen - unfairen Waffen kämpfen wie die Beisitzer der SPD und KPD. Ich muß hinzusetzen, daß sich Härten und Unrecht ergeben, die vor einem ordentlichen Gericht niemals erreicht würden. Auf uns, auf die CSU wird gedeutet: "Ihr habt das Ministerium übernommen! Wir geben zu, es ist schwierig für uns, aber Ihr seid zuletzt verantwortlich!" Ich bedauere, daß der Herr Minister nicht da ist. Ich hätte ihm gesagt, daß ich mich in meiner Eigenschaft als Abgeordneter nicht mehr so sehr für ihn einsetzen kann, weil ich nicht mehr die notwendige Unterstützung von ihm habe. Ich habe über tatsächliche Mißstände berichtet. Die Antwort war ein Schreiben des Präsidenten des Amtsgerichtes Ansbach: Nach Prüfung hätte sich ergeben, usw. Ich könnte mich an den Vorsitzenden der Spruchkammer wenden. - Wenn ich keinen Rückhalt habe und wenn ich Gefahr laufe, wie mein Parteifreund Dr. *Kroth* in Schweinfurt verhaftet zu werden, dann kann ich mich nicht mehr vor den Herrn Minister Dr. *Pfeiffer* hinstellen und überall seinen ehrlichen Willen vertreten und bekunden. Ich möchte diese Erklärung des Herrn Landesbischofs [Hans Meiser] zur Einleitung gesagt haben und Sie auf den Ernst der Situation hinweisen. Wir persönlich befürchten, daß die Union einen sehr großen Ausfall an Stimmen erleiden wird.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der nächste Redner: Herr Dr. *von Eicken*.

Dr. *von Eicken*: Meine Herren! Ich muß zu dieser Sache eine grundsätzliche Erklärung abgeben; ich kann Ihnen nicht sagen, woher ich das Recht zu einer Sachverständigenäußerung zu dieser Frage habe. - Ich könnte es vielleicht, aber ich möchte es nicht. - Ich bitte, mir aufgrund meiner bisherigen Äußerungen im Kreise der CSU zu glauben, daß ich Erklärungen nur dann abgebe, wenn ich sie verantworten kann. Ich glaube, dieses Recht habe ich mir verdient.

Ich könnte meinem Herrn Vorredner voll und ganz mit Dutzenden von Beispielen zustimmen. Ich möchte zu Anfang meiner Rede erklären, daß ich es trotzdem nicht ganz tue. Ich kann folgenden Fall erzählen: Einer meiner eigenen Angestellten, ein Mann, der nichts weiter gemacht hat, als daß er Kapitänleutnant gewesen ist, und dann annähernd zwangsweise 1937 in die Partei eingetreten ist, ist nach langem Ach und Krach denazifiziert worden und hat dabei eine Buße von 8000 RM bekommen. Als er daraufhin seinen Spruchkammervorsitzenden ansprach, wieso denn die Höchstgrenze bei ihm angenommen worden wäre, hat der ihm wörtlich erklärt: Wir brauchen Geld, und wir müssen das Geld nehmen, wo wir es kriegen.

(Zuruf: Unerhört!)

Wir können Ihnen auch raten, gehen Sie in die Berufung. Die Berufung wird mindestens drei Monate dauern. Ihr Monatsgehalt beträgt 500 RM. Sie kommen dann vielleicht auf 1000 RM Buße herunter, haben aber immer noch 500 RM verloren.

Der andere Fall betrifft einen Diener der protestantischen Kirche - in welcher Position, sei hier nicht erörtert. Es steht einwandfrei fest, daß dieser Diener der protestantischen Kirche in die Partei eingetreten ist, um schwereres Unheil zu verhüten. Es

steht einwandfrei fest, daß er nicht nur Unheil verhütet hat, sondern es mit Einsatz seiner eigenen Sicherheit und seines eigenen Lebens verhütet hat. Dieser Mann ist nach langen Verhandlungen, in denen sogar eine Zeitlang das Ministerium eingeschaltet war und in denen davon gesprochen wurde, daß es selbstverständlich sei, daß er entlastet werden müßte, glücklich in die Bewährungsgruppe eingestellt worden, mit einer Geldstrafe von 15.000 RM, die sein Vermögen ungefähr um das dreifache übersteigt. Trotzdem sage ich Ihnen, ich kann die Angriffe gegen unseren Parteifreund Minister *Pfeiffer* nicht decken. Abgesehen davon, daß ich den Minister *Pfeiffer* kenne, möchte ich ihm eines sagen: Ich habe vor vier Wochen aufgrund meiner persönlichen Beziehungen zum Minister *Pfeiffer* ihm einen Brief geschrieben, in dem ich ausführte: Ich halte es heute nicht mehr für tragbar, so zu tun, als ob die Denazifizierung in der bisherigen Form durchgeführt werden würde. Ich bedauere unendlich, wenn einer der wenigen mutigen und fähigen Köpfe, die wir haben, auf diese Weise wieder einmal umsonst verbraucht wird. Ich halte es für praktisch, nun endlich meine, von früher her vertretenen Gesichtspunkte doch noch einmal der Militärregierung gegenüber zu vertreten, die folgendes sagen:
Die Denazifizierung kann nur in gemeinsamer Arbeit zwischen den Amerikanern und den Deutschen durchgeführt werden. Dazu ist notwendig, daß die Amerikaner die Spruch- und Berufungskammervorsitzenden stellen und daß sämtliche unbelasteten Deutschen in Schöffenlisten eingeteilt werden, aus denen sie ausgelost werden, so daß die Neutralität und Sachlichkeit gewahrt wird. Dieser mein Standpunkt ist nicht neu, sondern sehr alt. Herr Minister Dr. *Pfeiffer* hat mir darauf geschrieben, er danke mir für meine Ausführungen, die ihn in jeder Beziehung sympathisch berühren. Er kann nicht dafür, daß er für Dinge, die er herbeigeführt hat, heute festgelegt ist, und er hofft, daß er mit Unterstützung und Verständnis mit den Schwierigkeiten, die ihm gestellt sind, fertig wird. Ich kenne die Verhältnisse im Ministerium für Sonderaufgaben wahrscheinlich erheblich besser wie ein großer Teil von Ihnen, meine Herren. Ich weiß, daß Minister *Pfeiffer* diese oder jene Äußerung mißdeutet wird. Ich möchte einen von Ihnen wissen, der sich das ernste Ziel gesteckt hat, zwischen dieser Scylla und Charybdis durchzusteuern; der also denazifizieren will und zwischen der Propaganda derjenigen steht, die zwar sagen: "Kleiner Pg. was nun?", aber hinter dem Rükken sämtliche wirklich ernsten Bemühungen sabotiert haben,

(Zuruf: Sehr wahr!)

und den Auffassungen der Militärregierung auf der anderen Seite, und eine Mittellinie finden muß. Es ist leider Gottes deutsche Gepflogenheit, jedes Wort, wenn es einem nicht paßt - wenn es einem paßt, dann spricht man nicht davon -, wörtlich zu nehmen und dann anzugreifen. Kann ein einzelner von Ihnen mir eine Antwort geben, was er zwischen all diesen Schwierigkeiten wirklich und sachlich anders machen kann, als versuchen, die Dinge voranzutreiben und diesen Anstoß des Ärgernisses sobald wie möglich zu beseitigen. Ich kann Ihnen versichern, und ich bitte mir zu glauben, daß Minister *Pfeiffer* einer der wenigen Menschen, vielleicht der einzige ist, dem ich vor allem, abgesehen von den Fähigkeiten - die hat mancher von uns -, die notwendige Zivilcourage zutraue, da das Odium höchstens auf ihn selber fällt. Glaubt einer von Ihnen, daß *Pfeiffer* sich zu seinem eigenen Spaß in diese Situation hineintreiben läßt? Glaubt einer, daß, wenn einer von uns einfach den eigenen Minister abschießt, etwas anderes übrigbleibt, als was man gerade bei dieser Mission am ehesten vermeiden will? Ich muß Sie bitten, mir zu glauben und möchte sagen, daß ich persönlich sehr

weitgehende Beziehungen habe, die mir ein Recht geben, mich hier bedingungslos vor meinen Parteifreund *Pfeiffer* zu stellen, daß ich weitgehendste Informationen habe, die sich nicht nur auf sachliche, sondern verwandschaftliche Beziehungen gründen, ohne mit *Pfeiffer* verwandt zu sein.
Ich bitte Sie also, mir zu glauben, daß *Pfeiffer* mit einer Zivilcourage, die ich, der ich für Zivilcourage wohlbekannt bin, zu bewundern Gelegenheit habe, die Dinge so faßt, daß Recht und Unrecht weitestgehend auseinandergehalten wird. Ich bitte, mir weiter zu glauben, daß Äußerungen, die Minister *Pfeiffer* da und dort tut, der Tatsache dienen, daß er zwischen den Dingen steht, die er allein zu entscheiden nicht in der Lage ist, und daß er mit diesen Äußerungen nicht etwa seine persönliche Kleberei an einem Posten zu vertreten versucht, sondern daß er versucht, dafür zu sorgen, daß die Dinge in der Hand eines Mannes sind, der unsere Weltanschauung vertritt. Ich erkläre Ihnen hier offen, daß ich, der ich dafür kritisch bekannt bin und der ich dafür bekannt bin, ohne rechts und links zu schauen, seinen eigenen Mut und seine Initiative in allen Dingen einzusetzen, Sie bitte, mir zu glauben. Machen Sie *Pfeiffer* nicht Schwierigkeiten, die Sie sonst bloß damit bezahlen, daß eines Tages vielleicht Herr *Hoegner* an seiner Stelle steht!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Dr. *Stürmann*.
Dr. *Eichhorn*: Zur Geschäftsordnung! Es sind nur einige wenige, die historisch ganz genau kennen, wie innerhalb von einigen Stunden Dr. *Pfeiffer* Minister wurde. Ich war einer der wenigen, die absolut dagegen geredet haben. Ich bitte nun, daß wir gar nicht daran denken dürfen, als Landesausschuß der Union irgendwie zur Tätigkeit des Herrn Ministers *Pfeiffer* Stellung zu nehmen. Das hat mit uns als Union zunächst gar nichts zu tun. Ich bitte, das dringend festzuhalten.

(Unruhe unter den Versammlungsteilnehmern.)

Die Stellung des Herrn Ministers als Parteifreund kommt nicht in Betracht. Er ist für seine Person Minister für Sonderaufgaben. Sonst kommen wir in eine abscheuliche Situation. Weiteres will ich nicht sagen. Ich bitte dringend, mit der Diskussion Schluß zu machen, *Pfeiffer* hin, *Pfeiffer* her.
Es handelt sich darum, daß Sie zur Beratung über die Angelegenheit kommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich würde bitten, jetzt die Rednerliste weiter durchgehen zu lassen, und zwar deswegen, weil es doch notwendig erscheint, daß die Aussprache durchgeführt wird. Ich kann Ihnen ruhig sagen, daß von allen Briefen, die jeden Tag eingehen, ein Drittel, fast die Hälfte nur immer die leidige Entnazifizierung betreffen.
Dr. *Stürmann*!
Dr. *Stürmann*: Meine Damen und Herren! Ich muß leider eines im Gegensatz zu den Darstellungen der beiden Herren, die vor mir gesprochen haben, sagen: Ich glaube nicht, daß es jetzt zunächst unsere Hauptaufgabe ist, uns darnach zu drängen und mit besonderer Vorsicht bedacht zu sein, uns den Unwillen der Nationalsozialisten und ihrer Mitläufer zuzuziehen, sondern das Primäre ist, daß tatsächlich denazifiziert wird. Ich bitte auch alle die Argumente, die ich menschlich absolut verstehe - denn wir wollen bestimmt nicht, daß noch einmal das Bösartige, was wir im Dritten Reich erlebt haben, unseren Feinden, die es uns zugefügt haben, in derselben Form zugefügt wird - ...
Aber, bitte, meine Herren, Recht muß jetzt sein! Von diesem Gesichtspunkt des Rechts aus bitte ich, doch auch immer zu bedenken, daß es außerordentlich wesent-

lich ist, daß wir innerhalb der Partei frei von irgendwelchen nationalsozialistischen Exemplaren und Elementen sind. Denn es ist unerfreulich, wenn fortgesetzt in irgendeiner Zeitung steht, was weiß ich, Kreis irgendwo, Bezirk irgendwo: Der Landrat ist hinausgeworfen, weil er Pg. war. Meine Herren! Ich bin fest davon überzeugt, die anderen Parteien würden wahrscheinlich genauso hereinfallen, wenn man alle die weißen Fragebogen sich anschauen würde. Aber bei uns paßt man besonders auf.
Es wäre dringend notwendig, daß man zunächst beginnt, aber auch nur solche Kandidaten und solche Personen zu nominieren und solche Personen in die Öffentlichkeit zu stellen, die effektiv Gegner des Nationalsozialismus waren. Ich bitte, noch folgendes zu bedenken: Wir haben 13 Jahre den Nationalsozialismus über uns ergehen lassen müssen. Ich habe in den 13 Jahren nicht soviel Mitgefühl der Bischöfe mit uns, die wir ihnen sehr nahestanden, bemerkt, als in dem einen Jahr mit den Mitläufern des Nationalsozialismus. Also selbst auf die Gefahr, daß ich etwas sehr Unpopuläres sage - ich bin ein überzeugter Sohn meiner katholischen Kirche -, selbst auf die Gefahr hin: Die Tatsachen müssen festgehalten werden.
Und nun folgendes: Ich weiß nicht, was den Herrn Dr. *Pfeiffer* dazu bewogen hat, das Amt zu übernehmen oder nicht. Ich könnte es nicht übernehmen und wollte es nicht übernehmen und würde es nicht übernehmen. Denn Richter in Gesinnungsfragen zu sein, ist immer eine außerordentlich schwierige Angelegenheit. Aber, meine Herren, bedenken Sie, wie war denn vorher die Denazifikation. Wenn Sie erfahren müssen, daß die Denazifikation nur ein Vorwand ist, um eine sogenannte soziale Anarchie herbeizuführen, nämlich die Entwurzelung breitester Schichten; denn wieviel Millionen waren irgendwie durch Vater, Mutter, Schwester, was weiß ich, mit dem Nationalsozialismus in irgendeinem Berührungsfeld! Dann war es schon wichtig, daß die Denazifikation effektiv wieder auf das Feld zurückgeführt wird, in das es hineingehört, nämlich in das politische, nicht mit irgendwelchen Hintergedanken, die man etwa in drei, vier oder fünf Jahren dann schon amortisieren möchte. Diese beiden Gedanken sind nach meinem Dafürhalten grundlegend genug, um alle Bedenken zurückzustellen und uns auch ruhig zu dem Mut anzuspornen, daß wir bereit seien, den Nationalsozialisten zu sagen: Kinder, Ihr habt einen Fehler, einen Irrtum gemacht. Uns, die wir den Fehler nicht gemacht haben, hat man die Häuser eingeschmissen. Unsere Verwandten, unsere Kinder sind gefallen. Wir können auch nichts machen. Nun jammert um Gottes Willen nicht wegen des bißchen, das Euch passiert! - Ich rede nicht von den Verbrechern, sondern von den Mitläufern. Sie sollen nicht glauben, die Weltgeschichte stehe nun still, weil bei uns ist, was ihnen nicht paßt. Die CSU muß den Mut haben, als Partei klar antinationalsozialistisch eingestellt, jede Härte zu vermeiden, Recht zu suchen, aber Recht auch durchzusetzen.
Fischer (Augsburg): Als wir voriges Jahr an diese Frage herangingen, war ich auch in meinem Bekanntenkreis einer der Schärfsten. Ich hätte gerne den einen oder anderen auch beseitigt. Ich muß heute sagen, daß ich nach einem Jahr in dieser Frage umgelernt habe. Es ist kein Verhältnis im Ausmaß: Das, was 1933 geschehen ist und das, was 1946 geschieht. Es ist kein Verhältnis, daß wir überhaupt mit der Entnazifizierung, wie sie heute gediehen ist, annähernd an den Grundsatz herankommen, daß wir der Gerechtigkeit dienen wollen. Ich kann Beispiele aufführen. Die Spruchkammern in Augsburg und Schwaben machen mich noch radikal kaputt. Man spricht von einem, der in Klasse III kommt. Man stuft ihn in seinem Gehalt zurück, in seiner Stellung, haut ihm auf 20 oder 50 Jahre Abgaben hinauf; dann kommt er in seine Stelle, und da sagt man ihm: Klasse III stellen wir nicht ein. Dann können sie ihn gleich in

Klasse I einreihen! In einem anderen Fall wurde ein Autogeschäftsbesitzer, der ein halbes Jahr beim NSKK gewesen ist und dann ausgetreten ist, in Klasse II eingestuft. Das ist Wahnsinn. So geht das auf die Dauer.

(Zuruf: Da kann der Minister [*Anton Pfeiffer*] nichts dafür!)

Die Dinge gehen heute in einer solch breiten Masse vor sich. Dann haben wir im Jahre 1946 nicht mehr die Menschen, die das lange aushalten. Ich bin zu der Überzeugung gekommen, es muß eine großzügige Amnestie von unten eintreten, damit wir überhaupt Zeit und Muße haben, die wirklichen Nationalsozialisten zu verhandeln und zu verurteilen. Wenn man den großen Verbrechern Monate um Monate einen Riesenapparat aufzieht und jede Kleinigkeit umdreht - und dann geht man her und urteilt über irgendeinen kleinen Mitläufer, nur indem man hingeht und im ersten Stock fragt: "Pst, pst, pst?" Und im zweiten Stock fragt: "Pst, pst, pst?" Und dann baut man ein Urteil, Freispruch oder Verurteilung, darauf auf! Das ist keine Maßnahme, wie man in Deutschland Justiz treiben soll. So geht es nicht weiter. Die Entnazifizierung hat versagt; sie ist undurchführbar.

(Zuruf.)

Dr. *Kroth*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war ja in der letzten Zeit ein Opfer dieser ganzen Spruchkammerpolitik. Ich bin vorige Woche als Abgeordneter der Verfassunggebenden Landesversammlung mitten aus einer Fraktionsversammlung verhaftet worden und nur auf dringendes Eingreifen unseres Landesvorsitzenden ist es gelungen, mich nach einigen Stunden wieder freizubekommen. Ich möchte Ihnen kurz die ganze Geschichte erzählen:

Als damals die Nachricht kam, daß Herr Dr. *Pfeiffer* das Ministerium übernehmen würde, da ging ein Aufatmen, wenigstens bei uns in Schweinfurt, durch die Bevölkerung und man erwartete tatsächlich, daß jetzt die CSU die Sache richtig in die Hand nehmen würde. Diese Erwartung ist, wie ich leider feststellen muß, schwer enttäuscht worden. Die Bevölkerung von Schweinfurt macht uns, die CSU, heute verantwortlich dafür, daß die Entnazifizierung überhaupt nicht vorwärts geht. Seit Anfang Juli oder sogar Juni ist bei uns in Schweinfurt kein Entnazifizierungsurteil mehr gefällt worden bzw. die gesamte Arbeit, die geleistet worden ist, ist wieder annulliert worden. Die Ärzte können nur beschränkt arbeiten, dann liegt vor allem die Industrie bei uns brach, weil die Entnazifizierung bei uns nicht vorwärtsgeht.

Wir hatten in Schweinfurt eine Spruchkammer zusammenbekommen, paritätisch besetzt von den drei Parteien, der CSU, der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei. Alle Parteien hatten ihre erste Garnitur in die Spruchkammer hineingesandt. Von den 21 Personen waren 14 Stadträte, darunter auch ein Abgeordneter der Verfassunggebenden Landesversammlung. Es waren meistens Leute, die politisch verfolgt waren, die im KZ gewesen sind. Sämtliche Urteile, die 117 Fälle bis zum 20. Juli sind in Schweinfurt einstimmig gefällt worden, ein Beweis dafür, wie ausserordentlich harmonisch das Zusammenarbeiten der drei Parteien war, die hier wirklich Vorbildliches geleistet haben und im weitesten Sinne das Vertrauen der Bevölkerung genossen. Die Urteile waren teilweise sogar ziemlich hart, wenigstens für meine Begriffe. Trotzdem hat man sie im allgemeinen gerecht empfunden, und auch die Betroffenen hatten durchaus das Gefühl, daß sie hier gerecht behandelt wurden. Sie haben auch ihre Strafe oder ihre Buße gerne getragen.

Da mitten hinein, nach dem 72. Fall, geschah dann auf einmal ein Eingriff von Seiten der Militärregierung, und zwar in einer außerordentlich erschütternden Art. Denn von

diesem Augenblick war die Unbefangenheit des Gerichtes vollkommen zerstört. Ich habe mich damals sofort an Herrn Dr. *Pfeiffer* mit einem schriftlichen Bericht gewandt, in dem ich ihm die Vorkommnisse mitteilte, die untragbar seien, und zwar von Seiten der amerikanischen Militärrregierung her. Wir haben gebeten, daß Herr Dr. *Pfeiffer* so schnell wie möglich eingreifen möchte und nach dem Rechten sähe. Wir haben darauf keine Antwort bekommen. Dafür erhielten wir aber am 20. Juli plötzlich die Nachricht, die Spruchkammer in Schweinfurt ist aufgelöst worden. Wir waren alle wie vom Donner gerührt und selbst in der Bevölkerung hat sich geradezu eine schockartige Panik bemerkbar gemacht. Es war allerdings auch bekannt geworden, in welcher Weise oben von einem gewissen Beauftragten der Militärregierung eingegriffen worden war. Eine Begründung für die Auflösung der Spruchkammer haben wir nicht bekommen. Der Oberbürgermeister hat sich wiederholt an den Minister *Pfeiffer* um Aufklärung gewandt, weil es sonst unmöglich wäre, eine neue Spruchkammer zu bilden. Denn es war kein Mensch bereit, nochmal in die Spruchkammer hineinzugehen, diffamiert zu werden und eventuell für Lebenszeit seiner Ämter verlustig zu gehen. - Wir haben nichts erfahren. Ich bin dann zum Minister *Pfeiffer* selber hingegangen, und zwar auch aufgrund der damaligen Aufforderung, daß jener Abgeordneter der CSU beim unmittelbaren Vertrauensmann der Denazifizierung ist und an ihn berichten soll. Ich habe ihm dann einen Bericht gegeben, und Minister *Pfeiffer* hat mich gefragt, ob ich bereit bin, meinen Vortrag auch vor der amerikanischen Militärregierung mit derselben Offenheit zu wiederholen. Das habe ich selbstverständlich bejaht. Ich hatte mir einige schriftliche Notizen gemacht, und da Dr. *Pfeiffer* schriftliche Unterlagen verlangte, habe ich sie ihm auch gegeben. Er hat sie dann sofort ins Englische übersetzt und, als ich dann am Nachmittag den Vortrag auch vor einem Amerikaner in derselben Weise wiederholt habe, die schriftlichen Notizen auch den Amerikanern ausgehändigt.

Die Angriffe, die ich vorgetragen habe, waren sicher sehr schwer; aber Minister *Pfeiffer* und die Militärregierung hatten mir die Versicherung gegeben, daß ich ohne Furcht eben die Darstellung so geben sollte, wie sich in unseren Augen die ganzen Dinge und Hintergründe abgewickelt hatten. Mein Bestreben war, daß die Spruchkammer in der alten Form sofort wiederhergestellt werden sollte. - Ich habe das auch den Herren der Militärregierung gesagt, - schon um das schwer erschütterte Vertrauen in die amerikanische Militärregierung wieder herzustellen. Denn, wie gesagt, unsere Spruchkammer hatte ein bedeutendes Vertrauen bei der Bevölkerung. Es wurde mir zugesagt und zuerst auch wurde uns sogar offiziell mitgeteilt, die Spruchkammer Schweinfurt ist wieder eingesetzt bis auf den ersten Vorsitzenden und den ersten Ankläger. Minister *Pfeiffer* erklärte mir, daß er auch diese Herren nach kurzer Zeit ebenfalls wieder zurückberufen würde, aber im Augenblick halte er es für besser, daß sie eben außer Rampenlicht gingen.

Nun hörte ich auf einmal hier in München: In Schweinfurt ist der Teufel los, der Oberbürgermeister soll abgesetzt werden, der Ankläger und der Vorsitzende sollen verhaftet werden, und zwar wegen meines Berichtes, der in Schweinfurt bei der Militärregierung bekannt geworden ist. Dieser Bericht hat dann auch zu meiner Verhaftung hier geführt. Ich sollte wegen Verleumdung der Militärregierung vors Militärgericht gestellt werden, obwohl ich auf Aufforderung hin, des hiesigen Ministeriums und der Militärregierung hier, in München einen Bericht freimütig, wie es verlangt war, eben auch gegeben hatte. Ich wurde, wie ich schon sagte, dann auf Eingreifen des Herrn Landesvorsitzenden wieder befreit, und ich war dann mit dem Herrn Landes-

vorsitzenden am nächsten Tag bei der Militärregierung - auch Herr Minister *Pfeiffer* war dabei. Ich muß anerkennen, daß Minister *Pfeiffer* bei der Militärregierung die Verantwortung dafür übernommen hat, so daß sie ebenfalls für meinen Bericht die Verantwortung übernehmen mußten, weil dieser Bericht auf ihren Wunsch erfolgt war, daß aber mein Bericht anscheinend in ein schlechtes Englisch übersetzt und auch an die Amerikaner weitergegeben worden wäre und dadurch kolossale Verzerrungen und Verschärfungen enthalten habe. Dieser Bericht ist in Schweinfurt bekannt geworden und man hat es für unfaßbar erklärt, daß Minister *Pfeiffer* einen derartigen Bericht, wenn er von mir vertraulicherweise eben eingereicht worden war, an die Militärregierung weitergegeben hat. Wie ich nach Schweinfurt zurückkam, hatte ich mit der Militärregierung natürlich eine Aussprache. Es war eine sehr harte Auseinandersetzung. Die Vorwürfe, die ich erhoben habe, sind von meinen Gewährsleuten voll und ganz aufrechterhalten worden. Ich habe nichtsdestoweniger den Bericht zurückgezogen, allerdings nachdem auch die Amerikaner in den Verhandlungen zugänglicher wurden und wahrscheinlich hier auch von München aus aufgefordert wurden, ihren Standpunkt meinem Bericht gegenüber zu verändern. Wir sind zu einem positiven Ergebnis gekommen, daß heute auch die amerikanische Militärregierung in Schweinfurt positiv mit uns zusammenarbeitet und jetzt schneller an die Entnazifizierungsfrage herangehen will. Also, es ist ein positiver Erfolg hier gewesen, den wir davongetragen haben. Aber diese ganzen Dinge hätten nicht zu geschehen brauchen, wenn eben hier rechtzeitig eingegriffen worden wäre. Das Übereinkommen, das wir erzielt haben, ist zunächst noch platonisch; wie weit es sich praktisch erweist, wissen wir noch nicht. Jedenfalls die Spruchkammer in Schweinfurt kann vorerst noch nicht arbeiten, weil noch Formalitäten erfüllt werden müssen, die vielleicht auch noch drei oder vier Wochen dauern. - Kurz und gut, die Bevölkerung in Schweinfurt hält die ganze Verzögerung in der Denazifizierungsfrage für unsere Schuld, für die Schuld des Herrn Minister Dr. *Pfeiffer* und für die Schuld der CSU. Das ist das, was uns so kolossal behindert.
Als ich mit den Amerikanern verhandelt habe, haben sie gesagt: Warum habt Ihr überhaupt dieses Gesetz angenommen. Wir halten es für unweise. Nachdem es von Euch angenommen ist, müssen wir sehen, daß es durchgeführt wird. - Es wird leider in einer Weise durchgeführt, die eben unsere CSU-Interessen außerordentlich schädigt. Wir bemühen uns, haben aber andauernd die Nachteile davon. Es ist die Frage, ob man Herrn Minister *Pfeiffer* nicht doch irgendwie in irgendeiner Weise vorschlagen sollte, die durchgreifender ist. Ich habe in den Verhandlungen gesehen, daß die Amerikaner hier restlos bestimmen und daß Minister Dr. *Pfeiffer* nur durch persönliche Bitten einen ganz beschränkten Einfluß auf den Gang der Verhandlungen hat. Das ist doch eigentlich nicht das richtige. Da müßte irgendwie eine prinzipielle Klärung herbeigeführt werden: entweder - oder. Wenn wir von der CSU aus durch einen Minister der CSU die Denazifizierung tatsächlich übernommen haben, dann muß sie auch tatsächlich vor den Augen der Bevölkerung einen Erfolg haben. Wenn sie keinen Erfolg hat, sondern nur Mißerfolg, dann weiß ich nicht, ob es richtig ist, daß wir uns weiter so exponieren, wie das geschehen ist. Ich möchte Herrn Dr. *Pfeiffer* persönlich keinen Vorwurf machen, im Gegenteil, er hat ja mitgeholfen, daß meine Sache persönlich bereinigt ist. Aber sachlich geht es nicht vorwärts. Und wir haben die Kosten zu tragen. Wir werden durch die Spruchkammer-Angelegenheit in Schweinfurt wahrscheinlich sehr viele Stimmen verlieren, obwohl wir, das heißt ich persönlich, meinen Kopf selber hingehalten habe und beinahe unter die Räder gekommen wäre.

Frau *Speicher*: Meine verehrten Anwesenden! Ich gehöre zu jenen, die politisch verfolgt [worden] sind, und ich muß sagen: Wir haben uns an den Herrn Landesbischof *Meiser* sehr oft gewandt, und wir haben von ihm sehr viel Trost empfangen. Er war einer der wenigen, die gegen das Unrecht des Nationalsozialismus gekämpft haben. Das hindert mich nicht zu sagen, daß ich es für einen Fehlgriff halten würde, wenn der Landesbischof eine öffentliche Erklärung in dieser Sache abgeben würde. Es würde sich nun eine ganz große Propaganda entfalten, und diese würde der Christlich-Sozialen Union bestimmt nicht nützlich sein.
Ich muß sagen, nach meiner Meinung halte ich das Gesetz zur Entnazifizierung für nicht schlecht, aber die Durchführenden. Die Personen, die in den Spruchkammern sitzen, sind meines Erachtens menschlich sehr oft nicht in der Lage und können auch nach ihrer Vorbildung nicht in der Lage sein, das Gesetz durchzuführen.

(Zuruf: Sehr gut!)

Meine Herren! Es gehört schon ein ganz großer Charakter dazu. Wenn man nun in der Spruchkammer sitzt und von jedem, der in der Spruchkammer sitzt, bedrängt und bearbeitet wird, und da soll man eben sachlich Recht sprechen! Dann muß ich sagen, es sind manchmal Leute drin - ich ersehe es auch an unserer Fraktion -, Leute, die kaum das Knabenalter verlassen haben und die sollen nun Ankläger spielen! Wenn ich Ankläger sein will, dann muß ich in der Lage sein, den ganzen Sachverhalt sachlich überprüfen zu können, und zwar rasch überprüfen zu können, dann muß ich ferner in der Lage sein, den Sachverhalt schriftlich und mündlich formulieren zu können, und zwar klar formulieren zu können. Ich muß weiter noch ein Charakter sein, der sich von der geraden Linie nicht abdrängen läßt. Die ganze Misere liegt bei den Spruchkammern. Solange wir eben als deutsches Volk und als Partei nicht in der Lage sind, diese Spruchkammern anders zu besetzen, wird wohl auch keine Änderung erfolgen.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Ich glaube, hier liegt der Haken.
Sie glauben gar nicht, wie gerade wir, die wir politisch verfolgt [worden] sind und die nun einen neuen Staat aufbauen wollen, wo so etwas nicht mehr vorkommen kann, darüber verängstigt sind, daß dieses schwierigste Problem, das von den Nationalsozialisten hinterlassen wurde, nicht besser gelöst werden kann. Ich glaube, wir müssen hier abraten, daß die Kirchen sich in diese Dinge einmischen. Denn mit Recht hat Herr Dr. *Stürmann* gesagt, daß wir leider vermissen, daß diese Empfindung gegenüber den politisch Verfolgten bestanden hat, die nun heute gegenüber den Nazis besteht. Dann möchte ich noch eines bedenken: Ich persönlich wünsche jedem Nazi, daß er gut durchkommt. Ich muß sagen, ich habe den lebhaften Wunsch, dieses Problem bald aus der Welt zu schaffen.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Denn es beunruhigt nur unser ganzes bürgerliches und staatliches Leben. Aber eines darf ich Ihnen zur Erwägung geben: Nicht jeder, der sich heute unschuldig hinstellt, ist unschuldig.

(Zuruf: Sehr gut!)

Ich darf Ihnen nur zwei Fälle sagen, die bezeichnend sind: In Nürnberg kam ganz kürzlich der protestantische Pfarrer *Kern* in die Verhandlung der Spruchkammer. Die-

ser Herr Pfarrer *Kern*, den ich gar nicht kenne, weil ich katholisch bin, ist verdächtig, für die Gestapo Spitzeldienste geleistet zu haben. Man konnte es ihm nicht nachweisen. Aber ist es nicht ein merkwürdiges Zeichen, daß man ihm überhaupt so einen Vorwurf machen muß?
Alle die zur Nationalsozialistischen Partei gegangen sind, auch wenn sie sagen unter Zwang, haben irgendeinen Vorteil davon gehabt.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Meine Herren! Wie viele junge Leute mußten hinausgehen in den Krieg und sind dabei gefallen oder sind auf Lebenszeit siech! Ich erwähne einen Fall, den ich aus eigener Anschauung kenne - andere Fälle vom Hörensagen erwähne ich nicht. Ein 40-jähriger Amtsgerichtsrat machte ein Vorstellungsgesuch. Dieses habe ich gelesen. "Ich bin christlich, meine Eltern waren christlich; zur Partei bin ich gegangen, weil ich berufliche Nachteile erlitten hätte." Es kommt noch weiter: "Blockwart bin ich geworden, weil man mir drohte, mich zur Luft- oder Stadtwache einzuziehen." Ja, meine Herren, wenn Sie jetzt so ein Gesuch dieses 40-jährigen jungen Mannes haben; er verstand, sich vorm Krieg zu drücken, ist doch ein Verbrecher, wenn die anderen hinaus müssen. Er hat es verstanden, seinen Beruf und sein angenehmes Leben zu behalten, und der andere ist hinausgegangen und hat sein Leben geopfert. Bitte, jetzt kommt das Endergebnis dieses Falles: Kürzlich las ich in den Nachrichten der Spruchkammer: Herr Soundso schriftliches Verfahren. Also ist dem Mann nicht viel passiert. Es ist ein sehr wichtiger Beitritt zur Partei gewesen. Dieser Mann ist billig weggekommen. Wir sind überzeugt, daß sehr viele harte Urteile gefällt werden. Nochmals aber muß ich sagen, es ist nur die Zusammensetzung der Spruchkammern. Das kann nicht von oben geändert werden, sondern wir müssen in der Lage sein, von den Parteien her, die Spruchkammermitglieder zu stellen, die diese Sache einwandfrei durchführen können.

(Beifall.)

Dr. *Kroll*: Liebe Parteifreunde! Ich möchte meine Ausführungen, die kurz sein sollen, mit einer Feststellung eröffnen: In diesem Hause, ein Stockwerk höher, im Korridor ganz nach hinten, residiert als Leiter der Landesstelle Feinmechanik und Optik ein Mann, der einmal mein Vorgesetzter war in der Wirtschaftsgruppe Feinmechanik und Optik in Berlin, vielleicht, es müßte sehr merkwürdig sein, kein Parteigenosse. Aber ich würde wetten, daß er einer war. Jedenfalls ein Mitläufer von Ausmaßen, die man sich nicht vorstellen kann, ein Raffer an Werten aus Frankreich und anderen Ländern, die er mit ausgeplündert hat. Dieser Mann, der bedingungslos alles tat, was *Hitler* forderte, wenn er nur Vorteile hatte, hat es verstanden in Bayern Leiter der Landesstelle Feinmechanik und Optik zu sein. Sein Name ist Dr. *Albrecht*. Das ist eine Tatsache, die Sie nachprüfen können, wenn Sie den Korridor oben nach vorn gehen. Ich bin kein Denunziant, aber dieser Fall ist mir zu kraß. Ich stelle weiterhin fest, daß der berufsmäßige Propagandist und Völkerverhetzer *Fritzsche* freigesprochen wurde.
Meine Damen und Herren! Sollte es stimmen, daß sie die Kleinen hängen und die Großen laufen lassen? Ich bin für Gerechtigkeit. Ich will nicht damit prunken, was ich unter dem Nationalsozialismus gelitten habe. Zum mindesten hat er mir restlos meine Laufbahn zerstört. Ich mußte das Schicksal auf mich nehmen, die Berufe soundso oft zu wechseln, bloß damit ich immer wieder den Schergen entgehen konnte. Ich weiß,

was man in dieser Zeit aushalten mußte. Ich verstehe, daß viele schwach wurden und will es ihnen nicht sehr hoch anrechnen.
Zunächst einmal müssen wir darauf bestehen, daß die wirklichen Nazis entfernt werden. Das Augenmerk sollte sich in allererster Linie auf sie konzentrieren. Erst, wenn wir von ihnen befreit sind, sollten wir uns auch an die kleineren und kleinsten heranmachen. Denn wir wissen, wie schwer es ist, ohne Einsatz einer letzten, fest begründeten inneren Anschauung und ein Vertrauen auf Gott überhaupt Widerstand zu leisten.
Ich möchte einen praktischen Vorschlag machen: Es hat jetzt keinen Sinn, so vorzugehen, daß man den Minister [*Anton Pfeiffer*] im Sinne einer Ablehnung kritisiert. Man kann ihn in einzelnen Maßnahmen kritisieren. Wohl aber hat es einen Sinn, positiv mitzuarbeiten. Denn das versteht auch die Militärregierung, wenn wir die Fehler im Gesetz aufdecken, die wirklich Fehler sind, und dafür eintreten, daß sie abgestellt werden. Die Militärregierung versteht auch, wenn wir Fehlurteile, die wirklich gefällt wurden, sammeln und vielleicht in einem Ausschuß sichten und dann wirklich einmal dem Minister und der Militärregierung vorlegen. Wir stehen ja immer noch unter dem Eindruck, daß unser eigentlicher [sic!] Vorsitzender politisch diffamiert wurde durch eine Denunziation, die haltlos ist. Er ist bis heute noch nicht freigekommen, obwohl nachgewiesen wurde, daß die Angriffe, die gegen ihn vorgetragen wurden, nicht stimmen und nicht stimmen können.
Um einen praktischen Beitrag zu leisten, möchte ich auf folgendes aufmerksam machen: Wir haben neulich in einer Besprechung bei der Militärregierung in Ansbach auf Vorschlag von Dr. *Arnold* einen Fall diskutiert, der immerhin erwähnenswert ist, weil er auch hier bereits angeschnitten wurde. Es ist vor allen Dingen einmal zu verlangen, daß diejenigen sogenannten belasteten Personen, die vielleicht unter Lebensgefahr aus den Gliederungen ausgetreten sind, nicht wie die Mitläufer, die bis zum Ende mitgelaufen sind, behandelt werden. Wir haben eine ganze Reihe von Leuten, die nach kurzer Zeit aus der SA, der SS, der Partei ausgetreten sind, weil sie eingesehen haben, daß hier Verbrechen geplant oder begangen werden. Vor diesen Leuten muß man Hochachtung haben, und man muß sie zunächst einmal schützen.

(Sehr richtig!)

Ich mache darauf aufmerksam, daß das vor allen Dingen für diejenigen gilt, die, ich möchte sagen eigentlich analog, unter die Jugendamnestie fallen. Sie wissen, daß alle diejenigen Personen nicht als belastet gelten, die dem Jahrgang 1919 angehören, die also im Jahre 1945 25 Jahre vollendet hatten. Jetzt bitte ich dahin zu wirken - und das bitte ich besonders dem persönlichen Referenten von Dr. *Pfeiffer* sagen zu dürfen -, daß analog auch die Jugendlichen, die früher geboren sind, so behandelt werden, sofern sie vor ihrem 25. Lebensjahr aus den Gliederungen wieder austraten. Das ist eine einfache Logik. Es ist ein Fehler im Gesetz, dies übersehen zu haben. Denn warum sollen diejenigen, die später geboren sind und die bis zum 25. Lebensjahr mitgelaufen sind, besser gestellt sein wie diejenigen, die ihren Irrtum eingesehen und unter persönlicher Verantwortung beglichen haben, indem sie wieder ausgetreten sind. Wir können die Leute nicht so behandeln und sagen, sie waren auch einmal dabei. Sie alle wissen, was es geheißen hat, wenn Personen unter Lebensgefahr aus den Gliederungen ausgeschieden sind.
Es gibt also Ansatzpunkte. Das ist nur *ein* Ansatzpunkt, wo man im Gesetz sinnvolle Verbesserungsvorschläge anbringen könnte. Ich möchte hier der Versammlung den

Vorschlag machen: Gehen Sie so vor, daß Sie diejenigen nicht schützen, die Verbrecher sind. Haben Sie zwar Mitempfinden mit den Mitläufern, aber lassen Sie sich nicht so breitschlagen, daß Sie sie denen für gleich erachten, die grundsätzlich den Nationalsozialismus abgelehnt und das auch bewiesen haben. Aber diejenigen, die ihn abgelehnt haben, sind immer diejenigen, die nie dabei waren oder die unter Lebensgefahr - und das war bei allen der Fall - ausgetreten sind und erklärt haben: Wir machen nicht mehr mit. Ich möchte das besonders deswegen sagen, weil einige unserer besten Leute - ich erinnere nur an den Stadtrat Dr. *Bauer* (?) - zu ihnen gehören und wir wissen, daß sie die heftigsten Antinazis waren, die es überhaupt gegeben hat. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß der seinerzeit vom Volksgerichtshof hingerichtete und heute von allen, auch von den Amerikanern, als Märtyrer anerkannte berühmte Bamberger Rechtsanwalt Dr. *Wölfel*, wenn er jetzt durch die Spruchkammer ginge, vielleicht sogar zu den Belasteten gehören würde.

(Zuruf: Professor *Huber* von der Universität München!)

Hier liegen einige eminente Fälle vor, die dringend der Klärung bedürfen. Wenn der Herr Minister *Pfeiffer* Zivilcourage hat, was mir bestätigt wurde, möge er sie beweisen und hier zunächst einmal eine Gleichstellung durchsetzen.
Ich möchte aber nicht verfehlen anzuführen, daß wir auf der Anklagebank doch auch diejenigen sehen müßten, die als Staatsmänner des Auslandes den Nationalsozialismus durch ihre Politik bis zum Kriegsbeginn unterstützt haben

(Beifall.)

und die hier nicht gerichtet werden. Warum sollen diese Leute in der Schuld als geringer erachtet werden als die Kleinen, die nicht in der Lage waren, immer mit den Mitteln des Auslandes dagegen Stellung zu nehmen? Das wollen wir doch nicht vergessen. Ich bin Antinationalsozialist und trete dafür ein, daß der Geist des Nationalsozialismus wirklich ausgerottet und beseitigt und daß auch eine sinnvolle Bestrafung durchgeführt wird. Aber es ist erforderlich, daß man der Gerechtigkeit, die Sie alle spüren, Genüge tut und diese Dinge klarstellt und nicht einfach stur einmal gegebene Paragraphen anwendet, sondern vielmehr, wie das in jeder gesunden Rechtsentwicklung in einem Volk der Fall ist, durch entsprechende Kommentierung das Gesetz fortentwickelt und allmählich auf die Linie bringt, auf die es eigentlich gehört.
Ich bitte also, meine Anregungen entgegenzunehmen und nach Möglichkeit zu berücksichtigen.
Mayr (Fürth): Zur Abgabe einer Erklärung! Ich bedauere außerordentlich, vorhin den Herrn Landesbischof *Meiser* falsch zitiert zu haben. Ich wurde nämlich von einem Fraktionsfreund dahin unterrichtet, daß Herr Landesbischof *Meiser* gesagt haben soll: Mir ist sogar von der Bevölkerung nahegelegt worden, von der CSU abzurücken. Der Herr Landesbischof soll in einer späteren Erklärung aber ausdrücklich gesagt haben, daß er das nicht tut. Ich bedauere also, eine Erklärung abgegeben zu haben, die dem wirklichen Willen des Herrn Landesbischofs nicht entspricht.

(Beifall.)

Dr. *Eichhorn*: Wir haben es nicht besonders gern, wenn unser Landesbischof überhaupt erwähnt wird. Er gehört nicht in die Politik und er politisiert grundsätzlich nicht, weder mit der CSU noch mit sonst jemand. Ich habe gerade mit ihm telefoniert, weil ich vorhin erschrocken bin. Es liegt ein schweres Mißverständnis vor. Das, was der Abgeordnete Parteifreund *Mayr* eben erklärte, ist richtig. Der Herr Landesbischof

würde nie von einer Partei abrücken, weil er nie einer Partei zugerückt ist. Entschuldigen Sie, wenn ich mich einmal so populär ausdrücke. Er ist in jeder Beziehung neutral. Das ist die Haltung, die wir von jedem Führer der Kirche und jedem Geistlichen haben möchten, vorbehaltlich jeder persönlichen Einstellung zur Sache, wobei es ziemlich klar ist, daß wir hoffen und wünschen und wissen, daß ein Großteil der Geistlichen beider Konfessionen zur Christlich-Sozialen Union steht.
Wenn ich noch ein Wort zur Denazifizierung sagen darf: Wir sprechen immer von Dr. *Pfeiffer*. Ich habe es nicht gern, weil wir ihn nur als den persönlichen Minister, nicht als den Delegierten einer Partei erklären können. Aber wir müssen von etwas ganz anderem sprechen, meine Herren. Dieses Gesetz ist nicht nur undurchführbar aufgrund der Formulierungen, wegen des schönen Anhanges, der dazu ein Zusatz ist, in dem das wichtigste steht, sondern wegen des deutschen Volkes.

(Sehr richtig!)

Das ist es. Da kann kein Minister etwas daran ändern. Diejenigen, die jetzt in guten Plätzen sitzen, haben Angst, daß sie aus diesen Plätzen wieder weichen müssen. Das ist etwas, was eine Christlich-Soziale Union in erster Linie täglich und stündlich regeln muß. Ich kann Ihnen Fälle nennen, wo ein Mitglied des neuen Betriebsrates, nachdem die dortigen Angehörigen des Nationalsozialismus in der Spruchkammer abgehandelt und alle wieder eingestellt worden waren, erklärt hat: Ich gehe von meinem Platz nicht mehr weg. Inzwischen war er nämlich in die Stelle eines derjenigen eingerückt, die hinausgeworfen waren. Das ist nicht nur im Betrieb im kleinen so, sondern geht noch viel höher hinauf. Das ist die Gefahr, in der wir uns befinden. Wir sind nun dabei, ein Gesetz durchzuführen; wollen wir hoffen, soweit es irgend geht, mit einiger Gerechtigkeit. Wenn es durchgeführt ist, ist das Elend für die Menschen, für die Mitläufer oder auch Entlasteten, genau dasselbe wie vorher, und zwar deswegen, weil sie nicht mehr in ihre Stellungen hineinkommen können. Es ist das auch programmatisch in der Presse erklärt worden, einmal von amerikanischer Seite und im Anschluß daran vom Ministerpräsidenten [*Wilhelm Hoegner*].
Wie schwer das Gesetz durchzuführen ist, wissen wir alle. Es wird niemals gerecht durchgeführt werden können. Herr *Stürmann* hat es ausgedrückt. Es handelt sich um Werturteile, um innere Einstellung. Wir versäumen bei der Gelegenheit den scharfen Kampf gegen die wirklichen Nationalsozialisten. Die kommen auch mit Zeugnissen daher und bei sehr vielen Spruchkammern geht es ihnen wirklich gut. Die armseligen Menschen, die gezwungen in die Partei gegangen sind, die hingelaufen sind, weil sie eben in einer Position waren, wo man es von ihnen verlangt hat, werden abgehandelt und bleiben im Elend, ihre Familien bis zum kleinsten Kind. Es ist jetzt die Zeit gekommen, etwas für die Leute zu tun, die seit eineinhalb Jahren keinen Pfennig mehr bekommen und ihre paar Kröten ausgegeben haben. Dazu werden sie aus den Wohnungen herausgeworfen. Man nimmt dann nicht etwa zuerst die schweren Pgs. daran und dann die Mitläufer, sondern wen man erwischt. Es gibt in München ein Bezirkswohnungsamt, das damit renommiert, daß es das schärfste in diesem Punkt sei, statt sich zu schämen und zu sagen: Es muß einheitlich im ganzen Land durchgeführt werden.
Die Selbstmorde, vor denen wir stehen, sind zu einem großen Prozentsatz auf diese Wohnungsverhältnisse zurückzuführen, weil diese armseligen Leute, die ein kleinwenig Zivilisation um sich haben wollen, aus ihrem Letzten hinausgeworfen werden und ins Elend gehen müssen. Zu mir kam vor einigen Monaten ein Universitätsprofessor,

lächerlich belastet. Er wohnt hinter dem Stacheldraht in Harlaching. Er wird herausgesetzt. Es wird erklärt: Du bist Pg. und bekommst keine Wohnung. Er hausiert bei Freunden und Bekannten, damit er irgendwo auf einem Diwan oder sonstwo bleiben kann. Das sind die Fälle aus der Praxis.

(Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe. Man kann sonst nichts mehr verstehen, sagt Professor *Strathmann* mit Recht.

Dr. *Hundhammer*: Der Herr Minister *Pfeiffer* hat sein Amt seinerzeit übernommen - ich glaube, der Herr Dr. *Eichhorn* weiß es - nach einem Gewissenskampf mit sich selber. Er war sich der Schwere der Aufgabe bewußt, die er übernahm. Aber er hat das Amt im Interesse derjenigen übernommen, die von dem Gesetz betroffen sind.

(Zuruf Dr. *von Eicken*: Sehr richtig!)

Er hat sich jetzt bemüht, das Gesetz durchzuführen, mit unendlichen Schwierigkeiten, die erwachsen sind einerseits aus dem Apparat heraus, den er übernommen hat, einem Apparat, der an sich als Apparat zu einer Gefahr für unser Volk geworden war.

(Sehr richtig!)

Er hat sich bemüht, diesen Apparat umzugestalten. Es ist ihm zum Teil gelungen, aber nicht restlos.

(Sehr gut!)

Die Schuld, daß es ihm nicht gelungen ist, möchte ich nicht ihm zuschreiben, sondern Umständen, über die zu sprechen hier vielleicht gar nicht möglich ist. Die Erfahrung ist jetzt die, daß die Durchführung des Gesetzes an einem Punkt angelangt ist, bei dem man im Zweifel sein kann: Wird das Gesetz bis zum letzten überhaupt durchgeführt werden können oder wird der Zeitpunkt eintreten, an dem man sagen muß: Es geht nicht weiter, es muß ein anderer Weg gesucht werden.

Es wäre aber falsch, im gegenwärtigen Zeitpunkt gegen den Mann anzugehen oder ihn anzugreifen oder nur seine Position zu schwächen. Was geschehen kann, ist sachliche Kritik an den Schwierigkeiten, die sich gezeigt haben, vielleicht an dem Weg, der eingeschlagen worden ist, der vorher schon vorgezeichnet war, Kritik auch an den Hemmnissen, die von anderer Seite her dauernd dem Minister *Pfeiffer* vor die Füße geworfen werden.

(Zuruf Dr. *von Eicken*: Ministerialdirektor *Höltermann*.)

Der Name ist jetzt genannt. Aber wir müssen unsererseits versuchen, den Mann zu stützen und nicht ihn zu stürzen.

(Sehr richtig!)

Wir würden damit der Partei und den Betroffenen wirklich keinen Dienst erweisen. Wenn *Pfeiffer* aus seinem Amt scheidet, dann steht ein anderer vor der Tür, bei dem die Urteile doppelt so hart werden, außer bei Leuten, die vielleicht nach anderen Parteien hin eine Verbindung haben. Damit würden wir weder unserer Partei noch den Betroffenen nützen. Ich bedauere es und ich halte es für falsch, wenn gegen Minister *Pfeiffer* Angriffe erhoben werden.

Ich schließe meine Ausführungen mit dem Grundsatz und ich bitte, ihn zu überlegen: Den Mann stützen und nicht stürzen.

Karpf: Ich habe zu den Spruchkammerurteilen keine Einwendungen zu machen. Unsere Aschaffenburger Spruchkammer arbeitet ausgezeichnet. Die Militärregierung sowohl wie die Bevölkerung ist bis jetzt damit sehr zufrieden. Einwendungen habe ich dagegen gegen das Vorverfahren zu machen. Es wurde gestern in einer Betriebsrätekonferenz von den Betriebsräten geklagt, daß sie bereits heute über ihre Urteile in den Arbeitsblättern beschimpft werden, weil die Beschuldigten aufgrund einer Verfügung vor Verhandlung ihren Anklageakt zur Einsicht bekommen. Es ist sogar schon zu Tätlichkeiten in den Betrieben gekommen. In den Betrieben weigern sich die Betriebsräte und auch die politischen Vorprüfungsausschüsse in einzelnen Gemeinden weiterhin an diesen Arbeitsblättern mitzuarbeiten. Es ist ein unerträglicher Zustand, wenn die Beschuldigten diese Arbeitsblätter wieder in die Hand bekommen.

(Zuruf *Erber*: Ist schon abgestellt.)

Dann brauche ich nichts mehr zu sagen.
Piechl: Warum nennen wir immer den Namen *Pfeiffer* und nicht den Namen Dr. *Hoegner*, den Namen *Schmitt*, die ja diese scharfen Maßregeln schon in der vergangenen Zeit herausgegeben haben? Wir müssen uns auch fragen: Was würden die Leute sagen, wenn wir gar nichts unternommen hätten? Wir haben dadurch, daß wir eine Besatzungsmacht haben, eine Revolution verhindert, bei der Zehntausende von unschuldigen Menschen hingemordet worden wären. Das, was damals nicht geschehen ist, kommt jetzt im kleinen hier nochmals zum Ausdruck. Meine Spruchkammern in Mainburg in der Hallertau arbeiten gut. Da arbeiten die CSU, die Sozi und die Kommunisten zusammen. Da kann kein Mensch sagen, die CSU ist schuld, wenn einer einmal verkehrt verurteilt wird, sondern die Kommunisten und die Sozi sind auch dabei gewesen, und zwar sind sie zahlenmäßig oft stärker beteiligt als unsere Leute. Vorher haben sie geschrieen und erklärt: Jeder gehört aufgehängt! Wenn sie dann in der Spruchkammer sitzen, sind sie zahmer, viel zahmer als der eine oder andere von Ihnen erwartet. Wir haben z.B. am Anfang keinen Vorsitzenden erhalten, weil die Kommunisten versucht haben, durch eine Verschleppungspolitik die Denazifizierung auf ein Jahrzehnt hinauszuschieben.

(Zuruf: Das ist der Grund!)

Das ist ihnen nicht gelungen dadurch, daß Dr. *Pfeiffer* eingegriffen hat.
Dann bitte ist bei der Agitation daran zu erinnern, daß der erste Entwurf, den Herr Dr. *Pfeiffer* auch mit ausgearbeitet hat, viel, viel zahmer gewesen ist als der zweite. Dann sage ich den Leuten immer, wenn sie den Namen *Pfeiffer* nennen: Bitte, die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Aufbaupartei, sie alle haben seinerzeit den Entwurf unterschrieben und sie alle haben sich bereit erklärt mitzuarbeiten. Infolgedessen liegt die Verantwortung nicht auf einer kleinen, schmalen Basis, sondern auf einer breiten, und es kommt darauf an, wie man es dem Volke sagt. Ich sage z.B. zu den Leuten: Dieses Gesetz wurde uns von den Amerikanern zugeschoben. Wenn einer der Herren Vorredner gesagt hat, man solle die Amerikaner wieder hineintun, so erinnere ich Sie daran, wie es bei den automatischen Verhaftungen zugegangen ist. Bei mir haben sie einen Propagandaleiter verhaftet, einen Bauern. Seine ganze Propagandatätigkeit bestand darin, daß er fünf Plakate angeklebt hat. Dafür ist er ein Jahr in Moosburg gewesen. Ich meine, wir müssen in dieser Beziehung die Kirche beim Dorf lassen und die Dinge so nehmen, wie sie in Wirklichkeit sind. Gerade im vorigen Jahr, als das Gesetz Nr. 8 herauskam, habe ich seelisch sehr viel ausgehalten, weil sich die Amerikaner so schwer in unsere Mentalität hineingedacht haben, weil sie

die Sache von ihrem Gesichtspunkt aus betrachtet haben. Ich habe zu den Amerikanern gesagt: Ihr geht wieder fort von hier, und der *Piechl* bleibt da. Infolgedessen müssen Sie bedenken, was für eine Verantwortung ich habe, und wie wenig Verantwortung Ihr Amerikaner habt.

(Heiterkeit.)

Das haben sie auch eingesehen.

Dann möchte ich weiter sagen: Alle Fälle sind doch individuell. Der Minister Dr. *Pfeiffer* hat auf die einzelnen Urteile ja gar keinen Einfluß. Er kann im großen erklären: So und so wird es gemacht. Viel Antipathie und viel Sympathie kommen bei den Urteilen zum Ausdruck. Es kann keiner aus seiner Haut heraus. Es ist für einen Berufsrichter schon schwierig, daß er immer das Richtige trifft. Wie soll ein Laie, der von der ganzen Sache bisher noch gar keine Ahnung gehabt hat, die Sache richtig beurteilen können? Das ist schwer.

Ich sage zu den Spruchkammermitgliedern immer, auch zu den Kommunisten: Ihr müßt nach bestem Wissen und Gewissen urteilen. Das sehen die Leute dann auch ein. Ich habe gemerkt, daß es am meisten auf den Vorsitzenden ankommt. Wenn der Vorsitzende ein Mann ist und kein Waschweib, dann funktioniert die Sache.

In der Agitation draußen müssen wir uns auf den Standpunkt stellen: Jawohl, *Pfeiffer* ist von unserer Partei. *Pfeiffer* macht, was er machen kann, und zwar nicht deswegen, um irgendwie reich zu werden oder eine höhere Stellung zu erlangen, sondern aus Verantwortungsgefühl, aus Verantwortungsbewußtsein heraus für uns, für unser Volk und für unsere Zukunft.

(Sehr richtig!)

Frau *Wittmann*: Meine Herren! Ich habe die Ehre, auch eine kleine Beisitzerin in einer Spruchkammer zu sein. Ich kann Ihnen nur sagen, daß wir außerordentlich vorsichtig und genau und gewissenhaft arbeiten, daß jeder Fall ganz gründlich durchgearbeitet und durchgesehen wird und daß man sich bemüht, der Sache wirklich gerecht zu werden. Irren ist menschlich. Alles können wir ändern. Was wir können, um unserem Volk zu helfen und keine Parias in unserem Volke zu schaffen, tun wir ohnedies alle.

Ich muß aber schon sagen: Der Unterschied zwischen 1933 und 1945 fällt, wahrhaftiger Gott, wirklich ins Auge. Wenn wir in der Spruchkammer sitzen und zum Fenster hinausschauen, schauen wir auf die Trümmer unserer Stadt. Als wir 1933 abgesetzt wurden - ich habe in diesen zwölf Jahren mindestens 25.000 RM an Gehalt verloren -, war Deutschland ganz und jetzt ist Deutschland zertrümmert. Wenn nun diese Herrschaften 1000 RM und 2000 RM für das zertrümmerte Deutschland einbüßen, dann muß ich sagen: Wir waren nicht schuld.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Sehr richtig!)

Wir haben alle miteinander geschworen, daß wir ohne Haß und Rachegefühl urteilen wollen. Wir bemühen uns ehrlich und redlich, unseren Schwur, den wir sehr ernst genommen haben, ernsthaft zu halten. Aber wir müssen andererseits gerade aus Gerechtigkeitsgründen sagen: Diejenigen, die ein Volk in diesen Abgrund von Not und Elend getrieben haben, sie sind alle mitgegangen. Auch die 1937-er waren mit schuld.

(Sehr richtig!)

Denn, wenn die nicht mitgegangen wären, wäre der *Hitler* nicht so groß gewesen. Das ist genau so, wie wenn ich einen Verein mit 100 oder 1000 Mitgliedern habe. Mit 1000 Mitgliedern zählt er ganz anders wie mit 100.

Warum sind die Leute mitgelaufen? Aus Geldbeutelzwang, aus Feigheitszwang! Heute redet man von Zwang, nur von Zwang. Und was für ein Zwang! Es ist ganz schrecklich. Dann sitzen wir in der Spruchkammer und lesen alle diese Gesuche. Es könnte einem übel werden. Manchmal ist es wirklich zum Speien, wenn man die Leute kennt und liest, wie unschuldig und wie harmlos und wie gezwungen sie waren, und wenn man weiß, wie es ihnen pressiert hat hineinzukommen und wie es gar nicht schnell genug gehen konnte.
Ich habe neulich zu einem gesagt: Zuerst hat es pressiert hinein, und jetzt pressiert es heraus. Wir können uns nicht mehr genug tun, daß wir sie schnell genug herausbekommen. So einfach ist die Sache nicht, daß man sie so machen kann. Parteigenosse und Nichtparteigenosse? Wir fragen uns manchmal: Sind wir die Nazi gewesen oder die anderen? Wahrscheinlich sind wir es, denn wir wären für schuldig erklärt worden. Es ist tatsächlich schon gesagt worden: Ihr seid schuld, daß wir verurteilt werden. Denn wenn Ihr auch drinnen gewesen wäret, könnte man allen miteinander nichts machen.
Dann die Hilfe der Geistlichen! Meine Herrschaften, die Herren, die heute mit den Parteigenossen so Mitleid haben, haben uns 1933 ihr Mitleid gar nicht gezeigt.

(Sehr richtig!)

Mir hat ein Bischof erwidert, als ich sagte, ich habe auch eine Familie, die ernährt werden muß: Ich kann Ihnen leider nicht helfen.
Wenn man heute sagt, wir müßten alle Stellen für diese Leute offenhalten, was tun wir mit denjenigen, die die Stellen vorher hatten ...

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Die heute Positionen bei uns haben! Es ist Zeit, daß damit in den eigenen Reihen aufgeräumt wird!)

Heute heißt es: Der Pfarrer X und der Bischof Y haben mir geraten: Geh hinein! Ich sage immer, es gibt ein altes Sprichwort: Ein faules Ei verdirbt den Brei. Aber die Nazi haben das Sprichwort umgedreht und gesagt: Wir schlagen in den faulen Brei ein gutes Ei, und dann wird der Brei gut. Das ist dann die Entschuldigung. Dankeschön! Über unsere alten deutschen Sprichwörter geht nichts.
Wir gehen nur aus Verantwortungsbewußtsein in die Spruchkammer hinein, mit dem besten Willen, weil wir unser Volk wieder herausziehen wollen. Daß wir uns dafür mit Dreck bewerfen lassen, fällt uns nicht ein, das lassen wir uns nicht gefallen. Die Herrschaften haben sich selber in den Dreck hineingesetzt. Wir ziehen sie heraus und sollen uns dafür noch mit Dreck bewerfen lassen? Dafür danken wir.
Was wäre, wenn es anders hinausgegangen wäre?

(Sehr richtig!)

Glauben Sie, daß einer von uns heute noch auf diesem Stuhl sitzen würde?

(Sehr richtig!)

Aber nicht bloß die großen Nazi, auch die Mitläufer hätten uns mit ihren Stiefeln totgetreten, erst recht die, die sich heute so unschuldig gebärden und nichts haben als ihre furchtbar christliche Einstellung und die behaupten, daß sie immer und alle Zeiten darüber geschimpft haben.
Nun kommt die Sache mit dem Sühnebescheid: Wenn jemand 10.000 RM im Jahr verdient hat, bekommt er 1000 RM Sühnebescheid. Dann kommt er gelaufen und sagt: Es ist zuviel, ich habe immer geschimpft. Aber hineingegangen ist er doch? Warum ist

er hineingangen, wenn er geschimpft hat, warum haben die Herrschaften kein Rückgrat gehabt? Wenn unsere Männer ein Rückgrat gehabt hätten, wäre es nicht soweit gekommen. Jetzt hat man es plötzlich, das heißt wir sollen es ihnen wieder geben. Es ist eine ganz furchtbare Sache.
Wir haben jetzt festgestellt, daß von unseren Jugendlichen, um auf die Amnestie zu kommen, [von] den Mädchen 5%, von den Buben 30% in die Partei gekommen sind; also ist es so, daß die anderen Jugendlichen die Geschichte satt hatten und nicht mehr hereingerutscht sind. Ich weiß die letzte Verpflichtung der HJ für die Partei. Da sind von 200, die angetreten sind, 180 über den Gartenzaun; sie sind während der Festrede davon. Die Jugendlichen haben nämlich zum Schluß mehr Schneid gehabt als die Alten. Wenn die genauso davon wären!
Das Schlimmste ist nun das Mißverhältnis zwischen Beamtenschaft und Geschäftsleuten. Die Beamtenschaft ist seit einem Jahr draußen und hat nichts. Die Geschäftsleute sitzen drinnen und verdienen weiter. Wir hatten in Augsburg 1933 einen Millionär. Wir haben 1946 in meinem eigenen Wohnbezirk vier Millionäre. Sie dürfen aber ja nicht glauben, daß sie sich durch Nazizugehörigkeit bereichert haben; das ist durch den Segen Gottes gekommen! Nun sollen die Leute etwas bezahlen. Wenn ich mir in zwölf Jahren drei bis vier Millionen Mark verdient habe und zuerst am Konkurs gerade vorbeigekommen bin, dann kann ich doch etwas bezahlen, das man allerdings den Umständen anpaßt.
Wir alle leiden geradeso unter der Wohnungsnot. Wir müssen alle geradeso zusammenrücken wie die Parteigenossen. Die Leute, die nicht bei der Partei waren, haben genauso gelitten, wenn ein Luftangriff war, wie die Parteigenossen. Wie war es bei den Sofortmaßnahmen nach den Bombardements? Wer ist bedient worden? Die Parteigenossen! Und wer kriegt heute noch die Baumaterialien? Ich erkläre meine ganze Schule als Parteischule, bis ich meine Schule mit Dachziegeln gedeckt habe. Oder schauen Sie einen Metzgermeister an!

(Zuruf: Vor allem die ehrsamen Schwarzhändler!)

Darum möchte ich bitten: Man muß alle miteinander unterstützen. Wir bemühen uns ehrlich und redlich, recht zu tun und die Leute herauszuziehen. Die Leute müssen auch den Mut haben zu bedenken, daß es viel schwerer ist, aus dem Dreck herauszukommen als in ihn hineinzukommen. Was man in zwölf Jahren versiebt hat, kann man in einem Jahr nicht wiedergutmachen. 1918 hat es fünf Jahre gedauert, bis wir von der Inflation weg waren. Wir haben diesen Krieg viel schwerer verloren.
Darum wollen wir den Minister stützen und alle Leute, die in den Spruchkammern tätig sind. Das ist unsere Aufgabe!
Dr. *von Eicken*: Meine Damen und Herren! Ich muß zu dieser Frage ein zweites Mal sprechen. Ich werde sehr kurz sprechen. Ich bin noch nie ein Freund theoretischer Erörterungen gewesen. Ich muß zu meinem Bedauern feststellen, daß heute sehr viel theoretische Erörterungen gepflegt worden sind. Vielleicht war es nicht schade.
Man kann dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus gegenüber zwei Gesichtspunkte haben. Der eine ist der, daß es durchgeführt werden kann, der andere ist der, daß es nicht durchgeführt werden kann. Man kann aber nicht den Gesichtspunkt haben, daß für den Fall, daß es nicht durchgeführt werden kann, man sich um die Entscheidung drücken darf und dann irgendeinen Mann verantwortlich machen darf. Der Mann [*Anton Pfeiffer*] hat das getan, was er nach bestem Wissen und Gewissen machen mußte. Er ist in die Bresche gesprungen, als die Kommunisten

das Spiel zwischen Sabotage und Propaganda nicht mehr durchhalten konnten. Wenn der Mann verschwindet und das Gesetz bleibt, kann ich Ihnen den Nachfolger mit Namen nennen, wenn Sie wollen. Besser wird es nicht.
Ich kann für mich in Anspruch nehmen, daß ich seit vorigem Jahr erkläre, daß das Gesetz in dieser Form nicht durchzuführen ist. Wenn Sie diese Meinung auch haben, dann werden Sie den Mut haben, auch zu erklären: Die CSU steht auf dem Standpunkt, daß es nicht durchgeführt werden kann; und bitte den Versuch machen, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Aber Sie können das Gesetz nicht durchführen wollen und ihrem eigenen Mann mit seinen besten Absichten in den Rücken fallen. Ich persönlich stelle keinen Antrag. Ich bin fest überzeugt. Wenn in München und Oberbayern, wie ich weiß, 80 bis 90% sämtlicher Spruchkammerentscheidungen in die Berufung gehen und dafür zwei bis drei Spruchkammern, von denen ich wieder weiß, daß eine so gut wie gar nichts tut, in München und Oberbayern zur Verfügung stehen, dann kann ich ausrechnen, daß die Entnazifizierung im Jahre 2000 ungefähr zu Ende sein wird. Ich persönlich sage Ihnen: Ich halte das Gesetz in dieser Form für undurchführbar. Wenn ich als Privatmann eine Verantwortung hätte, ginge ich zu den Amerikanern und sagte ihnen: Als Privatmann fühle ich mich verantwortlich. Machen Sie sich klar darüber, ob Sie den Mut haben, die entsprechende Entscheidung zu treffen! Solange aber das Gesetz durchgeführt werden muß, lassen Sie unseren Mann [*Anton Pfeiffer*] verständigerweise aber an seinem Platz!
Riedel: Meine Herren! Es handelt sich bei der Entnazifizierung vor allem auch darum, daß die Frage unseres Wiederaufbaues, vor allem des Wiederaufbaues der Wirtschaft, mit der Entnazifizierung zusammenhängt. Daraus ergeben sich Linien für die Zukunft, die wir nicht übersehen wollen. Daß es anders geht, das beweist das Vorgehen innerhalb der französischen Zonen. Ich habe Gelegenheit gehabt, den Bürgermeister von Lindau in dieser Frage zu sprechen, der gleichzeitig Vorsitzender des Entnazifizierungsausschusses, oder wie es dort heißt, ist. Er sagte mir ein Beispiel: Von 160 Lehrkräften, die Pg. waren, sind 15 entlassen worden, die übrigen wurden zurückgestuft usw. Ich begreife, daß man sich heute darüber aufregt, wie es die Nazi machen. Ich mache Sie aufmerksam: Wir sind die Christlich-Soziale Union, wir müssen auch christlich handeln. Wir erreichen gar nichts, wenn wir weiter diese Dinge mit ähnlichen Motiven sehen, wie es die Nationalsozialisten getan haben. Damit machen wir gar nichts besser. Dann noch etwas: Es ist falsch, wenn man das Thema Denazifizierung nur vom Jahre 1933 an berücksichtigt. Herr *Kroll* hat darauf hingewiesen, daß dieses Thema viel weiter greift, nicht nur in deutsche Kreise. Wahrscheinlich wird man in fünf oder zehn Jahren über dieses Thema anders denken. Wir wollen nicht vergessen, daß etwa 80% unseres Volkes, wenn nicht direkt, so indirekt, von diesem Gesetz betroffen sind. Ich habe manchmal den Eindruck, daß man an einem totwunden Körper mit dem Messer noch herumsucht. Meine Herren, bei allem Sinn für Gerechtigkeit: Wer Dreck am Stecken hat, muß her, kein Zweifel, ob er es in der Vergangenheit getan hat oder in der Zukunft tun wird! Aber wir wollen doch, wenn man von den kleinen Pgs. spricht, die Unterschiede gelten lassen, die hier gemacht werden müssen.
Dr. *Schlögl*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte gleich entschieden auf das eingehen, was der Herr Vorredner gesagt hat. Wir nennen uns eine Christlich-Soziale Union. Das Prinzip einer christlichen Partei ist das Prinzip der Gerechtigkeit. Gerechtigkeit erfordert es - daher verstehe ich die Gefühlsduselei nicht -, Gerechtigkeit erfordert es, daß das gesühnt wird, was uns allen angetan worden ist. Wenn man

hier immer und immer wieder so mit Gefühlsduselei spricht, dann erreichen wir nur eines: Daß die Partei als solche mehr oder minder in das Schlepptau von Volksmeinungen hineingezogen wird, was nach meinem Dafürhalten außerordentlich unangebracht ist.
Das Gesetz selber ist gut. Was hier ein gewöhnlicher Bauer in München gesagt hat, das hat das Richtige getroffen. Es war ein Bauer, der Bauer *Frühwald* von Mittelfranken. Er hat erklärt, die Spruchkammern sind kein Kardinalskollegium, wo einer heilig gesprochen wird. Die Spruchkammern stellen Operationen dar. Das ist richtig. Es muß einmal in der Christlich-Sozialen Union soviel Mut da sein, daß wir das offen vertreten. Ich darf der Frau Vorrednerin ohne weiteres beipflichten. Hat sich um mich jemand gekümmert, als ich von der Stadt ausgewiesen worden bin mit vier kleinen Kindern! Ich habe auch auf Wohnungssuche gehen müssen. Wenn heute ein Nazi irgendwo hinaus muß, ist ein Mordsgeschrei. Ich warne vor der Agitation: Entweder für die Christlich-Soziale Union oder nicht!
Daß Vollzugsfehler passieren, hängt damit zusammen, daß wir es zum ersten Mal mit Laienrichtern zu tun haben. Die Laienrichter sind noch nicht so in der Form drin. Viele Spruchkammern arbeiten wirklich vorzüglich. Wenn wir selber am Gesetz Kritik üben, dann kommt es soweit, daß wir mithelfen, daß die Stimmung der Bevölkerung letzten Endes gegen uns selbst ist. Was ich darüber hinaus so tief bedauere, ist, daß der Herr Minister *Pfeiffer* in der eigenen Partei immer wieder angegriffen wird. Solche Dinge sind unhaltbar. Er hat sein Amt vielleicht gerade deswegen übernommen, weil wir zuviel an dem Gesetz herumkritisiert haben. Hätten wir von vornherein eine sehr positive Haltung zum Gesetz eingenommen, wäre es vielleicht anders gekommen.
Durch das ewige Herumnörgeln sind wir heute soweit gekommen. Drum bitte ich Sie dringend: Lassen Sie das Gesetz und stellen Sie sich so hin! Ich habe in meiner ganzen Agitation nie Schwierigkeiten gehabt. Wenn man immer nachgeben und alles Geschwätz der Untergrundbewegung berücksichtigen will, so ist das Gefühlsduselei, wobei ich es tief bedauere, daß sich Geistliche dazu hergeben. Im größten Elend hat sich um mich weder die Kirche noch sonst jemand gekümmert. Wie wäre es denn, wenn diese Herren noch am Ruder wären, einschließlich der Mitläufer und der Pgs. von 1937, die heute in unserer Mitte sind. Diese Pgs. und gerade die, die noch 1940 und 1941 eingetreten sind, sind nach meinem Dafürhalten noch schuldiger als die von 1933.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Und wir machen Gefühlsduselei daraus, greifen den eigenen Minister an! Wenn wir so weitermachen, dann haben wir allen Anlaß, für die Christliche-Soziale Union, für ihren Weiterbestand und den Wahlausgang zu fürchten. So geht es nicht; eine gerade, richtige Haltung! Das Gesetz ist gut. Im Vollzug passieren Fehler. Im allgemeinen müssen wir das Gesetz decken. Ich sage im allgemeinen: Es wird ein Unterschied gemacht zwischen Kleinen usw. Im Jahre 1933 haben wir keinen Unterschied gehabt, da wurde man in einen Topf geschmissen. Stellen wir uns doch einmal mannhaft hin, verteidigen wir unseren Minister, sind wir froh, daß er die Sache in die Hand genommen hat! Machen wir nicht solchen Zauber und bringen die Dinge im Landesausschuß und tun so, als ob tatsächlich die Welt zugrunde gehen würde!
Da bringt man dann noch christliche Erwägungen daher. Meine Damen und Herren! Das Christentum erfordert auch Gerechtigkeit und die Leute sind an den Verhältnis-

sen schuld; ob sie mit Zwang oder sonst dazugekommen sind, ist mir persönlich gleichgültig. Zwang war für jeden von uns dabei. So wie wir es treiben, so geht es nicht weiter, außer wir geben uns selber auf. Stehen Sie positiv zu dem Gesetz! Wir müssen bekennen, daß eine Schuld gesühnt werden muß. Schauen Sie sich München an, Nürnberg, all die Opfer des Nationalsozialismus, schauen Sie die Witwen an, deren Männer gestorben sind, die Witwen, deren Männer im KZ gestorben sind! Für die findet man kein Wort. Es kommt mir manchmal [so] vor, daß wir heute die Nazi verteidigen. Ich verbitte mir das, weil das ein Unheil sondergleichen ist. Wir müssen den Mut haben, positiv zum Minister zu stehen und positiv zu diesem Gesetz.

(Beifall.)

Miesgang: Mich leiten keine Gefühle des Hasses und der Vergeltung. Die verlorene Hand kann mir niemand mehr ersetzen. Ich möchte nur auf einen einzigen Punkt eingehen: Die Wohnungsfrage. Die Leute sind so verzweifelt, weil sie aus den Wohnungen hinaus müssen, und gerade die Leute regten sich nicht im geringsten auf, als man uns in die Erdlöcher hinausgeschickt hat. Ich habe als sogenannter Ehrenbürger der Nation, als Schwerverwundeter, mit meiner Frau in einer Baracke gehaust, in der die Wände im Winter zentimeterdick mit Eis bedeckt waren; die Wasserleitung war ausserhalb. Kein Mensch hat sich darüber aufgeregt oder etwas dahinter gefunden. Ich persönlich auch nicht. Warum jetzt plötzlich was dabei finden, wenn man es mit ihnen so macht, die den einen oder anderen in die Partei hineingezogen haben. Wenn diese Leute irgendwo zusammenrutschen müssen, so müssen sie sich in Gottes Namen damit abfinden. Ich muß das ganze Leben mit einem Arm herumrennen, da hilft mir auch keiner.

Dr. *Gamperl*: Ich habe den Punkt Denazifizierung auf die Tagesordnung setzen lassen. Ich habe das deswegen getan, weil im Stadtkreis Regensburg eine Entschließung gefaßt wurde, die sehr scharf war und die sehr ernste Wünsche gegenüber Minister *Pfeiffer* geäußert hat. Es kann sich bei der Sache nicht darum handeln, daß man den Minister bekämpft oder sich gegen das Gesetz äußert.

Was ich wollte - und deswegen begrüße ich es, daß einer der Herren vom Ministerium da ist -, ist das, daß wir Auskunft darüber bekommen, wie wir zur Gerechtigkeit kommen, wenn eine absolut himmelschreiende Ungerechtigkeit vorkommt. Ich denke an die Verurteilung eines Mannes, der nie Pg. war und noch dazu als Landtagsabgeordneter in der Nationalversammlung fungiert. Dieser Mann wurde von der Spruchkammer II Regensburg in die Gruppe I mit Verschärfung gesetzt, nur weil einige Hausleute einen gewissen Haß gegen ihn haben. Da glaube ich, daß es berechtigt ist, uns an den Minister zu wenden, um hierüber Auskunft zu bekommen.

Weiter haben wir den Fall des Stadtrechtsrates Dr. *Demmler*. Dieser Mann wurde von der Spruchkammer in die Gruppe II mit einem Jahr Straflagerarbeit eingereiht. Ich frage nun, was haben wir zu tun, wenn wir derartig drangsaliert werden mit unseren Leuten? Wir verlangen Gerechtigkeit. Es ist unrecht, wenn man die Sache auf falsche Bahnen treibt und etwa behauptet, wir wollen das Gesetz untergraben. Wir wollen vom Gesetz, daß das Volk seine Ehre wieder erhält. Das ist schwer genug, und darum muß Gerechtigkeit geübt werden. Aber es genügt nicht, daß wir sagen, wir lassen den Dingen ihren Lauf. Inzwischen werden unsere besten Staatsbürger kaputt gemacht, finanziell, wirtschaftlich und ihre ganze Familie.

Deswegen habe ich diese Frage auf die Tagesordnung gesetzt, und ich lege Wert darauf, daß hier Auskunft gegeben wird. Wie sollen wir zu unserem Recht kommen? Das

war der Zweck der Debatte, nicht etwa, um das Gesetz anzugreifen. Das Gesetz hat seine guten Seiten; wir wissen sie alle. Daß es auch schlechte Seiten hat, das wissen wir ebenso. Im großen und ganzen haben wir uns zuletzt gefreut, weil wir gehofft haben, daß das deutsche Volk auf diese Art und Weise wieder zur Ruhe kommt. Denn Ruhe brauchen wir, sonst gehen wir wirklich zugrunde.

Köhler: Ich möchte Ihnen kurz berichten über die Situation der Spruchkammer Starnberg. Da werden wir daraus sehen, daß nicht etwa der Herr Minister Dr. *Pfeiffer* verantwortlich für solche Zustände ist, sondern vielmehr seine Ministerialdirektoren *Ziebell* und Dr. *Höltermann*.

(Zuruf Dr. *von Eicken*: Da nennt einer die richtigen Namen!)

Die Herren stecken dahinter. In der Ära *Schmitt* wurde unser Öffentlicher Kläger der Spruchkammer abgesetzt, und zwar deswegen, weil die Christlich-Soziale Union ihn auf ein Programm einer Versammlung gesetzt hat. Auf diesem Plakat wurde gebeten, es mögen auch die vom Gesetz Betroffenen ein Vertrauen zu dieser Kammer haben. An sich nicht glücklich ausgedrückt - aber der Name des Anklägers, der dazu sprechen sollte, ist ohne sein Wissen auf dieses Plakat gesetzt worden, und er ist in keiner Weise schuldig. Zwei Tage nach der Versammlung ist unser Ankläger deswegen, weil er auf diesem Plakat als Redner genannt wurde - das Plakat war nicht von ihm unterzeichnet, sondern von dem dortigen Ortsvorsitzenden -, abgesetzt worden mit der Begründung, er hätte nicht die Fähigkeit, das Gesetz durchzuführen. Dieses Schreiben war von Herrn Dr. *Höltermann* unterschrieben. Wir sind damals am 9. Juli sofort bei Herrn Minister Dr. *Pfeiffer* vorstellig geworden. Er hat gesagt: "Ich habe Anträge." Und seitdem geht es nun so zu. Es ist keine Änderung eingetreten. Unser Ankläger ist bis heute noch nicht wieder benannt worden, im Gegenteil, es sind bis jetzt lauter Sozialdemokraten dort in Starnberg. Der erste, zweite und dritte Kläger ist Sozialdemokrat. Der Vorsitzende, der unser Vertrauen hatte, ist inzwischen zurückgetreten. Ich weiß nun heute ganz genau, daß die Kräfte, die hinter den Sozialdemokraten stehen, Dr. *Ziebell* und *Höltermann* sind. Ich glaube, wir können in der Kammer keine Änderung erfahren, solange diese Kräfte am Werk sind. Sie wollen den Fall Dr. *Kurt Schmitt* so interpretieren. Dr. *Philippi*, öffentlicher Ankläger in Starnberg, hat bereits erklärt, er wird entlastet. Sie können sich denken, daß im Kreis Starnberg ziemliche Empörung darüber herrscht. Ich habe das ausgeführt, damit Sie sehen, wo die Kräfte sind, die heute noch wirken.

Dr. *Gassenmeyer*: Ich wollte nur im Namen der Jugend noch eine kleine Anregung geben. Es ist ja so, daß die Jugendlichen bis zum Jahrgang 1919 dem Amnestiegesetz unterworfen sind. Nun ist es aber so, daß die Jugendlichen der Jahrgänge 1914-1918 im Jahre 1933 auch noch nicht volljährig waren. Es wäre sehr zweckmäßig und wünschenswert, wenn diese Jahrgänge auch unter die Amnestie fallen würden. Soviel ich weiß und mir aus der Presse bekannt ist, hat Dr. *Schumacher* in dieser Richtung schon einmal in der englischen Zone gesprochen. Ich glaube, es wäre doch einmal sehr richtig, wenn Herr Dr. *Pfeiffer* sich in dieser Richtung für die Jugend verwenden würde. Ich bitte, das als Anregung anzunehmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Damit ist die Rednerliste abgeschlossen. Ich glaube, daß wir die Diskussion zu diesem Punkte abschließen können. Ich würde vorschlagen, das Thema, wie die Entnazifizierung in der Wahlpropaganda zu behandeln ist, das nächste Mal zu besprechen. Wir müssen wohl oder übel das

Thema unter dem Gesichtspunkt betrachten. Ein großer Teil der Freunde hat die Befürchtung, daß dadurch ein großer Stimm[en]verlust eintreten kann.

(Zuruf *Sühler*: Hauptsächlich in fränkischen Kreisen!)

Ich hoffe, daß wir bis zum nächsten Mal soweit sind, wenn wir nicht das Problem gauweise zu lösen versuchen. Wir werden uns den Kopf darüber zerbrechen. Ich bitte, daß Sie sich in den Bezirken überlegen, wie das Thema behandelt werden kann. Ich werde rechtzeitig vor der nächsten Sitzung dann mit Ihnen Fühlung nehmen, damit wir zu produktiven Vorschlägen auch in dieser Beziehung kommen.
Wir haben bereits 18.15 Uhr. Ein großer Teil, ungefähr die Hälfte, ist schon abgereist. Ich schlage deshalb vor, daß die weiteren Punkte bis zur nächsten Landesausschußsitzung, die etwa in 14 Tagen stattfinden wird, vertagt werden. Die genaue Festlegung des Termins werde ich vornehmen, sobald ich übersehe, wie die einzelnen Termine sonst liegen. Es wird sich nicht viel vor- oder zurückverschieben. Sind die Freunde einverstanden? Dann darf ich abschließen?

(Zuruf: Eine Anfrage bezüglich der Landesvorstandschaft; Jugendvorstand.
Unser Freund *Steber* ist nach wie vor erster Vorsitzender.
Was ist mit unserem Freunde Dr. *Thierfelder*?)

Es gibt keinen eigentlichen ersten Vorsitzenden. Es muß von unten herauf neu gewählt werden. Die Wahlen werden vorbehaltlich der Genehmigung so vorgenommen, daß sie so rasch wie möglich durchgeführt werden können.
Sauer: Noch eine Anfrage betreffend die Wahlen. Wir sollen Listen einreichen. Die Militärregierung hat bis zum 1. Oktober verlangt, die Wahlkandidaten zu benennen; wenn wir am 17. November schon die Wahl haben, wie sollen wir das machen?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich werde sofort mit der Militärregierung Fühlung nehmen, nachdem ich vom Verfassungsausschuß gehört habe, bis wann die Wahlvorschläge eingereicht werden müssen.
Wir haben heute wirklich für die Organisation der Union eine sehr große grundlegende Arbeit mit der Programmgestaltung geleistet. Ich hoffe, daß wir in 14 Tagen genausogut arbeiten. Ich hoffe, daß auf diese Weise der Union in den nächsten Wahlen ein guter Wahlerfolg beschieden sein wird. Ich bitte um Ihre Mitarbeit für die Union, so wie heute auch für die Zukunft. Ich danke Ihnen.
Ich schließe die Landesausschußsitzung.

Schluß der Sitzung 18.15 Uhr.

Nr. 24

Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 31. Oktober 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Programmgenehmigung
2. Durchführung der Landtagswahlen
3. Parteiorganisatorische Fragen
4. Sonstiges

Tagungsort: München, Wirtschaftsministerium, Prinzregentenstraße 28

Anwesend:[2] E. Ammann, Ankermüller, A. von Aretin, Arnold, L. Baumeister, Bender, R. Berger, Bergmann, Boehlke, Busch, Dahm, Donsberger, Ehard, Eichhorn, Euerl, Fackler, J. Fischer, Frankl, Gamperl, A. Gaßner, Gerathewohl, Grasmann, Gröber, Haugg, H. Haunhorst, Haußleiter, Helmerich, Holzner, Horlacher, Hundhammer, Imler, Jahn, F. Kaiser, Karpf, Klenk, K. Köhler, Krehle, K.A. Kroth, Liedig, R. Martin, Mayr, K. Michel, Miesgang, J. Müller, Neckermann, Nentwig, Neumann, Ostwald, Ott, Pflaum, Prechtl, von Prittwitz-Gaffron, Probst, Rindt, F.L. Sauer, Schedl, Schlögl, A.W. Schmidt, Schwägerl, Sedlmayr, Sporer, Staab, R. Stücklen, Stürmann, Trettenbach, Ulrich, Wagner, Weinkamm, G. Weinzierl, Willke, F. Wittmann, Zwicknagl

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel

Die Sitzung wird um 10 Uhr unter dem Vorsitz des Landesvorsitzenden Dr. *Müller* eröffnet.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Liebe Parteifreunde! Ich eröffne die heutige Landesausschußsitzung und heiße Sie herzlich willkommen. Zu der Sitzung wurden eingeladen die Mitglieder des Landesausschusses und die Mitglieder der Landesvorstandschaft, soweit sie bisher gewählt worden sind. Wir werden nachher auf die Einladungen und auf die Formalitäten zurückkommen.
Ich bedauere zunächst, daß wir noch, ich möchte sagen, in einem Rumpfkabinett tagen müssen. Eine Reihe von Freunden kommt erst später an. Die Regensburger kommen erst nach 10 Uhr, und soweit ich gehört habe, kommt auch ein Teil der Franken erst nach 10 Uhr. Es wurde allerseits der Wunsch geäußert, möglichst bald anzufangen, also um 9 Uhr, damit man am Nachmittag rechtzeitig fertig wird. Ich glaube aber, daß wir aus dem heutigen Beginn die Lehre ziehen, daß es das nächste Mal dabei sein Bewenden haben kann, wenn wir den Beginn so festsetzen, daß wir um 10 Uhr mit den Verhandlungen anfangen können. Es wird das besser sein, als wenn ein Teil schon eine Stunde auf alle anderen warten muß.
Meine lieben Freunde! Ich gebe dann die Tagesordnung bekannt:

1. Programmgenehmigung,
2. Durchführung der Landtagswahlen,

---

[1] Laut Einladungsschreiben des Landessekretariats in der Anlage zum Protokoll und Protokolltext (s.u.).

[2] Laut Anwesenheitsliste, ergänzt anhand des Protokolltextes. Die Unterschrift eines Delegierten (München-Stadt) ist unleserlich.

3. Parteiorganisatorische Fragen,
4. Sonstiges

Erhebt sich ein Widerspruch gegen die Tagesordnung? (Kein Widerspruch.)
Dann ist die Tagesordnung genehmigt.
Zunächst habe ich folgende Feststellungen wegen des Stimmrechts zu treffen. Ich darf vielleicht die Einladungen nochmals verlesen lassen. Ich gebe Ihnen nachher das Schreiben der Militärregierung bezüglich unserer Satzungen bekannt.
Liedig: Unter dem 26. Oktober ist an die Herren Vorsitzenden der Bezirksverbände folgendes Schreiben gegangen:

Betrifft: Tagung Landesausschuß und Landesvorstandschaft am 31. Oktober 1946.

Wir bestätigen unser gestriges Telegramm wie folgt:
"Donnerstag, 31. Oktober, 9 Uhr gemeinsame Sitzung Landesausschuß und Landesvorstandschaft, Sitzungssaal Wirtschaftsministerium, Prinzregentenstraße. Teilnahmeberechtigt nur gemäß in Kraft gesetzter Satzung neu gewählte Vertreter. Vollzählige Teilnahme erforderlich. Schriftliche Stimmübertragung auf Vertreter zulässig. Brief folgt."
Entsprechend den Weisungen der Militärregierung sind alle Parteiorgane aufgrund der in Kraft gesetzten Satzungen (vergleiche unseren Schnellbrief vom 7. Oktober 1946) neu zu wählen gewesen. Die von den Bezirksverbänden in den Landesausschuß bzw. in die Landesvorstandschaft zu entsendenden Vertreter sind daher nur dann ordnungsgemäß gewählt und stimmberechtigt, wenn sie durch ihrerseits ordnungsgemäß neu gewählte Bezirksversammlungen aufgestellt und gewählt worden sind. Die Ordnungsmäßigkeit der Bezirksversammlung setzt voraus, daß die Vertreter der Kreisverbände ihrerseits durch Neuwahl ebenfalls neugewählter Kreisverbände gewählt worden sind. Bei der Bezirksversammlung sind nur, wie schon früher mitgeteilt, die Kreisverbände stimmberechtigt gewesen, die zur Zeit der Abstimmung bereits in die Landespartei aufgenommen waren.
Zwecks Vermeidung von Anfechtungsmöglichkeiten wird gebeten, wie schon mit Schnellbrief vom 7. Oktober angefordert, die einschlägigen Protokollabschriften der Mitglieder-, Kreis- und Bezirksversammlungen (§ 71 der Satzung), soweit sie sich auf die Wahl beziehen, spätestens zur Versammlung am 31. Oktober 1946 zusammen mit der schriftlichen Bevollmächtigung der Mitglieder des Landesausschusses bzw. der Landesvorstandschaft vorzulegen.

Und dann folgt die Tagesordnung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf Ihnen das folgende Schreiben der Militärregierung für Bayern vom 29. Oktober 1946 bekanntgeben:

An den
Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union
München
Paul-Heyse-Str. 2-4

Betrifft: Die Satzungen der Christlich-Sozialen Union.

1. Die Militärregierung hat keine Einwendung gegen die Satzung[en] der Christlich-Sozialen Union vom 17. Mai 1946 in der überarbeiteten Form, wie sie vom Landesausschuß am 4. Oktober 1946 angenommen wurden und hier mit einem Brief vom 11. Oktober 1946, unterschrieben von Dr. *Müller*, Landesvorsitzender der Union, vorgelegt wurden.

2. Die Militärregierung ist der Ansicht, daß die Satzungen jetzt die notwendigen Erfordernisse der Demokratie erfüllen und daß sie einen ganz entschiedenen Schritt darstellen im Fortschritt zum demokratischen Denken und Handeln. Wir hoffen, daß durch ihre Anwendung die Union ein positiver demokratischer Ausdruck des Volkswillens wird.
3. Im Zusammenhang mit den Satzungen ordnet die Militärregierung an, daß sie zur endgültigen Annahme der nächsten Landesversammlung vorzulegen sind, die gemäß den darin enthaltenen Bestimmungen zu wählen ist.
4. In der Anlage hierzu wird ein Exemplar der Satzungen zurückgereicht, in dem jede Seite von Oberstleutnant *Burns* gezeichnet ist. Dieses Exemplar sehen wir als das Belegexemplar der Satzungen der Union an.

Der Kommandeur der Militärregierung für Bayern
gez. *Albert C. Schweizer*
WD Civilian
Chief, Civ. Adm. Div.

Meine lieben Freunde! Damit sind die Satzungen, die von uns bereits im Landesausschuß in Kraft gesetzt worden sind, endgültig genehmigt. Wir haben von der Grundlage der Satzungen auszugehen, um den demokratischen Aufbau der Union weiter durchzuführen. Wir müssen uns jetzt bereits an diese Satzungen halten. Das gilt auch für die Behandlung der Frage des Stimmrechts in der heutigen Sitzung. Wir können uns nicht über die Satzung hinwegsetzen. Es müßten an und für sich schon die Vertreter durchgewählt sein.
Ich bitte um Ruhe.
Auf der anderen Seite konnte ich nicht mit der Ansetzung einer neuen Sitzung warten, bis alle Formalitäten organisatorischer Art erledigt waren. Es erschien mir dringend notwendig, das Programm jetzt so rasch wie möglich in Kraft zu setzen, damit wir noch in der Wahl davon Gebrauch machen können. Deswegen habe ich den Übergangsstatus in Kauf genommen und habe Sie zu dieser Sitzung heute gebeten in der Annahme, daß wir schon irgendeinen Weg finden, der legal ist und andererseits besondere Schwierigkeiten erspart. Wir haben das letzte Mal den Ausweg gefunden, daß wir zweierlei Abstimmungsmodi durchgeführt haben, und es hat sich gezeigt, daß es nicht notwendig war, die Legalität ausdrücklich nachzuprüfen. Ich möchte vorschlagen, daß wir im Notfall auch heute ein ähnliches Verfahren durchführen, daß wir also von vornherein so abstimmen, daß die Bezirke, die schon durchgewählt haben, abstimmen und dann das gesamte Gremium. Wenn nachher die einzelnen Vertreter alle da sind, werde ich es ausdrücklich noch feststellen lassen. Es ist so ziemlich überall durchgewählt mit Ausnahme von München; ich weiß nicht, wie es in Oberbayern ist, ob da schon neu durchgewählt ist.

(Zuruf *Miesgang*: Ist geschehen!)

Ist von unten herauf neu durchgewählt?

(Zuruf *Miesgang*: Von den Kreisverbänden bzw. den Ortsverbänden.)

Wir werden nachher, wenn formale Abstimmungen notwendig werden, uns darüber noch unterhalten. Ich würde vorschlagen, diese Formaldebatten zurückzustellen, damit wir darüber nicht Zeit verlieren, die wir für andere Aufgaben dringend benötigen. Wenn Sie damit einverstanden sind und keine Bedenken dagegen erheben, darf ich in die Tagesordnung eintreten.

Staatssekretär *Krehle*: Meine Herren! Ich halte es für dringend notwendig, daß kein Unterschied gemacht wird zwischen den Bezirksverbänden, die in der Zwischenzeit durchgewählt, und denjenigen, die noch nicht durchgewählt haben. Soviel mir bekannt ist, hat auch Niederbayern noch nicht durchgewählt.

(Zuruf: Doch!)

Es ist jedenfalls noch nicht überall durchgewählt. Ich schlage daher vor, daß die alten Vertreter heute das gleiche Stimmrecht haben wie die neugewählten. Praktisch wird sich an der Entsendung und an der Zahl nichts ändern. Infolgedessen brauchen wir nicht zweierlei Abstimmungen machen. Sonst sind wir hier überflüssig. Dann können wir nach Hause gehen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ihr seid nicht überflüssig. Es hat sich das letzte Mal gezeigt, daß wir sehr gut durchgekommen sind, und ich hoffe, daß wir heute in ähnlicher Weise tagen werden. Wir wollen deswegen über diese Debatte jetzt keine Zeit verlieren. Wir brauchen sie bestimmt notwendiger für die anderen Fragen.

Dr. *Hundhammer*: Ich möchte mich unbedingt dem Standpunkt von *Krehle* anschliessen und ihn unterstützen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Liebe Freunde! Wir treten damit in die Tagesordnung ein. Punkt 1 lautet "Programm-Genehmigung". Leider ist *Rindt*, der Referent im Redaktionsausschuß war, am Erscheinen noch verhindert. Er wird erst mittags kommen. Ich würde aber vorschlagen, daß uns zunächst Freund *Sedlmayr*, der im Redaktionsausschuß den Vorsitz geführt hat, ein kurzes Referat über die Arbeit des Redaktionsausschusses hält und daß wir uns vielleicht im Anschluß daran vom Parteifreund *Haußleiter* den Vortrag über das Sofortprogramm halten lassen und die anderen Debatten zurückstellen, bis Parteifreund *Rindt* da ist und das Grundsatzprogramm behandeln kann.

Einverstanden? (Kein Widerspruch.)

Dann erteile ich Parteifreund *Sedlmayr* das Wort.

Sedlmayr: Meine werten Parteifreunde! In dem Ausschuß, der gebildet worden war, um die beiden Programmentwürfe nochmals zu überarbeiten, haben mitgewirkt: Frau *Lang-Brumann*, Frau Dr. *Probst*, die Herren *Fink* (Augsburg), Herr Professor *Gerathewohl*, *Haußleiter*, *Hatzinger*, Dr. *Köhler*, Dr. *Kroth* (Schweinfurt), Dr. *Martin* (Augsburg), Dr. *Rindt* (Augsburg), *Sedlmayr*, Dr. *Semler*, Dr. *Weinkamm* (Augsburg).

Wir haben in etwa fünf oder sechs Sitzungen sowohl das Grundsatzprogramm, also den Entwurf von Dr. *Rindt*, durchgearbeitet, wie den zweiten Entwurf vom Kollegen *Haußleiter*. Bei der Beratung des Entwurfs, den Kollege *Haußleiter* gemacht hatte, hat sich ergeben, daß wir noch eine Erweiterung dieses Entwurfes notwendig hatten insofern, als es als zweckmäßig erachtet wurde, auf wichtige Gegenwartsfragen noch genauer einzugehen, insbesondere auf das Flüchtlingsproblem und ähnliche, absolut aktuelle Gegenstände. Daher hat der Kollege *Haußleiter* dann den Auftrag bekommen, die Erweiterungen noch in seinen Entwurf einzubauen. Das ist inzwischen geschehen. Der Entwurf liegt nun in einer neuen Fassung bereits vor. Darüber wird wohl der Kollege *Haußleiter* selbst noch berichten. Beim Grundsatzprogrammentwurf Dr. *Rindt* haben wir noch eine beträchtliche Zahl von Änderungen vorgenommen. Es wird wohl notwendig sein, daß der ganze Entwurf nochmals gelesen wird, um im einzelnen auf diese Abänderungen gegenüber dem vorherigen Entwurf einzugehen. Nachdem Kollege Dr. *Rindt* nicht da ist, könnte ich vielleicht das besorgen. Oder soll gewartet werden, bis es Dr. *Rindt* selber macht?

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn die Parteifreunde einverstanden sind, dann würde ich vorschlagen, daß *Sedlmayr* uns die Abänderungen bekanntgibt und daß wir darüber nicht in Debatten eintreten, sondern anschließend das Sofortprogramm behandeln. Aber ich halte es für zweckmäßig, das Grundsatzprogramm zu kennen, bevor man über das Sofortprogramm debattiert.
Sind Sie damit einverstanden? (Kein Widerspruch.)
Dann bitte ich *Sedlmayr*, die Änderungen bekanntzugeben.
Sedlmayr: Es wird wahrscheinlich notwendig sein, daß das Ganze nochmals gelesen wird, um auf Einzelheiten aufmerksam machen zu können:

Das Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern
Das deutsche Volk steht vor der Aufgabe, den schwersten Zusammenbruch seiner Geschichte zu überwinden und wieder eine feste staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Grundlage für seine Zukunft zu erringen.
Die bis an die Wurzeln des Seins gehende Zerrüttung unseres öffentlichen und privaten Lebens, die uns der Nationalsozialismus als Erbe hinterlassen hat, ist letztlich verursacht durch die Abwendung von der göttlichen Ordnung, in der jeder einzelne und jedes Volk von allem Anfang an steht.
Unser Wollen und Handeln muß daher für den Aufbau und für alle Zukunft nach den ewigen Gesetzen dieser Ordnung ausgerichtet sein; einer Ordnung, die ihren höchsten und umfassenden Ausdruck in der Lehre des Christentums gefunden hat.
Die Krönung des Christentums ist die tätige Nächstenliebe, die wahrhaft soziale Tat. Wir bekennen uns zu ihr ohne Unterschied der Konfession und der Stände.
Aus dieser Erkenntnis heraus haben wir in Bayern die Christlich-Soziale Union gegründet als die politische Tatgemeinschaft aller, die sich bekennen zur ewigen Gültigkeit des christlichen Sittengesetzes und zu einem aus ihm erwachsenden Menschheitsideal. Wir wollen in zielbewußter Zusammenarbeit den entscheidenden Beitrag für Wiederaufstieg und dauernde Wohlfahrt unseres Volkes leisten.
Verbunden durch gemeinsame Weltanschauung und gemeinsame Not und angesichts der immer gleichen Quelle aller Kraft und Wahrheit versprechen wir im vollen Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit vor Gott und dem Volk uns für die Verwirklichung folgender Ziele ohne jeden Eigennutz einzusetzen:

In diesem einleitenden Abschnitt sind nur verhältnismäßig wenig Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf vorgenommen worden.

I. Staatliche Ordnung

1. Der Staat ist nach Wesen und Aufgabe der gottgewollte Ordnungszustand eines Volkes:
   Wir erstreben den Staatsaufbau auf christlicher Grundlage.

Ursprünglich hat es hier geheißen:

   Wir erstreben den christlichen Rechts-, Sozial- und Kulturstaat.
   Nur in einer Ordnung, die vom christlichen Geist beseelt ist, wird allgemeine Sicherheit, bleibender Wohlstand und Fortschritt verwirklicht.
2. Trägerin und Vollzieherin des Volkswillens sind die vom Volk bestellten staatlichen Organe.
   Wir bekennen uns zum demokratischen Staat.
   Wir kämpfen gegen jede Art von Diktatur eines einzelnen, einer Partei oder einer Klasse. Wir kämpfen gegen Staatsbürokratismus und Staatsallmacht.

In diesen Abschnitten sind auch Veränderungen vorgenommen, und zwar hat es vorher geheißen:

Wir fordern den christlichen Rechts-, Sozial- und Kulturstaat.
Nur in ihm wird allgemeine Sicherheit, bleibender Wohlstand und wahrer Fortschritt verwirklicht.

In Punkt 2 hatte es geheißen:

2. Die staatliche Obrigkeit ist die bevollmächtigte Trägerin des Volkswillens.

Der letzte Satz von Ziffer 2:

Wir kämpfen gegen Staatsbürokratismus und Staatsallmacht

ist geblieben.
Ziffer 3 hat bisher gelautet:

Jedes Volk ist eine organisch gewordene Sendungs-, Schicksals- und Interessengemeinschaft:
Wir treten ein für die Einheit und Unteilbarkeit Deutschlands.
Wir kämpfen gegen jede Form von Separatismus. Wir wenden uns gegen jede Absplitterung deutscher Gebiete.

Die neue Form heißt:

Jedes Volk ist eine organisch gewordene Lebensgemeinschaft. Wir treten ein für die Einheit und Unteilbarkeit Deutschlands.
Wir kämpfen gegen jede Form von Separatismus. Wir wenden uns gegen jede Abtrennung deutscher Gebiete.

In Ziffer 4 sind auch ein paar Änderungen vorgenommen worden. Der urspüngliche Text war:

Der Staatsaufbau hat sich auf den natürlichen Gegebenheiten eines Volkes zu vollziehen.
Wir fordern den föderativen Aufbau Deutschlands auf bundesstaatlicher Grundlage.
Wir kämpfen gegen Unitarismus und Zentralismus. Wir vertreten die starke Staatspersönlichkeit jedes Bundeslandes. Wir fordern in jedem Bundesland größtmögliche Selbständigkeit der nachgeordneten Verwaltungskörperschaften.

Der neue Text lautet:

Der Staatsaufbau hat sich auf den natürlichen Gegebenheiten eines Volkes zu vollziehen.

Es heißt also "Gegebenheiten" und nicht "Begebenheiten".

Wir fordern den föderativen Aufbau Deutschlands auf bundesstaatlicher Grundlage.
Wir lehnen jeden Militarismus und Zentralismus ab.
Wir treten ein für die Staatspersönlichkeit jedes Bundeslandes. Wir fordern in jedem Bundesland größtmögliche Selbständigkeit der nachgeordneten Verwaltungskörperschaften.

Ziffer 5 bisheriger Text:

Gesunde und befriedete Berufsstände sind die tragenden Säulen von Wirtschaft, Wohlfahrt und Kultur.
Wir fordern eine zweite, unpolitische Kammer, vor allem zur Interessenvertretung der einzelnen Berufsstände.
Wir lehnen eine ausschließlich parteigebundene Volksvertretung ab.

Der neue Text lautet:

Gesunde und befriedete Berufsstände sind die Voraussetzung für das Gedeihen von Wirtschaft und Kultur. Wir bejahen eine zweite, politische Kammer, vor allem auch zur Interessenvertretung der Berufsstände.

Es muß hier natürlich "eine zweite unpolitische Kammer" heißen und nicht "eine zweite und politische Kammer".

Eine ausschließlich parteigebundene Volksvertretung lehnen wir ab.

Ziffer 6 bisheriger Text:

Die Lösung der Staatsaufgaben entscheidet über Gegenwart und Zukunft unseres Volkes.
Wir fordern den rechten Mann am rechten Platz.
Wir kämpfen gegen jeden Dilettantismus. Wir vertreten den Grundsatz: Für das Volk sind die Besten gerade gut genug.

Der neue Text lautet:

Die Lösung der Staatsaufgaben entscheidet ausschlaggebend über Gegenwart und Zukunft unseres Volkes.
Wir fordern den rechten Mann am rechten Platz.
Wir kämpfen gegen die Unfähigkeit auf allen Gebieten der staatlichen Verwaltung.
Wir treten ein für ein sachgemäß vorgebildetes Berufsbeamtentum.

II. Rechtsordnung.

Der bisherige Text Ziffer 1 lautete:

Der Mensch ist nach göttlichem Willen ins Leben gerufen. Wir vertreten das Anrecht eines jeden auf ein menschenwürdiges Dasein.
Wir bejahen den Anspruch jedes einzelnen auf ausreichende Arbeit, Nahrung, Kleidung und Wohnung, auf Familiengründung und ein sorgenfreies Alter.

Der neue Text Ziffer 1 lautet:

Der Mensch ist nach göttlichem Willen ins Leben gerufen. Wir vertreten das Anrecht jedes einzelnen auf ein menschenwürdiges Dasein.
Wir bejahen den Anspruch jedes einzelnen auf ausreichende Arbeit, Nahrung, Kleidung und Wohnung, auf Familiengründung und ein sorgenfreies Alter.

Ziffer 2 bisheriger Text:

Der Mensch ist als Ebenbild Gottes von hoher Würde:
Wir verlangen die Ehrfurcht vor der Unverletzlichkeit von Person und Heim.

Niemand darf verfolgt, verhaftet oder festgehalten werden, außer aufgrund der allgemein gültigen Gesetze. Jedem Angegriffenen müssen alle Möglichkeiten der Rechtfertigung zu Gebote stehen.

Der neue Text:

Der Mensch ist als Ebenbild Gottes von hoher Würde.
Wir verlangen die Ehrfurcht vor der Unverletzlichkeit der Person.
Niemand darf verfolgt, verhaftet oder festgehalten werden außer aufgrund der allgemein gültigen Gesetze. Jedem Angegriffenen müssen alle Möglichkeiten einer raschen Rechtfertigung zu Gebote stehen. Das Heim des Menschen soll seine Freistatt sein.

Ziffer 3 bisheriger Text:

Die menschliche Willensfreiheit ist eine Tatsache der göttlichen Ordnung.
Wir vertreten die Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, des Handelns und der Berufswahl, des Zusammenschlusses und der Religionsausübung.
Nur am christlichen Sittengesetz und am Gemeinwohl findet die menschliche Freiheit ihre Grenzen.

Neuer Text:

Die menschliche Willensfreiheit ist eine Tatsache der göttlichen Ordnung.
Wir vertreten die Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, die Freiheit des Handelns und der Berufswahl, die Freiheit des Zusammenschlusses und der Religionsausübung.
Nur am christlichen Sittengesetz und am Gemeinwohl findet die menschliche Freiheit ihre Grenzen.

Bisherige Ziffer 4:

Mann und Frau sind in ihrer Würde ebenbürtig.
Wir fordern die rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter.
Die Arbeit der Hausfrau kommt der Berufsarbeit des Mannes gleich.

Neue Ziffer 4:

Mann und Frau sind in Wert und Aufgabe ebenbürtig.
Wir fordern die rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter.
Die Arbeit der Hausfrau kommt der Berufsarbeit des Mannes gleich.

Bisherige Ziffer 5:

Jeder Stand und jeder Beruf ist notwendig für das Ganze. Wir verlangen die rechtliche und soziale Gleichstellung aller Stände und Berufe.
Wir kämpfen gegen Klassenhaß und Standeshochmut. Wir kämpfen gegen die Bevorzugung bestimmter Stände und Berufe.

Neue Ziffer 5:

Jeder Stand und Beruf ist notwendig für das Ganze. Wir verlangen die rechtliche und soziale Gleichstellung aller Stände und Berufe.
Wir kämpfen gegen Klassenhaß und Standeshochmut sowie gegen die Bevorzugung und den Vormachtsanspruch irgendwelcher Bevölkerungsschichten.

Ziffer 6 bisheriger Text:

Die Grundrechte der Menschen beruhen auf göttlichem Willen und sind allgemeingültig.
Wir wollen den deutschen Staatsraum als Freistatt für alle sehen, die in Mißachtung der Menschenrechte verfolgt sind. Die in der Vergangenheit so oft verletzten Menschenrechte sollen in dem neuen Staat besonderen Schutz und Rückhalt finden.

Dieser Absatz ist gestrichen worden. Er erscheint also nicht mehr in der neuen Fassung. Die Streichung erfolgte aus der Erwägung heraus, daß es wohl gerade für ein Deutschland, in dem sich sowieso schon allzu viele fremde Völkerschaften versammeln, nicht besonders zweckmäßig erscheint, jetzt sozusagen eine allgemeine Einladung an alle irgendwie Verfolgten ergehen zu lassen, sich bei uns in Deutschland einzufinden. Dieses Argument ist vom gesamten Ausschuß anerkannt worden.
Die bisherige Ziffer 7, die im neuen Entwurf Ziffer 6 wird, hat gelautet:

Jedes Gesetz geht in seinen Normen auf das dem Menschen eingeborene Naturrecht zurück.
Wir verlangen eine bleibende Ausrichtung aller Gesetze nach den Richtsätzen der Gerechtigkeit.
Wir kämpfen gegen Rechtsverdrehung und Rechtswillkür. Wir vertreten ein christliches Straf- und Zivilrecht. Wir wollen ein christliches Sozial- und Arbeitsrecht.

Jetzt heißt die Ziffer 6:

Das Bewußtsein von Recht und Unrecht ist dem Menschen von Natur aus gegeben.
Wir verlangen die Ausrichtung aller Gesetze nach den Grundsätzen des Naturrechts.
Wir vertreten eine Reform des Straf- und Zivilrechts in diesem Sinne. In gleicher Weise muß das Sozial- und Arbeitsrecht neu gestaltet werden.

Die bisherige Ziffer 8, jetzt Ziffer 7, hat gelautet:

Der Richter ist der Künder allgemeingültiger Rechtsnormen. Wir verlangen einen unabhängigen Richterstand.
Wir lehnen den politischen Richter ab. Wir verneinen eine gelenkte Justiz.

Die Ziffer 8 erscheint im neuen Entwurf unverändert als Ziffer 7.
Die bisherige Ziffer 9 erscheint ebenfalls unverändert in der neuen Ziffer 8.
Dann:

III. Sozialordnung.

Die bisherige Ziffer 1 hat gelautet:

Die Familie ist die Urzelle und Quelle des Volkes.
Wir fordern weitgehende staatliche Unterstützung der Existenz- und Familiengründung bei allen Ständen und Berufen.
Staatsbeihilfen, tragbare Löhne und Gehälter und bevorzugte Arbeitsvermittlung für Jungvermählte sollen diesen Zwecken dienen.

Die neue Fassung lautet:

Die Familie ist die Urzelle und Quelle des Volkes. Wir fordern weitgehende staatliche Unterstützung der Existenz- und Familiengründung bei allen Ständen und Berufen.

Staatsbeihilfen, ausreichende Löhne oder Gehälter und bevorzugte Arbeitsvermittlung für alle, die eine Familie zu ernähren haben, sollen diesen Zwecken dienen.

In Ziffer 2 ist nur eine kleine Änderung vorgenommen worden. Der bisherige Text hat gelautet:

Gesunde Familien sind die Vorbedingung für ein blühendes Volk.
Wir verlangen umfassende und bleibende Maßnahmen des Staates für die Volksgesundheit, vor allem für gesunde Wohnungen.
Wir bekämpfen die lichtlosen Hinterhöfe. Wir fordern größtmögliche Verwurzelung der Familien in Grund und Boden, vor allem durch eine umfassende Siedlungspolitik.

Die neue Ziffer 2 lautet:

Gesunde Familien sind die Vorbedingung für ein blühendes Volk.
Wir verlangen umfassende Maßnahmen des Staates für die Volksgesundheit, vor allem den Bau gesunder Wohnungen. Wir bekämpfen die Mietskasernen und die lichtlosen Hinterhöfe. Wir treten ein für die Verwurzelung der Familie in Grund und Boden, besonders durch eine umfassende Siedlungspolitik.

Die bisherige Ziffer 3 lautete:

Die seelisch gesunde Familie ist die Quelle der moralischen Kraft eines Volkes.
Wir fordern größtmögliche staatliche Garantie gegen jede Auflockerung und Zerrüttung des Familienlebens.
Wir vertreten das Recht des Ungeborenen auf Leben. Wir lehnen die Lehre und Praxis der freien Liebe ab. Wir sind gegen die Erleichterung der Ehescheidung.

Die neue Ziffer 3 lautet:

Die seelisch gesunde Familie ist die Quelle der moralischen Kraft eines Volkes.
Wir fordern jeden nur möglichen staatlichen Schutz gegen die Auflockerung und Zerrüttung des Familienlebens.
Wir verteidigen das Recht des Ungeborenen auf Leben. Wir lehnen alle Lehren und Maßnahmen ab, die geeignet sind, einen sittlichen Verfall herbeizuführen. Wir sind gegen die Erleichterung der Ehescheidung.

Bisherige Ziffer 4:

Überdurchschnittliche Begabung verpflichtet den Menschen zu besonderer Leistung im Leben.
Wir verlangen staatliche Förderung von besonders Begabten. Wir verneinen das Bildungsvorrecht der begüterten Stände. Wir verteidigen den Grundsatz: "Freie Bahn dem Tüchtigen".

Die neue Fassung:

Der innere Reichtum eines Volkes beruht nicht zuletzt auf der Begabung seiner Glieder.
Wir verlangen staatliche Förderung der überdurchschnittlich Begabten.
Wir verneinen das Bildungsvorrecht der begüterten Stände. Für die Stellung des einzelnen in der Gemeinschaft sollen allein Charakter und Leistung entscheiden.

Bisherige Ziffer 5:

Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert.
Wir fordern die Gestaltung eines Arbeitseinkommens, das wenigstens einen bescheidenen Wohlstand und die Sicherung des Alters verbürgt.
Wir bekämpfen jede Verproletarisierung. Wir bejahen eine entsprechende Beteiligung des Arbeitnehmer am Reinertrag des Unternehmens. Wir fordern eine ausreichende allgemeine Altersversorgung.

Die neue Ziffer 5:

Jede ehrliche Arbeit hat den gleichen sittlichen Wert und verdient angemessenes Entgelt. Männer und Frauen erhalten für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn.
Wir fordern die Gestaltung eines Arbeitseinkommens, das wenigstens einen bescheidenen Wohlstand und die Sicherung des Alters verbürgt.
Wir bekämpfen jede Verproletarisierung. Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reinertrag der gesamten Volkswirtschaft.

Die bisherige Ziffer 6 hat gelautet:

Sozialversicherte sind keine Almosenempfänger des Staates. Wir fordern eine auskömmliche Sicherung des Lebens aller, die durch Krankheit, Unfall, Alter oder als Kriegsversehrte nicht mehr arbeiten können.
Wir wenden uns gegen die Hungerrente. Wir wollen eine fortschrittliche Weiterentwicklung unseres Sozialrechtes schaffen.

Die neue Fassung heißt:

Die Sozialversicherung soll jedermann im weitesten Umfang gegen die Wechselfälle des Lebens schützen.
Wir fordern die Sicherung des Lebens aller, die infolge Krankheit, Alter oder als Versehrte nicht mehr arbeiten können.
Sozialversicherte sind keine Almosenempfänger des Staates. Wir wenden uns gegen die Hungerrente.

Die bisherige Ziffer 7 lautete:

Hilfe für die Bedürftigen ist ein Gebot der christlichen Nächstenliebe und eine Gemeinschaftspflicht des Volkes.
Wir fordern eine Wohlfahrtspflege, die dem Bedürftigen den notwendigen Lebensunterhalt gewährt.
Der Anspruch hierauf ist rechtlich zu sichern, denn der Unterstützungsempfänger ist kein Mensch zweiter Klasse.

Die neue Formulierung ist:

Hilfe für die Bedürftigen ist eine Gemeinschaftspflicht des Volkes.
Wir fordern eine Wohlfahrtpflege, die dem Bedürftigen den notwendigen Lebensunterhalt gewährt.
Der Anspruch hierauf ist rechtlich zu sichern.

IV. Wirtschaftsordnung.

Ziffer 1 bisheriger Text:

Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck; sie muß dem Wohl des einzelnen und der Gesamtheit dienen.

Wir fordern eine staatlich gelenkte Wirtschaft.
Wir lehnen die Planwirtschaft als Ausfluß eines kollektiven [sic!] Geistes ab. Wir kämpfen gegen den Wirtschaftsliberalismus und treten ein für die freie Entfaltung der Einzelpersönlichkeit im Rahmen des Gemeinwohls.

Der neue Text lautet:

Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck; sie muß dem Wohl der Gesamtheit wie des einzelnen dienen.
Wir anerkennen das Recht des Staates, die Wirtschaft nach Gesichtspunkten des Gemeinwohls zu lenken.
Wir lehnen die Planwirtschaft als Ausfluß eines kollektivistischen Denkens ab. Wir kämpfen gegen den Wirtschaftsliberalismus und treten ein für freie Entfaltung der Einzelpersönlichkeit im Rahmen seiner sozialen Pflichten.

Bisherige Ziffer 2:

Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind für die Wirtschaft in gleicher Weise wichtig.
Wir verlangen ein angemessenes Mitbestimmungsrecht der Arbeitgeber bei der Lenkung der Wirtschaft und ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Produktionsverhältnisse, vor allem in bedeutenden Betrieben.
Wir verneinen jedes Willkürrecht des Unternehmers.

Die neue Ziffer 2:

Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind für die Wirtschaft in gleicher Weise wichtig.
Wir verlangen ein angemessenes Mitbestimmungsrecht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Lenkung der Wirtschaft, ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Produktionsverhältnisse. Bei Betrieben von erheblicher Bedeutung sollen die Arbeitnehmer einen unmittelbaren Einfluß auf die Leitung und Verwaltung durch geeignete Vertreter in der Geschäftsführung ausüben. Wir verneinen jede Willkür und Einseitigkeit von Interessengruppen innerhalb der Wirtschaft.

Ankermüller: In Ziffer 1 ist ein grammatikalischer Fehler enthalten, den man ändern müßte. Im letzten Satz heißt es am Schluß "im Rahmen seiner sozialen Pflichten". Es muß richtig heißen "im Rahmen ihrer sozialen Pflichten", nämlich der Pflichten der Einzelpersönlichkeit.
Sedlmayr: Ziffer 3 bisherige Fassung:

Für Bayern ist der Klein- und Mittelbetrieb die Grundlage einer gesunden Wirtschaft.
Wir verlangen eine besondere Förderung des Klein- und Mittelbetriebes in Landwirtschaft, Handwerk und Industrie.
Wir lehnen den wirtschaftlichen Großbetrieb ab, soweit er nicht für das Gemeinwohl unbedingt notwendig ist.

Der neue Text lautet:

Für Bayern ist der Mittelstandsbetrieb die Grundlage einer gesunden Wirtschaft.
Wir verlangen eine besondere Förderung des Klein- und Mittelbetriebes in Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Gewerbe und Industrie und dessen Schutz gegen

Auflösung und Aufsaugung. Soweit der wirtschaftliche Großbetrieb sich entwickelt und besteht, darf er unter keinen Umständen zu einem selbstsüchtigen und kapitalistischen Profitunternehmen ausarten.

Ziffer 4 bisheriger Text:

Das Recht auf Eigentum ist ein Naturrecht; Eigentum verpflichtet gegenüber der Gemeinschaft. Wir fordern den Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums. Wir kämpfen gegen die Aufhebung des Eigentums durch Kollektivierung oder allgemeine Sozialisierung. Wir bekämpfen den schrankenlosen Eigentumserwerb. Wir vertreten die Verstaatlichung und Zwangsenteignung gegen Entgelt als letzten Ausweg dort, wo es das Gemeinwohl fordert.

Der neue Text:

Das Recht auf Eigentum ist ein natürliches Recht, auf dessen Erfüllung alle Anspruch haben; Eigentum verpflichtet gegenüber der Gemeinschaft.
Wir erwarten, daß alle Möglichkeiten geschaffen werden, um jedermann zu einem sittlich berechtigten Eigentum kommen zu lassen. Wir treten für die Erfüllung der Gemeinschaftspflicht ein, allen jenen zu neuem Eigentum zu verhelfen, die ohne eigene Schuld ihr bisheriges Eigentum verloren haben. Wir verlangen den Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums. Wir lehnen die Aufhebung des Eigentums durch Kollektivierung oder allgemeine Sozialisierung ab. Wir bekämpfen den rücksichtslosen Eigentumserwerb. Wir vertreten die Überführung von Privat- in Gemeineigentum gegen angemessene Entschädigung dann, wenn es das Gemeinwohl fordert.

Bisheriger Text Ziffer 5:

Die Steuerpolitik muß sozial, gerecht und wirtschaftsfördernd sein. Wir fordern in der Steuerpolitik die Durchführung des Grundsatzes einer sozialen Tragbarkeit und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit. Die Steuer darf den Anreiz zur Mehrleistung und notwendigen Arbeitsbeschaffung nicht unterbinden.

Der neue Text:

Die Steuerpolitik muß sozial, gerecht und wirtschaftsfördernd sein. Wir fordern in der Steuerpolitik die Durchführung der Grundsätze sozialer Tragbarkeit und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit. Die Steuer darf den Anreiz zur Mehrleistung nicht unterbinden.

Gegenüber dem früheren Text ist hier "und notwendigen Arbeitsbeschaffung" ausgelassen worden.

V. Kulturordnung

Bisherige Ziffer 1:

Der innere Wert eines Volkes zeigt sich in der Kultur. Wir wollen die Verwirklichung christlicher Grundsätze im Kulturschaffen unseres Volkes. Wir treten ein für die Förderung und Pflege bodenständiger Kulturwerke.

Der neue Text:

Der innere Wert eines Volkes zeigt sich in seiner Kultur. Wir bekennen uns zu Deutschland als dem Land einer wertereichen Kultur und treten ein für die organi-

sche Weiterentwicklung und Pflege des deutschen Kulturschaffens auf der Grundlage christlich-abendländischen Geistes.
Vor allem durch seine Kultur muß das deutsche Volk die Achtung der Völker und seinen alten Platz im Kreise der Nationen wiedergewinnen. Gerade in Zeiten der Not ist daher die Pflege der Kultur eine wichtige staatspolitische Aufgabe.

Bisherige Ziffer 2:

Alle Erziehung dient der Lebensertüchtigung und Höherentwicklung des Menschen. Wir fordern die Erziehung der Jugend zu einem angemessenen Beruf, zu Charakterstärke und sozialer Gesinnung, zur Ehrfurcht vor Gott und dem Menschen.
Wir verlangen vor allem auch die Erziehung zur Achtung vor dem Alter und dem anderen Geschlecht. Die weibliche Jugend soll eine besondere Vorbereitung auf den Beruf der Mutter und Hausfrau erhalten.

Die neue Ziffer 2 muß ich noch nachholen, sie ist eingeschaltet worden.
Dr. *Horlacher*: Herr Vorsitzender, darf ich unterbrechen. Ich muß eine wichtige Frage klären, die für mich und andere Herren von entscheidender Bedeutung ist. Ich werde zum Herrn Innenminister [*Josef Seifried*] gehen, um diese Frage zu klären. Wie ist sie in der Partei geregelt? Darüber muß ich jetzt bestimmte Auskunft haben. Wer hat in der Partei das Recht, die Kandidaten aufzustellen? Hat das Recht, die Kandidaten aufzustellen, wie es in den Wahlgesetzen vorgeschrieben ist, der Stimmkreis, oder hat der Stimmkreis das Recht nicht? Hat das Recht, die Kandidaten aufzustellen, ausschließlich der Bezirksverband? Nach dem Wahlgesetz hat der Bezirksverband dieses Recht nicht. Der Bezirksverband ist bloß als Wahlkörper eingeschaltet, um die von den Stimmkreisen aufgestellten Kandidaten dem Wahlkreisleiter zu melden.
Diese Rechtsfrage muß jetzt unbedingt geklärt werden. Denn die Verhältnisse spitzen sich für die CSU bedrohlich zu. Wir können unsere Leute nicht mehr halten. In Bamberg-Land finden bereits Protestversammlungen gegen die Kandidatenaufstellung der CSU statt. Ein solcher Zustand kann nicht geduldet werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bedauere diese Unterbrechung, Herr *Horlacher*.
Horlacher: Ich bitte, mir meine Frage zu beantworten. Sonst kommen wir überhaupt nicht zu den Fragen, die heute unter allen Umständen geklärt werden müssen. Ich bitte, mir also Auskunft darüber zu geben, wie die Parteileitung das Recht der Kandidatenaufstellung handhabt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bedauere den Vorfall, *Horlacher*, daß, während jemand einen Vortrag hält, dazwischengerufen und eine Debatte angefangen wird. Wenn aber die Parteifreunde einverstanden sind, kann man das Referat *Sedlmayr* für kurze Zeit unterbrechen, nur würde ich in Zukunft auch Dich, *Michel Horlacher*, bitten, keine solchen Unterbrechungen hervorzurufen.
Dr. *Horlacher*: Das ist nur ein Ausnahmefall. Ich bitte, diese Frage zu klären.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Man kann nicht in eine Landesausschußsitzung hineinplatzen und ein Durcheinander anrichten damit, daß man eine Frage hineinwirft, die völlig vom Thema abweicht.
Dr. *Horlacher*: Das sehe ich ein, aber es eilt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Aber so geht es nicht. *Sedlmayr*, wie lange brauchst Du noch mit Deinem Referat?
Sedlmayr: Es dauert nicht mehr lange.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn die Parteifreunde einverstanden sind, unterbrechen wir das Referat *Sedlmayr*, um die von *Michel Horlacher* angeschnittene Frage zu behandeln. Sind Sie damit einverstanden oder erhebt sich ein Widerspruch?

(Zuruf: Ohne Debatte.)

Gut, dann wird die Frage ohne Debatte behandelt.
Haußleiter: Ich möchte doch als zweiter Vorsitzender von Oberfranken erst einmal fragen: Wer hat in Bamberg in irgendeiner Form bei der Kandidatenaufstellung hineingeredet? Ich bitte jetzt Herrn Dr. *Horlacher*, bevor die Sache überhaupt diskutiert wird, mitzuteilen, gegen wen und was dort überhaupt Protestversammlungen stattfinden.
Dr. *Horlacher*: Das interessiert mich momentan nicht.

(Lebhafte Unruhe, zahlreiche Zwischenrufe.)

Mich interessiert bloß: Wie ist die Rechtslage bei der Kandidatenaufstellung?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Hier sind die Oberfranken vertreten. Oberfranken hat seine Wahlversammlung gehabt. Soweit ich weiß, [sind] morgen Ober- und Mittelfranken beisammen. Hier wird nun hineingeworfen: In Bamberg ist Revolution. Dann müssen die Oberfranken auch etwas davon wissen.
Ostwald: Ich möchte dringend bitten, daß gesagt wird, wo die Protestversammlungen stattgefunden haben. Wir haben, weiß Gott, in Oberfranken nicht geschlafen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bin so langsam nicht mehr bereit, das mitzumachen. Ich habe früher erlebt, daß jemand plötzlich hereinkommt und glaubt, er kann von vornherein über alles hinwegtreten.
Dr. *Horlacher*: Ich bitte, hier nicht an den Bamberger Fall anzuknüpfen. Das war dort bloß ein Einzelfall.

(Zahlreiche Zwischenrufe. - *Haußleiter*: Der interessiert aber!)

Der interessiert mich perönlich nicht. Persönlich interessiert mich die Rechtslage, wer das Recht zur Kandidatenaufstellung hat. Darüber möchte ich klipp und klar Auskunft haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe wohl bemerkt, daß draußen eine Sonderkonferenz war. Jetzt ist eine Landesausschußsitzung, die sich im Augenblick mit dem Programm befaßt. Man kann die Frage im Rahmen des Tagesordnungspunktes "Organisatorische Fragen" zur Debatte stellen.
Meine lieben Freunde! Ich muß jedem gegenüber eine gewisse Disziplin wahren. Wir haben eine Landesausschußsitzung, die eine gewisse Autorität innerhalb der Union hat und haben soll.
Dr. *Horlacher*: Der Herr Landesvorsitzende kann rasch über die Frage Auskunft geben, wer das Recht zur Kandidatenaufstellung hat.
Dr. *Schlögl*: Zur Klärung der Sachlage folgendes: Ich habe soeben ein Telegramm aus Bamberg bekommen - das ist sehr wichtig für uns -, daß zwei große Bauernkundgebungen abgehalten werden, die sich gegen die Kandidatenaufstellung in Bamberg richten. Ich kenne den Fall nicht.

(Zurufe: Aha, ja ja!)

Da können Sie ruhig aha sagen, weil die Wähler dort bloß Bauern sind! Nach dem Telegramm haben sich zwei große Bauernkundgebungen gegen die Abhalfterung des

Kandidaten Bamberg-Land, *Meixner*, gewandt. So liegen die Dinge. Das ist eine Angelegenheit, die uns interessiert.
Haußleiter: Meine lieben Parteifreunde! Jetzt schlägt es meiner Ansicht nach dreizehn. Die Sache ist so, daß der Stimmbezirk Bamberg den Prälaten *Meixner* als Kandidaten vorgeschlagen hat, daß dann vom Bezirksverband unter Zustimmung Bambergs erklärt worden ist, die Zahl der Geistlichen im Landtag solle nicht über sechs hinausgehen, daß deshalb die Frage der Kandidatur des Herrn Prälaten *Meixner* mit anderen Stimmbezirken abgestimmt werden soll. Dann hat der Stimmbezirk Bamberg erklärt: Selbstverständlich sind wir damit einverstanden. Der Bezirk Oberfranken hat erklärt: Selbstverständlich sind wir mit der Kandidatur des Herrn Prälaten *Meixner* einverstanden unter den Einschränkungen, die die Bamberger selber für richtig halten. Bamberg hat erklärt: Wenn Prälat *Meixner* von ihm (Bezirksverband Oberfranken) nicht nominiert wird, dann würden sie den Bürgermeister *Gick* nominieren. Der Bezirksverband Oberfranken hat erklärt, daß diese Angelegenheit selbstverständlich vom Stimmbezirk Bamberg geregelt werde. Wir Oberfranken verbitten es uns, in irgendeiner Weise bezichtigt zu werden, daß wir in die Rechte des Stimmbezirks eingreifen. Das ist nicht geschehen und das ist nicht richtig.
Dr. *Horlacher*: Mich interessiert nur die Rechtslage. Der ganze Bamberger Fall interessiert mich nicht. Ich möchte bloß die Frage behandelt haben: Wer hat das Recht zur Aufstellung der Kandidaten? Hat es der Stimmkreis oder hat er es nicht?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nach den geltenden Bestimmungen wird es so gehandhabt: Der Kreisverband macht den Vorschlag, der Bezirksverband stellt die Liste auf und trifft die Entscheidung. Wir haben gestern - ich bitte, das nachher im einzelnen noch bekanntzugeben - die Frage schon bei der Militärregierung vorgeklärt, weil sie dort schon zur Debatte stand. In Regensburg wurde gestern darüber debattiert, weil *Schlögl* dort drei Kreise belegt hatte und nachher zugunsten von irgendeinem anderen verzichten wollte, den er selbst vorgeschlagen hatte.

(Hört, hört!)

Der dortige Bezirksverband hat daraufhin entsprechende Beschlüsse gefaßt. Der politische Offizier der Militärregierung Oberpfalz, Major *Moor*, war dort anwesend. Er hat bestätigt, daß die Militärregierung die gleiche Haltung einnimmt.
Infolgedessen ergibt sich für uns die Rechtslage, wie sie aufgrund unserer Statuten feststeht. Es ergibt sich ferner die Rechtslage so, wie sie von der Militärregierung, ich möchte in diesem Falle sagen, interpretiert wird, natürlich nicht bindend. Denn wir sind ja im eigenen Aufbau der Demokratie, und die Militärregierung interpretiert in diesem Falle. Ich darf dazu vielleicht die einschlägigen Bestimmungen der Satzung bekanntgeben:
Liedig: Nach § 23 der Satzung, Litera d) heißt es:

Aufgaben der Kreisversammlung sind:
d) Nominierung von Landtagskandidaten.

Nach § 35 heißt es über die Aufgaben der Bezirksversammlung unter Litera l):

Aufstellen von Wahlvorschlägen für den Landtag.

Damit ist die Situation klargestellt. Der Stimmkreis - Kreisverband - nominiert die Kandidaten, die aufzustellen sind, die endgültige Beschlußfassung ist Sache des Bezirksverbandes, der dem Wahlkreis entspricht, und zwar deswegen, weil der Bezirks-

verband die Möglichkeit haben muß, zwei Stimmkreise, die sonst allein keine Kandidaten durchbringen, miteinander zusammenzulegen und eine entsprechende Entscheidung zu treffen. Das ist auch durchaus in Ordnung und in Übereinstimmung mit dem Artikel 69 des Wahlgesetzes, wo es in Absatz 2 heißt:

> Die Bewerber der zugelassenen politischen Parteien sind in ordnungsgemäß einzuberufenden Partei-, Orts- oder Bezirksversammlungen in geheimer Wahl aufzustellen usw.

Damit ist die Sache völlig klar. Die Regelung ist gestern durch den Major *Moor*, der an der Versammlung in Regensburg teilgenommen hat, auch noch einmal dem Landesvorsitzenden eindeutig in dieser Form bestätigt worden, als die Frage zur Debatte stand.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie ist ausdrücklich bestätigt worden. Ich darf dazu folgendes sagen: Meine lieben Freunde! Die Sozialdemokratie ist bereits das letzte Mal so vorgegangen. Es ist das auch eine Selbstverständlichkeit. Denn wenn nur der einzelne oder die einzelne Gruppe in der Union, die Ellbogen hat,

(Sehr gut!)

sich draußen durchsetzt, wie wird dann das Schlußergebnis werden? Ich habe immer darauf hingewiesen, daß das letzte Mal in der Fraktion nur neun Arbeitervertreter waren. Wir haben doch hoffentlich, möchte ich in diesem Falle sagen, mehr Arbeiterwähler, als diesen neun Abgeordenten entsprechen. Deswegen muß man irgendeine höhergeordnete Instanz schaffen, die die letzten Entscheidungen trifft und die nötigen Anpassungen vollzieht. Sonst bekommen wir nie ein vernünftiges Bild.

Ich darf rein nüchtern gesehen, ohne Rücksicht auf die rechtliche Lage, wie sie hier geklärt wurde, feststellen, warum offenkundig eine gewisse Erregung gegen einen der Herren des Bauernverbandes besteht.

Dr. *Horlacher*: Der Bauernverband hat damit nichts zu tun. Ich bitte, ihn aus dem Spiel zu lassen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Er hat sich mit Schreiben an die einzelnen Kreisverbände gewandt und bestimmte Forderungen gestellt. So wurde gestern die Forderung vom Bauernverband verlesen, daß in der Oberpfalz sechs Bauernabgeordnete aufgestellt werden müssen.

(Hört, hört!)

Meine lieben Freunde! Die Parteileitung hat diesmal davon abgesehen, irgendwelche Leute nominieren zu lassen. Ich hätte diese Frage auch in dem letzten Landesausschuß vorlegen und eventuell, wie es früher der Fall war, Landeskandidaten vorschlagen lassen können. Ich wollte absichtlich davon absehen, um nicht den Eindruck zu erwecken, als ob man die Kandidatenaufstellung zentral steuern wollte. Aber dann muß ich auch erwarten, daß eine einzelne Organisation ihrerseits draußen nicht Forderungen erhebt und dadurch ein Durcheinander schafft. Denn sonst erheben die Gewerkschaften mit dem gleichen Recht ihre Forderungen, ebenso wie alle anderen Kreise. Man kann natürlich Wünsche äußern, man kann Fühlung mit den Gremien nehmen, die die Kandidaten aufstellen, aber Forderungen als solche können höchstens von den beiden Gremien der Union erhoben werden. Sonst werden wir nie Disziplin in die Organisation der Union hineinbringen.

Dr. *Horlacher*: Das interessiert mich alles nicht.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das interessiert die Union.

Dr. *Horlacher*: Mich interessiert nur der Rechtsstandpunkt, ob die Bezirksverbände für sich das Recht in Anspruch nehmen können, unter Umständen über die einstimmig in den Stimmkreisen aufgestellten Kandidaten hinwegzugehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich noch sagen: Was ergibt das Schulbeispiel *Schlögl*? *Schlögl* hat sich in Niederbayern drei Stimmbezirke reservieren lassen, er wurde gleichzeitig in zwei Kreisen in Schwaben aufgestellt. Wo kommen wir da hin? *Schlögl* gibt dann die Erklärung ab: Ich verzichte zugunsten des und des auf meinen Stimmbezirk. Wenn ein einzelner dadurch, daß er sich irgendwo in einem Stimmkreis eintragen läßt, nachher das Recht hat, seinerseits Kandidaten zu benennen und aufstellen zu lassen - dahin führt die letzte Konsequenz meine lieben Freunde -, dann kommt nie eine demokratische Partei zum Ausbau, sondern dann diktiert irgendein einzelner oder eine Gruppe innerhalb der Partei; das ist nicht möglich.
Dr. *Schlögl*: Meine sehr verehrten Herren! Zur Aufklärung dieser Angelegenheit: Es ist bekannt geworden, und daher bin ich an verschiedenen Stellen aufgestellt worden, daß es innerhalb der Fraktion wegen des Stimmkreises Landshut Schwierigkeiten gegeben hat. *Müller* weiß - ich will es nicht erörtern, das ist Fraktionssache -, ich bin dadurch in verschiedenen Stimmkreisen aufgestellt worden. Ich habe immer erklärt, daß mich mehr Leute aufgestellt haben, und ich habe mir das Recht vorbehalten, dort zurückzutreten, wo es politisch am wenigsten schlimm ist. Das ist der ganze Grund. Wenn die Vilsbiburger mich aufgrund eines falschen Telefonats aufstellen, ohne mit mir Fühlung zu nehmen, so kann ich nichts dafür. Ausschlaggebend war bloß Landshut-Stadt und Landshut-Land. Ich möchte feststellen, daß hier sogar der Präsident des Bauernverbandes eingegriffen hat und mir den Rat gegeben hat, mich unter keinen Umständen dort aufstellen zu lassen, weil Dinge in einer Kreisversammlung passiert sind, die unqualifizierbar sind. Er ist selbst Zeuge gewesen, wie der Vorgang gewesen ist. Deswegen, weil der Präsident gekommen ist, habe ich sofort bei Schwaben zugesagt. Übrigens seien Sie froh, wenn noch drei Stimmkreise frei sind. Wogegen ich mich wende, ist die Art der Aufstellung. Das hat auch Kollege *Horlacher* dargestellt. Was den Bamberger Fall anbelangt, so kann ich sagen, ich bin durch die Mitteilung *Haußleiters* befriedigt. Einer, den der Kreisverband aufgestellt hat, kann wieder verzichten. Aber wenn der Kreisverband einen aufgestellt hat, dann ist es nach meinem Dafürhalten nicht möglich, daß der Bezirksverband von sich aus einfach dann die Sache macht. Das geht nicht, weil wir sonst die Grundlage der Demokratie verletzen, und um die handelt es sich! Es ist kein Affront gegenüber einer Person gemeint. Es sind Dinge vorgekommen, daß jemand einstimmig aufgestellt und am Schluß abgelehnt worden ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wo ist das vorgekommen? Ich bitte, die Dinge zu konkretisieren.
Dr. *Schlögl*: Es sind sehr viel konkrete Fälle. Von Niederbayern waren sieben Herren drin, diese haben die Kandidaten aufgestellt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, bei der Wahrheit zu bleiben. Vorgestern war die Bezirksversammlung in Niederbayern, wo alle Bezirke vertreten waren; gestern wurde nur die Kombination vorgenommen.
Dr. *Schlögl*: Keine schriftliche Abstimmung hat stattgefunden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Hat stattgefunden!
Dr. *Schlögl*: Nein! Ich konstatiere das. Es sollen einmal die Niederbayern auftreten. Es hat keine schriftliche Abstimmung stattgefunden. Es geht nicht, daß sieben Herren oder irgendein Ausschuß die Kandidaten bestimmt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist unwahr.

Dr. *Schlögl*: Es ist nicht abgestimmt worden. Ich wende mich dagegen. Meine Person spielt keine Rolle. Lassen Sie doch einmal den Bauernverband draußen! Ob wir kandidieren, ist Sache derjenigen, die uns aufstellen. Eines müssen wir klarlegen - das ist die Anfrage *Horlacher*: Es darf der Grundsatz der Demokratie nicht verletzt werden, wenn in einer Bezirksversammlung ausgeglichen wird. Tirschenreuth sehe ich ein. Aber Vilsbiburg ist ein unmöglicher Fall. Da ist einfach Herr *Weiß* genannt worden. Das geht nicht, weil der Bezirksverband einen ganz anderen aufstellt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich erteile nachher Niederbayern-Oberpfalz das Wort. Es handelt sich darum, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, daß wir Flüchtlingsvertreter aufstellen müssen. In Niederbayern allein sind bis zu 27% höchstwahrscheinlich Flüchtlingswähler. Wenn wir keinen Flüchtlingskandidaten aufstellen, wo gehen die Flüchtlingswähler hin? Selbstverständlich zur SPD, wenn nicht zu anderen Parteien, wenn sie nicht irgendeinen Mann dort haben, der bei ihnen bekannt ist. Es wäre der größte nonsense, den die Union machen würde, wenn sie dem nicht Rechnung tragen würde. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß da die Möglichkeit der Debatte bestehen muß. Vilsbiburg, das *Schlögl* mitbelegt hat - er hatte belegt: Landshut-Stadt, Landshut-Land und Vilsbiburg -,

(Zuruf: Und Schwaben! - Zuruf Dr. *Schlögl*: Du bist selber schuld!)

jeweils Kreise, in denen ein einzelner Kandidat durchkommen kann. Nun wurde in der Bezirksversammlung in Vilsbiburg *Schütz* aufgestellt, der nicht so von ungefähr da ist. Wer irgendwie in letzter Zeit in der Union mitgearbeitet hat, weiß, daß *Schütz* im Flüchtlingswesen einer der namhaftesten Mitarbeiter ist. Er war früher in der Christlichen Union im Sudetenland, hat dort einen Namen. Das kommt dann auch den anderen Kandidaten dort zugute, wenn die Flüchtlinge die Union wählen. Wenn sie das nicht tun, rutschen wir von vornherein ab und auch manche von denen, die glauben, sie sitzen gut, weil jetzt ja an die 500.000 Flüchtlinge mitwählen. Infolgedessen muß die Möglichkeit bestehen, daß die Bezirksvertrauensmännerversammlung darüber entscheidet. Selbstverständlich wird der Kreis draußen noch dazu Stellung nehmen: Es müssen ja die zehn Unterschriften von den Kreisen hereinkommen. Daß einer nicht gleich drei Kreise in einem Wahlkreis und zwei in einem anderen Wahlkreis behalten kann, ist eine Selbstverständlichkeit. Ich möchte wissen, wo die Demokratie dann liegt.
Ich bitte Niederbayern!
Holzner: Wenn ich vielleicht die Dinge chronologisch aufzählen darf: Wenn wir am Montag die Dinge schon so klar gesehen hätten, wie gestern in Regensburg, dann wäre wahrlich die Kreisversammlung in Landshut verhältnismäßig sehr ruhig verlaufen. Jedenfalls ist *Schlögl* am Montag in Landshut aufgestellt worden als Kandidat für Landshut-Stadt und Landshut-Land. Ich nehme nun an, *Schlögl* hätte damals schon was wissen müssen von Schwaben.

(Zuruf des Vorsitzenden: Zehn Tage vorher!)

Am Dienstag war dann die Bezirksversammlung von Niederbayern in Plattling, da hat sich Dr. *Schlögl* auch noch nicht geäußert, ob er Landshut-Stadt, Landshut-Land, Vilsbiburg oder Schwaben nimmt. Nun war gestern dann die gemeinsame Versammlung von Niederbayern und Oberpfalz in Regensburg und kurz vor Schluß, so um 17 Uhr, kommt endlich Dr. *Schlögl* hin und sagt, daß er auf Landshut-Stadt und Landshut-Land verzichtet, auf Landshut-Stadt zugunsten von *Trapeter* (?), auf Landshut-Land zugunsten von *Leierseder*. Nun stellen Sie sich die Situation vor. Wir sind in Re-

gensburg bei der endgültigen Aufstellung der Kandidaten und fünf Minuten vor zwölf wird erklärt, *Schlögl* verzichtet.

(Zuruf des Vorsitzenden [*Josef Müller*]: Eine halbe Stunde vor der Abstimmung!)

Nun stehen wir in Niederbayern, speziell in Landshut-Stadt und -Land, vor dem Dilemma - ich habe bei der Kandidatenaufstellung prinzipiell erklärt: Ich persönlich komme als Kandidat nicht in Frage, als Bürgermeister. Nun aber sollen wir endgültig Kandidaten aufstellen. Nachdem Niederbayern-Oberpfalz noch einmal zusammenkommen muß, mich zur Kandidatur zu stellen, allerdings bis nun noch einmal in Landshut-Stadt und -Land eine Kreisversammlung stattfindet. Genauso werden wir versuchen müssen, in Vilsbiburg noch einmal eine Kreisversammlung anzuberaumen. Alle diese Dinge hätten wir uns voraussichtlich schenken können, wenn die Niederbayern, Landshut-Stadt und -Land und Vilsbiburg von vornherein gewußt hätten, *Schlögl* nimmt praktisch weder den einen noch einen der anderen Stimmkreise an. Ich habe die Überzeugung, ich hätte vor zwei oder drei Wochen schon gewußt, wo ich letzten Endes mein politisches Ei hinlegen will, nach Schwaben oder nach Niederbayern. Die Dinge in Regensburg sind nicht etwa freiwillig gemacht worden. Sie sind aus dem Zwang heraus, nicht noch einmal in Regensburg zu einer gemeinsamen Sitzung von Niederbayern und Oberpfalz zusammenkommen zu müssen, erfolgt. Deshalb wurde der Vorschlag gemacht, ich kandidiere vorerst für Landshut-Stadt. Genauso haben wir dann auch einen Vorschlag gemacht für Vilsbiburg aus der Not der Zeit heraus. Wenn nun für Vilsbiburg der Name *Schütz* gefallen ist, dann ist daran wiederum nicht Schuld der Kreisverband Vilsbiburg, wie es auch nicht die Schuld des Kreisverbandes Landshut war, sondern dann ist schuld daran, weil Sie uns nicht rechtzeitig informiert haben, was Dr. *Schlögl* überhaupt will. So liegen die Dinge in Niederbayern.

(Zuruf Dr. *Schlögl*.)

Dr. *Schedl*: Der Abstimmung Oberpfalz-Niederbayern geht folgendes voraus: Oberpfalz-Niederbayern ist ein Wahlkreis, aber zwei Bezirksverbände in der Union. Deshalb wurde zwischen den beiden Bezirksverbänden vereinbart, daß sich jeder für sich in seinem Bereich über die Kandidaten einig wird und daß am Schluß in einer gemeinsamen Sitzung den Vorschlägen gemeinsam zugestimmt wird. Das war mit Parteifreund *Kübler* vereinbart. Das ist gestern außerdem noch ausdrücklich gesagt worden. Als die Kandidatenaufstellung der Oberpfalz geändert war, wurde um Bekanntgabe der Kandidaten Niederbayerns gebeten. Dann wurde in schriftlicher geheimer Abstimmung über die Kandidaten, die so festlagen, abgestimmt und die Vorschläge einstimmig angenommen. Darüber hinaus war gestern eine längere Debatte über die Frage: Wer entscheidet in der Frage der Aufstellung der Kandidaten? Ich beziehe mich hier auf die Ausführungen des Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. *Hundhammer*, der am Schluß ausdrücklich erklärt hat: Es ist das Recht des Bezirksverbandes, Kandidaten aufzustellen. Sie haben weiter erklärt, Herr Dr. *Hundhammer*, bzw. vorher, es ist wünschens- und empfehlenswert, daß den Wünschen der Kreisverbände möglichst in jeder Weise entsprochen wird. Die Entscheidung aber trifft der Bezirksverband. - Das war gegen Schluß der Debatte.

Dr. *Hundhammer*: Nach dem Wortlaut des Gesetzes, das habe ich dort ausgeführt, sind die Kandidaten draußen im Landkreis aufzustellen und auch dort zu benennen. Die Fertigstellung der Liste hat in Übereinstimmung mit dem Gesetz und andererseits der Parteisatzung durch den Bezirksverband zu erfolgen. Ich bin der Auffassung,

daß es eine Selbstverständlichkeit ist, daß die Fertigstellung der Beschlüsse mit dem Kreisverband draußen übereinstimmt. Nach der Satzung der Partei und dem Wahlgesetz sind, da es zwei Stellen sind, an denen die Kandidatenaufstellung durchgeführt wird, Landkreis draußen und Bezirksverband, die zweierlei Protokolle bei der Regierung vorzulegen, nämlich das Protokoll des Landkreises draußen mit zehn Unterschriften und das Protokoll des Bezirksverbandes mit 25 Unterschriften. So haben wir es in Oberbayern gehandhabt und so entspricht es.

Sauer: Wie soll denn eine geregelte Aufstellung der Kandidaten erfolgen, wenn der Bezirk überhaupt keinen Einfluß auf die Aufstellung durchführen kann? Wo ist der Kreis, der draußen einen Flüchtling nominiert? Sagen sie mir einen! "Ja, ich nehme keinen Flüchtling!" Dann kann die Union soweit kommen, daß nicht ein einziger Flüchtling in ganz Bayern aufgestellt wird. Die Folgen tragen Sie selbst! - Es ist auch schon vorgekommen, daß Kandidaten benannt werden, von denen sich nachher herausgestellt hat, daß sie nicht Mitglieder der Union sind. Daß ein Mann aufgestellt wird, der vor sechs Wochen in einen Stimmkreis hineingekommen ist und als Fahrbereitschaftsleiter dem und jenem Benzin gegeben hat - und nachher stellt sich heraus, daß der Mann sechs Kinder im Stich gelassen hat und seine Frau, kurz, daß es ein Hochstapler ist. - Meine Herren! Entweder sind wir Bezirksvorsitzende und haben das Vertrauen und die Verantwortung, oder wir lehnen ab. Machen Sie, was sie wollen.

Ammann: Es wurde vorhin das schöne Wort Demokratie ausgesprochen. Ich verstehe nun von Demokratie nicht viel. Ich will erst etwas lernen. Dazu möchte ich die älteren Freunde bitten, uns Jungen zu helfen. Ich bin der Ansicht, wenn eine Bezirkskonferenz das Vertrauen bekommen hat, von den Mitgliedern gewählt worden ist, daß sie ein gewisses Vertrauen und eine gewisse Stellung hat, die unbedingt notwendig ist und hier eingreifen kann. Dann möchte ich weiterhin sagen, daß wir dafür kein Verständnis haben, wie mir das in Unterfranken von einem Landrat gesagt wurde: "Ich habe den ausdrücklichen Befehl von Herrn Präsidenten *Horlacher*, in unserem Kreis auf Biegen und Brechen einen Bauern aufzustellen." Das ist der Demokratie ein Faustschlag ins Gesicht.

Fischer: In der Bezirksverbandsversammlung für Schwaben in Augsburg am 19. Oktober hat Dr. *Schlögl* erklärt, daß er auf seine bisherigen Stimmkreise Landshut-Stadt und Landshut-Land verzichtet habe

(Zuruf: Wann war das?)

- am Samstag vor acht Tagen -, und zwar zugunsten des Herrn *Schwingenstein*. Wir sind sehr erstaunt, daß er zugunsten anderer Leute verzichtet.

Dr. *Horlacher*: Ich möchte nur erklären, es ist eine Lüge, ...

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich weise den Ausdruck Lüge gegenüber einem Parteifreund zurück.

Dr. *Horlacher*: Das ist eine Lüge...

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Wort ist bei mir ... Ich weise den Ausdruck Lüge auf das schärfste zurück.

Dr. *Horlacher*: Es ist eine Unwahrheit, daß ich in einer Wahlsache erklärt habe ...

(Unruhe.)

Dr. *Gamperl*: Parteifreund *Horlacher* fragt, wer eigentlich die Kandidaten aufstellt.

(Zuruf *Horlacher*: Das will ich wissen!)

Es ist nach den Buchstaben des Gesetzes und der Statuten so eindeutig, daß darüber kein Zweifel sein kann. Die Statuten wie das Wahlgesetz gebrauchen den Ausdruck

Nominierung für die Kreisverbände; also die Kreisverbände benennen die Kandidaten, die sie wünschen. Die Aufstellung erfolgt ebenfalls haarscharf und haarklein im Wahlgesetz und in den Statuten durch den Bezirksverband. Das ist der rechtliche Fall. Nun ist es selbstverständlich, daß der Bezirksverband nicht den Kreisverbänden die Leute aufdrängt und aufdrängen wird, sondern wo es irgendwie möglich ist deren Wünsche berücksichtigt. Klar und eindeutig aber ist, daß der Bezirksverband die Kandidaten aufstellt und die Kreisverbände sie vorher nominieren. Deshalb steht die letzte Entscheidung ohne allen Zweifel den Bezirksverbänden zu, und ich bitte, daß unser lieber Parteifreund *Horlacher* davon Kenntnis nimmt. Es ist das vollkommen eindeutig der Ausdruck sowohl der Statuten wie des Gesetzes.

Imler: Es ist eine ärgerliche Sache. Ich habe in diesem Lokal wiederholt die unwürdige Art feststellen müssen, mit der diskutiert wird. Es ist ein Ärgernis, Freund *Horlacher*. Ich muß sagen, auch die Form, wie Du die Geschichte hier aufgezogen hast, ist grundverkehrt. Wenn davon gesprochen wird, die Grundsätze der Demokratie dürfen nicht verletzt werden: Sind die Grundsätze der Demokratie dann nicht verletzt, wenn draußen auf dem Lande jeder mit einer bestimmten Marschroute kommt? Der Bezirk soll nachher die Brücke bauen, daß möglichst Vertreter aller Berufe, Konfessionen usw. aufgestellt werden, und kein Mensch nimmt uns die Leute draußen auf dem Lande. Wenn dann etwas vom Bezirksverband gemacht wird, ist es nicht demokratisch! Das ist ein Spiel mit Worten, um etwas zu erreichen. Darf ich eines sagen, Freund *Horlacher*: Wenn draußen auf dem Lande jemand einstimmig aufgestellt wird, wird man ihn nach Möglichkeit im Bezirksverband nehmen. Aber es ist nicht möglich, daß der Bezirksverband nachher nicht die Möglichkeit und den Weg hat, einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Ständen zu schaffen. Ich weiß es von Augsburg, wie es gemacht worden ist. Wir haben größtmögliche Rücksicht genommen auf die Kandidatenaufstellung vom Lande draußen. Es ist vom Lande dann außerdem die Forderung gestellt worden: Jugendkandidaten. Es ist festgestellt worden, wir brauchen Flüchtlingskandidaten: Kein Mensch wollte ihn haben. Man ist sich klar darüber, wir müssen Frauen aufstellen: Kein Stimmkreis draußen war dazu imstande. Die Stadt Augsburg mußte sich hergeben. Wir haben den Tatbestand gehabt: Die Arbeiterkandidatur war nicht zu besetzen. Daß ohne weiteres der eine oder andere noch einmal durchgedrückt werden soll, das ist unfair, gelinde gesagt. Ich verwahre mich dagegen, ein derartig unwürdiges Spiel zu sehen. Ich weiß nicht, was ich dazu sagen soll. Wenn der Bezirksverband gar kein Recht haben soll - denn das würde darauf hinauslaufen, wenn nur die Stimmkreise das Recht haben, wenn die Mehrheit einen aufgestellt hat, ihn zu nominieren -, dann schickt den Bezirksverband nach Hause! Sicherlich dürfte feststehen, daß der Bezirksverband nach Möglichkeit auf die Kandidatur draußen Rücksicht nimmt, aber die Notwendigkeit besteht, gerade nach den Grundsätzen der Demokratie, daß der Bezirksverband ausgleicht.

Ammann: Ich möchte nur kurz hinzufügen, weil der Herr Präsident *Horlacher* sich angegriffen fühlte: Ich habe gesagt, daß in Unterfranken ein Landrat - es ist der Herr Landrat *Pfeuffer* - in Anwesenheit von folgenden Personen - ich bitte das zu Protokoll zu nehmen -, des ersten Vorsitzenden von Kitzingen, *Schlögl*, des Geschäftsführers des Kreises, Herrn *Brückl*, und des Flüchtlingsvertreters, *Reznizek*, gesagt hat: "Ich habe den ausdrücklichen Befehl von Herrn Präsidenten *Horlacher*, in meinem Landkreis einen Bauern aufzustellen." Ich darf dazu ergänzend weiterhin sagen, daß während der Debatte auch das Problem Jugendvertretung, Jugendkandidatur aufgeworfen und dabei zum Ausdruck gebracht wurde, daß es gar nicht notwendig ist, daß die Jugend

im Parlament sitze. Ich möchte das besonders betont wissen. Worauf ich dann dem Herrn *Pfeuffer*, der auch in der Verfassunggebenden Landesversammlung gesessen und an der Bayerischen Verfassung mitgeschafft hat, die immerhin doch die Grundlage sein soll, die Vertrauensfrage gestellt habe, warum denn dann das Alter auf 25 Jahre herabgesetzt wurde: Nun ja, Verfassung und Mindestalter! - Ich bitte, daß das in dieser Form zur Kenntnis genommen wird. Wenn die Bayerische Verfassung so geschaffen worden ist, dann bin ich hier als junger Vertreter am falschen Platze.

(Beifall.)

Ott: Uns Jungen will man die Demokratie lernen. Die Sitzung ist heute auf 9 Uhr anberaumt worden. Um 10.15 Uhr hat der Landesvorsitzende die Geschäftsordnung bekanntgegeben. Dann platzt man in eine Versammlung hinein und bringt plötzlich Dinge und schmeißt die Versammlung über den Haufen. Dagegen wehren wir uns. Ich bitte Herrn Dr. *Schlögl*, den Stimmkreis zu nennen, in dem ein einstimmig aufgestellter Kandidat von der Bezirksversammlung nicht aufgestellt worden ist. Wir wollen nicht im Trüben fischen. Klare Haltung her!

Ostwald: Ich bin Vorsitzender des Bezirkes Rehau. Wir ackern dort oben auf sehr steinigem Boden. Ich will eines sagen: Wir sind es leid, derartige Geschäftsordnungsdebatten in München zu führen. Wir müssen uns am Abend in den Zug setzen, hierherfahren, kommen müde an, um dann langatmige Geschäftsordnungsdebatten anzuhören. Wir haben in Oberfranken in einer Bezirksversammlung in Anwesenheit Dr. *Müllers* einmütig eine Liste der Kandidaten aufgestellt, die allen Ständen entnommen waren. Ich darf dabei sagen, daß wir vier Landwirte haben, obwohl aus anderen Ständen berechtigtere Ansprüche hätten gestellt werden können. Es sind die Stände zurückgetreten, ganz freiwillig, ohne ein Wort zu sagen, um denen mehr Platz zu machen, denen wir Vertrauen schenken. Ich kann mir vorstellen, daß ich als Industrieller die Interessen der Arbeiter besser vertreten kann als ein Arbeiter selbst und daß ein Arbeiter die landwirtschaftlichen Interessen viel besser vertreten kann als ein Landwirt selbst. Es kommt darauf an, praktische Arbeit zu leisten, daß diese Dinge vorwärtsgetrieben werden, wenn wir in die Wahl hineinsteigen müssen. Auf unseren Schultern liegt die Last, um die Kandidaten durchzupauken.

Zum Fall des Prälaten *Meixner* darf ich sagen: Es ist nicht an dem, daß er von der Liste der Kandidaten gestrichen ist: Es ist genauso, wie Freund *Haußleiter* es gesagt hat. Bamberg hat sich einverstanden erklärt, nachdem Dr. *Müller* sich bereit erklärte, den Fall der Theologen beider Konfessionen bei den oberen Kirchenbehörden zu klären, daß die Kandidatur *Meixner* zunächst zurückgestellt bleibt. Aber die Kandidatur ist offen. Es ist ein Ersatzmann dafür benannt worden, der im selben Augenblick zurücktritt, wo es gefordert wird, daß *Meixner* daraufkommt. Wir stehen in Oberfranken auf dem Standpunkt, daß wir einer Idee zu dienen haben und nicht einer Person oder einem Stand.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich dazu vielleicht noch folgendes ausführen.

Ott: Meine Damen und Herren! So geht das nicht! Herr *Schlögl* ist hinaus. Wir haben einen denkbar schlechten Eindruck.

Dr. *Hundhammer*: Ich weiß nicht, welchen Fall Dr. *Schlögl* im Auge hat. Ich möchte hier aber einen Fall zur Sprache bringen, der mich persönlich interessiert - nachdem das Thema angeschnitten ist. Mich hat der Herr Landrat *Stang*, der frühere Landtagspräsident, angesprochen und hat mir erklärt, er sei in seinem Stimmbezirk von den

Mitgliedern der Partei dort als Kandidat gewählt worden. - Vielleicht kann *Imler* den Fall klären. - Nun solle dort ein Flüchtlingskandidat aufgestellt werden.
Ott: Ich glaube, daß Herr Dr. *Schlögl* noch einen anderen Fall im Auge hat. Es geht nicht an, daß man Dinge in die Debatte wirft und dann hinausgeht. Ich möchte haben, daß wir soviel Anstand haben, daß man solange hierbleibt, bis die Sachen erledigt sind.
Dr. *Hundhammer*: Ich habe bei mir in Oberbayern zwei Kandidaten, die 27 Jahre alt sind.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Manche Leute behaupten, es sei ein Steckenpferd von mir geworden, daß der Altersdurchschnitt der Fraktion unter allen Umständen gesenkt werden muß. Wir hatten einen Altersdurchschnitt von 55 Jahren. Ich glaube, man kann es mir nicht übelnehmen, daß ich versuche, das Bild der Union auch in der Fraktion so darzustellen, daß jeder sieht, daß es keine Sprüche sind, wenn wir von der jungen Union reden. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß es gelingen wird, den Altersdurchschnitt zu senken. Ich habe meine Aufgabe darin gesehen. Ich freue mich geradeso, wenn es in Oberbayern geschieht, wie wenn es anderswo geschieht. Wir alle werden den Nutzen davon haben, wenn die Union verjüngt wird.
Ich bitte jetzt *Schlögl*, die Frage *Ott* zu beantworten.
Ott: Sie haben davon gesprochen, daß in einem Stimmkreis ein Kandidat einstimmig aufgestellt worden sei, der dann vom Bezirksverband abgelehnt wurde. Es würde uns interessieren, welcher Stimmkreis das ist.
Dr. *Schlögl*: Es ist mir mitgeteilt worden, daß es der Stimmkreis Neunburg vorm Wald war. Die Rechtsfrage ist bloß die - ich habe mit Kollegen *Haußleiter* gesprochen -, kann ein Kandidat inhaftiert werden, wenn er demokratisch im Kreisverband aufgestellt ist, oder nicht. Das ist die Rechtsfrage und das macht den Unwillen draußen. Denn der Bezirksverband ist doch die höhere Instanz. Er kann verzichten, das kann jeder. Aber ob er inhaftiert werden kann, das ist das schwierige. *Haußleiter* sagte mir folgendes: Ich bin im Verfassungsausschuß drin gewesen, glauben Sie, ich habe an dem Gesetz mitgearbeitet? Ich habe den Text genau da, wie er beschlossen worden ist. Meine Herren, es steckt wohl drin vom Bezirk; aber Bezirks- ist gleich Kreisverband. Ich will Ihnen sagen, es ist so. Ich fahre jetzt zu unserem Parteifreund *Ritter von Lex* und lasse es mir interpretieren. Es ist eine Rechtsfrage, die uns alle miteinander kolossal interessiert.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Frage ist interpretiert. Alle Bezirke haben so beschlossen. - Neunburg vorm Wald geht die Oberpfalz an. Ich möchte die Debatte bald beendigen, weil sie sinnlos ist. Die Frage Neunburg ist angeschnitten worden. Auch dort ist ein ähnlicher Fall, weil *Walter Held* drei Kreise für sich belegt hat. Das ist eine Frage der Ellbogen, während andere Hemmungen haben, hinzugehen und zu sagen: Bitte, hier bin ich als Kandidat. Drei Kreise, die mindestens zwei, wenn nicht drei Abgeordnete ergeben! Infolgedessen ist es ein Unsinn, so etwas durchzuhalten. Nun war es in der Oberpfalz so - ich glaube, ich gebe es richtig wieder -, daß die Oberpfalz Frau *Deku* wieder aufgestellt hat: Erstens, weil sie eine Frau aufstellen wollte; zweitens, weil Frau *Deku* in der Oberpfalz seit den Anfängen der Union eine eminent notwendige Arbeit geleistet hat; drittens, weil sie in Sulzbach-Rosenberg, einem Wahlkreis, mit dem allein nicht durchzukommen wäre, einstimmig aufgestellt worden ist.

Infolgedessen ist diese Kombination vorgenommen und *Walter Held* der Kreis, den er nicht gebraucht hat, weggenommen worden. Ist das nicht eine Selbstverständlichkeit?

(Zustimmung.)

Es wird immer soviel von Demokratie geredet. Ich glaube, wir sind bei dieser Kandidatenaufstellung demokratisch vorgegangen bis zum letzten. Auch bei den letzten Kandidatenaufstellungen schon. Wenn wir da nicht so demokratisch vorgegangen wären, dann wäre vielleicht damals die Union schon verjüngt worden, so daß ich mir den Vorwurf gemacht habe, daß ich nicht früher in die Leute hineingedrängt und die Jugend gepredigt habe. So kam es, daß die Leute hineinkamen. Heute tritt der Verjüngungsprozeß ein, Gott sei Dank. Es gibt Leute, die sich dagegen stemmen. Meine lieben Freunde, wenn ich so hätte vorgehen wollen, wie Parteifreund *Schlögl* vorgegangen ist, ich glaube, selbst in Oberbayern wäre ich in zwei oder drei Kreisen aufgestellt worden.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Das bezweifle ich!)

Aber trotzdem glaube ich, daß ich in Franken die zehn Finger hätte hernehmen können. Auch andere Kreise wären dagewesen, die mich aufgestellt hätten. Dann hätte ich nach dem *Schlöglschen* Prinzip jeweils eine halbe Stunde vor der Endabstimmung gesagt: Ich verzichte zugunsten meines Freundes soundso auf die Kandidatur da oder dort. Das wäre dann die Demokratie gewesen, wie ich sie jetzt hier demonstriert habe. Ich glaube, daß wir alle einen anderen Begriff von Demokratie haben. Ich bitte, Kollege *Horlacher*, nimm es mir nicht übel, in Zukunft werde ich am demokratischen Prinzip soweit festhalten,

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Wegen mir brauchst Du an demokratischen Prinzipien nicht mehr festzuhalten; ich habe heute zum letzten Mal an diesen Ausschußsitzungen teilgenommen.)

daß ich auch Wert darauf lege, daß die Debatte in demokratischer Form geführt wird und Anträge in demokratischer Form gestellt werden. Es kommt nicht mehr vor, daß jemand, während ein sachliches Referat gehalten wird, die Versammlung durch ein Wort überlagert und wenn die Vernunft nicht siegen würde, die Versammlung zerreissen würde. Wir müssen vernünftige praktische Arbeit leisten.

Wir müssen dafür sorgen, daß so rasch wie möglich das Programm bekannt wird, nachdem noch im Wahlkampf das Programm der Union herausgestellt wird. Meine lieben Freunde! Ich will Ihnen erst am Schluß sagen: Ich habe die Auffassung, wir werden einen so scharfen Wahlkampf bekommen, wie wir ihn bisher noch nicht führen mußten, nach allem was ich bisher bemerkt habe, und zwar nach allen Seiten. Denn auch die Sozialdemokratie bringt ja *Schumacher* und andere Redner. Es wird uns manches vorgelegt werden. Wir müssen sehen, wo es vorgezogen wird, vielleicht hier in München, zum mindesten in Franken. Wenn wir da nicht dafür sorgen, daß unsere Leute ihren Mann stellen, dann können wir es wieder aufgeben.

Die anderen Debatten, die darum gehen, weil irgendeine Gruppe glaubt, jetzt vorbrechen zu müssen, müssen wir zurückstellen, bis wir uns in den Wahlen durchgesetzt haben. Das ist der simpelste Grundsatz, daß man in dem Moment, in dem man den Wahlkampf führt, alles zusammenfaßt und das Trennende zurückstellt. Die internen Fragen, ob die eine Gruppe mehr oder weniger zu sagen hat, können wir nachher besprechen, wenn wir den Kampf bestanden haben.

Damit darf ich vielleicht die Debatte schließen.

Frau *Wittmann*: Wir Frauen sind erschüttert von dieser Debatte. Wir sind in der Union. Man übersetzt uns Union als Einigung, Einigkeit, Eintracht - und da stehen wir hier und hören die Debatte mit an: Eine Debatte, die wir als würdelos empfinden, die nur geeignet ist, uns zu zersplittern und auseinanderzureißen. Wir Frauen möchten schon bitten, daß der Ton sich ein klein bißchen von dem Ton der letzten zwölf Jahre unterscheidet, daß die bayerische Kultur wiederkehrt, die auch deutsch war, die aber doch immer bayerisch-lieb und freundlich war, wo man am Schluß gesagt hat: Die Hand her! Wir sind einig. Und wo man nicht sagt: Ich gehe und komme niemals wieder. - Ich habe von 1918 bis 1933 im Lande Schwaben, Herr Präsident *Horlacher*, draußen auf dem Lande, viele Versammlungen gehalten. Das Land Schwaben war durch den Bauernbund außerordentlich gesegnet. Die Männer waren Bauernbündler und die Frauen bei der Bayerischen Volkspartei. Wir haben es bedauert, daß durch den Bauernbund die christlichen Interessen auseinandergerissen wurden. Die Union ist doch auch die Union der Stände! Was sind wir denn eigentlich? Gerade in der Christlich-Sozialen Union muß der Bauer Arbeiterangelegenheiten genauso vertreten wie der Arbeiter Bauernangelegenheiten, wenn sie sachlich berechtigt sind. Der Handwerker muß genauso die Angelegenheiten der Intelligenz vertreten, wie umgekehrt die Kreise der Intelligenz die Interessen der Handwerker vertreten müssen, wenn sie sachlich berechtigt sind. Unberechtigte Dinge können wir heute selbstverständlich nicht vertreten. Zusammenhelfen müssen wir, sonst kommen wir heute überhaupt nicht durch. Nun kommen wir da herein. Es hat einer fünf Mandate in der Tasche, andere gar sechs. Bei den Frauen heißt es: Wenn sich ein Wahlkreis hergibt für eine Frau. Wir sind wirklich erschüttert. Man verlangt von uns Mitarbeit. Wir sind 65% der Wählerschaft. Wo bleibt denn da die Demokratie? Wenn wir von 15 Mandaten eines bekommen, wenn sich unter den Umständen eines überhaupt ergibt, machen wir halt am Wahlsonntag unseren Schwanz. Das geht einfach nicht. Ich bitte Sie dringend, ändern Sie diesen Ton und sorgen Sie dafür, daß in der zukünftigen Fraktion und im zukünftigen Landesvorstand solche Dinge nicht mehr passieren. Wir haben doch alle Anstand gelernt und Selbstbeherrschung. Das verlangt man von uns. Das können wir alle von Ihnen verlangen. Die Partei wird ein Sammelsurium jener, die Mandatjäger sind, um das böse Wort auszusprechen. Wir haben in Schwaben am 19. Oktober Herrn Dr. *Schlögl* zwei Wahlkreise gegeben und jetzt kommt das mit den anderen Wahlkreisen! Ja, wir hätten die Wahlkreise auch für jemand anderen brauchen können. Wir haben einen Jugendlichen unterzubringen, der nicht unterkommen kann. Wir haben einen Flüchtling aufgestellt für Dr. *Stang*. Dr. *Stang* ist 72 Jahre alt. Wir haben es getan, weil wir die Verjüngung wollten, nicht um Herrn *Stang* wehzutun. Dr. *Stang* ist Landrat, ist Bürgermeister. Entschuldigen sie, vielleicht verstehen Sie, daß wir das als Bezirksverband getan haben. Wir bitten Sie um eine Einigung, daß die Union wirklich das wird, was ihr Name sagt: Die christliche, soziale, sich gegenseitig verstehende und miteinander auskommende Union.

(Lebhafter Beifall.)

Ostwald: Zur Geschäftsordnung. Ich stelle Antrag auf Schluß der Debatte und Übergang zur Tagesordnung, eventuell Antrag auf Schluß der Rednerliste.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer will für und wer gegen den Antrag auf Schluß der Debatte sprechen?
Neckermann: Eine kurze Anfrage: Es ist gesagt worden, Prälat *Meixner*...

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Spricht jemand gegen den Antrag auf Schluß der Debatte? Nein. Dann lasse ich abstimmen. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Der Antrag ist angenommen. Damit ist die Debatte geschlossen.
Neckermann, es gibt nachher noch Gelegenheit.
Wir fahren weiter in der Behandlung des Punktes 1 der Tagesordnung. Das Wort hat *Lorenz Sedlmayr*.
Sedlmayr: Vielleicht darf ich mich zur Abkürzung jetzt darauf beschränken, nur den neuen Text zum Vortrag zu bringen. Ich nehme an, daß die meisten auch den alten Text vor sich liegen haben.

2. Die Religion muß der tragende Pfeiler jeder Kulturordnung sein.
   Wir fordern die Freiheit der Religionsausübung und den unbedingten Frieden des Staates mit den christlichen Kirchen und den anerkannten Religionsgemeinschaften. Wir verwerfen die Trennung von Kirche und Staat, aber auch jede Art von Staatskirchentum. Wir verlangen die Anerkennung der Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts und den Schutz der Geistlichen aller Konfessionen in der Ausübung ihres Amtes.
3. Alle Erziehung dient der Höherentwicklung und Lebensertüchtigung des Menschen.
   Wir fordern die Erziehung der Jugend zur Ehrfurcht vor Gott und seiner Schöpfung, zumal dem Menschen, zu Charakterstärke und sozialer Gesinnung, zu selbständigem Denken und zu körperlicher Leistungsfähigkeit.
   Wir verlangen eine Lehrerbildung, die diese Ziele sicherstellt.
4. Das Kind hat einen Anspruch auf Erziehung; die Eltern haben ein Erziehungsrecht und eine Erziehungspflicht. Das Erziehungsrecht des Staates ist ein übertragenes Recht. Wir verlangen die unbedingte Achtung des Staates vor dem Willen der Eltern hinsichtlich der Schulerziehung ihrer Kinder. Wir bekennen uns zur Konfessionsschule. In Gemeinschaftsschulen dürfen die religiösen Gefühle Andersgläubiger nicht verletzt werden.
5. Die Wissenschaft ist frei; das Streben nach Wahrheit ihre einzige Richtschnur. Ihr Ziel ist Erkenntnis und Dienst am Leben.
   Wir fordern die universell verwurzelte, hochstehende Fachwissenschaft und deren umfassendes Fruchtbarwerden für das Leben des Volkes.
   Wir erwarten, daß die einzelnen wissenschaftlichen Fachgebiete sich auf ihre gemeinsamen Grundlagen besinnen. Die Gefahr einer allzu großen und frühen Spezialisierung auf Kosten einer umfassenden Allgemeinbildung ist auch im ganzen Erziehungswesen zu bannen.
6. Die Kunst gedeiht nur in der Freiheit. Sie bedarf des lebendigen Anschlusses an die großen Werke der Vergangenheit und muß auch im Erziehungswesen als wichtiger Lebenswert gelten.
   Wir bekennen uns zu einer Kunst der freien Schöpferkraft und der seelischen Tiefe.
   Wir kämpfen gegen Schmutz und Kitsch.
   Wir verlangen die Aufgeschlossenheit von Gesetzgebung und Verwaltung für die freie Entwicklung der schöpferischen Kräfte unseres Volkes.
7. Die Güter der Kultur sind von Natur aus Gemeinbesitz und sollen allen zugängig sein.
   Wir fordern die Erschließung der Kulturgüter für das ganze Volk. Die Teilnahme am kulturellen Leben darf kein Vorrecht einzelner sein.

Wir fordern den freien Zutritt aller entsprechend Begabten zu den höheren Schulen, den Universitäten und Akademien. Wir erstreben eine bleibende Vertiefung der Volksbildung durch großzügigen Ausbau von Volkshochschulen.

VI. Zwischenstaatliche Ordnung.

1. Die Völker sind organische Teile der Menschheit. Sie sind aufgrund ihrer Eigenart zur Erfüllung besonderer Aufgaben im Rahmen des Ganzen berufen.
   Wir treten ein für den Frieden unter den Völkern und die Gleichberechtigung aller Nationen.
   Wir lehnen jede internationale Verflachung nationaler Eigenwerte ab. Wir bekämpfen Nationalismus und Militarismus.
2. Im Rahmen der Völkerfamilie ist Europa eine übernationale Lebensgemeinschaft.
   Wir treten ein für die Schaffung einer europäischen Konföderation zur gemeinsamen Wahrung und Weiterführung christlich-abendländischer Kulturtradition.
   Wir erstreben die wirksame Befriedung Europas als Beitrag zum dauerhaften Frieden der Welt.
3. Kein Land Europas kann für sich allein bestehen.
   Wir treten ein für die Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.
   Wir fordern den Abbau der Zollschranken zwischen den einzelnen Staaten Europas.
4. Wir treten dafür ein, daß wir als Partei mit Parteien ähnlicher Zielsetzung anderer Länder Erfahrungen austauschen, um damit das Vertrauen der Völker zueinander zu fördern.

Gestatten Sie mir, daß ich zum Schluß noch den Wunsch hinzufüge, daß die weitere Beratung in diesem Gremium und ebenso die Beschlußfassung ebenso einmütig und einträchtig erfolgt, wie das in unserem Ausschuß der Fall war.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube und hoffe es. Ich danke unserem Freund *Sedlmayr* für seinen Vortrag. Ich darf vielleicht dazu noch etwas sagen: Das Programm klingt sachlich, ruhig und nüchtern. Wir erkennen es an. Ich würde vorschlagen, daß vielleicht Parteifreund *Rindt* nachher es seinerseits ergänzt, weil er es ja in der Grundlage wenigstens zusammen mit den Freunden von Schwaben mit ausgearbeitet hat. Ich würde vorschlagen, daß wir dann eine kurze Diskussion eintreten lassen. *Rindt*, darf ich bitten?
Dr. *Rindt*: Meine Freunde! Zum Programm ist an und für sich grundsätzlich wenig zu sagen. Ich darf nochmals auf die letzte Landesausschußsitzung zurückkommen. Wir haben damals zwei Entwürfe gehabt, den Entwurf H und den Entwurf R, wie sie bezeichnet wurden. Die Vorzüge des Programmentwurfes unseres Parteifreundes *Haußleiter* waren in der Art von dem anderen Entwurf nicht erfüllt. Es hat sich herausgestellt, daß der grundsätzliche Entwurf von Schwaben eben ein rein grundsätzlicher Programmentwurf sein sollte und infolgedessen so aufgebaut war, während der Entwurf unseres Freundes *Haußleiter* neben den grundsätzlichen Dingen, von denen er ausging, in erster Linie mit zum Arbeitsprogramm der zeitgebundenen Aufgaben Stellung nahm. Es wurde damals in der Landesauschußsitzung beschlossen, daß die Entwurfsgrundlagen Schwabens auch zu den Grundlagen eines Programmes ausgebaut werden sollten durch eine gewisse Ergänzung nach der Seite des Programmes *Haußleiter* hin. Diese Tatsache ist insoweit erfolgt, als grundsätzliche Dinge, die im Entwurf

Haußleiter standen, hier noch ergänzend hereingenommen wurden. Außerdem hat eine Reihe von Parteifreunden sehr wertvolle Anregungen gebracht, teils schriftlich, teils mündlich durch die Teilnahme an der Redaktionskommission, die ziemlich häufig beisammen war und Punkt für Punkt in einer sehr genauen Weise durchgearbeitet hat. Was Sie heute jetzt im Entwurf R, wie er bezeichnet wurde, sehen, ist entstanden auf der Grundlage des Entwurfs Schwabens durch eine sehr ausgedehnte und eindringliche Mitarbeit vor allem auch der oberbayerischen Parteifreunde. Im großen kann gesagt werden, daß der Entwurf *Haußleiter* mehr oder weniger entweder einem Arbeitsprogramm entspricht oder sich darüber hinaus zu einer Art von weiter gehendem Kommentar zum Grundsatzprogramm entwickelt, daß er eines Tages in Form einer Kommentarbroschüre für alle Redner, für unsere Vertrauensleute, für die Öffentlichkeit und für die Presserundschau zur Verfügung steht. Tatsache ist, daß aber trotzdem der Entwurf R selbstverständlich für Pressekonferenzen noch sehr umfangreich ist, weil ja die Grundsätze für die verschiedensten Gebiete des staatlichen und volkhaften Lebens angeschnitten und herausgestellt werden mußten. Insofern wird es notwendig sein, daß hier noch eine gewisse Zusammenfassung gerade für Presseangelegenheiten erfolgt. Herr Dr. *Gerathewohl* wird diese Arbeit übernehmen und dieses Grundsatzprogramm, das zum Teil schon ein bißchen auf propagandistische Wirkung eingestellt ist, in der entsprechenden kurzen oder langen propagandistischen Form herausbringen.

Es würde heute darum gehen, daß wir uns über das Programm selbst zum zweiten Mal grundsätzlich klar werden, in dieser neuen, etwas veränderten Form und daß wir uns infolgedessen über den einen oder anderen Punkt noch kurz aussprechen. Ich glaube sagen zu dürfen - wenn man gegen den einen oder anderen Punkt etwas einwenden würde -, daß kaum irgendein Gedankengang in diesem Programm im Ausschuß nicht erörtert wurde. Die Zusammensetzung des Programmausschusses war bis auf einen gewissen ständigen Stab immer im Fluß. Es kamen immer wieder neue Leute, neue Anregungen und andere Gedankengänge dazu. Es konnte jede Frage nach allen Richtungen hin ventiliert werden. Abgesehen davon, daß ich auch verantwortlich mitzeichne für die ganze Gestaltung dieses Programms, für den ersten Entwurf mit meinen ersten Mitarbeitern aus Augsburg und Schwaben, glaube ich persönlich, daß das Programm, wenn es durchdacht wird, so ziemlich in jedem Punkt etwas besitzt, was uns so schnell keine andere Partei überhaupt nachmachen kann. Ich glaube, daß wir hier wirklich an die Wurzeln der Wahrheit und an die Wurzeln des Seins vorgestoßen sind. Bitte nehmen Sie diese Ausdrücke nicht als Übertreibung! Ich glaube mit gutem Gewissen sagen zu dürfen, daß sowohl die Fachphilosophie wie die staatspolitische Philosophie, überhaupt Staatsrechts- und Kulturphilosophie, wie die praktische Erfahrung, die praktischen Wissenschaften, kurz und gut alle Richtungen irgendwie vertreten waren und mitgearbeitet haben.

Ich persönlich bin stolz darauf, daß der Entwurf, wie er nun heute vorliegt, in dieser Form vorgelegt werden kann. In dem Programm steckt ungeheuer viel Geistesarbeit, die in eine möglichst blanke Form gegossen wurde. Weiterhin steht dieses Programm nicht über dem Volke, sondern es spricht in jedem Punkt den Menschen als solchen an. Und wenn es auch nicht von heute auf morgen verwirklicht werden kann, so wird es sich aber trotzdem durchsetzen, wenn wir als Union zusammenstehen, so wahr wir hier beisammensitzen.

Persönlich möchte ich aber auch ganz offen sagen, daß ich in einem einzigen Punkt - und *Müller*, du wirst erlauben, daß ich gleich, um Zeit zu sparen, darauf eingehe - ein

großes Bedenken habe. Dieses Bedenken betrifft einen Satz auf Seite 4; Punkt 5. Ich hatte keine Gelegenheit, an der Landesausschußsitzung an dem betreffenden Nachmittag teilzunehmen, wo dieser Punkt behandelt wurde, weil ich dringende dienstliche Angelegenheiten in meiner vorgesetzten Behörde, dem Arbeitsministerium, zu erledigen hatte. Ich bitte, den Punkt 5 nochmals verlesen zu dürfen:

> Jede ehrliche Arbeit hat den gleichen sittlichen Wert und verdient angemessenes Entgelt. Männer und Frauen erhalten für die gleiche Arbeit gleichen Lohn.
> Wir fordern die Gestaltung eines Arbeitseinkommens, das wenigstens einen bescheidenen Wohlstand und die Sicherung des Alters ermöglicht. Wir bekämpfen jede Verproletarisierung.

Und nun kommt der Satz, auf den ich Ihre Aufmerksamkeit ganz besonders hinlenken möchte mit der Bitte um eine vollverantwortliche Überprüfung:

> Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reinertrag der gesamten Volkswirtschaft.

Meine Freunde, dieser Satz kam auf Anregung und Antrag unseres lieben Parteifreundes Dr. *Semler* hinein. Der Satz hat auch für mich anfänglich etwas sehr bestechendes gehabt. Ich glaube aber - und vielleicht werden sich die hier anwesenden Volkswirtschaftler und Staatsrechtler dazu im einzelnen äußern -, daß dieser Satz, soweit er überhaupt verwirklicht werden kann, nichts anderes bedeutet, als die kalte Sozialisierung der gesamten Wirtschaft, weil er, um es mit einem Wort zu sagen, von der Sozialisierung des Gewinns der gesamten Wirtschaft ausgeht und infolgedessen entweder, wie Herr Staatssekretär *Ehard* sehr richtig sagt, Planwirtschaft voraussetzt oder die Planwirtschaft als solche notwendigerweise bei der Verwirklichung in der Praxis im Gefolge hat, weil dieser Satz sie geistig schon voraussetzt.
Ich würde bitten, daß ganz besonders über diesen Punkt die Meinungen geäußert werden. Der Satz ist meines Erachtens unmöglich. Ich betone, ich bin kein Wirtschaftler, aber das sagt mein gesunder Instinkt. Ich würde mich in gewissen Dingen sehr leicht und sehr gern bekehren lassen, wenn Sie mir etwas anderes beweisen können. Für mich liegen die Dinge so: Ein Betrieb, der große, über den Durchschnitt hinausgehende Gewinne hat, müßte aufgrund dieser Tatsache diese über den Durchschnitt hinausgehenden Gewinne und vielleicht die anderen Gewinne noch dazu, anderen Betrieben zur Verfügung stellen, daß sie, weil sie sich nicht so rentieren, weiterarbeiten könnten, auf eine ähnliche Rentabilität kämen oder aber, wenn das nicht der Fall ist, dauernd von den sich gut rentierenden Betrieben unterstützt würden.
Andererseits ist ein zweiter Punkt zu beachten: Alle diese Betriebe müßten in erster Linie nicht ihre Arbeitnehmer am Gewinn beteiligen, sondern sämtliche Arbeitnehmer. Das würde bedeuten, daß unser heutiger Wirtschaftszustand der Überbesteuerung und der ausgesprochen wirtschaftstötenden Gewinnabschöpfung zu einem Dauerzustand, vielleicht in einem noch vermehrten Maße, gemacht würde. Das würde meines Erachtens bedeuten - ich drücke es jetzt ganz spitz aus -, daß jede Privatinitiative im Rahmen einer gelenkten Wirtschaft, wie wir sie wollen, getötet würde. Sie wissen doch - und wir dürfen dieses wohl als Beispiel für eine gewisse im Programm fundierte Dauerlösung hernehmen -, daß heute die Leute nichts mehr arbeiten wollen, weil sie sagen: "Ich arbeite nicht für mich und meine Leute, ich arbeite nur dem Staat in die Tasche." In der Zukunft käme noch hinzu, daß man sagt: "Ich arbeite nicht nur

dem Staat, sondern den faulen Menschen in die Tasche, die nichts tun, die nichts verdient haben." Sie kennen ja wie ich die Volksmentalität.
Aber abgesehen von dieser Volksmentalität: Ich stelle grundsätzlich die Frage: Können wir, ausgehend erstens vom Grundsätzlichen einer christlichen Weltanschauungspartei im weitesten Sinne des Wortes, das heißt also vom Naturrecht, von der Geltung des einzelnen Menschen und des einzelnen Betriebes, und zweitens vom Grundsatz einer gesunden Wirtschaft, dazu grundsätzlich ja sagen? Ich persönlich sage nein. Erstens glaube ich, daß die Gefahren hier unendlich groß sind, und zweitens halte ich dieses Prinzip nicht für verwirklichungsmöglich.
Das zu diesem Punkt. Ich werde mir hernach noch gestatten, eine kleine redaktionelle Änderung vorzuschlagen; darf ich es gleich tun, damit ich persönlich zu Ende bin?

(Zuruf Vorsitzender: Ja!)

Auf Seite 8 ganz oben heißt es:

> Wir treten ein für die Schaffung einer europäischen Konföderation zur gemeinsamen Wahrung und Weiterführung christlich-abendländischer Kulturtradition.

Ich möchte zur Debatte stellen und in Erwägung geben, ob wir nicht bei diesem Wort "Kulturtradition" den Ausdruck "Kultur" streichen sollen, so daß der Satz heißt:

> Wir treten ein für die Schaffung einer europäischen Konföderation zur gemeinsamen Wahrung und Weiterführung christlich-abendländischer Tradition.

Ich würde dann weiterhin noch vorschlagen, Punkt 4 auf der gleichen Seite ohne die Zifferbezeichnung zu lassen, vielleicht in ein oder zwei Sätzen noch auszuarbeiten, so daß wir ein kleines Gegengewicht zur Präambel haben, also ein Schlußwort, das sich über den Gedankengang, der hier angeschlagen ist, mit zwei oder drei Sätzen verbreiten könnte. Damit habe ich gesagt, was ich sagen wollte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, ich danke Parteifreund *Rindt* für seinen Vortrag. Bevor wir in die Debatte eintreten, möchte ich Ihnen selbst meine Gedanken zur Lektüre des Programms sagen: Das Programm ist, wie ich vorhin schon gesagt habe, eine ruhige, sachliche Arbeit. Es kommt darauf an, in der Auswirkung vielleicht noch etwas mehr Leben hineinzubringen. Ich habe das Programm der Christlich-Demokratischen Partei in Italien vor mir. Es ist sehr interessant, zwei, ich möchte sagen, Völker, Programme entwickeln zu sehen. Denn in diesem Falle sind wir ein Teil eines Volkes. Ich werde das Programm übersetzen lassen und dann den Freunden noch zugänglich machen. Wir wollen ja jetzt nur einen Status schaffen, damit wir einmal anfangen können. Aber wir wollen nicht dabei stehenbleiben, sondern wir wollen weiterentwickeln. Interessant ist, wenn Sie dieses Programm sehen, wie es anspringt, wie es beispielsweise bei der Einleitung, beim einleitenden Vortrag auf deutsche Verhältnisse Bezug nimmt. Professor *Gonella*, der die Einleitung geschrieben und das Programm entwickelt hat, nimmt auf die Weimarer Verfassung Bezug. Er sagt in diesem Zusammenhang: Eine Verfassung, die nur Leben (?) hat, genügt nicht, wenn sie ein professorales Meisterwerk ist, wie es die Weimarer Verfassung war.
Es ist etwas daran. Wir Deutsche sind allzuleicht geneigt, Grundsätze aufzustellen und sie bis zum Letzten durchzudenken. Anderen liegt es mehr, die Menschen anzufassen und sie auf diese Weise zu gewinnen und mitzureißen. Wir, die wir immer von einer dynamischen Union sprechen, müssen auch in dieser Hinsicht eine Kombination versuchen. Interessant ist vor allem ein Blick in den Index dieses Programmes. Das

Programm ist nicht auf Forderungen, auf Verlangen an die Menschen, an den Staat abgestellt, sondern auf die Freiheit. So ist es auch mit dem Symbol, das es sich gesetzt hat. Wir haben lange überlegt, ob wir es so machen, oder ob wir die Schwurhand oder Ringe oder irgendeine andere Kombination machen. Wir haben uns bemüht, ein Zeichen zu schaffen, das den Menschen etwas sagt. Was hat die Christlich-Demokratische Partei in Italien gemacht? Sie hat ein Schild, das alte Ordensschild, genommen, geteilt mit dem Kreuz in die vier Felder, so daß in ihm also das Kreuz enthalten ist, aber als Selbstverständlichkeit, und ins Querfeld gesetzt "Libertas", "Freiheit".
Auch der Index geht ungefähr genauso vor. Es wird Sie vielleicht interessieren, nun einen Überblick zu haben, gerade weil wir doch nicht nur oberflächliche Arbeit leisten. Ich gebe diesen Index in kurzer freier Übersetzung wieder:

A) 1. Reform des Staates im Geiste der Freiheit. Die geschichtliche Funktion der christlichen Demokratie.
2. Eine Verfassung mit der Herrschaft der Freiheiten

Nicht nur der Freiheit, sondern der Freiheiten!

B) Die Erklärung der Freiheit

Wir würden sagen: Manifest der Freiheit

Die Freiheit in der Gesamtheit und im einzelnen; die Grund- und unantastbaren Freiheiten.

Dabei ist das Schöne, daß es im Italienischen heißt: "De liberta reale e integrale", wobei man "reale" im Italienischen auch mit "königlich" übersetzen kann. Man könnte also auch übersetzen: Die königlichen und unantastbaren Freiheiten.

C) Die religiösen Freiheiten
1. Die Freiheit des Gewissens
2. Die Freiheit zu glauben, zu bekennen und das Bekenntnis zu propagieren
3. Die Freiheit der Kirche

D) Die moralischen Freiheiten
1. Die Freiheiten der Person
2. Die Freiheiten der Familie
3. Die Freiheiten der Schule
4. Die Freiheiten vom Laster

Vom Schlechten, wenn man so sagen will.

E) Die politischen Freiheiten
1. Die Freiheit von der Tyrannis
2. Die Freiheiten der Meinung zur Macht

Das ist etwas schlecht übersetzt. Man könnte auch sagen: "Freiheiten zum Streben nach Geltung." Das ist vielleicht besser gesagt als "zur Macht". Macht klingt bei uns etwas hart.

3. Die Freiheiten des Privilegs
4. Die Freiheiten von der Intoleranz
5. Die Freiheiten von Furcht

Dies ist ausdrücklich als politische Freiheit festgestellt.

F) Die ökonomischen Freiheiten
   1. Die Freiheiten vom Bedürfnis
   2. Die Freiheiten von der sozialen Ungerechtigkeit
   3. Die Freiheiten vom Egoismus
   4. Die Freiheiten vom Elend
   5. [Die] Freiheiten von Disokkupation

Wörtlich übersetzt "Freiheiten der Nichtbesetztheiten", also die Freiheit, nicht von dem Besitz entsetzt zu werden.

   6. Die Freiheiten zu Arbeit
   7. Die Freiheiten zum Besitz, zum Handeln
   8. Die Freiheiten zum Zusammenschluß

G) Garantien für die Freiheiten
   1. Die demokratische Struktur des Staates
   2. Die parlamentarisch-repräsentativen Systeme (Zweikammersystem)
   3. Die Beständigkeit der Regierung

Die Stabilität der Regierung, eine Frage, die bei den Überlegungen in der Frage des Staatspräsidenten auf beiden Seiten eine ernste Rolle gespielt hat.

   4. Die Unabhängigkeit von der Bürokratie
   5. Die Dezentralisation, die Autonomie und der Regionalismus

Sie werden ohne weiteres verstehen, was ich darunter meine.

   6. Die moralischen Garantien

Das wäre ein kurzer Überblick über den Index. Sie sehen daraus, es wirkt ansprechend, was in ihm enthalten ist. Wenn die Grundsätze immer auf ein kurzes, schlagkräftiges Wort abgestellt sind, darf ich nicht die Forderung stellen, sondern muß die Freiheit verlangen für das und das. Es ist zu überlegen, wie weit wir kombinieren können. Ich möchte vorschlagen, daß wir jetzt nicht schnell zu kombinieren versuchen. Lieber versuchen wir gar keine Kombination.
Ich würde es vorziehen, so vorzugehen, daß wir zunächst unser Programm durchdenken und es, wenn sich keine besonderen Bedenken dagegen erheben, so wie es ist, wenn irgend möglich, im allgemeinen als Ganzes annehmen. Wir wollen die Kombination zum italienischen Programm vielleicht so versuchen, daß eine Einleitung zum Programm verfaßt wird, die nicht nur eine kurze Präambel darstellt, sondern die so entwickelt wird, wie es die Italiener auch getan haben, die für die Einleitung einen Vortrag dieses Professors *Gonella* genommen haben. Auf diese Weise kann man das Vorwort vielleicht noch ansprechender gestalten. Dazu brauchen wir aber Zeit. Das will überlegt sein, damit wirklich etwas Tragendes zustandekommt. Professor *Gonella* ist z.B. auch so vorgegangen, daß er die verschiedenen früheren markanten Programme herausgestellt hat, das Marxistische Manifest *Marx-Engels* usw. Er hat diesen Programmen das christliche Programm entgegengestellt. Interessant und bezeichnend für die dortige Denkart ist es, wie er das Programm einleitet. Er spricht das Volk als solches von der Partei aus an, und zwar das Volk, das arbeitet, das Volk, das die Steuern zahlt, und das Volk, das die Gesetze befolgt; eine sehr praktische und nüchterne Art, aber eigentlich auch die konkrete Art, die Grundlage, von der aus man nüchtern ans Volk herangehen soll.

Meine lieben Freunde, damit möchte ich die Debatte eröffnen. Wer wünscht das Wort?

Haußleiter: Meine lieben Freunde, der Redaktionsausschuß hat jetzt sehr eingehend und sehr gründlich gearbeitet. Es ist sehr bedauerlich, daß uns diese italienischen Anregungen nicht schon im Redaktionsausschuß vorgelegen haben. Dann hätte man für uns Brauchbares für unsere Arbeit entnehmen können.

Ich möchte nun grundsätzlich folgendes sagen: Das Programm des Freundes *Rindt* ist eine ausgezeichnete, solide und sehr schöne Arbeit, auf der die Union programmatisch aufbauen kann. Wir haben gleichzeitig etwas Zweites getan. Wir haben meinen Entwurf zu einer Art Kommentar erweitert, und zwar deshalb, damit die grundsätzlichen Feststellungen *Rindts* sichtbar werden in ihrer Anwendung auf die augenblickliche Lage auf allen Gebieten, auf denen uns die Not brennt, damit auch unsere Redner, die das Grundsätzliche nicht immer für den Versammlungssaal auswerten können, eine Einleitung haben, wie sie das Grundsätzliche gleich an erster Stelle in die Tagespolitik hineinstellen können.

Ich habe meinen Entwurf überschrieben: Das Aktionsprogramm der Christlich-Sozialen Union zur Überwindung der inneren und äußeren Not unseres Volkes. Ich halte es nun für notwendig, daß wir uns heute darüber klar werden, daß wir mit diesen beiden Entwürfen in den Wahlkampf ziehen müssen, daß wir sie später überarbeiten können, daß wir aber heute schon einen endgültigen Entschluß fassen müssen. Denn sonst wird es zu spät, sonst können wir nicht mehr drucken, sonst können wir draußen an den Fronten des Wahlkampfes unsere Leute mit diesen Programmen nicht mehr erreichen. Die Punkte, die im *Rindtschen* Programm umstritten sind, hat er selber erwähnt. Das ist der Punkt:

> Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reinertrag der gesamten Volkswirtschaft.

Das ist Zukunftsmusik und gibt der marxistischen und insbesondere der kommunistischen Propaganda die Möglichkeit, uns auf Wege zu führen, bei denen wir dann die Kontrolle verlieren. Hier würde ich vorschlagen, daß unser Freund *Rindt* eine andere vernünftige Formulierung vorschlägt. Ich persönlich bin dafür, daß wir den Satz weglassen.

Ich persönlich halte auch aus außenpolitischen Gründen die Formulierung

> Wir wenden uns gegen jede Abtrennung deutscher Gebiete

für sehr scharf. Ich persönlich weiß nicht, ob wir heute in dieser Form vor die Öffentlichkeit oder überhaupt vor die Öffentlichkeit treten können.

(Zuruf: Doch, Menschenrechte!)

Das ist eine Frage, die diskutiert und klargestellt werden muß. Auf Seite 8 oben möchte ich eine andere Formulierung vorschlagen: Hier wird von der Wahrung und Weiterführung christlich-abendländischer Kulturtradition gesprochen. Ich würde das Gewicht nicht auf das Wort "Tradition" legen, sondern umgekehrt auf das Wort "Kultur". Ich schlage daher folgende Formulierung vor:

> Wir treten ein für die Schaffung einer europäischen Konföderation zur gemeinsamen Wahrung und Weiterführung christlich-abendländischer Kultur.

Damit ist ausgedrückt, daß unsere Kultur, die abendländische Kultur, zugleich zwangsläufig und selbstverständlich die christliche ist. Damit weichen wir dem Vor-

wurf aus, wir seien eine Partei der Tradition. Wir sind nämlich eine lebendige Partei, die nicht nur Traditionen fortführen will, sondern die sich für die abendländische Kultur einsetzt, so daß ich das Wort Tradition hier eigentlich vermieden haben möchte.
Ich persönlich würde auch vorschlagen, daß wir nach diesen kleineren Änderungen, also nach der Weglassung des umstrittenen Satzes und des Wortes Tradition, das *Rindtsche* Programm annehmen und dann meinen Entwurf, der in Anwendung der *Rindtschen* Ideen für die Gegenwart ein Aktionsprogramm ist, wobei in ihm ebenso grundsätzliche Dinge erwähnt sind, aber nur, um den Übergang zur Tagespolitik zu geben.
Mein Programm hat neben der grundsätzlichen Feststellung - das möchte ich auch sagen - auch einen erzieherischen Wert. Es werden ganz bestimmte Dinge unserem Volk erklärt. Der Begriff der Freiheit und der Verteidigung der Freiheit steht groß darin, dann werden Grundbegriffe der Demokratie, die bei uns zum Teil unklar oder verschwommen sind, die unsere Jugend nicht kennt, erläutert und im einzelnen begründet. Es werden demokratische Gedanken begründet. Das mag dem älteren oder dem philosophisch orientierten Demokraten überflüssig erscheinen. Mir erscheint es als notwendig, weil wir unsere Jugend auch ideenmäßig in die Demokratie hineinstellen müssen. Deshalb ist mein Programm Aktionsprogramm und gleichzeitig damit Kommentar zum Grundsatzprogramm des Freundes *Rindt*. Meiner Ansicht nach gehören beide Programme zusammen. Sie geben dann beide ein umfassendes Bild dessen, was die Union will.
Notwendig für den Tageskampf sind dann Kurzfassungen, in denen wir das Grundsatzprogramm gelegentlich in ganz einfachen Punkten plakatmäßig zusammenfassen und in denen wir aus meinem Aktionsprogramm einzelne Punkte auf den Flugblättern herausstellen. Es kann z.B. aus Punkt 26 die Sorge für die Opfer des Faschismus und des nationalsozialistischen Krieges herausgenommen werden. Bei *Rindt* kann man es in Form einer Zusammendrängung machen, bei mir in Form einer Aufgliederung nach aktuellen Punkten.
Diese Arbeit muß in Angriff genommen werden, damit die Arbeit von uns beiden für den Wahlkampf fruchtbar wird und damit unser ganzes Volk draußen klar und deutlich sieht: Das ist, das will die Christlich-Soziale Union.

(Lebhafter Beifall.)

Dr. *Arnold*: Meine Herren! Ich möchte mich der Grundabsicht meiner beiden Vorredner durchaus anschließen und befürworten, daß wir möglichst schnell zu einem Programm kommen und uns hierüber schlüssig werden. Zu Punkt 5, der von Dr. *Rindt* zur Diskussion gestellt wurde, möchte ich als Nürnberger, also als Vertreter der Industriestadt, doch ein Wort mitsprechen. Ich bin nicht der Ansicht, daß wir diesen letzten Satz

> Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reinertrag der gesamten Volkswirtschaft

so ganz in Bausch und Bogen streichen dürfen. Wir müssen derartige soziale Gesichtspunkte in unser Programm unbedingt aufnehmen.
Gestatten Sie mir, daß ich hier ganz kurz auf das Programm der Mouvement Républicain Populaire zurückkomme, die in dieser Hinsicht nach meiner Ansicht einige wesentliche Punkte gebracht hat. Sie veröffentlichte im Le Centre d'Études Culturelles, Économiques et Sociales ihr Programm und bringt dabei zum Ausdruck, daß sie eine

Beteiligung der Arbeitnehmer an den Produktionsmitteln, am Reinertrag des Betriebes und am Betriebskapital fordert. Das ist also eine sachliche Aufgliederung. Es würde damit der Begriff "gesamte Volkswirtschaft" schon in irgendeiner Richtung spezialisiert sein. Ob wir das nun übernehmen wollen, möchte ich dahingestellt sein lassen. Als Vertreter Nürnbergs halte ich es aber für zweckmäßig und unerläßlich, daß wir mindestens eine Beteiligung am Reingewinn verlangen.

(Zuruf: Des Betriebes!)

Ich bitte also dringend um Aufnahme dieses Punktes.
Dann gestatten Sie mir, daß ich noch ganz kurz zum letzten Punkt Stellung nehme. Da möchte ich auch [die] Ausführungen von Herrn *Haußleiter* heranziehen, daß wir das Schwergewicht auf das Wort "Kultur" legen müssen, und nicht auf "Tradition".
Dann noch eine kurze Bemerkung zu Punkt 3, Abschnitt V "Kulturordnung". Hier hätte ich nur eine kleine stilistische Änderung vorgeschlagen. Es heißt hier:

> Wir fordern die Erziehung der Jugend zur Ehrfurcht vor Gott und seiner Schöpfung,

nun kommt die Formulierung "zumal den Menschen". Ich würde vorschlagen, wenn wir schon das Wort "zumal den Menschen" lassen wollen, dann wenigstens weiter so fortzufahren:

> zumal den Menschen von Charakterstärke und sozialer Gesinnung, von selbständigem Denken und körperlicher Leistungsfähigkeit.

Diese Formulierung geht immer noch eher als die andere. Vielleicht ist zu überlegen, ob man nicht die drei Worte "zumal den Menschen" ganz und gar streicht.
Dr. *Jahn*: Als Volkswirtschaftler stimme ich der Auffassung des Herrn *Haußleiter* vollkommen bei, daß man diesen Satz auf Seite 4 "Wir bejahen eine angemessene Beteiligung usw." in irgendeiner Form ändert. Die Beteiligung seitens der Arbeitnehmer am Reingewinn in der Industrie und in der Wirtschaft ist praktisch an sich schon durchgeführt. Ich meine, das braucht man nicht noch besonders zu unterstreichen. Man könnte es vielleicht in einer angemessenen Form ändern.
Dagegen habe ich gegen den nächsten Satz Ziffer 6 Bedenken:

> Die Sozialversicherung soll jedermann im weitesten Umfang gegen die Wechselfälle des Lebens schützen.

Ich bitte, das Wort "jedermann" zu streichen. Denn es muß nicht drin sein und würde uns vielleicht so ausgelegt werden, daß wir die Sozialversicherung für alle predigen.

(Zuruf Dr. *Zwicknagl*: Würde sich Herr *Schickel* freuen!)

Dann würde ich eine weitere Änderung und Ergänzung vorschlagen. Auf Seite 6 sagen wir in Ziffer 1 von V "Kulturordnung": Wir bekennen uns zu Deutschland als dem Land usw.
Würde es nicht vielleicht in Bayern besser ansprechen, wenn wir noch ergänzend sagen: Wir bekennen uns zur bayerischen Heimat und zu Deutschland als dem Land usw.
Es ist das eine Stelle, wo wir Bayern einmal nennen, während hier nur von Deutschland gesprochen wird. Man soll auf die Volkspsyche Rücksicht nehmen.

Auf der nächsten Seite, auf Seite 7, VI Ziffer 1 heißt es im Schlußsatz:

Wir lehnen jede internationale Verflachung nationaler Eigenwerte ab.

Wir betonen also die nationalen Eigenwerte. Im nächsten Satz sagen wir:

Wir bekämpfen Nationalismus und Militarismus.

Ich bin mir vollkommen bewußt, daß Nationalismus hier etwas anderes sein soll. Aber wir sollten vielleicht ein anderes Wort wählen als den Begriff "Nationalismus".

(Zuruf: Chauvinismus!)

Das wären meine Änderungsvorschläge.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde dankbar sein, wenn jeder, der spricht, sich gleichzeitig überlegt, wie er einen Antrag formuliert. Auf diese Weise kommen wir praktisch vorwärts. Sonst verliert sich die Debatte. Denn wir müssen zum Schluß ein Ergebnis aus der Debatte herausarbeiten. Infolgedessen wäre ich dankbar, wenn jeder der Herren - es sind jetzt schon sehr dankenswerte Anregungen gewesen - das, was er gesagt hat, in einem kurzen Antrag zur Abänderung und Ergänzung des Programms zusammenfaßt.

Ostwald: Wir leben nicht erst seit gestern im Umbruch. Aber anscheinend ist das in weiten Kreisen nicht deutlich geworden. Ich hatte vor einigen Tagen Gelegenheit, auf einer Tagung meines Industrieverbandes, dessen Vorsitzender ich bin, festzustellen, daß man sich mit politischen und sozialen Fragen, die heute auf den Fingernägeln brennen, weniger beschäftigt als mit anderen Dingen, die den Betrieb allein betreffen. Es mag entschuldigt werden können, weil die Not heute ja nicht nur dort zu Hause ist, wo das Brot im Schranke fehlt, sondern auch dort, wo früher alles im Überfluß vorhanden war und wo heute nicht nur für die eigene Person gesorgt werden muß, sondern wo man für eine Reihe von Menschen verantwortlich ist. Ich habe immer den Grundsatz vertreten - er ist etwas sehr real ausgesprochen, wenn ich es jetzt sage -, mein wertvollstes Kapital sind meine Arbeiter. Sie stehen an erster Stelle. Die Pflege der Arbeiter muß die vornehmste Aufgabe des Unternehmers sein. Ich hätte zu diesem Programm den Wunsch gehabt, daß man zwar vom Arbeiter gesprochen hätte, aber nicht vom Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer, sondern wir dürfen ruhig wieder sagen: Vom Unternehmer. Anstelle des Arbeitnehmers hätte ich mehr den Ausdruck "Gefolgschaft" gewünscht. Ich spreche meine Mitarbeiter immer so an. Wir dürfen vom Unternehmer reden, denn wir haben wirklich wieder etwas zu unternehmen, wenn wir an verantwortlicher Stelle wirken.

Aber ich bin noch nicht der Auffassung, daß wir, wenn wir diesem Umbruch, den wir heute deutlich sehen - vielleicht sehen ihn manche erst morgen -, Rechnung tragen wollen, einen Satz streichen wie den, daß die Gefolgschaft, daß die Arbeitnehmer an dem Gewinn des Unternehmens beteiligt sein sollen, beteiligt sein müssen.

Ich würde dafür sein, daß wir an die Stelle dessen, was im Absatz 5 gesagt worden ist, den Wortlaut setzen:

Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reingewinn des Unternehmens.

Damit haben wir einmal zum Ausdruck gebracht, daß wir demjenigen, der diesen Reingewinn schafft, auch das Recht darauf zugestehen, daran beteiligt zu sein. Wir haben damit aber auch zum Ausdruck gebracht, daß dem Unternehmer vorab die

Möglichkeit gegeben sein muß, das abzuschreiben, was notwendig ist, um den Betrieb als solchen aufrechtzuerhalten. Man hat sich dann im einzelnen Betrieb darüber klar zu werden, wie die Dinge letztlich in einer gerechten Weise bei der Gewinnverteilung geregelt werden sollen. Würden wir die alte Fassung aufrecht erhalten, würden wir damit das unterstreichen, was Dr. *Rindt* gesagt hat. Ich darf es vielleicht ganz banal sagen: Wir hätten damit den Faulen eine Prämie gegeben.

(Sehr richtig!)

Das ist etwas, was aus der Arbeiterschaft, aus der Gefolgschaft heraus selbst abträglich ist. Wichtiger aber als diese Änderung scheint mir eine Frage zu sein, die noch nicht angeschnitten ist. In IV, Absatz 2 heißt es:

> Wir verlangen ein angemessenes Mitbestimmungsrecht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Lenkung der Wirtschaft, ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Produktionsverhältnisse.

Ich bin absolut dagegen, daß wir hier soweit gehen, daß wir dem Gedanken der Sozialisierung, wie er nach marxistischen Grundsätzen gefordert wird, Rechnung tragen. Wenn wir die beiden Worte "und Produktionsverhältnisse" darinlassen, ist es eigentlich eine Duplizität bzw. wir geben mehr als das, was für den Fall notwendig wäre, um die Wirtschaftskrisen festzumachen. Die Krisenfestigkeit der Wirtschaft aber wollen wir dadurch erreichen, daß wir die Lenkung der Wirtschaft durch den Staat in Verbindung mit den fachlichen Organisationen, mit dem Unternehmer und der Gefolgschaft in Zukunft sichergestellt wissen wollen.
Den letzten Satz:

> Bei Betrieben von erheblicher Bedeutung sollen die Arbeitnehmer einen unmittelbaren Einfluß auf die Leitung und Verwaltung durch geeignete Vertreter in der Geschäftsführung ausüben.

bitte ich dahin zu ergänzen, daß man das Wort "unmittelbar" streicht und auch das Wort "in der Geschäftsführung", daß es also in Zukunft heißt:

> Bei Betrieben von erheblicher Bedeutung sollen die Arbeitnehmer einen Einfluß auf die Leitung und Verwaltung durch geeignete Vertreter ausüben.

(Zuruf Staatssekretär *Krehle*: Steht ja in der Verfassung!)

Ich weiß, daß es in der Verfassung steht, Herr Staatssekretär. Aber wir brauchen es darum nicht in das Programm hineinzunehmen.
Man könnte, wenn ich den Einwurf aufgreife, der Auffassung sein: Wir brauchen überhaupt kein Programm entwerfen, wir hätten die Verfassung als solche übernehmen können, oder wir hätten die Verfassung als solche so schaffen können, wie sie entsprechend unserer 109 Stimmen möglich gewesen wäre.

(Sehr richtig!)

Wir fordern heute manches in diesem Programm, was wir längst hätten durchsetzen können, wenn wir es gewollt hätten. An sich ist es etwas absurd, was wir heute hier machen. Wir fordern Dinge, z.B. die zweite Kammer, die wir in der Verfassung hätten durchsetzen können.
Ich möchte damit nicht eine Debatte heraufbeschwören. Eigenartig ist es, daß wir bestimmte Dinge hinterher post festum fordern.

Nun eine Bemerkung zu Punkt 3 von IV. Es heißt darin:

> Wir verlangen eine besondere Förderung des Klein- und Mittelbetriebes in Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Gewerbe und Industrie und dessen Schutz gegen Auflösung und Aufsaugung.

Das steht auch in der Verfassung. Denn eine Auflösung würde bedeuten, daß man diese Betriebe zerflattern läßt, daß man sie durch irgendwelche andere äußere Umstände auflösen läßt. Aufsaugen könnte bedeuten, daß sie durch Konzerne aufgesaugt werden, wie Sie heute schon wieder hier und da die Feststellung treffen können, daß gewisse Gruppen oder gewisse Industrien untereinander Verbindung suchen, um den Markt zu beherrschen, um aus einer Eidechse zu einem Krokodil zu werden. Ich würde daher vorschlagen, daß man hineinsetzt: "vor Überlastung", daß diese Gruppen also vor Überlastung in jeder Beziehung, ob steuerlicher oder sonstiger Art, geschützt werden. Ich bitte, das doch einmal in Erwägung zu ziehen.
Von Prittwitz-Gaffron: Meine Herren! Ich möchte unterstützen, was Herr *Haußleiter* gesagt hat über den Passus auf Seite 2 des Entwurfes, wo von der Unteilbarkeit und Einheit Deutschlands gesprochen wird. Ich finde die ersten zwei Sätze dieser Formulierung ausgezeichnet, dann aber kommt der Schlußsatz in der apodiktischen Form:

> Wir wenden uns gegen jede Abtrennung deutscher Gebiete.

Im Grunde sind wir alle mit diesem Satze einverstanden. Aber so, wie er formuliert ist, wendet er sich letzten Endes gegen jede Grenzkorrektur. Es ist eine Frage, ob man es nicht etwas umdrehen und im positiven Sinne formulieren sollte. Ich habe einen Satz ausgedacht, auf dem ich nicht unbedingt bestehen will. Man kann etwas besseres finden:

> Wir treten ein für die Sicherung der Existenzbasis des deutschen Volkes innerhalb historischer und geschichtlicher Grenzen.

Damit wäre ein gewisser Spielraum gelassen und die Sache etwas, ich möchte sagen, positiver formuliert. Es würde vielleicht gut sein, wenn man sich zu diesem Gedanken äußern würde.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Herren! Wir haben jetzt ungefähr 12.45 Uhr. Um 13.30 Uhr ist Mittagessen in der Scholastika. Wir werden kurz nach 13.15 Uhr Schluß machen. Wir haben daher nunmehr eine kurze Zeit zur Verfügung. Ich schlage vor, daß wir jetzt nur Anregungen geben. Jeder sagt jetzt einmal seine Kritik bzw. bringt seine Anregungen. Die Debatte über die einzelnen Anregungen würde ich zu Beginn der Nachmittagssitzung durchführen, wenn Sie damit einverstanden sind, damit die einzelnen Freunde über Mittag die Anregungen durchdenken und sich ihrerseits überlegen können, ob sie nicht etwas noch besseres an die Stelle dieser Anregungen setzen können. Sind Sie damit einverstanden?
(Kein Widerspruch.)
Prechtl: Sie werden es mir nicht übel nehmen, wenn ich einige allgemeine Bemerkungen zu diesem Programm mache. Meine Auffassung ist, daß ein politisches Programm einer Partei kurz, schlagwortartig sein muß, wenn es Gemeingut des Volkes werden soll. Das, was wir hier vor uns haben, ist sicher eine große geistige Arbeit. Es ist ungeheuer viel darin festgelegt. Es sind in den einzelnen Fragen die Probleme der Gegenwart enthalten. Auf der anderen Seite dürfen Sie überzeugt sein: Dieses Programm in diesem Umfang wird niemals die Meinungen der Wähler und Wählerinnen treffen.

Dazu ist es viel zu doktrinär und geht viel zu wenig auf die augenblicklichen Notstände, die unser Volk berühren, ein. Vieles ist wörtlich aus der Verfassung übernommen, die wir beschlossen haben, nachdem wir sie in mehr als 220 Stunden reichlich überdacht und durchberaten haben. Wenn sie gleich alles sagen: "Die Christlich-Soziale Union steht auf dem Boden der Verfassung und der in der Verfassung niedergelegten Grundsätze", dann wird ein großer Teil dieses Programms erspart sein. Die Verfassung, die unserem Volke doch bekannt werden soll und die einmal jedem Schulkinde in die Hand gegeben wird, ist im wesentlichen das Werk unserer Partei geworden. Denn der *Hoegnersche* Entwurf ist doch so gründlich umgearbeitet, ergänzt und berichtigt worden, daß wir uns doch tatsächlich voll und ganz zu dieser Verfassung bekannt haben. Dann würde ich bloß herausnehmen, was Freund *Haußleiter* angedeutet hat und ausspricht, nämlich ein kurzes Aktionsprogramm, in dem die Forderungen, die uns heute auf den Nägeln brennen, schlagwortartig festgelegt sind. Das geben wir als ganz kurzes Programm unserer Partei in das Volk hinaus. Mit dem können wir draußen etwas anfangen. Mit diesem Programm kann niemand etwas anfangen. Denn da muß man zuerst stundenlang vorher studieren. Wie will man dem Volk so etwas vortragen? Da muß man eine akademische Vorlesung über unser Programm halten, das im wesentlichen mit den Grundsätzen der Verfassung, die wir beschlossen haben, übereinstimmt.
Ich bitte also, diese Punkte zu berücksichtigen. Jedes Parteiprogramm muß kurz und schlagwortartig sein; es muß vor allem auf die Nöte eingehen, die heute das Volk bedrücken. Sonst ist es ein toter Buchstabe und wird und kann nie lebendig werden. Das ist meine Auffassung.
Wenn schon dieses Programm angenommen werden soll, so möchte ich dazu nur noch eine kurze Anregung geben. In V. "Kulturordnung" Ziffer 4 heißt es:

> Wir verlangen die unbedingte Achtung des Staates vor dem Willen der Eltern hinsichtlich der Schulerziehung ihrer Kinder. Wir bekennen uns zur Konfessionsschule.

Wenn man schon aus der Verfassung soviel herausgenommen hat, so gehört hierher auch das Bekenntnis, daß wir uns zum eigenen Recht der Kirche auf einen angemessenen Einfluß auf die Erziehung der Jugend bekennen und daß wir deshalb unbedingt für die Bekenntnisschule einstehen. Das müßte noch in einem Zusatz hineingebracht werden. Damit, daß ich bloß sage "Bekenntisschule" ist noch nicht das konsequente, ureigene Recht der Kirche, in der Erziehung mitbestimmend zu sein, genügend ausgesprochen.
Das bitte ich in Erwägung zu ziehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu nur eines feststellen, *Prechtl*, nur ein Satz: Verfassungen sind das Ergebnis des Zusammenwirkens von Parteien. Machtkämpfe zwischen Parteien werden immer bestehen. Führen sie zu Umlagerungen, so werden bekanntlich Verfassungen auch geändert. Wir gehen aber davon aus, daß wir unsere Grundsätze darüber hinaus sichern wollen. Infolgedessen können wir es uns nicht so leicht machen, daß wir auf die Verfassung Bezug nehmen und sagen, im übrigen wollen wir ...
Ich möchte die Debatte jetzt aber noch nicht beginnen, sondern möchte so weiterfahren, daß wir noch die Anregungen entgegennehmen.
Bergmann: Zu Seite 2 Punkt 3 möchte ich folgenden Vorschlag machen, den letzten Satz

> Wir wenden uns gegen jede Abtrennung deutscher Gebiete

nicht in das Positive umzukehren, sondern dieses "Wir wenden uns gegen" beizubehalten, aber noch hinzuzufügen: "jede Abtrennung lebensnotwendiger deutscher Gebiete". Damit wird der gewünschte Spielraum gegeben sein.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Alle diese Dinge stellen wir bis zur Nachmittagsdebatte zurück. Ich schlage vor, daß *Haußleiter* jetzt sein Sofortprogramm oder Aktionsprogramm verliest. Dann können wir es über Mittag durchdenken und nachmittags beginnen wir die richtige Debatte und die Abstimmung über die Abänderungsanträge. Soll das *Haußleitersche* Programm verlesen werden oder nicht?

(Zuruf: Nein!)

Haußleiter: Jeder der Freunde hat das Programm zur Hand, so daß er es heute mittag durchlesen kann und eine langweilige Verlesung jetzt nicht notwendig ist. Ich möchte nur zu den Grundsätzen, von denen ich ausgegangen bin, ein paar Worte sagen. Ich habe erst einmal gesagt, daß die Union eine neue und junge Partei ist und das vorangestellt, weil wir damit diejenigen gewinnen wollen, die heute noch der Union abwartend gegenüberstehen. Das ist vor allem die Jugend. Deshalb habe ich Wert darauf gelegt, als erstes nicht zu sagen: "Christliche" - das wird dann im einzelnen begründet, daß und wie wir das sind -, sondern zuerst einmal zu sagen: Hier spricht eine neue und junge Partei. Alles, was in diesem Aktionsprogramm gesagt ist, geht von dem Gesichtspunkt aus, die Jugend für uns zu gewinnen und ihr zu sagen: Hier sind nicht alte Ideen, hier sind junge und neue Ideen. Begreift sie einmal in ihrer revolutionären Wucht, damit ihr seht: Hier ist etwas, was die Jugend begeistern kann. Deshalb habe ich versucht, vom Grundsatzprogramm abgesehen, das Neue in unserer Ideenwelt und die neuen Wege, die wir gehen wollen, klarzumachen.
Ich habe das Bekenntnis zur Würde und Freiheit des Menschen vorangestellt und hier auch im Gegensatz zu Freund *Rindt* gesagt, daß die Freiheit verteidigt werden muß, daß gekämpft werden muß um das, was wir wollen. Der Unterschied zu dem grundsätzlichen Programm ist der: Das grundsätzliche Programm stellt unsere Standpunkte fest. Ich aber muß hier im Aktionsprogramm jeweils sagen: Deshalb haben wir das und jenes zu tun.
Ich habe dann in Punkt 2 zur Frage des Antisemitismus Stellung genommen und hier auf einen Punkt hingewiesen, der für die Freunde meiner Ansicht nach sehr wesentlich ist. Ich habe hier klar gesagt: Jeder Antisemit und jeder Antisemitismus muß Gegner des Christentums sein, schon des Urwesens des Christentums wegen. Wir haben erlebt, daß Herr *Rosenberg* das Christentum mit der Behauptung bekämpft hat: Es hängt ja irgendwie mit dem alten Testament zusammmen und Jesus selbst ist aus dem jüdischen Volk gekommen, deshalb ist die christliche Welt eine orientalische Welt. Das ist die Grundeinstellung jedes Antisemitismus, und deshalb müssen wir draußen klar machen: Jede Art von Antisemitismus ist zwangsläufig von innen heraus gleichzeitig antichristlich. Auch das scheint mir notwendig, einmal ganz klar mit schlichten Worten zu sagen, um die Mißverständnisse zu verhindern, die aus unserem Parteinamen kommen. Denn vielfach, insbesondere im Ausland, wird das Wort christlich in Gegensatz gestellt zu israelitisch. Da wird der Rassengegensatz gar nicht begriffen, um den es geht. Auch das scheint mir klar zu sein.
Ich habe dann über Familie, über Hausfrau und Frau etwas Grundsätzliches und Eingehendes gesagt, um auch hier eines klar zu machen: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Frau zuerst und in ihrem ersten und schönsten Beruf Hausfrau und Mutter ist. Das wollen wir nicht übersehen. Es ist heute üblich geworden, nur für die Frau als be-

rufstätige Frau einzutreten. Der Standpunkt der Union ist der alte, natürliche. Die Frau ist zuerst Haufrau und Mutter. Dann aber sagen wir: Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist heute weitergegangen. Diese zwangsläufige Entwicklung lehnen wir nicht ab, sondern da ziehen wir auch als junge Partei die notwendigen Konsequenzen daraus, ohne das eigentliche Ideal aus dem Auge zu verlieren. Ich glaube, hier müssen wir auch die Synthese wollen.

In der Frage der Schule habe ich eines hineinzuarbeiten versucht, was wichtig ist, daß wir nämlich den Menschen, wenn wir ihn zur Demokratie erziehen, auch zum selbständigen und sicheren Menschen machen müssen. Der autoritätsgläubige Mensch ist der innerlich unsichere Mensch und die Existenzsicherheit des Menschen brauchen wir.

Meine lieben Freunde, was wir draußen im Lande sehen, ist das Erschütterndste, was es überhaupt gibt. Das ist die Angst von Christen, die sich fürchten, sich in der Politik zu betätigen. Wir erleben draußen ständig, daß uns die Leute sagen: Ich traue mich nicht in die Union hinein, aber ich gehöre innerlich dazu. Der Christ hat mutig zu sein. Diese Sicherheit im politischen Leben ist es, was uns Deutschen so verflucht fehlt. Das ist eine der Wurzeln des Unglücks. Diese Sicherheit wird dem Schulkinde herausgeprügelt. Wenn ich deshalb ins einzelne gehe, so deshalb, weil ich glaube, daß wir auf solche Punkte ganz besonders hinweisen müssen, Punkte, die über das Grundsätzliche hinaus wichtig sind.

Es ist ganz selbstverständlich, daß wir dann eingehend über die sittliche Verwahrlosung der Jugend sprechen müssen, daß wir hier die entsprechenden Bestimmungen brauchen. Aber auch da muß ich eines sagen: Wir wollen die Jugend hinführen zur Selbstdisziplin, nicht zur erzwungenen Disziplin, nicht zur erzwungenen Innehaltung irgendwelcher Vorschriften. Wir wollen auch nicht die Selbsterziehung der Jugend, wie sie die Hitlerjugend durchgeführt hat. Das endet immer mit Chaos in der Jugend. Aber die Erziehung zur Selbstdisziplin und zur Selbstverantwortung der Jugend scheint mir das Ideal, für das wir unsere Jugend gewinnen können. Ich habe in der erschütterndsten Weise in Lehrerkonferenzen erlebt, wie alte Lehrer, demokratische Lehrer gesagt haben: Gott sei Dank, die Hitlerjugend ist weg, jetzt können wir die Jugend wieder aushauen. So einfach sind die Dinge nicht. Wir wollen keine Prügelerziehung, sondern wir wollen die Erziehung der Jugend zur Selbstverantwortlichkeit. Das ist das Ziel, das wir anstreben. Auch das ist ein neuer Weg in unserem Aktionsprogramm, auf den ich hier hinweisen darf.

Die Dinge, in denen wir Selbstverständlichkeiten noch einmal feststellen, darf ich jetzt in meinem kurzen Referat übergehen. Ich möchte nur eines sagen: Ganz klar ist herausgearbeitet, daß wir zwei Dinge wollen: Nämlich erstens das Bekenntnis zu unserer bayerischen Heimat - hier steht "unseren bayerischen Staat" -, daß wir nicht Scheinföderalisten sind, sondern echte Föderalisten.

(Sehr richtig!)

Deshalb habe ich auch einen Punkt hineingeschrieben, den ich vorlesen darf:

> Den zentralistischen Einheitsstaat lehnen wir ebenso ab wie einen unfruchtbaren Separatismus, der unser bayerisches Volk zur politischen Vereinzelung und zur wirtschaftlichen Verkümmerung führen würde. In einer einseitigen wirtschaftlichen Belastung würden wir eine Erschwerung des gemeinsamen Weges zur Wirtschaftseinheit Deutschlands sehen.

Das muß gesagt werden, um unsere Stellung in den Verhandlungen zwischen den einzelnen Ländern und Zonen zu festigen, damit man nicht versucht, uns den Weg zu der Einheit, die wir anstreben, dadurch zu erschweren, daß man von uns nur fordert ohne Gegenleistung. Auch das schien mir wichtig, hier ins Programm aufzunehmen. Ich habe dann ganz klar gesagt, die gegenwärtige unheilvolle Aufsplitterung Deutschlands in einzelne Zonen erscheint uns als Gefahr für die friedliche Entwicklung unseres Volkes.
Die Frage der Grenzen habe ich bewußt und aus Überlegung positiv betont, indem ich gesagt habe:

> Wir können nicht verschweigen, daß wir in einer gerechten Regelung der deutschen Ostgrenzen eine der entscheidenden Grundlagen eines wahren europäischen Friedens erblicken.

Auch das muß in jedem Programm, ob Aktionsprogramm oder Grundsatzprogramm der Union, klar und deutlich gesagt werden.
Ich habe dann auch zu der Frage Stellung genommen, die umstritten war, zur Frage des Fraktionszwangs. Meine lieben Freunde, hier ist eine grundsätzliche Entscheidung der Union gefallen, die wir auch im Aktionsprogramm aufnehmen wollen. Denn es dreht sich darum, daß wir die Partei der Sammlung sind, daß wir eine Demokratie der großen Parteien anstreben. Eine Demokratie der großen Parteien setzt voraus, daß in diesen großen Parteien der einzelne einen gewissen Spielraum innerhalb der grundsätzlichen Entscheidungen der Partei hat, das heißt, wer das Grundsatzprogramm der Union unterschreibt, muß in den Grundsatzentscheidungen der Union auf ihrem Boden stehen. Aber in einzelnen Fragen zweiten Ranges wollen wir ihm den notwendigen Spielraum lassen. Denn der übertriebene Fraktionszwang der Vergangenheit hat zur übertriebenen Parteizersplitterung der Vergangenheit geführt.
Ich habe dann eine kleine Vorlesung über Demokratie in den Absatz 12 gebracht, in dem es heißt:

> Die Union lehnt die Diktatur und den Kollektivismus in allen Erscheinungsformen ab.

Weiter heißt es in dem Absatz:

> Nur für die Gegner der Demokratie können die Rechte der Demokratie eingeschränkt werden. Dazu bedürfen wir besonderer Wachsamkeit.

Diese Wachsamkeit gehört zum Wesen des guten Demokraten. Deshalb kommt im Aktionsprogramm dieses Wort "wachsam" zweimal vor. Damit wird auch eine Konsequenz aus den letzten zwölf Jahren gezogen. Wir waren dem frühen *Hitler* gegenüber nicht wachsam. Das war einer der entscheidenden Fehler, die wir begangen haben. Für jede Demokratie besteht die Gefahr der Selbstaufhebung, indem aus Angst vor der Demokratie die Freiheit beseitigt wird. Auch das muß einmal im Aktionsprogramm gesagt werden. Denn es ist ein kommunistisches Verfahren, wenn geschrieen wird, die Demokratie ist in Gefahr, und diese angebliche Gefahr für die Demokratie dazu benutzt wird, alle Freiheiten der Demokratie aufzuheben. Das ist selbstverständlich Mord der Demokratie.
Ich habe dann gesagt:

> Noch gefährlicher sind jene Demagogen, die unter dem Deckmantel der Demokratie ihre Alleinherrschaften zu errichten versuchen. Zwischen beiden Gefahren liegt die wahre politische Freiheit, für die wir uns einsetzen.

Demokratie ist nämlich auch eine Sache der richtigen Kenntnis der Grenzwerte. Dort, wo man gegen Demagogen einschreiten muß, muß die Demokratie ihre Rechte einschränken und dort, wo die Einschränkung dieser Rechte übertrieben wird, wird die Demokratie aus Angst um die Freiheit zur Diktatur ohne Freiheit. Ich glaube, es ist gut, wenn wir unserer Jugend im Aktionsprogramm einmal diese Grundsätze sagen.
Zur Frage des Rechts ist alles Grundsätzliche bei *Rindt* gesagt. Ich habe daher nur die Anwendung gezogen, indem ich feststellte, daß wir unsere Dörfer schützen müssen, daß die Polizei auch fähig sein muß, diesen Schutz durchzuführen, daß Bandenunwesen und Schwarzer Markt schließlich die Rechtssicherheit aufheben. Ich habe dann auch gesagt:

> Das politische Spitzelwesen und Denunziantentum lehnen wir mit Nachdruck ab. Gesinnungsterror ist mit echter Demokratie unvereinbar.

Ich habe das bewußt hineingeschrieben. In der Bayerischen Verfassung sind die Grundrechte der Demokratie ausgeschaltet für alle Gesetze im Kampf gegen Nationalsozialismus und Militarismus. Meine Damen und Herren, es war zunächst nur eingeschränkt auf das Säuberungsgesetz; das hätte ich für besser gehalten. Denn wir müssen darauf achtgeben, daß nicht die Grundrechte des Menschen überhaupt unter dem Vorwand ausgeschaltet werden, es ginge gegen Militarismus und Nationalsozialismus. Deshalb habe ich diesen Satz bewußt hineingeschrieben:

> Gesinnungsterror ist mit echter Demokratie unvereinbar.

Wie nämlich bei uns in Franken der Kampf gegen Militarismus und Nationalsozialismus aufgezogen wird, das hat nichts mehr zu tun mit der Ausschaltung diktatorischer und totalitärer und militaristischer Gedanken, sondern dort wird bereits der Christ unter Druck gesetzt, dort wird bereits Parteipolitik und Gesinnungsterror gegenüber Leuten getrieben, die mit Nationalsozialismus und Militarismus nicht das mindeste zu tun haben. Da wollen wir die Kämpfer für die Freiheit und für die christliche Demokratie sein und bleiben. Deshalb bitte ich Sie, mit diesen ausführlicheren Begriffsbestimmungen einverstanden zu sein.
Ich möchte hier ergänzend sagen: Was Freund *Prechtl* gesagt hat, ist absolut richtig. Hier sind die ausführlicheren Grundsätze niedergelegt. Sie werden dann in Kurzformulierungen für den Tageskampf ausgenützt. Aber die Kurzformulierungen genügen heute den skeptischen Menschen nicht. Mit Schlagworten kommen wir im Programm nicht weiter. Deshalb haben wir die ausführliche Form als Ausgangslage für spätere Kurzformulierungen vorgeschlagen.
Zur Frage des Beamtentums habe ich klar gesagt, daß wir den Beamten als Diener der Allgemeinheit ansehen und nicht als Herren des einzelnen Staatsbürgers. Das ist nämlich der Unterschied zwischen einer Herrschaft der Staatsautorität und der Staatsbürokratie und einer wirklichen Ordnung der Freiheit. Ich habe dann eine etwas grobe Formulierung hineingeschrieben, die mir heute notwendig erscheint:

> Die militaristische Tonart lehnen wir auch auf dem Büroschemel ab.

Damit ist in einem Wort gesagt, was wir als Änderung im Umgangston des Beamten mit dem normalen Staatsbürger sehen wollen.
Auch in der Frage der Grenzziehung zu Liberalismus und Sozialismus habe ich etwas Grundsätzliches zur Erziehung auf diesem Gebiete zu sagen versucht:

> Der unbegrenzte Wirtschaftliberalismus gehört ebenso wie das marxistisch-sozialistische Planwirtschaftsprogramm einem vergangenen Jahrhundert an.

Das müssen wir sagen. Die Formulierung ist scharf. Wir wenden sie aber an, um der Jugend klarzumachen: Die Union geht einen neuen Weg. Sozialismus in seiner doktrinären Form ist ebenso wie der doktrinäre Liberalismus überholt. Ich habe gerade diesen Punkt deutlich zu machen versucht.

> Die rein liberalistische Wirtschaft führt zur Wirtschaftskrise und zum Wirtschaftschaos. Die dogmatische Planwirtschaft führt ebenso naturnotwendig zum Kollektivismus und zum Staatskapitalismus, der stets totalitär und expansiv ist. Die Union ist entschlossen, den mittleren Weg zwischen doktrinärem Liberalismus und doktrinärem Sozialismus zu gehen. Die Stunde ist reif zum Ausgleich und zur Synthese.

Das ist das, was wir auf dem wirtschaftlichen Gebiet endlich einmal unseren Freunden ins Gehirn hämmern wollen. Wir wollen jetzt die Revolution des mittleren Weges verwirklichen. Für diese Revolution des mittleren Weges müssen wir die junge Generation gewinnen. Das ist die Aufgabe, die uns heute als Partei [im] zwanzigsten Jahrhundert gestellt ist.

Ich habe dann nach der Darstellung des Wirtschaftsprogramms ausführlich über die notwendige Industrialisierung gesprochen. Das ist ein Punkt, in dem wir vor allem zu den Besatzungsmächten sprechen müssen. Es ist vollkommen unmöglich, Millionen von Menschen ins Land hereinzuführen und dann die Stahlbasis für unsere Wirtschaft auf den Stand hinter 1932 zurückzuschrauben. Es geht nicht. Diesen Widerspruch habe ich hier bewußt nach außen, insbesondere für die Besatzungsmächte, ganz klar und deutlich herausgearbeitet. Das scheint mir wichtig, weil das Programm der Union auch nach außen sprechen soll.

Ich habe dann mit besonderer Eindringlichkeit das soziale Programm der Union dargestellt. Hier habe ich zum Teil mit Bewußtsein auf die guten Formulierungen der Verfassung zurückgegriffen.

Ich habe dann einen weiteren Punkt auch aus Erziehungsgründen deutlich klargemacht: Ohne die wirtschaftliche Freiheit ist eine politische Freiheit nicht denkbar. Das gilt nicht nur für den Unternehmer, meine Damen und Herren, sondern ebenso für den Arbeitnehmer. Deshalb wenden wir uns gegen das System, das der Nationalsozialismus eingeführt hatte, das System der Dienstverpflichtung, durch das die Familien aufgelöst wurden und der einzelne zum Sklaven des Staatsmolochs geworden war. Ich habe hier unsere Wendung gegen diese nationalsozialistische Politik der Dienstverpflichtung besonders unterstrichen und deutlich gemacht. Ich habe gesagt:

> Die Befehlsgewalt des Staates über den einzelnen in der Wirtschaft darf nicht wiederkehren; das System der Dienstverpflichtungen, das zur Auflösung der Familien führte, lehnen wir nachdrücklich ab. Der werteschaffenden Persönlichkeit ist die Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Kräfte zu gewährleisten. Wer den Menschen der notwendigen wirtschaftlichen Freiheit beraubt, zerstört gleichzeitig die Grundlagen seiner politischen Freiheit.

Wir fordern wirtschaftlichen Spielraum nicht nur für den Unternehmer, die gleiche Freiheit muß der Arbeiter haben.

(Zuruf: Sehr richtig, im Betrieb!)

Das ist es, worauf es uns ankommt. Auch für diese Art von Freiheit wollen wir kämpfen und uns einsetzen.

Ich habe über den Bauernstand das Notwendige gesagt aufgrund der Vorschläge, die in den Ausschüssen der Union gemacht worden sind. Hier bin ich auch etwas ins ein-

zelne gegangen, habe ich auf die Notwendigkeit der Bereitstellung von Maschinen und industriellen Produkten hingewiesen, auf das Mißverhältnis zwischen Industrieprodukten und Agrarprodukten, das ausgeglichen werden soll. Ich glaube, daß unsere Bauern dem, was da gesagt worden ist, zustimmen können.
Ich habe über Steuerpolitik im Einklang mit den *Rindtschen* Formulierungen gesprochen und habe dann etwas zur Geldordnung gesagt, wo wir auch unseren sozialen Standpunkt klar umreißen wollen.
Ein ausführlicher Punkt 24 gilt dann den Ausgewiesenen, den Flüchtlingen, den Obdachlosen, indem wir sagen:

> Die Union fordert, daß die ganze verfügbare Kraft unseres Volkes dafür eingesetzt wird, Wohnungen, Brot und Arbeit für die neuen Bürger unseres Landes zu schaffen.

Ich habe den notwendigen Kriegslastenausgleich, der kommen muß, damit begründet, daß wir auf dem Boden des Privateigentums stehen. Wir wollen hier dem Kommunismus von vornherein den Boden entziehen. Gerade weil wir auf dem Boden des Privateigentums stehen, ist uns das Privateigentum der Flüchtlinge und der Ausgebombten ebenso gleichberechtigt wie unseres, das erhalten geblieben ist. Diese Art von Recht des Privateigentums des Flüchtlings müssen wir herausstellen. Damit nehmen wir den Sozialisten den Wind aus den Segeln. Diese Gleichberechtigung des Privateigentums der Flüchtlinge gehört meiner Ansicht nach zu den entscheidenden Programmpunkten der Christlich-Sozialen Union.

(Sehr richtig!)

Ich habe dann allerdings auch etwas gesagt, was wir wieder im Hinblick auf das Ausland sagen müssen. Ich habe folgendes formuliert: Da bitte ich Sie achtzugeben, denn es wird für die Union von Folgen sein, wenn wir uns zu dieser Formulierung bekennen:

> Mit Ernst aber weisen wir darauf hin, daß auch die ganze Kraft unseres Volkes nicht ausreichen wird, die Millionenzahl der Ausgewiesenen und Flüchtlinge für den Verlust ihrer Heimat zu entschädigen; wir fühlen uns darum verpflichtet, vor aller Welt um des christlichen Gewissens willen die Fürsprecher ihrer unausdenklichen Not zu sein.

Es ist bei einigen Parteien üblich geworden, den Flüchtlingen das Blaue vom Himmel herunter zu versprechen. Wir müssen sagen: Für das, was wir leisten können, sind Grenzen gezogen. Alles können wir Ihnen nicht zurückgeben, was Sie verloren haben. Hier müssen wir immer wieder darauf hinweisen, daß die Vertreibung von Millionen von Menschen aus ihrer Heimat Unrecht ist. Sprecher dieses Unrechts muß die Union sein. Diese Pflicht muß sie vor ihrem Volk übernehmen; darüber ist gar kein Zweifel.
Ich habe dann über die Wohnungsnot das Notwendige gesagt und habe insbesondere auch unter anderem auf folgendes hingewiesen: Es wird im Volke Kritik an dem Aufbau unserer Kirchen im Lande, in den zerstörten Städten geübt. Da heißt es immer: Sie können keine Wohnungen bauen, aber über den Kirchen sind schon wieder die Dachstühle aufgebaut. Da müssen wir eines sagen: Wohnungen sind notwendig, und es ist äußerst wichtig, sie zu schaffen. Aber unerhört wäre der Verlust an Kulturgut für unser Volk, wenn wir nicht die Kulturdenkmäler seiner großen Vergangenheit vor dem endgültigen Verfall schützen würden. Das gehört auch ins Programm:

Der Wiederaufbau der zerstörten Städte Bayerns ist mit Tatkraft durchzuführen; dabei sind in Sofortmaßnahmen die unvergänglichen Kulturdenkmäler unseres Landes vor der völligen Zerstörung zu bewahren.

Das müssen wir dem Volk draußen immer wieder klarmachen, denn gerade die Schutzmaßnahmen für die Überreste unserer ehrwürdigen Kirchen werden von den sozialistischen Parteien in der törichtesten Weise kritisiert.
Ich spreche dann über die Pflicht der Gemeinschaft gegenüber den Opfern der nationalsozialistischen Politik, den Kriegsversehrten. Da sind einzelne Vorschläge gemacht, die meiner Ansicht nach durchführbar und vernünftig sind.
Es wird dann am Schluß des Programms über den Kulturanteil unseres Vaterlandes, über Wissenschaft, über Religion, über das Verhältnis der Konfessionen gesprochen. Wir müssen darin ganz klar den Liberalisten draußen, die uns noch mißverstehen, sagen, daß wir nicht die Aufhebung der Unterschiede der Konfessionen wollen, weil dies zu einer Verflachung und Verwässerung unserer christlichen Anschauung führen würde, sondern daß wir die gute Kameradschaft zwischen den Konfessionen wollen, in der Achtung des religiösen Lebens und der Überzeugung jedes unserer Freunde. Auch das gehört ins Programm.
Dann habe ich abschließend über Außenpolitik gesprochen, nämlich über die Vision, um derentwillen wir die Demokratie in unserem Land und Volk verwirklichen wollen, daß es sich schließlich einfüge in den Zusammenhang eines friedlichen, christlichen Abendlandes.
Ich habe geschlossen mit einer grundsätzlichen Erklärung:

Dieses unser Programm zur Überwindung der inneren und äußeren Not unseres Volkes ist entstanden nach einem Irrweg, der unser Volk an den Rand des Untergangs geführt hat und nach dem Zusammenbruch all seiner Ordnungen. Wir suchen darin mit vollem Bewußtsein den inneren Ausgleich.

Das scheint mir das Ziel unserer sozial- und innenpolitischen Bemühungen zu sein.

Wir lehnen die doktrinären Lösungen der Vergangenheit ab. Wir gehen neue und lebendige Wege, auf denen die Jugend uns folgen wird. Die Bayerische Verfassung, die wir schufen,[3] hat einen wesentlichen Teil unserer grundsätzlichen Forderungen erfüllt. Jetzt gilt es, diese Grundsätze in die Wirklichkeit zu überführen, sie im Alltag zu erproben und mit Leben zu erfüllen. Wir wenden uns gegen alle, die von neuem die Not unseres Volkes ausnützen wollen, um es durch falsche Hoffnungen und durch Verführungen aller Art zu gefährden. Wir sind entschlossen, die hier aufgezeigte Neugestaltung unseres Staates mit unserer ganzen Kraft durchzuführen und auf christlichem Boden eine wahre Demokratie im Zeichen der Freiheit, des Friedens und des Rechtes zu errichten.

Das ist das Ziel, für das das Aktionsprogramm Grundlagen und Anregungen geben soll. Einzelne dieser Vorschläge werden durch die Zeit überholt werden. Das dauernde Programm ist das *Rindtsche*. Ausgewertet für den Tageskampf kann dieses werden. Beide in ihrer Ergänzung geben ein Bild des Wollens der Christlich-Sozialen Union.

(Lebhafter Beifall.)

[3] In der Vorlage: "suchen".

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Freund *Haußleiter* für die Arbeit und für die Ausführungen.
Meine lieben Freunde! Wir legen eine Mittagspause ein. Ich schlage Ihnen vor: Fortsetzung um 14.30 Uhr. Sind Sie damit einverstanden?
(Kein Widerspruch.)
Um 13.30 Uhr ist Essen. Ich bitte, daß wir pünktlich um 14.30 Uhr anfangen können, da ein Teil der Freunde etwa um 17 Uhr wieder wegfahren muß.

Wiederaufnahme der Sitzung um 14.44 Uhr.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, Platz zu nehmen, meine lieben Parteifreunde! Es fehlen zwar noch sehr viele unserer Freunde, aber ich glaube, wir fangen trotzdem an, denn ein Teil der Freunde muß bereits zwischen 16 und 17 Uhr wieder abreisen. Wir setzen die Debatte von heute vormittag fort. Ist Dr. *Rindt* und *Haußleiter* da?

(Zuruf: *Haußleiter* ist da!)

Als nächster hat das Wort *Ammann*.

(Zuruf: *Ammann* kommt gleich.)

Euerl: Meine Herren! Es liegt uns in diesen beiden Entwürfen etwas vor, was wir meines Erachtens akzeptieren können. Wenn es sich nur noch um redaktionelle Änderungen handelt, dann wäre ich der Meinung, daß wir über diese Sachen rasch hinweggehen und das Programm so annehmen sollten, wie es uns vorliegt. Was wir dann noch zu ändern haben, das wird uns meines Erachtens in den nächsten Wochen der Gegner schon sagen, wenn wir mit diesem Programm in die Diskussion kommen. Ich halte es für richtig, daß wir endlich einmal dazu kommen, für unsere Versammlungen auf dem Lande ein handfestes Programm zu haben, mit dem wir vor unsere Wähler hintreten können. Ich halte es nicht für notwendig, daß dieses Programm heute in all seinen Feinheiten ausgefeilt wird; das wird die zukünftige Zeit mit sich bringen. Wir dürfen in diesem Punkte nicht soviel wertvolle Zeit vertun, damit wir die anderen Punkte, die wir noch zu erledigen haben, heute eingehend besprechen und zu einem guten Ende bringen können.
Ich möchte daher vorschlagen, daß die Diskussion über das Programm abgeschlossen wird und daß wir dem Programm mit den vorgeschlagenen redaktionellen Änderungen zustimmen und so in diesem Punkte zu einem Ende kommen.
Ammann: Ich wollte die Ausführungen, die Freund *Haußleiter* uns heute früh gemacht hat, grundsätzlich unterstreichen. Wir haben uns auf unserer Bezirksjugendkonferenz gerade mit den Problemen herumgeschlagen, wie wir in der Praxis draußen dem Volke Hilfe bringen und tatsächlich etwas tun können. Es ist praktisch so, daß wir danach trachten müssen, als das Grundsätzlichste den Menschen als solchen zu schaffen; wenn wir den haben, dann werden wir von ihm auch erwarten können, daß er Christ und Demokrat ist. Aber der Mensch ist das Grundsätzliche.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Nun sind keine Wortmeldungen vom Vormittag mehr da. Wünscht jemand das Wort zur Debatte?
(Ist nicht der Fall.)
Einstweilen bitte ich, daß die verschiedenen Freunde, die heute vormittag Anregungen gegeben haben, diese in Antragsform vorlegen wollen, damit wir nachher die konkreten Anträge vortragen können.

Lorenz Sedlmayr: Leider befinde ich mich, wie ich sehe, in einem Gegensatz zu den Kollegen *Rindt* und *Haußleiter* und einigen anderen, wenn ich dafür eintrete, daß der Satz unter III, 5 des Grundsatzprogrammes stehen bleibt:

> Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reinertrag der gesamten Volkswirtschaft.

Es hat über diesen Punkt eine ziemliche Aussprache in unserem Ausschuß stattgefunden. Wir waren uns klar darüber, daß das nur eine grundsätzliche Proklamation darstellt, aber man ist von dem Gedanken ausgegangen, daß, wenn es - was man heute noch nicht weiß - wieder möglich werden wird, daß Riesenvermögen in irgendeinem Zweige der gesamten Volkswirtschaft zustande kommen, dann diese Riesenvermögen nicht mehr in den Händen bloß einzelner sein sollen, wobei man nicht weiß, in welcher Weise sie verwendet werden, ob in gutem oder schlechtem Sinne, sondern daß an der Bildung solcher neuen Vermögen auch die Arbeitnehmer irgendwie entsprechend beteiligt werden sollen. Wenn es hier heißt, daß sie am Reinertrag der gesamten Volkswirtschaft teilhaben sollen: Wie diese Beteiligung ist, das wird hier nicht weiter erörtert, wird auch hier gar nicht angedeutet, das kann natürlich auf sehr verschiedene Weise geschehen: Erstens einmal, indem schon durch entsprechende Lohnfestsetzungen verhindert wird, daß derartig große Reinerträge entstehen; zweitens, indem man dem Reinertrag, der auf solche Weise entsteht, gewisse Verpflichtungen auferlegt, sich z.B. an der Finanzierung von größeren Wohnbauvorhaben zu beteiligen, oder auf ähnliche Weise. Möglichkeiten dieser Art gibt es ja verschiedene. Der Grundgedanke ist doch nur der, daß an dem tatsächlich erzielten Reinertrag der gesamten Volkswirtschaft irgendwie auch die Arbeitnehmer in geeigneter Weise partizipieren sollen - ein gewisses Recht, ein Anspruch darauf, daß auch eine gewisse Einkommensbildung bei den Arbeitnehmern ermöglicht werden soll. Dieser Grundgedanke kann ja von uns kaum abgelehnt werden. Wie sich das im einzelnen in der Praxis dann gestaltet, das könnte völlig außer Betracht gelassen werden. Ich glaube nicht, daß man den Gedanken an sich ablehnen will oder kann. Ich glaube vielmehr, daß man ihn im Gegenteil durchaus bejahen kann und die Realisierung dieses Satzes ruhig der Zukunft überlassen darf.

Dr. *Schedl*: Ich glaube, daß es sich hier um ein Mißverständnis unseres Parteifreundes *Sedlmayr* handelt. Der Satz ist vollkommen klar. Die Interpretation Dr. *Rindts* muß ich hundertprozentig unterschreiben. Ich halte es hier für eine Generalerklärung zur Sozialisierung im weitesten Umfang. Ich glaube, wir stehen alle auf dem Standpunkt, daß der Arbeitnehmer das Recht hat, am Gewinn seines Unternehmens beteiligt zu werden. Was darüber hinausgeht, scheint mir auch nicht tragbar zu sein. Ich weiß nicht, ob wir so ohne weiteres dafür eintreten können, daß die Arbeiter eines Unternehmens am Gewinn eines völlig anderen, davon unabhängigen Unternehmens beteiligt werden. Das steht aber mit drin. Ich würde mich daher einer Formulierung "am Reinertrag der gesamten Volkswirtschaft" widersetzen.

(Zuruf *Sedlmayr*: Es gibt ja auch Arbeiter der Landwirtschaft, gewerbliche Arbeiter usw.)

Ich sehe nicht ein, warum der Arbeiter einer am Verganten[4] begriffenen Industrie am Gewinne der Bauern beteiligt sein soll. Wenn der Arbeiter das Recht hat, die Be-

[4] Mundartlich für "zwangsversteigern".

triebsführung zu beeinflussen, wenn er selber am Unternehmen wesentlichen Einfluß hat, dann hat er auch die Verantwortung für lukratives Arbeiten und Interesse an der Gewinnbeteiligung eben dieses Unternehmens. Ein organischer Aufbau und eine organische Entwicklung scheint es mir notwendig zu machen, den Satz in dem bereits besprochenen Sinne abzuändern, daß dem Arbeitnehmer das Recht an der angemessenen Gewinnbeteiligung seines Unternehmens zugebilligt wird.
Ostwald: Mein Herr Vorredner hat darauf hingewiesen, daß der Satz bereits dann richtig formuliert ist, wenn wir - ich hätte den Antrag gestellt - anstelle des Satzes:

> Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reinertrag der gesamten Volkswirtschaft

sagen:

> Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reingewinn ihres Unternehmens.

Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß die im Betrieb arbeitende Gefolgschaft an dem Gewinn des Unternehmens eine angemessene Beteiligung erhält. Würde man die Fassung wählen, die hier als Vorschlag vorliegt, dann würden wir damit den fleißigen Arbeiter schädigen zugunsten desjenigen, der in seinem Betrieb nicht gearbeitet hat, oder aber die Gefolgschaft eines intensiv schaffenden Unternehmens würde geschädigt werden zugunsten eines Unternehmers, der seinen Betrieb verlumpen läßt. Das geht meines Erachtens nicht an. Deshalb müssen wir diese Bestimmung etwas präziser fassen. Diese präzise Fassung scheint mir hier gefunden zu sein. Ich will den Satz, den ich vorgeschlagen habe, nicht als Patentlösung für mich in Anspruch nehmen.
Im übrigen glaube ich nicht, daß die Interpretation, die heute gegeben wird, auch für die Zukunft gelten kann, wenn andere einmal den Satz etwas anders lesen. Wir haben eine Verfassung. Diese Verfassung ist die Schale. In diese Schale sollen die Gesetze hineingegossen werden. Alles was kommt, soll auf diese Dinge, die wir hier aussprechen, Bezug nehmen. Man wird uns eines Tages von anderer Seite den Wechsel präsentieren, den wir girieren. Ich bin nicht bereit, so etwas auf mich zu nehmen. Deshalb muß ich mich dagegen wenden, daß diese allgemeine Formulierung gewählt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Krehle*!
Krehle: Wir sind damit einverstanden, daß hineingeschrieben wird: "des Unternehmens". So war es auch gemeint.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit ist diese Unterhaltung, glaube ich, zum Abschluß gebracht. Wir müssen uns jetzt mehr konzentrieren. Daher lasse ich die bisher eingelaufenen Anträge verlesen und dann können wir darüber debattieren. Einverstanden? (Kein Widerspruch.)
Bitte, *Liedig*!
Liedig: Es handelt sich um das Grundsatzprogramm, den sogenannten Entwurf R. Ich darf nochmals den Antrag, wie er zu dem hier behandelten Thema III, 5 lautet, vortragen:

Ursprüngliche Fassung:

> Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reinertrag der gesamten Volkswirtschaft.

Der neue Antrag lautet:

> Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reingewinn ihres Unternehmens.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich darüber abstimmen lassen? Ich glaube, wir brauchen keine Debatte mehr darüber. Der Antrag ist bekannt. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Einstimmig angenommen, diese Bestimmung in diesem Sinne zu ändern. Nächster Antrag.
Liedig: Zum selben Sachgebiet liegt ein Antrag Dr. *Jahn* vor, III, 6 erster Satz lautete in der ursprünglichen Fassung:,

> Die Sozialversicherung soll jedermann im weitesten Umfang gegen die Wechselfälle des Lebens schützen.

Es ist beantragt, das Wort "jedermann" zu streichen, so daß der Satz in Zukunft lauten wird:

> Die Sozialversicherung soll im weitesten Umfang gegen die Wechselfälle des Lebens schützen.

[...][5]
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wird der Antrag aufrechterhalten oder zurückgezogen?
Ostwald: Ich kenne die Verfassung nicht. - Zurückgezogen.
Liedig: Der nächste Satz desselben Punktes lautet:

> Bei Betrieben von erheblicher Bedeutung sollen die Arbeitnehmer einen unmittelbaren Einfluß auf die Leitung und Verwaltung durch geeignete Vertreter in der Geschäftsführung ausüben.

Es ist der Antrag gestellt, das Wort "unmittelbar" zu streichen.
Sedlmayr: Steht auch in der Verfassung. Ich mache darauf aufmerksam, daß das der genaue Wortlaut ist, wie er in der Verfassung steht. Es ist so auf unseren Antrag in die Verfassung aufgenommen worden.
Ostwald: Der Antrag wird zurückgenommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag wird als überholt zurückgenommen.
Liedig: Der nächste Antrag lautet, in diesem Satz die Worte "in der Geschäftsführung" zu streichen. Es soll heißen:

> Bei Betrieben von erheblicher Bedeutung sollen die Arbeitnehmer einen unmittelbaren Einfluß auf die Leitung und Verwaltung durch geeignete Vertreter ausüben.

Sedlmayr: Einverstanden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich darüber abstimmen lassen? Kein Widerspruch? Angenommen.
Liedig: In IV, 2 mittlerer Absatz sind also die Worte "in der Geschäftsführung" zu streichen.
In IV, 3 heißt es:

> Wir verlangen eine besondere Förderung des Klein- und Mittelbetriebes in Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Gewerbe und Industrie und dessen Schutz gegen Auflösung und Aufsaugung.

---

[5] Fehlblätter in der Vorlage, wo sich an dieser Stelle der Vermerk findet: "S. 54-58 Büro Dr. Müller, 6. Juni 48." Die Blätter konnten im Nachlaß Müller nicht ermittelt werden.

Es ist vorgeschlagen worden, vor dem Worte "Auflösung" noch das Wort "Überlastung" einzufügen, so daß der Satz lauten würde:

> Wir verlangen eine besondere Förderung des Klein- und Mittelbetriebes in Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Gewerbe und Industrie und dessen Schutz gegen Überlastung, Auflösung und Aufsaugung.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Widerspruch?
Dr. *Arnold*: Ich bitte, zu erklären, was das überhaupt bedeutet: "gegen Überlastung".
Ostwald: Es ist im Programm davon gesprochen, daß eine gerechte steuerliche Belastung erfolgen soll.
Liedig: Dann muß es "Überbelastung" heißen.
Ostwald: Jawohl, einverstanden, "Überbelastung".
Dr. *Arnold*: Dann muß auch "steuerliche" noch hinein. Ich glaube, man könnte es weglassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube auch.
Ostwald: Zurückgenommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag wird zurückgenommen.
Liedig: Bei V, 1 ist heute morgen in der Debatte bei dem Satz: "Wir bekennen uns zu Deutschland als dem Land einer wertereichen Kultur" usw. vorgeschlagen worden zu sagen: "Wir bekennen uns zur bayerischen Heimat und zu Deutschland als dem Land einer wertereichen Kultur" usw.
Dr. *Krehle*: Ich würde sagen:

> Wir bekennen uns als Bayern zu Deutschland als dem Lande einer wertereichen Kultur usw.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Kein Widerspruch? Einstimmig angenommen.
Liedig: Dann kommt V, 3, Absatz 2:

> Wir fordern die Erziehung der Jugend zur Ehrfurcht vor Gott und seiner Schöpfung, zumal dem Menschen, zu Charakterstärke und sozialer Gesinnung, zu selbständigem Denken und zu körperlicher Leistungsfähigkeit.

Der Änderungsantrag lautet folgendermaßen:

> Wir fordern die Erziehung der Jugend zur Ehrfurcht vor Gott und seiner Schöpfung, zu Charakterstärke und sozialer Gesinnung, zu selbständigem Denken und zu körperlicher Leistungsfähigkeit.

so daß also "zumal dem Menschen" gestrichen ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag ist bekannt. Widerspruch? Kein Widerspruch. Einstimmig angenommen.
Dr. *Gerathewohl*: Die Ergänzung wäre fertig.
Liedig: Darf ich vielleicht V noch fertigmachen? Dann haben wir diesen Abschnitt erledigt.
Haußleiter: Darf ich vielleicht eines sagen: In V, 3 würde ich das Wort "Leistungsfähigkeit" als bedenklich ansehen, weil militaristische Klänge dahinter sein könnten. Ich schlage vor "zu körperlicher Gesundheit".
Dr. *Arnold*: Nur nicht gar so ängstlich!
Haußleiter: Das kann aber in der Diskussion dazu führen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Haußleiter* stellt seine Bedenken zurück? Wir fahren fort in der Debatte.

Liedig: Bei V, 4 liegt der Antrag *Prechtl* vor, anstelle des letzten Satzes "Wir bekennen uns zur Konfessionsschule" zu sagen:

> Wir bekennen uns zum eigenen Recht der Kirchen auf einen angemessenen Einfluß in der Erziehung der Jugend. Wir stehen ein für die Konfessionsschule.

Euerl: Ich würde diesen Satz nicht so bringen, und zwar aus dem Grunde, weil man von übelwollender Seite gegen uns den Vorwurf erheben könnte, daß wir auf die geistliche Schulaufsicht hinstreben. Das wollen wir doch vermeiden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Prechtl*, ich bitte, den Antrag zu begründen. Mir ist auch ein ähnlicher Gedanke gekommen, daß wieder Vorwürfe kommen könnten. Vielleicht finden wir eine Formulierung.
Prechtl: Wir haben das Recht der Kirche als Erziehungsfaktor bereits in der Verfassung festgelegt. Es ist ausdrücklich festgelegt, daß der Kirche ein angemessener Einfluß auf die Erziehung der Kinder ihres Bekenntnisses gewährleistet ist. Hier in diesem Programm ist dieser wichtige Satz vom Erziehungsrecht der Kirche überhaupt nicht enthalten, sondern es ist nur einfach in einem kleinen Anhängesatz die Konfessionsschule erwähnt.
Dr. *Hundhammer*: Die Verfassung ist christlicher als unser Programm!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist die Verfassung da?
Prechtl: Ich würde schon bitten, daß der Satz so bleibt, wie er von mir vorgeschlagen wird. Das andere, daß da an die geistliche Schulaufsicht gedacht wird, ist eine Ausdeutung, an die kein Mensch denkt. Es ist mit der Erwähnung der Konfessionsschule nicht genügend zum Ausdruck gebracht, daß die Kirche ein ureigenstes Miterziehungsrecht bei der gesamten Jugend hat. Ich bitte, diese Formulierung zu belassen.
Euerl: Ich bin diese Woche bei der Militärregierung gewesen und wurde auch über meine Gedanken über die Verfassung gefragt. Dabei kamen wir auch auf die Frage der Feststellung der Lehrer zur Erteilung von Religionsunterricht in den Konfessionsschulen zu sprechen, und da hat man mich gefragt, ob die Kirche nicht die geistige Schulaufsicht erringen wird. Ich glaube, daß da diese Gedanken neue Nahrung bekommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer hat die Verfassung da?
Dr. *Krehle*: Artikel 127 der Verfassung lautet:

> Das eigene Recht der Religionsgemeinschaften und staatlich anerkannten weltanschaulichen Gemeinschaften auf einen angemessenen Einfluß bei der Erziehung der Kinder ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung wird unbeschadet des Erziehungsrechtes der Eltern gewährleistet.

Vielleicht können wir "weltanschauliche Gemeinschaften" herauslassen und nur "Religionsgemeinschaften" sagen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Formulierung bitte!
Liedig: Ich darf die Formulierung nochmal vorlesen:

> Wir bekennen uns zum eigenen Recht der Kirchen auf einen angemessenen Einfluß in der Erziehung der Jugend. Wir stehen ein für die Konfessionsschule.

Prechtl: Das ist der gleiche Sinn.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist der gleiche Sinn.
Dr. *Rindt*: Ein Antrag zur Geschäftsordnung: Schluß der Debatte und Abstimmung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir wären sowieso soweit gewesen. Erhebt sich Widerspruch gegen den Antrag? Kein Widerspruch. Einstimmig angenommen.

Liedig: Zu VI, 2, Absatz 2 ist der Antrag gestellt, das Wort "Tradition" aus dem Wort "Kulturtradition" zu streichen, so daß der Satz lautet:

> Wir treten ein für die Schaffung einer europäischen Konföderation zur gemeinsamen Wahrung und Weiterführung christlich-abendländischer Kultur.

Haußleiter: ...der christlich abendländischen Kultur.
Liedig: Jawohl, ...der christlich abendländischen Kultur.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Erhebt sich Widerspruch?
(Ist nicht der Fall).
Einstimmig angenommen.
Liedig: Dann liegen keine weiteren Anträge mehr vor.
Dr. *Gerathewohl*: Eine kleine stilistische Änderung bei VI, 4. Wir können nicht "dafür eintreten, daß wir als Partei ..." sondern wir müssen sagen: "Wir wollen als Partei ..."
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Einverstanden.
Dr. *Gerathewohl*: Es heißt dann:

> Wir wollen als Partei mit Parteien ähnlicher Zielsetzung anderer Länder Erfahrungen austauschen, um damit das Vertrauen der Völker zueinander zu fördern.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Kein Widerspruch? Einstimmig angenommen.
Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Herren, ich habe Ihr Programm nicht gesehen, habe daran auch nicht mitgearbeitet, aber damit kein Irrtum entsteht, ich bin mit wesentlichen Teilen, was den Aufbau anbelangt, nicht einverstanden. Ich kann das nicht mehr ändern. Das Programm macht mir auch keinen Schaden. Denn ich brauche es nicht. Es sind auch die Dinge, die für die Landwirtschaft bearbeitet worden sind, die von uns im Agrarausschuß ausgearbeitet wurden, in keiner Weise berücksichtigt. Den Aufbau der Wirtschaftsordnung halte ich bei der Struktur des bayerischen Staates nicht für richtig, so wie er hier festgelegt ist. Ich sehe darin die Siedlung gar nicht verankert.

(Zuruf: Ist drin!)

Wo steht sie drin? Es hätte nicht in die Sozialordnung allein gehört, es hätte auch in die Landwirtschaftsordnung hineingehört. Ich halte es ja auch nicht für so wichtig, wie das Programm im einzelnen formuliert ist. Ich möchte nur keinen Irrtum aufkommen lassen. Soweit es unsere Kreise betrifft, und das sind überwiegende Kreise, werden sie nicht erfreut sein. Man ist über das, was von unserer Seite im Agrarausschuß ausgearbeitet wurde, glatt hinweggegangen. Hier ist die Landwirtschaft als den Übrigen beigeordneter Berufsstand behandelt. Ich möchte das betonen, daß mir nicht der Vorwurf gemacht wird, ich hätte einem solchen Programm zugestimmt. Ich brauche einem solchen Programm nicht zustimmen. Es wäre Gelegenheit genug gewesen, mit mir vorher Fühlung zu nehmen, um diese Teile durchzubesprechen. Das ist nicht geschehen. Das tut mir leid.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, daß die Redner darauf antworten werden. Ich darf objektiv feststellen, wir haben seit Monaten daran gearbeitet, ein gutes Programm zu schaffen und der allergrößte Teil der Freunde, die in der letzten Landesausschußsitzung mitgearbeitet haben, sind der Auffassung, daß ein gutes Programm entwickelt wurde. Ich bedauere, daß immer wieder jemand anfängt: "Ich kenne zwar nicht, aber ich bin dagegen." Wir wollen in der neuen Demokratie zusammenarbeiten und nicht immer nur dagegen sein!
Dr. *Rindt*: Ich möchte dazu offiziell feststellen dürfen, daß Parteifreund *Schlögl* wiederholt eingeladen und auch gebeten wurde, andere Vertreter des Bauernstandes zu

schicken, die am Programm mitarbeiten. Er ist selbst nie gekommen. Ich habe mich heute früh mit ihm darüber unterhalten. Er hat gesagt, er hätte nie Zeit gehabt. Es ist auch sonst nie ein Vertreter dieses sehr wichtigen Standes in Bayern gekommen. Zweitens, ich habe damals in der Landesausschußsitzung, als man das erste Mal über das Programm sprach, gebeten, daß sich die einzelnen Ausschüsse mit uns in Verbindung setzen. Wir haben es mit ziemlich jedem gemacht, den wir überhaupt erreichen konnten. Wir sind mit jedem Ausschuß in Verbindung gekommen mit Ausnahme desjenigen, von dem Parteifreund *Horlacher* spricht. Ich bitte Parteifreund *Sedlmayr*, meine Worte zu bestätigen.

(Zuruf *Sedlmayr*: Ist so!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf vielleicht *Liedig* zu einer kurzen Feststellung das Wort geben.

Liedig: Es ist festzustellen, daß seitens der Parteileitung sämtliche Ausschußvorsitzende persönlich angeschrieben worden sind, daß außerdem Präsident *Horlacher* persönlich angeschrieben worden ist, unter Beifügung der beiden Entwürfe und unter Bekanntgabe des Datums, des Ortes und der Zeit, wo die Versammlung zusammentritt. Ferner wurde die Bitte ausgesprochen, die Herren, die diese Schreiben bekommen haben, mögen an diesen Beratungen teilnehmen.

(Zuruf: Hört!)

Haußleiter: Ich möchte feststellen, daß ich persönlich Herrn Präsidenten Dr. *Horlacher* vor der ersten Redaktionssitzung eingeladen habe, an ihr teilzunehmen, mit der Begründung, es sei uns wichtig, daß die Herren teilnehmen. Genauso habe ich Herrn Dr. *Schlögl* eingeladen. Ich möchte nicht, daß da wieder Klagen kommen, die Bauern seien nicht verständigt gewesen. Ich glaube, daß mir Präsident Dr. *Horlacher* diese Einladung bestätigen kann. Ich habe zweitens, da ich diese Entwicklung voraussah, Herrn *Liedig* gebeten, die beiden Programmentwürfe dem Herrn Präsidenten Dr. *Horlacher* persönlich zu übersenden. Das ist auch geschehen, so daß er über diese Entwicklung informiert ist. Ich möchte sagen, darüber hinaus habe ich mich bemüht, nicht nur die Arbeitsergebnisse des agrarpolitischen Ausschusses zugrunde zu legen, sondern bin von mir aus zu vernünftigen Bauern gegangen und habe mit ihnen ihre Sorgen durchgesprochen und habe daraufhin folgenden Punkt 22 - wir wollen ja, daß das Programm als Einheit erscheint - in das Aktionsprogramm aufgenommen, den ich Ihnen jetzt vorlesen möchte, damit es nicht nachher heißen kann, er sei der Landwirtschaft nicht zur Kenntnis gebracht worden. Punkt 22 des Aktionsprogrammes lautet:

> Die Erhaltung eines lebensfähigen Bauernstandes ist eine Existenzfrage für unser Volk. Den landwirtschaftlichen Erzeugnissen wird der gerechte Preis gewährleistet. Die krassen Mißverhältnisse zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen und der industriellen Erzeugnisse sind auszugleichen. Die landwirtschaftliche Produktion ist durch Bereitstellung von Maschinen und Düngemitteln, durch ständige Verbesserung der Bodenkultur und durch Modernisierung der Betriebe unablässig zu steigern und zu intensivieren. Der Wiederherstellung des landwirtschaftlichen Maschinenparks ist besonderes Augenmerk zuzuwenden. Das ländliche Berufsschulwesen, die landwirtschaftlichen Fachschulen und die hauswirtschaftlichen Schulen sind planmäßig auszubauen. Vordringlich ist die Gewinnung geeigneter Arbeitskräfte für die Landwirtschaft. Der Landflucht muß durch Bereicherung des Dorflebens und durch eine zweckvolle Sozialpolitik entgegengewirkt werden. Die Altersversor-

gung der Landarbeiter ist auszubauen. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist zu fördern.

Ich möchte sagen, daß das, was ich hier geschrieben habe, weit über die Vorschläge des agrarpolitischen Ausschusses hinausgeht, daß ich es in den letzten Tagen nach Rücksprache mit mir bekannten Bauern noch erweitert habe, daß aber der Parteifreund *Schlögl* mir schon zu dem ersten Entwurf erklärt hat, daß er als Bauernvertreter mit dem, was ich vorgeschlagen habe, einverstanden sein könne.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, ich glaube, die Sache ist damit erledigt. *Horlacher*!
Dr. *Horlacher*: Mir kommt es darauf an, daß der Begriff "Siedlung" an der richtigen Stelle im Grundsatzprogramm steht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Rindt*, bitte dazu Stellung nehmen.
Dr. *Horlacher*: Das ist hier nicht enthalten. Auf Seite 4 in Ziffer 2 heißt es:

Wir verlangen umfassende Maßnahmen des Staates für die Volksgesundheit, vor allem den Bau gesunder Wohnungen.

Sonst kommt nichts.
Liedig: Es heißt aber auch: "... eine umfassende Siedlungspolitik".
Dr. *Horlacher*: Ich bleibe dabei: Ich stimme dem Programm in dieser Aufmachung mit ihrer Wirtschaftsordnung, bei der man nicht grundsätzlich da aufgebaut hat, wo man aufbauen mußte, nicht zu. Das wird einmal ein großer Teil unserer Wähler beanstanden.

(Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe. *Sporer*!
Sporer: Wir wollen doch ein Programm aufstellen, nicht für die nächsten zwei oder drei Jahre, sondern ein grundsätzliches Programm. Die Siedlung ist eine aktuelle Angelegenheit, erzeugt durch die wirkliche Not der Flüchtlinge. Die Siedlung ist eine Notwendigkeit, sie ist aber für diejenigen, die Grund und Boden abgeben müssen, eine ungeheure Härte. Ich weiß, daß die Bauern nicht diejenigen sind, die gerne und freudig alles hergeben. Aber das stört hier nicht. Wenn wir ein grundsätzliches Programm aufstellen, sollen aktuelle Fragen möglichst nicht enthalten sein. Denn die Leute, die schon etwas abgegeben haben unter dem Druck der Verhältnisse, vielleicht auch einige aus Liebe zum Nächsten, werden sich bedanken, wenn Siedlung und immer wieder Siedlung kommt, so daß die ganze Landwirtschaft nicht mehr leistungsfähig wird. Siedlung ist eine Sache für die Parteiagitation bei diesen Wahlen, vielleicht auch bei den nächsten Wahlen. Es werden Zeiten kommen, wo man mit der Siedlung kein gutes Geschäft mehr machen wird. Drum möchte ich bitten, daß das Wort Siedlung nicht ins Parteiprogramm, sondern lediglich ins Aktionsprogramm hineinkommt.
Dr. *Rindt*: Wir haben an und für sich den Ausdruck "Siedlung" nur im Sozialprogramm in dem Zusammenhang genommen, daß wir grundsätzlich dafür eintreten, daß unser zum Teil durch die Großstädte entwurzeltes Volk wieder mehr mit Grund und Boden verwurzelt werden soll, vor allen Dingen durch Durchführung des Siedlungsprogrammes. In diesem Sinne ist "Siedlung" etwas Bleibendes, genauso wie wir geschrieben haben, daß wir dafür eintreten, daß das Volk aus den lichtlosen Hinterhöfen, dieser großen Entgleisung unseres Wohnwesens, herauskommt. Anders ist es, wenn wir von Siedlung im Sinne der Bodenreform sprechen. Hier handelt es sich um eine sehr

grundsätzliche Angelegenheit der gesamten Volksgesundheit und Volksgesundung.
[...][6]
Sporer: Ich würde vorschlagen:

Möge das Volk aus seiner Not herauskommen und bald wieder besseren Zeiten entgegengehen.

Dr. *Gerathewohl*: "... aus seiner tiefsten Not herausfinden, aus der dieses Programm geboren wurde".
Dr. *Rindt*: Ich würde vorschlagen, wir gehen in der Tagesordnung weiter und die beiden Herren Dr. *Stürmann* und Dr. *Arnold* formulieren in der Zwischenzeit.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Vorschlag *Gerathewohl* ist, glaube ich, so, daß man ihn akzeptieren könnte.
Haußleiter: Ich möchte nur eines sagen, die Formulierung, daß es "emporwachse" oder "herausfinde", klingt etwas passiv. Dann wird uns draußen vielleicht nicht zu Unrecht gelegentlich gesagt werden: Ihr müßt auch das Euere dazu tun! Wir müssen das so formulieren, daß es einen Ausweg aus der tiefen Not, in der dieses Programm geschaffen wurde, findet:

... und in schlichter getreuer Arbeit sich ein neues friedliches Leben aufbaue

daß man den Begriff friedlicher und schlichter Arbeit noch hinzufügt. Ich würde vorschlagen:

Möge Gott unserem Volk die Gnade und Kraft geben, daß es aus der tiefen Not, in der dieses Programm geschaffen wurde, herausfinde und in schlichter und getreuer Arbeit sich ein friedliches Leben aufbaue!

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Gerathewohl*, ich bitte, nochmals zu verlesen.
Dr. *Gerathewohl*:

Möge Gott unserem Volk die Gnade und Kraft geben, aus seiner tiefen Not herauszufinden

- darin liegt etwas Aktives -,

in der dieses Programm geboren wurde.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist nur die Frage, ob wir nicht am Schluß doch noch - da gehe ich mit *Haußleiter* einig - hinstellen: "Dem dient die Arbeit der Union."

(Zuruf: Das schwächt ab!)

Ich würde am liebsten sehen, wenn am Schluß noch stehen würde:

Dem dient die Arbeit der Christlich-Sozialen Union in Bayern

Krehle: Sagen wir doch:

Diesem Ziel dient die Arbeit der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

Vorsitzender [*Josef Müller*]:

Der Erreichung dieses Zieles dient die Arbeit der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

---

[6] Die folgende Seite (in der Vorlage S. 65) fehlt. In der Vorlage findet sich hier der Vermerk: "Büro Dr. Müller, 6. August 1948." Das Blatt konnte im Nachlaß Müller nicht ermittelt werden.

Einverstanden mit dieser Formulierung?
Dr. *Gerathewohl*:

Dieses Ziel zu erreichen, ist Aufgabe der Christlich-Sozialen Union.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir wollen die Arbeit hinstellen, nicht die Aufgabe!
Dr. *Rindt*: Ich möchte nochmals darauf hinweisen dürfen, daß im letzten Abschnitt die Ziffer 4 fälschlicherweise dasteht, weil es unter Umständen notwendig ist, daß dieser Gedanke mitverarbeitet wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ziffer 4 kann bleiben.
Dr. *Rindt*: Ist nicht Programmpunkt, kann nicht bleiben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dieser Antrag *Arnold* dient doch nur dazu, daß so, wie die Präambel, auch ein Schlußwort dort stehen soll. Daher glaube ich, *Rindt*, wir reden aneinander vorbei.
Dr. *Rindt*: Weil 4 der Leitgedanke eines Schlußwortes sein soll.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Aber hier wird als Schlußwort noch, ich möchte sagen, die Anrufung Gottes hingestellt: zur Erreichung der Ziele des Gesamtprogramms.
Dr. *Martin*: Ich habe das Gefühl, daß zwischen der Ziffer 4 und dem Schlußsatz von Herrn *Arnold* ein Mißverständnis entstanden ist. Es soll das, was in 4 aufgeführt ist, nicht als 4 erscheinen, sondern entweder schon Schlußabsatz sein oder in einem Schlußabsatz mitverwertet werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ziffer 4 wird auf die Weise die Schlußforderung und das Schlußverlangen des Programms zur Feststellung der zwischenstaatlichen Ordnung; dann kommt noch das Schlußwort für das Gesamtprogramm.

(Sehr richtig!)

Infolgedessen glaube ich, wir stimmen jetzt ab über den Vorschlag, den *Gerathewohl* zur Formulierung in Anlehnung an *Arnold* gemacht hat und den ich ergänzt habe.
Dr. *Gerathewohl*:

Möge Gott unserem Volk die Gnade und Kraft geben, aus seiner tiefen Not herauszufinden, in der dieses Programm geboren wurde.

Vorsitzender [*Josef Müller*]:

Der Erreichung dieses Zieles dient die Arbeit der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

Darf ich darüber abstimmen lassen? Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Einstimmig angenommen.
Dr. *Gerathewohl*: Noch zwei Kleinigkeiten rein stilistischer Art: Es heißt auf Seite 2 Ziffer 4 "größtmöglichste"; ich bitte das "st" zu streichen.

(Zustimmung.)

Auf Seite 4 Ziffer 2 wird von dem "blühenden" Volk gesprochen. Ich bin für die Formulierung "entwicklungsfähig". Wenn man wenig setzt, wird mehr erreicht.
Dr. *Arnold*: Seite 3 Absatz 7 heißt es "Der Richter ist der Künder ...". Ich meine, man würde besser sagen: "Der Richter ist Vollzieher ...".

(Zuruf: Er ist mehr!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Durch Verkündung des Urteils findet er das Recht.
Krehle: Er ist an keine Weisungen gebunden.

Schmidt: Könnte man auf Seite 2 in II, 2 das Wort "Angegriffener" abändern in "Verdächtigter"?
Neckermann: In I, 2 muß es heißen: "Träger und Vollzieher" statt "Trägerin".

(Zuruf: Die Endung "in" stammt noch von einer früheren Formulierung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, damit sind diese formalen Dinge erledigt.
Weinkamm: Bei VI, 1 wurde heute vormittag beanstandet, daß wir im Nachsatz zum ersten Teil sagen:

Wir lehnen jede internationale Verflachung nationaler Eigenwerte ab.

Und dann:

Wir bekämpfen Nationalismus und Militarismus.

Liedig: VI, 1 letzter Absatz lautet augenblicklich:

Wir lehnen jede internationale Verflachung nationaler Eigenwerte ab. Wir bekämpfen Nationalismus und Militarismus.

Da sollte statt "Nationalismus" das Wort "Chauvinismus" eingesetzt werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gemeint ist die Bekämpfung des expansiven Nationalismus, infolgedessen gehört zu dem Wort Nationalismus eine gewisse Verstärkung.

(Zuruf: Überspitzt!)

Dr. *Rindt*: Bei allem, was mit "-ismus" zu tun [hat], haben wir uns angewöhnt zu denken, daß es den Charakter des Überspitzten hat. Nationalismus ist der Überspitzungszustand zum Nationalgefühl; ebenso der Kollektivismus im Gegensatz zum Kollektiven. Man könnte aber sagen "überspitzter Nationalismus".

(Zuruf: Den Ausdruck Chauvinismus würde ich ablehnen, weil das Volk den Begriff nicht versteht.)

Liedig: "Übersteigerter Nationalismus".
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer weiß eine gute Übersetzung für expansiven Nationalismus?

(Zuruf: Nationalismus ist das Überspitzte, und vorher heißt es: "nationale Eigenwerte". Das hat mit überspitzt nichts zu tun. - Zuruf: Wenn wir statt "nationalen Eigenwerten" nehmen "unsere Eigenwerte".)

"... von Eigenwerten der Völker ab." Dann haben wir das Wort "national" da umschrieben. Das Wort Nation ist etwas Gewordenes und hat zu einer bestimmten Begriffsbildung geführt, ist von vornherein expansiv geworden.
Von Prittwitz-Gaffron: Ich würde sagen: "... der Eigenwerte der Völker".
Dr. *Gerathewohl*: Man kann nicht sagen "internationale Verflachung der Völker". Dann muß man "international" weglassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Lassen wir "international" weg!

Wir lehnen jede Verflachung der Eigenwerte der Völker ab.

Jetzt, wer weiß eine gute Übersetzung für das Wort expansiv?.

(Zuruf: Übersteigert!)

Dr. *Gerathewohl*: Dann kann "Nationalismus" stehenbleiben, wenn Sie es nicht in Gegensatz stellen zu "national".

(Zurufe: Ausdehnungssüchtig - eigensüchtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: "... und bekämpfen den eigensüchtigen Nationalismus".
Haußleiter: Hier darf kein Adjektiv stehen, weil sich das auch auf Militarismus bezieht. Dann lehnen wir den überspitzten Militarismus ab und erkennen den Militarismus an.
Dr. *Rindt*: Mit dem Begriff Nationalismus ist das übersteigerte nationale Gefühl schon verbunden.
Dr. *Gerathewohl*: Nachdem "national" oben wegfällt, kann der Begriff "Nationalismus" bleiben. Ich bin der Ansicht Dr. *Rindts*, daß der überspannte, expansive Nationalismus gemeint ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich den Satz nochmals wiederholen, wie er vorgeschlagen war:

> Wir lehnen jede Verflachung der Eigenwerte der Völker ab und bekämpfen Nationalismus und Militarismus.

Dann ist der Zusammenhang hergestellt.
Dr. *Gerathewohl*: Wir müssen das ein bißchen absetzten, weil das einen neuen Gedanken bringt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Einverstanden. Also bekannt?
Liedig:

> Wir lehnen jede Verflachung der Eigenwerte der Völker ab. Wir bekämpfen Nationalismus und Militarismus.

Dr. *Jahn*: Meine Herren! Ich war heute früh derjenige, der die Änderung vorgeschlagen hat aus ganz anderen Gesichtspunkten heraus. Jetzt bin ich der Auffassung, es wäre am zweckmäßigsten, den Satz: "Wir lehnen jede Verflachung der Eigenwerte der Völker ab." überhaupt wegfallen zu lassen. Wir haben festgelegt: Wir wollen keinen überspitzten Nationalismus, keinen Militarismus in der Form, wie wir ihn in den letzten 13 Jahren gehabt haben. Es kann aber sein, daß wir uns als Nation hinausstellen müssen, nicht zum Kampf, aber als Nation zusammengefaßt, und unsere Wehrfähigkeit nachweisen müssen gegenüber einem Angreifer, der in einer anderen Richtung steht. Da würde ich vorschlagen, das hier lieber ganz wegzulassen, wenn wir den Begriff Nationalismus nicht durch ein entsprechendes Wort ersetzen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zum Teil einverstanden. Aber wenn wir den Willen der Jugend in der Union feststellen, sind wir uns darüber klar: Wir wollen den Nationalismus, der zum mindesten zwei Kriege losgelöst hat, überwinden und denken schon weitgehend im europäischen Sinne. Wir sehen diesen Krieg, wenn ich an die Geschichte der alten Zeit erinnern darf, als den zweiten Peloponnesischen Krieg an und hoffen, daß dann die Einigung kommt. Infolgedessen wollen wir ganz klar feststellen, daß der Nationalismus das Hemmnis für das Zusammenfinden der europäischen Völker sein wird.

(Zustimmung.)

Das ist, glaube ich, eine Feststellung, die wir in unserem Programm auch zum Ausdruck bringen wollen.
Dr. *Gerathewohl*: Ich darf die Bedenken Dr. *Jahns* damit zerstreuen, daß das, was er meint, das Positive, genügend in unserem Bekenntnis zum Bayerischen Staat wie in unserem Bekenntnis zu Deutschland ausgedrückt ist, so daß man nicht aus diesem Satz den Vorwurf bekommen könnte, wir arbeiteten irgendwie für Internationalismus.

Mit Nationalismus und Militarismus wäre auch nicht das deutsche Wort "Wehrhaftigkeit" bekämpft. Militarismus gilt immer als eine negative Erscheinung, als ein Auswuchs. Infolgedessen bin ich sehr dafür, daß wir es genau so stehenlassen, im Hinblick darauf, daß wir auch die positiven Werte wie Vaterlandsliebe usw. zur Genüge ausgedrückt haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, wir dürfen die Debatte darüber beenden. Dann lasse ich darüber abstimmen. Die Fassung ist bekannt. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Einstimmig angenommen.
Neckermann: III, 5 lautet:

> Wir fordern die Gestaltung eines Arbeitseinkommens, das wenigstens einen bescheidenen Wohlstand und die Sicherung des Alters ermöglicht.

Ich schlage den Zusatz "Familiengründung" nach dem Wort "Wohlstand" vor, also:

> Wir fordern die Gestaltung eines Arbeitseinkommens, das wenigstens einen bescheidenen Wohlstand, Familiengründung und die Sicherung des Alters ermöglicht.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: "Sicherung des Alters" ist ein Ausdruck, den wir, glaube ich, noch überlegen müssen. Es kann nicht richtig sein, das Alter zu "sichern". Es ist wohl eine Sicherung vor Not im Alter damit gemeint.
Dr. *Gerathewohl*: "Die Gründung einer Familie" muß es heißen.
Krehle: Das haben wir bereits in III, 6:

> Wir fordern die Sicherung des Lebens aller, die infolge Krankheit, Alter oder als Versehrte nicht mehr arbeiten können.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Neckermann*, Ihr Antrag ist schon berücksichtigt. Wird daran festgehalten?
Neckermann: Ich möchte daran festhalten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Soll ich darüber abstimmen lassen?
Neckermann: Ich bitte darum.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es handelt sich hier um folgendes - *Krehle*, bitte sei so gut und gib Du den Wortlaut wieder, wie er dort ist!
Krehle: Punkt 6 Satz 2 heißt:

> Wir fordern die Sicherung des Lebens aller, die infolge Krankheit, Alter oder als Versehrte nicht mehr arbeiten können.

Da ist praktisch doch das enthalten. Dann haben wir vorher eine ganze Anzahl von Artikeln, die auf die Familiengründung hinweisen. Da oben heißt es z.B. in III, 1:

> Wir fordern weitgehende staatliche Unterstützung der Existenz und Familiengründung bei allen Ständen und Berufen. Staatsbeihilfen, ausreichende Löhne oder Gehälter und bevorzugte Arbeitsvermittlung für alle, die eine Familie zu ernähren haben, sollen diesen Zwecken dienen.

Da ist doch praktisch alles schon gesagt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit würde der Antrag *Neckermann* bestimmt der Ablehnung verfallen.
Neckermann: Das Programm ist so wortreich; auf das eine Wort kommt es nimmer an!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann lasse ich formell abstimmen. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag *Neckermann*? Gegenprobe. Wer ist für den Antrag? Zwei. Der Antrag *Neckermann* ist abgelehnt.

Liedig: Es kommt der Antrag *Sedlmayr*: III, 5 kann schließen nach dem Worte "Wohlstand", so daß es heißt:

> Wir fordern die Gestaltung eines Arbeitseinkommens, das wenigstens einen bescheidenen Wohlstand ermöglicht.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Widerspruch? Nein. Angenommen.
Köhler: Auf Seite 7 in Punkt 6 Absatz 2 heißt es:

> Wir bekennen uns zu einer Kunst der freien Schöpferkraft und der seelischen Tiefe.

Ich bitte, "und der seelischen Tiefe" zu streichen. Wir würden dadurch große Teile des Kunstgewerbes und Teile der Architektur ablehnen. Im Kunstgewerbe ist keine seelische Tiefe da.

(Zuruf *Liedig*: Nein!)

Seelische Tiefe im Kunstgewerbe und in der Architektur gibt es nicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das andere ist in der Schöpferkraft auch drin, aber wir wollen doch die Vertiefung auch der Kunst haben. Wir wollen nicht die oberflächliche Kunst haben, heißt das. Also, *Köhler*, ich glaube, wir können den Antrag fallen lassen.

(Widerspruch *Köhler*.)

Wie soll es dann formuliert werden?
Köhler: Wenn das Programm ein Künstler bekommt, sträubt er sich dagegen.
Sporer: Das, was die Zeit der Mystik geschaffen hat, werden wir nie mehr schaffen, wenn wir noch so von seelischer Tiefe reden. Diese Schöpferkraft haben wir nicht, auch wenn wir es in das Programm hereinbringen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist beantragt, die Worte "und der seelischen Tiefe" zu streichen. Erhebt sich Widerspruch? (Zählt ab.) Vier. Der Antrag ist angenommen.
Von Prittwitz-Gaffron: Auf Seite 3 Ziffer 6 heißt es:

> Wir verlangen die Ausrichtung aller Gesetze nach den Grundsätzen des Naturrechts.

Ich würde vorschlagen: "Anpassung an die Grundsätze", nicht "Ausrichtung".
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir wollen die Gesetze nicht marschieren lassen.
Liedig: Der Satz würde nach der Formulierung *Prittwitz* folgendermaßen lauten:

> Wir verlangen die Anpassung aller Gesetze an die Grundsätze des Naturrechts.

Ich dagegen würde folgende Formulierung vorschlagen:

> Wir verlangen die Beachtung der Grundsätze des Naturrechts in allen Gesetzen.

Dr. *Ehard*: Das ist unmöglich. Sie können nicht die Ausrichtung aller Gesetze nach dem Naturrecht verlangen. Wenn man alle Gesetze an das Naturrecht angleichen soll, das geht nicht.
Liedig: Das hat ja Herr *von Prittwitz* formuliert. Jetzt heißt es:

> Wir verlangen die Beachtung der Grundsätze des Naturrechtes in allen Gesetzen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann würde ich vielleicht sagen "in den Gesetzen des Staates".

(Zuruf: In der Gesetzgebung des Staates.)

Liedig:

Wir verlangen die Beachtung der Grundsätze ...

Dr. *Gerathewohl*:

Wir verlangen in der Gesetzgebung die Beachtung der Grundsätze des Naturrechts.

Liedig:

Wir verlangen in der Gesetzgebung die Beachtung der Grundsätze des Naturrechts.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag ist bekannt. Ich lasse darüber abstimmen. Erhebt sich Widerspruch gegenüber dieser Formulierung, wie sie jetzt verlesen wurde? (Ist nicht der Fall.) Angenommen.
Dr. *Arnold*: Betreffs der Erziehung und Berufsausbildung der Jugend heißt es auf Seite 4 in Ziffer 4:

Wir verlangen staatliche Förderung der überdurchschnittlich Begabten.

Ist richtig, ich bitte aber zu bedenken - das kommt aus meiner Sorge, aus der Industriestadt heraus -, auch die anderen sozialen Schichten müssen berücksichtigt werden. Ich bitte, vielleicht folgende Formulierung zu wählen:

Der Staat hat mit Rat und Tat die Berufswahl und die Berufsausbildung zu fördern.

Sporer: Das ist eine prinzipielle Frage. Soll der Staat in alles und jegliches dreinreden? Wir haben heute ein Arbeitsgericht, wir haben eine Arbeitsvermittlung; es geht soweit, daß der einzelne überhaupt nicht mehr das Recht hat, sich irgendeine Arbeitsstätte herauszusuchen. In alles und jegliches wird hineingeredet. Man spricht heute schon, daß dies ein Sklavenmarkt ist. Es gibt manchen, der untergekommen wäre, da hat das Arbeitsamt nicht mitgetan. Es ist geradezu lästig. Ich würde bitten, daß wir sehr vorsichtig mit dieser Formulierung sind. Wenn Arbeiter im Überfluß da sind und es Arbeitslosigkeit gibt, was wird da das Arbeitsamt fragen, ob er unterkommt! Ich bitte, mehr Freiheit!
Dr. *Arnold*: Der Satz lautet:

Der Staat hat mit Rat und Tat die freie Berufswahl und Berufsausbildung zu fördern.

Sporer: Der Vater möchte wissen, was sein Bub wird, nicht der Staat. Die ganze staatliche Bevormundung ist durch die Nazi gekommen, die bestimmte Berufe gebraucht haben. All das widerspricht der Freiheit der Wirtschaft und der Familie. Wenn der Vater Bäcker ist, so möchte er, daß sein Bub ein Bäcker wird. Da läßt er sich nicht vom Staat dareinreden, weil dieser beispielsweise gerade einmal Gärtner braucht.
Ich bitte, darauf bei der Formulierung unter allen Umständen Rücksicht zu nehmen. Wir brauchen Freiheit und nicht nur immer Bevormundung.
Euerl: Ich möchte auch dafür eintreten, daß hier der freien Berufswahl der Jugend das Wort gesprochen wird. Die Berufswahl der Jugend soll nicht von den gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedürfnissen beeinflußt werden, sondern es soll der Jugend die Gelegenheit gegeben werden, den Beruf zu wählen, für den sie sich entschlossen hat und für den sie Lust und Liebe hat.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, eines feststellen zu dürfen: Ich wäre dankbar, wenn die privaten Unterhaltungen vielleicht in einer stillen Ecke durchgeführt würden.

Dr. *Arnold*: Meine Herren! Der wirkliche Grund, weshalb ich diesen Antrag eingebracht habe, ist tatsächlich der, daß sich auch der Handwerksmeister seinen Lehrling heraussuchen soll. Ich komme aus der Industriestadt. Es ist heute bereits wieder so, daß die Jugend in die Industrien abwandert. Man sagt zwar "weg von der Straße", aber die Jugend soll keinen Beruf mehr lernen. Es ist heute zahlenmäßig schon wieder ganz deutlich nachzuweisen, daß von der Kommunistischen Partei eine Berufsausbildung im guten Sinne nicht mehr gewünscht wird. Man will die Leute zu mechanisierten Arbeitern machen, man will ein Arbeiterproletariat schaffen. Dagegen wende ich mich. Das ist der innerste Grund meines Antrages. Ich glaube daher, daß wir aus rein weltanschaulichen Gründen zu meinem Antrag ja sagen müssen. Es ist heute tatsächlich so, daß man in der Großstadt den ungelernten Hilfsarbeiter von der KPD aus propagiert. Dagegen wende ich mich.
Liedig: Aber die Formulierung!
Bergmann: Ich schlage die Formulierung vor:

> Für die Stellung des einzelnen in der Gemeinschaft sollen nach freier Wahl allein Charakter und Leistung entscheiden.

(Widerspruch.)

Sporer: Ich möchte noch einmal um mehr Freiheit bitten. Binden Sie nicht zuviel! Stellen Sie nicht alles auf die heutigen Verhältnisse und auf den Gesichtspunkt des Staates ab. Wenn schon die Familie das Recht der Erziehung hat, muß sie auch das Recht haben zu sagen: Der Bub wird das und das. Nicht das Arbeitsamt soll bestimmen, wenn es gerade einen Bedarf für diesen oder jenen Beruf hat. Das nächste Jahr ist die Wirtschaftslage wieder ganz anders. Dann wird etwas anderes bestimmt. Der Bürokratismus ist vorläufig noch gar nicht ausgestorben.

(Zuruf: Im Gegenteil!)

Na also! Ich wollte mich zart ausdrücken. Wenn wir so viel an Vorschriften hereinbringen, stärken wir nur den Bürokratismus und untergraben die Freiheit und Schönheit des Lebens. Wir waren in Bayern das freieste Land mindestens in Deutschland, wenn nicht in Europa, und wir wollen es wieder werden.
Ott: In der kommenden Zeit wird es darauf ankommen, daß wir die überdurchschnittlich Begabten auf alle Fälle zum Studium zulassen, ganz gleich ob die Eltern bemittelt sind oder nicht. Ich halte es für außerordentlich wichtig, die begabten Kinder zum Studium zu bringen, nachdem nach der Währungsstabilisierung vermutlich auch weite Teile des Mittelstandes ebensowenig wie die anderen breiten Kreise des Volkes das Geld werden dafür aufbringen können. Wir müssen daher einen entsprechenden Zusatz einsetzen.

(Zuruf:"Staatliche Förderung" steht drin!)

Das genügt aber nicht.

(Zuruf: Völlig!)

Wir wollen haben, daß die Auslese der Begabten die Möglichkeit hat, ein Studium auf Kosten der Allgemeinheit und des Staates durchzuführen.

(Zuruf: Das steht in der Verfassung!)

Dann brauchen wir es hier nur hereinnehmen.
Dr. *Arnold*: Folgendes an die Adresse meines Gegenredners: Der innerste Grund, weshalb ich die Formulierung hereingebracht habe, ist gerade der, daß heute die

Kommunistische Partei überall versucht, die Jugend in die Hand zu bekommen. Sie versucht mit allen Methoden unter dem Motto "freie Berufswahl", die ganze Ausbildung der Jugend in die Hand zu bekommen. Dagegen müssen wir etwas unternehmen. Das ist heute ein absolut notwendiger Gesichtspunkt. Ich spreche hier aus der praktischen Erfahrung. Sie dürfen es glauben. Wenn wir uns zu diesem Punkt nicht äußern, gießen wir den anderen Wasser auf ihre Mühlen.

Sporer: Um so mehr müssen wir die Familie stärken. Vater und Mutter müssen auch etwas zu sagen haben. Wenn die Kommunisten etwas anderes wollen, dann ist es Aufgabe der Familie, nicht so sehr der Partei, ihnen entgegenzutreten. Wir können 10-, 12-, 14-, 15-jährige noch nicht so stark beeinflußen. Das ist nicht Aufgabe einer Partei. Da möchte ich ganz klar widersprechen.

Hier ist vorhin vom freien Studium gesprochen worden. Bedenken sie dabei: Es gibt gewisse Kräfte hier bei uns, die dafür sorgen, daß diese Begabten nur aus einer gewissen Schicht heraus kommen. Ich möchte mich hier sehr vorsichtig ausdrücken. Bei diesen Leuten wird der Sohn des Regierungsrats niemals ans Gymnasium kommen, ebensowenig wie der Sohn des Industriellen. Denn diesen Weg benützen die Herren Kommunisten, um alle anderen Schichten aus dem bürgerlichen Lager auszuschalten und zu Taglöhnern zu machen.

Wir geben mit der vorgeschlagenen Formulierung diesen Leuten also ein ganz gefährliches Argument in die Hand. Bei der großen Möglichkeit des Mißbrauchs und bei der Rücksichtslosigkeit dieser Kreise kommen unsere Leute gar nicht mehr auf. Wir dürfen ihnen kein Instrument in die Hand geben, das sie zur geistigen Verkümmerung der anderen Kreise benützen können. Denn nicht bloß der Sohn eines Taglöhners kann begabt sein, sondern auch der eines hohen Beamten.

Dr. *Gerathewohl*: Wir haben im Redaktionsausschuß den Vorschlag vom freien Studium eingehend erörtert und abgelehnt, weil wir weitergehen wollen. Wir treten nicht bloß für das freie Studium, sondern überhaupt für die Freiheit in allen Berufen ein. Wir haben als Union gar keinen Wert darauf gelegt, ein akademisches Proletariat großzuziehen. Aber wir legen großen Wert darauf, daß auch der tüchtige Handwerker z.B. auf Staatskosten unter Umständen eine Fachschule oder eine höhere Schule besuchen kann. Infolgedessen ist das, was Sie wünschen, mit ausgedrückt, aber im erweiterten Sinne.

Ich darf die Bitte äußern - wenn ich auch als Gast kein Recht zu sprechen habe -, daß der Antrag nicht angenommen wird.

Haußleiter: Ich möchte darauf hinweisen, daß die Einzelheiten im Aktionsprogramm stehen. Die Formulierung im Aktionsprogramm lautet:

> Unbekümmert um Stand und soziale Stellung der Eltern ist jede echte Begabung staatlich in ihrer Entwicklung zu fördern.

Wir wollen ja doch ganz ohne Zweifel diese Dinge in die Hand nehmen. Das muß die Union machen. Da wollen wir den Kommunisten jede Möglichkeit aus der Hand nehmen. Aber wir machen es nach unseren Gesichtspunkten. Das Nähere steht im Aktionsprogramm und gehört in dieser Ausführlichkeit meiner Ansicht nach nicht ins Grundsatzprogramm.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sehr gut! Nehmen wir es in das Aktionsprogramm hinein.

Haußleiter: Das Aktionsprogramm nimmt zu allen Punkten eingehend Stellung. Es

sind dort die Einzelheiten, was getan werden muß, genau und präzis erwähnt. Es heißt darin weiter:

> Kein Stand und keine Klasse darf ein Vorrecht zum Besuch der höheren Schule besitzen.

Das ist mit Liebe formuliert. Es ist so, daß z.B. in der russischen Zone nur noch Arbeiter Lehrer werden können. Deshalb habe ich ausdrücklich diese Formulierung gewählt. Demnach darf kein Stand und keine Klasse ein Vorrecht besitzen, auch nicht der Teil des Volkes, den die Kommunisten als Proletarier bezeichnen und aus dem sie ihre Kräfte herausholen wollen. Alles das ist, sorgfältig durchdacht, im Aktionsprogramm enthalten und ich schlage vor, daß wir die Gewichte so verteilt lassen, wie sie zwischen dem Programmentwurf meines Freundes *Rindt* und dem meinigen verteilt sind. Dort das Grundsätzliche und hier die Ausführungen mit den Einzelheiten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Anregung *Arnold* ist bekannt. Sind Sie einverstanden, wenn sie in das Aktionsprogramm kommt?

(Kein Widerspruch.)

Dann ist die Debatte hierüber abgeschlossen.
Donsberger: Seite 4, Ziffer 6 Absatz 1 ist nicht ganz klar in der Fassung. Die Fassung lautet:

> Die Sozialversicherung soll im weitesten Umfang gegen die Wechselfälle des Lebens schützen.

Ich schlage vor, daß wir einfügen:

> Die Sozialversicherung soll Arbeiter und Angestellte im weitesten Umfang gegen die Wechselfälle des Lebens schützen.

(Lebhafter Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darüber haben wir schon debattiert. Nehmen Sie Ihre Anregung zurück?
Donsberger: Ich nehme sie zurück.
Dr. *Martin*: Ich habe einen Vorschlag zu VI, ehemals Ziffer 4. Die Ziffer 4 wurde mit in das Schlußwort hineingearbeitet, bzw. dem Schlußwort vorausgestellt.

(Nein! Widerspruch.)

Ich schlage vor, diese ehemals Ziffer 4 als letzten Satz der Ziffer 3 anzuhängen. Ich darf darauf hinweisen, daß die Ziffer 4 dem Aufbau nach nicht den übrigen Ziffern entspricht. Wir haben uns bei der Abfassung immer daran gehalten, zuerst ein Vorwort zu bringen, dann eine These und Antithese. Es paßt an sich nicht mehr hinein. Dagegen läßt sich Ziffer 4 inhaltlich ohne weiteres in Ziffer 3 einfügen bzw. anhängen. Dadurch haben wir das einheitliche Gesicht des ganzen Programms gewahrt.
Liedig: Dann würde in VI die Ziffer 4 als Ziffer zu streichen sein und der Inhalt dieser Ziffer der Ziffer 3 angefügt werden.

(Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sind Sie damit einverstanden?
Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich darf damit, wenn sich kein Widerspruch erhebt, die Debatte über das Grundsatzprogramm abschließen. Schreibfehler dürfen berichtigt werden. Ebenso dürfen rein stilistische Berichtigungen vorgenommen werden.

Liedig: In dem Entwurf ist ein sinnstörender Schreibfehler enthalten. Auf Seite 2 Ziffer 5 zweiter Satz heißt es in dem mir vorliegenden Exemplar:

Wir bejahen eine zweite und politische Kammer.

Es muß richtig heißen:

Wir bejahen eine zweite, unpolitische Kammer.

Es ist heute morgen schon festgestellt worden, daß es sich hier um einen Schreibfehler handelt. Aber inzwischen sind noch mindestens ein Drittel neue Teilnehmer hinzugekommen. Für diese neuen Teilnehmer möchte ich darauf aufmerksam machen, daß dieser Schreibfehler richtiggestellt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf vorschlagen: Rein grammatikalisch-stilistische Berichtigungen dürfen noch vorgenommen werden, sonstige Berichtigungen nicht mehr. Die Debatte über das Grundsatzprogramm ist abgeschlossen.
Haußleiter, antreten!

(Zuruf: Militaristisch! Heiterkeit.)

Ich bitte zu entschuldigen, wenn ich jetzt etwas Zeit sparen will. Wir wollen jetzt über das von *Haußleiter* Aktionsprogramm getaufte Programm sprechen und uns darüber unterhalten, ob wir es Aktionsprogramm oder Sofortprogramm heißen, was mir immer noch lieber wäre.
Haußleiter: Darf ich dazu folgendes sagen: An sich erweckt der Name Sofortprogramm falsche Hoffnungen. Es ist so, daß wir hier zu all den Punkten Stellung nehmen, die jetzt unserem Volk auf den Nägeln brennen. Gleichzeitig mit diesem Programm wollen wir eine Art Anwendung des Grundsatzprogramms auf die Gegenwart, das heißt auf die nächsten Jahre geben. Das bedeutet, daß nicht alles, was drin steht, Sofortmaßnahmen sind. Es bedeutet weiter, daß manche kurz ausgeführten grundsätzlichen Feststellungen hier noch etwas erweitert und im einzelnen begründet sind. Deshalb ist das Wort Sofortprogramm nach dem ganzen Tenor und Inhalt dieses Programms meiner Ansicht nach nicht richtig. An sich wäre es richtig zu sagen "Programm der Christlich-Sozialen Union zu Überwindung der inneren und äußeren Not unseres Volkes", das heißt es soll jetzt die Notlage überwunden werden mit Hilfe der Maßnahmen, die hier vorgeschlagen sind.
Um das klarzumachen, habe ich das Fremdwort Aktionsprogramm darübergesetzt. Es ist zwar ein Fremdwort, aber immerhin doch das deutlichste Wort, das sich finden läßt. Es war vorgeschlagen "Tatprogramm". Das klingt schlecht. Darunter kann sich niemand etwas vorstellen. "Zeitprogramm" ist auch ein nicht allzu geeigneter Vorschlag gewesen. "Sofortprogramm" erweckt Hoffnungen, die nicht berechtigt sind. "Aktionsprogramm" ist allgemein. Im Text heißt es dann "das Programm zur Überwindung der inneren und äußeren Not unseres Volkes". Das scheint mir schon eine vernünftige Lösung. Es würde daher grundsätzlich im kurzen Zitat als Aktionsprogramm im Gegensatz zum Grundsatzprogramm bezeichnet werden. Dann weiß jeder, was gemeint ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Mein Freund *Martin* hat den gleichen Gedanken, der mich dazu geführt hat, die Debatte über dieses sogenannte Aktionsprogramm schon mit der Überschrift zu beginnen. Wir haben das Grundsatzprogramm. Programm bedeutet immer die Entwicklung der Grundsätze, der Grundlinien der Arbeit der Partei. Hier stellen wir Sätze oder Thesen für die praktische Durchführung, für die Ausarbei-

tung auf. Man sollte irgendwie die Möglichkeit finden, ein anderes Wort als Überschrift zu nehmen und nicht das Wort Programm. Dann gehe ich sofort mit *Haußleiter* einig. Wenn das gelingt, können wir besser zwischen den beiden Entwürfen unterscheiden.

Haußleiter: Ich habe im Redaktionsvorausschuß zuerst einen anderen Vorschlag gemacht und den möchte ich doch noch einmal wiederholen. Dieser Vorschlag hat gelautet, wir schreiben darüber: Die 30 Punkte der Union. Die Formulierungen haben zufällig 30 Punkte ergeben. Es war keine Absicht dabei gewesen. Wenn wir das darüberschreiben, weiß jeder, was gemeint ist und wir können dann aus einem dieser 30 Punkte zitieren. Wir haben dann auf der einen Seite das Grundsatzprogramm und auf der anderen Seite die 30 Punkte oder 30 Forderungen der Union. Darunter stellt sich jeder etwas Aktuelles, Zeitnahes und Lebendiges vor.

Wir würden also dann einfach darüberschreiben: Die 30 Punkte der Union.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die 30 Punkte für die Arbeit der Union.

Willke: Vom propagandistischen Standpunkt aus könnten unter Umständen beide Programme immer durcheinandergeworfen werden, wenn für beide der Name Programm genommen wird.

Dr. *Horlacher*: Das ist richtig. Man muß unterscheiden zwischen Programm und dem, was hier festgelegt ist, wobei ich nochmals konstatiere, daß ich mit dem Aufbau des Programms nicht einverstanden bin und gegen das Programm als solches als Ganzes stimme. Das ist eine Frage für sich. Das andere, was neben dem grundsätzlichen Programm steht, sind die Vorschläge zur momentanen Lage. Ich würde das auch so heissen und überschreiben: "Vorschläge der Christlich-Sozialen Union zur Behebung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Not". Damit ist klar zum Ausdruck gebracht, daß es bloß Vorschläge in Ausführung des Programms sind. Damit ist das Wort Programm vermieden. Ich würde das Wort vorschlagen auch aus dem Grunde, daß wir hier in keiner Weise gebunden sind. Denn die Verhältnisse können sich ändern. Dann muß eine gewisse Beweglichkeit vorhanden sein.

Ich würde also bitten, hier einfach zu schreiben: "Vorschläge der Christlich-Sozialen Union zur Behebung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Not". Damit ist alles getroffen.

Frau *Maria Probst*: Ich würde vorschlagen "Durchführungsrichtlinien zum Grundsatzprogramm".

(Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: "Richtlinien für die Arbeit der Christlich-Sozialen Union zur Überwindung der inneren und äußeren Not unseres Volkes".

Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist diese Überschrift angenommen. Welche Anregungen und Anträge werden jetzt zu den Richtlinien vorgebracht?

Dr. *Arnold*: Ich möchte auf meine Anregung von vorhin verweisen.

Dr. *Stürmann*: Ich halte es nicht für zweckmäßig, nachdem wir einen ganzen Tag ein einziges Programm diskutiert haben, das so viele prinzipielle Fragen enthält, nun wieder ein anderes Programm durchzudiskutieren, das immer wieder zu prinzipiellen Fragen führt, wenn wir es gründlich untersuchen wollen. Wir kommen damit in eine uferlose Debattiererei hinein. Ich bin der Meinung, daß wir diesen ganzen Fragenkomplex abschließen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist nur noch eine Frage offen, Herr *Stürmann*, das ist die Frage, die *Arnold* vorhin aufgeworfen hat. Da haben wir gesagt, sein Antrag soll

gegebenenfalls in den Richtlinien aufgenommen werden. Ich bitte jetzt die beiden Herren *Haußleiter* und *Arnold*, rasch aufeinander abzustimmen, wieweit die Anregung *Arnold* in den Richtlinien berücksichtigt ist. Dann können wir auch die Richtlinien abschließen.
Darf ich vielleicht für drei Minuten unterbrechen, damit die Herren sich inzwischen besprechen können.
Dr. *Hundhammer*: Ich bitte ums Wort zu einer kurzen Mitteilung: Heute Abend sollte wieder der Herr *Gessner* am Rundfunk sprechen. Der Herr *Gessner* ist vom Dienst suspendiert.

(Bravo!)

An seiner Stelle spricht heute Abend der Herr Minister *Pfeiffer*.

(Beifall.)

Wer Gelegenheit hat, soll sich ihn anhören. Er spricht um 19.45 Uhr.
Haußleiter: Wir werden den Vorschlag Dr. *Arnold* in den Punkt 7 einfügen. Da heißt es:

> Unbekümmert um Stand und soziale Stellung der Eltern ist jede echte Begabung staatlich in ihrer Entwicklung zu fördern. Kein Stand und keine Klasse darf ein Vorrecht zum Besuch der höheren Schule besitzen; mit diesem Grundsatz ist ernst zu machen. Staatliche Beihilfen müssen für arme, begabte Schüler in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Im humanistischen Gymnasium sehen wir einen wesentlichen Träger echter Bildung. Der Staat hat mit Rat und Tat die freie Berufswahl und die Berufsausbildung zu fördern.

Hier gehört dieser Punkt herein. Da schließt er sich organisch an.

> Das berufliche Fortbildungswesen ist auszubauen. Vordringlich sind Sonderlehrgänge für Kriegsversehrte. Eine umfassende Umschulung aller einst in der Kriegsindustrie eingesetzten Kräfte für die andersartigen Aufgaben des friedlichen Aufbaues ist durchzuführen.

Hier in Ziffer 7 hat der Vorschlag also seinen organischen Platz.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Einverstanden?
(Kein Widerspruch.)
Ich bitte, die Einfügung noch einmal zu verlesen.
Haußleiter: Die Einfügung lautet:

> Der Staat hat mit Rat und Tat die freie Berufswahl und die Berufsausbildung zu fördern.

Sporer: Aber nicht zu bestimmen!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Erhebt sich ein Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Dann ist die Formulierung angenommen.
Dr. *Jahn*: Ich wollte eigentlich nicht dazu sprechen, um keine Diskussion hervorzurufen. Aber wenn ich die drei ersten Punkte der Richtlinien betrachte, so fällt mir folgendes auf:
In Punkt 1 wird von der Würde und Freiheit, einem schönen Begriff, gesprochen. In Punkt 2 spricht man von Christentum und in Punkt 3 wird zur Familie übergegangen. In Punkt 2 wird nach dem dritten Satz über die Rassenfrage gesprochen. Es scheint mir, daß die Betonung, die in diesen Nachsatz gelegt wird, allzu stark hervortritt und

die ganzen Richtlinien in etwas [sic!] beschwert. Ich würde vielmehr vorschlagen, daß man die ersten drei Sätze dieser Ziffer 2 stehen läßt und dann die nachfolgenden Sätze etwas anders formuliert oder an anderer Stelle bringt. Es ist geschmacklich nicht ganz schön.
Haußleiter: Ich möchte dazu, wenn ich Sie richtig verstanden habe, folgendes sagen. Es ist mir sehr daran gelegen gewesen, nachzuweisen, daß der Antisemitismus grundsätzlich mit unserer christlichen Haltung nicht vereinbar ist. Deshalb habe ich diese allgemeinen Sätze gesagt, um damit nachzuweisen, daß der Antisemitismus dieser allgemein christlichen Einstellung zuwiderläuft. Die Ziffer 2 lautet:

> Als Christen wissen wir, daß der Mensch seinen Wert und sein Gewicht durch seine unsterbliche Seele erhält. Wir glauben weiter, daß Gott in der Schöpfung das Zusammenwirken und nicht die Trennung seiner Geschöpfe will. Wir glauben an ein gemeinsames Reich des Geistes unter den Menschen.

Was ich jetzt verlesen habe, ist nur die Voraussetzung für das, was jetzt kommt:

> Darum lehnen wir jede Art von Rassenhaß, und insbesondere den antisemitischen, als schmachvollen Rückfall in eine überwundene Barbarei mit Entschlossenheit ab.

Ich glaube, daß diese Formulierung notwendig ist. Ich halte es für zweckmäßig, daß wir hier ganz klar Stellung beziehen. Insbesondere müssen wir unsere Stellungnahme mit Rücksicht auf die Mißverständnisse, die mit unserem Namen "christlich" zusammenhängen, klar herausstellen.
Dr. *Gerathewohl*: Wir haben uns vorhin beim Grundsatzprogramm gegen jede pathetische Übersteigerung gewandt. Das Grundsatzprogramm könnte meiner Ansicht nach Pathos noch eher vertragen, als das Arbeitsprogramm. Im übrigen ist es, entschuldigen Sie, heute ein bißchen billig, wenn ich so sagen darf, diese Verbeugung zu machen. Infolgedessen bin ich dafür, daß die Formulierung "als schmachvollen Rückfall in eine überwundene Barbarei" gestrichen wird. Das kommt mir im Vergleich zu dem Stil, den Sie sonst haben, ein bißchen unsachlich vor.
Ich würde vorschlagen, die Formulierung also etwas zu kürzen. Rein redaktionell-stilistisch ist auf diesen Punkt gegenüber den anderen Punkten zuviel Gewicht gelegt. Wenn *Haußleiter* sich entschließen könnte, den Gedanken zu halten, aber die Formulierung etwas zu kürzen, so glaube ich, würde das ganze Programm gewinnen.
Sporer: Ich würde auch bitten, das Wort Antisemitismus nicht anzuführen. Wir sind nicht schuldig und haben es daher auch nicht nötig, uns zu entschuldigen. Wenn wir uns in solche Einzelheiten verlieren, kommt höchstens etwas anderes heraus. Die Judenfrage ist nun eine Frage, die noch nicht aus der Welt geschaffen ist. Ich bin kein Antisemit, war es früher auch nicht. Wenn ich aber heute an unser Bogenhausen oder andere "Ortschaften" denke, wo mehr andere da sind als die Daigen [sic!], dann können einem schon hie und da einige Gedanken kommen, die mit der größten Liebenswürdigeit nicht mehr vereinbar sind. Es können in den nächsten Jahren Zeitläufe und Forderungen an uns herantreten, wo wir dann und wann vielleicht verpflichtet sind, im Interesse der Selbsterhaltung, des Anstandes und der Achtung vor uns, gegen dieses und jenes etwa Stellung zu nehmen, selbst wenn es uns nicht angenehm ist. Ich betone das ausdrücklich. Dann müssen wir ein bißchen weiter sehen. Deshalb möchte ich dergleichen Formulierungen in dem Programm lieber nicht haben. Wenn es die Zeit bringt, werden wir für dies und das einstehen. Wir werden auch dafür einstehen, daß die Juden da bleiben. Aber wir müssen jetzt vorsichtig auf diese Sachen hinwei-

sen. Sonst klingt es nach Zeitgeschmack. Es kann eine Zeit geben, wo andere Dinge wieder Mode sind.
Dr. *Stürmann*: Ich wiederhole noch einmal meinen Antrag. Ich stelle offiziell den Antrag auf Schluß der Debatte. Eine Fortsetzung der Debatte hat keinen Wert. Wir kommen von einer prinzipiellen Frage zur anderen. Wir können alle diese Fragen jetzt nicht erledigen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Wir müssen aber vorher eine Frage klären, die Frage des Pathos. Soll die Formulierung in Ziffer 2 so bleiben, wie sie drinsteht? Diese Frage muß geklärt werden. Sonst haben wir den Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und haben nachher etwas im Programm, das uns nicht gefällt. Ich bitte daher, diese Debatte zu Ende führen zu lassen.
Ich bitte, die Worte nochmals zu lesen. Sollen sie so pathetisch stehen bleiben? Mir scheinen sie auch etwas pathetisch zu sein.
Sporer: Das kann ein Redaktionskomitee ändern. Wir müssen jetzt an den Wahlkampf denken.
Haußleiter: Die Formulierung lautet:

> Darum lehnen wir jede Art von Rassenhaß, und insbesondere den antisemitischen, als schmachvollen Rückfall in eine überwundene Barbarei mit Entschlossenheit ab.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist zu pathetisch. Man braucht bloß einige Worte zu streichen.
Staab: Ich schlage vor: Darum lehnen wir jede Art von Rassenhaß ab.
Haußleiter: Es würde dann heißen:

> Darum lehnen wir jede Art von Rassenhaß, und insbesondere den Antisemitismus, mit Entschlossenheit ab.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde vorschlagen, es ganz nüchtern bei der Formulierung zu belassen:

> Deshalb lehnen wir jede Art von Rassenhaß ab.

Einverstanden?
(Kein Widerspruch.)
Meldet sich sonst noch jemand zu den Richtlinien zum Wort?
Ott: Wie wäre es, wenn die Richtlinien noch mit dem Untertitel versehen werden könnten "30 Punkte". Die Richtlinien würden viel mehr verlangt werden, wenn es heissen würde 30 Punkte. Die Leute würden dann fragen: Was sind das für 30 Punkte?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir haben die Richtlinien. Der eine kann 30 Punkte sagen, der andere etwas anderes. Wir wollen nicht an den 30 Punkten festhalten. Wenn wir die Richtlinien weiterentwickeln, kommen wir vielleicht zu 31. Infolgedessen bleiben wir bei dem Titel.
Dr. *Hundhammer*: Der Gedanke wäre aber propagandistisch ganz gut.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Man kann es ohne weiteres so machen, daß man in der Propaganda von 30 Punkten spricht.

(Unruhe, Widerspruch.)

In der offiziellen Auflage bleibt es beim Titel. *Gerathewohl* müßte die Richtlinien dann bei der Verarbeitung für Reden 30 Punkte taufen. Wir wollen in der offiziellen Beschlußfassung daran festhalten, daß es die Richtlinien sind. *Hundhammer*, wenn wir

offiziell 30 Punkte beschließen und später fällt einer weg, dann haben wir das Dilemma.
Dr. *Hundhammer*: Dann machen wir einen dazu.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Infolgedessen lassen wir es bei den Richtlinien und in der propagandistischen Verbreitung heißen wir sie 30 Punkte.
Haußleiter: Diese Richtlinien sollen nicht theoretische Richtlinien sein, sondern die Jugend für die Union gewinnen und unsere Politik klarmachen. Deshalb brauchen die Richtlinien einen propagandistischen Titel. Deshalb habe ich vorgeschlagen 30 Punkte der Union. Wenn einer wegfällt, machen wir einen anderen dazu.
Ich schlage vor "30 Punkte der Union zur Tagespolitik". Dann klingt die Sache und die Leute draußen können sich an etwas halten. Das ist Propaganda. Das andere ist professoral und klingt irgendwie theoretisch.
Gerathewohl: Ich schlage vor "Die 30 Punkte für die Arbeit der Union" als Untertitel. Das verpflichtet auch nicht so sehr.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wie lautet der Antrag, *Gerathewohl*?
Dr. *Gerathewohl*: "Die 30 Punkte für die Arbeit der Union" als Unterzeile.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde es praktisch so handhaben, daß man es bei den "Richtlinien" beläßt. Dann hat man etwas Offizielles. Dann kann man in der Propaganda darunterschreiben "Die 30 Punkte".
Dr. *Arnold*: So ist es ja gemeint.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Also, es bleibt die offizielle Überschrift, darunter "Die 30 Punkte für die Arbeit der Union".
Einverstanden?
(Kein Widerspruch.)
Dann kommen wir zur Schlußabstimmung. Wir stimmen jetzt zunächst über das Grundsatzprogramm ab. Es braucht nicht mehr verlesen zu werden. Dabei erhebt sich die Frage der Abstimmungsberechtigung. Ich glaube, bei einem Programm, wie wir es jetzt entwickelt haben, sollten wir keine Formalität wegen Stimmrecht usw. erheben. Wir sind in diesem Falle, glaube ich, als Union aufgetreten. Deswegen können meiner Ansicht nach alle, die daran mitgearbeitet haben, darüber bestimmen.
Einverstanden?
(Kein Widerspruch.)
Dann lasse ich darüber abstimmen. Ich stelle den Antrag:

> Das Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union wird in der vorgelegten und heute beschlossenen Formulierung angenommen und mit sofortiger Wirkung vorbehaltlich der endgültigen Zustimmung der Landesversammlung in Kraft gesetzt.

Denn beschließen muß es endgültig die Landesversammlung.
Der Antrag ist bekannt. Wer enthält sich?
Wer ist dagegen?
Dr. *Horlacher* stimmt gegen das Programm. Das Programm ist gegen die Stimme Dr. *Horlacher* einstimmig angenommen.
Wir kommen zur Abstimmung über die Richtlinien bzw. die 30 Punkte. Ich stelle den Antrag:

> Die Richtlinien für die Arbeit der Christlich-Sozialen Union in der Formulierung der heute beschlossenen 30 Punkte werden vorbehaltlich der Genehmigung der Landesversammlung angenommen und in Kraft gesetzt.

Der Antrag ist bekannt. Ich lasse darüber abstimmen.
Wer enthält sich?
Dr. *Horlacher*: Ich enthalte mich.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Horlacher* enthält sich.
Wer ist dagegen?
Der Antrag ist bei einer Stimmenthaltung angenommen.
Meine lieben Freunde! Ich danke allen, die an diesem Programm und an den Richtlinien mitgearbeitet haben. Ich danke den Referenten und Ihnen allen für die intensive und aktive Mitarbeit bei diesem Programm und bei den 30 Punkten. Ich hoffe, daß damit eine Grundlage für die Arbeit der Christlich-Sozialen Union gefunden ist. Ich hoffe, daß dieses Programm von der Union und von jedem einzelnen Mitglied und Anhänger der Union in die Tat umgesetzt wird.

(Lebhafter Beifall.)

Hoffen wir, daß unsere Jugend glücklich wird, glücklicher als wir heute sind. An uns ist es gelegen, meine lieben Freunde, heute dafür zu sorgen, daß die Einigung all der Menschen, die sich in der Union zusammengefunden haben, all der Männer und Frauen, unserem Volke zu Nutz sein wird. Stelle jeder seinen Eigennutz zurück und diene er durch Verwirklichung des Programms in der Union und mit der Union dem Volke in seiner Gesamtheit. Diene er der bayerischen Heimat, diene er Deutschland und diene er darüber hinaus der gesamten Menschheit.
Ich danke Ihnen. Wir fahren in unserer Tagesordnung weiter.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ziffer 2 der Tagesordnung lautet: "Durchführung der Landtagswahlen".
Ich gebe Herrn *Liedig* das Wort zur Berichterstattung über die technische Durchführung der Landtagswahlen.
Liedig: Da wir bereits wieder über 17.15 Uhr haben und eine Reihe von Herren von auswärts schon weg sind, möchte ich schnell noch einige technische Dinge von allgemeinem Interesse bekanntgeben, damit die Herren, die nachher ebenfalls weg müssen, darüber im Bilde sind.
Zunächst einmal ist für jeden Kandidaten die Möglichkeit gegeben, für die Dauer des Wahlkampfes für ein Kraftfahrzeug die Freistellung von der 80-km-Beschränkung und vom Samstag-Sonntag-Fahrverbot zu erhalten. Dazu ist lediglich erforderlich, daß der betreffende Kandidat bei der für seinen Wohnsitz zuständigen Fahrbereitschaft einen entsprechenden Antrag stellt. Er bedarf dazu des Nachweises, daß er als Kandidat nominiert ist. Nach der Besprechung, die ich mit dem Herrn Verkehrsminister, unserem Parteifreund *Helmerich*, hatte, hält er es für ausreichend, wenn der Bezirksverband, der die Wahlkreisvorschläge eingereicht hat, eine entsprechende Bestätigung ausstellt, daß die Frau soundso oder der Herr soundso als Kandidat im Wahlkreis da und da aufgestellt worden ist. Die Fahrbereitschaften haben eine entsprechende Anweisung erhalten. Sollten sich da und dort Schwierigkeiten ergeben, so bitte ich sofort um telegraphische oder fernmündliche Mitteilung, um hier bei dem Nahbevollmächtigten die Sache sofort regeln zu können. Es braucht sich nicht um ein Fahrzeug zu handeln, das dem betreffenden Kandidaten als Eigentümer gehört, sondern der Kandidat kann jedes andere Fahrzeug eines Parteifreundes nominieren. Er kann sich diese Genehmigungen auch fallweise, heute für dieses und morgen für jenes Fahrzeug, geben lassen. Darüber hinaus sind für die Parteiarbeit für die Dauer des Wahlkampfes für jeden Bezirksverband Genehmigungen für drei Fahrzeuge zugestanden

worden. Die Bezirke sind schon, teils telegraphisch, teils telephonisch, aufgefordert worden, Fahrzeuge zu benennen. Nach dem augenblicklichen Stand der Regelung sollte es so sein, daß diese drei Fahrzeuge für fest genannt werden. Wir haben im Arbeitsausschuß der politischen Parteien in Bayern beim Referenten die Vorstellung erhoben, daß das unzweckmäßig sei, und gebeten, daß man auch in diesem Falle fallweise die Genehmigungen erteilen möge. Es ist uns eingewandt worden: Ja, da könnten dann doch eine Reihe von Durchstechereien und Schiebungen erfolgen. Es wird augenblicklich noch an einer Lösung gearbeitet, um dieses Problem zu regeln. Wir hoffen, die Regelung durchsetzen zu können, daß jeder Bezirksverband drei Blankoanweisungen für ein Fahrzeug bekommt und daß diese mit einem entsprechenden Begleitschreiben von Fahrzeug zu Fahrzeug wechseln können, so daß in jedem Bezirk drei Fahrzeuge eingesetzt werden können.
Die Treibstoffzuteilung ist grundsätzlich durch ein Eingreifen der Militärregierung geregelt worden. Die praktischen Aussichten kann ich im Augenblick noch nicht formulieren. Ich hoffe aber, in der Lage zu sein, spätestens am Samstag den Bezirken eine erste Benzinrate zur Verfügung stellen zu können.
Die Militärregierung hat eine Ausdehnung der Genehmigungen für Plakat- und Flugzettelwerbung erteilt, und zwar in zwei Richtungen. Zunächst einmal dürfen die von uns vorgeschlagenen Flugzettel "Köpfe der Union" verbreitet werden. Ich bitte die Herren Bezirksvorsitzenden also, diejenigen Kandidaten und Kandidatinnen zur Landtagswahl, die auf diese Form der Werbung Wert legen und die die erforderlichen Unterlagen noch nicht zur Verfügung gestellt haben, zu veranlassen, schnellstens ein Lichtbild und einen für propagandistische Zwecke auswertbaren und [zu] formulierenden Lebenslauf zur Verfügung zu stellen. Wenn wir nicht bis spätestens Freitag nächster Woche im Besitz dieser Unterlagen sind, ist es technisch unmöglich, diese Plakatköpfe der Union noch zuverlässig zu liefern.
Eine weitere technische Sache ist die Redneranforderung. Wir haben bereits im August das erste Rundschreiben in dieser Angelegenheit hinausgegeben und seitdem mehrere, praktisch ohne durchschlagenden Erfolg. Die Kraftfahrzeug- und Benzinlage macht es erforderlich, daß bei diesem Wahlkampf eine fachliche Gruppierung des Rednereinsatzes erfolgt, soweit es sich um Redner handelt, die von außen her angefordert werden. Wir bitten deshalb nochmals, diese Anforderungen an den Bezirksverband zu geben und nachrichtlich an die Landesgeschäftsstelle, soweit es sich um Redner handelt, die durch die Landesgeschäftsstelle vermittelt werden sollen, damit es möglich ist, die Gruppierungen vorzunehmen, daß also beispielsweise etwa der Herr Präsident Dr. *Horlacher* an drei, vier Tagen zusammenhängend das ganze Gebiet der Oberpfalz bereist und nicht am Dienstag in der Oberpfalz, am Mittwoch in Schwaben und am Donnerstag wieder in der Oberpfalz und am Freitag in Mittelfranken reden soll. Das Ziel ist, daß praktisch gruppiert werden kann.
Ich darf nochmals darauf hinweisen, daß wir, durch die Benzin- und Reifenlage gezwungen, solche Gruppierungen vornehmen müssen. Sonst blockieren wir den Rednereinsatz. Außerdem werden dadurch viele unnötige Blitzgespräche und Telegramme vermieden. Bei dem Wahlgang vom 30. Juni haben wir in den letzten zehn Tagen fast 2000 Mark Postgebühren gehabt für solche Umgruppierungen von Rednern, wo es nicht mehr klappte, weil die Anforderungen nicht rechtzeitig gestellt worden waren. Wir können uns diesen Luxus diesmal keinesfalls leisten.
Bei Redneranforderungen noch eine technische Bitte. Die Anforderung "Wir brauchen einen Flüchtlingsredner" ist unvollständig. Wenn möglich, bitte ich doch anzuge-

ben: Ein Flüchtlingsredner, möglichst Sudetendeutscher oder möglichst Schlesier oder aus dieser oder jener Fachgruppe usw., damit wir in der Lage sind, auf die örtlichen Verhältnisse der Flüchtlingsstreuung Rücksicht zu nehmen. Es ist sicherlich wirksamer, wenn vor den Sudetendeutschen ein Sudetendeutscher spricht und nicht ein Schlesier und umgekehrt.
Dann bitte ich nochmals, daß uns von den gegnerischen Plakaten, Flugzetteln usw. schnellstens Belegexemplare zugeleitet werden, damit wir in der Lage sind, entsprechende Gegenplakate und Texte, zumindest für Redner, schleunigst zur Verfügung zu stellen. Ebenso bitten wir, daß uns wichtige gegnerische Versammlungen, bei denen prominente Redner - etwa bei der SPD in Franken Herr *Schumacher* - usw. angekündigt werden, schnellstens mitgeteilt werden, damit wir ebenfalls in der Lage sind, einen guten Diskussionsredner zu solchen Veranstaltungen zu entsenden.
Wir bitten, uns, wenn möglich, die Texte der örtlichen Plakat- und Flugblattwerbung rechtzeitig zuzuleiten, bevor sie in Druck gegeben werden sollen. Die politische Abteilung der Militärregierung von Bayern hat ein Interesse daran, im vorhinein zu wissen, wie und wo unser Wahlkampf praktisch massiert wird. Es erleichtert uns das Verhandeln mit dieser Stelle für Sondergenehmigungen dieser oder jener Art. Wir haben hier hinten an der Wand ein allgemeines Versammlungseinladungsplakat. Ein ähnliches ist noch in Arbeit. Dieses ist vom ICD für ganz Bayern genehmigt. Wir können also mit diesem Plakat und einem ähnlichen Entwurf in Zukunft auch in den kleinsten Ortsversammlungen Ort, Zeit, Thema und Redner einsetzen, ohne daß etwa von Wegscheid jemand nach Regensburg zum ICD fahren muß, um es dort genehmigen zu lassen. Das ist eine wesentliche Erleichterung gegenüber den derzeitigen Anordnungen der Militärregierung.
Und noch ein letztes, das Thema Papier: Alle fünf Parteien haben den Antrag gestellt, daß das Dezember-Papierkontingent in den Wahlkampf hineingearbeitet wird. Die Militärregierung hat sich damit einverstanden erklärt. Es wird aber wahrscheinlich auf gewisse Schwierigkeiten stoßen, da die Landesstelle Papier nicht in der Lage ist, uns diese Papiermenge rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Wir haben nun aus Mitteilungen aus dem Lande erfahren, daß da und dort Druckereien noch in der Lage sind, Aufträge örtlicher Organisationen der Partei entgegenzunehmen und mit vorhandenem oder greifbar zu machendem Papier zu drucken. Dann ist es aber erforderlich, daß wir von draußen rechtzeitig die formularmäßige Anforderung dieser Druckerei bekommen, um ihr die entsprechenden Kontingentsscheine zuleiten zu können. Wir müssen aber - und das ist eine Bitte, um deren sorgfältige Beachtung ich Sie bitte - darauf drängen, daß nichts gedruckt wird, bevor der Kontingentsschein von uns zugegangen oder zum mindesten fernmündlich oder telegraphisch zugesagt ist. Denn mit Ablauf des Jahres 1946 tritt voraussichtlich eine grundsätzliche Änderung in der Papierbewirtschaftung für die politischen Parteien ein, und es kann sein, daß wir jetzt vorzeitig ausdrucken und mit dem Dezemberkontingent nicht zurechtkommen und bei den neuen Regelungen für das Jahr 1947 bereits mit einem Minus in die Verhandlungen gehen und dadurch einen sehr schlechten Start haben. Ich bitte also, über solche Papiermöglichkeiten draußen erst zu verfügen, wenn Sie die Zusage von uns haben, daß der Kontingentsschein von uns dafür zur Verfügung steht.
Soviel zu den technischen Dingen des Wahlkampfes.
Schwägerl: Ich bitte, bei den Benzinzuteilungen auf die Größe des Gebietes Rücksicht zu nehmen. Es muß vermieden werden, daß ein kleiner Landkreis genauso viel Benzin bekommt wie ein großer.

Liedig: Ein sehr wichtiger Punkt ist gestern während meiner Anwesenheit bei der Militärregierung behandelt und geklärt worden. Das ist die Frage, die gestern schon in Regensburg wegen der Genehmigung politischer Wahlversammlungen gestellt wurde. Grundsätzlich sind wir von der Genehmigung von Wahlversammlungen durch die örtliche Militärregierung befreit. Sie müssen nur 48 Stunden vorher angemeldet werden, einer Genehmigung bedarf es nicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Dann können wir vielleicht kurz über den Wahlkampf als solchen debattieren.
Dr. *Schedl*: Ich wollte abschließend zu den Wahlvorbereitungen fragen, ob ein Vertrauensmann für den Landeswahlvorschlag bereits bekannt ist. Er und ein Stellvertreter müssen auf dem Wahlvorschlag der Wahlkreise wegen der Restsitzverteilung aufgeführt werden.
Liedig: Das ist noch nicht bekannt.
Dr. *Schedl*: Zur Restsitzverteilung muß ein Landeswahlausschuß gebildet werden. Dazu ist notwendig, daß die Parteien die Leute hineinentsenden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir sind bisher noch nicht dazu aufgefordert worden. Wenn aufgefordert wird, werden wir einen der Parteifreunde benennen. Es wird natürlich im Augenblick noch schwierig sein zu bestimmen, wer es sein wird.
Sauer: Im Gesetz- und Verordnungsblatt steht der Termin.
Fischer: Letzte Frist ist Sonntag abend 20 Uhr.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde vorschlagen, daß wir zwei Münchner dafür bestellen. Das letzte Mal war es *Pflaum*. Wer war noch mitbestellt? - *Holzmann* war noch bestellt. Ich glaube aber, er ist abgelehnt worden.
Liedig: Nein, er hat selbst abgelehnt. Es darf kein Kandidat sein.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wen sollen wir in München bestellen? Am besten bestellt ihn München. Darf ich vorschlagen: *Pflaum* und *Grasmann*.

(Zuruf: *Gerathewohl*!)

Dann darf ich vielleicht *Pflaum* und *Grasmann* benennen?

(Zuruf: *Haunhorst*!)

Pflaum, geben Sie vielleicht Ihre genaue Anschrift bekannt.
(*Pflaum* gibt seine Personalien an.)
Es ist *Haunhorst* vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden, wenn *Haunhorst* als zweiter bestellt wird?
(Kein Widerspruch. *Haunhorst* gibt seine Personalien an.)
Fischer: Der Betreffende muß wahlberechtigt sein. Das Kennwort ist noch wichtig. Es muß auf allen Wahlvorschlägen gleich sein:
Christlich-Soziale Union in Bayern, Liste Nr. 1.

(Zuruf: Wann ist die Wahl?)

Liedig: Die Neue Zeitung hat 8. Dezember gebracht. Wir haben bei der Militärregierung zurückgefragt. Diese hat erklärt, es sei beim 1. Dezember geblieben. Die Bayerische Regierung hat anscheinend den 1. bestimmt.
Staatssekretär *Ehard*: Ich weiß nichts anderes als 1. Dezember.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Debatte darüber ist beendet. Ich würde jetzt vorschlagen, daß Dr. *Gerathewohl* zur allgemeinen Propaganda spricht und dabei gleichzeitig die anderen Parteien mitbehandelt.

Dr. *Gerathewohl*: Zunächst einmal einige Äußerlichkeiten für die Wahlpropaganda, die jetzt draußen von den Bezirks- und Kreisverbänden selbst ausgeht. Ich halte es für sehr wichtig, wenn überall den Wählern eingeprägt wird: Liste 1. Das hat das letze Mal etwas versagt. Man muß an die vielen alten Leute denken. Wir müssen als Liste 1 überall plakatieren. Vielleicht läßt sich für diese Plakate noch ein Aufdruck machen, wenigstens für die letzten acht Tage. Das ganze Volk muß wissen: Union ist Liste 1.
Dann darf ich noch darauf hinweisen, daß sich in vielen Gegenden der Lautsprecherwagen sehr bewährt hat, auch das letze Mal wieder. Soweit Sie irgendwie können, meine Parteifreunde, versuchen Sie, auf einen gewöhnlichen Wagen einen Lautsprecher zu montieren, um damit vor allem das platte Land zu besuchen. Es genügt unter Umständen, wenn am Abend die Bauern für zehn Minuten auf dem Dorfplatz zusammenkommen und ein Wort gesagt wird. Besonders erfolgreich ist so ein Wagen vor den Wahlen. Ich stehe auf dem Standpunkt, es ist besser, wenn diese Worte wirklich eindringlich und wirksam gesprochen werden, als wenn man bloß eine Versammlung einberuft, die vielleicht weniger günstig verläuft oder einen weniger guten Erfolg hat. Überhaupt bitte ich immer zu überlegen: Lieber keine Versammlung als eine Versammlung, über deren Erfolg man sich nicht von vornherein, was den Redner anbetrifft, einigermaßen klar ist.
Dann möchte ich dringend empfehlen, daß alle Vorsitzenden, die eine Versammlung leiten, nicht vergessen, die Redezeit für die Diskussionsredner grundsätzlich zu beschränken. Es ist nämlich schon vorgekommen, daß aus einer Unionsversammlung eine SPD-Versammlung gemacht wurde, wenn die Redezeit unbeschränkt war. Man darf nicht vergessen, daß nach dem demokratischen Prinzip der Diskussionsredner zwei Stunden sprechen kann, wenn die Redezeit nicht beschränkt ist. Ich würde vorschlagen, daß man das der Versammlung überläßt mit der Wendung: Ich schlage vor, daß man die Redezeit beschränkt. Aber dieser Satz muß gesprochen werden.
Wenn sogenannte prominente Redner kommen, so bin ich dafür, daß man die Veranstaltung als Kundgebung aufzieht und bei derartigen Kundgebungen unter Umständen, wie es durchaus üblich ist, eine Diskussion überhaupt nicht stattfinden läßt. Besonders wenn in den letzten 14 Tagen die Redner, die von München irgendwohin kommen, am selben Abend noch woanders sprechen sollen, kann niemand verlangen, daß sich der betreffende Freund irgend etwas von der anderen Seite anhört. Man kann es unter Umständen so machen, daß man diejenigen, die etwa zur Diskussion sprechen wollten, auf eine Versammlung in den nächsten acht Tagen hinweist und sagt: Sie haben dann auch Gelegenheit sich zu äußern, aber der Präsident Dr. *Horlacher* hat jetzt nicht mehr Zeit, länger in der Versammlung zu sein und Ihnen darauf noch Antwort zu geben. Es hat sich als notwendig erwiesen, darauf hinzuweisen, weil es gerne übersehen wird.
Dann bitte ich besonders zu bedenken, daß es unter Umständen mindestens so wirksam, wenn nicht wirksamer ist, wenn man in gegnerischen Versammlungen geeignete Diskussionsredner auftreten läßt. Die Schulung der Diskussionsredner ist außerordentlich wichtig. Wir haben schon in den verschiedensten Bezirken Rednerkurse abgehalten und auch Richtlinien dafür aufgestellt. Ich glaube, es wird unter Umständen genügen, wenn Parteifreunde sich ein paar Stunden zusammensetzen und überlegen, was für ein Aktionsprogramm von den anderen Parteien vorliegt, und wenn sie ausmachen: Du gehst dahin und dorthin und hast das und das zu sagen. Besonders dem weniger geübten Redner muß man das sagen. Das gilt vor allem für unsere Jugend,

die sich jetzt, wie ich mit Freude feststelle, auch rednerisch im Wahlkampf betätigt. Aber es besteht die Gefahr, daß sie sich leicht einmal überschlägt.
Dann möchte ich besonders warnen, was das Verhältnis zu anderen Parteien angeht. Ich bin der Ansicht, daß der grundsätzliche Kampf gegen die anderen Parteien eigentlich von der Landesversammlung oder nach den Grundsätzen der Partei zu regeln ist. Die Verhältnisse liegen bei den Parteien ganz verschieden. Ich bitte, auch das zu beachten. Es gibt Gegenden, wo das Verhältnis zur SPD z.B. im allgemeinen günstiger ist als in anderen Gegenden. Grundsätzlich geht mein Vorschlag dahin, daß wir uns ans Positive halten, wenn wir uns z.B. zur Sozialdemokratie abgrenzen - und das müssen wir. Es darf nicht so gesprochen werden, daß man am Schluß nicht weiß, ob der Redner ein SPD-Redner oder einer von uns war. Aber wir brauchen deshalb nicht zu stark zu polemisieren. Wir können z.B. sagen, um ein Beispiel anzuführen: Wir sind dafür, daß der Staat auf christlicher Grundlage aufgebaut wird. Wir wissen, daß es andere Parteien auch gibt. Aber es ist etwas anderes, ob ich, wie die SPD, sage: "Religion ist Privatsache" oder wie die CSU "Die Religion oder das Christentum ist eine Grundlage des Staates". Diese Art, positiv aufzubauen, halte ich gerade gegenüber der Sozialdemokratie für sehr wichtig. Zweifellos kommen wir auf diese Weise weiter.
Der Kampf muß sehr scharf gegen die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung geführt werden. Da stehen wir mit der Sozialdemokratie gleich. Ich habe das Gefühl, daß nach den Vorkommnissen der letzten Wochen die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung doch erheblich an Ansehen im Volke verloren hat. Ich habe diese Feststellung wiederholt getroffen. Das Absplittern der drei oder vier Abgeordneten ist nicht ohne Wirkung geblieben.
Trotzdem ist Herr *Loritz* außerordentlich aktiv. Ich möchte übrigens bei der Gelegenheit den Herrn Landesvorsitzenden dringend bitten, möglichst schon die nächste Rundfunkansprache selber zu halten und nicht zu übersehen, daß *Loritz* bereits das zweite Mal im Rundfunk gesprochen hat, und zwar sehr wirksam. Ich bitte auch den Herrn Landesvorsitzenden, dafür zu sorgen, daß die anderen Damen und Herren, die sprechen, jeweils auf unser Programm hinweisen. Immer wieder hören wir draußen: Die Union hat kein Programm. Es muß mit allen Mitteln, durch die Tagespresse, aber auch durch den Rundfunk bei jeder Rede, gesagt werden: Die Union hat ihr Programm; das sind die wichtigsten Sätze! Ich bin sehr dafür, daß die Rundfunkansprachen besonders gepflegt werden als außerordentlich wichtige Propaganda, da ein ganz geringer Prozentsatz in die Versammlungen geht und ein viel größerer Prozentsatz die Rundfunkansprache hört. Ich möchte dann noch die Versammlung fragen, ob es recht ist, wenn wir jetzt aus diesen beiden Programmen, aus dem Grundsatzprogramm und aus den Richtlinien heraus, für die jetzige Propaganda ad hoc eine Art Exzerpt herausarbeiten, das zum Teil für Plakate oder Flugzettel in Frage kommt. Wenn man sich damit einverstanden erklärt, wäre ich bereit, dem Landesvorsitzenden bis Montag einen derartigen Vorschlag zu unterbreiten. Dabei glaube ich, daß nicht allgemeine Begriffe wie Christentum oder Bekenntnisschule herausgegriffen werden sollen, sondern aktuelle Fragen, was wir im *Haußleiter*-Programm zu den aktuellen Fragen zu sagen haben. Es geht bei der ganzen Wahlpropaganda nicht so sehr darum, das eigentlich Grundsätzliche zu betonen - das haben wir bei den drei vorhergehenden Wahlgängen schon getan. Man weiß: Christliche Partei, Bekenntnisschule -, sondern daß wir mehr die Probleme herausstellen, die auf den Fingern brennen, die für die Arbeit des künftigen Landtags wichtig sind, wobei wir die Gefahr der Sozialdemokratie und die Gefahr des Marxismus durchaus unterstreichen müssen, die Gefahr der

Vermassung der Menschen. Ich werde mir erlauben, in ein paar Schlagworten das herauszuarbeiten, was für das kurze Programm in Frage kommt. Ich bitte, etwaige Anregungen für den Redner-Dienst der nächsten 14 Tage bis drei Wochen zu geben.
Sporer: Ich habe verschiedene Wahlversammlungen mitgemacht. Eines ist mir immer aufgefallen: Wir haben nie vom Gegner gesprochen. Gewiß, wir wollen nicht die falsche Kampfesweise machen. Es geht nicht an, daß der Redner sagt, die Hauptsache ist, daß Sie wählen; was Sie wählen, ist nicht wichtig. Schließlich hat er für unsere Partei zu sprechen, muß die Vorzüge unserer Partei herausstreichen, nicht vor lauter Liebenswürdigkeit das vergessen. Die anderen sind weniger friedfertig. Es gehört schon recht viel gute Meinung für uns her. Wir müssen einen gewissen Gegensatz in Kauf nehmen, die anderen machen ihn auch. Drum sind wir gezwungen, Stellung zu nehmen. Wenn unser Herr Landesvorsitzender am Rundfunk spricht, würde ich bitten, daß er das Wort "Bayern" nicht ganz vergißt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich hätte es an und für sich nicht getan. Ich stelle mir vor, daß ich erst am letzten Dienstag vor der Wahl spreche.

(Zuruf: Zweimal!)

Zweimal nicht. Wir haben so viele Leute in der Union, daß ich das nicht so machen kann wie der Herr *Loritz*, der dort allein redet und andere niederhält. Bei uns muß jeder zu Worte kommen können, auch eine Frau. Wir müssen überlegen, wer dann noch, ein Junger vielleicht. Dann denke ich, daß ich am letzten Dienstag vor der Wahl noch zusammenfasse. Es kann sein, daß soviel Aktuelles da ist, wo man hineinschlagen und hineinhauen muß. Dieser Wahlkampf muß sehr scharf geführt werden. Wir weichen der Schärfe nicht mehr aus, nach keiner Seite.
Wir wollen uns darüber klar sein, am schärfsten werden wir uns auseinandersetzen mit der Wiederaufbaupartei. Denn dort liegt die Gefahr, daß alle Negativen auf der Grundlage des Negativismus gesammelt werden. Dagegen müssen wir mit allen Mitteln angehen. Ich habe eine Pressekonferenz gehalten, die die letzte defensive war; sie war aber bereits offensiv. Ich habe das Protokoll bekanntgegeben über den Ausschluß von *Loritz* aus der früheren Wirtschaftspartei. In Wirklichkeit steht fest, daß er aus ganz anderen Gründen herausgegangen ist. Ich versuche mit allen Mitteln noch den Termin in den beiden Sachen zu bekommen, die ich mit ihm hängen habe.
Daß er aus der Anwaltschaft ausgeschieden ist, ich kann ruhig unter Freunden sagen: Ich habe den Artikel nicht gekannt; ich wäre sonst nicht gleich auf diese persönliche Ebene gegangen. Ich übernehme die Verantwortung und Deckung für den Mann, der den Artikel geschrieben hat. - In dem Termin werde ich den Wahrheitsbeweis dafür antreten, daß er aus der Anwaltskammer ausgeschieden bzw. ausgeschieden worden ist. Es steht fest, daß von der Anwaltskammer zwei Urteile gegen ihn erlassen worden sind, das kommt irgendwie in die Versammlungen hinein. Den Termin möchte ich unbedingt vorher haben. Ich glaube, die Akten stehen jetzt zur Verfügung. Wenn die Akten da sind, dann gelingt, nach dem, was ich weiß, der Wahrheitsbeweis.
Ich möchte dabei gerne auch eine Feststellung haben, die ich getroffen habe, als ich einen kurzen Auszug aus einem Gestapoprotokoll bekommen habe, das in Verbindung mit der *Harnier*-Gruppe aufgestellt ist. Den Auszug kenne ich. In dem Auszug ist auch festgehalten, daß damals zum mindesten erwogen wurde, *Loritz* auf den Geisteszustand zu untersuchen. Ich habe diesen Auszug bereits der Presse bekanntgegeben. Wir müssen gegen *Loritz* aufs Ganze gehen. Wenns dabei Fetzen gibt, dann gibts eben Fetzen. Ich bitte nur um eines: Bleiben wir da geschlossen, auch jetzt! Das gilt für

Müller, gilt für *Pfeiffer*, *Horlacher*, für jeden, der während des Wahlkampfes attackiert wird. Geschlossenheit! Nicht, daß sich *Loritz* berufen kann, daß er aus der Union aufgefordert wurde, gegen mich vorzugehen - sind diese Dissonanzen da, dann können sie noch ausgetragen werden, aber nicht in diesem Zeitpunkt. Da muß die Geschlossenheit nach außen deutlich zum Ausdruck kommen. Das zum Thema *Loritz*.
Die kleineren Parteien: Die Demokraten werden nach meinem Empfinden mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg arbeiten, vor allem in Franken, und zwar aufgrund der Stellungnahme *Dehlers* in der Frage der Haltung zu Deutschland. Lieber *Sporer*, ich werde bestimmt, so wie ich es getan haben, wie es nicht nur Taktik, sondern meine Auffassung ist, gleichzeitig für Bayern und für Deutschland dastehen. In Franken geht der Kampf um Deutschland in allen Parteien viel stärker, als er hier im Gange ist. Darauf ist Rücksicht zu nehmen. Ich bitte infolgedessen auch die Redner, die hier auftreten, dabei nach Franken zu schauen. Reden Sie ruhig für Bayern, so stark und kräftig Sie wollen, aber vergessen Sie dabei nicht zu betonen, daß der gute Bayer auch ein guter Deutscher ist!

(Zuruf *Sporer*: Das wissen wir schon!)

Aber *Sporer*, auch das muß betont werden nach außen. Es würde sonst nicht nur in Franken uns zu schaffen machen; auch die Flüchtlinge wollen dieses Wort hören,

(Sehr richtig!)

eindeutig hören!
Meine lieben Freunde! Die Frage der Sozialdemokratie: Es gibt bei uns Freunde, die *Hoegner* für die aktive Arbeit loben, die er beim Aufbau der Verfassung geleistet hat. Es muß das auch anerkannt werden. Wir haben, ich glaube, man kann es ruhig meinen, eine gute Fassung der Verfassung in der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie erreicht. Trotzdem wollen wir nicht verkennen: Die Sozialdemokratie ist und bleibt unser Konkurrent, und die Personalpolitik der Sozialdemokratie belastet die Zusammenarbeit sehr stark.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, wir sollten das ruhig anklingen lassen, daß solche Vorbelastungen für die Zusammenarbeit in der Zukunft gefährdend sein können. Es hat keinen Sinn, immer nur Freundschaftsbeteuerungen zu machen. Ich vermisse Freundschaftsbeteuerungen von der gleichen Wärme für die Union, wie sie bei uns manchmal für die Sozialdemokratie gefunden worden sind. Sie werden kaum namhafte Vertreter der Sozialdemokratie in der Vergangenheit gehört haben, die so oft die Zusammenarbeit mit der Union betont haben, wie das von unserer Seite doch vielfach geschehen ist. *Hoegner* hat es in der letzten Zeit getan. Er hat bekanntlich *Schlögl* auf dem Parteitag der Sozialdemokratie in Ingolstadt besonders gelobt und ausgezeichnet. Wir wollen das ruhig anerkennen. Auf der anderen Seite sind wir uns darüber klar: unser Volk und unsere Jugend erwartet von uns eine klare Linie.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Vor allem die Jugend erwartet, daß keine Verwaschenheit in den Linien eintritt. Das könnte sehr störend und sehr gefährdend für die Arbeit in der Union werden.
Ich bitte infolgedessen, wenn die Frage der Koalition aufgeworfen wird, zu berücksichtigen, daß die Entscheidung darüber, ob eine Koalitionsregierung gebildet wird, oder ob in dem Falle, in dem die Majorität der Union verbleibt, was wir hoffen - und

wir dürfen es auch glauben -, dann eine reine Regierung der Union gebildet wird. Die Entscheidung darüber trifft kein einzelner, sei es, wer es wolle, der Landesvorsitzende hat dazu kein Recht. Das erkläre ich hier ruhig: Die Entscheidung treffen die zuständigen Gremien der Union in ihrem Zusammenwirken. Der Landesausschuß wird dazu Stellung nehmen und wahrscheinlich wird, da es sich um eine weittragende Entscheidung handelt, die Landesversammlung sogar mitentscheiden. Sie werden zum entsprechenden Zeitpunkt einberufen werden. Vorankündigungen, Versprechungen in diesem Sinne könnten auch dort störend empfunden werden. Wir wollen daran festhalten, daß die Beruhigung des Volkes in der Zusammenarbeit der Parteien, vor allem der beiden großen und starken Parteien, unser Ziel sein muß. Wir wollen daran festhalten, daß wir auf bestimmten Gebieten zweifellos zusammenhalten müssen, um den Aufbau durchführen zu können. Wir wollen aber auch, daß nicht dann irgendwelche entscheidende Fragen im Rahmen dieser Auseinandersetzungen zielmäßig erledigt werden.

Meine lieben Freunde! Manchmal wurde die Frage der Entnazifizierung - ich habe das schon früher gesagt - ein Spielball zwischen den Parteien, auch zwischen der Sozialdemokratie und uns. Das kann und darf nicht sein bei verantwortungsvollen Männern. Ich glaube, wir dürfen am ehesten in dem Falle davon ausgehen, was ich vorhin schon gesagt habe: Die Entscheidung wird erst von den zuständigen Gremien getroffen werden.

Wir wollen zusammenarbeiten, wir wollen dabei aber auch berücksichtigen, daß dann im Augenblick der Entscheidung die Situation geprüft werden muß. Stellen Sie sich nur vor, es könnte sich meinetwegen Herr *Loritz* durchsetzen und die 10% erhalten, während sich die Demokraten vielleicht nicht durchsetzen können. Was wäre das Ergebnis? Der Mann der Negation würde dann der einzige Nutznießer der Oppositionspolitik sein können, wenn eine Koalition zwischen Sozialdemokratie und Union wäre. Ich glaube, daß das nicht im Interesse einer ruhigen Entwicklung des Staates liegt. Man könnte nicht einen Mann, der alle Negativen sammelt, dann in den Zustand versetzen, der einzige Opponent zu sein. Denn der Opponent ist immer in der heutigen Zeit, in der die schwere Verantwortung getragen werden muß von dem, der die Regierungspolitik zu führen hat, Nutznießer. Ich glaube, auf das kann man ruhig hinweisen, daß alle diese Fragen dann im einzelnen geprüft und klar und ruhig entschieden werden müssen.

Man kann vielleicht auch noch andeuten für den Fall, daß die Entscheidung dann so fallen würde, daß eine reine Verantwortungsübernahme durch die Union in Betracht käme, daß dann bestimmte Aufgabengebiete im Interesse des Volkes aus dem Parteienzank draußen bleiben müssen. Aus dem Parteienzank muß ausscheiden das Problem des Aufbaues bzw. Wiederaufbaues. Da muß Vorsorge dafür geschaffen werden, daß die Konkurrenz nicht den Aufbau stört. Aus dem Parteienzank muß weiter draussen bleiben das Problem der Behandlung der Flüchtlinge. Denn das ist eine Sorge des gesamten Volkes, der alten und neuen Bürger und muß eine Sorge aller Verantwortungsbewußten in allen Parteien sein. Aus dem Parteienzank muß draußen bleiben die Frage der Befreiung unseres Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus. Auch diese Frage darf nicht einseitig parteimäßig gelöst werden, wenn nicht die künftige Entwicklung gestört werden soll. Das kann man ruhig andeuten. Ich werde es auch durch Professor *Gerathewohl* in den Richtlinien bekanntgeben lassen.

Sonst bitte ich: Legen Sie die Union nicht in einzelnen Reden fest! Ich bitte Sie auch um eines: Reden Sie nicht in auffallender Weise und nicht, wenn es nicht unbedingt

notwendig ist, über das Problem der Außenpolitik. Vergessen wir nicht, wir haben noch nicht einmal einen eigentlichen Waffenstillstand! Wir haben nur den tatsächlichen Waffenstillstand, aber keinen rechtlichen Waffenstillstand. Wir haben bestimmt noch nicht einmal den Frieden. Unterlassen Sie es, irgendeine der Besatzungsmächte anzugreifen, auch nur in Andeutungen! Es könnte das für die künftigen Verhandlungen nur störend wirken. Denn wir alle hoffen ja, daß sobald wie möglich dann die Verhandlungen für den eigentlichen Frieden begonnen werden. Wollen wir darum nicht die Verhandlungen vorbelasten, wollen wir nicht etwa einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir den Frieden wollen und nicht den Krieg! Den Krieg können nur Verzweifelnde wünschen, die irgendwie ein Ventil suchen aus den Zuständen, an denen sie vielleicht zum Teil, wenn wir an frühere Pgs. denken, selbst mitschuldig sind. Gerade von dort wird in der Flüsterpropaganda hier oft störend gewirkt. Wir selbst wollen und dürfen dabei nicht mitmachen.
Das darf und wird uns aber nicht hindern - sie haben meine Andeutung vorhin sicher verstanden -, die Kommunisten anzugreifen. Wir bekämpfen als Christlich-Soziale Union den Kollektivismus in jeder Erscheinung, gleichgültig welches Vorzeichen er hat. Der Kampf gegen die Kommunistische Partei ist eine Selbstverständlichkeit. Aber bitte, bringen Sie in diesen Kampf nicht etwa das außenpolitische Problem mit herein!
Meine lieben Freunde! Ich glaube, damit bestimmte Richtlinien aufgezeigt zu haben. Ich würde Sie bitten, daß Sie mir mithelfen, die Arbeit hier durchzustehen, daß alle mithelfen. Ich hoffe, daß uns dann die Auseinandersetzungen mit den anderen Parteien die Früchte bringen, die wir aufgrund des beschlossenen Inhalts unseres Programms haben, von dem wir heute reden können, daß wir vor allem dann den Erfolg haben, aufgrund der Stärke, die unserer Idee innewohnt. Wünscht jemand das Wort dazu?

(Beifall.)

Dr. *Horlacher*: Nur ganz kurz: Es ist selbstverständlich, daß Fragen einer künftigen Politik wie der Koalitionspolitik von den Rednern der Union erörtert werden können. Es ist auch selbstverständlich, daß in den Richtlinien des Parteivorsitzenden auf diese Frage nicht eingegangen wird. Denn das ist eine Frage der Zukunft und eine Frage des Wahlergebnisses, ist eine Frage der künftigen Stellung der CSU; wenn sie dann zusammenkommen wird, wird die Lage zu prüfen und werden die Verhältnisse festzustellen sein. Ich würde bitten, daß hier keinerlei Festlegungen nach irgendeiner Richtung hin getroffen werden. Unsere Aufgabe muß es sein, unser Programm zu entwikkeln und die verfassungsmäßigen Bestimmungen herauszuarbeiten. Denn das Volk hat wenig Ahnung von dem Inhalt einer Verfassung. Das muß dem Volk als die Grundlage des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens nahegebracht werden. Da haben unsere Redner soviel zu tun, daß für den übrigen Kram, wie Außenpolitik und Koalitionspolitik, überhaupt nichts mehr übrig bleibt. Denn da müßte man stundenlang reden.
Zur Außenpolitik möchte ich den Herren folgendes sagen aufgrund meiner Aussprachen an verschiedenen anderen Stellen, von denen ich nie Gebrauch mache, wo ich bloß immer das Resümee mitteile, wenn es notwendig ist, daß es unsere Aufgabe unter keinen Umständen sein kann - nicht die Aufgabe der Parteiführung, nicht die Aufgabe des einzelnen Abgeordneten, des einzelnen Kandidaten -, in Außenpolitik zu machen. Unsere Aufgabe kann es nur sein, das, was ausländische Staatsmänner sagen

und was für uns günstig ist, was wir günstig verwerten können, in den Versammlungen zu verwerten. Denn da kommt es darauf an, daß wir uns auch eine gewisse Stimmung im Volke erhalten und die Trostlosigkeit bekämpfen. Aber die Formen der Außenpolitik, wie sich die gestalten, darüber zu sprechen ist nicht unsere Sache; die Außenpolitik ist Sache der Siegermächte. Daran müssen wir uns endlich einmal gewöhnen. Jedes Störungsfeuer wirkt nicht zugunsten, sondern zuungunsten unseres Volkes. Deswegen bitte ich, das heiße Feuer der Außenpolitik nicht anzurühren, vor allen Dingen die Ostfragen sehr vorsichtig zu behandeln. Es würde genügen, wenn wir sagen: Wir sehnen uns, daß die deutsche Einheit aus Ost, Süd und West wieder hergestellt wird; wir sollten uns auf Einzeläußerungen nicht einlassen. Ich möchte besonders wünschen, daß nicht negativ gearbeitet wird, daß sich unsere Wähler nicht darauf berufen, daß wir andere Parteien angegriffen haben. Die positive Herausarbeitung unserer eigenen Ziele ist das Vornehme, weil soundso viele schwankende Elemente da sind, auch aus Kreisen, die sonst anderen Parteien angehören. Das wären meine kurzen Worte. Ich würde bitten, daß wir uns nicht mit Dingen vorbelasten, die vermieden werden können.

Euerl: Ich möchte fragen, bis wann wir einen Abdruck der Verfassung und des Programms in die Hand bekommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Verfassung ist im Druck. Das Programm wird in den allernächsten Tagen in Druck gegeben werden. Dazu kommen die Ausführungen, die *Gerathewohl* ausarbeitet. Ich schlage vor, daß *Gerathewohl* markante Punkte aus dem Programm zusammenstellt und da eine Rede vorbereitet, die der einzelne draußen halten kann.

Dr. *Gerathewohl*: Ich darf noch einmal darauf hinweisen, sieben Redner dürfen eine Rede zur Verfassung halten. Ich bitte, das als Material recht weitgehend zu verbreiten, das sind Unterlagen, besonders was die Union in die Verfassung hineingetan hat, so daß die Rede gleich die Grundlage für eine Wahlrede für die Union ist, nicht bloß [für] die Verfassung. Das Zweite ist das, was hinzukommt. Wenn ich eine Rede skizziere, so ist es nicht für die erste Garnitur von Rednern, sondern für die zweite und dritte. Außerordentlich wichtig ist es, daß das Programm in der nächsten Woche in Druck gegeben wird.

Liedig: Zu den kulturpolitischen Fragen der Verfassung erscheint Heft 2 unserer Schriftenreihe Fragen der Zeit. Es enthält in überarbeiteter Form, was unsere Freunde *Prechtl* und *Haußleiter* in der Verfassunggebenden Landesversammlung zu den Fragen "Ehe und Familie", "Schule und Erziehung", "Religion und Religionsgemeinschaften" gesprochen haben. Beide haben die Reden noch einmal überarbeitet. Sie erscheinen als politische Flugschrift zum Wahlkampf.

Nentwig: Meine Herren! Wenn ich als Flüchtling etwas sage, was darauf Bezug nimmt: Wir müssen unter allen Umständen das Ostproblem in unseren Reden erwähnen. Wenn Sie die Menge von Zuschriften, die bei uns fast täglich eingehen, sehen und die verzweifelten Rufe da entnehmen würden: Was sagt die Union endlich zu diesem Problem? Warum redet nur Herr *Schumacher*? Ja, dann würden Sie mir zustimmen, daß wir in einer ganz penetranten Form dazu Stellung nehmen müssen, wenn wir sie nicht zur Verzweiflung und nicht zur SPD treiben wollen. Ich gebe zu, daß die Frage von einer gewissen Delikatesse ist, daß wir nicht irgendwelche wilde Formulierungen gebrauchen dürfen. Wir können unter allen Umständen auf die Worte des Außenministers *Byrnes* in seiner Stuttgarter Rede hinweisen, in der er ausgeführt hat, daß das letzte Wort über die Ostgrenzen noch nicht gefallen ist, daß die Entscheidung erst auf

der Friedenskonferenz getroffen wird. Wir dürfen in unseren Reden getrost von der Erwartung ausgehen, daß die Regelung in einer Form erfolgt, die unsere wirtschaftliche Substanz erhält, die die Wirtschaftsgrundlagen erhält und auch unseren historischen Erwartungen gerecht wird. Deshalb bitte ich Sie, seien Sie nicht überängstlich und sagen Sie ruhig die Dinge so, wie Sie sie sehen!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dazu darf ich eines sagen, auch zu dem, was *Horlacher* gesagt hat. *Horlacher* meint, ich soll dazu schweigen. Wie ich jetzt in Berlin im Wahlkampf gesprochen habe: Ich habe vor den Ohren der Besatzungsmächte das Thema behandelt. Man muß es behandeln. Ich habe eine Aussprache mit *Schumacher* gehabt. *Schumacher* behandelt es in so intensiver Form, daß er fast aggressiv wird, daß eine Kombination wieder gefunden wird zwischen Nationalem und Sozialismus. Es kann nicht der einzelne Redner machen. Das Thema ist zu delikat. Wir haben jetzt hier im Programm ja auch unsere Stellungnahme zu dieser Frage klar festgelegt. Der einzelne Redner halte sich ans Programm! Es wird darauf abgestellt sein müssen, was nachher gesagt wird, auch das was von der anderen Seite dazu gesagt werden würde. *Schumacher* kommt höchstwahrscheinlich und wird im bayerischen Wahlkampf reden. Soweit ich ihn kenne, wird er dieses Thema behandeln. In dem Falle kann ich als Vorsitzender nicht meinen Mund mir zubinden lassen durch eine Verfügung, die Freund *Horlacher* trifft. In dem Falle muß ich antreten und erklären. Meine lieben Freunde! Es ist dabei auf folgendes abzustellen: Es darf nie und nimmer ein expansiver Nationalismus zum Ausdruck kommen. Ich gehe davon aus, daß wir ihn ablehnen und ablehnen müssen, nicht nur aus der Zwangsläufigkeit heraus, sondern auch aufgrund unserer Idee. Aber es ist klar, daß wir für die Existenzbasis unserers gesamten Volkes eintreten müssen, es ist klar, daß wir, wenn wir einen Sieg wollen, entwickeln können: Dann auch festhalten an den Grenzen in West und Ost, weil sie die Voraussetzungen für unsere Existenzbasis sind! Es ist klar, wenn man zu Flüchtlingen spricht, daß die Flüchtlinge den Wunsch haben, und daß aber auch wir den Wunsch haben, verkünden zu dürfen, daß sie, wenn es irgendwie möglich ist, wieder in ihre alte Heimat zurückgehen dürfen. Denn das ist das erste Sehnen jedes Flüchtlings. Es hat infolgedessen keinen Sinn, hier einzuengen, ich warne nur vor Worten, die falsch aufgefaßt werden können.
Deswegen soll der einzelne, wenn er nicht sehr sicher ist, sich enthalten bzw. sich an die Weisungen und Redevorschläge halten, die zu all diesen Problemen herausgegeben werden.
Sporer: Weil schon von Wahlreden gesprochen wird: Ich glaube, ein Thema können wir nicht umgehen. Das ist die Entnazifizierung. Große, große Mengen von Menschen leben in Elend. Es gibt nicht nur ungeheuer viel zerbrochene Häuser, sondern ebenso viele zerbrochene Menschen. Ich bin kein Nazi, brauche es nicht extra zu betonen: ich bin Christ[en]mensch. Ich kenne zahlreiche Leute, denen ist die Wohnung genommen worden, die Möbel sind genommen worden, das Bett ist genommen worden, das Gehalt ist ihnen genommen worden, das Vermögen ist gesperrt worden. Diese Leute werden irre und sind arm. Sie werden zermürbt. Wenn sie entnazifiziert sind, dürfen sie noch nicht in ihr Amt zurück. Da sie ihre Arbeit noch nicht verrichten dürfen, bleiben sie weiter in Not. Das verstehen Frau und Kinder und der Mann selbst nicht. Wir haben den Sittenverderb der Nazi bekämpft und heute haben wir wieder den Sittenverderb, fast genauso gräßlich und manchmal noch gräßlicher. Wir können darüber nicht hinweggehen. Wir müssen dagegen Stellung nehmen. Kommunisten und Sozialdemokraten sind erbarmungslos, wollen erbarmungslos jeden heruntermachen. Ich

weiß vom Rathaus, wie die Sozialdemokraten mit einer Hitzigkeit und Grausamkeit und Unbarmherzigkeit sondergleichen jeden in nichts zerreißen wollen. Das können wir nicht machen. Wir haben die Pflicht, aus christlicher Nächstenliebe dafür zu sorgen, daß endlich auch da einmal ein Schlußstrich gezogen wird. Ich will nicht sagen, daß wir den zu schützen haben, der einen umgebracht hat. Ich will auch nicht sagen, daß wir den schützen sollen, der einen ins KZ gebracht hat; aber bei den Leuten, die mitlaufen mußten und heute einfach wegen eines dummen Wortes wieder angegriffen werden, da muß einmal Friede werden. Wir kämpfen für den Frieden; dann müssen wir auch für den Frieden bei unseren eigenen Leuten kämpfen. Wir können nicht nur von dem Frieden mit den Engländern und Franzosen und Negern und Kaffern und Indianern und von dem Frieden mit den Chinesen sprechen. Wir müssen auch versuchen, wieder Frieden mit dem eigenen Volk zu bekommen. Es muß einmal - von den schweren Fällen rede ich nicht - eine Form gefunden werden, daß die Leute auch existieren können. Das zu sagen ist schwer. Ich weiß, daß gern geschossen wird, bin selbst oft dabei. Aber wir müssen hier für unser Volk eintreten. Es ist zwar ein sehr schwieriger Punkt - wer im Entnazifizierungsministerium war, weiß, was sich da tut -, aber immerhin in zarter Form müssen wir dafür kämpfen, daß auch hier die christliche Nächstenliebe zur Geltung kommt. Ich glaube, wenn wir das sagen, tun wir ein gutes Werk. Wir wollen nicht Liederlichkeit und Lumperei unterstützen, aber wir wollen Friede haben und müssen auch einmal vergessen können.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Sporer* hat bestimmt zum Teil recht. Ich habe, als ich in Berlin war, auch versucht klarzumachen, daß wir dazu kommen müssen, daß die Entnazifizierung so rasch und so gerecht wie möglich durchgeführt wird. Ich habe selbst versucht, praktische Vorschläge zu machen, und darauf hingewiesen, daß ich es für praktisch halten würde, wenn man die letzten Gruppen, die Mitläufer und Minderbelasteten, möglichst in Bausch und Bogen behandeln würde, vielleicht auf eine bestimmte Zeit in eine oder zwei höhere Steuerklassen setzen würde. Das wäre zum Wohle des Staates und würde einen gerechteren Ausgleich bieten als das augenblickliche System.

Wir müssen uns aber über eines im klaren sein: Unter keinen Umständen darf dabei das Entnazifizierungsgesetz als solches angegriffen werden. Das würde große Schwierigkeiten schaffen. Wir können höchstens von Weiterentwicklung und von Vorschlägen reden.

Ich bitte, vielleicht auch hier eines erwähnen zu dürfen: Wir werden wahrscheinlich nächstens in der Arbeitsgemeinschaft für die Union im gesamten deutschen Bereich zusammentreten. Wir werden wahrscheinlich dieses Thema dort behandeln, und zwar aus folgenden Gründen: Sie wissen, daß jetzt die Angleichung Nord-Süd in der Entnazifizierung kommt. *Sporer*, es wird Sie vielleicht interessieren. Ich bin der Auffassung, daß diese Gelegenheit benützt werden soll, um dieses Thema weiter zu entwickeln. Die Union ist im gesamten ja doch jetzt die stärkste Partei. Sie hat infolgedessen die Pflicht, ihren Standpunkt zu entwickeln. Dieses Thema wird dort wahrscheinlich besprochen werden und es werden Vorschläge ausgearbeitet werden, die ich dann so rasch wie möglich bekanntgebe.

Dr. *Eichhorn*: Nur zwei Punkte zum allgemeinen Problem. Als Nationalist stelle ich fest: Es hat in der Geschichte der Welt noch nie ein Volk gegeben, das innerhalb von zwei Jahren derartig arm gemacht worden ist oder sich derartig arm gemacht hat, wie das deutsche. Ich sage bewußt in den letzten zwei Jahren. Denn der Grund unserer unmittelbaren Notlage liegt in dieser Zeit. Das muß das Volk mit verbundenen Augen

sehen. Es weiß es nicht. Es gibt immer noch Optimisten, die meinen, demnächst werde es besser werden, Menschen, die nicht sehen, daß sie mit verbundenen Augen von Stunde zu Stunde, von Viertelstunde zu Viertelstunde dem Abgrund und damit dem Nichts nähermarschieren. Wer in der Wirtschaft steht, kann kaum mehr die Verantwortung für seinen eigenen Betrieb übernehmen, noch viel weniger für etwas ins Grosse gehende. Der Hunger, der vor der Türe steht, die Arbeitslosigkeit, die trotz dem Mangel von Millionen von Menschen vor der Türe steht und im Westen schon unmittelbar akut und sichtbar ist. Der Kampf untereinander wird sich von Stunde zu Stunde steigern. Das deutsche Volk ist nicht so hundsgemein, nicht so charakterlos und so denunziatorisch, wie es aussieht. Aber der Grund ist gelegt in dem vollständigen Zerfall jeder wirtschaftlichen, biologischen und sonstigen Grundlage. Das sage ich in diesem kleinen Kreis, nicht um zu Wahlreden zu hetzen. Wahlreden sind eigentlich nicht der Platz, wo man solche Dinge besprechen kann. Denn die Dinge gehören nicht mit ein paar Schlagworten besprochen, sondern sie gehören, meine Herren, aus einer erschütterten Tiefe heraus gesprochen und behandelt. Da kann man nicht mit drei Sätzen etwas sagen. Sonst setzt man sich natürlich verschiedentlich in ein falsches Licht.

Aber es ist nach meiner Meinung eine ungeheuer schwere Frage, wie lange noch unendlich vieles unter deutscher Firma und unter deutschem Namen geht. Das ist die eigentliche Frage. Ich meine damit alles mögliche. Gerade ist von der Entnazifizierung gesprochen worden. Ich meine nicht bloß das, unzähliges andere auch. Wie lange geht das? Damit schließe ich.

So spricht ein Nationalist, kann man sagen, vielleicht Militarist, was weiß ich! So lächerlich es ist, daß wir Deutsche von uns aus einen Krieg führen könnten oder nationalistische Ideen haben könnten. Selbst wenn wir wollten, wir müdes Volk, wir können gar nicht. Darum sind die ewigen Beteuerungen der Friedensliebe beinahe schon tragikomisch, bei einem Volk, das nicht für 14 Tage zu essen hat. Wenn wir unsere Kartoffeln nicht bald zum unmittelbaren Verbrauch hereinbringen, nachdem 50% unserer Eisenbahnwagen nicht zur Verfügung stehen, nicht weil sie zerstört sind, sondern anderswohin fahren, dann geht der unmittelbare Kartoffelhunger im Winter schon an, weil wir sie nicht transportieren können usw. Das ist die Lage, wie sie ein Nationalist und Militarist sehen könnte.

Nun komme ich zu einem ganz anderen Thema, das ist das Thema Protestantismus. Ich bin ein leidenschaftlicher Unions-Anhänger, ehrlich gesagt, gewesen, nein, ich bin's noch. Aber ich bin es leider so wenig, daß ich nach außen hin gelegentlich von in unserem Kreise sehr ernst zu nehmenden Leuten gefragt werde: "Wie lange wollen Sie sich, der Sie Exponent dieses Begriffes sind, eigentlich noch damit identifizieren?" Sie wundern sich vielleicht zum Teil darüber. Denn es gibt in unseren Kreisen ungeheuer viel naive Menschen. Ich staune, wieviel naive Menschen in der Union stehen, nämlich nach der Richtung naiv, daß sie meinen, man könne einen Volksteil unberücksichtigt lassen, der immerhin zahlenmäßig ganz beachtlich ist. Es gibt in München-Oberbayern zusammengerechnet so 340 bis 350.000 Evangelische mit den Flüchtlingen, und zwar im wesentlichen - in Paranthese bemerkt - Leute, die wieder für uns in Betracht kommen, weil sie nicht, wie etwa in Franken, die Tendenz nach der Sozialdemokratie hin haben werden. Die politische Struktur ist so, daß sie eigentlich im wesentlichen zu Hause bleiben oder so etwas wie Union wählen müssen.

Viele Leute in der Union sind nun so naiv und glauben, man hat sie aufgenommen, man hat sie einige Male deklamiert, wir haben eine wunderbare politische Einigung der beiden Konfessionen vollzogen. Tatsache ist: Vollzogen hat man sie schon, ge-

schlossen hat man sie auch, aber wir können leider nicht beschließen, daß unser Volk hinter uns so ohne weiteres mitmacht.
Ich bin nun seit etwa eineinhalb Jahren in diesem Kreis. Diese Tatsache muß dazwischen einmal sichtbar gemacht werden. Mit Worten geschieht es wohl gelegentlich in Wahlreden, aber nur in unserem Kreise, allerdings nicht sehr oft. Die Frage, von der ich spreche, ist eigentlich eine Personenfrage. Ich habe das mitgemacht, seit man anfing zu wählen. Ein bißchen früh haben wir allerdings angefangen zu wählen. Eigentlich ist es sehr schön, wenn man die Demokratie wieder übt. Seit dieser Zeit herrscht dauernd der Personenkampf - um es einmal drastisch auszudrücken: Auf katholischer Seite stehen für jeden Posten je nach der Größe 10-20 Mann an wie bei Butter, und auf evangelischer Seite ist mühsam einer herangebracht - ich gebe ohne weiteres zu, teils wegen stärkerer, nicht gerade Anfälligkeit, aber praktischerer Beteiligung am Nationalsozialismus; wie so oft, muß ich das auch hier bemerken. Diese Beteiligung hat ihren Grund nicht darin, daß jeder Katholik widerstandsfähig war. Er war weniger gefragt. Sie verstehen mich wohl. Wir waren auf der anderen Seite sehr gefragt und sehr geliebt. Da sind leider ein bißchen viele auf diese Liebe hereingefallen. Das ist der eine Grund, daß nicht sehr viele Bewerber auf evangelischer Seite vorhanden sind.
Ich muß einmal rasch erzählen, um von mir persönlich zu sprechen, wie in München neulich die Belastungen für irgendwelche Aufstellungen meinerseits geschildert worden sind. Ich bin nie Pg. gewesen, auch nicht in einer Gliederung, weil ich verhältnismäßig klar sehe und ziemlich rasch erkannt habe, worum es geht, samt meiner gesamten Familie. Aber ich bin nun in der Wirtschaft und habe das Unglück - was früher weithin eine hohe Auszeichnung war -, daß ich Verwaltungsmitglied, das heißt im Aufsichtsrat der Deutschen Rentenkreditanstalt, bin. Das wird wahrscheinlich eine Belastung nach Gruppe II bedeuten. Vermögenssperre habe ich schon. Das war ausdrücklich schon am Anfang angeordnet. Ich lebe von 250 RM oder dem Einkommen meiner Kinder, was mir ganz gut tut. Aber wahrscheinlich bin ich belastet, weil im Denazifizierungsgesetz, im schönen Anhang, steht, daß gewisse Unternehmungen der Wirtschaft, an denen das Reich beteiligt, interessiert oder sonst engagiert ist, zur Belastung nach Gruppe II führen.
Aber es ist nicht geklärt, so Kleinigkeiten eilen ja gar nicht. Da kann man ruhig warten. Bei mir macht es nicht viel. Ich bin in Arbeit. Ich bin wieder eingesetzt, kommissarisch; im 25. Jahre meiner Tätigkeit bin ich kommissarisch geworden! Aber andere stört das etwas, wenn sie seit eineinhalb Jahren ohne Gehalt und Einkommen sind. Die 250 RM oder 300 RM, die sie maximal haben, auch das stört sie. Hier stört das niemand. Es wird vielleicht niemand hier der Vermögenssperre unterliegen, vielleicht bin ich der einzige dabei, bin das einzige räudige Schaf. Das ist die Praxis eines Gesetzes, das wir nicht angreifen wollen! Sonst werde ich vielleicht morgen eingesperrt. Ich haben Ihnen die Geschichte von tausenden von Familienvätern erzählt, die schon im Elend drinsitzen und die besser sind in ihren Qualitäten als wir hier, die nie in ihrem Leben Nationalsozialisten waren, sondern nur in der Wirtschaft standen. Nun stehen sie im Elend, werden in einzelnen Gegenden drangsaliert, werden zur Wohnung wieder hinausgetan!
Nun zurück zum Ausgangspunkt! Es war eine ziemlich starke Abschweifung, aber ein drastisches Beispiel, wie die Wirklichkeit aussieht. Die Volksstimmung hat schon ein bißchen umgeschlagen, wir sind schon dem Mitleid nahe. Auch das muß sich eine po-

litische Partei überlegen, auch wenn sie Angst hat. Sie hat ja Angst! Sie wäre beinahe verboten worden. Ich weiß nicht, aber es ist behauptet worden: Sie hat Angst.
Ich kehre zurück zum Protestantismus. Wir stehen vor der unmittelbaren Krisis. Ich hoffe, daß sie sich bei diesen Wahlen noch nicht auswirkt. Wenn nicht auch personell klarer gestellt wird, daß der evangelische Volksteil auch Geltung hat, nicht bloß als Wähler, sondern auch als Akteur, dann stehen wir unmittelbar vor der Krisis. Es wäre wirklich doch, glaube ich, ein Jammer, wenn die Union zerfallen würde. Drum warne ich Sie. Die Schauspiele, die ich in den letzten Wochen und Monaten erlebt habe, speziell südlich der Donau, sind so wenig ermutigend, daß unsereiner ja eigentlich sagen müßte: Ich empfehle mich. - Ich gehe nicht, aber ich warne und ich bitte Sie dringend, dafür zu sorgen, daß da und dort ein persönliches Opfer gebracht wird, daß einmal ein rasender Politiker, einer von denen, sagt: In Gottes Namen bleibe ich in einer Wahlkampagne in einer Legislaturperiode zu Hause oder begnüge mich mit einem kleinen Posten und lasse einmal einen von diesen Protestanten hin, die ja von sehr verschiedenen Qualitäten sind. Hier z.B. wird einer beanstandet, weil er bloß ein Innungsobermeister ist.

(Zuruf und Widerspruch.)

Es ist so. Er hat nicht die Qualität! Wer weiß es? So geht es nicht. Die unpersönliche Untersuchung des einzelnen Abgeordneten ist gewiß berechtigt, aber man darf nicht sagen, man kann ihn im Stimmkreis nicht nehmen, weil er das und das nicht ist. Das geht nicht. Es gibt auf katholischer Seite auch Leute, die keine Redner und keine großen Politiker sind. Wir hoffen, daß nicht alle Abgeordneten große Politiker sind, sonst wird es unheimlich, wenn alle in die große Politik steigen wollen. Es muß auch solche geben, die mitstimmen und bejahen wollen. Aber es geht unmöglich so weiter, daß, wie es jetzt der Fall ist, im Effekt personell niemand erscheint. Das geht nicht. Denn dann zeigt es sich doch. Überlegen Sie sich doch einmal, wie ein Volksteil doch auch zählt; natürlich sind wir in gewissen Minderwertigkeitsgefühlen befangen, sind eine Minderheit, die zu einem großen Block gestoßen ist. Ich bitte Sie dringend, dafür zu sorgen, daß augenfällig wird, daß wir nicht bloß Mitläufer sind, sondern Unbelastete.
Karpf: Das Wahlgesetz, das wir noch nicht in Händen haben, hat draußen schon eine Reihe von Mißhelligkeiten hervorgerufen. Im Wahlgesetz steht eine Bestimmung, daß die entnazifizierten Mitläufer nur dann wählen dürfen, wenn sie ihre Buße getan haben. Ich kann mich entsinnen, daß wir über diese Frage damals so argumentiert haben, daß die Raten bezahlt sein müssen. Wie mir gestern erklärt worden ist, könnte es sich aber auch so auswirken, daß selbst Leute, die seither wählen durften, weil sie nach 1937 zur Partei sind, diesmal nicht mehr wählen dürfen. Ich bitte, das zu klären und festzustellen, ob das tatsächlich so ist, daß auch dann, wenn die Raten laufend gezahlt werden, das Wahlrecht verweigert wird. Draußen wird es nämlich so ausgelegt. Ich selbst habe kein Wahlgesetz in Händen. Im Wahlbüro wurde mir gesagt - ich habe angerufen: Wenn der Wortlaut so genommen wird, wie er hier steht, fällt ein großer Teil der Wähler flach und die Entnazifizierung wäre für sie umsonst, obwohl sie brav ihre Raten bezahlt haben. Es ist nur Sache der Spruchkammer, ob sie sofort zahlen müssen oder in Raten zahlen dürfen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es kam gerade eine Anfrage an mich, die ich vielleicht wiedergeben darf, deswegen, weil vielleicht Zweifel auftreten könnten. Ich wurde gefragt, ob *Jakob Kaiser* eventuell bei uns reden würde, nachdem *Schumacher* reden

würde. Ich habe in Berlin darüber gesprochen. Er hatte an und für sich Neigung dazu. Es scheint mittlerweile eine andere Mitteilung gekommen zu sein. Er kommt in einiger Zeit mit mir zusammen. Ich neige dazu, ihn einzuladen zu reden. Es kommt nur darauf an wo. Eine Anfrage an meine lieben Münchner Freunde: Ich habe in Berlin bei Reden immer bemerkt, daß dort tatsächlich jedes Wort, das von uns, von Bayern gesprochen wurde, sehr herzlich aufgenommen wurde. Ich möchte nicht, daß *Jakob Kaiser* in München redet und enttäuscht wäre und sein müßte, wenn hier eventuell die Aufnahme nicht freundlich sein würde.

(Zuruf: Das Risiko ist zu groß! - Zuruf: In Augsburg kann er reden!)

Ist es möglich in München? Eine Reihe von Münchner Freunden glaubt, daß es gut sein würde. Ich selbst neige dazu, daß es gar nicht schaden würde, wenn die Münchener auch den Mann hören würden, von dem wir wenigstens in unserem Kreis schon ziemlich viel und nicht immer das Rechte erzählt haben.

Sporer: Ich würde den Antrag stellen auf Schluß der Debatte. Aber in der Sache *Kaiser* kann man zweierlei Meinung haben. Die einen sagen: Geht die Zentralisiererei jetzt schon ganz los, oder warten wir noch eine halbe Stunde?

Sedlmayr: Ich stelle fest, daß gestern der Bezirksverbandsvorstand die Frage behandelt hat, und zwar im zustimmenden Sinne.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Jakob Kaiser* ist Föderalist und wurde im Wahlkampf in Berlin wegen seiner föderalistischen Haltung auf das schärfste angegriffen.

Es hat sich noch gemeldet *Schwägerl*, *Aretin*, *Gamperl*, *Bergmann*. Wer verzichtet? Wer redet kurz? Redezeit für den einzelnen drei Minuten. Einverstanden?

(Kein Widerspruch.)

Schwägerl: Die Ausführungen von Herrn *Eichhorn* haben mich tief erschüttert. Scheinbar ist es in Südbayern so, daß die Protestanten anders behandelt werden als bei uns. Ich bin aus Wunsiedel-Marktredwitz, einer ziemlich protestantischen Gegend. Ich bin als Kandidat aufgestellt, ich bin Katholik, während unsere Bürgermeister fast alle protestantisch sind. Kein einziger katholischer Bürgermeister von der Union ist in unserem Wahlkreis. Es muß das mit einem gewissen Fingerspitzengefühl gemacht werden. Es ist schwer, Protestanten zu finden, die nicht belastet sind. Wir haben uns schwer getan in den Stadträten. Aber ein Mann wird überall zu finden sein, der an einen Posten kommen kann. Es muß eben ein gewisser Ausgleich geschaffen werden. Wenn der gute Wille dabei ist, geht es.

Von Aretin: Ich darf dazu erklären, wegen des protestantischen Kandidaten ist in München viel verhandelt worden. Leider ist vielfach der evangelische Kandidat in seinem Bezirk abgelehnt worden, wie der Herr *Elhart*.

(Zuruf: Nicht als Protestant!)

Dr. *Stürmann* ist dafür eingetreten. Er hätte die Kandidatur erhalten, wenn er in der Lage gewesen wäre, eine Rede zu halten und sie nicht bloß vorzulesen.

Pflaum: Zur Steuer [sic!] der Wahrheit muß ich feststellen, daß die Ausführungen *Aretins* nicht ganz stimmen. Im Bezirksverbandsvorstand wurde beschlossen, *Elhart* aufzustellen. Es wurden von außen her andere Kandidaten aufgestellt. Es handelt sich nicht um die Personen der Kandidaten - gegen die habe ich nichts einzuwenden -, sondern um die Taktik, mit der vorgegangen wird. Protestanten haben wir genug, protestantische Kirchen haben wir ebenfalls. Es wurde schon überlegt, ob die Protestanten nicht eigens gehen sollten oder sich mit einer anderen Partei zusammen schließen sollten, die bereit ist, evangelische Kandidaten aufzustellen. Ich möchte in diese De-

batte keine Schärfe hineintragen. Ich weiß, daß der evangelische Landesbischof [*Hans Meiser*] außerordentlich ungehalten über die ganze Situation ist. Das gleiche gilt vom Dekanat und von verschiedenen Pfarrämtern. Wir Protestanten sind bemüht und achten darauf, daß keine evangelischen Geistlichen in den Wahlkampf eintreten, während wir hören mußten, daß Sie sechs oder acht als Landtagskandidaten aufstellen auf katholischer Seite. Wir halten die Vereinbarung, daß die Geistlichkeit, daß Pfarrer nicht herausgestellt werden, ein und müssen auch von Ihnen verlangen, daß Sie das gleiche tun. Wenn das so weitergeht, müssen Sie erleben, daß ...

(Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, die Worte sind sehr ernst gewesen. Wir sind leider nicht mehr beschlußfähig. Aber ich bitte, jetzt an den Bezirksverband München appellieren zu dürfen, daß Sie dafür sorgen, daß wirklich *Elhart* an sicherer Stelle aufgestellt wird.

Sporer: Ich war heute selber bei einem Kandidaten von *Elhart* [sic!] und habe es nochmals versucht. Es ist aber nach den Vorschriften faktisch nichts mehr zu machen. Es muß eine Versammlung einberufen werden. Das dauert wieder acht bis zehn Tage. Es geht nicht mehr.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ihr werdet doch einen Weg finden. Seid so gut, Ihr belastet sonst ja die Union.

Sporer: Es ist vollkommen überflüssig, hierüber noch viel Zeit zu verlieren. Wir haben uns im Bezirk bemüht; der Fehler ist von oben herab gemacht worden. Ich persönlich bedauere es außerordentlich, genauso wie ich auch bedauere, daß die Kleriker sich wieder in die aktive Politik hineinziehen lassen. Das haben sie in der Bayerischen Volkspartei schon getan. Ich bin wegen meiner damaligen Haltung angefeindet worden und stehe nicht an, es heute wieder zu sagen: Wir schützen die Geistlichen gern und der Schutz ist viel besser, wenn wir sie vertreten, als wenn sie sich in eigener Person vertreten lassen. Der Zank und Streit würde infolgedessen herausbleiben und das Ansehen der Kirche selber würde nur gewinnen, wenn sie von der Politik des Tages möglichst weit weg wäre.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zu der letzten Frage darf ich vielleicht eines sagen: Ich will dieses Thema nicht mehr aufwerfen. Sie wissen, daß ich mir dadurch schon ziemlich viele Gegner geschaffen habe, daß ich das Thema immer behandelt habe, daß die Geistlichen aus der aktiven Tagespolitik draußen bleiben. Ich habe gehofft, wenn jetzt der Senat gebildet wird, wäre diese Frage endgültig gelöst, weil in ihm zwei Geistliche sind. Es sind bisher, soweit ich es überblicken kann, drei Geistliche aufgestellt worden: *Prechtl*, der heute da war, in Niederbayern, dann *Gromer* in Schwaben und *Meixner* in Franken. Sie haben heute schon die Stellungnahme gehört. Es ist hier sehr schnell eine Lösung und Einigung zu finden. Ich habe alles versucht, um in Ruhe die Einigung zu finden; aber es scheint nicht möglich zu sein. Ich bedauere das.

Dr. *Rindt*: Zur Klärung! Grundfehler der ganzen Angelegenheit ist, daß die verschiedenen Ordinariate in ihrer Meinung nicht zusammenstimmen. Ich bin ein grundsätzlicher Gegner davon, daß Geistliche sich in die akute Politik eines Parlamentes einmischen.

(Sehr richtig!)

Im Senat wäre ihr Platz. Praktisch ist es aber so, daß der Bischof von Regensburg eine andere Einstellung hatte als hier der Generalvikar. Als man in unserer Bezirksver-

sammlung dagegen etwas sagen wollte, wurde eine Stelle gegen die andere ausgespielt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist ein bedauerlicher Zustand. *Liedig* hat das Wort zu einer kurzen Erklärung.
Liedig: Die Auffassung des Parteifreundes *Sporer*, daß eine Änderung nicht mehr möglich sei, findet im Wahlgesetz keine Stütze. Meine Damen und Herren, in Artikel 50 heißt es:

> Mängel der Kreiswahlvorschläge müssen spätestens am zehnten Tag vor dem Wahltag behoben sein. Bis zum gleichen Tag sind die durch den Wegfall einzelner Bewerber veranlaßten Ergänzungen der Kreiswahlvorschläge zulässig.

Das besagt, daß ein am 3. November in der Kandidatenliste im Kreiswahlvorschlag genannter Abgeordneter gegen einen anderen bis zum zehnten Tag vor der Wahl ausgetauscht werden kann.
Sporer: Die Leute, die aufstellen, müssen auch gefragt werden. Wenn *Lacherbauer* sagt, es wäre ein Fehler, so muß ich mich daran halten. Ich bitte, den nächsten Punkt zu behandeln. Es hat keinen Sinn mehr, länger darüber zu sprechen.
Gaßner: Ich möchte mitteilen, daß *Lacherbauer* sich heute bereit erklärt hat, seinen großen Stimmkreis an *Elhart* abzugeben und einen kleineren zu übernehmen.
Dr. *Gamperl*: Ich bin etwas erstaunt, daß diese Frage in dieser Weise überhaupt aufgerollt wird. Wir haben in der Oberpfalz, das muß ich sagen, überhaupt noch niemals einen gefragt, ob er Protestant oder Katholik ist. Das hat uns bis jetzt gar nicht interessiert. Als Beispiel führe ich an:

(Widerspruch.)

Ich weiß nicht, was *Scharf* (?) in Riedenburg ist, ob *Haas* in Regensburg Protestant oder Katholik, ob *Schädel* in Weiden Protestant oder Katholik ist. Ich weiß es nicht von *Prüschenk* in Eschenbach[7]. Ich habe mich nicht dafür interessiert und habe das für das Toleranteste gehalten, was ich mir denken kann. Es ist selbstverständlich, daß es überhaupt nicht in die Waagschale fällt, ob einer Protestant oder Katholik ist. Denn die Union ist zweifellos eine Vereinigung beider Konfessionen ohne jeglichen Nachteil für eine der beiden. Ich bitte, in diesem Zusammenhang zur Kenntnis zu nehmen, daß wenigstens bei uns in der Oberpfalz, einem rein katholischen Bezirk, die Konfession nicht ein Jota mitspielt und mitgespielt hat.
Aber zusätzlich haben wir trotz allem noch immer dafür gesorgt, daß z.B. im Stadtrat Regensburg zwei Protestanten sind. Grundsätzlich haben wir bei jeder Sitzung in Regensburg gesagt: Halt, die Protestanten dürfen wir nicht vergessen; sie sind zwar eine Minderheit, wir müssen aber unbedingt dafür sorgen, daß sie entsprechend vertreten sind. Ich bitte deshalb, Dr. *Eichhorn*, nur zu glauben, daß, wenn das hier so ist, wahrscheinlich nicht die geringste Absicht bestand. Ihr Einwand scheint berechtigt zu sein nach dem, was Sie sagen. Aber der Einwand wäre insofern falsch, wenn Sie glauben würden, die Protestanten würden in den katholischen Gegenden absichtlich ausgeschaltet oder mindergestellt. Das wollte ich zu dieser Frage geäußert haben.
Dr. *Eichhorn*: Es ist natürlich der Idealzustand. Ich habe noch nie jemanden, den ich in meinem Betrieb angestellt habe, gefragt, welcher Konfession er angehört. Ich hätte mich geschämt. Meine eigene Sekretärin, die ich 25 Jahre gehabt habe, war katho-

[7] In der Vorlage: "Essenbach".

lisch. Das hat nichts gemacht. Aber wenn man eine Minderheit neu gewinnen will, muß man fragen. Ich hoffe selbst, daß der Idealzustand erreicht wird, daß man eines Tages nicht mehr fragt. Es ist nicht angenehm, Konfessionsstatistik innerhalb einer Partei zu treiben; das ist im Gegenteil sehr unangenehm. Aber eine Minderheit können Sie doch nur gewinnen durch persönliche Herausstellung gewisser Leute. Glauben Sie, daß ich mich aus Vergnügen in die Politik gemischt habe? Nur deswegen, wirklich nur deswegen, weil ich mir sage: Ich bin weithin bekannter Exponent des Protestantismus, also "Hannemann, geh Du voran!". Nur deswegen. Denn ich sage Ihnen: Ich habe in diesen eineinhalb Jahren, abgesehen von persönlichen Freundlichkeiten, nicht sehr viel Schönes in der Politik erlebt, wahrhaftig nicht, am allerwenigsten in den Sitzungen. Also zum Vergnügen politisiere ich nicht. Es scheint einige zu geben, die trotzdem zum Vergnügen politisieren und die sich freuen, wenn es aufgeht, wie der Bayer sagt.

Gerathewohl: Ich darf kurz erwähnen, daß Freund *Haußleiter* als evangelischer Abgeordneter kürzlich einen Brief an die evangelischen Freunde der Union verschickt hat. Ich habe einiges davon im Redner-Dienst übernommen und dort veröffentlicht und bitte die evangelischen Freunde, es im Wahlkampf ausdrücklich zu verwerten:

> Die evangelischen Abgeordneten hielten es für ihre Pflicht, hier mit allem Nachdruck für die Gleichberechtigung der beiden Kirchen einzutreten. Dank dem Verständnis ihrer katholischen Freunde

das schreibt *Haußleiter*,

(Zuruf *Sporer*: Schluß der Debatte)

> war es möglich, in der zweiten Lesung die Vertretung der Kirchen im Senat so zu regeln, daß er in Zukunft zwei Repräsentanten der katholischen und zwei Repräsentanten der evangelischen Kirche enthalten wird. Damit ist an sichtbarer Stelle der Gleichberechtigung der beiden Kirchen in Bayern Ausdruck gegeben.

Mir scheint das außerordentlich wichtig. Denn es ist durch die Unterstützung der katholischen Abgeordneten erreicht worden, daß wir im Senat gleich vertreten sind.

Bergmann: Die Frage des Protestantismus und Katholizismus ist eine örtliche Angelegenheit, also keine protestantische oder katholische Angelegenheit. Bei uns ist als Kandidat Professor *Strathmann* aufgestellt, evangelischer Theologe an der Universität Erlangen. In unserem Kreisverband nehmen wir immer weitgehend Rücksicht auf die Konfession. Der erste Vorsitzende ist *Hönekopp*, Katholik, der zweite Vorsitzende Dr. *Gerlin*, der Protestant ist. Als wir bei der letzten Kreisversammlung den Ständerat bildeten, haben wir bei allen einzelnen Vertretern, den Handwerkern usw. gefragt: Ist er Katholik oder Protestant?

Wir dürfen die Konfessionsfrage nicht zu einer großen Frage machen, sondern sie muß örtlich geregelt werden. An den einzelnen Orten muß das nötige Verständnis und die Einsicht vorhanden sein. Denn darauf kommt es wesentlich an. Häufig kommt es auch darauf an, daß Protestanten, wenn ihnen die Führung angetragen wird, sie [diese] auch tatsächlich übernehmen. Wir haben auch schon die Feststellung machen müssen, daß sich verschiedene wieder zurückgezogen haben.

Sporer: Ich bitte um Schluß der Debatte.

Pflaum: Ich möchte etwas richtigstellen: Ich bin selbst alter Regensburger. Die Evangelischen sind in Regensburg nicht sehr wenige. Sie bilden eine sehr, sehr starke Minderheit. Wenn also gesagt wird, daß im Regensburger Stadtrat ein paar Protestanten

sind, so ist das eine Selbstverständlichkeit. Ich habe nie darnach gefragt, ob einer Protestant oder Katholik ist. So wie es hier getrieben wird, ist es nicht richtig. Ich und viele meiner Freunde sind als Protestanten in die Union eingetreten und haben auch geglaubt, daß man nach demokratischen Grundsätzen handelt. Bei einigem guten Willen wäre es möglich gewesen, einen evangelischen Kandidaten zu nehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, wir dürfen dieses Thema abschließen. Ich habe den Überblick im gesamtbayerischen Bereich und kann sagen, daß jetzt im Augenblick keine Dissonanzen in dieser Hinsicht vorhanden sind, mit Ausnahme des Münchner Bereiches. Ich wäre dankbar, wenn unsere Parteifreunde in München die Garantie dafür schaffen würden, daß sich die Dissonanzen nicht stark auswirken; denn sie würden uns sonst belasten. Wir kommen hoffentlich recht bald in der Union soweit, daß diese Tatsachen dann nicht mehr erörtert werden müssen. Gott sei Dank sind wir im großen und ganzen heute schon so weit, daß auch in Franken wirklich die Balance in der Personalpolitik zwischen den beiden Konfessionen so gut gefunden wird, daß das störende Element, das immer in der Personalpolitik lag, nicht hinderlich ist für das wirklich einstimmige Zusammengehen der beiden Konfessionen in der Union. Die Freunde aus München werden also, ohne daß wir Beschlüsse fassen müssen, versuchen, noch eine Lösung zu finden.
Von Aretin: Das wird nicht gehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es muß gehen.
Von Aretin: Es ist alles unternommen worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Es ist nach meinem Empfinden unmöglich, daß bei den Münchner Vertretern kein evangelischer Parteifreund dabei ist. Es muß das der gesunde Menschenverstand sagen, daß das unter keinen Umständen der Fall sein darf.

(Zuruf: Und Oberbayern?)

Wir sind nicht mehr beschlußfähig. Wenn die Frage heute früh aufgetaucht wäre, wäre es vielleicht der einzige Beschluß gewesen, der hinsichtlich der Kandidatur gefaßt worden wäre. Bitte macht es, ohne daß ein Beschluß gefaßt wird. Damit darf ich diese Thema schließen.
Wir hätten noch den einen Punkt der Tagesordnung: "Parteiorganisatorische Fragen". Wir sind jetzt soweit, daß die Parteiorganisation im Anlaufen ist. Aufgrund der neuen Statuten ist weitgehend durchgewählt worden, jedoch noch nicht allgemein. Gewählt sind fast überall schon die Vertreter der Bezirke für die Landesvorstandschaft. Ich werde Veranlassung nehmen, vielleicht schon Ende dieser oder spätestens Anfang übernächster Woche die bisher gewählten Vertreter für die Landesvorstandschaft zusammenzuberufen, um mit ihnen die laufenden Fragen zu besprechen, damit wir jetzt schon das Gremium haben, das weiterarbeitet. Die nächste Landesausschußsitzung muß dann ihrerseits zehn Vertreter für die Landesvorstandschaft wählen. Wenn das durchgeführt ist, dann ist die Landesvorstandschaft, soweit ich es bisher überblicken kann, vollzählig. Der Landesvorsitzende hat dann aufgrund der Statuten aus diesen Vertretern der Landesvorstandschaft sieben Personen zu berufen, die mit ihm gemeinsam die Partei leiten.
Ich werde jetzt in der Übergangszeit schon dafür Vorsorge treffen, daß die entsprechenden Leute herangezogen werden. Ich stelle es mir so vor, daß Sie dann ohne Rücksicht auf die bisherige Zugehörigkeit zum Landesausschuß jeweils nehmen: Einen Vertreter der Bauernschaft vom Süden und Norden, einen Vertreter der Arbei-

terschaft vom Süden und Norden, daß wir dann auch den konfessionellen Ausgleich finden, daß noch ein oder zwei Leute hinzukommen, in dem Fall jüngere, die aktiv mitarbeiten. Es muß so rasch wie möglich auf die Weise Vorsorge getroffen werden, daß dann die Parteileitung ihrerseits die Möglichkeit hat, daß aktiv von mehreren zusammengearbeitet werden kann. Bisher war ich der alleinige Landesvorsitzende. Meine Aufgabe war, die Sammlung zu vollziehen. Jetzt ist die Aufgabe gestellt, das organische Zusammenwachsen zu fördern und die Partei von unten nach oben organisch durchzugliedern. Es kam in letzter Zeit die Anregung heran, vorübergehend jetzt noch einige Leute zu berufen. Für die zwei oder drei Wochen wäre das ein Zustand gewesen, der demokratisch nicht vertretbar gewesen wäre, und zwar deswegen, weil wir die Statuten haben, weil wir schon gewählt und Vertreter bestimmt haben. Alles andere wäre ein Willkürakt gewesen, gleichgültig wer berufen worden wäre. Es wäre noch dazu die Gefahr gewesen, daß dann viele unzufrieden mit den Berufenen gewesen wären. Es wird in Vorbesprechungen in der Landesvorstandschaft dafür Vorsorge zu treffen sein, daß daraus ein planmäßiges Handeln, nicht neuer Konfliktstoff entsteht. Bisher mußte ich allein meinen allerdings etwas breit geratenen Buckel

(Zuruf: Sehr breit!)

hinhalten. Ich freue mich, wenn möglichst viele und andere Buckel dazukommen, auf denen dann gedroschen werden kann. Es wird sich das leichter aushalten lassen, als wenn ein einzelner allein dasteht und den ganzen Drusch durchstehen muß.

Bitte helfen Sie, ungeachtet dieser Maßnahmen, die beschleunigt durchgeführt werden müssen, zusammen, daß dadurch nicht eine Schwächung der Kraft der Union eintritt. Ich freue mich, gerade in letzter Zeit sehen zu können, daß mit Ausnahme von einzelnen der Wille für die Arbeit und für die Zusammenarbeit sehr stark geworden ist. Lassen Sie sich nicht täuschen, wenn Sie hören, daß da und dort einer geschossen hat! Meine lieben Freunde, die meisten Schüsse habe ich auszuhalten gehabt, auch die Schüsse aus den Reihen der eigenen Parteifreunde. Mich hat es nicht gestört. Ich habe nicht den Ehrgeiz, ewig auf dem Platz zu bleiben. Deswegen schadet es gar nichts, wenn gelegentlich ein sehr kräftiger Schuß auf mich abgegeben wird. Ich sehe meine Aufgabe nur darin, die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß die Union streitkräftig und dann so stark sein wird, daß kein Teufel sie mehr schmeißen kann.

Dr. *Martin*: Meine lieben Parteifreunde, wir haben heute einen Notstand beseitigt, und zwar bezüglich des Programms, daß wir nun endlich ein Programm haben. Wir haben aber einen anderen Notstand, unter dem ganz besonders die Leute leiden, die mit den Kassengeschäften der Union zu tun haben. Ich bitte deshalb, für die nächste Landesausschußsitzung als Punkt der Tagesordnung das Finanzstatut vorzusehen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jawohl, kommt!

Dr. *Martin*: Es ist, glaube ich, schon ziemlich ausgearbeitet. Ich würde bitten, daß vielleicht der Finanzausschuß noch einmal zusammenkommt, um bestimmte Punkte, die sich in der Arbeit draußen ergeben haben, zu berücksichtigen, so daß wir mit dem nächsten Jahr ordnungsgemäß zu arbeiten haben.

Sporer: Es war heute vorgesehen, daß heute das Präsidium gebildet werden soll, daß nicht einer allein Diktator ist. Nun ist es neuerdings wieder geglückt durch den Gang der Verhandlungen, daß die Leute jetzt fort sind und die Beschlußfassung nicht mehr möglich ist. Und der alte Zustand ist wieder da! Ich möchte das ausdrücklich verzeichnen. Sie wissen ganz genau, daß verschiedene Strömungen und Mißstimmungen

da sind. Wir wollen das beseitigen, daß nicht einer der Diktator ist, daß nicht einer allein bestimmt. Heute ist es wieder dank der Taktik geglückt, daß ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf nur sagen ...

(Unruhe.)

Sporer: Es braucht kein persönliches Sagen, es ist der alte Zustand.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird gerade eingeworfen, "Wer hat am meisten geredet!" Es wird der Wille von jedem berücksichtigt. Natürlich muß der gesunde Ausgleich gefunden werden. Es darf nicht einer glauben, daß er sich allein durchsetzen kann, nicht eine Gruppe allein demonstrieren kann. Man redet leicht von Parteidiktatur. Die Leute, die mitarbeiten, wissen, daß Parteidiktatur nicht besteht, daß dagegen bei einzelnen die Neigung da ist, die gesamte Union zu überlagern. Das ist der Grund, daß einzelne glauben, sie könnten jetzt rasch da irgendwie eingreifen. Die Statuten stehen, werden jetzt durchgeführt. Es werden die Gremien durchgewählt. Dann wird weiter organisiert, und zwar das beschleunigt; in den nächsten Wochen ist die Organisation von unten nach oben aufgebaut, und zwar so, daß nicht einzelne

(Zuruf *Sporer*, Zuruf: Ungezogen!)

und nicht eine einzelne Gruppe oder ein einzelner Bezirk demonstriert, sondern so, daß alle zusammenwirken, um eine gute Organisation der Union hinzustellen. *Sporer*, verkennen Sie nicht, die Unzufriedenheit ist in der Hauptsache in einem bestimmten Bereich da. Sie können im ganzen Lande herumreisen und Sie werden sehen, daß dort sehr viele und sehr brauchbare Kräfte im Dienste der Union arbeiten und nicht den Ehrgeiz haben, der von anderen manchmal entwickelt wird, die jetzt gerne vorbrechen möchten. Ich muß mich dagegen wenden, daß einzelne im Augenblick irgendeine Situation ausnützen wollen. Das wäre Parteidiktatur, und zwar illegale Diktatur.
Dr. *Horlacher*: Wenn ich damit gemeint sein sollte ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie haben heute am meisten geredet.
Dr. *Horlacher*: Ich habe mir heute meine Gedanken gemacht - ich bitte, jetzt nicht zu erschrecken - über die Zusammensetzung des neuen Landesausschusses und habe darunter einzig zwei Vertreter aus der praktischen Landwirtschaft gesehen. Nun kommt der zweite Punkt. Ich habe mit Herrn Dr. *Müller* in freundschaftlichster Weise verhandelt, um einen Zustand in der Partei herbeizuführen, daß alle Gruppen entsprechend zur Geltung kommen. Das hat auch wieder nicht zum Ziel geführt. Ich scheide infolgedessen aus dem Landesausschuß aus, ich scheide aus allen Organen der Partei aus; ich werde Mitglied der Union bleiben, meine Kandidatur halte ich aufrecht, den Kram mit der Partei werde ich aber nicht mehr mitmachen. Ich wiederhole es, ich scheide hier als Vertreter, als Präsident des Bayerischen Bauernverbandes aus den Organen der Partei aus, soweit sie nicht meine Mitgliedschaft, meine Kandidatur im Landtag und Reden für die Partei betreffen. Mit diesem Gremium mit den zwei Landwirten wünsche ich Ihnen viel Glück. Auf Wiedersehen!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu folgendes feststellen: Eine Reihe von Freunden hat sich entschuldigen lassen. Bekanntlich ist jetzt für viele die arbeitsreichste Woche, die es gibt. Die Freunde aus Niederbayern und der Oberpfalz waren gestern und vorgestern beisammen; sie können nicht ununterbrochen arbeiten. Ich mußte die Sitzung für diese Woche festlegen, weil ich in Gottes Namen vernünftige praktische Arbeit leisten lassen mußte dadurch, daß jetzt das Programm erledigt wurde.
Dr. *Horlacher*: Ich will den Herren nicht weiter lästig fallen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir haben das letzte Mal die Statuten beschlossen. Ich glaube, der Landesausschuß kann sich mit seiner Arbeit sehr gut sehen lassen. In den beiden letzten Sitzungen ist soviel gearbeitet worden. *Michel Horlacher*, nimm es mir nicht übel, daß es eine völlig unberechtigte Kritik am Landesausschuß ist, die ich zurückweise. Ein einzelner muß sich eben auch einfügen, wie alle anderen auf der gleichen Ebene zu stehen.
Dr. *Horlacher*: Ich füge mich ein, indem ich hinausgehe. Wer von mir was will, ich wohne Türkenstraße 6/II.

(Unruhe.)

... die Parteidiktatur *Müller*, die Unzufriedenheit draußen auf dem Lande in großem Ausmaß, wo ich die Dinge auszugleichen suche, dafür trage ich die Verantwortung nicht mehr. Da gebe ich meinen Namen nicht her. Ich scheide aus den Parteigremien aus und stehe der Partei nur noch als Redner und für die künftige Fraktion im Wahlkreis zur Verfügung. Solange die Herren es nicht der Mühe wert finden, die Vertreter der ungefähr 350.000 Leute - mit ihren Familien sind es nahezu 800.000 ...

(Starke Unruhe.)

Wenn Sie das nicht interessiert, dann lassen Sie es gehen. Ich stehe Ihnen nicht mehr hinderlich im Wege. Machen Sie Ihre Parteiführung im Wege der ...

(Unruhe. Zuruf *Busch*: Ihre Bauern stehen hinter der christlichen Religion und nicht hinter dem Bauernverband!)

Der Bauernbund war notwendig, um sich der zusammengeballten Kraft ...

(Verschiedene Zwischenrufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Eine Zusammenballung in der Großstadt gibt es nicht. Das ist vielleicht ein Grund für die Gegensätze, weil ich das ganze Land draußen höre.
Dr. *Horlacher*: Ich habe dazu gesprochen; ich habe in hunderten von Versammlungen davon gesprochen. Auch die Landjugend steht hinter uns. Wir wissen, was wir wollen. Ich habe hier rechtzeitig abgelehnt. Ich scheide aus den Parteigremien aus. Wenn Sie Gewicht darauf legen - ich habe immer abgelehnt, einseitig Bauernvertreter zu sein -, wenn Sie es nicht wollen, so lassen Sie es bleiben - ich wohne Türkenstraße 6/II.
Fischer: Wenn Sie glauben, daß die Landjugend hinter Ihnen steht!
Dr. *Horlacher*: Wir werden es Ihnen beweisen, was passiert.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das war Diktatur!
Dr. *Horlacher*: Die Landjugend geht den Herrn hier nichts an. Das gute Recht des Bauernverbandes ist es, sich um die Landjugend zu kümmern, und ich kann Ihnen sagen, ich habe bei der Jugend den Anklang, den ich brauche für meine Arbeit. Unsere Landjugend selbst hat mich ersucht, den Vorsitz bei ihr zu übernehmen, weil sie ein Übergangsstadium braucht. So liegen die Sachen. Da lasse ich mir von Ihnen, Herr Dr. *Müller*, keine Vorschriften machen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe keine Vorschriften gemacht.
Baumeister: Ich möchte hier nicht kritisch auftreten und sprechen. Es ist bestimmt wahr, daß die große Mehrheit der Freunde den Standpunkt des Landes nicht kennt. Das Land und die Bauern draußen sind enttäuscht von den Vorgängen in der Union. Das Land denkt und sieht anders, auch in der kommenden Wahl.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Baumeister*, gerade weil Sie hier auftreten: Trifft es zu, daß Sie gemeinsam mit dem Herrn Ökonomierat *Pfeuffer* und noch ein oder zwei

Leuten - es wurde zuerst *Döhl* genannt - bei Herrn Ministerialrat *Ziebell* im Sonderministerium waren und daß die Herren ein Vorgehen gegen mich veranlassen wollten?
Baumeister: Das ist nicht wahr, das ist erlogen! Wir waren vom Bauernverband aus wegen der Treuhändersache im Sonderministerium und nicht wegen Ihrer Sache, bestimmt nicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich Ihnen sagen, daß Ministerialrat Dr. *Ziebell* erklärt hat, daß die Herren dort waren und daß die drei Herren dort ein Vorgehen gegen mich veranlassen wollten. Ist davon gesprochen worden?
Baumeister: Das ist nicht wahr, daß ein Vorgehen gegen Sie veranlaßt wurde!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist davon gesprochen worden?
Baumeister: Von einem Vorgehen gegen Sie ist nicht gesprochen worden.

(Lebhafte Zurufe: Von was dann?)

Von einem Vorgehen gegen Sie ist nicht gesprochen worden.

(Weitere Unruhe, Zurufe: Von was?)

Wir haben von der Treuhändersache gesprochen. Was noch weiter besprochen worden ist, möchte ich hier nicht erwähnen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Was ist dann gesprochen worden? Daß man es Ihnen nahegelegt hat, daß das Sonderministerium gegen mich vorgehen würde?
Baumeister: Das ist nicht gesprochen worden.

(Weitere Unruhe, Zurufe: Was dann?)

Das möchte ich hier nicht sagen.

(Zuruf: Das wollen wir hören, das ist unser Recht!)

Dr. *Gamperl*: Parteigericht.
Fischer: Meine Damen und Herren, so wie es jetzt aussieht, gehen wir nicht auseinander. Ich möchte zu einer Frage noch Stellung nehmen, nachdem vorhin gesagt worden ist, wir wollten gegenüber der Besatzungsmacht nicht allzu leisetreten. Ich stehe auf dem Standpunkt, das Volk will haben, daß wir auch in dieser Frage mutig sind und der Militärregierung immer erklären: Ihr werft uns vor, vielleicht mit Recht oder Unrecht, aber auf alle Fälle werft Ihr uns vor, daß wir alle, die wir heute in Deutschland leben, dem Nationalsozialismus gegenüber nicht mutig genug gewesen sind. Es geht um unser Volk, um das Leben unseres Volkes. Das haben wir auch gegenüber der Besatzungsmacht heute zu verteidigen. Da sie es nicht einsehen, müssen wir es noch einmal verteidigen, und wenn sie uns dafür einsperren. Dann wird unser Volk sehen, daß wir in dieser Frage Mut gezeigt haben. Es geht ums Leben unseres Volkes. Wir haben dafür zu sorgen, daß wir gehört werden.
Es geht auch um die Zukunft unseres Landes und Volkes. So wie wir uns in der Union in diesem Wahlkampf schlagen, werden wir doch endlich einmal eine Vereinigung, eine Union, nicht nur der Religionen, sondern auch der Stände zustande bringen. Ich bin überzeugt, wenn jeder von seinem Stand herkommt, ob Handwerker oder Bauer oder Arbeiter oder sonst irgendwer, er findet zu wenig aus seinem Stand bei uns. Alle miteinander müssen wir diese Aufgabe meistern. Deshalb gehen wir ins Land hinaus, um diesen Kampf um unsere Zukunft zusammen zu meistern, nicht um uns für vier Jahre wählen zu lassen.
Dr. *Gamperl*: Ich bin entsetzt darüber, daß Leute, die im Landesausschuß sitzen, die der Union als Prominente angehören, in diesem Zusammenhang zum Sonderministe-

rium gehen und sich nachträglich weigern, Auskunft darüber zu geben, was sie dort über unseren Landesvorsitzenden besprochen haben.
Ich beantrage deshalb, daß diese ganze Angelegenheit von einem Schiedsgericht entschieden wird. Es ist nicht unerhört [sic!], daß aus den eigenen Reihen eine derartige Angelegenheit derartig behandelt wird.
Baumeister: Ich bin jederzeit bereit, vor dem Schiedsgericht aufzutreten.
Gaßner: Herr Dr. *Schlögl* hat auf der Fahrt nach Plattling erklärt, daß das Gerücht gehe, daß er mit einigen Bauernvertretern bei *Ziebell* war. Er stellt das entschieden in Abrede.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu sagen: Ich habe das mittlerweile insofern geklärt, als Ministerialrat *Ziebell* gesagt hat, daß *Schlögl*, Ökonomierat *Pfeuffer* und *Baumeister* dort gewesen seien. Ich habe das *Schlögl* vorgehalten. *Schlögl* sagte, er sei nicht dort gewesen, er hätte lediglich die Besprechung angemeldet.
Meine lieben Freunde, ich will nicht weiter darauf zurückkommen. Ich habe mich nur veranlaßt gesehen, diese Frage zu klären, weil *Baumeister* vorhin gesprochen hat und es sonst keine Gelegenheit zur Klärung gibt. Ich trage nicht nach. Ich habe bisher auch nicht ohne weiteres an das Schiedsgericht appelliert. Das hätte danach aussehen können, als ob man jetzt gewaltsam die Klärung innerhalb der Union durchführen würde. Ich wollte, daß auch da die Vernunft siegt. In absehbarer Zeit aber wird die Schiedsordnung in Kraft sein, und es müssen dann bestimmte Klärungen restlos durchgeführt werden, wenn wir nicht in der aktiven Arbeit der Union gehemmt sein wollen.
Ich darf zu dem, was *Horlacher* gesagt hat, noch eines sagen: Mein lieber *Michel Horlacher*, wenn die Landesvorstandschaft dann zusammentritt, dann wird sie ihrerseits wählen und ich wünsche, daß dann auch dort eine vernünftige Lösung gefunden wird. Es kann aber nicht so sein, wie meinetwegen Kollege *Pfeuffer* gemeint hat, wenn er sagt, ich soll zwei Leute berufen, die mit mir dann führen. Das wäre undemokratisch. Da würde ich nachher mit Recht zur Verantwortung gezogen werden. Jetzt wird die Landesvorstandschaft zusammenberufen, sobald durchgewählt ist. Es werden dort die Fragen weiter behandelt. Sie wird die Verantwortung mittragen. Dann wird aus der Landesvorstandschaft heraus die engere Landesvorstandschaft gebildet. Damit ist die demokratische Basis da, und damit ist dann auch die Willensbildung möglich. Alles andere wäre willkürlich.
Dr. *Horlacher*: Ich bin absolut dafür, daß demokratische Zustände hergestellt werden. Deshalb wollen wir gegenüber dem Anschein, daß ein Mann die Union regiert, unter allen Umständen haben, daß eine Zwischenlösung gefunden wird, bis eine endgültige Lösung da ist.
Ich möchte noch eine andere Handlung des Herrn Parteivorsitzenden rügen. Wir sind schon seit längerer Zeit gewöhnt, daß, wenn einer unserer Freunde in sachlicher Weise etwas vorbringt, dann sofort ein Gegenangriff gegen ihn gestartet wird, um seine gesamten vorhergegangenen Ausführungen zu verwischen. Ich war nicht bei *Ziebell*. Das wird den Herren genügen. Das andere ist eine Frage, die wir zu klären haben. Jedenfalls war *Schlögl* auch nicht dabei. Es wird sehr viel geredet. Ich habe heute gerade wieder einen Fall an maßgebender Stelle klargestellt, wo wieder Dinge geredet worden waren, die den Tatsachen nicht entsprochen haben. Ich mische mich in diese Dinge nicht mehr ein. Ich habe keine Zeit mehr. Meine Zeit ist mir zu gut, als daß ich sie hier auf Tagungen versäume, an denen ich das innere Interesse nicht mehr habe. Interesse habe ich am Gesamtbereich der Union. Ich habe gesagt, ich werde die

Versammlungen halten. Ich werde auch aus diesem Grunde die Kandidatur nochmals annehmen, aber nur aus dem Grunde, damit ich das Landvolk zusammenhalte. Ich werde aber dann dem Landvolk bekanntgeben: Wenn sich unterdessen die Dinge in der Union nicht auf demokratischer Grundlage unter Berücksichtigung der maßgebenden Stände geändert haben, scheide ich aus sämtlichen übrigen Organen der Union aus.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu feststellen ...

Dr. *Horlacher*: Von jetzt ab bitte ich, von Einladungen abzusehen. Ich stehe nicht mehr zur Verfügung. Ich habe mich genügend bemüht, um Ordnung in die Dinge zu bringen. Damit ist die Sache für mich erledigt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf noch eines feststellen. Es waren heute genügend bäuerliche Vertreter da. Ich glaube, daß ich auch *Sauer* als solchen ansprechen kann. Ich glaube, es waren auch eine ganze Reihe anderer da. Es ist einseitig, daß hier Ständeinteressen herausgestellt werden. Die Union ist nicht nur eine Zusammenfassung von Ständen, sie ist nicht einmal eine Zusammenfassung früherer Parteien, sondern eine neue Gruppierung von Menschen.

Dr. *Horlacher*: Wir reden aneinander vorbei. Mit Dir war es nicht möglich, eine Lösung zu finden. Mache Deinen Kram allein. Ich will dabei keine Verantwortung haben. Machen Sie was Sie wollen, meine Herren!

(Lebhafte Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, die Union wird die Kraft haben, sich durchzusetzen. Wir alle werden zusammenhelfen. Wir werden zusammenstehen, und ich bin überzeugt, die inneren Schwierigkeiten werden überwunden werden. Sie werden rasch überwunden sein, so daß der organische Aufbau weiter durchgeführt werden kann. Es werden zwangsläufig bestimmte einzelne Sonderinteressen zurückgestellt werden müssen. Wir aber sind dann eine Union - das garantiere ich -, und zwar auch eine Union von Alten und Jungen, und nicht eine Union, die ihrerseits nicht nur einen Wahlkampf durchsteht, sondern nachher auch fähig sein wird, die Verantwortung zu tragen. Aber dann muß auch die demokratische Basis dafür gefunden sein, daß nicht einzelne allein die Verantwortung auf sich nehmen wollen, die dann die Union trägt. Das Wichtigste ist nämlich, daß die entscheidenden Gremien der Union die Politik der Union machen und bestimmen. Ich habe bisher die Politik der Union für die Zukunft nicht vorbelastet; ich kann es aber auch nicht zulassen, daß einzelne andere irgendeine Vorbelastung vornehmen.

Meine lieben Freunde, wir werden bald wieder zusammentreten, sobald es die Arbeit ermöglicht und sobald Sie vom Wahlkampf abkommen können. Der erste Tag, der dafür zur Verfügung steht, wird wieder benützt werden, um weiter sachliche Arbeit zu leisten.

Ich danke Ihnen dafür, daß Sie so, wie Sie in der letzten Sitzung unsere Statuten verabschiedet haben, heute auch durch das Programm die Voraussetzung für sachliche Arbeit in der Union geschaffen haben.

Ich danke allen, die sachlich mitgearbeitet haben. Ich schließe hiermit die Landesausschußsitzung.

(Schluß der Sitzung 19.11 Uhr.)

Nr. 25

Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 6. Dezember 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Berichterstattung über eine notwendig gewordene Programmänderung
2. Annahme der Schiedsordnung und Wahl der Mitglieder des Landesschiedsgerichts
3. Wahl von zehn Vertretern und je zwei Frauen- und Jugendvertretern zur Landesvorstandschaft
4. Aussprache über die politische Lage
5. Verschiedenes

Tagungsort: München, Wirtschaftsministerium, Prinzregentenstraße 28

Anwesend:[2] E. Ammann, Baumgartner, N. Berger, R. Berger, Bergmann, Boehlke, Butterhof, M. Deku, Jos. Detsch, Döppert, B. Dötsch, Donsberger, Etterer, Euerl, Faust, H. Fink, J. Fischer, Gamperl, Geiselberger, Grasmann, Gröber, Haecker, Hafenbrädl, Hagn, Hahn, H. Haunhorst, H.-A. Haunhorst, Haußleiter, Helmerich, Heubl, Hilpert, Holzer, Holzner, Horlacher, Hundhammer, Imler, Kaifer, F. Kaiser, Karpf, Klenk, E. Koch, K. Köhler, Krehle, Kroll, K.A. Kroth, Krüger, Kübler, Lacherbauer, A. Lang, Lehner, Liedig, Lingmann, Lobinger, Mack, R. Martin, Meyer-Spreckels, J. Müller, Nirschl, Ortloph, Ostwald, Ott, Pflaum, Hans Pflüger, Piechl, Plonner, Prechtl, Preysing, Probst, Riedel, Rindt, Rinke, Röder, Röhrl, F.L. Sauer, F. Schäfer, A.W. Schmidt, Schrott, A. Schubert, Schwingenstein, Sedlmayr, Semler, Staab, W. Stegerwald, Sühler, Ulrich, Vogl, Wackerl, Warmuth, Weinkamm, G. Weinzierl, F. Wittmann; als Gast von der Militärregierung: Abeghian

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel

Die Sitzung wird um 10.11 Uhr durch den Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union, Dr. *Müller*, eröffnet.
Liedig stellt die anwesenden Stimmberechtigten fest.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich bitten, Platz zu nehmen.
Meine lieben Freunde! Ich eröffne die heutige Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union. Ich heiße Sie herzlich willkommen. Ich danke Ihnen für Ihr Erscheinen. Besonders aber habe ich für Ihre Mitarbeit im Wahlkampf zu danken. Wir können wirklich sagen: Die Union hat gut abgeschnitten. Wenn der Vorsitzende einer anderen Partei behauptete, die Union sei in diesem Wahlkampf geschlagen worden, so trifft das nach allgemein objektiver Meinung sicher nicht zu. Wir mußten damit rechnen, daß wir einige Kandidaten verloren. Wir mußten vor allem damit rechnen, weil die Flüchtlinge mitgewählt haben. Leider Gottes ist es in Anbetracht der Änderungen, die im Wahlrechtssystem vorgenommen wurden, nicht gelungen, eine genügende Anzahl von Flüchtlingskandidaten aufzustellen. Vielleicht hätten wir dann auch noch besser abschneiden können.

(Zuruf: Das hätte nichts geändert!)

Aber mehr, als wir jetzt für uns buchen konnten, konnten wir bei gutem Willen nicht erreichen. Ein Verlust von vier bis fünf Mandaten war von mir immer einkalkuliert

[1] Laut Anlage zum Protokoll und Wortlaut des Protokolltextes, vgl. S. 774.
[2] Laut Anwesenheitsliste und Liste der stimmberechtigten Vertreter für den Landesausschuß in der Anlage zum Protokoll, ergänzt anhand des Protokolltextes. Vier Unterschriften von Gästen sind unleserlich.

worden. Andere hatten damit gerechnet, sie könnten uns dezimieren, und wir würden annähernd die Hälfte des Bestandes verlieren. Diese Leute sind bitter enttäuscht worden. Die Union hat sich im Wahlkampf bewährt, trotzdem die Kämpfe mit unerhört bitterlicher Schärfe geführt wurden. Nur wer draußen den Wahlkampf wirklich in den einzelnen Orten mitgemacht hat, kann darüber ein Urteil abgeben. Ich bitte meine südbayerischen Freunde, es nicht übelzunehmen, wenn ich sage, nur wer gesehen hat, mit welcher Schärfe in manchen fränkischen Orten der Wahlkampf geführt wurde, wo alle Parteien versucht haben, uns klein zu bekommen, wo die kleinen Parteien versucht haben, ihre 10% zu erreichen, der weiß, was es bedeutet hat, daß wir so durchgestanden haben. Sie wissen, daß dabei noch die Angriffe gegen mich vorgetragen wurden. Ich glaube, nicht zuviel zu sagen, wenn ich erkläre: Die Angriffe haben der Union eher genützt als geschadet.

(Sehr richtig!)

Es hat sich in dem Fall schließlich und endlich gezeigt, worum es ging. Die meisten meiner Freunde haben meine Verteidigung gehört, die ich in der Öffentlichkeit im Rundfunk gesprochen habe. Ich werde sie hier nicht wiederholen. Aber eines kann ich ruhig sagen: Wenn im Zusammenhang mit den Vorgängen vom Jahre 1934 bekannt wurde, daß ich damals bereits versucht habe, *Himmler* und *Heydrich* zu stürzen, wenn weiterhin bekannt wird, welche Hintergründe noch da sind und welche Maßnahmen gegen mich am 30. Juni geplant waren, so kann ich, und kann in diesem Fall auch die Union, mit mir bestehen.
Andere Leute sind damals ins Ausland gegangen und haben es sich leichter gemacht.

(Sehr richtig!)

Infolgedessen glaube ich, daß wir auch in dieser Hinsicht ohne weiteres die Konkurrenz halten können. Ich mache heute kein Hehl daraus: Ich habe die anderen nicht angegriffen, wenn sie fortgegangen sind, weil ich es verstehen kann, wenn jemand dem Kampf ausweicht und sagt: Ich kann ihm besser ausweichen, wenn ich im Ausland bin. Aber gerade von den Leuten dürfte man dann erwarten, daß sie ein gewisses Verständnis für die Männer haben, die hier den Kampf geführt haben.

(Sehr richtig!)

Ich will nicht länger darauf eingehen. Es ist nicht notwendig; vielleicht wird es notwendig sein, wenn in der Debatte die Fragen gestellt werden. Aber zusammenfassend darf ich erklären: Ich glaube, die Union hat bei diesen Angriffen, auch wenn sie von der Zeitung vorgetragen wurden, nur den einen Vorteil gehabt, daß allen die Augen geöffnet wurden, vor allem angesichts des unanständigen Kampfes. Man kann ruhig sagen: Wir haben unseren Kampf anständig geführt. Entgleisungen sind nicht vorgekommen. Um so bewundernswerter ist das Resultat, das wir erreicht haben. Es hat sich gezeigt, daß die Leute draußen tatsächlich ein Empfinden dafür haben, wer - ich bitte, den Ausdruck richtig zu verstehen - politisches Niveau hält und wer demokratisch denkt. Wir haben bewiesen, daß wir eine demokratische Partei sind.
Ich darf jetzt noch weiter beifügen: In der Zusammensetzung der Fraktion ist vielleicht nicht alles so erreicht worden, wie ich es mir gedacht habe. Ich hätte gern den Arbeiterflügel noch etwas verstärkt. Leider sind gerade einige Arbeitervertreter ausgefallen. Leider ist unser Freund *Krehle* in München ausgefallen; ferner *Lorenz Sedlmayr*; Verluste, die ich bitter bedauere. Ich hoffe, daß das in der Zukunft irgendwie ausgeglichen werden kann. Wir werden es vor allem dadurch ausgleichen müssen, daß

wir die Gewichtsverteilung innerhalb der Parteiorganisation überprüfen. Da muß eine Möglichkeit gegeben sein, Kräfte, die sich jetzt im Parlament nicht auswirken können, in der Partei zur vollen Entfaltung zu bringen.

(Sehr richtig!)

Eines ist vorzüglich geworden! Wir sind die einzige Partei, die Frauenvertreterinnen im Parlament hat.

(Bravo!)

Wir haben vier gewählte Vertreterinnen der Frauen. Ich hoffe, daß beim Nachrücken eine fünfte hineinkommt, so daß wir in diesem Fall wirklich auch in dieser Hinsicht von Fortschritt reden und ihn auch beweisen können.
Auch der Verjüngungsprozeß der Fraktion ist jetzt so durchgeführt, daß ich manchem meiner Freunde dieses Thema für die Zukunft ersparen kann. Denn ich glaube, daß die Linie durchgehalten wird. Wir haben den Altersdurchschnitt auf etwa 51 Jahre gedrückt. Er wird, wenn noch Ersatzleute nachrücken, eher darunter liegen, so daß ich glauben darf: Das Ziel, das ich mir gesteckt habe - ich wollte den Altersdurchschnitt ungefähr bei 50 Jahren haben, wenn möglich etwas darunter -, ist ungefähr erreicht. Aber jetzt ist es so, daß man sagen kann, ein Prozent hin oder her macht nicht viel aus. Der Verjüngungsprozeß muß nur organisch weitergeführt werden. Aber es ist nicht mehr notwendig, mit aller Vehemenz in die Kerbe zu schlagen.
Meine lieben Freunde! So danke ich allen, die bei der Kandidatenaufstellung mitgewirkt haben. Auch dort ging es manchmal hart zu. Was in diesen Auseinandersetzungen an Härte da war, muß jetzt ausgeglichen sein oder ausgeglichen werden, wenn es noch nicht ausgeglichen sein sollte. Es dürfen aus der Zeit vor der Wahl keine Konfliktstoffe mehr innerhalb der Partei übrigbleiben. Wir haben größere Aufgaben. Wir werden in der politischen Aussprache darauf zurückkommen. Denn wir werden uns jetzt mit ernsthaftester Politik befassen müssen, und da kann man diese Konflikte nicht brauchen. Wir werden nachher die Schiedsordnung annehmen. Sie wird dann vorläufig in Kraft gesetzt werden, endgültig von der Landesversammlung.
Ich habe in den letzten Tagen erklärt: Solange ich allein Landesvorsitzender war, habe ich von mir aus abgesehen, das Schiedsgericht zu beanspruchen, weil es danach hätte aussehen können, daß der einzelne Landesvorsitzende damit ein Machtinstrument für sich ausnützt. Ich wollte das nicht. Ich wollte den Aufbau vollziehen, ohne daß man ein Machtmittel einsetzt. Heute wird jedoch von Ihnen eine Landesvorstandschaft gewählt. Es wird dann der Landesvorstand bestellt. Dann wird jeweils zu prüfen sein, ob nicht der eine oder andere Fall ernsthaft erledigt werden muß. Denn dann muß von den Vertretern der verschiedenen Richtungen, die in der Landesvorstandschaft berücksichtigt sein müssen, ernsthaft durchgegriffen werden. Die Union hat sich nach außen geschlagen. Sie muß sich jetzt intern im Inneren besser und endgültig konsolidieren.
Ich will sonst keine große Ansprache halten. Fragen von politischer Bedeutung werden bis zum Tagesordnungspunkt "Aussprache über die politische Lage" zurückgestellt. Heute früh ist ein Artikel von der Isar-Post aufgelegt worden, der mich betrifft und eine Stellungnahme des Generals *McNarney* beinhaltet. Auch dieser Artikel wird in der politischen Aussprache zu behandeln sein. Zuerst sind die Arbeiten zu leisten, die vordringlich sind. Ich hoffe, daß wir genauso sachliche, nüchterne und ruhige Arbeit leisten, wie wir das in den beiden letzten Landesausschußsitzungen getan haben, als wir die Statuten angenommen und das Programm beschlossen haben. So werden

wir heute, wie ich hoffe, auch den internen Aufbau in aller Ruhe durchführen können. Bei der politischen Aussprache können wir uns auseinandersetzen. Aber auch da bitte ich, die Auseinandersetzungen so durchzuführen, daß die Union keinen Schaden leidet.
Ich gebe die Tagesordnung bekannt:

1. Berichterstattung über eine notwendig gewordene Programmänderung
2. Annahme der Schiedsordnung und Bestellung der Mitglieder des Landesschiedsgerichts
3. Wahl von zehn Vertretern und je zwei Frauen- und Jugendvertretern zur Landesvorstandschaft
4. Aussprache über die politische Lage
5. Verschiedenes

Erhebt sich ein Einspruch gegen die Tagesordnung?
(Kein Widerspruch.)
Dann ist die Tagesordnung genehmigt.
Wir treten in die Tagesordnung ein. Es wird jetzt behandelt Punkt 1 "Berichterstattung über eine notwendig gewordene Programmänderung". Ich erteile *Liedig* das Wort.
Liedig: Darf ich vorher noch eine technische Angelegenheit bekanntgeben. Für 13.30 Uhr ist für die auswärtigen Gäste des Landesausschusses im Spatenhaus ein Mittagessen vorgesehen, mit Vorgericht, Fleischgericht, Gemüsebeilage und Nachgericht. Benötigt werden 50 Gramm Fleisch und zehn Gramm Fett. Bis 11 Uhr muß ich bekanntgeben, wieviele Teilnehmer ungefähr an dem Essen teilnehmen wollen, damit rechtzeitig disponiert werden kann. Ich darf daher diejenigen Damen und Herren, die daran teilnehmen wollen, bitten, die Hand zu erheben.
(Geschieht)
In der letzten Landesausschußsitzung wurden das Grundsatzprogramm und die 30 Punkte der Union angenommen. Die einzige wesentliche Änderung, die damals an dem Entwurf des Grundsatzprogrammes vorgenommen wurde, nämlich in I. Staatliche Ordnung Ziffer 3, ist von der Militärregierung beanstandet worden. Sie mußte wieder gestrichen werden. Ursprünglich lautete diese Ziffer 3 wie folgt:

> Jedes Volk ist eine organisch gewordene Lebensgemeinschaft. Wir treten ein für die Einheit und Unteilbarkeit Deutschlands. Wir kämpfen gegen jede Form von Separatismus und wenden uns gegen jede Abtrennung deutscher Gebiete.

Diese ursprüngliche Fassung war in der letzten Landesausschußsitzung unter Verarbeitung mehrerer Anträge, die vorgebracht wurden, wie folgt geändert worden:

> Jedes Volk ist eine organisch gewordene Lebensgemeinschaft. Wir treten ein für die Einheit und Unteilbarkeit Deutschlands.

Jetzt kam die wesentliche Änderung:

> Wir wenden uns gegen jede gewaltsame, dem Selbstbestimmungsrecht widersprechende Abtrennung und Absplitterung deutscher Gebiete. Es ist unser Herzenswunsch, daß die Pfalz und das Gebiet von Lindau baldmöglichst in den bayerischen Staatsverband zurückkehren.

Dieser Zusatz ist von der Militärregierung gestrichen worden. Wir hätten das Programm, wie es der Ausschuß beschlossen hat, nicht veröffentlichen und im Wahlkampf

verwenden können, wenn wir der Forderung auf Streichung dieses Zusatzes nicht entsprochen hätten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich darüber abstimmen lassen, ob die Freunde mit der Änderung, das heißt mit der Streichung dieses Zusatzes, einverstanden sind?
Erhebt sich gegen die Streichung ein Widerspruch?
Es erhebt sich kein Widerspruch. Die Streichung ist einstimmig beschlossen.
Meine lieben Freunde! Ich darf dazu folgendes sagen: In diesem Programmpunkt ist die Rede von bestimmten Gebieten, die uns sehr am Herzen liegen. Ich hatte gestern den Besuch eines Herren der Christlich-Demokratischen Partei der Saarpfalz. Ich glaube, wir können auch wirklich nicht genug daran denken, welche Sorgen unsere Freunde dort haben.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, man kann im einzelnen nicht darüber sprechen. Es wäre unzweckmäßig, viel darüber zu reden, aber die Sorgen der Freunde dort sind außerordentlich groß. Drei, vier Meter unter dem Fußboden liegt die Kohle. Trotzdem erhalten die Leute nur einen Zentner Kohle pro Monat und pro Person für den Winter. Die Leute kämpfen. Es ist durchaus falsch, wenn hier vielleicht - es ist drüben Propaganda damit gemacht worden - von dem einen oder anderen erklärt wird, daß die Saarpfälzer nicht deutsch seien.

(Oho, Widerspruch.)

Wir wollen uns hier bestimmt nicht einmischen. Ich weiß, wie diffizil diese Probleme sind. Ich möchte nicht etwa in nationalistische Hetze verfallen, so wie das da oder dort geschieht. Aber eines sei gesagt: Der Kumpel in der Pfalz, vor allem der Arbeiter, der Bauer, der bekennt sich zum Deutschtum. In der Oberschicht ist das manchmal anders; wie überhaupt oft festzustellen war, daß die Oberschicht da oder dort gern Kompromisse macht. Ich glaube, wir sollten gelegentlich auch daran denken, wenn wir hier Politik machen, daß wir es doch viel, viel leichter und viel angenehmer haben als die Menschen, die dort um ihre Gesinnung ringen und ringen müssen.
Wir treten nun in Punkt 2 der Tagesordnung ein: "Annahme der Schiedsordnung und Bestellung der Mitglieder des Landesschiedsgerichts". Ich bitte *Liedig*, die Schiedsordnung zu verlesen.
Liedig: Die Schiedsordnung ist am 15. Oktober 1946 an sämtliche Vorsitzenden der Bezirks- und Kreisverbände mit folgendem Anschreiben versandt worden:

> Aufgrund einer Ermächtigung, die die letzte Landesversammlung am 17. Mai gegeben hat, wurde die beigefügte Schiedsordnung vorläufig in Kraft gesetzt. Diese Schiedsordnung wird der nächsten Landesversammlung nochmals zur endgültigen Genehmigung unterbreitet werden. Es hat sich gezeigt, daß die baldige Aufnahme der Arbeit durch die Schiedsgerichte dringend erforderlich ist. Es ist die Aufgabe der Schiedsgerichte, soweit sie in Anspruch genommen werden, persönliche Differenzen zwischen Mitgliedern der Union, wenn möglich durch gütliche Vermittlung, aus der Welt zu schaffen, aber wenn das nicht gelingt, für Aufklärung und Ordnung zu sorgen.
> Wir bitten, den Aufbau der Schiedsgerichte entsprechend der Schiedsordnung nunmehr energisch durchzuführen. Die vorgesehenen Schiedsrichter sind in geheimer Wahl zu bestellen. Wir bitten, uns die bestellten Herren bis spätestens 15. Dezember 1946 zu benennen.

Die Schiedsordnung lautet: (Siehe Anlage.[3])
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich eröffne die Debatte über die Schiedsordnung. Ich stelle zu Beginn der Debatte den Antrag: Die Schiedsordnung wird angenommen und vorläufig in Kraft gesetzt. Endgültig in Kraft gesetzt wird sie durch die Landesversammlung. Meldet sich jemand zur Debatte?
Dr. *Hundhammer*: Wann ist die Schiedsordnung hinausgegeben worden?
Liedig: Am 15. Oktober 1946 an sämtliche Vorsitzenden der Bezirks- und Kreisverbände.
Dr. *Hundhammer*: Mir sind die Details nicht bekanntgegeben worden. Ich habe gegen eine vorläufige und sofortige Inkraftsetzung ohne eingehende Prüfung Bedenken. Es sind Teile und Absätze in ihr enthalten, die nicht ohne weiteres gebilligt werden können. Ich würde eine nochmalige Beratung der Schiedsordnung vielleicht im Benehmen mit den Vorsitzenden der Bezirksverbände für zweckmäßig halten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich glaube, wir müssen sie beschließen. Es häufen sich die Fälle, die nach einer endgüligen Regelung schreien. Ich glaube, daß gerade ein Beispiel gegeben wurde, das ja heute wieder gezeigt hat, daß irgendwie einmal durchgegriffen werden muß. Infolgedessen bitte ich Sie, jetzt in die Debatte einzutreten. Die Schiedsordnung war allen bekannt. Man konnte sie durchstudieren. Wenn es gewünscht wird, können wir Paragraph für Paragraph nochmals diskutieren.

(Widerspruch.)

Aber die Schiedsordnung muß beschlossen werden.
Meldet sich sonst jemand zum Wort?
Es meldet sich niemand mehr zum Wort. Dann darf ich über meinen Antrag auf Annahme und vorläufige Inkraftsetzung der Schiedsordnung abstimmen lassen.
Wer enthält sich?
Dr. *Lacherbauer*: Auch ich habe die Schiedsordnung bis jetzt nicht zu Gesicht bekommen. Es spielen so viele Fragen zivil- und strafrechtlicher Art herein, daß eine genaue Prüfung erforderlich ist.
Krehle: Ich muß eine Erklärung abgeben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir sind jetzt in der Abstimmung. Ich muß an den parlamentarischen Regeln festhalten. Ich darf nochmals die Abstimmung beginnen. Wer enthält sich? Vier haben sich der Stimme enthalten. Wer ist gegen die Annahme der Schiedsordnung? Dreizehn sind dagegen. Ich mache die Gegenprobe: Wer ist für die Annahme der Schiedsordnung? Es ist die überwiegende Majorität, das wird nicht bezweifelt. Dann ist die Schiedsordnung angenommen und in Kraft gesetzt.
Krehle: Ich möchte eine Erklärung abgeben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Krehle* erhält das Wort zur Abgabe einer Erklärung.
Krehle: Auch der Bezirksverband München hat die Schiedsordnung nicht zugestellt bekommen.
Liedig: Am 15. Oktober 1946 ist sie an sämtliche Vorsitzenden der Bezirks- und Kreisverbände gegangen.
Krehle: Wir haben sie nicht bekommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das müßte im Bezirkssekretariat festzustellen sein.

[3] Der Text der von der Landesversammlung am 14. und 15. Dezember 1946 genehmigten Schiedsordnung findet sich im Anhang, Dok. Nr. XIX, S. 1805ff.

Krehle: Darum habe ich dagegen gestimmt.
Kübler: Ich habe auch keine bekommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann treten wir in den Punkt 3 der Tagesordnung ein: "Wahl von zehn Vertretern und je zwei Frauen- und Jugendvertretern zur Landesvorstandschaft".
Wir müssen noch zur Wahl der Schiedsrichter für das Landesschiedsgericht schreiten. Bisheriger Vorsitzender des Schiedsgerichts war der Generalstaatsanwalt Dr. *Hagenauer*. Ich lasse über die einzelnen Vorschläge mündlich abstimmen.

(Widerspruch.)

In diesem Fall muß man schriftlich abstimmen, denn bei allen Wahlen muß schriftlich abgestimmt werden. Ich bitte, meinen Irrtum zu entschuldigen.
Ich gebe dann die einzelnen Namen bekannt. Wir können beschließen, ob wir in cumulo abstimmen oder ob einzeln abgestimmt wird. Ich darf die Namen bekanntgeben.
Liedig: Es sind zu wählen: ein Vorsitzender und vier Beisitzer. Von diesen vier Beisitzern müssen zwei die Fähigkeit zum Richteramt haben, ebenso der Vorsitzende. Zwei Beisitzer brauchen sie nicht zu haben. Dann ist für jeden dieser Herren noch ein Vertreter zu wählen, bei dem die jeweiligen Voraussetzungen auch gegeben sein müssen. Die Vertreter für den Vorsitzenden und die zwei Beisitzer müssen also auch die Fähigkeit zum Richteramt haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, die Vorschläge bekanntzugeben.
Liedig: Als Vorsitzender des Landesschiedsgerichts wird vorgeschlagen der bisherige interimistische Vorsitzende Herr Generalstaatsanwalt Dr. *Hagenauer*, München, als Vertreter Herr Präsident *Frank*.
Dr. *Lacherbauer*: Darf ich bitten bekanntzugeben, wer Präsident *Frank* ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es war der frühere Präsident des Strafgerichts München, ein älterer, sehr bekannter, ruhiger und objektiver Mann.
Liedig: Als juristische Beisitzer werden vorgeschlagen: Herr Dr. *von Miller*, München, und Herr Dr. *Weinkamm*, Augsburg.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf gleich bemerken, daß Herr Generalstaatsanwalt Dr. *Hagenauer* gebeten hat, wenn möglich Parteifreunde zu nehmen, die in München oder sonst leicht erreichbar sind. Wir hatten bisher auch aus Franken Beisitzer. Es haben sich dabei Schwierigkeiten ergeben, da diese Leute sehr schwer herbeizuholen waren. Das Schiedsgericht muß bekanntlich rasch arbeiten können.
Als juristische Beisitzer werden also vorgeschlagen: Dr. *von Miller*, München, Dr. *Weinkamm*, als erster Vertreter Oberregierungsrat Dr. *Eichhorn*, München, und als zweiter Vertreter Dr. *Ankermüller*, Bad Neustadt a.d. Saale; als Laienbeisitzer Herr *Hanfstaengl*, München und Herr *Imler*, Augsburg, als Vertreter Herr *Staudinger*, Regensburg, und Herr *Arnold*, Nürnberg.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sollen die Namen wiederholt werden?

(Zustimmung.)

Ich bitte, die Namen zu wiederholen. Vielleicht darf ich vorher schon die Stimmzettel verteilen lassen, damit die Freunde eventuell die Stimmzettel bereit haben und die Abstimmung nicht so lange dauert.
Liedig: Als Vorsitzender wird vorgeschlagen Herr Dr. *Hagenauer*, München, als Stellvertreter Herr Landgerichtspräsident *Frank*, München.

(Zuruf: Wie soll abgestimmt werden, mit Ja oder Nein?)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir wollen die Stimmzettel verteilen. Wenn andere Vorschläge gemacht werden, muß über die Namen abgestimmt werden. Wenn keine anderen Vorschläge gemacht werden, können wir mit Ja oder Nein abstimmen. Werden andere Vorschläge gemacht als die bereits vorliegenden?

(Nein!)

Prechtl: Dr. *Rucker*, Regensburg, als Beisitzer.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Er ist in der Landesvorstandschaft.
Liedig: Mitglieder der Vorstandschaft dürfen nicht im Schiedsgericht sein.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Werden andere Vorschläge gemacht? Wir müssen sonst einzeln abstimmen.
(Es werden keine anderen Vorschläge gemacht.)
Dann bitte ich, die Namensliste zu verlesen. Es ist nur mit Ja oder Nein abzustimmen.
Liedig: Vorsitzender: Dr. *Hagenauer*, München; Stellvertreter: Landgerichtspräsident *Frank*, München; Juristische Beisitzer: Dr. *von Miller*, München, und Dr. *Weinkamm*, Augsburg; Stellvertreter: Oberregierungsrat Dr. *Eichhorn*, München, und Dr. *Ankermüller*, Neustadt/Saale; Laienbeisitzer: *Hanfstaengl*, München, und *Imler*, Augsburg; Vertreter: *Staudinger*, Regensburg, und *Arnold*, Nürnberg.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir treten in die Abstimmung ein. Es ist mit Ja oder Nein zu stimmen. Ich darf dann die Stimmberechtigten verlesen lassen.
Liedig: Sind inzwischen noch weitere Stimmberechtigte von den einzelnen Bezirken eingetroffen? Ich bitte diese Damen und Herren, sich bei der Verlesung zu melden.
(*Liedig* verliest die Stimmberechtigten, während die Stimmzettel eingesammelt werden)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Abstimmung ist beendet. Ich bitte als Wahlprüfungsausschuß zu fungieren, die Herren *Ostwald*, *Nirschl*, *Mack*.
(Kurze Pause.)
Ich bitte um Ruhe. Das Wahlresultat wird bekanntgegeben.
Ostwald: Abgegeben wurden 71 Stimmen. Mit Ja stimmten 57, mit Nein sieben.
Liedig: Entsprechend der Liste wurden 71 Stimmen abgegeben. Davon haben 57 mit Ja und sieben mit Nein gestimmt bei sieben Stimmenthaltungen. Damit sind die Genannten gewählt.
[*Josef Müller*:] Wir kommen dann zum nächsten Punkt der Tagesordnung: "Wahl von zehn Vertretern und je zwei Frauen- und Jugendvertretern zur Landesvorstandschaft".
Ammann: Zur Geschäftsordnung! Ich glaube, daß sich hier ein Druckfehler eingeschlichen hat. Auf der letzten Landesversammlung wurde ein Antrag der Jugendvertreter sämtlicher Bezirke eingebracht, wonach drei Jugendvertreter verlangt wurden. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Ich bitte, das protokollmäßig nachzuprüfen und vorsichtshalber heute drei Jugendvertreter zu wählen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir haben hier die Statuten vorliegen, so wie sie vom Landesausschuß das letzte Mal auch noch genehmigt wurden. Wir können nachträglich keine Korrektur mehr annehmen.
Ott: Der Antrag in der Landesversammlung vom Mai ist weiterhin in der Satzung abgeändert worden. Wir bitten, daß das Protokoll und unser Antrag nachgesehen wird. Es sind verschiedene Abänderungen in bezug auf die Jugend vorgenommen worden. In dem Antrag heißt es, daß in jeder Vorstandschaft des Ortes ein Jugendvertreter sein muß. In der Satzung ist der Jugendvertreter aus der Vorstandschaft heraus- und

in den Beirat genommen worden. Das ist nicht in der Landesversammlung beschlossen worden. Ich bitte darum, nachzusehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das hätte man das letzte Mal machen müssen. Man kann es in der Landesversammlung machen, wenn die Statuten noch einmal beschlossen werden, jetzt im Augenblick nicht.
Holzer: Ich erinnere daran, daß in der Landesversammlung im Mai diese Satzungsänderungen einstimmig angenommen worden sind. Wir als Jugendvertreter müssen darauf bestehen. Wir haben überall in der Jungen Union den Sieg der Jungen propagiert, überall, wo wir aufgetreten sind. Wir Jugendvertreter müssen darauf bestehen, daß die Änderungen, die die Landesversammlung angenommen hat, auch jetzt bei der Wahl durchgeführt werden. Ich bitte darum, daß das Protokoll der letzten Landesversammlung herbeigeholt wird. Dann ist der richtige Sachverhalt ohne weiteres sofort festzustellen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich lasse das Protokoll der Landesversammlung herbeiholen. Ich bedauere nur, daß wir nicht damals, als wir im Landessauschuß die Statuten beschlossen haben, nachgesehen haben. Ich selbst würde es ohne weiteres gern machen, wenn es statutenmäßig zulässig wäre, weil sich die junge Generation gerade im Wahlkampf ganz vorzüglich bewährt hat. Infolgedessen würde ich gern dem Antrag entgegenkommen, wenn es aufgrund der Statuten irgendwie möglich ist. Ich würde vorschlagen: Wir wählen einen dritten Jugendvertreter dazu. Dieser kann dann immer zugezogen werden. Sollte sich aus dem Protokoll die Entsendung von drei Jugendvertretern ergeben, dann können wir in der Landesversammlung die entsprechende Korrektur vornehmen lassen. Einverstanden?

(Zustimmung.)

Dann darf ich die Vorschläge der zehn vom Landesausschuß zu bestellenden Verteter für die Landesvorstandschaft vorlegen. [...][4] Ich bin dabei so vorgegangen, daß ich nicht zwischen den einzelnen Ständen usw. aufgeteilt habe. Die Landesvorstandschaft und vor allem der Landesvorstand muß aktions- und arbeitsfähig sein. Ich bitte, auch nicht so vorgehen zu wollen, daß dann Vorschläge nach territorialen Gesichtspunkten gemacht werden. Diese sind schon dadurch zum Ausdruck gekommen,daß jeder Bezirk in die Landesvorstandschaft gewählt hat. Es kommt hier darauf an, ein Gremium zu bekommen, das wirklich arbeitskräftig ist. Ich habe gedacht: Dr. *Horlacher*, Dr. *Eichhorn*, Dr. *Muhler*, Dr. *Grasmann* - ich darf gleich bemerken, er ist als Kassenwalter gedacht -, *Lorenz Sedlmayr*, *Heinrich Pflüger* - war hier als Kandidat für die politisch Verfolgten aufgestellt und ist nicht zum Zuge gekommen; ich habe das auch bei *Lorenz Sedlmayr* berücksichtigt -, *Mayr*, Fürth - hat nicht kandidiert und ist deswegen nach meiner Auffassung für die evangelische Seite dringend notwendig -, Dr. *Semler* - der diesmal auch nicht kandidiert hat, dessen Kraft aber nach meinem Empfinden unentbehrlich ist, weil er den Wirtschaftsausschuß vorzüglich geführt hat -, Dr. *Strauß* - den ich deswegen vorschlage, weil wir einen Jüngeren brauchen, der die Arbeit leistet und dort in der Hauptsache tatsächlich die Geschäfte mitführt - und Dr. *Gamperl* von Regensburg-Oberpfalz - ich habe Dr. *Gamperl* deswegen vorgeschlagen, um es gleich vorwegzunehmen, weil die Oberpfalz Dr. *Rucker* gewählt hat; ich würde es begrüßen,

[4] Hier wechselte offenbar der Stenograph. Der vorhergehende Satz wird an dieser Stelle in folgender Variante wiederholt: "Dann darf ich die Vorschläge für die zehn Mitglieder der Landesvorstandschaft bringen."

wenn man für Oberpfalz und Regensburg die beiden Vertreter brächte. Es ist der unangenehme Zustand, daß Regensburg hart an die 150.000 Einwohner herangeht, die notwendig sind, damit Regensburg als Bezirksverband behandelt wird. Ich bin überzeugt, daß es in absehbarer Zeit der Fall sein wird. Ich würde es begrüßen, wenn man auf diese Weise Regensburg und Oberpfalz berücksichtigen könnte. Als Frauenvertreterinnen würde ich vorschlagen: Frau *Elisabeth Hahn* - die bisher die Frauenorganisation aufgebaut hat - und Frau Dr. *Meyer-Spreckels* - sie war bisher im Parlament, ist aber diesmal leider nicht zum Zuge gekommen. Frau *Hahn* ist katholisch, Frau Dr. *Meyer-Spreckels* evangelisch. Für die Jugend habe ich vorgeschlagen den Parteifreund *Glonner* - der hier beim Aufbau der Jungen Union ganz vorzüglich gearbeitet hat und in ganz Bayern bekannt ist - und den Parteifreund *Birkl*. Ich bitte, den dritten auch von Seiten der Jugend in Vorschlag zu bringen.
Es haben sich zum Wort gemeldet zuerst *Holzer*, dann *Ammann* und *Hundhammer*. Bitte *Holzer*!
Holzer: Ich erlaube mir, für die Jugendvertreter andere Vorschläge einzubringen. Erstens möchte ich gleich drei Namen benennen, und dann würde ich als Jugendvertreter, damit sie den entsprechenden Rückhalt in der Jugend haben, vorschlagen *Franz Steber* - der einen ungeheuren Rückhalt in der Jugend hat -, unseren Freund *Heubl* - der sich außerordentlich tatkräftig in allen Jugendfragen eingesetzt hat und auch im Direktorium der Jungen Union von München sitzt - und als dritten einen evangelischen Kandidaten, den wir in der Jungen Union erst noch wählen wollen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu bemerken: *Birkl* ist evangelisch; *Heubl* ist sowieso im Landesauschuß. Dann bitte ich zu berücksichtigen: Ich brauche Leute, die in ganz Bayern bekannt sind. *Glonner* ist tatsächlich überall herumgereist, auch in ganz Franken; dann ist er vor allem bekannt durch den sozialen Kurs, den er in der Union hält. Ich bitte, nicht einseitig Münchner Vorschläge zu machen. Es wäre einseitig, wenn man nur davon ausgehen wollte. Die Junge Union, darf ich nebenbei bemerken - *Holzer*, ich bitte, es nicht übelzunehmen -, ist außerhalb Münchens noch aktiver als in München. Ich bitte, *Holzer*, es nicht übelzunehmen.
Bitte, *Ammann*.
Ammann: Ich möchte als Zusatz hier den Vorschlag bringen: *Franz Steber*, nicht um für ihn eine Lanze zu brechen, sondern tatsächlich aus Vernunftgründen. Er ist Praktiker in der Jugendarbeit und hat, wie Freund *Holzer* betonte, den nötigen Rückhalt in der Jugend und ist vor allen Dingen in ganz Bayern ein bekannter Mann.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Hundhammer*!
Dr. *Hundhammer*: Ich vermisse in der Liste einen Vertreter der Flüchtlinge, die sind beim Wahlergebnis ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Da darf ich gleich unterbrechen. - Wir kürzen ab, wenn ich das sage. - Ich hätte selbst einen Vertreter der Flüchtlinge vorgeschlagen. Aber beim Ständeaufbau kommen die Flüchtlinge sowieso zum Zug, und ich wollte nachher einen Antrag stellen, daß man jetzt gleich den Ständeaufbau vorläufig durchführt, so daß das ausgeglichen ist.
Dr. *Hundhammer*: Ich bin damit noch nicht zufrieden. Die Leute, die wir jetzt wählen, kommen in die Landesvorstandschaft. Wenn es auch gelingt, beim Ständeaufbau einen Flüchtlingsvertreter unterzubringen, dann soll ein zweiter dabei sein. Ich möchte vorschlagen, daß unter den zehn Leuten ein Flüchtlingsverteter dabei ist. Ich schlage vor, daß Herr Dr. *Rinke* genommen wird, der bekannt ist und der sicherlich auch fach-

liche Kenntnisse besitzt, um diese schwierigen und wichtigen Probleme erfolgreich zu bearbeiten, und zwar an Stelle von *Mayr*, Fürth.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dabei nur sagen: Es ist ausgewogen. Denken Sie bitte daran, die Union umfaßt evangelische und katholische Freunde. Infolgedessen habe ich das Verhältnis evangelisch-katholisch genau ausgeglichen, damit da keine Schwierigkeiten kommen. Ich wollte auch deswegen heute schon die Flüchtlinge berücksichtigen und nachher den Antrag stellen, daß im Ständeaufbau sofort kräftig gearbeitet wird, damit auf die Art und Weise Dr. *Rinke* in die Vorstandschaft kommt. *Kroll*!
Dr. *Kroll*: Soeben sind die Vertreter der Flüchtlinge zu mir gekommen, und ich muß sagen, wenn Dr. *Hundhammer* nicht gesprochen hätte, hätte ich den gleichen Antrag eingebracht. Ich möchte den Antrag, Dr. *Rinke* dazuzuwählen, nachdrücklichst unterstützen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Ott*!
Ott: Als weiteren Vorschlag für die Jugend: Dr. *Martin*, Augsburg.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann hätten wir folgenden Überblick: Bei den zehn vorgeschlagenen Mitgliedern wurde gewünscht, daß Herr Dr. *Rinke* hineingenommen wird. Jetzt ist nur die Frage, wer von den zehn dann ausgetauscht wird. Ich bitte zu bedenken, daß der Großteil der übrigen Mitglieder der Landesvorstandschaft katholisch ist. Ich möchte diesen Gesichtspunkt nicht immer hineinwerfen, aber es ist wichtig, in dem Falle daran zu denken. Wir haben unter den zehn, die vorgeschlagen werden, bisher sieben Katholiken und drei Evangelische. Wenn jetzt *Mayr*, Fürth, wegfällt, dann fällt einer von den drei evangelischen Freunden, die drin sind, weg. Das kann man nach meinem Empfinden nicht machen. Da muß man irgendeine andere Lösung finden.
Liedig: Ich darf darauf aufmerksam machen, daß zur Landesvorstandschaft aufgrund der Satzungen der Vorstand des berufsständischen Rates mit drei Köpfen hinzutritt. In diesem berufsständischen Rat sind die Flüchtlinge mit zwei Vertretern vertreten. Wenn beim berufsständischen Rat ein Flüchtling in die Vorstandschaft gewählt wird, tritt er automatisch in die Landesvorstandschaft ein.
Piechl: Ich sehe es nicht ein, warum von den zehn Leuten acht Münchner sein sollen. Ich glaube, daß das Land auch etwas mitzusprechen hat und gerade durch die Wahlbeteiligung den Beweis erbracht hat, daß es wirklich, was die CSU anbelangt, auf dem Damme ist.
Dr. *Hundhammer*: Ich möchte zu der Frage der Konfessionen, die aufgeworfen ist, eines sagen: Erstens sind Konfessionsvertreter offiziell im Landesausschuß, nämlich Dr. *Muhler* und Oberregierungsrat Dr. *Eichhorn* andererseits, also diejenigen Leute, die hineinzukommen haben. Dann ein Zweites: Wenn man von Konfessionen spricht, so darf ich vielleicht, ohne indiskret zu sein, sagen, daß die Frau von Dr. *Rinke* evangelisch ist.

(Zuruf: Er wird gewählt!)

Ich glaube, daß er insofern ein gewisses Verständnis haben wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte doch dringend darum. Wie in Franken der Kampf geführt wurde und wie schwer es dort war, den Kampf zu führen, weil soundso viele evangelische Freunde abwandern, wenn es so weitergeht!
Klenk: Liebe Parteifreunde! Ich möchte gerade in bezug auf die Konfessionen etwas von uns in Franken erzählen. Es wird uns immer und immer wieder vorgeworfen: Ka-

meraden, man macht Euch katholisch. Es tut uns weh, wenn wir uns als Parteifreunde im Parteikampf, obwohl wir innerhalb der einzelnen Ortsgruppen bestimmt ein gutes Zusammenarbeiten haben, als Evangelische immer und immer wieder sagen lassen müssen: Wir werden katholisch. Es ist für mich weniger wichtig, wenn es diese Leute sagen, aber wir müssen unbedingt auch der Öffentlichkeit Rechnung tragen und die Konfessionen hier ein bißchen auf gleiche Grundlage stellen. Es ist selbstverständlich, daß München an und für sich konfessionell ganz anders zusammengesetzt ist wie das Land, aber wir müssen hier grundsätzlich auch die evangelischen Freunde berücksichtigen. Das geht nicht mehr. Schauen Sie! Sieben Vertreter zu drei, das ist unmöglich. Wir können so nicht bestehen.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Wie ist das Verhältnis in der Bevölkerung?)

Die Bevölkerung ist bei uns überwiegend evangelisch.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Aber bei uns!)

Ihr sollt vertreten sein, wir wollen vertreten sein. Dann ist das doch ausgeglichen.
Piechl: Diese Auffassung, die der Herr geäußert hat, unterstütze ich voll und ganz. Wir vergeben uns gar nichts, wenn wir unseren evanglischen Freunden gerade in diesem Punkte entgegenkommen.
Pflaum: Meine Herren! Ich möchte die Ausführungen meiner Vorredner im Namen Oberbayerns unterstreichen.
Dr. *Rindt*: Ich wollte fragen, aus welchem Gebiet Herr Dr. *Rinke* gekommen ist.

(Zuruf: Er ist Schlesier!)

Das ist es, wo ich einsetzen wollte. Zunächst, wenn ausgetauscht werden soll, wäre ich auch aus den angeführten Gründen dafür, daß ein Katholik wegfällt. Dann: Bei den Wahlen haben wir gesehen, daß die Flüchtlinge aus Oberschlesien zur CSU halten, daß unsere schwache Stelle aber die Flüchtlinge aus dem Sudetengau waren. Bei aller Wertschätzung von Herrn Dr. *Rinke* möchte ich dann fast vorschlagen, daß wir einen Flüchtling aus dem Sudetengau nehmen, Dr. *Ziegler* - der als Kandidat leider durchgefallen ist -, der sich großer Wertschätzung erfreut.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich eines vorschlagen, damit wir die Debatte nicht so führen, daß sie doch unangenehm wird. Wenn Sie einverstanden wären, dann glaube ich, könnte man so einen Ausweg finden, daß Dr. *Rinke* jeweils zu den Landesvorstandschaftssitzungen als Vertreter der Flüchtlinge eingeladen wird und daß man dann abwartet, bis die einzelnen Mitglieder des ständischen Ausschusses gewählt sind. Dann, glaube ich, könnten wir es durchhalten. Ich glaube, daß in den seltensten Fällen nach Stimmen abgestimmt werden wird. Das hat sich oft gezeigt, weil man nachher doch weitestgehend einig war. Und so glaube ich, daß man am Schluß vereinbaren könnte, daß Dr. *Rinke* oder Dr. *Ziegler* jeweils zu den Landesvorstandschaftssitzungen zugezogen wird.

(Widerspruch.)

Dr. *Hundhammer*: Ich halte meinen Antrag aufrecht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Ostwald*!
Ostwald: Nicht zur Flüchtlingsfrage, sondern zur Jugendfrage.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde vorschlagen, daß wir zunächst die zehn erledigen, dann die Frauenvertreterinnen und Jugendvertreter beprechen. Ich darf dann vielleicht die Namen nochmals bekanntgeben. Ich bitte, sie aufzuschreiben. Es kommt

dann der Antrag *Hundhammer* nachträglich dazu, der vorschlägt, anstelle von *Mayr*, Fürth, Dr. *Rinke* einzusetzen, so daß Sie das bei der Abstimmung berücksichtigen müssen. Ich verlese nochmals.
Warnuth: Es muß nicht deswegen ein Evangelischer genommen werden; es wurde nur Dr. *Rinke* gewünscht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, davon auszugehen: Wir müssen in der Landesvorstandschaft arbeiten. Im Vorstand muß jemand von den Jüngeren drin sein, der wirklich die Arbeit mitleistet. Wir brauchen einen Mann, der das anbietet. Es hat keinen Sinn, ewig zu diskutieren, ob die eine oder andere Richtung oder der eine oder andere Stand bedacht ist. Ein arbeitsfähiges Gremium muß geschaffen werden. Darauf kommt es an.
Ich darf die Namen nochmals verlesen:

Dr. *Michael Horlacher*, Dr. *Eichhorn*, Dr. *Muhler*, Dr. *Grasmann*, *Lorenz Sedlmayr*, *Mayr*, Fürth, *Heinrich Pflüger*, Dr. *Semler*, Dr. *Strauß* und Dr. *Gamperl*.

(Zuruf *Piechl*: Angeben wo die Leute her sind!)

Dr. *Michael Horlacher*, Bayern; Dr. *Eichhorn*, München; Dr. *Muhler*, München;

- das bitte ich aber bestimmt nicht zu ändern, das sind die Exponenten der beiden Konfessionen. Ich würde bedauern, wenn das geändert würde -;

Dr. *Grasmann*, München

- als Kassenwalter, darf ich gleich sagen -;

Lorenz Sedlmayr, durchgefallener Kandidat von München; *Mayr*, Fürth; *Heinrich Pflüger*, München; Dr. *Semler*, München; Dr. *Strauß*, Schongau; Dr. *Gamperl*, Regensburg.

Jetzt kommt der Antrag *Hundhammer*.
Dr. *Hundhammer*: Mein Antrag lautet, in die Liste der Kandidaten Dr. *Rinke* als Flüchtling aufzunehmen und dafür einen anderen - ich kapriziere mich nicht auf meinen Vorschlag oder den Namen *Mayr*, Fürth, den ich zufällig genannt habe - zu streichen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag ist bekannt. Mein Antrag geht dahin, Dr. *Rinke* wird zu den Sitzungen der Landesvorstandschaft eingeladen.

(Zuruf *Euerl*: Mit Stimmrecht?)

Ohne Stimmrecht. Es kommt fast nicht zur Abstimmung. Es wird die Wahl der Mitglieder des berufsständischen Rates abgewartet und dann die Frage nochmals zur Entscheidung gestellt.
Holzer: Sind wir schon in der Abstimmung oder können wir uns noch äußern?

(Zurufe: Nein.)

Dann möchte ich dazu folgendes sagen: Wir jungen Leute haben an sich sowieso wenig Verständnis, daß es immer nach Konfessionen gehen muß. Wir hatten gehofft, daß wir hier Christen sind. Da wäre es nicht so wichtig, ob der einzelne katholischer oder evangelischer Christ ist. Besonders durch die Ausführungen der Vorredner aus Franken und auch Herrn *Pflaums* habe ich eingesehen: Wie wäre es, wenn ein katholischer Kandidat freiwillig den Platz für Herrn Dr. *Rinke* als Vertreter der Flüchtlinge räumen würde! Es wäre doch vielleicht eine Lösung. Ich weiß nicht wer.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Er kommt in den berufsständischen Rat.
Ott: Wer ist der dritte Evangelische?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die drei evangelischen Vertreter sind: Dr. *Eichhorn*, *Mayr*, Fürth, und Dr. *Semler*.
Liedig: Zur Landesvorstandschaft treten nachher noch die drei Vorsitzenden des berufsständischen Rates. In diesem berufsständischen Rat sind die Flüchtlinge eine Gruppe, die nach der Zusammensetzung des berufsständischen Rates dort neben den anderen Gruppen jeweils mit zwei vertreten sind. Entsprechend § 22 der Satzung und der Vertretung dieser einzelnen Stände schon durch andere Vertreter in der Landesvorstandschaft scheint es mir sicher zu sein, daß in die Vorstandschaft des berufsständischen Rates mindestens ein Flüchtling hineinkommt, der auf diese Weise in die Landesvorstandschaft kommt. Ich würde deswegen vorschlagen, den Vorschlag des Landesvorsitzenden anzunehmen, daß bis zur Konstituierung des berufsständischen Rates - dafür wird nachher noch ein Antrag vorgelegt werden - Herr Dr. *Rinke* zu diesen zehn hinzutritt. Würde die Zusammensetzung des berufsständischen Rates nicht diesen Erwartungen entsprechen, Herr Dr. *Rinke* also nicht auf dem Wege der Vorstandschaft des berufsständischen Rates Mitglied auch der Landesvorstandschaft werden, dann wäre die Möglichkeit gegeben, diese Wahl nachzuholen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich zur Abstimmung schreiten, sonst werden wir den ganzen Tag Abstimmungsdebatten haben. Es werden die Stimmzettel verteilt. Als Wahlausschuß darf ich wieder die Genannten vorschlagen: *Ostwald*, *Nirschl* und *Mack*. Es muß diesmal, da der Antrag *Hundhammer* vorliegt, namentlich abgestimmt werden. Es müssen also die Namen daraufgeschrieben werden.
Ostwald: Zur Geschäftsordnung! Mir scheint, daß es möglich sein wird, wenn keine Veränderung gewünscht wird, "einverstanden" oder "ja" zu schreiben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist aber die Veränderung *Rinke* da. Vielleicht ist es praktisch, so vorzugehen, daß ich zuerst über meinen Antrag abstimmen lasse; dann sehen wir klarer. Mein Antrag ist bekannt. Soll er nochmals wiederholt werden?

(Zurufe: Ja!)

Der Antrag geht dahin, daß Dr. *Rinke* zu den Sitzungen der Landesvorstandschaft zugezogen wird, daß dann später, wenn der berufsständische Rat da ist, erst endgültig eine Entscheidung getroffen wird. Über meinen Antrag wird mit Handerheben abgestimmt, wenn keine schriftliche Abstimmung verlangt ist.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Schriftliche Abstimmung!)

Es wird über meinen Antrag schriftlich abgestimmt.

(Zuruf *Liedig*: Das ist nicht notwendig!)

Es ist doch nur der Antrag, daß *Rinke* zugezogen werden soll. Soll darüber schriftlich abgestimmt werden?

(Zurufe: Nein!)

Gut, dann werden wir durch Handerheben abstimmen. Wer enthält sich? Eine Stimme. Wer ist dagegen? Niemand. Damit ist der Antrag bei einer Stimmenthaltung angenommen. Also, *Rinke* soll zugezogen werden. Wird jetzt noch - *Hundhammer*, das geht Dich an - darauf bestanden, daß namentlich abgestimmt wird, oder kann en bloc abgestimmt werden?

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Schriftlich!)

Mit Namen oder mit "Ja" oder "Nein"?

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Mit Namen!)

Also wird mit Namen abgestimmt. Die Abstimmung beginnt.
Dr. *Baumgartner*: Zur Geschäftsordnung! Darf ich bitten, daß der Vorsitzende nochmals die Namen verliest.
Liedig (verliest):

Dr. *Horlacher*, Dr. *Eichhorn*, Dr. *Muhler*, Dr. *Grasmann*, *Sedlmayr*, *Mayr*, Fürth, *Heinrich Pflüger*, Dr. *Semler*, Dr. *Strauß* und Dr. *Gamperl*.

(Die stimmberechtigten Mitglieder werden aufgerufen und geben ihren Stimmzettel ab.)
Die Abstimmung ist geschlossen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, Platz zu nehmen. Wir kürzen ab. Ich gebe gleich die beiden Vertreterinnen der Frauen bekannt: Frau *Meyer-Spreckels* und Frau *Elisabeth Hahn*. Es wird kein Abänderungsantrag gestellt?
(Ist nicht der Fall.)
Dann darf ich darüber abstimmen lassen, und zwar mit Ja oder Nein. Die Stimmzettel werden verteilt (gelb). Die zweite Abstimmung über die Frauenvertreterinnen, *Elisabeth Hahn* und Frau *Meyer-Spreckels*, wird mit Ja oder Nein durchgeführt. Die Abstimmung beginnt.
Ich bitte mich zu entschuldigen, weil der stellvertretende Ministerpräsident von Hessen, Dr. *Hilpert*, draußen ist.
Liedig:
(Die stimmberechtigten Mitglieder werden aufgerufen und geben ihren Stimmzettel ab.)
- Die Abstimmung ist geschlossen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, Platz zu nehmen, das Wort hat *Hundhammer* außerhalb der Tagesordnung.
Dr. *Hundhammer*: Es geht soeben durch die Associated Press folgende Notiz:

Bayerischer Ministerpräsident. Trotz des klaren Sieges der Christlich-Sozialen Union bei den Wahlen in Bayern nimmt man an, daß Dr. *Wilhelm Hoegner* weiterhin Ministerpräsident bleiben wird.

(Große Heiterkeit.)

Dr. *Hoegner*, der vor einem Jahr von der amerikanischen Militärregierung auf seinen Posten gestellt wurde, ist der Leiter der Sozialdemokratischen Partei, die nach der CSU die zweitstärkste Partei Bayerns ist. Obgleich die CSU bei der Verteilung der Parlamentssitze die eindeutige Mehrheit besitzt, ist die Wahl *Hoegners* eine durchaus denkbare Kompromißlösung, da die CSU selbst gegenwärtig in drei Fraktionen gespalten ist, von denen keine stark genug ist, einen Mann zu stellen, der alle drei beherrscht.

Es folgen noch zwei Notizen, die in derselben Linie laufen. Ich bringe das deshalb jetzt, weil wir vor 13 Uhr die Möglichkeit haben, durch die Süddeutsche Zeitung und auch eventuell durch die DANA eine Notiz hinauszubringen, vielleicht daß es sich um Kombinationen handelt, die nicht viel Wahrscheinlichkeit haben, und daß da erst die zuständigen Stellen sprechen müssen. Kollege *Schwingenstein* ist da, der vielleicht, obgleich er nicht Mitglied ist, ein paar Sätze zu sagen hat.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf folgendes sagen: In solchen Zeiten darf man sich nicht aufregen lassen, sondern muß kalt und nüchtern bleiben. *Schwingenstein* kann jetzt lediglich eine Erklärung schreiben, daß alle diese Meldungen, wie sie jetzt durchgegeben werden, Kombinationen sind, die jeder Grundlage entbehren. Fertig! Sonst nichts.

(Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe.
Schwingenstein: Ich habe deshalb die Versammlung aufmerksam gemacht. Wenn diese Meldung ohne Berichtigung hinausgeht, werden unsere Wähler draußen närrisch.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wie letzthin mir draußen vorgehalten worden ist, allerdings aufgrund Eurer Mitteilung, *Schwingenstein*, daß ich *Hoegner* zum Ministerpräsidenten machen werde.
Dr. *Baumgartner*: Ich bitte, falls diese Erklärung in die Presse kommt, auch um eine Erklärung für meine Person, weil ich von allen möglichen Seiten angegangen und überall herumgezogen werde, daß ich als Ministerpräsident in Frage komme. Ich bitte, von meiner Person vollständig Abstand zu nehmen, weil ich mit Rücksicht auf meine Arbeit die Kandidatur für einen Ministerpräsidentenposten ablehne. Ich erkläre das hier ganz offen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir sind noch nicht in der politischen Debatte. Es handelt sich darum, daß *Schwingenstein* das mitteilt. Es wird auch der DANA zur Kenntnis gebracht werden. Nicht aus der Ruhe bringen lassen!
Dr. *Horlacher*: Einen Satz: Ich verfolge mit großer Sorge die Vorgänge auch innerhalb der Christlich-Sozialen Union. Die Verhältnisse sind so, daß ich alle Parteifreunde dringend bitte, gegenüber anderen Parteien vollständig ruhig zu sein. Wir müssen es endlich einmal lernen, daß die Demokratie Disziplin innerhalb der eigenen Fraktion erfordert.

(Beifall.)

Das genügt. Ich kann jetzt aufhören.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf hier, bevor die politische Debatte beginnt, erklären: Ich habe bisher keinerlei Verhandlungen mit irgendeiner anderen Partei wegen einer Regierungsbildung geführt. Ich glaube, daß ich als Parteivorsitzender im Moment noch der alleinig Zuständige bin. Von heute an wird die Landesvorstandschaft und der Landesvorstand mitarbeiten. Ich habe aber bis zu dieser Wahl gewartet, damit heute bereits das zuständige Gremium mit den Vorbesprechungen beginnt. Sonst ist niemand legitimiert, für die Union Erklärungen abzugeben.

(Beifall.)

Wir schreiten fort in den Abstimmungen.
Schwingenstein, ich würde als Text vorschlagen:

> Der am 6. Dezember in München tagende Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union stellt fest, daß alle gegenwärtig von der Presse diskutierten Meldungen wegen einer Regierungsbildung Kombinationen sind, die jeglicher Grundlage entbehren. Die Union wird in den zuständigen Gremien ihre Entscheidungen treffen.
> Der Landesvorsitzende der Christlich-Sozialen Union stellte hierzu fest, daß er noch keinerlei Verhandlungen mit irgendeiner Partei wegen einer Regierungsbildung aufgenommen habe, weil er den Entscheidungen der zuständigen Gremien der Union nicht vorgreifen will.

Einverstanden? Erhebt sich Widerspruch?
(Ist nicht der Fall.)
Gut, akzeptiert.
Ich darf zunächst das Ergebnis der Wahl der Frauenvertreterinnen bekanntgeben: 79 Stimmen Ja, eine Nein, eine "weiß". Damit sind die beiden Frauenvertretungen gewählt. Ich darf fragen, ob die Wahl angenommen wird.
(Frau *Hahn*: "Ja"; Frau *Meyer-Spreckels*: "Ja".)
Einstimmig angenommen.
Wir beginnen die Debatte um die Jugendvertreter. Vorhin ist von uns *Glonner* und *Birkl* genannt worden, auch unter dem Gesichtspunkt katholisch-evangelisch. Dazu ist weiter vorgeschlagen worden *Franz Steber*. Werden weitere Vorschläge gemacht? Hat sich die Jugend geeinigt? Ich habe vorhin gesehen, daß die jungen Leute draußen gesprochen haben. Habt Ihr Euch geeinigt?
Holzer: Ich habe wenigstens für den Großteil der Jugendvertreter als Jugendvertretung *Steber*, *Birkl* und *Franz Heubl* vorgeschlagen. Aus dem Protokoll ergibt sich, daß es drei Vertreter sein müssen. Es ist hier ein Schreibfehler unterlaufen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann wird in der Landesversammlung die Korrektur als Schreibfehler berichtigt werden. Vorgeschlagen sind also jetzt *Steber*, *Birkl* und *Heubl*. Weiter steht ein Vorschlag *Glonner*. Wird ein weiterer Vorschlag gemacht?

(Zuruf: Dr. *Martin* und *Heubl*!)

Martin ist Mitglied des Landesausschusses.
Dr. *Rindt*: Er ist nicht drin.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Martin* und *Heubl*. Ich wäre dankbar, wenn die Junge Union sich einigen würde. Ich würde gern auf einige Minuten unterbrechen, solange noch ausgezählt wird. Denn ich glaube für uns alle sagen zu dürfen, daß wir eine Einigung gern sehen würden. Darf ich jetzt wieder für fünf Minuten unterbrechen? Ich werde jetzt noch die Abstimmung durchführen lassen; nachher kommen zwei Anträge wegen des Berufsständischen Rates. Dann könnten noch kurze Anträge zum Punkt "Verschiedenes" gebracht werden. Ich würde vorschlagen, das jetzt zu tun. Weiter schlage ich vor, die politische Debatte heute nachmittag im Zusammenhang zu führen.
Für wann ist das Essen vorgesehen?
Liedig: 13.30 Uhr Essen im Spatenhaus.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann möchte ich vorschlagen: Wiederbeginn 14.30 Uhr mit der Möglichkeit einer Viertelstunde Verspätung, aber nicht mehr. Um 14.45 Uhr werde ich unweigerlich beginnen. Wer dann nicht da ist, nimmt an der politischen Debatte nicht teil.

(Kurze Pause.)

Dann bitte ich, Platz zu nehmen. Ich darf bekanntgeben, daß sich die Freunde der Jungen Union geeinigt und uns damit ein Vorbild gegeben haben. Ich darf bitten, die Vorschläge bekanntzugeben. *Holzer*, sei so gut.
Holzer: Unser Vorschlag lautet; *Steber*, *Birkl*, *Heubl*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Steber*, *Birkl*, *Heubl* sind vorgeschlagen, also drei Kandidaten. Wir müssen auch darüber abstimmen. Es sind keine anderen Vorschläge da. Infolgedessen können wir hier mit Ja oder Nein abstimmen. Ich lasse sofort die Stimmzettel verteilen.

Wir treten in die Abstimmung ein. Es werden weiße Stimmzettel verteilt. Es wird mit Ja oder Nein abgestimmt.
Liedig: Kann die Verlesung bezüglich der Jugendvertreter vorgenommen werden? Es ist mit Ja oder Nein zu stimmen. Es sind vorgeschlagen: *Franz Steber*, *Birkl* und *Heubl*. Wir schreiten zur Abstimmung.
(*Liedig* verliest die Stimmberechtigten, während gleichzeitig die Stimmzettel eingesammelt werden.)
Damit ist die Abstimmung über die Jugendvertreter geschlossen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf das Abstimmungsergebnis über die zehn für die Landesvorstandschaft bestellten Vertreter bekanntgeben. Ich bitte um Ruhe.
Ostwald: Ich bitte, die Namen ohne Rang und Titel verlesen zu dürfen: *Horlacher* 65, *Eichhorn* 69, *Muhler* 69, *Grasmann* 66, *Sedlmayr* 67, *Mayr* 64, *Pflüger* 63, *Semler* 66, *Strauß* 64, *Gamperl* 44, *Rinke* 21, *Lacherbauer* zwei, *Roder* (?) zwei, *Meyer-Spreckels* eine, *Krehle* eine, *Rucker* eine, *Glonner* eine; eine Neinstimme, zwei unbeschriebene Stimmzettel. Insgesamt abgegeben 71 Stimmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gewählt sind also die ersten zehn bis *Gamperl* einschließlich. Ich darf die Anwesenden fragen, ob sie die Wahl annehmen.
(Geschieht, die anwesenden Gewählten nehmen die Wahl an.)
Ich darf dann bekanntgeben, ich werde über Mittag rasch noch überlegen, wer in den Landesvorstand berufen wird. Ich werde die anwesenden Vertreter der Landesvorstandschaft dann vielleicht für eine kurze Besprechung vor Beginn der Sitzung heute nachmittag zusammenbitten, um dann wenigstens vorläufig die Herren benennen zu können, die in den Landesvorstand eintreten sollen. Denn ich möchte das nicht von mir aus machen. Aufgrund der Statuten hätte ich das Recht, sie zu ernennen. Ich möchte es nicht machen, ohne mit den übrigen Freunden der Landesvorstandschaft Fühlung zu nehmen.
Jetzt darf ich zwei Anträge verlesen lassen, die ich stellen wollte und die den Aufbau des Berufsständischen Rates betreffen.
Liedig: Nach § 52 der Satzung ist ein Berufsständischer Rat der Landesvorstandschaft zu bilden. Die Mitglieder dieses Berufsständischen Rates werden auf den Vorschlag der Geschäftsführenden Vorstandschaft, die heute nachmittag gebildet wird, vom Landesausschuß gewählt. Bei den Vorschlägen sollen die Wünsche der der Union angehörenden Mitglieder der berufsständischen Organisationen, Flüchtlinge, Bauernverband, Gewerkschaft usw. sowie die Anregungen der jeweils in Betracht kommenden Ausschüsse berücksichtigt werden. Nun ist hier ein Überbrückungsantrag gestellt worden, den ich zu verlesen habe:

> Der Landesausschuß beauftragt die Geschäftsführende Landesvorstandschaft, bis zur nächsten Landesausschußsitzung eine Vorschlagsliste für die Bildung des Berufsständischen Rates der Landesvorstandschaft vorzulegen. Falls die Geschäftsführende Landesvorstandschaft sich einstimmig auf diese Vorschlagsliste einigen sollte, ermächtigt der Landesausschuß die Geschäftsführende Vorstandschaft, den Berufsständischen Rat, falls erforderlich schon vor erfolgter Wahl, durch den Landesausschuß entsprechend der Wahlvorschlagsliste als beratende Körperschaft, zusammenzuberufen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag ist bekannt. Wir treten in die Diskussion ein. Meldet sich jemand zum Wort? Soll der Antrag nochmals verlesen werden?

(Nein!)

Dann darf ich darüber abstimmen lassen. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Liedig: Ein weiterer Antrag betrifft die Arbeits- und Organisationsausschüsse. Nach § 55 der Satzung kann der Landesausschuß nach Bedarf die Bildung von Arbeits- und Organisationsausschüssen beschließen. Die bisherigen Ausschüsse sind ja mit Inkraftsetzung der Satzung in Fortfall gekommen.
Dazu wird hier nun folgender Antrag gestellt:

> Der Landesausschuß ermächtigt die Landesvorstandschaft bzw. die Geschäftsführende Vorstandschaft, vorläufige Arbeits- und Organisationsausschüsse gemäß § 55 Absatz 1 der Satzung zu bilden und vorbehaltlich der Genehmigung durch die nächste Landesausschußsitzung je einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden zur vorläufigen Geschäftsführung und Organisation der Ausschüsse zu benennen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag ist verlesen und bekannt. Wir treten in die Diskussion ein. Meldet sich jemand zum Wort?
(Keine Wortmeldung.)
Ich darf dann abstimmen lassen.
Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Jetzt wären wir soweit fertig. (Zum Wahlprüfungssauschuß gewendet:) Seid Ihr schon bald fertig mit der Zählung der Abstimmung über die Jugendvertreter?
Ostwald: Wir sind fertig.
Dr. *Rindt*: Wenn Sie jetzt schon fertig sind, würde ich vorschlagen, daß wir am Nachmittag...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, daß die Resultate der Jugendabstimmung bekanntgegeben werden.
Ostwald: Das Ergebnis der Wahl für die Jugendvertreter ist folgendes: 74 Ja-Stimmen, vier Nein-Stimmen und vier abweichende Stimmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit sind die Jugendvertreter gewählt. Soweit sie anwesend sind, darf ich fragen, ob sie die Wahl annehmen.
Heubl nimmt sie an, *Steber* und *Birkl* sind nicht da.
Jetzt hätten wir unser Pensum für heute vormittag abgeschlossen. Ich glaube, wir sollten die politische Debatte zusammenhängend führen.
Werden zum Punkt "Verschiedenes" irgendwelche Anträge oder Anregungen gebracht? Ich wäre dankbar, wenn sie jetzt gebracht würden, weil man die Zeit etwas ausnützen könnte.
Es liegen keine Anregungen vor. Dann würde ich vorschlagen, daß wir jetzt schließen. Aber man müßte versuchen, das Essen etwas eher zu beginnen. Dann darf ich vorschlagen, daß wir pünktlich um 14.30 Uhr anfangen, also nicht um 14.45 Uhr, sondern um 14.30 Uhr beginnt die politische Aussprache. Ich danke und wünsche guten Appetit.

Die Sitzung wird um 12.42 Uhr zur Mittagspause unterbrochen.
Die Sitzung wird um 15.08 Uhr wieder aufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, Platz zu nehmen. Bevor wir in die politische Debatte eintreten, darf ich folgendes bekanntgeben: Es ist selbstverständlich, daß ei-

ne politische Debatte frei und offen geführt werden muß. Das kann nur dann geschehen, wenn lediglich die Berechtigten anwesend sind und die Gäste, die ausdrücklich, wie das früher beschlossen wurde, mit Zustimmung des Landesvorsitzenden eingeladen sind oder mitgebracht wurden. Darf ich fragen: Wer ist hier, der nicht stimmberechtigt ist und nicht ausdrücklich eingeladen wurde oder nicht Vertreter der Militärregierung ist?

(*Schwingenstein* meldet sich.)

Selbstverständlich, *Schwingenstein*, können Sie hierbleiben. Ich dachte, *Schwingenstein* wollte sich zum Wort melden.

A.W. Schmidt: Darf ich fragen, ob ich ausdrücklich eingeladen bin?

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bitte, *Schmidt*.

Dann nehmen wir die Verhandlungen wieder auf. Ich darf zunächst folgendes bekanntgeben: Nach unseren Statuten hat der Landesvorsitzende sieben Parteifreunde zu bestellen, die mit ihm an den Geschäften der Parteiführung teilnehmen, den sogenannten Landesvorstand. Ich habe den Freunden der Landesvorstandschaft folgende Parteifreunde in Vorschlage gebracht: Dr. *Horlacher*, *Haußleiter*, Dr. *Muhler*, *Sedlmayr*, Dr. *Grasmann*, Frau *Meyer-Spreckels*, *Strauß*. Die Mitglieder der Landesvorstandschaft haben ihre Zustimmung zu dieser Ernennung gegeben. Ich darf Ihnen damit die Parteifreunde als Mitglieder des Landesvorstandes vorstellen.

Meine lieben Freunde! Ich bitte, Platz zu nehmen. Wir kommen jetzt zu Punkt 4 der Tagesordnung: "Aussprache über die politische Lage". Ich darf es mir ersparen, zu Beginn dieser Aussprache lange Ausführungen zu machen. Ich werde mir erlauben, kurz in der Debatte Stellung zu nehmen. Folgendes darf ich vielleicht der Debatte vorausschicken: Es ist selbstverständlich, daß gerade diese politische Aussprache heute dazu führen wird, daß die Meinungen geteilt sein werden. Die Union ist eine so große Partei, aufgebaut auf so breiter Basis, daß, Gott sei Dank, nicht alle gleicher Meinung sind. Es wäre um uns gefehlt, wenn wir eine uniforme Partei wären; dann würden wir allzuleicht der Partei der vergangenen zwölf Jahre gleichen. Bei aller Meinungsverschiedenheit muß es aber möglich sein, eine einheitliche Linie der Union herauszuarbeiten. Diesem Ziel dient unsere Debatte, die wir jetzt beginnen. Ich bitte infolgedessen, alle persönlichen Differenzen draußen zu lassen, soweit es irgendwie geht. Sollten persönliche Dissonanzen aus der Vergangenheit bestehen, so müssen sie jetzt beglichen werden. Sie nützen uns jetzt nichts, denn wir müssen arbeitsfähig werden und zur Arbeitsfähigkeit gehört, daß wir uns dazu durchringen, wirklich als Christen zu Christen zu reden.

(Sehr richtig!)

Leider Gottes hat der Kampf der vergangenen Wochen dazu geführt, daß da oder dort aus der Partei heraus auch in der Öffentlichkeit Meinungen geäußert wurden, die besser nicht geäußert worden wären,

(Sehr richtig!)

daß Worte gebraucht wurden, die besser nicht gefallen wären. Vor allem meine Freunde aus Franken wissen, daß in Franken die Debatte über die beiden Flügel der Union ging. Wenn ich darauf angesprochen wurde, so habe ich immer die Auffassung vertreten, die ich Ihnen vorhin gesagt habe, daß es in einer Partei wie der Union nun einmal solche Flügel gibt und daß unsere Flügel weit auseinander liegen. Wenn wir eine gut entwickelte Demokratie haben werden, wird das eine Selbstverständlichkeit

sein. Denn in den demokratischen Parteien Amerikas gibt es New-Dealer, also Sozialisten, neben Konservativen des Südens, so wie es bei uns auch einigermaßen der Fall ist. Das darf aber jetzt nicht dazu führen, daß wir uns hier um die Fragen raufen: Wer ist konservativer, wer ist mehr sozial? Denn jetzt muß praktische Politik gemacht werden. Als wir das Programm abfaßten, konnten wir diese Meinung zum Ausdruck bringen. Heute bitte ich alle diese Fragen zurückzustellen und in den Vordergrund der Debatte die Frage zu rücken: Wie richtet sich jetzt die Union auf eine einheitliche politische Linie aus? Wir werden dabei wohl auch das Staatspolitische streifen. Aber bitte, machen wir nicht den Fehler, daß wir uns jetzt gegenseitig vorrechnen, daß der eine etwa mehr Unitarist und der andere mehr Separatist ist. Ich habe in den Wahlversammlungen immer wieder erklärt: Wir in der Union sind alle Föderalisten. Es kann natürlich auch da Nuancierungen geben, aber wir gehen alle davon aus, daß das neue Deutschland dann am besten gedeihen wird, wenn die einzelnen Glieder dieses neuen Deutschlands sich so durchentwickeln, daß sie nachher wirklich eine gute Einheit, aber auch eine gute Einheit von selbständigen Staatspersönlichkeiten abgeben. Wir gehen auch davon aus, daß in einer Familie jede Einzelpersönlichkeit entwickelt werden soll. Ich stelle ja auch für das deutsche Volk immer in den Vordergrund, daß wir eine Familie sein wollen, nicht irgendeine Uniform von damals.
Wir müssen uns überhaupt mehr und mehr von diesem alten Staatsdenken lösen, das uns lange Zeit überlagert hat. Denn dann werden wir uns nämlich nicht mehr darum herumraufen, ob der eine mehr verstandesmäßig und der andere mehr gefühlsmäßig Föderalist ist, wie es in der vergangenen Zeit immer geschehen ist. Ich bitte also, gehen Sie davon aus, daß jeder, der sich zum Programm der Union bekennt, Föderalist ist. Wir werden im Laufe unserer nächsten Landtagsperiode sehr praktisch zu all den Fragen Stellung nehmen müssen. Da wird es darauf ankommen, daß bei dieser praktischen Stellungnahme dafür gesorgt wird, daß Bayern wirklich ein Gebilde darstellt. Wir wollen nicht dauernd über den Norden schreien und schimpfen. Das sieht etwas nach Minderwertigkeitsgefühl aus,

(Sehr richtig!)

sondern wir wollen uns im neuen Deutschland zur Geltung bringen. Das geschieht am besten, wenn wir mehr arbeiten.
Meine lieben Freunde! Ich sage Ihnen ehrlich, wenn ich die Politik der bisherigen Zeit in dieser Hinsicht kritisieren müßte, dann würde ich vor allem eins kritisieren, daß wir hier nämlich sehr viel in Verfassungs- und sonstiger Politik gemacht haben.

(Sehr richtig!)

Sie war notwendig und man mußte arbeiten. Aber darüber hinaus hat man manchmal vergessen, daß bereits schon bei der Zonenpolitik wichtige Entscheidungen getroffen werden und daß wir mehr oder minder danebenliegen. Es kommt darauf an, daß dort wirklich die fähigsten Leute sind. Vielleicht sind die Leute, die dorthin geschickt werden, noch mehr zu prüfen als die Männer, die hier Politik machen. Denn dort müssen Leute sein, die auf gleicher Ebene antreten und verhandeln können.
Meine lieben Freunde! Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß eine Partei, die sich Christlich-Soziale Union heißt, die sich auf der Basis des christlichen Kulturbegriffs gesammelt hat, auch eine gute Kulturpolitik machen muß. Wir werden da viel zu prüfen und zu überlegen haben. Eines möchte ich dabei auch festhalten. Unsere Kultur ist irgendwo und irgendwie konservativ. Wir vergessen bei unserer Kulturpolitik aber nicht, daß das Christentum als solches wohl hohe Werte konserviert, aber seinerseits

nicht unbedingt rein konservativ ist. Das Christentum ist eine Gruppierung in der menschlichen Gesellschaft, die eine Dynamik in sich hat; sonst hätte das Christentum nie die Welt erobert.

(Sehr richtig!)

Wenn wir Kulturpolitik gestalten wollen, müssen wir daher auch wirklich zündend wirken können, eine wirklich geistige Erneuerung unseres Volkes betreiben und versuchen, darüber hinaus zu wirken.
Die beste Kulturpolitik wird sich nicht durchsetzen können, wenn nicht ein Fundament für die Staats- und Gesellschaftsordnung da ist, nämlich das gesunde Fundament einer gut konsolidierten Wirtschaft. Ich sehe es als Hauptaufgabe einer künftigen Regierung an, Wirtschaftspolitik zu machen und nochmals Wirtschaftspolitik und nochmals Wirtschaftspolitik.

(Sehr richtig!)

Meine lieben Freunde! Ein hungriges Volk ist revolutionär und ein hungriges Volk akzeptiert selbst die höchsten Werte der Kultur nicht mehr. Vor allem werden wir dann, wenn wir keine gute Wirtschaftspolitik machen, auch keine gute Sozialpolitik machen können. Infolgedessen sehen Sie bitte die künftige Regierung unter dem Gesichtpunkt an, daß die Männer, die von der Union bestellt werden, unter allen Umständen befähigt sein müssen, wenn es darauf ankommt, auch Tag und Nacht arbeiten müssen, um dem Volk Arbeit und Brot zu geben.

(Sehr richtig!)

Das ist wichtiger als alle Worte, die gemacht werden. Ich wiederhole das, was ich in der Rundfunkansprache gesagt habe: Unserem Volk nützen die schönsten Worte von Demokratie nichts, wenn es Hunger leidet, wenn es in der Not bleibt.
Wir können auch nicht irgendwie ein Bettelvolk sein.

(Sehr richtig!)

Wir sind heute darauf angewiesen, daß wir von den Mächten unterstützt werden, die uns besetzt halten und die uns auch befreit haben. Wir haben Hilfe bekommen. Wir sind dankbar für die Hilfe. Aber auf die Dauer gesehen wollen wir uns aus eigener Kraft helfen. Ich sehe auch eine Hauptaufgabe der neuen Demokratie darin, daß sich möglichst die eigene Kraft im Volke durchsetzen kann, daß sie sich aber auch von unserem Standpunkt aus gesehen in den einzelnen Personen durchsetzen kann, in den Mitgliedern der Regierung wie in der Union. Wir stellen allüberall das Persönlichkeitsideal heraus. Stellen wir es auch hier heraus. Achten Sie darauf, daß Sie wirkliche Persönlichkeiten hinstellen, die die Verantwortung für das Volk und für die Union tragen.
Mit diesen Worten darf ich die politische Aussprache eröffnen. Wer meldet sich zum Wort?
Ortloph: Meine Parteifreunde! Sie haben aus den Ausführungen unseres Landesvorsitzenden und aus dem, was er im Rundfunk gesprochen hat, im großen und ganzen gehört, wie er sich die große politische Linie der Union vorstellt. Ich glaube, es ist in keiner Partei ein Mann, der derartig mit Schmutz und Kot beworfen wurde, wie unser Landesvorsitzender.

(Sehr richtig!)

Ich stelle mich hier auf den Standpunkt, daß der Mann, der im Wahlkampf derartig angegriffen worden ist, wenn er weiterarbeiten soll, unbedingt wissen muß, daß seine Freunde hinter ihm stehen, und zwar geschlossen.

(Sehr richtig!)

Er muß ferner wissen, daß wir ihm danken, wo wir ihm danken können. Denn es ist dringend notwendig, daß die Union einmal nach außen hin eine vollkommen geschlossene Partei darstellt. Wir müssen einmal nach außen hin zum Ausdruck bringen, wie ich in jeder Versammlung von neuem erklärt habe: Ich rate keinem, an die Union die Hand anzulegen. Die Union steht fester denn je da.

(Beifall.)

Das müssen wir einmal, sonst sind wir keine Union. Ich möchte deswegen dringend bitten, einen ganz kurzen Antrag, den ich mir erlaube einzubringen, zu unterstützen. Der Antrag würde lauten:

> Der Landesausschuß billigt die vom Landesvorsitzenden Dr. *Müller* vertretene politische Linie und lehnt jede Kompromittierung einer wahrhaft demokratischen Entwicklung durch Zweckmeldungen unverantwortlicher Kreise ab.

Ich glaube, Sie haben aus der Presse entnehmen können, daß es dringend notwendig ist, daß einmal die Organisation der Union Stellung nimmt, und daß man draußen weiß, daß sie es endlich einmal satt hat, die Leute, die an unserer Seite arbeiten, die führend, ich betone ausdrücklich führend, hier tätig sind, dauernd mit Schmutz und Kot bewerfen zu lassen.

(Sehr richtig!)

Es ist notwendig, daß endlich einmal klar zum Ausdruck kommt, daß der Landesausschuß der Union die Art, wie man Männer, die im politischen Leben stehen, bekämpft, ablehnt. Ich bitte Sie, deswegen diesem Antrag Ihre Zustimmung geben zu wollen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Bevor wir in der Debatte weiterfahren, darf ich vielleicht noch zur Klärung folgendes sagen. Es ist Ihnen heute hier die Isar-Post in großer Auflage hingelegt worden. Sie ist offenkundig in der Nacht gedruckt worden, weil noch gestern abend um 23 Uhr durchs Radio eine Meldung gegangen ist. Ich weiß nicht, ob der Inhalt bekannt ist, sonst lasse ich ihn rasch verlesen und lasse nachher die Aufklärung dazu geben.

Liedig:

> Frankfurt, 5. Dezember (DANA).
> General *Joseph T. McNarney*, der Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands, erklärte am Donnerstag auf einer Pressekonferenz in Frankfurt, daß die amerikanische Militärregierung für Bayern die Wählbarkeit des bayerischen Landesvorsitzenden der CSU, Dr. *Josef Müller*, zum Bayerischen Ministerpräsidenten überprüft, obwohl seine Partei aus der Landtagswahl am vergangenen Sonntag als stärkste Partei hervorgegangen ist. General *McNarney* gab nicht die Art der Beschuldigungen gegen Dr. *Müller* bekannt, sondern erklärte nur: "Wir beraten den Fall Dr. *Müller*." Auf die Frage, ob es logisch sei anzunehmen, daß die Militärregierung Dr. *Müller* mißbillige, erklärte General *McNarney*, daß eine solche Annahme nicht zutreffend sei. Befragt, zu welchem Zeitpunkt die Militärregierung

Dr. *Müller* ihre Einstellung und seine Streichung von der Liste der Kandidaten bekanntgeben werde, erklärte General *McNarney*: "Er wird zur rechten Zeit informiert werden".
General *McNarney* betonte in diesem Zusammenhang, daß die amerikanische Militärregierung sich das Recht zur Disqualifikation von Kandidaten und deutschen Beamten auch nach deren Wahl vorbehalten habe. Auf den Fall Dr. *Müller* kommend, erklärte er: "Wir werden ihn möglicherweise vor der Wahl als Landesvorsitzenden der CSU entlassen."

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dazu darf ich jetzt vielleicht Parteifreund *Haunhorst* das Wort geben, der bekanntlich unser Verbindungsmann zur Militärregierung ist. Er hat heute draußen vorgesprochen.
Haunhorst: Die ganze Erklärung ist nach dem Telefongespräch, das heute von der hiesigen Militärregierung mit der Militärregierung in Berlin geführt wurde, unrichtig. Vor allen Dingen ist der letzte Satz dieser DANA-Meldung niemals gefallen.

(Zurufe: Hört, hört! Isar-Post! Pfui!)

General *McNarney* hat auf die Frage eines ihn interviewenden Pressevertreters, ob ein Ministerpräsident auch nach der Wahl abgelehnt werden könne, erklärt, dieses sei wohl möglich, jedoch mache er ausdrücklich darauf aufmerksam, daß das auf den Fall Dr. *Müller* nicht anwendbar sei.

(Hört, hört! Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu das Wort dem Herrn geben, der hier als Vertreter der Abteilung Public Relations der Militärregierung zugegen ist.
Mr. *Abeghian*: Nur ein paar kurze Worte. Ich bin von der Abteilung Public Relations, Abteilung für öffentliche Angelegenheiten, beauftragt worden, hier kurz zu sagen, daß, wie Herr *Haunhorst* schon betonte, der lezte Satz niemals von General *McNarney* geprägt worden ist. Die Sache wird jetzt untersucht und DANA wird eine Korrektur bringen.

(Beifall)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Das ist jetzt der zweite Fall DANA. Ich will jetzt nicht in eine große Debatte wegen der Frage DANA eintreten. Aber Sie wissen, daß kurz vor der Wahl eine mysteriöse Angelegenheit behandelt wurde im Anschluß an die Entschließung, die in der Fraktion gefaßt wurde. Damals wurde von der Parteileitung, wie es selbstverständlich ist, dem hiesigen Vertreter der DANA lediglich der Beschluß der Fraktion mitgeteilt. Auf einmal erschien dort die Meldung, es sei von einem *Müller* nahestehenden Mann die DANA in Nauheim falsch informiert worden, daß ein Vertrauensvotum angenommen worden sei. Daran sind dann bestimmte Betrachtungen angeknüpft worden. Man hat dann sogar in eine hiesige Zeitung hineingeschrieben: "Betrug um Dr. *Müller*". Es war, ich möchte sagen, bedauerlich, daß das von einer Institution, wie das die DANA ist, bei der Verwirrung der öffentlichen Meinung vor den Wahlen nicht gerügt wurde.
Heute ist das Mißverständnis noch unangenehmer. Ich bin eigentlich den Parteifreunden dankbar, die heute hier die Isar-Post in großer Auflage aufgelegt haben, daß dadurch Veranlassung gegeben war, sofort bei der Militärregierung eine Rückfrage anzustellen.

(Beifall.)

Dr. *Baumgartner*: Darf ich dazu kurz etwas sagen. Es ist nicht so einfach, wie es sich die Herren vorstellen. Nur der letzte Satz ist widerrufen worden. Die Sache ist ganz anders.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir werden nachher darauf noch in der Debatte zurückkommen. Wir werden uns ernstlich darüber unterhalten müssen.
Dr. *Baumgartner*: Die Sache ist nicht so lapidar abzutun, wie wir das versuchen, sondern wir müssen über die ganze Sache ernstlich, aber in Ruhe sprechen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir werden uns nachher in Güte über alles unterhalten, wenn es darauf ankommt. Auch über alle Möglichkeiten, die in der Vergangenheit für die Art und Weise, wie gekämpft wurde, in Betracht zu ziehen waren.

(Sehr gut!)

Als nächster Redner hat Dr. *Kroll* das Wort. Ich bitte, die Wortmeldungen aufzuschreiben.
Dr. *Kroll*: Während des Wahlkampfes, den wir in Oberfranken führten, fiel es uns sehr unangenehm auf, daß merkwürdige Meldungen in der Öffentlichkeit diskutiert wurden, die wir zum großen Teil von unseren Parteigegnern vorgehalten bekamen.
Vielleicht beruhigt sich der Vorstand, dann können wir weiterreden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bitte, *Kroll*.
Dr. *Kroll*: Wir sind uns alle darüber einig, daß es in der Union verschiedene Richtungen im Sinne einer Differierung der Meinungen geben kann. Wir sind uns aber auch darüber einig, daß gemeinsamer Wille zu einer klaren politischen Linie das letzte Band ist, das uns alle zusammenschweißt und das wir nicht zertrennen lassen dürfen.
Ich bin immer für einen fairen Wahlkampf eingetreten. Ich habe gesagt, wenn der Wahlkampf nicht anständig geführt wird und wenn die Demokratie in den Zustand zurückverfällt, in dem sie einmal in den Jahren 1918 bis 1933 gelebt hat, dann ist diese Demokratie tot, bevor sie überhaupt politisch zum Leben gekommen ist.

(Sehr richtig!)

Es gehört zu den peinlichsten Eindrücken, die mir im Wahlkampf begegnet sind, als mir von Diskussionsrednern der Demokraten und auch anderer Parteien entgegengehalten wurde: Ja, Ihre eigene Partei hat ja die Gestapo-Protokolle ausgeliefert.

(Hört, hört! Pfui!)

Ich war nicht in der Lage, das zu widerlegen. Aber ich wünsche, daß die Dinge geklärt werden. Ich wünsche vor allen Dingen, daß in den eigenen Reihen Anstand herrscht und daß man sich nicht zu schämen braucht, dem Verein der Union anzugehören. Ich möchte hier erklären, daß es auch für uns nur noch eine klare letzte Entscheidung geben kann. Wenn sich heute jemand aufgrund irgendwelcher Gestapo-Protokolle auf den Standpunkt stellen sollte, Dr. *Müller* sei nicht tragbar - und dieses Wort ist von einem prominenten Mann der Union geprägt worden -, so möchte ich folgendes darauf erwidern: Dann laßt noch einmal alle Männer des 20. Juli hinrichten. Sie sind alle untragbar. Es gibt dann überhaupt keine anständigen Männer mehr in Deutschland. Denn wenn die Deutschen untragbar sind, die nachweislich ihr Leben zum Teil im KZ verbracht haben, weil sie gegen den Nationalsozialismus gekämpft haben, dann glaube ich, sind alle diejenigen, die nicht das gleiche Ausmaß an Leiden erlitten haben, erst recht untragbar.

(Beifall.)

Liebe Parteifreunde! Darin kann uns auch keine offizielle amerikanische Haltung irremachen.

(Sehr richtig!)

Für uns ist es heute eine Frage des Prestiges, zu Dr. *Müller* zu stehen.

(Bravo!)

Er ist in der vordersten Drecklinie gestanden während dieses Wahlkampfes, und er hat seinen Kopf für uns alle hinhalten müssen. Wenn wir heute feige und erbärmlich genug wären, ihn irgendwie zum Rücktritt zu veranlassen, dann wäre der Haufen der Union von meinem Standpunkt aus keinen Schuß Pulver mehr wert. Wir müssen jetzt endlich eine klare Linie haben. Auch diejenigen, die vielleicht eine nuanciert andere Richtung vertreten, sollen sich an einen Tisch setzen. Wir sollten einmal das großartige demokratische Beispiel geben, daß eine Partei, die die wirkliche Mehrheit hat, auch in der Lage ist, eine entsprechende Regierung auf die Beine zu stellen,

(Beifall.)

nicht aber daß sie sich dadurch zerreißt, daß sie sich vielleicht spaltet und einzelne Teile bereits Koalitionsverhandlungen mit anderen Parteien zu führen beginnen.

(Hört, hört! Mit Ministerlisten!)

Ich glaube, mich interessiert dieser Vorgang nur insoweit, als ich hoffe, daß auch diejenigen, die in diesem Wahlkampf teilweise die Besinnung verloren hatten, sich schleunigst wieder finden werden und wissen, daß wir jetzt als eine geschlossene klare Einheit einmal zeigen wollen, was die Union ist. Es ist höchste Zeit, daß wir es zeigen. Noch einmal soviel Widerstreit und soviel Krach in den eigenen Reihen und wir können die Union draußen im Lande suchen gehen. Es wird sich niemand mehr finden.

(Bravo! Lebhafter Beifall.)

Fink: Meine lieben Freunde! Ich freue mich, daß schon so mannhafte und klare Worte gesprochen wurden. Wir haben sehr viel Beispiele bestellter Arbeit vor diesem Wahlkampf gehört. Ich brauche nicht mehr darauf einzugehen. Ich möchte nur zur Ergänzung zu dem Fall der Isar-Post und zu der Meldung der Associated Press von heute einen dritten Fall mitteilen. Heute morgen hat die Schwäbische Landeszeitung in Augsburg bereits das kommende Kabinett veröffentlicht, mit Namen, wie es aussehen könnte. Da heißt es unter anderem - ich zitiere lediglich:

> Ministerpräsident könnte werden der bisherige Staatssekretär *Ehard*, Justizminister Dr. *Wilhelm Hoegner*, Innenminister *Seifried*, Arbeitsminister *Roßhaupter*, Sonderminister ein SPD- oder FDP-Angehöriger, Wirtschaftsminister ein Fachminister, der nicht parteigebunden ist. Das Kultusministerium bleibt der CSU vorbehalten.

(Unerhört!)

Dann heißt es - worauf ich jetzt hinausmöchte:

> Einflußreiche Kreise der CSU bemerken hierzu,

- man merkt, woher der Schuß wieder kommt -

> daß das wohl die Möglichkeit und die Lösung sein dürfte, zumal Dr. *Müller* den Standpunkt einer starken Unions-Regierung vertritt.

Man merkt also ganz genau die Absicht. Bei der Veröffentlichung von Gestapo-Protokollen waren die Schreiber so unvorsichtig, im letzten Absatz bereits zuzugestehen, um was es geht: Dr. *Müller* darf unter keinen Umständen Ministerpräsident werden. Hier ist der gleiche Tenor festzustellen: Schon wieder nicht Dr. *Müller*. Deshalb wissen einflußreiche Kreise der CSU bereits heute, daß Staatssekretär *Ehard* Ministerpräsident und vier oder fünf SPD-Minister in diesem Kabinett sitzen sollen.
Ich frage mich, wie kommen derartige Veröffentlichungen in die Presse? Wie kommt die Schwäbische Landeszeitung dazu, sich auf einflußreiche Kreise der CSU zu berufen? In Augsburg und Schwaben sind, das möchte ich annehmen, wohl einflußreiche Kreise der CSU vorhanden. Aber diese Augsburger einflußreichen Kreise identifizieren sich mit den hier anscheinend angegebenen Kreisen nicht.
Ich möchte dazu nur sagen: Das gleiche Spiel, das vor den Wahlen getrieben wurde, geht heute schon wieder los. Ich möchte jeden bitten, wachsam zu sein. Ich kann meine Vorredner nur darin unterstützen, daß auch ich sage: Steht zusammen und stehen wir in diesen Schwierigkeiten und Entscheidungen einmütig hinter einem Mann wie Dr. *Müller*, gegen den das Spiel heute schon wieder losgeht.

(Beifall.)

Butterhof: Namens der Jungen Union von Nürnberg, die die Vorgänge vor den Wahlen mit tiefem Bedauern beobachtet hat, bin ich ermächtigt, folgende Erklärung abzugeben:

> Die Junge Union in Nürnberg mißbilligt die gegen Dr. *Müller* angestrengten Machenschaften aufs Schärfste und drückt ihm ihr volles Vertrauen aus. Außerdem steht die Junge Union auf dem Standpunkt, daß das der Partei gegebene Vertrauen zu einer Regierung ohne Koalition verpflichtet.

(Beifall.)

Ostwald: Wir haben vom Kreise Rehau aus fünf Stimmkreise durch Einsatz von Rednern betreut. Ich darf das unterstreichen, was Herr Dr. *Kroll* gesagt hat. Wir haben im äußersten oder im obersten Zipfel des Landes Bayern den Kampf durchstehen müssen, und wir nehmen, ohne unbescheiden sein zu wollen, für uns in Anspruch, daß wir uns behauptet haben. Es ist uns auch gesagt worden, daß der Erfolg, den die Union errungen hat, ihr zu einem Teil unverdient zuteil geworden ist, weil es in Bayern 50% gibt, die als Unions-Mitglieder geboren werden. Es sollte damit zum Ausdruck gebracht werden, daß die Wähler der Union nicht der Idee aus dem Verstande heraus nachhängen oder nachgehen, sondern daß sie ihr mit dem Herzen nahestehen.
Außerordentlich stark sind diese Gedankengänge von der FDP herausgestellt worden. Ich habe eine persönliche Diskussion in einer öffentlichen FDP-Versammlung mit dem Generalstaatsanwalt Dr. *Dehler* gehabt, bei der ich ihm leider sagen mußte, daß ich erwartet hätte, einen Juristen sprechen zu hören, statt dessen hätte ein Advokat geredet. Ich habe ihm fragend verschiedene Punkte vorgelegt, die er gestreift hatte, Behauptungen, die nicht zuletzt auf den inneren Streit abgestellt waren, der angeblich oder tatsächlich in der Union gewesen ist. Aber nicht nur hier, auch in den übrigen Versammlungen, die wir durchgeführt haben, hat man uns seitens der Diskussionsredner die gleichen Schwierigkeiten gemacht. Ich freue mich, hier feststellen zu können, daß es unsere jungen Mitglieder gewesen sind, die mutig auf das Podium stiegen und sich als *Müller*-Mann bekannten. Sie stiegen auf das Podium und erklärten, daß ihr Vertrauen uneingeschränkt dem Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Uni-

on gehöre und daß sie nicht berühre, was da draußen im Lande geschrieben und gesprochen wurde. Sie hätten ihn kennengelernt, und sie wüßten, daß er nicht für sich und seine Altersklasse, für eine Gruppe kämpfe, sondern für die Jugend und für Deutschland. Wir wissen auch, daß diese Dinge vielleicht in den nächsten Wochen und Monaten noch Gegenstand der Erörterung sein werden, denn wir haben die Absicht, Diskussionsabende über diesen Weg durchzuführen.
Deshalb freue ich mich persönlich darüber, daß hier eine so klare Sprache gesprochen worden ist. Wir haben die Absicht, in den nächsten Wochen und Monaten Diskussionsabende mit der politisch anders gerichteten Jugend durchzuführen, um auf diesem Wege einmal den Gedanken der Staatspolitik herauszustellen gegenüber der engstirnigen Parteipolitik, wie sie in der Vergangenheit, insbesondere bei uns in Oberfranken, allzu deutlich in die Erscheinung trat.
Wir wissen, daß wir gerade in den Reihen der Jugend viele haben, die noch allzustark als Soldaten oder als ehemalige Anhänger des Nazitums mit diesem verhaftet sind, wobei sie sich Erfolge versprachen, die heute vielleicht nicht deutlich erscheinen.

(Zuruf: Nicht nur die Jugend!)

Wir wissen, daß das nur eine verschwindende Schicht bei uns ist. Aber wir befürchten, daß sie um so stärker auf unseren Hochschulen in die Erscheinung tritt. Das beweist auch die Abstimmung Erlangens, wobei wir unterrichtet worden sind, daß dort etwa 3000 Stimmen der FDP aus dem Lager der Studenten stammten.
Wir haben den einen Wunsch, daß man aus anderen Teilen Bayerns die Arbeit, die wir eben zu leisten haben, nicht schwerer machen möge als sie ohnehin schon ist. Wir sind von zwei Seiten angeschossen worden, von rechts und von links. Man hat unsere Leute noch am letzten Tag vor der Wahl auf Flugzettel gesetzt, mit nichtigen Dingen, die bereits widerlegt und ausgepaukt waren. Aber wir haben den Wunsch, daß man uns die Arbeit nicht schwerer machen möge dadurch, daß neben den Anschüssen von außen auch noch im Innern Minen mit eigener Hand gelegt werden.

(Sehr richtig!)

Wir stehen in Oberfranken im Kreise Rehau, in Naila, in Stadtsteinach, in Wunsiedel absolut - das darf ich aus den Versammlungen heraus sagen -, absolut und eindeutig hinter Dr. *Müller*.

(Beifall.)

Wir haben den einen Wunsch, daß auch diejenigen, die heute noch glauben, daß es notwendig sei, die Dinge weiter klarzustellen als sie schon klargestellt sind - denn für uns existieren ja auch keine Gestapo-Protokolle -, der größeren Sache halber dieses Ziel zurückstecken. Denn ich habe schon bei der früheren Versammlung einmal hier ausgeführt: Wir wollen der Idee dienen und nicht einer Person oder einer Interessengruppe.

(Starker Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, bevor ich dem nächsten das Wort erteile, darf ich vielleicht folgendes vorschlagen: Wir müssen uns nachher konzentrieren, und ich bitte, jetzt alles auf das Vertrauensvotum für *Müller* zu konzentrieren. Infolgedessen darf ich vorschlagen: Eine Viertelstunde Diskussion, bei der eventuell die Personenfrage eine Rolle spielen kann, von da ab nur Zukunftspolitik. Einverstanden?
(Kein Widerspruch.)

Dann werde ich um 16.15 Uhr über das Vertrauensvotum für *Müller* abstimmen lassen. *Ortloph* und ich haben kein Wort vorher verloren. Es ist wirklich aus der Stimmung heraus entstanden. Dann bitte ich jetzt schon, die Zukunftspolitik in Angriff zu nehmen. Von der Abstimmung ab gibt es nur noch dieses Thema. Wird gewünscht, daß ich jetzt über das Vertrauensvotum abstimmen lassen soll?

(Zurufe: Ja!)

Wird geheime Abstimmung gewünscht? Ich bitte, daß geheim abgestimmt werden darf.

Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Anwesenden! Ich muß Ihnen offen gestehen - ich bemühe mich, ganz ruhig zu reden, ganz sachlich -, daß ich heute über diese Versammlung insofern erstaunt bin, als es die sogenannte Opposition in der Union nicht für der Mühe wert findet, das Wort zu ergreifen. Meine verehrten Herren, so gehen die Dinge nicht, daß nachher über mich von den verschiedenen Zirkeln wieder hergefallen wird, wenn ich mich bemühe, der Union einen einheitlichen Dienst zu erweisen.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Herren von der Opposition, heraus mit der Sprache; sonst nehme ich an, daß diese Art der Opposition in der Union mundtot ist. Ich muß das annehmen. Ich verzichte jetzt aufs Wort, wenn der Oppositionsführer das Wort ergreift. Dann werde ich danach reden. Wollen die Herren von der Gelegenheit Gebrauch machen? Ich wundere mich, daß einige hohe Herren, die sonst in politischen Zirkeln das Wort führen, heute wiederum nicht anwesend sind. So gehen die Dinge auch nicht. Insbesondere gehören die Herren der Regierung, wenn es sich um so wichtige politische Aussprachen handelt, unbedingt hierher.

(Sehr richtig! Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf bekanntgeben, daß sie eingeladen sind.

Dr. *Horlacher*: Ich möchte haben, daß in der Union mit dem Arbeiten in Konventikeln Schluß gemacht wird.

(Lebhafter Beifall.)

Jetzt sind die ordnungsgemäß gewählten Organe der Union da. Da hat jeder Gelegenheit, sich an diese Organe zu wenden. Wir erwarten in der Zukunft, daß politische Erörterungen, insbesondere mit politischen Gegnern, unterbleiben, daß alle gegenteiligen Erörterungen im Rahmen der zuständigen Organe der Union stattfinden.

(Beifall.)

So erfordert es die Disziplin der Demokratie. Das andere ist ein auseinanderlaufender Sauhaufen um der Personen willen. Ich habe mir das seit Wochen überlegt. Ich habe um die Worte gerungen, wie ich es deutlich zum Ausdruck bringen kann. Ich glaube, es ist mir gelungen.

Wir kommen dann zu den weiteren sachlichen Auseinandersetzungen: Es wird immer gesprochen, es gibt verschiedene Richtungen in der Union. Wir müssen einmal deutsch miteinander reden, damit wir uns verstehen. Es gibt verschiedene Richtungen in der Union. Verschiedene sachliche Richtungen in der Union sind für die Union gut, aber persönlich gehässige Richtungen in der Union sind vom christlichen Standpunkt aus zu verwerfen.

(Beifall.)

Diese Richtungen kann und darf es in einer christlichen Partei nicht geben; denn sonst können wir den Namen des Christentums in unserer Union abschaffen. Ich könnte auch manche Fragen aufrollen, in denen ich mich in einem sachlichen Gegensatz zum Landesvorsitzenden befinde. Das wäre mein gutes Recht. Ich werde mir dieses gute Recht auch immer vorbehalten. Ich werde mir auf der anderen Seite das gute Recht vorbehalten, daß ich jede unsaubere Machenschaft trotz meiner sachlichen Gegnerschaft in gewissen Dingen mit noch größerer Entschiedenheit zurückweise, weil wir sonst keine sachliche Arbeit beginnen und fortsetzen können. Wir müssen endlich aus den Fehlern der vergangenen Tage lernen. Manchen Leuten hängen noch die Eierschalen des Nationalsozialismus hinter den Ohren, sie haben die üblen Gewohnheiten vergangener Tage noch nicht aufgegeben. Wir müssen endlich zu der sachlichen Arbeit zurückkehren. Das ist unsere Aufgabe.
Nun kommt die Lage, wie sie sich vor uns abzeichnet. Schön ist sie nicht, soweit sie sich im Bild der Presse abzeichnet. Das müssen wir alle konstatieren. Wir sind in manchen Dingen jetzt zu leidenschaftlich geworden. Manche sind durch das unanständige Verhalten der anderen zu Fanatikern geworden, was es nicht gebraucht hätte, wenn wir vernünftig geblieben wären. Dadurch hat man sich voneinander entfernt und hat sich immer stärker auseinander geredet. Dadurch besteht die Gefahr, daß wir uns nicht mehr zusammenreden können, wenn wir ernste Dinge miteinander besprechen müssen. Da spielt der unanständige Kampf in anderen Dingen wieder herein. Das wollen wir nicht haben. Wer meine Tätigkeit in den letzten sechs Wochen verfolgt hat, wird bestimmt festgestellt haben, daß ich in demselben Moment, in dem ich erkannte, daß es hier um den Kampf von Personen geht und daß mit schmutzigen Mitteln gearbeitet wird, den Herren meinen Standpunkt sofort zur Darstellung gebracht habe. An einer Stelle habe ich erklärt: Ich kann da meine Zustimmung nicht abgeben, denn man war seit Wochen schon daran, eine bestimmte Person als Ministerpräsident zu lancieren. Das ist vielleicht jetzt schon acht Wochen her. Man hat diese Bemühungen aufgegeben, weil ich in dem engen Kreise gesagt habe: Tut mir leid, da muß ich erst mit meinen engeren Freunden Rücksprache nehmen, weil ich das aus eigener Machtvollkommenheit nicht tue. Ich habe erklärt: Da irrt man sich in Herrn Dr. *Horlacher*. Er gehört der Union an und bildet in der Union seine eigene Persönlichkeit, soweit es notwendig ist.

(Beifall.)

Das war mein Standpunkt. Deswegen bin ich mit niemand verheiratet, außer mit meiner Alten, mit der ich verheiratet sein muß. Das ist so. Das kann man nicht mehr ändern. Sonst bin ich aber mit niemand verheiratet. Ich will es zu Hause auch nicht ändern, könnte ich auch gar nicht mehr, denn dort ist sie mein Vorgesetzter.
Mir ist nun eines an der Sache wichtig, eines kommt mir in dem ganzen Getriebe noch zu Bewußtsein: Die Herren von der Opposition gehen einen falschen Weg. Nehmen wir einmal an, Herr Dr. *Müller* hätte, bevor er vom Nationalsozialismus scharf verfolgt worden ist - nehmen wir an, ich bitte, mich nicht falsch zu verstehen -, eine günstige Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus eingenommen. Nehmen wir an, das wäre so. Es ist aber nicht so. Wir wollen es nur annehmen. Vergleichen wir nun dagegen die Behandlung eines Mannes, der von der Spruchkammer entlastet wird. Wenn einer vor der Spruchkammer entlastet wird, so muß er nachweisen, daß er trotz früherer günstiger Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus später der schärfste Gegner

des Nationalsozialismus gewesen ist und aktiv gegen den Nationalsozialismus gekämpft hat. Dann wird er entlastet. Nur bei der Union wird er nicht entlastet.

(Lebhafter Beifall.)

Deswegen kann ich den Kampf, soweit er auf schmutzigen Waffen beruht, nicht mitmachen. Da nehme ich eine ganz klare Haltung ein. Das muß jeder einsehen, daß ein Mann unter diesen Verhältnissen entlastet wird.
Nun habe ich letzthin gesagt: Mit dem *Ochsensepp* habe ich schon öfter Auseinandersetzungen gehabt. Wir können uns nach der Richtung schon unterhalten. In diesem Falle aber sind die Verhältnisse so. *Müller* war doch zwei Jahre eingesperrt, er war im Konzentrationslager. Ich glaube, das wird für die Entlastung genügen. Die unterirdischen Arbeiter könnten also auf bestimmten Gebieten ruhig ihre Arbeit aufgeben. Es könnten bei ihnen allerdings andere hochpolitische Gesichtspunkte eine Rolle spielen. Das weiß ich nicht. Die Herren, die sonst immer so geheimnisvoll tun, sind wieder nicht anwesend. Sie meinen immer, andere seien dazu bestimmt, ihnen die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Da irren sie sich in meiner Person. Ihre Kastanien sollen sie sich selbst aus dem Feuer holen.

(Beifall.)

So ist die Lage. Meine Herren von der Opposition, ich bitte Sie dringend, das Wort zu ergreifen. Denn Sie müssen nach all diesen Erörterungen unbedingt das Bedürfnis danach haben.
Nun kommt eine wichtige Frage, meine lieben Freunde! Die müssen wir mit kühlem Verstande ansehen. Wir brauchen zu unserer Arbeit unter allen Umständen das Vertrauen der Militärregierung. Das steht einwandfrei fest. Und da hätte ich nur die eine Bitte, ob es nicht gut wäre, wenn auf Beschluß der Partei drei Herren von der Partei zu General *Muller* gehen und die offizielle Frage an ihn richten würden, wie es mit den Äußerungen des General *McNarney* steht. Das wäre der richtige Weg. Denn wir müssen über diese Frage vollständige Klarheit haben. Daher darf man die Sache nicht mit Fanatismus und Leidenschaft begleiten. Bestätigt es sich, daß die Meldungen alle verfälscht sind, dann haben wir, wenn wir diese Gewißheit haben, die Verpflichtung, auch die Herren der Opposition, uns aus Prestigegründen und in diesem Moment alle miteinander hinter Dr. *Müller* zu stellen.

(Beifall.)

Das ist Politik. Das andere nennt man schlechte Würste machen. An schlechten Würsten aber geht man zugrunde. Es können so große Magenverstimmungen eintreten, daß einzelne Herren böse Krankheiten bekommen. Das ist meine Auffassung zu dieser Frage. Es wäre gut, diese offizielle Erkundigung herbeizuführen. Ich möchte das in die Debatte werfen, nicht aus dem Grunde, um schief zu Herrn Dr. *Müller* Stellung zu nehmen - das beabsichtige ich nicht -, sondern um der Union den sicheren Weg zu empfehlen. Die Union soll damit den Weg frei bekommen für ihre Arbeit, sie soll die absolute Gewißheit haben, welche Stellung sie zu beziehen hat. Ich bin zu dieser meiner Haltung aus einer rein sachlichen und nüchternen Erwägung gekommen. Solche Dinge müssen ohne Fanatismus betrachtet werden. Er muß ausgeschaltet werden. Bei einem Teil unserer Freunde ist dieser Fanatismus erzeugt worden. Ich kann das verstehen, denn die Verhältnisse sind verschieden. Ich komme in ganz Bayern herum, habe infolgedessen einen besseren Querschnitt als manche anderen, die nur in ihrer altbayerischen Heimat bleiben. Die Verhältnisse müssen also durch eine Kommission

geklärt werden. Vor Wochen war ich einmal mit jemand bei der Militärregierung von Bayern. Wir haben bei dieser Gelegenheit über allgemeine politische Dinge gesprochen, auch darüber, daß der Ministerpräsident vom Parlament zu nominieren und zu wählen ist. In dieser Frage ist mir erklärt worden, daß sich die Amerikaner dabei nicht einmischen werden. Aber sie werden sich vorbehalten, den Ministerpräsidenten zu genehmigen.
Kann das nicht unter Umständen auf der gleichen Linie liegen wie das, was in der Isar-Post ausgeführt worden ist, ohne daß damit irgendwelche böswilligen Tendenzen verbunden waren? Darüber muß man Auskunft haben. Denn diese Ausführungen in der Isar-Post setzen sich ja aus verschiedenen Teilen zusammen. Die Herren, die hier juristisch bewandert sind, sollen sich einmal die verschiedenen Teile ansehen. Herr Dr. *Rindt*, tun Sie das einmal ohne Leidenschaft.

(Dr. *Rindt*: Ich habe mir die Meldung angesehen. Sie enthält Widersprüche.)

Es sind manche Widersprüche darin enthalten. Das sollte einer der Herren erläutern. Ich möchte das nicht allein tun. Eine Debatte darüber würde sich schon rentieren. Noch besser wäre, wenn wir in einer engeren Kommission uns die Dinge ansehen würden. Denn in der Meldung ist manches enthalten, was man hier in diesem großen Gremium gar nicht ausdeuten kann. Die Meldung ist so formuliert, daß sie nach beiden Richtungen arbeitet. Ich werde daraus nicht klug. Deswegen ist es absolut notwendig, den Herrn General *Muller* selbst zu fragen und ihn zu bitten, der Union in dieser Frage eine Klarstellung zu geben, weil es sich hier für die Union um eine schwerwiegende Frage handelt, eine Frage, die im besonderen Maße unseren Parteivorsitzenden berührt und die insbesondere auf der Linie fortwirken könnte, die wir mit aller Entschiedenheit abgewiesen haben. Das ist die Linie, daß man den Parteivorsitzenden mit unsauberen Mitteln bekämpft hat. Wir wissen nicht, aufgrund welcher Darstellungen die Meldung in die Isar-Post gekommen ist und in die DANA. Wir bitten um Aufklärung.
Das ist nach meiner Überzeugung ein sicherer Weg. Wenn wir ihn beschreiten würden, dann wäre hernach die Frage geklärt. Dann könnten wir mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen. So wie die Dinge jetzt liegen, ist die Frage nur halb geklärt. Ich bitte, mich nicht falsch zu verstehen. Ich möchte der Sache den Dienst erweisen, den sie verdient, damit unsere Union aus dieser Angelegenheit herauskommt. Ich würde persönlich auch wünschen, daß wir nach Klärung der Frage zum Landesvorsitzenden stehen können. Das ist unsere Aufgabe. Denn die Devise lautet für mich hier: Die Union hier über alles, Schutz des Landesvorsitzenden unter allen Umständen, aber ebenfalls unter allen Umständen Aufklärung durch eine Rückfrage bei General *Muller*. Ich bitte, sich meinen Vorschlag zu überlegen. Das müssen Sie tun. Ich glaube, daß er gut und der Sache nicht abträglich ist. Man tut sich bei uns so schwer, weil durch die Opposition auf der einen Seite auf der anderen Seite immer der Fanatismus erzeugt wird. In der Politik gibt es aber in solchen Sachen kein Gemüt, in der Politik gibt es die klare, kühle Betrachtung der Verhältnisse, besonders in einem Zustand, wie wir ihn jetzt augenblicklich haben. Ich bitte Sie also, sich meinen Vorschlag zu überlegen. Eines wollen wir uns gegenseitig geloben, daß es in der Partei ein Ende damit haben muß, daß der eine gehässig gegen den anderen kämpft.

(Sehr richtig!)

Damit muß Schluß gemacht werden. Wenn wir etwas aneinander auszusetzen haben, so soll das in persönlich freundschaftlicher Weise geschehen. Sachliche Dinge müssen

in sachlicher Form erörtert werden, damit sich die Union nicht ständig auseinander redet. Sonst dürfen wir nicht Union heißen, sondern Sezession. Unser Wahlspruch muß sein zusammenhalten, zusammenarbeiten, vereinigen. Ich sehe ein, daß wir in manchen Dingen einander widerstreben müssen. Aber auch da müssen wir letzten Endes wieder zusammenhalten.
Dann habe ich noch die große Bitte, liebe Freunde, jetzt, wo die Regierung gebildet werden muß, unter allen Umständen die Schwatzhaftigkeit zu lassen, das Maul zu halten und verschlossen zu sein. Es geht den politischen Gegner gar nichts an, was in unseren Beratungen vorgeht. Dann bekommen wir die Stärke, die wir zum Einsatz in den nächsten Wochen brauchen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich darf nur eines vielleicht im Anschluß an die Ausführungen von *Michel Horlacher* feststellen: Sie haben gehört, daß ich *Michel Horlacher* als ersten für die Landesvorstandschaft vorgeschlagen habe. In der vergangenen Zeit, vor allem in der Fraktion, haben wir uns manchmal sehr kräftig gerauft; trotzdem habe ich es für notwendig gehalten, gerade ihn dabei zu haben. Es gibt nichts besseres, als wenn Leute sich kräftig auseinandersetzen - aber intern, nicht nach außen. Wir müssen dazu kommen, daß wir wirklich vernünftige Opposition durchführen. Ich weiß, daß ich mit *Michel Horlacher* in manchen Punkten nicht übereinstimme. Es ist viel besser, er kommt und sagt mir: Du bist dabei, eine Dummheit zu machen, als daß ich nachher einen Schuß von rückwärts bekomme. So muß gearbeitet werden. Jede andere Arbeit mit unsauberen Mitteln muß endgültig aufhören. Dann darf ich vor allem eines erwähnen: Einen Mann werde ich bestimmt in der nächsten Zeit durch die Landesvorstandschaft vor das Schiedsgericht bringen müssen. Da ist *Detsch* da; er kann wiederholen, daß in Rosenheim ein sehr unangenehmer Ausdruck gefallen ist. Da möchte ich bitten, daß solche Leute in Zukunft nicht mehr an Beratungen teilnehmen. Das Wort hat *Haunhorst* sen.
Haunhorst sen.: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich mit meinen Worten die Stimme des einfachen Wählers zum Ausdruck bringe. Es ist hier mit großer Leidenschaftlichkeit innerhalb der politischen Auseinandersetzung gesprochen worden, die mir nicht zur Verfügung steht, zumal dieses meine politische Jungfernrede ist. Ich habe aufgrund der einzigen Tätigkeit, die ich für mein Vaterland ausüben durfte, der diplomatischen Tätigkeit, gelernt, mehr mit dem kühlen Kopf als mit dem Herzen zu reden. Ich verstehe vollkommen, daß man sich mit Leidenschaft gegen schmutzige Auswüchse wendet, die der Demokratie und einer großen Partei unwürdig sind. Wenn ich trotzdem noch eine weitere Legitimierung brauche, um vor Ihnen das Wort zu ergreifen, so glaube ich sie dem entnehmen zu dürfen, daß ich seit Beginn der Besatzung in stetem, regem und sehr angenehmen Verkehr mit den amerikanischen Militärbehörden stehe. Ich darf, ohne mich damit loben zu wollen und lediglich aus Dankbarkeit, daß die Dienste, die ich meinem Lande erweisen durfte, anerkannt werden, in diesem Zusammenhang erwähnen, daß vor nicht allzu langer Zeit ein Regierungsmitglied des Weißen Hauses dem Hauptankläger der Amerikaner, Dr. *Kempner*, einen Brief geschrieben hat, in dem er sich warm bedankt und gebeten hat, diesen Dank an mich weiterzuleiten für die Mitarbeit, die ich geleistet habe, daß in meinen beiden Landkreisen eine gute Zusammenarbeit ermöglicht worden sei. Es ist ein Verhältnis, das gegenüber anderen Landkreisen in Mittelfranken geradezu [als] musterhaft bezeichnet werden darf. Das betreffende Regierungsmitglied des Weißen

Hauses - das ist nicht uninteressant für Sie, um daraus die wirklichen Ansichten der Amerikaner kennenzulernen - schreibt in diesem Brief über mich: "He is a conservative German." Das bedeutet, er schreibt über den Mann, mit dem er und ebenso andere Leute der Militärregierung stundenlange Unterhandlungen gepflogen hat, daß er ein konservativ eingestellter Deutscher wäre, und bittet trotzdem darum, ihm seinen warmen Dank für die geleistete Mitarbeit auszusprechen. Da sehen Sie ein Beispiel echter Demokratie. Da sehen Sie, daß ein Mann der ersten Demokratie, der nicht dem rechten Flügel in Amerika angehört, es sehr wohl versteht, daß man auch mehr konservativer Grundhaltung sein kann, und trotzdem ein Mann, dessen Arbeit geschätzt und anerkannt wird.

Meine Damen und Herren! Sie brauchen für die Union in keiner Sorge zu sein, wenn es da einen rechten und einen linken Flügel gibt. Das versteht der Amerikaner genauso gut wie wir. Er wünscht eine gesunde Opposition, weil er weiß, daß eine gesunde Kritik einer Opposition eine Regierung allemal verhindert, daß sie zu einseitigen Handlungen gedrängt wird, die auf die Dauer nicht durchführbar sind.

Ich möchte in diesem Zusammenhang aber noch ein paar Erfahrungen anführen, die ich mit den Amerikanern mache. Es ist vom Vorredner gesagt worden, wenn ich recht verstanden habe, daß wir gewissermaßen erst die Amerikaner fragen sollen, was wir tun sollen. Das dürfen wir nicht tun. Der Amerikaner will nicht, daß er um Rat gefragt wird.

(Sehr richtig!)

Er will geradezu, daß wir selbständig sagen, was wir wollen.

(Sehr richtig!)

Ich kann Ihnen, meine Damen und Herren, aus eigener Erfahrung versichern: Ich habe öfter nein gesagt, und der Amerikaner hat es verstanden.

Ich möchte dann auf einen zweiten Punkt eingehen, der Herrn Dr. *Müller*, den ich erst seit kurzer Zeit kenne, persönlich und in seiner Eigenschaft als Präsident der Union betrifft. Vor fast 300 Jahren hat der nach *Goethe* wohl größte und umfassendste Geist unseres Vaterlandes, *Leibniz*, die wundervolle Idee gehabt - die leider wie das meiste, was dieser Geist ersann, nur in den Anfangsstadien steckenblieb und für die diese Zeit noch nicht reif war -, den großen Traum, die beiden großen Konfessionen wieder vollkommen unter dem einen Banner des Christentums zu einen. *Leibniz* hat es nicht erleben dürfen. Die heutige Zeit bietet uns die einmalige, noch nicht dagewesene Chance, daß sich diese beiden Konfessionen wirklich brüderlich verstehen und einen und zum Wohle des Vaterlandes gegen Elemente zusammenarbeiten, die schließlich, wenn sie ans Ruder kämen, nichts anderes wieder wollten, als eine Diktatur, von der wir gerade genug haben. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß es keineswegs irgendeine persönliche Eloge ist, die ich damit ausspreche, wenn ich sage, daß es das einmalige und - ich wage das Wort - historische Verdienst und die wirklich große Idee und staatsmännisch bedeutende Handlung unseres Parteivorsitzenden *Müller* gewesen ist, daß es zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes seit dem unseligen 30-jährigen Kriege gelungen ist, diese beiden Konfessionen zu einen.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wenn wir das bedenken und wenn dann ein Volk oder eine Partei einen Mann, der das geleistet hat, im Stiche läßt, dann ist diese Partei - verzeihen Sie, wenn ich einmal ein Wort gebrauche, das sonst nicht über meine Lip-

pen kommt - unsittlich. Das darf nicht sein und, so Gott will, wird es auch nicht sein. Es wird sehr viel über Demokratie gesprochen. Wer versteht den Begriff Demokratie wirklich richtig? Wir alle müssen ihn, wenn wir die Hand aufs Herz legen, noch lernen. Wir sind darin noch sehr jung, aber wir wollen ihn ehrlich lernen. Wir alle wissen, daß alle persönlichen Gegensätze zugunsten der Wahrheit, zugunsten unseres Vaterlandes, unseres geliebten Bayern, zurückzutreten haben. Wir wollen weder eine Separation in politischer Beziehung noch, was noch verhängnisvoller und schlimmer wäre, etwa eine konfessionelle Separation, die wir glücklich überwunden haben. Die Demokratie befindet sich noch in statu nascendi. Sie ist noch nicht ganz zur Welt gebracht. Aber die Union steht. Ich hoffe, daß die Union eine gesunde Demokratie durch strenges und festes Zusammenhalten und kompromißlose Übernahme der Regierung fordert und daß sie bei der Geburt unserer deutschen und unserer bayerischen Demokratie geradestehen wird.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zu dem, was Parteifreund *Haunhorst* gesagt hat, darf ich eines sagen: Es wäre zuviel gesagt, wenn man annehmen wollte, einer hätte die Union geschaffen. Die Einigungsidee auf der Basis der christlichen Kultur lag förmlich in der Luft. Es kommt immer nur darauf an, die Zeichen der Zeit zu verstehen und das durchzuführen, was in der Zeit liegt und die Zeit erfordert. Es haben alle mitgewirkt, und Gott sei Dank sind in der Union die konservativen Kräfte stärker als die negativen Kräfte.

Das Wort hat *Ott*.

Ott: Unser Parteifreund Dr. *Horlacher* hat eigentlich eine Rede gehalten, die ganz im Sinne der Jungen liegt. Ich möchte mich nicht mehr damit befassen, das Vertrauen für Dr. *Müller* zu wiederholen. Eines möchte ich für die Zukunft sagen: Was wir in der Vergangenheit erlebt haben, nicht von den Gegnern, sondern von Freunden aus dem eigenen Lager, hat uns zutiefst erschüttert. Wir haben es nicht verstanden, daß Männer, die gesehen haben, wie die alte Demokratie zusammengebrochen ist infolge von Fehlern, die gemacht worden sind, daß ausgerechnet diese Männer noch in einem viel schlimmeren Ausmaß das wiederholen, woran die alte Demokratie zusammengebrochen ist. Wenn ich Ihnen für die Zukunft etwas sagen möchte, dann das: Wir bitten, daß sich solche Dinge wie sie geschehen sind, nicht mehr wiederholen. Damit sich das aber nicht mehr wiederholt, verlangen wir, daß diejenigen, die den Kampf nicht sachlich, sondern persönlich mit einer unfairen, ja einer niedrigen Weise geführt haben, unbedingt so schnell wie möglich vor ein Schiedsgericht gestellt und rücksichtslos aus der Partei entfernt werden.

(Beifall.)

Wir haben kein Verständnis dafür, daß ein Redakteur der Isar-Post, Dr. *Pix*, ständig im Namen der Union und mit seiner Mitgliedschaft Dinge tut, die nicht in Ordnung sind. Ich bedauere - ich will die Dinge beim Namen nennen -, daß Dr. *Hundhammer* heute nachmittag nicht anwesend ist.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Doch!)

Herr Dr. *Hundhammer*, wir verstehen nicht, daß Sie im Wahlkampf wenige Tage vor der Wahl öffentlich erklärt haben sollen, daß Sie schon immer ein entschiedener Gegner Dr. *Müllers* gewesen seien. Wir verstehen das. Wir wünschen das innerhalb der Fraktion - denn der stumme Gesangverein des Reichstages hat aufgehört -, wir

möchten aber wünschen, daß die Dinge vor allen Dingen vor der Entscheidung doch nicht in die Öffentlichkeit getragen werden, die unserer Sache nicht dienen und die vor allem die junge Generation nicht versteht. Deshalb bitten wir in Zukunft, solche Dinge in diesem Stadium zu unterlassen und wenigstens nach außen eine geschlossene Phalanx zu bilden. Wir möchten haben, daß innerhalb unserer Reihen ohne irgendwelche persönliche Rücksicht sachliche Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden, weil wir glauben, daß hier innen eine gesunde Belehrung stattfinden, nach außen aber wirklich eine einige Union dastehen kann.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Detsch*, ich habe vorhin Bezug genommen auf eine Mitteilung, die Sie mir heute früh gemacht haben. Es dürfte vielleicht wichtig sein. Ich lege Wert darauf. Alle anderen persönlichen Fragen sind nicht so bedeutsam. Ich wäre dankbar, wenn Sie die Mitteilung machen würden.

Detsch: In Rosenheim wurde eine Versammlung abgehalten. *Held* aus Rosenheim war Redner. Ich bin von Rosenheim beauftragt worden, Herrn Dr. *Müller* mitzuteilen, daß es in keiner Weise die Art des politischen Kampfes duldet, wie er von Herrn *Held* geführt wurde. Ich habe dies Herrn Dr. *Müller* mitgeteilt und bin gerne bereit, es auch öffentlich zu sagen, da man unterscheiden muß zwischen politischen Ansichtsverschiedenheiten und persönlichen Angriffen. Herr *Held* hat in Rosenheim so gesprochen, daß ihm von Leuten erwidert wurde, die Herrn Dr. *Müller* vielleicht oppositionell gegenüberstehen, aber daß ihm erwidert werden mußte, weil man es mit dem Anstand nicht vereinbaren konnte, so etwas anzuhören.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Da bitte ich, den einen Vorwurf zu sagen. Ich lege Wert darauf, daß es endlich einmal geklärt wird.

Detsch: Ich war nicht in der Versammlung, aber Herr *Held* hat, wie mir von Rosenheimer Gewährsleuten versichert wird, gesagt, daß Herr Dr. *Müller* sich seinen Wahlkampf von *Molotow* finanzieren lasse.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Sie können verstehen, daß ich wollte, daß das auch einmal erwähnt wird. Es kommt immer von den gleichen Leuten. Ich glaube, daß wir da wirklich zusammenstehen müssen, daß in Zukunft solche Leute endgültig erledigt werden. Es hat keinen Sinn. Man kann nicht arbeiten, wenn jemand derart wirre und dumme Gerüchte in die Welt setzt.

Darf ich jetzt vielleicht dazu kommen - es sind noch sieben Wortmeldungen da -, daß ich über das Vertrauensvotum abstimmen lasse. Es werden Stimmzettel verteilt. Es wird schriftlich abgestimmt. Es wird mit Ja oder Nein gestimmt.

Haußleiter: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte folgendes vorschlagen: Es wird hier über ein Vertrauensvotum für Dr. *Müller* abgestimmt. Es hat sich bis jetzt kein Sprecher der Opposition gemeldet. Ich weiß nicht, ob ein Sprecher der Opposition auf der Rednerliste steht. Ich möchte aber doch die Opposition bitten, hier vor diesem Forum und nicht wieder über Angriffe mit Gestapo-Protokollen das vorzutragen, was hier geklärt und ausgesprochen werden soll. Ich möchte mich dem Appell Dr. *Horlachers* an die Opposition anschließen, hier klar zu sagen, welche Einwände sie hat und weshalb sie einem Vertauensvotum nicht würde zustimmen können.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist der zweite Appell an die Opposition gerichtet worden.

Dr. *Hundhammer*: Ich habe ihn gehört. Man hat mich apostrophiert. Ich habe nur den letzten Redner kurz gehört. Es ist schwer, wenn man hier die vorausgegangene Dis-

kussion nicht kennt, zu den Dingen Stellung zu nehmen. Ich höre jetzt zum ersten Mal, daß es um ein Vertrauensvotum um Dr. *Müller* geht, was ich im gegenwärtigen Moment für grundsätzlich vollkommen deplaziert halte. In einem Augenblick, in dem seitens der Besatzungsbehörde, des Herrn Generals *McNarney*,

(Zurufe.)

da sind inzwischen Mitteilungen gekommen,

(Zuruf: Schon wieder was Neues?)

daß diese Erklärung tatsächlich von General *McNarney* stammt - in dem Moment, wo solche Diskussionen laufen und die Probleme so offen sind, ein Vertrauensvotum auszustellen.

(Zuruf: Gerade! - Verschiedene Zurufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, den Redner sprechen zu lassen.
Dr. *Hundhammer*: Sie haben mich aufgefordert zu reden. Ein Vertrauensvotum auszusprechen, halte ich jetzt für ganz ungeeignet. Das ist nicht der richtige Moment, aus taktischen Gesichtspunkten nach außen hin. Ich spreche sehr offen. Es kann nämlich durchaus passieren, daß der letzte Schlußsatz zu der Erklärung *McNarneys*, daß Dr. *Müller* veranlaßt wird zurückzutreten, ernst wird. Und dann, meine Damen und Herren, haben Sie sich in eine Situation hineinmanövriert, die nicht zweckmäßig ist. Das ist meine Auffassung. Ich halte es nicht für richtig, einen Kampf mit der Militärregierung zu führen.
Ein zweiter Punkt, der es mir persönlich und wahrscheinlich verschiedenen Freunden unmöglich machen würde, für ein Vertrauensvotum für *Müller* zu stimmen, ist der seiner politischen Linie. Dr. *Müller* hat im Kampf um die Bayerische Verfassung eine Haltung eingenommen, die taktisch für einen Parteivorsitzenden unmöglich erscheint. Ich mache ihm nicht den Vorwurf, daß er gegen den Staatspräsidenten stimmte. Das ist Sache der Haltung, die der einzelne für sich entscheiden muß. Es geht aber nicht an, daß der Parteivorsitzende sich zum Führer der Opposition gegen die eigene Fraktion macht.

(Unruhe.)

Wenn Sie mich nicht reden lassen wollen - ich kann darauf verzichten.
Meine Herren, ich halte es nicht für richtig, daß der Parteivorsitzende sich zum Führer der Opposition gegen vier Fünftel der eigenen Fraktion macht, noch dazu in einem Punkte, wo vorher in der Agitation der Wahlen doch seitens der Partei der Standpunkt vertreten worden war, daß ein Staatspräsident geschaffen werden soll.

(Unruhe.)

Das wissen wir auch. Ich sage nicht, daß Dr. *Müller* den Staatspräsidenten vertreten hat, sondern die Partei in ihren Drucksachen. Ein Mann, der sich so stark fühlt, gegen vier fünftel seiner eigenen Fraktion vorzugehen, der heute von den Kommunisten - ich habe heute einen Zeugen neben mir - als ihr Mann bezeichnet wird, bitte, sagen Sie es zwischendrein!
Wackerl: Meine Herren! Ich habe in Schwabhausen eine Versammlung mitgemacht, wo die Kommunisten öffentlich erklärt haben "Dr. *Müller* ist unser Mann".
Dr. *Hundhammer*: Sie sehen an diesem Beispiel, wie weit Dr. *Müller* von Leuten dieser Seite als ihr Mann betrachtet wird. Wenn Sie die Presse betrachten, insbesondere

die kommunistische, die ganze Taktik dieser Leute, dann sehen Sie, daß von der Seite der Linksradikalen her Dr. *Müller* als der fortschrittliche Mann im Sinne dieser Leute gilt, während der andere Teil der Fraktion als die sogenannten Reaktionäre bezeichnet werden. Das ist ein Symptom, das doch an sich vielen Leuten zu denken geben muß.
Dazu kommt dann noch ein weiteres: Das ist die grundsätzliche Linie, die Dr. *Müller* in der Führung der Partei eingehalten hat und die von mir und meinen Freunden als eine diktatorische Linie betrachtet wird, gegen die wir bei der Beratung der Parteisatzungen schon Stellung genommen haben und die wir seither im ganzen ebenfalls als durch Dr. *Müller* vertreten sehen. Wir wollen eine demokratische Führung der Partei, die nicht auf eine einzelne Person abgestellt ist, sondern die sich in der Form einer gewählten Vorstandschaft vollzieht.

(Zuruf: Ist ja gewählt!)

Nein, nein, meine Herren, auch der Kreis, den Dr. *Müller* um sich gebildet hat, den er sich in seinen Parteiapparat genommen hat, ist zu einseitig. Auch wenn ich heute die sieben oder acht Leute betrachte, die er in die geschäftsführende Parteileitung beruft, so sehe ich, daß das eine einseitig zusammengesetzte Gruppe ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Dr. *Hundhammer*, warum haben Sie das heute vormittag bei der Besprechung nicht gesagt?
Dr. *Hundhammer*: Ich war nicht da.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie waren vorher da. Ich bitte, sachliche Opposition.
Dr. *Hundhammer*: Wenn die Beschlüsse schon gefaßt sind, hat es keinen Sinn, nachzutarocken.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Du warst draußen anwesend, wie draußen gesprochen wurde. Dr. *Hundhammer* hat keinen Einwand gebracht. Um so mehr muß ich es bedauern, daß er hier mit Argumenten gegenüber der Landesvorstandschaft arbeitet, die ...

(Unruhe.)

Dr. *Hundhammer*: Wenn Ihr mich nicht anhören wollt, dann sollt Ihr mich nicht auffordern zu reden. Wenn ich schon dazu aufgefordert werde, dann muß ich meinen Standpunkt klarlegen können, unter allen Umständen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Aber sachlich!
Dr. *Hundhammer*: Warum? War das unsachlich?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Weil vor dem gleichen Gremium heute die Wahl vollzogen wurde.
Dr. *Hundhammer*: Wenn ich die Bedenken, die ich gegen Deine Geschäftsführung in dieser Form habe, vorsage? Ich habe es nicht notwendig. Vielleicht erleben Sie es einmal, daß Sie mir recht geben. Wir müssen Opposition in unseren eigenen Reihen dulden.

(Zuruf: Aber anständige!)

Dann müssen Sie mich auch anhören. Es ist nun nicht so, daß ich alles das billigen würde, was bisher an Linie eingehalten worden ist. Uns - mir persönlich und vielen anderen meiner Freunde - ist die Art der Geschäftsführung Dr. *Müllers* zu einseitig, persönlich diktatorisch. Wir wollten eine Parteiführung, in der, gewählt von unten her, am besten über die Vorsitzenden der einzelnen Bezirksverbände, der Wille der CSU zum Ausdruck kommt und in der an der Spitze dann neben dem ersten Vorsitzenden ein zweiter und dritter steht.

Ein anderer Gesichtspunkt ist für uns der der politischen Linie. Dr. *Müller* ist der Vertreter einer Richtung, die uns zu wenig den föderalistischen Aufbau des Reichsganzen zur Geltung kommen läßt.

(Unruhe.)

Das ist ein Standpunkt, den wir sachlich in dieser Richtung anzuführen haben. Es kommt dann dazu, daß wir in diesen Dingen die Art der Taktik von Dr. *Müller* nicht für richtig halten.

Ein Moment, das in der letzten Zeit und gegenwärtig scharf hervortritt, ist auch das, daß er die Fraktion, die gewählten Abgeordneten, zu sehr in den Hintergrund zu drücken sich bemüht und die politische Führung der Dinge und die Entscheidungen, die im Parlament zu fällen sind, wo die gewählten Abgeordneten sind, beiseite schiebt. Das kam zum Ausdruck in der Art der Kandidatenaufstellung, wo die Kandidatenaufstellung für den Landtag durch die Bezirksverbände konzipiert worden war, im Gegensatz zu der anderen Linie, die die Kandidatenaufstellung draußen durch die Kreisverbände entschieden wissen wollte. Die letzte Entscheidung ist schließlich in einer nachträglichen Verordnung seitens der Regierung und der Militärregierung in dieser Beziehung geklärt worden.

Etwas anderes, was wir sehr übel vermerkt haben, ist das, daß Dr. *Müller* in dem ganzen Jahr, das wir hinter uns haben, bei kritischen Situationen immer wieder mit einem Schreiben der Militärregierung gekommen ist und erklärt hat, die Militärregierung wünsche das soundso, daß er soweit gegangen ist, zu erklären, wer nicht mit der Parteiführung wäre - damals in der Sitzung der Landesleitung -, dann wäre damit zu rechnen, daß die CSU in einigen Wochen verboten würde.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann hätte ich gebeten, das damals zu sagen und nicht nach drei Vierteljahren.

Dr. *Hundhammer*: ... Was ich Dr. *Müller* am schwersten verdenke, ist der Vorfall: In der Sitzung der vorläufigen Landesleitung am 1. Mai hatte vorweg Dr. *Horlacher* über den Fall *Schäffer* gesprochen, und dann ist Dr. *Müller* aufgestanden und hat erklärt - ich habe den Vorfall damals sofort zu Papier gebracht; er ist damals auch durch Ohrenzeugen unterschrieben worden. Wörtlich ist das:

> Ich habe im Dienste der deutschen Abwehr jahrelang die Möglichkeit gehabt, jeden verhaften zu lassen ohne Angabe von Gründen. Ich habe davon keinen Gebrauch gemacht. Ich bin froh darüber. Ich habe auch jetzt die Möglichkeit, jeden verhaften zu lassen, der eine Politik macht, die gegen die von mir vertretene Linie läuft.

Müller, das was ich hier wiedergegeben habe, ist wörtlich gefallen, ist unterschrieben.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist eine Lüge.

Dr. *Hundhammer*: Nein, das ist wörtlich.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe schon fünfmal erklärt, wie es war.

Dr. *Hundhammer*: Es sind noch weitere Zeugen da. Es ist keine Lüge, ist schriftlich niedergelegt und ist unterschrieben. Dabei bleibe ich bestehen. Wer solche Äußerungen macht - es sind hier noch mehr Zeugen, es ist Dr. *Lacherbauer* da. *Lacherbauer*, war es so?

(Zuruf Dr. *Lacherbauer*: Jawohl!)

Horlacher, war es so?

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Ich kann mich an den Zusammenhang nicht mehr erinnern.)

Es ist so gefallen. Wer solche Äußerungen gebraucht - das war die Spitze, das Äußerste -, der ist nach meinem Dafürhalten nicht geeignet, an der Spitze einer demokratischen Partei zu stehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich gleich mit dem letzten anfangen, was wichtig zu sein scheint. Diese Behauptung hat *Hundhammer* zusehends verschärft. Heute ist sie am schärfsten wiedergegeben worden. Er hat sie mindestens fünfmal gebracht. Damals ist sie sofort anhand der damaligen Unterlagen widerlegt worden, und zwar gleich in der darauffolgenden Sitzung. Es war eine scharfe Debatte. Die Militärregierung hatte das an mich gerichtete Schreiben übergeben, und Major *Vacca* hat darauf hingewiesen, daß jeder verhaftet würde, der Unruhe schaffen würde. Es waren damals soundso viele Leute noch da als Mitglieder der Landesvorstandschaft. Ich habe darauf hingewiesen, daß ich Major *Vacca* erklärt habe, ich hätte während des Krieges auch die Gelegenheit gehabt, im Rahmen der Abwehr politische Verhaftungen vorzunehmen. Ich halte es nämlich nicht für richtig, im Rahmen der Politik Verhaftungen vorzunehmen. So war es. So ist es niedergelegt worden. Es wird das Protokoll herausgesucht. Wenn *Hundhammer* das gewollt hätte, wäre das Protokoll bereitgelegt worden. Ich wundere mich nicht, wenn das eines Tages in der Presse steht.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Ist schon drin gestanden. - Zurufe: Aha! und Pfui!)

Ich bitte um Ruhe. *Rindt* war in der Sitzung dabei.
Dr. *Rindt*: Ich möchte darauf Bezug nehmen. Dr. *Horlacher* war dabei, Dr. *Mark*; an andere Herren außer Dr. *Hundhammer* erinnere ich mich nicht mehr. Es hat sich um diese Verlautbarung ungefähr so gehandelt - ich kann den Wortlaut nicht mehr wiedergeben -, wie Dr. *Müller* darstellt.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Ich habe den Wortlaut.)

Es war mir der Wortlaut damals etwas mißverständlich. Ich habe Dr. *Müller* daraufhin gefragt, wie das aufzufassen ist. Dr. *Müller* hat in der gleichen Sitzung noch genauso interpretiert, wie er es heute gesagt hat. Daraufhin hat er die Frage gestellt, ob jemand von seiner Erklärung befremdet worden sei. Dann hat sich Dr. *Hundhammer* gemeldet. Und ich habe erklärt, ich bin nicht befremdet, ich wollte die Sache nur klarstellen, weil die Verlautbarung irgendwie etwas mißverständlich klingen könne. Ich kann mich an diese Zusammenhänge erinnern, daß es, wie Parteifreund *Hundhammer* aufgezeichnet hat, in keiner Weise stimmt. Ich glaube, daß hier ein Irrtum vorliegt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Kroll* war dabei.
Dr. *Kroll*: Ich kann mich erinnern, daß ich Dr. *Hundhammer* in der Frage sekundiert habe, indem ich sagte, es ist doch wohl nicht in dem Sinne aufzufassen. Das Entscheidende ist dieses: Dr. *Müller* hat in der gleichen Sitzung erklärt und noch einmal wiederholt, daß die Sache dieses Gesicht hatte, so wie er es hier tat. Denn sonst würden alle, nicht nur Dr. *Hundhammer*, sondern auch *Rindt* und ich dagegen Sturm gelaufen sein. Ich möchte etwas Grundsätzliches dazu sagen: Herr Dr. *Hundhammer*, der Wahlkampf ist uns nicht erleichtert worden dadurch, daß Sie erklärt haben: Die Gestapo-Protokolle zwingen nach meiner Überzeugung Dr. *Müller* zum Rücktritt. Ich kann Ihnen nur versichern, daß diese Erklärung verheerend gewirkt hat, und zwar für die Führung der Partei. Ich nehme es Ihnen gar nicht übel, daß Sie sachliche Differenzen hierin mit Dr. *Müller* haben, aber ich möchte betonen, daß die Form, in der der Kampf ausgetragen wurde, unter Umständen zu einer Katastrophe für die Union

hätte werden können. Diese mangelhafte Disziplin muß im Interesse der Union schärfstens gerügt werden.

(Sehr richtig!)

Was die politische Linie betrifft: Ich habe nicht in der Verfassunggebenden Landesversammlung gesessen. Ich habe mich geschämt über den Artikel 178. Sie behaupten, Dr. *Müller* habe eine Linie, die nicht genügend föderalistisch sei. Wir haben alle den Artikel 178 mit seiner überaus lahmen Erklärung für Deutschland verteidigen müssen. Sie können also nicht behaupten, daß diese schon weitgehend separatistische Formulierung, die so lahm klingt, daß der Deutsche Bund diesen Reihen der Union wirklich nur noch abgepreßt wurde, nicht genügend föderalistisch wäre. Ich glaube, man muß einmal klar sagen, was man will. Sie dürfen nicht Föderalismus sagen und Separatismus meinen.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Das ist unterstellt.)

Wir wollen hier vornehm und sachlich diskutieren. Der Artikel 178 ist so föderalistisch und so übertrieben mühsam und langsam Deutschland zugewandt -

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Von den Sozialdemokraten einstimmig mit angenommen.)

Die Sozialdemokraten! Ich habe mit *Behrisch* in Coburg gesprochen. Er hat gesagt: Wir haben mit soviel Schwierigkeiten den Abschnitt "Wirtschaft und Arbeit" durchgebracht, und da mußten wir hier vor der Union in die Knie gehen. Das ist die offizielle Erklärung der Sozialdemokratie. Liebe Freunde! Wir haben die Mehrheit. Die Verfassung muß auf einer breiten Grundlage ruhen. Aber, daß unsere Grundgedanken, für die wir in den Kampf zogen: Senat und Mehrheitswahlrecht doch im Grunde verkauft wurden, daß wir da verloren haben, vor allen Dingen die Stärke des Senats, das sind Dinge, die wir sehr schmerzlich und sehr bedauerlich in diesem Wahlkampf zu spüren bekamen.

Ich möchte jetzt zu etwas anderem Stellung nehmen. Das scheint mir entscheidend zu sein. *Horlacher* hat in wunderbarer Weise der Stimmung Ausdruck verliehen, wir sollten in Zukunft die Kämpfe auf einem Niveau austragen, das wirklich sachliche Qualifikation der einzelnen darstellt. Ich möchte nur vor einem Punkt warnen. Ich möchte es einmal so formulieren: Wir sind doch hier wohl alle Nicht-Nationalsozialisten und unsere Haltung zeichnet sich wohl dadurch aus, daß wir entweder massiv oder geistig genau dauernd in Konflikt mit dem Nationalsozialismus standen. Wir haben gelernt, Widerstand zu leisten. Man kann von diesen Menschen nicht verlangen, daß sie heute servile Kreaturen der Militärregierung werden. Ich lehne es für meinen Teil ab, heute erst zu den Amerikanern zu gehen und zu fragen, ob Dr. *Müller* genehm ist.

(Beifall.)

Ich muß einmal einen scharfen Ausdruck gebrauchen: Hündische Verhaltensweise ist lächerlich, nachdem die Amerikaner genügend Zeit gehabt haben, im Laufe der politischen Entwicklung die Vergangenheit Dr. *Müllers* zu überprüfen. Wenn sie heute erklären würden, Dr. *Müller* sei nicht genehm, dann würde ich erklären, wir sind am Ende mit der Demokratie.

(Lebhafter Beifall.)

So kann man keine Demokratie aufziehen. Wir haben das am eigenen Leibe zu spüren bekommen.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Warum habt Ihr das beim *Schäffer* nicht erklärt? - Zuruf: Aha! - Unruhe.)

Ich möchte jetzt einmal erst zu Ende gehen. Ich möchte folgendes sagen: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir in verschiedenen Dingen eine Änderung herbeiführen müssen, wenn die Demokratie lebensfähig sein soll. Man kann uns nicht die Verantwortung einmal in die Hand drücken und sie uns dann gleich wieder für fünf Minuten nehmen und diese Dinge ununterbrochen korrigieren. Wenn es sich um die Person Dr. *Müllers* in diesem Maße handelt, dann kann ich nur folgendes sagen: Wenn es der Fall sein sollte, daß jetzt alte Dinge bekannt werden, die eigentlich längst bekannt sein müßten, und wenn sie dazu beitragen, Dr. *Müller* für untragbar zu halten: Da ist der Fall Dr. *Barth*, des Bezirksvorsitzenden Oberfrankens, der irgendwann als Fragebogenfälscher hingestellt, von sämtlichen Ämtern enthoben und bis heute noch nicht rehabilitiert wurde; inzwischen ist ihm unverbindlich Mitteilung gemacht worden, daß die Spruchkammer ihn unter die Unbelasteten rechnen wird. Mit diesen Methoden ist viel Politik gemacht worden. Wir haben das erfahren. Wir wünschen nicht, das auch noch einmal beim Landesvorsitzenden erfahren zu müssen. Ich bin daher der Meinung, daß das Vertrauensvotum für Dr. *Müller* heute unter allen Umständen ausgesprochen wird, damit wir auch zeigen, daß wir, die wir uns nicht vor dem Nationalsozialismus gebeugt haben, uns in keinem Fall vorschreiben lassen, wen wir für den geeigneten Mann halten.

(Beifall.)

In diesem Sinne bitte ich meine Ausführungen aufzufassen. Es wäre sonst noch vieles zu sagen. Ich möchte zu dem einen Fall *Schäffer* sagen: Ich hätte nichts dagegen gehabt, wenn damals, als *Schäffer* von der Militärregierung gestürzt wurde, von seinen Anhängern ähnliche Erklärungen abgegeben worden wären. Ich vermisse, daß sie diese Haltung damals in der Öffentlichkeit gehabt haben. Ich bin gerne bereit, mit meiner Haltung vor die Öffentlichkeit zu treten.

Dr. *Baumgartner*: Ich stelle Antrag auf Schluß der Debatte.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bevor ich über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen lasse, darf ich eines sagen: Gerade weil das Verhältnis zur Besatzungsmacht immer erwähnt wird: Ich habe absichtlich in meiner Radiorede darauf hingewiesen, daß *Hitler* Quislinge in den besetzten Ländern geschaffen hat. Wir gehen mit den Amerikanern davon aus, daß sie uns die demokratische Freiheit gebracht haben. Infolgedessen wollen wir wirklich die Demokratie schaffen und als Demokraten mit Demokraten reden. Ich lasse offen, ob ich abgesetzt werde, weil *Hundhammer* sagt, es sei trotz der Mitteilung von Public Relations über Mittag irgend etwas im Widerspruch damit bekannt geworden. Denn es ist vorhin von Herrn *Abeghian* von Public Relations eine offizielle Mitteilung gemacht worden. Sollte ich abgesetzt werden, mich würde es kalt lassen. Solange ich dastehe, geschieht es für die Union. Da lasse ich mir von niemandem etwas sagen. Ich halte mich an das Prinzip: Tue recht und handle danach, was Dir Dein Gewissen vorschreibt. Eine andere Wahl gibt es für mich nicht.

Dr. *Hundhammer*: Ich bitte um das Wort zu einer sachlichen Richtigstellung.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe noch das Wort.

(Zuruf: Schluß der Debatte!)

Ich darf über den Antrag abstimmen lassen.

Wer enthält sich?

Wer ist gegen den Antrag auf Schluß der Debatte?

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Dr. *Hundhammer*: Ich bitte um das Wort zu einer sachlichen Richtigstellung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn sachlich richtiggestellt wird, dann muß man nachher die Debatte wieder eröffnen.
Dr. *Hundhammer*: Es ist vorhin die Äußerung gefallen, die Fraktion hätte Senat und Mehrheitswahlrecht verkauft. Da muß ich das Recht haben, sagen zu können, daß darüber abgestimmt worden ist, ohne daß mit den Sozialdemokraten über das Mehrheitswahlrecht gesprochen worden wäre. Die eigene Fraktion hat das Mehrheitswahlrecht abgelehnt, gerade die Abgeordneten aus Franken. Das wollte ich richtigstellen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich hier abbrechen?
Dr. *Hundhammer*: Die Behauptung, die Fraktion hätte das Mehrheitswahlrecht verkauft, ist also vollkommen falsch. Beim Senat war es ähnlich. Es waren darüber keine Verhandlungen mit den Sozialdemokraten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich dazu eines sagen: Die Frage, ob Mehrheitswahlrecht oder Verhältniswahlrecht, können wir hier nicht diskutieren.
Haußleiter: Wir haben den Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Ich möchte zur sachlichen Berichtigung in diesem Falle doch ganz klar folgendes sagen: Nachdem der Staatspräsident zum ersten Mal gefallen war, hat die Fraktion einstimmig beschlossen, anstelle des Staatspräsidenten einen stärkeren Senat und ein verändertes Wahlrecht durchzusetzen. Über diesen einstimmigen Fraktionsbeschluß ist in diktatorischer Form Herr Dr. *Hundhammer* hinweggegangen und hat dann die zweite Abstimmung über den Staatspräsidenten aufgezogen, ohne daß damals der erste Beschluß eines verstärkten Senats jemals zur Debatte gekommen ist.

(Zuruf: Schluß der Debatte!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich sage immer: Wir wollen Fehler erwähnen, um aus den Fehlern zu lernen.
Wir stimmen ab. Die Stimmzettel sind verteilt. Ich bitte aufzurufen.

(Zuruf: Wird mit Ja oder Nein gestimmt?)

Es wird mit Ja oder Nein gestimmt.

(Zuruf: Worüber?)

Über das Vertrauensvotum, das heißt den Antrag *Ortloph*. Ich bitte, ihn zu verlesen.
Ortloph:

> Der Landesausschuß billigt die vom Landesvorsitzenden Dr. *Müller* vertretene politische Linie und lehnt jede Kompromittierung einer wahrhaft demokratischen Entwicklung durch Zweckmeldungen unverantwortlicher Kreise ab.

Dieser Antrag wurde von mir eingehend begründet. Ich bedauere, daß die Herren, die jetzt dagegen gesprochen haben, bei der Begründung nicht anwesend gewesen sind.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Abstimmung beginnt. Ich bitte, als Abstimmungskomitee wieder ernennen zu dürfen *Ostwald*, *Nirschl* und *Mack*.
Geiselberger: Zur Abstimmung! Ich würde den Vorschlag machen, ob es nicht zweckmäßig wäre, die beiden Sätze dieses Antrags zu trennen und getrennt abzustimmen.

(Widerspruch.)

Meine Herren! Lassen Sie doch auch einmal einen anderen sprechen. Denn ich möchte haben, daß wir darüber ein durchaus einstimmiges Votum des heutigen Landesausschusses bekommen, insofern wir uns gegen die Art und Methoden des persön-

lichen Kampfes wenden, wie sie im Wahlkampf vor allem gegen die Person unseres Landesvorsitzenden angewandt worden sind. Ich glaube, daß wir ein einstimmiges Votum über die Ablehnung dieser Methoden bekommen. Erschweren Sie der sogenannten Opposition die Abstimmung nicht dadurch, daß Sie die beiden Punkte "Billigung der politischen Haltung" und "Ablehnung des persönlichen Kampfes" in einem Abstimmungsgang erledigen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir sind bereits in der Abstimmung. Der Antrag hätte vorher gestellt werden müssen. Die Abstimmung beginnt.
Geiselberger: Dieser Antrag ist von mir zur Abstimmung gestellt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe vorhin gesagt, die Abstimmung beginnt. Wir haben so lange debattiert.
Geiselberger: Es tut mir dann sehr leid.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sicher.
Die Abstimmung beginnt. Zunächst stimmen ab die Mitglieder des Landesvorstandes, die von den Bezirken gewählt sind. Ich selbst nehme an der Abstimmung nicht teil.
(*Liedig* verliest die Stimmberechtigten, während gleichzeitig die Stimmzettel eingesammelt werden.)
Hat jemand nicht abgestimmt?
Es meldet sich niemand.
Dann ist die Abstimmung geschlossen.
Meine lieben Freunde! Darf ich bitten, daß auch die Herren am Eingang Platz nehmen.
Meine lieben Freunde! Ich darf die Debatte wieder eröffnen, solange abgezählt wird. Wir wollen uns doch noch über die Frage unterhalten, wie soll die Linie der Union für die Regierungsbildung jetzt laufen? Sie wissen, zur Debatte steht die Frage: Parteiregierung oder Koalitionsregierung. Ich darf eines vorwegnehmen: Ich habe mich nicht festgelegt, habe auch die Union nicht festgelegt. Ich habe lediglich die Debatte darüber führen lassen, und zwar deswegen, weil die Frage von so großer Bedeutung zu sein scheint, daß jetzt wirklich eine demokratische Entscheidung getroffen werden muß, das heißt daß wir dem Willen unserer Wähler gerecht werden. Es wäre verfehlt, nun zu sagen, die oder die Richtung müßte unter allen Umständen eingeschlagen werden. Ich habe in meiner letzten Radiorede nach den Wahlen erklärt, daß es nach meinem Empfinden notwendig sein wird, drei Gebiete zu neutralisieren: den Aufbau, das Flüchtlingswesen und die Entnazifizierung. Denn innerhalb dieser Bereiche können wir den Streit der Parteien nicht brauchen. Da muß das Volk unter allen Umständen Ruhe haben vor den Parteien.
Ich darf dazu eines sagen, *Hundhammer*, es tut mir leid, daß wir wieder einmal in Gegensatz treten müssen. Ich habe es bedauert, daß der Vorsitzende der CSU-Fraktion in der Verfassunggebenden Landesversammlung, Dr. *Alois Hundhammer*, der Neuen Zeitung gegenüber erklärt hat, er vertrete die Ansicht, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung eine Koalition zwischen CSU und SPD begrüßen würde.

(Hört, hört!)

Es mag sein, daß vielleicht innerhalb des Bereiches des Herrn Dr. *Hundhammer* diese Meinung vertreten wird. Aber, Dr. *Hundhammer*, mit einer solchen Erklärung gegenüber der Neuen Zeitung gibt man schon 50% des Kapitals weg.

(Dr. *Hundhammer*: Das ebnet den Weg.)

Das ebnet nicht den Weg, sondern das legt fest.

(Dr. *Hundhammer*: Nein!)

Ich kann aber nicht mit einer Festlegung in Verhandlungen hineingehen,

(Dr. *Baumgartner*: Zur Geschäftsordnung!)

sondern ich muß mit einer gewissen Bewegungsfreiheit verhandeln können.
Zur Geschäftsordnung hat das Wort Dr. *Baumgartner*.
Dr. *Baumgartner*: Ich möchte jetzt einen Vorschlag bei dieser schwerwiegenden Frage machen. Damit wir nicht zwanzig verschiedene Meinungen bis 22 Uhr abends hören, möchte ich bitten, daß ein Vertreter der Richtung spricht, die sagt, wir müssen ohne eine Koalition eine Regierung bilden - was sehr viel für sich und sehr viel gegen sich hat -, und ein Vertreter derjenigen Meinung, die sagt, wir müssen eine Koalition bilden. Da würde ich vorschlagen, daß *Haußleiter* spricht. Ich habe mich schon ein paar Stunden mit ihm unterhalten. Er hat die Ansicht, daß wir keine Koalition machen dürfen; sodann soll Dr. *Horlacher* sprechen, der sagt, wir sollen eine Koalition machen. Diese beiden kurzen Referate hören wir uns einmal in Ruhe an, damit wir nicht zwanzig verschiedene Meinungen hören müssen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Darf ich dazu sagen: Ich würde es nicht auf eine Entschließung in dieser Weise ankommen lassen.

(Zustimmung.)

Es wäre völlig verfehlt. Die Debatte soll nur den Sinn der Klärung haben, daß man ein Gefühl bekommt, wie die Meinungen ungefähr verteilt sind. Infolgedessen gehe ich grundsätzlich mit diesem Vorschlag einig. Ich würde aber bitten, daß kurz jeweils längstens drei oder fünf Minuten auch die Bezirke ihre Meinung sagen mit ein paar Sätzen: Wie sieht es von Oberfranken bis herunter zu Oberbayern aus. Ich würde also vorschlagen, daß erst einmal *Michel Horlacher* fünf bis zehn Minuten lang spricht, dann *Haußleiter* und im Anschluß daran die Bezirksvorsitzenden.
Ich erteile *Michel Horlacher* das Wort.
Dr. *Horlacher*: Meine lieben Freunde! Ich bin auch ungeheuer neugierig. Ich würde bitten, daß zuerst einmal die Bezirksvorsitzenden ein kurzes Stimmungsbild geben, das aber nicht bindet, sondern bloß eine vorläufige Übersicht ermöglicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Einverstanden. Ich bitte die Bezirksvorsitzenden, uns kurz in drei Minuten zu informieren. Ich rufe auf Dr. *Hundhammer*.
Ich darf bitten, drei bis fünf Minuten zu sprechen.
Dr. *Hundhammer*: Gut, drei bis fünf Minuten.
Ostwald: Darf ich das Ergebnis bekanntgeben?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Einen Augenblick! Es liegt das Abstimmungsergebnis über das Vertrauensvotum bereits vor.
Ostwald: Abgegeben wurden 102 Stimmen.
Dr. *Hundhammer*: So viele Mitglieder hat der Landesausschuß nicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die gesamte Vorstandschaft, die heute gewählt worden ist, zählt dazu. Sie hat etwa 41 Stimmen. Es sind allein 70 Vertreter der Bezirke stimmberechtigt.
Liedig: Inzwischen sind außerdem eine Reihe Neuer gekommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Mitglieder der Regierung und die Landesvorstandschaft sind stimmberechtigt; das darf nicht bezweifelt werden. Es ist ausdrücklich dazu aufgefordert worden.

Ostwald: Es sind 102 Stimmzettel abgegeben worden. Davon haben 76 mit Ja, 22 mit Nein gestimmt. Vier Stimmzettel sind weiß bzw. es steht darauf Enthaltung.

(Starker Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke den Freunden für das mir bewiesene Vertrauen.

Jetzt bitte ich Dr. *Hundhammer*, das Wort zu ergreifen.

Dr. *Hundhammer*: Ich habe in dem Interview, auf das Bezug genommen worden ist, schon darauf hingewiesen, daß nach meiner Kenntnis der Dinge in sehr weiten Kreisen der Bevölkerung es begrüßt würde, wenn in der heutigen anormal schweren Zeit die CSU und SPD die Verantwortung gemeinsam tragen würden. Wir stehen vor einem Zeitpunkt, in dem die schwierigsten Fragen zur Entscheidung stehen. Ich erinnere vor allem an das Problem der Annahme der uns aufzuerlegenden Friedensbedingungen.

Dazu kommt etwas anderes. Wir werden mit unserem Eintreten für den föderalistischen Aufbau des Reiches eine wesentlich leichtere Situation haben, wenn die bayerischen Sozialdemokraten mit für den föderalistischen Aufbau eingespannt werden und nicht die zentralistische *Schumacher*-Richtung, im Gegensatz zur Richtung *Hoegner*, allein die Führung in der Hand hat.

Dann kommt das Problem der gemeinsamen Bewältigung der inneren Schwierigkeiten, der Not im eigenen Volke. Zweifellos würde uns eine Opposition und eine scharfe Kritik seitens der Sozialdemokraten das Arbeiten nicht erleichtern. Wir würden die Verantwortung für die Not allein zu tragen und die hemmungslose Agitation der Sozialdemokratie gegen uns haben.

Etwas, was vielleicht manchen bei uns die alleinige Übernahme der Regierung schmackhaft macht, ist der Umstand, daß wir uns leichter tun würden, personelle Mißgriffe der Sozialdemokraten, die im großen Umfang vorliegen, zu bereinigen. Ich möchte aber darauf hinweisen - und das ist ein anderer Gesichtspunkt -, daß wir eine Kritik der Regierungshandlungen durch eine Oppositionspartei im gegenwärtigen Stadium nicht in dem Umfang brauchen, wie wenn wir eine freie Demokratie hätten, weil die gesamte Tätigkeit der Regierung ja weitgehend durch die Besatzungsmacht gehandicapt und kontrolliert ist. Eine parlamentarische Oppositionspartei in dem Umfang und Sinn einer normalen politischen Arbeit erscheint daher gegenwärtig nicht so notwendig. Außerdem würde die Kritik durch die Presse, die in ihrem bisherigen Kampf gegen die CSU sehr stark die Führung und die Rolle einer Oppositionspartei übernommen hat, ja wohl in etwa bestehen bleiben.

Wenn wir darum, taktisch gesehen, das Gesamtbild zusammenfassen, und wenn ich mir überlege, welche Einstellung die Mehrheit der Bevölkerung hat, dann spricht das Résumé für das Anstreben einer Koalition mit der Sozialdemokratie. Das Volk will in einer Zeit wie heute nicht, daß die zwei großen Parteien sich gegenseitig herunterreißen und bekämpfen, sondern das Volk will in seiner Gesamtheit, daß das Parlament, daß die Fraktionen gemeinsam die Not tragen und die Situation meistern.

Dabei möchte ich selbstverständlich der Klarheit halber sagen, daß wir der Sozialdemokratie die Beteiligung an der Regierung nicht mit jedem Preis bezahlen können.

(Sehr richtig!)

Wir müssen und wir werden uns darüber im Klaren sein, daß es für unser Entgegenkommen Grenzen gibt; aber soweit es irgendwie möglich ist, sollte die Koalition erstrebt werden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Als nächsten Redner bitte ich *Kübler*, das Wort zu ergreifen.

Kübler: Ich kann kein abgeschlossenes Bild der Meinung meines Bezirksverbandes zu dieser Frage geben, sondern lediglich bekanntgeben, was ich aufgrund von Verbindungen feststellen konnte. Die Meinung des Volkes bei uns geht dahin: Es gibt wahnsinnig schwere Arbeit zu leisten. Das Volk will nun endlich sehen, daß an die Arbeit gegangen wird. Ich wäre ohnedies eingehender darauf zu sprechen gekommen, wenn Sie mir die Möglichkeit gegeben hätten, Ausführungen zu machen. Ich hatte mich rechtzeitig zum Wort gemeldet. Das Volk wartet darauf und hat uns durch diese Wahl eine Chance gegeben zu zeigen, ob wir etwas praktisch leisten können.

Die Meinungen sind nun verschieden, ob es möglich ist, daß eine Partei allein diese große Arbeit bewältigen kann, oder ob es zweckmäßiger und der Sache dienlicher ist, wenn zwei große Parteien an diesen Wagen gespannt werden, um diese Arbeit zu meistern. Ich für meine Person bin der Meinung, daß die Aufgabe für eine Partei zu groß und zu schwer ist. Es müßte zu einer Koalition kommen. Wir wollen es der Opposition auch nicht so einfach und so leicht machen, sich von der Verantwortung und von der Aufbauarbeit zu drücken,

(Sehr richtig!)

sich in den Schmollwinkel zurückzuziehen und recht kräftig über uns zu schimpfen. Es wird Möglichkeiten zur Kritik beim Aufbau noch genug geben, selbst wenn es zu einer Koalition kommt. Aber wenn wir die ganze Opposition in einen Winkel zusammendrängen und wir allein die Verantwortung übernehmen, dann wird diese Kritik für uns zu groß sein, noch dazu wo uns jede Presse und jedes Sprachrohr fehlt, um mit dem Volk sprechen zu können. Die Arbeit wird für uns dann vielleicht zu schwer werden.

Auf der anderen Seite bin ich aber auch der Meinung: Wir dürfen es der Sozialdemokratie, wenn es wirklich zu einer Koalition mit ihr kommt, nicht so bequem machen, daß wir einige ihrer Herrn Minister in die Koalitionsregierung aufnehmen und die andern draußen in der Opposition bleiben.

(Sehr richtig!)

Das alles haben wir jetzt erlebt. Die Abstimmung, die hinter uns liegt, hat bewiesen, welche Wege von jener Seite gern gegangen werden. Wir haben die Verfassung gemeinsam gemacht. Wir hatten infolgedessen auch die Verpflichtung, uns dafür gemeinsam einzusetzen. Die Sozialdemokratie ist zum größten Teil dieser Parole nicht gefolgt. Weite Teile der sozialdemokratischen Wähler haben gegen die Verfassung gestimmt. So best[eht] auch die Gefahr, daß wir einige Herren der sozialdemokratischen Partei in die Koalition aufnehmen, daß wir uns selbstverständlich auf deren Wünsche zu den verschiedenen Gesetzen und Aufgaben einstellen und ihnen Rechnung tragen, auf der anderen Seite aber draußen die Wähler oder die Anhänger der Sozialdemokratie in der Opposition bleiben. Es müßte natürlich sichergestellt werden, daß es nicht dazu kommt.

Ich kann für meine Person und für einen großen Teil meiner Mitglieder in Niederbayern sagen: Wir sind für den Abschluß einer kräftigen, unbedingt auf dem Boden des Aufbaues stehenden Koalition, möglichst mit den Sozialdemokraten als der zweitstärksten Partei.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke für die kurzen, aber sehr bemerkenswerten Ausführungen von *Kübler*.

Dr. *Gamperl*: Für die Oberpfalz möchte ich dem Herrn Landrat *Kübler* restlos beipflichten. Wir haben die Erfahrung im Sonderministerium gemacht und wissen, was es heißt, wenn in der heutigen Zeit eine Partei allein die Verantwortung trägt.

(Sehr richtig!)

Dazu kommt vor allem auch, daß uns die Militärregierung sehr viele Vorschriften machen wird, die dann alle auf unserem Rücken ausgetragen werden. Aus diesem Grunde wäre ich unbedingt für eine Koalition, wenn sie ehrlich ist, nicht aber dafür, daß wir die eine oder andere Persönlichkeit unter allen Umständen und ohne Bedingungen hereinnehmen. Aus diesem Grunde bin ich grundsätzlich für eine Koalition, nicht aber dafür, daß wir die SPD um eine Koalition bitten, sondern daß wir ihr die Möglichkeit geben, daran teilzunehmen.

(Sehr gut!)

Dr. *Kroll*: Die Stimmung ist so gekennzeichnet, daß ich sagen möchte, wir kennen die Sozialdemokratie aus nächster Nähe und haben ihre Abschußmethoden wirklich am eigenen Leibe gespürt. Wir wünschen keinen Kampf im Sinne eines Kampfes gegen die SPD, aber es muß über folgendes Klarheit geschaffen werden: Die Wähler verlangen von uns einmal, daß endlich das, was wir im Programm sagen, durchgeführt wird. Man hat mir in den Wahlversammlungen entgegengehalten: "Ja, schön, gut, breite Front mit der SPD. Wenn das aber Verfälschung der klaren Linie heißt, dann wollen wir es nicht haben." Man verlangt die klare Linie. Und hier ist es die Frage, ob unter diesen Umständen eine Koalition möglich ist. Wenn sie möglich ist, soll sie geschaffen werden. In Notzeiten hat man auch in angelsächsischen Ländern, wenigstens England, die Koalition. Allein ich möchte folgendes bedenken: Das Parlament muß unter allen Umständen ein Pressegesetz schaffen. Es ist geradezu unerhört, daß wir uns mit dem Gedanken abfinden, der derzeitige Zustand der Presse könne aufrechterhalten werden. Ich garantiere Ihnen, daß eine Regierung in vier Wochen verrissen und fertig ist, wenn die Presse in dem derzeitigen Zustand aufrechterhalten bleibt. Ich habe es satt, immer zu hören: "Aber die Amerikaner ..." Wir müssen sagen, was not tut, und nicht immer dem Ministerpräsidenten *Maier* von Württemberg das überlassen. Wir müssen sagen, was wir wollen und Bedingungen stellen, uns bereit erklären, eine Koalition einzugehen, wenn die SPD sich bereit erklärt mitzuarbeiten, nicht aber, wenn sie das oder das fordert. Die Koalition mit der Sozialdemokratie widerspricht dem Grundgedanken der Demokratie, und zwar aus folgendem Grunde: Wir brauchen die gesunde Opposition. Nehmen wir die SPD herein, so bekommen wir die kranke Opposition der WAV. Die FDP wird uns genauso zu schaffen machen wie die andere Partei. Wir haben einmal in Koalitionsregierungen die Demokratie vorzeitig verbraucht. Koalitionen schwächen an sich die Demokratie. Darüber muß man sich grundsätzlich klar sein. Man kann Koalitionen in Notzeiten eingehen, nur muß es an und für sich eine Demokratie sein, bei der möglichst eine Partei klar die Verantwortung übernimmt und auch in der Not standhält und die Verantwortung trägt. Das ist ungefähr der Standpunkt von Oberfranken.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Euerl* für Nürnberg und Mittelfranken!

Euerl: Es wurde von unseren Wählern übel vermerkt, daß wir im Juni, als wir die Mehrheit im Landtag hatten, es nicht auch gewagt haben, die Verantwortung allein zu übernehmen. Es würde auch diesmal nicht verstanden werden, wenn wir die Verantwortung nicht übernehmen würden. Es kann nicht so sein, daß wir uns die Arbeit dadurch erleichtern wollen, daß wir eine Koalition eingehen, sondern wir müssen klar

und deutlich zeigen, daß wir den Mut haben, die Verantwortung zu übernehmen. Es sieht so aus, als wenn eine Koalition nur deswegen gemacht werden sollte, weil wir die Verantwortung scheuen. Es ist von der Opposition gesagt worden, daß sie uns herunterreißt. Sie braucht uns nicht herunterzureißen, wenn sie anständig geführt wird. Von uns in Mittelfranken habe ich den ausdrücklichen Auftrag bekommen, dagegen zu sprechen, daß wir eine Koalition eingehen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Für München *Krehle*!

Krehle: Wir müssen auf alle Fälle zunächst einmal den Versuch einer Koalition machen. Dann werden wir die Bedingungen der anderen Seite hören. Sind die Bedingungen für uns nicht annehmbar, dann können wir uns entscheiden. Ich möchte nicht, daß uns von vornherein der Vorwurf gemacht werden kann, daß wir jede Koalitionsmöglichkeit ausgeschlossen und verhindert haben, daß in dieser Notzeit alle aufbauwilligen Kräfte zusammengefaßt werden. Wenn dann bei den Verhandlungen entsprechende Forderungen gestellt werden, was zu erwarten ist, dann müssen wir eben sagen: Bis hierher und nicht weiter! Wenn wir damit rechnen könnten, daß die SPD in eine wirklich verantwortliche Opposition geht, dann wäre nach meiner Auffassung das richtige das Spiel der Kräfte zwischen Opposition und Verantwortung. Sie dürfen eines nicht vergessen: Die KPD ist im Parlament nicht mehr vertreten. Die Sozialisten werden sehr stark von links her bedrängt, und ich fürchte, daß wir, wenn wir sie zu stark abweisen, damit die Linie der SED auch in Bayern fördern. Worauf es mir ankommt ist vor allem die Frage der Personalpolitik. Wir haben doch jetzt im letzten Jahr gesehen, wo die Dinge hingehen. Gegenwärtig kann man auf der ganzen Linie beobachten, daß auch um den letzten Aufseherposten über zwei Putz- oder Abortfrauen - entschuldigen Sie den Ausdruck - gekämpft wird, daß versucht wird, jetzt vor Torschluß diese Posten mit Sozialisten zu besetzen. Es gibt in personalpolitischer Beziehung so viele Dinge zu korrigieren und auszugleichen, daß wir unter allen Umständen hier unsere ganze Kraft einsetzen müssen. Das neue Beamtengesetz sieht vor, daß jeder unter 50 Jahre alte Staatsangestellte in Zukunft nach einem Jahr Probezeit als Beamter übernommen wird. Wir haben also höchste Zeit, in den meisten Fällen noch Korrekturen vorzunehmen. Die Korrekturen werden uns selbstverständlich in einer Koalitionsregierung schwerer fallen wie dann, wenn wir allein sind. Aber ich glaube, wir sollen die Verantwortung, ob eine Koalition zustandekommt oder nicht, der anderen Seite zuschieben, daß man uns nicht später den Vorwurf machen kann, daß wir eine Koalition verhindert haben. Aber wenn von der anderen Seite unannehmbare Bedingungen gestellt werden, müssen wir die Verantwortung allein übernehmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Für Unterfranken *Sauer*!

Sauer: Unterfranken steht auf dem Standpunkt der Verantwortung. Wir haben die Mehrheit und sollen auch mit der Mehrheit etwas anzufangen wissen. Wir müssen uns vor allen Dingen gewisse Ministerien festhalten; wenn wir den Sozialisten nur einige Ministerien anzubieten haben, dann werden sie wahrscheinlich nein sagen. Dann können wir die Schuld auf sie schieben. Es ist nicht tragbar, wie jetzt in Unterfranken gehandelt wird und gehandelt worden ist. Unsere Junge Union und unsere ganzen Leute oben sind der Meinung, daß die Christlich-Soziale Union diesmal die Verantwortung tragen soll.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Für Schwaben *Rindt*!
Dr. *Rindt*: Ich darf der Abkürzung halber gleich für Augsburg und Schwaben sprechen. - Im großen und ganzen geht es der Bevölkerung nicht darum, ob Koalition oder nicht Koalition, sondern es geht der Bevölkerung darum, daß die Zustände soweit als möglich besser werden. Zweitens: Man hat uns viermal ein Vertrauensvotum in der Bevölkerung gegeben. Das bedeutet und wird auch immer wieder streng ausgesprochen, daß wir nun auch wirklich zeigen müssen, daß wir nun, wie vorhin schon betont worden ist, Ernst damit machen, was wir in der Propaganda herausgestellt haben. Man will, daß die CSU, um es vorsichtig auszudrücken, den Hauptteil der Verantwortung eindeutig übernimmt und die programmatische Linie restlos durchführt, soweit es gegenwärtig überhaupt möglich ist. Dazu kommt nun folgendes, wie schon gesagt: Den Menschen liegt nicht daran, ob Koalition oder nicht. Besonders das breite Volk ist wohl politisch orientiert und interessiert, aber nicht politisch geschult. Wenn man mit den Menschen im einzelnen spricht: "Was glaubst Du, sollen SPD und CSU zusammen die Regierung bilden?" Dann ist der erste Einwand sofort der: "Gebt bloß acht, daß die raffinierten Brüder Euch nicht wieder übers Ohr hauen wie schon öfter!" Wenn man auf die Opposition zu sprechen kommt, wer kommt nicht in die Regierung, die FDP und die WAV: Ein allgemeines Erschrecken bei den vernünftigen Leuten. Sie sagen automatisch, es wird viel Kritik an der Regierung geübt werden. Ist bloß die WAV da, der Loritzismus, der Neo-Hitlerismus, dann werden gerade die oppositionellen Stimmen nicht der FDP, sondern in erster Linie der staatsstörenden WAV zufallen. Dann einen Punkt noch: Ich glaube, wir sprachen bisher von Forderungen, die die SPD bei der Koalition zu stellen hätte. Ich möchte ausdrücklich, wenngleich ich nicht als Vertreter des Arbeiterstandes, nicht als Arbeiterkandidat gewählt wurde, eine Forderung beantragen und hier klar herausstellen, die wir, wie ich glaube, im Interesse unserer Arbeiterschaft stellen müssen. Meine Damen und Herren, es ist praktisch so - ich habe die Zahl nicht genau im Kopfe -, wir haben in der Verfassunggebenden Landesversammlung neun Arbeitervertreter gehabt. Wir haben jetzt vor allen Dingen - ich will über die Zahlen gar nichts sagen - das Lager unserer christlichen Gewerkschaftler und unserer christlichen Arbeiter um mindestens zwei, wenn nicht drei der bedeutsamsten Köpfe in Bayern geschwächt dadurch, daß - um den einen Mann gleich vorauszunehmen, weil er zu meinem Bezirk gehört - der eine von vornherein auf die Kandidatur verzichtet hat und *Krehle* und *Sedlmayr* nicht gewählt wurden. Das bedeutet, daß unser christlicher Gewerkschaftsstamm in Bayern, soweit er noch vorhanden ist und soweit er unter Umständen eines Tages in der Regierung wieder aufgezogen werden muß, ohne die eigentlich tonangebenden und anerkannten Vertreter ist. Da gibt es für uns nur eine Lösung, daß wir den Anspruch auf ein Ministerium machen, das die SPD als ihre Sonderdomäne herausstellt, nämlich das Arbeitsministerium. Wir müssen diese beiden Leute unbedingt im Ministerrat und damit auch im Landtag haben; sonst bekommen wir einen Abrutsch auch der christlichen Arbeiter oder jener Arbeiter, die sich irgendwie christlich einstellen können, nach links. Infolgedessen glaube ich, meine Damen und Herren, daß an diesen Fragen von vornherein schon eine Koalition mit der SPD scheitern wird. Ich möchte es ganz besonders verantwortungsbewußt herausstellen und aufgefaßt haben: Entweder sind wir eine Partei des Volkes - und ein ganz beträchtlicher Teil unseres Volkes ist und bleibt unsere Arbeiterschaft -, oder wir machen uns mehr oder minder zu einer reinen Standespartei - bitte, ich habe mit keinem Wort gegen die Bauernschaft gesprochen -; wir müssen die umfassende Union sein! Das ist für uns der prinzipielle Standpunkt,

von dem wir nicht abgehen können. Denken Sie an unsere Sozialreform! Ich glaube, wenn man sagt, welche Forderungen stellt die SPD: Eine unserer Forderungen muß sein und bleiben, daß das Arbeitsministerium ein CSU-Ministerium wird.

(Beifall.)

Das letzte noch zu dieser Sache, und damit spreche ich meine eigene Überzeugung aus, meine eigene Erfahrung, nicht im Lager der CSU, sondern im Lager der SPD. Die SPD ist sehr stark gespalten, und zwar in einen Teil Richtung *Hoegner*, der eine Koalition will; aber die Koalition wird, meine Freunde, gewollt, um allen Ernstes eine Personalpolitik in Bayern fortsetzen zu können. Nicht nur in Bayern, auch jetzt bei den Interzonenverhandlungen, überall wo die SPD ist, merkt man gleich den Zug, sämtliche Schlüsselstellungen in die Hand zu bekommen. Täuschen wir uns nicht, eine personelle Bereinigung in einem demokratisch vertretbaren Sinne kann nur dann kommen, wenn wir die äußerste Vorsicht, die äußerste Straffheit und vielleicht allein die Verantwortung haben; aus den Gründen der Personalpolitik, zweitens aus wirtschaftlichen Rücksichten - das darf ich ganz offen aussprechen -, aus rein persönlichen, egoistischen, des Verbleibens oder Nichtverbleibens am alten Platze! Die zweite Gruppe ist eine, die sich um den zweiten Landesvorsitzenden[5] schart. Sie ist radikal gegen jede Koalition, und zwar erstens einmal selbstverständlich aus dem Grunde heraus, um uns gewissermaßen in der Regierung ad absurdum zu führen, und aus dem zweiten Grunde, den Herr Staatssekretär *Krehle* von einer Seite her beleuchtet hat und den von der anderen Seite zu beleuchten ich mir erlauben möchte. Wenn die SPD in die Regierung eintritt und die KPD praktisch als Opposition unter dem Boden arbeitet, dann sind wir von der roten Seite her eindeutig auch mit diesen Lasten belastet, und wir bekommen dadurch die Entwicklung der unzufriedenen Kreise der SPD zur SED auch im Kabinett. Darum will ein großer Teil der SPD keine Koalition, und zwar fanatisch keine Koalition. Das ist allgemein und sachlich gesehen zum Teil der Standpunkt, soweit man das sehen und verfolgen kann, der Bevölkerung Schwabens und Augsburgs. In Augsburg selbst ist eine Neigung zur Koalition bis auf wenige Ausnahmen nicht vorhanden.

Meine Herren, es ist klar, daß wir zunächst einmal eine Koalition mit der SPD ins Auge fassen. Es bestünde meines Erachtens, allgemein theoretisch gesprochen, auch die Möglichkeit, eine Koalition mit der FDP zu betrachten. Eine Koalition mit der WAV scheidet ja von vornherein aus.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es haben jetzt alle Bezirke gesprochen. Ich würde nun den Vorschlag machen, nur mit drei Minuten die Frauen und die Junge Union zu hören und dann erst die beiden Hauptredner.

(Beifall.)

Frau *Probst*: Ich möchte unterstreichen, was auch Herr *Sauer* für Unterfranken gesagt hat. Ich habe genau die gleichen Erfahrungen gemacht, daß eine Koalition abgelehnt wird, weil das Volk sehen will, daß endlich etwas geschieht und daß diese Hemmungen, die aus der Bürokratie und aus der unterirdischen Arbeit der SPD heraus erwachsen, jetzt auch auf dem Pressesektor, endlich einmal ausgeschaltet werden, daß

[5] Gemeint ist vermutlich Franz Marx.

wir dazu auch zu einer viel klareren Kontrolle der Bürokratie kommen, zu der wir kommen müssen. Ich möchte das sehr stark betonen. Wir stehen unsererseits auf dem Standpunkt der klaren Übernahme der Verantwortung durch die Union.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer spricht für die Junge Union?

(Zuruf: *Ott*!)

Ott: Wir Junge haben uns heute Mittag über die Frage "Koalition oder Übernahme der vollen Verantwortung" unterhalten. Wir haben uns dabei etwa folgende Gedanken durch den Kopf gehen lassen: Wenn wir eine Koalition mit der SPD eingehen, dann wird es so sein, daß als einzige Oppositionsparteien die WAV und die FDP in Frage kommen. Das hat zur Folge, daß die ganze Opposition mit aller Schärfe und Wucht von der KPD und WAV, also von negierenden Parteien, getragen wird. Wir haben uns gefragt, was ist dann, wenn wir allein die Verantwortung übernehmen? Das heißt, daß dann immerhin die Linke, vor allem die SPD, mit in der Opposition steht, daß uns dann, wenn die SPD in der Opposition steht, nicht die ganze Arbeiterschaft, soweit sie links steht, verradikalisiert wird. Es kommt nicht in Frage, daß die KPD dann der SPD die Wähler wegzieht, was der Fall sein wird, wenn die SPD mit uns in der Regierung sitzt. Zweitens, das ist entscheidend, das Volk hat der Union einen eindeutigen Vertrauensbeweis gegeben. Das Volk will nun sehen, ob die Union in der Lage ist, die Verantwortung zu übernehmen und, soweit es unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich ist, Ordnung und eine Besserung der Lage zu schaffen. Es wird so sein, daß in dem entscheidenden Zeitpunkt, wenn die Herren der Meinung sind, wir sollten mit der SPD eine Koalition eingehen, dann die SPD genau so aussteigt wie 1930, als *Brüning* die Arbeits[losen]versicherungsbeiträge erhöhte. Wir werden dann im entscheidenden Moment wieder allein dastehen. So einfach ist die Grundsatzlinie der SPD nicht. Die SPD wird den Zeitpunkt nützen, der ihr parteitaktisch gut und nützlich ist. Dann sind wir doch gezwungen, die Verantwortung ganz zu übernehmen. Es sind eine Masse von Kleinigkeiten, vor allem die Personalpolitik, die uns hindern, so daß wir von Anfang an keine klare und saubere Entscheidung treffen können. Wir jungen Menschen stehen auf dem Standpunkt, selbst unter schwierigen Verhältnissen muß es durch entsprechende Unterstützung der Pressepolitik möglich sein, das Volk über die Schwierigkeiten aufzuklären. Das Volk erwartet sich nicht große Dinge, wenn es aufgeklärt wird. Aber wenn wir nicht in der Lage sind, die Verantwortung allein zu übernehmen, das heißt wenn wir nach vier Jahren nicht irgendwie zeigen könnten, daß wir etwas geleistet haben, dann werden wir mit Recht von dieser Stelle Abschied nehmen müssen. Das will das junge Volk sehen. Wenn Sie, vor allem die Älteren, davon sprechen, daß der sogenannte Wechsel in der Regierung kommt: Einmal Regierungspartei, dann Opposition, was läge näher, als daß wir zeigen, was wir können. Im umgekehrten Fall würde die SPD nie bereit sein, mit uns die Verantwortung zu teilen. Entweder sind wir sicher und bringen es fertig, in diesen vier Jahren etwas zu leisten - die SPD wird sich nicht weigern, allein die Verantwortung zu übernehmen -, oder wir können es nicht, dann sind wir falsch am Platze und das Volk soll anders entscheiden.
Holzer: Ich mochte hier nur einen Gedankengang einwerfen. Wir sagen immer, die SPD wird von der Linken, der KPD aufgerieben, wenn sie nicht mit in der Regierung vertreten ist. Bitte, sind Sie mir nicht böse, wenn ich einen Vorschlag zur Diskussion mache! Ist es denn so unmöglich, auch die Demokraten und die KPD irgendwie mit in der Verantwortung zu binden. Es ist doch kein solches Unglück, wenn wir eventuell

Herrn Dr. *Dehler* noch mit in der Regierung haben und auf irgendeinem nebensächlichen Staatssekretariat einen Mann der KPD. Dann müssen sie mittragen. Die SPD kann nicht zerrieben werden; denn die KPD ist mit dabei und allein können wir es nicht schaffen. Die Verantwortung ist zu groß. Ich denke an die Reparationen usw. - Ich bitte, diesen Gedankengang zu erwägen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, wir wollen noch nicht in die große Diskussion eintreten. *Holzer* nimmt einen Gedanken vorweg, der mir auch naheliegt. Wenn wir von Koalition sprechen, so denken wir fast stets an eine Koalition der Union mit den Sozialdemokraten. Es gibt die andere Möglichkeit, die durchaus offen ist, die FDP heranzuziehen und *Holzers* Gedanke, die KPD auf einem gewissen Gebiet heranzuziehen, ist durchaus nicht abwegig, nämlich im Sonderministerium, wo draußen das Wort geprägt wird: "Die Großen laufen lassen und die Kleinen hängen!", zum mindesten als Ministerialdirektor einen Mann von der Seite mit dabei zu haben. Es gibt auch andere Möglichkeiten, die im einzelnen noch nicht zu erörtern sind. Sonst greifen wir zu stark in Verhandlungen ein.

Das Wort hat *Ostwald*. Für drei Minuten.

Ostwald: Dr. *Müller* hat am Vormittag gesagt: "Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft!" Ich möchte einmal das unterstreichen, was von der Jungen Union gesagt worden ist; wir müssen den Mut haben, die Verantwortung tragen zu wollen. Hier ist von vier Jahren gesprochen. Entweder ist die Arbeit in diesen vier Jahren erfolgreich oder nicht erfolgreich. In jedem einzelnen Falle können wir dafür einstehen, daß die Arbeit geleistet wird, ob mit oder ohne Erfolg.

(Zuruf *Kübler*: Ohne Erfolg darf man nicht arbeiten!)

Es hängt nicht davon ab, was wir hier allein tun, es kommt darauf an, ob wir unsere Arbeit in absehbarer Zeit vom Auslande unterstützt sehen. Auslandsstimmen sind gewichtig genug, um daraus schließen zu dürfen und Optimismus zu haben, wie die Jugend ihn hat, daß es doch einmal wieder aufwärts geht. Wenn wir nicht den Mut haben, die Verantwortung allein zu tragen, dann wird man es in weiten Kreisen der Wirtschaft und der wirtschaftlich denkenden Menschen, auch der Arbeiterschaft, nicht zuletzt der Handwerker, der Kaufleute, nicht verstehen, daß die Union eine solch starke Fraktion im Hause hat, ohne in die Verantwortung hineinzusteigen. Es kommt noch ein anderes hinzu - wir brauchen darauf nicht Rücksicht nehmen -, ich glaube, daß man in Hessen über diese Frage nicht sprechen würde, sondern dort wird man die Regierung mit den Kreisen bilden, die die Mehrheit schaffen können. Die Zeitungsnotizen ließen das erkennen.

(Zuruf: Auch in Württemberg!)

Ich habe Hessen gelesen.

(Zuruf: Und Württemberg!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu vielleicht gleich einschalten. Die Situation in Württemberg ist so, daß die Sozialdemokraten mit den Demokraten allein verhandeln und mit ihnen allein bisher die Koalition schaffen wollen. Wegen Hessen ist heute der stellvertretende Ministerpräsident Dr. *Hilpert* da gewesen. Er hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß die Hessen wohl etwas abhängig sind von dem, was hier geschieht, und zwar, weil noch alle Möglichkeiten offen stehen. Wenn wir keine Koalition machen würden, würden die Sozialdemokraten höchstwahrscheinlich eine Koalition mit den Kommunisten machen. Ich bitte weiterzufahren, aber nicht mehr lange.

Ostwald: Die Arbeit wird, wenn eine Koalition geschaffen wird, belastet. Wir haben eine klarere Linie, wenn wir allein gehen. Die Sozialdemokratie ist in Bayern nicht staatspolitisch genug erzogen oder es noch nicht geworden, sondern sie ist parteipolitisch engstirnig. Unbekümmert darum, ob sie Ministersessel haben wird oder nicht, sie bleibt in der Opposition. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, ganz besonders auch meine Freunde im oberen Teil des Staates Bayern, daß wir die Verantwortung übernehmen sollten und den Optimismus aufbringen sollten, der von den Jungen getragen wird.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie können nicht erwarten, daß ich die Union in irgendeiner Weise festlege und sage: Opposition oder Koalition. Eines darf ich vielleicht zur ganzen Debatte sagen: Es kommt nicht in Betracht, daß etwa die Sozialdemokratie, wie es in der Schwäbischen Landeszeitung angekündigt ist, eventuell Verhandlungen beginnt mit Bedingungen, die uns gestellt werden. Da stehe ich auf dem Standpunkt: Eine Aussprache, aber keine Aussprache, bei der Bedingungen gestellt werden dürfen! "Wir werden durch Bedingungen unsere Sozialpolitik sichern." Das haben wir nicht notwendig. Wir haben bei der Verfassung im Rahmen der Sozialpolitik ein Tempo vorgeschlagen, daß wir da nicht propagandistische Bedingungen haben wollen. Wenn solche gestellt würden, müßte von uns entsprechend reagiert werden. Das ist das erste. Zweitens, ich fürchte eines: Wenn wir mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten und es so bleibt, wie es die letzten Wochen war, dann wird ein großer Teil - das sind die Argumente, die ich gegen *Hundhammer* anführe - der Presse, die sich unabhängig heißt, die aber durch sozialdemokratische Hauptschriftleiter vertreten wird, Opposition machen, und diese Teilung in Mitverantwortung - in Anführungszeichen! - und Opposition, um daraus Nutzen zu ziehen, kommt nicht in Betracht, scheidet völlig aus. Lieber gehen wir allein heran und übernehmen allein die Verantwortung.

(Beifall.)

Sonst ist die Union nicht festgelegt. Man kann Verhandlungen nicht mit einer festen Bindung durchführen. Es wird darauf ankommen, wie die Aussprachen verlaufen. Es werden dann die entsprechenden Gremien, zu allerletzt unsere Landesversammlung, entscheiden. Ich bin der Auffassung, daß die Regierung, ganz gleichgültig wie sie aussieht, die in den nächsten Jahren die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik trägt, mit eine so große Verantwortung übernimmt, daß sie innerhalb der Partei die breiteste Basis haben muß. Infolgedessen muß sie auf das Vertrauen der Landesversammlung gegründet sein, die wirklich ganz Bayern repräsentiert, weil wir die stärkste Partei sind.

Ich bitte jetzt *Michel Horlacher*, fünf bis sieben Minuten; dann *Haußleiter* ebenfalls fünf bis sieben Minuten. Dann werden wir eine kurze Diskussion machen.

Dr. *Horlacher*: Bei den Erörterungen sind nach meiner Überzeugung nur einige wichtige Gesichtspunkte zum Ausdruck gekommen, aber nach meiner Auffassung nicht die, auf die es in Wirklichkeit ankommt. Denn die Dinge liegen nicht normal. Wir haben keinen normalen Zustand, wo die Spielregeln der Demokratie nach logischen Gesetzen angewendet werden können. Es dürfte bei uns nicht genügend bekannt sein, daß wir noch im Kriegszustand leben. Wir haben uns als Deutsche mit den kommenden Verhältnissen noch auseinanderzusetzen. Wenn man mit den einzelnen Leuten fernab von der Partei redet, so kann man feststellen, daß das Volk im jetzigen Sta-

dium den Zusammenhalt aller Vernünftigen wünscht, um die Lebensinteressen des Deutschtums zu verteidigen.

(Sehr richtig!)

Soweit sind wir nämlich angelangt. Bayern hat dabei eine große Mission zu erfüllen. Bayerische Politik zu machen, ist angesichts des Gesamtrahmens, der uns umgibt, eine außerordentlich gefährliche Sache, die nach allen Seiten überlegt werden muß. Bayern steht im Brennpunkt der Kritik im ganzen Reich, und zwar überwiegend der negativen Kritik, und die Schüsse gehen hauptsächlich gegen die CSU, ob mit Recht oder Unrecht, das will ich nicht untersuchen. Es ist eine Tatsache: Jetzt, wo wir in Bayern den christlichen Kulturfaktor noch besonders vertreten können, müssen wir obachtgeben, daß wir das Terrain für die Zukunft nicht verlieren. Wenn heute die Redner so schön gesprochen haben: Wir sollen in vier Jahren etwas leisten, so möchte ich darauf erwidern: Ja, wenn wir das leisten könnten. Wir können es ja nicht. Wir können ja aus eigener Kraft die Dinge gar nicht meistern.

(Sehr richtig!)

Das Dritte Reich hat Deutschland in einem Zustand hinterlassen, daß die beste Partei nicht erfolgreich arbeiten kann, wenn wir das Terrain nicht gemeinsam gegenüber der Besatzungsmacht bereinigen können. Da nützt auch das Geschwätz von *Loritz* und von der Opposition nichts. Wenn man den Mann vernünftig fragt, muß er darauf erwidern. Das geht ja nicht. Das ist höchstens Parteikram. Aber gelöst werden die Probleme nicht. Haben wir schon einmal einen Vorschlag zur Lösung der Probleme gehört?

Meine verehrten Damen und Herren! Es kommt etwas weiteres hinzu - erschrecken Sie nicht, wenn Sie das aus meinem Munde hören -, was jetzt in den Vordergrund gerückt werden muß. Liebe Freunde, das ist die Deutsche Frage. Wer das nicht einsieht, der tut mir in der Seele leid.

(Beifall.)

Sie ist die Grundlage, auf der wir arbeiten müssen. Wir können in dieser Frage keine Schneckenhauspolitik treiben. Das ist unmöglich; wir müssen heraus, wir müssen Bayern zum Einsatz bringen.

(Lebhafter Beifall.)

Das hat mit Unitarismus nicht das mindeste zu tun.

Wir stehen im Wirtschaftsleben. Ich vertrete zur Zeit in finanzieller und warenmäßiger Beziehung das größte Institut in Bayern. Das wissen die meisten nicht. Ich weiß, was los ist. Wir brauchen den deutschen Raum, sonst gehen wir miteinander zugrunde. Da nützen alle theoretischen und alle Erörterungen nichts. Wir müssen den Friedenszustand miteinander herbeisehnen und herbeibringen. Alles andere ist Geschwätz. Wir brauchen die Regelung der finanziellen Fragen. Wir brauchen die Regelung der Währungsfrage. Deutschland muß als Einheit zusammenkommen, wenn wir wieder miteinander leben wollen oder leben können. So ist die Lage. Das muß vorausgeschickt werden. Wer das heute nicht einsieht, der ist rückständig im wahrsten Sinne des Wortes.

(Zuruf: Reaktionär.)

Dazu kommt allerdings dann die zweite Frage, daß Bayern innerhalb des deutschen Raumes zum Einsatz gebracht werden muß. Über diese Frage müssen wir uns ge-

nauso klar sein. Die Einheit Deutschlands, die wir unbedingt brauchen, muß politisch richtig konstruiert werden. Das ist unsere Aufgabe, und das können wir nicht allein machen. Die richtige Konstruktion, die richtige Sicherung des süddeutschen und bayerischen Einflusses im kommenden deutschen Reich können wir nur in Bayern zur Durchführung bringen. Wir können den Einfluß Bayerns mit seiner starken christlichen Majorität nur dann innerhalb des Ganzen fürs Ganze einsetzen, wenn wir die Konstruktion des kommenden Reiches so beeinflussen können, wie wir das brauchen.
Liebe Freunde! Wir, die wir in der praktischen Arbeit bei den Zonenverhandlungen in Stuttgart stehen, sehen die Dinge anders an. Ich sehe jetzt ab von dem, was die Sozialdemokratie draußen im einzelnen verbricht. Es mag unangenehm sein, es mag unsere Leute bis zum Äußersten aufbringen, aber ich kann nach diesen Punkten nicht alles orientieren. Wir haben in Bayern bei der Sozialdemokratie zur Zeit eine Auffassung, die es uns erlaubt, uns gemeinsam zugunsten der bayerischen und der deutschen Frage einzusetzen. Darum geht es jetzt,

(Beifall.)

nicht um kleinliche Gesichtspunkte.
Das ist einmal das eine. Man könnte das in einer großen Rede weiter ausführen. Es ist auch notwendig, daß wir öffentlich mit diesen Gedankengängen heraustreten, damit man sieht, was wir wollen, damit das dumme, kleinliche Geschwätz von Separatismus und Unitarismus in die alte Rumpelkammer geworfen wird, wo es hingehört. Wir streiten im Innern herum und vergessen unsere eigenen Lebensrechte. Wir müssen die Lebensrechte Bayerns im deutschen Raum zugunsten eines Gesamtdeutschtums sicherstellen, um Gefahren für die Zukunft zu überbrücken. Das ist die Aufgabe.

(Beifall.)

Das muß klar erkannt werden.
Auf der anderen Seite bin ich, was die Sicherung Bayerns anlangt, absolut Föderalist. Nicht daß ich mißverstanden werde; aber wir müssen heraustreten. Wir müssen eine Gefolgschaft haben, damit wir von breiten Grundsätzen heraus gemeinsam gegenüber dem Ausland auftreten können. Wir müssen eine breite Plattform haben. Wir werden dem Trommelfeuer ausgesetzt sein, wenn wir allein sind. Wir werden als Reaktion verschrieen werden, denn in der Union können wir tun was wir wollen. Wir werden dem Trommelfeuer ganz Deutschlands ausgesetzt. Das sieht man. Diesen Zustand müssen wir überwinden. Es ist der Wille breiter Schichten der bayerischen Bevölkerung, nicht allein der Union, sondern auch anderer vernünftig denkender Teile des Volkes, daß unsere Lebensrechte gemeinsam vertreten werden.
Die Frage lautet nicht, ob *Loritz* stärker wird oder nicht. Das ist eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Die Frage lautet, ob es uns mit vereinter Kraft gelingt, daß wir überhaupt noch leben können.
Jetzt kommt der andere Gesichtspunkt: Meine lieben Freunde! Eine Oppositionsstellung der Sozialdemokratie können wir auf den verschiedensten Sektoren von unserer Landwirtschaft und auch von den Städten aus gesehen gar nicht vertragen. Warum denn? Das ist überhaupt noch nicht zur Erörterung gekommen. Ja, weiß niemand, daß das ganze Volk ohne Unterschied des Standes, der Klasse und der Partei ruft: Gebt uns etwas zu essen, dann wird die Demokratie von selber gut erstehen! Das Ernährungsproblem steht auf der Tagesordnung. Unsere Aufgabe ist es, mit dem Ernährungsproblem hervorzutreten. Wir müssen heute weite Teile Deutschlands ernähren. Wir wissen gar nicht, wie die anderen Teile Deutschlands ihre Ablieferungspflicht er-

füllen. Ich habe die Überzeugung, je mehr man nach Süden kommt, desto besser sieht es mit der Ablieferungspflicht aus. Ich sorge jetzt in den Zonenberatungen dafür, daß wir endlich erfahren, was die anderen Länder Deutschlands auf diesem Gebiet leisten. Das wollen wir einmal mit unseren Leistungen vergleichen und messen.

(Sehr richtig!)

Hier sprechen andere Gesichtspunkte mit. Glauben Sie mir, eine Opposition der Sozialdemokratie mit ihrer immerhin ansehnlichen Mandatszahl von 54 Abgeordeten wäre für diese ein bequemes Leben. Sie könnten die Schuld abwälzen von denen, die wirklich an den Zuständen schuld sind, auf die, die momentan die Arbeit machen müssen und die sie nicht leisten können. Es geht ja ohne die Hilfe des Auslandes nicht. Wir sind in den westlichen Sektoren Deutschlands darauf angewiesen, zu einem Drittel von ausländischen Lebensmitteln zu leben. Es besteht die große Gefahr, daß der Bauer dann als der Hauptschuldige in der Agitation draußen hingestellt wird. Glauben Sie, daß wir diese Agitation auf dem Lande ertragen können? Da wird dann alles zusammengetragen. Das hungernde Volk fragt nicht nach vernünftigen Gesichtspunkten. Das hungernde Volk fragt nach anderen Dingen. Sie werden sagen: Jawohl, sie sind schuld, sie erfüllen ihre Pflichten nicht. Das nächste Mal haben wir den Wahlerfolg, der jetzt in so weitem Maße auf dem Landvolk beruht, ins Gegenteil verkehrt. So groß ist der Wahlsieg der Union nicht. Es sind bloß 52%. Die 52% können sich bei einer erzwungenen Landtagsauflösung, wenn die Union allein ist, rasch in die 45% verwandeln. Dann ist der Zwang da, daß wir eine Koalition mit der Sozialdemokratie machen und daß wir dann blindlings den Forderungen der Sozialdemokratie verkauft sind.

So ist die Lage. Wir können doch nicht von normalen Zuständen ausgehen. Die Regelung von personellen Fragen ist wohl bedeutungsvoll. Aber im Rahmen der großen Politik erscheinen sie als kleinere Fragen. Nach ihnen dürfen wir unsere Haltung nicht orientieren.

Selbstverständlich ist es, daß in einer Koalitionsregierung der Sozialdemokratie gesagt werden muß: Wenn Sie schon eine Koalitionsregierung mit uns eingehen, dann muß sie auch ehrlich eingegangen werden; dann muß das gehalten werden, was programmatisch miteinander ausgemacht ist. Das ist ganz selbstverständlich. Das wird, liebe Freunde, in der ersten Zeit auch gehalten. Es wird nur gefährlich, wenn der Landtag eine Zeitlang läuft. Da werden die Dinge immer gefährlich. Da heißt es: Obacht geben, daß keine politischen Fehler gemacht werden. Aber in der ersten Zeit, wo es sich darum handelt, die Schwierigkeiten gemeinsam zu überwinden, funktioniert die Koalition schon. Der verantwortungsbewußte Mensch muß sich ja sagen: Es geht ja gar nicht anders, als daß man zusammenhält. Wir können doch die Spielregeln der Demokratie im Augenblick nicht anwenden, um der Not unseres Volkes willen, denn ändern können wir an der Not nichts. Wir können nicht mehr Waren schaffen. Wir können nicht mehr Lebensmittel schaffen. Wir können das nur mit Hilfe des Auslandes. Das ist die Grundlage, die wir uns schaffen müssen. Deswegen lege ich so viel Gewicht auf die Vertrauensgrundlage mit dem Auslande. Die Vertrauensgrundlage ist aber besser in einer Koalition mit der Sozialdemokratie gegeben. Das sieht doch jeder klar ein. Darüber brauchen wir gar nicht zu streiten.

Das sind die wesentlichen Gesichtspunkte, die in die Waagschale fallen und unter allen Umständen berücksichtigt werden müssen.

Dann die Verhältnisse im Sonderministerium! Glauben Sie, daß wir die Frage der Entnazifizierung, die auf weiten Gebieten unseres Volkes zu einer Denunziantenfrage, zu einer parteipolitischen Frage geworden ist, aus der eigenen Kraft der Union lösen können? Nein! Wenn eine Koalition mit der Sozialdemokratie eingegangen wird, muß verlangt werden, daß die Sozialdemokratie im Sonderministerium das Maß an Verantwortung übernimmt, das ihrer Stärke entspricht. Das muß sogar verlangt werden.

(Zuruf: Kalte Sozialisierung!)

Und die kalte Sozialisierung, die gegenüber Geschäftsinhabern und allen möglichen Leuten durchgedrückt wird! Das sind Dinge, die in der Koalitionsregierung bereinigt werden müssen. In einer Unionsregierung können wir das nicht bereinigen. Da möchte ich das Wüten der Opposition sehen. Da würde die Sozialisierung auf kaltem Wege gegen unsere Anhänger durchgeführt. Die Regierung kann sich bei diesem Trommelfeuer, zu dem noch die Wünsche der Besatzungsmacht dazukommen, gar nicht halten. Das ist meine feste Überzeugung. Das sehen auch die ehrlichen Sozialdemokraten ein. Ich habe noch mit keinem gesprochen.

(Heiterkeit.)

Aber ich kann mir vorstellen, daß beim ehrlichen Menschen der Wunsch vorhanden sein muß, die Gefahrenpunkte des Volkes zu überwinden und aus ihnen herauszukommen. Das ist unsere Aufgabe, und hier müssen auch die Sozialdemokraten Obacht geben.

Das sind die Gesichtspunkte, die eine wesentliche und durchschlagende Rolle spielen. Daß wir natürlich das Maß an Verantwortung übernehmen müssen, das uns trifft, ist selbstverständlich. Nun kommt aber die parteipolitische Konstellation in Bayern dazu. Hätte man doch meinen Vorschlag damals in der interfraktionellen Besprechung angenommen, wo ich gesagt habe: Wenn eine Partei in einem Wahlkreis nicht 5% der Stimmen aufbringt, so zählen diese Stimmen nicht. Dann hätten wir ein Wahlresultat, das dem Gesamtverhältnis entspricht. Wir hätten eine kleinere WAV drin, wir hätten die Kommunisten drin und die FDP. Das jetzige Verhältnis entspricht nicht den Gegebenheiten. Das kommt davon, wenn man auf die Stimme der Vernunft nicht hört.

Und jetzt die Lage bei den Sozialdemokraten: Die radikalen Seiten der Sozialdemokratie werden es begrüßen, wenn sie in die Opposition gehen können. Warum? Weil die Lage der Sozialdemokratie durch das Fehlen der Kommunisten erschwert ist. Unsere Aufgabe von der Union ist es, nicht bloß an unsere parteipolitischen Interessen zu denken, sondern an die Interessen unseres gesamten Volkes. Wir müssen dafür sorgen, daß keine Radikalisierung der Sozialdemokratie erfolgt, sondern der vernünftige große Teil der Sozialdemokratie dort zum Einsatz gebracht wird, wo er für die Lebensinteressen unseres Volkes unbedingt unentbehrlich ist.

Das sind die Gesichtspunkte, die von allen Leuten, die weiter sehen als von heute auf morgen, ins Feld geführt werden. Das sind die Fragen, die zur Debatte stehen. Es sind die Entscheidungen, die getroffen werden müssen, nicht nach kleinlichen Erwägungen, sondern nach großen Gesichtspunkten. Das Regierungsprogramm muß diese Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen. Da wird man plötzlich sehen, was man auch auf der Bremer Tagung gesehen hat, daß Bayern gar nicht das ist, als was es in der Presse verschrieen wird.

Was ich haben will ist, daß ein fortschrittliches Bayern in einem Deutschland gesichert wird, das nicht mehr rückfällig ist in die Zeiten einer Rechtspolitik, die den Na-

tionalsozialismus mit emporgetragen hat. Diese Gefahr muß vermieden werden. Das liegt auch in der Linie, daß man sich mit den vernünftigen Leuten verbündet, die diese Gefahr mit uns gemeinsam überwinden.
Das sind die großen Gesichtspunkte. Der Nationalsozialismus ist nicht von ungefähr entstanden. Er ist durch die Dummheit der bürgerlichen Kreise geboren worden.

(Sehr richtig!)

Darüber gibt es gar keinen Zweifel. Wir dürfen uns von den sozial fortschrittlichen Teilen, zu denen ich immer noch die Sozialdemokratie rechne, nicht zu weit entfernen, weil wir sonst die anderen schon wieder in ihrer Geburtsstunde unterstützen. Dann kommt dasselbe reaktionäre Gesindel in Deutschland wieder zum Vorschein, das uns das Unglück mit dem Nationalsozialismus beschert hat.
Das sind die Gesichtspunkte, die bei mir für die Sicherung einer friedlichen Zukunft eine Rolle spielen. Es war notwendig, daß ich das klargestellt habe.
Haußleiter: Meine lieben Freunde, in manchem der Beurteilung der Lage gehe ich mit *Horlacher* überein und komme zu völlig entgegengesetzten Ergebnissen. Ich gehe mit ihm überein, wenn ich sage, wir müssen für die Einheit Deutschlands eintreten. Dann muß ich aber sagen, das hindert uns gerade, zu sagen, mit Herrn *Hoegner* zusammenzugehen, der das Schweizer Vorbild hat. *Horlacher* hat recht, wenn er vor neuem Nationalismus warnt. Ich habe Versammlungen erlebt, in Kulmbach, wo der neue Nationalismus in gefährlichster Form da war. Woher ist er gekommen? Als Reaktion auf eine partikularistische bayerische Politik, wie sie *Hoegner* vertritt. Wenn wir das Wachsen eines neuen Nationalismus verhindern wollen, dann müssen wir eine vernünftige, klare bayerische Politik im deutschen Zusammenhange machen. Aber die Politik *Hoegners* hat zum Anwachsen einer nationalistischen Reaktion in Bayern geführt, hat dazu geführt, daß unsere Jugend schon wieder von einem leidenschaftlichen Nationalismus erfüllt ist, den ich in seiner Weiterentwicklung zu einer Gefahr für unser ganzes politisches Leben erklären möchte. Ich möchte jetzt folgendes sagen: Wir müssen die Lage grundsätzlich beurteilen.
Bei der Frage der Koalition wird nämlich ein Irrtum begangen. Bei der Frage der Koalition wird auf das englische Beispiel während des Krieges hingewiesen. *Horlacher* hat es auch getan. Er hat gesagt, wir haben noch Kriegszustand. England hat während des Krieges alle Parteien in eine Koalition hineingenommen, um jede Opposition auszuschalten. Mithin, wenn wir auf den Kriegszustand verweisen, wäre nur eine Koalitionsregierung möglich - bei einem wirklich bereits demokratisierten Staat, in dem alle Parteien so verantwortungsbewußt wären, in einer Krisenzeit echte Regierungsarbeit zu leisten. Soweit sind wir noch nicht, und hier muß ich *Horlacher* auf das Schärfste widersprechen. Er sagt, wenn *Loritz* wächst, so hat das nicht viel zu besagen. Hier sehe ich die entscheidende Gefahr für die Zukunft - nicht nur bei *Loritz*, es kann auch andere geben. Folgendes wird sich ereignen: Die Not wird größer, sie wendet sich zwangsläufig und logisch gegen die Regierung. Nun kommt es darauf an, wer in der Regierung sitzt. Wer in der Regierung sitzt, wird verbraucht. Das sehen wir klar. Nehmen wir die beiden stärksten Parteien in die Regierung hinein, werden die beiden stärksten Parteien verbraucht. Mit ihnen werden wir die Demokratie verbrauchen. Sie werden es erleben, daß dann - das versichere ich Ihnen - die oppositionellen Parteien, die WAV, KPD und FDP bei der nächsten Wahl nicht mehr 19, sondern 46% haben. Dazu kommt, daß der linke Flügel der SPD grundsätzlich unzuverlässig ist, so daß die

Regierung keine echte Majorität besitzt und wir bereits den Zustand der Parteikrise haben werden.
Es gibt nur folgende Möglichkeit: Die Union schafft allein die Regierung im vollen Bewußtsein der Verantwortung. Die deutschen Demokraten haben in der Geschichte zweimal versagt: Einmal 1848, wo sie an ihrer Feigheit und am Fehlen des Mutes zu Verantwortung gescheitert sind, und einmal 1919. Diesmal, in der größeren Notzeit, ist eine Demokratie nur mit dem entschlossenen und radikalen Mut zur Verantwortung zu machen und auf keine andere Weise. Eine Koalitionsregierung wird rascher verbraucht, als eine reine Parteiregierung, weil eine Koalitionsregierung Kompromisse macht. Wir können uns in der Notzeit, in der wir stehen werden, eine Regierung der fachlichen Kompromisse nicht leisten. Wenn wir aber auf die zwei Flügel in der SPD, den *Hoegner*-Flügel und den nordbayerischen Flügel, Rücksicht nehmen wollen, so werden wir immer nur zu lahmen und faulen Kompromissen kommen. Sonst erweist sich, was sich bei der Abstimmung über die Wahlberechtigung gezeigt hat, die SPD im gesamten für unpopulär. Statt mit der Union ist die SPD dann gegen die Gesetze und macht heillose Propaganda draußen im Lande und schreibt es in jeder Zeitung: "Wir haben gegen diese unpopuläre Maßnahme gestimmt."
Meine Herren! Da gibt es nur eines: Ein Arbeitskabinett der Union, das klar und entschlossen durchhaut und das ganze Gewicht auf die wirtschaftliche Entwicklung der Dinge legt, mit einem Wiederaufbauminister - da stehe ich im Gegensatz zu Dr. *Müller*, der fordert, das Entnazifizierungs- und Flüchtlingsministerium zu neutralisieren, weil das Sorgen sind, bei denen die Parteien draußen im Lande alle gemeinsam mitarbeiten müssen -, eine klare Unionsregierung, die meiner Ansicht nach dann die Probe aufs Exempel der Möglichkeit der Demokratie stellt. Richtig verstanden arbeitet nämlich eine verantwortungsbewußte Opposition mit der Regierung zusammen. Es wird mir gesagt, die Menge draußen im Volk will die Zusammenarbeit der Parteien. Wissen Sie, meine lieben Freunde, was sie ablehnt? Den persönlichen Haß der Parteileute gegeneinander. Sie will, daß sachlich gearbeitet wird. Wenn eine sachlich klare, entschlossene Regierung der Union den Auftrag erfüllt, der ihr durch Mehrheitswahl in der Demokratie erteilt worden ist, und wenn dann die Sozialdemokratie die Verantwortung für die Opposition richtig versteht und richtig ausübt, dann wird es eine vernünftige Zusammenarbeit beider Parteien in der richtigen Verteilung der Verantwortung sein.
Dann werden Sie folgendes erleben: In vier Jahren wird unter Umständen die Union in die Minorität geraten, in vier Jahren soll dann die Sozialdemokratie die Regierung bilden; in acht Jahren kommt wieder die Union dran. Anders ist es ein fauler Kompromiß. Dann spreche ich über die Personalfrage: Das ist der Kompromiß mit der Regierung *Hoegner*, daß sie als Staatssekretäre im Amte bleiben werden, weiter gar nichts. Das ist der Kompromiß der Leute, die sich an ihren Amtsstuhl klammern und in Wirklichkeit die Verantwortung im Lande nicht tragen werden. Diese Entwicklung ist für uns aus einem weiteren Grunde nicht tragbar: Ein Einfluß der SPD auf die Personalreferate führt dazu, daß Franken in absehbarer Zeit bei wachsender Not zur roten SED-Provinz geworden ist. Der Zerfall Bayerns - als guter Bayer sage ich Ihnen, Bayern wird nur gehalten und nur dann seine Aufgabe für die Zukunft erfüllen können, wenn die Verfassung, die wir gemacht haben, von der Partei realisiert wird, die sie maßgeblich beeinflußt hat, von der Union, und wenn wir endlich die Gefahr ausschalten, daß die Union nach außen die Verantwortung trägt und die Personalpolitik von der SPD gemacht wird. Das ist die Gefahr, die uns zugrunde richten wird. Sie

werden erleben, daß in vier Jahren nicht nur die Union in der Minderheit ist, sondern daß die Demokratie erledigt ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich einen Moment unterbrechen. Ich begrüße den stellvertretenden Ministerpräsidenten Hessens, Dr. *Hilpert*, und bitte ihn, sich wenigstens kurz bei uns niederzulassen.
Wir haben gerade eine Diskussion über die Frage Koalitionsregierung oder reine Parteiregierung durchgeführt. Die Meinungen sind geteilt. Ich möchte keine Abstimmung vornehmen, weil zunächst die Fraktion, dann die Landesversammlung darüber beschließt. Ich bedauere sehr, daß Du etwas zu spät gekommen bist. Wir alle wären dankbar, wenn Du über die ungefähren Verhältnisse bei Euch sprechen würdest. Ich glaube, die Parteifreunde sind damit einverstanden.
Dr. *Hilpert*: Meine Damen und Herren! Ich freue mich, zu so später Stunde hier noch kurz Ihr Gast sein zu dürfen und komme gern der Aufforderung nach, etwas über unsere Situation zu sagen. Wir haben als CDU in den letzten Wochen wohl eigentlich die Zerreißprobe durchmachen müssen. Wir haben von Anfang an gegen eine Linksmehrheit zu arbeiten gehabt: 49 Marxisten gegen 42 Nichtmarxisten. Dabei spielt die Liberaldemokratische Partei bei uns in Hessen eine ganz andere Rolle in ihrer inneren Bedeutung als die demokratischen Parteien der beiden anderen Länder. Die Liberaldemokratische Partei ist eine Partei der Fackelträger. Sie gleicht vielleicht eher Ihrer *Loritz*-Gruppe als den wirklich demokratischen Parteien, wie wir sie in den beiden anderen Ländern kennen. So sind wir von vornherein in einer außerordentlich schwierigen Lage, die nun dadurch vergrößert wird, daß wir der Auffassung sind, daß wir wahrscheinlich auch künftig die Politik mit der SPD machen müssen, da wir sorgen [sic!], daß die SPD - die Situation kommt der Situation der Deutschnationalen gegenüber den Nationalsozialisten gleich - allzuweit nach links drängt, wenn wir sie ablehnen. Es kam bekanntlich zu dem Verfassungskompromiß über die weltliche Gemeinschaftsschule und die Bekenntnisschule bis 1. Juni 1950. Das war nur möglich, indem wir für weitere Sozialisierung eingetreten sind. Es mußte in Artikel 41 die Sozialisierung des Kohlen-, Kali- und Erzbergbaues eingesetzt werden. Das bedeutet für den Staat aber weiter nichts als die offizielle Übernahme für die Verluste des Staates, die er sowieso durch Subventionen zu tragen hat. Denn der Bergbau wird in diesen Punkten subventioniert. Diese Stellungnahme beim Artikel 41 hat gewissen bürgerlichen Schichten einen kolossalen Auftrieb verliehen. Der Schwarze Mann hat gearbeitet. Das Episkopat hat in einem Hirtenbrief zweifellos die Unklarheiten nicht bereinigt, sondern, bei aller Ehrerbietung seis gesagt, vergrößert. Wir haben 20 Mandate verloren, 10% der Stimmen, so daß jetzt die Situation so ist, daß 48 Marxisten gegen 42 Liberaldemokraten und CDU-Leute stehen. Es besteht zur Zeit noch keine Fühlungnahme zwischen den Parteien. Die CDU ist zum Teil im Lande der Auffassung, jetzt eventuell lieber in die Opposition zu gehen. Das liegt nun in der Situation, daß wir nur 28 Mandate haben. Ich selbst kann mich für diese Stellungnahme vorläufig noch nicht begeistern, weil immerhin bei dieser Mehrheit eine gewisse Reihe von Jahren vergehen könnte und wir dann später tatsächlich etwas vorfinden würden, was wir nicht mehr ändern könnten, so daß wahrscheinlich die Linie in Form des Versuches eines Blockes zwischen SPD und CDU und Ausschaltung der LDP und KPD gehen dürfte. Das heißt ein absolut fester Regierungsblock, der 73% aller Stimmen und Sitze umfaßt. Dabei scheint mir entscheidend zu sein - das habe ich gerade am Eingange von einem der Herren Redner mitbekommen; das unterschreibe ich -, das gute, mit-

unter ehrliche Bemühen, mit uns zusammenzuarbeiten. Die unteren Organe taugen gar nichts.
Da wird nun eine absolute Machtpolitik auf dem Personalgebiet getrieben, die natürlich ursprünglich durch die Amerikaner gefördert worden ist, die die politische Zusammensetzung unseres Volkes vollkommen falsch beurteilt haben, indem sie einmal den Kommunisten und auch der SPD eine viel zu große Bedeutung zuerkannt haben. Dadurch haben sich diese Leute, angefangen bei den Wirtschaftsämtern, zunächst in allen Stellungen festgesetzt. Unsere Landräte, die wir glücklich durchgesetzt haben, sind nicht in der Lage, diesen Apparat zu beseitigen, weil dazukommt, daß wir viel zu wenig Menschen in unseren Reihen haben, die bereit sind - ich spreche nur für Hessen -, auch unter Umständen ein Opfer zu bringen und sich wirklich zu einer positiven Arbeit mit zur Verfügung zu stellen.

(Zuruf: Bei uns ist es genauso!)

Denn es nützt nichts, Ansprüche zu stellen und dann in dem Augenblick wo wir Vorschläge machen sollen, machtlos vis-à-vis zu stehen und auch nur unbedeutende Leute vorschlagen zu können. Wir müssen gleichzeitig auch immer um 100% bessere Menschen vorschlagen können. Wir befinden uns nämlich, wenigstens in Hessen, in der ungeheueren Gefahr, daß die gesamte Verwaltung in der übelsten Form politisiert wird. Die Verwaltung taugt jetzt schon nichts, und wenn sie ganz politisiert ist, taugt sie schon gar nichts.
Das ist für uns die Situation, die natürlich außerordentlich davon abhängen wird - ohne daß ich in Ihre Entschlüsse eingreifen möchte -, wie Sie sich hier verhalten. Denn hier sind Sie der große Bruder und die anderen der kleine Bruder. Drüben sind wir der kleine Bruder und die anderen der große Bruder plus einer kommunistischen Unterstützung von zehn Abgeordneten. Taktisch gesehen ist also bei uns eine wesentlich andere Situation gegeben.
Als letztes darf ich noch darauf hinweisen, daß die Entscheidungen, die wir heute hier treffen, von ausschlaggebender Bedeutung für die bizonalen Institutionen sein dürften. Das trifft ganz besonders für die Wirtschaft zu. Ich mache nachdrücklichst darauf aufmerksam. Sie wissen, daß es unter ungeheuren Mühen gelungen ist, nachhaltig unterstützt von Herrn Ministerpräsident Dr. *Hoegner*, den ganzen zentralistisch-sozialistischen Zug, der durch den gelehrigen Schüler des Herrn *Schumacher*, den Herrn Dr. *Agartz*, vertreten wird, unmöglich zu machen.

(Hört, hört!)

Jetzt haben wir drei sozialdemokratische Wirtschaftsminister.

(Dr. *Horlacher*: *Hoegner* ist total falsch dargestellt worden. Die *Hoegnersche* Politik ist von außen falsch kritisiert worden. Es war unerhört, wenn man die Zusammenhänge und die tatsächliche praktische Arbeit kennt. Es ist so gewesen, wie der Redner eben gesagt hat. Es ist ein Glück für Süddeutschland gewesen, daß es in der Zonenpolitik auch unter der Führung von *Hoegner* hat zusammenarbeiten können. So ist die wahre Lage. -
Haußleiter: Wählt *Hoegner* wieder!)

Meine Herren! Ich möchte nicht in ihre Differenzen eingreifen. Ich berichte nur die Dinge, wie sie sich abgespielt haben. *Hoegner* hat einen absolut internen parteimäßigen Gegensatz gegenüber *Agartz* gehabt. Das war für diese Dinge absolut förderlich.

Jedenfalls haben wir damit den ganz unmöglichen preußischen, reichsstellenmäßigen, zentralistischen, nunmehr sozialistisch verbrämten Zentralgedanken in Minden kaputtgeschlagen.

(Beifall.)

Jetzt haben wir bereits drei sozialdemokratische Wirtschaftsminister in der britischen Zone. Jetzt kommt die ungeheuere Gefahr, wie sich die Dinge hier entwickeln werden. Ich glaube deshalb, wir müssen in den drei Ländern in engster Tuchfühlung miteinander die Dinge betrachten. Davon hängt im Augenblick Entscheidendes ab. Wenn wir unser Gewicht einbüßen, wird die Wirtschaftspolitik eben anders gemacht. Wenn uns aber immer noch so viele Leute wählen, so ist das gleichzeitig ein Beweis dafür, daß sie in der Wirtschaftspolitik keinen Marxismus haben wollen. Wenn wir uns hier nicht entsprechend einschalten, werden die Leute daneben sitzen und sich wundern, wie in der Zwischenzeit die Wirtschaftspolitik in einer ganz anderen Linie geht, und zwar in einer, die eine sehr große Bedeutung hat.
Als reiner Wirtschaftler möchte ich sagen: Wir kämpfen heute in der deutschen Wirtschaft darum, daß wir offen bekennen: Die Bewirtschaftung hat versagt. Warum hat sie versagt? Weil sie immer noch zu stark zentralistisch infiziert gewesen ist. Wir müssen zu ganz anderen Formen kommen. Deshalb wäre es ein Unheil für die gesamte Entwicklung, wenn die Dinge in dieser Richtung weitergehen würden. So liegen die Verhältnisse im Augenblick. Ich habe vollkommen als Privatmann gesprochen. Ich habe laut gedacht und mit mir selber gesprochen. Ich habe erst am nächsten Montag meinen Vorstand beisammen. So wie der Vorstand in seiner Gesamtheit entscheiden wird, so werden wir handeln. Ich wollte nur einige Gesichtspunkte mit dazu beigetragen haben, wie wir die Dinge sehen. Wir würden sehr bitten, daß auch Sie sie von Ihrer so starken Bastion in Bayern aus im Hinblick auf die Auswirkungen über Bayern hinaus sehen möchten.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Lieber *Werner Hilpert*! Ich danke recht schön für die Worte. Bitte bestelle Deinen Freunden in Hessen vor allem auch eines: Wir hier wissen, wie schwer Ihr es dort in Eurem Kampf habt. Es ist ein viel schwierigeres Kampfgebiet als bei uns, so daß wir auch verstehen, daß ihr jetzt besondere Sorgen habt. Wir werden bestimmt auf diese Sorgen, soweit es möglich ist, Rücksicht nehmen. Ihr werdet andererseits verstehen, daß bei uns auch bestimmte Gesichtspunkte im Vordergrund stehen müssen, ich möchte sagen, nicht nur Gesichtspunkte des Interesses, sondern auch der Entscheidung.
Ich habe jetzt auch mit Württemberg Fühlung genommmen. Dort ist es so - ich weiß nicht, ob Du darüber unterrichtet bist -, daß die Sozialdemokraten mit den Demokraten allein verhandeln. Bisher haben sie die Verhandlungen mit der Union noch nicht aufgenommen. Aber darauf müssen wir uns abstellen.
Ich glaube, ich kann unsere Debatte dahin zusammenfassen - und das wäre auch die Erklärung, die abgegeben wird, wenn irgend jemand von der Presse oder von sonst irgendeiner Stelle gefragt wird:

> Die Meinungen darüber, ob eine Koalitionsregierung oder eine Regierung der Union gebildet wird, sind geteilt. Einheitlich ist der Wille der Union, geschlossen zu handeln.

Mehr wird nicht verlautbart. Einverstanden?

(Zustimmung.)

Dr. *Horlacher*: Ich würde nicht einmal soviel sagen. Ich würde sagen: Der Landesausschuß hat die Frage erörtert. Eine endgültige Entscheidung liegt noch nicht vor. Ich würde die Frage nach jeder Hinsicht offenlassen, denn sonst wird draußen nach den verschiedenen Gesichtspunkten wieder herumgepappelt, und das darf nicht sein. Jeder liest aus der Entschließung etwas anderes heraus, insbesondere die böswillige Presse. Ich würde bitten, daß wir es so machen, wie es bei wichtigen Entscheidungen immer gemacht wird, nämlich sich möglichst verschlossen zeigen. Letzten Endes muß die Fraktion als solche die Dinge entscheiden. Denn die Fraktion muß im Landtag darüber abstimmen. Die Organe der Partei können nur gewisse Richtlinien geben. Ich würde die Organe der Partei bitten, daß sie sich hier in der Weise festlegen. Denn es ist die Aufgabe der gewählten Vertreter des Volkes in der Fraktion, die Beschlüsse im Landtag durchzuführen. Einen Fraktionszwang gibt es ja Gott sei Dank nicht. Das wird sich in dieser Frage dann schon bemerkbar machen. Die Verhältnisse erfordern, daß wir in dieser Frage einheitlich sind. Es müssen Momente in Betracht gezogen werden, die wichtig sind und die man so großen Versammlungen wie der Landesversammlung gar nicht schildern kann.
Wir haben aus den Ausführungen des Herrn Vertreters von Hessen [*Werner Hilpert*] geradezu eine Ergänzung meiner Gesichtspunkte gehört, von einem Mann, der in der praktischen Arbeit steht.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir wollen uns nicht mißverstehen. Was ich vorhin erklärt habe, ist keine offizielle Verlautbarung. Es ist nur die Erklärung, die abgegeben wird. Auf der anderen Seite bin ich der Auffassung, man soll ruhig zum Ausdruck bringen, daß wir nicht etwa einheitlich zur Koalition hinlaufen. Infolgedessen sollen wir uns wertvoll halten dadurch, daß wir sagen: Die Meinungen sind geteilt, aber die Union wird geschlossen auftreten.

(Sehr richtig!)

Ich stimme selbstverständlich mit *Horlacher* überein, daß die Aufhebung des Fraktionszwanges auch in dieser Frage innegehalten wird.
Meldet sich noch jemand zum Wort?
Das ist nicht der Fall. Ich danke dann allen Freunden für die aktive Mitarbeit. Sie haben heute, vor allem am Vormittag, vor allem dadurch, daß die Landesvorstandschaft und der Landesvorstand bestellt wurden, besonders wertvolle Arbeit für die Union geleistet. Ich hoffe, Sie recht bald wiederzusehen. Der größte Teil von Ihnen wird wahrscheinlich in Eichstätt vertreten sein. Dort werden endgültig die letzten Entscheidungen fallen.
Ich danke recht herzlich. Auf Wiedersehen! Ich schließe die Landesausschußsitzung.

Schluß der Sitzung 18.30 Uhr.

Nr. 26

Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union am 14. und 15. Dezember 1946 in Eichstätt

Tagesordnung:[1]
1. Annahme der Satzung der Christlich-Sozialen Union in der vom Landesausschuß vom 4. Oktober 1946 und von der Militärregierung am 29. Oktober 1946 genehmigten Form
2. Endgültige Annahme der Schiedsordnung, wie sie aufgrund erteilter Ermächtigung vom Landesausschuß am 6. Dezember 1946 angenommen und vorläufig in Kraft gesetzt wurde
3. Bestätigung und endgültige Annahme des Grundsatz- und 30-Punkte-Programms der Union
4. Politische Aussprache
5. Die durch Bestätigung der Satzung durch die Militärregierung notwendig gewordene Neuwahl des Landesvorsitzenden
6. Beschlußfassung über die Richtlinien der künftigen Politik der Christlich-Sozialen Union, insbesondere in der Frage der Regierungsbildung in Bayern

Tagungsort: Eichstätt, Stadttheater

ACSP, CSU-Landesversammlungen, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel

Die Landesversammlung wird am 14. Dezember um 10.34 Uhr unter dem Vorsitz des Landesvorsitzenden Dr. *Josef Müller* eröffnet.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Als Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union in Bayern eröffne ich die zweite Landesversammlung der Union. Ich heiße Sie alle herzlich willkommen, mit dem Gruß, der auch in schweren Zeiten in unserer bayerischen Heimat Heimatrecht besaß, mit einem herzlichen Grüß Gott. Ich bitte alle Freunde, daran zu denken, daß wir in christlicher Freundschaft verbunden sind. Ich darf jetzt auch sagen, wir brauchen uns nicht zu schämen, wenn wir das Beispiel der großen Demokratien nachahmen und den Segen Gottes auf unsere Tagung herabrufen. Er möge darüber wachen, daß wir wirklich im wahrsten Sinne des Wortes als Christen zu Christen sprechen.

Meine lieben Freunde! Die Tagung wurde nach Eichstätt einberufen nicht nur deswegen, weil in München eine Unterbringung all der Freunde, die zur Tagung zusammentreffen, zu schwierig gewesen wäre, sondern auch deshalb, weil ich mit dieser Tagung bewußt an einer Stätte christlicher Kultur unsere Arbeit beginnen wollte. Hier ist wirklich christlicher Boden. Innerhalb des Bereiches des alten Bistums Eichstätt ist aber auch eine Verbundenheit zwischen den bayerischen Stämmen gegeben, denn zum Bistum Eichstätt gehören ja sowohl Schwaben wie Bayern wie Franken. Möge auch das ein Sinnbild für unsere Tagung sein. Mögen wir auch hier als Bayern zusammenstehen und uns einigen und nicht einander von Nord und Süd gegenüberstehen. Wir wollen immer daran denken: Uns einigt ein Band, das Band der christlich-sozialen Haltung. Darüber hinaus auch das Band, das uns als Bayern fest zusammenfaßt und das uns aber auch mit den übrigen deutschen Stämmen verbindet.

[1] Laut Wortlaut des Protokolls, vgl. S. 836.

In diesem Sinne eröffne ich die Tagung. Ich gebe die Tagesordnung bekannt:

1. Annahme der Satzung der Christlich-Sozialen Union in der vom Landesausschuß vom 4. Oktober 1946 und von der Militärregierung am 29. Oktober 1946 genehmigten Form.
2. Endgültige Annahme der Schiedsordnung, wie sie aufgrund erteilter Ermächtigung vom Landesausschuß am 6. Dezember 1946 angenommen und vorläufig in Kraft gesetzt wurde.
3. Bestätigung und endgültige Annahme des Grundsatz- und 30-Punkte-Programms der Union.
4. Politische Aussprache.
5. Die durch Bestätigung der Satzung durch die Militärregierung notwendig gewordene Neuwahl des Landesvorsitzenden.
6. Beschlußfassung über die Richtlinien der künftigen Politik der Christlich-Sozialen Union, insbesondere in der Frage der Regierungsbildung in Bayern.

Werden Einwendungen gegen die Festsetzung der Tagesordnung erhoben? Es ist das nicht der Fall. Dann gilt die Tagesordnung als genehmigt.
Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, erfülle ich noch eine Pflicht.
Meine lieben Freunde! Unsere Freunde in Eichstätt haben sich soviel Mühe gegeben, daß wir jetzt bereits bei Beginn der Tagung, nicht erst am Ende, ihre Arbeit anerkennen wollen.

(Lebhafter Beifall.)

Die Tagung war in kurzer Zeit vorzubereiten. Was die Union in Eichstätt innerhalb dieser zwei Wochen, was vor allem auch die Junge Union jetzt in den letzten Tagen geleistet hat, das muß von der ganzen Union in Bayern anerkannt werden. Es wird in der Zukunft ein Vorbild sein.

(Beifall.)

Wir treten in die Tagesordnung ein. Punkt 1 der Tagesordnung lautet: "Annahme der Satzung der Christlich-Sozialen Union in der vom Landesausschuß vom 4. Oktober 1946 und von der Militärregierung am 29. Oktober 1946 genehmigten Form."
Ich erteile dem Parteifreund *Ankermüller* das Wort zum Referat über die Satzung.
Dr. *Ankermüller*: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Die heutige Landesversammlung findet [zu] einem Zeitpunkt statt, in dem es so scheint, als ob sich manche Gegensätze innerhalb der Union wieder ganz besonders bemerkbar machen. Gleichzeitig hat die Christlich-Soziale Union die Aufgabe zu überlegen, an die politische Führung in Bayern heranzutreten und dabei auch die Entscheidung zu treffen, welche Regierungsbildung für die nächsten vier Jahre die wirksamste ist. Die gewissen Gegensätzlichkeiten in der Union, die nicht bestritten, aber auch nicht beschönigt werden sollen, bedeuten in dieser Zeit eine gewisse Belastung, und zwar nicht nur, meine lieben Parteifreunde, für uns selbst, sondern auch darüber hinaus für die Verwirklichung der demokratischen Staatsauffassung in unserem engeren Vaterland. Gewisse Gegensätze bestehen in der Union schon seit ihrer Gründung. Sie wären nicht besonders tragisch zu nehmen. Denn Gegensätze liegen im Wesen einer Sammelpartei, die die Christlich-Soziale Union ja sein will. Auch andere Parteien, nicht nur in Bayern, sondern im deutschen Vaterland, haben ihre Schwierigkeiten, und zwar auch solche, die im wesentlichen nicht mit neuen Idealen hervorgetreten sind, sondern die ihre alte Tradition aufgenommen haben.

Aber auch die neue Idee, die in der Christlich-Sozialen Union zum Zuge kommen soll, müßte eigentlich jetzt nach einem Jahr schon so durchgeklärt sein, daß wir heute noch klarer dastehen, wie es in Wirklichkeit der Fall ist. Leider kann Kräften innerhalb und auch außerhalb der Union der Vorwurf nicht erspart werden, daß teilweise unter Einschaltung verfehlter Mittel, wenn auch im guten Glauben, aber im Endeffekt doch schädigend, in das Parteileben bedrohliche Erschütterungen hineingetragen worden sind. Ohne diese Rückschläge, das wollen wir ehrlich und offen feststellen, stünden wir heute der großen Aufgabe, die vor uns steht, viel klarer und zielbewußter gegenüber.
Die heutige Landesversammlung hat, das kann man wohl feststellen, etwas stark Positives dadurch, daß sie in einer Tagesordnung geeignete Grundlagen vorliegen hat, die es ermöglichen, die Aussprache außerhalb aller persönlichen Gegensätze zu führen.

(Sehr richtig!)

Der erste Beratungspunkt der Tagesordnung ist die Annahme der neuen Satzungen, wobei zu unserem Stolz festgestellt werden darf, daß sie die ersten Satzungen sind, die von der Militärregierung in Bayern für eine Partei genehmigt wurden.

(Beifall.)

Liebe Parteifreunde! Ich unterstelle, daß die Satzungen im wesentlichen allen Teilnehmern bekannt sind. Sie wurden ja in der Landesversammlung am 17. Mai 1946 eingehend, und zwar wörtlich, durchberaten. Sie lagen dann dem Landesausschuß vom 4. Oktober 1946 zur neuen Beschlußfassung und Abänderung vor und wurden schließlich von der Militärregierung mit einem Schreiben vom 29. Oktober 1946 genehmigt. Es würde zu weit führen, nachdem die Zeit schon ziemlich fortgeschritten ist, wenn ich Sie jetzt mit Einzelheiten aufhalten würde. Ich werde mich also kurz fassen und Ihnen nur die wesentlichen Punkte dieser Satzung vortragen.
Der Name, der Sitz und die Aufgabe ist klar. Was über die Mitgliedschaft zu sagen ist, muß hier auch nicht besonders erwähnt werden. Wichtig ist die Gliederung der Union in Ortsverbände, Kreisverbände, Bezirksverbände und schließlich in den Landesverband. Die Aufgaben der einzelnen Verbände sind in der Satzung klar umrissen. Der Ortsverband hat die Aufgabe, das Gedankengut der Union in Wort und Schrift unter der Bevölkerung zu verbreiten und unablässig für die Ziele der Union zu werben. Er hat weiterhin die Aufgabe, das Verständnis für die Politik unter den Mitgliedern zu pflegen, ihr politisches Interesse zu fördern und sie zur Teilnahme an der praktischen Politik zu bewegen. Schließlich hat der Ortsverband die Aufgabe, die Kandidaten für die örtlichen Wahlen aufzustellen, weiterhin die politischen Grundsätze der Union in den gemeindlichen Selbstverwaltungskörperschaften seines Bereiches zu vertreten, die Mitgliederliste zu führen und Beiträge einzuziehen.
Seine Organe sind im § 12 niedergelegt: Die Mitgliederversammlung, die Vorstandschaft, der nach Bedarf zu bildende Beirat und schließlich ebenfalls nach Bedarf zu bildende Ausschüsse. Die Mitgliederversammlung hat ihren Aufgabenbereich im § 13 umrissen. Eine der wesentlichsten Aufgaben der Mitgliederversammlung ist die Wahl des Vorstandes, wie auch die Wahl aller anderen Träger der Verantwortung, weiterhin die Aufstellung der Kandidaten für die kommenden Selbstverwaltungskörperschaften ihres Bereiches.
Die Vorstandschaft selbst besteht aus dem engeren Vorstand, dem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern, und darüber hinaus aus den Inhabern von Mandaten in

den Kommunalverwaltungskörpern, dem Bezirkstag und dem Landtag und den Angehörigen der höheren Organisationsstufen der Union selbst.
Der Beirat ist berufsständisch gegliedert. Seine Aufgaben sind im § 15 verankert. Ausschüsse sollen nur nach Bedarf gebildet werden, können gebildet werden und sollen hauptsächlich auf Fragen der Kultur-, der Wirtschafts-, der Sozial- und der Kommunalpolitik ausgerichtet sein.
Über dem Ortsverband steht dann der Kreisverband. Der Kreisverband ist die Zusammenfassung mehrerer Ortsverbände. Der Kreisverband hat in seinem Bereich, nämlich dem Kreis - also beispielsweise dem Landkreis oder dem Stadtkreis oder bei Großstädten einem Teil des Stadtkreises -, die gleichen Aufgaben, wie sie der Ortsverband in seinem Bereich hat. Seine Organe sind ebenfalls wieder die Kreisversammlung, die Kreisvorstandschaft, der Beirat, dann zu bildende Ausschüsse und schließlich das Schiedsgericht.
Über dem Kreisverband steht der Bezirksverband, der wieder mehrere Kreise eines Regierungsbezirkes zusammenschließt. In diesem Bezirksverband ist die Aufschlüsselung der Mandatsträger und der Aufgabengebiete ähnlich wie in den beiden erstgenannten Körperschaften, dem Ortsverband und dem Kreisverband. Die Bezirksvorstandschaft besteht aus dem Vorsitzenden, aus mindestens sechs weiteren Mitgliedern, den im Bereich des Bezirksverbandes gewählten Landtagsabgeordneten, den im Bereich des Bezirksverbandes ansässigen Mitgliedern der Landesvorstandschaft, den Vorsitzenden der Bezirkstagsfraktion und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksständetages.
Das wäre über die drei untersten Gruppen zu sagen. Als Spitzenorganisation besteht dann für Bayern der Landesverband. Die Organe des Landesverbandes gliedern sich in die Landesversammlung, die ja heute hier tagt, in den Landesausschuß, der vor wenigen Tagen in München zusammengetreten war, in die Landesvorstandschaft, in die geschäftsführende Landesvorstandschaft, in den Berufsständischen Rat der Landesvorstandschaft und die Arbeits- und Organisationsausschüsse.
Die Aufgaben der Landesversammlung sind im wesentlichen, den Landesvorsitzenden zu wählen. Der Landesversammlung obliegt insbesondere die Beschlußfassung über die Satzung und deren Änderung. - Darum referiere ich hier über die Satzungen. - Der Landesversammlung obliegt weiter die Ausarbeitung des Programms, die Bestimmung der Richtlinien der Politik, was sehr wichtig ist. Die Landesversammlung hat weiter die Aufgabe, die Schiedsordnung zu beschließen und nötigenfalls eventuell über die Auflösung der Christlich-Sozialen Union in Bayern Beschluß zu fassen.
Die Aufgaben des Landesausschusses sind die Beschlußfassung über alle im Laufe des Geschäftsjahres auftretenden politischen Fragen von grundsätzlicher oder weittragender Bedeutung, welche der Landesversammlung nicht vorgelegen haben. Der Landesausschuß hat also zwischen den einzelnen Landesversammlungen alle wichtigen Fragen in demokratischer Weise zu beraten und zu beschließen. Die Landesvorstandschaft besteht aus verschiedenen Gruppen von Personen. Zunächst aus dem Landesvorsitzenden, dann aus zehn vom Landesausschuß für die Dauer eines Jahres zu wählenden Mitgliedern, aus zwei Vertretern der Frauen und zwei Vertretern der Jugend, die der Landesausschuß auf Vorschlag der Landesvorstandschaft wählt, je einem von den Bezirksverbänden zu wählenden Vertreter, den Mitgliedern der Staatsregierung, soweit sie der Union angehören, der Vorstandschaft der Landtagsfraktion und der Vorstandschaft des Berufsständischen Rates. Die Aufgaben der Landesvorstandschaft sind Beschlußfassung über die Durchführung der von der Landesversammlung und

dem Landesausschuß beschlossenen Politik, die Aufstellung des Landesgeschäftsführers und andere technische Aufgaben, deren Aufzählung ich mir hier ersparen kann.
Als Hauptaufgabenträger erscheint dann noch der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft. Dieser hat die Landesvorstandschaft entsprechend zu beraten. Er ist, wie das Wort "Berufsstand" schon sagt, aufgegliedert.
Schließlich kommt dann noch die geschäftsführende Vorstandschaft, die sich aus verschiedenen Personen zusammensetzt und die zur Entlastung der Landesvorstandschaft, zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebes und zur Beratung dringender Angelegenheiten vom Landesvorsitzenden aus der Mitte der Landesvorstandschaft, und zwar aus sieben Mitgliedern gebildet, also nicht gewählt wird. Der Landesvorsitzende selbst führt die Geschäfte der Union und hat die Möglichkeit, jederzeit einen Teil seiner Aufgaben irgendeinem anderen Mitgliede dieser geschäftsführenden Vorstandschaft zu übertragen.
Das wäre das Wesentliche, was in den Satzungen über den Aufbau der Parteiorganisation gesagt ist. Die Satzungen enthalten dann in den §§ 61 ff. eine Reihe von Vorschriften allgemeiner Art über den Geschäftsbetrieb, z.B. wie die Geschäfte der Ortsverbände zu führen sind. Diese sind dabei an die Beschlüsse und Richtlinien der Organe gebunden, von denen sie gewählt sind. Also ein vollkommen demokratischer Grundsatz. Dieser Grundsatz geht auch durch die ganzen übrigen Aufgabenträger hindurch. Der § 67 regelt die Vorschriften über die Abstimmung und Auflösung, ferner die Tatsache, daß jedes Mitglied mit schriftlicher Vollmacht versehen sein muß, das sich an einer Abstimmung beteiligt; weiterhin, daß mit einfacher Stimmenmehrheit entschieden wird. Wenn die Beschlußfähigkeit, die nur bei der Anwesenheit der Hälfte der Berechtigten gegeben ist, fehlt, muß eine zweite Versammlung innerhalb von vier Wochen neu zusammenberufen werden, die dann ohne diese erschwerten Abstimmungsverhältnisse entscheiden kann.
Das ist das Wesentliche, was meiner Meinung nach über die Satzung zu sagen wäre, die Ihnen heute zur letzten Abstimmung vorliegt. Wie ich schon erwähnte: Die Christlich-Soziale Union ist die erste und bisher einzige politische Partei in Bayern, deren Satzungen durch die Militärregierung endgültig anerkannt und genehmigt worden sind, und zwar durch das bereits erwähnte Schreiben vom 29. Oktober 1946.
Schon bevor wir in diese Landesversammlung eintraten, sind von mancher Seite manche Wünsche und manche Kritik an diese Satzung herangetragen worden. Die Satzung einer Partei, meine lieben Parteifreunde, ist ihre Verfassung. Ebensowenig wie man eine eben angenommene und in Kraft gesetzte Verfassung sofort durch Verfassungsänderungen in ihrer Bedeutung mindert, erscheint es zweckmäßig, eine eben angenommene Satzung, womöglich gar in wesentlichen Punkten, abzuändern. Es erscheint vielmehr richtiger, die Satzung erst einmal in ihrer praktischen Brauchbarkeit gründlich zu erproben.

(Widerspruch. - Zuruf: Haben wir schon!)

Im Anschluß an die erfolgte Genehmigung durch die Militärregierung wurden im November und Dezember die satzungsmäßigen Organe, insbesondere die Landesvorstandschaft und der Landesvorsitzende, gewählt. Damit sind die Voraussetzungen für eine wirklich demokratische Selbstverwaltung gegeben. Diese Selbstverwaltung bedarf der Erprobung ebenso, wie jede etwaige neue Form einer solchen Erprobung bedürfen würde.
Es wird gefragt: Ist die Satzung der Union demokratisch?

(Sehr richtig!)

Entgegen der Auffassung der Militärregierung wird gegen die Satzung der Union von verschiedenen Stellen der Vorwurf erhoben, sie sei undemokratisch

(Sehr richtig!)

und schaffe eine Diktatur des Parteivorsitzenden.

(Sehr richtig! Widerspruch, Unruhe.)

Was ist demgegenüber richtig? Der durch die Landesversammlung gewählte Vorsitzende führt die Geschäfte der Union und vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich. Seine Vertretungsbefugnis ergibt sich aus § 63 der Satzung. Die Entscheidung über die Politik der Union liegt aber nicht beim Landesvorsitzenden, sondern bei einer Reihe von Körperschaften,

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Staatspräsident!)

nämlich a) bei der Landesversammlung, die nach § 65 unter anderem die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat - deswegen sind Sie ja mit zusammenberufen -, b) beim Landesausschuß; diesem obliegt nach § 48 neben anderem die Beschlußfassung über alle im Laufe des Geschäftsjahres auftretenden politischen Fragen von grundsätzlicher und weittragender Bedeutung, die der Landesversammlung nicht vorgelegen haben. Die Verantwortung in der Politik liegt c) bei der Landesvorstandschaft; dieser obliegt die Beschlußfassung über die Durchführung der von der Landesversammlung und dem Landesausschuß beschlossenen Politik und die Verantwortung in politischer Hinsicht. Und schließlich d) beim geschäftsführenden Landesvorstand, der zur Entlastung der Landesvorstandschaft und zur Beratung dringender Angelegenheiten gemäß § 53 gebildet wird.
Art und Umfang der Aufgabe der geschäftsführenden Landesvorstandschaft, des sogenannten Landesvorstandes, bestimmt die Landesvorstandschaft und nicht der Landesvorsitzende. Somit dürfte wohl klar sein, daß beim Landesvorsitzenden keine politische Entscheidung liegt, sondern nur bei den ordnungsgemäß gewählten Körperschaften.

(Sehr richtig!)

Gemäß § 53 der Satzung wird die geschäftsführende Vorstandschaft, der Landesvorstand, durch den Landesvorsitzenden aus der Mitte der Landesvorstandschaft gebildet und nicht aus der Landesvorstandschaft heraus gewählt. Diese entscheidende Änderung der Satzung ist auf Anregung der politischen Abteilung der Militärregierung von Bayern durchgeführt worden. Damit ist der Grundsatz der verantwortlich geführten Demokratie zum Durchbruch gekommen, im Gegensatz zum sogenannten Kollegialsystem, das beispielsweise in der Weimarer Verfassung lag und zu einem unklaren Verantwortungsgefühl führen mußte und auch geführt hat.

(Sehr richtig!)

Genauso, meine lieben Parteifreunde, wie der gewählte Ministerpräsident sich sein Kabinett bildet, soll nach dieser amerikanischen Auffassung der von der Landesversammlung gewählte Parteivorsitzende aus der gewählten Körperschaft der Landesvorstandschaft seine engeren Mitarbeiter bestimmen.

(Beifall.)

Durch diese Regelung, die in der Satzung verankert ist, wird die Verantwortlichkeit des Landesvorsitzenden stark unterstrichen. Die alte Demokratie will die Kollegial-

verantwortung, die junge Demokratie will den im Satzungsentwurf ausgeprägten Begriff einer demokratischen Verantwortung. Die junge Demokratie, meine lieben Parteifreunde, befindet sich daher im Angriff auf diejenigen, die dort wieder anfangen wollen, wo man 1933 aufgehört hat.

(Lebhafter, minutenlanger Beifall.)

Dr. *Horlacher*: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es gibt kein Wort zur Geschäftsordnung. Der Referent fährt fort.

(Stürmischer Beifall.)

Der Referent hat das Wort.
Dr. *Ankermüller*: Die Militärregierung ...

(Unruhe. Zuruf: Reden Sie doch nachher, wir wollen reden!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte die Zwischenrufer, sich zu mäßigen. Der Referent fährt fort.
Dr. *Ankermüller*: Die Militärregierung, meine lieben Parteifreunde, hat in ihrem Brief vom 29. Oktober, mit dem sie die Verfassung genehmigt hat ...

(Unruhe und Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe.

(Zuruf: Wenn das nicht aufhört, gehen wir weg! -
Dr. *Schlögl*: Nur noch einmal dieses ...)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jeder Stimmberechtigte hat das Recht, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen.
Dr. *Schlögl*: Das erbitten wir uns ja auch.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! Ich weise den Parteifreund *Schlögl* zurecht.

(Lebhafter Beifall.)

Dr. *Ankermüller*: Meine lieben Parteifreunde!

(Große Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ruhe! Wir wollen doch das Referat noch bis zum Ende anhören.
Dr. *Ankermüller*: Mein lieben Parteifreunde!

(Fortdauernde Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe.
Dr. *Ankermüller*: Ich habe schon ausgeführt, daß die Militärregierung mit einem Schreiben vom 29. Oktober 1946 die Satzung, die Ihnen heute zur letzten Abstimmung vorliegt, genehmigt hat. In diesem Schreiben der Militärregierung heißt es:

> Die Satzungen erfüllen die notwendigen Erfordernisse der Demokratie. Sie bedeuten einen ganz entschiedenen Schritt im Fortschritt zum demokratischen Denken und Handeln.

(Beifall.)

Die Militärregierung fährt fort:

Wir hoffen, daß durch ihre Anwendung die Union ein positiver demokratischer Ausdruck des Volkswillens wird.

(Starker Beifall. Zuruf: Es liegt an der Handhabung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte die Zwischenrufer, sich mäßigen zu wollen.

(Sehr richtig!)

Dr. *Ankermüller*: Nachdem wir hier von der Besatzung, den Angehörigen eines demokratischen Landes, das vorbildliche Demokratie treibt, eine solche Kritik bekommen haben, liegt es nun an uns, diese Satzung im richtigen Geist durchzuführen. Darum bitte ich die ganze Christlich-Soziale Union.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke dem Referenten. Bevor ich weiterfahre, darf ich folgendes bemerken: Es fällt mir selbst sehr schwer, Ihnen mitteilen zu müssen, daß aufgrund polizeilicher Anweisung das Rauchen in diesem Raume verboten ist. Ich bitte also, mein Vorbild zu befolgen, denn meine Parteifreunde wissen, daß es mir wirklich sehr schwer fällt, meine Pfeife nicht in den Mund nehmen zu dürfen. Daher bitte ich, daß auch Sie Ihrerseits das Rauchen einstellen.

Ich darf zur Diskussion folgendes sagen: Meine lieben Freunde! Es hat sich vorhin gezeigt, daß die Zwischenrufe so stark waren, daß der Referent nicht fortfahren konnte. Jeder kommt zu Wort. Infolgedessen möge er seine Rede zurückstellen, bis er das Wort bekommt.

Als erster Redner hat sich zu Wort gemeldet *Ott*, Schwaben.

Ott: Ich habe als Jugendvertreter der Landesversammlung vom Mai einen Antrag eingebracht, wonach jeder Bezirksverband *zwei* Jugendvertreter zur Landesversammlung abordnet, in jede Vorstandschaft, also jeden Orts-, Kreis- und Bezirksverband, je ein Vertreter der Jugend zu wählen ist und in die Landesvorstandschaft drei Vertreter der Jugend zu wählen sind.

(Beifall.)

In der Satzung ist dieser einstimmig angenommene Beschluß vom Mai nicht ganz ordnungsgemäß enthalten.

Ich bitte diese Berichtigung, die nur eine redaktionelle ist, durchzuführen. Ich habe aber außerdem noch einen anderen Antrag einzubringen, den die Jugendvertreter von Augsburg, Schwaben, Oberpfalz, München, Oberbayern, Mittelfranken und Unterfranken einreichen, wonach zur Landesversammlung jeder Kreisverband einen Vertreter der Jugend abzuordnen hat, neben dem von den Parteigremien abzuordnenden Vertreter. Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der erste Antrag ist ein Antrag rein redaktioneller Art. Es wurde tatsächlich übersehen, das Protokoll richtig wiederzugeben. Ich bitte infolgedessen auch, den Antrag eins ohne weiteres annehmen zu wollen, da es sich nur um redaktionelle Änderungen handelt. Ich darf vielleicht ohne Debatte darüber abstimmen lassen.

Wer enthält sich?

Wer ist gegen den Antrag auf redaktionelle Änderung?

Es ist niemand dagegen. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Den zweiten Antrag bitte ich am Schluß der Diskussion zur Debatte stellen zu dürfen.

Warmuth: Meine Damen und Herren, werte Anwesende! Die Erfahrungen des Jahres

1946 haben bewiesen, daß die Christlich-Soziale Union in Bayern eine junge Partei ist, eine Partei mit verschiedenen Richtungen. Dieses Jahr hat unserer Partei Erfolge und Rückschläge gebracht. Das Vertrauen zur Union war anfänglich riesengroß, vielerorts hat es aber einen ganz beachtlichen Schock erlitten. Als große Schwäche wurde unter anderem empfunden, daß viele prominente Mitglieder der Union Denunzianten zum Opfer gefallen sind oder in ihren Staatsstellungen von anderen, fremden Parteien auf das Heftigste angegriffen wurden, ohne daß die Unions-Führung sich schützend vor sie hingestellt hätte.

(Hört, hört! Sehr richtig!)

Ein solcher Schutz ist in den Satzungen bis jetzt zwar nicht vorgesehen, er erscheint aber bei einer Partei, die christliche Solidarität ihr Eigen nennt, als selbstverständlich. Durch Mängel, die die Satzung in der vorgeschlagenen Form aufweist, ist es möglich geworden, daß in der Union, besonders im Landesausschuß und in der Landesvorstandschaft, sich allmählich eine einseitige Führung gegen den Willen der Unionswähler und Unionsmitglieder herauszubilden scheint.

(Widerspruch, stimmt nicht!)

Solche Bestrebungen bedeuten eine Gefahr für die Union, ihnen kann nicht früh genug entgegengetreten werden.
Die Entscheidung in wichtigen Parteiangelegenheiten soll nicht in die Hände eines einzelnen gelegt werden, die oberste Parteileitung soll vielmehr möglichst breit fundiert sein.

(Zuruf: Ist sie auch!)

Die Möglichkeit, gegensätzliche Meinungen ungehindert ausdrücken zu können, muß innerhalb der Union garantiert sein.
In den vorliegenden Satzungen ist das demokratische Prinzip unseres Erachtens nicht überall hinreichend gesichert. Die Position des Landesvorsitzenden erscheint zu mächtig, sein Einfluß zu groß. Außerdem erscheinen einzelne Organe des Landesverbandes zu schwerfällig.
In der Zusammensetzung der Bezirksversammlung, wie auch der Landesversammlung sind einige Änderungen angebracht. Wahrer Demokratie entspricht es unserer Auffassung nach, daß den stärkeren Unions-Kreis- und Bezirksverbänden auch mehr Stimmen in den Parteiorganen zuerkannt werden als den schwachen.

(Beifall.)

Es wird vorgeschlagen, pro angefangene 8000 Unionswählerstimmen jedem Kreisverband je eine Stimme zu geben. Den Wählerstimmen sind jeweils die Landtagswahlen zugrunde zu legen, erstmals die Landtagswahl vom 1. Dezember 1946. Ähnlich müßte auch die Zusammensetzung des Landesausschusses hinsichtlich der Vertreter aus den Bezirksverbänden dem Willen der Unionswähler besser entsprechen; hier wird vorgeschlagen: Pro jedes angefangene 50.000 je eine Stimme. Es erscheint undemokratisch, jedem politischen Kreis oder Bezirk schematisch eine oder zwei Stimmen zuzuerkennen, ohne hierbei die Leistungen der einzelnen Kreise oder Bezirke für die Union zu berücksichtigen.

(Sehr richtig!)

Aus dieser schematischen Gestaltung heraus ist es nur zu erklären, daß die offizielle Unionspolitik einen Kurs steuern kann, der dem Willen der Mehrzahl der Unions-

wähler bzw. der Unionsmitglieder nicht mehr gerecht wird, und daß oftmals ein erheblicher Unterschied der Willensbildung zwischen den Parteiorganen und der Fraktion der Verfassunggebenden Landesversammlung bzw. des Landtages entstehen konnte.
Außer diesen grundsätzlichen Richtigstellungen erscheinen noch einige andere aus Zweckmäßigkeitsgründen veranlaßt. Die Vorschriften des § 13 über Einberufung von Mitgliederversammlungen sind zu weitgehend und unzweckmäßig. Viele größere Orte verfügen über keine allgemein verbreitete Tageszeitung, die Unions-Mitteilungen erscheinen in zu großem Abstande.
Die regelmäßig mindestens halbjährig zu erfolgende Kassen- und Rechnungsprüfung der Unterverbände durch zwei geprüfte Rechnungsprüfer erscheint nicht nötig. Eine Revision zum Schlusse des Geschäftsjahres dürfte genügen. In Ziffer 4 des § 64 ist ohnehin eine unangemeldete Prüfung der Kassen- und Rechnungsführung vorgesehen. Bei den zumeist sehr einfach gelagerten Kassen- und Verwaltungsgeschäften der Unterverbände erscheint der Einsatz von geprüften Rechnungsprüfern nicht erforderlich.
Es werden daher vom Kreisverband Freising-Stadt und -Land gemäß § 68 nachstehende Anträge zur Beschlußfassung über die Satzungen gestellt:

Antrag I:
§ 13 Ziffer 5 soll lauten:
Die Hauptversammlung und alle weiteren Mitgliederversammlungen sind entweder schriftlich oder durch Bekanntgabe in den Mitteilungen der CSU bzw. der örtlichen Tageszeitung mit einer Frist von einer Woche und unter Bekanntgabe der Tagesordnung einzuberufen.
In kleinen, ländlichen Gemeinden kann die Bekanntgabe auch in der ortsüblichen Weise (durch Ausruf oder Anschlag und dergleichen) erfolgen.

Ich darf bemerken, daß die Anträge bereits schriftlich bei der Landesleitung vorliegen.

Antrag II:
Zusatz zu § 5, als Absatz e) wolle eingefügt werden:
Jedes unbescholtene Mitglied der Union genießt den Schutz der Partei, insbesondere dann, wenn es wegen seiner Mitgliedschaft zur Union Angriffen ausgesetzt ist oder wenn es in der Führung eines öffentlichen Amtes oder einer anderen leitenden Stellung von gegnerischen Parteien angegriffen wird.

Antrag III:
§ 34 a) und 44 a) sollen lauten:
a) aus den Vertretern der Kreisverbände, die in geheimer Wahl zu wählen sind, und zwar treffen auf je angefangene 8000 Unionswählerstimmen aus der letzten Landtagswahl je ein zu wählender Vertreter.

§ 47 c) soll lauten:
c) den Vertretern der Bezirksverbände: jeder Bezirksverband entsendet pro angefangene 50.000 Unionswählerstimmen aus der letzten Landtagswahl je einen Vertreter.

Antrag IV:
§ 43 Absatz d) soll lauten:
d) das Landesdirektorium,

§ 47 Absatz d) ist zu streichen (weil nach § 49 schon zur Landesvorstandschaft und damit auch zum Landesausschuß gehörig).

§ 49 Absatz a) soll lauten:
a) dem Landesdirektorium, bestehend aus dem ersten, zweiten und dritten Landesvorsitzenden.

§ 50 Absatz c) ist zu streichen (erscheint überflüssig!)
Eine Ziffer 2 folgenden Wortlautes ist anzufügen:
Die Landesvorstandschaft verteilt ihre Ämter und Aufgaben unter ihren Mitgliedern selbst.
§ 53 ist zu streichen.

§ 54 soll lauten:
Das Landesdirektorium:
1) Der erste, zweite und dritte Landesvorsitzende werden von der Landesversammlung je für die Dauer eines Jahres mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Wiederwahl ist zulässig.
   Der erste, zweite und dritte Landesvorsitzende können sich, jeder für sich, vermöge schriftlicher Vollmacht durch jedes Mitglied der Landesvorstandschaft vorübergehend für einen Teilbereich ihrer Aufgaben vertreten lassen.
2) Für den Fall einer vorzeitigen Erledigung des ersten Landesvorsitzenden hat die Landesvorstandschaft bis zur Neuwahl unverzüglich einen vorläufigen ersten Vorsitzenden aus ihrer Mitte zu berufen. Die Genehmigung des Landesausschusses ist innerhalb von vier Wochen nachzuholen.
3) Das Landesdirektorium führt die Geschäfte der Union und vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich. Seine Vertretungsbefugnis ergibt sich aus § 63 dieser Satzung.

Antrag V:
§ 46 Ziffer 2 Absatz b) soll lauten:
b) auf Antrag von mindestens drei Bezirksverbänden.

Es bezieht sich auf die Einberufung der Landesversammlung.

Antrag VI:
§ 62 soll lauten:
Geschäftsstellen:
1) Zur Sicherung eines reibungslosen Geschäftsbetriebes sollen in den Bezirken und Kreisen Geschäftsstellen eingerichtet werden. Die Landesvorstandschaft kann die Vorstandschaften dieser Verbände zur Einrichtung solcher Geschäftsstellen auffordern und, falls diese die Einrichtung unterlassen, diese selbst in die Wege leiten. Die Geschäftsstellen haben rein verwaltungsmäßigen Charakter und sind nicht berechtigt, sich in die politischen inneren Angelegenheiten der Verbände einzumischen.
2) Das Personal der Geschäftsstellen wird durch die Landesvorstandschaft angestellt und bezahlt. Die Landesvorstandschaft ist hierbei an die Vorschläge der Bezirks- und Kreisverbände gebunden.

Antrag VII:

(Widerspruch.)

§ 64 Ziffer 2 soll lauten:
Die Kassen- und Rechnungsführung jedes Unterverbandes ist am Schlusse eines

Geschäftsjahres von zwei unabhängigen Kassenprüfern und dem Vorsitzenden oder einem von ihm benannten Vertreter sachlich und formal zu prüfen.

(Zurufe: Schluß! - Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!)

Antrag VIII:

§ 74 soll lauten:

1) Änderungen dieser Satzung können nur von der Landesversammlung beschlossen werden; es muß hierbei eine Mehrheit von Zweidrittel der abgegebenen Stimmen für den Abänderungsvorschlag erreicht werden.
2) Vorschläge und Anträge zur Satzungsänderung sind schriftlich beim Landesvorsitzenden einzureichen unter kurzer Angabe von Gründen. Der Antrag auf Satzungsänderung ist bei der Einberufung zur nächstfolgenden Landesversammlung mit bekanntzugeben.

Und nun der letzte Antrag:

Antrag IX:

Diese Satzung ist in der am 17. Mai 1946 in München stattgefundenen Landesversammlung vorläufig und durch die am 14. und 15. Dezember 1946 in Eichstätt zusammengetretene Landesversammlung in überarbeiteter Form endgültig angenommen worden.

Jeder Antrag (Antrag I, II, III, IV, V, VI, VII, VIII und IX) ist als selbständiger Antrag zu betrachten.

Zuständig für die Beschlußfassung über Satzungen und Satzungsänderungen ist gemäß § 45 ausschließlich die Landesversammlung. Der am 4. Oktober 1946 zusammengetretene Landesausschuß war für eine Beschlußfassung über die Satzungen nicht zuständig. Es wurde bereits damals deshalb gegen eine Beschlußfassung protestiert. Der diesbezügliche Beschluß des Landesausschusses ist satzungswidrig und daher rechtsunwirksam; er kann nur als eine Empfehlung an die Landesversammlung, an die sie jedoch nicht gebunden ist, angesehen werden.

Freising, 10. Dezember 1946
Christlich-Soziale Union in Bayern
Kreisverband Freising-Stadt und -Land
1. Vorsitzender.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich folgende Feststellung treffen. Ich glaube, es wird mir nicht übel genommen, wenn ich erkläre, daß der Vorwurf, als ob die Parteifreunde nicht geschützt worden wären, unzutreffend ist. Viele der Parteifreunde wissen, was in dieser Zeit für sie gearbeitet wurde. Wir haben mittlerweile einen geeigneten Verbindungsmann zur Militärregierung bestellt, so daß dieser Tatsache auf diese Weise schon Rechnung getragen ist.
Meine lieben Freunde! Ich glaube, jeder, der sich ein vernünftiges Urteil bildet, übersieht, daß die Union als solche dauernd im Schußfeld ist, daß infolgedessen die Arbeit so groß ist, daß man wirklich zu tun hat, sich dauernd vor jeden hinzustellen. Bisher wurde aber jeder geschützt, der die Union um Schutz angerufen hat.

(*Sporer*: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung hat sich Parteifreund *Rindt* gemeldet. Herr *Sporer* muß sich wie jeder andere schriftlich melden.

Dr. *Rindt*: Meine Freunde! Wenn das mit den Anträgen in bezug auf die Satzungsän-

derungen so weitergeht, habe ich ehrlich gestanden die Angst, daß wir zu dem, was uns im Innersten bewegt, gar nicht mehr kommen.

(Lebhafter Beifall.)

Weil ich nun wohl einsehe, daß das eine oder andere an den Satzungen verschiedenen Parteifreunden vielleicht zu kompliziert oder sonst irgendwie nicht so ganz in Ordnung erscheint - das ist ja möglich -, möchte ich vorschlagen, daß über Satzungsänderungen nicht diskutiert wird. Denn allein der Antrag unseres Parteifreundes *Warmuth* von Freising würde den heutigen und den morgigen Tag ausfüllen. Ich schlage vor, daß wir die ganzen Satzungsänderungsanträge vielleicht noch entgegennehmen und daß die Landesversammlung eine Kommission einsetzt, die die Satzungsänderungen durcharbeitet, diese durchgearbeiteten Änderungen dann mit der Stellungnahme der Kommission entweder dem Landesausschuß oder der nächsten Landesversammlung vorlegt.

(Sehr richtig!)

Ich stelle infolgedessen den Antrag, die Änderungen in bezug auf die Satzungen möchten heute nur noch antragsmäßig verlesen werden. Der Zusatzantrag lautet:

> Die Landesversammlung möge beschließen, eine Kommission zur Bearbeitung dieser Satzungsänderungsanträge einzusetzen.

Der zweite Zusatzantrag lautet:

> Die überarbeiteten Änderungen der Satzung, die Anträge zur Satzungsänderung mögen dem Landesausschuß zur Begutachtung und endgültigen Stellungnahme vorgelegt werden.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich darf noch folgendes feststellen: Vom Parteifreund *Warmuth* wurde vorhin der Einwand erhoben, der Landesausschuß sei zur Beschlußfassung nicht zuständig gewesen. Dem darf ich entgegenhalten: Die Landesversammlung im Mai hat die Statuten beschlossen. Nachher wurden verschiedene Einsprüche bei der Militärregierung gegen die Satzung vorgebracht, auch aus Parteikreisen.

(Hört, hört!)

Daraufhin hat die Militärregierung, nachdem die Statuten durchbesprochen und gründlich durchgearbeitet waren, ausdrücklich verfügt, daß der Landesausschuß eine vorläufige Genehmigung vornehmen könne. Infolgedessen hat auch die Militärregierung in ihrer Genehmigung im Absatz I erklärt:

> Die Militärregierung hat keine Einwendung gegen die Satzungen der Christlich-Sozialen Union vom 17. Mai 1946 in der überarbeiteten Form, wie sie vom Landesausschuß am 4. Oktober 1946 angenommen wurden und hier mit einem Brief vom 11. Oktober 1946, unterschrieben von Dr. *Müller*, Landesvorsitzender der Union, vorgelegt wurden.

Dann kommt die Genehmigungserklärung. Es heißt dann ausdrücklich:

> Im Zusammenhang mit den Satzungen ordnen wir, die Militärregierung, an, daß sie zur endgültigen Annahme der nächsten Landesversammlung vorzulegen sind, die gemäß der darin enthaltenen Bestimmungen zu wählen ist.

Ferner darf ich Ihnen erklären: Der Antrag *Warmuth* würde nicht nur ein Abänderungsantrag sein. Aufgrund dieses Antrages müßte die Satzung vollständig umgearbeitet werden.

(Sehr richtig!)

Das sieht jeder schließlich und endlich ein, der das Prinzip der Satzung erkennt. Bei unserer Satzung darf man zugute halten, daß sie der Tatsache gerecht wird, daß die Partei auf breiter Basis aufgebaut ist. Vergessen Sie nicht, Sie haben eine Partei, die über 50% der bayerischen Wähler umfaßt. Sie müssen infolgedessen die Möglichkeit schaffen, daß diese Partei arbeitsfähig wird und straff durchorganisiert werden kann. Ich darf ausdrücklich auch feststellen: Das Prinzip der Verantwortlichkeit des Landesvorsitzenden ist nicht etwa von mir in die Statuten gebracht worden. Die Militärregierung selbst hat auf die amerikanische Demokratie hingewiesen. Auch dort ist diese Verantwortlichkeit stark ausgeprägt. Derjenige, der die Verantwortung trägt, muß aber die Möglichkeit haben, tatsächliche Verantwortung zu übernehmen.

(Sehr richtig!)

Versagt er, dann hat die Landesversammlung als das entscheidende Gremium das Recht und die Pflicht, ihn abzuberufen.

(Sehr richtig!)

Er muß die Verantwortung für seine Mitarbeiter übernehmen. Infolgedessen ist auch vorgesehen, daß die ganzen Gremien von unten nach oben gewählt sind. Wir haben heute bis zur Landesvorstandschaft durchgewählt, und auch der Landesvorstand ist bestellt worden. Nach dem Vorbild, wie es in Amerika z.B. üblich ist, hätte der Landesvorsitzende, so wie es in unseren Statuten jetzt ausdrücklich aufgrund des Vorschlages der Militärregierung ausgesprochen ist, das Recht, die sieben Mitarbeiter selbst zu benennen. Ich habe aber ausdrücklich auch dafür die Zustimmung der Landesvorstandschaft eingeholt, weil ich es als selbstverständlich ansehe, daß man in einem solchen Fall eine Übereinstimmung erzielt.

(Beifall.)

Meine lieben Freunde! Ich darf eines feststellen: Wenn von einem Direktorium gesprochen wird, vergessen Sie nicht, daß Sie auf diese Weise erst die Dissonanzen von unten bis oben hinaus verwirklichen können. Dann würden Sie in einer Landesversammlung entweder zu einem Kompromiß, zu einem Kuhhandel, kommen, oder aber Sie würden Verhältnisse schaffen, bei denen der Ausgleich nicht in harmonischer oder organischer Form gefunden werden kann. Das ist der Grund.

(Zuruf: Warum sind dann heute die Spannungen da?)

Wenn einzelne dem widersprechen, so ist es ihr gutes Recht. Aber ich bitte, daß die einzelnen nicht glauben, daß sie ihrerseits die Partei mit ihrem Willen überlagern könnten.

Ich erteile Herrn *Sporer* das Wort zur Geschäftsordnung.

Sporer: Herr Landesvorsitzender, Sie haben zuvor gesagt, daß immer, wenn jemand angegriffen worden ist, er auch gestützt worden ist. Ich möchte anfragen, wer für *Schäfer*, Ingolstadt, hingestanden hat, wer für *Lobinger*, Passau, wer hat Bürgermeister *Donderer*, Passau, gestützt?

(Zuruf: Das ist nicht zur Geschäftsordnung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Sporer* spricht nicht zur Geschäftsordnung. Ich entziehe ihm das Wort.

(Starke Unruhe.)

Ich darf dazu feststellen, daß die Herren gestützt wurden.

(Zuruf *Sporer*: Dann gehen wir heim, wenn wir nichts sagen dürfen.)

Ich rufe Herrn *Sporer* zur Ordnung.

(Zuruf *Sporer*: Danke schön!)

Das Wort hat *Pflaum*.

Pflaum: Meine Damen und Herren! Namens des Bezirksverbandes München habe ich folgenden Antrag einzubringen:

I. § 49 erhält folgende Fassung:
   a) dem geschäftsführenden Direktorium, das aus mindestens drei Mitgliedern besteht.

   § 46 ist entsprechend zu ändern; ebenso ist in allen Satzungsbestimmungen, in denen vom Landesvorsitzenden gesprochen wird, die Bezeichnung "Direktorium" zu setzen.
II. Die Satzung ist in der Weise abzuändern, daß die Vertretung in den Organen, insbesondere in der Landesversammlung und im Landesausschuß, sich nach der Zahl der Mitglieder des betreffenden Kreis- bzw. Bezirksverbandes richtet.

Das ist der Antrag des Bezirksverbandes München. Eine Begründung wird nicht gewünscht. Der Antrag braucht auch nicht begründet zu werden, denn die Erfahrungen, die wir in der letzten Zeit gemacht haben, weisen deutlich darauf hin, daß es notwendig ist, daß in einer Zeit einer Krise Leute da sind, die den Landesverband weiterführen und beraten. Weiter, glaube ich, ist in dieser Sache nichts zu sagen.

Dr. *Hundhammer*: Meine Damen und Herren! Aus den Ausführungen des Referenten sowohl wie auch späteren Darlegungen konnte man den Eindruck gewinnen, als ob die Fassung des Artikel 54, die vor uns liegt, irgendwie seitens der Militärregierung gewünscht würde. Wir betrachten sie zu sehr auf das Führerprinzip abgestellt.

(Sehr richtig!)

Ich lege Wert darauf; ich glaube, es ist am Platze, ausdrücklich festzustellen, daß seitens der Militärregierung bezüglich der Fassung des Artikel 54 kein Einfluß genommen wird.

(Hört!)

Ich habe Grund, das festzustellen. Wir können ebensogut einen ersten, zweiten und dritten Vorsitzenden beschließen, wie bisher nur ein einzelner Parteiführer bestimmt war.

(Beifall.)

Das muß vorausgeschickt werden.

Gegen die Fassung, daß nur *ein* Parteiführer gewählt wird, habe ich folgende Einwände zu machen: Erstens einmal ein ganz praktischer konkreter Vorschlag: Es kann durchaus sein, daß der Parteiführer aus irgendwelchem Grunde vorübergehend oder für längere Zeit nicht aktionsfähig ist.

(Unruhe.)

Soll in dieser Zeit auch ein von ihm benannter oder berufener Mann die Partei führen? Das ist unmöglich, denn es ist ausgeschlossen, daß wir hier gewissermaßen ein - ich will den Ausdruck gebrauchen - diktatorisches Prinzip mit einem Stellvertreter ...

(Starke Unruhe.)

Wenn der Parteivorsitzende, der Parteiführer, sein Amt nicht ausübt, dann muß ihn an seiner Stelle, wie es überall bei uns üblich ist, der zweite Vorsitzende vertreten.

(Beifall.)

Dafür muß ein zweiter und dritter Vorsitzender von der Landesversammlung gewählt werden.

(Sehr richtig!)

Ein zweiter Grund, der mich veranlaßt, dafür einzutreten, daß eine kollegiale Vorstandschaft mit einem ersten, zweiten und dritten Vorsitzenden gewählt wird, ist folgender: Wir haben in der Partei verschiedene Strömungen

(Zuruf: Leider Gottes! - Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe.
Dr. *Hundhammer*: Nicht leider Gottes, Gott sei Dank!

(Beifall und Widerspruch - Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe. (Wiederholt diese Aufforderung über durcheinander gehende Zurufe hinweg mehrfach.)
Dr. *Hundhammer*: Sie werden bei einer Partei, die so groß ist, sich so weit nach links und rechts erstreckt, immer Auffassungen haben, die weit voneinander abweichen.

(Unruhe.)

Ein Ausgleich ist viel leichter möglich, wenn in der Vorstandschaft und in der Führung die Hauptrichtungen vertreten sind.

(Beifall.)

So haben wir in der neuen Fraktion, glaube ich, Ruhe geschaffen, wie sie aus der Presse durch Bekanntgabe der Vorstandschaftsliste gesehen haben. Ich glaube, das ist der Weg, um auch in der Parteiorganisation Ruhe zu schaffen.

(Lebhafter Beifall.)

Zu den übrigen Ausführungen und Anträgen des Kollegen *Warnuth*, Freising, möchte ich sagen, daß ich sie weitgehend unterstütze.

(Heiterkeit.)

Aber ich wundere mich, daß Sie es lächerlich finden, wenn jemand sich auf die Seite von Anträgen stellt, die aus Ihren Reihen gestellt worden sind. Es scheint da doch bei einem Teil der hiesigen Vertreter nicht eine absolut sachliche Einstellung vorhanden zu sein.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich erteile dem Parteifreund *Liedig* das Wort, der die Verhandlungen bei der Militärregierung führt. *Liedig* kann auf die Weise die authentische Interpretation der Militärregierung für die Verhandlungen geben. Ich glaube,

wir haben die Tatsache gerne zur Kenntnis genommen, daß Dr. *Hundhammer* dann noch authentischere Interpretationen geben wird.
Liedig: Ich darf zunächst feststellen, daß die Bezugnahme auf eine Anregung der Militärregierung, die Satzung zu ändern, nicht den § 54, wie Herr Dr. *Hundhammer* jetzt zitiert hat, sondern den § 53 betroffen hat, weil es sich darum handelt, daß der Parteivorsitzende sich aus der Landesvorstandschaft die geschäftsführende Landesvorstandschaft bestellt. Dieser Grundsatz der verantwortlichen Demokratie ist, wie der Referent zu dem heutigen Thema vorgetragen hat, eine Anregung der politischen Abteilung der Militärregierung von Bayern. Nicht mehr und nicht weniger ist zur Sache behauptet worden. Das Mißverständnis Dr. *Hundhammers*, die Sache auf § 54 hinüberzubringen, ist mir unverständlich.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Wort hat Dr. *Schlögl*.
Dr. *Schlögl*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte jetzt einmal eine Probe eingehen, ob es möglich ist, daß man in dieser Versammlung, selbst wenn man sachlich anderer Meinung ist, ruhig reden kann.

(Sehr richtig!)

Das, was ich bisher erlebt habe, das erinnert mich außerordentlich stark an eine Versammlung, die ich ein einziges Mal mitgemacht habe, das war eine Hitler-Versammlung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich weise diesen Vorwurf zurück.
Dr. *Schlögl*: Herr Vorsitzender, es steht nicht an, ich will bloß zur Einigkeit mahnen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schlögl*, ich bin Vorsitzender und kann unterbrechen. Ich weise den Vorwurf, daß die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union, die Repräsentation der Union, einer Hitler-Versammlung gleiche, zurück und entziehe dem Parteifreund *Schlögl* das Wort.

(Lang anhaltender Beifall. - Zuruf Dr. *Schlögl*: Meine Herren, ich protestiere gegen die Entziehung des Wortes.)

Der nächste Redner: Dr. *Horlacher*.

(Starke Unruhe. - Zuruf Dr. *Schlögl*: Pfüat Euch Gott beinander! ... fanatische Massen hier herin! - Verschiedene gleichzeitige Zurufe. - Unruhe.)

Ich bitte den Parteifreund *Schlögl*, sich zu beruhigen. Herr Dr. *Horlacher*!

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Ich habe nur gesagt, Ihr sollt Ruhe geben, wenn man redet, sonst seid Ihr eine Hitler-Versammlung.)

Ich bitte um Ruhe!

(Starke Unruhe.)

Das Wort hat Parteifreund *Horlacher*.
Dr. *Horlacher*: Es scheint hier nicht möglich zu sein, daß die kühle Vernunft ohne Leidenschaft herrscht, wie es der Ordnung der Demokratie entspricht. Die Demokratie kennt ihre Ordnung im Gegensatz zu verflossenen Systemen. Meine lieben Freunde! So geht es nicht.

(Beifall.)

Ich habe alle Achtung vor der Jugend, aber so geht es nicht,

(Beifall.)

durch Übertönung des Beifalls einen mundtot zu machen zu versuchen. Hier sind wir keine Volksversammlung, wir sind hier eine beratende Körperschaft, bestehend aus gewählten Vertretern.

(Zuruf: Auch die Jugend.)

Und die gewählten Vertreter, auch die Jugend, haben das Recht, ihre unterschiedliche Meinung zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall.)

Alle Anwesenden haben die demokratische Pflicht, die Verhandlungen mit Anstand zu führen.

(Beifall.)

Nun zur Sache selbst: So geht es auch nicht weiter in der Union, daß man bei jedem Satz - ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren - merkt, daß hinter den abstrakten Formulierungen bezüglich der Satzungen persönliche Meinungsverschiedenheiten stehen.

(Beifall.)

Diesen Weg mache ich auch nicht mehr mit. Die Verhältnisse sind so, daß die Dinge nach allen Seiten diskutiert werden müssen. Das, was der Herr Kollege *Sporer* vorgebracht hat, ist auch eine Entgleisung der Demokratie. Das war nicht zur Geschäftsordnung. Zur Geschäftsordnung ist nur das, was den Gang der Geschäfte beeinflußt, was aber nicht eine sachliche Meinung zum Ausdruck bringt.

(Zuruf *Sporer*: Aber eine Berichtigung!)

Zur Berichtigung muß man sich zum Wort melden. - Die Verhältnisse sind so, daß wir zu uns selber zurückfinden müssen, nämlich zu dem Grundsatz der Demokratie, daß die Demokratie inneres Erleben darstellt, daß man Achtung vor der persönlichen Meinung des andern hat.

(Beifall.)

Wenn sich das nicht herstellen läßt, dann können wir die Demokratie zu Grabe tragen. Diejenigen, die die Meinung des anderen nicht ertragen können, sind keine Vertreter der Demokratie. Christlich-Soziale Union soll es heißen, wenn man mit Leidenschaft gegeneinander kämpft! Fanatiker sind mir in der Seele zuwider, mögen sie stehen, wo sie wollen. Fanatiker haben wir in Deutschland genug gehabt.

(Beifall.)

Schluß mit dem Fanatismus! So geht es auch nicht, wie der Herr Freund von Freising [*Karl Warmuth*] mit seinem Sammelsurium von Anträgen meint. Das ist eine Unmöglichkeit. Solche Anträge gehören samt und sonders an den Landesausschuß zurückverwiesen. Damit können wir uns hier nicht beschäftigen. Wir müssen den Weg für die Beratungen frei machen, die jetzt notwendig sind

(Sehr richtig!)

und für die wir uns schlüssig machen müssen. Wir können nicht auf dem Podium der Satzungen die persönlichen Meinungsverschiedenheiten austragen. Das ist eine Frage für sich.

Nun zum Aufbau der Satzungen: Der Antrag Dr. *Hundhammer* ist wenigstens insofern auch anders als der andere, als er sich auf wenige Sätze beschränkt, so daß diesem

Antrag Dr. *Hundhammer* eine gewisse Klarheit zu unterstellen ist. Die Verhältnisse sind aber so, das möchte ich jetzt ausführen: Wir müssen endlich einmal zu der vernünftigen Vorstellung kommen, daß das, was jetzt als Union aufgebaut ist, eine Übergangserscheinung gewesen ist. Es mußten erst die ordnungsgemäßen Organe bestellt werden. Wir müssen dem Funktionieren des Aufbaus der Satzung die Möglichkeit geben, die darin liegt. Mit aller Schärfe möchte ich mich aber dagegen wenden, und zwar aus demokratischem Prinzip, das Machtprinzip in der Satzung zur Anwendung zu bringen: "je nach der Massierung der Wähler der Union". Damit schwächen Sie die Dynamik der Union in unseren Diaspora-Gebieten.

(Lebhafter Beifall.)

In vielen fränkischen Gebieten wird der Hauptkampf um die Frage der Union ausgefochten. Als einer, der die Verhältnisse in Altbayern sieht, der aber durch seine Rednertätigkeit viel draußen herumkommt und der auch sieht, was in Franken los ist, kann ich sagen: Glauben Sie mir, in der Union kommt es auf den Zusammenhang zwischen den fränkischen und altbayerischen Gebieten an; sonst geht die Union zum Teufel.

(Lebhafter Beifall.)

Deswegen müssen die Dinge von beiden Gebieten sachlich betrachtet werden. Ich muß den in den fränkischen Gebieten schwer kämpfenden Freunden dankbar sein, daß sie diese Stimmenzahl unter den erschwerten Umständen aufbringen. Diese Stimmenzahl muß auch entsprechend gewogen werden. Das kommt dadurch zum Ausdruck, daß alle Landkreise gleichmäßig vertreten sind.

(Beifall.)

Ich möchte also diese Dinge nicht geändert wissen, denn sie bedeuten die innere Bewegung und das innere Emporwachsen der Union und eine gewisse Rücksichtnahme gerade auf die schwächeren Bezirke, die im harten Kampf um das Dasein der Union stehen. Das ist das eine.
Nun kommt das Direktorium selber: Es wirkt nach außen hin bestechend. Ich will eine abschließende Meinung zu dieser Frage nicht äußern. Es wäre vielleicht an sich wünschenswert, einen ersten, zweiten und dritten Vorsitzenden zu haben, aber ich glaube, wenn die Frage der Wahl dieser drei Vorsitzenden kommt, dann haben wir den dreifachen Streit um die Vorstandschaft.

(Lebhafter Beifall.)

So ist es mir lieber, wir hätten einen Landesvorsitzenden und würden uns gleichzeitig darauf einigen - das scheint mir in der Fassung nicht ganz demokratisch zu sein -, daß die sieben engeren Mitglieder der geschäftsführenden Landesvorstandschaft, die ja das Direktorium ersetzen können, nicht vom Landesvorsitzenden bestimmt, sondern vom Landesausschuß gewählt werden.

(Beifall.)

Wir haben es praktisch ja auch so gemacht. Ändern wir es doch gleich, dann ist die Sache hier auf diesem Gebiet in Ordnung.
Aber im übrigen möchte ich bemerken, würde ich bitten, sich nicht so lange bei der Satzung aufzuhalten.

(Sehr richtig!)

Denn wir haben andere wichtige Dinge zu erledigen; insbesondere würde ich bitten, daß unsere jungen Freunde mit ihrem Beifall etwas mäßiger sind. Ich war in der Jugend auch stürmischer. Der Beifall darf nicht alles übertönen, der Beifall darf sich nicht zu einem fanatischen System auswachsen. Dann, liebe Freunde, muß ein Unterschied sein zwischen denen, die stimmberechtigt sind, und denen, die als Zuhörer da sind. Ich würde bitten, daß die Zuhörer sich ein gutes Bild von der Landesversammlung mitnehmen möchten und daß sie selber dazu beitragen, daß sie den Beratungen zuhören und sich nicht selbst durch Beifalls- oder Mißfallskundgebungen in diese Beratungen einmischen.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf darauf hinweisen, daß hier nur stimmberechtigte Vertreter sind. Der Referent hat das Wort.

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Kriege ich das Wort oder nicht? Dann kann ich weggehen. - Gut, meine Herren, ich empfehle mich. - Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe. Herr Dr. *Schlögl* ...

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Wenn ich nicht reden darf, gehe ich!)

Ich darf folgendes sagen: Ich habe mich gezwungen gesehen, Herrn Dr. *Schlögl* das Wort zu entziehen. Ich bin bereit, es ihm mit Zustimmung der Versammlung wieder zu geben. Erhebt sich Widerspruch?
(Ist nicht der Fall.)
Kein Widerspruch. Herr Dr. *Schlögl* hat das Wort.
Dr. *Schlögl*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin vollständig mißverstanden worden. Ich wollte zur Einigkeit der Union sprechen, daß man es nicht so machen darf, wie wir es heute vormittag erlebt haben. Es ist unmöglich, daß irgend jemand, der Ihnen genehm ist, einen frenetischen Beifall, bis zur Bewußtlosigkeit, bekommt und daß Sie einen, der Ihnen nicht genehm ist, niederschreien. So geht es nicht. Gegen diese Methoden habe ich mich gewandt. Sie haben mich bloß nicht verstanden, und der Herr Landesvorsitzende war sehr leicht geneigt, mir das Wort zu entziehen. Ich meine, ich kann für mich in Anspruch nehmen, als manche noch nicht für die Union gesprochen haben, habe ich in Hunderten von Versammlungen für die Union gesprochen. Minister *Baumgartner* wird Zeugnis dafür abgeben, alle Freunde, die mich reden haben hören, wissen, daß ich zur Versöhnung gesprochen habe.
Zur Statutenänderung bloß einen Satz - ich will gar nicht lange reden, aber die Herren sind so übereifrig, wenn ich auftrete, weil ich ein Exponent [sic!] zu der momentanen Person des Landesvorsitzenden bin -, aber soviel sieht mein Freund *Müller* ein - ich mag ihn sonst sehr gern, den *Müller Sepp*, bloß als Landesvorsitzender paßt er mir nicht.

(Heiterkeit.)

Das darf ich tun als Delegierter, als Abgeordneter. Es wäre schön genug, wenn man nicht einmal reden dürfte. - Die Krisis in der Union wäre nicht da, wenn die Statuten vernünftiger wären, Sie können sagen, was Sie wollen. Es paßt uns im Neuaufbau des demokratischen Staates nicht, daß ein Mann allein nach außen hin so mehr oder weniger die Macht in der Hand hat. Das ist der wesentliche Punkt, gegen den ich ankämpfe. Wenn der Mann hundertfünfzigprozentig - ich bitte, *Müller*, mir nicht das Wort zu entziehen! - ein Demokrat wäre, dann ließe sich darüber reden. So ist es aber eine

ungeheure Gefahr, daß der Vorsitzende so einer großen Partei, der eigenwillig in Verfolgung der politischen Ziele ist, dann leicht ausartet; in der Krisis stehen wir heute. Ich habe mitgeholfen, daß dieses Mannsbild ans Präsidium gekommen ist. Ich sehe ein, daß ich eine Dummheit gemacht habe.

(Heiterkeit.)

Also, meine Herren, damit müssen wir uns ernstlich befassen. Ich glaube, es gibt keinen Streit mehr in der Union. Die Verantwortung nach außen hin muß unbedingt ein kleines Kollegium in der Hand haben. Da kann der *Müller Sepp* dabei sein, ein anderer Querkopf auch. Dann ist der Fall in Ordnung. Dann streiten wir uns nimmer. Die kochen selber ihre Differenzen aus. Das ist nämlich der Hauptgrund, weshalb wir die Schwierigkeiten haben. Ich habe gegen den Mann da droben (Dr. *Müller*) gar nichts. Eines steht für mich fest: Er hat in einer Art und Weise seine große Macht benützt. Wenn ich sage, die Statuten sind verunglückt, so kann er nichts dafür. Wir selber haben die Statuten beschlossen. - Er ist halt so geartet, er kann nichts dafür - die Situation ist so, daß eine Krisis in der Union besteht, weil die Statuten in einem einzigen Punkt unvernünftig sind. Und der besteht darin, daß wir bewußt oder unbewußt, angeblich auch noch beruhend auf dem Willen der Amerikaner - das glaube ich nicht, weil ich bei unserem Bauernverband das Gegenteil gesehen habe -, es so gemacht haben. Es muß ein Kollegium an die Spitze. Wenn mein Freund *Ankermüller* sagt, das wären die ewig Gestrigen, die so etwas haben wollen, die seinerzeit nichts gelernt haben, so frage ich: Warum sind wir in die großen Schwierigkeiten hineingekommen? Weil einer die Macht hatte, einer König war, sind die Schwierigkeiten entstanden. Wir kommen in das gleiche Fahrwasser hinein. Ich darf das noch ausdrücklich begründen. - *Müller*, ich bin ja Dein Freund. - So wie die Dinge liegen und stehen, kommen wir über alles hinweg, wenn wir uns dazu entschließen, die Statuten in einem einzigen Punkt zu ändern: Ein Kollegium aus drei Männern ist Verantwortungsträger der Union. Die können unter sich den primus inter pares stellen. So hat es bei mir die amerikanische Militärregierung verlangt. Aber diese drei Männer, ob sie Huber, Maier oder sonstwie heißen, regieren die Union.

(Unruhe.)

Das ist doch vernünftig. Ich bitte noch einmal dringend als Demokrat. Ich bin ein Demokrat aus Überzeugung. Wenn jetzt einer redet, der Ihnen nicht paßt, schreien Sie ihn nicht gleich nieder, und überschütten Sie einen, der Ihnen paßt, nicht mit Beifall! So etwas macht die Demokratie nicht, sondern die Demokratie achtet die persönliche Meinung des einzelnen,

(Sehr richtig!)

die auch die Verfassung so stark unterstrichen hat. So habe ich ein gutes Recht dazu. Mich hätten meine Bauern schon längst zerschlagen, wenn ich wäre wie Sie.
Die Krisis besteht nur in einem Paragraphen: Wählen Sie ein Kollegium, daß wir uns zusammenraufen, dann ist die ganze Krisis in der Union beseitigt und wir werden wieder gute Freunde. Da braucht der eine den andern nicht niederzuschreien oder, wie Freund *Müller* es getan hat, mir das Wort zu entziehen, wenn ich vernünftige Gedankengänge ausspreche.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zu dem letzteren darf ich sagen: Es mag sich handeln, um wen es sein mag, wenn jemand diese Landesversammlung angreift, wie Herr *Schlögl* es getan hat, und sie als Hitler-Versammlung bezeichnet, kriegt er das Wort entzogen.

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Ich habe bloß das Beispiel genommen.)

Ich darf dann ferner zur Sache sagen: Meine lieben Freunde! Es wird so hingestellt, als ob der Landesvorsitzende oder, wie *Hundhammer* ihn bezeichnet hat, Parteiführer allein entscheiden würde. So ist es ja nicht. Tatsächlich wird die Union von der Landesvorstandschaft und dem Landesvorstand geleitet. Aber wenn in dieser Zeit nicht ein einzelner seine ganze Kraft aufgeboten hätte, die Union aufzubauen, dann wäre sie nie zur Union geworden,

(Lebhafter Beifall.)

und zwar deswegen, weil beim Sammelsurium der Meinungen sich nie ein konzentrierter Wille hätte entwickeln können. Ich darf jetzt dem Referenten das Wort erteilen.
Zuvor hat sich noch *Fink* zur Geschäftsordnung gemeldet.
Fink: Ich möchte Antrag auf Schluß der Debatte stellen. Es steht immer noch der Antrag *Rindt*. Ich bitte, über diesen Antrag abstimmen zu lassen. Ich bitte Herrn Dr. *Rindt*, den Antrag nochmals zu formulieren.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bevor ich über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen lasse, darf ich dem Referenten das Wort erteilen.
Dr. *Ankermüller*: Liebe Parteifreunde! Ich habe mich bei meinem Referat bemüht, ruhig und sachlich zu referieren. Daß ich dabei meine Meinung zum Ausdruck brachte, ist wohl ein selbstverständliches Recht. Ich erkläre ausdrücklich, daß es mir fern lag, irgend jemand hier anzugreifen. Ich möchte nur eines feststellen: Bis jetzt war es wohl notwendig, daß ein einzelner beim Aufbau der Union ganz besonders herausgestellt war, wie es unser Landesvorsitzender Dr. *Müller* eben gerade wieder betonte. Nach der Satzung, die Sie heute endgültig beschließen, ist ja nun von unten nach oben durchgewählt und auch die Körperschaften und einzelnen Organe sind nun gebildet. Es ist nicht so, daß die Entscheidung bei einem Manne liegt, sondern sie liegt, wie ich nochmals betonen möchte, bei den einzelnen Organen der Union, der Landesversammlung, dem Landesausschuß, der Landesvorstandschaft und der geschäftsführenden Landesvorstandschaft. Es kann jedes Parteimitglied der Meinung sein, daß vielleicht eine andere Form der Satzung zweckmäßiger wäre, aber die Anträge, so wie sie heute gestellt wurden, können meiner Ansicht nach in der heutigen Landesversammlung nie zur Befriedigung durchberaten und durchbeschlossen werden. Es bleibt deswegen nur der eine Weg übrig, den unser Parteifreund *Rindt* schon gegangen ist, eben die ganzen Anträge und eventuell noch weitere Anträge auf Abänderungen dem Landesausschuß zu überweisen, damit der Landesausschuß dann darüber beraten, eventuelle Änderungen vielleicht auch gleich in die Tat umsetzen kann, um dann das gesamte Ergebnis einer späteren Landesversammlung zu unterbreiten. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, daß die Militärregierung die Satzungen der Union als zweckmäßig und demokratisch bezeichnet hat und daß sie ganz besonders betonte, daß diese Satzungen einen ganz entschiedenen Schritt im Fortschritt zu demokratischem Denken und Handeln darstellen. Wollen wir das doch immer wieder beachten und uns hier doch das Urteil einer demokratischen Welt etwas zu eigen machen! Ich meine nämlich, wir müßten die Demokratie erst lernen. Der Antrag, den ich stelle, lautet - ich erlaube mir, Parteifreund *Rindt*, den Antrag etwas ergänzend zu formulieren:

1. Die Beratung und Beschlußfassung über alle auf der Landesversammlung vom 14. Dezember gestellten Anträge auf Änderung der Satzung werden dem Landesausschuß überwiesen.

2. Während der Arbeit dieses Ausschusses können von den antragsberechtigten Organen der Partei weitere Anträge zur Erledigung eingereicht werden.
3. Der Landesausschuß wird ermächtigt, etwa beschlossene Satzungsänderungen vorläufig in Kraft zu setzen. Die nächste Landesversammlung wird dann endgültig Beschluß fassen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt gewesen. Ich lasse über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag auf Schluß der Debatte? Der Antrag auf Schluß der Debatte ist einstimmig angenommen.
Ich lasse über den gestellten Antrag abstimmen. Muß er wiederholt werden?

(Nein! - Zuruf Dr. *Schlögl*: Darf ich zur Geschäftsordnung sprechen?)

Dr. *Schlögl* zur Geschäftsordnung.
Dr. *Schlögl*: Meine Damen und Herren! Ich bin grundsätzlich für diesen Antrag. Aber ich hätte eine Bitte, daß hier eine Frist eingebaut wird, damit wir nicht ewig darauf warten müssen, bis die Sache wieder zur Durchführung kommt. Ich würde bitten, daß die Angelegenheit innerhalb eines Vierteljahres erledigt sein muß, denn einmal müssen wir gültige Satzungen haben. Nur dann stimme ich dem Antrag zu.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Die Satzungen, die heute beschlossen werden, sind - damit nachträglich keine Unklarheit entsteht - gültig. Abänderungsanträge können nachher vom Landesausschuß beschlossen werden. Aber täuschen Sie sich nicht, mit der Frist von einem Vierteljahr kommen Sie nicht durch, und zwar deshalb, weil bestimmte Erfahrungen gesammelt werden müssen.

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Ich komme mit meinem kleinen Verstand nicht mit.)

Rucker: Zur Geschäftsordnung. Es liegt nur ein Antrag vor, wie man so zu denken glaubt. Es sind aber verschiedene Anträge gestellt, die einander zum Teil widersprechen. Ich würde schon bitten zu sagen, welche Anträge stehen. Selbstverständlich braucht man nicht diese Anträge von Freising so zu detaillieren. Es stehen verschiedene Anträge, über die überhaupt nicht mehr abgestimmt werden könnte, wenn über diesen letzten Antrag abgestimmt würde. Man muß es wissen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Alle Anträge zur Satzung mit Ausnahme des redaktionellen Antrages, den Parteifreund *Ott* gestellt hat, weil sich da nur mittlerweile ein Fehler in der Formulierung der Statuten eingeschlichen hat.

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Was ist mit dem Antrag *Hundhammer*?)

Alle anderen Anträge kommen zum Landesausschuß, wenn der Antrag *Ankermüller* angenommen wird.

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Kann dann die Landesversammlung auch mit gewöhnlicher Mehrheit die Anträge auf Änderungen annehmen?)

Ja.

(Zuruf *Schlögl*: Können die Statuten, die endgültig werden, auch wieder mit gewöhnlicher Mehrheit oder mit qualifizierter Mehrheit der Landesversammlung angenommen werden? Denn sonst verbauen wir für alle Ewigkeit irgendeine Änderung.)

In unseren Statuten steht ausdrücklich, daß die Statuten mit einfacher Mehrheit geändert werden können. Wenn heute nichts anderes beschlossen wird, dann werden sie

mit einfacher Mehrheit geändert werden können. Sonst müßte erst eine Abänderung veranlaßt werden.
Warmuth: Zur Geschäftsordnung! Meine Auffassung ist, die Satzungen wurden vom Herrn Landesvorsitzenden vorläufig in Kraft gesetzt und können deshalb auch vorläufig weiter Geltung haben. Es liegt aber vielleicht ein Dutzend Anträge vor. Bis zur endgültigen Beschlußfassung läuft dann die vorläufige Satzung weiter. Der Vorschlag des Herrn Dr. *Schlögl* wäre hier richtig, daß eine Frist gesetzt wird, bis dann die Satzung endgültig angenommen werden kann. Es sind meines Erachtens zu viele Anträge da, als daß die Satzung heute endgültig angenommen werden könnte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Irgendwann muß einmal mit der Arbeit begonnen werden. Das Wort wird nur noch zu Anträgen oder Erklärungen gegeben. Der Antrag auf Schluß der Debatte ist angenommen worden.
Wildenauer (Karlstadt): Ich bitte darauf hinweisen zu dürfen, daß wir uns, wenn wir weiterhin vorläufige Beschlüsse machen, damit in der Öffentlichkeit und anderen Parteien gegenüber nur blamieren. Ich bitte, das zu bedenken, und bitte deshalb, über meinen Antrag abstimmen lassen zu wollen, der dahin geht:
Sind die Statuten endgültig oder nicht?
Und zwar heute und nicht morgen und nicht in einem Vierteljahr.
Dr. *Horlacher*: Es ist ganz selbstverständlich, daß die Satzungen jetzt endgültig verabschiedet werden.

(Sehr richtig!)

Das bedeutet aber nicht, daß der Antrag *Rindt* nicht angenommen werden könnte, daß der Landesausschuß die Ermächtigung bekommt, gewisse Änderungen vorzunehmen. In der nächsten Landesausschußsitzung werden diese Änderungen, wenn welche angenommen sein sollten, in die Satzung noch eingebaut; aber die Satzung wird endgültig verabschiedet.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Wort hat der Referent zu einer kurzen Erklärung.
Dr. *Ankermüller*: Ich möchte noch auf den § 74 hinweisen und auf die Ausführungen Dr. *Schlögls* Bezug nehmen:

> Änderungen dieser Satzung können nur von der Landesversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit beschlossen werden.

Mit einfacher Stimmenmehrheit kann dann die spätere Landesversammlung die vom Landesausschuß vorbereiteten Änderungen jederzeit aufnehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit darf ich die Debatte abschließen. Wir stimmen ab.

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Mit der Vierteljahr-Klausel?)

Keine Klausel. Es ist absolut unmöglich, solche Festlegungen vorzunehmen. Es ist der Antrag *Ankermüller* ohne Klausel vorgesehen. Darf ich bitten, ihn nochmals vorzulesen.
Dr. *Ankermüller*:

1. Die Beratung und Beschlußfassung über alle auf der Landesversammlung vom 14. Dezember gestellten Anträge auf Änderung der Satzungen werden dem Landesausschuß überwiesen.
2. Während der Arbeit des Ausschusses können von den antragsberechtigten Organen der Partei weitere Anträge zur Erledigung eingereicht werden.

3. Der Landesausschuß wird ermächtigt, etwa beschlossene Satzungsänderungen vorläufig in Kraft zu setzen. Die nächste Landesversammlung wird dann endgültig über eventuelle Änderungen beschließen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit schreiten wir zur Abstimmung. Wer enthält sich?
Dr. *Hundhammer*: Zur Abstimmung: Ich bitte zu klären, daß die Annahme des Antrags *Ankermüller* nicht die Annahme der Satzungen bedeutet. Ich nehme an, daß darüber gesondert abgestimmt wird.

(Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag *Ankermüller*. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Bitte abzählen! Ich bitte aufzustehen. Es haben von 495 Stimmberechtigten 59 gegen den Antrag gestimmt. Ich darf aber jetzt um die Gegenprobe bitten, damit ich formell richtig abstimmen lasse. Wer ist für den Antrag *Ankermüller*? Ich glaube, ich brauche nicht abzählen lassen. Die Majorität steht fest. Damit ist der Antrag *Ankermüller* angenommen.
Ich stelle den Antrag:

Die von der Landesversammlung vom 17. Mai 1946 angenommenen, vom Landesausschuß vom 4. Oktober 1946 überarbeiteten Satzungen der Christlich-Sozialen Union werden angenommen und hiermit mit sofortiger Wirkung in Kraft gesetzt.

Ich lasse über den Antrag abstimmen.
Dr. *Horlacher*: Zur Abstimmung! Selbst wenn ich jetzt in einem wesentlichen Punkt mit der Satzung nicht einverstanden wäre, gibt mir der Antrag *Ankermüller* die Möglichkeit, für die Satzung zu stimmen. Ich würde bitten, daß die Damen und Herren diesem Beispiel folgen, damit man sieht, daß die Union in diesen Fragen geschlossen und vernünftig zusammenhält.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Ich bitte aufzustehen und abzuzählen. Wer ist für den Antrag? Meine lieben Freunde, es handelt sich um die Statuten. Ich bitte, tatsächlich die Unannehmlichkeit auf sich zu nehmen. Wir müssen abzählen. Ich darf folgenden Vorschlag machen: Wir teilen Zettel aus; diese sind mit Ja oder Nein auszufüllen. Gerade da es sich um die Statuten handelt, ist es wichtig, daß die genaue Stimmenzahl festliegt. Abstimmen dürfen nur die Stimmberechtigten. Es wird mit Ja oder Nein abgestimmt.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte vorschlagen, daß bei der Abgabe der Stimmen die Stimmkarten vorgezeigt werden.)

Die Stimmkarten sind jeweils vorzuzeigen. Ich darf annehmen, daß Sie damit einverstanden sind.
Darf ich jetzt schon während der Abstimmung zu Punkt 2 der Tagesordnung übergehen. Referent ist Dr. *Seidel*. 2. Endgültige Annahme der Schiedsordnung, wie sie aufgrund erteilter Ermächtigung vom Landesausschuß am 6. Dezember 1946 angenommen und vorläufig in Kraft gesetzt wurde.
Das Wort hat Parteifreund Dr. *Seidel*.
Dr. *Seidel*: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Christlich-Soziale Union trägt als die stärkste Partei Bayerns eine große Verantwortung. Wenn auch diese Verantwortung ihre Grenze in den Umständen findet, die durch den staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Zustand geschaffen sind, in denen sich Deutschland und auch Bayern augenblicklich befinden, so ergibt sich doch auch außerhalb dieser

Beschränkung eine Fülle von Aufgaben und Verpflichtungen, die nur erfüllt werden können, wenn die gesammelte Kraft der Partei eingesetzt wird. Auf die Dauer ist es unmöglich, jedes reine und charaktervolle Mitglied der Union an den richtigen Platz zu stellen, wenn nicht die Sauberkeit der Partei gewährleistet ist.

(Sehr richtig!)

Eine Partei, die nicht in selbst gewählter Zucht alle Kräfte zu verantwortungsbewußter Arbeit freimacht, muß verkümmern. Sie muß und wird gegenüber den Aufgaben unserer Zeit versagen. Die Union verfügt in ihren Reihen über Menschen verschiedenster Prägung. Das ist keineswegs schädlich. Es ist auch nicht schädlich, daß sich diese Menschen auseinandersetzen. Das ist ein durchaus natürlicher Vorgang. Wir sind geradezu stolz darauf. Denn dieser Zustand zwingt uns, immer wieder unseren geistigen Standpunkt zu überprüfen und unseren Standort festzulegen. Er bewahrt uns davor, daß unsere Partei in eine Partei der Muffigen, der Gestrigen und der moralisch Schwachen absinkt. Sie schützt uns vor Stickigkeit und bewahrt uns den frischen Wind. Wenn aber solche sachlichen Auseinandersetzungen zur persönlichen Gehässigkeit ausarten und vor allem, wenn sie nicht mehr vor dem Forum der Partei ausgetragen werden,

(Sehr richtig!)

dann wird die Partei geschädigt und dann muß eingegriffen werden.

(Beifall.)

Solche Zustände dürfen wir nicht einreißen lassen. Die Schiedsordnung ist das Instrument, das uns in die Lage versetzen soll, alle diejenigen aus der Partei auszumerzen, die nicht gewillt sind, im Geiste christlicher Solidarität zu arbeiten.

(Beifall.)

Die Schiedsordnung ist klar und einfach; wegen dieser Eigenschaften ist sie eine gute und ordentliche Arbeit.

Sie gliedert sich in sechs Abschnitte: Der erste Abschnitt beschäftigt sich mit der Aufgabe des Schiedsverfahrens, der zweite mit dem organisatorischen Aufbau, der dritte hat den Inhalt der Entscheidungen, der vierte das Verfahren, der fünfte die Zuständigkeit und der sechste die Rechtsmittel zum Gegenstand. Ich will Sie nicht mit der Darlegung der einzelnen Bestimmungen langweilen. Ich will Ihnen nur einzelne Bestimmungen vor Augen führen, damit Sie sehen, wie dieses Instrument aufgebaut ist und wie es gehandhabt werden kann.

In § 1 ist die Aufgabe des Schiedsverfahrens dahin festgelegt, daß entschieden werden soll:

a) Über Streitigkeiten zwischen Mitgliedern der Union, die das Parteiinteresse berühren;

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich darf rasch einen Wahlausschuß aufstellen. Darf ich vielleicht Parteifreund *Sedlmayr* bitten, Parteifreund *Haußleiter* und Parteifreund *Martin*. Einverstanden? Widerspruch erhebt sich nicht. Ich danke.

Dr. *Seidel*:

b) Über Anträge auf Ausschluß eines Mitgliedes aus der Union.

Solche Anträge können auf folgende Gründe gestützt werden:

1. Verstoß gegen die guten Sitten,
2. Verurteilung wegen einer ehrenrührigen Handlung,

3. Bewußtes Entgegenarbeiten gegen die Grundsätze oder die Satzungen der Union sowie erhebliche Verstöße gegen die Parteidisziplin,
4. Bewußt falsche Angaben im Aufnahmeantrag.

Diese Bestimmungen sind so klar, daß sie einer besonderen Erläuterung nicht bedürfen.

Der organisatorische Aufbau schließt sich eng an die Stufenfolge der Parteiorganisation an. Es gibt also ein Kreisschiedsgericht, ein Bezirksschiedsgericht und ein Landesschiedsgericht.

Im § 9 ist dargelegt und festgestellt, wie der Inhalt der Entscheidungen der Schiedsgerichte sein kann:

Jedes Schiedsgericht kann folgende Entscheidungen treffen:

a) Erklärung, daß Zwangsmaßnahmen nicht angebracht seien,
b) Verwarnung,
c) Ruhen aller oder einzelner Rechte aus Mitgliedschaft oder Ämtern für eine gewisse Frist,

Diese Entscheidung kann vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung zu Beginn des Verfahrens einstweilig verfügt werden.

d) Ausschluß aus der Union.

Die Entscheidungen werden mit Stimmenmehrheit getroffen.

Stimmenthaltung ist unzulässig.

In § 11 ist dann die Antragsberechtigung oder, wie wir Juristen sagen, sind die Parteien geregelt:

Das Schiedsgericht wird nur auf schriftlichen Antrag tätig. Dieser Antrag kann von jedem Parteimitglied und jedem Organ der Union (Antragsteller) gegen jedes Mitglied (Antragsgegner) gestellt werden.

In den weiteren Verfahrensbestimmungen ist dargelegt, wie dieses Schiedsgericht funktionieren soll. Es sind zum Teil Bestimmungen aus der Zivilprozeßordnung, zum mindesten sinngemäß, übernommen. Ich kann Ihnen versichern, daß sie in Ordnung sind. Interessieren wird Sie wahrscheinlich die Zuständigkeit dieser einzelnen Schiedsgerichte.

Hierzu ist folgendes bestimmt:

Auseinandersetzungen innerhalb eines Kreisverbandes entscheidet in erster Instanz das Kreisschiedsgericht. Es ist für alle Entscheidungen zuständig, bei denen Antragsteller und Antragsgegner dem gleichen Kreisverband angehören. Alle anderen Auseinandersetzungen entscheidet in erster Instanz das Bezirksschiedsgericht. Soweit Parteien beteiligt sind, die verschiedenen Bezirken angehören, ist das Schiedsgericht desjenigen Bezirksverbandes zuständig, dem der Antragsteller angehört.

Wichtig ist der § 28, der feststellt, daß die Landesvorstandschaft oder eine Bezirksvorstandschaft aus triftigen Gründen einen Fall auch dann in erster Instanz vor das ihr zugeordnete Schiedsgericht ziehen kann, wenn an sich ein untergeordnetes Schiedsgericht zuständig wäre.

Die Rechtsmittelregelung ist ebenfalls sehr einfach. Soweit nicht ausdrücklich in der Schiedsordnung die endgültige Beschlußfassung festgelegt ist, gibt es gegen jede Entscheidung das Rechtsmittel und das nächsthöhere Schiedsgericht.

Damit sind im wesentlichen die Bestimmungen der Schiedsordnung dargelegt. Ich bitte Sie, diese Schiedsordnung anzunehmen. Wir müssen ein Instrument haben, um dafür zu sorgen, daß unsere Menschen nicht im Kampf um persönliche Dinge verbraucht werden, sondern im Dienste des bayerischen Volkes.

(Lebhafter Beifall.)

Dr. *Schlögl*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muß tief bedauern, daß ich keine Tagesordnung bekommen habe, so daß ich praktisch die Schiedsordnung nicht nachsehen konnte. Ich möchte mich zwecks Auslegung einer Bestimmung noch an den Referenten wenden: Er hat uns vorgetragen, daß einer bei erheblicher Gefährdung der Parteidisziplin vor das Schiedsgericht kommt. Nun, meine Damen und Herren, möchte ich schon eine Interpretation haben, was eine erhebliche Störung der Parteidisziplin bedeutet. Ist es eine erhebliche Störung, wenn ich z.B. im Rahmen meines Stimmrechts in Mitgliederversammlungen, Parteiversammlungen diesen Landesvorsitzenden - ich nehme bloß einmal ein Beispiel - bekämpfe?

(Jawohl!)

Ja, man muß vorsichtig sein. Denn ich habe ein Schreiben in meiner Tasche, wonach ich aufgrund eines Verdachtes bereits gegen mich selber ein Schiedsgericht anrufen soll.

Meine Damen und Herren! In Mitgliederversammlungen, in Parteiversammlungen, in geschlossenen Sitzungen, im Landesausschuß, in der Fraktion, in der Landesversammlung werde ich mir nach wie vor erlauben, wenn ich die politische Linie eines Parteifreundes von uns nicht teile, gegen ihn aufzutreten.

(Sehr richtig!)

Wenn das parteischädigend wäre, dann könnte ich einer solchen Schiedsordnung nicht zustimmen. Etwas anderes ist es, wenn ich öffentlich gegen den Parteivorsitzenden - ich bitte, das Beispiel aufzunehmen - z.B. das und das erkläre; das ist eine ganz andere Angelegenheit. Meinen Freund *Müller* - er ist einer meiner besten Freunde -

(Heiterkeit.)

habe ich nur in Mitgliederversammlungen bekämpft. Und dazu habe ich mein gutes Recht, weil ich eben zu ihm selber, nicht als Person, sondern aus anderen Gründen, nicht das Vertrauen habe, wie es notwendig wäre. Ich möchte unbedingt, daß das die Interpretation ist. Denn der Herr *Müller* bekämpft auch mich in den Mitgliederversammlungen. Sonst müssen wir zwei ständig wegen Mitgliederversammlungen vor das Schiedsgericht gezogen werden. Ich glaube, Freund *Müller*, die Schiedsordnung ist in diesem Falle so aufzufassen, daß ich in internen Gremien sagen darf, was ich will, wenn es in sachlicher Form geschieht. Persönliche Kämpfe, das sage ich ausdrücklich, scheiden bei mir aus. Ich bin ein derartiger Demokrat, daß ich mir gegen *den* Mann nichts zuschulden kommen ließe

(Heiterkeit.)

und gegen keinen Parteifreund auftreten könnte. Ich kämpfe nur sachlich. Seien Sie sich darüber klar: So müssen die Satzungen ausgelegt werden, sonst fliegt nach ein paar Monaten die Partei auf. Das sage ich gleich.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Rede von Herrn *Schlögl* veranlaßt mich doch zu einer Feststellung. Ich bin immer für Offenheit und Ehrlichkeit. Infolgedessen bitte ich auch darum, jetzt damit anzufangen. Niemand hat daran gedacht, daß Herr *Schlögl* vor ein Parteigericht gehen soll, weil er etwa in einer Mitgliederversammlung etwas gegen mich gesagt hat. Ich glaube, daß Parteifreund *Schlögl* selbst Wert darauf legen wird zu klären, inwieweit er an der Veröffentlichung in der Süddeutschen Zeitung mitbeteiligt war.

Ich erteile dem Parteifreund *Haußleiter* das Wort.

Haußleiter: Meine Damen und Herren! Ich habe im Landesvorstand folgendes ausgeführt: Ich möchte nicht gegen irgendeinen unserer Parteifreunde persönlich vorgehen. Aber vorgehen möchte ich gegen die Art des persönlichen Kampfes, wie er in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit, also außerhalb von Parteiversammlungen und Mitgliederversammlungen, geführt worden ist. Ich habe gesagt: Dieser innere Kampf der Verdächtigungen ist eine Krebsgeschwulst, die einmal zum langsamen Tod der Union führen kann. Weiter habe ich gesagt: Meiner Ansicht nach muß jeder unserer Parteifreunde, der öffentlich in der Presse oder in Versammlungen als einer bezeichnet worden ist, der sich persönlich gegen andere Parteifreunde durch eine heftige persönliche Kampfesweise ausgezeichnet hat, selber das brennendste Interesse daran hat, daß der Sachverhalt sachlich und klar geklärt wird. Ich habe gesagt - es war ein harter Ausdruck -, wir sind keine Waschweiber. Wir wollen nicht die ewigen Beschuldigungen, die niemand untersucht, die ewigen Verdächtigungen des einen gegen den anderen; wir wollen Klarheit und Sauberkeit. Deshalb habe ich gesagt, es soll dem Freund *Schlögl* empfohlen werden, gegen sich selber ein solches Verfahren zur Herstellung klarer Fronten und zur Aufklärung über die gegen ihn in der Öffentlichkeit erhobenen Verdächtigungen durchzuführen. Das ist kein Angriff auf den Parteifreund Dr. *Schlögl* gewesen, sondern der Versuch einer Klärung einer sehr betrübten persönlichen Atmosphäre.

(Beifall.)

Dr. *Kroll*: Liebe Parteifreunde! Als wir aus dem letzten Wahlkampf herauskamen, da haben wir uns alle vorgenommen: Wenn wir uns wieder auf einer Landesversammlung treffen, muß einmal Fraktur geredet werden. Es haben sich Dinge zugetragen, die sich in einer Partei, die den deutschen Namen Einigung führt, auf die Dauer einfach nicht vertreten lassen. Wir stehen auf dem Standpunkt - und ich möchte ihn besonders unterstreichen -,

(Dr. *Baumgartner*: Die politische Debatte geht jetzt schon los!)

daß es zwingende Gründe geben könnte, einen Augenblick verschiedener Meinung zu sein, daß es aber sehr darauf ankommt, wie man unterschiedliche Meinungen austrägt. Es geht nicht die politische Debatte los, Minister *Baumgartner*, aber ich bin der Meinung, nachdem man heute bereits zu den Satzungen und zur Schiedsordnung diese Begleitszenen erlebt hat, ist ein Wort der Klärung notwendig. Es ist notwendig zu wissen, wie bitter notwendig wir eine Schiedsgerichtsordnung brauchen, auf die wir seit über einem Jahr gewartet haben und deren Fehlen uns daran gehindert hat, endlich einmal Klarheit in die Atmosphäre zu bringen, wie Freund *Haußleiter* gesagt hat. Ich bin durchaus bereit, jeden Vorschlag politischer Art zu überlegen, möchte Sie aber bitten, sich darüber einig zu sein, daß es unser aller Anliegen nur sein kann, daß die Atmosphäre dadurch gereinigt würde, daß wir uns hier nicht gegenseitig nur politisch diffamieren, sondern Schwierigkeiten, die sich schon ergeben haben, an das Schiedsgericht verweisen. Jeder von uns, der eine klare Säuberung und eine Bereinigung der unerquicklichen Zustände wünscht, muß sich darüber freuen, daß wir nun ein Schiedsgericht bekommen.

Das ist das einzige, was ich zu diesem Thema zu sagen habe. Ich bin überzeugt, die Männer, die bestellt worden sind oder bestellt werden, werden sich des Amtes, Schiedsrichter zu sein, sehr wohl bewußt sein müssen. Sie werden ohne Ansehen des Standes und der Person die Dinge zu beurteilen haben, und ich bin der Meinung, daß

wir nicht gerade die Schiedsgerichtsordnung zur Grundlage einer politischen Debatte zu nehmen brauchen.
In diesem Sinne bitte ich, die Diskussion zu führen und nicht von vornherein hinzuwerfen, daß der Herr Landesvorsitzende vielleicht beabsichtige, mit dieser Schiedsgerichtsordnung den einen oder anderen unbequemen Parteigegner hinauszumanövrieren. Gerade dieser Vorwurf muß ganz entschieden zurückgewiesen werden. Denn Sie wissen, die Männer, die bestellt werden, sind unbestechlich und durchwegs Juristen, die ihr Amt so führen werden, wie sie es als christliche und ehrenhafte Richter nach ihrem Gewissen allein werden führen können.

(Beifall. - Dr. *Baumgartner*: Zur Geschäftsordnung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich darf dazu feststellen: Solange ich allein Landesvorsitzender war, habe ich nie das Schiedsgericht beansprucht. Jetzt sind die ersten Fälle durch die Landesvorstandschaft erledigt worden. Es ist auch notwendig, daß die Landesvorstandschaft ihrerseits bestimmte Fälle klärt, sonst wird die Union nicht arbeitsfähig werden.
Zur Geschäftsordnung hat sich Minister *Baumgartner* gemeldet. Ich bitte aber, meine lieben Freunde, daran zu denken, daß wir schon fast 13 Uhr haben und daß wir weiterkommen müssen.
Dr. *Baumgartner*: Wir brauchen gar nicht zu debattieren. Ich möchte vorschlagen, die Schiedsgerichtsordnung, die sehr gut ist, anzunehmen und die ganze Debatte darüber aufzustecken.
Butterhof: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir hier nach Eichstätt gekommen sind, um sachliche Arbeit zu leisten. Ich bitte Sie deshalb, nicht immer die persönlichen polemischen Ansichten in der Diskussion aufzuwerfen. Gerade die letzten Ereignisse haben gezeigt, wie notwendig wir die Schiedsgerichtsordnung brauchen. Wir haben einen Wahlkampf geführt mit Plakaten: Union heißt Einigkeit. Heute stehen wir vor ganz anderen Tatsachen. Ich bitte Sie deshalb, die Schiedsgerichtsordnung anzunehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf das als Antrag auf Schluß der Debatte auffassen. Ich lasse über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen.
Wer enthält sich?
Wer ist gegen Schluß der Debatte?
Der Antrag auf Schluß der Debatte ist einstimmig angenommen.
Ich stelle den Antrag:

> Die Schiedsordnung der Christlich-Sozialen Union in Bayern wird in der der Landesversammlung vom Heutigen vorgelegten Fassung angenommen und mit sofortiger Wirkung endgültig in Kraft gesetzt.

Wer enthält sich? Wer ist gegen diesen Antrag?
Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.
Ich darf das Resultat der Abstimmung über die Statuten bekanntgeben lassen.
Sedlmayr: Es wurden insgesamt 389 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben gestimmt 311, mit Nein 69, zwei Zettel waren leer, sieben Zettel ungültig.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit sind die Statuten angenommen und endgültig in Kraft gesetzt.

(Beifall.)

Dann kommt der dritte Punkt der Tagesordnung: "Bestätigung und endgültige Annahme des Grundsatz- und 30-Punkte-Programms der Union."
Als erster Redner spricht Parteifreund *Rindt*. Darf ich den Parteifreund *Rindt* bitten, sich dazu zu äußern. Ich bitte um Ruhe für den Referenten für das Grundsatzprogramm.
Dr. *Rindt* hat das Wort.
Dr. *Rindt*: Meine Freunde! Infolge der vorgeschrittenen Zeit möchte ich nicht mehr sehr viel zum Grundsatzprogramm sagen. Dazu kommt noch etwas anderes: Das Grundsatzprogramm ist in unserer Zeitschrift veröffentlicht worden. Es wurde heute ausgeteilt. Ich glaube, daß jeder einzelne schon die Gelegenheit hatte, das Grundsatzprogramm als solches durchzusehen, vielleicht sogar durchzustudieren. Ich glaube infolgedessen nicht, daß ich auf Einzelheiten eingehen muß. Ich möchte nur ein paar Gedankengänge zu diesem Grundsatzprogramm sagen.
Meine Freunde! Als die Christlich-Soziale Union in Bayern da und dort, in München und in anderen Landesteilen, allmählich gegründet wurde, da war es uns nach den Erlebnissen der Vergangenheit allen mitsammen und gerade denen klar, die begonnen hatten, diese neue junge Partei aufzubauen, daß diese Partei Christlich-Soziale Union nicht eine Partei im landläufigen Sinne des Wortes sein konnte. Es mußte doch etwas Grundsätzliches getan werden, es mußte ein Weg, der seit langen Generationen, vielleicht seit Jahrhunderten beschritten war und der in der gesamtdeutschen Entwicklung im sogenannten Dritten Reich seinen Höhepunkt gefunden hatte, zurückgegangen werden. Wenn man diesen jahrhundertelangen Weg seit der Aufklärung als Weg bezeichnet, der wirklich im buchstäblichen Sinne des Wortes ein Weg in die Unordnung war, so konnte der Rückweg nur darin bestehen, daß man mit ganzer Kraft, mit ganzem Herzen, mit ganzem Einsatz und mit ganzer Begeisterung auf dem Weg in die verlassene göttliche Ordnung hinein zurückging. Es war uns allen von vorneherein klar, daß dieser Weg etwas aufdecken würde, was uns allen miteinander gerade während der zwölf Jahre der braunen Herrschaft verloren gegangen war, nämlich die Freiheit und die Größe des Menschseins als Einzelpersönlichkeit und des Menschseins als Glied in der Gemeinschaft des Volkes.
Ohne daß man sofort an verschiedene Programmpunkte dachte, haben sich auf dieser Basis Zehntausende von Menschen und wir alle zusammengefunden, sind hier in die ersten Wahlkämpfe hinausgegangen. Wir hatten damals nichts als das Programm, das unser eigener Name besagt. Wir haben unseren ersten Wahlkampf mit dem Begriff des Christlichen, mit dem Begriff des Sozialen und mit diesem wunderbaren, leuchtenden Begriff der Union geschlagen. Es war ein überraschender Erfolg. Aber nicht nur in Bayern, in ganz Deutschland und weit über die deutschen Grenzen hinaus, in Frankreich, in Belgien, in Holland, in Italien, in Österreich, in Ungarn, ja sogar unten in Rumänien konnte man feststellen, daß der Weg, den unsere Seele in der Sehnsucht ging, der Weg in die göttliche Ordnung, der Befreiung des Menschen, gewissermaßen eine europäische Bewegung geworden war. Es sind überall die gleichen Gedankengänge, überall ist es die gleiche Zusammenballung der Kräfte der christlichen Gesinnung und des christlichen Willens in die Zukunft.
So, meine Freunde, hatten wir im gewissen Sinne eine europäische Bewegung zu einer christlichen Politik, lange bevor wir uns erst so ganz klar geworden waren, daß wir nicht Partei in einem landläufigen Sinne sein durften, sondern in einem ungewöhnlichen Sinne eine christliche Bewegung unseres Volkes.

(Sehr wahr!)

Aus allen möglichen früheren parteipolitischen Lagern kamen die Menschen in die Union. Uns war es klar, daß natürlich zunächst einmal eine Atmosphäre des gemeinsamen Lebens, des gemeinsamen Wollens und des gemeinsamen Planens und Bauens geschaffen werden mußte. Man hat uns vielfach von außen her angegriffen und so manche Menschen, gerade auf dem Lande, haben gesagt, ich weiß nicht, woran ich mit Euch bin, denn Ihr habt ja kein Programm.
Wir hatten ursprünglich, wie ich sagte, nur diese drei Punkte: Christlich-Soziale-Union. Aus diesen drei Punkten heraus und, sagen wir es offen, aus dieser großen Atmosphäre des Unionsgedankens aller Lager, trotz aller sachlichen Gegensätze, heraus hat sich mehr und mehr herausgestellt, was wir heute als Grundsatzprogramm zur Vorlage haben. Ich möchte sagen, daß wir mit dem Grundsatzprogramm ein Bekenntnis zu allem, was uns als Mensch, als Deutscher, als Bayer hoch und heilig ist, abgelegt haben. Ich möchte weiterhin sagen, daß wir mit diesem Grundsatzprogramm ein Bekenntnis unseres unbeugsamen Willens in die Zukunft abgelegt haben, ein Bekenntnis dazu, daß wir im Glauben an die Hilfe Gottes auch überzeugt sind, daß wir zusammen mit den Mächten, die als Besatzungsmächte im eigentlichsten Sinne des Wortes noch immer regieren, die Überwindung unseres Elendes, in dem wir stehen, in die Hand nehmen wollen und werden und auf diesem Wege einer christlich-sozialen Einigung wirklich dann auch in die Zukunft hinein gestalten werden.

(Beifall.)

Meine Freunde! Diese Gedankengänge ganz kurz vorausgestellt. Sie werden in etwa in der Präambel zu unserem Grundsatzprogramm wiedergegeben. Ich glaube, ich brauche diese Einleitung nicht vorzulesen; sie ist allen bekannt. Wenn nun z.B. heute, wenn wir im Anschluß an die Präambel die einzelnen Grundsatzpunkte in sechs großen Abteilungen aufgestellt haben, gerade von sozialdemokratischer Seite uns gegenüber immer wieder betont wird: Ja, gut, Ihr habt ein Programm; wir - so sagt z.B. Dr. *Schumacher* - stellen noch kein Programm auf, weil wir ja noch gar nicht wissen, wie sich die Verhältnisse in Deutschland gestalten, weil wir infolgedessen noch keinen Ansatzpunkt haben, auf dem wir nun Programme aufbauen könnten, weil wir zunächst den Friedensvertrag und andere Dinge brauchen, um ein Programm zu gestalten. Wenn wir also heute nach der Schaffung eines Grundsatzprogramms wieder angegriffen werden, so ist es für uns klar: Wenn wir als Christlich-Soziale Union ein Programm bauen, so ist das zunächst ein Programm unserer politischen Weltanschauung.

(Beifall.)

Da sind wir nicht daran gebunden, wie der Friedensvertrag ausläuft oder welche Bedingungen uns gestellt werden. Wir sind an unsere Überzeugung und an das gebunden, was uns als Menschen hoch und heilig ist und was wir für uns und jeden einzelnen als das Erstrebenswerte erachten.

(Beifall.)

Sie werden nach meinen Worten noch die Worte unseres Parteifreundes *Haußleiter* hören, der zu den 30 Punkten der Union spricht. In diesen 30 Punkten hat sich die Union auf die praktische Seite der Auswirkung des Grundsatzprogramms gerade jetzt in dieser unsagbaren Notzeit festgelegt. Ich glaube aber, daß man die Dinge heute in dieser Notzeit vollkommen vom Zentrum der Wahrheit aus anpacken muß, nicht von irgendwelchen relativen Dingen, von irgendwelchen Zeitgegebenheiten her, um wirklich das zu tun, was notwendig ist, nämlich die Krisis zu überwinden.

Meine Freunde! Unser Grundsatzprogramm teilt sich in sechs Hauptabschnitte. Weil ja eine Partei und weil auch die Union als politische Institution und Gruppierung sich mit politischen Dingen zu befassen hat und diese politischen Dinge sich ja im Staatsraum abspielen, haben wir zunächst die staatliche Ordnung an den Anfang gesetzt. Überhaupt läuft jeder dieser sechs Hauptabschnitte auf den Begriff der Ordnung hinaus. Wir wollen in den sechs Hauptabschnitten aufzeigen, wie sich nun im Bewußtsein des christlichen Menschen die von Gott geschaffene Ordnung auf den einzelnen Gebieten grundsätzlich darstellt. So beginnen wir mit der göttlichen Ordnung auf der Ebene des Staates, das heißt in der Interpretation dessen, was wir als Christen erstreben: Den Staat als Staat auf einer christlichen Grundlage. Der zweite Hauptpunkt umfaßt die Rechtsordnung. Der dritte Punkt die Sozialordnung, der vierte Hauptpunkt beschäftigt sich mit der Wirtschaftsordnung. Der fünfte bringt die Kulturordnung, der sechste hat die zwischenstaatliche Ordnung zum Gegenstand.
Meine Freunde! Haben Sie bitte keine Sorge, daß ich nun nach dieser Einleitung die einzelnen Punkte besprechen möchte. Es wäre bestimmt zuviel nach dieser sehr anstrengenden Vormittagssitzung. Wie gesagt, Sie kennen ja wohl alle das Grundsatzprogramm selbst. Ich möchte nur noch auf den einen oder anderen Punkte in aller Kürze hinweisen. Die staatliche Ordnung ist für uns dadurch bestimmt, daß wir primär den Staatsaufbau auf christlicher Grundlage erstreben. Man sagt, daß das Christentum irgendwie eng (?) wäre. Wir sind davon überzeugt, daß noch keine Bewegung und keine Anschauung in der Weltgeschichte die Zeit im Ablauf der Jahrhunderte so sehr umgestaltet und so sehr vor sich hergetrieben hat wie das Christentum.

(Sehr richtig!)

Wir glauben, daß, wenn wir uns dieser Kräfte, die ja unserer menschlichen Würde voll und ganz entsprechen, nun auch in einer Ausweitung auf der politischen Ebene bedienen, es uns gelingen wird, auch unsere Zeit in unserem Land im guten Sinne umzugestalten und vor uns herzutreiben.
Es ist selbstverständlich, daß wir uns zum demokratischen Staat bekennen, nicht nur wegen der Erfahrungen der Vergangenheit, sondern überhaupt, weil die Freiheit der Persönlichkeit, weil die Würde des menschlichen Geistes im Rahmen dieser christlichen Auffassung sich ja von vornherein gegen jede Art von Diktatur oder autoritärer Staatsführung wenden muß.

(Sehr richtig!)

Diktatur ist der Tod der Menschenwürde. Wir aber setzen den Geist gegen alle materialistischen Bestrebungen. Vom Geist her gesehen wollen wir eben Demokraten sein. Einer der Hauptpunkte in unserer staatlichen Ordnung ist der, daß wir uns voll und ganz für die Einheit und Unteilbarkeit Deutschlands einsetzen.

(Beifall.)

Wir glauben, daß jedes Volk eine organische Lebensgemeinschaft ist, und wir sehen in dem Begriff der Lebensgemeinschaft auch eine Berufungsgemeinschaft. Obwohl wir heute als Volk so sehr am Boden liegen, glauben wir, daß trotzdem unsere Berufung als Volk in Mitteleuropa nicht zu Ende ist. Wir wollen diese Stunde unseres Zusammenbruches dazu benutzen, in uns selber, in die Tiefen unserer Seele hineinzusteigen, uns zu fragen, was wir in der Vergangenheit falsch gemacht haben, es gut zu machen und die uns von Gott aufgetragene Sendung auch weiterhin im besseren Sinne des Wortes zu erfüllen.

(Beifall.)

Weil wir aber, meine Freunde, die eigentliche Ordnung erstreben und weil wir glauben, daß die Ordnung sich ganz organisch eben schon aus den Begebenheiten des Volkes heraus ergibt, sind wir ebenso, wie wir an der Einheit Deutschlands festhalten, von A bis Z entschlossene und überzeugte Föderalisten.

(Sehr richtig! Beifall.)

Darum fordern wir, wenn wieder ein Aufbau Deutschlands kommt, was wir alle wünschen, daß sich dieser Aufbau auf föderativer Grundlage, und zwar auf der Ebene des deutschen Bundesstaates vollzieht.

(Beifall.)

Ich möchte über die staatliche Ordnung nichts mehr sagen. In der Rechtsordnung selbst steht für uns im Vordergrund, was ich bereits angedeutet habe: Die Freiheit, die Würde des Menschen und vor allen Dingen die Gleichberechtigung aller Menschen. Da ist in erster Linie einmal die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau herauszustellen. Wir glauben z.B. - und haben das gerade in unserem Grundsatzprogramm herausgestellt -, daß die Hausfrauenarbeit der Berufsarbeit des Mannes gleichkommt. Wir glauben darüber hinaus auch, daß endlich einmal, und gerade vom Standpunkt einer christlichen Partei aus, auf der ganzen Linie mit dem Grundsatz ernst gemacht werden muß, daß alle Stände und Berufe rechtlich und sozial gleichzustellen sind, daß es kein Vorrecht irgendeines Standes gibt, das ihn berechtigte, eine Sonderstellung einzunehmen.

(Sehr richtig! Bravo!)

Die Sozialordnung geht aus von dem, was überhaupt die Keimzelle jeglichen Volkslebens ist, was auch die Keimzelle jeglichen geistigen Lebens bedeutet, nämlich von der Familie. Hier nun der Familie den entsprechenden Schutz zu geben, die Familie eben wirklich als die in sich geschlossene Urzelle des Volkes, gerade auch des Volkes, das wir lieb haben, herauszustellen, das sind die ersten Punkte unseres Grundsatzprogramms hinsichtlich der Sozialordnung. In bezug auf das Kind gehen wir, von allem anderen abgesehen, davon aus - die anderen Dinge kennen Sie ohnedies auch, es geht hier nur darum, bestimmte Dinge sich neu zu überlegen und herauszustellen -, davon aus, daß der Staat als der dem Wesen und der Aufgabe nach notwendige Ordnungszustand eines Volkes die Pflicht hat, besonders begabten jungen Menschen die Möglichkeit zu verschaffen, im Leben dahin zu kommen, wo sie hingehören. Eine soziale Hilfe für alle Minderbemittelten festzulegen, die in besonderer Weise begabt sind, wie auch - und das nehme ich von der Kulturordnung voraus - eine besondere Hilfe überhaupt für alle Begabten, daß sie nun in jener Schule oder in jener Ausbildung zu jenem Handwerk gelangen, das ihnen liegt, das ihnen die innere Befriedigung ihres Lebensberufes ermöglicht. Das ist einer unserer Hauptpunkte in bezug auf den werdenden Menschen.

In bezug auf die sonstigen Dinge der Sozialordnung nur noch einen Punkt: Wir glauben, daß das Zeitalter des Liberalismus, in dem Arbeit als Ware verdächtigt wurde, endgültig vorbei ist. Wir glauben, daß das Angebot gewissermaßen der Arbeit nicht mehr dem Angebot der Ware gleichkommt, sondern wir halten die Arbeit, die berufliche Betätigung, für eine sittliche Pflicht und für ein sittliches Recht des Volkes. Gerade deswegen wünschen wir, daß jeder Arbeiter eine menschenwürdige Entlohnung bekommt, die ihm wenigstens einen bescheidenen Wohlstand ermöglicht.

Meine Freunde! Seien wir uns darüber klar: Wenn dieser Punkt durchgeführt wird, dann brauchen wir in keiner Weise mehr gegen einen Großkapitalismus als Staat im Staate zu kämpfen.

(Sehr richtig!)

Dann bekommt jeder Arbeiter soviel, daß er zu einem bescheidenen Wohlstand gelangt, dann gibt es keinen Großkapitalismus mehr.

(Beifall.)

In bezug auf die Wirtschaftsordnung sind unsere Gedanken: Ich sagte gerade vom Liberalismus: Sie wissen, der wirtschaftliche Grundsatz des Liberalismus war doch der des laissez faire, laissez aller, der des Kampfes aller gegen alle. Der reine Ellenbogenmensch, der wirtschaftlich Starke, der immer stärker Werdende konnte jeden anderen wirtschaftlich und auch sonst einfach an die Wand drücken, wie er wollte. Wir halten dieses Prinzip nicht nur für ein total unchristliches, sondern für ein unmenschliches. Die Auswirkungen auf sozialer, wirtschaftlicher und, meine Freunde, auf politischer Ebene, wo nicht mehr die Staaten in erster Linie Krieg oder Frieden machten, sondern die Wirtschaftskonzerne, haben wir alle zusammen erlebt. Darum rücken wir in unserer Grundlinie der Wirtschaft von diesem verderblichen Prinzip einer liberalistischen freien Wirtschaft ab.

Wir lehnen aber ebenso das Gegenteil ab, nämlich die sogenannte Planwirtschaft. Denn wenn schon auf der einen Seite der private Großkapitalismus als unmenschlich und als unchristlich und als ein Unding in sich ermöglicht wird, dann kann man diesen Materialismus des Großprivatkapitalismus nicht dadurch ersetzen und überwinden wollen, daß man zum Staatskapitalismus schreitet.

(Zustimmung.)

Ich möchte keine Beispiele aus jener Zone erzählen, wo das Prinzip des kollektiven Denkens und Handelns gerade in der Wirtschaft in höchster Blüte steht. Weil wir den Menschen als solchen in den Mittelpunkt unserer ganzen Aufmerksamkeit und unserer Politik stellen müssen, glauben wir auch, daß wir die persönliche Initiative des wirtschaftenden Menschen aus allem Zwang und allem Terror vom Hitler-Vierjahresplan heraushalten müssen.

Genauso, wie es im Christentum nur etwas gibt, was man gelenkte Freiheit nennt, ist für uns das richtige Prinzip das Prinzip der gelenkten Wirtschaft, die sich von einer leisen Überwachung des ganzen Wirtschaftsapparates in Zeiten der Hochblüte bis an die Grenzen einer Planwirtschaft - bitte richtig verstanden - in den Augenblicken erstreckt, wo ein Volk, wie unser Volk gegenwärtig, am Boden liegt. Die Möglichkeit, hier nun die Überwachung, die Lenkung, so zu variieren, daß nicht störend in die Wirtschaft eingegriffen wird, daß ganz im Gegenteil die Wirtschaft den Schutz durch den Staat bekommt, um ihr eigenes Leben im Rahmen des Volkes führen zu können, ohne aber gemeinschaftsschädigend werden zu können, das ist das Prinzip, das wir im Staate vertreten sehen wollen. Wir glauben nämlich, daß auch die Wirtschaft gerade in ihrer starken Verflechtung mit dem Gesamtleben des einzelnen sowohl wie des ganzen Volkes ins Volk hineingehört und daß auch die Wirtschaft nicht das Recht hat, für sich Sonderansprüche an den Staat zu stellen. Auch die Wirtschaft muß dem Volke dienen, genauso wie der Staat, der ja Diener des Volkes zu sein hat.

In bezug auf das Eigentum haben wir gesagt: Es ist uns klar, daß wir das rechtmäßig erworbene Eigentum schützen müssen. Wir haben alle auch die Überzeugung, meine

Freunde, daß im Eigentum selbst schon ein sehr starker sozialer Faktor verankert ist, ein Faktor, den wir im großen und ganzen vielfach, nicht wir hier, übersehen haben, nämlich der Faktor, daß jemand, der etwas hat, dem etwas zu geben hat, der nichts mehr besitzt, mit anderen Worten die Pflicht des Besitzers, jenen, die unverschuldet ihren Besitz verloren haben, irgendwie die Möglichkeit zu bereiten, wieder zu Besitz zu kommen. Das erscheint uns als das eigentlich Sozialistische hinsichtlich des Besitzes.

(Sehr richtig, Beifall.)

Im Rahmen der Wirtschaftsordnung nur noch den aufsehenerregenden Punkt des Mitbestimmungsrechts nicht nur der Arbeitgeber, sondern auch der Arbeitnehmer an der Lenkung und Leitung bestimmter Betriebe in bestimmten Funktionen. Ich möchte daran erinnern, daß einige Gedankengänge auch in die Verfassung aufgenommen wurden, und ich möchte ganz besonders daran erinnern, daß von jener Seite, die gewissermaßen schon durch den Namen alles das, was sozial bedeutet, als ureigene Domäne für sich in Anspruch nimmt, gerade in diesem Punkt unseren Leuten im Verfassungsausschuß bei dieser Gelegenheit fast ganz bestürzt gesagt wurde: Ja zum Kukkuck, Ihr seid ja sozialistischer als wir.
Meine Freunde! Wir sind nicht sozialistischer, wir sind überhaupt keine Sozialisten, aber wir wollen ernst machen mit der Tatsache, daß wir sozial bis in die Knochen sein müssen, gerade in der jetzigen Zeit.

(Lebhafter Beifall.)

Wir müssen das sein, weil wir ohne die Verwirklichung des Gedankens eines selbstlosen Brudertums über unsere Zeit und ihre Not nicht mehr hinwegkommen können.

(Sehr richtig!)

In bezug auf die Kulturordnung nur noch die Tatsache, daß das Verhältnis von Religion und Staat auch in unserem Grundsatzprogramm eindeutig abgewogen ist. Die Kirchen werden vom Staat als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt. Wir wenden uns gegen das Staatskirchentum, wir wenden uns aber auch andererseits dagegen, daß man nun, wie es ein berühmter führender Politiker Bayerns vor nicht allzulanger Zeit getan hat, Schlagworte aus der Zeit vor 200 Jahren herausstellt, um damit bayerische Politik machen zu können, nämlich Trennung von Kirche und Staat. Wir wollen auch eine gerade Linie geben, eine eindeutige Linie, die uns verbürgt, daß das, was sich seit 2000 Jahren auch auf diesem Grund und Boden mehr oder minder von den kleinsten Anfängen zu diesen wunderbaren Blüten und Früchten unserer Kultur emporgerankt hat, nicht durch irgendwelche Experimente kaputtgeht und kaputtgeschlagen wird.
Über die Stellung von Wissenschaft und Kunst usw. brauche ich nichts weiter zu sagen, nur eines noch: Ob Sie von der staatlichen Ordnung herkommen oder die Kulturordnung ansehen, auch hier der große soziale Zug unserer Grundausrichtung, der soziale Zug auch in bezug auf die Kunst, daß wir dafür sind und alles daransetzen wollen, daß das ganze Volk nicht im Sinne jener verrückten einseitigen KdF-Fahrten, sondern im Sinne der inneren Entflammung und Überzeugung teilhaben kann an den großen Gütern der Kunst und Kultur unseres engeren und weiteren Vaterlandes und der gesamten europäischen Kulturwelt.

(Beifall.)

Überhaupt, Freunde, und das ist der letzte Punkt dessen, was ich zu sagen hätte, in dem Augenblick, wo man versucht, in die Tiefen der Seele und in die Tiefen der Wahrheit hineinzusteigen, da weitet sich der Blick über die Grenzen des persönlichen Lebens und vielfach auch über die Grenzen des volkhaften Lebens hinaus. Er geht über die Landesgrenzen hinaus. Wenn dann noch dazukommt - wie es heute der Fall ist -, daß die wirtschaftliche, daß die notvolle, die kulturelle und sonstige politische Verflechtung in Europa so stark ist, wie sie es heute Gott sei Dank ist und mehr und mehr zum Bewußtsein kommt, dann ist es klar, daß eine so grundsatzbetonte Partei wie die Christlich-Soziale Union nicht nur in Bayern und Deutschland verruhen kann, sondern sich auch Ziele über diese Grenzen hinaus stecken muß. Und darum unsere Programmpunkte der zwischenstaatlichen Ordnung: Wir treten ein für eine europäische Föderation.

(Lebhafter Beifall.)

Wir wenden uns gegen Zollschranken und sonstige Schranken, die irgendwie noch zwischen den Ländern Europas stehen. Wir glauben daran, daß das Notwendigste unseres ganzen politischen Geschehens eine Wirtschafts- und Währungsunion sein wird. Weil das der Fall ist und weil, wie ich schon anfangs gesagt habe, dieser Aufbruch des christlichen Menschen in die Politik in ganz Europa festzustellen ist, darum glauben wir, wenn wir von Bayern und sonstige von Deutschland aus im Laufe der Zeit die Möglichkeiten haben und anwenden, uns mit den gleichen Parteien in anderen Ländern zusammenzusetzen, zu beraten, uns gegenseitig kennenzulernen und die gleichen Ideen und Ziele herauszustellen, daß daraus etwas hervorgehen wird, was uns bitter not tut, nämlich die eigentliche dauerhafte Befriedung Europas vom christlichen Geist her.

(Beifall.)

Und zum zweiten noch etwas anderes, und das ist mein persönliches Bekenntnis: Eine christliche Übernationale als Gegengewicht zur roten Internationale.

(Andauernder, stürmischer Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke dem Referenten.
Das Wort hat Parteifreund *Haußleiter* zum Referat über das 30-Punkte-Programm der Union.
Haußleiter: Meine Damen und Herren! Schlagwortprogramme hat das deutsche Volk lange genug angehört. Parteifreund *Rindt* und ich haben uns deshalb eine andere Aufgabe gestellt. Wir haben uns zur Aufgabe gestellt, die innere Ideenwelt der Union im Programm eingehend darzustellen. Wir haben neben dieser Darstellung der Ideenwelt der Union eine zweite Aufgabe zu erfüllen gehabt. Wir hatten zu zeigen gehabt, daß wir entschlossen sind, diese Ideen auch zu verwirklichen. Denn, meine Damen und Herren, eines ist uns klar: Wir stehen vor der Bewährungsprobe unserer christlichen Welt. Allein von Ideen zu reden, hat keinen Sinn. Sie müssen in Aktionen übergeführt werden. Deshalb steht bei uns neben dem Grundsatzprogramm das Aktionsprogramm der 30 Punkte. Ich brauche keine Einzelheiten zu sagen, nur dies: Der erste Satz, der mir auf der Seele brannte, zieht sich wie ein roter Faden durch das Programm. Der erste Satz heißt: Die Union ist eine neue und eine junge Partei, die sich zum sozialen Fortschritt unseres Jahrhunderts bekennt.

(Beifall.)

Das ist der Boden, von dem aus wir dann unmittelbar an die Nöte der Zeit herangehen, so die Flüchtlingsfrage, in der wir sagen: So wie wir das Eigentum überhaupt bejahen, so erkennen wir auch das Eigentum der Flüchtlinge als gleichberechtigt an.
Unser Aktionsprogramm: "Hinein in die brennende Not, die wir zu lösen haben", ist die Basis - und das glaube ich hier sagen zu können -, die ausführliche, eingehende Basis, auf der sich alle Flügel der Union treffen werden. Ich glaube auch, das scheint mir ein Grund für seine ausführliche Fassung gewesen zu sein: Wer hier sieht, was über die Aufgaben gesagt ist, die vor uns stehen, wer auch das sieht, was wir wollen, der kann nicht mehr sagen, da sind Spalten, da sind Risse in der Union, der mag sagen, die Union ist eine Sammelpartei, die sich allmählich ihre geistige Position geschaffen hat. Mit der Annahme des Programms werden Sie beweisen, daß wir die gemeinsame Plattform ge- [...][2]

Die Sitzung wird um 15.40 Uhr wieder aufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sehr verehrte Damen und Herren! Vor Eintritt in die Debatte erteile ich das Wort Herrn *Liedig* zur Abgabe einer Erklärung.
Liedig: Ich bitte, daß sich im unteren Saal nur Stimmberechtigte aufhalten und alle Gäste sich auf die Tribüne begeben wollen. Dann macht die Hausverwaltung darauf aufmerksam, daß über Mittag und auch am Abend zwischen dem Ende unserer Tagung und dem Beginn der kulturellen Veranstaltung der Stadt Eichstätt die Garderobe ohne Bewachung ist. Ich bitte daher, alle Garderobenstücke mitnehmen zu wollen. Dann hat der Wortführer der Jungen Union um Bekanntgabe gebeten, daß heute abend nach Beendigung unserer Tagesordnung um 19.30 Uhr im Schulhaus St. Walburg eine Sitzung stattfindet; anschließend ist dann die Teilnahme an der kulturellen Veranstaltung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Liebe Parteifreunde! Ich darf jetzt bereits den Wahlausschuß bestellen, der bei der Wahl des Landesvorsitzenden fungieren soll. Wir hatten heute vormittag Parteifreund *Sedlmayr*, Parteifreund *Haußleiter* und Parteifreund Dr. *Martin* bestellt. Ist die Landesversammlung damit einverstanden, daß die drei Parteifreunde wieder als Wahlausschuß fungieren? Kein Widerspruch? Dann ist das genehmigt. Ich stelle ferner den Antrag, daß für die politische Debatte um die Wahl des Landesvorsitzenden als Verhandlungsleiter Parteifreund Dr. *Muhler* bestellt wird. Erhebt sich ein Widerspruch dagegen?
(Ist nicht der Fall.)
Dann wird nach meinem Rücktritt nachher Parteifreund Dr. *Muhler* den Vorsitz führen.
Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Die Christlich-Soziale Union hat in diesem Jahre Wahlkampf nach Wahlkampf zu bestehen gehabt. Sie hat alle Wahlkämpfe gewonnen; auch der letzte Wahlkampf wurde gewonnen. Die Union hat 52,3% der Wählerstimmen auf sich vereinigen können. Es war das ein Erfolg, der bei der Gründung der Union bestimmt nicht erwartet war. Der Erfolg hat gezeigt, daß es gelungen war, in der Union die konstruktiven Kräfte unseres Volkes zusammenzufassen. Wir haben gegründet auf der Basis des Bekenntnisses zur christlichen Kulturauffassung. Es ist uns gelungen, die Bekenntnisse zu einen. Evangelische und katholische

[2] Fehlblätter. In der Vorlage findet sich der Vermerk: "Fehlblatt S. 41/42 am 5. August an Dr. Müller". Die Blätter konnten im Nachlaß Müller nicht ermittelt werden.

Christen stehen heute zusammen zu gemeinsamer Arbeit im öffentlichen Leben, zu gemeinsamer Arbeit für das Volk und für die Heimat. Selbst wenn in der vergangenen Zeit Dissonanzen aufgetreten sind, nie sind die Dissonanzen um dieses Problem gegangen; nie hat sich hier eine Spaltung angezeigt. Das Wahlergebnis hat gezeigt, daß nicht etwa, wie der eine oder andere angekündigt hatte, die evangelischen Wähler weniger geworden wären: Im Verhältnis sind sie gleich geblieben. Gerade in Franken, in dem Gebiet, in dem die Union den schwersten Kampf zu bestehen hatte, in dem alle Parteien gegen die Union angestürmt sind, haben wir unseren Bestand ungefähr halten können.

(Lebhafter Beifall.)

Meine lieben Freunde! Vielleicht hätte man im südbayerischen Bereich an alte Traditionen anknüpfen können, in Franken wäre das vergeblich gewesen. Dort war die Union zwischen evangelischen und katholischen Christen eine absolute Notwendigkeit für die Gegenwart und für die Zukunft.

(Beifall.)

Wie das für Franken der Fall ist, ist es aber auch der Fall für ganz Deutschland.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Wir können nicht mehr um Jahrhunderte zurückschreiten. Jahrhunderte sind überwunden. Zum ersten Mal seit 400 Jahren sind wir wieder einig aufgetreten.

(Beifall.)

Hitler hat viel Unheil gestiftet. Aber vielleicht können wir gerade darin eine gewisse Zwangsläufigkeit des Schicksals sehen, daß selbst derjenige, der das Böse stiftet, das Gute erreicht hat. Wenn wir so die Zeichen der Zeit betrachten, dann werden wir immer einen Sinn in den Ablauf der Zeiten bringen können. Manchmal erschien es uns wirklich, als ob der Irrsinn und der Wahnsinn um uns alles mitreißen wollte; manchmal schien es so, als ob diabolische Kräfte gegen uns standen, die unser Volk in den Strudel des Unheils hineingetrieben hätten. Wir von der Christlich-Sozialen Union finden uns heraus. Wir wollen unser Volk aus der Not herausführen, aus der materiellen und aus der moralischen Not. Wenn das Volk uns das Vertrauen übertragen hat, dann haben wir die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, uns bereit zu erklären, die Verantwortung gegenüber dem Volk und vor unserem Gewissen und vor dem Herrgott zu übernehmen.

(Lebhafter Beifall.)

Wir haben keinen Stimmenfang betrieben. Der Kampf, der gegen uns geführt wurde, hat erst soundso viele Menschen aufs neue zu uns hingebracht. Ich will nicht auf die Einzelheiten dieses Kampfes eingehen, meine lieben Freunde; wenn der Kampf abgeschlossen ist, soll man das Fazit ziehen. Man soll an die Zukunft und nicht immer an die Vergangenheit denken. Aber das sei gesagt: Wir haben eine Bewährungsprobe bestanden, wie sie selten für Parteien der Vergangenheit zu bestehen war.

(Sehr richtig!)

Ich habe mich gefreut, als der Parteivorsitzende der erste sein zu dürfen, der in dem Kampfe voll und ganz seine Person und seine Ehre einsetzen mußte.

(Stürmischer Beifall.)

Meine lieben Freunde, war ich bereit, mein Leben für unsere christliche Kultur einzusetzen, dafür, daß unser Vaterland und Europa christlich bleibt, dann bin ich jetzt auch bereit, die Ehre einzusetzen. Es ist eine Selbstverständlichkeit für einen Menschen, der für eine Überzeugung steht, daß er restlos, als ganzer Mann, für sie steht. Auch da wollte ich allen Freunden Vorbild sein. Denn wenn wir schon das christliche Persönlichkeitsideal gegenüber dem kollektiven Denken herausstellen, dann wollen wir ganze Persönlichkeiten sein. Wir in der Union wollen Alt und Jung dazu führen, daß sie mit ganzer Kraft als ganze Persönlichkeiten dastehen; denn nur dadurch werden wir auch die Zukunft bestehen.

(Beifall.)

Wir müssen unser Volk aus dem Massenwahn der vergangenen Zeit wieder herausbringen. Wir werden aber das Volk nicht durch Schwätzereien herausbringen: Die Menschen wollen mehr hören. Sie wollen nicht nur Worte hören, sie wollen ein Bekenntnis eines ganzen Mannes hören und sie erwarten zum Bekenntnis auch die nachfolgende Tat.

(Sehr richtig!)

Wir werden nüchtern bleiben, wenngleich unsere Ideale uns begeistern und uns den nötigen Enthusiasmus geben, der wirklich dringend notwendig ist, damit die Menschen von heute, klein und groß, mit der Not fertig werden. So freuen wir uns, meine lieben Freunde, daß die Union wirklich über das hinausgewachsen ist, was früher starre Parteien waren. Die Union ist im wahrsten und besten Sinne des Wortes zu einer Volksbewegung geworden, zu einer Volksbewegung, getragen von den Kräften des Christentums, des sozialen und demokratischen Bekenntnisses. Und das muß unser Ziel bleiben. In der Demokratie hat die Partei ihre Aufgabe zu erfüllen. Sie ist ein Instrument der Demokratie. Aber sie kann nie Selbstzweck sein. Menschen, die sich nur um der Parteipolitik willen einsetzen, treiben dem Partei-Egoismus entgegen. Der Partei-Egoismus, der dann dadurch zum Ausdruck kommt, daß man nur Stellen besetzt, bedeutet noch nicht Arbeit für die Demokratie.

(Beifall.)

Es stehen sich heute Welten gegenüber. Wir haben es in der vergangenen Zeit erlebt: *Hitler* - was war denn letztlich sein Beginnen? Er hat als Partei angefangen, weil er damals das Instrument der Demokratie ausnützen und durch die Demokratie die Demokratie überwinden wollte. Gerade weil wir das erkennen, wollen wir unsererseits die Demokratie mit einem solchen Inhalt erfüllen, daß in Zukunft die christlichen Persönlichkeiten die besten Demokraten und auch bereit sind, die Kulturgüter und damit die Güter der Demokratie zu verteidigen.

(Beifall.)

Was ist denn die Freiheit der Persönlichkeit? All die Freiheiten, die in der Verfassung festgelegt sind, sind aus unserer christlichen Kultur herausgewachsen. Und so werden wir, wir von der Christlich-Sozialen und von der Christlich-Demokratischen Union, die besten Demokraten sein.

Meine lieben Freunde! So werden wir auch in der Zukunft mit den diabolischen Gewalten fertig werden, die uns dann gegenübertreten werden. Es sind nicht die Parteien, die in den Konkurrenzkampf treten, die die Gefahren der Zukunft heraufbeschwören. Mit den Parteien könnte man leichter fertig werden. Die Gefahren der Zu-

kunft liegen ganz anderswo, sie liegen dort, wo die Not ihren Herd hat. Denken Sie nur an das nächstliegende Problem, an das Flüchtlingsproblem! Wenn wir die Not da nicht überwinden, und zwar aus unserer christlichen und sozialen Gesinnung heraus, nicht nur durch den Staat, sondern durch die Hilfe vom Nächsten zum Nächsten, dann wird dort die Not siegen und dann wird der Proletarismus die Revolution der Zukunft auslösen.

(Sehr richtig!)

Meine lieben Freunde! Und so können Sie Problem an Problem fügen! Denken Sie an die vielen Menschen, die in den Bombardements Hab und Gut verloren haben! Denken Sie darüber hinaus an alle, die im Kriege geschädigt worden sind; an die vielen Menschen, die existenzlos geworden sind; an die Jungen, die draußen waren, die die besten Jahre ihres Lebens verloren haben und jetzt dastehen; die damals noch hinausgezogen: "Heute gehört uns Deutschland, morgen die ganze Welt", die die Welt verloren haben und jetzt hoffen, daß ihnen wenigstens Deutschland noch bleibt. - Meine lieben Freunde, aus der materiellen und moralischen Not heraus wachsen die diabolischen Kräfte, denen sich die Union entgegenstellen muß, wenn nicht die Kultur Schaden leiden soll. Man hat früher die Konsuln beauftragt, dafür zu sorgen, daß der Staat nicht Schaden leide: Und dann litt doch in der alten Zeit dieser alte römische Staat auch Schaden. Auch er ist damals zusammengebrochen aus der Wirtschaftskrisis heraus, aus einer Krisis des Latifundienkapitals; und wir alle haben es in unserer Generation und vorher schon erlebt, wie eine Krisis förmlich die andere hetzte und wie die Krisen die Menschen in den Strudel mitrissen.

Deswegen müssen wir alle Kraft aufbieten, um für die Zukunft wirklich Boden unter die Füße zu bekommen für den Staat, für das Volk und für die Demokratie. Der Boden unter die Füße kann aber nur durch eine gute Wirtschaftspolitik gelegt werden. All denen, die ich aufgezählt habe, den Flüchtlingen und Geschädigten, nützen Worte nichts. Sie müssen irgendwie fühlen, daß sie nicht verzweifeln brauchen. Denn die Verzweiflung löst letztlich Bewegungen aus, wie das die Hitler-Bewegung war. Schuld oder Nicht-Schuld ist nachher leicht formal festzustellen. Aber die tieferen Ursachen sind schwer zu ergründen. Wir wollen uns Mühe geben, die Ursachen zu ergründen, die zu einem solchen Zusammenbruch von weltkatastrophalem Ausmaß geführt haben. All das kann nur durch eine nüchterne Politik geschehen. Nüchtern muß unsere Politik im Rahmen des Wirtschaftlichen sein.

Wir werden morgen, wenn wir uns auf die Regierungspolitik konzentrieren, darüber zu sprechen haben, wie wir mit den Problemen dieser Politik fertig werden. Eines sei aber heute schon gesagt: Bleiben wir auch dann nüchtern, wenn wir als Bayern von der Zukunft Bayerns reden! Meine lieben Freunde! Was würde es uns nützen, wenn Bayern im Augenblick gedeihen würde und nicht Deutschland gleichzeitig gedeiht, wenn der Süden konsolidiert und der Norden nicht auch konsolidiert würde. Was wäre das Endergebnis? Wenn dort die Not siegt und die Massen in Verzweiflung geraten, dann sind wir als Nachbarn allzunahe am Strudel.

(Sehr richtig!)

Aber auch in unserem eigenen Interesse ist es gelegen, denn wie wollen wir denn die Tagesprobleme lösen? Nehmen Sie das Währungsproblem, nehmen Sie alle Probleme, können wir sie im bayerischen Bereich lösen? Es ist absolut unmöglich. Wir können keine eigene bayerische Währung schaffen; wir können nicht, wie der eine oder andere gemeint hat, Deutschland zunächst nur als Zollverein ansehen.

Meine lieben Freunde, die Not für Bayern, für Deutschland, ja für Europa ist in dem Zusammenbruch so groß geworden, daß wir auch da weiterdenken müssen. Wir können nur hoffen, daß wir, wenn auch die anderen Völker Europas diese Not erkennen, die Schranken der Vergangenheit überwinden und daß wenigstens die Zollgrenzen innerhalb Europas fallen.

(Beifall.)

Ich gehe weiter und sage: Und wenn heute die Völker von Sicherheiten sprechen, die europäischen Völker Sicherheiten gegeneinander haben wollen; ich würde die beste Sicherheit darin sehen, daß Europa zu einer einheitlichen Währung gelangt. Denn dann, wenn es nur eine Währung in Europa gibt, kann kein Land mehr gegen das andere mobilisieren. Das ist die nüchternste und beste Garantie für die Sicherheit der europäischen Völker. Wir hoffen weiter, daß die europäische Kulturgemeinschaft auch noch so kräftig ist, daß sie den Haß, den *Hitler* gesät hat, überwinden wird. Wir haben unsererseits den Willen, alles zu tun, um das zu erreichen. Wir wollen vorher daran mitbauen, daß wirklich ein gesundes Deutschland entsteht. Wir Bayern fühlen uns, und zwar mit Recht, wirklich glücklich, daß wir in gewissem Sinne eine bessere Basis zur Konsolidierung unserer Verhältnisse haben. Wir wollen das sobald als möglich tun, aber wir wollen uns dann nicht scheuen, auch von Bayern aus mitzuwirken, und zwar bestimmend mitzuwirken, daß Deutschland werde.

(Anhaltender Beifall.)

Für uns ist dabei das Bekenntnis zum Föderalismus kein Zweckbekenntnis. Wir wollen nicht einen Schlagwort-Föderalismus haben. Man hat das Wort in der Vergangenheit oft, vielleicht allzuoft gebraucht. Wenn wir heute vom föderativen Reichsaufbau reden, dann denken wir konkret. Meine lieben Freunde, bestimmt, wir wollen nicht mehr das zentralistische Reich haben; wir lehnen das Reich eines *Adolf Hitler* ab; wir gehen weiter und lehnen auch ein Reich eines *Bismarck* ab,

(Beifall.)

und zwar deshalb, weil die Glieder des Deutschland, das wir uns vorstellen, auch in dieser Zeit nicht gleichberechtigt waren, weil damals rechtlich eine Überlegenheit gesichert war, weil der Norden den Süden beherrschte. Wir wollen es heute nicht umgekehrt machen: Wir stellen keinen Herrschaftsanspruch über den Norden. Wir wollen gleiche Basis haben, gleiches Recht und gleiche Pflichten für alle Glieder des neuen Deutschland.

(Beifall.)

Wir freuen uns, daß die Union zur stärksten Partei in Deutschland geworden ist. Die ganze Union Deutschlands bekennt sich zum föderativen Aufbau des neuen Deutschland. Wir müssen uns dazu auch aus grundsätzlicher Erwägung heraus bekennen. Wir stellen immer die Tatsache in den Vordergrund, daß Gott zuerst den Menschen geschaffen, die Familie gegründet hat, daß dann das Volk wurde und das Volk sich erst als ordnendes Element den Staat geschaffen hat. Und so gehen wir auch hier, wenn wir das neue Deutschland aufbauen, von der gleichen gedanklichen Basis aus. Auch da wollen wir den Vergleich mit einer Familie ziehen, in der die Kinder alle so gehalten sind, daß sie sich möglichst selbständig, als selbständige Charaktere, entwikkeln. Denn dann wird die Familie in ihrer Geschlossenheit am besten dastehen, wenn alle Kinder der Familie starke Persönlichkeiten sind. Allerdings muß dann die Fami-

lie auch zusammenhalten. Es darf dann nicht so sein, daß ein Kind dauernd gegen das andere queruliert oder daß ein Sohn dauernd dem anderen gegenübersteht. So wollen wir, aus diesem Bewußtsein der Geschlossenheit heraus, den Weg zu einem neuen Deutschland finden, das besser ist als das, das vorher war.

(Beifall.)

Meine lieben Freunde! Im Christentum ist als selbstverständliches Gesetz das Gesetz des Friedens enthalten, das Gesetz des Ausgleichs. Denn was bedeutet das Wort "Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst!" anders als "Suche mit Deinem Nächsten den Ausgleich". So streben wir den Ausgleich in unserer Gesellschaftsordnung an, den Ausgleich zwischen den Ständen und Schichten, den Ausgleich zwischen den einzelnen Persönlichkeiten. So streben wir aber auch für den Frieden mit den anderen Völkern den Ausgleich an, der einen gerechten und dauerhaften Frieden garantiert. Wir wollen nicht, daß Völker wieder gegen Völker stehen. Wir lehnen den Krieg ab. Wir lehnen den Nationalismus, der uns bereits in zwei Kriege gestürzt hat, aus vollster Überzeugung ab.

(Lebhafter Beifall.)

Wir wollen deswegen auch nicht die billige Propaganda, die sich da und dort im Wahlkampf gezeigt hat, wenn die Menschen, vor allem die Jugend, mit nationalistischen Phrasen angesprochen wurde. Ich sehe es als viel wichtiger an, daß wir gerade unserer Jugend sagen: Ihr habt es ja erlebt, wohin es führt, wenn Ihr dann hinausgebracht, hinausbefohlen wurdet, wenn Ihr geglaubt habt, für Euer Vaterland stehen zu müssen und dabei mißbraucht worden seid. Geht also mit uns in die Zukunft den Weg des Friedens, des Friedens im Volk und des Friedens zwischen den Völkern!

(Beifall.)

So werde die Christlich-Soziale Union zu einem wirklichen Bündnis für den Frieden, den wir in unserem Volk pflegen wollen, für den Frieden, den wir mit den anderen Völkern anstreben. Wir wissen, der Friede wird nicht leicht werden. Es ist leichter, einen Krieg zu erklären, als einen Frieden vorzubereiten. Wir wissen, daß wir viel opfern müssen, daß wir Tag und Nacht arbeiten müssen, um wieder einigermaßen in Frieden leben zu können; aber lieber wollen wir Tag und Nacht arbeiten als nochmals Sklaven sein.

(Lebhafter Beifall.)

So bitte ich Euch alle, meine lieben Freunde, denkt daran: Die Union ist die Union des Friedens, die Union dient dem Frieden. Sie dient der Kultur, der christlichen Kultur, die lange Zeit den Völkern Frieden gegeben hat. Nur wenn die Völker abgeirrt sind, dann sind sie ins Unheil gegangen. Und so bitte ich jeden einzelnen: Arbeitet für die Union, sorgt dafür, daß die Union auch in der Zukunft ihre Aufgabe lösen kann! Ich war dankbar, daß ich solange an diesem Platz stehen und diesem hehren Ziel dienen durfte. Jetzt gebe ich Ihnen den Weg zur Wahl eines Nachfolgers frei. Wählen Sie ihn nach bestem Wissen und Gewissen! Wählen Sie für die Union! Gott segne unsere bayerische Heimat, er segne unser deutsches Vaterland und er segne die Christlich-Soziale Union!

(Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Hiermit lege ich das Amt des Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union nieder. Ich bitte Parteifreund Dr. *Muhler*, den Vorsitz zu übernehmen.

- Dr. *Muhler* übernimmt den Vorsitz. -

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Parteifreunde! Wir treten jetzt in den nächsten Punkt der heutigen Tagesordnung ein: Wahl des Landesvorsitzenden.

(Zuruf: Politische Aussprache!)

Wenn noch gewünscht wird, vorher eine politische Aussprache zu halten, so bitte ich um Wortmeldungen.
Zum Wort hat sich Parteifreund Dr. *Schlögl* gemeldet.
Dr. *Schlögl*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Punkt, der uns jetzt beschäftigt, ist die politische Aussprache. Die Wahl des Vorsitzenden ist als nächster Punkt gedacht. Den Reigen der Redner hat der Herr Landesvorsitzende Dr. *Müller* eröffnet, und zwar in einer Art und Weise, daß ich sagen muß, ich bin mit manchen seiner Ausführungen vollständig einverstanden. Zunächst möchte ich aber eines feststellen. Er hat zu dem Ausgang der Wahlen Stellung genommen und ihn kritisch beleuchtet. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die erfolgte Wahl wohl noch ein Sieg für uns war, aber wenn Sie die Wahlziffern im ganzen Lande beobachten, so müssen Sie zu der Überzeugung kommen, daß diese Wahl nur noch einen Pyrrhussieg für uns bedeutet hat.

(Zuruf: Oho!)

Überlegen Sie sich bloß - Sie können dazu lachen oder weinen, aber es steht fest -, daß, wenn die Gemeinden unter 2000 Einwohner nicht hergehalten hätten, das Wahlergebnis ganz anders geworden wäre.

(Sehr richtig!)

Die Großstädte und vor allem auch die kleineren Städte haben zum Teil nicht mehr so arg Union gewählt, wie wir es gewünscht hätten.

(Zuruf.)

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen nur aufgrund meiner eigenen Erfahrung mitteilen, daß sie in meinen Stimmkreisen um 3000 Stimmen zugenommen hat, aber in den kleinen Landstädtchen um Hunderte von Stimmen abgenommen hat. In die Städte sind andere Parteien sehr stark eingedrungen, und zwar deshalb, weil dort bestimmte Stände nicht mehr so arg auf die Union geschaut haben. Daraus müssen wir Folgerungen ziehen, darüber gibt es gar keinen Zweifel.

(Zuruf: Mehr Arbeitervertreter! - Beifall.)

Wenn Sie meine ganze Politik bis heute verfolgt haben: Ich habe mich immer für ein Zusammengehen von Arbeiterschaft und Bauernschaft eingesetzt, und zwar im vollen Ernst der Situation, weil ich glaube, daß diese beiden großen schaffenden Stände allein in der Lage sein werden, all das zu erreichen, was vorhin ausgeführt worden ist. Aber eines muß ich sagen, damit Sie nicht glauben, daß gerade die Bauernschaft im Parlament besonders stark vertreten wäre, darf ich Sie bloß daran erinnern, daß nach dem Statistischen Jahrbuch der Versammlung, die die Verfassung gemacht hat, 14,4% ausübende Bauern und Bauernvertreter angehört haben. Das ist eine Tatsache, die nicht ich festgestellt habe, sondern das Statistische Jahrbuch. Meine Damen und Herren, wenn wir in der heutigen Versammlung zur Politik sprechen, wollen wir über den Ständestreit wirklich erhaben sein. Der Herr Landesvorsitzende hat einen Satz geprägt: Der Herrgott hat uns die Verantwortung aufgebürdet. Meine Damen und Her-

ren! Ich will Ihnen eines sagen: Der Herrgott hat uns nicht nur die Verantwortung aufgebürdet, sondern er hat uns auch einen Verstand gegeben.

(Hört! - Heiterkeit.)

Wir müssen daher ganz nüchtern und sachlich die Verhältnisse betrachten, wie sie in Wirklichkeit sind. Ich kann leider Gottes in einem Punkte dem Herrn Parteivorsitzenden nicht folgen. Das ist der große Flug in die Außenpolitik, den er angestellt hat. Ich muß Ihnen sagen, in einer Zeit, in der wir noch keinen Friedensvertrag haben, in einer Zeit, in der wir jeden Tag nur schauen müssen, die Schwierigkeiten zu beseitigen, in einer solchen Zeit sind wohl solche Flüge sehr interessant, aber sie werden nicht zu dem führen, was ich als Politik anschaue.

(Zurufe.)

Meine Damen und Herren, bitte unterbrechen Sie mich nicht! Wir sind doch in keiner Volksversammlung, sondern in einer Versammlung ernster Parteifreunde. Ich kann Ihnen eines sagen, mein politisches Programm ist sehr kurz. Wir müssen zwei Punkte beobachten: a) unser eigenes Haus einmal in Ordnung zu bringen,

(Sehr richtig! - Südbayern!)

b) das große deutsche Vaterland wieder schaffen. Diese zwei Punkte schweben mir bei der gesamten politischen Betrachtung vor; alles andere, diese Flüge in die Ferne, werden doch zu nichts führen.

(Oho! - Heiterkeit.)

Wir müssen einmal schauen, die Vertrauenskrisis, die noch besteht, zu beseitigen. Deswegen meine ich, wir müssen in erster Linie eine ganz eindeutige Politik treiben, die dahin geht, daß wir in ein inniges Verhältnis zu der Besatzungsmacht, die wir hier haben, kommen. Das ist die erste Voraussetzung. Da gibt es für mich keine Zweideutigkeit, sondern nur ein eindeutiges Wollen und eine eindeutige Politik.
Zum Standpunkt Bayern und Reich hat der Herr Vorsitzende Worte gefunden, die ich hundertprozentig unterschreibe.

(Beifall.)

Ich wollte, er hätte bisher immer in dieser Eindeutigkeit gesprochen.

(Zuruf: Hat er auch.)

Ja, meine Damen und Herren, wir sind doch in keiner Volksversammlung; wir sind doch lauter delegierte Leute, vernünftige Leute, die besten, die die Wahlkreise haben auswählen können, nehme ich an. - Eines steht für mich fest, in der Frage Bayerns hat er heute Andeutungen gemacht, die mich gefreut haben. Es kann möglich sein, daß er sich unterdessen etwas bekehrt hat.

(Gebrumm.)

Das war der Grund, weshalb ich bis heute immer etwas sehr mißtrauisch war, weil ich in der Politik kein Schwanken kenne. Für mich ist Politik eine ganz eindeutige Angelegenheit. Ich will Ihnen eines sagen: Daß wir alle zum Reich wollen, ist ganz selbstverständlich. Da hat es an sich bis heute noch gar kein Mißverständnis gegeben. Ich war immer ein Anhänger der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Ich habe nur immer erklärt: Bei der politischen Einheit wollen wir genauso vorsichtig sein, wie es heute der Herr Landesvorsitzende formuliert hat. Hier muß uns die Vergangenheit

Richtschnur sein. Darüber gibt es gar keinen Zweifel. Dann wird jeder Bauer und insbesondere die Leute, die uns gewählt haben, werden mit uns einverstanden sein können. Hätten wir die bayerische Frage immer in dieser Form vorausgestellt, dann, meine Damen und Herren, hätten wir nicht die Schwierigkeiten im Wahlkampf gehabt.

(Zuruf: Das macht der rechte Flügel!)

Ich gehöre weder dem rechten noch dem linken Flügel an, sondern bin ein echter Bayer und lasse mich von diesem Wege absolut nicht abbringen, koste es, was es wolle.

(Beifall.)

Wenn wir in dieser Form arbeiten, wie es der Herr Landesvorsitzende heute gemacht hat - es ist ja möglich, daß aus einem Saulus einmal ein Paulus wird -,

(Hört! - Heiterkeit.)

dann habe ich die Gewähr, daß die Union weiterhin gut arbeiten kann. Nur auf diesem Wege ist es möglich und sonst nicht anders, und da können Sie theoretisieren, soviel Sie wollen. Also ich fasse es noch einmal zusammen:

1. Eine eindeutige Stellungnahme zu der Besatzungsmacht; das Spielen mit einer anderen Besatzungsmacht oder Ausspielen der einen gegen eine andere ist für uns in Bayern undenkbar.

(Sehr richtig!)

Das würden auch die Bauern nicht vertragen. Ich warne Sie davor.

2. Ein eindeutiges Bekenntnis zu unserem bayerischen Vaterland.
3. Auch ein Bekenntnis zu unserem deutschen Vaterland. Ich würde den Tag begrüssen, an dem wir wieder einmal eine deutsche wirtschaftliche Einheit wären.

In diesem Sinne fasse ich die Politik auf. Dann wird es auch keine Schwierigkeiten geben. Dann hätte es überhaupt keine Schwierigkeiten gegeben. Wenn der Herr Landesvorsitzende die Demokratie und das demokratische Denken noch stärker unterstreicht, so bin ich ihm hierfür auch sehr dankbar. Denn ich habe bis heute immer so das Gefühl gehabt, als ob wir tatsächlich die Demokratie in der ganzen Arbeit der Union noch suchen müßten. Ich habe darunter gelitten - ich weiß das -, aber ich habe einen so breiten Buckel, wie Sie ihn sehen, daß mich das verflucht wenig schert. Ich gehe meinen geraden Weg in der Politik. Wenn wir keine Winkelzüge machen und uns auf diese Form einigen, dann kommen wieder die fehlenden Stimmen, die wir bei der letzten Wahl zum Landtag verloren haben, denn wir haben Stimmen im Verhältnis verloren, darüber gibt es keinen Zweifel. Wir haben das nicht aufholen können, was die größere Wahlbeteiligung uns an Stimmenzuwachs hätte bringen müssen. Wir wollen doch nicht Vogel-Strauß-Politik treiben und etwas verhehlen, was nicht verhehlt werden kann.

Ich will hoffen, daß das gesamte bayerische Volk diese bayerische und deutsche Politik mitmacht und daß die Union gekräftigt wird, besonders wenn sie demokratisch wird - in jeder Form -, daß die Meinung jedes einzelnen von uns geachtet wird und daß jeder einzelne von uns seine Meinung dartun kann und deswegen nicht angegriffen wird. Wenn wir in dieser Form arbeiten, wird es zum Segen Bayerns und Deutschlands sein.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Als nächster Redner hat sich Herr Dr. *Kroll* gemeldet.
Dr. *Kroll*: Liebe Freunde! Wenn wir heute hier zusammengekommen sind, so haben wir uns jetzt in dem Punkte der Aussprache, in dem wir uns befinden, auch Rechenschaft darüber abzulegen, ob wir uns vielleicht in der Vergangenheit insofern getäuscht haben, als wir nach der Meinung eines Teils der Union und eines großen Teils der Draußenstehenden den falschen Mann an die entscheidende Stelle gesetzt haben, mit anderen Worten, wir treten in die Diskussion um den Landesvorsitzenden ein. Da möchte ich ganz bescheiden folgendes sagen: Wir alle wissen, daß wir der Führung Dr. *Müllers*, die wir bisher gespürt haben, zu außerordentlichem Dank verpflichtet sind.

(Lebhafter Beifall.)

Man kann sachlich anderer Meinung sein, und die Opposition innerhalb der Union ist vielfach anderer Meinung. Aber z.B. von einem Diktator in der Partei könnte man ja nur reden, wenn er etwa die Opposition mundtot gemacht hätte. Ich glaube, sie war bisher immer noch sehr rührig und sehr lebendig. Sie durfte sich regen und hat sich geregt.

(Sehr richtig!)

Wir können wohl sagen, daß wir manchmal eher das Gegenteil gespürt haben, daß er zu gutmütig war

(Heiterkeit.)

und beinahe die Einheit der Union gefährdet hat.

(Lebhafter Beifall.)

Liebe Freunde! Es ist eine grundsätzliche Frage, ob wir in der Zukunft eine schwache oder eine starke Demokratie wollen. Es scheint in Deutschland üblich zu sein, auf eine starke Monarchie eine schwache Demokratie und nun auf eine stärkere Tyrannis abermals eine schwache Demokratie setzen zu wollen. Die echten Freunde der Demokratie sind aber der Meinung, daß nur eine starke Demokratie Aussicht hat, in den Wirrnissen der Zeit zu bestehen.

(Sehr richtig!)

Aus diesem Grund sind wir auch der Meinung, etwas von dem angelsächsischen Vorbild lernen zu dürfen. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß gerade in England und Amerika sowohl Parteiführer wie Ministerpräsidenten bzw. der Präsident eine sehr starke Rolle spielen. Wollte man diese Rolle über Gebühr schwächen, dann hätten wir nur das eine, daß wir den Unfrieden, den wir einmal bei einer Führung hatten, verewigt hätten. Ich spreche hier zur Einigung. Seien wir uns alle darüber klar, daß wir über die persönlichen Gegensätze hinweg zu einer Einigung kommen können und kommen müssen.

(Sehr richtig!)

Ich muß es mit Erstaunen noch einmal ausdrücken: Wenn über das Programm gesprochen wurde, hat sich die Opposition fast nie geregt. Wenn über den Föderalismus gesprochen wurde - Dr. *Müller* hat nicht erst heute vom Föderalismus gesprochen, sondern schon immer -, dann waren wir uns immer einig. Die Uneinigkeit hatten wir immer erst dann, wenn Personenfragen in den Vordergrund traten.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Oder praktische Politik.)

Zur praktischen Politik, Freund *Hundhammer*, hatten wir viel zuwenig Gelegenheit, als daß wir darüber heute reden können.

(Tosender Beifall.)

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Dazu wäre Gelegenheit gewesen. - Der Staatspräsident!)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Ich bin der Meinung, liebe Freunde, daß es darauf ankommt ...

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Die Verfassung war praktische Politik. -
Zuruf: *Hundhammer* raus!)

Ich bitte, den Redner reden zu lassen.
Dr. *Kroll*: Ich bin der Meinung, daß uns Parteifreund *Hundhammer* über die welterschütternde Bedeutung des Staatspräsidenten selbst noch referieren wird.

(Beifall.)

Ich bin aber der Meinung, daß wir uns hier heute über die grundsätzlichen Dinge sowohl im Programm wie in anderer Hinsicht geeinigt haben und daß wir den Willen zur Einigung verkörpern. Ich bin auch der Meinung, daß alles, was bisher gegen Dr. *Müller* sachlich vorgebracht wurde, in keiner Weise hinreicht, um auch nur eine entscheidende Kritik an diesem Manne zu üben.

(Beifall.)

Wenn ich meine Meinung sagen darf, was im Wahlkampf geschadet hat und warum die Städte versagt haben, dann möchte ich Ihnen sagen, daß die Art und Weise, wie Dr. *Müller* von Parteifreunden, wenn auch nicht angegriffen wurde, aber doch wie diese Angriffe als ein Symbol einer künftigen Spaltung bejaht wurden,

(Pfui!)

uns am allermeisten geschadet hat.

(Starker Beifall.)

Hätten wir immer Disziplin geübt und auch nur sachliche Auseinandersetzungen im eigenen Haus gehabt, ich bin überzeugt, dann wäre draußen nicht dieses Gerede entstanden, daß die Union aus zwei ganz starken Flügeln besteht, die sich heftiger bekämpfen, als der eine Teil die SPD bekämpft, usw. ... und wir hätten den Wahlkampf ganz anders führen können, als wir ihn geführt haben.

(Lebhafter Beifall.)

Wir müssen das nur einmal herausstellen, nicht daß hinterher wieder gesagt wird, es wird ja nicht alles aus der Perspektive des Wahlkampfes gemacht. Uneinigkeit ist immer von Schaden, ob im Wahlkampf oder später, das bleibt sich gleich. Wir wollen versuchen, jetzt eine Linie zu finden, auf der wir uns einigen können.
Ich bin der Meinung, es ist keiner da, der nachweisen könnte, daß Dr. *Müller* kein Föderalist sei, am allerwenigsten dann, wenn er sich auch einmal an einer anderen Stelle für Deutschland einsetzt. Ich bin der Meinung, daß ein Föderalist ein Mann ist, der Bayern im Reich bauen will und nicht Bayern neben dem Reich. Wenn er in Hessen oder Berlin einmal zum Wahlkampf spricht, kann man ihm doch nicht den Vorwurf machen, daß er Bayern verraten hat.

(Beifall.)

Was wir von ihm kennengelernt haben, und ich darf hier wohl auch sagen, daß ich im Namen der Jungen Union spreche, ist das eine:

(Beifall.)

Er hat eine entschlossene Haltung. Er zeigt eine Linie, auf die wir uns getrost begeben können, und er vergißt über Bayern Deutschland nicht. Er läßt nicht die anderen bauen, so daß die Bayern abseits stehen und die Zentralregierung woanders gebaut wird. Er will hinein und möchte den entscheidenden Anteil Bayerns an Deutschland sichern.

(Lebhafter Beifall.)

Ich glaube, es erübrigt sich, in dieser Weise darüber zu reden, ob Dr. *Müller* vielleicht durch die Veröffentlichung von Gestapo-Protokollen diffamiert wurde. Wir sind alle der Meinung, daß dieses Vorgehen, gleichgültig von wem es ausging, sachlich diejenigen diffamiert, die es betrieben haben.

(Lebhafter Beifall.)

Wenn man es aber durch diese Art Politik dahin gebracht hat, daß ein politisch schwer Verfolgter heute in dem Augenblick vor die Spruchkammer kommt,

(Zurufe: Pfui! - *Hundhammer*, pfui!)

wo ...

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Ich verwahre mich dagegen. - Unruhe.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Herr Dr. *Hundhammer*, wenn Sie sprechen wollen, bitte ich Sie, sich zum Wort zu melden.
Dr. *Hundhammer*: Zu einer persönlichen Richtigstellung, dann sofort.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Herr Dr. *Hundhammer* hat das Wort zu einer Richtigstellung.
Dr. *Hundhammer*: Sofort zu einer persönlichen Richtigstellung: Es ist ein Zwischenruf gemacht worden, aus dem zwei Dinge entnommen werden können: Erstens daß ich mit der Veröffentlichung der Gestapo-Protokolle zu tun gehabt hätte, zweitens daß ich mit dem Verfahren jetzt vor der Spruchkammer zu tun gehabt haben könnte.
Ich glaube, es sind genügend Leute von der Spruchkammer vorhanden. Ich erkläre, daß ich erstens die Gestapo-Protokolle nicht gekannt habe, bevor sie veröffentlicht wurden, und zweitens weder direkt noch indirekt mit der Publikation zu tun hatte. Ich erkläre fernerhin - und die Beteiligten wissen es -, daß ich von dem Verfahren vor der Spruchkammer erst in dem Moment erfahren habe und erst in dem Augenblick selber beteiligt wurde, als sich bei den Verhandlungen bereits General *Clay* eingeschaltet hatte. Ich möchte bitten, auch solche hinterfotzigen Verleumdungen zu unterlassen.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Verehrte Damen und Herren! Ich muß den Ausdruck "hinterfotzig" zurückweisen.

(Zuruf: War berechtigt! - Unruhe. - Zuruf *Sporer*: Dann wird der Ausdruck auch zurückgenommen. - Zuruf: Die Stimmabnahme in Mittelfranken hat Herr *Hundhammer* mitverschuldet.)

Ich bitte um Ruhe. Ich bitte den Redner, fortzufahren.
Dr. *Kroll*: Liebe Freunde! Ich bitte, mich nicht dahin mißzuverstehen: Ich habe weder einen Namen eines Parteifreundes genannt, noch Herrn Dr. *Hundhammer* zitiert. Was

ich festlegen will: Daß in der Presse, für die Herr *Hundhammer* nicht kann, sofort nach der Veröffentlichung der Gestapo-Protokolle ein Interview mit Dr. *Hundhammer* erschienen ist, in dem er gesagt haben soll, Dr. *Müller* müßte nach diesen Veröffentlichungen zurücktreten. Ich frage Herrn Dr. *Hundhammer*, ob das zutreffend ist.
Dr. *Hundhammer*: Ich bin auch heute noch der Meinung, daß Dr. *Müller*, bis dieses Verfahren entschieden ist, vom Forum zurücktritt.

(Pfui!)

Dr. *Kroll*: Wir wollen uns nicht aufregen, sondern wir wollen nüchtern bleiben. Ich möchte hierzu nur sagen:

(Starke Unruhe.)

Vielleicht darf ich weiterreden.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Ruhe!
Dr. *Kroll*: Ich darf dazu nur folgendes erklären: Es gibt zweierlei Art von Haltung. Man kann erklären: Es sei besser, daß man sich unter diesen Umständen zurückzieht. Ich aber bin der Meinung, daß wenn in dieser Art und Weise mit dem Entnazifizierungsgesetz Mißbrauch getrieben wird - die Formulierung eines Parteifreundes stimmt, der gesagt hat, daß man dieses Entnazifizierungsgesetz in ein Heimtückegesetz umgewandelt hat

(Sehr richtig!)

- es ist allen klar gewesen, daß die Beschuldigungen, die gegen Dr. *Müller* geäußert wurden, wenn sie überhaupt gemacht werden, längst bekannt waren -, es unverständlich ist, wie man dieses Argument mitten in die Frage der Kabinettsbildung hineinschleudern kann. Wir sind der Meinung, daß es nicht unsere Aufgabe ist, hier dieses Verfahren zu diskutieren, sondern daß es unsere Verpflichtung ist, einem Mann, der wie kein anderer die Union in Bayern gebaut hat, der wie kein zweiter mit seiner persönlichen Ehre dafür eingestanden ist, daß das christliche Abendland nicht zugrunde geht, selbstverständlich unser volles Vertrauen auszusprechen.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Und nun möchte ich zum Schluß nur noch eines hinzufügen. Wir möchten es so sagen: Wenn die Union heute in die Verlegenheit käme, ihren Landesvorsitzenden nicht mehr zu wählen, dann würde sie wahrhaft ein Bild des Jammers abgeben.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Sie würde über ein Jahr einen Unwürdigen an ihrer Spitze gehabt haben, und alle, die einst hinter ihm hergelaufen sind, müßten die reinsten Trottel gewesen sein. Ich meine, so kann man Politik nicht machen, auch nicht mit dem Entnazifizierungsgesetz. Darum bitte ich Sie alle, geben Sie bei der Wahl Ihre Stimme dem alten wie dem neuen Landesvorsitzenden Dr. *Josef Müller*!

(Stürmischer Beifall.)

Ostwald: Meine Freunde! Wir haben mit großer Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß heute aus dem Munde des Herrn Dr. *Schlögl* erklärt wurde, daß man bereit ist, Bayern einzusetzen, um die deutsche Heimat zu retten. Wir stehen in Oberfranken auf dem Standpunkt, daß sich diese Auffassung hundertprozentig mit der Auffassung des Landesvorsitzenden Dr. *Müller* deckt, den wir in seinen Reden nie an-

ders kennengelernt haben, als mit dieser Erklärung, die sich mit den Ausführungen deckt, die er heute gemacht hat.

(Sehr richtig!)

Wir wissen, daß wir Bayern als ein Aktivum einzusetzen haben, wenn Deutschland gerettet werden soll. Aber wir wissen auch, daß die Verhältnisse, wie sie sich in Bayern gestaltet haben, nicht geeignet sind, alles das, was in der nächsten Zeit zu verhandeln ist, zu fördern. Wir haben die Auffassung, daß wir zu einem Teil aus den Verhältnissen, wie sie sich in Bayern gestaltet haben, bei den bizonalen Verhandlungen überspielt worden sind. Wir haben von Bayern einzusetzen, was die übrigen Gebiete des Reiches, insbesondere die britische Zone, brauchen. Wer mit dort drüben engere Verbindung hat, weiß, wie groß die Not ist, der weiß auch, daß von drüben und hier im eigenen Lande dem Stand Dank gesagt wird, der dafür sorgte, daß diese Riesennot im Rhein- und Ruhrgebiet wenigstens einigermaßen gesteuert werden konnte.
Wir wissen, heute morgen wurde stark darauf hingewiesen, daß Militarismus, daß Wehrpflicht vorüber ist. Aber die Nährpflicht ist jetzt in den Vordergrund getreten. Diese Nährpflicht, das wissen wir, hat die bayerische landwirtschaftliche Bevölkerung im vollen Umfang zu erfüllen gesucht. Dafür möchten wir auch aus dem industriellen Norden Bayerns Dank sagen, zusammen mit den Menschen, die an Rhein und Ruhr leben. Wir wissen aber auch, daß wir, wenn wir Bayern einsetzen, dabei ein Opfer bringen. Aber dieses Opfer ist nicht zu groß, wenn wir daran denken, daß es darum geht, Deutschland als Vaterland zu erhalten. Wir können ohne die übrigen Zonen nicht leben. Wir haben klar einzusetzen eine schon intensive Industrie, die Steine und Erde verarbeitet. Sie ist bei uns zu Hause. Wir wissen, daß sie die erste Industrie ist, die nunmehr zum Export angelaufen ist. Wir wissen, daß wir in Bayern und in Süddeutschland eine Lederindustrie und eine verarbeitende Industrie dieser Branche haben. Aber darüber hinaus haben wir nicht mehr viel einzusetzen, wir sind auf das angewiesen, was von draußen hereinkommt.
Wie schwer es ist, diese Dinge zu meistern, das wissen nur die Menschen, die Arbeiter, die Gefolgschaft, die mit ihren Unternehmern zusammen an der Maschine stehen. Nur sie wissen, wie schwer es in der Vergangenheit gewesen ist, diese Betriebe im Laufen zu erhalten.
Auch der Arbeiterschaft möchte ich von dieser Stelle aus Dank sagen, daß sie Verständnis dafür gehabt hat, daß die Dinge in der Vergangenheit gemeistert werden konnten.
Nun sind wir aber außerordentlich erstaunt, daß man in diesem Gremium so stark betont, daß auch Bayern sich als ein Glied des Ganzen fühlt, daß man auf der anderen Seite aus Zeitungsnotizen Erklärungen entgegennehmen muß, die mich zu einer Anfrage an die Unions-Leitung veranlassen, und die folgendermaßen lauten: Es ist der Unionsleitung bekannt, daß etwa Anfang Oktober 1946 in der österreichischen Zeitung Der Steirer, dem Parteiblatt der Christlich-Demokratischen Volkspartei in Graz, eine Antwort des österreichischen Bundeskanzlers *Figl* im österreichischen Parlament veröffentlicht wurde, wonach die österreichische Bundesregierung es ablehnt, dem Ersuchen bayerischer Kreise zu entsprechen, unter Führung Österreichs eine Donau-Föderation zu begründen, der neben Bayern auch Baden, Württemberg und vielleicht später auch Ungarn sich anschließen sollten. Die österreichische Regierung hat diesem bayerischen Ersuchen schon deshalb ablehnend gegenübergestanden, weil Öster-

reich seine Zukunft darin sehe, nach Schweizer Muster ein Hort der Neutralität zu bleiben, ohne sich zu irgendwelchen politischen Experimenten herzugeben.
Ist es der Parteileitung bekannt, um welche bayerischen Kreise es sich hier handelt? Man bekommt den Eindruck, wenn man etwas Derartiges hört oder liest, als ob es Menschen gäbe, die Bayern als einen Konzern ansprechen, wobei sie ein 51%iges Aktienpaket in der Hand haben, das man nach Belieben hin- und herschiebt. So geht es weiß Gott nicht. Wir haben alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß wir, was hier ausgesprochen wurde, zunächst einmal das eigene Haus wieder in Ordnung bringen. Aber wir haben auch alle Veranlassung - und das ist die Verantwortung, die wir zu tragen haben -, daß wir von uns aus, die wir die stärkste Partei in Deutschland sind, dafür sorgen, daß Bayern ganz ungeschwächt zum Reich kommt, daß es sein ganzes Gewicht in die Waagschale legt, die da demnächst einmal ausgewogen werden wird.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Werte Parteifreunde! Wir müssen uns überlegen, wie wir die Sache geschäftlich weitermachen wollen. Es ist jetzt 16.45 Uhr. Wir sollen doch spätestens 18.15 Uhr zur Wahl kommen. Wir haben also noch eineinhalb Stunden. Es haben sich bis jetzt 16 Redner gemeldet. Ich würde vorschlagen, daß wir zunächst einmal Schluß der Rednerliste machen.
Ist jemand gegen meinen Vorschlag?
Nein, es ist niemand gegen meinen Vorschlag.
Dann ist die Rednerliste geschlossen.

(Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung!)

Wir haben jetzt noch 16 Redner und eineinhalb Stunden. Wir müssen dann wohl oder übel die Redezeit beschränken. Wenn alle gleichlang reden wollen, müssen wir sie auf fünf Minuten beschränken. Vielleicht verzichtet der eine noch zugunsten eines anderen, aber sonst kommen wir nicht durch. Ich setze also die Redezeit auf fünf Minuten fest. Herr Dr. *Horlacher* hat das Wort zur Geschäftsordnung.
Dr. *Horlacher*: Ist erledigt.
Dr. *Strauß*: Zur Geschäftsordnung! Ist es nicht besser, wenn die Redner von ihrem Platz aus sprechen?
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Ich denke auch, daß die Redner vom Platz aus sprechen können. Sonst verlieren wir bei den fünf Minuten Redezeit zuviel Zeit mit dem Heraufgehen zur Rednertribüne.
Karl Schmid: Meine sehr verehrten Parteifreunde! Ich habe mich nur deshalb zum Wort gemeldet, weil mir eine Sorge auf der Seele brennt. Diese Sorge ist unsere Zukunft. Ich habe die Überzeugung, daß wir nur dann mit einiger Sicherheit und Aussicht in die Zukunft schreiten können, wenn wir die Einigkeit unter allen Umständen wahren. In dem Orte Puch bei Fürstenfeldbruck steht eine tausendjährige Linde. Unter dieser Linde ist ein Grab und auf dem Grabkreuz steht: Er war ein Rufer in der Wüste. Nach Jahrzehnten erfuhr unser Volk, wer dieser Rufer in der Wüste war: *Julius Langbehn*. Er hat damals in einer Hochkonjunktur Deutschlands, im kaiserlichen Deutschland, gerufen, daß die Kultur, die Moral, die Religion zerfällt und große Katastrophen kommen werden. Das Volk hat den Rufer nicht gehört und die Katastrophen sind gekommen. Heute, glaube ich, können wir noch mit viel mehr Recht sagen: Um so mehr noch müssen wir heute noch die Rufer in der Wüste machen, um unser Volk und die anderen Völker auf die größte Gefahr aufmerksam machen, die uns droht. Denn wie es scheint, nur noch eine Chance ist gegeben. Wenn wir auch diese versäumen und verpassen, dann sind wir restlos am Ende. Wollen wir diese Verant-

wortung auf uns nehmen? Wollen wir um kleinliches Gezänke eine solche Gefahr heraufbeschwören? Ich glaube, darin sind wir uns doch alle einig, daß das unverantwortlich wäre. Deshalb, meine ich, müssen wir uns jetzt darauf besinnen, daß wir die Einigkeit pflegen und mit aller Sorgfalt ausbauen, die wir jetzt in der Christlich-Sozialen Union durch den Zusammenschluß aller Stände und der beiden großen Konfessionen erreicht haben. Es geht jetzt nicht um Namen, es geht um die Zukunft des Volkes, es geht um uns alle. Ich glaube, wir sind uns darin einig, daß wir uns in dieser Stunde nicht auseinanderreden dürfen, sondern daß wir uns zusammenfinden und einig und geschlossen zusammenstellen müssen in einem großen Block. Denn das ist unsere einzige Hoffnung. Wenn wir das erkennen, werden wir auch den entscheidenden Weg finden. Letzten Endes ist es der Geist des einzelnen und der Allgemeinheit, der entscheidet. Nicht die Satzungen entscheiden und auch nicht die Verfassung, sondern der Geist des Volkes. Das christliche Ideal steht auf dem Spiele. Wir wollen es nicht verspielen, wir wollen es verteidigen und gewinnen.

Hans Schütz: Sehr geschätzte Landesversammlung! Ich spreche zu Ihnen zu dem Punkt der politischen Aussprache als einer, der unter dem landläufigen Namen "ein Flüchtling" das Wort ergreift. Lassen Sie mich in den fünf Minuten zwei Gedanken aussprechen. Einmal zu der hinter uns liegenden Wahl:

Geschätzte Frauen und Herren! Die bayerischen Parteien können zunächst alle fünf zufrieden sein, denn sie haben alle fünf Stimmen gewonnen. Etwas unzufrieden mit dem Wahlausgang - das kann uns niemand verargen - sind wir Flüchtlinge und Ausgewiesene. Wir haben nach den Statistiken 13% der Wähler gestellt. Wir haben bei den 13% Wählern ganze drei Mandate in der kommenden bayerischen Landesversammlung bekommen. Die Union hat uns eines vermacht, die Sozialdemokraten haben einen Flüchtling gewählt und die Demokraten. Das wäre an sich nicht so sehr bedeutungsvoll, weil meine Freunde und ich nicht auf dem Standpunkt stehen, daß ein Bauer nur durch einen Bauern, ein Arbeiter nur durch einen Arbeiter und schließlich ein Flüchtling nur durch einen Flüchtling vertreten werden kann. Aber immerhin, es ist ein Symptom. Es gibt 1,6 Millionen Flüchtlinge und bald werden es zwei Millionen sein. Von den fünf bayerischen Regierungsbezirken gibt es keinen, der zwei Millionen Einwohner hätte. Was würde das bayerische Volk sagen, wenn Sie sich entschlössen, einen ganzen Regierungsbezirk in Ihrer kommenden Landesversammlung nicht vertreten zu haben. Aber man geht mit einer Handbewegung darüber hinweg, daß diese große Gruppe der sogenannten Neubürger in der Landesversammlung unvertreten bleibt.

Mir persönlich geht das besonders aus einem politischen Gesichtspunkt sehr nahe. In der kommenden bayerischen Landesversammlung ist die Kommunistische Partei aufgrund der 10%-Klausel nicht vertreten. Wenn es zwischen den Flüchtlingen und einer politischen Partei bisher eine Kluft gab, dann war es zwischen den Flüchtlingen und den Kommunisten, weil jeder weiß, wer im letzten an ihrem Unglück schuld ist. Und nun stehen die draußen, und wir stehen auch draußen. Diese gefährliche Nachbarschaft des gemeinsamen Draußenstehens ist es, was mir ans Herz geht und was mir für die nächsten vier Jahre schwere Sorgen macht.

(Beifall.)

Wir haben in den letzten Tagen zusammengesessen und haben unter uns gesagt: Haben unsere bayerischen Freunde kurzsichtig gehandelt - nehmen Sie es mir nicht übel -, so wollen wir von uns aus alles daransetzen, daß wir weitblickender handeln. Ich bin

erst 45 Jahre alt und habe schon dreimal mein Vaterland sterben sehen. Wir haben die Heimat verloren. Sie können sich vorstellen, daß wir deshalb um die neue Heimat sehr besorgt sind und alles daran setzen wollen, damit die Hintergründe, die uns unsere alte Heimat nahmen, nicht auch das Schicksal der neuen Heimat aufs Spiel setzen.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Ich darf den Redner auf die Zeit aufmerksam machen. Sie haben nur noch eine halbe Minute zu sprechen.
Hans Schütz: Ich bin in zwei Minuten fertig. Nur noch ein Wort zu dem, was Sie Vorstandschaft und Wahl des Vorsitzenden nennen. Wir, die wir keine Bayern sind, wir kennen die einzelnen Herren nur dem Namen nach. Wir fragen also nicht, ob es der oder der sein soll. Wenn wir uns entscheiden, dann ist für uns ein Motiv, ein sachlicher Beweggrund vorhanden. Dann müssen wir sagen: Die Gruppe und die Männer, die bei aller Liebe zur bayerischen Heimat Deutschland sagen, die stehen, ob wir wollen oder nicht, unserem Herzen näher.
Noch ein Wort. Ich bin ein Sudetendeutscher. Manche Freunde in Bayern werfen uns vor, wir seien Nazis. Meine lieben Freunde! Wenn wir mit diesem berühmten Gesetz in Tuchfühlung kommen, dann deshalb, weil wir ehedem in unserer Heimat für die Selbstverwaltung eingetreten sind. Hier in Deutschland nennt man es Föderalismus, wir in der Fremde nannten es deutsch: die Selbstverwaltung. Für uns ist Selbstverwaltung, wenn Sie wollen Föderalismus, eine Lebensfrage gewesen. Ganz gewiß. Aber jetzt, wo wir die Heimat, die wir einmal gern verwaltet hätten, verloren haben, werden Sie verstehen, daß unsere letzte Hoffnung die größere Heimat Deutschland ist. Aus dieser Überlegung heraus haben meine Freunde in dem Namen Dr. *Müller* den Mann gesehen, der uns den Weg nach Deutschland ebnet.
Kübler: Männer und Frauen, liebe Freunde! Wir haben heute einen Tag von historischer Bedeutung nicht allein deshalb, weil sich die Union heute ihr Staatsgrundgesetz gegeben hat oder weil wir ein Schiedsgericht gebildet haben, sondern weil wir heute so richtig die Grundfeste für die Union gelegt haben. Denn die Union ist nicht eine Partei der Partei wegen, sondern sie ist heute eine Notwendigkeit zum Aufbau unseres Vaterlandes.
Männer und Frauen! Das ist der Gedanke, der für uns, die wir uns Mitglieder dieser Union nennen, bei jeder Gelegenheit maßgebend und Leitgedanke sein muß. Wenn wir das tun, dann kommen wir über sehr viele Differenzen hinweg.

(Bravo!)

Nicht um der Union willen sind wir Mitglieder der Union, sondern um unserem Vaterlande zu dienen.

(Beifall!)

Und so, liebe Freunde, müssen Sie es auch würdigen, daß uns das Volk wieder sein Vertrauen gegeben hat. Es soll nicht dazu dienen, um 104 Männer und Frauen in das Parlament zu schicken, sondern dazu, wertvolle praktische Aufbauarbeit zu leisten.
Wenn wir uns von diesen Gedanken leiten lassen, dann muß es doch leicht sein, alle persönlichen Dinge, die uns manchmal sehr stark und manchmal mehr, als es der Sache dienlich ist, berühren, zurückstellen. Die meisten von Ihnen werden vielleicht aus einer bestimmten Partei der Vergangenheit in die Union gekommen sein. Ich bin 35 Jahre im politischen Leben und habe immer einer Partei angehört. Sie ist im Jahre 1933 zusammengebrochen. Nun bin ich mit begeistertem Herzen in diese Union gekommen, weil ich in ihr die Möglichkeit zum Aufbau sah. Aber ich kann Ihnen sagen, Männer und Frauen, man hat uns in dem zurückliegenden Jahr manchmal die Mitar-

beit sehr schwer gemacht. Denn wenn man nur deshalb in eine Partei geht, um zu arbeiten, um etwas dem Volke in der Not Dienliches zu tun, und wir kommen dann nicht heraus aus den persönlichen Kämpfen, dann möchte man manchmal daran verzweifeln.

(Sehr richtig!)

Ich bin in den letzten Monaten manchmal sehr nahe daran gewesen, die Union wieder zu verlassen.

(Hört!)

Ich habe es mir auch sehr stark überlegt, ob ich wieder kandidieren soll. Ich habe es trotzdem getan. Aber nun möchte ich Sie bitten, Männer und Frauen, auch alles daranzusetzen, das Vertrauen des Volkes, das für uns nicht nur ein Vertrauen, sondern auch eine Pflicht bedeutet, zu rechtfertigen. Setzen wir alles daran, daß wir dieser Pflicht gerecht werden!

Deshalb heißt es: Neue Wege gehen! Ich habe vorher gesagt, der heutige Tag müßte ein Tag von historischer Bedeutung sein. Wollen wir alles Persönliche hier im Saale zurücklassen und alles, was dem Volke dient, in der Zukunft in die Waagschale werfen und unsere ganzen Kräfte dafür einsetzen.

Wir wissen ja, daß unsere Union nun schon ein ganzes Jahr mit im politischen Kampfe tätig ist, auch im Dienste des Staates, in der Staatsregierung. Da muß ich bemängeln, daß wir von den Vertretern der Staatsregierung heute niemand hier zu Wort kommen sehen; es hätte doch ganz bestimmt sehr viel zu sagen gegeben. Denken wir nur an das große Problem der Ernährung, der Versorgung unseres Volkes mit Lebensmitteln. Ich hätte es gern gesehen, wenn die Parteileitung an die Herren Minister mit dem Ersuchen oder der Einladung herangetreten wäre, zu den so brennenden Problemen zu sprechen und uns ein Bild über die Gegenwart und über die Zukunft zu geben. Es ist leider nicht geschehen.

(Zuruf: Morgen kommt noch die Regierungspolitik zur Sprache!)

Ich mußte mir sagen lassen, daß an die Mitglieder der Regierung nicht herangetreten wurde. Vielleicht läßt sich das noch gutmachen, denn es ist wichtig, daß wir alle diese Dinge kennen, wenn wir es anders machen wollen.

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit.

Kübler: Eine halbe Minute noch, Herr Pfarrer!

Meine Herren! Wir sprechen dafür und dagegen, wer in Zukunft unsere Partei leiten soll. Nur der Beste kann es tun.

(Sehr richtig!)

Die Meinungen gehen vielleicht manchmal auseinander, denn es hat in den letzten zurückliegenden Monaten allerhand Kämpfe gegeben. Aber ich sage Ihnen: Solange die Gegner auf einen von uns schießen und mit Dreck werfen, müssen wir das mit Freude hinnehmen, denn wir sehen daraus, daß er beim Gegner nicht gern gesehen ist. Aber die Schamröte treibt es einem ins Gesicht, wenn man dann hören muß, daß aus den Reihen der eigenen Freunde so geschossen wurde. Aber noch ist nie ein greifbarer Beweis erbracht worden. Ich verlasse mich nun darauf, daß vielleicht das Schiedsgericht, das wir heute ins Leben gerufen haben, uns die Möglichkeit gibt, endlich einmal festzustellen, wer ist es und wann ist es und ist es wirklich geschehen, daß die eigenen Freunde auf den Führer [*Josef Müller*] geschossen haben. Auch nach der

Richtung hin wollen wir Klarheit. Denn es ist manchmal sehr einfach und sehr leicht, einen Mann von der Spitze und von der Führung zu beseitigen. Aber ich sage mir immer: Wenn ich jemand wegtue, dann muß ich die bestimmte Gewißheit haben, einen besseren an seine Stelle zu bringen. Lassen Sie jetzt auch diese Wahl von den Gedanken leiten: Können wir einen besseren an die Stelle dort, wo bisher *Müller* gestanden hat, setzen?

(Zuruf: Nein!)

Können wir diese Frage heute nicht bejahen, sind wir nicht in der Lage dazu, dann sage ich Ihnen: Wählen wir unseren *Müller* wieder!

(Lebhafter Beifall.)

Dr. *Stang*: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Wenn ich als alter, aber in meiner Betätigungsfreudigkeit und meinem politischen Idealismus doch noch immer junger Parlamentarier und Politiker mich in diese Aussprache einmische, so darf ich einen Satz an die Spitze stellen, den ich vorhin, vor dieser Versammlung, einem Parteifreund gegenüber geäußert habe: Wir müssen uns wieder mehr der verpflichtenden Kraft bewußt werden, die in unserem Namen Christlich-Soziale Union liegt. Union bedeutet Einigkeit und christlich bedeutet den Willen zum Frieden und zur Einigkeit.

(Sehr gut!)

Einigkeit und Einheit ist freilich nicht gleichbedeutend mit der Gleichförmigkeit und Uniformität. Aber bei allem Abweichen der Gegensätze, bei allem Kampf der Meinungen muß doch immer der Wille zum Frieden maßgebend sein.

(Sehr richtig!)

Ich habe heute früh ein Schauspiel erlebt, das sich schlecht einfügt in den reichen Schatz von Erfahrungen, den ich in meinem politischen Leben gewonnen habe. So ging es früher wirklich nicht zu.

(Sehr richtig!)

So kann auch die junge Demokratie nicht verstanden werden, die sich im Ansturm gegen die alte befinden zu müssen glaubt.
Meine Verehrten! Wenn ich draußen als Landrat - ein Amt, das ich in doppelter Form in Füssen und Kaufbeuren zu tragen habe - herumhöre, dann will das Volk den Streit nicht um die Person.

(Sehr richtig!)

Das Volk fragt sich: Warum haben wir Euch gewählt? Wir haben Euch gewählt zur sachlichen Arbeit in den Abgrundtiefen unserer Not und unseres Elendes.

(Sehr richtig!)

Darum meine ich, der Gedanke zum Frieden muß die schönste Frucht dieses heutigen und morgigen Parteitages sein. Den Frieden aber erlernt man nicht etwa durch Worte, sondern in der harten Schule der Selbstzucht, des Verantwortungsgefühls und der Achtung vor der Überzeugung der anderen.

(Sehr richtig!)

Wenn wir den Frieden den Völkern predigen und wünschen, daß der Friede unter den Völkern herrscht, daß der Friede im Volk herrscht, dann muß dieser Friede vor allem

in unseren eigenen Reihen gepflegt werden. Sonst wird das Volk uns sagen: Ihr seid Heuchler, ihr sprecht von christlich-sozial, ihr sprecht von Union, von Einigkeit, und habt selbst diese Einigkeit nicht. Wenn wir also mit unseren Ideen das Volk in der Zukunft mitreißen wollen, dann müssen wir selbst Frieden und Einigkeit als hohe und wertvolle Güter schätzen und pflegen.

Der Herr Landesvorsitzende ist in der letzten Zeit die Zielscheibe von starken Angriffen gewesen. Ich kenne den Freund *Müller* schon seit mehr als 30 Jahren. Ich bin durchaus nicht in allen Dingen mit ihm einverstanden. Ich habe mich in diesem Wahlkampf aber immer schützend vor seine Person gestellt und habe es als eine Verwilderung politischer Sitten schlechtester Art bezeichnet, daß man ein Gestapo-Protokoll als Waffenschmiede benützt, um die Giftwaffen gegen einen politischen Führer herauszuholen. Ich habe erklärt: Wenn man dieses Gestapo-Protokoll zur Grundlage macht, so kommt mir das gerade so vor, als wenn in der Fabel das Lamm vor dem reissenden Wolf steht und ihm erklärt, um sein Leben zu retten: Lieber Wolf, laß mich doch leben, ich habe dich ja so lieb; und man würde hernach hergehen und diese Erklärung des Lammes als eine Liebeserklärung zur Raubnatur des Wolfes auffassen wollen.

(Sehr richtig!)

Aber dabei bleiben doch selbstverständlich die Meinungsgegensätze bestehen, die uns da und dort weiter trennen. Ich glaube aber, es kann nicht um die Person gehen, höher als die Person steht die Sache des Volkes und die Sache der Christlich-Sozialen Union.

Nun, meine verehrten Damen und Herren! Nur noch ein Wort zu der Frage Föderalismus und Unitarismus. Der Herr Landesvorsitzende hat vorhin den Satz ausgesprochen, daß wir den Einheitsstaat *Hitlers* ablehnen, ebenso wie wir das *Bismarcksche* Reich ablehnen. Eines möchte ich aber doch hinzufügen: Wir lehnen auch den Einheitsstaat der Verfassung Weimarscher Prägung ab.

(Sehr richtig!)

Wir müssen wieder mehr die Gedanken im Volke lebendig machen, daß die einzelnen Staaten - ich meine natürlich hier nur die lebensfähigen Staaten, nicht die Zwergstaaten - ihre eigenen Lebensrechte und ihre eigene Kultur im Verband des Reiches, oder wie man die kommende Staatsform nennen will, geschützt sehen wollen. Dann sind sie gern und freudig bei diesem Staat.

Diese innere Reichsfreudigkeit ist ein viel stärkerer Schutz für den Zusammenhalt des Reiches als eine von außen her wirkende Zentralgewalt. Darum sind wir bayerische Föderalisten aus Liebe zu Deutschland.

Und noch eines, ein ganz kurzes Wort, Herr Vorsitzender [*Emil Muhler*]! Ich halte es für durchaus angemessen - das möchte ich auch dem Freund *Schlögl* sagen -, daß man in unsere Debatte außenpolitische Gesichtspunkte hineinträgt. Wir müssen auch die Bühne des Parlaments dazu benützen, um z.B. der Welt entgegenzurufen, wie widersinnig es ist, daß man im Osten einen Raum ohne Volk schafft, während bei uns ein Volk ohne Raum ist.

(Sehr richtig!)

Wir müssen auf außenpolitischem Gebiet verlangen, daß unsere Friedensproduktion, die wir so dringend notwendig haben, niemals für Reparationen verwendet werden

darf. Wir müssen verlangen, daß wir nie versklavt werden, und wir müssen jetzt zu Weihnachten eines verlangen: Gebt uns unsere Kriegsgefangenen wieder!

(Lebhafter Beifall.)

Dr. *Horlacher*: Wenn die Liebe eine Richtlinie ist für christliche Politik, dann muß die Union sich erst zu diesem Musterbeispiel der christlichen Liebe und christlichen Politik emporarbeiten. Wir brauchen mit anderen Worten zunächst die innere Ordnung bei uns selbst. Ich habe heute oft festgestellt, daß verschiedene Redner wieder die Neigung gezeigt haben, mehr aufzureißen als zusammenzuführen. Wenn ich da Worte höre wie "*Hundhammer* raus", so sind das Anzeichen einer falschen politischen Auffassung.

(Sehr richtig!)

Wir müssen dazu kommen, daß wir innerlich zusammenstehen, daß wir innerlich die Meinungen eines anderen ertragen. Wir müssen aber auch dazu kommen - und das ist das Wesentliche -, daß wir dem anderen keine andere sachliche Meinung unterschieben, nur aus dem Grund, um dreckigen persönlichen Zielen zu dienen.

(Sehr richtig!)

Meine lieben Freunde! Das letzte ist ein wesentlicher Gesichtspunkt. Das muß in der Union aufhören. In der Union muß es zur Richtschnur werden, daß bei den führenden Persönlichkeiten der Union die Lichtseiten durch uns hervorgehoben werden und nicht immer die Schattenseiten. Dann werden wir zusammenkommen. Wenn die Union ihre Bewährungsprobe bestanden hat, dann nur deswegen, weil ihre Wähler klüger waren als manche ihrer Führer.

(Lebhafter Beifall.)

Jetzt heißt es, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Wenn wir diese innere Ordnung der Union bei Jung und Alt herstellen, dann werden wir die mitreißende Kraftquelle für die Politik unseres Volkes werden.

Dann noch eines zur deutschen Frage: Reden wir da doch nicht mehr aneinander vorbei, sehen wir doch die Dinge so an, wie sie in Wirklichkeit sind. Die Wiedergewinnung unseres deutschen Raumes, unseres deutschen Vaterlandes ist die erste Pflicht aller Deutschen, gleich wo sie wohnen.

(Stürmischer Beifall.)

Die Union kann nicht mehr die Fortsetzung engherziger Begriffe sein, die in unsere modernen Zeitverhältnisse nicht mehr hineinpassen. Den deutschen Raum brauchen wir zum Leben unseres ganzen Volkes, zur Regelung der Ernährungsfrage, der finanziellen Frage, der Währungsfrage; denn sonst geraten wir, gleichgültig wo wir wohnen, in den Abgrund.

(Sehr richtig!)

Ich komme zum Schluß. Was wir aber noch brauchen, ist die richtige Konstruktion des deutschen Vaterhauses, daß nicht noch einmal die reaktionären großpreußischen Herrschaftsschichten, diese reaktionäre Führerschicht in Deutschland das Haupt erhebt. Deswegen ist es unsere Aufgabe, aus dem bayerischen Schneckenhaus herauszugehen und Bayern als Kraftquell für den gesamten Aufbau unseres deutschen Vaterlandes zur Verfügung zu stellen.

(Anhaltender, stürmischer Beifall.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Verehrte Parteifreunde! Ich bitte Sie, den Applaus immer etwas kürzer fassen zu wollen. Es geht soviel Zeit verloren.
Frau Dr. *Probst*: Meine Damen und Herren! Die Landesversammlung heute soll nicht vorübergehen, ohne daß die Stimme einer Frau gehört wird. Die Stimme der Frau, meine Damen und Herren, muß im Konzert der deutschen Stimmen zur Geltung kommen, nicht nur, weil wir 60% der Wählerstimmen darstellen. Ich glaube, daß die Stabilität der Union, die sich auch in diesem Wahlkampf wiederum bewährt hat, von der Seite der Frau her weitgehend garantiert wird. Ich erhebe hier nicht meine Stimme, um Frauenrecht zur Geltung zu bringen; darüber sind wir längst hinweg. Wir haben die Rechte, die wir brauchen, um politisch arbeiten zu können. Ich erhebe hier meine Stimme aus einem viel tieferen Grund. Heute morgen sind schon Worte über das Ziel gesprochen worden, das wir alle erstreben. Wir wollen heute die Verwirklichung des christlichen Humanismus. Wir erstreben die Wiedererweckung der christlichen Einzelpersönlichkeit auch im politischen Bereich. Das, meine Damen und Herren, ist nicht möglich, ohne daß die Polarität der Geschlechter, der gottgewollte Ausgleich der Zweiteilung der menschlichen Persönlichkeit sich auch im Politischen vollzieht. Ich sehe gerade in der Ausschaltung des weiblichen Einflusses in der Politik eine der Ursachen unseres heutigen Zusammenbruches.

(Zustimmung.)

Wenn ich sage, Ausschaltung des weiblichen Einflusses, so richte ich dieses Wort nicht an Sie, meine Herren, sondern an uns Frauen selbst. Ich glaube, daß wir eine unerhörte Schuld auf uns geladen haben und noch dabei sind, wieder eine neue auf uns zu laden, wenn wir Frauen uns einer nicht gottgewollten Passivität anheimgeben. Wir müssen uns der Mühe und des Opfers des politischen Kampfes unterziehen. Gerade, meine Herren, angesichts der inneren Kämpfe, deren Zeugen wir zur Zeit sind, möchte ich den Einfluß der Frau in die Waagschale werfen für die absolute Sauberkeit, Anständigkeit und die Fairness der Mittel dieses Kampfes. Der Zweck heiligt die Mittel nicht.

(Sehr richtig!)

Wir müssen uns jeden Augenblick der vollen Verantwortung bewußt sein, die wir tragen angesichts der Größe des christlichen Zieles, das wir gemeinsam verfolgen.
Um abschließend ganz konkret zu sprechen: Es ist heute viel von Diktatur die Rede gewesen. Wenn der breite Rücken unseres Herrn Dr. *Josef Müller* eines Tages nicht mehr schützend vor uns stehen würde, so frage ich Sie, meine Damen und Herren: Wer ist dann der nächste? Die vergifteten Pfeile wirken wie ein Bumerang, der auf den zurückkommt, der ihn schleudert.

(Sehr richtig!)

Ich halte es für meine Pflicht, Sie darauf hinzuweisen, daß ich persönlich im Wahlkampf die Erfahrung gemacht habe, daß ich dreimal von Diskussionsrednern anderer Parteien gefragt wurde, welch ein Unterschied zwischen einem kleinen Pg. von 1933 und Männern besteht, die das Ermächtigungsgesetz unterschrieben haben.

(Hört, hört!)

Wenn wir heute Herrn Dr. *Müller* fallen lassen, so mache ich Sie darauf aufmerksam, daß dann von außen her verschiedene Parteifreunde als unbrauchbar bezeichnet werden, wie schon aus den eigenen Reihen während des Kampfes Herr Dr. *Müller* für untragbar bezeichnet worden ist.

Ich möchte abschließend sagen: Wenn wir uns von Herrn Dr. *Müller* lossagen, gefährden wir die Union. Es kann nur heißen: Mit Herrn Dr. *Müller* für die Christlich-Soziale Union.

Sedlmayr: Meine Parteifreunde, meine Damen und Herren! Wenn ich hier auch noch das Wort ergreife, dann deswegen, um zum Ausdruck zu bringen, daß all unser Bemühen um die Einigkeit in der Union sinnlos wäre, wenn wir nicht selbst daran glauben würden, daß das Verbindende weitaus stärker ist als alles, was man uns bis jetzt als Trennendes vorgeführt hat.

(Sehr richtig!)

Manche Leute stellen die Sache so dar, als ob wir bis jetzt noch nichts Gemeinsames und noch nichts Großes geschaffen hätten. Ich verweise aber auf die Tatsache, daß die Union immerhin die Bayerische Verfassung wesentlich gestaltet hat und daß das als ein Aktivum für unsere Partei zu buchen ist. Dieses Staatsgrundgesetz, erfüllt vom christlichen und, wie ich hinzufüge, vom sozialen Geist, von einem modernen, fortschrittlichen sozialen Geist, spricht doch auch dafür, daß bereits eine gute Arbeit von seiten der Union für unser Volk und unser Vaterland geleistet worden ist.

(Sehr richtig!)

Wenn wir trotz allem von außen her bekämpft werden, dann wundert mich das nicht im geringsten. Denn für unsere politischen Gegner war das Schlimmste, was ihnen passieren konnte, daß der christliche Volksteil nun endlich sich in einer politischen Front zusammengefunden und erst damit eine Machtposition gefunden hat, von der wir sagen können: Sie wird uns weiter der Verwirklichung unserer Ideale entgegenbringen, sofern wir nur den richtigen Gebrauch davon machen.

Vor dieser Aufgabe stehen wir nun schon seit einem Jahre. Es ist erfreulich, daß wir immerhin schon wesentliche Arbeit im positiven Sinne zu Wege gebracht haben. Unter der Führung von Dr. *Müller* hat die Christlich-Soziale Union in Bayern immerhin ihren Gegnern auch Respekt eingeflößt. Denn anders wäre der furchtbare Kampf und wären manche Kampfmethoden, die dabei verwendet wurden, nicht zu begreifen.

(Sehr richtig!)

Wenn endlich auch eines bei uns klargestellt werden kann, was anscheinend immer ein Gegenstand von Auseinandersetzungen war, nämlich die Frage: Wie stehen wir als Bayern zu unserem deutschen Vaterland?, dann muß man sagen: Es ist höchste Zeit, daß wir darüber nicht mehr sprechen. Denn es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir uns im Sinne unseres Landesvorsitzenden als Bayern für ein einheitliches Deutschland einsetzen.

Nentwig: Als Sprecher des Flüchtlingsausschusses bei der Landesleitung habe ich folgende Erklärung zu verlesen:

> München, den 10. Dezember 1946.
> Der Flüchtlingsausschuß der Christlich-Sozialen Union in Bayern hat sich in seiner Sitzung am 10. Dezember 1946 eingehend mit der Lage befaßt, in welche die Union durch die Angriffe auf den Landesvorsitzenden, Herrn Dr. *Josef Müller*, gebracht worden ist. Wir bedauern diese Vorkommnisse, welche die Interessen der Partei schwer schädigen können und auch die Lage unserer Wähler aus den Kreisen der Flüchtlinge und Ausgewiesenen empfindlich zu beeinträchtigen drohen, auf das

Tiefste. Es ist dem Ausschuß ein Bedürfnis, dem Herrn Landesvorsitzenden sein volles Vertrauen auszusprechen.

(Beifall.)

Diese Entschließung, die vom Flüchtlingsausschuß einstimmig gefaßt wurde, wird hiermit zur Kenntnis der Landesversammlung gebracht.
Lassen Sie mich dem noch einige Worte anschließen: Als im entscheidenden Augenblicke der Wahlschlacht die Angriffe gegen die Person unseres Landesvorsitzenden losgingen, da galten sie meiner Auffassung nach nicht in erster Linie seiner Person, sondern der Union.

(Sehr richtig!)

Die Tatsache, daß zum Teil Material aus den eigenen Reihen dazu verwendet worden ist, beweist mir dies geradezu. Denn ich halte keinen einzigen von uns für so charakterlos, daß er den Augenblick einer entscheidenden Wahlschlacht dazu benützt hätte, um eigene Differenzen, seien sie persönlicher oder sachlicher Natur, in diesem kritischen Augenblick der Partei vorzubringen.

(Zuruf: Dr. *Pix*!)

Der Hauptgegner stand meines Erachtens außerhalb der Partei und steht es noch.

(Zurufe: Nein, Dr. *Pix*. *Messmer*!)

Ich sage, der Hauptgegner steht außerhalb der Partei. Glauben Sie mir, daß sein Ziel war, durch die Diffamierung der Person des Landesvorsitzenden das Vertrauen der Wählerschaft in die Führung der Union zu untergraben und in jedem Fall zu erreichen, daß die Union entscheidend geschwächt, zumindest nicht mehr mit absoluter Mehrheit aus diesen Wahlen hervorginge.

(Sehr richtig!)

Als sich dann diese Rechnung als Fehlrechnung erwies und die Union ihre Stärke im wesentlichen gehalten hat, vor allen Dingen die absolute Mehrheit, da wurde der Kampf sofort fortgesetzt und er richtete sich jetzt darauf, die Union um die Früchte des Sieges zu betrügen. Denn jetzt galt es, die starke Persönlichkeit zu beseitigen, die meiner Überzeugung nach allein in der Lage gewesen wäre, eine starke Regierung zu bilden und unser Programm in die Tat umzusetzen. Wir wissen, wie wechselvoll dieser Kampf ausgegangen ist. Aber ich kann Ihnen das eine sagen: Die Öffentlichkeit hat mit großer Befriedigung von dem Vertrauensvotum Kenntnis genommen, das die Landesausschußsitzung unlängst dem Herrn Landesvorsitzenden mit so starker Mehrheit ausgesprochen hat. Sie wissen, daß daraufhin der Kampf und die Angriffe gegen seine Person nicht nachgelassen haben. Aber - und da möchte ich auf das hinweisen, was bereits einer der Herren Vorredner gesagt hat - gerade die Tatsache, daß unsere Gegner ihre konzentrischen Angriffe bis zum Letzten gegen die Person unseres Landesvorsitzenden gerichtet haben, beweist mir, daß es nicht der schlechteste Mann ist, der an unserer Spitze steht. Ich glaube, ich spreche hier auch gerade im Sinne der jungen Generation, wenn ich sage, daß es unsere Ehrenpflicht ist, uns unter allen Umständen geschlossen wie ein Mann vor die Person unseres Landesvorsitzenden hinzustellen und ihn erneut zu wählen.

(Beifall.)

Butterhof: Meine Damen und Herren! Ich habe jetzt lange Zeit mit großer Befriedigung aus dem Munde erfahrener Männer gehört, daß wir einig sein wollen und an die großen Ziele der Union denken sollen. Ich darf hier als ein Vertreter der jungen Generation zu Ihnen sprechen, und ich tue nichts lieber, als diesen Gedanken zu unterstreichen. Ich darf Sie kurz nur darum bitten: Denken Sie daran: Nicht nur die junge Generation innerhalb der Union, nein, unsere ganze bayerische und unsere ganze deutsche Jugend erwartet von den Männern und Frauen, die heute politisch tätig sind, daß sie Persönliches aus dem Spiele lassen, daß sie daran denken, in welch großer Not wir stehen, und daß sie alles daransetzen, um zum praktischen Handeln zu kommen. Wir selbst haben eine Zukunft hinter uns [sic!] und, wenn es bei uns so weitergeht, dann werden wir überhaupt keine Zukunft mehr haben. Es gibt für uns nichts anderes als stärkste und entschlossenste Gemeinschaft.

(Sehr richtig!)

Das Wort Union ist uns Jungen tatsächlich ein Begriff. Wir wenden uns nicht an die politische Leidenschaft, sondern an die Einsicht unseres Volkes und unserer Altersgenossen. Wir haben uns über alle Vorgänge, die sich in der letzten Zeit abgespielt haben, besprochen, auch darüber, wie wir uns die nächste Zukunft innerhalb der Partei vorstellen. Ich darf Ihnen als das Ergebnis dieser Besprechung eine Resolution zur Kenntnis geben, die die Junge Union gestern abend gefaßt hat und die kundtut, was unsere Meinung ist.

(Zurufe: Aber nicht alle waren anwesend, wer war die Junge Union?)

Die Junge Union hat die Vorgänge im politischen Leben Bayerns

(Zuruf: Frankens!)

und insbesondere innerhalb der Christlich-Sozialen Union während der letzten Wochen mit tiefer Enttäuschung beschämt und empört beobachtet. Sie sieht sich deshalb veranlaßt, eindeutig festzustellen: Die Junge Union lehnt die persönliche Diffamierung, die Politik der Gehässigkeit und des Denunziantentums, das für das Nazi-Regime charakteristisch war, als Kampfmittel im öffentlichen Leben, zumal aber in den Reihen der eigenen Partei mit Entschiedenheit ab. Sie verurteilt besonders das unter Beteiligung führender Unionsmitglieder gegen den Landesvorsitzenden Dr. *Müller* veranstaltete Kesseltreiben. Die Junge Union weiß, daß Dr. *Müller* im Kampf gegen den Nationalsozialismus und für einen anständigen Frieden sein Leben eingesetzt und schwerstens gelitten hat. Sie weiß, daß Dr. *Müller* der Jugend die Tore in die Union geöffnet hat und daß seine Person die Entwicklung einer fortschrittlichen und sozialen Linie der Politik gewährleistet. Sie erwartet deshalb, daß [die Union] die beschämenden Intrigen eines unverantwortlichen Klüngels verurteilt und damit endlich die Grundlagen für eine saubere, sachliche Arbeit schafft.

(Lebhafter Beifall.)

Kübler: Zur Geschäftsordnung! Ich protestiere gegen die Veröffentlichung dieser Resolution. Es ist in ihr der Satz enthalten, daß führende Persönlichkeiten der Union an dem Kesseltreiben gegen Dr. *Müller* beteiligt waren. Wir von der Vorstandschaft der Union verwahren uns dagegen, daß irgendeine Person aus unserem Gremium hieran beteiligt war. Auf alle Fälle muß der Satz wegbleiben. So etwas ist ja unerhört!

(Zuruf: Wer hat die Resolution unterschrieben?)

Detsch: Zur Geschäftsordnung! Der Herr Vorredner hat eine Erklärung im Namen der jungen Generation verlesen. Als Jugendvertreter Oberbayerns möchte ich erklären, daß der Jugendausschuß Oberbayern bei dieser Erklärung nicht zu Rate gezogen wurde und sie auch nicht mitunterschrieben hat.

(Zuruf: Auch nicht München, München wurde auch nicht gefragt!)

Karl Huber: Meine verehrten Damen und Herren! Ich bin hierher gekommen und habe mir tatsächlich etwas anderes vorgestellt, als was ich heute hier genossen habe. Ich bin unter allen Umständen für Frieden. Wir brauchen ihn; denn wie sollen wir wieder vor die Wählerschaft hintreten, wenn jetzt nicht bereinigt wird, was zu bereinigen ist? Unsere Wählerschaft hat noch einmal der Union die Stimme gegeben, und sie erwartet, daß in der Union selbst der Wandel vorgenommen wird, der erforderlich ist, daß wir für die Zukunft auch den Angriffen anderer Parteien standhalten können und nicht immer von unserer Substanz verlieren. Wenn Sie vor dieser Landtagswahl an einem Platz gewesen wären und den politischen Kampf hätten mitmachen können, wie wir ihn führten in Fürstenfeldbruck, dann wären Sie bestimmt zu der Überzeugung gekommen, daß auch in der Union oben etwas geändert werden muß.

(Sehr richtig!)

Darüber kann es keinen Zweifel geben. Ich wundere mich nur, daß heute soviel daneben vorbeigeredet wird. Wir wollen nicht die Person des Herrn Dr. *Müller* angreifen oder sonst irgend etwas.

(Zuruf: Im Gegenteil!)

Wir sind der Meinung: Um den Frieden in der Union herbeizuführen, ist es notwendig ...

(Zahlreiche Zurufe!)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Ich bitte, keine Zwischenrufe zu machen.
Karl Huber: - die Voraussetzungen für den Frieden zu schaffen. Da bitte ich Sie, selbst alles zu tun. Nach meiner Überzeugung ist aber der Friede nicht geschaffen, den wir wollen und den ich persönlich wünsche, wenn z.B. Herr Dr. *Müller* noch einmal gewählt wird.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Eine kurze Bemerkung außerhalb der Tagesordnung.
Liedig: Das Quartieramt teilt mit, daß eine Reihe Delegierter ihre Quartierscheine noch nicht abgeholt haben. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die ihre Quartierscheine noch beim Quartieramt liegen haben, sie jetzt hier im Vorraum in Empfang zu nehmen, sonst werden die Quartierscheine in einer Stunde für den allgemeinen Gebrauch freigegeben.
Ortloph: Meine lieben Parteifreunde! Wenn ich heute das Wort ergreife, so nur deswegen, weil ich genau heute vor einem Monat selbst meine Spruchkammerverhandlung hatte und mich nach einer Anklage eingeteilt in Gruppe I "Hauptschuldige mit Verschärfung", die ich über mich ergehen lassen mußte, verteidigen mußte. Ich habe heute in der Süddeutschen Zeitung gelesen, daß man unseren Landesvorsitzenden ebenfalls vor die Spruchkammer zitiert und ihn in die Gruppe II "Aktivisten" einreihen will. Nur ein Mann, der das mitgemacht hat, was ich mitgemacht habe, kann nachfühlen, was das für die Union und für unseren Landesvorsitzenden bedeutet. Wie die

Öffentlichkeit darüber spricht, das zeigt Ihnen das Nachrichtenblatt der SPD, aus dem ich Ihnen bloß einen Satz vorlese, der mich damals betroffen hat. Er lautet:

> Die Öffentlichkeit ist vorläufig lediglich erstaunt, daß eine Persönlichkeit wie Herr *Ortloph* unter das Säuberungsgesetz fällt, nachdem man angenommen hat, daß er als Abgeordneter der CSU zur Verfassunggebenden Landesversammlung doch eine politische Weste ohne Rostflecken haben soll.

Das gleiche wird sich unser Landesvorsitzender sagen lassen müssen. Ich habe die Sache hinter mir. Es war für mich eine Selbstverständlichkeit, daß ich nicht unter das Gesetz falle. Aber es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir uns in dem Stadium Mann für Mann hinter unseren Landesvorsitzenden stellen.

(Lebhafter Beifall.)

Ich kann es deswegen nicht begreiflich finden, mein lieber Freund Dr. *Hundhammer*, daß Du erklärt hast, daß nach Deiner Auffassung, während das Verfahren läuft, Dr. *Müller* zurücktreten müßte. Mein lieber Freund Dr. *Hundhammer*, ich habe Dich mit zum Fraktionsvorsitzenden gewählt, und zwar deshalb, weil ich Dich als einen grundehrlichen Menschen kennengelernt habe und hochschätze und hundertprozentig hinter Dir stehe, weil ich sage, wenn nicht wieder *Hundhammer* an der Spitze ist, dann wird die Öffentlichkeit sagen, was ist mit der Union los? Ich stehe ebenso hundertprozentig hinter meinem Landesvorsitzenden Dr. *Müller*.

(Lebhafter Beifall.)

Ich habe auch die Überzeugung, daß unser Landesvorsitzender Dr. *Müller* das Rückgrat hat, das er haben muß, um verschiedenen Anordnungen, die vielleicht von der Militärregierung kommen, entgegenzutreten. Hier ist dieses Rückgrat. Wir müssen Männer haben, die ein Rückgrat der Militärregierung gegenüber zeigen.

(Sehr gefährlich!)

Ich bitte Sie deshalb, führen wir den Kampf gegen das gemeine Denunziantentum; bringen wir alles, was versöhnlich ist, in den Vordergrund. Stellen wir uns geschlossen hinter unseren Landesvorsitzenden, dann bin ich der Überzeugung, daß uns über dem in der Ferne leuchtenden Weihnachtsbaum die Morgenröte einer besseren Zukunft für unser deutsches Vaterland leuchten wird.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Das Wort hat Parteifreund *Sepp Hort*[3].
Hort: Verehrte Damen und Herren! Liebe Junge Union! Ich bin hier zwar nicht als Jugendvertreter meines Heimatbezirkes Oberbayern delegiert, aber trotzdem möchte ich zu diesem Problem Stellung nehmen. Es ist eine offene Tatsache, daß in unserer innenpolitischen Richtung zwischen Südbayern und Nordbayern ein Unterschied gemacht wird. Nun erhebt die Junge Union Oberbayerns mit Recht den Anspruch darauf, daß sie die bestorganisierte Junge Union in Bayern ist. Diese Tatsache stimmt - jawohl. Aber ich möchte hier sagen: Ich habe als Versammlungsredner in Wahlversammlungen gesprochen und ich habe festgestellt, daß wir nicht allein den Apparat hätten besser aufbauen können, der in Oberbayern sicher ganz gut steht, sondern

[3] In der Vorlage: "Orth".

auch mehr Anhänger haben könnten und daß es nicht angeht, daß wir drei Studenten oder zehn oder zwölf als Anhänger haben und dafür einen riesigen Apparat aufziehen. Ich möchte hier ganz besonders sagen, daß ich persönlich - entschuldigen Sie, wenn ich persönlich werde - angegriffen worden bin anläßlich einer Rede eines Jugendvertreters aus München in meinem Heimatort Holzkirchen. Dieser Jugendvertreter hat Persönlichkeiten unserer Partei öffentlich diffamiert. Weiter hat er einen lokalpatriotischen Standpunkt vertreten, der der Jungen Union in Holzkirchen - es waren alle Ortsvertreter des Kreises Miesbach anwesend - zuwiderlief. Ich habe damals in der Diskussion gesprochen. Ich war lediglich eingeladen. Ich war weder Mitglied der Union noch Mitarbeiter der Jungen Union. Der Erfolg war, daß ich von den Versammelten in den Kreisausschuß der Jugend gewählt worden bin. Nun möchte ich hier ...

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Darf ich den Redner bitten, doch zur Sache zu reden.

Hort: Ich möchte in diesem Zusammenhange darauf hinweisen, daß es nicht so ist, daß die Junge Union Oberbayerns grundsätzlich hinter der Richtung steht, die vielleicht mit der Vorstandschaft des Herrn Dr. *Müller* nicht einverstanden ist. Warum ich hier gesprochen habe? Weil vorhin durch Zwischenrufe gegen die Entschließung der Jungen Union von gestern abend protestiert wurde. Es war keine offizielle Besprechung der Jungen Union, sondern eine zwanglose Zusammenkunft, bei der sehr viele ältere Vertreter anwesend waren. Da haben wir diesen Antrag gestellt und heute durchgebracht. Ich möchte hier sagen, abgesehen von der Nichtbeteiligung besteht für die Junge Union Oberbayerns absolut kein Grund, diesen Antrag abzulehnen.

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Nächster Redner: Parteifreund *Zobel*.

Zobel: Meine lieben Parteifreunde! Wenn ich aus der Diskussion heraus einmal auf einen anderen Gesichtspunkt hinweise, so möchte ich es tun, um uns alle insgesamt auf die große Linie hinzuweisen, der wir dienen. Auch wir leiden meiner Meinung nach hier innerhalb der Christlich-Sozialen Union seit deren Bestehen an einer schleichenden Krankheit. Diese schleichende Krankheit besteht in dem Bestehen der Opposition. Wir sind eine demokratische Partei, und wir dienen der Demokratie. Demokratie heißt Zusammenfassung aller Kräfte, also einschließlich der Opposition. Diese Opposition aber muß eine sachliche Opposition sein, und sie darf nicht zu einer persönlichen Opposition werden. Wenn sie das ist, dann ist sie nicht Opposition, sondern Destruktion. Ich möchte hierbei ganz besonders darauf hinweisen, daß die Opposition durchaus fruchtbringend tätig sein kann, wenn sie sachliche Argumente vorbringt. Aber sie darf nicht dazu übergehen, in persönliche Gegensätze zu geraten; dann verliert sie den Grund und Boden und wird nicht mehr ernst genommen. Sie hat auch in ihrer Art eine sittliche Verpflichtung. Denn auch sie will der Allgemeinheit dienen und muß sich ihr insofern unterordnen, als sie sich nach demokratischen Grundsätzen den Stimmenmehrheiten, die sich ergeben, unterzuordnen hat. Gegen den Landesvorsitzenden Herrn Dr. *Müller* sind Vorwürfe erhoben worden, die persönlicher Natur sind und die eben aus einer persönlichen Opposition heraus entstehen. Mir ist von einem Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei gesagt worden, daß der Herr *Goldschagg*, der, wie wir alle wissen, Sozialdemokrat ist, den Artikel in die Süddeutsche Zeitung nur deswegen aufgenommen hat, weil er von rechtsstehenden Kreisen der Christlich-Sozialen Union gewünscht wird.

(Zuruf: Dr. *Hundhammer*: Wer sind diese Kreise?)

Frau *Albrecht*, die dritte Vorsitzende der SPD hat es gesagt. Sie ist mit mir zusammen im Gemeinderat tätig und hat es mir gelegentlich einer persönlichen Unterredung erzählt.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Wer sind diese Kreise? - Das sind Verdächtigungen!)

Alle, die an persönlichen Angriffen gegen *Müller* beteiligt sind oder diese Angriffe gefördert haben. Uns allen sage ich, was wir brauchen, was *Schmid* erklärt hat, Dr. *Horlacher* erklärt hat: Wir brauchen Einigkeit und insoweit rufe ich die Opposition auf, seid auch Ihr einig! Auch in Oberbayern bestehen Meinungsverschiedenheiten; nicht ganz Oberbayern steht hinter dem, was Oberbayern erklären wird. Wir halten Disziplin. Wenn wir Disziplin halten, dann müssen wir erwarten, daß auch die Opposition innerhalb der gesamten Union Disziplin hält. Was wir brauchen, ist eine Sammlung aller Kräfte. Wir wollen mit allen, auch den gegenteiligen Ansichten, in jeder Weise zusammenarbeiten. Wir brauchen eine Sammlung. Sie besteht darin, daß sie hinter Dr. *Müller* am besten gewährleistet ist. Hinter Dr. *Müller* stehen die Arbeiter, hinter Dr. *Müller* steht die Jugend und hinter Dr. *Müller* stehen die Flüchtlinge.

(Beifall.)

Wer bewirbt sich um all diese Kräfte? Vor allem die oppositionellen Parteien, die SPD und KPD. Wir können sie nur zu uns herüberziehen, wenn wir Dr. *Müller* unser Vertrauen geben. Aus diesen Gründen geht es meiner Meinung nach um nichts weiter, als um die große Linie. Wenn wir diese Linie verlassen, dann werden wir eines schönen Tages nicht bloß vom Sozialismus, sondern vom Kommunismus überrannt werden. Die beste Garantie gegen dieses Überrollen ist Dr. *Müller*. Aus Gründen der Einigkeit bitte ich, daß wir Dr. *Müller* unsere Stimme geben.

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Das Wort hat Parteifreund *Haußleiter*.

Haußleiter: Meine lieben Freunde! Wir haben heute nachmittag eine echte politische Überraschung erlebt. Ich möchte auf sie aufmerksam machen. Unser Parteifreund Dr. *Schlögl* hat sich hier zum föderalistischen Programm unseres Parteivorsitzenden Dr. *Müller* bekannt.

(Beifall. - Zuruf Dr. *Schlögl*: *Haußleiter*, wir haben heute *Müllers* Bekehrung; ich werde es in den Kalender hineinschreiben.)

Ich halte das für einen sehr erfreulichen Erfolg der sachlichen Aussprache, die heute nachmittag hier stattfindet. Parteifreund *Schlögl* hat einmal sehr aufmerksam eine Rede unseres Parteivorsitzenden angehört. Das Ergebnis war seine Zustimmung. - Ich habe ebenso aufmerksam die Rede unseres Parteifreundes *Schlögl* angehört. Er hat deutlicher, als ich es je gehört [habe], das Wort Deutschland gesprochen. Das Ergebnis ist meine Zustimmung. Ich vermisse eine Gruppe von Rednern. Dann hätten wir vielleicht die gemeinsame Basis gefunden. Ich hätte mich gefreut, wenn noch die Gruppe Dr. *Hundhammer* sachlich gesprochen und sachlich gesagt hätte, wie sie zum Programm Dr. *Müllers* steht, und wenn sie sachlich ihr eigenes Programm entwickelt hätte. Wenn das geschieht, ich glaube, dann erleben wir heute vielleicht dieses, daß wir sehen, daß wir uns sachlich völlig einig sind und daß alle Auseinandersetzungen aus schiefen Perspektiven und Mißverständnissen entstanden. Eine Bemerkung allerdings, die Dr. *Schlögl* gemacht hat, möchte ich weiterführen. Er hat gesagt, wir sollten nicht eine Besatzungsmacht gegen die andere ausspielen. Das ist richtig. Ich möchte [es] so formulieren: Wir müssen als Union überhaupt die Brücke zwischen allen Besatzungsmächten sein, wenn wir die Einheit Europas und die europäische Föderation

wollen. Da wäre jede Art von Einseitigkeit falsch, denn als Vertreter des Landes der Mitte müssen wir eine Politik der Mitte machen, Verständigung mit allen Ländern des Abendlandes; da scheint mir eines klar: Vermeidung jener nationalistischen Parolen, also etwa eine Aussprache mit Frankreich als falsch anzusehen. Aber etwas müssen wir vermeiden, nämlich, daß wir als Exponenten einer französischen Sonderpolitik im Donauraum erscheinen. Hier sind die Trennungslinien sehr schwer zu ziehen. Hier muß ich sagen: Wahre abendländische Politik würde nicht geführt werden, wenn wir das Abendland in neue Blocks aufspalten würden.
Meine Damen und Herren! Dies hat sich klar gezeigt: Sachliche Aussprache fördert die Einigkeit. Deshalb müssen wir einen Schritt weitergehen. Wir haben uns über das Thema Einigung sehr viel unterhalten. Es müssen in Zukunft aber neue Dissonanzen vermieden werden. Deshalb schlage ich der Landesversammlung zum Schluß folgende Entschließung vor:

> Die Landesversammlung beauftragt den Landesvorstand, jeden Fall parteischädigender persönlicher Auseinandersetzung unnachsichtlich vor das Schiedsgericht zu bringen.

Wir wollen, wenn es geht, einen Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen. Wir wollen aber nie wieder in den Sumpf solcher Verdächtigungen hinein und deshalb Klarheit, liebe Freunde, um der Einigkeit willen!

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Verehrte Parteifreunde! Herr Dr. *Hundhammer* hat gebeten, daß ich ihm außerhalb der Rednerliste das Wort erteile.

(Jawohl!)

Wenn Sie damit einverstanden sind, erteile ich Herrn Dr. *Hundhammer* das Wort.

(Allgemeine Zustimmung.)

Ist jemand dagegen?

(Nein!)

Dr. *Hundhammer*: Meine lieben Parteifreunde! Ich habe mich den Nachmittag über nicht zu Worte gemeldet, weil ich gerade durch mein Fernbleiben von der Diskussion die Auseinandersetzungen zu erleichtern glaubte. Mein Name ist trotzdem wiederholt in die Debatte gezogen worden und die letzten Ausführungen waren ja die direkte Aufforderung zu sprechen. Man hat gesagt, wie stellt Dr. *Hundhammer* sich zu den Ausführungen, die Dr. *Müller* programmatisch gemacht hat? Meine Damen und Herren! Wenn diese Linie, die hier heute dargelegt worden ist, immer so klar gewesen wäre, dann hätten wir keinen Grund zur Opposition gehabt.

(Sehr richtig! - Beifall. - Zuruf: Daran fehlt es ja!)

Das ist die Stellungnahme zu den Ausführungen, die gemacht worden sind.
Ich möchte dazu dann ein zweites sagen: Etwas Verschiedenes noch ist das Programm und die praktische Ausführung. Auf die praktische Ausführung kommt es auch an. Wir haben ein halbes Jahr lang praktische Ausführung gehabt in der Verfassunggebenden Landesversammlung. Und dort konnte ich und konnten viele meiner Freunde mit der Haltung von Dr. *Müller* nicht einverstanden sein.

(Sehr richtig!)

Ich wiederhole es hier offen - denn Sie wünschen Klärung, das wurde gesagt -, daß ich es für falsch gehalten habe, daß der Parteivorsitzende sich zum Führer der Opposition gegen vier Fünftel der eigenen Fraktion gemacht hat.

(Sehr richtig!)

Ich hätte es für richtig gehalten, wenn er sich in dem Punkte zurückgezogen hätte. Das ist einer der Gründe, die mich veranlassen dagegenzustehen. Ein anderer Grund, der mich veranlaßt dagegenzustehen und mich zur Kritik veranlaßt, ist der, daß er sich in seinem Mitarbeiterkreis mit Männern umgeben hat, die nicht das ungeteilte Vertrauen der Mitglieder der Partei besitzen. Auf Einzelheiten hier einzugehen ist nicht der Platz.

(Zurufe: Namen nennen! - Wir wollen klären!)

Wollen Sie in Einzelheiten der Namensdiskussion in dem Kreise eintreten? Das ist falsch. Solche Dinge gehören im Rahmen der Parteivorstandschaft erörtert.
Sie müssen sich dazu dann ein anderes überlegen: Es [ist] dann Schutz des Namens Dr. *Müller* verlangt worden, in großem Umfang bei Angriffen auf ihn. Wo ist diese Forderung geblieben, als es sich um andere Männer drehte und um Angriffe auf sie?

(Sehr richtig!)

Ich möchte vor allem eines sagen: Wie oft habe ich Anlaß gehabt - jetzt spreche ich einmal ein Wort aus der Fraktion -, bei den oder jenen Angriffen gegen mich offen zu erklären, daß sie frei erfunden und erlogen sind! Die Herren, die in der Fraktion sind, wissen es. Wo ist da die Stellungnahme geblieben?

(Sehr richtig!)

Wie kommt man überhaupt dazu, mich als den Reaktionär zu bezeichnen? War es nicht gerade ich im Verfassungsausschuß, der diese sozial fortschrittliche Verfassung wesentlich mit beeinflußt hat!

(Sehr richtig!)

Welches sind denn die Konkludenten, die dazu dienen, mich und meine Freunde als die Reaktionäre zu bezeichnen? Es ist nichts als Verleumdung. Nennen Sie Tatsachen, die Sie berechtigen, von Reaktion zu sprechen! War das nicht auch eine Verdächtigung gegen uns?
Ich komme zum Schluß. Ich habe hier nicht die Zeit, ein Referat zu erstatten. Dies steht mir nicht zu. Ich würde es einmal wünschen. Ich glaube, wenn man in anderen Teilen Bayerns bei den Parteifreunden auch einmal jemand von meiner Seite, von unserer Richtung hören würde, würde viel Klarheit da sein und viel Verleumdung unmöglich werden.

(Sehr richtig!)

Aber es sind Leute da - habe ich nicht Grund, das offen hier zu sagen? -, die mit allen Mitteln da und dort versucht haben zu verhindern, daß Dr. *Hundhammer* überhaupt spricht. Ich erinnere an den 30. November, den letzten Fall in Regensburg. Die Regensburger Parteifreunde wissen, daß es aus ihren eigenen Reihen versucht worden ist zu verhindern, daß ich dort spreche. Es wäre da einmal auch die Klage von unserer Seite aufzuführen.

Ich komme zum Schluß. Ich habe meine Meinung zu der Wahl des Parteivorsitzenden gesagt. Ich bin nach wie vor der Auffassung, daß es richtiger wäre, die Wahl des Parteivorsitzenden zurückzustellen, bis das in Gang befindliche Verfahren geklärt ist.

(Pfui! - Beifall. - Zurufe des Widerspruchs.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Das Wort hat Parteifreund Dr. *Arnold*.
Dr. *Arnold*: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich von hier vorne aus (seinem Platz) gleich in medias res gehe. Wenn Sie die Stimmen, die Sie seit fünf Viertelstunden gehört haben, auf sich wirken lassen, dann bleibt doch in Ihrem Gedächtnis im Grunde eine gute Symphonie, trotzdem gelegentlich die eine oder andere Dissonanz wahrnehmbar war. Der Grundton aller Reden, die wir seit fünf Viertelstunden hörten, war doch der, daß wir uns alle finden wollen. Es war für uns außerordentlich erfreulich, und ich glaube, Sie, meine Damen und Herren, waren genauso angenehm davon berührt wie ich, aus dem Munde Dr. *Schlögls* das Bekenntnis zu Deutschland zu hören und genauso erfreut, aus dem Munde Dr. *Müllers* das Bekenntnis zu Bayern zu hören.

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Es war Zeit!)

Diese Tatsache, daß sich diese beiden bisherigen - man kann sagen - Opponenten nun auf einer Linie gefunden haben, ist außerordentlich erfreulich. In einer so großen Partei, wie es die Union ist, wird es allemal vorkommen, daß sich Menschen finden, die irgendwelche Seiten aneinander entdecken, die ihnen gegenseitig nicht gefallen; das wird so bleiben. Dazu ist die Union viel zu menschlich. Wir wollen, trotzdem wir eine christliche Partei sind, nicht vergessen, daß wir alle noch Menschen sind. Menschliche Schwächen wird es auch in der Zukunft geben. Wir wollen nicht gleich alles im rosigsten Lichte sehen, aber das eine wollen wir doch: Wenn Meinungsverschiedenheiten bestehen, wollen wir auch wenn wir wirklich ganz anderer Überzeugung sind, wenn es sich aber um die gute Sache handelt, einig zusammenstehen.

(Beifall.)

Das ist dringend notwendig. Und so möchte ich als einer, der sich zur jüngeren Generation zählt, sagen, daß die Dissonanzen, die gelegentlich von der Jugend her kamen, nicht so ernst waren, wie sie vielfach aufgefaßt wurden. Die Jugend meint es gut, auch die Jugend aus Nürnberg.

(Beifall.)

Die andere Dissonanz, die eben zum Schluß anklang, glaube ich, ist ernst zu nehmen. Herr Dr. *Hundhammer*, was an uns in Nordbayern liegt, Sie können überzeugt sein, Sie werden von uns eingeladen werden; Sie werden uns kennenlernen. Wir sind wirklich bestrebt, die Einheit der Union mit allen Mitteln zu fördern. Aber wir können das nur tun, wenn Sie Ihrerseits die Garantie dafür bieten, daß die Union eine Union bleibt.

(Lebhafter Beifall.)

Im Hinblick auf dieses große und letzte Ziel, meine Damen und Herren, muß ich Sie bitten, bleiben Sie bei der Union und bleiben Sie bei Dr. *Müller*!
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Das Wort hat Parteifreund *Ammann*.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich stelle Antrag auf Schluß der Debatte und Übergang zur Abstimmung.)

Staudinger (Regensburg): Durch Dr. *Hundhammer* bin ich hier angegriffen worden. Der Mann, den er genannt hat, daß er dagegen war, war ich. Es ist der Ruf erfolgt "Pfui!".

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Es ist ein Irrtum; die Bestrebungen sind von München her gekommen.)

Ich will sagen, warum ich dagegen gesprochen habe. Ich bin Vorsitzender der Partei und bin aus diesem Grunde hier für die Einigung, die in Regensburg außerordentlich notwendig ist. Dafür ist einzutreten, und dafür werde ich auch eintreten. Ich wollte aus diesem Grunde nicht haben, daß man einen Exponenten von der Opposition dort in Regensburg bringt, damit man öffentlich sagen kann, die Regensburger sind Anhänger dieser Opposition.

(Oho! - Beifall.)

Mir steht die Einigung viel höher als dieser persönliche Streit und diese Verleumdung, die gegenüber unseren Parteifreunden immer zum Ausdruck kommen.

Ammann: Liebe Parteifreunde, junge Freunde! Ich spreche als junger Franke zu Ihnen. Ich bin ja auch ein *Müller*-Anhänger. Wir sind nicht mit Dr. *Müller* verheiratet. Wir sind auch keine Mitläufer aufgrund seiner schönen blauen Augen - ich weiß nicht, ob er blaue Augen hat -, sondern wir sind kritisch. Dieses Recht steht uns als jungen Menschen zu, kritisch zu sein. Wir betrachten uns jeden, ob sie nun *Müller* oder *Hundhammer* heißen. Hier haben wir erkannt, daß Dr. *Josef Müller* auf der richtigen Linie ist. Wir sind der Meinung, daß er momentan tatsächlich der einzige ist, der als erster Vorsitzender in Frage kommt, ohne andere, die auch in der Union tüchtig sind, in den Hintergrund stellen zu wollen. Ich bitte Sie, auch die Freunde aus Oberbayern, alles auf die Seite und sich wirklich vor Augen zu stellen, was Sie trennende fünf Viertelstunden lang gehört haben: Einigkeit.

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Vorletzter Redner: Dr. *Rindt*.

Dr. *Rindt*: Meine Freunde! Ich habe allmählich den Eindruck, als ob es uns reichen würde. Ich glaube, daß das ganze Problem, wenn man überhaupt von einem Problem reden will, soweit geklärt ist, daß jeder einzelne, falls er es vorher noch nicht gewußt hätte, jetzt genau erkennen kann. Nur ein Wort, bitte, erlauben Sie mir noch zu einem Angriff auf Dr. *Müller* in seiner Haltung als Fraktionsmitglied und als Landesvorstand in der Verfassunggebenden Landesversammlung. Freunde! Ihr kennt mich, soweit Ihr mich kennt, als einen Menschen, der niemals von einem Parteifreund als von einem Reaktionär spricht. Insofern darf ich etwas Objektivität auch für mich in Anspruch nehmen. Tatsache ist, daß bei der Gründung der Christlich-Sozialen Union in Bayern, die Christlich-Soziale Union von den Kreisen des Auslandes als reaktionäre Partei katexochen angesehen wurde. Ich glaube, daß so mancher von uns es selbst bei der Militärregierung am Anfang erlebt hat, daß man so ein klein wenig mit Mißtrauen betrachtet wurde. Sehen Sie - ich spreche nicht dafür und nicht dagegen -, daß auch unser Parteivorsitzender zur Opposition gegangen war und [zu ihr] hielt, das hat im Kontrollrat und Auslande mit in erster Linie den Vorwurf der Reaktion genommen.

Nur ein persönliches Bekenntnis noch. Ich gehöre zu keinem Lager. Ich bin alt genug, um meine persönliche Meinung selbst zu bilden. Eines muß uns klar sein: Wenn wir die Geschichte der Christlich-Sozialen Union in diesem ersten Jahr schreiben, ist der Name Dr. *Müller* damit unlösbar verbunden. Ich nenne es eine Prestigefrage und Anstandspflicht, uns hinter Dr. *Müller* genauso zu stellen, wie irgendein anderer Deckung und Schutz bekommen hätte, der anstelle Dr. *Müllers* die Partei aufgezogen hätte.

Freunde! Seien wir uns klar: Jetzt will man Dr. *Müller* abschießen. Ich kann Sie versichern, man will nicht nur den Vorsitzenden, sondern auch die Union abschießen.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Das Wort hat als letzter Redner, Dr. *Müller*.
Dr. *Müller*: Meine lieben Freunde! Ich habe Ihnen vorhin in meiner Ansprache erklärt, in unserem Bekenntnis zum Christentum liege das Bekenntnis zum Ausgleich. Infolgedessen werde ich selbst auch jedes Wort vermeiden, das den Ausgleich irgendwie hemmen könnte.

(Beifall.)

Wenn Parteifreund *Hundhammer* das eine oder andere gesagt hat, was leicht zu widerlegen ist - denn ich selbst war ja nicht bei Oberbayern eingeladen, während die Freunde aus Oberbayern bei uns immer da sind; sie sind im Landesausschuß vertreten -, wenn er darauf hingewiesen hat, daß ich vielleicht eine falsche Politik machen könnte, so kann ich dem entgegenhalten, daß sie ausdrücklich vom Landesausschuß genehmigt wurde; und so könnten wir die Diskussion endlos mit Rede und Gegenrede fortsetzen. Das würde nicht weiterführen. Wir müssen arbeiten, infolgedessen auch nicht mehr über diese Dinge reden. Wird eine Rechtfertigung verlangt, werde ich sie gerne vor irgendeinem Gremium der Union geben.
Zu den anderen Fragen, die hier berührt wurden, darf ich nur eines sagen: Meine lieben Freunde, was von Parteifreund Dr. *Schlögl* vorgebracht wurde, wenn er sich jetzt klar zum Föderalismus bekannt hat, war so, daß ich sagen muß, *Haußleiter* hat Recht. Für mich hat es nie ein Abweichen von der Linie gegeben. Aber wenn ich in Berlin für den Föderalismus eintrete, ist das mindestens genausoviel wert, wie wenn ich in Bayern dafür eintrete. Und wie recht ich damit habe, ersehen Sie daraus, daß die SED-Zeitung in Berlin zwei Bilder nebeneinander gebracht hat, nachdem ich dort im Wahlkampf gesprochen habe. Auf der einen Seite bildete sie *Schumacher* ab, auf der anderen mich, während wir gerade in der Rede sind und dann erklärte sie:

> Ebensowenig wie der Mann auf dem Bilde rechts, hat der Mann auf dem Bilde links zu sagen.

- Also *Schumacher*; der Mann auf dem Bilde rechts, das bin ich -

> Auch dieser Koalitionsfreund *Schumacher[s]*, der CDU-Vertreter Dr. *Müller* aus Bayern, bringt Berlin kein reelles Geschäft. Seine Politik des Föderalismus würde Berlin seines Charakters als Hauptstadt Deutschlands entkleiden und die Stadt zum Niedergang verurteilen. Der Berliner weiß, was er will, auch was er wählen will.

Meine lieben Freunde, suchen Sie den Mittelweg! Er ist immer schwer zu finden. Wir werden erst recht auch hier an die praktische Arbeit gehen müssen. Wir werden dann zeigen müssen, worin unser Föderalismus besteht, und gerade die Union arbeitet jetzt praktisch schon voraus. Ich kann Ihnen soviel heute schon sagen, daß dann unser Programm in staatspolitischer Hinsicht für das neue Deutschland eine zweite Kammer vorsehen wird, die gerade von den einzelnen Gliedern des neuen Deutschland getragen wird. Das ist dann praktischer Föderalismus, ist mehr wert als irgendein Wort, das leichthin gesprochen wird. Sie haben es ja auch gemerkt. Sie mögen über irgendeine Abstimmung streiten, aber eines war klar: Als von der Sozialdemokratie, bestimmt aus propagandistischen Gründen, der Antrag gestellt wurde, daß Reichsverfassungsrecht Landesverfassungsrecht brechen solle, da hat die Union geschlossen gestimmt. Das war kennzeichnend, und das war bedeutungsvoller als die eine oder andere Ab-

stimmung, die vorher ging. Ich weiß nicht, ob man auf diese Themen eingehen soll. Aber wenn ich damals gestimmt habe, wie mein Gewissen mir vorgeschrieben hat, und auch in dem Falle als Bayer klar zum Ausdruck bringen wollte, daß wir mit allen übrigen Gliedern des neuen Deutschland auf gleicher Ebene stehen, dann mußte ich meinem Gewissen gemäß handeln, gerade weil ich zeigen mußte, daß ich als Persönlichkeit geradestehe. Ich hätte es als feige angesehen, wenn ich aus dem Saal hinausgegangen wäre. Meine lieben Freunde, es kommt darauf an, daß wir allüberall klare Entscheidungen treffen.

Wenn Parteifreund *Schlögl* auf die Außenpolitik hingewiesen hat: Wir werden von der Außenpolitik abhängig sein. *Hitler* hat es ja durch seinen Krieg, den er bis zum bitteren Ende führte, dahin gebracht, daß wir eigentlich nur Objekt der Außenpolitik sind. Aber es hat uns gerade der amerikanische Außenminister *Byrnes* begründete Hoffnung gegeben, daß wir wieder zum Eigenleben kommen können. Das sehe ich als den Haupterfolg der letzten Zeit in der Außenpolitik, bestimmt nicht durch unsere Kraft uns beschert, sondern durch die Kraft, die uns dort gezeigt wird - ich möchte auch da sagen -, durch die Kraft einer Partei, die zu unserer Kulturauffassung gehört, daß wir auch einen Fingerzeig bekommen, daß wir wirklich wieder freie Demokraten werden und als freie Demokraten mit Demokraten reden können. Das hat nichts mit dem Ausspielen einer Macht gegen die andere zu tun. Gerade weil ich das nicht will, daß Mächte ausgespielt werden, habe ich immer den Grundsatz verfochten, daß keine Besatzungsmacht von uns angegriffen werden darf. Jeder Angriff könnte leicht dahin führen, daß ein neuer Nationalismus entsteht. Was wäre dann der Erfolg? Dann würden wir vielleicht zum Krieg hinspielen. Niemand von uns aber kann die Verantwortung dafür tragen, daß wir irgendwann wieder mitschuldig an einem neuen Krieg werden. Infolgedessen vertrete ich hier die Auffassung, daß gerade wir alles dazu tun müssen, daß die Mächte, und zwar alle Mächte, sich verstehen. Das ist der klare Weg.

Damit diene ich dem, was ich in der Vergangenheit getan habe, damit komme ich, nur mit einer Bemerkung, zu dem, was *Hundhammer* gemeint hat, wenn er vom Spruchkammerverfahren gesprochen hat. Ich glaube, es wird wenige geben, die dem Spruchkammerverfahren so entgegengehen wie ich ihm entgegengehe. Ich brauche Ihnen nur eine Seite aus dem Tagebuch von *Ulrich von Hassell*, dem früheren deutschen Botschafter in Rom, vorlesen, das jetzt gerade in der letzten Woche in der Schweiz neu herausgekommen ist. *Hassell* schreibt im März 1940 in seinem Tagebuch, er sei gegen Mittag bei *Nostitz* gewesen:

> Nach seiner Kenntnis wird die Offensive sowohl Richtung Belgien-Holland wie Dänemark-Norwegen mit aller Energie weiter vorbereitet. Er bat mich im Auftrag von *O* (*Oster*) und *D* (*Dohnanyi*) nachmittags zu *Schnabel* (*Beck*) zu gehen. Das tat ich; ich fand ihn zunächst allein und sprach mit ihm die Lage durch. Dann kamen *O* (*Oster*) und *D* (*Dohnanyi*); sie lasen mir außerordentlich interessante Papiere über Gespräche eines katholischen Vertrauensmannes mit dem Papst vor, der seinerseits daraufhin über *Osborne* (englischen Gesandten am Vatikan) mit *Halifax* Verbindung aufgenommen hatte. (...)
>
> Der Papst wäre danach erstaunlich weit gegangen im Verständnis für deutsche Interessen. *Halifax*, der dabei ausdrücklich für das British Government gesprochen hat, ist wesentlich verklausulierter in der Formulierung, berührt auch Punkte wie "Dezentralisierung in Deutschland" und "Volksabstimmung in Österreich". Im ganzen ist deutlich der Wille zum anständigen Frieden ersichtlich, und der Papst hat dem Vertrauensmann gegenüber stark betont, daß solche Dinge wie "Dezentrali-

sierung" und "Volksabstimmung in Österreich" bei sonstiger Einigkeit durchaus kein Hindernis für den Frieden bilden würden. Voraussetzung für das ganze ist natürlich eine Regimeänderung und Bekenntnis zur christlichen Sittlichkeit. - Zweck der Beratung mit mir war, erstens mein authentisches Urteil zu hören; zweitens mich zu bitten, die Sache an *Halder* heranzubringen, weil sich von anderen Mittelsleuten kein Erfolg versprochen werden könnte.

Die Bemerkung dazu ist:

(...) Diese "Gespräche" durch Vermittlung des Papstes zur Festlegung der Verhandlungsgrundlage für einen Frieden nach deutschem Regimewechsel werden im allgemeinen Aktion X genannt. Der Vertrauensmann X ist Rechtsanwalt Dr. *Josef Müller*. Sein Name wurde auch in dem Schlußbericht nicht genannt; denn dieser sogenannte X-Bericht sollte die Bereitschaft der Generale zum Handeln fördern; er mußte deshalb formuliert werden unter Berücksichtigung der Gefahr, daß er in unrechte Hände geriet.

(Beifall.)

Es kommt im April 1940 eine weitere Erklärung. Dort wird erklärt: *Oster* und *Dohnanyi* zeigten ihm, *Hassell*,

weitere Aufzeichnungen des Vertrauensmannes (Dr. *Josef Müller*), aus denen hervorgeht, daß der Papst und die Engländer an ihrem Standpunkt festhalten.

Es wird dann das Ergebnis erörtert und dann erklärt, daß die Generale zum Handeln veranlaßt werden sollen.
Meine lieben Freunde, ich darf mit zwei Sätzen sagen, ich bin zuerst zur militärischen Opposition unter Generaloberst *Beck* gekommen. Um diese Friedensverhandlungen führen zu können, wurde ich dann als Abwehroffizier einberufen. Ich mag heute nicht sagen, was ich sonst noch für Dokumente vorlegen kann. Aber ich glaube, daß sich das hören läßt, und zwar weil damit der Beweis erbracht wird, daß wir damals schon dastanden, als andere im Kriege standen.

(Beifall.)

Als *Hitler* auf dem Höhepunkt der Macht war, habe ich daran mitgearbeitet, daß der Tyrann gestürzt würde. Ich begrüße es, daß sich auf diese Weise die Öffentlichkeit damit befassen kann. Nicht nur ich, auch die Union wird dabei gut dastehen.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Verehrte Parteifreunde! Wir sind damit am Schluß der Aussprache angekommen. Wir haben jetzt zunächst noch über den Antrag *Haußleiter* abzustimmen. Ich will ihn noch einmal vorlesen:

Die Landesversammlung beauftragt den Landesvorstand, jeden Fall parteischädigender persönlicher Auseinandersetzungen unnachsichtlich vor das Schiedsgericht zu bringen.

Ich lasse darüber abstimmen. Enthält sich jemand? Ist jemand gegen diesen Antrag?
(Ist nicht der Fall.)
Der Antrag ist einstimmig angenommen.

(Beifall.)

Damit stehen wir am Schluß und kommen zur Wahl.
Verehrte Anwesende! Bevor wir jetzt den Akt der Wahl vornehmen, halte ich es für meine Pflicht, nachdem ich nun einmal an diese Stelle befohlen bin, hier dem Manne, der heute den Vorsitz in unsere Hände, in die Hände der Landesversammlung zurückgegeben hat, im Namen der Landesversammlung den Dank auszusprechen für die Arbeit, für die Mühen und für die Opfer, die er in diesem schweren Kampf im letzten Jahr gebracht hat.

(Lebhafter Beifall.)

Man mag zu Dr. *Müller* stehen, wie man will, das muß jeder sagen: Er hat sich mit seiner ganzen Persönlichkeit und mit seiner Ehre für die Union eingesetzt.

(Beifall.)

Das danken wir ihm und nun schreiten wir zur Wahl. Auch dazu ein Wort: Es ist heute schon gesagt worden, diese Stunde ist eine Stunde von historischer Bedeutung für die Christlich-Soziale Union. Ich bitte Sie, verehrte Parteifreunde, daß Sie sich dessen bewußt bleiben, was diese Stunde jetzt bedeutet. Es schaut nicht bloß die ganze Christlich-Soziale Union, es schaut ganz Bayern und weit darüber hinaus die Welt heute auf uns, wie wir uns entscheiden. Handeln Sie nach Ihrem Gewissen! Ich lasse die Wahlzettel austeilen.

(Lebhafter Beifall.)

Verehrte Anwesende! Es wird folgendermaßen abgestimmt: Jeder schreibt auf den Zettel den Namen [dessen], den er eben als Vorsitzenden wählen will. Dann bitte ich die drei Herren, die für die Wahlkommission bestimmt sind, Ihres Amtes zu walten.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Zur Abstimmung! Nachdem nur ein Kandidat vorgeschlagen und kein Gegenkandidat aufgestellt ist, halte ich es für richtig, in der Form abzustimmen, daß man mit Ja oder Nein stimmt.)

Es wird vorgeschlagen, daß man mit Ja oder Nein stimmt, nachdem bloß ein Kandidat vorgeschlagen ist.

(Widerspruch. - Zurufe: Den Namen!)

Die Mehrheit scheint doch den Namen zu wünschen.
Dr. *Schlögl*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute eine Wahl. Bei einer Wahl muß man wählen - darüber gibt es keinen Zweifel -; ich wäre dem Antrag *Hundhammer* beigetreten. Da aber das, was Sie wollen, keine Wahl wäre, wenn Sie nur verlangen, daß der Name *Müller* vorgeschlagen ist, so schlage ich einen zweiten Namen vor, und zwar den Parteifreund *Krehle*. Da kann man jetzt wählen.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Bitte wählen Sie!

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich schlage als dritten Kandidaten Dr. *Hundhammer* vor.)

Als dritter Kandidat wird Dr. *Hundhammer* vorgeschlagen.

(Zuruf *Euerl*: Zur Geschäftsordnung! Die Abstimmung hat bereits begonnen. Da kann kein Name mehr vorgeschlagen werden.)

Laßt doch endlich einmal die Sache anlaufen! Es sind drei Namen genannt. Die Abstimmung beginnt. Jeder kann wählen.

(Zuruf *Liedig*: Noch nicht einsammeln! - Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte auf etwas aufmerksam machen - es sind verschiedene da, die nicht stimmberechtigt sind -, daß die Einsammler sich die Stimmberechtigungsausweise vorzeigen lassen. - Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Meines Erachtens muß die Wahl unbedingt droben an der Urne vorgenommen werden.)

Damit es keinen Zweifel gibt, wollen wir die Wahl vorne machen. Ich bitte um Ruhe. Das Wort hat Dr. *Horlacher*.
Dr. *Horlacher*: Zur christlichen Politik gehört auch die Ehrlichkeit; Freunde, die nicht stimmberechtigt sind, stimmen nicht ab.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Ich bitte, die Abstimmung abzustoppen. Es sind soviel Beschwerden eingelaufen. Wir können es nicht so machen. Wir teilen neue Stimmzettel aus, dann soll jeder vorne vorbeigehen, sein Name wird genannt und der Wahlzettel abgegeben.

(Zuruf: Jeder Stimmberechtigte hat seine Teilnehmerkarte, und es genügt doch, wenn er einfach diese vorzeigt.

Aber er muß hier vorne abstimmen.

(Verschiedene Zurufe: Zur Geschäftsordnung!)

Es kann nicht immer zur Geschäftsordnung gemeldet werden; da kommen wir ja vor lauter Geschäftsordnung nicht zum Geschäft.
(Während der Abstimmung.) Verehrte Anwesende, ich halte es für meine Pflicht, in diesem Augenblick die Versammlung darauf aufmerksam zu machen, daß vor der Türe ein Mann steht und Flugblätter gegen Dr. *Müller* verbreitet. Wie er heißt, können Sie sich denken.

(Zuruf: *Messmer*!)

Es ist immer der gleiche Verräter.
Die Abstimmung ist geschlossen.
Der Vorsitzende des Wahlausschusses gibt das Resultat bekannt.
Sedlmayr: Es sind insgesamt 428 Stimmen abgegeben worden; auf Dr. *Müller* sind entfallen 327 Stimmen,

(Lebhafter Beifall.)

auf *Krehle* 61, Dr. *Hundhammer* 29 und Dr. *Horlacher* eine Stimme. Leer sind zehn Stimmzettel.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Ich frage Herrn Dr. *Müller*, ob er die Wahl annimmt.
Dr. *Müller*: Ich nehme die Wahl an.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Ich gratuliere Herrn Dr. *Müller* und der Christlich-Sozialen Union zum Ausgang dieser Wahl. Es sind 76,4% für Dr. *Müller*.

(Lebhafter Beifall.)

Ich übergebe den Vorsitz Herrn Dr. *Müller*.
(Dr. *Müller* übernimmt den Vorsitz.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke allen, die mir das Vertrauen ausgesprochen haben. Ich danke Ihnen allen, die Sie abgestimmt haben. Es ist für mich eine Selbstver-

ständlichkeit, daß ich in dem Augenblick, in dem ich jetzt mein Amt antrete, diejenigen, die glaubten, mir Ihre Stimme nicht geben zu können, bitte, doch vertrauensvoll mit mir zusammenzuarbeiten.

(Lebhafter Beifall.)

Wollen wir die Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft schlagen, wollen wir vergessen, wollen wir zusammenstehen und gemeinsam der Union dienen! Meine lieben Freunde, in diesem Sinne werde ich mein Amt weiterführen. In diesem Sinne begrüße ich Sie, die Christlich-Soziale Union. Wenn ich mich vorhin mit der Bitte verabschiedet habe, Gott möge die Christlich-Soziale Union segnen, so bitte ich jetzt - und ich geniere mich nicht -, daß auch der Segen Gottes auf unserer Arbeit in der Zukunft ruhen möge.

(Lebhafter Beifall.)

Damit ist das Programm für heute abgewickelt. Wir werden morgen die Tagung fortsetzen. Ich schließe die heutige Tagung. Wiederbeginn morgen früh 9 Uhr. Um 8 Uhr früh ist für die katholischen Mitglieder der Landesversammlung ein Pontifikalamt in der Schutzengelkirche, zu gleicher Zeit für die evangelischen Mitglieder Gottesdienst in der evangelischen Kirche.
Morgen vormittag dürfen nur die der Union angehörenden Personen und selbstverständlich die Vertreter der Militärregierung teilnehmen.

(Zuruf: Heute abend?)

Heute abend ist die kulturelle Veranstaltung der Stadt Eichstätt hier im Hause, wozu alle Freunde herzlich eingeladen sind. Sie beginnt um 20.30 Uhr.
Noch eine Frage?
(Nein.)
Es wünscht niemand mehr das Wort; dann schließe ich die Sitzung.

Schluß der Sitzung 19.25 Uhr.
Wiederaufnahme der Sitzung: 15. Dezember 1946, 9.18 Uhr.

Die Sitzung wird unter dem Vorsitz des Mitgliedes des geschäftsführenden Vorstandes, *Lorenz Sedlmayr*, um 9.18 [Uhr] wieder aufgenommen.
Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Werte Parteifreunde, meine Damen und Herren! Der Herr Parteivorsitzende Dr. *Müller* ist gestern noch gebeten worden, nach Berlin zu einer Besprechung mit Herrn General *Clay* zu kommen. Aus diesem Grunde hat er mich beauftragt, die Versammlung heute morgen hier zu eröffnen. Er hat außerdem den Herrn Kollegen Dr. *Horlacher* und den Abgeordneten *Haußleiter* mit mir zusammen für die Zeit seiner Abwesenheit mit seiner Stellvertretung beauftragt. Ich darf Ihnen vielleicht die Mitteilung bekanntgeben, die in dieser Angelegenheit der Presse übergeben worden ist. Sie lautet:

> Bereits eine Stunde nachdem die Wiederwahl von Herrn Dr. *Josef Müller*, die mit überwältigender Mehrheit erfolgte, bei der Militärregierung von Bayern amtlich bekannt geworden war, ließ Herr General *Clay* Herrn Dr. *Josef Müller* benachrichtigen, daß er eine möglichst baldige Aussprache mit Dr. *Josef Müller* über die politische Lage für zweckmäßig erachte. General *Clay* ließ im Hinblick darauf, daß die derzeitige Bayerische Regierung am Montag, den 16. Dezember 1946 endgültig zu-

rücktreten müsse, wissen, daß er es sehr begrüßen würde, wenn die Begegnung zwischen Dr. *Josef Müller* und ihm noch vor diesem Termin, möglichst bereits am Sonntag, den 15. Dezember 1946 stattfinden könnte. Obwohl am heutigen Sonntag noch entscheidende Beratungen auf der Tagesordnung der Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union stehen, glaubte Herr Dr. *Josef Müller*, diesem dringlichen Wunsch des Herrn Generals *Clay*, bereits am Sonntag, den 15. Dezember eine Zusammenkunft mit ihm zu haben, entsprechen zu sollen.
Die Militärregierung von Bayern ließ sofort einen Sondertriebwagen zur Verfügung stellen, mit dem Dr. *Josef Müller* noch in der Nacht nach Frankfurt reiste, von wo er im Morgengrauen des heutigen Tages mit einem Sonderflugzeug zu Herrn General *Clay* nach Berlin startete.

(Lebhafter Beifall.)

Zur heutigen Verhandlung darf ich bemerken,

(Zurufe: Lauter!)

- ich spreche so laut, daß es jedermann verstehen kann, sofern hier die Ruhe bewahrt wird -, daß es erwünscht ist, daß wir unsere Verhandlungen nicht allzu[lange] ausdehnen. Vielleicht ist es sogar möglich, daß wir bis 13 Uhr fertig werden. Wir haben schon die Erfahrung gemacht, daß, wenn nachmittags noch Verhandlungen stattfinden, ein großer Teil der Teilnehmer überhaupt nicht mehr anwesend ist, oder daß sich nach und nach die Versammlung aufzulösen beginnt. Das ist immer ein übler Zustand. Es wäre also erfreulich, wenn wir uns eine Reserve in der Art auferlegen könnten, daß wir mit unseren Verhandlungen bis 13 Uhr fertig werden.
Zur Geschäftsordnung ist mir ein Antrag vom Bezirksverband Nürnberg, Jugendkreis, übergeben worden. Es wird beantragt, daß auch zur heutigen Sitzung Parteimitglieder als Gäste zugelassen werden. Der Antrag ist an sich zulässig. Es ist also zu fragen, ob Einwendungen dagegen erhoben werden.
Schwarzer: Zur Geschäftsordnung! Verehrte Parteifreunde! Wir haben jetzt eine Aussprache, die die allgemeine Lage in Bayern betrifft. Deshalb möchte ich anfragen: Sind die Verhandlungen von heute vertraulich zu behandeln oder nicht?
Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Vertraulich! Die Presse ist jetzt nicht zugegen.
Schwarzer: Es versteht sich meines Erachtens von selbst, daß Verhandlungen über innerpolitische Fragen in Bayern, wenn sie auch in der Öffentlichkeit diskutiert werden, vertraulicher Natur sind. Ich wäre deshalb der Meinung, daß wir hier beschliessen, die Verhandlungen heute vormittag bzw. überhaupt alle Verhandlungen, soweit sie die politische Lage betreffen, absolut vertraulich zu behandeln. Jeder hat es mit sich selbst auszumachen, wenn er diese Vertraulichkeit verletzt.
Liedig: Nach den Satzungen steht die Teilnahme an den Verhandlungen der Landesversammlung jedem eingeschriebenen Mitgliede als Gast offen. Ich bin der Auffassung, daß die Presse nicht zuzulassen ist, da die Pressevertreter ja nicht Parteimitglieder sind, sondern für die öffentliche Nachrichtenübermittlung arbeiten. Ich schlage vor, daß der Presse heute nachmittag, nach Schluß der Verhandlungen, eine vom Vorstand zu beschließende allgemeine Erklärung übergeben wird, möchte aber den Antrag stellen, daß Parteimitglieder an den heutigen Verhandlungen als Zuhörer teilnehmen dürfen.

(Widerspruch.)

Schmideder: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte zu dieser Angelegenheit bemerken, daß man Parteimitglieder, die sich schon der Mühe unterzogen und das Opfer auf sich

genommen haben, an der Landestagung teilzunehmen, auch an dieser Sitzung teilnehmen lassen soll. Es gibt nach meiner Ansicht keine vertraulichen Dinge, die nicht an die Öffentlichkeit gelangen könnten. Es ist ganz verkehrt, wenn wir eine solche Politik betreiben, sondern ich bin dafür, daß das, was hier gesprochen wird, ein jedes Parteimitglied wissen darf.
Dr. *Stang*: Zur Geschäftsordnung! Es ist wohl nichts dagegen einzuwenden, daß auch Gäste anwesend sind, vorausgesetzt, daß sie Parteimitglieder sind, und weiter, daß sie sich jeder demonstrativen Applaudierung oder ablehnenden Einmischung in unsere Verhandlungen enthalten.

(Zuruf: Das kann man nicht kontrollieren!)

Baumeister: Zur Geschäftsordnung! In dieser Frage stehe ich auf dem Standpunkt: Wenn die Satzungen vorschreiben, daß Parteimitglieder zu der Sitzung der Landesversammlung Zutritt haben, dann haben sie Zutritt. Wir wollen und müssen uns auf den Standpunkt der Satzungen stellen, die wir gestern erst angenommen haben.
Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Ich glaube, es ist nicht notwendig, daß wir die umfangreiche Geschäftsordnungsdebatte fortsetzen. Es dürfte genügen, was bisher ausgeführt worden ist.
Karl Huber: Wir sind alle zweimal geprüft worden, ob wir berechtigt sind, hier hereinzugehen. Ich stelle den Antrag, daß die Gäste hierbleiben, daß aber geprüft wird, ob sie tatsächlich Mitglieder der CSU sind.

(Sehr richtig!)

Wenn *wir* zweimal kontrolliert werden, dann wollen wir haben, daß da oben (auf der Empore) auch zweimal kontrolliert wird.
Liedig: Geschieht auch!
Hagn: Zur Geschäftsordnung! Ich glaube, daß die Tagesordnung von heute vormittag von so eminent großer Bedeutung ist, daß wir eine Störung in dem Sinne, wie sich Herr Kollege *Stang* ausgedrückt hat, überhaupt nicht dulden können. Wir kommen viel schneller voran und zum Ziel, wenn wir hier im vertraulichen Kreise diese eminent wichtigen Fragen behandeln. Ich stelle den Antrag, daß keine Gäste zugelassen werden.

(Unruhe. Zurufe: Abstimmen!)

Dr. *von Eicken*: Ich stelle den Antrag auf Schluß der Debatte. Wir haben etwas anderes zu tun.
Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Ist jemand dagegen?

(Zurufe: Schluß!)

Ist jemand dagegen?
Nein, das ist nicht der Fall.
Der Antrag ist also angenommen.

(Unruhe: Widerspruch.)

Ich will zur Abstimmung darüber schreiten. Nach der Satzung können Parteimitglieder an der Landesversammlung teilnehmen. Wenn dies völlig klar ist, so bin ich der Auffassung, daß es dann einer Abstimmung an sich nicht bedarf.

(Zuruf: Warum fragt man dann?)

Es liegt ein Antrag vor. Wer nicht Parteimitglied ist, hat hier nichts zu suchen. Wer Parteimitglied ist und es nachweist, kann an den Verhandlungen teilnehmen unter den selbstverständlichen Voraussetzungen, die der Herr Abgeordnete Dr. *Stang* ausdrücklich betont hat. Ich unterstreiche, ich glaube, daß unter diesen Umständen eine formale Abstimmung gar nicht erforderlich ist.

(Zurufe: Doch. Widerspruch.)

Gut, dann soll eine formale Abstimmung erfolgen.
Dr. *Balling*: Zur Abstimmung! Es muß damit Schluß gemacht werden, daß Anträge unter den Tisch fallen. Wenn ein Antrag gestellt ist, darf nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden. Wenn der Antrag begründet ist, muß darüber abgestimmt werden. Es ist gestern schon vorgekommen, daß ein Antrag einfach übergangen worden ist. Über die Anträge wird abgestimmt. Das ist ein sehr einfaches Verfahren.

(Zuruf: Ich bin der Ansicht, daß man die Satzung durchführen soll.)

Der Antrag lautet: Es wird beantragt, daß auch zur heutigen Sitzung Parteimitglieder als Gäste zugelassen werden können.
Dr. *Horlacher*: Können! Es kann Beschluß gefaßt werden!

(Zuruf: Abstimmen!)

Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Wir stimmen über den Antrag ab. Der Wortlaut der Satzung wird noch einmal verlesen.
Liedig: § 69 Absatz I der Satzung über die Teilnahmeberechtigung lautet:

> Die Verhandlungen sind jedem eingeschriebenen Mitglied als Gast gegen Vorweisen der Mitgliedskarte nach Verfügbarkeit des Raumes zugänglich. Wortmeldungen von Gästen sind durch ein Versammlungsmitglied anzubringen und bedürfen der Zustimmung der Versammlung.

Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Noch ein Redner zur Geschäftsordnung! Ich bitte aber, sich kurz zu fassen.
Baumeister: Nach Fassung dieser Satzung ist eine Abstimmung nicht am Platz. Deswegen möchte ich aber nicht sagen, daß diese Satzungen günstig sind; denn es soll einer Landesversammlung die Möglichkeit vorbehalten bleiben, daß sie entweder öffentlich oder vertraulich verhandelt.
Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Ich möchte mich doch auf den Standpunkt stellen, daß der Sachverhalt genügend geklärt ist. Es ist eine klare Bestimmung darüber in den Satzungen enthalten. Wenn dieser Antrag trotzdem noch gestellt worden ist, so wahrscheinlich in der Annahme, es könnte vielleicht nicht zulässig sein, daß Parteimitglieder hier teilnehmen. Nachdem das aber geklärt ist, ist die Entscheidung bereits getroffen.
Rendle: Das Kapitel, das hier behandelt wird, ist ein sehr wichtiges, und es muß festgestellt werden, wer hier wirklich Gast ist.

(Zuruf: Schluß!)

Wir haben gestern droben auf der Galerie die Erfahrung gemacht, daß alles gute Ersuchen, diese Leute zur Ruhe zu bringen, umsonst war. Darum stelle ich mich heute auf den Standpunkt, daß wir auch die Leute, die Mitglieder unserer Partei sind, vielleicht doch nicht hier brauchen, weil sie nicht Ruhe bewahren können.
Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Ich mache noch [einmal] ausdrücklich darauf aufmerksam, daß aufgrund der Satzungen [eine] Abstimmung nicht erforderlich ist.

Wir haben nun genügend über diesen Punkt diskutiert. Wir wollen in die Verhandlungen eintreten.
Geiselberger: Ich stelle einen Antrag, ich bitte ums Wort.
Dr. *Horlacher*: Soll es wieder so angehen wie gestern? Wir haben gestern die wichtigsten Tagesordnungspunkte erledigt. Wir haben gar kein Bedürfnis, in dieser Versammlung zu bleiben, wenn das nicht aufhört. Wenn die Herren nicht Disziplin und Ordnung halten können, werden wir das Lokal verlassen.

(Sehr richtig!)

Der Antrag auf Schluß der Debatte, liebe Freunde, ist ein purer Unsinn. Es hat sich niemand zu Wort gemeldet gehabt. Man kann den Antrag auf Schluß der Debatte nur stellen, wenn sich jemand zu Wort gemeldet hat. Sie müssen erst das politische ABC lernen.
Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Ich stelle dann noch ausdrücklich fest, daß auch die Gäste verpflichtet sind, vertraulich zu behandeln, was hier erörtert wird.
Wir treten nun in die Tagesordnung ein. Punkt 3 der Tagesordnung lautet: "Beschlußfassung über die Richtlinien der künftigen Politik der Christlich-Sozialen Union, insbesondere in der Frage der Regierungsbildung in Bayern."
Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Darf ich hier feststellen, daß der engere Landesvorstand gestern abend beschlossen hat, der Versammlung mitzuteilen, daß von einer Beschlußfassung über diese Gegenstände hier in diesem Gremium keine Rede sein kann.

(Beifall.)

Wir werden jedem Gelegenheit geben, der etwas Vernünftiges zu sagen hat, das zu tun. Wir werden es zur Kenntnis nehmen. Die Fraktion der CSU hat ihre Entscheidungen dann selbständig zu treffen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Ich habe an dieser Besprechung teilgenommen, ich weiß aber nichts davon, Kollege Dr. *Horlacher*.
Dr. *Horlacher*: Es ist aber bestimmt gesagt worden.
Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Ist ein solcher formeller Beschluß gefaßt worden?

(Zuruf: Von allen sieben, die dabei waren!)

Dr. *Horlacher*: Bestimmt! Wenn ich etwas sage, dann ist es bestimmt so. Ich habe mit Dr. *Müller* selber darüber gesprochen. Diese Dinge eignen sich unmöglich für eine Beschlußfassung.
Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Herr Kollege Dr. *Horlacher*! Es ist richtig, daß in diesen Dingen kein offizieller Beschluß zu fassen ist. Das ist klar. In diesem Sinne ist auch gesprochen worden. Wir haben selbst keinen offiziellen Beschluß in dieser Angelegenheit herbeigeführt.
Nun können wir in die Beratungen eintreten.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Ich bitte, Wortmeldungen hier abzugeben und nicht endlos Geschäftsordnungsdebatten heraufzubeschwören. Wir wollen endlich in die Beratungen eintreten.
Konrad: Meine lieben Freunde von der Union! Eine soziale Pflicht hat mich hier an das Rednerpult geführt, eine soziale Pflicht, die heute einen viel breiteren Raum ein-

nimmt, als man das je gedacht hätte. Wir sind ja von der schmaleren Basis des Arbeiterstandes aus heute in das große soziale Problem der breiten Schichten unseres Volkes hineingerückt, das durch den Zusammenbruch, in dem wir stehen, proletarisiert wurde. Wir haben eine soziale Not in einer Breite bekommen, daß die Fraktion unserer Union im Bayerischen Landtag vor einer Aufgabe von so ungeheuerer geschichtlicher Größe steht, wie sie seit Jahrhunderten wohl kaum irgendwo in Erscheinung getreten ist. Wenn ich aber von der sozialen Not spreche, dann sage ich: Noch eine grössere Sorge steht heute vor uns: Die Frage, ob es uns gelingt, die Demokratie über dieses Meer von sozialer Not, von Rechtsnot, von Unrecht und von Lüge zu retten.

(Sehr gut!)

Schon einmal in der deutschen Geschichte ist die Demokratie zugrunde gelogen worden.

(Sehr gut!)

Da ist es wohl notwendig, klar zu sehen, was vor uns liegt. Ich begrüße die überschäumende Kraft der Jugend. Wir brauchen sie notwendig in der Union. Ich nehme es nicht so tragisch, wenn einmal da und dort ein Wort fällt, das wir nicht billigen können.

(Sehr richtig!)

Aber eines wollen wir in der Demokratie festhalten. Wir haben heute mit drei Todfeinden zu rechnen: Der erste Todfeind ist die soziale, zum Himmel schreiende Not unseres Volkes, der zweite die Rechtsnot und der dritte die Lüge.

(Dr. *Horlacher*: Der vierte Todfeind ist die politische Dummheit!)

Wir wissen, gegen Dummheit kämpfen Götter vergebens.

(Beifall.)

Aber dennoch wollen wir den Kampf aufnehmen. Wir müssen ihn aufnehmen als eine geschichtliche Aufgabe.
Wenn ich zunächst ein paar Worte über die soziale Not sagen darf, dann gilt es, folgendes zu bedenken: Wenn beispielsweise Betriebsräte vom Baugewerbe mir erklären: Wir sind zur Schwarzarbeit gezwungen, um unsere Familien ernähren zu können, so ist das ein trauriger Zustand. Wenn ich Zeitungen und Zeitschriften in die Hand bekomme und darin eine Anzeige lese, in der es beispielsweise heißt: Musiker gesucht mit 1200 RM monatlicher Gage, freier Verpflegung, Rauchwaren frei und sonstige Begünstigungen; dann frage ich mich: Wo bleibt das soziale Gewissen,

(Sehr gut!)

wo bleibt der Preiskommissar, der diese Zeitschriften auch lesen sollte? Wenn ich von der Heimarbeit, einem Arbeitsgebiet für Hunderttausende der Ärmsten unserer Armen höre, daß da wieder Stundenlöhne von zehn Pfennig herauskommen und daß es aber auf der anderen Seite in der Heimarbeit Löhne gibt, die zwei Mark und darüber betragen, dann sage ich: Hier ist die Lohnpolitik zur reinen Anarchie geworden.

(Sehr richtig!)

Uns sind heute vielfach noch die Hände gebunden. Es geht uns wie in dem Wort der biblischen Geschichte: Herr, wir haben die ganze Nacht gefischt und unsere Netze sind leer geblieben. So geht es uns heute auch vielfach noch in der sozialen Frage. Ich

hoffe, daß diese Lohnungerechtigkeiten aus der Zeit der Hitler-Diktatur beseitigt werden können, ehe Jahr und Tag vergeht. Es ist ein weiter Weg, der bei der Lohnfrage vor uns liegt, wenn er über die Militärregierung zum Kontrollrat und über den Länderrat geht. Das sind so viele Instanzen, und so viele Beratungen liegen dazwischen, und es ist ein so langer Weg, daß zwischendurch unendlich viel verkümmern kann.
Nun noch eine zweite Frage: Ich habe von der Rechtsnot gesprochen. Wir empfinden vor allem eine Frage vordringlich - und da wünschen wir unseren Freunden und Kollegen im Landtag, daß sie Erfolg haben möchten darin, wenn sie einmütig und geschlossen nicht nur von der Union, sondern von der gesamten Volksvertretung aus die eine Bitte mit aller Dringlichkeit nach Berlin hinaufgehen lassen, die Bitte und das Verlangen: Gebt uns unsere Söhne und Männer aus der Kriegsgefangenschaft wieder. Unsagbare Leiden haben viele Familien in diesem Krieg durchgekostet. Nun stehen seit Jahr und Tag die Söhne draußen, und man weiß nicht: Sind sie noch am Leben, kommen sie zurück oder nicht? So wollen wir an das Weltgewissen appellieren, daß unsere Söhne und Männer wieder in die Heimat kommen und mitschaffen können am Wiederaufbau, an der Gesundung, an der Wiederaufrichtung unserer deutschen, unserer bayerischen Heimat.
Wenn ich von Rechtsnot gesprochen habe, so denke ich hier auch daran, daß in den zwölf Jahren der Diktatur soviel an Rechtsbewußtsein in die Brüche gegangen ist und daß unser Volk nach Recht hungert.

(Sehr richtig!)

Wo bleibt das Recht, fragt man sich ja heute wieder. Ich bin der Überzeugung, bei allen Interessengegensätzen, die zwischen unserem geistigen Vaterlande und den Ländern, auch gegenüber den Siegerstaaten, bestehen mögen, gibt es ein großes gemeinsames Interesse der Menschheit, nämlich über diesen Nihilismus der Zerstörung, dem die ganze Wissenschaft und Technik gedient hat, hinweg zu einem dauernden Frieden zu kommen.
Wenn wir dieses Bestreben haben, zu einem dauernden Frieden zu kommen, dann wollen wir die Menschen von innen heraus befrieden. Wenn wir aber wissen, daß Millionen in Deutschland sind, die aus ihren Stellungen herausgeworfen sind, die ihr Geschäft, ihren Lohn und weiß Gott was noch alles geopfert haben und nicht wissen, wie es um ihre Zukunft bestellt sein wird, dann, meine ich, muß auch hier das Rechtsgewissen sagen: Es darf nicht geprüft werden politisches Vorurteil, sondern das Recht des einzelnen Menschen. Es darf nicht geprüft werden von parteipolitischer Engstirnigkeit, sondern vom wahrhaften Rechtsgefühl. Das ist auch bei der Säuberungsaktion notwendig.

(Sehr richtig!)

Deswegen muß heute auch über diese Dinge ein Wort gesagt werden.
Dann aber noch ein anderes Wort über die Lüge. Unser Volk - und das ist ein Kapitel, das vorhin Freund *Horlacher* angeschnitten hat - gehört leider Gottes zu einem großen Teil zu jenen Menschen, die vertrauensselig alles oder vieles entgegennehmen, was sie in der Presse lesen oder was durch den Radio bekanntgegeben wird. Dazu sage ich: Mißtraut der Presse!

(Sehr richtig! - Lebhafter Beifall.)

Und mißtraut dem Radio!

Es gibt ein altes Wort im Volksmund, das sagt: Der lügt wie gedruckt. Aber die Gefahr liegt nicht bei der offenen Lüge, sondern bei der verdeckten Lüge.

(Zuruf: Mittelbayerische Zeitung!)

Erinnern wir uns an den Gipfel der Schamlosigkeit einer Presse, die den Mut und die Stirn und die Frechheit hatte, ein Gestapo-Protokoll als Anklageschrift herzunehmen.

(Zuruf: Pfui!)

Diese schamlose Lüge, die sich zwar als Wahrheit tarnt, aber verschweigt, was in Todesnot geschehen muß, um sein Leben zu retten.
Wo diese verdeckte Lüge, die allem christlichen Gebot widerspricht, in der Presse hervortritt, müssen wir mit offenen Augen mißtrauisch prüfen. Sie ist eine Macht, eine Großmacht, vielleicht die größte, die stärkste Großmacht, mit der auch die Fraktion unserer Union zu rechnen hat. Unsere Union hat die Mehrheit der bayerischen Stimmen, aber ich weiß nicht, ob unsere Union auch nur 5% der bayerischen Presse hinter sich hat.

(Sehr richtig!)

Dieses Mißverhältnis hat ein englischer Staatsmann, der vor wenigen Monaten gestorben ist, in einem Buch, das nach dem Ersten Weltkrieg erschienen ist, in einen Satz gekleidet: Es gibt dreierlei Auffassungen, eine Auffassung im engeren eingeweihten Kreise; eine zweite Auffassung, nämlich die öffentliche Meinung, die die Presse macht, und eine dritte Meinung, die im Volk von Mund zu Mund, von Ohr zu Ohr geht. Zwischen dieser Meinung, die die Presse produziert, und der Meinung, die im Volke umgeht, herrscht ein großer Unterschied.
Als Unionsmitglieder, als Freunde und führende Männer in der Union wollen wir uns darüber klar sein, daß wir überall für Aufklärung zu sorgen haben und daß eine Aufgabe der künftigen Regierung sein muß, dieses Mißverhältnis soweit wie möglich auszugleichen.

(Sehr richtig!)

Nun empfinden wir gerade an dieser Frage, wie schwer und groß die Aufgabe wird, vor die unsere Landtagsfraktion gestellt ist. Wir können heute sagen - und ich darf das wohl als einer der älteren unter Ihnen und auch aus einiger parlamentarischer Erfahrung heraus tun -, eine gebundene Marschroute in bezug auf die Fraktionshaltung wäre ein Unterfangen, das aller politischer Einsicht entbehrt.

(Sehr richtig!)

Wir müssen den Männern unseres Vertrauens die Freiheit der Entschließung lassen, nach der gegebenen oder sich ergebenden Sachlage zu handeln. Wir müssen uns aber auch über eines im klaren sein: Die heutige Situation, wie sie sich jetzt ergeben hat, gibt kein klares Blickfeld für die Entwicklung unserer Zeitverhältnisse, wie sie in ein, zwei, drei Jahren aussehen werden.

(Zuruf: Zeitbeschränkung!)

Im Augenblick stehen wir vor der Tatsache, daß Bayern in Deutschland als das reichste Land gilt. Das hat so lange Geltung, als man für ein Pfund Butter im Schwarzhandel nicht nur 100 Mark, sondern in manchen Gegenden in Deutschland Tausende von Mark bezahlt. Solange ist Bayern das reichste Land in Deutschland. Aber wenn der

Friede geschlossen wird - wir hoffen kein Diktat-, sondern ein Vertragsfriede - und wenn die Zonengrenzen für die deutsche Wirtschaft gefallen sind und die Währung mit all den Passiven in Ordnung gebracht wird und die Verschuldungen in irgendeiner Form abgebucht und eingebucht sind, kommt die traurigste Umstellung für Bayern, wo das reichste Land das ärmste Land in Deutschland werden kann.

(Sehr richtig!)

Täuschen wir uns darüber nicht! Wenn der amerikanische Weizen um ein Drittel des Preises, der in Deutschland möglich ist, frei nach Deutschland herüberkommt, dann kommt die Zeit, wo die Landwirtschaft in Not kommt. Deswegen auch heute kein Neid der Stände. Wir können den schweren Weg mit dieser ungeheueren Verantwortung nur dann mit Erfolg gehen, wenn wir geschlossen zusammenstehen.

(Sehr richtig!)

Die Geschlossenheit erfordert von uns allen, daß wir in irgendeiner Form Opfer bringen, auch Opfer der Hoffnungen und Wünsche und manche anderen Opfer.
So appelliere ich an die verschiedenen Exponenten. Ich bin mit allen, darf ich wohl sagen, befreundet. Ich war damals schon im Bayerischen Landtag, als Dr. *Hundhammer* in den Landtag kam. Ich war mit meinem alten Freund Dr. *Stang* dort zusammen, seit 1919. So richte ich an unsere Freunde auf beiden Seiten den Appell: Sorgen Sie, daß wir in der Union ein unzerbrechliches Ganzes bleiben. Wir wollen - und damit komme ich zum Schluß - uns durch nichts abbringen lassen von der Überzeugung, daß wir eine große geschichtliche Aufgabe zu erfüllen haben und daß keine andere Partei in der Lage ist, in Bayern diese große Aufgabe zu erfüllen. In diesem Gedanken wollen wir auch wieder die Heimreise antreten, mit dem Bewußtsein: Wir sind und bleiben ein einig Volk von Brüdern.

(Beifall.)

Frau Dr. *Meyer-Spreckels*: Zur Geschäftsordnung! Ich stelle den Antrag auf Beschränkung der Redezeit, sonst kommen die letzten überhaupt nicht zu Wort. Ich würde eine Redezeit von zehn Minuten vorschlagen.

(Zurufe: Fünf Minuten!)

Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Ich wollte das eben selbst vorschlagen. Wir können höchstens noch zehn Minuten Redezeit geben.

(Widerspruch. - Zurufe: Fünf Minuten Redezeit!)

Ich darf Ihnen bekanntgeben, daß bereits 25 Wortmeldungen vorliegen.

(Zurufe: Fünf Minuten Redezeit!)

Es wird vorgeschlagen, die Redezeit auf fünf Minuten zu begrenzen.

(Dr. *Hundhammer*: Genügt vollständig!)

Wer ist gegen fünf Minuten Redezeit?

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Die Regierungsvertreter können vielleicht zehn Minuten sprechen! - Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich stelle den Antrag auf Schluß der Rednerliste!)

Haußleiter: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte folgendes vorschlagen. Wir wollen grundsätzlich die Redezeit auf fünf Minuten begrenzen. Ich bin aber dafür, daß für

Reden, die als Referate gewertet werden, die Redezeit verlängert werden kann. Es soll das der Fall sein, wenn maßgebende Männer zu bestimmten politischen Entscheidungen noch innerhalb des Vormittags zu sprechen haben. Die Versammlung kann dann einen entsprechenden Entschluß fassen. Ich halte es nämlich für notwendig, daß wir nicht nur zu ganz bestimmten Dingen kurz unsere Meinung sagen, sondern auch Referate anhören.
Ich möchte zweitens folgendes sagen: Das Recht der Landesversammlung ist es, die Richtlinien der Politik der Partei zu bestimmen. Die Vorstandssitzung gestern hat natürlich nicht daran gedacht, in dieses Recht der Versammlung einzugreifen.

(Beifall.)

Das wäre ein undemokratisches Verfahren gewesen. Ich glaube, daß auch unser Freund *Horlacher* seine Bemerkung von gestern, wir sollten heute die Sache möglichst kurz machen, nicht in dieser Weise aufgefaßt haben will.
Ganz klar steht in der gebilligten Tagesordnung, die die Versammlung beschlossen hat: Beschlußfassung über die Richtlinien der künftigen Politik der Christlich-Sozialen Union, insbesondere in der Frage der Regierungsbildung in Bayern.

(Sehr richtig!)

Das ist also das Thema des Vormittags. Klar muß ebenso gesagt werden, daß der Ministerpräsident in der Fraktion gewählt wird und daß ebenfalls die Fraktion die Zustimmung zur Regierung zu geben hat. Ich stehe aber auf dem Standpunkt, daß es das gute Recht der Versammlung ist, ihren Standpunkt hinsichtlich dieser Frage auszudrücken. Dieses Recht muß die Versammlung haben. Wir wollen, daß wir hier als Abgeordnete die Stimme der Männer hören, die uns draußen ja als Abgeordnete aufgestellt haben.

(Sehr richtig!)

[...][4]
Ich glaube, wenn wir so verfahren, wenn wir uns recht präzise und knapp vor allem an das Thema Regierungsbildung halten und wenn wir dann den Männern, die wirklich etwas zu sagen haben, auch eine längere Redezeit geben, daß wir dann zu einem vernünftigen Ergebnis des Tages kommen.
Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Ich schlage nochmals vor: Die Redezeit wird auf fünf Minuten begrenzt, mit der Maßgabe, daß bei einzelnen Rednern unter den von *Haußleiter* geschilderten Voraussetzungen davon abgewichen werden darf. Ist die Versammlung damit einverstanden?

(Zustimmung.)

Baumeister: Eine Anfrage! Es steht hier auf der Tagesordnung: Beschlußfassung über die Richtlinien der Politik. Ist ein Referent dafür bestimmt oder sollen die Richtlinien aus der Versammlung heraus kommen? Dann muß in Stichworten vorgetragen werden. Wir verstehen es schon, auch wenn sich einer möglichst kurz faßt. Denn wenn aus der Versammlung heraus die Richtlinien gebildet und gewonnen werden sollen, so ist das ein langwieriger Vorgang.

[4] Fehlblatt. In der Vorlage findet sich der Vermerk: "Fehlblatt S. 92, am 5. August an Dr. Müller." Das Blatt konnte im Nachlaß Müller nicht ermittelt werden.

Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Ich bitte, sich möglichst kurz zu fassen und keine langen Referate zu halten[5].
Herr *Weinzierl* hat das Wort zu einer Bekanntgabe.
Weinzierl: Liebe Parteifreunde! Wir begehen heute den Tag der Flüchtlinge. Da hätte ich eine Bitte an Sie, daß Sie mich ermächtigen, daß hier in der Versammlung eine Sammlung durchgeführt werden darf.

(Beifall.)

Ich möchte die Sammlung so durchführen, daß sie der Landesversammlung auch Ehre macht. Ich bitte hinzugreifen

(Dr. *Stang*: Ins volle Menschenleben!)

und alles, was möglich ist, zu geben.
Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Ich danke für die Anregung. Ich bin überzeugt, daß wir gern gewillt sind, ihr entsprechend Folge zu leisten.
Dr. *Balling*: Ich habe gestern und heute die Frage vermißt: Was erwartet der Wähler von uns, was erwartet das bayerische Volk von einer CSU-Regierung. Diese Frage müssen wir uns zuerst stellen, bevor wir die Frage nach der Regierungsbildung stellen und beantworten. Der CSU-Wähler und der Angehörige des bayerischen Volkes erwartet von uns in erster Linie einmal eine Säuberung des gesamten öffentlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens.

(Sehr richtig!)

Was wir bis jetzt in Bayern Demokratie nennen, können wir nicht mit gutem Gewissen verteidigen,

(Sehr richtig!)

und das, was sich mit Hilfe eines weißen Fragebogens heute vielfach in staatlichen und öffentlichen Dienststellen, ich möchte schon sagen, herumtreibt, ist zum Teil unfähig, jedenfalls häufig korrupt bis in die Knochen.

(Sehr richtig!)

Wir erwarten von der zukünftigen Regierung, daß sie Schluß macht mit der Unfähigkeit und Korruption im öffentlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben.

(Sehr richtig!)

Wir laufen in Bayern in der Demokratie mit verbundenen Augen herum, weil wir uns stur mit dem Problem der Entnazifizierung befassen. Es kommt in erster Linie auf die Demokratisierung an, und wir werden diese Demokratisierung nicht über die Entnazifizierung allein erreichen. So wichtig wie ein Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus wäre ein Gesetz zur Befreiung von Korruption und von Unfähigkeit und Bestechlichkeit.

(Bravo!)

Deshalb sage ich, die zukünftige Bayerische Regierung muß sich mit diesem Problem in erster Linie befassen. Sie muß sich darüber klar sein, daß wir die Demokratisierung nicht allein über die Entnazifizierung erreichen, sondern in erster und letzter Linie

[5] In der Vorlage: "fassen".

über eine Befreiung von diesem Sumpf in den öffentlichen, staatlichen und politischen Ämtern.
Was erwarten das Volk und die CSU-Wähler zweitens von uns? Sie erwarten, daß wir nicht Männer an die Spitze stellen, die sich etwa selbst für würdig halten zu regieren, sondern Männer, die wir für würdig halten, daß sie uns regieren. Wir müssen leider feststellen, daß sich viele Leute planmäßig an die Ämter herandrängen.

(Sehr gut!)

Dieses Spiel mit uns lehnen wir ab. Wir lehnen ebenso ab, daß es Leute auch in unseren eigenen Reihen gibt, die schon vor Jahr und Tag die Ministersessel verteilt haben. Ich stehe nicht an zu sagen, daß diese Männer nicht die richtigen sind, uns zu regieren. Es darf nicht wieder mit der Demokratie jenes böse Spiel getrieben werden, daß es letzten Endes diesen Männern nur darum geht, in einen Ministersessel hineinzukommen und in der Politik ihre Existenz zu finden. Diese Existenzpolitiker sind das Verderben der Demokratie. Wir haben deshalb allen Grund, uns gerade bei uns selbst kritisch umzusehen und unsere eigenen Männer mit einer schonungslosen Kritik zu betrachten, wenn sie es verdienen. Wir kommen hier nicht zusammen, um Lobeshymnen auf unsere Leute zu singen. Wir sind hier zusammengekommen, um uns die Frage vorzulegen: Haben sie richtig und in jedem Falle gut gehandelt?
Was erwarten das Volk und unsere Wähler drittens von uns? Sie erwarten von uns, daß wir arbeiten, daß wir mit den endlosen Debatten Schluß machen, daß wir mit dem Intrigenspiel um die Ministerposten Schluß machen.
Von diesen drei Erwartungen des Wählers kommen wir dann zu der Frage, ob wir in eine Koalitionsregierung hineingehen sollen oder nicht. Die Verantwortung, die wir zu tragen haben, ist riesengroß. Das Elend ist ebensogroß. Ich glaube, wir können, da es auf rasche und gründliche Maßnahmen ankommt, diese Verantwortung am besten übernehmen, wenn wir auch die Regierungsgewalt allein in der Hand haben.

(Lebhafter Beifall.)

Der Haupteinwand gegen diesen Vorschlag ist, daß man gerade wegen der Größe der Not die Verantwortung und die Arbeit verteilen müsse. Ich glaube, dieser Einwand kommt von schwachen Leuten, von Männern, die nicht den Mut haben, die Verantwortung allein zu übernehmen. Wir können nur dann eine positive Arbeit leisten, wenn wir nicht versucht sind, die Verantwortung auf andere abzuwälzen.
Die zweite Überlegung ist eine sehr konkrete, nämlich die der Personalpolitik, die die SPD in den Ministerien getrieben hat, die wir ganz entschieden verurteilen müssen. Es sind in den Bayerischen Ministerien in München Leute, bis herauf zum Ministerialdirektor, die nicht im entferntesten für diese Ämter qualifiziert sind und nur aufgrund ihres Parteibuches und ihres weißen Fragebogens dorthin gekommen sind. Wenn wir eine Koalitionsregierung machen, müssen wir Kompromisse gerade in den wichtigsten personellen Dingen machen. Wir können diese Kompromisse nicht verantworten. Wir müssen säubern, wie ich sagte, und da müssen wir mit den Ministerien anfangen.
Ich schließe deshalb meine Ausführungen mit der Auffassung, die zweifellos weite Kreise unserer Parteifreunde teilen: Keine Koalition, die CSU geht allein in die Verantwortung und sie wird sich, weil sie sich ihrer alleinigen Verantwortung bewußt ist, nach vier Jahren vor das Volk wieder hinstellen und sagen können: Wer hätte es besser gemacht?
(Dr. *Horlacher* übernimmt den Vorsitz.)

Haußleiter: Zur Geschäftsordnung! Heute früh sollte Dr. *Müller* über die Richtlinien der künftigen Politik sprechen. Dr. *Müller* ist nicht da. Ich schlage vor, daß an seiner Stelle Fraktionsvorsitzender Dr. *Hundhammer* über die Entwicklung der kommenden Dinge spricht, und zwar etwas ausführlicher. Ich bitte die Versammlung, mit diesem Vorschlag einverstanden zu sein.
Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich bitte, für dieses Referat etwa 20 Minuten in Aussicht zu nehmen.
Dr. *Hundhammer*: Das genügt mir vollauf. Ich bin überhaupt der Meinung, daß es nicht einmal 20 Minuten sein müssen. Es gibt kurze Sentenzen, die sehr vielsagend sind.
Meine lieben Parteifreunde! Wir haben jetzt eben von meinem Freund Dr. *Balling* sehr temperamentvolle Ausführungen in der Richtung gehört, daß die CSU allein die Verantwortung übernehmen soll. Bevor nun die Entscheidung fällt - sie wird ja nicht hier fallen, aber hier wird man doch die Meinung der Partei zum Ausdruck bringen -, wollen wir uns einmal die Situation als solche klar vor Augen stellen. Wir haben unter den 180 Abgeordneten im Parlament 104 Mandate der CSU. Das gibt rein zahlenmässig gesehen der CSU die Möglichkeit, allein die Regierung zu bilden. Voraussetzung dafür ist, daß innerhalb der Fraktion Geschlossenheit herrscht

(Sehr richtig!)

und in vielen Dingen Fraktionszwang gehalten wird.

(Sehr richtig!)

Denn Sie müssen sich darüber im klaren sein: Eine Regierung kann nur regieren, wenn sie für ihre Maßnahmen eine absolute Sicherheit hat, daß sie nicht bei jedem nächstbesten Antrag niedergestimmt wird.

(Sehr richtig!)

Also die erste Voraussetzung für die Alleinbildung der Regierung ist der Fraktionszwang,

(Sehr richtig! - Widerspruch!)

sonst bekommen Sie einen polnischen Reichstag.

(Sehr richtig!)

Es ist nicht notwendig, daß bei jeder Abstimmung in jedem Falle Fraktionszwang durchgeführt wird. Es kann Fälle geben, in denen durchaus die Auswahl der Entscheidung positiv und negativ hinzukommen kann oder wo ein Gesetz mit gemischten Mehrheiten angenommen wird. Aber für wesentliche Dinge ist es notwendig, daß der Ministerpräsident und der Fraktionsführer wissen: Hier habe ich die geschlossene Mehrheit sichergestellt. Sonst kann Ihnen kein Mensch eine Regierung führen.
Das ist also die erste Voraussetzung. Dann ist ein zweites Problem zu überlegen: Wir haben jetzt eine anormale Zeit vor uns, wie sie vielleicht nicht einmal während der Kriegsjahre gegeben war.

(Sehr richtig!)

Wir haben in der nächsten Zeit eine Lebensmittelkalamität, die in ihren Auswirkungen und in ihrer Heftigkeit das übertrifft, was hinter uns liegt.

(Sehr richtig!)

Wir haben den Friedensvertrag, die Friedensbedingungen anzunehmen; zu verhandeln wird nicht mehr viel sein. Wollen wir es uns im vorhinein überlegen, daß wir als die stärkste Partei nicht allein die Verantwortung für die Annahme des Friedensvertrages auf uns nehmen wollen.

(Sehr richtig!)

Überlegen Sie sich einmal die Konsequenzen! Ich spreche die Dinge aus, wie sie vor uns liegen.
Wir haben als weiteres Problem über kurz oder lang vor uns die Umstellung der Währung, mit einem Stoß für die Lebensexistenz der einzelnen Staatsbürger, der bis ans Mark gehen wird.

(Sehr richtig!)

Das sind Dinge, die es der Mühe wert machen zu überlegen, ob man nicht versuchen soll, eine Koalition zu bilden.

(Sehr richtig!)

Es gibt Gesichtspunkte, die es verlockend erscheinen lassen, eine Regierung allein zu bilden. Dazu gehört die größere Unabhängigkeit in allen Entschlüssen. Man hat Ellenbogenfreiheit, wenn man allein die Regierung bildet. Man hat dann die Möglichkeit, die Säuberung der Ämter so durchzuführen, wie es wünschenswert und notwendig ist, außerdem wird eine grundsätzliche Politik viel leichter möglich, wenn man nicht Rücksicht zu nehmen braucht.
Aber wenn ich mir die Gesamtsituation überlege, dann erscheint es mir richtig, auch wenn ich die Meinung eines sehr großen Teiles unseres Volkes in Betracht ziehe, zunächst zu prüfen, ob eine Koalitionsregierung möglich ist. Diese Prüfung möchte ich auf alle Fälle für richtig halten.

(Sehr richtig!)

Ich würde es für falsch halten, a priori zu erklären, wir machen die Regierung allein.
Gehen wir dann die Situation bei den einzelnen Parteien durch: Die größte Partei ist die SPD mit ihren 52 Mandaten. Wir hätten mit ihr zusammen 156 Abgeordnete, also eine ganz große Mehrheit im Parlament, eine Basis, die zweifellos für die Übernahme so schwerer Probleme, wie sie vor uns stehen, die entsprechende Stärke hätte. Ich weiß, daß man sagt, vielleicht nicht mit Unrecht sagt, daß die Sozialdemokratie unter Umständen kein Koalitionspartner für vier Jahre, sondern bloß für drei Jahre sein wird. Ich sehe das ein; das ist durchaus möglich. Aber ich glaube, wenn die Sozialdemokratie drei Jahre in der Regierung ist und im vierten in die Opposition gehen würde, dann würden die Wähler draußen das verstehen und auf dieses Manöver nicht hereinfallen.
Es fragt sich aber andererseits, ob die Sozialdemokratie mit uns ein Kabinett bilden will, die zweite Frage, die auch eine Rolle spielt. Die Sozialdemokratie verhandelt heute auf ihrem Landesparteitag auch über diese Frage, und dort wird die Entscheidung fallen. Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß in der Sozialdemokratie der Kreis der altbayerischen Abgeordneten grundsätzlich geneigt wäre, mit uns zusammen eine Regierung zu bilden, daß der radikalere Teil der Abgeordneten aus Franken heraus, der zur SED neigt, lieber in die radikale Opposition geht.

(Sehr richtig!)

Wir sehen das aus der Korrespondenz, und ich weiß es positiv. Ich spreche nicht aus Vermutungen heraus; ich bin mir durchaus im klaren - es ist der Zwischenruf gemacht worden: "Die Koalition muß ehrlich sein." - Meine Herren, ich möchte auch für sozialdemokratische Abgeordnete durchaus zubilligen, daß bei ihnen Ehrlichkeit vorhanden ist.

(Beifall. - Zuruf: *Hoegner* in Regensburg!)

Meine Herren! Ich habe hier nicht eine Verteidigungsrede für die Sozialdemokratie zu halten. Es mag manches geben, was zu beanstanden ist, das ist richtig. Ich würde es für falsch halten, von vornherein zu sagen oder zu unterstellen, daß bei dieser Fraktion die Ehrlichkeit nicht da wäre. Es hängt also davon ab, welche Beschlüsse bei der Sozialdemokratischen Partei und Fraktion gefällt werden; aber es wird möglich und notwendig sein, in Koalitionsverhandlungen oder -besprechungen einzutreten oder unsererseits bereit zu sein. Es würde sich dann fragen - ich nenne die Dinge konkret -, welche Ministerien der Sozialdemokratie überlassen werden können. Ich würde, so wie die Situation ist, wenn man die Koalition wirklich ehrlich anstrebt, sie nicht von vornherein als Taktik betrachtet und sie verhindern will, glauben, daß die Sozialdemokratie für sich das Justizministerium verlangt und ebenso das Sozialministerium weiterhin bekleiden will.

(Zurufe des Widerspruchs.)

Soviel Unterschied zwischen einer Partei- oder Volksversammlung und einer beratenden Landesversammlung müssen Sie machen, daß Sie einen Redner, noch dazu wenn er einen Überblick über die Materie geben soll, anhören!

(Sehr richtig!)

Das Innenministerium wird zweifellos ein Diskussionspunkt. Ein Ministerium, das für uns sehr wichtig ist, das Kultusministerium, halte ich für unabdingbar für uns. Das ist eine Prestigefrage. Das Kultusministerium muß von der CSU bekleidet werden.

(Beifall. - Zuruf: Und das Innenministerium!)

Selbstverständlich ist für uns das Innenministerium von ganz großer Bedeutung. Wir wissen, daß es die Schlüsselstellung ist. Ich möchte da aber nicht mehr in die Diskussion eingehen. - Daß das Landwirtschaftsministerium in unserer Hand bleibt, halte ich für selbstverständlich. Wir haben dann die Frage des Wirtschaftsministeriums und des Finanzministeriums, bei denen von Fachministerien gesprochen worden ist. Ich persönlich bin der Auffassung, daß es wünschenswert wäre, daß wir auch in diesen Ministerien eine klare Linie bekommen.

(Zuruf: Sehr richtig! - Zuruf Dr. *Balling*: Notwendig!)

Wir haben das Sonderministerium. Es wird sich keine Partei um dieses Ministerium raufen. Wir haben das Verkehrsministerium. Da war bisher noch kein Minister genannt worden; es ist das einzige Ministerium, bei dem ich bisher noch kein Rätselraten über einen neuen Minister gehört habe.

(Zuruf: Das haben sie vergessen.)

Nun, wir können hier nicht festlegen, was geschehen kann. Wir können nur sagen, daß gewisse Ministerien für uns von besonderer Bedeutung sind. Wir haben daneben aber dann die Staatssekretärposten zu bekleiden, denen jetzt in der neuen Regierung eine

andere Bedeutung zukommt wie bisher. Denn jetzt sind die Staatssekretäre verfassungsmäßig verankert. In jedem Ministerium muß als Vertreter des Ministers ein Staatssekretär genommen werden. Wenn es wirklich zu einer Koalition kommt, dann glaube ich, sind Sie mit mir der Meinung, falls das Sozialministerium an die SPD gehen sollte, daß der Staatssekretär dort von uns bestellt wird. Ich glaube, es stimmt, daß unser bisheriger bewährter Staatssekretär im Ministerium bleibt.

(Beifall.)

Das wäre die Situation mit der SPD. Es fragt sich, ob dann, wenn die SPD bereit ist, in die Koalition zu gehen und die Verhandlungen zu einem Resultat kommen sollten, daneben noch gleichzeitig mit anderen Parteien verhandelt werden soll. Ich würde dieses sogenannte Totalkabinett nicht für sehr zweckmäßig halten. Man spricht zwar davon, daß unter Umständen die FDP hineingenommen werden soll. Es ist in der Öffentlichkeit, in Zeitungen, davon geschrieben worden, daß eventuell das Sonderministerium in die Hände der Liberal-Demokratischen Partei gehen könnte. Ich weiß das. Ob das nun ernst gemeint war, mag eine andere Frage sein; auch von der WAV ist gesprochen worden.

(Heiterkeit.)

Ich bin der Meinung, daß eine gewisse Opposition schon auch im Parlament bleiben kann und darf. Man soll aber eines nicht übersehen, wenn von der Notwendigkeit der Opposition gesprochen wird: Wir haben eine gewisse Opposition, das heißt eine Kritik an der Regierungstätigkeit, heute ja dadurch, daß die gesamte Regierungsarbeit von der Besatzungsbehörde überwacht und kontrolliert wird. Das dürfen Sie nicht ganz übersehen. Hier liegt ein gewisses Korrektiv für manche Dinge drin enthalten. Eine andere Frage ist die, ob, wenn die Sozialdemokratie keine Koalition bilden will oder wenn man sich mit ihr nicht einigen kann, dann mit anderen Parteien statt der Sozialdemokratie eine Koalition gebildet werden soll. Ich glaube, einer solchen Koalition würde nicht viel Bedeutung zukommen.

(Sehr richtig!)

Wenn wir uns bloß eine Partei ans Bein hängen, die uns in der Regierungsarbeit im Ministerium, im Kabinett lähmt, die aber nach außen hin in der Verantwortungsübernahme keine wesentliche Stütze bedeutet, dann ist es besser, wir verzichten darauf, diese Stütze an die Seite zu nehmen. Das sind die Fragen, die sich in dieser Richtung ergeben.

Aber die Entscheidung darüber, was möglich ist und geschehen kann, muß sich die Fraktion vorbehalten. Es ist aber der Fraktion und mir als Fraktionsvorsitzendem durchaus wertvoll, die Meinung der Landesversammlung dazu zu hören. Es kommt ein anderes Problem dann: Welches sollen und müssen die Grundsätze für die Arbeit der Regierung sein? Hierzu soll vor allem die Landesversammlung ihre Wünsche und ihre Meinung äußern. Darin sehe ich die Aufgabe der Landesversammlung, Richtlinien für den Geist und die Arbeit der Regierung zu besprechen; weniger über das Problem, ob Koalitionsbildung oder nicht.

Von den Aufgaben, die der kommenden neuen Regierung gestellt sind, wurden verschiedene von den Herren Vorrednern schon gestreift. Das entscheidende Problem zunächst für das ganze Volk bei uns, das nächstliegende, ist das uralte Problem: Arbeit, Brot, Wohnung. Somit wird der Tätigkeit des Landwirtschaftsministeriums, der Tätigkeit des Wirtschaftsministeriums, der Tätigkeit des Arbeitsministeriums oder des

Innenministeriums, je nachdem, wem der Wiederaufbau erteilt wird, großes Gewicht zukommen. Ich halte es nicht für richtig, ein eigenes Wiederaufbauministerium zu machen. Was soll das denn heute tun? Pläne machen? Dafür brauchen wir kein eigenes Ministerium. Aber Rohstoffe beschaffen, die Mittel zum Wiederaufbau beibringen, das ist an sich ja Sache des Wirtschaftsministeriums. Wir haben auch schon davon gehört, daß man ein eigenes Flüchtlingsministerium machen sollte. Es ist das ein Problem, für das ich mich meinerseits noch nicht sehr erwärmen kann. Ich glaube, durch ein Flüchtlingsministerium würde die Gefahr noch größer, daß das ganze Flüchtlingswesen registriert wird. Ich halte es [für] viel besser, wenn das Flüchtlingswesen unter einem Staatssekretär, oder einem Staatskommissar vielmehr, der parteipolitisch weniger stark gebunden und festgelegt ist, zusammengefaßt wird, meinetwegen unter der Oberleitung des Ministerpräsidenten direkt oder des Innenministeriums. Das dürfte die zweckmäßigere Lösung sein. Außerdem sollen wir versuchen, eine Gefahr zu vermeiden, das ist die, daß der Kreis der Neubürger dauernd einen für sich geschlossenen und abgesonderten Block in unserem Volke bildet.

(Beifall.)

Wir müssen dahin streben, daß die Neubürger in unser Volk hineinwachsen und mit ihm verschmelzen.

(Zuruf: Mit der Arbeit aber!)

Das Verschmelzen kann nur geschehen - es hat jemand da oben den Zwischenruf gemacht - mit der Arbeit. Das kann nur auf dem Wege geschehen, daß die Neubürger einen Beruf bekommen, daß sie in unser Volk hineinwachsen. Wenn das nicht gelingt, werden wir dauernd einen sozialen und politischen Krankheitsherd von ganz großem Ausmaße in unserem Volke haben.

(Sehr richtig!)

Es ist fehl am Platze, an dieses Problem von vornherein mit irgendwelchen Erwägungen herangehen zu wollen, die von Anfang an etwa aus Ablehnung oder Skepsis herauswachsen.

Meine Damen und Herren, das sind in ganz groben Zügen die Hauptprobleme, die uns gestellt sind. Das ist die Grundlage, von der wir ausgehen müssen. Wenn ich meine Darlegungen zusammenfasse, dann gipfeln sie darin, daß erstens das Problem, ob eine Koalitionsregierung möglich ist, geprüft werden muß, und wenn sich aus den Voraussetzungen der Bereitwilligkeit anderer Parteien oder der in erster Linie in Frage kommenden Partei und zweitens aus der Voraussetzung, daß man sich mit dieser Partei auf einer gemeinsamen und möglichen Basis treffen kann - das ist ja vorerst auch noch nicht geklärt - eine bejahende Antwort ergibt, dann bin ich der Meinung, soll die Koalitionsregierung gebildet werden. Wir wollen uns aber die Koalition nicht unter allen Umständen, mit allen Mitteln und um jeden Preis erkaufen.

(Sehr richtig!)

Es ist vorhin der Wunsch an die Fraktion ausgesprochen worden, sie möge sich für baldige Freilassung der Kriegsgefangenen einsetzen. Das ist eines der Einzelprobleme, die gestellt sind und um die sich die Fraktion gerne annehmen wird. Wir können aber in all den Dingen nur zu einem Resultat kommen, wenn wir erstens bittend an die Besatzungsmacht herangehen und zweitens, wenn wir unsererseits alles tun, um baldmöglichst einen Friedensschluß zu ermöglichen. Denn er gibt uns dann die Hand-

habe, uns auch unsererseits auf die Genfer Konvention zu berufen, wenigstens den Mächten gegenüber, die an die Genfer Konvention angeschlossen sind.
Ich möchte Sie aber um eines unter allen Umständen gebeten haben: Nehmen Sie der Regierung gegenüber nicht bloß den Standpunkt des Forderns ein, sondern auch den Standpunkt des Stützens und Förderns.

(Beifall.)

Es wird kaum eine Regierung so sehr auf den guten Willen des ganzen Volkes angewiesen gewesen sein, wie es die kommende Regierung ist. Es ist unmöglich, daß eine Regierung ihr Amt ausführt, wenn die Kreise der Leute, die hinter ihr stehen sollen, von Anfang an etwa bloß von Kritik erfüllt sind.

(Sehr richtig!)

Ich betone das und habe das der bisherigen Regierung gegenüber, die nicht von uns gestellt war, betont - jeder Regierung gegenüber soll das ganze Volk zunächst einmal eine objektive Stellungnahme einnehmen und sich nicht aus Prinzip auf Kritik oder gar auf negative Kritik einstellen. Wir werden die kommende Not und die kommenden Schwierigkeiten nur meistern können, wenn die Männer, die in der Regierung und im Kabinett sind, ihr äußerstes tun, um die Probleme zu meistern, und wenn diese Männer auch entsprechend ausgewählt werden. Wir werden das nur meistern können, wenn die Fraktion in sich den positiven Willen hat, in positiver Einstellung hinter der Regierung zu stehen, und wenn die eigenen Parteifreunde und das ganze Volk bereit ist, mit der Regierung gemeinsam zu versuchen, über die jetzige schwere Zeit hinwegzukommen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich würde nunmehr vorschlagen, die Rednerliste zu schließen. Es hat jeder Gelegenheit gehabt, sich jetzt zum Worte zu melden. Es liegen über zwei Dutzend, über 30 Wortmeldungen vor. Ich bitte auch die Redner, sich zu beschränken und sich nicht in Wiederholungen zu ergehen. Ich nehme Ihre Ermächtigung an, daß ich bloße Wiederholungsreden unterbrechen darf.

(Beifall.)

Wir müssen bis 13 Uhr fertig werden; denn wir haben auch noch darüber hinaus daran zu denken, wie wir wieder nach Hause kommen. Es gebietet die Rücksichtnahme auf eine große Anzahl der Teilnehmer, daß wir rechtzeitig um 13 Uhr fertig sind. Ich nehme Ihre Zustimmung an. Ich lasse darüber abstimmen, daß die Rednerliste geschlossen wird. Wer dagegen ist, möge die Hand erheben. Die Rednerliste ist damit geschlossen. Wortmeldungen werden nicht mehr angenommen. Das Wort hat Herr *Hatzinger*.
Hatzinger: Verehrte Landesversammlung! 70% des Volkes sind Arbeiter, Angestellte, Lohn- und Gehaltsempfänger. Die Lösung der sozialen Frage ist doch so wichtig und müßte von jedem, der in den Landtag eintritt, so eingehend studiert werden oder so eingehend studiert worden sein, daß er ohne weiteres dazu Stellung nehmen kann. Es sind doch fünf Fragen, die in der Hauptsache zu lösen sind. Jeder, der sich mit den Fragen beschäftigt hat, wird zu der Erkenntnis gekommen sein, daß die Unruhen in den Völkern, die Revolutionen, die zum Teil Kriege zwischen den Völkern ausgelöst haben, auf die Ungelöstheit der sozialen Frage zurückzuführen sind.

1. Die dauernde Unsicherheit der Existenz bei Lohn- und Gehaltsempfängern: Wenn man nicht weiß, ob man nächste Woche noch Brot und Arbeit für sich und seine Familie hat! Wer an die Vorsehung Gottes glaubt und glaubt, daß die Welt als Ordnung und Kosmos erschaffen wurde, kommt zu dem Resultat, daß die Arbeitslosigkeit nicht notwendig ist, daß sie ohne weiteres verhindert werden kann, erstens wenn die Wirtschaft richtig organisiert ist; zweitens wenn der Erfolg der Technik nicht nur einigen wenigen, sondern dem ganzen Volke zugute kommt;

(Beifall.)

drittens, wenn die Erfolge der Wirtschaft in einem breiten Strom in das Volk hineinfließen und nicht in einige wenige Hände, wie es auch *Pius XI.* in der Enzyklika "Quadragesimo anno" ausgeführt hat. Die Unsicherheit der Existenz kann beseitigt werden. Es wird keinen Menschen geben, der sagen kann: Es kommt die Arbeitslosigkeit. Die Scherben, Trümmer sagen es, daß wir Arbeit haben. Die Armut an Bedarfsartikeln ist so groß, daß wir auf Generationen hinaus arbeiten müssen, um jedem zu geben, was fehlt, was zerstört ist usw., zu Reparationen. Arbeit über Arbeit, es fehlt nur an der richtigen Organisation.

2. Der ungerechte Lohn, gegen den die Arbeiterschaft seit Jahrzehnten ankämpft: Der gerechte Lohn kann hier nicht behandelt werden. Mindestens eine Stunde müßte man da reden. Nur einen Punkt aus dem großen Fragenkomplex des gerechten Lohnes: Wir haben in der Verfassung beschlossen, das heißt die Verfassunggebende Landesversammlung hat beschlossen, daß Frauen den gleichen Lohn bekommen für die gleiche Arbeit. Das ist richtig für die, die nicht heiraten können, die sich selber versorgen müssen, auch für die Frauen, die wohl eine Arbeit nicht brauchen, aber aufgrund ihrer Schulung und Bildung eine gute Leistung für das Volk bringen können; aber auf was es ankommt, ist das: Wir haben Tausende und Zehntausende von Frauen, die außer der Arbeit in der Wohnung, in der Familie, noch außer Haus in die Arbeit gehen müssen, weil der Mann so hundsmiserabel bezahlt ist, daß es nicht reicht fürs Leben. Der erste Satz der Enzyklika "Quadragesimo anno" des Heiligen Vaters wendet sich dagegen:

> Daß Frauen außer Haus in die Arbeit gehen müssen, weil der Mann so schlecht bezahlt ist, ist eine Schändlichkeit, ein Mißbrauch, der beseitigt werden muß, koste es, was es wolle.

(Beifall.)

Ich möchte die Herren und Frauen, die in den Landtag kommen, auffordern, sich speziell dieser Frage zu widmen. Wenn *Karl Marx* mit seiner Feststellung Recht gehabt hat, daß die Arbeiterschaft immer nur das bekommt, was sie unbedingt zum Leben braucht, so hat er Recht gehabt; aber falsch waren seine Lösungsversuche. Es passiert etwas Furchtbares, wenn die Christlich-Soziale Union jetzt, nachdem sie legal an die Macht gekommen ist, diese Frage nicht aufgreift.

(Sehr richtig!)

Dann fühlen sich die 70% des Volkes nicht nur enttäuscht und betrogen von jenen Herren, die das Jahrzehnte lang gepredigt haben, sondern sie fühlen sich auch von uns betrogen. Wo gehen sie dann hin? Die stehen schon draußen vor der Tür, die sie mit ihrer berechtigten Unzufriedenheit und dem neuen Haß und neuen Neid, der heraufsteigt, aufnehmen werden.

3. Die dritte Frage zur Lösung der sozialen Frage - es wird überall darüber diskutiert, wenn man sich auch vergewissert, daß die wenigsten das Problem voll und ganz verstehen - ist die Mitbestimmung in der Wirtschaft und das Mitbesitzrecht. Wenn der Arbeiter 65 oder 70 Jahre alt wird, dann ist er derselbe arme Teufel, der er war, als er nach der Schulentlassung zu arbeiten angefangen hat. Er hat es sein Leben lang zu nichts gebracht, während der Unternehmer, auch wenn er noch so primitiv angefangen hat, mit 70 Jahren ein Vermögen hat. Irgendwo liegt da doch ein Denkfehler.

(Zuruf *Maier*, Dingolfing: Das ist ja Geschwätz, aber keine Sozialordnung.)

Das gehört zur Arbeit der künftigen Regierung.
Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich bitte, sich etwas zu mäßigen. Ich bitte auch, den egoistischen Kapitalismus zurückzustellen.

(Stürmischer Beifall. - Zuruf *Maier*: Ich bitte ums Wort für eine persönliche Erklärung.)

Das kommt später dran.
Hatzinger: Ich möchte nur einen Namen nennen: *Krupp*. Die Urahnen waren einmal genauso arm, wie die Arbeiter heute. In vier Generationen haben sie es zu 40 Millionen gebracht, die eine Million Arbeiter, die das Vermögen mitgeschaffen haben, haben nichts. Da liegt irgendwo ein Fehler.
Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich bitte, allmählich zum Schluß zu kommen.
Hatzinger: Zur Demokratie gehört auch, daß die großen Lumpen, die an unserem Unglück Schuld sind, auch besitzmäßig demokratisiert werden.

(Stürmischer Beifall.)

Das ist die Mitbestimmung in den Betrieben, wo es darauf ankommt. Nun komme ich zur praktischen Auswirkung. Die Arbeiterschaft ist bei den Wahlen sehr schlecht weggekommen. Aber wir werden eine christliche Rache üben.
Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Die christliche Rache weise ich sofort zurück, wir kennen nur die christliche Liebe.

(Beifall.)

Hatzinger: Meine Herren! Wenn die Union allein in die Regierung geht, wofür wir sofort sind, dann hat die Arbeiterschaft in den Betrieben draußen in erster Linie den Prellbock gegen die Propaganda der anderen zu bilden. Da werden wir unsere christliche Liebe zu unserer Partei beweisen, unsere christliche Rache.
Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich muß Sie jetzt zur Ordnung rufen.
Hatzinger: Wenn eine Koalition in Frage kommt, dann nur mit der SPD, nicht mit *Loritz* und nicht mit der Liberal-Demokratischen Partei.
Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Sehr richtig.
Hatzinger: Das könnte die Arbeiterschaft draußen vielleicht nicht aushalten, wenn sie den geschlossenen Block der übrigen Arbeiterschaft gegen sich hätte.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Das Wort hat Dr. *Ankermüller*. Beim Dr. *Ankermüller* habe ich ein so großes Zutrauen zu seiner überragenden Intelligenz, daß er in zehn Minuten fertig ist.
Dr. *Ankermüller*: Ich werde in noch kürzerer Zeit fertig sein. - Liebe Parteifreunde! Die Hauptfrage, die wir zu lösen haben und die die Fraktion am Montag beschäftigen

muß, ist die Frage Koalition oder nicht Koalition. Die Not, die wir jetzt in unserem Vaterlande haben, spricht grundsätzlich dafür, daß wir alle aufbauwilligen Kräfte zusammenfassen müssen. Die Zusammenfassung aller Kräfte in einer großen gemeinsamen Koalition ist aber meiner Meinung nach nicht möglich, weil in manchen Parteien zu starke antidemokratische Kräfte am Werke sind. Wir wollen aber eine echte Demokratie. Um eine echte Demokratie durchführen zu können, brauchen wir auch eine Opposition, und zwar eine gesunde Opposition. Wir sind uns darüber klar, meine lieben Parteifreunde, daß jede Partei, die heute in dieser Notzeit an die Verantwortung geht, sich verbraucht. Wir müssen aber diese Gefahr auf uns nehmen, und weiter müssen diejenigen, die eventuell ein Ministerium zu übernehmen haben, auch bereit sein, von diesem Ministerposten einmal wieder zurückzutreten, wenn die Not und die Umstände es erfordern. Es darf hier nicht ein Kleben am Stuhl eintreten. - Es ist davon gesprochen worden, daß eine Koalition mit der Sozialdemokratie gebildet werden soll oder daß das das Beste wäre. Ich bin der Meinung, daß, wenn diese Koalition entstehen würde, nicht nur eine Partei, sondern die beiden Parteien sich in Kürze verbraucht haben, vor allem noch, weil die Gefahr besteht, daß dem Volk gegenüber die eine von den beiden Parteien die Hauptverantwortung immer auf die andere zu schieben geneigt sein wird. Das Wesentliche erscheint mir das zu sein, daß dann diesen beiden großen Parteien in einer Koalition mit ihren 160 Sitzen von 180 keine gesunde Opposition gegenüberstehen würde. Diese Opposition, die aber trotzdem im Lande draußen entstehen würde, würde sich dann in den antidemokratischen Parteien, die ich nicht zu nennen brauche, sammeln und später den beiden großen Parteien, der Sozialdemokratie und der CSU, stark zu schaffen machen. Meiner Meinung nach ist deswegen die Sache so, daß, wenn die Koalition mit der Sozialdemokratie gebildet würde, in wenigen Jahren die Demokratie zu Tode regiert wäre.

(Beifall.)

Wir müssen dafür eintreten, daß die Sozialdemokratie außerhalb der Koalition bleibt, daß sie in ihren Reihen die gesunde Opposition sammeln kann. Bei der Verfassungsberatung, meine lieben Parteifreunde, waren die Grundsätze anders. Da ging es darum, die Verfassung auf breite Grundlage zu stellen, damit das Volk sich später nicht in nutzlosen Verfassungsstreitigkeiten zerfleischt. Es werden manche Gegenargumente gegen die Alleinregierung der Christlich-Sozialen Union vorgebracht. Es wird einmal gesagt: Wenn wir allein ans Ruder gehen, dann wird eine hemmungslose Opposition eintreten. Meine lieben Parteifreunde, wenn die SPD mit uns regiert, dann wird draußen eine viel hemmungslosere Kritik sein. Ich denke insbesondere an die Kritik der KPD und der WAV; wenn die SPD mit draußen stehen würde, dann kann sie eine gesunde Kritik mit in die Hand nehmen.

(Beifall.)

Es wird vorgebracht, daß eine Verbindung mit der SPD außenpolitisch notwendig sei. Meiner Meinung nach wäre hier gerade die Verantwortung der CSU ganz besonders am Platze. Denn die CSU scheint uns die Partei zu sein, die sich bindend zwischen Ost und West einschalten kann.

(Beifall.)

Es wird weiter gesagt, die Bindung und Koalition mit der Sozialdemokratie wird vom Standpunkt des Landes Bayern her verlangt. Meine lieben Parteifreunde! Es besteht bei einem Eingehen der Sozialdemokratie auch eine gewisse Gefahr in unserem Sin-

ne, daß dann Bayern in das Schlepptau des Zentralisten Dr. *Schumacher* kommen könnte. Wir wollen, daß Bayern nicht in der Enge steht, sondern daß es seinen geschichtlichen Auftrag am Aufbau des deutschen Vaterlandes erfüllt. Es ist gesagt worden, wir können allein die Regierung wegen der großen Aufgaben nicht übernehmen, weil der Friede von uns anzunehmen ist, weil die Währung eventuell saniert werden muß. Meine lieben Parteifreunde! Ich bin anderer Meinung: Wir sprechen von der Regierungsbildung in Bayern. Den Frieden wird das Reich zu schließen haben.

(Beifall.)

Man wird auch daran denken müssen, eine solche Aufgabe wie die des Friedensschlusses eventuell der Volksabstimmung vorzulegen.

(Beifall.)

Die Währungsfrage wird auch nicht von Bayern gelöst werden können, sondern nur vom Reich. Also brauchen wir uns mit diesen Gedanken nicht [zu] befassen. Sie sprechen nicht gegen eine Koalition, aber auch nicht dafür.
Was will aber unser Volk? Unser Volk, das uns nun dreimal ein überwältigendes Vertrauen entgegengebracht hat, will Klarheit.

(Sehr richtig!)

Unser Volk will nicht haben, daß wir uns in die Koalition zurückziehen, daß wir der Verantwortung aus dem Wege gehen. Unser Volk verlangt, daß wir hier endlich die Verantwortung übernehmen. Ich meine sogar, weil wir soviel mit der SPD gearbeitet haben, haben wir jetzt bei der letzten Wahl schon manchen Schlag erlitten.

(Lebhafter Beifall.)

Zwei Gedanken noch: Meine lieben Freunde! - Es ist schon darauf hingewiesen worden - mit der Sozialdemokratie scheint mir keine klare Personalpolitik möglich zu sein.

(Sehr richtig!)

Mit der Sozialdemokratie werden wir die großen Aufgaben, das Schulgesetz, den Wirtschaftsaufbau, das Arbeitsprogramm, nicht in unserem Sinne lösen können.

(Beifall.)

Welche Ministerien wollen wir der Sozialdemokratie anbieten? Das Innenministerium - meiner Ansicht nach nicht; den stellvertretenden Ministerpräsidenten - ausgeschlossen; das Kultusministerium -

(Zuruf: Nie!)

ist schon abgelehnt worden; das Arbeitsministerium -

(Zuruf: Nein!)

erst recht deswegen für uns, weil in unserem Landtag die Arbeitervertreter zu kurz gekommen sind; das Landwirtschaftsministerium - muß selbstverständlich bei uns bleiben und das Wirtschaftsministerium - darf der Planwirtschaft nicht ausgeliefert werden.

(Sehr richtig!)

Es scheint alles dafür zu sprechen, daß wir allein in die Verantwortung gehen. Die junge Demokratie will, wie ich gestern schon sagte, neue Wege; also die Christlich-Soziale Union an die Verantwortung!

(Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich bitte um Ruhe. Ich bemerke hier etwas, das ich einmal zum Ausdruck bringen möchte. Hier ist eine Gruppe vertreten - ich sehe das als Präsident ganz deutlich -, die ihren Beifall so verstärkt, daß man meinen könnte, die ganze Versammlung stimmt dem zu. Das war aber, wie ich hier gesehen habe, trotz des überstärkten Beifalls nicht der Fall. Unterlassen Sie solche Dinge! Wir brauchen sie in der CSU nicht. Wir sind in keiner gegnerischen Versammlung. Es genügt der anständige, nicht übertriebene Beifall.

(Beifall.)

Fink: Ich habe mich über die aufrechten Worte des Parteifreundes *Ankermüller* von Herzen gefreut. Die Frage Koalition oder Alleinverantwortung wird landauf landab diskutiert. Ich kann Ihnen sagen, daß die Mehrzahl aller Menschen, mit denen man draußen spricht, der Auffassung ist, daß die Union nach diesem überwältigenden Vertrauensbeweis endlich die Möglichkeit der Verantwortung bekommen und diese Verantwortung nunmehr auch tragen soll. Herr Dr. *Horlacher* hat zu Beginn dieser Debatte uns daran erinnert, daß der Landesvorstand gestern abend beschlossen habe, einen Beschluß über die zukünftigen Richtlinien nicht herauszugeben. Ich bin aber der Auffassung, daß die Landesversammlung der Fraktion klare Richtlinien mit auf den Weg geben muß. Das ist durchaus möglich in der Form einer Entschließung. Zwischen Beschluß und Entschließung besteht ein großer Unterschied: Ein Beschluß legt fest, die Entschließung empfiehlt. Ich habe daher zu dieser Frage folgende Entschliessung der Landesversammlung vorzulegen:

Entschließung:
Das bayerische Volk hat der Christlich-Sozialen Union in vier Wahlen einen einmaligen Vertrauensbeweis erbracht. Das Volk erwartet, daß seinem Votum endlich Rechnung getragen wird. Es wünscht Männer seines Vertrauens und die Übernahme der Verantwortung durch die Union. Die am 15. Dezember 1946 in Eichstätt tagende Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union ist demzufolge der Auffassung, daß die Union in erster Linie die Verantwortung allein übernehmen soll. Sie ist weiterhin der Auffassung, daß eine Koalition mit anderen Gruppierungen nur dann in Erwägung gezogen werden darf, wenn auch in diesem Falle der entscheidende Einfluß der Union in der Regierung sichergestellt ist. Die Landesversammlung betrachtet diese Entschließung als Richtlinie für die Arbeit der Fraktion.

Ich stelle hiermit den Antrag, die Landesversammlung wolle diese Entschließung annehmen. Ich habe dazu noch einen zweiten Grund: Es wird darauf hingewiesen, daß die künftige Regierungsbildung, die Frage Koalition oder nicht, letzten Endes eine Angelegenheit der Fraktion sei. Jawohl, das ist eine Frage der Fraktion; aber ich wünsche, und wir alle wünschen in Zukunft nicht mehr, daß die Fraktion nicht das gleiche Bild wie die Landesversammlung bietet.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich darf dazu feststellen, daß die Fraktion noch gar nicht zu Beschlüssen beieinander war; infolgedessen kann man nicht von einem Bild reden, das muß sich erst ergeben.

Fink: Ganz grundsätzlich bin ich der Auffassung, daß die Fraktion in ihren Entscheidungen, im großen gesehen, auf der Linie der Partei liegen muß.

(Sehr richtig!)

Deswegen halte ich es für richtig, der Fraktion den Willen der Landesversammlung in dieser Form kundzutun.

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Herr Dr. *von Eicken* hat das Wort. - Über den Antrag wird zum Schluß abgestimmt. Ich muß wiederum an das ABC der Demokratie erinnern. Wenn ich hier präsidiere, brauchen Sie sich nicht um die Abstimmung über einen Antrag [zu] kümmern.

Dr. *von Eicken*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich entgegen meiner ursprünglichen Absicht, Abstand davon zu nehmen, ein längeres Referat über wirtschaftspolitische Fragen zu halten, gemeldet. Ich möchte nur eines sagen: Ich möchte das unseren Arbeiterfreunden entgegenhalten, mit denen ich mich sonst durchaus auf einer Linie befinde. Wenn man von der Wirtschaft etwas verlangt, dann muß man erst einmal dafür sorgen, daß die Wirtschaft gesund ist oder gesund wird. Man kann heute unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit Beispielen wie *Krupp* auf der einen Seite und einer Million Arbeitern auf der anderen Seite nicht über die Tatsache hinwegkommen, daß heute jedenfalls die ehrliche und saubere Wirtschaft auf das Schwerste krank ist, so daß es gar keinen Zweck hat, an diese Wirtschaft Forderungen zu stellen, wenn man nicht dazu beiträgt, sie gesund zu machen. Wenn man Kranke gesund machen will, nimmt man einen Arzt und keinen Experimentator. Der Arzt schaut sich die Symptome der Krankheit an und versucht, der Krankheit abzuhelfen. Das macht er nicht mit Theorien und Prinzipien, sondern mit den Mitteln, die angemessen sind.

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Wenn aber der Arzt selber krank ist, wie die entstehende Demokratie?

(Zurufe.)

Herr *Haußleiter*, bitte, kümmern Sie sich nicht gleich um mich; jeder für sich!

Dr. *von Eicken*: Unter diesen Umständen halte ich es für notwendig, klarer als bisher herauszustellen, daß das Wirtschaftsministerium kein Ort für Experimente ist, wenn wir das Wirtschaftsministerium der Sozialdemokratie auch nur vielleicht überlassen.

(Unruhe.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich bitte um Ruhe. Ist es nicht möglich, daß Ruhe gewahrt wird? Ich bitte, das Rauchen zu unterlassen. Wer keine Selbstbeherrschung kennt, der gehört nicht in die Christlich-Soziale Union, der soll den Saal verlassen. - Es ist ja ein solcher Saustall, immer diese Zwischenmurmelei. Wenn einer etwas sagt, was gar nicht zu beanstanden ist, gleich geht dann eine Bewegung hindurch. Wenn Sie Bewegung haben wollen, dann gehen Sie in die freie Luft.

Dr. *von Eicken*: Ich bin daher überzeugt, daß das Wirtschaftsministerium unter allen Umständen in unserer Hand bleiben soll. Denn die Rechnung, wenn man mit der Wirtschaft experimentiert, zahlt nicht nur die Wirtschaft, sondern der Arbeiter. Ich habe immer wieder betont, daß alles, was in der Wirtschaft zu geschehen hat, in gemeinsamer Arbeit mit den Gewerkschaften zu tun ist, aber nicht in Gemeinschaftsarbeit mit irgendwelchen Theoretikern. Ich schlage daher folgende Resolution vor:

Die Landesversammlung beauftragt den Herrn Parteivorsitzenden mit den Verhandlungen über die Regierungsbildung. Zur Frage der Koalition wird nicht end-

gültig Stellung genommen, um den im Laufe der Verhandlungen sich bietenden Möglichkeiten und Notwendigkeiten nicht vorzugreifen. Mindestens die Ministerien für Wirtschaft, Landwirtschaft, Inneres und Kultus scheiden als Verhandlungsobjekte in jedem Fall aus und müssen mit Männern besetzt werden bzw. besetzt bleiben, die höchste Sachkenntnis mit klarer Unionsgesinnung verbinden.

Nentwig: Meine Parteifreunde! Parteifreund *Konrad* hat in seinen Ausführungen bereits den riesenhaften Umfang der sozialen Not, in der wir uns befinden, dargestellt. Sie alle wissen ja, daß einer der gewaltigsten Komplexe innerhalb dieser Notskala der ist, was ich mit dem Wort Flüchtlingsproblem bezeichne. Ich sehe davon ab, dieses Problem hier darzustellen. Sie wissen und kennen es alle. Ich möchte nur das eine sagen: Die Regierung, von der wir uns wenigstens eine im Rahmen des Möglichen liegende Lösung erhoffen, wird zu einer vernünftigen Arbeit nur dann in der Lage sein, wenn sie mit den Kreisen, die es letzten Endes angeht, in dauernder und lebendiger Fühlung bleibt und mit ihnen zusammenarbeitet. Da möchte ich sowohl die Herren Abgeordneten wie auch ganz besonders die Herren, die in der Regierung sitzen werden, darauf hinweisen, daß wir in München einen Flüchtlingsausschuß haben, der sich bereits seit ungefähr drei Vierteljahren mit diesem Problem nach allen Richtungen und Seiten hin beschäftigt hat. Leider Gottes haben wir es bisher vermißt, daß man von uns Kenntnis genommen hat. Es wäre manches in der Vergangenheit besser gemacht und manche Ungeschicklichkeit vermieden worden, wenn man uns vorher zu Rate gezogen hätte. Wir erwarten ja nicht, daß Sie alles das tun, was wir Ihnen vorschlagen; aber wir müssen erwarten, daß man uns zu allen Fragen, die sich mit uns und mit unserem Problem befassen, wenigstens vorher hört und uns fragt: Was meint Ihr dazu? Das ist eine ganz bescheidene und, ich glaube, vollkommen gerechte Forderung. Ich darf Ihnen sagen, daß der Flüchtlingsausschuß, der sich am 10. [Dezember] über all diese Fragen noch einmal besprochen hat, mir erklärt hat, daß er eine weitere Zusammenarbeit in Zukunft ablehne, wenn das nicht anders werde und wir nicht die Möglichkeit haben, uns vor den gewählten und maßgebenden Körperschaften der Partei und des Staates verständlich zu machen und mit ihnen zu verhandeln.
Noch ein Zweites: Wichtig wird sein die Frage des Staatskommissariats. Die Aufgaben, die diese Behörde zu lösen hat, sind ganz ungeheuerlich schwer. Es wäre an sich ein Ministerium angemessen; denn, wie gesagt, die Größe der Aufgaben ist gewaltig. Wir haben von uns aus seit Monaten auf dem Standpunkt gestanden, daß diese Behörde ein Staatssekretariat mit unmittelbarer Unterstellung unter den Ministerpräsidenten werden soll. Ich bin Herrn Dr. *Hundhammer* sehr dankbar, daß er sich hier in einem ähnlichen Sinne ausgesprochen hat. Wir bitten darum, daß auch in diesem Sinne verfahren wird, daß ein Staatssekretariat geschaffen und dem Ministerpräsidenten unterstellt wird. Wir sind durchaus damit einverstanden, daß der Mann, der als Staatssekretär an seine Spitze treten soll, ein Fachmann ist, der möglichst nicht parteigebunden ist. Wir haben in der Person des Herrn Regierungspräsidenten *Jaenicke* einen solchen Mann, auf den wir uns auch verlassen können. Die meisten der Herren Abgeordneten, die bereits gewählt waren, kennen ihn und haben einen günstigen Eindruck von ihm gehabt. Sie wissen, wie ungeheuer wichtig es ist, vor allen Dingen in bezug auf die Besetzung der Flüchtlingskommissarsposten. Erst im Wahlkampf hat sich gezeigt, wie sehr uns diese Leute, die durchaus der SPD angehören, geschadet haben. Wir wünschen in der Personalpolitik eine Änderung. Vor allen Dingen wollen wir zum Abschluß noch einmal sagen: Wir wünschen, daß man von uns Kenntnis nimmt und daß man sich in allen Fragen, bevor Entscheidungen fallen, bespricht.

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Das Wort hat *Wildenauer*. - Wir werden diese Anregungen, die der letzte Redner gegeben hat, gerne zur Kenntnis nehmen, sowohl für die Partei, wie auch für die Fraktion.
Wildenauer: Wenn ich hier das Wort ergreife, so tue ich es als Junger, unter anderem auch als Franke, als Vertreter des Kreises, den ich hier zu vertreten habe. Wenn ich vorher ein Wort zur Geschäftsordnung als Junger sagen darf, so bitte ich, den Herrn Vorsitzenden darauf aufmerksam machen zu dürfen, daß die politische Dummheit der Jugend ein Folgezustand ist, der zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß wir zwölf Jahre, den größten Teil unserer Jugend, in einem Milieu gelebt haben, das uns das politische ABC nicht kennenlernen ließ.
Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Das war nicht auf die Jugend gemünzt. Die politische Dummheit ist eine Erbkrankheit des deutschen Volkes, das geht die Jugend gar nicht an. Wir sind stolz darauf, wenn sich die Jugend eifrig beteiligt. Ich bitte, darauf nicht einzugehen, sondern im Referat fortzufahren.
Wildenauer: Ich vertrete eine Politik der politischen und demokratischen Verantwortung und bin infolgedessen der Ansicht, daß eine Koalitionsbildung der CSU nur schaden kann. Wir haben das im Ortsbereich kennengelernt und glauben, daß es im großen nicht wesentlich anders ist. Die Gefahr, daß von der Seite der sozialdemokratischen Minister die Arbeit der CSU-Regierung, der Regierung der Union, nicht so voll unterstützt wird, wie man es erwarten könnte, dürfte doch zu groß sein. Ich schlage deshalb der Fraktion ebenfalls vor, eine Regierung zu bilden, die nur von der Union getragen ist. Im übrigen bin ich der Ansicht, daß Demokratie gleichbedeutend ist mit Mitdenken von unten nach oben, daß jeder einzelne Staatsbürger, jedes einzelne Parteimitglied die Probleme, die sich im großen ergeben, mitdenken muß und eventuell auch aufgrund seines Verstandes, der nicht immer geringer ist als der der Abgeordneten, auf einen guten Gedanken kommen kann. Dieser Gedanke ist nach meiner Meinung in möglichst vielen Vorschlägen nach oben durchzureichen. Die Abgeordneten, die das Vertrauen des Volkes besitzen, werden genügend Weitblick haben, auszuwählen, welcher der Vorschläge nun wirklich vernünftiges Geschick besitzt und welcher abzulehnen ist. Das Grundproblem der gegenwärtigen Politik ist in meinen Augen das Flüchtlingsproblem. Ich möchte ganz besonders auf einen Punkt hinweisen, da ich glaube, daß von der Lösung dieses Problems der Wiederaufbau abhängt wie von keinem anderen. Denn Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau ist ein Lastenausgleich auf gerechter Grundlage. Wir müssen uns eines vergegenwärtigen: Wenn wir das Privateigentum grundsätzlich verteidigen, dann muß darauf hingewiesen werden, daß Besitz nicht gleich Eigentum zu stellen ist. Denn wer heute Besitzender ist und wer heute nicht Besitzender ist, ist nicht eine Folge einer logischen Entwicklung friedlicher Verhältnisse, sondern das Ergebnis von Zufälligkeiten des Krieges, die von uns im einzelnen nicht abgewogen werden können. Es muß bedacht werden,

(Unruhe.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich bitte um Ruhe! Was ist denn immer los in diesem Wurstkessel da droben auf der Tribüne!
Wildenauer: - daß es nicht unser Verdienst ist, daß nicht Bayern, Württemberg, Baden von der eingesessenen Bevölkerung geräumt werden mußte, sondern daß es Pommern, Schlesien und andere Gebiete waren. Wir müssen deshalb den Flüchtlingen nicht nur Gelegenheit geben, durch ihrer eigenen Hände Arbeit wieder zu einer Le-

bensexistenz zu kommen, sondern wir müssen unter einschneidenden Opfern unserer eigenen Lebensexistenz dazu beitragen, daß sie über im wesentlichen dieselbe Grundlage verfügen wie wir. Wir müssen dabei berücksichtigen, daß wir eines ohnehin nicht können: Wir können ihnen nie die Heimat ersetzen. Ich glaube, daß ich die Regierung der Zukunft darum bitten darf, in diesem Sinne ein ganz großzügiges und einschneidendes Flüchtlingsgesetz zur Durchführung zu bringen. Denn wir wollen nicht durch ein gegenwärtiges Laschsein auf diesem Gebiete ein neues Proletariat auf ganz anderer Grundlage schaffen als das vergangene, sondern wir wollen eine christliche Gemeinschaft des bayerischen Volkes, des Volkes in Bayern, auch derjenigen, die neu hinzugekommen sind, die eine Reparationsvorauszahlung für uns geleistet haben. Denn, das müssen wir bedenken, die Räumung der Ostgebiete ist eine Reparation des ganzen deutschen Volkes an die Nachbarn, an die Siegermächte. Es erwächst uns, die wir nun vorerst im Besitze unseres Eigentums geblieben sind, die verdammte Pflicht, die auch sehr unangenehm ist, nun den Flüchtlingen, den Ausgewiesenen, einen Teil dessen wiederzugeben, was sie verloren haben.

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Die Anregungen des Vorredners nehmen wir gern zur Kenntnis. Im übrigen möchte ich folgendes feststellen: Es wäre sehr gut, wenn wir uns angewöhnten, in Zukunft bei größeren Versammlungen immer einen Jugendredner mitzunehmen. Die Jugend soll draußen die Dinge bei uns lernen.

Pflaum: Zur Geschäftsordnung! Der Vorsitzende hat vorhin von einem Wurstkessel gesprochen. Ich darf fragen, ob im Wurstkessel Würste sind. Dann muß ich annehmen, daß sie der Herr Vorsitzende nicht allein für sich in Anspruch nimmt.

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich bin fest davon überzeugt: Wenn hier eine Generalversammlung von irgendeinem Unternehmen wäre, und ich würde als Generaldirektor ankündigen, daß es um 12 Uhr weiße Würste gibt, dann wäre um 12 Uhr die Debatte beendet. Danach wollen wir uns richten, wenigstens soll die Sehnsucht den Motor bilden.

Hauck: Meine Damen und Herren! Ich hatte eigentlich vor, überhaupt nicht mehr zu sprechen. Nachdem aber die Äußerungen diskutiert werden sollen, so fühle ich mich doch verpflichtet, hier dazu etwas Stellung zu nehmen. Nachdem wir die Satzungen, die Schiedsordnung, das Grundsatz- und das Aktionsprogramm angenommen haben, muß endgültig gearbeitet werden. Wir haben in unseren Reihen bei den Wählern Schaffende, ich betone: Nicht Arbeiter, sondern Schaffende. Das ist der Beamte, der Arbeiter und auch der Angestellte, gleichgültig, welche Art von Arbeit sie verrichten. Dieser Schaffende hat ein Anrecht, gehört zu werden; er hat gewählt, er hat uns das Vertrauen gegeben und deshalb hat er ein Recht, gütig und anständig behandelt zu werden. Wenn man davon spricht, daß die Wirtschaft nur von Fachleuten behandelt werden kann, dann müssen wir uns vor Augen führen, welche Zustände die Wirtschaft heute heraufbeschwört. Treibt sie nicht, vom kleinen Handwerker angefangen bis zum Händler, der es noch viel schlimmer treibt, in einem großen Ausmaß ein Schiebertum usw.,

(Hört, hört!)

das uns schwer zu schaffen macht? Wir wollen das berücksichtigen. Der Anständige, der darunter leidet, soll von uns unterstützt werden. Aber der Unanständige soll bedenken, daß vom Herrgott aus ein Recht, ja sogar eine Pflicht zur Arbeit besteht, aber kein Recht auf Schiebertum abzuleiten ist.

Um nun auf die Politik zu sprechen zu kommen: Wir wollen uns vor Augen führen, daß wir uns um die zukünftige Wahl keine Gedanken zu machen brauchen, wenn unsere Politik so abgestellt ist, daß wir denjenigen den Wind aus den Segeln nehmen, die stets um die werben, die eben die Ärmsten der Armen sind, die Schaffenden. Wenn wir für die gute Gesetze machen, gute, brauchbare Arbeit leisten, dann brauchen wir nicht um die Zukunft besorgt zu sein, da brauchen wir heute nicht zu erwägen, ob eine Koalitionsregierung für uns einen Todesstoß bedeuten würde, oder wir brauchen uns keine Sorge darüber zu machen, ob man uns noch einmal die Mehrheit geben würde.
Zur Koalition möchte ich betonen: Es ist nicht ganz so, wie man es hinstellt. Wenn wir die 18 oder 19%, die nicht gewählt haben, in Betracht ziehen, dann hat die CSU nicht die Mehrheit in Bayern. Darauf müssen wir auch in der Zukunft Rücksicht nehmen. Wir müssen noch etwas vorsichtig sein. Wir wollen nicht rundweg nein sagen. Wenn die Bedingungen für eine Koalitionsregierung unannehmbar sind, dann wollen wir grundsätzlich allein regieren.

(Sehr gut!)

Frau *Deku*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stehen in der Debatte über die Koalition. Ich bin der Ansicht, daß eine Koalition um jeden Preis nicht tragbar ist. Es bleibt aber zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig ist, daß wir doch eine Regierung auf möglichst breiter Basis bilden werden. Wir werden mit aller Sachlichkeit und Ruhe überlegen müssen, was uns in Zukunft vielleicht als die regierende Partei mehr bedrohen und kaputt machen kann, wie es heute gesagt worden ist. Es wird sehr nüchtern zu prüfen sein, ob eine Koalition in Verbindung mit den gemäßigten und vernünftigen und aufbauwilligen Kräften der anderen Parteien für uns nicht tragbarer sein wird, als eine gesammelte und geschlossene Opposition gegen uns. Ich glaube, es ist bestimmt eine offenzulassende Frage, was für uns lebensbedrohend sein kann.
Es ist über die Ministerien gesprochen worden. Ich bin der Ansicht, daß das Innenministerium nach den Erfahrungen der sozialdemokratischen Stellenbesetzungspolitik außer Debatte stehen muß. Wir können es unseren Wählern nicht noch einmal zumuten, uns in einen Kuhhandel einzulassen. Das Kultusministerium ist nach meiner Ansicht nicht nur, wie es hier gesagt worden ist, eine Prestigefrage, sondern es ist für uns eine Substanzfrage. Unter unseren eineinhalb Millionen Wählern sind mindestens eine Million, die uns ihre Stimme aus Gründen der weltanschaulichen Verpflichtung zu treuen Händen gegeben haben.

(Beifall!)

Bei der Frage, ob das schwerste aller Notprobleme, das Flüchtlingsproblem, in die Hände eines Ministeriums oder eines Staatskommissars gelegt werden soll, möchte ich zu bedenken geben, daß der Begriff des Staatskommissars für das Flüchtlingswesen weitgehend an Ansehen und Kredit im Lande verloren hat. Das Flüchtlingsproblem ist von einer großen Vordringlichkeit. Es wird damit ein ganz großer Teil unserer Regierung und unserer öffentlichen Arbeit stehen und fallen. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir so viele Flüchtlinge zu betreuen haben werden, wie z.B. das Land Norwegen insgesamt Einwohner hat, nämlich zwei Millionen. Ich glaube schon, daß man sehr in Erwägung ziehen muß, die Lösung dieser ungeheuren Notstände in die Hände eines verantwortlichen Ministeriums zu legen. Es wäre vielleicht zu überlegen, ob man dieses Ministerium mit den sehr schwierigen und sehr unpopulären Entschei-

dungen in die Hände der Sozialdemokratie legen soll, die ja doch für sich weitgehend das soziale Verständnis für diese in Not stehenden Menschen in Anspruch nimmt.

(Unruhe.)

Ich möchte nicht soweit gehen, wie heute viele Leute aus unseren Kreisen, die sagen: Man erledigt die Opposition am besten damit, daß man sie einmal in die Verantwortung setzt und sie vor die Möglichkeit stellt, das wahr zu machen, was sie ihren Wählern im Wahlkampf versprochen haben. Unter diesem Gesichtspunkt gibt es auch in den Reihen der eigenen Freunde Leute, die sagen, man möge dem Herrn *Loritz* das Wiederaufbauministerium geben. Ich bin der Ansicht, das kann man vielleicht einmal als politische Satire sagen, aber die Situation ist zu ernst und zu furchtbar, als daß wir das Experiment in dieser Richtung machen dürfen.
Es ist hier die Frage der Frau als Arbeitnehmer bei der gänzlich veränderten sozialen und wirtschaftlichen Struktur erwähnt worden. Vergessen Sie nicht, daß über 60% der europäischen Menschheit nach zwei männermordenden Kriegen Frauen sind. Diese Frauen werden nicht zur Ehe kommen. Diese Frauen müssen als neben dem Mann nicht nur geduldete, sondern gleichwertige Partnerinnen in das Erwerbsleben gehen. Die Frau als Mitverdienerin ist ein auch von unseren Frauen nicht gewollter Zustand. Aber die Frau, gezwungen durch die Not der Zeit, das ist auch die Frau, die nicht nur in der Enzyklika "Quadragesimo anno", sondern auch in den beiden darauf folgenden großen grundsätzlichen Reden des heiligen Papstes [*Pius XII.*] vom Oktober 1946 den ganzen Schutz, das ganze Verständnis und die ganze warmherzige Befürwortung dieser höchsten Autorität der christlichen Menschheit gefunden hat. Diese Frau, die kriegerische, die Frau des unheilbar kranken Kriegsinvaliden und die nicht zur Ehe kommenden Frauen, werden in Zukunft den ganzen Schutz der Gesetzgebung brauchen. Dafür, daß diese Frauen in einer vernünftigen und für unsere Wirtschaft und unser christliches Familienleben erträglichen Weise geschützt werden, werden wir uns bei der Gesetzgebung einsetzen.
Ich glaube auch hier im Namen der vielleicht stellenweise 75% betragenden weiblichen Wähler der Union zu sprechen, die es mit Rücksicht auf ihre große Partei- und Wahlfreudigkeit verdient haben, hier auch gehört zu werden.

(Beifall.)

Erlauben Sie mir noch, auch als Mutter eines seit Jahren kriegsvermißten Sohnes ein Wort zur Kriegsgefangenenfrage zu sagen. Ich habe beobachtet, daß bei einer der letzten Landesversammlungen der SPD eine Resolution gefaßt wurde, die im Land und Volk draußen ungeheuer populär gewirkt hat. Ich möchte hier den Antrag stellen, daß wir bei dieser schönen und geschlossenen Landesversammlung, die wir heute in Eichstätt erleben, eine Resolution für unsere noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Männer fassen. Ich habe ganz kurz folgenden Wortlaut aufgesetzt, um dessen Zustimmung ich die hochansehnliche Landesversammlung bitten möchte:

> Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union bittet den Kontrollrat, sich aus Gründen der Menschlichkeit schon vor dem Zustandekommen des Friedensvertrages für die Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen einzusetzen.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich danke Frau *Deku* für die Entschließung. Diese

Entschließung ist uns aus dem Herzen gesprochen. Wir können für unsere Kriegsgefangenen nicht genug tun.

(Sehr richtig!)

Ich bräuchte ein Zusatzgesetz in der Verfassung, daß der Ehegatte zu Hause gegenüber der Ehefrau gleichberechtigt sein soll.

(Große Heiterkeit.)

Kübler: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Aufgabe, die uns in dieser Stunde beschäftigt und die zu lösen wir uns bemühen, kann nur mit klarem und kühlem Kopf bewältigt werden. Mit demonstrativem Beifall ...

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Es liegt noch eine Resolution wegen der Kriegsgefangenen vor. Ich bitte, daß Frau *Deku* und Herr *Konrad* sich zusammensetzen und ihre Resolutionen in eine einheitliche verarbeiten.

Kübler: - mit Phrasen, mit Schlagworten lassen sich diese Dinge nicht meistern. Ich gehe deshalb auf die einzelnen Fragen nicht ein. Es ist mir bewußt, daß es der Fraktion nicht erspart bleiben wird, an die großen Aufgaben der Flüchtlingsversorgung, der Flüchtlingsbetreuung, Ordnung der Wirtschaft, soziale Frage heranzugehen und tatkräftig dabei mitzuarbeiten. Vorausstellen aber möchte ich das eine: Wenn wir leben wollen, dann brauchen wir eine gesunde Wirtschaft; wenn wir aufbauen wollen, dann brauchen wir ebenfalls eine gesunde Wirtschaft. Immer muß die Wirtschaft gesund sein. Die Wirtschaft kann aber nur dort gesund sein, wo eine gesunde Politik gemacht wird. Deshalb muß die Union eine gesunde Politik der Tatsachen machen.

Dazu ist verschiedenes notwendig: Eine gesunde Politik kann nur durch stetige Arbeit gemacht werden. Die Arbeit drängt. Infolgedessen können wir uns auch nicht in Experimente einlassen, die diese stetige Arbeit gefährden. Meine Damen und Herren! Die Arbeit würde gefährdet dann, wenn die Regierung nicht auf einer breiten, gesunden Basis gebildet würde. Diese Basis kann verschiedener Art sein. Ich möchte sie Ihnen in ganz kurzen Worten so schildern, wie ich sie mir denke. Ist die Basis schwach, dann riskieren wir, daß eines Tages die Regierung, die nun einmal die Verantwortung trägt, nicht über die großen Teile des Parlaments verfügt, um ihren Gesetzen genügend Nachdruck zu geben. Dann sind wir der Gefahr ausgesetzt, daß es zu Regierungskrisen kommt. Die Regierungskrise wird dann letzten Endes auch eine Parlamentskrise nach sich ziehen, und wir werden vielleicht in ganz kurzer Zeit wieder in einen Wahlkampf hineingestürzt. Das bedeutete eine Zeit des Interregnums, eine Zeit, in der nicht gearbeitet wird. Die nächsten Monate müssen aber zur Arbeit benützt werden, nicht zum Wählen und nicht zum Schwätzen. Das verlangt das Volk von uns; dazu zwingt uns aber auch die tiefe Not, in der sich Volk und Vaterland befinden. Nun, es ist ja bereits von dieser Stelle aus darauf aufmerksam gemacht worden: Die Basis, die unsere Partei allein bildet, ist nicht so breit, nicht so fest und so konstant, daß man darauf fest bauen könnte, um so mehr als die Damen und Herren ja wissen, daß in einer Sitzung des Landesausschusses beschlossen wurde, daß es in der CSU einen Zwang in der Fraktion[6] nicht gibt. Nun stellen Sie sich vor, es würde eintreten, daß Fraktionsangehörige anders stimmen, als nun einmal die Parole in der und jener Frage lautet. Dann sind wir schon der Gefahr ausgesetzt, daß das Gesetz, das von der Regierung eingereicht wurde, nicht angenommen werden kann, weil es keine Mehr-

[6] In der Vorlage: "Koalition".

heit im Parlament findet. Damit haben Sie eine Regierungskrise, damit haben Sie die Parlamentskrise. Wir werden wieder in neue Dinge hineingeworfen, die wir unbedingt vermeiden müssen. Ich stehe deshalb auf dem Boden der Koalition, und zwar einer gesunden, vernünftigen Koalition. Das ist kein Drücken vor der Verantwortung, wie es von dieser Stelle aus schon zum Ausdruck gebracht wurde, durchaus nicht! Aber es ist der ernste und heilige Wille, wirklich dienlich für unser Volk und Vaterland zu arbeiten; nicht von der Verantwortung drücken, sondern Arbeit, Pflichterfüllung soll es sein. Da kann ich mir aus verschiedenen Gründen keine andere Basis denken als die Zusammenarbeit mit der SPD, um die Basis zum Bau der Regierung breiter, sicherer zu machen; aber auch aus anderen Erwägungen.
Es ist hier so oft von der gesunden Opposition gesprochen worden. Ich kann mir gar nicht vorstellen, wie man sich die Opposition denkt, daß sie gesund ist. Eine Opposition wird immer Opposition bleiben. Es werden an demjenigen, an dem Kritik geübt wird, alle Möglichkeiten gesucht werden, um ihn etwas im Ansehen oder in seiner Arbeit zu schmälern. Wollen wir es nun der Opposition so bequem machen, daß sie sich in den Schmollwinkel zurückzieht und von dort aus ihre Pfeile auf uns schießt? Damit dienen wir unserem Volk und unserem Vaterlande nicht. Wir wollen es der Opposition nicht so bequem machen, sondern wir wollen ihr einen Teil der Verantwortung aufladen. Denn auch die Wähler der SPD verlangen von ihren gewählten Abgeordneten, daß sie praktische Arbeit leisten. So ist die Meinung im Parlament nicht nur auf unserer Seite, sondern auch auf der Seite anderer Parteien.
Schon aus diesem Gesichtspunkt heraus, um diese Opposition zur praktischen Arbeit heranzuziehen, halte ich es für notwendig, eine Koalition zu bilden. Die Koalition kann nur mit der Partei gebildet werden, die nach uns die zweitstärkste ist.
Aber ich stehe auch auf dem Standpunkt: Wenn es zur Koalition kommt, dann muß die nötige Sicherung gegeben sein, daß dieser Koalitionspartner auch wirklich bereit ist, ehrlich, praktisch mitzuarbeiten.

(Sehr richtig!)

Sie dürfen überzeugt sein, daß wir uns dafür einsetzen werden, daß hinsichtlich der Besetzung der Ministerien die Interessen des Volkes und auch die Interessen, die wir als Christlich-Soziale Union weltanschaulich zu vertreten haben, gewahrt bleiben. Wir werden nie so unvernünftig sein, das Kultusministerium den Sozialdemokraten auszuliefern. Wir werden auch als Träger der Wirtschaft sicherlich nicht dazu bereit sein, daß jemand, der der Sache abträglich gegenübersteht und nicht das nötige Verständnis aufbringt, das Wirtschaftsministerium besetzt. Aber wir müssen die Möglichkeit haben, ruhig an diese Dinge heranzugehen. Ein vernünftiger Politiker hält sich die Türen offen und schlägt sie nicht vorher schon durch Resolutionen zu. Deshalb kann ich mich für solche Resolutionen, die sich einseitig auf einen Standpunkt festlegen, nicht begeistern und werde dagegen sein.
Die Türen müssen offen bleiben.

(Sehr richtig!)

Wir wissen aus der Vergangenheit - wir sind doch keine Neulinge - im letzten Augenblick noch treten Dinge auf, die es unbedingt als praktisch und notwendig erscheinen lassen, daß durch diese Türen gegangen wird, weil nur durch sie hindurch der Ausweg in die Vernunft und in das praktische Arbeiten führt.

(Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Die zehn Minuten sind abgelaufen!)

Meine Damen und Herren! Ich habe es deshalb auch vorher sehr bedauert, daß immer solche Verallgemeinerungen ausgesprochen worden sind. Einer meiner Vorredner sprach von den Wirtschaftsträgern als Schwarz- und Schleichhändlern. Das ist nicht richtig. Selbstverständlich ist ein großer Teil des Volkes krank. Er muß wieder erzogen und gesund gemacht werden. Das ist unsere Aufgabe. Wir wollen es tun. Wir lehnen diese Verallgemeinerungen mit aller Entschiedenheit ab. Wir wollen unbedingt erreichen, daß auf lange Sicht hinaus eine tragfähige Regierung gebildet wird. Diese Regierung kann nur dann wirklich tragfähig und gesund sein, wenn sie auf breiter Basis aufgebaut wird. Deshalb stehe ich auf dem Standpunkt: Wir müssen alle Wege gehen, die zur Sicherung führen. Die Sicherungen sind durch gegenseitige Aussprache zu schaffen. Sie müssen geschaffen werden. Ich bitte, auch hier den Gesichtspunkt walten und gelten zu lassen: Durch Zusammenschluß und Zusammenarbeit in eine bessere Zukunft.

(*Sedlmayr* übernimmt wieder den Vorsitz.)

Goderski: Es ist, Gott sei Dank, schon so viel Gutes gesagt worden, daß ich mich kurz fassen kann. Aber zur Koalition auch noch eines: Es sind hier verschiedene Stimmen laut geworden, die erkennen lassen, daß einige von uns der Meinung sind, die CSU müßte klein und häßlich abwarten, ob die Herren Sozialdemokraten geruhen, mit uns eine Koalition einzugehen.

(Sehr richtig!)

Meine Freunde! Das hat die CSU nicht nötig. Wir haben Substanz und Verantwortungsfreude und Kraft genug, um selbst unseren Weg zu gehen. Wenn man glaubt, eine Koalition eingehen zu müssen, um die Verantwortung auf eine breitere Basis zu stellen und der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen, beispielsweise im Hinblick auf eine Wiederwahl in vier Jahren oder was weiß ich, dann kann ich nur sagen: diese Kritik an der CSU wird immer geübt werden, so oder so.

Und noch ein paar Worte zu den Ministerien: Ich habe mit Befremden feststellen müssen, daß Herr Dr. *Hundhammer* angedeutet hat, man könnte beispielsweise das Sozialministerium oder das Innenministerium an die Sozialdemokratie abtreten. Nein, Freunde, wir dürfen nicht auch nur im leisesten mit dem Gedanken spielen, diese Ministerien abzugeben. Wenn ein Sozialministerium geschaffen wird, ist es ja gerade unsere ureigenste Domäne. Auch das Innenministerium gehört uns, und wir geben es nicht aus der Hand. Ich spreche hier als Flüchtling. Die Erfahrung hat uns gelehrt, wie sich das Innenministerium unter dem Genossen *Seifried* für die Flüchtlinge eingesetzt hat. Es war ein Hohn auf das sozialistische Programm.

Meine Freunde! Es muß eine Ehre für unsere Regierung sein, sich an die Spitze der sozialen [Frage] zu setzen. Wir haben eine gewaltige Erziehungsarbeit zu leisten. Neben unseren Konfessionen muß das Kultusministerium dafür sorgen, daß unser Volk und die Flüchtlinge und alle Notleidenden - wir leiden ja alle dieselbe bittere Not - im richtigen christlichen Geist zur praktischen christlichen Nächstenliebe erzogen werden und daß den Notleidenden geholfen wird. Wenn es uns nicht gelingt, die soziale Bewegung zu fördern und die Not zu meistern, dann wird aus dem Unglück, das wir erfahren haben, ein Gericht, nicht ein Gericht der Läuterung, sondern ein Gericht, welches uns verdammt und verwirft.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Dr. *Rinke*: Meine Damen und Herren! Vor einigen Tagen hat der Landesvorsitzende in einer Rundfunkansprache zum Ausdruck gebracht, daß das eine Gebiet, das unpoli-

tisch behandelt werden muß, das Flüchtlingsgebiet ist. Im Landesausschuß ist dasselbe Moment zum Ausdruck gebracht worden. Und nun hat vor einigen Tagen der Landesvorstand der SPD den Entschluß gefaßt, die Forderung aufzustellen, daß das Flüchtlingsministerium, das neu gebildet werden soll, sozialdemokratisch wird. Davor warne ich. Ich bedauere auch, daß Frau *Deku* bereits diesem Gedanken der SPD goldene Brücken gebaut hat. Denn wenn es ein Problem gibt, das nur im christlichen Geist gelöst werden kann, dann ist es das Flüchtlingsproblem. Wir können mit all unseren ganzen christlichen Grundsätzen einpacken, wenn wir uns an dieses Problem nicht herantrauen. Das christliche Sozialgebot ist ja schließlich das radikalste Sozialgebot, das es gibt und je gegeben hat.

Ich warne aus einem weiteren Grunde davor, der SPD dieses Ministerium, falls es überhaupt gebildet werden sollte, in die Hand zu spielen. Bekanntlich hat sich die SPD von jeher als die Flüchtlingspartei aufgespielt. Sie tat so, als ob die CSU diejenige Partei wäre, die unseren Flüchtlingen nicht das richtige Interesse entgegenbringt. Wenn wir ihnen jetzt noch das Flüchtlingsministerium geben oder das sogenannte Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen, also die Spitzenstelle, in der die Flüchtlinge betreut werden, dann verstärken wir den allgemeinen Gedanken, daß die Sozialdemokratie die einzige, die allein seligmachende Partei für die Flüchtlinge ist. Wir wissen, daß die SPD das Flüchtlingsreservoir als ihre Rekrutenschule ansieht. Wollen wir ihnen mit Gewalt die Flüchtlinge in die Arme treiben? Wollen wir sie nicht als unser Reservoir betrachten?

Meine Damen und Herren! Auf diesem Gebiet darf es also keine Konzessionen geben. Wenn schon, dann soll man das Ministerium unpolitisch besetzen, aber mit einem solchen Fachmann, der den Gedanken der CSU unbedingt nahesteht.

Zum Schlusse eine Bitte an die Abgeordneten. Trotz unserer 13%, die wir an Wählern abgegeben haben, haben wir nur einen Abgeordneten innerhalb der CSU. Das ist bedauerlich. Trotzdem sind wir die letzten, die uns dadurch entmutigen lassen und deshalb der CSU den Rücken kehren. Unser Vertrauen zur CSU und deren Idealen ist nach wie vor unerschütterlich. Wir erwarten aber von sämtlichen CSU-Abgeordneten, daß sie die Interessen der Flüchtlinge genauso wahren, wie sie der einzige Flüchtlingsabgeordnete, der Abgeordnete *Kroll*, wahrnehmen wird. Denn wir haben das Vertrauen zu Ihnen, daß Sie nicht nur energisch für die Interessen der Altbayern eintreten werden, sondern genauso energisch für die Interessen der Neubayern.

(Lebhafter Beifall.)

Dr. *Horlacher*: Meine Damen und Herren! Es geht jetzt um eine ernste Sache. Ich bitte infolgedessen auch ganz ernst zu bleiben. Ich kann zu der Frage am besten reden, weil ich zu denen gehöre, die keinen Ministerposten brauchen.

(Sehr richtig!)

Ich habe Arbeit genug und habe in meinem Ressort zu tun. Infolgedessen habe ich Bewegungsfreiheit nach allen Seiten. Ich rede also nicht für meine eigene Sache, sondern ich rede für die Sache unseres Volkes. Was will unser Volk? Unser Volk hat die zwölf Jahre Diktatur über sich ergehen lassen; unser Volk will wieder aufatmen; unser Volk will kein Parteigezänke und keinen Parteienstreit am Beginn einer erst werdenden Demokratie sehen. Das ist die Auffassung des Teils, der in überwiegendem Maße zu den Wählerschichten der Union gehört. Wir haben aus dem ganzen Lande Bayern die Vertreter der Landwirtschaft beisammen gehabt. Der einmütige Wille der Vertreter des Landvolkes ist der, daß das deutsche Volk und daß unser bayerisches Volk in

diesen Notzeiten ein möglichst geschlossenes Gesicht zeigen muß. Denn das erfordert unsere Lage. Wenn hier behauptet wird, daß die CSU einen überwältigenden Sieg errungen hat, so entspricht das nicht den Tatsachen. In vielen bayerischen Landgemeinden mußten wir die Verluste der Städte ausgleichen,

(Sehr richtig!)

sonst hätten wir die 52% nicht erreicht.
Meine Herren! Nicht soviel akademisch reden! Auch die Stimme des Volkes muß zur Geltung kommen.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Mit 52% der Stimmen braucht man nicht so aufzutrumpfen, als ob wir uns das Recht anmaßen könnten, alle Dinge ohne Rücksicht auf die anderen zu machen.

(Bravo!)

Sie wissen, daß ich auf dem Standpunkt der sozial fortschrittlichsten Linie stehe, die es überhaupt gibt. Die Linie des Landvolkes, das ich auch vertrete, ist die, daß die Zusammenarbeit zwischen den schaffenden Schichten in Bayern und in Deutschland nicht mehr auseinanderreißen darf. Wenn Sie schon Sozialpolitik machen wollen, dann gehe ich einen Schritt weiter. Dann liegt mir die Partei am nächsten, die in der sozialistischen Form auch für breite Teile unseres Volkes sorgen will. Weniger nahe liegen mir die Parteien, die wie die LDP uns kulturkämpferisch gegenüberstehen und wirtschaftlich das reine Manchestersystem vertreten.
Meine verehrten Freunde! So ist die Lage und so muß sie angesehen werden. Wenn wir sie anders betrachteten, würden wir in ein Terrain hineinschlittern, das uns wieder die Entwicklung vergangener Tage bringen würde. Das Volk muß in erster Linie Berücksichtigung finden. Es muß denen das Wasser für immer abgegraben werden, die ihre zu Ende gegangene Herrschaft auf Schleichwegen wieder aufrichten wollen. Die vernünftigen Leute, ob je im Unionslager oder auf der anderen Seite, sehen ein, daß die Gefahr für die Demokratie die denkbar größte ist.

(Sehr richtig!)

Die Entwicklung vom Jahre 1920 bis 1925 hat uns ja gezeigt, wie verfehlt die Politik der damaligen größten Partei in Bayern gewesen ist, den Faden und den Zusammenhang mit den breiten, schaffenden Schichten aufzugeben und sich rein nach Rechtspolitik umzuorientieren.

(Sehr richtig!)

Und wir sprechen von rechts und links. Ich will diese Worte gar nicht mehr hören. Diese Begriffe sind überholt. Wir brauchen eine Politik, die der Not der Zeit Rechnung trägt. Und diese kann nur im weitgehenden Maße sozial ausgerichtet sein.
Da spricht nun einer, was die CSU in einer Alleinregierung alles leisten kann. Sind wir ehrlich: Was können wir denn allein schon leisten wollen? Wir können, so wie die Dinge jetzt liegen, nur die Not verteilen, sonst nichts.

(Sehr richtig!)

Was können Sie denn sonst verteilen? Sie können nur Mißstände bekämpfen. Der ehrliche Sektor der Wirtschaft wird immer geringer, das steht fest. Aber diese Fragen lassen sich nur lösen, indem wir auch in Bayern auf breiter Front, nicht in einer Al-

leinregierung der CSU, die Lebensinteressen des bayerischen und deutschen Volkes in vertraulicher Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten zur Geltung bringen.

(Bravo!)

Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Da nützt es nichts, auseinanderzufallen.
Ein weiterer wesentlicher Punkt kommt hinzu: Wir können in den Zeiten der Not die Opposition ja gar nicht vertragen. Was hat der Herr *Goebbels* gesagt? Man muß dazu kommen - es ist sein letztes Vermächtnis -, daß die Deutschen sich selber bekämpfen und daß von den wahren Schuldigen abgelenkt wird und die als Schuldige anerkannt werden, die jetzt die Regierung übernehmen. Diese Schuldigen würden wir in kurzer Zeit werden.
Dann sind wir keine Insel der Seligen in Bayern. Wir müssen den Neuaufbau des Reiches vollziehen. Da brauchen wir auch den Zusammenhang. Sehen Sie sich die Lage in ganz Deutschland an! Glauben Sie, daß die Lage einer reinen Unionsregierung für Bayern innerhalb des ganzen deutschen Gebietes gut wäre? Jeder vernünftige Mensch muß diese Frage verneinen. Deswegen kann unser Entschluß nur sein, daß der Versuch gemacht wird, alle vernünftigen, aufbauwilligen und sozial fortschrittlichen Kräfte zu einer Regierung zu vereinigen. Das wird auch die Regierung sein, die am stärksten über die Notzeiten hinwegführen kann.

(Lebhafter Beifall.)

Von Prittwitz-Gaffron: Meine Damen und Herren! Ich besitze nicht die beneidenswerte oratorische Begabung meines Vorredners und bitte um Verzeihung, wenn ich Ihnen einige ganz wenige nüchterne Bemerkungen mache. Es ist gesagt worden, es handelt sich jetzt um praktische Politik und nicht um Theorien. Ich bin ganz der Meinung, daß man die Politik vom praktischen Gesichtspunkt aus führen und daß man es vermeiden soll, in langen Litaneien über die Theorien zu sprechen. Wir befinden uns, meine Damen und Herren, im Augenblick eines beginnenden Aufbaues einer Demokratie. Wir müssen uns dabei davor hüten, in diesem Augenblick in eine Verwirrung der Begriffe zu geraten. Darin liegt meiner Ansicht nach eine gewisse Gefahr. Es ist gestern soviel und mit Recht an dem Führerprinzip des Nationalsozialismus kritisiert worden. Niemand könnte dieses Führerprinzip mehr bekämpfen als ich. Man muß sich aber darüber klar sein, daß das Führerprinzip über uns hereingebrochen ist, weil ihm ein Untertanengeist gegenüberstand. Diesen Untertanengeist gilt es zu beseitigen. Man kann ihn nur dadurch beseitigen, daß man das Verantwortungsgefühl steigert. Denn die Beseitigung des Führerprinzips ist nicht die Beseitigung des Führungsprinzips. Demokratie verlangt eine Führung. Sie ist nur anders aufgebaut. Wir wollen diejenige Führung haben, die wir uns selbst aussuchen und die wir wieder nach Hause schicken, wenn sie uns nicht gefällt.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Aus diesem Grunde möchte ich mich den Ausführungen unseres Parteifreundes *Ankermüller* anschließen, der für die Übernahme der Verantwortung durch die Union allein eintritt,

(Beifall.)

und zwar aus dem Grunde, weil das Volk uns seine Stimme gegeben hat, damit wir die Verantwortung übernehmen, damit wir zeigen, was wir können.

Wir haben eine doppelte Gefahr zu gewärtigen. Das eine ist die Scheu vor der Verantwortung,

(Zuruf: Nein!)

und das andere ist die Sorge und Angst vor einer politischen Niederlage.

(Beifall.)

Es schadet ja gar nichts, wenn wir nach einer Reihe von Jahren unterliegen und in die Opposition geraten. Das wird uns ebensowenig schaden, wie wir in der letzten Zeit innerhalb unserer eigenen Reihen Meinungsverschiedenheiten gehabt haben.
Ich möchte noch ein weiteres hinzufügen. Es ist heute - ich glaube von unserem Fraktionsführer Dr. *Hundhammer* - folgendes gesagt worden: Wenn eine Regierung ohne Koalition gebildet würde, könnte es bei der verhältnismäßig geringen Stimmenüberlegenheit der Fraktion im Parlament eintreten, daß die Regierung ein Gesetz beschließt, das hernach nicht durchgeführt werden kann, weil die Fraktion nicht geschlossen dafür stimmt. Die Regierung würde dann mit diesem Gesetz nicht durchkommen. Ja, meine Damen und Herren, da möchte ich fragen: Warum soll es eigentlich leichter sein, daß man sich mit den Sozialdemokraten einigt, statt daß sich die Unionsregierung mit der Unionsfraktion einigt?

(Sehr richtig! - Stürmischer Beifall.)

Im übertragenen Sinne möchte ich denselben Gedanken auf die Stellungnahme zwischen Regierung und Opposition anwenden, wenn es zwei verschiedene Parteien sind. Herr Dr. *Horlacher* hat auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller Deutschen hingewiesen. Denselben Gedanken habe ich in meinen Wahlreden ununterbrochen geäußert. Ich bin nicht der Meinung, daß man eine parlamentarische Opposition wie ein feindliches Heer betrachen darf.

(Beifall.)

Die Opposition ist vorhanden, um das Spiel der Demokratie zu erleichtern, nicht um es zu erschweren. Ich sehe nicht diesen Konflikt voraus. Wenn wir in der Regierung und die Sozialdemokraten in der Opposition sind, dann werden diese bei manchen Dingen für uns und bei manchen Dingen gegen uns stimmen. Es ist vielleicht bei unserer Verfassung übersehen worden, daß wir für den Führer der Opposition eine eigene Stelle geschaffen haben.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich nicht wiederholen und vor allen Dingen nicht wiederholen, was andere gesagt haben, sondern im Hinblick auf die Zukunft für die Übernahme der Verantwortung durch die Union eintreten, und zwar in dem Sinne, daß die Landesversammlung der Fraktion als Richtlinie gibt: Hinein in die Verantwortung!
Da ich aber das Wort habe, möchte ich etwas über die Gegenwart sagen und in dieser Beziehung einen kleinen Antrag stellen. Nicht nur in meinem Wahlkreis, sondern in fast allen Wahlkreisen ist in der letzten Zeit mit einer großen Empörung die Tatsache festgestellt worden, daß eine Regierung, die seit 1. Dezember keinerlei Mandat mehr besitzt, Ernennungen von Beamten und Erlasse von Gesetzen am laufenden Bande vorgenommen hat.

(Sehr richtig!)

Ich möchte mir die Bitte auszusprechen erlauben, daß unsere Vertreter - wenn es auch keine Parteivertreter sind, so sind es doch Vertreter und Angehörige unserer Partei; es sind, wenn ich richtig rechne, drei Minister und drei Staatssekretäre - mitteilen: Haben Sie für diese Gesetze gestimmt und wie ist es möglich gewesen, daß man diese Gesetze und Fehlernennungen nicht hat verhindern können, die noch im letzten Moment gemacht worden sind, um sich gewisse Positionen zu sichern?

(Lebhafter Beifall. Zurufe: Antworten!)

Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Es ist kein Minister da, der die Antwort geben will.
Jäger: Mit dem Zusammentritt des Bayerischen Landtages beginnt das normale parlamentarische Leben unseres Landes. Der Landkreis Landsberg/Lech erlaubt sich deshalb, folgenden Antrag einzubringen:

> Mitglieder der Christlich-Sozialen Union sollen nur in jeweils einer parlamentarischen Körperschaft ein Mandat ausüben. Doppelmandate sind grundsätzlich ausgeschlossen.

Ich glaube, der Antrag ist einleuchtend; ich kann die Begründung kurz fassen.
Die leitenden Männer der Union sind, zumal wenn wir Regierungspartei sind, maßlos überlastet. Es ist also notwendig, ihnen Arbeit abzunehmen. Jedes Mandat, nicht nur das des Landtags, sondern auch solche der Stadträte, Kreisräte und Gemeinderäte, erfordert aber den ganzen Mann. Es entspricht ja dem demokratischen Prinzip, die Arbeit und Verantwortung auf möglichst viele Köpfe zu verteilen. Wenn in den Stadträten und in den Kreisräten Mandate frei werden, können die aufrücken, die noch nicht vertreten sind. Es werden das vor allem Vertreter der Flüchtlinge, der Frauen und der Jugend sein. Auch diese sind wünschenswert. Für Sonderfälle kann man Ausnahmen zulassen. Doppelmandate sollen nur grundsätzlich ausgeschlossen sein, nicht in jedem Falle. Darüber kann vielleicht der Parteivorstand entscheiden. Ich bitte also, dem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.
(Dr. *Horlacher* übernimmt wieder den Vorsitz.)
Dr. *Strauß*: Es ist eine besondere Situation, in der wir uns befinden. Man könnte sagen, es ist ein historischer Augenblick in der Geschichte Bayerns, in dem die Union vom Volke den Auftrag bekommen hat, die Verantwortung zu übernehmen. Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß wir im gegenwärtigen Zeitpunkt einen moralischen und materiellen Tiefstand sondergleichen erreicht haben, von dem wir aber noch nicht wissen, ob er der tiefst mögliche Punkt ist, oder ob wir noch weiter in eine Katastrophe wirtschaftlicher, aber auch moralischer Art absinken werden. Eine Verzweiflung, eine Sittenlosigkeit, ein Asozialismus schlimmster Art hat heute um sich gegriffen, gerade in einer Zeit, in der am meisten vom Sozialismus gesprochen wird. Die Frage der Ernährung, der Baustoffe, Bekleidung, Schuhe, Bedarfsartikel ist heute zu einem Problem von höchster Wichtigkeit geworden. Auf der einen Seite haben wir einen Mangel an Arbeitern, auf der anderen Seite steht trotz der vorher vorgebrachten Bedenken das Gespenst der kommenden Arbeitslosigkeit vor uns, zumindest eine Berufsfremdheit. Wir sehen täglich Produktionseinstellungen, eine Lähmung des Arbeitswillens durch Steuerpolitik und Schwarzhandel. Wir sehen auf dem Sektor der Gesundheit des Volkes eine erschreckende Zunahme der ansteckenden Krankheiten.
In dieser Situation, die ich nur mit Stichworten umreißen kann, ist die Union zur Regierungsübernahme berufen worden. In diesem Augenblick ist für uns eine Situation von höchster Tragweite und höchster Verantwortung gegeben. Das Volk erwartet, ge-

rade weil wir die Mehrheit haben, daß wir auch die Verantwortung zumindest in allen entscheidenden Stellen übernehmen. Es steht nicht allein die Frage Allein- oder Koalitionsregierung zur Debatte. Wir müssen uns dazu bewußt bleiben, daß wir im Falle einer Alleinregierung auf der einen Seite einen sehr schweren Stand haben werden. Wir müssen uns aber auch dessen bewußt sein, daß die Sozialdemokratie die Schwächen unserer Stellung erkannt hat und demgemäß Forderungen stellen wird. Wir können uns in den entscheidenden Punkten, in denen eine klare Unionslinie zur Auswirkung gebracht werden muß, nicht auf Forderungen einlassen. Ich glaube, es ist auch der Wille der Landesversammlung, dies der Fraktion bittend und beschwörend nahezulegen, nicht um in die Rechte der Fraktion einzugreifen, aber um noch einmal klarzustellen, daß wir in allen entscheidenden Punkten der Regierungspolitik eindeutig eine klare und entschiedene Unionslinie haben wollen.

(Beifall.)

Das Volk hat das ganze Jahr hindurch nicht gefragt, welche Wahl es war und was für Auswirkungen rein verwaltungstechnischer Natur die Wahlen haben. Das Volk fragt allein danach, ob sich etwas in der Regierung geändert hat. Ich glaube, jeder, der draußen an einer Stelle steht, hat erlebt, daß man ihn gefragt hat: Jetzt wählen wir schon drei-, viermal Union, und immer noch sind die alten Männer an der Regierung. Wir mußten immer die sachliche, richtige Auskunft geben: Es steht ja überhaupt noch gar nicht zur Debatte, daß eine Regierungsänderung kommt. Aber jetzt ist das der Fall. Nach einem Jahr sind wir soweit, daß man von uns verlangt, die Regierung zu übernehmen.

Sie haben es wahrscheinlich alle draußen erlebt, wie in den Gemeinden, wie in den Kreisen der Unwille über bestehende Zustände zugenommen hat, wie uns gerade dieser Unwille große Teile der Wähler zugetrieben hat. Man erwartet von uns Sauberkeit, Anstand und Ordnung im öffentlichen Leben. Heute ist nun der kritische Zeitpunkt gekommen, wo wir dieses Vertrauen rechtfertigen müssen.

Dazu bitte noch ein Gesichtspunkt. Wir müssen uns der Tatsache bewußt bleiben, daß bei einer Unionsregierung, auch bei einer Regierung, die hauptsächlich von der Union gestellt sein wird, die Presse von sämtlichen Seiten her mit allen möglichen Mitteln auf unsere Leute schießen wird, daß wahrscheinlich das Verantwortungsbewußtsein eines großen Teiles unserer Pressemänner nicht groß genug ist, um zu prüfen, ob die Maßnahmen der Regierung gut oder schlecht sind, sondern daß darauf geschaut wird, von wem die ausgehen und danach geschossen wird. Es ist eine der wesentlichen Voraussetzungen der neuen Regierungspolitik, daß die Regierung zwar nicht in einer undemokratischen Weise Presse und Rundfunk beeinflußt, daß aber der Wille der Regierung gerade dann, wenn es eine Unionsregierung ist, in der Presse und im Rundfunk in ausgiebiger und überzeugender und entscheidender Weise zum Ausdruck gebracht werden kann.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Der Erfolg einer zukünftigen Regierung hängt nicht allein davon ab, ob ihre Maßnahmen gut oder schlecht sind; er hängt maßgeblich auch davon ab, wie diese Maßnahmen dem Volke dargestellt werden.

(Sehr richtig!)

Jede Regierung wird zum Scheitern verurteilt sein, wenn Presse und Rundfunk sich gegen sie verschworen haben.

(Sehr richtig!)

Ein Wort zur Frage der Besetzung der Regierungsstellen. Es ist vorhin klargestellt worden, welche Ministerien unbedingt von der Union besetzt werden müssen. Aber ich stehe auch noch in einer strittigen Frage auf dem Standpunkt, daß gerade das Arbeits- und Sozialministerium von einem Unionspolitiker besetzt werden muß.

(Sehr richtig! - Starker Beifall.)

Wir wollen, das ist der gemeinsame Wille der Union, gerade unserem Volke zeigen, daß eine christliche Sozialpolitik mehr Erfolg hat, als ein planvoller Sozialismus.

(Beifall.)

Ein Sozialismus, der vielfach nur auf Plänen und auf Theorien aufgebaut ist, muß sich in der Praxis als viel schwächer zeigen als unsere weltanschauliche Bereitschaft zu einem sozialen Programm. Wenn vorher Dr. *Horlacher* gesagt hat, daß die Städte im Wahlkampf großenteils versagt haben, worin er im Recht ist, und die Landgemeinden ausgleichen mußten, so müssen wir vermeiden - ich bin selbst Landrat eines durchaus ländlichen Kreises -, auf diese Weise einseitig in die Gefahr zu kommen, eine Bauernpartei zu werden. Wenn wir die Städte verloren haben, müssen wir sie durch unser Sozialministerium zurückerobern.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Die Redezeit ist abgelaufen.
Dr. *Strauß*: Es ist richtig, daß schon in der Verfassunggebenden Landesversammlung unsere Fraktion führend und entscheidend an der Ausgestaltung des sozialen Programms in der Verfassung mitgewirkt hat. Jetzt in der praktischen Regierungspolitik wollen wir zeigen, daß wir besser sind als die Sozialisten sämtlicher Schichten und Richtungen.

(Beifall.)

Zur Frage der Regierungspolitik will ich noch einen neuralgischen Punkt berühren, und ich bitte, das jetzt nicht vielleicht als Dummheit oder Unerfahrenheit aufzufassen. Es ist die Frage der Besetzung der Ministerposten. Ich will dabei keine Namen nennen, aber sind Sie sich dessen bewußt, daß wir diesmal keine schwachen oder unentschiedenen Leute brauchen, sondern daß wir ganz klare, markante, scharfumrissene Persönlichkeiten der Union in allen führenden Stellungen sehen wollen.

(Beifall.)

Auf keinen Fall darf die Koalitionsfreudigkeit oder Kompromißpolitik so weit gehen, auch Männer des Kompromisses zu wählen, bloß damit sie von der Gegenseite nicht angeschossen werden oder weil sie bisher von der Gegenseite nicht angeschossen worden sind.

(Beifall.)

Als letzten Punkt möchte ich eines sagen, und ich möchte beschwörend dem hiesigen Gremium nahelegen: Wir brauchen unter allen Umständen die politische Einigkeit zwischen Fraktion, Partei und Volk.

(Beifall.)

Wenn die WAV daran Kritik übt, daß die Herren Abgeordneten und Minister vier Jahre lang allein regieren könnten, ohne das Volk zu befragen, so wollen wir diese Kritik zunichte machen. Fraktion und Partei - die Partei verkörpert ja in ihrer vielfäl-

tigen Zusammensetzung den Willen aller Berufsstände unseres Volkes - sollen so oft zusammenkommen und sich so oft gegenseitig aussprechen, daß die enge Fühlungnahme zwischen Partei und Fraktion gewahrt bleibt, daß keine Kluft aufgerissen wird. Ich bitte die Fraktion, gerade bei der Besetzung der Ministerposten eindeutige, klare, populäre Figuren zu wählen, die auch in der Lage sein werden, radikal einschneidende, sozial fortschrittliche Lösungen zu wählen.

(Sehr richtig!)

Abschließend noch zur Frage des Ministerpräsidenten. Es steht mir hier nicht an, einen Namen zu nennen. Aber man erwartet von uns, daß die Gestalt des Ministerpräsidenten eindeutig unsere Unionsregierung, unseren Willen zu Deutschland, unseren Willen zum Föderalismus und zur christlichen Kulturidee und unseren Willen zum christlich-sozialen Programm verkörpern wird. Wir haben uns gestern entschieden. Ich bin nicht der Anhänger oder Mitläufer einer Figur. Aber ich stelle es hier noch einmal nicht zur öffentlichen Debatte, aber zur eindringlichen Besinnung, daß alle diejenigen, die sich persönlich überprüfen, ob wir uns nicht doch auf einen Mann einigen können, der der populärste Mann in Bayern geworden ist, gerade auch in Unionskreisen.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Ich will ja niemand angreifen und bitte, wenn ich beispielsweise davon sprechen darf, die Exponenten der Opposition, mir zu verzeihen - ich persönlich stehe mich sehr gut mit ihnen -, aber ich habe ein Dokument vor mir, das ich abschließend bekanntgebe, und aus dem hervorgeht, daß weder die Bayerische Militärregierung, noch die Bayerische Staatsregierung etwas mit der Einleitung eines Verfahrens gegen unseren Parteivorsitzenden zu tun hat. In diesem Dokument erwähnt Dr. *Hoegner*, daß die Bayerische Staatsregierung von der Einleitung eines Verfahrens gegen unseren Parteivorsitzenden überhaupt nichts weiß. Er läßt dabei den Schluß offen, daß er

> infolge Abwesenheit des Herrn Minister *Pfeiffer* in Berlin nicht feststellen kann, ob nicht das Sonderministerium ohne mein Wissen und ohne meinen Willen und den der übrigen Mitglieder der Staatsregierung gegen Sie das Verfahren eingeleitet hat.
> gez. Dr. *Hoegner*

Es ist nicht meine Aufgabe, hier an den Mitgliedern der Regierung Kritik zu üben. Aber ich warne und beschwöre noch einmal zur Einigkeit. Wenn die Sozialdemokraten zum Zünglein an der Waage werden, haben wir versagt und werden nicht mehr gewählt.

(Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Das Wort hat Herr *Zobel*. Ich bitte Sie, sich jetzt kürzer zu fassen. Was jetzt noch zu sagen ist, kann in zwei Minuten gesagt werden, denn es ist jetzt genug geredet worden.

Zobel: Entsprechend dieser Mahnung will ich mich sehr kurz fassen. Ich möchte auf folgendes hinweisen: Die meisten Redner des heutigen Tages sind von den Tagesfragen ausgegangen und haben die Frage der Regierungsbildung von diesem Gesichtspunkt aus beleuchtet. Ich möchte trotz allem, wie z.B. auch Herr *von Prittwitz*, auf die systematische Seite eingehen und immer wieder auf sie hinweisen, weil wir nämlich vor etwas anderem stehen, als wir vielleicht glauben. Wir stehen nämlich nicht bloß vor einer Regierungsbildung, nein, wir stehen vor dem Start zur demokratischen Ver-

fassung. Wenn dieser Start falsch vonstatten geht, dann bauen wir uns eine falsche Demokratie auf. Aus diesen Gründen ist es von größter Wichtigkeit, wie wir uns zu der Frage der Koalition stellen. Diese Frage hängt damit zusammen, wie wir uns zur Frage des Zweiparteiensystems stellen. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß wir uns nicht Vorbilder von auswärts ohne weiteres aufpfropfen lassen sollen, wenn sie für uns nicht passen. Aus diesen Gründen warne ich davor, das Zweiparteiensystem als allein seligmachend anzuerkennen; denn es kommt allein nicht nur darauf an, daß wir den ernsten Willen zu einem Zweiparteiensystem haben, sondern auch darauf, daß ihn die anderen haben. Denn die anstürmenden Kräfte, die gegen dieses System ankämpfen, sind nicht nur die sozialistischen, sondern vor allem die kommunistischen und bolschewistischen Kräfte.

(Zuruf: Jawohl!)

Diese aber wollen nicht ein klares Ziel der Opposition, wie wir es erwarten.

(Ausgeschlossen!)

Aus diesen Gründen warne ich besonders davor, daß wir in irgendeiner Form eine Spekulation auf die Zukunft eingehen, indem wir sagen: Es spielt gar keine Rolle, ob wir jetzt allein regieren; in vier Jahren werden wir doch nicht wieder gewählt. Wählen wir deswegen, daß wir nach vier Jahren nicht mehr in der Regierung sitzen? Ich glaube, wir tun es doch nur aus dem Grund, weil wir immer bestimmen wollen. Es muß daher auch unsere Aufgabe sein, die anderen Parteien mit heranzuziehen, die ehrlich bemüht sind, an dieser Arbeit teilzunehmen.
Ich persönlich stehe aber noch auf einem anderen Standpunkt: Zur Demokratie gehört eine Zusammenfassung aller Kräfte, die ehrlich bemüht sind, mitzuarbeiten und am Aufbau zu helfen. Diese Kräfte müssen in der heutigen Zeit alle herangezogen werden. Das kann nur in Form einer Koalition geschehen. Ich stelle daher den Antrag, daß die Landesversammlung folgendes beschließen möge:

> Die Landesversammlung hält es für wünschenswert, daß alle Parteien, die ehrlich bereit sind, am wirtschaftlichen und seelischen Aufbau Bayerns und Deutschlands mitzuarbeiten, zur Regierung herangezogen werden. Diese Parteien haben vor dem Eintritt in die Regierung jedoch bindende Erklärungen abzugeben, die eine positive Mitarbeit gewährleisten.

Dr. *Kroll*: Liebe Parteifreunde! Die Ermahnung des Herrn Präsidenten [*Michael Horlacher*], der selbst wohl immer dazu rät, mäßig zu sein, bedachtsam zu sein, kein Theoretiker zu sein, der aber doch mit einigem Fanatismus das Anliegen der Koalition vertreten hat, nehme ich gerne zur Kenntnis.
Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Für eine Sache tritt man immer mit Fanatismus ein. Für persönlichen Kampf nicht. Wenn hinter einer Sache persönliche Tendenzen stehen, dann bin ich der schärfste Gegner dieser Leute.
Dr. *Kroll*: Ich trete persönlich für eine Sache ein und werde mich bemühen, ohne Fanatismus zu sprechen. Ich bin der Meinung, daß wir aus der Geschichte lernen müssen. In aller Kürze: Die Geschichte hat uns gelehrt, daß wir uns einmal in Koalitionen verbraucht haben. Sie hat uns gelehrt, daß das Zusammengehen der Regierungspartei und der Oppositionspartei dazu führt, daß das Volk, mit beiden unzufrieden, in die radikalen Gruppen drängt und dort etwas heranzüchtet, was letztlich wieder zur Überwindung der Demokratie führt. Wir sind der Meinung, daß wir die Aufgabe haben, eine klare Linie der Unionspolitik vorzuzeichnen. Ich schließe mich jenen an, die erklä-

ren, man sollte trotzdem bemüht sein, auch mit der SPD in ein gutes Verhältnis zu kommen. Ich möchte aber einschränkend hinzufügen: Nicht um den Preis der Geradlinigkeit und Klarheit der Politik!

(Beifall.)

Worum es uns geht, ist dies: Es wurde schon gesagt, daß wir einmal das Versprechen einlösen, eine christliche und soziale Politik in Bayern aufzubauen, und das um so mehr, als ich glaube, daß sich die SPD in Hessen keine Mühe gibt, eine Koalition mit der CDU einzugehen. Es kommt nämlich darauf an, nicht eine Insel der Seligen, aber eine Insel der Christlichkeit in Deutschland aufzurichten.

(Zuruf: Endlich! - Beifall.)

Es kommt sehr wohl darauf an, daß die christliche Linie nicht immer so verwischt wird, daß man sie zum Schluß aus der Koalition nicht einmal durch die kühnste chemische Retorte herausdestillieren kann. Es kommt darauf an zu zeigen, daß wir nicht nur Bekennermut haben, sondern auch Verantwortungsbewußtsein, daß wir bereit sind zu scheitern, wenn wir es mit unseren Kräften nicht schaffen. Das ist der Grundgesichtspunkt der angelsächsischen Demokratie. Wenn ich auch in Ehrfurcht die Worte des Herrn Präsidenten [*Michael Horlacher*], der aber immerhin schon einmal für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hat, anhöre, so stehe ich doch mehr auf [der] Seite jenes Mannes, der Angelsachsen kennt wie kein zweiter von uns und der uns wirklich gute Dinge über die Demokratie dort gesagt hat, nämlich des Herrn *von Prittwitz*.

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich könnte darauf erwidern; ich will es im Interesse der Union nicht tun, auch auf den Herrn *von Prittwitz* und den Vergleich. Ich will es nicht tun, weil ich verhindern will, daß persönliche Verstimmungen auftreten. Das war wieder Herrn *Kroll* vorbehalten.

Dr. *Kroll*: Ich möchte hinzufügen - ich hoffe, nicht wieder unterbrochen zu werden -, es wurde ein Gedanke geäußert, der sehr wesentlich ist, und das ist der Gedanke der altbayerischen SPD, die eine Koalition vielleicht mit der altbayerischen Union eingeht. Wir sind uns über eines klar: Wir können nur dann die Verantwortung übernehmen, wenn wir untereinander einig sind. Darum muß der Wille zur Einigkeit über allem anderen stehen. Es soll nicht so sein, daß man die Koalition als Hintertürchen offen läßt: Einige ich mich nicht innerhalb der Fraktion, dann kann ich mich vielleicht noch mit der SPD einigen. Wir wollen Einigung in unseren Reihen erringen, und wir wollen beweisen, daß wir die Union sind. Darum lehne ich den Gedanken der vorzeitigen Koalition ab. Erst herausstellen, daß wir klar und stark sind! Wir haben uns bei der Wahl des Fraktionsvorsitzenden geeinigt auch ohne Fraktionszwang. Ich bin der Meinung, wenn der gute Wille auf beiden Seiten vorhanden ist und man nicht den anderen niederbügeln will, dann wird man sich auch künftig sehr wohl einigen können.

(Beifall.)

Gerade aber, weil wir diesen Willen zur Einigkeit haben, treten wir dafür ein, die Union zunächst einmal mit der vollen Verantwortung nach außen herauszustellen und dann gewissermaßen gestärkt in die Koalitionsverhandlungen zu gehen. Das ist der Grundsatz, von dem wir ausgehen müssen. Ich darf zu dem, was hier schon gesagt wurde, bemerken, daß wir es nicht begrüßen, wenn die Herren Minister, die jetzt noch im Amt sind, diese unerhörten Personalveränderungen mit vornehmen mußten oder vorgenommen haben und damit der Unionspolitik vorgreifen mußten. Wir sind der

Meinung, daß der Zeitpunkt gekommen ist, wo insbesondere die Politik des Herrn Innenministers einer scharfen Kontrolle unterzogen werden muß. Wir sind der Meinung, daß das allein genügt, um unsere Freunde von der SPD möglicherweise an einer Koalition zu verhindern. Aus diesem Grunde formuliere ich meinen Satz: Ich bin nicht grundsätzlich gegen Koalition; aber ich meine, erst eine starke Union, die Einigkeit in der Union, dann Verhandlungen, bei denen wir sagen, daß wir eventuell bereit sind. Wenn die anderen nicht wollen, stark und entschlossen genug sein, die Regierung selbst zu übernehmen!

(Beifall.)

Dann bin ich aber auch der Meinung, daß die Leisetreterei aufhören muß. In der Herausstellung der Persönlichkeiten dürfen wir nicht zaghaft sein. Nicht die SPD hat uns vorzuschreiben, welcher Mann ihr genehm ist, und wenn Herr *Hoegner* - so wurde mir berichtet - erklärt haben soll: "In ein Kabinett *Müller* gehe ich nicht!", dann sage ich ihm, dann bleibst Du eben draußen.

(Lebhafter Beifall.)

Ich bin der Meinung, wir treten einmal mit dem an, was wir besitzen. In der Frage, wer zur Führung berufen ist, gibt es nach meiner Meinung keine Diskussion. Wir haben einen Mann, der sich bewährt hat, der gekämpft hat, der Ideen hat und der uns ein Stückchen weiter in die Zukunft führen kann. Das ist Dr. *Josef Müller*.

(Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: *Ortloph* hat das Wort.

Ortloph: Meine lieben Parteifreunde, Herr Präsident! Ich fasse mich so kurz als es möglich ist, denn in der Kürze liegt die Würze. Ob alleinige Unionsregierung oder nicht, darüber spreche ich gar nicht. Ich bin überhaupt der Auffassung, daß über diesen Punkt jetzt alle Redner gesprochen haben, so daß eine vollkommene Klärung da sein dürfte. Ich möchte nur das eine: Ich glaube, die Landesversammlung ist dazu berufen herauszukristallisieren, wer bei der kommenden Regierungsbildung die maßgebende Rolle spielen soll, welcher Mann das ist. Ich möchte hier sagen, daß nach meiner Auffassung der Mann, der gestern mit so überwiegender Stimmenmehrheit zum Landesvorsitzenden gewählt worden ist, es sein müßte, der bei der kommenden Regierungsbildung die erste Violine spielen soll.

(Beifall.)

Ich bitte Sie deshalb, folgende Entschließung anzunehmen:

> Die Landesversammlung als das oberste Organ der Union sieht im Landesvorsitzenden Dr. *Müller* den Mann, der auch bei der Regierungsbildung die entscheidende Rolle spielen soll.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: *Karpf*.

> (Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich stelle Antrag auf Schluß der Debatte und bitte die Landesversammlung, über die eingegangenen Entschließungen abzustimmen.)

Es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Nur zu dem Antrag kann noch gesprochen werden.

(Dr. *Stang*: Ich möchte fragen, ob der gegenwärtig zu Wort gekommene Antragsteller auch das Recht dazu hatte. - Zuruf: Jawohl.)

Wer spricht gegen den Antrag auf Schluß der Debatte?

(Zuruf: Können denn die Redner nicht verlesen werden? Es sind vielleicht welche dabei, die wir hören wollen.)

Entweder gibt es Schluß der Debatte oder nicht. Der Antrag steht zur Abstimmung. Wer gegen den Antrag auf Schluß der Debatte ist, den bitte ich aufzustehen. Das ist die Minderheit, das steht einwandfrei fest. Die Debatte ist abgeschlossen.
Ich bitte um Ruhe.
Wir kommen zu den Abstimmungen. Wir nehmen die Anträge, die nicht mit der Regierungsbildung zusammenhängen, zuerst. Da ist der Antrag *Jäger*:

> Mitglieder der CSU sollen jeweils nur in einer parlamentarischen Körperschaft ein Mandat ausüben. Doppelmandate sind ausgeschlossen.

Dieser Antrag würde bedeuten, daß beispielsweise auch der kleinste Landbürgermeister ausgeschlossen sein sollte. Ich würde bitten, diesen Antrag dem Landesausschuß zur endgültigen Erledigung zu überweisen. Besteht darüber Einverständnis?

(Zustimmung.)

Dann kommt der Antrag über die Kriegsgefangenen:

> Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union richtet im Hinblick auf das Weihnachtsfest, das Fest der christlichen Liebe und des Friedens in der Welt, an die Besatzungsmächte die herzliche und dringende Bitte, die kriegsgefangenen Väter und Söhne ihren Familien und der deutschen Wirtschaft baldigst zurückzugeben.

Wer gegen diesen Antrag ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Der Antrag ist also einstimmig angenommen.
Dann der Antrag *Meixner*.
Meixner: Ich bringe als Vertreter der politisch Verfolgten, und zwar der einwandfrei festgestellten und registrierten politisch Verfolgten, folgenden Antrag ein:

> Die christlich-sozialen Opfer des Nationalsozialismus verlangen von der künftigen Bayerischen Regierung mit allem Nachdruck, daß ihren berechtigten Forderungen auf Wiedergutmachung aller jener Schäden, die sie durch die Verfolgungen unter dem nationalsozialistischen Regime erlitten haben, endlich Rechnung getragen wird. Die christlich-sozialen politisch Verfolgten fordern weitestgehend die Berücksichtigung hinsichtlich der Unterbringung in Staatsstellungen, weil sie, die unerschrockensten aktiven Bekämpfer des nationalsozialistischen Regimes, die sichersten Garanten für die Demokratie und ihre Durchführung im Staatsbetrieb sind.

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich glaube, diesem Antrag kann die Landesversammlung um so mehr zustimmen, als das die Verfassung schon vorgesehen hat und auch ein Ausführungsgesetz erlassen werden wird. Ich nehme Ihre Zustimmung an.

(Beifall.)

Nachdem der Herr Landesvorsitzende Dr. *Müller* selbst nicht anwesend ist, würde ich vorschlagen, die übrigen Anträge der Landesvorstandschaft und der Fraktion zur Beachtung zu überweisen.

(Widerspruch.)

Dann bitte ich Herrn *Sedlmayr*, das Präsidium zu übernehmen; denn da komme ich mit der Abstimmung nicht durch.

(Zuruf: Demokratie!)

Das hat mit Demokratie gar nichts zu tun. Ich dokumentiere, daß ich mit der Abstimmung gar nicht durchkomme. Die Entschließungen müssen bearbeitet werden. Die Mehrzahl sagt, daß die Union möglichst die Regierung allein bilden soll, aber jede hat einen Zusatz dabei: Wenn die Alleinregierung möglich ist, soll das geschehen. Aber wie soll das geschehen? Deswegen ist es das einzig Richtige, diese Anträge den zuständigen Organen der Partei zur Beachtung zu überweisen. Wir sind uns alle darüber einig, daß, wenn eine Koalitionsregierung nicht zustande kommt, eine Unionsregierung zustande kommen muß.

Fink: Ich möchte zur Geschäftsordnung folgendes sagen: Ich habe bei meiner Resolution klargestellt, die Landesversammlung soll keinen Beschluß fassen, der festlegt, sondern eine Empfehlung an die Fraktion geben, weil ich wünsche, daß die Fraktion mit der Landesversammlung in großen Zügen übereinstimmt. Ich bitte daher, nachdem sich widersprechende Resolutionen vorliegen, nach dem Eingang der Resolutionen abstimmen zu lassen. Dann wird es sich von vornherein ergeben, daß die Mehrheit, weil sie einer Resolution für eine Regierung der Verantwortung zustimmt, nicht auch nachher dem Gegenteil zustimmt. Die Sache wird sich von selbst klären.

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Der Eingang der Resolutionen ist nicht maßgebend; da sieht man wieder, daß die Herren die Geschäftsordnung nicht handhaben können.

(Zuruf: Aber Sie!)

Auch in der Geschäftsordnung gilt der Grundsatz, daß es der weiter gehende Antrag sein muß, über den zuerst abgestimmt wird. Der weiter gehende Antrag muß hier in der Versammlung bestimmt werden. Nach meiner Überzeugung ist es der Antrag *Zobel*, der ausspricht, eine Koalitionsregierung ohne diese Einschränkungen einzugehen, die die anderen Anträge bringen.

Der Antrag *Zobel* lautet:

> Die Landesversammlung hält es für wünschenswert, daß alle Parteien, die ehrlich bereit sind, am wirtschaftlichen und sozialen Aufbau mitzuarbeiten, zur Regierung herangezogen werden. Diese Parteien haben vor Eintritt in die Regierung bindende Erklärungen abzugeben, die eine positive Mitarbeit gewährleisten.
> *Zobel*, Mittenwald

Das ist der weitest gehende Antrag.

(Zuruf: Wieso?)

Wieso? Sie werden das gleich sehen; der andere Antrag lautet:

> Das bayerische Volk hat der Christlich-Sozialen Union in vier Wahlen einen einmaligen Vertrauensbeweis erbracht. Das Volk erwartet, daß seinem Votum endlich Rechnung getragen wird. Es erwartet Männer seines Vertrauens und die Übernahme der Verantwortung durch die Union. Die am 15. Dezember 1946 in Eichstätt tagende Landesversammlung der CSU ist demzufolge der Auffassung, daß die Union in erster Linie die Verantwortung allein übernehmen soll. Sie ist weiterhin ...

Der weiter gehende Antrag ist nach der Auffassung, die ich feststellen lasse, der Antrag, eine Koalitionsregierung einzugehen. Denn er bezieht sich nicht allein auf den

Standpunkt der Union, sondern will über die Union hinaus auch andere Parteien heranziehen. Hier aber heißt es weiter:

> Sie ist weiterhin der Auffassung, daß eine Koalition mit anderen Gruppierungen nur dann in Erwägung gezogen werden darf, wenn auch in diesem Fall der entscheidende Einfluß der Union in der Regierung sichergestellt ist. Die Landesversammlung betrachtet diese Entschließung als Richtlinie für die Fraktion.

(Zuruf: Das ist der richtige Antrag.)

Dann ist noch ein Antrag da, der so miserabel geschrieben ist, daß kein Mensch ihn lesen kann. Er lautet - es ist der Antrag *Eicken*:

> Die Landesversammlung beauftragt den Herrn Parteivorsitzenden mit den Verhandlungen über die Regierungsbildung. Zur Frage der Koalition wird nicht endgültig Stellung genommen, um den im Laufe der Verhandlungen sich bietenden Möglichkeiten und Notwendigkeiten nicht vorzugreifen. Mindestens die Ministerien für Wirtschaft, Landwirtschaft, Inneres und Kultus scheiden als Verhandlungsobjekte in jedem Fall aus und müssen mit Männern besetzt werden bzw. besetzt bleiben, die höchste Sachkenntnis mit klarer Unionsgesinnung verbinden.

Meine verehrten Damen und Herren! Wenn hier der Standpunkt der politischen Klarheit eingenommen werden soll, so stehe ich persönlich - ich will Ihnen die Lage sogar erleichtern - auf der Meinung, daß wir den Antrag des Herrn *Fink* ruhig annehmen können. Denn die Verhältnisse sind so, daß er eine Richtlinie darstellt, daß er der Union die Verantwortung zuschiebt, die sie ohnehin übernehmen muß, und daß er die Möglichkeiten hinsichtlich einer Koalition offenläßt.

(Sehr richtig!)

Ich bin der Meinung, daß dieser Antrag der richtige ist. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, lasse ich über diesen Antrag jetzt abstimmen.

(Zuruf: Vorlesen!)

Ich lese ihn jetzt nicht mehr vor. Bitte auch diese militärischen Züge, die noch drinliegen, aufzugeben. Diesen zivilen und militärischen Kommandoton wollen wir in Deutschland nicht mehr haben. Ich bitte, die Entschließung vorzulesen. Ich bitte um Ruhe.

(Heiterkeit. - Beifall.)

Einer wird kommandieren, und das ist in dem Fall der Präsident.

(Tosender Beifall.)

Also, bitte, jetzt Ruhe, sonst lasse ich die Entschließung im Durcheinander verlesen, und dann kriegen Sie sie nicht mehr verlesen.
Liedig: Der Antrag lautet:

> Das bayerische Volk hat der Christlich-Sozialen Union in vier Wahlen einen einmaligen Vertrauensbeweis erbracht. Das Volk erwartet, daß seinem Votum endlich Rechnung getragen wird. Es erwartet Männer seines Vertrauens und die Übernahme der Verantwortung durch die Union. Die am 15. Dezember 1946 in Eichstätt tagende Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union ist demzufolge der Auffassung, daß die Union in erster Linie die Verantwortung allein übernehmen soll.

Sie ist weiterhin der Auffassung, daß eine Koalition mit anderen Gruppierungen nur dann in Erwägung gezogen werden darf, wenn auch in diesem Fall der entscheidende Einfluß der Union in der Regierung sichergestellt ist. Die Landesversammlung betrachtet diese Entschließung als Richtlinie für die Arbeit der Fraktion.

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Erhebt sich noch Widerspruch?

(Nein!)

Ich lasse abstimmen. Wer für diese Resolution ist, ...
Dr. *Rindt*: Zur Abstimmung! Ich bitte, zwei textliche Änderungen: "einmalige" müßte geändert werden in "einzigartige" oder "eindeutige"; dann würde ich noch bitten, folgendes zu überlegen, daß man vielleicht anstelle von "die Verantwortung" setzen könnte "die verantwortliche Führung der bayerischen Politik", um es etwas mehr offenzulassen. Ich möchte den Widerspruch als solchen, der vielleicht zwischen dem ersten und zweiten Satz besteht, ausgleichen.
Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Das sind lauter Selbstverständlichkeiten. Der Antrag mit den Änderungen - die sind bekannt -

(Widerspruch.)

trifft das zu, daß wir im Süden die lange Leitung haben, wie die Herren im Norden behaupten? Dann wollen wir aus Gutmütigkeit noch einmal verlesen:

Das bayerische Volk hat der Christlich-Sozialen Union in vier Wahlen einen eindeutigen Vertrauensbeweis erbracht. Das Volk erwartet, daß seinem Votum endlich Rechnung getragen wird. Es erwartet Männer seines Vertrauens und die Übernahme der verantwortlichen Führung der bayerischen Politik durch die Union. Die am 15. Dezember 1946 in Eichstätt tagende Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union ist demzufolge der Auffassung, daß die Union in erster Linie die Verantwortung allein übernehmen soll. Sie ist weiterhin der Auffassung, daß eine Koalition mit anderen Gruppierungen nur dann in Erwägung gezogen werden darf, wenn auch in diesem Fall der entscheidende Einfluß der Union in der Regierung sichergestellt ist. Die Landesversammlung betrachtet diese Entschließung als Richtlinie für die Arbeit der Fraktion.

(Zuruf: Gut!)

Wer gegen diese Entschließung ist ...

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! "die Union" ... "allein":
Ich glaube, daß man das herausnehmen soll, es wirkt zu scharf.)

Das hat mit [der] Geschäftsordnung nichts zu tun.

(Zuruf: Aber mit der Abstimmung!)

Wer gegen diese Entschließung ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.
(Ca. zehn Mitglieder stehen auf.)
Das ist die Minderheit. Die Entschließung ist angenommen.

(Beifall.)

Damit erkläre ich die anderen Entschließungen für erledigt.

(Zuruf: Die Entschließung *Ortloph*!)

Die Landesversammlung als oberstes Organ der Union sieht im Landesvorsitzenden Dr. *Müller* den Mann, der auch bei der Regierungsbildung die entscheidende Rolle spielen soll.
Ortloph

Wer wünscht dazu das Wort?
Dr. *Hundhammer*: Ich nehme Bezug auf die Ausführungen, die ich gestern generell bezüglich der Person Dr. *Müllers* gemacht habe. Sie wissen alle zusammen, daß die Dinge in der Schwebe sind, außerdem

(Zuruf.)

ist nicht zu übersehen, daß die Führung der Verhandlungen über die Regierungsbildung maßgebend doch den gewählten Abgeordneten obliegt. Der Landesvorsitzende der Partei ist Mitglied eines - ich kann hier ja wohl bekanntgeben - in der Fraktion bereits beschlossenen kleinen Ausschusses, der über diese Fragen zu verhandeln hat. Das hat die Fraktion in sich bereits beschlossen. Ich bitte Sie deshalb, von diesem Antrag hier Abstand zu nehmen.

(Mißfallen.)

Haußleiter: Meine lieben Freunde! Ich möchte hier klar und eindeutig sagen, daß ich es für falsch hielte, wenn wir, nachdem wir gestern Dr. *Müller* unser Vertrauen ausgesprochen haben ...

(Beifall.)

Ich bin der Überzeugung, daß die Berufung auf dieses Verfahren nicht berechtigt ist; sonst hätte die amerikanische Militärregierung nicht erlaubt, daß Dr. *Müller* sein Amt weiterführt. Und da sage ich: wir wollen nicht schärfer sein als die zuständigen Stellen. Ich wiederhole das Wort, das Dr. *Horlacher* gesagt hat: Ich habe den Eindruck, wenn einmal die ganze Welt den Dr. *Müller* entlastet haben wird, dann wird es noch Kreise geben in der Union, die ihn nicht entlastet haben.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Einen Augenblick! Das, was Kollege *Haußleiter* gesagt hat, stimmt teilweise und stimmt andererseits im Wortlaut nicht. Ich gehe nicht darauf ein. Im Grundsatz stimmt es.

(Lebhafter Beifall.)

Der Wortlaut ist falsch.
Haußleiter: Ich freue mich, daß wir hier sachlich über einen verschiedenen Wortlaut hinweg einer Meinung sind. Ich schlage Ihnen vor: Wir nehmen die Entschließung für Dr. *Müller* an.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Zur Geschäftsordnung, aber nur dann, wenn es vernünftig ist für die Abstimmung.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich stelle Antrag auf schriftliche Abstimmung!)

Schließlich müssen Sie auch auf mich Rücksicht nehmen. Die Verhältnisse sind so, daß mir eine schriftliche Abstimmung schon aus anderen Erwägungen gar nicht notwendig zu sein scheint, da es ebenfalls nur eine Richtlinie für die Fraktion sein kann.

Denn die Fraktion muß letzten Endes den Ministerpräsidenten in geheimer Abstimmung mit dem Stimmzettel wählen. Ich bitte, von einer schriftlichen Abstimmung abzusehen. Sind die Damen und Herren damit einverstanden? Das ist der Fall. Dann stimmen wir ab. Wer für den Antrag ist, den bitte ich aufzustehen. - Das ist die Mehrheit. Meine verehrten Damen und Herren, nun will ich Euch noch was sagen; ich stehe hier auf dem Standpunkt ...

(Zuruf: Gegenprobe!)

Die Gegenprobe werde ich sofort durchführen lassen. - Wir in der Union sollen eine Familie sein, die Dinge dürfen nicht so überspitzt werden, daß letzten Endes eine Person gleich der Union gesetzt wird.

(Sehr richtig!)

Das geht zu weit. Wir wollen die Dinge da nicht auf die Spitze treiben, daß man sich wegen Personen in Beifalls- und Mißfallenskundgebungen so in die Hitze hineinredet. Ich bitte um die Gegenprobe. - Das ist die Minderheit. Damit ist der Antrag *Ortloph* angenommen.

(Verschiedene gleichzeitige Zwischenrufe. - Bei der Gegenprobe: Aha, die Oberbayern! - Zuruf *Ostermaier*: Wir haben es gewagt, im Jahre 1932 gegen den Nationalsozialismus zu stehen, und fürchten uns auch heute nicht, unsere Meinung kundzutun.)

Meine verehrten Anwesenden! Ich bitte um Ruhe. Sie erweisen dem Landesvorsitzenden keinen Dienst, wenn Sie seine Person zum Gegenstand leidenschaftlicher Auseinandersetzungen innerhalb der Union machen. Das geht zu weit. Das muß jeder vernünftige Mensch einsehen. Die Fraktions- und Parteikollegen, die anderer Meinung sind, brauchen sich von den anderen nicht beschimpfen zu lassen.

(Beifall.)

Von christlicher Liebe und Rücksichtnahme auf die einzelnen Personen muß man erst in der Union das Richtige lernen!

Krempl: Ein Wort zu einer persönlichen Erklärung: Ich habe in diesem Fall gegen den Antrag gestimmt, und da möchte ich erklären, warum. Weil ich auf dem Standpunkt stehe, daß ich nicht der Anbeter einer Persönlichkeit bin.

(Beifall.)

Ich stehe auf folgendem Standpunkt: Für uns ist einzig und allein die Politik maßgebend, die die Mehrheit macht, und für mich ist der Führer die christliche Idee. Ich stehe zu *Müller* und halte zu *Müller* und stehe zu *Hundhammer* und halte zu *Hundhammer*. Ich bedauere, daß mein Freund *Haußleiter* wieder eine Dissonanz hereingetragen hat.

(Hört!)

Denn das darf ich ohne Beschönigung sagen, es ist nicht wahr, daß wir uneinig sind. Wir sind in Wirklichkeit einig, das ist die Hauptsache. Es wäre zu bedauern, wenn aus dieser Abstimmung heraus - Herr *Haußleiter*, manchmal haust Du auch daneben! - jetzt am Schluß eine Dissonanz mit nach Hause getragen würde. Ich habe dagegen gestimmt, weil ich jeder persönlichen Vergötterung feindlich bin.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Sonst liegt keine Wortmeldung mehr vor.

(Zuruf: Ich bitte *Haußleiter* zu überprüfen, ob der Antrag nicht zurückzuziehen ist.)

Haußleiter: Zur Abgabe einer persönlichen Erklärung. Ich möchte hier folgendes erklären: Der Antrag *Ortloph*, den ich nicht eingebracht habe, ist abgewogen und gibt den Standpunkt wieder, den viele von uns teilen, daß Dr. *Müller* bei der Regierungsbildung einen maßgeblichen Einfluß haben soll.

(Zuruf: Hat er ja schon!)

Ich glaube, abgewogener kann in dem Falle nicht formuliert werden. - Darauf hat sich folgendes ereignet: Ich nehme es Parteifreund Dr. *Hundhammer* nicht übel, wenn er seinen Standpunkt vertritt. Ich vertrete meinen. - Er hat aber Bezug genommen auf das gegen Dr. *Müller* schwebende Verfahren. Dagegen habe ich mich gewandt. Das ist mein gutes Recht. Meiner Ansicht nach bedeutet das nicht, daß ein Mißklang in die Versammlung hineingebracht ist. Ich war es heute, der das größte Gewicht darauf gelegt hat, daß Dr. *Hundhammer* persönlich klar und sachlich die Linie seiner Politik entwickelt. Das halte ich für eine vernünftige Art von Demokratie. Aber ich glaube, wir haben das Recht, hier in dieser Versammlung zu sagen, wen wir als maßgeblich beteiligt an der Regierungsbildung ansehen. Dazu sind wir doch bestimmt. Wenn ich da meine Meinung äußere, dann bringe ich doch keine Dissonanz in die Versammlung.

(Sehr richtig!)

Ich habe mich nur dagegen gewandt, daß Dr. *Hundhammer* wegen des Spruchkammerverfahrens gegen Dr. *Müller* Stellung genommen hat. Dagegen kann ich Stellung nehmen. Liebe Freunde! Ich glaube, wenn wir uns so klar aussprechen, dann endet die Versammlung nicht in einem Mißklang, sondern mit dem gemeinsamen Entschluß, gemeinsam für die Ideale der Union einzutreten. Aber ein Entschluß muß gefaßt werden. Meine Entschließung ziehe ich nicht zurück.

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Damit ist die Angelegenheit erledigt.

(Zuruf Dr. *Balling*: Eine Anfrage!)

Dr. *Stang*: Dem Herrn Landesvorsitzenden Dr. *Müller* ist gestern durch die 76%, die sich für ihn ausgesprochen haben, ein Vertrauensvotum gegeben worden. Damit ist er insbesondere als Landesvorsitzender an den Verhandlungen zur Regierungsbildung maßgeblich beteiligt. Es ist meiner Auffassung nach nicht notwendig, daß das eigens erklärt wird. Es heißt ein altes lateinisches Sprichwort: Ne bis in idem. Ich glaube, daß damit die Sache erledigt werden könnte - Nicht zweimal für dieselbe Sache etwas zu tun.

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Es ist schon etwas verschiedenes.

Ortloph: Meine lieben Parteifreunde! Ich wehre mich dagegen, daß mir der Vorwurf gemacht worden ist, wie wenn mein Antrag eine Vergötterung *Müllers* darstelle. Dagegen wehre ich mich mit aller Entschiedenheit. Er stellt keine Vergötterung *Müllers* dar, sondern diese Entschließung, die ich Sie gebeten habe anzunehmen, sollte bloß Ihre Stimmung kundtun, wer eine entscheidende Aufgabe bei der neuen Regierungsbildung übernehmen soll, sonst nichts.

(Beifall.)

Man macht aus einer Sache etwas, aus der gar nichts zu machen ist. Aber ich bitte Sie innigst, zerschlagen Sie mir die Einigkeit der Union nicht!

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Damit ist die Angelegenheit erledigt. Bitte *Liedig* zu einer geschäftlichen Mitteilung.
(*Liedig* gibt die Abfahrtszeiten der Züge und Omnibusse bekannt; ebenso, daß für die evangelischen Landtagsabgeordneten am 16. Dezember 1946 um 9 Uhr ein Gottesdienst in der Erlöserkirche in München stattfindet.)
Eine Sache außerhalb der Tagesordnung:
Der Antrag zur Entnazifizierung ist nicht zulässig. Ich bitte die Kollegen, einverstanden zu sein, daß das noch verlesen wird.
Vollmann (Illertissen): Er lautet:

> Die immer größer werdenden Schwierigkeiten und Gefahren, die sich aus der Durchführung des Befreiungsgesetzes ergeben, zwingen zu einer grundsätzlichen Stellungnahme zu der Frage, ob die Durchführung des Gesetzes noch vertreten werden kann.

Ich glaube, folgenden Antrag der Landesversammlung noch vorlesen zu müssen.
Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Eine solche Entschließung ist nicht zulässig. Ich bitte, die ganze Sache dem Landesausschuß zu überweisen. Sie ist nicht zulässig aus Gründen, die ich Ihnen noch sagen werde.
Vollmann: Dann formuliere ich anders:

> Die Union erklärt mit allem Ernst und Nachdruck, daß die Milderung des Befreiungsgesetzes eine unbedingte Notwendigkeit ist, und betrachtet folgende Änderung als eine ihrer vordringlichen Ziele:

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Meine verehrten Herren! Dem Herrn Antragsteller wird Rechnung getragen, wenn seine Entschließung der Parteileitung und dem Landesausschuß mitgeteilt wird, damit der zuständige Herr Minister sich zu dieser Frage äußern kann. Eine solche Frage kann doch nicht von der Landesversammlung behandelt werden; sie wird dem Landesausschuß überwiesen. Damit ist Ihren Belangen Rechnung getragen. Die Sache ist erledigt. Wir sind am Schluß angelangt.
Ich darf ganz offen und ehrlich feststellen, daß der gestrige Tag ein Tag war, mit dem sich die Union hat sehen lassen können. Wir sind demgegenüber heute früh wieder etwas abgesunken - ich drücke mich ganz vorsichtig aus. Diese Täler des Absinkens vertragen wir nicht mehr lange. Es ist notwendig, daß wir wirklich Menschen werden, die nach den Grundsätzen der Union zu arbeiten beginnen, Menschen, die Achtung vor der Überzeugung des anderen haben. Die Methoden, die aus früheren Zeiten herüberkommen, wo der einzelne nur deswegen bekämpft wird, weil er eine andere Meinung hat, müssen aufhören. Wir wollen die Freiheit unserer Person haben.

(Beifall.)

Die lassen wir uns von niemand streitig machen. Jetzt kommt dann das Fest des Friedens heran, das Weihnachtsfest. Möge es die Richtschnur sein für die Christlich-Soziale Union in den kommenden Tagen,

(Zuruf: Auch für Oberbayern!)

mögen Sie sich darauf einstellen. Die Herren haben immer gehässige Bemerkungen hinüber und herüber; so geht es nicht. Ich gebe von der Landesversammlung aus der Fraktion den Wunsch hinüber, daß die Union für unser bayerisches und deutsches Vaterland wichtige Aufbauarbeit leisten möge. Damit schließe ich die Versammlung.

Schluß der Landesversammlung 13.12 Uhr.

Nr. 27

Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 3. Januar 1947 in Augsburg

Tagesordnung:[1]
1. Haltung der Union gegenüber dem Kabinett Ehard-Hoegner-Loritz
2. Verhältnis Partei und Fraktion der Christlich-Sozialen Union
3. Verschiedenes
Ferner:
4. Einsetzung von Arbeitsausschüssen

Tagungsort: Augsburg, Pfälzer Hof

Anwesend:[2] Alledag, E. Ammann, Ankermüller, A. von Aretin, Baumgartner, A. Bender, N. Berger, Bickleder, Birkl, Boehlke, A. Braun, Butterhof, Centmayer, Dahm, M. Deku, Döppert, Donsberger, Ehard, Etterer, Euerl, Fackler, H. Fink, J. Fischer, Gamperl, A. Gaßner, Goderski, Grasmann, Gröber, Gugelweid, Hahn, Haugg, Haußleiter, Helmerich, Herold, Höhenberger, Hönekopp, Holzer, Horlacher, Hundhammer, Imler, Kaifer, F. Kaiser, Karpf, Klenk, A. Konrad, H. Kraus, Krehle, Kroll, Kronthaler, K.A. Kroth, Krüger, Kübler, Kurz, A. Lang, Lehner, Liedig, Lingmann, Mack, R. Martin, Mayr, Meyer-Spreckels, F. Michel, J. Müller, Nentwig, Neumann, Nirschl, Ostwald, Ott, Pfeiffer, Pflaum, Piechl, Prechtl, von Preysing, Probst, Reiser, Riedel, Rindt, Rinke, Röder, F.L. Sauer, F. Schäfer, Schlögl, K. Schmid, Schmidt, Schrott, Schubert, Schwägerl, Sedlmayr, Semler, Sichart, Staab, Steber, Strathmann, F.J. Strauß, Sühler, Ulrich, von Voretzsch, Wackerl, Weger, Weinkamm, G. Weinzierl, Weiss, F. Wittmann, Zülein, Zürrlein, Zwicknagl

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel

Die Sitzung wird um 10.25 Uhr durch den Landesvorsitzenden Dr. *Josef Müller* eröffnet.
Liedig: Meine Damen und Herren! Ich bitte Platz zu nehmen zur Feststellung der Anwesenheit. Ich verlese zunächst die Anwesenheitsliste der Stimmberechtigten, um festzustellen, wieviele Stimmen vertreten sind.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich eröffne die heutige Landesausschußsitzung der Christlich-Sozialen Union. Ich heisse Sie herzlich willkommen. Wir beginnen die Arbeit in unserer Union bereits mit Beginn des neuen Jahres. Das neue Jahr bringt uns schon in seinem Beginn große Schwierigkeiten. Ich darf als erstes nicht nur Ihnen, sondern vor allem unserer Christlich-Sozialen Union alles Gute fürs neue Jahr wünschen. Möge sie das neue Jahr bestehen und gestärkt überleben. Eine Krisis muß nicht immer nur unangenehme und schlechte Seiten haben. Es wird an Ihnen liegen, meine lieben Parteifreunde, dafür zu sorgen, daß die Union auch aus dieser Krisis gestärkt hervorgehen wird. Es war bisher oft so, daß die Union in Schwierigkeiten war und daß ihre Gegner erwartet haben, daß sie auseinanderfallen würde. Wollen wir gerade heute unsere Arbeit damit beginnen, daß wir zuerst den Willen bekunden, einig zu bleiben oder wieder einig zu werden.

(Bravo!)

[1] Laut Wortlaut des Protokolls, vgl. S. 963. Der unter "Ferner" genannte Tagesordnungspunkt wurde rekonstruiert anhand des Protokolltextes.
[2] Laut Anwesenheitsliste in der Anlage zum Protokoll, ergänzt anhand des Protokolltextes. Zwei Unterschriften sind unleserlich.

Es wird nicht leicht sein, die Einigkeit durchzuhalten. Wir wollen kein Hehl daraus machen: Es wird eminente Schwierigkeiten geben, aber meine lieben Freunde, wo ein Wille ist, wird sich auch ein Weg finden.

(Sehr richtig!)

Ich glaube nicht, daß der Weg nur dadurch gefunden werden kann, daß man Schwierigkeiten aus dem Wege geht. Wir wollen heute auch dafür sorgen, daß die Schwierigkeiten aufgezeigt und erkannt werden, damit durch die Erkenntnis gleichzeitig der Wille reift, sie zu überwinden. Wir wollen heute klar reden. Es hat keinen Sinn, wenn wir uns gegenseitig etwas vormachen. Meine lieben Freunde, es muß die Bereitschaft einsetzen, den Weg für die Union zu finden, nicht den Weg für irgendeine Gruppe. Bisher hat die Union einen Sammlungsprozeß durchgeführt. Die Sammlung ist zweifellos gelungen gewesen. Jetzt muß sich die Union irgendwie konsolidieren. Hoffentlich gelingt auch der Konsolidierungsprozeß. Er wird nicht leicht sein, um es noch einmal zu betonen. Aber, meine lieben Freunde, die Idee, die wir vertreten, verlangt von uns, daß wir uns restlos einsetzen, und daß jeder das Persönliche zurückstellt.

(Sehr richtig!)

Es kann nicht um persönliche Fragen gehen, es kann nicht darum gehen, wer sich durchgesetzt hat oder wer sich durchsetzt. Es kann nicht darum gehen, wer von der Union herausgestellt wird oder wer sich herausgestellt hat. Wichtig ist, daß alle wissen, daß dann, wenn das Ansehen der Union Schaden leidet, sie mit der Union Schaden leiden. Wichtig ist, daß alle erkennen, daß dann, wenn die Union untergehen sollte, auch ihr politisches Dasein innerhalb der Kreise der Union abgeschlossen ist.

(Sehr richtig!)

Meine lieben Freunde! Ich will keine großen Ausführungen zu den Vorgängen der letzten Zeit machen. Ich halte es für zweckmäßig, jetzt zuerst die Stimmen aus dem Lande zu Worte kommen zu lassen. Wir sind früher, im Aufbau, in der Landesversammlung so vorgegangen, daß jeweils zuerst die Vorsitzenden der Bezirke gesprochen haben. Denn sie geben das Bild der Union im gesamten Lande wieder. Wir als demokratische Partei müssen davon ausgehen, daß die Stimme des Volkes von der Partei gehört werden muß, wenn die Partei nicht Schaden leiden soll. Es kann nicht darum gehen, daß einzelne Politik zu machen versuchen, losgelöst vom Volk. Es kann auch nicht darum gehen, daß die gewählten Vertreter des Volkes Politik nach irgendwelchen persönlichen oder Gruppengesichtspunkten machen.

(Sehr richtig!)

Die Union muß als Partei die Stimme des Volkes verstehen, wenn sie nicht in der Luft hängen soll.

(Sehr richtig!)

Wenn ich nun in die Tagesordnung eintrete, darf ich Ihnen vorschlagen, daß zunächst bei Punkt 1 die Bezirksvertreter referieren und daß wir erst dann sehen, ob wir Referate einlegen. Ich glaube, wir dürfen uns zutrauen, daß jeder von uns fähig sein wird, einen kurzen Überblick zu geben. Vieles kann als bekannt vorausgesetzt werden. Wir wollen daran nicht unnötig Zeit verbrauchen durch lange Referate, sondern konkret in die Debatte eintreten.

Ich gebe zunächst die Tagesordnung bekannt:

1. Haltung der Union gegenüber dem Kabinett *Ehard-Hoegner-Loritz*
2. Verhältnis Partei und Fraktion der Christlich-Sozialen Union
3. Verschiedenes

Werden irgendwelche Anträge zur Tagesordnung gestellt?
Dr. *Horlacher*: Dem ersten Punkt der Tagesordnung werden eine Reihe von Herren hier nicht zustimmen. Der erste Punkt der Tagesordnung kann nach unserer Überzeugung nicht so gefaßt werden. Es müßte regulär so vorgegangen werden, wie es bei jeder vernünftigen Konstruktion der politischen Verhältnisse notwendig ist, daß nämlich zunächst einmal ein Bericht gegeben wird, wie es zur Regierungsbildung gekommen ist. Die Regierung ist im Parlament in einzigartiger Weise

(Hört, hört!)

mit Zweidrittelmehrheit gebildet worden. Sie können schreien, wie Sie wollen. Das geniert mich als Politiker gar nicht. Ich werde Ihnen dann noch mehr erzählen, was für Sie wissenswert sein wird. Es ist selten in der Geschichte Deutschlands vorgekommen, daß eine Regierung mit Zweidrittelmehrheit im Landtag gewählt worden ist. Das ist eine Tatsache, über die Sie nicht hinweggehen können. Es ist daher notwendig, daß die Verhältnisse von den Beauftragten der Fraktion, die die Verhandlungen im Namen der Fraktion der CSU geführt haben,

(Zuruf: Und wie!)

objektiv dargestellt werden.

(Sehr richtig! - Zuruf: Herr Dr. *Horlacher* spricht bereits zur Tagesordnung.)

Den Titel Regierung *Hoegner* erkennen wir nicht an. Wir erheben dagegen Einspruch. Wir sehen diesen Tagesordnungspunkt als eine politische Aussprache an. Unter diesem Gesichtspunkt werden eine Anzahl Herren und eine Anzahl Freunde hier in die Debatte eintreten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Dr. *Horlacher* hat bereits zur Tagesordnung gesprochen. Mir kommt es darauf an klarzustellen: Wird die Tagesordnung als solche genehmigt oder nicht, oder werden Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung gestellt. Erhebt sich ein Widerspruch gegen die Aufstellung der Tagesordnung?

(Zwei Zurufe: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung hat sich zuerst Dr. *Kroll* gemeldet.
Dr. *Kroll*: Der Bezirksverband Oberfranken unterstützt auf das Lebhafteste die Anregung von Herrn Dr. *Horlacher*, zunächst einmal einen maßgebend Beteiligten referieren zu lassen, um dann in die Einzelheiten der Debatte einzutreten. Ich würde vorschlagen, daß Herr Minister Dr. *Hundhammer* referiert, wie es zur Bildung des Kabinetts gekommen ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist jetzt bereits die technische Behandlung der Tagesordnung zur Debatte gestellt. Es kommt daher darauf an: Wird die Tagesordnung als solche genehmigt oder werden konkrete Abänderungsanträge gestellt?
Dr. *Baumgartner*: Ich stelle den Antrag:

Punkt 1 der Tagesordnung lautet nicht "Haltung der Union gegenüber dem Kabinett *Ehard-Hoegner-Loritz*", sondern "Politische Aussprache".

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Politische Aussprache ist ein allgemeiner, vager Begriff. Es kommt darauf an, daß hier klargestellt wird erstens die Haltung zur Regierung und zweitens das Verhältnis Partei und Fraktion. Sonst kommen wir mit einer politischen Aussprache ins Uferlose.
Haußleiter: Meine Herren, ich bin der Überzeugung, wir sind hier zusammengekommen, um von der Partei aus zur Frage dieser Regierungsbildung Stellung zu nehmen. Ich hielte es für eine klare Flucht vor dem gegebenen Thema, wenn wir die Tagesordnung in diesem Punkt ändern würden. Dagegen bin ich für den Vorschlag Dr. *Kroll* unter allen Umständen. Wir wollen die Hintergründe dieser Regierungsbildung kennenlernen. Ich gehöre der Fraktion an. Ich kenne sie auch nicht.

(Hört, hört! Heiterkeit.)

Ich bin dafür, daß Herr Dr. *Hundhammer* einen eingehenden und ausführlichen Bericht über die ganzen Verhandlungen erstattet, die zur Bildung dieser Regierung geführt haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich frage nochmals an: Wird ein Antrag zur Änderung der Tagesordnung gestellt?
Das ist nicht der Fall. Es wird kein formeller Antrag gestellt.
Dr. *Horlacher*: Ich stelle den formellen Antrag zur Tagesordnung, daß der erste Punkt heißt: "Politische Aussprache über die Regierungsbildung in Bayern".
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es steht der Antrag *Michel Horlacher*:

> Punkt 1 der Tagesordnung soll heißen: "Politische Aussprache über die Regierungsbildung in Bayern".

Das ist ein Abänderungsantrag. Ich darf über den Antrag abstimmen lassen.
Wer enthält sich?
(Niemand.)
Wer ist gegen den Antrag *Horlacher*?
46 sind gegen den Antrag.
Wer ist für den Antrag?
33 sind für den Antrag.
Damit ist der Antrag *Horlacher* abgelehnt. Es steht dann die Tagesordnung zur Debatte, wie sie vorgeschlagen ist. Es erhebt sich kein Einspruch gegen die Tagesordnung? Dann ist die Tagesordnung genehmigt.
Wir treten in die Tagesordnung ein. Es wurde bereits vorhin vorgeschlagen, daß zunächst einer der Herren, die bei der Regierungsbildung beteiligt waren, über die Regierungsbildung referiert. Es wurde vorgeschlagen, daß Minister Dr. *Hundhammer* darüber referiert. Erhebt sich ein Widerspruch?

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Darf ich ums Wort bitten?)

Dann ist der Antrag angenommen.
Dr. *Horlacher*: Dem Vorschlag will ich nicht widersprechen, aber zum modus procedendi will ich folgendes vorschlagen: Zuerst wird der Mann referieren müssen, der die Regierungsbildung eine Zeitlang als Beauftragter der Fraktion geleitet hat. Das ist der Herr Minister *Pfeiffer*. Ich bitte also, zunächst dem Minister *Pfeiffer* das Wort zu geben. Ich bin bereit, dem weiteren Vorgehen zuzustimmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist zunächst angeregt worden, daß Minister Dr. *Hundhammer* referiert, der als Fraktionsführer die Verhandlungen geführt hat. *Horlacher*

stellt den Antrag - ich darf es als Antrag nehmen -, daß zuerst Minister Dr. *Pfeiffer* referiert.
Dr. *Pfeiffer*: Ich bitte, daß Dr. *Horlacher*, der als beobachtendes Mitglied bei sämtlichen Besprechungen zugegen war, Ihnen den Hauptbericht gibt. Er hat vom ersten bis zum letzten Augenblick die ganzen Verhandlungen mitgemacht, während meine Tätigkeit bei einer Zäsur abgebrochen hat.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich glaube, wir sollten nicht von vornherein durch Geschäftsordnungsdebatten eine lange Diskussion heraufbeschwören. Ich glaube, daß vorhin die allgemeine Meinung die war, daß Minister *Hundhammer* referiert, der noch dazu Fraktionsvorsitzender war.
Erhebt sich ein Widerspruch dagegen?
Dr. *Hundhammer*: Ich schlage meinerseits Dr. *Horlacher* vor.

(Zurufe: Aha! Nein, wir wollen Dr. *Hundhammer* haben!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf jetzt darüber abstimmen lassen. Es wurde vorhin der Antrag gestellt, daß Minister Dr. *Hundhammer* referiert. Darf ich über diesen Antrag abstimmen lassen.
Haußleiter: Zur Geschäftsordnung! Meiner Ansicht nach wissen die Herren doch am besten selbst, wer die Hintergründe der Regierungsbildung am genauesten kennt. Wenn das, wie sich jetzt herausstellt, Dr. *Horlacher* als genauester Kenner der Vorverhandlungen und der Hintergründe des Zustandekommens der Regierung ist, dann soll Dr. *Horlacher* darüber referieren.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Offenkundig wird eine Arbeitsteilung vorgenommen. Ich glaube, wir wollen nicht lange darüber abstimmen lassen, sondern es dabei bewenden lassen, daß Dr. *Horlacher* referiert. Sind Sie damit einverstanden?
(Kein Widerspruch.)
Ich bitte Dr. *Horlacher*, das Wort zu ergreifen.
Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte Dr. *Horlacher*, von der Mitte aus zu sprechen, weil man ihn sonst zu schlecht versteht.

(Zustimmung.)

Dr. *Horlacher*: Ich spreche laut genug. Ich lasse mich zu keinem Referat zwingen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: In der Demokratie entscheidet der Mehrheitswille. Infolgedessen bitte ich, dem Mehrheitswillen Folge zu leisten und von der Mitte aus zu sprechen.
Dr. *Horlacher*: (Spricht vom Rednerpult aus): Ich bitte um vollkommene Ruhe. Ich werde bei Zwischenrufen das Referat beenden.

(Bravo!)

Denn ich bin nicht gesonnen, mich hierher zu setzen und meine Bürozeit zu versäumen, um mich von einzelnen Gruppen, die fanatisch sind, anbrüllen zu lassen. Das möchte ich vorausschicken.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf annehmen, daß in der Union der Fanatismus nicht herrscht.
Dr. *Horlacher*: Das haben wir gesehen. Davon sind wir überzeugt worden.

(Zuruf: In Eichstätt!)

Ich will in aller Ruhe und Sachlichkeit zu den Problemen Stellung nehmen, die vorliegen. Das Wort "Hintergründe", das hier von Leuten gebraucht worden ist, die erst in die Politik näher Einblick nehmen müssen, lehne ich für meine Person ab. Bei mir gibt es keine Hintergründe. Wenn ich mich der Partei zu Verhandlungen zur Verfügung stelle, dann führe ich den Auftrag der Partei aus und sonst nichts. Ich verhandle auch hintenherum mit niemandem. Das lehne ich ab. Ich habe es nie getan. Ich habe keine Sonderkonferenzen. Ich habe wiederholt den Herrschaften hier erklärt: Wenn es in der Union nicht aufhört, daß neben den Besprechungen der offiziell Beauftragten jeweils Sonderkonferenzen in dem oder jenem Raume stattfinden, dann wird es in der Union nie zu einem gemeinsamen Handeln kommen. Ich habe wiederholt klar und deutlich ausgeführt: Wir müssen von dem Zustand früherer Zeiten weg und dahin kommen, daß in den entscheidenden Fragen der Politik die selbst gewählten Organe das entscheidende Wort zu sprechen haben; nicht mehr ein einzelner, sondern die von der Union gewählten, ordnungsgemäßen Organe haben jeweils zu der Sachlage Stellung zu nehmen.

(Sehr richtig!)

Es haben nicht einzelne Verhandlungen zu führen. Es darf in der Union keine Hintertreppenpolitik geben, wenn wir in der Union zu einer Bereinigung der Verhältnisse kommen wollen.

(Sehr richtig!)

Das muß ich vorausschicken. Denn ich scheide dabei ja aus. Ich brauche keine Posten. Ich habe keine notwendig. Ich habe Posten genug. Ich bin von einem Gremium von 2000 Leuten in meinem Amt einstimmig demokratisch gewählt worden. Ich kann mich also auf eine Majorität stützen, auf die sich kein anderer von den Herrschaften hier stützen kann. Ich habe mir auch nichts dreinreden zu lassen. Ich stehe in der freien Wirtschaft, und wer meine Mitarbeit will, kann sie bekommen. Wer sie nicht will, soll es bleiben lassen. Das ist ein ganz einfacher Standpunkt. Ich brauche infolgedessen nicht auf Jagd auszugehen, um das oder jenes zu erreichen.
Wie waren nun die Vorgänge in der Union? Zunächst hat es sich um die Grundfrage des Parteivorsitzenden gehandelt. Hier wird jeder wissen, daß ich zu denen gehört habe, die das Terrain bereinigt haben. Der Parteivorsitzende hat die Zustimmung der Union bekommen, und zwar von weitesten Kreisen durch einen Entschluß auch der Fraktion. Daß er als solcher gegenüber den Angriffen gedeckt worden ist, die gegen ihn erhoben worden sind. Mehr konnte nach der Richtung hin nicht geschehen. Die Frage des Parteivorsitzenden ist aber nicht die Frage des Ministerpräsidenten. Das sind zweierlei Dinge, die scharf auseinandergehalten werden müssen. Es fehlt in unserem Volk an den notwendigen staatsrechtlichen Grundlagen zur Beurteilung der Verhältnisse. In der Demokratie haben die Parteiorganisationen die allgemeinen Wahlbewegungen zu leiten, die Aufstellung der Kandidaten vorzunehmen und gewisse Richtlinien zu überwachen wie der Aufsichtsrat in einer Gesellschaft. Das entscheidende ausführende Organ der Demokratie ist aber die gewählte Volksvertretung. Denn sonst wäre das Ganze ein demokratischer Unsinn. Die demokratische Volksvertretung ist das Instrument des Parlaments. In der Verfassung steht deswegen auch nichts von politischen Parteien, sondern maßgebend sind die Wahlen, die zur Volksvertretung stattfinden. Jeder einzelne Abgeordnete ist seinem eigenen Gewissen verantwortlich, besonders in Personalfragen. Sie haben mit Grundsatzpolitik gar nichts zu tun. Er ist in diesen Fragen an keinerlei Weisungen gebunden. Das ist gut so und

weise. Es ist in allen parlamentarischen Staaten so. Es hat sich in England häufig ereignet, daß die Wahl des Ministerpräsidenten durchaus nicht einstimmig von der Partei vorgenommen wurde, der er angehört hat, sondern es ist wiederholt vorgekommen, daß die Wahl durch das Parlament selbst stattgefunden hat und dieses die Entscheidung getroffen hat.

(Widerspruch, Zuruf: Nein, wird vom König berufen!)

Diese Zusammenhänge müssen wir einmal klar erkennen. Dann ist der weitere staatsrechtliche Grundsatz heranzuziehen, den die meisten übersehen, der aber in Rechnung gestellt werden muß, daß insbesondere nach der Bayerischen Verfassung die verantwortlichen Persönlichkeiten nicht mehr die einzelnen Fachminister in den einzelnen Ressorts sind, sondern die verantwortliche Persönlichkeit für die Durchführung der gesamten Politik ist der jeweilige Ministerpräsident. Die Minister sind seine Mitarbeiter. Er kann sie jederzeit mit Zustimmung des Landtags berufen und von ihrem Amt entlassen. Es ist in der Bayerischen Verfassung mit aller Präzision herausgearbeitet. Das ist auch gut so, weil es der Demokratie nach ihrem eigenen Willen eine gewisse Stabilität und Sicherheit gibt.

Nun wurde die Fraktion der CSU vor die Frage gestellt, wer als Ministerpräsident nominiert wird. Die Nominierung des Ministerpräsidenten ist für jede Fraktion eine schwierige Aufgabe. Aber bevor der Ministerpräsident nominiert wurde, mußte vorerst die Grundsatzfrage geklärt werden, ob Koalition gemacht wird oder nicht. Das ist die Grundsatzfrage, an der sich schon manche Geister schieden. Bei dieser Grundsatzfrage muß zunächst jeder Gedanke an irgendeine Person in den Hintergrund treten. Denn hier kommen die fachlichen und sachlichen Gesichtspunkte in Frage, die der jeweiligen Zeitlage entsprechen. Ich habe das Regierungsprogramm von Württemberg nach der Richtung hin gelesen. In Württemberg haben wir eine Konzentrationsregierung. In der württembergischen Regierungserklärung ist darauf hingewiesen, daß auch die Großen der Demokratie in der Welt in den Zeiten der Not den demokratischen Grundsatz des Wechsels zwischen Regierung und Opposition aufgegeben und Konzentrationsregierungen gebildet haben. Bei uns in der Fraktion wurde auch die Frage erörtert, ob eine Koalition zwischen SPD und Union stattfinden soll. Diese Frage wurde in der Fraktion einstimmig bejaht. Die Beratungen von Eichstätt sind durchaus dahin aufzufassen. Sie sind auch richtig formuliert im letzten Satz. Ich hätte mich in Eichstätt mit aller Kraft dagegen gewehrt und gewendet, wenn der letzte Satz nicht enthalten gewesen wäre, in dem es heißt: "Diese Entschließung dient der Fraktion der CSU als Richtlinie". Sie kann in diesen wichtigen Fragen und Personalangelegenheiten ja nichts anderes sein als eine Richtlinie. Denn letzten Endes muß der seinem eigenen Wahlkreis verantwortliche Abgeordnete entscheiden, welche Stellung er einnimmt. Er muß das heute mehr als je entscheiden. Denn in dieser Frage dürfen wir den Kopf nicht in den Sand stecken. Wir müssen die Dinge ansehen, wie sie in Wirklichkeit sind. Ich kenne hier das alles sehr gut. Ich weiß, daß wir eine große Wählermasse haben. Ich weiß auch andererseits genauso gut, daß unsere Partei eine sehr geringe Mitgliederzahl hat.

(Sehr richtig!)

Ich weiß insbesondere, daß unsere Partei und große Wählermassen praktisch in der Luft hängen, weil wir in soundsovielen Landgemeinden, die für die Wählerschaft der Union den Ausschlag geben, überhaupt nur Vertrauensleute haben und keine Parteimitglieder.

(Sehr richtig!)

Daher kommt es, daß die Konstruktion unserer Partei nicht den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Der einzelne Abgeordnete muß sich daher im Parlament prüfen, welche Verantwortung er gegenüber den Leuten, die ihn gewählt [haben], tragen kann und übernehmen muß.

(Sehr richtig!)

Der Parteiapparat der Union ist nicht durchgebildet, weil wir zu viele Wähler und so wenig ordnungsgemäße Mitglieder haben. Unter diesen Gesichtspunkten müssen auch die Entscheidungen in der Fraktion betrachtet werden.
Die Fraktion hat also einstimmig beschlossen, in Koalitionsverhandlungen einzutreten. Die Fraktion hat zu diesem Zweck eine Kommission gebildet. Wenn einmal eine Kommission bestimmt ist, dann würde ich es gerne sehen, daß diese Kommission, einschließlich des Parteivorsitzenden, bis zum Schluß bei den Verhandlungen beisammenbleibt,

(Sehr richtig!)

und nicht die andere Hälfte der Kommission dem Schicksal überläßt. Es ist die Aufgabe der gewählten Vertreter, da zu bleiben, wo sie sind. Ich habe einen halben Waschkorb voll Briefe aus dem Land bekommen, weil ich Beziehungen zum Lande habe - auch aus den Städten habe ich Zuschriften bekommen -, in denen die Leute ihren Unwillen zum Ausdruck gebracht haben, daß ein Teil der Mitglieder der Fraktion der CSU nur, weil es nicht nach ihrem Willen gegangen ist, das Parlament verlassen hatten. So etwas ist früher bei einer bürgerlichen Partei nicht vorgekommen. Das war bloß uns überlassen.

(Zuruf: Ein Saustall!)

Glauben Sie mir, der Unwille des Landes allein darüber, noch dazu, wo die Not des Volkes dermaßen groß ist, ist ins Ungemessene gestiegen. Die Briefe häufen sich von Tag zu Tag.

(Zuruf: Auch von den Städten!)

Täuschen Sie sich nicht darüber!

(Zuruf *Sauer*: Im Gegenteil!)

Dann müssen die Briefschreiber alle gelogen haben, Kollege *Sauer*, Sie werden nicht leugnen, daß ich Beziehungen zum Landvolk habe. Also gut. Ich werde Ihnen die Beziehungen zum Landvolk in den nächsten Wochen beweisen. Verlassen Sie sich darauf,

(Hört!)

weil ich es für notwendig halte, daß die Grundlinie der Politik auch den Wählern draußen bekanntgegeben wird, die von Politik auch etwas verstehen.

(Sehr richtig!)

Ich habe gar keine Angst, Ihnen die politischen Verhältnisse auseinanderzusetzen.
In der württembergischen Regierungserklärung steht der Satz: Es ist selbstverständlich, daß wir in einer Notzeit wie der jetzigen ein Auseinanderfliegen der Nation oder gar ein Auseinanderfallen in der Zusammenarbeit des Volkes aus parteipolitischen Erwägungen heraus und um personeller Verhältnisse willen nicht ertragen können. Deswegen ist in Württemberg nach großen Schwierigkeiten eine Koalitionsregierung zustande gekommen.

Unsere Fraktion hat also den Ministerpräsidenten nominiert, zuerst den Herrn Dr. *Pfeiffer*. Ich habe mich da dem Willen der anderen gebeugt. Ich war persönlich anderer Meinung, denn ich hätte gewünscht, daß kein Wechsel im Entnazifizierungsministerium eingetreten wäre. Das nur nebenbei. Man muß seine eigenen Gesichtspunkte oft zurückstellen. Ich habe gedacht: Du komplizierst bloß die Verhältnisse, laß die Geschichte laufen wie sie läuft. Der Herr Minister *Pfeiffer* hat dann die Mehrheit bekommen. Er hat dann mit unserer gewählten Kommission mit der SPD verhandelt.
Hier muß zunächst einmal der Irrtum berichtigt werden, als ob wir unsererseits dem SPD-Programm zugestimmt hätten. Das ist nicht richtig. Morgen wird von mir in der Süddeutschen Zeitung ein Artikel über die Entscheidung im Landtag erscheinen. Darin steht das Notwendige. Auch bin ich nicht so ängstlich, wie mancher andere, wenn in den Zeitungen eine andere Meinung steht. Wir sind es ja nicht mehr gewohnt, demokratisch zu denken. Das müssen wir erst wieder lernen.

(Sehr richtig!)

Naturgemäß sucht der einzelne Parteipolitiker die Verhältnisse nach seiner Parteibrille darzustellen. Daran müssen wir uns gewöhnen. Es ist unsere Aufgabe, die Dinge richtigzustellen und die Verhältnisse wieder ins richtige Licht zu rücken.
Der Herr Minister *Pfeiffer* hat nun in den Besprechungen auf meine Anregung hin auseinandergesetzt: Ausgangspunkt für die Koalitionsverhandlung bildet die Verfassung. Ich habe die Verfassung von A bis Z durchstudiert und würde es jedem raten, das gleiche zu tun. Wenn er die Verfassung durchstudiert, sieht er, daß der gemeinsame Wille der damaligen beiden Parteien ohne weiteres die Gesetze auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet bestimmt hat. Sie sind in den Artikeln der Verfassung enthalten und müssen jetzt ausgeführt werden. Wir haben daher die Verfassung in den Vordergrund gestellt. Es wurde auch von der SPD-Seite als Verhandlungsgrundlage angenommen, daß die Hauptgrundlage für die Regierungsbildung die Ausführung der Verfassung sei. Die SPD hat dann ihrerseits den Wunsch geäußert, daß ihr sogenanntes Aktionsprogramm geprüft werde. Wir sind naturgemäß auf die Prüfung des Aktionsprogramms eingegangen. Dabei haben wir ausdrücklich betont, daß es sich nur um eine Prüfung handelt. Denn auf der anderen Seite steht unser Programm, das uns genauso wertvoll ist.

(Zuruf: Genauso wertvoll?)

Es ist das 30-Punkte-Programm der CSU. Da hat sich nun folgendes ergeben - ich bitte, doch nicht jedes Wort auf die Waagschale zu legen. Wenn wir in Koalitionsverhandlungen sind, müssen wir vernünftig miteinander reden. Da kann man nicht einseitig parteipolitisch reden. Wir haben das SPD- und CSU-Programm durchgenommen und dabei hat sich ergeben, daß beide Programme in ihren Grundzügen, insbesondere in sozialpolitischer und wirtschaftlicher Beziehung in den meisten Punkten übereinstimmen, so daß wir am Schluß in einer gemeinsamen Entschließung erklären konnten: Die Prüfung des Programms der CSU und des Aktionsprogramms der SPD hat ergeben, daß die sachlichen Grundlagen für eine Koalition vorhanden sind.
So war es auch in Wirklichkeit. Nun kommt ein Seitenhieb der Sozialdemokratie wegen der Gemeinschaftsschule, eine Frage, die bei den Sozialdemokraten immer noch eine Rolle spielt. Daß sie diese Frage natürlich bei ihren Wählern immer herausziehen und die Dinge anders hinstellen, mag vom sozialdemokratischen Standpunkt aus begreiflich sein, hindert uns aber nicht, unsere Stellungnahme zu betonen. Es wurde in den Verhandlungen ausdrücklich anerkannt: Es bleibt bei den Abmachungen in der

Verfassung, an dem Grundsatz der Bekenntnisschule wird nicht gerüttelt. Sie haben ausdrücklich erklärt, in ihrem Aktionsprogramm heißt es bloß, daß sie von ihrem Standpunkt aus an dem Grundsatz der Gemeinschaftsschule festhalten. Jede Partei kann von ihrem Standpunkt aus an etwas festhalten. Das ist aber kein Bestandteil der Regierungsverhandlungen, sondern Bestandteil der Regierungsverhandlungen sind die Verfassungsbestimmungen, so daß eine klare Sicht gegeben ist und die kulturellen Erfordernisse der CSU im vollsten Umfang gewahrt sind. Es hat sich aber ergeben, daß bei den Verhältnissen, wie sie heute nun einmal sind, in Anbetracht der Raumfrage, der Lehrerfrage, des Durcheinanders, das auf konfessionellem Gebiet durch die Flüchtlinge entstanden ist, die Dinge als Notzustand teilweise anders gemacht werden müssen. In dieser Frage ist auch mit den Religionsgemeinschaften, sowohl mit der katholischen wie mit der evangelischen Seite, verhandelt worden. Diese Verhandlungen haben auch zu einem Abschluß geführt. Sie beruhen darauf, daß beispielsweise in einem Dorf, in dem früher 100 katholische Kinder da waren und keine evangelischen, heute aber 16 evangelische Kinder da sind, es unmöglich ist, zwei Konfessionsschulen nebeneinander zu errichten.

(Sehr richtig!)

Das geht erstens nicht wegen der Raumfrage und zweitens wegen der Lehrerfrage.

(Geht, sonst brauchen wir überhaupt keine Konfessionsschule!)

Hier brauchen Sie doch keinen Widerspruch zu erheben. Wenn die Kirchengemeinden das anerkennen, brauchen wir nicht päpstlicher zu sein als der Kardinal in München. Es ist natürlich die Anerkennung eines Notzustandes, hat aber mit der Grundsatzfrage nicht das mindeste zu tun. Auf kulturellem wie auf sozialwirtschaftlichem Gebiet ist also eine klare Sicht für die Koalition der Regierung gegeben gewesen. Nun kam naturgemäß die Besetzung der Ministerien zur Sprache. Bei der Besetzung der Ministerien bin ich nicht der Nächstbeteiligte, obwohl ich hier das meiste habe noch retten können, weil ich selber kein Minsterium in Aussicht habe und auch gar keines will. Ich kann auch die Leute nicht verstehen, die so sehr darauf bedacht sind, irgendein Ministerium zu bekommen. Diese Frage scheidet also für mich vollständig aus. Infolgedessen stehe ich der Sache objektiv und kühl bis ins Herz gegenüber. Die Frage der Ministerien ist natürlich in Bayern insofern kompliziert und doch wieder einfach, weil in Bayern nach der Bayerischen Verfassung der Ministerpräsident in erster Linie der Tonangebende ist, so daß der Fachminister gerade auf personellem Gebiet nicht allein das unternehmen kann, was er früher bei einer anderen Konstruktion der Verhältnisse hat unternehmen können. Da war es unser Bestreben, die Verhältnisse der Regierungsbildung auch dadurch zu erleichtern, daß die Personalfragen in den Mittelpunkt gerückt worden sind. Nach der Verfassung sind Personalfragen der höheren Gremien der Verwaltung dem Ministerpräsidenten oder dem Kabinett vorbehalten. Wir sind aber einen Schritt weitergegangen. Es wurde auch im Landtag ausdrücklich erklärt, und insbesondere ich habe noch ausdrücklich darauf bestanden, daß es im Landtag neben der Ministerliste bekanntgemacht wurde: Über die Regelung in der Verfassung hinaus hat über die Besetzung sämtlicher unteren und mittleren Verwaltungsstellen in Bayern nicht mehr der einzelne Fachminister zu entscheiden, sondern der Ministerpräsident und der Ministerrat.

(Sehr gut!)

In dieser Frage ist also eine ganz klare Sicht gegeben. Die Personalverhältnisse im Land draußen sind ja schwierig, besonders für manche Personen. Die Personalver-

hältnisse haben aber auch zwei Seiten - und die bitte ich nicht außer acht zu lassen - nicht bloß die Personalverhältnisse der staatlichen Organe spielen letztlich eine Rolle, sondern auch die Personalverhältnisse der Selbstverwaltungsorgane, insbesondere in den größeren Städten wie überhaupt in den Gemeinden.
Glauben Sie mir, wer in der Verwaltung etwas zu tun hat und Einblick hat, der hat in der Notzeit des Volkes den sehnlichsten Wunsch, daß insbesondere in unseren Rathäusern draußen der Burgfriede unter den Parteien unter allen Umständen gewahrt bleiben muß.

(Sehr richtig!)

Wenn hier der Kampf aller gegen alle einsetzt, dann werden unsere Freunde in den Gebieten, wo die SPD und die KPD herrschen, die Rathäuser in maßgebenden Posten restlos verlassen müssen.

(Zurufe: Sehr wahr; ist sowieso schon der Fall!)

Dann wird es noch schlimmer.

(Zuruf: Nein!)

Bei einer Koalitionsregierung können diese Verhältnisse ausgebügelt werden.

(Widerspruch.)

Denn, meine verehrten Herren, Sie können doch nicht von einzelnen Verhältnissen aus, die sich bei einzelnen unliebsam bemerkbar machen, Politik für das ganze Land machen und für Verhältnisse, die im ganzen Reich eine Rolle spielen. Es mögen manchmal da und dort die Dinge nicht so sein, wie sie zu wünschen sind. In anderen Gebieten liegen sie wieder anders. Da muß ich die Verhältnisse von dem Querschnitt des ganzen Landes aus beurteilen. In München liegen sie z.B. anders wie in manchen fränkischen Gebieten. Es kommt oft dabei auch auf die Personen an.

(Sehr richtig!)

Im politischen Leben spielt die ungeschickte Person oft die verheerendste Rolle.

(Sehr richtig!)

Eine Person, die maßvoll und klug, politisch ausgeglichen ist, leistet gerade in diesen Notzeiten den wertvollsten Dienst.
Die sachlichen Grundlagen für die Koalition waren also auch nach dem Personalverhältnis gegeben. Der Herr Minister *Pfeiffer* hat die Vorschläge wegen der Besetzung der Ministerien gemacht. Diese Vorschläge sind von ihm ausgearbeitet worden, weil der einzelne, der mit der Regierungsbildung beauftragt ist, auch von sich aus gewisse Freiheiten in Anspruch nehmen muß. Denn schließlich muß er sich ein Kabinett zusammenstellen, mit dem er arbeiten kann. Wenn Sie den Querschnitt durch die gesamte Regierung ziehen, dann müssen Sie auch das gesamte Programm in personeller Beziehung vor sich haben. Dies ergibt das Bild, daß im Ministerrat etwa 13-14 Ministern und Staatssekretären der CSU sechs oder sieben Minister und Staatssekretäre der SPD gegenüberstehen.

(Hört!)

Die CSU hat also weitaus die Mehrheit, und wenn Sie Mannsbilder sind, haben Sie die entscheidende Mehrheit in allen personellen und politischen Fragen.

(Bravo!)

Der Ministerpräsident hat absolut das Heft in der Hand.

(Zuruf *Sauer*.)

Kollege *Sauer*! Ich strebe keinen Ministerposten an, aber das eine kann ich Ihnen sagen: Wenn ich beispielsweise Staatssekretär im Innenministerium wäre, so hätte ich keine Angst, daß ich, gestützt noch auf die Mehrheit des Ministerrates, die Personalpolitik im Sinne der CSU treiben würde. Nehmen wir doch die Dinge so, wie sie sind. Die Leute müssen Mannsbilder sein. Sie müssen auch den Mut haben, die Verantwortung zu übernehmen und nicht sagen: Das macht bloß der Minister allein. Von diesem Gesichtspunkt aus sind die Verhältnisse auch im Innenministerium ausgeglichen worden.

Wenn die Wähler das nicht verstehen, ist es unsere Aufgabe, es ihnen zu erklären. Die politische Kenntnis des deutschen Volkes ist sowieso eine minimale. Es ist unsere Aufgabe, uns nicht selbst zu zerfleischen und nicht den Leuten nachzugehen, die die Dinge nicht sachlich richtig darstellen. Unsere Aufgabe ist es, politisch zu handeln und die Leute über diese Tatsachen aufzuklären.

(Widerspruch.)

Das sind die Gesichtspunkte, die zur Regierungsbildung geführt haben. Die Positionen der CSU sind in allen Ministerien entsprechend gesichert. Einzelne Ministerien sind überhaupt in den Händen der CSU,

(Heiterkeit.)

so das Finanzministerium, das in der Zukunft sehr wichtig und ausschlaggebend sein wird. Das Innenministerium ist auch mit zwei Staatssekretären in den Händen der CSU. Denn früher ist es so gewesen, daß neben den Sozialisten auch noch die Kommunisten drin waren und die Schwierigkeiten bereitet haben. Diese sind nicht mehr da.

Bezüglich des Wirtschaftsministeriums denke ich überhaupt nicht parteipolitisch. Da denke ich von irgendeinem Berufskreis aus, den ich zu vertreten habe. Da kann ich Ihnen sagen: Der Mann, der das Wirtschaftsministerium übernehmen muß, ist überhaupt nicht zu beneiden. Die Verhältnisse dort sind so, daß der Beste, der hier in Frage kommt, ohne daß man danach fragt, welcher Partei er angehört, gerade noch derjenige ist, der die Dinge einigermaßen übernehmen kann. Herr *Zorn* ist ein hervorragender bayerischer Verwaltungsbeamter.

(Zuruf: Bayerischer?)

Er ist in der Bayerischen Verwaltung aufgewachsen. Er war Bezirksamtmann, war dann in der Wirtschaft tätig, weil er während der Nazizeit nicht mehr als Beamter tätig sein konnte. Er hat den entsprechenden Überblick. Schon jetzt hat sich ergeben, daß im Wirtschaftsministerium zehn von diesen norddeutschen Brüdern, die sich dort eingenistet haben, wegen Fragebogenfälschung hinter Schloß und Riegel sitzen. Andere werden nachfolgen.

(Sehr gut!)

Es muß ausgemistet werden.

(Zuruf: Aber nicht durch *Zorn*!)

Wenn Sie sich bloß auf Personalverhältnisse kaprizieren, können Sie überhaupt keine Politik machen. Jeder hat am anderen etwas auszusetzen. Wenn ich insbesondere un-

sere Botschafter vom Jahre 1932 vor der nationalsozialistischen Zeit frage, dann muß ich sagen, das ist überhaupt eine besondere Sorte. Wenn ich z.B. einen Fachmann auf einem bestimmten Gebiet heranziehen will, der in der Welt als Fachmann anerkannt ist, und es kommt ein Botschafter, der früher so "glänzendes" für Deutschland geleistet hat und sagt: "Das ist ein unmöglicher Mann", dann muß ich feststellen: So können wir nicht miteinander reden. Das müssen schon Leute beurteilen, die einen gewissen Überblick darüber haben.

(Unruhe, Zurufe: Das ist unerhört!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf Parteifreund *Horlacher* bitten sich zu konkretisieren, damit festgestellt wird, ob er jemand[en] angegriffen hat.
Dr. *Horlacher*: Bei diesen dummen Anwürfen verzichte ich auf das weitere Sprechen. Ich lasse mich nicht zum Referat zwingen. Ich habe das, Gott sei Dank, nicht nötig.

(Zuruf: Dann soll sich der Herr Dr. *Horlacher* entschuldigen!)

Ich bin hier nicht unter Buben, sondern unter Männern.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich weise den letzten Ausdruck ganz energisch zurück. Es sind nur Parteifreunde anwesend; infolgedessen ist ein Vergleich mit Buben unmöglich. Ich darf deswegen *Horlacher* rügen.

(Zuruf: Eine Ungezogenheit!)

Dr. *Horlacher*: Gut, dann machen Sie selbst Ihre Schulmeister, wenn Sie den Führer des Landvolkes in der Weise behandeln.

(Anhaltende Unruhe, Zuruf: Den Führer des Landvolkes!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe. *Michel Horlacher*, referierst Du weiter?
Dr. *Horlacher*: Ich referiere weiter. Aber ich bitte, mich nicht zu unterbrechen.
Wenn ich vorhin den Ausdruck gebraucht habe, so bezieht er sich nicht auf Personen, sondern auf die Mentalität.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, konkret zum Ausdruck zu bringen, ob ein Botschafter angegriffen war, der Parteifreund ist. Denn in diesem Falle ist es meine Pflicht, den Parteifreund in Schutz zu nehmen.

(Sehr richtig!)

Vage Angriffe kann ich nicht zulassen. Infolgedessen bitte ich Parteifreund *Horlacher*, konkret auszusprechen, ob er einen Botschafter, der Parteifreund ist, angegriffen hat. Wenn er ihn angegriffen hat ...
Dr. *Horlacher*: Sehen Sie, auf diesem Gebiet sind Sie empfindlich. Ich kann rundweg erklären, daß ich mit dem Botschafter, den Sie meinen, über diese Frage überhaupt nicht gesprochen habe. Ich bin im Land mehr bekannt, als Sie annehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann bitte ich, konkret zu sagen, wer gemeint war.
Dr. *Horlacher*: Ich kann hier konstatieren, daß keiner der hier anwesenden Herren gemeint ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe gefragt, ob ein Parteifreund gemeint ist.
Dr. *Horlacher*: Nein. Ich habe ausdrücklich gesagt, das hat mit der Sache nichts zu tun, weil die Frage, die ich gemeint habe, auf ganz anderem Gebiete liegt. Da sieht man, wieweit man sich in der Union in Personalverhältnissen einhängt, so daß es nicht möglich ist, eine klare Sicht für sachliche Angelegenheiten zu bekommen. Ich habe

z.B. mit Ihnen (zum Botschafter *Voretzsch* gewandt) überhaupt nicht geredet. Mit Herrn *von Prittwitz* auch nicht. Da dürfen Sie ganz beruhigt sein. Im übrigen ist es mein gutes Recht - und das lasse ich mir als Demokrat nicht nehmen - zu sagen, daß unsere deutsche Diplomatie wahrhaft nicht hervorragend gewesen ist. Das wird niemand bestreiten wollen. Diesen Tatsachenbeweis trete ich an. Das hat mit der Regierungsbildung gar nichts zu tun.
Nun kommt die Regierungsbildung selber. Wenn hier in einem Rundfunkvortrag oder sonstwo wieder von Reaktion die Rede gewesen ist, so möchte ich Ihnen einmal erklären, damit hier Klarheit existiert - ich habe das auch in der Presse getan -, wenn einer glaubt, mit so billigen Vorwürfen weiter operieren zu können, so irrt er sich in uns. Denn soweit ich das Landvolk und meine Freunde im Land übersehe

(Zuruf: Die schimpfen schwer!)

sind wir die schärfsten Gegner jeder Reaktion,

(Zuruf: Ach!)

- lassen Sie mich ruhig ausreden -, und zwar mit folgenden Begründungen. Ich gehöre - das weiß Freund *Hundhammer* und wissen alle anderen - zu denen, die von der früheren Bayerischen Volkspartei auch nicht das mindeste mehr wissen wollen. Ich sage klar, sie hat ihren Zweck erfüllt. Wir haben dort unseren Mann gestellt. Wir haben dort ehrenvoll gegen die Nazis bis zum Schluß gekämpft. Aber eine andere Frage ist es, ob die politischen Grundlagen immer die richtigen gewesen sind. Da erinnere ich mich insbesondere an ein Wort, das für die bayerische Politik eine Rolle gespielt hat. Ein führender bayerischer Politiker der damals führenden bayerischen Partei hat gesagt: Nie Koalition mit der Sozialdemokratie! Er hat das aus Angst vor den nationalistischen Kreisen der damaligen Zeit gesagt. Was ist daraus hervorgewachsen? Im Lichte der Geschichte war es nichts anderes, als daß die Partei die Entwicklung der Rechtsparteien in Bayern und in Deutschland mitgefördert hat, jener Rechtsparteien, die Träger des nationalsozialistischen Gedankengutes geworden sind.

(Zuruf: Die Deutschnationalen!)

Denn täuschen wir uns nicht darüber: Von jenen Rechtsgruppen, die die Entwicklung begünstigt und ermöglicht haben, von jenen großpreußischen Herrschaftsschichten wollen wir uns entfernen. Das ist unsere Aufgabe. Das ist das Gegenteil von Reaktion. Wir wollen, daß die unheilvollen Kräfte, die in Deutschland immer um die Macht gekämpft und die Aussöhnung der breiten Schichten des Volkes verhindert haben, nicht mehr in Deutschland hochkommen.

(Bravo!)

Deswegen ist es unsere Aufgabe, daß wir eine politische Linie anstreben, die sich von dem Gedankengut früherer Zeiten entfernt.
Wenn ich da auf der anderen Seite sehe, daß die Aktionsprogramme der zwei großen Parteien in Bayern in wesentlichen Dingen übereinstimmen, dann ist es unsere Aufgabe, diese Grundlage gerade in der Notzeit unseres Volkes unter allen Umständen zugunsten unseres Volkes einzusetzen. Da kommt einer und sagt - jetzt sei nicht empfindlich, *Müller*, es geht Dich an - Wirtschaftspolitik und abermals Wirtschaftspolitik. Das ist richtig. Es hat etwas Bestechendes für sich. Aber, liebe Freunde, wie ist es in Wirklichkeit? Wenn die Angehörigen der CSU einmal die Leidenschaftlichkeit verlieren und nachdenken würden, müßte jeder einzelne, auf den es ankommt, folgendes

sagen: In Wirklichkeit ist es so, daß wir, wie es in Württemberg und in anderen Ländern geschehen ist, miteinander auf breitester Grundlage gegenüber den Besatzungsmächten für das Lebensrecht unseres deutschen Volkes eintreten müssen.

(Sehr gut!)

Worin bestehen die Lebensrechte? Sie bestehen darin, daß wir das gemeinsame deutsche Gebiet wiederbekommen, daß wir gemeinsame finanzielle Regelungen durchführen können, daß wir die Währungsfrage und all diese Dinge erledigen können. Denn glauben Sie mir, die Bekämpfung des Schwarzen Marktes und all der Auswüchse der jetzigen Zeit wird immer Stückwerk bleiben, solange wir nicht das Leben des deutschen Volkes durch gemeinsames Handeln im deutschen Raum sicherstellen können.
Dazu kommt etwas Zweites, worin wir in der Union betont einig sein müssen. Gerade mit Rücksicht auf das Versagen dieser großpreußischen Herrschaftsschichten im Norden müssen wir alles daransetzen, um der CSU die Stellung im Süden des Reichs zu geben, daß sie die Einflüsse, die ehemals in Deutschland eine Rolle gespielt haben, nie mehr zum Zuge kommen läßt. Das ist unsere Aufgabe im Süden. Das ist auch die Aufgabe einer Koalitionsregierung im Süden. Es ist unsere Aufgabe, das Lebensrecht unseres bayerischen Volkes innerhalb des deutschen Raumes so sicherzustellen, daß wir nicht mehr durch politische Verhältnisse im Norden, wie es ehedem der Fall gewesen ist, überspielt werden können.

(Bravo, sehr gut!)

Deswegen muß die deutsche und die bayerische Aufgabe im Vordergrund der Politik der Union stehen. Da ist die Zusammenfassung einer Koalitionsregierung ein absolutes Gebot der Notzeit. Wir haben hier keinen Tag mehr zu verlieren. Es kommen jetzt die Zonenvereinbarungen zwischen der britischen und der amerikanischen Zone. Glauben Sie mir, wir reden hier von Zentralismus, Föderalismus und sonst irgendwelchen anderen Richtungen, und wer ist der Todfeind jeder vernünftigen Entwicklung in Deutschland? Die aus dem Dritten Reich übrig gebliebene Reichsbürokratie, die um ihre eigenen Rechte kämpft, eine Bürokratie, die nicht einmal entnazifiziert ist, die jetzt 2000 Mann nach Stuttgart einziehen will, die sämtliche Ministerien unterhöhlen, beispielsweise auch in das Produktionsprogramm des Landwirtschaftsministeriums eingreifen will. Denn sie bringt die Minister und Staatssekretäre und ihr ganzes Gerümpel aus der Nazizeit als Rüstzeug zum Aufbau mit. Da heißt es Obacht geben. Deswegen brauchen wir die breite Grundlage. Deswegen dient eine CSU-Regierung in Bayern nicht der Sache, die weithin umkämpft und von dem Ruf des Reaktionären in allen außerbayerischen Kreisen umbrandet wäre. Der Sache kann nur dienen, wenn der vernünftige Teil der bayerischen Sozialdemokratie mit ihren Querverbindungen eingesetzt wird und im Bayerischen Ministerrat ein Zusammenspiel der Kräfte dieser beiden großen Parteien platzgreift, damit wir einmal die Rechte Deutschlands entsprechend vertreten und dann auch die Rechte unseres bayerischen Volkes entsprechend in die Waagschale werfen können.
Diese Aufgabe liegt vor uns. Sie eignet sich nicht zum Streit unter den Parteien. Um was wollen wir denn streiten? Wir haben eine Opposition: Die Not unseres Volkes. Neben dieser ersten haben wir eine zweite Opposition, das ist die ungenügende politische Erziehung unseres Volkes. Wir müssen gegen Windmühlen, besonders in der Zeit der Not, kämpfen, in jener Zeit, wo die politischen Grundlagen des deutschen Volkes verlorengegangen sind, besonders bei unserer Jugend, die ja von den vergangenen Zeiten nichts mehr wissen will und die keine Vorstellung von den staatsrechtli-

chen Begriffen vergangener Tage hat. Glauben Sie mir, Demokratie bloß verfassungsmäßig garantiert, ist noch keine Demokratie. Demokratie ist eine innere Einstellung und Umstellung des Volkes. Demokratie geht jeden einzelnen von uns in seinem Betrieb und seinem Fach, in seinen Verhältnissen, in seinem ganzen gesellschaftlichen Leben an. Wir müssen aus den Überresten des Nazismus herauskommen. Auf keinem Gebiet kann es bei uns mehr Diktatoren oder Diktaturgelüste geben. Das machen diejenigen nicht mehr mit, die ihre Freiheit im Dritten Reich eingesetzt haben. Wir wollen endlich freie Menschen sein. Wenn wir uns einer Partei anschließen, dann wollen wir haben, daß in der Partei die Freiheit des einzelnen zum gemeinsamen Handeln zusammengefaßt wird, und zwar nicht so, daß der einzelne gedrückt wird. In einer großen Partei wie der CSU wird es immer verschiedene Meinungen geben. Unsere Aufgabe ist es, daß wir nicht vor der Meinung des anderen ausreißen, sondern daß wir die Meinung des anderen zu ertragen lernen,

(Sehr richtig!)

daß wir die personellen Dinge zurückstellen, daß wir anstelle des Heroismus des Dritten Reichs wieder die Demut des Christentums zu setzen lernen,

(Sehr richtig!)

die Unterordnung des einzelnen unter das gemeinsame Ziel.

(Zuruf: Aber für alle!)

Die Aufgabe der Union ist es jetzt, die Regierung arbeiten zu lassen. Unser Volk will den Streit um Personen nicht sehen,

(Sehr richtig!)

unser Volk will sehen, daß es in gemeinsamer Arbeit aufwärtsgeht.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich will jetzt keine große Antwortrede auf das halten, was *Michel Horlacher* gesagt hat. Ich möchte nur, daß wir nicht in einer vagen Form diskutieren. Infolgedessen darf ich mir erlauben, die Probleme aufzuzeigen. *Michel Horlacher* hat zunächst auf Briefe Bezug genommen, die er bekommen hat. Ich glaube, ich darf darauf verzichten, Ihnen hier alle die Telegramme vorzulegen, die aus dem ganzen Land eingegangen sind, fast durchwegs Protesttelegramme und Anträge auf Einberufung der Landesausschußsitzung bzw. einer Landesversammlung. Zum letzten Punkt darf ich sagen: Die Landesversammlung wurde bisher nur von Kreisverbänden beantragt. Es ist infolgedessen statutenmäßig im Augenblick noch keine Notwendigkeit vorhanden, die Landesversammlung einzuberufen. Es ist selbstverständlich, daß dann, wenn Bezirksverbände in der vorgesehenen Form die Landesversammlung beantragen, auch die Landesversammlung sprechen muß. Ich persönlich glaube, daß im Augenblick eine Landesversammlung noch nicht zweckmässig ist, denn wenn die Landesversammlung entscheidet, dann entscheidet das höchste Gremium der Union. Dieses Gremium aber soll erst dann entscheiden, wenn ein hundertprozentig klarer Sachverhalt vorliegt. Infolgedessen bin ich der Auffassung, daß zunächst vom Landesausschuß in einer oder mehreren Sitzungen eine Klärung durchgeführt werden muß, bevor die Landesversammlung ihrerseits Stellung nimmt.
Zur Frage Koalitions- oder Parteiregierung darf ich sagen: Ein Hinweis auf andere Länder hinkt. Denn die Christlich-Soziale Union in Bayern ist die einzige Partei in Ländern, die zur Zeit Entscheidungen treffen, die die absolute Mehrheit besitzt.

(Sehr richtig!)

Meine lieben Freunde! Das ist festzuhalten. Denn die absolute Mehrheit verpflichtet zu besonderer Verantwortung, weil sie zeigt, daß mehr als die Hälfte der Wählerschaft von ihrer Partei erwartet, daß sie die Führung über das Volk übernimmt.

(Sehr richtig!)

Ich bitte, den Ausdruck "Führung" nicht falsch zu verstehen. Ich habe ihn deswegen übernommen, weil *Michel Horlacher* auch von sich als Bauernführer gesprochen hat.

(Heiterkeit.)

Infolgedessen glaube ich, daß er mir den Ausdruck "Führung" für die Partei nicht übel nimmt.

Meine lieben Freunde! Wenn wir auch nur ein Prozent weniger als 50% hätten, dann wäre die Überlegung anders als dann, wenn wir über 50% haben.

Wir haben bisher nur die Möglichkeit erörtert: Koalitionsregierung oder nicht. Ich habe damals neben der Frage "Koalitionsregierung oder Einparteienregierung" die Frage aufgeworfen, daß die Union die Verantwortung übernimmt, aber bestimmte Probleme neutralisiert werden, wie ich mich ausgedrückt habe. Es ist selbstverständlich, daß das Flüchtlingsproblem nicht ein Problem des Parteikampfes und der Parteikonkurrenz sein kann. Es ist selbstverständlich, daß das Entnazifizierungsproblem bei seiner Bedeutung nicht von einer Partei entschieden werden kann. Wenn wir als Majoritätspartei dieses Problem nicht einseitig entscheiden wollen, dann hätte man auch jetzt dieses Problem nicht einer kleinen Partei überlassen dürfen.

(Sehr richtig!)

Hier war die Frage zu entscheiden, wie eine neutrale Politik möglich ist. Es war selbstverständlich auch vorzusehen, daß der wirtschaftliche Aufbau kein Problem der Konkurrenz der Parteien sein dürfte. Denn hier muß so rasch wie möglich begonnen und gearbeitet werden.

Meine lieben Freunde! Jetzt stehen wir vor einem Sachverhalt, der nun einmal entschieden ist. Infolgedessen dürfen wir die Vergangenheit jeweils nur heranziehen - um einen alten Ausdruck zu übernehmen -, um daraus zu lernen oder zu überlegen, wie man etwas besser machen oder wie man Fehler wiedergutmachen kann. Eines muß gesagt sein: Auch wenn die Frage der Koalition so entschieden wurde, wie *Michel Horlacher* es vorgetragen hat, dann hätte sich immer noch die Frage ergeben müssen, die an *Michel Horlacher* schon damals gerichtet wurde: Koalition um jeden Preis oder nicht. Das ist das Problem der Stunde.

(Sehr richtig!)

Denn unsere Wähler haben von uns ganz bestimmte, klare Stellungnahmen erwartet. Wir haben x-mal unseren Wählern vorgetragen, wie Stellung bezogen werden muß, meinetwegen zur Personalpolitik im Innenministerium. Wir wissen, daß das Problem Wirtschaftsministerium eine Rolle spielt, und zwar nicht in dem Sinne, wie *Michel Horlacher* es vorgetragen hat, sondern unter einem anderen Gesichtspunkt. Es ist eine bekannte Tatsache, daß Dr. *Schumacher* überall zum Ausdruck gebracht hat, daß die Sozialdemokratie in Deutschland die Wirtschaftsministerien besetzen will.

Meine lieben Freunde! Auch hier muß klargestellt werden: In einer Zeit voll innerer sozialer Spannungen, die dann immer auch auf den alten Kampf der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit zurückgehen, kann es nicht gleichgültig sein, wer die Wirtschaftspolitik maßgeblich bestimmt.

(Sehr richtig!)

Es stehen sich die beiden Konzeptionen der Planwirtschaft und unsere Konzeption der Kombination zwischen einer gesteuerten oder gelenkten Wirtschaft und privater Initiative gegenüber. Ich lasse die liberalistische Seite ganz beiseite. Es dürfte klar sein, daß ein reiner Wirtschaftsliberalismus heute nicht mehr am Platze ist. Die Wahlen haben auch darüber entschieden. Aber wenn wir die Majorität haben, dann müssen wir versuchen, unsere Konzeption durchzusetzen, dann dürfen wir nicht einer Partei, die nur 30% der Wählerschaft erhalten hat, ihre Konzeption zur Durchsetzung überlassen.

(Sehr richtig!)

Eine weitere Frage muß klar beantwortet werden: Ist das Aktionsprogramm der Sozialdemokratie angenommen worden oder nicht? Meine lieben Freunde, diese klare Antwort erwartet unsere Wählerschaft von uns. Die Presse hat die Mitteilung gebracht, daß das Aktionsprogramm von der Union angenommen worden sei. Ich möchte das nicht ohne weiteres annehmen aufgrund der Unterrichtung, die ich von Parteifreund *Strauß* bekommen habe, der in meinem Auftrag jeweils teilgenommen hat. Aber hier muß auch vor die Öffentlichkeit getreten und klar erklärt werden, ob das Aktionsprogramm der Partei, die nur 30% bekommen hat, von der Partei mit 52% der Stimmen angenommen wurde. Es kann in dieser Frage keine Verwaschenheit oder Verschwommenheit geben, weil uns sonst die Leute den Vorwurf machen würden: Ihr habt uns getäuscht.
Meine lieben Freunde! Die erste Verpflichtung, die eine Partei gegenüber den Wählern hat, ist die Ehrlichkeit,

(Sehr richtig!)

sonst gibt sich die Partei für die Zukunft auf.

(Sehr wahr!)

Wir können nicht unseren Wählern Versprechungen machen, die wir nicht halten. Gerade angesichts der Tatsache, daß der Nationalsozialismus soviel versprochen hat und nachher keine der Versprechungen halten konnte, dürfen wir, die wir eine neue Demokratie begründen wollen, unter gar keinen Umständen auch nur die Möglichkeit eines Volksbetruges zulassen.

(Sehr richtig!)

Das muß klar und deutlich zum Ausdruck gebracht werden, nicht nur hier, sondern auch gegenüber der Wählerschaft, gegenüber der Öffentlichkeit. Meine lieben Freunde! Ich würde auch bitten, dann nicht mehr Vergleichspunkte zu bringen, wie es in Hessen und in Württemberg ist. In Württemberg sind ganz andere Verhältnisse, dort gibt es drei Parteien in einer Stärke, die keiner Partei eine besondere Verpflichtung auferlegt. Dort war das Konzentrationskabinett schon durch die Wahl zur Selbstverständlichkeit geworden. Ähnlich ist es in Hessen. Wir in Bayern müssen aber davon ausgehen: So wie jetzt die Politik gelaufen ist, hat die Bevölkerung mit allergrößter Wahrscheinlichkeit der Union zum letzten Mal ein Vertrauen mit 52% oder mit über 50% gegeben.

(Sehr richtig!)

In der Zukunft werden wir - und wir dürfen als Partei sagen, leider - nicht mehr Erwägungen anzustellen haben, wie wir sie bis jetzt angestellt haben. Meine lieben

Freunde, das war auch der Grund, warum ich noch im letzten Augenblick versucht habe, wenn ich mich so ausdrücken darf, die Koalition in der Union durchzuführen. Es ist bedauerlich, daß es in der Partei selbst nicht gelungen ist, eine Koalition zwischen den verschiedenen Richtungen durchzusetzen, sondern daß der Drang zur Koalition mit den anderen Parteien stärker war,

(Sehr richtig!)

als der Drang zur Koalition mit der eigenen Partei. Das ist das Problem der Stunde für die Union.

(Sehr richtig!)

Wird die Union jetzt noch soviel Kohäsionskraft zum Zusammenstreben haben, daß sie doch noch die Situation meistert, oder hat unsere Stunde geschlagen?

(Zuruf: Sie muß!)

Wenn die Sozialdemokratie Bedingungen nach Bedingungen gestellt hat, wenn sie uns als Minoritätspartei ihren Willen aufgezwungen hat, wenn sie uns Ministerium um Ministerium, und zwar Schlüsselministerien, weggenommen hat und die weniger einflußreichen Ministerien uns überlassen hat, wenn sie dann weiterhin uns vorgeschrieben hat, wer von der Union als Ministerpräsident vorgeschlagen werden darf,

(Hört, hört!)

meine lieben Freunde, dann könnte es sein, daß die Stunde der Union geschlagen hat. Hoffentlich läßt sich diese schwere Zeit überwinden.

Ich darf dann weiterhin sagen, meine lieben Freunde - und das bitte ich mir nicht übelzunehmen -, wir sind aus unserer Weltanschauung heraus zur Klarheit verpflichtet, zur Klarheit des Denkens, zur Klarheit der politischen Linie. Seien Sie sich darüber klar, in unserem Vaterland wird alles in der Politik Weltanschauung; nicht nur unser Christentum ist Weltanschauung, auch der Marxismus oder irgendeine andere politische Meinung wird bei uns zur Weltanschauung. Deswegen wäre es auch notwendig zu klären, mit wem man paktiert.

(Sehr richtig!)

Wir dürfen hier ruhig feststellen: Wir wissen, daß in der Sozialdemokratie die Frage des Marxismus zum Problem geworden ist.

Wir hören von dem oder jenem, daß er den Marxismus ablehnt, und gleichzeitig bekennt sich der oder jener in der Sozialdemokratie zum Marxismus. Wir haben heute unsere Krisis. Ich bin fest überzeugt, daß eine Partei, die sich nicht zur Willensklarheit durchringt, bestimmt in ihre Krisis hineinläuft. Irgendwann wird die Sozialdemokratie sich entscheiden müssen, ob sie noch eine marxistische Partei ist oder nicht.

(Sehr gut!)

Meine lieben Freunde! Es könnte leicht sein, daß sich da und dort in absehbarer Zeit auch zeigen wird, daß nicht nur zwei, sondern drei Flügel oder Gruppierungen vorhanden sind. Sie haben heute eine Ehe mit einer Gruppierung innerhalb der Sozialdemokratie eingegangen.

Meine lieben Freunde! Wir wären nicht zu den Entscheidungen gekommen, vor denen wir stehen, wenn die Union nicht den Fraktionszwang aufgehoben hätte.

(Sehr gut!)

Ich weiß, daß das ein Problem ist, das immer wieder angeschnitten wird.

(Zuruf *Piechl*: Staatspräsident!)

Trotzdem, mein lieber *Piechl*, hast Du recht, wenn Du sagst: der Staatspräsident. Mein lieber Freund *Baumgartner*, der mein Nachbar bei der Abstimmung war, hat mir ehrlich sein Nein gezeigt und hat mir dabei das Wort Staatspräsident gesagt. Meine lieben Freunde, trotzdem wir es jetzt leichter gehabt hätten, wenn wir den Fraktionszwang gehabt hätten und die Union als solche geschlossen dagestanden wäre, sage ich Ihnen: Nichts könnte mich dahin bringen, den Antrag wieder einzubringen, daß ein Fraktionszwang durchgeführt wird, und zwar aus folgenden Gründen: Die Sozialdemokratie hat durch den Fraktionszwang eine Entscheidung erzwungen. Sie hat es insofern leichter gehabt. Aber wir sind doch die besseren Demokraten. Darauf kommt es für die Zukunft an.
Meine lieben Freunde! Man muß die Gegenwart verlieren können, um die Zukunft zu gewinnen.

(Bravo!)

Der eine oder andere hat vielleicht gesagt, das persönliche Interesse am Ministerpräsidenten könnte mitspielen, als abgestimmt wurde. Ich war bei der Abstimmung mit sehr gemischten Gefühlen dagesessen. Ich weiß nicht, ob die Entscheidung, die gefallen ist, der Zwang zur Klärung in der Union, nicht besser war, als wenn wir nur geleimt hätten.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, daß wir, wenn wir uns wirklich als Persönlichkeiten, als Demokraten zu einer gemeinsamen Konzeption oder wenigstens dort zu einer gemeinsamen Linie durchringen, wo es notwendig ist, unserem Volke und unserem Vaterlande besser dienen als eine Partei, die kollektivistisch, herdenmäßig zur Abstimmung antritt. Wir lehnen den Kollektivismus ab, und wir müssen ihn restlos ablehnen. Der Fraktionszwang ist etwas Kollektivistisches, weil er der Einzelpersönlichkeit die Verantwortung abnimmt und die Herde entscheidet. Und deswegen, meine lieben Freunde, lassen wir dieses Thema am besten draußen. Gehen wir lieber davon aus, daß wir in der Union Gott sei Dank so viele Persönlichkeiten haben, daß wir antreten können, leider Gottes zuviel Persönlichkeiten, so daß die Union in gewisse Spannungen hineinkommt. Es ist das noch kein Schaden dann, wenn am Ende etwas Gutes steht.
Nur um eines bitte ich, wenn Sie jetzt in die Diskussion eintreten: Verwischen Sie nicht gleich, sondern ziehen Sie die Konturen. Es ist notwendig, die Konturen zu sehen, um dann am Ende zu überlegen: wie kann man das Einigende wieder einsetzen oder durchsetzen? Falsch wäre es, jetzt zur Verschwommenheit und Verwaschenheit zu kommen. Verschwommenheit und Verwaschenheit bringen nie die Lösung, sie helfen höchstens über den Augenblick hinweg.
Damit darf ich auf den ersten Vorschlag zurückkommen - wenn ich mich so ausdrükken darf -, das Volk in Gestalt der einzelnen Vertreter der Bezirke sprechen zu lassen, die die Situation in ihren Bezirken zu der Frage unserer Haltung zur Regierung schildern mögen.
Parteifreund *Haußleiter* hat gebeten, zunächst eine Erklärung abgeben zu dürfen. *Haußleiter*, ist es jetzt notwendig, oder wollen wir nicht lieber konkret vorgehen?
Haußleiter: Ich möchte doch zu zwei Punkten der *Horlacher*-Rede unmittelbar antworten, weil es mir zur Klärung der gesamten Lage notwendig erscheint.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich gehe davon aus: Um 12.45 Uhr ist Mittagessen. Aber ich möchte wenigstens bis zum Mittagessen die Bezirksvorsitzenden gehört haben, damit wir dann nach dem Essen, das nicht lange dauern soll, sofort konkret in die Debatte eintreten können. Denn wir wollen nicht nur einen Tag debattieren, sondern wir wollen am Schluß mit einem vernünftigen Ergebnis herauskommen.
Dr. *Horlacher*: Herr Ministerpräsident Dr. *Ehard* hat die Einladung zur Landesausschußsitzung verspätet bekommen, so daß er für heute vormittag nicht mehr umdisponieren konnte. Er hat uns gebeten, ihn zu benachrichtigen. Es wird von unserer Seite aus geschehen. Ich würde bitten, daß der Ministerpräsident heute nachmittag zunächst einmal zu dieser Frage Stellung nimmt. Denn in jeder Demokratie auf der ganzen Welt ist es so, daß zunächst die Leute, die von der Partei oder durch die Mehrheit des Landtages berufen worden sind, vor den zuständigen Organen der Partei Rechenschaft ablegen. Ich würde bitten, so zu verfahren, daß wir heute nachmittag den Bericht des Ministerpräsidenten entgegennehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Es kommt vor allem darauf an, Entscheidungen in der Union herbeizuführen und nicht nur zu reden. Es ist selbstverständlich, daß der Ministerpräsident dazu gehört wird. Aber hier entscheidet die Union, vertreten durch den Landesausschuß. Infolgedessen kommt es mir darauf an, die Bezirksvertreter heute zu Wort kommen zu lassen. Denn ich muß hier den Parteiwillen herausfinden, damit nicht irgendein einzelner oder irgendeine Gruppe einseitig entscheidet.
Darf ich nun *Haußleiter* um kurze Stellungnahme bitte.
Haußleiter: Meine lieben Freunde! Ich möchte hier zu einem Punkt der *Horlacher*-Erklärung sprechen, und zwar glaube ich, dazu berechtigt zu sein. *Horlacher* behauptet, daß sich die 30 Punkte der Union im wesentlichen mit dem Aktionsprogramm der SPD decken. Da ich maßgeblich bei der Gestaltung der 30 Punkte der Union mitgearbeitet und das SPD-Aktionsprogramm genauestens angesehen habe, möchte ich sagen, daß sich die beiden Programme in den wesentlichen Punkten entscheidend widersprechen. Das muß klargestellt werden.

(Sehr richtig!)

Ich habe in einer Landesausschußsitzung erlebt, daß Herr Dr. *Horlacher* sich bei der Diskussion über das Programm der Stimme mit der Erklärung enthalten hat, er habe es nicht gelesen. Ich hatte ihm die Entwürfe vorher zugeschickt. Ich hoffe, daß er es gelesen hat, bevor er diese merkwürdige Erklärung abgegeben hat.
Der wesentliche Widerspruch beruht in einer Reihe von Punkten, ich möchte sie aufzählen: Erstens gehen wir in der Frage unseres Verhältnisses zum Föderalisums und zu Deutschland den Weg einer vernünftigen mittleren Lösung. Hier möchte ich auf die temperamentvollen Erklärungen von *Horlacher* antworten, die ich in der letzten Zeit öfter von ihm höre, in denen er vor einem neuen Nationalismus warnt. Meine lieben Freunde, gerade hier sind wir mit ihm einer Meinung. Wir sind nur der Überzeugung: Ein übertriebener bayerischer Partikularismus führt zur Geburt eines neuen Nationalismus in Bayern.

(Widerspruch. - Zuruf: Wo ist denn Partikularismus!)

Deshalb sage ich Ihnen, daß wir gerade auf diesem Gebiete eine vernünftige mittlere Linie gehen müssen, das heißt wir müssen Bayern maßgeblich und verantwortlich in die deutsche Politik einschalten. Das ist die Aufgabe, die uns auf diesem Gebiet gestellt wird. Ich bin erschüttert von den Versammlungen der Freien Demokratischen

Partei, die wir in Nordbayern erleben. Es sind Massenkundgebungen eines glühenden und leidenschaftlichen Nationalismus. Dort ist bereits wieder die Jugend. Diese Massenkundgebungen des Nationalismus in Nordbayern werden bei uns als Antwort auf *Hoegner* und *Hundhammer* erklärt. Dazu muß ich sagen: Der Öffentlichkeit bei uns erscheint die Regierung *Ehard* in Wirklichkeit als eine Regierung *Hoegner-Hundhammer*, nicht als eine Regierung der Synthese des sozialdemokratischen und des Unionsprogramms, sondern als eine Regierung bayerischer partikularistischer Kräfte, denen dann ein gefährlicher Nationalismus in Bayern antworten wird. Wenn wir Gegner dieses Nationalismus sind, sind wir auch Gegner einer Überbetonung des weißblauen südbayerischen Partikularismus.

(Widerspruch.)

Hier in Nordbayern entstehen erhebliche Bedenken über diese Regierung.
Der zweite Punkt, in dem sich die Programme völlig widersprechen, ist die Frage der Planwirtschaft. Die Sozialdemokratische Partei hat sich in ihrem Aktionsprogramm zur Planwirtschaft bekannt. Meiner Ansicht nach hat sie in der Regierung die Möglichkeit, dieses ihr Programm durchzuführen. Denn sie hat alle entscheidenden Ministerien in der Hand. Zu sagen, der Ministerpräsident entscheidet allein, ist illusorisch. Dann hätte nämlich die Sozialdemokratische Partei nicht den entscheidenden Wert auf den Innenminister, auf den Wirtschaftsminister, auf den Arbeitsminister gelegt. Das sind die Positionen, von denen aus in der Zukunft die Arbeit gemacht wird. Diese Positionen sind in der Hand der SPD. Da soll man uns doch nichts vormachen.

(Lebhafter Beifall.)

Der dritte Punkt, in dem sich die beiden Programme restlos widersprechen, ist die Frage der Erziehung der Jugend. Hier brauchen wir eine geistige Revolution. Unsere 30 Punkte sind das Programm einer revolutionären Umerziehung der deutschen Jugend. Das SPD-Programm ist der verwaschene Aufguß des alten materialistischen und liberalistischen Erziehungsprogramms. Man soll uns nicht sagen, daß hier die SPD nur die gegenwärtigen Notwendigkeiten bejaht. Sie will die gegenwärtige Lage zum dauernden Zustand machen. Darum geht es ihr und darauf sind unsere Unterhändler eingegangen. Das werfe ich ihnen vor. Die gegenwärtigen Zustände aber müssen geändert werden. Darum geht es. Wir können sie nicht ändern mit einem maßgeblichen Einfluß der SPD in der Regierung und im Kultusministerium.
Eines sage ich Ihnen: Entscheidend ist diese geistige Revolution dort, wo die Gefahr der roten Diktatur, der SED-Diktatur am stärksten ist. Ich bezeichne nicht die SPD als rote Partei, aber ich bezeichne die SPD in Franken als rote Partei. Wo diese Gefahr groß ist, ist die Notwendigkeit der Umerziehung am größten. Diese geistige Revolution muß in Nordbayern verwirklicht werden. In Nordbayern geht das Sprichwort um: *Hundhammer* macht Bekenntnisschule in Südbayern und *Pittroff* Gemeinschaftsschule in Nordbayern. Es ist damit ein Plan der SPD verwirklicht worden, mit dem das SPD-Regiment in Nordbayern verewigt würde. Das würde zum Auseinanderfallen Bayerns führen.
Wenn ich hier spreche, meine lieben Freunde, dann spreche ich als leidenschaftlicher Bayer,

(Oho! Heiterkeit.)

nicht als Südbayer. Ich weiß aber, daß wir als Nordbayern die Rückendeckung durch

Südbayern brauchen. Deshalb wäre richtig gewesen - das ist mein letztes Wort: Die Koalition der Union und nichts anderes.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Jetzt darf ich bitten, daß die einzelnen Bezirksvorsitzenden sprechen, und vorher keine großen Diskussionen mehr durchgeführt werden. Die Diskussion kann im Anschluß an die Vorträge der Bezirke stattfinden. Darf ich vielleicht bitten, mit Oberbayern zu beginnen.

(Zuruf: Redezeit!)

Wie lange soll jeder Bezirksvertreter sprechen?

(Zurufe: Zehn Minuten, fünf Minuten!)

Es ist selbstverständlich, daß wir diese Frage nicht so rasch abtun können. Ich schlage vor, daß jeder eine Redezeit von zehn Minuten hat. Einverstanden?
(Kein Widerspruch.)
Ich bitte Dr. *Hundhammer* zu beginnen.
Dr. *Hundhammer*: Es könnte sein, daß ich ein paar Minuten länger sprechen möchte, weil ich ergänzend zu den Ausführungen von Dr. *Horlacher* zum Problem der Regierungsbildung vorweg auch noch etwas zu sagen habe. Ich bin während der Ausführungen von Dr. *Horlacher* zu einem Gespräch mit der Regierung in München gerufen worden und habe nicht alles mitangehört.
Ich glaube, es ist bekannt, daß seitens der Fraktion ein Kreis von Unterhändlern für die Regierungsbildung aufgestellt war, dem angehört haben Dr. *Müller*, auf seinen Wunsch der Kollege *Strauß*, dann Dr. *Horlacher*, *Stang* und ich. Die Fraktion hat beschlossen, daß zunächst die Frage geprüft werden soll, ob es möglich ist, eine Koalitionsregierung zu bilden. Auf dieser Basis haben wir eine erste Besprechung im Sonderministerium im Büro des Kollegen Dr. *Pfeiffer*, der neben *Ehard* auch dem Ausschuß angehört hat, abgehalten. Hierbei wurde bereits festgelegt, daß man mit der SPD in Verbindung treten wolle.
Dr. *Müller* sagte, er würde mit *Hoegner* nicht verhandeln und an den weiteren Verhandlungen mit *Hoegner* nicht teilnehmen. So ist es auch geschehen. Dr. *Müller* hat dann nicht mehr an den Verhandlungen teilgenommen. *Strauß* hat weiterhin an den Verhandlungen teilgenommen. Es wurde dann auch vereinbart, daß zugleich mit allen drei weiteren Parteien Verbindung aufgenommen werden sollte. Das habe ich selber im Auftrag getan. Ich habe mit Dr. *Dehler* Verbindung aufgenommen und am Vorabend noch mit *Loritz* gesprochen sowie mit Dr. *Hoegner*. Bei der Besprechung mit *Hoegner* waren die gewählten Ausschußmitglieder im wesentlichen anwesend. Es wurde von der SPD sofort die Erklärung abgegeben, daß sie grundsätzlich bereit ist, in eine Koalitionsregierung hineinzugehen oder wenigstens in Koalitionsverhandlungen einzutreten. *Loritz* hat dasselbe erklärt. Dr. *Dehler* hat erklärt, er wolle erst mit seinen Parteifreunden darüber Fühlung aufnehmen. Er hat sich also reservierter verhalten. Die Verhandlungen sind dann zunächst mit der SPD als der größeren und wichtigsten Partei geführt worden. Das Ergebnis hat Ihnen Dr. *Horlacher* gesagt.
Es schien zunächst, als würde auch mit der LDP eine Übereinkunft möglich sein. In diesem Stadium der Verhandlungen war geplant, das Sonderministerium dem Herrn Dr. *Dehler* anzubieten. Als klar wurde, daß die LDP nicht mittut, hat *Loritz* Anspruch auf das Sonderministerium erhoben. Ich bin oft gefragt worden, ob es von uns aus geschehen sei, daß wir *Loritz* dieses Ministerium angetragen hätten. So war es nicht.

Ich möchte zu den anderen Ausführungen, die Dr. *Horlacher* gemacht hat, einen wesentlichen Punkt noch nachtragen. Am entscheidenden Vormittag, an dem am Abend die Wahl der Regierung und des Ministerpräsidenten erfolgte, wurde ich als Fraktionsvorsitzender während unserer Beratungen von der SPD angerufen. Es wurde mir telefonisch folgende Vormerkung durchgegeben: Während unsere Fraktion verhandelt hat, telefonierte *Ziebell* - den Namen haben Sie in den letzten Tagen in den Zeitungen gelesen - im Auftrag von Dr. *Müller*, daß Dr. *Müller* erwarte, daß ihn die Fraktion der CSU heute morgen zum Ministerpräsidenten bestellen wird. - Ich diktiere langsam, weil ich sehe, daß mitgeschrieben wird. - In diesem Falle wolle er einen Unterhändler zu unserer Fraktion - also zur SPD - entsenden. Dieser wird unter der Voraussetzung, daß sich unsere Fraktion - also wieder die SPD - nicht feindlich stellt, sondern bei der Wahl des Ministerpräsidenten und bei der Vorstellung des Kabinetts Neutralität durch Abgabe weißer Stimmzettel bewahrt, als Fachminister, die unserer Partei - also der SPD - angehören, folgende Posten anbieten: Arbeitsminister *Roßhaupter*, Flüchtlingsminister *Reitzner* (SPD), Finanzminister *Hielscher*, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Dr. *Fendt*, Ministerialdirektor, Staatsrat oder Staatssekretär in der Staatskanzlei *von Knoeringen*. Von der CSU beabsichtige er - also Dr. *Müller* -, den Planwirtschaftler Dr. *Semler* in das Wirtschaftsministerium zu berufen. Die Fraktion der SPD hat einstimmig beschlossen, einen Unterhändler Dr. *Müllers* nicht zu empfangen.

Das war die damalige telefonische Mitteilung an mich in der Fraktion. Wir hatten also den Zustand, daß neben dem offiziellen, von der Fraktion bestellten Ausschuß, der für die Regierungsbildung beauftragt war und dem Dr. *Müller* angehörte, der weiterhin an den Verhandlungen nicht teilgenommen hat, Dr. *Müller* von sich aus an die SPD über *Ziebell* herangetreten war.

(Zurufe: Hört, hört! Das ist doch allerhand!)

So bin ich offiziell durch die SPD während der Fraktionssitzung informiert worden.

Eine andere Frage, die konkret an mich gerichtet worden ist, ist die, ob die Fraktion der CSU oder die Unterhändler das Aktionsprogramm der SPD angenommen hätten, weil ja eine diesbezügliche Mitteilung durch die Presse gegangen ist. Dazu habe ich folgendes zu erklären: Es ist geplant oder zunächst vorgeschlagen, über die Koalitionsvereinbarung - denn eine solche ist ja zu treffen - in aller Form an die Öffentlichkeit ein Kommuniqué zu geben, das lautet:

1. Die politische Zusammenarbeit der beiden Fraktionen beruht sachlich auf dem 30-Punkte-Programm der Christlich-Sozialen Union und dem Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei als Grundlage der Regierungsbildung.
2. Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Programms werden im gegenseitigen Einvernehmen durch einen von beiden Fraktionen gestellten paritätischen Ausschuß entschieden.
3. Alle wichtigen Beamtenstellen, insbesondere in den Ministerien und Mittelbehörden sowie in den Landratsstellen, werden im gegenseitigen Einvernehmen besetzt. Dabei ist darauf Bedacht zu nehmen, daß fähige Bewerber nicht lediglich wegen ihrer Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Partei zurückgewiesen werden.
4. Die Zusammenarbeit der beiden Parteien erstreckt sich möglichst auch auf alle anderen politischen Körperschaften, insbesondere die Kreistage, Städte und Landgemeinden.

(Zuruf: Quatsch!)

Diese Vereinbarung über die politische Zusammenarbeit der beiden Fraktionen gilt für die gesetzliche Landtagsdauer.

Das ist der Entwurf. Unsere eigene Fraktion würde erst dazu Stellung zu nehmen haben, aber sie sehen daraus schon, daß nicht die Rede davon sein kann, daß etwa eine Fraktion das Programm der anderen angenommen hätte. Die diesbezügliche Mitteilung in der Presse war unwahr und hat den Tatsachen nicht entsprochen.
Nun, meine Damen und Herren, ein Wort zu der Situation in meinem Bezirksverband Oberbayern. Es ist jetzt eine Regierung gebildet. Die Tatsache steht fest. Die Regierung ist gewählt und ist verfassungsmäßig, gesetzlich verankert. Es würde in unserem Volk bei uns in Oberbayern und bei der entscheidenden Mehrheit unserer Wähler und der Bevölkerung im ganzen nicht verstanden werden, wenn man jetzt, nachdem nun einmal eine Regierung da ist, sie nicht arbeiten ließe.

(Sehr richtig!)

Es wird als selbstverständlich betrachtet, daß man jetzt, nachdem nun einmal eine Regierung da ist, ihr auch die Möglichkeit gibt, sachliche Arbeit zu leisten. Eine Stänkerei gegen die Regierung, auch wenn an ihrer Zusammensetzung, an der Verteilung der Sitze im Kabinett da und dort Kritik geübt wird, würde trotzdem nicht verstanden werden. Wenn man jetzt etwa hergehen und damit anfangen wollte, dieser Regierung von Anfang an wieder Schwierigkeiten zu bereiten, so würde das nichts anderes darstellen, als die hemmungslose Parteizänkerei früherer Zeiten.

(Sehr richtig!)

Man muß jetzt, nachdem eine Regierung da ist, sie arbeiten lassen und sie unterstützen. Dazu ist auch notwendig, daß Klarheit geschaffen wird - und das sage ich für die Fraktion - darüber, wer bereit ist, sich hinter diese Regierung zu stellen und sie in ihrer Arbeit zu unterstützen und wer nicht. Es ist unmöglich, daß die Regierung in der Form ihre Arbeit aufnimmt, daß ein Teil der wesentlichsten Fraktion, also der CSU-Abgeordneten, erklärt: Wir warten einmal ab, was sie tut und nachher nehmen wir unsere Haltung zur Regierung ein. Das Kabinett muß wissen, wie stark es in der Fraktion verankert ist, wie viele Leute von Anfang an bereit sind, sie positiv zu unterstützen und zu ihr zu stehen, und wer nicht dazu bereit ist.
Das ist das, was ich hier zu sagen habe. Ich glaube der Tatsache gewiß sein zu dürfen, daß in Oberbayern diese Haltung von dem weitaus größten Teil der Parteimitglieder, der Wähler und sogar der Bevölkerung geteilt wird.

(Beifall, Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Ich darf dazu folgendes sagen: Dr. *Hundhammer* hat zunächst zur Regierungsbildung als solcher gesprochen. Er hat mich apostrophiert. Ich muß dazu Stellung nehmen. Zur Frage Oberbayern darf ich erklären: Eventuell kann, wenn es gewünscht wird, auch der Protest einer Reihe von Kreisen von Oberbayern mitgeteilt werden.

(Zuruf: Bestellte Arbeit!)

Es ist keine bestellte Arbeit. Ich weise das ganz energisch zurück. Gerade in Oberbayern, meine lieben Freunde, wird es nicht leicht sein, Arbeit zu bestellen. Da handelt es sich um einen energischen Protest von Parteifreunden. Ich darf vielleicht jetzt schon sagen, meine lieben Freunde, nehmen Sie es auch in Altbayern nicht so leicht. In Passau z.B. war die dortige Stadtratsfraktion willens zurückzutreten.

Meine lieben Freunde, wenn Sie von Oberbayern und München reden, darf ich erklären, daß ich in München eine Reihe von Parteifreunden zurückhalten mußte, ihren Austritt aus der Union zu erklären.

(Zuruf: Aber aus welchen Gründen?)

Weiter darf ich zum sachlichen Referat etwas sagen. Wenn Dr. *Hundhammer* von den Verhandlungen der Fraktion und von den Verhandlungen, die er geführt hat, gesprochen hat, dann darf ich eines feststellen: Während bei der SPD die Fraktion in Permanenz und am letzten Tag vor der Entscheidung sogar die Nacht durch tagte, so daß jetzt mitgeteilt wurde, daß nachts um 1.30 Uhr noch Dr. *Hoegner* die Fraktion der SPD informierte, um sie zur Geschlossenheit zu bekommen, daß Dr. *Müller* die Absicht habe, für den Fall, daß er zum Ministerpräsidenten bestellt würde, alle SPD-Leute aus ihren Ämtern zu entlassen, war die Fraktion der Union nach Hause geschickt worden

(Zuruf: Sie hat geschlafen!)

und hat in den letzten zwei Stunden die Entscheidungen treffen sollen. Die Leute wären auch dageblieben, wenn man ihnen gesagt hätte, wie die Stimmung war.

(Zuruf: Wenn sie nicht zu faul gewesen wären!)

Meine lieben Freunde! In einem solchen Fall darf kein Hemmnis da sein. Es muß den Leuten gesagt werden: Wir haben einen neuen Sachverhalt. Wenn die Situation so war, daß die SPD erklärte, sie lehne Parteifreund *Pfeiffer* ab, dann hätte auch Parteifreund *Hundhammer* die Verpflichtung gehabt, die Fraktion zu fragen, bevor er seinerseits neue Vorschläge machte. In diesem Falle hätte auch da der Volkswille berücksichtigt werden müssen. Man schreit so gern über Diktatur, wenn es gilt, sich gegen den Parteivorsitzenden zu wehren. Dann hätte man hier nicht diktieren dürfen, sondern man hätte die Fraktion in ihrer Geschlossenheit fragen müssen. Dann wäre vielleicht das heutige Unglück vermieden worden.
Ich darf Ihnen dann zu der Frage, die Herr *Hundhammer* angeschnitten hat, daß ich Verhandlungen geführt habe, folgendes sagen: Sie sehen schon aus der Haltung, die ich vorhin eingenommen habe, daß ich grundsätzlich die Auffassung habe, daß es in der Demokratie notwendig ist, einem Mann, der eine Verantwortung übernimmt, eine Chance zu geben. So habe ich jedem unserer Parteifreunde, der von der Fraktion bestellt wurde, die Chance gegeben, obwohl ich mich ja in diesem Falle auf den Beschluß der Landesversammlung in Eichstätt hätte berufen können, der ohne mein Zutun zustande gekommen ist, denn ich war bekanntlich gerade an dem zweiten Tage bei General *Clay* und habe auf den Beschluß nicht einwirken können und nicht eingewirkt. Ich habe das nicht getan, weil ich in einem solchen Fall sehen wollte, wie sich die Fraktion stellt. Denn es hat keinen Sinn, unbedingt dort zu stehen und dann zu wissen, daß die Fraktion vielleicht nicht geschlossen ist. Wir müssen uns über eines klar sein: Die Fraktion, so wie sie jetzt gegeben ist, ist selbstverständlich das Sprachrohr der Union im Parlament. Auf der anderen Seite leiden wir - das muß frei herausgesagt werden -, darunter, daß Fraktion und Partei nicht völlig übereinstimmen,

(Sehr richtig!)

auch in der Zusammensetzung sich nicht unbedingt widerspiegeln. Zum Teil ist das das Ergebnis des jetzigen Wahlrechtssystems. Ich darf hier erwähnen, daß es bei der Kandidatenaufstellung Auseinandersetzungen gegeben hat. Ich habe selbstverständ-

lich versucht - das ist meine Pflicht als Vorsitzender -, auch bei der Kandidatenaufstellung dafür zu sorgen, daß die Interessen der Union wahrgenommmen wurden, daß z.B. in jedem Bezirk möglichst ein Flüchtlingsvertreter aufgestellt wird, gerade wenn man daran denkt, daß in manchen Bezirken schon 20% Flüchtlingswähler da sind. Dann hat ein Teil unserer Freunde gemeinsam mit Ministerpräsident *Hoegner* aufgrund eines Gutachtens, das Herr Dr. *Ehard* gegeben hat, bei der Militärregierung dafür gesorgt, daß die Kreise ihrerseits wieder das Aufstellungsrecht bekommen haben.

(Zuruf: Das ist Demokratie!)

Wenn gesagt wird: Es ist Demokratie oder nicht Demokratie, so darf ich darauf erwidern: In dem Mittelgremium des Bezirkes kommt ungefähr ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Ständegruppierungen zustande. Wenn die Kreise draußen aufstellen, dann kann es leicht sein, daß ein Stand überspielt wird. Denn wir haben gesehen, daß sich z.B. Parteifreund *Schlögl* zunächst fünf Wahlkreise hat zuteilen lassen

(Zuruf: Ist das Demokratie?)

und dann unter Zwang erst auf den einen oder anderen Kreis gnädigst verzichtet und ihn abgetreten hat. Man kann das nicht unterbinden, aber es schadet der Union. *Horlacher*, wenn Du jetzt lachst - leider lachst Du -, dann sage ich Dir: Es ist ein Unglück für die Union, wenn die Union durch einen Stand überspielt wird.

(Zuruf Dr. *Baumgartner*: 14 Bauern haben wir im Parlament!)

Mein Lieber, bist Du Bauer oder bist Du nicht Bauer? Wenn Du natürlich nur die einzelnen Bauern rechnest, kannst Du so reden. Aber dann müssen schließlich auch Dr. *Horlacher*, Dr. *Baumgartner* und *Schlögl* als Bauern gelten, denn schließlich und endlich vertreten sie auch die Landwirtschaft.
Dr. *Baumgartner*: Die sind schon mitgezählt.

(Zuruf: Und die Arbeiter?)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf weiter dazu sagen, meine lieben Freunde: Leider Gottes kam es in der Vergangenheit dazu - ich will das Persönliche nicht ausgraben -, daß gerade auch von solchen Leuten die Union auch im Wahlkampf angegriffen wurde, als ich angegriffen wurde. Gehen wir auch da nicht wie die Katzen um den heißen Brei herum. *Horlacher*, Du mußt ehrlich zugeben, daß Du darum weißt, Dr. *Schlögl*, Du warst zum Teil noch dabei, daß Ihr die Hand drinnen gehabt habt, als die Süddeutsche Zeitung den Angriff gegen mich vorgetragen hat.

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Nein, das ist unwahr!)

Leugne es weg! Es steht fest. Ich weiß es.

(Unruhe, zahlreiche Zwischenrufe.)

Dr. *Horlacher*: Da schreien wieder ein paar Fanatiker und wissen nicht, worum es sich handelt.
Dr. *Schlögl*: Nein, es ist unwahr, *Müller*, Du kannst es behaupten, so oft Du willst.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Schlögl*, ich weiß es, und ich werde den Beweis dafür antreten, *Schlögl*, daß Du noch am Samstag vor der Veröffentlichung Material zur Süddeutschen Zeitung hingegeben hast

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Nein!)

über diesen sogenannten Vorfall in Erlangen, als ich dort von einem Diskussionsredner als Ministerpräsident genannt wurde. Ich frage Dich auf Ehrenwort, *Schlögl*, hast Du das getan oder nicht?
Dr. *Schlögl*: Nein, Du kannst den Beweis nicht antreten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann werde ich den Beweis vor den zuständigen Gremien führen.
Meine lieben Freunde! Es ist keine Revolvertaktik, sondern es muß gesagt sein, weil es zeigt, wie die Situation in der Union selbst war und welche Machtkämpfe von einzelnen oder von einzelnen Gruppierungen geführt wurden. Diese Machtkämpfe wurden eben dann weitergeführt, als es um die Regierungsbildung ging. Es ging dabei darum: Haben einige die Union überspielt, oder kommt die Union geschlossen zu einem einheitlichen Willen. Wenn ein Teil bereit ist, mit letzten Mitteln zu kämpfen, wenn man Informationen über den eigenen Parteivorsitzenden an die SPD-Unterhändler gibt, dann ist es eben nicht möglich, eine vernünftige Koalition zu bilden. Wenn von vornherein erklärt wird: Wir wollen die Koalition um jeden Preis, meine lieben Freunde, dann wird eben die andere Partei ihre Bedingungen diktieren, weil sie dann weiß, daß dieser Preis gezahlt wird.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Das hat aber niemand erklärt!)

Horlacher hat zweimal die Antwort gegeben, er will die Koalition um jeden Preis haben.

(Widerspruch Dr. *Horlacher*.)

Hier sind die notwendigen Klärungen durchzuführen, denn sonst wird in der Zukunft eine Arbeit nicht möglich sein. Wenn wir eine Christlich-Soziale Union haben, dann muß sich jeder einzelne fragen können: Kannst Du das, was Du getan hast, auch vor Deinem Gewissen als Christ verantworten oder nicht? Kann das einer nicht, dann muß er die Konsequenzen ziehen.
Herr *Hundhammer* hat erklärt, was ihm von den Unterhändlern der SPD gesagt wurde, was er aber mir leider nicht mitgeteilt hat und was er nur ganz kurz in der Fraktion erwähnt hat, daß ich Nebenverhandlungen geführt hätte. Ich darf dazu sagen: Ich habe keinerlei Nebenverhandlungen geführt, trotzdem es mir als Parteivorsitzender - das kann ich ruhig sagen - niemand hätte übelnehmen können, wenn ich auch geklärt hätte, ob die SPD geschlossen auftritt oder nicht, wie die SPD ihrerseits dastehen wird.

(Zuruf Dr. *Baumgartner*: Du warst doch im Ausschuß drin!)

Ich habe trotzdem keine Verhandlungen geführt. Ich darf dazu jetzt dem Parteifreund *Haußleiter* das Wort geben, der zugegen war, als *Ziebell* bei mir war. Denn gleichzeitig ist auch da von Leuten versucht worden, mein Verfahren so hinzubringen, daß ich in dem Augenblick, in dem ich zum Ministerpräsidenten bestellt werden sollte, dazu unfähig gewesen wäre,

(Zuruf: Unerhört!)

wenn ich General *Clay* erklärt hätte, daß ich auch dieses Amt ohne weiteres übernehmen könne. Nachdem das der Fall war, nachdem dieser Angriff kam, war es selbstverständlich, daß *Ziebell*, der Rechtsberater im Sonderministerium war, in diesem Zusammenhang auch einmal zu mir kam, weil Vernehmungen durchgeführt wurden. *Haußleiter* war gerade zugegen, als *Ziebell* da war. Er hat die Besprechung mit

Ziebell geführt. Infolgedessen darf ich ihm das Wort geben, damit er Ihnen objektiv berichtet, was gesprochen wurde. Dann können Sie selbst beurteilen, ob die Darstellung, die eventuell von der SPD gegeben wurde, richtig ist oder nicht. Es muß so langsam dazu kommen, daß schließlich und endlich dem Parteivorsitzenden mehr geglaubt wird als einem SPD-Mann.

(Lebhafter Beifall.)

Haußleiter: Ich habe am 20. Dezember, also am Vorabend der Regierungsbildung, bei Dr. *Müller* einen Mann kennengelernt, der sich als *Ziebell* vorstellte und mich fragte, wie wir denn über die Koalitionsverhandlungen dächten. Ich habe in Anwesenheit von Parteifreund *Ankermüller* zu ihm gesagt: Meiner Ansicht nach wird die Not, die vor uns steht, dazu führen, daß ein ganz großer Teil der Massen unseres Volkes zwangsläufig in die Opposition gegen die Regierung treten wird. Jetzt dreht es sich darum, daß wir diese Opposition in die Kanäle der Demokratie leiten, damit sie nicht zu einer Opposition gegen die Demokratie wird. Ich habe gesagt, deswegen halte ich die vorliegenden Pläne einer Koalition, wie sie damals diskutiert worden sind, für nicht richtig. Ich sei der Überzeugung, daß die SPD die Opposition verantwortungsbewußt auffangen müsse, damit die Opposition nicht in die KPD und in die WAV geht. Das ist mein Standpunkt. Diesen Standpunkt habe ich dem Herrn *Ziebell* gegenüber vertreten, wie ich es jedem SPD-Abgeordneten gegenüber in jenen Tagen getan habe.
Darauf hat *Ziebell* gesagt: Wie stellen Sie sich Ihrerseits eine Regierung vor? Ich habe ihm erwidert: Ich bedauere, daß es in unserer Verfassung nicht wie in der englischen Verfassung die Stellung des bezahlten und beamteten Führers der Opposition gibt.

(Sehr richtig!)

Meiner Ansicht nach könnten wir einen Ausweg finden, indem wir die SPD fortlaufend als Oppositionspartei informierten und den Herrn *von Knoeringen*, einen ihrer besten Leute, als Ministerialrat in die Staatskanzlei setzten. Dort sitzt er als bezahlter Führer der Opposition.
Weiter habe ich gesagt: Außerdem stehe ich auf dem Standpunkt, daß einige Ministerien - ich denke an das Sonderministerium, an ein Flüchtlingsministerium - von Fachleuten besetzt und neutralisiert werden müssen, weil diese Fragen aus der Parteidiskussion herausgenommen werden müssen.

(Zuruf: Aber nicht der Herr *Reitzner*!)

Daraufhin hat mich der Herr *Ziebell* gefragt: Wären Sie bereit, das auch unseren Leuten der SPD zu sagen? Ich habe erwidert: Selbstverständlich, ich habe das schon jedermann gesagt, weil ich es in meinen Versammlungen vor den Wahlen erzählt habe. Das weiß jeder. Er hat daraufhin geantwortet: Ich werde anrufen, ob einer Sie empfangen wird. Dann hat er angerufen. Da haben die Unterhändler ihre vier Ministerien sicher gehabt und gesagt: Wir gehen auf zwei Fachminister in einer Koalitionsregierung *Müller* nicht ein, das kommt für uns nicht in Frage. Sie haben es also abgelehnt. Verhandlungen sind nicht gewesen. Es war lediglich die klare Darstellung, wie ich sie in jeder Wahlversammlung vertreten habe, wo ich gesagt habe, daß die Opposition in die Kanäle der Demokratie gelenkt werden müsse und daß die Partei, die vom Volk gewählt worden ist, damit sie die Politik macht, diese Politik auch durchführt. Diesen Standpunkt vertrete ich auch jedem Abgeordneten der SPD gegenüber.

(Sehr richtig! Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf jetzt vielleicht noch eine Erklärung abgeben, bevor die Referenten weitersprechen. Ich habe mittlerweile gestern mitgeteilt bekommen, daß überall durch[3] Flüsterpropaganda irgendwelche Ministerlisten für ein Kabinett *Müller* durchgegeben worden sind.
Meine lieben Freunde, es ist keine Kabinettsliste *Müller* irgendwann aufgestellt worden. Ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich für den Fall, daß ich wirklich gewählt worden wäre, erst innerhalb von 14 Tagen dazu gekommen wäre, eine Liste aufzustellen, und zwar deswegen, weil ich dann mit jeder Richtung innerhalb der Union erst Fühlung genommen hätte, weil ja jedes Kind weiß, daß Richtungen da sind, und weil man dann eben versuchen muß, diese Richtungen zu einem einheitlichen Willen zusammenzubekommen. Es ist eine glatte Lüge, wenn irgendeiner hier als Minister oder als etwas ähnliches genannt wird. Es ist lächerlich, wenn der eine oder andere noch dazugesetzt wird, so wie es meinetwegen in der Oberpfalz durchgegeben wurde. Dort sind vier Namen genannt worden, wobei ein Ehepaar, das sehr aktiv ist, doppelt in der Regierung vertreten war. In Schwaben wurde z.B. eine eigene Liste genannt.
Meine lieben Freunde, hier sind Ratten am Werk gewesen, die in den Kanallöchern herumgekrochen sind und dafür gesorgt haben, daß das Gift weiterverbreitet wurde.
Ich darf jetzt die Debatte fortführen und München zum Bericht bitten.
Krehle: Meine sehr verehrten Parteifreunde! Ich brauche die Redezeit von zehn Minuten nicht. Ich erkläre hiermit, daß sich der Bezirksverband München hinter die Regierung *Ehard* stellt. Es stört mich als Bezirksvorsitzenden von München auch gar nicht, daß der eine oder andere meiner Münchner Parteimitglieder mit dieser Haltung nicht einverstanden ist. Ich bin überzeugt, daß in den fränkischen Kreisen, in denen vielleicht im ganzen in den Bezirken eine gegenteilige Auffassung vorhanden ist, auch Leute da sind, die eine andere Meinung vertreten. Das ist Demokratie. Sie dürfen nicht glauben, daß ich deswegen so spreche, weil ich nun zufällig dem Kabinett *Ehard* angehöre, sondern ich spreche deswegen so, weil ich es für die einzig richtige Lösung halte, jetzt zu versuchen, mit dem Kabinett *Ehard* über die Notzeit hinwegzukommen. Das ist das Entscheidende. Ich möchte unsere Parteifreunde bitten, sich auf den Boden der gegebenen Tatsache zu stellen. Ich muß aber auch ganz offen aussprechen, daß wir erwarten, daß man uns ebenfalls Glauben schenkt, ebenso wie der Parteivorsitzende für sich beansprucht, daß man das als wahr nimmt, was er ausspricht. Mir ist z.B. von führenden Leuten aus der SPD mitgeteilt worden

(Widerspruch.)

- ich kann Ihnen auch die Namen nennen, wenn Sie es haben wollen -, daß unser Parteivorsitzender *Müller* den Sozialisten das Wirtschaftsministerium unter *Fendt*, das Arbeitsministerium unter *Roßhaupter*, das Finanzministerium unter *Hielscher*, das Flüchtlingsministerium unter *Reitzner* angeboten hat und daß auch über das Innenministerium gesprochen worden ist.

(Zuruf: Warum haben sie *Müller* nicht genommen?)

Das müssen Sie die Sozialisten fragen. Jedenfalls steht das eine fest, daß Herr Ministerialrat *Ziebell* in Kreisen seiner eigenen Partei seit langem aufgrund der bei ihm vorhandenen korrupten Erscheinungen unten durch war und daß man sich bereits vor

[3] In der Vorlage: "die".

vier Wochen in der SPD mit dem Gedanken des Ausschlusses des Herrn *Ziebell* getragen hat und daß jetzt *Ziebell* bestimmt kein Unterhändler sein konnte, mit dem man auf der anderen Seite verhandelt.
Also meine Damen und Herren, ich habe meine Erklärung abgegeben: Der Bezirksverband München stellt sich hinter die Regierung *Ehard*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu nochmals wiederholen: Es ist erlogen, wenn behauptet wird, ich hätte etwa - nur um das Beispiel herauszugreifen - das Wirtschaftsministerium der SPD angeboten. Das ist eine glatte Lüge. Ich habe keine Verhandlungen geführt. Bei der einzigen Besprechung, bei der *Ziebell* da war, der in der SPD keinerlei Funktion hat, was mir bekannt ist, war *Haußleiter* zugegen. Ich habe *Haußleiter* das Gespräch übergeben, weil ich selbst in keiner Weise aktiv tätig werden und in Verhandlungen eingreifen wollte. Aber gerade weil mir bekannt war, daß die Weisung da ist - um dieses Beispiel zu nehmen -, daß die SPD im ganzen Reich das Wirtschaftsministerium anstrebt, und weil das unseren Prinzipien völlig widerspricht, ist es schon ein Unding, daß ich eine solche Konzession hätte machen können. Außer der Erklärung bezüglich der Neutralisierung verschiedener Probleme, die ich im Rundfunk abgegeben habe, ist von mir keinerlei Erklärung abgegeben worden. Denn ich mußte mir darüber klar sein, daß jedes Wort, das von mir gesprochen wird, in irgendeiner Version ausgenutzt werden würde, und zwar nicht nur zu meinem Schaden, sondern auch zum Schaden der Union. Offensichtlich ist es der SPD in diesem Falle gelungen, den guten Glauben einzelner Parteifreunde auszunutzen und den Sprengstoff in die Union hineinzuwerfen.
Ich darf dann Niederbayern bitten zu referieren.
Kübler: Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Schon sehr oft mußte ich, wenn ich in der Fraktion oder in anderen Gremien unserer Partei das Wort ergriff, bitten: Macht uns die Mitarbeit in der Union nicht so schwer. Heute sind wir soweit, daß wir sagen: Macht den Wählern die Mitarbeit und das Vertrauen zur Union nicht so schwer. Soweit sind wir gekommen. Nun ist es heute wieder so: Es werden hier Vorwürfe erhoben, die Vorwürfe werden entkräftet oder es wird mit anderen Vorwürfen aufgewartet. So kommen wir zu keinem Ziel. Das Material dieser gegenseitigen Vorwürfe muß unbedingt einmal gesammelt und dann dem Gremium unterbreitet werden, das wir in unserer Landesversammlung gebildet haben, dem Schiedsgericht. Wir müssen heute alle miteinander eines Willens sein, daß diese Dinge unbedingt so gemeistert werden. Denn sonst kommen wir aus den Schwierigkeiten nicht heraus, und wir werden das Vertrauen bei den Wählern draußen verlieren, und unsere Union wird Schiffbruch erleiden.
Meine Damen und Herren! Wie ist es zur jetzigen Situation gekommen, in dieser Notzeit, wo das Volk Taten und Arbeit von uns verlangt. Die Konflikte sind nicht erst bei der Regierungsbildung entstanden. Sie liegen schon zurück. Die Ursache ist von beiden Seiten verschuldet worden. Es wäre am besten, alle Teile würden sich reumütig an die Brust schlagen und sagen: Mea culpa, mea culpa, mea maxima culpa, ich bin selbst Schuld daran, und würden sich dann die Hand reichen und Sorge tragen, daß das, was war, vergessen und aus der Welt geschafft und ein neuer Grund und Boden gelegt wird. Ich habe damals bei der Frage des Staatspräsidenten gesagt: Seien Sie vorsichtig. Der Schuß könnte einmal nach hinten losgehen. Wir sollten heute die Dinge beim Namen nennen, so wie sie gelaufen sind. Man hat damals sehr schwere Geschütze gegen uns aufgefahren. Man hat uns zu Reaktionären gestempelt. Ich glaube, daß ich über diesen Vorwurf erhaben bin. Ich bin auch früher in meiner Partei

auf dem linken Flügel gestanden. Ich stehe auch heute auf dem linken Flügel. Ich habe sehr viel soziales Empfinden und würde mich nie zu reaktionären Maßnahmen hergeben. Deshalb habe ich diesen Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Aber man hat diesen Vorwurf in die Debatte geworfen, um der Sache Abbruch zu tun und hat dann in dem Gremium, dem wir heute angehören, dem Landesausschuß, den Beschluß gefaßt, daß kein Fraktionszwang ausgeübt werden darf. Es ist dann auch dazu gekommen, daß es keinen Fraktionszwang mehr gegeben hat.
Meine Damen und Herren, nun ist der Schuß bei einer anderen Gelegenheit auch losgegangen und hat zur gleichen Wirkung geführt. Etwas mußte falsch sein.
Ich bin nicht für Fraktionszwang, aber ich bin dafür, daß unbedingt Sorge getragen wird, daß Disziplin in der Fraktion herrscht. Wohin soll es führen, wenn wir gezwungen sind, Gesetze zu beschließen, und diese Gesetze passen dem einen oder anderen oder einem gewissen Flügel unserer Fraktion nicht, und dieser stimmt dann unter allen Umständen dagegen, vielleicht gegen ein Gesetz, das wir unseren Wählern versprochen haben, und bringt es mit Hilfe der anderen Parteien zu Fall? Das wäre doch Korruption, das würde uns jeden Glauben und jede Begeisterung und jedes Vertrauen der Wählermasse draußen rauben. So kann es nicht weitergehen. Wenn wir schon keinen Fraktionszwang haben, so muß es doch endlich dazu kommen, daß in der Fraktion Disziplin herrscht, in solch wichtigen Fragen, wie es eine Verfassung oder die Bildung einer Regierung oder die Wahl eines Ministerpräsidenten ist, muß unbedingt für eine Einigkeit gesorgt werden. Einigkeit muß her,

(Zuruf: Dann muß der Fraktionszwang her!)

sonst machen wir uns in der ganzen Welt lächerlich. Wir haben einen sehr großen Teil des Vertrauens draußen bei den Wählern eingebüßt,

(Sehr richtig!)

90%! Das müssen wir ohne weiteres zugeben. Wir können nicht mit verbundenen Augen und verstopften Ohren herumlaufen, sondern wir müssen die Dinge so hören und miterleben, wie sie sich draußen tatsächlich abspielen. Sie wissen, ich habe in der Landesversammlung in Eichstätt gesagt: Ich bin ein Freund der Koalition, denn ich bin der Meinung, in dieser schweren Zeit ist es fast unmöglich, daß eine Partei die Dinge so meistern kann, wie das Volk erwartet, daß gearbeitet wird. Die Last dieser Zeit gehört auf breitere Schultern gelegt. Deshalb bin ich damals dafür eingetreten, es müsse versucht werden, die übrigen Parteien zur Mitarbeit heranzuziehen dadurch, daß man sie in bestimmte Ressorts einschaltet und sie dort zur praktischen Arbeit verpflichtet. Aber, meine Damen und Herren, ich habe mir nicht vorgestellt, daß wir uns von einer Partei vorschreiben lassen, wem sie ihr Vertrauen als Ministerpräsident gibt.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren, das geht doch etwas zu weit. Den Ministerpräsidenten suchen wir uns selbst. Da geben wir keiner Partei das Recht zu sagen, den nehmen wir oder den nehmen wir nicht.

(Zuruf: Sehr richtig, aber nur, wenn wir einig sind!)

Sehr richtig, nur wenn wir einig sind. Wir müssen selbst einen stellen. Man hätte sagen müssen, wir bestimmen den Kandidaten, weil dieser auch für uns die Verantwortung zu tragen hat, und wir nehmen nur den, der unser Vertrauen besitzt. Aber

wir müssen auch hundertprozentig geschlossen hinter dieser Person stehen. Hier hat es wieder gefehlt, wir sind auseinandergefallen. Es war ein Schauspiel beschämendster Art. Ich kann Ihnen sagen: Ich habe allerlei Dinge erlebt, solange ich im politischen Leben stehe, aber noch nie etwas Deprimierenderes wie diese Landtagssitzung, in der wir dastanden wie die blamierten Europäer.
Die gleiche Meinung, die mich beseelt und niederdrückt, drückt draußen auch den Wähler nieder. Viele sagen: Da hätten wir gleich den *Loritz* wählen können, wenn wir gewollt hätten, daß *Loritz* ein Ministerium bekommt, oder wir hätten uns zur Sozialdemokratie bekannt, wenn wir gewollt hätten, daß die Sozialdemokraten besonders auch die Schlüsselministerien bekommen.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, ich bin der Meinung, wir haben dem Willen unserer Wähler nicht so Ausdruck gegeben, wie es unbedingt notwendig gewesen wäre.

(Zuruf: Verführt haben wir sie!)

Ich kann mich nicht der schwersten Sorge für die Zukunft erwehren, nicht deshalb, weil wir vielleicht ein Mandat weniger bekommen, sondern aus der Sorge heraus, daß wir nicht so in der Regierung tätig sein können, wie es notwendig wäre, wie es unsere Wähler verlangen und erwarten und wie es auch unserem Programme entspräche.

(Zuruf: Und unsere Redner gesagt haben.)

Es wird wohl gesagt, das Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei ist nicht angenommen, sondern es ist nur eine gewisse Richtlinie. Meine Damen und Herren, der Minister, der das Wirtschaftsministerium zu führen hat, wird sich wohl sehr stark an dieses Aktionsprogramm halten und immer und immer wieder versuchen, dieses Aktionsprogramm, auf das die Sozialdemokraten eingestellt sind, auch der Verwirklichung zuzuführen.
Als Wirtschaftler befürchte ich: Wie wollen wir mit einer kranken Wirtschaft soziale Fragen lösen und die sozialen Probleme der Verwirklichung entgegenführen? Ich bin überzeugt, daß wir erst die Wirtschaft gesund machen müssen und keine Experimente machen dürfen. Das wäre das Gefährlichste, was uns heute treffen könnte. Ich hätte es freudigst begrüßt, wenn man einem Demokraten, einem wirklichen Wirtschaftler, der in der Vergangenheit schon etwas geleistet hat und es mit seinen Kenntnissen und Fähigkeiten beweisen kann, das Wirtschaftsministerium gegeben hätte. Aber in der Hand eines Sozialdemokraten, meine Damen und Herren, so viele Freunde ich in dieser Partei auch habe, halte ich [es] für ein gefährlicheres Experiment.
Wir konnten auch nicht verstehen, und unsere Wähler verstehen es nicht, daß man das Ministerium des Innern, in dessen Hand die ganze Verwaltung und Polizei liegt und in dem wir in den zurückliegenden Monaten allerhand Dinge erleben konnten, daß man dieses wertvollste Instrument der Staatsführung freiwillig aus der Hand gegeben hat. Das können unsere Leute nicht verstehen.

(Zuruf: Bestimmt nicht, lebhafte Zustimmung.)

Wir selbst können es manchmal auch nicht verstehen. Ich bedauere, das meinen Freunden sagen zu müssen. Ich bin hier wie vor den Kopf geschlagen. Als ich erfahren habe, daß die Dinge so gedeichselt werden, habe ich mir gesagt: Lieber wäre es mir gewesen, wir hätten die Probe aufs Exempel gemacht und selbst die Verantwortung in die Hand genommen.

(Lebhafter Beifall.)

Auf unsere inneren Zerwürfnisse und Streitigkeiten will ich gar nicht eingehen, denn wir werden mit dem Hin- und Herreden, wobei der eine diesen und der andere jenen Vorwurf macht, nicht weiterkommen. Ich habe bereits in Eichstätt gesagt: Wir müssen die Bedenken, die wir gegen den einen oder anderen haben, und die Vorwürfe, die von der einen Seite gegen die andere gemacht werden, dadurch aus der Welt schaffen und reinen Tisch machen, daß wir dieses Material einmal dem Schiedsgericht vortragen und bitten, nach ganz genau abgewogenen Richtlinien die Dinge zu überprüfen und endlich zum Abschluß zu bringen. Ich gehe, wie gesagt, auf alle diese Dinge nicht ein. Ich glaube, ich brauche nicht besonders zu betonen, daß es mir nicht daran liegt, eine Sicherung für mein Mandat zu bekommen, denn ich habe wiederholt erklärt, ich klebe nicht daran; ich bin bereit, wenn es für die Union oder das Volk dienlich ist, sofort zurückzutreten. Einen Alten kann man leicht durch einen Jungen ersetzen. Ich bin bereit, sofort den Platz freizumachen. Aber in der großen Sorge, die mich als Politiker und ganz besonders als Wirtschaftspolitiker berührt, dürfen Sie mir nicht verdenken, wenn man sich mit diesen Dingen etwas eingehender beschäftigt.
Ich habe deshalb in dieser großen Sorge die Abgeordneten von Niederbayern gebeten, nach Plattling zu kommen. Wir haben uns am 31. Dezember über all diese Dinge reiflich ausgesprochen und sind zu einem Resultat gekommen, das wir in einer Resolution niedergelegt haben. Ich bitte Sie, diese Resolution Ihnen hiermit zur Kenntnis geben zu dürfen.
Sie lautet:

> Resolution. Die in Niederbayern gewählten Landtagsabgeordneten der CSU fanden sich am 31. Dezember 1946 in Plattling zusammen und nahmen nach eingehender Aussprache zu den Vorgängen in der Partei, innerhalb der Fraktion und bei der Bildung der Regierung wie folgt Stellung:
> Die bei verschiedenen hochwichtigen staatspolitischen Fragen festgestellte Uneinigkeit innerhalb der Landtagsfraktion gibt zu ernster Besorgnis Anlaß: Das Bild der Uneinigkeit ist beschämend, wirkt auf die Wähler niederdrückend und ist schädigend für die Partei und damit auch für die Interessen des Volkes und des Staates. Die Wähler erwarten Zurückstellung aller persönlichen Differenzen und Meinungsverschiedenheiten, eine einheitliche Stellungnahme der Partei und der gewählten Volksvertreter zu den Nöten des Volkes und den brennenden Fragen der Politik und eine darauf aufbauende sofortige Inangriffnahme der vordringlichsten Arbeiten.

- Arbeit erwartet das Volk von uns, Leistungen, die dem Volk in die Augen springen, damit das Volk einmal zu der Überzeugung kommt, es ist uns nicht darum zu tun, Mandate zu gewinnen oder Ministersessel zu besetzen. -

> Mit der Zusammensetzung der neuen Regierung und der Verteilung der Ministerien sind die niederbayerischen Abgeordneten der CSU nicht einverstanden. Insbesondere wird die Abtretung des Innenministeriums und des Wirtschaftsministeriums an die Sozialdemokratie als eine sehr unglückliche Lösung empfunden. Auch die Hereinnahme des Abgeordneten *Loritz* in die Regierung wird beim Volk nicht verstanden. Es erscheint als eine sehr unglückliche Lösung, wenn im Ministerrat Herr *Loritz* neben den Ministern unserer Partei sitzt, [die] er wenige Wochen vorher selbst oder durch seine Agitatoren auf das Schwerste beschimpfte.

(Lebhafter Beifall.)

Die Besetzung des Kultusministeriums durch einen Staatssekretär, der der Sozialdemokratie angehört, nimmt keine Rücksicht auf die Einstellung unserer evangelischen Wähler in den fränkischen Kreisen.
Wenn sich die niederbayerischen Abgeordneten der CSU trotzdem bereiterklären, die neue Regierung zu tolerieren und sie in ihrer Arbeit zu unterstützen,

- wir wollen also der Regierung an die Seite gehen und mithelfen, ihr Programm durchzuführen und damit dem Volk und dem Vaterland zu dienen -

so deshalb, weil unbedingt in allernächster Zeit mit den Aufbauarbeiten begonnen werden muß, soll nicht das Volk der Verzweiflung anheimfallen.
Von der Parteileitung wird verlangt, daß alles getan wird, um die noch schwebenden Meinungsverschiedenheiten zwischen führenden Persönlichkeiten der Partei zu klären und der Bereinigung zuzuführen. Die Zeit der gegenseitigen Vorwürfe muß endgültig vorbei sein. Vorwürfe, von denen ein Parteimitglied glaubt, sie mit Berechtigung erheben zu können, müssen vor das Parteischiedsgericht gebracht werden. Die niederbayerischen Abgeordneten der CSU wenden sich auch gegen die gehässigen persönlichen Vorwürfe in der Presse und erwarten, daß auch diese von einem Schiedsgericht geklärt werden und der Erheber der Vorwürfe, falls es sich um ein Parteimitglied handelt, zur Verantwortung gezogen wird.
Die niederbayerischen Abgeordneten der CSU sind sich vollständig einig in der oben skizzierten Stellungnahme zu den Vorgängen innerhalb Partei und Fraktion und werden auch vor den schwersten Schritten nicht zurückschrecken, um die Verwirklichung der gestellten Forderungen, die im Interesse der Partei und des Volkes gestellt sind, zu erreichen.

Das ist unsere Stellungnahme.

(Zuruf: Prima!)

Nun habe ich Ihnen noch von etwas anderem Mitteilung zu machen. Es ist uns wiederholt, und zwar von verschiedenen Seiten, die Mitteilung gemacht worden - von der Militärregierung in München haben es die Kommandeure unserer örtlichen Militärregierungen draußen erfahren und von diesen Herren Offizieren ist es zu unserer Kenntnis gelangt -, daß der neue Minister für Sonderaufgaben, *Loritz*, der Militärregierung München erklärt haben soll, er habe soviel Material gegen Landtagsabgeordnete gesammelt, daß er in der Lage sei, 35 Abgeordnete der CSU sofort zu erledigen.

(Hört, hört! Große Unruhe.)

Das ist eine Mitteilung - ich kann sie im engen Kreise und in geschlossener Versammlung geben -, die von Direktoren der örtlichen Militärregierungen an uns gegeben wurde. Es wird also etwas Wahres daran sein. Bei der Charakterstärke des Herrn *Loritz* halte ich es nicht für unmöglich, daß er jetzt als Minister die Gelegenheit benutzt, fleißig gegen uns zu schießen. Es ist der Dank dafür, daß er in die Regierung aufgenommen wurde.

(Zuruf: Wer hat ihn aufgenommen?)

Das ist die Stellungnahme, die ich Ihnen als Vertreter für den Kreis Niederbayern zum Ausdruck bringen möchte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Parteifreund *Kübler*. Ich darf vorschlagen, daß noch vor der Mittagszeit Schwaben referiert.

(Widerspruch.)

Dann darf ich bitten, daß zuerst Augsburg Bericht erstattet.
Kronthaler: Ich werde Sie nicht lange aufhalten. Mein Herr Vorredner hat uns, wenigstens mir und vielen anderen, so richtig aus dem Herzen gesprochen, und zwar deshalb, weil ich und viele andere ein Interesse daran haben, unsere Union aus den Wirrnissen unserer heutigen Zeit herauszubringen. Wir können sie mit einem Patienten vergleichen, der im Sterben liegt. Dieser Patient heißt Union. So stehen die Dinge heute. Es liegt heute in unserer Hand, ob wir die Union sterben lassen wollen oder ob wir sie als das Instrument benutzen wollen, als das wir sie unseren Leuten draußen in den Wahlversammlungen bezeichnet und versprochen haben. Einzig und allein darauf wird es heute ankommen. Es ist infolgedessen hundertprozentig richtig, daß wir nun endlich mit diesem - verzeihen Sie mir den Ausdruck, ich bin ein Niederbayer - drekkigen Wäschewaschen aufhören, daß wir uns heute dahin einigen: Wie kommen wir aus der Situation, die durch die Regierungsbildung geschaffen wurde, heraus. Darauf wird es ankommen. Wir haben den Bombenkrieg bzw. die Bombenangst hinter uns, wir haben aber diese Bombenangst nicht aus der Welt schaffen können insofern, als sich diese Angst in die verschiedensten Kanäle hineingeschlichen hat. Ich erinnere nur an die Brotfrage, an die Arbeitsfrage, an die Wohnungsfrage. Ich erinnere weiter daran, was mit unseren Pgs. werden soll, die zu Hunderttausenden in Angst und Not um ihre Zukunft dastehen und warten. Ich erinnere weiter an die Not, an die Frage: Wie bringen wir uns über den Winter in bezug auf Kleidung, Holz usw. Wie schaut es in der Wirtschaft aus, wie steht es in der Flüchtlingsfrage?
Meine lieben Freunde. Vergessen wir nicht, die Stimmen, die die Union gewählt haben, waren ein einziger Hilferuf an die Union: Helft uns mit heraus aus diesen Wirrnissen der Zeit! Die Stimmen, die uns zugeflossen sind, haben so gerufen. Die Leute haben nicht Huber, Meier und Müller gewählt, sondern sie haben deshalb die Union gewählt, daß ihnen diejenigen, die ins Parlament kommen, helfen sollen.
Meine lieben Freunde, wie ist nun die Lage? Was hat Dr. *Hundhammer* gesagt? Ich will nicht polemisch werden, es liegt mir nicht, ich will Einigkeit. Sie ist schon früher mein Gedanke gewesen. Ich bin kein Kämpfer auf diesem Gebiet. Wenn Herr *Hundhammer* sagt, in Oberbayern ist alles in bester Butter, dann beneide ich ihn aus meinem innersten Herzen heraus, wenn es nicht überall ebenso aussieht. Ich muß ihm das offen gestehen. Bei uns sieht es nicht so aus.

(Zuruf: Nein!)

Meine lieben Freunde! Es ist richtig, die breite Masse der bayerischen und insbesondere auch der schwäbischen und auch der Augsburger Bevölkerung kann es nicht verstehen, daß die Regierung so zusammengesetzt worden ist, nachdem wir die Macht und die Stärke hatten.

(Sehr richtig!)

Niemand kann es vor allem verstehen - glauben Sie mir das -, daß wir erst einmal das Innenministerium - es ist mit Recht als das wichtigste bezeichnet worden - und das Wirtschaftsministerium aus der Hand gegeben haben. Die Leute insbesondere in der Industrie und in den Beamtenkreisen, die sich zu uns rechnen, sagen: Wenn wir heute etwas wollen, müssen wir zu den Sozialdemokraten gehen.

(Sehr richtig!)

Das ist ganz selbstverständlich, denn der Mann draußen kann nicht zu einem Staats-

sekretär gehen. Er muß eben zu den Sozialdemokraten gehen, und er muß sie um Hilfe bitten, obwohl er ein überzeugter CSU-ler ist.
So stehen heute die Dinge, machen wir uns nichts vor.

(Zuruf: Das ist dummes Gerede!)

Nein, das ist kein dummes Gerede, das sind Tatsachen.

(Unruhe.)

Ich habe gestern zwischendurch flüstern hören: In irgendeinem Betrieb ist Betriebswahl gewesen, Reaktion auf die Bildung der Regierung. Was ist herausgekommen? Zehn Kommunisten und drei Sozialdemokraten sind gewählt worden. Das ist die Reaktion der [Leute auf die] Neubildung unserer Regierung. Täuschen wir uns nicht. Unsere Leute schauen uns draußen und auch in den Fabriken als Trottel an, weil wir der CSU angehören und weil wir es nicht fertiggebracht haben, tatsächlich unsere Kraft und unseren Willen, den uns die Wähler gegeben haben, durchzusetzen. Es soll mir niemand sagen, daß wir unseren Willen durchgesetzt haben, oder daß wir ihn für die Zukunft in dieser Zusammensetzung überhaupt durchsetzen können. Ich glaube nicht daran. Wenn jemand daran glaubt, ist es seine Sache.
Ich will zum Schluß kommen, weil ich nur zehn Minuten sprechen darf.
Wie kommen wir jetzt aus der Situation heraus? Nach meiner Ansicht ist erste Voraussetzung Einigkeit in unseren Reihen. Wenn Fehler gemacht worden sind, müssen wir sehen, daß wir sie überbrücken können. Ein altes Sprichwort sagt: Fehler sind dazu da, daß sie gemacht werden. Für die Zukunft wollen wir sie nicht mehr machen. Wir wollen uns auch gar nicht darüber unterhalten, wie lange diese Regierung bleibt bzw. wie lange sie zusammenhält. Es kann sich heute nach meiner Ansicht nur darum drehen: Wie bringen wir es unserem Volke, der Wählerschaft bei? Wenn wir hier einen Dreh finden - wenn ich mich so ausdrücken darf -, daß wir über die Situation hinwegkommen, haben wir alles gewonnen. Dann haben wir unsere CSU aus dieser Krisis herausgeführt, mit einem Schwung möchte ich geradezu sagen, und wir werden das Vertrauen draußen wieder bekommen. Das brauchen wir. Ohne das Vertrauen des Volkes wird die Regierung nichts fertigbringen, was dem Volke nützen und was das Volk auch achten und schätzen würde.
So ist in Wirklichkeit die Lage. Deshalb, meine lieben Freunde, stehe ich auf dem Standpunkt, daß wir heute unbedingt eine Resolution dahingehend herausbringen müssen, daß erstens einmal unsere Mitglieder oder die Wählerschaft draußen meinetwegen die Regierungsbildung nicht verstehen oder meinetwegen die jetzige Zusammensetzung der Regierung nicht billigen. Wir müssen das in irgendwelcher Form draußen sagen.

(Zuruf Dr. *Baumgartner*: Da ist *Müller* schuld, der nicht bei den Verhandlungen dabei war! - Weitere Zurufe: Der Ministersessel ist schuld! Wir fordern Regierungsumbildung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, den Redner weitersprechen zu lassen. Der Herr Dr. *Baumgartner* gewinnt nicht, wenn er nach dem Prinzip handelt: Nicht der Ermordete ist schuld, sondern der Mörder[4].

(Weitere Zurufe von Dr. *Baumgartner*.)

[4] Gemeint ist offensichtlich: Nicht der Mörder ist schuld, sondern der Ermordete.

Auch der Herr Dr. *Baumgartner* wird gebeten, den Redner fortfahren zu lassen.

(Zuruf Dr. *Baumgartner*: Interessiert mich nicht mehr, ich fahre jetzt heim! - Weitere Zurufe: Er läuft jetzt davon! - Anhaltende Unruhe.)

Kronthaler: Wenn wir schon eine Demokratie haben - und ich habe niemand angegriffen oder einen Vorwurf gemacht -, müssen Sie mir schon die Freiheit geben, meine Meinung zu sagen, so wie sie ist.

(Fortdauernde Unruhe und Zwischenrufe.)

Mein Ziel ist allein, daß wir aus dieser Situation herauskommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich einen Moment unterbrechen? Ich rüge den Herrn *Gaßner*. Herr *Gaßner*, der dort sitzt, stört dauernd die Redner durch Zwischenrufe.

(Widerspruch.)

Kronthaler: Herr *Müller*, ich lasse mich nicht aus der Ruhe bringen. Ich habe schon in stürmischeren Versammlungen gesprochen, wo mir das Messer auf das Rednerpult gesteckt worden ist.

(Heiterkeit.)

Ich habe mich auch gar nicht gefürchtet. Ich fürchte mich hier erst recht nicht vor Freunden. Wenn einmal ein recht ungeschickter Zwischenruf kommt, so macht er sich von selbst lächerlich.
Ich habe gesagt, wir müssen in irgendeiner Form heute nach außen hin Stellung nehmen, ob wir es gern hören oder nicht, das ist ganz einerlei, wenn wir über die Situation hinwegkommen wollen. Es bleibt uns nichts anderes übrig. Unser Volk draußen wartet mit Spannung, was heute der Landesausschuß macht. Wir können also nicht auseinandergehen, ohne daß wir ein praktisches Resultat herausbringen. Wir müssen erstens Stellung nehmen in dem Sinne, wie ich es angeführt habe, und zweitens müssen wir alle miteinander die Not der Zeit erkennen, die uns auf den Fingernägeln brennt. Aus dieser Tatsache heraus sind wir trotz allem bereit mitzuarbeiten, soweit es irgendwie möglich erscheint. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, glaube ich, müßten wir einen Weg finden können. Es sind noch viel gescheitere Leute da als ich. Sie sollen diese Resolution ausarbeiten. Es ist nur so mein Gedankengang.
Ich bitte Sie um eines - und damit möchte ich schließen -, ich glaube, daß wir uns unbedingt dem Volk gegenüber in irgendeiner Form äußern müssen. Begraben wir jetzt endlich diese persönlichen Gehässigkeiten, und stellen wir den Gedanken der Einigkeit trotz allem, was war und ist, heraus, um so über diese Situation hinwegzukommen und damit unserem bayerischen und deutschen Volke den größten Dienst zu erweisen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bevor ich Schwaben das Wort erteile, bitte ich jetzt, damit wir Zeit sparen, die Essensmarken herzurichten.
(*Liedig* macht eine Mitteilung über die zum Essen nötigen Marken.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte Platz zu behalten. Wir müssen Zeit sparen. Ich bitte infolgedessen, inzwischen die Marken herzurichten, damit keine Störung eintritt. Ich darf nun bitten, daß sich Schwaben äußert.
Dr. *Weinkamm*: Ich bin weder Minister noch Staatssekretär noch Abgeordneter. Ich spreche jetzt nur die Stimmung aus, wie sie in Schwaben ist. In Schwaben sind, wie Sie ja wissen, die einzelnen Einstellungen verschieden. Wir haben eine Reihe von Anhän-

gern der Richtung *Horlacher/Hundhammer*, wir haben auch Anhänger der, wie wir uns ausdrücken, etwas fortschrittlicheren Richtung.

(Zurufe: Was heißt fortschrittlich, wer ist rückschrittlich?)

Aus allen Kreisen Schwabens sind irgendwelche Erklärungen zur Regierungsbildung eingelaufen. Zustimmung ist von keinem Kreise gekommen,

(Hört, hört!)

von keinem einzigen. Von denen, die die Richtung *Horlacher/Hundhammer* unterstützen, ist mindestens, wollen wir einmal sagen, eine gewisse Zurückhaltung gezeigt worden. In den meisten Fällen ist aber auch von diesen Kreisen zum Ausdruck gebracht worden, daß man gegenüber dieser Regierungsbildung kein Verständnis aufbringen kann. Einzelne Herren haben geäußert: Diese Regierung wird abgelehnt. So ist ungefähr die Stimmung.

Ich brauche nun nicht mehr das auszuführen, was schon mehrfach zu den einzelnen Vorkommnissen, zu den persönlichen Gehässigkeiten ausgeführt worden ist. Da ich sehe, daß Sie jetzt schon ziemlich Hunger haben, möchte ich Ihnen in Anbetracht des kommenden Mittagessens nur noch einen persönlichen Rat geben. So wie bisher geht es nicht weiter. Darin sind wir alle einig. Es muß ein Weg gefunden werden, der einerseits zum Ausdruck bringt - das darf durchaus klar und deutlich geschehen -, daß diese Regierungsbildung nicht die Zustimmung des größten Teils der Wähler hat. Ich glaube, das darf durchaus auch gesagt und auch der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Denn es ist eine der Voraussetzungen dafür, daß wir den zweiten Schritt gehen und trotzdem eine Zusammenarbeit in irgendeiner Form suchen. Es muß erstens klar zum Ausdruck gebracht werden, daß die jetzige Regierung der Stimmenzahl unserer Partei, aber auch der Stimmenzahl des ganzen Volkes nicht entspricht.

(Zuruf: Nein!)

Wenn wir uns trotzdem bereit erklären - und der Weg ist noch nicht ganz klar -, in irgendeiner Form mitzuarbeiten, dann ist das eine der Voraussetzungen gewesen. Das zweite aber, der Grund für die Zusammenarbeit, ist schließlich nur die große Not der jetzigen Zeit. Da müssen wir in Gottes Namen einen Weg finden, der diese Schwierigkeiten überbrückt. Die Schwierigkeiten werden nicht dadurch überbrückt, daß man jetzt noch mehr persönliche Gehässigkeiten und Vorwürfe hereinbringt. Denn dafür, meine Damen und Herren, hat das Volk draußen wirklich nicht das geringste Verständnis. Es hat auch kein Verständnis und keine Möglichkeit, sich über alle parlamentarischen Spitzfindigkeiten zu unterrichten, zumal ja die Presse vollständig fehlt, die in unserem Sinne auch einmal ein Wort sprechen könnte.

Ich stehe hier vor Ihnen als ein einfacher Wähler. Ich bitte Sie also, bei Ihren kommenden Debatten heute nachmittag doch einen Weg zu suchen, der sowohl dem Volk draußen Rechnung trägt und die klare Sprache, die das Volk will, auch einmal zum Ausdruck bringt, nämlich, daß diese Regierung unseren Wünschen nicht entspricht,

(Zuruf: Regierungsumbildung!)

daß aber auf der anderen Seite ein Weg gesucht wird, der, sei es nun in einer Opposition eines Teiles der Fraktion oder sonst in irgendeiner Weise, zum Ausdruck bringt, daß hier zwei Richtungen zwar arbeiten, daß aber diese beiden Richtungen doch eines wollen, nämlich die Verminderung und die Linderung der Not unseres Volkes. Über Einzelheiten zu reden, ist hier wohl nicht die Zeit.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Parteifreund *Weinkamm*.
Wir legen jetzt die Essenspause ein. Es wird fortgefahren, sobald gegessen ist. Ich bitte also die Parteifreunde, nicht wegzugehen, sondern hierzubleiben.

Die Sitzung wird um 13.15 Uhr zur Essenspause unterbrochen.
Die Sitzung wird um 14.51 Uhr wiederaufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, Platz zu nehmen. Meine lieben Freunde, ich glaube, wir können anfangen, auch wenn der eine oder andere noch nicht gegessen hat. Leider Gottes kann ich Ihnen nicht gesegnete Mahlzeit oder gute Verdauung wünschen, weil wir keine Zeit haben, uns der Ruhe, die zur Verdauung notwendig wäre, hinzugeben. Denn wir haben noch sehr schwere Probleme zu erledigen.
Ich darf vorschlagen, daß wir in den Berichten der einzelnen Bezirksvorsitzenden oder Bezirksvertreter weiterfahren. Ich darf so vorgehen, daß ich zunächst die Oberpfalz bitte zu referieren, im Anschluß daran die Franken. Wenn Sie damit einverstanden sind, werde ich am Schluß der Anregung der Flüchtlingsvertreter nachkommen, noch einem Flüchtlingsvertreter das Wort zu geben. Sind Sie damit einverstanden?
(Kein Widerspruch.)
Dann bitte ich die Oberpfalz zu berichten. Parteifreund *Gamperl* hat das Wort.
Dr. *Gamperl*: Meine lieben Parteifreunde, ich glaube, das Mittagessen hat etwas versöhnend auf alle Gegensätze gewirkt. Ich selber habe das Gefühl, daß es jetzt eigentlich nicht paßt, loszuwettern und weiß Gott welche Töne anzuschlagen. Der Zweck der Referate der Bezirksvorsitzenden ist zweifellos der, daß man in der Versammlung einen Überblick über die Stimmung bekommt, die die Regierungsbildung im Lande ausgelöst hat. Es soll gezeigt werden, wie die Wähler diese Regierungsbildung aufgenommen haben, um auf diesem Wege zu einem Beschluß zu kommen, der uns ermöglicht, erfolgreich weiterzuarbeiten. Es wurde schon lebhaft über allgemeine politische und persönliche Dinge disputiert. Es ging sogar schon sehr hart her. Aber ich möchte nur darauf eingehen, wie die Stimmung in der Oberpfalz ist. Die Antwort, das muß ich zu meinem Leidwesen sagen, ist einfach katastrophal. Ich habe nicht eine einzige Stimme vernommen, die etwa beruhigend gewirkt hätte. Ich habe Leute gefragt, die nicht eingeschriebene Mitglieder sind, Leute von der Wirtschaft und Beamte. Alle haben dasselbe gesagt: Es ist unerhört, was unsere Fraktion für Schlüsse aus den Wahlen gezogen hat. Der Grund ist begreiflich. Wir haben - ich könnte fast sagen seit April - ununterbrochen von dem Unterschied zwischen marxistischem Sozialismus und christlichem Sozialismus gesprochen. Wir wurden immer wieder gefragt: Was ist der Unterschied - und wir haben die Antwort eindeutig gegeben. Nun bringt man eine Regierung auf die Beine, in der die SPD fünf Ministerien innehat, darunter zwei der wichtigsten: das Innenministerium und das Wirtschaftsministerium. Man kann sich vorstellen, was das bedeutet, wenn wir sagen, der Marxismus sei nichts anderes als ein langsam laufender Kommunismus, wenn wir sagen, der Marxismus sei in der SPD ja doch zielerstrebt. Kann man da verantworten, daß man die wichtigen Ministerien, das des Inneren und das der Wirtschaft, zugleich dieser Partei ausliefert? Dazu kommt, daß man *Loritz* das Sonderministerium gegeben hat. Seien Sie überzeugt, *Loritz* wird uns schon etwas zeigen. Wir werden es schon sehen. Erinnern Sie sich bloß daran, wie uns seinerzeit Minister *Schmitt* in die allergrößten Schwierigkeiten bei der Besetzung von Bezirksräten hineinregiert und hineinmanövriert hat. Wenn man keinen anderen Ausweg mehr wußte, kam die berühmte Geschichte mit den Spruchkammern. Jetzt

haben wir Hunderttausende von Familien dem Minister *Loritz* ausgeliefert. Darüber müssen wir uns klar sein.
Nun geht es nicht darum zu schimpfen, sondern zu sagen, wie kann Abhilfe geschaffen werden, wie kann das Schiff der Union wieder flott gemacht werden. Ich hätte es lieber gesehen, wenn die Herren Minister gesagt hätten: Wir sind in einer Zwangslage und wir freuen uns, wenn die Union nicht alles gutheißt, was wir gemacht haben. Dann hätten wir einen Ausweg gefunden, um einen gemeinschaftlichen Weg zu gehen, aber statt dessen wird die Schuld vom einen auf den anderen geschoben. Uns Jungen - ich bin vom Mittelalter - wirft man vor, wir wüßten nicht, was Politik sei. Das Volk ist gefühlsmäßig eingestellt. Das müssen wir festhalten. Auf diese Gefühle müssen wir Rücksicht nehmen.

(Sehr richtig!)

Denn wir haben mit unserer Propaganda Pleite gemacht, wenn wir nichts tun, um das wieder auszumerzen, was die Regierungsbildung uns gebracht hat.
Darum stelle ich für die Oberpfalz fest: Ich bekomme zahlreiche Briefe, auch von Geistlichen, von Pfarrherren und aus Kreisen, die ich vorhin schon angedeutet habe. Ich habe mich auch mit vielen mündlich unterhalten. Wenn wir nicht von dieser Regierung, so wie sie sich jetzt uns darstellt, abrücken, dann wird uns ein ganz großer Teil, und ich sage ausdrücklich: wahrscheinlich der wertvollste Teil der Union, davonlaufen.

(Zurufe: Sehr richtig! Wo gehen sie hin?)

Es ist schon seit einem Dreivierteljahr soweit, daß ein Mann der Union allen Angriffen und Verleumdungen, ob wahr oder unwahr, hilflos ausgeliefert ist.

(Zuruf: Wer ist daran schuld?)

Nun haben wir der Sache mit dieser Regierung die Krone aufgesetzt. Deswegen rückt die Oberpfalz, die ich hier repräsentiere, von dieser Regierung ab. Suchen Sie einen Weg, daß wir wieder zusammenkommen können. Wir sind nicht unbedingt dafür, daß wir uns jetzt zanken sollen, aber wir sind für Klarheit und Reinheit. Es geht nicht an, daß man monatelang den Leuten vorsagt: Wir wollen den Staat retten, daß man den Leuten sagt: Geht die Union zugrunde, dann geht Bayern und damit vielleicht Deutschland und Europa zugrunde. Jetzt liefern wir diese Union, die 52% der Wählerschaft darstellt, den Marxisten aus. Hier muß der Weg gefunden werden, daß wir entweder überbrücken können oder einen Teil von denen, die niemals belehrbar sind, hinauswerfen.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke dem Bezirksvorsitzenden der Oberpfalz. Ich bitte Oberfranken, das Wort zu ergreifen.
Dr. *Kroll*: Liebe Parteifreunde, daß uns alle ernste Sorge erfüllt über den künftigen Weg der Union, das wissen Sie. Sie erwarten von mir auch keine Ausführungen, die das Gegenteil darstellen. Ich bin aber nicht geneigt, heute irgendwelche persönlichen Differenzen zu diskutieren. Ich bin auch nicht geneigt, denjenigen, die die Regierung *Ehard* gebildet haben, in dem Sinne einen Vorwurf zu machen, daß sie etwas getan haben, was sie vor ihrem Gewissen nicht verantworten können. Ich habe heute den Ausführungen unseres Parteifreundes *Michel Horlacher* sehr aufmerksam zugehört. Ich muß aus innerster Überzeugung gestehen, daß ich seinen Standpunkt von ihm aus

verstehen kann. Ich bitte alle diejenigen, die mir zustimmen und diejenigen, die mir nicht zustimmen, in aller Ruhe und in allem Ernst mir zuzuhören. Ich verstehe vollkommen den Ausgangspunkt der Überlegungen. Ich verstehe, daß eine bestimmte Haltung die Menschen dazu führt, eine Koalition auch um einen sehr, sehr schweren Preis einzugehen. Ich bin ganz tief davon überzeugt, daß, was wir aus dem Munde *Horlachers* gehört haben, nicht nur ernsthaft gemeint, sondern auch wirklich ernst ist und die weitesten Kreise seiner Anhänger voll und ganz befriedigt.

Ich möchte noch einmal betonen, daß mir auch die Haltung unseres Parteifreundes *Hundhammer*, die immer offener, klarer und ehrlicher Kampf gegen die Richtung *Müller* war, innere Hochachtung abgenötigt hat. Ich sage das ausdrücklich, um zu verstehen zu geben, welche Überlegungen mich weiterhin führen. Wir brauchen nicht weiter zu betonen, wieviel sachliches Gewicht gerade die Gruppe *Horlacher/Schlögl/Hundhammer* hatte, um diese Koalition einzugehen. Ich will es nur ganz nüchtern referieren, wie sich die Lage in Oberfranken darstellt. Es ist alles bereits gesagt worden. Es ist gar keine Frage, daß das Land nicht versteht, daß man um diesen Preis - es handelt sich hier um den Preis, den wir gezahlt haben - eine Koalitionsregierung eingegangen ist. Das versteht niemand, und ich glaube, es verstehen auch wenige Menschen in Oberbayern, daß man die Schlüsselministerien, von denen heute schon soviel gesprochen wurde, aus der Hand gegeben hat. Ich darf also nur sachlich berichten, daß in Oberfranken einmütige Ablehnung dieser Kabinettsbildung herrscht. Ich will dabei nüchtern und ruhig bleiben, auch wenn wir über diese Dinge sprechen. Ich neige weniger denn je zum Fanatismus angesichts einer todernsten, um nicht zu sagen einer Todesstunde der Union. Ich bin der Meinung, daß auch die Gegenseite einmal innerlich herhören muß, wenn wir zu ihr reden. Sie muß sich bemühen zu verstehen, daß es wirklich unbrauchbar ist, wenn der Ministerpräsident *Ehard* in seiner Regierungserklärung ausspricht, daß man das fortsetzen wolle, was das vorige Kabinett begonnen hat, deshalb unbrauchbar, weil ja doch die Menschen, die die Union gewählt haben, etwas anderes wollten, sich zumindest vorstellten, daß etwas anderes möglich wäre. Vielleicht kann *Horlacher* mit Recht sagen: Liebe Freunde, etwas anderes ist gar nicht möglich. Aber ich betone, das ist unseren Wählern einfach nicht klarzumachen; es ist ihnen nicht klarzumachen, daß es mit dieser Mehrheit nicht möglich sein soll, einen anderen Weg einzuschlagen.

Ich darf nun ganz kurz berichten, warum ich diese sachliche Meinung, daß gerade diese Koalition unter diesen Bedingungen notwendig war, nicht teile. Es war nämlich eine Möglichkeit gegeben, die hier noch nicht besprochen wurde. Es wäre die Möglichkeit gegeben gewesen, zunächst einmal in der Union eine wirkliche Einigkeit herbeizuführen.

Auch dann, wenn eine Minderheit in der Fraktion das Kabinett *Müller* abgelehnt hätte. Wir hätten nämlich die Möglichkeit der starken Koalition, wo wir stark sind, erst einmal durchspielen müssen, bevor die Parole ausgegeben wurde: Die Minderheit kann auch *Ehard* wählen. Denn sie, die Minderheit, wird mit der SPD zusammen auf alle Fälle das Kabinett stellen können. Das war taktisch unklug, weil dabei gar nicht durchprobiert wurde, in wieviel Positionen die SPD eventuell nachgegeben hätte, wenn wir innerlich geschlossen gewesen wären.

(Sehr richtig!)

Liebe Freunde, daß wir nicht geschlossen waren, das sei eindeutig festgestellt, ist nicht unsere Schuld, sondern die Schuld derjenigen, die dieses Durchspielen von vornherein

abgelehnt haben. Ich will nicht sagen, daß sie es sabotiert haben. Ich glaube persönlich, daß sie starke Bedenken gegen Dr. *Müller* hatten, aber um der Union willen hätten sie erst einmal probieren müssen, bevor sie ablehnten. Nachdem sie es aber abgelehnt haben, meine lieben Freunde, ist es sehr schwer, noch von einer Einigung zu reden. Warum? Weil ein Tatbestand gegeben ist, der so eklatant ist, daß man ihn ganz schlicht beim Namen nennen muß. Er besteht darin, daß die Ehe der beiden Partner in der Union geschieden und eine Ehe mit der SPD eingegangen wurde. Ich kann nicht in der Bigamie leben, ich kann nicht eine Doppelehe führen. Wir müssen uns also klar sein, was eigentlich eingetreten ist.
Liebe Freunde, ich gebrauche jetzt diese Formulierung: Wenn wir heute von Einigung reden, dann können wir darunter nicht verstehen, daß wir jetzt denen nachlaufen, die uns überspielt haben.

(Sehr richtig!)

Das ist keine innere Möglichkeit. Ich möchte noch einmal sagen, was Einigung heißt: Einigung heißt, den Willen zu haben, sich zuerst in der Union zu einigen und nicht mit irgendeiner anderen Gruppe. Wenn dieser Wille nicht aufgebracht werden kann - wobei es nicht um Personen geht, weder um *Müller*, noch *Ehard*, noch *Hundhammer* -, wenn diese Einigung nicht möglich ist, liebe Freunde, nehmen Sie es mir nicht übel, dann halte ich das ständige Reden von der Einigung, zur Einigung für eine Lüge. Man kann nicht einen Tatbestand, der Spaltung darstellt, dadurch verkleistern, daß man ihm ein Schild möglicher Einigung umhängt.
Wir müssen uns klar werden, ob wir uns noch einigen wollen, oder ob wir das nicht wollen. Wir können uns aber nicht auf dem Boden des jetzigen Kabinetts einigen. Dabei geht es nicht um *Ehard*, der hoch anerkannt wird, sondern es geht um die Tatsache, wie dieses Kabinett aufgebaut ist. Ich möchte sogar noch etwas sagen, was der Opposition Recht gibt. Ich habe es mir lange überlegt, und ich glaube, daß Freund *Horlacher* recht hat, wenn er sagt: Es ist nicht mehr möglich, daß die SPD das Spiel treibt wie bisher. Wenn der Ministerrat wirklich über die Stellenbesetzung zu entscheiden hat, dann glaube ich persönlich, wird eine Änderung auch in der Stellenbesetzung durchgeführt werden können. Die Tatsache, daß die Staatssekretäre im Ministerrate gleich stimmberechtigt sind, ist sicher beachtlich. Ich will das durchaus anerkennen. Es ist gar nicht einmal so, daß dieses Kabinett so schwach ist, wie wir vom Standpunkt der Union aus meinen. Aber etwas können wir nicht wegdisputieren, daß nämlich unser Volk nicht Staatssekretäre sieht, sondern Minister. Wir können nicht wegdisputieren, daß man uns erklärt: Was habt Ihr um Gottes willen getan. Wir wählen das nächste Mal gleich SPD.
Liebe Freunde, ich will schlicht folgendes sagen: Wenn dieses Kabinett hält, und wenn wir irgendwann wieder in Wahlen gehen müssen, dann kann ich für meine Person - ich spreche für viele in Oberfranken - nicht mehr vor die Wähler hintreten.

(Sehr richtig!)

Wir können es einfach nicht. Man möge uns das nicht verübeln. In Oberbayern kann man es. Man muß sich also darüber klar sein, liebe Freunde in Oberbayern, daß Ihr die Union in Franken aufgegeben habt. Seid ehrlich und sagt: Das ist uns vielleicht nicht ganz unangenehm. Vielleicht sind Euch die Franken sowieso in der Seele zuwider, wenn sie immer eine Politik machen, die mit der hiesigen nicht übereinstimmt.
Liebe Freunde, ich nehme es auch nicht übel, wenn Ihr so denkt. Ich nehme es auch nicht übel, wenn Ihr vielleicht denkt: Hätten wir um Gottes willen überhaupt nicht die

absolute Mehrheit gehabt, hätten wir koalieren müssen, dann wäre der ganze Streit nicht entstanden. Ich nehme es Euch nicht übel, wenn Ihr so denkt. Das mag Eurer Situation entsprechen. Aber ich bitte Euch, seid Euch darüber klar, daß Euer Verhalten sagt: Die wollen in Franken die Union entzweischlagen.
Wir sind kaputt mit diesem Kabinett. Das darf ich ausdrücken, und daran ist nichts zu ändern, bei aller Nüchternheit, bei aller Sachlichkeit, bei aller Liebe und allem Verständnis zu Euerem Standpunkt. Deshalb kann ich nur sachlich feststellen: Wir können nicht tolerieren, wir müssen kämpfen, um den Gedanken, den Grundgedanken der Union, der christlichen Verantwortung auch wirklich durchzuführen. Wir müssen uns noch einmal besprechen, ob ihr eine Möglichkeit seht, uns zu helfen. Wenn ihr keine Möglichkeit seht, und wenn es so ist, daß wir sachlich und nüchtern nicht zusammenfinden können, liebe Freunde, so bitte ich Euch um eines: Streiten wir nicht, schießen wir nicht gegenseitig Persönlichkeiten ab. Das ist ja zuwider. Seid ernsthafte Männer und sagt: Unser Weg geht so, und Euer Weg geht so. Wir wollen uns dann trennen, aber in Frieden und in Ruhe. Vielleicht finden wir einmal wieder zusammen.
Ich spreche nicht für Trennung, ich spreche für Einigung. Ich war selbst derjenige, der in letzter Minute der Fraktion vorgeschlagen hat, *Müller* und *Hundhammer* sollen sich einigen. Ich habe *Hundhammer* von Herzen gebeten: Nehmen Sie das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten an, verhandeln Sie dann mit *Müller* zusammen mit den Sozialdemokraten. Es ist doch ein leerer Spruch, wenn ein *Ziebell* erklärt: Wir können mit einem solchen Kabinett nicht verhandeln. Vielleicht schon deshalb, weil man gewußt hat, daß es eine Gruppe der Union ja im Grunde auch nicht billigt. Aber noch weniger können wir uns mit jenen unter der Bedingung verbinden, daß sie deshalb einen anderen Mann aufstellten, weil sie behaupteten, *Müller* falle unter die Nazi-Gruppe, während das klare Gegenteil erwiesen ist.
Liebe Freunde, das geht nicht. Das ist menschlich, ist innerlich unmöglich.
Ich sage deshalb abschließend: Überlegt es Euch noch einmal, ob ein Weg zur inneren Einigung in der Union gefunden werden kann. Das heißt aber Kabinettsumbildung. Überlegt es Euch noch einmal unter diesen Bedingungen, liebe Freunde. Ich werde aus der Union ausscheiden und Euch keine Sorgen mehr bereiten. Aber ich sage Euch noch einmal, unter diesen Bedingungen geht nicht nur die Union - das wäre ja wenig -, geht der Name des Christentums und geht die junge Demokratie zugrunde,

(Sehr richtig!)

und Ihr wißt nicht, was Ihr angerichtet habt.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Parteifreund *Kroll*. Ich bitte jetzt den Bezirksvorsitzenden von Mittelfranken, Parteifreund *Mayr*, zu referieren.
Mayr: Verehrte Parteifreunde, ich habe Ihnen nur wenige, aber sehr ernste Worte zu sagen. Parteifreund Dr. *Kroll* hat das meiste für mich gesagt: Wir haben in Mittelfranken die Koalitionsbildung als einen Schlag empfunden, von dem wir uns kaum erholen können. Ich muß die Stimmung geradezu als schmerzlich bezeichnen. Wir kommen uns vor wie Soldaten, die eine Schlacht verloren haben. Ein großer Teil der Abgeordneten beabsichtigt, aus der CSU auszutreten. Und noch etwas: Unsere evangelischen Wähler fühlen sich nicht nur überspielt, der größte Teil von ihnen sagt: Wir wurden übertölpelt von einer Gruppe von Politikern, die früher der Bayerischen

Volkspartei angehört haben und die willens sind, diese alte Politik in neuer Auflage wieder aufleben zu lassen.

(Sehr richtig!)

Es liegt mir fern, irgendeinen Minister anzugreifen. Unbegreiflich ist es, wie ein Mann, der gegen die Verfassung gewettert hat, der uns so schwer angegriffen hat,

(Zuruf: Ein Demagoge!)

ein Demagoge erster Ordnung, zum Minister bestellt wurde, zum Minister für einen Arbeitsbereich, den man die erste Aufgabe des Staates genannt hat. Es ist uns unbegreiflich, wie man ein so gefährliches Experiment hat eingehen können. Ich weiß nicht, ob es wahr ist, ob ein bestimmter Minister dieses Flügels die Vorarbeiten geleistet hat, daß *Loritz* in das Ministerium hineingekommen ist. Ich kann es nicht glauben.

(Zuruf: Wir wollen die Wahrheit haben!)

Es ist durchaus möglich, daß ich Ihnen den Beweis durch die Unterlagen übermitteln kann, auch wenn ich dann der CSU nicht mehr angehören sollte. Ich möchte es noch nicht tun. Ich möchte hier nicht mehr Unruhe stiften als leider die Verhältnisse schaffen.

So sieht es bei uns aus. Die Union ist für uns Franken zerbrochen. Bei Ihnen liegt es noch, irgendeinen Weg zu suchen. Unser Weg ist, wenn Sie uns keinen besseren weisen: Hinaus aus der Union.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke. Ich bitte den Vorsitzenden des Bezirksverbandes Nürnberg, Parteifreund *Euerl*, zu berichten.

Euerl: Meine Damen und Herren, ich hätte all denen, die uns in diese Situation hineingebracht haben, gewünscht, daß sie in den Tagen nach der Aufstellung des Kabinetts in Nürnbergs Mauern geweilt hätten

(Sehr richtig!)

und hätten alles das hören müssen, was wir hier haben anhören müssen. Man hat uns rundweg Verräter und Lügner geheißen, weil wir es gewagt hatten, in einem Wahlkampf den Wählern zu versprechen, daß die Union dann, wenn sie dazu in der Lage ist, die Regierung und die Verantwortung übernimmt und daß sie endlich Schluß macht mit der Korruption, die bei uns in unserem Vaterlande zur Zeit herrscht. Unsere Wähler haben von uns erwartet, daß wir mindestens den Mut haben zu sagen, daß wir das Schiff des Staates in einer anderen Richtung steuern und daß wir versuchen wollen, dem Volk aus der Not herauszuhelfen.

Die Männer in Oberbayern und Niederbayern, die uns in diese Situation hineingebracht haben,

(Zuruf: Nicht Niederbayern!)

haben vergessen, daß es außer Oberbayern noch einen anderen Teil in Bayern nördlich der Donau gibt. Sie haben nur südbayerische Politik getrieben, aber keine gesamtbayerische Politik. Sie haben nicht daran gedacht, daß in unseren zerstörten Großstädten die Wohnungsnot so groß ist, daß man überhaupt nicht mehr weiß, wie man [sie] steuern soll. Sie haben nicht daran gedacht, daß die Menschen darauf warten, daß wir ihnen irgendeinen Weg zeigen, daß es wieder hell wird. Sie haben vor allem vergessen, daß dort oben in Nordbayern Menschen sind, die bisher unserer Politik noch nicht ganz getraut haben und die abwartend beiseite gestanden sind. Diese

Leute sagen uns: Haben wir nun recht gehabt oder nicht, daß wir mißtrauisch gegen Euch gewesen sind. Wir müssen Ihnen zu unserer Schande sagen: Ja, Ihr habt recht gehabt.
Sie haben vergessen, daß es in den Großstädten zwei Angelpunkte gibt, um die sich heute die Politik und die einzige Entscheidung der Massen dreht: Entweder Christlich-Soziale Union oder Kommunismus. Sie haben vergessen, daß sich diese Situation nicht auf dem Dorf entscheidet, sondern in den Großstädten mit ihrer Not und ihrem Massenelend. Sie haben aber auch vergessen, daß, wenn der Kommunismus und der Radikalismus in diesen Großstädten Herr wird und die Überhand bekommt, er sich dann nicht auf die Großstädte beschränkt, sondern daß er auch das flache Land überfluten und Ihnen dann die Rechnung präsentieren wird. Sie haben auch vergessen, daß unsere Wirtschaft darauf gewartet hat, daß wir etwas Entscheidendes unternehmen. Das Hauptzentrum der Wirtschaft konzentriert sich auf den nordbayerischen Teil unseres Vaterlandes, und wir haben auch die Wirtschaft enttäuscht und vor den Kopf gestoßen. Auch sie steht vor der Frage, ob sie noch zur Union stehen will oder nicht. Wir haben uns in den letzten Tagen geschämt, unter das Volk zu gehen, weil wir überall die gleichen Vorwürfe und die gleichen Angriffe bekommen haben.
Wenn wir uns fragen, wie es zu dieser Kabinettsbildung gekommen ist, dann muß ich sagen, daß hier auch die Fraktion betrogen worden ist, nicht nur die Wähler. Es war in der Fraktionssitzung vor diesen Entscheidungen ausgemacht, daß in dem Augenblick, wo es in der Aufstellung des Ministerpräsidenten zu Komplikationen kommt, der Zehnerausschuß, der vorher gebildet worden ist, noch einmal zusammengerufen wird. Wir haben auf diesen Augenblick gewartet. Statt dessen ist unser Herr Fraktionsführer zum Herrn Ministerpräsidenten *Hoegner* gegangen und hat sich mit ihm unterhalten.

(Hört, hört!)

Wir haben darauf gewartet, daß wir zusammengerufen werden.

(Zuruf: Ihr seid ausgezogen! - Zuruf *Zwicknagl*: Erst als der Name *Ehard* genannt wurde!)

Dr. *Hundhammer* hat dann, nachdem die schwerwiegende Entscheidung getroffen worden war, Herrn Dr. *Kroll* erklärt: Mir ist eben gesagt worden, ich habe einen Fehler gemacht, ich hätte den Fraktionsausschuß noch einmal zusammenrufen sollen. Ich habe das mißverstanden und gedacht, ich solle eine interfraktionelle Besprechung halten. Das war die fadenscheinige Ausrede, die in dieser Frage gemacht worden ist. Man hat das Kabinett aufgestellt, ohne die Fraktion noch einmal zusammenzurufen.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Die Fraktion war beisammen, Ihr habt bloß nicht teilgenommen!)

Es hätte sich gehört, daß die Fraktion in dieser Frage in ihrer Gesamtheit noch einmal gehört worden wäre.

(Unruhe, zahlreiche Zwischenrufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe. Ich bitte nochmals, Parteifreund *Euerl* reden zu lassen. Die Herren haben zuerst gesprochen, sie können nachher wieder sprechen. Parteifreund *Euerl* kann seine Feststellung machen, wie jeder andere Redner vorher auch. Ich bitte, ihn weiterreden zu lassen.

Euerl: Man hat die Fraktion nicht mehr zusammengerufen, sondern hat dann gleich nach dieser interfraktionellen Besprechung die Sitzung wieder eröffnet und den Herrn Ministerpräsidenten *Ehard* nominiert und gewählt. Erst bei diesem Vorschlag des Herrn Ministerpräsidenten *Ehard* haben wir die Sitzung verlassen, weil wir gesagt haben: Wir wollen nicht dadurch, daß wir an der Sitzung teilnehmen, einem solchen Kuhhandel die Sanktion geben.
Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist tief bedauerlich, daß gerade wir als Menschen, die frisch in die Politik gestiegen sind, in eine Sache hineinverwickelt werden, die uns die Freude am politischen Leben verdirbt. Wir sind mit gutem, ehrlichem Willen in die Union eingetreten. Wir sind hineingegangen mit der Absicht, alle Gegensätze, die irgendwie auf konfessionellem oder sonstigem Gebiet liegen, um der Sache willen zu überbrücken. Wir haben bereitwilligst zu allem ja gesagt, zu dem wir ja sagen konnten. Wir haben Bedenken, die uns von anderen Seiten entgegengebracht worden sind, zurückgewiesen, weil wir gesagt haben: Wir haben den Glauben, daß das, was wir erlebt haben, uns nun auch innerlich verbindet. Ich bitte, machen Sie es uns doch nicht so schwer, in der Politik mitzuarbeiten. Es ist doch kein Zustand, wenn man innerhalb einer Fraktion, die sich zu gemeinsamer Arbeit und zu gemeinsamem Handeln zusammengefunden hat, hinter jedem Wort und hinter jedem Satz, den ein anderer sagt, ein Fragezeichen setzen und fragen muß: Ist das ehrlich oder unehrlich gemeint, kann ich dem Freund trauen, oder muß ich ihm mißtrauen.
Meine Damen und Herren, so jung ich in der Politik bin, das kann ich Ihnen sagen: Ich halte es nicht für eine tragbare Grundlage für eine Politik, wenn wir jetzt nach der Situation, wie sie sich uns darbietet, zu dem Kabinett, das uns vorgestellt ist, sagen müssen: Wir können dieses Kabinett nicht anerkennen; so geschieht das nicht gegen die Personen, die aus unserem Kreise stammen, sondern es geschieht, weil wir unseren Wählern gegenüber, wenigstens einigermaßen, mit reinem Gewissen dastehen müssen. Wir müssen unseren Wählern sagen können: Wir können das nicht mitmachen, weil wir einen neuen Kurs und eine neue Politik in der Union erwartet haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Parteifreund *Euerl*. Ich bitte den Bezirksvorsitzenden von Unterfranken, Parteifreund *Sauer*, fortzufahren.
Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Ich empfinde es ohnehin schon sehr unangenehm, wenn die Herren Minister oder sonstigen höheren Funktionäre der Partei unbeachtet erscheinen. Mindestens wenn der Herr Ministerpräsident erschienen ist, war es üblich, daß der Herr Parteivorsitzende, bevor er weitergefahren ist, den Herrn Ministerpräsidenten begrüßt hat.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde, gerade Parteifreund *Horlacher* lehnt jeden Personenkult ab. Wir haben es bisher in der Union so gehalten, daß alle Parteifreunde auf gleicher Basis angetreten sind und behandelt wurden. Wenn ein anderer Modus gewünscht und beschlossen wird, bin ich gern bereit, ihn einzuführen. Bisher ist kein Minister und ist kein anderer Parteifreund besonders begrüßt worden. Infolgedessen habe ich auch gerade in dieser Diskussion keine Veranlassung gesehen, zu unterbrechen und eine eigene Begrüßung vorzunehmen. Ich bedauere, daß Parteifreund *Horlacher* die Gelegenheit wahrgenommen hat, um eine Mißstimmung in die Verhandlungen zu tragen.

(Zuruf: Wie immer!)

Parteifreund *Sauer* hat das Wort.

Sauer: Meine verehrten Damen und Herren, ich spreche heute jetzt als der zehnte von den verschiedenen Bezirken, und ich habe gefunden, daß nur zwei Bezirke sich für die derzeitige Regierung ausgesprochen haben und bis jetzt sieben dagegen waren. Wenn ich Unterfranken ansehe, das eines der besten Wahlresultate für die Union in ganz Bayern geliefert hat und wo die drei Splitterparteien vollkommen ohne Mandat ausgegangen sind, so glaube ich ein Recht zu haben zu sagen: Unsere Wähler sind über diese Verhältnisse empört. Das haben zahlreiche Telegramme und Telefongespräche bewiesen, ja selbst unsere Militärregierung hat mich nach meiner Rückkehr aus München sofort zu einer Aussprache gebeten und gesagt: Tun sie uns einmal die Gedanken Ihrer Wähler kund, was diese dazu sagen, die Euch mit über 70% [sic!] gewählt haben und denen Ihr ein solches Kabinett beschert habt.

Nun muß ich mich schon fragen: Wie kam dieses Kabinett eigentlich zustande? Warum ist die Fraktion während der Zeit der Kabinettsbildung nicht zusammengehalten worden? Ich war vom ersten bis zum letzten Tag in München. Die übrigen Fraktionen sind auch beisammengeblieben. Warum hat man die Union in München nicht beisammengelassen und von allen wichtigen Vorgängen unterrichtet? Wenn wir am Tage vor der Wahl abends schon unterrichtet worden wären, wie am nächsten Tag die neue Regierung aussieht, dann muß ich schon sagen, daß es wirklich ein Kuhhandel war, daß man vorher verkauft war. Denn wenn eine Union mit einer so starken Mehrheit aus einer solchen Wahl hervorgegangen ist, dann hat jeder darauf gewartet, daß wir in die Verantwortung hineinsteigen, ob er Arbeiter oder Bauer oder Gewerbetreibender war. Jeder hat von der Union etwas erhofft. Wir Bauern, das muß ich sagen, erhoffen uns von den Sozialdemokraten nichts. Denn wie wird es kommen, wenn heute dieser Flügel in Deutschland stärker wird? Sie werden nicht fragen: Haltet Ihr bayerischen Bauern es mit der Union oder mit den Sozialdemokraten? Man wird Gesetze schaffen und wird über uns Bauern hinweggehen. Man wird uns Preise diktieren, die wir später nicht mehr ertragen können. Wir werden, wie man früher in den bäuerlichen Kreisen gesagt hat, auf den Hund kommen.

Aber wir Franken sind ein zähes Volk. Wir wollen ja nicht allein Bayern sein. Wir wollen keine Donaumonarchie aufgerichtet wissen.

(Lebhafter Beifall.)

Die Gedanken, die in manchen Leuten schon seit Jahren spuken, daß man schließlich an der Donau Halt machen könnte und sich früher besser mit Österreich verbündet hätte als mit Preußen waren früher gang und gäbe.

(Zuruf: Unerhört!)

Meine Herren, schauen Sie zehn Jahre zurück! Auch in den letzten Jahren, in denen der Nationalsozialismus ständig an Kraft gewonnen hat, hat man immer gesagt: Hätte man doch den Südstaat gebildet, das, was Frankreich wollte, aber noch nie fertiggebracht hat. Wir haben Leute in unseren Reihen, die bei der Donau Bayern abgeschlossen wissen wollen.

(Zuruf: Wer?)

Wir Franken wollen unbedingt Anspruch darauf erheben, daß auch wir Bayern sind. Wir wollen selbstverständlich ein Reich haben, in dem auch wir lebensfähig bleiben. Wir in Franken müssen den Anschluß an unsere Industriegebiete haben. Von dorther

können wir dann Waren einführen, mit denen wir unsere Wirtschaft wieder in Gang bringen können.
Es wäre notwendig gewesen, daß man eine so starke Fraktion, wie die unsere es ist, gehört hätte. Wir haben aus dem Munde der Vorredner gehört: Zwischen der Kabinettsbildung und der Wahl des Kabinetts im Parlament war nicht eine einzige Fraktionssitzung. Für das derzeitige Kabinett haben nur 35 CSU-Abgeordnete ihre Stimmen abgegeben. Ich habe sie gezählt. 35 Abgeordnete waren da und sind aufgestanden. Alle übrigen haben sich der Stimme enthalten bzw. sind von ihren Plätzen weggegangen.

(Zuruf: Dr. *Horlacher*: 54 CSU-Abgeordnete haben für die Regierung gestimmt. Darüber gibt es keinen Zweifel!)

Nein, 35 CSU-Abgeordnete haben für das Kabinett gestimmt, ich habe nicht gesagt für den Ministerpräsidenten, ich habe gesagt, sie haben für das Kabinett gestimmt.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Für den Ministerpräsidenten haben 54 gestimmt! - Zuruf Dr. *Baumgartner*: Die meisten sind heimgereist!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte die Parteifreunde, jeden Redner ausreden zu lassen. Ich habe vorhin auch davon abgesehen, durch Zwischenrufe rasch einen Sachverhalt hineinzuwerfen, als andere Redner gesprochen haben.
Sauer: Ich sage noch einmal: Ich habe die Abgeordneten gezählt. Man konnte in der Presse lesen, und übrigens, Freund *Horlacher*, ist es schon durch den Radio gekommen, daß 35 CSU-Abgeordnete für dieses Kabinett gestimmt haben. Sogar Freunde von derzeitigen Kabinettsmitgliedern haben nicht mitgemacht. Sie haben erklärt: Hier können wir nicht mittun.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!

(Zuruf Dr. *Baumgartner*.)

Ich bitte auch den Parteifreund *Baumgartner*, sich daran zu halten.

(Zuruf Dr. *Baumgartner*: Solche Unmöglichkeiten kann man doch nicht hingehen lassen!)

So kommen wir nicht zu einer geordneten Diskussion.
Dr. *Baumgartner*: Das ist alles falsch, was hier gesagt wird. Ich war selbst dabei.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Parteifreund *Baumgartner*, Ihr legt in Euren Worten immer Wert darauf, die Demokratie zu betonen. Bitte beweist sie durch die Tat, dadurch, daß Ihr jeden Parteifreund zu Wort kommen laßt.
Parteifreund *Sauer* hat das Wort.
Sauer: Ich muß nochmals wiederholen: Meine Herren, es soll mir einer der Abgeordneten, die mit in der Sitzung waren, sagen, daß mehr als 35 CSU-Abgeordnete von den Plätzen aufgestanden sind. Ich habe sie gezählt, es ist außerdem durch die Presse und durch den Rundfunk gegangen. Ich lasse mich davon nicht abbringen. Es war dies eine Bestätigung der Sozialdemokraten, daß sie alle ihre Wünsche erfüllt gesehen haben, nachdem wir mit unseren 104 Abgeordneten so wichtige Schlüsselministerien aus der Hand gegeben haben. Es ist nicht gesagt, daß wir durch die Staatssekretäre nicht eine gewisse Mehrheit im Kabinett haben, aber der Erfolg des jetzigen Kabinetts wird zugunsten der Sozialdemokraten gebucht, weil es heißt: Jawohl, die sozialdemokratischen Minister haben das und das getan. Es heißt nicht: Der Staatssekretär hat es getan, sondern das Ministerium. Infolgedessen sind wir über jeden Arbeitserfolg der CSU getäuscht. Er geht zugunsten der Sozialdemokratie.

Aus diesem Grunde lehnen meine Wählerschaft in Unterfranken und meine unterfränkischen Abgeordneten geschlossen ab, mit diesem Kabinett weiterhin zu arbeiten. Wir haben morgen einen Bezirkstag in Unterfranken. Es wird sich zeigen, was die gesamte unterfränkische Bevölkerung der CSU dazu sagt. Ich habe soundso viele Briefe und soundso viele Anrufe und Telegramme erhalten, so daß ich weiß: Es wird keine andere Stimme laut als die: CSU sei stark, bleibe stark und sorge dafür, daß die CSU den christlichen Gedanken in Zukunft hochhält und daß Bayern nicht untergeht.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Parteifreund *Sauer*.
Meine lieben Freunde, jetzt möchte ich die Rednerliste abschließen dadurch, daß zunächst noch, wie vorhin vereinbart wurde, Dr. *Rinke* als Flüchtlingsvertreter spricht. Nachher werde ich Parteifreund *Ehard* bitten, das Wort zu ergreifen, wenn Sie damit einverstanden sind.
Dr. *Rinke*: Meine Damen und Herren, es ist schon wiederholt in diesem Kreise festgestellt worden, daß wir Flüchtlinge von der CSU nicht übertrieben verwöhnt wurden. Man hat uns einen einzigen Abgeordneten gegeben, und auch in sonstigen Gremien der Partei sind wir wenig oder gar nicht vertreten. Ich bin heute auch nur Gast hier. Ich möchte nicht verfehlen, Ihnen meinen Dank auszusprechen, daß ich überhaupt sprechen darf. Die Stimmung unter den Flüchtlingen ist einer gewissen Enttäuschung gewichen. Vor einem Jahr wollte sich zunächst eine besondere Flüchtlingspartei bilden. Die Satzungen und das Programm lagen der Militärregierung bereits vor. Dieser Vorschlag ist von der Militärregierung aus wohlerwogenen Gründen abgelehnt worden, weil man eine Isolierung der Flüchtlinge vermeiden wollte.
Ich selbst habe der Militärregierung damals geraten, diese Partei zu verbieten, in der Erwartung, daß die anderen großen demokratischen Parteien, insbesondere die CSU, den Flüchtlingen eine neue politische Heimat bieten würden. In unseren Wahlkämpfen haben wir immer wieder darauf hingewiesen: Kommt zur CSU, denn Eure gewiß berechtigten Forderungen lassen sich bei der größten Partei, bei dieser kompakten CSU, am besten vertreten. Das ist die Partei, zu der die Flüchtlinge gehören. Dieses Argument können wir heute nicht mehr anwenden; denn diese große Partei hat sich als eine schwache Partei erwiesen.

(Sehr richtig!)

So groß wie sie ist, so schwach ist sie, ein tönerner Koloß. Man weiß nicht, wann sie zusammenbrechen wird. Das ist die allgemeine Stimmung unter den Flüchtlingen.
Meine Herren, Sie machen es uns schwer, die Flüchtlinge weiter zur CSU zu bekommen. Ich habe nur eine Forderung, und diese Forderung spreche ich im Namen von 13% der bayerischen Wähler aus, die in diesem Jahr in einigen Bereichen bereits 20% sein werden. Denn inzwischen ist für Hunderttausende die Karenzzeit von einem halben Jahr in Fortfall gekommen. Außerdem sind Hunderttausende dazugekommen, und in den nächsten Wochen und Monaten kommen noch 250.000 Flüchtlinge dazu. Das werden dann 20% aller Wähler sein. Das Wichtigste ist: Diese 20% sind nicht irgendein loser Haufen, sondern sind im Begriff, sich zu organisieren. Die Militärregierung hat den sogenannten Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern eingerichtet, die autonome Organisation der Flüchtlinge. Dieser Hauptausschuß ist jetzt im Begriff, sich durchzuorganisieren durch Bezirksausschüsse und weitere Ausschüsse bis zu den Kreisen herunter. Sie müssen also rechnen, daß in Bayern neben den Gewerkschaften und dem Bauernverband eine dritte große, vielleicht die

stärkste Organisation außer den Parteien dasteht, die Organisation der Flüchtlinge, und sie ist vielleicht - ich will auch das betonen - die radikalste dieser drei Organisationen.
Was soll ich diesen Leuten noch sagen? Geht zur großen Partei der Union, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Union ihre Hauptarbeit dazu verwendet, sich gegenseitig zu beschießen. Um mit bayerischem Wortfall - wir haben uns auch schon etwas akklimatisiert - zu sprechen, die Union hat sich als ein Sauhaufen erwiesen. Ich kann es nicht anders ausdrücken.
Meine Damen und Herren, ich habe im Auftrage der Flüchtlinge heute keine Bitte, sondern eine Forderung vorzubringen. Die erste Forderung lautet: Wir brauchen eine starke, einige Union. Wenn diese starke und einige Union nicht kommt, kann unsere Parole nur lauten: Heraus aus der Union. Das möchte ich mit aller Deutlichkeit aussprechen.
Dann eine zweite Forderung, sie richtet sich an die Regierung: Man ist im Begriff, ein besonderes Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen zu bilden. Ich habe bereits in Eichstätt darauf hingewiesen, daß als Staatssekretär für die Flüchtlinge nur ein Mann unseres Vertrauens in Frage kommt. Die SPD hat es geschickt verstanden, sich in den letzten Wahlkämpfen als *die* Flüchtlingspartei hinzustellen. Die Flüchtlingskommissare draußen in der Provinz sind meistens SPD- und KPD-Leute.

(Sehr richtig!)

Sie fühlen sich dort in erster Linie als SPD- und KPD-Funktionäre und erst in zweiter Linie als Flüchtlingskommissare.

(Sehr richtig! Beifall.)

Das muß aufhören. Die Personalpolitik muß auch draußen bei den Flüchtlingskommissaren im Sinne der CSU geleitet werden. Der Ausdruck Flüchtlingskommissar muß verschwinden. Er klingt uns etwas östlich. Wir wollen keine Kommissare. Es genügt "Kreisreferent für das Flüchtlingswesen". Der Ausdruck "Kommissar" stammt nicht von uns, sondern von den anderen.
Der Mann unseres Vertrauens, den wir als Staatssekretär von seiten des Flüchtlingsausschusses der CSU aus vorschlagen, ist der bisherige Staatskommissar *Jaenicke*. Auch der Hauptausschuß der Flüchtlinge hat sich für den Fachmann *Jaenicke* als Staatssekretär ausgesprochen.
Von SPD-Seite war ein gewisser Herr *Reitzner* vorgeschlagen. Er ist weder Fachmann, er ist kein Verwaltungsfachmann, noch Flüchtling, sondern ein Emigrant aus London, den man uns vorsetzen will. Wenn das kommt, sind Sie die Flüchtlinge restlos los. Da brauchen wir keine Propheten zu sein. Dann erreicht die SPD, was sie will. Sie wird dann von den Flüchtlingen wirklich als *die* Flüchtlingspartei angesehen.
Die Masse der Flüchtlinge, die Schlesier, die neben den Sudetendeutschen die ausschlaggebende Rolle spielen, dieses Reservoir sind Sie los. Dann wird nach außen hin der Eindruck entstehen: Die Partei, bei der die Flüchtlinge überhaupt etwas erreichen können, ist die SPD, man sieht das daran, daß ein SPD-Mann als Staatssekretär im Kabinett ist, übrigens ein Mann, der bisher im Flüchtlingswesen überhaupt keine Rolle gespielt hat und der den meisten Flüchtlingen nicht bekannt ist.
Das sind die beiden Forderungen, die die Flüchtlinge zu stellen haben: Die eine Forderung an die Partei, die andere an die Regierung. Ich bitte Sie, diese Forderungen durchzuführen und immer daran zu denken, daß dieses Flüchtlingsreservoir die Hoffnung für die Parteien ist, daß es aber allein die Hoffnung für die CSU sein soll.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Herrn Dr. *Rinke*. Ich darf zu dem, was über die Regierungsbildung gesagt worden ist, erwähnen, daß die einzigen Leute, die ich vorher empfangen habe, die zuständigen Flüchtlingsvertreter *Rinke*, *Nentwig*, *Jaenicke* und *Schütz* waren.
Ich darf jetzt zwischenhinein etwas erledigen. Es wird uns eine längere Diskussion erspart werden, wenn keine gewünscht wird. Wir hatten in einer Landesausschußsitzung einmal das Thema zur Debatte gestellt, daß zwei Flüchtlingsvertreter in die Landesvorstandschaft berufen werden sollten. Damals haben wir diese Frage bis zum Aufbau der Ständeorganisation zurückgestellt. Dieser Aufbau hat sich leider nicht so schnell durchführen lassen, wie es vorgesehen war, zumal jetzt diese Schwierigkeiten eingetreten sind. Ich darf infolgedessen jetzt folgenden Antrag stellen:

Der Landesausschuß beschließt:
Die Landesvorstandschaft wird von jetzt an ergänzt durch zwei Vertreter der Flüchtlinge, die vom Flüchtlingsausschuß der Christlich-Sozialen Union zu benennen sind.

Wird eine Diskussion gewünscht?
Nein, das ist nicht der Fall. Dann darf ich über den Antrag abstimmen lassen.
Wer enthält sich?
Wer ist dagegen?
Der Antrag ist einstimmig angenommen.

(Beifall.)

Weil die Union auf jeden Fall sachliche Arbeit leisten will, ungeachtet aller Dissonanzen und Differenzen, die wir überwinden werden und müssen, darf ich vielleicht, bevor ich weiterfahre, zwei sachliche Anträge behandeln. Wir müssen so rasch wie möglich unsere Ausschüsse wieder zur Aktivität bringen. Es ist das unter dem Gesichtspunkt der Regierungs- wie der Oppositionspolitik notwendig. Vor allem müssen zwei Ausschüsse sofort ihre Arbeit anfangen, erstens der Wirtschaftsausschuß, schon angesichts der Schwierigkeiten, die durch die Besetzung des Wirtschaftsministeriums auftreten werden, sodann unser Staatspolitischer Ausschuß. Denn ich halte es für notwendig, daß wir von uns aus so rasch wie möglich zu dem Problem Stellung nehmen: Wie denken wir uns von der Christlich-Sozialen Union in Bayern aus den Reichsaufbau, den Aufbau des neuen Deutschlands. Es ist das auch deswegen notwendig, weil wir in der Gesamt-Union für Deutschland an dem Punkt angelangt sind, daß wir hierüber in die Diskussion eintreten müssen. Ich habe letzthin in Ingolstadt schon angedeutet, daß wir ziemlich bald unsererseits, von der Union Deutschlands aus, einen Vorschlag auf föderativer Basis vorbereiten werden.
Ich glaube, daß darüber keine große Diskussion notwendig ist. Ich darf infolgedessen, ohne jetzt die Debatte zu verlängern und zu belasten, folgenden Antrag stellen:

Der aufgrund der Statuten durchzuführende Neuaufbau des Wirtschaftsausschusses wird den Parteifreunden *Semler*, *Kroll* und *Fink* übertragen.

Erhebt sich ein Widerspruch?
Ich habe die drei Richtungen in der Union dabei ungefähr berücksichtigt. Darf ich darüber abstimmen lassen? Oder wird Diskussion gewünscht?
Es wird keine Diskussion gewünscht. Dann darf ich darüber abstimmen lassen.
Wer enthält sich?

Zwei haben sich enthalten.
Wer ist dagegen?
Michel Horlacher, du hast Dich doch eben enthalten. Du kannst Dich doch nicht enthalten und zugleich dagegen sein.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Ich bin dagegen!)

Zwei haben sich enthalten, und drei sind dagegen.
Ich darf ferner folgenden Antrag stellen:

> Der aufgrund der Statuten notwendige Neuaufbau des Staatspolitischen Ausschusses wird den Parteifreunden *Ritter von Lex*, *Strauß* und *Prittwitz* übertragen.

Ich glaube, daß ich auch da die verschiedenen Strömungen berücksichtigt habe.
Wird eine Diskussion gewünscht?
Dr. *Pfeiffer*: Ich gestatte mir nur eine kleine Bemerkung zu diesem Antrag. Ich würde mich sehr freuen, wenn dieser Ausschuß bald an die Arbeit geht, denn ein großer Teil der praktisch zu leistenden Arbeit müßte bereits heute geschehen sein.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf Dr. *Pfeiffer* rasch antworten. Unser Ausschuß hat bisher gearbeitet. Die Arbeit wurde im Verlauf der Verfassunggebenden Landesversammlung unterbrochen. Es ist jetzt lediglich notwendig, die Neuorganisation nach den Statuten durchzuführen. Daher der Antrag.
Ich darf darüber abstimmen lassen.
Wer enthält sich? Es enthält sich niemand.
Wer ist dagegen?

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Ich bin in der personellen Zusammensetzung dagegen!)

Sieben sind dagegen.
Ich muß nochmals abstimmen lassen, weil die Parteifreunde leider die Hand nacheinander erhoben haben. Darf ich nochmals abstimmen lassen.
Wer enthält sich? Niemand.
Wer ist dagegen? Elf sind dagegen.
Ich mache die Gegenprobe.
Wer ist dafür?
Ich glaube, wir brauchen nicht abzuzählen. Es wird sicher nicht bestritten, daß der Antrag mit überwältigender Mehrheit angenommen ist.
Ich komme zum Kulturpolitischen Ausschuß. Ich stelle den Antrag:

> Der Neuaufbau des Kulturpolitischen Ausschusses aufgrund der Statuten wird den Parteifreunden Dr. *Emil Muhler*, Prof. *Albert* und Parteifreund *Köhler* übertragen.

Praktisch sind das die gleichen Leute, die bisher an der Spitze des Kulturpolitischen Ausschusses standen. Es ist nur aufgrund der Statuten notwendig, auch den Aufbau des Kulturpolitischen Ausschusses neu durchzuführen.
Wird eine Diskussion gewünscht?
Nein. Ich lasse über den Antrag abstimmen.
Wer enthält sich?
(Keine Stimmenthaltung.)
Wer ist gegen den Antrag? Drei sind dagegen.
Der Antrag ist angenommen.
Die anderen Ausschüsse werde ich in der nächsten Sitzung vorschlagen.

Pflaum: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte fragen: Besteht eine Landesvorstandschaft? Wenn ja, ist diese Landesvorstandschaft für diese Wahlen zuständig oder nicht?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Landesvorstandschaft besteht, aber es ist selbstverständlich, daß die Arbeiten, die dringend in Angriff genommen werden müssen, jetzt vorgenommen werden. Aufgrund der Statuten ist der Landesausschuß das Gremium, das für die Bestellungen zuständig ist, nicht die Landesvorstandschaft. Infolgedessen mußte ich angesichts der Dringlichkeit - auch die Abstimmung hat gezeigt, daß kaum Dissonanzen da sind - jetzt die Abstimmung durchführen. Denn durch große Diskussionen wird die Arbeit noch nicht geleistet. Ich darf auf § 59 der Satzung hinweisen, der die Zuständigkeit des Landesauschusses vorschreibt.
Wir fahren jetzt in der Diskussion zu Punkt 1 der Tagesordnung "Stellungnahme der Union zur Regierungspolitik" weiter.
Pflaum: Zur Geschäftsordnung! Es wurden eben verschiedene Ausschüsse eingesetzt bzw. Persönlichkeiten zur Bildung der Ausschüsse genannt. Ich vermisse noch die Namhaftmachung anderer Ausschüsse, z.B. des Presseausschusses.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Parteifreund *Pflaum*, der Presseausschuß ist bestimmt notwendig. Aber wir werden sehr bald wieder eine Landesausschußsitzung haben und dann nach einer Aussprache die entsprechenden Wahlen durchführen. Wir haben jetzt die Ausschüsse benannt, die so rasch wie möglich an die Arbeit gehen müssen, und wir werden bestimmt schon das nächste Mal in der Landesvorstandschaft und im Landessauschuß diesen und andere Ausschüsse so rasch wie möglich bilden. Jetzt will ich dafür sorgen, daß im Rahmen der Wirtschafts-, Verfassungs- und Kulturpolitik so rasch wie möglich Arbeit für die Union geleistet werden kann.
Ich darf jetzt in der Behandlung des Punktes 1 der Tagesordnung weiterfahren. Ich bitte Parteifreund *Ehard*, das Wort zu ergreifen. Ich darf vorher bemerken: Parteifreund *Ehard*, es ist eingangs erwähnt worden, daß die Einladung an Dich verspätet gekommen sei. Ich habe mittlerweile festgestellt, daß die Einladung unmittelbar nach der Regierungsbildung hinausgegeben worden ist, gleichzeitig auch an Parteifreund *Ehard*. Ich darf Parteifreund *Ehard* hier begrüßen.
Meine lieben Freunde! Ich darf jetzt *Ehard* noch sagen - und ich glaube, alle anderen Parteifreunde, die Minister sind, werden es für richtig halten: Wir wollen immer davon ausgehen, daß wir uns nicht nur an das anlehnen, was früher gewesen ist. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, es müßte jetzt auch begrüßt werden, weil eben früher begrüßt wurde. Ich gehe davon aus, daß in den Gremien der Union jeder das gleiche Recht und das gleiche Gewicht hat und die Persönlichkeit entscheidet.
Dazu darf ich noch folgendes sagen: Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß wir ungeachtet aller Dissonanzen wissen, daß Parteifreund *Ehard* vor einer eminent schweren Aufgabe steht.

(Sehr richtig!)

Die Aufgabe ist schwer angesichts der Not, die in unserem Volk herrscht. Die Aufgabe ist schwer angesichts der Tatsache, daß die Partei, aus der Parteifreund *Ehard* kommt, gerade wegen der Regierungsbildung in Schwierigkeiten steht. Das wird aber keiner von uns hier verfehlen, Parteifreund *Ehard* zu versichern, daß wir, ob wir jetzt mit ihm gemeinsam Regierungspolitik machen oder ob Oppositionspolitik gemacht wird, immer faire und anständige Politik machen wollen, und zwar zusammen machen wollen. Wir müssen uns daran gewöhnen, daß Opposition noch lange nicht, wie sie

heute bezeichnet wurde, Stänkerei ist. Gerade da wollen wir von der Union zeigen, wie man eine anständige Oppositionspolitik im Zusammenwirken mit der Regierung macht. Das würde sich für jeden verstehen, der die Aufgabe übernommen hat, die unserem Parteifreund *Ehard* gestellt ist, es versteht sich von selber für die gesamte Union gegenüber einem Parteifreund der Union. In diesem Sinne darf ich unserem Parteifreund *Ehard* alles Gute für die Übernahme seiner Aufgabe wünschen.

(Beifall.)

Dr. *Ehard*: Meine lieben Freunde! Ich darf an die Worte des Herrn Landesvorsitzenden anknüpfen und möchte eines vorausschicken: Betrachten Sie mich bitte in Ihrem Kreise, in unserem Kreise - wenn ich so sagen darf - als einen der Ihren und als sonst nichts!

(Bravo!)

Betrachten Sie mich bitte als Ministerpräsidenten als einen Arbeiter, auf dem große Verantwortung liegt und der sich dieser Verantwortung auch wohl bewußt ist. Betrachten Sie mich, wenn Sie so wollen, als den Schwerstarbeiter - das sage ich bewußt - und als sonst nichts!

Nun darf ich Sie zunächst um Ihre Nachsicht bitten, daß ich erst so spät in diesen Kreis gekommen bin. Die Nachricht von dieser Landesausschußsitzung ist mir gewiß ohne jedes Verschulden, aber rein tatsächlich so spät zugegangen, daß ich wichtige Besprechungen und Unterredungen, die ich bereits festgelegt hatte und bei denen Gäste von auswärts gekommen sind, im Interesse der Sache nicht mehr verschieben konnte.

Nur ein paar Worte zu meiner Wahl zum Ministerpräsidenten. So wie die Lage war, stand ich vor der Frage: Soll ich die Verantwortung, die mir entgegengebracht worden ist - ich habe sie nicht gesucht -, auf mich nehmen, um dadurch den Weg für die Möglichkeit einer sachlichen Arbeit freizumachen, oder aber - und so war tatsächlich die Situation für alle, die sie mitgemacht haben - sollen wir zunächst einmal in ein leeres Loch fallen, von dem wir nicht wissen, wie tief und wie weit es ist, von dem wir nur wissen, daß es dazu führt, die vorhandenen Gegensätze, die durch die Wahlpropaganda naturgemäß ohnehin verschärft worden sind, noch weiter aufzureißen. Es raubt die Möglichkeit, auf absehbarer Zeit zu einer vernünftigen, sachlichen Arbeit zu kommen und es läßt nicht ersehen, wann ein Ende dieses Zustandes kommen kann. Das möchte ich vielleicht persönlich vorausschicken dürfen.

Sachlich möchte ich in aller Kürze folgendes sagen: Ich bin der Meinung, und ich bitte Sie, meine Worte sehr ernst zu prüfen: Unsere Partei steht an einem sehr ernsten Scheidewege. Wir haben zwei Möglichkeiten: Die eine heißt sachliche Arbeit, die andere Personenstreit. Was bedeutet der Weg der sachlichen Arbeit? Wir müssen versuchen, alle Gutgesinnten, nicht nur alle Gleichgesinnten, zusammenzuschließen und zu einer Konzentration der Arbeit zu kommen. Arbeit ist in Fülle vorhanden, in erster Linie strömen die sozialen Probleme auf uns zu, die uns kaum lösbare Aufgaben stellen. Es ist darunter alles zu verstehen, was mit der sehr fühlbaren Ernährungsfrage angeht, was über das Flüchtlingsproblem, über die Frage der Kriegsversehrten und Kriegsbeschädigten bis zur geistigen, seelischen und moralischen Not unseres Volkes im einzelnen führt. Näheres über dieses Problem hier auszuführen, würde viel zu weit führen. Einen Teil, das Flüchtlingsproblem, hat einer meiner Herren Vorredner ja schon aufgegriffen.

Wenn wir nun die sozialen Probleme überhaupt anzugreifen versuchen, müssen wir erst die materiellen Grundlagen dazu schaffen, das heißt wir müssen versuchen, die wirtschaftlichen Grundlagen aufzubauen. Ob wir hier auf dem Tiefstand sind oder noch weiter auf der schiefen Ebene abrutschen, läßt sich im Augenblick nicht sagen. Jedenfalls müssen wir versuchen, die Wirtschaft in Gang zu bringen, um von da aus die materiellen Grundlagen für die Lösung der sozialen Probleme einigermaßen zu sichern. Auch das können wir nur, wenn wir Ordnung im Inneren schaffen, wenn wir, wie ich schon sagte, nicht nur die Gleichgesinnten, sondern die Gutgesinnten zu einer Zusammenarbeit und Mitarbeit aufrufen und zusammenschließen.
Dabei dürfen wir unseren Blick nicht nur bis zur nächsten Wand des Zimmers oder des Saales gehen lassen, sondern wir müssen uns darüber klar sein, daß wir unter allen Umständen nicht nur einen entsprechenden Beitrag, sondern eine bewußte Mitarbeit an dem Wiederaufbau unseres größeren deutschen Vaterlandes leisten müssen. Hier scheint mir die Zeit außerordentlich drängend. Ich habe fast die Befürchtung, daß wir in Bayern, im besonderen bei unserer Partei, durch mißliche Umstände will ich einmal sagen, schon um eine Nasenlänge zurückgekommen sind. Dieses Problem scheint mir so vordringlich zu sein, daß ich vielleicht noch zwei Sätze dazu sagen darf. Wir reden von Föderalismus, von Unitarismus, von Zentralismus, vom Bundesstaat, vom Staatenbund. Sind wir ganz ehrlich: Keiner sagt ganz genau, was er damit eigentlich will,

(Sehr richtig!)

mancher deshalb nicht, weil er sich darunter nichts vorstellen kann, mancher, weil er nicht sagen will, was er sich vorstellt. So kommen wir aus der Atmosphäre der allgemeinen, ich will einmal vorsichtig sagen, Vorstellungen, der allgemeinen Erwägungen, vielleicht auch aus dem Zustand, in dem man seine Gedanken etwas vernebelt, nicht heraus. So kommen wir auch nicht in ein Gespräch mit all den anderen, die neben uns stehen und gutwillig und zu einer Zusammenarbeit nicht nur sehr wohl zu gebrauchen, sondern auch notwendig sind. So kommen wir auch nicht in ein Gespräch mit denen, die außerhalb der bayerischen Grenzen, auch über die US-Zone hinaus, diese Frage außerordentlich kritisch betrachten.
Nun müßte man eigentlich einmal dazu kommen, diese etwas nebelhaften Vorstellungen zu konkretisieren. Ich will Ihnen mit ein paar ganz kurzen Worten sagen, wie ich mir das denke. Was heißt schon Föderalismus, was heißt schon Unitarismus. Wir wissen alle, ohne einen Zusammenschluß können wir eine Reihe von Dingen nicht machen, ohne ihn können wir einfach nicht leben. Aber wie soll der Zusammenschluß sein? Nun haben wir eine Reihe von Erfahrungen, die dazu führen, alles zentral, zentralistisch zusammenzufassen, was an Zuständigkeiten zusammenzufassen ist. Das führt geradlinig zum Nationalismus, zu diesen vielen Sprüchen von dem starken Deutschland. Es führt zum Militarismus, zu Diktatur, zum Krieg.
Wenn wir diese Erkenntnis vorausschicken, müssen wir uns folgendes sagen: Für eine Reihe von Dingen brauchen wir eine zentrale Gewalt, sonst besteht sie nicht, sonst kann sie nicht arbeiten. Die Zuständigkeiten, die ich dieser zentralen Gewalt mit dieser Notwendigkeit und der Grenze dieser Notwendigkeit geben muß, muß ich ihr bewußt geben. Ich darf sie mir nicht abhandeln lassen. Ich darf nicht Schritt für Schritt zurückweichen, wenn ich von Anfang an sehe und erkenne: Hier kann ich nicht nachgeben, ich muß unbedingt darauf bestehen, weil sonst Verstand und Vernunft aufhören und ich in den vernünftigen Kreisen außerhalb unserer Partei, noch nicht einmal

innerhalb unserer Partei, [k]eine Gefolgschaft habe. Das heißt also: Ich muß mir über alle Zuständigkeiten, die ich dem Reich, will ich einmal ganz allgemein sagen, ohne damit den Begriff technisch festzulegen, abtreten muß, klar werden. Ich muß wissen: Was muß ich dem Reich geben, weil es des Reiches ist?
Dann muß ich mir aber dazu sofort über ein Zweites klar werden, welche Zuständigkeiten ich behalten muß, wenn ich insbesondere das Kulturgewicht, das Bayern hat, das es immer gehabt hat und das das beste Gegengewicht gegen den Krieg ist, behalten will. Welche Zuständigkeiten muß ich im Hause haben und darf sie nicht aus der Hand geben? Das ist eine Sache, über die man sich zunächst einmal klar werden muß. Dazu kommt aber eine andere, sehr nüchterne Frage. Wie kann ich dann die Abgrenzung dieser Zuständigkeiten, wenn ich sie als richtig und gut erkannt habe, sichern? Nun frage ich Sie, wo und wann innerhalb unserer Partei über diese Fragen schon einmal konkret verhandelt, konkret gesprochen worden ist, so daß man mit einem Gesprächspartner außerhalb unserer Reihen - ich will noch gar nicht sagen, innerhalb unserer Reihen - auch wirklich ernstlich diskutieren kann. Die Frage, wie ich diese Zuständigkeiten abgrenze, wirft eine ganze Reihe überaus wichtiger Fragen auf, die ganz oberflächlich, sozusagen stichwortartig, einmal vielleicht so gefaßt werden können: Sie hängen von der Frage der Gestaltung der zentralen Gewalt ab und davon, wie eine Volksregierung, eine Volksbefragung in dieses ganze System hineingestellt wird. Sind wir ganz nüchtern: Ein Reichstag, der aus allgemeinen Wahlen ohne Bindung und nähere Anlehnung an die Interessen der Länder mit ihren besonderen kulturellen Bestrebungen hervorgeht, wird zum Schluß immer eine demokratische Diktatur oder eine politische Diktatur werden. Er wird eine Zuständigkeitshamsterei treiben und wird sich um die Abgrenzung der Zuständigkeiten, wie wir sie für notwendig halten, letzten Endes in gar keiner Weise kümmern.
Hier ist es notwendig, sich einmal zu überlegen, ob es nicht einen Weg gibt, der diese Zuständigkeitsgrenze sichert, nicht deshalb, weil wir uns etwa isolieren wollen, weil wir Separatisten, weil wir Partikularisten sind, sondern weil das gebrannte Kind das Feuer scheut.

(Sehr richtig!)

Wenn es im geeigneten Augenblick die Möglichkeit gibt, einen Bremsklotz einzuschalten und zu sagen: Halt, bis hierher und nicht weiter, und wir können als Bayerischer Staat ein entscheidendes Wort dabei mitreden, ob nun - nehmen wir den äußersten Fall - Krieg oder Frieden sein soll, dann werden sich viele von den anderen Ländern, die uns wesensverwandt sind und die mit uns enge Kulturbeziehungen haben, sehr wohl auf unsere Seite stellen, und es kann nicht von einer Stelle aus diktatorisch darüber befunden werden.
Das nur so obenhin. Und nun ein Wort dazu, daß es bereits höchste Zeit ist, daß wir wahrscheinlich im Laufe des nächsten halben Jahres die Entscheidung darüber, was nun geschehen soll, in ihren Grundzügen bereits vorliegen haben, ob uns das gefällt oder nicht.
Ich werde Ihnen demnächst im Landtag eine Erklärung auch darüber abgeben, wie, vom Kontrollrat angefangen, die Zuständigkeiten bis zum Landtag herunterreichen, sich bereits, ich möchte beinahe sagen, aufgeteilt haben. Es wird sehr interessant sein zu prüfen, was dabei für die einzelnen Instanzen, ich möchte fast sagen, heute noch übriggeblieben ist. Sie werden sehen, daß es höchste Zeit ist, sich hier entscheidend einzuschalten, und nicht nur mit Parteifreunden, sondern auch mit denen, die außer-

halb unserer Linien im Grundsatz dieselben politischen Erkenntnisse haben, sich zusammenzusetzen und zusammenzusprechen, um eine vernünftige Linie zu finden, die verhütet, was wir alle verhüten wollen.
Das ist mit ein Grund, meine lieben Freunde, warum ich gewiß nicht leichten Herzens die Verantwortung zu übernehmen bereit war, weil ich mir sagte: Wir haben keine Zeit zu versäumen. Das ist mir ein Grund, warum ich sage: Wir müssen sachliche Arbeit leisten. Es gäbe viele, viele Einzelheiten, die im einzelnen jetzt auszuführen die Zeit vielleicht nicht ausreicht, die vielleicht bei künftigen Gelegenheiten näher ausgeführt werden können.
Wir können neben dieser sachlichen Arbeit einen zweiten Weg gehen. Ich sage das ohne jede Spitze. Sie wissen, ich bin ein Mann der sachlichen Erwägung. Ich bitte, meine Worte sachlich zu nehmen, ohne jede Spitze gegen irgend jemand. Ich will es sagen als nüchterner Beobachter: Wir können einen zweiten Weg gehen, wir können wieder den Weg des Personenstreites beschreiten. Wie wird dann das Bild sein? Auf der einen Seite eine Gruppe, die sich ernstlich bemüht, trotz aller Schwierigkeiten eine Arbeit zu leisten, die notwendig ist, die gar nicht vermieden werden kann und die von uns schließlich gefordert wird, auf der anderen Seite eine Gruppe - und das ist die zwangsweise Folge -, die mit verschränkten Armen in der Ecke steht und die anderen beobachtet, nicht etwa daraufhin, ob sie sachliche Arbeit leisten, sondern daraufhin, ob es eine Möglichkeit gibt, sie wegzuschieben und die unbequemen Personen durch andere, beliebte, gewollte, gewünschte zu ersetzen. Daß dabei kein sachliches Zusammenspiel möglich ist, ist sicher. Daß man sich dabei schwächt, daß man sich dabei den Hebelarm wegnimmt, mit dem man ansetzen könnte, ist selbstverständlich. Es ist das Bild, das sich bieten würde, wenn ein Mann von einem entfernten Stern auf unsere heimatliche Erde herunterschaut und sieht, wie da unten die Menschen umeinanderkrabbeln wie Ameisen, wie sie Balken und Steine tragen, da sagt sich der Mann: Das sind kluge Leute, denn sie versuchen, die zusammengebrochenen Häuser, die Ruinen und alles, was da darniederliegt, wieder aufzubauen. Sie sind emsig am Werk, das Krumme wieder geradezurichten.
Wenn wir den zweiten Weg gehen, ist es eine schwere Täuschung des Beobachters da oben. Die einzelnen suchen sich ihre Balken und ihre Steine, nicht um die Häuser geradezurichten, sondern um sich gegenseitig den Kopf einzuschlagen oder, wenn es etwas christlicher ausgedrückt ist, um sich gegenseitig Prügel zwischen die Beine zu werfen und sich die Arbeit gegenseitig zu erschweren.
Das sind die beiden Möglichkeiten, die ich ganz nüchtern, verantwortungsbewußt sehe. Welcher Weg gegangen werden muß, kann man erst richtig entscheiden, wenn wir uns fragen: Was verlangen die Wähler der CSU, was verlangen die Wähler im Volk überhaupt von uns?

(Sehr gut!)

Sie verlangen - und deshalb haben sie die verantwortlichen Vertreter in den Landtag geschickt -, daß hier nun endlich positive Arbeit geleistet wird,

(Sehr richtig!)

die geschehen muß, wenn ein Haus zusammengebrochen ist. Dann muß ich zunächst mit Pickel und Schaufel versuchen, aus dem Keller herauszukommen. Dann kann ich mir das Ganze anschauen. Dabei ist es nicht so sehr wichtig zu prüfen, ob der eine den Pickel und der andere die Schaufel hat und ob der eine das Arbeitsgerät mit der linken und der andere mit der rechten Hand hält, und ob der eine so ganz genau rich-

tig in Reih und Glied steht wie der andere, sondern es kommt darauf an, daß ihre Kraft zusammenwirkt und zusammenwirkend wesentlich verstärkt zu dem Ergebnis führt, das wir nun einmal brauchen. Sind wir dann aus dem Keller heraus, dann können wir uns recht wohl überlegen, ob wir das Haus wieder so aufbauen, wie es gewesen ist, ob wir es wesentlich verändern, ob wir es zunächst ganz abtragen. Wir können Pläne machen und können dies und das bereden. Vielleicht haben wir die Zeit dazu. Jedenfalls ist die Zeit nicht so drängend, wie sie mir im Augenblick zu sein scheint.

Nun noch ein Wort zu meiner persönlichen Stellungnahme hierzu. Ich weiß, wie schwer es ist, eine Synthese gerade innerhalb unserer Partei zu finden. Ich habe trotzdem das Vertrauen, daß diese Synthese gefunden werden kann. Wenn Sie wollen, suchen Sie die Synthese in meinem Bestreben einer Konzentration aller sachlichen Arbeit. Nur um eines muß ich Sie allerdings bitten: Es ist unmöglich, eine Regierung und einen Ministerpräsidenten als Exponent einer Partei anzuerkennen und diesen Mann auch wirklich einigermaßen mit Vertrauen in seine Arbeit zu schicken, wenn man sich von vornherein auf den Standpunkt stellt: Mein lieber Freund und Deine Umgebung, ich habe nichts gegen Euch persönlich, ich behalte mir aber in allen Dingen eine Entschließung durchaus vor. So, glaube ich, kann man es nicht machen. Ich meine schon, man könnte auch eine andere Formel finden, man könnte sagen: Jawohl, wir wollen uns zu dem Programm, das Du uns bietest und versprichst, bekennen. Und das ist das einzige Versprechen, das ich Ihnen geben kann und will: Wir wollen uns zu dem Programm eines Zusammenschlusses zu einer vernünftigen sachlichen Arbeit bekennen und nicht in Opposition zu diesem Programm treten. Wir wollen uns nur vorbehalten, sachliche Kritik zunächst im eigenen Hause zu üben, sie aber nicht nach außen hin in Erscheinung treten zu lassen. Sie könnten auch sagen: Wir wollen nichts von alldem wissen, wir wollen bloß warten, bis wir eines schönen Tages eine Änderung dieses Mannes und seiner Figuren vornehmen können. Das ist, glaube ich, nicht der richtige Weg. Es ist auch nicht der Weg, der meines Erachtens in dieser Situation von unseren Wählern und den Wählern des Volkes gefordert wird.

Überlegen Sie sich doch ruhig auch einmal folgendes und ziehen Sie daraus die notwendigen Schlüsse: Wer in unserem Volke trägt die Last der Arbeit, wer in unserem Volke trägt die Last der Not?

Es sind die schaffenden Kreise, die von ihren Händen und ihrem Kopf leben müssen, weil sie sonst nichts haben. Viele von ihnen sind bis auf das Kläglichste, auf das Kärglichste von allem entblößt. Diese Schaffenden, die die Arbeit und die Not gemeinsam haben, haben das Bestreben - und das ist meine felsenfeste Überzeugung -, sich die Hände zu reichen, um aus dieser ernsten, drängenden, jetzt, ich möchte sagen, in der schwersten Krise sich befindlichen Situation herauszukommen. Diese Kreise sind nicht einmal parteipolitisch zusammengefaßt, sondern gehen durch eine Reihe von Parteien. Sie sind auch in unserer Partei nicht einheitlich. Auch hier haben wir eine Reihe von Variationen. Auf dieser Linie könnten sich aber nicht nur die Leute unserer Partei, sondern auch weite Kreise bilden [sic!]. Sie haben den Willen, das zu tun.

Wenn dieser Gedanke aber schon über unsere Partei selbst hinausgeht und zum großen Teil durch das ganze Volk hindurchgeht, dann muß er auch innerhalb unserer eigenen Partei verwirklicht werden können. Bei mir können Sie sicher sein: Ich will über die sachliche Arbeit hinaus keinerlei Spaltungen, keinerlei Differenzen. Ich habe sehr wohl in meinem Leben erfahren, daß es nützlich und notwendig ist, eine Meinung, auch wenn sie gegensätzlicher Natur ist, zu klären, aber nicht in dem Sinne, daß

man sagt: Deshalb, weil Du, mein lieber Freund, anderer Meinung bist, deshalb liebe ich Dich nicht, deshalb bekämpfe ich Dich, oder nach dem berühmten Wort: Ich kenne zwar die Meinung des Herrn Reichskanzlers nicht, aber ich mißbillige sie.

(Zuruf: Dr. *Horlacher*!)

So, glaube ich, ist es nicht richtig. Wir sollten sehr wohl unsere sachlichen Meinungsverschiedenheiten bewahren, sie aber in sachlichen Grenzen halten. Wir sollten die persönlichen Differenzen darüber in den Hintergrund rücken. Das wäre demokratisch. Es ist auch demokratisch, wenn man eine Situation, wie sie nun einmal gegeben ist, nicht von vornherein gewaltsam oder mit allen möglichen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln sofort zu ändern versucht, sondern im Gegenteil sagt: Es ist demokratisch, sich der Mehrheit zu fügen.

(Sehr richtig!)

Sich der Mehrheit zu fügen, heißt nicht etwa, daß damit der Mehrheit das Recht gegeben ist, die Minderheit zu terrorisieren. Ich bin der Allerletzte, der diese Meinung auch nur etwa aussprechen, geschweige denn haben möchte. Aber ich meine, man müßte einmal den Versuch machen, aber nicht so, daß man sagt: Wir treiben Opposition. Wer treibt dann keine Opposition? Wer ist dann gewillt, nun einmal diese positive Konzentration der Arbeit mitzumachen?

Das ist die Frage, die meines Erachtens geklärt werden muß und bei gutem Willen sehr wohl geklärt werden kann. Es ist auch gewiß nicht so, wie es von vielen von Ihnen gewünscht wird. Auch mir gefällt manches innerhalb und außerhalb der Partei nicht. Aber ich mußte, meine lieben Freunde, zum Teil eine Situation übernehmen, die mir nicht leicht erscheint und die mir außerordentliche Schwierigkeiten bereitet. Ich habe diese Situation zum großen Teil nicht geschaffen. Ich bin aber bereit, trotz der Schwierigkeiten den Versuch zu machen, hier eine Synthese zu finden. Es ist vorhin davon gesprochen worden: Wir wollen den Erfolg sehen. Ein Erfolg kann für uns nicht gebucht werden, wenn anstelle eines Ministers ein Staatssekretär oder - was weiß ich - zwei Staatssekretäre stehen. Dazu sage ich eines: Ich bin ein Mann des Rechts. Das habe ich bei einer anderen Gelegenheit schon einmal gesagt, weil es mir auf die Lippen gekommen ist. Ich wiederhole es. Ich weiß, was für eine Bewandtnis es mit den Gesetzen, mit dem Recht und den Verwaltungsgrundsätzen hat. Sie sind, meine lieben Freunde, letzten Endes alle ein einziges, eine Frage von Personen oder einer Gruppe von Personen, die sich durchsetzen. Dieser Gruppe wird der Erfolg zugeschrieben. Wenn Sie sich nicht durchzusetzen vermag, dann hilft ein äußerer Glanz ganz und gar nichts.

Um diesen sachlichen Erfolg zu erzielen, bitte ich Sie, sehr ernst zu erwägen, ob es nicht jetzt, wo wir an einem Scheidewege stehen, wo nicht bloß innerhalb unserer Partei, sondern auch von außen sehr ernst auf unsere Arbeit und unsere Tätigkeit gesehen wird, ob wir hier nicht die Sache über die Person stellen wollen. Ich für meine Person lehne es ab, zu einem rechten oder linken oder zu was weiß ich für einen Flügel oder zu einer Gruppe gerechnet zu werden. Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Partei: Christliche, Soziale Union, die aber kein Name sein sollen, sondern ein Bekenntnis. Dieses Bekenntnis soll zur Tat werden. Daß es zur Tat werden kann und werden muß, dazu bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Parteifreund *Ehard*.

Meine lieben Freunde, wir beginnen jetzt die Diskussion. Vor Beginn der Diskussion darf ich folgendes sagen: Wir wollen uns jetzt befleißigen, mit Ruhe die schweren Probleme zu diskutieren. Wir wollen sie nüchtern und ohne Gefühlsmäßigkeiten diskutieren.
Es sind Worte der Kritik auch über die Partei gefallen. Ich gehe nicht im einzelnen darauf ein. Es sind schon harte Worte gefallen, als die Redner gesprochen haben, Worte wie z.B. die unseres Parteifreundes *Rinke*, der vielleicht nicht ganz zu Unrecht von einem Koloß auf tönernen Füßen usw. gesprochen hat. Vergessen wir eines nicht: Die Union mußte überhaupt erst aufgebaut werden. Ich glaube, damit, daß der Aufbau einer so großen Partei gelungen ist, ist auch sachliche Arbeit geleistet worden. Ich darf glauben, daß man anerkennen wird, daß es nicht leicht war, eine Partei hinzustellen, die eine Majoritätspartei wurde, die eine Sammlung von Katholiken und Protestanten durchgeführt hat, wie man es früher nicht erwartet hatte, die zur Wirklichkeit werden ließ, daß seit 400 Jahren zum ersten Mal evangelische und katholische Christen wieder in geschlossener Front in der Öffentlichkeit aufgetreten sind. Wir wollen jetzt daran denken, daß es in erster Linie gilt, diese Einigung durchzuhalten. Wir wissen, daß Regierungspolitik und praktische Politik gemacht werden muß, aber es ist von unserem christlichen Standpunkt aus schon die praktische Politik, daß überhaupt die Voraussetzungen im öffentlichen Leben durch eine große Gruppierung geschaffen werden, die im wahrsten Sinne des Wortes das Christentum wieder zur Tat werden lassen will.
Meine lieben Freunde! Ich darf dann ferner sagen: Es wurde uns nicht leicht gemacht, eine Demokratie aufzubauen. Vier Wahlen in einem Jahr waren selbst in früherer Zeit eine Seltenheit. Wenn die Leute heute so ohne weiteres Worte über die Partei finden, dann wollen Sie nicht vergessen, daß wir in die ersten Wahlen z.B. mit dem kleinsten Apparat aller Parteien in Bayern hineingegangen sind. Wir haben damals Tag und Nacht arbeiten müssen, um die Einigung durchzuführen. Die Männer, die heute Politik gemacht haben, mögen nicht vergessen, wie schwer es war, die Sammlung durchzuführen. Stellen Sie auch jetzt in Ihre Betrachtungen ein, daß die Sammlung nicht umsonst gewesen sein soll.

(Sehr richtig!)

Ich darf dann weiterhin sagen: Wir haben die vier Wahlkämpfe mit gutem Erfolg bestanden.

(Sehr richtig!)

Im Anfang war der Prozentsatz der Unionswähler höher. Aber vergessen wir nicht, daß alle Parteien auf uns eingestürzt sind und uns das Leben sauer gemacht haben. Vergessen wir vor allem nicht, daß die Presse, wie sie heute gegeben ist, im allgemeinen zur Union als solcher nicht freundlich gestanden ist.

(Sehr richtig!)

Es ist irrsinnig schwer, eine Demokratie aufzubauen, wenn gleichzeitig die negativen Kräfte allüberall ansetzen können, auch innerhalb der eigenen Partei.

(Sehr richtig!)

Meine lieben Freunde, hier die Einigung durchzuführen, war nicht leicht. Sie können vielleicht davon ausgehen, daß manche Leute - und das sage ich offen heraus - so

langsam dahin gekommen waren, in der Militärregierung die frühere Kreisleitung zu sehen,

(Sehr richtig!)

daß man sich nur gegenseitig mit irgendwelchen Zeitungsartikeln hinhängen mußte, in der Hoffnung, daß die Militärregierung das tun würde, was früher die Kreisleitung getan hat, nämlich irgendwie durch Willkür dazwischenzugreifen. Wir erkennen dankbar an, daß die Militärregierung wirklich in jeder Weise mitgeholfen hat, eine gute Demokratie in Deutschland zu planen und aufzubauen, daß in der Hauptsache durch eine gute, wohlwollende, neutrale Haltung der Militärregierung der Zustand beseitigt wurde, daß die Ratten die Demokratie schon beim Aufbau unterwühlen konnten.

(Bravo!)

Wir wollen auch nicht vergessen, daß unsere Demokratie in einem Zeitpunkt aufgebaut werden muß, der denkbar ungünstig ist. Ich weise immer darauf hin, daß Hunger und Not schlechte Lehrmeister für eine Demokratie sind. Wir Deutschen hatten immer das Unglück, unseren Aufbau nach einem Zusammenbruch beginnen zu müssen. Gerade weil wir erlebt haben, was eine Diktatur bedeutet, wollen wir unsere Kraft verdoppeln und, wenn es sein muß, verzehnfachen, um nie mehr die früheren Zustände zurückkehren zu lassen.
Eines bitte ich auch zu bedenken, meine lieben Freunde: Ich habe es als Hauptaufgabe angesehen, in der Union eine gute Kombination zwischen der Erfahrung des Alters und der Aktivität der Jugend zu finden, nicht deswegen, weil ich nur ein Steckenpferd reiten wollte, vor allem aber, weil früher der Fehler gemacht wurde, die Jugend wohl anzusprechen, sie aber nicht zur aktiven Arbeit zu gewinnen, so daß die Jugend dann aus der Unzufriedenheit heraus den Agitatoren nachgelaufen ist.

(Sehr richtig!)

Deswegen müssen wir auch jetzt, wenn wir die Regierungspolitik betrachten, eines festhalten: Unsere Jugend muß die Überzeugung gewinnen, daß nicht alte Politik erneuert wird, um eine neue Demokratie vorzudemonstrieren.

(Bravo!)

Wir wollen uns wirklich bemühen, jeder einzelne für sich und die Partei als solche in ihrer Geschlossenheit, daß die Union weiterhin die Partei der Jugend bleibt.

(Sehr richtig!)

Vielleicht ist gerade das ein Grund gewesen, daß die Konkurrenzparteien gern die Union gesprengt hätten, weil es sich gezeigt hat, daß die Union wirklich viel Jugend gewonnen hat.
Meine lieben Freunde! Ich muß hier mit Bezug auf das Problem der Presse, das ich vorhin erwähnt habe, eines erklären: Ich habe es als unerhörte Gemeinheit empfunden, daß unsere Tagung in Eichstätt in der Süddeutschen Zeitung so gewürdigt wurde wie etwa ein nationalsozialistischer Korpsverein. Es ist eine Lüge, daß vier Autobusse mit Erlanger Studenten herbeigeholt worden seien. Gott sei Dank hat die Union genügend Jugend und ist genügend Jugend in der Vertreterschaft der Union, so daß wir es nicht notwendig hätten, etwas zu demonstrieren, was nicht da ist.

(Sehr richtig!)

Es ist nun einmal das gute Recht der Jugend, Aktivität zu zeigen. Das werden ihr auch die Alten, die es mit der Jugend wohl meinen, nicht ohne weiteres übelnehmen.
Meine lieben Freunde! Ich darf für die Union in Anspruch nehmen, daß sie ernste Arbeit geleistet hat. Sie wird auch in der Zukunft bereit sein, ernste Arbeit zu leisten. Wie die Arbeit zu leisten ist, wie der Wille der Union zum Ausdruck kommt, das entscheiden Sie. Ich muß hier von vornherein noch eines sagen, gerade weil es in Diskussionen gestreift und draußen erwähnt wurde: Als ich mit einem Teil der Parteifreunde den Landtag verlassen hatte, wußte ich sehr wohl, daß auch da falsche Betrachtungen angestellt werden könnten. Ich habe es trotzdem für meine Pflicht gehalten, mit den Parteifreunden hinauszugehen, weil ich die Reaktion dieses Vorganges im Parlament im ganzen Lande ungefähr überschätzen und übersehen konnte. Ich wäre ein schlechter Parteivorsitzender, wenn ich nicht den Kontakt mit dem ganzen Lande hätte.
Sie haben vorhin die ernsten Stimmen aus Franken gehört, die soweit gehen, daß man sagt, man wolle aus der Union herausgehen. Sie haben gehört, daß das ernsthafte Männer sagen, die bisher Tag und Nacht für die Union mitgearbeitet haben. Weil ich aber wußte, welche Schwierigkeiten eintreten würden, mußte ich klar zum Ausdruck bringen, daß das Kabinett, wie es in der Bildung begriffen war, nicht das Kabinett der Union sein würde. Meine lieben Freunde, hätte ich etwa dann als Parteivorsitzender im Parlament gegen die Bildung eines Kabinetts sprechen sollen, wie sie im Gange war, hätte ich dann, bevor der Landesausschuß der Union zusammenkam, meinerseits sprechen und irgendeine Entscheidung vorwegnehmen sollen? Dann hätte man mir mit Recht vorgeworfen, daß ich in diesem Falle eine Parteidiktatur durchführen würde. Ich mußte warten, bis die Entscheidung fällt, die Sie heute treffen. Aber ich muß andererseits klar zum Ausdruck bringen, daß die Parteifreunde den Willen der Landesversammlung der Union nicht genügend berücksichtigt hatten.

(Sehr richtig!)

Meine lieben Freunde! Wir haben in der Fraktion innerhalb der Union die Koalition versucht. Heute ist schon das Gespräch zwischen Dr. *Hundhammer* und mir erwähnt worden. Es war noch ein letzter Versuch, wenn ich mich so ausdrücken darf, die Flügel zusammenzubringen und zusammenzuhalten. Es war nachher der Beschluß gefaßt worden, mich allein als Kandidaten vorzuschlagen. Wir haben damals die Parteifreunde gebeten, die nicht dafür stimmen wollten, es offen zu erklären. Heute, wo die Abstimmung über den Staatspräsidenten erwähnt worden ist, möchte ich dazu sagen, daß damals die Minorität der Union auch gesagt hat, wie sie stimmen würde, und zwar jeder einzelne für sich. Es wäre männlich gewesen, wenn die Freunde, die in diesem Falle gegen den Parteivorsitzenden gestimmt haben, es vorher klar und eindeutig in der Fraktion erklärt hätten. Wenn dann in Flüsterpropaganda durchgegeben wurde, daß man anders stimmen würde, so empfand ich dieses Vorgehen eines Parteifreundes nicht würdig. Denn dann hätte man den Mut zum offenen Bekenntnis haben und hätte der Union die Möglichkeit geben müssen, letzte Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine Niederlage der Union zu vermeiden. So aber blieb mir nur ein Schritt, nämlich der, für die Union alle Möglichkeiten offenzuhalten, die Möglichkeit, daß sie als Partei entscheiden kann, wie sie sich zu diesem Kabinett verhalten wird. Ich habe deswegen auch auf der Tagesordnung vorgesehen, daß nicht beschlossen wird, wie man sich zum Parteifreund *Ehard* verhält und zu dem Kabinett, das seinen Namen trägt, sondern zu dem Kabinett, das nun einmal in der Öffentlichkeit für alle Zukunft als Kabinett *Ehard-Hoegner-Loritz* dastehen wird.

(Sehr richtig!)

Denn nicht immer gibt nur der Name des Ministerpräsidenten dem Kabinett den Namen, sondern das Volk draußen fragt: Wer sind die eigentlichen Repräsentanten? Da ist es leider so, daß dann doch gefragt wird, wie die einzelnen Figuren zu werten sind, die auftreten.
Ich will hier nicht in die Diskussion eintreten. Das ist Ihre Sache. Ich sehe es nur als meine Pflicht an, jeweils die Probleme klarzustellen, um ihre nüchterne Betrachtung zu ermöglichen und dann am Schluß eine Entscheidung zu finden, die uns den Ausweg zeigen soll.
Ich darf damit die Diskussion eröffnen und als erstem dem Parteifreund *Haußleiter* das Wort erteilen.
Haußleiter: Meine lieben Freunde! Ich habe mit größtem Ernst den Ausführungen unseres Parteifreundes, des Ministerpräsidenten *Ehard*, zugehört. Ich habe es aufs äusserste bedauert, daß es ihm nicht möglich gewesen war zu hören, wie die Stimmen aus dem Lande gegenüber seinem Kabinett erklungen waren, und zwar deshalb, weil er mir die Dinge von einer falschen, von einer anderen Ebene aus zu betrachten schien. Er hat gesagt: Sachliche Politik bedeutet Unterstützung des Kabinetts *Ehard*. Personalpolitik würde bedeuten Kritik am Kabinett *Ehard*. Das scheint mir nicht die klare Alternative zu sein. Ich, meine Damen und Herren, sehe eine andere Alternative: Entweder Unionspolitik oder keine Unionspolitik.

(Sehr richtig!)

Aus dieser Überlegung heraus habe ich gehandelt, als unser Parteifreund *Pfeiffer* von der Mehrheit der Fraktion nominiert worden ist. Da war gesagt worden, jetzt ist Parteifreund *Pfeiffer* nominiert und Dr. *Müller* hat die wenigeren Stimmen erhalten. Daraufhin habe ich als Sprecher der Minorität gesagt: Gut, eine Entscheidung ist gefallen. Als gute Demokraten werden wir uns hinter den Parteifreund stellen, soweit und solange er die Politik der Union als Ministerpräsident verwirklichen wird. Das gleiche müssen wir nun gegenüber dem Kabinett *Ehard* geltend machen. Da möchte ich Ihnen nun eines sagen: Die Weimarer Demokratie ist gescheitert, weil sich die Parteien vom Wählerwillen entfernt haben, und weil die Parteitaktik die Entscheidung der Wähler verfälscht hat.

(Bravo!)

Eine neue, lebendige Demokratie bauen wir nur auf in der gewissenhaften Befolgung des Willens der Wähler, das heißt: Wenn der Wähler einer Partei die Majorität gibt, dann muß diese Partei ihr Arbeitsprogramm durchsetzen. Alles andere ist Täuschung. Der Betrug des Volkes führt zur Trennung zwischen Parteibürokratie und Volk und zur Krise der Demokratie. Das sind die Entscheidungen, vor denen wir stehen.

(Lebhafter Beifall.)

Hier, meine lieben Freunde, beginnen meine Vorbehalte gegenüber der Regierung *Ehard*. Die Regierung *Ehard* umfaßt nur eine bestimmte Gruppe innerhalb der Union, während das Volk der ganzen Union die Majorität gegeben hat, und zwar die absolute Majorität. Sie umfaßt in maßgeblichen und entscheidenden Stellen die SPD, die das Volk als zweite Partei ganz offenkundig als Partei der parlamentarischen Opposition sehen wollte. Ich war erschüttert, als der Ministerpräsident Dr. *Ehard* das Wort sprach: Wir lehnen eine Einparteienregierung ab.
Meine Damen und Herren! Hier herrscht eine erschütternde Verwirrung der Begriffe. Nationalsozialistisch war eine Regierung ohne Opposition, demokratisch ist eine Regierung mit Opposition.

Der Versuch, den die Regierung *Ehard* gemacht hat, war der Versuch, eine Regierung ohne Opposition zu bilden. Das führt zu nationalsozialistischen Methoden zurück. Darüber besteht kein Zweifel. Diese Art Versuch, eine Regierung ohne Opposition zu bilden, wird meiner Ansicht nach vom Volk, das einen sehr aufmerksamen Instinkt für diese Dinge hat, abgelehnt. Das sehen wir klar. Wissen Sie, was die Folge ist? Die Opposition wird zur Opposition gegen die Demokratie. *Horlacher* hat das erschütternde Wort gesagt: Wir haben die Not als Opposition. Die Not geht in die KPD, die Not geht in die WAV. Dann haben Sie Ihre Opposition. Dann wird die demokratische Mitte des Staates zerrieben, die Flügelparteien wachsen, und eine demokratische Regierung wird ebenso unmöglich, wie sie 1932 unmöglich war. Das ist der Erfolg dieser Art von Koalitionspolitik, die wir genau kennen und die zum Untergang der demokratischen und parlamentarischen Mitte geführt hat.
Deshalb sage ich Ihnen: Hier ist gegen den Willen der Wähler gehandelt worden. Das muß ich heute feststellen. Die Union hat den Auftrag der Wähler bekommen. Wenn irgend jemand, gleichgültig ob er aus der Union kommt oder nicht, in der Union gegen den Willen des Volkes, gegen den Willen des Wählers handelt, wird es von der Partei festgestellt.
Ich stelle infolgedessen folgende Entschließung zur Debatte:

Der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union nimmt folgende Entschließung an:
Die Regierung *Ehard-Hoegner* entspricht

(Zuruf: *Loritz*!)

in ihrer Zusammensetzung nicht dem wahren Willen des bayerischen Volkes, wie er in den Wahlen des 1. Dezember zum Ausdruck kam. Diese Koalitionsregierung wurde nach den gleichen Methoden gebildet, die 1933 zum Scheitern der Demokratie in Deutschland führten. Die Regierung *Ehard-Hoegner*

(Zuruf: *Loritz*!)

wird nicht in der Lage sein, die christliche und soziale Politik zu verwirklichen, deren Durchführung die Wähler der Union fordern. Die Union lehnt daher die Verantwortung für diese Regierung ab, deren Zusammensetzung den Beschlüssen der Landesversammlung von Eichstätt in jeder Hinsicht widerspricht.

Meine Damen und Herren! Wenn wir die neue Demokratie wollen, müssen wir den inneren Willen des Volkes erkennen. Wir müssen erkennen, daß uns ein Auftrag gegeben und dieser Auftrag nicht erfüllt wurde. Das drückt diese Entschließung aus, die meiner Ansicht nach überall dort, wo ein Mann die Union gewählt hat, befreiend wirken wird.
Wissen Sie, warum die Union gewählt worden ist? Damit anstelle der Regierung *Hoegner* eine andere Regierung tritt.

(Sehr richtig!)

Wissen Sie, daß das Erschütterndste am Jahresschlußaufruf der Regierung *Ehard* das Bekenntnis war, die Linie der Regierung *Hoegner* fortsetzen zu wollen.

(Sehr richtig!)

Hier ist ein Auftrag nicht erfüllt worden. Die Partei als parlamentarisches und demokratisches Organ des Volkes hat heute die Pflicht, dies vor aller Öffentlichkeit festzustellen.

(Beifall.)

Bickleder: Ich möchte bloß bemerken: Wenn der Antrag *Haußleiter* angenommen wird, dann ist jede weitere Diskussion überflüssig.

(Bravo!)

Lehnen wir den Antrag ab, für was sitzen wir dann da? Wenn solche Anträge gestellt werden, sollen sie zur Abstimmung gelangen, wenn die einzelnen Redner ihre Meinung zum Ausdruck gebracht haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Ich darf eines feststellen: Es liegen bis jetzt 18 gültige Wortmeldungen vor. Ich werde abwarten, welche Anträge gestellt werden. *Bickleder*, jeder Parteifreund hat das Recht, Wortmeldungen abzugeben.
Horlacher, Du hast beim Hinausgehen, als *Haußleiter* sprach und Du an den Tischen vorbeikamst, gesagt: Das interessiert mich soviel, wie wenn draußen ein Waschweib spricht.

(Pfuirufe, große Unruhe. - Zuruf: Diese Leute weisen die Jugend zurecht!)

Ich sehe mich veranlaßt, im Interesse der Ehrlichkeit und der Aufrichtigkeit in der Union das klarzustellen, und ich glaube, die Parteifreunde sind mit mir einig, wenn ich *Michel Horlacher* in dieser Frage vor der Versammlung eine Rüge erteile, weil er sich nicht als Parteifreund benommen hat.

(Zuruf *Goderski*: Diese Arroganz paßt uns schon lange nicht mehr, unglaublich, mit dem Titel wächst der Vogel!)

Damit ist die Angelegenheit erledigt. Der nächste Redner ist *Piechl*. Darf ich eine Redezeit von fünf Minuten für jeden Redner vorschlagen. Sind Sie damit einverstanden?

(Zuruf: Jawohl, Schluß der Rednerliste!)

Nein, es wäre noch nicht zweckmäßig, die Rednerliste zu schließen.
Piechl: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde! Immer wenn ich zu einer Tagung der Christlich-Sozialen Union komme, habe ich sehr große Bedenken, weil so viele Leute in unserer Mitte sind, die ihre Leidenschaft nicht zügeln können und die gar nicht darüber nachdenken, in welch schwerer Zeit wir eigentlich leben. Was wir heute wieder gehört haben, ist der Ausfluß persönlicher Gegensätze. Wenn wir diese Gegensätze weiter vertiefen, dann brauchen wir uns von der Zukunft gar nichts mehr zu erhoffen.

(Sehr richtig!)

Wir sind doch hier nicht als eine Versammlung der Raucher oder sonstiger Interessenten, sondern wir sind vom bayerischen Volk gewählt worden als Abgeordnete, und die anderen Herren und Damen, die hier sind, sind gewählt, weil man von ihnen weiß, daß sie sich für Politik interessieren und daß sie bereit sind, für das Volk einzutreten.
Wenn ich heute nach Hause komme, und die Leute fragen mich: Was ist eigentlich in Augsburg geschehen, so muß ich die Leute anlügen, ob ich will oder nicht. Denn darüber besteht kein Zweifel: Wir unterhalten uns immer [einen] dreiviertel Tag lang über Gegensätze und das andere Viertel über das wirkliche Problem. Wir sprechen über das, was uns entzweien kann, und nicht über das, was uns zusammenführen könnte. Wenn wir das nicht machen, helfen uns alle guten Grundsätze nichts.
Ihr wißt ganz genau, ich gehöre weder dem rechten noch dem linken Flügel an. Ich bin vom Bauernverband in der ehrlichen Absicht zu der Union gekommen mitzuar-

beiten. Meine Freunde, die mich kennen, wissen ganz genau, daß ich nicht die Entzweiung will, sondern daß ich den positiven Gedanken des Zusammenarbeitens und der Liebe hochhalte. Aber wenn ich immer auf Führerseite sehen muß, von den Leuten, die Hochschulstudium genossen haben, daß sie nicht in der Lage sind, uns zusammenzuführen, dann muß ich fragen: Wer soll uns eigentlich zusammenführen? Müssen *wir* die Zügel in die Hand nehmen, wir, die wir eine einfache Volksschule genossen haben? Sind die anderen Herren nicht in der Lage, die den humanistischen Bildungsgang durchgemacht haben, daß sie uns den Weg zeigen, den wir gehen müssen? Ihr wißt doch ganz genau, daß wir draußen auf dem Lande guten Willens sind mitzuarbeiten, daß wir insbesondere erfreut sind, wenn die Katholiken und Protestanten heute zusammenhelfen, und daß das schon eine ganz große Sache ist,

(Zuruf: Nicht mehr lange!)

die wirklich wert ist, daß man sie nicht bloß registriert, sondern daß man sie in allen Windrichtungen erzählt.

Dann möchte ich schon bitten: Warum unterhalten wir uns immer über die Gegensätze? Ist es denn nicht möglich, daß wir jetzt einmal eine Linie von *Müller* bis zum *Hundhammer* zusammenbringen? Geht das nicht? Müssen wir immer bei der Sozialdemokratie anfragen, was wir tun und lassen müssen?

(Lebhafter Beifall.)

Ist es nicht unerhört, wenn wir in der Zeitung wieder lesen, von dieser und jener Seite ist wieder hergeschossen worden, der und jener ist wieder bloßgestellt worden? Wer wird am nächsten Tag wieder bloßgestellt werden? Sind wir dazu da, daß wir uns gegenseitig verdächtigen? Sind wir nicht vielmehr dazu da, daß wir uns gegenseitig unterstützen?

Vorhin hat der Herr Ministerpräsident, unser Freund *Ehard* gesprochen. Ich weiß, daß hier in bestimmten Kreisen Verschnupfungen, so möchte ich sie einfach nennen, vorhanden sind. Ich weiß, daß besonders draußen in Franken die Situation schwieriger ist als bei uns in Oberbayern, in Niederbayern und in der Oberpfalz. Aber findet man denn hier nicht auch wieder einen Weg?

Ich habe vorhin mit Schrecken gehört: Die Union muß auffliegen, wir können nicht in der Union bleiben. Ich habe das schon im Fraktionszimmer, im beratenden Landesausschuß bzw. in der Verfassunggebenden Landesversammlung immer wieder gehört. Ich habe zu den Leuten gesagt: Ich hoffe, daß Ihr so viel Männer seid, das zu verhindern, was für das bayerische Volk von katastrophaler Bedeutung wäre.

An Euch, insbesondere an die Junge Union, richte ich den Appell: Seid in dieser Hinsicht vernünftig! Denn ich habe hier die Wahrnehmung gemacht: Wenn einer von der Gegenseite aufsteht - er kann auch einmal etwas Vernünftiges sagen -, dann sagt man sich: Das erkennen wir nicht an, das hat der und der gesagt, das ist eine Unverschämtheit, daß er das sagt, ob er nun *Horlacher* oder *Müller* oder *Hundhammer* heißt, das ist ganz egal. Wenn einer spricht, kann ihm der andere schon deswegen nicht zustimmen, weil er eben *der* ist, weil er der Huber ist, weil er der Meier ist, weil er einfach ein unverschämter Kerl ist.

Soweit sind wir gekommen. Das ist die Lage. Wenn wir uns über dieses Niveau nicht hinausheben können, helfen uns alle Versammlungen nichts. Da kann man den Landesausschuß fünfzigmal einberufen, und die Fraktionssitzung kann sechzigmal abgehalten werden. Dann hilft es alles nichts. Ich richte daher den dringenden Appell an Euch: Wollt Ihr bereit sein, wieder zusammenzustehen, wollt Ihr jetzt wieder in die

Presse hinaustragen, von mir aus zum *Pix* in Landshut oder in die Süddeutsche Zeitung, daß es in Augsburg wieder lustig hergegangen ist, oder wollt Ihr sagen: Wir haben uns zusammengefunden, und wir werden in den nächsten acht Tagen bereit sein, all das, was an Hemmungen, an Dissonanzen aufgetreten ist, zu beseitigen zu versuchen. So etwas wollen die Leute hören. Sie wollen draußen nicht soviel von der Politik hören. Sie wollen sehen, daß etwas geschieht.
Der Schwarze Markt floriert noch tadellos. Im Wirtschaftsministerium geht es auch recht lustig zu. All das wissen wir ganz genau und weiß das Volk. Das Volk wünscht, daß sich da etwas ändert. Es unterhält sich weniger darüber, ob wir das eine oder andere richtiggemacht haben. Es weiß genau, daß die Abgeordneten und Minister entsprechend ihrer Unvollkommenheit auch Fehler machen. Aber das Volk will einmal einen guten Willen sehen. Diesen guten Willen sieht das Volk nicht, weil die Spitzen der Union nicht für das Volk arbeiten, sondern sich gegenseitig beschimpfen und anspeien.
So ist die Lage in Wirklichkeit. In diesem Sinne möchte ich hoffen, daß es anders wird.

(Lebhafter Beifall.)

Berger (Landshut): Meine Damen und Herren! Ich bin erst vor kurzer Zeit aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekommen. Ich habe in England drüben auch an der politischen Erziehung gearbeitet. Wir haben die politische Entwicklung in Deutschland zu einem großen Teil von außen gesehen. Was in letzter Zeit hier vorgeht, entspricht absolut nicht den Gedanken, die wir uns draußen über Deutschland gemacht haben. Verfallen Sie ja nicht in den Fehler, in den die SPD 1918 und 1919 verfallen ist, daß Sie einen parlamentarischen Kuhhandel über die Köpfe der Wähler hinweg machen und die Wähler überhaupt nicht mehr fragen, sondern lediglich als Stimmvieh für Sonderinteressen gebrauchen.
Das nur ganz kurz, denn es wird heute noch sehr viel geredet. Ich habe nicht viel zu sagen. Ich möchte nur eine Erklärung abgeben: Ich habe vorhin seltsamerweise von einem Telefonanruf gehört, den Herr *Ziebell* oder die SPD an Dr. *Hundhammer* durchgegeben habe, daß Dr. *Müller* vorhabe, die wichtigsten Ministerien der SPD zu überlassen.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Der Anruf war an die Fraktion gegangen!)

Um es ganz genau zu sagen, zwei Tage zuvor habe ich persönlich mit einem befreundeten führenden Politiker der SPD geredet und mich mit ihm unterhalten. Dabei hat er mir erzählt, daß eben in diesem Augenblick ein Kabinett *Müller* vorläge, ein reines CSU-Kabinett, und zwar mit folgenden Namen: Ein Herr *Seidel*, Dr. *Ankermüller* als Innenminister, Stadtpfarrer *Muhler* als Kultusminister, Frau *Deku* als Staatssekretärin, Herr *Deku* als Staatssekretär in einem anderen Ministerium.
Man sagt, Dr. *Müller* sei stur. Es wird ihm das oft vorgeworfen. Wenn nun der SPD zwei Tage vor der Wahl des Ministerpräsidenten ein angebliches CSU-Kabinett vorliegt und einen Tag später Dr. *Müller* die wichtigsten Ministerien schon wieder der SPD überläßt, so halte ich das kaum für möglich.
Der Herr von der SPD hat auch gesagt, der SPD sei bekannt geworden, daß Dr. *Müller* sämtliche SPD-Beamten, angefangen vom Ministerialdirektor bis herunter zum Landrat, entlassen würde. Woher diese Informationen kommen, ist mir unerklärlich. Er hat auch gesagt, daß die Grundlage für die SPD für ihren Eintritt in eine Koalitionsregierung die bedingungslose Annahme des Aktionsprogramms sei. Ich frage mich, ob

das derzeitige Kabinett dieses Aktionsprogramm auch bedingungslos angenommen hat.
Dr. *Horlacher*: Meine vorige Äußerung war ganz privat und ist in ganz anderem Zusammenhang gefallen. Ich bitte, sich also zu mäßigen. Wenn ich öffentlich gesprochen habe, so habe ich immer die Interessen der CSU wahrgenommen. Das wird niemand bestreiten wollen. Wenn ich hier öffentlich etwas sage, das jeder hören kann, werde ich auch dazu stehen, das vertrete ich auch. Meine private Meinung behalte ich mir trotzdem vor. Das ist eine Frage für sich. Freund *Haußleiter* weiß genau, daß ich zu ihm schon mehr gesagt habe.
Haußleiter: Ich zu Dir auch, *Michel*!
Dr. *Horlacher*: Wir sind hier keine Hofdamenversammlung, wir brauchen davon kein Aufhebens zu machen.

(Zuruf: Zum Thema!)

Ich habe Verständnis für die Jugend. Ich weiß selber, was ich zu tun habe. Solche Zwischenrufe kann man ruhig unterlassen.
Darf ich gleich auf die letzte Frage hinweisen, die das Aktionsprogramm der SPD betrifft. Ich glaube, wir dürfen es noch zum hundertsten Male wiederholen, dann wird es noch nicht geglaubt, weil manche Leute mit Voreingenommenheit an die Dinge herangehen. Letzten Endes müssen es die wissen, die selber bei den Verhandlungen dabeigewesen sind.
Dazu möchte ich zwei Dinge mit Klarheit feststellen: Weder das CSU-Programm noch das Aktionsprogramm der SPD ist angenommen worden. Das wäre ein purer Unsinn. Niemand kann das Programm einer anderen Partei annehmen. Es ist in der Presseerklärung, die offiziell an die DANA hinausgegeben wurde, auch festgestellt worden, daß sich bei Durchprüfung beider Programme ergeben hat, daß eine sachliche Zusammenarbeit aufgrund dieser Programme möglich ist. Das ist doch eine rein nüchterne Feststellung, weil die Programme naturgemäß in bestimmte Linien einmünden müssen.
Ja, ich gehe sogar noch einen Schritt weiter. Was tut dem Volk am dringendsten not? Daß wir alle miteinander zusammenstehen, um die Auswüchse des verheerendsten Kapitalismus, der im Wirtschaftsministerium konzentriert ist, auszumerzen! Ich bin selbst von Industriellen über das Schiebertum auf dem Gebiet der Textilindustrie unterrichtet worden. In das Wirtschaftsministerium gehört ein Mann hinein, der die Fachkenntnis hat, um auszumisten und auszumerzen.
Ich glaube, daß die Mehrheitsverhältnisse im Kabinett der CSU und der SPD so sind, daß die CSU ihr volles Gewicht in der Kabinettsarbeit in die Waagschale werfen kann. Auch die sachlichen Grundlagen und die Personalverhältnisse werden dadurch korrigiert.
Nun zur Sache selber. Der Abgeordnete ist nach der Verfassung - und es war nie anders - zuständig für die Aufgaben des Parlaments. Im Parlament ist der Ministerpräsident [*Hans Ehard*] mit Zweidrittelmehrheit gewählt. Es ist also nicht richtig, daß der Stimme des Volkes nicht Rechnung getragen worden sei. Das notleidende Volk verlangt die Zusammenarbeit. Es ist Aufgabe der Parteien, die Zusammenarbeit so zu regeln, daß den Machtverhältnissen, wie sie den Parteien entsprechen, Rechnung getragen wird. Es ist auch nicht so, daß die CSU von der Wählerschaft einen überwältigenden Auftrag bekommen hat. Den haben wir gar nicht bekommen.

(Zuruf: Aber in Eichstätt!)

Nein! Wir haben 52% der Stimmen bekommen,

(Zuruf: Die absolute Mehrheit!)

2% mehr als die absolute Mehrheit. In der Zeit der Not müssen wir den sachlichen Gesichtspunkten Rechnung tragen. Ich bleibe dabei, was ich in einer Fraktionssitzung ausgeführt habe: Sie können beschließen, was Sie wollen, ein Teil unserer Abgeordneten bleibt nach wie vor seinem Gewissen verantwortlich, und einer Regierung, die in dieser Notzeit keine Koalitionsregierung ist, werde ich niemals meine Zustimmung geben.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Michel Horlacher* hat am Schluß sehr energisch gesagt, jeder Abgeordnete sei seinem Gewissen verantwortlich. Das gilt aber selbstverständlich für alle Abgeordneten, nicht nur für einen Teil.

Ich darf als nächstem Redner Parteifreund *Klenk* das Wort erteilen.

Klenk: Parteifreunde, meine Damen und Herren! Wenn ich mich heute entschlossen habe, das Wort zu ergreifen, dann nur deshalb, weil es mir tief in der Seele sitzt, mit Klammern eingegraben. Ein Jahr stehe ich nun als Kreisvorsitzender in der CSU, angefangen von den Gemeindewahlen bis zur letzten Wahl als alleiniger Vertreter der CSU im Landkreis Uffenheim. Ich stehe dort auf verwaistem Posten. Ich habe von niemandem und von keiner Seite Unterstützung, weder in finanzieller noch in praktischer Beziehung.

Als dann die Union mit überwältigender Mehrheit siegte, war es für mich ein Lohn meiner großen und vielen Arbeit, die ich im Interesse der Union geleistet habe. Ich habe im Laufe dieser Kampfzeit meine Arbeit niedergelegt und mich dabei finanziell nicht verbessert, sondern um die Hälfte verschlechtert. Am Krankenbett zu Hause habe ich nun in den letzten Tagen so viele Besuche bekommen, die mir immer wieder erklärt haben: Wie war es möglich, daß eine solche Regierung zustandekommen konnte, wie wir es im Radio hören und in der Presse lesen müssen? Was Du uns gesagt hast, können wir nicht mehr glauben. Wir fordern von Dir Rechenschaft. Ich lag als kranker Mann im Bett. Ich bin froh, daß ich im Bett war, denn sonst wäre ich umgefallen.

Ihr habt heute schon von meinem Vorredner aus Franken gehört, daß wir alle auf verlorenem Posten stehen, wenn nicht in absehbarer Zeit etwas Positives erreicht wird. Ich bin gestern mit Genehmigung des Arztes hierhergefahren. Ich bin überhaupt nur nach Augsburg gekommen, um hernach wieder innerlich überzeugt nach Hause gehen und meinen Wählern sagen zu können, was ich ihnen einstmals in den 73 Gemeinden in vier Wahlkämpfen allein ein Jahr lang vorgepredigt habe.

Ich stehe vor Ihnen als ehemaliger Marxist und jetzt überzeugter Christ, der in die Union gekommen ist in der festen Überzeugung, dem Marxismus mit seiner persönlichen Kraft entgegenzutreten. Ich stehe hier vor Euch als Mann der Christlich-Sozialen Union, als Sohn eines sozialdemokratischen Vaters, der von 1918 bis 1933 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei war. Ich habe mich durchgerungen. Ich mußte mein Vaterhaus wegen meiner christlichen Überzeugung verlassen. Ich kämpfe heute mit meinem letzten Blutstropfen. Ich glaube, wenn es vergebens ist, kann ich auch als Feind der Christenheit wieder aufstehen

(Zuruf: Oho!)

und sagen: Christenheit, Du hast mich betrogen.

Ich habe mich so darüber gefreut, daß alle evangelischen und katholischen Christen in der Union vereinigt sind. Heute muß ich mir sagen lassen: Wir als Evangelische wer-

den katholisiert. Nein, das darf nicht sein. Ich habe mich dagegen gewehrt und mich gefreut, sagen zu können: Nein, das erlebt Ihr von uns nicht. Denn die Union ist so stark, und was noch nicht ist, das wird noch.
Wenn heute der Vorsitzende das Schlußwort sprechen wird, so hoffe [ich] doch mit der Befriedigung nach Hause gehen zu können, daß ich nicht auf verlorenem Posten stehe, sondern daß all die Arbeit und Mühe nicht nur bei mir, sondern überhaupt in ganz Franken, in Oberfranken, in Mittelfranken und Unterfranken, nicht umsonst gewesen ist. Wir haben dort gekämpft wie die Löwen, wie echte bayerische Löwen. Wir können nicht von München allein aus Bayern betrachten, sondern wir müssen auch an die armen Menschen denken, die um ihr Dasein und um ihre christliche Idee kämpfen, und wir müssen sie ein wenig unterstützen.
Zur Personalpolitik der SPD darf ich Ihnen sagen: Bei uns haben sie alle Männer abgeschossen, die in der Union standen, nur mich allein nicht, weil ich vielleicht nicht so dick und fett bin, daß man mich greifen kann, weil man bei mir keine Parteinummer finden wird. Aber, meine Herren, man dichtet mir an, daß ich SS-Hauptmann gewesen sei, Parteimitglied mit der Nr. 2.000.000 usw. - Dieses Gerücht geht heute bei uns um, weil ich allein noch für die Union dastehe und sie mir als ehemaligem Sozialdemokraten nichts nachweisen und vormachen können. Das können sie nur ihren Wählern draußen weismachen. Ich bin von Kindheit an etwas anderes von den Sozialdemokraten gelehrt worden. Aus diesem Grunde bin ich ihnen auch heute ein Dorn im Auge. Einen Landrat haben sie uns abgeschossen. Wir haben den zweiten gewählt. Er ist im August gewählt worden, und heute ist er noch nicht da. Ein 79-jähriger Mann muß seine Arbeit machen. Er hat jetzt in diesem Winter einen Fuß gebrochen.
Ich stehe im Landkreis Uffenheim allein, und hier sind solche Zustände. Vierundzwanzigmal mußte ich nach München kommen und vierundzwangzigmal enttäuscht wieder nach Hause zurückkehren. Ich habe immer gekämpft, habe immer wieder Vertrauen gehabt, nachdem mir nach jeder Sitzung wieder ein Lichtstrahl ins Herz gefallen ist und ich beruhigt nach Hause gegangen bin und gesagt habe: Ich muß auf diesem Posten aushalten bis der Tag kommt, wo unsere Partei die Mehrheit hat. Heute hat sie sie. Was habe ich aber erlebt? Ein Fiasko, die traurige Mitteilung von dieser Kabinettsbildung.
Ich bin absolut nicht mit dieser Regierung einverstanden. Wie konnte es kommen, daß man gerade die wichtigsten Ministerien mit Männern der SPD besetzt? Die Sozialdemokraten schrieen draußen herum: In der Verfassunggebenden Versammlung haben wir uns durchgesetzt: Wir sind diejenigen gewesen, die die große Partei der Union über die Ohren gehauen haben usw. usw. Heute lächeln sie uns an und sagen: Auch hier haben wir wieder gesiegt, was wollt Ihr denn, ohne uns könnt Ihr nichts tun. Wir aber wollen beweisen, daß wir auch ohne sie durchkommen und unserem Volk in der großen Not helfen können. Denn da, wo die christliche Nächstenliebe ist, ist die wirklich soziale Tat und sonst nirgends. Mit bloßen Phrasen, mit denen sie draußen herummarschieren, können wir nichts anfangen. Wir wollen arbeiten. Es ist nicht gleichgültig, ob der oder jener den Pickel oder die Schaufel hat. Nein, wir müssen fragen: Wer hat das Werkzeug und wer arbeitet mit dem Werkzeug? Wir müssen schon um unserer Frauen und Mütter willen zu einer klaren Stellungnahme kommen. Ich weiß als junger Ehemann mit drei Kindern, wie man mir und meiner Familie Schwierigkeiten bereitet hat, die Kinder christlich zu erziehen. Ich habe mich auch hier durchgerungen. Auch jetzt stehe ich wieder kämpfend und schützend vor meinen Kindern. Sie sollen nicht mitmachen müssen, was ich in meinem eigenen Leben habe

mitmachen müssen. Und darum bin ich heute christlich, aber nicht nur ein Christ des Lippenbekenntnisses, sondern Christ der Tat. Dasselbe erwarte ich von der Christlich-Sozialen Union ein für alle Mal.
Ich möchte heute nicht heimgehen mit dem Bewußtsein, nun endgültig aufzugeben, sondern befriedigt und ruhig mit der Hoffnung: Die Union ist nicht auseinandergefallen, sie hat sich doch gefunden. Das soll mein einziger Wunsch sein. Ich will meinen Wählern sagen können: Habt Geduld, die Union steht trotz allen Anfechtungen und Bekämpfungen, die sie durchzustehen hatte.
Meine Herren, ich bin nicht vorbestraft, wie bei uns der Unterbezirksleiter der SPD, der 87 Monate Gefängnis und 116.000 Mark Geldstrafe hinter sich hat. Wer dirigiert aber bei uns? Dieser Mann mit diesem Leumundszeugnis. Und wir als anständige Menschen werden an die Wand geknallt, wie man es gerade braucht. Wir haben nichts zu sagen. Dabei stellen wir von 38 Kandidaten im Kreistag 32. Sie aber führen den ganzen Landkreis. Nirgends haben wir die Macht. Wir können hinkommen, wo wir wollen. Der Regierungspräsident ist SPD, der Innenminister ist SPD, nirgends bekommen wir Hilfe.
In dieser Not stehen wir heute. Wir müssen erwarten, daß wir endlich Hilfe bekommen und nicht dauernd diesen Angriffen ausgesetzt sind. Wir müssen erwarten, daß sich auch die Parteileitung einmal durchsetzen kann, wenn wir ihr das ganze Material übergeben.
Damit möchte ich schließen und nochmals die dringende Bitte an Sie richten: Seht die Union als Union, als Ganzes an. Laßt die großen Politiker, wenn sie nicht wollen wie das Volk will, von außen zuschauen, wie dann das Volk Politik macht. Denn wir sind heute Demokraten. Weil wir aber Demokraten sind, lassen wir uns nicht einfach als Jugend oder als Männer, die aus dem Volke kommen, an die Wand drücken. Das geht nicht. Man soll auf uns hören und nicht einfach sagen: Ihr versteht nichts, ihr seid noch keine Politiker usw. Ich war schon als Kind Politiker. Mein Vater hat mich dazu erzogen, die Wahrheit zu erfahren und nach der Wahrheit zu fragen.
Meine Herren, die Union soll stehen. Sie soll aber richtig stehen. Alle Persönlichkeiten der Union sollen sich nach der Mehrheit richten. Wenn sie mit dieser Mehrheit nicht durchdringen, sollen sie nicht glauben, daß sie durch irgendwelche Schiebergeschäfte durchdringen können. Das kann für die Union in der Zukunft nicht gut sein.
Aus diesem Grunde möchte ich zum Schluß sagen: Unionsmänner, seid Christenmänner und wirkliche Christen der Tat und helft unserem in Bayern so darniederliegenden Volk.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich sagen: Ich habe Parteifreund *Klenk* nicht unterbrochen, sondern länger als fünf Minuten reden lassen, weil ich weiß, daß er einer der aktivsten Mitarbeiter ist. Er ist Jungsozialist gewesen, wie er mir gesagt hat, und kam nach hartem inneren Kampf zur Union. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir gerade solche Männer, für die die Union wirklich zum inneren Erlebnis geworden ist, auch hören wollen. Ich weiß auch - und das muß ich ausdrücklich feststellen, damit nicht wieder hernach Märchenmeldungen auftauchen, als ob die Union einen SS-Hauptmann bei sich hätte. Es ist selbstverständlich eine Lüge, wenn das über *Klenk* behauptet wird. Er sagte es nur, um zu zeigen, mit welchen Mitteln in dem dortigen Bereich gekämpft wird. Es ist wahr, daß in Uffenheim, wo unser früherer Freund *Nerreter* war, der Kampf wirklich mit am bittersten im gesamten mittelfränkischen Bereich geführt wird.

Konrad: Wir haben heute Stimmungsbilder aus den verschiedenen Bezirken gehört. Wir haben persönliche Auseinandersetzungen und auch sachliche Argumente vernommen. Ich habe auf dem Parteitag darauf hingewiesen, wieviel Grund heute zum Mißtrauen gegenüber den Verlautbarungen der Presse besteht, was man in der Presse an Nachrichten als zuverlässig annehmen kann und was nicht. Ich habe die Beobachtungen gemacht, daß die gesamte Presse, soweit sie mir zur Verfügung stand, sehr häufig doch weitgehend einseitig informiert wird. Wir kommen hier zusammen und sind in der Hauptsache durch die Presse unterrichtet. Ich bin aber der Meinung: Wenn wir zu einer Tagung zusammentreten, müssen wir möglichst ohne Vorurteil einmal hören, was eigentlich gespielt wurde und wie die Dinge gelaufen sind. Ich habe persönlich den Eindruck, es wird viel mehr darauf ankommen, daß wir endlich erkennen: Mit Flügeln und Auseinandersetzungen allein können wir unserem Volk in der gegenwärtigen Zeit nicht dienen.

(Sehr richtig!)

Wir brauchen eine größere Linie, die das große Ganze sieht, die sieht, was unserem Volke heute not tut. Und da, glaube ich, ist es vor allem wesentlich, wenn gefragt wird, was wir draußen sagen wollen.

Wir sind alle von den Vorgängen nicht erbaut, sondern geradezu erschüttert. Aber das heute wiederholt aufzurühren, hat wenig Sinn. Wir werden hinausgehen und unsere Union nicht herabsetzen, sondern wir werden sagen: Es gibt zwei große Auffassungen, die eine Auffassung geht dahin, die Union hat aufgrund ihrer Mehrheit den Auftrag zu regieren. Die andere Auffassung aber vertritt den Standpunkt: In dieser ungeheuren Notzeit ist der Burgfrieden notwendig und müssen alle zusammenhelfen. Man kann bei gutem Willen jeder Ansicht einen gewissen Respekt und Achtung entgegenbringen. Wir haben den Streit um diesen Meinungskampf in den Vordergrund zu stellen. Das ist dann Politik, das andere kleinlicher Zank.

Ich will nicht näher darauf eingehen, ob es klug war, wenn schon eine Kommission mit dem Parteivorsitzenden, dem Fraktionsführer usw. beauftragt ist zu verhandeln, zwischendurch Leute zu hören und ihnen Auskunft zu geben, wie es z.B. der Herr Kollege oder Parteifreund *Haußleiter* berichtet hat. Ich habe den Eindruck, daß Verhandlungen sehr gestört werden, wenn zwischendurch verhandelt wird. In solchen Situationen können einfache Leute ihre Meinung äußern. Wer aber in der Nähe des Parteibüros ist, müßte sich Zurückhaltung auferlegen.

Aber auch darauf kommt es nicht entscheidend an. Da nun die Dinge etwas verfahren sind, muß gesehen werden, wie ein Ausweg gefunden wird. Nachdem der Fraktionszwang aufgehoben war, blieb nichts anderes übrig, als daß der einzelne nach seinem Gewissen urteilte. Es bleibt als demokratisches Ergebnis die Stellungnahme der einzelnen Abgeordneten übrig. Dabei bitte ich zu bedenken: In keinem Parlament der Welt kann allein von außen her bestimmt werden, wie sich in einer Lage, in der wir jetzt in Bayern und Deutschland stehen, der einzelne Abgeordnete verhält, ehe er alle Umstände kennt. Er kennt sie nur, wenn er im Parlament zusammen mit seinen Kollegen die Dinge durchberät und hört, wie es steht.

Ich komme zum Schluß, nachdem ja die Zeit beschränkt ist. Ich möchte nur darauf hinweisen, wie die Gesamtsituation ist. Ich halte es für unmöglich, daß wir hinaustreten und denjenigen, die die Union sprengen wollen, das Material bieten.

(Sehr richtig!)

Eine jede Entschließung muß so viel Vernunft und Verstand aufweisen, daß sie uns nicht selber das Grab gräbt. Sie muß so lauten: Wenn wir auch unsere Besorgnis und

Bedenken äußern, müssen wir aber den Mut und den Willen haben, zu dem Grundsatz zu stehen, der früher vertreten worden ist. Da sage ich: Wenn eine Dummheit wirklich gemacht worden ist, in Gottes Namen, dann machen wir sie gemeinsam.

(Zuruf: Nein! Lebhafter Widerspruch.)

Ich sage nicht den Weg. Es ist eine Geschichtsklitterung, wenn man der Bayerischen Volkspartei nachsagen wollte, sie hätte nicht ihr möglichstes getan. Da müßte man anfangen, von der Harzburger Front und von anderen Kräften zu sprechen. Darauf will ich nicht eingehen.

Ich will nur zum Schluß sagen, meine lieben Freunde: Es ist notwendig zu betonen, was uns zusammenführt und welch gewaltige Aufgabe die Union hat. Wir können dann weiter Stellung nehmen, wenn es nicht gelungen ist, das einigermaßen durchzuführen, was menschenmöglich ist.

Deshalb bitte ich unsere Parteifreunde, sich für die Geschlossenheit einzusetzen und nicht für die Zerfahrenheit, für die Einigung in der Union, damit sie der Aufgabe Rechnung tragen kann, zu der sie berufen ist.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde, es liegen noch 15 Wortmeldungen vor. Ich möchte vorschlagen, wenn Sie einverstanden sind, Parteifreund *Pfeiffer* vorher zu hören. Er käme an sich später daran. Ich würde bitten, daß er gleich jetzt spricht. Fassen Sie es nicht falsch auf! Ich will nicht unnötig kürzen, sondern nur insoweit, daß wir mit der Zeit durchkommen. Wir müssen zu Entschließungen klar Stellung nehmen. Wir können nicht auseinanderlaufen, ohne das zu tun, oder wir müssen beschließen, daß wir beisammenbleiben und morgen weitertagen.

Damit das klargestellt ist, darf ich fragen, ob die Parteifreunde der Meinung sind, daß wir morgen weitertagen sollen?

(Zurufe: Nein!)

Niemand ist dieser Meinung. Dann darf ich vorschlagen, daß jetzt Parteifreund *Pfeiffer* spricht. Ich würde vorschlagen, die Redezeit nach der Rede des Parteifreundes *Pfeiffer* weiter zu kürzen.

Ich bitte dann noch die Freunde, die eventuell Anträge stellen wollen, diese rasch einzureichen. Dann wird konkret zu den Anträgen und Resolutionen gesprochen, und jede andere Diskussion fällt weg. Vor allem bitte ich, das Thema Bayerische Volkspartei und dergleichen nicht zu behandeln. Es hat keinen Sinn. Eines aber darf ich sagen, weil Worte in diesem Sinne gefallen sind: Wenn wir weiter sprechen und Resolutionen fassen, hoffentlich kommt es nicht zum Bruderkrieg, denn Bruderkrieg ist immer der erbittertste Krieg. Beginnen Sie bei uns nicht schon jetzt, wenn die Resolutionen diskutiert werden, einen Bruderkrieg, den wir unter Aufbietung aller Kräfte vermeiden wollen.

Ich erteile Parteifreund *Pfeiffer* das Wort.

Dr. *Pfeiffer*: Meine Damen und Herren! Von dem, was sich bei der Bildung der neuen Regierung an Einzelheiten ergeben hat, ist, glaube ich, hinreichend gesprochen worden. Es obliegt uns jetzt die Pflicht, das tatsächliche Ergebnis noch einmal zu umreissen und dann aus den widerstrebenden Meinungen innerhalb der Union den Versuch zu machen, zu einer Schlußfolgerung für unser weiteres Verhalten zu kommen. Über das Ergebnis der Regierungsbildung, die in der Presse und im Radio noch nicht eingehend besprochen werden konnte, möchte ich folgende Feststellung machen: Aufgrund der Vorschriften der Verfassung, daß in jedem Ministerium ein Staatssekretär vorhanden sein muß, ergibt sich jetzt ein Gesamtbestand von 24 Personen, die die

Bayerische Staatsregierung bilden und die alle das gleiche aktive und passive Stimmrecht innerhalb der Regierung haben. Nach der Verfassung bestimmt der Ministerpräsident die Richtlinien der Politik. Der Ministerpräsident ist tatsächlich der maßgebende Mann. Von den 24 Mitgliedern der Regierung gehören 15 der CSU an, acht der Sozialdemokratie und eins der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung.
Über die einzelnen Ministerien ist zu bemerken: Bei der Frage des Innenministeriums, das wegen der Person des bisherigen Ministers der Sozialdemokratie besonders am Herzen liegt, wenn diese Überlassung an die Sozialdemokratie bestehen bleibt, hat sich eine wesentliche und grundsätzliche Änderung gegenüber der früheren Bedeutung ergeben. Die ganze Personalpolitik ist durch das dem Ministerpräsidenten unterstehende Landespersonalamt der bisherigen Einflußnahme durch das Innenministerium entzogen. Außerdem sind bei den Landräten doch auch die Kreistage maßgebende Faktoren.
Weiter soll nach der Koalitionsvereinbarung der politische Stellvertreter des Innenministers ein Angehöriger der CSU sein. Drittens ist es bei dieser Gelegenheit möglich gewesen, eine sehr positive Neukonstruktion dadurch vorzunehmen, daß die bisher über drei Ministerien verteilten Aufgaben des Bauwesens nun in einer großen Abteilung zusammengefaßt werden, die praktisch die Bedeutung eines Wiederaufbauministeriums hat und an deren Spitze Staatssekretär *Franz Fischer*, Angehöriger der CSU, stehen wird. Sie haben also die Tatsache, daß die Personalpolitik weitgehend dem Innenministerium entzogen wurde, daß der politische Stellvertreter des Innenministeriums ein Mann der CSU sein wird und daß der ganz große Komplex der Wiederaufbaufragen ebenfalls in unserer Hand sein wird. Wenn der von der CSU zu stellende Staatssekretär seiner Aufgabe wirklich gewachsen ist, dann ist die Bedeutung des Innenministeriums in sozialdemokratischer Hand ganz beträchtlich herabgemindert und erhebt sich nicht mehr über den Einfluß anderer Ministerien.
Zu dem zweiten Schmerz, dem Wirtschaftsministerium, darf ich noch bemerken, daß dort zwar ein Sozialdemokrat an der Spitze stehen wird, ein Mann der gemäßigten Richtung, dessen Entwicklungsgang bereits umschrieben ist, daß die beiden Staatssekretäre aber, und zwar sowohl der, bei dem die Planung liegt, wie auch der Mann der allgemeinen Wirtschaftsprobleme, aus den Reihen der CSU genommen werden. Es wird daher unmöglich sein, daß ein einzelner Wirtschaftsminister bei der Fülle der Aufgaben die Ziele verfolgen und insbesondere in die Tat umsetzen kann, vor denen wir mit Recht einen Abscheu haben.
Beim Sonderministerium, das mir ja besonders vertraut ist, darf ich noch darauf hinweisen, daß sich die Situation ganz grundsätzlich dadurch geändert hat, daß die Weihnachtsamnestie gekommen ist. Hier möchte ich das eine sagen: Ich betrachte sie als den großen Abschluß meiner Tätigkeit, weil meine ganze Arbeit ihrer Vorbereitung gedient hat. Ich darf hier in unserem Kreise diese Tatsache noch einmal feststellen.

(Unruhe, Widerspruch!)

Ich habe als Mitbeteiligter an der Abfassung des Gesetzes die Schwächen des Gesetzes sehr genau gekannt und habe dann nach Übernahme dieses Amtes mein Bestreben darauf gerichtet, auf der einen Seite den Nachweis gegenüber unserem amerikanischen Vertragspartner zu liefern, daß die Masse der zu erledigenden Arbeit einfach nicht bewältigt werden kann, wenn wir auch arbeiten, soviel in unseren Kräften steht.
Die Erhöhung der Zahl der Kammergerichte auf 360 hat das Ergebnis gehabt, daß unter meiner Amtsführung 70.000 Entscheidungen herbeigeführt, weit über 130.000

Fälle vorbereitet wurden, so daß ich dann in den maßgebenden Besprechungen auf die Arbeit von 200.000 genau durchgeprüften Fällen hinweisen konnte. Dadurch hatte ich den Beweis geliefert, daß es bei uns nicht am guten Willen fehlt und daß man mit den besten Mitteln einfach nicht durchkommt. Ich konnte nachweisen, daß die Kritik des Generals *Clay* im Länderrat auf unzureichenden Informationen beruhte. Das Endergebnis war, daß die drei Entnazifizierungsminister ungefähr zehn Tage vor Weihnachten nach Berlin berufen wurden und am Abend den vertraulichen Auftrag bekamen, für General *Clay* die Vorschläge für eine Amnestie auszuarbeiten, die 4-500.000 Fälle aus einer Gesamtzahl von drei Millionen in der Zone umfassen sollte. Ich habe innerhalb weniger Minuten formuliert, was heute die Amnestie des General *McNarney* geworden ist. Diese Amnestie nimmt im ganzen über eine Million Fälle in der US-Zone aus dem Verfahren heraus, erledigt sie kurzerhand mit dem Betreff "fällt nicht unter das Gesetz". Damit ist einerseits die Sorge für über eine Million Menschen herausgenommen und andererseits die Möglichkeit gegeben, mit dem aufgebauten Apparat die schweren Fälle wirklich so zu behandeln, wie es das Volksempfinden verlangt.

Wenn nun jemand in diese weitere Arbeit hineinkommt, der besonders programmatisch zu sprechen pflegt, dann soll er einmal zeigen, ob er etwas Gleichwertiges hinstellen kann, was ich in diesen sechs Monaten herbeigeführt habe.

(Beifall.)

Es wird Sie interessieren, daß im Gesamtergebnis aufgrund der Besprechungen mit dem offiziellen Vertreter von General *Clay* und *McNarney* nicht 4-500.000 Fälle, sondern weit über eine Million jetzt aus der Gefahrenzone heraus sind. Ich möchte hier noch betonen: Die Amnestie hat die Grundsätze der seinerzeitigen Jugendamnestie übernommen. Daher dieser dumme Ausdruck, es sei eine Erweiterung der Jugendamnestie. Es gelten dabei die gleichen Grundsätze, nämlich daß ein bestimmter Personenkreis als "nicht vom Gesetz betroffen" bezeichnet wird, und zwar der kleine Mann - das sind die Leute, die sozial-, invaliden- und krankenversicherungspflichtig sind und ein Einkommen bis zu 3600 RM haben -, dann auf meinen besonderen Vorschlag alle Kriegsversehrten, insbesondere die Kriegsversehrten mit 50 und mehr Prozent Beschädigung.

Man wirft mir gern meine Bezeichnung des Herrn *Gessner* als Jugendamnestiegewinnler vor. Auf meinen mit aller Schärfe immer wieder vertretenen Vorschlag wurde die eigentliche Jugendamnestie bis zum 1. Januar 1913 ausgedehnt, also bis zu dem Alter, in dem die Leute 1933 noch nicht wahlberechtigt waren. Das möchte ich festhalten, damit es hier keine Geschichtsfälschung gibt.

Im ganzen fasse ich meine Ausführungen zur Regierungsbildung wie folgt zusammen: Die Bedeutung des Innenministeriums ist wesentlich anders als früher. Im Wirtschaftsministerium ist unser Einfluß sehr stark verankert. Es kann dort keine sozialistische Wirtschaftspolitik getrieben werden. Im Sonderministerium ist zugunsten unserer Partei ein bedeutender großer Erfolg zu buchen. Es wird auch in wenigen Tagen die Stunde kommen, wo man in weiterer Öffentlichkeit diese Dinge erfahren wird. Im ganzen umfaßt das Kabinett 15 Angehörige der CSU, acht Sozialdemokraten und einen Mann der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung.

Nun kommt die parteipolitische Betrachtung der Dinge. Hier dürfen Sie mir nicht übelnehmen, wenn ich nicht allzuviel Sinn dafür habe, und zwar deswegen, weil ich seit 7. Juli 1945 mitten in der Arbeit stehe und weil mir und den anderen Leuten, die

zusammengearbeitet haben, alles auf den Nägeln brannte. Wir haben die Zeit durchgemacht, wo wir jede Woche 10 - 12.000 öffentliche Gewalttaten zu buchen hatten, wo man die Sicherheitspolizei aufbauen mußte, die Zeit, wo die Flüchtlinge hereinströmten und ich den Antrag auf Errichtung eines Flüchtlingskommissariats gestellt habe, wo während des ganzen Winters jeden Tag Dinge neu anzupacken waren.
Leider hatten wir nie Gelegenheit, auf den Landesversammlungen der Partei zu schildern, was wirklich gemacht werden mußte. Deshalb berührt es mich so peinlich, wenn wir jetzt immer wieder gesagt bekommen: Jetzt muß man arbeiten. Meine Damen und Herren, wir, die wir bisher in der Regierung saßen - es war keine Koalitionsregierung -, haben keinen Tag weniger als zwölf bis vierzehn Stunden gearbeitet. Wir haben die Probleme überhaupt erst soweit bringen müssen, daß andere Leute darüber reden können. Wir haben im Alltag alles schlucken müssen, was gekommen ist. Wir haben in einem ungeheuren Ruinenfeld und Chaos überhaupt erst einmal die ersten Aufräumungsarbeiten machen müssen.
Nun kommt die parteipolitische Behandlung der Frage, ob das Vorgehen, das gewählt wurde, richtig war oder nicht. Die Dinge innerhalb der Fraktion sind schmerzlich, das jetzige Ergebnis aber ist Tatsache. Nur ein Wort zur Frage der Koalition. Meine Damen und Herren, eine sofortige Durchprüfung aller Verhältnisse in den acht Ressortministerien hat ergeben, daß überall dort, wo man etwas Materielles braucht, die neue Regierung nein sagen muß oder höchstens einen Bruchteil von den Dingen geben kann, die das Volk sich von einer Änderung des Regierungskurses erwartet. Wenn wir eine Regierung der CSU, eine Mehrheitsregierung bilden, dann kommen ja alle Leute mit ihren Wünschen und ihrem Vertrauen zu uns. Wenn wir dann nicht genug Kohle, nicht genug Elektrizität, nicht genug Glas, nicht genug Baustoffe haben, dann sind wir die Leute, die versagen. So geht es auch mit den Messern und Löffeln, den Decken und Kaffeetassen für die Flüchtlinge, mit den Baracken und allen erdenklichen Dingen. Wir werden nur einen kleinen Prozentsatz von dem auf die Beine stellen und verteilen können, was überhaupt verlangt wird.
In wenigen Monaten wird es heißen: Die CSU hat versagt.

(Sehr richtig!)

Man wird nicht glauben, daß dort, wo nichts ist, auch der Kaiser das Recht verloren hat, sondern man wird nur sagen: Das Gesuch um Baustoffzuweisung ist abgewiesen worden, der hat sein Glas nicht bekommen usw. Zählen Sie sich einmal alles zusammen, was zu bekommen ist, so werden sie nicht mehr als 15-18% an Metall und Kohle erhalten können. Wir werden die Regierung sein müssen, die in Gesetzen und Verordnungen wird sehr viel nein sagen müssen. Dann ist es sehr viel besser, daß sich das nein über alle Parteien verteilt, als wenn es allein aus dem Munde einer Mehrheitsregierung der CSU kommt.
Das ist ein Vernunftgrund. Nun kommt noch etwas anderes: Es wird ein staatspolitischer Ausschuß gebildet. Ich erhoffe mir, da ich diese Dinge zu bearbeiten habe, davon eine große Unterstützung. Aber trotz allem wird es vielleicht interessant sein, wenn Sie erfahren, daß morgen vormittag um 10 Uhr die erste große Konferenz über die Fragen des Reichsaufbaus usw. stattfindet. Diese Dinge kommen von seiten der Partei etwas zu spät. Wir haben in den zehn Tagen, seitdem die Regierung besteht, alles Erdenkliche vorbereiten müssen, weil der Ministerpräsident [*Hans Ehard*] in der nächsten Woche verantwortlich über diese Dinge sprechen muß und weil der Vorsitz im Direktorium des Länderrats auf mich übergehen wird und wir die bizonalen Instanzen aufbauen müssen. Wir müssen das schon morgen und übermorgen machen.

Wenn Sie in diese Dinge jetzt mit einer Regierungskrise hineinkommen, wenn Sie eine Regierungskrise hinstellen, wo wir die bizonalen Organe aufbauen, den Länderrat umbauen, eine Reichsverfassung vorbereiten, die Wirtschaftseinheit Deutschlands bilden, Importe und ihre Finanzierung vorbereiten müssen, wo man an die Währungsreform herangeht und, meine Damen und Herren, wo wir den Friedensvertrag vorbereiten müssen, wo wir uns in allen Zonen Deutschlands verständigen müssen, damit die Stimme unseres Volkes zur Geltung kommt, wenn all diese Sachen gemacht werden müssen, dann kann man das nicht aus einer einzelnen Partei heraus tun. Wir wissen nicht, wie weit wir all diese Dinge beeinflussen können, aber es wird die Pflicht der Regierungen sein, auf die Verhältnisse in Deutschland hinzuweisen und die Unmöglichkeit von Dingen, die uns vielleicht zugemutet werden, zu umschreiben. All diese Dinge müssen von Woche zu Woche in der Gemeinschaft eines Ministerrates besprochen werden können. Von dort aus müssen die Verbindungen in alle politischen Parteien hineinlaufen. Deswegen braucht man eine Koalitionsregierung. Das waren die tiefsten Motive für diese Richtung der Politik.

Nun kommt die Frage: Was ziehen wir aus der für einen Teil von Ihnen unbefriedigenden Lösung für Schlußfolgerungen? Ich muß sagen: Ich bin in die Seele hinein erschrocken, als einer der Redner der Bezirksverbände davon sprach, daß man eine Brücke bauen, eine Verständigungsgrundlage schaffen soll, die aber nur in einer Änderung der beschlossenen Regierung gegeben sein kann. Andernfalls komme für viele unserer bisherigen Parteifreunde nur ein Ausscheiden aus der Partei in Betracht.

(Zuruf: Jawohl!)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie diese Lösung machen, machen Sie eine klare Lösung, eine Lösung, welche der Größe der Aufgaben entspricht, die auf uns gelegt sind. Sie können damit eine Regierungskrise herbeiführen. Sie können so viel Personen von den 104 Abgeordneten der Landtagsfraktion abziehen, daß sie nicht mehr stärker sind als die Sozialdemokratie. Dann ergibt sich von selbst eine Regierungskrise. Dieses Spiel der Regierungskrise können Sie vollkommen durchexerzieren, mit allen Mitteln der Parteitaktik. Der Parteitaktik wird aber dann die Pflicht zur Verantwortung gegenübergestellt werden, die durch die Wahlen auf die Schultern der Abgeordneten der Union gelegt worden ist. Denn stumm werden die Leute, die bereit sind, in dieser Notlage die Verantwortung zu tragen, in diesen Auseinandersetzungen dann auch nicht bleiben. Darüber müssen Sie sich auch ganz klar sein.

Es steht nun bei Ihnen, daß Sie für Ihre Person Schlußfolgerungen ziehen, die Sie vor Ihrem Gewissen verantworten zu können glauben. Die Leute, deren Auffassung ich wiedergebe, fühlen sich durch die Größe der Aufgaben verpflichtet, auch unter den kritischsten und peinlichsten Verhältnissen die Verantwortung zu tragen, bis dann durch einen Schritt einer Teilfraktion der CSU im Landtag ihrem parlamentarischen und politischen Wirken der Boden entzogen wird. Sie werden das in Ruhe zu tragen wissen, aber sie werden auch wissen, die Verantwortung für diese Dinge zu umschreiben.

Wenn Sie nun fragen, was gibt es für eine andere Möglichkeit, so habe ich darauf hinzuweisen, daß ein sehr bedeutender Teil der Verstimmung, die besteht, auf unzureichender Orientierung unserer Wählerschaft beruht.

(Sehr richtig!)

Man wird vielleicht - noch einen Augenblick - nicht mit allem an dieser Regierungspolitik einverstanden sein und sein müssen. Aber daß man jetzt das Rad nicht zurück-

drehen kann, ist selbstverständlich. Es wäre richtig, jetzt das Positive, das in dieser Regierungsbildung steckt, auszuwerten. Sie haben selbst heute die verantwortungsvollen Worte des neuen Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] gehört und konnten sich, soweit sie ihn noch nicht kannten, ein Bild von seiner Persönlichkeit machen. Es wäre also richtig, die Größe der Aufgaben, die die neue Regierung zu lösen hat, so wie das in der Regierungserklärung vor dem Landtag am 10. Januar zum Ausdruck kommen wird, in die breitesten Massen unserer Wählerschaft hinauszutragen und sie für die Mitverantwortung zu interessieren, ebenso wie das auch von anderer Seite geschehen wird.

Es wäre weiter möglich, daß man diese Aufklärung in der Weise organisiert, daß die südbayerischen Abgeordneten bereit sind, in Franken zu sprechen, und umgekehrt die Franken hier. Das hat man früher in anderem Zusammenhang auch schon gemacht. Ich möchte bemerken, daß in der neuen Regierung im bedeutenden Umfang Franken vertreten sind. Nach der personellen Seite sehe ich in der neuen Regierung nur einen einzigen Mangel: Die schlechte Vertretung von Schwaben.

(Zuruf: Sind wir gewohnt!)

Ich spreche hier sehr klar, sehr deutlich. Es liegt dem Ministerpräsidenten und seinen Mitarbeitern sehr am Herzen, daß das gesamte Bayernland, so wie sich der heutige Bayerische Staat präsentiert, zur verantwortlichen Mitarbeit herangezogen wird.

Das erste wäre also, die Aufklärung mit Hilfe der Parteiorganisation hinauszutragen, das zweite, daß man, wenn man sich verständigt hat, die Gesichtspunkte des einen Landesteiles dem anderen zugänglich macht und damit die Einheit dokumentiert. Das dritte wäre folgendes: Die Fraktion ist der Träger der parlamentarischen, politischen Aktivität. Was für ein Hindernis besteht, daß man in der Fraktion vereinbart, daß von den verschiedenen Richtungen sich acht oder zehn Leute zusammensetzen und alles, was die Regierung anpackt, noch einmal miteinander besprechen, damit man nicht in die Lage kommt, bei einzelnen Gesetzentwürfen oder einzelnen Maßnahmen vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden oder in der Fraktion ins Fallen zu kommen, bevor man sich vorher zusammengesprochen hat? Nur die Zusammenarbeit kann aufgrund der nun einmal gegebenen Umstände und Tatsachen das Problem sein. Wenn Sie diese Lösung wollen, so können Sie es nur in einer Resolution dartun, daß alle Bedenken, alle Einwendungen ausgiebig besprochen worden sind, daß man sich aber zum Schluß durch den Willen zur Einheit zu einer positiven, gemeinsamen Arbeit zusammengefunden hat und daß man infolgedessen die Regierungstätigkeit unterstüzen will.

Das ist die positive Lösung, die ich dem Landesausschuß zur Verfügung stelle. Wollen Sie sich nicht dafür entscheiden, dann bleibt nur die andere Lösung, die ein oder zwei Vorredner angedeutet haben, daß die Vertreter entweder bestimmter Bezirksverbände oder, überhaupt ohne Rücksicht auf Bezirksverbände, eine Reihe von Mitgliedern der Fraktion erklären, sie können die Regierungspolitik nicht decken. Dann bilden sie natürlich eine zweite Partei, weil die Regierungserklärung doch mit einem Vertrauensvotum oder einem Mißtrauensvotum beantwortet werden muß. Dann kommt am 10. oder 11. Januar die große Dokumentierung der Uneinigkeit der Union, nicht bloß in Personenfragen, sondern auch in sachlichen Fragen. Dann ist eine Entwicklung eingeleitet, die ich im Augenblick nicht überblicken und abschildern kann, die aber zu sehr weitgehenden Folgen führen wird.

Ich fühle mich verpflichtet, Ihnen das vorzutragen. Ich bin natürlich der Wortführer des Versuchs, zu einer Verständigung zu kommen. Ich möchte nur bemerken: An der

vorgeschlagenen Resolution des Kollegen *Haußleiter* ist ohne Zweifel das falsch, daß jetzt durch die gleichen Methoden wie im Jahre 1932 zur Schaffung einer Einheitspolitik gelangt werden sollte. Auf die anderen Dinge gehe ich bei meinen Ausführungen nicht ein.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Parteifreund *Pfeiffer*. Leider Gottes ist die Zeit so weit fortgeschritten, daß ich selbst bei Parteifreund *Pfeiffer* etwas drängen mußte. Es wäre mir lieber gewesen, er hätte sich schon früher zu Wort gemeldet.
Ich darf Parteifreund *Strauß*, der sich auch später gemeldet hat, noch das Wort erteilen. Er hat in meinem Auftrag an den Verhandlungen teilgenommen. Ich darf bei dieser Gelegenheit noch feststellen: Bevor Parteifreund *Pfeiffer* die Entnazifizierung behandelt hat, hat *Strauß* bereits im letzten Sommer einen Entwurf ausgearbeitet gehabt, den ich in Berlin eingereicht habe und der die Amnestie bis zum Jahrgang 1913 vorgesehen hat. *Strauß* ist sehr aktiv und wird mich in vielen Dingen in der Parteiarbeit vertreten.
Ich darf Parteifreund *Strauß* bitten, daß er jetzt noch etwas über fünf Minuten spricht. Nachher müssen wir rasch arbeiten. Bisher steht nur ein Antrag für eine Resolution. Sollte ein weiterer Antrag eingebracht werden, dann bitte ich, ihn sofort einzubringen, damit wir nachher konkret das Thema zu Ende bringen können.
Strauß: Meine Damen und Herren! Ich will Ihre Geduld nicht lange mißbrauchen. Der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] hat vorhin davon gesprochen, daß der Weg der sachlichen Arbeit oder der Weg des Personenstreites beschritten werden kann. Wir müssen es für uns selbstverständlich ablehnen, ganz gleich, ob wir einem Flügel angehören oder nicht, daß wir den Weg des Personenstreites beschreiten. Der Weg des Personenstreites ist der Weg zum Ende der Union. Aber auch auf der anderen Seite dieser Alternative, auf dem Wege der sachlichen Arbeit, kann man durchaus verschiedener Meinung sein. Die bange Frage, die sich uns heute aufdrängt, ist die Ungewißheit - ich darf offen sprechen, und ich bitte alle, es mir nicht übelzunehmen - ob bei der heutigen Zusammensetzung des Kabinetts eine eindeutig klare Unionspolitik, wie sie unsere Wählerschaft und auch unsere Nichtwähler wünschen, gesichert ist, ob eine klare Unionspolitik gerade in den entscheidenden Ministerien zustande kommen kann.
Als der Innenminister neuerdings in der Person des verflossenen und jetzt wiedererstandenen Herrn *Seifried* auftrat, haben wir eine bange Besorgnis erlebt. Eine Umfrage bei meinen Bürgermeistern und bei meinen Landratskollegen hat das gleiche ergeben. Hoffentlich hat der Herr Staatssekretär *Pfeiffer* damit recht, daß die bisherige unselige Personalpolitik der SPD im Innenministerium auf der einen Seite und unser Alleinstehen auf weiter Flur gegenüber dem roten Ministerialratskorps auf der anderen Seite nunmehr trotz des SPD-Innenministers im Innenministerium sein Ende gefunden hat.
Sie müssen sich darum im klaren sein, daß unsere Landräte, die zu 90% der Union angehören, unsere Bürgermeister, die in Bayern zu 80% Unionsmitglieder sind, gerade auch in der inneren Verwaltung einen eindeutig klaren Unionskurs brauchen und ihn wollen, um bestehen zu können.
Darf ich zur Frage des Wirtschaftsministeriums noch eines erwähnen. Der christlichsoziale Gedanke auch im Wirtschaftsleben, im sozialen Leben ist nicht erst im letzten Jahr geboren worden. Die christlich-sozialen Ursprünge reichen weit in das 19. Jahr-

hundert zurück. Es ist jetzt an der Union zu erweisen, ob es eine christlich-soziale Wirtschaftspolitik gibt oder nicht.
Wir haben vorher die beruhigende Versicherung bekommen, daß ja alle Fäden letzten Endes in der Hand des Herrn Ministerpräsidenten zusammenlaufen, auch wenn die Ressortminister einer anderen Partei, wenn auch einer Koalitionspartei, angehören. Herr Ministerpräsident, um so größer wird die Verantwortung sein, die auf das Kabinett und auf Ihre Leitung in diesem Kabinett fällt.
Ich spreche nicht als Vertreter einer Richtung. Ich spreche hier aus ernster, wirklich tief empfundener Besorgnis heraus. Wenn wir es jetzt in Bayern nicht zuwege bringen, die Richtigkeit des christlich-sozialen Gedankens auch im wirtschaftlichen Leben zu beweisen, dann wird der christlich-soziale Gedanke abgewirtschaftet haben. Wir müssen deshalb mit allem Nachdruck fordern, daß in der Wirtschaftspolitik auch unter dem SPD-Wirtschaftsminister - zur Person kann und will ich hier nicht Stellung nehmen - sich nunmehr eine Änderung auch im Interesse unserer Bauern ergibt. Es muß die Lebensfähigkeit des christlich-sozialen Wirtschaftsgedankens erwiesen werden. Damit, daß im Wirtschaftsministerium einfach weiter gewirtschaftet wird wie bisher und daß die Dinge so recht und schlecht fortgetragen werden, ist es nicht getan.
Wir müssen uns vor allen Dingen darüber im klaren sein, daß unser Volk heute verlangt, daß nicht wieder und nicht weiterhin ein großer Teil unserer Produktion, vor allen Dingen der Baumittelproduktion, nebenhinausgeht wie bisher und durch schwarze Kanäle wandert. Als Landrat oder Bürgermeister weiß man am besten, daß 70% aller genehmigten Baugesuche mit schwarzem Material gebaut werden. Wenn man als Verwaltungsmann eingreift, wandert das Material einfach in den nächsten Kreis, und es wird dort gebaut. Hier muß gerade im Interesse unserer Landwirtschaft, unserer ehrlich arbeitenden Bevölkerung, vom neuen Wirtschaftsministerium ein grundlegend anderer Kurs eingeschlagen werden.
Am tiefsten ist unsere Besorgnis zum Ausdruck gekommen, gerade weil wir draußen tagtäglich merken, wie die Not und die Sorge an uns herangetragen w[erden], als uns überraschenderweise in der Gestalt des Herrn *Loritz* ein neuer Sonderminister entstand. Wir erwarteten nach den Koalitionsbesprechungen, daß Herr *Loritz* vielleicht das Verkehrsministerium übernehmen würde. Herr Ministerpräsident *Ehard* hätte ruhig auf die 14[5] Stimmen der WAV in einem Konzentrationskabinett verzichten können und hätte nicht den Handel mit der WAV einzugehen brauchen. Vor allen Dingen - ich drücke hier meine Meinung aus - durften wir nie und nimmer einem Herrn *Loritz* das Sonderministerium übergeben. Vielleicht haben wir dabei noch Glück gehabt, nachdem er sich bereits bei seiner ersten Rede so verrannt hat, daß er heute von beiden Seiten her angeschossen wird, von den Nazis und den Nichtnazis, von den Nichtnazis wegen Nazifreundlichkeit und von den Nazis wegen Enttäuschung ihrer Erwartungen.
Vielleicht haben wir dabei noch Glück gehabt. Ich habe die eine Besorgnis, und ich spreche es ganz offen aus. Ich fürchte - vielleicht kann die Besorgnis zerstreut werden, es müßte erst bewiesen werden -, daß Herr *Loritz* die Machtposition, die ihm auch Polizeivollmacht gibt, dazu benützen wird, um politische Gegner abzuschießen. Er wird nunmehr Zutritt haben zu allen Akten, zu allen Dokumenten, zu allen Meldebögen, zu allen Fragebögen. Ich urteile nur nach dem wenigen, was ich weiß. Wenn er es fertigbringt, einem eigenen Parteifreund, der seine Partei verläßt, mit politischer, per-

[5] Tatsächlich hatte die WAV 13 Mandate.

sönlicher und sogar noch familiärer Vernichtung zu drohen, was muß er erst bei diesem künstlichen Konzentrationskabinett mit seinen politischen Gegnern beabsichtigen, wenn es ihm paßt. Hier müssen wir gerade den Herrn Ministerpräsident [*Hans Ehard*] bitten, besonders auf dieses Ministerium bedacht zu sein.

(Zuruf: Dann muß er heraus aus dem Kabinett!)

So leicht werden wir ihn nicht mehr herausbringen.

(Zuruf: Wäre schon recht!)

Vielleicht wäre es ganz gut gewesen, wenn unter ihm bloß ein paar Züge zusammengestoßen wären. Das wären zwar schmerzliche Unglücksfälle gewesen. Man könnte es aber noch leichter verschmerzen als das andere. Ich befürchte nach den Äußerungen des Herrn Staatssekretärs *Pfeiffer*, daß Herr *Loritz* versuchen wird - und hier müssen wir auch entgegentreten -, die Lorbeeren für die neue Amnestie auf sein eigenes Konto zu buchen und nicht auf die stille Arbeit, wie sie vorher Dr. *Pfeiffer* geschildert hat und auf die monatelangen Vorbereitungen und Arbeiten, die Dr. *Pfeiffer* als Staatsminister geleistet hat. Ich habe beinahe das Gefühl, als ob Staatsminister *Pfeiffer* um einen Erfolg seiner Arbeit betrogen werden soll. Das müssen wir als Parteifreunde der Union mit allem Nachdruck auch draußen verhindern.

Wir haben doch erlebt, daß infolge des Saustalls, den der Staatsminister *Schmitt* organisatorisch und technisch hinterlassen hat, Staatsminister *Pfeiffer* den Gang der Entnazifizierung durch Einschaltung von Sicherheitsmaßnahmen etwas verlangsamen mußte. Es ist ihm gar kein Vorwurf zu machen. Das Volk aber hat die Verlangsamung z.B. durch die Errichtung des Kassationshofes als Erschwerung empfunden. Jetzt ist der entscheidende Schlag gelungen, daß 60% aller Personen überhaupt aus dem Gesetz herausfallen. Und das unter einem *Loritz*!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe nur noch zwei kurze Punkte zu behandeln. Es muß noch die Frage entschieden werden: Wie geht der Weg der Union in der Fraktion und in der Partei weiter? Wenn wir eine gewöhnliche politische Partei wären, in der so gewaltige Spannungen auftreten, wie es bei uns der Fall ist, dann müßten wir klare Linien ziehen und verlangen, daß hier Schluß gemacht wird und die Fronten sich scheiden und die verschiedenen Flügel sich eben auch in verschiedene Lager aufspalten.

Ich kann nach reiflicher Überlegung und Prüfung mir selbst und meinem Gewissen gegenüber dieser Entwicklung trotz allem, was dafür sprechen würde, nicht das Wort sprechen. Denn wir stehen unter einem größeren Gesichtspunkt. Wir stehen unter einem Zwang auch unseres Gewissens. Es ist schon oft ähnliches gesagt worden, aber wir müssen uns doch einmal ganz klar darüber werden, daß wir den Namen unserer Partei verflochten und verknüpft haben auch mit dem Begriff des Christentums. Wenn unsere Partei zerbricht, zerfällt auch äußerlich in seinen Audrucksformen, zwar nicht im Glauben, aber in seinen Erscheinungsformen, in seinen Wirkungsformen das Christentum in uns. Hier müssen wir uns unserer Verantwortung vor Gott bewußt sein. Man soll das Wort Gott nicht leicht in den Mund nehmen, aber hier muß es geschehen.

Wir haben hier eine große Verpflichtung. Wir handeln hier unter dem Zwang des Gewissens. Daher müssen wir heute einen Weg finden, wie wir als Partei und Fraktion vor der Wählerschaft aus dieser Lage herauskommen, die durch Unverstand und Einseitigkeit geschaffen worden ist.

Herr Staatssekretär *Pfeiffer* hat vorhin von der Zusammenarbeit gesprochen, die Platz greifen soll. Vielleicht hätten wir uns an jenem Wahlsamstag die Zusammenarbeit noch gründlicher vorher überlegen und länger zusammenbleiben sollen. Vielleicht wären dann die Telefongespräche, die zwischen Union und SPD angeblich gewechselt worden sind, nicht notwendig gewesen. Sie sind überhaupt nicht notwendig.
Es ist ein untragbarer Zustand, meine Herren, daß eine wirkliche politische Arbeit innerhalb der Partei fast unmöglich geworden ist, weil immer nebenhinaus interfraktionelle Besprechungen stattfinden. So kommen wir ja überhaupt zu keiner praktischen Lösung. Denn bevor es selbst die engsten Parteifreunde wissen, taucht es bereits im Münchner Mittag auf, wie wir es bei der letzten Regierungsbildung erlebt haben.
Mein Vorschlag zur Lösung dieser Frage: Es wird bei der jetzigen Spannung innerhalb der Union nicht möglich sein, daß sich die ganze Fraktion geschlossen in allen Entscheidungen hinter das Kabinett stellt. Vielleicht ist der Vorschlag von Staatssekretär *Pfeiffer* anzunehmen, daß beide Flügel in intensiven Besprechungen alle Fragen der Regierungspolitik behandeln. Aber jeder Abgeordnete der Union wird seinem Gewissen verantwortlich bleiben.
Was die Partei anbetrifft, so wäre hier zu verlangen, daß endlich einmal auch die Ausschüsse der Partei zu einer praktischen Arbeit kommen und nicht nur zu theoretischen Erörterungen, die hernach in Resolutionen theoretisch-akademischer Art ihren Niederschlag finden. Wie wäre es damit, wenn unsere Minister und unsere Staatssekretäre die Linie der Unionspolitik zusammen in Besprechungen und Arbeitsgemeinschaften mit den Ausschüssen niederlegen und wenn dadurch auch die Regierungspolitik äußerlich sichtbar von der Union als solcher bestimmt wird und nicht von einem Kabinett, das als Unionskabinett von weiten Kreisen unserer Wählerschaft vielleicht als fraglich bezeichnet wird. Wenn wir dann Erfolg haben, wird es auch ein Erfolg für unsere Partei sein.
Ich möchte die Herren von der Regierung und unsere Parteifreunde ernstlich bitten, sich das sorgfältig und genau zu überlegen und nicht auf Kompetenzabgrenzungen zu achten, sondern den Weg der Zusammenarbeit zu finden. Wir können es uns vor Gott und unserem Gewissen nicht leisten, die Union zerbrechen zu lassen, trotz der Äußerungen meiner Freunde aus Franken, mit denen ich sonst vollkommen einig bin.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Nun darf ich zunächst an Sie wieder mit der Uhr in der Hand eine Frage richten: Wie lange können Sie noch hier bleiben?

(Zuruf: Schluß!)

Es sind noch 15 Redner gemeldet. Ich bitte um Ruhe. Wer von den Rednern beabsichtigt, einen Antrag zu stellen, den bitte ich, sich jetzt zu melden.

(Dr. *Rindt* meldet sich.)

Dr. *Schlögl*: Ich habe mich auch gemeldet. Ich habe auch einen Antrag.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es liegen also drei Anträge vor. Darf ich die Redner bitten, ihre Anträge in drei Minuten zu begründen. Ich will spätestens in 20 Minuten über die Resolutionen abstimmen lassen. Wenn die Anträge eingebracht sind, werde ich kurz die Probleme noch einmal aufreißen und dann abstimmen lassen.
Als nächster Redner hat sich Dr. *Schlögl* gemeldet.

Dr. *Schlögl*: Es ist heute sehr viel von der Regierung gesprochen worden, nach meinem Dafürhalten aber viel zu wenig von der Tatsache, daß die Volksvertretung die Regierungsarbeit nicht bloß kontrolliert, sondern auch in erster Linie beeinflußt. Wir haben heute immer noch unsere 104 Abgeordneten. Wenn diese 104 Abgeordneten einig sind

(Widerspruch, Heiterkeit.)

- Sie lachen schon dazu -, dann kann die Regierung ausschauen wie nur immer, wir haben dann die Möglichkeit, die Regierungspolitik maßgebend zu beeinflußen. Der Abgeordnete ist bekanntlich nach der Verfassung an keine Weisung und an keinerlei Anträge gebunden. Aus diesem Grunde halte ich es auch für sehr bedenklich, wenn heute der Landesausschuß eine Entschließung annehmen würde, wie sie uns vom Kollegen *Haußleiter* vorgelegt worden ist. Was nützt uns diese Entschließung? Sie gibt den Abgeordneten absolut keine Weisung. Sie hat nur die Bedeutung, nach außenhin den Zustand der Uneinigkeit der Union wieder neu aufzureißen. Sonst hat sie keine Bedeutung. Wollen wir uns ewig die Köpfe einschlagen? Es ist absolut nicht notwendig.
Meine lieben Freunde! Ich weiß nicht, wer mehr Schuld hat. Ich will eines sagen, was *Müller* so gut wie ich weiß: Ich war einer der Mitentdecker des Kollegen *Müller*, wenn wir uns momentan auch nicht so sehr lieben. Wir haben uns einmal geliebt, und es müßte doch möglich sein, daß wir einmal einigermaßen zu einer Vernunftehe kommen. Ich verlange gar keine Neigungsehe mehr. Dazu sind die Gegensätze zu tief. Sollte es wirklich nicht möglich sein, daß die 104 Abgeordneten die Regierung *Ehard* stützen, dann, meine Frauen und Herren, stehe ich auf dem Standpunkt des Herrn Kollegen Dr. *Kroll*, der erklärt hat: Na gut, dann trennen wir uns, und es arbeitet dann jede Fraktion intensiv im Interesse des Volkes. Dafür sind wir Abgeordnete.
Wollen Sie heute die Verantwortung übernehmen, daß eine Regierungskrisis kommt?

(Zuruf: Ja!)

Eine Regierungskrise in einem Augenblick, in dem die großen Probleme des Volkes und Vaterlandes auf dem Spiele stehen? Das können Sie gar nicht wollen. Es ist ganz unmöglich. Infolgedessen bitte ich Sie dringendst, daß wir vernünftig die Dinge betrachten und nicht leidenschaftlich. Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, folgende Resolution anzunehmen:

> Der Landesausschuß der CSU hat ausführlich alle Probleme erörtert, die sich aus der Regierungsbildung ergeben haben. Er erklärt sich jedoch trotz aller schweren Bedenken bereit, die Regierung des Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* zu unterstützen im Interesse des Volkes.

In dieser Entschließung ist alles enthalten, was Sie wünschen. Die großen Bedenken sind zum Ausdruck gekommen. Aber die Kluft der Union ist nicht wieder nach außen hinausgetragen. Es gibt sonst bloß wieder eine Zeitungsschreiberei. Die Abgeordneten werden noch verzagter, als sie ohnedies schon sind. Sie erreichen praktisch nichts. Darum bitte ich Sie: Sind wir einmal einig und leisten wir einmal praktische Arbeit im Landesausschuß.
Neumann: Meine Damen und Herren! Ich glaube, auf eine weitere Stellungnahme zu meiner Resolution verzichten zu können, da heute diesbezüglich genügend diskutiert wurde. Auf jeden Fall fühle ich mich verpflichtet, nachdem ich die Einstellung der

nordbayerischen Wähler und besonders die der Oberpfalz, die heute schon wiederholt ausgedrückt wurde, sehr gut kenne, folgende Resolution vorzulegen:

In eindeutiger Wahrung der Grundsätze der christlich-sozialen Politik und nach eingehender Erörterung der Vorgeschichte und Hintergründe, welche zur Bildung des Kabinetts *Ehard-Hoegner-Loritz* geführt haben, wie auch in Würdigung der im Zusammenhang mit der Regierungsbildung entstandenen und immer weiter um sich greifenden Empörung weitester Kreise der bayerischen Bevölkerung beschließt der Landesausschuß der Chrstlich-Sozialen Union:

1. Der Landesausschuß lehnt das Kabinett *Ehard-Hoegner-Loritz* ab, da entgegen dem klaren, in den Eichstätter Entschließungen ausgedrückten Willen der Partei dieses Kabinett nicht geeignet erscheint, das christlich-soziale Programm der Union zu verwirklichen.
2. Aus den gleichen Gründen mißbilligt der Landesausschuß auf das Schärfste das Verhalten jener Abgeordneten, die für das Kabinett *Ehard-Hoegner-Loritz* mitverantwortlich sind.
3. Der Landesausschuß erblickt in den Vorgängen, die zur Regierungsbildung geführt haben, einen Verrat an den Grundsätzen der Partei und den Wählern und fordert deshalb, daß gegen die maßgebend beteiligten Persönlichkeiten, auf denen in erster Linie die Verantwortung liegt, wegen parteischädigenden Verhaltens sofort ein Schiedsgerichtsverfahren eingeleitet wird.

Meine Damen und Herren! Ich halte es nicht für ratsam, wenn wir heute auseinandergehen, ohne eine klare Stellungnahme zu den Vorgängen, die zu dieser Empörung in der breiten Öffentlichkeit geführt haben.

Dr. *Rindt*: Meine Freunde! Ich bitte, mich jetzt in diesem Augenblick nicht als Abgeordneten und Bezirksvorsitzenden von Schwaben oder Augsburg zu betrachten, sondern rein in meiner Stellung als Mitglied der CSU und als Wähler. Ich möchte vor allen Dingen Parteifreund *Horlacher* gleichzeitig sagen, daß ich das, was ich jetzt sage, nicht als Angehöriger irgendeines Flügels sage - eine Bezeichnung, gegen die ich mich persönlich immer gewehrt habe -, sondern nur deshalb, weil ich mich meinem Gewissen verantwortlich fühle.

Meine Freunde! Wir haben heute viel geredet, und jeder ist so ziemlich bis auf wenige Ausnahmen um den Brei herumgegangen. Am Anfang sah die Stimmung nach Spaltung der Union aus. Dann sind die Gemüter müde geworden. Nun höre ich sehr versöhnliche Töne. Ich möchte dazu folgendes sagen: Ich bitte, aus meinem Herzen keine Mördergrube machen zu müssen, auch wenn ich dem einen oder anderen weh tue. Mir geht auf der politischen Ebene die Union über alles,

(Sehr gut!)

und zwar deshalb, weil für mich die Union in Bayern das bedeutet, was Bayern in Deutschland und Deutschland in Europa ist, nämlich der Garant einer christlichen Linie von unten nach oben.

Darum stehe ich persönlich auf dem Standpunkt: Die Union muß stehen. Ich glaube, daß wir infolgedessen die ganzen Sachverhalte, wie sie gegenwärtig sind, sehr realistisch betrachten müssen, um eines zu retten: Die eigentlich christliche Linie der CSU und damit die Linie, von der ich gesprochen habe.

Eine realistische Betrachtung besagt folgendes: Punkt eins - ich bitte noch einmal ganz offen sein zu dürfen: Der größte Teil unserer Wählerschaft ist dem Kabinett ge-

genüber ablehnend oder empört. Jawohl! Das bedeutet, daß wir dieser Stimmung der Wählerschaft in irgendeiner Form Rechnung zu tragen haben.
Punkt zwei: Daraus ergibt sich für uns eine Situation der Spannung in der Partei und in der Fraktion. Möglichkeiten gibt es in erster Linie zwei: Entweder Spaltung oder Opposition. Eine Unterabteilung von Spaltung bedeutet Opposition innerhalb der gleichen Regierungspartei, es bedeutet hier Regierungspartei-Flügel und dort Oppositions-Flügel.
Meine Freunde! Ich habe zu dem ersten Punkt bereits Stellung genommen. Für mich persönlich kommt eine Spaltung der Union überhaupt nicht in Frage.

(Beifall.)

Nun zum Punkt Opposition: Ich bitte Euch, Freunde, erinnert Euch! Wir haben jetzt Monate hindurch immer wieder Flügel gegen Flügel, Person gegen Person gekämpft. Was hat darunter gelitten? Die sachliche Arbeit.

(Sehr richtig!)

Wollen wir diesen Kampf von Person zu Person oder von Flügel zu Flügel ausweiten in einen Kampf einer Opposition der CSU gegen einen Regierungsflügel in der CSU? Das bedeutet in Zukunft, daß wir uns zerfleischen werden.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, daß wir auf dieser Basis auch aus einem anderen Grunde nicht weiterkommen. Wir stehen der Tatsache dieses Kabinettes gegenüber mit allem Vorbehalt, auch ich persönlich. Eine Opposition müßte eine schöpferische Opposition sein, das heißt mit anderen Worten, unsere Ausschüsse müßten, wie es heute - bitte, lieber *Horlacher*, ohne Aussprache zwischen *Müller* - von *Müller* angeregt worden ist, neu eingerichtet werden, sie müßten weiterhin in einer Weise intensiv arbeiten, daß die gesamte Regierung - SPD, WAV und der Flügel der CSU - gewissermaßen immer um Nasenlänge und Pferdelänge durch Gesetzesvorlagen oder durch sonstige Anträge geschlagen werden. Ich glaube aber, Freunde, daß in diesem Augenblick, wo Opposition und Regierungsflügel in einer Partei sind, soviel Kraft für Propaganda eines jeden sogenannten Flügels und für sonstige Dinge, die noch in Frage kommen, aufgewandt wird und werden muß, daß sich die gegenseitigen Gegensätze nur noch verschärfen würden und von einer schöpferischen Opposition auch von Seiten der Opposition überhaupt nicht mehr die Rede sein kann.
Infolgedessen glaube ich, aus meiner ehrlichen Überzeugung heraus etwas anderes vorschlagen zu müssen. Sie können dazu selbstverständlich Stellung nehmen, wie Sie wollen. Ich bin mir bewußt, daß ich in dieser Frage genauso wieder wie in der Frage des Staatspräsidenten in etwa ein enfant terrible bin. Aber trotzdem muß es gesagt sein. Ich glaube, daß wir, ganz gleich wie wir uns zu diesem Kabinett stellen, es uns nicht erlauben können, ein bisher vorwiegend SPD-bestimmtes Kabinett mindestens ein halbes Jahr oder ein Jahr lang ungehemmt SPD-Politik in einflußreichen Ministerien machen zu lassen. Ich glaube, daß wir die Verpflichtung haben, trotz dieses Kabinettes und, Freunde, sogar in diesem Kabinett erst recht CSU-Politik durchzuführen.

(Sehr gut!)

Es ist meine felsenfeste Überzeugung, daß wir diese Verpflichtung haben. Mit anderen Worten:

(Zuruf: Wenn wir einig sind, können wir es auch!)

Die Einigung ist schnell da, wenn wir alle guten Willens sind, wenn heute, am Anfang des Jahres, noch die Weihnachtsbotschaft in den Herzen besteht.

(Sehr gut! Starker Beifall.)

Darum schlage ich als selbst mich wählender Mittelsmann zwischen den beiden Flügeln vor: Ich weiß, wir können das Kabinett wegen der Auslieferung der Schlüsselministerien hauptsächlichster Natur an die SPD nur mit irgendwelchen Schmerzen betrachten. Dabei ist von Schuld usw. jetzt gar keine Rede. Was vergangen ist, muß ausserdem vergangen sein. Wir müssen mit der Gegenwart und Zukunft rechnen.
Wir müssen folgendes machen: Erstens, wo noch Stellen in diesem Kabinett oder sonst frei sind, müssen erstens einmal Leute der CSU hin und zweitens - und da bitte ich die Freunde, die jetzt schon im Kabinett sind und sich zum Teil vielleicht als einen gewissen Flügel betrachten, das richtig zu verstehen -, Ihr müßt dafür sorgen, daß gerade auch in die freien Stellen Leute des anderen Flügels kommen, die jetzt in Opposition stehen.
Ich mache mich nun nicht zum Sprachrohr irgendeiner Gruppe, sondern spreche auch nur aus meinem persönlichen Erfassen der Situation heraus, wenn ich eine Art von Bedingung ausdrücke. Ich bitte, mich recht zu verstehen. Ich glaube, wir haben vorhin von Koalition gesprochen. Bei Koalitionen werden gegenseitig in irgendeiner Form Bedingungen gestellt. In diesem Sinne könnten wir zu einer Einheit kommen, nicht nur in der Regierung, sondern auch in der Fraktion und in der Partei.
Dazu kommt folgendes: Der Gedanke unseres Landesvorsitzenden, der vorhin schon versöhnlich in dieser ganzen Sachlage aufgeklungen hat, der - ich wiederhole, ich habe nicht mit ihm darüber gesprochen - vielleicht aber auch von unserem lieben *Horlacher* falsch verstanden wurde, die Neubildung der Ausschüsse muß in der Partei bis dort hinaus intensiviert werden. Es muß aufgrund der Ausschußarbeit ein inniges Zusammenarbeiten zwischen Partei und Fraktion kommen. Die Fraktion muß sich der gesamten Vorarbeiten dieser Ausschüsse der Partei bedienen und bedienen können.

(Sehr richtig!)

Wenn wir eine richtige Ausschußarbeit leisten und wenn wir so im Kabinett und in der Fraktion zusammengehen, dann - entschuldigen Sie bitte den harten Ausdruck - soll es mit dem Teufel zugehen, wenn wir nicht einig werden.
Dann etwas anderes: Es ist selbstverständlich, daß die Menschen, die an die freien Plätze kommen müssen, worin wir alle einig sind, Menschen von Charakter und Format zu sein haben. Denn ich sehe - und jetzt bin ich wieder das enfant terrible - nochmals eine Gefahr. Wenn ich als Sozialdemokrat im Kabinett wäre, würde ich versuchen, alles mit der Drohung durchzudrücken: Wenn Du nicht willst, was ich will, steige ich aus der Koalition aus und lasse Dir die Verantwortung allein. Ich bin überzeugt davon, daß diese Drohung immer wieder kommt. Aber unsere Leute, angefangen vom Ministerpräsidenten *Ehard* bis zum letzten Staatssekretär müssen dann wirklich zusammenstehen und die Kraftprobe auch durchhalten. Das ist notwendig. Das können wir nur, wenn wir die Persönlichkeiten haben und auch zahlenmäßig im Übergewicht sind.

(Zuruf: Und einig sind!)

Daß wir einig sind, ist ganz selbstverständlich.
Ich bin gleich fertig.

Seien wir aber überzeugt: Das ist der einzig gangbare Weg, die Union zu halten. Machen wir hier Geschichten oder das nächste Mal in der Fraktion, dann habe ich, so wahr ich hier stehe, das letzte Mal in der Union gesprochen. Dann zerfällt nämlich die Union wirklich. Wir müssen uns also vollständig darüber klar sein: Was *Müller*, was *Ehard*, was *Pfeiffer* gesagt haben, es ist die letzte Minute, um es so auszudrücken, die Union als Union zu halten. Ich glaube, es ist die eigentliche Kriegskunst auch im Parteienleben, daß man aus einer echten oder scheinbaren Niederlage in Strategie und Taktik einen Vorteil und sogar vielleicht auf längere Sicht einen Sieg herausholt. Das müssen wir tun, sonst [sind] wir keine Politiker.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Parteifreund *Kroll* hat das Wort.

Dr. *Kroll*: Liebe Parteifreunde! Als ich heute das erste Mal nach der Mittagspause zu Ihnen sprach, habe ich bestimmt in dem festen Willen gesprochen, der Union den Weg zu ebnen, auch von Franken her. Ich darf sagen, daß die starke persönliche und gefühlsmäßige Anteilnahme am Willen zur Einigung, die unser Parteifreund *Rindt* ausgesprochen hat, auch uns aus dem Herzen gesprochen ist. Ich möchte betonen, daß, wenn ich hier eine Nuance anders rede, es sich nicht darum handelt, einen Weg der Einigung zu zerschlagen, sondern nur ganz nüchtern die Bedingungen aufzuzeigen, die erforderlich sind, damit das geradegebogen werden kann, was geradegebogen werden muß, damit wir in der Lage sind, hinter diesem Kabinett zu stehen.

Liebe Freunde! Ich kann von dem, was ich heute gesagt habe, nicht ein Jota abstreichen, insofern als ich erklärt habe: In Franken ist ein Kabinett mit einem sozialdemokratischen Innenminister, einem sozialdemokratischen Arbeitsminister, einem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister, einem sozialdemokratischen Justizminister untragbar.

(Sehr richtig!)

Ich kann davon kein Jota abstreichen, aber ich bitte folgendes zu bedenken: Zwei Ministerien müssen ausgewechselt werden, und dann sind wir bei Euch. Wechselt das Innenministerium und das Wirtschaftsministerium aus. Das ist die unabdingbare Forderung Frankens.

(Bravo!)

Unter dieser Voraussetzung - und das könnt Ihr klar erkennen - stehen wir zum Willen der Union. Aber mit dem jetzigen Kabinett können wir uns nicht zeigen. Es liegt an Euch. Wenn wir uns einigen, haben wir absolut die Majorität und können das durchdrücken. Ich bin überzeugt, daß das auch die SPD verstehen wird. Freunde, bedenkt, in Hessen hat die kleine CDU, von Mehrheit gar keine Rede, das Wirtschaftsministerium, das Arbeitsministerium und das Kultusministerium erhalten, also drei Ministerien. Und was ist bei uns los?

Alle Gefühle zur Einigkeit müssen nüchtern und sachlich bleiben. Wir können unter diesen Voraussetzungen - ich sage es noch einmal - dieses Kabinett nicht verantworten. Wir sagen damit nicht, daß wir nicht hinter *Ehard* stehen, wir sagen damit nicht, daß wir uns nicht einigen wollen. Wir wollen gar nicht - und ich spreche etwas ganz klar und deutlich aus - hier einen Stein des Anstoßes setzen, indem wir ein Kabinett *Müller* fordern. Davon ist keine Rede. Was wir fordern, ist ein Unionskabinett mit einem Unions-Wirtschaftsminister und einem Unions-Innenminister. Ich möchte dem Herrn Staatssekretär *Pfeiffer* folgendes sagen: Wenn er erklärt, daß die Staatssekre-

täre die Minister neutralisieren, so ist das meines Erachtens etwas Neues. Ein Staatssekretär wird der politischen Weisung des Ministers folgen, besonders dann, wie unser Parteifreund *Strauß* sagte, wenn die Ministerialdirektoren alle der SPD angehören. Sie werden gar nicht die Möglichkeit haben, Korrekturen vorzunehmen.
Und, Freunde, das ist das Wesentliche: Wenn an der Personalpolitik keine Korrekturen vorgenommen werden, dann bleiben wir ein Anhängsel der SPD. Sie müssen sich überlegen, was möglich ist. Der Einigung stehen wir nicht im Wege. Wechselt diese Ministerien aus! Seid stark! Hättet Ihr uns vorher die Möglichkeit gegeben, uns richtig zu beraten, dann wären wir vorher auf diese Linie gekommen.
Ich möchte daran erinnern, daß im geeigneten Augenblick der Fünfer- bzw. Zehnerausschuß vom Fraktionsvorsitzenden nicht gehört wurde zu einem Zeitpunkt, als *Müller* durchgefallen war. Man hat sich leider damals nur mit den anderen Parteien beraten.
Liebe Freunde! Ich sage Euch, Ihr habt es in der Hand, diese Änderungen zu erzwingen. Seid stark und erzwingt sie! Ich kann davon nicht abgehen, daß das gegenwärtige Kabinett das Vertrauen nicht genießt. Es ist möglich, daß ein neues Kabinett *Ehard* sehr wohl das Vertrauen bekommt, aber nicht mit dieser Zusammenstellung der Minister. Alle Müdigkeit und alle Erschlaffung des Willens kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir von unseren Wählern verprügelt werden, wenn wir uns zu diesem Kabinett in dieser Zusammensetzung bekennen.
Liebe Freunde! Das ist mein Schlußwort: Ich habe - das darf ich wohl sagen - als einer der ersten den Gedanken der Union vertreten. Als ich damals die Bamberger Denkschrift verfaßte, dachte in Oberfranken noch niemand an die Möglichkeit der Einigung. Sie schien zu schwer. Ich stehe zur Union bis zum letzten Atemzug, aber zur Union als Union und nicht als Anhängsel der SPD.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Parteifreund *Haußleiter* begründet noch seine Resolution. Dann werde ich über die Resolution abstimmen lassen, nachdem ich vorher noch einige Worte gesagt habe. Parteifreund *Haußleiter*, bitte kurz, drei Minuten.
Ich bitte um Ruhe.

(Zuruf *Schrott*.)

Ich bitte Parteifreund *Schrott*, seine Resolution einzubringen.
Schrott: Ich bin ebenfalls ein einfaches Parteimitglied, zwar Kreisverbandsvorsitzender, spreche aber hier nur als Parteimitglied. Ich spreche im gleichen Sinn wie Dr. *Rindt*. Mich bewegt die gleiche Sorge um die Union. Es ist tatsächlich auch bei uns in der Oberpfalz nicht etwa so, daß wir alle auf dem Standpunkt stünden, das Kabinett *Ehard* müsse rundweg abgelehnt werden. Wir sind nicht durchaus zufrieden mit allem, was geschaffen und geschehen ist. Wir haben vor allem an der Besetzung des Innenministeriums Kritik geübt, das gefällt uns nicht. Auch die Besetzung des Wirtschaftsministeriums gefällt uns nicht. Aber zu einem Auseinanderfallen der Union darf es im Interesse unserer Sache nicht kommen.
Wir haben vom bayerischen Volk einen überwältigenden Vertrauensbeweis bekommen. Wenn Sie nun heute eine Resolution annehmen, die offen dem Lande sagt: Wir lehnen das neugebildete Kabinett ab, dann haben Sie tatsächlich das getan, was vorhin aufgezeigt wurde. Sie haben damit die Union praktisch zerschlagen. Dazu darf es im bayerischen und im deutschen Interesse nicht kommen. Wir haben unseren Wählern und den Wählern unserer Abgeordneten gegenüber eine Verpflichtung. Wir haben eine Verpflichtung auch über Bayern hinaus, auch nach der Seite der uns verwandten Schwesterparteigruppen und Parteiorganisationen.

Deswegen möchte ich mir erlauben, Ihnen in der Sorge um die Erhaltung der Einheit unserer Union folgende Resolution vorzuschlagen: Ich bin der Überzeugung, wenn die Einheit gefunden wird - und sie muß gefunden werden -, dann ist es der Landtagsfraktion doch sehr wohl möglich und muß ihr möglich sein, das Kabinett *Ehard* zur Einhaltung eines wirklich christlich-sozialen Kurses zu bewegen. Die von mir vorgeschlagene Resolution lautet:

> Der Landesausschuß der CSU hat in mehrstündiger Aussprache die mit der Regierungsbildung in Bayern zusammenhängenden Fragen eingehend erörtert. Dabei kamen auch die Bedenken und Einwendungen zur Darstellung, die in der Wählerschaft verschiedener Bezirksverbände der Partei, in einigen sogar in recht starkem Umfang, gegen die Bildung einer Koalitionsregierung und insbesondere gegen die gegenwärtige Besetzung einzelner Ministerien geltend gemacht wurden und werden.
>
> Mehrfach wurde die Auffassung geäußert, daß eine Mehrheitsregierung mit sozialdemokratischer Opposition den folgerichtigen Übergang zu wirklich parlamentarischer Demokratie hätte bilden sollen. Im Gesamtergebnis aber wurde die tatsächlich getroffene, auf dem Willen der Zusammenfassung aller aufbauwilligen antinationalsozialistischen Kräfte zur Meisterung der ungeheueren Not unseres Volkes beruhende Lösung anerkannt.
>
> Der Landesausschuß der CSU hat demgemäß beschlossen, daß die Arbeit der Regierung *Ehard* positiv nach Kräften gefördert werden soll. Er erwartet, daß auch bei den anderen beteiligten Parteien alles Trennende hintangesetzt wird und daß die gemeinsame Arbeit ausschließlich mit der Blickrichtung auf die Sorgen und Nöte des bayerischen Volkes und des Neuaufbaus des deutschen Bundesstaates geführt wird.
>
> Augsburg, den 3. Januar 1947

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Hundhammer* hat das Wort zu einer kurzen Erklärung.

Ich bitte, vom Platz aus zu sprechen, damit wir keine Zeit mehr verlieren.

Dr. *Hundhammer*: Ich bin vorhin apostrophiert worden, man soll einen Schritt machen, der eine Einigung erleichtert. Ich glaube, der Vorschlag, den der Kollege Dr. *Rindt* gemacht hat, kann ein solcher Weg sein. Mit den Namen *Rindt* und *Hundhammer* zusammen ist schon einmal in der Fraktion eine schwierige Lage überbrückt worden. Wir zwei verstehen uns, obwohl wir nicht immer auf demselben Boden stehen.

Ich möchte folgendes hier erklären: Wir sind bereit, so wie *Rindt* es vorgeschlagen hat, im Interesse der Erleichterung der Einigung bei der Besetzung der noch offenen Positionen der anderen Seite entgegenzukommen. Es ist in einem Fall schon feststehend. Für einen Staatssekretärposten ist der Kollege *Sedlmayr* endgültig vorgesehen. Er hat zugesagt. Für einen zweiten Staatssekretärposten sind ebenfalls die Verhandlungen mit jemand von der anderen Seite eingeleitet. Und wir warten auf seine Zustimmung. Wir sind bereit, bei den weiteren Positionen, insbesondere auch bei der Besetzung der Beamtenstellen in den Ministerien, die andere Seite weitestgehend zu berücksichtigen. Damit ist die Hand zu einem heute gangbaren Weg geboten.

Unmöglich wäre es, ein Ministerium, das schon festgelegt ist, plötzlich umzubesetzen. Aber der von Dr. *Rindt* vorgeschlagene Weg ist gangbar. Wir sind bereit, in die Hand einzuschlagen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zu dem, was Dr. *Hundhammer* am Schluß erklärt hat, darf ich jetzt, ganz deutsch und offen gesprochen, folgendes sagen: Ich stehe restlos

für die Union. Ich will sie unter allen Umständen über die Krisis hinwegbringen. Aber so geht es nicht, wie es *Hundhammer* schon einmal bei der Kabinettsbildung gemacht hat, wo er gesagt hat, für den Fall, daß nach seinem Begriff die andere Seite mitmacht, wird seine Seite *Müller* als Landesvorsitzenden tolerieren. Dieses Flickwerk, das da gemacht würde, wenn jetzt gerade noch gnädigst Ministerialdirektorposten verteilt würden, gibt nachher Unzufriedenheit. Dann lieber jetzt klar und offen die Meinung vertreten.
Etwas anderes hat gar keinen Sinn. Der Wille der Union muß klar und eindeutig zum Ausdruck kommen, der Wille, mit einer Krisis fertig zu werden, und zwar nicht nach dem Kuhhandelprinzip, das wir ablehnen. Es muß klar und eindeutig die Möglichkeit geschaffen werden, daß unsere Parteifreunde in Franken ihren Wählern gegenüber standhalten können und daß auch die anderen Parteifreunde mit ihren Wählern sprechen können. Denn sonst wird das Unglück noch größer, weil wir uns heute aus einem Anstandsgefühl heraus täuschen. Ich bin in diesem Fall immer für Nüchternheit.
Parteifreund *Kroll* hat nach meinem Empfinden den konkretesten Antrag gestellt, der denkbar ist.
Dr. *Kroll*: Darf ich meinen Antrag verlesen:

> Der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union fordert die sofortige Umbildung des Bayerischen Kabinetts. Innenministerium und Wirtschaftsministerium müssen von Vertretern der Union besetzt werden. Das Kabinett in der jetzigen Zusammensetzung hat nicht das Vertrauen der Christlich-Sozialen Union.

(Zuruf: *Loritz*!)

Dr. *Hundhammer*: Das ist praktisch jetzt nicht mehr durchführbar.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich muß unbedingt zum Abschluß kommen. Ich darf einer Formalität Genüge tun. Sind die Parteifreunde einverstanden, daß jetzt, damit die ganze Diskussion konkretisiert wird, alle Redner, die sich noch zu Worte gemeldet haben, zunächst auf ihre Wortmeldungen verzichten?
Ich darf das Einverständnis annehmen. Dann folgt als nächster Redner Parteifreund *Haußleiter*, der nochmals seine Resolution bekanntgibt, damit sie Ihnen gegenwärtig bleibt.
Haußleiter: Meine lieben Freunde! Ich habe nach dem, was *Kroll* gesprochen hat, ganz kurz ein Wort in meine Resolution eingefügt, um dem Rechnung zu tragen, was *Kroll* sagte. Ich habe d[ie] Wort[e] "gegenwärtige Zusammensetzung" eingefügt, und zwar aus folgendem Grund: Wir müssen mit einer klaren Entschließung nach Franken zurückkehren. Wir müssen dem Lande sagen: Wo steht Ihr, was wollt Ihr? Vertretet Ihr die Politik der Union, oder stellt Ihr Euch auf den Boden der gegebenen Tatsachen, und flickt Ihr weiter in der Form, in der Ihr bis zuletzt geflickt habt, in der Ihr als Partei eines Tages eines seligen Todes sterben werdet.
Die Entschließung, die ich vorgeschlagen habe, hat nach dieser Änderung folgenden Wortlaut:

> Der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union nimmt folgende Entschließung an:
> Die Regierung *Ehard-Hoegner* entspricht in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung nicht dem wahren Willen des bayerischen Volkes, wie er in den Wahlen des 1. De-

zember zum Ausdruck kam. Diese Koalitionsregierung wurde nach den gleichen Methoden gebildet, die 1933 zum Scheitern der Demokratie in Deutschland führten.

(Zuruf: Streichen!)

Ich bin bereit, diesen Satz herauszulassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann bitte ich, diesen Satz gleich zu streichen. Wir wollen, und das habe ich vorhin gemeint, als ich vom Bruderkrieg gesprochen habe, unter keinen Umständen den Bruderkrieg.
Haußleiter: Der Satz wird gestrichen. Die Entschließung lautet dann folgendermaßen:

Die Regierung *Ehard-Hoegner* entspricht in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung nicht dem wahren Willen des bayerischen Volkes, wie er in den Wahlen des 1. Dezember zum Ausdruck kam. Die jetzige Regierung *Ehard-Hoegner* wird nicht in der Lage sein, die christliche und soziale Politik zu verwirklichen, deren Durchführung die Wähler der Union fordern.
Die Union lehnt daher die Verantwortung für diese Regierung ab, deren gegenwärtige Zusammensetzung den Beschlüssen der Landesversammlung von Eichstätt in jeder Hinsicht widerspricht.

Meiner Ansicht nach gibt diese Entschließung klar das Gefühl wieder, mit dem wir hier nach Augsburg gekommen sind. Sie gibt dem Lande klar unsere Stellung zu erkennen. Das ist es, was das Land erwartet. Sie verbindet sich mit der Entschließung *Kroll*. Dann haben wir eine Marschroute für die Zukunft und geben dem Volk die Hoffnung, daß die Politik der Christlich-Sozialen Union über alles Paktieren hinweg doch einmal Wirklichkeit wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich Parteifreund *Neumann* bitten, seine Resolution nochmals zu verlesen.
Parteifreund Dr. *Horlacher* hat sich zu einer Erklärung gemeldet. Wir sind aber jetzt dabei, die Resolutionen festzulegen. *Michel Horlacher*, ich muß deshalb bitten, jetzt auf das Wort zu verzichten.
Dr. *Horlacher*: Wenn ich als minderwertig betrachtet werde ...

(Widerspruch, Heiterkeit.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die anderen Parteifreunde haben auf ihr Wort verzichtet. Dann kann es nicht als Minderwertigkeit ausgelegt werden.
Dr. *Horlacher*: Ich habe eine besonders wichtige Mitteilung zu machen. Ich könnte mir vorstellen - es kommt jetzt auf jedes Wort an -, daß die Einigkeit der Union auf dem Boden erhalten wird, den der Kollege *Rindt* vorgezeigt hat.
Ich setze dem weiterhin hinzu: Die Parteifreunde gehen jetzt von der augenblicklichen Lage aus. Das ist politisch nicht ganz richtig gehandelt. Ich war ja auch derjenige, der bei den Koalitionsbesprechungen die Personalpolitik in den Vordergrund gerückt hat. Dabei bleibe ich auch in der Zukunft. Es besteht ja noch ein Gesetz, das über uns allen steht. Dieses Gesetz unterschreibe ich. Wenn die Zusagen der Regierung, die in den Koalitionsvereinbarungen, wie sie Dr. *Hundhammer* vorgelesen hat, nicht eingehalten werden, wer verlangt dann von uns, daß wir mit der Regierung verheiratet sind?
Das ist eine Frage, die wir in der Fraktion ständig überprüfen und erörtern werden. Denn das eine kann ich den Herren versichern: In der Personalpolitik bin ich auch hartgesotten. Die Personalpolitik muß eine Änderung erfahren.

Nun kommt der wesentliche Gesichtspunkt: Die Wahl des Ministerpräsidenten ...

(Unruhe, Zurufe: Aufhören!)

Dann verzichte ich darauf, weiterzusprechen.

(Zuruf *Goderski*: Immer diese persönliche Eitelkeit dabei!)

Ich vertrete einen großen Berufsstand. Das müssen Sie immer in Rechnung stellen. Ich komme auch in die Bezirke hinaus, wo Sie sitzen. Verlassen Sie sich darauf. Wenn es gewünscht wird, will ich meine Ausführungen zu Ende führen.

(Zuruf: Fortfahren!)

Ich bitte, nicht zu übersehen, daß der Ministerpräsident mit Zweidrittelmehrheit im Landtag gewählt worden ist, die Regierung aber erst, nachdem ungefähr die Verteilung der Ministerien vorlag. Wir kommen bei einer Änderung allgemeinpolitisch in eine ungeheuer schwierige Situation hinein. Nur unter den Voraussetzungen der Zustimmung zu der Personalpolitik, die wir in den Koalitionsverhandlungen erzwungen haben, ist der Ministerpräsident gewählt worden. Denn das war die Voraussetzung, um die Verhältnisse in den Ministerien einigermaßen erträglich zu machen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf Parteifreund *Horlacher* bitten, keine lange Rede zu halten, weil ich sonst fairerweise auch den anderen Rednern das Wort erteilen muß.
Dr. *Horlacher*: Ein Wort zur Entschließung *Haußleiter*. Sie enthält einen gefährlichen Passus, der nach meiner Ansicht überhaupt nicht annehmbar ist. Er sagt, die Regierung *Ehard-Hoegner* sei nicht in der Lage, eine christliche und soziale Politik zu betreiben. Das steht im Widerspruch zu den sachlichen Grundlagen der Regierungspolitik, die das 30-Punkte Programm der CSU ebenfalls zum Inhalt hat.

(Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Ich bitte um Ruhe.

(Zurufe: Abstimmen!)

Es liegt noch die Resolution *Schlögl* vor. Ich darf sie als bekannt voraussetzen. Weiterhin liegt noch die Resolution des Parteifreundes *Schrott* vor. Auch sie darf ich als bekannt voraussetzen. Ich bitte Parteifreund *Neumann*, seine Resolution nochmals zu verlesen.
Neumann: Ich ziehe meine Resolution zugunsten der Resolution *Haußleiter-Kroll* zurück.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Parteifreund *Neumann* hat seine Resolution zugunsten der Resolution *Kroll-Haußleiter* zurückgezogen.
Ich darf vielleicht so vorgehen: Die schärfste Resolution ist die Resolution *Haußleiter*. Dann kommt als konkrete Resolution, die mit der Resolution *Haußleiter* nicht ohne weiteres abgetan ist, der Antrag *Kroll*. Es ist ein formeller Antrag. Sollten diese beiden Resolutionen abgelehnt werden, dann kommt als nächste Resolution die Resolution des Parteifreundes *Schrott*, schließlich die Resolution *Schlögl*, die am wenigsten scharf gehalten ist.
Bevor wir abstimmen, meine lieben Freunde, darf ich mir vielleicht erlauben, noch einige Worte zu sagen.
Ich bitte um Ruhe!

Wir haben heute festgestellt, daß wir unter allen Umständen die Union durchretten wollen. Das muß auch für den Fall gelten, daß eine dieser scharfen Resolutionen angenommen werden sollte.

(Zurufe: Sie sind doch gar nicht scharf! Dr. *Hundhammer*: Das ist unmöglich!)

Es wird dazwischengerufen: Unmöglich! Dazu darf ich sagen: Meine lieben Freunde, ich habe früher festgestellt, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Wenn Sie so vorgehen, Dr. *Hundhammer*, wie Sie es durch Zwischenrufe zum Ausdruck bringen, dann wird draußen die Meinung aufkommen, daß mit brutaler Gewalt ein Kabinett gebildet wurde und die Union heute vor vollendete Tatsachen gestellt wird.

(Sehr richtig!)

Infolgedessen muß es möglich sein, daß man nicht nur immer, um Ihren Ausdruck zu nehmen, der anderen Seite etwas zumutet, sondern daß auch Sie selbst Ihren guten Willen zur Einigung zeigen.
Pfeiffer hat mit Recht klar gesehen, welche Möglichkeiten bestehen. Selbst wenn es sich aufgrund der Resolutionen zwangsläufig ergeben sollte, daß die Union - ich will den Ausdruck *Pfeiffers* nehmen, er ist gut gesehen - zwei Fraktionen haben sollte, dann müssen wir hier den Willen bekunden, daß die Union als Partei bestimmt geschlossen bleibt und daß alles aufgeboten[6] wird, um diesen Zustand so rasch wie möglich wieder zu überwinden.

(Zuruf *Konrad*: So tritt die Partei nicht auf!)

Lieber *Konrad*, ich habe gerade bemerkt, wie Sie sich mit Herrn *von Aretin* verständigt haben, der die Liste des neuen Kabinetts schon einige Wochen vorher durchgegeben hat. Es tut mir furchtbar leid, daß ich das sagen muß. Im Interesse der Union, meine lieben Freunde, sind wir uns gegenseitig zur Offenheit und Ehrlichkeit verpflichtet.

(Zuruf *Horlacher*: Sehr richtig!)

Infolgedessen muß man nüchtern die Probleme sehen. Ich habe sie damit aufgezeigt.
Es wird dann die Frage sein, wie die beiden Fraktionen ihrerseits die Möglichkeit der Zusammenarbeit finden. Eines muß nüchtern gesehen werden: Es wird nicht gut möglich sein, aus einer Fraktion heraus Regierungs- und Oppositionspolitik zu machen. Das ist die Klarheit, die heute nun einmal geschaffen werden muß. Wenn wir heute damit nicht fertig werden, meine lieben Freunde, dann darf nichts über den Stab gebrochen werden, dann muß eben [in] acht oder vierzehn Tagen noch einmal zusammengetreten werden. Das sind wir alle der Union schuldig angesichts der Tatsache, daß wir ein Jahr lang für die Union gearbeitet haben.
Ich darf jetzt über die Resolutionen abstimmen lassen.
Dr. *Martin*: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte lediglich bekanntgeben, daß noch eine weitere Resolution kommt, und zwar in der *Rindtschen* Formulierung. Es wird gebeten, diesen Antrag noch anzuhören.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist er fertig?
Dr. *Martin*: Nein, wir sind gerade darüber.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird gerade eine Resolution abgefaßt. Ich darf mit der Abstimmung beginnen und nachher die andere Resolution im Anschluß an die erste Resolution bekanntgeben.

---

[6] In der Vorlage: "aufhoben".

Fink: Es ist nicht möglich, über die erste Resolution abzustimmen, wenn die *Rindtsche* noch nicht da ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir müssen nüchtern sehen. Würde der Antrag *Kroll-Haußleiter* angenommen werden, so wären die anderen Resolutionen damit überholt. Infolgedessen darf ich die Frage stellen: Soll schriftlich abgestimmt werden oder durch Handaufheben?

(Zurufe: Schriftlich!)

Es wird schriftliche Abstimmung verlangt. Ich bitte, die Stimmzettel zu verteilen.
Liedig: Sie sind verteilt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zunächst wird über die Resolution *Haußleiter* abgestimmt. Es wird mit Ja oder Nein gestimmt. Ich darf bitten, die Stimmzettel auszufüllen.
Zur Abstimmung möchte ich noch folgendes erklären:
Ich fühle mich als Parteivorsitzender in diesem Falle verpflichtet, mich bei der Abstimmung über jede Resolution der Stimme zu enthalten. Ich nehme an der Abstimmung über die Resolutionen nicht teil, weil ich meine Aufgabe, die Union unter allen Umständen durchzuhalten, nach wie vor zu lösen versuchen werde.
Es wird jetzt abgestimmt mit Ja oder Nein über die Resolution *Haußleiter*. Ich bitte aufzurufen.
Dr. *Ehard*: Zu einer Erklärung! Ich werde mich bei der Abstimmung selbstverständlich auch der Stimme enthalten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es enthält sich in diesem Falle der Herr Ministerpräsident *Ehard*, und ich enthalte mich als Parteivorsitzender.
Ich bitte, jetzt zu verlesen. Zuvor aber möchte ich einen Wahlausschuß bestellen. Darf ich die zunächst Sitzenden nehmen: *Ankermüller, Zwicknagl* ...

(Zuruf: *Haußleiter*!)

Nein, *Haußleiter* ist Antragsteller - und Frau *Maria Probst*.
Darf ich die Parteifreunde *Martin* und *Strauß* bitten, die Stimmzettel einzusammeln. Ferner bitte ich die jungen Parteifreunde, beim Einsammeln der Stimmen behilflich zu sein.
(*Liedig* verliest die Stimmberechtigten, während gleichzeitig die Stimmzettel eingesammelt werden.)
Sind alle Parteifreunde verlesen? Haben alle Stimmberechtigten abgestimmt? Dann erkläre ich die Abstimmung für geschlossen. Ich bitte den Wahlausschuß, die Stimmzettel einzusammeln.
Meine lieben Parteifreunde! Darf ich vorschlagen, daß wir gleich in der Abstimmung fortfahren.

(Widerspruch.)

Dann darf ich jetzt den Antrag *Kroll* zur Abstimmung bringen. Die beiden Anträge gehören ungefähr zusammen. Dann tritt eine Zäsur ein. Mittlerweile wird der Antrag *Rindt* eingebracht und verlesen werden. Wir werden dann eventuell noch über den Antrag *Rindt* abstimmen, für den Fall, daß er nicht durch die vorhergehenden Abstimmungen überholt sein sollte.
Der Antrag *Kroll* ist bekannt oder soll er nochmals verlesen werden?

(Zuruf: Ja!)

Zur Abstimmung über den Antrag *Kroll* werden gelbe Stimmzettel verteilt.

(Zuruf: Es wäre unbedingt wichtig zu wissen, wie die Abstimmung über den Antrag *Haußleiter* ausgefallen ist!)

Ich darf dann den Antrag *Rindt* verlesen lassen.
Meine lieben Parteifreunde! Darf ich bitten, Platz zu nehmen während der Abstimmung. Ich werde darauf mit Recht vom Parteifreund *Holzer* aufmerksam gemacht. Es ist sonst ein Durcheinander. Angesichts des Ernstes der Entscheidung für die Union bitte ich alle Parteifreunde, jetzt das Opfer zu bringen und auf ihrem Platz zu bleiben.
Ich darf jetzt das Ergebnis der Abstimmung über den Antrag *Haußleiter* bekanntgeben.
Es haben 105 stimmberechtigte Vertreter abgestimmt. Davon haben 53 mit Nein und 48 mit Ja gestimmt. Vier haben sich der Stimme enthalten.
Damit ist der Antrag *Haußleiter* abgelehnt.

(Beifall.)

Ich bitte, diesmal bei allen Abstimmungen angesichts des Ernstes der Entscheidung, meine lieben Parteifreunde, Beifallskundgebungen unterlassen zu wollen. Beifallskundgebungen würden nicht dem Ernst der Stunde gerecht werden. Ich darf das feststellen.
Wir kommen dann zum Verlesen des Antrages *Rindt*, bevor ich über den Antrag *Kroll* abstimmen lasse. Darf ich bitten, daß Parteifreund *Weinkamm* den Antrag *Rindt* verliest.
Dr. *Weinkamm*: Der Antrag *Rindt* hat folgenden Wortlaut:

> Der Landesausschuß sieht in der gegenwärtigen Zusammensetzung der Regierung nicht den Einfluß der CSU als stärkster Partei Bayerns hinsichtlich der politischen Führung in der notwendigen Weise gewahrt. Trotzdem ist er entschlossen, die christliche und soziale Politik entsprechend der grundsätzlichen Haltung der Union durchzusetzen. Infolgedessen ist er der Auffassung, daß das Kabinett *Ehard* angesichts der großen Notlage unseres Volkes unterstützt werden muß.
> Unabdingbare Voraussetzung hierfür ist aber, daß durch entsprechende Besetzung der verschiedenen Stellen, vor allem innerhalb des Kabinetts, die politische Führung der CSU eindeutig sichergestellt wird. Die neu oder umzubesetzenden Stellen sind der bisher nicht vertretenen Richtung der CSU offenzuhalten.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf vorher über den Antrag *Kroll* abstimmen lassen, der ein konkreter Antrag ist. Ich bitte *Kroll*, nochmals seinen Antrag zu verlesen.
Dr. *Schlögl*: Zur Abstimmung! Meine Damen und Herren! Wir müssen uns darüber klar sein, wenn der Antrag *Kroll* angenommen wird ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es darf grundsätzlich niemand für oder gegen einen Antrag sprechen.
Dr. *Schlögl*: Ich möchte bloß ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es hat keinen Sinn. Ich möchte Parteifreund *Schlögl* in diesem Falle das Wort verweigern, weil ich sonst gerechterweise einen für und einen gegen den Antrag sprechen lassen muß. Deswegen wird auch jetzt Parteifreund *Kroll* lediglich seinen Antrag verlesen und nicht dazu sprechen.
Dr. *Kroll*:

> Der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union fordert die sofortige Umbildung des Bayerischen Kabinetts. Innenministerium und Wirtschaftsministerium müssen

von Vertretern der Union besetzt werden. Das Kabinett in der jetzigen Zusammensetzung hat nicht das Vertrauen der Christlich-Sozialen Union.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir stimmen über den Antrag *Kroll* ab. Die Abstimmung beginnt. Ich bitte, die gelben Stimmzettel zu verteilen.
Darf ich bitten, Platz zu nehmen, und die Nichtstimmberechtigten bitten, [sich] mittlerweile draußen zu unterhalten.
(*Liedig* verliest die Stimmberechtigten, während gleichzeitig die Stimmzettel eingesammelt werden.)
Es ist vorhin *Bergmann* aufgerufen worden. Hat jemand für *Bergmann* gestimmt, weil hier die Stimme übertragen wurde?

(Zuruf: Nein!)

Da niemand gestimmt hat, darf für *Bergmann* noch abgestimmt werden.
Dann haben alle Stimmberechtigten abgestimmt. Ich erkläre die Abstimmung für geschlossen.
Ich gebe das Resultat der Abstimmung über den Antrag *Kroll* bekannt. Es haben 105 Stimmberechtigte abgestimmt, 52 mit Nein, 51 mit Ja. Zwei Vertreter haben sich der Stimme enthalten.
Damit ist der Antrag mit einer Stimme abgelehnt.
Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag *Rindt*. Ich bitte, den Antrag nochmals zu verlesen. Oder ist es nicht mehr notwendig?

(Zurufe: Nein!)

Es sind grüne Stimmzettel verteilt.
(*Liedig* verliest die Stimmberechtigten, während gleichzeitig die Stimmzettel eingesammelt werden.)
Hönekopp (am Schlusse der Abstimmung): Zu den beiden letzten Abstimmungen: Es wurde hier die Stimme für *Prechtl* abgegeben. Ich habe mehrmals gefragt, ob eine schriftliche Stimmberechtigung vorhanden ist. Sie wurde nicht vorgezeigt. Ich bitte, das nachzuprüfen. Es muß ein Stimmberechtigungsschein vorliegen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf um Ruhe bitten. Es wird ein Einwand gegen die Abstimmung erhoben, weil eine schriftliche Vollmacht nicht vorliege. Parteifreund *Hönekopp*, ich würde vorschlagen, daß wir diese Frage zurückstellen. Denn die Abstimmungsergebnisse sind so, daß wir sowieso ernsthafte Betrachtungen über die weitere Behandlung anstellen müssen. Ich bitte daher, keine Einwendungen aus formalen Gründen zu erheben.
Ich darf infolgedessen die Einwendungen zurückstellen. Sind Sie damit einverstanden?
Hönekopp: Jawohl!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn kein Einwand gegen diesen Vorschlag erhoben wird, bitte ich, die Stimmzettel abzuzählen. Die Abstimmung ist geschlossen.
Ich bitte, daß sich die Parteifreunde auf die Plätze begeben. Jetzt habt Ihr den ganzen Tag ausgehalten und könnt es auch noch die paar Minuten.
Ich gebe das Abstimmungsresultat über den Antrag *Rindt* bekannt. 104 Parteifreunde haben abgestimmt, davon 59 mit Ja, 42 mit Nein. Drei haben sich enthalten.
Damit ist der Antrag *Rindt* angenommen.
Meine lieben Parteifreunde, ich darf jetzt nochmals die Tagesordnung vornehmen. Ich glaube, wir können sagen, daß wir Punkt 1 und 2 der Tagesordnung gemeinsam erle-

digt haben. Denn es ist jetzt wohl zu spät, daß wir ausdrücklich noch eigens das Problem Partei und Fraktion behandeln. Ich glaube, daß [es] aufgrund der Tatsache, daß zur Zeit die einzelnen Bezirksausschüsse bzw. Bezirksvertrauensmännerversammlungen tagen, sowieso notwendig sein wird, daß wir uns höchstwahrscheinlich nochmals im Laufe des Monats Januar sehen. Denn ich bin der Auffassung, daß in einem Zeitpunkt der Krisis jeder seine Arbeit restlos zur Verfügung stellen soll.
Infolgedessen darf ich Ihre Zustimmung annehmen, daß, wenn die Regierungserklärung bekanntgegeben ist, mittlerweile nochmals die Landesvorstandschaft zusammentritt, die sowieso verschiedene Fragen zu besprechen hat, und daß die einzelnen Bezirksverbände mittlerweile noch ihre Stellungnahme hereingeben, so daß dann der Landesausschuß endgültig fortlaufend über die Regierungspolitik beschließt. Denn wir können uns nur durch Offenheit und Ehrlichkeit mit der Union weiter durchsetzen.
Es sind Worte laut geworden, die es darauf abgestellt haben, daß sich Parteifreunde und sogar Bezirksverbände mit dem Gedanken tragen, die Union vielleicht nicht mehr als ihre Partei anzusehen.
Meine lieben Freunde, bitte stellen Sie jetzt den Gedanken zurück. Schon die Tatsache, daß der Gedanke in Erwägung gezogen wird, bedeutet einen Versuch, dem leicht die Tat nachfolgen kann. Infolgedessen bitte ich, auch die Tagungen der Bezirksverbände so zu halten, daß uns nicht restlos jede Möglichkeit genommen ist, die Union zu retten.
Ich weiß, daß die einzelnen Beschlüsse der Bezirksverbände sehr voneinander abweichen werden. Das darf uns nicht verhindern, doch daran zu glauben, daß der Einigungsgedanke stärker ist als die Zerreißprobe, vor der die Union steht.
Ich bitte Sie weiterhin darum, meine lieben Freunde, sorgen Sie dafür, daß im Volke draußen die Unruhe nicht noch größer wird. Wir wollen keine großen Erklärungen abgeben. Halten Sie nach wie vor daran fest, daß jeder die Union, auch wenn sie eine eigene Regierung gebildet hätte, nach den Taten und nicht nach Worten beurteilt hätte. Das gilt für uns alle, die wir Verantwortung tragen. Wenn wir dieses Prinzip aufstellen, wenn wir weiterhin das Prinzip durchhalten, daß die Tüchtigen und Fähigen ihre Kraft einsetzen müssen, nicht nur für die Union und nicht nur im Interesse der Union, sondern auch für das Volk und mit dem Volk, dann, meine lieben Freunde, sind wir wirkliche Demokraten, dann dienen wir unserem Volk. Das muß aber die Aufgabe jedes Menschen sein, der heute in der Notzeit eines Volkes Politik machen oder auf die Politik Einfluß gewinnen will.
Ich möchte es feststellen, ob noch irgendwelche Anträge vorgelegt oder Wünsche geäußert werden.
Dr. *Hundhammer*: Zu einer Erklärung! Zu dem Zwischenruf von heute vormittag bezüglich des Kultusministeriums möchte ich folgende Erklärung abgeben: Es wurde Beschwerde darüber geführt, daß der evangelische Volksteil im Staatsministerium für Unterricht und Kultus keine Vertretung hätte. Ich habe darauf hingewiesen, daß erstens Staatssekretär *Pittroff* evangelisch ist,

(Zuruf: Marxist!)

aber es ist scheinbar nicht überall bekannt gewesen, daß die offizielle Vertretung des evangelischen Volksteiles im Kultusministerium nach wie vor der Herr Staatsrat *Meinzolt* ist, der ja als offizieller Vertreter und Repräsentant des evangelischen Volks-

teiles im Kultusministerium auch heute im neuen Kabinett sitzt. Das festzustellen ist anscheinend notwendig, um absolute Klarheit zu geben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Haußleiter* hat das Wort gewünscht.
Haußleiter: Meine lieben Freunde, es fällt mir sehr schwer, in dieser Sache das Wort zu nehmen, und zwar deshalb, weil eine völlig idiotische Verleumdungskampagne behauptet hat, ich hätte irgendein Interesse, ins Kultusministerium hineinzugehen. Ein solches Interesse habe ich nicht gehabt und habe ich nicht. Aber eines möchte ich hier schwersten Herzens sagen: Ich habe ein Jahr in Nordbayern für die Union gekämpft und jedesmal, wenn mir ein Sozialdemokrat entgegentrat und sagte, wir Sozialdemokraten sind auch Christen, und wenn mir die Sozialdemokraten Flugblätter brachten "wählt christlich, wählt die SPD" und wenn sie sich an die Kirche wandten und sagten, wir Sozialdemokraten sind die Vertreter der evangelischen Bevölkerung, dann habe ich gesagt, nein, ändert Euer Programm. Ihr steht auf dem Boden des historischen Materialismus und seid nicht Vertreter der evangelischen christlichen Bevölkerung Nordbayerns.
Ich habe gesagt: Wenn die evangelische Bevölkerung noch einmal zu einer pseudochristlichen Partei wegläuft, dann beginnt der gleiche Prozeß, der damals mit der NSDAP begonnen hat. Ich habe mich verpflichtet gefühlt, diesen Prozeß nach Kräften zu verhüten. Ein Sozialdemokrat war es, der immer von neuem gesagt hat: Wir vertreten Eure christlichen Interessen viel besser als die alte Bayerische Volkspartei. Daraufhin habe ich die Bayerische Volkspartei verteidigt und gesagt: Die Union ist über diese hinaus eine neue Partei.
Heute habe ich erlebt, daß mir von einem Parteifreund der Christlich-Sozialen Union der Sozialdemokrat *Pittroff* als evangelischer Vertreter im Kultusministerium vorgerechnet wird. Da sage ich Ihnen, meine Damen und Herren, das ist Bruch der Union. Da machen wir nicht mit.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde, ich bitte den Parteifreund *Haußleiter*, daß ich seine letzten Worte nicht so interpretieren muß, daß Parteifreund *Haußleiter*, der von der Gründung der Union an als einer der Aktivsten in Franken gearbeitet hat, etwa die Arbeit für die Union einstellen würde. Wir wollen uns jetzt darüber klar werden, daß wir heute versucht haben, eine Brücke von der Gegenwart, ich möchte sagen, in die nähere Zukunft zu schlagen. Deswegen wollen wir die Brükken noch nicht abgebrochen wissen.

(Zuruf Dr. *Strathmann*: Daß das gesagt werden konnte, ist ein Skandal!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Strathmann*, Sie haben die Möglichkeit nochmals Ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, wenn jetzt die Bezirksverbände tagen. Ich werde alles aufbieten. Ich werde auch zu den Bezirksverbänden hingehen, um dort zu sehen, daß irgendwie ein Weg aus dieser Not der Union herausgefunden wird.
Werden noch Anträge gestellt oder Wünsche geäußert?
Dr. *Gamperl*: Meine lieben Freunde, ich halte es aufgrund der Abstimmung für meine Pflicht, folgendes zu erklären: Immer wieder wird das Wort demokratisch gebraucht. Die Abstimmung hat eindeutig die Brücke geschlagen. Ich bitte Sie alle, bemühen Sie sich draußen, diese Brücke aufrechtzuerhalten und die Stimmung im Volke so zu lenken, daß nunmehr die ganze Abstimmung und der ganze Kampf abgetan ist, daß wir uns endlich wieder verstehen. Das halte ich für die einzig richtige Demokratie.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Parteifreund *von Voretzsch* hat das Wort gewünscht.
Voretzsch: Nach den Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten über die Personalpolitik im Ministerium des Innern und angesichts der Tatsache, daß von 25 Kabinetts-

mitgliedern 15 der CSU und nur neun der Sozialdemokratie angehören, hat die CSU meines Erachtens berechtigte Hoffnung auf eine weitere Beteiligung von CSU-Mitgliedern in der Regierung. Nach der heutigen Abstimmung wird es Sache der Regierung sein, diese Zusagen in nächster Zeit bei der Besetzung von Regierungspräsidenten- und ähnlichen Schlüsselstellungen zu beweisen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sonstige Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann, meine lieben Freunde, habe ich die Verpflichtung, Ihnen für die Arbeit zu danken, die Sie heute für die Union geleistet haben. Ich bitte nochmals, an Ihren guten Willen appellieren zu dürfen. Stellen wir den Willen zur Einigung höher als alles Trennende.
Bestimmt sind die Abstimmungsresultate nicht so, daß man sagen kann, die Union sei sich heute einig geworden. Wir wollen uns nicht darüber täuschen: Abstimmungsergebnisse, die mit einer Stimme Mehrheit gefaßt werden, zeigen, wie stark die Spannungen noch vorhanden sind. Nur durch nüchterne, sachliche und ruhig ausgleichende Arbeit in allen Gremien der Union wird es möglich werden, die Krisis, die Spannung zu überwinden. Ich bitte Sie um diese Mitarbeit [zur] Überwindung der Krisis. Ich bitte Sie, bieten wir alles auf, um die Union zu retten.
Es lebe die Christlich-Soziale Union in Bayern.
Damit schließe ich die Landesausschußsitzung.

Schluß der Sitzung 20.10 Uhr.

Nr. 28

Außerordentliche Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union am 30. und 31. August 1947 in Eichstätt

Tagesordnung:[1]
1. Bericht über die Politik der Regierung durch den Ministerpräsidenten und die Mitglieder der Staatsregierung. - Aussprache
2. Bericht des Landesvorsitzenden über die Politik der Union und Einzelreferate zu besonderen Problemen. - Aussprache

Tagungsort: Eichstätt, Stadttheater

ACSP, CSU-Landesversammlungen, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; auf den Seiten 1085-1093: Rede Baumgartners ergänzt durch: IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 118; Schriftführer: Allwein (zeitweise), Plonner

Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern wird um 9.39 Uhr unter dem Vorsitz des Landesvorsitzenden, Dr. *Josef Müller*, eröffnet.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Als Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union in Bayern eröffne ich die dritte Landesversammlung der Union und begrüße alle Erschienenen mit einem herzlichen Grüß Gott. Ich begrüße besonders die Vertreter der Militärregierung, begrüße unseren Gastgeber, die Vertreter der kirchlichen und städtischen Behörden von Eichstätt, und danke ihnen für alles Entgegenkommen und alle Bemühungen während der Vorbereitungen. Ich begrüße dann insbesondere noch die Ehrengäste, die ihr Erscheinen zugesagt haben. Ich begrüße Sie, sehr verehrte Damen und Herren, begrüße alle Freunde der Christlich-Sozialen Union und alle Mitarbeiter.

Ich habe zur Tagung auch die Freunde der Christlich-Demokratischen Union eingeladen. Ich darf die Telegramme, die eingegangen sind, bekanntgeben.

Jakob Kaiser, der Zonenvorsitzende der Union der russischen Zone und Berlins, hat folgendes Telegramm geschickt:

> Die bevorstehende Unionstagung für Ostzone und Berlin macht es mir leider unmöglich, nach Eichstätt zu kommen. Bedauere dies sehr angesichts der gemeinsamen Verpflichtung, die sich aus der bedrohlichen Gesamtlage unseres Volkes für die Union aller Zonen ergibt. Ich bitte die in Eichstätt versammelte bayerische Union, mit aufrichtigen Wünschen für positiven Verlauf ihrer Beratungen herzliche Grüße von uns allen entgegenzunehmen.
> In landsmännischer Verbundenheit
> *Jakob Kaiser.*

(Beifall.)

[1] Laut Wortlaut des Protokolls, vgl. S. 1063. Ursprünglich war eine Sitzung des Landesausschusses am 17. und 18. Mai (ACSP, NL Müller 9, Aktennotiz betr. Sitzung der Landesvorstandschaft vom 28. April 1947, gez. Liedig), später am 30. Mai (ACSP, NL Müller 10/3, Schreiben an die Mitglieder des Landesausschusses, 10. Mai 1947) vorgesehen, am 14. und 15. Juni 1947 sollte die Landesversammlung tagen. Terminzwänge und Schwierigkeiten, einen geeigneten Tagungsort zu finden, führten dann zur Terminverschiebung auf den 30. und 31. August (ACSP, NL Müller 10/3, Schreiben an die Mitglieder des Landesausschusses, 16. Mai 1947). Die geplante Sitzung des Landesausschusses fand nicht statt.

Ich gebe das Telegramm von *Konrad Adenauer*, dem Zonenvorsitzenden der CDU der englischen Zone, bekannt:

> Kommen zu außerordentlicher Landesversammlung wegen wichtiger Sitzung leider nicht möglich. Wünsche recht guten Verlauf. Falls Vertreter erwünscht, telefoniert an Zonensekretariat Köln.
> *Konrad Adenauer.*

Ich darf in meiner Begrüßung fortfahren und begrüßen die Vertreter der Regierung, die Minister und Staatssekretäre, die der Union angehören, an ihrer Spitze Parteifreund Ministerpräsident Dr. *Hans Ehard*.

(Starker Beifall.)

Meine lieben Parteifreunde! Seit der letzten Landesversammlung, die am 14. Dezember letzten Jahres im gleichen Raume stattgefunden hat, waren Zeiten, die die Union manchmal schon in den Wirbel hineinzuführen und in gewisse Erschütterungen zu bringen drohten. Vier Bezirksverbände hatten die Einberufung einer außerordentlichen Landesversammlung verlangt. Da die Statuten als Voraussetzung für die Einberufung ein Verlangen von fünf Bezirksverbänden vorsehen, glaubte ich davon absehen zu können, die Landesversammlung einzuberufen; und ich habe davon abgesehen, weil ich es für notwendig hielt, zuerst eine Beruhigung eintreten zu lassen. Man soll in turbulenten Zeiten, in Zeiten, in denen die Gefühle oft mehr bestimmend sind als der Verstand, nicht Entscheidungen von weittragender Bedeutung treffen. Es erschien mir notwendig, dafür Sorge zu tragen, daß vorher ein gewisses Einvernehmen wiederhergestellt werden könnte, damit nicht dann durch Szenen, die letztlich später von allen bedauert werden, die Union nutzlos und sinnlos in Gefahr gerate.
Ich habe diese Landesversammlung dann im Einvernehmen mit der Landesvorstandschaft und dem Landesvorstand für den heutigen Tag angesetzt, weil wir glaubten, daß jetzt eine Atmosphäre bestehe, die eine Debatte in ruhiger Weise zuließe. Es war damals, als wir die Einladungen vornahmen, noch nicht vorauszusehen, daß im Anschluß an die Frankfurter Entscheidungen vielleicht doch manchmal die Gefühle etwas stark in Wallung geraten würden. Ich glaube aber, das Vertrauen zu allen unseren Freunden von der Union haben zu können, daß sie die wichtigsten Entscheidungen, die die Union zu treffen hat, nicht aus der Atmosphäre der Gegensätzlichkeit heraus, die manchmal vielleicht doch etwas durch Leidenschaft getrübt wird, fällen, sondern daß in Ruhe alle Probleme erörtert werden und dann in Ruhe Entscheidungen fallen.

(Sehr richtig!)

Schwere Probleme sind zu bewältigen. Wenn wir von Gegensätzlichkeiten in der Union reden und wenn vielleicht die Presse oder ein Teil der Presse diese Gegensätzlichkeiten manchmal besonders stark herausmalt und nicht auf das Einigende in der Union hinweist, dann darf ich dazu erklären: Die Union ist insoweit nur ein Spiegelbild dessen, was in unserem Volke vorgeht. Die Union ist eine Mehrheitspartei, und infolgedessen wäre es sogar ungesund, wenn sich die Krisis, die unsere Demokratie bedroht, nicht auch in unserer Partei widerspiegeln würde. Wir sind kein kollektiver Haufen, der in einer Marschkolonne marschiert. Wir haben Persönlichkeiten und wir haben Gruppen, die verschiedene Meinungen haben. Und es ist gut so, denn dadurch zeigt sich, daß die Union eine lebende Partei ist. Nur greisenhafte Parteien würden heute eventuell eine besondere Geschlossenheit zur Schau tragen, denn nur sie könnten sagen, daß sie mit den Problemen des Alltags fertig werden. So werden die Pro-

bleme, die wir hier erörtern, Probleme unseres Gesamtvolkes sein, Probleme, die uns alle in Bayern und in Deutschland berühren.
Die Union ist eine bayerische Partei. Sie ist eng verflochten mit der bayerischen Heimat, und das Schicksal unserer Heimat liegt uns am meisten am Herzen. Aber die Entscheidungen für unsere Heimat, für Bayern, fallen darüber hinaus heute schon auf größerer Ebene. So werden wir in dieser Landesversammlung auch diese Probleme zu entscheiden haben.
Wir werden am ersten Tage uns über die Regierungspolitik unterhalten, denn sie steht uns am nächsten. In sachlicher, ruhiger Aussprache wollen wir hören, welche sachliche Arbeit die Regierung geleistet hat. Morgen wollen wir dann über die Grundlinien der Politik sprechen, die unsere Partei in der Vergangenheit verfolgt hat und die sie in der Zukunft einhalten wird.
Es werden ernste Sorgen sein, die uns beschäftigen, und manchmal wird vielleicht auch eine ernste Sprache geführt werden. Kritik ist recht; sie kann und wird nicht unterbunden werden; sie ist notwendig, damit die Demokratie lebe. Aber jede Kritik muß einen Sinn haben. Es darf nicht Kritik nur um der Kritik willen ausgesprochen werden, sondern es muß ein Ziel dahinter stehen. So werden wir zusammenstehen und zusammenhelfen.
Am Schluß der Tagung möge die Union dann dastehen als Sieger über alle Gegensätzlichkeiten, über alles, was an Gegensätzlichkeiten auch von außen her in die Union hereingetragen wurde!

(Beifall.)

Möge Gottes Segen auf der Tagung ruhen und der Geist der Weisheit und des Verstandes uns leiten!
Ich gebe die Tagesordnung bekannt:

1. Bericht über die Politik der Regierung durch den Ministerpräsidenten und die Mitglieder der Staatsregierung. - Aussprache.
2. Bericht des Landesvorsitzenden über die Politik der Union und Einzelreferate zu besonderen Problemen. - Aussprache.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich zwei Schriftführer bestellen. Es wurde der Parteifreund Dr. *Schwalber* vorgeschlagen; ich darf ihn bitten, hier Platz zu nehmen. Es wurde ferner der Parteifreund *Plonner* vorgeschlagen, den ich auch bereits gebeten habe, bei mir Platz zu nehmen. - Ist Dr. *Schwalber* schon da?

(Nein!)

Er ist also noch nicht da.
Erhebt sich eine Einwendung gegen die Tagesordnung? Dann darf ich die Tagesordnung als genehmigt ansehen.
Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich darf unseren Parteifreund Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* bitten, das Wort zu ergreifen.

(Anhaltender Beifall.)

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren: Ich danke Ihnen zunächst für Ihre überaus freundliche und herzliche Begrüßung. Ich erwidere sie mit bewegtem Herzen durch ein aufrichtiges "Grüß Gott"!

(Zurufe: Grüß Gott!)

I. In einer sehr bedeutungsvollen Stunde - ich möchte fast sagen: in der bisher kritischsten Stunde unserer Partei - ergreife ich das Wort auf der Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern.
Ich soll durch meine Ausführungen den Auftakt geben zu den Beratungen der Delegierten, die aus allen Teilen Bayerns, aus allen Kreisverbänden unserer Union hier zusammenkamen, um an der Lösung einer großen Aufgabe mitzuwirken.
Mit besonderer Aufmerksamkeit sind die Augen wohl nicht nur der politischen Kreise Bayerns auf unser heutiges Tun gerichtet; weit über unsere engeren Landesgrenzen hinaus verfolgt man unsere Arbeit mit starkem Interesse, in gewissem Umfang wohl sogar über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus. Aber mit innerster Anteilnahme begleiten uns heute die Gedanken der mehr als eineinhalb Millionen Wähler und Wählerinnen aus bayerischen Landen, aus Altbayern wie aus Schwaben und aus Franken, die am 1. Dezember 1946 ihre Stimme für die Wahlvorschläge der Christlich-Sozialen Union in Bayern abgegeben haben, weil sie den großen Gedanken der Christlich-Sozialen Union für so wertvoll halten, daß er die tragende Idee im bayerischen staatlichen Leben sein soll. Die Wähler, die uns in den Wahlgängen des Jahres 1946 ihr Vertrauen schenkten, erwarten von uns, daß die Partei der Christlich-Sozialen Union sich dieses Vertrauens würdig erweist.
In dem ausgedehnten Organismus einer neu entstandenen, großen Partei muß es naturgemäß manche Reibungen und Spannungen geben; es wird vieles noch gären, um reifen zu können. Seit Monaten aber werden diese ganz natürlichen Dinge von geschäftigen Händen emsig immer wieder vor aller Öffentlichkeit ausgebreitet. Funken, die sprühen, weil Temperamente zusammenprallen, werden zu züngelndem Feuer gestempelt, das im Gebälk unserer Partei knistere. Persönliche Auseinandersetzungen werden als Dolchstöße in den Rücken oder in das Herz unserer Union ausgerufen. Bange Sorge erfüllt darum ungezählte Herzen in unseren eigenen Reihen.
Umgekehrt aber geht ein unverhohlenes Vergnügen durch jene politischen Kreise, die in einer starken Union das Hindernis ihrer politischen Ziele und Absichten erblicken.

(Beifall.)

Geschäftige Boten verkünden landauf, landab die Zermürbung unserer Partei und behaupten, daß wir nur wenig anzufangen wüßten mit der Macht, die der Wille der Wählerschaft in die Hand der Abgeordneten der Christlich-Sozialen Union für den Landtag und in die Verantwortung unserer Landesleitung gegeben.

(Sehr richtig!)

Auf dieser Landesversammlung *muß* sich eine Klärung vollziehen,

(Sehr richtig!)

und diese wird nicht bestimmt und darf nicht bestimmt werden durch das, was von aussen her an uns heran- und in unsere Reihen hineingetragen wird.

(Zustimmung.)

Diese Klärung wird ihre Form finden aus dem, was wir selbst als tiefste Überzeugung im Herzen tragen, aus dem, was wir durch unser Gewissen als Gebot höchster Pflicht empfinden, aus dem, was ruhige Überlegung und unser Verstand uns zu tun gebieten.
Es ist mir in dieser Stunde ähnlich ums Herz wie an jenem 21. Dezember 1946, als ich vom Bayerischen Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Damals ging ein tiefer Riß durch unsere Landtagsfraktion. Es war mir auferlegt, die erste demokrati-

sche Regierung in Bayern zu bilden. Wenige Wochen vorher war durch Volksabstimmung die neue Verfassung gebilligt und der erste demokratische Landtag gewählt worden. Als Ministerpräsident hatte ich zwar den größeren Teil der eigenen Fraktion hinter mir, aber es war kein angenehmes Gefühl, bei einem Teil nur auf wohlwollende, eigentlich nur abwartende Neutralität rechnen zu können. Der Exponent jener Partei, die durch den Willen der Wählerschaft zur größten, ja zur Mehrheitspartei gemacht worden war, konnte somit in einem so wichtigen Augenblick von diesem grossen politischen Instrument nur mit Vorsicht Gebrauch machen, denn er mußte befürchten, daß der Boden, auf dem er stand, nicht jeder Belastungsprobe gewachsen sei.

Ich habe es trotzdem gewagt! Ich habe vertraut auf unseren Herrgott. Ich habe vertraut auf den gesunden Menschenverstand und auf den guten Willen und das Pflichtbewußtsein aller Mitglieder des Landtags.

II. Als ich vom Landtag zum Bayerischen Ministerpräsidenten gewählt war, mußte die Entscheidung in einer Frage getroffen werden, die zu den Grundfragen des Wesens der Demokratie überhaupt hinführt, nämlich der Frage: Mehrheitsregierung oder Koalitionsregierung.

Unsere Wähler hatten der Christlich-Sozialen Union durch ihre große Stimmenzahl in Form einer Fraktion, die 104 von 180 Landtagssitzen umfaßt, ein starkes und gebrauchsfähiges parlamentarisches Instrument für die Bewältigung der Aufgaben unserer Notzeit geschaffen. Es stand ihnen die Notwendigkeit und Wichtigkeit großer Parteien vor Augen. Sie wollten nicht noch einmal in das Elend des zersplitterten und unselig aufgespaltenen, viel zu stark individualisierenden Parteiwesens zurücksinken, denn nicht zuletzt war ja die Weimarer Demokratie hieran zugrunde gegangen.

Gerade aus dieser Grundeinstellung der Wähler heraus hatte ja auch der Name Union als Parole der großen Sammlung und Einigung aller in den letzten, wesentlichen Grundsätzen politisch Gleichgesinnten eine so große Werbekraft ausgeübt.

Nun muß die Fähigkeit zu solcher Sammlung gleichzeitig auch verbunden sein mit der ausdauernden Fähigkeit und willensstarken Bereitschaft, die voneinander abweichenden Auffassungen über Einzelprobleme und auseinandergehenden Meinungen über politische Taktik zum Ausgleich zu zwingen und jene unvermeidbaren Reibungen zu klären und zu beheben, die nun einmal durch das Hineinwirken persönlicher und menschlicher - leider oft allzu menschlicher! - Motive in politische Urteile und Entscheidungen entstehen und nicht von vornherein abgehalten werden können.

Bei meinem Schritte zur Regierungsbildung mußte ich mir klar sein über die großen Aufgaben, an denen die neue Regierung, der neue Landtag und somit in besonderem Umfange auch meine eigene Partei, die Christlich-Soziale Union, zu arbeiten hatte, und über die großen Schwierigkeiten, die dieser Arbeit entgegenstanden. Ich könnte zusammenfassend vier Gruppen unterscheiden:

1. Im politischen Leben Bayerns die Durchführung der Verfassung und Entfaltung wahrer Demokratie.
2. Der Kampf gegen die schwere wirtschaftliche Not und die materiellen, gesundheitlichen und politischen Gefahren, die aus unserem Notzustand immer wieder erwachsen und größer werden.
3. Die Arbeit im staatsrechtlichen Aufbau des neuen Deutschland, und schließlich:
4. Die Vorbereitung auf die Zeit, in der der Zwischenzustand zwischen Krieg und Frieden ein Ende nehmen und mit Beendigung des Kriegszustandes eine Grundlage für eine neue gesamtdeutsche Wirtschaftspolitik unter Einfügung in die Weltwirtschaft möglich wird.

Ich war mir klar darüber, daß heute sogar die Regierungen von solchen Ländern, die nicht in dem tiefen Elend wie das deutsche Volk stecken, auf vollkommen schwankenden Grundlagen arbeiten müssen; um wieviel mehr also die Regierungen der einzelnen deutschen Länder, die schon an den Zonengrenzen auf hohe Mauern und Barrikaden stoßen. Der Aufgabenberg, der vor der Regierung eines jeden deutschen Landes liegt, kann wohl kaum planmäßig überstiegen oder abgetragen werden. Dauernd ist jede Regierung zu Improvisationen gezwungen. Wirklich lösbar sind die Aufgaben für keine deutsche Regierung aus eigener Kraft.

(Sehr gut! Sehr richtig!)

Auch ist der Nachwuchs an einsatzfähigen Mitarbeitern, deren Zahl infolge der furchtbaren Auswirkungen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des entsetzlichen Krieges um ein Vielfaches größer sein müßte als früher, heute bei weitem viel zu gering.
Unter diesen Umständen ist der unter verschiedenen Gesichtspunkten vielleicht sehr verlockende Gedanke des Schaukelspiels zwischen zwei Parteien eine Selbsttäuschung. Das Zweiparteiensystem und der Wechsel in der Regierung als Ablösung der Regierungsmehrheit durch die Opposition ist nur dort sinnvoll, wo mit den Kräften und Fähigkeiten der parteigebundenen Methoden überhaupt ein Ruck nach vorwärts gemacht werden kann. Wenn es sich aber darum handelt, aus einem Chaos, aus einem völligen Nichts erst wieder eine dürftige Lebensmöglichkeit zu entwickeln, ist die Zusammenfassung aller produktiven und aufbauwilligen Kräfte nicht nur natürlich, sondern durchaus notwendig.

(Sehr richtig!)

So kam ich zu dem Wunsch, eine Regierung zu bilden, die angesprochen werden könnte als eine Regierung der Einigung zu praktischer, sachlicher, politischer Arbeit auf der Grundlage von Grundsätzen, die wir für die politische und moralische Erneuerung unseres Volks- und Staatslebens als richtig erkannt haben.
Neben diesem persönlichen Wunsch stand aber noch eine harte Tatsache, die ich zwar bedauern, aber nicht ändern konnte: Die starke, einheitliche und tragende Idee des Unionsgedankens hatte die verschiedenen Kräftegruppen in ihrer praktischen Wirksamkeit noch nicht recht einheitlich auszurichten vermocht.

(Zuruf: Bedauerlich!)

Ich mußte mich also auch deshalb für eine über die Parteigrenzen hinausgehende Vereinigung einsetzen, also zur Koalitionsregierung und zu dem Versuch, möglichst die Gesamtheit der bayerischen Volksvertretung darin zusammenzufassen.
Die Liberal-Demokratische Partei konnte sich zu einer Teilnahme nicht entschließen. Die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung ist nicht zu einem fruchtbaren Faktor in dieser Koalitionsregierung geworden.

(Heiterkeit.)

Auch in der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie hat die praktische Koalitionsarbeit bisher auf keiner Seite *vollkommen* befriedigt. Hier darf ich aber doch noch einmal darauf hinweisen, daß sich ein Ministerpräsident mit einer Koalitionsregierung wesentlich leichter tut, wenn er die Gesamtheit seiner Fraktion und seiner Partei draußen im Lande geschlossen hinter sich hat.

(Lebhafter Beifall.)

Über die weitere Koalitionsarbeit zwischen der Sozialdemokratie und der Christlich-Sozialen Union sind seit längerer Zeit schon Besprechungen im Gange. Ich darf hier dem Wunsch Ausdruck verleihen, daß das nunmehr vereinbarte Programm zur Erarbeitung gemeinsamer Richtlinien bald zu einem positiven Ergebnis führt. Der zweiparteiliche Ausschuß für Koalitionsbesprechungen hat eine Reihe von Fachausschüssen eingesetzt, in denen jeweils ein Arbeitsgebiet behandelt werden soll.
Der erste dieser Ausschüsse hat eine Einigung über einen Erziehungsplan zu suchen, dessen Erörterung der im September wieder zusammentretende Landtag nicht mehr hinausschieben kann. Dringlich ist auch die Arbeit des Ausschusses für Wirtschaftsdemokratie, da hier die Schulung der Betriebsräte einen ersten Erörterungspunkt bildet. Sozialisierungsfragen, Genossenschaftsfragen, Energieversorgung, Flüchtlingsangelegenheiten, Bodenreform, Wohnungsfragen und Lastenausgleich sind große Arbeitsgebiete, die in anderen Ausschüssen zu durchforschen und möglichst auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sind. Auf allen diesen Gebieten gibt es naturgemäß Differenzpunkte, vielleicht sogar scharfe Differenzpunkte zwischen einer christlich-sozialen Partei und einer sozialistischen Partei, die nach Klärung rufen.
III. Aus dem Gedanken, die Kräfte für die Überwindung der schlimmsten wirtschaftlichen Notstände zu sammeln, ist auch die Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder geboren worden, zu der ich die Regierungschefs aller deutschen Länder und den Oberbürgermeister der Stadt Berlin für den 6. und 7. Juni 1947 nach München eingeladen hatte.
Diese erstmalige Zusammenkunft der deutschen Ministerpräsidenten hat das Ansehen Bayerns ohne Zweifel gemehrt

(Sehr richtig!)

und hat dazu beigetragen, die Vorstellung zu zerstören, als wolle Bayern nur in sich gekehrt und sich selbst genügend sich vom übrigen deutschen Geschehen absondern. Der Ruf der Bayerischen Staatsregierung sollte gleichzeitig eine Bekundung der gesamtdeutschen Empfindungen sein. Diese Empfindungen waren von jeher in unserem Lande vorhanden. Man dürfte doch eigentlich nie vergessen: Die echte großdeutsche Tradition war bei uns immer heimisch, bis sie durch die kleindeutsch-preußische Entwicklung eingeschnürt wurde.

(Zustimmung.)

Es war daher ein schmerzliches Erlebnis, als durch das Verhalten der Regierungschefs der Ostzone auf dem Münchner Boden der Welt vordemonstriert werden mußte, daß dem besten Willen zu einer politischen und wirtschaftlichen Vereinigung Deutschlands Grenzen gesetzt sind, die zu beseitigen außerhalb der deutschen Macht liegt. Das Fernbleiben der Regierungschefs aus der Ostzone hat nicht nur dem sonst so gelungenen, alle Teilnehmer befriedigenden Verlauf der Münchener Konferenz einen Schönheitsfehler aufgedrückt, sondern die gleichen Umstände, die dieses Fernbleiben verschuldeten, sind auch schuld daran, daß die Absicht der Münchner Konferenz, ihre Beschlüsse dem Kontrollrat vorzutragen und über die höchste zur Zeit Deutschland vorgesetzte Instanz zu einer Verwirklichung dieser Beschlüsse zu schreiten, nicht verwirklicht werden konnte.
Es kann nicht verhehlt werden, daß dadurch eine außerordentlich peinliche Situation für die gesamten deutschen Regierungen eingetreten ist. Sie kann nur deshalb ertragen werden, weil es offenkundig ist, daß es sich hier um den Ausfluß von internationalen Vorgängen handelt, auf die die deutschen Regierungen keinen Einfluß haben.

(Sehr richtig!)

Das sind Vorgänge, die durchaus jenseits der Probleme liegen, mit denen sich die Ministerpräsidentenkonferenz befaßte.
Man wirft uns Deutschen oft vor, daß wir es an der notwendigen Initiative fehlen lassen. Nun, meine Damen und Herren: Hier sehen Sie die Geschichte einer deutschen Initiative!

(Lebhafter Beifall.)

Wir lassen uns dadurch nicht entmutigen. Die Entscheidung des Kontrollrats, daß er die Abordnung der Ministerpräsidenten unter den obwaltenden Umständen nicht empfangen könne, liegt gewiß nicht in der Materie der vorzutragenden Münchner Entschließungen begründet. Eben deshalb wäre es aber auch nicht richtig, die Münchner Konferenz etwa als gescheitert oder ergebnislos zu bezeichnen.
Die Entschließungen der Konferenz wurden dem Kontrollrat bereits im genauen Text unterbreitet. Die Feststellungen, die auf der Münchner Konferenz über die wirtschaftliche Notlage Deutschlands gemacht wurden, die Vorschläge, die von ihr zur Behebung dieser Notlage ausgearbeitet worden sind, haben von ihrem Wert und von ihrer Wichtigkeit in nichts eingebüßt und stellen für jeden, der sich praktisch mit den vordringlichsten wirtschaftlichen Notlagen befassen muß, einen Wegweiser dar. Ist es nicht möglich, sie für den Gesamtbereich der deutschen Länder in die Tat umzusetzen, so behalten sie doch ihren Wert für die Wirtschaftspolitik im Zweizonenbereich der amerikanischen und britischen Besatzungsmacht, dessen baldige Erweiterung und Ergänzung wir erhoffen.
IV. Im Exekutivausschuß, der einen Teil der neugeschaffenen zweizonalen Wirtschaftsorganisation in Frankfurt bildet, besteht eine Vertretung der Länderregierungen. Seiner Initiative zu jeglichen wirtschaftspolitischen Anträgen bei der gesetzgebenden Körperschaft, dem Wirtschaftsrat, ist ein weiter Spielraum gegeben. Hier ist der Weg für eine koordinierende Wirtschaftspolitik der Länder gewiesen. Durch ihren Bevollmächtigten im Exekutivausschuß hat die Bayerische Staatsregierung auch den Abgeordneten des Wirtschaftsrats Protokoll und Entschließungen der Münchner Konferenz zugeleitet.
Die Einrichtung des Exekutivrats erfordert es, die in München hergestellte Fühlungnahme zwischen den Regierungschefs der Länder ständig zu pflegen und immer mehr zu vertiefen, und ich hoffe, daß die Münchner Zusammenkunft nicht die letzte gewesen ist.

(Bravo!)

Auch in diesem Fall hat sich gezeigt, wie wichtig und notwendig die persönliche Fühlungnahme der für die Regierungsarbeit in den Ländern verantwortlichen Persönlichkeiten ist. Wir müssen immer wieder trachten, aus der Enge der zeitbedingten Isolierung herauszukommen. Aus diesem Grunde lege ich den allergrößten Wert darauf, jede sich bietende Gelegenheit zur Fühlungnahme und zum Gedankenaustausch mit den verantwortlichen Regierungsmännern anderer Zonen zu pflegen, vor allem auch mit jenen, die in den großen politischen Grundsätzen gleiche und gemeinsame Ziele wie wir verfolgen.
Nur wer in den Regierungen der Länder bloße administrative Organe erblickt, könnte darin einen nicht geziemenden Einbruch in die Sphäre der politischen Parteien erblicken, wie es ja auch von einer Reihe von Kritikern an der Ministerpräsidentenkonferenz geschehen ist. Die Aufgabe und der Zweck der politischen Parteien als

Formkräfte der politischen Willensbildung in der Demokratie und ihr durch die Parlamente ausgeübtes Kontrollrecht gegenüber den Regierungen wird dadurch in keiner Weise geschmälert.
Die Münchner Konferenz hat die wirtschaftlichen Probleme in den Vordergrund gestellt, nicht nur aus dem Grund, weil sie aus begründeter Sorge um den Verlauf der Zusammenkunft das heiße Eisen der politischen Fragen nicht anlangen wollte, sondern weil tatsächlich die primären Fragen, um die es heute geht, wirtschaftlicher Natur sind. Wir kämpfen um das nackte Leben!

(Zustimmung.)

Nun darf ich hier eine kurze Zwischenbemerkung machen. Meine Damen und Herren, Sie haben in der Ihnen heute vorgelegten Nummer der Süddeutschen Zeitung den neuen Industrieplan gelesen. Es ist schwer, im Augenblick dazu Stellung zu nehmen. Aber ich glaube, zwei Gesichtspunkte darf man, ohne unbescheiden zu sein, heute schon herausheben.
Vielleicht ist die Neugestaltung des Industrieplans auch mit zu einem kleinen Körnchen auf die Beratungen der Münchner Ministerpräsidentenkonferenz zurückzuführen.

(Sehr richtig!)

Es bedarf sodann eines eingehenden Studiums, um die Auswirkungen dieses Planes zu sehen. Aber eines ist ganz offenkundig: Man sieht auch bei den Besatzungsmächten, es muß eine Auflockerung erfolgen, es muß irgend etwas geschehen, um die allzu strengen Grenzen, um die allzuscharf abgegrenzten Pfähle aufzulockern, um die Möglichkeit einer Verbindung mit dem Ausland wieder zu schaffen, um die Möglichkeit einer größeren Bewegungsfreiheit im Inland wieder zu sichern. Wenn nichts sonst als das deutlich sichtbar sich aus dem Industrieplan ergäbe, wäre das schon ein unerhörter Fortschritt.
Wir denken zu schnell in manchen Dingen und vergessen, daß eine Zeit hinter uns liegt, die ja alles zusammengeworfen und alles verschüttet hat; und wir vergessen, daß auch die Erholung eines kranken Körpers ihre Zeit braucht. Es ist freilich schwer, wenn man in einer Lage wie die, in der wir uns befinden, zur Geduld mahnen muß. Aber immerhin möge ein kleiner Lichtblick für uns heute auch dieser neue Industrieplan sein!
Unser Kollege Herr Staatssekretär *Geiger* wird in seinen Ausführungen auf diesen Industrieplan noch mit einigen Sätzen zurückkommen.
V. Die ernste Frage, die im Frühjahr gestellt worden ist: Wie kommen wir über den nächsten Winter hinweg?, erhebt weiterhin drohend ihr Haupt. Es wäre vermessen zu sagen, daß die schweren Sorgen, mit denen wir der immer näher rückenden winterlichen Zeit entgegensehen, nach irgendeiner Richtung geringer geworden seien. Die außergewöhnlichen Witterungsverhältnisse dieses Sommers haben die Ernährungssorgen, vor allem was die Kartoffel- und Fettversorgung anbelangt, noch vermehrt. Wir sind und bleiben in unserer Ernährung auf die Hilfe und auf das Verständnis des Auslandes angewiesen. Was aus eigenen Kräften geschehen kann, wird und muß getan werden. Man kann unserer bayerischen Landwirtschaft für die Erzeugung und die Ablieferung das Zeugnis ausstellen, daß sie wirklich alles getan hat, was in ihren Kräften steht.

(Sehr richtig! Bravo!)

Die Ausnutzung des landwirtschaftlichen Bodens, der ja selbst an einer Unterernährung leidet,

(Sehr richtig!)

und die Inanspruchnahme der menschlichen Arbeitskraft in der Landwirtschaft sind an einer Grenze angelangt, daß man von Raubbau und Überspannung sprechen muß. Von seiten der landwirtschaftlichen Organisationen ist sicherlich alles geschehen, was irgendwie zur Beeinflussung der Ernährungslage geschehen kann. Die vom Bauernverband erstrebte und nunmehr vollzogene Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften will eine neue Gewähr dafür schaffen, daß in Bayern keine einseitige, rein standesmäßig betriebene Agrarpolitik gemacht wird, sondern daß sich die Landwirtschaft zutiefst ihrer volkspolitischen Aufgabe bewußt ist.

Unser Landwirtschaftsministerium befindet sich in den Händen eines Mannes [*Joseph Baumgartner*], der sich nach dem Urteil aller sachverständigen, über Bayern weit hinausreichenden Kreise der gestellten, überaus schweren Aufgabe durchaus als gewachsen erwiesen hat.

(Beifall.)

So wird es schwer sein, die Erscheinungen der katastrophalen Ernährungskrise auf organisatorische Mängel der Erzeugung und Verteilung der Nahrungsmittel zurückzuführen. Es ist ja immer ein billiger Ausweg, alles andere von sich zu schieben und zu rufen: Organisation, Organisation, Verteilung, Verteilung! Die Armut kommt hier wirklich von der pauvreté.

VI. Gewiß hat die Erkrankung unseres Wirtschaftskörpers gerade durch das Problem des Hungers Eiterherde in unserem wirtschaftlichen und sozialen Organismus hervorgerufen, die dringend nach Abhilfe, Einschreiten und Operation verlangen.

Der Schwarzhandel und der Schwarze Markt sind solche Eiterbeulen. Er ist nicht nur das erschreckende Symptom der Nahrungsmittelknappheit und des Mangels an allen lebenswichtigen Gütern des täglichen Bedarfs, sondern noch mehr die Folge der völligen Zerstörung unseres Geldwesens. Anordnungen, die nur in unzulänglicher Weise an den Symptomen unserer wirtschaftlichen Erkrankung herumkurieren, können, wenn sie auch noch so gut gemeint sind, keine Hilfe bringen.

Es bedarf der Umstellung und Umstimmung des Gesamtorganismus durch organisch zusammenhängende Maßnahmen. Zusammenhanglose Einzelmaßnahmen können nichts helfen, da sie aus dem circulus vitiosus nicht herauszuführen vermögen. Ernährung, Währung, Rohstoffrage, Kohlenfrage, Verkehrsfrage, Steuerfrage, Preisfrage, Kreditfrage und Arbeitsfrage hängen aufs engste zusammen, und nur wenn es gelingt, sie in ein realistisches System einer Wirtschaftspolitik zu bringen und durch eine glückliche Initialzündung mit einem gesunden Kreislauf zu versehen, besteht Hoffnung, daß wir aus dem Sumpf herauskommen.

Da heute nach wie vor die Entscheidung über die deutsche Wirtschaft noch in erster Linie in den Händen der Besatzungsmächte liegt, ist es nach wie vor von ausschlaggebender Bedeutung, wie diese Entscheidungen von fremder Seite ausfallen.

VII. Neben der Ernährung ist die Kohlen- und Beheizungsfrage das uns alle am meisten bedrückende Winterproblem. Die Hoffnungen, die uns auf eine Verbesserung der Brennstoffversorgung für diesen Winter gemacht worden sind, drohen zu zerrinnen. Um so mehr wird es unser Streben sein, die Hilfe, die uns auch in diesen Notzeiten wiederum unsere bayerische Braunkohle gewährt, immer mehr zu intensivieren und zu einer höchstmöglichen Leistung zu bringen.

Mit Spannung warten wir auf das Ergebnis der in Washington tagenden Ruhrkohlen-Konferenz der amerikanischen und englischen Sachverständigen. Wenn es nicht gelingt, im Bereiche der Kohlenwirtschaft eine Initialzündung für die Gesamtwirtschaft zu erzeugen, dann ist nicht abzusehen, wie ein noch tieferes Abgleiten in das wirtschaftliche Chaos vermieden werden soll.

VIII. Meine Damen und Herren, in Zeiten geistiger Um- und Aufbrüche erheben sich auch die wirtschaftlichen Fragen zu geistigen Fragen. Die Frage taucht auf und dringt in die Gemüter, ob die Not nicht im System liege und ob nicht eine Änderung der gesamten Wirtschaftspolitik und des gesamten Wirtschaftssystems notwendig sei, ob nicht gerade die Hemmnisse und Widerstände, die sich der Forderung einer Änderung von Grund auf entgegenstellen, eine wesentliche Schuld an der entstandenen Not und an der Unmöglichkeit ihrer Beseitigung trügen.

Es ist richtig, daß die große Weltkrisis, die durch den letzten Weltkrieg ja nicht beigelegt wurde, sondern als seine Folge in ihrem ganzen weltweiten Ausmaß erst vollends aufgebrochen ist, gleichzeitig ein Ringen um Entscheidungen ist, aus welchem Geiste in Zukunft die ökonomischen Verhältnisse der Völker gestaltet werden sollen.

Der Weg, den die Wirtschaft einschlagen wird, wird auch mitbestimmend für die Gestalt unserer künftigen politischen Verhältnisse sein. So ist es von entscheidender Bedeutung, mit welchen Ideen und Grundauffassungen wir uns an den wirtschaftlichen Wiederaufbau heranmachen.

Unsere Zielsetzung für die Wiedergeburt unseres staatlichen und öffentlichen Lebens ist klar. Sie lautet: Wir wollen aus dem totalen Zusammenbruch, den ein totalitäres Regime über uns heraufbeschworen hat, zur Freiheit eines demokratischen Staatswesens gelangen!

Unsere demokratischen Vorstellungen sind geschärft und geklärt worden durch die bitteren Erfahrungen, die wir aus dem Erlebnis ihres Gegenteils, aus der Diktatur, geschöpft haben. Sich zur Demokratie bekennen, heißt, daß man entschlossen auf die Seite jener Geister und Mächte in der Welt treten will, die in der Leugnung, Unterdrückung und Schmälerung der demokratischen Grundprinzipien das Hindernis des Fortschritts und die Gefährdung der Wohlfahrt der menschlichen Gesellschaft sehen.

Es gibt zwei Möglichkeiten für die Aufstellung eines Wirtschaftssystems: Bei der einen wird der Glaube ganz auf Staat, auf Planbehörden, auf Bürokratie, auf autoritative Lenkung von oben gesetzt. Alles Denken ist hier von dem Ruf nach dem Staat oder nach irgendeinem Machthaber beherrscht.

Wer könnte leugnen, daß die allgemeine Geistesverfassung heute sehr stark in dieser Richtung liegt? So wenig man im allgemeinen von Autoritäten wissen will, der Glaube an die Allmacht des Staates ist riesengroß,

(Sehr richtig!)

und die Meinung, daß der Staat letztlich für alles und jedes da ist, ist nur zu allgemein verbreitet.

Dieses Denken, auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme übersetzt, ist ein Ausdruck dafür, wie stark das Denken unserer Zeit von kollektivistischen und autoritären Ideen durchtränkt ist.

(Zustimmung.)

Kollektivismus ist aber letzten Endes immer die wirtschaftliche Denkform der Diktatur.

(Beifall.)

Das ist keine Theorie; wir kennen diese Form der Diktatur nicht nur aus den theoretischen Konstruktionen des historischen Materialismus marxistischer Herkunft. Wir sehen diesen Kollektivismus in voller Blüte des Sowjetsystems vor uns, in welchem geplante, gelenkte, staatlich monopolisierte und bis ins letzte verstaatlichte Wirtschaft alles bedeutet. Dieses Wirtschaftssystem erfordert die bis ins letzte durchgebildete politische Diktatur. Und alle Ansätze und Neigungen zu diesem Wirtschaftssystem haben daher von selbst und müssen von selbst die Wegerichtung zur politischen Diktatur nehmen.

(Beifall.)

Eine staatlich gelenkte Wirtschaft, in der die wichtigsten Produktionsmittel verstaatlicht sind, bedingt ein autoritatives, von einer Bürokratie kommandiertes Staatssystem. Es geht darum nicht an, die Befreiung von autoritären und totalitären Formen, von offener oder verkappter Diktatur, von Tyrannei und anmaßender Staatsomnipotenz, von den Methoden der Gewalt und des Diktates zu predigen und gleichzeitig das Heil der Zukunft in Wirtschaftsformen zu suchen, die letzten Endes nur mit den Mitteln eines autoritären und kommandierten Staatsgeistes verwirklicht werden können.

(Erneuter Beifall.)

Diese Entscheidung muß heute jeder denkende Mensch treffen, der in den geistigen Entscheidungen das Schicksal der Zukunft erblickt.
Und, meine Damen und Herren, das ist ja die Krankheit unserer Zeit: Wir leiden unendlich an einer unerhörten Verschwommenheit, Umdeutung und Entwertung der Begriffe.

(Nochmalige Zustimmung.)

Was hat es für einen Zweck, von Sozialisierung zu reden, wenn jeder sich etwas anderes darunter vorstellt;

(Zustimmung und Beifall.)

was hat es für einen Zweck, von Sozialisierung zu reden, wenn manche sich gar nichts darunter vorstellen; was hat es für einen Zweck, von Sozialisierung zu reden, wenn man das Wort gebraucht, um seine Gedanken zu verhüllen?

(Erneute Zustimmung.)

Wer sich [aus] irgendwelchen Gründen und Gefühlen Sozialist nennt und dem Sozialismus die Chance für die zukünftige wirtschaftliche und gesellschaftliche Verfassung der Völker zuspricht, muß sich klar darüber sein, daß der aus dem Gedankengut des historischen Materialismus erwachsene Sozialismus gleich welcher Art, ob er nun integral oder revisionistisch sein mag, der Weg zur kollektivistischen Wirtschaft ist

(Beifall.)

und damit zwangsläufig in autoritäre und totalitäre Staatsformen hineinführt.
Wer zur Demokratie will, muß dieser Wegerichtung abschwören, und es wäre an der Zeit, daß Demokraten es sich abgewöhnen, ihre sozialen Gesinnungen als Sozialismus zu bezeichnen.

(Allgemeine lebhafte Zustimmung.)

Ich höre den Einwand, daß in schweren Notzeiten wie in den unsrigen, gerade wie in den Kriegszeiten, es ohne Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung von oben her

nicht abgeht. Das ist durchaus richtig. Der Staat kann sich heute der Verpflichtung nicht entziehen, dirigierend in die wirtschaftlichen Verhältnisse miteinzugreifen. Aber es kommt auf die Dosierung dieses Eingreifens und es kommt entscheidend auf die Zielsetzungen dieses Eingreifens an. Es kommt darauf an, ob der Staat sich in einer Notzeit nur als Nothelfer erweisen will mit der Absicht, es nicht mehr und nicht länger zu sein, als es notwendig ist, oder ob damit die Absicht für die Grundlegung eines immer mehr zu vervollkommnenden, staatlich monopolisierten Wirtschaftssystems vollzogen werden soll.

(Sehr gut!)

Wollen wir über die Wirtschaft nicht eines Tages wieder in diktatorische Staatsformen zurückfallen, dann müssen wir die Augen offenhalten, uns durch die Notzeit nicht zu Experimenten verführen lassen, die für alle Zukunft die Entwicklung eines freien demokratischen Staatslebens verbauen.

Der Unterschied zwischen einer kollektivistischen und einer demokratischen Wirtschaftsweise liegt darin, daß in dem einen Fall die Entscheidung über die Produktionweise und die Verteilung der Güter ausschließlich in eine Planbehörde gelegt wird, die mit den Zwangsmitteln der Staatsautorität arbeitet, während in dem anderen Fall darnach getrachtet wird, wieder einen echten Markt als Regler der Arbeitsteilung herzustellen und seiner Kraft zur Bewirkung einer organischen Synthese des Wirtschaftslebens zu vertrauen.

Es ist ein verwirrter Gedanke zu meinen, es gäbe nur eine Wahl zwischen der Anarchie eines uneingeschränkten Privateigentums einerseits und der Verwaltung jeglichen Eigentums durch staatliche Behörden andererseits. Es ist ein Irrtum zu meinen, man müsse entweder alles in der Wirtschaft fahren lassen oder man müsse nahezu alles unter staatliche Lenkung bringen.

Es gibt Wege, die Mißbräuche kapitalistischer Wirtschaftsmethoden abzustellen, ohne auf kollektivistische Bahnen zu geraten. Es gibt Wege zur vollen Entfaltung sozialer Sympathien und Gesinnungen, ohne daß man deshalb Sozialist ist.

Man braucht nicht Kollektivist zu sein, um die Berechtigung von arbeitslosen Einkommen abzustreiten. Man braucht nicht Kollektivist zu sein, um das bestehende Eigentums- und Vertragsrecht, soweit es positivistischer Natur ist, als abänderlich zu betrachten und es nicht mit einem unantastbaren Naturrecht zu verwechseln. Man braucht nicht Kollektivist zu sein, um zu erkennen, daß die Zeit für monopolistische, privatkapitalistische Großunternehmungen vorbei ist.

(Zustimmung.)

Immer und zu jeder Zeit kann unbeschadet einer unbestechlichen naturrechtlichen Auffassung über Menschenrechte und persönliche Freiheit das bestehende Recht an Eigentum daraufhin überprüft werden, ob es gut sei und wie es nach den Bedürfnissen der Zeit umgestaltet werden könne.

Es geht heute in allem und jedem um die Freiheit der Persönlichkeit. Für sie zu kämpfen und auf die Schutzwälle zu eilen, die überall in der Welt gegen ihre Bedrohung errichtet werden müssen, das heißt Demokrat sein.

(Beifall.)

Wir kommen geschlagen, verwundet und entstellt aus einem Gefängnis, in dem die Entwürdigung der menschlichen Person ihre finstersten Triumphe gefeiert hat. Wir

wollen keine Wege einschlagen, die noch einmal in ein solches Gefängnis zurückführen könnten,

(Zustimmung und Beifall.)

auch dann nicht, wenn die Gitterstäbe dieses Gefängnisses mit anderen Farben und anderen Zeichen bemalt wären!

(Stürmischer Beifall!)

IX. Urtümlich echte demokratische Prinzipien sind es auch, die unsere Ideen vom Aufbau eines zukünftigen deutschen Staatswesens erfüllen.
Ebenso wie wir den Kollektivismus in der Wirtschaft und im Sozialleben als Widerspruch gegen demokratisches Denken empfinden, ebenso ist unsere Abneigung gegen jede neue zentralistische Machtkonzentration im staatspolitischen Bereich

(Sehr richtig! Bravo!)

eine Folge unserer durch die Erfahrungen in der Vergangenheit geschärften demokratischen Einsicht.
Wer im Föderalismus nur ein Abwehrmittel zur Sicherung historisch überkommener partikularer und territorialer Rechte und Eigentümlichkeiten sieht, ist nicht bis zu den Tiefen seiner geistigen Urgründe vorgestoßen.

(Sehr richtig! Bravo!)

Vielleicht hat man es in der Vergangenheit gerade in Bayern, das sich als Vorort föderalistischer Gesinnung fühlte, versäumt und vernachlässigt, die föderalistische Staats- und Gesellschaftsauffassung als eine im besten Sinn und wesensechte demokratische Staatsauffassung zu entwickeln und ins richtige Licht zu setzen.

(Sehr richtig!)

Die geistige Zusammenschaltung zwischen Demokratismus und Föderalismus ist nicht zuletzt deshalb mißlungen, weil in der Weimarer Republik gerade die Parteien, die sich als die demokratischen bezeichneten, eine ausgesprochene zentralistische und unitaristische Politik betrieben.

(Zustimmung.)

Da sich die von Bayern ausgehende föderalistische Opposition aus diesem Grunde gegen diese Parteien richten mußte, bekam gerade der bayerische Föderalismus ungewollt den völlig falschen Anschein einer antidemokratischen Bewegung. Nun hat der Verlauf und das Schicksal jenes demokratischen Versuches in Deutschland gezeigt, daß die Unitarisierung und Zentralisierung wesentlich als Schrittmacher für die *Hitlersche* Diktatur gewirkt haben.

(Sehr richtig!)

Nie hätte *Hitler* unter Zuhilfenahme pseudolegaler Mittel seine usurpatorische Hand so auf das Reich legen können, wenn durch die unitaristische Entwicklung die zentrale Regierungsform nicht so stark vorpräpariert worden wäre.
Noch in einer anderen Richtung ist eine völlig neue Situation für eine föderalistische Politik eingetreten. Der preußische Staat existiert nicht mehr. Damit ist das Haupthindernis für eine wirkliche föderative Organisation Deutschlands weggefallen. Solange Preußen existierte, war wirklicher Föderalismus in Deutschland - das ist eine Tatsache - nicht möglich.

(Sehr richtig!)

So erhielt der Föderalismus den Charakter eines antipreußischen Staatsprinzips und dadurch eine Belastung mit einem Ressentiment, das ebenfalls für die Entfaltung der föderalistischen Idee nicht günstig war. Man sah den bayerischen Föderalismus vielfach nur als eine Äußerung eines antipreußischen Affekts an.
Hiefür ist heute kein Grund mehr vorhanden.

(Zustimmung. Beifall.)

Erst jetzt ist der Weg eines wahrhaft föderativen Aufbaues Deutschlands frei, und es hieße sich an Deutschland versündigen, würde diese seine Stunde nicht erkannt werden.
X. Was ist Bayerns Rolle und Aufgabe in dieser Situation?
Betrachtet man die allgemeine staatliche Verfassung, in der sich Deutschland nach der Auflösung des Reiches befindet, so ist die Tatsache festzustellen, daß aus dem Trümmerfeld der deutschen Staatlichkeit Bayern als der noch am meisten in sich gefestigte deutsche Staat hervorragt, was traditionelles Staatsbewußtsein seiner Bewohner, das Vorhandensein eines überkommenen Staatsapparates und vor allem die Unversehrtheit des Staatsgebietes anbelangt. - Hier mit einer schmerzlichen Einschränkung und mit einem herzlichen Blick nach der Pfalz.

(Bravo-Rufe. Beifall.)

Wir fühlen uns mit der Pfalz auch heute noch nach wie vor aufs engste verbunden.

(Erneuter starker Beifall.)

Ja, wir hoffen sogar, daß die Fäden zu der Pfalz nicht abgerissen sind, sondern wieder etwas stärker gesponnen werden können. - Hier in Bayern ist wirklich noch echte, unzerstörte Staatssubstanz vorhanden, obwohl auch Bayern am Ende einer 70-jährigen, seit 1866 abrollenden Entwicklung, die sich als nationale Einheitsbewegung bezeichnete, seine staatlichen Rechte restlos eingebüßt hat.
Es ist nicht von ungefähr, daß gerade der deutsche Staat, der nach der Reichs- und preußischen Staatskatastrophe die am meisten formweisende Kraft für eine zukünftige deutsche Staatsbildung aufweist, gerade jenes Bayern ist, das einst im preußisch-österreichischen Ringen um die deutsche Vorherrschaft als der dazwischenstehende Mittelstaat völlig aus seinen Angeln gehoben worden war. Am Ende des Spieles nun, wo das alte Österreich schon längst nicht mehr lebt und nun auch Preußen dahingegangen ist, steht Bayern im ganzen gesehen immer noch als klar umrissenes staatliches Gebilde da.

(Beifall.)

Das älteste Staatsgebilde hat sich auch als das zäheste erwiesen.

(Zustimmung.)

Daraus ergeben sich für uns Verpflichtungen. An diesen Tatsachen kann man bei der Neuordnung Deutschlands nicht vorübergehen.

(Sehr richtig!)

Sie müssen vielmehr hiefür nutzbar gemacht werden. Hier ist für Deutschland durch die Geschichte das Muster eines Baugliedes für seinen staatlichen Neuaufbau gegeben. Wir denken nicht daran, daraus irgendwie einen Führungsanspruch gegenüber Gesamtdeutschland ableiten zu wollen. Solche Ansprüche vertragen sich gerade nicht

mit echt föderativem Denken, das immer auf die Harmonie der Glieder bedacht sein muß, unter denen es nach keiner Richtung eine Vorherrschaft oder Ambitionen nach einem Übergewicht geben darf.

(Sehr richtig!)

Aber wir in Bayern sind mit den übrigen süddeutschen Ländern den anderen Ländern, die nunmehr in die Form bundesstaatlicher Organismen hineinwachsen müssen, damit ein bundesstaatliches Gebilde entstehen kann, um ein gutes Stück voraus. Wir überheben uns deshalb nicht, aber wir wünschen, daß die anderen bald und rasch nachwachsen. Denn aus den Einzelstaaten heraus muß diesmal die höhere Vereinigung wachsen. Der Weg von Weimar darf nicht noch einmal gegangen werden.

(Zustimmung.)

Die Weimarer Verfassung und die durch sie geschaffene Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern war das Werk einer Nationalversammlung, die die ausschließliche Souveränität für die volle und uneingeschränkte Verfassungsgesetzgebung für sich in Anspruch nahm. Ohne wirkliche Mitwirkung der Länder war die Verfassung entstanden. Nur was das Zentralparlament ihnen an Rechten und Befugnissen zubilligte, machte ihren Staatscharakter aus, der ewig umstritten war und sich in einer völlig ungesicherten Labilität befand. Jederzeit hatten es die zentralen Organe in der Hand, die Rechte der Länder zu beschneiden, sie in ihrer Staatlichkeit auszuhöhlen und den Einheitsstaat zu beschließen.
Es rächte sich, daß es die Länder verabsäumt hatten, vor dem Zustandekommen der Nationalversammlung sich selbst verfassungsmäßig zu konstituieren und sich dadurch in den Stand zu setzen, als Baumeister des Reiches mitzuwirken.
Die Folge war, daß der Reichstag, die Reichsregierung und vor allem die ausführenden Organe der neu geschaffenen, ins Endlose wachsenden Reichsbürokratie - bitte, im *Bismarckschen* Reich gab es kaum noch eine Reichsbürokratie! - von einem unstillbaren Streben ergriffen wurden, Zuständigkeiten an sich zu ziehen und die Länder fortschreitend zu entmachten.
Dieser Weg darf nicht noch einmal gegangen werden.

(Zustimmung, Beifall.)

Die Situation ist auch eine ganz andere wie 1919. Diesmal ist die Konstituierung deutscher Staaten erfolgt, ohne daß zunächst irgendeine übergeordnete, souveräne deutsche Gewalt vorhanden ist. Es gibt gegenwärtig kein Reich, es gibt gegenwärtig keinen Bund, es gibt gegenwärtig keinen staatsrechtlichen Begriff, der Deutschland umschlösse; Gott sei es geklagt.
Nicht mehr lautet das Problem so, welchen Unterbau sich das Reich geben solle, sondern umgekehrt, wie eines Tages der Überbau ausschauen soll, den sich die deutschen Staaten geben wollen. Das allein ist auch die richtige föderalistische Fragestellung für den Aufbau eines bundesstaatlichen Gebildes. Von unten nach oben, nicht von oben nach unten muß er sich vollziehen.

(Sehr richtig! Sehr gut!)

Auf dieses Baugesetz muß sich jede Politik, die sich föderalistisch bezeichnet, für eine zukünftige Zusammenfassung der deutschen Staaten zu einer höheren Einheit stützen.
Man wird darauf bedacht sein müssen, daß nicht noch einmal ein allmächtiges, souveränes Zentralparlament souverän und allein über die Zukunft der Länder bestimmt.

Nur was eine gemeinsame Regelung nach einheitlichen Gesichtspunkten unbedingt erfordert, soll an Zuständigkeiten auf eine zu schaffende Bundesversammlung und Bundesregierung übertragen werden, dann aber glatt und nicht erst sich abhandeln lassen.

(Sehr richtig!)

Diese Zuständigkeiten der übergeordneten Gewalt müssen durch klare verfassungsrechtliche Sicherung in festen Schranken gehalten werden, die nicht, wie es der Weimarer Verfassung möglich war, durch eine Kompetenz-Kompetenzbefugnis überschritten werden können.

Die föderative Stabilität eines zukünftigen Bundesgebildes bedarf aber nicht allein der Sicherung nach der legislativen Seite, sondern, wie die Erfahrung lehrt, ganz besonders auch im Bereich der Exekutive. In den Regierungsorganen muß schon aufgrund ihrer Entstehung und Zusammensetzung eine Garantie liegen, daß sie sich nicht als Gegenspieler der zentralen Gewalt gegen die Länder, sondern als ehrliche Makler und Vollstrecker eines Bundeswillens fühlen.

(Zustimmung.)

Nicht eine Auseinanderreihung, nicht die Summe von Partikularismen soll die neue Einheit sein, sondern eine höhere Gemeinschaft mit einem universalen Zug.

XI. Der Föderalismus ist nicht nur ein staatspolitisches Prinzip, das sich auf staatsrechtliche Verhältnisse zwischen einer Bundesgewalt und den einzelnen Bundesgliedern beschränkt, sondern ein durchgängiges, alle Kreise des politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens durchdringendes Prinzip einer natürlich gegliederten politischen und sozialen Ordnung. Es widerstrebt allen Erscheinungsformen eines zerstörenden Individualismus ebensosehr wie der Anmaßung eines in Massenwahn verstrickten Kollektivismus.

Der Föderalismus geht aus von den bodenständigen, heimatlichen, standesmäßigen und geschichtlich gewachsenen Kräften und erblickt in ihnen den Quell für ein fruchtbares Gemeinschaftsleben. Seine Sicht aber ist auf das Universale gerichtet.

Nicht von ungefähr sind daher die deutschen Föderalisten nicht erst seit heute allen Ideen so aufgeschlossen, die aus der nationalstaatlichen Erstarrung unseres Kontinents zur Wiedererweckung einer europäischen, abendländischen Ordnung im föderativen Geist hindrängen.

(Bravo! Beifall.)

Wir sind Föderalisten und - das möchte ich vor allem unserer Jugend sagen - nicht deshalb, weil wir der Vergangenheit verhaftet sind und uns nicht von ihren Gefühlswerten lösen können, sondern weil unsere Blicke in die Zukunft gerichtet sind

(Bravo-Rufe. Starker Beifall.)

und weil wir uns der Notwendigkeit eines entscheidenden Bruches mit dem Staatsgedanken der uns überlebt erscheinenden Zeitepoche der nationalstaatlichen Absonderung der europäischen Völkerwelt zutiefst bewußt sind.

(Erneute Zustimmung und Beifall.)

Jene Aufspaltung der abendländischen Welt im Zeichen eines schrankenlosen sacro egoismo hat einen europäischen Partikularismus geschaffen, der nach der Einsicht aller erleuchteten Geister der Zeit nicht mehr tragbar ist.

(Sehr richtig!)

XII. Ohne abendländische Erneuerung kann das Abendland, die Mutter der christlichen Zivilisation, keinen Platz mehr finden inmitten der sich völlig neu gruppierenden Welt, in der es seine ehemalige führende Stellung sowieso verloren hat. Mit einem Staatsgeist, der sich nicht aus der Enge des Nationalegoismus und der nationalen Isolierung zu befreien vermag, kann keine europäische Ordnung, vor allem keine Friedensordnung, gegründet werden.
In diesem Blickfeld verdient der deutsche Fall auch einmal eine positive Betrachtung. Auch das Unheil hat einen letzten Sinn. Das Verhängnis Deutschlands ist vielleicht die letzte große Aufforderung an die Welt, Wege zu beschreiten, die allein jenes Europa, das die Mutter der Weltzivilisation der weißen Rasse ist, am Leben erhalten können.

(Sehr gut! Beifall.)

Die Zahl der Stimmen, die aus einem Welt- und Menschheitsgewissen Europa in die Seele reden, wächst täglich, und wir haben allen Anlaß, uns ihnen zu erschließen. Die sich allmählich herauskristallisierenden konstruktiven Pläne der amerikanischen Politik, das europäische Leben in Gang zu setzen, bedingen alle die Schaffung eines europäischen Organismus mit einem völlig neuen Kreislauf. America docet! Amerika, die große, weltmächtig gewordene Tochter des Abendlandes!

(Bravo-Rufe, Beifall.)

Konstantin Frantz hat einmal den Föderalismus das der Welt zugewandte Gesicht des Christentums genannt. Das ist eine wahrhaft tiefe und letzte Schau einer föderalistischen Geisteshaltung. Worauf beruhte einst die Freiheit des Abendlandes? Einzig und allein auf dem Christentum!
Auf die Frage, wie denn noch einmal eine Erneuerung des abendländischen Geistes und die Verwirklichung einer überstaatlichen Gemeinschaft der europäischen Völker möglich sein könne, gibt es nur eine Antwort, die alte Antwort: Christentum.

(Stürmischer Beifall.)

Mit dem Schwinden der christlichen Idee des Abendlandes schwand auch seine Einheit dahin.

(Sehr gut!)

Heute ist das europäische Gemeinschaftsbewußtsein auf letzte Restpositionen zusammengeschmolzen. An dem Tage, an dem diese letzten christlichen Leuchten in unserer abendländischen Welt erlöschen würden, wäre ihr Untergang besiegelt und es hätte keinen Sinn mehr, von Europa zu reden.

(Zustimmung.)

In der Christentumfeindlichkeit der totalitären politischen Systeme entpuppt sich gleichzeitig ihre Europafeindlichkeit.

(Erneute lebhafte Zustimmung und Beifall.)

Hier droht die große Gefahr.
Wenn wir, die wir aus einer chaotischen Gegenwart einen Weg in eine neue Ordnung suchen, die Frage nach unserer geistigen Herkunft so eindringlich stellen, so wollen wir das nicht als Romantiker tun, die einem verlorenen Paradies nachträumen. Wir wissen, daß sich mit mittelalterlicher Geschichtsromantik weder ein neues Deutschland noch ein neues Europa schaffen läßt.

Etwas anderes ist es, in einer Zeit der Verwirrung nach zeitlosen und ewigen Wahrheiten Ausschau zu halten, denn gerade der Verlust der Wahrheit hat die Lüge und die falschen Werte zur Herrschaft gebracht. Solche zeitlosen Wahrheiten enthalten die christlichen Staats- und Gesellschaftsprinzipien, die christlichen Grundsätze über das Verhältnis von Einzelpersonen zum Staat, von Gesellschaft und Gemeinschaft, von Recht und Freiheit.
Wir sind als Christen einer säkularisierten Zeit uns darüber klar, daß wir, wenn wir von abendländischer christlicher Kultur und Zivilisation reden, uns nicht nur auf die kirchlich noch erfaßten Bereiche des Christentums allein beschränken können.
Auch die - ich will einmal sagen - verweltlichten Religionen, die als sogenannte fortschrittliche Bewegungen der letzten zwei Jahrhunderte oft in schweren Gegensatz zum Christentum und der Kirche als Institution getreten sind und das Gesicht der Weltzivilisation der weißen Rasse bestimmten, lebten letztlich immer noch von einem Ethos, das in der Ahnenreihe der christlichen und sozialen Ethik stand.

(Sehr richtig!)

Das gilt vom Humanitarismus, vom Liberalismus und bis zu einem gewissen Grad sogar vom westlichen Sozialismus, soweit die eine Hälfte seines Gesichtes den demokratischen Ideen zugewandt ist.

(Zustimmung.)

XIII. Westliche Freiheit und westliche Demokratie wurzeln in dem christlichen Gedanken, daß die Menschen auch dem Staate gegenüber unantastbare natürliche Rechte besitzen,

(Sehr richtig!)

daß eine Gesellschaft nicht [eine] einheitliche politische Masse, sondern eine vielfältig gegliederte und organisch geordnete Gemeinschaft ist. Freiheit und nicht Gleichheit als Prinzip einer öden kollektivierenden Gleichmacherei ist die Triebfeder der Kultur. Dagegen hat im christlichen Denken der Kult der Massenmacht keine Wurzel, die nicht zurückscheut vor der Anwendung der Staatsgewalt und des Terrors gegen jedes soziale Element, das den Interessen der herrschenden Klasse entgegengesetzt erscheint, die überall die Masse als Mittelpunkt aller kulturellen und sittlichen Werte an die Stelle des Individuums setzt. Von hier aus erfolgte die schwerste Herausforderung der abendländischen Freiheit und der christlichen Religion.
So verlaufen heute die großen geistigen Kampffronten nicht mehr zwischen den einzelnen Konfessionen und Sekten, nicht mehr zwischen kirchlich gebundenen und sich nicht gebunden fühlenden Geistern, nicht zwischen Konservatismus und Liberalismus. Die moderne Tyrannei der Unfreiheit in ihrer Persönlichkeitsverachtung und ihren Tendenzen zur Versklaverei steht den liberalen Fortschrittsideen, die in der Freiheit wurzeln, genauso feindlich gegenüber wie dem christlichen traditionellen Glauben.

(Sehr richtig!)

Hier ist die neue Kampflinie gezogen, und hier wird um die abendländische Entscheidung gekämpft.
Wir erleben es täglich mehr, daß diese Lage mit dem Zusammenbruch der vom totalitären, unfreiheitlichen Ungeist infizierten mitteleuropäischen Staaten keineswegs beendet wurde. Nationalsozialismus und Faschismus sind geschlagen, aber der Sieg der Freiheit ist nicht errungen.

(Beifall.)

Vereinigung der Kräfte, die die ethischen, im Christentum wurzelnden Grundsätze der abendländischen Kultur als einen durch die langen Jahrhunderte hindurch getragenen Gemeinschaftsbesitz bejahen und in ihnen das Heilmittel zur Bändigung und Überwindung eines Geistes erblicken, der das Bild des abendländisch-christlichen Menschen zerstören will, ist die große Aufgabe unserer Zeit. Das ist auch der tiefere Sinn der mannigfachen Unionsbestrebungen auf religiösem, weltanschaulichem und politisch-sozialem Gebiet.
Auch unsere Christlich-Soziale Union soll diesem Gedanken dienen. Wer ihn richtig versteht, wird in dem weit gespannten Bogen unserer Partei nicht die Tendenz zur Verwässerung argwöhnen, sondern den Ausdruck der ungeheuren Spannung unserer Zeit, die weit gespannte Bögen erfordert, damit die Klüfte überwunden werden können.

(Bravo-Rufe.)

XIV. Wir leben immer noch zwischen Krieg und Frieden. So abgründig tief hat der entfesselte Dämon des Krieges den Frieden zerstört, daß die bereits ein zweites Jahr ausfüllende Zeit seit Beendigung der kriegerischen Handlungen nicht ausgereicht hat, um uns den Frieden zu bringen, ja um uns dem Frieden näher zu bringen. Immer noch steht die Welt vor der Aufgabe zu sorgen, daß am Ende des größten Krieges der Weltgeschichte wirklich der Friede und keine neuen Kriege stehen werden.
Jede andere Zukunftsperspektive wäre eine Perspektive des Grauens und des Elends. Wahnvolle Illusion, neue Kriege könnten Auswege aus den Wirrsalen schaffen, besonders wahnvoll für das deutsche Volk!

(Zustimmung.)

Mag es Zeiten gegeben haben, die in den Kriegen ein unvermeidbares und erfolgreiches Mittel der nationalen Politik erblicken konnten, die großen totalen Kriege unseres Zeitalters mit ihrer dämonischen Entfesselung der Technik haben die Theorie von der fruchtbaren Wirkung der Kriege ad absurdum geführt. Sieger und Besiegte sind die Opfer der rein zerstörerischen Wirkung des Krieges. So dämmert in allen fortgeschrittenen Geistern immer stärker die Erkenntnis auf, daß Kriege zu monströsen und sinnlosen Anachronismen geworden sind.
Nach unbedingten Friedensgrundsätzen zu trachten, die vor einer Ächtung des Krieges nicht zurückscheuen, ist daher heute nicht mehr die Haltung von Utopisten, sondern eine verpflichtende Methode politischer Realisten. Frieden zu schaffen und die Voraussetzungen hiefür überall zu fördern, muß heute der praktische Leitgrundsatz aller tätigen Menschen in der Welt sein.
Er ist auch das Leitmotiv unserer Regierungsarbeit, und ich weiß mir auch keinen besseren Richtblick und Richtpunkt für die Arbeit unserer Union. Aus der Hoffnung und aus dem Glauben an den Frieden wurde sie an der Schwelle zwischen Krieg und Frieden geboren. Möge sie hineinwachsen in den Frieden, den unser Volk ersehnt!
Liebe Parteifreunde! Ich habe, um dem Grundsätzlichen mehr Zeit widmen zu können, heute in meinen Ausführungen vieles zurückstellen müssen, was in den Sorgen und Aufgaben der Bayerischen Staatsregierung sehr großes Gewicht hat und unser Denken fast immer in Anspruch nimmt. Ich habe nicht von der Riesenaufgabe gesprochen, die unserem Volk und unserem Staat dadurch gesetzt ist, daß wir bei einer Grundbevölkerung von sechseinhalb Millionen Seelen jetzt schon ungefähr zweieinhalb Millionen Heimatverwiesene, Evakuierte, Flüchtlinge bei uns im Lande haben und daß der Zustrom über die grüne Grenze ununterbrochen weitergeht. Hier han-

delt es sich um eine Entwicklung, durch die sowohl die wirtschaftliche wie auch die soziale und die politische Struktur unseres Landes aufs stärkste beeinflußt, vielleicht sogar in größerem Umfang, als wir heute ahnen, umgestaltet werden wird.
Es handelt sich dabei um ein Problem, bei dem nüchterne staatliche Planung, warmherziges Verständnis der Bevölkerung und praktische Nächstenliebe zusammenwirken müssen, um einen einigermaßen erträglichen Zustand zu schaffen.
Ich habe jetzt auch nicht zu Ihnen gesprochen von dem großen Gebiet der Entnazifizierung, das immer wieder neue Schwierigkeiten auftauchen läßt und wo die große Gefahr auftaucht, daß eines Tages wieder der alte lateinische Satz summum ius - summa iniuria Geltung bekommt, indem höchste Gerechtigkeit zu höchster Ungerechtigkeit zu werden droht.

(Zustimmung. Beifall.)

Noch manches andere müßte beim Rundblick über die bayerische Politik erwähnt und besprochen werden, aber ich habe darauf verzichtet, weil ich glaube, daß unsere Landesversammlung an die Spitze ihrer Beratungen das Geistige setzen muß, das Bekenntnis zu den großen Gedanken, die uns erfüllen müssen.
Liebe Parteifreunde! Möge die große Stunde, die uns als den Bekennern des großen Gedankens der Christlich-Sozialen Union einen kategorischen Imperativ setzt, uns groß finden in der Erfüllung unserer Pflicht; und sie heißt: Einigkeit!

(Bravo-Rufe und sehr starker Beifall.)

Entweder wir schmieden heute die Einheit unserer Partei, dann wird unsere Arbeit in Zukunft getragen werden von einem starken Vertrauen weitester Volkskreise und wird dadurch fruchtbar werden.

(Stürmischer Beifall.)

Oder aber unser Wille ist schwach und unser Verstand nicht weise,

(Sehr richtig!)

dann wird man nur sagen: Ein großer Aufwand schmählich ist vertan.
Darum, Männer und Frauen, liebe Parteifreunde, die Ihr hier als Delegierte von mehr als eineinhalb Millionen Wählern zur Tagung zusammengekommen seid, trefft Eure Wahl!

(Anhaltende, sich zu Ovationen steigernde Beifallskundgebungen.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Regierungspolitik ist realistische Politik; realistische Politik aber ist die schwerste Politik, die zu gestalten ist in einer Zeit, in der so wenig Realität, so wenig realistische Substanz vorhanden ist.
Ich glaube, ich darf in Ihrer aller Namen unserem Parteifreund *Ehard* danken, nicht nur für seine Ausführungen, sondern auch für die Arbeit, die er unserem Volk geleistet hat.

(Lebhafter Beifall.)

Bevor wir in die Diskussion eintreten, darf ich eine Bitte äußern. Das Rauchen in diesem Raum ist untersagt. Ich glaube, wenn wir daran denken, daß wir einen ganzen Tag hier sein müssen, dann werden wir auf das Rauchen verzichten. Ich darf meine lieben Mitraucher, die meine Leidenschaft kennen, darum bitten, daß sie das gleiche tun.

Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte darum, die Zustimmung auf die üblichen Beifallsformen zu beschränken.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich um Ruhe bitten! Nach dieser Feststellung Dr. *Horlachers* darf ich, um Pressemitteilungen, wie sie im letzten Jahr hinausgegeben wurden, vorzubeugen, feststellen, daß ich nichts davon bemerkt habe, daß getrampelt wurde. Daß lebhafter Beifall gespendet wurde, war in diesem Fall eine Selbstverständlichkeit. Ich möchte infolgedessen jede Märchenbildung nach außen hin von vorneherein unterbinden.

(Sehr richtig!)

Ich darf dann als erstem Redner zur Diskussion unserem Parteifreund *Haußleiter* das Wort geben.

(Beifall.)

Haußleiter: Meine Damen und Herren! Kürzlich hat ein sehr kluger Beobachter der Lage das Wort gebraucht, unsere politische Entwicklung gleiche einer Spirale, die sich immer mehr verenge; immer beschränkter, immer verbissener werde das Gespräch in den Parteien und zwischen den Parteien. Ich möchte eines hinzufügen: Manches Mal habe ich den Eindruck, als liege jene Not, die Moral der 1000 Kalorien, auch auf der politischen Diskussion in unserem Lande und in unserem Volke.
Da haben wir erlebt, daß mitten aus dieser sich verengenden Spirale heraus der Politiker, der von der Union aus an die Spitze der Regierung trat, den Schritt tat aus der Enge in die Weite, den Schritt hin zu der gesamtdeutschen Verantwortung, die auf uns allen liegt, zu der wir uns mit Innigkeit gerade in unserer bayerischen Heimat bekennen.
Ich möchte hier jenen Eindruck unterstreichen, den wohl auf uns alle die Rede des Ministerpräsidenten gemacht hat mit ihrer Klarheit, mit diesem Gefühl, sich nicht in die Vergangenheit zurückwenden zu dürfen, sondern mit mutiger Initiative den Weg in die Zukunft zu gehen, die drohend und ernst vor uns liegt. Wir können sie nur gewinnen in jener eigenen Initiative, wie sie der mutige Schritt des Bayerischen Ministerpräsidenten in seiner Einladung zur Münchner Ministerpräsidentenkonferenz bewiesen hat.
Ebenso hat uns vielleicht beeindruckt sein Bekenntnis zur Freiheit des Bürgers im Staat, jene klare Ablehnung der Staatsomnipotenz, einer Gefahr, die auf vielen Wegen wieder zu kommen droht; die zu kommen droht aus dem Bereich totalitären Denkens, wie es sich hier oder dort um Demagogen wieder zu kristallisieren versucht; wie sie zu kommen droht aus einer Planung, die zur totalitären Planung werden und nur mit den Mitteln des totalitären Staats verwirklicht werden könnte. Hier, glaube ich, haben wir selbst eine solche klare, durchdachte Abrechnung mit Gefahren, die drohend in der Luft liegen, die wir alle empfinden, erlebt, wie sie hier der Bayerische Ministerpräsident Dr. *Ehard* vollzogen hat.

(Beifall.)

Ich möchte noch ein weiteres Wort sagen: Wir gebrauchen die Worte heute vielfach - auch das hat Dr. *Ehard* gesagt - in einem Doppelsinn. Und doppelsinniger scheint mir keines gebraucht zu werden wie das Wort Föderalismus. Jeder bekennt sich dazu, und jeder scheint mir hier oder dort anderes darunter zu verstehen. Seine Definition war klar gewesen, und ich möchte sie vielleicht in einem einzigen Satz zusammenfassen: Wir wollen nicht zurück zum Partikularismus des Jahres 1648;

(Sehr richtig!)

wir wollen voran zu einem föderativen Europa, in dem nur ein föderalistisch gegliedertes Deutschland seinen Raum hat! Das ist meiner Ansicht nach die Definition des Föderalismus, die allein die Plattform für eine gemeinsame Arbeit in der Christlich-Sozialen Union auf diesem Gebiete sein kann.

(Beifall.)

Und nun möchte ich Ihnen eines vorschlagen: Ich glaube, der Beifall, den wir dem Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* spendeten, war ein einhelliger. Ich möchte sagen, vielleicht wollen wir hier alle gemeinsam, wie auch immer wir über Einzelfragen denken, ihm am Beginn der Tagung unser Vertrauen aussprechen.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren, ich habe hier einen besonderen Vorschlag zu machen; vielleicht ist es möglich, daß Sie ihn akzeptieren. Gestern hat die Jugend, das Parlament der Jungen Union, hier gesprochen. - Ich weiß, es wird darüber gestritten, weil Jugend immer lebhaft diskutiert. - Und impulsiv und selbstverständlich haben unsere jungen Parteifreunde am Schluß der Tagung das zusammengefaßt, was ihnen über die Politik des Bayerischen Ministerpräsidenten zu sagen am Herzen lag, vielleicht da er in die Zukunft wies, da er ablehnte den Blick in die Vergangenheit, da er den neuen Weg zeigte, den wir gehen wollen und gehen müssen. Vielleicht hätte es einen guten Sinn, wenn wir das Vertrauensvotum von heute in die Form fassen würden, die die Jugend ihm gegeben hat. Ich möchte vorschlagen, daß dann der Sprecher der Jugend dieses Vertrauensvotum vorträgt und wir uns gemeinsam zu ihm bekennen.
Denn eines ist klar: Aufs tiefste berührt hat uns der Ruf zur Einigkeit. Ebenso klingt mit gleicher Eindringlichkeit aus dem Lande der Ruf zur Klarheit. Nur auf dem Boden der Klarheit kann die Einigkeit erwachsen.

(Starke Zustimmung.)

Einen anderen Weg können wir meiner Ansicht nach nicht gehen. Klarheit war in dem, was Dr. *Ehard* sagte. Und am tiefsten hat sich mir aufgeprägt und hat mich sein Wort berührt: Der Weg von Weimar darf nicht noch einmal gegangen werden. Meine Damen und Herren, ein Wort, gesagt über die falsche Lösung des zentralistischen Staates von Weimar!
Ich meine, wir sollen nicht ungerecht sein gegenüber der Vergangenheit; das lehnen wir ab. Eines ist klar: Eine Restauration der Vergangenheit ist immer schlecht, ist immer falsch und müßte immer zum Scheitern unserer Politik führen. Deshalb soll über dem Weg zur Klarheit und Einigkeit meiner Ansicht nach dieses Wort Dr. *Ehards* stehen: Der Weg von Weimar darf nicht noch einmal gegangen werden!

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Heinz Fischer* hat das Wort.
Ich bitte alle Diskussionsredner, sich möglichst kurz zu fassen, denn wir wollen die Referate heute noch hören. Ich dachte eigentlich, daß wir heute vormittag noch das Referat unseres Parteifreundes *Baumgartner* hören könnten.

(Sehr richtig!)

Wenn wir aber in Diskussionen Zeit verlieren, dann kommen wir mit den Referaten der Herren Minister nicht durch. Infolgedessen darf ich schon jetzt bei Beginn und nicht erst am Schluß drängen.

Fischer: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Wir haben mit Freude und tiefer Ergriffenheit von Seiten der Jugend die Rede unseres Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] gehört. Wir haben es gestern außerordentlich bedauert, daß seine Zeit es ihm nicht ermöglicht hatte, seinen Vorsatz an unseren Besprechungen teilzunehmen, Tat werden zu lassen. Wir haben unbeschadet dessen und unbeschadet dessen, was wir so oft gelesen und gehört haben, allein begründet auf dem Bewußtsein, von dem auch unser Ministerpräsident heute sprach, wenn er erklärt hat, daß sein Blick in die Zukunft geht, dies getan. Wenn wir als junge Menschen diese schwere Zeit betrachten, so schauen wir bangen Herzens auf die kommenden Wochen, Monate und Jahre, die uns eine Heimstätte, ein friedliches Dasein bauen sollten.
Ich bitte Sie deshalb, der Entschließung des Parlaments der Jungen Union, welche sie gestern über die Politik des Ministerpräsidenten gefaßt hat, ebenfalls Ihre Zustimmung zu geben. Ich möchte sie Ihnen vorlesen:

> Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union spricht dem Bayerischen Ministerpräsidenten für die von ihm vertretene Politik ihr Vertrauen aus. Sie hat insbesondere seinen mutigen Schritt über die bayerischen Grenzen hinaus aus vollstem Herzen begrüßt, den er mit der Einberufung der Ministerpräsidentenkonferenz nach München getan hat. Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union versichert ihm, daß sie sich stets hinter ihn in seinen Bemühungen um die Zusammenarbeit mit allen deutschen Ländern stellen wird. Ebenso versichert sie ihm, daß sie ihn vorbehaltlos in der Durchführung einer wirklich christlich-sozialen Politik in Bayern unterstützen wird.

(Beifall.)

Fuhrig: Zur Geschäftsordnung! Ich beantrage, über den Antrag *Haußleiter* jetzt abzustimmen, damit wir weiterkommen.
Kurz: Zur Geschäftsordnung! Im Auftrag meiner Freunde stelle ich den Antrag, daß die Aussprache abgebrochen wird und die Berichte der zuständigen Minister entgegengenommen werden. Ich bitte, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es treffen sich also, wenn ich recht verstehe, jetzt zwei Anträge: Der Antrag auf Schluß der Debatte und der auf Abstimmung über diesen Antrag auf Zustimmung zu der Resolution.

(Widersprechende Zurufe.)

Wenn Widerspruch erhoben wird, bitte ich, einen anderen Antrag zu formulieren, denn ich muß geschäftsordnungsmäßig von klaren Anträgen ausgehen.
Es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt.

(Widerspruch.)

Widerspricht jemand dem Antrag auf Schluß der Debatte? Dann bitte ich, sich zu Wort zu melden.
Haußleiter: Zur Geschäftsordnung! Es ist absolut notwendig, daß wir über das eingebrachte Vertrauensvotum abstimmen und daß wir dann zu den Referaten einzeln Stellung nehmen. Ebenso bin ich der Meinung, daß es richtig ist, die Diskussion über die Rede des Herrn Ministerpräsidenten abzubrechen, da wir über diese Rede völlig einer Meinung sind.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich lasse über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen. Wer ist gegen Schluß der Debatte? - Wer enthält sich? - Der Antrag auf Schluß der Debatte ist einstimmig angenommen.

Ich lasse über die durch Antrag der Jungen Union eingebrachte Resolution abstimmen. Ist die Resolution bekannt? Ich darf sie als bekannt voraussetzen.

(Dr. *Horlacher*: Ich bitte, sie nochmals zu verlesen!)

Dr. *Horlacher* wünscht, daß sie nochmals verlesen wird.
Fischer: (verliest nochmals die zur Annahme vorgeschlagene Resolution der Jungen Union.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Vor der ersten Sachabstimmung darf ich bekanntgeben, daß die Präsenz erst heute mittag festgestellt wird, denn vorhin war selbstverständlich infolge der Kürze der Zeit noch nicht die ganze Präsenzliste in Ordnung, weil noch eine Reihe von Herren nicht eingetroffen war. Wir werden also heute mittag damit beginnen, die Präsenzliste in Ordnung zu bringen. Ich glaube aber, annehmen zu dürfen, daß ich jetzt, auch ohne die formale Feststellung der Präsenzliste vorgenommen zu haben, abstimmen [lassen] darf. Erhebt sich Widerspruch? - Nein. Dann darf ich über den gestellten Antrag abstimmen lassen.

(*Krehle*: Der Antrag mußte doch der Leitung vorliegen!)

Ich darf abstimmen lassen. Wer enthält sich? - Wer ist gegen den Antrag? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

(Lebhafter Beifall.)

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Liebe Parteifreunde! Ich bin ebenso erfreut wie tief bewegt durch das Vertrauen, das Sie mir durch Ihre Abstimmung und durch Ihren Beifall entgegenbringen. Ich danke Ihnen von ganzem Herzen dafür. Ich sehe daraus, daß Sie mit der grundsätzlichen Linie meiner Politik einverstanden sind.
Sie wissen ebenso wie ich, daß man nicht alles vollkommen gestalten kann; in der heutigen Zeit ist es doppelt schwierig. Aber bemühen werde ich mich mit meinen Mitarbeitern, das zu tun, was menschenmöglich ist. Denn in Ihrem Vertrauen sehe ich zugleich eine besondere Verpflichtung, eine Verpflichtung, die dahin geht, alles zu tun, um in der Linie zu bleiben, die die Union auf ihre Fahnen geschrieben hat, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um über die nächste unendlich schwere Zeit hinwegzukommen.
Eine Bitte darf ich noch anschließen, die sich ja aus Ihrer Abstimmung ergibt: Helfen Sie alle zusammen; helfen Sie nicht nur mir, helfen Sie der Regierung, helfen Sie all den Wählern draußen im Lande, die darauf warten, daß alles geschieht, was in dieser Zeit überhaupt geschehen kann. Einer allein ist nichts; alle, wenn sie zusammenstehen, sind sie nicht zu überwinden!

(Starker Beifall und Bravo-Rufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich erteile das Wort dem Herrn Minister für Ernährung und Landwirtschaft, Parteifreund Dr. *Joseph Baumgartner*.

(Bravo!)

[...][2]
[Dr. *Baumgartner*:] Meine Damen und Herren! Es freut mich außerordentlich, daß mir Gelegenheit gegeben wurde, zum ersten Male vor einer Landesversammlung der

[2] Die Seiten 26-38 des Sitzungsprotokolls mit der Rede Baumgartners fehlen ohne Vermerk und konnten nicht ermittelt werden. Möglicherweise wurden sie nicht mitstenographiert bzw. aus dem (nicht überlieferten) Stenogramm übertragen, da Baumgartner sein ausgearbeitetes Redemanuskript anbot, dessen zwölfseitiger Umfang der Zahl der Fehlseiten entspricht. Im folgenden wird ersatzweise das

Christlich-Sozialen Union in Bayern kurz sprechen zu dürfen. Sie kennen mich alle. Sie kennen auch meine Offenheit in all meinen Reden. Auch heute werde ich zu Ihnen angesichts unserer Situation in der Union und angesichts unserer besorgniserregenden Lage der Ernährung ganz offene Worte sprechen. Niemand in unserem Volke hat gegenwärtig Verständnis für persönliche Streitigkeiten.

Seit meiner ganzen Ministertätigkeit stehe ich in diesen Tagen vor fast unlösbaren Aufgaben. Ich befinde mich soeben auf dem Wege nach Frankfurt. Unsere schlechte Ernte und die Katastrophe der Trockenheit stellen uns in den kommenden Wochen und Monaten vor Berge von Schwierigkeiten, vor denen alles, was hier in Eichstätt gesprochen und behandelt wird, in ein Nichts verblassen muß. Bayern hat nur für fünf Monate Brotgetreide, Bayern hat im Januar und Februar keine Kartoffeln mehr, Bayern steht, wie auch die anderen Länder, vor einer wirklichen Hungersnot, wie sie noch nie dagewesen ist, wenn wir nicht eine durchgreifende Hilfe bekommen. Das ist die Situation, die mich bewegt und die ich Ihnen kurz vor Augen führen muß, damit unsere Beratungen mit dem Ernste geführt werden, wie er unserer furchtbaren Lage angepaßt ist.

Die Zeitung der Union hat vor einigen Tagen geschrieben, daß die Minister in Eichstätt Rechenschaft ablegen müssen. Ein Minister muß nicht nur vor *einer* Partei, sondern vor dem ganzen Volke, seinem Ministerpräsidenten, seiner Regierung und seinem Parlamente Rechenschaft ablegen. Ich glaube, daß ich dies immer und rechtzeitig getan habe.

Vor Ihnen, meine lieben Parteifreunde, lege ich um so freudiger und um so gewissenhafter gerne heute Rechenschaft ab, weil es in wenigen Wochen zwei Jahre w[erden], daß ich als Mitglied der Union als einziger Minister im Oktober 1945 in die zweite Bayerische Regierung nach dem Zusammenbruche eingetreten bin. Damals wußte noch niemand, daß die Union eine so große und starke Partei werden wird, noch niemand wußte, wo die Reise hingeht. Ich habe damals mit einer beispiellosen Begeisterung im Rundfunk und in der Presse für die Christlich-Soziale Union gesprochen. Ich habe in meinen Entscheidungen im Ministerrat, im Länderrat und in meinem Ministerium immer die Idee und das Gedankengut der Christlich-Sozialen Union zugrunde gelegt. Es ist wohl nicht übertrieben, wenn ich heute vor meinen Parteifreunden erkläre, daß es meiner bescheidenen Mitarbeit zu verdanken ist, wenn ich Hunderttausende von Menschen in Bayern mitgerissen habe und wenn ich mit dazu beigetragen habe, daß die Christlich-Soziale Union so siegreich aus den letzten Wahlen hervorgegangen ist. Ich war nicht nur der erste Minister der Union, ich habe auch die erste Rundfunkansprache für die Union gehalten und ich habe als Erster mit Dr. *Horlacher* in Augsburg am 17. November 1945 gegen die Wiederaufrichtung der alten Bayerischen Volkspartei für eine fortschrittliche Union gesprochen. Noch lange bevor andere gesprochen haben, habe ich in Dutzenden und jetzt schon fast in Hunderten von

---

Redemanuskript mit dem Titel "Rede von Staatsminister Dr. Joseph Baumgartner am 30. August 1947, anläßlich der Landesversammlung der CSU in Eichstätt" (IfZ-Archiv, ED 132 Nachlaß Baumgartner, Bd. 118) wiedergegeben, das mit dem tatsächlichen Wortlaut der Rede allerdings nicht gänzlich übereinstimmt. Wie aus verschiedenen Bemerkungen nachfolgender Redner aus Presseberichten hervorgeht, sprach er ausführlicher über die Differenzen in der CSU, als dies in seinem Manuskript zu lesen ist, und verband seinen Bericht mit scharfen Attacken gegen Müller. Seine Ausführungen waren von heftigen Zwischenrufen begleitet und leiteten einen erregten Verlauf der Tagung ein (Südost-Kurier vom 3. September 1947: "Ein Angriff Dr. Baumgartners"; Bericht eines Beobachters (P.M. Purves) der Militärregierung vom 3. September 1947, Subj. Extraordinary Landesversammlung of the Christian Social Union held at Eichstätt, IfZ-Archiv, MA 1479/9).

Versammlungen in ganz Bayern für die Union gearbeitet. Meine Idee war und ist immer ein positiver Geist für die Union gewesen, nicht ein negativer. Wer, wie ich nach meiner bisherigen Erfahrung in täglicher Arbeit, die ungeheuren Schwierigkeiten der Wirtschaft kennt, der hält kleinliche Kritik und negative Zersetzungsarbeit in der Union für primitiv, ideenlos und geistlos. Die Stimmung, in der wir uns heute hier in diesem Saale zusammenfinden, darf nicht getrübt sein durch den Gedanken der verschiedenen Meinungen oder mehr der sogenannten Flügel, sondern muß beseelt sein von dem einzigen Willen: Unsere Union muß jetzt endlich nach diesen Geburtswehen gestärkt, geläutert und noch größer vor dem ganzen Volke hervorgehen als bisher.
Mich stören kleinliche Kämpfe nicht. Ich werde trotz allem, was heute und morgen hier gesprochen wird, mit unverwüstlichem Optimismus und mit unverwüstlicher Kraft wieder hinausgehen in die Dörfer und in die Städte und für eine Union sprechen, die von keiner einzigen Partei in Bayern und in Deutschland dezimiert, besiegt oder vermindert werden könnte. Das, meine lieben Freunde, bitte ich Sie ebenfalls im ganzen Lande zu tun. Das erwartet das Volk von uns, das erwarten unsere Wähler von uns, das erwarten die Flüchtlinge von uns und das erwartet vor allem die hoffnungslose Jugend von uns, wenn sie überhaupt wieder einen Glauben an die Demokratie und die Parteien finden soll.
Wenn das Unionsblatt von mir als dem Minister der eigenen Partei Rechenschaft fordert, so sollen Sie meine Rechenschaft hier haben. Ich kann nur einen großen Überblick geben, da mir angesichts des großen Stoffes unserer Beratungen nur eine kurze Zeit zur Verfügung steht. Es gibt niemanden hier in diesem Saale, der meine Arbeit seit zwei Jahren nicht verfolgen und nicht kennen würde. Es gibt auch niemand in Bayern, der die Arbeit des Bayerischen Landwirtschaftsministers auf dem Gebiete der Ernährung, der Landwirtschaft und der Forsten nicht ebenfalls kennen würde und es gibt niemand in den deutschen Ländern, der mit Interesse die Lösung unserer Aufgaben verfolgt hat, dem der Name des Bayerischen Landwirtschaftsministers ebenfalls unbekannt wäre. Ich habe mich seit zwei Jahren im Bayerischen Ministerrat bemüht, jene fortschrittliche Linie bei allen Entscheidungen einzuhalten, die gerade von unseren fortschrittlich gesinnten Kräften der Union bei jeder Gelegenheit betont wird. Ich habe mich auch bemüht, im Bayerischen Parlament vor den rechtmäßig gewählten Vertretern des ganzen bayerischen Volkes meine Arbeit in meinem Ressort offen und ungeschminkt jederzeit darzustellen.
Noch *vor dem Anschluß der amerikanischen an die britische Zone* habe ich in unzähligen Verhandlungen im Länderrat in Stuttgart im Hauptausschuß für Ernährung und Landwirtschaft einen Kampf für die Interessen unserer bayerischen Heimat geführt, wie er erst aus den Protokollen in späterer Zeit der Geschichte gewürdigt sein wird. Ihnen, meine Damen und Herren, würde ich nur wünschen, Zeuge gewesen zu sein von jenen oft zwölf- bis dreizehnstündigen schweren Verhandlungen. Wir haben bei dieser Arbeit im Länderrat bei allen Meinungsverschiedenheiten ein Verhältnis zu den süddeutschen Ländern geschaffen, das es ermöglichte, auf der Basis voller Gleichberechtigung und der Souveränität der Länder einstimmig Beschlüsse zu fassen. Bis zu dieser Zeit haben wir auch in der Ernährungswirtschaft bessere Zeiten gehabt. Wir hatten 1000 Gramm Fleisch und 500 Gramm Fett pro Periode und hatten nicht von Woche zu Woche diese Schwierigkeiten, wie wir sie heute haben.
Seit dem Zusammenschluß mit der britischen Zone ist für mich als Landwirtschaftsminister in Bayern eine entscheidende Wendung eingetreten. Durch das Übergewicht der Länder der britischen Zone hat sich Bayern von diesem Zeitpunkt an insoferne in

einer Abwehrstellung befunden, als ohne Angleichung der Produktions- und Erfassungsmethoden einfach durch Stimmenmehrheit der anderen Länder Bayern durchgehend an die Wand gedrückt wurde. Es wird niemanden in Bayern geben, ganz gleich, wie er zu den Fragen des Reichsaufbaus steht, der diese Methoden billigen und der meinen Kampf um eine gerechte Beurteilung, um eine gerechte Behandlung und eine gerechte Belastung Bayerns nicht verstehen würde. Wer mir hier Separatismus, Partikularismus oder sturen Föderalismus vorwirft, wer hier mit Phrasen um sich schlägt, ohne die Zusammenhänge zu kennen, versündigt sich an unserer bayerischen Heimat und kann sich vor den bayerischen Wählern und dem bayerischen Volke nicht verantworten.

Der Pressefeldzug, der in ganz Deutschland nicht gegen mich, wie Dr. *Adenauer* behauptet, sondern gegen Bayern veranstaltet wurde, ist von mir im Interesse ganz Bayerns mundtot gemacht worden. Ich bin in die Höhle des Löwen gegangen, *ich habe das Ruhrgebiet besucht*. Ich habe dort 60 Pressevertreter empfangen und mich ihnen gestellt, ich bin in die Bergwerke gestiegen und habe für Bayern eine Pressebeurteilung in allen Zeitungen des Ruhrgebiets erfahren, die eine gerechtere Beurteilung Bayerns zuwegegebracht hat. Die Behauptung *Adenauers*, Dr. *Baumgartner* sei deshalb in Frankfurt unmöglich gewesen, weil er von der SPD bekämpft worden ist, ist eine Irreführung der Öffentlichkeit. Der Exekutivrat, bestehend aus sechs SPD- und zwei Unionsleuten, hat mich in Vorschlag gebracht und die Gewerkschaften des Ruhrgebiets haben ausdrücklich zum Ausdruck gebracht, daß sie Dr. *Baumgartner* von Bayern lieber sehen würden, wie Dr. *Schlange-Schöningen*. Ich erwähne dies heute nur um der Gerechtigkeit willen und auch deshalb, um zu zeigen, wie bezeichnend es ist, daß Dr. *Adenauer* seinem eigenen Parteifreund in Bayern in den Rücken gefallen ist.

Mein Besuch in der Ostzone ist ebenfalls bekannt. Ich habe die Ostzone und das Hauptquartier der Russen in Karlshorst nicht besucht, um mit dem Kommunismus zu liebäugeln oder um Hintergedanken zu haben, sondern mich hat die Bodenreform und haben die tatsächlichen Zustände der Ostzone interessiert. Die Reise war für mich sehr wertvoll. Ich habe auch dort offen gesprochen. Ich habe den russischen Offizieren, dem General *Clay* und auch den zuständigen deutschen Stellen offen gesagt, daß ich die Bodenreform in der Ostzone für verfehlt halte. Ich muß anerkennen, daß die Presse in der Sowjetzone außergewöhnlich korrekt und *für* Bayern in anständiger Form berichtet hat, nachdem sie vorher oft einen wütenden Kampf gegen Bayern führte. Ich glaube, daß auch diese Reise in die Ostzone für das Prestige Bayerns nicht nachteilig sich ausgewirkt hat. Meine Verhandlungen in Berlin, mein Besuch bei General *Clay* und meine zahlreichen Besprechungen mit führenden Persönlichkeiten der beiden Zonen in Berlin haben ebenfalls Klarheit über die tatsächliche Leistungsfähigkeit Bayerns geschaffen. All diese Arbeit hat nur Bayern gegolten, nicht mir persönlich.

Ich habe die *Bodenreform* erwähnt. Wer den Kampf aus den Protokollen in Stuttgart kennen würde, den ich gegen eine radikale Lösung im Sinne der russischen Zone in Stuttgart geführt habe, der würde verstehen, was in zahlreichen außergewöhnlich scharfen Sitzungen im Interesse einer vernünftigen sozialen Lösung von Bayern aus geschehen ist.

Bei der Aufhebung des *Erbhofrechts* wurde der bayerische Entwurf maßgebend von der amerikanischen Militärregierung berücksichtigt.

Dies, meine Damen und Herren, ist nur andeutungsweise eine Rechtfertigung meiner Arbeit für das gesamte bayerische Volk nach außen hin und außerhalb Bayerns und

ich glaube, daß ich mit meinem Namen und mit dieser meiner Arbeit der Christlich-Sozialen Union in Bayern keine Schande bereitet habe und daß ich mich hier vor unserem Parteiblatt nicht rechtfertigen brauche.
Meine lieben Parteifreunde! Welcher Parteimann oder welcher Minister hat in ganz Deutschland die *Kollektivschuldlüge* mit so scharfen und offenen Worten zurückgewiesen als ich dies im Bayerischen Parlament getan habe? Es wurde mir bestätigt, daß der stürmische Beifall von sämtlichen Parteien des Landtags in der bayerischen Parlamentsgeschichte einzigartig dastand. Es war nicht ein Erfolg für mich, sondern ein Erfolg für die Christlich-Soziale Union. Leider hat das Blatt der Christlich-Sozialen Union diese Rede, die im Auslande verbreitet wurde, kaum erwähnt. Es hat aber dafür Platz trotz des Papiermangels für persönliche Verunglimpfung und Auseinandersetzungen, die das Volk überhaupt nicht interessieren.
Wenn in einem Parlament von einem Minister Rechenschaft gefordert wird, ist dies verständlich, weil nicht jeder seiner Meinung sein kann und nicht jeder seine Maßnahmen vom gleichen Gesichtspunkt aus beurteilt. Wenn aber die eigene Partei von einem Minister Rechenschaft fordert, ist dies in der Parlamentsgeschichte und in der Geschichte der Parteien außergewöhnlich. Außergewöhnlich vor allem in einer Zeit, in der die Tätigkeit eines Ministers auch nicht annähernd mit der eines Ministers in normalen Zeiten verglichen werden kann. Wer heute den Mut hat, öffentlich als Minister tätig zu sein, hat nicht nur eine zwanzigfach größere Arbeitsleistung zu vollziehen, sondern eine mindestens ebenso höhere Verantwortung als eine Exzellenz der früheren Zeiten. Die unzähligen Telefongespräche täglich, die zahlreichen Besuche persönlicher und dienstlicher Art, die Kommissionen aus dem ganzen Lande, die Tätigkeit im Ministerrat, die Verhandlungen bei der Militärregierung, die Auseinandersetzungen im Länderrat und in den bizonalen Ämtern, die ungeheure Zahl von Briefen, die Verwaltungsarbeit in den eigenen Referaten, die Tätigkeit als Abgeordneter, die Tätigkeit im Parlament und in den Ausschüssen sowie die Entscheidungen von Stunde zu Stunde angesichts des Hungers von Millionen Menschen erfordern ein so ungeheures Maß von Nervenkraft und Gesundheit, daß ich nur lächeln muß, wenn das Blatt der eigenen Partei in 30 Minuten eine Rechtfertigung von mir verlangt. So geht die Demokratie nicht weiter. In kurzer Zeit wird sie so erledigt sein. Es wird sich keiner mehr finden, der den Dummen macht, um aus den eigenen Reihen angeschossen und bekämpft zu werden, es wird sich keiner mehr finden, der nur dazu da ist, um Schwierigkeiten aus den eigenen Reihen zu beseitigen.
Ich danken Ihnen, meine Herren Abgeordneten, für die große Unterstützung, die Sie mir in meinem schwersten Amte für ganz Bayern angedeihen lassen. Ich danke auch Ihnen, meine Herren Kreisvorsitzenden, Obmänner und Delegierten aus allen Teilen des Landes und ich bitte Sie, dafür einzutreten, daß diejenigen, die Zeit haben gegen die eigenen Leute dauernd zu stänkern und negative Unionspolitik zu machen, aus unseren Reihen ausgeschaltet werden. Wenn ein Mann der Union, weil er über irgend etwas verstimmt ist, erklärt, man müsse den *Baumgartner* jetzt angreifen, weil er von den Bauern zuviel verlangt, so verurteilt sich dieser Mann jetzt selbst angesichts der hohen Sterblichkeit unserer verhungerten Leute in den Städten. Mit christlicher Staatsgesinnung hat dieser Beelzebub überhaupt nichts mehr zu tun.
Meine Arbeit für die Landwirtschaft: Die Abgeordneten der Arbeiterschaft und die Abgeordneten der Landwirtschaft sowie die Delegierten aller Berufsstände aus dem Lande wissen, welch schwere Aufgabe ich als Ernährungs- *und* Landwirtschaftsminister zu erfüllen habe, um es allen einigermaßen recht zu machen. Es ist nicht so, daß

für die Landwirtschaft überhaupt nichts geschehen wäre während meiner Ministertätigkeit. Ich habe unermüdlich Tag für Tag daran gearbeitet, daß die Landwirtschaft mehr Betriebsmittel, mehr Kunstdünger, mehr Saatgut und mehr Maschinen sowie Baustoffe erhält. Welcher Berufsstand erhält alles, was er fordert? Was haben unsere Arbeiter, die ich die Helden Deutschlands gegenwärtig nennen möchte, wenn sie um die Papierfetzen bei den Hungerrationen Tag für Tag anständig ihrer Arbeit nachgehen und was haben unsere Flüchtlinge, wenn sie nur das Hemd am Leibe ohne Heim und ohne Arbeit auf bessere Zeiten hoffen? Es ist uns gelungen, die Düngerversorgung der Landwirtschaft im Vergleiche zum Vorjahre bedeutend zu verbessern. Die Stickstoffversorgung stieg von 15 auf 40% des Friedensbedarfs, die Phosphorsäureversorgung von 0,8 auf 18% und die Kaliversorgung von 19 auf 30% des Friedensbedarfs. Das ist ein kleiner, wenn auch mühsamer Fortschritt. Nur mit ungeheuren Schwierigkeiten haben wir diese Fortschritte erreichen können. Ich habe mich bemüht, Saatgut herzubringen, habe mich bemüht, die landwirtschaftlichen Maschinenfabriken wieder in Gang zu setzen, die jetzt größtenteils arbeiten und habe der Landwirtschaft unter den gegenwärtigen Verhältnissen Baustoffe verschafft, daß mir sogar von anderen Berufsständen der Vorwurf gemacht wurde, es sei des Guten zuviel. Alles aber ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Eisenkontingentszuteilung für die Herstellung von Ersatzteilen wurde ebenfalls jetzt verbessert. Die landwirtschaftlichen Schulen sind wieder nach Überwindung großer Personalschwierigkeiten in Gang gebracht. Eine Sozialversicherung, die die Landwirtschaft ungeheuer belasten sollte und die ausgesprochen sozialistisch eingestellt war, habe ich abgelehnt. Die Bauern selbst habe ich als ehrenamtliche Leiter bei den Ernährungsämtern eingeschaltet und habe durch die Zusammenarbeit der Bauernkammern und durch Einschaltung der Bauern bei den Zulassungsausschüssen und bei den Wirtschaftsverbänden für engste Zusammenarbeit zwischen meinem Ministerium und der Landwirtschaft Sorge getragen.

Das *Forstwesen* habe ich mir besonders angelegen sein lassen. Es ist mir gelungen, was meinen drei Vorgängern trotz aller Bemühungen nicht möglich war, die Forsten in das Landwirtschaftsministerium einzugliedern. Mein offener Kampf für die Erhaltung des Waldes ist nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland und im Auslande bekannt. Ich habe als erster Minister in Deutschland auf die furchtbare Tragödie der Waldvernichtung hingewiesen, habe diese Zusammenhänge völkerrechtlich begründet und damit den Anfang gemacht für eine spätere Verhandlungsbasis mit den Siegermächten.

In der mir unterstellten Verwaltung habe ich 3459 Beamte und Angestellte entlassen müssen. Es fehlte daher überall an den geeigneten Fachkräften. Die Wirtschaftsverbände wurden von mir umgestaltet und Verwaltungsräte aus allen Kreisen und Berufen der Bevölkerung geschaffen.

Alles aber, was ich bis jetzt andeutungsweise zu meiner Rechtfertigung gesprochen habe und alles, was wir hier in Eichstätt heute beraten werden, wird überschattet von dem ungeheuren Druck, den der Hunger von Millionen Menschen auf uns legt. Den größten Teil Kraftaufwand in diesen zwei Jahren mußte ich für die *Ernährungswirtschaft* leisten. Es ist ein Unterschied, ob ein Ministerium rein verwaltungsmäßige Arbeit zu leisten hat, oder ob stündlich, Tag und Nacht durch die Verhältnisse bedingt Entscheidungen, Anordnungen und Dispositionen getroffen werden müssen, um die Ernährungswirtschaft für neun Millionen Menschen von seiten der Produktion, Erfassung und Verteilung einigermaßen aufrechtzuerhalten. Es ist nicht selbstverständlich, daß dies bis jetzt alles geklappt hat. Es hat viele schlaflose Nächte und es hat oft

schwierige Situationen gegeben, die überwunden werden mußten. Das kann ein Aussenstehender und Uneingeweihter nicht beurteilen.
Ich freue mich, daß die gesamte bayerische Bevölkerung durch meine viele Aufklärung in Presse und Rundfunk und meine zahlreichen Versammlungen so großes Verständnis dem ganzen Ernst der Lage entgegengebracht hat. Es ist richtig, wir haben eine Welternährungskrise. Wir haben Schwierigkeiten auf der ganzen Welt. Wir haben rationierte Lebensmittel in Dutzenden von Ländern auf der Erde, wir haben zu wenig Brotgetreide, Reis und Fett auf der Welt durch die Einbeziehung Ostasiens in den Kriegsschauplatz des Hitlerkrieges. Deutschland konnte sich, wie jetzt jedes Kind bereits weiß, noch niemals selbst ernähren. Bei Getreide konnten wir uns in Friedenszeiten nur bis zu 80% und bei Fett nur bis zu 70% ernähren. Für Milliarden Reichsmark haben wir in normalen Zeiten vom Auslande Lebensmittel eingeführt. Die Situation ist jetzt dadurch besonders erschwert, daß wir durch die unnatürliche Zerreissung Deutschlands in vier Zonen die großen Überschußgebiete des deutschen Ostens nicht zur Verfügung haben. Bei Getreide hat Deutschland in normalen Zeiten in der jetzigen russischen Zone und im deutschen Osten, der von Polen verwaltet wird, allein über 50% der ganzen Ernte erzeugt. Bei Kartoffeln und Zuckerrüben ebenfalls.
Das, meine Damen und Herren, ist der Hauptgrund unserer jetzigen Schwierigkeiten und ich habe mich nicht gescheut, vor aller Welt ganz offen diese Dinge erst kürzlich wieder in dem Artikel "Mißwirtschaft der deutschen Agrarpolitik" zu behandeln. Es ist unmöglich, daß wir in den beiden Westzonen 41 Millionen Menschen jemals wieder ernähren können. Aus dieser Lage heraus müssen Sie alle Maßnahmen, die zur gerechten Erfassung der inländischen Lebensmittel getroffen werden, verstehen.
Meine lieben Parteifreunde! Einleitend schon habe ich Ihnen andeutungsweise eine Situation gezeichnet, vor der wir heute stehen. Bayern hat nur 50% der Kartoffelernte vom Vorjahr und Bayerns Brotgetreide, wie ebenfalls eingangs erwähnt, reicht nur etwa fünf Monate. Versetzen Sie sich in meine Lage. Wie wollen Sie neun Millionen Menschen ernähren ohne genügend Brot, weil kein Strom zum Dreschen und keine Waggons zur Heranbringung des Brotgetreides aus Bremen vorhanden sind? Wie wollen Sie die hungernden Mäuler stopfen, wenn vom Januar/Februar ab keine Kartoffeln mehr vorhanden sind? Und was wollen Sie tun, wenn Hunderttausende von Stück Vieh durch den Futtermangel abgeschlachtet werden müssen, ohne daß wir Vorräte schaffen können, weil wir keine Dosen und keine Kühlräume haben? Wie wollen Sie unseren hungernden Städtern helfen bei der Fettversorgung, wenn die Milcherzeugung durch den Futtermangel und durch den Abbau des Viehes immer noch weiter rückgängig ist?
Das, meine Herren Delegierten, das, meine Herren Abgeordneten und das, meine lieben Redakteure vom Blatt der Union, sind Fragen, die wir beantworten müssen, die uns in den nächsten Wochen und Monaten vor so ungeheure Aufgaben stellen, daß es kleinlich erscheint, in Eichstätt über Personenfragen zu diskutieren oder von einer Rechtfertigung eines Ministers zu reden.
Hier hört sich jede Frage "Koalition oder nicht" auf, hier gibt es nur eine gemeinsame Zusammenarbeit aller wirklich gutgesinnten Kräfte. Wir müssen alle Alliierte im Kampf gegen den Hunger sein. Der Hunger gehört nicht der Union, der Hunger ist nicht sozialdemokratisch und der Hunger ist nicht fortschrittlich oder reaktionär! Wenn das grauenhafte Gespenst des Hungers und der Krankheiten in den kommenden Monaten durch unser Land schleicht, wenn die Sterblichkeit noch größer wird, wenn die Menschen buchstäblich vor Hunger umkommen und wir alle in unserem

Elend aufeinander angewiesen sind, dann glaube ich, daß auch die Streithähne der Union zur Besinnung kommen werden und daß uns alle das Gebet vereinen wird: A peste, fame et bello, libera nos domine (von Pest, Hunger und Krieg verschone uns, oh Herr).
Meine Herren Abgeordneten und Delegierten! Lassen Sie mich noch ein kurzes Wort zum *Föderalismus* sprechen. Wir sind die Christlich-Soziale Union in Bayern und wir alle sind Bayern oder Neubürger unserer Heimat. Es ist beschämend, wenn das Blatt der Christlich-Sozialen Union unsere Arbeit für unser bayerisches Heimatland als Bajuwarentum und als reaktionär abfertigen will. Wenn dieser Zustand noch einmal sich wiederholt oder nicht sofort aufhört, bin ich Mitglied dieser Partei gewesen! Wir sind keine Separatisten und keine Partikularisten. Aber Föderalisten sind wir, und zwar aus geschichtlichen Erkenntnissen heraus und aus den Tatsachen der Gegenwart! Wir haben den zweihundertjährigen Siegeszug der preußischen unitaristischen Staats- und Reichsauffassung erlebt, der mit dem völligen Fiasko endete. Wir erleben heute wieder an allen möglichen bizonalen Stellen die unitaristische und zentralistische Auffassung der alten Reichsbürokratie, die auf allen Gebieten zentralisieren will, was nur geht. Wenn man auf meinem Gebiete sogar die Kleintierzucht, die Kartoffelkäferbekämpfung, die Abwässerfrage und das landwirtschaftliche Schulwesen zentralisieren und verreichlichen will, so sind das schon höchst gefährliche Ansätze eines Zentralismus und Unitarismus, der sogar zum Teil weiter geht, als die Diktatur *Adolf Hitlers*. Der Mißbrauch der Stimmenmehrheit der britischen Zone den süddeutschen Ländern gegenüber, die Auspowerung Bayerns, ohne daß das Erfassungssystem in der britischen Zone einigermaßen Schritt halten könnte mit dem in Bayern, die Befehle, die ich heute für die Auslieferung von Hunderttausenden von Zentnern Lebensmittel pro Monat erhalte, sind mir ein weiterer Beweis, wie undemokratisch, wie unföderalistisch, wie unchristlich und wie gefährlich diese zentralistischen preußischen Methoden heute bereits wieder angewandt werden sollen. Man verstehe mich nicht falsch. Wir müssen die Not gemeinsam tragen. Keiner darf mehr hungern wie der andere in Deutschland. Ich verlange nur vollständige Gerechtigkeit und Gleichheit in der Erfassung aller vorhandenen Lebensmittel. Wir sind für einen wirklich föderalistischen Bundesstaat und wir müssen uns offen dazu bekennen. Die bisherige Verschwommenheit auf diesem Gebiete von seiten der Parteileitung der Union muß endgültig aufhören.
Meine Damen und Herren! Zum Schlusse lassen Sie mich noch leidenschaftslos diejenigen Punkte zusammenstellen, die ich für dringend erforderlich erachte, um unserer Union im ganzen Lande wieder die Achtung und das Ansehen zu verschaffen, das der größten Partei Bayerns gebührt. Ich habe soeben erwähnt, daß in der Frage des Reichsaufbaus die Parteileitung endlich eine vollständig klare Linie gehen muß, für einen wirklich föderalistischen Aufbau und für die Selbständigkeit der Länder. Das soll uns nicht hindern, und ich glaube, die nötige Erfahrung dazu seit zwei Jahren zu besitzen, daß wir uns mit glühender Begeisterung für unser gemeinsames und schönes deutsches Vaterland und dessen Wiederaufbau bekennen. *Wir brauchen* eine *Presse* in der Union, die nicht einer bestimmten Personengruppe zur Verfügung steht, sondern die die Meinung der Mehrheit unserer Wähler und eingetragenen Mitglieder zum Ausdruck bringt. Wo sind die Bajuwaren, wo sind die Reaktionäre? Sitzen sie nicht in den Reihen, die mit solchen Schlagern arbeiten? Wir brauchen eine Parteipresse, die die Arbeit der Regierung und des Ministerpräsidenten in dieser außergewöhnlich schweren Zeit nicht hindert, sondern unterstützt. Wir brauchen ein *klares Staatspro-*

gramm, wir brauchen ein Generalsekretariat, das nicht gegen die Regierungsmitglieder eingestellt ist, sondern mit denselben einträchtig zusammenarbeitet. Wir brauchen ein bayerisches Generalsekretariat! Wir brauchen eine *Parteileitung*, die eine klare Linie geht und sich nicht als den linken oder als einen anderen Flügel bezeichnet. Wir haben keine linken und keine rechten Flügel. Wir sind christlich-sozial und vertreten den christlichen Sozialismus, den der Jesuitenpater *Oswald Nell-Breuning* in so hervorragender Weise uns dargestellt hat. Wir brauchen eine Parteileitung, die mit der Mehrheit der ganzen Partei und nicht immer mit irgendeiner Minderheit geht. Wir brauchen ein Zusammenspiel der Kräfte zwischen den Regierungsmitgliedern, der Fraktion, der Parteileitung, den Kreisverbänden bis hinunter zu den einzelnen Dörfern, ein Zusammenspielen der Kräfte, das ein einträchtiges Arbeiten und ein Arbeiten mit großer Begeisterung, mit Tatkraft und mit Freude ermöglicht und nicht, wie bisher, mit Hemmungen, mit Mißtrauen, mit Ungunst und mit Bitterkeit durchsät ist. Wir wollen keine Parteidiktatur. Jeder von uns ist der Diktator, jeder von uns hat das Recht mitzusprechen. Wir wollen wirkliche Demokraten sein.
In diesem Sinne bitte ich Sie, einer Umorganisation unserer ganzen Parteiführung zuzustimmen, wie sie vorgeschlagen werden wird.
Meine lieben Parteifreunde! Heute an diesem Tage schauen die Besatzungsmächte, schauen unsere Gegner der anderen Parteien und schaut ganz Bayern auf Eichstätt. Unsere Gegner werden sich täuschen, wenn sie mit einer Spaltung der Union rechnen. Union heißt Einigkeit! Lassen wir die kleinen Dinge und lassen wir die persönlichen Angelegenheiten beiseite. Die große Linie ist maßgebend. Die Zwietracht ist tot, es lebe die Union. Jeder von uns in diesem Saale muß aus dieser Tagung mit neuem Glauben, mit neuer Kraft und gestärkt hinausgehen und für die fortschrittliche Union kämpfen und werben. Jeder, der diese Arbeit stört, ist ein Verräter an dem großen Gedanken des christlichen Sozialismus und der Christlich-Sozialen Union und ist ein Verräter an unserem bayerischen Vaterland. Mögen unsere Beratungen von dem schönsten und größten Gebot "Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst" geleitet sein und möge Christus, unser Herr, uns die Kraft und Gnade geben, in Eintracht und Frieden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der kommenden Monate zu überwinden.
[...][3]
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! - Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben noch eine Viertelstunde Zeit zur Verfügung, dann muß unterbrochen werden.
Ich darf hier eines feststellen: Es ist selbstverständlich, daß Sie Beifall spenden, aber ich darf nochmals bitten, daran zu denken, daß hier eine Vertreterversammlung ist, die Arbeit leisten soll, und nicht eine Volksversammlung, die sich berauschen soll.

(Sehr richtig!)

Es wurde vorhin erwähnt, daß die Augen der Öffentlichkeit auf uns gerichtet sind. Es soll, bitte, keiner von uns das vergessen.
Ich darf ferner, wieder um Märchenbildungen zu unterbinden, folgendes feststellen: Es wurde hier von einer Vorbereitung gesprochen, die in Fürth getroffen wurde. Ich

[3] Hier endet das angesichts der Fehlseiten im Sitzungsprotokoll (S. 26-38) ersatzsweise übernommene Redemanuskript aus dem Nachlaß Baumgartner, vgl. S. 1085, Anm. 2. Die folgende Wiedergabe des Sitzungsverlaufs entspricht dem Text des stenographischen Protokolls.

habe selbst davon gehört, daß sich in Fürth bekannte Freunde der Union zusammengefunden haben. Es haben sich auch sonst Leute in den Bezirksverbänden zusammengefunden und dort Beschlüsse gefaßt. Auch die Landtagsfraktion ihrerseits ist zusammengetreten. Es war selbstverständlich in der Vorbereitung einer Landesversammlung jedem möglich, sich zusammenzufinden.

(Zustimmung.)

Bedauert habe ich nur, daß auf Veranlassung der Landtagsfraktion am Tag vorher eine Sitzung stattfand, zu der gerade der Herr Minister *Baumgartner* eingeladen hatte, und daß mir die Mitteilung, daß Herr *Baumgartner* eine Geheimsitzung einberufen hätte,

(Widerspruch.)

einen Tag vorher von sozialdemokratischer Seite gemacht wurde. Dort, im Büro des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, wurde erklärt,

(Hört!)

daß damit der Sturz Dr. *Müllers* vorbereitet werde.

(Erstaunen. - Widerspruch.)

Ich möchte auf diese Dinge alle nicht eingehen, vor allem heute nicht, sondern warten, damit wir sehen, ob es uns morgen gelingt, all diese Probleme zu besprechen.
Aber wenn wir mit Worten beginnen, daß wir die Einigung wollen, dann wollen wir sie auch in der Tat beweisen

(Sehr richtig!)

und nicht dadurch, daß hier jeder nur den Versuch macht, dem anderen für die Spaltung die Schuld zuzuschieben.
Ich darf als Diskussionsredner Herrn *Mayr* (Fürth) das Wort erteilen.

(Dr. *Horlacher*: Ich habe mich zuerst gemeldet; ich habe den Zettel hinaufgegeben!)

Die Meldung von Dr. *Horlacher* war die zweite Meldung, wie ich feststellen darf.
Dr. *Horlacher*: Damit man unbesorgt sein kann, daß die Geschäfte vollständig unparteiisch geführt werden, bitte ich, daß jetzt zwei Schriftführer auf den Vorsitzenden-Tisch hinaufkommen, wie es im Landtag der Fall ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe bereits zwei Schriftführer bestellt.

(Zurufe: *Allwein*!)

Es ist vorgeschlagen worden, einen zweiten Schriftführer zuzuziehen, nämlich den Herrn *Allwein*. Erhebt sich Widerspruch? - Dann lade ich Herrn *Allwein* ein, sich als Schriftführer hierher zu setzen.
Im übrigen ist die Wortmeldung genau der Reihenfolge nach, wie sie hier eingegangen ist, behandelt worden. Es hat sich zuerst *Mayr* (Fürth) gemeldet, dann *Michael Horlacher*. *Mayr* (Fürth) hat den Zettel schriftlich abgegeben, *Michael Horlacher* hat ihn vorgezeigt. Ich darf alle Freunde bitten, sich an die Ordnung zu halten.

(Zustimmung.)

Das Wort hat Parteifreund *Mayr* (Fürth).
Mayr (Fürth): Meine lieben Parteifreunde! Ich habe Ihnen ein Geheimnis zu lüften; ich habe Ihnen zu sagen, welche Beschlüsse in Fürth gegen unseren Herrn Landwirt-

schaftsminister gefaßt wurden. Wir haben beschlossen, ihm unser uneingeschränktes Vertrauen auszusprechen.

(Zustimmung.)

Wir haben beschlossen, ihm zu danken, daß er als erster bayerischer Minister in einer denkwürdigen Landtagssitzung gegen die Kollektivschuld aufgetreten ist. Wir haben beschlossen, ihm zu danken, daß er der erste große Mahner war, als es darum ging, unseren deutschen Wald zu erhalten; wenn unser Landwirtschaftsminister Dr. *Joseph Baumgartner* nichts anderes getan hätte als das, dann hätte er Ausreichendes getan. Meine lieben Parteifreunde, das ist unsere Fürther Gesinnung!

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Wir wollen unserem leidenschaftslosen Herrn Landwirtschaftsminister auch gar nicht allzusehr verübeln, wenn er in eigener Sache, wie es öfter vorkommt, den Mund allzusehr voll nimmt. Ein tüchtiger Mann darf auch manchmal ein Wort mehr sagen. Aber um etwas anderes wollten wir ihn bitten: Wir wollten ihn bitten, daß auch er, der tüchtige und weit über Bayern hinaus angesehene Landwirtschaftsminister, sich an die Parteidisziplin hält!

(Erneute Zustimmung. - Zuruf Dr. *Horlacher*: Das gleiche verlangen wir vom Parteivorsitzenden!)

Wer es verlangt, muß es selbst halten!

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Meine lieben Freunde! Wir Fürther sind gekommen, weil wir mit unserem Herzen an der Union hängen, und wir lassen uns von niemandem nachsagen, daß wir etwas anderes wollen als die Einigkeit.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Als nächster Redner hat das Wort Dr. *Michael Horlacher*. Darf ich um Ruhe bitten! - Zur Geschäftsordnung hat das Wort Parteifreund *Lacherbauer*.

Dr. *Lacherbauer*: Meine Damen und Herren, ich habe die Auffassung, daß der heutige Tag der Diskussion der Regierungsarbeit gewidmet ist. Ich habe die Feststellung zu treffen, daß der eine oder andere bereits in die allgemeine Debatte abgerückt ist. Ich möchte darum bitten, daß man bei diesem Thema der Geschäftsordnung wirklich bleibt.

Dr. *Horlacher*: Dieser Mahnung an den Herrn Landtagspräsidenten hätte es nicht bedurft.

(Zurufe: Doch!)

Bitte, lassen Sie mich zuerst ausreden; da sieht man, daß Ihr noch keine Ahnung davon habt, wie parlamentarische Geschäfte vor sich gehen.

(Gelächter.)

Ich wollte nämlich eingangs sagen, daß ich mich auf die Punkte der Ernährungswirtschaft und der Landwirtschaft beschränke und das andere, was die Frage der Union anbelangt, morgen behandle.

(Bravo!)

Jetzt bitte ich, mich ruhig anzuhören, weil es sich um wesentliche Punkte unserer Ernährungswirtschaft handelt, die mir am Herzen liegen.
Ich habe den Ältestenrat und das Präsidium des Landtags einberufen. Jeder wird sich fragen, warum. Ich will den Herren eine offene Aufklärung darüber geben: Ich habe es deswegen getan, weil das ein enges Gremium ist, das jetzt in der Zwischenzeit den Landtag vertritt,

(Zuruf: Der Zwischenausschuß!)

und weil sich manche Dinge eben nicht dazu eignen, in der breitesten Öffentlichkeit behandelt zu werden. Wir sind in einer solchen Ernährungsmisere, daß wir einmal in einem engen, wirklich sachverständigen Gremium unter Führung des Herrn Landwirtschaftsministers [*Joseph Baumgartner*] die Frage erörtern müssen, damit wir Klarheit gewinnen erstens gegenüber uns selbst, zweitens darüber, was wir gegenüber den Besatzungsmächten im Interesse unseres Volkes gemeinsam zu vertreten haben.
Wir stehen vor einer solch ernsten Lage, daß mir manche politische Auseinandersetzungen in diesem Rahmen völlig gleichgültig sind.
Es kommt darauf an, daß wir unsere Bevölkerung in Ordnung halten, daß wir draußen Disziplin halten.

(Zuruf: Oben!)

Es besteht doch wirklich kein Grund dazu, einen Zwischenruf zu machen. Ich verstehe das nicht; ich glaube, bei uns ist zuviel Intelligenz vorhanden, so daß man sich nicht mehr verständigen kann. Es kommt mir beinahe so vor, daß, wenn die Bayern einfache Leute wären, dann ein so blöder Zwischenruf nicht dazwischenkommt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich feststellen: Der Ausdruck "Blöder Zwischenruf" war bestimmt am Platz [sic!]; ich weise ihn zurück.
Dr. *Horlacher*: Also er war am Platz! Ich danke! Das sind doch militaristische Überreste, daß einer recht hat und trotzdem gerügt wird! Also gut, die Sache ist erledigt.
Es handelt sich jetzt um folgendes. Ich wende mich da insbesondere an die Presse: Ich habe heute die Süddeutsche Zeitung genau verfolgt. Meine verehrten Herren von der Presse: Sie wissen selber, daß ich früher auch bei der Presse war und daß ich mit Ihnen die engsten Verbindungen unterhalte und immer bemüht bin, diese aufrechtzuerhalten. Aber sehen Sie, man muß jetzt in einer solch katastrophalen Lage wie die, in der wir uns befinden, auch darüber nachdenken, wie das in der Bevölkerung wirkt, damit in der Bevölkerung nicht vorzeitig eine gewisse Stimmung erzeugt wird, so daß wir die ganze Frage nicht mehr in der Hand halten können. Welche Lage ergibt sich dann? Dann stellt der anständige Mensch, der von unanständigen Mitteln nicht Gebrauch machen kann, den Leidtragenden dieses Prozesses dar.

(Beifall.)

Wir müssen das wenige, das wir haben, jetzt zusammenhalten und müssen die Gefahr vermeiden, eine Beute der Schieber und Wucherer zu werden.

(Sehr richtig!)

Das ist die Gefahr. Wenn die Nahrungsmitteldecke immer kleiner wird, wird die Gefahr nach der Seite immer stärker: Deswegen müssen wir uns auch im Ältestenrat über Maßnahmen unterhalten, mit denen die Sicherungen zum Schutz der ehrlich arbeitenden Bevölkerung in unserem Lande getroffen werden müssen. Darum handelt es sich.

Die Katastrophe ist ja ungeheuer groß. Wenn wir hinaussehen, haben wir folgendes Bild vor uns: Hunger des Landes - in Kürze: Nicht genügend Kunstdünger, nicht genügend Stalldünger -, Hunger der Menschen, Hunger des Viehes und Hunger der gesamten Rohstoffwirtschaft. Das ist der geschlossene Ring unserer größten Not. Aus ihm müssen wir herauskommen.

Demgegenüber tritt alles zurück. Es müssen die Vorräte, die wir haben, zusammengehalten werden. Da muß die Mahnung an die vernünftige Bevölkerung ergehen, daß nicht letzten Endes der Egoismus jede öffentliche Bewirtschaftung in einer solchen Lage zunichte macht. Vor dieser Gefahr stehen wir.

Es kommt zweitens hinzu, daß wir das allein gar nicht mehr bewältigen können. Deswegen ist es unsere Aufgabe, im engsten Kreise die Ernährungsbilanz in der amerikanischen und britischen Zone aufzuweisen, und zwar darnach, was voriges Jahr vorhanden war und was dieses Jahr vorhanden sein wird. Wenn eine Ernte schlecht ausfällt, so fällt das für die Bevölkerung, für die verbrauchende Bevölkerung, ins Gewicht. Das, was abgezogen werden muß an Saatgutbedarf, an Selbstversorgerbedarf, an regulärem Schwund, dem die Ware im Laufe der Lagerung unterliegt, sind feststehende Konten, und das, was darüber hinaus übrigbleibt, wird bei einer schlechten Ernte immer noch viel kürzer, weil die feststehenden Konten abgezogen werden müssen.

Es kommt der Umstand hinzu, daß durch die jetzige Dürre schon eine kolossale Verarmung unseres Landvolkes für die nächsten Jahre eingetreten ist.

(Sehr richtig!)

Das Vieh muß abgeschlachtet werden.

Meine verehrten Damen und Herren, jetzt spreche ich es hier offen aus: Ob der Direktor jetzt *Schlange-Schöningen* heißt oder nicht, ist mir ganz gleichgültig! Ich schätze Herrn *Schlange-Schöningen* als Fachmann von früher her. Es ist eine Frage für sich; ich mische mich nicht hinein. Aber daß man in einer solchen Situation, wo wir nicht mehr wissen, wie wir das Vieh auf den Schlachthöfen zur Schlachtung unterbringen sollen, die Anweisung von Frankfurt bekommt,

(Zuruf: Den Befehl!)

die Fleischration herunterzusetzen, geht ja gegen jeden heiligen Geist! Da bleibt einem der Verstand stehen!

(Beifall.)

Da kann man ja überhaupt nichts mehr sagen. Es scheint beinahe so: Je weiter man sich von München entfernt, desto geringer wird das Verständnis für gewisse Dinge, die man braucht.

Es kommt die Frage, wo das Fleisch hinkommt. Ich will sie Ihnen beantworten, weil hier nicht geschwätzt werden kann - dazu brauchen wir keinen Agrarpolitischen Ausschuß -, sondern weil die Dinge so betrachtet werden müssen, wie sie wirklich sind. Die Abstoßung des Viehes bei der geringen Fleischration von 300 Gramm ist so groß, daß das überflüssige Vieh naturgemäß untergebracht werden muß. Es kann nur auf dem Wege der Eindosung oder des Einfrierens untergebracht werden, was im höchsten Maß geschehen muß, wenn die Einrichtungen dafür vorhanden sind. Sie sind aber nicht ganz vorhanden. Wenn sie aber nicht ganz vorhanden sind und die Prüfung das ergibt, dann muß, auch wenn ich das nicht will, die Fleischration erhöht werden, weil sonst alles in den Rachen der Schwarzschlächter hineingeht.

(Erneuter Beifall.)

Das hat mich veranlaßt, diese Bemerkungen zur Ernährungswirtschaft in großer Sorge um unsere Zukunft zu machen. Ich bin ja hier der engste Mitarbeiter des Herrn Ministers [*Joseph Baumgartner*], wir kommen oft, mindestens alle zwei Tage, zusammen. Wir haben schon manche schlaflose Nacht darüber verbracht, wie die Verhältnisse noch einigermaßen gemeistert werden können. Erst in den letzten Tagen haben wir wieder derartige Besprechungen gehabt. Wir, die landwirtschaftlichen Sachverständigen, stimmen uns schon aufeinander ab. Wir wissen schon, was wir wollen, wir haben wenig Zeit, um noch zu sonstigen Konferenzen zu gehen, weil das häufig nicht möglich und auch nicht zweckdienlich ist. Wir bringen schon die Erfahrungen auch aus dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen mit. Sind Sie froh, daß wir das haben und daß wir damit 60% der Ernährungswirtschaft kontrollieren! Das ist ein Sicherheitsfaktor, der gerade in der Zeit der Not die größte Rolle spielt.
So arbeiten wir hier zusammen. Glauben Sie mir das eine: Der Herr Landwirtschaftsminister hat Ihnen nicht einmal alles sagen können, weil sich bei einem so kitzligen Gebiet wie dem der Ernährungswirtschaft vieles für die Öffentlichkeit gar nicht sagen läßt. Das liegt in der Natur der Dinge.
Glauben Sie, meine Herren von der Presse, daß es uns, die wir auch in der Ernährungswirtschaft mitverantwortlich sind, außerordentlich schmerzlich berührt, wenn immer wieder von ungeeigneter Seite Meldungen über die Währungsänderung kommen.

(Sehr wahr!)

Wenn das in der jetzigen Zeit noch hinzukommt, so frage ich, wer denn dann noch die Lebensmittelwirtschaft aufrechterhalten kann.

(Sehr richtig!)

Meine verehrten Herren, hier ist der Barometer der Presse im höchsten Maß auf Verantwortlichkeit zu stellen! Es ist immer daran zu denken, wie die Wirkung nach außen ist. Sonst bin ich für jede freie Berichterstattung; sie soll in keiner Weise eingeschränkt werden. Die Herren werden es mir sicher nicht übel nehmen, daß ich diese Ausführungen gemacht habe, damit man sich auch einmal Gedanken darüber macht und damit die Öffentlichkeit in einer Weise unterrichtet werde, daß kein Unglück daraus entsteht. Das ist unsere Aufgabe in so ernsten Zeiten.
Ich muß noch eines hinzusetzen: Wir können die Lage in der Landwirtschaft nicht mehr aufrechterhalten, wenn die Mißwirtschaft auf der großindustriellen Seite, die besonders in der britischen Zone vorhanden ist, jetzt nicht so rasch wie möglich beseitigt wird.

(Zustimmung.)

Hier kommt nämlich das Wesentliche: Wir können uns den illegalen Tauschverkehr bei der jetzigen Ernährungslage nicht mehr leisten,

(Sehr richtig!)

denn da gehen uns die letzten Vorräte weg. Deswegen heißt es hier: Wirtschaft und Landwirtschaft müssen ineinandergreifen, und es müssen die Lumpereien bekämpft werden überall, wo wir sie finden; sonst kommen wir nicht mehr durch und haben das Nachsehen. Das sind die Aufgaben, die in der nächsten Zeit, vor der wir stehen, zu erfüllen sind.
Ich sage Ihnen ganz offen, daß Frankfurt am Main mich nicht mehr interessiert. Es interessiert mich nicht, wer da jetzt Direktor ist; die Direktoren sind gewählt mit 26 ge-

gen 25 Stimmen. Das ist momentan zu Ende. Infolgedessen haben wir und meine Freunde an der Frage ein sehr geringes Interesse. Wie lange sie sich bei solchen Stimmverhältnissen halten, wie die Verhältnisse bleiben, das wird sich zeigen. Interesse haben wir aber daran, daß die Verhältnisse in der Wirtschaft so gestaltet werden, daß unser Volk leben und atmen kann und daß die großen schaffenden Volksschichten ahnen, welche Parteien den Zusammenhang mit der Wirklichkeit zur Bekämpfung dieser Not der Zeit nicht verlieren. Das sind die Gedankengänge, die ich Ihnen ausführen wollte.

Zur inneren Lage der Union komme ich dann morgen.

Ich möchte Ihnen noch folgendes sagen: Ich stelle den Antrag, daß dem Herrn Landwirtschaftsminister für seine Tätigkeit auf dem Ernährungs- und Landwirtschaftsgebiet das vollste Vertrauen des Parteitags ausgesprochen wird.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Als nächster Redner hatte sich Parteifreund *Schlögl* gemeldet. - Er verzichtet.

Es haben sich noch zwei Redner, *Kroll* und *Bartel*, gemeldet. Wir wollten eigentlich um 13 Uhr Schluß machen. Wie lange würden die beiden Redner sprechen? Ich glaube, wir unterbrechen am besten und fahren nachmittags fort.

(Widersprechende Zurufe.)

Sollen die beiden Redner noch zu Wort kommen, und zwar für drei bis fünf Minuten? - Gut, dann ist die Mittagspause auf 13.15 Uhr festgesetzt.

Als nächster Redner hat das Wort Parteifreund *Kroll*. Bitte, nur drei bis fünf Minuten.

(Zuruf: Der Antrag Dr. *Horlacher*!)

Der kommt am Schluß dieser Debatte zur Abstimmung.

Dr. *Kroll*: Ich gehöre auch zu jenen Leuten, die in Fürth dem Herrn Minister *Baumgartner* vollstes Vertrauen für seine landwirtschaftliche Tätigkeit ausgesprochen haben. Ich glaube, wenn er dabei gewesen wäre, hätte er seine rechte Freude daran gehabt, daß wir mit sehr viel Bewunderung seine temperamentvolle Arbeit im Laufe der letzten zwei Jahre gewürdigt haben. Und soweit er heute in temperamentvoller Weise zur Sache gesprochen hat, freuen wir uns gleichfalls über seine Ausführungen.

Ich darf hier nur einige Wünsche der Landwirtschaft meines Kreises äußern und damit ebenfalls unter Ausschluß jeder Diskussion, die über dieses Thema hinausführen könnte, zur Sache reden.

Da geht es um jenes Thema, das Freund *Horlacher* zuletzt erörtert hat: die Mißwirtschaft in der Industrie. Liebe Freunde, wir alle, die wir draußen in der Praxis stehen, wissen, daß es außerordentlich schwer ist, einen Schwarzhandel dann zu bekämpfen, wenn die Landwirtschaft gezwungen ist, sich die notwendigen Betriebsmittel fast ausschließlich auf dem Schwarzen Markt zu beschaffen.

(Richtig!)

Man kann es der Landwirtschaft unmöglich antun, ihr immer wieder zu versprechen, die Industrie in festere Bewirtschaftung zu nehmen, ohne ihr gleichzeitig versprechen zu können, daß damit aber auch die Versorgung mit Betriebsmitteln sichergestellt wird. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es höchste Zeit ist, dort jene vernünftigen Lockerungen einzuführen oder einen Zustand, den man nicht völlig ändern kann, so in legale Bahnen zu lenken, daß er vernünftig überwacht werden kann. Wenn wir hier

dafür eintreten müssen, daß die Landwirtschaft die nötigen Industrieprodukte, von denen wir nachweislich wissen, daß sie auf dem Schwarzen Markt zu haben sind, durch legale Mittel bekommen soll, so ist das eine Forderung, die wir ganz besonders dem Herrn Landwirtschaftsminister [*Joseph Baumgartner*] unterbreiten.

(Bravo-Rufe und Zustimmung.)

Es gibt hierfür zwei Möglichkeiten: Weitere Verschärfung des Überwachungssystems, wobei es fraglich bleibt, ob es zum Erfolge führt. Wenn wir den Gedankengängen unseres Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] folgen, dann dürfen wir glauben, daß es zu einer Kollektivierung führt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich unterbrechen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bitte die Herrschaften, die jetzt weggehen wollen, doch dazubleiben; denn wenn ein Teil der Delegierten die Rede anhört, könnte der Rest auch hierbleiben. Sonst machen wir alle Schluß. - Ich bitte um Ruhe für den Redner.

Dr. *Kroll*: Es dauert nur wenige Minuten! - Der Vorschlag, den wir hier zu unterbreiten haben, ist darum folgender: In der Notlage des gegenwärtigen Augenblicks scheint er beinahe undurchführbar zu sein. Aber ich bin überzeugt, daß wir in diesem Forum ihn einmal ernsthaft diskutieren müssen.

Die Landwirtschaft würde unendlich viel freudiger arbeiten und manches Wiesenstück schon heuer mit Getreide bebaut haben, wenn sie für die Lieferungen, die sie erbringt, in irgendeiner Form die Sicherheit auf eine Gegenlieferung industrieller Natur gehabt hätte.

Die Forderung, die gestellt wird, lautet so: Man möge sehr strenge Maßstäbe bei dem Liefersoll anlegen und das Liefersoll auch einbringen. Man möge aber grundsätzlich dafür kämpfen, daß dasjenige, was über das Liefersoll produziert wird, unter Einschaltung der Wirtschaftsämter grundsätzlich zur Beschaffung der landwirtschaftlichen Industriemittel zur Kompensation freigegeben wird, um damit einen Anreiz zu schaffen, mehr zu produzieren.

Diese Forderung ist absolut berechtigt, denn im anderen Falle, wenn sie nicht erfüllt wird, sind wir uns alle darüber einig, daß sich die Landwirtschaft so oder so diese Betriebsmittel wird verschaffen müssen, ob sie bestraft wird oder nicht. Niemand wird das ändern können.

Die Wirtschaftsämter hätten lediglich die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Preise überwacht werden und daß nicht Gemüse usw. für andere Dinge getauscht wird, sondern für landwirtschaftliche Betriebsmittel, die unbedingt erforderlich sind. Ich bin mir völlig darüber klar, daß der gegenwärtige Zeitpunkt der schlechteste ist, um einen solchen Gedanken vorzutragen. Aber ich bitte, ihn noch einmal zu durchdenken, da wir in der Praxis immer wieder darauf gestoßen sind, daß es keine Methode auch noch so scharfer Überwachung gibt, die nicht letztlich geeignet wäre, auch die Bewirtschaftung zu zerstören, weil bloße Überwachung ohne Regelung und ohne Versorgung der Landwirtschaft nicht zum Erfolg führt.

Ich möchte dann noch darauf aufmerksam machen, daß bei der Gewinnung der Grundlage für die Erfassung in Zukunft bessere Erhebungsmethoden verwandt werden müssen. Wir haben allein in unserem Landkreis die Feststellung gemacht, daß mehrere tausend Hektar Land spurlos verschwunden sind, weil man sich auf die Bodenerfassungserhebungen gestützt hat, die sich allmählich immer weniger mit den Katastern in Übereinstimmung bringen lassen. Das sind technische Mängel, von denen wir bitten, daß sie der Herr Minister bei seiner Tätigkeit dringend beachten möge.

Ich darf im übrigen noch einmal zusammenfassend sagen, daß jedes Mitglied der Union und man weit darüber hinaus vollstes Vertrauen zu seiner Tätigkeit als Minister hat und daß wir alle, die wir mit ihm zu tun hatten, den Eindruck gewinnen konnten, daß er ein temperamentvoller, kluger, verantwortungsbewußter Minister ist. Über die Dinge, die hier darüber hinaus zur Sprache gebracht wurden und die die Unionsleitung als solche betreffen, zu reden, wäre verfehlt; und wir wollen ihm gerne verzeihen, daß er sich heute manchmal temperamentvoll zu einem Zeitpunkt geäußert hat, wo wir es vielleicht lieber gesehen hätten, die Einigkeit der Stimmung, die durch die wunderbare Rede des Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] erzeugt worden war,

(Beifall.)

wäre durch seine nicht immer ganz - ich möchte sagen - taktvollen Attacken mit Ausfällen gegen den Landesvorsitzenden nicht vorzeitig unterbrochen worden. Das soll aber uns keine böse Laune machen. Wir stehen hier mit dem Willen zum Frieden und dem Willen zur Einigung und sagen jedem, was wir sachlich von ihm halten, und wir halten viel von Dr. *Baumgartner*.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nächster Redner ist *Hans Bartel*.
Bartel: Ich bitte, meine Ausführungen nachmittags bringen zu können.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nein, Sie müssen es entweder jetzt tun oder verzichten. - Dann ist verzichtet worden.
Ich darf dann über den Antrag *Horlacher* abstimmen lassen. Der Antrag ist bekannt: Vertrauensvotum für Dr. *Baumgartner* als Landwirtschaftsminister. Wer enthält sich? - Darf ich nochmals feststellen, wer sich enthält; ich bitte aufzustehen. - Drei Enthaltungen. Wer ist dagegen? - Bei drei Enthaltungen einstimmig angenommen.

(Lebhafter Beifall.)

Ich bitte, noch zu folgenden Bekanntmachungen Platz zu behalten. Die Sitzung beginnt wieder um 15 Uhr. Es wird dann zunächst die Präsenz festgestellt werden. Ich muß darauf bestehen, daß jeder Vertreter sich eventuell durch Kennkarte legitimiert, weil mitgeteilt wurde, daß Vertreterausweise ausgetauscht wurden. Wir müssen uns streng an die Satzungen halten. Bei jeder Abstimmung muß das genau nachgeprüft sein.
Um 15 Uhr beginnt also die Sitzung wieder. Als nächsten Redner bitte ich dann Herrn Dr. *Hagenauer*, zur Entnazifizierung zu sprechen.

Die Sitzung wird um 13.07 Uhr zur Mittagspause unterbrochen.
Nach Feststellung der Präsenz und der Stimmberechtigung wird die Tagung um 16.20 Uhr wieder aufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bevor wir beginnen, darf ich mir die Ehre geben, zu begrüßen den Herrn französischen Generalkonsul, Graf *Keller*, und den englischen Generalkonsul, Mr. *Thwaites*. Die Damen und Herren der Militärregierung habe ich heute vormittag begrüßt. Ich darf es nochmals ausdrücklich für diejenigen nachholen, die noch nicht erschienen waren.
Wir treten in die Tagesordung ein. Es wurde vorgeschlagen, daß als nächster Redner der Bayerische Kultusminister spricht; wenn sich kein Widerspruch erhebt, erteile ich jetzt das Wort dem Herrn Kultusminister Dr. *Hundhammer*.

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Liebe Parteifreunde! Wir haben heute im Laufe des Vormittags vieles über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten gehört, mit denen unser Volk ringt, und von den noch größeren Schwierigkeiten, die uns bevorstehen. Trotzdem möchte ich hier an die Spitze meiner Ausführungen den Satz stellen: Das Schicksal eines Volkes wird bestimmt nicht vom Materiellen, sondern vom Geistigen her.

(Sehr wahr!)

Das Los eines Volkes liegt in seinen Ideen.
Wir haben die Wahrheit dieses Wortes in einem ganz furchtbaren Exempel vordemonstriert erhalten. Diese Erkenntnis war für mich der Grund, warum ich bei der Bildung der ersten demokratisch unterbauten Regierung in Bayern gerade das Staatsministerium für Unterricht und Kultus übernommen habe. Ich wollte und will meine Kraft dafür einsetzen, daß die Gedanken und Ideen, die wir in der Verfassung in gemeinsamer Arbeit niedergelegt haben, jetzt in der parlamentarischen Arbeit, in der Führung des Staates in die Tat umgesetzt werden.

(Zustimmung.)

Die Grundlinien, die für unsere Erziehung und unser Schulwesen, die für unsere Kultur in der Verfassung festgelegt sind, haben drei Ecksteine. Der erste davon besagt: Unsere ganze Kultur soll festhalten den christlichen Geist!

(Beifall.)

Das Fundament der europäischen Kultur ist das Christentum; die Kraft, die Europa befähigt hat, über all die Stürme der Geschichte hinweg seit der Völkerwanderung standzuhalten, war der Geist des Christentums, der im europäischen Volke steckt;

(Bravo!)

und der Geist, der allein uns die Kraft geben kann, auch die Stürme und die Gefahren zu überdauern, die uns noch bevorstehen können, kann allein der christliche Geist sein.

(Bravo-Rufe.)

Der zweite Grundstein unserer europäischen Kultur ist der Humanismus; das ist das Wissen, das ist die Kunst, das ist die geistige Ausrichtung, die wir von der Klassik Griechenlands und Roms übernommen und ererbt haben. Der Humanismus ist das Fundament unserer Geisteswissenschaft; der Humanismus ist der Rückhalt für uns gegenüber all den materialistischen Strömungen und den rein realistischen Tendenzen, die durch die Welt gehen.
Und als dritter Grundstein für unser Erziehungswesen, für unsere Schulen, ist in der Verfassung verankert die Heimatliebe. Unsere Jugend soll erzogen werden in der Liebe zum eigenen Volk, zur Heimat, zur eigenen Scholle. Die Jugend soll dabei die Zusammenhänge mit der Menschheit im ganzen kennenlernen; sie soll lernen, daß alle Menschen auf der Welt Brüder sind,

(Sehr richtig!)

und sie soll lernen, die Konsequenzen daraus zu ziehen.

(Zustimmung.)

Der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] hat heute vormittag den staatspolitischen Aufbau entwickelt und dargelegt, wie das Staatswesen von der Urzelle der Familie

heraus sich hineinentwickelt in die Gesamtheit der Menschheit. So ist es auch mit der Kultur; und die Grundlage für dieses politische Denken soll in der Schule die Erziehung, die allgemeine geistige Ausrichtung den Menschen mitgeben.
Meine lieben Parteifreunde! Das unentwegte Festhalten an diesen drei Grundsätzen als den Eckpfeilern unserer Kulturpolitik ist der Stein des Anstoßes zugleich für viele Geister im Lande.

(Sehr wahr!)

Von den Problemen, die heute auf dem kulturpolitischen Sektor zur Diskussion stehen, steht im Vordergrund der öffentlichen Erörterung die Schulreform. Schulreform ist keine Sonderaufgabe für uns. Ich war kürzlich in der Schweiz und habe dort gesehen, wie man um dieselben Probleme ringt. In Frankreich, in Belgien, in England, auch in Amerika ist die Umgestaltung, die Verbesserung des Schulwesens ein Aufgaben- und Fragengebiet, um das die Geister sich bemühen. Wir haben eine Zeit hinter uns, die wohl einen Umbruch in der Weltgeschichte bedeutet, nicht geringer als es die Völkerwanderung war; und es ist ganz klar, daß aus einer solchen Zeit heraus auf allen Gebieten, auch auf dem des Schulwesens, Veränderungen kommen und die Folge sein werden, die vieles anders gestalten.
Aber ich bin der Meinung, daß wir in Deutschland zunächst einmal die Trümmer aus unseren Schulsälen herauszuräumen, für genügend Schulsäle und Schulhäuser, wieder für Bücher und rein äußere Dinge, die Ausgestaltung unseres Lehrkörpers, die Neugestaltung des Lehrstoffes zu sorgen haben, ehe wir an fundamentale Veränderungen herangehen.
Die Meinungen sind in manchen Punkten einheitlich. Es ist uns auferlegt, dafür zu sorgen, daß demokratische Lebensweise durch Betonung der sozialen Fächer in allen Schulen erreicht werden soll, ein Ziel, das wir gerne und aus eigener Überzeugung übernehmen und durchführen werden. Es ist uns auferlegt, dafür zu sorgen, daß in die Berufsbildung neben der eigentlichen Berufsvorbereitung eine angemessene Allgemeinbildung eingeschaltet werden soll, eine Aufgabe, die wir uns selber gerne stellen. Ärztliche Gesundheitspflege mit Beteiligung der Gemeinden an der Verwaltung der Schulen; hiefür liegt bereits ein Gesetzentwurf über die Wiedereinführung der Schulpflegschaften vor. Das ist eine Maßnahme, die sicher vom ganzen Volk begrüßt wird.
Es gibt aber auch Probleme, um die die Geister sich streiten. Dazu gehört die Frage, ob die Volksschule von acht auf neun Jahre ausgedehnt werden soll oder vorerst noch nicht. Dazu gehört die Frage, ob die Volkschule allgemein vier oder sechs Klassen umfassen und ob dementsprechend die höhere Schule in Zukunft von acht Jahren auf sechs Jahre vermindert sein soll. Dazu gehört die Frage, ob wir unsere bisherigen Schularten - Gymnasium, Realenzug[4], Oberrealschule, eventuell Oberschule - aufgeben sollen und eine Einheitsschule dafür erstehen soll. Hier gehen die Geister und die Meinungen auseinander. Die Entscheidung darüber wird im Landtag gefällt werden.
Es besteht die Frage der Schulgeldfreiheit. Soll an den höheren Schulen und an den Universitäten ohne weiteres volle Schulgeldfreiheit eingeräumt werden, oder sollen wir die bisherige Regelung beibehalten, die bei uns dahin geht, daß die Bedürftigen allgemein Schulgeldbefreiung bekommen können, daß aber die anderen, deren Eltern dazu in der Lage sind, das Schulgeld bezahlen sollen. Man hat uns Bayern Hessen dafür als Vorbild genannt. Die hessische Regelung liegt jetzt nach dem hessischen Mini-

[4] Bezeichnung für den mittleren Bildungsweg zwischen Gymnasium und Volksschule (Realschule).

sterratsbeschluß vor; sie geht dahin, daß in Hessen an den höheren und an den Hochschulen Schulgeldbefreiung dann gegeben wird, wenn erstens die Eltern nicht über 4600 RM Jahreseinkommen haben, und zweitens wenn die Eltern in Hessen ansässig sind.

(Hört, hört!)

Die bayerische Regelung war bisher viel weiter gegangen; bei uns hat jeder Schulgeldbefreiung bekommen, der die Bedüftigkeit nachgewiesen hat, ganz gleich, ob die Eltern in Bayern oder in Berlin gewohnt haben.

(Sehr gut!)

Ich möchte überhaupt anhand dieses Beispieles eines sagen: Man spricht manchmal von einer Rückständigkeit Bayerns in Fällen, in denen wir den anderen weit voraus sind.

(Zustimmung.)

Wir werden noch auf andere, ähnliche Fälle zu sprechen kommen.
In dem Zusammenhang ist vielleicht gleich der Platz, um zum einen oder anderen Vorwurf und zu einer Kritik Stellung zu nehmen, die an der bayerischen Kulturpolitik geübt worden ist, und zwar nicht immer mit der wirklich erforderlichen sachlichen Unterbauung. Ich habe heute beim Betreten des Saales hier die Nummer vom 20. Juni des Aufbau, einer in Amerika erscheinenden Zeitung, in die Hand bekommen. Darin wird unter anderem in einem Artikel über die politische Reaktion in Bayern und die Juden wörtlich gesagt - der Artikel polemisiert gegen amerikanische Juden, die für mich Stellung genommen haben, weil die Betreffenden mich kennen:

> Vielleicht haben die amerikanischen Korrespondenten inzwischen von Herrn *Delbert Clark* erfahren, daß Herr *Hundhammer* zum Leiter des staatlichen Schulwesens in Bayern Herrn Dr. *Hans Meinzolt* gemacht hat, der neben anderen Eignungsbeweisen im Jahre 1935 die evangelischen Christen Bayerns aufgefordert haben soll, für *Hitler* zu beten.

Was ist daran wahr? Es wird mir also hier der Vorwurf gemacht, daß ich diesen Herrn Staatsrat Dr. *Meinzolt* zum Leiter des Schulwesens gemacht habe. In Wirklichkeit war der Herr Staatsrat *Meinzolt* längst im Amt, bevor ich Minister geworden bin. Das dürfte man wissen. Zweitens aber habe ich bei der Einteilung der Aufgaben den Herrn Staatsrat *Meinzolt* dem Herrn Staatssekretär für die Schönen Künste zugeteilt. Im Schulwesen ist als Staatsrat Herr Staatsrat *Emnet* tätig. Also gerade *ich* habe das Gegenteil von dem gemacht, was mir hier vorgeworfen wird.

(Hört!)

Ich habe einen dicken Band, auf dem außen darauf steht: "Lügen".

(Heiterkeit.)

Das sind nur Fälle, in denen in der Presse hundertprozentig das Gegenteil von dem geschrieben worden ist, was der Wahrheit entspricht. - Ich möchte gleich generell [von] vorneherein sagen: Nicht jede Zeitung und nicht jede Redaktion will ich angreifen. - Aber weit im Lande glaubt man das, was in der Zeitung gestanden ist.

(Zuruf: Das will man ja!)

Ich nehme den Fall mit den Schulbüchern. Durch die Presse - der Herr *Maslowski* hat den Artikel gebracht - ist eine Veröffentlichung gegangen, in der es hieß, der Bayeri-

sche Kultusminister solle nicht soviel Tamtam mit seinen Schulbüchern machen; denn in diesen neuen Schulbüchern, die der Kultusminister mit großem Lärm ankündigt - so hat es wörtlich geheißen -, sei das Gedicht "Fridericus Rex" enthalten, und ein Lehrer habe es den Kindern in der Schule zur Aufgabe gemacht, es zu lernen. Was entspricht der Wahrheit? In den Schulbüchern, die seit meiner Amtstätigkeit herausgekommen sind, ist kein solches Gedicht enthalten.

(Hört!)

Die Schulbücher finden wirklich überall uneingeschränkte Anerkennung. Aber dieses Gedicht "Fridericus Rex" hat sich in einem Buch gefunden, das ich mir erst hernach beschafft habe; ich habe es gar nicht gekannt. Dieses Buch trägt auf der ersten Seite den Aufdruck: "Herausgegeben im Auftrage des Oberkommandierenden der Alliierten Streitkräfte,

(Hört!)

zusammengestellt vom Berliner Lehrerverein."

(Gelächter.)

Ich habe dann meinen Pressereferenten ausdrücklich dort hingeschickt, um festzustellen, welcher Lehrer denn dieses Gedicht habe lernen lassen. Er hat dann die Nachricht zurückgebracht, die Redaktion weigere sich, den Namen des Lehrers zu nennen, weil sie fürchte, es würde sonst gegen ihn vorgegangen werden.

(Erstaunen.)

Das war die Frankenpost des Herrn *Maslowski.*

(Zuruf: Die Coburger Neue Zeitung.)

Dann war sie es gewesen! Auch andere Zeitungen haben diesen Artikel nachgedruckt und haben mich deswegen angegriffen; es war die Coburger Zeitung nicht allein.
Meine Damen und Herren, wenn man erst hergeht und mich schon deswegen angreift und ich dann eingreife und Änderung schaffen will, dann soll man doch so gut sein, und mir auch die Personen und den Lehrer nennen, die dort gefehlt haben! Aber ich habe den Verdacht, daß es diesen Lehrer gar nicht gibt; sonst hätte man ihn genannt.

(Zustimmung.)

Ein anderes Gebiet, das dem Kultusminister viel Schwierigkeiten bereitet und das nicht leicht zu lösen ist, betrifft die Neuordnung unserer Hochschulen. Wir haben in Bayern an unseren Universitäten einschließlich der Kliniken im ganzen an Personal rund 1066 Personen beschäftigt. Hiervon sind durch die Militärregierung bis heuer im Frühjahr entlassen worden insgesamt 284, es wurden bestätigt 374, und es waren etwas über 400 noch auf der grauen Liste. Es sind das nicht nur Hochschullehrer, sondern es ist das ganze Personal der Hochschulen, einschließlich der Kliniken. Von den Hochschullehrern, die entlassen waren, konnte inzwischen ein Teil wieder in Dienst gestellt werden, nachdem die Spruchkammern die Prüfung vorgenommen hatten und die Militärregierung ihre Zustimmung erklärt hatte.
Ein anderer Teil der Lehrstühle wurde inzwischen durch Berufungen neu besetzt; und zwar sind seit 1945, also auch schon durch meinen Vorgänger, durch uns beide zusammen, berufen worden 97 Professoren und 33 Dozenten. Weitere 75 Lehrstühle wurden kommissarisch besetzt, damit dort überhaupt der Lehrbetrieb weitergehen kann. 20 Lehrstühle wurden durch Rehabilitierungen besetzt. Außerdem sind inzwi-

schen 25 Lehrstühle neu errichtet worden; der Lehrbetrieb wurde also schon auch erweitert.
Man hat mir nun in der Öffentlichkeit den Vorwurf gemacht, ich hätte bei der Neuberufung von Hochschullehrern meinem - ich sage es offen - klerikalen und bajuwarischen Herzen freien Lauf gelassen.

(Heiterkeit.)

Das hat mich veranlaßt, durch den Referenten in meinem Ministerium sämtliche Akten nachprüfen und in jedem Fall - nachträglich - feststellen zu lassen, welcher Konfession jeder Berufene angehört und wo er herstammt. Was hat sich ergeben? Von 33 Hochschulprofessoren, die ich bis jetzt, bis zum Stichtag, berufen hatte, waren 14 katholisch, 14 evangelisch, einer altkatholisch, drei gottgläubig und einer israelitisch.

(Erstaunen.)

Ich glaube, wenn jemand einen Grund hätte, sich zu beklagen, dann würden es in dem Fall die Katholiken sein!

(Sehr richtig!)

Und dann die Gliederung nach der Herkunft: Von den 33 Professoren sind in Bayern geboren neun, nicht in Bayern geboren 22,

(Hört!)

richtiggehende Ausländer zwei. Wenn jemand einen Grund hat, sich zu beklagen, sind es die Bayern!

(Starker Beifall.)

Ich glaube, diese Tatsachen können ein Anlaß sein, in der Beziehung doch in Zukunft diese Gesichtspunkte am Rande mitzuberücksichtigen.

(Zustimmende Zurufe.)

Vor wenigen Tagen ist dann ein besonderer Fall durch die Presse gegangen, nämlich der Fall *Clusius*. Ich war, wie Sie wissen, in den letzten Tagen in der Schweiz, trotzdem eine Zeitung kürzlich etwas voreilig geschrieben hatte, mir sei das Einreisevisum in die Schweiz verweigert worden.

(Gelächter.)

Das war eines jener Blätter, die mich unbedingt abschieben wollen. In der Schweiz hat sich, sobald ich in Winterthur war, dort der Schulreferent des Kantons Zürich, Regierungsrat Dr. *Briner*, bei mir melden lassen. Er sagte, er wolle mich sprechen. Ich war etwas überrascht, daß er am ersten Tag, in den ersten sechs Stunden schon zu mir kommt. Dann sagte er: "Ich habe Ihnen gewissermaßen etwas zu gestehen. Nachdem Sie in der Schweiz sind, möchte ich es Ihnen mitteilen: Professor *Clusius* ist ohne Paß in München in einen Schweizer Rückwandererzug gestiegen und hat sich in diesem Zug ohne Wissen der Militärregierung und der Behörden in die Schweiz begeben."

(Erstaunte Zurufe.)

- So hat mir dieser Referent wörtlich erklärt. - "Er hat mir gesagt, er habe es satt, jedes Experiment vorher anzumelden, das er als Chemiker mache, und hernach zu berichten, wie es ausgefallen sei." Das ist die Erklärung, die der Professor *Clusius* in der Schweiz gegeben hat, und ich glaube, Sie haben alle den Brief gelesen, der bei uns herinnen veröffentlicht worden ist.

(Pfui-Rufe.)

Es wäre noch etwas dazu zu sagen: Der Brief von Professor *Clusius* wurde von einigen Blättern nur in dem Teil veröffentlicht, mit dem man glaubte, Kapital gegen den Kultusminister schlagen zu können. Wenn Sie den ganzen Brief in der Presse bekommen hätten, dann würde in ihm gleich im Anfang folgender Satz zu lesen gewesen sein:

Angefangen von der im Winter 1945/46

- damals war ich noch nicht Kultusminister -

verfügten Aufnahme aller Studierenden bis zur Ablegung der Zwischenprüfungen im Sommer 1946

- damals war ich auch noch nicht Kultusminister -

und der gegenwärtigen Krise durch die bevorstehende Rückwanderung der Studenten von den Theologischen Hochschulen

- als diese Sache gemacht wurde, war ich auch noch nicht Kultusminister -

hat man die Mahnungen und Proteste von Rektor und Senat geflissentlich überhört.

Das ist kein Angriff gegen den Dr. *Hundhammer*, sondern gegen jemand anderen. Aber warum hat man diesen Satz in der Presse unterschlagen?

(Pfui-Rufe.)

Er hätte nicht in ein Konzept hineingepaßt, mit dem man den Dr. *Hundhammer* angreifen wollte.

(Sehr richtig!)

Es hat Blätter gegeben, die den ganzen Brief veröffentlicht haben; ich stelle das ausdrücklich fest.

Es ließe sich noch manches andere sagen. *Clusius* hat auch in einem Absatz an mir Kritik geübt; das hat er *auch* getan. Ich möchte dazu folgendes feststellen: Als vor etwa zwei oder drei Monaten die Frage besprochen wurde, daß *Clusius* einen Ruf nach Göttingen habe, hat der Bayerische Ministerpräsident [*Hans Ehard*] mich ausdrücklich gebeten, mit *Clusius* zu verhandeln, ob man ihn nicht in München halten könnte. In der Staatskanzlei habe ich im Büro des Herrn Ministerpräsidenten während einer Ministerratssitzung mit dem Rektor der Universität, dem Hochschulreferenten meines Ministeriums und Professor *Clusius* verhandelt. Ich habe ihn gefragt, welche Bedingungen er stelle, um in München zu bleiben. Er hat sie genannt; wir haben ihm sämtliche Bedingungen erfüllt, und er hat erklärt, er sei zufrieden, er bleibe lieber in München, als nach Göttingen zu gehen. Und zwei Monate später reist er in die Schweiz! Aber ist da ein Grund vorhanden, deswegen den Bayerischen Kultusminister anzugreifen?

(Keiner!)

Man hat in einem sogenannten Streitbrief diesen Fall *Clusius* gemeinsam mit einem Fall Professor *Gans* und einem Fall *Lamla* verbunden. Da heißt es wörtlich:

Für uns ist *Clusius* verloren. Wir werden an die Fälle der Professoren *Lamla* und *Gans* erinnert, die vor wenigen Wochen ebenfalls solcher Hochschulpolitik weichen mußten. Professor *Gans* folgte inzwischen einem Ruf nach Brasilien.

Was vom Fall *Clusius* zu halten ist, habe ich gesagt. Aber wie steht es mit dem Fall *Gans*? Ich habe hier bei den Akten das Schreiben von *Gans*, datiert vom 24. Dezem-

ber 1946, in dem er erklärt, daß er nach Brasilien auswandere. Vom 24. Dezember 1946! Ich habe das Kultusministerium übernommen am 31. Dezember 1946!

(Hört!)

So wird gegen den Kultusminister gelogen, um ihn öffentlich zu diffamieren.

(Pfui!)

Dann käme der Fall *Lamla*, der hier auch erwähnt ist. Ich habe bei meinen Akten ein Schreiben der einschlägigen Fakultät der Universität München, in dem mir geschrieben wird, *Lamla* komme für eine dauernde Besetzung der fraglichen Professur nicht in Frage, weil er sich nicht dafür eigne, sondern nur für eine vorübergehende Vertretung. *Lamla* wurde von mir mit der Vertretung dieses Lehrstuhls beauftragt; aber ich habe es abgelehnt, ihm diesen Lehrauftrag als Steigbügel zu geben, um Syndikus der Bayerischen Akademie der Wissenschaften zu werden. Das wollte er erzwingen, und das habe ich abgelehnt.

(Bravo-Rufe.)

Ich denke, als Syndikus der Bayerischen Akademie der Wissenschaften werden wir auch noch einen Bayern finden!

(Allgemeiner Beifall.)

Dies um so mehr, als *Lamla* auch in seiner Heimat, im Ruhrgebiet oben, nicht etwa Hochschulprofessor, sondern Mittelschullehrer ist.

(Hört!)

Mit diesen Hochschulfragen hängt eng zusammen das Problem der Zulassung der Studenten. Wir haben seit langem darüber Klage geführt und Klagen bekommen, daß die Söhne des eigenen Landes an den Universitäten nicht Platz haben. Heute sind mir hier aus Ihren Reihen schon fünf oder sechs Bittgesuche für einheimische Studenten übergeben worden, die vom Feld zurückgekommen sind und nicht immatrikuliert werden konnten, weil keine Plätze dafür da sind. Das sind die Söhne der Steuerzahler, die das Geld für die Hochschulen aufbringen;

(Sehr richtig!)

und es kostet alles in allem jeder Hochschulstudent den bayerischen Steuerzahlern jährlich etwa 2000 RM.

(Hört, hört!)

Wir haben zur Zeit in ganz Deutschland, in allen Zonen zusammen, 72.000 Hochschulstudenten, und von diesen 72.000 entfallen auf Bayern allein 24.000.

(Erstaunen.)

Wir haben also weit mehr Hochschulstudenten in Bayern, als bevölkerungsmäßig oder geographisch unser Anteil am gesamtdeutschen Gebiet ist. Von diesen 24.000 Hochschulstudenten sind derzeit einschließlich der Flüchtlinge nicht ganz 16.000 Bayern und über 8000 Studenten und Studentinnen sind Nichtbayern, die von draußen hereingekommen sind. Die Flüchtlinge sind zu den Bayern gerechnet. Dabei hatten sich an der Münchner Universität dieses Semester allein insgesamt 4000 bayerische Studenten beworben, die nicht aufgenommen werden konnten.

(Hört!)

Aber es war noch etwas anderes dabei mitzuberücksichtigen: Ich habe immer den Verdacht ausgesprochen, daß unter diesen Studenten, die in so starkem Maße zu uns hereingedrängt haben - wir haben auch früher Studenten von außerhalb Bayerns und vom Auslande gehabt, aber nicht in dem Maß wie jetzt -, Leute sind, die ihren Fragebogen bei uns leichter glauben in Ordnung bringen zu können als anderwärts. Bei Besprechungen mit den zuständigen Stellen der Besatzungsbehörden habe ich diesen Gedanken manches Mal ausgesprochen. Das hat dazu geführt, daß man einmal eine Probe aufs Exempel gemacht und an der Universität Würzburg die Fragebogen von 300 Medizinstudenten einfach wahllos herausgegriffen und sie anhand der Unterlagen des Dokumenten-Center in Berlin nachgeprüft hat. Was wurde festgestellt? Von den 300 Medizinstudenten hatten fünf in ihrem Fragebogen erklärt, daß sie Parteianwärter oder Parteimitglieder gewesen waren; die Nachprüfung hat ergeben, daß insgesamt 96 frühere Parteigenossen oder Parteianwärter gewesen waren. Fünf haben es angegeben, 91 nicht! Von den 91, die ihren Fragebogen gefälscht hatten, waren 86 Nichtbayern!

(Hört, hört!)

Das war eine Stichprobe!

(Zuruf: So ist es überall!)

Bei Beamten haben wir ähnliche Fälle in anderen Sparten.
Das hat meine Vermutung absolut bestätigt. Daß diese Studenten keine Freunde des Bayerischen Kultusministers sind, das glaube ich.

(Heiterkeit.)

Aber ist es nicht Pflicht des Bayerischen Kultusministers, hier durchzugreifen?

(Starke Zustimmung.)

Erstens haben wir von der Militärregierung die Auflage, daß nicht mehr als zehn Prozent der Hochschulstudenten frühere Parteigenossen sein dürfen. Dafür bin ich verantwortlich; und wenn ich nun irgendwo den Verdacht habe, daß es anders ist, dann muß ich der Sache nachgehen. - Und zweitens, meine sehr verehrten Parteifreunde: Wenn wir die Entwicklung so weitergehen lassen, dann haben wir in ein paar Jahren ein Drittel, wenn nicht mehr, unseres gesamten öffentlichen Apparats mit verdeckten Nazis besetzt.

(Sehr gut!)

Dabei tritt mir ein Student, noch dazu ein Student der Rechte, in Kulmbach entgegen und sagt, er sei der Meinung, daß die Fragebogenfälschung ein ganz legales Mittel sei! So hat er sich wörtlich ausgedrückt. Das soll der Kultusminister dann hingehen lassen und nicht eingreifen! - Das zur Hochschulfrage.
Ich komme nun zu dem Problem der Volksschulen mit ein paar allgemeinen Bemerkungen. Bei den Volksschulen sind unsere Hauptschwierigkeiten gegenwärtig die Schulsäle und die Lernmittel. Lehrkräfte haben wir jetzt, so daß wir den notwendigsten Bedarf gedeckt haben. Aber die Aufbauarbeit an den Schulhäusern, die Instandsetzung der Schulräume braucht Zeit. Die Materialschwierigkeiten kennt jeder. Die Gemeinden bemühen sich selbst, schon im eigenen Interesse, aufs äußerste, wieder eine rasche Instandsetzung und einen Neubau der Schulhäuser zu ermöglichen. Wir haben ja jetzt statt früher 800.000 Volksschülern in Bayern durch den Flüchtlingszuwachs 1,2 Millionen.

Bei den Lernmitteln liegt eine große Schwierigkeit in der Beschaffung der Rohstoffe. Wir haben die Texte; wir haben ein paar Schulbücher gedruckt und herausgebracht, die den Beifall in der Welt gefunden haben und von Schweden und England verlangt worden sind. Aber ein Beispiel: Das Lesebuch für die dritte und vierte Klasse soll gefunden werden. Es ist fertig. Wir haben aber die notwendigen Rohstoffe und Kartone nicht dazu, wir haben die Bindegarne nicht, es fehlt der Leim. Das Kultusministerium kann ja nicht jemanden auf den Schwarzen Markt schicken und dort die Rohstoffe kaufen; und das Wirtschaftsministerium mußte uns erklären: Wir haben nichts, um Ihnen mehr zuzuweisen. Das sind die Schwierigkeiten, die niemand übersehen möge!
An Lehrkräften haben wir derzeit etwa 16.000 im Dienst. Wir würden, um normale Klassen zu haben, 24.000 Lehrkräfte brauchen. Trotzdem können wir augenblicklich nicht mehr Lehrkräfte einstellen, da wir nicht soviel Klassen bilden können, wie wir möchten, weil uns die Schulsäle dazu fehlen. Wir geben ja ohnehin schon in sehr vielen Schulsälen zweimal, in zwei Klassen, Unterricht, in manchen Schulsälen sogar in drei Klassen. Dabei haben manche Klassen ja heute leider nur noch 14 bis 16 Stunden Unterricht, so daß wir dabei ganz gut eine Lehrkraft zwei Klassen versehen lassen können. Soviel Stunden sind es in der Woche.
Unter den 16.000 Lehrkräften, die wir in Dienst haben, sind über 5000 Flüchtlinge. Wir haben also die Flüchtlinge unter den Lehrkräften bei uns in einem Prozentsatz beteiligt, der dem Gesamtdurchschnitt der Flüchtlinge in unserer Bevölkerung sicher vollauf entspricht.
In der Volksschule ist eines der schwierigsten Kapitel bisher immer noch die Aufrechterhaltung der Schuldisziplin.

(Heiterkeit.)

Gleich bei der Übernahme des Ministeriums wurde ich mit einem Berg von Briefen von Lehrern und Eltern begrüßt, die mich aufforderten, das Recht der Züchtigung dem Lehrer wiederzugeben. Begründet wurde dies damit, daß die Erfahrungen, die im letzten halben Jahr seit der Aufhebung des Züchtigungsrechts gemacht worden waren, nicht gut seien. Wir haben Klassen, die anormal groß sind. Wir haben eine Jugend, die durch die Geschehnisse des Krieges an der Disziplin anormal gelitten hat. Die Hand des Vaters hat gefehlt. Wenn die Herren Lausbuben wissen, daß ihnen der Lehrer nichts tun darf, dann lassen sie sich natürlich völlig gehen.

(Sehr richtig!)

Wir hatten eine Reihe von Fällen, in denen richtiggehende Strafanzeigen wegen Roheitsdelikten erstattet werden mußten. Ich habe mich entschlossen, die Eltern darüber abstimmen zu lassen, ob sie dem Lehrer das Recht der Züchtigung wieder einräumen wollen. Das primäre Erziehungsrecht steht nach der Verfassung und nach unserer Weltanschauung ja den Eltern zu. Wir haben die Eltern befragt, ob sie dem Lehrer das Recht der körperlichen Züchtigung wieder einräumen wollen, und zwar eingeschränkt auf Knaben und auf Roheitsdelikte oder grobe Disziplinfälle. Die Eltern haben darüber abgestimmt, in der Propaganda nicht von mir, von der Gegenseite dagegen wohl beeinflußt.
Das Ergebnis war, daß über 61% der Eltern dafür waren, daß dem Lehrer das Züchtigungsrecht gegeben werden solle. Das ist dann geschehen in einer Verordnung, die besagt:

> Die körperliche Züchtigung ist nur anzuwenden, wenn alle anderen Erziehungsmittel versagt haben. Sie ist nur gestattet zur Aufrechterhaltung der Schuldisziplin bei

schweren Verfehlungen, insbesondere bei grober Unbotmäßigkeit oder Roheit. Sie ist nicht gestattet wegen mangelnder Leistungen. Sie ist bei Mädchen in jeder Form verboten, also auf Knaben eingeschränkt.

Ich glaube, das ist eine an sich ganz tragbare Regelung. Trotzdem ist der Bayerische Kultusminister nicht bloß wegen seinem Vollbart,

(Heiterkeit.)

sondern auch wegen diesem Tatzstock in der ganzen Welt berühmt gemacht worden. Man hat uns in einer Form heruntergerissen, auch Bayern, die nicht würdig war. Ich möchte dazu aber auf folgendes hinweisen, um auch in diesem Falle die Dinge ins richtige Licht zu rücken: 100 Kilometer von München weg ist die württembergische Grenze. In Württemberg besteht heute noch nach wie vor - ich habe es mir der Sicherheit halber vom württembergischen Kultusminister schriftlich geben lassen - das Züchtigungsrecht, und zwar nicht bloß den Knaben, sondern auch den Mädeln gegenüber.

(Hört, hört! - Zurufe.)

Und der *Fendt* hat es aufgehoben!

(Heiterkeit. - Zuruf: Wo bleibt die Gleichberechtigung der Frau? - Große Heiterkeit.)

Ich bin in dieser Zeit in der Schweiz gewesen und habe mich dort erkundigt. Auch dort gibt es Kantone, in denen dieselbe Regelung besteht. Man hat mir zum Überfluß aus England Zeitungen zugeschickt, weil man auch dort davon Bericht bekommen hat. In den Zeitungen sind Urteile gegen 20- und 21-jährige publiziert, die sich nicht sehr sittsam benommen hatten und denen durch den Richter zehn oder zwölf [Schläge] auferlegt worden sind.
Aber das macht alles nichts. Man kann es in Württemberg in doppelter Ausgabe und in England für das doppelte Alter haben. Davon ist keine Zeile geschrieben und keine Silbe am Rundfunk gesprochen worden.

(Zuruf: Leider!)

Aber der Bayerische Kultusminister mit seiner stark eingeschränkten Maßnahme ist der Reaktionär!

(Zustimmung.)

Im übrigen befinde ich mich da ja in guter Gesellschaft. Ich habe kürzlich - weil ich ja auch jetzt manchmal noch Zeit habe, ein Buch zu lesen - eine Biographie von *Pestalozzi* zur Hand genommen. Ich habe darin die merkwürdige Stelle gefunden, wo *Pestalozzi* berichtet, daß er in diesem Punkte - wie der Dr. *Hundhammer*! - angegriffen worden ist. Man hat die eigene Klasse gegen *Pestalozzi* aufzuhetzen versucht, weil er zum Stock gegriffen hat. Aber er hat sich nicht irremachen lassen, sondern ist dabei geblieben, daß es Fälle gibt, in denen es notwendig ist, einmal mit harter Hand dazwischenzufahren, wenn gute Worte nichts nützen.

(Zustimmung.)

Man muß schon sagen: Hier ist ein nicht taugliches Instrument in einer unwahrhaftigen Weise benützt worden, um nun einmal dem Kultusminister, der unter allen Umständen abgeschossen werden sollte, eins auszuwischen.
Im Zusammenhang mit dem Kulturetat steht - weil ich eben die Unterlagen zur Hand habe - eine andere Frage, die zwar mit der Erziehung nichts zu tun hat, die aber auch

zu den Schulen gehört, nämlich zu den Kliniken. Wir haben in unseren bayerischen Kliniken zum weitaus überwiegenden Teil Klosterfrauen als Krankenpflegerinnen. Es wird Sie interessieren, daß bei der kommenden Beratung des Kultusetats über eine Erhöhung der Ausgaben für diese Schwestern beraten wird, weil ich den Antrag gestellt habe, sie höher zu bezahlen. Die Erhöhung, die beantragt ist, macht insgesamt etwas über 40.000 RM aus. Wieder mehr Geld für Klosterfrauen! wird einer sagen. Aber ich möchte gleich öffentlich begründen, warum diese Ordensschwestern, deren hervorragende Leistung in der Krankenpflege wohl allgemein bekannt und anerkannt ist,

(Lebhafter Beifall.)

eine Aufbesserung erhalten sollen. Soweit die katholischen Schwestern in Frage kommen, beziehen sie - hören Sie, ich verspreche mich nicht! - pro Schwester, soweit es sich um Barmherzige Schwestern handelt, abgesehen von freier Station eine Gesamtvergütung von 25 RM im Monat. Die Oberin erhält 50 RM. Die Schwestern des Ordens vom Heiligen Erlöser haben 30 RM, die Oberin 60 RM. Dabei zahlt der Staat für diese Schwestern keine Sozialversicherungsbeiträge, denn der Orden zahlt auch noch die Invalidenbeiträge für die Altersversicherung. Ich habe eine Erhöhung für diese Schwestern auf künftig 35 RM und für die Oberin auf 70 RM beantragt. Ich glaube, diese wird mir der Landtag bewilligen.

Das nur zwischenhinein. Zu den Anwürfen, die gegen mich erhoben werden, gehört auch der, daß ich den evangelischen Volksteil konfessionell nicht zu seinem Recht kommen lasse. Ich habe in meinem Ministerium Anweisung gegeben, daß gerade in dieser Beziehung mit der allergrößten Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt gearbeitet werden muß, damit nicht eine andere Konfession mit meinem Wissen einen berechtigten Grund hätte, sich zu beklagen. Trotzdem ist in der Öffentlichkeit behauptet worden - auch deswegen nehme ich hier Stellung dazu -, der Bayerische Kultusminister will die Universität Erlangen katholisch machen. Man hat sogar vier Professoren genannt, nämlich die Professur für Alte Geschichte, die Professur für Mittlere Geschichte, die für Neuere Geschichte und die für Allgemeine Philosophie. Ich habe dann gefragt, um welche Namen es sich handelt. Man hat mir die Namen genannt und erklärt: Der erste, der in Frage komme, sei der Professor *Ensslin*, für den jetzt der Katholik *Straub* tätig sei. Für Mittlere Geschichte sei jetzt der Katholik *Guttenberg* tätig. Für Neuere Geschichte sei früher *Zimmermann* zuständig gewesen und jetzt *Pölnitz*. Für allgemeine Philosophie war es früher *Herrigl*, jetzt sei es *Glockner*.

Ich habe nun feststellen lassen, wann die Herren berufen worden sind. Der erste von ihnen ist nach Erlangen im Jahre 1941 berufen worden, der andere 1944 und der dritte 1937. Dabei wird Dr. *Hundhammer* wegen dieser Namen angegriffen! Diese Namen sind mir genannt worden, als ich sie verlangt habe. Der vierte ist überhaupt nicht berufen. Aber mein Hochschulreferent weiß, daß ich die Berufung dieses vierten nach Erlangen abgelehnt habe, weil er Katholik ist. Ich habe erklärt: ich will auf diesen Lehrstuhl nicht einen Katholiken setzen, denn es ist ein Lehrstuhl, an dem der evangelische Volksteil berechtigtes Interesse hat.

So stehen die Dinge.

(Hört, hört!)

Es bleibt noch eine ganze Serie solcher Fälle übrig. Die Verleumdungen, die da mündlich, schriftlich und im Rundfunk gegen mich verbreitet worden sind, gehen so weit, daß es einmal an der Zeit ist zu sprechen.

(Sehr richtig!)

Ich habe hier eine Zeitung, datiert vom 8. August. Man findet darin einen Artikel mit der Überschrift: "Dr. *Hundhammers* Personalpolitik". Da wird mir vorgehalten, daß ich dem Lehrer *Eberle* von Eichenau gekündigt habe. Es heißt in dem Artikel:

> *Eberle* war ehemaliger katholischer Priester, der sich durch seine Eheschließung einer schweren Verfehlung gegen die kirchlichen Vorschriften schuldig gemacht hat. Der Kultusminister hat nun erklärt, er sei an einer katholischen Bekenntnisschule nach Artikel 5 § 1 des Bayerischen Konkordats und nach Artikel 135 der Verfassung nicht tragbar.

Das dürfte, glaube ich, richtig sein. Aber dazu kommt dann noch, daß von dem Mann bei den Akten Berichte liegen, die er seinerzeit an die Gestapo gemacht hat.

(Hört, hört!)

Für diesen Mann setzt sich heute unsere Presse in der Form ein, daß sie mich beschuldigt!

(Pfui-Rufe.)

Man sollte mir doch in der Beziehung etwas mehr zutrauen und nicht hinter jeder Maßnahme, die ich treffe, grundsätzlich im vorneherein eine Bosheit oder Unsachlichkeit vermuten und unterstellen! Aber soweit ist es allmählich gekommen.

(Zuruf: Der Name der Zeitung!)

Zu diesen Dingen gehört auch die Flüchtlingsfrage. Ich habe hier eine Serie von Berichten, in denen aus Flüchtlingskreisen in bitterster Weise Klage darüber geführt wird, daß die Flüchtlinge in Gegenden eingewiesen wurden, in denen sie konfessionell mit der eingesessenen Bevölkerung schwer Kontakt finden, also in Gegenden, die bisher geschlossen katholisch oder geschlossen protestantisch waren, und in denen sie keine Gelegenheit haben, den Gottesdienst zu besuchen. Es ist nun einmal so: Wenn ein Mensch alles verloren hat, dann sucht er seinen Anhalt an der Religion und im Glauben. Diese Menschen haben am meisten und stärksten das Bedürfnis nach einer Verbindung mit ihrer Kirche. Ich habe seinerzeit am Lichtmeßtag in Rosenheim in einer Versammlung gesagt, ich würde es für richtig halten, daß bei der Neueinweisung von Flüchtlingen - so heißt es wörtlich, und so stand es richtig im Rosenheimer Zeitungsbericht - auf das Bekenntnis Rücksicht genommen wird, soweit das möglich ist. So habe ich gesagt und so hat es die Rosenheimer Zeitung berichtet. Was ist aus dieser Äußerung nicht alles gemacht worden! Sie wissen es alle aus der Presse, aus den Karikaturen, aus den Kabarettbühnen und vom Rundfunk her. Ich habe Beschwerden gerade auch von der evangelischen Kirche, von Herren Dekanen, darüber, daß man in ihre geschlossen evangelischen Siedlungen lauter Katholiken hereingelegt hat und in die Nachbargemeinden, die katholisch sind, lauter Protestanten, gerade als ob man es - wie der Bayer sagt - mit Fleiß gemacht hätte. Hier in korrekter Weise auf eine sachliche Rücksichtnahme hinzudrängen, ist, glaube ich, eine Haltung, die ich als Kultusminister einzunehmen habe, der ich für die Schulen zu sorgen habe, auch für die Konfessionsschulen, die in der Verfassung stehen. Das Volk in seiner Gesamtheit würde meine Haltung sicher billigen, wenn es wüßte, wie die Dinge wirklich liegen.

Nun zu einer anderen Sache, die mich auch betrifft und in mein Ressort gehört. Ich meine das Theater- und Bühnenwesen. Wir müssen leider feststellen, daß unser Theater- und Bühnenwesen, vor allem die sogenannte leichtere Bühne, zum Teil auf Wege gerät, die das Volk nicht in einem moralisch und sittlich richtigen Geist beeinflussen.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Es ist nun einmal so, daß auch die Bühne und das Theater nicht bloß eine freie Meinungsäußerung von den Leuten darstellen, die damit betraut sind, sondern Theater und Bühne gehören zu den Dingen, die das Volk erziehen

(Sehr wahr!)

oder auch auf die falsche Bahn lenken können.

(Sehr richtig!)

Hier habe ich zum Beispiel einen Text vor mir, der auf einer solchen Bühne vorgetragen wurde. Er beginnt mit der Aufforderung: "Deutsche Mädchen, tretet her, Braut ans Gewehr!" Dazu mit den entsprechenden Gesten! Dann ein anderer Satz; da heißt es:

> Handwerk scheut solche Methoden. / Die Schieberei ist jetzt auf einem anderen Gebiet. / Der Handwerker kennt eueren Schmerz. / Handwerk hat nicht nur goldenen Boden, / Handwerk hat auch goldenes Herz.

Worauf sich dann diese drei Operettenfiguren auf der Bühne umdrehen; die eine hat am Rücken eine Schachtel Lucky-Strikes, die andere eine lange Wurst und die dritte eine amerikanische Bühne [sic!] angehängt.
So wird das Handwerk auf der Bühne heruntergerissen und verhöhnt! Kollege *Kübler* hat mir kürzlich einen Text geschickt, in dem der Bayerische Ministerpräsident [*Hans Ehard*] in einer Weise verhöhnt worden ist, die wirklich auf keine Hutschnur geht.

(Pfui!)

Auf der gleichen Bühne ist gesagt worden: "In Bayern wird mancher Minister und bleibt doch Ministrant!"

(Pfui-Rufe.)

Meine sehr Verehrten! Ich sage es den Betreffenden ganz offen: Ich schäme mich nicht zu ministrieren!

(Bravo-Rufe. - Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Wenn die Betreffenden aber glauben, damit mich herunterreißen zu können, so sage ich ihnen: Das rechne ich mir zur Ehre an!

(Beifall.)

Die Vorstellung, von der ich eben gesprochen habe, ist durch eine Operettenbühne, die das Lokal gemietet hatte, ausgerechnet auf der Bühne eines katholischen Gesellenvereins vorgeführt worden. Der Gesellenverein kann nichts dafür. Ich glaube, es ist unser Recht und unsere Pflicht, daß wir uns dagegen wenden.

(Sehr richtig!)

Es gäbe noch eine ganze Serie von ähnlichen Fällen.

(Zurufe: Berliner Radio! Münchner Radio auch!)

Ja, ich glaube, auch manchmal der Münchner Radio! Der Weggang des betreffenden Herrn [*Herbert Gessner*], der im Münchner Radio als Sprecher nicht mehr möglich war und der jetzt vom Berliner Radio zu uns herunterschimpft, ist für uns kein großer Verlust gewesen.

(Zuruf: Er war nicht diskussionsfähig bei uns!)

Aber nachdem das Stichwort fällt, muß ich doch zu einer Sache hier Stellung nehmen. Dieser Berliner Radio hat kürzlich die Mitteilung gemacht, der Bayerische Kultusminister hat seine Sekretärin entlassen, weil sie einen Freund hatte. Auch das scheint ein Ereignis zu sein, das wert ist, der ganzen Welt mitgeteilt zu werden. Aber jetzt ist vielleicht der Platz zu sagen, warum das geschehen ist. Es hat sich nicht um meine Sekretärin gehandelt. Ich habe keine Dame in meinem Vorzimmer, sondern einen Herrn, einen Sekretär, aber als Schreibkraft bei dem betreffenden Herrn war eine Dame. Mir wurde bekannt, daß die Betreffende während der Nazizeit schon an einer maßgebenden Stelle im Kultusministerium gesessen ist. Sie hatte einen Freund, das ist richtig. Das war ein Obersturmbannführer, der durch den Herrn *Emil Klein* als besonderer Vertrauter und Verbindungsmann zur HJ ins Kultusministerium geholt wurde. Mit diesem stand sie auch hernach noch gut. Daß ich die nicht gerade in meinem Vorzimmer als Schreibkraft sitzen haben möchte, die meine Post schreibt, werden Sie verstehen!

Es ist manchmal notwendig, selbst über solche Dinge zu sprechen, weil die Gesamtheit der Meldungen, die über den Kultusminister in die Welt getragen werden, sonst ein Bild ergibt, das doch nicht mehr richtig den Tatsachen entspricht.

Meine Damen und Herren, damit möchte ich jetzt meine Ausführungen schließen. Es gäbe noch vieles auf dem Gebiete der Kulturpolitik zu sagen. Aber ich wollte nur einmal die Gelegenheit vor meinen Parteifreunden benützen, um zu einer ganzen Reihe von solchen Vorwürfen, die erhoben werden, Stellung zu nehmen und manches aufzuklären, was Ihnen bisher wahrscheinlich bloß von einer Seite bekannt war und was genau zu wissen Sie schließlich ein Recht haben.

(Sehr richtig!)

Man hat heute nachmittag von mir kein Wort zur aktuellen Politik gehört. Ich kann es mir ersparen. Denn das möchte ich am Schluß meiner Ausführungen sagen: Ich freue mich, sagen zu können, daß ich die politische Linie und den Weg, den der Herr Ministerpräsident und der Herr Kollege *Baumgartner* vertreten, hundertprozentig mitgehe!

(Lebhafter Beifall.)

Ich weiß, man greift mich manchmal wegen der Regierungsbildung an. Aber ich glaube, viele von denen, die im vergangenen Herbst, vor jetzt dreiviertel Jahren, meine Haltung nicht verstanden haben, die mich damals schwer angegriffen haben, weil ich für den Herrn Ministerpräsidenten *Ehard* eingetreten bin, verstehen heute meine Haltung auch.

(Beifall. - Zurufe: *Loritz*!)

Da kommt das Stichwort *Loritz*. Denen, die mich angreifen, weil in diesem Kabinett der Herr Minister *Loritz* war, möchte ich folgendes sagen: Es war seinerzeit beabsichtigt, ein Konzentrationskabinett zu bilden, in dem alle Parteien vertreten sein sollten, auch die Liberal-Demokraten. Sie sind ausgeschieden, nachdem vorher mit Dr. *Dehler* verhandelt worden war. *Loritz* ist geblieben. *Loritz* ist ins Kabinett gekommen, aber nicht bloß durch mich, sondern für das Kabinett mit Einschluß des Herrn *Loritz* hat auch die gesamte SPD gestimmt. Aber meine Stimme hat anscheinend mehr Stimmen! Oder haben die anderen Stimmen mehr dazu beigetragen? Sie haben ihn alle miteinander gewählt. Wer ihn selber gewählt hat, soll nicht hintennach mich deswegen angreifen.

(Zuruf: Nicht nur die SPD!)

Ich weiß es, nicht nur die SPD! Ich meine jetzt diejenigen aus den eigenen Reihen, die mich wegen *Loritz* angreifen. Ich habe schon gesagt, ich allein trage nicht die Schuld. Die Leute, die mich angreifen, finden kein Wort dafür, daß ich es für mich in Anspruch nehmen darf, daß der Mann Ministerpräsident geworden ist, dem Sie heute hundertprozentig Ihr Vertrauen gegeben haben.

(Sehr richtig! Lebhafter Beifall.)

Wenn man mich wegen des einen angreift, dann soll man mir für den anderen danken.

(Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf als erstem Diskussionsredner das Wort dem Parteifreund Dr. *Horlacher* geben. - Ich bitte um Ruhe!

Dr. *Horlacher*: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Es tut mir in der Seele weh, wenn ich jetzt manchem eine Enttäuschung bereiten muß. Man spricht soviel von den Flügeln der Union. Verlassen Sie sich darauf: Von den Flügeln der Union werden verflucht wenig Flügel mehr übrig bleiben!

(Bravo-Rufe.)

Es wird zum Schluß wieder ein richtiger Unions-Vogel aus diesem Haus herausfliegen! Die Union ist keine Vogelwarte von *Hundhammer, Horlacher, Pfeiffer, Schlögl,* oder wie sie alle heißen. Die Ausführungen von Kultusminister *Hundhammer* haben das bestätigt. Er hat gesagt, was einmal notwendig war. Wir müssen es uns in der Politik abgewöhnen - auch unsere lieben Parteifreunde müssen das tun -, auf alles hereinzufallen.

(Sehr richtig!)

Insbesondere eignen sich Personalangelegenheiten nicht für politische Dinge. Ich leite selbst einen großen Betrieb und weiß, was davon zu halten ist, wie oft man in der fürchterlichsten Weise hereingelegt wird, angelogen wird und wie die Dinge in der Öffentlichkeit anders dargestellt werden, als sie in Wirklichkeit sind. Auch Einzelerscheinungen, die sich da und dort zeigen, soll man nicht zum Gegenstand von gesamtpolitischen Betrachtungen machen. Ich weiß, wenn ich das sage, dann weiß mein Freund *Hundhammer*, daß es nicht bös gemeint ist. Er gehört ja zu denen, die ihre Grundsätze mit aller Entschiedenheit vertreten.

(Bravo-Rufe.)

Ihr wißt, liebe Freunde, daß ich hier und da etwas beweglicher bin. Von mir stammt ja der Satz: Man muß unter Umständen die Grundsätze so hoch hängen, daß man bei entscheidenden Momenten wieder unten durchkommt und nicht über seine eigenen Grundsätze stolpert. Natürlich darf das nicht so weit gehen, wie es in München geschehen ist, daß man seine Grundsätze auszieht; das geht zu weit!

(Heiterkeit und Beifall.)

Man muß natürlich schon bei seinen Grundsätzen bleiben und muß sie den Verhältnissen angleichen, wie es die Lage erfordert.

Eines möchte ich mit aller Entschiedenheit betonen: Wenn das nicht gelingt, dann ist es um die Union sehr schlimm bestellt. Kollege *Baumgartner* weiß, wie wir in Augsburg zum ersten Mal das Programm der Union entwickelt haben, da haben wir bei manchen Freunden, die einer alten, ehemaligen großen Partei angehört haben, etwas

Widerspruch erregt. Das hat sich nun verlaufen. Aber zwei Grundsätze müssen die Politik der Union bestimmen. Der erste Grundsatz ist die allgemeine christliche Grundlage in der Politik. Es darf keinen Unterschied mehr zwischen Katholiken und Protestanten in der Union geben!

(Lebhafter Beifall.)

Ich kann diesen Grundsatz mit voller Entschiedenheit aussprechen - meine engeren Freunde wissen das -, weil ich selbst einer Familie angehöre, in der der größere Teil der bekenntnistreuen evangelischen Kirche angehört. Trotzdem sind wir schon in der Familie eine christliche geschlossene Gemeinschaft.
In der Politik ist es nicht notwendig, daß die Bekenntnisse auseinanderfallen. Gerade in der heutigen Zeit ist es in der Politik notwendig, daß die Bekenntnisse ihre gemeinsamen christlichen Auffassungen vertreten.

(Sehr gut!)

Wir wollen nicht mehr die alte Politik haben, daß die Bekenntnisse auseinanderfallen, daß wir hier eine überwiegend katholische Partei haben, dort eine überwiegend evangelische. Woher ist denn das Unglück in Deutschland gekommen? Weil aus diesen Verhältnissen jene Rechtsparteien entstanden sind, die die Vorläufer des Hitlerismus geworden sind.

(Zustimmung. Starker Beifall.)

Das wollen wir nicht mehr haben. Wir wollen bekenntnistreue Katholiken und bekenntnistreue Protestanten zu einer Einheit zusammenfassen, zu einer Tateneinheit im Christentum, nicht im Lippenchristentum, sondern im Christentum der Tat, das sich dann auch auf sozialem Gebiet aufs kräftigste äußern muß.
So stehen unsere Freunde nicht rechts. Wenn in der Zeitung wieder geschrieben worden ist, daß eventuell der eine Flügel, dem wir angehören, nach einer bestimmten Richtung tendieren würde, so ist das die vollkommene Verkehrung der Tatsachen und der Wahrheit.

(Sehr richtig!)

Meine engeren Freunde gehören dorthin, wo sie hingehören!

(Heiterkeit.)

Das Alte, was fehlerhaft war, muß über Bord geworfen werden, was fortschrittlich ist, muß von uns gepflegt werden.
Aber in einem dürfen wir nicht ins Unklare kommen: Die gemeinsamen christlichen Ideen und Kulturwerte müssen von uns aufs schärfste vertreten werden! Da gibt es kein Wanken und Weichen in den Grundsätzen. Das ist in der Bayerischen Verfassung geregelt; es heißt darin: "Die bayerischen Schulen [sind] entweder Bekenntnisschulen oder Gemeinschaftsschulen". Oder ist es vielleicht kein demokratischer Grundsatz, wenn die Eltern selbst über die Schulart zu entscheiden haben? Das ist also das demokratische Schulverfassungsrecht, das bei uns in Bayern gilt und das in der Verfassung niedergelegt ist. Deswegen kann es in dieser Frage auch keinen Verfassungsstreit mehr geben. Alle Beziehungen, die zwischen Staat und Kirche verlaufen, werden auf den allgemeinen Grundsätzen beruhen müssen.
Das zweite Fundament unserer Politik ist das Fundament unserer Wähler selber. Das hindert nicht, daß alle unsere Wähler ganz besonders zu Bannerträgern der christli-

chen Ideale erzogen werden. Hier fordern wir die vollkommene Freiheit des kirchlichen Lebens, damit sowohl die katholische wie die evangelische Kirche sich zur höchsten Blüte entfalten kann. Gibt es eine schönere Zweiteilung zwischen Politik und Kirche? Ich glaube, eine bessere gibt es nicht. Sie führt letzten Endes zur harmonischen christlichen Durchdringung unseres gesamten Lebens.
Meine lieben Freunde, ich weiß, daß der Kollege *Hundhammer* oft angegriffen worden ist. Wir haben heute die Methode gewählt, daß wir den Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] und jeden einzelnen Minister und Staatssekretär auftreten lassen, daß wir gewissermaßen ein Exempel veranstalten. So etwas habe ich auch noch nicht erlebt. Diese Form verleiht der heutigen Landesversammlung der Union ein besonderes Gepräge. Ich hoffe, daß sich das später ändert.

(Lebhafter Widerspruch.)

Es ist auch nicht ganz der Verfassung entsprechend. Liebe Freunde, wenn man Kritik übt, muß man auch wissen, wie die Dinge im staatlichen Leben liegen.

(Andauernder Widerspruch.)

Wenn Sie auch demonstrieren, es nützt Ihnen nichts! Ich kann die Verfassung nicht ändern.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! - Ich darf aber den Redner bitten, daß er vielleicht zur Sache spricht.
Dr. *Horlacher*: Das gehört zur Sache!

(Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf darauf hinweisen: Gerade der Herr Redner bemängelt, daß wir zuviel Zeit dadurch verlieren, daß zwischen den Referaten der Minister und Staatssekretäre eine Diskussion stattfindet. Ich glaube, die Versammlung wird mir beistimmen, daß das Volk daran interessiert ist, von jedem Minister und Staatssekretär der Union zu hören, was die Union arbeitet.

(Beifall.)

Wenn wir das anhören wollen, darf ich die Diskussion nicht einfach schlittern lassen, sondern ich muß die Herren Redner bitten, sich etwas zu kürzen, denn wir werden um 20 Uhr Schluß machen müssen.
Dr. *Horlacher*: Bei mir wird es nicht mehr lange dauern! Außerdem habe ich immer zur Sache gesprochen.

(Widerspruch.)

Bitte, weil Sie nicht abwarten, was jetzt hintennach kommt!

(Heiterkeit.)

Ich muß erst den Gedankengang entwickeln. Ich kann ja zwei Gedankengänge nicht gleichzeitig miteinander zum Ausdruck bringen.

(Zuruf: Morgen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte aber um Ruhe und darf noch einmal darauf hinweisen, daß wir keine Volksversammlung haben, sondern die Vertreterversammlung der Christlich-Sozialen Union!
Dr. *Horlacher*: Ich habe sicher zu keiner Volksversammlung beigetragen. Die Kritik des Herrn *Josef Müller* geniert mich nicht weiter!

(Pfui-Rufe.)

Regen Sie sich doch nicht auf!

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf feststellen: Besteht ein Widerspruch gegen die Führung dieser Versammlung, wie sie von mir getätigt wird?

(Zurufe: Nein!)

Dann darf ich als Versammlungsleiter an dem festhalten, was ich vorhin dem Herrn Redner gesagt habe. Ich bitte den Herrn Redner, jetzt zur Sache zu sprechen.
Dr. *Horlacher*: Die Unterbrechung meiner Rede hat die Diskussion erst in die Länge gezogen. - Meine verehrten Damen und Herren, ich empfinde es als höchst unangenehm, daß ein Teil der Versammlung verhindern will, daß ich sage, was ich jetzt zum Ausdruck bringen will. Lassen Sie mich also reden!

(Anhaltende Unruhe.)

Sonst ruft das bei mir eben diesen Eindruck hervor.
Nach der Verfassung trägt die gesamte Verantwortung für die Politik der Ministerpräsident. Er ist der einzig Verantwortliche; er beruft und entläßt die einzelnen Minister. Das hindert natürlich nicht, daß die einzelnen Minister bei uns in der Union auch zu Worte kommen. Aber das ist letzten Endes eine Frage der Gesamtpolitik und geht daher den Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] an. Ich darf gerade dazu darauf hinweisen, daß im Landtag die Frage des Herrn Kultusministers [*Alois Hundhammer*] erörtert worden ist. Sie wissen aus der Presse, daß die Union damals eine geschlossene Haltung bezogen hat.

(Zuruf: Die Fraktion!)

Die Fraktion der Union ist doch das Instrument im Landtag; das können *Sie* ja nicht sein! Die Landtagsabgeordneten sind die Vertreter, die zu 100 Prozent von ihren Wählern gewählt worden sind.

(Zuruf: Dann können wir wieder nach Hause gehen!)

Das brauchen Sie nicht; machen Sie keine solchen Zwischenrufe, die vollständig fehl am Platze sind!
Damals ist über den Kultusminister gesprochen worden. Damals hat die Fraktion der CSU beschlossen, die Interpellation der LDP nicht weiter zur Erörterung bringen zu lassen.

(Zuruf: Leider!)

Die Koalitionsparteien haben sich dem angeschlossen. Dann wurde die Sache vertagt bis zur Aussprache beim Kultusetat, weil es doch den politischen Methoden der Anständigkeit entspricht, daß der Betreffende, der hier wegen Einzelfällen angegriffen wird, im Gesamtkomplex seiner Politik, hier also auf dem gesamten kulturellen Gebiet, dazu Stellung nehmen kann. Der Herr Ministerpräsident hat damals die Widerlegung der Anwürfe gegen den Kollegen *Hundhammer* übernommen. Die Angriffe, die von unseren Parteifreunden gegen *Hundhammer* erhoben worden sind, haben meines Erachtens den größeren Teil der Union außerordentlich schmerzlich berührt.

(Sehr richtig!)

Meine verehrten Herren, wenn wir so weitermachen, daß wir selber prominente Persönlichkeiten aus unseren Reihen angreifen, dann gehen wir den Weg der Zersetzung und zum Abgrund!

(Sehr richtig! Beifall.)

So weit muß eine Partei kommen, daß sie die Autorität und die Achtung vor ihren eigenen Persönlichkeiten herstellt.

(Zuruf: Das gilt für beide Seiten!)

Ich erkläre Ihnen zum Schluß folgendes, damit Sie sich auskennen, denn ich habe nicht Lust, mich im Widerspruch einzelner Elemente zu bewegen: Die Angriffe, die vom Kollegen *Haußleiter* und anderen gegen den Kollegen *Hundhammer* in der Öffentlichkeit erfolgt sind, haben uns veranlaßt, erst recht hinter *Hundhammer* zu stehen!

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Als nächster Redner hat sich Herr *Butterhof* gemeldet.
Rudolf Schwarzer: Zur Geschäftsordnung! Wenn die Vorstandschaft weiterhin beabsichtigt, die Vertreter der Staatsregierung sprechen zu lassen, dann stelle ich den Antrag, daß diese hintereinander ihre Referate halten.

(Zustimmung und Widerspruch.)

Es ist undenkbar, daß bei der Diskussion, die jetzt hinter dem Referat jedes einzelnen Ministers oder Staatssekretärs beginnt, nur ein Bruchteil der ursprünglich vorgesehenen Zeit für die Ausführungen der Regierungsmitglieder zur Verfügung steht. Ich bitte um Abstimmung über meinen Antrag.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, den Antrag zu formulieren.
Schwarzer: Ich beantrage, daß die Mitglieder der Staatsregierung ihren Vortrag halten und daß am Schlusse der Vorträge erst die allgemeine Diskussion stattfindet.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich bitten, den Antrag formuliert heraufzugeben.
Haußleiter: Zur Geschäftsordnung!

(Unruhe.)

Meine Damen und Herren, wir haben die Reden zweier Minister gehört. Wir sind beim Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] und beim Landwirtschaftsminister [*Joseph Baumgartner*] so verfahren, daß wir uns über das Referat ausgesprochen haben. Wir wollen, daß die Tagung im Zeichen der inneren Klärung steht. Dazu ist Aussprache notwendig.

(Beifall.)

Ich bin der Überzeugung, daß es richtig ist, wenn wir die Aussprache über das Referat des Kultusministers [*Alois Hundhammer*] fortsetzen. Ich bin persönlich eben apostrophiert worden. Ich möchte auch mein Wort klar und deutlich in dieser Sache sagen. Ich muß hinzufügen, daß mir dies einer der wesentlichsten Punkte zu sein scheint, in denen Klärung erfolgen muß. Ich glaube, die anderen Referate werden keine wesentliche und allzu lange Diskussion nach sich ziehen. Ich bitte Sie deshalb, meine Damen und Herren, hier demokratisch zu handeln und eine klare Aussprache über das Referat des Bayerischen Kultusministers zu ermöglichen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte Parteifreund *Schwarzer*, zunächst zu warten, bis ich das Wort erteile. Ich darf den Antrag formulieren, den *Schwarzer* gestellt hat. Ich bitte mit mir den Wortlaut zu überlegen:

> Die Debatte wird am Schluß der Referate sämtlicher Minister und Staatssekretäre durchgeführt.

Schwarzer: Das ist beabsichtigt. Das hat mit Sympathie oder mit der Demokratie gar nichts zu tun. Die Aussprache bleibt ihm auf jeden Fall vorbehalten, wenn auch etwas später.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Ich glaube, wir kommen rascher vorwärts und bekommen kein solches Durcheinander, wenn wir unseren Modus durchhalten. Ich habe es vorhin wohlüberlegt. Denn wenn Sie zum Beispiel Kulturpolitik und Entnazifizierung und Wirtschaft und alles durcheinander nehmen, dann brauen Sie irgendein Gebräu, das niemand verdauen kann. Infolgedessen bin ich dafür, daß jetzt die begonnene Debatte weitergeführt wird.

(Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe!
Ich darf darauf hinweisen, daß gerade die Fragen, die hier zur Debatte stehen, im Lande draußen einen starken Widerhall gefunden haben.

(Sehr richtig!)

Gerade die Tatsache, daß die Fraktion im Falle *Hundhammer* damals einmütig aufgetreten ist, ist von einem großen Teil der Union, aber nicht durchwegs von der gesamten Union gebilligt worden, so daß ich gerade als Landesvorsitzender ...

(Unruhe.)

Meine Herren, durch lautes Schreien wird es nicht anders; sonst muß ich alle Telegramme herausholen! - Es ist notwendig, daß wir die Stimmung unserer Parteifreunde und der Wähler erforschen, um richtig zu entscheiden. Das ist richtige Demokratie.
Darf ich über den Antrag *Schwarzer* abstimmen lassen. Wer enthält sich?

(Zuruf: Fraktion und Volksvertretung!)

- Zwei Enthaltungen. Wer ist gegen den Antrag Schwarzer? Ich bitte abzuzählen! - Darf ich um die Gegenprobe bitten. - Offensichtlich ist die Mehrheit gegen den Antrag *Schwarzer*.
Erhebt sich ein Widerspruch? - Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann darf ich fortfahren lassen. Als nächster Redner war Parteifreund *Butterhof* gemeldet.
Beer: Zur Geschäftsordnung! Ich schlage vor, daß die Zeitdauer jedes Referates für die Diskussionsredner beschränkt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich schlage vor, wenn ein Redner zu lange spricht, gebe ich zunächst durch Aufstehen das Zeichen, daß er kürzen soll.

(Widerspruch.)

Erst dann gehen wir dazu über, die Redezeit zu kürzen.
Ich stelle fest, daß bisher nur noch drei weitere Wortmeldungen zu dieser Frage vorliegen.
Butterhof: Meine Damen und Herren! Wenn ich ausgerechnet als Vertreter der jungen Generation, gegen die heute morgen durch Herrn Staatsminister *Baumgartner* ein schwerer Angriff gepflogen worden ist, hier das Wort ergreifen muß, so befinde ich mich in einer etwas schwierigen Lage, denn wir sind dadurch irgendwie in Mißkredit gekommen. Ich möchte aber dazu eines feststellen: Ich habe Gelegenheit gehabt, mit

Herrn Staatsminister [*Joseph Baumgartner*] zu sprechen, und es hat sich herausgestellt, daß der Herr Staatsminister durch eine ihm übergebene falsche Information

(Hört, hört!)

sich als gereizt bezeichnet und damit seine scharfen Anwürfe begründet hat. Herr Staatsminister wird das jederzeit gerne bestätigen.

Ich möchte dies deshalb vorausschicken, weil ja hier nicht ein Streit zwischen unvernünftigen Elementen ausgefochten werden soll, sondern ein Streit um sachliche Dinge, eine Auseinandersetzung zwischen Unionsfreunden. Deshalb mögen Sie auch verzeihen, daß ich als Vertreter der Jungen gerade zu dem Thema Kulturpolitik Stellung nehme, wenn man auch sagt, es sei mehr Sache der Älteren. Aber gerade ein wesentlicher Bestandteil der Kulturpolitik, nämlich die Frage der Erziehung, ist ein bedeutendes Element für die Zukunft unserer ganzen Nation. Sie betrifft unsere eigenen Kinder und hat bedeutenden Einfluß darauf, wie diese Gemeinschaft und ihr Staatsbild eines Tages aussehen wird.

Ich habe mich sehr gefreut, daß der Herr Kultusminister Dr. *Hundhammer* in äußerst sachlichen und genauen Darlegungen im Stande war, einen großen Teil von Verdrehungen und Verleumdungen, die über seine Person und seine Tätigkeit ausgebreitet worden sind,

(Zuruf: Alles!)

zu widerlegen. Er hat nicht alles widerlegt! Denn er konnte gar nicht auf all das viele zu sprechen kommen.

(Sehr richtig!)

Ich überlege mir genau, was ich sage. - Es ist sehr erfreulich, daß damit eine Bereinigung der Atmosphäre eingetreten ist, denn wir sind die letzten, die mit demagogischen Mitteln einen Mann angreifen möchten, der ja auch aus ehrlichem Gewissen und aus Überzeugung heraus seine Arbeit tut. Das wollen wir bei keinem angreifen, auch nicht bei einem politischen Gegner, wenn er einer wäre; am allerwenigsten bei einem Mitglied der Union.

(Beifall.)

Was mir aufgefallen ist und woran ich, wenn es mir gestattet ist, meine Ausführungen anknüpfen möchte, das ist, daß wir eine Unsumme von technischen Einzelheiten gehört haben, während wir gerade darauf begierig gewesen wären, grundlegende Gedanken zur Kulturpolitik zu hören,

(Sehr richtig!)

vor allem grundlegende Gedanken zur Frage der Schulreform, zur Frage der Erziehung, denn auf diesem Gebiete entscheidet sich unsere Zukunft.

(Sehr richtig!)

Herr Staatsminister Dr. *Hundhammer* hat selbst darauf hingewiesen, wie ausschlaggebend die Form des Unterrichts, die Form der Schule, ihre Gestalt und ihr Gehalt für die ganze Gestaltung der Zukunft ist. Gerade deswegen hätten wir es am meisten von ihm erwartet, daß er wesentlicher zu diesen Punkten gesprochen hätte. Ich denke gar nicht daran, mich lächerlich zu machen und vielleicht mit den Kommunisten zusammen wegen der Prügelstrafe eine Propagandaattacke gegen ihn zu reiten. Denn,

meine Damen und Herren, hier ist ein Unglück passiert. Ich glaube, Herr Kultusminister [*Alois Hundhammer*] wird mir nicht widersprechen, wenn ich feststelle, daß man aus dem unglücklichen Wort "Prügelstrafe" eine große Propagandaaktion gemacht hat, die uns allen natürlich geschadet hat. Darüber wollen wir uns im klaren sein.

(Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
Butterhof: Ich bin überzeugt, wenn von vorneherein eine Darstellung zu diesem an sich pädagogisch ernsten Problem gegeben worden wäre, wie es heute der Fall war, dann hätten derartige Machenschaften nicht erfolgen können, wie sie in ganz Bayern und darüber hinaus tatsächlich vorgekommen sind.

(Zuruf: Sie sind reichlich naiv!)

Sie meinen, ich sei reichlich naiv. Ich darf auf Ihren Gegenruf antworten. Ich stehe oben in Franken; ich habe dort oben erlebt, wie man über uns hergefallen ist, und zwar wenn wir betont haben, daß ein Streit darüber ja lächerlich sei, daß doch jeder Vater einmal handgreiflich werde, wenn sein Kind ungezogen ist. Ich habe selber kleine Kinder. Wenn man dann immer wieder die Prügelstrafe an den Haaren herbeigezogen hat, so ist klar, daß das im Rahmen einer großen politischen Aktion geschah. Aber wir wollen ja zu dem Punkt zurückkehren, daß der christliche Geist die selbstverständliche Grundlage unserer Erziehung ist. Das steht auch für unsere Jungen fest. Wir denken nicht daran, wie man uns in der letzten Zeit zu unterschieben versucht, eventuell gegen die Konfessionsschule anzugehen. Das muß einmal erklärt werden! Erlauben Sie mir eine persönliche Bemerkung. Ich bin es selbst gewesen, der 1935 auf das entschiedenste für die Beibehaltung des Religionsunterrichts an unserer Volksschule eingetreten ist und der dafür bittere politische und auch berufliche Konsequenzen auf sich nehmen mußte. Sie können also glauben, daß es uns ernst damit ist, wenn wir als Vertreter dieser jungen Generation derartiges aussprechen.
Ich möchte damit aber noch etwas anderes verbinden. Die Betonung des christlichen und des katholischen Standpunktes ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Es erscheint uns nur etwas merkwürdig, wenn es manchmal so dargestellt wird, als ob jede Kritik an der Kulturpolitik des Kultusministers automatisch eine Kritik an der kirchlichen oder christlichen Einstellung wäre.

(Sehr richtig!)

Es ist bedauerlicherweise soweit gekommen, daß in diesen Streit der Meinungen die Ordinariate irgendwie hereingezogen wurden. Es wäre uns lieber gewesen, das wäre nicht passiert. Aber man soll es nicht gleich von vorneherein so darstellen, als ob jede Kritik an der Kulturpolitik unseres Kultusministers auch eine Kritik an der kirchlichen Einstellung zu diesen Fragen wäre. Man kann hier sehr verschiedener Auffassung sein, ohne sich deswegen vom Standpunkt seines Glaubens entfernen zu müssen. Hier liegt ein entscheidender Punkt der ganzen Diskussion, der deshalb so wesentlich ist, weil sich damit die Frage entscheidet, ob nicht hinter der Wahrnehmung kirchlicher oder christlicher Interessen in Wirklichkeit andere Dinge getrieben werden. Meine Damen und Herren, ich beschränke mich ausschließlich auf das Thema Kulturpolitik, weil ich es in fairster Weise vom Herrn Kultusminister erlebt habe, daß er dieselbe Beschränkung strikte eingehalten hat. Er ist nicht auf die anderen Zusammenhänge, die morgen zur Debatte stehen werden, eingegangen. Ich bedauere es sehr, daß

unser Kultusminister nicht in der Lage gewesen ist, vielleicht in Zusammenarbeit mit der Partei, einen Schulplan aufzustellen, den wir mit Erfolg hätten vorlegen können.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Denn dadurch ist die bittere Situation entstanden, daß nun ein Vorschlag des Herrn *Pittroff* zur Diskussion stehen wird, nachdem von unserer Seite nichts mehr gebracht werden kann.

(Dr. *Hundhammer*: Das ist ein Irrtum! Das werden Sie sehen! -
Krempl: Das ist lächerlich!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, sich in den Zwischenrufen zu mäßigen.
Butterhof: Wenn ich nicht in der Lage bin zu wissen, daß unterdessen vielleicht ein neuer Plan da ist,

(*Krempl*: Vorher schon!)

dann muß ich sagen, ich bedauere es außerordentlich, so schlecht informiert zu sein.

(Zuruf: Unionsblatt!)

Wenn heute unsere Herren Minister einzeln hier oben stehen, um unserer Landesversammlung Bericht über ihre Tätigkeit zu geben, dann bin ich dafür sehr dankbar. Es ist das nicht nur eine Kontrollmaßnahme, die man mißliebig aufnehmen muß, sondern es scheint das meiner Ansicht nach eine ganz wesentliche Voraussetzung für das Verständnis zwischen den führenden Männern und der tagenden Partei zu sein.

(Starker Beifall.)

Ich vermisse also, wie gesagt, hier die grundlegende Linie in der Frage unserer Erziehung, denn es scheint mir nicht damit getan zu sein, daß man sich darauf ausrichtet, die wesentlichen Werte, wie sie bisher bestanden haben, zu erhalten, sondern unsere Erziehungsplanung müßte doch so angelegt werden, daß sie dem Rechnung trägt, was wir heute erleben, nämlich dem vollständigen Zusammenbruch unserer gesellschaftlichen Ordnung und der Notwendigkeit einer neuen Ordnung. Gerade hier hätten wir vom Standpunkt unseres Christentums aus enorm viel zu sagen. Ich bin überzeugt, daß gerade die Christlich-Soziale Union mit dieser Frage den Weg in die Zukunft gehen wird oder nicht. Deshalb bitte ich, sowohl den Kultusminister [*Alois Hundhammer*] wie alle irgendwie beteiligten Gremien der Partei, alles daran zu setzen, um die kulturpolitische Linie der Union, wie sie im Programm angedeutet ist und wie sie unserer christlichen Weltanschauung entspricht, scharf und präzis zu entwickeln und in die Formen zu bringen, die wir bis heute leider vermissen müssen.

(Starker Beifall.)

Michel: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte den Antrag stellen, daß die Diskussionsredner nur fünf Minuten sprechen. Es ist 18 Uhr, wir kommen ja nicht durch.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist der Antrag gestellt worden, die Zeit der Diskussionsredner auf fünf Minuten zu beschränken.
Haußleiter: Zur Geschäftsordnung! Meine Damen und Herren, ich bin soeben apostrophiert worden. Es stehen noch auf der Liste der Diskussionsredner mein Name und der eines Parteifreundes aus Oberfranken. Ich meine, Sie können uns die Möglichkeit geben, einige Probleme zu besprechen, die besprochen werden müssen.

(Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich um Ruhe bitten! Meine lieben Freunde, ich beschränke gerade in der Debatte in der Kulturpolitik nicht gerne die Redezeit, denn die Kulturpolitik-Debatte ist notwendig gerade im Hinblick auf die Zusammenarbeit der beiden Konfessionen. Wenn wir die Redezeit beschränken müssen, dann wollen wir lieber irgendwo anders sparen, aber nicht gerade da, wo eventuell Belastungen entstehen können, die wir unter allen Umständen vermeiden müssen.

(Zuruf: Wieviel Redner sind gemeldet?)

Noch sechs Redner!

(Unruhe.)

Ich darf folgendes vorschlagen. Wir haben jetzt 18 Uhr. Wir wollen es so halten, daß jeder Redner, wenn er nichts Bestimmtes zu sagen hat, sich auf fünf bis zehn Minuten beschränkt. Wir wollen aber von einer formellen Beschränkung der Redezeit zunächst absehen. Darf ich Ihnen das vorschlagen? Erhebt sich Widerspruch? - Nein, dann darf ich Einverständnis annehmen.

(Zuruf: Abstimmung über den Antrag, der gestellt ist! - Widersprechende Zurufe.)

Ich habe ausdrücklich gefragt, ob sich kein Widerspruch gegen meinen Vorschlag erhebt. - Es erhebt sich kein Widerspruch; infolgedessen darf ich weiterfahren und als nächstem Redner dem Herrn Minister *Hundhammer* zu einer Stellungnahme das Wort geben.

(Dr. *Hundhammer*: Ich möchte erst am Schluß sprechen!)

Als nächster Redner hat Parteifreund *Prechtl* das Wort.
Prechtl: Meine Frauen und Herren, meine lieben Parteifreunde!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
Prechtl: Nach dem totalen Zusammenbruch infolge des Zweiten Weltkrieges ist uns eigentlich nichts mehr übrig geblieben als einzig und allein das Kulturgut, das unserem Volke aus der Vergangenheit erhaltengeblieben ist. Auf dieser Grundlage haben wir uns in der Union zusammengefunden, und zwar die beiden großen christlichen Konfessionen, und diese Grundlage muß unter allen Umständen erhalten bleiben. Deshalb hat der Kultusetat und hat die Behandlung der kulturellen Fragen nicht bloß für unsere Union Bedeutung, sondern für unser ganzes bayerisches und darüber hinaus für unser ganzes deutsches Volk.
Ich habe heute mit großer Befriedigung die Rede unseres hochverehrten Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] angehört. Ich brauche deshalb grundsätzlich nicht viel dazu zu äußern. Aber um das eine bitte ich Sie: Soll dieser Kampf um die Kulturgüter unseres Volkes - die christlichen Kulturgüter - von uns bestanden werden, dann müssen wir einig, einig und wieder einig sein! Nur so kann die Union jene Stoßkraft entfalten, die sie braucht, um die vielen Gegner, die heute gegen die christliche Kultur auftreten, in die Schranken zurückweisen zu können, und das erhalten und ausbauen, was wir in unserem Programm bereits umrissen haben.
Was ich noch sagen wollte, ist dies: Es ist soeben von einer Erziehungsreform gesprochen worden. Mein Herr Vorredner scheint den Erziehungsplan auf weite Sicht, der schon lange bekannt ist und von dem Herrn Kultusminister [*Alois Hundhammer*] herausgegeben war, nicht näher gelesen zu haben, sonst hätte er nicht die Frage stellen können, welches grundsätzliche Programm wir irgendwie in der Erziehung haben.

(Sehr richtig!)

Ich bitte ihn also, sich diesen Erziehungsplan auf weite Sicht einmal gründlich vor die Augen zu nehmen.
Meine sehr verehrten Herren, es ist auch ein anderer Erziehungsplan, und zwar als Entwurf, als Vorlage für ein Gesetz vorgelegt worden. In vielen Dingen stehen die beiden zusammen; in anderen aber sind so tiefgreifende, wesentliche Unterschiede vorhanden, daß man sehr wohl darauf acht geben muß, ob dieser zweite Erziehungsplan nicht gegenüber unserem christlichen grundsätzlichen Erziehungsplan ganz andere letzte Ziele verfolgt.

(Sehr richtig!)

Es handelt sich hier nicht bloß um eine zeitlich vorübergehende Angelegenheit, sondern es handelt sich hier um zwei Welten, die einander gegenüberstehen.

(Zustimmung.)

Und wer die Jugend hat und die Jugend erzieht, der hat auch die Zukunft in der Hand.

(Erneute Zustimmung.)

Deshalb, meine Frauen und Herren, bin ich so sehr darauf bedacht und bitte Sie inständig: Halten wir in der Union zusammen, unter allen Umständen, trotz mancher verschiedener Auffassungen in den Meinungen, damit wir unser christliches Kulturgut retten für die Zukunft unseres Volkes.

(Bravo-Rufe und Zustimmung.)

Meine Frauen und Herren, es ist meine persönliche Überzeugung; man hat unserem sehr verehrten Herrn Kultusminister [*Alois Hundhammer*] da und dort vielleicht eine gewisse Eckigkeit vorgeworfen. Ich tue es nicht; ich sehe in ihm einen Mann, der grundsatzfest ist

(Bravo!)

und der wahrhaft einsteht

(Beifall.)

für unsere christliche Überzeugung. Er steht mannhaft dafür ein und stellt sich vorne an die Spitze und fängt all die giftigen Geschosse auf, die man ja in Bayern nicht erst seit 1945 oder 1946 gewohnt ist, sondern wir sind - möchte ich sagen - alte Hasen. Wir kennen diesen liberalen Kampf gegen jede christlich grundsätzlich eingestellte Kulturpolitik in unserem Volke schon seit Menschenaltern.

(Beifall.)

Kein bayerischer Regierungsmann ist in der Vergangenheit jetzt immer wieder so gehässig von einer gewissen Presse und von einer gewissen Weltanschauungsrichtung angegriffen worden, als nur der Kultusminister.

(Sehr wahr!)

Deshalb sage ich: Wir stehen hinter unserem Kultusminister als Christlich-Soziale Union!

(Bravo-Rufe, Zustimmung.)

Alles andere sind Kleinlichkeiten, alles andere sind Bagatellen und müssen bereinigt werden. Dazu ist heute diese Versammlung da und wird man morgen darüber weiter-

sprechen. Es geht um unser abendländisches christliches Kulturgut auch in unserem bayerischen Volk.

(Zustimmung.)

Darum müssen wir einig sein. Meine sehr verehrten Frauen und Männer von der Christlich-Sozialen Union! Wir müssen einig sein unter allen Umständen für Werk und Leben!
Ich bitte Sie deshalb, einem Antrag, den eine Reihe von Freunden formuliert haben, Ihre Zustimmung zu geben. Ich will den Antrag dann dem Herrn Vorsitzenden übergeben; er lautet:

> Die Landesversammlung der CSU spricht dem Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus [*Alois Hundhammer*] ihr volles Vertrauen für seine mannhafte und grundsatzfeste Haltung aus und erwartet besonders in der Frage der Erziehungsreform die volle Wahrung und Sicherung der in der Verfassung gewährleisteten Grundrechte des bayerischen Volkes.

Ich bitte Sie, meine Frauen und Herren, bei der Abstimmung dieser Entschließung Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Über den Antrag wird am Schluß der Debatte abgestimmt werden. - Als nächster ist Herr *Haußleiter* zu Wort gemeldet.
Haußleiter: Meine Damen und Herren! Ich werde hier nicht über die Einzelheiten sprechen, mit denen der Herr Kultusminister seinen Standpunkt dargelegt hat, denn die Behauptungen, die er widerlegt hat, sind nicht von mir aufgestellt worden. Ich kann hier höchstens zwei Behauptungen diskutieren, und diese zwei muß ich vielleicht auch hier besprechen. Die eine ist die, daß er gesagt hat, es sei sein Werk, daß der Bayerische Ministerpräsident den Namen Dr. *Ehard* trage. Meine Damen und Herren, nur um der Klarheit willen, die wir anstreben, muß ich sagen: Der Kandidat, den in der Fraktion Herr Dr. *Hundhammer* vorgeschlagen hat, hat den Namen Dr. *Pfeiffer* getragen.

(Hört! - Teilweise Zustimmung.)

Hier muß ein Irrtum vorliegen.

(Große Unruhe.- Zuruf: Zur Sache!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf um Ruhe bitten! - Herr *Schäfer*, darf ich Sie bitten, sich in Ihren Zwischenrufen zu mäßigen!
Haußleiter: Ich spreche hier genau zur Erklärung des Bayerischen Kultusministers.
Ich nehme eine zweite Einzelheit vorweg, zu der ich auch aus eigener Erfahrung etwas sagen kann. Das ist der Fall Kulmbach. Dort ist ein Student aufgetreten, offenkundig ein ungeschickter Redner, und ist dafür eingetreten, daß Fragebogenfälschungen legal seien. Der Kultusminister hat ihm mit Recht gesagt, das geht nicht. Da habe ich mich mit ihm völlig in Übereinstimmung befunden. Daß der Kultusminister aber dann hergeht und in der Rolle eines Gendarmen die Personalien aufnimmt, das, meine Damen und Herren, ist eine jener Ungeschicklichkeiten,

(Widerspruch.)

die er zu begehen pflegt.

(Widerspruch, Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich um Ruhe bitten, meine lieben Freunde! Durch Schreien überzeugt man nicht. Ich bitte also, einwandfreie Zwischenrufe zu machen.
Haußleiter: Hier sind wir bei einem wesentlichen Punkt angelangt, und den muß ich zur Sache besprechen, weil es der Punkt ist, in dem entweder Einigung möglich ist oder in dem eine Klärung erfolgt. Das ist folgendes:

(Zuruf: Das machen wir morgen!)

Es ist nicht richtig, wenn der Bayerische Kultusminister behauptet, er werde nur deshalb angegriffen, weil sein Programm ein Programm des Christentums, ein Programm des Humanismus und ein Programm der Heimatliebe sei.
Hier müssen wir einen Schritt tiefer gehen; und erlauben Sie mir, daß ich das ganz kurz tue. Es muß geschehen, sonst würde die verhinderte Diskussion ihre Folgen haben!

(Zurufe: Oho! - Widerspruch.)

Da sage ich Ihnen folgendes: Nicht die Einzelheit ist es, die das Wesentliche an diesen Aussprachen um den Kultusminister ist. Wir müssen von ganz anderen Gesichtspunkten ausgehen.

(Zuruf: Aha!)

Herr Dr. *Hundhammer* hat ja schon vor seiner Übernahme des Kultusministeriums eine ganz klar umrissene Rolle in der bayerischen Politik gespielt; und diese Rolle wurde am klarsten dargestellt in der Verfassunggebenden Versammlung. Dort hat die Fraktion zu zahlreichen entscheidenden Fragen nicht Stellung genommen, aus dem ganz einfachen Grunde, weil dem Herrn Dr. *Hundhammer* als Fraktionsvorsitzendem eine Frage über alle ging: Das war die Frage des Bayerischen Staatspräsidenten.

(Widerspruch. Zustimmung.)

Von hier aus ist die Diskussion um ihn entstanden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! Ich bitte vor allem um Ruhe in den Bänken der Abgeordneten, die ein gutes Vorbild für die Landesversammlung geben sollen!
Haußleiter: Ich sage Ihnen folgendes: Heute erklärt er, er sei der Vorkämpfer der Konfessionsschule. Gut, er muß sie durchführen, sie ist in der Verfassung festgelegt. Aber daß sie in der Verfassung steht, das ist nicht in eingehenden Fraktionsverhandlungen beraten worden. Dort ist im Verfassungsausschuß sehr erheblich improvisiert worden.

(Zurufe: Oho!)

Ich war dort dabei gewesen, und ich hatte den Eindruck, daß selbst die Konfessionsschule für den Dr. *Hundhammer* nicht eine Frage von erster Wichtigkeit sei. Dort hat er in der Diskussion sehr darauf geachtet, daß Herr Dr. *Hoegner* mit seinen Maßnahmen einverstanden ist.

(Hört, hört!)

Und hier muß ich Ihnen sagen: Draußen im Lande heißt das Programm Dr. *Hundhammers* nicht christlich, humanistisch, Heimatliebe. Dort hat es eine andere Reihenfolge der Werte; dort kommt zuerst bayerisch!

(Teilweise stürmischer Beifall, dann widersprechende Zurufe und große Unruhe.)

Dann kommt erst "christlich"!

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! Meine Herrschaften, so führt man keine sachliche Aussprache!

(Tumult. - Zurufe: Herunter! Demagoge!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich um Ruhe bitten!

(Weitere Unruhe. - Dr. *Horlacher*: Ordnung halten!)

Haußleiter: Dann kommt erst das Wort christlich.

(Anhaltende Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir so weiterfahren, dann brauchen wir nicht mehr an den Anfang jeder Rede zu stellen, daß wir die Union erhalten wollen, denn Terrorismus wird die Union nicht retten, sondern nur eine sachliche Aussprache! - Ich bitte vielleicht den Redner, zur Sache, zu den Ausführungen Dr. *Hundhammers*, vorweg Stellung zu nehmen; ich bitte dann aber auch, sich konkret zu Wort zu melden!

(Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Ich muß zur Geschäftsordnung sprechen!)

Meine Damen und Herren, wenn keine Ruhe eintritt, können wir nicht fortfahren.

(Erneute Zwischenrufe.)

Zunächst muß Ruhe eintreten, Herr Präsident *Horlacher*!

(Dr. *Horlacher*: Die soll ja herbeigeführt werden!)

Jetzt darf ich Herrn Präsidenten *Horlacher* das Wort zur Geschäftsordnung erteilen. Ich bitte aber die Versammlung zu erklären, daß sie damit einverstanden ist, daß ich den Redner unterbreche und dem Präsidenten *Horlacher* das Wort erteile.

(Widerspruch.)

Es erhebt sich Widerspruch: Darf ich darüber abstimmen lassen. Soll ich den Redner unterbrechen und dem Parteifreund *Horlacher* das Wort erteilen oder nicht? Wer enthält sich? - Wer ist dagegen, daß der Redner unterbrochen wird und *Horlacher* spricht? - Das ist offenkundig die Majorität, weil auf der Galerie nahezu die ganzen Bezirksverbände Unterfranken und Schwaben geschlossen gestimmt haben. Darf ich um die Gegenprobe bitten! - Das ist die Minorität! *Haußleiter* hat wieder das Wort.
Haußleiter: Meine Damen und Herren, ich bitte, mich ausreden zu lassen. Ich glaube, Sie haben mich zu früh unterbrochen.

(Widerspruch und erneuter Lärm.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde, ich erkläre jetzt: Wenn jemand die Ruhe stört, sehe ich mich verpflichtet, von dem Recht Gebrauch zu machen, auch einen Delegierten aus dem Saale zu weisen.

(Spontaner Beifall.)

Ich bitte um Ruhe und bitte *Haußleiter* fortzufahren!
Haußleiter: Ich habe gesagt: Die Rangordnung der Werte nach den Reden Dr. *Hundhammers* draußen scheint mir zu sein bayerisch, christlich, sozial. Gut, meine Damen und Herren, wir wollen uns heute klärend auseinandersprechen.

(Heiterkeit.)

Ich sage Ihnen, für mich ist die Union eine christlich-soziale Partei in Bayern. Nun bin ich der Überzeugung, daß Dr. *Hundhammer* nicht zuerst angegriffen wird wegen seines christlichen Standpunktes und nicht zuerst wegen seiner sozialen Politik, sondern wegen der ausgesprochenen Betonung der bayerischen Politik.

(Widerspruch.)

Gut, wir wollen das doch klären.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
Haußleiter: Das ist eine Definition. Bitte, lassen Sie doch das klärende Gespräch weiterführen: Es hat doch sonst keinen Sinn, wenn wir uns hier aussprechen.

(Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer nicht fähig ist, einen Mann anzuhören, der anderer Auffassung ist, der möge jetzt gleich aus dem Saale gehen!

(Beifall. - Dr. *Baumgartner*: Herr Parteivorsitzender,
das haben Sie bei *mir* nicht gesagt!)

Herr Dr. *Baumgartner*, es ist heute früh die Zustimmung gegeben worden zu der Fortführung der Versammlungsleitung durch mich, wie sie durchgeführt worden ist. Hätten Sie vorhin während Ihrer Rede gerügt, dann hätte ich genau die gleiche Haltung eingenommen!

(Dr. *Schlögl*: Sie sind in der Hoffnung auf morgen, wenn wir dann reden!)

Herr Dr. *Schlögl*, es bleibt Ihnen vollkommen frei, morgen Kritik zu üben. Aber ich setze voraus, daß in der Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union die Anständigkeit herrscht und der anständige Ton.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Ich bitte um Ruhe! *Haußleiter* spricht weiter.
Haußleiter: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir Franken droben gute Bayern sind, und ich verwahre mich gegen die fortgesetzte Verdächtigung, die uns gegenüber ausgesprochen wird.

(Beifall.)

Aber eines muß ich Ihnen auch sagen: Wir müssen hier die Frage der christlichen Kulturpolitik diskutieren. Da sind ganz bestimmte Grundsätze zu vertreten, die die Lehren aus dem nationalsozialistischen Zusammenbruch sein müssen. Und hier unterscheide ich mich in einigen Punkten grundsätzlich von Dr. *Hundhammer*.

(Zurufe.)

Bitte, hören Sie mich an, es scheint mir notwendig, das Gespräch zu fördern.
Ich möchte folgendes voranstellen: Die Ursache des Nationalsozialismus war weitgehend darin zu suchen, daß der Deutsche bis zu einem gewissen Grade autoritätsgläubig, autoritätshörig erzogen ist, daß er bis zu einem gewissen Grade Untertan ist. Heute stehen Millionen von Mitläufern vor uns und fragen uns: Was haben wir verbrochen? Wir sind doch nur gute Untertanen gewesen! Nun meine ich, hier müßte die Erziehungsreform einsetzen, hier müßten wir neue Wege zur Erziehung des sicheren Staatsbürgers suchen; und hier muß sowohl das Elternhaus wie die Schule sehr rasch neue Methoden gewinnen. Wir Deutschen brechen beim drei- bis vierjährigen Kind in der Trotzperiode schon den eigenen Willen. Das ist eine pädagogische Lehre. Und wir haben den Begriff der äußeren Disziplinierung in der Schule.

Ich bin für die innere Persönlichkeitsformung. Da gibt es heute die Möglichkeit der demokratischen Selbstverwaltung in der Schule. Da gibt es die Möglichkeit, die Kinder zur Mitarbeit bei Schulzensuren heranzuziehen.

(Heiterkeit.)

Ja, das gibt es! Da gibt es ganz neue Wege, um die Persönlichkeit im Kinde zu stärken.

(Zuruf: Das gibt es schon seit 30 Jahren, das ist ein alter Hut!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! Wer durch Zwischenrufe die Ordnung stört, den weise ich aus dem Saal.

(Widerspruch, Zustimmung.)

Es sind selbstverständlich Zwischenrufe erlaubt, aber nicht die Versammlung störende Zwischenrufe. Ich bitte um Ruhe!

Haußleiter: Wenn nun der Kultusminister [*Alois Hundhammer*] diese Frage, die geboren ist aus der Not der Zeit, in den Vordergrund der Diskussion gestellt hätte, dann, glaube ich, hätten wir eine andere Diskussionsbasis mit der Militärregierung gewonnen. Er hat gute Ideale in dem Erziehungsplan auf lange Sicht erwähnt. Aber er hat nicht den neuen Willen von innen her zum Ausdruck gebracht, den wir heute gestalten müssen. Sonst gehen wir den Weg zu den alten Fehlern zurück.

Hier hat sich etwas sehr Unglückliches ereignet, und das muß diskutiert werden. Statt diesen Willen zur Erziehung der in sich sicher ruhenden Persönlichkeit klar herauszustellen, hat der Kultusminister auf Briefe, die von draußen gekommen sind, eine Abstimmung veranstaltet, die in diesem Augenblick ein Unglück war für die christliche Schulreform, die wir anstreben, für die Auseinandersetzung, für das Gespräch mit der Militärregierung,

(Widerspruch.)

die meiner Ansicht nach auch kompromittierend war für das Land Bayern, an dem wir hängen.

(Großer Widerspruch.)

Ich bin der Überzeugung, daß hier der Kultusminister erheblichen Schaden angerichtet hat.

(Teilweise Zustimmung, Widerspruch. Zuruf: Die anderen Kräfte waren es, die den Schaden angerichtet haben!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Braun*, ich bitte Sie, sich eines anständigen Tones zu befleißigen, denn ich nehme an, daß Sie ein Demokrat sind. - Ich bitte den Redner weiterzusprechen.

(Zuruf: Beschränken!)

Haußleiter: Ich werde mich kurz fassen; ich werde sehr knapp sein. Ich möchte nur an diesem einen Beispiel zeigen, daß es in diesem Fall nicht der Kampf um eine wirklich humanistische, um eine wirklich christliche Schule, sondern daß es eine ausgesprochene Ungeschicklichkeit des Kultusministers gewesen ist,

(Zurufe: Oho! - Widerspruch.)

die eine unglückliche Entwicklung mit sich gebracht hat.

Ich will nicht andere Beispiele bringen. Ich muß Ihnen aber eines sagen: Andere Sorgen gibt es, die uns auch bei der Schule bewegen! Ich höre hinein in die Schulkinder. Sie wissen und sie spüren es draußen: Eine neue Welle des Nationalismus ist im Anrollen begriffen, eine neue Welle, die die Gemüter sofort hochgehen läßt. Ich habe neulich in einer Versammlung einen solchen Redner erlebt; da tobte der Saal vor Begeisterung. Ich spreche mit sehr vielen Lehrern an Mittelschulen; sie sagen mir, das erste Wort, das von den Kindern als nationalistisch empfunden wird, läßt sie sofort in Begeisterung geraten.
Da ist auch eine Gefahrenquelle vorhanden. Und sehen Sie, meine Damen und Herren, da vermisse ich die Steuerung durch das Kultusministerium. Da sehe ich, daß diesem provinziellen Chauvinismus, der so sehr charakteristisch war für unsere Mittelschulen, nicht mit der nötigen Energie entgegengetreten wird und daß hier Fehler begangen werden. Der Chauvinismus und der Patriotismus unserer ein wenig engen Lehrer war die Ursache dafür, daß man uns zu Nationalisten erzogen hat. Wir müssen darüber klar sehen. Hier muß die Reform eintreten; und diesen Reformplan erwarten wir als erstes vom Bayerischen Kultusministerium.

(Zustimmung.)

Statt dessen steht in dem Schulreformplan - *Hundhammer* hat darüber gesprochen -, man könne die Schulgeldfreiheit angesichts der Armut unseres Landes nicht einführen. Ein kurzes Wort dazu, meine Damen und Herren! Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die wahre Demokratisierung unserer Schule darin besteht, die Söhne aus allen Klassen und Ständen unseres Volkes auf die Mittelschulen und auf die Universität bringen zu können.

(Zustimmung.)

Und dafür ist die Befreiung vom Schulgeld, ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
Haußleiter: - die Lernmittelfreiheit eine Voraussetzung. Die Schulgeldfreiheit macht nach den Zahlen, die ich gelesen habe, 2% des Kultusetats aus. Gut, meine Damen und Herren, heute ist es möglich, dieses Geld aufzubringen. Wie die Frage nach der Währungsreform sich entwickelt, soll dann unsere Sorge sein.
Eines steht fest: Die echte Demokratisierung unserer Mittelschulen ist notwendig. Sie ist nicht dadurch möglich, daß man den Hochbegabten zwingt, zwei Jahre länger mit Minderbegabten auf einer Schulbank zu sitzen. Hier vertrete ich durchaus den Standpunkt des Herrn Dr. *Hundhammer*. In Rothenburg ist ein Redner aufgetreten, der vielleicht nicht genauer informiert war, der hat gesagt: Ich sehe hier in der Diskussion über die Einheitsschule zwei Linien: das eine ist Dr. *Leo Weismantel* und das andere ist *Hundhammer-Haußleiter*.

(Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren, ich vertrete in manchen Dingen einen Standpunkt, der dem seinen ähnlich ist.
Aber meine Gründe und meine Motivierungen sind andere. Wir müssen ausgehen von der wirtschaftlichen Not,

(Zuruf: Schluß!)

die es einem Arbeitersohn unmöglich macht, bis zu seinem 24., 25. Lebensjahr zu studieren. Wir müssen also das Studium für die Hochbegabten zusammendrängen. Das

wird auch die amerikanische Militärregierung verstehen, wenn wir es ihr klar sagen. Ich bin der Überzeugung, daß wir hier als Demokraten unseren deutschen Standpunkt zu vertreten haben.

(Zustimmung.)

Nun aber, meine Damen und Herren, ein weiteres Wort; und auch hier muß ich dem Kultusminister antworten. Er hat gesagt, man werfe ihm vor, daß er es sei, der Herrn *Loritz* zum Minister gemacht habe. Sehen Sie, das liegt in der Linie seiner Zusammenarbeit mit Dr. *Hoegner*. Das ist eine Zusammenarbeit, deren Hintergründe für uns vielleicht noch einmal sehr reizvoll werden. Ich habe manches Mal den Verdacht, als steckten Träume hinter dieser Zusammenarbeit, die sich nicht ohne weiteres klar formulieren lassen. Und gerade diese Träume im Hintergrund machen uns eine offene Aussprache so furchtbar schwer.

(Sehr richtig! Beifall.)

Das ist Herrn Dr. *Hundhammer* mit Herrn Dr. *Hoegner* gemeinsam. Ich weiß es nicht, es ist eine Frage. Vielleicht gibt uns der Kultusminister eine klare Antwort. Ich weiß also nicht, ob es der Traum von einer königlich-bayerischen Arbeiter- und Bauernpartei gewesen ist. Aber ich möchte sagen: Klarheit sollen wir fordern über dieses merkwürdige Triumvirat, das da bestanden hat, aus Dr. *Hoegner*, Dr. *Hundhammer* und dem sehr merkwürdigen Herrn *Loritz*.

(Zustimmung.)

Dr. *Hundhammer* hat erklärt, er sei nicht allein verantwortlich. Ich erinnere mich an die kalte Dezembernacht des 21. Dezember.

(Widerspruch und Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich um Ruhe bitten! Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe den Redner deswegen nicht unterbrochen, weil auch der Herr Kultusminister die allgemeine Politik in sein Referat hineingenommen hat. Ich halte es aber für zweckmäßig, daß der Diskussionsredner wirklich zumindest in der Hauptsache zur Frage der Kulturpolitik spricht. Wenn Sie das andere streifen, genügt es, wenn es höchstens mit einigen Sätzen geschieht.

Haußleiter: Gut, einen Satz noch, meine Damen und Herren! Denn die Tragödie *Loritz* kennen Sie ja ganz genau. Der eine Satz, den ich noch sagen werde, ist der: Wir lehnen den Bayerischen Kultusminister nicht deshalb ab,

(Widerspruch.)

weil er christlich denkt, weil er sozial denkt, weil er Heimatliebe an den Schulen verkörpert haben will, sondern weil er es ungeschickt tut in einer Weise, die den christlichen Standpunkt kompromittiert,

(Widerspruch und Pfui-Rufe. - Zustimmung.)

wie in dem Fall *Loritz*!

(Anhaltende Unruhe und Tumult.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! Ich darf nochmals wiederholen: Ein Demokrat muß den anderen anhören können!

Haußleiter: Und wir lehnen Dr. *Hundhammer* auch ab, weil seine gemeinsame Politik mit Herrn *Loritz* ...

(*Hagn*: Ich beantrage Wortentziehung ...)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Parteifreund *Hagn*, der Redner wird nicht unterbrochen!

(*Hagn*: ... weil er die Union diskreditiert!)

Ich muß den Parteifreund *Hagn* zur Ordnung rufen, denn er muß sich, wenn er den Redner in einer solchen Rede unterbrechen will, zumindest zu Wort melden.

(Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe! Der Redner spricht weiter; ich bitte ihn aber, zu Ende zu kommen.

Haußleiter: Wir lehnen den Bayerischen Kultusminister Dr. *Hundhammer* ab, weil seine betonte Zusammenarbeit mit Herrn *Loritz* zu einer Blamage für das Land Bayern geführt hat, die sich äußerst bedenklich auswirkt

(Zustimmung.)

und die meiner Ansicht nach eine schwere Belastung für die junge bayerische Demokratie gewesen ist.

(Lebhafter Beifall. - Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich um Ruhe bitten, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile. Meine lieben Freunde, ich darf ein für allemal erklären: Sind Sie doch nicht so empfindsam! Wie empfindsam hätte ich in der ganzen Zeit sein müssen, wenn ich jedes Wort so tragisch genommen hätte, wie manche von Ihnen, denen nur zugemutet wird, eine Rede anzuhören!

(Zustimmung. - Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich beantrage, daß außer den angemeldeten Rednern keine weiteren Redner zugelassen werden!)

Es wird soeben Schluß der Rednerliste beantragt. Darf ich über diesen Antrag abstimmen lassen.

(Widerspruch. - *Krempl*: Wenn aber die anderen beleidigt werden!)

Parteifreund *Krempl*, bitte melden Sie sich zu Wort! Geben Sie als Abgeordneter ein gutes Beispiel!

(Lebhafter Beifall. - *Krempl*: Herr Vorsitzender, ich habe nur eine Zwischenbemerkung zu machen!)

Ich bitte um Ruhe! Sie müssen, wenn Sie das Wort wollen, sich zur Geschäftsordnung melden.

Ich darf über den Antrag auf Schluß der Rednerliste abstimmen lassen. Wer enthält sich?

(Zuruf: Wer ist noch vorgemerkt?)

Wer ist gegen den Antrag auf Schluß der Rednerliste? - Es wird gewünscht, daß ich vorher vorlesen lasse. Das ist selbstverständlich. Ich lasse vorlesen, wer gemeldet ist.

Zweiter Schriftführer [*Josef Plonner*]: *Huber*, Dr. *Kroll*, *Braun Alois*, Dr. *Wildenauer*.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit sind also die Redner bekannt. Ich darf dann die Abstimmung über den Antrag auf Schluß der Rednerliste wiederholen. Wer enthält sich? - Wer ist gegen Schluß der Rednerliste? - Ich darf feststellen, daß das offensichtlich die Minorität ist. Damit ist die Rednerliste abgeschlossen.

Als nächster Redner hat *Huber* das Wort.

Huber: Meine Damen und Herren! So schön der Anfang der heutigen Versammlung war, so häßlich ist der weitere Verlauf allmählich geworden.

(Sehr richtig!)

Fragen wir uns einmal: Was schadet denn der Union am meisten? Ist es die Kulturpolitik Dr. *Hundhammers* oder ist es der Streit, der sich in unserer Partei selbst entfaltet hat?

(Zustimmung.)

Es gibt gar keinen Zweifel: Die Kulturpolitik Dr. *Hundhammers* schadet unserem Volke und unserer Partei bestimmt nicht!

(Beifall.)

Es ist vollständig zwecklos, noch stundenlang darüber zu sprechen. Ein Teil schließt sich eben den Ansichten Dr. *Hundhammers* hier nicht an. So wird es zweckmäßig sein, über den Antrag, der bereits eingebracht ist, schnellstens abzustimmen.

(Sehr richtig!)

Dann werden wir zum Ziele kommen - denn wir könnten acht Tage so fortmachen.
Jetzt nur einige kleine Bemerkungen zum Züchtigungsrecht. Stellen Sie sich einmal vor: In der Familie fehlt der Vater; der Lehrer hat das Recht nicht, den ungezogenen Jungen zu züchtigen. Wie soll der Lehrer diesen jungen Bengel da weiter erziehen? Das ist nicht möglich! Manche Mutter wird zum Lehrer kommen und sagen: Prügeln Sie ihn, wenn er es braucht; ich kann es nicht machen. Ich bitte, daß mein Kind gut erzogen wird; mir selbst fehlen die Kräfte dazu!

(Sehr richtig!)

Es wird keiner totgeschlagen. Es hat auch - wie Dr. *Hundhammer* bereits selber schon gesagt hat - gar keinen Zweck, den Kindern zu sagen: Der Lehrer darf euch nichts tun! Die hören ja gar nicht mehr darauf, denn es fehlt schon vielfach vom Elternhause aus.

(Sehr richtig!)

Man soll es nicht ausschließen, daß die Kinder, die in der Erziehung etwas zu missen haben, nicht doch noch zu brauchbaren Menschen gemacht werden.
Ich nehme nicht an, daß unter den Lehrern welche sind, die grundsätzlich bloß mit Prügeln den Kindern etwas beibringen wollen. Es wäre also Zeit, über dieses Thema, das ja nur die Presse so groß gemacht hat, endlich zu schweigen. Wenn die Eltern ihre Kinder so erziehen, daß die keine Prügel brauchen, dann bekommen sie keine mehr.

(Zustimmung.)

Was nun noch die Studenten anbelangt, ob es jetzt bayerische sind oder preußische oder sonst welche, die in unsere Schulen wollen, so wird doch niemand mehr dasein, der sich nicht dem Standpunkt unseres Kultusministers anschließt. Zuerst kommen unsere bayerischen Söhne in die Schulen;

(Zustimmung.)

und wenn noch Platz vorhanden ist, dann können auch noch andere hineinkommen! Hier muß man doch einen grundsätzlichen Standpunkt einnehmen.

Zuallererst darf man sagen: 90% von dem, womit gegen unseren Kultusminister ins Feld gezogen wurde, war nur reine Gehässigkeit und nichts anderes!

(Zustimmung. - Zuruf: In den eigenen Reihen! - Gegenruf: Zumeist!)

Ich bin der Überzeugung, daß mit der Kulturpolitik Dr. *Hundhammers* das bayerische Volk, zumindest aber die CSU, zufrieden sein kann.

(Beifall.)

Ich will heute keine weiteren Ausführungen machen. Das andere behalte ich mir, genauso wie die anderen Herren, für morgen vor. Nur einen Wunsch habe ich für morgen: Sachlich zu bleiben und das zu beschließen, was notwendig ist, um die Christlich-Soziale Union zu einigen und zu stärken!

(Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nächster Redner ist Dr. *Kroll*. Ich bitte um Ruhe!
Dr. *Kroll*: Meine lieben Parteifreunde!

(Zuruf: Lauter! - Fünf Minuten!)

Die Dinge, die zu Auseinandersetzungen hier im Saale führten, werde ich nicht berühren.

(Bravo-Rufe.)

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß jede Gruppe bei dieser außerordentlich bedeutungsvollen Versammlung der Union sich so verhalten muß, daß sie schon, wenn sie schon auch mit einem Gegner in den eigenen Reihen eventuell zu sprechen hat, ihm zunächst ausdrücklich sagen muß, für was für einen Menschen sie ihn hält. Und ich darf Ihnen sagen, daß ich Herrn Dr. *Hundhammer* meine ganz persönliche Hochschätzung entgegenbringe.

(Zustimmung.)

Ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß, wenn es sich um Schwierigkeiten in der Union handelt, sie nicht in erster Linie im Rahmen seiner Kulturpolitik zu suchen sind; und das ist allein hier zu Diskussion stehend. Ich möchte im Gegenteil zum Ausdruck bringen, daß ich, der ich kein geborener Bayer bin, mich glücklich schätze, in einem im Kultursektor christlich verwalteten Lande leben zu dürfen,

(Bravo!)

und zwar deshalb, weil ich glaube, daß der Ansturm des Massenmaterialismus und die Zersetzung der christlichen Werte noch keineswegs vorüber ist.

(Zustimmung.)

Wir müssen die christlichen Bataillone stärken und müssen die Männer unterstützen, die sich redlich Mühe geben, christliche Kulturpolitik zu machen. Das sei einleitend gesagt.
Weder zur Prügelstrafe etwa, wie man sie unschön genannt hat, noch zu den Schulreformplänen, wie sie hier zur Diskussion stehen, wird vielleicht hier ein abschließendes Wort gesprochen werden können. Eines ist selbstverständlich: Ich bin überzeugter Christ, und für mich gilt auch noch das Alte Testament. Wenn dort in den Büchern der Weisheit davon gesprochen wird, daß man die Rute gebrauchen soll, weil man sonst möglicherweise dafür verantwortlich gemacht wird, daß die Kinder abweichen

von den Grundsätzen elterlicher Haltung, dann ist das für mich eine Weisheit, die über die Jahrtausende hinweggehen wird, ob es modernere Erziehungsmethoden geben wird oder nicht.

(Beifall.)

Ich selbst habe eine Erziehung hinter mir, in der davon bisweilen Gebrauch gemacht wurde, und ich glaube heute immer noch, daß es notwendig gewesen ist.
Auf der anderen Seite habe ich es aus der Diaspora kommend immer schmerzlich empfunden, wenn sich das Christentum einkapselt; und das ist der Punkt, wo ich mich vielleicht in der Haltung - ich weiß nicht einmal, ob wirklich - von Dr. *Hundhammer* unterscheide. Wir haben in den letzten Jahrhunderten eine christliche Entwicklung durchgemacht, die rein defensiven Charakter trug. Der Ansturm des Atheismus hat uns gewaltig zurückgeworfen und hat manchmal auch in der kirchlichen Haltung einen Glauben aufkommen lassen, als sei es am besten, um uns herum eiserne Mauern zu ziehen. Ich weiß noch nicht, ob die Stunde der Defensive bereits vorüber ist. Aber sicher ist, daß wir die Kräfte geistiger Art sammeln müssen, die eines Tages auch zu einer christlichen Offensive führen können.

(Sehr gut! - Zustimmung.)

Ich fühle mich deshalb so besonders glücklich, in Bayern zu sein, weil ich hier noch einen breit fundierten christlichen Glauben finde, aber ich würde es bedauern, wenn Bayern eines Tages glauben sollte, in der Abgeschlossenheit seines Bayerntums sich den Glauben erhalten zu können. Ich bin überzeugt, daß wir eines Tages vom christlichen Süden her zur christlichen Offensive werden schreiten müssen, wenn wir das Abgleiten Europas in den Nihilismus verhindern wollen.

(Beifall.)

Es gehört zu jenen Wahrheiten ewiger Art, die ein *Reinhold Schneider* in einem seiner Sonette ausgedrückt hat, daß es nun einmal zwischen Gott und Luzifer keinen Platz Raum [sic!] auf dieser Erde gibt, um den nicht gerungen würde. Um jeden Fußbreit Raum muß gerungen werden; und ich bin überzeugt, daß bloße Defensive letztlich nicht hinreichend sein wird, um das Christentum zu erhalten. Aus diesem Grunde berühren mich immer diejenigen Punkte in den Reden des von mir sehr verehrten Dr. *Hundhammer* schmerzlich, in denen ich den Eindruck gewinne, als sei die Abkapselung eines noch christlichen Restgebietes in Europa unter Umständen doch das Ziel seiner Tätigkeit. Nur dies eine möchte ich vermieden wissen, daß man sich hier vielleicht auf eine Insel der Seligen zurückzieht.
Wir müssen allerdings in diesem Raume klar christliche Grundsätze zur Verwirklichung bringen. Und da bin ich wiederum der Meinung, sollte man nicht gar zu ängstlich dort in Koalitionen eingehen, wo das Mehrheitsvertrauen des Volkes die alleinige Berufung der Union zur Verantwortung seinerzeit gewollt hat.

(Starker Beifall.)

Auch das scheint mir ein Restbestand christlich defensiver Haltung zu sein; und ich habe immer das Gefühl, daß, wenn wir uns gar zu wenig trauen, die Welt recht hat, wenn sie erklärt: Über diese Christen gehen wir doch noch eines Tages zur Tagesordnung über!

(Erneute Zustimmung.)

Das allein sind die Gründe, die mich bewogen haben, hier zu sprechen.

Meine lieben Freunde aus Bayern! Sagt bitte nicht, daß jeder, der freiwillig zu Euch kam, wieder ausgewiesen werden muß. Ich weiß nicht, Dr. *Hundhammer*, ob das Zitat, das hier aus der Waldsassener Rede gedruckt wurde, wirklich stimmt; ich bin jetzt sehr vorsichtig mit allem, was ich bekomme. Aber da heißt es in einem Passus:

> Wir verlangen, daß auch dem Grundsatz der bayerischen Heimat Rechnung getragen wird. Wir dürfen nicht an die Wand gedrückt werden.

- Vollkommen richtig! -

> Wer freiwillig zu uns gekommen ist, der muß wieder ausgewiesen werden. Das muß unser oberster Grundsatz bleiben.

Liebe Freunde, ich bin freiwillig nach Bayern gekommen, was man so freiwillig nennt, und zwar deshalb, weil ich einmal zwölf Jahre die Methoden einer tyrannischen, mordgierigen Diktatur erfahren habe und - wie es heute Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] so schön gesagt hat - darauf verzichte, statt durch jene braun angestrichenen Gitter von Gefängnisfenstern durch die rot angestrichenen in die Welt hinauszublicken.

(Beifall.)

Man geht als Christ schließlich dorthin, wo man Gleichgesinnte findet; und man empfindet es als schmerzlich, nicht immer richtig verstanden oder mit jenen verwechselt zu werden, die nur aus Konjunktur nach Bayern kamen. Vielleicht wäre es besser, wenn die Formulierung - und darum geht es wohl - in den Reden von Dr. *Hundhammer* manchmal so abgewogen wäre, das nicht alles, was von draußen hier ist, über einen Kamm geschert wird.
Man muß diese Kritik verstehen, die sachlich sein will und die der Sorge auch um eine zukünftige christliche Entwicklung Rechnung trägt. Der Ansturm des Massenmaterialismus ist heute geistig bereits zerbrochen; siehe die führenden Wissenschaftler, siehe *Planck* und alle anderen: Fünf Nobelpreisträger haben im vergangenen Wintersemester in Göttingen allein über das Thema Religion und Naturwissenschaft gelesen. Und ich glaube, wenn die Führung sich bekehren wird, werden eines Tages mit Gottes Hilfe die Massen ihr folgen müssen. Dann aber wird es an der Zeit sein, daß Bayern sich anschickt, die Tore zu öffnen, um christliche Kräfte - sagen wir einmal, Kulturpioniere und Missionare - nach draußen zu entsenden, wie es das vor mehr als tausend Jahren getan hat.
Diese Haltung erwarte ich vom Bayernland und von seinem christlichen und verantwortungsbewußten Kultusminister [*Alois Hundhammer*].

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nächster Redner ist *Braun Alois*. - Er verzichtet.
Nächster Redner ist Dr. *Wildenauer*.
Dr. *Wildenauer*: Ich will mich kurz fassen. Ich will nur betonen, daß ich, wie viele andere in Südbayern und im Frankenlande der Ansicht bin, daß der Herr Kultusminister eine klare christliche, soziale und bayerische Politik vertritt, eine Politik, die in ihren Grundsätzen keine Kompromisse kennt und die deshalb von denen sehr angefochten wird, die unangenehm von ihr tangiert werden. Ich habe betont, der Herr Kultusminister verficht auch eine bayerische Politik. Aber ich habe in der letzten Landesversammlung ganz besonders eine Lanze für die Flüchtlinge gebrochen. Ich möchte diesen sagen, daß sie diese Worte nicht falsch verstehen sollen. Der Herr Kultusminister

bezieht, wenn er von Bayern spricht, immer diejenigen Neubürger ein, die durch ein hartes Geschick dieses Krieges zu uns gekommen sind und bei uns eine neue Heimat finden müssen.

(Bravo!)

Er ist ehrlichen Willens, ihnen diese Heimat zu geben und, soweit es in seinen Bereich gehört, alles zu tun, damit sie in diese Gemeinschaft des bayerisch-fränkisch-schwäbischen Stammes hineinwachsen können. Das wird ohnedies einem großen Teil unserer Flüchtlinge nicht sehr schwer fallen. Ich meine vor allem diejenigen, die aus dem Sudetenland, insbesondere aus dem Egerland und aus dem Böhmerwald, zu uns gekommen sind. Sie stehen uns ja stammlich ganz besonders nahe. Aber auch alle anderen, die in gleicher Weise betroffen wurden, werden von ihm als gleich heimatberechtigt und gleich liebebedürftig in der kulturpolitischen Betreuung bedacht. Wenn ihm eine Abkapselung gegen alles andere Deutsche vorgeworfen wird, so bin ich demgegenüber der Ansicht, daß dieser Vorwurf völlig verfehlt ist.

(Sehr richtig!)

Er wehrt sich nur und auch wir wehren uns gegen eine Infiltration aus dem Norden, die nicht immer von den besten Elementen dieser Gaue durchgeführt wird.

(Sehr richtig!)

Es kommen Leute zu uns, die dort entweder durch ihre politische oder allgemein menschliche Vergangenheit unmöglich geworden sind und es nun anstreben, in Bayern ein neues Leben zu beginnen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, es besteht der Wunsch der Versammlung, daß ich Sie einlade, bald zu Ende zu kommen, damit wir dann noch den Herrn Kultusminister [*Alois Hundhammer*] zur Schlußansprache hören können.

Dr. *Wildenauer*: Ich bin der Ansicht, daß die Infiltration von gewissen Menschen aus dem Norden ganz besonders unangenehm auf dem kulturpolitischen Sektor auffällt. Gerade solche Leute leisten sich oft Unerhörtes bei der Kritik der Politik des Kultusministers. Sie fühlen sich ganz besonders tangiert von seiner Richtung, die sich einen Kampf gegen die sittliche Verwahrlosung unseres Volkes zum Ziel gesetzt hat. Ein Fall *Hermann Mostar*, der in einer mehr als zweideutigen Kabarettszene den Vorschlag des Kultusministers angreift, die Flüchtlinge konfessionsgleich einzuweisen, war ein allzu deutliches Beispiel dafür.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich den Redner unterbrechen. Es wird mir von rückwärts die Uhr vorgezeigt. Ich sehe, Sie haben die Rede vorbereitet. Darf ich Sie fragen, wie lange die Rede noch dauern wird?

(Heiterkeit.)

Dr. *Wildenauer*: Nur noch einen Satz! - Wenn er also für eine Bereinigung der sittlichen Verhältnisse in unserem Volke eintritt, so bitte ich, daß er von dem christlichen und sozialen Teil unseres Volkes in diesem Bestreben unterstützt wird. Ich beantrage deshalb, daß wir in einer ganz großen Vertrauenskundgebung seine Kulturpolitik billigen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich den Redner fragen, ob er einen selbständigen Antrag stellen will? Es besteht bekanntlich schon der Antrag *Prechtl*.

Dr. *Wildenauer*: Ich schließe mich seiner Formulierung an.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich jetzt dem Herrn Kultusminister das Wort zur Schlußstellungnahme geben.

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Ich werde das Schlußwort nicht allzu lang machen. Wenn jemand glaubt, die eine oder andere Frage, die er aufgeworfen oder berührt hat, sollte auch oder noch eingehender behandelt werden, so möge er eine Gelegenheit benützen, wo ich wieder sprechen werde. Dann werde ich die Fragen, von denen ich aus der heutigen Diskussion herausgemerkt habe, daß sie interessieren, eingehender behandeln. Auch das Grundsätzliche, zu dem man heute gern mehr von mir gehört hätte. Aber ich wollte die Zeit, die mir gestellt war, zunächst einmal benützen, um den Schutt aufzuräumen, der nun einmal zwischen der Bevölkerung und mir stimmungsmäßig vielfach durch falsche Nachrichten aufgebaut worden ist. Dieser Schutt mußte einmal erst weg. Wir werden das nächste Mal zu den grundsätzlichen Dingen kommen, wenn wir uns mit den anderen nicht mehr so sehr zu befassen brauchen. Aber wer hört und versteht, der hat beobachtet, daß gerade in den Kampffragen, um die die Diskussion geht, das Grundsätzliche und Entscheidende liegt.
Und nun zu den Einzelheiten: Man hat gesagt, das Wort Prügelstrafe hat viel Schaden gestiftet. Das ist wahr. Aber dieses Wort habe weder ich noch meine Vorgänger gebraucht, sondern es ist von Leuten in die Presse und in den Äther hinausgesprochen worden,

(Zuruf: Die selber Prügel brauchen!)

die uns diffamieren wollen. Dieses Wort ist dann immer wieder gewälzt und wiederholt worden.
Man hat von der Zusammenarbeit mit der Partei bezüglich des Schulreformplanes gesprochen. Dazu möchte ich folgendes sagen: Ich habe mit vielen Parteifreunden zusammengearbeitet und habe viele zu Beratungen über die Schulreform in meinem Ministerium und außerhalb des Ministeriums zugezogen. Aber es soll keiner von mir erwarten, daß ich unter dem Vorsitz und unter der leitenden Führung von Dr. *Weismantel* und Dr. *Köhler* über kulturpolitische Fragen diskutiere!

(Sehr richtig!)

So ist es nicht möglich. Vorbereitet ist allerdings auf dem kulturpolitischen Sektor auch bei uns ein Programm und ein Projekt. Viele von denen, die über Schulreform sprechen, haben den auf vier oder sechs Seiten gedruckten Schulreformplan nicht gelesen, der viele grundsätzliche Dinge enthält und deswegen manchen Leuten nicht gefällt.
Im übrigen haben die Landtagsberatungen seinerzeit gezeigt, daß wir unsererseits mit einem klaren Projekt dastehen.

(Sehr richtig!)

Die Herren, die dabei waren, wissen es. Wenn die Diskussion nach den Parlamentsferien fortgeführt wird, wird man es wieder sehen. Ich muß allerdings sagen, daß ich gewünscht hätte, daß die Presse für Verlautbarungen aus unseren Reihen mehr Raum zur Verfügung gestellt hätte.
Ich möchte in diesem Zusammenhang auch zu den neuen Gesetzentwürfen sagen: Vielleicht ist es möglich, daß man sie diskutiert. Es sind die Gesetzentwürfe über die Wiedereinführung der Schulpflegschaften, über die Behandlung der Schulversäumnisse, die Zusammenstellung der Bestimmungen über die Beantragung von Gemeinschaftsschulen, die Rechtsverhältnisse der Hochschullehrer. Das sind sachliche Diskussionsthemen, zu denen die Gesetzentwürfe vorliegen und die beraten werden. Wir müssen zunächst das Disziplinäre, die äußere Ordnung, aufbauen und hier die Verhältnisse regeln.

Übrigens in diesem Zusammenhang noch eine Bemerkung: Es scheint ein Mißverständnis darüber entstanden zu sein, welche Zeitung den Artikel über Fridericus Rex gebracht hat. Es war die Frankenpost, nicht der Herr *Maslowski*, dessen Haltung in anderem Zusammenhang erwähnt worden ist.
Dann zu den Fragen, die mir gegenüber von einem Mann gestellt worden sind, der vor einiger Zeit nach Zeitungsberichten - wenn sie richtig sind, möge er dazu Stellung nehmen - erklärt hat, der Bayerische Kultusminister müsse selber erst erzogen werden.

(*Haußleiter*: Umerzogen werden!)

Aha, in der Form gibt er es zu! Ich bin der Meinung, daß von jemandem aus der eigenen Reihe dies Wort nicht am Platze war.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich hier nur eine Zwischenbemerkung machen. Wir wollen Worte nicht auf die Waagschale legen!

(Zuruf: Aha! - Zuruf Dr. *Baumgartner*: Seine Schützlinge nimmt er in Schutz! - Zuruf Dr. *Horlacher*: Ein einseitiger Vorsitzender!)

Es ist kein einseitiger Vorsitzender. Ich darf hier nur folgendes feststellen. Ich habe überlegt, ob ich etwas sagen sollte, als der Herr Minister [*Alois Hundhammer*] festgestellt hat: In der Form gibt er es zu. Das stellt man im allgemeinen nur beim Staatsanwalt fest, aber nicht hier.
Ich bitte fortzufahren.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Ich glaube, meine Antwort war so zurückhaltend, daß sie hingenommen werden kann.

(Dr. *Horlacher*: Ein ganz einseitiger Vorsitzender! - Zu *Haußleiter* gewendet: Unverschämt!)

Nun ist von diesem Herrn zur Politik gesagt worden, mein Kandidat für die Ministerpräsidentschaft ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich unterbrechen. Herr Präsident *Horlacher*, Sie haben gerade über die Führung des Vorsitzes gerufen: Unverschämt. Ich weise das zurück!
Dr. *Horlacher*: Nein, das ist ein Irrtum. Ich habe den Herrn *Haußleiter* gemeint.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: ... mein Kandidat für die Ministerpräsidentschaft hätte *Pfeiffer* geheißen. Dazu möchte ich einmal eines aus der Vorgeschichte der Ministerpräsidentschaft mit einem Satze sagen. Als das Thema zur Diskussion stand, haben sich drei Männer zusammengetan, um eine sachliche Lösung zu finden, die uns im Interesse der Partei und des Landes richtig erschien. Das war der Herr Minister *Pfeiffer*, der Herr Ministerpräsident *Ehard* und ich. Wir drei sind uns darüber einig geworden - ich darf das jetzt zum ersten Mal öffentlich sagen -, daß als erster Kandidat für die Ministerpräsidentschaft der Herr *Pfeiffer* genannt werden solle. Wir haben vereinbart, dafür einzutreten. Als diese Vereinbarung im letzten Moment nicht mehr durchgeführt werden konnte, weil der Herr Minister *Pfeiffer* auch von außen her in einer Form und von einer Stelle angeschossen worden ist, über die einmal zu reden sein wird, ist der zweite Name vornehin getreten. Das war Dr. *Ehard*. So hatten wir es vereinbart und so wurde es durchgeführt.
Ich freue mich, heute hier feststellen zu dürfen - und das soll einmal anerkannt werden -, daß es wohl selten in der politischen Geschichte sein wird, daß ein Mann, der erster Kandidat für die Ministerpräsidentschaft war, dann in so treuer Kameradschaft

mit dem Mann zusammenarbeitet, der an seiner Stelle Ministerpräsident wurde, wie es zwischen *Pfeiffer* und *Ehard* der Fall ist. Daraus sieht man, was wir leisten können, wenn wir zusammengreifen.

(Zuruf: Wenn die Union einig ist!)

Es wurde dann gesagt, ich hätte bei der Schaffung der Verfassung zu vielen Fragen nicht Stellung genommen, weil ich an der Frage des Staatspräsidenten so sehr gehangen habe. Ich bin heute nach wie vor der Meinung, daß wir uns von Bayern aus in dem schweren Kampf, den der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] vorhin geschildert hat, und in unserer Stellung zu den Problemen, die Kollege *Baumgartner* behandelt hat, manchmal wesentlich leichter tun würden in der Wahrung der Interessen unseres Volkes, wenn Bayern einen Staatspräsidenten hätte.

(Sehr richtig!)

Aber trotzdem sind bei der Verfassung die anderen Probleme nicht zu kurz gekommen. Gerade die eiserne Verankerung der Konfessionsschule in der Verfassung ist der Beweis dafür.

(Sehr richtig!)

Ich möchte dann doch vor den Fraktionskollegen einmal die Frage aufwerfen: Wieviel haben denn *die* Leute positiv zur Verfassung beigetragen, die heute glauben, an mir Kritik üben zu können?

(Sehr richtig!)

Man sagt dann, der Deutsche sei früher autoritätsgläubig erzogen worden, das hätte ihn für den Nationalsozialismus leichter zugänglich gemacht. Es mag sein, daß die Erziehung in dieser Hinsicht etwas überspitzt war. Aber ich glaube, wir Bayern sind in dieser Beziehung am schlechtesten erzogen gewesen.

(Zustimmung.)

In der Zukunft aber, glaube ich, wird man ohne eine gewisse Autoritätsehrfurcht auch nicht durchkommen können.

(Sehr richtig!)

Ich sehe mit einiger Sorge die Entwicklung auch in unserer Jugend, die heute übertrieben gefördert wird. Diese jungen Leute glauben in allen Dingen die Richter über erfahrene Männer sein zu müssen.

(Beifall, Zustimmung.)

Ich darf das sagen als einer von denen, die sehr früh in das öffentliche Leben eingetreten sind; denn ich habe mit 18 Jahren meine erste politische Versammlung gehalten und früh genug in der Politik mitgearbeitet. Aber eine Autorität und Achtung vor der Erfahrung muß man auch heute der Jugend anerziehen und darf sie ihr nicht nehmen.

(Sehr richtig!)

Es wird gesagt, man hätte lieber mehr über die Methodik der Schule gehört, darüber, wie man die Jugend besser erzieht und Fehler vermeidet, die früher begangen worden sind. Ich glaube, die Frage der Schulmethodik wird man besser in Fachkreisen, unter Lehrern, erörtern als in Volksversammlungen. Aber man kann seine Grundsätze dazu auch öffentlich sagen. Ich glaube, man wird mir nicht berechtigterweise einen Vor-

wurf daraus machen, daß ich nicht alle Probleme, die es gibt und die interessant wären, heute behandelt habe. Das vielleicht ein anderes Mal.
Zur Schulgeldfreiheit möchte ich dem Herrn Diskussionsredner [*August Haußleiter*] sagen: Wenn er verlangt, daß die qualifizierten Kinder aus minderbemittelten Familien die Möglichkeit haben sollen, an die Mittel- und Hochschulen zu gehen, so kann ich diesen nicht mehr geben, als was heute geschieht. Sie haben die Schulgeldbefreiung; sie ist ihnen an den mittleren und Hochschulen eingeräumt. Die Diskussion geht nicht darum, ob die Minderbemittelten, sondern darum, ob die Kinder der reichen Leute Schulgeldbefreiung bekommen sollen. Die Minderbemittelten haben sie ja bekommen. Ich bin aber der Meinung, daß die reichen Leute für ihre Kinder die acht Millionen Schulgeld zahlen können, die wir heute im bayerischen Staatshaushalt einnehmen.

(Sehr richtig!)

Das Problem wird ganz falsch hingestellt.
Dann ein Letztes, was der betreffende Herr gesagt hat. Er erklärt, verdächtig erscheine ihm meine Zusammenarbeit mit *Hoegner* und mit *Loritz*. Meine lieben Freunde, ich wundere mich. Einerseits wird immer kritisiert, daß die führenden Männer in der Politik sich gegenseitig herunterreißen und persönlich mit Schmutz bewerfen. Wenn einmal Politiker auch aus verschiedenen Lagern das nicht tun, wenn sie sich nicht herunterreißen und nicht beleidigen, dann ist das verdächtig! Daß ich in Fragen, in denen unser Programm auf dem Spiele steht, eine klare Linie halte und nichts vergebe und nichts herschenke, das, glaube ich, werden mir mindestens die Gegner gerne bestätigen, wenn es schon die eigenen Leute nicht tun!

(Zuruf: Siehe Koalition!)

Sehr richtig, Du hast recht! Wenn ich aber bei anderen in manchen Punkten eine Linie sehe, die richtig ist, die sich mit der meinen deckt - und das war der Fall, und das wage ich heute hier öffentlich zu sagen, bei *Loritz* in den weltanschaulichen Fragen in der Verfassung und bei *Hoegner* in den bayerischen Fragen -, warum sollen wir dann nicht da zusammenarbeiten und gemeinsam den Weg gehen? Man muß nicht um des Prinzips halber jeden Angehörigen einer anderen Partei einfach immer herunterreissen! Dabei billige ich durchaus nicht alles, was ein anderer macht, und gehe nicht jeden Weg mit.
Zum Schluß, *Haußleiter* - ich habe Ihren Namen nicht in den Mund genommen, ich tue es jetzt zum ersten Mal -, wovon ich träume, darüber sollten Sie keine schlaflosen Nächte haben!

(Heiterkeit und Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Der letzte Redner [*Gerhard Kroll*] hat davon gesprochen, daß ihm meine Abkapselung unter Umständen Sorge machen könne. Er hat aber andererseits davon gesprochen, daß es ihm notwendig und wünschenswert und gewissermaßen eine Aufgabe Bayerns erscheine, wieder, wie das bayerische Volk es schon oft getan hat, aus seinem eigenen Raume herauszugehen und den übrigen im Lande geistig und kulturell und auf allen Gebieten zu helfen. Gegenwärtig tun wir es wirtschaftlich in sehr großem Maße. Da gebe ich ihm vollkommen recht. Aber hinausgehen mit Kraft kann nur der, der zu Hause selber stark ist. Wenn wir unser eigenes

Kulturgut und unsere innere Geschlossenheit und Kraft verlieren, dann haben wir den Angelpunkt verloren, von dem aus wir den übrigen in Deutschland helfen können.

(Sehr richtig!)

Deswegen müssen wir uns selber stark halten, und deswegen möchte ich zunächst das bayerische Volk in sich selber festigen und gefestigt wissen, bevor ich ins übrige Land hinausgreife.

(Sehr gut! Beifall.)

Wenn wir diese Haltung einnehmen, dann, liebe Freunde, fürchte ich nicht, daß man über uns Christen in unserem Lande einmal hinweggehen wird. Man geht nur über die hinweg, die wachsweich sind, aber nicht über die Stahlharten!

(Lebhafter Beifall.)

Mayr (Fürth): Zur Geschäftsordnung! Angesichts der großen Bedeutung, die der jetzigen Abstimmung zukommt, beantrage ich geheime Abstimmung!

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist geheime Abstimmung beantragt worden. Wenn geheime Abstimmung auch nur von einem Mann verlangt wird, muß geheim abgestimmt werden.
Ich darf den Antrag verlesen; er lautet:

> Die Landesversammlung der CSU spricht dem Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus [*Alois Hundhammer*] ihr Vertrauen für seine mannhafte und grundsatzfeste Haltung aus und erwartet besonders in der Frage der Erziehungsreform die volle Wahrung und Sicherung der in der Verfassung gewährleisteten Grundrechte des bayerischen Volkes.

Sind die Stimmzettel verteilt?
Dr. *Jaeger*: Zur Geschäftsordnung! Nachdem der Herr Kultusminister mannhaft eingestanden ist, kann auch jeder von uns mannhaft einstehen. Ich beantrage namentliche Abstimmung.

(Zurufe: Heraus mit der Gesinnung! Wir wollen es öffentlich sehen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf Ihnen eines sagen, auch denen, die jetzt rufen: Heraus mit der Gesinnung. Überlegen Sie es sich doppelt und dreifach, denn es könnte leicht sein, daß in einer solchen Entscheidung die Entscheidung über das Schicksal der Union fallen würde!

(Anhaltende Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe! - Darf ich die Versammlung für drei Minuten unterbrechen, weil ich mich mit dem Herrn Ministerpräsidenten *Ehard* kurz besprechen möchte.

(Zustimmung.)

Ich unterbreche lediglich für drei Minuten. Ich bitte Sie, im Saale zu bleiben.

(Die Sitzung wird von 19.26 Uhr bis 19.27 Uhr unterbrochen.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich um Ruhe bitten! Ich bitte, Platz zu nehmen.
Das Wort hat Herr Ministerpräsident Dr. *Ehard*.

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Liebe Parteifreunde! Wenn Sie mich fragen, wozu ich in dieser Sache raten soll, dann möchte ich Ihnen einen Satz sagen, der das Gesamtbild ausdrückt: Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte. So sieht es aus. Wenn schon Gunst und Haß zum Ausdruck kommt, dann soll man das nicht noch mehr verschärfen. Möge eine Abstimmung in einem Stimmzettelverfahren stattfinden, möge jeder seine Meinung sagen! Aber warum hat die Demokratie diese Art der Abstimmung gewählt und als eine besonders demokratische hingestellt? Weil sie den Haß vermeiden wollte, weil sie den Haß, weil sie diesen Trennungsstrich vermeiden wollte. Haben Sie, liebe Parteifreunde, noch nicht gesehen, daß Gut und Böse, daß eine Meinung gegen die andere Meinung steht? Das ist gesund und gut.

Ich bin gewiß ein Mann des Ausgleichs und bemühe mich, Meinungen zusammenzubringen, wenn sie zusammenzubringen sind, und einigermaßen die Kräfte zur Zusammenarbeit aufzurufen. Ich bin aber kein Mann der Uniformierung und Gleichmacherei. Ich hasse es, wenn einer den anderen deshalb persönlich angreift und haßt und ihm gewissermaßen das Kainsmal an die Stirne drücken will, weil er eine andere Meinung hat. Ich bin auch für Bekennermut am rechten Platz, ganz gewiß. Ist die Forderung nach namentlicher Abstimmung in einem solchen Fall für oder gegen einen Parteigenossen, gegen einen Minister meines Kabinetts, etwa deshalb gestellt worden, weil man bekennen will? Keineswegs! Weil man dem anderen ein Zeichen auf die Stirne drücken will? Sicher deshalb, weil man sagen will: Hier seht, das ist einer von unseren Gegnern! Ich kenne keinen Gegner innerhalb der Union!

(Lebhafter Beifall.)

Ich will noch etwas sagen. Vielleicht bereuen es manche heute schon, jetzt eine so unzweckmäßige Maßnahme in heißer Leidenschaft gefordert zu haben. Es ist gut, in nüchterner Überlegung, aber auch in einer entsprechenden Form abzustimmen. Es ist gut, die Meinungen darüber zu klären. Es tut keinem Parteigenossen weh, es tut auch keinem Minister weh, wenn in einer Gesamtabstimmung die Klärung der Meinungen kommt, in der er dann sieht: Ich habe entweder alle oder den großen Teil oder eine Minderheit meiner eigenen Parteigenossen hinter mir. Das ist etwas, was zur Klärung beiträgt, woraus der Minister, woraus die Parteigenossen und woraus ein mehr oder weniger Prominenter aus unseren Reihen seine Schlüsse für seine weitere Arbeit ziehen kann und vielleicht ziehen muß.

Das ist auch keineswegs etwas, dem man aus dem Wege gehen muß. Die Abstimmung selbst aber ist für den Augenblick. Vielleicht ändert sich die Stimmung bereits in ganz kurzer Zeit. Dann findet man den Weg deshalb nicht mehr zueinander, weil er durch künstliche äußere Mauern verbaut ist und weil der eine dem anderen sagt: Damals hast du so gestimmt, und jetzt bist du auf einmal nicht mehr bei mir! Das soll nicht sein! Und wenn wir auch in einer so wichtigen Frage verschiedener Meinung sind, müssen wir uns trotzdem in anderen Fragen wieder zusammenstellen können. Wir müssen die Möglichkeit haben, nicht nach Gruppen zu entscheiden, nicht nach Gunst und Haß, wie sie zufällig aus irgendwelchen persönlichen, sachlichen, regionalen oder was weiß ich für Gründen entstehen. Wir dürfen uns nicht darauf festlegen.

Darum bitte ich Sie im Interesse der Union, im Interesse der Sache - ich glaube, Sie werden mir bei ruhiger Überlegung, wenn Sie einmal darüber geschlafen haben, recht geben -, in Ihrer und unser aller Interesse dringend: Keine namentliche Abstimmung in einem solchen Falle!

Dr. *Jaeger*: Ich habe zwar den Antrag auf namentliche Abstimmung nicht aus dem vermuteten Grunde gestellt, jemandem ein Kainszeichen auf die Stirne zu drücken, sondern weil ich gefürchtet hatte, es könnte sich jemand vor der Verantwortung vor den Wählern drücken. Aus den Gründen, die der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] dargelegt hat, sehe ich mich aber veranlaßt, den Antrag zurückzuziehen.
Dr. *Schlögl*: Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Nachdem wir morgen ohnehin eine Reihe von Abstimmungen haben, beantrage ich, daß wir morgen über diesen Antrag abstimmen. Wenn uns die Einheit der Union lieb ist, wollen wir heute keine namentliche Abstimmung vornehmen! Es kann sein, daß *Hundhammer* unterliegt. Wir wollen morgen die Gesamtdebatte über die Politik führen, und dann ist Gelegenheit gegeben abzustimmen, aber nicht heute. Ich verwahre mich dagegen, weil Sie sonst - das sage ich ganz offen heraus - der Union den schlechtesten Dienst erweisen, wenn Sie jetzt eine Kampfabstimmung veranstalten.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Offensichtlich kommen jetzt Wortmeldungen zur Geschäftsordnung. Es haben sich der Reihenfolge nach, wenn ich richtig erkannt habe, zu Wort gemeldet: *Hundhammer*, *Prittwitz*, *Nerreter*.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Ich möchte zum Ausdruck bringen, daß mir eine Klärung erwünscht ist.

(Beifall.)

Von Prittwitz-Gaffron: Ich möchte dafür plädieren, die Abstimmung sofort vorzunehmen. Wir haben einmal im Landtag eine Abstimmung verschoben. Der Herr Präsident *Horlacher* wird mir recht geben, daß es Unzuträglichkeiten hervorgerufen hat, weil sich dann das Gremium in der Zwischenzeit verändert und es sich immer darum handeln muß, daß diejenigen abstimmen, die die Diskussion gehört haben. Ich möchte also bitten, heute abzustimmen.
Nerreter: Liebe Parteifreunde, es hat uns alle höchst wohltuend berührt, daß unser verehrter Herr Ministerpräsident den Vorschlag gemacht und mit guten Gründen gestützt hat, eine schriftliche Abstimmung durchzuführen. Wir danken ihm dafür. Es ehrt ihn als den sachlichen Juristen und den wohlwollenden Parteifreund.
Ich bin aber der Auffassung, daß eine Aussprache innerhalb der Union ruhig offen vor sich gehen kann. Über das Vertrauensvotum für Herrn Ministerpräsidenten und für Herrn Staatsminister Dr. *Baumgartner* ist offen abgestimmt worden und ich sehe keine sachliche Berechtigung, in bezug auf den Herrn Minister Dr. *Hundhammer* eine andere Haltung einzunehmen.

(Sehr richtig! Beifall.)

Ich halte es auch nicht für notwendig - einen Augenblick, liebe Parteifreunde, ich habe noch einen Satz zu sagen! -, die Abstimmung auf morgen zu verschieben. Es waren gewisse Fragen zu stellen. Diese Fragen sind gestellt worden; ich lasse dahingestellt, ob es in glücklichster Form geschehen ist. Die Fragen sind beantwortet, die Sache ist geklärt und die Entscheidung getroffen. Ich bitte, die offene Abstimmung vorzunehmen!
Dr. *Lacherbauer*: Meine Damen und Herren, ich würde auch bitten, offen abzustimmen, und zwar aus folgendem Grund: Die beiden anderen Herren haben ihr Vertrauen auch in offener Abstimmung bekundet erhalten. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Eine verschiedenartige Behandlung müßte in mir den Verdacht

aufkommen lassen, daß Gründe maßgeblich sind, die es nicht sein dürften. Ich bin der Meinung, daß jeder hier offen bekennen muß, ob er sich zugunsten oder gegen den Minister ausspricht. Der Minister muß auch wissen, mit wem er und wer mit ihm geht.
Dr. *Horlacher*: Meine Damen und Herren! Es liegt praktisch so, daß hier eine starke Minderheit und eine kleine Mehrheit einander gegenüberstehen. Es muß dann ausgezählt werden. Wir müssen bei einer so wichtigen Abstimmung erst feststellen, ob der Betreffende abstimmungsberechtigt ist.

(Zuruf: Das ist festzustellen!)

Bei der unterschiedlichen Meinung, die hier zu Tage getreten ist, kann nur eine namentliche Abstimmung richtig sein.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Präsident *Horlacher*, ich glaube, wir verstehen uns nicht richtig.

(Anhaltende Unruhe.)

Es ist richtig, daß durch Namensaufruf abgestimmt werden könnte. Aber es ist geheime Abstimmung verlangt worden. Soviel ich mich erinnere - leider habe ich sie nicht hier - liegt eine Anweisung der Militärregierung vor, die bisher auch immer durchgehalten wurde: Wenn ein Mann geheime Abstimmung verlangt hat, muß geheim abgestimmt werden. Infolgedessen ...

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Meine Damen und Herren, ich bitte nicht ewig zur Geschäftsordnung sprechen zu wollen, sonst kommen wir nicht durch.
Dr. *Schlögl*: *Müller*, das ist zu wichtig! Wir bitten den Antragsteller, sich zu überlegen, ob er seinen Antrag auf geheime Abstimmung im Interesse der Versammlung zurückzieht.
Mayr (Fürth): Ich ziehe meinen Antrag nicht zurück.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann kommen wir zur Abstimmung. Oder wird der Antrag auf Verlegung der Abstimmung gestellt?
Dr. *Schlögl*: Ich habe formell den Antrag gestellt, ich stelle ihn hiermit nochmals formell, und zwar aus Gründen, die naheliegen. Es wird nicht über die Person *Hundhammers* abgestimmt, sondern über eine ganz andere Sache; es geht jetzt um die Union!

(Dr. *Baumgartner*: Das bedeutet Trennung der Union!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist der Antrag gestellt worden, die Abstimmung auf morgen zu vertagen. Darf ich über diesen Antrag abstimmen lassen?

(Zurufe: Jawohl!)

Wer enthält sich?

(Zuruf: Wie heißt der Antrag?)

Der Antrag ist gestellt. Es ist der Antrag gestellt, die Abstimmung über das Vertrauensvotum für *Hundhammer* auf morgen zu vertagen. Es wird jetzt darüber abgestimmt, ob die Abstimmung auf morgen vertagt werden soll.
Wer enthält sich?

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Wir sind in der Abstimmung.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung in dieser Sache!)

Wir sind in der Abstimmung; infolgedessen kann ich nicht das Wort erteilen.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Ich darf nochmals feststellen: Wer enthält sich? - Zwei Enthaltungen. Wer ist gegen den Antrag auf Vertagung bis morgen? - Ich darf um die Gegenprobe bitten.

(Dr. *Kroth*: Das ist ganz unklar!)

Dann muß abgezählt werden.

(Dr. *Kroth*: Die Fragestellung ist unklar!)

Die Fragestellung ist klar gewesen. Es wird darüber abgestimmt, ob heute oder morgen über das Vertrauensvotum für *Hundhammer* abgestimmt werden soll.
Ich bitte, fortfahren zu dürfen. Wer enthält sich?

(Zuruf: Worüber?)

Drei Enthaltungen. Wer ist dafür, daß heute abgestimmt wird? -
Meine Damen und Herren, mit Aufstehen allein geht es leider nicht, und zwar deswegen, weil zahlreiche Parteifreunde in den Gängen stehen. Ich bitte, sitzen zu bleiben und die Hand zu erheben.
Ich muß nochmals abstimmen lassen. Wer ist dafür, daß heute abgestimmt wird? Ich bitte, die Hand zu erheben und sitzen zu bleiben. - Nun die Gegenprobe: Wer ist dafür, daß morgen abgestimmt wird? - Es ist ungefähr gleich. Infolgedessen muß abgezählt werden.
Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Nachdem jetzt eine namentliche Abstimmung durchgeführt wird, bitte ich, daß gleich über die Sache abgestimmt wird; dann ist die Sache erledigt. Ich stelle den Antrag ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Michel Horlacher* spricht dafür, daß gleich über die Sache abgestimmt wird, also deutsch gesagt, über das Vertrauensvotum. Ich kann nicht abstimmen lassen, sondern muß formell vorgehen und die Abstimmung nochmals wiederholen.
Wer ist dafür, daß heute abgestimmt wird? - Darf ich um die Gegenprobe bitten. - Wer enthält sich? - Drei Enthaltungen.

(Dr. *Horlacher*: Eine so unsinnige Abstimmung habe ich noch nie gesehen!)

Ich bitte jetzt, der Reihe nach abzuzählen.

(Zuruf: Unmöglich!)

Es geht am besten, wenn die Reihen abzählen. Wer ist für heute? - Es wird nach Reihen abgezählt. Darf ich bitten, auch auf der Tribüne abzuzählen.
Meine lieben Freunde, es ist zweifelhaft, ob es die Mehrheit ist. Aber ich glaube, wir kommen so nicht vorwärts. Ich darf vorschlagen, daß wir morgen abstimmen.

(Dr. *Schlögl*: Gott sei Dank! Endlich ist der Heilige Geist über sie gekommen! - Weiterer Zuruf: Es läßt sich doch feststellen, wieviel Stimmberechtigte sich enthalten haben und wieviel Stimmberechtigte anwesend sind; die anderen sind gezählt!)

Leider hat ein Teil der Leute nicht Obacht gegeben, so daß wir alle Abstimmungen wiederholen müßten. Infolgedessen ist es der einzige Ausweg, wenn wir morgen abstimmen. 176 waren dafür, daß wir morgen abstimmen.

Soll heute noch ein Referat entgegengenommen werden?

(Zustimmung, Widerspruch.)

Dann wird morgen das Referat von Dr. *Hagenauer* erstattet werden.

(Staatsminister Dr. *Hagenauer* schlägt vor, daß er kein Referat über die Entnazifizierung hält.)

Soll eines darüber stattfinden? Darf ich abstimmen lassen. Wer wünscht morgen früh ein Referat über die Entnazifizierung? - Das ist zweifelsohne die Mehrheit. Dann bitte ich den Minister *Hagenauer*, morgen um 9 Uhr mit seinem Referat zu beginnen.
Ich darf dann noch bekanntgeben, daß heute um 21 Uhr die Hofgartenspiele stattfinden. Dauer: Eine Stunde. Sie sind von 20.30 auf 21 Uhr verlegt.
Ich schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung um 19.53 Uhr.
31. August: Die Sitzung wird durch den Landesvorsitzenden, Dr. *Josef Müller*, um 9.04 Uhr eröffnet.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich eröffne hiermit die Sitzung. Wir wollen keine Zeit verlieren. Solange bis alle da sind, wird, wenn sich kein Widerspruch erhebt, die Zeit dadurch ausgefüllt, daß unser Parteifreund Sonderminister *Hagenauer* sein Referat hält.
Die Debatte wird auf heute nachmittag verlegt werden. Unmittelbar im Anschluß an das Referat werde ich das, was ich zu sagen habe, Ihnen über die Politik der Union vortragen. Dann kommt sofort die Debatte darüber. Alles andere folgt später. Es wird nämlich ein Teil der Freunde wahrscheinlich mittags abreisen, und ich möchte, daß die Entscheidungen in Anwesenheit aller Beteiligten fallen. Erhebt sich Widerspruch? - Nein.
Dann bitte ich den Herrn Sonderminister, mit seinem Referat zu beginnen.
Sonderminister Dr. *Hagenauer*: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Der Stand der Entnazifizierung ist das Thema meines Referats. Um es gleich vorwegzunehmen: Der Stand der Entnazifizierung ist im höchsten Grad unbefriedigend!

(Sehr richtig!)

Ich will versuchen, Ihnen die Gründe dafür in Kürze darzulegen, obwohl ich erst seit knapp sechs Wochen das zweifelhafte Vergnügen habe,

(Heiterkeit.)

an der Spitze des Befreiungsministeriums zu stehen. Mein Referat ist daher kein Rechenschaftsbericht, sondern ein Tatsachenbericht, ein Bericht über Tatsachen, auf die ich selbst keinen Einfluß hatte.
Die Gründe für die unbefriedigende Lage der Entnazifizierung liegen teils im Gesetz selbst, teils in der Art seiner Ausführung. Daß die innere Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus und Militarismus eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Staates ist, darüber kann wohl kein Zweifel bestehen. Die Frage ist nur, ob das Befreiungsgesetz in seiner bisherigen Form das geeignete Mittel dazu ist.
Es zeigte sich bald, daß das Befreiungsgesetz Wirkungen hervorrief, die bei Erlaß des Gesetzes nicht vorauszusehen waren. Der Kreis der Betroffenen ist viel zu weit gezogen. 24% der Bevölkerung sind direkt betroffen und fallen unter das Beschäftigungs-

verbot des Artikel 58 und unter Sühnemaßnahmen. Einschließlich der Angehörigen sind praktisch 70 bis 80% der Bevölkerung betroffen. Hierdurch unterscheidet sich das Befreiungsgesetz und die durch dasselbe erfolgte sogenannte legale Revolution von einer normalen Revolution, die stets nur die Führungsschicht des überwundenen Systems beseitigt, nicht aber die breite Masse erfaßt.
Das vorläufige Beschäftigungsverbot des Artikel 58 wurde dadurch noch wesentlich verschärft, daß die Militärregierung alle von ihr erteilten einstweiligen Genehmigungen im August 1946 aufhob. Die Folge war, daß die Spruchkammern aus menschlichen und wirtschaftlichen Erwägungen heraus die schweren Fälle immer wieder zurückgestellt haben, um leichter Betroffene zwecks Befreiung von dem Druck des Beschäftigungsverbots vorweg durchs Verfahren zu bringen.
In gleicher Richtung wirkt die Vermögenssperre, die unnötigerweise durch die Achte Durchführungsverordnung auf alle Angehörigen der Klassen I und II ausgedehnt wurde. Folge: Eine so große Arbeitsbelastung der Behörden, daß sie mit den Meldungen über die zu sperrenden Personen nicht mitkommen und die Sperrungen nicht laufend durchführen können, wodurch auch die Schwerbelasteten der Sperre oft entgehen. Weitere Folge: Daß bei Leichtbelasteten die Sperre meist erst wirksam wird, wenn bereits Mitläuferurteile vorliegen und wieder Entsperrung im gleich umständlichen Verfahren erfolgen könnte.
Verschiedene Maßnahmen verstoßen gegen das Rechtsempfinden.

(Sehr richtig!)

Das Gesetz belegt Handlungen mit Strafe, die zur Zeit der Tat weder nach positivem Gesetz noch nach allgemeiner Rechtsauffassung strafbar waren.

(Zustimmung.)

Insbesondere bestraft es weniger eine strafbare Handlung, als vielmehr eine bestimmte Gesinnung und den politischen Irrtum. Artikel 33 des Gesetzes zwingt den Öffentlichen Kläger zur Anklageerhebung nach rein formalen Gesichtspunkten. Er zwingt ihn, auch dann auf hauptschuldig oder belastet oder minderbelastet anzuklagen, wenn er selbst den Betroffenen nach dessen materieller Belastung als sehr viel geringer oder überhaupt nicht belastet ansieht. Es ist der Tatsache keine genügende Bedeutung beigemessen worden, daß der Ankläger nach deutschem Recht im Gegensatz zum angelsächsischen Recht nicht einseitig Ankläger ist, sondern auch entlastende Tatsachen zu berücksichtigen hat. Die Umkehrung der Beweislast, nämlich die Schuldvermutung der Artikel 6 bis 10, verstößt gegen den von allen Völkern anerkannten Rechtsgrundsatz in dubio pro reo. Die Folge ist ein Beweisnotstand besonders bei Flüchtlingen sowie bezüglich der Zeit der Wehrmachtszugehörigkeit, was für die Kriegsverbrechen der Waffen-SS von Bedeutung ist.
Die Rechtssicherheit wird durch die zahlreichen Aufhebungen nach Artikel 52 häufig lange Zeit nach Rechtskraft stark beeinträchtigt. Die 2000-Mark-Grenze für Mitläufer in der Sechsten Durchführungsverordnung wurde entgegen dem Willen der deutschen Stellen auf Befehl der Militärregierung eingeführt. Die unheilvollen Auswirkungen sind zu bekannt, als daß nähere Darlegungen nötig wären.
Der interne Befehl der Militärregierung, wonach kleine Amtsträger, von ganz besonderen Ausnahmen abgesehen, nicht Mitläufer werden können, verstößt nach Auffassung aller deutschen Stellen, insbesondere des Entnazifizierungsausschusses sowie des

Rechtsausschusses des Länderrats, gegen den Grundsatz der individuellen Prüfung

(Beifall.)

sowie auch gegen den Wortlaut des Artikel 12.
Der Befehl zur Inhaftierung noch nicht rechtskräftig zu Arbeitslager verurteilter Personen vom 12. Februar 1947 verstößt gegen Artikel 50. Der Befehl zur Verhaftung aller Angehörigen der laut Nürnberger Urteil verbrecherischen Organisationen vom 9. Juli 1947 verstößt gegen grundlegende Rechtsprinzipien aller Kulturstaaten.

(Erneute laute Zustimmung.)

Das Nürnberger Urteil stellt keine Schuldvermutung auf, sondern schneidet lediglich gewisse Verteidigungseinwände ab. Angesichts des erst kürzlich wieder in den von der Militärregierung genehmigten Länderverfassungen wiederholten Grundsatzes, daß niemand vor seiner Verurteilung als schuldig gilt und daß niemand ohne Richterspruch verhaftet werden darf, ist dieser Befehl eine schwere Belastung der Arbeit zur Wiederherstellung eines Rechtsstaates.

(Beifall.)

Die auf Befehl der Militärregierung erlassene 14. Durchführungsverordnung über die Kennkartenlochung verstößt insofern gegen Artikel 51, als sie die Kennkartenlochung auch der nicht betroffenen Personen anordnet.
Die verschiedene Handhabung der Entnazifizierung in den einzelnen Zonen verstößt nicht nur gleichfalls gegen das allgemeine Rechtsempfinden, sondern führt auch zum Ausweichen der Betroffenen aus der US-Zone in andere Zonen. Gegensätzliche Entscheidungen verschiedener Zonen über denselben Fall erschüttern den Glauben an eine gerechte Beurteilung.

(Sehr richtig!)

Die durch die große Zahl der Betroffenen und die Umständlichkeit des Verfahrens bedingte Zeitdauer wirkt sich gegen den Zweck des Gesetzes aus. Die Betroffenen müssen zu lang auf ihre Entscheidung warten, wodurch in Verbindung mit Beschäftigungsverbot und Vermögenssperre für sie ungewollte Härten eintreten, die sie oft viel schwerer treffen, als die Maßnahmen der Entscheidung selbst.

(Sehr richtig! Sehr wahr!)

Mit dem zunehmenden Abstand vom Zusammenbruch werden gerechte Entscheidungen immer schwieriger, da das Volk infolge der im Vordergrund stehenden anderen Probleme - Ernährung, Bekleidung, Brennstoffversorgung, Wohnung usw. - das anfängliche Interesse an der Säuberung weitgehend verloren hat. Außerdem wird die Beweisführung mit zunehmendem Abstand von den Ereignissen immer schwieriger.
Eine weitere Beeinträchtigung des Gesetzes bedeutet der in verschiedener Hinsicht mit ihm getriebene Mißbrauch.

(Sehr richtig!)

Verfahren nach dem Befreiungsgesetz werden dazu benutzt, um mißliebige Konkurrenten unter Vorwand politischer Belastung auszuschalten.

(Zustimmung und Beifall.)

Von gewisser Seite sind Bestrebungen im Gange, mit Hilfe des Befreiungsgesetzes Sozialisierungsbestrebungen durchzusetzen.

(Sehr wahr!)

Das Denunziantentum hat im Befreiungsgesetz ein neues Betätigungsfeld gefunden.

(Bravo-Rufe, Zustimmung.)

Es darf nicht verkannt werden, daß auch unlautere Beeinflussungen des Spruchkammerpersonals durch die Betroffenen infolge der großen materiellen Not eine bedenkliche Rolle spielen.

(Sehr richtig!)

Die allgemeine durch die Not hervorgerufene Lethargie des deutschen Volkes läßt das Interesse an der Entnazifizierung immer mehr verschwinden. Das Volk hat das Empfinden, daß die Propagierung der Entnazifizierung als Problem Nummer eins nicht mehr den tatsächlichen Gegebenheiten entspricht und in einem Mißverhältnis zu dem Problem der wirtschaftlichen Not steht.

(Sehr gut!)

Der Zweck der endgültigen Ausschaltung des nationalsozialistischen und militaristischen Einflusses aus der Führung von Wirtschaft und Ernährung ist bisher nicht erreicht worden, da gegen Aktivisten und Hauptschuldige nur in wenigen Fällen verhandelt wurde. Der Zweck wurde lediglich vorläufig durch Artikel 58, das heißt durch das vorläufige Beschäftigungsverbot, erreicht, jedoch dadurch erkauft, daß gleichzeitig hunderttausende leicht oder überhaupt nur formal belasteter Personen damit ausgeschaltet wurden, wodurch die endgültige Ausschaltung der Schwerbelasteten verzögert wurde.
Die Fehler des Gesetzes haben zu politisch sehr bedenklichen Folgen geführt. Es wurde eine psychologische Schicksalsgemeinschaft aller Betroffenen geschaffen.

(Sehr richtig!)

Die nur formal Belasteten, die zum großen Teil während des Krieges und nach dem Zusammenbruch dem Nationalsozialismus völlig ablehnend gegenüberstanden, wurden mit den wirklichen Nazis durch die wenigstens vorläufig gleichmäßige Behandlung in eine Sympathiegemeinschaft gedrängt. Sie wurden renazifiziert, nicht entnazifiziert.

(Sehr richtig!)

Es hat ein allgemeiner Zeugenstreik eingesetzt. Wenige sind noch bereit, belastendes Material bekanntzugeben; insbesondere sagen die Leichtbelasteten nicht mehr gegen die Schwerbelasteten aus.
Die Verzweiflung aller sich unschuldig fühlenden und durch die lange Dauer des Verfahrens ihrer Existenz beraubten Personen führt zwangsweise zu einer neuen politischen Radikalisierung. Der Kreis von Personen, die sich jeder politischen Betätigung bewußt enthalten, ist leider außerordentlich groß und im steten Wachsen begriffen.
Am verheerendsten hat sich die Situation auf die Willigkeit zur Mitarbeit am Gesetz ausgewirkt. Beim Spruchkammerpersonal versuchen gerade die besten Kräfte, sich der Mitarbeit in steigendem Maß zu entziehen, teils aus innerer Gewissensnot, teils wegen der aus der Bevölkerung gegen sie gerichteten Angriffe. Die politischen Parteien wollen sich durch die Befassung mit einem so unpopulären Gesetz nicht selbst unpopulär machen; sie distanzieren sich immer offener von dem Gesetz. Von den Behörden ist allgemein keinerlei Hilfe bei der Durchführung des Befreiungsgesetzes zu bekommen. Die Kirchen erheben immer offener ihre Stimme gegen das Befreiungs-

gesetz und seine Auswirkungen; gerade weil die Kirchen während des Naziregimes in erheblichem Maße mit gegen das Unrecht gekämpft haben, wiegt ihre Stimme im Kampf gegen das Befreiungsgesetz heute bei der Bevölkerung um so schwerer.

(Sehr richtig!)

Auch Presse und Schrifttum ergehen sich in immer heftigeren Angriffen gegen das Befreiungsgesetz, wobei teilweise auch die durchführenden Organe angegriffen werden, und zwar teilweise wegen solcher Handlungen, zu denen sie gerade aufgrund des Gesetzes gezwungen waren.
Die Durchführung des Dienstverpflichtungsgesetzes stößt auf stärksten Widerstand. Es hat wenig Zweck, Personen, die dem Gesetz restlos ablehnend gegenüberstehen, zwangsweise zu einer Mitarbeit heranziehen zu wollen. Außerdem machen diese Fälle eine so große Arbeit, daß sie in keinem angemessenen Verhältnis zu dem erzielten Erfolg stehen. Neuerdings ist es modern geworden, gegen die Heranziehung zur Mitarbeit Klage beim Vewaltungsgericht zu erheben.
Der Gesetzeszweck ist ohne wesentliche Reformen nicht zu erreichen;

(Sehr richtig!)

andernfalls wird der Gesetzeszweck nicht nur nicht erreicht, sondern in sein Gegenteil verkehrt werden. Die derzeitige fehlerhafte Ausgestaltung des Gesetzes bewirkt - wie ich schon erwähnte - eher eine Renazifizierung, als eine Entnazifizierung.
Die von mir vorgetragenen Erwägungen lagen den Vorschlägen zugrunde, die die Befreiungsminister der amerikanischen Zone aufgrund eines Länderratsbeschlusses vom 30. Juni 1947 ausarbeiteten. Die Minister gingen davon aus, es sei bei der Zahl der unerledigten Fälle unmöglich, bis zu dem in Aussicht genommenen Termin, nämlich dem 31. März 1948, einen Abschluß der Denazifizierung herbeizuführen, es sei denn, daß radikale Gesetzesänderungen vorgenommen würden, durch die etwa größere Gruppen von Personen kurzerhand aus der Kategorie der Betroffenen entlassen würden. Da mit der Genehmigung einer so radikalen Gesetzesänderung vorerst nicht zu rechnen ist, beschränkten sich die Befreiungsminister auf eine kleinere Form des Befreiungsgesetzes, um wenigstens eine Beschleunigung der Verfahren herbeizuführen und zu vermeiden, daß sich der Säuberungsprozeß noch über weitere drei oder vier Jahre hinauszieht.
Es wurde vorgeschlagen:
1. den Verfahrensartikel 33 des Befreiungsgesetzes in der Weise zu ändern, daß dem Öffentlichen Kläger gegenüber bestimmten Gruppen Betroffener eine größere Freiheit bei der Erhebung der Anklage eingeräumt wird.
Am 31. Mai 1947 waren in der US-Zone noch 786.868 Fälle der Klassen I und II unerledigt, das sind mehr als viermal so viel Fälle, als bisher in den drei Ländern Verfahren der Klassen I und II abgeschlossen worden sind, nämlich 171.260. Es ist deshalb allein aufgrund dieser Zahl mit weiteren drei oder vier Jahren Fortdauer des Säuberungsverfahrens zu rechnen,

(Hört!)

wenn nicht durch Verfahrensvereinfachung eine Beschleunigung ermöglicht wird.
Nach der geltenden Verfahrensregelung muß der Öffentliche Kläger in den genannten 786.000 Fällen mindestens die Klage auf Einreihung in Gruppe II oder III erheben, und es muß dann ein formales Spruchkammerverfahren stattfinden. Es wurde nun vorgeschlagen, den Öffentlichen Kläger bei den drei Gruppen Betroffener von

diesem Anklagezwang zu befreien und ihm die Anklageerhebung aufgrund seiner eigenen Ermittlungen auch auf Einreihung in die Gruppe IV [zu] gestatten.
Die drei Gruppen, bei denen er durch eine Gesetzesänderung diese Freiheit bekommen soll, sind nach dem Vorschlag der Befreiungsminister:

a) Alle bloßen Mitglieder der NSDAP, die der Partei nach dem 30. Januar 1933, aber vor dem 1. Mai 1937 beigetreten sind. Bei den Mitgliedern der NSDAP, die nach dem 1. Mai 1937 beigetreten sind, hat er bereits das Recht auf Anklage nach Gruppe IV, da diese nicht [in] die Klasse II fallen.
b) Die aus HJ und BdM in die Partei Übergeführten.
c) Die Blockwalter der NSV, die Mitglieder der NSDAP waren.

Würde das Befreiungsgesetz in dem genannten Sinn geändert, so wird es möglich sein, einen großen Teil der 786.000 Fälle in vereinfachtem Verfahren, nämlich durch Sühnebescheide, zum Abschluß zu bringen. Es würde eine erhebliche Beschleunigung des gesamten Programms erreicht werden.
Für die zahlreichen Personen aus qualifizierten Berufen, deren Verfahren bei der Spruchkammer noch nicht abgeschlossen sind und die auch keine Beschäftigungsgenehmigung der Militärregierung nach Artikel 59 besitzen, bedeutet das Beschäftigungsverbot des Artikel 58 wegen der langen Wartezeit zur Durchführung des Verfahrens eine außerordentliche Härte. Das Beschäftigungsverbot wird von diesen Personen subjektiv mit Recht als eine schwerere Strafe empfunden als die Sühne, die die Spruchkammer ihnen einmal auferlegen wird,

(Sehr richtig!)

weil das Beschäftigungsverbot häufig eine Vernichtung der beruflichen Existenz bedeutet. Objektiv gesehen geht die qualifizierte Arbeitskraft dieser Personen der deutschen Wirtschaft auf allen Gebieten verloren.
Es wurde deshalb zweitens vorgeschlagen, für bestimmte Gruppen Betroffener das Beschäftigungsverbot des Artikel 58 aufzulockern, und zwar in der Weise, daß sie nicht mehr auf gewöhnliche Arbeit beschränkt bleiben, sondern auch schon vor der Spruchkammerentscheidung jede Tätigkeit außer in wichtiger Schlüsselstellung aufnehmen können.
Die Gruppen, denen diese Auflockerung des Beschäftigungsverbots zugute kommen sollte, sind folgende:

a) Die in Teil III des Anhangs zum Gesetz aufgeführte Gruppe der Mitläufer, deren Zahl sich am 31. Mai 1947 auf 291.343 belief.
b) Die gleichen Gruppen, bei denen dem Kläger Anklageerhebung auch nach Gruppe IV gestattet sein sollte.

Unabhängig von diesen Vorschlägen der Befreiungsminister nahm der württemberg-badische Landtag zum Entnazifizierungsgesetz Stellung und gelangte zu Beschlüssen, die über die Vorschläge der Befreiungsminister hinausgingen.
Sowohl die Vorschläge der Befreiungsminister als auch der württemberg-badische Initiativ-Gesetzentwurf wurden General *Clay* vorgelegt. Ob eine Änderung zu erwarten ist, wird sich vielleicht auf der nächsten Länderratstagung zeigen. Im Augenblick ist also das Befreiungsgesetz noch in seiner bisherigen Fassung in Kraft und eine Änderung im Sinne deutscher Vorschläge noch ungewiß.
Was den Stand der Entnazifizierung in Bayern anbelangt, so sind folgende Zahlen von Interesse: Von den bisher bei den Spruchkammern eingegangenen 6.384.000 Meldebogen wurden 1.817.000 Personen, das ist 28%, als betroffen befunden. Laut Grobsortierung verteilen sich diese wie folgt:

466.000 Personen, das ist 25,5%, fallen unter Klasse I, II oder III; 187.917 Personen, das ist 10%, fallen unter Teil B; 469.322 Personen, das ist 25,5%, fallen unter die Jugendamnestie und 679.904 Personen, das ist 39%, fallen unter die Weihnachtsamnestie.
Bis zum 31. Juli dieses Jahres wurden von den 466.000 unter Klasse I, II und III fallenden 137.000 Fälle erledigt, so daß noch 329.000 zu erledigen sind. Von den 187.000 unter Teil B fallenden Fällen wurden bis zum 31. Juli dieses Jahres 67.062 Fälle erledigt, so daß noch 120.000 Personen von dieser Gruppe durch die Spruchkammern verhandelt werden müssen.
In Bayern bestehen insgesamt 206 Spruchkammern, sechs Lagerspruchkammern und acht Berufungskammern. Die Berufungskammern sind in München für Stadt und Landkreis München, eine weitere Berufungskammer in München für Oberbayern, in Regensburg für Niederbayern und Oberpfalz, in Augsburg für Schwaben, in Nürnberg für [die] umliegenden Kammern, in Würzburg für Unterfranken, in Ansbach für Mittelfranken, ausgenommen den bereits bezeichneten Bezirk um Nürnberg, und in Hof für die umliegenden Kammern.
Von Interesse ist vielleicht auch eine Aufstellung über die Parteizugehörigkeit der Spruchkammervorsitzenden und der Öffentlichen Kläger. Von den 500 Vorsitzenden sind 204 parteilos, 142 gehören der SPD, 95 der CSU, 26 der KPD, 16 der WAV und 13 der FDP an. Von den 450 Klägern sind 163 parteilos, 152 gehören der SPD an, 63 der CSU,

(Hört!)

46 der KPD,

(Zuruf: Oho!)

zwölf der WAV und zehn der FDP[5].
Die Leistungen der einzelnen Spruchkammern schwanken beträchtlich. Es gibt Kammern, die bis zu 200 Fälle monatlich behandeln, und andere, die trotz günstiger Besetzung es nur auf 50 bis 60 Fälle monatlich bringen. Es ist dringend erforderlich, daß sich mehr Personen wie bisher aus den aufbauwilligen Kreisen des Volkes für die Spruchkammertätigkeit zur Verfügung stellen.
Die Berufungskammer in Augsburg ist gerade im Anlaufen, die Berufungskammer in Würzburg ist noch nicht in Tätigkeit

(Hört, hört!)

Bei den Berufungskammern liegen Tausende von Rückständen, die infolge ungenügender Besetzung ständig anwachsen. Viele Verfahren, deren Erledigung im Interesse der Wirtschaft und namentlich aus Gründen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit - das heißt insbesondere Haftsachen - dringend erforderlich ist, sind ins Stocken geraten. Die Aufarbeitung der Rückstände allein würde bei Beibehaltung der bisherigen Besetzung und des bisherigen Tempos mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

(Hört! Bravo!)

Abhilfe ist nur möglich durch eine Vermehrung und ausreichende Besetzung der Berufungskammern.

---

[5] Die angeführten Zahlen sind offensichtlich unstimmig. Genaue Angaben zur parteipolitischen Zusammensetzung des bayerischen Spruchkammerpersonals bei Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 526.

Gleich unbefriedigend sind die Verhältnisse beim Kassationshof, bei dem ebenfalls eine Vervielfachung des Personals erforderlich ist. Ich habe mich bereits an die anderen Ministerien gewandt und um Abordnung jedes nach dem Befreiungsgesetz zur Mitwirkung bei der Entnazifizierung geeigneten Juristen ersucht. Nur wenn diesem Ersuchen stattgegeben wird, ist mit einer Beschleunigung der Verfahren und dadurch mit einer Besserung der Verhältnisse zu rechnen.
Noch ein Wort über Zahlen aus den Arbeitslagern. Der Stand der Arbeitslager betrug am 31. Juli 1947 23.855 Personen. Für das Spruchkammerverfahren in die Heimat wurden bisher 4883 Personen entlassen; 3070 Personen wurden bisher an deutsche Lager in anderen Ländern der amerikanischen Zone abgegeben. Als Wachmannschaften sind 2273 Personen tätig.
Was ich Ihnen über den Stand der Entnazifizierung vorgetragen habe, bietet also kein erfreuliches Bild. Es wird noch sehr großer Anstrengungen bedürfen, um die Entnazifizierung in absehbarer Zeit zum Abschluß zu bringen. Ich möchte daher zum Schluß noch einmal den eindringlichen Appell an Sie, meine Parteifreunde, richten: Werben Sie für eine rege Beteiligung bei der Durchführung des Befreiungsgesetzes in allen Kreisen der Bevölkerung! Niemand, der hierzu geeignet ist, darf beiseite stehen! Diese Mitarbeit ist die Voraussetzung für den Wiederaufbau und daher im besten Sinn Dienst am Volke.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Parteifreund *Hagenauer*. Ich glaube, wir dürfen feststellen, daß wir endlich zufrieden sind, daß im Sonderministerium auch ein Mann des objektiven Rechts Einzug gehalten hat.

(Beifall.)

Gerade hier ist Objektivität entscheidend dafür, ob überhaupt die Entnazifizierung durchgeführt werden kann oder nicht; denn wenn die Willkür siegt, bricht der Staat zusammen.
Meine lieben Freunde, ich habe die Gäste zunächst noch nicht in den Saal gelassen, weil ich Ihnen vorschlagen möchte, die Abstimmung, die wir gestern auf heute verlegt haben, vorzunehmen, solange die Gäste noch nicht da sind, damit das Durcheinander nicht zu groß wird. Es hat sich gestern gezeigt und wir waren dahin informiert, daß Gäste in den Sitzreihen waren und mit Ausweisen von Delegierten hereinkamen. So konnte man nicht abstimmen.
Ich darf infolgedesssen vorschlagen, daß wir jetzt die Abstimmung über das Vertrauensvotum für unseren Parteifreund *Hundhammer* in der Kulturpolitik - dies ausdrücklich festgestellt - nachholen und das Resultat dann erst nachher bekanntgeben, weil ich dann mittlerweile Ihnen meinen Vortrag halten möchte. Daran anschließend kommen dann die Diskussionen, auf die die Freunde alle warten.
Ist der Vorschlag angenommen? - Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann treten wir in die Abstimmung ein.
Sind die Stimmzettel verteilt? - Ich bitte, für die Abstimmung einen Ausschuß zu bestellen und darf vielleicht *Pflüger*, Dr. *Rinke* und Dr. *Jaeger* bitten. Sind die Freunde damit einverstanden? - Es erhebt sich kein Widerspruch.
Braun: Zur Geschäftsordnung! Ich stelle die Frage, worüber abgestimmt wird. Wird über die Person des Ministers abgestimmt?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nein! Ich habe ausdrücklich gesagt, daß über die Kulturpolitik abgestimmt wird. Es ist selbstverständlich, daß, wenn die Stimmzettel verteilt

sind, der Antrag nochmals verlesen wird. Ich wollte nur warten, bis die Stimmzettel verteilt sind.
Praktisch wollen wir es so halten: An vier Stellen stehen die Leute, die die Namen nach der Gliederung der Bezirke verlesen: Sind Sie damit einverstanden, damit Zeit gespart wird?

(Zustimmung.)

Die Leute in den Bezirken sind ja bekannt; so ist eine Selbstkontrolle vorhanden. Jeder Abstimmende hat den Delegiertenausweis bei der Abstimmung gleichzeitig vorzuzeigen.

(Zuruf: Wird mit Ja und Nein abgestimmt?)

Es wird mit Ja und Nein abgestimmt. Sind die Stimmzettel verteilt?

(Zuruf: Sie werden gerade verteilt!)

Von Prittwitz-Gaffron: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte, noch einmal die Frage vorzulesen, über die abgestimmt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich werde den Antrag verlesen, sobald die Stimmzettel verteilt sind und in die Abstimmung unmittelbar eingetreten wird.
Haben alle Delegierten Platz genommen?

(Zurufe: Nein!)

Sind noch Delegierte draußen?

(Zurufe: Ja!)

Ich bitte, dafür Sorge zu tragen, daß die Delegierten so rasch wie möglich hier hereinkommen. Ich bitte, Platz zu nehmen.
Während die Stimmzettel verteilt werden, erteile ich, wenn sich kein Widerspruch erhebt, dem Parteifreund *Euerl* das Wort zur Abgabe einer Erklärung.

(Zuruf vom Bezirksverband München: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte, davon Abstand zu nehmen. Wir sind bereits in der Abstimmung; die Erklärung gehört nicht hierher. - Zustimmung.)

Es kommt darauf an. Es darf nicht mehr abgegeben werden als eine Erklärung.
Euerl: Ich erkläre, daß ich bereits heute früh vor Beginn der Tagung dem Vorsitzenden und dem Geschäftsführer mitgeteilt habe, daß ich vor der Abstimmung eine Erklärung abgeben will.

(Widerspruch.)

Wenn die Worterteilung vor der Abstimmung versäumt worden ist, trifft mich keine Schuld. Ich bestehe auf meiner Erklärung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bitte, wollen Sie nicht mit Geschäftsordnungsdebatten beginnen! Ich frage Sie, *Euerl*, ist die Erklärung so gehalten, daß sie wirklich nur eine Erklärung ist, oder wird es daraufhin eine Debatte geben?
Euerl: Es ist nur eine Erklärung, die ich zur Bereinigung der Sache abgeben muß.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Was soll das heißen?
Euerl: Es muß etwas klargestellt werden, was gestern gesagt worden ist. Das muß erklärt werden, und dazu bitte ich das Recht zu haben.
Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Ich beantrage, daß die Erklärung zunächst dem Vorstand der Partei vorgelegt wird, um zu wissen, was die Erklärung will. Sollte sich

ergeben, daß diese Erklärung eine Beeinflussung bei der Abstimmung bedeutet, hätte das vorher gebracht werden können. Ich sage das deswegen, weil ich jede einseitige Beeinflussung bei der Abstimmung in dieser wichtigen Angelegenheit vermeiden möchte. Ich möchte also vorschlagen, diese Erklärung zunächst einmal dem Vorstand der Partei zur Kenntnis vorzulegen, damit wir uns darüber schlüssig werden können, ob die Erklärung zuzulassen ist oder nicht.
Euerl: Ich stelle ausdrücklich fest, daß das eine undemokratische Beeinflussung ist.

(Unruhe. - Die Erklärung wird dem Vorsitzenden zur Einsichtnahme vorgelegt.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich möchte die Angelegenheit mit dem Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] besprechen.
(Kurze Besprechung zwischen Vorsitzendem und Ministerpräsidenten.)
Ich bitte um Ruhe! Wir fahren fort. Ich darf aufgrund der Besprechung, die wir gerade durchgeführt haben, Parteifreund *Euerl* das Wort zur Abgabe der Erklärung geben, die er für eine Reihe von evangelischen Freunden, nicht nur im eigenen Namen, abgeben wird.
Euerl:

Erklärung:
Im Ringen um den Bestand der Union haben wir evangelischen Christen es schmerzlich empfunden, daß der Bayerische Kultusminister Dr. *Alois Hundhammer* ohne zwingenden Grund in seiner gestrigen Rede den einzigen evangelischen Exponenten im Kultusministerium, Staatsrat Dr. *Meinzolt*, in der Öffentlichkeit diffamiert hat. Wir sind der Überzeugung, daß kein Deutscher zur Überprüfung seiner Vergangenheit den zuständigen Instanzen entzogen werden darf, lehnen aber die politische Diffamierung in der Öffentlichkeit ab. Daß es in diesem Falle durch den Bayerischen Kultusminister geschehen ist, bedauern wir um der Christlich-Sozialen Union willen, der wir uns anschlossen, um in ihr die vertrauensvolle Zusammenarbeit der gläubigen Christen aller Konfessionen zu finden.

(Zuruf: Unterschrift!)

Gezeichnet: *Euerl, Mayr, Haußleiter,*

(Zuruf: Aha! - Starke Unruhe.)

Emmert.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, es ist, glaube ich, hier kein großer Zug im Moment zu sehen. Ich bitte weiterzufahren! Ich bitte um Ruhe!

(Anhaltende Unruhe.)

Meine lieben Freunde, wenn Sie nicht fähig sind, einen Namen zu hören, dann tut es mir leid!

(Teilweise Zustimmung.)

Jetzt erteile ich das Wort dem Kultusminister *Hundhammer* zur Abgabe einer Erklärung. *Hundhammer*, ich darf aber bitten, nicht eine Rede zu halten, sondern auch nur eine Erklärung abzugeben.

(Beifall.)

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Liebe Parteifreunde! Die Erklärung, die hier verlesen worden ist, hat mich außerordentlich überrascht, und ich weiß nicht, wie groß der

Prozentsatz der Teilnehmer ist, die meine gestrige Stellungnahme in dem Punkt, der hier erwähnt wurde, als eine Diffamierung empfunden haben. Ich meinerseits habe sie für notwendig gehalten. Ich bin davon ausgegangen, daß ich mich dagegen verteidigen mußte, daß ich in der breitesten Öffentlichkeit der ganzen Welt angegriffen werde mit Behauptungen, die den Tatsachen absolut widersprechen, wie es hier im Falle *Meinzolt* in der amerikanischen Presse geschehen ist, Behauptungen, die übrigens in ihrem letzten Kern jedenfalls von Bayern ausgehen müssen. Wenn hier behauptet worden ist, ich hätte den Fall *Meinzolt* erwähnt, um den Mann zu diffamieren, so möchte ich ganz klar folgendes sagen: Staatsrat *Meinzolt* hat, als ich mein Amt angetreten habe, damals bei der ersten Besprechung erklärt, er überlege sich, ob er im Amt bleiben werde. Warum? Weil die Staatssekretäre den Staatsräten vorgesetzt worden sind. Ich habe ihn daraufhin gebeten, im Amt zu bleiben, weil ich einen prominenten Vertreter der evangelischen Richtung in meinem Ministerium haben möchte.

(Hört, hört!)

Daraufhin hat Staatsrat *Meinzolt* erklärt, er wolle es sich überlegen und zunächst für einige Monate bleiben. Heuer im Mai ist zwischen ihm und mir ein mündliches Abkommen getroffen worden - ich habe ausdrücklich erklärt, wir fixieren es nicht schriftlich -, daß er weiterhin im Amte bleibt, gerade um nach außen hin Klarheit zu schaffen, daß ich mit der evangelischen Kirche zusammenarbeiten will. Ich habe ihn darum gebeten, und er war dazu bereit.
Wenn ich nun, wie ich es in den letzten Monaten bei der Militärregierung und bei anderen Stellen tun mußte - was nicht öffentlich bekannt ist -, *Meinzolt* verteidigt und ihn gegen die Angriffe behalten habe, die gegen ihn im Gange waren,

(Hört, hört!)

dann muß ich es bitter empfinden, wenn man heute die Situation vor dieser Abstimmung dahin drehen will, als ob ich *Meinzolt* angreifen wollte.

(Pfui-Rufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Es sind das schwere Ausdrücke. Wenn es Persönlichkeiten gibt,

(Anhaltende Unruhe.)

die es so empfunden haben, so haben sie mich falsch verstanden. Es ist nicht meine Absicht, wie es hier dargestellt worden ist, *Meinzolt* irgendwie zu diffamieren, sondern ich habe erstens *Meinzolt* gebeten, im Amt zu bleiben, ich habe ihn zweitens verteidigt, und ich bin drittens gewillt, ihn auch weiterhin auf dem Posten zu halten, weil ich ihn dort wünsche. Das ist also eine ganz andere Situation!

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich unterbrechen.

(Zuruf: Schluß!)

Meine lieben Freunde, ich bitte um Ruhe! Es wird nämlich nicht besser, wenn man wie ein Haufen durcheinander redet. Wenn Sie hier heroben wären und das Gemurmel hörten, würden Sie sich wundern über die Persönlichkeiten, die sich daran betei-

ligen. Sie reden doch immer über Persönlichkeitswerte; Sie wollen sich doch als Persönlichkeiten fühlen und nicht als Masse erscheinen!

(Anhaltende Unruhe.)

Das war eigentlich nicht der Sinn der Abgabe der Erklärungen. Ich bedauere es, daß es auf diese Weise durch Rede und Gegenrede, nicht durch Abgabe zweier Erklärungen, große Diskussionen gegeben hat.
Es waren noch zwei Wortmeldungen da; eine von *Euerl*, die andere von *Pflaum*. Ich bitte beide, darauf zu verzichten, denn wir haben noch wichtigere Dinge zu tun. Die Erklärungen sind abgegeben; ich glaube, die Meinungen sind gebildet. Davon wollen wir ausgehen. Es hat keinen Sinn, wenn wir jetzt noch gegenseitig Geschütze auffahren. Erhebt sich ein Widerspruch dagegen?

(*Pflaum*: Ich möchte nur einen Satz sagen!)

Ich erteile auch Ihnen das Wort nicht! Erhebt sich ein Widerspruch dagegen, daß ich damit endgültig die Diskussion abschließe?

(Zurufe: Nein!)

Die Diskussion ist abgeschlossen.

(*Pflaum*: Ich bedauere ...)

Ich darf dann zur Abstimmung schreiten. Sind die Stimmzettel verteilt? - Dann bitte ich, mit der Verlesung der Namen zu beginnen.

(Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe! Der Antrag wird jetzt verlesen.
Plonner:

> Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union spricht dem Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus [*Alois Hundhammer*] ihr volles Vertrauen für seine mannhafte und grundsatzfeste Haltung aus und erwartet besonders in der Frage der Erziehungsreform die volle Wahrung und Sicherung der in der Verfassung gewährleisteten Grundrechte des bayerischen Volkes.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Abstimmung beginnt. Es wird mit Ja oder Nein abgestimmt. Es sind, wie die Freunde wissen, auch Gäste da; jeder Abstimmende hat daher seinen Stimmberechtigungsschein vorzuzeigen.
Dr. *Schedl*: Die Listen sind ausgeteilt nach Landesvorstandschaften usw., also nach der Gliederung in diesem Saale, so daß möglicherweise gleichzeitig dieselben Namen ertönen und vorgelesen werden können, weil die betreffenden Herren Sitz und Stimme im Landesvorstand und als Abgeordnete haben. Wenn der Name rückwärts verlesen wird, bezieht es sich nicht auf die Mitglieder des Landesvorstandes, sondern auf die Abgeordneten, die ja rückwärts sitzen, oder auf einen Bezirksverband, bei dem der Betreffende dann als ordnungsgemäßer Vertreter abstimmen kann.
Zur Abstimmung muß der Abstimmende den Delegiertenausweis vorzeigen, sonst kann der Stimmzettel nicht angenommen werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich muß mich korrigieren: Es kann selbstverständlich auch mit Stimmenthaltung abgestimmt werden.
(Die Abstimmung wird vorgenommen.)

Ein Teil der Stimmbezirke ist bereits mit der Abstimmung fertig; ist die Landesversammlung damit einverstanden, daß bereits mit der Abzählung dieser Stimmbezirke begonnen wird?

(Zustimmung.)

(Die Abstimmung nimmt ihren Fortgang.)
Haben alle stimmberechtigten Vertreter abgestimmt?

(Zustimmung.)

Dann erkläre ich die Abstimmung für geschlossen.
Ich erteile Parteifreund *Hundhammer* das Wort zur Abgabe einer Erklärung.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*. Liebe Parteifreunde! Ich bin von Mitgliedern meines Bezirksverbandes Oberbayern gebeten worden, zu Gerüchten Stellung zu nehmen, die jetzt während der Abstimmung im Saale verbreitet worden sind. Das erste dieser Gerüchte geht dahin, ich hätte im Einvernehmen mit *Hoegner* den Rektor *Brenner* von Erlangen ermächtigt, neben seiner Erlanger Rektorenschaft die Leitung der Handelshochschule in Nürnberg weiter zu behalten und damit dort den Sozialdemokraten auf dem Posten zu lassen. Ich möchte dazu feststellen, daß ich weder mit der Ernennung von *Brenner* zum Rektor der Handelshochschule noch mit seiner Wahl zum Rektor von Erlangen etwas zu tun hatte, weil beides ja längst schon war, bevor ich Minister geworden bin.

(Zuruf: Er ist aber wiedergewählt worden!)

Die Wahl des Rektors ist eine Angelegenheit, die an der Universität von den Professoren selbst durchgeführt wird. Ich habe weder mit seiner Erlanger noch Nürnberger Geschichte überhaupt etwas zu tun, und ich habe auch nicht mit Dr. *Hoegner* über diese Sache gesprochen.
Zweitens ist das Gerücht verbreitet worden, der Dr. *Hundhammer* will deswegen Eichstätt, Würzburg, Regensburg und Bamberg nicht als Ausweichfakultäten für die Hochschulen belassen, weil er Erlangen nicht weh tun will. Auf der anderen Seite wieder bin ich von der Gegenseite angegriffen worden, weil ich angeblich diese Hochschulen fördern will.
Ich möchte dazu ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich einen Moment unterbrechen; *Hundhammer*, ich bitte zu entschuldigen, aber ich glaube, wir haben die Besprechungen über dieses Thema abgeschlossen. Es werden ja so viele Gerüchte verbreitet! Was sind die ganze Woche nur über mich für Gerüchte in Umlauf gesetzt worden!
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Wenn die Gerüchte verbreitet werden, um die Abstimmung zu beeinflussen, dann möchte ich Stellung nehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir haben bereits abgestimmt. Ich würde gerne reden lassen; mir kommt es aber darauf an, irgendwie Zeit zu gewinnen.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Dazu möchte ich ausdrücklich feststellen, daß es mir vollkommen ferne liegt, die Theologischen Hochschulen zu schwächen, um einer anderen Hochschule, von der man glaubt, daß sie sozialdemokratisch beeinflußt sein könnte, einen Dienst zu erweisen. Wenn man mir so stark vorwirft, daß ich so eisern die grundsätzliche Linie wahre, dann ist es am wenigsten wahrscheinlich, daß ich die Konzessionen mache, die mir vorgeworfen werden. Ich bedauere es, wenn für die Ab-

stimmung solche Gerüchte unter die Masse geworfen werden, um Stimmung zu machen.
Würz: Zur Geschäftsordnung! Die Gerüchte sind keineswegs verbreitet worden, sondern wir haben uns mit anderen fränkischen Freunden unterhalten, was sie gegen *Hundhammer* haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann ist die Debatte abgeschlossen. Ich darf Frau *Lang-Brumann* das Wort geben. Ich bitte um Ihre Zustimmung dazu. Sie möchte für die Arbeitsgemeinschaft der Frauen der Union, die vorgestern gegründet wurde, eine Erklärung abgeben. Sind Sie damit einverstanden? - Dann darf ich das Wort erteilen.
Frau *Lang-Brumann* (mit Beifall begrüßt): Verehrte Herren! Ich habe mich gefreut, daß auch die Männer eine Frau begrüßt haben. Ich danke dafür!
Ich habe den Auftrag, der außerordentlichen Landesversammlung mitzuteilen - wie es der Herr Vorsitzende vorher schon getan hat -, daß sich die Frauen der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 29. August, also vorgestern, auf einer in jeder Hinsicht einmütig verlaufenen Versammlung

(Lebhafter Beifall.)

zur Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen der CSU in Bayern zusammengeschlossen haben. Anwesend waren die sämtlichen Bezirks- und Kreisvertreterinnen der Partei, unsere weiblichen Abgeordneten, unsere Kreis-, Stadt-, und Schulrätinnen, unsere Ministerial- und Regierungsreferentinnen. Zweck der Gründung ist unter anderem die klare Herausstellung der Gesamtmeinung und des Gesamtwillens *des* Wählerkreises der Union, der in Anspruch nehmen darf, zahlenmäßig der größte zu sein.

(Sehr richtig!)

In ernster Sorge um den Verlauf der Landesversammlung, die von größter Tragweite für Partei und Volk werden könnte, faßten die geeinten Frauen als ersten den spontanen Beschluß, einen dringenden Appell an die Landesversammlung zu richten, die Versammlung möchte im Geiste des Friedens,

(Sehr richtig!)

in den Formen jener Wohlanständigkeit geführt werden ...

(Beifall. - Die Saalbeleuchtung erlischt.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich stelle fest, daß bei dem Wort Wohlanständigkeit die Sonne untergegangen ist. Ich glaube, die Worte sind wirkungsvoll.
Frau *Lang-Brumann*: Denken Sie inzwischen über das Wort Wohlanständigkeit nach!

(Zurufe: Weitersprechen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sind die Freunde bereit, auch im Dunkeln zuzuhören, ohne eine Saalschlacht zu beginnen? - Ich bitte Frau *Lang-Brumann* weiterzusprechen.

Frau *Lang-Brumann*: ... im Geiste des Friedens und jener Wohlanständigkeit geführt werden, die von christlichen Delegierten einer Partei erwartet werden muß, die sich Union nennt.

(Sehr richtig!)

Nach den trefflichen Ausführungen unseres hochverehrten Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*], die er gestern machte, nach der begeisterten Vertrauenskundgebung,

die ihm von der gesamten Versammlung in seltener Einmütigkeit gezollt wurde, glaubten wir, von dem geplanten Appell absehen zu können. Mit Enttäuschung, größter Bestürzung und - wir verschweigen es nicht - mit nicht unterdrückbarer Empörung erlebten wir dann bedauerlicherweise die Vorgänge, die wir nicht anders als eine tiefe Schande empfinden konnten,

(Sehr richtig!)

als eine tiefe Schande angesichts des gequälten Volkes, das draußen im Lande mit zitternden Nerven herhorcht nach Eichstätt, des Volkes, das uns vertraut hat und von uns erwartet, daß wir Mittel und Wege suchen und finden, seinem grenzenlosen Elend zu steuern.

(Lebhafter Beifall.)

Statt dessen toben sich hier Leidenschaften aus, die niemand in der Welt versteht. Wir Frauen sind der Meinung, daß kein Kampf die Hochachtung vor der Überzeugung und Würde des Gegners außer acht lassen darf,

(Sehr gut!)

daß zwischen jedem Kampf zwischen ehrlichen Männern Klärung, Einigung und Frieden ist,

(Beifall.)

daß die Absicht des Kampfes so durchsichtig, das Ziel so wertvoll, die Kampfesweise so ritterlich und vornehm sein muß, daß der endliche Sieg des einen oder des anderen als gerechte Lösung und Erlösung von jenen empfunden wird, die den Kampf mit heisser innerer Beteiligung miterleben.

Wir christlichen Frauen möchten uns jedenfalls nicht mitschuldig machen, wenn der heilige Auftrag, die unvergleichliche Chance der Christlich-Sozialen Union, die ihr nach einem unerhörten Krieg geschenkt wurde, wenn diese Berufung, wenn diese Aufgabe hier vergeudet oder verspielt würde. Aber Sie werden sie nicht verspielen, verehrte Herren! Sie haben sich gestern von Ihrem Temperament hinreißen lassen; Sie haben sich von allen möglichen Imponderabilien emportreiben lassen! Ich denke nur an diesen Saal; dieser Saal ist überhaupt nicht glücklich für eine solche Versammlung, wo jedes Wort haften bleibt, wo man nichts in die frische Luft hinauslassen und keine frische Luft hereinlassen kann, wo alles sich aufbläht und auf unnatürliche Weise formuliert wird. Das müssen Sie auch bedenken! Lassen Sie sich nicht, wie der Münchner sagt, künstlich aufs Stangerl hinauftreiben, was Sie selber in diesem Kreise nicht wollen! Ich hoffe es wenigstens! Es sind nur einige Herren, die sich so danebenbenehmen,

(Sehr richtig!)

die ihr Temperament nicht zu bändigen verstehen. Sie alle lieben doch Ihr Volk, Ihre Partei! Wir alle tun das; das wissen wir. Zerstören wir also dem hoffnungsarm und glaubensarm gewordenen Volk, das uns vertraut hat und noch vertraut und jetzt auf uns horcht, nicht den Glauben an die Ideale der Union und ihre Durchführung! Nehmen wir ihm nicht den Glauben an unsere unverbrüchliche Zusammengehörigkeit und unser unverbrüchliches Zusammenhalten! Nehmen wir ihm nicht den Glauben an die Treue der Union!

(Lebhafter und anhaltender Beifall. - Zuruf: Die Worte sofort in die Tat umsetzen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wäre besser gewesen, das Wort wäre tatsächlich gleich in die Tat umgesetzt worden, auch in der Diskussion.

(Sehr richtig!)

Ich danke Frau *Lang-Brumann* für die Worte, die sie im Namen der Frauen der Union an uns gerichtet hat. Ich glaube, wir wollen uns alle redlich Mühe geben. Es liegt im Interesse der Union, daß wir das Ansehen der Union wahren, so wie wir es dadurch zum Ausdruck gebracht haben, daß alle Frau *Lang-Brumann* Beifall gespendet haben. Wenn aber die Prüfung vorgenommen worden wäre, hätte wahrscheinlich einer mit dem Finger auf den anderen gedeutet;

(Sehr richtig!)

das war das Interessante in dem Augenblick, in dem das Licht ausging.
So wollen wir nicht nur auf den anderen deuten, sondern auch auf uns. Wir wollen gemeinsam zusammenstehen, damit wir den heutigen Tag in einer Union überstehen.

(Beifall.)

Darf ich im Anschluß daran mir selbst das Wort erteilen? - Es erhebt sich kein Widerspruch.
Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde!
Die Zeichen der Zeit stehen auf Sturm. Wir haben es gestern hier erlebt. Was wir hier erlebt haben, ist aber nur ein Spiegelbild dessen, was in unserem Volk vor sich geht. Wenn die Öffentlichkeit über diese Versammlung etwa so urteilen sollte, daß hier etwas besonderes vor sich ginge, daß Menschen, die sich in einer Union zusammengefunden haben, die Arm in Arm miteinander marschiert sind, in Diskussionen gegeneinanderstehen, wenn sie Masse werden, dann täuscht sich die Öffentlichkeit, wenn sie glaubt, es sei das das Spezifikum einer Partei. Wir sind eine Majoritätspartei, eine Mehrheitspartei. Infolgedessen muß sich zwangsläufig auch in unserer Partei das Leben widerspiegeln, wie es sich heute in unserem Volk abspielt, wie es unser Volk im schwersten Ringen erlebt. Die materielle und die moralische Not drückt eben den Menschen hinein in die Masse. Wenn die vernünftigen Menschen zusammengestellt, wenn zehn Universitätsprofessoren nebeneinandergereiht werden und sie werden Masse, dann stellen sie etwas anderes in ihrem Inhalt dar, als wenn sie als zehn Persönlichkeiten selbständig dastehen.
Der Vorgang, den wir gestern erlebt haben, zeigt uns, wie notwendig die Christlich-Soziale Union ist, wie notwendig es gerade ist, den Menschen zum Bewußtsein zu bringen, daß sie aus Leib und Seele bestehen, daß sie Persönlichkeiten sind, die in sich geschlossen sind, gesteuert und gelenkt von der Verantwortung vor Gott. Denn die Demokratie, wie wir sie verstehen, ist auf die Verantwortung des freien Menschen vor Gott gegründet.

(Beifall.)

Gerade weil wir die Demokratie so empfinden, haben wir als christliche Demokraten eine besondere Verpflichtung, als ausgeglichene Persönlichkeiten diese Ausgeglichenheit in den Staat und in die Gesellschaftsordnung hereinzutragen, damit Staat und Gesellschaftsordnung ausgewogen werden.
Wenn wir das wollen, müssen wir uns über die Hemmnisse klar werden. Die Hemmnisse sind nicht allein bei uns begründet. Wir wissen ja auch, wir sind unfrei, wir sind

niedergebrochen. Durch den Krieg, der bis zum bitteren Ende durchgeführt wurde, sind wir am Ruin, am Abgrund. Freie Völker können leicht ihre Demokratie aufbauen, wenn sie die Demokratie errungen haben. Sichere Demokratien wurden im allgemeinen dann aufgebaut, wenn Revolutionen vorhergegangen sind. Uns blieben solche Revolutionen erspart. Seit den Bauernkriegen hatten wir keine eigentlichen tiefgehenden Erschütterungen in unserem Volkskörper. Es war ein Glück, wenn Blut erspart wurde. Aber vielleicht würde unsere Demokratie anders geworden sein, wenn wir sie wirklich durch Kampf errungen hätten. Völker, die sich ihre Demokratie erkämpft haben, haben dann ihre Demokratie in ihrem Sinne gestaltet. Uns wurde die Demokratie gebracht, und wir versuchen jetzt, mit dem Geschenk, das uns gegeben wurde, etwas anzufangen. Wir danken denen, die uns befreit haben, weil wir nicht aus eigener Kraft frei wurden, dafür, daß sie uns die Demokratie gebracht haben. Hoffentlich wird sie für uns aber kein Danaergeschenk. Wenn wir so weitermachen - und es liegt in diesem Falle, ich darf ehrlich sagen, nicht allein an uns, sondern auch an denen, die uns die Demokratie geschenkt haben, ein kleiner Teil der Schuld -, dann wird diese Demokratie als weiche Demokratie in sich zusammenbrechen.
Gehen wir doch hinaus ins Volk. Täuschen wir uns nicht. Wir stehen mitten in der schwersten Krisis der Demokratie, zwei Jahre, nachdem wir sie gegründet haben.

(Sehr richtig!)

Fragen Sie draußen d[ie] Menschen, was sie von der Demokratie halten. Fragen Sie d[ie] Menschen, was sie vom Staat und was sie von den Parteien halten. Ich glaube, wenn wir gestern diese Fragen hier beantwortet hätten, dann hätten wir uns vor manchem gehütet, damit nicht draußen Menschen aufstehen und sagen, diese Parteien spielen nur Theater. Wir müssen verhindern, daß sich diese Menschen im Glauben an die Wahrheit durch ein solches Theaterspielen bitter enttäuscht fühlen. Es gibt nichts Gefährlicheres, als wenn wir den Menschen, die in der materiellen Not stehen, auch noch den Glauben an die Wahrheit der Worte nehmen, die wir zu ihnen sprechen.

(Zustimmung, Beifall.)

Wodurch wird die Demokratie Schaden leiden, wenn wir so weiterfahren? Zunächst ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die materielle Not sehr wesentlich mitbestimmend ist für die Haltung der Menschen. Ein Mensch, der in den Alltagssorgen lebt, will eben zuerst die Alltagssorgen von sich genommen haben, bevor er Worte über die Demokratie hört. Wir wissen, wie schwer es uns fällt, diese Alltagssorgen von den Menschen zu nehmen. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben, daß wir sie ihnen gar nicht nehmen können, daß wir nur hoffen können, daß die Menschen nicht durch äußerste Not in Verzweiflung getrieben werden. Wenn die Demokratie den nächsten Winter und seine Not übersteht, dann wird vielleicht die Frühlingssonne wirklich die Zukunft unseres Volkes besser bescheinen können. Wir können dann mehr Hoffnung für die Demokratie haben. Wenn aber im nächsten Winter sich die Schwierigkeiten des letzten Winters noch steigern, welche Gefahren entstehen dann für unser Volk, für unsere Demokratie? Dazu treten dann noch die Sorgen, die die Menschen in besonderer Weise im einzelnen bedrücken. Denken wir an die Sorgen um das Heim. Wie eng sind die Menschen zusammengepfercht, wie leicht entsteht dadurch Streit. Wie eng sind wir in den Städten zusammengepfercht! Zwangsläufig kommt es da zu Auseinandersetzungen, zumal wenn keine Nervensubstanz mehr vorhanden ist. Und wenn sich Menschen streiten, kann keine gesunde Demokratie wachsen. Denn der Streit entsteht nur aus der Übersteigerung und Überreiztheit.

Wenn nun zu alledem noch die besonderen Sorgen der einzelnen Generationen kommen, dann treten Probleme auf, wie sie nur von Zeit zu Zeit sich in besonderer Weise zeigen. Ich fürchte, es ist uns bis heute noch kaum gelungen, die Heimkehrergeneration mit Vertrauen zur Demokratie zu erfüllen.

(Beifall.)

Wir müssen verstehen, daß diese armen Menschen, die an ihr Volk und an den Staat geglaubt haben, bitter enttäuscht wurden, weil sie eben von allen mißbraucht wurden. Nun kommen sie zurück und erwarten das andere. Das aber gibt ihnen nicht mehr als das, was sie vorher hatten. Die Folge davon ist, daß sie in ihrer Enttäuschung der Verzweiflung nahegebracht werden. Wir dürfen dazu nur an familiäre Schwierigkeiten denken, und das Unglück ist fertig. Ich sehe es daher immer als Hauptaufgabe der Union an, daß wir versuchen, die jungen Menschen, die Heimkehrer vom Felde zu erfassen und der Union zu gewinnen. Nicht des nationalsozialistischen Spruches wegen! Das liegt hinter diesen Menschen. Diese Menschen haben am ehesten erlebt, wohin der Nationalismus geführt hat.

(Sehr richtig!)

Es kommt darauf an, ob es uns gelingt, diese Menschen so anzusprechen, daß sie sich wieder daheim fühlen und nicht in einem Haus voller Streit.

Die besonderen Schwierigkeiten, die heute auch nicht verkannt werden dürfen, liegen in der totalen strukturellen Veränderung unserer Gesellschaftsordnung. Auch wir in Bayern haben zu den eingesessenen Bürgern von früher soundso viele neue Bürger bekommen. Was beinhaltet das schöne Wort Neubürger an Dasein? Es kann bestimmt nicht dem altbürgerlichen Dasein von früher verglichen werden. Die Menschen, die einmal etwas besessen haben, die Hab und Gut verloren haben, sind in größerer Gefahr als Menschen, die schon von vorneherein in der Armut geboren wurden. Das ist eine alte Erscheinung, die man nie übersehen darf. Bei diesen Menschen entsteht die größte Gefahr der revolutionären Gesinnung und Haltung. Wenn wir es ernst meinen mit dem Glauben an das Christentum und an die Demokratie, dann müssen wir vor allem trachten, diesen Menschen die Hilfe zu geben, die sie brauchen, um sich überhaupt wieder als Menschen fühlen zu können.

(Beifall.)

Gerade dieses Beispiel zeigt uns, daß es nicht damit getan ist, daß wir gelegentlich nur das Wort "Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst" hinwerfen, sondern hier muß es heißen, so wie es damals geheißen hat, als das Christentum entstand: Seht, wie sie einander lieben!

(Sehr richtig!)

Seht, wie der Reiche gibt, seht, wie der Arme nicht gezwungen wird, sich zu nehmen, sondern wie er freiwillig bekommt.

Wir werden uns Mühe geben müssen, alle zu erfassen, die durch den Verarmungsprozeß unseres Volkes in den Strudel hineingerissen werden. Noch täuschen wir uns heute durch den Schein, auf dem ein Wert steht, der aber nicht durch den Wert beinhaltet ist. Noch täuschen wir uns durch die Inflation darüber hinweg, daß wir alle sehr viel an materiellen Werten verloren haben. Ich glaube, manches Gerede von den Interessentengruppen würde wegfallen, wenn die betreffenden Interessentengruppen an die Zeit nach der Liquidation der Inflation dächten. Wenn die Menschen daran den-

ken, wie wir alle dann verarmt sind, der Bauer wie der Städter, wenn einmal der reale Gehalt so festgestellt wird, daß eine gerechte Basis für einen Start in der Wirtschaft gefunden ist, dann wird der Bauer auf dem Lande wie der Arbeiter in der Stadt die Christlich-Soziale Union brauchen. Es wird ihm nicht geholfen sein mit einer Ständepartei oder sonstigen Interessentenpartei.

(Sehr richtig! Beifall.)

Unter allen diesen Verhältnissen leiden wir beim Aufbau unserer Demokratie. Es ließe sich noch länger darüber sprechen, wenn die Zeit dafür ausreichen würde.
Wenn wir aber von den Krisenerscheinungen der Demokratie sprechen, so müssen wir auch daran denken, welche besonderen Schwierigkeiten uns dadurch entstehen, daß Einflüsse in der Demokratie sich geltend machen, die besser nicht da wären oder besser umgesteuert würden. Zunächst leidet die Demokratie, Volk und Staatswesen durch eine Inflation von Gesetzen ebenso wie durch die Inflation des Geldes. Denken wir doch daran, wie viele Verfügungen und Gesetze überall maßgebend sind, wie viele Gesetze wir in Bayern haben, wie viele Verordnungen sich überschneiden, wenn der Länderrat und der bizonale Rat dazutreten und wenn in Berlin entschieden wird. Denken wir daran, daß dazu noch die Verfügungen der einzelnen Militärregierungen kommen, und zwar zum Teil schon der örtlichen. Dieser Weg geht dann nach oben bis zum Kontrollrat, wo auch wieder Verfügungen getroffen werden. Denken wir daran, wie viele Konflikte aus all diesen Verfügungen herauswachsen, wie viele Konflikte dadurch entstehen, daß man sich nicht einigen kann. Wir sehen, in welchem Strudel dieser Gesetzesinflation wir stehen. Hier müssen wir darnach trachten, daß wir endlich Klarheit und eine klare Rechtsbasis bekommen. Wir müssen immer davon ausgehen, daß Staat und Gesellschaftsordnung von Recht und Moral getragen werden müssen, wenn sie bestehen sollen. Nicht subjektive Normen haben dabei an die Stelle der Gesetze zu treten. Mehr und mehr muß wieder ein Recht für ein ganzes Volk werden, nicht für einzelne Bezirke, auch nicht für einzelne Schichten oder Stände.
Wenn wir darüber hinausgehen, aber dann besondere Rechte und Ordnungen betrachten, die gesucht werden, so weiß jeder von uns, wieviel Kompliziertheit durch das Entnazifizierungsgesetz in unser Volk, in unsere Rechtsordnung und unser Staatsgefüge hineingetragen wurde.

(Sehr richtig!)

Wir alle wissen, es war notwendig, unser Volk von dem unmoralischen Nationalismus zu befreien. Aber wenn wir schon die Freiheit nicht dadurch schaffen wollten, daß wir eine Revolution durchgeführt haben oder durchführen konnten, so muß diese Freiheit auf der Basis des Rechtes stehen, genauso wie jede andere Ordnung im Staat.

(Beifall.)

Recht aber ist nicht gleichbedeutend mit einem Schema von Kategorien, die auf das gesamte Volk daraufgelegt werden. Ich kann nicht ein Volk in soundso viele Kategorien zerreißen und gleichzeitig dieses gesamte Volk in das Kollektiv der NSDAP zurückpressen.

(Sehr richtig! Beifall.)

Ein einsichtiger Mensch kann heute ohne weiteres feststellen, wie vielerlei Bürger es bereits nach der Entnazifizierung gibt, wenn einer dem anderen die Rechnung über

die Vergangenheit aufmacht. Denn wir haben sehr viel Zeit, daß wir uns immer über die Vergangenheit unterhalten können.

(Sehr wahr!)

Wir werden diese Feststellung erst recht treffen können, wenn wir die Ordnung innerhalb ganz Deutschlands betrachten. Bei uns wird nach einem Recht entnazifiziert, das man normalerweise in Deutschland für besonders scharf hält. In der englischen Zone gilt schon ein ganz anderes Recht, in der französischen Zone ein völlig anderes und erst recht in der russischen Zone. Wenn wir so die Bürger Deutschlands betrachten, dann stehen so viele Kategorien vor uns, daß man nicht weiß, ob daraus wieder einmal ein Bürgertum im guten Sinne des Wortes entstehen kann.

(Sehr richtig!)

Bürger sein bedeutet aber Mann sein. Hilft dieses Gesetz uns Deutschen, daß wir wieder Männer werden oder Männer schaffen und erziehen können? Die Hemmungen sind zu groß dazu. Denn wenn ich einem Menschen ewig vorrede: Du bist schuldig, Du bist schuldig, Du bist schuldig, so wird er sich deswegen nicht schuldig fühlen, sondern er wird in den Wirbel der Empfindungen hineingezogen werden. Er wird den Ausweg nicht finden. So wäre es viel vernünftiger, endlich dazu überzugehen, das Wiedergutmachungsgesetz durchzusetzen und vom Schuldprinzip abzusehen. Nur für diejenigen, die das Strafgesetz verletzt haben - und man kann in diesem Falle ruhig das Strafgesetz durch die Rechtsprechung ergänzen -, gilt die Schuld. Sie gehören vor den Strafrichter.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir werden in der gesamten Union, in der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union, dafür Sorge tragen, daß gerade jetzt, wenn die Deutschen aus den verschiedenen Zonen zusammengeführt werden, der Versuch gemacht wird, auf diesem Gebiete eine vernünftige Basis zu erhalten. Ich habe es oft bedauert, daß Herr Prof. *Dorn* vom OMGUS Berlin, der jetzt nach Amerika zurückgeht, vor kurzem darauf hingewiesen hat, daß die deutschen Parteien mit der Entnazifizierung nicht fertig werden wollten oder könnten. Ich halte diese Behauptung für falsch.

(Zustimmung.)

Wir haben uns wirklich Mühe gegeben, das Problem zu lösen. Aber als Demokraten erlauben wir uns eine freie Kritik und machen Vorschläge für eine Besserung.

(Beifall.)

Unsere Demokratie leidet bei ihrem Aufbau heute auch an der Verzerrung der öffentlichen Meinung. Meine lieben Freunde, wenn wir die Flüsterpropaganda hören - und ich bin ja auch sehr häufig ein Objekt der Flüsterpropaganda -, wenn wir erfahren, was alles erzählt wird, dann kann man nur sagen: Sind denn alle Menschen hysterisch geworden?

(Sehr richtig!)

Sie machen nicht halt vor irgendeinem Ehrbegriff. Charakterlosigkeit ist Trumpf geworden.

(Sehr richtig!)

Haben wir uns damals als Demokraten nicht geärgert, wenn wir hörten, wie *Hitler* in seinen Reden die Frau des amerikanischen Präsidenten *Roosevelt* beschimpft hat?

Hoffentlich finden bei uns Menschen, die sich an der Flüsterpropaganda beteiligen, endlich einmal eine Grenze und machen Halt.

(Beifall.)

Der Maulwurf ist kein edles Tier. Er gehört nicht in das Wappenzeichen eines Demokraten. Wir hoffen aber auch, daß die Presse ihrerseits all das beherzigt, was wir uns zur Beherzigung vornehmen.

(Zustimmung. - Beifall.)

Wenn wir in den demokratischen Parteien Rechenschaft ablegen - und ich habe ausdrücklich in der Tagespresse geschrieben, daß nicht nur die Regierung vor der Landesversammlung, vor den Vertretern der Christlich-Sozialen Union Rechenschaft gibt, sondern daß auch der Landesvorsitzende Rechenschaft gibt -, so wissen wir, wir haben uns zu rechtfertigen.

(Sehr gut!)

Die Regierung hat sich zu rechtfertigen vor dem Volk, vor der Volksvertretung. Wir als Parteifreunde, die vor der Partei herausgestellt sind, haben uns vor den Vertretern unserer Mitglieder zu rechtfertigen.

(Sehr richtig! Beifall.)

Durch die Rechtfertigung wird dann entschieden, ob jeder am richtigen Platz steht und ob er dort stehenbleiben kann. Dieses Verfahren ist in der Presse bisher leider noch nicht möglich geworden.

(Sehr richtig!)

Denn dort wurden die Lizenzträger und die Schriftleiter von außen her von der Militärregierung bestellt. Sie wurden z.T. unter Gesichtspunkten bestellt, die nicht der Entwicklung der Demokratie, so wie sie sich dann vollzogen hat, angepaßt war.

(Starker Beifall und Bravo-Rufe.)

Während heute bei uns der Stimmzettel entscheidet, ist es dort noch nicht einmal möglich, etwa durch den Abonnemententzug darüber abzustimmen, ob einem die jeweilige Zeitung in ihrem Inhalt gefällt oder nicht. Denn der Leser kann nicht, wie es früher der Fall war, sein Abonnement nach dem Geschmack seiner Gesinnung wechseln. So entsteht die Gefahr, daß der Öffentlichkeit durch die Presse eine Meinung aufgezwungen wird.

(Lebhafter Beifall.)

Ich richte an dieser Stelle als Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union in Bayern die Bitte an alle Beteiligten, auch an die Militärregierung, die letztlich darüber zu entscheiden hat, daß wir das Bewußtsein bekommen, daß hier rechtens geschieht.

(Starker Beifall.)

Ich kenne die Schwierigkeiten, und wir alle wollen uns nicht darüber hinwegtäuschen. Es besteht eine Papierknappheit nicht nur bei uns, sondern ich möchte sagen, fast in allen Ländern. Auch in Amerika besteht eine gewisse Papierknappheit. Es ist immerhin genügend Papier für die Presse da, wie sie bis jetzt besteht. Man könnte leicht

einen Teil abspalten, um wenigstens eine oder zwei Parteizeitungen für jede große Partei zuzulassen.

(Beifall.)

Wir wollen gar nicht, daß das System auf einmal völlig geändert und die sogenannte unabhängige Presse beseitigt wird. Aber wir wollen die freie Konkurrenz, wir wollen Fairneß.

(Beifall.)

Ich glaube, ich könnte die Versicherung abgeben - leider fällt es in vielen Fällen gar nicht so schwer -, daß die Presse, die wir schaffen würden, in ihrem Inhalt und in ihrem Niveau mit der bestehenden Presse wetteifern könnte.

(Beifall.)

Für unsere Partei darf ich sagen: Wenn wir heute daran leiden, daß wir oft die gleiche Sprache sprechen und uns doch nicht verstehen, so ist daran zum Teil auch die Tatsache mit schuld, daß wir in unserer Partei kein großes Organ für die Gestaltung der öffentlichen Meinung haben.

(Sehr richtig!)

Mit einem Mitteilungsblättchen von vier Seiten kann man eine Partei geistig nicht halten.

(Sehr richtig!)

Wenn darin von einem Schriftsteller irgendein Wort geäußert wird, es fällt sofort ganz anders aus, als wenn in einer großen Zeitung die verschiedenen Meinungen nebeneinander stehen.

(Sehr richtig!)

Ich hoffe und wünsche, daß wir endlich das Versprechen eingelöst bekommen, daß die Parteipresse zugelassen wird, und zwar so rasch wie möglich, damit nicht noch mehr Unglück geschieht.

(Beifall.)

Wie verzerrt ist das Bild unserer Entwicklung oft in der Vergangenheit wiedergegeben worden! Wenn einer von uns etwas äußert, sofort muß er damit rechnen, daß es aus dem Zusammenhang herausgerissen wird und durch die öffentliche Meinung durchgewirbelt wird; es ist selbstverständlich, daß die Folge davon Unklarheiten, Verzerrungen und Auseinandersetzungen sind. Auseinandersetzungen sind notwendig. Denn Auseinandersetzungen, die anständig und fair durchgeführt werden, sind das Zeichen des Lebens innerhalb der Partei. Es wäre ein Unglück, wenn wir Auseinandersetzungen von vorneherein unterbinden würden. Denn eine Christlich-Soziale Union eignet sich nicht zu einer Marschkolonne, zu einer Partei, die kollektivistischen Inhalt hat.

Wenn von der SPD und auch von uns aus gelegentlich auf die Flügelbildung hingewiesen wird, wenn von der SPD-Seite aus gesagt wird, daß man deswegen keine aktionsfähige Union hätte, so mag es da und dort zutreffen, daß die Verhandlungen schwieriger zu führen sind. Aber auf der anderen Seite ist es auch ein Beweis dafür, daß man dort doch noch stark in dem Denken des alten Parlamentarismus steckt, den man heute ablehnt, und daß man noch nicht gewillt ist, die neue Demokratie aufzubauen.

(Sehr richtig!)

Denn sonst müßte man sich freuen, daß es möglich ist, daß sich Menschen von Mensch zu Mensch, von einer Partei zur anderen Partei verständigen können und daß es nicht notwendig ist, daß die jeweilige Partei immer geschlossen als Marschkolonne auftritt. Selbstverständlich ist es wünschenswert, daß wir uns aus Selbstdisziplin ohne Zwang zu einer geschlossenen Meinungsbildung durchringen.

(Beifall.)

Ich habe die Hoffnung, daß es uns gelingt. Aller Anfang ist schwer, auch der Anfang unserer Demokratie. Wir haben immer erklärt, wir sind eine neue Partei. Eine neue und junge Partei sein heißt, daß wir Ringende, Suchende sind. Wir geben es ehrlich zu. Wenn andere Parteien erklären, daß sie fertige und abgeschlossene Programme, Vorschläge und Dogmen haben, so tut es uns leid. Wir stellen fest: Wir sind eine junge und lebendige Partei. Wir sind noch nicht vergreist.

(Beifall.)

Es hat mit Ausnahme der letzten Zeit die Sozialdemokratie eine starke Geschlossenheit nach außen gezeigt. In sich sind die Verhältnisse durchaus nicht so klar, wie es nach außen oft scheint.

(Sehr richtig!)

Wenn man bei uns von Flügeln spricht, wenn man bei uns davon spricht, daß Auseinandersetzungen stattfinden, dann dürfen wir sagen: Gebt endlich einmal, wenn ihr schon als geschlossene Partei immer dastehen wollt, das Bekenntnis dazu ab, ob ihr noch den materialistischen Marxismus als die Grundlage eurer Ideologie anerkennt oder nicht!

(Beifall.)

Wir weichen hier keiner Auseinandersetzung aus. In Nürnberg beim Parteitag der SPD ist man der Auseinandersetzung über die Frage des Marxismus ausgewichen.
Wenn Dr. *Hoegner* klar erklärt hat, daß er selbst nicht von dem Marxismus als einer Grundlage für die Gesellschaftsordnung von heute ausgehe, dann darf ich dem entgegenhalten, daß selbst in Bayern schon andere Erklärungen abgegeben worden sind, daß aber vor kurzem, als die Entscheidungen in Frankfurt gefallen waren, der Vorsitzende der hessischen Sozialdemokratischen Partei[6] klar die Parole ausgegeben hat, daß damit der Klassenkampf wieder beginne.

(Hört!)

Soweit sind wir wenigstens in der Klarheit, daß wir wissen, daß dort noch Menschen sind, die es ganz eindeutig auf den Klassenkampf abstellen.
Wir wissen, wie gefährlich diese Parteien sind. Wenn wir uns nur damit befassen wollten, die materielle Not durch eine materialistische Weltanschauung und durch Klassenkampf zu überwinden, dann wäre die menschliche Gesellschaftsordnung in Gefahr, in der Zukunft zusammenzustürzen.

(Zustimmung.)

Wir haben gesehen, wohin materialistisches Denken in der Vergangenheit geführt hat, wir haben gesehen, wohin dann der Kollektivismus dieser materialistischen Grup-

[6] Gemeint ist vermutlich Wilhelm Knothe.

pen geführt hat, als sie den Staat erobert haben, und wir haben dafür noch andere Vergleichsbeispiele. Sie wollen wir nicht als Beispiel dafür nehmen, wie wir unsere Gesellschaftsordnung gestalten wollen.

(Sehr gut!)

Ich darf es mir ersparen, die anderen bayerischen Parteien in diesem Zusammenhang noch zu betrachten. Ich glaube, wir sind uns im großen und ganzen über die Bewertung klar; wir werden sowieso in der Zukunft noch auf diese Fragen zu sprechen kommen müssen.
Nur eines darf ich vielleicht noch bemerken: Wenn bei uns in Bayern jetzt der Versuch gemacht wird, eine eigene bayerische Partei zu schaffen, und wenn dabei auch Parteifreunde von uns mitbeteiligt sind,

(Hört, hört!)

so erlasse ich als Landesvorsitzender der Union an alle Parteifreunde der Union im ganzen Lande die Aufforderung zur Entscheidung: Entweder für uns oder für die Bayernpartei!

(Beifall.)

Doppeltes Spiel ist das Zeichen von Charakterlosigkeit.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir können auch nicht die Notwendigkeit dieser Partei für Bayern erkennen. Wir sind Bayern und lieben unsere Heimat. Wir von der Christlich-Sozialen Union, ganz gleichgültig, ob wir in Bayern oder in Franken geboren sind, lieben Bayern. Auch wenn gelegentlich das Spiel der Kräfte so geht, daß dort vielleicht sogar die Mundart anstößt, fällt es keinem Menschen ein, davon auszugehen, daß etwa einer von uns Bayern aufgeben oder nicht wünschen sollte, daß Bayern ein entsprechendes Gewicht beim Aufbau des deutschen Vaterlandes haben muß,

(Beifall.)

und zwar um Bayerns willen und um Deutschlands willen!

(Starker Beifall.)

Aber das, was sich von der Bayernpartei-Seite her zeigt, erscheint uns getragen von dem Partikular-Chauvinismus, den wir als die gleiche Gefahr ansehen wie den Nationalismus auf der Ebene der Staaten, auf der deutschen Ebene.

(Zustimmung.)

Nationalismus und Partikular-Chauvinismus werden das ganze Volk in Deutschland und werden auch Bayern gefährden,

(Zustimmung.)

und zwar deswegen, weil dadurch solche Zerrungen und Verzerrungen eintreten werden, daß wir auch dort wahrscheinlich die Ausgewogenheit des neuaufgebauten Staates nicht erwarten können.
Was hat denn eine partikular-chauvinistische Partei in Bayern für eine Bedeutung dann, wenn die deutschen Entscheidungen fallen?

(Sehr richtig!)

Sie bleibt auf kleine Gebiete beschränkt und auch dort in diesen Gebieten sind mindestens schon 20% der Wähler Flüchtlingswähler. Wenn eine solche Partei entsteht, dann entsteht höchstens die Tendenz, die anderen Parteien zu zerreißen und zu schwächen, noch eine Partei neben die großen Parteien hinzustellen oder den Anlaß zur Entwicklung mehrerer Parteien, wie auch einer Flüchtlingspartei, zu geben.

(Erneute Zustimmung.)

So würden wir Entwicklungen wiedererleben, die wir hinter uns gebracht haben wollen mit der Zeit, die endgültig abgeschlossen sein soll.
Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, ich darf es mir ersparen, auf die bayerische Politik im einzelnen einzugehen. Sie haben gestern die Referate des Herrn Ministerpräsidenten und unserer Minister gehört, sie werden zum Teil noch heute nachmittag ergänzt werden. Wir haben einen Überblick gewonnen. Ich habe mich hier vor Ihnen nur für mein Verhalten seit der letzten Landesversammlung zu rechtfertigen. Ich werde aber auf Einzelheiten nur eingehen, wenn es in der Diskussion gewünscht wird.
Grundsätzlich darf ich sagen: Es wurde damals von der Landesversammlung eine Entscheidung getroffen in meiner Abwesenheit, weil ich während der Landesversammlung bekanntlich zu General *Clay* gerufen wurde. Als ich zurückkam, fand ich diese Entscheidung vor. Als Landesvorsitzender glaubte ich mich an die Entscheidung der Landesversammlung gebunden.

(Beifall.)

Die Entscheidung erging für eine Regierungsbildung nur durch die Union. Die Mehrheit der Fraktion hatte eine andere Meinung.
Es wurde dann die Koalitionsregierung gebildet. Ich habe diese Entscheidung anerkannt und zunächst die Erklärung abgegeben, daß die Regierung nach ihren Taten von uns beurteilt werden wird. Als ich dann gesehen habe, daß diese Beurteilung der Regierung nach ihren Taten dazu führen mußte, auf jeden Fall die Politik des Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* anzuerkennen, habe ich mich sofort dahin entschieden, den Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* in seiner Politik zu unterstützen.

(Großer Beifall.)

Es kam dann eine Schwierigkeit, die dazu geführt hat, daß aus dem ganzen Lande - ich möchte sagen - ein Wirbel der Empfindungen an mich herankam. Meine lieben Freunde, manchmal ist es wirklich so, daß so viel an mich herangetragen wird, daß ich kaum mehr dem nächsten meiner Freunde und dem besten meiner Mitarbeiter trauen dürfte, wenn ich alles das glauben würde. Aber ich sah doch, daß bestimmte Stimmungen da waren, die wollten, daß der Kultusminister *Hundhammer* fallen sollte. Man hat es mir dann schwer verdacht - und zwar nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Partei und an anderer Stelle in der Öffentlichkeit -, daß ich dann im Landtag es nicht habe soweit kommen lassen, daß Kultusminister *Hundhammer* durch eine Interpellation der Freien Demokratischen Partei zu Fall gebracht werden konnte. Ich habe mich auch dafür vor Ihnen in Ihrer Gesamtheit zu rechtfertigen.
Meine lieben Freunde, eine Entscheidung in einem Wirbel der Empfindungen, in einem Durcheinander ist rasch und leicht getroffen. Wir standen am Ende der Sitzungsperiode des Landtags, und innerhalb von einigen Stunden kann ich keine Entscheidung von so weittragender Bedeutung für die Union fällen lassen. Da muß ich versu-

chen, eine gewisse Ruhe zu gewinnen, damit in ihr die Entscheidungen getroffen werden.

(Sehr richtig!)

Es war ferner notwendig, darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Union selbst in sich so stark sein müßte, daß sie eine Frage für sich entscheidet

(Zustimmung.)

und daß eine solche Entscheidung nicht von außen her der Union aufgezwungen wird.

(Beifall.)

Ich wende mich immer gegen den Versuch, mich für andere Parteien für ihre Politik mißbrauchen zu lassen.

(Erneute Zustimmung.)

Ich tue es schon deswegen, weil ich von jedem meiner Parteifreunde das gleiche erwarten muß.

(Nochmaliger Beifall.)

Gerade in der letzten Zeit entstanden hier Schwierigkeiten besonderer Art. Über Bayern wird heute nicht nur in Bayern durch den Bayerischen Landtag oder durch die Bayerische Regierung, sondern über Bayern wird heute bereits auf einer Reihe anderer Ebenen entschieden. Im Länderrat, in der Bizone - der Vereinigung der englischen und der amerikanischen Zone - und auch auf höherer Ebene fallen heute die Entscheidungen über uns. Wir dürfen uns nicht irgendwie Glauben machen wollen, daß Bayern eine Insel der Glücklichen bleiben könnte, wenn es sich etwa hier heraussen halten könnte.

(Sehr richtig!)

Es ist doch nicht einmal das Können möglich; denn die Entscheidungen liegen nicht mehr in unserem Willen.
Die Bizone - die Vereinigung der amerikanischen und der englischen Zone - hat eine weittragende Bedeutung für unser bayerisches und für unser gesamtdeutsches Schicksal. Diese Bizone ist ein Provisorium; darüber sollen und müssen wir uns klar sein. Wir wollen nicht, daß nur die beiden Zonen zusammentreten und die Länder der beiden Zonen zusammengeschlossen werden. Gerade jetzt, wo wir auf der Ebene der Bizone Politik mitgestalten dürfen, wollen wir eine freie und eindeutige Aussprache: Wir wollen die deutsche Einheit!

(Lebhafter Beifall.)

Wir warten auf den Tag, an dem die französische und die russische Besatzungszone einschließlich Berlins zur Bizone dazukommen werden, damit wir endlich einen gemeinsamen Boden wieder unter die Füße bekommen, damit wir endlich eine deutsche Wirtschaft aufbauen und auf diese Weise wieder Handel und Wandel zwischen den einzelnen deutschen Gliedstaaten herstellen können!

(Starke Zustimmung.)

Alle Worte, alle partikular-chauvinistischen Worte nützen nichts. Wir brauchen Substanz für unser Volk, damit es leben kann; und Substanz muß geschaffen werden, wo die Voraussetzungen dafür bestehen, im Süden und im Norden, im Westen und im

Osten Deutschlands. Wir werden nicht leben können ohne den Norden Deutschlands, und Deutschland kann nicht leben ohne seinen Osten!

(Dr. *Horlacher*: Ohne Bayern auch nicht!)

Dr. *Horlacher* hat gerade dazwischengerufen: Ohne Bayern. Wenn ich von wir gesprochen habe, so bin ich selbstverständlich davon ausgegangen, daß wir [ohne] Bayern nicht werden leben können. Ich bitte endlich einmal dahin zu kommen, daß wir uns nicht ewig vorhalten, wer die weiß-blaue Fahne höher hält!

(Außerordentlich stürmischer Beifall!)

Ich werde Ihnen den Beweis erbringen, daß ich kein Föderalist des Wortes, sondern der Tat bin!

(Erneute lebhafte Zustimmung.)

Gerade auf der Ebene der Bizone hat es sich gezeigt, wie wichtig es ist, daß wir eine klare Politik machen und daß wir unsere Linie kennen und einhalten, mögen die anderen sagen, was sie wollen!

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Was bedeuten die Entscheidungen von Frankfurt, von denen diese letzte sogenannte Krisis der Union ausgegangen ist?

(Dr. *Horlacher*: Irrtum! - Weiterer Zuruf: Disziplin halten!)

Leider bin ich nicht Versammlungsleiter; ich könnte mich sonst mit Zwischenrufen befassen wie in einer Volksversammlung, Herr Präsident *Horlacher*!

(Sehr richtig!)

Aber bei einem Referat, das den Weg der Union zeigen soll, den ich mitverantworten will, wäre ich sehr dankbar, wenn ich mich nicht wie in einer Volksversammlung verhalten müßte.

(Laute Zustimmung. - Dr. *Horlacher*: Wir haben uns auch Zwischenrufe gefallen lassen müssen unter Deiner Leitung! - Widersprechende Zwischenrufe. - Unruhe.)

Darf ich um Ruhe bitten!
Ich stelle an die Versammlung die Frage: Wird gewünscht, daß ich jetzt einen anderen Parteifreund zum Versammlungsleiter bestelle?

(Widerspruch.)

Es sind widersprechende Erklärungen da. Ich darf die Frage an die Versammlung richten: Wird die Bestellung eines Parteifreundes zum Leiter der Versammlung während der Rede gewünscht oder nicht?

(Widersprechende Zurufe.)

Wer enthält sich? - Wer ist dafür, daß jetzt ein Versammlungsleiter bestellt wird?

(Zurufe: Dr. *Ehard*!)

- Wer ist dagegen? - Das ist die Mehrheit. Auch Herr Präsident *Horlacher* ist dagegen, wofür ich ihm dankbar bin.

(Heiterkeit.)

Ich bitte um Ruhe! Meine lieben Freunde, ich darf dazu bemerken: Nur keine Angst, wir verstehen uns trotz allem.
Die Frankfurter Entscheidungen sind für die Gesamtunion und insbesondere auch für die bayerische Union von besonderer Bedeutung. Sie wissen - ich darf es als bekannt voraussetzen, um nicht alles mögliche wiederholen zu müssen - den Aufbau des Wirtschaftsrates und des Exekutivrates oder des Exekutivausschusses. Ich darf nur kurz sagen: Für die beiden Zonen, die amerikanische und englische Zone wurde ein Wirtschaftsrat gebildet, der die Entscheidungen nahezu in allen wirtschaftlichen Fragen von weitesttragender Bedeutung hat. Er bestimmt, wie die einzelnen wirtschaftlichen Fragen gesetz[es]mäßig, verordnungsmäßig zu lösen sind. Daneben steht das Exekutivdirektorium oder der Exekutivrat, das die Regierung sein soll, ein Zwischenorgan zwischen den Direktoren und dem Wirtschaftsrat, das von den deutschen Ländern der beiden Zonen aus besetzt wird.
Im Wirtschaftsrat ist das Stimmenverhältnis so, daß die Union 21 Stimmen, die SPD 20 Stimmen hat. Es kommen dann die Freie Demokratische Partei mit fünf Stimmen, die Kommunisten mit drei Stimmen, das Zentrum mit zwei Stimmen, die Niedersächsische Landespartei mit zwei Stimmen und die WAV mit einer Stimme.[7] Es ist also ein Gremium, das relativ klein ist und bei dem es wirklich auf jede Stimme ankommt.
Der Exekutivrat oder der Exekutivausschuß, wie er ursprünglich hieß, ist ein Gremium, das sicher ursprünglich gedacht war als ein Gremium von Wirtschaftsexperten, die dann ihrerseits die besten Wirtschaftsexperten als Direktoren bestellen sollten. So war sicher die amerikanische Konzeption, die ursprünglich zugrunde gelegt wurde. Es wäre gut, wir könnten selbst bei uns, in unserem Staatswesen einmal daran denken, ob wir nicht ähnliche Konstruktionen einrichten müssen, um eine bessere Ausgewogenheit auch in die Staatsidee und in die Demokratie zu bringen. Aber Voraussetzung dafür ist dann auch die Klarheit in der Zusammensetzung. Dieser Exekutivrat ist [so] zusammengesetzt, daß heute sechs Sozialdemokraten und zwei Nichtsozialdemokraten darin sind. Von Bayern ist als Vertreter Dr. *Seelos* von der Bayerischen Regierung bestimmt worden.
Bei der Wahl der Direktoren hat der Exekutivrat bestimmte Vorbehalte gehabt. Er hatte dann die Absicht, zur Wahl des Wirtschaftsdirektors den sozialdemokratischen Minister Dr. *Kubel* vorzuschlagen. Dr. *Kubel* gilt bei unseren Freunden als klarer Marxist. Wir hatten bestimmte Hemmungen, nun so rasch an eine solche Entscheidung heranzugehen; die grundsätzlichen Entscheidungen werde ich noch erwähnen. Aber die rein vernünftigen augenblicklichen Erregungen gingen auch dahin, daß die Sozialdemokratie immer darauf hingewiesen hat, sie habe den Wirtschaftsdirektorposten in Minden erobert. Da konnten wir sagen: Mit dem Inhaber dieses Wirtschaftsdirektorpostens in Minden, Dr. *Agartz*, hatten wir gerade nicht die besten Erfahrungen gesammelt!

(Sehr richtig!)

Im Gegenteil, es bestand allgemein die Meinung, daß es Dr. *Agartz* nicht gelungen ist, die Wirtschaft in Ordnung zu bringen und dafür zu sorgen, daß wirklich ein vernünftiger Aufbau vollzogen wurde, und ich glaube, die Sozialdemokratie gibt sich gar keine

[7] Die tatsächliche Stimmverteilung im Wirtschaftsrat sah folgendermaßen aus: CDU/CSU 20, SPD 20, FDP vier, KPD drei, Zentrum zwei, DP (bis Juni 1947: Niedersächsische Landespartei) zwei, WAV eine; Potthoff/Wenzel, Handbuch politischer Institutionen, S. 188ff., 313f.

besondere Mühe, sich dabei zu verteidigen. Was wir festgestellt haben, war zunächst nur der Aufbau einer bizonalen Bürokratie; und wir sind der Meinung, daß, wenn wir zusammenkommen, das erste Ziel nicht der Aufbau der Bürokratie ist.

(Zustimmung.)

Wir unsererseits haben erklärt, daß es uns nicht möglich sei, einen SPD-Direktor für die Abteilung Wirtschaft zu wählen; denn die sämtlichen Wirtschaftsministerposten in den acht deutschen Ländern sind durch Sozialdemokraten besetzt. Wir waren der Auffassung, daß es zur Herstellung einer demokratischen Balance notwendig sei, diesen Direktorposten nicht durch einen Sozialdemokraten zu besetzen.

(Sehr richtig!)

Ich sage ausdrücklich, daß unsere erste Auffassung nicht etwa die war, daß die Union den Mann unter allen Umständen stellen müßte. Wir hatten im Gegenteil sogar vorgeschlagen, daß eventuell ein Neutraler gestellt werden sollte, der keiner der beiden Parteien angehört. Diesen Vorschlag hat die SPD unter Führung von Dr. *Schumacher* abgelehnt.

(Pfui! - Hört!)

Nun wurden[8] in der Presse wiederholt Erörterungen angestellt, daß bei dieser Gelegenheit Herr Dr. *Adenauer* und ich einander sehr nahegekommen seien und daß wir - wie man es gerne dargestellt hat - Arm in Arm marschiert seien. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Dr. *Adenauer* ist der Zonenvorsitzende der englischen Zone; ich darf sagen, daß er als Mitglied des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU weitestgehend das Vertrauen der amerikanischen Zone hat. Ist es nicht unser gutes Recht, daß wir, wenn uns die Fraktion der Union zu den Besprechungen lädt, um die Entscheidungen mit uns gemeinsam zu treffen, dann als Parteivorsitzende wirklich zusammen beraten und eine Entscheidung für die Union in ihrer Gesamtheit gemeinsam - Fraktion und Partei - treffen?

(Beifall.)

Die Herren der Sozialdemokratie sind vor und während der Tagung nach Hannover zu Dr. *Schumacher* - wie man sich ausdrückte - zum Befehlsempfang gefahren.

(Hört!)

Wir in der Union geben keine Befehle; bei uns kam die Entscheidung einmütig nach freier Aussprache innerhalb der Fraktion und zwischen Fraktion und Partei.
Die SPD hat uns darüber hinaus dann den Vorschlag gemacht, daß wir dann den Direktor für die Ernährung stellen sollten; die anderen Posten waren uninteressant geworden. Wir haben unsererseits dann die SPD daran erinnert, daß vielleicht nächstens schon der Direktorposten für die Arbeit zu besetzen sei und dann dadurch wir eine Einigung finden könnten, daß die SPD das Direktorium für die Arbeit übernehmen und wir das Direktorium für die Wirtschaft behalten würden. Die Sozialdemokratische Partei hat die beiden Direktorenposten beansprucht, den für Wirtschaft wie den für Arbeit!

(Hört!)

[8] In der Vorlage: "hat".

Die Sozialdemokratische Partei kann nicht den Totalitätsanspruch auf Wirtschaft *und* Arbeit in Deutschland erheben; und wir würden pflichtvergessen sein, wenn wir der Sozialdemokratie die totale Macht über Wirtschaft und Arbeit überantworten würden!

(Lebhafter Beifall.)

Herr Dr. *Schumacher* hat einmal den Ausspruch getan: "Deutschland wird sozialdemokratisch sein oder es wird nicht sein."

(Zurufe: Oho!)

Er hat es dann - so war es wenigstens in der Presse wiedergegeben, um ausdrücklich darauf hinzuweisen -, offensichtlich weil er erkannt hat, daß dieser Totalitätsanspruch zu weit ging, dahin formuliert: "Deutschland wird sozialistisch sein oder es wird nicht sein." Wenn wir möchten und darauf hinweisen, daß das Christentum das ganze Leben des Menschen, des sozialen Menschen durchdringt, dann ist das nicht ein parteimäßiger Totalitätsanspruch, sondern dann ist das eine Verpflichtung, die wir vor dem deutschen Volk und vor der Menschheit haben, die Menschheit im Sinne des Christentums zu erneuern; denn wir sind der Auffassung, daß die Menschheit wieder vom Christentum durchdrungen sein muß, wenn sie sich nicht selbst vernichten soll.

(Beifall.)

Wir wissen, daß uns eine Ideologie gegenübertritt, die auf vielen Gebieten schon zur Weltanschauung, ja zur Religion geworden ist.

(Zustimmung.)

Meine lieben Freunde, ich weiß, daß mir der Vorwurf gemacht wird, ich sei viel ausserhalb Bayerns gewesen. Ich war in der englischen Zone zum Wahlkampf und habe dort den Freunden der Union geholfen; ich war in Berlin und habe dort den Freunden der Union geholfen; ich habe in anderen Gebieten gesprochen. Ich werde in den nächsten Tagen wieder sprechen, und zwar in Leipzig und in Berlin, wenn ich nicht ein Mißtrauensvotum erhalte.

(Heiterkeit.)

Dann darf ich aber zu dieser Feststellung sagen: Was nützt es uns, wenn Bayern sich konservativ abkapselnd glaubt, eine festgegründete, konfessionssichere Position für immer zu sein? Es ist notwendig, daß unsere christliche Weltanschauung offensiv wird!

(Beifall.)

Das Gute ist immer in Gefahr, dem Bösen zu erliegen,

(Sehr richtig!)

weil das Böse sich jeden Mittels bedienen kann, während das Gute Hemmungen haben muß, die schon in seinem Inhalt begründet sind.

(Erneute Zustimmung.)

Es muß das Gute aber versuchen, unter allen Umständen die Kraft des Guten durch das Beispiel des Guten hinauszutragen.

(Laute Zustimmung.)

Für mich sind die Frankfurter Entscheidungen nicht etwa unter parteitaktischen Gesichtspunkten oder nur unter diesen Gesichtspunkten gefallen. Für mich geht es um Grundsätze; für mich war es eine Gewissensfrage. Deswegen habe ich es bedauert, daß man kein Verständnis dafür hat, daß diese Fragen von letztem entscheidenden Werte sind. Können wir es als Christlich-Soziale Union vor unseren Wählern, vor unserem Volk verantworten, daß wir nicht den Versuch machen, den Inhalt unserer christlichen Idee durchzusetzen? Sollen wir anderen, sollen wir Parteien, die, wie ich vorhin festgestellt habe, noch keine klare Erklärung abgegeben haben, ob sie die materialistische marxistische Geschichtsauffassung noch als ihren Lebensinhalt anerkennen, ganz Deutschland überantworten? Ich glaube, der Großteil unseres Volkes draussen hat unsere Entscheidung gebilligt, und ich habe das von den Leuten immer und immer wieder gehört und mitgeteilt bekommen. Vielfach war die Meinung vorhanden: Endlich hat die Union Haltung genommen!

(Sehr lebhafter Beifall.)

Ich weiß, es war für die Mitglieder der Christlich-Sozialen Union in der Fraktion der CDU eine Entscheidung von weitesttragender Bedeutung; es fiel uns sehr schwer, weil die SPD im Exekutivrat vorgeschlagen hatte, daß unser Parteifreund Dr. *Baumgartner* zum Direktor für Ernährung und Landwirtschaft bestellt werden sollte. Ich habe mich, als ich nach Frankfurt fuhr, mit *Baumgartner* in voller Freundschaft noch besprochen und habe ihm dabei, obwohl damals schon Mitteilungen eingingen, daß seine Chancen nicht sehr groß waren, erklärt, wir wollten uns dafür einsetzen, daß er zum Direktor bestellt werden sollte. Ich darf hier feststellen: Es war eine sehr ernste Unterhaltung, in der wir uns über die Möglichkeiten seiner Arbeit besprochen haben, darüber, ob er erfolgreich arbeiten könne. *Baumgartner* hat mir noch die Zahlen mitgegeben, damit ich auch droben zeigen könnte, wie *Baumgartner* das Erfassungssystem durchgeführt hat; und es gab auch Situationen in der Fraktion der CDU, wo ich diese Zahlen den Freunden aus dem Norden vorhalten mußte, wo ich ihnen erklärte: Wir wollen deswegen *Baumgartner* als Direktor für Ernährung und Landwirtschaft haben, weil wir der Auffassung sind, daß wir bei uns in Bayern das Erfassungssystem stärker, schärfer durchführen wie bei Euch; und in der Bizone müssen wir auf gleicher Ebene arbeiten.

(Zustimmung.)

Unsere Freunde der Fraktion der CDU haben in den beiden Sitzungen, die entschieden haben, bis zum letzten Moment an *Baumgartner* festgehalten. Ich bin nochmals dafür eingetreten und stelle fest, daß Dr. *Semler*, der zum Direktor für die Wirtschaft vorgeschlagen worden war, in dieser Sitzung sein Amt nochmals ausdrücklich zur Verfügung gestellt hatte mit der Bitte, einen norddeutschen Wirtschaftler zum Direktor zu bestellen und nicht ihn und dafür Dr. *Baumgartner* zum Direktor für Ernährung zu wählen.

(Bravo-Rufe.)

Wir haben uns dabei allerdings nicht etwa von den Beeinflussungen leiten lassen, die von außen her kamen. Selbst Pressevertreter, die der SPD nahestanden, kamen dauernd an unsere Leute und an mich heran und erklärten: Ihr werdet doch Euren *Baumgartner* nicht fallenlassen! Ihr werdet doch Euren *Baumgartner* nicht fallen lassen! - Meine lieben Freunde, das Manöver war zu offensichtlich: Man wollte die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU sprengen, um auf diese Weise die Wirtschaft zu er-

obern! Unsere Leute sollten zusammen mit der SPD für *Baumgartner* und dafür gleichzeitig auch für den sozialdemokratischen Wirtschaftsdirektor stimmen.

(Hört!)

Hier lag die Entscheidung des Gewissens, von der ich vorhin gesprochen habe. Hätten Sie an meiner Stelle in einem solchen Augenblick die Union in Deutschland geopfert, auch auf die Gefahr hin, daß Sie in Bayern zur Verantwortung gezogen werden?

(Zurufe: Nie!)

Ich hätte es vor meinem Gewissen nicht verantworten können. Lieber sprechen Sie mir heute das Mißtrauen aus; aber vor meinem Gewissen bin ich dann gerechtfertigt!

(Lebhafter Beifall.)

Ich bedauere diese Entscheidung. Ich darf aber hier auch noch ein sehr ernsthaftes Problem behandeln; ich bin immer für offene, ehrliche Aussprache, allerdings in vernünftigen Formen. Es war in Frankfurt auch eine Aussprache zwischen dem Vertreter der Gewerkschaften, Herrn *Reuter*, und mir. Er hat auch geglaubt, ich sollte doch dem Standpunkt der Sozialdemokratie Rechnung tragen. Er hat auf die bayerische Koalition hingewiesen, auf die Notwendigkeiten dieser Koalition und auf die enge Bindung mit unserem Bauernverband. Ich habe allerdings dabei die Auffassung, daß der Bauernverband ein neutraler Verband ist

(Sehr richtig!)

und daß in dem Fall die Neutralität auch so gehalten sein soll, daß nicht etwa dadurch die Union überlagert wird, daß zwei verschiedene Mächtegruppen miteinander auftreten.

(Erneute Zustimmung.)

Es würde mir das leid tun, und zwar leid tun im Interesse der Union und im Interesse unserer bayerischen Bauern.

(Dr. *Horlacher*: Wir lassen uns von keiner Partei bestimmen!)

Wir können es nicht auf eine Unklarheit darüber ankommen lassen, daß wir nicht einen Staat der Bauern-, Arbeiter- und Beamtenräte wollen.

(Sehr richtig!)

Er läßt sich nicht kombinieren mit einer Demokratie, die auf die Parteien gebaut ist. Meine lieben Freunde, ich weiß, daß ich, wenn Sie abstimmen, damit vielleicht Stimmen verliere; ohne weiteres! Ich würde es als eine Pflichtverletzung ansehen, wenn ich Sie nicht auf die Bedeutung dieser Frage hinweisen würde.

(Zustimmung.)

Ich habe als Landesvorsitzender das Mandat, für die Union zu stehen gegen jedermann;

(Laute Zustimmung.)

und ich glaube, ich habe meine Pflicht zu erfüllen getrachtet.
Ich weiß, es sind gewisse Schwächen da. Die große Gefahr in unserer Demokratie liegt heutzutage in der Namensgläubigkeit der Menschen.

(Sehr richtig!)

Hie *Schumacher*, hie *Kaiser*, hie *Adenauer*, hie *Müller*, hie *Hundhammer*, hie *Horlacher*, hie *Schlögl* und so geht es weiter, und so zerreißen wir uns zum Schluß und wissen zuletzt noch nicht einmal, was diese Namen beinhalten.

(Nochmalige Zustimmung.)

Das war der Grund dafür, daß ich seit dem Winter, als nach der letzten Landesversammlung eine große Zerreißprobe für die Union war, versucht habe, die Union in sich so durchzugliedern, daß sachliche Gesichtspunkte tragend werden sollten. Ich wollte nicht beschlußmäßig Arbeitsgemeinschaften der Reihe nach aufstellen lassen. Was wird, muß organisch wachsen, wenn es leben und Bestand haben soll.
Es sind jetzt nebeneinander gewachsen die Arbeitsgemeinschaft der Jungen Union, die Arbeitsgemeinschaft der Frauen der Union, die Arbeitsgemeinschaft der Ausgewiesenen, der Flüchtlinge, die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmergruppen, und wir werden noch Handel und Gewerbe zusammenfassen. Die Frage der Bauern wird vom Bauernverband zu lösen sein; wir werden uns darüber verständigen. Dadurch will ich den Versuch machen, daß Zusammenarbeit und Auseinandersetzungen in der Union nicht mehr um Namen, nicht mehr um Persönliches geführt werden, sondern daß sachliche Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt werden.

(Allgemeiner starker Beifall.)

Es ist selbstverständlich, daß die Junge Union die Kombination zwischen den Erfahrungen des Alters und der Aktivität der Jugend zu finden versuchen muß.

(Sehr gut!)

Es ist eine Aufgabe der Frauen der Union, das ausgleichende Element zu sein und die Liebe in die Union hineinzutragen.

(Zustimmung.)

Es ist die Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft der Ausgewiesenen, der Flüchtlinge der Union, mit uns im Geiste der Christlich-Sozialen Union dafür zu sorgen, daß diese verarmten Menschen nicht der Gefahr der geistigen Verproletarisierung erliegen, und ihnen das Bewußtsein zu geben, daß sie auch in der Union eine Stätte haben.

(Nochmaliger Beifall.)

Die Notwendigkeit der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmergruppen ist, glaube ich, jedem von uns klar.

(Sehr richtig!)

Wir haben heute die Einheitsgewerkschaft, und das Problem der Einheitsgewerkschaft beschäftigt viele unserer Freunde. Wir können noch nicht feststellen, daß die Einheitsgewerkschaft schon ein gelungener Versuch wäre.

(Zustimmung.)

Deswegen wollen wir nicht damit jetzt etwa eine eigene Gewerkschaft bilden, eine solche vielleicht - ich sage es ehrlich heraus, damit es anderswo verstanden wird - *schon* bilden. Aber wir wollen unsere Arbeitnehmergruppen in der Union so stark machen, daß sie erstens in der Union selbst den sozialen Geist durchsetzen können und daß sie zweitens nach außen die Erklärung abgeben können: Wenn die Einheitsgewerkschaft nicht neutral ist, dann sind wir so kräftig, daß wir selbständig handeln können!

(Starker Beifall.)

Wir werden Handel, Gewerbe und Industrie noch bearbeiten. Ich habe seit ungefähr fünf Monaten mit dieser Umgruppierung begonnen; in einem halben Jahr ist das Problem natürlich nicht endgültig gelöst. Aber beim Gewerbe, beim Handel sind schon sehr schöne Ansatzstellen da, und es wird auch dort gelingen, diese Gruppen, die zu uns gehören wie wenige Gruppen, in der Union zu verankern;

(Zustimmung.)

denn nicht umsonst erklären wir immer und immer wieder: Wir wollen aufgrund unserer ganzen christlichen Konzeption die Unterstützung des Mittel- und Kleinbetriebs; wir wollen die Entflechtung des Groß- und Monopolbetriebs. Denn nur durch die Förderung des mittleren und kleinen Betriebs werden wir wirklich das Kollektiv auch in der Wirtschaft auflösen können.

(Erneute Zustimmung.)

Meine lieben Freunde, man hat mich im Zusammenhang mit Frankfurt dann mit dem Beinamen des Reaktionärs belegt; voriges Jahr geschah es mit anderen Beinamen. Selbst aus der eigenen Partei heraus wurde dem Parteifreund *Adenauer* dieser Beiname beigelegt, und ich wurde ihm als Reaktionär zugesellt. Oh Gott, wer ist eigentlich Reaktionär? Jeder, der nicht an das glaubt, was man ihm aufbrummen will!

(Gelächter und Zustimmung.)

Und so läßt es mich kalt.
Man hat gesagt, ich hätte keine Linie. Meine lieben Freunde, es gibt einmal die Grundlinie.

(Zuruf: Und die krumme Linie!)

Da ist der Ausgangspunkt für mich nicht nur eine Partei, sondern eine Volksbewegung, getragen vom Christentum, von der sozialen Idee und von der Demokratie; und das Ziel ist die geistige Erneuerung der Menschheit im Sinne des Christentums.

(Sehr richtig!)

Aber auf dem Weg von der Basis zum Ziel kann ich mich nie und nimmer an starre Methoden klammern und damit meinem Gegner das Denken und die Arbeit erleichtern.

(Teilweise Zustimmung.)

Man darf mir auch nicht zumuten, daß ich vorher etwa davon Leuten Mitteilung mache, bei denen ich annehme, daß es dann infolgedessen sofort innerhalb von 24 Stunden bei der SPD besprochen wird; denn ich habe ja gestern schon erklärt, ich wurde auch unterrichtet, daß die Geheimsitzung von der Fraktion dorthin auch 24 Stunden vorher mitgeteilt war, obwohl ich noch nichts davon wußte. Und so glaubte ich auch hier, daß ich den Gegner weder mittelbar noch unmittelbar über die Pläne der Union unterrichten müßte.

(Bravo-Rufe.)

Ich habe mich vor Ihnen zu verantworten, nicht vor Gegnern, sondern vor Freunden.
Wir müssen aber als Union heute klar und eindeutig unserem Volke sagen, was wir realistisch wollen, wenn wir das Wort Christentum aussprechen; denn wir dürfen nie und nimmer uns des Verbrechens an unserer Religion schuldig machen, das Wort Christentum im politischen Tageskampf zu mißbrauchen und zu verbrauchen.

(Beifall.)

Wir müssen uns - und koste es Splitter - dazu durchringen, klar und eindeutig zu sagen, wie in der realistischen Politik in Bayern und darüber hinaus das Wort "Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst!" die Grundlage der Struktur der Gesellschaftsordnung bilden soll.

(Nochmaliger Beifall.)

Ich habe Ihnen vorgelegt eine Schrift: "Grundgedanken zu einem System der wirtschaftlichen Leistungssteigerung, des gerechten Lastenausgleichs und sozialen Arbeitsfriedens." Ich werde Ihnen nachher vorschlagen, daß sie Ihnen vorgelegt und verlesen wird, wenn es gewünscht wird, und daß wir uns dann über diese sachliche Politik unterhalten.
Meine lieben Freunde, wenn irgend jemand aus persönlichen Gründen die Union verlassen will, dann soll er sie verlassen!

(Lebhafter Beifall.)

Wir als Christlich-Soziale Union werden dann unseren guten Namen zu retten versuchen.

(Zustimmung.)

Wenn wir aber diese Rettung versuchen, dann müssen wir uns, wenn wir beisammen sind, dazu entschließen, daß diese sachliche Arbeit geleistet wird und daß nicht die Nervenkraft eines Menschen, der das Beste zu tun versucht, durch persönliche Nörgeleien und Gemeinheiten verbraucht wird.

(Erneuter starker Beifall.)

Ich hoffe, daß man es mir erspart zu sagen, was ich unter dem Begriff Gemeinheit verstehe und was ich in letzter Zeit in dieser Hinsicht erlebt habe. Ich glaube, daß keiner das erlebt hat und bis zum Letzten den Kelch der Verbitterung leeren mußte. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, daß ich die letzte Woche, als man sehr, sehr weit ging in dem Spiel der Kräfte, soweit war, daß ich einmal in einem Moment geglaubt habe, daß ich Ihnen heute erklären müßte: Ich werde nie mehr eine Wahl in einer Partei annehmen, in der so etwas möglich ist!

(Hört, hört!)

Aber es wird und muß das auf anderen Ebenen ausgetragen und geschlichtet werden, nicht in den Stimmungen und nicht in den Leidenschaften.

(Sehr richtig!)

Und so bitte ich auch Sie: Wollen wir nicht leidenschaftlich ringen, sondern wollen wir uns ruhig auseinandersetzen.

(Bravo!)

Ringkämpfer, Athleten müssen nicht unbedingt auch das Sinnbild im Wappen der Demokratie sein, ebensowenig wie der Maulwurf; sondern wir wollen dafür sorgen, daß wir in Ruhe die Entscheidungen treffen können. Bitte, meine lieben Freunde, entscheiden Sie über mich, ob ich meine Pflicht getan habe oder nicht. Ich werde leben und sterben für die christliche Idee, und ich werde arbeiten für die Christlich-Soziale Union!

(Lebhafte und anhaltende Beifallskundgebung.)

Damit eröffne ich die Debatte. Sind die Parteifreunde damit einverstanden, daß ich vorher das Ergebnis der Abstimmung bekanntgebe, oder wollen wir es zurückstellen?

(Widersprechende Zurufe.)

Das Ergebnis wird bekanntgegeben.
Dr. *Rinke*: Die Abstimmung über das Vertrauensvotum für Herrn Dr. *Hundhammer* in seiner Eigenschaft als Staatsminister für Unterricht und Kultus ergab folgendes Resultat:
Abgegeben wurden 502 Stimmen; mit Ja stimmten 323 Delegierte;

(Bravo-Rufe und Beifall.)

mit Nein stimmten 154.

(Pfui!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich weise den Pfui-Rufer zurecht.

(Zustimmung.)

Wer war es?

(Zuruf: Ein Landtagsabgeordneter!)

Gut, dann wird mit Zustimmung der Versammlung der Rufer nicht festgestellt. Aber ich hoffe, daß der Betroffene sich dann zur Ordnung gerufen fühlt.
Dr. *Rinke*: Stimmenthaltungen 25.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Wort hat Dr. *Hundhammer* zu einer Erklärung.
Dr. *Hundhammer*: Die Situation ist geklärt. Ich danke der Landesversammlung für das Vertrauen und hoffe, daß es mir gelingen wird, auch von den restlichen Stimmen noch einen beträchtlichen Teil in weiterer sachlicher Arbeit zu gewinnen.

(Bravo-Rufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, darf ich jetzt nach der Zeiteinteilung fragen. Wir können für die kommende Nacht noch für alle Teilnehmer Quartier behalten, wenn wir wollen. Wohin geht der Wunsch?

(Dr. *Hundhammer*: Heute abschließen!)

Darf ich darüber abstimmen lassen? Soll heute abgeschlossen werden oder nicht? Wer ist dafür, daß heute abgeschlossen wird? - Offensichtlich die überwiegende Majorität.
Können wir schon eine Zeit festlegen? Ich halte es für sehr schwierig. Es wird gewünscht, daß als Zeitpunkt 18 Uhr festgesetzt wird.

(Widerspruch.)

Ich muß, bevor die Debatte angeht, feststellen: Wer reist vor 18 Uhr ab?

(Zuruf: Der Sonderzug geht um 17.10 Uhr!)

Ich höre, der Sonderzug geht um 17.10 Uhr. Darf ich vorschlagen, daß dann bis 16.30 Uhr durchverhandelt wird?

(Unruhe.)

Also, nehmen wir uns vor, bis 16 Uhr durchzuverhandeln.

(Zuruf: Ich glaube nicht, daß das Essen für uns gekocht bleibt!)

Es wird also vorgeschlagen, daß das Essen eingenommen wird

(Zuruf: Höchstens eine Stunde!)

- höchstenfalls eine Stunde -, damit uns das nicht verloren geht. Wollen wir jetzt in die Debatte eintreten?

(Zuruf: Zuerst essen!)

Dann darf ich jetzt eine Essenspause einlegen. Ich bitte, Punkt 13.30 Uhr wieder hier zu sein.

Die Tagung wird um 12.32 Uhr unterbrochen.
Die Sitzung wird um 13.55 Uhr wiederaufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir setzen die Sitzung fort. Ich darf zur Abwicklung der Tagesordnung jetzt einige Fragen aufwerfen. Es haben sich bisher 22 Redner gemeldet. Dabei darf ich feststellen, daß sich ein großer Teil der Redner bereits heute früh vor meiner Rede gemeldet hat. Meine lieben Freunde, es scheint mir eigenartig zu sein, wenn die Wortmeldungen schon am Morgen nach bestimmten Gruppen abgegeben werden, bevor man sich einen Rechenschaftsbericht angehört hat.

(Sehr richtig!)

Darf ich Ihnen - ich glaube, ich bin dabei objektiv - den Vorschlag machen, daß sämtliche Wortmeldungen kassiert werden

(Zurufe: Jawohl!)

und daß Wortmeldungen von jetzt an eingereicht werden? - Erhebt sich ein Widerspruch? - Nein. - Es sind zwei dagegen. Im übrigen ist der Vorschlag einstimmig angenommen.

(Bravo-Rufe.)

Dann sind sämtliche Wortmeldungen kassiert und erst von jetzt ab wieder zulässig.
Dann darf ich dazu noch folgendes sagen: Ich schlage jetzt vor - denn wir wollen sachliche Arbeit leisten -, daß, bevor in die Diskussion eingetreten wird, noch die Grundgedanken zum System der wirtschaftlichen Leistungssteigerung, des gerechten Lastenausgleichs und sozialen Arbeitsfriedens verlesen werden. Denn wenn Sie mir Ihr Vertrauen weiterhin geben, werden das die Richtlinien für die realistische Politik sein, die ich in der Fraktion wie in der Partei durchzusetzen versuche. Man soll nicht nach persönlichen Gesichtspunkten urteilen, sondern nach sachlichen.
Damit Sie wissen, welche Linie ich einhalte, um, wie ich mich immer ausdrücke, Substanz zu schaffen und Substanz zu fördern und den Nutzeffekt dem Volksganzen, vor allem der großen Schicht der Verarmten, zugute kommen zu lassen, darf ich vorschlagen, daß Ihnen mein Entwurf vorgelegt wird. Sind Sie einverstanden und erhebt sich ein Widerspruch? Es erhebt sich kein Widerspruch.
Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung! Nachdem wir bereits seit gestern im Besitz dieses Dokumentes sind, schlage ich vor ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nein, *Kroll*, es ist nicht durch alle Hände gegangen! Man kann es praktisch nicht so halten. Man muß sich wirklich die Mühe geben, es anzuhö-

ren! Es kann von einem Herrn - ich möchte meine Stimme schonen - in gut zehn Minuten vorgelesen werden. Für sachliche Arbeit werden wir bestimmt zehn Minuten oder eine Viertelstunde Zeit haben! Darf ich vorschlagen, daß es von einem Mann mit kräftiger Stimme vorgelesen wird, von unserem Parteifreund *Allwein*. - Ich bitte um Ruhe!
Dr. *Allwein*: (Beginnt mit der Verlesung des Wirtschafts- und Sozialprogramms der Christlich-Sozialen Union in Bayern, siehe Anlage.[9])

(Während der Verlesung: Dr. *Zwicknagl*: Zur Geschäftsordnung!
Es ist unmöglich, daß ein Schriftstück von 22 Seiten Länge hier verlesen wird!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es sind keine 22 Seiten, es sind nur zehneinhalb Seiten!
Dr. *Zwicknagl*: Eine große Anzahl ist überhaupt nicht in der Lage, den Worten zu folgen, weil der Lärm zu groß ist und weil die Stimme nicht durchhält. Es handelt sich auch um ein Konzentrat; das hilft uns in der heutigen Stunde nichts! Wir haben ganz andere Fragen zu behandeln.

(Sehr richtig!)

Ich würde deshalb bitten, in die Diskussion einzutreten und die entscheidenden Fragen zu behandeln, um die es geht. Es geht um den Bestand der Union! Das würde ich vorschlagen, statt ein Schriftstück zu verlesen, das in monatelanger Arbeit von Spezialisten gemacht worden ist, dessen Inhalt sehr gut ist und dem wahrscheinlich die große Mehrheit dieses Hauses zustimmen wird. Darüber dürfen wir die wichtigste Frage, die jetzt kommt, nicht hintansetzen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, ich habe vorhin gefragt. Hier scheiden sich die Meinungen. Ich bin der Auffassung, zuerst kommt die sachliche Arbeit, kommt eine klare sachliche Linie; dann soll man entscheiden und die anderen persönlichen und sonstigen Fragen austragen. Mit Technik und Regie allein werden Sie nämlich die Krisis der Union und die Krisis der Demokratie nicht lösen! Sie werden sie nur lösen, wenn die Union eine Idee zur sachlichen Arbeit durchsetzt!

(Dr. *Zwicknagl*: Ich bitte um Abstimmung!)

Es ist schon abgestimmt. Ich bitte das nächste Mal meinen Parteifreund *Zwicknagl*, daß er wie jeder andere sich rechtzeitig zur Geschäftsordnung meldet und nicht während eines Vortrags unterbricht.
Dr. *Zwicknagl*: Herr Dr. *Müller*, wir haben nicht gewußt, daß es sich um ein zwanzig Seiten langes Exposé handelt. Es ist vorhin erklärt worden ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe ausdrücklich erklärt, es dauert zehn bis höchstenfalls 15 Minuten. Die Versammlung war damit einverstanden, die Zeit für diese sachliche Arbeit aufzuwenden. Erhebt sich ein Widerspruch?

(Zurufe: Ja!)

Dann müssen wir nochmals abstimmen. Wer dafür ist, daß diese Grundgedanken vorgetragen werden und nachher in die Diskussion eingetreten wird, den bitte ich, die Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Das erstere war nach allgemeiner Meinung die große Majorität.

[9] Der Text findet sich im Anhang, Dok. Nr. X, S. 1742ff.

Allwein, fahre fort! Ich bitte, von jetzt an Störungen zu unterlassen!

(Zuruf: Anderer Vorleser!)

Dann lese ich selbst vor. Entschuldigt, es tut mir leid!

(Zuruf: Alles Regie, bis zum Sonderzug!)

Ich verbitte mir den Zwischenruf, es sei Regie! Ich darf bekanntgeben, daß der Sonderzug um 18.30 Uhr fährt. Ich weise den Vorwurf, daß das hier Regie sei, zurück. Meine lieben Freunde, es kommt darauf an, ob jemand nur zum Stänkern herkommt, oder zur Arbeit!

(Große Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe!

(Zuruf eines Delegierten von Oberbayern: Ich protestiere dagegen, daß ohne Einverständnis ein Sonderzug verschoben wird! Wir müssen nach Hause!)

Ich glaube, daß der allergrößte Teil der Versammlungsteilnehmer damit einverstanden ist, daß wir bei der Reichsbahn veranlaßt haben, daß der Sonderzug verschoben wird. Nachdem wir einmal zur Arbeit beisammen sind, soll man wenigstens die Stunde noch opfern!

(Zuruf: Wo sollen wir in München über Nacht bleiben? Wir können nicht auf der Straße über Nacht bleiben!)

Ich bitte um Ruhe!

(Dr. *Baumgartner*: Diskussion wollen wir haben!)

Dr. *Baumgartner*, ich glaube, Sie sind Demokrat!
Dr. *Baumgartner*: Eben weil wir Demokraten sind!
Dr. *Schedl* fährt mit der Verlesung der Grundsätze fort.

(Während der Verlesung Zuruf Dr. *Baumgartner*: Wir wollen nicht zehn Seiten vom Parteigenossen *Schedl* hören!)

(Die Verlesung wird unter gelegentlicher Unruhe zu Ende geführt.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Ich stelle den Antrag, diese Ihnen bekanntgegebenen Grundgedanken zum System der wirtschaftlichen Leistungssteigerung, des gerechten Lastenausgleichs und sozialen Arbeitsfriedens werden als Wirtschafts- und Sozialprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern geschlossen bekanntgegeben.
Donsberger: Zur Geschäftsordnung! Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß das, was gerade verlesen worden ist, weder in der Landesvorstandschaft der Christlich-Sozialen Union, noch im Sozialpolitischen Ausschuß der Christlich-Sozialen Union behandelt und beschlossen worden ist.

(Hört, hört!)

Ich möchte deshalb den Antrag stellen, daß diese Grundgedanken der Parteivorstandschaft als Material zur Weiterbearbeitung überwiesen werden.

(Sehr gut!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wenn wir ewig so weitermachen,

(Sehr richtig!)

dann wird die Union nicht zu einem Entschluß kommen und immer nur negativ Propaganda gegen Sozialisierung machen und nie etwas Positives dazu sagen. Was Ihnen vorgelesen wurde, ist mit maßgebenden Leuten besprochen worden. Ich glaube, mein Freund *Krehle* ist genau im Bilde darüber. Er gilt als Fachmann der Sozialpolitik. Es wurde wiederholt darüber gesprochen. Es ist mit *Semler* vom Wirtschaftsausschuß besprochen worden. Wir theoretisieren nur, und praktische Arbeit wird nicht geleistet!

(Beifall.)

Donsberger: Zur Geschäftsordnung! Meine Damen und Herren, ich möchte feststellen, daß dem Staatssekretär *Krehle* als dem Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses von dieser Sache nichts bekannt ist.

(Hört, hört!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: War nicht Freund *Pfeiffer* (?) bei Dir?
Donsberger: Ich möchte weiter feststellen, daß nach dem Inhalt der Satzung die Landesleitung nicht berechtigt ist, solche Unterlagen vorzulegen. Ich möchte feststellen, daß zur Vorlage einer solchen Unterlage an eine Landesversammlung ein Beschluß der Vorstandschaft vorausgehen muß. Nur dann hat die Landesleitung das Recht, Derartiges vorzulegen.
Ich bedauere außerordentlich, daß dadurch eine besondere Schärfe hereingetragen worden ist, obwohl die Ansätze heute Vormittag wieder dafür vorhanden waren, um zu einer Einigung zu kommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, nach den Statuten kann der Landesvorsitzende Anträge stellen. Werden sie angenommen, ist es recht; werden sie abgelehnt, können Sie anders beschließen. Und ich sehe nicht ein, warum wir uns darüber aufregen. Aber Sie müssen sich klar sein: Die Union muß etwas leisten! Wenn Sie aus dieser Tagung nur mit Gezänk herausgehen, dann wird Ihnen das Volk draussen die Quittung geben!

(Sehr richtig!)

Dr. *Schlögl*: Zur Geschäftsordnung: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin der Vorsitzende des Agrarpolitischen Ausschusses der Christlich-Sozialen Union. Ich stelle fest, daß zum Kapitel Landwirtschaft weder der Ausschuß noch ich gefragt worden sind, auch nicht der Landeswirtschaftsminister.[10]

(Hört, hört!)

Ich bitte die Bauern dringend, diesem Programm nicht zuzustimmen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es für uns in manchen Punkten untragbar ist. Manche Punkte sind gut.

(Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! - Darf ich an den Herrn Vorsitzenden des Agrarpolitischen Ausschusses der Union, der seit zwei Jahren besteht, die Frage richten, ob dieser Ausschuß auch nur einmal getagt hat?

(Heiterkeit und Beifall. - Wiederholte Zurufe: Antwort.)

[10] Gemeint ist wohl Landwirtschaftsminister Joseph Baumgartner.

Dr. *Zwicknagl*: Meine Freunde, darf ich um die Bekanntgabe der Namen bitten, die diese Ausarbeitung vorgenommen haben?

(Zuruf: Das hat damit nichts zu tun!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf Ihnen ruhig sagen, die Grundgedanken habe ich durch die Referenten für die Ausschüsse ausarbeiten lassen, die jeweils mit den Persönlichkeiten aus den Ausschüssen Fühlung genommen haben. Ich habe das deswegen machen lassen, weil ich in Frankfurt die Notwendigkeit gesehen habe, dem Sozialisierungsdogma ein aktives Programm der Union entgegenzustellen. Darüber kann ich keine Zeit verlieren, sondern muß handeln.
Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung!
Sporer: Es hätte auf die Tagesordnung gehört! So überrumpelt man die Menschen!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Sporer*, ich entziehe Ihnen das Wort! Sie haben sich gar nicht zu Wort gemeldet!
Dr. *Horlacher*: Ich habe meine Gründe, warum ich Euch allen empfehle, dieses Programm anzunehmen.

(Unruhe.)

Erstens wird dadurch die Weltgeschichte noch nicht enschieden; zweitens braucht das Programm die notwendigen Ausführungsbestimmungen.
Ich habe genau gehört: Das pompöse Programm hat obenstehend: Sozialer Lastenausgleich. In dem ganzen Programm ist das Wort Sozialer Lastenausgleich nur an einer Stelle vorgekommen. So einfach ist der Lastenausgleich zwischen denen, die unbeschädigt durch den Krieg hindurchgekommen sind, und denen, die durch den Krieg geschädigt sind und alles verloren haben, nicht, daß ich das in einem Satze erledigen kann. Deswegen können Sie es ruhig ablehnen oder annehmen. Wir werden uns doch mit den Problemen beschäftigen müssen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe ausdrücklich zur Einleitung gesagt, es sollen die Grundlinien sein, nach denen Fraktion und Partei arbeiten werden.

(Zuruf: Abstimmen!)

Darum geht es auch. Daß es selbstverständlich ausgearbeitet und weiterentwickelt werden muß, ist eine Naturnotwendigkeit. Es kommt darauf an, daß man einmal startet.
Ich darf es ferner sagen: Es handelt sich, damit *Horlacher* und ich uns richtig verstehen, nicht nur um den Kriegslastenausgleich, sondern um den sozialen Lastenausgleich, auch darum, den entsprechenden strukturellen Ausgleich innerhalb der Gesellschaftsordnung zu finden.
Ich darf zum Schluß kommen und zur Abstimmung schreiten. Der Antrag ist bekannt. Wer enthält sich?

(Zuruf: Welcher Antrag?)

Es besteht der Antrag auf Annahme dieser Grundgedanken als Wirtschafts- und Sozialprogramm der Christlich-Sozialen Union.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Wir sind in der Abstimmung; es gibt keine Meldung zur Geschäftsordnung während der Abstimmung. Wer enthält sich? - 73 haben sich enthalten. Wer ist dagegen? - 19 sind dagegen. Wer ist dafür? - Das ist die überwiegende Majorität.

Wir treten dann in die Debatte ein.
Allwein: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung zur Abgabe einer Erklärung.
Meine Damen und Herren, mein juristisches Gewissen zwingt mich zu folgender Erklärung: Die Abstimmung, eine schon vorhandene Rednerliste ungültig zu machen, widerspricht dem Rechte, insbesondere nachdem ein großer Teil derjenigen, die sich zum Wort gemeldet hatten, bei dieser Abstimmung nicht anwesend war. Die Folge davon ist, daß die wirklich zuerst Gemeldeten nun zum Schluß daran kommen werden, weil mit Bekanntgabe des Beschlusses massenweise Rednermeldungen herausgegeben worden sind.

(Zuruf: Die vorbereitet waren!)

Das Vertrauen der Versammlung hat mich berufen. Ich würde der Pflicht, die mir dieses Vertrauen auferlegt, zuwiderhandeln, wenn ich diese Maßnahme mitmachen und decken würde. Ich trete daher von meinem Posten als zweiter Schriftführer zurück.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Es ist vorhin mit größter Majorität beschlossen worden, daß neue Wortmeldungen vorzunehmen sind.

(Dr. *Baumgartner*: Diktatur! Überrumpelung!)

Herr Dr. *Baumgartner*, ich darf nochmals bitten, denken wir daran, daß wir uns, auch wenn wir im Hintergrund stehen, demokratisch benehmen!

(Anhaltende Unruhe.)

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Zur Geschäftsordnung!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! Meine lieben Freunde, wir verlieren nur Zeit.
Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Ich habe eine einzige Frage. Ich bin der Meinung, wir müssen etwas Positives zustande bringen. Ich möchte an den Herrn Vorsitzenden jetzt die Frage richten, welche Anträge er noch zur Sache zu stellen hat.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe Ihnen heute meinen Standpunkt über die Partei und über die Politik der Partei dargelegt. Ich weiß, daß von der Fraktion ein anderer Antrag beschlossen wurde, nämlich ein Direktorium einzurichten. Ich darf Ihnen hierzu erklären: Durch technische und Regie- - ich möchte in diesem Fall sagen - maßnahmen allein läßt sich die tieferliegende Krisis in der Christlich-Sozialen Union nicht überwinden. Sie läßt sich nur überwinden durch eine organische Durchgliederung der Partei und durch eine sachliche Arbeit, durch die Scheidung der Geister innerhalb der Union nach sachlichen Gesichtspunkten und, wenn es sein muß, auch durch eine Klärung im Gesamtrahmen, auch wiederum nach sachlichen Gesichtspunkten.
Aus diesem Grunde habe ich Ihnen heute entwickelt, daß die Partei in sich selbst nach Arbeitsgemeinschaften durchgegliedert wird. Die Arbeiten sind eingeleitet; der Aufbau ist im Gange. Es wäre zwecklos, im Augenblick abrupt irgendeine Entscheidung zu treffen, die den organischen Aufbau stört.

(Hört, hört!)

Ich darf dazu weiter erklären: Meine lieben Freunde, ich habe Ihnen absichtlich heute gesagt, daß ich es eventuell auf letzte Entscheidungen ankommen lasse und eventuell die Vertrauensfrage stellen muß, und zwar deswegen, weil es unmöglich ist, so weiterzuarbeiten, wie es bisher in der Union der Fall war.

(Sehr gut! - Zuruf Dr. *Horlacher*: So geht es auch nicht mehr weiter!)

Wenn man zu Methoden gegriffen hat, wie ich sie im Laufe der letzten Wochen erlebt habe,

(Zuruf: Sagen Sie es!)

dann ist man bereit, alles auf sich zu nehmen! Das erkläre ich denen, die bis zum Letzten gegangen sind, soweit, daß einem alles bis *daher* steht!

(Pfui-Rufe. - Zuruf: Was denn?)

Ich sehe daher in der heutigen Entscheidung die einzige Möglichkeit, nicht in der kleinen Kraftprobe, wie sie nach Frankfurt versucht wurde. Denn es war kennzeichnend, daß, wie ich erklärt habe, die Geheimsitzung der Fraktion einberufen und gleichzeitig dem Landesvorstand der SPD davon Mitteilung gemacht wurde.

(Zuruf: Unerhört! - Zuruf Dr. *Baumgartner*: Das ist nicht wahr!)

Hierzu sage ich: Wenn ein Angriff von außen im Gange ist, stehe ich gerade, auch wenn er von innen her gegen mich vorgetragen wird! Ich lasse es infolgedessen auf letzte Entscheidungen ankommen.
Ich war im Zusammenhang mit dem Frankfurter Ereignis der Auffassung, daß es nötig sein wird, daß ich eine sachliche Entlastung in der Union erhalte. Ich habe mir damals selbst überlegt, daß wir dahin kommen müssen, daß die Statuten zu beschliessen sein werden, was der ordentlichen Landesversammlung im letzten Jahr vorbehalten war, daß der Landesvorsitzende durch zwei Stellvertreter vertreten wird.

(Sehr richtig!)

Ich darf dazu aber sagen: Meine lieben Freunde, wenn Sie es so machen wollen, wie es hier vorgetragen wurde, daß ein Führungsgremium mit drei Leuten gewählt wird, dann werden Sie den Kompromiß zum tragenden Dogma der Union machen!

(Dr. *Baumgartner*: Sehr richtig, das andere ist Diktatur!)

Dann werden Sie bei jeder Wahl in der Landesversammlung, in der die Vertreter des ganzen Landes da sind und bei der immer eine besondere Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit vorhanden sein wird, nur die Zerrungen und Zerreißproben erleben! Es wäre viel organischer und gesünder, wenn die beiden Vertreter von dem kleineren Gremium des Landesausschusses gewählt würden, der nach unseren Statuten aus etwa 140 Leuten besteht. Sie kommen sonst in der Landesversammlung zu der letzten Entscheidung, ob die Union nach den Gesichtspunkten der Einigkeit der beiden Konfessionen im öffentlichen Leben zusammengehalten wird

(Widerspruch.)

oder ob das ständische Interesse die Union überlagert.
Hier können Sie Klarheit nur dadurch gewinnen, daß Sie diese Entscheidungen aus dem großen Gremium heraus in den Landesausschuß verlagern, der kleiner ist und nur 140 Leute umfaßt. Er wird übrigens auch vom ganzen Lande getragen. Das sind die Möglichkeiten einer organischen Entwicklung. Was ich aber für notwendig angesehen habe, wäre, daß in den Statuten - darüber muß man sich hernach auch sehr ernsthaft Gedanken machen - ein Rat von weisen Männern geschaffen wird, ein Ältestenrat, der die Sauberkeit in der Union wieder als tragendes Prinzip durchsetzt.

(Dr. *Baumgartner*: Die Sauberkeit wollen wir ja!)

Der Ältestenrat sollte aus drei festen Mitgliedern und drei Stellvertretern bestehen. Er sollte nicht nach Gruppengesichtspunkten gewählt werden, sondern es sollte wirk-

lich ein Rat der Weisen sein. Wir müssen die Überzeugung haben, daß diese Männer wirklich die christliche Idee verfechten.

(Sehr gut!)

Sie sollen dafür sorgen, daß alle charakterlosen, korrupten und denunziatorischen, intrigentenhaften Elemente aus der Union verschwinden.

(Bravo! Lebhafter Beifall. - Zuruf: Sind überhaupt solche drin?)

Dann wird die Union wieder die Basis zur Arbeit haben. Wenn Sie aber hier eine Zerreißprobe beginnen und dafür die Verantwortung übernehmen wollen,

(Zuruf: Jawohl!)

dann tragen Sie die letzte Verantwortung!

Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Ich darf vorschlagen, daß die Aussprache beginnt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich übergebe den Vorsitz mit Ihrem Einverständnis, so wie es im letzten Jahre auch der Fall war, Stadtpfarrer Dr. *Muhler*, Mitglied des Landesvorstandes. Erhebt sich ein Widerspruch? - Nein! Dann darf ich Dr. *Emil Muhler* bitten, den Vorsitz zu übernehmen.

Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Bevor Sie weggehen, möchte ich fragen, ob eine Möglichkeit besteht, daß nach der Rede des Vorsitzenden, die sehr ausgiebig war - ich habe mich heute früh als erster zum Wort gemeldet -, der Vertreter der Opposition das Wort bekommt, um auf dem Parteitag die Gesichtspunkte darzulegen, die weite Teile der Union bewegen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf rein geschäftstechnisch noch eine technische Frage bekanntgeben, bevor Dr. *Muhler* den Vorsitz übernimmt. Wer noch übernachten will und kein Quartier mehr haben sollte, kann im Priesterseminar über Nacht bleiben. - Ich übergebe hiermit den Vorsitz an *Muhler*.

(Dr. *Muhler* übernimmt den Vorsitz.)

Kurz: Ich darf kurz darauf verweisen, daß mir mitgeteilt wird, daß der Sonderzug, der um 17.10 Uhr abgehen sollte, erst um 18.30 Uhr abfährt.

(Unruhe.)

Es wird mir gesagt, daß das unmöglich ist, weil Verschiedene die Anschlußzüge in München nicht mehr erreichen. Ich darf auch darauf aufmerksam machen, daß in München heute keine Straßenbahn fährt und daß alle, die nach München mit dem Sonderzug kommen, zu Fuß ihren Heimweg antreten müssen. Ich möchte daher gebeten haben, daß der Sonderzug wie vorgesehen um 17.10 Uhr abfährt. Ich stelle darüber den Antrag.

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Soeben höre ich, daß auch mit dem Zug um 17.10 Uhr die Anschlußzüge nicht mehr erreicht worden wären,

(Widerspruch.)

Fernzüge sicher nicht. Das muß ich den einzelnen überlassen; wir können nicht über die Züge abstimmen.

Ich erteile das Wort dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. *Ehard*. Wir haben keine Zeit zu verlieren.

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Liebe Parteifreunde, meine Damen und Herren! Wenn man vor einer ernsten Entscheidung steht, dann soll man in aller Kürze zunächst ein-

mal Rechenschaft ablegen, was ist, was sein kann, und man soll die Mittel überlegen, mit denen man über Schwierigkeiten hinwegkommt.
Zunächst: Was ist? Es stehen hinter uns eineinhalb Millionen Wähler, die uns das Vertrauen geschenkt haben. Was wollen diese Wähler? Diese Wähler wollen vor allen Dingen, daß in dieser jungen, erst aufzubauenden Demokratie positiv gearbeitet und weniger geredet wird.

(Sehr gut!)

Mit Reden und mit Entschließungen allein, mit Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen lassen sich die Schwierigkeiten unserer heutigen Zeit nicht meistern.

(Sehr richtig!)

Und nun darf ich aus meinem Herzen einmal keine Mördergrube machen. Wäre mancher von Ihnen Ministerpräsident, wäre mancher von Ihnen in die Regierung, in die jetzigen Schwierigkeiten gestellt, die sich herumstellen durch die äußeren Dinge, durch die Menschen der anderen Parteien, durch die Zonen, durch die Besatzungsbehörden, durch die Zusammenarbeit mit den anderen Besatzungsbehörden und - Gott sei es geklagt - durch die eigenen Freunde,

(Sehr gut!)

dann würden Sie vielleicht verstehen, wenn ich Ihnen sage: Bitte, helft doch zusammenzustehen, helft doch, praktisch zu arbeiten, laßt doch das Reden, laßt doch die persönlichen Gehässigkeiten! Gibt es denn keine Möglichkeit, darüber hinwegzukommen?
Neben den Wählern steht eine große Partei. Diese Partei braucht nur geschlossen zu sein, um ein Gewicht darzustellen, das sozial, wirtschaftlich und politisch ein ausschlaggebender Faktor wird.

(Zustimmung.)

Wenn diese Partei einig ist, wenn diese Partei selbst die Grundsätze der Demokratie zu würdigen versteht! Und wenn man noch so scharf aufeinanderplatzt, muß man sich sagen: Wir platzen aufeinander, und wenn es nicht anders geht, stimmen wir ab; und die Minderheit muß so vernünftig sein, sich der Mehrheit zu beugen, wobei sie ihre Meinung keineswegs unter den Tisch zu werfen braucht, sondern die Mehrheit sehr stark beeinflussen kann.
Das ist das Zweite. Was haben wir sonst? Ist es sehr unbescheiden, wenn ich Ihnen sage: Sie haben doch eine Regierung? Ist es sehr unbescheiden, wenn ich heute einmal - ich tue es ungern - sage: Hat Ihnen diese Regierung nicht schon wiederholt trotz der schwierigsten Verhältnisse eine Plattform gegeben, auf die Sie nur zu treten brauchen?

(Sehr richtig!)

Ich gebe Ihnen das Versprechen, solange ich an dieser Stelle bin, wird die Regierung Ihnen weiterhin eine Plattform bieten! Auf diese Plattform kann ich treten; von dieser Plattform aus kann ich ganz entscheidende Dinge tun, trotz der Schwierigkeiten der Zeit. Unter einer einzigen Voraussetzung: Ich muß mich auf meine Freunde verlassen können!

(Sehr richtig!)

Ich muß wissen, daß Sie hinter mir stehen! Ich muß auch wissen, daß Sie dann hinter mir stehen, wenn in Ihren Reihen verschiedene Meinungen sind und wenn eine Mehrheit einer Minderheit gegenübersteht! Ich muß wissen, daß sich die Minderheit der Mehrheit oder umgekehrt die Mehrheit der Minderheit nicht wie einem Todfeind gegenübersieht!
Ich muß mir weiter darüber Rechenschaft ablegen: Worüber geht denn heute der Streit bei dieser Landesversammlung?

(Zuruf: Um gar nichts!)

Ich bin gewohnt, die Dinge realistisch und nüchtern zu sehen, um sie in aller Ruhe auszusprechen. Sind wir doch ganz ehrlich: Es ist der Streit um das Problem *Hundhammer* und das Problem *Müller*.

(Sehr richtig!)

Um beide Personen gruppiert sich Gunst und Haß nach beiden Seiten. Als ob die Welt von Personen allein abhängig wäre!

(Sehr richtig!)

Personen, wenn sie noch so bedeutend sind, kommen und gehen. Auch Parteien kommen und gehen; aber sie dürfen nicht wegen einzelner Personen kommen und gehen, sie dürfen nicht wegen einzelner Personen auseinanderfallen.
Betrachten wir das Problem *Hundhammer*. Schön, meine Damen und Herren, man hat heftig über den Kultusminister *Hundhammer* in diesem Kreise gestritten. Das ist Ihr gutes Recht als Partei. Ich bin sogar - und hier, mein lieber Freund *Baumgartner*, nimm mir das nicht übel - mit einer kleinen Variante der ketzerischen Meinung, daß ein Minister, wenn er nun einmal Exponent einer Partei ist, keineswegs davor zurückzuscheuen braucht, auch vor der Landesversammlung und vor seiner Partei - ich gebrauche das Wort - Rechenschaft abzulegen; schon deshalb, weil er sich dabei den Rücken außerordentlich stärken kann.

(Sehr richtig!)

Und nun komme ich zum Problem *Hundhammer*. Man hat heftig gestritten. Unser Parteifreund *Hundhammer* ist in seiner Rechenschaft - das, glaube ich, war Ihrer aller Eindruck - außerordentlich geschickt und sachlich gewesen.

(Sehr richtig!)

Man hat darüber abgestimmt. Nun muß man sich doch Rechenschaft darüber geben, worüber man abgestimmt hat. Es war ein allgemeines Vertrauensvotum beantragt. Ein großer Teil, der größte Teil hat das Vertrauensvotum mit Ja beantwortet. Eine Minderheit hat dieses Vertrauensvotum verneint. Ich rechne jetzt einmal die Stimmenthaltungen, die ja auch zahlenmäßig keine Rolle spielen, nicht mit. Was heißt das? Das heißt, daß hier ein Teil sich ohne weiteres geschlossen für die Kulturpolitik und die Tätigkeit des Kultusministers einsetzt und sie bejaht. Heißt das, daß die Minderheit etwa dem Kultusminister ein Mißtrauen aussprechen will?

(Zuruf: Nein, das heißt es nicht!)

Ich weiß, daß Sie das auch gar nicht sagen wollten! Es heißt nur, daß eine Minderheit dem Kultusminister gegenüber unter dem Gesichtspunkt des Verlangens eines vollen Vertrauens gewisse Vorbehalte macht.

(Sehr richtig!)

Minister *Hundhammer* hat die ganz richtige Folgerung daraus gezogen, die ich als Ministerpräsident auch ziehe. Er hat nämlich gesagt: Die absolute Mehrheit ist für mich; die Minderheit mißachte ich nicht, sondern ich höre, was diese Minderheit allenfalls wirklich zu sagen hat. Ich lade diese Minderheit ein, zu mir zu kommen, mir ihre Bedingungen, ihre Ausstände, die sie glaubt, haben zu müssen, zu sagen, und ich bin bestrebt, diese Dinge, die hier entweder als Mißverständnisse oder als Vorbehalte oder als Ressentiments oder vielleicht auch als wirkliche sachliche Einwände bestehen, mit ihr auszugleichen. Ist das nicht eine absolut demokratische und - ich stehe nicht an, das Wort zu gebrauchen - kavaliermäßige Erledigung einer solchen Sache?

(Sehr richtig! - Beifall.)

Das werden alle sagen, das wird jeder zugestehen können, wenn er guten Willens ist.
Wir haben also hier eine Plattform wegen des Kultusministers. Jetzt bleibt der Parteivorsitzende, unser Parteifreund Dr. *Josef Müller*. Nun muß ich auch hier nüchtern die Tatsachen nehmen, wie sie sind. Es bestehen - es hat keinen Zweck, darüber hinwegzusehen - gewisse Vorbehalte auch gegenüber dem Parteivorsitzenden, nicht für seine Person, sondern für seine Tätigkeit als Parteivorsitzender. Es heißt, er herrscht vielleicht zu autokratisch, er herrscht vielleicht so, daß man zu wenig in die Karten gukken kann; er herrscht vielleicht gar nicht so, aber es macht den Eindruck. Der eine ist offener und beanstandet etwas schärfer. Der andere sagt: Plein pouvoir, Du kannst machen, was Du willst, Du bekommst immer meinen Beifall! Der andere wieder sagt: Nein, Du kannst machen, was Du willst, Du bekommst immer das Gegenteil von mir gesagt!
So kommt man nicht weiter. Denn eine große Partei wie unsere - wir hören das immer - hat große Spannungen, große Gegensätze. Wir berauschen uns daran, Beifall zu spenden, wenn es heißt, man muß die Bogen weit spannen, um die Gegensätze überwinden zu können. Aber mit dem Beifall allein, meine lieben Freunde, ist es nicht getan! Man muß eben - ich nehme jetzt das Beispiel *Hundhammer* als Fall, nicht für seine Person - versuchen, hier auch die Schwierigkeiten zu erleichtern und aus den Angeln zu heben.
Nun hat unser Freund *Müller* bereits eine Andeutung gemacht: Wir müßten doch einmal konkretisieren. Lösen wir sie einmal von den Personen. Dann kommen wir, wenn ich jetzt nur im großen gesehen ein Bild geben möchte, wie man aus der Schwierigkeit herauskommen kann, etwa auf folgendes Bild: Der Alleinherrscher als Vorsitzender, als alleiniger Mann, wird beanstandet; also muß ich etwas machen, was auf ein etwas größeres demokratisches Forum abgeladen wird. Nennen wir es Vorstandschaft, nennen Sie es im übrigen, wie Sie wollen! Wissen Sie, ich bin wieder viel zu sehr Jurist in meinem Leben gewesen, als daß ich mich jetzt an ein einzelnes Wort hänge. Denn mit Worten läßt sich trefflich streiten; Sie kennen das Gedicht! Man muß die Leute mit Worten streiten lassen, wenn die Sache so ist, daß sie sich auf die Grundsätze einigen können.
Eine Vorstandschaft muß aus mehreren Personen bestehen, aber nicht so, daß sie nicht aktionsfähig ist, meinetwegen aus zehn oder zwölf. Sie können auch 15, Sie können neun sagen; das ist ganz nebensächlich.
Nun brauche ich so etwas Ähnliches - nennen Sie es auch, wie Sie wollen! - nur der Sache nach, wie einen geschäftsführenden Vorstand, der nun, um die Spitze, die man findet und von der man glaubt, daß sie gegen irgend jemand gerichtet ist, abzubiegen, aus drei Personen bestehen könnte. Das könnte man sagen, der Landesvorsitzende

muß unter allen Umständen von der Landesversammlung gewählt werden. Der zweite und dritte Vorsitzende muß auch da sein. Überlegen Sie sich, ob die Landesversammlung den Zweiten und Dritten wählt, oder ob, wie es Freund *Müller* vorschlägt, der Landesausschuß diese beiden Leute wählen soll! In beiden Fällen wäre es eine demokratische Wahl, in beiden Fällen wären diese drei Leute - und das ist das Entscheidende - vorhanden und müßten in irgendeiner Form zusammenwirken. Daß der erste Vorsitzende irgendeinen gewissen Vorrang - primus inter pares oder so etwas Ähnliches - hat, versteht sich von selbst. Aber die anderen müßten auch an der Geschäftslast, an der Sachbearbeitung beteiligt sein. Nehmen Sie drei Leute, die entsprechend verteilt sind und den Gedanken der Union gleichzeitig zur Geltung bringen; dann haben Sie diese erste Schwierigkeit beseitigt! Nehmen Sie in den Vorstand eine Reihe von Leuten herein, einmal die Vorsitzenden dieser Arbeitsgemeinschaften oder aber der anderen Gruppen, der Jungen Union, der Frauen oder Bauernschaft. Das ist nicht so wichtig; das muß der Erfindungsgabe des einzelnen überlassen bleiben können.
Nehmen Sie in das Gremium noch ein paar Figuren herein, die infolge ihrer Stellung nun eigentlich hineingehören und heute leider nicht drin sind. Das ist nun einmal der Ministerpräsident, von seiner Person ganz abgesehen; mindestens ein Exponent des Kabinetts, wenn der Ministerpräsident nicht Unionsmitglied sein sollte. Das ist zwangsläufig der Landtagspräsident, oder, wenn er nicht zu unserer Partei gehören sollte, ein entsprechender Vertreter im Landtagspräsidium. Das ist selbstverständlich drittens der Fraktionsvorsitzende. Und die gehören hinein. Dieses Gremium, das an sich nicht sehr groß und daher an sich aktionsfähig ist, könnte sich über die entscheidenden und wichtigen politischen Dinge klar werden.
Diese Grundsätze wären, glaube ich, gesund. Wir müssen uns zweitens, ganz abgesehen von irgendeiner Person, überlegen: Wie kommen wir dazu, die Institutionen zu schaffen? Nun wäre der normale, korrekte, satzungsmäßige, gesetzliche, von der Mehrheit genehmigte und sanktionierte Weg folgender: Man müßte diesen Vorschlag dem Landesausschuß unterbreiten. Der Landesausschuß soll ihn im einzelnen beraten und darüber beschließen. Er müßte seine Beschlüsse der Landesversammlung vorlegen. Ich kenne den Einwand, der mir wiederholt entgegengebracht worden ist: Ja, unseren lieben Freund *Müller* haben wir zum Teil - nicht alle - im Verdacht, daß er so etwas hinausschiebt. Bitte, die Landesversammlung braucht nur zu sagen: Wir wollen das; wir beauftragen den Landesausschuß, befristet bis zum Soundsovielten, zusammenzutreten und über diese Dinge zu reden, diese Dinge zu beschließen und der nächsten Landesversammlung vorzulegen.

(Sehr richtig!)

Aus! Dann könnte eigentlich nichts mehr passieren!
Streiten Sie sich noch meinetwegen um ein Drittes - das ist die Frage der Taktik, des Vertrauens -, ob Sie heute gleich irgendeine Sicherung dafür schaffen wollen, daß diese Dinge auch richtig dem Landesausschuß zugeleitet, dort richtig beraten und dann der Landesversammlung vorgelegt werden! Ich meine, damit wäre doch das Problem gelöst. Dann gäbe es auch kein Problem *Müller* mehr!

(Sehr richtig!)

Es ist bei uns so bedauerlich, daß man bei Personen, denen man, wie auch unserem Freund *Müller* große Verdienste um die Partei unter keinen Umständen absprechen kann und auch -spricht, immer nur sagt: Entweder alles oder nichts! Vielleicht ist das auch ein - ich will nicht sagen Fehler -, aber auch nicht ganz richtig, daß es unser

Freund *Müller* vielleicht auch zu stark in dieser Form nuanciert. Ich meine, man müßte sich hier sehr wohl entgegenkommen können. Es ließe sich da ausgezeichnet ein Weg finden, um aus dieser Schwierigkeit herauszukommen. Dann wären wir auch aktionsfähig.

Ich muß sagen, ich habe mit einer gewissen Betrübnis das Bild der Verlesung dieser Grundsätze über mich ergehen lassen. Auch hier möchte ich aus meinem Herzen keine Mördergrube machen. Was da drinsteht, ist sehr gut, mag ausgezeichnet sein; ich für meine Person kann es nicht bis zum letzten beurteilen, weil ich keine Möglichkeit hatte, es vorher zu lesen und weil ich es hier in dieser Versammlung zum ersten Mal gehört habe. Nun mag sein, daß unsereiner mit allen möglichen Vorbehalten an die Sache herangeht, und daß Sie vielleicht das leichter und schneller schlucken, als ich es zu schlucken vermocht habe.

(Unruhe und Heiterkeit.)

Es ist auch möglich, daß man sagt: Wenn der *Müller* uns das vorlegt, kann nichts passieren, das ist unter allen Umständen richtig, und wir sagen zu allem Ja und Amen. Auch das, meine Damen und Herren, ist ein Grundsatz, der sich hören läßt; denn der *Müller* ist ja nicht irgendwer, und der *Müller* hat ja bisher auch bewiesen, daß er bestimmt den Unionsgedanken in der stärksten Weise fördert. Nur muß man nicht allen zumuten, daß sie denselben Standpunkt einnehmen und darf es denen nicht übelnehmen, die sagen: Ich möchte es trotz des persönlichen Vertrauens einmal kritisch prüfen und untersuchen; ich möchte mich auch nicht nur auf meinen eigenen Kopf und meine zwei Augen verlassen, sondern hätte gerne auch mit anderen darüber gesprochen. Denn eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, du sollst sie hören alle beede. Aber beide Teile müssen sich deshalb noch nicht die Köpfe blutig schlagen. Ich meine, es wäre sehr wohl möglich, sich darüber zu verständigen.

Was wäre nun - auch das müssen wir uns überlegen -, wenn wir hier mit heißen Köpfen auseinandergehen, wenn wir keinen Weg suchen und auch die Plattform nicht finden, die man doch an sich nach meiner unbescheidenen Meinung sehr leicht schaffen könnte? Dann entstehen zwei Gruppen, zwei Parteien. Was ist dann? Dann haben wir zunächst einmal den Bruderkrieg, der bekanntlich schlimmer ist, als wenn zwei sich als Gegner gegenüberstehen. Wir haben dann genau das, was das Schlimmste ist, was uns heute in dieser schlimmen Zeit passieren kann, daß nämlich der eine immer anderer Meinung ist wie der andere.

Ich habe einmal eine ganz reizende, interessante Szene unter sehr prominenten Leuten erlebt - sie waren nicht aus diesem Raum. Es handelte sich um zwei Hitzköpfe in einer sehr prominenten Stelle. Sie haben sich miteinander gestritten, das heißt sie haben sehr sachlich miteinander geredet und sind nicht zusammengekommen. Der eine hatte seine Gründe und der andere seine Gegengründe. Schließlich sagte der andere: Und nun habe ich erst recht einen besonderen Grund, gegen Ihre Meinung zu sein, weil Sie nämlich dafür sind!

So wollen wir das nicht machen! Man könnte das auch vermeiden; denn wenn die einen bloß deshalb gegen eine vernünftige Lösung sind, weil die anderen dafür sind, besteht die große Gefahr, daß die einen sich an eine Gruppe anlehnen, die ganz ausserhalb unserer eigenen Anschauung, unserer eigenen Grundsätze steht. Wie sollen wir mit fremden, mit anderen, mit gegensätzlichen Leuten und Parteien verhandeln, wie sollen wir uns mit denen zurechtfinden, wenn wir uns als Brüder und Parteifreunde nicht über eine gegensätzliche Meinung verständigen könnten? Ich kann mir das nicht vorstellen.

Wir müssen dabei doch eines sagen: Zwei Dinge haben auf dieser Landesversammlung einen sehr starken Eindruck auf mich gemacht.
Die Junge Union ist eine Sache, die gärt, eine Sache, die gerne in die Luft springt. Man sagt auch, die Junge Union sagt sehr scharf ihre Meinung, schießt auch gewiß über das Ziel hinaus. Das Bild, das die Junge Union hier auf der Landesversammlung in dem Streit der Meinungen geboten hat, fordert von mir allen Respekt. Denn für einen alten Hasen sollte es nicht so schwer sein, seine Meinung zu revidieren, wenn er sieht, es geht halt nun einmal nicht ganz zusammen, ich habe mich geirrt[11], und der oder jener hat schon recht und hat mich eigentlich überzeugt! Aber für einen Jungen ist das nicht so ganz leicht, wenn er eine Meinung hatte und sichtbar, deutlich und ehrlich sagt: Ich habe mich überzeugt, es ist nicht so, ich bin infolgedessen der Meinung, wir machen es anders. Allen Respekt! Das ist das eine.
Das zweite, was mich sehr beeindruckt hat, war die Erklärung unserer Frauengruppe.

(Bravo!)

Meine Herren - und nun wende ich mich nur an die Herren der Schöpfung -, warum sind sich denn die Frauen so klar in ihrer Linie, daß man ohne ein Zusammenarbeiten nicht weitermachen kann? Ich will Ihnen das Geheimnis sagen. Sie werden von mir erwarten, daß ich sage: Jawohl, die Frau ist mehr gefühlsmäßig eingestellt, sie ist mehr für Liebe und Nächstenliebe und sonstige Dinge.

(Heiterkeit.)

Jawohl, sehr schön! Ich denke noch viel realistischer: Weil die Frau sich mit den täglichen Dingen des Lebens herumschlagen muß und weil es einfacher ist, über große Prinzipien schöne Reden zu halten, Billigung oder Mißbilligung durch Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen auszudrücken und schöne Entschließungen zu fassen, bei denen nichts herauskommt, als notdürftig den Suppentopf zu füllen und die schlechte Laune des Mannes über sich ergehen zu lassen, wenn er nach Hause kommt und es ist nichts da.

(Sehr gut! Beifall.)

Das ist so ausgedrückt, daß die Sache auch eine humorvolle Seite haben könnte. Sie hat aber eine sehr ernste Seite; denn überlegen wir uns alle - das werden mir die jungen Leute aus allen Gegenden, die jetzt vom Felde zurückkommen, seien es Studenten oder Handwerker oder Arbeiter, das werden mir insbesondere die Heimatverwiesenen zugeben -, wie schwer es ist, sich in den alltäglichen Dingen des Lebens zurechtzufinden. Wir müssen uns mit ihnen zurechtraufen.
Ich habe es bei irgendeiner Gelegenheit schon einmal ausgesprochen, und mir kommt das Bild immer wieder: Was wir hier treiben, ist ja ein Schattenspiel. In einigen Wochen redet kein Mensch mehr davon!

(Sehr gut!)

Die Not der Zeit wird uns zwingen zusammenzustehen; sie wird von uns verlangen zu arbeiten, zu improvisieren, sie wird verlangen, daß wir zum Freund oder zum Nachbarn oder zum Feinde gehen, auch wenn er uns einmal in einer Landesversammlung nicht gefallen hat, und ihn bitten: Komm doch und hilf! Wir wollen zusammenstehen,

[11] In der Vorlage: "gefreut".

denn es geht nun einmal nicht anders! Und nun meine ich, man könnte eine Diskussionsgrundlage haben, auf der man vernünftig reden kann, damit man praktisch weiterkommt.
Ich hätte nur noch zwei Bitten: Bevor Sie in die Diskussion eintreten und über irgendeine Entschließung abstimmen, möchte ich bitten, daß wir uns alle gegenseitig eine Generalabsolution erteilen

(Sehr gut!)

und alles das, was vielleicht nach der persönlichen Seite zu scharf, zu feindlich ausgesehen haben mag, ausschalten. Und ein Zweites: Daß wir den Vorsatz fassen - denn sonst hat auch die Generalabsolution nicht sehr viel Zweck -, nun vernünftig und praktisch weiterzuarbeiten und alles das draußen zu lassen, was nur zu persönlicher Verstimmung und Gehässigkeit, zu persönlichen Differenzen, zum Auseinanderfallen, statt zum Zusammenstreben führt.
Auch da gebe ich unserem Freunde durchaus recht, wenn er sagt, wir müßten so ein Auffangreservoir haben, das auffängt, was von einem Parteifreund gegen den anderen Parteifreund geschleudert wird. Nennen Sie es Ältestenrat; setzen Sie ihn nach Personen zusammen, auf die Sie Ihr Vertrauen setzen! Er soll nicht allzugroß, aber auch nicht ganz klein sein. Ich glaube, den Gedanken unseres Freundes richtig verstanden zu haben: Hat ein Parteifreund gegen den anderen einen Anwurf, gleichviel, ob persönlicher oder wirtschaftlicher oder familiärer oder was weiß ich für einer Art, und hat er in seinem Busen den Drang, zur Presse zu gehen und über ihn irgendein kleines Kännchen auszugießen, dann soll er gehalten sein - und diese Parteidisziplin, glaube ich, kann man von jedem verlangen -, zunächst an dieses Gremium zu gehen

(Sehr richtig!)

und ihm zu sagen: Der Herr XY z.B. ist ein furchtbares Schwein - dann kann er sich ausschleimen -, denn er läßt sich, wie z.B. der Ministerpräsident, ein Haus mit 35 Zimmern bauen, oder er schiebt Zement, oder er läßt sich, ich weiß nicht wieviel Dutzend Schuhe machen, oder was weiß ich alles. Es gibt auch schlimmere Sachen, diese sind noch gar nicht so schlimm!
Das Gremium kann zunächst einmal die beteiligten Leute hören und versuchen, einen Ausgleich herbeizuführen. Das Gremium selbst soll gar nicht über den Ausschluß oder Nichtausschluß entscheiden, damit es mit dieser Frage nicht belastet ist. Dazu ist das Schiedsgericht da. Tut einer das nicht: Schwupp, Schiedsgericht; dann ist der Mann in der Partei nicht mehr zu halten.
Das wäre ein Gedanke, der allen Ernstes zu überlegen ist. Ein solches Gremium könnte man, wenn die Landesversammlung einverstanden ist, aus dem Handgelenk heute bilden. Aber es gehört jedenfalls in die Satzung mit hinein und sollte bei dieser Gelegenheit mit hineingearbeitet werden. Mein Vorschlag geht also dahin, daß man dieses Gremium, diese Vorstandschaft mit dieser dreigliedrigen Spitze bildet, wobei Sie sich überlegen können, ob die Landesversammlung alle drei wählen soll oder nur den Vorsitzenden - den auf jeden Fall - und ob die anderen zwei vom Landesausschuß gewählt werden sollen.
Die Vorstandschaft hätte die wichtigsten politischen Dinge zu entscheiden, und zu ihr würden eine Reihe von Leuten kraft ihres Amtes gehören. Die Landesversammlung würde dann einen Auftrag an den Landesausschuß geben, befristet, meinetwegen bis Mitte Oktober. Soviel ich weiß, wird dieser Landesausschuß, wie Freund *Müller* sagt, neuerdings ohnehin durchgewählt und steht in seiner neuen Schönheit da, so daß man

annehmen kann, daß das bis Mitte Oktober geschieht. Der Auftrag der Landesversammlung an den Landesausschuß würde also heißen, darüber zu beraten, zu formulieren und der nächsten Landesversammlung endgültige Vorschläge vorzulegen.
Darüber könnte man diskutieren. Diskutieren Sie bitte darüber! Ich glaube, es ist fruchtbarer als eine Diskussion über alles andere.
Haben Sie diese Grundlagen, dann kann man über persönliche Dinge entscheiden. Und hier sage ich ganz offen: Ob Sie diese persönlichen Dinge im Augenblick oder in einigen Wochen entscheiden, ist nicht so wichtig. Sie müssen aber wissen, in welcher Richtung Sie gehen sollen. Die Personen müssen sich finden. Eine Partei wie die CSU müßte meines Erachtens doch diesen Personenkreis, der aus zehn, zwölf Personen besteht, wirklich schaffen können! Man sollte es sogar glauben, man müßte sich darüber einigen können. Ich glaube sogar, man könnte verlangen, daß sich bei einer Wahl eine Minderheit der Mehrheit fügt, wenn man in Gottes Namen der Meinung ist, es soll der und nicht ein anderer sein.
Das wollte ich zur Sache sagen. Ich hätte noch einen Antrag außerhalb dieser Sache, den ich zurückstellen möchte. Ich komme lieber darauf zurück, wenn wir zum Schluß der Sitzung kommen. Der Antrag befaßt sich mit den Kriegsgefangenen.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Liebe Parteifreunde! Zunächst ist es mir ein Bedürfnis, dem Herrn Ministerpräsidenten zu danken für die Worte, die er an uns gerichtet hat.
Aber wie soll es jetzt weitergehen? Ich stehe an sich vor einer technischen Unmöglichkeit. Zuerst haben sich 22 Redner gemeldet, die Hälfte schon vor dem Referat, die Hälfte nach dem Referat. Es wurde zu Beginn der heutigen Nachmittagssitzung - es waren allerdings viele noch nicht da, aber doch die Mehrzahl - vorgeschlagen, die 22 zu kassieren und neue Meldungen anzunehmen. Die Mehrheit der Anwesenden war damit einverstanden.
Nun hat sich aber natürlich als Folge daraus ergeben, daß viele von denen, die sich zuerst gemeldet hatten und die damals momentan noch nicht anwesend waren, nichts wußten und sich infolgedessen nicht melden konnten, sich jetzt nachträglich gemeldet haben, aber hinten, während die anderen jetzt ganz vorne sind. Was soll man jetzt machen? 22 Redner anzuhören, ist überhaupt unmöglich.

(Zuruf: Schluß der Debatte!)

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Liebe Parteifreunde, fassen wir einen großen Entschluß: Wir stellen alles andere zurück, wir diskutieren einmal über die Möglichkeit einer sachlichen Grundlage!

(Zustimmung und Beifall.)

Wäre es nicht möglich, nachdem es nun schon einmal auf der Rednerliste anders steht, daß zwei Redner sich dazu äußern, der eine von der einen, der andere von der anderen Seite - sagen wir gleich: Ein *Müller*- und ein Nicht-*Müller*-Exponent;

(Heiterkeit.)

manchmal muß man die Dinge beim rechten Namen nennen.

(Sehr gut!)

Liebe Freunde, Vertrauens- und Mißtrauensvoten abgeben können Sie immer noch; aber Sie müssen doch erst wissen, wo die Reise hingeht. Sie müssen doch eine Grundlage haben, dann können Sie sagen: Der paßt mir, der paßt mir nicht, bei dem ist mir die Nase zu lang und bei dem ist sie mir zu kurz. Das kann man alles tun. Ich muß

aber erst eine Grundlage haben; ich muß wissen, wo ich hin will; ich muß ganz stur auf ein Ziel zugehen. Darüber sollen wir zuerst Klarheit haben.
Also, bitte, machen Sie es doch so! Stellen Sie alles andere zurück! Wenn irgend jemand etwas mehr sagen will, so wird ein anderes Mal darüber zu reden sein. Aber ich meine, das ist so wichtig, das ist so entscheidend für die weitere Arbeit, das ist eine Vorarbeit für die nächste Landesversammlung, bei der wirklich unter allen Umständen die endgültige Klärung, die endgültige Entscheidung über diese maßgebenden Fragen fallen muß. Wir kommen aus dieser Situation nicht heraus, wenn eben nicht eine starke Minderheit einer großen Mehrheit - ich will nicht untersuchen, wer das ist - diese Konzession macht. Ich kann eine andere Lösung nicht sehen.
Ich würde also vorschlagen: Seien Sie damit einverstanden, daß unter Zurückstellung alles anderen ein Exponent und ein anderer Exponent sich gemeinsam zu dieser Angelegenheit äußern. Sie werden sehen, wir kommen so viel weiter.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Der Herr Ministerpräsident hat mir aus dem Mund genommen, was ich vorschlagen wollte. Ich wollte vorschlagen, daß wir einen Redner von der einen Seite und wieder einen von der anderen hören. Ich hätte sogar gedacht, ob es nicht möglich wäre, daß wir uns einigen könnten auf - sagen wir einmal - drei von der einen und drei von der anderen Seite.

(Widerspruch.)

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Darf ich noch einen Vermittlungsvorschlag machen. Einer von herüben, einer von drüben; und nehmen Sie noch einen, der die Sache rein technisch mit ein paar Worten Ihnen mitteilt!

(Widersprechende Zurufe. Zuruf: Ministerpräsident Dr. *Ehard*!)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Herr Ministerpräsident, haben Sie den Vorschlag als Antrag formuliert? -
Der Herr Parteifreund Dr. *Müller* möchte einen Antrag stellen. Ich glaube, es wird gut sein, wenn wir ihn noch hören.
Dr. *Müller*: Unter Bezugnahme auf das, was der Ministerpräsident gerade ausgeführt hat und was ich vorhin vorgeschlagen habe, darf ich folgenden Antrag stellen:

> Die Landesversammlung wählt einen Ältestenrat der Union, bestehend aus drei Mitgliedern und drei Stellvertretern. Der Ältestenrat hat die Aufgabe, Differenzen innerhalb der Partei zu bereinigen und dafür Sorge zu tragen, daß intrigante, charakterlose, korrupte, denunziatorische und ehrgeizige Elemente aus der Partei entfernt werden.
> Alle Mitglieder der Union sind verpflichtet, sich der Entscheidung des Ältestenrats zu unterstellen und belastendes Material, das sie bei irgendeiner Stelle gegen einen Parteifreund verwenden wollen, dem Ältestenrat vorher zu unterbreiten. Doppelte Parteizugehörigkeit gilt als Charakterlosigkeit.

Ich dachte mir, um konkret zu sprechen, als Mitglieder des Ältestenrats aus dem politischen Sektor den Parteifreund *Ehard*, in dem Fall als Parteifreund, nicht als Ministerpräsident; dazu den Parteifreund *Seidel*, der auch ein ruhiger Mann ist, zur Ergänzung als Stellvertreter. Dann dachte ich, weil ich davon ausgehe, daß auf jeden Fall das tragende Prinzip das gemeinsame christliche Prinzip ist, an Parteifreund *Muhler*

und als Stellvertreter an Parteifreund *Meixner*. Dann wollte ich den Oberregierungsrat *Eichhorn* von evangelischer Seite und als seinen Stellvertreter Parteifreund *Prittwitz*

(Zuruf: Oho!)

vorschlagen.
Ich glaube, daß man wirklich sagen kann, daß das ein Rat weiser und erfahrener Leute ist, dem man sich unterstellen kann. Wenn Sie nämlich diesen Ältestenrat nach politischen Kräftegesichtspunkten wählen, ist der ganze Sinn der Institution wieder verpfuscht.

(Sehr richtig!)

Sie müssen davon ausgehen, daß es Persönlichkeiten sind, denen Sie die nötige Diskretion und Verantwortung zutrauen können.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Ich nehme jetzt an, daß die Versammlung mit dem Vorschlag von Herrn Ministerpräsidenten *Ehard* einverstanden ist, daß wir zunächst einmal von beiden Seiten einen Redner sprechen lassen. Dann unterhalten wir uns weiter.

(Sehr richtig!)

Als Vertreter der Gegenseite hat sich Dr. *Horlacher* gemeldet. Ich bitte Dr. *Horlacher*, jetzt zu sprechen.
Dr. *Horlacher*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe zunächst die Bitte, daß jetzt einmal ein Beispiel demokratischer Ordnung gegeben wird

(Zurufe: Oho!)

- Sie können keine Minute ruhig sein! - und daß einmal vollkommene Ruhe herrscht, damit man die Gedanken entwickeln kann, die nicht zur Untermauerung der Opposition dienen, sondern letzten Endes zum Ausgleich innerhalb der Union, mit dem Ziel, die Einigung in der Union über Personen hinweg endlich herbeizuführen! Das ist das Thema, und das ist doch wirklich schön und gut und des Schweißes der Edlen wert!

(Heiterkeit.)

Worum handelt es sich? Ich bin der Geburtshelfer des Herrn Dr. *Josef Müller*.

(Gelächter.)

Hier sitzt er!

(Heiterkeit.)

Und wer eine solch wichtige Tat vollbracht hat, hat auch das Recht, an seinem Kinde Kritik zu üben,

(Erneute Heiterkeit.)

und zwar so, daß es dabei nicht zugrunde geht. Von der Anwendung der *Hundhammerschen* Prügelstrafe will ich absehen.

(Anhaltende Heiterkeit.)

Dr. *Josef Müller* hat heute früh eine wunderbare Rede gehalten, und zwar mit einer solch advokatischen Schläue, daß ich beinahe selber darauf hereingefallen wäre. Aber ich kenne den *Ochsensepp* besser wie Ihr alle, denn er hat mich ja früher zu Beginn der Zeiten, als wir die Grundsteine der Union gelegt haben, tagtäglich in meinem Bü-

ro besucht. Darauf warte ich jetzt schon seit Monaten. Ich hoffe, daß er wieder einmal zu mir kommt; aber es ändern sich die Zeiten!
In den sachlichen Grundlagen hat sich, wenn ich mit dem Dickkopf hie und da wieder gesprochen habe, eigentlich gar nichts geändert; es sind nur die persönlichen Versteifungen, die eine Rolle spielen, und die Art seiner Geheimniskrämerei, die er an sich hat und die hie und da mal gelüftet werden muß.
Ich sehe die Lage so an, daß wir meist in der Sache einig sind. Wenn das nicht der Fall wäre, dann wäre es sehr betrüblich. Die Grundlinie muß sein, daß das christliche Glaubens- und Sittenbekenntnis die Grundlage für die gesamte Tätigkeit der Union abzugeben hat. Von dieser Grundlage aus muß das ganze Sozialwirtschaftsprogramm und alles, was damit zusammenhängt, erarbeitet und in der Zukunft durchgeführt werden.
Wir haben auch über die staatspolitischen Fragen gesprochen. Aber, Herr *Josef Müller*, es ist ein Irrtum, daß die Differenzen wegen Frankfurt entstanden sind! Das habe ich heute früh schon wieder bemerkt. Ich kann Ihnen, soweit es meine Person betrifft, versichern, daß mich Frankfurt, nachdem die Entscheidung dort gefallen ist, auf dem Parteitag nicht mehr interessiert. Es sind andere Dinge, die sich schon seit Monaten, schon seit einem Jahr wie eine schleichende Krisis durch die Anhänger der Union hindurchziehen. Liebe Freunde, ist es so oder ist es nicht so?

(Zustimmung.)

Von Ort zu Ort und von Land zu Land! Es handelt sich um die innere Ordnung der Union; die Union ist im Innern nicht in Ordnung.
Glauben Sie mir: Mich ärgert nichts so sehr wie ein Wort, wenn es nur ausgesprochen oder angedeutet wird; das ist das Wort Führer. Wenn einer das Wort Führer ausspricht, dann ist er schon unten durch bei mir.

(Heiterkeit.)

Wir haben Führer genug gehabt; wir brauchen keine mehr. Was wir brauchen, sind Vorsitzende, die die Geschäfte ausführen, die die ausführenden Organe für die Beschlüsse sind, die die Mitglieder einer Gesellschaftsform in ihren Gremien fassen.

(Sehr richtig!)

Schauen Sie sich dann das Programm der Union an, das nun einmal der weitgehenden Kritik meiner Freunde begegnet, denn sie sagen, es sei diktatorisch aufgebaut. Ich habe es genau durchgelesen; mir kommt es auch nicht restlos auf ein Programm an, sondern auf den Geist und die Seele, die der Durchführung eines Programms innewohnt. Und wenn ich mir so das Programm durchsehe, dann müßte ich den Herrn Dr. *Josef Müller* wegen Verletzung der Verfassung der Union in den Anklagezustand versetzen.

(Unruhe.)

Laßt mich nur ausreden! Denn Organ der Union ist nicht der Landesvorsitzende allein. Das ist durchaus nicht der Fall; es würde ja sonst einer Diktatur oder einem ähnlichen Instrument entsprechen. Es heißt ausdrücklich in § 43:

> Organe des Landesverbandes sind: Die Landesversammlung, der Landesausschuß, die Landesvorstandschaft, die geschäftsführende Landesvorstandschaft, der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft, die Arbeits- und Organisationsausschüsse.

Bei diesen Organen der Union ist nicht einmal die Rede von dem Landesvorsitzenden, sondern der Landesvorsitzende ist selber wieder Beauftragter dieser Organe der

Union. Hier werden die Beschlüsse gefaßt. Es ist das auch in der Satzung der Union genau niedergelegt.
Es heißt dann in § 56:

Der Landesvorsitzende führt die Geschäfte der Union.

Daraus geht hervor, daß er nicht die politische Bestimmung der Union in der Hand hat, sondern daß er die Geschäfte der Union zu leiten hat. Das sind wesentliche Unterschiede. Insofern ist die Satzung absolut demokratisch.
Es handelt sich jetzt darum, den Inhalt der Union auch demokratisch zu gestalten. Und da liegt der Hase im Pfeffer!
Wenn heute der Herr *Josef Müller* in der Generalversammlung meines Raiffeisen-Verbandes gewesen wäre, wäre [er] als Direktor abgesetzt worden, denn er hat darüber, worüber er Rechenschaft geben sollte, nicht berichtet.

(Widersprechende Zurufe: Doch!)

Es muß auf der Landesversammlung berichtet werden über die Tätigkeit der Organe der Union, wieviel Sitzungen die Landesvorstandschaft, der Landesausschuß gehabt hat, was dort beschlossen worden ist.
Ja, meine lieben Freunde, es sind ja die Beschlüsse unserer letzten Landesversammlung gar nicht ausgeführt worden!

(Sehr richtig!)

Wir haben dort einen Beschluß gefaßt, ich glaube, mit etwa 453 gegen 87 Stimmen; es hat sogar eine mühsame Auszählung gegeben. Da ist ein detaillierter Antrag, ich glaube, von Freising vorgelegt und dem Landesausschuß überwiesen worden, damit er diesen berät und damit bei der nächsten Landesversammlung darüber Bericht erstattet wird.

(Zuruf: Der ordentlichen Landesversammlung!)

Das ist bisher unterblieben.

(Mehrere Zwischenrufe.)

Bitte, meine verehrten Herren, entschuldigen Sie doch etwas nicht mehr, was Sie nicht entschuldigen können! Es ist doch seit 15. Dezember bis zum heutigen Tag nahezu schon die ganze Zeit verstrichen, und es wäre nötig gewesen, daß das Beratungsergebnis längst vorläge. Denn das ist das wichtigste, was zur Bereinigung der inneren Krise der Union führen kann. Das hat zu geschehen.
Ich will nur die Richtlinien eines Antrags skizzieren. Ich will mich, damit es ja keine Verstimmung gibt, nicht einmal dazu versteifen, zu sagen, es muß bestimmt so oder so aussehen, sondern ich will Ihnen bloß die Richtlinien geben, die für das künftige Zusammenleben der Union von Bedeutung sind.
Dazu gehört vor allen Dingen, daß an die Stelle eines Mannes mehrere treten!

(Sehr richtig!)

Das ist meine feste Überzeugung; denn die Partei ist so groß und innerlich doch etwas vielgestaltig, daß dieser Vielgestaltigkeit auch in der Führung der Geschäfte Rechnung getragen werden muß. Ich spreche es einmal ganz offen von der Leber weg aus: Zur Bereinigung der Krise in der Union wäre es das allerbeste, wenn eine gewisse Zeit lang zur Erledigung dieser wichtigen juristischen Fragen neben dem Herrn Dr.

Müller unser Ministerpräsident Dr. *Ehard* die Führung unserer Union übernehmen würde.

(Beifall.)

Wir müssen aus dem Dilemma heraus. Ich hätte den dritten Mann auch gleich vorzuschlagen: Unseren Parteifreund *Sühler* von der landwirtschaftlichen Seite, einen sehr vernünftigen Mann.

(Bravo-Rufe.)

So können die Verhältnisse in Ordnung gebracht werden.
Die beiden Herren brauchen ja nicht definitiv beauftragt zu werden, sondern kommissarisch; die nächste Landesversammlung soll dann die Änderungsvorschläge für die Statuten machen.
Das ist aber nur der geschäftsführende Teil der Vorstandschaft. Was wir noch brauchen, ist eine Landesparteileitung, in der die Vorstandschaft und auch verschiedene andere Personen vertreten sind; denn wir müssen in den schwierigen Zeiten in der Landesparteileitung eine Verzahnung mit der Staatsregierung und mit der Landtagsfraktion haben,

(Sehr gut!)

damit hier eine einheitliche Zusammenarbeit stattfindet. Dann können noch eine Reihe von Vertretern aus den sonstigen Kreisen entsandt werden. Herr Kollege *Lacherbauer* könnte Ihnen, wenn Sie sich dafür interessieren, dann später kurz einen näheren Namensvorschlag machen. So haben wir in dem Fünfer-Kollegium, das von der Fraktion aus beauftragt war, uns die Dinge gedacht.
Was dann, liebe Freunde, neben dieser organisatorischen Neugestaltung notwendig ist, ist daß das Pressewesen der Union eine grundlegende Umgestaltung erfährt.

(Zustimmung.)

Der Herr Parteivorsitzende hat in dankenswerter Weise davon gesprochen, daß er eine Parteipresse wünscht. Aber ich muß Ihnen jetzt gewissermaßen als Vertreter der Opposition dazu sagen: Es war bis jetzt nicht einmal möglich, daß die Union in ihrer kleinen Parteipresse hat Ordnung halten können! Diese Ordnung muß erst hergestellt werden. Die Union selbst muß erst in ihrem kleinen Parteiblatt beweisen, wie eine richtige Parteipresse geleitet sein muß.

(Sehr gut!)

Das ist bisher nicht der Fall gewesen. Und warum? Weil die Konstruktionsfehler der Partei, das Hinausschieben der Verantwortung auf einen Mann, das absolut den Statuten der Union widerspricht, dazu geführt hat, daß die Teile der Union, auf die es eben auch ankommt und auf die es unseren Wählern ankommt, nicht zu Wort gekommen sind.
Wie soll denn eine gute Parteibenachrichtigung für unsere Mitglieder aussehen? Liebe Freunde, da ist schwer gesündigt worden. Was aus unserem Parteiorgan verschwinden muß, ist das persönliche Zeug. Das hat darin nichts zu suchen; das gehört in andere Instanzen. Hinein gehört, was die einzelnen Glieder der Partei leisten, was die Landtagsfraktion leistet, welche Gesetzentwürfe verabschiedet, welche Anträge gestellt worden sind, was unsere Leute dazu gesagt haben und was im Landtag von den Anträgen der Unionsmitglieder angenommen worden ist.

Sie können es doch nicht leugnen, daß Leute von uns im Landtag ganz hervorragende Reden gehalten haben, die nicht einmal von der Partei ausgewertet worden sind! Ich erinnere nur an die beispiellose Rede unseres Freundes *Baumgartner*, die den minutenlangen Beifall des ganzen Hauses gefunden hat; ich erinnere an die Arbeit unseres Freundes *Lacherbauer*; ich erinnere an die vielen Leute, die die tägliche Kleinarbeit im Parlament zu bewältigen haben und die eine ganze Unsumme von vernünftigen Anträgen gestellt haben, wodurch unserer Bevölkerung schon hie und da große Hilfe zuteil wurde. Das ist das, was in der Presse zum Ausdruck kommen muß, damit unsere Mitglieder sehen, wie es bei uns zugeht und welche sachliche Arbeit bei uns geleistet wird.
Dazu gehört ein Presseausschuß her, der die nötigen Richtlinien gibt. Meine lieben Freunde, dazu gehört auch noch die Benachrichtigung durch unsere Mitglieder. Unter der Leitung von *Josef Müller* sind die Leute, die ihm nicht besonders gut gefallen haben, meistens überhaupt nicht zu Wort [ge]kommen.

(Sehr richtig!)

Das ist ein Zustand, der geändert werden muß. Ich reiße mich ja nicht um Ämter; ich komme im Rundfunk so zu Wort. Aber es ist doch selbstverständlich, daß unsere Leute, die in den verschiedenen Berufsständen hervorragende Arbeit zu leisten haben, soweit sie Mitglieder der Union sind, naturgemäß auch im Rundfunk ihre Stimme erklingen lassen können. Dieser jetzige Zustand muß geändert werden.
Wenn das geändert wird, und die Gesamtunion nach Mehrheits- [und] Minderheitswillen ihre Berücksichtigung findet, dann werden Sie sehen, wie rasch der Friede in der Union einkehrt.

(Sehr richtig!)

Dann wird Einigkeit werden. Dann muß auch das Generalsekretariat der Partei so besetzt sein, wie es etwa dem Mehrheitswillen der Union entspricht.

(Beifall.)

Dazu ist auch notwendig, daß die Verhältnisse durch ein mehrgliedriges Organ einer entsprechenden Ordnung entgegengeführt werden.
Dann, liebe Freunde, ist es auch notwendig, daß auf einem Parteitag, zumindest aber in der Landesvorstandschaft, Rechenschaft gegeben wird über die Finanzlage[12] der Partei.

(Sehr richtig!)

Das ist auch eine sehr, sehr wesentliche, oft sehr unangenehme Aufgabe auf der organisatorischen Seite des Aufbaus der Partei. Das ist das, was eine Parteiorganisation leisten muß. Und gerade beim Personalaufbau müssen wir sehr vorsichtig sein.
Dann gäbe es noch eine ganze Reihe von Einzelfragen, die hier behandelt werden müssen und die für die Union von Interesse sind. Ich komme dann bald zum Schluß, aber es [ist] notwendig, daß ich das ausführe.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Haben Sie einen Antrag zu stellen?
Dr. *Horlacher*: Ja, das geschieht dann durch Kollegen *Lacherbauer*; den Antrag bringen wir nach. Die Debatte wird ja noch etwas länger dauern; Kollege *Lacherbauer*, ich bitte, den Antrag zu formulieren, damit wir ihn dann fertig haben.

[12] In der Vorlage: "Bilanzlage".

Es handelt sich dann um die wichtigen Probleme des Tages. Ich habe ja gestern schon kurze Ausschnitte über die Ernährungs- und Landwirtschaftslage gegeben. Ich will mich entsprechend beschränken; es wäre viel dazu zu sagen. Aber was uns auf der Seele brennt, ist die Klarstellung von ein paar Punkten, auf die wir nicht verzichten können und die auch in die Öffentlichkeit dringen muß. Das ist auch der Wille der Fraktion, damit das dumme Geschwätz vom Partikularismus endlich einmal aufhört. In einer Frage sind wir in der Union absolut einig: Daß wir sobald wie möglich die Wiederherstellung der deutschen Zusammengehörigkeit haben müssen, denn ohne die können wir einfach nicht leben!

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Das haben wir von unserer Seite aus immer in den Vordergrund geschoben. Und es hat mich gefreut, gestern im Rundfunk zu hören, wie der Herr Chefredakteur *Frentzel* das bezüglich der sogenannten Gruppe, der ich angehören soll, ganz richtig zur Darstellung gebracht hat. Aber das beseelt uns alle; da gibt es keinen Unterschied.
Ich glaube aber, in dem zweiten Punkt haben wir auch keinen Unterschied, und es sind vielleicht nur verschiedene Nuancierungen vorhanden: Nämlich, daß das, was früher war, was zum Unglück geführt hat, der unselige Zentralismus, nicht mehr kommen kann und nicht mehr kommen darf!

(Bravo-Rufe.)

Deswegen stellen wir die bayerische Frage ebenfalls in den Vordergrund. Wir in Bayern können stolz sein auf die Tradition unserer Heimat!

(Sehr richtig!)

Die weiß-blaue Farbe unserer Republik ist mit der Vergangenheit des Nationalsozialismus nicht belastet.

(Sehr gut!)

Aber die schwarz-weiße Fahne des Preußentums ist belastet mit der Zugehörigkeit der Hohenzollernprinzen zum Nationalsozialismus.

(Widerspruch und Unruhe.)

Das ist auch ein Unterschied zwischen Süd und Nord; und deswegen können wir - wie auch der Herr Parteivorsitzende gesagt hat - mit Stolz unsere weiß-blaue Fahne aufheben, nicht als Kennzeichen, daß wir uns absondern wollen, sondern als Kennzeichen, daß wir auf den Grundsätzen der Treue und der Reinheit den Aufbau des ganzen deutschen Vaterhauses vollzogen haben wollen! Wir sind der inneren Überzeugung, daß die Konsolidierung des deutschen Südens eine absolute Notwendigkeit ist. Da bedauern wir es außerordentlich, daß die französische Zone nicht zu unseren Arbeiten stoßen kann; denn der deutsche Süden muß jetzt einen wesentlichen Teil der Aufbauarbeit für den deutschen Norden mit leisten, weil es die Struktur des ganzen deutschen Vaterhauses erfordert, weil wir gemeinsam darum kämpfen, daß auch unsere Ostgebiete wieder zum gesamtdeutschen Raum zurückkehren können.
Das sind Aufgaben, die wir zu erfüllen haben. Deswegen stehen wir auf dem Standpunkt, daß der Aufbau des deutschen Bundesstaates von unten nach oben erfolgen muß, unter Zustimmung aller deutschen Staaten, die diesen deutschen Bund abschliessen. Das sind klare Vorstellungen. Es kann der eine den anderen nicht mehr majorisieren.

Dann, meine lieben Freunde, bedrängt uns alle eine Frage, die auch einmal gelöst werden muß und an deren Lösung wir nicht mehr vorübergehen können, weil es die breiten Teile unseres Volkes einfach verlangen. Das ist die bayerische Verwaltung.

(Zuruf: Zur Sache!)

Sehen Sie, ich bin sofort am Ende! Das gehört zur Sache, denn in dem Referat von *Müller* wurden alle diese Probleme auch behandelt. Das ist eine allgemeine politische Aussprache, in der ich diese Fragen erörtern kann. Ich habe dazu auch den Auftrag der Fraktion.
Treffe ich nicht die Meinung des bayerischen Volkes, die da heißt: An den obersten Spitzen der Justiz und Verwaltung haben in erster Linie Leute zu sitzen, die die eigene Sprache und die Gewohnheiten dieses Landes verstehen und den Willen der Bevölkerung vollziehen können!

(Beifall.)

Dieser Grundsatz hat nicht nur zu gelten für Bayern

(Zwischenrufe.)

- lassen Sie mich zuerst ausreden, bevor Sie daneben reden! -, sondern für sämtliche deutschen Staaten. Ob das Württemberg-Baden, Hessen usw. ist, ist ganz gleichgültig. Da ist es ja vorgekommen, daß ein Berliner Landrat von Wegscheid war. Der versteht ja unsere Waldler kaum; da hat also ein Landrat bloß durch einen Dolmetscher mit seinen Leuten verkehren können!

(Heiterkeit.)

Man muß ja nur die Verhältnisse immer so lassen können, wie sie sind.
Es kommt ein Grundsatz hinzu, nämlich der, daß die Ausgewiesenen den Einheimischen gleichgestellt sind.

(Zustimmung.)

Wir haben ja dafür die Grundsätze aufgestellt. Der Herr Kultusminister [*Alois Hundhammer*] hat uns die erfreuliche Tatsache mitgeteilt, daß von 16.000 Lehrern 5000, glaube ich, den Ausgewiesenen zuzuzählen sind. Es kann uns also niemand den Vorwurf machen, daß wir einseitig sind.

(Zurufe: Zur Sache! - Schluß!)

Dann habe ich noch einen Punkt auszuführen: Wir sind sicher gegen niemanden eingestellt, der in einem anderen Lande wohnt oder von einem anderen Lande kommt. Aber wir wissen aus der Erfahrung der Jahre 1919 bis 1925, daß nach Bayern mit Vorliebe Leute zugewandert sind, die kein Gewinn für Bayern waren.

(Zustimmung.)

Soweit solche Leute nicht in Arbeit stehen und bei uns wesentliche Aufgaben zu erfüllen haben, sondern soweit sie nur in den schönen Orten Bayerns wohnen und vielleicht eine Auffassung mitbringen, die allzusehr an frühere Zeiten erinnert, und sie in ihre frühere Heimat zurückkehren können, muß ihnen die Rückkehr unter allen Umständen erleichtert werden.

(Erneute Zustimmung.)

Das sind Gesichtspunkte, die ich im Interesse unserer Heimat vorbringen wollte, die sicher niemandem zunahegehen und das herbeiführen wollen, was herbeizuführen ist.

Und so, liebe Freunde, bitte ich Sie, nun einmal den Weg zu gehen, den der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] aufgezeigt hat. Bei gutem Willen aller Beteiligten muß dieser Weg zum Erfolge führen.

(Bravo!)

Das wünsche ich; und ich wünsche insbesondere, daß dieser Weg nicht durch eine starre Haltung des bisherigen Parteivorsitzenden verbaut wird!

(Beifall.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Als nächstem Redner, von der anderen Seite - wenn ich so sagen muß und darf -, erteile ich das Wort unserem Parteifreund Dr. *Kroll*. - Ich bitte um Ruhe!

Dr. *Kroll*: Meine lieben Parteifreunde! Ich glaube, ich werde Ihre Aufmerksamkeit nur kurz in Anspruch nehmen.

Worum es hier geht, scheint zweierlei zu sein. Zunächst als Grundlage: Wir haben eine schwere Erschütterung in der Union, eine Krisis, die behoben werden muß. Darüber sind wir uns alle klar.

Es scheint zwei Wege zu geben, die beschritten werden können. Der eine Weg ist der einer Umänderung der Satzung, vielleicht ein Umbau konstruktiver Art; der zweite Weg, vielleicht der schwierigere, ist eine Frage der Entscheidung über die Personen.

Meine lieben Freunde, auch ich, obwohl ich jung bin, darf sagen, daß ich zu den Mitbegründern der Union in Bayern gehöre. Ich habe das Vergnügen, die Freude und auch manchmal die Nachteile gehabt, in der Nähe von Dr. *Josef Müller* zu weilen. Ich darf auch sagen, daß ich, zum Teil wenigstens, die anderen Herren kenne.

Wenn heute über Mängel in der Führung der Partei gesprochen wird, so darf ich zunächst auch für mich in Anspruch nehmen, daß wir diese Mängel sehr früh in den Bezirksversammlungen in Oberfranken und an anderer Stelle gerügt haben. Mängel können auftreten durch Unfähigkeit, sie können auftreten durch Schwierigkeiten von außen, sie können durch das Zusammenspielen verschiedener Faktoren entstehen. Gar keine Frage, daß die Person Dr. *Josef Müllers* mit ihren Vorzügen auch schwere Mängel in die Führung der Union hineingetragen hat, was vielleicht zum Charakteristikum eben einer Persönlichkeit gehören mag.

Wir haben nun im Verlauf der Entwicklung gesehen, daß die Spannungen besonders dadurch entstanden, daß nicht nur in den sachlichen Geschäften Differenzen auftraten, wie sie von Dr. *Horlacher* eben geschildert wurden, sondern daß im Zusammenspiel der Persönlichkeiten vielleicht durch etwas zu viel bajuwarisches Blut, das eben im raschen Zorn sich in einer mangelnden Ausgeglichenheit äußert, Spannungen entstanden, die oft schwer zu lindern waren. Ich will gar nicht behaupten, daß es Möglichkeiten gibt, sich in seinem Persönlichen so zu verhalten, daß man es einmal - es klingt ja so banal, es zu sagen - auch in der Politik vollständig vermeidet, sich zu ärgern. Mit anderen Worten: Wenn es jeder, der an der Spitze steht, vermiede, sich über die persönlichen Dinge zu sehr zu ereifern, wäre schon manches gewonnen.

Worum es uns aber geht, ist das eine: Daß die Mängel in der Parteiführung so klar werden und hier auch - ich möchte sagen - mit viel sachlichen und ganz wenig unsachlichen Worten umrissen werden konnten, ist eigentlich das Verdienst des Systems, das in den Satzungen niedergelegt ist. Ich glaube, wir sind uns darüber klar, daß ein gewaltiger Unterschied besteht, ob bei der Auswahl durch ein Parlament - das ist eben hier die Landesversammlung - an die Spitze *ein* Mann gestellt wird, analog dem Ministerpräsidenten im großen Parlament, und der eine Mann verantwortlich ist für seine

Regierung - sprich hier: für die Politik der Union -, oder ob mehrere Männer hingestellt werden.
Ich habe darüber nachgedacht; ich kann beim besten Willen nicht verstehen, warum man zwei grundlegend verschiedene Prinzipien in unser politisches Leben hineintragen will. Während man sich im Landtag in der Verfassung klar auf das Prinzip der Verantwortung des Ministerpräsidenten gestellt und sogar abgelehnt hat, daß die Minister ein einzelnes Mißtrauensvotum bekommen können - nur eine Mißbilligung ist ihnen im Parlament zugestanden worden -, will man die Führung der Landespartei grundlegend auf das Kollegialsystem abstellen. Ich erblicke darin einen Widerspruch, den ich nicht für gut halte.
Ich darf auf folgendes aufmerksam machen: Ein Direktorium von drei Personen bedeutet nach meiner Meinung Unklarheit und Verschwommenheit in der Verantwortung.

(Zustimmung und Beifall.)

Ist ein Mann herausgestellt und bewährt er sich nicht, dann, liebe Freunde, könnt Ihr sagen: Meinetwegen, der Dr. *Josef Müller* hat sich nach einem oder zwei Jahren nicht bewährt. Aber Ihr wißt, wer sich bewährt hat und wer sich nicht bewährt hat! Verbraucht Ihr dagegen drei Köpfe in einem Direktorium, dann wird jeder sagen: Ich bin es nicht gewesen, an mir ist es nicht gelegen, der andere war schuld; und es gibt überhaupt keine Klarheit der Verantwortung.

(Beifall.)

Es soll - so wurde mir gesagt - geradezu eine Krankheitserscheinung der Demokratie in der Weimarer Zeit gewesen sein, daß die Parteiführungen oft so unklar zusammengestellt waren, daß sich letztlich niemand für entscheidende Dinge als verantwortlich herausstellte. Das wollen wir vermeiden; wir müssen aus der Vergangenheit eine Lehre ziehen. Das Kollegialsystem der unklaren Verantwortung von Weimar ist genauso schwer zu ertragen wie die Diktatur des Nazireiches.

(Sehr richtig!)

Die sinnvolle Synthese lautet so: Eine vom Volke gewählte Vertretung bestellt eine Führung, die deutlich und klar für das, was sie tut, verantwortlich ist. Nur so ist überhaupt Klarheit in eine Führung, in die Führung der Geschäfte auch einer Landespartei, hineinzubringen.
Ich werde mich stets aufs schärfste dagegen verwahren, ein unklares Kollegialsystem einzuführen, das am Ende kein Mensch durchschaut und bei dem ich glaube, daß, wenn die drei nicht Engel sind, die sich heiß und innig lieben, von Anbeginn bis zum Ende möglicherweise Krisen noch schlimmerer Art erzeugt werden, als wir sie bisher gehabt haben.

(Beifall.)

Ich spreche es offen aus: Über einen Mann soll nicht ein gutes System, soll nicht das bißchen gesunde Demokratie, das wir aufgebaut haben, jetzt stürzen! Dieses System ist zugleich dasjenige, das sich in den angelsächsischen Ländern bewährt hat; sehen Sie sich den Premierminister von England, sehen Sie sich den Präsidenten der Vereinigten Staaten und die dortigen Parteiführer an! Eher sind wir dafür, daß diese Versammlung sich klar entscheidet: Entweder sie will *Müller* behalten oder sie will einen anderen, nach ihrer Meinung besseren Führer an seine Stelle setzen.

(Zustimmung.)

Nach meiner Meinung - ich möchte das auch den erfahrenen Parlamentariern zurufen - kann die Demokratie nicht gewinnen, wenn sie von Führern spricht - sie soll auch nicht von Bauernführern sprechen! -,

(Beifall.)

sondern nur dann, wenn der Mann, der die Autorität in irgendeinem Bereich zu vertreten hat, nicht unter allen Umständen ständig daran gehindert wird, Gedanken, die er hat, zu verwirklichen. Die einzige Möglichkeit besteht darin, klare Verantwortung herauszustellen.

Ich will noch ein paar persönliche Worte hinzufügen: Wir haben im Verlauf der Landesversammlung ein sehr eigentümliches Schauspiel erlebt. Die Versammlung begann mit der Rede des Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*], und man hat das Gefühl gehabt, es war eine Stimmung im Saal, die dadurch besonders gekennzeichnet war, daß sich beide Gruppen wie die Kletten an diesen Mann hingen, der dies unsagbare Talent zum Ausgleichen und zum Beruhigen besessen hat.

(Beifall.)

Er ist die Persönlichkeit, auf die wir im Notfall als auf den letzten Rettungsanker schauen, der die Union durch die Schwierigkeiten durchsteuern kann.

(Sehr richtig!)

Er möge sich dieser unerhörten Belastung und unerhörten Aufgabe bewußt sein; und wir sind überzeugt, daß er die Schwierigkeiten voll und ganz kennt!

Aber hier geht es um etwas anderes, es geht jetzt darum, daß meine Freunde sich mit mir beraten haben und daß wir unter allen Umständen ein unklares Kollegialsystem ablehnen. Wir wollen feststellen, ob der Mann, der die Union gegründet, sich dabei die Ärmel hochgekrempelt und manchmal ein wenig wild um sich geschlagen hat, der im Eifer des Gefechtes Worte gebraucht, die diesen oder jenen verletzen können, der aber auch wieder in seiner ganzen bärenmäßigen Gutmütigkeit jedem die Pranke zur Versöhnung hinstreckt, ob dieser Mann noch das Vertrauen der Versammlung besitzt, oder ob ein anderer an seine Stelle treten soll.

(Bravo-Rufe. - Zustimmung und Beifall.)

Meine lieben Freunde, das allein ist mannhaft, das allein ist klar, und dafür allein kann sich auch die junge Generation, zu deren Sprechern ich mich in diesem Fall noch rechnen darf, erwärmen.

Ich darf noch zwei Worte über die Demokratie und ihre Zukunft hinzufügen: Die Krisen, die wir hier erleben, und die Krisen, die wir draußen erleben, erschüttern das Vertrauen in die Demokratie aufs schwerste. Das Volk will aber sehen, wer für diese Erscheinungen der Erschütterungen verantwortlich ist;

(Sehr gut!)

es will sich eines Tages an die Männer halten, die dafür verantwortlich waren. Wir werden das Vertrauen in die Demokratie nicht erhöhen, wenn wir den alten Kunstkniff der Taktiker, der Routiniers, die wir sehr genau kennen, anwenden, die Verantwortung zu verschleiern.

(Starker Beifall.)

Aus diesem Grunde stellen wir den Antrag, das Direktorium abzulehnen, über die Vertrauensfrage für Dr. *Müller* abstimmen zu lassen und, wenn es nicht anders mög-

lich ist, den besten Mann aus Ihrer Mitte, den Sie haben wollen, zum neuen Landesvorsitzenden wählen zu lassen!

(Bravo-Rufe und lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Meine lieben Parteifreunde, wir haben jetzt zunächst zwei Redner von den beiden Seiten gehört.

(Zurufe: Schluß!)

Laßt mich doch weiterreden! Bevor wir uns jetzt darüber schlüssig werden, ob wir noch weitersprechen wollen oder nicht, ist es unbedingt notwendig, daß wir einmal hören, was für Anträge gestellt sind, damit wir dann dafür oder dagegen sprechen können.
Es ist zwar sowohl vom Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] wie von Herrn Dr. *Kroll* verschiedenes vorgeschlagen worden, aber ich habe noch keinen formellen Antrag. Ich bitte doch, einen formellen Antrag zu stellen. Nur ein Herr hat sich bis jetzt gemeldet, der einen Antrag stellen will, das ist Herr *Haunhorst*. Ich bitte ihn, den Antrag zu verlesen, und bitte die anderen, die einen Antrag stellen wollen, auch Dr. *Kroll*, sich gleichfalls zu melden.

(Dr. *Lacherbauer*: Ich bitte, dazu sprechen zu dürfen!)

Sie haben sich bei mir noch gar nicht gemeldet. Ich bitte jetzt Herrn *Haunhorst* zu sprechen.

(Dr. *Lacherbauer*: Ich bitte, meine Wortmeldung vorzumerken!)

Haunhorst: Wie der Herr Ministerpräsident vorhin schon betont hat, haben wir von der Jungen Union uns stets bemüht, sachlich zu bleiben. Leider habe ich diese Sachlichkeit hier, auch in dieser kurzen Zweimänner-Debatte, nicht gefunden. Ich glaube, wir wollen zum Abschluß über ein Thema kommen, zu dem der Herr Ministerpräsident uns sehr klare Vorschläge gemacht hat, und uns weiter über eine politische Lage unterhalten, die, wenn sie so weitergeht wie bisher, die Union an den Abgrund bringen wird.
Ich stelle daher folgenden Antrag:

> Die Landesversammlung wolle beschließen:
> Die vom Herrn Ministerpräsidenten eingebrachten Vorschläge werden an den Landesausschuß verwiesen, der sie nach Neuwahl seiner Vertreter bis Mitte November zu beraten und notwendig werdende Änderungen in die Satzungen einzubauen hat.
> Der Vorschlag des Landesausschusses wird der nächsten ordentlichen Landesversammlung der Union zur Beschlußfassung vorgelegt.
> Zur Leitung der Bearbeitung wird von der Landesversammlung ein fünfköpfiger Ausschuß eingesetzt.

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Es haben sich jetzt gemeldet ...

(Zuruf: *Lacherbauer* mit seinen Anträgen!)

Dr. *Kroll*: Die Formulierung des Antrages lautet:

> Alle Anträge auf Satzungsänderung sind abzulehnen. Es ist die Vertrauensfrage für Dr. *Müller* zu stellen.

Dr. *Müller*: Ich habe gerade den Herrn Vorsitzenden [*Emil Muhler*] ums Wort gebeten. Ich wollte erklären: Ich stelle hiermit die Vertrauensfrage an die Versammlung!

(Beifall.)

Wir wollen Klarheit schaffen. Wir wollen nicht wie die Katze um den heißen Brei herumreden. Infolgedessen darf ich, wenn der Antrag gestellt ist, der jetzt vorgesehen war, bitten, daß ich noch das Wort zu einer sachlichen Stellungnahme zu den Vorwürfen bekomme, die mir gemacht wurden. Es versteht sich von selbst, daß ich mich dazu äußern kann. Dann bitte ich, darüber zu beraten.

Dr. *Horlacher*: Ich wollte es vermeiden, während der heutigen Sitzung eine Schärfe in die Verhandlungen hineinzubringen. Ich muß aber dazu reden und den Antrag stellen:

> Die Einheit der Union erfordert eine Parteileitung, die den Erfordernissen der Einheit Rechnung trägt und die Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion gewährleistet. Die bisherige Parteileitung ist dazu nicht in der Lage. Es wird ihr daher das Mißtrauen der Landesversammlung ausgesprochen.

(Widersprechende Zurufe.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Meine lieben Parteifreunde, die Lage ist jetzt geschäftsordnungsmäßig geklärt. Es liegt zunächst der Antrag Dr. *Kroll* auf die Vertrauensfrage für Dr. *Müller* vor und zweitens der Antrag von Dr. *Horlacher*, das Mißtrauen auszusprechen.

(Dr. *Hundhammer*: Und der Antrag *Haunhorst* über die Vorschläge des Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*]!)

Die zwei Anträge sind also gestellt. Die anderen sind, glaube ich, zunächst ohne Bedeutung. Wir können ja hernach darüber abstimmen, wenn noch der Wunsch dazu besteht.

Es fragt sich jetzt nur noch, ob über die Vertrauensfrage noch einmal in die Debatte eingetreten werden soll.

(Widerspruch.)

Ich glaube, das müssen wir Dr. *Müller* jetzt zugestehen. Wollen wir Dr. *Müller* noch das Wort geben, damit er zu der Frage Stellung nimmt?

(Zurufe: Nein!)

Dr. *Müller*: Meine lieben Parteifreunde!

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Ich bitte um Ruhe!

Dr. *Müller*: Für jeden gerechten Menschen versteht es sich von selbst, daß man sich dann, wenn Angriffe vorgetragen sind, rechtfertigen kann, zumal wenn man zur Rechenschaft gezogen wird. Ich glaube, darüber gibt es keine Diskussion unter demokratisch denkenden Menschen.

Ich darf die Vorwürfe, soweit ich sie mir notiert habe, vornehmen. Es wäre natürlich in dem Fall genauso zweckmäßig gewesen, sie mir vorher bekanntzugeben, als mich dann damit im einzelnen zu überraschen.

Ich darf vielleicht damit beginnen: Die Geburtshilfe des Herrn Dr. *Horlacher* wird durchaus anerkannt. Aber sie darf nicht dahin führen, daß man sagt: Mein Kind wäre schon gut, wenn es meinen Willen tut!

(Heiterkeit.)

Denn dazu bin ich dann vielleicht doch zu stark zur selbständigen Persönlichkeit

(Zuruf: Lauter!)

und nicht zur abhängigen Persönlichkeit geraten.

(Sehr richtig!)

Zu den Vorwürfen, die über die Arbeitsweise und dagegen gemacht wurden, daß soundso viel nicht vorbereitet wurde, darf ich Ihnen, meine lieben Parteifreunde, sagen, daß selbst für diese Landesversammlung mir die Zeit weggenommen wurde durch ekelhafte Geschichten, die ich Ihnen noch nicht einmal sagen kann und sagen will. So wird die Arbeitskraft eines Menschen, der nächtelang dauernd auf der Straße liegt, nur durch Querenniereien und Stänkereien mit dem Persönlichsten verbraucht. Ich möchte nicht ins Detail gehen. Ich nehme nie in meinem Leben irgend etwas zu tragisch, wenn es mich selbst angeht. Aber die Leute werden erleben, daß ich mich um meine Ehre und die meiner Familie zu wehren weiß!

Was mich angeht, darf ich sagen: Ich lache über die Gerüchte, die umgehen. Ich müßte schon einen solchen Frauenverbrauch haben, daß ich fünf oder sechs gleichzeitig - sagen wir einmal - nebeneinander bedienen dürfte, und es könnte dann bald keine Frau, die bei uns in der Union tätig ist, mehr mit mir reisen, obwohl es nötig ist, daß wir schließlich gemeinsam irgendwo hinfahren. Man sollte endlich einmal diese Flüsterpropaganda nicht mehr ernst nehmen, so wie ich es selbst halte; dann hört sie vielleicht von selbst auf.

Zu dem anderen, zur Geheimniskrämerei, habe ich heute früh schon Stellung genommen. Man kann eben nicht als Parteivorsitzender alles sagen, wenn man nicht die Gewißheit hat, daß es auch wirklich von allen gleichermaßen im Interesse der Partei behandelt wird.

(Sehr richtig!)

Dann muß ich lieber die Verantwortung übernehmen, vor Ihnen geradestehen und die Vertrauensfrage stellen. Ich kann nicht zulassen, daß andere Parteien Vorteile daraus ableiten, daß sie in die Partei hineinlangen können.

(Sehr richtig!)

Und die Konkurrenz *Michael Horlachers* in der Union und im Bauernverband, der ein neutraler Verband ist! *Michel*, ich weiß, Du willst nicht, daß man den Bauernverband in den Mund nimmt,

(Dr. *Horlacher*: Im Gegenteil!)

Aber schließlich bist Du ja dort eine Potenz, und die soll hier eingesetzt werden. Gleichzeitig ist aber die Potenz mit der Potenz der Gewerkschaften verbunden; und da kommt es einmal darauf an, daß Du genauso Dein Gewissen erforschst, wie ich es erforsche. Dann wollen wir sehen, welche Mittel letztlich entscheiden.

Es ist auch sonst so, *Michel Horlacher*. Ich habe mir von Dir jetzt meine Sünden vorhalten lassen. Ich will nicht Deine Sünden alle miteinander nennen.

(Heiterkeit.)

Eine haben wir gemeinsam: Wenn wir einen guten Schluck erwischen, trinken wir ihn gemeinsam! Aber das andere; wir haben ja gestern auch so etwas erlebt. Wenn zum Beispiel der Landesvorstand einberufen ist, dann gibt es einige, die sehr brav und sehr

treu sind und immer - ich möchte sagen - fast mit der Pünktlichkeit kommen, die ich immer einzuhalten pflege. Aber unser Freund *Horlacher* hat es nun einmal an sich, daß er dann mit eineinhalb, zwei Stunden Verspätung ankommt. Dann geht es ungefähr so wie gestern, dann sind wir alle die blöden Hunde und verstehen nichts davon, und dann geht es auf und davon. Wenn er einen guten Tag hat, dann lacht er am Schluß dazu; und hat er einen schlechten Tag, dann wird die Tür zugeschlagen.

(Heiterkeit.)

So sind wir halt beide geraten. Ich habe manchmal den Eindruck, das ist gerade nicht die richtige Arbeit innerhalb eines solchen Vorstandes.
Deswegen bin ich auch der Auffassung, daß solche Wahlen in einem Gremium wie dem Landesausschuß vollzogen werden sollen, wo man es sich noch einmal ausdrücklich überlegt, wo die Leute, die hingehen, sich dann wirklich die Zeit nehmen und die ganze Persönlichkeit und ihre Arbeitskraft einsetzen.
Im Pressewesen kann ich Ihnen ruhig das eine oder andere zugeben. Ich habe Ihnen heute gesagt, diese vier Seiten sind so kurz, daß Entgleisungen gelegentlich vorkommen können. Ich habe es schon einmal in der Fraktion erklärt: Die Fraktion hat einen eigenen Presseausschuß bestellt, aber der Presseausschuß ist heute ebensowenig aktiv geworden, wie vorher irgendwie eingegriffen worden ist.

(Zuruf: Er ist nie einberufen worden!)

Wer hätte ihn einberufen sollen? Der Presseausschuß selbst muß tätig werden! Ihr dürft ja nicht denken, daß ich, wenn Ihr einen eigenen Ausschuß bildet, dann auch unter allen Umständen wieder die Initiative ergreifen muß!

(Sehr richtig!)

Man darf von einem Mann schließlich nicht alles erwarten! Da wollen wir die Verantwortung miteinander teilen und wollen uns nicht gegenseitig anklagen.
Ich darf weiter dazu sagen: In einer so kleinen Zeitung wirkt alles viel stärker, als wenn man eine vernünftige, gute Zeitung hätte.
Aber dann kommt wieder ein Appell, in der Richtung meines Freundes oder meiner Freunde von der Opposition. Wenn ich seit Jahren energisch für eine Parteipresse eintrete, damit wir nicht nur ein Organ nach außen, sondern auch nach innen haben, dann darf es nicht passieren, daß z.B. unser Parteifreund *Schlögl* erklärt: Wir brauchen keine Parteipresse

(Hört!)

und diese Erklärung der gesamten Öffentlichkeit übergibt. So können wir auch nicht arbeiten. Da muß dafür gesorgt werden, daß wirklich vernünftige Verhältnisse geschaffen werden und daß man dann zusammenhält und sich nicht die Prügel hinschmeißt. Ihr könnt hinstellen, wen Ihr wollt, wenn ihm *die* Prügel hingeworfen werden, die mir hingeworfen wurden, dann wird keiner ewig über die Prügel wegkommen. Denn ich glaube, ich bin so kräftig geraten, daß ich sogar bei einem gelegentlichen Stolpern noch nicht ganz auf meinen Bauch hinfliege.

(Heiterkeit.)

Die schöne Frage von wegen meiner Preußenliebe oder -liebschaft: Meine lieben Freunde,

(Zuruf: Ist ja gar nicht wahr!)

ich habe es ja ewig gehört. Es ist mir ja jetzt Auskunft versprochen worden, wieviel Preußen ich bei der Landesgeschäftsstelle liebe. Ich habe hier nur den Überblick. Es sind da: 22 Bayern, neun Flüchtlinge, ein Süddeutscher und fünf Preußen. Die Verhältnisse sind also doch so, daß man es noch einigermaßen ertragen kann. Aber ich habe soundso oft schon gebeten, daß mir gute bayerische Hilfskräfte gegeben werden; ich bin bereit, jeden Tüchtigen anzunehmen und ihm bei ungefähr gleichen Qualitäten den Vorzug zu geben.

(Sehr richtig!)

Aber Ihr verlangt von mir Leistung; infolgedessen muß ich auch Männer haben, die etwas leisten.

(Zustimmung.)

Und daß sich einer in der Arbeit für die Partei verbrauchen kann, hat gerade der bisherige Landesgeschäftsführer *Liedig* bewiesen, der sich wirklich so aufgearbeitet hat, daß er jetzt krank auf der Nase liegt.

Man muß es auch anerkennen, wenn die Leute arbeiten. Man muß es erst recht anerkennen, wenn sie buchstäblich über der Arbeit zusammenbrechen. Wir haben andere Verhältnisse, als sie früher waren. Stellen Sie sich nur unseren Schriftwechsel vor, voran die Entnazifizierungsgeschichten, stellen Sie sich vor, wie viele, viele Leute aus dem ganzen Lande an uns schreiben, welcher Wust von Briefeinlauf bewältigt werden muß, der früher nicht vorhanden war. Stellen Sie sich die anderen Probleme vor, das Flüchtlingsproblem und sonstige Probleme, und Sie werden zugeben, daß mit dem kleinen Apparat in den wenigen Räumen - wie dort die Angestellten aufeinander sitzen! - es furchtbar schwer ist, die Arbeit zu bewältigen.

Was die Geldverhältnisse anbetrifft, so ist in diesem Jahr eine gründliche Prüfung vorgenommen worden. Ich kann ruhig erklären, daß jederzeit eine weitere Prüfung vorgenommen werden kann.

(Zuruf: Wir haben nichts davon gehört!)

Der Prüfungsbericht ist dem Vorstand vorgelegt worden. Nach der einen Seite wurde in der Flüsterpropaganda behauptet, daß ich von den Russen mit vier bis fünf Millionen für meine Politik bezahlt worden sei und dafür Angestellte bezahle. Nach der anderen Seite hat die Flüsterpropaganda durchgegeben, daß ich mit der Union 600.000 RM Schulden hätte; dazu kam noch die Lüge, daß ich persönlich meine Schneiderrechnung erst nach einem halben Jahr bezahlt hätte.

Meine lieben Freunde, bitte, prüfen Sie die ganzen Geldverhältnisse nach, durch wen Sie wollen! Sie sind herzlich dazu eingeladen! Über eines sind Sie sich klar: Die Union ist die größte, aber die ärmste Partei. Wir haben mit relativ geringen Mitteln einen wirklichen Apparat aufzubauen; denn wir leben nur von unseren Beiträgen und haben nahezu keine Spenden. Sie können es sich vorstellen, was es heißt, einen Apparat für eine so große Partei innerhalb kurzer Zeit mit diesen geringen Mitteln aufzubauen! Ich glaube, wenn Sie die Prüfung vollzogen haben, wird ein gerechter Mann das ohne weiteres anerkennen.

Zur Frage der Parteipresse bin ich verpflichtet, noch einen Hinweis zu geben, gerade weil unsere Redaktion angegriffen wurde. Ich will nicht den ganzen Brief verlesen; er ist zwei Seiten lang. Ich darf nur sagen, daß der Hauptschriftleiter [*Josef Mauerer*] darauf hinweist, daß er gerade im Verhältnis zur Fraktion zu seiner Entschuldigung vorbringen muß, daß er mehrfach den Fraktionsvorsitzenden gebeten habe, so wie es

früher bei der Bayerischen Volkspartei üblich gewesen sei, zu den Fraktionssitzungen zugelassen zu werden. Das ist jeweils abgelehnt worden.

(Dr. *Hundhammer*: Aber der Generalsekretär[13] der Partei war dort!)

Das ist eine Frage, die wir nicht allein zu beantworten haben, sondern die allein die Fraktion mitzuverantworten hat. Wenn der Generalsekretär dort ist, bedeutet das nicht, daß der Pressereferent dort ist.

(Dr. *Hundhammer*: Aber über den Landtag hätte er berichten können!)

Es ist ferner die Einrichtung einer Fraktionskorrespondenz vorgeschlagen worden, vor allem um das auszuwerten, was die Fraktion im Landtag arbeitet. Auch da erklärt er, es sei ihm abgelehnt worden. Er sagt, daß er vor nicht allzu langer Zeit eine Aussprache mit Dr. *Schlögl* gehabt habe, in deren Verlauf man einig geworden sei, daß die Parteipresse doch möglich sei und daß er auch Dr. *Schlögl* um die Benennung von Mitarbeitern aus den Kreisen der ihm nahestehenden Parteifreunde gebeten habe, genauso, wie ich es bisher gemacht habe. Aber Sie werden nicht immer die richtigen, brauchbaren und fragebogenreinen Mitarbeiter bekommen. Das ist nämlich auch eine Sorge, die ein Mann hat, der die Kräfte zur Verfügung stellen muß. Hier können wir uns auch rechtfertigen, wenn Sie mir das Sündenregister im einzelnen vorlegen wollen.

Meine lieben Freunde, Vertrauensfrage bedeutet immer Gewissenserforschung. Ich habe mich immer überprüft über die Maßnahmen, die ich als Parteivorsitzender getroffen habe, ob sie wirklich im Sinne der Union liegen. Ich habe vorhin einen Antrag gestellt auf die Einrichtung bzw. Wahl eines Ältestenrates. Er soll, wie ich gesagt habe, die Aufgabe haben, daß die Partei von unsauberen, charakterlosen, ehrgeizigen und sonstigen Elementen gereinigt wird. Denn ich sehe als erste Voraussetzung an, daß in die Partei Sauberkeit hineinkommt und daß, wenn schon gestritten wird, die unsauberen Elemente hinausfliegen.

Ich erkläre Ihnen weiter dazu: Wenn Sie diesen Ältestenrat wählen, so werde ich, wenn die Überprüfung beginnt, ein gutes Beispiel geben und mich als erster der Prüfung durch diesen Ältestenrat unterstellen. Wenn der Ältestenrat auch nur in einem Falle mir vorwerfen kann - er braucht es noch nicht einmal nachzuweisen -, daß ich aus ehrgeizigen Motiven eine Entscheidung getroffen hätte, die nicht im Interesse der Union lag - denn den Ehrgeiz habe ich, die Union kräftig zu machen -, dann bin ich bereit, sofort nicht nur niederzulegen, sondern, wenn ich nicht für würdig befunden werde, auch aus der Union auszuscheiden. Was ich von anderen verlange, muß ich dann auch von mir verlangen. Ich würde diesen Appell an alle anderen auch richten.

Dann bekommen wir eine Basis. Eine Krisis, wie wir sie haben - das muß ich nochmals feststellen -, ist mit den Mitteln der Regie und der Technik allein nicht zu lösen. Unser Volk draußen erwartet, daß wir das klarstellen. Wenn wir dem Volk sagen, wir werfen ehrgeizige Elemente hinaus, bekommen wir von dort den besten Widerhall; denn die größte Befürchtung, die die Leute draußen haben, ist, daß die Politik von den Politikern des Ehrgeizes wegen getrieben wird.

(Sehr richtig!)

[13] Gemeint ist wohl Franz Josef Strauß, der als Vertreter der Landesleitung in der Fraktion fungierte.

Ich glaube, mich gerechtfertigt zu haben. Wenn irgendwelche Fragen zu stellen sind, stehe ich selbstverständlich weiterhin zur Verfügung und bin bereit, jede Gewissenserforschung weiterhin mitzumachen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Meine lieben Parteifreunde, ich frage Sie, ob Sie damit einverstanden sind, daß wir jetzt zur Abstimmung schreiten.

(Zustimmung. - Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Wir stimmen ab über das Vertrauensvotum für Dr. *Josef Müller*.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Dr. *Müller*: Das Mißtrauensvotum kommt zuerst.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Also stimmen wir zuerst über das Mißtrauensvotum ab.

(Widerspruch.)

Zunächst müssen wir das Mißtrauensvotum erledigen, dann können wir uns über das Vertrauensvotum aussprechen.

(Unruhe. - Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Ich erteile niemandem das Wort. Die Sache ist absolut klar.
Ich frage nur: Wer ist dagegen, daß wir jetzt zur Abstimmung schreiten?

(Zuruf: Welche Abstimmung?)

Zur Abstimmung über das Mißtrauensvotum. Wer ist dagegen?

(Zuruf: Zur Abstimmung!)

Es ist offenbar die Mehrheit dafür.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Wir schreiten jetzt zur Abstimmung über das Vertrauensvotum.

(Zuruf: Geheime Abstimmung?)

Selbstverständlich wird geheim abgestimmt.

(Dr. *Baumgartner*: Zur Geschäftsordnung zum fünften Mal!)

Vielleicht verliest der Antragsteller seinen Antrag, und dann stimmen wir ab.
Ich rede und nicht Sie! (zu Dr. *Baumgartner* gewendet.)

(Dr. *Baumgartner*: Zum sechsten Mal zur Geschäftsordnung! Zum siebten Mal zur Geschäftsordnung! Zum achten Mal zur Geschäftsordnung!)

Der Antragsteller hat das Wort!

(Dr. *Baumgartner*: Zum neunten Mal zur Geschäftsordnung!)

Auch der Dr. *Baumgartner* muß sich fügen!

(Dr. *Baumgartner*: Zum zehnten Mal zur Geschäftsordnung! - Lebhafte Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe und den Antragsteller, den Antrag nochmals zu verlesen.

(Dr. *Baumgartner* ruft wiederholt zur Geschäftsordnung. -
Zuruf: Wird geheim abgestimmt?)

Es ist klar; es wird geheim abgestimmt. Ich bitte, die Stimmzettel zu verteilen. Ich bitte nur nochmals, den Antrag zu verlesen.
Dr. *Horlacher*:

> Die Einheit der Union erfordert eine Parteileitung, die den Erfordernissen der Einheit Rechnung trägt und die Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion gewährleistet. Die bisherige Parteileitung hat diese Aufgaben nicht erfüllt. Es wird ihr daher das Mißtrauen ausgesprochen.

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Wer für den Mißtrauensantrag ist, den Dr. *Horlacher* eingebracht hat, stimmt mit Ja. Wer nicht mit dem Antrag Dr. *Horlacher* einverstanden ist, stimmt mit Nein. Es werden jetzt wieder wie in der Frühe die verschiedenen Herren durch die Reihen gehen und die Namen der Stimmberechtigten verlesen. Ich würde den Wahlausschuß von heute früh bitten, daß er wieder in Aktion tritt.

(Zuruf: Ist nur Dr. *Müller* gemeint oder die ganze Parteileitung?)

Es handelt sich doch um ein Mißtrauensvotum gegen Dr. *Müller*.
(Die Abstimmung beginnt.)

(Während der Abstimmung: Es herrscht Unklarheit. Zwischenrufe. Ist die Wahl schon angegangen? Zustimmende Zurufe.)

Wollen wir die Sache doch jetzt so machen: Die Formulierung des Antrages Dr. *Horlacher* war unklar.

(Zuruf: Wir sind in der Abstimmung!)

Es wird gefragt, ob unter Parteileitung Dr. *Müller* gemeint ist oder jemand anders. Wollen wir es doch so machen: Wer für Dr. *Müller* ist, stimmt mit Ja, wer dagegen ist, stimmt mit Nein.

(Unruhe.)

Es ist doch viel klarer so: Ja für *Müller*, Nein gegen *Müller*.

(Anhaltender Widerspruch.)

Die bisherigen Stimmzettel werden zurückgezogen. Eine andere Farbe wird ausgegeben, und dann wird einfach abgestimmt: Für *Müller*: Ja, gegen *Müller*: Nein.
Ich gebe bekannt, daß der Antragsteller Dr. *Horlacher* damit einverstanden ist, daß wir so abstimmen. Die rosa Stimmzettel werden zurückgezogen, es werden jetzt grüne ausgegeben. Dann bedeutet Ja für Müller, Nein gegen *Müller*.
(Die Abstimmung wird neuerdings vorgenommen.)
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Ich bitte, Platz zu nehmen! - Ich erteile das Wort dem Vorsitzenden der Wahlkommission zur Bekanntgabe des Resultats.
Dr. *Rinke*: Die Abstimmung über das Vertrauensvotum

(Zurufe: Lauter!)

für den Landesvorsitzenden Dr. *Josef Müller* ergab folgendes Resultat:
Insgesamt wurden abgegeben 510 Stimmen.
Davon lauteten auf Ja: 308;

(Bravo-Rufe und lebhafter Beifall.)

auf Nein: 192; Enthaltungen: zehn.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Damit ist der Antrag über das Vertrauen für Herrn Dr. *Josef Müller* entschieden.

Ich übergebe jetzt die Leitung der Versammlung wieder dem Herrn Landesvorsitzenden.

(Lebhafter Beifall.)

(Landesvorsitzender Dr. *Josef Müller* übernimmt den Vorsitz.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Ich danke der Landesversammlung für das Vertrauen, das sie mir ausgesprochen hat. Ich werde mich bemühen, mich des Vertrauens in jeder Hinsicht würdig zu erweisen.
Ich bitte alle, die geglaubt haben, mir bei dieser Abstimmung ihr Vertrauen nicht geben zu können, um ihre Mitarbeit!

(Bravo!)

Es ist selbstverständlich, daß wir zusammenhelfen wollen und das derartige Entscheidungen, die in der Demokratie eine Selbstverständlichkeit und eine Notwendigkeit sind, nachher dann ihre Konsequenzen nach beiden Seiten haben. Es gibt dabei nur eine Konsequenz: Die Entscheidung ist getroffen, Sie wird von allen anerkannt, und was vorher war, ist quittiert und abgeschlossen. Jetzt wird neu begonnen, und zwar in der Arbeit für die Union!

(Bravo-Rufe, Beifall.)

Es hat sich, wie mir mitgeteilt wird, als erster Dr. *Lacherbauer* zu Wort gemeldet.
Haußleiter: Zur Geschäftsordnung! Es liegt noch der Antrag *Haunhorst* auf Annahme der Vorschläge des Bayerischen Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] vor.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu vielleicht gleich selbst Stellung nehmen. Ich bitte zu entschuldigen, ich habe die Erklärung im Moment vergessen.
Meine Herren! Nachdem die eine Entscheidung getroffen ist, schlage ich Ihnen folgendes vor. Wir wollen keine Zerreißproben machen und nicht davon ausgehen, daß die Majoritätsverhältnisse jetzt so oder so geartet sind, sondern ich werde meinerseits jetzt, sobald es irgendwie möglich ist, eine Landesausschußsitzung einberufen. Ich hoffe, daß die Wahlen von unten nach oben bis zum Landesausschuß vollzogen sein werden bis zur zweiten Oktoberhälfte, wenn alles klappt. Es hängt ja nicht allein von mir ab, sondern von den Bezirksversammlungen draußen, denn diese müssen auch von den Kreisen her neu durchgewählt sein. Wenn alles gut und rasch geht, dann beabsichtige ich, in der zweiten Hälfte des Oktober eine Landesausschußsitzung einzuberufen und in ihr die Gedanken vorzutragen, eventuell in schriftlicher Form ausgearbeitet vorzulegen, die ich Ihnen heute schon über die Entwicklung der Organe der Landesvorstandschaft und des Landesvorstandes dargelegt habe.
Ich darf nochmals wiederholen, meine Konzeption geht dahin - da finde ich mich völlig einig mit Parteifreund *Ehard* -, daß wir wahrscheinlich im Vorschlage bei der ordentlichen Landesversammlung den Vorstand um einige Leute erweitern werden müssen. Vielleicht werden es zehn bis zwölf Leute werden.
Ich habe es schon jetzt, vor allem in Frankfurt, als ich nicht hier war, als Mangel empfunden, daß nicht Dauervertreter da waren, sondern daß jeweils nur von Fall zu Fall Vertreter bestellt werden mußten. Mein Vorschlag wird dahin gehen, daß der Landesausschuß im Einvernehmen mit dem Landesvorsitzenden zwei Stellvertreter, und zwar dauernde Stellvertreter, des Landesvorsitzenden bestellt, die dann in Übereinstimmung mit dem Landesvorsitzenden die Partei leiten.

(Bravo! Zustimmung.)

Es ist aber nach der Entwicklung, die wir genommen haben, selbstverständlich, daß das Präsidialsystem als Grundprinzip bleibt, wie wir es auf Anregung der Militärregierung, die die amerikanischen Erfahrungen zugrunde gelegt hat, entwickelt haben, daß also ein Mann die Verantwortung gegenüber der Landesversammlung hat, sie allerdings dann - möchte ich sagen - in der Arbeit so, daß diese Verantwortung eine subsidiäre ist, mit zwei Stellvertretern teilt. Sie sollen aber dann, weil er die Verantwortung als erster trägt, in Übereinstimmung mit ihm gewählt werden.
Ich glaube, daß das die Grundlage ist, zu einer vernünftigen Entwicklung zu kommen. Wir können uns hier nicht zusammenraufen und auseinanderraufen. Das sind die Gedanken. Der Landesausschuß soll diese Gedanken ernsthaft mitüberprüfen, und die ordentliche Landesversammlung wird dann am ersten Tag die Gelegenheit haben, die letzten, endgültigen Entscheidungen über die organische Entwicklung der Union zu treffen.
Es werden dann die jetzt bereits organisch gewachsenen Arbeitsgemeinschaften auch in die Verfassung der Union eingebaut; denn die Statuten kann man ja nicht im Handumdrehen ändern. Sie sind ja die Verfassung der Union, der größten Partei Bayerns, die eine Majoritätspartei ist, und sie müssen infolgedessen ernsthaft und nicht nur von Gelegenheitsgremien durchdacht werden.
So hoffe ich, daß wir dann alles für und wider miteinander prüfen und daß wir dann das Beste für die nach unserer Auffassung beste Partei herausarbeiten.

(Bravo-Rufe!)

Ich glaube, daß das auch Ihr Wille ist, wenn Sie mir Ihr Vertrauen geschenkt haben, daß in dieser Richtung weitergearbeitet wird.
Kurz: Zur Geschäftsordnung! Ist es nicht möglich, den Sonderzug erst morgen abfahren zu lassen?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es geht leider nicht, wir wollen uns aber kurz fassen, denn die Freunde wollen abfahren. Der Sonderzug geht um 18.30 Uhr.

(Zuruf: Höchste Zeit!)

- *Lacherbauer*, vielleicht nicht ablesen, sondern nur kurze Worte!
Meine lieben Freunde, ich habe Ihnen vorhin gesagt, ich halte das für dringend notwendig, und darf hier zu dem Antrag für den Ältestenrat beantragen, daß auch diese Frage durch den Landesausschuß gleichzeitig überprüft und entschieden wird.

(Zustimmende Zurufe.)

Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich mußte das zur Abstimmung bringen, solange die Freunde noch hier sind.
Jetzt darf ich Dr. *Lacherbauer* bitten zu sprechen.
Dr. *Lacherbauer*: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen, die der Herr Landesvorsitzende soeben gemacht hat, machen es mir leicht, Ihnen einen Antrag zu unterbreiten, der im wesentlichen die Gedanken wiedergibt, die heute der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] vorgetragen hat. Ich möchte es mir schenken, eine weitere Begründung für diesen Antrag zu geben. Es ist sehr viel davon gesprochen worden, und alle Anwesenden wissen und kennen die Gründe für und wider.
Ich darf nur ganz kurz erklären, daß die Fraktion sich am 21. August der Substanz nach auch für diesen Antrag ausgesprochen hat und daß fünf Mitglieder, die gewählt waren, an diesem Antrag gearbeitet haben. Ich möchte diesen Antrag zur Verlesung bringen, und ich bitte Sie, ihm dann Ihre Zustimmung zu erteilen:

Die außerordentliche Landesversammlung beauftragt den Landesausschuß, spätestens bis Ende Oktober 1947 eine Änderung der Satzung zu beraten und seinen Beschluß in der nächsten ordentlichen Landesversammlung vorzulegen, und zwar auf folgender Grundlage: Es wird eine Landesleitung geschaffen, bestehend aus zehn bis 15 Personen. Ihr müssen kraft Amtes angehören: Der Ministerpräsident bzw. ein anderes CSU-Mitglied der Staatsregierung, der Landtagspräsident bzw. ein anderes Präsidialmitglied der CSU, der Fraktionsvorsitzende.
Ihr müssen auch angehören ein dreigliedriger geschäftsführender Vorstand. Dieser Vorstand besteht aus einem ersten Vorsitzenden, der von der Landesversammlung gewählt sein muß, und einem zweiten und dritten Vorsitzenden, die entweder von der Landesversammlung oder vom Landesausschuß zu wählen sind. Die Aufteilung der Sachgebiete unter diese drei Vorsitzenden wird durch eine Geschäftsordnung geregelt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, ich darf Ihnen vorschlagen, diesen Antrag als Material dem Landesausschuß zu überweisen, und zwar deswegen, weil wir, wie ich ja vorhin gesagt habe, das doch organisch und vernünftig durchdenken wollen und nicht den Landesausschuß schon mit einem Mandat binden wollen. Ich bitte, daß wir uns darüber einigen, denn sonst entsteht die Gefahr, daß ein Teil der Leute schon abgereist ist und die anderen stimmen. Ich glaube, wir können uns einigen. Sie kennen die beiderseitigen Vorschläge, die nur wenig auseinanderliegen, dem Inhalt und der Richtung nach, und es handelt sich nur darum, daß dann dort beiderseits gleiche Gesichtspunkte entwickelt werden können und der Landesausschuß nicht schon mit einem bestimmten Druck belastet ist.

(Dr. *Hundhammer*: Aber mit dem Auftrag, der nächsten ordentlichen Landesversammlung seinen Beschluß vorzulegen!)

Ich habe ja selbst vorhin schon gesagt, es wird vorgesehen, daß die nächste ordentliche Landesversammlung dann berät, und zwar den Vorschlag, den ich Ihnen gemacht habe, und den Vorschlag, wie er hier gemacht wird. Man wird dann sehen, wie man eine gute organische Lösung bekommt.
Darf ich den Antrag stellen, den vorgetragenen Antrag von Fraktionsmitgliedern - denn die Fraktion als solche ist in den Statuten nicht als Organ vorgesehen, das Anträge stellt - dem Landesausschuß als Material zu überweisen. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? - Der Antrag ist angenommen.
Jetzt darf ich Ministerpräsident Dr. *Ehard* das Wort geben.
Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Liebe Parteifreunde, meine Damen und Herren! Es ist nun einmal in der Demokratie immer so, daß, wenn eine Abstimmung erfolgt, die auf des Messers Schneide herüber und hinüber getrieben wird, und das Ergebnis vorliegt, dann beide Teile nicht vollständig befriedigt sind. Das ist nun einmal notwendig, anders ist es wohl nicht möglich, eine demokratische Entscheidung herbeizuführen.
Nachdem sie aber jetzt herbeigeführt ist, bitte ich Sie dringend, das zu befolgen, was ich vorhin im Falle unseres Freundes *Hundhammer* gesagt habe und was jetzt auch in dem unseres Freundes *Müller* zu sagen ist. Für diejenigen, die ihm das Vertrauen gegeben haben, ist es ja kein Problem. Für die anderen bleibt es ein Problem, aber sie sollen daraus die Konsequenzen ziehen, die man ziehen muß, um demokratisch weiterarbeiten zu können. Man soll persönlich ohne jeden Vorbehalt mit einem Mann zusammenarbeiten, dem die Mehrheit das Vertrauen uneingeschränkt schenkt, und

man soll zusammenhalten; denn nur auf die Weise ist es möglich, eine Partei nicht nur zu gründen, sondern zusammenzuhalten und besonders auch arbeitsfähig zu machen.

Wenn nun darüber hinaus dieser Antrag eingebracht worden ist, der den Landesausschuß beauftragt, vorzubereiten, zu beschließen und zu beraten eine Satzungsänderung und seine Beschlüsse dann der Landesversammlung vorzulegen, und wenn uns der jetzt mit neuem Vertrauen versehene Landesvorsitzende erklärt, daß diese Fragen auf der nächsten Landesausschußsitzung bis zur zweiten Hälfte des Oktober etwa beraten, durchgesprochen und dann zu einer endgültigen Entscheidung und Entschliessung der nächsten ordentlichen Landesversammlung vorgelegt werden, dann ist, glaube ich, dieser Minderheit auch ein Recht geworden, wenn auch nicht so, wie sie es sich vielleicht vorstellt.

Eine Garantie dafür aber, daß das geschehen und nicht versanden wird, müssen wir jetzt aus dem Versprechen des neubestätigten Landesvorsitzenden entnehmen; und daran, an diesem Wort, wollen wir ihn festhalten.

Nun darf ich persönlich noch etwas sagen: Ich bin der Meinung, daß zwischen der Regierung einerseits und der Parteileitung andererseits ohne Rücksicht auf die Person um der Sache willen ein einheitliches und sachliches Zusammenarbeiten notwendig ist,

(Sehr richtig!)

das wir auf der Vertrauensbasis von anständigen Männern und anständigen Charakteren, die es ja auch im politischen Leben geben soll,

(Heiterkeit und Zustimmung.)

unter allen Umständen aufrecht erhalten müssen. Darum bitte ich den Landesvorsitzenden, dem das Vertrauen von der großen Mehrheit ausgesprochen worden ist, um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit mir und mit der Staatsregierung! Ich bitte ihn insbesondere auch um volle Offenheit, wenn das eine oder andere auszusprechen oder auch nicht auszusprechen ist! Und ich bitte ihn, mich auch darin zu unterstützen, daß diese Klärung, die notwendig ist - mag sie dann in der endgültigen Entscheidung lauten wie immer -, bis zur nächsten Landesversammlung vorbereitet und dann zur Abstimmung gebracht wird, damit wir die Gemüter beruhigen, damit wir das Vertrauen auch in die Parteileitung unerhört stärken.

Nachdem unser Freund *Müller* selber das Versprechen gegeben hat, halte ich ihn daran hier vor der Landesversammlung fest!

(Bravo-Rufe. - Lebhafter Beifall. - Ministerpräsident Dr. *Ehard* und Landesvorsitzender Dr. *Müller* reichen sich die Hand.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich habe heute schon bei meinem Referat die Erklärung abgegeben: Ich habe den Ministerpräsidenten *Ehard* von dem Augenblick an unterstützt, in dem klar war, daß seine Politik fast in den meisten Punkten in der Linie verläuft, die meine Politik im gleichen Falle gewesen wäre. Es war eine loyale Zusammenarbeit, und ich darf wohl sagen, wir haben uns sehr weitgehend offen ausgesprochen und unsere Linie immer loyal durchgehalten. Es wird dabei bleiben, und ich wünsche, daß wir durch die weitere Zusammenarbeit noch mehr zusammenwachsen werden im Interesse der Union. Die Union wird den Nutzen haben.

Es kann manchmal sein, daß die Regierungspolitik eine andere ist wie die Parteipolitik. Aber auch hier gilt Fairneß und Loyalität für die Zusammenarbeit auch in einem

Fall, in dem wir vielleicht anderer Meinung sein sollten über Regierungspolitik und Parteipolitik. Denn ich muß in erster Linie an die Union denken - ich denke gleichermaßen an das Interesse des Volkes -, der Ministerpräsident hat seine Regierungspolitik einzuhalten. Wenn wir als Union an der Regierung beteiligt sind, dann wollen wir loyal an ihr beteiligt sein; und wir wollen dann erst recht den Träger der Regierung unterstützen, der unser Parteifreund ist.

(Zustimmung.)

Ich darf Ministerpräsident Dr. *Ehard* das Wort weitergeben.

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Jetzt habe ich, liebe Parteifreunde, noch eine Bitte. Ich darf nämlich - von mir aus ist das selbstverständlich - die Unterstützung auch vom Landesvorsitzenden dafür erbitten, daß dasselbe Verhältnis wie die Schaffung des Vertrauens mit der Restminderheit, die das Vertrauen für unseren Freund *Hundhammer* nicht ausgesprochen hat, ebenso hier hergestellt wird,

(Sehr richtig!)

und daß man auch hier die Verbindung sucht. Nicht daß man sich in die Arme fällt, sondern daß man durch Aufklärung, durch persönliche sachliche, vernünftige Aussprache, durch eine enge persönliche Fühlungnahme das ausräumt, was Ressentiments sind, und sich über das verständigt oder über das abstimmt, was sachliche Gegensätze sind.

Meine Unterstützung kann ich dem Freund *Hundhammer* in diesem Bestreben zusichern. Ich glaube, annehmen zu dürfen, daß auch unser Freund *Müller* damit ohne weiteres einverstanden ist, denn wir wollen das dann schon ganz auf die demokratische Linie ausrichten.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich vielleicht dazu gleich etwas erklären: Ich weiß, wie schwierig diese Frage ist, sie ist eine der schwierigsten Fragen, die für die Union bestehen. Das weiß *Hundhammer* selbst. Wir wollen aber nicht mit der Verbissenheit einander gegenübertreten, wie es leider gelegentlich der Fall ist. Enge auf der einen Seite löst eventuell Hartnäckigkeit auf der anderen Seite aus. Es ist in dem Fall nicht in meiner Verfügungsmacht allein, diese Frage zu lösen. Hier darf ich an beide Gruppen appellieren, und ich will dafür sorgen, daß Gespräche eingeleitet werden, durch die die beiden Gruppen einander näherkommen.

(Beifall.)

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Nun, liebe Parteifreunde, meine Damen und Herren, habe ich noch etwas. Ich möchte noch einen Antrag einbringen; aber ich werde ihn nur zu verlesen brauchen und bin sicher, daß Sie mir alle zustimmen werden. Er lautet:

> Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Eichstätt gedenkt mit besonderer Wärme der deutschen Kriegsgefangenen, die noch fern der Heimat weilen müssen, und sendet ihnen den Gruß der Heimat mit dem innigen Wunsch, daß die baldige Heimkehr beschleunigt werden könne.
>
> Die Landesversammlung ersucht den Ministerpräsidenten und die Staatsregierung dringend, ihre bisherigen tatkräftigen Bemühungen zugunsten dieser Kriegsgefangenen mit unermüdlicher Energie weiterzuführen, um eine Milderung ihres harten Loses zu erreichen.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich über den Antrag abstimmen lassen. Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Der Antrag des Parteifreundes *Ehard* ist einstimmig angenommen.

(Starke Zustimmung und Beifall.)

Ich muß geschäftsordnungsmäßig noch rasch etwas erledigen. Der Sonderzug fährt in einer halben Stunde, ich werde mich sehr beeilen.
Es liegt noch ein Antrag *Wilhelm* vor:

> Die Landesversammlung ist der Ansicht, daß die Stellung eines Ministers mit der Funktion eines Fraktionsvorsitzenden aus demokratischen Gründen nicht vereinbar ist.

Ich bitte, mit dem Einverständnis des Antragstellers vorschlagen zu dürfen, daß dieser Antrag auch als Material an den Landesausschuß hinübergegeben wird. Einverstanden, *Wilhelm*? - Erhebt sich ein Widerspruch dagegen?

(Zurufe: Nein!)

Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Michel: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte darum, daß die Rede des Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] von gestern morgen gedruckt und verteilt wird.

(Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das wird geschehen.
Meine lieben Freunde, wir haben die Tagesordnung nicht ganz abwickeln können. Es fehlen noch Referate der Staatsministerien des Innern, für Wirtschaft, für Arbeit und der Justiz. Es wäre sicher sehr notwendig gewesen, diese Referate halten zu lassen. Andererseits sind auch die Referate zur Wirtschaftspolitik und zum Lastenausgleich, die gehalten werden sollen, noch nicht vorgetragen worden. Ich darf diese Referate bis zur nächsten Landesversammlung in deren zweiten Teil zurückstellen, soweit sie dann noch aktuell und notwendig sind. Wir wollen immer sachliche Arbeit leisten. Sind Sie mit dem Vorschlag einverstanden, daß die Referate zurückgestellt werden

(Zurufe: Jawohl!)

und daß ferner alles, was noch an Anträgen nicht behandelt ist, zurückgestellt wird bis zur nächsten Landesversammlung?

(Zustimmende Zurufe.)

Es erhebt sich kein Widerspruch.
Von Prittwitz-Gaffron: Zur Geschäftsordnung! Es liegen, soviel ich weiß, noch Resolutionen vor. Ich möchte anfragen, ob es nicht möglich wäre, vielleicht diese noch zur Diskussion zu bringen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf die Resolutionen verlesen lassen. Es liegt ein Antrag des Verbandes Neu-Ulm der Landesversammlung vor, der sowohl für die Landtagsfraktion als auch für die anderen Parteistellen bindend ist. Die Resolution des Zwischenstaatlichen Ausschusses der Christlich-Sozialen Union in Bayern darf ich verlesen lassen und zur Abstimmung bringen. Ich bitte, die Resolution gleich zu verlesen; es ist nur eine Seite!
Dr. *Schedl*:

> Angesichts der bevorstehenden Londoner Konferenzen über den deutschen Friedensvertrag spricht die Christlich-Soziale Union die Hoffnung aus, daß Sachverstän-

dige aus den Kreisen der demokratischen Kräfte Deutschlands zugezogen werden. Die Christlich-Soziale Union ist sich bewußt, daß der kommende Friede eine Wiedergutmachung des von *Hitler* über Europa heraufbeschworenen Unglücks bringen muß. Sie hält sich aber für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die junge deutsche Demokratie sich nur unter Friedensbedingungen entwickeln kann, die dem deutschen Volk nach außen und innen erträgliche Lebensmöglichkeiten sichern.
Eine der Voraussetzungen hierfür besteht in der baldigen Anerkennung unserer Staatspersönlichkeit durch Schaffung einer wenigstens provisorischen deutschen politischen und wirtschaftlichen Gesamtorganisation. Die Union glaubt, daß die Sicherung des europäischen Friedens und die Wohlfahrt der europäischen Völker in einer neuen Form wirtschaftlicher Zusammenarbeit und einer gemeinsamen Ausnutzung der europäischen Produktionsstätten gefunden werden muß. Massenausweisungen und territoriale Neuabtretungen, die nicht mit dem Willen der betroffenen Bevölkerungsteile übereinstimmen, werden Europa nie gesunden lassen. Die Union sieht in der Gestaltung des Friedens und der Beziehungen Deutschlands zur Welt Fragen, die jenseits der Parteipolitik liegen und die daher baldigst zum Gegenstand einer gemeinsamen Aussprache aller Faktoren des öffentlichen Lebens gemacht werden müssen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich diese Resolution zur Abstimmung bringen. Wer enthält sich? - Wer ist gegen die Resolution? - Die Resolution ist einstimmig angenommen.
Bartel: Zur Geschäftsordnung! Ich spreche im Namen Tausender von Flüchtlingen und Ausgewiesenen, mit denen ich in Verbindung stehe, wenn ich den Herrn Vorsitzenden bitte, auf die Tagesordnung der nächsten Landesversammlung auch ein Referat über Flüchtlingswesen zu setzen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist schon jetzt vorgesehen gewesen, ist aber leider auch ausgefallen. Es wird bestimmt auf der Tagesordnung stehen, gerade auch im Zusammenhang mit der Frage des Lastenausgleichs.
Es sind sonst einige Anträge vorgelegen; ich darf sie alle dem Landesausschuß als Material hinübergeben. Für den Fall, daß der Landesausschuß eventuell aus Dringlichkeitsgründen über die Resolutionen einen Beschluß fassen sollte, soll er beschließen!
Meine lieben Parteifreunde! Dann darf ich Ihnen nochmals den Dank für die treue Mitarbeit aussprechen. Es ist manchmal etwas hart hergegangen. Aber wir wollen doch zufrieden sein mit dem Erfolg, damit, daß wir uns dazu durchgerungen haben, daß die Union als Union lebend geblieben ist.

(Bravo-Rufe. - Beifall.)

Ich habe noch die Verpflichtung, mich bei der Stadt, bei den bischöflichen und allen sonstigen Behörden dafür zu bedanken, daß sie uns während dieser Tagung soviel Hilfe geleistet haben.

(Beifall.)

Ich bedanke mich im Namen der Union bei unseren Parteifreunden in Eichstätt und bei allen Freunden, die diese Tagung vorbereitet haben und uns so vorbildlich ihre Dienste zur Vorbereitung und auch während der Tagung zur Verfügung gestellt haben.

(Erneuter Beifall.)

Und nun, meine lieben Freunde, soll alles, was trennend zwischen uns war, klein werden; groß soll werden das Ziel! Wir wollen an der Stelle, an der wir stehen, an der Spitze, aber auch draußen im Lande bis zum kleinsten Mitarbeiter, zusammenstehen! Es lebe die Christlich-Soziale Union in Bayern!

(Sehr lebhafter Beifall.)

Ich schließe damit die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union.

Ende der Tagung um 18.28 Uhr.

Nr. 29

Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 3. und 4. Januar 1948 in Erlangen

Tagesordnung:[1]
1. Finanzstatut und Satzung
2. Termine und Tagungsorte der nächsten Sitzungen von Landesausschuß und Landesversammlung
3. Politische Aussprache: Referat Dr. Semler, Berichte des Landesvorsitzenden und des Ministerpräsidenten

Tagungsort: Erlangen, Logensaal, Universitätsstraße 26

Anwesend:[2] Ankermüller, Bartel, Barth, R. Berger, Birkl, Boehlke, Böck, A. Braun, Breidbach, Butterhof, Centmayer, Dietrich, B. Dötsch, Donderer, Donsberger, Eberhard, Ebner, Eggensberger, Ehard, Eichhorn, Emmert, Euerl, Fackler, H. Fink, H. Fischer, J. Fischer, M. Fischer, Frommknecht, Gamperl, Geiger, Geiselberger, Grasmann, Grieser, L. Hagenauer, Hassel, H. Haunhorst, Haußleiter, Heinlein, Heiszler, Heubl, Hoechstetter, Höhenberger, Hönekopp, Horlacher, Hundhammer, Imler, Jahn, Jaeger, Käss, Kahn, Karpf, Klytta, K. Köhler, E. Kraus, Krehle, Kroll, K.A. Kroth, Krüger, Kübler, Lacherbauer, Lallinger, A. Lang, C. Lang, Lingmann, Luksch, von Luschka, Mauerer, Mayr, H. Meier, Meyer-Sprekkels, Mikolaschek, Montgelas, Hans Müller, J. Müller, Muhler, Mutzbauer, Nerreter, Ostwald, Ott, Pfeiffer, Pflaum, Hans Pflüger, Heinr. Pflüger, Piechl, Pieterek, Prechtl, von Prittwitz-Gaffron, Probst, Reichstein, Rindt, Rinke, Rüttger, Sattler, F.L. Sauer, Schachtner, F. Schäfer, K. Schäfer, Schedl, G. Schmid, K. Schmid, A.W. Schmidt, Schrott, A. Schubert, Schütz, Schwägerl, Schwalber, Sedlmayr, Seidel, Seitz, Semler, Sporer, Stang, K. Staudinger, Steber, Stiller, F.J. Strauß, R. Stücklen, Sühler, O. Thomas, Weinkamm, Weixler, Wilhelm, K. Wimmer, F. Wittmann, Zehner

ACSP, CSU-Landesausschüsse

Die Sitzung wird um 10.33 Uhr durch den Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen-Union in Bayern, Dr. *Josef Müller*, eröffnet.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Als Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union in Bayern eröffne ich die für heute einberufene Landesausschußsitzung unserer Partei. Ich stelle fest, daß keine Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung erhoben werden, ich stelle fest, daß von 125 ordnungsmäßigen Mitgliedern des Landesausschusses bisher 78 erschienen sind, so daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Ich werde nachher vorschlagen, daß wir irgendeinen Punkt vorausnehmen, der so ist, daß die Freunde, die noch nicht da sind, nichts besonderes versäumen werden.

---

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes. Die im Einladungsschreiben des Landesvorsitzenden vom 20. Dezember 1947 (ACSP, NL Müller 10/4) bekanntgegebene und zu Beginn der Sitzung wiederholte geplante Tagesordnung lautete: "1. Politische Aussprache, 2. Satzung und Finanzstatut, 3. Wahlen nach § 48 der Satzung, 4. Sonstiges." Tatsächlich wurde die vorgesehene Reihenfolge der Themen wie oben geändert; der Punkt 3 wurde bis zur nächsten Sitzung des Landesausschusses (24. Januar 1948) zurückgestellt.

[2] Laut handschriftlichem Sitzverteilungsplan und maschinenschriftlicher Liste der Stimmberechtigten in der Anlage zum Protokoll, ergänzt anhand des Protokolltextes. Die hinsichtlich der aufgeführten Personen mit dem Sitzverteilungsplan identische Liste der Stimmberechtigten enthält keine Unterschriften oder andere Vermerke über tatsächliche An- und Abwesenheiten. Dem Protokolltext selbst ist zu entnehmen, daß zu Beginn der Sitzung 78 (s.o.) und am Abend des 3. Januar zeitweise 108 von 125 Stimmberechtigten (S. 1314) anwesend waren, es ist daher nicht auszuschließen, daß hier einige Personen fälschlich als anwesend geführt werden.

Meine lieben Parteifreunde! Meine erste Pflicht ist es, Sie alle zu begrüßen. Ich begrüße die Vertreter der Militärregierung; die Presse habe ich vormittags noch nicht in den Sitzungsraum hereinkommen lassen, weil ich verschiedene Fragen zunächst einmal der innerparteilichen Besprechung vorbehalten wollte.
Ich wünsche Ihnen allen ein recht glückliches neues Jahr. Das Jahr 1947 war voller Sorgen, das Jahr 1948 wird voller Sorgen sein. Wir wissen es, und doch müssen wir den Mut haben, mit den Sorgen fertig zu werden. Das Christentum ist eine Weltanschauung der positiven Lebenshaltung. Wir können uns infolgedessen nicht dem Gedanken der Verzweiflung hingeben, sondern wir müssen arbeiten, arbeiten für die christliche Kultur und Durchdringung der Menschheit mit dieser Kultur und durch diese Kultur. Wir müssen arbeiten für unser notleidendes, schwergeprüftes Volk. Die Arbeit obliegt uns allen, gleichgültig, an welcher Stelle wir sind. Sie obliegt vor allen Dingen den Männern der Regierung, die in erster Linie die Verpflichtung gegenüber der Partei, aber auch gegenüber unseren Wählern und gegenüber dem gesamten Volke haben, ihre ganze Arbeitskraft für das Volk einzusetzen. Ich habe bisher immer die Auffassung vertreten, daß wir als Parteifreunde uns gegenseitig nicht Lobhudeleien sagen sollen und daß wir uns nicht besonders grüßen. Heute glaube ich, daß es als Selbstverständlichkeit angesehen wird, gerade bei Beginn eines neuen Jahres, wenn ich unsere Parteifreunde aus der Regierung, vor allem unseren Parteifreund *Ehard*, besonders begrüße und für die Arbeit der letzten Jahre danke

(Beifall.)

und ihm und allen unseren Freunden für die Arbeit des letzten Jahres vollen Erfolg wünsche.
Wir haben im letzten Jahr für die Union bestimmt so gearbeitet, daß die Union vor den Wählern und vor dem Volk bestehen kann. Ich glaube, wenn man früher an der Aktivität und der Stärke der Union im Augenblick der Entscheidung zweifeln konnte, dann hat das letzte Jahr uns gezeigt, daß wir bei allen Auseinandersetzungen, bei allen Spannungen, wie sie in einer so großen Partei üblich sind, imstande waren, uns durchzusetzen und in kurzer Zeit volle Arbeit zu leisten. Möge es im nächsten Jahr genauso bleiben. Möge das nächste Jahr noch so voller Sorgen, voller Arbeit sein, mögen uns die Sorgen in Bayern und für Bayern bedrücken. Es werden uns darüber hinaus die Sorgen für Deutschland bedrücken. Wir dürfen sagen, es werden auch innerhalb des Deutschen Reiches Sorgen entstehen. Wir wollen die Kraft haben, mit allem fertig zu werden, und Gott gebe uns diese Kraft.
Damit darf ich die Sitzung eröffnen. Ich gebe die Tagesordnung bekannt:

1. Politische Aussprache
2. Satzung und Finanzstatut
3. Wahlen nach § 48 der Satzung und
4. Sonstiges

Wird gegen die Tagesordnung ein Einspruch erhoben? Ich stelle fest, es ist das nicht der Fall.
Haunhorst: Die Wahl nach § 48 müßte als Punkt 2 der Tagesordnung aufgenommen werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich möchte feststellen, ob Einspruch gegen die Tagesordnung als solche erhoben wird. Über die Reihenfolge der Tagesordnung sprechen wir anschließend.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Ich bitte bloß um die Feststellung, daß wir jetzt über den Inhalt der Tagesordnung abstimmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir stimmen nur über die Tagesordnung als solche ab. Die Reihenfolge und alles andere bleibt offen. Ich glaube, gegen den Inhalt der Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben. Damit ist die Tagesordnung genehmigt.
Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, schlage ich vor, die Reihenfolge der einzelnen Tagesordnungspunkte zu ändern, und zwar deswegen, weil ein Teil der Freunde noch fehlt. Wir wollen die politische Aussprache erst beginnen, wenn wir die Gewißheit haben, daß alle interessierten Parteifreunde wirklich anwesend sind. Bei den augenblicklichen Witterungsverhältnissen ist damit zu rechnen, daß Verspätungen eintreten, so daß ich annehmen möchte, daß bis Mittag sicher alle anwesend sein werden. Ich glaube, wir könnten diesen Punkt dann am besten am Nachmittag in Angriff nehmen. Wir müssen noch eine Änderung insofern vornehmen, als wir die Wahlen vorausstellen müssen, bevor wir Abstimmungen von Bedeutung vornehmen, bei denen mit knappen Mehrheiten entschieden wird, weil das Mandat der Mitglieder des Landesvorstandes, die vom Landesausschuß gewählt wurden, zu Beginn des Oktobers erloschen war, so daß die Wahlen naturnotwendigerweise stattfinden müssen vor entscheidenden Abstimmungen, damit diese Abstimmungen dann nicht aus formalen Gründen bekämpft werden können.
Ich würde vorschlagen, zunächst als ersten Punkt der Tagesordnung das Finanzstatut zu behandeln. Denn bei der Behandlung des Finanzstatuts muß eine Reihe von Paragraphen verlesen werden. Dadurch wird Zeit beansprucht. Es sind sicher alle Parteifreunde an den Finanzstatuten interessiert, aber es wird kein besonderer Schaden sein, wenn der eine oder andere bei der Behandlung des Finanzstatuts fehlt. Erhebt sich gegen diesen Vorschlag ein Widerspruch?
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Ich melde keinen Widerspruch an, sondern ich würde darum bitten, daß wir uns grundsätzlich klar werden, wie wir die Zeit ausnützen wollen, denn wir haben heute vormittag ungefähr zweieinhalb Stunden zur Verfügung. Heute nachmittag werden wir vielleicht vier Stunden haben, sind zusammen sechseinhalb Stunden. Morgen vormittag haben wir wahrscheinlich nicht mehr als zweieinhalb Stunden, das macht zusammen neun Stunden. Wir haben eine ganze Reihe von sehr wichtigen Aufgaben zu lösen. Da dieser Landesausschuß doch fruchtbar werden und auf mehreren Gebieten Erfolge bringen soll, glaube ich, wir sollten uns grundsätzlich klar darüber werden, wie wir die Zeiteinteilung vornehmen wollen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde vorschlagen, Dr. *Pfeiffer*, daß wir das zurückstellen, bis Mittag die Debatte darüber war, weil es selbstverständlich ist, daß die meiste Zeit für die politische Aussprache verwendet wird. Denn der Landesausschuß soll ja soundso viele Dinge vorwegnehmen, die die Landesversammlung belasten würde. Wir werden am Schluß dazu kommen zu beschließen, daß die Landesversammlung schon in diesem Monat stattfinden soll, so daß wir uns manche Dinge für die Landesversammlung sparen können und dafür heute die Grundlinien herausarbeiten können. Die Landesversammlung ist ja ein viel größeres Gremium. Heute muß nach altem Brauch vor allem den Freunden, die aus den Bezirken draußen kommen, Gelegenheit zu einer fruchtbringenden Aussprache gegeben werden, weil bei der Landesversammlung die Bezirke bekanntlich nicht so in Erscheinung treten wie beim Landesausschuß. Deswegen wird die politische Aussprache von besonderer Bedeutung sein.

Ich habe deswegen das Finanzstatut vorweggenommen und diese ganzen Debatten weggelassen, weil nun einmal das Finanzstatut erledigt werden muß

(Sehr richtig!)

und weil es ein besonderer Umstand ist, der durch das Verlesen der Paragraphen Zeit beansprucht. Deswegen habe ich gedacht, wir behandeln zuerst die Finanzstatuten. Dann sehen wir, wie wir mit der Zeit durchkommen. Bevor wir dann jeweils an den nächsten Punkt herangehen, können wir uns darüber unterhalten, mit welchem Tempo die einzelnen Punkte behandelt werden sollen. Man kann soundso viel kürzen, besonders wenn die früher bei uns manchmal üblichen Geschäftsordnungsdebatten erspart bleiben sollen.

Infolgedessen würde ich vorschlagen, daß wir jetzt mit dem Finanzstatut beginnen und nachher in die anderen Punkte eintreten und die weitere Zeiteinteilung vornehmen, wenn die anderen Freunde anwesend sind.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Da ich die gleichen Gesichtspunkte vertrete, wie der Herr Vorsitzende, glaube ich, daß es trotzdem zweckmäßig ist, wenn wir eine gewisse Ökonomie der Kraft und der Zeit eintreten lassen. Ich möchte zur Begründung dessen, was ich gesagt habe, noch einen Gedanken beifügen: Wir haben in diesem Landesausschuß zwei Aufgaben zu lösen, die beide von einer großen Wichtigkeit sind. Die eine nach innen in der Partei, die andere nach außen für unser Wirken nicht nur in der bayerischen, sondern in der gesamtdeutschen Politik. Es ist vollkommen richtig, daß wir genügend Raum für die politische Aussprache haben müssen, in der möglichst viele Vertreter der Bezirke zu Wort kommen sollen. Nun steht aber auf der Tagesordnung gemäß dem Wunsch der Landesversammlung von Eichstätt auch die Beratung der Satzungen. Satzungsberatungen sind bekanntermaßen Dinge, bei denen man alles zerreden und alles zerflattern kann, bei denen aber auch leicht große Minderheiten überstimmt werden können. Wir haben für die geschäftliche Verhandlung den Sachverhalt, daß nur ein Vorschlag vorher den Teilnehmern des Landesausschusses mitgeteilt worden ist und daß wir heute bei Beginn der Sitzung einige andere Anregungen und Anträge unterbreitet bekommen haben. Beide Dinge sind von einer so grundsätzlichen Bedeutung, daß sie eine gewisse Zeit erfordern. Ich muß sagen, es wäre vielleicht zweckmäßig gewesen, wenn man eine Vorerörterung dieser Dinge so betrieben hätte, daß nicht ein Referat zu jedem dieser Vorschläge hier im Plenum des Landesausschusses notwendig gewesen wäre.

Ich verstehe, daß das Finanzstatut von Paragraph zu Paragraph behandelt werden kann. Vorschläge zur Abänderung werden aber sachlich begründet werden müssen. Wenn wir damit anfangen, daß wir bei der Behandlung der Satzungen im Plenum des Landesausschusses zur Begründung Referat an Referat reihen, dann wird dadurch soviel Zeit in Anspruch genommen, daß entweder die Zeit für die politische Aussprache verkürzt [wird] oder daß die notwendige Zusammenschmelzung der verschiedenen Vorschläge nicht in Ruhe vor sich gehen kann.

Deswegen würde ich der Meinung sein, daß es eine Erleichterung unserer ganzen Arbeit wäre, wenn man nicht das Plenum mit der ersten einführenden Erörterung der vorliegenden Vorschläge befassen, sondern wenn man das Plenum entlasten würde, indem zunächst in einem kleineren Kreis die heute erst zur Kenntnis von vielen Tagungsteilnehmern gekommenen Entwürfe überarbeitet würden. Dann würde man sehen, ob man nicht zu einem einheitlichen Vorschlag dieser Gesamtkommission für das Plenum kommen könnte, wodurch sich die Satzungserörterungen vielleicht we-

sentlich vereinfachen und abkürzen ließen. Dabei würden dann Erörterungen für eine ganze Reihe von Punkten überhaupt wegfallen.
Ich komme zu diesem Vorschlag einer konzentrierten Arbeitsform, weil eine Reihe von Mitgliedern des Landesausschusses morgen nach Tisch bereits wieder wegfahren muß. Wir ersparen uns damit Geschäftsordnungsdebatten und können sofort eine konzentrierte Form der Arbeit vereinbaren. Wir müssen mit unserer politischen Arbeit in aller Geschlossenheit vor das Land, vor Deutschland und auch vor das Ausland hintreten. Wir müssen daher Zeit haben für die Durcharbeitung der großen politischen Probleme, bei denen sehr viel zu sagen sein wird. Denn es gibt auf den verschiedensten Gebieten Dinge, über die die führenden Personen der Partei zu berichten haben, wofür wir auch außerhalb der Aussprache allein schon für die Berichterstattung eine gewisse Zeit brauchen.
Deswegen möchte ich, um Geschäftsordnungsdebatten zu vermeiden, einen Arbeitsplan festgestellt wissen, der uns Zeit läßt für eine echte Erfüllung unserer Aufgaben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich glaube, wir verlieren durch die Debatte auch viel Zeit,

(Sehr richtig!)

während wir, wenn wir mit den Finanzstatuten begonnen hätten - ich habe nicht gesagt Statuten oder Satzung und Finanzstatuten, sondern nur Finanzstatuten allein, ich habe auf die Uhr geschaut *Anton* [*Pfeiffer*] - damit fertig wären. Wir haben zwei Tage und eine Nacht dazwischen, mittags werden die Leute überhaupt erst zum ersten Mal miteinander reden können. Ein Teil war wohl schon gestern abend da, aber ein großer Teil ist erst heute vormittag gekommen, so daß unseren Freunden Gelegenheit gegeben sein muß, über Mittag miteinander zu reden. Dann kann man am Nachmittag, wenn die Debatte beginnt, ruhig sagen: Jetzt wollen wir so oder so weiterfahren. Ich glaube, so ist es am gescheitesten. Denn ein Punkt der Tagesordnung muß erledigt werden, damit wir fertig werden. Ich werde selbst sehen, daß man die Zeit so sparen kann, daß man durchkommt. Aber man wird Zeit wesentlich sparen, wenn Geschäftsordnungsdebatten möglichst vermieden werden.
Darf ich vorschlagen, daß jetzt das Finanzstatut behandelt wird? Erhebt sich ein Widerspruch gegen die Behandlung des Punktes Finanzstatut? Wer ist dagegen? Es ist niemand dagegen. Dann wird jetzt der Punkt der Tagesordnung "Finanzstatut" behandelt, also nicht der ganze Punkt Satzungen und Finanzstatut, sondern lediglich der Punkt Finanzstatut.
Ich darf zu diesem Punkt Finanzstatut den Parteifreund Dr. *Grasmann* bitten, das Wort zu ergreifen.
Dr. *Grasmann*: Meine sehr geehrten Parteifreunde! Das Finanzstatut hat eine lange Vorgeschichte. In sehr eingehenden Besprechungen ist es entstanden. Es ist, glaube ich, in drei Verhandlungen in der Finanzkommission beraten worden und dann noch auf schriftlichem Wege im Meinungsaustausch zustande gekommen. Das durch die Finanzkommission durchgelaufene Finanzstatut wurde dann dem Vorstand zugeleitet und ist ohne Erinnerung von Seiten des Vorstandes geblieben. Ich glaube, es ist das Zweckmäßigste, wenn ich es ihnen kurz vorlege. Das Finanzstatut bezieht sich natürlich auf grundsätzliche Bestimmungen in der Satzung. Die Satzung wird nachher beraten. Ich glaube, daß wir das Finanzstatut zunächst einmal in seiner Gesamtheit durchberaten können, ohne auf die drei Paragraphen Rücksicht zu nehmen, die in der Satzung herangezogen werden. Der Wortlaut des Finanzstatuts ist:

Finanzstatut der Christlich-Sozialen Union in Bayern.
Der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union hat in seiner am 3. Januar 1948 stattgefundenen Sitzung folgendes Finanzstatut gemäß §§ 48, 60 und 66 der Satzung der Christlich-Sozialen Union beschlossen.

Auf die drei Paragraphen kommen wir später.

§ 1

Finanzierung der Aufgaben

(1) Die zur Durchführung der Aufgaben der Christlich-Sozialen Union in Bayern (im folgenden kurz Union genannt) erforderlichen Mittel werden durch Mitgliederbeiträge, Aufnahmegebühren, Sammlungen und Spenden aufgebracht.
(2) Grundlage der Finanzierung sind die Mitgliederbeiträge.

Ich schlage vor, daß wir nach jedem Paragraphen eine kurze Pause machen, und bitte dann, sich zu diesem einzelnen Paragraphen zu äußern.
Rinke: Rein formal! Es sind doch drei Paragraphen der Satzungen angeführt. Bei der Satzungsabänderung würde die Reihenfolge der Paragraphen geändert werden, worauf hier Rücksicht genommen werden müßte.
Dr. *Grasmann*: Wir können die Satzungsparagraphen, die angesprochen[3] sind, vorlegen. Es ist vielleicht doch zweckmäßiger.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn die Nummer geändert wird, so kann das nachgetragen werden.
Dr. *Grasmann*: Selbstverständlich! Zu § 1 scheint keine Bemerkung vorzuliegen.

§ 2

Mitgliederbeiträge

(1) Die Mitgliederbeiträge werden durch die Ortsverbände oder durch die Kreisverbände, soweit keine Ortsverbände bestehen, erhoben.
(2) Die Zahlung der Beiträge wird durch Beitragsmarken, die auf die Rückseite der Mitgliedskarte zu kleben und durch Datumsstempel zu entwerten sind, quittiert.
(3) Die Beitragsmarken werden vom Landesverband herausgegeben. Die Bezirksverbände fordern den Bedarf ihrer Kreisverbände beim Landesverband an. Die Kreisverbände statten ihre Ortsverbände mit Beitragsmarken aus.
(4) Es ist den Unterverbänden nicht gestattet, selbst Beitragsmarken herzustellen.

§ 3

Höhe und Fälligkeit der Mitgliederbeiträge

(1) Die Mitgliederbeiträge werden in der Regel monatlich erhoben.
(2) Der Jahresbeitrag wird vom Landesausschuß festgesetzt.
(3) Die Ortsvorstandschaften bzw. Kreisvorstandschaften, soweit keine Ortsverbände bestehen, können die Beiträge in besonderen Fällen auf Antrag herabsetzen, stunden oder erlassen.

[3] In der Vorlage: "angezogen".

Ungeachtet dessen haben die Ortsverbände jedoch die Beitragsanteile an den Kreis-, Bezirks- und Landesverband für jedes Mitglied auf der Basis des Jahresgrundbeitrages abzuführen. Hiervon abweichende Regelungen müssen mit dem Kreis-, Bezirks- oder Landesverband vereinbart werden.

Sporer: Darf ich fragen: Soll dann das gesamte Geld von den Mitgliederbeiträgen zu guter Letzt an die Landeszentrale kommen, so daß die einzelnen Kreise für sich kein Verfügungsrecht über das Geld haben?
Dr. *Grasmann*: Ich würde vorschlagen, in dieser Frage bis § 4 zu warten. Daraus ergibt sich dann die Klarheit.

§ 4

Abrechnung und Abführung von Beitragsanteilen

(1) Die Ortsverbände haben jeweils bis zum 10. Januar, April, Juli und Oktober mit den Kreisverbänden über die im vorhergegangenen Vierteljahr veräußerten Beitragsmarken abzurechnen und gleichzeitig einen Beitragsanteil von 90 Teilen des Grundbeitrages pro Monat und Mitglied an den Kreisverband zu überweisen.
(2) Die Kreisverbände haben jeweils bis zum 17. Januar, April, Juli und Oktober mit den Bezirksverbänden über die im vorhergegangenen Vierteljahr umgesetzten Beitragsmarken abzurechnen und gleichzeitig pro Monat und Mitglied zu überweisen:
a) an die Geschäftsstelle des Kreisverbandes 30 Teile des Grundbeitrages.
b) an den Bezirksverband zehn Teile des Grundbe[i]trages.
(3) Die Bezirksverbände haben jeweils bis zum 24. Januar, April, Juli und Oktober mit dem Landesverband über die im vorhergegangenen Vierteljahr umgesetzten Beitragsmarken abzurechnen und gleichzeitig pro Monat und Mitglied an den Landesverband 50 Teile des Grundbeitrages zu überweisen.

Sporer: 90%!
Dr. *Grasmann*: 90 Teile! Das kommt auf das gleiche hinaus.
Mayr (Fürth): 30% für den Kreisverband halte ich für zuwenig. Der Kreisverband muß für alle Unkosten aufkommen, für die Plakatierung, für die Versammlungsräume, für das Zahlen der Redner, für die Fahrten, kurz für alles. Da erachte ich 30% für viel zuwenig. Es ist ganz ausgeschlossen, daß wir mit 30% auskommen.
Dr. *Gamperl*: Ich verzichte!
Dr. *Rindt*: Ich hätte ein formales Bedenken. Ich weiß nicht, ob nicht der Ausdruck Teile mißverstanden werden kann. Wollen wir nicht den Ausdruck 100 Teile als Richtschnur einsetzen?

(Zuruf: Prozent!)

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Durch diese Paragraphen ist grundsätzlich die Entscheidung getroffen, daß die Finanzgebarung zentral erfolgt und von oben nach unten die Auflage gemacht wird. Der Ortsverein hat die Durchführung und die Beitreibung zu machen, hat aber dann von dem, was er auf die Beine bringt, 90% wieder nach oben abzugeben. Das Prinzip der Finanzierung ist wie das der Satzung gegenwärtig, daß die Partei nicht von unten her auf Ortsvereinen aufgebaut ist, sondern daß es eine Landespartei ist, die ihre Anweisungen von oben nach unten gibt. Das ist bei diesem Pa-

ragraphen des Finanzstatutes zum Ausdruck gebracht, in dem die Pflicht des Ortsvereines festgelegt ist. Er heißt hier Ortsverband, obwohl er ein Ortsverein ist, ein wirkliches selbständiges politisches Glied für die örtlichen politischen Dinge.
Nach dem Finanzstatut wird durch Befehl von oben nach unten die Auflage gemacht. Nach diesem Prinzip sind der Ortsverein und die anderen Unterteile Teile, die nicht durch den Zusammenschluß den Landesverband bilden, sondern die von oben her gesteuert werden.
Im übrigen möchte ich bemerken, daß ich es für sehr zweckmäßig halte, die Statuten nicht paragraphenweise, sondern im ganzen zu verlesen, da sich sonst der Zuhörer kein richtiges Bild von den Statuten machen kann. Es wäre besser, er könnte im ganzen zu ihnen Stellung nehmen.
Das wären meine Bedenken, die ich früher schon geäußert hatte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würdige die Bedenken sehr, aber, meine lieben Freunde, es muß irgend etwas beschlossen werden, und es ist allgemein üblich, daß Paragraph für Paragraph verlesen wird, weil dann die einzelnen Paragraphen genehmigt werden müssen. Man kann dann höchstens sagen: Wir wollen am Anfang oder am Schluß eine Generaldebatte und dazwischen nur Zwischendebatten. Aber hier würde ich doch bitten, Dr. *Anton Pfeiffer*, wenn Zweifel geäußert werden, wie die Finanzierung behandelt werden soll, zu bedenken: Irgend jemand muß dafür da sein, der die Partei finanziert und die Beiträge entsprechend für die gesamte Partei auswerten kann. Man kann nicht die einzelnen Grüppchen draußen den Wahlkampf durchführen lassen. Nach meinem Empfinden wird die Bayerische Volkspartei kaum anders vorgegangen sein, als hier die Union vorgeht.

(Sehr gut!)

Dr. *Geiselberger*: Auch ich wollte klargestellt wissen, ob die Debatte über das Finanzstatut sich in den Zwischenbemerkungen zwischen den einzelnen Paragraphen erschöpfen soll, oder ob am Schluß eine Generaldebatte stattfindet.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Am Schluß findet eine Generaldebatte statt. Ich lasse absichtlich noch nicht über die einzelnen Paragraphen abstimmen, sondern nur zur Erleichterung der Debatte, des Prozedierens, Paragraph für Paragraph verlesen und Zwischenbemerkungen machen. Kleinigkeiten können meinetwegen schon gestrichen werden. Am Schlusse kommt aber die Generaldebatte und dann der Antrag auf Annahme der Statuten.
Dr. *Geiselberger*: Dann bin ich damit einverstanden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Man kann streiten, ob die Paragraphen einzeln oder en bloc angenommen werden sollen.
Dr. *Geiselberger*: Wenn gegen einen Paragraphen im Augenblick kein Widerspruch erfolgt, so ist damit noch keine Zustimmung zu dem Paragraphen ausgesprochen, auch nicht zu den allgemeinen Tendenzen und Prinzipien des Finanzstatuts. Denn da scheint am Schlusse, genau wie Dr. *Pfeiffer* ausgeführt hat, allerhand zu sagen zu sein.
Dr. *Rindt*: Ich habe richtig verstanden, daß sich der Paragraph nur auf Mitgliedsbeiträge bezieht, nicht auf Spenden und andere Dinge. Insoferne sehe ich hier kein zentralistisches Prinzip. Es muß letzten Endes aus der Gemeinschaft irgendeine feste Norm für den Mitgliedsbeitrag festgelegt werden. Daß wir die Mitgliedsbeiträge als Grundlage für eine kernhafte Führung der Finanzangelegenheit hernehmen, scheint mir schon notwendig zu sein.
Dr. *Horlacher*: Unabhängig von dem Aufbau der Partei aufgrund der Statuten von unten nach oben ist die Frage der Finanzierung der Partei von Wichtigkeit. Andererseits

verstehe ich den Wunsch, daß die Kreisverbände über den entsprechenden Anteil verfügen wollen. Ich würde es für ausreichend halten, wenn wir eine Änderung in der Weise vornehmen würden, daß an den Kreisverband 40% und an die Landeszentrale auch 40% gegeben werden. Ich glaube, das ist eine geringe Verschiebung, die noch erträglich ist und die den Bedenken Rechnung trägt.
Im übrigen ist es Aufgabe der Kreisverbände, die Finanzierung auch auf andere Weise sicherzustellen. Denn wie die Verhältnisse jetzt liegen, ist es bei dem jetzigen Mitgliederstand der CSU kaum möglich, die gesamte Finanzierung durchzuführen. Es werden auch Finanzierungsmöglichkeiten gesucht werden müssen, wie sie hier im § 1 angegeben sind. Ich würde bitten, sich bei der Sache nicht allzulange aufzuhalten, sondern die kleine Korrektur vorzunehmen. Ich spreche hier auch aus organisatorischer Kenntnis. Der Herr Schatzmeister weiß selber, wie die Verhältnisse anderwärts gelagert sind. Das Finanzstatut hat in der Regel mit dem Aufbau irgendeiner Organisation das wenigste zu tun. Nur handelt es sich darum, daß die Landesgeschäftsstelle, die notwendig ist, nicht in der Luft hängt, wenn den Unterverbänden zuviel Bewegungsfreiheit gegeben wird. Die Landesgeschäftsstelle, die die Hauptarbeit im Wahlkampf und auch sonst zu leisten hat, darf nicht vollständig in der Luft hängen und darauf angewiesen sein, wieviel sie von unten nach oben hinaufbekommt. Sie darf nicht auf die Gnade der anderen Verbände angewiesen sein. Das ist unmöglich. Eine Ordnung ist hier unbedingt notwendig. Das muß bei jeder guten Organisation so sein, unbeschadet der Selbständigkeit der Kreisverbände draußen. Es ist das lediglich eine Frage der Finanzierungsordnung.
Ich würde bitten, diese Änderung vorzunehmen. Sie ist vielleicht noch tragbar und beruhigt nach verschiedenen Richtungen hin.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Aber auch hier werden die Beschlüsse im Rahmen der Generaldebatte am Schlusse gefasst werden. Es kommt nur auf die Anregung an.
Köhler: Ich glaube durchaus, daß die Bezirksverbände die 10% brauchen. Überlegen Sie sich aber, daß der Bezirksverband nur eine Dazwischenschaltung zwischen Landesverband und Kreisverband ist und nur zwischen beiden vermittelt. Ich würde daher glauben, daß der Bezirksverband mit 5% auskommen könnte.

(Zurufe: Nein, unmöglich!)

Auf jeden Fall müssen die Kreisverbände mehr als 30% haben und müssen die Gelder für den Landesverband ihre Höhe haben. Das sind die zwei Stufen der Union, die die meisten Unkosten zu tragen haben, das dürfte einwandfrei feststehen. Ich bin in der Praxis tätig und weiß ganz genau, was diese beiden Institutionen zu leisten haben. Sie müssen daher die größten Zuwendungen an Beiträgen haben.
Dietrich: Ich bitte, die städtischen Bezirksverbände von dieser Regelung auszunehmen, denn in den städtischen Bezirksverbänden ist die Lage anders. Dort wird die Geschäftsstelle durch den Bezirksverband geführt. Es müßte die Regelung getroffen werden, daß bei städtischen Bezirksverbänden der Anteil des Kreisverbandes zu einem gewissen Anteil an den Bezirksverband übergeht. In den Großstädten kann eine einzige Geschäftsstelle für die Finanzierung bestehen.
Dr. *Grasmann*: Ich würde dem Vorschlag von Herrn Präsident *Horlacher* zustimmen. Wir müssen den Bezirksvereinen schon eine gewisse finanzielle Entfaltungsmöglichkeit geben.

(Zuruf: Den Kreisverbänden!)

Sie sagten doch, den Bezirksvereinen kann man ruhig weniger geben. Ich wollte von unten nach oben aufbauen. Lassen Sie den Ortsverbänden zunächst einmal ihre 10%,

dann geben wir der mittleren Stufe die 40% und der Zentrale ebenfalls 40%. Ich glaube, daß das der richtige Weg ist.
Die Ortsverbände brauchen nicht zu viel Mittel haben, weil sie später ohnedies abgeschöpft werden. Wir wollen, wie Sie aus dem späteren noch sehen werden, draußen keine Vermögenshaltung haben. Das ist erstens schwer zu überwachen, und zweitens ist es nicht notwendig, daß die untersten und mittleren Organe eine Vermögensanhäufung vornehmen. Ich glaube, wenn wir bei der Generaldebatte zur grundsätzlichen Seite kommen, dann könnten wir mit der Regelung einverstanden sein, wie sie jetzt durch den Vorschlag *Horlacher* in Aussicht genommen ist. Sie trägt den Bedürfnissen Rechnung. Wir sind ja erst ein neuentstehendes Gebilde. Wir wollen die jetzige Regelung nicht auf Ewigkeit haben. Wenn sich im Laufe der Jahre durch die Entwicklung unseres neuen Gebildes andere Bedürfnisse herausstellen, kann man wieder Änderungen in den Anweisungen vornehmen.
Dr. *Eichhorn*: Nur zu einer Äußerlichkeit! Die Beitragsmarke ist an sich etwas sehr schönes. Nur verlangt sie, daß sie gleichen Wert hat. Das ist aber nicht der Fall, so daß die Abrechnung der Beitragsmarken ziemlich kompliziert vor sich gehen wird, da eine beträchtliche Reihe von Parteifreunden nicht voll bezahlen werden. Das wird sich insbesondere nach der Währungsregelung sehr stark geltend machen. Es muß überlegt werden, ob mit der Beitragsmarke eigentlich ein nennenswerter Zwang erreicht wird.
Dr. *Grasmann*: Wir müssen irgendeine Regelung finden. Die Währungsreform ist ein Zeitpunkt, der natürlich eine Rolle spielen wird. Unsere Satzungen sollen langfristige sein. Deshalb haben wir sie so aufgebaut, daß wir die uns vorschwebenden Sorgen der Währungsreform aus dieser Sache ausgeschieden haben. Daß zum Zeitpunkt der Währungsordnung unsere Finanzierung sehr schwierig sein wird und wir neue Wege gehen und uns erlauben müssen, Sie auch kurzfristig vor neue Überlegungen zu stellen, darüber müssen wir uns wohl klar sein.
Dr. *Eichhorn*: Zahlt jetzt alles voll?
Dr. *Grasmann*: Nein!
Dr. *Eichhorn*: Dann sind die Marken nicht gleichwertig.
Dr. *Grasmann*: Wir haben vorhin ausgeführt, daß die Unterverbände die Unterschiede bei der Finanzierung ausgleichen müssen. Irgendeine Methode müssen wir finden. Einem Flüchtling wird beispielsweise der Beitrag erlassen. Er bekommt seine Beitragskarte und keine entwerteten Beitragsmarken. Es wird hineingeschrieben, daß er als Mitglied ohne Beitrag geführt wird.
Fischer (Augsburg): Das ist die wichtigste Frage. Es würde mich interessieren, wieviel Kreisvorsitzende hier sind.

(Zuruf: Aufstehen! - Geschieht.)

Das ist nicht schlimm. Wenn lauter Ortsvorsitzende hier wären und wir wollten den Finanzausgleich durchführen, dann würden diese die größten Batzen verlangen für ihren Ortsverband. Daß die Kreisvorsitzenden von ihrem Gesichtspunkt aus den größten Anteil wollen, ist selbstverständlich.
Wir müssen hier besonders die Ausführungen *Horlachers* bedenken. Zuerst kommt der Landesverband, weil sich dieser außer den Beitragsmarken am wenigsten helfen kann. Der Kreisverband kann sich helfen. Ich möchte den Kreisverband kennen, der das nicht kann. Ich möchte sogar sagen: Der Kreisverband, der sich nicht helfen kann, ist nicht richtig in Ordnung. Ich weiß, daß sich bei den Kreisverbänden eine ganze

Reihe, mehr als die Hälfte, ausgezeichnet helfen. Aber von den Mitteln, die außer dem Beitrag aufkommen, fließt nichts mehr nach oben. Wir dürfen uns heute nicht überreden lassen durch irgendwelche weinerlichen Ausführungen von unteren Organen, die oberen aushungern zu lassen und nicht leistungsfähig zu machen.

(Widerspruch und Unruhe.)

Da oben muß Politik gemacht werden und die kann nur mit Geld gemacht werden. Die Voraussetzung dazu muß sein, daß die Verteilung so vor sich geht, daß Bezirks- und Landesverband auch tatsächlich davon leben können. Der Kreisverband hat andere Möglichkeiten. Der Bezirksverband muß heute auch schon zum Betteln gehen. Er tut sich schwerer, weil er die Bekanntschaften nicht so hat wie der Kreisverband. Er ist schon mehr, ich möchte fast sagen, Behörde und Zwischeninstanz. Der Kreisverband steht noch mitten drin und kann sich helfen und zum Maier und Fritz und Max gehen und kann sagen: Rück einmal heraus. Sie rücken dann auch heraus.
Wir können heute mit der Mentalität, daß sich jeder scheut, Mitglied zu werden, auf dem Wege des Beitragseinganges nicht Bezirks- und Landesverband finanzieren. Es gibt aber Leute, die sehr wohl einsehen, daß sie uns wenigstens Geld geben, ohne daß sie die großartige Schneid aufbringen, sich in unsere Mitgliederlisten einzutragen.
Schäfer (Ingolstadt): Dem Kollegen *Fischer* muß ich entgegentreten. Da muß er schon einen Kreisvorsitzenden draußen machen. Ich glaube, die Herren, die jetzt zwei Jahre Kreisvorsitzende machen, wissen es. Der Kollege *Horlacher* redet immer von Wahlkämpfen. Wer hat den Wahlkampf bezahlt, Kollege *Horlacher*? Haben wir nicht die letzten fünf Pfennige abliefern müssen für das letzte Flugblatt? Müssen wir nicht restlos alles bezahlen? Uns wäre es draußen interessant, denn wir müssen unseren Mitgliedern gegenüber Rechenschaft ablegen, einmal etwas Schriftliches zu bekommen, zu was die Gelder in München verwendet werden. Wir müssen auch Rechenschaft geben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es kommt ein Bericht!
Schäfer (Ingolstadt): Es ist eine Unmöglichkeit, daß wir die Gelder abliefern und wir kennen die Verwertung nicht. Hätten wir doch etwas in der Hand! In jedem Verein hat man eine Jahresabschlußrechnung. Davon sehen wir in unserer Partei nichts. Daran krankt die Sache. Aber mit 30 Pfennig im Kreisverband durchzukommen, wie es sich *Fischer* vorstellt, ist eine Unmöglichkeit. Die Gelder fließen nicht so herein, wie er sagt. Die großen Herren, die die Gelder im Dritten Reich bezahlt haben, zahlen heute fünf Mark. Die Nazis halten sich schon zurück und lassen uns auf diesem Gebiet versaufen.
Darum bitte ich, nicht so oberflächlich über die Kreisverbände hinwegzugehen. Der Kreisvorsitzende muß draußen die Arbeit machen. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen. Wenn Sie den Kreisverbänden noch länger die heutigen Lasten aufhalsen, dann werden Sie keinen Kreisvorsitzenden mehr finden, der Ihnen die Arbeit draußen macht. Wer kämpft sich draußen mit den Flüchtlingen, mit der Neugründung von anderen Parteien usw. herum? Doch der Kreisvorsitzende. Die ganze Woche muß er herumfahren.

(Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: So können wir eine Debatte nicht führen.
Schäfer (Ingolstadt): Es mußte einmal gesagt werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde Kollegen *Schäfer* bitten, in diesem Falle seine Ausführungen sachlich zu halten und nicht in eine allgemeine Unterhaltung überzugehen.

Schäfer (Ingolstadt): Das ist nicht allgemeine Unterhaltung. Das müßt ihr in München schon wissen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das wissen wir und wir werden nachher einen Überblick geben. Meine lieben Freunde, schließlich und endlich sind die Kreisgeschäftsführer nach den Statuten von uns zu finanzieren, und die Partei muß organisiert werden. Wir brauchen die Geschäftsführer, und dafür braucht man Geld, *Schäfer*.
Mutzbauer: Wenn ich dazu auch etwas sagen darf: Ich glaube, daß sich die Kreisverbände ein bißchen zu wichtig nehmen. Vor allen Dingen eins, meine Herren, Landesverband, Bezirksverband, das sind die Verbände, die finanziell stark sein müssen. Denn sie führen im wesentlichen alle wichtigen Kämpfe. Sie können mir nicht weismachen, daß z.B. der Bezirksverband München oder Nürnberg-Fürth mit einem zehnprozentigen Anteil auskommen kann.

(Sehr richtig!)

Wer wird mir das schon erzählen!

(Zuruf: Wenn er genug Mitglieder hat!)

Wie stellen Sie sich vor, daß man einen Bezirksverband mit 10% Anteil finanziert? Wer soll da eigentlich noch etwas machen? Stellen Sie sich einen Wahlkampf in Nürnberg-Fürth vor. Das erfordert ein ganz anderes finanzielles Aufgebot, wie z.B. der Wahlkampf im Kreisverband Altdorf oder in einem anderen Kreisverband.
Das möchte ich zu bedenken geben. Ich möchte bitten, den Vorschlag des Parteifreundes *Dietrich* noch einmal in Erwägung zu ziehen, daß für die Bezirksverbände eine andere Regelung getroffen werden muß als wie die vorgesehene. Es ist völlig unmöglich, daß ein Bezirksverband mit 10% auskommen kann.

(Zuruf: Nur die städtischen können es nicht!)

Kübler: Liebe Parteifreunde! Ich bin Bezirksvorsitzender und Kreisvorsitzender. Aber ich muß sagen, die finanzielle und auch persönliche Hauptarbeitslast liegt auf den Kreisverbänden.

(Sehr richtig!)

Wenigstens ist das bisher so gewesen. Da müßte schon eine vollständige Umkehr vorgenommen werden.

(Unruhe.)

Der Paragraph 4, der jetzt zur Debatte steht, kann nur in Verbindung mit § 3 beurteilt werden. Hier heißt es in Absatz 3 ausdrücklich:

> Die Ortsvorstandschaften bzw. Kreisvorstandschaften, soweit keine Ortsverbände bestehen, können die Beiträge in besonderen Fällen auf Antrag herabsetzen, stunden oder erlassen.
>
> Ungeachtet dessen haben die Ortsverbände jedoch die Beitragsanteile an den Kreis-, Bezirks- und Landesverband für jedes Mitglied auf der Basis des Jahresgrundbeitrages abzuführen. Hiervon abweichende Regelungen müssen mit dem Kreis-, Bezirks- oder Landesverband vereinbart werden.

Es ist heute vom Vorredner schon anerkannt worden, daß wir eine Reihe von Flüchtlingen haben, die wir doch nicht abseits stehen lassen und die wir auch in unsere Partei hineinbringen wollen. Von diesen Flüchtlingen kann ich nicht den vollen Beitrag

verlangen. Nach § 3 ist der Kreisverband verpflichtet, den Anteil in der vollen Höhe abzuführen. Machen Sie mir einmal das Kunststückchen vor, daß das auf die Dauer möglich ist. Mein Kreisverband ist einer der besten, die es gibt, auch in der Beitragszahlung. Dieses Zeugnis kann die Landesgeschäftsstelle ausstellen. Das gleiche ist beim Bezirksverband der Fall. Es ist unmöglich, es in der Zukunft zu tun, wenn wir für jedes Mitglied, das wir infolge der beschränkten Vermögensverhältnisse nicht mit dem vollen Beitrag heranziehen können, nun die Ausfallgarantie übernehmen sollen. Der Kreisverband muß unbedingt finanziell stärker gemacht werden, wenn es so bleibt, wie es in der Vergangenheit war, daß er die größte finanzielle und persönliche Last zu tragen hat. Wir müssen überall Jugend- und Flüchtlingsvertreter hinschicken. Ich habe noch nie gehört, daß man irgendeinen Pfennig Zuschuß bekommen hätte.

(Anhaltende Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich wäre dankbar, wenn persönliche Unterhaltungen unterbleiben würden, sonst muß sich der Redner zu sehr anstrengen.
Kübler: Alle diese Kosten müssen bisher vom Kreisverband getragen werden. Ich würde deshalb dringend bitten, die Kreisverbände finanziell sicherzustellen. Es ist nicht richtig, daß die Bezirksverbände so sehr viel zu leisten haben. Ich habe in meinem Bezirksverband die Anordnung getroffen, daß weitere Beitragsteile nicht mehr an den Bezirksverband abgeführt zu werden brauchen, sondern den Kreisverbänden zur Verfügung bleiben. Weil diese nach meiner Erfahrung viel stärker finanziell und auch persönlich in Anspruch genommen werden. Ich bin dabei sehr gut gefahren.

(Zuruf: Wir sprechen von den großstädtischen Bezirksverbänden!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe. Keine persönlichen Unterhaltungen.
Kübler: Ich kann aus meiner Erfahrung, die sehr eingehend ist, das eine sagen: Wir müssen im Interesse der Partei die Kreisverbände finanziell stärken, damit sie finanziell schwache Freunde der Union als Mitglieder aufnehmen können.
Haußleiter: Meine Damen und Herren! Ich glaube, es gibt keinen größeren Gegner irgendeiner Form von Münchner Zentralismus als unsere fränkischen oder schwäbischen Parteifreunde. Wir heißen heute Herrn Dr. *Pfeiffer* in unseren Reihen herzlich willkommen. Aber ich möchte sagen: Hier geht es nicht um die Frage des Zentralismus oder des Föderalismus, sondern um die Schlagkraft der Partei als solcher. Und da müssen wir von der Überlegung ausgehen, daß nicht einer alles haben kann, sondern daß wir zu einem wohlabgewogenen Kompromiß kommen müssen. Diesen sehr gut abgewogenen Kompromiß hat meiner Ansicht nach unser Parteifreund *Horlacher* bereits vorgeschlagen. Das Verhältnis 40 zu 40 scheint mir gut. Wir wollen nicht in den Fehler verfallen, die Schlagkraft der Partei dadurch zu untergraben, daß wir die Zentrale aktionsunfähig machen.
Meine Damen und Herren! Wir haben schon einmal aktionsunfähige demokratische Parteien erlebt. Wir müssen diese Aktionskraft so stark wie möglich machen. Auf der anderen Seite steht aber der Kreisverband vorne in der Front der politischen Auseinandersetzungen. Der Bezirksverband frettet[4] sich selber durch, wie es die Meister des Bezirksverbandes bisher schon wunderbar verstanden haben. Ich habe einiges auf diesem Gebiet an wunderbaren Leistungen bei uns droben in einem armen Bereich erlebt.

[4] Ein bayerischer Ausdruck für abmühen.

Ich möchte zum dritten Mal den *Horlacherschen* Kompromiß vorschlagen. Er ist gut abgewogen. Zu einer besseren Abgleichung der Verhältnisse kommen wir nicht. Die Partei oben kann dann leben. Ich schlage vor, daß ein genauer Bericht über ihre Arbeit erscheint, damit unsere Freunde draußen endlich wissen, was gearbeitet wird und wie die Mittel verwendet werden. Den Bericht, glaube ich, bekommen wir dann. Dann bitten wir, machen wir keine längere Diskussion, weil wir noch Wichtigeres zu erledigen haben. Nehmen wir also diesen gut abgewogenen Kompromiß an, der der Union die Möglichkeit zu wirklich durchgreifender Arbeit gibt.

(Beifall.)

Lallinger: Es hat niemand bestritten, daß die Kreisverbände die Hauptlast zu tragen haben. Aber Tatsache ist doch, daß die Organisation von oben her den Ton in ganz Bayern angeben muß. Wir draußen warten geradezu oft darauf, daß auch der Landesverband endlich einmal wieder in Erscheinung tritt. Das sind ja, glaube ich, meistens die Kritiker, die nun heute dem Landesverband oder dem Bezirksverband ihre finanzielle Existenzberechtigung absprechen möchten. Vom Bezirksverband Oberpfalz beispielsweise weiß ich von den letzten zwei und zweieinhalb Jahren: Wenn der nicht gewesen wäre, wären auch die Kreisverbände nicht. Wir wären bei der Wahl nicht so weit gekommen. Tatsache ist, daß die Kreisverbände in der Oberpfalz vielfach das Material ohne Bezahlung vom Bezirksverband bekommen haben.

Schubert (Würzburg): Zu dem Thema Kreisverband - Bezirksverband kann ich, glaube ich, den besten Beitrag liefern. In Würzburg haben wir ein Büro Kreisverband, ein Büro Bezirksverband und ein Büro Würzburg-Land. Die Verhältnisse bei diesen drei Organisationen klappen überhaupt nicht. Infolgedessen wäre mein Vorschlag schon immer gewesen, Bezirk und Kreis müssen zusammen vertreten werden. Ich halte den Bezirk in dieser Form für überflüssig.

Butterhof: Es kann hier nicht darum gehen, einen Wettstreit zwischen Kreis- und Bezirksverbänden zu veranstalten, sondern das Wesentliche scheint eine gesunde, kräftige Finanzierung der Union zu sein. Unser Herr Innenminister [*Willi Ankermüller*] hat neulich einmal gesagt, wir hätten die Tendenz, daß Bayern anfängt, in eine Reihe von kleineren Republiken zu zerfallen. Wenn wir zu weit gehen und die Kreisverbände allzu stark machen, soll der Teufel noch die Politik in Bayern machen. Denn wenn von oben keine Möglichkeiten gegeben sind, Mittel anzusetzen, um Leute anzubringen, um Propagandamaterial hereinzuwerfen, dann werden die Kreise nie zu einer geschlossenen Aktion in ganz Bayern kommen. Ich bitte Sie also, den Weg einzuschlagen, den der Herr Präsident *Horlacher* vorgeschlagen hat und der wirklich gangbar erscheint. Es wäre dabei noch einmal ausdrücklich festzustellen, daß für die großstädtischen Bezirksverbände eine Sonderregelung zu treffen ist.

Noch ein Wort zu den Beiträgen. Aus meiner Erfahrung weiß ich, daß vor allem die minderbemittelten Kreise, vor allem die Flüchtlinge ihr Markerl Beitrag überall gern bezahlen.

Kraus (Würzburg): In Würzburg bestehen nicht drei Büros, sondern zwei, ein Büro in Würzburg mit dem Bezirksverband von Unterfranken, dem Würzburg-Land angeschlossen ist, ferner ein Büro Würzburg-Stadt. Es wäre sehr gut, wenn auch Würzburg-Stadt sich diesem Büro anschließen würde, weil die Büroräume ohnedies so beieinander liegen und sehr groß sind.

Auf der anderen Seite möchte ich noch erwähnen: Ich stehe auf dem gleichen Standpunkt wie Präsident *Horlacher*. Die Kreisverbände müssen etwas stärker gehalten wer-

den. Der Bezirksverband kann ohnedies von diesen 10% leben, weil die Kreisverbände die Plakatierung und alles tragen müssen.

(Zuruf: Wo denn? In den Städten nicht!)

Dr. *Geiselberger*: Meine sehr verehrten Herren! Ich habe den Eindruck, daß sich die Debatte bei jedem Paragraphen ausdehnt. Sie zerflattert. Ich würde deshalb doch vorschlagen, daß wir nur am Schlusse debattieren.
Ich hätte es begrüßt und ich glaube, die Sache wäre wichtig genug gewesen, wenn alle Teilnehmer der heutigen Versammlung eine Abschrift des Finanzstatutes in die Hand gedrückt bekommen hätten, um sich selbst vorher bereits das Statut zu Gemüte führen zu können.
Nachdem das nicht geschehen ist, glaube ich, daß wir die Befürchtungen des Herrn Ministers Dr. *Pfeiffer* durchaus teilen müssen, daß wir mit dieser Form der Debatte ins Uferlose kommen, wenn über jeden Paragraphen so lange debattiert wird wie allein über diesen Verteilungsschlüssel.
Ich würde deshalb vorschlagen, daß wir das Finanzstatut jetzt zur Kenntnis nehmen, es vorlesen lassen und am Schluß in eine allgemeine Gesamtdebatte über das Finanzstatut eintreten. Sonst kommen wir nach meinem Dafürhalten überhaupt zu keinem Ende und zu keiner anderen Arbeit.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist interessant, daß der Mann, der sich am Anfang selbst zu Wort gemeldet und eine gewisse Debatte über die Kreisverbände ausgelöst hat, nachher gern kürzen möchte.
Dr. *Geiselberger*: Welche Debatte habe ich ausgelöst?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wäre infolgedessen zweckmäßig, nach demokratischen Grundsätzen ...
Dr. *Geiselberger*: Herr Vorsitzender, ich möchte ausdrücklich feststellen: Ich habe kein Wort über den Verteilungsschlüssel zwischen Kreisverband oder Bezirksverband oder Landesgeschäftsstelle gesprochen. Diese Debatte ist erst hernach ausgelöst worden. Ich habe nur gesagt, es wird grundsätzlich über das Finanzstatut eine Debatte zu pflegen sein. Sonst habe ich nichts gesagt. Über diesen Detailpunkt habe ich kein Wort gesagt. Das möchte ich ausdrücklich feststellen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist notwendig, eine gewisse Schlüsselung durchzuführen, und das Finanzstatut ist eben ein Statut. Es mag noch so unangenehm sein, die Paragraphen im einzelnen durchzugehen. Die Partei braucht eine finanzielle Grundlage.
Dr. *Horlacher*: Ich glaube, wenn wir den Paragraphen annehmen, wird es rascher gehen. Mir scheint wichtig zu sein, daß der Anteil der Kreisverbände und des Landesverbandes auf die gleiche Stufe von 40% gestellt wird. Dann können wir in der allgemeinen Debatte rasch darüber hinwegkommen. Auch scheint ein Zusatz notwendig, daß bezüglich der großstädtischen Bezirksverbände eine Sonderregelung vorbehalten bleibt. Das muß mit den großstädtischen Bezirksverbänden ausgehandelt werden. Da wollen wir keinen Beitragssatz festlegen.
Wie die Beträge eingezogen werden, ob mit Beitragsmarken oder zu einem Teil, ist gleich. Die Verluste müssen gleichmäßig in den Prozentzahlen mit enthalten sein, sonst kennt sich niemand aus. Die quotenmäßige Verteilung des Beitragsaufkommens muß so gehandhabt werden, wie die Beiträge aufkommen. Das braucht nicht beschlossen zu werden. Man kann protokollarisch feststellen, daß das so gemeint ist. Dann wäre man über diese Schwierigkeit auch hinweg.

Ich würde die allgemeine Debatte nicht so ausdehnen. Denn die anderen Paragraphen werden kein so großes Kopfzerbrechen machen.
Euerl: Ich verzichte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit ist die Rednerliste erschöpft. Ich würde vorschlagen, wir behalten uns vor, am Schlusse die Anträge stellen zu lassen, die aus der Debatte heraus notwendig erscheinen. Ich bitte zum nächsten Paragraphen überzugehen.
Dr. *Grasmann*: Es folgt § 5.

Umlagen, Sammlungen

(1) Die Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände können für besondere Zwecke Umlagen erheben und Sammlungen durchführen.
(2) Die Erhebung von Umlagen und [die] Veranstaltung von Sammlungen ist jedoch nur mit Zustimmung der Landesvorstandschaft gestattet. Die Landesvorstandschaft kann die Zustimmung mit Auflagen verbinden.

(Zurufe: Ausgeschlossen, unmöglich! Unruhe.)

Ich muß dazu sagen: Wenn wir anfangen, draußen regellos zu sammeln, kommen wir in sehr unglückliche Verhältnisse. Wir haben das schon erlebt. Es ist nicht schwierig anzufragen, und eine begründete Sammlung wird bestimmt nicht abgelehnt werden. Aber wir haben Fälle gehabt, wo gleichzeitig von verschiedensten Unterorganen Sammlungen veranstaltet worden sind, die durch Zufall an den Landesschatzmeister gekommen sind. Wir bekommen dadurch draußen eine derartige Regellosigkeit und Verstimmung, daß die jetzige Regelung zweckmäßig erscheint. Man kann sich doch nüchtern und sachlich darüber verständigen, ob man eine Sammlung durchführt oder nicht.

(Zuruf: Der Paragraph wird praktisch sowieso nicht durchgeführt.
Wenn wir den Paragraphen auch beschließen, macht
es trotzdem jeder Ortsverein wie er will.)

Dann können wir nichts machen. Aber wir müssen auf eine gewisse Disziplin halten. Wir haben in der kurzen Zeit von 13 Monaten schon die Erfahrung gemacht, daß sich Sammlungen direkt überschnitten haben. Sie müssen sich vorstellen, was das draußen für eine Verärgerung auslöst. Ich würde schon bitten, daß wir uns darüber verständigen. Wir sind ein Verein und wollen von oben nicht befehlen, sondern uns in jedem einzelnen Fall überlegen, ob eine Sammlung wichtig ist, ob sie zweckmäßigerweise auf eine breitere Plattform gestellt oder auf einen anderen Zeitpunkt verschoben wird.
Fackler: Darf ich auf ein praktisches Beispiel hinweisen? Der Vorsitzende des Ortsvereins wird 50 Jahre alt. Man will ihm ein Geschenk machen. Nach dieser Bestimmung hier muß man bei der Sammlung bei der Landesvorstandschaft anfragen.
Dr. *Grasmann*: Lieber *Fackler* ...
Fackler: Daraus ersehen Sie, wie am Schlusse alles Mögliche ins Lächerliche ausarten kann.
Ein anderes Beispiel: In unserem Kreisverband 2 in München haben wir eine Weihnachtsfeier mit Kinderbescherung durchgeführt. Wenn wir erst beim Landesverband angefragt hätten, ob wir die Dinge, die wir dazu gebraucht haben, sammeln dürfen, dann würden wir wahrscheinlich erst nächstes Weihnachten zu einer Weihnachtsbescherung kommen.

Dr. *Grasmann*: Meine Herren! Um diese Fälle handelt es sich doch bestimmt nicht. Wenn z.B. die Studentengruppe München oder wenn die Junge Union sammelt, ist es doch zweckmäßig, wenn man sich vorher darüber verständigt. Um diese Dinge handelt es sich. Es handelt sich nicht um die Fälle, daß Sie einem Vorsitzenden zum 50. oder 60. Geburtstag ein Geschenk machen wollen; das kann man doch nicht als Sammlung bezeichnen.
Über die Beitragsfrage kann man sich ja auch verständigen. Wir wollen ja keinen Wettlauf haben, daß der eine Bezirksverein eine große Weihnachtsveranstaltung macht und der andere nicht. Auch darüber sollte man sich in den Kreisen der Union verständigen.

(Zurufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe. Man kann sich zum Wort melden, wenn man sprechen will; aber man soll nicht einen Vortrag in Form eines Zwischenrufes halten.
A.W. Schmidt: Darf ich vielleicht vorschlagen, daß statt "Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände" hier "Unterorganisationen der Partei" gesagt wird. Denn das Beispiel, das Herr Präsident *Grasmann* genannt hat, ist ja richtig, daß nicht Teile der Organisation der Union, wie z.B. die Junge Union oder die Studentengruppe, eine Extrasammlung veranstalten sollen. Dagegen sind die Ortsverbände doch kleine Organisationsgruppen, die etwas organisieren dürfen.
Gamperl: Ich möchte, nachdem ich das jetzt einige Zeit beobachte, doch den Antrag stellen, daß Zwischendebatten nicht mehr durchgeführt werden. Wer etwas zu bemerken hat, soll es sich notieren und bei der Schlußdebatte anbringen. Das erhebe ich zum Antrag.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde vorschlagen, daß wir zum nächsten Paragraphen übergehen, und wäre dankbar, wenn dann nur äußerstenfalls Zwischenanfragen gestellt werden. Ich glaube übrigens, daß größere Debatten durch die weiteren Paragraphen nicht mehr ausgelöst werden und daß wir dann in der Generaldebatte das große Waschen anfangen.
Dr. *Grasmann*:

§ 6

Aufnahmegebühren

(1) Die Ortsverbände bzw. Kreisverbände, soweit keine Ortsverbände bestehen, können die Erhebung einer Aufnahmegebühr von neueingetretenen Mitgliedern beschließen.
(2) Die Aufnahmegebühr verbleibt den Ortsverbänden. Über ihren Empfang ist auf der Vorderseite der Mitgliedskarte durch Eintragen des Betrages und Unterschrift zu quittieren.

§ 7

Legitimation

(1) Die Mitglieder legitimieren sich gegenüber den Verbänden und Organen der Union durch die Mitgliedskarte.
(2) Die Legitimation gilt nur dann als erbracht, wenn die Mitgliedskarte in allen Teilen ausgefüllt und über den zuletzt fälligen Betrag quittiert ist.

§ 8

Haushaltsführung

(1) Die Kreis- und Bezirksverbände sowie der Landesverband decken ihren Finanzbedarf durch die gemäß § 4 abzuführenden Beitragsanteile.
(2) Sie sind zur ordnungsgemäßen Buchführung verpflichtet.
(3) Die Verwaltung des Vermögens steht den Schatzmeistern zu.
(4) Die Orts-, Kreis- und Bezirksverbände sowie der Landesverband können vermögensrechtliche Verpflichtungen nur im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eingehen. Für vermögensrechtliche Nachteile, die der Union und ihren Unterverbänden aus der Nichtbeachtung dieser Vorschrift entstehen, haften die Mitglieder der Vorstandschaften, die die Verpflichtungen eingegangen sind, einzeln und insgesamt.
(5) Die Vorstandschaften beschließen, bis zu welchem Betrag der Schatzmeister Rechtsgeschäfte, die den Verband der Union, für den sie gewählt sind, vermögensrechtlich verpflichten, selbständig abschließen kann. Alle Rechtsgeschäfte und vermögensrechtlichen Willenserklärungen, die diesen Betrag überschreiten, müssen zuvor von der Vorstandschaft mit Dreiviertelmehrheit beschlossen sein. Sie bedürfen außerdem der Unterschrift des Vorsitzenden, des Schatzmeisters und eines weiteren Vorstandschaftsmitgliedes.

§ 9

Haushaltsplan

(1) Die Kreis- und Bezirksverbände sowie der Landesverband haben zu Beginn eines jeden Geschäftsjahres einen Haushaltsplan aufzustellen, der genaue Angaben über Herkunft und Höhe der Einnahmen sowie Höhe und Zweck der Ausgaben enthalten muß.
(2) Die Haushaltspläne sind nach dem Kontenplan der Landesgeschäftsstelle zu gliedern. Bei den Kreis- und Bezirksverbänden sind mindestens die Hauptgruppen dieses Kontenplanes vorzusehen:

I. Einnahmen:
   1) aus Aufnahmegebühren, Beiträgen und Umlagen von aus Aufnahmegebühren, Beiträgen und Umlagen von aus Aufnahmegebühren, Beiträgen und Umlagen von
      a) Kreisverbänden
      b) Bezirksverbänden
      c) Fraktionen
      d) Mitgliedern
   2) aus Vertrieb von Plakaten, Zeitschriften und Flugblättern
   3) aus geleisteter Werbung und Mitarbeit für die Unions-Presseorgane
   4) aus Spenden von:
      a) unmittelbaren Spendern
      b) Kreisverbänden als Ausgleich für nicht geleistete Beitragszahlungen
      c) Unterorganisationen der Union
      d) Sammlungen
   5) aus Darlehen (Kreditgewährungen)
   6) sonstigen Einnahmen.

II. Ausgaben:

1) Personenkosten
   a) Gehälter
   b) Honorare
   c) Aufwandsentschädigungen
   d) Vorschüsse
   e) Sozialabgaben
   f) erstattete Auslagen und Aufwandsentschädigungen an Mitglieder der Vorstandschaften gemäß §§ 13, 23 und 35 der Satzungen
2) Raumkosten
   a) Mieten
   b) Heizung, Beleuchtung, Reinigung
   c) Instandhaltung
   d) Sonstige Raumkosten
3) Kosten für Werbung und Reise
   a) Werbedrucksachen
   b) Plakate, Zeitschriften und Flugblätter
   c) Rednerhonorare
   d) Wahlpropaganda
   e) Repräsentationskosten
   f) Reisespesen
4) Kosten des Wagenparks
   a) Fahrzeugbeschaffung
   b) Wartung
   c) Betriebsstoff
   d) Ersatzteile
   e) Garagenmiete
   f) Kraftfahrzeugsteuer, Kraftfahrzeugversicherung
5) Allgemeine Verwaltungskosten
   a) Porto
   b) Telefon- und Telegrammgebühren
   c) Kosten des Geldverkehrs und Zinsen
   d) Zeitschriften, Zeitungen und Bücher
   e) Bürobedarf
   f) Schreib- und Übersetzungsarbeiten
   g) Fahrtkosten und Frachtkosten
   h) Versicherungsprämien ohne Kfz-Versicherung
   i) Anschaffung von Büromaschinen und Möbeln
   j) Miete für Büromaschinen und Möbel
   k) Abschreibungen
   l) außerordentliche Aufwendungen
   m) sonstige Verwaltungskosten
   n) Zinsen
   o) Rückzahlung von Darlehen
6) Der Haushaltsplan ist der nach §§ 23, 35 und 48 der Satzung zuständigen Versammlung zur Beschlußfassung vorzutragen und nach Genehmigung vom Vorsitzenden, Schatzmeister und Geschäftsführer zu unterschreiben.

7) Die Haushaltspläne der Kreis- und Bezirksverbände sind innerhalb einer Woche nach Genehmigung in Abschrift dem Landesverband zur Kenntnis zu bringen.

§10

Jahresrechnung

(1) Die Orts-, Kreis- und Bezirksverbände sowie der Landesverband haben am Schluß jeden Geschäftsjahres eine Jahresrechnung zu erstellen.
(2) Die Gliederung der Jahresrechnung muß der des Haushaltsplanes entsprechen (§ 9 des Finanzstatuts Abs. 2).
(3) Die Jahresrechnung ist der nach §§ 23, 33, 35 und 48 der Satzung zuständigen Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen und nach Genehmigung vom Vorsitzenden, Schatzmeister und Geschäftsführer zu unterschreiben.
(4) Die Jahresrechnung ist innerhalb einer Woche nach Genehmigung in Abschrift dem Landesverband zur Kenntnis zu bringen.
(5) Die Entlastung des Vorstandes und des Schatzmeisters obliegt der Mitgliederversammlung.

§ 11

Kassen- und Rechnungsprüfung

(1) Für die Kassen- und Rechnungsprüfung gelten die Bestimmungen des § 64 der Satzung.

§ 12

Auflösung

(1) Bei einer etwaigen Auflösung der CSU in Bayern bestimmt der Landesausschuß über die Verwendung des Vermögens.
(2) Bei Auflösung von Orts- oder Kreisverbänden geht deren Vermögen auf den Landesverband über.

§13

Finanzausschüsse

(1) Den Schatzmeistern der Kreis- und Bezirksverbände sowie des Landesverbandes sind Finanzausschüsse zur Seite zu stellen. Im Finanzausschuß des Landesverbandes ist dem verantwortlichen Leiter der Landesgeschäftsstelle Sitz und Stimme einzuräumen.
(2) Den Vorsitz führen die Schatzmeister.
(3) Die Finanzausschüsse haben die Aufgabe, die Schatzmeister zu beraten und zu unterstützen, insbesondere aber bei der Sicherstellung der Finanzierung der Aufgaben und Einrichtungen der Union tatkräftig mitzuwirken.
(4) Die Schatzmeister legen die Empfehlungen der Finanzausschüsse ihren Vorstandschaften zur Beschlußfassung vor.

§ 14

Gemeinsame Kreisgeschäftsstellen

(1) Wird für mehrere Kreisverbände eine gemeinsame Kreisgeschäftsstelle errichtet, so bestellen die beteiligten Kreisvorstandschaften aus ihrer Mitte einen

Vorsitzenden und einen Schatzmeister, denen die Leitung der Kreisgeschäftsstelle und die Überwachung der Finanzgebarung obliegt.

(2) Die Bestellung erfolgt für jeweils ein Geschäftsjahr.

(3) Die beauftragten Vorsitzenden und Schatzmeister sind an die gemeinsamen Beschlüsse der beteiligten Kreisvorstandschaften gebunden.

(4) Die Kreisgeschäftsführer haben die Weisungen der beauftragten Vorsitzenden und Schatzmeister nach den Bestimmungen ihrer Dienstordnung auszuführen.

§ 15

Inkrafttreten

(1) Dieses Finanzstatut tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1947 in Kraft.

(2) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nun würde ich vorschlagen, bevor wir in die Generaldebatte über das Finanzstatut eintreten, den Finanzbericht zu hören. *Schachtner* gibt den Finanzbericht der Partei.

Schachtner: Liebe Parteifreunde! Die Tagesordnung der heutigen Landesausschußsitzung sieht auch einen Bericht über die Unions-Finanzen vor.

Soviel mir bekannt ist, geschieht dies zum ersten Male. Es wäre daher nötig, einen Rechenschaftsbericht über das Geschäftsjahr 1946 und über das vergangene Jahr 1947 zu geben sowie einen Voranschlag für das Jahr 1948 vorzulegen. Dieser Zahlenstoff wäre aber derart umfangreich, daß er nicht, ohne Ermüdungserscheinungen auszulösen, vorgetragen werden könnte. Ich habe mir daher vorgenommen, Ihnen hauptsächlich einen vergleichenden Kassenbericht für das Jahr 1947 zu geben, dem die Einnahmen und Ausgaben des Vorjahres gegenüberstellt werden. Auf diesen Erfahrungswerten aufbauend, komme ich dann abschließend zu einem Voranschlag für das Jahr 1948.

Vorweg möchte ich sagen, daß bei der Darlegung der Unions-Finanzen keine Sensationen zu erwarten sind. Wir sind nicht überschuldet, wir schwimmen aber auch nicht im Geld, wie uns verschiedentlich nachgesagt wird. Wir schlagen uns recht und schlecht durch, wobei es uns nicht immer leicht fällt, die Einnahmen und Ausgaben in der Waage zu halten.

Seit 1. März 1946 führt die Landesgeschäftsstelle eine eigene Kasse und Bücher. Für die früheren Monate hat der Bezirksverband München die Kassengeschäfte der im Entstehen begriffenen Landesgeschäftsstelle geführt. Unsere Buchführung und die Abschlüsse entsprechen den handelsüblichen Grundsätzen und tragen sämtlich den Bestätigungsvermerk einer zugelassenen Treuhandgesellschaft. Durch die monatliche Berichterstattungspflicht an die Militärregierung sind wir außerdem gezwungen, kurzfristig unsere Kassen abzuschließen. Es ist daher möglich, den Kassenbericht bis einschließlich November 1947 zur Darstellung zu bringen.

Die Geschäftsstelle des Landesverbandes der Christlich-Sozialen Union in Bayern hat in den abgelaufenen elf Monaten rund RM 678.000 eingenommen und rund RM 668.000 ausgegeben.

Das Schwergewicht bei den Einnahmen stellen mit rund RM 243.000 oder 35,9% die Einnahmen aus Umlagen und Beiträgen. Mit enthalten sind in dieser Position RM 20.000, die uns die Landtagsfraktion zur Verfügung stellte. Bei der Beurteilung der Einnahmen aus Umlagen und Beiträgen ist zu berücksichtigen, daß bis heute noch kein Finanzstatut existiert, das die Finanzierung der Unions-Ausgaben sichern würde.

Ein vorläufiger Auszug aus einem noch zu genehmigenden Voranschlag der Landesgeschäftsstelle, der erst im Mai 1947 herausgegeben wurde, löste vielfach Widerspruch aus.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich unterbrechen. Es ist eine telefonische Anmeldung nach München getätigt worden; jemand von hier hat ein Gespräch angemeldet.
Staatsminister Dr. *Ankermüller*: Ich bin angesprochen worden, daß für mich ein Gespräch vorgelegen hätte; ich möge mich melden.
Schachtner: Einmal, weil er mitten im Jahr erschien, dann wegen des Normalsatzes von RM 1 und schließlich, weil er von keinem Führungsorgan der Union genehmigt war, also beinahe nach Diktat aussah. Um die Landesleitung nicht mittellos werden zu lassen, hat die Landesgeschäftsstelle zur Selbsthilfe gegriffen. Es ist ihr gelungen, laufend ordentliche Einnahmequellen zu erschließen und, was nicht ganz unbedeutend sein dürfte, Vorarbeit für das endgültige Finanzstatut zu leisten.
Verschiedentlich haben sich die Unionsmitglieder schon daran gewöhnt, daß die Union im Monat RM 1 wert ist. Die bisherigen Beitragsleistungen für das Jahr 1947 machen etwa 38% des Überweisungssolls aus. Da kein Rechtstitel für die Mitgliedsbeiträge 1947 besteht, ist dieses Ergebnis nach dem Grundsatz "besser fix wie nix" ganz erfreulich. Die oberpfälzischen und niederbayerischen Kreisverbände haben bereits über 67 bzw. 60% ihrer Soll-Beiträge für das Jahr 1947 bezahlt. Dabei ist zu bedenken, daß auch beim Vorliegen von Unionsbeschlüssen die Zahlungsfreudigkeit unserer Unterverbände nicht größer ist.
Ich nenne folgende Beispiele: Nach dem Beschluß eines erweiterten Arbeitsausschusses der Union wurden die Bezirksverbände für das erste Halbjahr 1946 verpflichtet, eine Umlage von je RM 3000 zu leisten. Sie ist im wesentlichen nicht eingegangen. Mit Rücksicht auf die Ungeklärtheit der Rechtslage sind die hierauf noch offenstehenden Forderungen gegen neun Bezirksverbände in der Bilanz 1946 nicht aktiviert worden. Der Beitragspflicht der Kreisverbände für das zweite Halbjahr 1946 liegt dagegen ein protokollierter Beschluß des erweiterten Landesausschusses vom 6. Juli 1946[5] zugrunde. Von einem Beitragssoll in Höhe von RM 168.000 gingen 1946 nur RM 54.000 ein, das sind 32,3%. Die noch ausstehenden Forderungen von Verbandsbeiträgen wurden in die Bilanz 1946 mit aufgenommen.
Zur zweitgrößten Einnahme-Quelle ist mit rund RM 120.000 oder 17,8% die sogenannte Abgeordneten-Umlage geworden, die auch als Spenden der Kreisverbände zum Ausgleich für nicht geleistete Beitragszahlungen bezeichnet wird. Auch um diese Finanzquelle herum entstand viel Wind. Sie sollte in gemeinsamer Zusammenarbeit zwischen den Abgeordneten und deren Stimmkreisen aufgebracht werden. Die Belastung ist je nach der Spanne zwischen tatsächlichem Mitgliederstand und dem Soll-Mitgliederstand von 8% der Unionswähler recht unterschiedlich. Sämtliche Kreise mit überdurchschnittlicher Durchsetzung kommen mit niedrigeren Anteilen an der Gesamtumlage davon, während diejenigen Bezirke, die noch nicht den allgemeinen Durchsetzungsgrad erreicht haben, eine höhere Umlagelast zu tragen haben. Bei 46 von 180 Kreisverbänden scheint die Zusammenarbeit mit den Abgeordneten oder Nachfolgemännern nicht zu funktionieren, da sie von ihrer Umlagelast überhaupt noch nichts abgedeckt haben.
Mit ziemlich gleich großen Beträgen erscheinen die Einnahmen aus dem Vertrieb von Plakaten, Zeitschriften, Flugblättern sowie die Einnahmen aus geleisteter Werbung

[5] In der Vorlage: "1947", offensichtlich ein Schreibfehler.

und redaktioneller Mitarbeit für die Bayerische Rundschau. Es sind dies jeweils über RM 100.000 oder rund je 15% der Gesamteinnahmen. Unsere Forderungen gegenüber den Bezirks- und Kreisverbänden, vor allem aus Plakatrechnungen, bestimmten das Bild der Vorjahres-Bilanz. Die starke finanzielle Beanspruchung der Unterverbände infolge der Wahlkämpfe hatte den schleppenden Zahlungseingang verursacht. Wir haben daher bei den Abschluß-Besprechungen die Ansicht vertreten und durchgesetzt, daß diese Forderungen voll aktiviert werden. Die Entwicklung im neuen Jahr hat uns recht gegeben. Es sind insgesamt nur noch RM 3494 an Plakatschulden aus dem Jahre 1946 offen. Das scharf durchgeführte Mahnwesen der Landesgeschäftsstelle hat nicht unwesentlich dazu beigetragen.
Nicht unbeachtlich sind die Erlöse aus dem Verkauf von Unions-Bausteinen, der erst vor drei Monaten begonnen hat und der Landesgeschäftsstelle inzwischen immerhin über RM 61.000 erbrachte. Berücksichtigt man, daß nur die Hälfte des Nennwertes der Landesgeschäftsstelle zufließt, dann zeigt sich, daß bereits für mehr als RM 120.000 Unions-Bausteine verkauft wurden. Innerhalb der Gesamteinnahmen stellt diese Einnahmequelle fast ein Zehntel dar. Das Vertriebsgeschäft hat sich gut angelassen und uns schöne Beispiele selbstloser Unionsarbeit geliefert.
Die Größenordnungen der übrigen Einnahmeposten, wie die der Kreditgewährung, der unmittelbaren Spenden, der Spenden der Ausschüsse und der Jungen Union sowie der sonstigen Einnahmen, sind unerheblich.
Ein Vergleich mit dem Vorjahr zeigt, daß die Einnahmen um 46% erhöht werden konnten. Bei den vergleichbaren Einnahmeposten haben nur die Erträge aus Umlagen und Beiträgen eine Zunahme erfahren. Mit welcher Unsumme von Klein- und Mahnarbeit die Steigerung dieses Einnahmepostens erreicht werden konnte, können nur die unmittelbar Beteiligten ermessen. Die Einnahmen aus dem Vertrieb von Plakaten, Zeitschriften und Flugblättern bleiben etwa um 15% hinter denen des Vorjahres. Bekanntlich wurden von er Landesgeschäftsstelle für die Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung und zum Landtag 403.717 Plakate sowie 4.508.150 Flugblätter und Bandstreifen zentral beschafft und verteilt. Die in Rechnung gestellten Preise bewegten sich für Plakate zwischen 15 und 25 Pfennig je Stück, für die Flugblätter zwischen RM 6,20 und RM 7,20 je 100 Stück. Unter Berücksichtigung der Fertigungskosten verbleibt der Landesgeschäftsstelle zur Bestreitung der Verwaltungs- und Vertriebskosten eine Spanne von nur 16% des Gesamterlöses.
Die Mittel, die uns von der Bayerischen Rundschau zuflossen, erscheinen um 37% gekürzt. Ursachen sind einmal die vorgenommenen Papierkürzungen und die damit verbundenen Auflagenminderungen sowie die Tatsache, daß die beim Jahresabschluß erscheinenden größeren Zuschüsse für die Partei noch nicht festgestellt bzw. überwiesen wurden. Im gleichen Maße bleiben die Erträge aus unmittelbaren Spenden hinter dem Aufkommen des Vorjahres zurück, erklärlich, da für die völlig neu erscheinenden Ertragspositionen, wie die Abgeordneten-Umlage, Unions-Bausteine, Spenden der Ausschüsse und der Jungen Union, der Kreis der Unions-Spenden schon erfaßt wurde.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Wie hoch ist der Betrag von der Rundschau?)

Das gebe ich anschließend [bekannt], Herr Staatsminister. - Wir haben in den Dienst der Finanzwerbung auch die Treibstoffzuteilungen gestellt, sicher eine nicht ganz moralische Maßnahme. Es ist aber auch die einzige Gegenleistung, die die Landesleitung an gut zahlende Kreisverbände zur Verfügung stellen kann. Um die Meinung über die

monatlichen Treibstoffprämienberechnungen zu erforschen, haben wir im letzten Arbeitsbericht den Kreisverbänden die Frage vorgelegt, welche Maßstäbe sie für die monatlichen Treibstoffzuteilungen vorschlagen würden. Nach den eingegangenen Berichten sind mit dem bisherigen Verfahren 39 Kreisverbände voll einverstanden. Das bisherige Verfahren wird von zehn Kreisverbänden abgelehnt, und neue Vorschläge wurden von 59 Kreisverbänden eingereicht. Diese neuen Vorschläge sind so widerspruchsvoll und in ihren Kombinationen so weitgehend, daß wir beim besten Willen den Wünschen nicht gerecht werden können. Da unsere Treibstoffzuteilungen die Zahl der politischen Gemeinden, die bestehenen Ortsverbände, die Zahl der Unionswähler, die Organisationsdichte, die Mitgliederzunahme und die Durchsetzung der Unions-Wähler mit Mitgliedern berücksichtigten, wird der Mehrzahl der Vorschläge bereits Rechnung getragen. Die geforderten Mengen sind aber derart hoch, daß die der Landesgeschäftsstelle zugeteilten Kontingente nicht annähernd zu ihrer Abdekkung ausreichen würden. Wir haben nicht die Absicht, freiwillig von dem bisher geübten System, auch nach dem Eingang der Gelder zu verteilen, ganz abzugehen, da es der Union zur wesentlichen Verstärkung ihrer Finanzkraft verhilft.
Sie werden mit Recht fragen: "Wo bleibt das viele Geld?" Die Antwort erhalten wir bei der Betrachtung der Ausgabenseite. Die Personalkosten, die fast drei Viertel der aufgewendeten Gelder einnehmen, sind der Hauptposten unserer Ausgabenseite. Die Union spielt als Arbeitgeber für etwa 150 Personen keine unbedeutende Rolle. Sehr zu meinem eigenen Leidwesen sind wir durch diese fixen Kosten in der eigentlichen Parteiarbeit sehr gehemmt. Es wäre nach Beendigung der organisatorischen Anlaufzeit ein Weg zu suchen, der uns in dieser Hinsicht entlastet. In den vergangenen elf Monaten sind für Personalkosten über RM 482.000 ausgegeben worden. Die ausschließliche Beschäftigung hauptamtlicher Kreisgeschäftsführer scheint noch nicht die Ideallösung der Parteiapparatur zu sein. Ob es die gemeinsame Geschäftsführung benachbarter Kreisverbände oder die nebenamtliche Weiterbetreuung durch die bisherigen Geschäftsführer nach deren Unterbringung in gesicherte Positionen ist, das ist die Frage. Vielleicht können Sie uns in dieser Richtung Ihre Vorschläge machen. Den bisher gezahlten Gehältern ist die Tarifordnung für Angestellte im öffentlichen Dienst zugrunde gelegt. Die Bruttogehaltsaufwendungen der Landesgeschäftsstelle betragen im Monatsdurchschnitt 1947 RM 47.000. Davon entfallen 75% auf die Kreis- und Bezirksgeschäftsstellen. In drei Bezirke der Union (nach Mittelfranken, der Oberpfalz und Schwaben) fließen höhere Gehaltsaufwendungen, als von diesen Gebieten an Zahlungen geleistet werden. Die Kosten für Werbung und Reise betragen rund RM 77.000, sind also in einer Höhe angefallen, die diesen Titel mit 11,5% bereits an die zweite Stelle rücken läßt. Dabei sind wir ständig bemüht, die Reisetätigkeit aus Kostengründen zu drosseln. Nicht immer läßt sich das bei den Aufgaben, die der Union gestellt sind, rechtfertigen, und nicht immer fällt es uns leicht, die Flüchtlingssachbearbeiter auf ihre Reisespesen, die sie oft selbst vorschießen, warten lassen zu müssen. Die Allgemeinen Verwaltungskosten betragen rund RM 51.000 oder 7,6% aller Ausgaben. Sie umfassen die nicht unerheblichen Telefon- und sonstigen Postkosten, den Bürobedarf, die Schreib- und Über-setzungsarbeiten usw. Zu diesen Ausgaben wird bei der Besprechung des vorgeplanten Finanzhaushaltes 1948 näheres zu sagen sein.
Der Vergleich mit den Vorjahreszahlen zeigt, daß uns die Aufwendungen für die beschäftigten Mitarbeiter in die Steigerung der Kosten hineingebracht haben. Sie sind in den vergangenen elf Monaten um 149% höher als im Vorjahr. Die Aufwendungen für

Werbung und Reise übertreffen diese Zuwachsquote. Sie sind um 290% höher angefallen.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Summe?)

Gebe ich auch an, Herr Staatsminister. Für den im denkbar schlechten Zustand befindlichen Wagenpark sind Kosten im neuen Jahr entstanden, die um 137% über denen des Vorjahres liegen.

Die Raumkosten treten mit einer Erhöhung um 63% in Erscheinung. Die Allgemeinen Verwaltungskosten und die sonstigen Ausgaben bleiben unter dem Vorjahresniveau.

Ich komme jetzt zur Vorplanung für das Jahr 1948. Die bisher gesammelten Erfahrungswerte geben uns Anhaltspunkte für eine voraussichtliche Haushaltsrechnung des Jahres 1948. Der Voranschlag für die Landesgeschäftsstelle der Christlich-Sozialen Union schließt mit einer Gesamtausgabensummme von RM 947.000, nähert sich also ganz beachtlich der Millionengrenze. Für den Außenstehenden zunächst ein ungeheurer Betrag, der auf einen Inflationshaushalt schließen läßt. Durch die bestehenden Geldverhältnisse ist zweifellos der wahre Geldbedarf der Union verdeckt. Wenn wir jedoch die Wählerzahlen oder die Mitgliederzahlen heranziehen, dann zeigt sich, daß die Landesgeschäftsstelle für das Jahr 1948 pro Unionswähler einen Ausgabenbetrag von 59 Pfennig und pro Unionsmitglied von ca. RM 12 veranschlagt. So gesehen, erscheint uns - bei Berücksichtigung der politischen Aufgaben, die der Union gestellt sind - die Ausweitung des Finanzhaushaltes durchaus nicht als zu hoch. Voraussetzung für die Abdeckung der Ausgaben ist die Intensivierung der Finanzwerbung.

Liebe Parteifreunde! Gestatten Sie mir nun noch einige Erläuterungen zum Voranschlag der Haushaltsrechnung. Als ordentliche Aufwendungen sind vorgesehen insgesamt RM 858.000, und zwar zunächst für die Büros der Ausschüsse und der Jungen Union RM 5000, für die Landesgeschäftsstelle selbst 368.000 oder 39% der Ausgabenseite, für Personalkosten der Bezirks- und Kreisgeschäftsführer sowie deren Hilfskräfte RM 485.000, also insgesamt RM 858.000. Die Aufwendungen für die Arbeitsgemeinschaft der Jungen Union belaufen sich in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Oktober 1947 auf RM 4000, für das Parlament der Jungen Union auf RM 1300 und für den Wirtschaftspolitischen Ausschuß auf RM 700. Von diesen Kostenstellen sind im gleichen Zeitraum über RM 3500 als Spenden eingegangen, so daß die Aufwendungen innerhalb vier Monaten netto RM 2500 betragen.

Die auf das Büro der Ausschüsse und der Jungen Union und auf das Parlament der Jungen Union entfallenden Personalkosten sind in den Personalkosten der Landesgeschäftsstelle mit enthalten.

Nach dem Personalstand vom 31. Oktober 1947 wurden bei der Landesgeschäftsstelle 40 Personen beschäftigt. Dieser Personalstand wurde auch dem Voranschlag zugrundegelegt, ebenso das bisher gezahlte Durchschnittsgehalt von monatlich RM 350. Die Ausrechnung sieht also wie folgt aus: 40 Beschäftigte je RM 350 in zwölf Monaten ergibt RM 168.000 zuzüglich 5% gesetzliche soziale Abgaben RM 8400, plus freiwillige soziale Aufwendungen für Verpflegung und Sonstiges RM 5600. Hinzukommen noch Honorare für gelegentliche Mitarbeit RM 10.000, ergibt zusammen RM 192.000. Für Raumkosten sind RM 16.000 vorgesehen.

Unter Zugrundelegung der bisherigen Aufwendungen entfallen davon auf die Miete Paul-Heyse-Straße RM 3960, auf die Miete Herrnstraße RM 3600. An Reinigungskosten werden RM 3000, für Heizung und Beleuchtung RM 3500, für Instandhaltung und sonstige Raumkosten RM 1500 angenommen.

Der veranschlagte Betrag für Werbung und Reise in Höhe von RM 82.000 gliedert sich aufgrund der Erfahrungswerte wie folgt: Reisespesen RM 55.000, Zeitungen, Zeitschriften und Bücher als Eigenbedarf RM 5000, Plakate und Flugblätter RM 15.000, Werbedrucksachen RM 2500, Rednerhonorare RM 2000, Nebenkosten für Versammlungen RM 2000, Repräsentationskosten RM 500.
Der veranschlagte Betrag für Kraftfahrzeugkosten in Höhe von RM 32.000 entspricht ebenfalls den bisherigen Aufwendungen. Es sind vorgesehen für Betriebsstoffe RM 15.000, für Kraftfahrzeugsteuer, Gebühren und Versicherungsprämien RM 2500, Ersatzteile und Instandsetzungen RM 12.500, Garagenmieten, Reinigung und Sonstiges RM 2000.
Die Allgemeinen Verwaltungskosten in ihrer Gesamthöhe von RM 46.000 basieren gleichfalls auf den bisherigen Aufwendungen und verteilen sich auf folgende Einzelbeträge: Telefon- und Telegrammgebühren RM 20.000, Porti- und sonstige Postkosten RM 10.000, Kosten des Geldverkehrs RM 300, Bürobedarf RM 6000, Schreib- und Übersetzungsarbeiten RM 2000, sonstige Verwaltungskosten RM 6500.
Den letzten und größten Posten innerhalb der ordentlichen Aufwendungen machen die Personalkosten der Bezirks- und Kreisgeschäftsführer und deren Hilfskräfte mit RM 485.000.
Die Landesvorstandschaft hat gemäß § 63 der Satzung das Recht zur Errichtung von Bezirks- und Kreisgeschäftsstellen mit der Maßgabe, daß das Personal dieser Geschäftsstellen durch die Landesvorstandschaft angestellt und bezahlt wird. Nach dem Stichtag vom 31. Oktober 1947 befanden sich im Anstellungsverhältnis bei der Landesgeschäftsstelle acht Bezirksgeschäftsführer, fünf Hilfskräfte und 97 Kreisgeschäftsführer. Für den Voranschlag sind die Bezirksgeschäftsführer und deren Hilfskräfte mit je zehn angesetzt, da die bisherigen praktischen Erfahrungen die Notwendigkeit der Besetzung dieser Stellen seitens der Landesgeschäftsstelle bewiesen haben. Dagegen wird es voraussichtlich nicht notwendig sein, die bisher erreichte Zahl der Kreisgeschäftsführer noch nennenswert zu erhöhen, so daß diese Zahl im Voranschlag nur mit 100 statt der urspünglich angestrebten Endzahl von 125 Kreisgeschäftsführern angesetzt wurde.
Nach diesen Grundlagen und unter Beibehaltung des bisherigen durchschnittlichen Gehaltsniveaus errechnet sich folgender Gehaltsaufwand: Für zehn Bezirksgeschäftsführer mit einem Durchschnittsgehalt von RM 550 in zwölf Monaten RM 66.000, für 100 Kreisgeschäftsführer sowie zehn Bezirkshilfskräfte bei einem Durchschnittsgehalt von RM 300 in zwölf Monaten RM 396.000, zusammen RM 462.000. Hinzuzurechnen sind 5% gesetzliche soziale Abgaben, das sind RM 23.000, so daß sich der Personalaufwand für Bezirks- und Kreisgeschäftsführer sowie deren Hilfskräfte auf RM 485.000 beläuft.
Neben den wiedergegebenen ordentlichen Aufwendungen von RM 858.000 rechnen wir mit außerordentlichen Aufwendungen im Jahre 1948 in einer Gesamthöhe von RM 89.000. Zunächst haben wir an weitere Anschaffungen von Büromaschinen und Büromöbeln gedacht. Es ist beabsichtigt, 15 Schreibmaschinen [für] je RM 350, also für RM 5250, und diverse Büromöbel sowie sonstiges Büroinventar im Gesamtwerte von RM 4750 anzuschaffen, zusammen also für RM 10.000.
Der größte Teil der neuzubeschaffenden Büromaschinen soll den Bezirks- und Kreisgeschäftsstellen zur Verfügung gestellt werden. Weiter ist im Hinblick auf den unbefriedigenden Zustand der zur Zeit bei der Landesgeschäftsstelle laufenden Kraftfahrzeuge und der sich daraus ergebenden hohen laufenden Instandsetzungskosten die

Beschaffung eines Personenkraftwagens aus neuer Fertigung in Aussicht genommen. Den größten Betrag innerhalb der voraussichtlichen außerordentlichen Aufwendungen nimmt der geplante Ausbau des Büros München Paul-Heyse-Straße 29-30 ein, der mit RM 60.000 veranschlagt wird. Es handelt sich um den Ausbau des zweiten Stockes und des Dachgeschosses, die für die Dauer von zehn Jahren gemietet wurden. Dabei übernimmt die Union die gesamten Ausbaukosten, zu deren Abgeltung ihr auf die Dauer von zwei Jahren Mietfreiheit gewährt wird. Als außerordentliche Aufwendungen wird weiterhin eine Teilrückzahlung des im Jahre 1947 aufgenommenen Betriebskredites vorgesehen.
Die Zuschüsse, die der Landesschatzmeister und der Landesvorsitzende im Laufe des Jahres 1946 zunächst in Form von Darlehen gegeben haben, bleiben bis zur endgültigen Ausbuchung in der Schwebe. Die dem Bezirksverband München gestundeten Beträge sind durch einen gemeinsamen Kontenabgleich aus der Welt geschafft worden.
Von dem am 30. Januar 1947 ebenfalls durch den Landesschatzmeister aufgenommenen Betriebskredit in Höhe von RM 30.000 bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank München wurden im Jahre 1947 bereits RM 5000 zurückgezahlt, so daß derselbe noch mit RM 25.000 zu Buch steht. Als Teilrückzahlung im Jahre 1948 sind RM 10.000 roh veranschlagt. Die gesamte Rückzahlung sollte, sobald es die Kassenlage erlaubt, erfolgen.
Dies hängt aber letzten Endes von der allgemeinen Entwicklung der Aufwendungen und Erträge ab. Bei den hohen Bankzinsen wäre eine möglichst schnelle Abdeckung anzustreben.
Als letzter außerordentlicher Ausgabeposten erscheint mit RM 5000 eine Teilabschreibung auf die im Jahre 1946 angeschaffte Betriebs- und Geschäftsausstattung.
Im Geschäftsabschluß steht das im Jahre 1946 angeschaffte Anlagenvermögen bei einem Anschaffungswerte von RM 19.000 noch mit rund RM 17.000 zu Buch. Hiervon sind zur Tilgung im Jahre 1947 RM 7000 vorgesehen, so daß das Anlagevermögen am 1. März 1948 voraussichtlich einen Buchwert von RM 10.000 darstellt. Dieser Betrag soll im Laufe von zwei Jahren abgeschrieben werden. Die ab 1. Januar 1947 vorgenommenen Anschaffungen sollen nach Möglichkeit in den Jahren, in welchen die Anschaffungen jeweils erfolgten, zur Gänze abgeschrieben werden.
Alle diese Aufwendungen, die sich nach den bisherigen Erfahrungen mit größter Wahrscheinlichkeit in der dargestellten Größenordnung im kommenden Etatjahr einstellen werden, abzudecken, ist das Problem der Unionsfinanzierung. Wir müssen uns klar darüber sein, daß die Finanzierung politischer Parteien immer und überall - selbst in dem reichen Amerika - Schwierigkeiten bereitet. Die Union, die in Bayern stimmenzahlmäßig die stärkste Partei ist, gehört mitgliedermäßig gesehen zu den ärmsten. Dabei ist die Union mit anderen Parteien der jetzigen Zeit oder der Vorzeit, etwa mit der Bayerischen Volkspartei, auch in finanzieller Hinsicht nicht mehr zu vergleichen.
Tatsache ist, daß uns das Gesetz des Handelns vielfach von unseren Gegnern aufgezwungen wird. Meist sind auch die Ausgaben schon entstanden und der verantwortliche Leiter der Kassengeschäfte muß nachträglich sehen, wie er das Geld dafür herbringt.
Die Unionskasse ist sehr konjunkturempfindlich. Sie registriert alle Ausschläge der politischen Situationen. Bei guter Unionspolitik werden wir auch gesunde Unionsfinanzen haben.
Zur Finanzierung im Jahre 1948 sind Einnahmen in einer Gesamthöhe von RM 940.000 zu Soll gestellt. Die einzigen ordentlichen Einnahmen sind die Erträge aus

den Mitgliederbeiträgen. Nach dem vorläufigen Finanzstatut soll der Landesgeschäftsstelle die Hälfte der von den Mitgliedern zu zahlenden Beiträge zufließen. Bei der Zahl von rund 80.000 Unionsmitgliedern ergibt dies bei dem angenommenen Normalbetrag von RM 12 im Jahr RM 480.000. Welche Beträge die Bezirks- und Kreisverbände an die Landesgeschäftsstelle in Zukunft abzuführen haben, ist für die künftige Finanzgebarung ebenso entscheidend wie die Pünktlichkeit, mit welcher der Landesgeschäftsstelle diese Beträge zufließen.
Stellt man zum Vergleich diesen ordentlichen Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen nur die vorgeplanten reinen Personalkosten in Höhe von RM 677.000 gegenüber, dann sehen wir das Kernproblem der Unionsfinanzierung. Den allzu stürmischen Einwendungen unserer Unterverbände, die da glauben, die Landesleitung der Christlich-Sozialen Union könnte allein bei dem augenblicklichen Stand ihrer Mitglieder durch die Beiträge finanziert werden, sollen diese Zahlen entgegengehalten werden.
Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich Ihnen die Tatsache bekenne, daß die stimmzahlmäßig stärkste Partei Bayerns, die Christlich-Soziale Union, mitgliederschwach ist. Inwieweit es uns gelungen ist, die Unionsanhängerschaft für die Unionsmitgliedschaft zu gewinnen, können wir bei Gegenüberstellung der Wählerstimmen mit den Mitgliederzahlen der Union messen. Dabei müssen wir leider feststellen, daß der Erfolg der Wahlarbeit und der Stand der Mitgliederwerbung noch weit auseinanderliegen. Es ist jedem Eingeweihten bekannt, daß nach wie vor eine große Partei[en]scheu im Volke steckt. Aber haben wir auch immer und überall alles getan, um dieser Furcht zu begegnen?
Nimmt man die Intensität der Mitgliederwerbung unter die Lupe, dann kann man feststellen, daß der Durchsetzungsgrad mit Unionsmitgliedern noch vielfach sehr gering ist. Er beträgt im Landesdurchschnitt erst 5%, das heißt also, daß erst jeder zwanzigste Unionswähler Unionsmitglied ist. Um die Parteistärke der SPD zu erreichen, die bei der Wahl mit 722.000 Stimmen hinter der Union zurückblieb, müßte die Unionsmitgliederzahl etwa 8% der Unionswähler ausmachen. Um diese Größenordnung zu erreichen, müßten im gesamten Land Bayern noch 47.000 neue Mitglieder geworben werden. Wird das bisherige Tempo der Mitgliederwerbung beibehalten, dann benötigen wir fast noch einmal ein Jahr, um die SPD-Stärke zu erreichen. Sie kennen vielleicht alle die Äußerung von Oberst *Burns*, wonach die Militärregierung der Meinung ist, daß nur dann, wenn mindestens 50% der Wähler auch gleichzeitig Mitglieder seien,

(Allgemeine Heiterkeit.)

bei der Kandidatenaufstellung der Wille der Wählerschaft in ausreichender Weise zum Ausdruck kommt.
Wenn wir diese allzu optimistische Vorstellung auch nicht erreichen werden, so ist dem doch zu entnehmen, daß auch für Union die Mitgliederwerbung im Interesse der Demokratie und wahren Vertretung des Wählerwillens dringend notwendig ist.
Es ist auch nicht so, daß die Landesleitung allein wegen der Beiträge auf Mitgliederwerbung ausgeht. Unsere Wahlstatistik bestätigt uns nämlich, daß eine größere Parteimitgliederschaft im allgemeinen eine sichere Zahl von Stimmen bedeutet.
Nach diesem statistischen Exkurs kommen wir zu unseren voraussichtlichen Einnahmen im Jahre 1948 wieder zurück. Für die Werbung und redaktionelle Mitarbeit an der Bayerischen Rundschau und den übrigen Unionspresseerzeugnissen rechnet die Landesgeschäftsstelle mit einem Jahresertrag von RM 100.000.

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Welche Summe wurde im abgelaufenen Jahr abgeführt?

Schachtner: Im abgelaufenen Jahr wurden von der Bayerischen Rundschau RM 108.000 an die Landesgeschäftsstelle abgeführt. Dabei wird angenommen, daß dem Verlag Bayerische Rundschau im kommenden Jahr etwa die gleichen Papierkontingente zur Verfügung stehen wie im zweiten und dritten Quartal 1947 und die vertraglich vereinbarten Abrechnungssätze von 1,2 Pfennig je Unions-Mitteilung und von 4,0 Pfennig je Bayerische Rundschau zugrunde gelegt werden. Die für das zweite Halbjahr 1946 erfolgte Nachvergütung über die vorgenannten Sätze hinaus ist unberücksichtigt geblieben, da noch ungewiß ist, inwieweit mit einer solchen gerechnet werden kann.

Als größter Einnahmeposten erscheint in unserem Haushaltsvoranschlag der Erlös aus dem Verkauf von Unions-Bausteinen, RM 250.000. Von den im Herbst 1947 gedruckten Unions-Bausteinen mit einem Gesamtnennwert von RM 690.000 wurden an Bezirks- und Kreisgeschäftsstellen Bausteine im Nennwerte vom RM 551.000 zum Vertrieb übergeben. Nach dem Kassenbericht für die Monate Januar bis November 1947[6] sind der Landesgeschäftsstelle bis jetzt über RM 61.000 zugeflossen. Es sind demnach, da ja nur die Hälfte des Aufkommens der Landesgeschäftsstelle überlassen wird, Bausteine im Werte von mehr als RM 122.000 bereits verkauft worden. Es wird notwendig sein, mit größtem Nachdruck darauf hinzuarbeiten, daß die Gesamtauflage im Laufe des Jahres 1948 zum Verkauf gelangt.

Unmittelbare Spenden können nach den bisherigen Erfahrungswerten in einer Höhe von RM 10.000 erwartet werden. Aus Spenden als Ausgleich für nichtgeleistete Beitragszahlungen, also auf die sogenannte Abgeordnetenumlage, müssen noch RM 100.000 eingehen. Die Gesamthöhe der unseren Abgeordneten und ihren Stimmkreisen auferlegten Umlage beläuft sich auf rund RM 387.000. In acht Monaten gingen hier schon RM 108.000 ein. Am 1. Januar 1948 werden schätzungsweise noch für RM 250.000 Abgeordnetenumlagen offenstehen. Bei genügendem Nachdruck darf damit gerechnet werden, daß im Jahre 1948 der veranschlagte Betrag der Landesgeschäftsstelle zur Verfügung gestellt wird. Eine besondere Unterstützung in dieser Richtung wäre für uns ein Hinweis seitens der Fraktionsleitung.

Bei der Aufstellung des Voranschlags der Haushaltsrechnung für das Jahr 1948 blieben unberücksichtigt die Beschaffung und der Vertrieb von entgeltlichem Werbematerial, da sich der Umfang dieser Werbemaßnahmen nicht vorausschätzen läßt. Die dabei entstehenden Erlöse werden sich, wie die Erfahrungen aus dem Jahr 1946 zeigen, decken. Ferner blieben außer Ansatz Sonderaufwendungen für etwaige Wahlgänge, da sich deren Umfang ebenfalls nicht im voraus abschätzen läßt. Ebenso Einnahmen aus rückständigen Mitgliedsbeiträgen, da voraussichtlich am Ende des Jahres 1948 noch rückständige Beiträge für 1948 gleichfalls unberücksichtigt bleiben.

Der Haushaltsplan wurde aufgestellt, ohne das endgültige Finanzstatut zu kennen. Es ist demnach eine ausreichende Beweglichkeit zu belassen. Für eine Reserven- oder Kapitalbildung sind noch nicht die geringsten Ansätze gemacht. Sie werden daher meinen Wunsch verstehen, wenn ich Sie am Schluß meiner Ausführungen bitte, uns nicht allein zu lassen, sondern mitzuhelfen, daß die Union, die so reich an personellen und ideellen Werten ist, auch an Geldwerten bereichert wird.

(Beifall.)

[6] In der Vorlage: "1945". Mit dem Verkauf der Bausteine wurde erst 1947 begonnen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Man muß oft sagen: Laßt Zahlen sprechen. In diesem Falle war es notwendig, daß einmal die Zahlen für sich und die Arbeit gesprochen haben, die geleistet wurde.

Ich fühle mich verpflichtet, Ihnen etwas zu erklären. Es gab in der Vergangenheit manche Leute, die damals, als noch die Dissonanzen da waren, geglaubt haben, auch von der Geldseite her innerhalb der Partei Politik machen zu können. Die Leute vergessen, daß sie im Rahmen der Gesamtpartei sich selbst schaden, wenn sie der Partei dadurch schaden, daß sie ihr den Kredit nehmen. Die unsinnigsten Gerüchte sind durch das Land getragen worden. Ich wurde mindestens zehn, zwölfmal von außerhalb der Partei stehenden Leuten darauf angesprochen, ob es stimme, daß die Partei Schulden von 700 bis 800.000 Mark habe.

Auf der anderen Seite sah ich mich sogar veranlaßt, das Ehrengericht in einem Bezirk in Anspruch zu nehmen, weil ein Parteifreund erklärt hatte, daß ich nicht die Partei als solche, aber doch meine Politik mit Beiträgen aus russischer Quelle finanzieren würde. Es wurde die Summe von drei bis vier Millionen Mark genannt, wobei dann Sonderzuwendungen gegeben wurden. Wir konnten wirklich sagen, in diesen Zeiten ist nichts unsinnig genug, um verbreitet und geglaubt zu werden. Unzweckmäßig ist es bestimmt von jedem, wenn er über diese nüchternen Angelegenheiten draußen so spricht, daß die Partei und die Gebefreudigkeit der Leute leidet.

Wir haben, wie Sie gehört haben, einen Mitgliederstand von etwa genau 82.000. Nicht alle zahlen. Sie wissen, daß die Flüchtlinge eventuell ausgenommen werden können. Aber ich darf hier feststellen, die Beobachtung hat gezeigt, daß die Flüchtlinge fast durchwegs ihre Beiträge besser bezahlen als viele andere, die einen dicken Geldbeutel haben.

(Hört, hört!)

Ebenso ist festzustellen, daß die armen Arbeiter, die sich schwer tun, mindestens genausogut zahlen wie manche Leute draußen auf dem Lande, denen es nicht so schwer zu fallen bräuchte.

Wenn wir den Mitgliederstand betrachten, müssen wir sagen: Eigentlich handelt es sich bei 82.000 Mitgliedern noch nicht um eine Partei, die so konsolidiert ist, daß die Mitglieder tragend sein werden. Es hat sich gezeigt, daß die Union zunächst eine Sammelpartei war, daß die Partei in ihrer Größe fast eine Art Volksbewegung in gutem Sinne des Wortes war, getragen zunächst aus dem Ideellen heraus. Wir können und wir müssen unsere Idee vertreten. Aber wir können mit der Idee allein keine Politik machen.

Eine Partei muß betrachtet werden als eine Gruppierung von Menschen im öffentlichen Leben, die eine Idee durchsetzen wollen. Aber auf der Seite, von der Sie gehört haben, ist die Partei nichts anderes als eine bloße Firma, und sie muß nach denselben Gesichtspunkten geführt und verwaltet und aktiviert werden. Der Mitgliederstand läßt sich zunächst noch eher als ein großer Klub ansprechen. Wir sind noch nicht so weit, daß wir die Basis erreicht hätten, die wünschenswert wäre. Wir werden sie nicht so leicht erreichen.

Oft macht man dabei die Beobachtung, daß draußen in dem einen oder anderen Kreis aktiver geworben werden könnte. Wenn man manche Kreise sieht, könnte man den Eindruck haben, daß die Leute dort zunächst einmal die Partei gegründet haben und gar nicht daran interessiert sind, zu viele neue Mitglieder hereinzubringen, vielleicht manchmal aus der Tendenz heraus, daß sie auch bei Kanditatenaufstellungen unter

sich bleiben wollen. Auch das ist für die Partei nicht ohne weiteres richtig. Eine Partei muß sich dem Leben anpassen und Leute werben, die vielleicht nicht ohne weiteres bisher gesellschaftlich mit denen beisammen waren, die die Partei im einzelnen Bereich tragen. Wir werden darauf noch zu sprechen kommen, wenn wir den Einbau der Arbeitsgemeinschaften in der Union behandeln, weil ich versuche, auf diese Weise eine neue Plattform für die organische Weiterentwicklung der Partei zu finden.
Wenn Sie weiter die Arbeit der Partei beachten, so können Sie feststellen, daß die Rundschau als kleines Presseorgan immerhin Beträge in ansehnlicher Höhe abwirft, durchwegs im Jahre über 100.000 Mark. Wir können uns ungefähr vorstellen, wie es sein würde, wenn wir ein wirkliches Presseorgan hätten.

(Sehr richtig!)

Dann würden manche Sorgen von dieser Seite her erspart bleiben.
Ich darf hier nebenbei bemerken: Bei den Besprechungen, die ich jetzt in Berlin auch mit OMGUS geführt habe, habe ich im Zusammenhang mit ganz anderen Fragen und mit der Weiterentwicklung der Gesamtpolitik auch die Frage des eigenen Presseorgans nochmals, und zwar sehr scharf und betont, zur Sprache gebracht. Seit einem Jahr liegt die Zusage vor, seit einem Jahr wird aber die Lizenz immer wieder mit der Begründung hinausgezögert, daß nicht entsprechend Papier vorhanden sei.

(Zuruf: Es gibt 150 Zeitschriften!)

Ich habe darauf hingewiesen, daß man bestimmt damit rechnen könne, daß wir in gute Konkurrenz zu einem Großteil der sogenannten unabhängigen Presse treten würden und daß es zur Entwicklung einer freien Demokratie notwendig sei, diese Konkurrenz zu gestatten. Wir wollen sicher nicht nur wegen der finanziellen Auswirkungen eine Parteipresse haben. Aber ich wollte gerade in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß wir bestimmt noch ein besseres Fundament bekommen werden, wenn wir diese eigene Parteipresse entwickeln.
Dabei bitte ich Sie aber auch, nicht zu vergessen: Es sind Ausgaben zu machen. Denn eine Partei vom Niveau der Union muß auch das entsprechende Niveau in der Bildung der öffentlichen Meinung erzielen. Wir bekommen heute nicht ohne weiteres alle Kräfte nur dadurch, daß wir sagen: Arbeiten Sie für die Union, arbeiten Sie für Ihre Weltanschauung. Auf dieser Seite müssen Sie antreten und zahlen! Wir müssen dabei immer daran denken, daß wir die Leute vernünftig bezahlen müssen.
Es gibt Leute, die manchmal der Auffassung waren, daß der eine oder der andere Angestellte unserer Geschäftsstelle zu hoch bezahlt sei. Ich darf Ihnen erklären: Ich habe überall, auch in Aufsichtsräten, bei Firmen, in denen ich tätig war, das Prinzip vertreten: Man soll nicht nur immer vom Christentum und von der sozialen Haltung reden, sondern man muß auch in der eigenen Partei, in der eigenen Firma das befolgen.

(Sehr richtig!)

Wenn manche Leute da nörgeln, mögen sie lieber das Wort vom Gebot der Nächstenliebe nicht so oft in den Mund nehmen.
Ich darf ferner darauf hinweisen: Die Partei hat in der Aktion klein angefangen. Der erste Wahlkampf wurde mit Hilfe unseres *A.W. Schmidt* noch aus drei Räumen und meiner Kanzlei heraus geschlagen. Ich denke immer noch an die Zeit, als wir beisammen saßen und damals mit ganz wenigen Leuten die ersten Wahlen geschlagen und gewonnen haben. Tag und Nacht wurde gearbeitet. Ich darf auch hier feststellen, nachdem *Schmidt* anwesend ist: Ohne die damalige Zusammenarbeit wäre die Union nicht gewachsen.

Bei der weiteren Konsolidierung der Partei war es notwendig, mehr Räume zu schaffen, mehr Leute zu bekommen. Sie bekommen heute nicht so leicht die Leute her. Sie wissen, daß noch die besonderen Schwierigkeiten vorhanden waren, die sich aus dem Entnazifizierungsgesetz heraus ergeben haben. Die Tatsache, daß Sie bei Einstellungen immer und immer wieder darauf Rücksicht zu nehmen hatten, daß in der eigenen Partei in dieser Hinsicht dann mit Schmutz geworfen wurde und Leute abgeschossen wurden, die in diesem Bereich tätig waren, all das hat die Arbeit gehemmt.
Wir mußten dann am Anfang Leute hereinnehmen, von denen wir später feststellen mußten, daß sie doch nicht Entsprechendes geleistet haben. Wir mußten die Leute austauschen. Leider haben sich dabei manche besonders gefreut, wenn sie die Gelegenheit gehabt haben, auf diese Weise innerhalb der Union mitzuhelfen, schmutzige Wäsche zu waschen, dadurch, daß sie zu dem einen oder anderen hingelaufen sind, der nun einmal dem für die Partei in dieser Zeit verantwortlichen Landesvorsitzenden nicht wohlgesinnt war. Man hat irgendwelche Ziffern hingeworfen, um Durcheinander zu schaffen. Trotzdem, es mußte geklärt, es mußte umorganisiert werden. Es ist viel und schwer gearbeitet worden.
Ich fühle mich verpflichtet, auch vor Ihnen festzustellen: Unser Parteifreund *Liedig* hat in der vergangenen Zeit eminent gearbeitet. Er hat Tag und Nacht gearbeitet. Er ist schwer erkrankt, und man kann ruhig sagen, er hat sich damals für die Union aufgearbeitet. Man mochte in der einen oder anderen organisatorischen Frage sagen, was man wollte, aber man muß es anerkennen, wenn sich die Menschen bei der Kleinheit der Verhältnisse überanstrengen und wirklich ihre ganze Kraft für die Partei einsetzen, nicht nur des Geldes wegen - das gilt für alle diese Leute -, sondern auch der Idee wegen.
Vergessen Sie nicht, daß die Geschäftsstelle durch die anormalen Verhältnisse überbelastet ist. Die Leute, die dort arbeiten, gehen nicht und können nicht auf den Schwarzen Markt gehen, um sich mit ihrem Verdienst etwas zu kaufen. Sie arbeiten für wenig Geld. Auf der anderen Seite aber darf man doch davon ausgehen, daß sie viel arbeiten müssen. Denken Sie nur daran, wieviel Arbeit uns durch die Entnazifizierung entstanden ist, wieviele Briefe von Leuten draußen hereinkommen, die alle Hilfe haben wollen. Es wäre interessant, Ihnen einmal den Stoß von Briefen zu zeigen, die in dieser Beziehung bearbeitet werden mußten.
Hier muß ich Sie nachträglich noch um Verständnis dafür bitten, daß die Geschäftsstelle beim besten Willen nicht mit allen Arbeiten fertig werden konnte. Drei Wahlen in einem Jahr ist zuviel Arbeit, gleichzeitig dann die normale und die durch die anormalen Verhältnisse bedingte Arbeit. Wieviele von unseren Freunden brauchen heute bei den anormalen wirtschaftlichen Verhältnissen Hilfe in der Herstellung von Verbindungen. Da bin ich der Auffassung, daß vielleicht von der einen oder anderen behördlichen Stelle, die uns nahesteht, doch etwas mehr geschehen könnte.

(Sehr richtig!)

Es mag dabei sicher gelten, daß wir nicht einseitig sein wollen und daß wir nicht etwa eine, wie man es im landläufigen Sinne nennt, Vettern- und Basenwirtschaft treiben wollen. Aber manche unserer Leute sollten doch nicht überobjektiv und gern bereit sein, wenn jemand von einer anderen Partei kommt, mit Rücksicht auf die Folgen, die dort entstehen könnten, zu helfen, dagegen bei der eigenen Partei den besonders scharfen Maßstab anzulegen.

(Sehr richtig! Beifall.)

Die Partei hat sich viel schwerer getan, als man sich im Staat getan hat. Denn der Staat schafft sich eben Geld. Er hat leichter die Möglichkeit, sich Geld zu schaffen. Bei ihm kann wesentlich besser gearbeitet werden, als es in der Partei geschieht. Beim Staat und in der Wirtschaft kann man bestimmt von einer großen Bürokratie sprechen. Ich glaube, die Verhältnisse, wie sie hier dargestellt worden sind, zeigen Ihnen, daß man bestimmt nicht von einer Parteibürokratie sprechen kann. Wir haben uns hier, wenn wir die Zahlen studieren, noch vor Augen zu halten, daß die räumlichen Verhältnisse - das wissen Sie großenteils selbst - in der Paul-Heyse-Straße zu ungünstig geworden sind. Wenn die Referenten mit den Schreibkräften zu dreien in einem Raum sitzen, dann sind sie eben nervenmäßig so überbelastet, daß sie nicht voll arbeiten können. Diese Leute müssen mehr Raum haben, um wirklich etwas leisten zu können.

Deswegen haben wir uns auch darüber verständigt, daß wir den Aufbau eines Stockwerkes und eines Dachgeschosses in der Paul-Heyse-Straße in Angriff nehmen wollen. Wir hoffen, daß dann bis zum Frühjahr die Möglichkeit des Umzuges gegeben wird. Wir müssen das auch schon deswegen machen, weil wir doch hoffen, daß wir bald die Parteipresse bekommen werden. Wir brauchen dann die bisherigen Räume bestimmt auch noch für diese Zwecke. Infolgedessen ist diese Ausgabe absolut notwendig.

Sie wissen, was es heute bedeutet, mit diesen Sorgen belastet zu sein. Vor allem wissen Sie, was es bedeutet, zu bauen und Anschaffungen zu machen, wenn man nichts zum Kompensieren hat. Wir müssen daher damit rechnen, daß wir bei aller sparsamen Wirtschaft nicht billiger arbeiten können, als es Ihnen hier vorgeschlagen wurde.

Es sind andere Ausgaben da, für Kraftwagenpark usw., alles Ausgaben, die heute Selbstverständlichkeiten geworden sind. Denn die Partei bekommt bestimmmt nicht die besten Wagen. Ich bin jahrelang jetzt herumgefahren und kann jetzt wirklich sagen, daß wir oft Glück gehabt haben, daß wir mit dem Wagen noch fahren konnten. Wenn sich das langsam bessert, dann begrüßen wir das und hoffen, daß es auch für die Partei aktiviert werden kann.

Ich habe das der Generaldebatte vorausgeschickt. Wir treten jetzt in die Generaldebatte ein. Ich darf um Wortmeldungen bitten.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Meine Damen und Herren! Der Herr Parteivorsitzende hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, was es für ein peinlicher Zustand war, daß über die Finanzlage der Partei allerlei unerfreuliche Gerüchte im Umlauf waren. Ich muß sagen, vieles davon wäre vermieden worden, wenn die befreienden Darlegungen, die heute mit dem ersten Finanzbericht vor dem Landesausschuß erfolgt sind, schon zu einem früheren Zeitpunkt gekommen wären.

(Sehr richtig!)

Denn wenn es auch bei der großen Häufung des vorgetragenen Stoffes und bei der konzentrierten Darstellung nicht möglich war, jede einzelne Position mit durchzudenken, sich ein ganz klares Bild zu machen, so bleiben doch ein paar große Hauptlinien als Eindrücke übrig. Und da steht an der Spitze die wohl von jedem von uns zu teilende Anerkennung für die geleistete Arbeit. Niemand von uns verschließt sich der Erkenntnis, daß die Aufbauarbeit der Partei unter Voraussetzungen geschah, die für eine geschäftliche Führung einer Organisation denkbar ungünstig gewesen sind, und daß in diesen zweieinviertel Jahren sehr viel geleistet worden ist. Denn wie schon betont wurde, die normale Arbeit mußte ja geleistet werden, während ungewöhnliche Dinge, wie mehrere Wahlkämpfe usw., durchgeführt werden mußten. Infolgedessen

ergibt die Wertung der Arbeit, über die heute berichtet wurde, eine unbedingte, wohl von jedem zu teilende Anerkennung.
Da gerade hier hin und wieder etwas düstere Gedanken importiert werden, glaube ich, daß gerade ich vorschlagen darf, daß wir einmütig den in der Parteiarbeit tätigen Damen und Herren unseren vollen Dank und unsere Anerkennung aussprechen. Hier möchte ich weiter bemerken: Die uns genannten Beträge als monatliche Vergütung halte ich für nahezu am unteren Rand des Möglichen liegend. Denn eine ordentliche Arbeit muß auch die Anerkennung finden, daß sie eine geordnete bürgerliche Existenz gewährt und eine Durchschnittsfamilie nicht mit mehr Sorgen belastet, als das in unseren volksdurchschnittlich vergleichbaren Schichten der Fall ist.
Dazu möchte ich weiter bemerken: Jede Investierung von Geld zur Verbesserung der technischen Einrichtungen und eine Erhöhung der Schlagkraft der Partei halte ich für absolut gerechtfertigt, so z.B. die Ausstattung mit Maschinen, die Sicherung des Raumbedarfes, insbesondere die Verbesserung des Fahrzeugparkes und was damit zusammenhängt. Das spricht ohne weiteres für sich.
Wir kommen nun zur Frage der Finanzierung der Gesamtpartei, die damit zusammenhängt. Wir dürfen nicht vergessen, wenn wir als Landesausschuß beisammen sind, daß der Haushaltsplan, der heute von uns genehmigt wird, die Verantwortung auf uns legt und in gewissem Sinne uns persönlich, jeden einzelnen und uns alle miteinander verpflichtet, für die Aufbringung von rund einer Million Mark tätig zu sein, damit das, was wir von uns aus beschließen, nicht bloß eine Phrase ist, sondern daß es auch wirklich am Ende des Jahres eine Erfüllung darstellt.
Nun kommen wir zur Frage der Beiträge und zum System, also zum Grundsätzlichen auch unseres Finanzstatutes, wobei ich mir vorbehalten darf, je nachdem auf das eine oder andere bei aller Kürze noch einmal zurückzukommen. Ich darf feststellen: Es wird auch bei bester Organisationsform eine Reihe von Kreisverbänden und Ortsvereinen geben, die nur gerade ihre eigenen Bedürfnisse finanzieren können. Es wird Überschußverbände geben, die im wesentlichen die Landespartei finanzieren werden, und es wird tatsächlich Defizitverbände geben. Wir haben aus dem Rechenschaftsbericht gesehen, daß an mehrere Bezirke, ich glaube Schwaben, Mittel- und Ober-franken mehr hinausgezahlt wurde als hereinkam. Ich halte das mindestens bei Mittel- und Oberfranken für einen natürlichen Zustand. Denn obwohl mancherlei Schwierigkeiten, die früher dem Aufbau ganz großer Parteigebilde mit Ausnahme der Sozialdemokratie in Franken entgegenstanden, durch den Unionsgedanken überbrückt sind, gibt es trotzdem noch eine Diaspora für den Unionsgedanken, weil ein Teil der Kreise, die wir glaubten, durch die Union gewinnen zu können, eben noch im Banne einer anderen politischen Partei steht, gerade in Franken.
Ich halte für die Erhaltung eines schlagkräftigen Apparates die volle Solidarität der Landespartei und der Bezirks- und Kreisverbände für notwendig, damit ohne Rücksicht auf die rein regionale oder lokale Leistungsfähigkeit die politische Idee der Union überall in richtiger Weise werbend und aufklärend verbreitet werden kann.
Nun kommt die Frage, wie die Mitglieder erfaßt werden können. Ich bekenne es ganz offen: Ich halte es für einen schmerzlichen Zustand, daß man gegenwärtig die Parteiorganisation noch als eine Art Parteiklub bezeichnen muß. Wir müssen uns vor allen Dingen klar werden, was die Grenzen des Erreichbaren sind. Vor dem Jahr 1933 galten für eine normale Partei erreichbar 10% der Wähler als eingeschriebene Mitglieder. Wenn die Organisationsarbeit sehr gut funktioniert hat, waren bis zu 16% erfaßbar, was ich z.B. von München als Ergebnis einer sehr langen und sehr detaillier-

ten Arbeit weiß. Eine Partei von unserer Struktur müßte 10% der Wählerstimmen als dauernde Mitglieder erfassen können. Solange die Mitgliederzahl unter 8% liegt, ist es tatsächlich ein ausgesprochen schlechtes Ergebnis.
Wir müssen also unsere Organisationsarbeit darauf richten, mindestens 10% zu erfassen. Nun kommt die grundsätzliche Einstellung: Auch wenn wir irreguläre Zeitverhältnisse haben, halte ich es für notwendig, daß die normale Grundlage der Parteifinanzierung der Eintrittsbetrag und der laufende Beitrag ist, bei dem es örtlich verschieden ist, ob er monatlich oder vierteljährlich oder ganzjährlich kassiert werden muß. Ich bin der Meinung, die Höhe des monatlichen Beitrages müßte man dem Ortsverein überlassen, er müßte nur von oben her die Auflage bekommen, was er den übergeordneten Organisationsformen abliefern muß. Man müßte meines Erachtens einmal von der Seite ausgehen, daß man sich den unbedingt notwendigen Apparat einmal genau unter dem Gesichtspunkt durchdenkt, was jeder einzelne Teil des Landesverbandes zu leisten hat. Es gibt Dinge, die nur rein örtlich gemacht werden können, es gibt Aufgaben, die im Kreisverband erledigt werden müssen, wobei aber der Kreisverband nicht sehr oft die Flugblätter herstellen muß.
Der Kreisverband wird im normalen Beharrungszustand mehr eine Verteilungsstelle sein. Es kann woanders wieder anders sein. Ich will nur sagen, was ich an Betrachtungsweisen für notwendig halte. Es wird, wenn das Wahlgesetz z.B. den Bezirksverband mit der Aufstellung der Kandidatenlisten betraut, eine Menge Arbeit geleistet werden müssen, wie der Unterversand von Materialien in einer für den Regierungsbezirk bestimmten Rednerorganisation und derartige Dinge. Wieder andere Dinge müssen beim Landesverband gemacht werden, wenn sie in politischer und technischer Beziehung den ganzen Landesverband und das ganze Land betreffen.
Wenn man nun das ganze Gerippe überschaut, kommt man zu dem Ergebnis, daß wir zur Zeit für die abgegebenen Stimmen - das sind ich glaube rund 1,6 Millionen Wähler - eine Million aufbringen sollen, daß wir also fünfachtel Mark, also etwas über 60 Pfennige von der abgegebenen Stimme für den Organisations - und Propagandabedarf mobilisieren müssen. Vor dem Jahre 1933 hat man ungefähr die Hälfte dieses Betrages gerechnet, und das war eine Ziffer, die sich langsam erarbeitet hatte aus der Zeit nach der Stabilisierung der Währung, wo also auch am Anfang die Beitrittsfreudigkeit mit der Beitragsverpflichtung ziemlich gering gewesen ist. Dann hat sich das im Laufe von ungefähr acht bis neun Jahren so entwickelt.
Wir werden nun - und das ist nun der springende Punkt, wenn ich an die Verantwortungspflicht des Landesausschusses appelliere - uns über ein Organisationsgefüge klar werden müssen, das wir auch nach der Umwertung aufrechterhalten können. Unbedingt aufrecht erhalten müssen wir eine ganz schlagkräftige Landespartei, unbedingt erhalten müssen wir als schlagkräftig die zehn Bezirksverbände. Meine persönliche Meinung geht aber dahin, daß wir nicht in der Lage sein werden, 100 Kreissekretariate durchzuhalten.

(Sehr richtig!)

Es ist sehr viel besser, daß man diese Dinge vorher erwägt und sich das Optimum von Wirksamkeit ausdenkt mit einem der finanziellen Leistungsfähigkeit angepaßten Bedarf und einem Bedarf, der sich im wesentlichen aus normalen Einnahmen finanziert. Zu diesen normalen Einnahmen zähle ich erstens das, was in so günstiger Weise durch die periodischen Publikationen der Landespartei hereinkommt, und zweitens die Rückvergütung dessen, was an Material hinausgeht und wobei unter Umständen

auch noch weitere laufende Informationen denkbar wären, und drittens eine Mehrleistung der Abgeordneten in einer genau festzulegenden Form.
Im ganzen sage ich: Die Schlagkraft der Partei hängt nicht nur davon ab, daß wir finanziert sind, sondern auch davon, wie wir finanziert sind. Wenn wir auch nur zu einem nennenswerten Teil unserer Ausgaben auf ein Spendensystem angewiesen sind, dann sind wir nicht mehr völlig frei und unabhängig. Eine Partei, die davon abhängt, daß im kritischen Zeitpunkt die Geschäftsführer und die Druckereischulden bezahlt werden können, kann in ihrem Wesen nicht mehr wirklich demokratisch sein.
Deswegen lege ich auf die Frage des Finanzstatutes und der allgemeinen Statuten einen so großen Wert, weil [wir] - und hier darf ich nur eine Sekunde lang auf eine Erfahrung verweisen, die mir sonst hin und wieder unter die Nase gerieben wird wegen der Organisation, bei der ich diese Erfahrung gesammelt habe - in keiner Form davon abhängig werden dürfen, daß der Geschäftsführer und die Drucksachen bezahlt werden können. Sonst geht eine lähmende Apathie durch alle Teile der Parteiorganisationen. Dann könnten die gewählten politischen Exponenten der Partei nicht mehr frei und unabhängig jene Politik machen, die sie aus tiefster Erkenntnis der Sache heraus erstreben, weil Bindungen eintreten würden.
Nachdem hier von den finanziellen Dingen gesprochen worden ist, darf ich nur noch mit einem Wort auf das Gebiet der Satzungen kommen. Wir müssen zu einer Satzungsform kommen, die alle Kräfte der Partei in freudiger Arbeit zusammenführt. Deswegen nehmen Sie aus dieser Überzeugung heraus den Ernst, mit dem ich heute früh davon gesprochen habe, daß wir diese Dinge heute formen müssen, daß wir aber bei den großen Aufgaben, die wir politisch heute zu erörtern haben, sie wohl nicht formen können, indem wir alles auch in unseren Satzungen so erörtern, wie wir das mit den Finanzen getan haben in jetzt zweieinhalb Stunden. Wenn wir uns nicht auf das System besinnen, daß wir die Fragenkomplexe anders behandeln, daß wir sie in lato behandeln, wie es jetzt geschehen ist, dann werden wir in dieser Vollsitzung des Landesausschusses eine der beiden großen Aufgaben nicht befriedigend lösen können.
Das ist mein Bekenntnis zu dieser Sache. Ich möchte noch einmal bemerken: Ich kann letzten Endes abstimmungsmäßig, wenn ich ganz ehrlich vor mir selber bin, weder zum Finanzstatut noch zum Rechenschaftsbericht mehr als global ja sagen. Es stecken bei genauer Betrachtung so viele Einzelfragen in den beiden Dingen drin, jede Einzelfrage sehr wichtig, jede befriedigend lösbar, aber nicht lösbar in einer Aussprache von zwei Stunden.
Bei den Satzungen, über die wir sprechen werden, wird es uns genauso gehen. Ich bin der festen Überzeugung, daß wir alle Gegensätze, die in der Vergangenheit mehr persönliches Gesicht hatten, die aber meiner Meinung nach doch auch tiefe sachliche Meinungsverschiedenheiten enthalten, durch ein etwas anderes System der Behandlung heute erledigen müssen, nachdem wir nicht in der glücklichen Lage sind, daß wir uns durch schriftliche Vorlage der einschlägigen Dinge haben darauf vorbereiten können.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu feststellen, meine lieben Freunde, selbst wenn wir jetzt zweieinhalb Stunden debattiert haben: Wir müssen die finanziellen Grundlagen der Partei einmal debattieren. Das blieb uns früher erspart. Aber vergessen Sie nicht, in den zweieinhalb Jahren wurden erst nach einem Jahr die Statuten ge-

schaffen. Man muß Erfahrungen sammeln, man kann eine Organisation nicht aus dem Handgelenk hinstellen. Wir werden wahrscheinlich auch heute in dieser Hinsicht zunächst doch nur eine Zwischenregelung haben. Die Partei wird nach der Währungsumstellung wieder ganz neue Gedanken über ihre weitere sachliche Grundlage anstellen müssen.
Ich möchte nicht lange zur Debatte sprechen, sondern nur Feststellungen treffen. Bei der Frage der Kreissekretariate bitte ich zu bedenken: Wir haben die Erfahrung gesammelt, daß dort, wo Kreissekretäre waren, die Mitgliederwerbung anders gelaufen ist als in dem Bereich, wo keine waren. Es ist eben ein circulus vitiosus, oder, wie man sagt, die Katze beißt sich in den Schwanz. Man braucht die Kreissekretäre, um den Geldumsatz zu finanzieren. Wo man sie nicht hat, bekommt man das Geld nicht herein. Infolgedessen soll man an ihre Anstellung gehen. Meine Auffassung war, man geht noch jetzt in der Zeit der Inflation daran, wo man etwas Geld hereinbekommt, wo man bei den Bausteinen Spenden bis zu 50 Mark erhält. Man soll jetzt versuchen, einen Apparat hinzustellen. Wenn wir nachher aus Sparsamkeitsgründen verkleinern müssen, haben wir wenigstens einen gewissen Anlauf erzielt.
Das wird jeder Firmeninhaber tun. Dabei vergessen Sie eines nicht: In diesem Falle muß jeder Firmeninhaber ein Risiko eingehen. Wenn viele Leute darüber reden würden, würde die Organisation damit nicht besser geworden sein und besser werden. Denn die Tatsache, daß wir nicht [mehr] Mitglieder bekommen haben, liegt nicht allein an der Landesgeschäftsstelle oder am Landesvorsitzenden, auch nicht an Ihnen, die Sie draußen sind, sondern sie ist bedingt durch die Ereignisse. Denken Sie nur an die Fragebogengeschichte. Sie hat viele Leute abgestoßen, die nicht in die Partei hineingegangen sind. Es werden jetzt draußen wieder neue Kreissekretäre verlangt, und ich bin der Auffassung, wir müssen die Mittel aufbringen, um sie zu finanzieren.
Dr. *Barth*: Herr Staatsminister *Pfeiffer* hat soeben gesagt, daß aus dem Bezirksverband Oberfranken weniger Geld hereinkäme als dorthin ausbezahlt werden müßte. Es ist ihm hierbei eine Verwechslung mit der Oberpfalz unterlaufen. Damit entfällt, wenigstens in diesem Zusammenhange, der Hinweis auf die Einstellung bestimmter Bevölkerungsgruppen in ihrer Beitrittsfreudigkeit zu unserer Union.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Der Redner hat aber Ober- und Mittelfranken gesagt.
Schachtner: Mittelfranken, Oberpfalz und Schwaben!
Dr. *Barth*: Ich möchte das besonders unterstreichen, weil gerade in unserem Grenzgebiet entlang der russischen Zonengrenze die Angst sehr groß ist, daß die Russen kommen könnten und dann die Unionsmitglieder hängen. Erst vor wenigen Tagen, bei einer Rede auf einem Dorfe, hat das ein Bauer ganz eindeutig erklärt. Es war das ein Grund, warum ich schon an den Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] mit der Bitte herangetreten bin, einmal in unmittelbare Grenznähe zu kommen. Denn hier, weiter nach dem Süden hin, kennt man nicht den Druck, der bei uns auf der Bevölkerung lastet.

(Sehr richtig!)

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Meine Damen und Herren! Ich bedauere zunächst, daß uns weder das vorgesehene Finanzstatut noch die Zahlen des Finanzberichtes schriftlich vorgelegen sind. Das würde es möglich machen, ein viel klareres Bild über viele Dinge zu gewinnen. Ich möchte vorweg als erste Anregung geben, daß uns in künftigen Fällen solche Unterlagen schriftlich an die Hand gegeben werden, und zwar frühzeitig.

(Sehr richtig!)

Ein zweiter Wunsch, den ich habe, ist der, daß uns auch ein Prüfungsbericht an die Hand gegeben wird. Ich weiß nicht, welche Stelle die Prüfung vorgenommen hat. Jedenfalls würde für uns der Prüfungsbericht von Wert und von Bedeutung sein.
Nun zu den Zahlen als solchen! Wir haben einen Etat vor uns und einen Apparat, der außerordentlich umfangreich ist und der, glaube ich, im Moment der Währungsumstellung dem Parteivorsitzenden und dem Sekretär sehr große Sorgen machen wird. Wir sind draußen - ich spreche als Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern - nicht der Meinung, daß es immer glücklich war, den Apparat dort ohne vorheriges Benehmen mit den Vorsitzenden aufzubauen, die im Kreis- oder im Bezirksverband von dem betreffenden Beamten der Partei betreut werden sollen. Ich halte es nicht für richtig, daß, wie es in meinem eigenen Wahlkreis, in Ebersberg, passiert ist, plötzlich jemand auftaucht und zum Vorsitzenden sagt: Ich bin der Geschäftsführer in Ihrem Bezirk. Es muß doch eine Zusammenarbeit zwischen den Vorsitzenden des Kreis- oder Bezirksverbandes - in erster Linie kommen die Kreisverbände in Frage - und dem Parteiapparat sichergestellt sein.
Ich möchte mich den Ausführungen des Herrn Ministers weiter anschließen, der der Auffassung war, daß der Ausbau der Sekretariate draußen mit sehr großer Vorsicht und Zurückhaltung in Angriff genommmen werden soll. Der Kassenberichter hat selber gesagt, daß verschiedentlich eher ein Abbau ins Auge gefaßt werden müßte.
Ich würde noch das Problem aufwerfen, ob sich das System, das hier bezüglich der Finanzierung aus Mitgliederbeiträgen vorgesehen ist, als richtig erweist. Wenn man im vorhinein sagt: Es müssen 50% der Beiträge an das Landessekretariat abgeführt werden, so wird darin unter Umständen für Verbände, die an sich schon stark sind - ich denke hier bei uns in Oberbayern an Laufen mit mehr als 2000 Mitgliedern -, eine gewisse Hemmung bezüglich der weiteren Mitgliederwerbung liegen. Wir haben solche Fälle, daß die Verbände sagen: Wir können uns halten; wir sind nicht mehr sehr bemüht. Und das, was dabei erarbeitet werden kann, würde im wesentlichen aufhören müssen.

(Widerspruch.)

Es ist eine Erfahrung, die bisher zutage getreten ist.
Eine Frage, die ich dann noch gerne beantwortet hätte und die ich aus einem schriftlichen Bericht, aus einer Bilanz, wohl hätte ersehen können, ist die, welche Schulden tatsächlich vorhanden sind. Es wurde ein Bankkredit mit RM 25.000 genannt. Bestehen sonst noch Schulden?
Schachtner: Vielleicht noch Außenstände, wie unbezahlte Lieferantenschulden, die aber nicht von größerer Bedeutung sind.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Also keine wesentlichen Schulden außer den RM 25.000, auch nicht solche der Partei beim Verlag drüben?
Schachtner: Im Gegenteil.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Das ist wesentlich, weil es mir bei Beurteilung der Situation von Bedeutung ist.
Dr. *Grasmann*: Es muß der zwölfte Monat noch abgestrichen werden.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Da würde ich gerne hören, wie der Kassenbericht der Verlagsgeschäfte ist. Ich glaube, daß der Landesausschuß ein Recht hat, auch zu erfahren: Wie verlaufen die Kassengeschäfte für den Parteiverlag, und welcher Rechenschaftsbericht, welcher Geschäftsbericht, welcher Prüfungsbericht liegt dort vor?
Das Finanzstatut scheint mir jetzt, so plötzlich hingelegt, nicht so solide geprüft wer-

den zu können, daß eine endgültige Festlegung auf dieses Statut möglich wäre. Ich möchte jedenfalls heute ein solches Statut, weil wir eines brauchen, vorübergehend für tragbar und tolerabel halten; aber ich möchte ihm nicht als dauerndem Statut hier beipflichten und zustimmen.
Dann die Frage der Beitragsfinanzierung. So wie die Finanzierung im neuen Etat uns vorgelegt wird, ist sie ein schwimmender Etat; denn der ganze Etat baut zu einem sehr hohen Prozentsatz auf Spenden, auf den Bausteinen, auf, er baut auf in sehr wesentlichem Umfang auf nicht absolut gesicherten Einnahmen. Ich glaube, man müßte es darauf abstellen, lieber die Ausgabenseite strenger zusammenzustreichen, als sich auf ein so unsolides Podium zu begeben, als welches mir der Etat zunächst doch erscheint. Das muß doch möglich sein. Ich habe sehr lange selber Etats aufgestellt und bin für Etats verantwortlich gewesen. Ich möchte nicht die Geschäftsführung einer so großen, bedeutungsvollen Organisation auf einen nicht klar gesicherten finanziellen Boden gestellt wissen. Ich möchte deswegen meinerseits eher einer Zusammenstreichung des Etats, einer Einschränkung vor allem auf der Ausgabenseite, das Wort reden.
Wenig oder gar nichts wurde noch gesagt von der Finanzierung der Wahlen, die ja heuer durchzuführen sind. Wir haben Ende April die Gemeindewahlen durchzuführen, wir haben Ende Mai die Wahlen zu den Landkreistagen durchzuführen und vielleicht auch die zu den Bezirkstagen der Regierungsbezirke. Auch das wird ein Problem sein, das heuer für die Finanzgebarung und andererseits für die Parteiarbeit sehr, sehr wesentlich ins Gewicht fällt.
Im ganzen gesehen muß ich also sagen: Wir danken für den Bericht, den wir erfahren haben. Aber wir sehen der Entwicklung, die vor uns liegt, nicht beruhigt entgegen, und es scheint mir doch bezüglich der Außenstellen der Partei auf alle Fälle, vielleicht aber auch - man kann das ohne einen genauen Detailbericht, einen Revisionsbericht, nicht sagen - im Landessekretariat eine Zusammenfassung möglich.

(Bravo-Rufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf hier vielleicht dazwischen noch bekanntgeben, und zwar erstens zu der Frage der Vorlage des Finanzberichts: Über den Statuten sind Kommissionen, wer weiß wie lange, gesessen, und zwar deswegen, weil wir nie etwas von oben nach unten aufoktroyieren wollten. Wir haben großenteils die Bezirksvorsitzenden zu Aussprachen zugezogen, haben die Bezirksgeschäftsführer geholt, weil wir ja erst die Erfahrungen sammeln mußten, um eine vernünftige Grundlage zu bekommen. Es handelt sich ja dabei nicht um Paragraphen, sondern es handelt sich darum: Wie soll man es anpacken, wie soll man überhaupt ein System hineinbringen? Wir werden - da gehe ich mit *Hundhammer* ziemlich weitgehend einig - genauso vorgehen, wie wir seinerzeit bei den Statuten vorgegangen sind: Sie werden angenommen, sie werden genauso mit einfacher Mehrheit geändert werden können, wenn es sich nachher, gerade nach der Währungsumstellung, zeigen sollte, daß in irgendeiner Weise eine Abänderung des Finanzstatuts notwendig werden sollte. Eine solche Firma - in dem Fall habe ich Firma gesagt - braucht auch Erfahrungen. Sie können nicht die Grundsätze einer Privatfirma auf eine Partei übertragen.
Ich darf hier auch feststellen: Wenn gewünscht wurde, die Zahlen vorher mitzuteilen, so hätte ich mich, meine lieben Freunde, nicht entschließen können, das zu tun. Denn eine Partei muß unter ganz anderen Gesichtspunkten arbeiten wie eine Privatfirma. Da interessieren die Zahlen bestimmt den Gegner enorm. Aber wir sind daran inter-

essiert, daß er nicht jede Zahl in unserem Finanzbericht kennt. Der Finanzbericht ist in diesem Fall hier dem Landesausschuß vorgetragen. Entweder Sie haben Vertrauen oder nicht. Haben Sie Vertrauen, dann werden Sie auch Anfragen stellen und sich hier die restlose Aufklärung holen. Sie werden das nächste Mal dann vielleicht wieder eine Frage stellen. Aber Sie können nicht verlangen, daß Ihnen diese Zahlen vorher zugeschickt werden, damit Studien angestellt werden, damit aber auch andere Leute die Zahlen mitstudieren können, wie es aufgrund der Erfahrungen, die wir bisher gesammelt haben, der Fall ist.
Ich darf dann vielleicht den Prüfungsbericht verlesen, das ist mit Recht gefordert worden. Der Prüfungsbericht ist sehr lang.

(Widersprechende Zurufe.)

Ich darf vielleicht die wesentlichen Feststellungen, die Sie interessieren, verlesen,

(Zuruf: Ergebnis!)

so wie sie in jeder Aufsichtsratssitzung bekanntgegeben werden.
Es hat die Deutsche Waren-Treuhand-Aktiengesellschaft geprüft. Sie hat festgestellt:

> Die Bücher sind gewissenhaft und sauber geführt. Soweit wir feststellen konnten, sind die Buchungs- und Kassenbelege mit zwei geringfügigen Ausnahmen lückenlos vorhanden. Buch- und Kassenführung waren in der Hand einer Buchhalterin vereinigt, welche nach der uns mündlich erteilten Auskunft außerdem Kassen- und Postscheckvollmacht hatte. Infolgedessen sind einzelne Belege von der gleichen Person sachlich richtig befunden, zur Zahlung angewiesen, ausbezahlt und verbucht worden. Unsere Prüfungen haben jedoch keinerlei Anhaltspunkte für einen Mißbrauch aus der Vereinigung dieser Funktionen in einer Hand ergeben.

Dann ist noch als wesentlich angestrichen - ich lese die angestrichenen Stellen vor:

> Eine schriftliche Anweisung über die den leitenden Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle erteilten Vollmachten, insbesondere hinsichtlich der Verfügungsberechtigung gegenüber der Kasse, fanden wir nicht vor. Wir haben jedoch auch in dieser Hinsicht keine Anhaltspunkte für etwaigen Mißbrauch der tatsächlich ausgeübten Vollmachten ermittelt.

Es wird mir gerade von *Grasmann* gesagt, daß die angeführten kleinen Beanstandungen behoben sind.
Die Schlußfeststellung lautet:

> Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtgemäßen Prüfung der Bücher und Schriften und den uns von der Geschäftsführung erteilten Aufklärungen und Nachweisen entsprechen die Buchführung und der Jahresabschluß den handelsüblichen Grundsätzen, mit der Einschränkung, daß wir die Aufwendungen der beiden ersten Monate des Geschäftsjahres in unsere Prüfungen nicht einbeziehen konnten, weil uns für diesen Zeitraum keine Buchungs- und Kassenbelege vorlagen.

Das ist 1946. Damals war es noch München; infolgedessen waren die Buchungsbelege bei München geführt und nicht bei der Landesgeschäftsstelle. 1947 ist erst abgeschlossen und wird daher erst überprüft werden. Wir hoffen, daß dabei erstens die kleinen Mängel behoben sind und daß wir zweitens den gleichen guten Prüfungsbericht bekommen werden, wie wir ihn jetzt haben.

Damit sind die Auskünfte, die ich zu geben habe, erteilt. Ist noch irgend etwas zu sagen?

(Zuruf.)

Zu den Besonderheiten wegen Laufen kann vielleicht *Schedl* Stellung nehmen.

Dr. *Schedl*: Meine Damen und Herren! Wie die Geschäftsführung ins Laufen gekommen ist, weiß ich nicht; ich war damals noch nicht da. Ich darf aber aus meiner Erfahrung als Bezirksgeschäftsführer sagen, daß die Kreisgeschäftsführer in der Oberpfalz und in Niederbayern, soweit ich das am Anfang teilweise mit betreut habe, damals nicht etwa angestellt wurden gegen den Willen der Ortsvereine oder der Kreisverbände, sondern sie wurden jeweils in genauer Verabredung und in genauer Übereinstimmung berufen. Zunächst einmal wurde grundsätzlich gesagt: Es soll einer hinkommen. Dann kam die Frage: Wer erscheint unter den gegebenen Bewerbern als der geeignete, um dorthin zu kommen? So wird es auch weiterhin gehandhabt.

Ich habe gegenwärtig nur die Schwierigkeiten, daß ich aufgrund der finanziellen Situation allen Wünschen, Kreisgeschäftsführer anzustellen, nicht gerecht werden kann. So oft ich beispielsweise im Landtag bin, kommt der eine oder andere der Herren Abgeordneten und verlangt sofort einen guten Kreisgeschäftsführer für seinen Stimmkreis oder seine Stimmkreise. Aufgrund der finanziellen Lage habe ich bisher gesagt: Bitte, setzen Sie sich beim nächsten Landesausschuß für ein gutes Finanzstatut und für die Beibehaltung des Organisationsapparats ein, dann bekommen Sie sofort Ihren Geschäftsführer; jetzt kann ich es nicht machen, weil es die Situation nicht gestattet.

Zur Frage der Beitragszahlung bei hoher Mitgliederzahl: Zum angeführten Fall Laufen wäre zu bemerken, daß Laufen von dem Monatsbeitrag von einer RM ganz einwandfrei 50% an die Landesgeschäftsstelle abführt. Es sind auch ähnliche Fälle von anderen großen Kreisverbänden da; dort läßt es sich auch machen. Festzustellen wäre allgemein, daß es wesentlich mit an der Aktivität der hauptamtlichen Kräfte hängt, daß die Gelder eingehoben werden. Man muß zum Kassieren zum Parteifreund hingehen - er kommt in den seltensten Fällen und bezahlt von sich aus; er denkt ja wahrscheinlich nicht daran -, damit dann auch die Gelder im Rahmen der Partei entsprechend verwendet werden können.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Parteiverlag!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Moment, dazu ist *Mauerer* da.

Ich darf vielleicht noch etwas Grundsätzliches zur Frage der Geschäftsführer sagen, weil zwei Fälle bemängelt worden sind. Ich darf Ihnen hier versichern: Ich habe das Prinzip, daß die Landesgeschäftsstelle als solche unabhängig von irgendwelchen Richtungen innerhalb der Partei ist. Und als Schwierigkeiten auftraten, habe ich die Schwierigkeiten behoben. Es waren Schwierigkeiten da - das wissen wir alle -, das eine oder andere Mal mit Recht, Beanstandungen, die uns überzeugen konnten, daß man vielleicht im einen oder anderen Fall von dort eben etwas unternommen hatte, was nicht im Interesse der Gesamtpartei lag. Diese Organisation, dieser Apparat muß funktionieren, gleichgültig, ob man sich in der Partei die Köpfe verdrischt, oder ob man gemeinsam, Seite an Seite, durch dick und dünn geht.

Das ist das Prinzip, das ich aufgestellt habe und das ich letzthin erst unseren Leuten in der Geschäftsstelle wieder klar gemacht habe. Ich bin deshalb auch in der Zeit der Spannungen bewußt nicht in die Geschäftsstelle gegangen, um nicht durch meine Anwesenheit die Leute auch nur in ein moralisches Abhängigkeitsverhältnis von irgendeiner Seite der Partei zu bringen; denn wenn die Geschäftsstelle nicht funktioniert,

leidet die Gesamtpartei, leidet nicht etwa nur ein Flügel darunter. Das ist ein Prinzip, das ich aufgestellt habe und das auch von jedem durchgehalten werden muß, der an meiner Stelle steht.
Ich habe es bisher auch bei der Bestellung der Kreisgeschäftsführer so gehalten. Ich gehe davon aus. Ich bin - das wissen Sie alle - ein Anhänger des Prinzips der verantwortlichen Demokratie, wo einer die volle Verantwortung trägt. Er muß infolgedessen auch Vollmachten haben; aber die Kunst besteht darin, die Vollmacht zu haben und von der Vollmacht keinen Gebrauch machen zu müssen. Daher habe ich auch die Vollmachten damals beansprucht und von Ihnen bekommen, die Geschäftsführer zu bestellen. Aber mit meinem Willen ist noch kein Geschäftsführer bestellt worden ohne Absprache mit dem Kreisvorsitzenden oder dem Bezirksvorsitzenden, und zwar deswegen, weil ich auch da der Auffassung bin: Es ist eine Zusammenarbeit notwendig. Infolgedessen will ich wohl das Recht haben zu prüfen, welcher der tüchtigste Kerl ist, den ich hinstellen kann, nicht nach den Richtungsgesichtspunkten, sondern nach der Tüchtigkeit, und dann eventuell dem Kreisvorsitzenden zu sagen: Den kann man gut empfehlen. Auch wenn ich einen Vorschlag habe, wird immer sein Vorschlag akzeptiert, wenn sein Vorschlag besser ist als der Vorschlag, den wir haben. Ich glaube, das Prinzip müßte auch jeder durchhalten, der an dieser Stelle steht; und ich werde meinerseits nie von diesem Prinzip abweichen.
Parteiverlag! Parteifreund *Mauerer* ist, glaube ich, da. Ich darf meinerseits dazu sagen: Sie wissen, die Lizenz für die Bayerische Rundschau, für das Mitteilungsblatt, ist mir gegeben. Da aber der Parteivorsitzende allein nicht die volle Verantwortung für den gesamten Inhalt übernehmen kann - es ist praktisch sogar unmöglich, den Inhalt immer vorher zu lesen -, wurde damals gleich gefragt, wer noch mit bestellt werden kann, der alle Voraussetzungen erfüllt, die von der Information Control Division an einen Lizenzträger gestellt werden. Es wurde damals mit in Absprache mit dem Landesvorstand - ich glaube, es war damals noch der vorbereitende, der erste Parteiausschuß; ich weiß nicht genau, wie wir ihn geheißen haben - *Mauerer* bestellt. Wir beide sind Lizenzträger mit eigener Verantwortung, auch mit eigener wirtschaftlicher Verantwortung. Es ist das nicht immer das Angenehme; man darf nicht immer nur an die Plus-Seite, sondern muß auch an die Minus-Seite denken. Es ist also auf diese Weise eine Einzelkaufmann-Firma, bestenfalls eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechts, die zwischen uns besteht, oder eine offene Handelsgesellschaft in der Weiterentwicklung. Sie wissen, daß man da für jede eingegangene Schuldverpflichtung mit dem vollen persönlichen Vermögen haftbar ist. Das bitte ich zu bedenken, und Sie werden es infolgedessen auch nicht verübeln können, daß dann bestimmte Rückstellungen, Rückstellungen auch für Steuern, zu machen waren. Sie wissen ja, wenn Sie privatkaufmännisch etwas verstehen, wie hoch heute diese Steuern sind, die jeder Betrieb zu zahlen hat und die - ich weiß den genauen Steuersatz nicht; das kann vielleicht *Mauerer* besser sagen -, die aber sehr, sehr hoch hinaufgehen. Und die Besprechungen mit dem Finanzamt laufen noch schwer.
Wir werden dann eines Tages zu einer Regelung für alle Parteien kommen müssen. Bisher habe ich es so gehalten, daß die Beträge, die an die Partei abgeführt wurden, so abgeführt wurden, daß wir steuerlich nicht benachteiligt waren; denn aus lauter Rechthaberei heraus wird man ja denn doch nicht unter allen Umständen dem Staat höchste Steuern zahlen wollen und müssen. Infolgedessen wurden die Beträge nach langer Prüfung und, nachdem ich auch Fühlung genommen hatte mit ähnlichen Gebilden in anderen Zonen, um dort die Praxis zu erfahren, die Beträge so gegeben, daß

sie ein Gegenwert sind für geleistete Arbeit, also ein Gegenwert für die Früchte der Propagandaarbeit und der Werbungstätigkeit für die Rundschau. Nur auf die Weise können Sie sich unnötige Steuern ersparen, wenn Sie eine Leistung hinlegen, denn der Verlag ist ja ein persönlicher Verlag, kein Parteiverlag, weil den Parteien als solchen die Lizenz nicht gegeben wurde.
Meine persönliche Auffassung ist: Sobald die rechtlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind, soll der Verlag übergeführt werden in eine GmbH, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, eine GmbH, die dann, auch wenn persönliche Träger dort sind, so der Partei zur Verfügung steht, daß sie in der Weiterentwicklung immer in der Hand der Partei bleibt, so gestaltet, daß dann, wenn Parteizeitungen erscheinen, diese Parteizeitungen auch in dem Vermögen und im Einflußbereich der Partei bleiben, damit nicht irgend jemand aus der Partei heraus sich mit dem Namen der Partei ein Zeitungsunternehmen aufbauen kann und dadurch einen übermäßigen Machteinfluß auf die Partei gewinnt. Wir sind noch nicht soweit, daß wir das erzielt haben. Es liegen noch nicht die rechtlichen Voraussetzungen dafür vor. Solange, bis sie vorliegen, habe ich diese Praxis eingeführt, die allerdings mit persönlichen Risiken für mich verbunden ist, weil ich nach wie vor für die Steuer haftbar bin, ebenso als *Mauerer*, und weil wir darüber hinausgehend noch die Haftung auch in strafrechtlicher und weiterer Hinsicht für den Inhalt allein tragen müssen.
Jetzt würde ich bitten, daß *Mauerer* einen ungefähren Überblick über den Parteiverlag gibt.

(Zuruf: Es ist schon 13.30 Uhr!)

Ja, es ist schon 13.30 [Uhr]. Vielleicht dürfte ich bitten, *Mauerer*, sich zu kürzen und das Wesentliche zu sagen. Es können ja dann Fragen gestellt werden.
Ich würde, bis *Mauerer* anfängt, rein technisch vorschlagen: Wir werden dann schliessen. Über die Finanzstatuten kann man sich dann wohl auch persönlich unterhalten. Mittlerweile werden die Anträge vorbereitet, die notwendig sind, die formellen Anträge, Genehmigungsanträge, Abänderungsanträge, soweit sie vorliegen, Wünsche, die ausgesprochen worden sind. Da werden wir uns ja im kleineren Kreis noch unterhalten, welche Vorschläge wir Ihnen dann aufgrund der Debatte machen. Ich würde vorschlagen, am Nachmittag dann sofort mit diesen Anträgen zu beginnen. Wenn Sie nicht eine große Debatte darüber durchführen, können wir ziemlich rasch damit fertig sein. Dann beginnen wir mit den anderen Punkten. Wir unterhalten uns dann nachmittags darüber, welcher Punkt der Tagesordnung als nächster behandelt werden soll, damit unter allen Unständen alles richtig durchgeführt werden kann. Bitte, *Mauerer*!
Mauerer: Meine Damen und Herren! Bei den Parteigremien ist es bis jetzt leider immer so gewesen, daß der Vertreter der Parteipresse nicht eingeladen wurde; zum großen Teil waren die betreffenden Sitzungen auch nicht zugänglich. Ich muß leider feststellen, daß ich auch für die heutige Ausschußsitzung keine Einladung bekommen habe, daß ich also sozusagen schwarz hier bin.

(Hört!)

Da ich dementsprechend auch keinerlei Unterlagen hier habe, kann ich Ihnen nicht sehr viel Auskünfte über die Angelegenheiten des Parteiverlags geben, die gut fundiert und schriftlich vorliegen. Ich kann Ihnen nur eine Versicherung aus dem Handgelenk hier abgeben, nämlich die, daß die Bilanz aufgestellt ist und daß unsere finanziellen Verhältnisse bis jetzt in Ordnung waren. Ich bin selbstverständlich jederzeit bereit, dem zuständigen Gremium auch einen entsprechenden Rechenschaftsbericht vorzulegen.

Im wesentlichen haben Sie von den Zahlen, die an die Partei gegeben worden sind, gehört. Wir haben jetzt in letzter Zeit gewisse Rückstellungen insofern gemacht, als ich es für absolut notwendig hielt, die redaktionellen Vorarbeiten für den Fall zu leisten, daß wir eines schönen Tages doch zur Tageszeitung kommen. Wir haben infolgedessen auch bereits verschiedene Nachrichtengeräte und Nachrichtenapparaturen angeschafft und haben für diese Dinge und für diese Zwecke entsprechendes Geld verauslagt. Ich muß in diesem Zusammenhang auch noch darauf verweisen, daß - was Sie ja alle wissen - unsere Auflage im Verlauf des letzten Jahres ganz erheblich gekürzt wurde. Daher haben sich die Beiträge an die Partei im letzten Vierteljahr etwas verringert. Wir haben jetzt auch gewisse Auslagen gehabt für die Herausgabe unseres Buches, für das die Eingänge noch nicht da sind.

(Unruhe.)

Das sind Einzelheiten, die vielleicht im großen und ganzen nicht interessieren.
Aber was ich im wesentlichen sagen möchte und sagen kann, was Sie auch aus den Berichten bereits gehört haben, ist folgendes: Die finanzielle Situation des Parteiverlages ist durchaus gesund und braucht in keiner Hinsicht irgendeine Prüfung zu scheuen. Das ist im wesentlichen das, was ich zu sagen habe. Ich bin gerne bereit, nach entsprechender Vorbereitung Ihnen die einzelnen Angaben besser fundiert vorzutragen.
Staatsminister Dr. *Seidel*: Meine lieben Parteifreunde! Als ich vorhin die Ziffern gehört habe, die der Parteiverlag an die Partei abgeliefert hat, war ich außerordentlich erstaunt. Solange wir eine an die Person gebundene Lizenz besitzen, solange wird es nicht möglich sein, daß z.B. eine Stadt ein Theater nach ordentlichen geschäftlichen Grundsätzen führen kann, solange wird es auch nicht möglich sein, daß eine Partei aus einer Zeitung, für die zwei Lizenzträger bestimmt sind, ordentliche Abführnisse ziehen kann. Ich habe unseren Parteivorsitzenden im Verdacht, daß er sich überwunden und einen guten Steuerjuristen zugezogen hat, um dieses Problem zu lösen; denn es ist wirklich eine Schwierigkeit, auf der einen Seite die Steuersätze zu beachten, auf der anderen Seite die sich aus diesem eigenartigen Lizenzwesen ergebenden persönlichen Haftungsschwierigkeiten auszugleichen und es trotzdem fertigzubringen, immerhin einen Betrag von 108.000 RM in die Parteikasse fließen zu lassen.
Ich bitte den Herrn Vorsitzenden aber, bei den zukünftigen Besprechungen mit der Militärregierung, mit OMGUS, auf diese Schwierigkeiten hinzuweisen. Solange wir nicht in der Lage sind, eine Parteizeitung, unabhängig von einer persönlichen Lizenz im bisherigen Umfang und in der bisherigen Übung, zu erhalten, wird es nicht möglich sein, ein Parteiorgan zu schaffen, das unabhängig nur den Interessen der Allgemeinheit der Partei dienen kann.

(Bravo-Rufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dazu darf ich vielleicht nur eine Feststellung treffen. Die Anregung von *Seidel* ist sehr gut. Aber, meine lieben Freunde, in der Politik muß man Politik machen; und ich bitte Sie, dabei zu bedenken, daß z.B. in der englischen Zone das dahin geführt hat, daß die Parteien nicht die Lizenz bekommen haben, sondern wieder nur einzelne Leute, und die mit der Auflage, an eine Partei überhaupt nichts zu leisten. Z.B. die Verhältnisse in Hamburg, die Verhältnisse in Köln beweisen das. Dort ist auf die Weise sogar die weitere Erscheinung aufgetreten, daß diese Pressemenschen - das möchte ich eben unter allen Umständen verhindern - dann völlig ausserhalb der Partei stehen, mit dem Namen der Partei ihre Leser bekommen, aber

nicht nur vermögensrechtlich der Partei keine Hilfe geben, sondern auch politisch ihre Politik völlig unabhängig von der Gesamtpartei gestalten.
Deswegen muß man in langsamer, vernünftiger organisatorischer Entwicklung zu dem endgültigen Status kommen, daß dann einmal vielleicht eine GmbH geschaffen werden kann und daß dann die Rechte, soweit sie übertragen werden können, auf diese GmbH übertragen werden. Ich bitte, mir zu vertrauen, daß ich da wirklich alles tun werde, was im Interesse der Gesamtpartei liegt, so wie ich es bisher, ohne dazu verpflichtet zu sein, als Selbstverständlichkeit gehalten habe, dafür zu sorgen, daß das, was wir irgendwie herausarbeiten können, der Partei zustatten kommt, und zwar dadurch, daß wir eben diese steuerrechtliche Möglichkeit als Gegenleistung für die Werbung und die Propaganda schaffen. Große Diskussionen darüber wären deswegen nicht sehr zweckmäßig, weil Sie damit nur die vernünftige Weiterentwicklung stören könnten.
Dr. *Horlacher*: Reden wir doch aneinander nicht vorbei! Das Wesentliche der Angelegenheit ist, daß die Lizenzträger, die hier genannt worden sind, dick und fett werden. Das ist nämlich die Sorge!

(Heiterkeit.)

Wir wollen doch nicht aneinander vorbeireden!

(Zurufe.)

Das ist die Sorge, Herr Kollege *Hundhammer*.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Das ist die Sorge nicht, daß die anderen nicht dick und fett werden sollen. Die werden es auch ohne das. Aber die Partei soll dadurch gestützt werden! - Große Heiterkeit. - Erneuter Zuruf: *Michel* [*Horlacher*], hast Du eine Lizenz? - Gelächter und Heiterkeit.)

Jede Lizenz, die an einen Berufsverband oder eine Partei gegeben ist, ist natürlich gewissermaßen der eigentlichen Kontrolle entzogen. Dafür können aber die Lizenzträger nichts. Es ist dann Aufgabe solcher Lizenzträger, in der Vorstandschaft, im engeren Kreis, der dazu unser Vertrauen hat, einmal Rechenschaft zu geben. Wie wird die Rechenschaft aussehen? Ich weiß von vorneherein, wie sie aussieht. Man wird sich bemühen, so viel hinüberzugeben an irgendeine Stelle der Partei, wie es nur möglich ist, als Werbungs- und Propagandakosten. Das ist eine Sache, die mit dem zuständigen Finanzamt ausgehandelt werden muß. Die Geschicklichkeit war so groß, daß ein wesentlicher Betrag ausgehandelt worden ist. Darüber kann man also befriedigt sein.
Das andere ist eine Frage der inneren Sicherung des Unternehmens. Hier wird man auch die entsprechenden Rückstellungen machen, auch im Einvernehmen mit den Finanzbehörden. Unsere dritte Konsequenz ist die, daß diejenigen, die in der Lizenzpresse sind, auf bestimmte Einnahmen angewiesen sind und das übrige im Unternehmen bleibt. Da bleibt allerdings auch nicht viel; denn das übrige nimmt die Finanzbehörde weg. Es ist da tatsächlich nicht mehr herauszuholen, als hier geschildert worden ist. Ich habe auf dem Gebiet vollstes Vertrauen.
Ich möchte zu den übrigen Ausführungen nicht weiter sprechen, sondern dann nur meine Abänderungsanträge anbringen. Das kann man dann über Mittag machen. Die anderen Ausführungen waren gut und schön. Ich will die Sache nicht verzögern, nachdem unser Kalorienstand jetzt allmählich aufgebraucht ist, damit wir heute nachmittag mit größerer Kalorienmenge wieder an die Erörterung des Statuts gehen können.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es sind noch zwei Redner gemeldet. Ich bitte, die Redner zu verlesen.
Dr. *Schedl*: *Haußleiter, Donsberger, Fischer, Josef.*
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit sind also die Wortmeldungen für jetzt erledigt. Die Freunde müssen sich nachmittags weiter zu Wort melden. Ich würde vorschlagen, sich dann nachmittags neu zu Wort zu melden. Darf ich jetzt abschließen und die Rednerliste als erledigt erklären.
Dr. *Schedl*: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie noch einen Augenblick um Geduld. Ich darf zunächst feststellen, daß versehentlich zu viel Freunde im Gremium der stimmberechtigten Delegierten sitzen. Ich bitte Sie zu beachten, daß eigentlich für eine klare Abstimmung die Delegierten vorne und die Gäste rückwärts in den durchgehenden Stuhlreihen sitzen. Dann darf ich Sie noch bitten, die Plätze entsprechend dem Delegiertenausweis zu besetzen, damit eine allenfallsige schriftliche oder namentliche Abstimmung rasch durchgeführt werden kann. Die Vorbereitungen sind getroffen.
Die Hochwasserkatastrophe, die durch den neuen Föhneinfall wieder eingetreten ist, macht einige Umfahrten notwendig: Zur Ratsbergstraße Umleitung über Wiesmannstraße - Ludwigsbrücke; nach Heßdorf über Forchheim; nach Herzogenaurach über Fürth oder Emskirchen. Nicht erreichbar sind gegenwärtig nach der letzten Meldung, die ich habe, Büchenbach, die Stadtrandsiedlung und Alt-Erlangen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Um 15 Uhr kann die Sitzung weitergehen, unter der Voraussetzung, daß die Lokale aufgesucht werden, die auf den Delegiertenausweisen stehen. Dort ist Vorbereitung getroffen, daß unsere Damen und Herren sofort gegen Abgabe des Abschnitts am 3./4. ihr Essen bekommen. Ich darf noch sagen, daß das normale Essen auch bereits durch den Tagungsbetrag abgegolten ist; es ist uns auch Zusatzessen gegeben worden.
Sind Sie damit einverstanden, daß wir bis 15 Uhr schließen? - Kein Widerspruch. Um 15 Uhr beginnt also die Sitzung wieder.

Die Sitzung wird um 13 Uhr 35 Minuten unterbrochen.
Die Sitzung wird um 15.23 Uhr wieder aufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Verhandlung wird wieder aufgenommen. Ich darf Ihr Einverständnis annehmen, daß von jetzt an die Presse anwesend ist. Ich darf hier erklären: Man braucht nicht zu denken, daß wir heute vormittag besondere Geheimnisse besprochen hätten. Aber es ist eine Selbstverständlichkeit für jede Partei, daß sie z.B. ihre finanziellen Fragen im Kern besprechen will. Sonst stehen wir auf dem Standpunkt, daß wir keine Geheimnisse haben, daß der Wille, wie er im Landesausschuß festgestellt wird, auch wenn er vielleicht nach Auseinandersetzungen gefunden wird, ohne weiteres von der ganzen Öffentlichkeit wahrzunehmen ist. Wir haben die Öffentlichkeit nicht zu scheuen, im Gegenteil, unser Wunsch ist es, daß wir mit den Männern, die die öffentliche Meinung bilden, gut zusammenarbeiten.
Ich darf vorschlagen, daß wir jetzt die Debatte über den Finanzbericht, der heute vormittag gegeben wurde, endgültig abschließen. Denn hier sind alle Fragen geklärt worden. Ich darf bitten, die Anträge zu verlesen. Später kommt die Enddebatte über das Finanzstatut.

(*Sporer*: Mir gefällt der Finanzbericht nicht, weil die Besetzung der Kreissekretariate von der Landesgeschäftsstelle ...)

Das gehört zum Finanzstatut. Da mußt Du Dich hernach melden.

Dr. *Grasmann*: Ich habe die Anträge nicht selber verfaßt und weiß nicht recht, ob ich sie lesen kann.
Dr. *Käss*: Es werden folgende Anträge gestellt:

1. Die Jahresrechnung 1946 wird gemäß § 10 der Satzung genehmigt und dem Schatzmeister Entlastung erteilt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich gleich darüber abstimmen lassen. Wer enthält sich? Eine Stimmenthaltung. Wer ist dagegen? Einstimmig angenommen bei einer Enthaltung.
Dr. *Käss*:

2. Der Landesausschuß der CSU in Bayern wolle beschließen: Gemäß § 48 Ziffer 2e der Satzung der CSU in Bayern wird das in Anlage[7] beigefügte Finanzstatut der CSU mit Wirkung ab 1. Januar 1947 in Kraft gesetzt.

Genügt das? Muß nicht der Haushaltsplan genehmigt werden?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jetzt kommt zuerst der Haushaltsplan. Über das Finanzstatut wird nicht diskutiert werden. Über das Jahr 1947 kann er in der nächsten Landesausschußsitzung beschlossen werden, weil der Bericht für 1947 erst nach Prüfung durch die Treuhandgesellschaft gegeben werden kann.
Wir kommen jetzt zum Antrag wegen des Voranschlages für 1948. Ich stelle folgenden Antrag:
Dr. *Käss*:

Der Haushaltsvoranschlag für 1948 der CSU in Bayern wird gemäß § 48 Ziffer 2d der Satzung genehmigt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf darüber abstimmen lassen. Wer enthält sich? Sechs Enthaltungen. Wer ist dagegen? Bei sechs Enthaltungen einstimmig genehmigt.
Jetzt kommen wir noch zur Enddebatte über das Finanzstatut. Ich bitte, diese Debatte möglichst kurz zu halten.
Dr. *Horlacher*: Ich glaube, die Sache können wir möglichst rasch machen: Der erste Änderungsantrag geht dahin, in § 4 Ziffer 2a anstatt 30 Teile 40 Teile zu setzen. Dieser Abänderungsantrag betrifft den Kreisverband, der statt 30 Hundertstel 40 Hundertstel erhält.
Dann muß eine Ziffer 4 aufgenommen werden, die lautet:

Bei den großstädtischen Bezirksverbänden bleibt Sonderregelung vorbehalten.

Das wären die zwei Änderungen zu § 4. Man könnte die Änderungen sofort beschliessen, wenn keine Debatte gewünscht wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Auswirkung ist klar.
Dr. *Grasmann*: Ich habe darauf hingewiesen, daß das Finanzstatut einen vorläufigen Charakter trägt. Die Organisation ist jung, und wir wissen nicht, wie sich die Dinge entwickeln. Infolgedessen ist es meines Erachtens heute vielleicht problematisch, sich über die Dinge lang zu unterhalten. Ich bin gleich auf den Vorschlag *Horlacher* eingegangen, weil wir erst im Laufe des kommenden Jahres sehen, wie wir durchkommen. Die Änderung wirkt sich natürlich nach oben und unten beim Landesverband bzw.

[7] Diese Anlage findet sich im Anhang, Dok. Nr. XX, S.1811ff.

beim Kreisverband um 20% aus. Trotzdem habe ich mir einen Stoß gegeben und gesagt: Bitte schön, wollen wir der ruhigen Entwicklung der Dinge entsprechend dem Vorschlag *Horlachers* zustimmen.
Ich würde also vorschlagen, daß wir die beiden Abänderungsvorschläge annehmen. Erstens den Abänderungsvorschlag von 30 auf 40 bei der Kreisgeschäftsstelle, wodurch sich die letzte Ziffer, der Anteil des Landesverbandes, von 50 auf 40 Teile ermäßigt. Zweitens schlage ich vor, die Formulierung aufzunehmen:

Für die Bezirksverbände München, Augsburg, Nürnberg erfolgt Sonderregelung.

Würzburg bleibt offen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf darauf hinweisen, daß die Annahme des Antrages eins 20% weniger Einnahmen beim ordentlichen Etat für die Landesgeschäftsstelle ausmachen. Das bedeutet 96.000 Mark minus. Ist dann der Etat durchzuhalten?
Dr. *Grasmann*: Ich muß allgemein nochmals zum Voranschlag sagen: Wir haben heute vormittag über den Etatvoranschlag gesprochen. Es gibt wohl kein Unternehmen und keine öffentliche Körperschaft oder ein ähnliches Gebilde, wie es die Union darstellt, die in der Lage wären, einen Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1948 nur auf einigermaßen brauchbarer Grundlage aufzustellen. Die Zukunft des Jahres 1948 ist derartig ungewiß, daß es sehr schwer sein wird zu balancieren. Der Herr Kultusminister *Hundhammer* hat sehr recht, wenn er sagt: Dieser Etat ist ein sehr schwimmender Etat. Denn alle Positionen sind schwimmend. Ich habe den Etat sehr verspätet zu Gesicht bekommen und habe mich dabei gefragt: Ist es überhaupt zweckmäßig, Ihnen heute schon einen Jahresvoranschlag zuzumuten, den Sie hier genehmigen sollen? Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß die Herren, die sich der Stimme enthalten haben, sehr guten Grund dazu haben. Denn es ist fast unmöglich, einen Voranschlag vorzulegen, der Aussicht hat, eingehalten zu werden.

(Sehr richtig!)

Trotzdem ist es ja schon hervorgehoben worden, daß es eine dankenswerte Aufgabe der Landesgeschäftsstelle war, daß sie sich den Kopf darüber zerbrochen hat. Das ist eine Selbstverständlichkeit für die Landesgeschäftsstelle. Aber es war für Sie alle interessant zu sehen, wie man sich die Zukunft denkt. Ob sie so kommen wird, bezweifle ich sehr. Deshalb bin ich auch der Auffassung, daß [wir] diese so hoch liegende Zahl von 96.000 Mark, die ich in den Augen des Hauptgeschäftsführers auch zu werten bitte, wegen der Problematik der ganzen Zahlen doch nicht allzu tragisch nehmen sollen. Wir müssen die Finanzierung des Landesverbandes im Jahre 1948 über kurz oder lang doch auf eine vollkommen neue Basis stellen.
Infolgedessen bitte ich Sie, meinen Gedankengängen zu folgen, daß wir uns vielleicht im Herbst des Jahres 1948 gerade über diese Schlüsselung des § 4 noch einmal unterhalten müssen. Deshalb bitte ich, dem Vorschlag *Horlachers* zuzustimmen, trotz der Auswirkungen, die er auf diesen problematischen Haushalt zunächst haben wird.
Nerreter: Mir scheinen die Ausführungen des Herrn Vorredners nicht ganz folgerichtig zu sein. Gerade wenn man glaubt, daß man einer unsicheren nächsten Zukunft entgegengeht, erscheint es doch zweckmäßig, der Landesvorstandschaft die entsprechenden Mittel an die Hand zu geben, damit sie dann in der Lage ist, im Notfall mit entsprechenden Mitteln einzugreifen.

(Zuruf: Und die anderen?)

Dr. *Schedl*: Meine Damen und Herren! Es geht mir im Augenblick nicht so sehr um die genannte Summe, sondern es handelt sich darum, daß durch diese Änderungen zunächst, und zwar solange das Finanzstatut gilt oder gelten wird, die ordentlichen Einnahmen um 20% verringert werden. Denn 10% der Gesamtsumme des Mitgliederbeitrages machen, auf die Hälfte umgelegt, 20% aus. Das ist eine glatte Rechnung für mich, das heißt nicht für mich persönlich, sondern für den Etat der Landesgeschäftsstelle.

Gerade wenn wir einen unsicheren Etat machen, bedingt durch die allgemeinen Verhältnisse, müßten wir zusehen, daß wenigstens in der Grundmodulierung getan wird, was getan werden kann. Die Kreisverbände, die 10% mehr bekommen sollen, bekommen in Wirklichkeit 33,33% mehr von dem, was sie früher hatten. Die Kreisverbände haben nicht die Hauptauslagen. Die Geschäftsführer werden von der Landesgeschäftsstelle aus bezahlt. Ich bitte Sie, das nochmals zu erwägen. Denn die an sich kleine Zahl von 10% wird auf längere Sicht erhebliche Auswirkungen haben.

Dr. *Horlacher*: Von den aufgeteilten Geldern geht aber finanziell nichts verloren. Wenn es sich im Laufe der Zeit herausstellt, daß dadurch ein erhöhtes Leben in den Kreisverbänden Platz greift, wenn ihnen ein Teil der Einnahmen verbleibt, kommt es wieder herein. Das ist so wie mit dem Zylinder vom Bürgermeister, der seine Jahresrechnung beanstandet bekommen hat, weil er sich einen Zylinder angeschafft hat. Es wurde beanstandet, daß der Zylinder auf die Gemeindekasse verrechnet war. Der Bürgermeister hat zurückgeschrieben und trotzdem war dann der Hut in der Rechnung drin.

(Heiterkeit.)

So ähnlich ist es mit dem Verhältnis zwischen Kreisverband und Landesverband. Das läßt sich nach verschiedener Richtung hin bestimmt organisieren. Das kann man ruhig der Entwicklung überlassen. Es dient aber dazu, Beruhigung bei den Kreisen zu schaffen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir sind heute früh bei der Diskussion davon ausgegangen, daß es zwischen Kreisverband und Bezirksverband geht. Jetzt geht es zwischen Kreisverband und Landesverband. Niemand kann voraussehen, wie sich die Verhältnisse entwickeln werden. Wenn ich nicht scharf dagegen Stellung nehme, daß in diesem Fall die Landesgeschäftsstelle gekürzt wird, dann deswegen, weil wir im kommenden Jahr die Gemeindewahlen haben und die Hauptlasten draussen auf den Kreisen liegen werden. Das ist einer der Gründe, warum ich in diesem Fall versuchen würde, einen Ausgleich zu finden.

Allerdings hat *Schedl* recht: So wie der Vorschlag gemacht ist, ist die Kürzung zu groß. Da kann man bei uns nicht die Balance in der Landesgeschäftsstelle halten. Deswegen könnte man überlegen, wie es wäre, wenn man den Betrag halbiert und 5% sagen würde, so daß die Minderung nur 10% ausmachen würde, also 48.000 Mark. Soviel müßte man bei uns sparen, und es würde den Kreisverbänden eine gewisse Basis geben.

Ich glaube, das wäre eine gerechte und vernünftige Lösung, die wirklich mit einer solchen Mehrheit angenommen werden könnte, daß man das Empfinden haben könnte, wir sind uns auch in diesem Punkte einig.

Dr. *Horlacher*: Ich schlage vor, anstatt 30% bei den Kreisverbänden 35% und anstatt 50% bei Landesverband 45% zu sagen. Dann ist auch der Ausgleich gegeben.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gut, machen wir es so.

Schwägerl: Es wird eine Schwierigkeit bedeuten, wenn wir diese Änderung vornehmen, weil bereits verschiedene Kreisverbände für das Jahr 1947 die 10% mehr bezahlt haben. Ich möchte mein Geld wieder zurückhaben, das ist eine Selbstverständlichkeit. Da muß Gerechtigkeit walten. Es hat keinen Sinn, wenn wir hier wegen der 5% schon einen Kuhhandel machen wollen. Wir wollen sehen, was Ende des Jahres los ist. Wenn die Währungsumstellung gekommen ist, kann man immerhin noch eine Änderung machen. Es bleibt in einer Kasse. Der Landesverband ist uns sicher. Wenn wir kein Geld haben, muß der Landesverband für uns aufkommen. Das ist ganz logisch. Wenn die Verbindung zwischen Landesverband, Bezirksverband und Kreisverband entsprechend ist, wird es eine prima Sache werden. Wenn kein Mensch hinkommt, können sie sich nicht aussprechen.
Ich bin dafür, daß wir die Satzung so lassen: 50%, 30, 10 und 10. Bei mir haben sämtliche Ortverbände geäußert, sie wollen mindestens 30% haben. Ich muß sagen, die Ortsverbände haben die ganzen Kassierereien vorzunehmen, und es ist ganz klar, daß die Hauptarbeit wieder nur auf ihnen liegt. Es ist nicht so einfach. Die wenigsten, die hier sind, sind Ortsverbandsvorstände. Sie sind höchsten[s] Kreisverbandsvorstände oder Bezirksverbandsvorstände.
Ich bitte darum, daß die 50% bleiben.
A.W. Schmidt: Ich würde den Vorschlag machen, daß, wenn schon die Kreisverbände eine Erhöhung ihrer Beiträge bekommen, im gleichen Atemzug die Kreisverbände verpflichtet werden, ihre alten Schulden endgültig abzutragen, mindestens bis zum 28. Februar. Das macht mindestens 80.000 Mark aus.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das können wir nicht einklagen.
Mayr (Fürth): Ich würde vorschlagen 45 und 35%. Dann würde ich aus zwei Gründen, nämlich aus Gründen der Haftung und aus dem Grunde einer guten Abrechnung, die Rechtskraft erst zum 1. Januar 1948 aussprechen. Eine rückwirkende Kraft müßte ich ablehnen. Wir würden sämtliche Vorstandsmitglieder nachträglich mit der Haftung belasten.
Schwägerl: Dann sind diejenigen, die ehrlich waren, wieder die Dummen.

(Zuruf: Im Gegenteil! Widerspruch.)

Dr. *Horlacher*: Bei § 4 Ziffer 2a muß es heißen anstatt 30 Teile 35 Teile und bei Ziffer 3 in der letzten Zeile anstatt 50 Teile 45 Teile. Dann kommt eine neue Ziffer 4 dazu:

Bei den Beizrksverbänden München, Augsburg Nürnberg erfolgt Sonderregelung.

Im letzten Paragraph, im § 15, muß es heißen:

Dieses Finanzstatut tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1948 in Kraft.

Dr. *Grasmann*: Dann muß ein Antrag angenommen werden, der Ihrem Vorschlag entspricht und heißen muß:

Für das Jahr 1947 ist die Schlüsselung nach § 4 10 Ortsverband, 30 Kreisverband, 10 Bezirksverband und 50 Landesverband.

Dann ist es der Status, wie er war, so daß die Verbände, die bereits ordnungsgemäß bezahlt haben, nicht die Dummen sind.
Schwägerl: Die anderen müssen auch zahlen.
Dr. *Grasmann*: Die anderen müssen nachzahlen.
Dr. *Geiselberger*: Zum letzten Vorschlag möchte ich zu bedenken geben, daß Bezirksverbände und Kreisverbände da sind, die für das Jahr 1947 nur sechs Mark kassiert

haben. Wie sollen diese in der Lage sein, jetzt nachträglich aus einem Beitrag von zwölf Mark pro Jahr diese Summen abzuführen?
Staatsminister Dr. *Krehle*: Das soll die Vorstandschaft persönlich bezahlen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir haben uns den Überblick draußen verschafft, wir wissen ungefähr, was draußen los ist.
Dr. *Geiselberger*: Ich möchte nicht auf den unberechtigten Vorwurf eingehen, den Du heute vormittag gemacht hast. Ich beteilige mich jetzt nicht an der Debatte über die Schlüsselverteilung. Da ich mich am Vormittag nicht beteiligt habe, tue ich es jetzt auch nicht.
Was ich in meinem Kreisverband aufbringe, davon gebe ich zum allermindesten 90% an meinen Bezirksverband und an den Landesverband ab. Ich selbst begnüge mich mit dem Rest von höchstens 10% für den Kreisverband. Aber ich erinnere daran, und vielleicht erinnerst Du Dich auch daran: Ich habe bereits bei der letzten Ausschußsitzung, wo über den Mitgliedsbeitrag von einer Mark verhandelt worden ist, meine Bedenken zum Ausdruck gebracht, ob wir diesen Beitrag von allen unseren Parteimitgliedern würden hereinbekommen können. Ich habe damals meine Bedenken geäussert und die Erfahrungen des letzten halben Jahres und letzten Jahres haben meine Bedenken leider gerechtfertigt.

(Sehr richtig!)

Es war nicht möglich ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Da gibt es nur einen Ausweg: Verdoppelung der Mitgliedschaft.
Dr. *Geiselberger*: Nein, die Praxis wird so aussehen: Mit zwölf Mark werden wir eine Halbierung unserer Mitgliederzahl bekommen. Das war wenigstens das Ergebnis der Anfrage, die ich an alle meine Ortsverbände hinausgegeben habe, wie die Mitteilung von der Festsetzung eines Jahresbeitrages von zwölf Mark gekommen ist. Auf meine Anfrage ist von den Ortsverbänden die Antwort gekommen: Bei Erhebung von zwölf Mark werden wir mit einem Mitgliederverlust von 50% rechnen müssen.
Staatsminister *Krehle*: Es kommt darauf an, wie man die Frage stellt.
Dr. *Geiselberger*: Nein, Herr Minister! Ich habe die letzte Aufstellung, die wir von der Finanzabteilung des Landessekretariats bekommen haben, hier. Aus ihr geht hervor, daß bis zum Dezember erst 38% des Umlagesolls für 1947 erfüllt worden sind. Wenn wir diese Zahlen lesen, kommen mir meine großen Bedenken, ob die letzten 60% von den Kreisverbänden im Jahre 1948 für die Landeskasse noch hereinkommen werden.
Aufgrund dieses Ergebnisses für das Jahr 1947 habe ich meine großen Bedenken, ob die Ziffern, die wir heute genannt bekommen haben, nicht auf tönernen Füßen stehen, ob sie praktisch verwirklichbar sind. Ich sage noch einmal: Ich wende mich nicht gegen den Verteilungsschlüssel und bin nach wie vor bereit, 90% der Mittel, die ich in meinem Kreisverband aufbringe, für den Bezirk und für das Land zur Verfügung zu stellen. Aber ich habe meine Bedenken aufgrund meiner Erfahrungen, ob ich in der Lage bin - und ich glaube, viele Kreisvorsitzende werden darin mit mir übereinstimmen - von allen bisherigen eingeschriebenen Mitgliedern einen Beitrag von zwölf Mark hereinzubekommen. Das ist das einzige große Bedenken, das ich gegen den Voranschlag habe.
Wenn ich heute umgekehrt davon gehört habe, daß unser Mitgliederstand von 82.000 für Bayern das untere Minimum dessen ist, was eine an sich schlagkräftige Partei an Mitgliedern ihr eigen nennen sollte, dann habe ich meine Bedenken, ob sich nicht auf

dieser Basis die Mitgliederzahl der eingeschriebenen Mitglieder noch weiter verringern wird. Bei einer weiteren Verringerung der Mitgliederzahl wird der Etat, den wir für 1948 aufgestellt haben, auch ins Rutschen kommen.
Dietrich: Zur sofortigen Erledigung der von Parteifreund *Horlacher* in Aussicht genommenen Sonderregelung bei großstädtischen Bezirksverbänden möchte ich folgenden Antrag stellen:

Bei großstädtischen Bezirksverbänden wird der Verteilungsschlüssel des Kreisverbandes mit dem des Bezirksverbandes vertauscht.

(Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Er wird vereinbart.
Dietrich: Die Regelung kommt nie.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Leichter draußen als hier.
Butterhof: Meine Damen und Herren! Wenn einer praktisch draußen steht, wie Sie alle, weiß er, was es für eine Schwierigkeit ist, anstatt 50 Pfennig eine Mark zu bekommen. Wenn festgestellt wird, daß mit 82.000 Mitgliedern kaum eine aktionsfähige Partei gegeben ist, dann kommt das zum großen Teil davon her, weil die Mitglieder nicht einmal bereit sind, eine Mark im Monat für die Durchsetzung ihrer christlichen Ideen auf politischem Gebiet zu opfern. Wenn ich an Diasporagegenden denke wie Nürnberg oder Oberfranken, so muß ich feststellen, daß dort die Leute automatisch zahlen. Sie zahlen ihr Markerl, und der Fall hat sich.
Meine Damen und Herren! Ich glaube, es kommt darauf an, daß wir selbst ernsthaft anfangen, es den Leuten zu sagen. Ich habe es in der letzten Zeit erlebt, daß auch auf Versammlungen in Gegenden, wo das Geld sehr schwer sitzt, bei genügender Darstellung der Aufgaben, die zu bewältigen sind, der dauernden Finanznot, in der wir uns befinden, ein Verständnis zu erzielen ist. Ich glaube, daß der Landesausschuß als das berufene Gremium hier einen Entschluß faßt, der allen Mitgliedern draußen nahelegt, daß wir dieses Märkelchen haben müssen, solange wir es noch aufbringen können. Dann wird es die Mitgliederschaft bereitwilliger zahlen, vor allem wenn sie sieht, daß die Union wirkliche Unionspolitik macht. Daran liegt auch viel.

(Sehr richtig!)

Frau Dr. *Probst*: Meine Herren! Ich glaube, wir müssen auch eine gewisse Staffelung bei Familienangehörigen eintreten lassen. Wir können nicht für jedes weitere Mitglied den gleichen Beitrag in gleicher Höhe verlangen. Das ist eine Anregung, die von verschiedener Seite schon an mich herangetragen worden ist.
Dann habe ich gewisse Bedenken, wenn ich das gleich hier äußern darf, in der Frage der Benzinzuteilung, hier gleichsam als Zuckerl für brave Kinder mehr Benzin zu geben. Denn gerade in Kreisen, die brachliegen, brauchen wir Benzin und nicht in Kreisen, die an sich schon florieren. Auf diese Weise werden die Kreise, die an sich schon sehr schwer und hart in der Arbeit sind, weiter geschädigt. Ich möchte das doch noch zu bedenken geben.
Dr. *Grasmann*: Was Frau Dr. *Probst* mit Staffelung meint, haben wir im § 3 vorgesehen, aber nicht im Einzelfall, sondern generell. Wir haben vorgesehen, daß die Orts- bzw. Kreisvorstandschaften, soweit keine Ortsverbände bestehen, die Beiträge in besonderen Fällen auf Antrag herabsetzen können. Wir wollen nicht so viele einzelne Fälle aufführen. Da müßten wir Flüchtlinge und verschiedene andere Fälle auch eigens nennen. Deshalb haben wir es so gefaßt.

Ich darf noch um Zustimmung zu folgender Ergänzung bitten: Ich habe mir die Dinge gerade noch einmal überlegt und gesehen, daß in § 10 "Jahresrechnung" etwas vergessen worden ist, nämlich wie die Jahresrechnung des Landesverbandes vorgenommen werden soll. Bei den übrigen Organisationen macht es die Mitgliederversammlung. Beim Landesverband wäre das zu umständlich. Die Jahresrechnung muß hier wohl vom Landesausschuß vorgenommen werden. Und darum darf ich Ihnen vielleicht noch einen Nachsatz oder Zusatz verlesen, der lautet:

> Die Entlastung des Landesvorstandes und des Landesschatzmeisters obliegt dem Landesausschuß.

Also dem Gremium, das heute hier versammelt ist. Ich bitte, das noch nachtragen zu dürfen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren! Hier stehen so viele Anträge, daß ich sie wirklich nicht alle überblicken kann. Ich glaube, wir müssen [uns] zunächst einmal mit der grundsätzlichen Annahme des Finanzstatutes befassen, so daß es vom 1. Januar 1947 an in Wirksamkeit gesetzt wird, daß aber für das Jahr 1948 in Abänderung des § 4 folgende Regelung beschlossen wird. Wir müssen die Rechtsgrundlage für die Einhebung der Beiträge auch für das letzte Jahr bekommen. Infolgedessen muß das Finanzstatut in Wirksamkeit gesetzt werden vom 1. Januar 1947 an. Das vom Landesschatzmeister vorgetragene Statut wird von ihm selbst in § 4 dergestalt geändert, daß es in Ziffer 2a 35 Teile heißen muß - Ziffer 2b bleibt -, in Ziffer 3 statt 50 Teile 45 Teile.
Ist das jetzt klar oder muß der § 4 noch einmal verlesen werden?

(Zuruf: Nein!)

Zu dieser Änderung brauchen wir keinen Antrag.
Ich glaube, wir können von einer nochmaligen Verlesung absehen.
Mayr (Fürth): Die Frage der Haftung beginnt auch erst am 1. Januar 1948.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Frage der Haftung der Vorstandschaft muß für das vergangene Jahr auch eine Rechtsgrundlage haben. Infolgedessen muß das Finanzstatut vom 1. Januar 1947 ab in Wirksamkeit gesetzt werden. Sonst hängt der gesamte Apparat in der Luft.
Das Finanzstatut ist bekannt in der Abänderung, wie es jetzt vorgetragen wurde. Ich stelle den Antrag, das vom Landesschatzmeister vorgelegte Finanzstatut wird beschlossen und mit Wirkung vom 1. Januar 1947 an in Kraft gesetzt. Es wird dann ein zweiter Antrag kommen, der Ihnen bekannt ist.
Dr. *Horlacher*: Zu § 5! Da heißt es:

> Die Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände können für besondere Zwecke Umlagen erheben und Sammlungen durchführen.
> Die Erhebung von Umlagen und Veranstaltung von Sammlungen ist jedoch nur mit Zustimmung der Landesvorstandschaft gestattet. Die Landesvorstandschaft kann die Zustimmung mit Auflagen verbinden.

Diesen letzten Zusatz halte ich im Interesse der Finanzgebarung und Finanzwerbung für außerordentlich verhängnisvoll. Ich würde bitten, den Absatz 2 zu streichen und höchstens zu sagen:

> Bei Erhebung von Umlagen erheblicher Art und bei Veranstaltung von größeren Sammlungen ist jedoch die Landesvorstandschaft in Kenntnis zu setzen.

Das würde meines Erachtens vollständig genügen. Da hat die Landesvorstandschaft doch das Recht, da und dort regelnd einzugreifen, wenn es sich um größere Sachen handelt. Aber die Werbung durch kleinere Sammlungen möchte ich den Ortsverbänden überlassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ganz so kann man es nicht machen. Aber wir müssen auch da rasch eine Einigung finden. Denn es ist selbstverständlich, daß nicht beide durcheinander sammeln können. Wir müssen schon auf eine gewisse Steuerung der Sammlungen hinwirken. Dagegen stimme ich völlig zu, daß man kleine Sammlungen nicht unterbinden kann und soll. Wie können wir das vernünftig machen?
Dr. *Grasmann*: Ich habe heute früh schon kurz begründet, weshalb wir eine derartige Fassung brauchen. Ich will aber angesichts der hier vorgebrachten Gründe auf den letzten Satz -

die Landesvorstandschaft kann die Zustimmung mit Auflagen verbinden

- verzichten. Dieser Satz kann tatsächlich mißverstanden und als Härte empfunden werden. Ich will ihn preisgeben, aber den ersten Satz möchte ich unbeschränkt lassen, ohne den Zusatz "von erheblichem Ausmaß". Denn das Überlassen dessen, was erheblich ist und nicht erheblich, müßte schon von uns aus hier festgestellt werden. Man kann ja von vorneherein gar nicht feststellen, ob eine derartige Sammlung erheblich wird oder nicht.
Ich habe schon gesagt, für eine Weihnachtsveranstaltung oder den Geburtstag des Herrn Vorsitzenden braucht doch nicht bei der Landesleitung angefragt zu werden. Aber bei Sammlungen solcher Art, wie ich es heute früh skizziert habe, z.B. bei Sammlungen der Jugend- oder Studentenorganisation muß unbedingt gefragt werden, weil sich unter Umständen die Dinge überschneiden können.
Ich würde also vorschlagen, den ersten Satz zu belassen und den zweiten auf Anregung von Herrn Dr. *Horlacher* zu streichen!
Dr. *Horlacher*: "Nur mit Kenntnis der Landesvorstandschaft"! Fassen Sie es doch so:

Die Erhebung von Umlagen und Veranstaltung von Sammlungen ist jedoch nur mit Kenntnis der Landesvorstandschaft gestattet.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: "Nur in Übereinstimmung mit der Vorstandschaft"! Machen wir diese Lösung! Dann lautet der § 5 Ziffer 2:

Die Erhebung von Umlagen und Veranstaltung von Sammlungen ist jedoch nur in Übereinstimmung mit der Landesvorstandschaft gestattet.

Der weitere Satz fällt weg. Die Abänderungsvorschläge sind in den Entwurf des Finanzstatutes eingearbeitet.
Dietrich: Der Antrag Nürnberg ist noch zu verbescheiden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Da würde ich vorschlagen, daß wir uns erst im Landesausschuß damit befassen, wenn die Bezirksverbände Nürnberg-Fürth, München und Augsburg mit ihren Kreisverbänden keine Einigung finden. Grundsätzlich wäre es vernünftiger, man würde dort selbst eine Einigung finden, weil die Verhältnisse an diesen Stellen wieder verschieden sind. Infolgedessen würde ich bitten, auf diesen Antrag zunächst zu verzichten, mit dem Vorbehalt, daß ...

(Zuruf: Die Regelung würde den Bezirksverbänden überlassen!)

Das ist schon vorgesehen. Dazu liegt schon ein Abänderungsvorschlag vor, eingereicht von *Horlacher*, bei § 4 eine Ziffer 4 anzufügen:

> Bei den Bezirksverbänden München, Augsburg, Nürnberg erfolgt Sonderregelung.
>
> (Zuruf: Erfolgt die Sonderregelung durch die Bezirksverbände!)
>
> Bei den Bezirksverbänden München, Augsburg, Nürnberg erfolgt die Sonderregelung durch die Bezirksverbände im Benehmen mit ihren Kreisverbänden.

Auch dieser Abänderungsvorschlag ist bekannt und stenographisch festgehalten, so daß ich über den Antrag abstimmen darf auf Annahme des Finanzstatutes und Inkraftsetzung vom 1. Januar 1947 ab. Mit dem Vorbehalt, daß für 1948 noch Sonderregelung beschlossen wird.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Redaktionell ist zu § 12 noch zu sagen, daß er nicht mit § 67 der Satzung übereinstimmt. In § 67 der Satzung heißt es am Schluß:

> Bei Auflösung des Landesverbandes geht das Vermögen der Union je zur Hälfte an die Caritas und an die Innere Mission.

Der § 12 des Finanzstatutes sagt etwas anderes.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Regelung im § 67 ist die weitere Konsequenz. Zunächst würde der Landesausschuß beschließen. Der Landesausschuß kann nur beschließen, wenn er überhaupt noch da ist. Ist er nicht mehr da, dann gilt hier wohl die Satzung. Denn die Satzung sieht die Regelung für den Fall vor, daß kein beschlußfähiges Gremium mehr da sein sollte, so daß ich glaube, daß dieser Einwand wegfällt.
Ich darf zur Abstimmung schreiten.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Darf ich fragen: Gilt das Statut als vorläufig in Kraft gesetzt oder als endgültig bindende Maßnahme?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist nicht vorgesehen, daß das Statut mit qualifizierter Mehrheit abgeändert werden muß. Infolgedessen kann der Landesausschuß jederzeit eine Abänderung beschließen.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Wenn ein Antrag aus der Situation heraus eingebracht wird?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sonst müßte ein Paragraph enthalten sein, daß die Statuten mit einer Mehrheit von soundso viel abgeändert werden können. Dieser Paragraph ist nicht enthalten. Infolgedessen kann der Landesausschuß jederzeit anders beschließen.
Wir kommen endgültig zur Abstimmung. Wer enthält sich? Acht Enthaltungen. Wer ist gegen den Antrag? Bei acht Enthaltungen ist der Antrag einstimmig angenommen.
Jetzt kommt ein neuer Antrag, der noch dazukommen muß, bevor wir den Abänderungsantrag zu § 4 stellen. Gemäß § 3 des Finanzstatutes wird der normale Jahresbeitrag auf RM 12 festgesetzt. Dies ist im Finanzstatut offen gehalten. Der Antrag muß vorweggenommen werden. Darf ich darüber abstimmen lassen? Wer enthält sich? Einer! Wer ist dagegen? Elf sind dagegen. Wer ist dafür? Das ist die weit überwiegende Mehrheit. Ich brauche nicht abzuzählen. Damit ist auch dieser Antrag angenommen.
Jetzt kommt der Antrag, der die Regelung für das Jahr 1948 enthält.
Dr. *Grasmann*: Für das Jahr 1947 waren es die Sätze, wie wir sie drin hatten. Für das Jahr 1948 sind die Sätze 10, 35, 10, 45.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dieser Antrag ist bekannt. Ich darf darüber abstimmen lassen. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Einstimmig angenommen. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung "Finanzstatut" erledigt.
Wir haben jetzt die Wahl, ob wir als weiteren Punkt der Tagesordnung den Punkt Satzung nehmen wollen, oder ob wir die politische Aussprache beginnen wollen. Soweit ich während der Mittagspause festgestellt habe, herrscht allgemein der Wunsch, daß zunächst das Thema Satzung besprochen werden soll und daß dann, weil es eine Möglichkeit gibt, eventuell die Zwischenzeit zu Aussprachen oder Besprechungen innerhalb eines kleineren Kreises auszunützen, zwischen der politischen Aussprache die Besprechungen stattfinden können oder auch am Abend, für den Fall, daß eine Pause eintritt.
Darf ich das Einverständnis des Landesausschusses annehmen, wenn wir jetzt als nächsten Punkt der Tagesordnung den Punkt Satzung behandeln?
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Meine Damen und Herren! Es ist 16 Uhr. Um 20 Uhr beginnt eine öffentliche Kundgebung der CSU Erlangen mit dem Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] als Redner. Wir können nicht länger als bis 19 Uhr beisammen bleiben. Das sind drei Stunden. Morgen nachmittag bis 14 Uhr spätestens muß der Ministerpräsident wegfahren, weil ihn eine Pflicht am Abend in Frankfurt ruft. Wir haben im günstigsten Fall morgen vormittag dreieinhalb Stunden zur Verfügung. Ich stelle einmal ganz ausdrücklich fest, daß der Sinn des Beschlusses von Eichstätt in Satzungsdingen gewesen war, daß wir durch die Parteileitung im Laufe des Monats Oktober eine Vorlage bekommen. Wir haben keine Vorlage bekommen. Wir haben heute einen von der Parteileitung ausgearbeiteten Entwurf erhalten,[8] der sehr viele beachtliche Gesichtspunkte enthält, der also richtig durchgesprochen werden muß.
Nachdem nun vorher kein Material zur Verfügung stand und auf wiederholte Anfrage bei der Geschäftsstelle keines zur Verfügung gestellt werden konnte, ist ein Vorschlag ausgearbeitet worden, der vom Bezirksverband Oberbayern aufgenommen und Ihnen durch vorherige Zusendung unterbreitet wurde.[9] Dieser Vorschlag enthält ebenfalls eine Reihe von Gesichtspunkten, welche durchaus diskutiert und, wenn möglich, in Einklang gebracht werden müssen mit dem Material, das uns heute übergeben worden ist. Es ist das absolut unmöglich in der jetzt zur Verfügung stehenden Zeit zu tun. Denn die Mitglieder des Landesausschusses, welche die vorhergehende Einsendung studiert hatten, hatten sicher keine Zeit, heute während der Finanzdebatte das Studium der anderen unterbreiteten Vorschläge vorzunehmen.
Angesichts dieser Sachlage habe ich die ganz ernste Befürchtung, daß in einem Zeitpunkt, wo nicht bloß die Augen von allen an der bayerischen Politik interessierten Menschen auf uns schauen, sondern wo man in ganz Deutschland auf uns als einen wichtigen Teil der Arbeitsgemeinschaft CDU-CSU sieht, wo wir auch im Ausland beachtet werden, wir zu dem großen wichtigen Gebiet der wirklichen Politik nur in geringem Umfange kommen und in einer unbefriedigenden Weise in einer Aussprache Gefahr laufen, durch die Zeit und die Zahl der Redner diminuiert zu werden. Ich bitte Sie daher, daß man zu einer Normalbehandlung von derart wichtigen Anträgen übergeht, indem man sie einer Vorbearbeitung in einem engeren Kreis unterzieht.

[8] Dieser Entwurf konnte nicht ermittelt werden.
[9] Der Entwurf findet sich im Anhang, Dok. Nr. XX, S. 1816ff.

Ich unterbreite dem Landesausschuß einen Antrag, der darauf abzielt, das Ziel der Satzungsänderung durch folgendes Verfahren harmonisch und sachgemäß zu erreichen.

Der Landesausschuß wolle beschließen:

1. Es wird ein Satzungsausschuß von - ich habe zunächst gesagt - elf Mitgliedern gewählt, der für die Landesversammlung - die bekanntermaßen in drei Wochen stattfinden soll - einen Satzungsentwurf vorbereitet.
2. Diesem Ausschuß werden die für heute eingelaufenen Anträge übergeben mit dem Auftrag, einen Ausgleich als Ziel zu erstreben. Nötigenfalls werden der Landesversammlung für einzelne Bestimmungen Alternativvorschläge unterbreitet, das heißt aus dem Kreis dieser Kommission, wenn nötig, ein Minderheits- und ein Mehrheitsantrag.
3. Der nächsten Landesversammlung soll zur Überprüfung und vorläufigen Verbescheidung dieses Entwurfes eine zweistündige Landesausschußsitzung vorausgeschickt werden, die mindestens sieben Tage vorher unter Übersendung des modifizierten Satzungsentwurfes einzuberufen ist. In dieser Sitzung spricht nur je ein Referent, der sein Referat vorher den Mitgliedern des Landesausschusses schriftlich vorlegt.

Auf diese Weise wird die Möglichkeit geschaffen, daß elf Mitglieder - vielleicht könnte man zu 13 kommen, aus Gründen, die ich gleich sagen werde - die Sache sorgfältig vorbereiten, eine modifizierte Vorlage mit Mehrheits- und Minderheitsvotum unterbreiten, so daß, wer in die Beratung eintritt, genau darauf vorbereitet worden ist. Wer sich dann nicht vorbereitet, hat schließlich kein Recht mitzureden.

(Sehr richtig!)

Da es sich hier um das Zusammenschweißen der ganzen Partei handelt, lege ich sehr großen Wert darauf, daß eine von allen gebilligte Satzung sehr sorgfältig geschaffen wird.

Die Begründung zu meinem Antrag lautet:

1. Der befriedigenden Bereinigung der Frage der Umgestaltung der jetzigen Satzungen aufgrund der gemachten Erfahrungen kommt sehr bedeutende Tragweite zu.
2. Einer der vorliegenden Anträge konnte vor der heutigen Sitzung nicht studiert werden, da er erst bei Beginn der Sitzung in die Hände der Teilnehmer kam - oder sind es zwei? Diese Anträge enthalten sehr wichtige Einzelheiten.
3. Alle Anträge zusammen enthalten wenigstens zwölf zu diskutierende Punkte. Diese Diskussion müßte die politische Aussprache sehr abkürzen und könnte trotzdem keine befriedigende Lösung in dieser Sitzung des Landesausschusses finden.

(Sehr gut!)

4. Der Dringlichkeit könnte Genüge geleistet werden durch Einhaltung der im Antrag genannten Termine, so daß wir mit dieser Sache bis zum 24./25. Januar, für welche Tage die Landesversammlung vorgesehen ist, fertig werden. Dann hätten wir in der Termineinhaltung das gleiche erreicht, wie wenn wir heute im Galopp über die Dinge hinweggehen und eine Minderheit nach der einen oder anderen Seite überritten wird und die Landesversammlung wiederum in endlose Diskussionen hineingerät.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, zu diesem Verfahren überzugehen, das die Satzungsbehandlung normalisiert, so wie es im Sinne der Eichstätter Beschlüsse gewesen ist.
Ich mache darauf aufmerksam: Wenn der Landesausschuß zu dem Ergebnis kommt, er wird in eine Debatte über die Satzungsentwürfe eintreten, und sei es auch nur über einzelne Punkte, dann fühlen sich die Vertreter der einen Auffassung gezwungen, das Ganze einer Diskussion zu unterstellen und ihren Standpunkt, der mit dem innersten Gefüge der Partei sehr viel zu tun hat, voll und breit darzulegen. Dann bin ich aber sicher, daß es dann zu einer politischen Aussprache in genügendem Rahmen und zu einer Formung des politischen Willens der Union in diesem ganz besonders wichtigen Augenblick nicht kommt.
Daher bitte ich Sie inständig, in der Richtung zusammenzuwirken, daß wir ein normales und dadurch fruchtbares und erfolgbringendes Verfahren anwenden.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es zeigt sich in solchen Fällen immer - ich darf darauf hinweisen -, daß sich einige Freunde besonders veranlaßt fühlen zu klatschen. Ich glaube, wir tun uns viel leichter und handeln viel vernünftiger, wenn wir in diesen Aussprachen - denn es handelt sich bei der Landesausschußsitzung immer um eine Aussprache - von Beifalls- und Mißfallenskundgebungen absehen.

(Zuruf: Das hätte man vorher auch schon machen müssen!)

Das ist eine viel vernünftigere Auseinandersetzung.
Ich darf ferner zu dem, was *Pfeiffer* vorgetragen hat, sagen. Die Landesversammlung hat damals folgendes beschlossen:

> Die vom Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] eingebrachten Vorschläge werden an den Landesausschuß verwiesen, der sie nach der Neuwahl seiner Vertreter bis Mitte November zu beraten und notwendig werdende Änderungen in die Satzungen einzubauen hat. Der Vorschlag des Landesausschusses wird der nächsten öffentlichen Landesversammlung der Union zur Beschlußfassung vorgelegt.

Die Neuwahl der Mitglieder dieses Landesausschusses war endgültig abgeschlossen am 6. Dezember. Damals hat als letzter Bezirksverband Unterfranken seine Mitglieder neugewählt gehabt. Wenn wir hier Beschlüsse fassen, müssen wir uns an die geltenden Statuten halten. Dazu ist eben notwendig, daß in einer guten Demokratie die Partei von unten nach oben durchgewählt ist.
Wenn *Pfeiffer* ferner von Oktober gesprochen und erklärt hat, es hätte der Antrag schon im Oktober vorgelegt werden müssen, dann darf ich daran erinnern, daß damals in Bayern die Regierung gebildet wurde.
Damals bin ich, gerade unter Beeinflussung auch durch Herrn *Pfeiffer* in den damaligen zuständigen Gremien, in die Regierung hineingegangen. Ich glaube, man konnte so viel Loyalität von allen Seiten erwarten, daß in einem solchen Fall das Interesse des Volkes und der Gesamtunion irgendeinem Sonderinteresse bei der Behandlung dieser Statuten vorangeht.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Das ist ein Mißverständnis meiner Worte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Pfeiffer*, ich habe keine Schärfe hereingebracht. Ich darf hier feststellen: Ich habe mir größte Mühe gegeben, in der Union zusammen mit der Regierung für die Union zu arbeiten. Ich habe die Loyalität bis zum Letzten durchge-

halten. Ich darf erwarten, daß auch in den Fragen, die die Partei betreffen, die Loyalität von allen Seiten gehalten wird und Fairneß ein Prinzip für alle Seiten ist.

(Sehr richtig!)

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Selbstverständlich.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dabei kann erwartet werden, daß die Schärfe, wie sie jetzt von *Pfeiffer* in die Debatte hereingebracht wurde, nicht anhält.

(Widerspruch.)

Wir müssen dazu kommen, daß wir endlich einmal offene Fragen bereinigen, daß bestimmte Prinzipien besprochen werden. Sie können nicht nur in einem kleinen Ausschuß besprochen werden. Es muß festgestellt werden, welche Haltung die Bezirksverbände einnehmen, welche Haltung die gesamte Partei einnimmt, nicht nur, welche Haltung von dem einen oder anderen eingenommen wird. Um Überreiten irgendeiner Gruppe kann es sich dabei nicht handeln. Dieser Ausdruck ist bedauerlich gewesen.
Ich darf dann zu den weiteren ...
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Zur Aufklärung, zur Richtigstellung! Ich glaube, von objektiver Seite nicht in dem Sinne verstanden worden zu sein, daß ich nicht die Entwicklung vom Monat Oktober absolut in Rechnung gestellt hätte, sondern, wogegen ich Einspruch erhebe, ist, daß heute von Seiten der Parteileitung wichtige Anträge unterbreitet werden, die den Mitgliedern des Landesausschusses vorher nicht vorgelegt worden sind, die man nicht durchstudieren konnte, sondern daß auf wiederholte Anfrage von der Geschäftsstelle erklärt wurde, es läge nichts da und es könne nichts übergeben werden.
Es haben sich dann mehrere Leute zusammengesetzt und eine Ausarbeitung gemacht, die vom Bezirksverband Oberbayern aufgenommen worden ist. Wir bekommen nun heute von der Landesparteileitung eine Ausarbeitung, die wir nicht studieren können. Dieses Nichtvorbereitetsein in normaler Weise ist der Punkt meiner Beanstandung.
Selbstverständlich kann ich mich an meine eigene Haltung im Monat September und Oktober sehr gut erinnern. Wenn die Beanstandung einer nicht normalen Vorbereitung als Schärfe angesehen wird, so bedauere ich das außerordentlich. Ich habe das Interesse, daß wir über alle Gegensätze hinweg endlich einmal aus diesen peinlichen Auseinandersetzungen herauskommen. Das kann nur durch Normalisierung des Verfahrens geschehen.
Meine Damen und Herren! Wir haben keine andere Wahl, als daß wir, wenn diese Frage aufgerollt wird, sie behandeln oder daß wir Politik treiben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bisher ist Politik getrieben worden! Die Angriffe gingen nicht etwa von der Parteileitung aus. Ich verzichte darauf, weiter diese Themen zu behandeln. Ich würde bitten, daß jetzt der nächste Redner, *Haußleiter*, spricht.
Haußleiter: Unser Parteifreund *Pfeiffer* hat uns heute schon sehr viele wesentliche Anregungen zur Verfahrensfrage gegeben. Wir wollen nicht in der Diskussion über Verfahrensfragen steckenbleiben. Ich glaube, in einem wesentlichen Punkt müssen wir ihm zustimmen: Die Einzelheiten der Satzungsänderung können wir heute nicht definitiv und im einzelnen beraten. Darüber sind wir uns einig. Aber ebenso klar ist der Auftrag der Landesversammlung an den Landesausschuß, die entsprechenden Beschlüsse für Satzungsänderungen zu fassen und sie vorzulegen. Bitte, überlegen Sie nun mit mir einen Weg, in dem wir Auseinandersetzungen vermeiden und uns wirklich auf einer gemeinsamen Basis finden können. Ich meine, es wäre folgender Weg:

Wir gehen nicht in die Einzelheiten der Diskussion, aber wir entscheiden die zwei entscheidenden und wichtigen Probleme, um die es hier grundsätzlich geht, damit der Ausschuß, der dann den Entwurf durchberät, eine gewisse klare Marschroute hat. Das bedeutet, meine Freunde, keine Vergewaltigung der Minderheit. Das wollen wir nicht. Denn die Minderheit wird ja dann immer vor die Landesversammlung treten und von sich aus Vorschläge machen können. Aber eines widerstrebt mir als undemokratisch durchaus, daß wir jetzt einen Ausschuß wählen und ihm die ganze Entscheidung überlassen sollen.

(Zuruf: Mißverständnis!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Kraus*, durch besonders kräftigen Stimmaufwand geht die Debatte nicht weiter.
Kraus: Das ist doch so, daß lauter Diskussionen Zeit vergeuden.
Haußleiter: Der Ausschuß würde ganz ohne Zweifel ohne Marschroute von der Landesversammlung arbeiten können. Ich schlage vor, wir bilden den Ausschuß, den Parteifreund *Pfeiffer* vorschlägt. Über zwei Punkte aber sprechen wir uns aus, damit der Ausschuß weiß, was der Landesausschuß grundsätzlich will.

(Sehr richtig!)

Dann entscheiden wir nach Mehrheit und Minderheit.
Meine Damen und Herren! Das ist das demokratische Verfahren. Anders können wir nicht. Wenn wir einer solchen Entscheidung ausweichen, hieße das, wir lassen die Minderheit über die Mehrheit bestimmen und das wäre undemokratisch. Ich glaube, da sind Sie mit mir alle einer Meinung.
Unterhalten wir uns also über folgende zwei Grundprobleme, die zur Debatte stehen: Halten wir das Präsidialsystem der bisherigen Verfassung aufrecht, daß ein Mann die Verantwortung trägt und sich die Mitarbeiter sucht, oder gehen wir über zum Kollegialsystem, wie wir es vor 1933 hatten? Das ist eine klare Frage. Stellung zu nehmen ist Sache des Landesausschusses, die Einzelheiten auszuarbeiten Sache des Satzungsausschusses, den wir wählen.
Ebenso ist es mit der zweiten Frage: Halten wir das regionale, das föderative System in der Zusammensetzung unserer Parteigremien aufrecht oder gehen wir über zu einer Verteilung der Stimmen nach der Zahl der Mitglieder?
Das sind meiner Ansicht nach die zwei entscheidenden Grundfragen, um die es in der ganzen Auseinandersetzung der Union geht.

(Widerspruch.)

Erlauben Sie mir, ich habe es immer getan, in dieser Frage die Dinge beim Namen zu nennen. Wenn Parteifreund *Pfeiffer* sagt: Ja, wenn über diese Fragen hier gesprochen wird, müssen wir auch in alle anderen Einzelheiten hineingehen, so leuchtet mir das nicht ganz ein, meine Freunde. Aber wir wollen dann niemanden bedrücken, dann müssen wir es in Kauf nehmen. Aber es ist dann seine Verantwortung, wenn er diesen Prozeß für notwendig hält, wenn dadurch die politische Diskussion erschwert oder gefährdet wird.
Ich meine, ein vernünftiger Kompromiß wäre besser: Der Ausschuß berät die Einzelheiten, die große Marschroute, komprimiert auf diese zwei grundsätzlichen Entscheidungen, legt in demokratischer Diskussion und Abstimmung der[10] Landesausschuß

[10] In der Vorlage: "den".

fest. Dann haben wir eine Entscheidung. Ich glaube nicht, daß die Union dieses Fortschleppen und Verlegen der Entscheidungen in die Ausschüsse und dann doch nicht Rechtzeitigfertigwerden auf die Dauer verträgt. Wir haben es erlebt.
Meine Freunde! Sprechen wir uns nüchtern, sachlich, klar über die Tatbestände aus: Hier die Frage Präsidialsystem oder Kollegialsystem, hier die Frage, ob regionales System oder Stimmenverhältnis nach der Zahl der Mitglieder. Das sind die zwei Grundfragen. Werden diese entschieden, dann geht der Ausschuß mit klaren Grundlagen an seine Arbeit. Der Landesausschuß aber hat dann die Aufgabe nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt, zu der er von der Landesversammlung beauftragt worden ist.
Dr. *Horlacher*: Ich würde bitten, diese Frage einmal wirklich leidenschaftslos zu behandeln und einmal keine Zwischenrufe, auch keine Beifallskundgebungen zu veranstalten. Ich möchte vor allen Dingen nicht haben, daß diese Frage der Satzungsänderungen wieder so ein Gesicht bekommt, als sei sie eine Frage, die wieder einer Krisis der Parteiführung nahekommt.

(Sehr gut!)

Das möchte ich unter keinen Umständen haben. Auch möchte ich mit aller Deutlichkeit als Politiker betonen: Seit der Zeit, in der wir in Eichstätt beieinander waren, ist schon viel Wasser den Berg hinuntergeflossen; wir sehen es zur Zeit an den Hochwassern. Die Lage hat sich also vollständig verändert; und ich bin Politiker genug, daß ich mich immer der jeweiligen Lage, die da und dort eintreten kann, anpasse.

(Anhaltende Heiterkeit.)

Wir sind wieder bei den Grundsätzen angelangt! Die Grundsätze müssen schon dasein; aber die Grundsätze dürfen nicht ein solches Übermaß erreichen, daß der politische Verstand dadurch verdummt wird.
Worauf es mir ankommt, sind folgende Dinge: Einmal kommt es mir darauf an, daß die Union wirklich das Gesicht einer Union trägt, denn der Zeitpunkt dazu ist notwendigerweise da, und die Zeit drängt so sehr danach wie noch nie. Darüber brauchen wir miteinander gar nichts zu reden. Wer da der Parteivorsitzende ist, das tritt bei mir, wenn ich das erörtere, vollständig in den Hintergrund. Bei manchen mag dies in den Vordergrund treten; bei mir ist das momentan gar nicht der Fall, sondern mir kommt es darauf an, daß die Organe der Partei, die ja in der Satzung enthalten sind, von dem jeweiligen Vorsitzenden so eingesetzt werden, wie es die politische Lage erfordert. Und es sind genug Organe da: Die engere Landesvorstandschaft, die Landesvorstandschaft, der Landesausschuß und die Landesversammlung. Da ist schon viel Demokratie drin; wenn das Instrument richtig gespielt wird, reicht es zur Unterhaltung restlos aus.
Es kommt dann noch die Sonderunterhaltung derjenigen, die immer noch auf dem Standpunkt vom Oktober 1947 stehen, nämlich die Sonderunterhaltung, ob jetzt an der Spitze der Partei ein, zwei oder drei Vorsitzende stehen. Das ist eine Frage für sich. Wir müssen doch die Kinder immer beim Namen nennen. Wir gehen um den heißen Brei herum. Es sind große Diktionen, die darin enthalten sind. In Wirklichkeit handelt es sich bloß um die zwei Bestandteile: Wie sieht die Führung der Partei aus? Wie ist die Zusammensetzung des Parteiapparates? Um die zwei Fragen dreht es sich, und über die zwei Fragen müssen wir uns unterhalten.
Deshalb wäre es ganz gut - dazu braucht man keine langen Reden zu halten -,

(Heiterkeit.)

wenn der Herr *Pfeiffer* seinen Standpunkt in aller Kürze darstellen würde. Wir sind jetzt durch die wiederholten Diskussionen auf dem Gebiet so weit fortgeschritten, daß wir nicht mehr schwerfällig sind. Wir haben rasch begriffen, worum es sich da handelt. - Ebenso soll der Herr Dr. *Josef Müller*, genannt *Ochsensepp*, auch seinen Standpunkt darlegen, oder ein Herr seiner näheren Umgebung, damit wir den Entwurf, den die Parteileitung gemacht hat, uns auch zu Gemüte führen können. Das wäre die Diskussion zu diesem Punkt. Alle anderen Punkte würde ich zunächst einmal zurückstellen.
Es gibt da auch verschiedene Lösungen. Es gibt nicht nur eine; es gibt mehrere. Es gibt nicht nur die Lösung *Pfeiffer*, es muß nicht einer dasselbe Liedchen pfeifen, sondern es gibt auch andere Lösungen. Wir wollen die Lösungen dann hier einmal hören; man kann sie in dem Kreis sicher gut hören. Wenn das erledigt ist, können wir vielleicht eine Abstimmung darüber herbeiführen, welcher Lösung der eine oder andere Mann zuneigt, damit diese Kommission dann eine Richtlinie hat, wie sie die übrigen Satzungsparagraphen entsprechend umgestalten und ausgestalten muß.
Ist diese Frage erledigt, dann kommt die Frage des Aufbaus der Partei. Da ist die Entsendung der Vertreter zu klären. Von welchen Maßstäben geht man bei der Entsendung der Verteter aus? Entweder von der Stimmenzahl der Partei in den Bezirken oder von den Wählern in den einzelnen Bezirken oder von der Einwohnerzahl der einzelnen Bezirke? Es gibt also verschiedene Maßstäbe. Man müßte durchsprechen, welcher Maßstab hier den einzelnen Interessen am besten Rechnung trägt. Am besten aber, man entfernt sich davon. Es gibt nämlich auch noch andere Maßstäbe; das sind ideale Maßstäbe, die bei mir auch eine Rolle spielen.

(Bravo!)

Bei mir spielen nicht bloß die rechnerischen Maßstäbe, sondern auch die idealen Gesichtspunkte eine Rolle, die ich trotz mancher Meinungsverschiedenheiten nie aus dem Auge verliere; denn die Dinge, aus dem Handgelenk gestaltet und geordnet, sind meistens nicht gut.
Also, die zwei Punkte, Herr Minister *Pfeiffer*, das sind die wesentlichen. Wollen wir einmal den Stier bei den Hörnern packen, fangen wir einmal da an! Aber in aller Liebe und Freundschaft, so wie es die Weihnachts- und Neujahrszeit gebietet; sonst haben ja unsere kürzlichen Neujahrswünsche gar keinen Wert. Wir wollen also wünschen, daß wir in Frieden und Eintracht diese Entscheidung erreichen. Es falle die Entscheidung so oder so; erkennen wir die Entscheidung an, und die Geschichte ist für uns erledigt! Aber es darf nach außen hin nicht das Gesicht tragen, als ob es sich hier um die Beseitigung eines krisenhaften Zustandes in der Partei handeln würde. Das möchte ich unter keinen Umständen haben. Fangen wir also an, indem wir den Punkt eins einmal zur Diskussion stellen, das heißt die Zusammensetzung der engeren Vorstandschaft, und indem hier einmal die Gesichtspunkte dargelegt werden vielleicht von je einem Redner oder noch einem dritten Redner dazu.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es haben sich noch fünf Redner gemeldet. Ich glaube nicht, daß sich alle Redner zur Geschäftsordnung gemeldet haben.
Ich darf zu dem, was *Horlacher* gesagt hat, persönlich nur feststellen: Ich selbst habe keinen Vorschlag gemacht. Ich habe in der Landesversammlung meine Meinung geäußert, und dabei bleibe ich. Ich bleibe bei dem, was ich erklärt habe, um dort wirklich allen Strömungen zu begegnen. Ich habe erklärt: Ich bin der Auffassung, daß unter Aufrechterhaltung des Grundsatzes des Präsidialprinzips einer, ganz gleichgültig, wie er heißt - mir geht es dabei wirklich um die Entwicklung der Union auch in der

fernen Zukunft und nicht um mich -, die Verantwortung trägt. Er ist zu wählen von der Landesversammlung.
Dann soll man zwei Stellvertreter haben; diese beiden Stellvertreter sollen gewählt werden vom Landesausschuß. Ich habe die Gründe damals entwickelt. Ich brauche nicht im einzelnen darauf einzugehen. Die Hauptgründe sind folgende: Es besteht sonst eine Gefahr. Wenn die Landesversammlung ein größeres Gremium, und sei es auch nur drei Leute, wählt, dann wird der Kompromiß zum Prinzip erhoben dadurch, daß man dann leicht zum Vorsitzenden den Kontrahenten, der die nächste Stimmenzahl hat, dazupackelt. Zum Schluß wird zusammengepackelt, und es kommt keine klare Entscheidung heraus. Einer hat die Verantwortung; versagt er, macht er Fehler, dann bekommt er sein Mißtrauensvotum, hat abzutreten oder wird eben nicht mehr gewählt. Die zwei anderen, die ihn vertreten müssen, sind eine Notwendigkeit, wenn unsere Christlich-Soziale Union noch mehr arbeiten muß in der Gesamtunion Deutschlands. Dann wird die Zeit des jeweiligen Landesvorsitzenden so beansprucht, daß er schon aus diesen Gründen heraus Vertreter haben muß. Es empfiehlt sich dann, zwei Vertreter zu haben.
Bis jetzt hätte ich das Recht gehabt, die Vertreter selbst zu bestellen. Ich habe aber bisher so gehandelt, daß ich damals, als die Leute in den engeren Vorstand berufen wurden, ausdrücklich die Zustimmung des Landesausschusses eingeholt habe, ausgehend von dem Prinzip, das ich heute zum Ausdruck gebracht habe: Eine Vollmacht muß man haben, damit man entscheiden kann, aber die Kunst besteht darin, daß man die Vollmacht nicht ausnützt. Das war das Prinzip, das ich gehabt habe. Aus dem Grund habe ich auch keine eigenen Vorschläge entwickelt, weil ich die Vorschläge aus der Union selbst heraus kommen lassen wollte.
Es liegen nun drei Vorschläge vor: Ein Vorschlag von *Pfeiffer*, eingereicht von *Hundhammer* - für den Bezirksverband Oberbayern hast Du ihn, glaube ich, eingereicht -, ein Vorschlag von der Jungen Union; unter Zugrundelegung der verschiedenen Vorarbeiten hat die Landesgeschäftsstelle ihrerseits, und zwar *Schedl*, der auch seine Erfahrungen gesammelt hat, nach Besprechung mit verschiedenen Herren und Dr. *Käss*, der die Entwicklung der Union von allem Anfang an mitgemacht hat, dann noch einen Vorschlag ausgearbeitet, der versucht hat, allen Wünschen gerecht zu werden, auch den vorliegenden Vorschlägen, und das noch aufzunehmen, was dort nicht vorgesehen war.
An einem liegt mir bei allen Vorschlägen und bei allen Diskussionen: Das ist die Notwendigkeit der Einarbeitung der Arbeitsgemeinschaften in die organische Konstruktion der Union. Ich bin der Auffassung, wir leiden in Deutschland viel zu stark darunter, daß wir heroische Politik, Politik von Heroen machen und uns viel zu viel über Namen unterhalten. Wenn Auseinandersetzungen notwendig sind - sie sind in einer so großen Partei notwendig -, dann müssen sie unter realen Gesichtspunkten geführt werden und unter Gesichtspunkten der Realpolitik des Alltags. Deswegen soll die Union so gegliedert sein, daß sie getragen wird von diesen Arbeitsgemeinschaften: Arbeitsgemeinschaft Junge Union, Arbeitsgemeinschaft der Frauen der Union, Arbeitsgemeinschaft Ausgewiesene - Union der Ausgewiesenen -, Arbeitsgemeinschaft Arbeitnehmergruppen. Es ist dann noch im Aufbau oder im Anfang des Aufbaues die Arbeitsgemeinschaft Handel, Gewerbe und Industrie. Innerhalb der Bauern, die in der Union vertreten sind, war es bisher nicht notwendig, eine eigene Arbeitsgemeinschaft zu schaffen, weil wir uns sonst nur in eine Konkurrenz mit dem Bauernverband begeben hätten. Infolgedessen habe ich bisher davon abgesehen, hier eine eigene Pla-

nung vorzusehen. Daran liegt mir, weil ich glaube, daß dann sachliche Gesichtspunkte in die Politik der Union kommen, daß eine gewisse Dynamik in die Union hineinkommt und daß auch die Bewegkraft der Gesamtunion verstärkt wird. Das sind die einzigen Interessenpunkte, die ich selbst im Rahmen der Gesamtdiskussion vertreten werde.

Nun liegt die Anregung *Horlacher* vor: Zunächst soll vielleicht *Pfeiffer* kurz die Gesichtspunkte des Vorschlages *Pfeiffer/Hundhammer* vortragen. Dann würde ich auch einen kurzen Vortrag der Hauptgesichtspunkte des Vorschlags der Jungen Union für zweckmäßig halten; dann kurze Darstellung dessen, was die Landesgeschäftsstelle vorlegen will. Wir kennen dann die Prinzipien, die Freunde wissen ungefähr, in welche Linie die einzelnen Vorschläge gehen.

Dann kommt die Abstimmung über die Frage, ob bestimmte Prinzipien vorentschieden werden sollen. Wir sind uns, glaube ich, alle darüber klar, daß noch ein kleiner Ausschuß gebildet wird; darüber besteht wohl Klarheit und Einstimmigkeit. Dagegen ist noch die Frage zu entscheiden, ob Vorentscheidungen getroffen werden über die zwei Prinzipien, die von *Haußleiter* aufgezeigt wurden. Dann kommt die Frage, wie die Debatte weitergeführt wird. Ich glaube, man könnte mit der weiteren Prozedur einverstanden sein.

Darf ich *Pfeiffer* bitten zu sprechen.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Es tut mir sehr leid, ich kann nur zur Geschäftsordnung sprechen.

Es liegt ein Antrag *Pfeiffer* vor, der folgenden Standpunkt einnimmt, den ich noch einmal vertreten will: Es liegen nun für den Landesausschuß nicht weniger als drei Ausarbeitungen vor. Die eine habe ich vor zehn Minuten in die Hand bekommen; der Betreffende sagte mir, daß er die Ausarbeitung der Landesleitung bis jetzt überhaupt noch nicht gesehen hat.

(Hört!)

Meine Damen und Herren, das betrachte ich als eine Bagatellisierung einer so wichtigen Frage. Drei Arbeitskreise und ernsthafte Gruppen von Menschen befassen sich damit, etwas Gesundes zu erarbeiten, und dann soll man einfach darüber hinweggehen und kurzerhand in einer ganz anders gesteuerten Debatte einen ganz anderen Weg gehen. Das ist eine Bagatellisierung, die ich der Wichtigkeit der Sache nicht als angemessen erachte.

Ich habe keine Verzögerungspolitik getrieben, denn es ist auf drei Wochen begrenzt. Ich habe keine Verzögerungspolitik empfohlen. Ich habe auch nicht irgendwie ein Prinzip empfohlen, sondern ich habe vorgeschlagen, daß dieser Kreis die drei Ausarbeitungen zusammenfassend überprüfen und dort, wo es notwendig ist, ein gemeinsames Referat erstatten soll mit Mehrheitsvotum und mit Minderheitsvotum, damit eine geklärte Sachlage vor den Landesausschuß kommt; nur zu dem Zwecke. Es kann dabei durchaus herauskommen, daß die Anregungen, die der Herr Vorsitzende vorhin besprochen und die der Parteifreund *Haußleiter* seinerseits auch geäußert hat, und andere Anregungen dabei von der Gesamtpartei angenommen werden. Was ich will, ist ein gesetzmäßiges Verfahren in der Regelung unserer inneren Angelegenheiten. Und das halte ich nicht für gegeben, wenn so verfahren wird, daß jetzt plötzlich Entscheidungen vorweggenommen werden sollen und dann der übrige kleine Rest von dem, was die Leute ausgearbeitet haben, einer Kommission gegeben wird, die das dann auch noch behandeln kann.

So ist es in Wirklichkeit. Ich will nicht, daß diese Kommission nun die Anträge annimmt, an deren Ausarbeitung ich mit beteiligt gewesen bin als einer von mehreren, die das gemacht haben, weil ihnen auf ihre Anfrage die Geschäftsstelle gesagt hat, sie habe kein Material zur Verfügung. Das bitte ich festzuhalten, und deswegen habe ich den Antrag gestellt, weil ich glaube, daß wir damit innerhalb von drei Wochen zu einer guten und sauberen Bereinigung dieses Problems kommen, ohne daß wir heute unsere Debatte mit einer weitgehenden Auseinandersetzung über einige Einzelfragen erhitzen müssen, die dann durch die ganze Satzung hindurchgehen und infolgedessen nicht mit wenigen Worten abgetan werden können.
Darum bitte ich Sie noch einmal, dem Antrag, den ich gestellt habe, Ihre Zustimmung zu erteilen, damit wir das auf diesem Weg normalisieren. Im übrigen darf ich feststellen, daß auch der Herr Parteivorsitzende schon zur Sache und nicht nur zur Geschäftsordnung in diesen Dingen gesprochen hat, so daß also auch ich einiges einstreuen durfte.
Dr. *Kroll*: Ich möchte zur Geschäftsordnung nur folgende Bemerkung machen: Wenn wir das Verfahren *Pfeiffer* annehmen - und das scheint an sich das Logische und Einwandfreie zu sein zur Abkürzung überhaupt des Verfahrens, zur Gewinnung [von] Zeit für die politische Debatte -, dann ist folgendes zu bedenken: Damit wir in der Lage sind, die Kommission richtig zusammenzusetzen, dürfte es sich, Herr Staatsminister, empfehlen zu wissen, für welche Grundprinzipien die betreffenden Herren, die in die Kommission gewählt werden, stimmen. Aus diesem Grunde ist es meines Erachtens erforderlich, diese grundlegende Entscheidung über das Präsidialprinzip und über die Frage der Massierung von Stimmen durch Parteimandate usw. vorher herbeizuführen, also über die zwei Fragen, die *Haußleiter* aufgeworfen hat. Dies nicht nur deshalb, weil der Landesausschuß die Aufgabe hat, eine Marschroute festzulegen - was meiner Überzeugung nach auch richtig ist -, sondern auch deshalb, um überhaupt in der Lage zu sein, diese Kommission sinnvoll zusammenzusetzen. Wenn wir das nämlich nicht tun, dann würde die Zusammensetzung dieser Kommission unter Umständen nach Zufallsgesichtspunkten erfolgen und würde den Willen des heutigen Landesausschusses nicht widerspiegeln.
Ich bitte auch den Herrn Vorsitzenden unbedingt, dem Antrag des Herrn Staatsministers insoweit Folge zu leisten, als die Debatte unbedingt beschnitten werden muß. Wir haben zwei grundlegende Gesichtspunkte, die als die Hauptfaktoren bei den Satzungsänderungen in Erscheinung treten.

(Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Wenn Sie das machen, entscheiden Sie damit heute die Satzung! Es liegen doch drei Entwürfe vor, die zusammengearbeitet werden sollen!)

Die Bearbeitung müßte dann erst erfolgen, Herr Staatsminister! Wir sind uns doch darüber klar, daß hier aus grundlegenden Ideen heraus eine Entscheidung getroffen werden müßte. Die Kommission könnte es ja praktisch auch nicht tun, und wir würden erleben, daß wir die Satzungsdebatte in der Landesversammlung noch einmal bekämen, wo sie uferlos werden würde, weil die Zahl der Beteiligten dort eine viel größere ist. So unangenehm es ist, daß die politische Aussprache überhaupt zurückgestellt werden muß - ich bedauere das außerordentlich, denn es liegt mir sehr viel daran, etwas über die grundlegenden Dinge zu erfahren -, so muß ich auf der anderen Seite doch bitten zu beachten, daß logischerweise, damit überhaupt eine Kommission zusammengestellt werden kann, über die zwei Kardinalfragen des Präsidialprinzips und der Zusammenballung von Wählerstimmen vorher entschieden werden muß.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf vielleicht noch etwas dazwischenschalten und hier darauf aufmerksam machen, daß kein Vorschlag von oben aus ausgearbeitet wurde. So liegt es auch da. Die Landesversammlung hatte damals vorgesehen, daß ein fünfköpfiger Ausschuß gewählt wird, wie ich vorhin gerade festgestellt habe. Die Anträge wurden bekanntlich damals am Schluß der Landesversammlung beschlossen, und es wurde übersehen. Niemand hatte darauf aufmerksam gemacht, daß dieser fünfköpfige Ausschuß noch gewählt wurde. Wir stehen also heute davor, daß wir selbst arbeiten müssen.
Auf der anderen Seite wurde eben gesagt, daß von der Landesgeschäftsstelle nichts vorgelegt worden sei - es war auch von der Geschäftsstelle nichts vorgelegen - und daß dadurch *Hundhammer/Pfeiffer* irgendeinen Vorschlag bis dahin eingebracht haben, weil sie offenkundig darauf gewartet haben, daß zuerst ein anderer einen Vorschlag hinlegen soll. Die Junge Union hat zwar einen angekündigt gehabt, hat ihn aber auch erst in letzter Zeit gebracht. Das Natürliche wäre ja in einem solchen Fall, daß die Landesgeschäftsstelle wartet, bis die beiden anderen Vorschläge da sind, so daß nicht einer immer auf den anderen wartet.

(*Donsberger*: Warum ist die Landesvorstandschaft nicht einberufen worden?)

Die Landesvorstandschaft war jetzt mindestens jeden Monat beisammen. Aber der Landesvorstand hat in den letzten Monaten ziemlich viel andere Dinge zu entscheiden gehabt. Das bitte ich jetzt nicht zu verkennen, auch wenn man glaubt, daß man im Augenblick wieder aus Parteipolitik heraus in den alten Kampf zurückfallen muß. Ich würde das enorm bedauern.
Es liegt - wir kommen sonst in zu lange Geschäftsordnungsdebatten - der Antrag von *Pfeiffer* vor, überhaupt sofort zur Bildung eines Ausschusses überzugehen und die Debatte von vorneherein abzukürzen. Es liegt ein Antrag vor: Die drei Entwürfe werden in den Grundlinien vorgetragen - nur in den Grundlinien -, damit der Landesausschuß eine bestimmte Klarheit bekommt; dann entscheidet er erst über den Antrag *Pfeiffer*. Es liegt ein weiterer Antrag vor: Es werden zwei Grundprinzipien vorweg entschieden; damit der Ausschuß in bestimmter Linie arbeitet und nicht nur nach irgendeinem Kompromiß sucht, soll jetzt vom Landesausschuß, dem die Verantwortung übertragen ist, eine Grundlinie hier herausgearbeitet werden. Ich halte es in dem Fall für das Zweckmäßigste, wenn ich darüber abstimmen lasse, ob der Landesausschuß die drei Entwürfe im Grundprinzip so vorgetragen haben will, daß jeder Redner fünf, höchstenfalls acht Minuten spricht.

(Zurufe: Nein!)

Mit Nein ist noch nicht abgestimmt. - Darf ich über diesen Antrag abstimmen lassen, das heißt über den Antrag, daß die drei Entwürfe im Prinzip von drei Rednern vorgetragen werden, die fünf bis acht Minuten reden. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Wer ist für den Antrag? - Der Antrag ist mit 60 zu 36 Stimmen angenommen. Damit bitte ich, jetzt die einzelnen Entwürfe vorzutragen. Ich darf vielleicht *Pfeiffer* bitten, die Grundsätze des Entwurfs *Pfeiffer/Hundhammer* darzulegen, und bitte alle drei Redner, sich auf fünf bis acht Minuten einzurichten.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Ich lehne es ab, eine Zumutung zu erfüllen, die darin besteht, einen Gegenstand von dieser außerordentlichen Wichtigkeit, wie ich sie als gegeben ansehe, und einen Gegenstand, den ich fern von persönlichen Meinungsverschiedenheiten erörtert sehen möchte, in einer Zeit zu behandeln, die nicht im entferntesten dafür ausreicht, und in einer Situation, in der ich nicht schuld sein will, wenn der Landesausschuß dann nicht zur Erfüllung seiner höchsten Aufgabe kommt.

Staatsminister Dr. *Seidel*: Zur Geschäftsordnung! Ich glaube, daß unser Kollege Dr. *Pfeiffer* die Prozedur mißversteht. Diese Kurzvorträge sollen ja lediglich dazu dienen, den Versammelten einen Überblick über diese drei Entwürfe zu geben.

(Zuruf: Das ist ja gar nicht notwendig!)

Ohne Entscheidung! Erst hernach soll ja entschieden werden, ob dem einen Antrag stattgegeben werden kann, einen Ausschuß zu bilden, oder ob man über die Grundprinzipien abstimmt. Ich kann diese Entscheidung im Augenblick nicht treffen, denn ich kenne bislang nur einen Entwurf. Ich kenne nicht Euren Entwurf und kenne nicht den von der Jungen Union. Ich muß mich infolgedessen erst informieren; und das geschieht am besten, indem hier mit wenigen Worten gesagt wird, was in jedem Entwurf steht. Dann kommt ja erst die Entscheidung darüber, was geschehen soll. So habe ich wenigstens die Prozedur verstanden.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Es ist vorhin gesagt worden, daß der Landesausschuß in einigen Punkten heute die Direktiven aufstellen soll.

(Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe gesagt: Nach dem Vortrag wird die Frage behandelt, ob der Antrag *Haußleiter* angenommen wird, die zwei Punkte vorzuentscheiden. Wenn die drei Herren referiert haben, werden wir also dann die Debatte haben, ob über die zwei Punkte vorentschieden wird. Das ist doch klar.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Also, es handelt sich um eine reine Kurzinformation.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es handelt sich um die Grundlinien des Entwurfs *Pfeiffer/Hundhammer*. Du kommst zuerst, dann kommt ein Redner der Jungen Union. Wer redet für die Junge Union? Darf ich das gleich feststellen?

(Zuruf.)

Butterhof. Dann spricht *Schedl* zu dem Vorschlag, zum Teil der Kombination, die von der Landesgeschäftsstelle gemacht wurde. - Ich habe, damit wir uns mit dieser Ausarbeitung der Grundlinien nicht zu lange aufhalten - weil sonst die Einzeldebatten wieder losgehen - gebeten, daß jeder der Redner sich auf fünf bis acht oder bis zehn Minuten beschränkt; um zwei Minuten hin oder her geht es dabei nicht. Darf ich jetzt *Pfeiffer* das Wort erteilen.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Unter dieser Voraussetzung, daß mit dieser Ausführung von nur wenigen Minuten keine Präjudizierung für einen Auftrag an die Kommission herbeigeführt wird, bin ich nach dieser Belehrung bereit, kurz die Grundgedanken darzulegen, aus denen heraus der Entwurf entstanden ist.

Ich möchte über die Vorgeschichte des Entwurfs zunächst bemerken, daß im Sommer ein Fraktionsausschuß gewählt wurde, der sich mit diesen Problemen befaßt hat, daß auf der Landesversammlung in Eichstätt eine leider außerordentlich verkürzte Debatte stattgefunden hat, daß dann weiter sich eine Anzahl von Personen mit den Problemen befaßt haben und daß diese sich dann verpflichtet fühlten, einen Vorschlag zu machen, den sie normal unterbreiten wollten.

Grundgedanken dieses Vorschlages sind:

1. daß die Partei föderalistisch gegliedert sein soll;
2. daß die Willensbildung in der Partei immer durch ein Gremium erfolgen soll;
3. daß es kein Gremium in der Partei geben soll, das auf Berufung beruht, sondern nur Gremien, die durch Entsendung aus wählenden und gewählten Körperschaften hervorgegangen sind, und

4. daß bei der Repräsentanz der Partei die verschiedenen Faktoren der Partei in einer einigermaßen gerechten Weise mit ihrem Gewicht in die Waagschale fallen sollen, aber in einer Art und Weise, daß die schwächeren Teile nicht durch die stärkeren Teile überritten werden können, daß dagegen die stärkeren Teile in der Repräsentanz auch etwas stärker hervortreten als bisher und daß dann auch keine zu starken Kumulierungen im Stimmrecht bei den einzelnen Personen erfolgen sollen.

Nun erstens zum Grundgedanken, daß die Partei föderalistisch aufgebaut sein soll. Die öffentlichen Angelegenheiten, welche durch die Partei behandelt werden, gliedern sich in Angelegenheiten des Ortes, des Kreises, des Bezirks und des ganzen Landes mit dem Blick hinein in die Gesamtheit von Deutschland, unter Umständen über Deutschland hinaus. Die normale Grundzelle der Partei ist jene Zusammenfassung von Parteiangehörigen, welche die örtlichen Angelegenheiten behandelt. Diese Grundzelle ist im vollsten Sinn des Wortes ein Verein, und zwar der Ortsverein der CSU; er behandelt die rein örtlichen Angelegenheiten und stellt seine Delegierten in jene höhere Einheit, welche die Angelegenheiten des Kreises behandelt. Daher als Grund der Ortsverein mit einer ziemlich weitgehenden Selbständigkeit.

Die Ortsvereine bilden dann zur Bearbeitung der öffentlichen Angelegenheiten die höhere Einheit, den Kreisverband. Das ist dann nicht mehr ein Verein, sondern ein Verband. Die nächsthöhere Einheit entsteht auf die gleiche Weise als Bezirksverband, wobei ich darauf hinweise, daß ja die Gliederung der Partei auch einigermaßen konform sein muß mit den Grundsätzen, die in der Verfassung festgelegt sind; und das sind zum Beispiel die Regierungsbezirke, ist jenes Territorium, auf dem der Wahlkreis beruht. Dann kommt als oberstes der Landesverband. Die organisatorischen Aufgaben sind von oben nach unten stärker.

Die rein politischen Aufgaben sind von unten nach oben zugespitzt. In einer allerobersten Spitze liegt die Erfüllung jener politschen Aufgaben, welche nicht nur Aufgaben des Landes behandeln, sondern welche übers Land hinausgehen, in die Verbindung zur CDU im Parteipolitischen innerhalb Deutschlands, im Gesamtdeutschen, und bei Fragen wie Frieden und Stellungnahme zu jenen Dingen auch ins Außenpolitische hinein.

Dementsprechend geht nun unser Vorschlag dahin, nicht zu sagen: Wir sind eine Landespartei, der man einfach als Nummer angehört, und man muß dann überall akzeptiert werden, wohin man vom Ortsverein aus kommt. Die normale Grundlage ist die Gemeinschaft, die durch das gemeinsame politische Bekenntnis gefunden ist, der Ortsverein, der sich dann nach oben zu höheren Verbänden zusammenschließt.

Dementsprechend muß man z.B. in der Finanzierung dem Ortsverein das Recht geben, seine Angelegenheiten auch finanziell so zu ordnen, wie er es für zweckmäßig findet. Er kann also den Ortsbeitrag nach seinen Bedürfnissen festsetzen. Er muß aber jeweils die Pflichten gegenüber den höheren Verbänden erfüllen. Er muß auch ein Recht darüber haben, wen er aus den örtlichen Verhältnissen und aus seiner Kenntnis der Personen heraus für geeignet ansieht, Mitglied der CSU zu sein.

Das führt zu dem Problem, ob man Angehöriger des Landesverbandes ist oder der CSU eines Ortes. Nur um das zu streifen! Das verstehe ich unter dem Begriff föderalistischer Aufbau der Partei, wobei das geistige Rüstmaterial von oben kommt und die, wie ich sagte, geistigen großen politischen Aufgaben von unten nach oben sich verdichten und verstärken. Die organisatorischen Aufgaben müssen von oben nach unten

gelöst werden, wobei das Rüstzeug, die Ausarbeitung von Rednermaterial, die Presseerzeugnisse usw., durch die Einrichtung der Landespartei geschaffen wird.
Das ist Nummer 1. Nummer 2 ist der Gesichtspunkt einer Demokratisierung unserer Satzungen. Er geht dahin, daß alle Entscheidungen wichtiger Art durch Gremien und nicht durch Einzelpersonen getroffen werden müssen. Es ist heute bei der Erörterung dieses Punktes schon durchgeklungen, als die Begriffe Präsidialsystem und Komiteearbeit auftauchten, als ob unser Vorschlag aus einer persönlichen Gegensätzlichkeit gegenüber dem Parteivorsitzenden so geformt worden sei. Der Parteivorsitzende weiß, daß ich mich gerade über diesen Punkt ihm persönlich gegenüber in den letzten Tagen sehr klar und eindeutig geäußert habe. Ich bitte also das, was ich sage, durchaus nicht unter dem Gesichtspunkt eines Gegensatzes anzunehmen oder beurteilen zu wollen, sondern aus folgender Überlegung heraus: Der Aufgabenkreis an der Spitze ist sehr groß und sehr vielseitig und infolgedessen rein physisch durch eine Einzelperson auf die Dauer überhaupt nicht zu lösen.
Nummer 2: Es gibt bei diesen Aufgaben eine ganze Anzahl, bei denen eine Einzelperson, wenn sie die richtige Nase und viel Geschick hat, selbständig und allein oft auch hintereinander das Richtige treffen kann. Aber wir müssen Einrichtungen haben, die unabhängig von wechselnden Personen sind. Wir müssen in unseren Satzungen eine Formung haben, welche auch das Gedeihen der Partei, mindestens ihre Sicherheit, auch dann gewährleistet, wenn die Personen wechseln, was alltäglich jedem von uns passieren kann. Ich halte es nicht für richtig, daß das ganze große Gebiet der Vertretung der Partei, sei es in anderen Zonen, sei es hier in Bayern, in allen inneren bayerischen Fragen ähnlich wie in Vereinsfragen durch eine Person und die von ihr beauftragten Personen bewältigt werden kann. Ich bin der Meinung, daß eine wirklich demokratische Politik erfordert, daß die Leitung der Partei eine große Bewegungsfreiheit hat, daß aber bei der Größe der Probleme - wir haben die Aufgabe Westzone, wir haben die Frage Frieden, wir haben die Frage Ostzone und alle möglichen Dinge, die ich hier gar nicht zu detaillieren brauche - alles, was im Namen der Partei geschieht, mindestens einem engeren Kreis von Personen bekannt ist und mit denen durchgesprochen ist, welche die Gesamtkräfte der Partei repräsentieren.
Das geschieht dadurch, daß nicht nur eine Person an der Spitze der Partei steht, sondern wir drei Vorsitzende haben, die unter sich eine Arbeitsverteilung vornehmen, nicht einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter, sondern einen ersten mit besonderem Gewicht ausgestatteten Parteivorsitzenden, einen zweiten, einen dritten Parteivorsitzenden und dazu ein Gremium, in welchem der Ministerpräsident, der Landtagspräsident, der Faktionsvorsitzende und mindestens ein oder zwei Bezirksvorsitzende ihren Platz haben.
Auf dieser etwas breiteren Plattform soll die Willensbildung für die Repräsentanz der Partei nach außen entstehen.

(*Rinke*: Wo sind die Flüchtlinge? Frau Dr. *Probst*: Wo sind die Frauen?)

Ich habe im ganzen nur einen Grundsatz angegeben. Wenn Sie unseren Antrag lesen, können wir das alles einbauen. Das ist mühelos zu machen.
Deswegen kommt eine Überlegung über die Demokratisierung dieses Aufbaues zu dem Ergebnis, daß notwendig ist ein schnell handlungsfähiges Organ, ein Landesvorstand, der verhältnismäßig klein ist, eine etwas größere Landesvorstandschaft, die, sagen wir einmal, alle sechs, acht Wochen zusammentritt, ein Landesausschuß, der in der bisherigen Weise zusammentritt, und dann die Landesversammlung, oder in Zif-

fern gekleidet sagen wir einmal 12 oder 15, 40, 120, 500. So ungefähr ist die Pyramide aufgebaut. Das ist das zweite.
Das dritte ist dann die Verteilung in der Willensbildung innerhalb der Partei, das heißt die Repräsentanz in den einzelnen Organen der Partei. Das sind also die Vertretung der Gemeinden in den Kreisverbänden, die Vertretung der Kreisverbände in den Bezirksverbänden, der Bezirksverbände im Landesverband. Es ist absolut selbstverständlich, daß alle Einheiten der Partei mit einem Mindestgewicht in allen Organen vertreten sein müssen.
Nun frage ich Sie aber: Es gibt bedeutende Unterschiede, die entweder im Gewicht der Partei, in der Stimmenzahl liegen oder in der Erfassung von Mitgliedern und damit auch in der Stärkung der Grundlagen und der Finanzierung der Partei. Ich sage Stärkung der Grundlagen der Partei. 300.000 Mark, meine Herren, aufgebracht in Beiträgen von vielen Namen mit dem Akt der Beitragszahlung, Entgegennahme der Parteikarte und der Willenserklärung sind mir viel lieber als der gleiche Betrag in zwei oder drei Spenden von zwei oder drei Leuten.
Wenn die einzelnen Ortsvereine eine hohe Mitgliederzahl erreichen, so bedeutet das, daß die Zahl der Wähler, die sich dauernd und fest mit der Partei verbinden, groß ist. Damit wird das politische Gewicht der Partei sehr stark gestärkt. Soll nun diese Leistung im Aufbau der Partei unberücksichtigt bleiben und einfach nicht zur Kenntnis genommen werden? Man kann nun als Maßstab für die Vertretung nach oben die Mitgliedszahl oder die Stimmziffer im einzelnen Ortsverein nehmen. Dabei wird hier ein Vorschlag gemacht, der dahin geht, daß alle untersten Einheiten, die richtig nach den Satzungen organisiert sind, ihre Vertretung in den höheren Körperschaften haben, daß aber, wenn ein überdurchschnittliches Maß von Leistung aufgewiesen wird, eine Zusatzstimme dazukommen soll in Anerkennung der besonderen Leistung an politischem Gewicht durch den Stimmzettel oder an Arbeit für die Parteiorganisation durch Mitgliedergewinnung. Wenn der Grundsatz der Staffelung, der in diesem Entwurf berücksichtigt ist, sich bei einer Nachprüfung als nicht ganz praktisch erweisen sollte, so kann man das ändern. Aber ich halte das Prinzip für unbedingt notwendig, daß besondere Arbeit für die Partei auch besonderes Mitspracherecht gewährt.
Dann kommt der vierte Punkt, der die Häufung des Einflusses durch Häufelung bei Stimmübertragung betrifft. Es widerspricht dem Grundsatz einer wirklichen Demokratie, daß es möglich ist, daß für eine Körperschaft der Partei Vertreter erscheinen, welche eine solche Anzahl von Stimmübertragungen in der Hand haben, daß die Urwähler, ohne daß sie an der Aussprache beteiligt waren, ohne daß sie das Für und Gegen bei einem Gegenstand hören konnten, vertreten werden durch den Mann Nummer 12, Nummer 15, der ihre Übertragungen in der Hand hat und dann ihr Gewicht, das heißt das Ergebnis ihrer Überlegungen, in die Waagschale wirft, ohne daß sie selber dabeigewesen sind. Ich glaube, daß eine solche verantwortungsvolle Abgabe einer Stimme nur dann vertreten werden kann, wenn sie sich auf ein kleineres Maß beschränkt und wenn die Stimme, die für einen anderen abgegeben wird, aus einem Gebiet stammt, das mit dem des mit der Übertragung Ausgestatteten eng benachbart ist, also ungefähr die gleiche politische Auffassung und die gleichen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zur Grundlage hat.
Sie finden aus diesen Gründen einen Vorschlag, daß Stimmübertragung recht genau zu umschreiben, mit gewissen Kautelen zu versehen und auf zwei oder höchstens drei Übertragungen in einer Hand zu begrenzen ist.

Das sind die wesentlichen Gesichtspunkte. Wenn man nun heute sagt, es wird die Frage des Föderalismus angeschnitten, so liegt das wohl mehr in der Richtung dieses Anschneidens der Frage, daß damit die Stimmübertragungen und die Vertretung in den Körperschaften nur dann als föderalistisch gelten, wenn sie vollkommen ungehemmt vorgenommen werden können. Ich und die anderen Freunde, die an diesem Vorschlag mitgearbeitet haben, haben hier die Auffassung, die ich Ihnen vorgetragen habe. Ich rekapituliere die vier Punkte in Kürze:

1. Föderalistischer Aufbau von unten her, vom Ortsverein als der natürlichen Grundlage der Gemeinschaft in der Politik.
2. Keine berufenen Gremien, sondern nur gewählte, und die wichtigen Entscheidungen immer im Einvernehmen mit einem Gremium. Wenn vorgeschlagen ist erster, zweiter und dritter Parteivorsitzender, ein durchaus starkes politisches Gewicht beim ersten Parteivorsitzenden und in diesen Dingen keine Kleinlichkeit, aber auch andererseits Einhaltung eines festen politischen Grundsatzes.
3. Besondere Leistung für die Partei muß ihren Niederschlag finden in einem gleicherhöhten Mitspracherecht, nicht in ein und derselben Form für alle.
4. Einschränkung der Stimmübertragungen und des Mehrfachstimmrechts.

Wir haben es bei der Landesversammlung in Eichstätt gesehen, daß bei den Abstimmungen mehrere Angehörige der Landesversammlung eine ganze Anzahl Stimmen abgeben konnten, je nachdem sie durch eine Satzungsbestimmung der Landesvorstandschaft angehören, durch eine andere dem Landesausschuß. Da sind verschiedene Leute gewesen, die durch mehrere Funktionen in der Partei zwei oder gar drei Stimmen abgeben konnten. Außerdem haben wir eine ganze Anzahl von Vertretern, welche mehrere Stimmübertragungen von anderen Stimmberechtigten in Händen hatten, ganz nennenswerte Zahlen! Das soll auch auf eine dem demokratischen Grundsatz entsprechende Form zurückgeführt werden, daß also abstimmt der mit Überlegungskraft ausgestattete, persönlich anwesende Vertreter, nicht daß eine Häufelung von Stimmrechten auf einzelne Personen stattfindet, sei es auf die eine oder andere Weise.

Ich darf nun zu den anderen Vorschlägen noch sagen: Ein flüchtiger Überblick hat mir gezeigt, daß, von anderen Überlegungen ausgehend, in beiden anderen Entwürfen sehr wichtige, interessante und berücksichtigenswerte Gesichtspunkte vorliegen. Es ist meines Erachtens auch möglich, in der angeschnittenen Frage Präsidial- oder Gremiumsspitze eine Verständigung zu erzielen. Man spricht die Frage durch und bringt am Schluß zwei oder drei Alternativlösungen in Vorlage und ist dann gar nicht weit voneinander entfernt.

Bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit habe ich bei meinen eigenen Vorschlägen und Ausführungen vieles nicht sagen können, was noch hätte gesagt werden müssen, obwohl es wichtig wäre, weil es zu sehr ins Detail gehen müßte. Deswegen erkenne ich die gleiche Wichtigkeit auch den beiden anderen Ausarbeitungen zu, und darum halte ich es im Sinne einer höheren Gerechtigkeit für notwendig, daß die Leute, ehe sie entscheiden, alle diese Dinge durchdenken können. Dann werden sie wahrscheinlich finden, daß man wesentlich näher beisammen ist als es den Anschein hat, wo ich zu meinem großen Erstaunen den Eindruck habe, daß diese Darlegungen oder die Wünsche auf diesem Gebiet immer noch unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, als ob hier persönliche Gegensätze ausgetragen werden sollen.

Meine Damen und Herren! Der 12. September[11] hat eine so fundamentale Änderung in den politischen Verhältnissen gebracht, daß ich ja ein gewissenloser Idiot wäre, wenn ich solche Dinge, die ich als so wichtig ansehe, unter dem Gesichtspunkt von vergangenen Gegensätzlichkeiten betrachten würde.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf feststellen: Unser Freund *Pfeiffer* hat annähernd 30 Minuten gesprochen. Ich stelle es nur fest im Hinblick auf die anderen Redner. Ich muß ihnen ungefähr das gleiche Recht zuerkennen. Ich würde nur bitten, daß die Zeit nicht voll beansprucht würde, damit wir dann zu den weiteren Entscheidungen kommen.
Ich darf jetzt den Redner der Jungen Union bitten, vom Rednerpult aus zu sprechen.
Butterhof: Wenn ich die Ehre habe, Ihnen die Grundsätze darzulegen, die die Junge Union bei der Ausarbeitung ihres Entwurfes bewegt haben, dann muß ich sagen, es sind im wesentlichen ganz ähnliche Bedenken, wie sie eben zum Ausdruck gebracht wurden. Sie können von uns als jungen Menschen überzeugt sein, daß wir am allerwenigsten daran denken, uns um persönliche Spannungen, an die wir uns in der Union geradezu schon gewöhnt haben, zu kümmern oder rückwärts zu schauen. Denn gerade wir Jungen müssen vorwärts schauen und dabei immer eines im Auge behalten, daß wir heute daran sind, in einzelner, mühevoller Arbeit die Grundlagen zu schaffen für eine Demokratie, in der wir und unsere Kinder leben sollen.
Das allein können die Gedanken sein, die uns bewegt haben. Ihr Niederschlag ist eindeutig. Der Vorschlag, den die Junge Union unterbreitet, gliedert sich in zwei Teile: Der erste hat im wesentlichen sehr viel redaktionellen Charakter, wie das bei Satzungsänderungen wohl immer der Fall sein muß, befaßt sich aber nebenbei vor allem mit dem Einbau der Arbeitsgemeinschaften in die Christlich-Soziale Union. Denn hierin erblicken wir eine gesunde und nach natürlichen Gesichtspunkten sich gebende Ordnung innerhalb einer sonst sehr breiten und formlosen Masse von Parteiangehörigen, die hier auf ihre einzelnen Interessen angesprochen, mit diesen einzelnen Interessen zur Arbeit herangezogen und zur Belebung des ganzen politischen Geschehens tätig gemacht werden.
Die ganzen Paragraphen befassen sich im wesentlichen eigentlich mit der Darstellung dieses Verhältnisses der Arbeitsgemeinschaft[en] der Union, und ich glaube, daß es nach vielen Mißverständnissen unterdessen klar geworden ist, daß diese Arbeitsgemeinschaften keine Fremdkörper innerhalb der Partei sind oder, wie andere schon gesagt haben, eine Partei in der Partei, sondern daß sie ganz natürliche Gliederungen darstellen, unter denen man die Mitglieder zu spezieller Arbeit heranziehen kann, will und, wie der Erfolg zeigt, es auch tut. Wir haben überall einen Zuwachs an Mitgliedern, vor allem an aktiven Mitgliedern dadurch, daß wir sie bei ihren unmittelbaren persönlichen Interessen anpacken und in die Politik hineinführen.
Die weiteren Formulierungen befassen sich dann noch mit der Zusammensetzung der einzelnen Gremien, auch zunächst von diesem Gesichtspunkt aus. Ich möchte mich aber bei diesem ersten Teil des Entwurfs nicht lange aufhalten, sondern sofort zum zweiten Teil übergehen, der nämlich der tatsächlich wesentliche ist. Die Union hat eine Satzung. Diese Satzung wird seit langer Zeit angegriffen. In dieser ursprünglichen Satzung ist das Prinzip der verantwortlichen Führung für manchen Geschmack

[11] Das Datum ist falsch. Der Landesausschuß der SPD beschloß am 14. September 1947 die Auflösung der Koalition, am 15. September erfolgte der Rücktritt der SPD-Minister und Staatssekretäre, am 20. September 1947 bestätigte der Landtag die neue Regierung Ehard.

etwas zu heftig verankert. Es mag sein, daß vielleicht gerade durch die ab und zu auftretende Häufung von Stimmen oder von Doppelmandaten tatsächlich Gefährdungen auftreten, die man leicht abschaffen kann. Was uns aber wesentlich erscheint, ist, daß wir einen Mann haben, an den wir uns wenden können und zu dem wir sagen können: Du, mein Lieber, bist schuld daran, oder Du, mein Lieber, hast das gut gemacht. Wenn wir jemand haben, dem wir unser Vertrauen geben, für den wir arbeiten und den wir dann nach Ablauf seiner Zeit auch gewissenhaft zur Rechenschaft ziehen können, dann wissen wir, daß das, was wir politisch wollen, auch durchgeführt wird.
Wenn wir dagegen hier eine Spitze bauen, in der sich mehrere die Verantwortung teilen, dann haben wir es in der Praxis schon erlebt, daß er eine sagt: Ich bin es nicht gewesen, das ist der gewesen, oder das sind die zwei anderen gewesen. Es findet sofort eine Verwischung der Verantwortung statt, und wir kommen dahin, wohin wir auf keinen Fall kommen wollen, zu einer schwach geführten, schlecht aktionsfähigen Partei, die eines Tages genauso das Opfer totalitärer Angriffe sein würde, wie es unsere Parteien schon einmal gewesen sind.

(Sehr richtig!)

Sehen Sie, gerade wir, die wir durch diese ganzen Schrecken der letzten Jahre und seit 1933 gegangen sind, die unser junges Leben geprägt haben, wir haben eine geradezu höllische Angst davor, daß deshalb, weil wir keinen Mut zur klaren Verantwortung zeigen, vielleicht wieder die Zustände kommen könnten, wie wir sie schon einmal hatten. Deswegen sagen wir: Wir beten keinen Führer an, ganz gleich, wie er heißt, aber wir haben, weil wir immer noch davon überzeugt sind, daß unser deutsches Volk im Grunde anständig ist, das Vertrauen, daß aus der Wahl einer Partei ein Mann hervorgehen kann, dem man auch trauen kann; und wir haben das feste Empfinden, daß dann, wenn unsere Partei föderalistisch von unten her arbeitend ihre Willensbildung richtig durchführt, sie nicht durch eine Diktatur verführt werden kann.
Diese beiden Grundelemente des Vertrauens sind bei uns fest verwurzelt. Denn wenn wir die nicht hätten, meine Damen und Herren, würden wir es so machen wie die Mehrzahl unseres Volkes. Dann würden wir uns vielleicht sogar von der Politik der Union abwenden. Denn auch hier fehlt manchmal an manchen Stellen klare Verantwortung, auch hier fehlt manchmal - man muß das einmal aussprechen - sauberes, präzises Reagieren. Und warum? Deshalb, weil das Verhältnis von Parteiführung zu Parteimitgliedschaft nicht klar genug ist, weil eine klare Willensbildung noch nicht erfolgt und weil demnach der Repräsentant der Partei, sei es in der staatspolitischen Ebene, sei es im Kommunalpolitischen, oft genug nicht mit dem Rückhalt auftreten kann, den er eigentlich bräuchte.

(Sehr gut!)

Hier ist es also notwendig, einen Mann wirklich stark herauszustellen. Bei der Vielfalt unseres politischen Lebens - und darin muß ich Ihnen vollkommen zustimmen, Herr Staatsminister - ist es natürlich eine geradezu unmögliche Beanspruchung, wenn ein Mann nun alle Aufgaben auch wirklich selbst ausführen soll. Deshalb stehen wir ebenfalls auf dem Standpunkt, daß hier eine gesunde Arbeitsverteilung stattfinden muß. Es muß also dieser Führer einer Partei - ich gebrauche das Wort, wenn es auch vielleicht einen schlechten Namen bei Ihnen hat - uns wirklich allen vorangehen können. Er muß mit uns gehen können, wenn dieser Parteivorsitzende Leute hat, auf die er die Aufgaben verteilen kann. Dann wird er auch nicht unter der Belastung zusammenbrechen.

Deshalb geht unser Vorschlag noch weiter. Wir wollen nicht eine Vorstandschaft, in die nun aus verschiedenen Interessen heraus diese oder jene Leute hineingewählt werden, die dann miteinander wursteln und schauen, wie sie mit der Geschichte fertig werden, sondern wir wollen etwas, was auch hier zu einer Verantwortung des einzelnen führt. Deshalb sieht unser Vorschlag vor, daß die Vorstandschaft außer dem Landesvorsitzenden und seinen beiden Stellvertretern aus je einem Mitglied für folgende Geschäftsbereiche bestehen soll: Und nun folgt Staats-, Kommunalpolitik, Verwaltung, Kultur- und Erziehungspolitik, Wirtschaftspolitik usw. Wir hätten hier also die Verantwortung noch weiter ausgeprägt, indem wir uns nicht nur an den Parteivorsitzenden halten können, sondern auch an den einzelnen Mann in der Vorstandschaft und den wir fragen können: Wo bleibt Deine Arbeitsgemeinschaft, Freund, wozu haben wir Dich dahin gewählt, wenn Du nichts tust, und wer hat Dir das Recht gegeben, hier in einem Sinn zu verfahren, der durchaus nicht in unserem Auftrag lag?
Dies, meine Damen und Herren, sind die Grundgedanken unseres Entwurfes: Verantwortliche Demokratie im Gegensatz zur weichen, verwischten Demokratie, die die Möglichkeit bietet, daß man hinter den Kulissen spielt, klare Verteilung der Arbeit, klare Verteilung der Verantwortung. Dann ist es für uns selbstverständlich, daß wir Föderalisten sind. Darüber brauchen wir nicht zu reden. Wir stehen allerdings nicht auf dem Standpunkt, daß Zahl allein schon eine Leistung in einer Partei bedeute. Denn wenn wir darnach gehen wollen, werden immer jene Kreise die Oberhand bekommen, die bevölkerungsmäßig so zusammengesetzt sind, daß die Mentalität der Bevölkerung am besten auf das Programm der Partei anspricht. Dann werden diese Kreise immer in die Hinterhand kommen, in denen es geradezu eine Leistung ist, vielleicht überhaupt 50 oder 100 Mann zusammenzubekommen.

(Sehr richtig!)

Dann werden gerade jene Leute, die geeignet sind, den so neuen, so wesentlichen und so wertvollen Gedanken der Union bei uns in Bayern und bei uns in Deutschland und in einem weiteren Rahmen gesehen darüber hinaus voranzutragen, immer in der Minderheit sein gegenüber der bloßen Mehrzahl.
Ich weiß nicht recht, wo hier das Verdienst der Zahl liegen soll. Ich glaube, wir hätten alles Interesse daran, auch diesen Kreisen jede Möglichkeit der Entfaltung zu geben.
Deshalb bestehen wir auch darauf, daß die Gremien der Partei nach den bisherigen Grundsätzen zusammengesetzt werden. Eines allerdings möchten wir dabei auch verändert wissen, nämlich daß diese vielen automatischen Mitgliedschaften, die heute vorhanden sind, verschwinden. Denn wir sehen gar nicht ein, warum z.B. in einer Kreisversammlung normalerweise die Kreistagsabgeordneten in der Überzahl sein sollen. Das ermöglicht nämlich nicht mehr die Kritik der Partei an der Körperschaft.

(Sehr richtig!)

Denn hier diktiert die Körperschaft in der Partei, und wir wenden uns gegen jede Gleichschaltung, die auf diese Art und Weise erzielt wird. Deshalb sind wir sehr für eine ausgesprochene Einschränkung dieser automatischen Mitgliedschaften. Es genügt meiner Ansicht nach vollkommen, wenn diejenigen Leute, die als Delegierte in öffentlichen Körperschaften sitzen, wirkliche Unionsmitglieder sind, also aktive Leute im Sinne der Union, einen Verbindungsmann bei den Gremien der Partei sitzen haben, damit eine wirklich fruchtbare Zusammenarbeit stattfinden kann. Denn wir stehen ja alle gemeinsam auf dem Grundsatz, daß den Delegierten bindende Beschlüsse sowieso nicht mitgegeben werden können.

Ich darf also ebenfalls kurz noch einmal zusammenfassen: Das Hauptgewicht unseres Vorschlages liegt darin: Einbau der Arbeitsgemeinschaften in die Organisation der Christlich-Sozialen Union, Herausstellung einer wirklich verantwortlichen, arbeitsfähigen, kontrollierbaren Parteileitung, also eines ersten Vorsitzenden, der Stellvertreter haben soll, und einer möglichst nach Fachreferaten gegliederten Vorstandschaft, und eine absolute Bewahrung des föderalistischen Prinzips in der Zusammensetzung unserer Parteigremien bei Ausschaltung der vielen automatischen Mitgliedschaften.
Dr. *Schedl*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den beiden ausgezeichneten Überblicken über die vorgelegten Satzungsentwürfe ist es schwer, noch den Überblick über einen dritten Entwurf zu geben. Denn es scheint mir im wesentlichen das bereits gesagt zu sein, was zu unseren gegenwärtigen Satzungen gesagt werden kann. Ich bin bei dem Entwurf, den ich ausgearbeitet habe, vom Beschluß der Landesversammlung in Eichstätt ausgegangen. Ich habe versucht, die mannigfachen Anregungen, die schriftlich und mündlich von draußen gekommen sind, einzuarbeiten.
Neben einer größeren Anzahl von redaktionellen Änderungen, die ja normalerweise bei dieser Gelegenheit angebracht werden können, habe ich dann versucht, eine homogene und in sich geschlossene Satzung in der Weise abzuändern, daß die wesentlichen Erfahrungen in unserer Unionsarbeit seit 1945 darin ihren Niederschlag finden, und zwar Erfahrungen, die draußen im Kreis wie im Bezirk gemacht werden - ich habe sie selbst überall gemacht -, Erfahrungen, die auf der Landesbasis gemacht werden - ich habe sie auch gesammelt - und letzten Endes Erfahrungen, die die Arbeitsgemeinschaften nach teilweise einjähriger Anlaufsfrist gesammelt haben.
Zunächst war nach meinem Dafürhalten notwendig, in den unteren Gremien der Union eine gewisse Reinigung in der Form durchzuführen, daß dort nach guter demokratischer Art die Gremien sich wirklich ihren eigenen Willen bilden können, daß nicht eine Überlagerung durch automatische Delegierung in diese Gremien Platz greift. Aus diesem Grunde sind auf Orts-, Kreis- und Bezirksbasis die automatischen Stimmrechte im wesentlichen weggefallen.
Selbstverständlich darf das nicht dazu führen, daß die Träger öffentlicher Mandate gewissenmaßen völlig neben der Union stehen und dann zwangsläufig eine Art zweigleisige Politik gemacht werden müßte oder zumindest gemacht werden könnte. Es ist vorgesehen, daß von allen Körperschaften einzelne, in jedem Fall ein Mann, der Fraktionsvorsitzende, voll stimmberechtigt in die Gremien der Partei auf Orts-, Kreis- und Bezirksbasis hineinkommt. Gleichzeitig mußte naturgemäß auch, um von anderer Seite her eine Überfremdung zu beseitigen, wenn ich so sagen darf, die automatische Stimmberechtigung derer in Wegfall kommen, die den höheren Gremien der Union angehören, insbesondere den Gremien auf Landesbasis, und die bis zur Stunde in den unteren Gremien automatisch Sitz und Stimme haben.
Ich möchte Sie nur an ein konkretes Beispiel erinnern, nämlich daran, daß etwa die Bezirksvorstandschaften sich aus mindestens sieben gewählten Persönlichkeiten zusammensetzen, dem Bezirksvorsitzenden und sechs weiteren Mitgliedern, und den im Bereich des Bezirks gewählten Landtagsabgeordneten. Das hat in der Praxis teilweise dazu geführt, daß die gewählte Vorstandschaft, die zu einem bestimmten Zweck durch das Vertrauen der Gremien berufen wurde, gar nicht mehr ihren Willen, wenn es so weit gekommen wäre, hätte durchsetzen können, weil wesentlich mehr nicht gewählte, automatische Delegierte im gleichen Gremium mit Sitz und Stimme saßen.
Eine zweite wesentliche Aufgabe erschien mir der Einbau der Arbeitsgemeinschaften. Die Arbeitsgemeinschaften haben eine sehr wesentliche Aufgabe zu erfüllen. Es ist

bekannt, daß sie zu erheblichem Teil schon sehr schöne und sehr erfreuliche Erfolge erzielt haben, daß sie nicht nur neue Mitglieder an die Union heranbringen, sondern daß sie auch von sich aus Leben in die Partei hineinbringen. Denken Sie etwa an das doch gewiß recht gute, aktive Leben, das die Junge Union gelegentlich da und dort hineinbringt. Denken Sie daran, was die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer zu leisten angefangen hat, was die Arbeitsgemeinschaft der Flüchtlinge alles schon getan hat und nicht zuletzt die Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der Union.
Aus diesem Grund war es notwendig, diese Arbeitsgemeinschaften organisch von unten nach oben, vom Ort bis zum Land, in die Gesamtpartei einzubauen und ihnen auch die Möglichkeit zu geben, daß in allen Gremien der Partei die berufenen, gewählten Vertreter dieser Arbeitsgemeinschaften Sitz und Stimme haben.
Mit dem Einbau der Arbeitsgemeinschaften hat sich bei genauer Überlegung als überflüssig erwiesen der berufsständische Rat, nicht der Beirat, der in Orts- und Kreisverbänden gebildet werden kann. Denn dort ist bei der Anlaufzeit, in der die Arbeitsgemeinschaften noch stehen, nicht immer die volle Wirksamkeit der Arbeitsgemeinschaften gegeben, wohl aber in den Bezirksverbänden und im Landesverband. Die Arbeitsgemeinschaften haben sich hier eingespielt, und der berufsständische Rat ist nach meiner Überzeugung damit auf dieser Ebene überflüssig geworden.
Meine Damen und Herren! Eine der entscheidenden Fragen war die: Wie soll nun die Parteispitze gestaltet sein? Hier ist vorgesehen, daß der Landesvorsitzende seine verantwortliche Stellung behält. Politische Entscheidungen größerer Bedeutung konnte und kann er nach den bisherigen Satzungen nicht fällen. Die politische Linie der Union wird von der Landesversammlung festgelegt bzw. vom Landesausschuß. Daran war nichts zu ändern. Es erschien aber notwendig, daß dem Landesvorsitzenden zwei Stellvertreter zur Seite gegeben werden, die die Aufgabe haben, ihn im Falle seiner Verhinderung zu vertreten. Eine Verhinderung ist ja nicht nur gegeben durch die Fülle von Arbeit, sondern eine Verhinderung der Amtsführung ist ja auch nach anderer Richtung hin denkbar und möglich. In diesem Fall soll einer der beiden Stellvertreter vom Landesvorsitzenden beauftragt werden, in Aktion zu treten.
Um aber klar und deutlich den verantwortlichen Mann herauszustellen, ist vorgesehen, daß die Landesversammlung nur den Landesvorsitzenden wählt.
Er ist ihr gegenüber verantwortlich. Seine Stellvertreter wären nach meinem Entwurf vom Landesausschuß zu wählen.
Es soll aber nicht nur etwa diesen drei Persönlichkeiten die Entscheidungsgewalt in der Union in die Hand gegeben werden. Der Landesvorstand, bisher der geschäftsführende Landesvorstand - das geschäftsführend kann man weglassen -, ist etwas umgestaltet. Aus einem siebenköpfigen Gremium ist ein sechzehnköpfiges Gremium geworden. Wenn aber der Landesvorsitzende schon die volle Verantwortung trägt, dann muß er doch wenigstens in etwa die Möglichkeit haben, auch in seinen engeren Vorstand eine bestimmte Anzahl von Persönlichkeiten zu berufen. Ich habe nach reiflichen Überlegungen vorgeschlagen, daß der Landesvorsitzende fünf Mitglieder in den Landesvorstand beruft, daß darüber hinaus die Spitzen der Arbeitsgemeinschaften automatisch Mitglieder des Landesvorstandes sind, damit auch von der anderen Seite her Aktivität gewährleistet ist, damit sichergestellt ist, daß alles in unserer breiten Partei zu Wort kommen kann.
Außerdem erschien es mir notwendig, eine Koordinierung der Arbeit in der Partei wie im Staat irgendwie auch in der Spitze herzustellen. Aus diesem Grunde ist vorgesehen, daß der Ministerpräsident und der Landtagspräsident, sofern sie der Union an-

gehören, Mitglieder dieses Landesvorstandes sind. Gehören Sie nicht der Union an, haben die in der Regierung vertretenen Mitglieder der Union bzw. die im Landtagspräsidium vertretenen Mitglieder der Union jeweils einen Vertreter zu bestellen. Auch der Vorsitzende der Landtagsfraktion ist in diesen Landesvorstand zu delegieren, damit die Arbeit von Fraktion und Partei noch viel mehr aufeinander abgestimmt werden kann und mehr im Zusammenklang steht.

Im wesentlichen unverändert ist das etwas größere Gremium der Landesvorstandschaft geblieben. Es ist hier lediglich vorgesehen, daß nicht die gesamte Regierung in ihr vertreten ist, sondern die Minister dort sind. Die Erfahrung hat gezeigt, daß sonst unter Umständen die gesamte Regierung, die Hälfte, vielleicht auch noch mehr der ganzen Landesvorstandschaft ausmachen kann. Das ist und war nicht der Sinn dieser Bestimmung.

Noch ein Wort zur Frage, nach welchem Schlüssel die unteren Verbände der Union nach oben hin vertreten sein sollen. Ich habe mich der Mühe unterzogen und habe nicht nur überlegt, sondern durchgerechnet, was das Ergebnis ist, wenn hier mit einem Mal die Zahl allein spricht, und nur die Zahl. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß es doch zweckmäßiger erscheint, das bisherige Prinzip des gebietsständischen Föderalismus beizubehalten. Ich will hier nicht auf die Überlegung eingehen, ob das Prinzip der Zahl nicht zugleich und gewissermaßen zwangsläufig das Prinzip des Zentralismus ist. Ich will Ihnen nur einige andere Überlegungen mitteilen, die mich geleitet haben.

Zunächst scheint es mir notwendig, daß die Union in den Gebieten gestärkt wird, in denen sie am härtesten kämpfen muß.

(Sehr gut!)

Wenn wir uns weiter ausbreiten wollen, wenn wir stärker werden wollen, nicht nur mitgliedermäßig, sondern auch wahlstimmenmäßig, dann, meine Damen und Herren, scheint es mir unerläßlich, unseren Parteifreunden und denen, die noch zögernd abseits stehen, die Gewißheit zu geben, daß sie in der Union ihr Gewicht haben, auch wenn sie zahlenmäßig gesehen nicht so schwer wiegen wie die Freunde aus Gegenden, in denen sich, ich möchte sagen, so gesehen netter und freundlicher leben läßt. Denken Sie etwa an die fränkischen Gebiete und an die dortigen Verhältnisse. Wenn wir die Union in Franken nicht preisgeben wollen - und ich spreche aus einer Erfahrung, die ich in einem harten Wahlkampf dort oben gesammelt habe, es wird bald zwei Jahre -, dann müssen wir den Leuten die Gewißheit geben, daß sie bei uns nicht nur die Geduldeten sind, sondern daß auch sie mit allem, was sie uns mitbringen, das entsprechende Gewicht und den Einfluß haben.

Ich bin dabei weiter von der Überlegung ausgegangen, daß auch in einzelnen Berufsständen dieser Grundsatz aufrechterhalten werden muß. Denken Sie etwa an die Großstädte mit der überwiegenden Arbeiterbevölkerung. Wenn wir die Arbeiter bekommen wollen, dann können sie nicht nur als Gäste und als Wähler dasein, dann müssen wir ihnen auch einen entsprechenden Einfluß einräumen. Mir scheint, meine Damen und Herren, wenn wir die immer naturgegebenen verschiedenartigen Interessen der Stände freiwillig aufeinander abgleichen und abstimmen wollen, um nicht zu irgendeiner Form eines Klassenkampfes zu kommen, den wir ablehnen, dann müssen wir bei uns selber damit anfangen, dann müssen wir bei uns selber die Chance geben, daß in unseren eigenen Gremien diese Dinge mit einem gesunden Sinn und, wenn Sie wollen, mit einer gewissen Freimütigkeit betrieben werden.

Ich habe mich dabei, auch das gestehe ich gerne ein, leiten lassen von den Erfahrungen, die mit unserem Prinzip anderwärts gemacht wurden. Denken Sie etwa an das Prinzip des gebietsständischen Föderalismus in den Vereinigten Staaten, denken Sie an das gleiche Prinzip in der Schweiz, und denken Sie an dieses Prinzip in den UN, in den Vereinigten Nationen. Dort etwa hat das kleine Chile dieselbe Anzahl von Vertretern wie die großen Vereinigten Staaten von Nordamerika.

(Zuruf: Und Rußland das Vetorecht und die Kleinen haben nichts zu reden. Wie man so etwas heranziehen kann!)

Ich versuchte im wesentlichen zu sagen, was ich glaubte sagen zu wollen. Bestehen bleibt der verantwortliche Parteivorsitzende, der zur Seite hat nicht Gremien - so hat man manchmal den Eindruck, wenn man sich unterhält -, die er willkürlich und wahllos zusammensetzt und beruft, damit sie das tun, was er will, sondern Gremien, die auch wohlüberlegt und abgewogen sind. So, glaube ich, wäre es der Union möglich, alle die Arbeiten zu leisten, die geleistet werden müssen, sofern wir weiterhin Politik in der Union und als Union treiben wollen, sofern wir uns weiterhin mit aller Macht und Kraft einsetzen wollen, einen christlichen und sozialen Staat aufzubauen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir haben die drei Vorschläge gehört. Ich glaube, Sie haben mit mir den Eindruck gewonnen, daß alle drei Vorschläge wohl bedacht sind und daß es sich lohnen wird, diese drei Vorschläge zu prüfen. Man kann die Prüfung bestimmt nicht - da gehe ich einig mit allen - in diesem Kreis allein jetzt durchführen. Das würde zu viel Zeit beanspruchen. Auf der anderen Seite war es notwendig, daß nicht eine Planung von oben her erfolgt, sondern daß auch Sie Ihre Meinung sagen und sagen können, daß draußen von den Bezirken her das Leben kommt, das die Partei trägt. Es hätte keinen Sinn, wenn wir nur Statuten machen würden, die Paragraphen bleiben. Es ist notwendig, daß wirklich eine Aktivität entwickelt wird. Ich glaube, wir werden dabei gemeinsam festgestellt haben: Es sind in den Linien schon Verschiedenheiten der Konzeption vorhanden. Sie sind nicht so groß, wie man es vielleicht im allgemeinen annimmt.

Es geht im wesentlichen darum, wenn ich bei der Spitze anfange: Der Vorschlag Junge Union geht in dieser Hinsicht ziemlich weitgehend einig mit dem Vorschlag von der Landesgeschäftsstelle. Ich bemerke ausdrücklich, daß ich diesen Vorschlag nicht selbst gemacht und auch nicht weiter beeinflußt habe, weil wir nur bestimmte Gesichtspunkte herausgestellt haben und unsererseits warten wollten, welche Vorschläge von draußen hereinkommen. Darnach ist die Spitze so dargestellt: Ein Landesvorsitzender, der voll verantwortlich ist, gewählt wird infolgedessen auch vom größten Gremium der Partei, von der Landesversammlung; zwei Stellvertreter, gewählt vom Landesausschuß, also Ihrem Gremium. Zum Unterschied von der Landesversammlung repräsentiert dieses Gremium stärker die Bezirke und bringt auf diese Weise schon einen höheren Grad des Willens mit. Hier können eventuell Kompromisse gefunden werden. In der Landesversammlung über Kompromisse zu verhandeln, zu streiten, würde der Landesversammlung als dem größten Gremium der Union zu viel Zeit wegnehmen.

(Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Sehr richtig!)

Das ist der Grundgedanke, wie er hier entwickelt wird.

Die Frage der Vollmachten lasse ich im Augenblick draußen. Darüber kann gesprochen werden, weil es nur darauf ankommt, daß der Landesvorsitzende so weitgehende Vollmachten hat, daß er im Augenblick, in dem entschieden werden muß, die Ent-

scheidung treffen kann, für die er dann der Landesversammlung und den anderen Gremien verantwortlich ist, die er einberuft.
Bisher hatten wir nun unmittelbar folgend den Landesvorstand oder, wie er geheißen hat, den geschäftsführenden Landesvorstand. Er bestand aus sieben Mitgliedern. Nach den Statuten waren die sieben Mitglieder vom Landesvorsitzenden aus den Mitgliedern der Landesvorstandschaft zu bestellen. Die Landesvorstandschaft, wenn ich das gleich beifügen soll, war so zusammengesetzt: Landesvorsitzender, Landesvorstand, normalerweise, wenn er gewählt ist, die sämtlichen Regierungsmitglieder und zehn von den Bezirken gewählte Mitglieder, dazu Frauenvertreter, Vertreter der Jungen Union, Vertreter der Flüchtlinge. Aus diesem Gremium also konnte nach den Statuten der Landesvorsitzende sieben bestellen. In der Praxis ist es so gehandhabt worden, daß ich dem Landesausschuß Vorschläge gemacht habe, und die Vorschläge habe ich gutheißen lassen.
Nach den Statuten wäre es so gewesen, daß ich das Recht gehabt hätte, bis zu zwei Stellvertreter selbst zu bestellen. In der Praxis ist es so gewesen, daß man sich von Fall zu Fall verständigt hat. Der jetzige Vorschlag geht dahin, daß zwei dauernde Stellvertreter bestellt werden. Es wird intern eine Arbeitsteilung vorzunehmen sein, aber die volle Verantwortung trägt nach wie vor der Landesvorsitzende, der von der Landesversammlung durch das Mißtrauensvotum zur Rechenschaft gezogen werden kann. Er muß natürlich vor jedem anderen Gremium Rechenschaft [ab]legen. So ist es ungefähr in der Spitze.
Der Differenzpunkt unten, wenn ich es richtig verstanden habe, geht darum: Wie soll die Landesversammlung den Willen der Partei repräsentieren? Ein Prinzip, das bisher durchgehalten wurde, ist, daß jeder Kreis zwei Vertreter bestellt. Daneben kamen dann der Landesausschuß, die Landtagsmitglieder. Jeder der 180 Kreise hat also zwei Vertreter bestellt. Der Vorschlag Junge Union, wenn ich richtig verstanden habe, geht dahin: Nicht automatisch Mitgliedschaft der Landtagsmitglieder, die auf anderer Ebene gewählt worden sind, in allen Gremien draußen, sondern die Mitgliedschaft zu diesen entscheidenden Gremien soll durch Wahl erfolgen. Darüber hier zu diskutieren, würde bestimmt zu weit führen. Es würde eine Diskussion auslösen, die ich selbst in der Landesversammlung für unzweckmäßig halte.
Das ist mein persönlicher Gesichtspunkt im Augenblick. Man mag darüber debattieren. Man sollte die Entwicklung abwarten und nicht etwa aus Ressentiments heraus die Entscheidungen treffen. Der andere Gesichtspunkt ist: Bestellung nach der Zahl der Mitglieder oder Wähler oder nach der Zahl der Einwohner des jeweils in Betracht kommenden Kreises oder der jeweiligen Stadtbezirke. Das ungefähr sind, glaube ich, die Hauptgesichtspunkte, wenn ich sie so richtig herausgestellt habe. Ich glaube, da bist Du auch mit mir einig und die anderen Referenten werden auch darüber einig sein.
Für unsere Debatte handelt es sich um die Aufnahme des Vorschlages *Haußleiter*. Die Grundlinien sind entwickelt. Wir sind, glaube ich, da darf ich Ihre Zustimmung annehmen, wenn kein Widerspruch erfolgt, darüber einig, daß von diesem Landesausschuß noch ein Gremium zu bestellen ist, das die Vorschläge überarbeiten und einem Landesausschuß, der unmittelbar vor der Landesversammlung tagen soll, Bericht erstatten soll. Über die Bestellung eines solchen Gremiums, glaube ich, erfolgt kein Widerspruch. Sie ist damit angenommen.
Es kommt nun also darauf an, wieviele Köpfe dieses Gremium umfassen soll. Die Mitglieder müssen von uns gewählt werden. Wir haben aber sowieso noch Wahlen

vorzunehmen. Infolgedessen würde ich diese Debatte nicht damit belasten, sondern die Wahlen zurückstellen bis morgen früh, weil man in persönlichen Aussprachen erledigen kann, was hier Zeit kostet. Wir wollen morgen früh sowieso die anderen Wahlen noch stattfinden lassen.
Dagegen ist die Frage zu klären Präsidialsystem - wenn ich den kurzen Ausdruck nehmen darf, also Landesvorsitzender, von der Landesversammlung gewählt, zwei Stellvertreter, vom Landesausschuß gewählt - oder Kollegialsystem bzw. Direktorialsystem - ich weiß nicht, wie man das bezeichnen soll, der Ausdruck ist gleichgültig. Soll darüber jetzt eine Debatte geführt und eine Entscheidung getroffen werden? Ich glaube, die Linien sind herausgearbeitet, so daß die Debatte nicht einmal sehr lang zu sein braucht.
Aber ich will mich dabei nicht einmischen.
Ferner sollen dem Gremium vom Landesausschuß bestimmte Weisungen gegeben werden, so daß in dem Gremium bestimmte Diskussionen nicht mehr notwendig sind. Oder soll dieser Ausschuß damit seine Arbeit anfangen, daß er vielleicht die ganzen Entwürfe zusammenwirft und etwas Neues macht?
Jetzt müssen wir darüber entscheiden: Antrag *Haußleiter* oder nicht? *Rindt* hat sich zu Wort gemeldet. Ich bitte, jetzt aber nur zu diesem Punkt zu reden: Sollen diese zwei Punkte zur Vorentscheidung vorweggenommen werden oder nicht?
Dr. *Rindt*: Ich würde vor meiner Wortmeldung zunächst bitten, daß der Antrag noch einmal wiederholt wird. Ich würde also Kollegen *Haußleiter* ersuchen, den Antrag zu wiederholen.
Haußleiter: Ich habe vorhin folgendes gesagt: Wir sind von der Landesversammlung beauftragt worden mit einer klaren Weisung, Entscheidungen zu treffen. Die Entwürfe, die uns vorgelegt worden sind, enthalten eine Reihe ausgezeichneter organisatorischer Anregungen, über die sich ein Ausschuß ohne weiteres einigen kann und die er durchbesprechen kann. Die grundsätzlichen Entscheidungen, die die Substanz der Union betreffen, muß der Landesausschuß hier fällen. Zu dieser Entscheidung sind wir in demokratischem Verfahren von unten gewählt; wir müssen auch hier die Verantwortung auf uns nehmen.
Ich habe infolgedessen den Antrag gestellt, der Landesausschuß möge darüber entscheiden, ob die Entwürfe des zu wählenden Ausschusses aufgrund des Präsidialsystems oder aufgrund des Kollegialsystems ausgearbeitet werden sollen; er möge zweitens darüber entscheiden, ob das gegenwärtige System der regionalen, föderativen Vertretung der Kreisverbände aufrechterhalten wird oder ob in Zukunft die Stärke der Vertretung der Kreisverbände nach der Stimmenzahl ihrer Mitglieder erfolgen soll. Das sind die wesentlichen Entscheidungen, um die es bei der Änderung der Satzung geht. Ich greife nicht ein in die Sachdiskussion. Ich habe hier nur diesen Antrag wiederholt, weil, meine Damen und Herren, ein merkwürdiges und unsicheres Bild entstünde, wenn wir diese Entscheidungen einem siebenköpfigen Ausschuß übertragen würden,

(Zuruf: Das ist nicht beantragt!)

ohne daß dieser Ausschuß klare Richtlinien von uns erhielte. Wir wissen ja nicht, wer die Minderheit ist; wir haben ja jetzt zu entscheiden. Meine Damen und Herren, weichen wir doch einer Abstimmung nicht aus! Warum denn? Unterstützen wir hier die demokratische Entscheidung! Ich bin der Überzeugung, daß dann ja die Minderheit von sich aus immer noch an die Landesversammlung gehen kann; ihre Rechte sind

nicht beschnitten. Wir haben eine Pflicht. Sie ist uns von der Landesversammlung auferlegt. Tun wir unsere Pflicht!

Dr. *Rindt*: Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht auf den sachlichen Inhalt der Dreier-Frage eingehen, vor allen Dingen aus einem Grund nicht: Um dem einen oder anderen Herrn nicht das Gefühl zu geben, sein Referat sei doch der Anlaß gewesen, eine bestimmte Linie in meinen Worten zu vertreten. Ich möchte nur folgendes feststellen: Wir haben im wesentlichen drei Vorschläge in manchmal sehr weit ins einzelne gehenden Zügen gehört. Dabei wird jedem von uns klar geworden sein, daß diese drei Vorschläge uns Gedanken brachten, die sehr zentraler Natur sind, die unter Umständen sogar an das Wesen der Union überhaupt gehen, und daß auf der anderen Seite auch Gedanken an uns herangetragen und uns kundgegeben wurden, die nicht so sehr wesenhaft waren, die vielleicht mit grundsätzlicher Thematik ausgestattet waren, aber doch nicht etwas Wesenhaftes für die Union bedeutet haben. Es hat sich auch klar herausgestellt, daß zwei Punkte die ausschlaggebenden sind, an denen unsere jetzige Satzung entweder in einem Teil der Fragen krankt, während der andere Teil der Fragen nicht angegriffen wird, oder nicht. Das ist, wie nun schon verschiedene Vorredner betont haben, das Prinzip der Wahl zwischen dem Präsidial- und dem Kollegialsystem und auf der anderen Seite das Prinzip der Festlegung der Vertreterzahlen nach bestimmten Gesichtspunkten, einerseits von der Menge irgendeiner Bevölkerung oder der Wähler oder der Mitgliederschaft[12] her, andererseits von dem Territorialsystem her gesehen.

Nun, meine Freunde, wie würde die Sache weitergehen, wenn wir jetzt folgendermassen verhandeln und handeln würden? Punkt 1: Wir würden also einen Ausschuß einsetzen. Das wollen wir alle; der soll auch kommen. Das ist meine Überzeugung von vorneherein gewesen, daß wir in dem heutigen Gremium über so wichtige Dinge wie die Satzung nicht in cumulo abstimmen, irgendwelche Satzungsänderungen so durchschleusen oder durchsetzen können. Wir übergeben also nun die Satzungen irgendeinem Arbeitsausschuß. Dieser Arbeitsausschuß legt dann dem Landesausschuß, der kurz vor der nächsten Landesversammlung einzuberufen ist, seine Vorschläge vor, und der Landesausschuß wird dann genauso eine ähnliche Entscheidung treffen müssen, wie er sie heute durchzuführen hat, nämlich sich für das eine oder für das andere zu entscheiden. Ich sage: Wie er sie heute durchzuführen hat unter der Voraussetzung, daß der Antrag *Haußleiter* durchgeht und daß wir uns heute darüber klar werden, ob das Präsidial- oder das Kollegialsystem in bezug auf die Parteileitung und das eine oder das andere Prinzip in bezug auf die Gremienvertretung in der Partei festgelegt werden.

Meine Damen und Herren, das bedeutet also mit anderen Worten nur ein Hinausschieben vielleicht um 18 Tage; aber nicht bedeutet es und kann es bedeuten die Hinwegnahme der Verantwortung vom Landesausschuß, daß sich der Landesausschuß als das Gremium, das zur Entlastung der Mitgliederversammlung gewählt wurde, von der Verantwortung weg entfernt, diese Entscheidung zu treffen.

(Sehr gut!)

Ob wir es heute tun oder in ungefähr drei Wochen, ist ein und dasselbe, denn, meine Damen und Herren, seien wir uns darüber klar: Die meisten von uns sind in der Union von Anfang an dabei, und von Anfang an hat jeder einzelne sich irgendwelche

[12] In der Vorlage: "Mitgliederschicht".

Gedanken gemacht, ob man nun in dieser oder in jener Hinsicht unser Gefüge noch besser, noch straffer machen könnte, oder ob man unsere Organisation vielleicht da und dort auflockern müßte, ob man dies oder jenes Prinzip stärker oder schwächer einbauen müsse. Jeder von uns weiß heute genauso, wie in drei Wochen, wie er über diese Punkte zu entscheiden hat.
Ich möchte es bei aller Freundschaft zu jedem einzelnen lieber nicht gehört haben, daß heute zweimal der Ausdruck gefallen ist, daß von uns eine Minderheit überritten wird. Ich glaube nicht, daß der Herr Sprecher dieser Worte auf dem Standpunkt des Landtagskollegen steht, der unserem Parteivorsitzenden einmal in der Verfassunggebenden Landesversammlung zugerufen hat: Was ist Demokratie? Wissen Sie denn das? Demokratie ist der Terror der Minderheit durch die Mehrheit! Ich glaube also nicht, daß der Sprecher dieser Worte auf diesem Standpunkt steht. Ich möchte aber für alle Fälle feststellen, daß es zum Prinzip der Demokratie gehört, daß sich eben eine Minderheit der Mehrheit nach einigermaßen vernünftigen Grundsätzen zu fügen hat. Ich wiederhole die vorhin gesprochenen Worte: Ich habe keine Ahnung, wo sich die Mehrheit oder Minderheit befindet. Aber ich lehne es für meine Person ab, in dem Augenblick, wo eine Minderheit irgendwo mit ihrem Willen nicht durchkommt, nun vielleicht zu einer Minderheit zu gehören, die dann behauptet: Wir sind nicht durchgekommen, weil der Versammlungsleiter ein Diktator war. Gewöhnlich ist das doch so. Und ich bitte zu bedenken, ich bitte es sachlich zu bedenken, daß schon viele Angriffe deshalb erfolgt sind und daß vielleicht auch ein Gutteil der Vorschläge zur Abänderung der Satzung aus einem gewissen Ressentiment herausgewachsen sind, weil man vielleicht nicht so ganz in Gemeinschaft demokratisch zu denken gelernt hat und auch als Minderheit eine Niederlage einstecken kann. Dabei klopfe ich an meine eigene Brust und denke an meine eigene kurze politische Vergangenheit.
Insofern möchte ich also bitten, daß wir uns nicht um eine Verantwortung, die uns auferlegt ist, um drei Wochen gewissermaßen - verzeihen Sie den Ausdruck; ich habe im Augenblick keinen anderen - drücken, sondern daß wir die Verantwortung heute schon auf uns nehmen; denn das ist kein Neuland für uns. Darüber werden wir uns heute noch unterhalten wollen und sollen. Wir wissen ganz genau, daß wir uns über die einzelnen Punkte bisher schon Gedanken gemacht haben und wohin unsere Überzeugung geht. Ich möchte also den Antrag stellen, daß über die Punkte Präsidialprinzip und Kollegialprinzip einerseits und das Prinzip der mitgliedermäßigen Stärkenvertretung oder des Territorialsystems andererseits abgestimmt wird. Ich möchte bitten, daß Sie dem Antrag *Haußleiter* zustimmen.
Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Damen und Herren! Ich will mich von vorneherein bemühen, ganz losgelöst von Machtkämpfen - weil ich wirklich keine führe - und von allen möglichen Erinnerungen der Union einen Kompromißvorschlag zu unterbreiten und dabei die Systeme - ob Präsidialsystem oder Kollegialsystem oder wie sie alle heissen - außer acht lassen. Ich habe vor der Vereinigung in Caux den Satz geprägt, daß wir Deutsche an dem Übel leiden, immer zu viel Theorien zu haben und zu wenig einfach zu denken. Das Einfache ist nämlich das Beste; und wenn wir hier einfach denken, so, glaube ich, könnte die Gesamtpartei den Grundsatz annehmen, daß einer der Vorsitzende sein muß. Das können Sie einrichten, wie Sie wollen, denn bei einem Vorsitzenden und einem Gremium, die miteinander streiten, kann keiner den Vorsitzenden mehr machen. Soviel Verantwortung erfordert also die Partei, daß ein vom Gesamtgremium der Partei gewählter Vorsitzender dasein muß.

Ich könnte mir auch vorstellen, daß sich die Gesamtpartei wirklich darauf einigen kann. Nachdem das Gremium des Landesausschusses ja immerhin ein ganz respektables Gremium ist,

(Heiterkeit.)

die Durchschnittsverhältnisse des Landes darstellt und die besten Köpfe und die größten Kampfhähne der Partei darin vertreten sind, sind hier die Ausgleichsmöglichkeiten in hinreichendem Maße gewährleistet. Von diesem Gesichtspunkt aus kann man daher dem Grundsatz zustimmen, daß die beiden Stellvertreter vom Landesausschuß gewählt werden. Ich glaube, darüber sollte man sich gar nicht mehr streiten. Wenn ich die drei Referate einander gegenüberhalte, so hat sich doch im wesentlichen die Linie schon herausgebildet, die auf dieser Ebene liegt.
Dann kann der gewählte Ausschuß noch darüber befinden, welche zusätzlichen Leute hineinkommen. Ich glaube, da sind die Differenzen auch nicht so groß. Es bleibt vielleicht die eine Differenz noch übrig - und über die Differenz kann man noch sprechen -, ob der Landesvorsitzende dann noch das Recht haben soll, von sich aus die Mitglieder zu berufen oder ob die auch auf andere Weise sichergestellt werden können.

(Gelächter.)

Ja, bitte, das ist doch ganz klar; es könnte auch gewählt oder sonstwie gemacht werden!

(Erneute Heiterkeit.)

Sie brauchen ja dabei nicht an *Loritz* zu denken.
Da kann man diesem Arbeitsausschuß, der die endgültigen Formulierungen trifft und dem man gar nicht vorgreifen will, die Richtlinien geben: Es wird an der Person eines verantwortlichen Landesvorsitzenden festgehalten. Zweitens: Es werden zwei stellvertretende Vorsitzende durch den Landesausschuß gewählt. Es wird ein Parteivorstand gebildet, dem noch mehrere Mitglieder angehören sollen. Als Grundlage für die Bestimmung der Mitglieder gelten die drei Vorschläge, denn sie enthalten drei vernünftige Gedanken. Das läßt sich doch in einer Einheit vereinen, damit wir dann zu dem 16- oder 18-gliedrigen Gesamtvorstand kommen. Das wäre dieser Punkt.
Das kann also zu keinen großen Schwierigkeiten mehr führen. Es könnte nur zu Schwierigkeiten führen, wenn man innerhalb der Union wieder eine große Auseinandersetzung entdeckt, von der ich aber möchte, daß sie nicht mehr in den Vordergrund tritt. Damit wären die drei Vorsitzenden gesichert, und es wäre das Übergewicht des Vorsitzenden für den Teil der Union, der eine starke Betonung des ersten Vorsitzenden will, auch gesichert. Dann ist doch allen Verhältnissen Rechnung getragen.
Dann kommt eine zweite wichtige Sache: Die Delegierung der Leute der Partei im Durchschnitt des Landes für die Vertretung in der Landesversammlung. In meiner Brust wohnen zwei Seelen, eine fränkische und eine altbayerische. Ich kann mir nicht helfen, meine Jugendzeit habe ich in Franken verbracht, und ich kann mich erinnern, wie die fränkischen Verhältnisse liegen. Da muß ich meinen altbayerischen Freunden, zu denen ich selber gehöre - ich bin seit 1907 hier unten -, sagen, daß der politische Kampf in der fränkischen Ebene etwas ganz anderes ist wie in der altbayerischen.

(Sehr richtig!)

Daran müssen wir endlich einmal festhalten. Man muß den Leuten in der politisch-christlichen Diaspora draußen - wenn ich mich so ausdrücken darf - auch eine gewisse

Grundlage für ihre Tätigkeit einräumen, damit sie mit Idealismus an ihre Arbeit gehen. Das halte ich auch für wesentlich. Deswegen kann ich mich von dem Grundsatz, von dem Regelgrundsatz nicht entfernen, daß die zwei Vertreter der Kreise unter allen Umständen festgehalten werden müssen. Aber was ich darüber hinaus denke, ist: den regionalen Ausgleich - jetzt vermeide ich das Wort föderalistisch, denn das bringt ja alles durcheinander - halte ich für notwendig. Und der regionale Ausgleich - damit könnte man diesen Arbeitsausschuß auch beauftragen - könnte wirklich auf der Bezirksebene erfolgen. In der Landesversammlung - hier sind die Bezirke sowohl wählermäßig wie einwohnermäßig in der Größe verschieden - kann man den Bezirken, die einwohnermäßig und wahlrechtsmäßig eine größere Einheit darstellen, zusätzlich Vertreter geben. Dagegen könnten auch die Franken nichts haben. Dann ist ausgeglichen; denn auf der Hauptebene der Gesamtvertreter, der zweimal 180 Vertreter, ist alles gleichmäßig behandelt, ist die Arbeit gleichmäßig eingeschätzt. Die Arbeit eines tüchtigen Kreisvorsitzenden draußen in einem fränkischen Diaspora-Kreis kann unendlich mühsamer sein als die Arbeit in einem altbayerischen Kreis mit guter alter Wählerbevölkerung. Das ist ganz klar. Man soll den Idealismus dieser Leute nicht hindern und nicht stärkenmäßige Maßstäbe anwenden. Denn die stärkenmäßigen Maßstäbe würden hier verstimmend wirken, dann würde man sagen: Wir werden ja doch überstimmt, da ist die andere Seite dieser Kreise. Warum sollen wir uns hier anstrengen? Das hat für uns doch keinen Wert.

Aber in der Bezirksebene sollte man den Ausgleich schaffen. Da ist der Regierungsbezirk Oberbayern mit viel größeren Wählerstimmen, der bekommt eben mehr Bezirksstimmen. Wir können den Arbeitsausschuß auch da beauftragen, hier einen Maßstab zu finden, um den regionalen Unterschieden der Partei entsprechend, sowohl was die Einwohnerzahl als [auch] was die Wählerstimmen und was die Zahl der Mitglieder anbelangt, einen Ausgleich auf der Bezirksebene zu schaffen. Da läßt sich der Ausgleich finden, dabei könnten die wenigsten Verstimmungen eintreten. So stelle ich mir die Sache vor.

(Zuruf: Also nur für den Bezirk!)

Wir haben die 360 Vertreter der Kreise, dazu Bezirksvertreter, und hier kann der Ausgleich geschaffen werden. Das halte ich für absolut möglich und für absolut gerecht. Man kommt dann den einen nahe, die im Süden sagen, daß sie mit ihrer Stärke der Parteiorganisation berücksichtigt werden sollen, und hört die anderen, die sagen: Wir, bei unserer vielen Arbeit in der christlichen Diaspora, haben auch ein Recht. Auch denen trägt man damit Rechnung.

Ich glaube, das wäre eine Modalität, die des Schweißes der Edlen wert wäre. Wenn da elf vernünftige Menschen zusammensitzen und unser Kollege *Pfeiffer* ein wunderbares Liedchen dazu pfeift,

(Heiterkeit.)

so, glaube ich, werden wir nach einiger Zeit einen gemeinsamen Vorschlag zustande bringen, der mit Begeisterung, Enthusiasmus und zur ewigen Erinnerung von der Landesversammlung angenommen werden könnte.

Das sind meine Gedankengänge. Das wären die Kompromißvorschläge, die dieser Rat der Weisen mit auf den Weg bekommen soll.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, ich würde nun vorschlagen, daß wir jetzt möglichst rasch über den Antrag *Rindt/Haußleiter* abstimmen, denn ich muß immer auf die Uhr schauen. Wenn wir jetzt noch lange debattieren, sehen wir nämlich, daß wir auf einmal schon mitten im Thema drinstehen. Wir haben jetzt eigentlich

die Diskussion schon ziemlich durchgeführt und können bald zur zweiten Abstimmung übergehen.
Vergessen Sie nicht: Wir kommen nachher dazu. Die Landesversammlung soll am 24./25. sein. Dort muß die große politische Aussprache stattfinden, denn dort ist das ganze Forum der Partei. Heute und morgen soll noch eine - wenn ich so sagen will - politische Voraussprache stattfinden. Der 24./25. ist bereits in drei Wochen. Am Tag vorher kann dann eventuell noch ein Landesausschuß sein; denn ich kann es nicht an einem der beiden Tage machen, sonst kürze ich die beiden Tage und verliere Zeit für die politische Aussprache und für die Willensentscheidung der Partei.
So wird es sein. Tausend Leute unterzubringen, wird nahezu unmöglich.

(Zuruf: Es sind ja nicht so viel! Bei der Landesversammlung sind es 525 Leute!)

Es sind rund 600. Es kommen sehr viele Leute von draußen. Wir haben das letzte Mal in Eichstätt über 1000 Leute unterzubringen gehabt.

(Dr. *Hundhammer*: Die Pressevertreter sowieso!)

Das Thema müssen wir ohnehin noch behandeln. Wir wollen nicht in die Debatte übergehen.
Es kommt mir nur darauf an, Ihnen die Zeit vorzurechnen. Wir haben jetzt die Debatte ziemlich durchgeführt. Wir sollten jetzt, wenn Sie wünschen, nur noch mit vielleicht einem Redner für und wider das Thema behandeln, das hier durch den Antrag berührt wurde, und vielleicht den Vorschlag *Horlacher* zugrundelegen und heute die Entscheidung treffen. Dann haben wir wenigstens dieses Thema abgeschlossen. Der Ausschuß kann dann innerhalb kurzer Zeit die ganzen Vorschläge verarbeiten. Wir rechnen, daß wir im nächsten Landesausschuß vielleicht mit einer Debatte von drei, vier Stunden längstens fertig werden, und können dann vor die Landesversammlung hoffentlich mit einem einigen Vorschlag hintreten, der höchstens noch Alternativen offenläßt.
Darf ich jetzt, damit keine Zeit mehr verloren wird, über den Antrag abstimmen lassen?
Staatsminister Dr. *Seidel*: Zur Geschäftsordnung! Ich bin der Auffassung, daß der Antrag Dr. *Pfeiffer* der weitergehende ist. Infolgedessen müssen wir wohl über ihn zuerst abstimmen.

(Sehr richtig!)

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Ich möchte zu meinem Antrag nichts mehr sagen. Ich bitte nur die Herren *Haußleiter* und Dr. *Rindt*, meinen Antrag noch einmal zu lesen. Dann werden sich zwei wesentliche Irrtümer herausstellen, denen sie bei ihren Ausführungen zum Opfer gefallen sind. Erstens soll nämlich der von mir beantragte Ausschuß keine Entscheidung treffen.

(Dr. *Rindt*: Das habe ich nie behauptet!)

Nein, das hat Herr Kollege *Haußleiter* behauptet. Er soll die Dinge nur besser durchstudieren, weil sie für heute nicht hinreichend vorbereitet waren!
Nr. 2: Der Landesausschuß in seiner heutigen Zusammensetzung wird auch in drei Wochen der gleiche Landesausschuß sein, aber die Dinge werden besser gereift sein, als sie heute sind, es wird eine ganze Anzahl von Mitgliedern des Landesausschusses, die heute nicht anwesend sind, daran teilnehmen, wenn der Landesausschuß zusammen mit der Landesversammlung stattfindet, und es wird ein geschlosseneres Bild der

ganzen Sache entstehen. In den Parlamenten hat man die zweite Lesung. Wir haben weder die Vorlagen in der Hand gehabt, noch haben wir eine zweite Lesung. Wenn das, was heute in der Aussprache auch von *Haußleiter*, von *Rindt* und insbesondere von *Horlacher* vorgetragen wurde, diesem Ausschuß zur Verfügung steht, dann, glaube ich, wird es vielleicht in ganz wenigen Punkten noch einen Mehrheits- und einen Minderheitsvorschlag geben.
Deswegen, weil keine schriftlichen Vorlagen zur Vorbereitung da waren, weil eine Reihe von Leuten fehlen, bin ich der Meinung, daß die Sache heute noch nicht gereift ist. Die Verantwortung soll vom Landesausschuß in seiner heutigen Zusammensetzung nicht weggenommen werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf, damit kein Zweifel aufkommt, nachdem *Pfeiffer* gesagt hat, es fehle eine Reihe von Leuten, feststellen: Es sind 108 Stimmberechtigte da von 125, also ein Prozentsatz, der sicher so ist, daß er sich kaum wesentlich verbessern wird.

(Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Jawohl, richtig!)

Dr. *Horlacher* hat das Wort zu seinem Vorschlag.
Dr. *Horlacher*: Ich will jetzt einen Antrag formulieren. Der Antrag *Pfeiffer* bleibt, solange er nicht zurückgenommen ist, als der weitergehende Antrag aufrechterhalten; über ihn muß auf jeden Fall abgestimmt werden.
Ich stelle jetzt aber folgenden Gegenantrag:

Es wird erstens ein Arbeitsausschuß zur Vorbereitung der Satzungsänderungen gebildet.

- Das stimmt mit *Pfeiffer* überein.

Diesem Arbeitsausschuß werden zweitens sämtliche vorliegenden Anträge über Satzungsänderungen überwiesen.
Drittens werden dem Arbeitsausschuß folgende Richtlinien für die Arbeit mitgegeben:

(Zuruf: Empfehlungen! - Gegenrufe: Richtlinien!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Mit Zwischenrufen ist die Entscheidung nicht getroffen.
Dr. *Geiselberger*: Ich habe mich schon lange zu Wort gemeldet!
Dr. *Horlacher*: Liebe Freunde, ich würde schon an Richtlinien festhalten, denn irgendwo müssen wir einmal zu Ende kommen.

1. An einem von der gesamten Landesversammlung gewählten ersten Landesvorsitzenden wird festgehalten.
2. Es werden durch den Landesausschuß zwei stellvertretende Landesvorsitzende gewählt - damit der Streit einmal aus dem Weg geräumt ist.
3. Die Landesvorstandschaft ist dann noch weiter zu ergänzen aufgrund der vorliegenden Vorschläge, die zu den Satzungsänderungen gemacht sind.

- Der Arbeitsausschuß hat also hier weitgehend Bewegungsfreiheit. Ich stelle mir vor, daß hier eine Einigung leicht zu erzielen ist.
Das ist der erste Teil. Jetzt kommt Teil zwei:

Was die Frage des Aufbaues des Partei anlangt, bekommt der Arbeitsausschuß folgende Richtlinien:

1. An der Vertretung der Kreise für die Landesversammlung wird aus grundsätzlichen Erwägungen festgehalten.

2. Der Arbeitsausschuß soll aber einen Ausgleich herbeiführen durch die unterschiedliche Zahl der Bezirksvertreter, entsprechend der unterschiedlichen Grösse der Bezirke, den unterschiedlichen Stimmverhältnissen und dem Stand der Parteimitglieder.

Diese Richtlinien dienen dem Arbeitsausschuß. Er soll für den Ausgleich in der Bezirksebene einen Modus finden. Daß das auf der Bezirksebene geschehen soll, habe ich ja eingehend begründet: Es soll hier einmal in der Grundlage der Partei ohne Rücksicht auf Größe allen Kreisen Rechnung getragen werden, und zweitens sollen die unterschiedlichen regionalen Verhältnisse dadurch auch ihre Berücksichtigung finden.
Ich glaube, das wäre eine Richtlinie, nach der der Arbeitsausschuß, wenn das angenommen würde, sehr rasch zu einem Ergebnis kommen würde, das dann von der ganzen Union gutgeheißen wird. Das erhebe ich zum Antrag. Ich glaube, der Herr Kollege *Müller* muß es doch leichter verstehen, was ich auseinandergesetzt habe, als wenn es schriftlich vorliegt. Ich sage Ihnen ehrlich: Ich war dankbar, daß man das heute vorgetragen hat. Ich habe mich viel leichter getan, als wenn ich es selbst hätte lesen müssen.

(Heiterkeit.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Alle Wortmeldungen in hohen Ehren. Ich will Sie nicht beeinflussen, auf Ihr Wort zu verzichten. Aber ich darf darauf hinweisen, daß sieben Wortmeldungen vorliegen; und ich muß der Reihe nachgehen. Frau *Maria Probst* hat das Wort zur Geschäftsordnung.
Dr. *Probst*: Meine Herren! Es ist mir unmöglich, diesem Antrag auf Überweisung so wesentlicher Fragen an einen Unterausschuß zuzustimmen, ohne vorher Garantien über die Zusammensetzung dieses Ausschusses zu haben. Ich stelle daher den Antrag, daß diesem Ausschuß auf jeden Fall angehören müssen die Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaften der Union.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das läßt sich hören. Aber trotzdem: Wir müssen morgen früh alles vornehmen, und darauf kann man ja nachher Wert legen. Aber es ist bestimmt ein guter Vorschlag.
Ich darf aber jetzt darauf aufmerksam machen, daß sieben Wortmeldungen da waren. Können wir nicht die Debatte abkürzen? Es spricht heute abend Parteifreund *Ehard* in einer öffentlichen Kundgebung. Wenn wir alle tagen, so weiß ich nicht, ob sich das in einem solchen Falle ziemt; zumindest müßten nach meinem Empfinden die Ministerkollegen oder ein paar von ihnen dort sein.

(Abwehrende Geste Dr. *Ehards*.)

Gut, ein paar müßten dort sein. Vielleicht können wir, damit ich ungefähr die Zeit einteilen kann, einen Überblick gewinnen. Sind die Parteifreunde damit einverstanden, daß wir heute abend tagen? Denn ich muß meine Zeiteinteilung darnach richten. Wie lange wollen wir dann jetzt Sitzung halten?

(Zurufe: Bis 19 Uhr! - Bis 19.30 Uhr!)

Wir haben morgen Wahlen, die uns mindestens auch eine Stunde kosten werden. Ich dachte, es bei der politischen Aussprache folgendermaßen zu halten; ich darf das hier vielleicht einflechten. Vorgesehen war nur ein Referat von Parteifreund *Semler*, weil diese Politik im Moment akut war und Parteifreund *Semler* auf der Landesversamm-

lung nicht zu Wort gekommen ist. Ich habe sonst keine Referate im eigentlichen Sinn vorgesehen, sondern wollte es darauf ankommen lassen, daß von draußen her der Wille zum Ausdruck gebracht wird, Auskünfte zu erteilen, denn die große politische Aussprache wird ja schon in drei Wochen auf der Landesversammlung stattfinden. Aber trotzdem wollen wir, wenn wir jetzt beisammen sind, wenigstens zwei bis drei Stunden für die politische Aussprache kalkulieren. Ich müßte also, wenn wir uns jetzt über die Zeit schlüssig werden, schon bitten, dann vorzusehen, daß wir heute bis 20 Uhr arbeiten,

(*Fackler*: Zur Geschäftsordnung!)

daß nur einige Minister zum Vortrag *Ehard* hinuntergehen und daß wir morgen früh dann bis 14 Uhr tagen. Ich bitte, *Fackler*, zu dieser Zeiteinteilung.

Fackler: Ich glaube, weder die Öffentlichkeit, noch unsere Parteifreunde, die aus dem ganzen Lande da sind, würden es verstehen, wenn sie die Gelegenheit, einmal den Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* sprechen zu hören, nicht ausnutzen könnten. Ich bin daher dafür, daß wir spätestens um 19 Uhr Schluß machen, weil wir auch noch zum Abendessen und dann in die Kundgebung des Ministerpräsidenten gehen müssen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist mir nur angenehm. Ich muß nur wegen der Zeiteinteilung Bescheid wissen.

Kahn: Ich stelle den Antrag, die Rednerliste zu streichen und über den Antrag Dr. *Horlacher* sofort abzustimmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag ist gestellt, aber ich muß die Zeiteinteilung berücksichtigen können. Ich glaube, wenn wir nur bis 19 Uhr tagen, kommen wir morgen bis 14 Uhr nachmittag nicht durch.

(Zuruf: Eher anfangen!)

Morgen ist Sonntag, und ich glaube, wir müssen es unseren Freunden möglich machen, daß sie in die Kirche gehen können. Infolgedessen können wir morgen wahrscheinlich nicht vor 8.30, 9 Uhr anfangen.

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Zur Zeiteinteilung! Ich halte ein Tagen über 19 Uhr hinaus nicht für möglich. Der Kreis derjenigen, der an den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten Interesse hat, ist sehr groß. Wir müssen vorher abendessen. Hernach gibt es keine Möglichkeit mehr. Andererseits sollen, wenn über 19 Uhr hinaus getagt wird, wichtige Beschlüsse gefaßt werden, an denen wir alle zusammen sehr interessiert sind. Deswegen kann nach 19 Uhr praktisch nicht mehr gearbeitet werden. Ich bitte deshalb, um 19 Uhr zu schließen.

Dr. *Rindt*: Ich sehe nur die Möglichkeit, die eine oder andere Konsequenz zu ziehen. Entweder wir machen um 19 Uhr Schluß, gehen in die Kundgebung und arbeiten hernach weiter, oder aber wir nehmen einen Punkt von der Tagesordnung weg und verlegen ihn in die Sitzung vor der Landesversammlung.

Hönekopp: Ich schlage vor, daß wir um 21.30 Uhr weiterarbeiten. Dann verlieren wir keine Zeit.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir tagen nur, wenn alle oder nahezu alle Freunde da sind. Sonst hat es keinen Sinn.

Dietrich: Wir sollen bis nach Nürnberg zurück. Wir haben hier kein Quartier und können daher nicht dableiben.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Nürnberger werden zurückgebracht. Klarheit gewinnt man nur durch Abstimmung. Ich frage: Soll heute abend nach der Rede des Ministerpräsidenten *Ehard* noch getagt werden oder nicht? Wer ist dafür, daß ab 21.30 Uhr getagt wird? Wer ist dagegen?

Es hat keinen Zweck. Es ist ungefähr halb und halb, ob es eine Stimme hinüber oder herüber mehr ist, ist gleichgültig. Wir tagen um 21.30 Uhr nicht, denn der Großteil wird nicht da sein und das Tagen hätte keinen Sinn. Wir müssen Zeit gewinnen. Dann wird bis 7.15 Uhr getagt. Wir müssen bis dahin fertig sein.
Wir machen weiter. Es steht der Antrag *Kahn*, daß über den Antrag *Horlacher* sofort abgestimmt werden soll. Wird über den Antrag *Kahn* eine Debatte gewünscht? Ich darf darüber abstimmen lassen. Der Antrag ist bekannt.

(Zuruf: Nein!)

Er ist nicht bekannt. Der Antrag *Kahn* geht dahin, daß über den Antrag *Horlacher*, der nachher noch verlesen wird, der im Prinzip wenigstens bekannt ist, sofort abgestimmt werden soll. Ich lasse über den Antrag *Kahn* abstimmen. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Wer ist dafür?
61 zu 23. Damit ist der Antrag *Kahn* angenommen, und wir schreiten zur Abstimmung über den Antrag *Horlacher*. Zur Geschäftsordnung möchte ich bemerken: Damit sind die Anträge *Pfeiffer* wie die Anträge *Rindt* und *Haußleiter* überholt, so daß sie in Wegfall kommen.
Ich lasse zur Abkürzung der Debatte ...
Dr. *Käss*: Zur Beschleunigung, damit wir uns im Gestrüpp der Verfahrensvorschriften nicht verfehlen. Der Antrag *Pfeiffer*, daß ein Ausschuß eingesetzt wird, scheint im Prinzip die einheitliche Meinung aller zu sein. Die Abstimmung geht darum: Soll ihm eine gewisse Marschroute mit auf den Weg gegeben werden. Dazu liegt ein Antrag *Rindt* und *Horlacher* vor. In einem Punkt, Person des Landesvorsitzenden, gleichen sie sich. In dem anderen Punkt ist der Antrag *Horlacher* modifiziert gegenüber dem Antrag *Rindt*. Die anderen Fragen sind von sekundärer Wichtigkeit, wie das Gremium zusammengesetzt ist und dergleichen. Was der Ausschuß beschließt, wird doppelt filtriert, weil es noch einmal über den Landesausschuß laufen muß.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich schlage vor, über den Antrag *Horlacher* wird in Teilen abgestimmt.
Pfeiffer: Ich bin einverstanden. Unter der Voraussetzung, daß aus meinem Antrag übernommen wird, daß gegebenenfalls ein Mehrheits- und ein Minderheitsbericht erstattet wird, betrachte ich meinen Antrag als erledigt, wenn also der Antrag *Horlacher* in diesem Sinne angenommen wird, daß bei Meinungsunterschieden ein Minderheitsbericht erstattet wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist eine Selbstverständlichkeit. Das Recht besteht immer.
Dr. *Geiselberger*: Ich habe vorhin bereits den Zwischenruf gemacht und ich glaube, man könnte ein einmütiges Votum erreichen. Ich glaube, im Sinne der Freunde zu sprechen, wenn anstelle von "Richtlinien" "Empfehlungen" gesetzt wird.

(Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist ein so wesentlicher Unterschied, daß ein eigener Antrag gestellt werden müßte und wir über den Antrag auch abstimmen lassen müssen.
Dr. *Geiselberger*: Das ist ein so wesentlicher Unterschied, daß sich viele Freunde nicht entschließen können, dem Antrag *Horlacher* zuzustimmen.

(Allgemeine Unruhe.)

Staatsminister Dr. *Ankermüller*: Zur Geschäftsordnung! Wir streiten wirklich um Worte. Eben ist auf die Anfrage des Kollegen *Pfeiffer* die Antwort gegeben worden, daß

ohne Rücksicht auf das Ergebnis in einem späteren Landesausschuß, wenn die Frage entschieden wird, zwei Vorschläge an die Landesversammlung gemacht werden, nämlich ein Mehrheits- und ein Minderheitsantrag. Damit ist meiner Ansicht nach dem Wort "Richtlinien" der Boden weggenommen. Dann ist praktisch die Grundlage der Empfehlung gegeben.

(Widerspruch und Unruhe.)

Dr. *Horlacher*: Herr Kollege! Er darf froh sein, daß er bloß Innenminister ist. Einen Metzgermeister könnte er nicht machen, da gäbe es schlechte Würste. Es handelt sich darum: Das Mehrheits- und Minderheitsvotum kann sich nur auf das beziehen, was mein Antrag offenläßt bezüglich der Verwertung der Vorschläge. Es kann sich nicht auf die Richtlinien beziehen. Die Partei muß endlich zu einer einheitlichen Meinung kommen. Deswegen hat mein Antrag gelautet - ich darf ihn wiederholen:

1. Der Arbeitsausschuß wird gebildet.

Da sind wir einig.

2. Dem Arbeitsausschuß werden sämtliche vorliegenden Anträge auf Satzungsänderungen überwiesen.

Darin waren wir auch einig.

3. Dem Arbeitsausschuß werden folgende Richtlinien mitgegeben:
   I. Was die Bildung der Spitze der Partei betrifft:
      1. An einem von der Landesversammlung gewählten Landesvorsitzenden wird festgehalten.
      2. Dem Landesvorsitzenden werden zwei stellvertretende Vorsitzende beigegeben, die durch den Landesausschuß gewählt werden.
      3. Das Gremium der Landesvorstandschaft soll noch ergänzt werden unter Berücksichtigung der Vorschläge, die in den Anträgen über Satzungsänderungen vorliegen.

Da wollen wir dem Arbeitsausschuß Bewegungsfreiheit lassen. Hier ist ein Mehrheits- und Minderheitsgutachten durchaus möglich. Da ist der Streitpunkt in diesen Dingen nicht so groß, als daß wir uns nicht einigen könnten. Es sind in den Vorschlägen eine Reihe von Punkten enthalten, in denen sich leicht ein Ausgleich finden läßt.

   II. Was den inneren Aufbau der Partei anbelangt als der Durchschnittsvertretung der gesamten Wählerschaft in Bayern wird dem Arbeitsausschuß folgende Richtlinie mitgegeben:
      1. An der Vertretung der Kreise durch zwei bevollmächtigte Vertreter für die Landesversammlung wird festgehalten.
      2. Es wird ein Ausgleich herbeigeführt in den regionalen Unterschieden der Bezirksvertreter in der Landesversammlung durch die unterschiedliche Zahl, die sich sowohl aus Bevölkerung, Einwohnerzahl, Stimmzahl und eingeschriebenen Mitgliedern ergibt. Darüber hat der Arbeitsausschuß die entsprechenden Vorschläge auszuarbeiten.

(Zuruf: Nicht im Landesausschuß!)

Genauso im Landesausschuß! Diese Frage betrifft den unterschiedlichen Aufbau der Partei. Der Ausgleich soll hierbei nicht auf der Kreisebene gesucht werden, weil hier

verschiedene Gesichtspunkte dagegen sprechen, die ich geschildert habe. Er soll vielmehr auf der Bezirksebene gesucht werden. Da ist er möglich und vernünftig.
Diese Richtlinie soll dem Arbeitsausschuß mitgegeben werden. Im übrigen hat er aufgrund der Vorschläge, die vorliegen und die noch verschiedene andere Punkte enthalten, Bewegungsfreiheit, um ein entsprechendes Gutachten zu erstatten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, durch die Frage Landesausschuß wird die Angelegenheit besonders kompliziert. Sie ist bei allen drei Vorschlägen unter diesem Gesichtspunkt nicht durchgedacht,

(Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Jawohl, für Oberbayern schon!)

so daß sehr große Unterschiede zu dem Vorschlag *Horlacher* da sind.
Dr. *Geiselberger*: Könnte man den Vorschlag *Horlacher* bezüglich Landesversammlung auch gleichzeitig ausdehnen auf die Zusammensetzung des künftigen Landesausschusses?
Haußleiter: Zur Geschäftsordnung! Meine Damen und Herren! Meiner Ansicht nach können wir so verfahren, wie es vorgeschlagen ist, wenn wir Punkt für Punkt über den *Horlacherschen* Vorschlag abstimmen. Das scheint mir das richtige Verfahren zu sein. In vielen Dingen sind Sie der gleichen Meinung. Nur auf einen Punkt muß ich Sie aufmerksam machen: Wir müssen in Nordbayern an der regionalen Gliederung und Vertretung festhalten, und wir können da meiner Ansicht nach keinen Kompromiß machen. Ich halte das für genauso wichtig, wie die Frage der Flüchtlinge, der Vertretung der Arbeitnehmer. Kürzen wir also das Verfahren ab, indem wir jetzt über die *Horlacher*-Vorschläge Punkt für Punkt abstimmen.

(Zuruf: Nein!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Mit Zwischenrufen geht es nicht. Ich muß mit der Zeit fertig werden.
Fackler: Ich stelle fest, es wird über den Antrag *Horlacher* abgestimmt. Das ist durch Abstimmung festgelegt und nicht, daß wir in eine sachliche Debatte eintreten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe ausdrücklich gesagt: Punkt für Punkt abstimmen oder in Teilen.
Fackler: Das ist nicht beschlossen worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn Sie wünschen, streiten wir darüber nicht. Ich lasse sofort darüber abstimmen. Soll über den Antrag *Horlacher* in Teilen abgestimmt werden oder nicht? Wer ist dafür, daß in Teilen abgestimmt wird? Wer ist dagegen?
Das erste war die Majorität. Wird das bezweifelt? Nein! Gut, dann wird in Teilen abgestimmt.

I. Punkt:

1. An einem von der Landesversammlung gewählten Landesvorsitzenden wird festgehalten.

Ich lasse darüber abstimmen. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

2. Es werden durch den Landesausschuß zwei stellvertretende Landesvorsitzende gewählt.

Ich lasse darüber abstimmen.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Ich bitte noch als Eventualvorschlag: ein erster und zweiter Stellvertreter.

Dr. *Horlacher*: Es hat geheißen zwei Stellvertreter.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Es müßte kommentiert sein in diesem Sinne.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darüber können wir uns noch unterhalten. Ich lasse über diesen Punkt 2 abstimmen. Ich brauche ihn nicht wiederholen zu lassen, er ist bekannt. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

3. Die Landesvorstandschaft ist noch weiter zu ergänzen unter Berücksichtigung der Vorschläge, die in den Anträgen über Satzungsänderungen vorliegen.

Ich lasse darüber abstimmen. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Einstimmig angenommen.

II. Punkt. Er betrifft den inneren Aufbau der Partei.

Bezüglich der Durchschnittsvertretung der gesamten Wählerschaft in Bayern werden dem Arbeitsausschuß folgende Richtlinien mitgegeben:

1. An der Vertretung der Kreise durch zwei bevollmächtigte Vertreter für die Landesversammlung wird festgehalten.

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Ich bitte doch die Frage zu prüfen, ob nicht ein Vertreter je Kreisverband genügen würde, um das Gesamtgremium nicht so übermäßig groß zu machen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es würde sich das in der Debatte verschieben. Ich würde bitten, daß man den Antrag läßt, weil sonst auch noch die Frage der Debatte über die Mitgliedschaft der Landtagsabgeordneten in der Landesversammlung hereinkommt.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Der Ausschuß soll es prüfen können.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Also, ich lasse darüber abstimmen. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Drei sind dagegen. Ich brauche gar keine Gegenprobe zu machen. Der Antrag ist gegen drei Stimmen angenommen.

2. Der Arbeitsausschuß soll einen Ausgleich herbeiführen durch die unterschiedliche Zahl der Bezirksvertreter in der Landesversammlung.

Ich lasse darüber abstimmen. Wer enthält sich? Wer ist dagegen?
Dr. *Schedl*: Ich bitte, die Hände erhoben zu lassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: 53 dagegen. Wer ist dafür? Der Antrag ist mit 53 zu 45 abgelehnt.
Dr. *Käss*: Darf ich eines schnell sagen: Ist es nicht zweckmäßig, die Frage dem Ausschuß zu überlassen? Wir haben keine Bezirksvertretung in der Landesversammlung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darüber ist abgestimmt.
Dr. *Käss*: Es gibt bis jetzt keine Bezirksvertretung in der Landesversammlung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darüber ist abgestimmt, und damit ist das Prinzip abgelehnt. Damit ist der Antrag *Horlacher* behandelt und entschieden.
Ich darf nur die Zeit kontrollieren. Wir haben jetzt die Frage der Bildung des Ausschusses zu erledigen, wenn ich diese Frage gleich behandeln darf. Ich weiß nicht, ob ich Ihnen vorschlagen soll, den Ausschuß jetzt schon zu bilden oder gemeinsam mit den Wahlen. Soll der Ausschuß jetzt gebildet werden?

(Jetzt!)

Wir haben noch eine halbe Stunde Zeit. Ich darf um Vorschläge für diesen Ausschuß bitten.
Frau Dr. *Probst*: Ich darf an meinen Antrag von vorhin erinnern.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf den Antrag *Probst* vorwegnehmen. Frau *Probst* hat vorhin den Antrag gestellt, die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft[en] in der Union sind Mitglieder dieses Satzungsausschusses.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Wieviel sind das?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist die Arbeitsgemeinschaft Junge Union, die Arbeitsgemeinschaft der Frauen der Union, die Arbeitsgemeinschaft der Union der Ausgewiesenen, die Arbeitsgemeinschaft Arbeitnehmergruppe der Union. Handel und Industrie ist im Aufbau. Da ist, glaube ich, kein Vorsitzender gewählt. Dann müßte die Landwirtschaft, die keine eigene Arbeitsgemeinschaft hat, auch einen Vertreter bestellen. Arbeitnehmer sind nur in Handel, Gewerbe und Industrie drin. Es ist selbstverständlich, daß man sie nicht eigens zusammenfassen kann.
Ich lasse über den Antrag Frau *Maria Probst* gleich abstimmen.
Fackler: Ich bin der Auffassung, daß der Antrag nicht der zweckdienlichen Behandlung der Materie dient. Ich glaube, daß Leute hineingehören, die im Ausbau von Satzungen bewandert sind, und nicht Leute, die aufgrund einer bestimmten Eigenschaft zu einer Berufsgruppe gehören. Es müßten Leute sein, die geeignet sind, eine Satzung auszuarbeiten, meiner Auffassung nach also vornehmlich ein Teil Juristen und ein Teil Organisationspraktiker.

(Anhaltende Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte nicht für mich, sondern für die Redner, wenn ich sage: Wenn Sie sich wirklich unterhalten wollen, dann machen Sie es draußen.
Rinke: Die Flüchtlinge sind bisher in allen Gegenden stiefmütterlich weggekommen. Das werden Sie bestätigen müssen. Auch in dem Vorschlag Dr. *Hundhammer* waren die Flüchtlinge nicht mit einem Wort erwähnt, vielleicht aus Versehen. Wir müssen erhöhten Wert darauf legen, daß wir endlich in die Gremien kommen, wo etwas beschlossen wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, wir brauchen kein Statut, *Fackler*! Ich glaube, es versteht sich von selbst, daß die Statuten der Dynamik der Union gerecht werden.
Staatsminister Dr. *Seidel*: Ein großer Ausschuß ist hier fehl am Platz. Nachdem wir uns - das ist der allgemeine Eindruck - im wesentlichen über die Dinge klar sind, genügt es, wenn ein fähiger und kenntnisreicher Redaktionsausschuß gebildet wird. Nach meinem persönlichen Empfinden wären drei geeignete Leute notwendig, für jeden Vorschlag einer, nämlich für den Vorschlag Oberbayern, den Vorschlag Junge Union und den Vorschlag Landesgeschäftsstelle.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Da gehe ich nicht ganz einig. Es handelt sich nicht allein darum, ein Satzungswerk zusammenzuzimmern, das dem Aufbau der Union gerecht werden soll. Infolgedessen würde ich schon der Auffassung sein - es braucht deswegen dort nicht soviel geredet zu werden -, daß wir so vorgehen: Es soll[en] vertreten sein die Arbeitsgemeinschaft[en], dann möglichst Vertreter, die nach regionalen Gesichtspunkten bestellt werden - es muß nicht so sein, aber möglichst. Das müssen aber Leute sein, die bisher wirklich mitgearbeitet haben. Der Ausschuß kann ja irgendwelche interne Referenten haben. So kann am praktischsten gearbeitet werden.
Ich darf über den Antrag Frau *Probst* abstimmen lassen. Er ist bekannt und lautet:

> Die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft[en], dazu ein Vertreter der Landwirtschaft und von Handel, Gewerbe und Industrie sind Mitglieder dieses statutenschaffenden Ausschusses.

Wer enthält sich? Fünf Enthaltungen! Wer ist gegen den Antrag Frau Dr. *Probst*? 26! Wer ist für den Antrag Frau Dr. *Probst*? 51 dafür! Damit sind - ich stelle es ausdrücklich fest, damit keine Unklarheit besteht, und bitte Dr. *Käss*, es festzustellen, damit der Ausschuß nachher funktioniert - jetzt Mitglieder des Ausschusses geworden: Der Vorsitzende der Jungen Union, die Vorsitzende der Union der Frauen oder der Frauen der Union, der Vorsitzende der Union der Ausgewiesenen der Union,

(Zuruf: Gibt es nicht!)

dann der Vertreter der Union der Ausgewiesenen, der Vertreter der Union der Arbeitnehmergruppe, dann ein Vertreter der Landwirtschaft und, von Euch bestellt, ein Vertreter der im Aufbau befindlichen Arbeitsgemeinschaft Handel, Gewerbe und Industrie.
Das sind also sieben Mitglieder, die bestellt sind. Jetzt bitte ich um weitere Vorschläge.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Ich habe mich zum Worte gemeldet. Ich würde es für selbstverständlich halten, daß von den Kreisen, die den Antrag ausgearbeitet haben, den Oberbayern vertritt, jemand in den Ausschuß kommt. Ich schlage vor Herrn Minister *Pfeiffer*, der die Materie am besten kennt. Dann möchte ich vorschlagen den Abgeordneten *Donsberger*, damit für die Fraktion jemand dabei ist, und für die Jugend den Herrn Dr. *Jaeger*.

(*Butterhof*: Soweit kommt es!)

Schwägerl: Dr. *Pfeiffer*, Dr. *Rindt*, *Emmert* (Nürnberg), *Barth* von Oberfranken, *Kübler* und Dr. *Kroll*.
Seitz: Weiterer Vorschlag: *Franz Butterhof* und *Haunhorst*.
Schwägerl: *Horlacher* bei den Bauern!
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Wir müssen auch die Namen der anderen Vertreter haben. Ich bitte, nochmals zu wiederholen.
Schwägerl: Dr. *Pfeiffer*, Dr. *Rindt*, *Emmert*, Dr. *Barth*, *Kübler*, *Kroth* (Schweinfurt). Offenkundig geht der Vorschlag davon aus, daß auf diese Weise von jedem Bezirk einer drin ist, der sich mit der Materie befaßt hat und befassen soll.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Hundhammer*, könntest Du nicht das Prinzip auch anerkennen? Wir müssen ja den Ausschuß entsprechend zusammennehmen.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Wir kennen die anderen Leute nicht, die als Vertreter der Gruppen drin sind.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer würde für die Junge Union drin sein?

(Zuruf: *Butterhof*!)

Butterhof: Die Frage ist so nicht zu klären. Wir haben Zeit gehabt, Erfahrungen mit einem dreiköpfigen Direktorium zu machen. Folglich haben wir keinen Vorsitzenden. Wir müssen erst einig werden, wer dieses Amt ausübt.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Die Junge Union benennt jemand. Einverstanden!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit fallen von Dir die zwei Vorschläge weg. *Jaeger* ist auch von der Jungen Union und sitzt im Vorstand mit drin. Sind wir uns einig, daß die zwei Vorschläge wegfallen?
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Welche zwei Vorschläge fallen weg?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es fällt weg *Jaeger*.

(Zuruf: Ich möchte fragen, ob von der Oberpfalz jemand bestimmt ist.)

Schwägerl: Da nehmen wir am besten *Schedl* her, der die Satzungen ausgearbeitet hat.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gut, einverstanden! Dann ist jeder Bezirk vertreten. Die Namen der anderen Vertreter sind: Junge Union bleibt ihr selbst überlassen, für die Frauen wird es Frau *Lang-Brumann* sein, für die Flüchtlinge *Rinke* oder *Schütz* oder einer von Euch.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Wir bitten vom Bezirksverband Nürnberg die Nominierung von *Donsberger* zurückzunehmen und schlagen *Dietrich* vor.)

Emmert ist vorgeschlagen für Nürnberg.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: *Donsberger* für die Fraktion!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Könnten wir uns nicht dahin einigen, die Vorschläge *Schwägerls* anzuerkennen? Kann ich über sie abstimmen lassen?
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Ich lege Wert darauf, daß wir *Donsberger* hereinnehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann würde ich über *Donsberger* nachfolgend abstimmen lassen.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Wenn *Donsberger* dazukommt, dann sind wir einverstanden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wird der Protest gegen *Donsberger* zurückgezogen? Dann müßte ich darüber abstimmen lassen.

(Zuruf: Das hat aber Folgen, meine Herren!)

Heute wurde noch nicht gedroht.

(Zuruf: Nein, aber so geht es auch nicht, daß man einen überhaupt nicht zum Zug kommen läßt! Mehrere Zwischenrufe.)

Ich bitte um Ruhe.

(Zuruf: Ich bitte, daß die Delegierten aus dem Bezirk Mittelfranken ihren eigenen Vertreter vorschlagen!)

Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung! Dem Wesen des Systems, das vorgeschlagen wurde, die Vertreter der Arbeitsgemeinschaften zu bestellen, entspricht es, wenn jetzt einfach von jedem Bezirksverband ein Vertreter bestellt wird; dann ist Schluß mit der ganzen Debatte

(Dr. *Horlacher*: Jeder Regierungsbezirk!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist jetzt vorgeschlagen, von jedem der sieben alten Regierungsbezirke einen Vertreter zu bestellen und damit die Frage für abgeschlossen zu erklären. Darf ich um den Vorschlag für den Regierungsbezirk Oberbayern bitten.

(Zuruf: *Pfeiffer*!)

Pfeiffer ist hierfür vorgeschlagen. Bitte jetzt die anderen Regierungsbezirke!
Dr. *Schedl* (aufgrund von Zurufen): Schwaben-Augsburg: *Rindt*; Niederbayern: *Kübler*; Mittelfranken: *Emmert*; Oberfranken: *Barth*; Oberpfalz: *Schedl*; Unterfranken: *Kroll*.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Meine Damen und Herren! Es war nicht sehr leicht für einen, der sich so in die Materie eingearbeitet hat, wie ich das getan habe, und ehrlich so daran hängt, auf diesem Weg die absolute Geschlossenheit der Partei zu sichern und festzuhalten. In der Durcharbeitung der Dinge hat sich schon sehr lange der Kol-

lege *Donsberger* von der Landtagsfraktion sehr bemüht. Wenn nun heute gegen den Kollegen *Donsberger* hier von verschiedenen Seiten ein Veto eingelegt wird, wenn der Vorsitzende der Landtagsfraktion einen Kollegen, der sich so lange und eingehend mit der Materie vertraut gemacht und so positiv mitgearbeitet hat, vorschlägt und er nun auf diese Weise abgelehnt würde, dann wäre das der einzige Mißklang, der hier im Personellen zu verzeichnen wäre. Ich würde es sehr begrüßen, wenn im Rahmen dieses Ausschusses auch der vom Vorsitzenden der Landtagsfraktion genannte Kollege *Donsberger* mitarbeiten würde, und zwar durch Zustimmung des ganzen Landesausschusses.

Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung! Ich glaube, es bestehen an sich keine Bedenken, nachdem wir verschiedene Teile der Union hier zu Wort haben kommen lassen, auch einen Vertreter der Landtagsfraktion bei diesem Gremium hinzuzuziehen. Aber dieser Vertreter müßte von der Fraktion gewählt sein; er könnte, da es dem Geiste der Satzungsänderungen, wie sie von Oberbayern vertreten wurden, widersprechen würde, unmöglich berufen werden. Ich würde also vorschlagen, daß man dann einen Vertreter der Landtagsfraktion in der Fraktion wählt und diesem Gremium hinzugibt.

(Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Das ist frühestens in zehn Tagen möglich!)

Kübler: Niederbayern verzichtet auf seinen Vertreter zugunsten von *Donsberger*. Ich weiß, daß *Donsberger* einer unserer wertvollsten Mitarbeiter ist.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Kübler*, alles in Ehren ...

Dr. *Horlacher*: Ich bitte, es doch dabei zu belassen und in Mittelfranken den Widerspruch aus Gründen, die im allgemeinen Interesse der Union liegen, zurückzustellen. Ich glaube, wenn die Mittelfranken oder ein Teil der Mittelfranken sich nicht dazu entschließen können, so wird sich die Mehrheit, die jetzt anwesend ist, dafür entscheiden können, daß Herr *Donsberger* als Vertreter der Fraktion hineingewählt wird. Wir dürfen hier nicht stehen bleiben. Die Fragen, die um *Donsberger* entstanden sind, werden auf einem anderen Blatt ausgehandelt, nicht hier mit der Satzungsänderung.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich jetzt an Mittelfranken die Frage richten: Könnte sich nicht Mittelfranken entschließen, da ja *Donsberger* für die Fraktion vorgeschlagen wurde und das eine Frage der Fraktion ist ...

Mayr (Fürth): Nicht Mittelfranken, sondern Nürnberg/Fürth hat gegen *Donsberger* gestimmt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Könnte sich Nürnberg/Fürth nicht entschließen, den Einspruch zurückzuziehen? Wir haben vorhin einstimmige Beschlüsse gefaßt. Ich lasse sehr ungern abstimmen.

Butterhof: Meine Damen und Herren, ich will hier keine unnötige Schärfe hereintragen. Aber die Benennung des Kandidaten *Donsberger* in diesem Fall würde für unsere Nürnberger eine glatte Ohrfeige in weiten Kreisen sein. Das hat mit persönlicher Feindschaft oder sonst etwas gar nichts zu tun. Herr *Donsberger* liegt eben politisch auf einer anderen Linie; er hat selbst schon gesagt, daß er es für das Zweckmäßigste hielte, wenn eine katholische und evangelische Partei entstünde. Meine Damen und Herren, unter diesen Umständen kann man nicht annehmen, daß der Herr Abgeordnete *Donsberger* der Christlich-Sozialen Union der geeignete Mann ist, um in einem Gremium mitzuwirken, das die Satzungen und damit die Grundgesetze der Union bestimmen soll.

(Bravo-Rufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Einspruch wird nicht zurückgezogen. Ich muß infolgedessen abstimmen lassen. - *Hundhammer*, bitte.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Wenn man so Stellung nimmt, dann würde die logische Konsequenz sein, daß man von der anderen Seite gegen andere Persönlichkeiten auch Bedenken geltend machen würde. Damit kommen wir aber zu keinem Ergebnis, sondern gerade, wenn verschiedene Meinungen da sind, sollen sie in dem Gremium in sich ausgetragen werden. Nachdem aber jetzt noch dazu Niederbayern sich bereit erklärt hat, *Donsberger* als Vertreter für Niederbayern zu benennen, ist der Fall glatt. Sonst würde die Fraktion in ihrer nächsten Sitzung beschließen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde vorschlagen: Der Verzicht Niederbayern kann nicht angenommen werden; *Kübler*, das gibt es nicht, und zwar deswegen, weil die Bezirke vertreten werden müssen. Das wäre ein großer Fehler.
Ich muß wohl dann über den Antrag abstimmen lassen. Mir wäre es am liebsten, ich könnte es so machen, daß wir jetzt beschließen würden: "Ein Vertreter der Fraktion".

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Das ist mir recht!)

Darf ich dann abstimmen lassen, daß beschlossen wird: "Und ein Vertreter der Fraktion". Ich bitte, Platz zu nehmen, damit ich durchzählen kann. Wer ist gegen den Antrag, daß zu den hier bereits Gewählten noch ein Vertreter der Fraktion von der Fraktion benannt wird? - Wer enthält sich? - Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen. Damit bleibt der Fraktion die Benennung dieses Vertreters überlassen.
Meine lieben Freunde, ich danke Ihnen, daß Sie mitgeholfen haben, dieses schwierige Thema zu bewältigen. Ich darf bitten, Platz zu behalten. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Kundgebung des Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* um eine halbe Stunde verschoben ist.

(Zuruf: Wo?)

Dr. *Schedl*: Die Versammlung findet im Kolosseum statt. Für die Herren Minister, die an der Kundgebung teilnehmen, ist ein eigener Raum hinter der Bühne bis zum Beginn reserviert. Auffahrt über die Henckelstraße in die Schulstraße. Die Polizeiposten weisen die Herren Minister ein. Die Minister sind gebeten worden, auf der Bühne Platz zu nehmen; dasselbe gilt für die Herren Staatssekretäre, soweit sie anwesend sind.

(Zuruf: Und den Landtagspräsidenten! - Heiterkeit.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Darf ich jetzt vielleicht, damit die Zeit ausgenützt ist und Sie morgen früh nicht belastet sind, folgendes sagen:

(Zurufe.)

Die Kundgebung ist um eine eine Stunde verschoben. Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß über die Wahl noch nicht ganz abgestimmt ist.

(Zurufe.)

Das stimmt nicht ganz, Frau *Maria Probst*. Es ist schon im einzelnen abgestimmt. Ich darf aufgrund dieser Anregung über die Wahl der Mitglieder des Arbeitsausschusses im ganzen abstimmen lassen. Die Namen der Vertreter sind bekannt.

(Widerspruch. - Zuruf: Es sind nur die Namen der Vertreter der Frauen bekannt, wogegen die Namen der Vertreter der Flüchtlingsgruppe noch nicht bekannt sind!)

Dort ist gesagt worden: Die Vertreter; infolgedessen werden sie von der Organisation selbst benannt. Das ist auch das demokratische Prinzip. Ich brauche die einzelnen Organisationen nicht zu wiederholen. Ich lasse dann en bloc über die Liste abstimmen, wie sie vorhin im einzelnen festgestellt wurde.
Dr. *Schedl*: Es handelt sich um die Vertreter der einzelnen Arbeitsgemeinschaften, ferner die folgenden namentlich genannten Vertreter der Bezirke: Dr. *Pfeiffer*, Dr. *Rindt*, *Emmert*, Dr. *Barth*, *Kübler*, Dr. *Kroll*, Dr. *Schedl*, und einen Vertreter der Fraktion, der von der Fraktion noch benannt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Liste ist bekannt. Ich lasse en bloc abstimmen. Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Gegen eine Stimme angenommen.

(Heiterkeit.)

Ich darf für heute schließen. Wann beginnen morgen die Gottesdienste?
Dr. *Schedl*: Evangelischer Gottesdienst ist um 9.30 Uhr, katholische Gottesdienste sind um 6.45, 8 und 9 Uhr.

(Zuruf: Beginn der Sitzung 9 Uhr!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Um 9 Uhr Beginn wird vorgeschlagen. Auch ich schlage vor, morgen früh um 9 Uhr zu beginnen. Ist jemand dagegen? - Dann beginnt morgen die Tagung früh um 9 Uhr.
Ich danke und schließe für heute.

Die Sitzung wird um 19 Uhr 9 Minuten vertagt.
Die Sitzung wird am 4. Januar 1948 um 9.34 Uhr fortgesetzt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Tagung wird fortgesetzt. Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung. - Ich bitte um Ruhe. - Wir haben als offene Punkte noch zu behandeln: Politische Aussprache; Wahlen nach § 48 der Satzung; Sonstiges. Ich darf vielleicht den Punkt Sonstiges vorwegnehmen und einen sonstigen Punkt zuerst behandeln, nämlich die Frage der Landesversammlung.
Fest steht das Datum: 24./25. Januar. Das haben wir gestern schon festgestellt. Fest steht aufgrund unserer Vereinbarung von gestern, daß der Landesausschuß vorher zusammentreten wird. Wir wollen uns dann zweckmäßigerweise über den Tagungsort unterhalten. Ich habe Ihnen schon gesagt: Wesentlich bestimmend für die Auswahl des Tagungsortes ist die Tatsache, daß wir nicht nur rund 1000 Personen, sondern, wie mir gestern abend noch erklärt wurde, 1200 Personen unterbringen müssen. Ferner hat sich Eichstätt nicht unbedingt mehr als zweckmäßig erwiesen; so gut die Tagungen im allgemeinen vorbereitet waren und so sehr dankbar wir unseren Freunden von dort waren, hat es sich doch gezeigt, daß die Tagung in einem Raum wie in diesem Theater, das den ganzen Tag abgeschlossen ist, in dem man den ganzen Tag im künstlichen Licht tagt, sehr unzweckmäßig geworden ist.

(Zuruf: Künstliche Stimmung!)

Ich glaube, daß dadurch die künstliche Stimmung noch besonders forciert worden ist.

(Zuruf: Vor allem, weil die Raucher nicht rauchen können!)

Sehr richtig, auch das! Ich habe daher unseren Freunden auf jeden Fall ein Tagungslokal vorgeschlagen, in dem man natürliches Licht hat.
Nun haben wir hin und her überlegt. Der Landesausschuß hat sich, glaube ich, dreimal, nicht nur zweimal, im ganzen mit der Frage befaßt. Wir sind die einzelnen Orte

durchgegangen. Es wurde uns erklärt, für München sei es nicht möglich, 1200 Leute unterzubringen,

(Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Spielende Kleinigkeit!)

und es sei auch sonst die Tagung in München nicht ohne weiteres wünschenswert, weil die Leute auseinandergerissen würden, wenn sie zur Tagung zusammen sind. Wir haben dann festgestellt, ob irgendein anderer Ort in Betracht käme. Ich weiß nicht, welche Orte alle damals in Betracht gezogen worden sind. Rothenburg ging nicht, es ist kein entsprechendes Tagungslokal da. Regensburg hat Interesse; das ging nicht, weil die Leute nicht unterzubringen sind. Burghausen hat sich zur Unterbringung erboten, es würde auch gehen. Es hat dann Marktredwitz sich erboten, allwo unser tüchtiger, allen bekannter *Schwägerl* sitzt, der bekanntlich ein organisatorisches Genie ist. *Schwägerl* hat uns erklärt, er würde 1200 Leute unterbringen. Es kommen die Verkehrsschwierigkeiten in Betracht. Wir im Vorstand sind der Meinung: Burghausen liegt nicht an der Bahn; für eine Landesausschussitzung würde es nicht viel ausmachen, aber bei der Landesversammlung sollte man einen Ort haben, der auch irgendwie mit der Bahn zu erreichen ist.

(Zuruf: Burghausen hat Bahnverbindung!)

Ja, aber auf Umwegen.

Mir persönlich wäre es völlig gleichgültig; ich würde genauso gerne nach Burghausen wie nach Marktredwitz gehen. Aber ich glaube, daß Burghausen im Sommer einmal besser wäre, wie im Winter, denn man muß immerhin ein paarmal umsteigen, bis man hinkommt. Es wäre für eine Sommertagung bestimmt ein sehr schöner Tagungsort. Bei einer Wintertagung müßte *Schwägerl* jetzt einmal feststellen, wie die Unterbringungsverhältnisse in Marktredwitz sein werden. Die Feststellung des Tagungsorts wäre ja nach den Statuten dem Vorstand überlassen; aber wenn wir schon die Gelegenheit haben, gemeinsam darüber zu beraten, wäre es mir natürlich sehr angenehm, die Meinungsäußerung des Landesausschusses zu haben. Wie werden die Leute dann in Marktredwitz untergebracht, und wie wird für sie gesorgt? Es kommt nämlich auch darauf an, daß die Leute das Gefühl haben, daß für sie gesorgt ist; sonst kommen sie mit zu schlechter Stimmung.

Schwägerl: Wir würden uns sehr freuen, wenn sich in Marktredwitz, in nordost-oberfränkischem Gebiet, das ja an und für sich von München aus immer sehr benachteiligt worden ist,

(Heiterkeit.)

einmal sämtliche Minister und vor allem die gesamte Union treffen würden. Ich glaube, die Versorgung würde sichergestellt sein. Wunsiedel hat sich auch bereit erklärt, soundso viele Herren und Damen unterzubringen. Außerdem ist ja alles sehr leicht mit der Bahn zu erreichen; wir haben direkte Linien von München und von Nürnberg nach Marktredwitz, ohne daß man umsteigen muß. Die Unterbringung wäre also schon möglich.

Dr. *Schedl*: Meine Damen und Herren! Ich habe mich sehr bemüht, für die Landesversammlung rechtzeitig einen Tagungsort ausfindig zu machen. Denn ich kann organisatorisch, so leid es mir tut, in Eichstätt, in dem kleinen Theater, nicht mehr 1200 Leute unterbringen und zehnminutenweise die vor der Tür sich Stoßenden und Drängenden mit allen Mitteln, die man aufwenden kann, beruhigen. Wenn im Theater etwas passiert, kann niemand die Verantwortung tragen; ich kann sie auch nicht über-

nehmen. Ich möchte derartige Experimente nicht mehr machen, und das letzte Mal war es ein Experiment. Es war gebeten worden, daß weniger Gäste kommen. Es sind rund 600 Gäste da gewesen. Meine Damen und Herren, unterbringen muß ich sie, wenn sie da sind; ich kann die Parteifreunde, die Interesse an der Union haben, dann nicht nach Hause schicken.

Nun galt es also, diese Frage des Tagungsortes, der Quartiere und der Bahnverbindung zu klären. Marktredwitz liegt an der D-Zugstrecke München-Hof und an der D-Zugstrecke Nürnberg-Hof, ist somit direkt zu erreichen, und die vielen Vertreter der Kreise, die sich ja in München oder in Nürnberg normalerweise sammeln, steigen nur einmal um. Burghausen, das mir angeboten war - allerdings nach Marktredwitz -, hat den Nachteil, daß man in München umsteigen muß und dann noch in Altötting oder sonstwo. Man muß zwei-, dreimal umsteigen, bis man hinkommt. Die Unterbringung in Quartieren ist nirgendwo in einem Ort mehr möglich, weder in Eichstätt noch sonstwo. Es ist aber in Marktredwitz dafür Sorge getragen, daß die Delegierten Betten bekommen, und zwar durchaus in Einzel- oder Doppelzimmern, im äußersten Fall in Dreibettzimmern. Massenunterkünfte werden nicht in Anspruch genommen. Etwas anderes ist es für die Schlachtenbummler. Da kann man es nicht machen; das geht auch nicht in München. Ich habe in München unlängst 30 Leute unterbringen müssen; es war mir sehr schwer, das fertigzubringen.

(Dr. *Ehard*: 30 ist falsch, das ist immer zuwenig!)

Ich werde mich in Zukunft darnach richten und werde nur noch mit 300 anfangen.

Zu diesen Gründen zählt insbesondere die Verkehrsfrage. Man muß im Winter mit Zugverspätungen rechnen; neuerdings auch im Sommer, aber in erster Linie im Winter, wenn eine Frostperiode einfällt. Die Züge funktionieren nicht, niemand kann etwas dafür. Die D-Züge fahren immer noch auf den Hauptstrecken. Wer aber zwei-, dreimal umsteigen muß, kommt womöglich am Ende der Tagung dort an. Das sollte auch vermieden werden. Aus diesem Grunde habe ich dann auch vorgeschlagen, man soll eben nach Marktredwitz gehen, zumal die Parteifreunde in Marktredwitz schon das letzte Mal, als Eichstätt wegen der Quartierfrage problematisch war, sich noch 14 Tage vor der Landesversammlung bereit erklärt hatten, die Tagung dort durchzuführen. Ich habe mir dann die Sachen auch angesehen. Organisatorisch ist offenbar alles sichergestellt.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Meine Damen und Herren! Ich halte im Winter, Ende Januar, Marktredwitz für absolut unmöglich

(Zustimmung.)

für einen großen, sehr bedeutenden Teil der Parteifreunde, und zwar deshalb, weil meiner Kenntnis nach - Verzeihung, ich bin hier vielleicht etwas anderer Auffassung wie unser Freund *Schwägerl* - in Marktredwitz die unterzubringenden Leute auch auf die Umgebung verteilt werden müssen, was im Winter ein ganz anderes Problem ist, als im Sommer. Außerdem liegt Marktredwitz derart an der nordöstlichen Peripherie von Bayern, daß, wenn dorthin der ganze Strom von soundso viel 100 Menschen gehen soll, der allergrößte Teil für den Anmarsch zwei oder eineinhalb Tage rechnen muß.

Ich glaube, das Normale wäre unter den jetzt gegebenen Verhältnissen für eine Tagung im Januar, daß man auch einmal nach München käme. Ich bin fest überzeugt, wenn in den Kreisen der Münchner Parteifreunde bekannt wird, daß wir soundso viel 100 Quartiere brauchen, werden sie bei rechtzeitiger Bekanntgabe auch mobil ge-

macht werden. Wir haben drei Wochen zur Vorbereitung dieser Angelegenheit. Ich glaube, dann wird es funktionieren.
Außerdem bitte ich, noch an folgendes zu denken: Es gehört sich auch, daß bei den Veranstaltungen, bei der Landesversammlung, der Großteil der Staatsregierung, die Fraktion usw. anwesend ist. Die Leute der Fraktion haben ihre ständigen Quartiere in München. Die Leute der Regierung, die teilnehmen sollen, insbesondere der Ministerpräsident, sind gegenwärtig soviel auf der Landstraße und im Zug, daß es für sie wichtig ist, auch einmal einen Samstag/Sonntag, wenn sie auch an etwas teilnehmen, doch immerhin in München zu sein. Ich halte Marktredwitz für eine Wintertagung nicht für geeignet; für eine Sommertagung ist es ausgezeichnet.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist eine rein technische Frage. Ich darf vielleicht nur eines bemerken. In München ist es viel schwerer, so viele Leute unterzubringen, wie an jedem anderen Ort.
A.W. Schmidt: Darf ich darauf hinweisen, daß kürzlich die Soziale Woche in München war, bei der dort über 1000 Leute untergebracht wurden.
Dr. *Schedl*: Das war unter anderen Voraussetzungen in der Quartierfrage.

(Zuruf: Es waren jetzt Universitätsferien!)

Staatsminister *Krehle*: Meine lieben Freunde, die Unterbringung zur Sozialen Woche in München war viel leichter möglich. Erstens hatten wir eine größere Zeitspanne zur Vorbereitung zur Verfügung. Zweitens konnten wir hierbei an die kirchlichen Gemeinschaften herangehen, damit Quartiere zur Verfügung gestellt wurden. Ich halte es also für sehr schwer möglich, in München gegenwärtig 12 bis 1300 Leute unterzubringen, vor allem in der kurzen Vorbereitungszeit.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Soviel sind es nicht!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Soviel sind es doch!
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Ich kann die Auffassung nicht teilen, daß in München für 1200 Leute Quartier gemacht werden müßte. Es kommen zunächst ernstlich in Frage die wirklichen Mitglieder der Landesversammlung, und das sind im Höchstfall 550. Unter diesem Kreis sind - wie vorhin schon gesagt worden ist - die über 100 Abgeordneten, die in München mit Quartieren versorgt sind. Es sind mit Quartieren versorgt alle diejenigen, die zum Apparat des Büros der Landesleitung gehören, die ganze Staatsregierung und die Presse. Damit haben sie schon einen ganz großen Teil. Auch andere fallen weg.

(*Kraus*: Und die herumliegen!)

Die um München rundum liegen außerdem, so daß die Zahl der Quartiere, die dort notwendig sind, nicht den Umfang hat. Ich würde daher schon bitten, an München festzuhalten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich kann ruhig sagen: Wenn ein Mann wie *Krehle*, der die Erfahrungen gesammelt hat, sagt: Es ist praktisch unmöglich ...

(Zurufe: Nein!)

Es hat nichts mit Nein, Nein zu tun; immer hat aber die Organisation damit zu tun. *Hundhammer* hat bestenfalls 300 Leute aufgezählt, die untergebracht sind; dann habe ich immer noch mit 800 Menschen zu rechnen. Wenn es nicht klappt, wer bekommt dann die Vorwürfe?

Dr. *Horlacher*: Ich möchte erklären: Ich werde für Marktredwitz stimmen, aus dem einfachen Grund, weil ich dort Jugenderinnerungen habe ...

(Heiterkeit.)

Hönekopp: Ich möchte auch für Marktredwitz darum plädieren, weil die Tagung in Marktredwitz eine Stärkung unserer Ostmark bedeuten würde und unsere Freunde dort ein sehr schweres Arbeiten haben.
Dr. *Geiselberger*: Ich glaube, es dürfte auch möglich sein, für München die umliegenden Kreisstädte - Freising, Dachau - unschwer als Quartierorte mit einzubeziehen, genauso wie es auch unmöglich ist, in Marktredwitz allein alle 1200 Menschen unterbringen zu können, oder wie es auch hier in Erlangen unmöglich war, alle Teilnehmer in Erlangen selbst unterzubringen. Es war auch jetzt kein Vergnügen, von Erlangen wieder nach Fürth oder Nürnberg fahren zu müssen. Es wäre nach meinem Dafürhalten dann durchaus möglich, von München aus Leute in Dachau oder Freising oder sonstwo unterzubringen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Also die Unterbringung in Dachau wird in Aussicht genommen.

(Heiterkeit.)

Ich möchte aber nicht zuviel Zeit damit verlieren.
Dr. *Schedl*: Ich möchte bemerken, daß von München nach Freising immerhin 33 Kilometer sind, während von Marktredwitz nach Wunsiedel nur acht Kilometer sind. Auch das ist bei der Kalkulation beachtet worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Für mich ist folgendes entscheidend: Wir haben es im Vorstand durchgerechnet; wir haben alles reiflich überlegt; wir sind am Schluß bei Marktredwitz geblieben. Marktredwitz hat vorbereitet; *Schwägerl* hat uns erklärt, er übernimmt die Garantie. In allen anderen Plätzen müßte man jetzt erst sehen, wie man mit der Vorbereitung anfangen kann. Ich würde infolgedessen vorschlagen, bei Marktredwitz zu bleiben.
Dr. *Stang*: Ich möchte noch einen Augenblick folgendes in die Waagschale werfen: In München sind soundso viele Bekannte von Teilnehmern an dieser Tagung, bei denen man wohnen kann. Nach meiner Ansicht ist in München die Sache am leichtesten zu machen, auch aus den Gründen, die der Herr Minister Dr. *Hundhammer* angeführt hat, daß soundsoviele an sich schon in München Wohnungen haben. Unsere Abgeordneten wohnen alle dort. 200 bis 300 Leute fallen damit schon weg. Die Augsburger können nach Hause fahren. Es kommt Freising als Unterbringungsort in Frage. Nach meiner Ansicht ist die leichte Organisation in München gegeben. *Krehle*, bitte, er hat Erfahrungen gesammelt.
Frau Dr. *Meyer-Spreckels*: Darf ich als Frau noch einmal an den Idealismus erinnern. Die Stärkung der bayerischen Ostmark ist wirklich eine ganz bedeutungsvolle Sache. Ich möchte das, was *Hönekopp* gesagt hat, in jeder Weise unterstützen. Es wäre das eine derart wichtige ideelle Unterstützung, daß wir tatsächlich die Opfer einer Reise auf uns nehmen sollen, wie das ja auch die Leute oben immer machen müssen, wenn sie nach unten fahren. Wie oft müssen sie die Nächte stehend verbringen. Mit Marktredwitz besteht gute Zugverbindung, so daß ich nicht verstehen kann, daß man diese Frage so stark in die Waagschale wirft. Wir sind doch eine Partei, der man Ideale und Opfer zumuten kann. Die Stützung der Ostmark ist von ungeheurer Bedeutung.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Debatte wird darüber geschlossen. Ich kann nicht den ganzen Vormittag mit der Debatte über den Tagungsort vergehen lassen. Der Vorstand hat an sich darüber zu entscheiden. Ich lasse darüber entscheiden, sonst debattieren wir bis 10, 10.30 Uhr über den Tagungsort. Ich lasse abstimmen und würde folgendes vorschlagen: Ich werde abstimmen lassen, wer gegen Marktredwitz als Tagungsort ist. Sollte sich die Mehrheit gegen Marktredwitz entscheiden, so werde ich sofort versuchen, die Organisierung in München in Angriff nehmen zu lassen, muß mir aber vorbehalten, daß der Vorstand dann, wenn die Organisation technisch nicht so möglich ist, daß die Unterbringung der Leute garantiert werden kann, auf Marktredwitz zurückgreift. Es ist nicht umsonst dem Vorstand überlassen, den Tagungsort festzusetzen, weil man das leider nicht nur nach den gefühlsmäßigen Momenten machen darf, sondern auch nach praktischen Gründen. Dabei wäre zu berücksichtigen, daß man in München einen Saal finden muß. Denn in ein Theater wie in Eichstätt gehe ich nicht gern einige Tage mit einer so großen Versammlung hinein. Es kommen sonst leicht wieder die bekannten Witze heraus, wie sie in Eichstätt gemacht worden sind. Darf ich jetzt darüber abstimmen? Wer ist gegen Marktredwitz als Tagungsort? Bitte abzählen! 27!

Wer ist für Marktredwitz als Tagungsort? 51! Ich brauche nicht zu fragen, wer sich der Stimme enthält. Damit steht fest, daß die Tagung in Marktredwitz sein wird. Der Landesausschuß tritt vorher zusammen. Die Tagung selbst findet am 24. und 25. statt, mit Beginn am 24. um 10 Uhr. Es vergeht immer leicht eine Stunde, bis wir anfangen können. Denn vor der Landesversammlung muß die Präsenzliste festgestellt werden. Ich werde vielleicht versuchen, den Beginn auf 9.30 Uhr festzusetzen, damit wenigstens diejenigen, die in Marktredwitz bereits sind, rechtzeitig dort sind und die Formalitäten erledigt werden können.

Ich bitte die Freunde, die heute hier sind, dafür zu sorgen, daß sich die Leute tatsächlich um 9.30 Uhr im Tagungslokal melden, damit die Anwesenheit festgestellt werden kann. Die technischen Voraussetzungen können nur erfüllt werden, wenn alle mithelfen.

Dann darf ich Ihre Zustimmung annehmen, wenn wir den Beginn der Landesausschußsitzung auf den Vortag 18 Uhr abends festsetzen.

(Dr. *Rindt*: Zu kurz!)

Bitte, es taucht allerdings die Frage auf, ob wir dann durchkommen. Wir haben die Statuten zu besprechen. Wir hätten Zeit von 18 bis 20 Uhr und eventuell die Abendstunden. Ich möchte es so halten, daß die Freunde noch den ganzen Tag bei Licht die Anreise haben.

Dr. *Rindt*: Ich würde vorschlagen, wir beginnen um 16 Uhr, damit wir bei der Satzungsbesprechung nicht in Zeitnot kommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gut, es wird vorgeschlagen Beginn 16 Uhr. Einverstanden. Darf ich hier gleich festsetzen - die entsprechenden Stellen werden noch eingeladen: Tagung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 23. Januar, 16 Uhr, in Marktredwitz.

Kahn: Noch eine Organisationsfrage für die Landesversammlung: Vielleicht ist es möglich, jedem der Bezirksverbände eine gewisse Anzahl von Gästekarten zur Verfügung zu stellen, damit die unnötigen Anfahrten von Gästen, die plötzlich nicht mehr unterkommen, dadurch unterbunden werden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist im allgemeinen nicht zweckmäßig, die Anwesenheit von Gästen zu unterbinden. Es kommt darauf an, daß sie untergebracht werden.

Schwägerl bekommt den Kopf abgeschlagen, wenn er wirklich versagt. Denn wenn wir schon nach Marktredwitz gehen, muß er dafür sorgen, daß die Leute dort untergebracht werden und daß es klappt. Infolgedessen möchte ich die Gästezahl nicht begrenzen. Die Anwesenden werden gebeten, darauf Rücksicht zu nehmen, daß man nicht etwa Leute dazuruft. Aber wenn die Öffentlichkeit zugelassen ist, wird sie von uns nicht begrenzt werden.
Dr. *Geiselberger*: Ich möchte vorschlagen, ob es nicht möglich wäre, den Mitgliedern durch das Landessekretariat Zulassungskarten von München aus für die Schnellzüge zu besorgen. Es ist für die Auswärtigen ganz unmöglich, zur rechten Zeit Zulassungskarten zu bekommen. Das wäre eine Frage, die wichtig ist. Die wenigsten Parteimitglieder werden in der Lage sein, von Südbayern aus mit dem Auto nach Marktredwitz fahren zu können.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Also von Südbayern aus! *Schwägerl*, gib Obacht! Erstens, es geht unmittelbar die Bahn von München aus nach Marktredwitz.
Dr. *Schedl*: Es soll dafür gesorgt werden, daß an den fahrplanmäßigen Schnellzug in München ein bis zwei Wagen angehängt werden. Die Frage der Zulassung wäre damit geregelt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Autobahn geht bis Berneck. Von dort aus sind es noch 40 Kilometer. Das ist also auch bei schlechtem Wetter zu machen, da von Berneck aus die Ostmarkstraße läuft.
Die Zulassungskarten bitte ich also, in Aussicht zu nehmen. Sie müßten wenigstens in der ungefähren Anzahl angefordert werden.
Besteht sonst noch irgendein technischer Wunsch, der berücksichtigt werden muß? Ich bitte aber, keine Zeit darüber zu verlieren. Das ist nicht mehr der Fall. Dann darf ich die Debatte über Landesversammlung, Termin usw. schließen.
Frage: Nächster Punkt der Tagesordnung? Es liegt vor der Punkt politische Aussprache und der Punkt Wahlen nach § 48. Für die politische Aussprache ist ein Referat von *Semler* vorgesehen.

(Dr. *Semler*: Hier!)

Ich habe mit dem Ministerpräsidenten *Ehard* vereinbart, daß wir selbst kein Referat halten werden, da in drei Wochen die Landesversammlung ist. Dort wird sowieso die bekannte grundlegende Rede über Politik gehalten werden. Ich habe infolgedessen vorgeschlagen, wir wollen es so halten, daß wir beide auf Anfragen antworten. Damit hoffe ich, daß wir den Punkt politische Aussprache in ungefähr zwei Stunden durchbekommen, wenn wir immer alle daran denken, daß wir in drei Wochen die große politische Aussprache in der Landesversammlung haben.
Ich frage: Soll der Punkt der Tagesordnung Wahlen nach § 48 der Satzung noch heute vormittag behandelt werden oder nicht? Ich bitte zu sagen, wenn die Wahlen notwendig wären.
Dr. *Schedl*: Es sind notwendig zu wählen zehn Mitglieder für die Landesvorstandschaft und drei Vertreter der Jugend zur Landesvorstandschaft, zwei Vertreter der Frauen zur Landesvorstandschaft. Ferner ist zu wählen das Landesschiedsgericht mit einem Vorsitzenden und vier Beisitzern und jeweils einem Vertreter sowie zwei Kassenprüfer.

(Zuruf: Ständebeirat!)

Dr. *Kroll*: Meine lieben Parteifreunde! Wir haben jetzt zwei Tage hintereinander trockenes Brot bekommen, Finanzstatut, Satzungsänderungen, lauter technische Din-

ge. Wenn man uns nicht an diesem technischen Stroh ersticken will, bitte ich dringend, uns endlich einmal etwas zu bieten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Gefahr ist sehr groß, daß Du erstickst.
Dr. *Kroll*: Ich schlage vor, daß sofort in die politische Aussprache eingetreten wird und wir das Referat des Direktors des Amtes Wirtschaft anhören. Wir sind hierher gekommen, um sachlich etwas zu erfahren. Wir können die Wahlen auf die nächste Landesausschußsitzung verschieben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir können uns vorstellen, wie unangenehm der Erstikkungstod für unseren Freund *Kroll* ist. Aber ich darf darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen, daß jetzt als nächster Punkt der Tagesordnung der Punkt politische Aussprache behandelt wird? Niemand ist dagegen.
Damit treten wir in die Behandlung des Punktes politische Aussprache ein. Ich darf meinen Freund *Semler* bitten, sein Referat zu erstatten.
Dr. *Semler*: Meine Parteifreunde! Vorab muß ich um Entschuldigung bitten, denn ich bin seit zwei Tagen abscheulich erkältet und stockheiser. Ich werde mich bemühen, mich so gut verständlich zu machen, wie ich kann.
In den ersten Tagen dieses Jahres wäre es nicht ohne Reiz, eine Bilanz zu ziehen und einen Rückblick auf die wirtschaftliche Entwicklung des vorigen Jahres zu geben. Denn in einem solchen Rückblick wäre auch zu bemerken, was sich in den uns besonders interessierenden Gebieten der beiden Westzonen ereignet hat. Aber die Stunden, die uns zur Beratung für die wichtigen politischen Tagesfragen zur Verfügung stehen, sind kurz bemessen. Ich kann mir vorstellen, daß Sie den Wunsch haben, von mir lediglich solche Daten zu erfahren, die für Ihre politische Beurteilung der augenblicklichen Situation von Bedeutung sind. Da ich aber den Vorzug habe, heute vor Ihnen, dem Landesausschuß auch Rechenschaft ablegen zu können für die Arbeit, die wir im letzten halben Jahr in Frankfurt geleistet haben, so möchte ich Sie bitten, mir zu gestatten, hie und da auch auf diese Arbeit kurz einzugehen.
Durch das Scheitern der Londoner Konferenz sind unsere Augen nicht mehr allein auf das Vereinigte Wirtschaftsgebiet gerichtet, wie wir heute die beiden Westzonen zu nennen gewohnt sind, sondern die politische Entscheidung, die nun in Kürze auch von deutscher Seite getroffen werden muß, und zwar höchst bedeutsam und grundsätzlich, muß sich stützen auf die Beurteilung - soweit der wirtschaftliche Sektor in Frage kommt - der Lage aller vier Zonen. Wir müssen wohl oder übel wieder beginnen, das deutsche Gebiet in seiner Gesamtheit zu betrachten, wenn wir die richtigen Entscheidungen sowohl staatspolitisch wie wirtschaftspolitisch treffen wollen. Und da ist die Lage nun in der Tat ungewöhnlich unterschiedlich und zum Teil sehr schwer zu übersehen und zu beurteilen.
Über die Verhältnisse in unserem Vereinigten Wirtschaftsgebiet ist es nicht schwer, Ihnen einen relativ klaren Überblick zu geben. Schwieriger ist es bereits, die Verhältnisse in der französischen Zone richtig zu sehen, und ganz ungemein schwierig, sich ein Urteil über die russische Zone zu bilden, wobei ich eine Bemerkung einflechten darf, die mit dem Gegenstand nicht unmittelbar zu tun hat. Ich vermisse in den Äußerungen unserer maßgebenden politischen Führer so oft die fünfte Zone. Haben wir denn endgültig auf die polnische Zone schon Verzicht geleistet?

(Sehr richtig!)

Es wird auch in der Presse immer von den vier Zonen gesprochen. Noch ist die Oder-Neiße-Linie nicht Gesetz. Infolgedessen würde ich meinen, wir sollten, wenn wir über

gesamtdeutsche Probleme uns unterhalten, nicht von vier Zonen reden, wie es die Alliierten zu tun pflegen, sondern wir sollten ruhig den Mut haben, auch einmal von fünf Zonen zu sprechen.

(Zustimmung.)

Wenn wir alle den heißen Wunsch haben, daß trotz des Londoner Ergebnisses es eines Tages über kurz oder lang möglich sein muß, die deutschen Gebiete wieder zusammenzuschließen, dann müssen wir uns überlegen, wie wir vom deutschen Standpunkt aus wieder zu einer solchen gemeinsamen deutschen Lösung kommen sollen. Die staatspolitischen Erwägungen hier anzudeuten, ist nicht meine Aufgabe. Meine Aufgabe ist lediglich zu sagen, wie sich das wirtschaftliche Bild stellt und welche Möglichkeiten sich da ergeben.

Bevor ich mir erlaube, meine persönliche Meinung zu dieser Frage zu sagen, nehmen Sie einige wenige Tatbestände entgegen. Wir müssen betrachten die landwirtschaftliche Produktion der Zone, die industrielle Leistungsfähigkeit und das gegenwärtige industrielle Ergebnis, wir müssen ferner betrachten die Außenwirtschaft zwischen den Zonen und dem Ausland. Zur landwirtschaftlichen Lage braucht hier im Augenblick von meiner Seite aus nichts gesagt [zu] werden. Ich komme nachher in ganz anderem Zusammenhang auf die Ernährungsfrage zurück. Dagegen möchte ich mindestens darauf hinweisen, welche ungewöhnlichen Spannungen sich in kurzen zweieinhalb Jahren zwischen der industriellen Leistungsfähigkeit der vier Zonen gezeigt haben. Wir müssen im deutschen Kreis nüchtern, vielleicht bedrückt, aber doch klar erkennen, daß von einer Einheit Deutschlands auf wirtschaftlichem Gebiete keine Rede mehr sein kann. Der industrielle Osten hat sich in diesen zwei Jahren in einer Weise von der Grundlage gemeinsamer deutscher Wirtschaftsführung, wie wir sie seit Jahrzehnten in Deutschland geübt haben, entfernt, daß es lange Jahre brauchen wird, bis der Osten Deutschlands mit dem Westen wirtschaftlich wieder zu einer Einheit zusammengefügt werden kann. So bedauerlich das ist, so falsch wäre es, leichthin über diesen Punkt hinwegzugehen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, auch in unseren Westzonen, sind so ungeheuer groß, daß wir diesen Punkt mit allem Ernst betrachten müssen. Es ist ja nicht nur so, daß die russischen Demontagen das Industriebild im Osten verwüstet haben. Das wäre vielleicht noch die kleinste Sorge. Ich erinnere aber daran, wie sich das Verkehrsbild im Osten gestaltet, daß sich leider auch im Bereiche der deutschen Wirtschaftsverwaltungen drüben unter dem unerhörten Druck der Sowjets die Auffassungen gewandelt haben, so daß sie heute mit den alten deutschen [Auffassungen] und mit denen, die uns alle in den Westzonen beherrschen, kaum mehr in einem Punkt in Einklang gebracht werden können. Mit anderen Worten: Wenn es zu einem Zusammenschluß wirtschaftlicher Natur der vier Zonen kommen würde, so würden wir vor wirtschaftlichen Problemen stehen, die ganz ungemein schwierig sind, nicht nur allein von der wirtschaftlichen, finanziellen oder verkehrsmäßigen Seite, nein, sondern von der geistigen und psychologischen her.

Das bitte ich Sie alle, sehr ernsthaft zu bedenken, wenn ich nunmehr den Spiegel umdrehe und sage, wie es bei uns im Westen aussieht. Auch nicht sehr schön, meine verehrten Freunde. Immerhin, verglichen mit der Ostzone dürfen wir sagen, daß bei uns die wirtschaftlichen Verhältnisse, ich will nicht sagen, bereits konsolidiert sind, aber immerhin die Aussicht bieten, bei kluger Behandlung der Wirtschaftsfragen in etlichen Jahren konsolidierbar zu werden. Freilich, eines ist notwendig: Es geht nicht an, daß im Westen im Bereich der deutschen Grenze eine Lücke klafft, über die sichtbar

und unsichtbar das Ergebnis deutscher Arbeit unentwegt gratis und franko abfließt, nämlich die französische Grenze. Es ist nicht nur so, daß die französische Besatzungsmacht das Produkt ihrer Zone über ihre Grenze nach Frankreich nimmt und dagegen Reichsmark zahlt, sondern leider sind die Grenzen nicht so bewachbar, daß nicht auch ein großer Teil des Produktes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, also der amerikanischen und britischen Besatzungszone, über die französische Zone den Weg aus den deutschen Grenzen hinaus ohne Devisengegenwert geht.
Es ist unbedingt erforderlich, daß diese Lücke geschlossen wird. Es geht nicht an, daß unsere Verkehrsverwaltung der notleidenden französischen Zone Waggons zur Verfügung stellt und wir beobachten, wie diese Waggons nach wenigen Wochen den Weg nach Frankreich genommen haben. Wenn das auf diesem Gebiet schon möglich ist, dann können Sie sich vorstellen, was im Güterverkehr vor sich geht, wo die Kontrollen nicht möglich sind und wo wertvolle deutsche Güter, ich will nicht sagen täglich, aber doch sehr regelmäßig den Weg über die französische Grenze ohne Gegenwert ins Ausland nehmen.
Die französische Zone ist in mancher Hinsicht glücklicher daran als die drei anderen Zonen. Manche Probleme sind dort nicht so kompliziert. Wir werden trotzdem große Mühe haben, bei einer Vereinigung mit der französischen Zone das Lebensniveau des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auch nur einigermaßen so halten zu können, wie wir es möchten, oder es gar zu steigern. Denn es ist wohl selbstverständlich, daß wir unseren Deutschen in der französischen Zone, wenn sie einmal mit uns vereinigt sind, dieselben Bedingungen bieten müssen und werden wie allen Deutschen im Vereinigten Wirtschaftsgebiet.
Und nun zu unserem Vereinigten Wirtschaftsgebiet! Meine Damen und Herren! Als die Union sich im Juli entschloß, die politische Verantwortung für die Wirtschaftsverwaltung in beiden Zonen zu übernehmen, als unser Landesvorsitzender in Frankfurt den Mut hatte, zusammen mit Dr. *Adenauer* Unions-Leute dorthin zu setzen und ihnen die Verantwortung in die Hand zu geben, da waren wohl in vielen Kreisen unserer Parteifreunde sehr ernste Bedenken vorhanden und auch am Platze. Niemand wird es ihnen, von denen sehr, sehr viele damals bedenklich den Kopf geschüttelt haben, verargen wollen, daß sie starke Zweifel daran hatten, ob es überhaupt möglich sei, eine solche Verantwortung zu übernehmen, und ob es im Interesse der Union läge, die SPD aus der Verantwortung zu entlassen und die volle Verantwortung auf uns zu nehmen.
Es war in der Tat eine außerordentlich risikovolle Situation. Ich möchte nicht so weit gehen zu sagen, daß wir mit unserem Ritt über den Bodensee bereits am sicheren Ufer angekommen sind. Aber eines darf ich sagen: Als wir uns in diesem Augenblick voller Risiken und Gefahren in Frankfurt entschlossen, dieses Amt zu übernehmen, da mußte klar sein, daß nur dann die allergeringste Chance für einen Erfolg gegeben war, wenn wir vom ersten Tag an unbedingt eine klare wirtschaftliche Politik machen. Und diese Politik mußte verständlich sein. Sie war hart, meine Herren! Ich habe sie dem Wirtschaftsrat vorgetragen. Der Wirtschaftsrat hat diese Politik gebilligt, die dahin ging, in allen wesentlichen Fragen, die einer Sanierung dienen konnten, auf die Anwendung der Mittel verzichten zu müssen - denn diese Mittel sind uns nicht in die Hand gegeben worden -, die sich der Kontrollrat vorbehalten hat, was viel schlimmer ist, als wenn sie sich die beiden Militärregierungen vorbehalten haben. Wir mußten an die Arbeit gehen in dem Bewußtsein, leere Hände zu haben und vermutlich auf Monate hinaus weiter mit leeren Händen arbeiten zu müssen, dann aber auf der anderen

Seite die Möglichkeit zu sehen, immerhin Grundlagen für eine kommende Sanierung vorzubereiten. Mehr nicht. An eine Sanierung konnten wir überhaupt noch gar nicht denken. Wir konnten überhaupt nicht einmal daran denken, die wirtschaftlichen Verhältnisse für unsere Bevölkerung auch nur im geringsten zu bessern.
Das Ausmaß der Zerstörungen, die nach dem Krieg in Deutschland angerichtet worden sind, ist ja den allermeisten gar nicht gewärtig. Heute müssen wir beinahe sagen, daß im Jahre 1945 eine goldene Zeit war, heute, wo wir gegen die Widerstände aller Art, auch seitens der beiden Besatzungsmächte täglich kämpfen müssen. Wenn wir eine Aussicht haben wollten, im Jahre 1948 zu einer Sanierung unserer Wirtschaft und damit überhaupt erst zur Grundlage des Wiederaufbaues zu kommen, dann mußten wir eines tun, nämlich ganz bescheiden einige Bausteine verankern, auf denen man weiterbauen konnte.
Das war sehr bitter für unsere Bevölkerung. Die Mengen an Grundstoffen, die nun einmal die Voraussetzung jeder industriellen Wirtschaft sind, waren begrenzt und sind es auch heute noch.
Es war die Entscheidung zu treffen: Wo sind diese Mengen einzusetzen? Die Versuchung war sehr groß, sich populär zu machen, sie überall dorthin zu verteilen, wo zunächst einmal der Wunsch am größten war. Meine Herren, wir haben dem widerstanden, eiskalt und hart. Das hat alle getroffen. Das hat auch Sie hier in Bayern getroffen, schwer getroffen. Denn zu allem Unglück kam dann noch die Dürre dazu. Ich weiß genau, was Sie hier in Bayern in der Zeit auszustehen hatten, als die Speicherwerke leer waren, als die Flüsse kein Wasser führten. Ich habe versucht, Ihnen soweit zu helfen, wie es ohne Beeinträchtigung der wichtigsten Dinge nötig war. Das war sehr wenig! Ich hätte Ihnen mehr helfen können, meine Herren: Ich habe es nicht getan. Und reißen Sie mir den Kopf ab: Hätte ich in diesem Falle etwas für Bayern getan, hätte ich den Strom abgezweigt, hätte ich die Kohlen dafür hergebracht, dann wären sie woanders nicht da gewesen. Wir mußten zu einer Konsolidierung der Steinkohlenförderung, zu einer Erhöhung der Eisen- und Stahlproduktion kommen. Ich mußte die Kohle-Energiewirtschaft so weit absichern, daß wir in diesem Winter keine Katastrophe hatten.
Heute, im Januar, dürfen wir - und das ist ein erfreulicher Punkt - folgendes sagen: Drei große Katastrophenmöglichkeiten lagen für diesen Winter vor: der Zusammenbruch unserer Energiewirtschaft, der Zusammenbruch unseres Eisenbahnverkehrs und der Zusammenbruch unserer Ernährungslage.

(Sehr richtig!)

Die beiden ersten Gefahren sind heute schon behoben. Wenn wir heute noch acht Wochen Frost bekommen, weder der Verkehr noch die Energie wird uns fehlen. Denn wir haben auf Ihre Kosten hier - und sagen Sie es ruhig weiter draußen, auch wenn Sie mit anderen Ländern verhandeln -, wir haben weitgehend auf Kosten Ihrer Energieversorgung in den kritischen Dürremonaten die Energiewerke bis zu sechs Wochen bevorratet und die Reichsbahn bis zu 26 Tagen. Vergleichen Sie das damit, daß die Energie im letzten Winter, als der Zusammenbruch kam, Kohlen für neun Tage und die Reichsbahn für drei bis vier Tage hatte. Jetzt im Januar kann ich die Bevorratung der Reichsbahn von 23 auf 18 Tage heruntersetzen und auf diese Weise der Industrie - die Ausgabe von Hausbrandkohlen ist ja verboten - den Kohlenausgleich geben, der durch den Ausfall der Rheinschiffahrt eingetreten ist.
Ich mache nichts vor, ich lege Rechenschaft ab. Solange ich hier in diesem Amt stehe, werde ich nicht anders handeln. Denn ich sehe immer nur einen Weg: Wir können

uns nur durch eigene Kraft selbst helfen. Ich gebe nichts auf die Versprechungen von draußen.

(Sehr richtig!)

Aber es geht langsam, und ein Heilungsprozeß ist mit Schmerzen verbunden. In einem erbitte ich Ihr Vertrauen: Sie mögen mir glauben, daß ich, wenn es nötig ist, genauso wie es in der Dürrezeit mit Bayern geschehen ist, den anderen Ländern der Westzone ebensolche Opfer zumuten werde wie Ihnen, wenn es im Interesse des gesamten Wiederaufbaues nötig ist. Über diese zwei Punkte sind wir einig. Das können Sie nach Hause nehmen.

Meine Herren! Ich bitte Sie, es draußen zu sagen: Die Angst war im November riesengroß. Zuerst hatten wir die Dürre, die leeren Speicher, und wir wußten nicht, wie es mit dem Verkehr werden sollte. Meine Herren! Nicht nur durch den milden Dezember ist es anders gekommen. Es war elend schwer, die Zustände bei der Reichsbahn auch nur um ein weniges zu bessern. Sie sind noch weit entfernt davon, brauchbar und zuverlässig zu sein. Von den 30.000 Leichtschadwagen rede ich nicht. Sie wieder herzustellen, war nicht so furchtbar schwierig. Schwieriger war es schon, das Reparaturprogramm für das Jahr 1948, das die Reichsbahn bei Einsatz aller ihrer Kräfte auf 20 bis 22.000 Waggons festgesetzt hatte, auf 50.000 zu steigern.

Noch sind die 50.000 Waggons nicht repariert, aber die Voraussetzungen für die Reparatur haben wir im wesentlichen gelegt, und wir sind immerhin dabei, unter schärfster Heranziehung der privaten Reparaturmöglichkeiten die Chance sicherzustellen, daß wir im Jahre 1948 diese 50.000 Waggons reparieren werden. Leider können wir sie nicht in Stahlform reparieren. Aus der Lage unserer Forsten heraus wäre es sehr erwünscht, wir könnten auf das Holz verzichten. Es geht nicht. Wir müssen die Wagen in Holz reparieren, und das bedeutet, daß wir, vom innerdeutschen Bedarf aus gesehen, neben Grubenholz im Jahre 1948 den größten Aufwand an Schnittholz für die Reichsbahnreparaturen haben. Wir sind dann mit 50.000 reparierten Schwerschadwagen immer noch mit mehr als 30.000 Waggons Ende 1948 zu kurz.

Das Neubauprogramm kann angesichts der belegten Kapazitäten erst Anfang 1949 anlaufen. Es soll ein Vollstahlprogramm werden. Ich komme gleich darauf, wie wir den Stahl beschaffen müssen. Um eine Entlastung schon im Jahre 1948 zu schaffen, haben wir einen Teil der Reparaturen schweren Herzens nach Belgien gelegt. Denn diese Reparaturkosten stehen in gar keinem Verhältnis zu dem Nutzeffekt, den diese schwerbeschädigten Waggons für uns haben. Denn die Reparatur kostet uns einen Arbeitsaufwand, der teilweise höher ist als derjenige für den Bau neuer Waggons. Das haben nicht wir, das hat nicht mein Amt zu vertreten, sondern das haben die Militärregierungen befohlen.

Ich habe jetzt in diesem Punkt eine Änderung vorgenommen. Ich habe diese Reparaturverträge nicht verlängert, sondern mit dem Einverständnis der Militärregierungen kurz vor Weihnachten von der Tschechoslowakei 5000 funkelnagelneue und ganz moderne Güterwagen gekauft. 1200 davon werden im Januar geliefert, und dann schliessen die weiteren Lieferungen an. Ich bin fest entschlossen, auf diesem Weg weiterzugehen und zu Lasten anderen Einfuhrbedarfs unter Umständen bis zu 10 bis 12.000 neue Waggons zu kaufen, die uns selbstverständlich eine sehr fühlbare Entlastung unseres Verkehrs bringen werden.

Ich sage mir dabei, daß der Verkehr das A und das O jeder modernen Industriewirtschaft ist. Es hat keinen Zweck, daß wir hier und dort flicken, wenn uns letzten Endes

die entscheidenden, großen Verbindungsstränge auseinanderreißen. Infolgedessen bin ich der Auffassung, daß auch da Härte am Platz ist, daß wir andere Punkte zurückzustellen haben, bis wir das entscheidende Grundelement, nämlich den Verkehr, wieder in Ordnung gebracht haben. Wir haben Aussicht, bis Ende 1948 den Verkehr der Reichsbahn einigermaßen gesichert den Bedürfnissen angepaßt zu haben.
Das gilt auch für die Lokomotiven. Die Lokomotivensituation ist wesentlich günstiger. Sie ist nicht so schwierig wie die Wagensituation. Auch da brauchen wir ein Jahr voller Anstrengungen. Denn mit dem bekannten Programm B ist es nicht getan, und dieses Programm B haben wir noch nicht einmal erreicht. Da, wie in anderen Fällen, muß ich allerdings jetzt um Hilfe bitten, und diese dringende Bitte richtet sich an die sämtlichen Landesregierungen und vor allem an die Arbeitsminister. Das Problem ist heute nicht mehr ein Kohlen-, Eisen- oder Energieproblem. Das Problem ist heute ein Arbeitsproblem.
Freilich - und da komme ich zu dem entscheidenden Punkt - der dritte Punkt der Krise dieses Winters, die Ernährungskrise, ist nicht überwunden. Das Arbeitsproblem kann kein Arbeitsminister lösen, das weiß ich, wenn nicht die Ernährungsfrage geordnet wird.

(Sehr richtig!)

Und da kommen wir zum ersten Punkt, der in den Verhandlungen der nächsten Tage so überaus wichtig ist. Und meine Bitte an unsere beiden Exponenten, an unseren Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] ebenso wie an unseren Landesvorsitzenden, geht dahin: Bleiben Sie hart in diesem Punkt! Wir steuern in eine ganz schwere Ernährungskrise hinein, nicht nur wegen der Kartoffeln, nicht nur wegen der Situation, die wir übersehen. Nein, die wenigsten haben ja erkannt, wohin diese Politik der amerikanischen Militärregierung hinzielt, dieses Drücken auf die deutsche Ablieferungspflicht, dieses Versagen der Importmöglichkeiten hat ja einen ganz anderen Sinn. Man will den amerikanischen Steuerzahler von Kosten entlasten, und der Herr *Clay* wird vielleicht den Wunsch haben, einen guten Abgang zu haben - zu unseren Lasten. Denn jeder Mensch in der Welt weiß, daß mit 1500 Kalorien, die noch nicht einmal verteilt werden, kein Mensch leben kann und daß wir drei Jahre nach dem Krieg jetzt in das Hungerelend überhaupt erst hineinsteuern sollen, nach dem Willen der Militärregierung. Und darum, meine Herren, hier ist der entscheidende Punkt für alles, was materielle Politik bedeutet:
Wir können den wirtschaftlichen Aufbau nicht voranbringen, wenn wir nicht unserer Bevölkerung eine Ernährung geben, die schwere Arbeit durchhalten läßt.

(Sehr richtig!)

Das können wir nicht aus unserer eigenen Ernährungslage heraus, und wenn sich unsere Landwirtschaft noch soviel Mühe gibt und wenn die Industriewirtschaft der Landwirtschaft noch mehr hilft. Wir werden das tun, verlassen Sie sich darauf, Freund *Horlacher*, wir machen soundso viele Sachen, und wir werden es nicht daran scheitern lassen, daß die Landwirtschaft nicht ihre Geräte und Maschinen bekommt.
Aber was nützt das alles? Heute möchten sich die Amerikaner aus der Verantwortung der Zerreißung Deutschlands herausziehen. Jalta ist ein Viermächteabkommen gewesen, und damals hat man gewußt, daß der deutsche Osten der Lieferant der deutschen Ernährung gewesen ist. Heute uns vorzuwerfen, die Landwirtschaft tut ihre Pflicht nicht, das kann man weiß Gott nicht. Und auf der anderen Seite, was hat man für uns getan? Die Importe, die wir jetzt bekommen hätten, haben wir leider nicht kaufen

dürfen. Man hat den Mais geschickt und das Hühnerfutter, und wir zahlen es teuer - geschenkt wird es nicht. Wir zahlen es in Dollar aus deutscher Arbeit und deutschen Exporten und sollen uns noch dafür bedanken. Es wird Zeit, daß deutsche Politiker darauf verzichten, sich für diese Ernährungszuschüsse zu bedanken.

(Lebhafter Beifall!)

Verzeihen Sie, meine Damen und Herren, wenn ich etwas heftig geworden bin, aber ich bin an dem Punkt angelangt, der der entscheidende Pivot-Punkt[13] unserer ganzen auch politischen Entwicklung des nächsten Jahres sein wird. Sie mögen noch so gute Verhandlungen führen, wir mögen uns in der Wirtschaft noch so sehr anstrengen, es gelingt nicht, wenn nicht das Volk im Jahre 1948 ausreichend zu essen hat.

(Sehr richtig!)

Ich habe den Mut dazu, dem Volk schwere Verzichte zuzumuten. Ich habe es getan, und ich halte es durch, solange man mich auf diesem Platz haben will. Ich tue es nicht einen Tag länger, wenn uns nicht von anderer Seite die Voraussetzungen bewilligt werden, die erfüllbar sind und die uns überhaupt erst ermöglichen, in unserer eigenen Arbeitsleistung das zu schaffen, was man von uns erwartet.
Es scheint so - wir wissen es noch nicht -, daß man uns in den nächsten Tagen sagen wird, daß Deutschland vorerst noch nicht in den Marshall-Plan einbezogen wird und wir eine Übergangskredithilfe bekommen, die, wie mir scheint - ich weiß es auch noch nicht genau -, mit ihrer Milliarde nicht das bedeutet, was wir erhoffen und gedacht haben. Wenn das dahin führt, daß aus der Kredit-Übergangshilfe wir auch noch die Verbindung mit dem Kredit A hergestellt bekommen, das heißt, daß die Ernährungseinfuhren über kurzfristige Kreditfinanzierung mit Verzinsung bearbeitet werden sollen, dann ist die Wirtschaftsführung in Deutschland nicht mehr voranzuführen und dann kommt eines Tages der Moment, wo verantwortliche deutsche Männer sagen müssen: Meine Herren Alliierten, nun führen Sie lieber freundlichst die Sachen selber weiter, es geht nicht. In diesem Punkt müssen wir hart bleiben. Und meine Bitte an die Regierungen und Parteiführungen geht dahin, diesen Punkt mit absoluter Energie und Härte festzuhalten.

(Bravo!)

Man kann über viele andere Dinge reden, meine Herren! Wir wollen gar nicht verkennen, daß in den letzten Monaten gerade von seiten der amerikanischen Militärregierung uns in beträchtlichem Maße Konzessionen gemacht worden sind, und ich bin der Letzte, der die große Hilfe verkennt, die von privater Seite aus Amerika täglich uns zufließt. Wir wollen uns gar nicht mißverstehen, wir wollen uns auch nicht hineinreden in einen Zorn. Das wäre grundverkehrt. Wir wollen auch nicht vergessen, daß wir diesen Krieg verloren haben und auch nicht, daß Deutschland eine moralische Pflicht zur Wiedergutmachung hat. Das hat alles damit gar nichts zu tun, aber ich sage es, weil es so leicht durcheinandergebracht wird. Nein! Das wir wiedergutmachen müssen, ich glaube, darin stimmen wir überein. Für uns, die wir alle miteinander haften, ist es bitter. Es war verdammt bitter, in Wiesbaden die Demontage zu schlucken. Es war so billig zu protestieren. Die Ministerpräsidenten haben nicht protestiert, der Wirtschaftsrat hat nicht protestiert, sondern wir haben gewarnt, gewarnt, die Demon-

[13] Angelpunkt.

tagen unvorsichtig und töricht durchzuführen. Denn sie schaden Deutschland und nützen in der Welt niemand.
Vielleicht wird es uns[14] gelingen, aus dieser Politik heraus für Deutschland noch mehr zu erreichen, als es bisher schon der Fall war. Ich darf und will darüber nicht sprechen. Diese Dinge eignen sich nicht für die Öffentlichkeit. Unsere Bemühungen sind nicht ganz umsonst gewesen, die Haltung der Ministerpräsidenten in Wiesbaden war nicht ganz töricht. Ob wir noch mehr erreichen werden, weiß ich nicht. Wir haben einiges erreicht.
Wenn ich heute mit Vertrauen auf die Entwicklung in der Eisenindustrie sehen kann, so liegt es zum Teil daran, daß wir nach den letzten acht Wochen jetzt etwas gesichertere Verhältnisse vor uns sehen, als es bei der Veröffentlichung des Demontageplanes der Fall war. Sie werden mir zugeben, daß Eisen und Stahl Elemente sind, ohne die eine Wirtschaft überhaupt nicht zu führen ist. Wir sind in der glücklichen Lage, in Deutschland nicht nur das größte Eisenvorkommen Europas zu besitzen, sondern an der Ruhr auch die modernste und beste Eisenindustrie, die es auf der Welt gibt. Sie ist allerdings kaputt. Sie ist nicht durch *Hitler* und den Krieg allein zerstört. Gewiß, sie ist schwer in Anspruch genommen worden, und es hätte viel Mühe und Arbeit gekostet, sie wieder hinzubringen. Daß sie heute nicht leistungsfähig ist, daß wir uns mühen müssen, auf 400.000 Tonnen im Monat zu kommen, was immerhin - ich glaube wir erreichen diese Zahl im März - eine Steigerung um 100% gegen die letzten Jahre darstellt, aber eine Lapalie ist gegen die wirkliche Leistungsfähigkeit der Ruhr, das danken wir der englischen Besatzungspolitik.
Meine Herren! Das klingt so, als wollte ich hier eine chauvinistische Rede halten. Sie kennen mich, meine Herren, es liegt mir fern. Aber wir sind ein geschlossener Kreis von Parteifreunden. Ich soll Ihnen Rechenschaft geben. Und da muß auch offen einmal etwas ausgesprochen werden. Wir haben an der Ruhr in Kohle und Eisen die Folgen zu tragen für die Experimente der englischen Labour-Regierung.

(Lebhafte Zustimmung!)

Wenn wir eben jetzt auch in der Kohle die Entscheidung an uns genommen haben und hoffen dürfen, daß wir in der Kohle jetzt langsam zu einer Normalisierung der Verhältnisse kommen werden, so ist in der Eisenindustrie die Situation immer noch so, daß kein Deutscher ein Wort zu reden hat, ich auch nicht.

(Hört, hört!)

Die Eisenindustrie an der Ruhr ist noch vollkommen in englischer Hand, und Herr *Dinkelbach* - das wird oft verkannt - mit seiner Treuhandverwaltung ist keine deutsche, sondern eine hundertprozentige englische Einrichtung.
Die Eisenindustrie, die an der Ruhr gewachsen war, stand in der Welt in technischer und kaufmännischer Hinsicht einzigartig da. Ich spreche gar nicht von den Eigentumsverhältnissen. Die Frage Sozialisierung spielt in diesem Zusammenhang für mich gar keine Rolle. Sie hat auch gar nichts damit zu tun, sondern es kam darauf an, daß die Verbundwirtschaft zwischen Kohle und Eisen, die so einzigartig gewachsen ist und die ein solcher Wert für Deutschland war, in sinnvoller Form in unsere neuen Verhältnisse übergeführt wurde. Und wenn dort sozialisiert werden sollte - das ist eine Entscheidung politischer Natur -, dann konnte man das sehr wohl unter Erhaltung der wirtschaftlichen Zusammenhänge.

[14] In der Vorlage ist das Wort unleserlich.

Was jetzt dort geschehen ist, ist ein bewußtes Auseinanderreißen, eine gewaltsame Zerstörung, die vielleicht nie mehr reparierbar ist. Und trotzdem! - ich erwähne das auch deshalb, damit Sie sehen, was für Verhältnisse man vorfindet und womit man alle Tage kämpfen muß - werden wir das Eisen hochbringen. Wir müssen es! Wir werden im Jahre 1948 auf die Hälfte des Industrieplanes kommen, auf rund 5,5 Millionen Tonnen. Das ist noch viel zuwenig für das, was wir alles brauchen. Im Augenblick können wir aber nicht wesentlich höher kommen. Denn die Relation zwischen Kohle, Schrott, Erz und Energie ist gewertet. Wir können nicht hexen.
Ich greife noch einmal auf die Kohle zurück. Wir haben im Oktober/November eine ziemlich sprunghafte Steigerung der Förderung erlebt. Es hat sich gezeigt, daß es unschwer möglich ist, die Förderung zu steigern. Technisch sind jetzt bei dem Einsatz von rund 400.000 Menschen unter Tage und auf den Gruben weit mehr beschäftigt als im Frieden. Zweifellos war auch mit den bestehenden Einrichtungen eine konstante Förderung von 300.000 Tonnen mit Spitzen bis zu 325.000 Tonnen täglich zu erzielen. So weit sind wir noch nicht. Im Gegenteil, die Förderung ist vor Weihnachten scharf rückläufig gewesen, vor allem deshalb, weil die Bergleute herausgelaufen sind, um Kartoffeln[15] aus den umliegenden Bezirken zu holen und ihre Care-Pakete zum grossen Teil zu vertauschen.
Die Kartoffelsituation ist in der Tat an der Ruhr heute der entscheidende Punkt. Ich sage Kartoffeln, im Grunde heißt das Ernährung. Es kommt nicht darauf an, daß nur der Bergmann seine drei oder dreieinhalb Tausend Kalorien pro Tag hat. Er bekommt sie. Er muß daneben die Familie versorgen. Es kommt dabei nicht nur Frau und Kind in Betracht, sondern er muß darüber hinaus das Gefühl haben, daß um ihn herum die Menschen einigermaßen leben.
Von uns aus gesehen sieht das Problem so aus: Da ist der Bergmann mit dreieinhalb Tausend Kalorien täglich. Und daneben, hundert Meter weiter, steht der Arbeiter in der Hütte. Er bekommt nichts. Er hat im letzten Winter manchmal nur 800 Kalorien bekommen. Beide Männer stehen nebeneinander. Der Bergmann hat Schnaps, Zigaretten, Kleidung und dazu die gute Ernährung. Und der andere hat nichts. Und wie ist es bei der Reichsbahn? Die abgestellten Arbeiter und Angestellten auf den Gruben bekommen die Zulagen, und hinter der Weiche, hundert Meter davon, steht der andere, der genau denselben Wagen schiebt und der auch 800 Kalorien bekommt. Dieser Zustand kann nicht aufrechterhalten werden. Ich sage eines: Wir werden im März, wenn die Ernährungslage nicht grundsätzlich geändert wird, Streiks haben. Das steht fest. Damit fällt unser wirtschaftliches Programm zusammen. Noch braucht im März keine bessere Ernährung dazusein. Das kann kein Mensch schaffen. Was die Leute wissen wollen, ist, daß die politische Führung auf deutscher Seite es ernst meint mit einer Wendung im Ernährungsproblem und es sich nicht mehr gefallen läßt, daß wir auf den Hungerrationen sitzen. Das muß geschehen. Das muß in der nächsten Woche, lieber Freund *Müller*, auf deutscher Seite den Engländern und Amerikanern so klar gesagt werden, daß sie wissen: Die Gefahr steht vor der Türe, könnt ihr es ändern? Und wenn sie es nicht tun, stellen wir uns, meine Herren, selber an die Spitze des Streiks, nicht da draußen, aber wir selber werden in den Streik treten.
Es ist das Kernproblem, und darum komme ich immer wieder darauf zurück.

[15] In der Vorlage: "Kohlen". In einer Abschrift der Rede Semlers in der Anlage zum Protokoll (ACSP, CSU-Landesausschüsse, 3. und 4. Januar 1948) heißt es "Kartoffeln", was offensichtlich auch hier gemeint war.

Die Eisen- und Stahlproduktion muß gesteigert werden. Wir haben einige Erfolge erzielt. Es ist nach schwerem Kampf mit den Engländern gelungen, uns die Freiheit in der Erzeinfuhr zu erstreiten. Der englische Plan war der, daß wir voll gebunden sein sollten und nur noch über London Schwedenerze kaufen sollten. Ich habe einen bösen Handel machen müssen. Beides habe ich frei bekommen. Ich habe etwas opfern müssen in einem noch einmaligen Schrottkontrakt. Aber das ist der letzte, und nunmehr sind wir frei in der Erzeinfuhr. Wir können nach den 1,25 Millionen Tonnen, die wir von England fürs erste Halbjahr haben kaufen müssen, nunmehr von Schweden kaufen und wir können, nachdem wir 100.000 Tonnen Schrott zu sechs Schilling pro Tonne nach England haben liefern müssen, unseren Schrott in der Welt verkaufen, wohin wir wollen. Ja, meine Herren! Das war nicht ganz einfach. Als ich mein Amt antrat, erhielt ich die Auflage, eine Million Tonnen Schrott für sechs Schilling nach England zu liefern. Das habe ich abgelehnt. Daraufhin habe ich einen Befehl bekommen, mich gegen den Abschluß nicht quer zu legen. Ich habe die Achseln gezuckt. Als dann noch nicht abgeschlossen wurde, wurde mir befohlen, zu sechs Pfund zu verkaufen. Daraufhin bin ich zu den Generälen gegangen und habe ihnen gesagt: Meine Herren, ich bitte [um] einen Befehl zur Lieferung von einer Million Tonnen Schrott zu sechs Pfund. Dann ist das eine Reparationsleistung, die werde ich ausführen. Aber ihr könnt keiner deutschen Stelle befehlen, freiwillig einem Vertrag zuzustimmen, der nicht auf Weltmarktbasis abgeschlossen ist.

(Beifall.)

Als ich mein Amt antrat, haben wir die Tonne Kohle für zehn Dollar verkauft und irgendwelchen Interessenten fünf Dollar pro Tonne geschenkt. Aber seit September zahlen uns alle Abnehmer 15 Dollar. Das ist der heutige ordentliche europäische Preis. Genauso werden wir es auch in anderen Fällen halten. Wir werden den Engländern abgewöhnen müssen, nach drei Jahren weiterhin die deutsche Wirtschaft auszuplündern.

(Beifall.)

Ich weiß nicht, wieweit gegenwärtig ist, daß die beiden Westzonen schon in einer sehr engen Verbindung mit den anderen europäischen Ländern auf gewissen Gebieten stehen. Wir sind ja immer noch sehr abgeschlossen und auf das an Nachrichten angewiesen, was man uns so über Radio und Zeitungen zudosiert. Tatsächlich entwickelt sich auf dem Gebiet der europäischen Wirtschaft eine Gemeinschaftsorganisation, die für uns ungemein bedeutsam ist und in der wir hoffentlich - es sieht so aus - in absehbarer Zeit auch in vielen Fällen ratend mit teilnehmen können. Sie existiert auf dem Gebiet der Energiewirtschaft bereits. Sie existiert auf gewissen Teilen des Transportwesens und sie existiert vor allem in der Kohle. Das bitte ich mit zu bedenken, wenn wir in den Dispositionen nicht frei sind, nicht völlig frei auch dann, wenn man im weiteren Maße die deutschen Stellen mit der freien Erledigung der anfallenden Arbeiten betraut.

Diese Gemeinschaftsorganisationen können eines Tages in der Tat für Europa von allergrößter Bedeutung werden, nicht nur die ICO, die Kohlenorganisation, sondern in allererster Linie der Energiepool. Das hat natürlich auch für die Energieerzeugung und die Kraftquellen unseres eigenen Landes seine Folgen. Immerhin, wir haben doch bereits der europäischen Gesamtvereinbarung zu danken, daß an einem ganz entscheidenden Punkt der Industrieplan wieder durchbrochen ist. Das Verbot der Neuerrichtung großer Kraftquellen ist hinsichtlich der beiden Werke, die wir bei Neuss jetzt

auf der Braunkohle errichten werden, nicht mehr da, und der Ausbau dieser beiden großen Werke wird uns in eine noch sehr viel engere Verbindung mit der europäischen Gesamtenergiegemeinschaft bringen.
Vor allem möchte ich warnen und mich damit an die Bayerische Staatsregierung wenden. Die Entwicklung in der Energieversorgung an der Ruhr wird konstant vor sich gehen. Ich glaube, wir dürfen hoffen, daß wir, wenn nicht ernste Rückschläge kommen, im Laufe der nächsten vier bis fünf Jahre eine Energieerzeugung haben werden, die weitgehend die Abgaben für Winterstrom ermöglicht. Trotzdem warne ich Bayern davor, sich darauf zu verlassen. Die alten Vorkriegsverhältnisse werden nicht wiederkehren. Vom bayerischen Standpunkt aus sollte man zwei Probleme sehr dringlich beachten: Die Möglichkeit, aus Wasser Winterstrom zu beschaffen, was nur über die Vergrößerung und Neuerrichtung von Speicherwerken geht, und zum zweiten - und das ist ein Punkt, der nicht unmittelbar hierher gehört, aber die Energie betrifft, *Seidel* ist nicht da, er müßte das vertreten - möchte ich dringend bitten, das Augenmerk darauf zu richten, daß die Industrie in Bayern nach der Geldordnung mit den gegenwärtigen Strompreisen nicht existieren kann. Es ist undenkbar, daß eine Industrie, die stromintensiv ist, mit acht Pfennigen betrieben werden kann, schon um deswillen nicht, weil nebenan Württemberg mit niedrigeren Strompreisen arbeitet und in Nordwestdeutschland man oft Preise von viereinhalb bis fünf Pfennig für den gleichen Strom hat. Das wirft hier bei Ihnen ein Problem auf, das Problem der Gemeindefinanzierung. Gerade in diesem Kreis darf ich sagen, daß das eine schwere Sorge ist. Ich weiß es. Bisher haben die Gemeindeetats sehr weitgehend auf den Stromeinnahmen basiert. Diese Dinge sind bekannt. Trotzdem rate ich Ihnen dringend, diese Frage jetzt ernstlich zu studieren. Denn der Ansturm wird nach der Geldordnung kommen, und ich kann mir nicht vorstellen, daß wir ein Interesse daran haben, wichtige Industrien, die für Bayern sehr bedeutsam und deren Einnahmen auf lange Sicht auch für den Staatshaushalt immerhin beachtlich sind, aus dem Lande zu treiben, was geschehen wird, wenn der Strompreis so bleibt, wie er heute noch in Bayern ist. Er ist im Verhältnis zu den anderen deutschen Ländern vollkommen abnorm. Noch haben Sie Zeit, Sie haben ein Vierteljahr Zeit oder wie lange, ich weiß es nicht, wann die Geldordnung kommt. Aber wenn sie kommt, muß diese Frage in Bayern gelöst sein. Sonst werden Sie erleben, daß eine Reihe von Industrien ihre Türen schließen.
Der Weg zu den internationalen europäischen Gemeinschaften, von denen ich sprach, muß aufgemacht werden. Die Türen müssen geöffnet werden, und wir müssen dort Anschluß gewinnen. Denn da fallen in den nächsten Jahren zweifelsohne Entscheidungen, die ihre schweren Rückwirkungen auch auf die gesamte deutsche Wirtschaft haben. Die Aussicht besteht, wie denn überhaupt der zweite Punkt neben der Steigerung unserer wirtschaftlichen Grundelemente das Freikämpfen im Außenhandel gewesen ist und noch heute Aufgabe meiner Verwaltung ist. Für jeden von uns, der draußen auf der Straße geht oder heimkommt, bleiben die Sorgen gleich, die der Alltag bringt. Wir ärgern uns über das Bezugscheinsystem, daß wir nichts bekommen, über Kompensationen, den grauen, mittelgrauen und Schwarzen und dunkelgrauen Markt. Das sind Dinge, die uns täglich ärgern und die täglich kritisiert werden.
Meine Herren, das sind alles nur Symptome. Ist denn das deutsche Volk verrückt und unmoralisch geworden, sind denn sämtliche Leute verrückt geworden? Sind unsere Industriellen nicht mehr bei Sinnen? Glaubt denn ein ernsthafter Mensch, daß es dem Bauern nicht hundertmal lieber wäre, wenn er anständiges, gutes hartes Geld für seine Butter und Eier bekommt, anstatt daß er hinten herum sich alles eintauschen

muß? So ist es nicht. Das sind Krankheitssymptome, die äußerliche Erscheinungen darstellen, aber nicht die Krankheit selber sind. Gewiß, man muß auch als Arzt, wenn solche Geschwüre aufbrechen, natürlich die Wunde behandeln. Jeder Arzt wird zunächst sagen: Woher kommt das Geschwür? Er wird dann der Sache nachgehen und den wirklichen Krankheitsherd feststellen. Festgestellt haben wir ihn lange. Man hat uns nicht die Mittel zur Operation gegeben. Darum bitte ich Sie um eines sehr: Beurteilen Sie die Wirtschaftsverwaltungen - ich spreche nicht nur von meiner, sondern auch von jenen der Länder - etwas gerechter. Man soll alle Auswüchse, die in Eigennutz bestehen und die man erwischen und verfolgen kann, schärfstens verfolgen. Allerdings, Herr Justizminister [*Josef Müller*], müssen die Gerichte funktionieren und diese Leute wirklich am Kragen bekommen.

(Sehr richtig!)

Aber damit ist es natürlich nicht getan, sondern man muß den Dingen an der Wurzel begegnen.

Und dann vor allem auch noch einmal ein ernstes Wort! Daß es dazu gekommen ist, da haben wir Deutschen bei Gott nicht Schuld. Wir haben diese Situation seit der Kapitulation nicht herbeigeführt. Wenn heute Befehle kommen, daß Kompensationen bis zum Letzten verboten werden und mit ganz entsetzlichen Strafen und Drohungen gegen die Mitglieder der Staatsregierung zu verfolgen sind, so kann ich nicht finden, daß wir es notwendig haben, unsere Wirtschaft von uns aus auch noch endgültig zugrunde zu richten. Jeder Mensch weiß, daß man heute ohne Kompensationen praktisch einfach nicht mehr durchkommen kann. Wir möchten sie alle sofort abschaffen. Uns wäre es allen wohler, wenn sie nicht notwendig wären. Wer hat bis heute die Währungsreform hintertrieben? Wir Deutschen? Können wir dafür, wenn der Kontrollrat sich seit einem Jahr über nichts mehr einigt? Kann ich dafür, daß jetzt Ihr Bayern 300 Millionen oder wieviel in Eurem Etat aufgeknackt bekommt und alles über den Haufen geworfen wird wegen der idiotischen Subventionen für Kohle und Eisen da oben? Wollen Sie sagen, daß nicht jeder Kohlenverbraucher in der Industrie die 1,50 RM oder zwei RM ganz gern bezahlt hätte? Er hat ohnedies kaum Kohlen bekommen. Hätte man rechtzeitig den Kohlenpreis heraufgesetzt und das Kostenminimum ausgeglichen, dann ständen nicht über zwei Milliarden im Etat der britischen Zone, die jetzt freundlichst auch auf die süddeutschen Länder umgelegt werden. Jetzt, wo die wirklich schwersten wirtschaftlichen Fehler der Besatzungsmächte offenkundig sind und auch für den Laien offenkundig werden, jetzt sollen wir die Verantwortung dafür übernehmen.

Jetzt schiebt man uns freundlichst die Freiheit des Handelns zu. Ja, wo ist sie denn, die Freiheit des Handelns? Seit Monaten verlange ich die Heraufsetzung der Kohlen- und Eisenpreise. Nicht daran zu denken! Kontrollratsbeschluß! Hier im Süden hat man vernünftigerweise die Preise der landwirtschaftlichen Schlüsselprodukte, der bekannten Kontrollratsprodukte, heraufgesetzt. In der britischen Zone hat man jetzt 1947 wieder 3,5 Millionen Subventionen daraufbezahlt; wahrscheinlich werden Sie sie auch noch bekommen. Nein, meine Herren, so geht es wirklich nicht.

Das ist Punkt 2. Wir haben ganz bestimmte Voraussetzungen, ohne die die wirtschaftliche Sanierung des Jahres 1948 nicht durchzuführen ist; und diese Voraussetzungen müssen erfüllt werden, weil sie erfüllt werden können. Es geht ja leider nicht ohne Planung. Die Wirtschaft ist nun einmal in diesem Augenblick sicher nicht - und auf längere Sicht wahrscheinlich auch nicht - ohne sinnvolle Planung zu führen. Ich habe

darauf verzichtet, für das Jahr 1948 Pläne in die Wolken zu machen unter Nachweisen, wenn das oder wenn das eintritt, sondern ich habe mich hingesetzt mit unseren Leuten und habe gesagt: Für was können wir schaffen? Nun, ich gebe 20% darauf, dann wollen wir es schaffen. So sind wir vorangegangen, so haben wir unsere Pläne gemacht. Und diese Pläne lassen sich durchführen, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt werden. Die erste Voraussetzung habe ich vorhin genannt: Eine Ernährungswirtschaft, die es gestattet, dem arbeitenden Menschen seine Kräfte zu erhalten und sie voll einzusetzen. Die zweite Voraussetzung ist wieder ein anständiges Geld für eine ehrliche Arbeit. Das muß kommen im Jahre 1948.
Der Zeitpunkt: Darüber mag man nachdenken. Es ist nicht notwendig - glauben Sie mir, meine Damen und Herren -, daß im Zeitpunkt der Währungsordnung bereits alle Läger voll und alle Läden überfüllt sind. Das ist nicht notwendig. Aber etwas anderes ist notwendig: Daß in dem Moment der Währungsordnung das Volk das Gefühl hat, von jetzt an geht es regelmäßig weiter! Ich muß der Bevölkerung sagen können: Wenn ab morgen nunmehr das neue Geld da ist und eure Löhne in dem neuen Geld bezahlt werden, könnt ihr zwar nicht sofort alles wieder kaufen - natürlich kommen Läger, kommen die gehorteten Waren heraus. Es ist gar nicht so arg, glauben Sie mir! Die ersten Monate werden wir überbrücken; und wenn ich die Dollars in die Tasche bekomme, die ich brauche, um rasch kaufen zu können, wenn sich offenkundig zeigt: Hier ist ein Mangel an dem und dem Artikel, wenn unsere Bevölkerung das Gefühl bekommt: Jawohl, jetzt fängt es an, wieder vernünftig in Deutschland zu werden - dann hat es Zeit! Aber man darf die Bevölkerung nicht betrügen. Wir dürfen keine Währungsordnung machen, wenn hinter uns nichts ist.

(Sehr richtig!)

Also, die Ware braucht noch nicht dasein. Das Gefühl genügt, wenn ich im Laufe des Jahres nachschieße und wenn langsam die Dinge beginnen, wieder zu roulieren. Aber ich muß die Rohware kaufen können; und wovon soll ich für eine Währungsordnung die Rohware kaufen, wenn ich heute nur noch auf Exporterlöse angewiesen bin, deren Gestaltung ich bis heute noch nicht einmal in der Hand gehabt habe! Doch, seit vorvorgestern dürfen wir wenigstens unsere Importpläne alleine machen. Das haben wir erreicht.

(Heiterkeit.)

Aber kaufen tun immer noch jene.
Und nun auch noch ein Wort der Kritik. So schlimm, wie es geworden ist, hätte es nicht zu werden brauchen, wenn der Einfuhr- und der Ausfuhrhandel anders gesteuert worden wäre. Wir haben Millionen und Millionen von Dollars auf Konto liegen gehabt im Jahre 1947. Wir haben gefleht und gebeten, uns diese Dollars zum Einkauf von Waren zur Verfügung zu stellen. Nein, die sind auf dem Konto liegen geblieben, liegen geblieben und liegen geblieben. Die hätten vier-, fünfmal roulieren können, und wir hätten nach Deutschland Waren einführen können. Aber bei der JEIA sind sie liegen geblieben.

(Zuruf: Warum sind sie liegen geblieben?)

Ich will Ihnen das Warum [nicht] sagen: Da kann sich jeder denken, was er will. Mir kommt es auf etwas anderes an: Ich schaue, daß ich die Dollars bekomme. Drum haben wir dies jetzt erreicht, daß wir den Außenhandel nun nach unseren Plänen aufziehen dürfen. Wir legen jetzt die Pläne zur Genehmigung vor. Und wir wollen schauen,

daß wir ihn von diesen Fesseln, in denen er bisher war, befreien. Einen Schritt haben wir auch wieder fertiggebracht. 14 Tage vor Weihnachten habe ich die Genehmigung bekommen: Ich darf jetzt mit allen Staaten der Welt wieder direkte Handelsvertragsverhandlungen führen. Das wird uns wieder ein Stück voran bringen, denn diese bisherigen Verträge haben den Außenhandel stranguliert, statt ihn zu fördern.

(Sehr richtig!)

Alles das, meine Herren, kostet täglichen Kampf und tägliche Arbeit. Weit davon entfernt, Ihnen das Bild erschöpfend vorstellen zu können, lag mir ja nur daran, Ihnen die Hauptpunkte zu zeigen, Ihnen zu zeigen, worauf es ankommt bei den Entscheidungen. Denn nun kommen noch - damit bin ich auch bald am Schluß - die entscheidenden Punkte. Und da wende ich mich wieder an unsere beiden Männer, die ja unsere Union nachher in den Verhandlungen vertreten werden. Wir müssen darauf bestehen, daß die Währungsreform in einem Zeitpunkt und in einer Art durchgeführt wird, die es uns erlaubt, die Verantwortung als Politiker zu tragen.

(Sehr richtig!)

Es darf nicht immer wieder passieren, daß uns diese Dinge als erledigte Sachen auf den Tisch geflattert kommen und wir dann die Ehre haben, sie auszuführen. Meistens stellen wir dann noch fest, daß sie in der Form gar nicht auf uns passen und in der Form gar nicht bei uns ausgeführt werden können.
Einen Punkt möchte ich allerdings zur Diskussion stellen; ich will Ihnen gleich meine persönliche Meinung sagen. Von der Wirtschaft aus gesehen müssen wir verlangen, daß vor der Währungsreform die Steuerreform erfolgt.

(Sehr richtig!)

Nicht das leiseste technische Bedenken besteht dagegen. Es kann nur das bedenklich scheinen, daß entweder der Kontrollrat nicht funktioniert - denn diese Frage muß vom Kontrollrat entschieden werden - oder daß anderweitige Gesichtspunkte maßgebend sind, die nicht erlauben, die wirtschaftenden Menschen von dieser strangulierenden Steuergesetzgebung zu befreien. Wir müssen wenn die Wirtschaft nach der Geldreform wieder in Gang kommen soll, verlangen, daß Einkommens-, Körperschafts- und Vermögenssteuer neu gestaffelt werden. Dabei wird jeder vernünftige Mensch einsehen, daß wir mit sehr hohen Steuern rechnen müssen. Die Länder brauchen das Geld, der Staat hat entsetzliche Aufgaben zu erfüllen, und jeder von uns wird für soundso viele andere, die nicht arbeiten können, mitverdienen müssen; das wissen wir, glaube ich, alle. Aber was geschehen muß, ist: Die Staffelung muß so erfolgen, daß für eine Mehrleistung auch wieder ein Anreiz da ist und daß nicht jede Mehrleistung einem womöglich noch Vermögen kostet.

(Sehr richtig!)

Es besteht nicht der leiseste Grund, meine verehrten beiden Herren, die Steuerreform hinter die Währungsreform zurückzustellen. Auch die Finanzminister tun gut daran, wirtschaftlich zu denken; sie tun gut daran, sich zu überlegen, daß eine gesunde Wirtschaft ihnen mehr Steuern bringt, als eine strangulierende Steuergesetzgebung.

(Zustimmung.)

Daher bitte ich auch, daß in dem Punkte der Steuerreform mit äußerster Schärfe und Härte verlangt wird, daß die Steuerreform so schnell wie möglich Platz greift. Denn -

ich glaube, ich irre mich nicht - wenn eine vernünftige Steuerreform in den nächsten drei Monaten publiziert wird und wir von der Union in unserer Presse und über Wort und Schrift den Leuten sagen: Schaut her, jetzt geht es an! Güter, das geht langsam. Geld, Vorsicht! Aber jetzt geht es an. Die Steuerreform ist das erste. Die Preisberichtigung muß parallel gehen. Wir müssen die Preisberichtigung in Kohle und Eisen haben; sonst kann kein deutsches Land einen Etat aufstellen. Es ist undenkbar, daß wir laufende Subventionen in den Etats nach der Geldordnung verankern können. Schon heute hat der Finanzminister ein schweres Nachgeben; denn woher soll er die Einnahmen nehmen, um die unabdingbaren Aufgaben, die ihm auferliegen, zu bestreiten? Überhaupt werden die Landesregierungen, jetzt, wo das neue Etatjahr beginnt, ja schon Sorgen haben müssen, wie sie dann in Verbindung mit der Geldordnung und unter den neuen Verhältnissen, die sich dann darstellen, die Lasten auch der Bürokratie weitertragen wollen.

(Sehr gut!)

Ich möchte den Versuch machen, ob es auf unserem Gebiet nicht gelingt, den Riesenapparat, den heute die Wirtschaftsverwaltung aller Stellen, einschließlich meiner eigenen, darstellt, so zeitig reduzieren zu können, daß der Erfolg einigermaßen in einem Verhältnis zu dem Aufwand und den Kosten steht. Das allerdings setzt wiederum voraus, daß diese Maßnahmen, wie die Durchführung der Geldordnung und die anderen, die ich angedeutet habe, in einem vernünftigen Zusammenhang miteinander durchgeführt werden. In dem Moment kann die Wirtschaftsverwaltung draußen damit beginnen, beim Wirtschaftsamt in Ort und Stadt und Dorf kann die Funktion zurückgezogen werden. Man wird dann anders bewirtschaften und vor allem da, wo es sich um Güter handelt, die noch auf drei Jahre Mangelgüter sind, um Schuhe und Kleidungsstücke, um das, was das Volk braucht und was gerecht verteilt werden muß. Aber ich brauche nicht mehr alle Kaninchenfelle zu bewirtschaften, und es ist nicht notwendig, daß ich 30 Leute in Minden sitzen habe, die über die Kaninchenfelle beraten.

(Heiterkeit.)

Drum: Mit welchen Mitteln wollen wir nun versuchen, das zu erreichen? Ich habe zu Ihnen gar nichts über den Frankfurter Apparat gesprochen. Meine Herren, eines allerdings darf ich in diesem Zusammenhang politisch kurz streifen: Wir stehen vor der eigentlichen Entscheidung - wenn wir das alles bedenken, was ich mir eben erlaubte, Ihnen vorzutragen -, vor der eigentlichen Entscheidung ja jetzt erst, wenn es sich fragt: Ist nun London ein endgültiger Mißerfolg, etwas Endgültiges oder nicht? Da möchte ich von meinem Standpunkt etwas sagen, nur eines. Ich will nicht dazu Stellung nehmen, ob man abwarten, ob man politisch noch ein Jahr zuwarten, ob man eine Westregierung anstreben soll oder nicht, ob man hier eine deutsche Regierung machen soll und die Russen drüben tun läßt, was sie wollen. Ich fühle mich nicht berufen, eine solch staatspolitische Entscheidung Ihnen vorzutragen. Eines müssen Sie bei diesen Überlegungen bedenken - und unsere führenden Männer müssen bei ihren Entschlüssen und Vorhaben das auch bedenken: Die schönste staatsrechtliche Konstruktion nützt Ihnen gar nichts, wenn unter Ihnen die Balken krachen und zerbrechen. Daher habe ich mir erlaubt, die entscheidenden wirtschaftlichen Voraussetzungen darzustellen, die nötig sind, damit das Gebälk hält. Wenn die erfüllt werden - das, glaube ich, darf ich sagen -, dann ist es ziemlich egal, ob man diesen komischen Wirtschaftsrat mit seinen Institutionen noch ein halbes Jahr weitermachen läßt oder ob man ihn ändert.

Der Apparat ist gut oder schlecht, aber es läßt sich arbeiten - die Versicherung kann ich geben -, wenn wir die Balken zusammenhalten, wenn die Voraussetzungen erfüllt werden, können wir noch ein halbes Jahr weitermachen. Vielleicht ist eines Tages die Möglichkeit geschaffen, daß wir die deutsche Lage wieder zusammenbringen und wir eine Westregierung machen können. Die läßt sich machen. Es wäre gescheiter, sie nicht auf dem Wirtschaftsrat aufzubauen. Das ist eine Institution, der alle Praktiken zur Verfügung stehen, damit das erhalten wird, was noch erhalten werden kann, und in der auf lange Zeit im wesentlichen der Boden da war, den Kampf mit den Alliierten zu führen, um den Restbestand für unsere Zukunft zu erhalten. Darauf ein zukünftiges ganzes staatsrechtliches Gebilde aufzubauen, würde mir nicht gut erscheinen. Es ist auch gar nicht nötig. Diese Entscheidungen, meine Herren, lassen sich unmittelbar treffen. Es ist nicht wahr, was uns die Amerikaner jetzt dauernd vorgaukeln wollen, daß diese wirtschaftlichen Voraussetzungen unabdingbare Voraussetzungen für die eine oder andere politische Lösung wären. Nein, die politische Lösung, die staatspolitische Lösung läßt sich so finden, wie wir alle miteinander es für richtig halten und ist nicht abhängig davon, wie die wirtschaftlichen Voraussetzungen sind. Wohl aber sind die wirtschaftlichen Voraussetzungen notwendig für jede staatspolitische Lösung, ganz egal, wie sie gefunden werden soll.
Diese wirtschaftlichen Voraussetzungen - und damit wende ich mich noch einmal an unsere beiden führenden Männer unserer Partei - müssen Sie in Frankfurt nächste Woche erstreiten. Darum müssen Sie kämpfen; und wenn Sie das tun, dann machen Sie sich selber den Weg frei für die staatspolitische Lösung, die im Interesse Deutschlands liegt.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Ich danke in Ihrer aller Namen und im eigenen Namen unserem Parteifreund *Semler* für das von ihm erstattete Referat.
Sie erinnern sich an die Tage des letzten Sommers, in denen die Entscheidung in Frankfurt fiel für den Aufbau des damals neu gebildeten Wirtschaftsrats. Es waren für die Union die vielleicht bis dahin entscheidungsvollsten Stunden. Wir waren uns darüber klar: In den einzelnen Ländern war der Aufbau der Demokratie, der Aufbau der Staats- und Wirtschaftsordnung so weit gestaltet worden, daß die Länder als solche die Möglichkeit hatten, eine Basis für eine Weiterentwicklung des eigenen Landes, des eigenen Bestandes zu erreichen, daß sie aber auch bereits so weit fundiert waren, daß sie miteinander zusammenwirken konnten, um eine gemeinsame deutsche Wirtschaft und Gesellschaftsordnung schaffen zu helfen. Es ging uns damals nicht um einen Parteienstreit, nicht darum, ob etwa die SPD in die Verantwortung mitgenommen werden sollte oder nicht; es ging uns um die Klarheit der Erkenntnis, daß nur durch eine nüchterne Politik unserem Volk Brot und Arbeit geschafft werden kann. Da helfen keine Parteidogmen. Idealismus ist notwendig; in der Politik aber muß man in solchen Stunden nüchtern und frei von Gefühlswerten bleiben, und man muß die Entscheidungen so treffen, daß man nach bestem Wissen und Gewissen dafür garantieren kann, daß nur nach wirtschaftlichen Prinzipien gehandelt wird, gerade angesichts der Tatsache, daß durch zwei Kriege in einer Generation viel Substanz verwirtschaftet ist und daß die Substanzschaffung das Allerwichtigste geworden ist.
Damals haben wir nach reiflicher Prüfung, nachdem wir keine Möglichkeiten mehr sahen, in nüchterner Weise mit der SPD zusammenzuarbeiten, die Verantwortung für

die Union allein übernommen, gestützt von einigen anderen kleinen Parteien. Als wir die Verantwortung übernommen haben, war für uns gleichzeitig die schwerste Frage zu lösen: Wer wird der Mann sein, der das Direktorium für Wirtschaft übernimmt, das wichtigste Direktorium, das damals bestanden hat? Wer werden die anderen Männer sein, die die anderen Direktorien übernehmen? Denn es hängt nun einmal der Erfolg - und in der Politik ist vielfach der Erfolg entscheidend - davon ab, daß Männer gefunden werden, die das Wissen haben, das notwendig ist,

(Sehr richtig!)

daß Männer gefunden werden, die auch nicht vor Risiken zurückweichen, die - in klarer Erkenntnis der Notwendigkeiten - die Notwendigkeiten auch anfassen und nicht vor irgendwelchen Schwierigkeiten ausweichen. Wir haben damals unseren Freund *Semler* zum Direktor für Wirtschaft bestellt. Ich glaube, das Referat, das er Ihnen über die Arbeit, die er bisher geleistet hat, gegeben hat, zeigt, daß wir einen guten Griff gemacht haben, daß wir die Auswahl dieser Persönlichkeit unter allen Umständen verantworten konnten.

(Starker Beifall.)

Wir werden mit ihm zusammenarbeiten, so wie er bisher mit uns ausgezeichnet zusammengearbeitet hat. Denn nur durch gemeinsame Arbeit können die Aufgaben in Angriff genommen werden, die noch auf uns warten. Die Aufgaben werden nicht kleiner sein. Im Gegenteil, es ist zu erwarten, daß gerade die Themen, die er angeschnitten hat - Thema der Währungsumstellung und andere Themen -, uns vor viel schwierige[re] Aufgaben stellen, als wir sie je in Angriff zu nehmen hatten.

(Sehr richtig!)

Wir müssen uns darüber klar sein, daß dieser Vorgang sich weitestgehend auswirken wird auf die Gestaltung unserer wirtschaftlichen Struktur. Und die Gestaltung der wirtschaftlichen Struktur ist auch wesentlich mitbestimmend für die Erreichung unseres Ziels.

Worte allein genügen nicht, nur Arbeit kann uns helfen. *Semler* hat gearbeitet. Wir danken ihm nicht nur für das Referat, wir danken ihm hier auch für die Arbeit, die er bisher an seinem Posten für die Union, für das deutsche Volk und für Bayern geleistet hat.

(Allgemeiner Beifall.)

Wir haben noch manche Sorgen innerhalb des Frankfurter Bereichs offen. Ich halte es im allgemeinen nicht für zweckmäßig, die Sorgen so zu besprechen, daß jeder weiß, daß im Augenblick gerade ein Problem offen ist. Ich weiß z.B. nicht, ob es zweckmässig ist, die ganzen Sorgen, die wir um die Währungsumstellung haben, heute in die öffentliche Diskussion zu bringen. Ich halte das für unzweckmäßig. Hier gilt eines: Vertrauen zu denen, die die Aufgabe anfassen; Vertrauen auch dazu, daß sie die letzten Möglichkeiten überlegen, und Vertrauen dazu, daß sie nie und nimmer ihr eigenes Interesse, sondern nur das Interesse des gesamten Volkes im Auge behalten. Um dieses Vertrauen bitten wir nicht nur für uns hier innerhalb Bayerns, sondern wir bitten auch darum, daß Sie den Männern vertrauen, denen wir selbst unser Vertrauen geschenkt haben.

Vielleicht wird es notwendig sein, in Frankfurt da und dort einmal auch an Veränderungen zu denken, für den Fall, daß bestimmte weiter gehende Aufgaben in Angriff

genommen werden müssen. Denn die Frage der Bizone ist eine Frage, die für uns bisher als solche bestanden hat. Sie wird bald eine Ausweitung erfahren, denn die Bizone ist nur ein Provisorium. Wir stehen vor schwersten Fragen und vor schwersten Entscheidungen, Entscheidungen, die uns zum Teil zugeschoben werden; wenn wir uns nur an das eine Wort erinnern, daß alliierte Staatsmänner nicht an die Schaffung einer Westregierung dächten, wenn sie nicht von den Deutschen gefordert werde. Ein Wort, das uns vor Probleme stellt, mit denen wir als Deutsche bestimmt nicht allein, mit denen wir kaum fertig werden können.

Denken Sie nur daran: Das Herniederlassen des Eisernen Vorhangs würde bedeuten, daß wir etwa 20 Millionen Menschen aufgäben, zumindest vorübergehend aufgäben. Die Auswirkungen, die sich daraus in der Haltung der Bevölkerung ergeben würden, sind nur annähernd zu übersehen. Sicher ist, daß in diesem Augenblick ein Nationalismus vor allem in der Jugend wachsen würde,

(Sehr richtig!)

der größte Gefahrenquellen für die Zukunft in sich birgt. Hier das Richtige zu finden, wird eminent schwer sein. Die Bevölkerung in der Ostzone wartet darauf, daß wir richtig entscheiden, nicht nur für uns, sondern für Gesamtdeutschland. Wir dürfen unter keinen Umständen die Menschen, die in dieser Zone arbeiten und leiden, aufgeben.

(Laute Zustimmung.)

Wir haben sicher unsere Sorgen. Aber wenn Sie mit den einzelnen Menschen dort sprechen - nicht nur mit den Parteimenschen, sondern auch mit anderen, mit denen ich gesprochen habe, als ich jetzt dort war -, dann sehen Sie: Die Leute klammern sich - ich möchte sagen - an den Strohhalm, der ihnen noch geblieben ist, daß sie von uns gerettet werden aus ihrer materiellen und moralischen Not.

Wir haben unsere eigenen Sorgen. Wir haben es gemerkt, als wir in den letzten Monaten die Auseinandersetzungen über die Kartoffelfrage und andere Fragen hatten. Diese Sorgen sind dort noch viel, viel größer geworden. Denken Sie nur daran, daß die einzelnen Bauern draußen, die ihr Ablieferungssoll nicht erfüllen können, ihr Vieh weggenommen bekommen; sie werden dadurch so in ihrem Lebensniveau gedrückt, daß man annehmen darf, sie werden über kurz oder lang ein solches Niveau erreichen, daß innerhalb Deutschlands nicht mehr das gleiche Niveau der gesellschaftlichen Ordnung gilt. Hier dafür zu sorgen, daß die Leute dort noch den Boden unter den Füßen fühlen, daß sie sich noch einigermaßen als freie Menschen fühlen, ist für uns eine selbstverständliche Verpflichtung.

Sie haben in den letzten Tagen die Ereignisse in der Ostzone wahrgenommen, die Ereignisse für die Union der Ostzone. Sie haben hier von *Semler* einen Einblick bekommen in die Frankfurter Politik, in das, was sich innerhalb der beiden Zonen, der amerikanischen und der englischen Zone, tut. Die Union ist eine gesamtdeutsche Partei; sie ist die größte Partei Deutschlands. Sie hat aufgrund dieser Tatsache besondere Verantwortungen nicht nur vor dem deutschen Volk der Gegenwart, sondern auch vor dem deutschen Volk der Zukunft und vor Europa,

(Sehr richtig!)

denn Deutschland ist in Europa und bleibt in Europa, und niemand kann es verantworten, daß ein Teil Deutschlands aus europäischem Denken hinausgleitet.

(Beifall.)

Darum geht im Augenblick die Auseinandersetzung, die unsere Freunde in der Ostzone führen. Es geht nicht um Personen. Gewiß, wir in Deutschland neigen im allgemeinen zum politischen Heroismus oder zur Heroisierung der Politik und zur Schaffung von politischen Heroen. Wir sollten mehr dazu kommen, daß der Realismus durchgesetzt wird und daß die einzelnen Persönlichkeiten sich heroisch opfern für eine nüchterne Politik, die keine Lorbeeren einbringt und keinen Beifall der durch Instinkt gereizten Massen. Es geht auch dort nicht etwa um heroische Kämpfe allein. Der einzelne Mann draußen, der für die Union arbeitet, hat einen Heroismus, der von uns Männern der Christlich-Sozialen und Christlich-Demokratischen Union in ganz Deutschland anerkannt werden muß,

(Sehr richtig!)

denn er arbeitet unter Verhältnissen, von denen wir uns zum Teil keine Vorstellung machen. Für ihn steht jeweils der Schrecken des nächsten Tages immer im Vordergrund des Interesses und der Weg in das moderne KZ oder noch weiter. Diesen Männern unsere Anerkennung zu zollen, ist uns eine selbstverständliche Verpflichtung nicht nur als Partei, sondern auch aus unserem christlichen Gewissen heraus. Wir selbst werden helfen, um die Schwierigkeiten zu überwinden.

Die Begegnung, die - wenn ich darüber jetzt berichten darf - in Berlin stattgefunden hat, hat nichts zu tun mit Sensationellem. Leider fehlt heute gelegentlich das Verständnis auch innerhalb der Presse für die Nüchternheit dieser Tatsachen angesichts der Not des deutschen Volkes, und aus Fragen, die für uns wirklich nichts mit Sensation zu tun haben, werden dann manchmal sensationelle Vorgänge gestaltet. Die Auseinandersetzungen, wie sie dort jetzt auch zwischen der russischen Militärregierung und uns stattgefunden haben, wurden nicht etwa ausgelöst durch das Interesse an einem sensationellen Vorgang. Es geht uns hier um das Entscheidende: Ist es möglich, in diesem Teil Deutschlands, der von der russischen Militärmacht besetzt ist, die freie Persönlichkeit zu erhalten oder nicht? Ist es möglich, eine einheitliche deutsche Demokratie in allen vier Zonen zu gestalten oder nicht? Und ist es möglich, das Lebensniveau des deutschen Volkes in allen vier Zonen so zu gestalten, daß kein Teil des deutschen Volkes verzweifeln muß? Das sind Aufgaben, die gestellt sind für unsere Christlich-Soziale und Christlich-Demokratische Union Deutschlands.

Ich darf hier vielleicht noch das Problem um die Personen *Kaiser* und *Lemmer* behandeln. Glauben Sie nicht, daß es dabei nur um diese Personen geht!

(Sehr gut!)

Sicher, Persönliches spielt immer eine Rolle. Wir haben im letzten Jahr selbst Erfahrungen gesammelt, daß persönliche Fragen heute mit grundsätzlichen Fragen vermengt werden und daß die Kämpfe auch stark aufs Persönliche abgestellt sind. Es ging hier darum: *Kaiser* und *Lemmer* waren von der Zonenversammlung der Christlich-Demokratischen Union der russischen Besatzungszone zu Zonenvorsitzenden gewählt. Es ist nicht ausgeschlossen - und das ist sehr vorsichtig ausgedrückt -, daß die Vorgänge in Berlin doch irgendwie im Zusammenhang stehen mit den Entscheidungen, die in London getroffen worden sind. Es ist selbstverständlich, daß sich die Politik, die auf der großen Ebene gespielt wird, irgendwie bei uns auswirkt. Es ist durchaus möglich, daß das Politbüro in Moskau sich zur Zeit vor die Aufgabe gestellt sieht, seine Einflußsphäre nach einer Abgrenzung abzusichern, die vorgenommen wurde. Und hier werden wir darüber wachen, daß sich nicht ein Gleichschaltungsvorgang in-

nerhalb der russischen Besatzungszone entwickelt, der Ähnlichkeit hat mit dem Gleichschaltungsvorgang des Jahres 1933.

(Sehr gut!)

Wir haben erlebt, was die Kollektivierung des Jahres 1933 bedeutet hat, und wir werden uns aufgrund unserer christlichen Weltanschauung gegen jeden Versuch stemmen, ein neues Kollektiv des Nationalismus und des Sozialismus und des Nationalismus und des Kommunismus zu schaffen.

(Beifall.)

Denn Nationalkommunismus ist die gleiche Gefahr wie der Nationalsozialismus.

(Sehr richtig!)

Wir werden mit der Sprache nicht zurückhalten dürfen, wenn wir vor unserem Gewissen bestehen wollen.

(Zustimmung.)

Wir wollen sicher die Verständigung mit den anderen Völkern der Welt; wir wollen vor allem eine gute Zusammenarbeit mit unseren Nachbarvölkern. Die Zusammenarbeit mit dem russischen Nachbarvolk läßt sich an und für sich schon schwieriger gestalten allein im Hinblick auf die Tatsache, daß wir hier in Mitteleuropa in unserer Geschichte immer mehr Kontakt mit dem Westen und mit dem Süden als mit dem Osten hatten. Wir stehen zum ersten Mal vor der Tatsache, daß eine russische Besatzungsmacht auf deutschem Boden steht bis vor Fulda und Kassel, und wir wissen, daß wir nicht etwa eine Oase der Glücklichen im übrigen Deutschland schaffen können. Weil wir das wollen, lehnen wir auch jede Propaganda von unserem Volk oder von Politikern unseres Volkes gegen andere Völker, gegen jedes andere Volk ab. Wir wollen allen Völkern, die unsere Nachbarvölker sind, und allen Völkern der Welt die Sicherheit geben gegen einen expansiven deutschen Nationalismus. Wir haben genug von zwei Kriegen in einer Generation; wir wollen keinen dritten Krieg haben.

(Sehr gut!)

Aber wenn wir - das habe ich in Berlin bei der grundsätzlichen Auseinandersetzung erklärt, als die beiden russischen Besatzungsoffiziere in unserer Vorstandssitzung erschienen waren - diese Sicherheit geben, dann müssen wir *eine* Sicherheit verlangen: Die Sicherheit dagegen, daß unsere Kultur nicht durch eine uns wesensfremde Kultur überlagert wird.

(Beifall.)

Diese beiden Sicherheiten sind Voraussetzung für die Verständigung von Volk zu Volk, und wir werden infolgedessen jeden Versuch bekämpfen, der darauf hinausläuft, unsere Kultur zu überlagern und ein wesensfremdes Denken in die deutsche Gesellschaft zu bringen.

Der Vorgang ist in der Presse dargestellt worden; ich habe ihn vor kurzem am Radio behandelt. Ich brauche hier nicht weiter darauf einzugehen. Ich habe nichts anderes getan, als das, was ich bisher bei allen Tagungen der Union festgehalten habe. Unsere Demokratie ist darauf begründet, daß uns bestimmte Rechte zugestanden worden sind. Wir wissen noch nicht einmal, ob wir selbst den Wunsch gehabt hätten, bereits im Jahre 1945/46 die Möglichkeit zum Aufbau politischer Parteien eingeräumt zu er-

halten. Vielleicht war es sogar verfrüht, und es wäre besser getan gewesen, die Besatzungsmächte hätten auf längere Zeit sichtbar die Verantwortung behalten, nachdem wir ja doch durch ihren Willen überlagert sind.

(Sehr richtig!)

Aber wenn uns schon die Möglichkeit gegeben wurde, durch den Aufbau deutscher Parteien eine deutsche Demokratie zu gestalten, wenn uns schon die Möglichkeit gegeben ist, unsere Staatsordnung selbst zu gestalten, dann muß die Freiheit des Willens gelten in allen vier Zonen, dann muß die Freiheit der Parteien in allen vier Zonen zu entwickeln sein - oder wir verzichten darauf.

(Zustimmung.)

Denn wir können nicht mit einer Verantwortung vor der Geschichte belastet werden, die wir nicht tragen können, weil wir nicht den freien Willen haben, das zu tun, was wir für richtig halten. Das gilt gegenüber jeder Besatzungsmacht. Wir machen keine Blockpolitik, weil wir wissen, wie Deutschland zerrissen würde, wenn die Mächte gegeneinander geraten würden; dann würde der Krieg immer auf deutschem Boden beginnen, und Deutschland wäre restlos und endgültig verloren. Wir haben genügend von den Ruinen, die bisher innerhalb unseres Vaterlandes bestehen.
Aber wenn wir diese Blockpolitik ablehnen, dann erwarten wir, daß dabei der Tatsache Rechnung getragen wird, daß unser Volk nicht verzweifeln darf aus der wirtschaftlichen Not heraus; denn die Not ist wirklich so groß geworden, daß unser Volk, das zur Hälfte verarmt ist, kaum mehr mit dieser Not fertig wird. Wir stehen bereits im dritten Jahre nach Abschluß des Krieges, und wenn bisher unser Lebensstandard so gehalten wurde, daß wir einsichtig werden sollten - vielleicht hat das gelegentlich mitgespielt, denn wir kennen ja die Themen: Morgenthau-Plan usw. -, dann mag man vergessen: Alles kann über die Kraft gehen, wenn die Kraft zu lange strapaziert wird. Die Nervensubstanz unseres Volkes ist allmählich restlos verbraucht. Wenn uns geholfen wird, begrüßen wir jeden, der uns heute als Retter hilft, und das deutsche Volk wird durch eine anständige Gesinnung beweisen, daß es jeder Hilfe würdig ist. Wir weisen aber auch darauf hin, daß der Aufbau unserer Wirtschaft im Interesse der Weltwirtschaft liegt, denn die gesamte Weltwirtschaft ist auch ein einheitliches Ganzes geworden und muß auch einheitlich so entwickelt werden, daß alle Menschen beitragen zum Wohle aller Menschen. Gegenseitigkeit lohnt sich immer.
Wir sind allmählich in den Verhandlungen im Anlaufen. Es wird manchmal schwer sein, die richtigen Worte zu finden, um das richtige Verständnis zu erwecken. Wir müssen uns über eines klar sein - ich habe das erst festgestellt, als ich im letzten Monat in Luxemburg war zu einer vorbereitenden Besprechung für die Tagung von Politikern der christlichen europäischen Parteien. Die Gegensätze zum Deutschen - ich will nicht sagen der Haß, aber es scheint manchmal wirklich mit diesem Wort noch belegt werden zu müssen, die Haltung, die man draußen einnimmt -, sind doch so groß, daß wir wirklich um Verständnis ringen müssen und daß wir uns schwer tun, auch bei den Menschen, die unserem Denken vielfach nahe stehen, das richtige Verständnis für das deutsche Volk zu finden. Hoffentlich wird diese Zeit bald überwunden werden. Der Haß, der von *Hitler* gesät wurde, ist tausendfach aufgegangen. Aber es liegt nicht nur in unserem Interesse, sondern im Interesse der gesamten Menschheit, daß bald an die Stelle des Hasses die Liebe tritt, daß bald an die Stelle des Hasses das Verständnis für die Bereitschaft zur Verwirklichung des Gebotes Christi -

"Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst" - tritt. Das Gebot gilt nicht nur für den Menschen zum Menschen, sondern auch für Volk zu Volk;

(Sehr richtig!)

es gilt dieses Gebot für die christlichen Politiker in allen Ländern gleichermaßen.
Wir werden uns Mühe geben, dabei zu zeigen, daß innerhalb des deutschen Volkes eine Wandlung vor sich gegangen ist, daß aber die Gefahr besteht, daß die Entwicklung leicht rückläufig werden kann. Es war nicht uninteressant, daß bei einem Gespräch mit einfachen Menschen in der russischen Zone diese, nachdem sie ihre wirtschaftliche Not dargestellt hatten, mich frugen, ob man bei uns auch davon spreche, daß *Hitler* noch lebe; es war interessant festzustellen, wie die Menschen sich, nachdem sie sich gelöst hatten, von vorneherein wieder an die Hoffnung klammern, daß irgendein Mensch wieder kommen könnte, der dieses Volk retten würde. Die Gefahr, daß aus der Not heraus sich ein neues Kollektiv bildet und daß dieses Kollektiv dann wieder einen Diktator schafft, ist wirklich groß geworden.

(Sehr richtig!)

Wir werden uns als Christlich-Soziale und Christlich-Demokratische Union gegen diese Entwicklung stemmen. Aber unsere Kraft allein wird nicht ausreichen. Dazu ist notwendig, daß die wirtschaftlichen Voraussetzungen für das deutsche Volk geschaffen werden, daß der deutsche Mensch Persönlichkeit sein kann, frei von Furcht und frei von der Not des Alltags.

(Starker Beifall.)

Ich würde, um die Zeit entsprechend einzuteilen, vorschlagen, daß wir uns jetzt die Themenstellungen vornehmen. Ich weiß nicht, ob wir die Frage hier vorbehandeln wollen, was in den nächsten Tagen sein soll. (Zu Dr. *Ehard* gewandt:) Würdest Du jetzt vielleicht dazu ein paar Worte sagen? Dann würden wir vielleicht die Anfragen stellen lassen, damit wir mit dem Thema durchkommen. Ich erteile das Wort unserem Parteifreund *Ehard*.

(Beifall.)

Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Liebe Parteifreunde! Ich werde mich sehr kurz fassen. Die Frage ist im Augenblick sehr einfach: Was geschieht in Frankfurt, und was haben wir dort zu erwarten?
Es wird Sie ebenso wie mich sehr interessiert haben, daß unser Freund Dr. *Semler* wiederholt neben dem Landesvorsitzenden auch den Ministerpräsidenten zitiert hat und daß er uns beiden nahegelegt hat: Landgraf, werde hart! Dazu möchte ich zunächst eines sagen: Der Wind, der mir bisher von der wirtschaftlichen Abteilung in Frankfurt her geweht hat, war zum großen Teil anders. Es ist sehr häufig doch so gewesen, daß man mit mehr oder weniger dürren Worten erklärt hat: Die Ministerpräsidenten und die Länder haben hier gar nichts zu sagen. Es scheint also Gefahr im Verzug zu sein, daß man jetzt auf die Ministerpräsidenten zurückgreift oder wenigstens die Hoffnung hat, daß die Ministerpräsidenten noch etwas Wesentliches zu sagen haben und auch zu sagen sich entschließen.
Aber die Frage ist so zu stellen: Dürfen wir denn überhaupt etwas zu sagen haben? Wir haben bei dieser Frankfurter Organisation ja bisher erlebt, daß wir vor ein Diktat gestellt worden sind. Keine deutsche Stelle war bei der Vorbereitung und bei der Einrichtung sowohl nach der rechtlichen wie der tatsächlichen Seite beteiligt, sondern

man hat uns diese Organisation so, wie sie jetzt ist, hingelegt und hat erklärt: So, jetzt lauft und schaut, daß ihr damit fertig werdet! Daß sie mangelhaft ist, hat man von Anfang an erkannt. Es hat sich herausgestellt, daß es so vielleicht auch nicht weitergehen kann.

Was nun in Frankfurt geschieht, welche Tagesordnung uns vorgelegt wird - liebe Parteifreunde, ich weiß es bis zum Augenblick nicht. Ich nehme an, daß man von alliierter Seite auf uns zugeht oder uns etwas vorschreibt und daß wir vorerst gar keine Möglichkeit haben, auf die andere Seite hinzuzugehen. Es ist immerhin auch charakteristisch, daß gewisse Vorbesprechungen mit den maßgebenden Leuten der Alliierten bereits stattgefunden haben und noch stattfinden werden, an denen die Ministerpräsidenten und auch die Parteivorsitzenden nicht beteiligt sind,

(Hört, hört!)

sondern die verschiedenen Exponenten des Wirtschaftsrats, insbesondere der Präsident des Wirtschaftsrats, ich glaube, auch der Exekutivrat. Neulich ist auch, glaube ich, davon die Rede gewesen, daß auch die Direktoren zugezogen werden sollen. Ich weiß nicht, was das nun sein soll.

Liebe Parteifreunde, ich habe es, glaube ich, für meine Person bisher immer bewiesen, daß ich mir im geeigneten Augenblick kein Blatt vor den Mund nehme.

(Zustimmung.)

Ich werde es auch in Frankfurt nicht tun und mir nicht irgendeine Zurückhaltung auferlegen, selbstverständlich bei aller entsprechenden Sachlichkeit in der Form.

Und nun: Was kann denn in Frankfurt geschehen, oder was könnte geschehen? Eine Frage, mit der man sich sehr ernstlich befassen und über die man sich Gedanken machen muß. Man könnte daran denken: Es muß nun irgend etwas Entscheidendes in der Westzone geschehen, nachdem die Ostzone abgetrennt ist. Liebe Parteifreunde, ich muß nun zunächst eines sagen. Wir haben es fast bis zum Überdruß betont, daß wir die Einheit Deutschlands nicht aufgeben, daß wir unter allen Umständen daran festhalten und daß wir nichts tun wollen, um diese Einheit zu stören.

(Zustimmung.)

Aber ich möchte nun doch eine Ergänzung dazu geben, weil wir uns ja auf den realen Boden der Tatsachen stellen müssen.

(Sehr richtig!)

Wir müssen nämlich auch dafür sorgen, daß die Leute in der Westzone nicht verhungern und daß die Leute in der Westzone leben können; denn wenn auch die Westzone vor die Hunde geht, dann hilft uns diese wunderbare Stimmung über die Einheit des Deutschen Reiches gar nichts mehr.

(Beifall.)

Ich muß zunächst die Realitäten sehen und muß versuchen zu aktivieren, was zu aktivieren ist, um dann von hier aus auch wieder eine Verbindung, eine praktische Verbindung mit dem Osten herstellen zu können, das heißt mit den Menschen, mit den Deutschen des Ostens, mit den deutschen Ländern, die in der russischen Zone zur Zeit festgesetzt sind.

Kein Mensch von uns wird nun vernünftigerweise daran denken, jetzt etwa eine staatsrechtliche Konstruktion im Westen hinzusetzen, die bereits irgend etwas präjudiziert.

Es besteht aber eine andere Gefahr: Diese Wirtschaftsorganisation in Frankfurt muß funktionieren, da besteht gar kein Zweifel. Sie wird vielleicht - ich weiß es nicht - eine Änderung erfahren; sie wird wohl eine Änderung erfahren müssen, wenn sie funktionieren soll. Nun besteht hier eine ganz große Gefahr, nämlich die, daß wir hier auf dem Weg über die Wirtschaft ein zentralistisches Machtinstrument bekommen,

(Zustimmung.)

das bereits alle künftigen staatsrechtlichen Organisationen, wie sie nun sein mögen, einfach präjudiziert.

(Sehr richtig!)

Wenn wir einen Wirtschaftsdirektor im Westen bekommen, können Sie staatsrechtlich machen, was sie wollen, dann werden Sie damit einfach restlos überfahren.

(Erneute Zustimmung.)

Diese Sache ist nicht ernst genug zu nehmen, denn ein zentralistischer Block im Westen, über das Wirtschaftspolitische staatsrechtlich zustande gekommen, und ein zentralistischer Block im Osten, das bedeutet, daß zwei Teile Deutschland sich so gegenüberstehen, daß sie sich reiben müssen und daß ein Ausgleich nur durch eine Explosion möglich ist.

Wir müssen also unter allen Umständen dafür sorgen und dafür zu sorgen versuchen, daß diese Westkonstruktion nicht [nur] staatsrechtlich - das ist im Augenblick nicht wichtig -, [sondern] auch wirtschaftlich so bleibt, daß die Länder ihre Funktionen maßgebend behalten können. Denn nur so können wir zu einem späteren vernünftigen Aufbau, vorläufig vielleicht im Westen - wer weiß wann, aber sicher -, mit den übrigen Ländern des Deutschen Reiches zusammenkommen und können eine Verbindung herstellen, die das Ganze wieder zusammenschweißt und zusammenbringt. So nur können wir auch ein vertrauensvolles Verhältnis zu den umliegenden Ländern, zu den umliegenden Ländern Europas herstellen. Wenn wir einen wirtschaftlich zentralistischen Block haben, der dann natürlich auch ein politisch zentralistischer Block im Westen werden muß, dann hat es weiter gar keinen Zweck mehr, den Versuch zu machen, daß man in einer gütlichen Weise zurecht kommen kann.

Man redet so viel oder jetzt öfters von den Fehlern der alliierten Besatzungsmächte. Dazu darf ich doch auch vielleicht einmal ein Wort sagen. Man sollte auf das hinweisen, was die Besatzungsmächte selber tun und sollte daraus Schlüsse ziehen. Es gibt z.B. eine Reihe von Dingen, die man einmal aussprechen sollte. Wir kennen und sehen die Verhältnisse im Osten, das heißt in der russisch besetzten Zone. Jeder in Deutschland weiß das. Auch die Alliierten wissen es. Keiner getraut sich etwa folgendes zu sagen: Dieser Nürnberger Prozeß, der, auf völkerrechtlichen Grundsätzen aufgebaut, zu einer Verurteilung von Leuten gekommen ist, ist von uns noch nicht richtig erkannt, jedenfalls aber nicht richtig ausgewertet worden.

(Sehr gut!)

Ich meine, es wird allmählich an der Zeit, einmal zu sagen: Wir erkennen diese Grundsätze an; wir stellen uns auf diese Grundsätze, jawohl! Wir verlangen aber, daß diese Grundsätze auch gegen die anderen angewendet werden.

(Lebhafter, andauernder Beifall.)

Bei einem näheren Studium des Nürnberger Prozesses ergeben sich nämlich außeror-

dentlich interessante Konsequenzen. Liebe Parteifreunde, ich möchte das im Augenblick nur ganz kurz andeuten, sie liegen nicht nur auf strafrechtlichem Gebiet.

(Sehr richtig!)

Das ist ja ganz naiv, das zu glauben. Diese Materialien und das Urteil sind ausgezeichnet begründet, viel zu gut begründet - für die anderen nämlich -,

(Heiterkeit.)

viel zu gut begründet, als daß ein Jurist, der auch etwas von diesen Dingen versteht, nicht eine Reihe von Folgerungen daraus ziehen könnte, auch auf zivilrechtlichem Gebiet, auch auf dem Gebiet des Rechtsverhältnisses der Besatzungsmacht zu den Leuten, die in den von ihr besetzten Ländern wohnen müssen.

(Erneute Zustimmung.)

Es ließe sich darüber vieles sagen; ich werde dazu auch bei Gelegenheit noch einiges mit besserem Material zu sagen haben.

(Beifall.)

Ein Zweites, auch nur andeutungsweise. Ich habe mich, seit ich das Ministerpräsidium übernommen habe, mit vielen anderen immer darum bemüht, die Kriegsgefangenenfrage vorwärts zu treiben. Nun muß ich immer wieder eines betonen: Wir haben auf amerikanischer Seite die denkbar größte Unterstützung und das wirklich beste Verständnis gefunden, und wir hätten ohne diese Unterstützung bisher vieles nicht erreicht, was tatsächlich erreicht worden ist. Aber darauf muß man doch bei der Gelegenheit hinweisen: Es ist bei den Verhandlungen in Jalta etwas ausgemacht worden, was, glaube ich, auch nicht mit den Grundsätzen, die im Nürnberger Prozeß zugrunde gelegt worden sind, übereinstimmt und was dort sehr streng bestraft worden ist.

(Sehr gut!)

Man hat nämlich dort eigentlich - nun, wenn ich es grob ausdrücken will, es ist sonst nicht meine Art, das zu tun, so muß ich sagen: - Menschenhandel getrieben.

(Zustimmende Zurufe.)

Man hat Kriegsgefangene, die man selbst gemacht hat, einer anderen Macht ausgehandelt. Nun sage ich das jetzt nicht etwa deshalb, um irgendeinen Vorwurf zu erheben - nichts liegt mir ferner -, sondern nur, um eine andere, eine kleine juristische Folgerung daraus zu ziehen, die so lautet: Wenn ich etwas selbst veranlaßt habe, dann bin ich auch dafür verantwortlich, daß ich das, wenn ich es als falsch erkenne, wieder rückgängig mache.

(Sehr richtig!)

Ich meine, die amerikanische Besatzungsmacht hat ein so starkes wirtschaftliches, politisches internationales Gewicht, daß sie jetzt wohl die Möglichkeit hätte, einmal zu verlangen, daß die Gefangenen, die aus amerikanischer Gefangenschaft meinetwegen in die französische oder sonst irgendwohin gekommen sind, ihr jetzt zurückgegeben werden. Und, liebe Parteifreunde, wenn das erreicht wäre, dann wüßte ich hundertprozentig, daß diese Gefangenen von der amerikanischen Besatzungsmacht morgen zurückgegeben würden.

(Erneute laute Zustimmung.)

Es ließen sich noch manche von diesen Dingen etwas besser auswerten, und ich meine - ich möchte das hier nur andeutungsweise vortragen -, man könnte unseren deutschen Volksgenossen im Osten vielleicht manche praktische Unterstützung zuteil werden lassen, wenn man diese Dinge aus dem Gedankenkreis, der uns die ganze Zeit nahegebracht worden ist, heraus einmal etwas praktisch darlegen würde. Ich glaube, das könnte keineswegs schaden. Ich bin sogar der Meinung, daß uns das gar nicht übelgenommen werden kann; ich bin sogar der Meinung, daß man uns deshalb sehr loben müßte, weil wir ja fast drei Jahre gebraucht haben, aber immerhin jetzt allmählich lernen zu lesen, wo etwas geschrieben steht,

(Heiterkeit.)

und weil wir auch wirklich in einer demokratischen Form die Folgerungen aus dem zu ziehen bereit sind, was man uns als richtig und zweckmäßig gelehrt hat.

Ein Wort noch zur Ernährungsfrage: Ich bin mit diesen Fragen im Laufe der letzten Wochen persönlich sehr stark beschäftigt gewesen, und ich habe sehr schwere Sorgen deshalb gehabt - ich darf nicht sagen im Zusammenhang mit dem Kartoffelkrieg, aber mit der statistischen Zahl von Kartoffeln. Die statistische Zahl mag ja - auch das ist ein kleiner Fehler, der vielleicht gebessert werden könnte - sehr wertvoll sein. Sie darf aber das wirkliche Leben nicht totschlagen. Das Beispiel, das ich immer wieder bringe, ist doch, glaube ich, für meinen kleinen Laienverstand überzeugend. Wenn ein Dutzend Sachverständige, ausgezeichnete, tüchtige Leute, vor einem Keller stehen und schätzen, in diesem Keller liegen 50 Zentner Kartoffeln, und wenn ich mir dann zwei handfeste Männer kommen lasse und lasse die Kartoffeln heraustun und abwiegen und es sind nur 30 Zentner Kartoffeln drin, so bin ich der Meinung, daß diese Schätzung falsch ist. Ich weiß bloß nicht, ob es klug ist, an dieser Schätzung festzuhalten, damit man sich nichts vergibt, oder ob es besser ist zu sagen: Es war halt falsch, und von dem, was wirklich vorhanden ist, kann ich herunterbeißen, und von den andern 20 Zentner, die nicht im Keller gefunden sind, kann ich es nicht.

Nun hat die Sache eine sehr ernste Seite. Es kommt bei diesen Schätzungen noch etwas dazu: Sie kennen die Geschichte mit diesen 8% Kartoffelanbauflächenvermehrung, die uns etwa 250.000 Tonnen kostet. In diesen 250.000 Tonnen stecken die 134.000 Tonnen, die wir von Bayern aus in die anderen Länder der Zone abliefern müßten. Ich habe den Befehl gehabt, das abzuliefern. Es ist nur dadurch nicht dazu gekommen, daß ich gesagt habe: Ich bedauere, ich kann die Verantwortung nicht dafür übernehmen. Ich bin bereit, einen militärischen Befehl entgegenzunehmen. Aber ich möchte ihn vom Herrn General *Clay* oder in seinem Auftrag von unserem Gouverneur schriftlich haben. Ich habe diesen Auftrag bis heute nicht schriftlich erhalten.

In der Zwischenzeit hat sich aber doch die Meinung durchgesetzt, daß man diese Statistik und diese Berechnung einigermaßen prüfen sollte. Ich halte, Gott sei Dank, gewisse Auswirkungen dieser Verhandlungen für möglich. Es müßten uns ja für die nicht gelieferten Kartoffeln - das ist auch von Frankfurt her verlangt worden, nicht von Herrn Dr. *Semler* - Brotgetreide abgezogen werden. Das war nicht nur angedroht, das stand auch schon auf dem Papier, so daß die Brotration auf 8500 Gramm und für uns in Bayern etwa auf 7500 Gramm heruntergesunken wäre, eine sehr bittere und ernste Entwicklung, die uns im Laufe der letzten Zeit sehr schwere Sorge bereitet hat. Ich muß sagen, ich bin sehr beglückt, daß ich vorgestern die Mitteilung bekam, daß es bei den 10.000 Gramm Brot auch in der 110. Lebensmittelperiode bleibt.

(Beifall.)

Damit ist der Januar zunächst gedeckt.

Wir leben, liebe Parteifreunde, und das ist eine sehr ernste Sache, in der Ernährungswirtschaft tatsächlich buchstäblich von der Hand in den Mund, und wir wissen im Augenblick noch nicht, was im Februar ist. Wir wissen auch nicht, wie die Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Fettversorgung zu überwinden sind. Da bin ich allerdings der Meinung, daß sie überwunden werden könnten. Denn das Fettproblem ist kein Transportproblem, ist auch, zwar für uns, aber nicht für die anderen, kein so großes Mangelproblem, daß es nicht etwa möglich wäre, diese wenigen 100 Tonnen, die praktisch notwendig sind, aufbringen zu können.
Wir werden über diese Schwierigkeiten wohl hinwegkommen können, weil wir hinwegkommen müssen. Aber hier müssen wir immer wieder eines sagen: Wir befinden uns zur Zeit in dem Zustand eines Ertrinkenden, der dem Ufer nahe schon an die Grasnarbe greift, den aber die Kräfte verlassen und der notwendig die helfende Hand braucht, und zwar in dem Augenblick jetzt braucht, weil er nämlich sonst in die Fluten zurücksinkt. Wenn er sich dann nicht mehr aufhelfen kann und man langt darnach, wenn er verschwunden ist, ist es zu spät.

(Zustimmung.)

Das ist die Situation, in der wir uns jetzt im Augenblick befinden. Es ist zugleich die Situation der nächsten drei und vier Monate. Und man kann nicht ernst und nachdrücklich genug folgendes sagen: Ich kann mit einem Volk, das völlig in Unordnung geraten ist, geistig und körperlich, in dem es zu allen möglichen politischen, sozialen und anderen wirtschaftlichen schweren Erschütterungen gekommen ist, weil es dazu kommen muß, eine Wirtschaft, wie sie im Augenblick ist, nicht aufbauen. Da helfen die besten Pläne, die besten Ansätze nichts.
Und noch ganz zuletzt ein weiterer ganz großer Fehler der Besatzungsmacht. Wenn sie das einsieht, werden wir über die Schwierigkeiten hinwegkommen und werden eine Demokratie aufbauen können. Wir haben dazu wenigstens die Chancen. Sieht sie das nicht ein, hilft sie uns in diesem Augenblick nicht, dann gibt es nur zwei Möglichkeiten: Es werden entweder die Kommunisten oder die Nationalisten gestärkt. Eines so schlimm wie das andere.

(Sehr richtig!)

Denn die aufbauenden Kräfte, die weitaus breite Masse der aufbauenden Kräfte, der aufbauwilligen und der aufbaufähigen, liegen in diesem breiten Block der Mitte, und der wird lahmgelegt. Aber aktiviert werden die anderen, die immer letzten Endes dahin führen, wohin wir zweimal gekommen sind.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke meinem Parteifreund *Ehard*. Ich darf hier den Dank nicht nur aussprechen für die Worte, die er an uns gerichtet hat, sondern auch für die Arbeit, die er geleistet hat.

(Beifall.)

Meine lieben Freunde! Ich darf jetzt wieder die Zeiteinteilung vornehmen. Wir haben 12 Uhr. Wann wollen wir schließen?

(Zuruf: 14 Uhr!)

Dann darf ich eine Frage vorwegnehmen: Sollen heute noch die Wahlen behandelt werden, oder soll dieser Punkt der Tagesordnung bis zur Landesausschußsitzung zu-

rückgestellt werden, die, wie wir vorhin festgestellt haben, am 23. Januar vor der Landesversammlung stattfindet? Darf ich darüber abstimmen lassen? Soll jetzt heute noch - ich mache es in der Form der Frage, weil es sich um ein reines Geschäftsordnungsthema handelt - der Punkt Wahlen aufgrund Paragraph soundso der Statuten

(Zuruf: Paragraph 48!)

behandelt oder zurückgestellt werden? Wer ist für Behandlung? Wer ist für die Zurückstellung? Das letztere ist die Mehrheit. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung bis zum 23. zurückgestellt.

(Zurufe.)

Wir haben also noch Zeit.
Ich würde vorschlagen, wir machen einen Kompromiß. Es ist gerufen worden 13 Uhr, von anderer Seite 14 Uhr. Wir tagen bis ungefähr 13.30 Uhr. Einverstanden? Ich werde sehen, wie ich dann vielleicht die Debatte kürzen kann. Ich würde bitten, so vorzugehen, daß die Redner jetzt nicht grundlegende Themen entwickeln, sondern Anfragen stellen und eventuell Ergänzungen verlangen. Als Wortmeldungen liegen vor erstens *Barth*, zweitens *Nerreter*.
Nerreter: Meine sehr verehrten Parteifreunde! Wir haben soeben drei große Referate gehört, das wirtschaftspolitische Referat unseres Parteifreundes Dr. *Semler* und die beiden staatspolitischen Referate unseres Herrn Landesvorsitzenden und unseres Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*]. Es widerstrebt mir etwas, über die drei Referate hinweg einfach zur Tagesordnung überzugehen. Ich muß eines sagen: Ich fühle mich nicht kompetent, sachlich auch nur irgend etwas hinzuzufügen. Jedes Wort eines persönlichen Dankes, das nur formal sein könnte, müßte hinter dem zurückbleiben, was wir alle empfinden. Aber ich darf ein Bekenntnis ablegen, das sich aus meiner persönlichen Situation ergibt, die sich mit Ihrer weitgehend deckt.
Die meisten, die hier anwesend sind, sind für die Gründung der Christlich-Sozialen Union in ihrem Gebiet in irgendeiner Weise verantwortlich. Alle sind für das Gedeihen der Christlich-Sozialen Union in irgendeinem räumlichen oder sachlichen Gebiet unseres Heimatlandes verantwortlich. Diese Verantwortung wird nicht von uns genommen werden. Wir können uns dieser Verantwortung nicht entziehen. Sie tritt oft täglich an uns heran. Wir müssen Rede und Antwort stehen in kleinerem und größerem Kreise. Wir werden von unseren Leuten gefragt: Warum haben wir nun die Christlich-Soziale Union gegründet, warum sollen wir an der Christlich-Sozialen Union festhalten?
Diese Fragen werden nicht nur, wie man mir erzählte, in Altbayern gestellt, sondern aus ähnlichen, wenn auch korrespondierenden Gründen in Franken. Es ist nicht immer leicht, und es war das vor allem in den letzten Wochen nicht, auf diese Fragen die richtigen Antworten zu finden,
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
besonders insoweit, als diese Fragen den Sektor eines bestimmten Ministeriums betrafen. Da wußten wir unseren Wählern und Mitgliedern keine Antwort zu geben. Es ist für mich das Erlebnis des heutigen Vormittags, daß wir etwas Greifbares mit nach Hause bekommen konnten, daß wir unseren Leuten sagen können: Ja, es war richtig, die Gründung der Christlich-Sozialen Union war kein Fehlgriff. Denn nur die Christlich-Soziale Union konnte die Grundlage für eine Politik bieten, wie sie hier getrieben wird.
Nun hätte ich ein Bitte: Setzen Sie uns in die Lage, das unseren Leuten auch sachlich im einzelnen zu erklären. Es war wohl niemand fähig, das alles mitzuschreiben, was

hier ausgeführt wurde, auch nicht in Stichworten. Ich möchte daher an die Landesvorstandschaft die Bitte richten, uns die drei Referate mit einem Abdruck zugänglich zu machen, den wir dann unseren Leuten im Lande draußen zugänglich machen können.

(Beifall. Anhaltende Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Unterhaltungen können genauso leicht vor der Türe geführt werden!

Barth: Wenn ich diesen Sonntagvormittag mit dem Sonntagvormittag in Eichstätt vergleiche, dann kann man nur sagen: Welch ein Unterschied! Deswegen danken wir den Herren Freunden, die uns diese Referate erstattet haben, für diese zielweisenden Ausführungen.

Das wenige, was ich sagen will, gruppiere ich zweckmäßigerweise in die drei Abschnitte Wirtschaft, Sozialpolitik und Politik selbst. In Coburg haben wir eine sehr schöne Einrichtung, die übrigens eine prachtvolle Erziehungsschule für jeden tätigen Politiker ist, die sogenannten Bürgerversammlungen, die ein allgemeines Thema gesetzt bekommen und in denen sich dann in festgesetzter Zeitfolge die Redner der dort vorhandenen vier Parteien äußern können. In der Diskussion - das ist vor allem die Probe - kann der Sprecher jeder Partei beweisen, was er ist und was er kann. Ich bin in diesen Bürgerversammlungen längst dazu übergegangen, nicht wie die Sprecher der anderen Parteien von den 13 oder 14 Jahren der Hitlerzeit und ihren Folgen zu sprechen. Die kennen nämlich, ich darf einmal sagen, die ungeborenen Kinder bereits. Das braucht man nicht mehr zu erzählen.

(Zuruf: Das ist wieder vielfach vergessen!)

Ich bin längst dazu übergegangen zu sagen, was in den zweieinhalb Jahren seit dem Zusammenbruch geschehen ist. Ich bin längst dazu übergegangen - es ist jedesmal die Militärregierung dabei und läßt eifrig mitstenographieren - zu sagen - das geht uns hier in dieser Zone an -, mit welcher säuglingshaften Ahnungslosigkeit die Amerikaner zu uns gekommen sind.

Ich will das hier im einzelnen nicht ausführen. Aber nur indem wir den Mut haben, unablässig von uns aus gesehen, draußen von unten her, ich will sagen, zu bohren, schaffen wir die Möglichkeit, daß die einzelnen Militärregierungen in ihren Berichten, die sie nach oben weitergeben müssen, auch berichten, wie es uns zumute ist, daß wir kein Negervolk sind, das eine tantenhafte Betreuung braucht, daß wir unserem Charakter, unserer Tüchtigkeit nach wohl in der Lage sind, das zu tun, was wir heute als Deutsche, wenn auch als in einem dummen Krieg besiegte Deutsche, leisten können, für uns und für die Welt. In dieser Hinsicht hat es mich sehr gefreut, von Herrn Dr. *Semler* zu hören, daß wir damit in der richtigen Linie uns bewegen. Es scheint mir vor allem wichtig zu sein, diese wirtschaftlichen Angriffe, ich will einmal sagen, selbst in die Hand zu bekommen. Denn es ist ein grober Unfug, wenn jedes Export- oder Importgeschäft - ich denke vor allem an das Exportgeschäft - zur Voraussetzung hat, daß der exportierende Geschäftsmann erst ein ganzes Buch von Formularen ausfüllen muß.

Es wurde auch von der Energiewirtschaft gesprochen. Was sie für uns bedeutet, haben wir in unserem eigenen Haushalt erlebt. Ich möchte hier nur darauf hinweisen, daß am mittleren Lech seit Jahr und Tag eine Reihe von Staustufen im Ausbau begriffen ist. Wieweit sie arbeiten, entzieht sich meiner Kenntnis, wieweit sie Energie liefern, weiß ich im einzelnen nicht. Ich weiß aber das eine, daß die Firmen, die dort beteiligt sind, aus Gründen, auf die hier einzugehen zu weit führen würde, immer noch daran

arbeiten, obwohl die Werke längst fertig sein könnten. Es wäre vielleicht zweckmäßig nachzugrasen, warum dort immer noch gearbeitet werden muß, obwohl die Schleusenkammern schon während des Krieges fertig gewesen sind.
Ein Zweites, was gerade mir in unserer oberfränkischen Ecke sehr am Herzen liegt: Auch ich glaube, daß es bei den Schritten in dieses schwere Jahr 1948 hinein notwendig ist, dem einfachen Manne Vertrauen zu schenken. Er weiß nicht mehr, woran er sich noch anklammern kann und soll. Es muß ein Vertrauen vorbereitet werden, ähnlich wie es 1923/1924 vorhanden war, als dieses - ich will den Ausdruck wiederholen - Wunder der Rentenmark geschaffen wurde. Ohne dieses Vertrauen wird auch die Währungsreform nicht gelingen. Ich glaube, es ist ein sehr zweckmäßiger Schritt, dieses Vertrauen herbeizuführen, wenn endlich diese unselige Steuergesetzgebung verschwindet und durch eine vernünftige Regelung der Steuersätze ersetzt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!

(Zuruf: Neue Gesichtspunkte!)

Ein Drittes, was ich hier zur Anregung äußern möchte, ist die Gefahr, in der unsere Jugend schwebt und der ich von Berufs wegen mit großer Sorge ins Antlitz schaue. Für 17-, 18-jährige ist es ein Problem, wieso es in diesen Zeiten den Guten schlecht geht und den Lumpen gut. Das ist für einen werdenden Menschen zuviel. Ich sehe mit großer Sorge, wie nicht alle Schüler meiner Anstalt den Versuchungen der Zeit widerstehen können. Es wäre Zeit, einen gesunden Boden unter den Füßen zu bekommen. Nur von dem Geistigen, Moralischen her läßt sich dieser Boden legen.
Das andere, was ich mit Sorge gerade bei den älteren Gymnasiasten beobachte und vor allem dem Herrn Kultusminister [*Alois Hundhammer*] zur Beachtung sagen möchte, ist die Gefahr, daß unter dem Druck der Zeit und ihrer Verhältnisse tatsächlich ein neuer Nationalismus erwacht. Es ist tatsächlich so, wie die Zeitschrift Free World vom 24. November des vergangenen Jahres schreibt: Wenn die Besatzungsmächte keinen gemeinsamen Nenner für ihre Interessen suchen, werden sie ihren eigenen Ruin vollenden. Denn dann werden die Geschichten von gestern morgen wieder anfangen.
Ein großer Teil unserer Jugend ist soweit. Sie fühlt sich getreten, sie fühlt das Heiligste, was sie kennt, in den Staub gedrückt. Nur mit geistigen und moralischen Predigten ist diese Entwicklung eines, ich möchte sagen, Instinktes wiederum nicht zu steuern.
Und das Dritte ist - der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] hat es angeschnitten, es lag auch mir am Herzen - die Auswertung der Nürnberger Prozesse. Ich hatte Gelegenheit, durch Vermittlung die Prozeßakten weitgehend einzusehen. Es ist erschütternd festzustellen, wie einseitig und wie unbedeutend die Berichterstattung in unseren Zeitungen ist. Hier ist geschichtliches, wissenschaftliches[16] Material in Fülle ausgebreitet. Man muß Anklage und Verteidigung nur nebeneinanderstellen, um das herauszuholen, was für uns lebenswichtig ist. Es wäre sehr die Frage, ob es nicht möglich ist, in einem objektiven Bericht in Broschürenform - es erscheinen Tausende von Broschüren mit einem Inhalt, der geradezu als Mist bezeichnet werden kann -,

(Sehr richtig!)

in einer objektiven Darstellung eine Auswertung dieser Nürnberger Akten zu geben. Es müßten allerdings Männer sein von Einsicht, von Übersicht und von einem großen Gerechtigkeitsgefühl, um hier eine politische Tat zu tun.

[16] In der Vorlage: "wirtschaftliches".

Das weitere, und damit komme ich zum Schluß, ist die Frage unseres gesamtdeutschen Verfassungslebens. Hier möchte ich nur eine Anfrage stellen: Es ist in der letzten Zeit zum Teil in alarmierender Form über verfassungsrechtliche Besprechungen in den Zeitungen geschrieben worden, die in Ellwangen und im Anschluß daran in München stattfanden. Vielleicht ist es möglich, von einem der Teilnehmer über den Inhalt dieser Besprechungen Auskunft zu bekommen. Denn es ist nicht so, wie es einer der Teilnehmer in einer Zeitungsnotiz in einem Presseinterview geäußert hat, daß sich nicht zuständige Stellen mit solchen Fragen befassen. Meiner Meinung nach ist jeder tätige und einsichtige Politiker zuständig, sich Gedanken zu machen und sie zu äußern. Aber wenn sie geäußert werden, dann hat auch die Öffentlichkeit ein Recht, Auskunft darüber zu bekommen, was da geredet wurde. Daher meine Bitte, sich über den Inhalt dieser Ellwanger Tagung hier zu äußern.

Dr. *Kroll*: Ich bin erstaunt, meine lieben Parteifreunde! Die Ausführungen von Herrn Dr. *Semler* haben uns heute vielleicht doch erstmalig einen Schleier weggezogen, der erzeugt wurde durch Presse und Propaganda. Sie haben gezeigt, daß unsere Lage viel kritischer und ernster ist, als wir geglaubt haben. Ich darf Herrn Dr. *Semler* für diese mutigen Worte, die er gefunden hat, besonders danken. Ich bin tief erschüttert zu hören, daß z.B. die Einfuhren, die wir bisher bekommen haben, anscheinend durchaus nicht derartige Vergünstigungen waren, wie sie in der Presse dargestellt werden. Wenn Herr Dr. *Semler* einen Ausdruck gebraucht hat wie diesen, daß wir auf diese Art von Mais, ich glaube, so sagte er etwa,

(Zuruf: Hühnerfutter!)

verzichten könnten, daß wir gute Dollars für diese Einfuhren geben müssen, dann bitte ich, endlich einmal klarzustellen, wie ein derartiger Antagonismus möglich ist. Es heißt auf der einen Seite immer, daß wir Einfuhren erhalten, die wir nicht bezahlen können, und auf der anderen Seite erfahren wir heute zu unserem großen Erstaunen, daß ein Dollarguthaben im Jahre 1947 nicht angetastet werden konnte, obwohl wir es dringend für Einfuhren benötigten. Genaue Auskunft, Zahlen und Unterlagen wären hier auch für jeden kleinen Politiker auch draußen im Lande dringend erforderlich.

Wir haben von den Hemmungen des Exports gehört, und ich möchte hier ein deutliches Wort sagen: Wir werden so lange keine Freude an unserer Demokratie haben, als man nicht jede Voreingenommenheit gegenüber einem Wiederaufleben der deutschen Wirtschaft auch von alliierter Seite zurückstellt. Diese Voreingenommenheit ist auch darin zu erblicken, daß bis vor kurzem immerhin noch sehr beträchtliche Hemmungen für den Export bestanden haben und vor allem eine Freizügigkeit in der Einfuhr von Dingen, die wir am dringendsten brauchen, nicht vorhanden war, daß Lebensmittel und Rohstoffe etwa aus der Schweiz, wo sie nach den Quellen uns angeboten wurden, nicht hereinkommen konnten, weil die Einfuhrlizenzen nicht erteilt wurden.

Ich glaube, hier sagen zu müssen, daß es auf die Dauer nicht geht, daß sich unsere besten Männer vergeblich abmühen mit dem Willen, zum Wohle des Volkes etwas zu leisten, wenn ihnen ungesagte Hemmnisse in den Weg gelegt werden. Wir haben zumindest das Recht zu verlangen, daß diese Männer durch die Presse zu Gehör kommen und daß es in einer Demokratie gestattet ist, völlig frei und unvoreingenommen über alle Erschwernisse offen zu reden, die uns heute noch von den Besatzungsmächten bereitet werden, damit wir überhaupt einmal klarkommen über die Frage, ob an einen Wiederanstieg und Wiederaufbau Deutschlands noch zu denken ist oder nicht.

Es ist hier ein Problem berührt worden, das von weittragender Bedeutung ist - ich hatte Gelegenheit, kürzlich im Landtag darüber zu sprechen -, die Frage nämlich: Wie soll in der gegenwärtigen Not die Steuerung der deutschen Wirtschaft überhaupt vorgenommen werden? Es wird davon gesprochen, daß der Frankfurter Zentralismus unerträglich sei. Ich glaube, auch sagen zu dürfen, daß in jeder Notsituation jede Anwendung von Zwang als hart empfunden wird. Ich darf mir aber gestatten, auf einen Punkt aufmerksam zu machen: Solange wir nicht in der Lage sind einzuführen, was wir brauchen, und einen Export zu haben, wie er nötig ist, um die Einfuhren zu bezahlen, werden wir von einer Einfuhrregulierung und einer richtunggebenden Lenkung der Einfuhrverteilung nicht abkommen. Das heißt aber für das Deutschland der beiden Westzonen folgendes: Eine Einfuhrlenkung zieht für jeden kundigen Wirtschaftler unbedingt eine weitere Planung nach sich. Solange wir auf eine gewisse Planung nicht verzichten können, um planvoll die Einfuhren anzusetzen, ist es mir schleierhaft, wie man vielleicht eine derartige Lenkung von einer zentralen Stelle her so auflockern will, daß gewissermaßen die einzelnen Länder von sich aus Planungsvorgänge entwerfen können, ohne daß sie sich hermetisch gegen alles übrige abschließen und völlig autark werden.

Ich sehe hier einfach folgendes: In der Zeit der Not, solange wir eine Rahmenplanung brauchen, die gar nichts mit einer alten Planung im Sinne der Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftskrise zu tun hat, solange wird es einer Steuerung bedürfen; und solange wir diese Steuerung haben, werden wohl oder übel sich die einzelnen Länderinteressen irgendwie nach diesem Gesamtplan richten müssen, was nicht heißt, daß die Länder bei der Aufstellung der Pläne nicht in erster Linie zu berücksichtigen wären.

Aber ich komme nun auf etwas weiteres. Unser Landesvorsitzender hat noch immer sehr schöne Worte für den Kampf in der Ostzone gefunden. Ich persönlich glaube, daß dieser Kampf nicht mehr zu einem Erfolge führen wird. Das ist meine persönliche Meinung, denn ich glaube, das man gegen einen Terror im Grunde nicht mehr kämpfen kann. Wir haben gegen den Nationalsozialismus in diesem Sinn nicht erfolgreich kämpfen können; man wird auch gegen die SED-Politik nicht erfolgreich kämpfen können, ohne einfach die Menschen zu riskieren, die dort noch im Einsatz sind. Aber eines ist sicher: Wenn es darauf ankommt, einmal das Abendland in der Stunde seiner schwersten Not noch zu retten, dann ist eine solche Rettung meines Erachtens überhaupt nur möglich, wenn man endlich begreift, daß dieser Krieg unter allen Umständen einmal beendet sein muß und daß der Aufbau Europas - oder, sagen wir genauer, Westeuropas - zu beginnen hat. Das ist nur möglich, wenn man eine übergreifende Planung für den gesamten westeuropäischen Bereich aufbaut, wenn man von der Frage der Reparationen und der ewigen Frage der Vergeltung absieht und dieses Europa, das ja im ganzen krank ist, zu stärken versucht. Solange man vor allen Dingen auch im Zuge der Besatzungspolitik die französische Zone ausplündert, solange der Engländer daran geht, das Produktionspotential der englischen Zone mit immer wieder neuen Maßnahmen zu hemmen, ist ja nicht daran zu denken, daß ein abendländischer Gedanke wachsen könnte, der eines Tages einmal den Bolschewisten entgegengestellt werden könnte.

(Sehr richtig!)

Es kommt aber darauf an, heute abendländisch zu denken; es kommt darauf an, die engen Mauern des kleinen Denkens zu durchbrechen und dafür zu sorgen, daß die

verantwortlichen Männer sich zusammensetzen und gemeinsame Pläne für Europa aufstellen. Wir verfangen uns immer wieder in diesen kleinen Dingen, nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil die Besatzungsmächte uns doch nur mit halben Maßnahmen zu Hilfe kommen.

Bezüglich des Aufbaus einer Demokratie in Deutschland glaube ich, es ist sehr richtig, wenn gesagt wird, daß zum Aufbau einer Demokratie unbedingt eine wirtschaftliche Gesundung Voraussetzung ist. Wir haben aber leider auch einen schwerwiegenden Fehler begangen: Wir haben die Demokratie zu restaurieren versucht, wie ich es in den letzten Jahren der Weimarer Demokratie kennengelernt habe. Wir haben heute bereits wieder das Vielparteiensystem; wir haben den örtlichen Kampf aller gegen alle. Ich habe immer wieder betont, daß nach meiner Überzeugung eine grundlegende Reform der demokratischen Institutionen erforderlich ist, nicht nur in Richtung des Föderalismus, sondern auch in Richtung einer Reform des Wahlrechts zu einem Personalwahlrecht hin.

(Sehr richtig!)

Wenn wir nicht dazu kommen, das Vielparteiensystem zu verabschieden, das meines Erachtens nur eine verkappte Form der Anarchie und keine echte demokratische Form ist, wenn wir nicht dazu kommen, dem Gedanken des Personalwahlrechts Raum zu geben, dann wird eine innere Befriedung Deutschlands beinahe künstlich verhindert werden.

Ich fasse zusammen und darf den Wunsch äußern, daß die beiden Worte, die heute gesprochen wurden, uns auch noch weiterhin in Zukunft, mit Tatsachen belegt, bekannt gemacht werden, damit wir einmal wissen, woran wir sind. Das Mißtrauen im Volk ist ungeheuer; es glaubt ja fast niemand mehr, daß man uns gut will, und wir haben den dringenden Wunsch, daß der Glaube darnach ein echter sein könnte. Darum müssen wir Bescheid wissen und nicht durch eine Verschleierungstaktik über die wichtigsten und verheerendsten Tatsachen nicht ins Bild gesetzt werden.

Wir haben aber darüber hinaus auch den Wunsch, daß in Deutschland die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um die Westzone so stark wie möglich zu machen, und die Länder müssen gewisse Einbußen - möchte ich sagen - für sie vorübergehend in Kauf nehmen. Wir haben ferner den dringenden Wunsch, es möge nunmehr endgültig dafür gesorgt werden, daß der Friede einzieht und die unnützen Hemmnisse abgebaut werden, die sich eines Tages bitter rächen werden, vielleicht dann, wenn es zu spät ist und wenn dieses Westeuropa gleichfalls sich in der Stunde der Not zum Osten und nicht mehr zum Westen schlagen wird.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf vielleicht zu dem, was hier gerade wegen des Kampfes in der Ostzone gesagt wurde, noch eine Feststellung treffen, die ich vorbehalten wollte. Man mag daran zweifeln, ob die Leute standhalten. Ich habe aber den Stoß von Telegrammen gesehen - wirklich ein Stoß von Telegrammen -, der eingegangen ist von den Leuten der CDU in der Zone, und zwar von den Kreisvorsitzenden, Kreisverbänden usw. Der Inhalt der Telegramme, die durch die russische Zensur gelaufen sind, hat mir klar gemacht, daß die Leute dort unter allen Umständen durchhalten wollen und daß infolgedessen unsere Verpflichtung darin besteht, nicht etwa Konsequenzen im Sinne einer Auflösung der CDU usw. zu ziehen, sondern ihnen das Bewußtsein zu geben, daß sie in ihrem Ringen unterstützt werden.

(Zuruf Dr. *Rindt*: Sind die Absender verhaftet worden?)

Nein, die Absender sind nicht verhaftet worden. Ich darf feststellen: Es ist in dem Zusammenhang, auch in dem mit dem Volkskongreß, keine Verhaftung vorgenommen worden. Es mußten zum Teil die Kreisvorsitzenden und vor allem die Geschäftsführer dort antreten; sie sind zu langen Einvernahmen über die Situation bestellt worden.

(Zuruf: Und abgesägt worden!)

Abgesägt ist noch niemand worden; man hat es nur anders erlebt, z.B. bei *Schneider*, Thüringen. Ich habe mit *Schneider*, Thüringen, sehr ausführlich darüber gesprochen. Man hat *Schneider*, Thüringen, mit guten Worten und mit etwas weniger guten Worten behandelt, guten Worten in dem Sinn, daß man gesagt hat: Du bist deutscher Patriot, wir sind russische Patrioten; wir Patrioten helfen zusammen.

(Heiterkeit.)

Auf der anderen Seite hat man *Schneider*, Thüringen, daran erinnert, daß er schon einmal wegen unklarer Vergangenheit verhaftet war und daß diese Vergangenheit immer noch nicht restlos klar sei, Dinge, die wir allerdings auch sonst beobachten konnten.

Man hat die Leute zu den Besprechungen - oder Unterhaltungen, will ich sagen - des Morgens in der Frühe um fünf oder sechse bestellt, zu einer Zeit, die sich natürlich immer etwa so auswirkt: Wenn einer aus dem Bett heraus zu einer Aussprache geholt wird, dann wird er bestimmt nicht das Empfinden haben, daß diese Aussprache zu diesem Zeitpunkt besonders angebracht ist. Aber eine Verhaftung wurde in diesem Zusammenhang nicht vorgenommen. Ich muß das erklären, damit man ungefähr weiß, wie das Ganze vor sich geht. Wir können uns aber vielleicht später einmal noch eingehend darüber unterhalten.

Ich darf hier vielleicht nur noch eines zu dem beifügen, was vorhin unser Parteifreund *Ehard* zur Gefangenenfrage gesagt hat; das ist etwas sehr Wichtiges. Ich würde in diesem Fall aber die Presse bitten, das im Interesse unserer Gefangenen nicht weiter in die öffentliche Diskussion zu bringen, denn hier geht es wirklich nicht darum: Wer macht Propaganda um Hilfe für die Gefangenen? Wer macht Propaganda dadurch, daß er immer wieder zeigt, wie er daran denkt? Sondern es geht - ich möchte sagen - darum, um diese Menschen zu ringen, die dort doch Arbeitsmenschen geblieben sind.

(Zuruf: Sklaven!)

Ich möchte einen anderen Ausdruck vermeiden, denn man wird leicht erinnert an die Zeit des alten Rom, wo die besiegten Völker, die besiegten Soldaten eben, zurückgehalten wurden und als Sklaven arbeiteten.

Ich habe bei jeder Besprechung, die ich mit Vertretern der russischen Besatzungsmacht hatte, bei allen Gelegenheiten, vor allem, als sie auf den Marshall-Plan hinwiesen, ihn als eine einseitige Angelegenheit ansahen und es verurteilten, daß *Kaiser* sich für den Marshall-Plan ausgesprochen hatte, immer darauf hingewiesen: Sicher, Ihr habt nicht diese Kreditmöglichkeiten, aber Ihr könntet auch etwas tun, was sich bei unserem Volk so auswirkt wie die Kredithilfe, die Amerika letztlich in Aussicht gestellt hat. Wenn Ihr unsere Kriegsgefangenen jetzt herausgäbt, dann würde diese Haltung bestimmt vom deutschen Volk anerkannt werden. Wenn Ihr nur die Kriegsgefangenen zurücklaßt, die krank geworden sind, wenn von diesen einer nach dem anderen zurückkommt, dann seid Euch darüber klar, daß sich das immer gegen Euch auswirken wird. Es wäre infolgedessen auch zweckmäßig, wenn Ihr auf einmal Schluß machen und nicht erst warten würdet, bis Ihr gehalten seid, die Gefangenen heraus-

zulassen. Die Frist, die sie selbst als vereinbarte Frist anerkennen, ist der 31. Dezember 1948.
Bei der vorletzten Unterhaltung über diese Frage habe ich im Laufe eines Gesprächs dreimal die Kriegsgefangenenfrage ernsthaft aufgegriffen, und zwar mit dem rein persönlichen Hinweis auf eigenes Familienschicksal, darauf, daß eine Schwester von mir von zweien von drei Söhnen, die in Rußland sind, überhaupt nichts weiß. Ich habe das nur als Beispiel dafür angeführt, wie eben eine deutsche Familie darunter leiden würde, daß sie noch nicht weiß, ob diese Menschen noch am Leben sind. Dabei wurde dann erklärt, man müsse bedauerlicherweise davon ausgehen, daß höchstwahrscheinlich diejenigen, die noch keine Nachricht gegeben hätten, nicht mehr am Leben seien.

(Zuruf: Stimmt nicht!)

Ich habe dann darauf hingewiesen, daß diese Zahlen in [der] Diskussion sind. Dabei wurde mir mitgeteilt: Wir haben nicht mehr als die 900.000 Kriegsgefangenen. Ich habe dazu erklärt: Wo sind denn die anderen?

(Zuruf: Millionen!)

Denn es handelt sich dann mindestens noch um einen Betrag von einer Million - um eine Million Menschenleben und nicht um eine Million, die ganz einfach eine Summierung von sonstigen Werten ist -, und eine Million Menschenleben kann nicht ganz einfach ausgelöscht sein. Es wurde mir dann erwidert, daß eben nicht so viele in Gefangenschaft gekommen seien. Ich habe betont, daß dagegen andere Ziffern stehen, die klar bestehen.
Ich habe mittlerweile festgestellt, daß die Angabe von 900.000 bestimmt nicht wahr ist, sondern daß es Bereiche gibt, in denen Kriegsgefangene sind, die bis heute noch nicht den Kontakt mit ihren Familien finden konnten und die auch dort zunächst nicht weiter offenkundig in Listen geführt sind.
Als die Auseinandersetzung zwischen den russischen Offizieren und mir dann vorbei war und ich aus dem Raum hinausgegangen war, fand nochmals eine Besprechung statt, die in der Presse nicht weiter behandelt ist und die ich auch nicht weiter behandeln will. Nach meiner Erklärung, nachdem ich dazu aufgefordert hatte, daß die russischen Offiziere den Raum verlassen - das ist in der Presse bekannt geworden - und das begründet hatte mit dem Hinweis auf freie Demokratie usw. - das brauche ich nicht zu wiederholen -, da protestierte der Oberstleutnant *Nassarow* gegen die in meiner Rede ausgesprochenen Drohungen und Beleidigungen. Ich habe dann beim Hinausgehen, als eine gewisse Pause - auch eine Pause des Schweigens - eingetreten war, erklärt: Wir haben keine Erfahrungen in Drohungen, aber Ihre Anwesenheit wird als Drohung, als Bedrohung der Demokratie, ausgedeutet[17] werden.
Dann fand noch eine Besprechung statt, zu der man mich noch hinzugebeten hatte. Bei dieser Gelegenheit wurde wieder hingewiesen auf gewisse Schwierigkeiten bei *Kaiser* und *Lemmer*, die ich hier nicht weiter behandeln möchte. Hier wurde dann auch das Thema der Kriegsgefangenen aufgeworfen und gesagt, wenn man nun in öffentlichen Reden diese Themen erörtern würde, so wie sie in leidenschaftlicher Weise behandelt würden, dann bestünden Bedenken dagegen, die Gefangenen vorzeitig zu entlassen, während man sich im Anschluß an meine letzte Unterredung überlegt habe, ob man nicht im nächsten Vierteljahr vielleicht doch Gefangene in größerem Ausmaß

[17] In der Vorlage: "ausgebeutet".

entlassen könnte. Ich muß allerdings hier ausdrücklich bemerken, daß das stattfand nach und im Rahmen der Auseinandersetzung, so daß ich nicht etwa sagen könnte, daß damit unbedingt eine Realität zum Ausdruck gebracht wurde.
Wir werden nicht nachgeben, um dieses Los unserer Brüder oft im wahrsten Sinne des Wortes zu kämpfen und sie heim zu bekommen. Ich bitte bei manchen Besprechungen, die geführt werden, daran zu denken: Manche Worte müssen unter dem Gesichtspunkt formuliert werden, daß wir diese Möglichkeiten nicht verschließen können, wenn wir uns nicht vor unserem Gewissen versündigen wollen.
Ich darf damit diese Erklärung abschließen und nur bitten, daß nicht durch öffentliche Diskussion die Behandlung dieser Frage erschwert wird, denn nur nüchterne Verhandlung und ernsthafte Arbeit kann dabei helfen. Öffentliche Diskussion im unzweckmäßigen Augenblick könnte sehr störend sein. Es kann sein, daß der Moment kommt, wo in der Öffentlichkeit absolute Klarstellungen erfolgen müssen. Im Augenblick ist es noch nicht so. Ich muß ja bei der Landesversammlung wohl oder übel auch nochmals auf dieses Thema kommen. Ich bitte, in der Öffentlichkeit auch die Worte zu bemerken, daß noch nicht alle Brücken abgebrochen sind und daß wir dabei auch davon ausgehen müssen, daß offensichtlich auch in London noch nicht alle Brücken abgebrochen worden sind. Ich bewerte das Londoner Ergebnis so, daß es weder positiv noch negativ eine klare Entscheidung gebracht [hat].
Damit dürfen wir zu den anderen Diskussionen zurückkehren. Ich darf jetzt vielleicht Herrn Dr. *Pfeiffer* das Wort zur Abgabe einer Erklärung geben. Ich war vorhin nicht da; ich glaube aber, die Erklärung ist notwendig geworden im Zusammenhang mit der bekannten sensationellen Angelegenheit Ellwangen.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Was um die letzte Ellwanger Besprechung herum gemacht worden ist, müßte man eigentlich als eine große Gaudi bezeichnen, weil nämlich da künstlich etwas erfunden und in die Luft gesetzt wurde, was überhaupt nicht vorhanden war.
Die Situation ist sehr einfach. Die Länderratsarbeit hat im Oktober 1945 begonnen, und im Laufe des Jahres 1946 hat sich ergeben, daß aus Kreisen der CDU und der CSU immer wieder Regierungsmitglieder dort zusammenkommen und ein, zwei Tage miteinander verbringen. So hat sich eine Atmosphäre des Vertrauens zwischen ihnen gebildet. Diejenigen, die am öftesten zusammenkamen, sind der jetzige stellvertretende hessische Ministerpräsident *Werner Hilpert* und *Gögler*[18] (?), der Staatssekretär in der Staatskanzlei in Württemberg. Man sah, es wäre recht zweckmäßig, wenn wir vielleicht in Form eines geselligen Zusammenseins die Regierungsmitglieder der beiden Parteien aus den drei Ländern der amerikanischen Zone des öfteren beisammen hätten, damit man sich persönlich näher kennenlernt; man sollte dabei ein wenig Diskussionsstoff geben und im übrigen ein Wochenende nett miteinander zubringen.
Da haben wir uns zusammengezählt, und es sind 27 Leute zusammengekommen. Wir haben uns gefragt: Wo kann man nun übers Wochenende für 27 Leute Unterkunft finden? Da hat sich herausgestellt, daß das weit und breit nur möglich ist, wenn für diese interne Unterhaltung und das Zusammensein ein Exerzitienhaus zur Verfügung stünde, wo die Exerzitien am Samstag zu Ende gehen und die neuen am Montag wieder anfangen. So ist das Kloster Schöneberg, das Exerzitienhaus Ellwangen, in diese Angelegenheit hineingekommen. Das ist die Vorgeschichte.

[18] In der Vorlage: "Göttner".

Der Vorgang selbst ist dann seit ungefähr einem halben Jahr hier, eben weil hier ein Samstag/Sonntag frei ist, zustandegekommen. Dann war das erste Zusammensein, wobei *Hilpert*, *Gögler*[19] (?) und *Pfeiffer* immer das Hausrecht ausüben und die Familienrepräsentation machen. Wir stellen die Aussprache bei diesem Zusammensein immer unter einen großen inneren Gesichtspunkt. Das erste Mal - dabei hatte ich die Zuständigkeit, den Vorsitzenden zu berufen - stellten wir die Tagung unter das Gedächtnis der Märtyrer des christlichen Staatsgedankens. Denn es war ungefähr am Hinrichtungstag von *Eugen Bolz*, dem Württembergischen Staatspräsidenten; er war auch Reichstagsabgeordneter von Ellwangen und der Württembergische Justizminister *Beyerle* war Landtagsabgeordneter mit *Bolz* zusammen gewesen.

(Zuruf: *Bolz* ist hingerichtet worden?)

Bolz ist hingerichtet worden. Er ist am 23. Dezember 1944 zum Tode durch den Strang verurteilt, dann zur Guillotine begnadigt und am 23. Januar 1945 hingerichtet worden. - In dessen Gedächtnis haben wir dann getagt. *Beyerle* als Vorsitzender hat ein außerordentlich interessantes Referat über den christlichen Staatsgedanken erstattet - "Der Inhalt des Christentums als Boden für eine praktische Staatspolitik". Das war also außerordentlich eindrucksvoll. Man hat darüber lange diskutiert.

Dann sind wir auch auf die merkwürdige Idee gekommen, einen bekannten religiösen Redner mitzunehmen; das war der Pater *Hugo Lang* von den Benediktinern. Bei dem Sonntagsgottesdienst, der am Sonntag früh für uns ist, hält er immer eine Predigt, entweder über die geistige Lage des Volkes oder über die Pflichten der Regierenden gegenüber dem Volk und seinen Nöten. Also durchaus eine absolut akzeptable Angelegenheit; so sind wir Demokraten beisammen und tauschen unsere Gedanken aus.

Das zweite Mal war die Tagung dann dem Gedächtnis der den Märtyrertod gestorbenen Bekenner des christlichen Staatsdenkens, der Leute in den Konzentrationslagern, gewidmet. Hierbei hat *Werner Hilpert* den Vorsitz geführt, der sechs Jahre in Buchenwald gewesen ist. Es hat der hessische Kultusminister *Stein* ein unglaublich interessantes Referat gehalten, über das christliche Abendland und den Anprall des Ostens gegen die Idee des christlichen Abendlandes. Dabei haben wir wieder unsere Gedanken ausgetauscht.

Das dritte Mal sprach ein anderer Freund. Es hat sich aber schon beim ersten Mal gezeigt, und der Eindruck war so groß, daß man sagte: Laden wir doch aus den anderen Zonen auch ein paar Freunde ein. So haben wir dann vor allem *Jakob Kaiser* und Dr. *Josef Müller*, der damals Parteivorsitzender, aber noch nicht Regierungsmitglied war, und Dr. *Adenauer* eingeladen. Das ist ganz selbstverständlich. Wir haben immer abgezählt: Wieviel Betten können wir in Schöneberg und in Ellwangen zur Verfügung haben? Dadurch hat sich der Kreis bestimmt.

Der Kern sind die Regierungsmitglieder aus den Ländern der amerikanischen Zone, und das Vorgehen ist immer das gleiche. Bei der dritten Tagung hat dann jemand über ein Wirtschaftsprogramm gesprochen, über Gedanken zu einem Wirtschaftsprogramm. Da hat man beschlossen, das weiter zu verarbeiten und der Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU für ihre weiteren programmatischen Arbeiten für die beiden Parteien zur Verfügung zu stellen.

So haben wir dann in einer vierten Tagung, die genauso angelaufen ist, als Kollegen den hessischen Fraktionsvorsitzenden *von Brentano* dort gehabt, der Verfassungsge-

[19] In der Vorlage: "Göttner".

danken, Verfassungsphilosophie und Verfassungsprobleme erörtert hat. In dem Zusammenhang kam man dann darauf, daß da so viel Positives, Wahres und Schönes gebracht worden ist, und es wurde geplant, es in einigen Wochen unter dem Titel "Ellwanger Gespräche" mit Predigten von Pater *Lang* und mit Einführungsworten von *Hilpert* und mir herauskommen zu lassen. Es ist längst geplant, daß das herauskommt. Dann wurde festgestellt, daß in der Arbeitsgemeinschaft die Verfassungsarbeiten noch nicht sehr weit gediehen sind. Daher sagte man: Publizieren wir doch die Sache, indem wir der Arbeitsgemeinschaft die Unterlagen über Verfassungsfragen usw. zugänglich machen. Es hieß, wie man das machen solle. Da schlug ich vor: Packen wir die Gelegenheit beim Schopf! Nehmen wir acht oder zehn Leute zusammen und halten wir eine Art Kollegium in der Form, daß innerhalb von zwei Tagen einmal der ganze Stoff durchgekaut und zusammengestellt wird! Dann werden wir wieder in Schöneberg zusammenkommen, das heißt jedes Mal, wenn es wieder reif ist. Legen wir das der freien Arbeitsgemeinschaft vor; dann geht es als eingeschriebener Brief an die Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU als Unterlagen für eine Formung der Stellung der Partei zu den Dingen.

Es ist uns, die wir ständig in diesen Verfassungsarbeiten drinstehen, eine Wohltat, wenn wir planmäßig und systematisch mit Leuten aus der gleichen Arbeit das durchsprechen. Das ist nämlich gar keine Rhetorik, das sind keine Phrasen und keine Deklamationen. Niemand spricht länger als acht bis zehn Minuten, außer dem Referenten. Es ist also eine sehr präzise Arbeitsform. So haben wir das damals beschlossen.

(Zuruf: Es geht mal für den Landesausschuß auch anders!)

Ich lege niemandem ein Hindernis in den Weg.

Daraufhin fand also am 9. und 10. Dezember in München diese Ausarbeitung statt. Irgendeine Waschfrau hat davon etwas läuten gehört, und dann ging dieser ganze Zauber los. Er hat seine herrlichste Ausprägung jetzt in der Zeitschrift Der Spiegel in Hannover gefunden, wobei ich sagen muß: Es ist faktisch in dem Artikel so gut wie gar nichts wahr, außer dem Wort Schöneberg und dem Bild, auf dem der Ministerpräsident *Ehard* und ich darauf sind. Sonst ist also von dem Ergebnis nichts wahr.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Das ist überhaupt die Ablagestelle für Lügeneier aus Bayern!)

Warum soll man überhaupt der Sache sehr lange nachlaufen? Es genügt ja, daß die Leute, die wirklich an unserer Arbeit Interesse haben, wissen, wie die Dinge geschehen sind.

Dann ist [es] dazu gekommen, daß ich eine Einladung nach Marburg, glaube ich, hatte, und daß ich dort den französischen Verteidigungsminister getroffen habe. Das war natürlich alles sehr interessant; auf die Weise bekomme ich nämlich eine interessante Biographie zusammen und einen Titel meines Buches. Danach haben wir also einen Bund katholischer Staaten ausgedacht, dann haben wir den Donaustaat vorbereitet.

(Zuruf: Süd gegen Nord!)

Die zwei Dinge sind vielleicht doch richtig: Süden gegen Norden und Vereinigung katholischer Staaten. Es waren mehrere evangelische Minister aus der britischen Zone dabei. Sie sehen, das spricht dafür, daß wir dort immer planen, Süden gegen Norden auszuspielen. Außerdem spricht die Mitarbeit dieser evangelischen Minister auch sehr dafür, daß wir einen Bund katholischer Staaten herbeiführen wollen.

(Heiterkeit.)

Im übrigen habe ich die evangelischen Kollegen - es sind immer sechs bis acht von ihnen da - wiederholt gebeten, es würde uns, wenn sie einen vortrefflichen Kanzelredner wüßten, sehr freuen, wenn einer von den evangelischen Männern, die sich zu diesen Problemen äußern wollen, zu uns käme. Ich kann Ihnen ganz bestimmt sagen: Wir werden es mit großer Regelmäßigkeit wiederholen, weil diese Angelegenheit für alle Kreise innerlich erhebend und fruchtbar gewesen ist und weil es für uns alle eine seelische Konzentration war. Man muß die Politik nicht immer bloß vom Alltag her betrachten, sondern gemeinsam steigen wir katholischen und evangelischen Brüder miteinander immer wieder ungefähr eineinhalb Tage in den ethischen und religiösen Urquell unserer Seele hinunter, damit wir den Dreck, der alltäglich an uns herankommt, wieder leichter tragen können. Das ist Schöneberg!

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ein Wort zu dem Thema: Ich wäre allerdings der Auffassung, daß wir unter uns die Plaudereien über Schöneberg nicht lange fortsetzen müßten. Ich darf dazu eines erwähnen: In dem einen Artikel, den ich letzthin gesehen habe, wurde auch davon gesprochen, daß ich zur Tarnung damals nach Berlin geschickt worden sei. Ich glaube, die Leute, die mich kennen, werden am wenigsten annehmen, daß ich mich wegschicken lassen würde, wenn ich glauben würde, ich sei irgendwo notwendig. Wird zu dem Thema noch unbedingt das Wort gewünscht? Wenn es nicht unbedingt notwendig ist, dann würde ich vorschlagen, daß wir es beenden.

Barth: Ich danke Herrn Staatsminister *Pfeiffer* für seine Aufklärung, die wir draußen brauchen, um dem Gewäsch entgegenzutreten. Wir haben sie bekommen und können sie verwerten. Es ist genug für uns zu wissen, daß sich hier ein privater Zirkel zusammengefunden hat, wenn er auch in diesem Fall, man darf sagen, aus Prominenten besteht, ebenso wie sich Männer in derselben Sorge um unser künftiges Schicksal auch anderswo zusammengefunden haben.

Von Prittwitz-Gaffron: Ein kurzes Wort dazu: Wir sind alle Herrn Dr. *Pfeiffer* sehr dankbar. Wenn ich mir eine Bemerkung erlauben darf: Wenn eine solche Veranstaltung z.B. in München stattfindet wie die letzte, würde sich meines Erachtens sehr viel vermeiden lassen, wenn der Presse rechtzeitig ein kleines Stichwort gegeben würde. Ich habe mir damals erlaubt, das einem der Teilnehmer vorzuschlagen. Es ist leider nicht berücksichtigt worden. Ich glaube, die Kombinationen werden immer dann gemacht, wenn die Presse keinen Anhaltspunkt hat.

Da ich das einzige Mitglied des sogenannten Heppenheimer Verfassungsausschusses bin, darf ich zur Verteidigung der Arbeit sagen: Herr Dr. *Pfeiffer*, Sie haben es so hingestellt, als hätten wir nur einen Gedanken hingeworfen. Wir haben, wie Herr *von Brentano* bestimmt berichtet hat, einen fix und fertigen, nicht wörtlichen Entwurf, aber Inhalt einer künftigen Bundesverfassung zusammengestellt. Das wollte ich bemerken, weil ich glaube, daß man einerseits Regierungsentwürfe und andererseits Parteientwürfe machen kann und die Arbeit organisch weiterentwickeln lassen muß. Ich hoffe, daß wir Ihren Vorschlag in Heppenheim weiterberaten könnten.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Die Heppenheimer Sache war in dieser Sache nicht klargemacht worden. Das ist einer der Irrtümer, für die ich nichts kann.

Von Prittwitz-Gaffron: Dafür kann Heppenheim auf der anderen Seite nichts.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wichtig ist: Die Vorschläge, die ausgearbeitet und weiterverarbeitet worden sind, gehen zuerst an den Verfassungsausschuß der Arbeitsgemeinschaft der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutsch-

lands. Sie gehen dann über den Vorstand an die Arbeitsgemeinschaft, so daß wirklich die Sicherung dadurch gegeben ist, daß sie so bearbeitet werden, daß niemand glaubt, daß etwa aus dem Hintergrund heraus eine deutsche Verfassung gestartet werden könnte, von irgend jemand, der nicht in die volle Verantwortung und die Gesamtpartei eingebaut ist. Das ist das Entscheidende.

(Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Sehr richtig, so ist es!)

Frau *Krüger*: Ich bin leider beschämt, daß ich nach so vielen großen Ausführungen auch noch zu Ihnen spreche. Aber als Frau möchte ich bei Ihnen Hilfe und Unterstützung suchen, und zwar im Zusammenhang mit Dingen, die hier in großer Linie bereits behandelt worden sind. Mein Bezirksvorsitzender Dr. *Barth* hat darauf hingewiesen, wie der einfache Mann bei uns oben mißtrauisch geworden ist gegenüber den Dingen der Union. Dr. *Kroll* hat es ausgeführt und im großen und ganzen wurde auch in den anderen Referaten gesagt, daß die Taten für uns sprechen müssen. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß wir oben, ich möchte sagen an der russischen Grenze, oben in Hof, den festen Willen haben, alles zu tun. Aber ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß ein großer Teil von Oberfranken, wo die Rundfunkhörer nur im Besitze von kleinen Geräten sind, Tag und Nacht nichts anderes hören können, als den Leipziger und die ihm angeschlossenen Sender. Diese Sender bringen künstlerisch ein so hervorragendes Programm, daß die Hörer diese Sender sehr gerne einstellen und dann auch nicht abschalten, wenn hernach die politischen und sonstigen Kommentare kommen. Ich brauche nur den Namen *Gessner* zu nennen und Ihnen sagen, daß jetzt bei dem einfachen Volk Fragen der Einheit Deutschlands diskutiert werden, wie wir es begrüßen würden, wenn sie von uns aus dorthin getragen worden wären. Aber das Volk diskutiert sie vom Standpunkt *Molotows* aus.

Das sind Einbrüche in unser oberfränkisches Leben, wie man sie hier sehr unterschätzt. Bedenken Sie bitte, daß wir Flüchtlinge, besonders wenn wir geistig eingestellt sind, zum großen Teil nicht mehr über das verfügen, was uns in Zeiten der Trauer früher ein Trost war, nämlich Bücher. Wir sind also glücklich, wenn wir einen Rundfunkapparat haben können. Aber nicht nur, wer geistig eingestellt ist, sondern auch, wer leichte Lektüre liest, nimmt den Rundfunk als Ersatz für vieles andere.

Stellen Sie sich nun bitte vor: Wir haben ununterbrochen nur die Möglichkeit, uns über die Vorgänge in Bayern durch den Spiegel der russischen Sender zu informieren. Denn die Tageszeitungen, die uns zur Verfügung stehen, die Frankenpost, sind auch nicht der Spiegel, der der wahren Arbeit der CSU und ihren Aufgaben gerecht wird.

(Sehr gut!)

Wir haben die Gemeindewahlen vor uns. Sie können gewiß sein, daß man Verfehlungen im Kommunalapparat oder im höheren Regierungsapparat in dieser Zeitung sehr stark behandelt, wenn es sich um Mitglieder handelt, die nicht der SPD angehören.

(Sehr richtig!)

Sie können gewiß sein, daß in der Frage der Entnazifizierung sehr geschickt Gift eingestreut wird. Ja, man fragt sich bisweilen sogar, wie es eigentlich möglich ist, daß es in einem von der CSU regierten Staat wie Bayern, wo die SPD in der Zeit der größten Verantwortlichkeit in Opposition gegangen ist, noch Menschen gibt, die an verantwortlicher Stelle auch in der Presse immer wieder dieses Gift gegen die ehrlich gewollte Arbeit der Regierung ausstreuen können.

(Zuruf: Sehr richtig! Regierungspräsidium in Ansbach!)

Dann möchte ich die Regierung von ganzem Herzen bitten: Helfen Sie uns kleinen Leuten draußen und auch uns Frauen. Denn wir 60% Frauen sollen für die anderen Frauen geradestehen, sollen Ihnen etwas Positives sagen. Wir müssen die Frauen aus einer Lethargie aufrütteln, in die sie gekommen sind, entweder weil sie politisch noch gar nicht denken können, oder weil sie durch die Entnazifizierung und ihre Folgen in der schwersten Weise getroffen sind. Helfen Sie uns, daß wir die Möglichkeit haben, die Probleme in der geistigen Höhe, wie sie hier gebracht worden sind, sozusagen in einer 1000-Worte-Volksausgabe dem einfachen Volk klarzumachen. Diese Radiostimme soll auch wirklich in jeden kleinen Volkssender in Oberfranken hineindringen. Das wäre ein großes Plus.
Auf der anderen Seite muß ich weiter betonen: Unterschätzen Sie nicht die geradezu frontalen Angriffe, die drüben hinter dem Eisernen Vorhang sich gegen uns vorbereiten. Ich meine nicht militärisch. Aber es sickert soviel zu uns herein, sei es unter der Maske der Flüchtlinge, sei es im Wege von Interzonenpässen und dem notwendigen Austausch von Wirtschaftsgeschäften kleiner Art. Da sind so viele unkontrollierbare Elemente dabei, die bestimmt mit ganz anderen Aufträgen nach Bayern kommen. Wir wollen keinen Eisernen Vorhang machen. Aber nehmen wir einmal das Beispiel der Mühle her. Da wird ein breites Gatter angebracht, damit nur das klare Wasser hindurchkommt und nicht das unklare, weil sonst das Getriebe der Mühlräder entzweigeht. Sorgen Sie dafür, daß das klare Wasser des gegenseitigen Verständnisses aus der Ostzone zu uns kommt. Dann wird es unser Getriebe befruchten.
Sorgen Sie dafür, daß wir unsere mühevolle Aufbauarbeit durchführen können. Ich bekenne mich als Christin dazu, daß wir den ideellen Standpunkt für die Ostzone vertreten müssen. Denn der Glaube kann Berge versetzen. Sorgen Sie dafür, daß in dieser Aufbauarbeit alles getan wird, um uns und unseren Kampf oben zu unterstützen und auf der anderen Seite wirklich den großen Plänen, von denen hier gesprochen wurde, etwas näher zu treten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Wort hat *Schedl* zu einer kurzen technischen Erklärung.
Dr. *Schedl*: Um 15.20 Uhr fährt ein Sonderzug nach Nürnberg mit Anschluß nach allen Hauptrichtungen. Darf ich fragen, wie groß die Teilnehmerzahl wäre. Um 13.50 [Uhr] fährt auch noch einer. Die Teilnehmerzahl ist sehr gering. Er wird nicht fahren können.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann bitte ich, sehr rasch das Thema zu beenden.
Haußleiter: Die Rundfunklage in Oberfranken ist schlecht. Ich möchte zu den Ausführungen von Frau *Krüger* nur sagen, daß ich seit einigen Monaten schon die Rundfunkfrage betreibe und hoffe, früher oder später doch wohl den Sender Bayreuth zu bekommen, damit endlich diese sehr wirkungsvolle, gefährliche Propaganda, die droben einsickert und die ganze Stimmung gerade an der Grenze verwandelt, abgebogen wird. Das möchte ich nur als Ergänzung zu den Erklärungen von Frau *Krüger* sagen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf vielleicht hier etwas dazwischenfügen. Unser Parteifreund *Weixler* hat einen Antrag folgenden Wortlauts gestellt:

> Der Landesausschuß der CSU hält die Sicherung der demokratischen Grundrechte, und zwar in allen Teilen Deutschlands, für die Voraussetzung für das Zusammenleben des deutschen Volkes. Deshalb billigt er die von dem Vertreter der Union in Berlin eingenommene Stellung und versichert die CDU der Ostzone und ihre Exponenten *Kaiser* und *Lemmer* seiner besonderen Sympathie.

Ich wäre eigentlich der Meinung gewesen, wir hätten in der Landesversammlung dazu Stellung genommen, da sie ja schon in drei Wochen tagt. Darf ich kurzhändig feststellen: Ich glaube, der Majoritätswunsch geht dahin, den Antrag bis zur Landesversammlung zurückzustellen.

(Zuruf: Wenn nicht die Gefahr besteht, daß es da zu spät ist!)

Nein! Es wird nicht zu spät sein. Der Antrag ist für die Landesversammlung vorgemerkt.
Dann darf ich noch eine Erklärung abgeben, die ich in anderem Zusammenhang abgeben wollte:

> Die furchtbare soziale Not, die einen großen Teil unserer Menschen, vor allem die Flüchtlinge und Heimkehrer, wirtschaftlich und auch seelisch belastet und ihnen die lebendige Anteilnahme am Geschehen unserer Zeit unmöglich macht, kann nicht durch staatliche Anordnungen allein überwunden werden. Es gilt, jeden einzelnen zum Kampf gegen die Not aufzurufen und die Kräfte der Selbsthilfe zu wecken. Auch die CSU muß hierin angesichts ihrer politischen Aufgabe und ihrer programmatischen[20] Berufung auf das Christentum eine ihrer vornehmsten Aufgaben sehen. Ich halte es daher für richtig, ein Sozialwerk der CSU ins Leben zu rufen. Ich beauftrage den Parteifreund Dr. *Eugen Rindt* im Benehmen mit der Landesgeschäftsstelle der CSU, die notwendigen sachlichen und organisatorischen Vorschläge hierzu auszuarbeiten, mit dem Ziel einer Aktivierung der sozialen Selbsthilfekräfte innerhalb der Union und innerhalb unseres ganzen öffentlichen Lebens.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie damit Ihr Einverständnis erklären würden. Ich brauche hierzu keine größeren Ausführungen zu machen. Es handelt sich hier um eine sachliche, ruhige Vorarbeit, die geleistet werden soll. Infolgedessen möchte ich jetzt damit beginnen, ohne große Erklärung und ohne große Begrüßung, wie ich damals auch mit den Arbeitsgemeinschaften begonnen habe. Ich habe zu *Rindt* das Vertrauen, daß er bestimmt gute Arbeit leisten wird.
Darf ich Ihre Zustimmung annehmen? Es erhebt sich kein Widerspruch. Angenommen.
Michel Horlacher hat noch das Wort.
Dr. *Horlacher*: Ich werde nicht länger sprechen, nur ein abschließendes Wort zu den Ellwanger Besprechungen. Ich habe nichts dagegen, wenn sich Sünder an bestimmten Orten zusammenfinden, um eine Bekehrung zu versuchen. Das ist ein gutes Werk. Das wollen wir in keiner Weise verhindern.
Zur Sache selbst! Da handelt es sich um folgendes: Ich habe zuerst überlegt, ob ich zu der Landesausschußsitzung fahren soll. Der *Ochsensepp* ist Zeuge dafür, daß ich noch im letzten Augenblick geschwankt habe. Ich bin mit dem Ziele hierher gekommen, um an der Gestaltung von Verhältnissen mitzuwirken, die mir schon lange auf dem Herzen liegen. Es ist gelungen, hier an diesem Ort in Erlangen dem weihnachtlichen Wunsch unserer Wähler Rechnung zu tragen, nämlich den Frieden in der Union endlich herzustellen.

(Bravo!)

[20] In der Vorlage: "proklamatischen".

Dieser Unionsvogel, von dem ich in Eichstätt gesprochen habe, ist jetzt endlich ausgeflogen, und ich glaube, es muß auch in die Öffentlichkeit hinausgetragen werden, daß jetzt eine Periode bei der Union abgeschlossen ist,

(Zuruf: Endgültig!)

nämlich die Periode der Geschichtenmacherei. Wir haben bisher in unserer Union immer so Geschichtchen zur Unterhaltung gemacht. Das war aber keine Unterhaltung für uns und unsere Wähler. Es ist das auch hinausgedrungen. Jetzt soll hinausdringen, daß wir diesmal eine Tagung haben, die wirklich mit dem Wort Geschichte bezeichnet werden kann. Daran wollen wir festhalten.

Ich bekenne ganz offen - ich habe das seit einiger Zeit zur Richtschnur meines Lebens gemacht -, daß ich dem Herrn Dr. *Semler* ursprünglich mit großem Mißtrauen gegenübergestanden bin, weil ich gesagt habe, er ist ein guter Theoretiker, wird aber auch die Verhältnisse nicht besonders meistern. Ich habe mir heute die Verhältnisse ganz objektiv angeschaut und habe die Referate des Herrn *Semler*, des Herrn Dr. *Müller* und zum Schluß das Referat des Herrn Ministerpräsidenten auf mich wirken lassen. Ich muß sagen, und jeder Ehrliche von Ihnen muß auch sagen: Wenn Sie sich das Ganze überlegen, so haben wir doch hier Worte gehört, die jeder unterschreiben kann.

(Sehr richtig!)

Da sind Worte gebraucht worden, die den Weg nach vorwärts führen,

(Sehr gut!)

so steil und steinig der Weg auch sonst sein mag, und es ist unsere Pflicht, hinter diesen Männern zu stehen

(Sehr richtig!)

und die Geschichtenmacherei in der Union endlich abzuschließen.

(Sehr gut! - Sehr richtig!)

Es hat keinen Zweck. Die Union ist nicht die Fortsetzung irgendeiner anderen Parteigruppierung. Die Union ist eben die Union, und die Union ist auf dem Marsche, wirklich eine Union zu sein.

Es war eine Art Christbaumbescherung für uns. Die Weihnachtszeit, habe ich in einer Rundfunkbotschaft gesagt, ist eine gute Zeit. Sie war auch eine gute Zeit für die Union, und für diese Bescherung dürfen wir dankbar sein.

Ich will nicht den Antrag stellen - ich habe es ursprünglich im Sinne gehabt, es wäre mir auch gelegen, den Herren *Müller*, *Semler* und Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] besonders das Vertrauen auszusprechen. Davon will ich absehen. Ich sehe am Beifall allein, daß diese Männer endgültig das Vertrauen der Union genießen.

(Lebhafter Beifall.)

Glauben Sie mir, es wird dadurch ein Aufatmen durch die Wähler der Union gehen.

(Sehr gut!)

Jeder kann an seinem Platze innerhalb der Union mitarbeiten.

(Zuruf: Und nun an die Arbeit!)

Ich spreche solches Lob nicht mehr aus, weil ich die Eigenschaft habe, daß ich gerne auf das oder jenes eifersüchtig bin. Es kommt aus ehrlichem Herzen, wenn ich mich

entschließe, ein solches Lob in dieser Stunde auszusprechen. Insbesondere waren die Worte, die Herr Dr. *Müller* - der *Ochsensepp* hat auch schlechte Tage - in der Gesamthaltung der Politik heute gebraucht hat so, daß sie als Unterlage für unsere gesamte Propaganda dienen müssen.

(Sehr richtig!)

Es mag einer auf dem realistischen Boden stehen wie nachher der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*]. Das ist auch sein gutes Recht. Man muß den realen Verhältnissen Rechnung tragen. Vergessen wir nicht, daß letzten Endes die Idee das ist, was die Herzen der Menschen beherrscht.

(Sehr richtig!)

Selbst wenn wir das momentan nicht erreichen können, darf die Idee nicht in den Hintergrund treten.

Insbesondere möchte ich auch zur amerikanischen Seite sprechen. Ich stehe hier auf dem Standpunkt, daß es sich bei unserer Lage, wie sie sich jetzt entwickelt hat, gar nicht mehr um eine deutsche Frage handelt, sondern um eine europäische und um eine Weltfrage. Wenn das die Welt nicht anerkennt, dann ist das, was uns geboten wird, keine Demokratie echten Grades, sondern nur eine demokratische Form. Nach meiner Überzeugung muß die Demokratie in den Herzen jedes einzelnen und in den Herzen der Völker wohnen. Dann wird sie die Botschaft werden, an der die Welt gesunden kann, und die Botschaft, die dem Kollektivismus entgegentritt.

Bei dieser Gelegenheit bedauere ich eines außerordentlich. Ich gehöre nicht zu denen, die andere Parteien angreifen. Aber ich muß hier doch einmal ein Wort an den Führer der SPD sagen. Ich kann den Führer der SPD, den Herrn Dr. *Schumacher*, mit seiner Gesamthaltung nicht verstehen, die einem übertriebenen Zentralismus entgegengeht. Das kann ich nicht verstehen.

(Sehr gut!)

Er ist damit nichts anderes wie der Schrittmacher der Diktatur, ganz gleichgültig, von welcher Seite sie kommt.

(Lebhafter Beifall.)

Das soll er sich einmal gesagt sein lassen. Das muß einmal ausgesprochen werden.

Die Geschichte ist dazu da, um aus ihr zu lernen. Glauben Sie mir, wer diktatorische Wege geht, der hat immer etwas im Hintergrund, was für die Seele des wirklich demokratisch denkenden Menschen nicht paßt. So stehe ich auf dem Standpunkt, nicht zuviel Theorie, nicht allzu viel Spiel mit dem Wort Zentralismus und Föderalismus zu betreiben, sondern sich auf das zu begeben, was unser Volk für seinen Neubau braucht.

Und da sage ich insbesondere zu meinen bayerischen Freunden: Ich will nicht zu denen gehören, die neben dem Wagen herlaufen und kräftig bellen und bloß die Lautsprecher machen, wenn sie zusammenkommen, und sonst keinen Finger rühren. Da ist mir die Politik der Union schon die richtigere, daß wir uns auf den Karren hinaufsetzen und mitkutschieren. Denn letzten Endes sind *wir* die, die die demokratische Idee des Südens auch dem Norden zu vermitteln haben,

(Sehr richtig!)

und der Norden muß uns dankbar sein, wenn er hier die Hilfskräfte aus dem Süden bekommt, das heißt wir müssen zusammenarbeiten und nicht auseinanderarbeiten.

Der Herr *Semler* hat einen Vortrag gehalten, der von grundsätzlicher und grundlegender Bedeutung war. Ich bin ein bißchen Egoist. Ich habe selbst große Verbände zu leiten und gebe Obacht, was los sein könnte. Ich gehöre hier zu den Zuhörern, die Obacht geben, ob sie wirklich für ihre Sache etwas profitieren können. Und da ist es so, daß man hieraus so viel profitieren kann, daß dieser Vortrag gedruckt werden muß und allen Mitgliedern der Union zur Verfügung stehen muß, damit wir auch geistig das unterbauen, was hier wirtschaftlich und auch gegenüber der Besatzungsmacht notwendig ist. Das andere, was notwendig ist, kann ich mir vielleicht für den Parteitag vorbehalten. Auf diese Worte möchte ich mich beschränken.
So wollen wir jetzt von der Parteiversammlung hier in Frieden voneinander scheiden mit dem Gelöbnis, daß wir in den Zeiten der Not zusammenstehen und zusammenarbeiten. Das will die Wählerschaft der Union.

(Beifall.)

So soll diese Versammlung hier den Grundstein legen für unsere zukünftige Arbeit.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Es liegen noch acht Wortmeldungen vor. Darf ich die Parteifreunde bitten, auf das Wort zu verzichten? - Es ist verzichtet. Ich darf dann zum Schluß ...
Dr. *von Luschka*: Verzichtet ist etwas zuviel gesagt. Ich möchte mir vorbehalten, das nächste Mal auf das Problem zurückzukommen, über das ich sprechen muß.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf eine Frage an Sie richten, bevor ich schließe. Es ist vorgeschlagen worden, daß die *Semler*-Rede gedruckt wird. Ich habe mittlerweile überlegt, ob ich Ihnen nicht den Vorschlag machen soll: Wir waren ein kleineres Gremium, die Landesversammlung ist das entscheidende Gremium der Union. Ich möchte nicht gerne wiederholen. Aber ich hielte es doch für gut, wenn dieses Referat vor der Landesversammlung erstattet würde. Einverstanden? Dann werde ich Parteifreund *Semler* bitten, vor der Landesversammlung ein Referat in dem Sinne, wie er es heute gehalten hat, zu erstatten, das dann gedruckt wird. Das kann ich zurückstellen.
Meine lieben Freunde! Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden: Ich plane seit einiger Zeit im Hinblick auf die Wahlen die Einrichtung eines kommunalpolitischen Informationsdienstes. Ich werde diese Frage später behandeln. Ich möchte nur heute darauf hinweisen, daß die Freunde, die daran mitarbeiten wollen, mir möglichst bald ihre Bereitschaft mitteilen sollen. Dafür wäre ich sehr dankbar allen, die draußen die Erfahrungen sammeln in der Arbeit der Gemeinden. Jeder muß mithelfen. Nur dann können wir etwas leisten.
Meine lieben Freunde! Damit darf ich jetzt, bevor ich endgültig schließe, zunächst eine Dankespflicht erfüllen. Ich glaube, in aller Namen zu sprechen, wenn ich unseren Freunden aus Erlangen für die Arbeit danke, die sie bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Tagung geleistet haben.

(Beifall.)

Wir müssen anerkennen, wieviel Kleinarbeit in der Vorbereitung einer solchen Tagung steckt. Sie verdienen unseren ehrlichen Dank dafür.
Wir sind nach Erlangen gegangen, um zu zeigen, daß die Union nicht nur in Eichstätt oder in München, sondern überall zu Hause ist, auch in Erlangen. Wir werden immer wieder daran festhalten, daß der Landesausschuß wechselt, um dafür zu sorgen, daß

das Interesse an der Arbeit des Landesausschusses ein allgemeines wird, daß auch unsere Freunde im ganzen Lande dabei wissen, sie sind eine Grundfeste der Union. Ich danke Ihnen allen für die Mitarbeit, die Sie in dieser Tagung für die Union geleistet haben.
Wir haben zwei Tage gearbeitet, und es ist sicher kein Selbstlob, wenn ich sage, wir haben uns redlich angestrengt, für die Union das Beste zu leisten. Jeder einzelne, der gesprochen hat, hat so gesprochen, daß die Union wirklich dankbar sein kann für solche Mitarbeiter. Es war manchmal anders. Gott sei Dank ist diese Zeit hinter uns, Gott sei Dank wird jetzt in der gesamten Union gearbeitet. Wir stehen zusammen, und wir werden zusammenstehen, und niemand wird imstande sein, die Union auseinanderzubringen. Das sei ein für allemal festgestellt. Keinem Gegner der Union wird es gelingen, sie zu zertrümmern. Dafür ist bei uns gesorgt. Wir haben das in Bayern erreicht, wir sind dabei, in ganz Deutschland das gleiche zu erreichen.
Die Union als die größte Partei Deutschlands hat eine besondere Verantwortung. Sie ist sich dieser Verantwortung bewußt. Alle Männer der Union werden in der gesamtdeutschen Union das gleiche leisten, was wir hier leisten. Wir unsererseits in Bayern werden in Bayern und für Bayern arbeiten. Wir Bayern werden in Deutschland und für Deutschland arbeiten. Gott segne unsere Arbeit!

Schluß der Sitzung 13.15 Uhr.

Nr. 30

Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 24. Januar 1948 in Marktredwitz

Tagesordnung:[1]
1. Bericht der Satzungskommission, Dr. Kroth, Stellungnahme Pfeiffers
2. Neuwahlen nach § 48 der Satzung
3. Verschiedenes

Tagungsort: Marktredwitz, Katholisches Vereinshaus, Jean-Bauer-Straße

Anwesend:[2] J. Braun, Ehard, Emmert, Haußleiter, Horlacher, Kroll, K.A. Kroth, J. Müller, Pfeiffer, Rindt, Schedl, O. Thomas und weitere Teilnehmer.

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel

Die Sitzung wird um 14 Uhr durch den Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Dr. *Josef Müller*, eröffnet. Mit der wörtlichen Niederschrift wird während des Referats von Dr. *Kroth* (Schweinfurt) um 15.19 Uhr begonnen.
Dr. *Kroth*: ... Wir haben ohne Schwierigkeiten eine Einigung darüber erzielt, daß die Arbeitsgemeinschaften überall mit maßgebendem Einfluß eingebaut werden sollten. Wir haben weiter ohne weiteres Übereinstimmung erzielt in der Frage der automatischen Delegationen. Wir sind dann auch verhältnismäßig einfach zu dem Beschluß gekommen, das Präsidialsystem einzubauen. Herr Dr. *Pfeiffer* hat nach seinen ursprünglichen Einwendungen dann doch gesehen, daß das Verhältnis zwischen dem ersten Landesvorsitzenden und seinen beiden Stellvertretern ein sehr persönliches sein und werden muß und daß dieses Verhältnis gesetzmäßig sehr schwer zu umreißen ist. Wir haben über diesen Punkt des Präsidialsystems und auch über die Frage regional- oder zahlenmäßige Struktur eine ausgiebige Debatte gehabt.

(Zuruf: Was sind die Ergebnisse?)

Wir haben stundenlang über diese Frage diskutiert, weil der Satzungskommission daran lag, hier unbedingt eine Lösung zu finden, die allen annehmbar ist. Es ist uns leider nicht ganz gelungen. Wir haben, um den Wünschen von Oberbayern zu entsprechen oder näher zu kommen, einen Ausweg darin erblickt, daß wir die Landtagsabgeordneten als sitz- und stimmberechtigt wieder in der Landesversammlung verankert haben. Wir haben darin einen naheliegenden und natürlichen Ausgleich gesehen für die Forderung des Gewichtes nach der Zahl. Denn nach den Statistiken, die wir da noch einmal besonders herangezogen haben, haben wir festgestellt, daß die mitgliederstarken Verbände ihre Abgeordneten durchgebracht haben, während die mitgliederarmen auf ihre Abgeordneten haben verzichten müssen.

---

1 Laut Einladungsschreiben des Landesvorsitzenden vom 9. Januar 1948 (ACSP, CSU-Landesausschüsse, 24. Januar 1948) war als einziger Tagesordnungspunkt vorgesehen: 1. Neuwahlen nach § 48 der Satzung (Bericht der Satzungskommission). Tatsächlich verschoben sich Reihenfolge und Gewichtung wie oben. Die Einladung war für den 23. Januar erfolgt, die Sitzung verschob sich jedoch wegen des Generalstreiks in Bayern auf den 24. Januar 1948.

2 Eine Teilnehmerliste ist nicht auffindbar, die genannten Anwesenden wurden anhand des Protokolltextes ermittelt. Tatsächlich nahmen an dieser Sitzung 89 Personen teil, vgl. S. 1392.

Es hat sich dann höchstens vielleicht noch darum gehandelt, noch 25 zusätzliche Stimmen festzulegen, um vielleicht dadurch den Wünschen von Oberbayern ganz zu entsprechen. Aber es hat sich herausgestellt, daß dazu ein so kompliziertes Material notwendig war, daß die ganze Prozedur als ziemlich fragwürdig erschien. Dr. *Horlacher* hat zu diesem Punkt auch noch einmal ganz ausführlich gesprochen. Er hat darauf hingewiesen, daß wir gerade durch die sogenannten mitgliederarmen Verbände diesen Vorsprung bzw. diese Mehrheit in der Partei gewonnen haben und daß es sich wirklich nicht lohnt, hier große Mathematik anzuwenden, um hier auch rein zahlenmäßig einen Ausgleich zu finden.
Ich kann dann vielleicht gleich zu den Ergebnissen unserer Arbeit übergehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich unterbrechen? *Kroth* hat jetzt ungefähr einen Überblick über die Grundlinien dieser Debatte gegeben. Ich würde vorschlagen, daß jetzt *Pfeiffer* seinerseits einige Worte spricht und daß wir nachher Paragraph für Paragraph durchnehmen. Ich bitte zu entschuldigen, aber ich möchte hier Zeit sparen, soweit es irgendwie geht. Wir sollten jetzt schon die Landesversammlung beginnen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] macht dann einige Vorschläge zum Beginn der Landesversammlung, der auf 16.30 Uhr festgesetzt wird, und fährt dann nach einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten *Braun* zu dieser Frage fort:
Ich bitte Freund *Anton Pfeiffer*, seinerseits die Grundprinzipien, wie sie in der Diskussion hervorgetreten sind, vorzutragen. Dann werden wir vielleicht, wenn es notwendig ist, ganz kurz debattieren und dann Paragraph für Paragraph vornehmen.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Die widrigen Umstände, unter denen wir heute tagen müssen, und die Zeitnot, in der Entscheidungen gefällt werden sollen, liegen gewiß nicht im Verschulden der Leitung unseres Ausschusses und der Landesleitung. Aber trotz alledem kann ich nicht umhin zu erklären: Ich glaube nicht, daß man in der vorgesehenen Zeit von ein- oder eineinhalb Stunden eine Frage entscheiden kann, welche für einen bedeutenden Teil der Parteiangehörigen eine sehr weittragende Bedeutung hat.

(Sehr richtig!)

Ich halte es insbesondere nicht für angängig, daß wir heute unter Zeitdruck in 50 oder 80 Minuten etwas verbescheiden sollen, was man vorher besser und gründlicher und richtiger hätte erledigen können.
Damit diese Behauptung bewiesen wird, muß ich den Bericht des Herrn Kollegen *Kroth* leider in einigen Punkten ergänzen. Der Ausschuß, der die Satzungen überarbeiten sollte, ist vor gut drei Wochen eingesetzt worden. Die erste Sitzung war anberaumt ungefähr eine Woche später, mußte dann in gemeinsamer Übereinstimmung verlegt werden und sollte nun am letzten Dienstag vor acht Tagen stattfinden. Sie wurde dann auf Wunsch des Herrn Landtagspräsidenten [*Michael Horlacher*] auf den Dienstag dieser Woche verlegt.
Sie wissen, daß ich als Vertreter des Bezirksverbandes Oberbayern ersucht wurde, an der Kommission teilzunehmen. Ich habe mir als einer der Mitarbeiter an dem Satzungsentwurf von Oberbayern die Mühe gemacht und habe die drei im letzten Landesausschuß vorgelegten Satzungen sehr genau kollationiert, eine Synopsis gemacht, habe sie durchgearbeitet und, obwohl der Ministerpräsident [*Hans Ehard*] in dieser Woche von München abwesend sein mußte und infolgedessen auch mir aufgrund meiner dienstlichen Stellung eine größere und umfangreichere Arbeit [ob]lag, habe ich es ermöglicht, mich den ganzen letzten Dienstag freizumachen, und ich habe acht Stunden an den Beratungen dieser Kommission teilgenommen.

Ich habe im politischen Teil wie bei der Durcharbeitung der Satzungen darauf hingewiesen, daß fünf Punkte bei dieser Satzungsrevision verabschiedet werden sollen und daß dabei für einige Punkte vom Landesausschuß Richtlinien erteilt worden seien. Das eine sei die Einarbeitung der Arbeitsgemeinschaften, was ganz glatt und ohne Reibung vor sich ging. Das andere war die Frage der Zusatzstimmen für die leistungsstarken, leistungshohen Kreisverbände. Das dritte war die Frage der Zusammensetzung der Parteispitze, das vierte die Häufelungen von Stimmen auf einzelne Personen, welche in der Partei mehrere Funktionen haben. Es ist nach meiner Auffassung ein Unfug, daß jemand drei Stimmen abgeben darf, weil er z.B. Abgeordneter und Minister ist und sonst noch eine Funktion in der Partei hat. Denn Gehirn hat er auch nur eines, und er kann nur mit einem Gehirn zu den Beratungen beitragen. Infolgedessen soll er nur eine Stimme haben, und es soll keine Häufelung der Stimmen geben. Der letzte Punkt ist die Art der Stimmübertragung, die nach den gegenwärtigen Satzungen so möglich ist, daß jemand ein Portefeuille herauszieht wie in der Inflationszeit und eine ganze Serie von ihm übertragenen Stimmen abgibt, so daß also gebundene oder instruierte Stimmen ohne Teilnahme an der Verhandlung abgegeben werden können, was doch dem Sinn der Demokratie widerspricht.
Wir haben nun acht Stunden die Dinge besprochen. Das war an dem kritischen Tag, an dem sich die Verhältnisse dem Streik zuneigten. In den Abendstunden habe ich ein Gespräch mit dem Herrn Parteivorsitzenden und mit dem Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] in Frankfurt geführt. Für Mittwoch war die Zuspitzung der Lage sichtbar. Um 21.30 Uhr oder 22 Uhr abends trug ich das der Kommission vor, in deren Gegenwart ich ja praktisch die Telefonate führte, und wies darauf hin, daß wir uns sehr gut zusammengearbeitet und die Frage der Arbeitsgemeinschaften gut gelöst hätten und daß ich glauben würde, wir würden am nächsten Tag, am Mittwoch, wo wir um 11 Uhr zusammentreten sollten, uns auch über die Frage der Zusatzstimmen und über die Bildung der Parteispitze gut verständigen können. Ich nannte auch die anderen beiden Punkte und betonte ganz ausdrücklich, daß zur Behebung von Spannungen - da ich genau weiß, daß für einzelne Teile der Partei das sehr wichtig ist - eine Verständigung über diese Punkte am Mittwoch notwendig sei.
Ich machte dazu einige weitere Ausführungen. Zur Frage der Zusatzstimmen für die hochleistenden Kreisverbände verblieben wir dahin, daß ich am Mittwoch vormittag um 11 Uhr einen Vermittlungsvorschlag unterbreiten würde, der sich auf Ziffern stütze. Es wurde auch vereinbart, daß vom Landessekretariat statistische Unterlagen beigebracht würden, und ich sagte, wir werden wahrscheinlich in wenigen Minuten darüber einig sein. Ebenso hatte ich mir die Sache mit der Parteispitze und den Aufgaben des Landesausschusses überlegt.
Nun trat der Umstand ein, daß ich am Mittwoch vormittag um 9.30 Uhr ungefähr dienstlich durch Rücksprachen zuerst mit dem Herrn Innenminister [*Willi Ankermüller*] und dann mit dem Herrn Parteivorsitzenden in seiner amtlichen Eigenschaft in Anspruch genommen war. Ich ließ daher etwas nach 11 Uhr dem Ausschuß mitteilen, ich könnte an der Sitzung von 11 - 13 Uhr nicht teilnehmen. Dagegen würde ich am Nachmittag dasein können. Ich habe dann auf sein Ersuchen dem Abgeordneten *Hagn* gesagt, er könne für mich hingehen, er solle aber nur dasein, um mich zu informieren, denn er ist nicht Angehöriger des Bezirksverbandes Ober-bayern, dessen Angehöriger ich als Abgeordneter für die Stimmkreise Freising-Stadt und -Land bin. Ich wurde verständigt, daß die Sitzung um 14 Uhr weitergeht. Ich sagte, ich kann erst ge-

gen 15 Uhr dasein. Ich war da, um zu erfahren, daß die Entscheidung bereits in meiner Abwesenheit gefällt worden war.

(Hört, hört!)

Ich stellte die Frage: Ist die Angelegenheit verbeschieden oder kann sie wiederaufgenommen werden? Daraufhin wurde mir gesagt: Ja, eigentlich ist sie verbeschieden, und zwar durch die Kommission. Daraufhin fragte ich erneut: Ich habe gestern vorgetragen, worum es sich handelt. Es wurde gestern vereinbart, daß statistisches Material beigebracht werde, da mir bisher in die Unterlagen nie Einblick erlaubt worden sei.

(Unruhe.)

Ich habe erklärt, ich wolle einen Vermittlungsvorschlag machen. Darauf wurde mir gesagt, als Minister können Sie natürlich jederzeit das Wort ergreifen, aber natürlich nur, wenn wirklich neue Gesichtspunkte vorgetragen werden. Daraufhin habe ich erklärt: Ich bin hier nicht Minister, ich bin hier der Parteifreund *Pfeiffer* und bin der Beauftragte des Bezirksverbandes Oberbayern. Dann wurde mir eine erläuternde Darstellung über den Vorgang vom Vormittag gegeben, der mich dann gar nicht interessierte. Denn wenn ich nicht kontradiktorisch an einer Besprechung teilnehme und selber nicht Stellung nehmen kann, verzichte ich auf ein Referat.
Dann fragte ich ausdrücklich: Besteht die Möglichkeit, daß im Ausschuß die Sache noch einmal besprochen wird, oder ist die Angelegenheit erledigt? Ich habe dreimal gefragt und habe dann die Antwort bekommen: Ja. Ob dann noch eine zweite Lesung, wie sie vereinbart war, stattgefunden hat, weiß ich nicht. Ich habe dann noch die Entscheidung des Ausschusses mitgeteilt bekommen, die auf die Wünsche von Oberbayern in gar keiner Weise eingeht,

(Hört!)

eine Entscheidung, die gefällt wurde, ohne meinen Vermittlungsvorschlag zu hören. Daraufhin habe ich erklärt: Was ich nach der persönlichen Seite gesagt habe, will ich auslassen, ich halte das für politisch unklug, ich behalte mir die endgültige Stellungnahme des Bezirksverbandes Oberbayern zu diesen Dingen vor. Ich wußte ungefähr, wie die Stimmung in den zuständigen Bezirksorganen war, und habe erklärt: An der Teilnahme an redaktionellen Angelegenheiten habe ich bei meiner sonstigen Arbeit keine Zeit. Es wurde mir dann noch von verschiedenen Seiten gesagt: Es muß doch endlich einmal ein Ende werden, und es eilt.
Und nun frage ich Sie, meine Damen und Herren: Wenn es so eilt, muß dann diese Entscheidung, die gegen den größten Bezirksverband der ganzen Partei geht, in den 90 Minuten stattfinden, in denen der Vertreter dieses Bezirksverbandes aus höheren dienstlichen Gründen nicht anwesend sein konnte?

(Sehr richtig!)

Nun darf ich aber nach dieser Ergänzung - ich habe darüber dem Herrn Parteivorsitzenden einen Brief geschrieben, und ich nehme an, daß ein offizielles Protokoll von der Sitzung vorhanden ist, wo man das alles nachlesen kann - noch ein paar Worte sagen. Hier interessiert mich in erster Linie die Sache mit den Zusatzstimmen.
Meine Damen und Herren! Nach den letzten Darlegungen im Landesausschuß hat die Partei 82.500 eingeschriebene Mitglieder bei 180 Kreisverbänden. Auf den Landesdurchschnitt treffen demnach je Kreis [...][3]

[3] Seite 5 des Originalprotokolls fehlt und konnte nicht ermittelt werden.

Organisationsleistung - zwei Stimmen in der Landesversammlung hat, daß für überschüssige Stimmen darüber hinaus auf je 250 eine Zusatzstimme kommt, aber nur, wenn die ersten 125 überschritten sind, also ab dem 126. Mitglied von den nächsten 250. Um eine Überwalzung der kleinen Kreisverbände praktisch unmöglich zu machen, soll drittens kein Kreisverband mehr als zwei Zusatzstimmen haben, das heißt also, daß ein Kreisverband mit 1800 Stimmen nur soviel Vertretung haben darf als vier mal 250 entspricht.
Wenn der von mir vorgetragene Antrag angenommen wird, dann besteht ein Teil der Ungerechtigkeit immer noch weiter. Denn dann hat z.B. ein Kreisverband, der 1600 eingeschriebene Mitglieder hat, auf 400 Mitglieder praktisch eine Stimme in der Landesversammlung, und einer, der 70 eingeschriebene Mitglieder hat, hat auf 35 Stimmen einen Vertreter in der Landesversammlung. Auf alle Fälle hat auch der kleinste und organisationsschwächste Kreisverband zwei Vertreter und der stärkste kann nicht mehr als vier Vertreter haben.
Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie doch um eine Überlegung: Abgesehen von der Fairneß eines Ausgleiches innerhalb der Partei bitte ich Sie um eine einfache Überlegung. Sie reduzieren die Organisationslust und die praktische Leistungslust für die Organisation auf ein Minimum in den starken Kreisverbänden, wenn Sie dort gar keinen Ausgleich und keinen Ansporn geben. Dann werden Sie sehr bald erleben, daß man die Achsel zuckt und sagt: Sehr gut, Landesparteileitung, jammere über den Organisationsstand.
Sie müssen weiter bedenken, die Organisation ist doch das Rückgrat gegen den Flugsand. Es gibt in der Politik immer Flugsand, der hin- und herschwankt. Die organisierten Mitglieder, die durch den Willensakt der Bezahlung des Beitrages jedes Jahr ein-, zwei- oder viermal ihr Bekenntnis zu der Partei erneuern, sind der beste Rückhalt der Partei.
Nun ist gegenüber dieser Überlegung eingewendet worden: Die starken Kreisverbände seien ja schon dadurch hinreichend berücksichtigt worden, daß ihre Vertreter in der Landesversammlung sitzen, während die schwachen Kreisverbände keinen Vertreter oder Vertreter zusammen [sic!] im Landtag hätten. Ich meine, die Landtagsabgeordneten als Vertreter in der Landesversammlung stellen gewissermaßen eine Gegenleistung von der allgemeinen staatspolitischen Seite her dar, aber keine Gegenleistung für ein organisatorisches Verdienst. Die Landtagsabgeordneten und die Stimmzahlen, die bei den Wahlen erreicht werden, sind einerseits ein Ergebnis guter Organisation und der Propaganda, andererseits ein Ergebnis guter Politik, nicht zuletzt auch ein Ergebnis schlechter Politik und schlechter Propaganda der Gegner.
Aus diesen Faktoren kumuliert sich in einem bestimmten Zeitabschnitt der politische Erfolg in den Wahlen. Und wenn die Landtagsabgeordneten Mitglieder der Landesversammlung sind, dann ist diese Tatsache damit keineswegs abgegolten. Der andere Faktor der Bewertung ist die organisatorische Leistung. Diese kommt zum Ausdruck in der Schaffung dieses festen Rückgrates durch die Mitgliederzahlen und durch Stützung der parteifinanziellen Sektoren. Aus der letzten Sitzung führe ich meinen Grundsatz an: Die Partei muß gesund finanziert werden aus den kleinen Beiträgen, aus den Mitgliederbeiträgen. Denn wenn sie von großen Spenden abhängig ist, ist sie nicht mehr demokratisch, weil sie in Abhängigkeit von Interessentengruppen kommen kann. Das müssen wir unbedingt verhindern, wenn wir weiter freibewegliche Politik machen wollen, die unserem Gewissen und politischem Ethos entspricht.
Ein dritter Maßstab wäre noch das rein Finanzielle. Diese Frage ist in der Kommission von jemand angeschnitten worden, nicht von mir. Ich möchte sie hier nicht an-

schneiden. Ich möchte nur auf die Mitgliedschaften abheben, denn ich möchte hier vermeiden, daß es irgendwie aussieht, daß man mit dem Geld im Kleinen und Großen innerhalb unserer Körperschaften bezahlen kann.
Das sind Überlegungen, meine Damen und Herren, aus denen heraus ich am Mittwoch einen Ausgleichsvorschlag in der von mir vorgetragenen Form geben wollte, der den Schwächeren alles läßt und den Stärkeren einen kleinen Ausgleich für nachgewiesene Leistung gibt. Dabei unterstreiche ich noch einmal: Alle Nachweise innerhalb der Organisation müssen auf Mitgliederlisten, auf individuellen Namensangaben und auf Mitgliedsnachweisen beruhen und dürfen nicht en bloc hingenommen werden, daß man soundso viele Leute habe.
Wie ist das zahlenmäßige Ergebnis? Wir haben 180 Kreisverbände, mal zwei sind 360. Nach den, wie ich vorhin schon sagte, nicht vollständigen Ziffern würde sich dann ergeben, daß in die Landesversammlung jetzt schätzungsweise ca. 60 dritte Vertreter kommen würden und ca. 30 vierte Stimmen. Ein Block von ungefähr 30 Kreisverbänden, vielleicht noch mehr, würde die verdiente fünfte oder sechste Stimme nicht bekommen.
Zusammenfassend sage ich eines: Politische Leistung auf dem Wege über die Abgeordneten in der Landesversammlung geht in Ordnung. Die organisatorische Leistung ist nicht entsprechend bewertet, wenn der von mir gemachte Vermittlungsvorschlag nicht angenommen wird. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, es ist eine wichtige Sache für einen bedeutenden Teil der Kreisverbände. Es ist nicht richtig, daß bei der jetzigen Gliederung die Vorteile nur bei einem Landesteil liegen würden, ebenso wie es nicht richtig ist, daß bei der Neuregelung diese Vorteile nur bei dem einen Landesteil liegen würden. Es gibt Diasporagebiete der Partei, und denen den Schutz zu gewähren, bemühe ich mich auf die vorgetragene Weise.
Das ist die eine Frage, und ich wäre Ihnen herzlich dankbar für Verständnis für diese Situation. Ich mache Sie darauf aufmerksam: Als es sich beim letzten Landesausschuß darum handelte, welche Richtlinien die Kommission bekommen soll, da standen sich 52 gegen 45 Stimmen gegenüber, eine Ausgleichsrichtlinie aufzutragen. Das Stimmverhältnis lautete also 45 zu 45 plus sieben, und die sieben, die noch dazu zum Teil äußerst zögernd die Hand erhoben, waren das Zünglein an der Waage. Das spricht mir dafür, daß die Situation schon damals, als sie nicht so geklärt war, wie ich es jetzt vorgetragen habe, von einem sehr bedeutenden Teil des Landesausschusses als bereinigungsreif in dem von mir vorgetragenen Sinn angesehen wurde. Freund *Horlacher* hatte damals einen Ausgleich über die Bezirksverbände vorgeschlagen. Das ist alles viel komplizierter, als wenn wir die Bestimmung annehmen: bis 500 nachgewiesene Mitglieder erhält jeder Kreisverband zwei Vertreter, und dann tritt eine Staffelung dergestalt ein, daß noch zwei weitere hinzutreten können, aber nie mehr als zwei weitere Zusatzstimmen.
Ich habe bereits den anderen Punkt kurz genannt, daß nämlich keine Häufelungen vorgenommen werden sollen, weil ich es für falsch halte, daß aufgrund verschiedener Funktionen die gleiche Person mehrere Stimmen hat. Ich darf hier gleich auf die Stimmübertragungen eingehen. Ich habe vor ein paar Minuten den jetzigen Entwurf gelesen, der in meiner Abwesenheit zu diesem Paragraph festgestellt wurde. Ich darf hierzu auch gleich meine Stellungnahme umreißen. Meiner Ansicht nach ist eine Stimmübertragung nur möglich von einem Nachbarkreis auf den anstoßenden, wo also eine territoriale und damit auch eine gewisse Gesinnungsgemeinschaft politischer Art vorhanden ist. Ich bin der Meinung, es sollte nicht mehr als eine Stimmübertra-

gung möglich sein. Es können allerdings auch Verhältnisse eintreten, wie gerade heute, daß man also einmal die zwei Stimmen eines Kreisverbandes auf den gleichen Vertreter übertragen kann. Auf den gleichen Vertreter soll aber keine Stimmübertragung von verschiedenen Kreisverbänden stattfinden, weil, wie gesagt, bei den Beratungen doch das Gehirn und die individuelle Teilnahme des einzelnen das Maßgebende ist. Ich werde bei den entsprechenden Paragraphen darauf noch zurückkommen.
Das war, glaube ich, in dem Antrag Oberbayern seinerzeit das Wichtigste.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir müssen dann die Paragraphen durchstudieren.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Ich ergreife dann nicht mehr das Wort.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich muß mit der Zeit kalkulieren. Der Referent hat 15 Minuten gesprochen, Du annähernd eine halbe Stunde. Ich will nicht unterbrechen, wenn etwas Wesentliches zu sagen ist. Nur möchte ich konzedieren, daß bei den wesentlichen Paragraphen eine kurze Debatte nötig ist.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Über die Frage der Parteispitze habe ich auch nur sehr wenig gesagt. Ich bin damit fertig. Ich bitte, die Verhandlung weiterzuführen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, richtig zu verstehen: Ich will nicht unterbrechen. Ich muß konzentrieren. Es kommen verschiedene Freunde nach, die diese speziellen Debatten noch mitmachen sollen, bevor sie die Stimme abgeben.
Thomas: Zur Geschäftsordnung! Der Beginn unserer Landesausschußsitzung läßt zweifellos erkennen, daß die gesamte Tagung, die wir nun durchzuführen haben, wieder in endlosen Debatten über organisatorische Fragen verlaufen wird. Meine Damen und Herren! Haben wir nichts anderes zu tun? Ich glaube, wir dürfen wissen, daß das Volk, das hungert, auf uns schaut. Verschließen wir doch die Augen nicht davor, daß draußen das Volk am Verhungern ist. Ich stelle deswegen den Antrag, meine Damen und Herren, daß wir den Punkt Satzungsänderungen überhaupt von unserer Tagesordnung streichen

(Sehr richtig!)

und dafür im Landesausschuß beschließen, daß die Tagesordnung auf der Landesversammlung insofern abgeändert wird, daß die Minister, die Mitglieder der Regierung, sich nun auf Referate vorbereiten, die darauf abgestellt sind, zu beweisen, wo eigentlich die Schuld für unsere riesengroße Not liegt. Denn niemand glaubt, daß diese Not in diesem Ausmaße unbedingt durch die Verhältnisse notwendig ist.
Ich schlage vor, daß ferner die Regierungsmitglieder in der Landesversammlung über diesen Punkt als den ersten Punkt der Tagesordnung referieren, damit wir erkennen können, wo die Schuld liegt. Wenn die Schuld bei unserer Regierung liegt, müßten wir darüber klar Bescheid wissen. Kommt diese Schuld im wesentlichen von außen her, meine Herren und meine Damen, ich glaube, dann können wir ebenfalls offen und ehrlich sprechen. Denn wir haben die Chance dessen vor uns, der nichts mehr zu verlieren hat und deswegen offen reden kann.

(Beifall.)

Wir bekommen im Monat noch eine Brotzeit als Monatsration vorgesetzt. Ich glaube, hier sind wir an einem Punkt, wo wir offen reden können, weil wir nichts mehr zu verlieren haben. Ich glaube, darüber haben wir auf unserer Tagung zu debattieren. Und wenn keine Zeit für andere Fragen mehr übrig bleibt, ist [es] nicht schade darum. Wir können es uns aus Prestigegründen nicht leisten, hier nur Organisationsfragen zu behandeln.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Die Anregung von unserem Parteifreund *Thomas* ist wohl verständlich. Aber Sie müssen davon ausgehen, daß diese Fragen den Landesausschuß und die Landesversammlung seit langem beschäftigen und daß eine Partei auch organisatorisch imstande sein muß, in Notzeiten so zusammengeschweißt zu sein, daß bestimmte Entscheidungen getroffen werden können. Ich gehe mit *Thomas* einig, daß die Debatte auch in der Landesversammlung beschränkt werden soll, soweit es irgendwie möglich ist, gerade weil wir durch den verspäteten Beginn der Landesversammlung in der Zeit beschränkt worden sind. Aber die Fragen, die im letzten Landesausschuß vorbereitet worden sind, und die in diesem Landesausschuß kurz behandelt werden müssen, müssen zu einer gewissen Entscheidung gebracht werden.

(Sehr richtig!)

Denn sonst gehen wir mit Schwierigkeiten in die nächsten Monate hinein, und die Partei steht vor großen Aufgaben und hat dabei in sich gewisse Spannungen, die beseitigt werden können, wenn man versucht, eine vernünftige Lösung zu finden.
Ich darf also jetzt, da *Thomas* einen Antrag zur Tagesordnung oder, besser gesagt, zur Geschäftsordnung gestellt hat, zunächst über den Antrag *Thomas* abstimmen lassen. Ich wäre dankbar, wenn dieser Antrag so formuliert werden könnte, daß er darauf abgestellt ist, die Verhandlung in der Zeitausnützung möglichst zu beschränken.
Dr. *Horlacher*: Der Parteifreund *Thomas* hat vollständig recht, daß die Partei über die Zwirnsfäden der Satzungserörterungen möglichst bald hinwegkommt. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, darüber hinwegzukommen, denn eine einige Union wird die Dinge viel besser beraten können als eine ständig um die Satzungen sich drehende Union. Deswegen muß dieser Punkt, das ist mein fester Wille, bei der jetzigen Landesversammlung einmal aus dem Weg geräumt werden, ob die Entscheidung so oder so fällt, es muß endlich einmal Schluß sein. Ich spreche nicht aus der Schule, wenn ich noch folgendes hinzusetze: Es muß endlich dazu kommen, daß die Organe der Union über die Politik der Union entscheiden und nicht Sonderzirkel in München oder sonstwo.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, jetzt keine Geschäftsordnungsdebatten mehr zu machen, sonst verlieren wir über die Geschäftsordnung Zeit. Ich darf über den Antrag *Thomas* abstimmen lassen. Wer ist dafür, daß die Entscheidungen über Statutenänderungen jetzt und in der diesmaligen Landesversammlung behandelt und getroffen werden? Ich habe ausdrücklich gefragt: Wer ist dafür?

Thomas: Das ist nicht mein Antrag. Mein Antrag ist dahingehend formuliert:

> Der Landesausschuß wolle beschließen, die Tagesordnung der Landesversammlung wird dahin abgeändert, daß als erster Punkt die Regierungsmitglieder darüber referieren, wie die Not so groß werden konnte, und daß darüber eine Aussprache kommt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Thomas*, das kommt sowieso.
Thomas: Aber wir werden keine Zeit mehr dazu haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir haben selbstverständlich Zeit dazu. In der Landesversammlung wird voraussichtlich, wenn Sie einverstanden sind, heute verhandelt werden erstens die Statutenänderung als erster Ausgangspunkt, zweitens wird die Politik der Union durch mein Referat behandelt werden. Dann kommt die Wahl. Denn die Wahl

muß vorgenommen werden, *Thomas*, weil ich nur auf ein Jahr gewählt bin. Meine Frist wäre im Dezember abgelaufen gewesen. Ich konnte nur deswegen weiter amtieren, weil ich in der Landesversammlung in Eichstätt ein Vertrauensvotum bekommen habe. Sonst hätte ich unter allen Umständen schon im Dezember die Landesversammlung abhalten müssen. Deswegen muß auch das abgeschlossen werden, *Thomas*. Da hilft alles nichts. Dann wird heute die Wahl sein.
Morgen früh wird dann der Ministerpräsident *Ehard* mit einem Referat beginnen, und zwar werden wir bald das Arbeiten anfangen. Dann ist vorbereitet ein Referat des Wirtschaftsministers *Seidel*, an das sich dann die Debatte anschließt, die *Thomas* wünscht. Die Tagung wird sich bis morgen nachmittag etwa zwischen 15.30 und 15.45 [Uhr] erstrecken können, weil der Sonderzug um 16.30 Uhr

(Zuruf: Um 17 Uhr!)

um 17 Uhr abfahren wird, so daß wir bis 16 Uhr tagen können. Wenn wir also keine lange Geschäftsordnungsdebatte führen, meine lieben Freunde, wird die Zeit reichlich ausgenützt werden können, um die Probleme zu behandeln, die *Thomas* wünscht. Infolgedessen wäre es viel vernünftiger, *Thomas*, auch Du hättest uns die Geschäftsordnungsdebatte erspart.
Darf ich bitten, *Ehard*! Nein, *Ehard* will sich wahrscheinlich melden zur Frage *Pfeiffer*. Ich muß aber den Geschäftsordnungsantrag zuerst behandeln. Ich darf gleich abstimmen lassen. Der Antrag *Thomas* ist bekannt, oder muß er noch bekanntgegeben werden? Wer ist gegen den Antrag *Thomas*? Das ist die weitaus große Majorität. Wir brauchen nicht abzuzählen. Ich darf die Gegenprobe machen. Wer ist dafür? Nur drei sind dafür. Der Antrag ist also mit überwiegender Majorität abgelehnt.
Dann bitte ich, [uns] möglichst Geschäftsordnungsdebatten zu ersparen. Ich darf vielleicht die durch den Vortrag Dr. *Pfeiffers* behandelten Fragen des Prozedierens des Ausschusses jetzt rasch behandeln, um auch das abzukürzen. Aus dem Referat *Pfeiffer* ist vielleicht ein kleiner Vorwurf bemerkbar, der sich doch gegen die Parteileitung richtet, nicht wegen der Behandlung der ganzen Probleme, wenn ich *Pfeiffer* richtig verstanden habe, sondern wegen der Tatsache des Nichtbekanntgebens des Zifferntmaterials für die Fundierung der Anträge *Pfeiffer*. Hierzu darf ich folgendes erklären:
Meine lieben Freunde! Der Landesgeschäftsführer hat mir den Wunsch *Pfeiffers* vor einigen Tagen vorgetragen. Ich habe die Weisung schon längere Zeit an die Landesgeschäftsstelle gegeben, und zwar aufgrund bestimmter Erfahrungen, daß keinerlei Zahlenmaterial herausgegeben wird, sondern daß jeweils nur den Ausschüssen, wenn sie tagen, das Zahlenmaterial bekanntgegeben wird.

(Zurufe: Sehr richtig! Warum?)

Denn ich habe keine Veranlassung, um es konkret zu sagen, der Bayernpartei auch Einblick in unsere weitere Entwicklung zu geben, um so mehr, als Agitationsredner dort früher ja in unseren eigenen Reihen standen. Ich darf, wenn sich kein Widerspruch erhebt, Ihre Zustimmung dazu annehmen, daß ich auch in Zukunft keinem, wer es auch sein mag, außerhalb einer Tagung Einblick in innerorganisatorische Vorgänge der Union gebe.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Ich bin Ausschußmitglied und nicht Vertreter der Bayernpartei.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Pfeiffer*, Du hast die Möglichkeit, im Ausschuß jede Aufklärung zu verlangen.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Habe ich erbeten!

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Aber sonst wird aus dem Hause heraus kein Material gegeben.

(Sehr richtig!)

Ich darf darüber gleich abstimmen lassen, um das zu erledigen. Wer ist gegen die von mir getroffene Anordnung, daß keinerlei Organisationsmaterial an irgend jemand ausserhalb einer Sitzung gegeben wird? Diese Maßnahme ist einstimmig gebilligt.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Innerhalb der Sitzung?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jeder Einblick, der verlangt wird.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Habe ich nicht bekommen!
Haußleiter: Zur Geschäftsordnung! Meine lieben Freunde! Ich mache einen ganz einfachen Vorschlag der Prozedur. Wir haben die Aufgabe, die wiederhergestellte Einheit der Union zu festigen. Das können wir nur, indem wir die wirklichen Entscheidungen in der Landesversammlung [fä]llen, auch über die Satzung, damit hier einmal ein klare Grundlage für unsere Weiterarbeit gegeben ist.
Ich schlage folgendes vor: Wir vertagen die Entscheidung im Landesausschuß und verlegen sie in die Landesversammlung, wo sie getroffen werden muß, und zwar verfahren wir dort in folgender Weise: Wir stellen die drei oder vier Grundfragen zur Debatte, um die die Reformvorschläge unserer Parteifreunde *Hundhammer-Pfeiffer* gehen. Werden sie im Sinne der Ausschußarbeit entschieden, dann kann die Landesversammlung im großen den Vorschlag des Ausschusses billigen. Werden sie gegen den Vorschlag des Ausschusses entschieden, dann muß der nächste Landesausschuß die neuen Vorschläge aufgrund der grundsätzlichen Entscheidung der Landesversammlung ausarbeiten. Das scheint mir ein rascher, klarer Weg zur Regelung einer Frage, die wir unter allen Umständen so entscheiden müssen, daß in dieser Notzeit die Einheit der Union gefestigt und hergestellt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es steht der Antrag *Haußleiter*. Ist er bekannt oder soll er nochmals formuliert und wiederholt werden? Es wäre wohl besser gewesen, ihn im einzelnen zu formulieren. Denn irgendwie müssen die Statuten durchbesprochen werden. *Haußleiter*, es hat gar keinen Sinn, es hilft nichts, sonst werden wir jede Landesausschußsitzung und jede Landesversammlung wieder damit zu tun haben.
Infolgedessen würde ich vorschlagen, daß angefangen wird die Statutenänderungen bekanntzugeben, und dann erst auch über den Antrag *Haußleiter* abzustimmen. Warum wollen wir nicht an die Schwierigkeiten gehen und vorher schon vor ihnen zurückweichen? *Haußleiter*, stelle Deinen Antrag im Augenblick zurück.

(Haußleiter stimmt zu.)

Der Antrag *Haußleiter* ist zurückgestellt. Es werden die Änderungen bekanntgegeben. Ich würde vorschlagen, daß Dr. *Schedl* Änderung für Änderung rasch bekanntgibt.

(Zurufe: Sie sind bekannt! Wir haben sie nicht bekommen!)

Sie werden jetzt rasch verlesen.
Dr. *Schedl* gibt die Änderungen der Satzung bekannt, wie sie von der Satzungskommission vorgeschlagen worden sind. (Siehe Anlage![4])
Bei Verlesung der Neufassung des § 4 schaltet der Vorsitzende [*Josef Müller*] ein: Darf ich grundsätzlich zur Prozedur vorausnehmen, damit die Paragraphen formell in der

[4] Diese Anlage konnte nicht ermittelt werden. Vgl. aber den Satzungsänderungsentwurf vom Februar 1948 im Anhang, Dok. Nr. XXII, S. 1825ff.

Landesversammlung rascher behandelt werden, daß nur über Paragraphen debattiert wird, bei denen ein Widerspruch angemeldet wird. Ich bitte, einen solchen grundsätzlichen Widerspruch jeweils durch Zwischenruf anzumelden.
Dr. *Schedl* verliest die Änderungen bis § 23 einschließlich.
Nach einem Zwischenruf, daß die Verlesung abgekürzt werden solle, erteilt Vorsitzender [*Josef Müller*] dem Vorsitzenden des Ausschusses zur Satzungsänderung, *Emmert* (Nürnberg), das Wort, der ausführt:
Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte die Ehre, dem Ausschuß für Satzungsänderungen vorzustehen. Als solcher bin ich Ihnen einige Erläuterungen schuldig. Ich hatte geplant, die Satzungen in zwei Lesungen durchzuberaten. Sie wissen alle, es standen uns zwei Tage zur Verfügung. Am ersten Tag haben wir in der Früh um 10 Uhr begonnen und nachts um 22.30 Uhr geendet. Am nächsten Tag konnten wir erst um 11 Uhr beginnen und haben bis spät abends getagt. Es war nicht möglich, zwei Sitzungen durchzuführen, um alles einzuarbeiten, wie wir es besprochen hatten.
Ich kann aber grundsätzlich feststellen: Es bestand Einmütigkeit darüber, daß alle Auffassungen, die vorgetragen worden sind, in der Satzung ihren Niederschlag finden können. Es bestand vor allem darüber Einstimmigkeit, daß kein Punkt da wäre, der die Satzung als ganzes auch nur einen Augenblick irgendwie gefährden könnte. Ich bin von dieser Linie am ersten Verhandlungstag in keiner Weise abgewichen. Daß sich am zweiten Tag kleine Meinungsverschiedenheiten ergeben haben, um das kurz zu streifen, da war ich zufällig nicht anwesend und habe es nicht zu vertreten. Ich habe aber die feste Überzeugung, wenn der Ausschuß Zeit gehabt hätte, die Sache in der zweiten Lesung zu beraten, hätten wir Ihnen heute einen Text vorlegen können, der alle hundertprozentig befriedigt hätte. Es war angesichts der wirklich weittragenden Probleme technisch und zeitlich nicht möglich, die Satzung so restlos durchzuarbeiten, wie wir es selbst gewünscht hätten. Dazu war einfach die Zeit zu kurz.
Ich wollte in der zweiten Lesung auch noch ein neues Thema damit verquicken. Wir wollten prüfen, ob der erste Entwurf auch unserer allgemeinen Forderung entspricht, daß der politische Normalverbraucher in der Satzung zu seinem Rechte kommt.

(Sehr gut!)

Das möchte ich ausdrücklich feststellen. Ich habe den Eindruck als Vorsitzender der Satzungskommission, daß nicht der geringste Zweifel darüber bestehen kann, daß wir uns alle restlos einig werden. Ich bitte Sie daher, nun folgendem zuzustimmen.

1. Die Satzung als solche, wie sie in der letzten (?) Landesversammlung vorgelegen hat, wird grundsätzlich als Rahmensatzung gebilligt.
2. Wir setzen einen Ausschuß ein, der die paar kleinen Korrekturen, ich möchte beinahe sagen Schönheitsfehler, noch in die Reihe bringt. Nachdem ich eine grundsätzliche Übereinstimmung der Auffassungen feststellen möchte, ist Raum für jede Auffassung. Die Wünsche von Oberbayern, die man nicht ohne weiteres ablehnen kann, haben eine gewisse Berechtigung und lassen sich meines Erachtens auch gut unterbringen. Ich nehme an, daß auch die Oberbayern in ihren Forderungen zuletzt auf das Gesamtinteresse der Union blicken und nur so viel anmelden werden, als zu vertreten ist.

Ich möchte also vorschlagen, den Ausschuß zu ermächtigen, die zweite Lesung durchzuführen und Ihnen morgen einen verbindlichen Entwurf vorzuschlagen. Über die Hauptfragen, das Direktorialsystem oder Präsidialsystem können Sie, wenn Sie wollen, heute abend schon beschließen. Das steht Ihnen frei.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist ein Antrag zur Geschäftsordnung, aber ein relativ unklarer Antrag, möchte ich ehrlich sagen.
Dr. *Horlacher*: Wir müssen über diese Sachen hinwegkommen. Das hindert ja nicht, daß bei der nächsten Landesversammlung wieder Satzungsänderungen beantragt werden, auch wenn wir uns, wie ich annehme, mit großer Mehrheit auf diese neue Satzung geeinigt haben, wobei die wesentlichen Punkte in der Landesversammlung noch einmal kurz dargestellt werden. Das ist eine Frage, die jederzeit möglich ist. Aber zunächst ist es notwendig, daß wir in den Grundfragen der Union eine Einigung und Entscheidung herbeiführen. Je eher das ist, liebe Freunde, desto besser ist es für die Union.

(Sehr richtig!)

Es muß einmal mit dem ewigen Gestreite einer Satzungsänderung aufhören. Denn viele Mitglieder draußen haben kein Interesse an diesen Auseinandersetzungen. Viele Mitglieder draußen spüren an den Auseinandersetzungen über die Satzungsänderung, daß noch gewisse Restbestände politisch grundlegend gegenteiliger Auffassungen in der Union vorhanden sind.[5] Deswegen sind wir - ob wir die jetzigen Änderungen nun in der Landesversammlung endlich herbeiführen oder nicht - der Ansicht, daß es gut ist, wenn ein solcher Streit über die Satzungsänderung aufhört, wobei es jedem einzelnen, wenn er dann noch begründete Änderungen zur Satzung vorbringen will - selbstverständlich auch dem Kreisverband Oberbayern -, unbenommen bleiben kann, das jederzeit zu tun. Das geschieht aber dann auf einem ganz anderen Blatt, nachdem die grundlegenden Formfragen der Union zur Entscheidung gebracht sind.

(Bravo-Rufe.)

[*Ein*] *Vertreter der Jungen Union*: Die Junge Union hat heute bereits in einem ihrer Gremien zu dem Satzungsänderungsvorschlag Stellung genommen. Ich möchte bereits hier in der Landesausschußsitzung feststellen, daß die Junge Union es sehr begrüßen würde, wenn wir möglichst schnell zu einer festen Formulierung kommen würden, denn dieser Vorschlag entspricht auch im wesentlichen den Wünschen der Jungen Union. Sie begrüßt es ferner, wenn Herr Präsident *Horlacher* heute bekannt gibt, daß jederzeit auch noch Änderungsvorschläge eingebracht werden können, und würde also ihrerseits diese Vorschläge bei einer anderen Gelegenheit einbringen, um heute die Zeit für wesentlich wichtigere und drängendere Fragen einzusparen.
Dr. *Rindt*: Meine Freunde! Ich habe bei den beiden Diskussionen einen etwas merkwürdigen Eindruck. Das gleiche Gremium, das heute hier sitzt, hat in Erlangen für die Satzungskommission Richtlinien gegeben. Wir sind heute in der ganzen Diskussion wieder auf dem Standpunkt angelangt, daß wir, nachdem wir unseren Willen schon das letzte Mal ziemlich eindeutig formuliert haben, die gleiche Geschichte wieder von vorne beginnen. Ich lehne eine derartige Taktik von vorneherein ab. Entweder es gilt ein Beschluß von uns, oder er gilt nicht. Wenn er nicht gilt, werde ich mich in Zukunft an keiner Abstimmung mehr beteiligen.

(Sehr richtig!)

[5] Der Diskussionsbeitrag Horlachers ist in der Vorlage bis hierher von zwei Stenographen festgehalten und übertragen worden. Zwischen beiden Fassungen sind leichte Abweichungen festzustellen, die jedoch den Sinn und Tenor seiner Ausführungen nicht verändern.

Ich stelle daher den Antrag, daß in diesem Gremium über die Frage der verantwortlichen Führung der Partei oder des Kollegialsystems nicht mehr diskutiert wird, denn diese Frage ist in diesem Gremium das letzte Mal eindeutig entschieden worden. Ich stelle weiterhin den Antrag, daß über gebietsmäßige oder mitgliederzahlenmäßige Entsendung in den Landesausschuß und in die Landesversammlung in diesem Gremium nicht mehr abgestimmt wird. Darüber ist bereits das letzte Mal abgestimmt worden. Wir drehen uns in einem circulus vitiosus, wir fangen immer wieder von vorne an. Damit kommen wir nicht weiter.
Dr. *Pfeiffer* sagte, bei der Abstimmung über die zahlenmäßige Vertreterentsendung ist eine Mehrheit von nur ungefähr sieben Stimmen durchgegangen. Ich habe - vielleicht bin ich noch zu jung - den Eindruck, daß in der Demokratie im Landtag Gesetze auch mit einer einzigen Stimme Mehrheit endgültig beschlossen werden können. Das ist ja demokratisches Prinzip. Und da kann man - ich muß das wiederholen - von einem Überreiten oder Überwalzen einer Minderheit nicht sprechen. Die Mehrheit, ganz gleich, eine welch große Mehrheit es war, hat sich für einen bestimmten Punkt entschieden. Wir dürfen also, wenn sich eine gewisse Minderheit ungerecht behandelt fühlt, die Dinge von diesem Gremium dann nicht an die Landesversammlung verweisen.

(Zurufe: Es *wird* überwalzt! - Eine Mehrheit wird überwalzt!)

Ich bitte doch, ein bißchen mitzudenken. Ich habe jetzt nicht von dieser praktischen Organisationsform, von den 28% oder sonst etwas gesprochen, die Parteifreund *Pfeiffer* aufgezeigt hat, sondern ich habe von Abstimmungen in diesem Kreis, in dem Gremium damals in Erlangen gesprochen.

(Zuruf: Da waren 51% mit 28% vertreten, entschuldigen Sie, Herr Doktor!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf hier vielleicht einen Moment unterbrechen, damit durch die Zwischenrufe nicht ein falsches Bild entsteht, so wie es schon geschehen ist. Es werden dann immer - darauf ist nämlich z.B. auch ein Antrag zurückzuführen - Gerüchte gebildet, als ob z.B. in Eichstätt voriges Jahr ein einziger Mann 120 Stimmen weitergegeben hätte. All diese Gerüchte schaden.
Ich darf ferner gerade angesichts der Anwesenheit der Presse hier feststellen: Die statistischen Unterlagen ergeben, daß die Mitgliederziffer in Oberfranken organisch langsam im Wachsen und ungefähr im entsprechenden Verhältnis die oberbayerische im Abnehmen begriffen ist. Vielleicht gibt das dem einen oder anderen zu denken.

(Zustimmende Zurufe. - Dr. *Hundhammer*: Sehr richtig! Sehr beachtlich!)

Dr. *Kroll*: Liebe Parteifreunde! Ich stelle den Antrag: Ich stelle fest, daß die Landesversammlung seit sieben Minuten begonnen hat; ich stelle die Frage, ob wir an ihr teilnehmen wollen.

(Heiterkeit.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist die praktischste Anregung, die gegeben worden ist.
Es stehen eine Reihe von Anträgen; es stand zunächst der Antrag *Pfeiffer*.

(Dr. *Pfeiffer*: Der kann an jeder anderen Stelle beraten werden!)

Der Antrag *Pfeiffer* wird mit Zustimmung *Pfeiffers* in die Landesversammlung, wenn

es zweckmäßig ist, hinübergenommen, denn dort muß ja dieses Thema auch besprochen werden.
Es steht ein Antrag *Rindt*.

(Unruhe und Zwischenrufe.)

Ich bitte, hierzubleiben. Es hat keinen Sinn, wenn der eine oder andere weggeht. Wir sind beschlußfähig, und ich lasse jetzt abstimmen. Ich habe festgestellt: Es sind von den 127 Vertretern des Landesausschusses 89 anwesend - zwei oder drei davon können auf dem Gange sein, so daß wir also jetzt abstimmen können.
Ich muß über bestimmte Fragen abstimmen lassen. Ich lasse über folgendes abstimmen:

> Die Diskussion über die wesentlichen Punkte der Statutenänderung wird in die Landesversammlung verlegt.

Wer ist gegen diesen Antrag? - Einstimmig angenommen. Damit ist die ganze Debatte beendet. Wir können dann in der Landesversammlung die praktische Handhabung überlegen.
Ich muß jetzt einen weiteren Antrag stellen:

> Das Mandat der vom Landesausschuß für die Landesvorstandschaft gewählten Vertreter wird bis zu einer Landesausschußsitzung verlängert, die noch im Laufe des Februar stattfindet.

Ich muß damit die Legalität der Mandatsträger herstellen.

(Zuruf: Lieber bis März!)

Ich kann die Legalität nicht uferlos verlängern, sondern ich muß hier terminieren. - Wer ist gegen diesen Antrag? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Ich habe noch folgenden weiteren Antrag:

> Das Mandat der bisherigen Vorsitzenden der Organisations- und Arbeitsausschüsse der Partei wird bis zu einer im Februar stattfindenden Landesausschußsitzung verlängert.

Wer ist gegen diesen Antrag? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

> Das Mandat der für das Landesschiedsgericht bestellten Vertreter wird bis zu einer im Februar stattfindenden Landesausschußsitzung verlängert.

Wer ist gegen diesen Antrag? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Dann stelle ich, da ich als Landesvorsitzender die Verantwortung dafür habe, den Antrag:

> Es findet eine neue Landesausschußsitzung spätestens in der zweiten Hälfte des Februar statt.

Wer ist gegen diesen Antrag? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Damit komme ich zum Punkt "Verschiedenes". Es ist angesichts des Zeitmangels eine unwichtige Debatte, darf ich hier feststellen. Wird zum Punkt "Verschiedenes" das Wort gewünscht?

Dr. *Rindt*: Ich wollte das Wort wünschen, aber ich stelle die Angelegenheit in die Landesversammlung zurück, wenn dort vom Vorsitzenden Gelegenheit geboten werden wird, noch zu diesem Punkt zu sprechen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gerne. Um welchen Punkt handelt es sich?
Dr. *Rindt*: Er betrifft die sogenannte Arbeitsgemeinschaft katholischer Politiker.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dazu ist bei der Debatte über die Arbeitsgemeinschaften Gelegenheit. Denn in den Statuten, die ich - um es mit *Anton Pfeiffer* zu sagen - auch gestern das erste Mal gesehen habe, und zwar deswegen, weil ich die Debatte in der Arbeitsausschußsitzung absichtlich nicht beeinflussen wollte, ist, wie ich festgestellt habe, ausdrücklich vorgesehen, daß Arbeitsgemeinschaften nur mit Zustimmung des Landesausschusses gebildet werden können. Dort ist Gelegenheit zu dieser Debatte. Damit ist auch der Punkt "Verschiedenes" erledigt.
Meine lieben Freunde! Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Mitarbeit und schließe die Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union.

Schluß der Sitzung um 16.37 Uhr.

Nr. 31

Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union am 24. und 25. Januar 1948 in Marktredwitz

Tagesordnung:[1]
1. Satzungsänderung, Schiedsordnung
2. Politik der Union, Aussprache, Wahl des Landesvorsitzenden
3. Politik der Bayerischen Staatsregierung, Bericht des Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard [Bericht des Wirtschaftministers Hanns Seidel], Aussprache
4. Verschiedenes

Tagungsort: Marktredwitz, Städtische Turnhalle, Jean-Bauer-Straße

ACSP, CSU-Landesversammlungen; Schriftführer: Ludw. Blum

Die Landesversammlung wird am 24. Januar 1948 um 17.18 Uhr[2] unter dem Vorsitz des Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Dr. *Josef Müller* eröffnet.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Als Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union in Bayern eröffne ich die ordentliche Landesversammlung der Union. Es war bisher immer üblich, daß vor Beginn der Landesversammlung ein Gottesdienst stattgefunden hat und daß wir in diesem Gottesdienst den Segen Gottes auf unsere Arbeit herabgerufen haben. Diesmal hat sich der Beginn der Landesversammlung verzögert aus Gründen, die Ihnen allen bekannt sind. Infolgedessen hat auch der Großteil unserer Freunde nicht an dem Gottesdienst heute morgen teilnehmen können. Ich darf infolgedessen Ihre Zustimmung annehmen, wenn ich Sie bitte, sich zu erheben und gemeinsam den Segen Gottes auf unsere Arbeit für die Union und unser Volk herabzuflehen.
(Die Anwesenden erheben sich zu einem kurzen stillen Gebet.)
Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich eröffne und wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich dem Bürgermeister des Ortes zu einer kurzen Begrüßung das Wort geben.
Bürgermeister *Pöhlmann*: Sehr verehrte Anwesende, liebe Gäste! Für die Stadtverwaltung Marktredwitz und gleichzeitig für den Kreisverband Wunsiedel möchte ich Sie hier recht herzlich willkommen heißen. Wir freuen uns in Marktredwitz, daß Sie seinerzeit die hiesige Stadt als Tagungsort für die Landesversammlung gewählt haben. Sie dürfen versichert sein, daß bei uns alles getan wurde, um zu einem Gelingen der Tagung zu kommen.

(Beifall.)

Die schwierigen Zeitumstände kennen Sie selbst am besten.

---

1 Laut Einladungsschreiben vom 9. Januar 1948 (ACSP, CSU-Landesversammlungen, 24. und 25. Januar 1948) und Wortlaut des Protokolls, vgl. S. 1402, ergänzt durch die Zusatzinformation in den eckigen Klammern.

2 Im Einladungschreiben vom 9. Januar 1948 (wie Anm. 1) war der Beginn der Versammlung für 9.30 Uhr angekündigt. Der Termin verschob sich infolge des Generalstreiks in Bayern und der aus dem gleichen Grund notwendigen Verschiebung der für den 23. Januar geplanten Landesausschußsitzung, vgl. Dok. Nr. 30, S. 1379ff.

Ich wünsche nun der Landesversammlung der Union vollen Erfolg und einen guten Verlauf, und ich möchte Sie bitten, daß Sie Marktredwitz und das Fichtelgebirge in einem guten Andenken behalten. Gleichzeitig möchte ich Sie auch einladen zur Besichtigung der Industrieschau, die hier im Kaiserhof-Saal auf gedrängtem Raum stattfindet.
Auch dazu ergeht herzliche Einladung. Hoffentlich besuchen Sie uns auch einmal bei einer günstigeren Jahreszeit hier in Marktredwitz.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es obliegt mir nicht nur, dem Herrn Bürgermeister von Marktredwitz, unserem Parteifreund, für die Worte zu danken, die er an uns gerichtet hat. Ich glaube in Ihrer aller Namen sprechen zu dürfen, wenn ich bereits jetzt der Stadt und ihren Bewohnern und vor allem auch unseren Parteifreunden für die Arbeit der Vorbereitung dieser Landesversammlung danke. Ich glaube, wir alle haben den Eindruck, daß unsere Freunde in der kurzen Zeit, die ihnen zu dieser Vorbereitung verblieben ist, ganz ausgezeichnet gearbeitet haben.

(Bravo!)

Wir danken der Stadt und ihren Bewohnern für die freundliche Aufnahme, die wir gefunden haben. Wir haben in der Landesausschußsitzung in Erlangen gerade deswegen Marktredwitz gewählt, weil die Union zeigen will, daß sie allüberall in Bayern zu Hause ist. Es kam uns darauf an, gerade auch hier in diesem Winkel Bayerns - denn manche betrachten die Gegend hier bald an der Grenze Bayerns liegend - zu Hause zu sein, bei einer Bevölkerung, die der Struktur der Union am besten entspricht.

(Bravo!)

Denn wir sind keine einseitig eingestellte Partei. Wir sind eine Partei, die für alle Stände, für alle Schichten des Volkes da ist und für alle Schichten des Volkes arbeitet, weil hier alle Schichten vertreten sind.

(Beifall.)

Wir haben deshalb auch Marktredwitz gewählt, weil uns die Wirtschaftsform hier in diesem Bereich vorbildhaft zu sein scheint für die künftige Entwicklung in Bayern.

(Bravo!)

Wir wissen, daß Bayern übervölkert ist. Wir wissen, daß es notwendig ist, eine gesunde, vernünftige Wirtschafts- und Sozialstruktur zu finden. Es hätte keinen Sinn, wenn die Bevölkerung Bayerns in den Großstädten neu zusammengeballt würde und wenn die Großstädte durch das Anwachsen der Bevölkerung noch mehr erweitert würden. Die Vergangenheit hat die Gefahren der Übervölkerung gezeigt. Die Gefahren werden sich in der Zukunft noch mehren. Wir wollen nicht die Vermassung in den Großstädten, wir wollen die Auflockerung der Bevölkerung über das ganze Land hinweg.

(Bravo!)

Wir wollen eine vernünftige Verteilung der Industrie über das ganze Land hinweg, weil durch diese vernünftige Verteilung der Industrie nicht nur der Wirtschaft gedient ist, nicht nur der Industrie selbst, sondern allen Berufsschichten, weil sich dadurch

auch eine entsprechende wirtschaftliche und soziale Umgestaltung für alle übrigen Stände des Volkes forcieren läßt. Wir wissen, daß z.B. der Landwirt dadurch gewinnt, daß innerhalb seines Bereiches eine Industrie aufgebaut wird, weil er dann seine Wirtschaft umstellen kann.

Wir kennen die Schwierigkeiten, die z.B. für die Landwirtschaft nach einer Währungsumstellung entstehen werden. Hier scheint es uns notwendig zu sein, in gesunder Streusiedlung, so wie das hier gegeben ist, allen die Möglichkeit zur Entwicklung der höchsten Aktivität im Wirtschaftsleben zu geben, weil dadurch am besten der Persönlichkeitswert für eine gesunde Strukturgestaltung des sozialen Körpers herausgearbeitet wird. Hierin ist diese Gegend vorbildlich. Wir wollen zeigen, daß wir in dieser Gegend nicht nur diskutieren, wie die Verhältnisse sind, sondern daß wir durch das Zusammenleben von Nord und Süd in Bayern auch noch mehr zusammenwachsen. So wie wir da zusammenwachsen, wollen wir dann hinauswachsen über Bayern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie dann alle begrüßen, die Sie aus ganz Bayern hierhergekommen sind. Ich begrüße alle Gäste, ich begrüße alle Parteifreunde. Ich darf im besonderen begrüßen die Herren Vertreter der Militärregierung und darf hier feststellen: Es mag sein, daß wir nicht immer miteinander zufrieden sind. Vielleicht beruht das auf Gegenseitigkeit.

(Heiterkeit.)

Aber wir wissen, daß wir mit unserer amerikanischen Militärregierung gut zusammenarbeiten können und nicht nur zusammenarbeiten müssen. Wir sollen uns gegenseitig näherkommen, auch durch eine freie Aussprache.

(Bravo!)

Es wird das noch im einzelnen zu behandeln sein.

Ich begrüße dann alle, die für die Union in den verantwortungsvollen Ämtern der Regierung arbeiten, an der Spitze unseren Parteifreund *Ehard*.

(Lebhafter Beifall und Bravo-Rufe.)

In normalen Zeiten werden wir bestimmt nicht besondere Begrüßungen vornehmen, weil wir hier in diesen Gremien Parteifreunde sind, die in jeder Weise zusammenarbeiten, und weil die Arbeit eine selbstverständliche Pflicht ist. Aber gerade in diesen Tagen der Entscheidungen und nachdem wir wichtige Entscheidungen für Bayern hinter uns haben, habe ich es für meine Pflicht gehalten, hier von dem Usus abzuweichen und eine besondere Begrüßung vorzunehmen.

Ich begrüße dann insbesondere auch die Freunde, die von der Union aus Deutschland zu uns gekommen sind. Von den Freunden innerhalb unserer Zone ist bis jetzt unser Freund *Andre* erschienen, der Landesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Partei in Württemberg. Ich glaube, ich brauche nicht besonders zu betonen, wie sehr uns dieser Besuch freut. Denn wir werden mit unserem Nachbarland Württemberg zusammenarbeiten, und wir von der Union werden vor allem mit der Union in Württemberg aufs engste zusammenarbeiten.

Gerne hätte ich auch unsere Parteifreunde aus dem Norden und aus dem Osten Deutschlands begrüßt. Ich hätte gerne begrüßt unseren Freund *Adenauer* aus der englischen Zone. Er hat mir ein Telegramm übermittelt und mich gebeten, Ihnen die besonderen Grüße der Christlich-Demokratischen Union der englischen Zone auszusprechen.

(Bravo!)

Es war ihm leider nicht möglich zu erscheinen, da seine Frau sehr schwer erkrankt ist und er um jeden Tag geizen muß, den er von Köln oder von Bonn abwesend ist.
Jetzt darf ich dafür - last not least - mit Freude begrüßen meinen Freund *Otto Lenz*, der für die Christlich-Demokratische Union der Ostzone und Berlins im Auftrage *Jakob Kaisers* erschienen ist.

(Lebhafter Beifall.)

Ich bin fest überzeugt, daß der eine oder andere bei der Begrüßung übersehen worden ist. Ich bitte, es mir nicht zu verübeln. Ich werde im Notfall Begrüßungen nachholen. Ich darf jetzt die Begrüßung beenden.

(Zuruf: Und *Semler*?)

Ich darf in die Arbeit eintreten und vielleicht noch später auf einzelne Dankesworte zurückkommen. Bevor ich aber in die Tagesordnung eintrete, darf ich unserem Freund, Minister *Andre* aus Württemberg das Wort erteilen.
Minister *Andre*: Verehrte Damen und Herren! Ich möchte mit einem Geheimnis beginnen. Wir haben nämlich in Württemberg jetzt wieder das Recht, "Grüß Gott" zu sagen. Und so begrüße ich Sie mit einem herzlichen schwäbischen "Grüß Gott".

(Die Versammlung erwidert den Gruß.)

Ich bin aber auch gekommen, um Herrn Dr. *Müller* und den bayerischen Parteifreunden für die Wahlhilfe zu danken, die sie uns geleistet haben. Wir sind bereit, auf diesem Gebiet Gegenseitigkeit zu üben. Vielleicht sind auch einmal die Bayern geneigt, den einen oder anderen Schwaben zu sich in ihr schönes Land einzuladen, wenn Wahlen kommen.
Ich wollte gestern mit dem Schnellzug nach hier fahren. Er ging nicht. Streik in Bayern! Alles streikte, sogar die Staatsbeamten, die Eisenbahner und andere Kreise. Unsere Gewerkschaften waren etwas vernünftiger.

(Beifall.)

Ich muß sagen, sie haben beschlossen, nicht zu streiken.

(Bravo!)

Der sozialdemokratische Landtagspräsident *Wilhelm Keil* hat am letzten Mittwoch anläßlich der Eröffnung der Landtagssitzung in kurzer gedrängter Rede dargelegt, daß nicht gestreikt werden kann und darf, weil der Streik das eigene Volk schädigen würde.

(Beifall.)

Wenn das einer von uns sagt, dann glauben das die anderen nicht. Vielleicht werden sie aber doch solche gewichtige Stimmen, wenn sie von alten Sozialdemokraten kommen, etwas beachten lernen. Man möchte das wünschen.
Ich will jetzt nicht zu diesem Streik sprechen. Ich denke, das ist zunächst Aufgabe Ihrer führenden Herren. Ich will ihnen keinen Satz und kein Wort wegnehmen. Aber die Feststellung glaubte ich machen zu müssen, daß bei uns der Streik von sozialdemokratischer Seite mit Bestimmtheit verworfen und abgelehnt worden ist.
Im übrigen bin ich gekommen, um hier zu lernen. Wenn ich auch weißgraue Haare habe, man ist im Leben immer Lehrling und man lernt nie aus. Ich möchte Gutes bei Ihnen lernen. Also müssen Sie sich auch entsprechend verhalten, nicht wahr?

(Beifall und Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Sie sind in Not mit der Zeit, und ich will dieser Not Rechnung tragen, indem ich zusammenfassend nur feststelle: Wäre die Union nicht da, sie müßte gegründet werden!

(Sehr richtig!)

Denn wir sind die Träger derjenigen Ideen, die geeignet sind, ein Volk neu aufzubauen, ihm neue Grundlagen und eine neue Zukunft zu geben. Wir kämpfen um Deutschlands Einigkeit, wir kämpfen um einen Frieden fürs ganze deutsche Volk. Und da ist es notwendig, daß alle Parteigruppen, die früher vorhanden waren, zu einer großen politischen Einheit, zu einer tragenden Säule, ja ich möchte sagen zur ersten tragenden Säule in unserem Staats- und Volkskörper zusammengefaßt werden. Das ist in der Union geschehen. Für die Einigkeit in der Union gilt es, Opfer zu bringen, damit das Ganze wieder gedeihen und vorangebracht werden kann.
In diesem Sinne wünsche ich Ihrer Tagung allerbesten Erfolg.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke unserem Freund Minister *Andre* für seine Worte. Ich danke der Union in Württemberg für die Bereitschaft zu gemeinsamer Arbeit. So wie wir in den vergangenen Wahlen geholfen haben, so werden wir auch auf die Hilfe Württembergs rechnen, wenn wir selbst in unserer Arbeit stehen. Wir werden gemeinsam unsere Probleme besprechen in der Gesamtunion, und wir werden uns unterstützen, wo wir nur können.
Ich darf jetzt Dr. *Otto Lenz* von Berlin bitten, für die Christlich-Demokratische Union der Ostzone und Berlins zu sprechen.

(Beifall.)

Dr. *Lenz*: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich danke Ihnen zunächst für die herzliche Berüßung, die Sie mir als dem Vertreter von *Jakob Kaiser* und *Ernst Lemmer*

(Lebhafter Beifall.)

und damit als dem Vertreter der Union Berlins und der Ostzone, die jetzt in einem schweren Ringen um ihre Existenz steht, entgegengebracht haben. Im Namen von *Jakob Kaiser* und *Ernst Lemmer* entbiete ich dem Parteitag der CSU Bayerns die allerherzlichsten Grüße. Zu ihrem großen Bedauern sind beide wegen der besonders schwierigen Lage der Partei in Berlin und der Ostzone, die Sie ja kennen, an ihrem persönlichen Erscheinen verhindert. Sie bedauern dies um so mehr, als sie durch ihr persönliches Erscheinen gern den Dank zum Ausdruck gebracht hätten für die Unterstützung, die die bayerische CSU insbesondere durch ihren derzeitigen Vorsitzenden Herrn Dr. *Josef Müller* und eine große Reihe anderer bayerischer Parteifreunde uns in Berlin so häufig haben zuteil werden lassen.

(Bravo!)

Seien Sie überzeugt, daß alle Parteifreunde in Berlin und in der Ostzone, die zu den Grundsätzen einer wahren christlichen und demokratischen Union stehen, ihren Parteitag mit besonderem Interesse verfolgen. Denn wir sind uns bewußt, daß die Christlich-Soziale Union Bayerns eine der stärksten und wichtigsten Stützen der Gesamtunion Deutschlands ist. Die Union steht heute überall in Deutschland in einer Situation, die in ganz besonderem Maße ein Festhalten und eine Besinnung auf die Grund-

sätze ihrer Politk erforderlich macht. Sie wissen, daß die CDU in Berlin und in der Ostzone zur Zeit einen erbitterten Kampf um ihre demokratische Freiheit führt. Es ist, wie ich hier betonen möchte, kein Kampf gegen die Besatzungsmacht und das russische Volk. Wir müssen aber darauf bestehen, daß man uns die Freiheit läßt, die Auffassung zu vertreten und in demokratischer Form durchzusetzen, die wir für richtig halten.

(Zustimmung und Beifall.)

Dabei stoßen wir in Berlin und in der Ostzone auf den Totalitätsanspruch einer Partei, die wir als einen entschiedenen Gegner einer freien demokratischen Entwicklung und unserer christlichen Anschauungen ansehen müssen.

(Sehr richtig!)

Dieser Kampf um die Grundrechte einer freien Demokratie muß bis zum Letzten durchgekämpft werden. Wir müssen uns bewußt sein, daß das, was uns jetzt an demokratischer Freiheit zusteht, im wesentlichen ohne unser Zutun uns zugefallen ist und daß wir erst beweisen müssen, daß wir wirklich bereit sind, um die demokratische Freiheit zu kämpfen.

(Sehr richtig!)

Die geistige Not, meine sehr verehrten Damen und Herren, in der sich unsere aufrechten Parteifreunde im Osten befinden, übersteigt noch bei weitem die materielle Not, die überall auf uns lastet. Um einen Satz aus der letzten Rede *Jakob Kaisers* in Berlin zu zitieren:

> Welchen Sinn soll die Niederschlagung des Hitlersystems gehabt haben, wenn auch in der Nachhitlerzeit das Einstehen für Freiheit und Aufrechtheit nicht gewürdigt wird?

(Zustimmung.)

Diejenigen aber, die diesen Kampf durchfechten müssen, können sich nur dann stark genug fühlen, wenn sie wissen, daß die Gesamtunion hinter ihnen steht.

(Erneute Zustimmung.)

Sie müssen getragen sein von dem leidenschaftlichen Willen eines entscheidenden Teiles des deutschen Volkes, die Grundsätze der persönlichen Freiheit und einer wirklichen christlichen und demokratischen Politik durchzusetzen.

(Bravo!)

Wir bitten Sie deshalb, und das möchte ich ganz besonders im Namen von *Jakob Kaiser* zum Ausdruck bringen, uns auch weiterhin Ihre moralische Unterstützung in dieser Auseinandersetzung zu gewähren.

(Jawohl!)

Wo wir auch hinblicken, wächst die Not um uns ins Unmeßbare. Möge dies wenigstens den einen Erfolg haben, daß wir als Union immer fester und einiger zusammenstehen in dem Willen zur Selbstbehauptung unseres Volkes. Ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß Ihr Parteitag in ganz besonderem Maße diesem Ziele dienen möge. Sie, die Bayerische Christliche-Soziale Union, ist ein entscheidender Teil der Gesamtunion. Hiermit grüße ich Sie!

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Dr. *Otto Lenz* für die Worte, die er im Namen der Christlich-Demokratischen Union der Ostzone und Berlins zu uns gesprochen hat. Ich darf im Namen der Christlich-Sozialen Union in Bayern die Erklärung abgeben: *Jakob Kaiser, Ernst Lemmer*, aber auch jeder Mann und jede Frau aus der russischen Zone und jeder Freund der Christlich-Demokratischen Union der Ostzone darf und muß wissen, daß wir Bayern in diesen Stunden zu unseren deutschen Brüdern in dieser Zone stehen.

(Lebhafter Beifall.)

Wir von der Christlich-Sozialen Union wissen, daß unsere Freunde aus der Union dort in einem harten Kampf stehen, auch für uns,

(Sehr richtig!)

auch für unser geistiges Gut.

(Erneute Zustimmung.)

Wir wissen, daß die Entscheidungen, die dort fallen, Entscheidungen über die Frage sind, ob sich die Persönlichkeit frei von Furcht in Deutschland in allen Zonen entwikkeln kann.

(Zustimmung.)

Wir werden nicht in nationalistische Hetze übergehen. Wir wissen, daß unseren Freunden dort alles ferner liegt als Appelle an den Instinkt. Aber wir wissen auch, in welcher materiellen, moralischen und geistigen Not sich unsere Freunde im allgemeinen dort befinden. Sie dürfen und müssen unserer Hilfe sicher sein.

(Beifall.)

Ich darf im Anschluß daran das mir soeben übergebene Telegramm *Jakob Kaisers* verlesen:

> Durch unaufschiebbare Verpflichtungen leider verhindert, an Eurer Tagung teilzunehmen, bitte ich, der Verbundenheit aller Freunde in Berlin und der Ostzone mit Euch sicher zu sein. Unsere aufrichtigen Wünsche begleiten Eure Verhandlungen. Wir sind überzeugt, daß sich Geist und Inhalt unserer Arbeit mit unserer Sorge um eine neue, freie, demokratische Ordnung unseres gesamten Volkes begegnet. *Kaiser.*

(Beifall.)

Ernst Lemmer hatte noch bis gestern vor, heute zur Tagung zu kommen. Leider sind technische Schwierigkeiten eingetreten.

(Zurufe.)

Ich darf dann bekanntgeben, daß Glückwunschtelegramme eingegangen sind von dem Landesvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union in Baden, Parteifreund *Heurich*:

> Kommen zum Parteitag unmöglich, da dringende Geschäfte mich abhalten. Ich wünsche Ihrem Parteitag guten Verlauf und hoffe, daß er dazu beitragen wird, der CDU und CSU eine geschlossene Reichsführung zu ermöglichen.
> Gez. *Heurich*

Es ist ein Telegramm eingegangen von einem vielen von uns sehr lieb gewordenen Freund, vom stellvertretenden Ministerpräsidenten von Hessen, dem Landesvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union in Hessen, Dr. *Werner Hilpert*:

Allen Freunden ein herzliches Glückauf!

(Bravo!)

Damit darf ich die Begrüßungen beenden. Es sind mir vorhin Wortmeldungen zugegangen. Ich weiß nicht, ob die Wortmeldungen zu diesem Punkt gehören oder zum allgemeinen Verlauf der Tagung. Es haben sich gemeldet *Hans Bartel*, [...][3] Sind es Gäste oder Vertreter?

(Zuruf: Vertreter!)

Wenn es Vertreter sind, darf ich die Wortmeldungen zurückstellen, bis wir zur Behandlung der Tagesordnung gekommen sind. Ich darf dann die Tagesordnung bekanntgeben.
Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich unserem Parteifreund Kultusminister *Hundhammer* das Wort geben zu einer Mitteilung.
Staatsminister Dr. *Hundhammer* (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Ich weiß nicht, warum Sie klatschen. Aber ich habe eine wichtige Mitteilung.
Liebe Parteifreunde! Gestern hat Herr Staatsrat *Fritz Schäffer* von der Militärregierung die Mitteilung bekommen, daß er wieder volle politische Bewegungsfreiheit hat.

(Lebhafter Beifall.)

Er kann wieder wählen und gewählt werden. Der Herr Parteivorsitzende hat ihm gestern abend eine schriftliche Einladung für heute hierher zugehen lassen. Es war ihm nicht möglich, dieser Einladung noch Folge zu leisten. Herr Staatsrat *Schäffer* hat mich aber gebeten, alle Freunde hier zu grüßen und allen zu danken, wie er sich ausdrückt, die in der Zeit seiner Verbannung seiner gedacht haben, und er läßt denen danken, die mitgeholfen haben, ihm wieder die Freiheit zu verschaffen auch in der staatsbürgerlichen Betätigung.

(Bravo!)

Er läßt insbesondere auch die Freunde in der Fraktion grüßen.

(Erneute Bravo-Rufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke. Ich darf dann die Tagesordnung bekanntgeben.

1. Satzungsänderung, Schiedsordnung,
2. Politik der Union, Aussprache, Wahl des Landesvorsitzenden,
3. Politik der Bayerischen Staatsregierung, Bericht des Ministerpräsidenten Dr. *Hans Ehard*, Aussprache,
4. Verschiedenes.

Ich darf annehmen, daß sich kein Widerspruch gegen die Festsetzung dieser Tagesordnung erhebt und daß keine Einwände wegen Versäumnis irgendwelcher formaler Vorschriften erhoben werden. Ich darf die letztere Einschränkung vor allem deswegen hinzusetzen, weil wir durch den Streik verhindert worden sind, rechtzeitig zu beginnen.

[3] In der Vorlage folgt eine halbzeilige Lücke.

Es lag das nicht in unserer Macht. Auf der anderen Seite habe ich mich trotz Bedenken, die von der einen oder anderen Freundesseite geäußert wurden, für verpflichtet gehalten, diese Landesversammlung unter allen Umständen abzuhalten, gerade angesichts des Streiks.

(Bravo-Rufe!)

Erhebt sich ein Widerspruch gegen die Tagesordnung? Das ist nicht der Fall. Ich darf zum normalen Ablauf dann vielleicht folgendes bemerken: Es ist jetzt 17.50 Uhr. Wir können heute tagen, solange wir es wünschen. Für Verkehrsmöglichkeiten zu den Quartieren ist gesorgt. Ich würde vorschlagen, daß wir uns zuerst über den ersten Punkt der Tagesordnung unterhalten. Wir sehen dann, wie weit wir in der Diskussion kommen. Wir lassen dann eine befristete Pause von längstens einer Stunde eintreten. Im Anschluß daran soll dann mein Referat stattfinden, so daß wir heute abend noch zur Wahl kommen, um das abgeschlossen zu haben, und morgen früh mit der Rede des Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] beginnen können. Sodann ist eine Rede des Wirtschaftsministers [*Hanns Seidel*] vorgesehen. Im Anschluß daran soll die Aussprache über die Regierungspolitik stattfinden. Der heutige Tag soll also der Parteipolitik, der morgige der Union vorbehalten sein, und zwar im Bezug auf die Regierungspolitik in Bayern und im gesamtdeutschen Bereich.
Wenn ich dann während der Debatte etwas kürzen darf und wenn vor allem Geschäftsordnungsdebatten vermieden werden, dann glaube ich, dem Wunsche vieler zu entsprechen, der auch vorhin in einem Antrag im Landesausschuß zum Ausdruck gekommen ist, daß vor allem die wirtschaftliche Not unseres Volkes in dieser Landesversammlung in ihrem Ursprung und in ihren Ursachen behandelt wird.

(Sehr richtig!)

Ich darf mir vorbehalten, wenn die Debatten sich etwas zu lange ausdehnen, daß ich dann, ohne einen formalen Beschluß über Abkürzung der Redezeit herbeizuführen, den einen oder anderen Redner vorsichtig durch Erheben darauf aufmerksam mache, daß er etwas kürzen möge. Ich darf mir auch vorbehalten, daß ich unwesentliche Punkte, die nicht zur Frage der Grundlinien der Politik der Union und der Regierung gehören, aus der Debatte wegnehme, denn wir müssen konzentriert arbeiten, um das aufzuholen, was uns durch den Streik an Zeit genommen wurde.

(Sehr richtig!)

Wir werden das bei gutem Willen bestimmt auch fertigbringen.
Wir treten dann in den 1. Punkt der Tagesordnung ein: "Satzungsänderung, Schiedsordnung". Ist die Schiedsordnung hier?
(Dr. *Schedl* bejaht.)
Die Schiedsordnung ist vom Landesausschuß genehmigt worden. Sie ist bekannt, weil sie mit der Satzung bekanntgegeben wurde. Darf ich Ihnen vorschlagen, daß wir von einem Verlesen der Schiedsordnung absehen.

(Zustimmung und Widerspruch, Zurufe: Vorlesen!)

Es erhebt sich ein Widerspruch. Meine lieben Freunde, ich weiß nicht, warum in dem Punkt einer vom Landesausschuß genehmigten Schiedsordnung ein Widerspruch erhoben wird, wenn man dabei wirklich Zeit sparen kann.

(Sehr richtig!)

Denn die Schiedsordnung kann in der Debatte wirklich aus der Landesversammlung herausgenommen werden. Wenn Sie nicht zufrieden sind, können Sie die Schiedsordnung ohne weiteres in einer anderen Landesversammlung behandeln lassen. Denn so wie die Entwicklung läuft, glaube ich nicht, daß die nächste Landesversammlung erst in einem Jahr sein wird, sondern wir werden uns vorbehalten müssen, in sehr wichtigen Zeitpunkten wieder zusammenzutreten.
Infolgedessen darf ich nochmals meinen Vorschlag aufnehmen, die Schiedsordnung nicht im einzelnen zu verlesen. Ich darf den Antrag stellen:

Die vom Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union beschlossene Schiedsordnung der Christlich-Sozialen Union in Bayern wird genehmigt und in Kraft gesetzt.

Wird hierzu eine Debatte gewünscht?

(Nein!)

Es ist das nicht der Fall. Dann darf ich über meinen Antrag abstimmen lassen. Wer enthält sich? Wer ist ...

(Zuruf: Wir können doch nicht über etwas abstimmen, was wir nicht kennen!)

Fünf Enthaltungen! Wir sind in der Abstimmung. Ich habe vorhin ausdrücklich gefragt. Fünf Enthaltungen. Wer ist dagegen?
Da ein Widerspruch rückwärts geltend gemacht wird, darf ich ausdrücklich noch abstimmen lassen, wer dafür ist. Wer ist dafür? Bei fünf Enthaltungen gegen zwei Stimmen angenommen.
Dann darf ich zum Thema Satzungsänderung kommen. Meine lieben Freunde, der Landesausschuß in Erlangen hat das Thema der Satzungsänderung eingehend behandelt. Es wurde dort viel hin und her debattiert. Der Landesausschuß hat aber einen Beschluß gefaßt, der einen Ausschuß ein[ge]setzt und diesem Ausschuß bestimmte Richtlinien mitgegeben hat. Der Beschluß des Landesausschusses zu einem Antrag *Horlacher* hat gelautet:

1. An einem von der Landesversammlung gewählten Landesvorsitzenden wird festgehalten.
2. Es werden durch den Landesausschuß zwei Stellvertreter des Landesvorsitzenden gewählt.
3. Die Landesvorstandschaft ist noch weiter zu ergänzen unter Berücksichtigung der Vorschläge, die in den Anträgen über Satzungsänderungen vorliegen.

Der Ausschuß hat getagt und hat die einzelnen Probleme bearbeitet. Ich darf hier die Erklärung abgeben: Ich habe mich absichtlich, da es ja auch um die Frage Präsidialsystem oder nicht ging, um jeden Eindruck zu vermeiden, als ob ich etwa irgendwie meinen persönlichen Einfluß in persönlichem Interesse geltend machen würde, zurückgehalten und habe genauso wie jeder von Ihnen erst heute von den Vorschlägen Kenntnis genommen, die der Ausschuß unterbreiten wird. Ich darf nun den Referenten des Ausschusses, *Kroth*, bitten - das heißt wir brauchen das nicht. *Kroth* hat im Landesausschuß referiert. Ich glaube, wir dürfen hier abkürzen. Wir haben die Debatte zum Teil im Landesausschuß mitgemacht.
Ich darf dann vielleicht bitten, daß als wesentliche Punkte noch die Fragen behandelt werden, die der Beschluß des Landesausschusses zum Gegenstand hat. Weiter handelt es sich darum, daß wir im einzelnen noch die Vertretung der Kreise besprechen. Ich glaube, wir führen zuerst eine kurze Debatte durch und gehen erst dann dazu über, zu

verlesen, wie die Abänderungsvorschläge lauten. Denn ein Großteil der Abänderungsvorschläge betrifft nur rein formale Vorgänge.
Zur Abänderung der Statuten darf ich vielleicht etwas sagen, was ich grundsätzlich vom Landesausschuß erwartet hatte, was ich aber auch Ihnen grundsätzlich vortragen möchte. Ich weiß, wie die Debatte um das Präsidialsystem geht. Ich weiß, welche Schwierigkeiten in den Auseinandersetzungen über eine gerechte Lösung der Vertretung der einzelnen Kreise bestehen. Mir selbst kommt es am meisten darauf an, daß die Union sich löst von der Debatte um einzelne Namen, von der Debatte um das, was man Namensflügel heißt.

(Sehr richtig!)

Ich habe in der Zeit, in der man vielleicht etwas anderes von uns erwartet hatte, in der man erwartet hatte, daß die Union auseinanderkrachen würde - das war nach der Bildung der Regierung im letzten Winter -, eine Neuorganisation der Union in Angriff genommen, eine Durchgliederung der Union in Arbeitsgemeinschaften. Denn ich bin der Auffassung, Auseinandersetzungen innerhalb einer so großen Partei wie der Union sind notwendig. Wir sind keine Marschkolonne, und wir wollen keine Marschkolonne werden.

(Sehr richtig!)

Jede positive Auseinandersetzung ist nur das Zeichen, daß eine Partei lebt und daß sie nicht veraltet ist und nur irgendein Programm übernimmt. Infolgedessen werden auch sachliche Auseinandersetzungen immer ermöglicht werden müssen. Wir müssen dafür sorgen, daß Auseinandersetzungen nach sachlichen Gesichtspunkten innerhalb unserer Partei möglich sind. Sie müssen dazu dienen, um eine gesunde Demokratie nicht nur in der Breite zu entwickeln, sondern um die Partei in der Gesamtdemokratie sich richtig auswirken zu lassen. Infolgedessen wurden die Arbeitsgemeinschaften geschaffen.
Die Arbeitsgemeinschaft Junge Union ist Ihnen so bekannt, daß ich darüber nicht weiter zu reden brauche. Sie ist die erste Organisation innerhalb der Union gewesen. Wir haben dabei nicht nur an die Überwindung des Generationenproblems gedacht, sondern gerade diese Aktivität der Jugend wird immer einsetzen müssen, um die Union als solche jung zu erhalten.
Wir haben daneben eine Arbeitsgemeinschaft Frauen der Union aufgebaut. Während die Arbeitsgemeinschaft Junge Union rasch gewachsen ist, ist die Arbeitsgemeinschaft Frauen der Union erst in der Weiterentwicklung. Wir wissen aber, was wir den Frauen in der Union bereits zu verdanken haben, und ich darf bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die Union die einzige Partei in Bayern ist, die Frauen als Volksvertreter im Parlament hat.

(Bravo!)

Wir wollen den Frauen in der Volksvertretung zur Geltung verhelfen in unserer jungen Union. Wir wissen, daß ihr belebender und ausgleichender Geist den Geist der Union immer fördern wird.
Daneben wurde, wenn ich zeitlich vorgehen darf, dann die Union der Ausgewiesenen und der Flüchtlinge geschaffen. Sie war deswegen beschleunigt zu gründen, weil wir wissen, welche Gefahr darin besteht, daß etwa die Ausgewiesenen, die Flüchtlinge sich bei uns als Fremdkörper im Lande fühlen würden und sie auch innerhalb der Union Fremdkörper sein sollten. Wir werden mit Hilfe dieser Arbeitsgemeinschaft

Union der Ausgewiesenen die Tendenzen zur Verproletarisierung, zur geistigen Verproletarisierung innerhalb der Flüchtlinge bekämpfen.
Wir werden damit aber auch die Flüchtlinge so in die Union hereinführen, daß sie sich bei uns wirklich zu Hause fühlen können.

(Bravo!)

Neben diese Arbeitsgemeinschaft der Union der Ausgewiesenen wurde bereits die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmergruppen in der Union gestellt. Meine lieben Freunde, gerade die letzten Tage haben uns bewiesen, wie notwendig die Aktivierung dieser Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmergruppen in der Union ist.

(Sehr richtig! Christliche Gewerkschaften!)

Unsere Freunde aus der Arbeitsgemeinschaft vertreten mit mir zum überwiegenden Teil die Auffassung, daß wir jetzt noch nicht eigene christliche Gewerkschaften gründen sollten.

(Zurufe: Aber Zeit wäre es, warum nicht?)

Aber wir dürfen eines feststellen: Die letzten Tage waren eine Kraftprobe. Durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmergruppen sind wir von jetzt an jederzeit in den Stand gesetzt, selbständig zu handeln, wenn wir dazu gezwungen werden sollten, weil die Einheitsgewerkschaft nicht mehr neutral ist.

(Lang anhaltende, stürmische Zustimmung.)

Neben diese Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmergruppen in der Union tritt die Arbeitsgemeinschaft mit den Unterteilungen für Handel, Gewerbe und Industrie. Wir von der Union gehen davon aus, daß die Förderung der Persönlichkeit im Wirtschafts- und Sozialleben vor allem dadurch eintritt und wirksam wird, daß die Entwicklung von unten nach oben innerhalb der Wirtschafts- und Sozialstruktur immer organisch gefördert wird.
Wir sehen unsere Aufgabe darin, Klein- und Mittelbetriebe in besonderem Maße zu fördern, weil wir wissen, daß nicht etwa die Umstellung des privatkapitalistischen Monopols zum gewerkschaftskapitalistischen Monopol eine gesunde Lösung bedeuten würde,

(Beifall.)

weil wir wissen, daß nicht die von der Gewerkschaftsbürokratie getragene Wirtschaft die gesunde Form unseres Wirtschaftslebens wäre,

(Sehr richtig!)

sondern weil wir wissen, daß nur der Fleiß des kleinen Mannes im Klein- und Mittelbetrieb soviel für unser Volk an Substanz schafft und gewinnt, daß nur dadurch die Gesamtheit des Volkes den größten Nutzeffekt aus dem Wirtschaften hat.

(Beifall.)

Nicht Parteidogmen aus alter Zeit können dem Volk in solcher Notzeit helfen. Helfen kann nur die Arbeit zur Produktionssteigerung. Helfen kann nur, wenn mit Hilfe dieser Produktionssteigerung die Substanz so wird, daß dadurch ein gesunder Ausgleich innerhalb der Schichten des Volkes möglich wird. Helfen kann dann nur der dadurch bedingte soziale Arbeitsfrieden.

(Sehr richtig!)

Diesem Ziel dient diese Gliederung für Handel, Gewerbe und Industrie, die neben die Gliederung der Arbeiterunion gestellt ist.
Daneben wird die Union der Bauern, die Arbeitsgemeinschaft der Bauern in der Union treten.

(Zustimmung.)

Denn wir wissen, wieviel wir gerade in der Notzeit dem so viel gelästerten Bauern, der im Prinzip anständig ist, verdanken.

(Lebhafter Beifall.)

Wir schämen uns nicht der Bauern, die in der Union zu Hause sind, auch wenn man zum Schluß jeden Bauern als Schieber behandeln möchte. Soweit ist es noch nicht. Gott sei Dank ist unser Volk und auch der Bauer im großen und ganzen anständig geblieben.

(Erneuter Beifall.)

Meine lieben Freunde, ich habe Ihnen damit die Arbeitsgemeinschaften entwickelt und habe damit gleichzeitig eine grundsätzliche Betrachtung verbunden, die mir notwendig erschien, um den organischen Aufbau der Union so offen zu entwickeln, daß jeder draußen wissen soll, daß die Union durch diese organische Durchgliederung an Kraft gewonnen hat und daß es niemandem mehr möglich sein wird, etwa einen Teil aus der Union herauszusplittern.

(Sehr gut!)

Wenn Splitterungen erfolgen, so werden sie von jetzt an die Union bestimmt nicht mehr gefährden. Es kam mir darauf an, diese Arbeitsgemeinschaften in den Statuten unter allen Umständen so fest zu fundieren, daß sie weiterentwickelt werden können. Ich gebe zu, daß damit vielleicht noch nicht die letzte Lösung gefunden ist. Wir werden uns nachher bei den Statutenbesprechungen darüber noch unterhalten können. Ich würde Sie nur bitten, auch die Debatte darüber möglichst abzukürzen.
Darf ich jetzt fragen, ob das Wort zu dem vorher erwähnten Beschluß des Landesausschusses der Union in Erlangen gewünscht wird? Der Antrag war von *Horlacher* gestellt worden. Vielleicht kann Horlacher dazu kurz Stellung nehmen und, wenn es gewünscht wird, dann noch Parteifreund *Pfeiffer*.
Dr. *Horlacher*: Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei Betrachtung der gesamtpolitischen Lage, in der wir uns befinden, muß ein Gedanke vornedran stehen: Es ist der Gedanke, daß über alle früheren persönlichen und sonstigen Differenzen hinweg nunmehr die Einheit der Union und ihre sachliche Arbeit über alles gehen muß.

(Lebhafter Beifall.)

Das war auch der Sinn der Landesausschußsitzung in Erlangen. Und wenn ich die Stimme unseres Volkes richtig herausgehört habe, so ist ein Aufatmen durch die Reihen der Union gegangen,

(*Semler*!)

daß endlich die Periode der Geschichtchen der Union aufhört und die Union sich als geschichtlicher Faktor in unser bayerisches und deutsches Geschehen einschaltet.

(Mehrfache Zustimmung.)

Unter solchen Gesichtspunkten muß die Gesamtfrage der Satzungsänderungen behandelt werden.

Lassen Sie mich dazu eines sagen: Satzungsänderungsanträge sehen nach außen hin oft sehr harmlos aus,

(Sehr richtig!)

aber es können sich hinter den Satzungsänderungen Dinge verbergen, die doch etwas anderes sind wie bloße Satzungsänderungen.

(Erneute Zustimmung.)

Deswegen muß heute mit diesem Formalinstrument der Satzungsänderung - und das ist meine feste Überzeugung - durch die entsprechenden Beschlüsse der heutigen Landesversammlung Schluß gemacht werden.

(Sehr richtig!)

Denn es muß die Bahn frei gemacht werden für die sachliche Arbeit in der Union.
Nun zu den Satzungsänderungen selbst. Da sind einige Probleme vorhanden. Eines davon betrifft die Frage der Gesamtleitung der Partei. Hier muß man sich manche Dinge gründlich überlegen und das Für und Wider abwägen. Hier bin ich aber doch letzten Endes, ohne darüber mit jemand lange konferiert zu haben, zu der Überzeugung gekommen: Wenn in der Union wirklich alles von einem einheitlichen Willen getragen ist und die Union wirklich eine neue, echte Union und nicht mehr die Fortsetzung irgendwelcher anderen früheren Gebilde ist, dann ist auch diese Frage zu einer raschen Lösung zu bringen.

(Beifall.)

Denn dann handelt es sich darum, durch die Wahl in der Landesversammlung einen Landesvorsitzenden zu wählen, der im Querschnitt des Landes Bayern von allen, die guten Willens sind, getragen werden kann.

(Erneuter Beifall.)

Es handelt sich auch darum, daß die Union in allen Gebieten Bayerns den Querschnitt durch die gesamten Verhältnisse Bayerns darstellt.

(Sehr richtig!)

Deswegen ist es ganz gut, daß der Landesvorsitzende von der Landesversammlung gewählt wird. Ich glaube, es braucht sich heute eigentlich keiner darum zu reißen, Landesvorsitzender zu sein.

(Beifall und Heiterkeit.)

Es ist ohnehin eine sehr schwere und oft undankbare Arbeit,

(Sehr gut!)

die mit ungeheuer viel Mühen verbunden ist. Denn es gilt nicht nur die bayerischen Verhältnisse zu berücksichtigen, sondern wir müssen, wenn wir wirklich eine Union sind, auch die Union im gesamtdeutschen Raum beeinflussen und erfassen.

(Lebhafter Beifall.)

Das entspricht auch dem Geist der Union. Gewiß soll die Union die besonderen Belange unseres bayerischen Vaterlandes vertreten und sich für sie einsetzen. Aber die Union ist ja nicht allein eine bayerische Partei,

(Widerspruch.)

sondern die Union ist auch eine christliche Partei.

(Sehr richtig!)

Die Verteidigung des christlichen Kulturideals aber erfordert es, daß die gesamtdeutsche Union über Bayern hinaus zu einer Einheit zur Verteidigung der Rechte zusammentritt, die an die Lebensexistenz unseres ganzen deutschen Volkes heranrühren.
So ist die Union derartig in die Arbeit hineingestellt, daß jeder mit ihr zufrieden sein kann. Es kommt noch hinzu: So sehr unsere Jugend mit Recht auch in Bayern für unsere bayerischen Belange eintritt - ich habe selbst einen Sohn zu Hause und weiß, was die Jugend denkt -, so sehr möchte ich betonen, daß der gesamtdeutsche Überblick gerade in der Jugend eine hervorragende Rolle spielt.

(Bravo!)

Es handelt sich also darum, daß die richtige Konstruktion unseres deutschen Vaterlandes auf echter föderalistischer Grundlage zum Nutzen Bayerns und zum Nutzen des Ganzen geschaffen wird. Und da können wir für die Absprachen, die der Herr Landesvorsitzende bisher in Berlin, in Frankfurt, oder sonstwo geführt hat, überaus dankbar sein.

(Bravo!)

Wir können um so dankbarer sein, weil er sich hier ja - das wird mir der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] und der Herr Staatsminister *Pfeiffer* bestätigen - in voller Übereinstimmung auch mit diesen beiden hervorragenden Vertretern unserer Politik befunden hat.

(Erneute Bravo-Rufe.)

Die Arbeitslast des Landesvorsitzenden ist aber so groß geworden, daß sich von selbst die Frage erhebt, ihm Stellvertreter beizugeben. In dem neuen Satzungsentwurf sind auch zwei Stellvertreter vorgesehen. Sie sollen aber nicht von der höchsten Parteiinstanz gewählt werden, sondern von der nächsthöheren Parteiinstanz, vom Landesausschuß.

(Zuruf: Warum nicht von der Landesversammlung?)

Das hat seine guten Gründe. Es ist wohlabgewogen. Es hat etwas für sich, daß einer mit erhöhten Vollmachten für die gesamtpolitische Führung der Partei verantwortlich ist.

(Sehr richtig!)

Darüber kommen wir nicht hinweg. Der Landesvorsitzende soll auch die Bewegungsfreiheit haben, seinen Stellvertreter dort einzusetzen, wo es notwendig ist.
Das ist eine Frage der inneren Parteikonstruktion, die durch die einstimmigen Beschlüsse des Landesausschusses in Erlangen vorgezeichnet worden ist.

(Zurufe: Nein, nein!)

Dabei ist noch die Frage zu erörtern, welche sonstigen Mitglieder beigegeben sind; das wird in den näheren Erläuterungen zu den einzelnen Paragraphen der Satzung noch zu behandeln sein.
Ein wichtiger Streitpunkt bei den Satzungsänderungen war dann die regionale Vertretung der Partei. Ich gebe zu, daß man bezüglich der Entsendung der Vertreter insbesondere aus den Kreisverbänden hier verschiedener Meinung sein kann. Aber, liebe Freunde, wenn ich mir das Ganze übersehe, so meine ich, dürfte es eigentlich auch keine Meinungsverschiedenheiten geben. Wenn wir überall im ganzen Land tüchtige

Unionsanhänger haben und sie nach den gleichen Linien und der gleichen inneren christlichen Gesinnung ausgerichtet haben, dann dürfte es nicht eine so schwerwiegende Rolle spielen, ob der eine in seinem Kreis zahlenmäßig mehr Mitglieder hinter sich hat oder der andere weniger.

(Beifall.)

Wenn also wirklich die innere Einheit der Partei

(Zuruf: Wir sind keine Marschkolonne!)

in dem Herzen jedes einzelnen leben würde,

(Zuruf: Wenn!)

dann würden diese Kämpfe um die innere Zusammensetzung der Partei gar keine Rolle spielen können.

(Beifall.)

Noch etwas kommt hier dazu, wenn Sie alles übersehen. Nehmen wir an, wir haben in Bayern das letzte Mal 104 Abgeordnete der CSU aufgebracht. Die Unterschiede in Bayern sind auch im Parteikampf vorhanden. Ich selbst habe meine Wiege in Franken stehen und weiß, wie schwer gerade hier auf diesem Boden um die christlichen Ideale gekämpft werden muß.

(Sehr gut!)

Das ist in ganz Bayern der Fall, aber in erhöhtem Maße beispielsweise auch in den Gebieten, in denen wir uns jetzt gerade befinden.

(Sehr wohl!)

Wir haben Gebiete in Bayern, auf deren Stimmen es für die Gesamtmajorität der Partei letzten Endes ankommt; denn ohne sie haben wir die Majorität nicht.

(Beifall.)

Daher dürfen die einen, die unter günstigeren Verhältnissen arbeiten, nicht die anderen zurücksetzen,

(Zuruf von Oberbayern: Tun wir ja nicht!)

sondern müssen sich sagen ...

(Umgekehrt! und andere Zurufe von Oberbayern.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, es sitzt Oberbayern sehr weit rückwärts rechts. Ich wäre dankbar, wenn Sie sich inmitten des Gremiums fühlen und nicht immer vom Hintergrund soviel Zwischenrufe machen würden. Die Debatte wird nämlich besser durchgeführt, wenn die Disziplin der Versammlung gewahrt wird; sonst kommen wir nicht in konzentrierter Arbeit durch.

(Sehr richtig!)

Ich wäre also dankbar, wenn Zwischenrufe höchstens dann, wenn sie sachlich fördernd wirken, und dann auch nur möglichst selten kämen.

Dr. *Horlacher*: Dann können die regionalen Unterschiede gar keine so große Rolle spielen. Denn es kann sein und ist auch so, daß in vielen Gebieten Nordbayerns der politische Kampf um die Existenz der Union ungleich schwerer ist wie in anderen Gebieten.

(Beifall. - *Braun*: Auch in Oberbayern.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Braun*, ich darf, nachdem ich vorhin festgestellt habe, daß wir konzentriert arbeiten wollen, Sie jetzt rügen, denn wir haben ernsthaftere Sorgen zu besprechen, als nur durch Zwischenrufe Störungen hervorzurufen.

(Beifall.)

Dr. *Horlacher*: Wenn der einzelne soviel Gedanken in sich trägt, dürfte das nicht die ausschlaggebende Rolle spielen, außer man will durch die entsprechenden Veränderungen in den Majoritätsverhältnissen andere Ziele verfolgen.

(Sehr richtig!)

Ich kann mir da nicht helfen, denn es könnte gar nicht darauf ankommen, ob bei dem Zahlenspiel 30 oder 40 auf der einen oder auf der anderen Seite stehen, wenn in der Union Einheit und Geschlossenheit die überragende Rolle spielen würden.

(Sehr richtig!)

Dann kommt noch etwas anderes hinzu. Die Union ist ja eine neue Partei; sie muß unter allen Umständen eines beachten, was ein Grundbestandteil der deutschen Politik ist. Wenn das nicht beachtet wird, dann haben wir schon wieder Halbprofil-Politiker. Das ist, daß unsere katholischen und protestantischen Mitbrüder in gleichem Maße an der Arbeit der Union freudigst Anteil nehmen können.

(Starker Beifall.)

Gerade wenn ich - wenn ich das sagen darf; ich tue es ungern, um hier nicht Spaltungen hineinzubringen - von Altbayern aus daran denke, unter welchen Verhältnissen wir hier in Franken arbeiten müssen, dann muß ich feststellen: Die Majoritätsentscheidung für die 104 Abgeordneten liegt gerade auch im nordbayerischen Gebiet.

(Beifall.)

Deswegen sollte man keine Verstimmung eintreten lassen; das ist auch nicht notwendig, weil ja wieder ein Ausgleich durch die unterschiedliche Zahl der Mandate in den einzelnen Regierungsbezirken erfolgt.

(Sehr richtig!)

Das gleicht sich also aus. Wenn eine grundsätzlich gleiche Behandlung in der Entsendung der Vertreter stattfindet, dann sind auf der anderen Seite aber auch die Vertreter belohnt, deren Kreise zwar weniger Mitglieder aufweisen, die aber eine unendlich schwerere Arbeit haben, als andere Gebiete.

(Erneute Zustimmung.)

So möchte ich bitten, daß man auch über diese Dinge hinwegkommt. Zu den einzelnen Paragraphen wird dann noch zu reden sein; ich will hiermit die Debatte nicht mehr länger aufhalten. Ich trage nur einen einzigen Wunsch in mir: Schon nach Erlangen bin ich - ich hatte vorher mit niemand gesprochen - mit dem Wunsch hingegangen, daran mitzuarbeiten, daß die Union zu einer Einheit zusammengeführt wird, und ich würde mich freuen, wenn unsere Freunde, die vielleicht noch etwas anderer Ansicht sind, das, im Ganzen gesehen, im Interesse unseres Volkes zurückstellen würden. Über Satzungsänderungen kann ja, wenn sich Notwendigkeiten ergeben, jederzeit wieder gesprochen werden. Aber es muß einmal hier ein Strich unter die Rechnung gemacht werden; es muß die Bahn freigemacht werden. Wir brauchen die Einheit der Union bei der großen wirtschaftlichen Not unseres Volkes so notwendig wie das tägliche Brot.

(Beifall.)

Ich würde wünschen, daß dieser Parteitag der Union den Namen tragen würde: Parteitag der Einigung der Union - die niemand mehr angreifen und niemand zerstören kann.

(Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf jetzt dem Parteifreund *Pfeiffer* das Wort geben. Es hat sich in Erlangen gezeigt, daß zwei Meinungen bestanden haben: Die eine Meinung, die jetzt zum Ausbruch [sic!] kam und die am Schluß eine Mahnung zur Einigung war, und eine andere Meinung, die Parteifreund *Pfeiffer* vortragen wird und die damals die Form eines Antrags von Oberbayern gefunden hatte.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Wäre es nicht möglich, daß man das Rauchen einstellt!)

Es wird gebeten, das Rauchen einzustellen. Ich würde vorschlagen, daß wir das Rauchen einstellen, und zwar deswegen, weil wir heute in diesem Raume noch sehr lange tagen werden. Ich wäre also dankbar, in dem Fall meinem Vorbild zu folgen.

(Heiterkeit.)

Sie wissen, daß es für mich kein leichtes Opfer ist, darauf zu verzichten.
Jetzt darf ich Freund *Pfeiffer* das Wort geben.
Dr. *Pfeiffer*: Meine Damen und Herren, ich bin mir bewußt, daß mir eine sehr undankbare Aufgabe zufällt, indem ich in die Welt der Realität innerhalb der Partei zurückkehren und absolut nüchtern auf Dinge zu sprechen kommen muß, die wichtig dafür sind, daß, wie der Herr Vorredner sagte, heute durch Bereinigung der Satzungsfragen der Weg für positive sachliche Arbeit freigemacht wird.
Mein Herr Vorredner hat darauf hingewiesen, daß er nach Erlangen gegangen ist, ohne vorher mit irgend jemandem zu sprechen. Ich sehe darin einen sehr bedauerlichen Umstand; denn offensichtlich hat der Herr Vorredner die Reise nach Marktredwitz auch angetreten, ohne vorher mit irgend jemandem ernsthaft über diese Probleme zu sprechen.

(Sehr gut! Sehr wahr! - bei Oberbayern.)

Denn andernfalls wüßte er ganz genau, daß die Angelegenheit der Satzungen - auch die bestehende Satzung, nicht nur die Anträge auf Abänderung - auf das Gebiet gehört, von dem er gesagt hat: Die Anträge auf Satzungsänderungen sehen manchmal ganz harmlos aus und es verbirgt sich dann dahinter etwas ganz besonderes.

(Bravo-Rufe.)

Meine Damen und Herren, auch für bestehende Satzungsänderungen gilt das! Wir haben in unserer Satzung Bestimmungen, die ganz harmlos aussehen und hinter denen sich etwas ganz besonderes verbirgt.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, es ist - um das vorwegzunehmen - in der Argumentation meines Herrn Vorredners gesagt worden, daß es sich, soweit ein bestimmter Antrag, ein bestimmtes Problem fränkische Gebiete betrifft, bei diesen um Gebiete handelt, in denen die Mehrheit der 104 Abgeordneten unserer Fraktion im Landtag maßgeblich gefestigt oder entschieden wird. Auf diesen Punkt ist er zweimal eingegangen, auch dabei, als er von dem Ausgleich der Zahlenverhältnisse in der Landesversamm-

lung durch die Abgeordneten sprach und sagte, in Franken liege die Majoritätsentscheidung für die 104 Abgeordneten. Wenn ich in diesem Augenblick damit auf das politische Gebiet übergehen wollte, könnte ich sogar unter Hinweis auf Sondierungen, die ja gar nicht mühsam sind, feststellen, daß in Schwaben, in Oberbayern, in München, in Niederbayern, in der Oberpfalz bei den ungefähr einer Million Stimmen, die dort in Frage kommen, gegenüber den anderen 500.000 Stimmen vielleicht etwas wie die Mehrheitsentscheidung für die 104 Abgeordneten liegen könnte.

(Heiterkeit.)

Wenn man die innerpolitische Entwicklung der letzten Monate dort mit offenen Augen ansieht und wenn man das vor dem Gang nach Erlangen, vor dem Gang nach Marktredwitz und vor der Rede über diese Dinge sondiert hätte, dann wäre vielleicht das eine oder andere Wort etwas vorsichtiger ausgefallen.

(Sehr richtig!)

Dann habe ich weiter noch etwas Grundsätzliches zu sagen: Ich gehe mit dem Herrn Vorredner vollkommen darin einig, daß die Erörterung von Satzungsfragen losgelöst von persönlichen Gegensätzen sein muß, die einmal innerhalb der Partei eine Rolle gespielt haben. Ich weiß, daß auch ich von außen her, besonders in der Presse, in diesem Spiel eingesetzt worden bin, ohne daß es den tatsächlichen Verhältnissen entsprach. Ich glaube, der Herr Vorredner wird mir bestätigen, daß ich bei all diesen Arbeiten bemüht bin, über bestehende Schwierigkeiten hinweg eine Verständigung zu finden, um den Gedanken der Union in der positiven inneren Zusammenarbeit zu festigen, damit wir die notwendige Stärke nach außen haben.
Ich empfinde es als peinlich, daß ich nun über bestimmte Anträge referieren soll und in meinem Ohr noch den Klang von Worten habe, daß es - so ungefähr dem Sinne nach - ja eine Bagatelle sei, wenn man die Mehrheitsverhältnisse ändern wolle, oder ob denn mit Änderung der Majoritätsverhältnisse nicht andere Ziele verfolgt würden. Meine Damen und Herren, als Vertreter des Bezirksverbandes Oberbayern, in dessen Auftrag ich an den Satzungsarbeiten mitgewirkt habe, lehne ich eine derartige Unterstellung aufs allerschärfste ab.

(Beifall bei Oberbayern.)

Es handelt sich für die Anhänger dieser Idee um eine bestimmte Konzeption über den demokratischen Aufbau einer Partei; und wenn dieser Aufbau den Vorschriften der Fairneß und der Gerechtigkeit entspricht - an innerem Geist wird es nicht fehlen -, dann lasse ich mir das nicht diminuieren, auch nicht in der Beleidigungsform, daß mit der Änderung der Majoritätsverhältnisse vielleicht andere Ziele verfolgt werden sollten.
Ein letztes noch zu den Ausführungen meines Herrn Vorredners! Wir sind auf dem Boden der Satzungsbesprechungen, auf dem Boden kühler, sachlicher Auseinandersetzungen. Seine Ausführungen über die Parteispitze, über das Prinzip, nach dem der Parteivorsitzende zu berufen ist, und über seinen Aufgabenkreis gehen bereits auf das Gebiet des Hochpolitischen und des Innerparteipolitischen über, das absolut zu vermeiden ich mir vorgenommen habe. Infolgedessen werde ich auch auf die hierbei vorgenommenen Apostrophierungen meiner Person nicht weiter eingehen.
Nun zu den Anträgen, die ich im Auftrag des Bezirksverbandes Oberbayern zu vertreten habe. Ich stelle den Antrag:

Der Artikel 44 der Landessatzung soll folgende Fassung der Litera a erhalten:

- es handelt sich um die Zusammensetzung der Landesversammlung -

Die Landesversammlung besteht aus je zwei stimmberechtigten Vertretern aller Kreisverbände.

- das heißt, Grundbestand sind bei 180 Kreisverbänden 360 Mitglieder -

Kreisverbände, die über mehr als 500 eingeschriebene Mitglieder aufgrund von Mitgliederlisten mit der Landesleitung abrechnen, erhalten für je weitere 250 nachgewiesene Mitglieder einen zusätzlichen Vertreter. Ein Rest von 126 Mitgliedern gilt für voll. Mehr als zwei Zusatzvertreter werden nicht zugeteilt.

Zur Begründung führe ich an: Nach dem gegenwärtigen Stand haben wir 180 Kreisverbände. 91 Kreisverbände bilden die Mehrheit. Wenn man die Zahl der organisierten Mitglieder der Kreisverbände so untereinander schreibt, daß sie mit dem schwächsten beginnen und mit dem stärksten endigen, dann ergibt sich, daß die 91 Kreisverbände, welche die Mehrheit bilden, nur ungefähr 28% der eingeschriebenen Mitglieder der Partei umfassen, so daß also einer Organisationsleistung von 28% ein Stimmrecht von 51% in jenem Teil der Landesversammlung gegenübersteht, welcher aus den Kreisverbänden gebildet wird. Oder wenn man die abgegebenen Stimmen zugrunde legt, dann haben 33% der abgegebenen Stimmen 51% des Entscheidungsgewichts innerhalb der Vertreter der Kreisverbände.
Der Durchschnitt der Mitglieder beträgt nicht ganz 500. Es gibt eine Anzahl von Kreisverbänden, welche noch nicht 100 eingeschriebene Mitglieder haben.

(Hört!)

Der Durchschnitt von 500 Mitgliedern pro Kreisverband - ich nehme Bezug auf die in der Presse veröffentlichten Ziffern von der letzten Landesausschußsitzung - errechnet sich angesichts des Umstandes, daß - nach der mir zugänglichen Aufstellung - eine Anzahl von zwölf Kreisverbänden vorhanden ist, [die] noch nicht 100 Mitglieder hat. Der Durchschnitt von nicht ganz 500 ergibt sich nur daraus, daß den ganz schwachen Kreisverbänden ganz starke Kreisverbände gegenüberstehen. Der stärkste mir bekannte hat an jenem Stichtag 2391 Mitglieder gehabt; er hatte also das über dreißigfache der Mitgliederzahl des schwächsten Kreisverbandes. Wenn ich unter diesen Umständen nun vorschlage, daß man jeden Kreisverband so behandelt, wie wenn er 500 eingeschriebene Mitglieder hätte, so liegt darin meines Erachtens ein Entgegenkommen, das jedes Verständnis für die Lage der schwachen Kreisverbände beweist.
Es gibt drei Maßstäbe, auf denen man die Entscheidung über die Eingliederung in der Landesversammlung aufbauen kann. Der eine Maßstab ist die Stimmenziffer, die bei den Wahlen erreicht worden ist. Die Wahlziffern sind aber die Komponenten aus verschiedenen Umständen; diese Umstände sind: gute Organisationsarbeit der eigenen Partei, gute Politik der eigenen Partei, gute Propaganda der eigenen Partei; schlechte Politik der Wahlgegner und schlechte Propaganda der Wahlgegner. Aus diesen Komponenten entsteht dann der Wahlerfolg der Partei, der aber zeitgebunden ist, an den Augenblick und an die Sphäre, in der die Wahlen eben stattfinden. Wenn man diesen Faktor als abgeglichen ansehen will, indem die Landtagsabgeordneten Mitglieder der Landesversammlung sind, dann haben wir einen Maßstab von 15.000 und einigen hundert Stimmen, die durchschnittlich auf einen Landtagsabgeordneten der CSU in Bayern treffen.
Der andere große Maßstab ist die organisatorische Arbeit, ist das Rückgrat für die Widerstandskraft der Partei zum Auffangen des Flugsandes, der in politisch unruhi-

gen Zeiten hin und her wandert, ist das Gerippe für die Durchführung der Wahlen, aus denen erst der politische Erfolg erwachsen kann. Die Landesversammlung, der Landesausschuß, die Landesvorstandschaft endlich aber sind Organisationen der Partei zu Bezirken. Infolgedessen ist es normal und vernünftig, die Vertretung in den Organen der Organisation auch auf der Leistung der Organisationsteile aufzubauen.
Man sagt immer, daß die Vertretung der Kreisverbände nach einem föderativen Prinzip geschehen muß, indem jeder Kreisverband die gleiche Vertretung hat. Dabei exemplifiziert man sehr gerne auf die Vereinigten Staaten, ohne dabei darauf hinzuweisen, daß das dort zwar für den Senat gilt, daß daneben aber noch das House of Representatives besteht, dessen Mitgliederzahl sich nach der Bevölkerungszahl, der Zahl der abgegebenen Stimmen und der aus ihnen hervorgegangenen Abgeordneten richtet, und daß das House of Representatives gegenüber dem Senat, der nach dem regionalen Prinzip zusammengesetzt ist, weitergehende Zuständigkeiten besitzt.
Der dritte Maßstab sind die finanziellen Leistungen für die Partei. Diese habe ich grundsätzlich außer Betracht gelassen, weil ich kein Geldbeutel-Prinzip mit dem Prinzip der Repräsentanz in den Parteiorganen vermengen möchte. Die Organisation und die Erschließung aller organisatorischen Kräfte erscheint mir noch aus dem Grund so wichtig, damit wir uns im kleinen aus den normalen Beiträgen gesund finanzieren können, denn wenn wir auf große Spenden angewiesen sind, besteht die Gefahr der Abhängigkeit von Interessentengruppen. Und eine Partei, die auch nur in diese Gefahr kommen könnte, käme, besonders in Zeiten der Geldknappheit, die uns bevorstehen, damit auch in Gefahr, daß sie nicht mehr als demokratische Partei unabhängig nach dem Ethos ihrer großen politischen Ideale entscheiden, sondern, wenn auch nur in einzelnen Aktionen, Handlanger von Geldgebern werden könnte. Deswegen ist mir die Ermutigung der organisatorischen Arbeit so außerordentlich wichtig.

(Bravo!)

Ich fasse diesen Punkt zusammen: Gegenwärtig trifft im schwächsten Kreisverband ein Vertreter auf 40 eingeschriebene Mitglieder, im stärksten Kreisverband ein Vertreter auf zwölfhundert eingeschriebene Mitglieder.

(Hört!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß bei allem Schutz der Schwachen eine Differenz von 1:30 nicht mehr mit den Geboten der Fairneß und der Gerechtigkeit übereinstimmt.

(Zustimmende Zurufe.)

Nun möchte ich jeden Kreisverband behandelt wissen, wie wenn er 500 eingeschriebene Mitglieder hätte; und ich möchte den stärksten Kreisverband behandelt wissen, wie wenn er nicht mehr als 1000 Mitglieder hätte. Mit anderen Worten: Die Zusatzstimmen, die ich beantragt habe, sind so zu limitieren, daß kein Kreisverband mehr als zwei Zusatzstimmen und diese Zusatzstimmen auch nur dann bekommen kann, wenn er ein Mitglied mehr hat, als die Hälfte der zusätzlich geforderten Stimmen. Das heißt bis 625 Mitglieder in der Praxis haben alle Kreisverbände zwei Vertreter; von 626 bis 876 haben sie nur eine, von 876 bis ganz hinauf eine zweite Zusatzstimme. Es würde sich nach den rohen Unterlagen, die ich, weil mir die ganz zuverlässigen nicht ganz zugänglich gemacht werden konnten, habe, folgende Auswirkung ergeben: 25 Kreisverbände würden je zwei Zusatzstimmen bekommen; das wären 50 Zusatzstimmen. Und 27 Kreisverbände würden je eine Zusatzstimme erhalten, so daß statt

360 - wenn ich das berechne - 437 Vertreter der Kreisverbände in der Landesversammlung sitzen würden.
Nun wird man vielleicht sagen: Das stellt eine unbillige Vergrößerung dar und kann die Mehrheitsverhältnisse stark oder nicht stark verändern. Eine Anzahl der Zusatzstimmen fällt aber auch auf Franken, nicht bloß auf die anderen altbayerischen Kreisverbände.
Von etwas wurde bei dieser Frage nicht gesprochen; das hat der Herr Vorredner eben nicht sehen können, weil uns dieser Entwurf, der nicht eine Arbeit der ganzen Kommission ist, erst zu Beginn der Sitzung ausgehändigt wurde. Dieser Satzungsentwurf sieht vor, daß nach § 44 in die Landesversammlung noch aus jedem Bezirksverband je ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaften und zwei Vertreter der Jungen Union kommen sollen. Das sind, da wir sechs Arbeitsgemeinschaften haben, sechs Vertreter und ein Zusatzvertreter für die Junge Union. Die bekommen ihre Zusatzvertreter, so daß also für die Landesversammlung schon dadurch 70 weitere Vertreter vorgeschlagen werden! Fallen die auch darunter, daß sie das Stimmverhältnis ändern oder die Versammlung zu groß machen? Wenn man das Prinzip der Arbeitsgemeinschaften, an dessen Einarbeitung in die Satzungen ich aufs loyalste mitgearbeitet habe, anerkennt, dann muß man die gleiche Gerechtigkeit und Billigkeit auch der Organisationsarbeit der Kreisverbände zugute kommen lassen.

(Beifall bei Oberbayern.)

Mithin möchte ich dann noch bemerken, daß das gleiche Prinzip bei Artikel 47, bei der Bildung des Landesausschusses, einschlägig ist, wobei jetzt fünf Vertreter der Bezirksverbände in den Landesausschuß zu wählen sind. Hier stelle ich den Antrag,

daß die Kreisverbände, die mehr als 500 Mitglieder haben, einen weiteren Vertreter in den Landesausschuß bekommen.

Denn auch bei diesem Organ werden weitere 70 Vertreter der Arbeitsgemeinschaften von den Bezirksverbänden hinzugewählt. - Das gleiche Prinzip ist dann selbstverständlich auch bei der Landesvorstandschaft anzuwenden; dort wäre aber die Zahl auf 8000 festzusetzen. Denn was den Vertretern der Arbeitsgemeinschaften recht ist, ist auf allen Stufen der Partei dem normalen Mitarbeiter billig.

(Sehr gut!)

Das ist diese Gruppe. Ich habe meine Anträge soeben begründet.
Jetzt zu einigen anderen Vorschlägen dieses Satzungsentwurfs. Ich werde in diesen Fragen sehr kurz sein, das heißt so kurz, als es möglich ist. Ich sehe in diesem Satzungsentwurf einen Vorschlag zu Artikel 45 unserer Satzung, und zwar soll dort eine Ziffer c eingeschoben werden, wonach es Aufgabe der Landesversammlung ist, die allgemeinen Richtlinien der Politik für die Partei und ihre Vertreter in Landtag und Regierung festzusetzen. Meine Damen und Herren, dieser Vorschlag steht nicht in Übereinstimmung mit unserer Verfassung.

(Sehr richtig!)

Denn Artikel 13 II unserer Verfassung erklärt, daß die Abgeordneten nur ihrem Gewissen verantwortlich und nicht an Aufträge gebunden sind.

(Zurufe.)

Ja, nun kommt der Einwurf: Sie dürfen dann auch nicht Mitglieder der Landesversammlung sein. Sie werden in den Satzungsentwürfen eine Bestimmung finden, die ich

sehr bedenklich finde, gegen die ich aber nicht opponiert habe, weil man damit einmal Erfahrung sammeln muß. Dieser Vorschlag geht dahin, daß praktisch die von den Parteiorganisationen aufgestellten Vertreter im öffentlichen Leben in den maßgeblichen oberen Parteiorganen Mitstimmrecht haben sollen. Sie sollen also nach dieser Satzung zu reinen Auftragsempfängern werden; sie unterstehen dann im gewissen Sinn einer politischen Beauftragung und haben an dem Rad zu tanzen, an dem sie angehängt werden.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Redner spricht noch.

(Zuruf: Wir wissen ja noch gar nicht, was in der Satzungsänderung vorgeschlagen wird! Es kann doch nicht vorher schon darüber konferiert werden. Die Änderungen müssen in der Landesversammlung erst bekanntgegeben werden. Es weiß ja noch keiner, was alles geändert werden soll!)

Ich darf vielleicht hier einfügen: Es wurde vorhin festgestellt, daß jetzt die Prinzipien behandelt werden. Ein Prinzip war das Prinzip der Arbeitsgemeinschaften; dann kommt das Prinzip des Präsidialsystems; und hier geht es jetzt um das Prinzip des Stimmrechts in der Landesversammlung. Wir werden auf die Weise konzentrieren können, denn es hat keinen Sinn, Paragraph für Paragraph vorzulesen.
Dr. *Pfeiffer*: Ich habe in meinen Ausführungen die in allen einschlägigen Paragraphen der Satzung wiederkehrenden Anordnungen vorgetragen und gleichzeitig kritisiert.
Ich komme noch zu einem anderen Punkt; das ist die Bildung der Parteispitze. Hier stehen sich zwei Prinzipien gegenüber, von denen der Bezirksverband Oberbayern und ich persönlich folgendes vertrete: Der Umfang der Geschäfte in der Parteiführung ist so groß, daß er von einer Person nicht bewältigt werden kann. Es ist infolgedessen eine verantwortliche Arbeitsteilung notwendig. Die erste Gruppe ist die politische Repräsentanz der Partei nach außen, und sie gibt von selber ein gewisses Übergewicht. Organisations- und Finanzierungsarbeit muß unter der Verantwortung der Parteileitung stehen, ist aber nicht frei von politischer Bedeutung. Ebensowenig ist die Propaganda für die Partei frei von politischer Bedeutung. Infolgedessen müssen nach meiner Auffassung drei Personen in Arbeitsteilung und aus einheitlichem politischem Geist heraus die Parteispitze bilden. Darüber hinaus ist es nach meiner und nach der Ansicht von vielen Parteifreunden im Lande noch notwendig, daß wichtige Entscheidungen im Kollegium, wenn auch in einem kleinen Kollegium, und nicht unter den Augen einer Person gefaßt werden.

(Bravo! bei Oberbayern.)

Man kann mit einer Person einmal eine Zeitlang sehr viel Glück haben. Irrtümer oder Fehler dieser Person können aber genauso schwerwiegende Folgen für die Gesamtpartei haben, wie das Gutfunktionieren Erfolg bringen kann.
Nun hat man in dem Satzungsentwurf hier, einer Anregung aus dem Landesausschuß folgend, vorgeschlagen, daß der Parteivorsitzende einen engeren Landesvorstand bilden soll. In diesem engeren Landesvorstand müssen nach dem vorliegenden Entwurf sein: eine Frau, ein Ausgewiesener, ein Vertreter der jungen Generation, ferner die beiden Stellvertreter des Landesvorsitzenden. Für den Landesvorstand bestimmt die Landesvorstandschaft Art und Umfang der Aufgaben. Dieser Landesvorstand soll vom Landesvorsitzenden gebildet werden. Es wird dann später vorgeschlagen, er solle vom Landesausschuß gebildet werden, und zwar zur Beratung dringender Angelegen-

heiten. Meine Damen und Herren, hier kommt noch ein anderer sehr wichtiger Faktor dazu: Dringende politische Angelegenheiten werden nach diesem Vorschlag, der bindend werden soll, dann von den drei Landesvorsitzenden und von diesem Vorstand verbeschieden, bei dem bestimmte Kategorien genannt sind. "Politische Angelegenheiten dringender Art fallen unter die gleiche Bestimmung".
Nun kennt die Verfassung aber als verantwortlich keine Partei; die Verfassung kennt als verantwortlich die Abgeordneten - darüber habe ich Ihnen vorgetragen -, den Ministerpräsidenten und in gewissem Umfang die Minister. Die Zusammenfassung der Abgeordneten geschieht im Landtag. Deswegen gehört nach meiner Meinung in ein solches Gremium unbedingt der Landtagspräsident, wenn er zu uns gehört, oder ein Mitglied des Präsidiums, wenn der erste Präsident nicht zu uns gehört. Die Zusammenfassung unserer Abgeordneten, die aufgrund der Verfassung Verantwortung tragen, geschieht in der Fraktion; und daher gehört der Fraktionsvorsitzende ebenfalls in dieses Gremium. Die Durchsetzung der Richtlinien der Politik, die Vertretung Bayerns nach außen, liegt nach der Verfassung beim Ministerpräsidenten; infolgedessen gehört es sich, daß in diesem Spitzenorgan, das in wichtigen Angelegenheiten rasche Entscheidungen treffen muß, auch diese drei Personen sitzen, denen nach der Verfassung besondere Verantwortung obliegt. Wenn man das schon aus innerparteilichen Erwägungen heraus tun will, so ist mir das vollkommen gleichgültig; diese Vorschläge sind unabhängig von den Personen der Partei. Ich halte sie im Interesse der Gesamtheit für notwendig.
Ich habe nur noch zwei Punkte zu erwähnen: Ein weiterer Vorschlag, den ich für wichtig halte, ist, daß keine Häufelungen von Stimmen auf eine Person stattfinden sollen. Gegenwärtig dürfen eine Reihe von Angehörigen dieser Landesversammlung - dazu gehöre ich selber - aufgrund verschiedener Funktionen in der Partei zwei- oder gar dreimal eine Stimme abgeben, nicht eine übertragene Stimme, sondern Stimmen aufgrund der Funktionen, die man einnimmt.
Der letzte, mir sehr wichtige Vorschlag geht dahin, daß eine Stimmübertragung nur zwischen Kreisverbänden stattfinden soll, die aneinander stoßen, damit jemand, der einem anderen Kreisverband Stimmen überträgt, sie nur abgibt, wenn er ungefähr aus der gleichen politischen Atmosphäre stammt, wie der Kreisverband, der ihn vertreten soll.

(Zurufe: Nein!)

Es soll nicht der Zustand eintreten, daß sich durch Übertragung der Stimmen von mehreren Kreisverbänden bei einzelnen Personen eine Häufung in der Stimmabgabe vollzieht.
Letzten Endes, meine Damen und Herren, ist es ja wichtig, daß unsere Versammlungen nicht eine Maschine sind, die wie eine Guillotine auf einen Ruck hin niedersaust, das Wort abschneidet, Abstimmungen herbeiführt usw., sondern daß sich in unseren Beratungen eine Beteiligung von möglichst vielen Gehirnen ergibt, daß dabei eine Beteiligung aller Herzen erfolgt. Nur wenn die Einheit auf diesem echten Zusammenschluß auch im Kleinen und in aller Herzen beruht, dann werden wir die großen moralischen und politischen Ziele mit Erfolg angehen können, die Ihnen vorhin von meinem Herrn Vorredner und insbesondere von unserem Herrn Parteivorsitzenden umrissen worden sind.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf während der Besprechung zwei Telegramme bekanntgeben. Ich habe vorhin schon mitgeteilt, daß *Konrad Adenauer* seine Grüße übermitteln ließ. Es ist mittlerweile folgendes Telegramm eingegangen:

Honnef am Rhein, dringend
Bin leider wie mitgeteilt verhindert. Wünsche besten Erfolg.
Konrad Adenauer

Es ist ferner folgendes Telegramm von *Peter Altmeier*, dem Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der CDU in Rheinland-Pfalz, eingegangen:

Einladung erst heute eingegangen. Teilnahme daher leider nicht möglich. Wir senden allen Freunden der CSU herzliche rheinpfälzische Grüße und Wünsche. In treuer Verbundenheit alles Gute.

(Beifall.)

Ich darf nur nebenher bemerken, daß die Verzögerung nicht bei uns lag. Leider brauchen ja Briefe von einer Zone zur anderen mehr Zeit als früher. Die Einladung ist sofort im Anschluß an die Erlanger Landesausschußsitzung ausgegeben worden. Man sieht aus diesem Vorgang, wie weit wir in Deutschland heute auseinanderliegen und schon räumlich getrennt sind.
Meine lieben Freunde, ich darf dann die Debatte fortsetzen. Ich habe Ihnen versprochen, zu konzentrieren. Ich würde Ihnen daher vorschlagen, jetzt einmal über ein Thema abstimmen zu lassen, das offenkundig keinem Widerspruch begegnet, nämlich über die Anerkennung des Prinzips der organischen Durchgliederung der Union in Arbeitsgemeinschaften, das von der Landesversammlung zu genehmigen ist. Da ist kein Widerspuch gekommen. Ich stelle den Antrag:

Die Landesversammlung heißt die Durchgliederung der Christlich-Sozialen Union in Arbeitsgemeinschaften gut. Neu zu gründende Arbeitsgemeinschaften müssen vom Landesausschuß genehmigt werden.

Erhebt sich ein Widerspruch dagegen, daß ich darüber gleich abstimmen lasse? - Das ist nicht der Fall. Ich darf über den Antrag abstimmen lassen. Ich brauche ihn nicht mehr zu wiederholen. Wer enthält sich? - Wer ist gegen diesen Antrag? - Der Antrag ist einstimmig angenommen. Damit ist ein Prinzip entschieden.
Ich darf übrigens bitten, mir nach dem Brauch, den ich im Augenblick nicht beachtet habe, zur Unterstützung noch einen Schriftführer aus der Landesversammlung zu geben. Ich würde vielleicht München bitten, ihn in dem Fall zu stellen; vielleicht darf ich den Parteifreund *Blum* bitten, herau[f]zukommen.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Zur Geschäftsordnung! Liebe Parteifreunde! Wir haben jetzt durch die beiden Herren Vorredner bereits die beiden Standpunkte vertreten gehört; es hat jemand für die Anträge von Oberbayern gesprochen, und jemand hat den anderen Standpunkt vertreten. Ich würde es für besser halten, jetzt darüber abzustimmen.

(Sehr gut!)

Allerdings möchte ich bei der sehr weittragenden Bedeutung dieser Abstimmung vorschlagen, die Abstimmung schriftlich vorzunehmen. Aber nicht, daß wir debattieren, was Zeit kostet und an der Einstellung zu den Fragen wahrscheinlich nichts ändern wird!

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, es ist der Antrag gestellt, ohne weitere Debatte abzustimmen. Ich weiß nicht, *Hundhammer*, ob man jetzt schon so prozedieren soll; wir bekommen gerade das, was wir nicht wollen.

(Unruhe.)

Ich würde vielleicht vorschlagen, Prinzip für Prinzip vorzunehmen, so wie ich das eine Prinzip vorweggenommen habe, und dann beim jeweiligen Prinzip abstimmen zu lassen, ob darüber eine Debatte stattfinden soll. Ich halte das für besser, weil wir dann ein für allemal geklärt haben, was die Landesversammlung aus der Debatte heraushaben will und was davon noch für später offenbleibt.

(Zuruf: Antrag auf Schluß der Debatte!)

Ich darf den Antrag *Hundhammer* mit seinem Einverständnis so aufgefaßt wissen, daß ich jetzt bei jedem Prinzip feststellen lasse, ob noch eine Debatte gewünscht wird. Wenn wir uns so vereinbaren, ersparen wir uns ja auch eine Geschäftsordnungsdebatte. *Hundhammer* ist damit einverstanden. - Es erhebt sich kein Widerspruch gegen dieses Vorgehen, stelle ich fest.
Wir nehmen vielleicht dann als erstes Prinzip das Prinzip des Präsidialsystems heraus.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Ich hätte lieber das Prinzip der Zusatzstimmen für die stärkeren Kreise zuerst!)

Da dürfte doch die stärkste Debatte losgehen, *Hundhammer*. Ich sehe von oben ungefähr die Vorgänge, und ich glaube, hier beim Präsidialsystem wird es weniger Debatten geben, als bei dem System der Zusatzstimmen. Soweit ich einen Überblick habe, war die Versammlung damit einverstanden, daß ich zunächst das Prinzip des Präsidialsystems zur Abstimmung stelle.

(Zurufe: Jawohl!)

Kein Widerspruch.
Ich darf vielleicht das Prinzip dadurch herausstellen, daß ich hier über den Beschluß, der in Erlangen am Schluß einstimmig gefaßt wurde, nochmals abstimmen lasse. Der Beschluß hat damals gelautet:

1. An einem von der Landesversammlung gewählten Landesvorsitzenden wird festgehalten.

Dazu gehört selbstverständlich der weitere Beschluß:

2. Es werden durch den Landesausschuß zwei Stellvertreter des Landesvorsitzenden gewählt.

Darf ich jetzt darüber abstimmen lassen, ob über diesen Antrag noch eine Debatte gewünscht wird.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Zur Geschäftsordnung!)

Braun: Es hat sich in der Landesausschußsitzung in Erlangen und in der Landesausschußsitzung des heutigen Tages gezeigt, daß über die Satzungsänderungen Stunde um Stunde debattiert worden ist. Es ist unmöglich, daß ein Gremium von 500 Leuten heute über die Einzeländerungen der Satzung hier abstimmt.

(Lebhafter Widerspruch.)

Ich schlage vor, über die Satzung wird jetzt en bloc abgestimmt, so oder so. Eine Einzelabstimmung ist unmöglich.
Ich stelle den Antrag:

Über die Satzungsänderung wird jetzt im Ganzen abgestimmt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Nach meinem Empfinden wäre das denkbar undemokratisch, und zwar deswegen, weil dann Paragraph für Paragraph abgestimmt werden muß und nicht en bloc. Wir können uns die Abstimmung über formale Paragraphen ersparen. Aber Prinzipien müssen jeweils von der Landesversammlung als dem höchsten Gremium der Union einzeln behandelt werden. Da gibt es leider keine Zeitersparnis. Ich darf infolgedessen darüber abstimmen lassen: Wünscht die Landesversammlung ...
Dr. *Geiselberger*: Das ist das dritte Mal, daß ich in der Landesversammlung nicht zum Wort zugelassen werde.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es hat hier niemand feststellen können, daß Sie sich zum Wort gemeldet haben.
Dr. *Geiselberger*: Ich brauche zu meiner Erklärung keine zwei Minuten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gut, dann soll Herr *Geiselberger* sprechen. Wollen Sie zur Geschäftsordnung oder zu dem Antrag auf Abstimmung sprechen?
Dr. *Geiselberger*: Zur Abstimmung möchte ich sprechen. Ich möchte verhüten, daß wir Vertreter von Oberbayern mit der Abstimmung über die Frage, ob Präsidialsystem oder Kollegialsystem in der Landesparteileitung wieder vor Überraschungen gestellt werden, wie uns das in Erlangen geschehen ist. Ich muß feststellen, daß wir Vertreter von Oberbayern in Erlangen wieder einmal, ich sage, das Opfer einer überlegenen Regieführung geworden sind. Ich stelle fest, daß die sogenannte Einmütigkeit in der Abstimmung in Erlangen dadurch zustande gekommen ist, daß wir Vertreter Oberbayerns der Meinung waren, daß der Vermittlungsantrag *Horlacher* ein einziges Ganzes sei.

(Zuruf: Ja!)

Aus diesem Grunde haben wir Oberbayern, um unseren guten Willen zu einer Verständigung zu bekunden, für Punkt 1 - das ist für die Beibehaltung eines einzigen Landesvorsitzenden - gestimmt. Wir haben zum größten Teil für Punkt 2 - das ist für die Wahl von zwei Stellvertretern des Landesvorsitzenden durch den Landesausschuß - gestimmt. Wir mußten es aber dann erleben, daß die Minderheit, die von Herrn Minister *Pfeiffer* zahlenmäßig nachgewiesene Minderheit, die aber heute über die Stimmenmehrheit im Landesausschuß verfügt, uns Oberbayern im dritten Punkt des Antrages *Horlacher* - das ist über die Frage der Zusammensetzung der Landesversammlung - niedergestimmt hat.
Wir wollen nicht, daß unser guter Wille zur Verständigung mißachtet wird. Wir wollen der Möglichkeit aus dem Wege gehen, daß wir der Frage, über die wir gestimmt haben, eventuell unsere Zustimmung geben, dabei aber erleben müssen, daß uns von anderer Seite kein Entgegenkommen in Fragen bewiesen wird, die für uns von genauso großer prinzipieller, nicht machtpolitischer Bedeutung sind.

(Bravo-Rufe!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bedauere, daß Parteifreund *Geiselberger* einen solchen Ton in die Unterhaltung bringt.

(Sehr richtig!)

Denn es gibt nichts Schlimmeres, als wenn *Geiselberger* den Vorwurf mancher Kreise außerhalb der Union aufnimmt, als ob die Willensbeschlüsse, die einstimmig gefaßt wurden, bei denen klare Majoritäten da waren, etwa nur durch geschickte Regieführung zustande gekommen seien. Meine lieben Freunde, kommen Sie doch nicht mehr auf die Mätzchen vom vorigen Jahr in Eichstätt, wo die Presse behauptet hat, daß Studenten hingeschickt worden seien.

(Lebhafter Beifall.)

Ich darf hierzu sachlich feststellen, und ich bitte Parteifreund *Geiselberger* aufzumerken: Hier liegt das Protokoll von Erlangen vor. Ich darf dabei bemerken, daß das Protokoll in jeder Landesausschußsitzung und in jeder Landesversammlung von zwei beeideten Landtagsstenographen geführt wird. Darnach war der Ablauf folgender:

> Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich schlage vor, über den Antrag *Horlacher* wird in Teilen abgestimmt.
> Staatsminister Dr. *Pfeiffer* - ich darf einschalten, als Vertreter von Oberbayern: Ich bin einverstanden. Unter der Voraussetzung, daß aus meinem Antrag übernommen wird, daß gegebenenfalls ein Mehrheits- und ein Minderheitsbericht erstattet wird, betrachte ich meinen Antrag als erledigt, wenn also der Antrag *Horlacher* in diesem Sinn angenommen wird, daß bei Meinungsunterschieden ein Minderheitsbericht erstattet wird.

Ich stelle fest, daß *Pfeiffer* heute im Landesausschuß - und er wird es anerkennen - heute von mir Gelegenheit erhalten hat, den Minderheitsbericht zu erstatten. Ich stelle also fest, daß in loyaler Ausführung auf Vorschlag *Pfeiffers* Gelegenheit gegeben wurde, einen Minderheitsbericht zu erstatten.
Ich darf annehmen, daß damit der Vorwurf *Geiselbergers* erledigt ist. Ich darf dann darüber abstimmen lassen: Wird eine Debatte gewünscht über das Prinzip Präsidialsystem oder Direktorialsystem, also Beschluß Erlangen, ein Landesvorsitzender, gewählt von der Landesversammlung, zwei Stellvertreter des Landesvorsitzenden, gewählt vom Landesausschuß.

(Zuruf: Von der Landesversammlung!)

Gewählt vom Landesausschuß war der Beschluß in Erlangen.

(Ständige Zwischenrufe.)

Mit Zwischenrufen wird es nämlich nicht einfacher. Wenn Sie das nicht wollen, müssen wir eine Debatte herbeiführen.
Es meldet sich während dieser Abstimmung Parteifreund *Braun* zu der Frage, ob eine Debatte gewünscht wird.
Braun: Nein ich erinnere an meinen Antrag, es möge en bloc über die Satzungsänderungen abgestimmt werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es steht ein formaler Antrag *Braun*:

> Die Landesversammlung wolle beschließen, es wird en bloc über die gesamten Satzungsänderungen abgestimmt.

Wird dazu eine Debatte gewünscht?

(Zurufe: Nein!)

Es wird keine Debatte gewünscht. Ich stimme über den Antrag *Braun* ab. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag *Braun*? Ich darf die Gegenprobe machen, denn es

scheint die weitaus größere Majorität zu sein. Wer ist für den Antrag *Braun*? Ich glaube, es wird anerkannt, daß der Antrag *Braun* mit überlegener Majorität abgelehnt wurde.
Wir kommen dann zu meiner Anfrage: Wer ist dafür, daß über das Prinzip Präsidialsystem - Direktorialsystem vor der Abstimmung eine Debatte durchgeführt wird?

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Schluß!)

Wir sind in der Abstimmung.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Eine Feststellung!)

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Eine Feststellung! Ich glaube, es liegt über die Fassung von Erlangen insofern ein Irrtum vor, als der Beschluß bei der Abstimmung von einem großen Teil der Teilnehmer nicht in dem Sinne genommen wurde, daß damit eine Entscheidung über das Präsidialsystem gefallen ist. Denn wenn da die Entscheidung über das Präsidialsystem hätte sein müssen, hätte ich nicht die Erklärung abgegeben, die ganz richtig aus dem Protokoll hervorgeht.
Haußleiter: Zur Geschäftsordnung! Ich halte den Vorschlag unseres Parteifreundes *Hundhammer* für ausgezeichnet, nach den beiden Referaten über die wesentlichen Entscheidungen abzustimmen. Ich glaube, wir wollen jetzt nicht um die Auslegung der Entschließung von Erlangen diskutieren, sondern wir wollen jetzt abstimmen, ob wir das Präsidialsystem oder das vom Parteifreund *Pfeiffer* vorgeschlagene Kollegialsystem für richtig halten. Ich glaube, jeder von uns weiß genau, worum es geht. Wir brauchen keine Diskussion.
Schulz (Haßfurt): Wir stimmen hier ab über den letzten Punkt und haben in einer Stunde die Satzungen geklärt.

(Lebhafte Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich möchte bitten, daß die Namensmeldungen hier oben abgegeben werden.
Schulz (Haßfurt): Wenn bei den Delegiertenversammlungen den anderen Delegierten eingeräumt wird zu sprechen, habe ich auch das Recht des Sprechens. Ich kann nämlich ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es würde sich empfehlen, an dem alten Prinzip der schriftlichen Wortmeldung festzuhalten.
Schulz (Haßfurt): Herr Vorsitzender, wenn ich noch einen Vorschlag machen darf, der die Gemüter beruhigt. Ich sehe die Hauptschwierigkeit darin, daß Präsidialsystem und Wahlsystem miteinander verquickt wird. Vielleicht können wir Franken den Oberbayern, die das Kollegialsystem wünschen, entgegenkommen, wenn wir diesen Antrag in zwei Anträge teilen, nämlich, 1. wird Kollegialsystem gewünscht, 2. werden die Vertreter von der Landesversammlung als der obersten politischen Instanz gewählt oder vom Landesausschuß.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das wäre eine Komplizierung.
Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Damen und Herren! Wir machen uns gegenseitig das Leben schwer.

(Sehr richtig!)

Wir haben in Deutschland die besondere Gepflogenheit, daß wir für Entscheidungen, die wir treffen, und mögen sie noch so einfach sein, immer Fremdwörter gebrauchen. Es handelt sich nach meiner Überzeugung, wie ich in Erlangen ausgeführt habe, nicht

darum, für die Wahl des ersten Vorsitzenden für die Landesversammlung das Präsidialsystem zu wählen, sondern ihm das Kollegialsystem gegenüberzustellen. Wir haben vielmehr in Erlangen beschlossen, daß wir an dem einfachen System der verantwortlichen Demokratie festhalten. Das ist kein Präsidialsystem und kein Kollegialsystem, sondern es heißt verantwortliche Demokratie, es heißt, daß der von der Landesversammlung gewählte Landesvorsitzende ganz naturgemäß der Partei als solcher verantwortlich bleibt. Er ist auch verantwortlich den Organen der Partei, die ja satzungsgemäß eingesetzt sind, dem engeren Vorstand, dem erweiterten Vorstand, dem Landesausschuß. Die besonderen Befugnisse dieser Gremien sind auch festgesetzt.
Unter solchen Gesichtspunkten sind die Verantwortlichkeiten der Partei genau festgelegt. Wenn das angenommen wird, haben wir künftig einen Landesvorsitzenden, der durch die Wahl durch die Landesversammlung erhöhte Verantwortung trägt. Nachdem er die Arbeit allein nicht bewältigen kann, kommen zwei Stellvertreter hinzu, gewählt durch den Landesausschuß zum Zeichen dafür, daß sie zwar auch Verantwortung tragen, aber daß die höhere Verantwortung der Parteivorsitzende trägt, und zwar die höhere Verantwortung für alle Entscheidungen.

(Zustimmung und Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich dann zur Abstimmung schreiten?

(Zurufe: Nein! Widerspruch.)

Es wird dann darüber abgestimmt. Ich darf hier den Beschluß von Erlangen verlesen:

1. An einem von der Landesversammlung gewählten Vorsitzenden wird festgehalten.

Darf ich abstimmen? Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Ich bitte abzuzählen. 63 dagegen! Wer ist dafür? Es ist die weitaus größere Majorität, aber ich würde vorschlagen, bei diesem wichtigen Beschluß doch abzuzählen.
Die Abstimmung hat ergeben: 63 gegen den Antrag, 194 für den Antrag. Damit ist dieser Antrag angenommen.
Dr. *Lacherbauer*: Zur Geschäftsordnung! Meine Damen und Herren! Ich habe folgende Auffassung: Es hätte über den gesamten Antrag abgestimmt werden müssen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist ja schon ...
Dr. *Lacherbauer*: Nein, wegen der Vertretung ist noch nicht abgestimmt. Es ist lediglich über die Frage abgestimmt worden, ob ein Vorsitzender von der Landesversammlung gewählt wird. Ich bin überzeugt, daß viele für diesen Vorschlag gestimmt hätten, wenn gleichzeitig darüber abgestimmt worden wäre, daß auch zwei Vertreter bestellt werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jetzt kommt der nächste Antrag. Er ist vorhin schon verlesen worden.
Dr. *Lacherbauer*: Die ganze Abstimmung ist zerrissen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Aber es kommt ja Punkt für Punkt! Nächster Antrag, Beschluß Erlangen:

Es werden durch den Landesausschuß zwei Stellvertreter des Landesvorsitzenden gewählt.

Darf ich über diesen Antrag abstimmen lassen?
Dr. *Jäger*: Zur Abstimmung! Ich beantrage, getrennt darüber abzustimmen - daß zwei Vertreter gewählt werden, darüber sind wir wohl jetzt einig -, ob sie vom Landesausschuß und [oder] von der Landesversammlung gewählt werden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, mit diesem Abstimmungsmodus kann man einverstanden sein. Es wird zunächst darüber abgestimmt:

Der Landesvorsitzende wird durch zwei Stellvertreter vertreten.

Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.
Jetzt kommt der zweite Teil:

Die beiden Stellvertreter des Landesvorsitzenden werden vom Landesausschuß gewählt.

Darf ich darüber abstimmen lassen? Kein Widerspruch. Ich lasse abstimmen. Wer enthält sich?

(Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Der weitergehende Antrag zuerst!)

Wer enthält sich? Es ist kein weitergehender Antrag gestellt worden. Zumindest muß man davon ausgehen, entschuldige *Ehard*: Bisher hat[ten wir] das Prinzip, die beiden Stellvertreter werden im Einverständnis mit dem Landesausschuß bestellt. Infolgedessen ist das kein Abgehen von dem alten Prinzip. Es gibt nach meinem Empfinden hier keinen weitergehenden und engeren Antrag.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Landesversammlung ist weitergehend!)

Infolgedessen muß man darüber abstimmen lassen. Im Gegenteil, nach der Auffassung der Majorität in Erlangen ist das andere der weitergehende Antrag.

(Zuruf: Abstimmen!)

Da dieser Beschluß in Erlangen gefaßt wurde, darf ich hier ohne Debatte über Formalitäten wohl über diesen Antrag abstimmen lassen. Mit der Annahme des Antrages der Wahl der beiden Stellvertreter durch den Landesausschuß würde ein weiterer Antrag einer Wahl durch die Landesversammlung selbstverständlich überholt sein.

(Mehrfache Zustimmung.)

Ich darf darüber abstimmen lassen:

Die beiden Stellvertreter des Landesvorsitzenden werden vom Landesausschuß gewählt.

Wer enthält sich? Wer ist gegen diesen Antrag? Ich bitte abzuzählen. 86! Die Gegenprobe: Wer ist dafür? Dieser Antrag ist mit 196 zu 86 angenommen.
Es steht jetzt fest: Die beiden Stellvertreter des Landesvorsitzenden werden durch den Landesausschuß gewählt. Damit ist ein alter Streit aus der Debatte der Landesversammlung herausgenommen.

(Beifall.)

Jetzt kommt die Abstimmung über ... Wie darf ich dieses Prinzip formulieren? Ich bitte die beiden Herren Referenten, dazu zu helfen.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Prinzip der Zusatzstimmen!
Schulz (Haßfurt): Dieses Prinzip ist nicht ganz durchdacht. Damit wir nicht auf jeder Landesversammlung wieder über Satzungsänderungen abstimmen müssen, schlage ich vor, dieses Prinzip der Zusatzstimmen gleich in die Kreisversammlung hineinzutragen, indem jeder Ortsverband nicht durch zwei Mitglieder, sondern ebenfalls nach

dem entsprechenden Prinzip, wie es heute für die Landesversammlung angewandt wird, bestellt wird.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, man sieht daraus, wie schwierig es ist, hier allen Wünschen gerecht zu werden. Ich fürchte, daß wir bei einer Änderung auf dieser Ebene in die größten Schwierigkeiten geraten würden. Es würde dann eine Debatte ausgelöst, die Frage nämlich, ob die Fraktion an der Landesversammlung teilnimmt. Ich weiß nicht, ob man dieses Prinzip noch debattieren soll oder nicht.
Zum Wort hat sich noch gemeldet gehabt *Michel*.
Michel: Zur Geschäftsordnung! Ich beantrage schriftliche Abstimmung.
Zwicknagl: Zur Geschäftsordnung! Meine Parteifreunde! Ich glaube, über diesen Antrag soll jede Partei noch einen Redner vorschicken. Ich glaube nämlich, daß dieser Antrag jetzt schon von außerordentlicher Wichtigkeit ist, insbesondere in Oberbayern. Es sind Imponderabilien dabei, die wir alle hier berechnen müssen. Deswegen würde ich bitten,

(Zuruf: Bayernpartei!)

daß jetzt einer, der den Antrag gestellt hat, diesen noch einmal begründet, damit wir uns hinterher nicht Vorwürfe machen.
Dr. *Geisner* (Gunzenhausen): Ich würde den Vorschlag machen, daß der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] noch einmal zu dieser Sache spricht.

(Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Anregung ist offenkundig nicht aufgenommen worden und ich glaube, (zum Ministerpräsidenten gewendet) Du hast auch kein Interesese daran zu sprechen.
Es wurde der Wunsch geäußert, daß vor der Abstimmung noch ein Redner für und ein Redner gegen den Antrag sprechen dürfe. Wird dazu das Wort gewünscht, aber nur zu dieser Frage?
Haußleiter: Ich glaube, klarer als unser Parteifreund *Pfeiffer* diese Tatsache vor uns entwickelt hat, kann es keiner der anderen Redner tun. Ich gestehe Ihnen, daß mein Freund *Rindt* und auch ich mich zum Wort gemeldet hatten. Wir könnten auch von uns aus das eine oder andere dazu sagen. Wir wollen verzichten. Die Dinge sind geklärt. Ich schlage vor, wir stimmen ab, um die Entscheidungen zu bringen, die aufgrund der ausgezeichneten klaren Darlegungen von *Horlacher* und *Pfeiffer* jetzt nötig geworden sind.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich bitten, *Michel Horlacher*, wie heißt der formulierte Antrag? Du warst der Hauptreferent. Ich darf dann den Antrag vielleicht dahingehend formulieren.
Dr. *Horlacher*: Der Antrag lautet:

> Es wird an dem Prinzip der gleichmäßigen Vertretung durch je zwei Vertreter seitens der Kreisverbände festgehalten.

Nachdem ich schon das Wort habe, möchte ich noch etwas dazu sagen. Ich habe mir die ganze Debatte überlegt.

(Widerspruch.)

Ist das gestattet?

(Zustimmung und Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! Das Wort wird nicht durch einen Zwischenruf abgeschnitten, sondern das Wort kann ich geben und ablehnen. *Michel Horlacher* hat das Wort. Ich habe nicht unterbrochen. Ich bitte infolgedessen, nicht durch Zwischenrufe den Ablauf der Verhandlungen zu erschweren.
Dr. *Horlacher*: Von der grundsätzlichen Bemerkung, die ich vorhin gemacht habe, nehme ich kein Wort weg und setze ich keines hinzu. Ich habe aber gesagt, wenn alles genau Obacht gegeben hat: Die grundsätzliche Linie ist die gleichmäßige Vertretung aller Kreise. Aber es wäre schon des Schweißes der Edlen wert, damit die letzte Mißstimmung in der Partei beseitigt wird, dem Landesausschuß über diese Frage noch einmal ein besonderes Gutachten erstatten zu lassen, allerdings mit der Maßgabe, daß heute die Satzung einmal so oder so entschieden wird.
Nun kommt hinzu, daß der Antrag *Pfeiffer* eine Lücke aufweist. Er geht aus von feststehenden Zahlen, die schon zurückliegen. Die feststehenden Zahlen ändern sich von Jahr zu Jahr. Es wird sich immer ein anderes Bild ergeben.

(Unruhe.)

Ich kann das Ganze nicht auf heute abstellen. Mein Vermittlungsvorschlag würde heissen:

> Die Kreisverbände, die über besonders starke Mitgliederzahlen verfügen, können Zusatzstimmen erhalten. Das Nähere wird durch Beschluß des Landesausschusses festgelegt.

(Vielfacher Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! Durch Zwischenrufe wird nicht abgestimmt. Ich darf jetzt abstimmen lassen.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich stelle fest, daß jetzt wieder ein Redner für den Antrag *Horlacher* gesprochen hat und noch kein Redner gegen den Antrag *Horlacher*. - Sehr richtig!)

Es hat kein Redner für den Antrag *Horlacher* gesprochen, sondern *Horlacher* hatte das Wort zur Geschäftsordnung und hat es erweitert.

(Zuruf.)

Es wird der Wunsch geäußert, daß eventuell jemand - ich will gerecht sein - von der anderen Seite das Wort ergreifen kann. Wünscht jemand das Wort?
Braun: Ich sage nur einige Sätze. Ich bin Vertreter eines Kreisverbandes, der in den letzten drei Monaten seine Mitgliederzahl um 20% gemehrt hat, und zwar in Oberbayern. Ich habe diese Werbung durchgeführt im Interesse der Erstarkung der Union. Im Interesse der Erstarkung der Union bitte ich Sie nun alle, das Naturrecht zu berücksichtigen, daß die Mitglieder das Recht haben, in der Landesversammlung entsprechend vertreten zu sein.

(Sehr richtig!)

Der Antrag *Pfeiffer* geht weitab von den Aufträgen, die ich mitbekommen habe. Aber trotzdem erklären wir uns bereit, mit dem weitgehenden Antrag *Pfeiffer* einverstanden zu sein. Ich bitte Sie im Interesse der Zukunft der Union in Bayern südlich und nördlich der Donau: Geben Sie unserem Antrag, nämlich Vertretung der Mitglieder entsprechend dem Antrag *Pfeiffer* Ihre Stimme.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf abstimmen lassen. Es hat zuerst *Horlacher* für seinen Antrag gesprochen und ein Redner dagegen. Das genügt. Erhebt sich ein Wi-

derspruch dagegen, daß ich abstimmen lasse? Nein! Dann wird abgestimmt über den Antrag:

An der Vertretung der Kreise durch zwei bevollmächtigte Vertreter für die Landesversammlung wird festgehalten.

Wer enthält sich?
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Das ist eine andere Fragestellung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist in Erlangen ausdrücklich ...

(Starke Unruhe, Zurufe: Abstimmen!)

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Zur Abstimmung! Wir sollen über einen Antrag abstimmen, der in meinem Antrag als erster Teil enthalten ist.

(Sehr richtig!)

Ich muß für meine Haltung dabei wissen, ob dann der Rest meines Antrages noch einmal, und zwar nicht zur Debatte, sondern zur Abstimmung gestellt wird. Denn selbstverständlich sind wir aufgrund meines Antrages alle mit dem eben verlesenen Antrag einig. Die Frage ist, ob das nur interpretiert wird oder ob dann die Staffelung, das heißt die Zusatzstimmen zur Abstimmung gestellt werden, wie ich jetzt beantragt habe. Ich stimme natürlich für diesen Antrag, wenn er nicht meinen Antrag ausschließt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist so zu verstehen, wenigstens so war es zu verstehen: An der Vertretung der Kreise durch zwei bevollmächtigte Vertreter für die Landesversammlung wie bisher

(Staatsminister Dr. *Frommknecht*: Ohne Zusatzstimmen?)

ohne Zusatzstimmen wird festgehalten.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Dann ist mein Antrag der weitergehende.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nein, *Pfeiffer*, Deiner ist eine Abänderung der Satzungen und nicht der weitergehende.
Sporer: Es ist ein Antrag da, daß Zusatzstimmen gewährt werden sollen, nicht daß der bisherige Zustand aufrechterhalten bleibt. Denn sonst hätten wir keine Abstimmung gebraucht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich hierzu feststellen, weil es sich um eine Geschäftsordnungsfrage handelt, daß in den Beschlüssen von Erlangen, die bisher immer der Abstimmung zugrunde gelegt worden sind, *Pfeiffer* einen Einwand gebracht hat, der die Klarheit der Formulierung betraf. Dieser Einwand war berechtigt, um die Klarheit der Abstimmung festzulegen. Infolgedessen wird daran festgehalten: Hier wird ein Abänderungsantrag vorgenommen. Wir sind bisher von den Statuten ausgegangen. Infolgedessen habe ich nach wie vor die Erlanger Beschlüsse des Landesausschusses der Abstimmung in der Landesversammlung zugrunde gelegt, weil der Landesausschuß den Auftrag hatte, die Statutenänderungen vorzubereiten.

(Sehr richtig!)

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Zur Abstimmung oder zur Geschäftsordnung! Ich möchte ganz klar wissen: Bedeutet die Annahme dieses Antrages die Ablehnung des Antrages *Pfeiffer*, der wesentlich weitergeht und der ein Abänderungsantrag ist. Ich verlange, daß mein Antrag mit jenem Ernst der Abstimmung gestellt wird, mit dem er von so vielen Bezirksverbänden unterstützt wird.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf hier einmal feststellen, Dr. *Pfeiffer*, entschuldige, bei aller Freundschaft: Der Einwand, daß der Antrag nicht mit Ernst zur Abstimmung gestellt wird, stimmt nicht, ebensowenig wie vorher die Behauptung, daß bei Abstimmungen diese und jene diminuiert würden. Ich muß eine Formulierung finden, bei der ich mir Geschäftsordnungsdebatten erspare. Hier bin ich bisher immer von den Beschlüssen des Landesausschusses ausgegangen. Infolgedessen halte ich es für richtig, auch in diesem Falle bei aller Leidenschaft die Beschlüsse des Landesausschusses nach wie vor hier zur Abstimmung zu stellen, weil der Landesausschuß die Aufgabe hatte, diese Landesversammlung in dieser Hinsicht vorzubereiten.

(Sehr richtig!)

Haußleiter: Zur Geschäftsordnung!

(Zuruf : Zur Geschäftsordnung!)

Ich schlage vor, wir verfahren anders. In diesem Falle ist ein Antrag *Pfeiffer* gestellt, der die Änderung der Satzungen betrifft - was wesentlich ist. Deshalb scheint es mir vernünftig - wir wollen doch zu einer wirklichen Einigung und zur Beseitigung der Ressentiments kommen -, wenn wir in diesem Falle nicht starr formal an den Erlanger Formulierungen festhalten, sondern das Für oder Gegen den Antrag *Pfeiffer* festhalten und klar demokratisch abstimmen.
Mathäser: Ich schlage vor, daß wir nach Stimmzetteln abstimmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich um den Namen bitten.

(Zuruf: *Mathäser*!)

Ein berühmter Name!
Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Es entspricht der Gerechtigkeit und Objektivität, wenn an folgendem festgehalten wird: Erstens, an der grundsätzlichen Auffassung, daß die Landesversammlung von zwei Vertretern der Kreisverbände beschickt wird, ändert sich nichts. Darüber stimmen wir ab. Dazu kommt der Zusatzantrag *Pfeiffer*. Das ist ein Zusatzantrag.

(Zurufe: Nein!)

Bitte, habt doch keine Angst vor der Abstimmung! Was den ersten Antrag anbelangt, so ist auch *Pfeiffer* der Überzeugung: An der Grundlage von je zwei Vertretern für die Kreisverbände wird festgehalten. Über den Zusatzantrag *Pfeiffer* betreff Zusatzstimmen wird nachher abgestimmt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich sämtliche Geschäftsordnungsdebatten dadurch abkürzen, daß wir jetzt über den Abstimmungsmodus abstimmen. Dann bekommen wir einmal Klarheit. Sonst bekommen wir nur Debatte.

(Zustimmung.)

Ich habe vorhin erklärt: Ich habe bisher die Beschlüsse von Erlangen zur Abstimmung gestellt. Ich darf jetzt darüber abstimmen lassen, ob der Erlanger Beschluß mit der Maßgabe der Abstimmung zugrunde gelegt wird, daß an der Vertretung der Kreise durch zwei bevollmächtigte Vertreter der Landesversammlung unter Ausschluß von Zusatzstimmen festgehalten wird, oder ob eine Änderung erwünscht wird.
Braun: Zur Richtigstellung! In Erlangen ist kein Beschluß gefaßt worden, sondern es wurden Richtlinien für eine Kommission beschlossen, nicht für die Landesversammlung. Das stelle ich ausdrücklich fest. Der Ausdruck Erlanger Beschluß kann hier

nicht zu Recht bestehen. Ich bitte, das Protokoll nachzulesen und sich zu überzeugen, daß in Erlangen diese Beschlüsse für den vorbereitenden Ausschuß gefaßt wurden.

(Zuruf: *Braun* hat vorgeschlagen für den Ausschuß, aber nicht für die Landesversammlung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Braun*, durch Tonstärke überzeugt man nicht.

(Sehr richtig!)

Darf ich darüber abstimmen lassen,

(*Braun*: Nein!)

ob abgestimmt werden soll - ich gehe so vor - über den Abänderungsantrag *Pfeiffer* für die Statuten?

(Zustimmung.)

Wer ist dafür, daß nach diesem Modus abgestimmt wird?

(Unruhe, Zuruf: Nicht verstanden!)

Ich wiederhole: Wer ist dafür, daß zuerst über den Antrag *Pfeiffer* auf Statutenänderung im Sinne der Zuteilung eines Zusatzstimmrechtes für die Kreise abgstimmt wird. Es ist die Mehrheit. Wer ist dagegen? Damit ist dieser Antrag angenommen.
Wir stimmen jetzt über den Antrag *Pfeiffer* ab. Ich bitte, ihn nochmals formuliert bekanntzugeben. Darf ich um Ruhe bitten! Ich darf die Zurufer und Zwischenrufer daran erinnern, daß wir uns am Anfang konzentrierte Arbeitsfreude vorgenommen haben. Infolgedessen bitte ich, nicht soviel von rückwärts her dazwischenzurufen. Dadurch wird die Verhandlungsführung nicht erleichtert.
(Zu Dr. *Pfeiffer* gewendet) Willst Du ihn bekanntgeben?
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Der Artikel 44 der Landessatzung soll folgende Fassung der Litera a erhalten:

Die Landesversammlung usw. besteht aus:

a) je zwei Stimmberechtigten aller Kreisverbände. Kreisverbände, die über mehr als 500 eingeschriebene Mitglieder aufgrund von Mitgliederlisten mit der Landesleitung abrechnen, erhalten für je weitere 250 nachgewiesene Mitglieder einen zusätzlichen Vertreter. Ein Rest von 126 Mitgliedern - das ist nämlich die Hälfte - gilt für voll. Mehr als zwei Zusatzvertreter werden nicht zugeteilt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Augenblick, *Pfeiffer*, darf ich noch zur Aufklärung fragen: Wer entscheidet im Falle von Dissonanzen zwischen Landesleitung und Kreisen über die zahlenden Mitglieder?
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Die Buchführung der Mitgliederlisten und die Abrechnung.

(Zurufe: Abstimmen! Zur Geschäftsordnung! Welcher Zeitpunkt ist maßgebend?)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Welcher Zeitpunkt soll maßgebend sein?
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Jeweils das vorhergehende Geschäftsjahr.
Dr. *Gamperl*: Zur Geschäftsordnung! Darf ich die Erklärung abgeben, daß in meinem Bezirksverband es vorgekommen ist, daß 100 Mitglieder sozusagen geschoben wurden.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Das ist ja widerlich!)

Erst nach dem Rücktritt des Geschäftsführers ist das aufgekommen. Auf diese Möglichkeiten möchte ich dabei hinweisen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich abstimmen lassen? Es steht zur Abstimmung der Antrag *Pfeiffer*. Wer enthält sich?
Dr. *Jäger*: Es ist dreimal geheime Abstimmung verlangt worden. Darüber wurde noch nicht gesprochen.

(Zuruf: Das ist der wichtigste Punkt der gesamten Abstimmung!)

Bartel: Zu dem Antrag auf geheime Abstimmung! Ich höre bereits bei einigen Landesversammlungen zu und auch bei einigen Landesausschußsitzungen. Ich bin nicht einer der Ihren, wenn Sie Bayern meinen. Ich komme aus dem Sudetenland, auch aus einem Parlament. Da war es wahrscheinlich manchmal etwas härter. Denn wir hatten ja außer mit politischen Schwierigkeiten auch noch mit nationalen Schwierigkeiten zu tun. Aber was ich hier sehe und beobachte, das geht doch manchmal etwas über meine Hutschnur, besonders wenn Anträge für solche Belange auf geheime Abstimmung kommen. Sind Sie mir nicht böse, aber das ist böser Wille.

(Lebhafter Beifall.)

So kommen wir nicht weiter. Draußen warten Millionen Menschen, auch meine Landsleute, auf ganz andere Dinge.

(Erneuter lebhafter Beifall.)

Unsere Parteileitung und unsere Regierung, an der Spitze unser wackerer *Ehard*, bemühen sich, uns aus der Not herauszuführen. Erschweren Sie durch solche ungeschickten Anträge nicht die Aussprache.
Dr. *Jäger*: Der Vorredner hat drei Mitglieder der Landesversammlung des bösen Willens bezichtigt.

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich um Ruhe bitten. *Jäger*, ich mache darauf aufmerksam, daß uns die geheime Abstimmung den ganzen heutigen Abend kostet, und zwar deswegen, weil wir jetzt hier geheim abstimmen müssen. Da geht eine halbe Stunde vorüber. Wir müssen dann unterbrechen, und wir können die Sitzung nicht mehr aufnehmen. Ich würde empfehlen, daß *Jäger* eine Erklärung abgibt, ob er auf dem Antrag besteht oder nicht. Besteht er auf dem Antrag, so muß aufgrund der alten Weisungen der Militärregierung geheim abgestimmt werden.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Ich bitte, den Antrag auf geheime Abstimmung zurückzuziehen. Machen wir die Sache in einem Ruck fertig.

(Sehr richtig!)

Dr. *Jäger*: Ich bin bereit, den Antrag zurückzuziehen, vielleicht beweist das dem Herrn, daß bei uns kein böser Wille vorhanden ist. Es wäre gut, wenn er das ausdrücklich feststellen würde.
Bartel: Ich nehme sehr gern meinen Vorwurf zurück, wenn es so ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist damit der Antrag auf geheime Abstimmung zurückgezogen?

(Zustimmung.)

Darf ich um Ruhe bitten. Ich bitte die Herren Delegierten und Damen, sich zu setzen. Sonst ist die Geschäftsordnung nicht aufrechtzuerhalten. Sie werden gemerkt haben, daß der Saal eine schlechte Akustik hat. Sie können sich nicht vorstellen, wie unange-

nehm es bei diesem Durcheinander ist, die Verhandlung zu leiten. Ich bitte, mir in diesem Falle - ich mache es selten - zu helfen. Aber angesichts dieser sehr schlechten Akustik wäre ich sehr dankbar für die Unterstützung. Sie erleichtern damit die Durchführung der Tagesordnung.
Ich darf über den Antrag *Pfeiffer* abstimmen lassen. Er ist bekannt. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag *Pfeiffer*? Ich bitte abzuzählen.

(Unruhe.)

Es wird der Vorschlag gemacht, daß bei der Abstimmung in Reihen aufgestanden wird, sonst kommen wir nicht durch. Darf ich vielleicht bitten, daß die ersten sechs Reihen aufstehen. Wer ist gegen den Antrag *Pfeiffer*?

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Wir sind in der Abstimmung.

(Zuruf: Es gibt einen Irrtum, weil einzelne Leute nur aufstehen und die Hand nicht hochhalten, obwohl sie gegen den Antrag stimmen wollen. Es muß geklärt werden, ob das Aufstehen ohne Handerheben auch genügt.)

Das Aufstehen genügt selbstverständlich.
(Es wird in der Form abgestimmt, daß jeweils mehrere Reihen sich erheben.)
Darf ich bitten, Platz zu nehmen. 106 und 114. 210 waren gegen den Antrag *Pfeiffer*.
Darf ich die Gegenprobe machen? Wer ist für den Antrag *Pfeiffer*? Wir müssen hier genauso vorgehen. Darf ich bitten Platz zu nehmen. Ich habe nur den Überblick gewinnen wollen. Ich bitte jetzt jeweils wieder reihenweise aufzustehen.
(Geschieht.)

(Zuruf: Wer das gezählt hat, ist ein erster Mathematiker. Das kann niemand zählen!)

Meine lieben Freunde! Ich bitte, Platz zu nehmen. Ich habe den Eindruck, daß diese Abstimmung angesichts der Schwierigkeiten angefochten werden kann, um so mehr, als die Abstimmung gezeigt hat, daß eine schwache Majorität für die Ablehnung und ein große Minorität für die Annahme des Antrages *Pfeiffer* war. Infolgedessen kann ich es auch nicht verantworten, diese Abstimmung hier zugrunde zu legen. Denn bei so wichtigen Fragen soll man nicht Majoritäten anerkennen, die nachher angefochten werden können.

(Dr. *Zwicknagl*: Zur Geschäftsordnung!)

Darf ich Ihnen vorschlagen - *Zwicknagl*, einen Augenblick -, daß die soeben vorgenommene Abstimmung annulliert wird.

(Zuruf: Das Ergebnis!)

Das Ergebnis war unklar.

(Dr. *Zwicknagl*: Welches Ergebnis?)

Darüber wird noch debattiert, weil ein Teil der Stimmen von hier oben aus und ein Teil von unten aus gezählt wurde. Das sind solche Unsicherheiten, daß es sich von selbst versteht, daß solche Abstimmungen annulliert werden. Darf ich diese Abstimmung annullieren und in diesem Falle zu einer neuen Abstimmung schreiten.

(Anhaltende Unruhe. - Dr. *Geiselberger*: Zur Geschäftsordnung!)

Geiselberger, durch Geschäftsordnungen werden wir nur dahin kommen, daß wir nicht ...

(Dr. *Geiselberger*: Ich bitte um keinen Ordnungsruf, ich sage Regie!)

Meine lieben Freunde! Ich stelle hier fest, daß der Zwischenruf Regie gemacht worden ist. Ich weise diesen Zwischenruf zurück. Es wurde hier - da ich gerade Rosenheim erwähne - von Parteifreund *Hundhammer* selbst anerkannt, daß sich die Annullierung angesichts der Unklarheit empfiehlt. Ich bitte infolgedessen, so vorzugehen: Auf jeder Seite stehen jetzt die Parteifreunde mit den blauen Binden, die zählen. Wir müssen bei solchen vagen Minoritäten für die eine oder andere Reihe

(Zuruf: Nicht Reihe!)

jetzt auch die Stimmübertragungen berücksichtigen, weil sonst Anfechtungen vorgenommen werden können. Ich bitte, die neuen Abstimmungen vornehmen zu können.
Dr. *Schedl*: Ich bitte darum, daß sich die Delegierten auf die Plätze setzen. Es sind im Saale zweimal 13 Abstimmer eingeteilt. Ich bitte die Abstimmer, jeder seinen Block durchzuzählen. So kann eigentlich nichts mehr passieren. Parteifreund Ministerpräsident *Ehard*!
Ministerpräsident Dr. *Ehard* (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Liebe Parteifreunde! Wir sind an dem wundesten Punkt angelangt, den wir in irgendeiner Form überwinden müssen. Jeder von uns weiß - und wer es nicht weiß, dem sage ich es jetzt -, hier steht die Einheit der Partei auf dem Spiel.

(Sehr richtig!)

Nicht mehr und nicht weniger! Sehen Sie die Zeichen der Zeit nicht? Ich bitte Sie, darauf zu achten.
Nun frage ich Sie: Was steht denn bei dieser jetzigen Abstimmung auf der einen Seite auf dem Spiel

(Zuruf: Nichts!)

und was kann für die eine oder andere Richtung praktisch denn herauskommen? Es ist nun einmal in einer Demokratie so, daß nicht jeder Recht bekommen kann. Daß die Meinungen auseinandergehen, daß sie oft sehr scharf aufeinanderplatzen. Gut, die Meinungen sollen geklärt werden, und man kann dann abstimmen. Eine Abstimmung aber so gewaltsam durchgeführt, kann sehr gefährlich sein, wenn sie eben diesen wundesten Punkt berührt.
Und nun frage ich Sie: Wäre es denn so ganz unmöglich, einen Vermittlungsvorschlag anzunehmen, der wirklich für alle tragbar ist?
Ich meine, das wäre sehr wohl möglich. Man kann darüber reden, ob man jetzt meinetwegen für 250 oder für 500 einen Vertreter hinzunimmt oder nicht. Aber ich glaube, es ist berechtigt, wenn eine große Mehrheit oder eine große Minderheit, gleichviel auf welche Seite Sie sich stellen, das eine oder andere verlangt. Dann könnte man sagen: Schön, es ist nun einmal so, daß die Zahl auch ein Gewicht hat und daß man dieser Zahl auch ein Gewicht zukommen lassen soll,

(Sehr richtig!)

daß man ganz gewiß die stärkere, die schwierigere, die unter Umständen ganz besonders schwierige Arbeit kleiner Verbände würdigen soll.
Kann man aber den anderen, die ja auch allein durch ihre Masse wirken, die - das ist ein Naturgesetz - durch die Masse ihrer Vertreter eine ganz andere Bewegkraft ausüben können, nicht auch entgegenkommen? Nehmen Sie von dem Antrag *Pfeiffer*, der sich meines Erachtens doch die Mühe gibt, eine Vermittlung zu schaffen,

(Sehr richtig!)

meinetwegen noch etwas hinweg, geben Sie eine Zusatzstimme! Ich bin überzeugt, Sie können die ganze Debatte auf eine sehr einfache, friedliche Weise beenden und Sie können - liebe Parteifreunde, ich warne Sie - einer Gefahr vorbeugen, die jetzt auftaucht, die wir aber bannen können und die wir bannen müssen.

(Sehr richtig!)

Teilen Sie es noch einmal, daß es weniger werden, damit die einen, die sehr stark für eine Richtung sind, der anderen Richtung nachgeben können.
Wenn ich mir das Ganze so betrachte und sehe, um welche Dinge eigentlich gestritten wird, so kommt es mir vor, wie ein Schattenspiel, ein Schattenspiel um ein Nichts.

(Sehr richtig!)

Schauen Sie sich allein die Ernährungslage an. Wir wissen heute noch nicht, ob wir die nächsten Monate überstehen und das Volk ernähren können; wir wissen heute noch nicht, mit welch unerhörten Erschütterungen wir rechnen müssen; wir wissen heute noch nicht, was uns die Besatzungsmacht im Laufe der nächsten Monate beschert oder nicht beschert; wir wissen vieles andere noch nicht, was ich Ihnen lieber nicht sagen will. Wir sehen Probleme heraufkommen, mit denen wir fertig werden müssen, mit denen wir fertig werden können, wenn wir einig sind. Glauben Sie, es wird besser, wenn wir auseinandergehen, wenn wir uns teilen, wenn wir uns die Köpfe blutig schagen? Ganz gewiß nicht.
Sie mögen über die Farbe des Hauses, sie mögen über die Ausstattung mit Vorhängen reden, wenn Zeit ist! Jetzt müssen wir in erster Linie die Frage ins Auge fassen: Wie kann unser Volk leben?

(Sehr richtig!)

Ich kann Ihnen das eine versichern: Die Sorgen um die Ernährungsfrage, die Sorgen um große politische Fragen sind so groß, daß ich es nicht verstehen könnte, wenn man über diese Frage stolpern müßte und wenn es nicht möglich wäre, in dieser Frage wirklich zu einem Frieden zu kommen. Sie können es ja immer wieder ändern, wenn sich etwa herausstellt, daß es wirklich unerträglich ist.
Ich bitte Sie also, vor dieser Abstimmung doch noch einmal zu überlegen, ob es nicht möglich ist, sich auf einem Mittelweg zu finden. Es kann nicht so schwer sein!

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, ich darf völlig in Übereinstimmung damit jetzt eine Frage aufwerfen. Wir müssen ohnehin eine Pause eintreten lassen. Denn ich glaube, wir wollen doch heute abend tagen; wenn wir hier zur Arbeit sind, dann wollen wir die Zeit ausnützen. Wir können aber nicht bis 23, 24 Uhr ohne Essenspause tagen. Darf ich vorschlagen, daß wir jetzt eine Essenspause von einer Stunde einlegen, uns um 21.15 Uhr wieder hier treffen und dann neuerdings in die Tagesordnung eintreten.

(Zuruf: Zuerst abstimmen?)

Die Pause kann dazu benützt werden, zu überlegen, ob ein Ausweg möglich ist.
Ich darf Ihnen nämlich das Abstimmungsergebnis von vorhin, das mir jetzt vorliegt, bekanntgeben. Wenn wir jetzt abstimmen werden, kommen ähnliche Stimmverhältnisse heraus. Danach war der Antrag *Pfeiffer* mit 210 zu 197 Stimmen abgelehnt worden. Es hat also keinen Sinn, mit einer so schwachen Minorität oder Majorität eine

Balance zu halten. Wir müssen die Essenspause ausnützen, um irgendeinen Weg zu finden. Ich darf jetzt unterbrechen. Ich bitte pünktlich um 21.15 Uhr wieder hier zu sein.

Die Sitzung wird um 20.14 Uhr unterbrochen und um 21.46 Uhr wiederaufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Bevor wir in die weiteren Besprechungen eintreten, darf ich mit besonderer Freude den Vertreter der Christlich-Demokratischen Union Lindau, Graf *Spreti*, begrüßen, der soeben erschienen ist.

(Beifall.)

Ich darf vor unseren Besprechungen zunächst Graf *Spreti* das Wort erteilen.
Graf *Spreti* (mit Beifall begrüßt): Verehrte Landesversammlung! Als Kreisvorsitzender der Christlich-Demokratischen Partei Lindau bin ich hierher gekommen, um der Verbundenheit des Kreises Lindau mit unserem bayerischen Heimatland Ausdruck zu geben.

(Beifall.)

Ich stehe vor Ihnen als, ich glaube, einziger Vertreter der französischen Zone. Wir in Lindau schwimmen etwas, nachdem unser Herz nach Bayern und unsere aufgetragene politische Verpflichtung uns nach Württemberg zieht. Seien Sie gewiß, daß wir - alle Parteien - uns bayerisch fühlen und bayerisch bleiben werden!

(Beifall.)

Erlauben Sie mir aber ein Wort zur heutigen Landesversammlung. Wir in Lindau leben an einem Drei-Länder-Eck, und vielleicht hören wir mehr wie Sie das Echo aus Österreich, das Echo aus der Schweiz und auch das Echo aus Frankreich. Ich bitte und beschwöre Sie als einer der Jüngeren hier: Halten Sie zusammen! Die Welt sieht mehr auf uns, als Sie vielleicht denken.

(Sehr richtig!)

Wenn Sie, wie wir im Kreise Lindau, Gelegenheit hätten, die Schweizer wie die österreichische wie, durch die Nouvelles de France, die französische Presse zu lesen, so würden Sie selbst daraus sehen können, welch schlechten Eindruck es macht, wenn man in bezug auf die Christlich-Demokratische oder Christlich-Soziale Union von einem Zerfall, von einer Uneinigkeit oder von sonstigen ähnlichen Charaktereigenschaften spricht. Ich will keine langen Ausführungen machen. Aber ich bitte Sie noch einmal: Halten Sie zusammen, bilden Sie die Einigkeit aller christlichen Kreise, die in ganz Europa heute ein Bollwerk gegen das bilden müssen, was als schwarzes Gewölk aus dem Osten gegen uns heraufzuziehen droht! In diesem Sinn wünsche ich Ihnen einen glücklichen Verlauf der heutigen Tagung.

(Starker Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Graf *Spreti* für seine Worte. Ich bitte, unseren Landsleuten in Lindau den Dank der Christlich-Sozialen Union für ihre Treue zu überbringen. Wir halten zu Lindau, so wie Lindau zu uns hält; und wir warten nur auf die Stunde, in der Lindau nicht mehr als Gast, sondern als gleichberechtigter Vertreter wieder bei uns sein wird.

(Zustimmung.)

Wir treten in die Besprechungen ein. Zur Geschäftsordnung hat sich Dr. *Horlacher* gemeldet.

Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Damen und Herren! Es hat mich außerordentlich gefreut, daß zu Beginn der Sitzung sich in den Zustimmungserklärungen der Versammlung im großen und ganzen doch Einmütigkeit in den Grundlinien der Union gezeigt hat. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Union über den Zwirnsfäden dieser Vertretungen für die Landesversammlung nicht scheitern darf.

(Bravo-Rufe.)

Deswegen schlage ich vor, jetzt in den Beratungen über diesen Punkt der Satzungsänderung - das andere wird dann rasch über die Bühne gehen - eine Vertagung bis morgen früh eintreten zu lassen

(Zurufe: Nein!)

- ich bitte, zunächst einmal zuzuhören, was jetzt noch kommt - und eine Kommission aus den beiden Parteien einzusetzen, die heute abend noch die Dinge in Ordnung bringt.

(Starker Widerspruch.)

Ich bitte, über meinen Antrag abzustimmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Es ist der Antrag gestellt, eine Kommission einzusetzen, die über Nacht verhandeln soll. Ich darf gerade angesichts der Leidenschaftlichkeit der Zwischenrufe und angesichts der Tatsache, daß ich vorhin, um wirklich eine gerechte Lösung zu finden, mit Ihrer Zustimmung ein Abstimmungsergebnis annulliert habe, das eine Majorität von 210 zu 197 gegen den Vorschlag *Pfeiffer* ergeben hätte, bitten, daß nicht ein Teil jetzt eine Kraftprobe versucht. Es hat keinen Sinn: es gibt tiefere Gründe. Wenn die Leidenschaftlichkeit hier zum Ausbruch kommt, dann fürchte ich, wird die Debatte so lang werden, daß wir uns mit dem Ernst der Zeit zu wenig werden auseinandersetzen können, weil wir dann für diesen Ernst der Zeit keine Zeit mehr haben.

(Sehr gut!)

Infolgedessen darf ich über den Antrag, den *Horlacher* gestellt hat, abstimmen lassen, die Debatte auf morgen zu verlegen und während der Nacht Verhandlungen zwischen den verschiedenen Gruppen eintreten lassen. Zu dieser Frage hat sich Ministerpräsident *Ehard* zum Wort gemeldet.

(Dr. *Horlacher* zu Dr. *Pfeiffer* gewandt: Aber sonst soll ich Euch den Karren aus dem Dreck ziehen!)

Ministerpräsident *Ehard* (mit Beifall begrüßt): Liebe Parteifreunde! Ich meine, es ist, - ob wir jetzt heute oder morgen abstimmen - gut, einmal zu versuchen, die Dinge so zu konkretisieren, daß man weiß, ob man nun einfach über ein abgerundetes Ding abstimmt oder ob man vielleicht versuchen soll, noch eine kleine Variation anzubringen. Man kann in dieser Frage nicht allen Wünschen gerecht werden. Aber ich glaube, es ließe sich ein vermittelnder Vorschlag finden.

Ich würde, um die Möglichkeit einer Einigung zu finden, vorschlagen, etwa so zu prozedieren: Es wird die Zahl der nach einer Mitgliederliste nachgewiesenen Mitglieder zugrunde gelegt: auf je 500 oder bis zu 500 je zwei Vertreter und dann die Zusatzvertreter. Ich würde vorschlagen, die von Dr. *Pfeiffer* beantragte Zahl von 250 auf 300 zu

erhöhen, also für je 300 einen weiteren Vertreter als Zusatzvertreter zuzulassen und für Reststimmen, die mehr wie 151 sind, einen Vertreter zu bewilligen, im ganzen aber nicht mehr als zwei Zusatzvertreter zuzulassen. Das ist, glaube ich, ein einfacher und übersichtlicher Vorschlag, über den man erstens reden und zweitens ohne Leidenschaft abstimmen kann, wenn man auf beiden Seiten bedenkt, daß schließlich jeder etwas nachgeben muß, und wenn man das große Ziel einer Einigung dabei im Auge hat. Ob es dazu notwendig ist, im kleineren Kreis diesen Vorschlag noch einmal zu debattieren

(Zurufe: Nein!)

und noch einmal darüber zu schlafen, das ist eine Sache, die ich Ihnen überlasse.
Ich meine, man muß die Angelegenheit einmal konkret anpacken und versuchen, zu einer Einigung zu kommen. Ich möchte Ihnen diesen Vorschlag im besten Willen und in der Absicht, eine Einigung zu erzielen und zu erhalten, hiermit machen.

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Der vom Herrn Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* gemachte Vorschlag verfolgt das Ziel, einen Weg zur Güte zu finden. Ich würde meinen Freunden, obwohl sie mir vorher so nachdrücklich zugeredet haben, eine Veränderung nicht mehr mitzumachen, empfehlen, trotzdem dem Vorschlag *Ehard* zuzustimmen.

(Bravo!)

Ich bitte, nachdem jetzt hier ein Entgegenkommen auch von der einen Seite gezeigt ist, die anderen Parteifreunde, sich doch auf diese Basis zu stellen und damit die Frage zum Abschluß zu bringen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir standen noch in der Geschäftsordnungsdebatte, ob die Diskussion heute noch durchgeführt werden soll.

(Jawohl! - Weitere Zurufe.)

Ja, *Hundhammer*, so geht es ja auch nicht, daß auf einmal einer ruft: Ohne Debatte! Wenn einer für die eine Richtung gesprochen hat, muß ich die Debatte im ganzen zulassen; und dann weiß ich nicht, wie lange die Debatte dauern wird. Denn so leidenschaftlich in dem Fall Oberbayern kämpft, so leidenschaftlich wird Franken kämpfen, wo mindestens genauso schwere Kämpfe ausgetragen werden wie in Altbayern.
Wir wollen das Thema ruhig in aller Öffentlichkeit klarstellen, und zwar deswegen, weil ja die Öffentlichkeit vertreten ist. Es geht in Altbayern um - ich möchte sagen - die Konkurrenz mit der Bayernpartei, in Franken um die Konkurrenz mit anderen Parteien. Hier die vernünftige Lösung zu finden - es geht da nicht um Rechthaberei -, ist Gewissensfrage; und aus dieser Gewissensfrage heraus, in der Sorge um den Bestand der Union, würde ich selbst die Auffassung vertreten: Wir sollten heute nicht Entscheidungen herbeiführen,

(Widerspruch.)

sondern wir sollten die Entscheidungen in Ruhe überlegen. Jeder vernünftige Mensch beschläft eine Entscheidung von so weittragender Bedeutung.
Bitte, nur zu dem Thema, ob heute oder morgen abgestimmt werden soll.

Dr. *Wildenauer*: Ich bin der Ansicht, daß wir heute noch abstimmen sollen, und zwar deswegen, weil ich den dringenden Wunsch habe, daß wir morgen zu produktiver gemeinsamer Arbeit kommen.

(Beifall bei Oberbayern.)

Wenn wir heute über etwas anderes verhandeln, dann wird immer der Schatten dieses ungelösten Problems über uns schweben. Wenn wir aber dieses Problem so oder so gelöst haben, dann werden wir ungehindert sein und morgen einen ganzen Arbeitstag vor uns haben.

(Sehr gut!)

Im Hinblick darauf möchte ich vorschlagen: Stimmen wir heute leidenschaftslos darüber ab, jeder nach seinem Gewissen.
Lei: Zur Geschäftsordnung! Ich stelle den Antrag, daß ohne weitere Debatte sofort eine Probeabstimmung durchgeführt wird.

(Große Heiterkeit.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! Ich glaube, über diesen Antrag brauche ich nicht abstimmen zu lassen, denn die Probeabstimmung würde die endgültige Abstimmung sein müssen. Alles andere wäre ein Theaterspiel. Es hat sich zunächst noch *Haußleiter* zum Wort gemeldet.
Haußleiter: Meine Damen und Herren! Als der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] das Podium hier bestieg, da wußten wir alle, daß er in einer kritischen Lage einen Vermittlungsvorschlag machen wollte. Und ich glaube, wir alle sind uns in einem völlig einig: Die Not der Zeit ist der dringendste Appell an uns, die Einigkeit und Einheit der Union zu wahren.
Ich möchte Ihnen ganz klar den Unterschied zwischen Eichstätt am 31. August vorigen Jahres und heute sagen: Damals waren die Auseinandersetzungen um die Schaffung der Unionsregierung gegangen; das war ein Zwiespalt, der uns sachlich getrennt hat, der mit Schärfe ausgefochten werden mußte. Heute haben wir diese Unionsregierung, die den demokratischen Willen des bayerischen Volkes klar und eindeutig repräsentiert und vertritt. Und ich meine, keiner darf sie gefährden und jeder muß sehr vorsichtig sein, der hier mit irgendwelchen Drohungen kommt: Ich gehe zu jener Partei, oder: Wenn Ihr nicht nachgebt, dann passiert dies oder jenes! Das hungernde Volk versteht das nicht, meine Damen und Herren!

(Beifall.)

Fragt es uns nach den Hintergründen der Satzungsdebatte, oder überlegt es sich nicht vielmehr: Sind die Leute wahnsinnig oder geht es da um ganz andere Dinge, die sie nicht aussprechen?

(Sehr richtig!)

Wir müssen dieser Situation Rechnung tragen. Ich bin dafür, daß wir uns heute abend aussprechen und daß wir heute abend abstimmen.

(Sehr richtig!)

Ich möchte sagen: Wir haben viel Verständnis für unsere oberbayerischen Freunde. Ich weiß, wie die Situation ist. Halten Sie uns nicht für einseitig! Halten Sie uns nicht für einseitig, denn auch wir hier sind in einer schwierigen Lage. Und, bitte, spielen wir

nicht mehr die einzelnen Gegenden Bayerns gegeneinander aus! Bedroht ist die Welt die wir vertreten wollen, die christliche und soziale Welt.

(Lebhafter Beifall.)

Deshalb habe ich vorhin fast gelächelt; ich habe mir gesagt: Wie oft fahren wir Oberfranken nach München und beklagen uns über die Benachteiligung Oberfrankens durch die Oberbayern. Jetzt, habe ich mir gedacht, sind einmal die Oberbayern nach Oberfranken gekommen, um sich bei uns über ihre Benachteiligung zu beklagen. Es ist gleichsam eine Gegenrechnung, die sie uns aufstellen. Wir sagen: Welche Vorzüge haben sie drunten? Die Regierung in München! Der Politiker, der in München und in Oberbayern an Ort und Stelle ist, kann in manchem rascher, leichter eingreifen, hat ein anderes Schwergewicht. Wir empfinden manches Mal die Anmarschwege von hier oben nach drunten als beschwerlich, und manches Mal überlassen wir auch unseren Münchner und oberbayerischen Freunden Entscheidungen, weil wir zu weit von der Quelle weg sind. Nennen wir doch die Dinge beim Namen!

(Zuruf von Oberbayern: Und die Arbeit! - Gegenrufe: Oho!)

Wir müssen also die Dinge vernünftig ausgleichen.

Als wir die Satzung schufen, sagten wir: Eine neue Partei will neue Wege. Gib denen, die neu zu ihr kommen, eine Chance! Das war der Sinn der Satzungen und des föderativen Prinzips, wie wir es damals genannt haben. Ich will nicht um Worte streiten. Der Sinn war folgender: Macht die Tore weit auf für die, die wegen der Belastungen der Vergangenheit heute zögern, in Parteien hineinzugehen! Laßt sie Vertrauen gewinnen!

Legt Euch nicht auf einen erstarrten Bestand fest, sondern gebt dem Neuen, das wachsen will, eine Chance! Das war der Sinn der Satzung von damals.

Nun, meine Freunde, haben wir zwei, drei Jahre hinter uns. Wir haben in Oberbayern die Bayernpartei, die die Enge, eine Krähenwinkelei, als ihr eigenes Ideal aufstellt. Wir haben in Franken Gebiete, wo mancher nicht zu uns zu kommen wagt, weil er Angst hat, ich weiß nicht vor was, vor Krieg, vor der Propaganda der SED oder KPD, wo die Leute zögern, Farbe zu bekennen,

(Zuruf von Oberbayern: Das tun ja unsere auch!)

und wo wir unseren Freunden Mut zureden und sagen müssen: Bekennt Euch zu Eurem christlichen Standpunkt. Christ sein, das heißt mutig sein! Das sagen wir ihnen hier. Nun gleichen wir ab, gleichen wir aus und überlegen uns, was wir tragen können. Wie verbinden wir das Neue, das noch wachsen muß, das nicht erstarren darf - Erstarrung ist für uns heute Tod; wachsen müssen wir, ausbreiten müssen wir uns! -, mit den Sorgen unserer oberbayerischen Freunde?

Ich würde Ihnen einen Vorschlag machen. Er geht auf das ein, was der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] gesagt hat; er geht vielleicht einen Schritt weiter. Er ist weiträumig, für alle annehmbar und spielraumgebend dem Wachstum, auf das wir warten. Rechnen Sie so: Bis zu 500 Mann die zwei Stimmen, die wir haben. Das hat sich bewährt, meine Freunde. Schimpfen Sie nicht auf die Satzungen: Mit diesen Satzungen haben wir 52% der Stimmen des Landes erhalten! Es sind keine schlechten Satzungen. Rechnen Sie also so! Dann gehe ich auf die Andeutung ein, die der Herr Ministerpräsident bei seiner ersten Rede gemacht hat, sagen wir: Gut, ein Ausgleich! Die nächsten vollen 500 Mitglieder: Eine zusätzliche Stimme.

(Zustimmung und Widerspruch.)

Das bedeutet einen vernünftigen Ausgleich. Das können wir im Norden tragen, und das macht das Wachstum der Partei, dort, wo organisiert wird, bezahlt.
Also bis zu 500 Mitgliedern zwei Stimmen. Für die nächsten vollen 500 die eine Zusatzstimme, und für die nächsten vollen 500 noch eine; und dann ist Schluß.

(Sehr gut!)

Bitte, überlegen Sie sich diesen Vorschlag. Wir wollen nicht mit 250 und 300 rechnen; das sind keine Maßstäbe für eine Partei, die Millionen von Wählern hat. Wir müssen ja einmal jeden dritten Wähler als Mitglied der Partei bekommen. Rechnen Sie nicht so lange, haben Sie Mut! Dann nehmen wir den Zyklus der 500 und gehen wir diesen Weg. Wir helfen den südbayerischen Freunden; wir schaffen eine Basis, von der aus wir in Nordbayern Angriffe, wir seien eine Partei der Erstarrung geworden, abwehren können. Gehen wir miteinander diesen Weg zur einigen Union, die geschlossen hinter ihrer Regierung steht!

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit sind wir in die sachliche Debatte eingetreten. Ich glaube, ich brauche über den Antrag, ob eine sachliche Debatte durchgeführt werden soll, nicht mehr abstimmen lassen. Es hat sich noch *Butterhof* zum Wort gemeldet.
Butterhof: Meine Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*], den wir alle sehr verehren, hat vorhin ernste Worte gesagt, und ich muß sagen, er hat auch gefährliche Worte gesagt. Denn er hat davon gesprochen, daß dieser Punkt, bei dessen Erörterung wir im Augenblick stünden, die Einheit der Union bedrohe.
Meine Damen und Herren, das verstehe ich nicht. Denn Sie stehen doch - ich glaube, das bei den oberbayerischen Freunden genauso annehmen zu dürfen, wie ich es von allen anderen Freunden in der Union annehme - mit wirklicher innerer Leidenschaft und erfüllt von dem schweren Verantwortungsbewußtsein gegenüber einer christlichen Partei in Ihrer Arbeit.

(Bravo-Rufe.)

Ich kann mir nicht vorstellen, daß man aus Satzungsgründen daran denken könnte, die Einheit einer solchen Partei zu zerstören und damit die Einheit der christlichen Bewegung in ganz Deutschland zu gefährden.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, stellen Sie es sich doch einmal vor! Machen wir hier den Kladderadatsch: Was passiert dann in Frankfurt? Brechen wir hier auseinander, was sollen sich dann unsere Freunde in der Ostzone denken? Ich komme eben von einer Tagung der Jungen Union in Berlin. Ich kann Ihnen sagen, meine Freunde: Was man dort heute an seelischem und menschlichem Elend sieht, muß einen tieftraurig machen; das muß in jedem einzelnen von uns die Verantwortung aufwecken. Da muß ich, wie Herr Dr. *Horlacher*, sagen: Zwirnsfäden sind das, was man hier mit Satzungsfragen spinnt!
Denn sind wir darüber ehrlich: Die paar Stimmen mehr und die paar Stimmen weniger, um die wir hier feilschen, werden weder die Union, noch eine bestimmte Richtung in ihr retten.

(Sehr richtig!)

Retten wird die Union nur, wenn wir diese kleinlichen Bedenken zurückstellen und den Gedanken der Einheit betonen und zusammenhalten.

(Widerspruch.)

Meine Freunde! Ich weiß, daß da hinten eine geschlossene Opposition gegen alles sitzt. Ich kann das ganz gut beobachten. Ich sitze auch da hinten. Sind Sie doch etwas ruhiger, und denken Sie mit uns allen daran: Die Union darf an solchen Dingen nicht zerbrechen. Wenn Sie hier den Weg beschreiten, daß Sie diese Erfüllung ganz präziser Forderungen als conditio sine qua non darstellen, dann werden Sie erleben, daß sich die junge Generation von Ihnen abwendet. Denn sie wird fragen: Hier sind Leute am Werk

(Anhaltende Unruhe.)

- momentan habe ich das Wort -, die mit Satzungsdingen operieren und zu keiner wirklich großen Idee mehr fähig sind.

(Lebhafter Beifall.)

Wir bemühen uns in einem heißen Kampf, in allen Großstädten, draußen am Land, in allen deutschen Ländern, die junge Generation für ein christliches Ideal und für eine christliche Politik zurückzugewinnen. Denn sie selbst werfen dieser jungen Generation ja vor, daß sie durch den Nationalsozialismus verderbt sei, daß sie also keine innere Bindung mehr zu diesen Dingen habe. Es ist tatsächlich so, daß hier große Schwierigkeiten vorhanden sind.

(Zuruf: Thema!)

Wie sollen wir diesen skeptischen Menschen plausibel machen, daß es Ihnen und uns ernst ist um unser Christentum, wenn wir mit Zwirnsfäden arbeiten, anstatt mit praktischer Tat.

(Bravo!)

Meine Damen und Herren! Was wir hier erleben ist etwas, das uns alle erschüttert, das uns packt und unsere Arbeitsmöglichkeiten vernichten wird. Schauen Sie an, wie geschlossen die Vertreter einer anderen Weltanschauung vorstürmen. Die fragen nicht nach Satzungen,

(Sehr richtig!)

sie fragen nicht einmal nach Gesetz,

(Zustimmung und Widerspruch.)

sondern sie unterdrücken in der rücksichtslosesten Weise die freie Meinungsäußerung, nicht nur der demokratischen Parteien im allgemeinen, sondern speziell unserer christlichen Freunde. Wollen wir die im Stiche lassen deswegen, um hier in Bayern, wo es verhältnismäßig noch am besten ist, irgendwelche kleinlichen Vorteile gegeneinander zu erzielen oder irgendeine Linie voranzutreiben, die sich dann im Laufe der Zeit aus solchen Satzungsdingen entwickeln soll?

(Zuruf: Kürzer fassen!)

Momentan habe ich das Wort, solange es mir der Herr Vorsitzende [*Josef Müller*] nicht entzieht.

(Unruhe, Zuruf: Sie haben den Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] korrigiert!)

Wenn Sie sagen, ich habe den Herrn Ministerpräsidenten korrigiert, so möchte ich das ganz entschieden zurückweisen.

(Zuruf: Das ist Tatsache!)

Denn wenn der Herr Ministerpräsident hier auf der Landesversammlung spricht, dann bin ich mir darüber im klaren, daß er mir als dem kleinen Parteimitglied ge-

nauso das Wort und die freie Meinung gönnt wie jedem anderen auch. Wenn ich in irgendeiner sachlichen Differenz zu ihm stehe und diese in anständiger Weise vorbringe, wird das nicht die leiseste Verstimmung aufkommen lassen. Denn wir wissen sehr wohl zu unterscheiden zwischen persönlichem Anstand und sachlichen Differenzen.

(Bravo!)

Eines möchte ich am Schlusse noch einmal sagen: Meine Freunde, überspitzen Sie nichts. Treiben Sie es nicht so weit, daß Sie

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!

- von vorneherein erklären: Entweder wird das angenommen oder wir gehen,

(Zuruf: Das hat niemand gesagt, das ist lauter Unsinn!)

sondern suchen Sie den Weg zur Verhandlung, seien Sie vernünftig und stellen Sie sich mit uns auf den Boden einer wirklich Christlich-Sozialen Union.

(Zuruf: Auch die anderen! Lebhafter Beifall.)

Dr. *Horlacher*: Ich bitte aber um vollkommene Ruhe, meine verehrten Damen und Herren. Wenn jetzt nicht vollkommene Ruhe in einer so ernsten Sache eintritt und einige glauben, sie können durch Zwischenrufe einem eine Meinung aufdrängen, dann ziehe ich auch meine Konsequenzen. Das wird vielleicht auch eine Wirkung auf das Land draußen haben. Denn schließlich bin ich ...

(Unruhe, Zurufe: Oho!)

Bitte, das sage ich Euch allen Ernstes: Den Kampf mit Euch nehme ich in jedem Bezirk auf. Es handelt sich um folgendes: Hier scheint ja nicht mehr allein die Vernunft zu herrschen. Wir haben hier eine Reihe von Vorschlägen gehört, es ist kein Mensch mehr in der Versammlung, der nicht gewillt wäre, einem vernünftigen Ausgleich den Weg zu ebnen.

(Sehr richtig!)

Ich frage die Versammlung, ob noch einer da ist. Es ist also keiner mehr da.

(Heiterkeit.)

Folglich muß auch der Vernunft der Weg geebnet werden, wobei alle anderen Hintergründe ausscheiden.

Der einzige, richtige Weg ist der, daß sich heute abend vier oder sechs Leute zusammensetzen, die Dinge anhand der neuesten Ziffern - und nicht der Ziffern vom Juli 1947, denn das sind ständig fließende und ständig wachsende Ziffern, die sich immer wieder verändern können - durchbesprechen, und daß wir morgen der Versammlung den Ausgleichsvorschlag unterbreiten.

(Widerspruch.)

Warum denn nicht? Ja, wollen Sie das Schicksal der Union von zwölf, von acht oder zehn Stunden abhängig machen?

(Anhaltende Unruhe.)

Wollen Sie

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!

- es auf ein Zufallsergebnis ankommen lassen? Ist das das richtige, oder ist es richtiger, wenn sich vernünftige Leute von beiden Seiten zusammensetzen, um Ihnen morgen einen vernünftigen gemeinsamen Vorschlag zu unterbreiten?

Ich glaube, das letztere ist das richtige. Ich stelle hiermit den formellen Antrag, daß eine engere Kommission eingesetzt und morgen früh durch diese Kommission der Ausgleichsvorschlag der Landesversammlung unterbreitet wird und daß jetzt zunächst die Debatte über diese Frage abgebrochen wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es steht jetzt ein Antrag von Dr. *Horlacher* zur Geschäftsordnung, der jetzt bekanntgegeben wurde, dahin formuliert:

> Die Debatte wird jetzt abgebrochen. Es wird eine Kommission bestellt, die über Nacht Vorschläge für die morgige Tagung ausarbeitet.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Ich darf darauf hinweisen, meine lieben Freunde: Wenn diese Geschäftsordnungsdebatten so wie bisher weitergeführt werden, dann ist es hundertprozentig unmöglich, mit der Tagesordnung fertig zu werden. Darüber sind Sie sich klar. Ich darf das vor allem meinen Freunden der rückwärtigen Rechten sagen. Es empfiehlt sich, in diesem Falle immer noch mit Ruhe eine Debatte durchzuführen und zu versuchen, die Arbeit zu leisten und nicht nur um die Geschäftsordnung zu debattieren.
Michel: Zur Geschäftsordnung! Ich stelle den Antrag, daß über den Antrag *Ehard* abgestimmt wird.

(Zuruf: Jawohl!)

Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es steht zunächst ein Antrag zur Geschäftsordnung von *Horlacher*. Er geht diesem Antrag vor, weil er ein Antrag zur Sache ist.
Dr. *Kroll*: Ich stelle den Antrag, daß über den Antrag *Horlacher* nach Schluß der Rednerliste abgestimmt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf die Rednerliste bekanntgeben: *Schnitzer* (Traunstein), Dr. *Kroll*, *Rindt*, *Gamperl*.
Es ist der Antrag gestellt auf Schluß der Rednerliste. Dann soll abgestimmt werden über den Geschäftsordnungsantrag *Horlacher*. Wird der Antrag auf Schluß der Rednerliste angenommen oder erhebt sich ein Widerspruch gegen den Antrag.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist die Rednerliste geschlossen. Ich kann nämlich, liebe Freunde, bei Abstimmungen nicht immer auf Zwischenrufe reagieren. Wenn bei Abstimmungen dazwischengerufen wird "zur Geschäftsordnung", erbitte ich Ihre Zustimmung dafür, daß ich in Zukunft keine Geschäftsordnungsdebatte mehr zulasse.

(Sehr richtig!)

Sonst kommen wir nicht weiter. Das ist völlig ausgeschlossen.
Die Rednerliste ist damit geschlossen. Ich darf dann das Wort geben. Wer ist der nächste?

(Zuruf: Dr. *Kroll*)

Dr. *Kroll*: Meine lieben Freunde! Es war nicht meine Absicht, mich in diesen Streit hier einzumengen. Aber ich glaube, wir müssen doch etwas tun, damit wir nicht allmählich in den Zustand einer Viehauktion hineingeraten,

(Sehr richtig!)

wo, ich möchte sagen, die besten Stücke meistbietend versteigert werden. Wir haben uns nämlich schon viel mehr angenähert, als es hier, nach der Leidenschaft zu urteilen, zu sein scheint. Ich glaube, ich darf Ihnen sagen, daß es gar nicht lohnt, daß wir jetzt allzugroße Worte um diese Dinge gebrauchen. Wir wollen nicht den Anschein erwecken, als sei die Hitze des Gemütes soweit zum Kochen geraten, daß unsere Hirne dabei verbrannt seien. Wir wollen die Leidenschaften ruhig sich etwas abkühlen lassen. Es gibt zwei oder drei vernünftige Vorschläge, die hier beraten werden können. Es wird sich wohl nicht anders machen lassen: Wenn wir uns jetzt nicht in ganz wenigen Minuten verständigen sollten, dann wird es sich nicht lohnen, daß wir die Nacht über diesen Gegenstand debattieren. Dann müßte man sich leider vertagen, obwohl das nicht gut ist. Es wäre besser, wenn wir jetzt rascher zum Ziele kämen.
Ich glaube, ich spreche hier nicht nur für einen engeren Kreis, sondern auch für einen größeren, wenn ich sage: Der Vorschlag, der gemacht wurde, auf je 500 Stimmen noch einen weiteren Abgeordneten zu stellen, mag gewiß nicht so günstig sein, wie es der Vorschlag war, den der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] mit seinen 300 Stimmen gemacht hat. Aber Sie werden mir zugestehen, daß der Schritt von der Festhaltung von grundsätzlich zwei Abgeordneten in jedem Kreis bis zu 300 bzw. bis zu 500 ein grundsätzlicher Schritt war und daß die Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Oberpfälzer und Schwaben grundsätzlich bereits den Oberbayern entgegengekommen sind. Ich glaube, das wird auch von allen anerkannt. Und ob wir uns jetzt noch um die Zahl 300, die nicht so schön ist wie die 500, streiten, ist meines Erachtens nicht mehr des Schweißes der Edlen wert.

(Sehr richtig!)

Wir könnten uns, glaube ich, über diese Zahl weiß Gott verständigen. Und wenn es wirklich nicht möglich sein sollte, sich auf dieser einen Linie der 500 entgegenzukommen und festzulegen, dann würde ich doch die oberbayerischen Freunde bitten, opfert halt die Nacht und macht eine Kommission und treibt ein wenig Arithmetik in der Nacht, zieht die Wurzel oder die Quadratwurzel. Vielleicht wird es dann gescheiter.
Ganz offengestanden, ich war ganz überrascht, ich war ganz erschüttert, daß unser Freund *Haußleiter* plötzlich so großartig sein kann. Er hat uns überhaupt nicht gefragt. Wir sind das von ihm gar nicht gewohnt. Da gibt er auf einmal großartig etwas zu, und jeder denkt auf der einen Seite: Wenn es der *Haußleiter* sagt, sind die anderen bereit, noch viel mehr zu geben. Denn *Haußleiter* ist doch der Exponent einer Richtung, der doch von den Oberbayern, ich möchte sagen, ein wenig mit Vorsicht beobachtet wird. Er wird mit noch viel mehr Vorsicht betrachtet als ich armer Nichtbayer. Ich glaube, da hat man zu mir noch mehr Vertrauen.
Es ist also so, das darf ich hier sagen, daß *Haußleiter* in diesem Falle nicht als äußerster Exponent der einen Seite gesprochen hat, sondern er hat da plötzlich eine Rührung in seinem Herzen gehabt, eine Freundschaftsanwandlung, eine echt oberbayerische Liebe, zu der ihn kein Mensch ermächtigt hatte. Wir sind fast vom Stuhl gefallen, als er so weit ging.
Und nun, liebe Freunde, will ich Euch eines sagen: Weiter als *Haußleiter* können wir leider auch nicht mehr gehen, sonst können wir uns in Oberfranken nicht mehr sehen lassen. Seid also vernünftig, streitet Euch jetzt nicht, beachtet das Entgegenkommen, macht nicht krumme und ungerade Zahlen, macht Zahlen, die man so schön dividieren kann wie die 500 und einigt Euch. Zeigt einmal, daß das Ganze nichts anderes

war, nicht ein Streit um Worte oder Prinzipien oder Zwirnsfäden nach der anderen Seite, sondern nur ein Ausbruch jenes bajuwarischen Temperaments, das sich noch immer so furchtbar auf jeder Landesversammlung gezeigt hat.

(Heiterkeit und Beifall.)

Nun zeigt aber, daß hinter diesem streitbaren Harnisch die innere Freude und das Entgegenkommen sitzt, daß so ein Funken, der letzte Rest der christlichen Nächstenliebe vorhanden ist, die ja bei uns doch nur noch in kleinsten Dosen gereicht wird, und daß wir uns jetzt einigen ohne großes Geschrei auf jene schöne runde Zahl der fünf Hunderter, dann habt Ihr bewiesen, daß Ihr Willen zu Einigkeit besitzt.

(Lebhafter Beifall.)

Schnitzer (Traunstein): Meine lieben Parteifreunde! Es ist nicht die erste Landesversammlung, die ich heute besuche. Ich war bereits bei der ersten Landesversammlung in München dabei, und wir haben damals den Satzungen zugestimmt, obwohl wir wußten, daß sie uns nicht entsprachen, aus dem Bedürfnis heraus mitzumachen und Nebensächlichkeiten auf spätere Zeiten zu verschieben.
Wir haben damals den Zwirnsfaden nicht gesponnen. Wir haben damals auch bereits gewußt, daß wir vor der Not stehen. Deshalb sind wir immer wieder zurückgetreten. Wir waren in Eichstätt damit einverstanden, daß man die Abstimmung über die Satzung noch einmal verschiebt. Aber heute verlangen wir, daß abgestimmt wird

(Zuruf: Warum?)

und daß auch unsere Bedürfnisse und unsere Ansichten hier vertreten und anerkannt werden. Wir haben heute eine Demokratie und wollen die demokratischen Grundsätze auch in unserer Partei vertreten wissen.

(Zustimmung.)

Demokratie heißt doch, daß die Mehrzahl entscheiden soll. Wir sind so vernünftig, daß auch eine Minderheit berücksichtigt werden muß. Deshalb sind wir immer und immer wieder zurückgetreten, weil wir wissen, daß wir in Notzeiten leben, daß wir die Pflicht haben, energisch zu sein. Aber es gibt auch ein Moment, über das wir nicht hinwegkommen können, wenn wir den Wünschen unserer Wähler Rechnung tragen wollen.
Unser Herr Dr. *Pfeiffer* hat bereits ein sehr weitgehendes Entgegenkommen gezeigt.

(Unruhe.- Widerspruch.)

Sie müssen bedenken, es gibt Kreisverbände, die mit vier, fünf, sechs Vertretern hier in der Landesversammlung sitzen und nur einige hundert Mitglieder haben, und die ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, hier unterbrechen zu dürfen. Ich bitte, keine solchen Unrichtigkeiten zu sagen. Es besteht sonst wieder die Gefahr, daß solche vielleicht etwas unüberlegt ausgesprochenen Worte draußen verdreht werden. Diese Behauptung trifft, rein zur Sache, nicht zu.

(Zuruf: Beweisen!)

Bitte, schauen Sie die Statistiken nach. Deswegen habe ich eingegriffen, damit nicht eine falsche unbewiesene Behauptung in die Presse geht.
Schnitzer: Wieviel Vertreter hat die Stadt Nürnberg?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist ein Bezirksverband. Ich möchte und kann nur soviel feststellen, daß der Mitgliederstand von Nürnberg-Fürth, wozu beim Bezirksver-

band Fürth-Land noch dazukommt, in der Mitgliederzahl in der ungefähr gleichen Relation zu München steht. Es ist das keine erfreuliche Tatsache vielleicht für beide Städte.

Schnitzer: Wir hätten gern das Verhältnis zu Traunstein gehört. Wir haben dort über 1400 Mitglieder und möchten gern den Vergleich ziehen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn wir anfangen, Traunstein mit seinen 1400 Mitgliedern zu vergleichen, wird sich Freund *Kübler* melden, es kann sich Kronach, es kann sich Hiltpoltstein melden. Das würde ein falsches Bild ergeben. Ich möchte nicht, daß wieder Versionen auftauchen, die unrichtig sind.

Schnitzer: Ich bin unterbrochen worden,

(Heiterkeit.)

weil ich eine falsche Behauptung aufgestellt haben soll. Man hat sie mir aber nicht widerlegt. Bitte, hier müssen die Mitgliederlisten sein.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf hier vielleicht feststellen: Nürnberg-Stadt hat sechs Vertreter, München 20. Die Relation ist ungefähr gleich, so daß man hier keinen Unterschied machen kann. Bitte, spielen Sie nicht immer Franken gegen Altbayern und Altbayern gegen Franken aus.

(Lebhafter Beifall.)

Ich bitte den Redner fortzufahren, aber, wenn es irgendwie geht, darauf Rücksicht zu nehmen, daß wir noch sehr wichtige Dinge zu besprechen haben und nicht über Zahlen diskutieren wollen, die nicht bedeutend sind.

Schnitzer: Ich bedauere nur, daß ich unterbrochen werde, während meine Vorredner nicht unterbrochen wurden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf hier erklären: Ich mußte unterbrechen, um Nachteile für die Union zu vermeiden.

(Sehr richtig! Beifall.)

Darf ich fragen: Wird eine Einwendung dagegen erhoben, daß ich den Redner unterbrochen habe? Wird gewünscht, daß der Redner noch in ähnlicher Weise weiterfahren kann, oder wird der Wunsch geäußert, daß er seine Ausführungen vielleicht auf etwa zwei oder drei Minuten begrenzen möchte. Ich möchte hier nicht abbrechen, um nicht ungerecht zu sein. Aber ich würde bitten, daß sich der Herr Redner entsprechend der Vereinbarung, die wir am Anfang miteinander getroffen haben, auf weitere zwei bis drei Minuten beschränkt.

Schnitzer: Ich habe nur zur Sache gesprochen. Ich habe nicht über politische Verhältnisse gesprochen wie meine Vorredner, sondern bin bei der Sache geblieben. Mir wird meine Zeit beschränkt, das muß ich feststellen. Ich halte mich daran, daß die Zeit beschränkt bleibt, aber ich bin der Ansicht, daß wir sehr weit entgegengekommen sind, und ich bitte die Herren von Franken usw. nicht über den Zwirnsfaden zu stolpern, den sie uns immer gespannt vorhalten. Wir schlagen vor, daß der Vorschlag unseres hochverehrten Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] zur Abstimmung kommt, dem wir jederzeit zustimmen können.

Dr. *Rindt*: Meine Freunde! Etwas möchte ich gleich an den Anfang stellen. Ich wundere mich ein bißchen darüber, daß man dieser sicher sehr wichtigen Angelegenheit einen derartig breiten Raum zubilligt - ich wiederhole auch die Worte unseres verehrten Ministerpräsidenten - in einer Zeit, die geladen ist mit Not.

(Sehr richtig!)

Ich möchte an den Anfang meiner kurzen Ausführungen den einen Hinweis stellen, das heißt ihn wiederholen: Wenn uns die Presse, die anwesend ist, einen Streich spielen will, dann muß sie nur darauf besonders eingehen, daß wir soviel Zeit mit diesen Auseinandersetzungen verbracht haben.

(Erneute Zustimmung.)

Das ist die beste Propaganda für die anderen Parteien.
Zur Sache selbst! Meine Freunde, ich kann mir nicht vorstellen, daß Zusatzvertreter einen solch ungeheuren Aufschwung in der Mitgliederwerbung herbeiführen könnten.

(Sehr richtig!)

Praktisch ist es doch draußen so: Wir alle stehen doch mittendrin, und ich bitte, mir das offene Wort zu verzeihen, wir sollen uns nicht in irgendwelche Gedanken verrennen. Unsere Menschen und wir selbst sind überlagert von der Not, vom Hunger und in gewissen Distrikten von einer ganz ausgesprochenen Furcht, die besonders in den Grenzgebieten, in den Vorpostengebieten gegen irgendeine SED-Überlagerung, sehr stark ist.

(Sehr richtig!)

In diesem Zusammenhang, meine Freunde, müssen wir die Mitgliederwerbung sehen. Wir müssen die Mitgliederwerbung weiterhin nach den Richtlinien der anderen Parteien und den dadurch in unseren eigenen Bezirken entstehenden Kämpfen betrachten. Wissen Sie von jener Vereinbarung der SPD zum Beispiel, daß man Oberbayern aus dem Kampf der Mitgliederwerbung zunächst etwas mehr herauslassen will, weil man sich in erster Linie auf die fränkischen Bezirke und auf Schwaben stürzen will, weil hier viel mehr die großen Industriezentren vorhanden sind?
Glauben Sie, wenn man immer so irgendwie direkt oder indirekt in Oberbayern - ich bitte, das ganz objektiv sagen zu dürfen und auch auffassen zu wollen - die Gefahr und das Gespenst der Bayernpartei heraufkommen sieht, in bezug auf Franken und auf Schwaben haben wir hinsichtlich der FDP, des Kampfes gegen diese intensivste Propaganda und Personalpolitik und in bezug auf die Propaganda und sonstige Politik der FDP in den genannten Gebieten nicht mehr mit Gespenstern zu tun, sondern mit seit langen, langen Monaten bestehenden Realitäten.
Darüber hinaus müssen wir noch einmal ganz kurz auf diesen Angstkomplex gerade in den Randgebieten zu sprechen kommen. Dieser Angstkomplex, meine Freunde, ist so sehr vorhanden, daß gerade hier das Wort Nietzsches zutrifft "nur der Täter erkennt". Nur wer dort wohnt und parteimäßig länger gearbeitet hat, weiß, wie der Druck, der durch den Nazismus damals auf uns allen lag, sich plötzlich in den Gemütern dieser Menschen durch die fortgesetzte Propaganda, durch die fortgesetzten Drohungen und all diese Dinge in besonderer Weise wieder zeigte.
Bitte betrachten Sie die Angelegenheit der Mitgliederwerbung und des Mitgliederstandes von dem Gesichtspunkt her, daß bei jedem Kampf nicht jene Gegend ausschlaggebend ist, die vom Kampf entfernt liegt, sondern - ich will das militärische Wort gebrauchen, ohne in den Verdacht zu kommen, daß ich Militarist bin - die Front ist in einem Kampf das ausschlaggebende, nicht die Etappe.

(Sehr richtig!)

Und wenn auch, das weiß ich, denn ich selbst bin Münchner, bin Oberbayer, heute in Oberbayern, vielleicht auch in Schwaben der Kampf gegen die Bayernpartei mehr und

mehr aufkommt, so kraß in bezug auf Angsterzeugung, auf Angst vor dem kommenden Terrorismus einer irgendwelchen Überlagerung aus dem Osten wird dieser Kampf nicht sein. Die Front ist und bleibt dort, wo ich sie bezeichnet habe.

(Sehr richtig!)

Wenn wir daher - und ich unterstütze den Vorschlag von *Haußleiter* und von *Kroll* - heute schon zu dieser Abstimmung kommen müssen, wenn wir es wirklich nicht vorziehen, in vollkommener sachlicher Ruhe und in vollkommen sachlichem Ernst die Dinge noch einmal in einem kleineren Kreis zu besprechen, wenn das also nicht möglich ist - liebe Freunde, Sie brauchen nicht ungeduldig zu sein, Sie werden Ihren Willen bekommen, so oder so -, dann möchte ich darauf hinweisen, daß es nicht mehr notwendig ist, Oberbayern etwas zuzugestehen, sondern auch in erster Linie die Verhältnisse am vordersten Kampfplatz gegen irgendwelche Überlagerungen vom Osten her mit zu berücksichtigen. Es geht, meine Freunde, ja letzten Endes um das Prinzip, daß ein Mann auf Vorposten in kürzester Zeit vielleicht wertvoller sein wird, als zwei oder unter Umständen fünf, vielleicht sogar zehn Mitglieder der Union, die nicht in diesem Großkampfeinsatzgebiet stehen.

(Sehr gut!)

Man spricht davon, daß in gewissem Sinne eine Leistungsbelohnung für prachtvolle Organisationsarbeit durch entsprechende Zusatzvertreter in der Landesversammlung, im Landesausschuß gegeben werden soll, und man sagt, daß, falls das nicht der Fall wäre, man andererseits nicht dafür garantieren könnte, ob die weitere Organisations- und Werbearbeit in diesen Gebieten sich so fortsetzen würde, wie sie begonnen hat. Man spricht also mit anderen Worten davon, daß eine gewisse Schlaffheit der Freude an der Arbeit in der Union eintreten könnte.
Andererseits, meine Freunde, ist es aber doch so: Wenn man schon dieses Gewicht auf Zusatzvertreter legt, dann bitte [ich], auch jene zu betrachten, die unter einem viel größeren Einsatz manchmal um einen einzigen Menschen und um seinen Bekennermut ringen müssen, wenn er vielleicht gegen die Angst seiner Umwelt und gegen seine eigene Angst angeht und zum Bekenner wird. Ich bitte zu beachten, daß, wenn gerade die Grenzgebiete zur östlichen Zone, zu der von der SED beherrschten Zone, irgendwie in den Hintergrund gedrängt würden, auch gerade auf unseren Parteiversammlungen, wäre da die Gefahr für die Kreise nicht viel größer, daß sie entmutigt würden, daß sie sagen würden: Wir stehen gewissermaßen ganz vorne, wir haben alles unmittelbar auszuhalten, aber wenn wir kommen und etwas wollen, wir werden dauernd und dauernd von jenen anderen überstimmt, die nur deshalb - so sagen jene - so viele Mitglieder und damit auch so viele Zusatzvertreter hereinbringen können, weil sie unsere Kämpfe nicht haben.

(Sehr richtig!)

Meine Freunde! Wenn ich auch laut gesprochen habe und wenn es auch so ist, als wäre ich - vielleicht mache ich den Eindruck - irgendwie erregt: Ich gestehe Ihnen, ja, ich bin erregt. Es geht mir bei dieser Auseinandersetzung wirklich nur um die Union. Ich glaube, ich habe in all diesen Gremien bisher nie viel gesprochen und immer dort und dann, wenn ich, ob es Landesausschuß oder Landesversammlung war, den Eindruck hatte, daß hier irgendein Prinzip angeschlagen wird, an dem eines Tages vielleicht die Union Schaden leiden oder zerbrechen könnte, dann habe ich meinen Mund aufgemacht. Die ganze bisherige Vergangenheit der Union - soweit man mich

nicht kennt, kann man das in den entsprechenden Protokollen nachlesen - hat mir immer noch recht gegeben, daß mich mein Instinkt bei meinen Bemühungen doch immer irgendwie auf das Richtige hinzieht.
Meine Freunde! Wenn nun gerade von einem Flüchtlingsverteter, gerade von einem anderen Vertreter des fränkischen Kreises, gerade auch von mir - ich bitte zu entschuldigen, wenn ich mich noch einmal nenne - als einem altbayerischen Menschen, einem Südbayer, dieser Kompromißvorschlag von 500 zu 500 gemacht wird, dann glauben Sie nicht, daß das ein Feilschen wäre, um irgendwelche anderen Vorschläge hinunterzubügeln oder doch irgendwie recht zu behalten. Die Union steht mir viel höher, tausendmal höher, als daß ich mein Recht bekomme, um das es gar nicht geht. Es ist ein Vorschlag, der abgewogen ist, um Einheit und Einigkeit bei uns zu finden und aufrechtzuerhalten, wobei die Bedürfnisse Oberbayerns genauso berücksichtigt werden sollen, wie jene großen Bedürfnisse gerade des Vorpostenplatzes Franken, nicht nur von heute, sondern auch von morgen.
Wenn wir also, meine Freunde, und das ist mein letzter Satz, nicht dazu kommen können, eine Entscheidung auf morgen zu vertagen, um sie noch einmal zu überlegen, dann bitte ich Sie um der Union willen: Stimmen Sie diesem Vorschlag zu. Er ist abgewogen, er ist vielleicht die Lösung für die Einheit der Union auch heute, wie wir schon manches Mal die Lösung für die Einheit der Union von irgendeinem Rednerpult aus durchsetzen durften.

(Beifall.)

Dr. *Gamperl*: Meine lieben Parteifreunde! Die Oberpfalz zählt zu Altbayern. Ich selbst bin Oberbayer und habe wirklich, wie ein *Horlacher* gesagt hat, zwei Seelen in meiner Brust.

(Hört!)

[Als] gebürtiger Oberbayer fühle ich mit den Bayern und Altbayern, und als Bezirksvorsitzender der Oberpfalz habe ich ein Recht, nach dem Norden Bayerns hinauf zu fühlen, der auf einer ganz anderen Basis die Verteidigung der Union zu führen hat. Aus meiner bayerischen Herkunft her würde ich es aufs tiefste bedauern, wenn die Oberbayern restlos geschlagen würden. Wir wollen nicht die Bitterkeit der Niederlage hinterlassen, wir wollen eine Einigung haben, bei der beide Teile zufrieden sein können.

(Sehr richtig!)

Die Oberpfalz hat ebenso wie die Franken droben eine weitausgebreitete Industrie, sie hat ebenso wie die Oberbayern eine weitgehende Landwirtschaft. Aber die Oberpfalz grenzt auch an jene Teile, von denen die größte Gefahr für uns alle droht. Und wenn nun Freund *Haußleiter* in seinem Vorschlag weiter gegangen ist, als weite Kreise von Franken und der Oberpfalz es gewünscht haben, so möchte ich daraus den Schluß ziehen: Wir haben etwas nachgegeben, wir haben etwas geopfert. Und Sie, meine Freunde von Oberbayern, sehen Sie zu, daß Sie auch Ihren Teil beitragen und auch etwas opfern, damit die Sache nicht eine Prestigefrage wird und nicht ein Teil vom anderen geschlagen und dadurch zu Unlust an der Mitarbeit verurteilt wird.

(Bravo!)

Bedenken Sie wohl: Die vorige Abstimmung hat ergeben 197 zu 210 für Nordbayern. Die Entscheidung, die kommen wird, ist unklar. Aber eines wünschte ich hier im Gegensatz zu unserem Landesvorsitzenden, daß die Entscheidung heute noch fällt.

(Sehr richtig!)

Denn wir wollen ruhig schlafen, und jeder, der die Sache hier ernst nimmt, wird nicht ruhig schlafen, solange nicht die Gefahr gebannt ist, daß in der Union ein gegenseitiges Mißtrauen herrscht, das nur schwer wieder zu beseitigen wäre. Wir von der Oberpfalz können uns fast als das Zünglein an der Waage betrachten. Darum erkläre ich hiermit: Wir würden nach dem Vorschlag von Herrn Minister *Pfeiffer* gewaltig gewinnen. Aber wir sind bereit, darauf zu verzichten, um die allgemeine Einigkeit herzustellen.
Ich bitte daher, stimmen Sie dem Vorschlag unseres Parteifreundes *Haußleiter* zu. Wir werden hernach alle froh sein, wenn es so geschehen ist. Wir werden froh sein, gemeinsam den Kampf für die Zukunft führen zu können.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit ist die Rednerliste erschöpft. Ich darf jetzt darauf hinweisen, daß wir vorhin vereinbart haben, daß jetzt über den Geschäftsordnungsantrag *Horlacher* abgestimmt würde, der dahin geht, daß eine Kommission über Nacht noch das ganze Problem durchdenken und daß morgen die Landesversammlung endgültig entscheiden soll.

(Unruhe.)

Ich bitte *Horlacher* fragen zu dürfen: Wird der Antrag aufrechterhalten?

(Zuruf: Zurückziehen!)

Dr. *Horlacher*: Wenn ich wüßte, daß sich ein großer Teil der Union auf den Vorschlag *Haußleiter* einigen könnte, dann ziehe ich meinen Antrag zurück.

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag ist zurückgezogen. Ich darf dann den Antrag *Haußleiter* verlesen. Der Antrag *Haußleiter* ...

(Zuruf: Antrag *Ehard* zur Abstimmung, er ist zuerst gestellt!)

Meine lieben Freunde, es geht jetzt wieder die Geschäftsordnungsdebatte los. Ich war vorhin so fair zu Ihnen, daß ich eine Abstimmung annulliert habe, die zugunsten der Freunde war, die den Kompromißvorschlag gemacht haben. Ich sollte Fairneß für Fairneß erwarten. Es tut mir sonst furchtbar leid, wenn ich vorhin die Versammlung gebeten habe, einen Kompromiß zu suchen, um eine gerechte Lösung zu finden. Ich muß infolgedessen im Sinne dieser Lösung zunächst über den Antrag *Haußleiter* abstimmen lassen, weil er im Sinne dieser Richtung liegt. Wenn der Antrag *Haußleiter* abgelehnt würde, würde die Abstimmung kommen über den Antrag *Ehard*. Sonst kann man in Zukunft Fairneß nicht mehr durchhalten.
Ich darf den Antrag *Haußleiter* verlesen. Er lautet:

> Jeder Kreisverband erhält für die ersten 500 Mitglieder zwei Vertreter zur Landesversammlung. Für je weitere 500 Mitglieder erhält jeder Kreisverband eine zusätzliche Stimme, jedoch nicht mehr als insgesamt zwei zusätzliche Stimmen.

Der Antrag ist unterzeichnet von Dr. *Kroll* und von *Haußleiter*. Ich darf über den Antrag abstimmen lassen.

(*Thomas*: Zur Geschäftsordnung!)

Es ist vorhin vereinbart worden; während der Abstimmung wird niemand[em] mehr das Wort zur Geschäftsordnung erteilt.

Ich darf so abstimmen lassen, daß ich zunächst feststelle, ob sich klare Majoritäten im Bilde ergeben. Wenn ich sehe, daß die Stimmenzahl ungefähr gleich verteilt ist, werde ich vorschlagen lassen, daß man in diesem Fall dann rasch abstimmen läßt durch die Abzähler, die auf der Seite bereit stehen. Ich möchte nur das Abstimmungsverfahren erleichtern.
Ich darf zunächst die Abstimmung so vornehmen lassen, daß man die Majoritäten klar sieht. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag *Haußleiter*? Ich bitte abzuzählen. 18 und 41. Gegen den Antrag *Haußleiter* waren 59.
Ich darf zur Gegenprobe schreiten. Wer ist für den Antrag *Haußleiter*? Ich bitte, es festzustellen und sich zu überzeugen. Ich glaube, wir können feststellen, es ist die überwiegende Majorität. Ich bitte ...

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Die Abstimmung bezweifle ich nicht!
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Glauben wir!)

Wird bezweifelt, daß diese Abstimmung eine sehr klare Majorität für *Haußleiter* ergeben hat? Die Abstimmung wird nicht bezweifelt. Dann ist diese Abstimmung abgeschlossen.

(Bravo-Rufe und lebhafter Beifall.)

Meine Freunde! Damit haben wir - ich glaube, mit den beiden Referenten einig zu gehen - die wesentlichen Punkte, die zu Differenzen führen könnten, jetzt alle erledigt. Oder ist noch irgendein Punkt unklar, der wichtig wäre, *Pfeiffer*, *Horlacher*? Ich habe vorhin gesagt, ich möchte die Referenten fragen. Infolgedessen möchte ich mich überzeugen.
Es besteht kein wesentlicher Differenzpunkt mehr. Dann darf ich vorschlagen, daß wir die Statutenänderung mit dieser Maßgabe als Unterlage eines Beschlusses nehmen und daß der Landesausschuß beauftragt wird, die, ich möchte sagen, rein gesetzestechnische Formulierung vorzunehmen, damit wir hier nicht die wesentlichen Paragraphen verlesen müssen. Besteht darüber Einverständnis? Dann stelle ich den Antrag:

> Die Landesversammlung wolle beschließen:
> Die von den Referenten vorgetragenen Satzungsänderungen werden unter Zugrundelegung der in dieser Landesversammlung zu prinzipiellen Punkten getroffenen Entscheidungen vom Landesausschuß, der im Februar dieses Jahres einzuberufen ist, texttechnisch formuliert und im Namen der Landesversammlung in Kraft gesetzt.

Sind Sie mit dieser Formulierung des Antrags allseits einverstanden? Werden Bedenken erhoben?

(Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Nein!)

Ich möchte nur, daß wir uns über diese Dinge möglichst noch einigen und keine Majorisierung vornehmen. Mit dieser Maßgabe ...
Schulz (Haßfurt): Ich bitte, in diese Formulierung mit hinein zu nehmen, daß dieses Prinzip, das wir einführen, auch auf die Kreisversammlung ausgedehnt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Diese Prinzipien sind beschlossen. Wir können keine neuen Gesichtspunkte mehr hineinbringen. Oder wird es gewünscht?
Ich will auch da gerecht sein. Wird gewünscht, daß noch ein weiteres Prinzip entwikkelt wird?

(Mehrfache Ablehnung.)

Erhebt sich ein Widerspruch dagegen, daß ich über diesen Antrag zur Tagesordnung übergehen darf?

(Zustimmung.)

Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich habe meinen Antrag formuliert. Muß er nochmals bekanntgegeben werden?

(Zurufe: Nein!)

Mit der Annahme des Antrages, um es ganz klarzustellen, würde feststehen: Der Landesausschuß ist damit ermächtigt, die Statuten unter Zugrundelegung dieser hier getroffenen Entscheidungen texttechnisch zu formulieren - also keine prinzipiellen Entscheidungen mehr zu treffen - und im Namen der Landesversammlung in Kraft zu setzen. Denn die grundsätzliche Autorität bleibt bei der Landesversammlung.

(Zuruf: Ab wann?)

Mit Wirkung von dem Beschluß des Landesausschusses an. Der Landesausschuß wird dann im Februar dieses Jahres tagen.
Der Antrag ist bekannt. Ich lasse über meinen Antrag abstimmen. Wer enthält sich? Eine Enthaltung. Wer ist gegen meinen Antrag? Ich bitte abzuzählen. Sieben gegen meinen Antrag. Wer ist für den Antrag? Es steht fest, daß alle gegen sieben für den Antrag waren.
Damit, meine lieben Freunde, haben wir eine Arbeit für die Union geleistet, die sehr schwierig war. Ich möchte aber sagen, sie ist doch hoffentlich des Schweißes der Edlen wert gewesen, und ich würde nur bitten, daß alle Freunde ...
Schmitt (Sulzbach): Ich bitte ums Wort zu einer textlichen Berichtigung bzw. zur Behebung eines Zweifels. Bei der Verlesung des Antrags *Kroll* sind von Ihnen, Herr Vorsitzender, die Worte so gestellt worden, daß es geheißen hat "für je 500". Oder heißt es "bis zu 500"? Das war es, was Herr *Thomas* vorhin sagen wollte und was er als Geschäftsordnungszwischenruf machen wollte.

(Zurufe, allgemeine Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gut. Ist die Landesversammlung damit einverstanden, daß wir dahin ändern: Bis zu 500 Mitglieder? Es war das klar.

(Zustimmung.)

(Anmerkung: In einer kurzen Unterredung in der Pause bestätigt der Landesvorsitzende auf Anfrage von Staatsminister Dr. *Hundhammer*, daß der Beschluß auszulegen sei: Von 501 bis 1000 eine Zusatzstimme usw.)

Meine lieben Freunde, ich danke Ihnen für die Arbeit, die Sie hier geleistet haben. Ich bitte jetzt alle anzuerkennen: Wir haben wirklich eine Verständigung versucht und haben vorhin klar gezeigt, daß wir nicht etwa nur majorisieren wollen. Bitte, heißen Sie die Verständigung auch durch die Tat gut. Streiten Sie nicht mehr draußen um diese Punkte. Arbeiten wir, damit wirklich die Union leben kann.
Darf ich jetzt zur Weiterentwicklung der Tagesordnung folgendes feststellen: Wir haben jetzt 23 Uhr. Ich glaube, wir sollten jetzt keine weiteren Punkte mehr behandeln.

(Zurufe: Doch, doch, weitermachen!)

Denn wir sind alle übermüdet. Wir können nicht gut die Nacht durchtagen.

(Zurufe: Doch!)

Es käme dann die Frage der Wahl des Landesvorsitzenden. Ich müßte vorher meinen Bericht über meine Tätigkeit geben, und es versteht sich von selbst, daß ich einen Rechenschaftsbericht geben muß, daß ich gleich die Grundlinien der Politik der Union entwickeln müßte, für den Fall, daß ich das Vertrauen wieder erhalten soll. Ich glaube, man kann das nicht so überstürzen, man kann nicht den Vortrag und die Wahl auseinanderreißen. Das würde niemand verstehen.
Infolgedessen würde ich dankbar sein, wenn wir jetzt beschließen, würden, daß wir heute Schluß machen. Morgen früh um 8 Uhr ist in der katholischen Kirche Gottesdienst für die Katholiken und in der evangelischen Kirche für die evangelischen Freunde. Wir beginnen Punkt 9 Uhr. Ich bitte aber, unter keinen Umständen zu spät zu kommen.

(Sehr richtig!)

Wir werden dann morgen weiterarbeiten. Ich würde vorschlagen, daß vorgesehen wird, daß wir eventuell keine Mittagspause einlegen, sondern lieber von 9 Uhr bis 15 Uhr durchzutagen.
Darf ich Ihre Zustimmung dazu annehmen? Hat sich noch jemand gemeldet? Es hat sich niemand mehr gemeldet. Es ist noch eine Ansage zu machen.
Dr. *Schedl*: Ich bitte, folgendes zu beachten: Die Freunde, die in Waldershof und Brand wohnen, fahren zunächst mit dem Omnibus. Das sind jeweils drei Kilometer. Die Omnibusse kommen wieder zurück und bringen dann die anderen Freunde nach Arzberg. Die Freunde von Wunsiedel finden am Bahnhof den Zug.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich für heute schließen mit dem Wunsche "Gute Nacht", auf Wiedersehen morgen Punkt 9 Uhr.

Die Landesversammlung wird um 23.05 Uhr auf den 25. Januar vertagt.
Die Sitzung wird am 25. Januar um 9 Uhr 36 Minuten fortgesetzt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich eröffne den heutigen Sitzungstag. Vor Beginn der Debatte darf ich zu einer Feststellung dem Parteifreund *Rindt* das Wort erteilen.
Dr. *Rindt*: Meine Freunde! Ich weiß nicht, ob Sie von den über die Landesversammlung in Bayern kursierenden Gerüchten bereits gehört haben. Um Zweifel zu vermeiden, möchte ich Sie darüber aufklären, daß wir erstens eine Bonzenversammlung sind,

(Zuruf: Das wissen wir schon!)

daß wir zweitens anscheinend auch eine Schieber- und Wucherergesellschaft,

(Hört, hört!)

vor allen Dingen eine Schwarzhändlergesellschaft sind. Es wurden, wie mir gesagt wurde, sogar im Radio z.B. diese und ähnliche Nachrichten, die ich Ihnen ganz kurz wiedergeben möchte, durchgegeben.

(Zuruf Ministerpräsident Dr. *Ehard*.)

Man spricht zwar nicht von den 1,5 Millionen; aber man spricht z.B. davon, daß sich ein Waggon der Reichsbahn, der als mit Sauerkraut beinhaltet deklariert wurde, durch irgendeine Ungeschicklichkeit beim Verladen oder beim Rangieren geöffnet hätte, daß eine Kiste aufgegangen wäre und man daraufhin feststellen hätte können, daß Butter statt Sauerkraut nach Marktredwitz verschoben worden sei, ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, in dem wir hier die Landesversammlung haben.

(Heiterkeit.)

Dann möchte ich noch mitteilen, daß wir uns gegenwärtig von zwei sehr fetten schwarzgeschlachteten Ochsen

(Heiterkeit.)

und einem ebenso gut genährten Schwein ernähren, das ebenfalls schwarzgeschlachtet ist.

(Zuruf: Das waren aber sicher rote Ochsen!)

Man hat bisher immer versucht, einzelne von uns, die irgendwo exponiert waren, durch einen sehr systematisch angelegten Denunziationsfeldzug zu erledigen. Nun geht man, weil man anscheinend die große Gefahr erkennt, die von der Union für bestimmte andere Parteien[4] ausgeht, so weit, die offizielle Körperschaft der Landesversammlung in der deutschen Öffentlichkeit ganz bewußt zu disqualifizieren.

(Pfui-Rufe.)

Man versucht, uns schlecht zu machen, um wieder einmal im Trüben fischen zu können.

(Zuruf: Wir kennen ja die Brüder!)

Meine Freunde, wir kennen sie; aber ich habe den Eindruck, daß wir, gerade wenn wir in der heutigen Notzeit, wo die Menschen so leicht irgendwelchen Gerüchten nachlaufen und irgendwelchem Schlechtmachen verfallen können - denken Sie an 1932! -, als die höchste Körperschaft der CSU insgesamt angegriffen werden, hiergegen offiziell auch entsprechende Gegenschritte unternehmen müssen, um diesen Dingen von vorneherein die Spitze abzubrechen.

(Beifall.)

Ich glaube, wir haben das Vorrecht, sagen zu dürfen, daß wir jeden Kampf - den politischen Kampf und den sonstigen Kampf, auch den Wahlkampf - in Bayern durchwegs fair und anständig geführt haben.

(Zurufe: Sehr richtig! - Leider! - Zu fair!)

Diese Anständigkeit verführt aber unsere politischen Gegner immer dazu zu glauben, daß wir weich und schwach sind.

(Zustimmende Zurufe.)

Ich bitte Sie und bitte den Herrn Landesvorsitzenden, noch in diesem Augenblick durch eine Resolution oder durch irgendeine entsprechende Erklärung an die - Gott sei Dank anwesende - Presse, an die DENA usw., die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen, um diese Dinge mit einem anderen Ton zu beantworten, als man ihn bisher im gegnerischen Lager von uns gewöhnt war.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Parteifreund *Kastner* hat zu diesem Punkt das Wort.
Kastner: Meine sehr verehrten Parteifreunde! Ich hatte nicht vor, Sie anläßlich Ihres Besuches in unserer Stadt mit dem alltäglichen Gewäsch des politischen Lebens zu langweilen. Nachdem aber mein hochgeschätzter Herr Vorredner, der stellvertreten-

[4] In der Vorlage: "Praktiken".

de Fraktionsführer Dr. *Rindt*, Veranlassung nahm, auf diese Dinge einzugehen, fühle ich mich als Vorsitzender des Ortsverbandes Marktredwitz der Christlich-Sozialen Union verpflichtet, zu diesen Ausführungen einige grundsätzliche Bemerkungen zu machen.

Wir in Marktredwitz haben, als uns der Auftrag zuteil wurde, Sie gestern und heute als Gäste zu empfangen, zu bewirten und unterzubringen, alles dazu getan; über alle Schwierigkeiten hinweg haben wir in der breitesten Öffentlichkeit unserer kleinen Stadt Verständnis gefunden.

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Wir wußten, daß unsere politischen Gegner in ihrem alten Ladenhüter-Schrank noch einige unverbrauchte Flugblätter aus dem Jahre 1932 auf Lager hatten, Grammophonplatten, die schon längst abgespielt waren, die aber gut genug waren, um für Sie die Eingangsouvertüre zu spielen. Als man uns am Anfang der abgelaufenen Woche mit den Gerüchten über den Waggon mit Butter, deklariert als Sauerkraut überschüttet hat, da habe ich anläßlich einer Versammlung in Nagen (?), als Parteifreunde mich frugen, wie das mit den Butterschiebungen in Marktredwitz stehe, während man in Oberfranken keine Butter bekomme, nur ironisch erklärt: Ich brauche, wenn am Mittwoch mein persönlicher Waggon Butter ankommt, ein paar Personen, um mitzuhelfen, ihn auszuladen, da ich durch die Organisationsarbeit verhindert bin, es selbst zu tun. Und als man davon sprach, daß die Fleischkürzungen oder gar der Fleischentzug - verursacht durch die schwere Ernährungskrisis, die unser hochverehrter Herr Ministerpräsident gestern abend bereits streifte - durch die CSU-Landestagung hervorgerufen sei, habe ich den Leuten vorgerechnet, daß diese Normalverpflegung eben auch unseren demokratischen Parteien anderer Fakultät gewährt wird und gewährt wurde und daß wir als die stärkste und die Regierungspartei für uns natürlich dasselbe Recht in Anspruch nehmen. Ich habe ihnen erklärt, daß die ganze Verpflegung für Sie, meine hochverehrten Gäste und lieben Freunde, lediglich ein halbes Rindvieh ausmacht; und diese Quatscher sind nicht nur ein halbes Rindvieh, sondern ein Generalrindvieh!

(Heiterkeit.)

Und ebenso die, die sagen, daß die CSU-Landesversammlung die Fleischversorgung Bayerns gefährde.

Daß irgendwelche noch nicht klar festgestellte Freunde einen Lockschuß in Form eines abgezogenen Flugblattes abgegeben haben, das sie uns gestern morgen in den Briefkasten steckten, das lassen Sie meine Sorge sein! Das gibt mir Anlaß, bei dem künftigen Wahlkampf zur Stadtratswahl mit den Hintertreppen- und Rattenpolitikern aufzuräumen, die sich bisher nur an einer Freistatt ernährt und auf Kosten der Union gelebt haben.

(Lebhafter Beifall.)

Ich habe vorhin erklärt: So saubere Männer als unsere derzeitige Staatsregierung, als unser hochverehrter Herr Ministerpräsident Dr. *Ehard* und seine Mitarbeiter, wie die Staatsminister *Pfeiffer*, *Hundhammer*, *Seidel*, *Ankermüller*, *Krehle* und wie sie alle heissen, habt Ihr in Euren Reihen noch nicht aufzuweisen gehabt!

(Beifall.)

Und wenn Eure Minister früher durch Polizeischutz und unter Polizeigeleit

(Zuruf: Pension *Hoegner*!)

irgendwo hingestellt worden sind, dann dürfen wir das auch für uns verlangen, nicht weil wir uns vor Euch fürchten, sondern weil es ein Gebot des Anstands und des bürgerlichen Takts in der Demokratie ist. Wir lassen es uns einfach nicht verbieten, höflich und anständig zu sein. Wegen der Fettknappheit und der Fettlei[b]igkeit wollen wir erst einmal Untersuchungen anstellen, wer den größeren Ranzen trägt.

(Heiterkeit.)

Da werden wir auch einmal auf die Forderung zurückkommen, daß wir den Weg der Demokratie vollständig gehen wollen. Wir werden es künftig unter keinen Umständen mehr dulden, daß wir die Regierung bilden und die anderen um die Kugel schieben. Wir verlangen, daß auf der Kegelbahn Kegel und Keil eine Linie sind.

(Beifall.)

Den Vertretern der verehrten Presse möchte ich sagen, sie möchten nicht allen Dreck aufnehmen, sonst müßte das den Glauben an die Gerechtigkeit diffamieren.

(Erneuter starker Beifall.)

Wenn ich in meinen alten Akten von 1932 nachlese, kommt es mir vor, wie ein gelinder Traum, wie wenn man zwei, drei Stunden geschlafen hätte, und der Dreck ist derselbe und die Kiste ist die gleiche. Damit kommen wir nicht weiter. Entweder wir sind gewillt, als anständige Menschen im Staate Demokraten zu sein, oder wir vernichten dieses Ideal, indem wir uns in einen Schmutzbereich begeben. Mögen die andern in die Dreckpfütze steigen! Die Christlich-Soziale Union wird sich, getreu ihrer Firma, künftig positiv im christlichen Sinne betätigen. Wir müssen uns einig sein, müssen sozial arbeiten für unsere schwer schaffende Arbeiterschaft, für die Union, für die Einigkeit auch unseres schwer ringenden Vaterlandes. Gott gebe, daß mit uns Bayern bald eine bessere Auferstehung erlebe!

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke unserem Parteifreund *Kastner*. Ich darf, bevor ich dazu Stellung nehme, dem Landesgeschäftsführer das Wort zu einer kurzen Feststellung geben.

Dr. *Schedl*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zusatzverpflegung, die Sie hier bekommen, ist genau die Verpflegung, die nach den gekürzten Sätzen für alle Tagungen ausgegeben wird. Die Regelung ist bizonal. Bedauerlicherweise sind wir als erste Tagung unter die neuen Kürzungen, die verständlich sind, gefallen. Mehr als irgend jemand anders haben wir wenig bekommen. Aber ich stehe auf dem Standpunkt, was allen anderen recht ist, das könnte der stärksten Partei Bayerns nicht mehr als billig sein. Aus diesem Grund habe ich um die Zusätze nachgesucht und sie ohne weiteres bekommen. Es ist gar nichts da, was irgendwie von hintenherum gekommen wäre. Alles, was gekommen ist, kann jeder nachprüfen und kann jeder auch haben, wenn er eine Tagung abhält.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich darf im Anschluß an diese Debatte, die ich deswegen herbeigeführt habe, weil ich Gerüchtebildungen entgegenwirken wollte, folgendes erklären: Ich glaube, Sie sind mit mir einverstanden, wenn ich im Namen der Christlich-Sozialen Union all diese gemeinen Verdächtigungen zurückweise, wenn ich feststelle, daß grobe Unwahrheiten im politischen Kampf verwandt werden und daß wir diese unfairen Kampfmethoden ablehnen.

(Bravo-Rufe.)

Wir wollen uns nicht zu lange dabei aufhalten. Ich darf aber die Presse bitten, in dem Fall ihrerseits wirklich auch Diener der Wahrheit zu sein.

(Beifall.)

Sonst könnte es dahin kommen, daß wir eines Tages vielleicht gemeinsam aussprechen müßten: Armes deutsches Volk, Du hast dich in der Zeit der schlimmsten Not schlecht benommen! Ich glaube, wir, die wir alle in der gleichen Not sind - Sie von der Presse genauso wie wir, die wir in der Öffentlichkeit oder sonst an irgendeinem Platz stehen -, wollen uns alle diesen Vorwurf später nicht machen lassen, daß wir in der Notzeit auf Gemeinheiten gekommen sind, daß die Moral des Volkes noch mehr verfallen ist, als sie in der Hitlerzeit verfallen war.

(Sehr gut!)

Wir wollen gemeinsam daran arbeiten, daß auch in dieser Hinsicht wieder ein Aufbau der Moral eintritt und daß wir wieder feste Begriffe bekommen. Zu diesen Begriffen gehört aber, daß Lüge im politischen Leben genauso verboten sein muß wie im Leben, das jeder normale Mensch für sich führt.

(Zustimmung.)

Es gibt keine zweierlei Moral; es gibt keine Moral für die öffentliche Meinungsbildung und keine Moral für den Menschen als solchen, die verschieden davon ist.

(Bravo-Rufe.)

Wir wollen dahin kommen, daß wieder gesunde Begriffe ein gesundes Fundament für die öffentliche Meinung sind.
Ich darf das jetzt vielleicht bereits vorwegnehmen, bevor ich zu den anderen Themen Stellung nehme, und darf damit diesen Punkt für uns als abgeschlossen betrachten. Ich halte es für unzweckmäßig, eine eigene Resolution hier zu beschließen; ich glaube, die Feststellung genügt.
Im Anschluß daran, nachdem wir etwas Unangenehmes erlebt haben, darf ich mich dann wieder einer angenehmen Aufgabe zuwenden. Es ist heute, leider verspätet - ich darf annehmen, durch besondere Verhältnisse verspätet -, noch Herr Staatssekretär *Strauß*, der Vertreter des Landesverbandes Hessen der CDU, eingetroffen. Es ist ferner Herr *Ziegler*, der Vertreter des Landesvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union in Südbaden und Ministerpräsidenten *Wohleb*, eingetroffen.

(Beifall.)

Ich darf die Freunde begrüßen und vielleicht zuerst Staatssekretär *Strauß* das Wort zu einer kurzen Begrüßung geben.
Staatssekretär *Strauß*: Meine sehr verehrten Freunde! Der Landesverband Hessen der Christlich-Demokratischen Union entbietet Ihnen durch mich seine besten Grüße und Wünsche. Ich muß Sie aber bitten, mich nur als einen Ersatzmann zu betrachten. Der Vorsitzende des Landesverbandes, Minister Dr. *Hilpert*, hatte den innigen Wunsch, an Ihren Beratungen teilzunehmen, um so mehr, als er selbst ein Sohn dieser fränkischen Erde ist; seine Geburtsheimat ist Wunsiedel, das in unmittelbarer Nähe liegt. Er ist im letzten Augenblick durch dringende Kabinettsberatungen verhindert worden, hier unter Ihnen zu erscheinen, und hat mich beauftragt, seine Stelle einzunehmen. Ich habe infolgedessen gestern an Ihren Beratungen nicht teilnehmen können und kann Sie erst heute begrüßen.

Wir Hessen legen besonderen Wert darauf, bei Ihren Veranstaltungen vertreten zu sein, verbinden uns doch mit Ihnen besonders innige Bande. Ihr Land, Württemberg-Baden und Hessen waren die ersten deutschen Länder, die nach dem Zusammenbruch wieder zu einem eigenen staatlichen Leben gekommen sind. Bezeichnend ist, daß das nicht nur in allen drei Ländern gleichzeitig erfolgte, sondern daß diese Länder den ersten Schritt in eine neue Zukunft von vorneherein gemeinsam antraten. Sie haben sich bereits im Herbst 1945 im Stuttgarter Länderrat gefunden und haben in allem Notwendigen ihren Weg einheitlich und gemeinsam beschritten. Es war für mich eine besondere, auch persönliche Freude, von Herrn Minister *Hilpert* zu Ihnen entsandt zu werden, denn es war mir vergönnt, in Zusammenarbeit mit Ihren Herren, die zugleich die führenden Männer des Bayerischen Staates waren, an dieser Arbeit in Stuttgart mitzuwirken.
Hessen und Bayern sind benachbart. Gerade in Franken darf ich das erwähnen, da der Menschenschlag in Franken und in dem größten Teil von Hessen ja ein sehr verwandter ist. Wir blicken, wie alle anderen Landesverbände Deutschlands, mit besonderer Hoffnung auch auf das Schicksal und die Zukunft der Christlich-Sozialen Union Bayerns. Wir sind uns im Süden und Norden alle bewußt, daß die Christlich-Soziale Union Bayerns einer der Hauptpfeiler, wenn nicht *der* Hauptpfeiler, einer christlich-demokratischen Politik in ganz Deutschland ist. Wir wissen, daß das Schicksal der anderen Landesverbände mit dem Ihrigen eng verbunden ist und von ihm abhängt. Wir wünschen daher, daß die weitere Entwicklung Ihrer Partei zu einem geschlossenen, in sich geschlossenen Landesverband sich in Bahnen vollzieht, die zugleich das Schicksal der Gesamtpartei der Christlich-Sozialen und Christlich-Demokratischen Union Deutschlands bestimmen. Denn wir in den andern Ländern halten den Zeitpunkt für gekommen, wo unser Verhältnis einer Verbindung bedarf.
Wir sind - das wissen wir - im Gedanklichen alle weitestgehend einig. Wir müssen es aber auch im Organisatorischen sein. Und ich hoffe, Ihre Tagung möge dazu beitragen, daß aus den verschiedenen Unionen der einzelnen Landesverbände möglichst bald eine Gesamt-Union für alle Länder Deutschlands wird. In diesem Sinne wünsche ich Ihren Beratungen einen guten Fortgang und einen vollen Erfolg.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Staatssekretär *Strauß*. Ich darf nachholend noch bemerken, daß Staatssekretär *Strauß* der Vertreter unseres Parteifreundes Dr. *Semler* als Direktor für Wirtschaft ist. Ich danke ihm und bitte, unseren Freunden der CDU in Hessen unsere Grüße zu bestellen und ihnen zu erklären, daß wir gerne bereit sind, mit der CDU in Hessen sowohl für die amerikanische Zone, wie für den Aufbau einer Union Deutschlands zusammenzuarbeiten.
Ich darf dann Herrn *Helmut Ziegler* als Vertreter der Christlich-Demokratischen Union von Südbaden das Wort erteilen.
Ziegler: Sehr verehrte Damen und Herren, meine lieben bayerischen Freunde! Es ist mir eine besondere Ehre und eine große Freude, Sie heute hier im Namen der CDU Badens aus der französischen Zone begrüßen und Ihnen für Ihre Landesversammlung alles Gute und einen guten Verlauf wünschen zu dürfen. Gerne wäre unser Landesvorsitzender, Herr Staatspräsident *Wohleb*, selbst heute bei Ihnen erschienen, aber es war ihm durch die Umbildung und Neubildung unserer badischen Regierung nicht möglich.
Ich habe eine weite Reise hinter mir, und es ging nicht ohne Schwierigkeiten. Ich möchte das nur zur Entschuldigung sagen, daß ich erst heute morgen und nicht schon

gestern gekommen bin. Aber trotz aller Schwierigkeiten und gerade deshalb möchte ich betonen, daß wir einen Wert, einen großen Wert sogar, darauf legen, auch drüben von unserer Südwest-Ecke, vom Oberrhein her, in enge und herzliche Verbindungen und Beziehungen mit Bayern und mit der Christlich-Sozialen Union Bayerns [zu] gelangen.

(Zustimmung und Bravo-Rufe.)

Ich kann Ihnen sagen: Trotz aller Verleumdungen, von denen wir ja vorhin gehört haben und die leider in sehr reichem Maße durch die deutsche Presse gehen, blickt man bei uns auch heute noch immer mit einem gewissen Vertrauen und mit einer gewissen Ehrfurcht hinüber nach Bayern, gleichsam auf unseren großen Bruder.

(Beifall.)

Bayern ist uns gerade in staatspolitischer Hinsicht ein besonderes Vorbild gewesen. Bayern ist der Ort des deutschen Föderalismus,

(Beifall.)

und Sie wissen, daß auch bei uns, wenn auch vielleicht in bescheidenerem Rahmen, der Föderalismus eine Wohnstatt, ein Heim hat.
Und gerade deshalb darf ich Ihnen sagen: Zeigen Sie sich stets des Vertrauens, das wir auf Bayern und auf seine Christlich-Soziale-Union setzen, gerade in dieser Hinsicht für würdig. Dann kann Bayern wirklich zu einem richtungweisenden Eckpfeiler eines neuen deutschen Bundes und zu einem Land werden, an dem Deutschland genesen kann.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Herrn Staatsrat *Ziegler*. Ich bitte, den Freunden der Christlich-Demokratischen Union in Südbaden unsere Grüße zu überbringen und die Bereitschaft zu gemeinsamer Arbeit.
Ich darf im Anschluß daran, um Gerüchtbildungen zu vermeiden - ich richte mich in diesem Falle in erster Linie an die Herren und Damen auf der äußersten Rechten -, bekanntgeben, daß *Schlögl* uns ein Telegramm geschickt hat, daß er leider verhindert ist, zu kommen, weil er wirklich - und man kann es glauben - in Frankfurt aufgehalten ist. Alle Kombinationen, die in dieser Richtung gehen, sind haltlos. Das darf ich hier gegenüber der Presse feststellen.
Meine lieben Freunde! Wir treten dann in die Behandlung der Tagesordnung ein. Für heute ist zum Beginn der Tagesordnung vorgesehen mein Bericht über die Tätigkeit der Union im letzten Jahr, über die Grundlinien, die sie eingehalten hat, über die Grundlinien der Politik der Union, die sie einhalten wird für den Fall, daß Sie mir wieder bei der Wahl das Vertrauen geben werden. Wir haben gestern bei Besprechung des sogenannten Präsidialprinzips davon gesprochen, daß der Landesvorsitzende unserer Partei gewisse Vollmachten hat dadurch, daß er von der Landesversammlung gewählt ist und daß daher diese Vollmachten über das Maß der Vollmachten der anderen Vorstandsmitglieder hinausgehen. Deswegen hat diese Landesversammlung die besondere Aufgabe, hier nach bestem Wissen und Gewissen eine Entscheidung zu treffen, weil durch diese Wahl die Weiterentwicklung der Union wesentlich mitbestimmt wird.
Nach dem Referat werde ich meinen Rücktritt erklären. Es wird dann die Wahl stattfinden. Ich darf jetzt vielleicht schon um Ihr Einverständnis bitten - um die Vorberei-

tung zu treffen -, daß nach meinem Rücktritt den Vorsitz unser Parteifreund *Horlacher* als Mitglied des Vorstandes übernimmt. Es ist von der ersten Landesversammlung an bei uns immer so gehandhabt worden, daß ein Mitglied des engeren Vorstandes an meine Stelle hier tritt. Bisher war das unser Parteifreund Dr. *Muhler*. Er kann heute leider nicht dasein. Ich glaube, Ihr Einverständnis annehmen zu können, wenn ich den Präsidenten des Bayerischen Landtages bitte, daß er angesichts seiner großen Erfahrungen, angesichts aber auch der Tatsache, daß er im Vorstand bisher aufs engste mit uns zusammengearbeitet hat, dann den Vorsitz nach meinem Rücktritt bis zur Neuwahl eines Parteivorsitzenden führt.

(Beifall.)

Ich darf jetzt durch Sie eine Wahlprüfungskommission bestellen lassen. Um nicht länger aufzuhalten, darf ich vielleicht vorschlagen, daß Parteifreund *Blum*, der Ehrenschriftführer dieser Versammlung ist, Mitglied dieses Wahlausschusses ist. Das letzte Mal war als Flüchtlingsvertreter unser Parteifreund *Rinke* Mitglied des Wahlausschusses. Wenn Sie einverstanden sind, darf ich vielleicht *Rinke* bitten, wieder im Wahlausschuß mitzuwirken. Ich würde dann vielleicht um den Zuruf eines Namens von Oberbayern bitten.

(Zuruf: *Strauß*!)

Strauß von Oberbayern! Darf ich noch um einen vierten, vielleicht von Schwaben, bitten.

(Zuruf: Dr. *Rindt*!)

Dr. *Rindt*! Und dann ein Mitglied der Fraktion.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: *Kurz*!)

Damit hat der Wahlausschuß fünf Mitglieder. Ich glaube, damit wäre er gerecht zusammengesetzt. Sind Sie mit dieser Zusammensetzung einverstanden, oder erhebt sich ein Widerspruch? Sie sind einverstanden.
Meine lieben Freunde! Dann darf ich mir mit Ihrem Einverständnis das Wort geben zu meinem Referat.
Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde!
In einer Zeit der Not und der Stürme hat sich die Union zu formen begonnen. Wenige Monate nach dem Zusammenbruch begannen die Besprechungen, die zu ihrer Gründung führten. Am 8. Januar 1946 wurde sie als Landespartei zugelassen. Am 30. und 31. März 1946 trafen sich erstmals die gewählten Vertreter aus ganz Bayern in Bamberg. Am 17. Mai 1946 trat in München erstmals die nach den Satzungen gewählte Landesversammlung der Union zusammen. Am 14. und 15. Dezember 1946 schuf die zweite Landesversammlung der Union in Eichstätt durch Annahme der Satzungen und des Programms der Union gesicherte Grundlagen für die weitere Arbeit.
Bis dahin kann man als die entscheidende Aufgabe der Union die der Sammlung aller Kräfte, die der Konzeption der Union nahestanden, bezeichnen. Es galt, aus dem Chaos der Zeit heraus die Menschen zur Arbeit für eine Idee zusammenzuführen, die ein klares und dauerhaftes Fundament für einen neuen geistigen und gesellschaftlichen Aufbau bilden konnte, die aber doch so umfassend und weit blieb, daß sie wirklich Aussicht hatte, einen so großen Teil unserer Bevölkerung zu sammeln, daß sie auch zahlenmäßig einen maßgebenden Einfluß bei der demokratischen Willensbildung sich versprechen konnte.

Etwa mit dem Zeitpunkt der Landesversammlung im Dezember 1946 verschob sich die zentrale innere Aufgabe der Union. Die Wahlen des Jahres 1946 hatten ihr durch das Vertrauen der Wähler eine eindeutige Majorität gegeben. Die Idee hatte sich durchgesetzt. Die Sammlung war vollzogen. Nun galt es, die vielfachen in ihr wirksamen Kräfte zu einer organischen Einheit zu verbinden und zusammenwachsen zu lassen. Leitgedanke für sie mußte das Grundprinzip der Union sein, die von Anfang an weniger eine Partei sein wollte, als eine Volksbewegung, getragen von den demokratischen, christlichen und sozialen Kräften unserer bayerischen Heimat im Zusammenwirken mit den gleichgerichteten Kräften unseres deutschen Vaterlandes.
Die regierungspolitischen Vorgänge der Zwischenzeit sind Ihnen bekannt. Im Dezember 1946 wurde in Bayern ein Koalitionskabinett gebildet. In den folgenden Monaten reiften in Bayern wesentliche Entscheidungen heran, daß ich es für richtig hielt, den Willen der Gesamtunion in einer außerordentlichen Landesversammmlung in Eichstätt am 30./31. August 1947 zum Ausdruck kommen zu lassen. Wir sind in der Union vor Auseinandersetzungen nie zurückgeschreckt, wenn sie notwendig erschienen. Wenn sich neues Leben bildet, sind Wehen unvermeidlich. Parteien, die immer nur Auseinandersetzungen vermeiden, laufen sehr bald [in] die Gefahr der Stagnation. Die Auseinandersetzungen müssen aber von dem positiven Willen, das gemeinsame Ziel zu fördern, getragen sein. Viele von uns glaubten mit mir, daß eine Unionsregierung das Verantwortungsbewußtsein aller Gruppen der Union so stärken würde, daß die Union instandgesetzt wäre, das Beste für das gesamte Volk zu erreichen. Der Beweis wurde durch den Tatsachenablauf erbracht. Denn als unmittelbar nach Eichstätt die SPD in Verkennung der Auseinandersetzungen in der Union, die nicht ganz in Einklang zu bringen sind mit Hannoveranischen Gewohnheiten und deswegen aus der Hannoveranischen Perspektive aus nicht richtig einkalkuliert wurden,

(Sehr richtig!)

uns die Chance gab zu friedvollem Zusammenwirken im Interesse des Volkes und die Koalition verließ, waren wir innerhalb einer Woche die einzige Regierungspartei in Bayern geworden, und die Regierung, die wir innerhalb der Frist von wenigen Tagen gebildet haben, hat bestimmt, bisher wenigstens, schon das eine dem Volke bewiesen, daß sie aktionsfähig ist, bestimmt nicht weniger als die vorhergehende Koalitionsregierung.

(Beifall.)

Diese Landesversammlung der Union hat die Bestimmung zu treffen über die Wahl des Landesvorsitzenden.
Sie hat zu entscheiden über die Richtigkeit der Politik der Männer ihres Vertrauens für das abgelaufene Jahr und über die Grundlinien der Politik für das folgende Jahr.
Die letzte ordentliche Landesversammlung hat über das Programm der Union beschlossen. Wir können heute rückblickend feststellen, daß wir keinerlei Veranlassung haben, von diesem Programm abzuweichen, daß wir es auch für die Zukunft als die Grundlinie unserer Arbeit betrachten werden.
Die Satzung der Union, wie sie damals beschlossen wurde, hat sich - das dürfen wir feststellen - ebenfalls im wesentlichen bewährt. Es sind einige Änderungen jetzt vorgenommen worden, die im Rahmen unserer Tagesordnung entschieden wurden.
Als eine Grundaufgabe der Union haben wir es, in einem gewissen Gegensatz zu früheren Parteivorstellungen, immer betrachtet und gleichzeitig als ein Prinzip unserer Arbeit beachtet, in unseren Menschen eine geistige Dynamik auszulösen, um sie dann

nach ihrer Abklärung in verfassungsmäßige Bestimmungen zu formen. Aus dieser Haltung heraus mußten wir uns auch bemühen, uns von der Gefahr der Namensflügel loszulösen, ebenso wie von der Gefahr regionaler Aufsplitterung und regionaler Eigenbröteleien und dahin zu wirken, daß für die Zusammenarbeit wie für die Auseinandersetzungen sachliche Gesichtspunkte maßgebend waren. Nur so konnten und können wir einen gesunden Ausgleich im Sinne des Zieles der Union erhoffen.
Basis und Endziel unserer Arbeit in der Union bleibt die geistige Erneuerung des Menschen im Sinne der christlichen Kulturvorstellung, bleibt die Durchbildung der Persönlichkeit, die sich nur Gott und durch Gott den Mitmenschen verantwortlich fühlt.
Diese Gründe waren der entscheidende Ausgangspunkt für die Schaffung der Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Union. Ich habe gestern im einzelnen die Arbeitsgemeinschaften entwickelt, und ich glaube, daß durch deren Weiterbildung die Union fest fundiert sein wird. Es wäre falsch, bei allen Betrachtungen über die Ziele und über die Politik einer Partei wie der Union, als einer gesunden Bewegung des Volkes, unsere Zeit gleichzusetzen mit der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg oder mit anderen schicksalhaften Epochen der neueren Zeit. Inzwischen hat sich unsere Staatsordnung und unsere geistige Situation grundlegend geändert. Seit dem Ersten Weltkrieg hat sich die Welt so mit Spannungen selbst geladen, daß auch der oberflächliche Betrachter erkennt, daß nicht nur die Organisation eines Landes oder die Beziehungen zwischen Ländern fragwürdig geworden sind.
Wir stehen in einer schmerzhaften Entwicklung von einer alten zu einer neuen Welt. Vergleiche ermöglichen uns etwa das Zeitalter der Völkerwanderung oder die Neuformung Europas nach der Entdeckung Amerikas, vor allem aber die Geschichte Roms in der Zeit des entstehenden Christentums. Auch damals war die Vermassung Symptom der sozialen Struktur und der totalitäre Zug, kommend aus der sozialen Unsicherheit einer niederbrechenden Wirtschaftsordnung und dem gleichzeitig sich zeigenden Drang zur Expansion, vermengte den Erlösungsgedanken in der geistigen Welt mit der cäsaristischen Machtvorstellung.
Wir haben in unserer Jugend vielleicht nicht begriffen, wie das Cäsarentum zur Macht kam und vor allem, welche gesellschaftlichen Wandlungen damit verbunden waren. Heute, nach dem Erlebnis des Nationalsozialismus, verstehen wir diese Zeit, bangend davor, daß Cäsarismus durch Cäsarismus, der Kaiser-Gott Claudius durch den Kaiser-Gott Nero abgelöst werden könnte, mit allen furchtbaren Auswirkungen auf die geistige Struktur des Volkes und der Menschheit.

(Sehr richtig!)

Denn mit dem Zusammenbruch des *Hitlerschen* Cäsarismus sind keineswegs noch alle Vorstellungen von einer kollektivistischen Machtballung aus den Gehirnen verschwunden, wenn auch die Vorzeichen vielleicht gewechselt haben oder wechseln werden. Wir erkennen heute, daß *Hitler* ein auslösender Dämon gewesen ist, der die Initialzündung gegeben hat, daß aber das Böse ihn überlebt hat.

(Sehr richtig!)

Wir hoffen, daß die Völker aus der Entwicklung lernen und erkennen, auf welche Weise sich jeder Cäsarismus kraft eines inneren Gesetzes durchzusetzen trachtet, wie rasch die Freiheit verloren sein kann, auch wenn dieser Prozeß getarnt wird durch formaldemokratische Oberfläche, wie oft jeder Cäsarismus Hand in Hand geht mit einem expansiven Nationalismus, einst wie heute.

(Sehr richtig!)

Schon einmal, nach *Schlageters* Tod, hat *Radek* in seinem berühmten Brief das große Bündnisangebot des Kommunismus an den deutschen Nationalismus gemacht.
So ist unser Kampf um eine geistige Überwindung des Kollektivs in jeder Form, um eine demokratische, also dem Cäsarismus entgegengesetzte Staats- und Gesellschaftsform identisch mit dem Kampf um menschliche Freiheit schlechthin.

(Beifall.)

Uns geht es bei allen praktischen Problemen des Lebens um diesen Kampf um eine wirkliche Freiheit. Um nur einen Einzelfall zu nehmen: Auch im Rahmen unseres Kampfes um eine gesunde, vernünftige Denazifizierung kämpfen wir um geistige Freiheit unseres Volkes von der Vergangenheit.

(Bravo-Rufe.)

Wir kämpfen um die Loslösung des einzelnen gegenüber dem Phantom kollektiver Schuld und kollektiver Strafe.

(Lebhafter Beifall.)

Die Amerikaner müssen verstehen, so wie wir verstehen, daß sie nicht ein drittes Mal über den Ozean wollten und daß sie deswegen mit bestimmten Erscheinungen wie der des expansiven Nationalismus bei uns aufräumen wollten, daß unsere Forderung, die Denazifizierung so bald wie möglich zu bereinigen, auch bestimmt war durch den Willen, das Phantom kollektiver Schuld und kollektiver Strafe zu beseitigen. Die nichtlizenzierte Partei der Verzweifelten ist heute in Deutschland auf dem Wege zur Majorität.

(Sehr gut! Desto stärker wird die Bayernpartei!)

Auch im Rahmen des Wirtschaftlichen kämpfen wir um die Freiheit unseres Volkes von Furcht und von der Not des Alltags.
Wir müssen die geistigen und sozialen Grundlagen der neuen Welt gewinnen, wenn ihr Signum das des Christentums sein soll. Das Schwergewicht der Masse, der Materie, das dem Geist entgegenwirkt, belastet heute in der Zeit der Not die Verwirklichung der Idee. Der Mensch besteht aus Leib und Seele. Solange er lebt, sind beide nicht zu trennen. Ihre Gemeinschaft ist eben der Mensch. Das alte Wort ist berechtigt, daß eine gesunde Seele sein soll in einem gesunden Leibe. So müssen wir zunächst auf das leibliche Wohl der Menschen bedacht sein, gleichermaßen wie auf ihre Seelsorge. Wenn wir für ihre Seele sorgen wollen, müssen wir sie zunächst vor der Not schützen, bevor wir ihnen geistige Nahrung bieten. Jeder Idealismus, der das verkennt, ist in Gefahr, in der breiten Schicht der Hungernden der Lächerlichkeit zu verfallen.

(Sehr richtig!)

Der wird der beste Politiker sein, der Idealismus der Idee mit dem Realismus der aktiven Tat in der Politik verbinden kann.

(Sehr richtig!)

In der Wirtschaftspolitik ist es notwendig, konkret den Alltag zu betrachten, konkret das Morgen zu kalkulieren. Ein guter Wirtschaftsaufbau ist die conditio sine qua non. Für den Aufbau der Staats- und Gesellschaftsordnung ohne tragende Wirtschaftsbalken gibt es keine gesunde politische Demokratie.

(Sehr richtig!)

Weder Monopolkapitalismus noch privatwirtschaftlicher Liberalismus noch der Gewerkschaftsmonopolismus können Dogmen für die Wirtschaft werden.

(Beifall.)

Die Propheten dieser Dogmen aus alter Zeit haben sich durch die Gegenwartsentwicklung überlebt. Wir würden erwarten, daß jeder die Konsequenz aus dieser Tatsache zieht und daß jeder in der konkreten Tagespolitik das sieht, was dem Volk not tut,

(Sehr richtig!)

daß jeder erkennt, daß unser Volk verflucht arm geworden ist, daß die Substanz nach zwei Kriegen so zusammengeschrumpft ist, daß Substanzförderung und Substanzerhaltung die erste Aufgabe des wirtschaftenden Menschen ist.

(Sehr richtig!)

Derjenige, der durch Arbeit, in welcher Position er auch stehen möge, die Produktion steigert, um die Substanzbildung zu fördern, dient dem Volke,

(Beifall.)

nicht der Prophet, der alte Dogmen in neuer Gestalt schmackhaft zu machen versucht.

(Sehr richtig!)

Wenn wir in den letzten Tagen Erschütterungen bei uns in Bayern erlebt haben, wenn die Erschütterungen über ganz Deutschland hinweggegangen sind, so können wir dabei eines feststellen: Es ging und geht unserem Volk nicht darum zu demonstrieren, auf der Straße zu demonstrieren, von einer Partei gegen die anderen. Und wenn die Gewerkschaften ehrlich geredet hätten, dann hätten auch sie erklären müssen, als sie die Regierung mit der Schuld für die Gegenwart belastet haben: Sie haben den Esel geschlagen und haben den Bauern gemeint.

(Sehr richtig!)

Als Esel haben sie uns, die Regierung, behandelt, in völliger Verkennung der Tatsache, daß wir zu arbeiten versucht haben. Der Bauer, den sie gemeint haben, waren die Amerikaner.

(Stürmischer Beifall.)

Ich liebe immer eine offene Sprache, auch wenn man bei der nächsten Demonstration mit Hunderttausend neuerdings schreit, daß man mich aufhängen will.

(Zuruf: Nazimethoden!)

Ich war schon einmal am Galgen gestanden, und ich schrecke nicht vor diesem Weg zurück, wenn ich mich durch mein Gewissen verpflichtet fühle, mich hinzustellen und die Wahrheit zu sprechen.

(Stürmischer Beifall.)

Die Gewerkschaften mögen bedenken: Auch wir wissen genau die Hintergründe ihres Denkens. Wir wissen, daß sie den Radikalismus auffangen wollten. Sie hätten uns das ruhig allen in der Presse eröffnen können. Aber sie mögen eines nicht verkennen: Im Wettlauf des Radikalismus siegt der Radikalste.

(Sehr richtig!)

Es ist, wenn ich das Wort von vorhin aufnehmen darf, interessant, wie sich der Radikalismus von rechts und links paart. In der Zirkus Krone-Versammlung, bei dem Schautheater der Bayernpartei, wurde gedroht, daß ich aufgehängt würde. Bei der Gewerkschaftsdemonstration am Königsplatz in München wurde die gleiche Drohung ausgesprochen.

(Hört, hört!)

Gleiche Kampfmethoden, gleiche billige Ziele.

(Zuruf: Wie 1932!)

Auch damals - und da hat der Zwischenrufer recht - paarten sich Rechts- und Linksradikalismus und die Demokratie starb an dieser Kreuzung.

(Beifall.)

Wir wollen nüchtern bleiben. Meine lieben Freunde, ich nehme im allgemeinen diese Dinge nicht so tragisch. Denn von der Drohung des Aufhängens bis zum Zappeln am Galgen - und das habe ich buchstäblich ausprobiert - dauert es immer noch etwas länger als die Leute meinen. Ich habe auch damals, als ich buchstäblich zum Galgen ging und als ich gefesselt war, den wahren Galgenhumor nicht verloren. Gelegentlich dürfte sich ein solcher Galgenhumor auch für uns in dieser Notzeit empfehlen. Wir würden dann vielleicht leichter mit dem Alltag fertig werden.
Aus dem Galgenhumor heraus möchte ich den beiden radikalen Gruppen jetzt etwas sagen: Gott, manchmal nimmt man bei uns die Bayernpartei tragisch und ernst. So arg ernst nehme ich sie nicht in der Konkurrenz. Denn wir haben ja schon eine Partei, die mit ähnlichen Methoden gekämpft hat, erlebt. Und auch *Loritz* redet jetzt nur aus dem Hintergrund heraus.

(Sehr richtig!)

Auch dieses Geschrei, wie es jetzt vom Zirkus Krone her ertönt ist, wird sich eines Tages überleben angesichts der Tatsache, daß ganz andere Probleme Grundlage der Entscheidungen auch in Bayern sein werden.

(Sehr richtig!)

Und so möchte ich den Herrschaften, die ihre Vorstellungen im Zirkus Krone gegeben haben, vielleicht nur eines als Antwort sagen, wenn man mit etwas Humor ihre Kundgebungen liest, wenn man davon hört, wie [sie] sich zum Beispiel zur lächerlichen Phrase hinreißen lassen, ich würde nach Karlshorst fahren zum Befehlsempfang, und wenn sie ähnliche trübe Mätzchen machen - man hat ja auch von dieser Seite einmal schon behauptet, ich würde von *Molotow* mit vier bis fünf Millionen bestochen sein für meine Politik in Bayern usw.: Sie möchten doch die Bergpredigt besser studieren und möchten statt des Wortes "selig sind die Armen im Geiste" das Wort setzen "selig sind die Armen an Geist".

(Heiterkeit.)

Den Radikalen von der anderen Seite her, die am Königlichen oder Königsplatz in München, je nachdem ob alte oder neue Zeit, mich aufhängen wollten, darf ich eines sagen: Ihr habt doch aus der Not heraus demonstriert, Ihr wolltet doch Fleisch haben. Glaubt Ihr, wenn Ihr mich aufhängt, dann gewinnt Ihr damit Fleisch? Menschenfleisch ist eine schlechte Kost, und ich glaube, daß in dieser Hinsicht mein Fleisch

nicht besser ist als anderes Fleisch. Bekanntlich kann man aus dem Corpus, wenn man wirklich materialistisch, nach der wirklich guten materialistischen Auffassung arbeitet, bestenfalls Seifenlauge machen. Ich würde hoffen, daß selbst alle die Freunde dieser Seite im politischen Leben, die dort stehen, eine *Müller-Sepp*-Fettseife aus Reinlichkeitsbedürfnis zurückweisen würden.

(Große Heiterkeit.)

Meine lieben Freunde! Wir wollen zum Ernst zurückkehren. Aber ich konnte es mir nicht ersparen, meinen Gegnern vorher zu sagen, wie ernst ich sie nehme. Das habe ich soeben bewiesen.

(Heiterkeit.)

Viel wichtiger ist es, daß sich die Gegner mit uns überlegen, daß sich bei einem Lebensstandard von 1550 Kalorien

(Zuruf: Auf dem Papier!)

auf dem Papier eine Dauerzwangswirtschaft nicht aufrechterhalten läßt.

(Lebhafte Zustimmung.)

Man kann da bestenfalls durch Gesetzesbestimmungen die natürliche Entwicklung flicken. Flickwerk aber wird nicht ausreichen für die Behebung der Wirtschaftsnot. Die menschliche Natur wird darnach drängen, diese Zwangswirtschaft im einzelnen zu überwinden und die Bestimmungen des Rechtes zu durchlöchern.

(Sehr richtig!)

Es könnte uns nichts Schlimmeres passieren, als wenn durch diese Entwicklung unserem Volke noch endgültig und restlos auch das Rechtsbewußtsein verloren ginge.

(Sehr gut!)

Die englische Zeitung Manchester Guardian hat die wirkliche Lage im heutigen Deutschland nüchterner erkannt als die aus machtpolitischen Gründen den Streikbefehl gebende Münchner Gewerkschaftsführung, als die Zeitung schrieb: Die Strenge des Gesetzes kann gegen die verbrecherischen Neigungen einer Minderheit wirksam werden. Aber gegen ein ganzes Volk gewandt, das getrieben wird von der Not, führt sie sich selbst ad absurdum.

(Sehr richtig!)

Nach unserer Auffassung genügt es nicht, nur mit Einzelmaßnahmen zu helfen, nach unserer Meinung ist es notwendig, daß wir wirklich durchgreifende Hilfe bekommen und daß wir nicht nur das Flickwerk in der Wirtschaft überwinden durch Flickwerk im Rahmen des Rechtes. Wir müssen unsere Wirtschaft heute bestimmt noch planvoll leiten. Nach unserer Auffassung ist Wirtschaftslenkung nur möglich und berechtigt als Synthese zwischen staatlicher und privater Initiative. Und unserer Auffassung von Wirtschaftsdemokratie entspricht einerseits die Ausschaltung wirtschaftlicher Herrschaftsansprüche einzelner, aber auch von Gruppen oder des Staates, andererseits die weitgehende Unterstützung der Klein- und Mittelbetriebe. Not tut eine durchgreifende Entbürokratisierung der Wirtschaft und eine gleichzeitige Aktivierung der Persönlichkeit.

(Beifall.)

Hierzu ist eine Reform des Steuersystems unerläßlich.

(Sehr gut!)

Das Steuersystem von heute ist widernatürlich geworden und führt sich selbst ad absurdum.

(Beifall.)

Durch Änderung der Steuergesetzgebung muß ehrliche Arbeit wieder lohnend und sinnvoll werden.

(Sehr richtig!)

Das Ziel unserer Wirtschafts-, Sozial- und Staatspolitik ist gegenwärtig die Überwindung des Zwischenstadiums zwischen Krieg, Zusammenbruch und einem wirklichen Frieden.
In den Frieden weist schon der Marshall-Plan. Was würde aber der schönste Plan nützen, wenn der Anschluß an diese Friedenszeit nicht gelingt? Der Hauptschlüssel der Durchführung des Marshall-Plans liegt nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa im Ruhrgebiet.

(Sehr richtig!)

Der Marshall-Plan muß, wenn er eine wirkliche Lösung sein will, die Verbindung zur Zukunft herstellen. Wird der Anschluß an die Zukunft nicht erreicht, dann bleibt der schönste Plan Theorie. Die Hilfeleistung muß also so rechtzeitig kommen, daß die Brücke von der Gegenwart zur Zukunft geschlagen werden kann. Das Gesamtinteresse Europas im Ruhrgebiet verlangt sofortige und ausreichende Ernährungshilfe, damit die Produktion weiterläuft.
Unter diesem Aspekt des Marshall-Plans ist auch die Rede Dr. *Semlers* in Erlangen zu würdigen,

(Sehr gut! - Beifall.)

nicht unter den Aspekten, die uns allmählich von Konkurrenzseite mehr und mehr unterstellt werden und die gelegentlich bis an die Grenze der Gemeinheit gehen,

(Zuruf: *Reuter*!)

wenn man etwa dabei eine andere ausländische Macht immer so schön apostrophierend im Zusammenhang mit dieser Rede bringt.

(Beifall. - Zuruf: Sie hat gestimmt!)

Aufgrund unserer Weltanschauung sind wir freie Persönlichkeiten.

(Sehr gut!)

Wir treten ein für die Freiheit gegenüber jedermann.[5] Wir werden niemandem zuliebe oder zuleide als christliche Politiker unsere Politik gestalten, niemandem von aussen her. Wir werden keine Blockpolitik treiben, sondern wir werden als deutsche Politiker deutsche Politik gestalten.

(Lebhafter Beifall.)

Wir hoffen, daß durch die Debatte über die *Semler*-Rede und durch Klärung der Streitpunkte der Schleier des Mißverständnisses und Mißtrauens in der deutschen Bevölkerung beseitigt wird.

---

[5] In der Vorlage: "Jemandem".

Zu den schwierigsten Problemen gehört auch die Lösung der Währungsfrage. Sie ist zwar nicht unbedingt in der technischen Durchführung, aber in ihrer Gesamtplanung mit Steuerreform und Lastenausgleich verbunden, auch wenn diese drei Vorgänge nicht in einem Akt zusammenfallen werden, sondern wenn sie organisch, aber in rascher Folge aufeinander wirken werden. Wir stehen vor schwersten Entscheidungen, die vielleicht Veranlassung geben werden, auch im kommenden Jahre eine außerordentliche Landesversammlung einzuberufen. Dann, wenn es um den Lastenausgleich geht, dann, wenn es um ein gerechtes Steuersystem geht, kommt die Bewährungsprobe. Dann wird jeder Farbe bekennen müssen, wieweit er das Gebot Christi "Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst" ernst nimmt im praktischen Alltag, in der praktischen Realpolitik.

(Beifall.)

Die Gefahren des Hungernationalismus sind übergroß. Denn all das, was sich jetzt auch im Rahmen der Konkurrenz zeigt, ist immer und immer wieder zu subsumieren unter den Begriff des Hungernationalismus.

(Sehr gut!)

Not verführt zum Kollektivismus, wenn der Glaube des einzelnen an eine aktive Überwindung erlahmt und Hoffnungslosigkeit Platz greift. Die Not, gekennzeichnet durch den gegenwärtigen Lebensstandard, ist eine Not, die leicht zu kollektivem Handeln verführt. Wenn es uns nicht gelingt, im Zusammenwirken mit den Besatzungsmächten, um es konkret zu sagen, im Zusammenwirken mit den Amerikanern in absehbarer Zeit einen vernünftigen Lebensstandard zu erzielen, dann wird der Hungernationalismus so wachsen, daß auch wir nicht mehr damit fertig werden.

(Sehr richtig! Dr. *Kroll*: Es wird nur gelingen, wenn es die Amerikaner wollen!)

Es hat nicht viel Sinn, immer auch von amerikanischer Seite uns einseitig anzuklagen, weil wir angeblich die letzten Möglichkeiten, die Ernährungsreserven zu erfassen, nicht ausgeschöpft hätten.

(Sehr richtig!)

Es hat ebensowenig Sinn, wie es keinen Sinn hat, wenn wir nur die Mächte attackieren, weil nach der Meinung eines Großteils des Volkes nicht genügend Hilfe gegeben worden ist. All diese gegenseitigen Anklagen helfen uns nicht im Aufbau vernünftiger Zustände.

(Sehr richtig!)

Es hilft uns nur, wenn wir zusammenstehen und uns nicht gegenseitig anklagen.

(Sehr wahr!)

Wir können nicht dadurch das Elend beseitigen, daß wir die Schuld von einem auf den anderen schieben. Nur gemeinsam kann die Basis für eine Besserung erarbeitet werden. Wenn jemand ins Wasser gefallen ist, kommt es darauf an, ihn zunächst mit vereinten Kräften herauszufischen und nicht lange zu debattieren, wer die Schuld trägt, daß der arme Teufel ins Wasser gefallen ist.

(Sehr richtig!)

Die USA-Zwischenhilfe an Frankreich und Italien ist vor der Entscheidung über den Marshall-Plan gegeben worden. Sie zeugt von der realistischen Einsicht, daß schnelle

Hilfe im richtigen Ausmaß die Voraussetzung für das Wirksamwerden langfristiger Kredite ist. Wir unsererseits wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß wir kreditwürdig sind. Wir wollen nicht nur mit dem Wort an jeden einzelnen appellieren, daß er aufgrund des christlichen Gebotes, des christlichen Moralbegriffes verpflichtet ist, das Letzte für den Nächsten zu geben, wenn er noch irgendeine größere Reserve hat, als er vor seinem Gewissen verantworten kann. Wir wollen durch die Tat auch dafür helfen, daß jeder das Letzte gibt, und wir wollen die Schweine, die sich in der Notzeit des Volkes bereichern, wirklich auch dahin bringen, wohin sie gehören.

(Beifall. Zuruf: Alle gehören unter das deutsche Gesetz!)

Wir wollen dafür sorgen, daß wieder ein normales Rechtsbewußtsein Allgemeingut wird. Aber wenn ich mich verpflichtet fühle, die Korruption in jeder Weise zu bekämpfen - und ich habe das als Justizminister versucht durch die Einrichtung eines eigenen Antikorruptionsdezernates -, so darf ich auch hier wiederholen, was ich immer und immer wieder in Verhandlungen auch in Berlin an zuständiger Stelle betont habe: Solange nicht ein einheitliches Rechtsbewußtsein Allgemeingut innerhalb eines Territoriums ist, solange werden Zwangsmaßnahmen als ungerecht empfunden werden, weil sie dann nur einen Teil der dort wohnenden Bevölkerung treffen.

(Beifall.)

Wir verstehen vollkommen, daß die Militärregierung ihre eigenen Leute nicht dem deutschen Gesetz unterstellt. Denn es war kaum noch da, daß eine Besatzungsmacht unter die Rechtsordnung des besetzten Gebietes gegangen wäre. Aber mit Sorge erfüllt uns die Entwicklung um die DP-Lager. Deswegen müssen wir erwarten, daß in dieser Hinsicht das zweierlei Rechtssystem beseitigt wird.

(Beifall.)

In über 540 Fällen in einem Vierteljahre konnte die Polizei, als sie auf frischer Tat

(Hört, hört!)

den Leuten folgte, in DP-Lagern nicht wirksam durchgreifen. Denn sie muß dann immer noch die Zustimmung der MP einholen und bis dann die MP mitwirkt, vergehen 24 Stunden. Mittlerweile sind diese Verbrecher längst verschwunden.

(Hört, hört!)

Wir erwarten deswegen, daß die dort stehenden Menschen auf unser Existenzniveau kommen,

(Sehr richtig!)

um so mehr, als dort auch soundso viele sich befinden, die mehr Schuld an der Entwicklung der Vergangenheit hatten als ein Großteil unseres Volkes.

(Lebhafter Beifall.)

Wir erwarten, daß die Polizei diesen Verbrechern wie jedem anderen Verbrecher auch folgen kann. Ein Verbrecher ist und bleibt ein Verbrecher, gleichgültig ob er in einem DP-Lager oder in einer deutschen Wohnung wohnt.

(Beifall. Zuruf: Gäste des Führers waren sie!)

Wir erwarten, daß diese Verbrecher auch der deutschen Justiz unterstellt werden,

(Beifall und Zustimmung.)

daß kein Unterschied gemacht wird zwischen den in den DP-Lagern befindlichen und den außerhalb der DP-Lager befindlichen Menschen.

(Zuruf: Auch in der Ernährung!)

Vor dem Recht muß jeder gleich sein. Das ist eine conditio sine qua non für eine echte Demokratie.

(Beifall.)

Wir hoffen, daß auf diese Weise auch einmal die Hilfe gegeben wird, die wir benötigen, damit wir bei uns wieder auch einen Boden unter die Füße bekommen, damit auch bei uns wieder eine Rechtsbasis geschaffen werden kann. Sonst könnte angesichts der Tatsache, daß unser Volk mit so vielen wurzellosen Elementen durchsetzt ist, leicht die Gefahr entstehen, daß wir in eine Entwicklung geraten, die auch mit Bajonetten nicht zu verhindern ist.

(Sehr richtig!)

Wenn ein Volk in Not kein Ventil findet, das aus der Not herausführt, dann besteht die Gefahr der Revolution. Eine Revolution, die aus der Not heraus geboren wird, kann nicht mit Bajonetten verhindert werden. Das wurde durch die Entwicklung im zaristischen Rußland bewiesen, das wird bewiesen in der Geschichte. Wir hoffen, daß es nicht auch noch durch unsere Geschichte bewiesen werden muß.

(Sehr richtig!)

Wir wollen allen diesen Menschen in Not helfen, wir wollen den Flüchtlingen helfen, den Ärmsten der Armen, die ihre Heimat und noch dazu Hab und Gut verloren haben. Wir wollen den Heimkehrern helfen, die die schönsten Jahre ihres Lebens versäumt haben, als sie nicht etwa freiwillig, sondern auf Gebot der Staatsgewalt hinaus mußten in den Krieg. Wir wollen denen helfen, die jahrelang zurückgehalten werden und die in Gefahr sind, wenn es so weitergeht, als unfreie Menschen unfreie Arbeit leisten zu müssen. Das hat man in der Zeit des alten Roms, die ich vorhin zum Vergleich herangezogen habe, um auch hier offen das Wort auszusprechen, Sklavenarbeit geheißen.

(Zustimmung und Beifall.)

Möge der moderne Mensch, der immer so stolz auf die Entwicklung der letzten Jahrhunderte und Jahrtausende ist, nicht zurücksinken in diese Vergangenheit.

(Sehr gut!)

Man apostrophiert manchmal gern das finstere Mittelalter. Aber die Kerker von heute sind oft finsterer als die Stätten des Mittelalters,

(Sehr richtig!)

und die Methoden der Folterung in der modernen Zeit sind buchstäblich und im übertragenen Sinne manchmal noch viel grausamer, als sie in jener apostrophierten mittelalterlichen Zeit waren.

Wir wollen gemeinsam einen Weg aus dieser Not herausfinden, wir wollen das mit der Arbeit. Wir erwarten aber auch, daß diejenigen, die jetzt über unser Schicksal zu entscheiden haben, dafür sorgen, daß wir uns auch in dieser Hinsicht frei fühlen können von Furcht und von der Gefahr der Not der Zeit. Wir wollen dafür sorgen, daß vor allem unsere Jugend, wenn sie zurückkehrt, wieder in das Leben zurückfindet. Diese

jungen Menschen sind aus ihrem Leben, sie sind aus ihrem Studium für lange Zeit herausgerissen worden. In der Jugend hat es gegärt und gärt es heute. Und so werde ich der Landesversammlung nach einer Fühlungnahme im Landesausschuß noch den Vorschlag unterbreiten, daß wir uns in besonderer Weise annehmen wollen um die Jugend und um ihre Betätigung auf allen Gebieten, sowohl auf dem geistigen Gebiet wie auch auf dem Gebiet des Sports.

(Beifall.)

Ich werde vorschlagen, daß, wenn es möglich sein soll, in besonderer Weise durch die Ernennung eines eigenen Staatssekretärs im Rahmen des Kultusministeriums die Möglichkeit für die Zusammenfassung der Jugendarbeit und für die Betreuung des Sports geschaffen wird.

(Beifall.)

Ich sehe das als eine besondere Aufgabe für uns an. Gerade dadurch wollen wir den Beweis erbringen, daß wir recht haben, wenn wir immer und immer wieder erklären: Wir sind eine junge Partei, wir sind die Partei der Jugend. Den Beweis hat die Junge Union bisher schon erbracht.

(Zustimmung und Beifall.)

Wir werden als junge Partei nicht nur in Bayern, in der Christlich-Sozialen Union, unseren Weg gehen. Den gleichen Weg, den wir gehen, gehen unsere Bruderparteien in den anderen deutschen Ländern und Zonen. Wir arbeiten mit den anderen christlichen Parteien in Deutschland im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands zusammen. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß wir zusammengehören. Wir werden in der Ostzone wie in den anderen Zonen den Beweis dafür erbringen, daß wir uns als Brüder in Christo in einer gemeinsamen Partei, in einer gemeinsamen Bewegung des Volkes, die getragen ist von den christlichen, sozialen und demokratischen Elementen, wohlfühlen und daß wir gemeinsam für unser ganzes Volk arbeiten.

(Beifall.)

Wir wollten und wollen keinen zentralistischen Aufbau, auch nicht innerhalb dieser Partei. Unser tragendes Prinzip in der gesamten Staatspolitik, aber auch in der Politik der Union ist ein gesunder organischer Föderalismus.

(Bravo!)

Denn nur dadurch wird eine vernünftige Ausgeglichenheit erzielt.

(Zustimmung.)

Durch zentralistische Machttendenzen kann man vielleicht gelegentlich einmal einen Willen rascher durchsetzen. Aber die Rückwirkungen können dann allzuleicht die Erreichung des Zieles gefährden.

(Sehr richtig!)

So wollen wir auch innerhalb der Union dieses Prinzip verwirklichen. Wir wollen keine zentralistische Partei werden, sondern wir wollen auch einen gesunden föderativen Aufbau. Auch dann werden wir schlagkräftig bleiben, wenn wir mit irgendeinem Gegner, wenn wir mit dem größten Gegner fertig werden müssen, den es in der Gegenwart gibt, mit der wirtschaftlichen und moralischen Not unseres Volkes.

(Zuruf: Ohne Streik!)

Wir haben in der letzten Zeit in der Union unsere besonderen Sorgen gehabt. Wir sorgen uns vor allen im Rahmen der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands um unsere Brüder und Schwestern in der Ostzone. Der Kampf, den wir dort führen, ist kein Kampf für eine Partei, ist kein Kampf für die Union allein. Der Kampf, den wir dort führen, ist der Kampf um die deutsche Demokratie, ist der Kampf um den deutschen Menschen. Wir wollen dort unseren Brüdern in diesem Kampf um ihre persönliche Freiheit zur Seite stehen. Es geht in der Ostzone darum, ob es möglich ist, eine Partei noch wirklich durchzuhalten, der die freie Persönlichkeit, die nur Gott und durch Gott dem Nächsten verantwortlich ist, das tragende Ideal ist. Es geht nicht etwa um die Auseinandersetzung Deutschlands mit Rußland, um die Frage Berlin-Moskau. Wir Deutsche wissen, wohin diese Konkurrenz[6] zwischen den Völkern in der Vergangenheit geführt hat. Wir haben in unserer Generation zwei Kriege erlebt. Wir haben den Krieg satt und wollen keinen dritten Krieg haben.

(Beifall.)

Aber wenn wir allen Völkern, vor allem unseren Nachbarvölkern, Sicherheiten gegen einen expansiven deutschen Nationalismus schaffen wollen, der ihnen wieder zur Gefahr werden könnte dadurch, daß wir unser Volk entsprechend beeinflussen, dann erwarten wir eine Sicherheit gerade im Hinblick auf das Verhältnis zu Rußland, nämlich die Sicherheit, daß unsere Kultur, unsere christliche Kultur in Deutschland nicht durch eine wesensfremde Kultur überlagert wird.
Darum geht der Kampf. Wir danken von dieser Stelle aus unseren Brüdern und Schwestern von der Christlich-Demokratischen Union der Ostzone; wir danken *Jakob Kaiser*, *Ernst Lemmer* und jedem einfachen Mann und jeder einfachen Frau der Union für die Haltung, die sie in dieser Not zeigen.

(Beifall.)

Das Deutschland der Zukunft wird ihnen den Dank zollen, den manche Politiker von heute ihnen nicht geben wollen.

(Erneuter Beifall.)

Ich empfinde die Polemik, die von Hannover aus durch Herrn *Schumacher* und durch die SPD getrieben wurde, in der heutigen Zeit als unmöglich.

(Sehr richtig!)

Wenn ich z.B. die Sopade, den Informationsdienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, für den einer der engsten Mitarbeiter *Schumachers* verantwortlich ist, vom 8. Januar 1948 nehme und wenn ich die erste Seite sehe, die die Schlagworte für die Parteipropaganda draußen gibt, und da einen Satz lese: SMA gegen CDU-Delegierte für *Jakob Kaiser*, so kann man sich nur an den Kopf greifen, ob dieser Gemeinheit.

(Zustimmung und Pfui-Rufe.)

Meine lieben Freunde, jedermann weiß, daß die SMA in diesem Kampf nicht für *Jakob Kaiser* war. Ich nehme an, daß die letzte Absicht hierbei auch nicht war, etwa das

[6] In der Vorlage: "Konferenz".

zu behaupten; aber in einem solchen Falle muß man sich auch eine schlagwortmäßige Formulierung überlegen.

(Sehr richtig!)

Ich würde mich hüten, gegen Herrn *Schumacher* ein solches Wort formulieren zu lassen.

(Zuruf: Das ist das Vorrecht von Herrn *Schumacher*!)

Ich muß auch im Hinblick auf die Haltung des Herrn Dr. *Schumacher* zu uns, vor allem zu den Vorgängen der letzten Zeit, eine Feststellung treffen. Herr Dr. *Schumacher* hat sich laut Zeitungsmitteilungen in bezug auf die Christlich-Demokratische und die Christlich-Soziale Union folgendermaßen geäußert:

> Es geht nicht an, in verschiedenen Zungen zu reden und Nationalismus auf der einen und Devotheit auf der anderen Seite herauszukehren.

(Unerhört!)

> Es liegt mir fern, auf Dr. *Semler* die Vorwürfe zu konzentrieren, die der CSU zu machen sind. Die CSU ist bekannt durch ihre Ergebenheit gegenüber den Alliierten

(Zurufe: Oho! - Und London!)

> und durch ihre nationale Tratscherei im engen Kreise.

(Weitere empörte Zurufe: London und Amerika! - Gewerkschaften! - *Reuter*!)

Meine lieben Freunde! Ich darf dazu folgende Erklärung abgeben: Eine Schnoddrigkeit, die bei uns nicht besonders beliebt ist, bewirkt leider auch Gegenerscheinungen, wie die Rüpeleien, wie wir sie in den letzten Tagen von der Bayernpartei erlebt haben. Beide Formen der Entgleisung aber dienen letztlich gewissen Bestrebungen, die ihr Zentrum in der Ostzone haben.

(Sehr richtig!)

Ich möchte nicht Polemik gegen Polemik setzen. Aber diese Erklärung, die in Ruhe abgegeben ist, mag Herrn *Schumacher* zu denken geben. Er löst durch seine Haltung letztlich die partikular-chauvinistische Leidenschaft bei uns aus.

(Sehr gut!)

Denn diese Schnoddrigkeit wird auch von jedem abgelehnt werden, der im übrigen die Preußenhetze nicht mitmacht.

(Sehr richtig!)

Es geht uns nicht um Liebedienerei; es geht uns nicht, wie Herr *Schumacher* hier behauptet, um Ergebenheit gegenüber den Alliierten. Herr *Schumacher* und seine Leute gefallen sich immer und immer wieder darin, nur für sich einseitig das Recht zu beanspruchen, frei reden zu können.

(Bravo-Rufe.)

Wenn jemand von uns frei redet, dann kommen Demonstrationen eines Herrn *Reuter* usw.

(Zustimmung und Pfui-Rufe.)

In solchen Momenten muß es sich dann selbst die Bayerische Regierung gefallen lassen, von diesen Herren als Bagage bezeichnet zu werden.

(Zurufe: Unerhört! - Nazi-Methoden!)

Diese Methoden, die die Herrschaften zu gebrauchen belieben, führen sich von selbst ad absurdum und sind uns nur ein Beweis dafür, wie wenig diese Menschen in der jetzigen Notzeit unserem Volk an Geistesgut zu bieten haben.

(Allgemeiner Beifall.)

Wir werden als Christlich-Soziale Union in Bayern so arbeiten, wie wir in der Vergangenheit für jedermann und für unser Volk in seiner Gesamtheit gearbeitet haben.

(Sehr richtig!)

Wir werden im Rahmen der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands zusammenwirken, auf daß diese Zeit zwischen Krieg und Frieden überwunden werden möge. Wir werden - das mag ruhig gesagt sein, damit nicht auch hier wieder die so gern beliebten Kombinationen angestellt werden - auch mit allen denen zusammenwirken, die im Ausland in christlichen Parteien arbeiten und bereit sind, uns die Hand zu gemeinsamer Arbeit zu geben.

(Beifall.)

Ich werde - auch wenn daran Kommentare geknüpft werden ähnlich, wie es bei anderen Tagungen von uns der Fall war - an dem Treffen christlicher Politiker in Luxemburg teilnehmen.

(Erneuter Beifall.)

Es sind gleichzeitig *Konrad Adenauer* und *Jakob Kaiser* eingeladen,

(Bravo!)

und ich glaube, die Tatsache, daß wir drei gemeinsam dorthin gehen werden, bietet Gewähr dafür, daß dort nicht dunkle Pläne geschmiedet werden, die etwa Deutschland in seiner Gesamtheit oder ein einzelnes Land gefährden könnten.

(Sehr richtig!)

Aber wir werden es uns nicht nehmen lassen, mit christlichen Politikern Europas zusammenzutreffen, um zu erwägen, wie die christliche Politik in allen europäischen Ländern verwirklicht werden kann.

(Allgemeiner Beifall.)

In der heute verteilten Nummer der Frankenpost wird dieses Treffen mit der Bemerkung apostrophiert:

> Diese Anschlußsuche der deutschen christlichen Parteien, die nicht zuletzt durch die ständigen Angriffe der Linksparteien hervorgerufen wurde, stößt im Ausland auch auf wachsende Bereitschaft, nachdem sich die deutschen Sozialisten und Kommunisten auch bereits in die Kreise der ausländischen Bruderparteien einzufügen vermochten. Von der britischen Presse wird ein christlicher Westblock als tragendes Element einer ausgeglichenen Europapolitik besonders im Interesse des Marshall-Plans begrüßt.

Ich darf dazu erklären: Bei der Tagung wird man sich, wie bekannt wurde, über das deutsche Wirtschaftsproblem unterhalten. Ich glaube, daß es für unser Volk gut ist, wenn bei solchen Besprechungen auch Deutsche die Erfahrungen der Deutschen in Deutschland wiedergeben können und wenn nicht etwa nur Ausländer Berichte geben.

(Sehr gut!)

Wenn wir dann dort die Wahrheit über unsere deutschen Verhältnisse sagen, werden wir dem deutschen Volke dienen, dem deutschen Volke mindestens ebenso dienen, wie das Dr. *Schumacher* nach den Äußerungen im Anschluß an seine Reisen nach London und nach Amerika dokumentiert hat.

(Zurufe: Sehr richtig! - Positives!)

Man mag uns nicht Blockpolitik unterstellen. Wir haben Herrn Dr. *Schumacher*, als er dort hinging, auch keine Sonderpolitik unterstellt.

(Zustimmende Zurufe.)

Es geht darum, daß wir deutschen Demokraten allmählich wirklich Demokraten werden und einander und jedermann in Deutschland gleiche Rechte zugestehen.

(Beifall.)

Wir wollen nicht verkennen, daß wir, wenn wir als Deutsche insgesamt mit diesen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, es schwer haben, mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden. Das war auch der Grund dafür, daß wir im letzten Sommer den Versuch gemacht haben, von der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands aus darauf hinzuwirken, daß alle deutschen Parteien einmal an einem Tisch gemeinsam über die Not des deutschen Volkes sprechen sollten. Wenn uns nachher von Herrn Dr. *Schumacher* unterstellt wurde, wir hätten damit den Versuch gemacht, ihn an die SED hinzudrängen, so darf ich dazu eine Feststellung treffen: Es lag uns ferne, zwei sozialistische Parteien zusammenzubinden, wenn sie nicht wieder zusammenkommen wollen.

(Sehr richtig!)

Wir sind Anhänger der Freiheit; wenn sie miteinander im Rahmen des Sozialismus

(Zuruf: Marxismus!)

konkurrieren wollen und wenn die eine mehr und die andere weniger marxistisch ist, so liegt es in ihrer Freiheit, den Konkurrenzkampf entsprechend zu führen.

(Zwischenruf: *Entsprechend* zu führen!)

Sie sollten nur so wie wir die Bereitschaft haben, dort, wo es ums Ganze geht, dort, wo es um die Beseitigung der materiellen und moralischen Not unseres Volkes geht, zusammenzuhelfen, damit wir uns nicht alle in späterer Zeit vor dem Volk, vor allem vor der jungen Generation, dafür verantworten müssen, daß wir in dieser Zeit nichts anderes zu tun wußten, als Parteigezänke auszutragen.

(Zuruf: Brunnenvergiftung! - Beifall.)

Wir lehnen jede Uniformität in dieser Hinsicht ab. Wir haben es abgelehnt, am Volkskongreß teilzunehmen, und wir werden es ablehnen, und zwar deswegen, weil bei diesen Volkskongressen nicht etwa die deutsche Einheit, sondern immer nur die deutsche Zerrissenheit dokumentiert wird.

(Sehr richtig!)

Weil wir die Wirtschaftseinheit Deutschlands und auch ein gemeinsames Zusammenwirken im Rahmen des Staatlichen für dringend notwendig erachten, gerade deswegen wollen wir jede Demonstration der deutschen Zerrissenheit vermieden wissen.

(Sehr gut!)

Jeder Deutsche, jede deutsche Partei soll es vermeiden, hierdurch einer Propaganda von außen her Nahrung zu geben.

(Bravo-Rufe!)

Wenn wir dabei heute oft in den Schwierigkeiten gegenüber den ausländischen Mächten stehen, so wollen wir nicht verkennen, daß die Schwierigkeiten auch dadurch bedingt sind, daß bis heute noch nicht einmal entschieden ist, wie sich unser Status im Rahmen des Völkerrechtlichen darstellt.

(Sehr richtig!)

Wir gehen wohl zum großen Teil davon aus, daß auf unsere Verhältnisse die Haager Konvention zutrifft. Das wird aber von offiziellen Stellen der Besatzungsmacht abgelehnt. Aber selbst in der Öffentlichkeit der Besatzungsländer wird unser Standpunkt oft vertreten. Gerade wegen dieser Unsicherheit möchten wir erhoffen, daß so bald wie möglich ein vertragsmäßiger modus vivendi gefunden wird.

(Zustimmung. - Zuruf: Wir sind kein Kolonialvolk!)

Wir vermeiden es dabei, über ein Besatzungsstatut zu sprechen, weil wir zum Teil darin wohl einen Rückschritt sehen möchten. Wenn jetzt nahezu drei Jahre nach dem Zusammenbruch, nach der bedingungslosen Kapitulation, nicht ein vertragsmäßiger modus vivendi gefunden wird, dann wissen wir nicht, wie lange wir noch darauf warten müssen. Denn niemand in der Welt hatte wohl im Jahre 1945 damit gerechnet, daß die Besatzungsmächte in so kurzer Zeit in einen so großen Interessenkonflikt geraten würden, wie er heute feststellbar ist.

(Zustimmung.)

In London wurden von keiner der beteiligten Mächte die letzten Konsequenzen gezogen, weil offensichtlich alle Mächte Bedenken trugen, aus den gegebenen Konsequenzen wirklich die letzten Konsequenzen zu ziehen.

(Sehr richtig!)

So sind auch wir außerstande, eine konsequente Politik zu gestalten.
Wenn von General *Clay* vor kurzem erklärt wurde, die Besatzungsmächte des Westens würden keinen Weststaat schaffen, es sei denn, daß die Deutschen ihn verlangen würden, so darf ich feststellen: Unsere Not ist so groß, daß wir so rasch wie möglich irgendeinen Ausweg aus der Not finden wollen.

(Sehr gut!)

Es geht uns nicht um staatliche Konstruktionen; es geht uns darum, daß nicht das Ruhrgebiet und damit ganz Deutschland explodiert und daß nicht durch eine solche Explosion die Explosionswellen über ganz Europa und die Welt hinweggehen.

(Sehr gut!)

Wir unsererseits können aber keine Konsequenzen ziehen, die nicht die anderen selbst zu ziehen bereit sind. Nach wie vor ist der Kontrollrat nicht aufgelöst und bei soundso vielen Maßnahmen finden noch Berufungen auf Kontrollratsbestimmungen statt. Solange der Kontrollrat besteht, sind auch wir Deutsche außerstande und nicht in die Möglichkeit versetzt, unsererseits Konsequenzen zu ziehen, und zwar deswegen, weil auch wir dann die Konsequenzen der Konsequenzen fürchten, so wie die anderen die Konsequenzen ihrer Konsequenzen dort gefürchtet haben.

Die Konsequenz, die wir vor allem scheuen müssen, ist das Wachsen einer nationalistischen Gefahr, mit der wir nicht fertig werden. Denn wenn Deutschland in Teile zerrissen würde, wenn der Vorhang wirklich eisern würde und nicht beseitigt werden könnte, dann bestünde die Gefahr, daß dieses zerrissene Deutschland so viel Irredenta-Möglichkeiten bieten würde, wie manche Gebiete Europas und der Welt in der Vergangenheit.

(Sehr gut!)

Und wir wissen, daß jede neue Irredenta nach Kriegen immer wieder neue Kriege ausgelöst hat.

(Sehr richtig!)

Wegen dieser Gefahr müssen wir bitten, daß man uns nicht zuviel Verantwortung zumutet. Jeder von uns ist bereit, vor seinem Gewissen Verantwortungen zu übernehmen; aber keiner kann mehr Verantwortungen übernehmen, als er aufgrund seiner physischen und moralischen Kraft tragen kann.

So wollen wir unsererseits auch dann, wenn wir heute unsere Entscheidungen getroffen haben, den Weg der Nüchternheit in der Politik, in der Politik des Alltags, gehen, vor allem aber den Weg, der auch unsere Ideen durchsetzen soll. Und so versuchen wir nochmals, uns auf den geistigen Kern unserer inneren Unruhe und unserer Not zu besinnen.

Das Tempo unserer wirtschaftlichen Entwicklung, der Umformung unserer geistigen und sozialen Struktur hat ein solches Ausmaß angenommen, daß wir Deutsche kaum mehr Schritt halten können. Diesem Tempo entspricht nicht das Tempo unserer geistigen Erneuerung, entspricht auch nicht das Tempo der Demokratisierung unserer Wirtschaft und der Bildung einer freien Demokratie in Deutschland überhaupt. Auf diesen Gebieten bewegt sich die Entwicklung im Zeitlupentempo. Wenn aber zwei Entwicklungen nebeneinander herlaufen, von denen die eine im Zeitlupentempo, die andere in der Hast des Raketenflugzeugs erfolgt, dann müssen notwendigerweise Disharmonien entstehen. Heute sind wir Zeugen solcher Disharmonien in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft, die notwendigerweise zu unserer deutschen Unruhe, unserer Richtungslosigkeit und Verlorenheit beitragen. Aus ihnen gilt es herauszufinden, wenn wir an einen geistigen, aber auch an einen materiellen Aufbau denken wollen.

Unser Volk hat gelitten, verloren und geleistet. Es hat große Leistungen in der Vergangenheit vollbracht, Leistungen, die einer besseren Zielsetzung wert gewesen wären. Und es hat Unglaubliches gelitten. Uns ist es bestimmt, jetzt noch ein Letztes zu leisten und zu leiden. Wir müssen unser Herz in beide Hände nehmen und dürfen es nicht billigen Oppositionsinstinkten hingeben. Denn auf dieser Ebene darf sich die Aktivität der Leistung wie der Opposition nicht banalisieren zu einem Appell an die Instinkte.

Zwölf Jahre lang hat *Hitler* die Deutschen in geistiger Versklavung gehalten. Es sind mehr Deutsche im Kampf um die geistige Freiheit gefallen, als die eine oder andere Siegerarmee Verluste gehabt hat.

(Sehr richtig!)

Aus der Phase des Leidens, aus der Schule der Not gilt es nun hineinzuwachsen in die Verantwortung der Zukunft, in die geistige, wahre Befreiung der Selbstverantwortung des abendländischen Menschen, wie sie eine echte Demokratie voraussetzt, wie sie aber nur möglich ist, aus dem Ethos von Wert und Würde.

Verantwortungslose Kritik lehnen wir ab. Wert und Würde ohne verantwortliche Kritik aber ist unmöglich. Darum scheint mir das Kontrollratsgesetz Nr. 40, das das Verbot der Kritik an Maßnahmen der Militärregierungen ausspricht, mit dem fortschreitenden Aufbau unserer Demokratie unverträglich geworden zu sein.

(Beifall.)

Wir glauben, daß es an der Zeit wäre, zu prüfen, ob dieses Gesetz noch mit den oft verkündeten Zielen der Alliierten in Einklang gebracht werden kann.

(Zustimmung.)

Denn bei Erlaß des Gesetzes war nicht angenommen worden, daß die Zeit zwischen Krieg und Frieden unabsehbar würde und daß die Komplikationen zwischen den Mächten uns unmittelbar vor die Pflicht zu klarer Meinungsäußerung stellen, wenn wir nicht Quislinge werden wollen.

(Sehr richtig!)

Das ist ja heute eine unserer entscheidenden Aufgaben geworden, wieder eine echte, wertorientierte, nicht mehr affektbetonte öffentliche Meinung in Deutschland zu formen. Heute droht diese öffentliche Meinung manchmal zu einem unberechenbaren Gespenst zu werden. Sie ist affektbeladen, weil jeder irgendwie Unrecht erfahren zu haben glaubt.
Ich weiß: In jedem Herzen sitzt die Not und ein Bedürfnis nach Opposition. Ich weiß auch, wie schwer es für innere Not und inneres Verwundetsein ist, zum rechten Wort zu finden, da doch rechte Not und rechtes Verwundetsein nach dem rechten Ausdruck drängt. Darum wird der Redner, der den Menschen das unausgesprochene Wort der Opposition vom Munde nimmt, so leicht vom Führer zum Verführer. Darum steht heute noch mehr wie sonst der Redner vor der Versuchung, nicht zum Sprecher zu werden, der der echten Not Worte verleiht und Hilfe bringt, sondern zum Schädling, der die Gabe des Wortes mißbraucht und die angestaute Flut der Nöte und Schmerzen leichtfertig in falsche Kanäle leitet.
Das ist heute unsere Sorge in Deutschland. Unsere Menschen hungern zutiefst nach Wert und Würde, wie nach Brot. Ich habe es im ersten Aufruf der Christlich-Sozialen Union im Jahre 1945[7] ausgesprochen, und dieses Wort hat heute seine Geltung behalten. Die Menschen fühlen, daß es nicht tragbar ist, Kuli zu sein und Kuli zu bleiben.

(Sehr richtig!)

Daraus entspringt die Gefahr, daß sie Kulis für den Nationalismus werden.

(Zustimmende Zurufe.)

So sehen wir heute die Gefahr, daß der deutsche Mensch sich in eine affektbetonte Opposition hineinsteigert, die ihm an sich wesensfremd ist, die Gefahr, daß Fehler begangen werden, von deutschen und von anderen Mächten, die die deutsche öffentliche Meinung in eine verhängnisvolle Fehlentwicklung hineindrängen. Nicht nur das deutsche Volk allein hätte unter den Folgen solcher Fehler zu leiden.

(Sehr gut!)

[7] Gemeint sind "Die zehn Punkte der Christlich-Sozialen Union", der Text findet sich im Anhang, Dok. Nr. IV, S. 1713f.

Es wäre an der Zeit, dieser inneren Sehnsucht aller guten Kräfte im deutschen Volk nach Wert und Würde Rechnung zu tragen,

(Bravo!)

diesem Drang der wahren öffentlichen Meinung nach Ausdruck Spielraum zu geben. Es wäre an der Zeit, sich darauf zu besinnen, daß es keine historische Schuld gibt, die nicht in irgendeiner Weise die Schuld aller wäre.

(Starker Beifall.)

Echte Politik kann nur machen, wer die Fähigkeit, die großen Linien zu sehen, verbindet mit der Begabung, handelnd seine Erkenntnisse in die Tat umzusetzen. Wir werden im Rahmen dieser Versammlung noch mehrfach Gelegenheit haben, die konkreten Fragen der praktischen Verwirklichung unserer Grundsätze zu behandeln. Eines scheint mir dazu wie für unser ganzes öffentliches Leben wesentlich: Die Not, die ein gewisses Maß überschreitet, drängt den Menschen zum Pessimismus der Ausweglosigkeit. Erst dadurch würde aber die Not unüberwindbar. Viele unserer Menschen sind diesem Zustand nahe. Gerade die Ehrlichen und Klarsehenden stehen vor der furchtbaren Versuchung, die Hände willenlos in den Schoß zu legen und sich von der Flut treiben zu lassen.

Dies wäre das wirkliche Verhängnis. Was wir vor allem anderen brauchen, ist der Wille zum Widerstand gegen die mechanisierende Not, der Mut, den Ausweg aus der Not herauszufinden und zu gehen, ist die Bereitschaft, sich gegen die Tendenz des Treibenlassens zu stemmen, ist der Optimismus zum Leben, der Wesensinhalt echten Christentums ist. Wir arbeiten für diesen Glauben des Lebens; durch unsere Arbeit soll und muß unser Volk seinen Lebensmut, soweit er wankend geworden ist, wiedergewinnen. Unser Volk soll leben, nicht nur um seiner selbst willen, sondern um ganz Europas und des Weltfriedens willen.

(Lebhafter Beifall.)

Mit dieser Erklärung, die ich zum Schluß ausgesprochen, und mit den Feststellungen, die ich getroffen habe, habe ich versucht, in der Verwirklichung durch die Tat im vergangenen Jahr meine Pflicht zu erfüllen. Ich habe versucht, das Vertrauen, das Sie in mich gesetzt haben, nicht zu enttäuschen. Ich erkläre hiermit meinen Rücktritt von dem Amt des Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern und bitte Sie, nach bestem Wissen und Gewissen Ihre Wahl vorzunehmen. Ich trete zurück mit dem Wunsch: Es lebe die Christlich-Soziale Union in Bayern, Gott segne unsere bayerische Heimat, Gott segne unser schwergeprüftes deutsches Volk, Gott gebe der Menschheit den Frieden.

Der Vorsitz geht für die Wahl über auf unseren Parteifreund Dr. *Michel Horlacher*.

[Vorsitzender] Dr. *Horlacher*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke dem Herrn Parteivorsitzenden für seine programmatischen Darlegungen. Ich selbst kann mich auf den Standpunkt stellen, daß diese Darlegungen nicht nur mich voll befriedigt haben, sondern daß die Union stolz darauf sein könnte, einen solchen Mann an der Spitze der Partei zu haben.

(Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Es kommt noch weiter hinzu, daß ich dem Rechenschaftsbericht des Parteivorsitzenden noch etwas nachtragen muß, was er selber aus Bescheidenheit oder aus sonstigen Gründen nicht tun konnte.

(Zuruf: Nicht so lange!)

Ich fasse mich kurz. Ich bitte, sich zu beruhigen. Es handelt sich hier um eine wichtige Angelegenheit, die auch in der Parteiversammlung noch restlos zur Kenntnis gebracht werden muß.
Auch gegen Dr. *Müller* war auf seinen eigenen Antrag ein Spruchkammerverfahren anhängig. Das Verfahren gegen Dr. *Josef Müller* ist eingestellt worden. Es heißt hier am Schluß - worauf nach meiner Überzeugung alle Politiker der Christlich-Sozialen Union stolz sein können: Der öffentliche Kläger stellt das Verfahren ein und führt zum Schluß nach Prüfung aller Verhältnisse folgendes aus:

> Damit sind alle gegen Dr. *Müller* ins Feld geführten Vorwürfe untersucht. Eine Belastung konnte nirgends gefunden werden. Das Verfahren war daher einzustellen. Es würde zu weit führen, alle von Dr. *Müller* zu seiner Rechtfertigung angeführten Tatsachen im einzelnen anzuführen. Die beste Zusammenfassung in der Würdigung seiner Gesamtpersönlichkeit ist enthalten im Schreiben des Weihbischofs Dr. *Neuhäusler* vom 13. Dezember 1946 an den früheren Sonderminister Dr. *Pfeiffer*, das auszugsweise folgenden Satz enthält: "Aber ich fühle mich geradezu im Gewissen verpflichtet, offen zu bekennen, daß ich es als Groteske empfand, daß man nun das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus anwendet gegen einen Mann, der wie wenige mehr als ein Jahrzehnt gekämpft und Freiheit und Leben riskiert hat, um das deutsche Volk vom Nationalsozialismus zu befreien."

(Lebhafter Beifall.).

Meine lieben Freunde! Ich habe damals in der Fraktion, als solche Dinge zur Sprache gekommen sind, den Herrn Parteivorsitzenden gedeckt. Die Fraktion ist damals meinem Antrag einstimmig gefolgt. Ein Wesensbestandteil der Demokratie, liebe Freunde, ist die anständige Gesinnung im Herzen des einzelnen.

(Beifall.)

Deswegen hat es mich als anständigen Demokraten geradezu empört, daß es sogenannte Demokraten, die sie doch sein wollen, heute fertigbringen, einem solchen Mann, der sein Leben riskiert hat, den Ruf entgegenzuschleudern: "Hängt ihn auf".

(Pfui-Rufe.)

Das ist eine grenzenlose Entgleisung und die größte Gemeinheit, die sich Demokraten unter sich selbst leisten können.

(Sehr richtig!)

Es kommt hinzu, daß das Handlanger sind, die dem Vermächtnis des Nationalsozialismus zum Sieg verhelfen.

(Sehr richtig!)

Wißt Ihr dieses Vermächtnis, in dem es heißt: Die Not des Volkes muß so groß werden, daß man die wahren Schuldigen, die wir waren, die Nazis, nicht mehr erkennt, sondern jene anklagt, die Ordnung in dieses Chaos hineinbringen müssen.

(Beifall.)

Wenn wir das bedenken, müssen wir weit davon entfernt sein, uns solchen Dingen anzuschließen.
All das veranlaßt mich, Herrn Dr. *Josef Müller* im Namen der engeren Vorstandschaft der CSU wieder zum Landesvorsitzenden vorzuschlagen.

(Stürmischer Beifall.)

Nun müssen wir sehen, daß wir rasch zu Ende kommen. Es liegt hier ein Geschäftsordnungsantrag von *Konrad Kübler* für Niederbayern vor. Es soll Gelegenheit gegeben werden, daß im Anschluß an das Referat des Parteivorsitzenden je ein Vertreter der Bezirke sprechen soll

(Widerspruch.)

zur Stellungnahme zum Referat und zur Wahl.

(Zuruf: Zurücknehmen!)

Meine lieben Freunde, wir wollen doch das Referat des Herrn Ministerpräsidenten noch anhören.

(Sehr richtig!)

Das halte ich für unbedingt notwendig.

(Sehr richtig!)

Nachdem dann im Anschluß daran noch zur allgemeinen Politik gesprochen werden kann und diese Dinge ja von der Geeignetheit der Person des Landesvorsitzenden als solchem getrennt sind, würde ich bitten, daß aus der Versammlung heraus entsprechende Vorschläge erfolgen.

(Zuruf: Dr. *Semler*!)

Eine ganze Menge Redner haben sich gemeldet. Ich glaube, es sind zwölf. Das ist unmöglich. In diesem Falle würde ich den Antrag *Kübler* für den richtigen halten, daß sich jeder Bezirksvorsitzende nur kurz zur Wahl des Vorsitzenden äußert.

(Zuruf: Abstimmen!)

Michel: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte zur Abstimmung zu schreiten und Schluß der Debatte zu machen.

[Vorsitzender] Dr. *Horlacher*: Nachdem weitere Vorschläge zur Wahl des Landesvorsitzenden mir nicht vorliegen, muß ich über den Antrag abstimmen, ohne Debatte in die Abstimmung einzutreten.

(Beifall.)

Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich, sich in diesem Falle vom Platz zu erheben.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Schriftliche Abstimmung!)

Ich bitte um die Gegenprobe. Einstimmig angenommen.

(Lebhafter Beifall.)

Meine lieben Freunde! Nun schlage ich Euch vor, damit ja kein Vorwurf gemacht werden kann, die Abstimmung doch geheim vorzunehmen.

(Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Verlangen die Amerikaner!
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Wird beantragt!)

Das weiß ich schon, Herr Ministerpräsident. Ich muß das ordnungsgemäß tun. Wir wollen rasch in die Abstimmung eintreten. Herr Dr. *Schedl*, die Liste wird verlesen, die Zettel sind einzuwerfen, das entsprechende Bedienungspersonal für die Abstimmung steht zur Verfügung.

Dr. *Schedl*: Meine Damen und Herren, es sind zweimal 13 Abstimmer mit genauen Listen da und mit den Wahlurnen. Ich bitte, bei der Verlesung die Ruhe zu bewahren und auf den Plätzen sitzen zu bleiben, und zwar auf den numerierten Plätzen, die auf

den Delegiertenausweisen vorgesehen sind. Dann kann die Abstimmung in wenigen Minuten durchgeführt sein.
Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte bekanntzugeben, wie abgestimmt wird, ob mit Ja oder Nein, oder ob der Name hingeschrieben wird.
[Vorsitzender] Dr. *Horlacher*: Ich würde bitten, damit ja bei der Abstimmung kein Vorwurf gemacht werden kann, den Namen darauf zu schreiben. Dr. *Müller* allein genügt schon. Wir wissen schon, daß das der *Ochsensepp* ist. Dr. können Sie auch noch weglassen.

(Allgemeine Heiterkeit.)

(Es folgt die schriftliche Abstimmung.)
Dr. *Schedl* (am Schluß der Abstimmung): Meine Damen und Herren, es ist selbstverständlich, daß die Urnen zusammen geöffnet und die gesamten Stimmzettel zusammenkommen und dann erst mit der Auszählung begonnen wird.
[Vorsitzender] Dr. *Horlacher*: Das dient zur Kenntnis.
Während die Auszählung vorgenommen wird, geht die Tagung weiter. Es scheint alles abgestimmt zu haben. Dann bitte ich jetzt, Platz zu nehmen. Ist noch jemand im Saale, der noch nicht abgestimmt hat? Die Abstimmung ist geschlossen. Das Resultat wird festgestellt.
Nun müssen wir disponieren. Ist die Versammlung jetzt damit einverstanden, daß während der Feststellungen des Wahlresultates der Herr Ministerpräsident mit seinem Referat beginnt? Zweite Frage: Sollen wir durchtagen,

(Zurufe: Jawohl!)

oder sollen wir dann eine Pause machen?

(Zurufe: Nein, Durchtagen!)

Der Sonderzug nach München geht in Marktredwitz um 17 Uhr ab, also nachmittags um fünf Uhr, so daß wir schon eine Pause machen könnten, wenn Sie das wünschen.

(Zurufe: Nein!)

Das ist nicht der Fall. Der Herr Ministerpräsident hat das Wort. Ich bitte um Ruhe.
Wir müssen noch einen Augenblick Pause eintreten lassen, weil sich der Herr Ministerpräsident an einem Ort befindet, an den jeder hingehen muß.

(Heiterkeit.)

Dr. *Schedl*: Meine Damen und Herren, der Sonderzug nach München fährt um 17 Uhr ab Bahnhof Marktredwitz. Er hält in Nabburg, Schwandorf, Haidhof, Regensburg, dort Ankunft 19.29 Uhr. Auf der Weiterfahrt wird gehalten in Neufahrn, Landshut, München. Ankunft um 22.12 Uhr.

(Zuruf: In Freising muß gehalten werden!)

Halt in Freising wird eingelegt.
Die Nürnberger Zugverbindungen waren auf der Einladung bereits vermerkt, daran hat sich nichts geändert. Quartierbestellung für München bitte sofort bei Herrn Dr. *Schwiegk* vorzunehmen.
[Vorsitzender] Dr. *Horlacher*: Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.
Ministerpräsident Dr. *Ehard* (mit stürmischem Beifall begrüßt): Liebe Parteifreunde, meine Damen und Herren! Auf dem letzten Parteitag in Eichstätt habe ich mich

grundsätzlich mit der Gedanken- und Ideenwelt unserer Partei beschäftigt, um auf diese Weise einen Beitrag zur lebendigen Gestaltung unserer gemeinsamen politischen Weltanschauung beizutragen. Ich hatte vor, heute anders vorzugehen und über konkrete Fragen zu Ihnen zu sprechen. Es gibt eine ganze Reihe von sehr wichtigen Fragen, über die heute zu reden wäre, einmal über die Auswirkung der Londoner Konferenz, über die Frage unseres Ernährungsproblems, über die Frage, was in Frankfurt vor sich geht.

(Sehr richtig!)

Ich weiß nicht, ob ich Ihre Zeit mit all diesen Dingen jetzt so lange in Anspruch nehmen kann.

(Zurufe: Doch!)

Ich glaube, es haben viele von Ihnen das Bedürfnis, daß auch die Delegierten selbst das Wort ergreifen. Ich bin deshalb bereit, mich zunächst auf ein paar kurze Bemerkungen zu beschränken.

(Zuruf: Nein!)

Ich möchte nur ein paar kurze Dinge herausgreifen. Zur Frage der Ernährung! Es bedarf kaum großer Ausführungen, daß das Ernährungsproblem das schwierigste überhaupt ist und daß wir uns heute in einer Krise befinden, die die schwerste ist, die wir vielleicht auf diesem Gebiet überhaupt zu überwinden haben. Es ist das keine Überraschung. Wir haben von der Staatsregierung schon im vorigen Sommer darauf hingewiesen. Man hat davor gewarnt. Man hat darauf aufmerksam gemacht, als dieses Dürrejahr sichtbar geworden ist, daß man zur rechten Zeit Vorsorge treffen müsse. Man hätte damals leicht, und ohne daß es allen sehr wehe getan hätte, gewisse Kürzungen vornehmen können, um dann gewisse Reserven zu schaffen. Das ist nicht geschehen. Trotz unserer Warnungen! Und jetzt ist das eingetreten, was man lange vorausgesagt hat.

(Zuruf: Gewußt hat!)

Wir sind davon nicht überrascht. Und nun erleben wir - ich brauche Ihnen dazu keine sehr großen Ausführungen zu machen - merkwürdige Dinge. Man sagt, die Brotration in Bayern muß gekürzt werden,

(Zuruf: Pfui!)

weil die Bauern nicht richtig abgeliefert haben. Man sagt aber nichts davon, daß bis zum 31. Dezember 1947 75% der Brotgetreideumlage hätten abgeliefert sein sollen und daß von diesen 75% in Bayern tatsächlich 73% abgeliefert worden sind.

(Hört, hört!)

Man spricht von den nicht in die Zone gelieferten Kartoffeln.

(Nicht gewachsen!)

Man spricht nicht davon, daß sie nicht gewachsen sind. Man spricht davon, daß diese Kartoffeln verschoben worden sind. Nun gut, wenn man etwa 700.000 Tonnen braucht, um das Notwendigste damit zu versehen, und den Normalverbraucher dann noch nicht einmal mit einem Zentner Kartoffeln versehen kann, weil dann immer noch eine Unterbilanz von etwa 70.000 Tonnen vorhanden ist, und wenn Sie sich überlegen, es mögen 20, es mögen 30, es mögen 50.000 Tonnen verschoben worden

sein - schon eine ungeheure Zahl -, dann haben Sie immer noch eine Unterbilanz von mindestens 10 bis 15.000 Tonnen.
Aber was hier getrieben wird, ist ein überaus gefährliches Zahlenspiel, das sich praktisch auf dem Rücken des einzelnen auswirkt. Man sagt: 8% Kartoffelanbaufläche habt Ihr mehr als tatsächlich angegeben worden sind. Das bedeutet, wenn man die Rechnung von Frankfurt zugrunde legt, 250.000 Tonnen Kartoffeln. In diesen 250.000 Tonnen stecken 134.000 Tonnen, die wir von Bayern abliefern sollten, die wir aber nicht haben. Ich sagte eben, wenn man die Frankfurter Rechnung zugrunde legt. Es ist hier nämlich eine merkwürdige Erscheinung zu beobachten. Die Statistiken, die aufgestellt werden, sind nämlich keineswegs einheitlich.
Man rechnet auf seiten der Militärregierung mit einer besonderen Statistik, man rechnet in Frankfurt mit einer besonderen Statistik, und wir in Bayern haben aufgrund der realen Tatsachen auch eine Statistik aufgestellt. Wäre es dann nicht zweckmäßig, wenn man dieses Durcheinander dadurch beseitigen würde, daß man sich auf allen Seiten in einer vernünftigen Zusammenarbeit auf eine Statistik einigt, um dann wirklich brauchbare Zahlen zu bekommen?
Diese Zahlen sind auch sonst sehr gefährlich. Sie wissen ja, es sind, ich weiß nicht wieviel, ein, zwei oder drei oder vier Millionen, Schweine in Bayern schwarz geschlachtet worden, das heißt sie sind verschwunden, zigtausend Tonnen Fleisch! Irgendwo! Jeder, der das liest, nimmt an, diese Schweine sind gezählt worden und dann am Schluß dieser Zählung verschwunden. Weil sie verschwunden sind, zieht man den an sich richtigen Schluß, daß sie verschwunden sind und nicht der allgemeinen Ernährung zugeführt werden. Dann müssen sie irgendwo schwarz verschwunden sein. So ist es aber nicht. Diese ein, zwei oder drei oder vier Millionen Schweine sind nämlich nur ein Zahlenspiel. Sie sind nur eine Zahlenannahme aufgrund von ganz anderen Voraussetzungen, weil früher einmal die Menge da war, deshalb müßte sie jetzt auch dasein.

(Heiterkeit.)

Es ist also gar nicht etwa so, daß man jetzt aufgrund einer Zählung positiv sagen kann: Bitte, das fehlt, wo ist die Rechnung?
Dieses Zahlenspiel ist außerordentlich gefährlich. Es führt dann auch zu den Maßnahmen, die wir jetzt in Frankfurt auch wieder sehen. Man sagt, die ganze Ernährung ist ja kein Problem. Die Erfassung muß besser gestaltet werden, und das ganze Ernährungsproblem ist restlos ausgezeichnet gelöst.

(Zuruf: Auf dem Papier!)

Eine gefährliche Sache! Ich bin auch überzeugt, daß da und dort irgendwo noch etwas ist, was man nicht erfassen konnte. Wo in aller Welt kann man in einer Notzeit, wie die heutige es ist, alles erfassen?

(Sehr richtig!)

Aber - und das ist nun die große Frage -, wenn man alles bis zum letzten erfassen, wenn man alle Taschen ausleeren würde, ich bin überzeugt, daß für die Allgemeinheit in der großen Masse nichts oder fast gar nichts herauskommen würde.

(Sehr richtig!)

Aber wer fällt uns bei dieser Erkenntnis, die den Tatsachen durchaus nüchtern ins Auge sieht, am meisten in den Rücken? Die eigenen Volksgenossen,

(Sehr richtig! - Zuruf: Die Gewerkschaften!)

die nichts besseres zu tun wissen, als immer den anderen anzuschuldigen.

(Zuruf: Pfui!)

Sie wissen ja, die Schuldfrage ist auch so ein Kapitel, das heute sehr viel und sehr breit getreten wird, manchmal deshalb, weil einer die Schuld auf den anderen schieben will. Deshalb redet er auch von der Schuld, von der Kollektivschuld, beschuldigt den anderen aller möglichen Dinge usw.
Ich sage, es ist ein gefährliches Spiel, das getrieben wird. Denn die Ernährung kann man nicht auf eine Kalorienarithmetik abstellen,

(Sehr richtig!)

und das, was wirklich noch vorhanden ist, ist die allerkleinste Reserve, die noch einen Teil des Volkes davor bewahrt, daß alle verhungern.

(Sehr richtig!)

Und nun wird zum großen Teil wegen dieser Einstellung unserer Deutschen selbst verlangt, daß die Erfassung noch straffer zusammengefaßt wird. In Frankfurt ist dieser Tage ein Gesetz über die Verschärfung dieser Erfassung beschlossen worden. Man nennt es dort das Speisekammergesetz.[8] Nun soll darnach jeder, der über größere Mengen verfügt, anmelden, was für Mengen er hat. Es soll aber auch der einzelne Hausvater anmelden, ob er gewisse Mengen hat.

(Zurufe: Pfui, das sind doch Narren, alles steht auf dem Papier!)

Man muß hier zwei Dinge unterscheiden. An sich wollen und sollen wir uns grundsätzlich einer schärferen Erfassung nicht widersetzen. Aber einmal muß doch betont werden, daß wir in Bayern insoweit ein recht gutes Gewissen haben.

(Sehr richtig!)

Liebe Parteifreunde! Ich bin als Ministerpräsident oft genug sehr scharf aus unseren eigenen Reihen angegriffen worden, weil wir zu scharf erfassen. Nun höre ich plötzlich von Frankfurt oder von irgendwo anders her, daß wir zu wenig erfassen. Ja, was ist denn da eigentlich noch richtig? Ich sage aber: Es ist notwendig, wir sind das unseren eigenen Volksgenossen und dem Ausland gegenüber schuldig, daß wir uns der Möglichkeit einer schärferen Erfassung und der Vorschrift für eine solche grundsätzlich nicht widersetzen. Ich habe aber doch das Bedenken, ob diese Art der Erfassungsverschärfung nicht den Bogen schon sehr stark überspannt.

(Sehr richtig!)

Ich weiß nicht, ob unser Volk sehr viel Verständnis dafür hat, daß es zwar nicht mit einem Gramm Fett mehr bedient wird, daß es aber etliche 15 oder 20 Millionen Fragebogen über sich ausgeschüttet bekommt.

(Zuruf: Auf dem Papier!)

[8] "Nothilfegesetz zur Ermittlung, Erfassung und Verteilung von Lebensmitteln".

Bis die ausgewertet sind, wird auch eine Zeit vergehen! Wir müssen klar und deutlich erkennen und aussprechen: Auch wenn wir alles tun, auch wenn wir alles herauspressen, auch wenn wir die letzte Tasche umleeren: Das Ernährungsproblem ist kein Erfassungsproblem mehr, es ist ein ausgesprochenes Mangelproblem.

(Sehr richtig!)

Es ist einfach auf manchen und vielen Gebieten nichts vorhanden.
Das gilt insbesondere von einem Gebiet, vom Fett. Wir haben kein Fett. Und wenn wir kein Futter haben, um das Vieh zu ernähren - das Dürrejahr hat uns die Ernährung für das Vieh weggenommen -, dann können wir auch keine Milch in solcher Menge abliefern. Das ist eine ganz einfache, nüchterne Rechnung.

(Zuruf: Schweinemord!)

Aber ich bin der Meinung, das Fettproblem könnte gelöst werden.

(Walfang!)

Es ist kein Transportproblem, es zeigt sich auch, daß die internationale Lage keineswegs so ist, daß überall ein überaus großer Fettmangel herrscht.

(Hört, hört!)

Hier müßten wir eigentlich alle zusammen, ohne Rücksicht auf die Partei und ohne daß die einen den anderen in den Rücken fallen, ganz klar aussprechen: Wir müssen gerade auf dem Fettgebiet Hilfe, und zwar bald, möglichst sofort, vom Ausland erbitten.

(Beifall.)

Die amerikanische Besatzungsmacht und das amerikanische Volk haben uns so viele Beweise ihrer Hilfsbereitschaft geliefert, daß wir sehr wohl in diesem vielleicht kritischsten Augenblick unserer Geschichte überhaupt, auch die Bitte aussprechen dürfen, daß sie uns helfen, und zwar jetzt helfen, nicht dann, wenn es zu spät ist.

(Sehr richtig!)

Ich bin der ketzerischen Meinung, daß diese Hilfe geleistet werden kann. Ich bin sogar der ketzerischen Meinung, daß die Devisen dafür vorhanden sind.

(Hört, hört! - Beifall.)

Ich will Sie in diesem Zusammenhang nicht weiter mit diesen Fragen aufhalten. Ein Wort zu dem vergangenen Streik. Hier möchte ich eine Frage an Sie stellen: Geht es den Menschen in Bayern wirklich so viel schlechter als in jedem anderen deutschen Land, daß es hier allein notwendig war, für ein ganzes Land als erstem einen Generalstreik auszurufen?

(Sehr gut! - Zurufe: Pfui! - Weitere Zurufe: Es war ein Streik gegen die Regierung!)

Dieser Streik hat nach außen hin ohne Zweifel die Wirkung und das Aussehen eines politischen Generalstreiks.

(Zuruf: War es auch! Sie wollten die Hand an die Gurgel des Staates legen!)

Man hat ja nicht etwa auf den Plakaten mehr Fett verlangt, sondern man hat verlangt, daß die Hungerregierung verschwindet.
Ich weiß, daß die offiziellen Gewerkschaftsvertreter das bestreiten,

(Zurufe: Herr *Reuter*, die Pharisäer!)

nicht Herr *Reuter*, und daß sie versichern, sie haben den besten Willen gehabt und es ist ihnen vollkommen ferngelegen, einen politischen Generalstreik auszurufen.

(Widerspruch, Gelächter. - Zuruf: Das behaupten sie allein!)

Sie wollten damit etwas Schlimmeres abhalten. Ich glaube ihnen das, den offiziellen Gewerkschaftsvertretern. Ich bin vielleicht immer noch so naiv, überhaupt zu glauben, daß auch in der Politk das ehrliche Wort immer noch das beste Wort ist.

(Zurufe: Das war einmal! Hoffentlich!)

Aber sind wir denn durch diesen Generalstreik auch nur um ein Kleines weitergekommen?

(Zuruf: Im Gegenteil!)

Nein, keineswegs! Man hat uns ganz offiziell erklärt, dieser Streik richtet sich ja gegen die Unfähigkeit der deutschen Regierung. Die haben es ja nicht fertiggebracht, die nötigen Maßnahmen zu treffen, um all das zu beseitigen und das beizubringen, was notwendig ist. Ich meine, so können wir nicht weiterkommen. Wir müssen - und ich muß das wiederholen, und diesen Appell richte ich an alle auch über diesen Saal hinaus - von uns aus alles tun, um beizubringen, was noch vorhanden ist. Wir müssen aber auch laut und deutlich sagen: Es ist nichts mehr darüber hinaus da. Wir brauchen jetzt eine Hilfe. Denn der Ertrinkende braucht eine Hilfe gleich, nicht erst, wenn alle möglichen schönen Pläne ausgeheckt oder vielleicht durchgeführt sind. Wir wissen sehr wohl, daß man die Produktion steigern kann, daß man außerordentlich gute Pläne haben kann, um dies oder jenes zu verbessern. Aber das ist zunächst eine Zukunftsmusik, die uns für den Augenblick und für die nächsten Monate nichts hilft.
Nun darf ich vielleicht ein paar Worte zu den Frankfurter Vorgängen sagen. Sie wissen, liebe Parteifreunde, es hat am 8. und 9. Januar in Frankfurt in Gegenwart der beiden Generäle der Besatzungsmächte [*Lucius D. Clay*, *Sir Brian Hubert Robertson*] eine Ministerpräsidentenkonferenz stattgefunden. An diese Ministerpräsidentenkonferenz haben sich eine ganze Reihe von Legenden, so will ich einmal sagen, angeschlossen. Wie war denn die Sache? Ich darf Ihnen das nach dem äußeren Abgang kurz erzählen. Ich habe, und nicht nur ich, auch die anderen Ministerpräsidenten haben am Tag vorher und noch am gleichen Tag nicht gewußt, was für Vorschläge uns unterbreitet werden.

(Hört, hört! Interessant!)

Ich habe sie ebenso wie die anderen Ministerpräsidenten zum ersten Male aus dem Munde der beiden Generäle gehört, mündlich dargelegt.

(Hört, hört!)

Wir hatten keine schriftliche Unterlage.

(Zuruf: Befehlsempfänger!)

Wir hatten die Möglichkeit, uns am nächsten Tag dazu zu äußern.
Sie müssen in diesen Dingen ja immer drei Sachen bedenken.
1. Die Besatzungsmacht - das ist ihr gutes Recht - kann ja selbst entscheiden und braucht uns nicht zu fragen. 2. Die Besatzungsmacht kann uns anhören, wenn sie das für zweckmäßig hält. Auch dieses Anhören kann in der Form geschehen, daß man die Person fragt, oder in der Form, daß man den Mann mit dem Amt fragt. Und 3., dann

ist erst noch die Frage, inwieweit dieses Anhören von der Besatzungsmacht gewertet und praktisch in die Tat umgesetzt wird. Das ist nämlich die nüchterne Tatsache, und darüber muß man sich auch vollkommen im klaren sein.
Und nun das Ergebnis dieser Ministerpräsidentenkonferenz: Die Frankfurter Wirtschaftsorganisation ist so, wie sie im Augenblick steht, nicht marschierfähig geworden. Sie hat sich auch keine sehr große Beliebtheit, ich glaube auch nicht bei uns, zu erwerben vermocht. Der Gedanke der Besatzungsmächte, diese Frankfurter Organisation müsse deshalb umgebaut werden, und zwar in einer solchen Form, daß sie leichter lauffähig wird, daß die Maschine besser läuft, ist allein der Zweck der Frankfurter Besprechungen gewesen.
Das allein ist das Ziel dieser Frankfurter Besprechungen.
Das wurde von Seiten der beiden Kommandeure [*Lucius D. Clay, Sir Brian Hubert Robertson*] ausdrücklich hervorgehoben und wurde von deutscher Seite ganz besonders betont. Es ist also nicht an dem, daß man auch nur den Versuch machen will, in Frankfurt eine Verfassung oder eine vorläufige Verfassung eines Weststaates oder der beiden Zonen zu konstruieren. Dazu wäre ja auch bei den terminmäßigen Arbeiten, wie sie dort geschehen müssen, keine Zeit. Es ist aber notwendig, das zu betonen.
Ich weiß, daß durch diese Frankfurter Organisation - nicht rechtlich, nicht staatsrechtlich, auch vielleicht nicht politisch, aber tatsächlich - so etwas wie eine vorläufige Verfassung vorausgenommen, präjudiziert werden möchte, wie man das mit einem Fremdwort zu sagen pflegt.
Nun wurde uns am Schluß dieser Konferenz gesagt: Es wird den Deutschen ein Konzept eines Vorschlags über diese Umorganisation der Frankfurter Organisation in etwa acht bis zehn oder zehn bis zwölf Tagen übermittelt. In der Tat haben wir diesen Vorschlag am letzten Donnerstag nachmittag um 15 Uhr ausgehändigt bekommen, genau 14 Tage nach Abschluß der Konferenz. Es wurde zunächst verlangt, daß man am Montag zusammentritt und am Dienstag vormittag die endgültige Stellungnahme abgibt.

(Hört, hört!)

Es wurde darauf hingewiesen, daß man die Stellungnahme der Ministerpräsidenten und einiger Herren des Wirtschaftsrats wünsche. Ich habe den Standpunkt eingenommen: Ich habe für meine Person nichts zu sagen, weil ich meine Person von dem Amt des Ministerpräsidenten nicht zu trennen vermag; wenn ich mich also äußere, dann kann ich mich nur als Ministerpräsident äußern. Das werde ich auch tun.
Im einzelnen ist Ihnen ja ungefähr bekannt, wie diese Neuorganisation wohl aussehen wird. Ich kann Ihnen Einzelheiten jetzt nicht vortragen. Aber das eine wird doch sichtbar: Daß dort die Richtung nach einer sehr straffen Organisation jeden Tag besser hervortritt.

(Hört, hört! Sehr richtig!)

Eine Frage in diesem Zusammenhang, die oft an mich gestellt wird, ist: Soll man sich denn überhaupt an Verhandlungen beteiligen, von denen man im vorneherein weiß, daß man nur einen sehr beschränkten Einfluß auf das Ergebnis ausüben kann? Oder soll man etwa sagen: Nein, das tut man nicht; oder - wie man so zu sagen pflegt: Macht Eure Sache alleine! Ich bin der Meinung, daß ein solcher Standpunkt ganz falsch wäre. Warum? Wenn wir uns abseits stellen, uns separieren, haben wir keine Möglichkeit, ja zu sagen, haben wir auch keine Möglichkeit, nein zu sagen. Das letztere ist unter Umständen vielleicht wichtiger als das erstere,

(Sehr richtig!)

und zwar deshalb, weil ich der Ansicht bin, daß wir nicht nur der Besatzungsmacht gegenüber für das verantwortlich sind, was wir sagen, sondern daß wir vor allem auch unserem Volk und dafür verantwortlich sind, wie sich unsere Geschichte später abwikkelt.

(Sehr richtig!)

Noch ein anderer Grund besteht. Wir können uns abseits stellen und sagen: Dieses Spiel wollen wir nicht mitmachen. Glauben Sie, liebe Parteifreunde, daß wir dadurch irgend etwas ändern?

(Sehr gut!)

Doch, ich glaube, wir ändern etwas: Es werden sich nämlich Dutzende finden, die das gerne, lieb und gerne auf den Wink hin machen,

(Sehr richtig!)

die williger sind und die weniger die deutschen Interessen im Auge haben. Das muß einmal gesagt werden.

(Sehr richtig!)

Wenn ich das sage, stelle ich mich keineswegs in Gegensatz zu amerikanischen oder englischen Auffassungen. Denn dort ist ja die Demokratie zu Hause. Sie ist ja dort groß geworden. Von dort wird uns ja - liebe Parteifreunde, ich sage das allen Ernstes - insbesondere das Beispiel der Demokratie immer entgegengehalten; nur bin ich so unvorsichtig, daraus die Folgerung zu ziehen, daß ich gerne auch das demokratisch freie Wort für mich in Anspruch nehme.

(Beifall.)

Ich darf vielleicht in dem Zusammenhang noch auf eines hinweisen: Bei der ersten großen Versammlung der Bayernpartei bin ich selbst und ist die Staatsregierung sehr heftig angegriffen worden. Man hat gesagt, man hätte nicht alles Mögliche getan. Man muß das richtigstellen, und zwar deshalb, weil es nicht gut ist, wenn solche Unrichtigkeiten weitergeredet werden. Ich muß schon sagen, es ist ein starkes Stück, mir vorzuwerfen, die Bayerische Regierung krieche vor dem Frankfurter Zentralismus auf dem Bauch,

(Heiterkeit. - Pfui-Rufe.)

ich hätte durch mein Verhalten bei den wichtigsten verfassungspolitischen Entscheidungen einen schwarzen Tag in der bayerischen Geschichte heraufbeschworen. Dazu kann ich Ihnen nur so am Rande folgendes sagen: Es war ein Zufall, daß ich einen Tag vor der Frankfurter Konferenz in Frankfurt gewesen bin; und ich habe bei der Gelegenheit von deutscher Seite, die jetzt davon redet, daß das ein schwarzer Tag des Föderalismus gewesen sei, Vorschläge - schriftliche Vorschläge - gesehen, über die ich Ihnen bei Gelegenheit gerne einmal erzählen möchte.

(Hört, hört!)

Dann würden Ihnen die Augen übergehen über Zentralismus usw. Ich habe verhindert, daß diese Vorschläge weitergegeben worden sind.

(Bravo-Rufe.)

Es wird gesagt, ich hätte dort die vitalsten und wichtigsten Interessen des bayerischen Volkes den Parteiinteressen der CSU geopfert. Dazu kann ich eigentlich überhaupt

nichts sagen. Bei einer solchen Konferenz kann man einseitig einen Parteistandpunkt einnehmen; dann steht man bekanntlich allein und kann sich nie verständigen. Denn daß alle acht Ministerpräsidenten und alle Leute, die vom Wirtschaftsrat zugezogen werden, derselben Partei angehören, kann man doch nicht gut verlangen. Wenn sie aber verschiedenen Parteien angehören und jeder Koch nur seine Parteisuppe kocht, dann ist es überhaupt vollständig unmöglich, auf deutscher Seite eine einheitliche Meinungsbildung zu erzielen und mit dieser Meinungsbildung den anderen, den Besatzungsmächten, entgegenzutreten.

(Sehr richtig! Sehr wahr!)

Liebe Parteifreunde, wir haben es in der amerikanischen Zone in Stuttgart beim Länderrat praktisch exerziert; es ist durchaus möglich, daß man sich auch in schwierigen Fällen trotz verschiedener Parteizugehörigkeit und ohne daß man von seiner grundsätzlichen Auffassung irgend etwas aufgibt, auf einer einheitlichen Linie einigt. Im Länderrat in Stuttgart zum Beispiel mußten, um ein Gesetz zustande zu bringen, um einen Beschluß gültig sein zu lassen, die Beschlüsse alle einstimmig gefaßt werden; und es ist sehr wohl möglich gewesen, diese einstimmige Beschlußfassung herbeizuführen.

Es wird gesagt, ich hätte die Finanzhoheit Bayerns preisgegeben. Wie ist denn die Wirklichkeit? Es ist bei dieser Umorganisation des Frankfurter Statuts unter anderem vorgesehen, daß der Wirtschaftsrat ein eigenes Haushaltsrecht hat. Daß er ein eigenes Haushaltsrecht hat, um seine eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, das haben wir ja vorher schon gewußt; dahinter hat zunächst niemand von uns etwas besonderes gesehen. Nun wurde uns aber gesagt: Nein, anders: dieses Haushaltsrecht bezieht sich nicht nur auf die Organisation als solche, sondern bezieht sich auf die Bedürfnisse der beiden Zonen und auf das, was der Wirtschaftsrat als solche Bedürfnisse ansieht, also auf Einrichtungen und auf alle möglichen anderen Dinge, die der Wirtschaftsrat in Frankfurt etwa für die beiden Zonen für möglich oder für notwendig hält. Und dazu bedarf es natürlich der Einnahmen. Diese Einnahmen sollten aus den Überschüssen von Post und Eisenbahn usw. gefunden werden, die - nebenbei bemerkt - ein Vielfaches mehr sind, als der Haushalt der Frankfurter Organisation bisher ausmachte, so daß man nach unserer bescheidenen Rechnung weitere Einnahmequellen nicht zu suchen brauchte. Nun wurde gesagt: Darüber hinaus soll dieser Wirtschaftsrat in Frankfurt auch über die Zölle und Verbrauchsabgaben verfügen können, und er soll auch noch die Möglichkeit haben, eine Quote der Einkommenssteuer für sich in Anspruch zu nehmen.

(Hört, hört!)

Was haben die Ministerpräsidenten dazu gesagt, als sie das zum ersten Mal gehört haben und als man ihnen erst am zweiten Tag erklärt hat, was damit gemeint ist? Sie haben übereinstimmend gesagt: Nach unserer Meinung geht das nicht; nach unserer Meinung genügt es vollständig, wenn dem Wirtschaftsrat in Frankfurt wie bisher die Überschüsse von Post und Eisenbahn usw. zur Verfügung stehen.

(Sehr richtig!)

Das ist die Wahrheit!

(Bravo-Rufe.)

Von einer Aufgabe der Finanzhoheit kann mit keinem Wort die Rede sein; denn darüber ist in dieser Form überhaupt nicht gesprochen worden.

Ich hätte mich, ist weiter gesagt worden, in Frankfurt so völlig entmannt, daß es ein Luxus wäre, überhaupt noch eine Bayerische Staatsregierung darzustellen, man könnte den Ministerpräsidenten ruhig durch einen Verwaltungsinspektor oder einen bizonalen Gauleiter ersetzen.

(Pfui-Rufe.)

Ja, man hat sich nicht gescheut, meine Haltung in Frankfurt als schamlos zu bezeichnen und mich reif für den Kadi des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs zu erklären.

(Heiterkeit.)

Kadi, Verhaftung, durchbrennen! Weiter ist dann wohl auch die Version erzählt worden, ich sei bereits nach der Schweiz getürmt. Allen Ernstes! Meine Frau sei ja bereits nach der Schweiz geflüchtet! Dazu kann ich nur das eine sagen: Wenn man mit solchen einfach unrichtigen und unverantwortlichen Referaten bayerische Politik machen will, dann sehe ich allerdings sehr sorgenvoll in die bayerische Zukunft.

(Sehr richtig!)

Das Erscheinen einer neuen Partei - um darauf noch mit einem Wort zurückzukommen - mit einem radikalen bayerischen Akzent auf der politischen Bühne Bayerns hat aber immerhin eine sehr symptomatische Bedeutung, die man vom staatspolitischen Standpunkt aus nicht gering achten darf, auch wenn die ersten Lebensäußerungen nicht gerade so sind, daß man sie oft ganz ernst nehmen kann. Um so ernster ist das zu nehmen, was sich hier, angetrieben durch eine allgemeine Unzufriedenheit, auf dem Felde der politischen Bewegungskräfte wieder einmal anzubahnen scheint. Es ist kein Zweifel, daß hier eine neue Art von Radikalismus zum Ausdruck drängt. Ich sage das ohne jede Spitze. Not- und Katastrophenzeiten, wie die unsrige, haben erfahrungsgemäß immer die Entstehung radikaler Bewegungen begünstigt; wir brauchen nur an die Entstehungszeit des Nationalsozialismus selber zu denken. Diejenigen, die den Gedanken einer Parteigründung nach der Art der in der Entstehung begriffenen Bayernpartei begrüßen, versprechen sich davon eine Förderung der bayerischen Sache. Sie sind der Meinung, daß damit der Vertretung der bayerischen Dinge ein besonders schwungvoller und erfolgreicher Antrieb verliehen würde.
Wenn ich mir die gleiche Meinung zu eigen machen könnte, so würde mich keine eigene Partei, keine politischen Bindungen und Rücksichten daran hindern können, in meiner Eigenschaft als Bayer und sogar als Bayerischer Ministerpräsident ein solches Beginnen aufrichtig zu begrüßen. Was ist angenehmer, als in einer großen Sache, die einem und uns allen hier am Herzen liegt und für die man alle Opfer zu bringen bereit ist, wirkliche Bundesgenossen zu finden! Angesichts der Rolle, die Bayern als dem am besten fundierten Staatsgebilde bei der bevorstehenden Neuordnung der staatlichen Verhältnisse Deutschlands zufällt, kann die innere bayerische Front gar nicht stark genug gemacht werden,

(Sehr richtig!)

weil davon auch die Stärke und der Erfolg der bayerischen Front nach außen hin abhängen wird.
So wird es für die Zukunft Bayerns und Deutschlands von großer Bedeutung sein, wie die parteipolitischen Verhältnisse in Bayern in der nächsten Zeit beschaffen sein werden, ob sie sich nach der Richtung der Kräftigung und Konsolidierung der staatsbejahenden bayerischen Kräfte entwickeln oder ob sie dem zermürbenden Prozeß einer

die Gesamtkraft mindernden Aufspaltung verfallen werden. Ich befürchte nicht nur, sondern ich bin fest davon überzeugt, daß die Bayernpartei, wenn sie den betretenen Weg weiter beschreiten würde und so Gestalt und Gewicht bekäme, kein Faktor der Stärkung, sondern ein Element der Spaltung in unseren Landen werden würde.

(Sehr richtig!)

Das aber müßte eine nicht wiedergutzumachende Schwächung der bayerischen Position bedeuten, noch dazu in einem Augenblick, der vielleicht ein entscheidender Wendepunkt in der bayerischen Geschichte ist, in dem alles darauf ankommt, wie sich Bayern als Ganzes verhält.

(Sehr richtig!)

Es wäre ja nicht das erste Mal in der Geschichte der politischen Bewegungen in Bayern, daß sich ein gewisser sektier[er]ischer bayerischer Radikalismus Luft schaffen will und mit dem Auseinanderreißen beginnt, wo Zusammenhalt und Zusammenfinden besonders notwendig wäre.
So droht in der Tat die Gefahr, daß aus der Bayernpartei, wie sie sich augenblicklich präsentiert, die Partei eines bayerischen Schismas wird. Jedes Schisma kommt aber nicht von ungefähr; es entsteht in der Regel aus einer Unzufriedenheit von Menschen, die sich in der Gemeinschaft, der sie bisher angehörten, nicht mehr ganz zurechtfinden. Daher muß bei der Betrachtung eines solchen Vorgangs auch immer die Frage gestellt werden, ob die Kräfte, die für den Zusammenhalt verantwortlich sind, nicht irgendwie, irgendwo, auf irgendeine Weise versagt haben. Es ist kein Zweifel, daß die Krisis, die sich in der durch die Bayernpartei heraufbeschworenen Spaltungsgefahr anmeldet, gleichzeitig auch in gewissem Sinn eine Krisis des Zusammenhaltens unserer CSU ist.
Ich halte diese Krise für die wichtigste und ernsteste politische Angelegenheit unserer bayerischen Politik, weil sie - und deshalb komme ich überhaupt darauf zu sprechen - aufs engste mit dem Schicksal und der Zukunft der bayerischen Sache verbunden ist. Man sollte sich also sehr ernst und sehr eindringlich mit diesen neuesten Angelegenheiten befassen und nicht leichthin darüber hinweggehen, wie wenn nichts wäre und wie wenn sich alles vollkommen und restlos in bester Ordnung befände.

(Ganz richtig!)

Es handelt sich hierbei nicht nur um eine Angelegenheit des Parteiinteresses, sondern - ich betone das ganz besonders - um eine sehr ernste staatspolitische Angelegenheit. Es geht darum, daß unsere Partei jene Verfassung erhält und behält, die sie wirklich krisenfest macht und jeder auch noch so großen Belastungsprobe standhalten läßt.

(Sehr gut!)

Es ist eine Binsenwahrheit, daß die bayerische Sache abhängig ist von einer großen, umfassenden, fest in sich ruhenden, machtvollen bayerischen Partei.

(Sehr richtig!)

Die einstige Bayerische Volkspartei, die ein ansehnliches, festgefügtes und darum ausserordentlich stabiles bayerisches Parteigebilde gewesen ist, war für die Erfüllung der Aufgaben, die sie sich gestellt hatte, doch zu schwach. Die Forderungen, die sie in der bayerischen Sache vertrat, standen sehr oft im Mißverhältnis zu ihren tatsächlichen machtmäßigen Möglichkeiten, sich durchzusetzen. Um wirklich bayerische Politik ma-

chen zu können, bedarf es einer Partei, die umfassender und universaler in ihrer Zusammensetzung, die kräftiger im Innern und überzeugender nach außen ist, als es die Bayerische Volkspartei in ihren besten Zeiten war.
Gerade aus dieser Erkenntnis heraus haben die Männer, die zu einem großen Teil aus der ehemaligen Bayerischen Volkspartei kommen, nach dem Wiedererwachen des geknechteten demokratischen Lebens den Ruf der Christlich-Sozialen Union ergehen lassen zur Vereinigung aller bayerischen Kräfte ohne Unterschied des Standes und der Konfession, wenn sie sich nur durch die Wahl einer christlich fundierten Staats- und Gesellschaftsauffassung gebunden fühlen. Das bayerische Volk ist mit einem bemerkenswerten Verständis diesem Ruf gefolgt, und es ist die Christlich-Soziale Union als eine der größten Hoffnungen eines neuen Bayern entstanden. Es wurde ihr vom bayerischen Volk ein großer Wechsel für Bayern ausgestellt. Denn darüber muß man sich klar sein, daß die Gründungsgeschichte auch dieser jüngsten bayerischen Partei aufs engste mit dem wiedererwachenden Glauben an Bayern als einen Rückhalt für die Überwindung des Chaos verbunden war, in das Deutschland nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes verfallen ist. Diesen Glauben nicht zu enttäuschen, muß ein Grundprinzip der Politik der Christlich-Sozialen Union sein und bleiben.

(Beifall.)

Als eine bayerische Partei mit einer bayerischen Zielsetzung hat die Christlich-Soziale Union in der schwersten Zeit unseres Vaterlandes eine große Aufgabe auf sich genommen, die zugleich eine eminent deutsche Aufgabe ist. Nach diesem Gesetz, nach dem sie angetreten ist, muß die Christlich-Soziale Union marschieren, oder sie wird fallen.

(Sehr richtig!)

Hat es - müssen wir uns fragen - in unseren Reihen wirklich an einer notwendigen Klarheit und Entschiedenheit und vor allem an dem inneren Glauben bei der Verfolgung des Weges gefehlt, der Bayern, wenn es seine Aufgabe erfüllen soll, nun einmal bei dem Wiederaufbau der deutschen Verhältnisse aus innerer Notwendigkeit vorgeschrieben ist? Es sollte auch die Aufgabe und Pflicht eines Parteitags, wie der heutige es ist, sein, diesen Dingen auf den Grund zu gehen und die Schlüsse für das weitere politische Verhalten daraus zu ziehen. Die Frage des Zusammenhalts der Partei ist bei weitem nicht nur eine Frage der Einigkeit auf Delegiertenversammlungen, wie wir sie heute abhalten, sondern entscheidend ist es, daß draußen unsere Wählerschaft zusammenbleibt.

(Sehr richtig!)

Ihr Verhalten, ihre Haltung, ihr Vertrauen ist die Probe darauf, ob diejenigen, die das Gesicht der Politik der Partei bestimmen, Erfolg oder Mißerfolg gehabt haben.

(Sehr richtig!)

Möge durch die heutige Landesversammlung - nicht nur durch das, was hier geredet wird, sondern durch die politischen Impulse, die von hier ausgehen sollen und werden - der Glaube und die Überzeugung draußen in unseren Landen gestärkt werden, daß es einfach nicht wahr ist, daß die Christlich-Soziale Union als Sachwalterin der ihr anvertrauten bayerischen Interessen versagt hat.

(Sehr gut! Bravo!)

Die bayerische Politik steuert darauf hin, Bayern als Staat endlich in ein richtiges Verhältnis zu seiner deutschen Umwelt zu bringen und es so zu einem fruchtbringenden Glied einer gesunden und echten deutschen Föderation zu machen, die ihrerseits wiederum auf die föderative Umgestaltung des europäischen Staatslebens hinwirkt.

(Bravo-Rufe und Zustimmung.)

Eine solche Politik, die einen ganz bestimmten Plan einer staatlichen Neuordnung in sich trägt, bedarf eigenständiger politischer Organisationen, die in sich selbst ruhen und ihre politischen Impulse aus sich selbst empfangen; das heißt wir brauchen eine Landespartei, die ihre oberste politische Instanz in sich selbst hat und die frei ist von irgendwelchen Weisungen, die von außen an sie kommen.

(Beifall.)

Die Christlich-Soziale Union ist als eine selbständige Landespartei gegründet, und es widerspräche ihrem natürlichen Entwicklungsgesetz, nach dem sie angetreten ist, wollte man sie etwa in ein Teilstück einer Reichspartei umwandeln.

(Erneuter Beifall.)

Reichsparteien entstehen - das ist nun eine Erfahrung und ein politisches Gesetz - immer unter dem Einfluß zentralistischer Tendenzen.

(Nochmalige Zustimmung.)

Das absolute Festhalten an unverwaschenen eigenständigen Prinzipien, wie wir es für unsere Partei für unbedingt notwendig halten, ist kein Hinderungsgrund für eine enge Tuchfühlung mit den gleichgesinnten und gleichgerichteten Parteien außerhalb Bayerns. Ganz im Gegenteil,

(Sehr wahr!)

die Idee der freien Arbeitsgemeinschaft ist ein durchaus föderatives Prinzip.

(Sehr richtig!)

Ist es doch der Sinn aller föderativen Haltungen, sich nicht abzukapseln, sondern sich in Freiheit zu verbinden, wo gemeinsame Interessen auf dem Spiele stehen, die nur in gemeinsamer Zusammenarbeit gelöst werden können.

(Sehr richtig!)

Wir können uns keine föderalistische Politik vorstellen, die sich des Zusammenhangs mit Deutschland nicht bewußt ist und für die, von Bayern aus gesehen, Deutschland nur noch einen geographischen Begriff darstellt. Hier scheiden sich die Geister,

(Sehr wahr!)

weil sich die politischen Prinzipien scheiden. Ein bayerisches Programm, dem das übrige Deutschland Luft wäre, wäre kein föderalistisches, sondern ein separatistisches Programm.

(Sehr richtig!)

Hier können wir nicht mittun, und hier werden wir nicht mittun; hier wird auch das bayerische Volk nicht mittun.
Das Wort Deutschland ist in Bayern nicht ausgestorben und wird hier niemals aussterben. Wer sich unterfangen wollte, es auszulöschen, könnte so zum ungewollten Auf-

peitscher neuer nationalistischer Instinkte werden, die sich sowieso genug unter der Decke spürbar zeigen. Davor aber möge uns der Himmel und die Vernunft unseres Volkes behüten!

(Bravo!)

Wir können die Geschichte der nationalen Entwicklung in Deutschland, die nach den Befreiungskriegen in Deutschland einsetzte und in die das bayerische Volk als ein Stück des deutschen Volkes mit einbezogen wurde, nicht einfach von uns streifen, ebensowenig, wie das andere Völker konnten, die vor uns und in weit verstärktem Maße den Weg zum Nationalstaat gegangen sind.
Wenn uns unsere Erkenntnis und unsere Erfahrung heute auch dahin führt, daß für uns das nationalstaatliche Prinzip kein reiner Segen war und sich gerade als Prinzip einer Neuorganisation unseres staatlichen Lebens tatsächlich überholt hat, so heißt das doch nicht, daß die Idee der Nation sich überlebt hat und von uns Deutschen aufgegeben werden müßte. Das kann nicht sein. Und auch das bayerische Volk ist dazu gar nicht fähig. Mit solchen negativen Forderungen belastet man nur die föderalistische Idee.

(Sehr richtig!)

Niemand wird auf den Gedanken kommen, wenn er von den anderen europäischen Völkern die Umwandlung ihres nationalstaatlichen Denkens in ein europäisches föderatives Denken verlangt, von ihnen die Aufgabe ihres nationalen Gemeinschaftsbewußtseins zu fordern. Darum können wir mit dem Satze, wie wir ihn in diesen Tagen gehört haben, und der heißt "unser Vaterland ist Europa und unsere Heimat ist Bayern" nichts anfangen,

(Sehr richtig!)

wenn damit etwa gesagt sein sollte, es schicke sich nicht mehr für eine Partei, für eine bayerische Partei so zu sagen: Unser gemeinsames Vaterland ist Deutschland

(Lebhafter Beifall.)

und unser engeres, vielgeliebtes Vaterland ist Bayern, das Gott schützen möge.

(Starker Beifall.)

Die Pflege des europäischen Gedankens ist wahrlich eine gute und schöne Sache, die des Schweißes aller fortschrittlich gesinnten Menschen wert ist, die einen Ausweg aus der Not suchen, in die die europäische abendländische Menschheit geraten ist, und die es aus der Verkrampfung in ihren nationalen Partikularismen zu lösen gilt. Aber wir wollen und dürfen uns nicht in einen vagen Europäismus verflüchtigen, uns darin verlieren, vor allem nicht, solange er noch ein so zartes Pflänzlein und noch so stark von handfesten Nationalismen der anderen Völker überwuchert ist.

(Sehr richtig!)

Wir müssen den Boden unter den Füßen behalten und uns jedem Narkotikum schöner Schlagworte versagen, die zunächst leider noch allzu ferne, sehr ferne Wunschträume sind.
Wir wollen keine Politk der Schlagworte und keine Politik der starken Worte machen. Politik heißt Programme und die Möglichkeiten, sie auszuführen, in Einklang bringen. Wir wollen aber auch nicht in eine Politik des bayerischen Ressentiments verfallen,

die überall anstößt und dadurch ihre Ziele gefährdet. Es gibt eine gewisse Art von Menschen, die wir als Preußen bezeichnen, mit denen sich der süddeutsche Mensch nun einmal nicht versteht. Diese Art von Preußentum ist mit dem Verschwinden des preußischen Staates nicht ausgestorben,

(Sehr richtig!)

ebensowenig wie die Abneigung gegen, ich betone, diese Art von Preußentum bei uns in Bayern niemals aussterben wird. Aber, liebe Parteifreunde, das hat mit Zentralismus und Föderalismus ganz und gar nichts zu tun.

(Sehr richtig!)

Es ist nicht gut, auf solche angeborene und eingeborene Stimmungen eine Politik auf weite Sicht gründen zu wollen.
Etwas ganz anderes wieder ist das Problem der ungeheuren Überfremdung unseres Landes, wie sie durch das Heer der Flüchtlinge, der Evakuierten ...
[Vorsitzender] Dr. *Horlacher*: Darf ich einen Moment unterbrechen. Es kommt ein neues Kapitel. Die Presse wartet auf die Bekanntgabe des Wahlresultates. Einen Augenblick, es wird sehr rasch bekanntgegeben werden.

(Lebhafter Widerspruch, Zurufe: Weitermachen, unerhört!)

Es ist ein Irrtum, weil man in diesem elenden Saal immer so schlecht hört.
Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Liebe Parteifreunde! Ich sage also: Etwas ganz anderes ist das Problem der ungeheuren Überfremdung unseres Landes, wie sie durch das Heer der Flüchtlinge, der Evakuierten und der sogenannten verschleppten Personen erfolgt ist. In einer Zeit, wo die Decke überall zu kurz ist, ist es verständlich, daß Reibungen und Verstimmungen auftreten müssen, wenn noch Fremde hinzukommen, die unter diese zu kurze Decke kriechen müssen und keine andere Decke zur Verfügung haben. Aber auch diese Probleme haben mit Unitarismus und mit Föderalismus gar nichts zu tun, und auch ein Bayern, das sich völlig von der übrigen Welt abkapseln würde, könnte mit diesem Problem nicht anders fertig werden als wir mit ihm fertig werden müssen und können.

(Beifall.)

Es ist das kein Problem der Ausscheidung, sondern ein Problem der Eingliederung in einen Volkskörper. Gibt man ihm auch nur den Anschein, als sei es ein Problem des Ausscheidens, dann schafft man höchstens seelische und geistige Einstellungen bei den sich betroffen Fühlenden, die den Prozeß einer gesunden Eingliederung überaus erschweren und belasten.

(Sehr richtig!)

Man kann eben, wie man die bayerische Frage auch ansieht, aus Bayern keine Insel der Seligen machen. Wir können uns nicht aus dem Schicksal unserer Gesamtnation herausschälen. Unser bayerischer Weg ist der gleiche, den Bayern immer gehen wollte, seit es eine deutsche Frage gibt. Immer hat die Wegerichtung nach Deutschland hinein und nicht aus Deutschland heraus gelautet.

(Zustimmung.)

Doch war das Deutschland, in das jemals der bayerische Weg einmündete, nicht das Deutschland, das sich Bayern vorstellte. Das gilt vom Reiche *Bismarcks*, das gilt vom Reiche der Weimarer Republik,

(Sehr richtig!)

das gilt erst recht von jenem unseligen Dritten Reich.

Trotz dieser Enttäuschungen, in denen sich nichts anderes als die tragische staatliche Fehlentwicklung Deutschlands ausdrückt, wollen wir den Wegweiser der bayerischen Politik nicht umstellen, weil wir trotz allem daran glauben, daß es einen Weg gibt, der auf Deutschland zu führt und gleichzeitig Bayern seiner natürlichen Bestimmung beläßt.

(Bravo!)

Das soll unser Weg sein. Unsere bayerischen Wünsche und unsere bayerischen staatspolitischen Ziele sind so, daß wir dabei das Unglück Deutschlands nicht vergrößern wollen dadurch, daß wir es schwächen, indem wir uns von ihm trennen. Dieses Wort in diesem Zusammenhang, daß wir das Unglück Deutschlands nicht vergrößern wollen, indem wir uns von ihm trennen, ist nicht von mir. Es stammt schon aus dem Munde des Bayerischen Ministerpräsidenten, der zuerst als erster nach dem Zusammenbruch den Versuch unternahm, mit der Aufräumung des Schuttes zu beginnen, von unserem Freunde *Fritz Schäffer*.

(Beifall.)

Es ist also nicht an dem, daß die verantwortlichen Männer etwa seit der Zeit des Zusammenbruches bis heute ihre Politik in dieser Richtung in irgendeiner Form geändert hätten. In diesen furchtbaren Notzeiten, in denen die Gemüter der Menschen so leicht radikalen Schlagworten verfallen und wo der Anreiz zu allerlei neuem Demagogentum so groß ist, bedarf es einer Front der Vernünftigen, der Nüchternen und der Gewissenhaften, das heißt derer, die ein Gewissen und eine Verantwortung in sich spüren. Solange die Front der Christlich-Sozialen Union in Bayern steht, wird auch eine feste Mauer gegen den Radikalismus stehen. Lassen Sie uns weiterbauen an dieser Mauer, daß sie immer stärker werde, und lassen Sie uns vor allem dafür sorgen, daß denen, die diese Mauer so gern zerbröckeln wollen, nicht von uns selbst Mauerbrecher in in die Hände gegeben werden.

(Sehr richtig!)

Das erfordert nicht nur den Willen zur inneren Einheit, den wir wohl alle ehrlich haben, sondern auch die Konkordanz einer Politik, die diese Einheit ermöglicht.

(Bravo!)

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß wir ganz, ganz schwere Monate vor uns haben, die schwersten vielleicht, die bisher gewesen sind. Wie wir über sie hinwegkommen und wie wir sie meistern wollen, das wird nicht zuletzt abhängen von dem Beitrag, den die Christlich-Soziale Union dazu zu leisten imstande sein wird. Dieser Beitrag wird wiederum davon abhängen, in welcher inneren Verfassung sich die Christlich-Soziale Union in dieser Zeit der schweren Krisis unseres Volkes befinden wird, die ja gleichzeitig immer auch eine Zeit der Bewährungsprobe ist.
Mögen von dieser Landesversammlung Kräfte ausströmen, die unsere Partei befähigen, sich an Haupt und Gliedern zu bewähren. Wollen wir nicht streiten über das, was morgen zu tun ist, sondern laßt uns tun, was das Heute gebietet, damit wir morgen überhaupt noch etwas zu tun haben.

(Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

[Vorsitzender] Dr. *Horlacher*: Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] für seine Ausführungen. Ich brauche wohl nicht noch besonders zu betonen, daß die Ausführungen bei uns die freudigste Zustimmung gefunden haben. Der Herr Mini-

sterpräsident, das darf ich wohl einmütig feststellen, genießt das einmütige und vollste Vertrauen der Landesversammlung.

(Stürmische Zustimmung.)

Wir kommen nun zur Bekanntgabe des Wahlresultates bezüglich der Wahl des Landesvorsitzenden. Bitte, Herr Freund *Blum*!

Blum: Meine Damen und Herren, das Ergebnis zeigt folgende Zahlen: abgegebene Stimmen 447. Davon entfielen auf Dr. *Müller* 348,

(Großer Beifall.)

auf Herrn Dr. *Ehard* fünf, *Pfeiffer* zwölf, *Baumgartner* eine, *Schäffer* eine.

(Zuruf: Langsam, nochmals!)

Ich wiederhole nochmals: Dr. *Müller* 348, Dr. *Ehard* fünf, *Pfeiffer* zwölf, *Baumgartner* eine,

(Zuruf: Hört, pfui!)

Schäffer eine,

(Zuruf: Aha!)

Hundhammer eine, *Michel* eine. Enthaltungen wurden 33 gezählt, Neinstimmen 45.

[Vorsitzender] Dr. *Horlacher*: Den einstimmig Gewählten möchte ich meinen besonderen Glückwunsch zum Ausdruck bringen.

(Beifall und Heiterkeit.)

Meine lieben Parteifreunde, das Wahlresultat, das soeben bekanntgegeben wurde, ist eines der erfreulichsten Resultate, das die Christlich-Soziale Union zu verzeichnen hat. Es sind 447 Stimmen abgegeben worden. 33 Parteifreunde haben keine Stellung bezogen, weder mit Ja noch mit Nein, noch mit einem Namen, sondern sie haben sich nicht beteiligt und sich enthalten. 414 Parteifreunde haben eine bestimmte Willenserklärung für bestimmte Parteifreunde für den Landesvorsitz kundgetan. Es steht also fest, daß sich 414 Stimmen an der wirklichen Abstimmung beteiligt haben. 348 sind auf Dr. *Josef Müller* entfallen. Das sind 87% [sic!] der Stimmen.

(Anhaltender Beifall.)

Nun möchte ich an die Parteifreunde, die sich nicht entschließen konnten, Dr. *Josef Müller* die Stimme zu geben, die Bitte richten, daß sie loyal in der Partei wie bisher mitarbeiten möchten.

(Bravo!)

Sie möchten dabei den Gesichtspunkt beachten: Ein solches Wahlergebnis bei der Wahl des Landesvorsitzenden bedeutet für jeden, der in der Union tätig ist, daß hier durch die starke Einheitskundgebung der Partei jeder Parteifreund mitgerissen sein muß.

(Beifall.)

Ich möchte an unsere Parteifreunde die Bitte richten, daß eines eintreten möchte: Wir wollen die Partei über die Person stellen, und wenn wir eine verantwortliche Person als Landesvorsitzenden für ein Jahr gewählt haben, dann ist es unsere Pflicht, diesen Mann der Union zu unterstützen, gleichgültig, wie wir in der Wahl Stellung genommen haben. Das kommt dann der gesamten Union zugute.

(Zustimmung.)

Das muß ein Brauch der Demokratie sein. Es muß aufhören das Erzählen von Gerüchten und das Geraune von Geschichten, es muß anfangen die Arbeit in der Partei. Wer etwas auszusetzen hat oder wer etwas zu sagen hat, möge sich nicht an einen x-beliebigen wenden, nicht an Sonderzirkel innerhalb der Partei, sondern er möge sich an die zuständigen Parteiorgane wenden.

(Beifall.)

Zu dem Geraune gehört, liebe Freunde, ich sage es heraus, wie ich es mir denke, der *Josef Müller* ist stark zentralistisch eingestellt. Das ist doch das Geraune, liebe Freunde! Wir kennen es ja, wir hören es in manchen Gebieten landauf und landab. Was ist in Wirklichkeit daran? In Wirklichkeit ist es so, daß seit langem schon jeder Spatz auf dem Dach, der in der Staatskanzlei oder sonstwo zu tun hat, weiß, daß unsere drei Vertreter in Frankfurt a.M. und Dr. *Müller* in der Staatsregierung keine unterschiedliche Auffassung zwischen Bayern und Deutschland besitzen.

(Beifall.)

Ich liebe es nicht, andere Parteien als Konkurrenzfaktoren in die Waagschale zu werfen. Ich liebe es vielmehr, daß wir den Mut haben, das zu vertreten, was wir als richtig empfinden.

(Sehr richtig!)

Wir wollen für Bayern das haben, was Bayern gehört, und wollen aber dem Deutschen das geben, was ganz Deutschland gehört.

(Beifall.)

Jetzt bin ich am Ende. Beim letzten Parteitag habe ich gesagt: Ich war der Geburtshelfer vom *Ochsensepp*. Das bin und bleibe ich. Er kann jetzt wieder sein Amt übernehmen.

(Beifall.)

Bei einer solchen Vertrauenskundgebung ist es schon wieder eine halbe Diktatur, wenn man fragt, ob er die Wahl annehmen will. Das ist doch selbstverständlich. Aber ich frage ihn ausdrücklich, ob er die Wahl annehmen will.
(Dr. *Müller* übernimmt wieder den Vorsitz, wobei er mit langanhaltendem Beifall begrüßt wird.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich nehme die Wahl an.

(Lebhafter Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir so reichlich gegeben haben. Ich habe als erstes vor der Landesversammlung das feierliche Versprechen zu geben: Ich werde als der von Ihnen gewählte Landesvorsitzende meine Pflichten für die Christlich-Soziale Union in Bayern nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen, ohne Rücksicht auf persönliche Vor- oder Nachteile. Ich werde nur der Union dienen, niemandem einzelnen. Das ist die Verpflichtung, die ich gerade übernommen habe durch einen solchen Vertrauensbeweis, wie Sie ihn mir gegeben haben. Ich bitte alle Freunde, diejenigen, die mich gewählt haben, und diejenigen, die glaubten, mir Ihr Vertrauen nicht geben zu können: Helft zusammen, damit die Union am Schlusse als Sieger dastehe, nicht ein einzelner.

Das Wahlresultat, wie es bekanntgegeben wurde, freut mich nicht so sehr um meiner eigenen Person willen, weil es mir nur noch mehr Verpflichtung auferlegt, gerade im Hinblick auf das enorme Ausmaß des Vertrauens, sondern ich werte in diesem Augenblick dieses Wahlresultat als eine Antwort an alle Gegner der Union, die glauben oder glaubten, die Union könnte durch Angriffe von außen zersplittert werden. Wir werden einig sein, wenn es gilt, einen Dritten abzuwehren.

(Beifall.)

Wir haben im vergangenen Jahre gezeigt, daß wir trotz Meinungsverschiedenheiten in Kürze zu der Verantwortung für die Gesamtunion in der Regierung in Bayern zusammentreten konnten.

Ich darf in diesem Augenblick des Amtsantritts bitten, daß wir so wie bisher zusammenarbeiten, der Ministerpräsident *Hans Ehard* als Chef der Staatsregierung und ich als Parteivorsitzender.

(Dr. *Ehard* und Dr. *Müller* reichen sich die Hände.)

(Stürmischer, anhaltender Beifall.)

In dem kommenden Jahr stehen uns schwere Aufgaben bevor. Wir werden die Gemeindewahlen haben. Wir werden vielleicht auch sonst antreten müssen, um die Union zur Geltung zu bringen. Einer allein ist nicht fähig, die Arbeit zu bewältigen. Wir alle müssen zusammenhelfen. Sie haben mir Ihr Vertrauen gegeben. Ich bitte Sie alle in diesem Augenblick um Ihre Mitarbeit. Wir wollen arbeiten für die Christlich-Soziale Union in Bayern, wir wollen arbeiten, damit diese gute Volksbewegung, die nicht nur Partei ist, wie ich jetzt noch einmal betone, die getragen ist von den Elementen des Christentums, des sozialen und demokratischen Gedankens, damit diese Bewegung alle erfasse, die guten Willens sind. Wir sind guten Willens. Wir wollen jetzt in diesem Augenblick auch erklären: Wir erwarten, daß alle anderen Parteien mit uns den gleichen Willen haben, unserem armen Volk zu dienen.

(Anhaltender Beifall.)

Ich halte es für das Zweckmäßigste, wenn wir jetzt keine Pause eintreten lassen und, bevor wir in die Diskussion eintreten, noch das Referat unseres Parteifreundes *Seidel* über Wirtschaftspolitik hören und dann anschließend die Diskussion durchführen. Darf ich Ihr Einverständnis annehmen?

(Es erfolgt kein Widerspruch.)

Dann erteile ich unserem Parteifreund *Seidel* das Wort zu seinem Referat über Wirtschaftspolitik. Ich bitte um Ruhe.

Staatsminister Dr. *Seidel*: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! In der letzten Woche sind gegen die Regierung der CSU konzentrische und massive Angriffe geführt worden. Die politischen Hintergründe dieser Angriffe sind eindeutig. Für den aufmerksamen Beobachter unserer Lage, der trotz der allgemeinen Not und deren Auswirkung von seinem Verstande noch Gebrauch macht, war es klar, daß der sachliche Gehalt dieser Angriffe gering war und daß es sich im wesentlichen um eine billige Spekulation auf die Vergeßlichkeit und die Hoffnungslosigkeit unseres Volkes handelt. Man wußte, ein hohler Magen erzeugt oft einen hohlen Kopf

(Sehr richtig!)

und beide zusammen sind eine gefährliche Kombination, die das Unterscheidungsvermögen zwischen Ursache und Wirkung außer Funktion setzt. Man wußte ferner, daß man sich auf die Presse verlassen konnte.

(Sehr richtig!)

Tatsächlich stehen wir vor der bemerkenswerten Tatsache, daß man die Forderungen der Gewerkschaften im vollen Wortlaut wiedergegeben hat, während die Erklärung der Staatsregierung nur auszugsweise mit den entsprechenden Tönungen veröffentlicht wurde.

(Lebhafte Zwischenrufe: Immer das alte Lied! Empörende Oberparteilichkeit!)

Man wußte, meine lieben Parteifreunde, endlich, daß eine verantwortungsbewußte Regierung, die sich in Arbeit und Sorge erschöpft, keine Zeit haben werde, das Volk in Rede, Plakat und Druckschrift anzusprechen.
Wir wundern uns deshalb nicht, daß bei einem Teil unseres Volkes das Ablenkungsmanöver gelungen ist.

(Sehr richtig!)

Das war zu erwarten. Wir freuen uns aber, daß wir heute vor dem Forum der Presse in seltener Einmütigkeit Gelegenheit haben, die Dinge zu klären, unseren Standort zu überprüfen und Ursache und Maß unserer Not festzustellen, um zu sehen, was geschehen ist und was noch geschehen kann. Je gründlicher und gewissenhafter wir das tun, um so mehr Aussicht haben wir, in die Breite unseres Volkes zu wirken. Mir fällt dabei die Aufgabe zu, diese Überprüfung auf dem Gebiete der Wirtschaft vorzunehmen. Ich werde es nüchtern und abseits jeder dogmatischen Einseitigkeit tun.
Meine lieben Parteifreunde! Eine der schlimmsten Wirkungen des Zusammenbruchs des nationalsozialistischen Regimes und der bedingungslosen Kapitulation ist die Aufhebung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands durch die Zonengrenzen. Deutschland war vor dem Jahre 1938 das stärkste Industrieland in Westeuropa. Es stand an erster Stelle der Welt in der Produktion von Braunkohle, an zweiter in der Erzeugung von Stahl und elektrischem Strom und an dritter in der Förderung von Steinkohle. In seiner Ernährung war es nur zu etwa 25% von ausländischer Zufuhr abhängig, während z.B. Großbritannien in dieser Hinsicht zu etwa 70% einfuhrabhängig war und auch heute noch ist. Durch die Zonentrennung sind vier, mit Berlin eigentlich sogar fünf ungewohnte volkswirtschaftliche Gebilde in Deutschland entstanden, die es früher nie gegeben hat und die beinahe stärker voneinander abgeschlossen sind, als es sonst ausländische Staaten zu sein pflegen.
Dazu kommt, daß das große landwirtschaftliche Überschußgebiet östlich der Oder-Neiße mit 28% des anbaufähigen Bodens und nur 14% der Bevölkerung überhaupt aus Potsdam-Deutschland herausgenommen ist. Der gewaltige innere Strom von industriellen Rohstoffen und Waren vom Westen nach Osten und der Gegenstrom von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom Osten nach dem Westen ist durch die Zonentrennung mit einem Schlage versiegt. Die kleinen Nebenströme von industriellen Rohstoffen und Gütern vom Osten, insbesondere von Schlesien nach dem Westen und von manchen bearbeiteten Erzeugnissen der Landwirtschaft vom Westen nach Osten sind ebenfalls versiegt.
Das Berliner Institut für Wirtschaftsforschung hat errechnet, daß sich der innere Umsatz zwischen den Zonen vor dem Kriege bei einem Gesamtwert der damaligen Produktion von 60 bis 70 Milliarden RM auf 20 Milliarden RM belaufen hat und daß er 1946 im Interzonenhandel auf nur eine Milliarde zusammengeschrumpft ist.
Diese Tatsache allein macht schon klar, warum die Wirtschaft nicht mehr funktioniert. Infolge des mangelnden inneren Austausches und des Wegfalles der Gebiete östlich der Oder-Neiße fehlen nicht nur die Nahrungsmittel, es fehlen auch Produktionsmittel, von den Saatkartoffeln und dem sonstigen Saatgut angefangen bis zu den

verschiedensten Maschinen und Maschinenteilen. Es fehlt die Mitteldeutsche Braunkohle in ausreichender Menge. Seit dem 5. Dezember fehlt sie ganz. Es fehlt die für Bayern frachtgünstige schlesische Kohle, es fehlen die Textilmaschinen und Ersatzteile aus Sachsen, die optischen und Präzisionsinstrumente aus Mitteldeutschland, die Strümpfe und die sonstigen Textilien aus Sachsen usw. Umgekehrt klagt die sowjetische Zone über den Mangel an Steinkohle, Stahl, Maschinen und anderen Erzeugnissen der gewerblichen Wirtschaft.

Durch die Zusammenfassung der amerikanischen und britischen Zone wurden nicht ganz 60% der wirtschaftlichen Kräfte Vorkriegsdeutschlands, und zwar ohne die Gebiete östlich der Oder-Neiße, wieder vereinigt. Die US-Zone ist dabei arm an Grundrohstoffen wie Kohle und Eisen, aber durch Bayern etwas günstiger in der Ernährung gestellt als die britische Zone. Außerdem hat die amerikanische Zone ihre vielgestaltige Verfeinerungsindustrie in das Vereinigte Wirtschaftsgebiet eingebracht.

Wir wissen, daß die Vereinigung der beiden Zonen eine Reihe von Schwierigkeiten gebracht hat. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß durch sie letzten Endes eine ausgewogenere Wirtschaft als vorher entstanden ist, die als Ganzes ein starkes Exportpotential aufweist. 60% der Exporte Deutschlands westlich der Oder-Neiße entfielen 1938 auf die jetzige Doppelzone. Allerdings ist diese Doppelzone, wiederum als Ganzes gesehen, ebenso wie die französische Zone in der Ernährung schon nach dem Vorkriegsstand außerordentlich abhängig gewesen von der Zufuhr aus den Ostgebieten und aus dem Ausland. Heute ist die Doppelzone mit ihrer erhöhten Bevölkerungszahl und nach völliger Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit ihrer Landwirtschaft bestenfalls fähig, aus eigener Kraft die Hälfte des Pro-Kopf-Verbrauches an Nahrungsmitteln der Vorkriegszeit zu decken.

Die zweite wirtschaftliche Wirkung des Zusammenbruches und der bedingungslosen Kapitulation war und ist das ungenügende Anlaufen der industriellen Produktion. Deutschland hat im Jahre 1946 im Durchschnitt erst ein Drittel des Produktionsvolumens von 1938 erreicht. Im Jahre 1947 wurde es auf durchschnittlich 40% erhöht. Wir in Bayern stehen mit 42% an der Spitze. Dagegen ist in den westeuropäischen Ländern 1946 die Produktion schon nahe an die Vorkriegsproduktion herangekommen und 1947 dürfte im allgemeinen der Vorkriegsstand schon überschritten worden sein. Das ungenügende Anlaufen der Produktion hängt zum Teil mit der Zonentrennung zusammen, weil eben unzählige, in der Produktion benötigte Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren aus anderen Zonen nicht zu beschaffen waren.

Zum Teil erklärt sich das Zurückbleiben Deutschlands aber auch aus der Haltung der Besatzungsmächte. Nach der Besetzung ist die industrielle Erzeugung, wohl im Zusammenhang mit dem Sicherheitsbedürfnis der Besatzungsmacht und wohl auch der damals noch gültigen *Morgenthau*-Politik

(Sehr gut!)

zunächst einmal stillgelegt worden. Die Betriebe konnten erst durch Einzelgenehmigungen wieder anlaufen. Es ist verständlich, daß sich bei einem solchen System die Produktionsgenehmigungen zeitlich weit auseinanderzogen und nicht aufeinander abgestimmt wurden, so daß sich aus diesen Intervallen erneut Verzögerungen für ein weiteres Ingangkommen der Gesamtproduktion, verschärft durch die Zonentrennung, ergaben.

Die Stillegung und die zögernde Ingangsetzung der Produktion hängt ferner eng zusammen mit der Demilitarisierungspolitk der Besatzungsmächte. Das deutsche Volk,

das endlich in Ruhe und Frieden seiner Arbeit nachgehen will, hat gegen diese Demilitarisierungspolitik keine grundsätzlichen Einwendungen erhoben. Es muß aber festgestellt werden, daß die lange Zeit ungeklärte Frage des zusätzlichen Abbaus von Kapazitäten der Industrie die wirtschaftliche Erholung außerordentlich verzögert hat.

(Sehr richtig!)

Die Unsicherheit in der Frage der Demontage, der Restitutionen, also der Reparationen überhaupt, hat nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Wirtschaft erstaunliche Nachteile gebracht.

(Sehr gut!)

Das Deutschland vor 1938 hat rund ein Fünftel des gesamten europäischen Binnenhandelsumsatzes gestellt. Der Rückgang dieses europäischen Binnenhandels auf etwa die Hälfte, wahrscheinlich sogar nur ein Drittel des früheren Umfanges ist durch den Ausfall Deutschlands mit der Folge bewirkt worden, daß viele Bedürfnisse Europas, die es selbst decken konnte, nunmehr durch kreditierte Einfuhr aus Übersee, insbesondere den Vereinigten Staaten, gedeckt werden müssen.
Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß trotzdem die erwarteten Erleichterungen in der Demontagefrage nicht eingetreten sind. Es erscheint mir wichtig, auf eine amerikanische Stimme zu verweisen, die sicher als objektiv bezeichnet werden muß. Es ist die Stimme des früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten, die Stimme *Herbert Hoovers*, der vor kurzem erklärte:

> Die Demontage deutscher Betriebe in einem Augenblick, in dem die Menschen in aller Welt Hunger leiden und sogar verhungern, würde für Amerika bedeuten, daß die Lebensmittelverknappung und die hohen Steuern nicht aufhören, da wir dann vergebens jährlich eine Milliarde Dollar aufwenden müßten, um Millionen deutscher Arbeitsloser am Leben zu erhalten. Wenn man den gewaltigen Produktionsapparat Westdeutschlands vernichtet, werden weniger Waren für den täglichen europäischen Bedarf hergestellt, der Wiederaufbau der Welt erleidet eine Verzögerung und der amerikanische Steuerzahler wird noch mehr belastet. Daher

- so fordert *Herbert Hoover* -

> muß die Demontage der deutschen Fabriken aufhören, ohne daß damit der künftigen Regelung der Reparationsfrage vorgegriffen wird.

(Beifall. - Zuruf: Bravo, *Hoover*!)

Dieser Stellungnahme *Herbert Hoovers*, die durch ähnliche Meinungen anderer bedeutender amerikanischer Persönlichkeiten ergänzt werden könnte, steht der strikte Befehl der Besatzungsmächte gegenüber, die befohlenen Demontagen bis zum 31. März dieses Jahres unter allen Umständen und mit allen Mitteln und in erster Priorität durchzuführen.

(Zurufe: Pfui! Das soll die Presse bringen!)

Eine weitere Ursache für unsere Wirtschaftsnot ist der fortschreitende Zerfall der Bewirtschaftung. Meine lieben Parteifreunde! Es muß anerkannt werden, daß die Aufrechterhaltung des rigorosen Preis- und Lohnstops und der Rationierung ein Verdienst der Besatzungsmächte ist. Wir können uns gar nicht vorstellen, welche Auswirkungen eine Abschaffung dieses unerfreulichen Erbes des früheren Regimes für Wirtschaft und Sozialleben gehabt hätte, besonders als die Millionen entwurzelter Flücht-

linge ohne Hab und Gut in die westlichen Gebiete aufzunehmen waren. Ohne Zweifel hätte sich eine Inflation in größtem Ausmaß mit ihren verheerenden Folgen entwikkelt.
Preis- und Lohnstop, Bewirtschaftung und Rationierung sind aber die Mittel einer Wirtschaftspolitik, die nicht auf friedliche Wirtschaft, sondern auf Aufrüstung und Krieg abgestellt ist. Sie sind nur so lange wirkungsvoll, als eine rücksichtslose absolute Staatsmacht alles öffentliche und private Leben unter schärfster Aufsicht hält, eine Aufsicht, die durch allgegenwärtige und fast allmächtige Organe jeden Betrieb, jeden Bauernhof und jeden Haushalt im Auge behält. Diese absolute Staatsmacht existiert aber nicht mehr. Wir müssen uns im klaren darüber sein, daß mit ihrem Wegfall die grundlegende Voraussetzung für die Wirksamkeit einer durchgreifenden Bewirtschaftung entfallen ist.

(Sehr richtig!)

Die Autorität des neuen Staates kann nicht anders als schwach sein in einer Zeit des allgemeinen Mangels und in einer Zeit der Ruinen. Dem neuen Staat war noch kaum Gelegenheit gegeben, eine durchgreifende Verbesserung der Lebensbedingungen zu erreichen. Gewiß nicht aus seiner Schuld allein. Es war ihm unmöglich, wirkliche Erfolge zu erzielen und dadurch seine Autorität zu stärken. Nichts ist aber so erfolgreich wie der Erfolg, sagt ein englisches Sprichwort.
Die Autorität der Besatzungsmächte nun, die nach der bedingungslosen Kapitulation völkerrechtlich die Verantwortung für Deutschland übernommen haben und einstweilen Inhaber der Souveränität sind, kann ihrem Wesen nach die frühere absolute Staatsgewalt nicht ersetzen. Infolge all dieser Umstände ist im Grunde genommen der Zwangswirtschaft der Boden entzogen, und niemand darf sich wundern, daß sie fast auf allen Gebieten weitgehend versagte. Zu diesem Versagen tragen natürlich noch andere Umstände erheblich bei, wie ungenügende Ernährung, die die sogenannte Moral der Tausend Kalorien hervorbrachte, die Verzögerungen und Schwierigkeiten der Produktion, die zunehmende Funktionsunfähigkeit des Geldwesens und anderes mehr.
Eine weitere Hypothek aus dem früheren Regime belastet unsere Wirtschaft, nämlich das durch Rüstung und Kriegsfinanzierung zerrüttete Geld- und Währungssystem. Es könnte und kann nur durch den Preis- und Lohnstop und die Beibehaltung der Zwangswirtschaft aufrecht erhalten werden. Für eine Friedenswirtschaft ist es aber gleichzeitig nicht mehr tauglich. Das Bargeld[9] ist in Deutschland von sechs Milliarden vor dem Krieg auf mehr als 60 Milliarden RM, die Giro- und Sparguthaben sind von nicht ganz 50 Milliarden RM schätzungsweise auf 250 Milliarden RM angewachsen. Vieles davon ist sicherlich durch die Wiederherstellung von okkupierten Staaten und Staatsteilen, durch die Abtrennung von deutschen Gebieten, durch Zerstörungen und Sperrungen von Konten beseitigt oder stillgelegt worden. Was aber übrig geblieben ist, übersteigt noch immer alle Grenzen eines vernünftigen Geldbestandes. Die sogenannten Güter, für deren Erzeugung dieses Geld ausgegeben und angesammelt wurde, sind längst in die Luft geblasen und haben nie einem normalen Verbrauch gedient.
In einer Friedenswirtschaft muß aber das Geld knapp sein und es muß dafür gesorgt sein, daß es nur für produktive Zwecke im Wege von Notenbankkrediten in den Um-

[9] In der Vorlage: "Fahrgeld".

lauf kommt und daß es mit Rückzahlung der Kredite immer wieder zur Notenbank zurückströmt. Das jetzige Geld hat seine Funktion als Tauschmittel weitgehend eingebüßt. Die Wirtschaft braucht aber Güter. Da die Wirtschaftsbehörden nur noch zum Teil die Güter gegen Geldzahlung beschaffen können, ist die Wirtschaft weitgehend zum Tausch übergegangen, und zwar sowohl in der Landwirtschaft wie in der gewerblichen Wirtschaft. In den ersten zwei Jahren nach Kriegsende war es vielleicht gut, daß der Geldüberhang noch fortbestanden hat. Durch ihn wurden sowohl mittels der überhöhten Steuern die außerordentlichen Staatsausgaben, nämlich Besatzungskosten, Wohlfahrtsausgaben für Flüchtlinge und anderes mehr als auch der Preisstop wenigstens zum Teil finanziert. Ich erinnere hier nur an den gestoppten Kohlepreis, der unter den Gestehungskosten liegt. Bereits im Frühjahr 1946 aber wurde der Geldüberhang mehr und mehr ein Hemmnis der Belebung.
Ein Beispiel, das gleichzeitig das Versagen der Funktion des Geldwesens und der Bewirtschaftung zeigt, ist folgender Vorgang: Um die Kohleproduktion zu erhöhen, sahen sich die Besatzungsmächte wie die deutsche Verwaltung veranlaßt, den um 20% erhöhten Geldlohn mit Hilfe des Bergarbeiter-Punktsystems in einen kaufkräftigen Reallohn zu verwandeln. Die Besatzungsmächte taten noch ein übriges dazu, indem sie die Care-Pakete gewährten.
Damit wurde das System der gleichmäßigen Rationierung an einem entscheidenden Punkt für eine relativ kleine Anzahl von Arbeitern durchlöchert.

(Sehr richtig!)

Wenn es auch im Interesse einer für die Gesamtwirtschaft entscheidenden Produktion geschah, so wurde im Grunde damit anerkannt, daß der reine Geldlohn nicht mehr die Kraft hat, zu genügenden Leistungen anzureizen, und daß damit das Geldsystem nicht mehr genügend funktionsfähig ist.

(Sehr richtig!)

Es erwies sich jedoch gleichzeitig als unmöglich, weitere Punktsysteme für andere wichtige Wirtschaftszweige zu bewilligen. Die Wirtschaftsverwaltung hätte die Punkte nicht beliefern können, nachdem schon das Bergarbeiter-Punktsystem zusammen mit anderen Zuweisungen an Sonderbedarfsträger die Zuteilungen an Normalverbraucher stark in den Hintergrund gedrängt hatten.
Man konnte infolgedessen nicht umhin, zu erlauben, daß die Industrie Verbrauchsgüter, Sachprämien und ähnliche unmittelbare Zuteilungen an ihre Arbeiter einrichtete. Da das aber keinesfalls in allen Beschäftigungszweigen möglich ist, ist es kein Wunder, wenn der Arbeitskräftemangel in vielen Zweigen nicht behoben werden kann. Er ist nicht nur bedingt durch die Schwierigkeiten der Unterbringung von anzuwerbenden Arbeitern aus anderen Gegenden, sondern auch durch die zunehmende Unfähigkeit des Geldes, Leistungen und Güter zu kaufen. Manche Arbeitskräfte verzichten deshalb auf eine geregelte Tätigkeit in unselbständiger Arbeit und ziehen es vor, sich ein billiges und gutes Leben durch Betätigung am Schwarzen Markt zu verschaffen.

(Sehr richtig!)

Eine weitere Folge des Zusammenbruchs, meine lieben Freunde - und das halte ich für sehr entscheidend - ist die Tatsache, daß eine zusammenhängende Wirtschaftspolitik, die sinngemäß alle wirtschaftlichen Angelegenheiten gleichmäßig umfassen muß, bisher unmöglich war. Die Befugnisse der deutschen Stellen sind in manchen Angele-

genheiten weitgehend. In anderen sind sie viel enger begrenzt, und in gewissen Angelegenheiten werden wir nur um unsere Meinung gefragt.

(Hört!)

Besonders fühlbar wird dies auf dem Gebiete des Außenhandels. Die Organisation des deutschen Außenhandels liegt trotz aller Erleichterungen letzten Endes in den entscheidenden Punkten immer noch bei der Besatzungsmacht. Ich will nicht verschweigen, daß in der letzten Woche eine Reihe von Erleichterungen gekommen sind, die diese Situation etwas ändern. Die Ursache für die Tatsache, daß diese Erleichterungen bisher noch nicht gekommen sind oder so spät kommen, ist der fehlende Friedenszustand.

Die mangelnde Bewegungsfreiheit im Außenhandel bewirkt, daß wir die benötigten Rohstoffe im Rahmen der erlaubten Produktion mit unseren Exporterlösen nicht selbst und vor allen Dingen nicht dort einkaufen können, wo sie am billigsten zu haben sind.

(Sehr richtig! Hört, hört!)

Die schönsten Produktionsplanungen nützen nichts, wenn nicht rechtzeitig die benötigten ausländischen Rohstoffe in ausreichender Menge beschafft werden. Eine Volkswirtschaft ist nun einmal ein Ganzes. Sie kann nur dann befriedigend funktionieren, wenn alle komplementären Teile in Gang sind, und dazu gehört auch die Aussenwirtschaft.

Die Ausfuhr der Doppelzone hat bis November 1947 eine Ziffer von 194 Millionen Dollar erreicht. Sie wird für das ganze Jahr 1947 mit 230 Millionen Dollar veranschlagt. Das im Washingtoner Abkommen vorgesehene Soll von 300 Millionen Dollar wurde also zu einem beträchtlichen Teil erreicht. Die durch die laufende Ausfuhr von uns selbst zu deckende Einfuhr belief sich aber bis Ende Oktober 1947 auf nur rund 30 Millionen Dollar,

(Zuruf: Hört!)

während im Washingtoner Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien vom Dezember 1946 eine Einfuhr von 350 Millionen Dollar für 1947 vorgesehen war.

(Dr. *Kroll*: *Semler* hat doch recht gehabt!)

Ich glaube, Ihnen, meine lieben Parteifreunde, mit diesen Tatsachen, die auch der geschickteste Gewerkschaftsfunktionär nicht entkräften kann,

(Sehr richtig!)

klargemacht zu haben, daß unsere Wirtschaftsnot von uns Deutschen allein nicht beseitigt werden kann. Das weiß heute jeder Mann und jede Frau.

(Zuruf: Nur der *Reuter* nicht!)

Man kann diese Not nicht mit kleinen Mittelchen aufheben. Man kann es nur, wenn man die Ursachen beseitigt. Auf keinen Fall kann man es mit einem Streik, der nur dazu beiträgt, die anlaufende Produktion und damit das wirkliche Heilmittel zu stören. Es gibt nämlich, meine lieben Parteifreunde, nur einen wirklichen Ausweg aus unserer fatalen Situation, soweit wir Deutsche in Frage stehen, und das ist die Steigerung der Produktion.

(Sehr richtig!)

Soweit wir von deutscher Seite aus zu einer solchen Steigerung überhaupt in der Lage sind, ist von allen Stellen das Menschenmögliche getan worden. Unser Parteifreund Dr. *Semler*

(Lebhafter Beifall.)

und seine Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt haben erkannt, daß zunächst einmal die Grundstoffindustrie, also der Bergbau, Eisen und Stahl, die Energiewirtschaft, Verkehr und die Landwirtschaft gestärkt werden müssen. Das bedeutet natürlich eine gewisse Zurücksetzung der Verbrauchsgüterindustrie. Es bedeutet mit anderen Worten, daß der Verbraucher zunächst noch mit seinen Wünschen zurückstehen muß. Aber, liebe Parteifreunde, einmal mußte der Anfang gemacht werden.

(Sehr richtig!)

Kohle ist das Blut, Eisen und Stahl das Knochengerüst der Wirtschaft. Ohne ausreichenden Frachtraum kann die Kohle nicht an die Wirtschaft herangebracht werden, ohne elektrische Kraft kann sie nicht arbeiten und ohne Betriebsmittel kann die Landwirtschaft ihre Leistungsfähigkeit nicht steigern.

(Sehr richtig!)

Erst wenn die Grundstoffindustrien wieder ihre volle Leistung erbringen, kann die Konsumgüterindustrie eine wirkliche Versorgung der Bevölkerung durchführen.

(Sehr gut!)

Niemand kann leugnen: Produktion ist alles, und niemand kann leugnen, daß ein Streik ohne reales Ziel in unserer Notlage diesen fundamentalen Leitsatz einer vernünftigen Wirtschaftspolitik negiert.

(Beifall.)

Meine Freunde, die Gewerkschaften glauben, daß mit einer restlosen Erfassung der industriellen Erzeugnisse alles getan sei. Welche primitive Auffassung! Es gibt kein Land der Welt, das eine restlose Erfassung durchführen könnte. Wissen denn die Gewerkschaften nicht, daß andere Länder - ich erinnere an Frankreich und Italien -, in deren Regierungen die Sozialisten maßgeblich beteiligt waren und sind, eine solche restlose Erfassung auch nicht zuwege bringen, obwohl es ihnen wesentlich besser geht als uns?
Natürlich wissen es die Gewerkschaften. Aber einem Teil ihrer Funktionäre kommt es auf etwas ganz anderes an. Natürlich wissen sie, daß es dort ebenfalls einen Schwarzen Markt gibt, daß selbst in Rußland, dem Lande der Staatswirtschaft[10], und in England, dem diszipliniertesten Volke der Welt, ein Schwarzer Markt existiert. Sie wissen auch, daß die Lüge der 1550 Kalorien auch den anständigsten Menschen bedrückt.
Mit 1500 Kalorien kann man nicht leben und nicht arbeiten,

(Beifall.)

[10] In der Vorlage: "Staatsheimat".

so sagen uns die Ernährungswissenschaftler nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt. Es wäre heute kein Gewerkschaftsfunktionär mehr am Leben, wenn er sich seit 1945

(Stürmischer Beifall.)

nur mit einer Normalverbraucherration zufrieden gegeben hätte!

(Zuruf: Wie der Herr *Reuter*, der dicke Kopf!)

Denn er müßte dann nach dem Urteil der Ernährungswissenschaftler entweder bereits gestorben sein oder sich gerade zum Sterben hinlegen.

(Heiterkeit.)

Aber, liebe Parteifreunde, diese Lüge der 1000 [sic!] Kalorien führt den Menschen zwangsläufig zum Schwarzen Markt mit seinen verheerenden wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Folgen. Ich glaube, Ihnen aber vorhin klargemacht zu haben, daß die Doppelzone auch bei den besten Erfassungsmethoden die Kalorienzahl nicht so erhöhen könnte, daß der Schwarze Markt beseitigt würde.

(Sehr richtig!)

Doch kehren wir zu den Erzeugnissen der industriellen und gewerblichen Erzeugung[11] zurück! Wie steht es denn da mit der Erfassung? Gestatten Sie mir zunächst einige grundsätzliche Bemerkungen.

Man kann die industriellen Verbrauchsgüter hinsichtlich der Erfassungsmöglichkeit nicht ohne weiteres mit den landwirtschaftlichen Erzeugnissen vergleichen. Bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen handelt es sich um Massengüter, die begrifflich und mengenmäßig verhältnismäßig leicht abgerechnet werden können; bei den industriellen Erzeugnissen haben wir es mit einer Vielzahl von Artikeln zu tun, die wiederum in den verschiedensten Sorten, Qualitätsabmessungen usw. hergestellt werden. Aus diesem Grunde ist es häufig schon schwierig, aus den zugeteilten Rohstoffen einen Schätzungswert der daraus erfolgten Produktion von einzelnen Artikeln zu bekommen.

Wir sind also zunächst auf die Angaben der Firmen angewiesen, wie sie uns im wesentlichen in den Industrieberichten übermittelt werden. Es ist natürlich möglich und es ist sicher auch der Fall, daß die Angaben der Firmen oft hinter dem tatsächlichen Produktionsausstoß zurückbleiben. Die Firmen sind dazu in der Lage, wenn sie sich aus irgendwelchen dunklen Kanälen oder durch unzulässige Manipulationen in den Besitz von Rohstoffen zu setzen wußten, die ihnen nicht auf ordnungsgemäßem Wege zugeteilt wurden. In diesem Fall können sie mit Erfolg diese Schwarzproduktion in ihren Berichten verheimlichen.

Diese Gefahr ist in besonderem Maße bei der Zuteilung von Rohstoffen im Wege des sogenannten Fertigungskontingents gegeben. Darunter ist zu verstehen, daß einer Firma eine bestimmte Menge Rohstoffe mit der Auflage zugeteilt wird, daraus eine genau festgelegte Menge von Fertigerzeugnissen herzustellen. Aus der Erkenntnis dieser Gefahr heraus ist die bayerische Wirtschaft mehr und mehr von diesem Fertigungskontingent abgegangen und hat bei einer Reihe von lebenswichtigen Artikeln des täglichen Bedarfs die Rohstoffzuteilung an den Nachweis des erfolgten Verkaufs der Fertigwaren geknüpft.

(Sehr gut!)

[11] In der Vorlage: "Erzeugnisse".

Dieses sogenannte durchlaufende Bezugsrecht wird entsprechend der voraussichtlichen Produktionskapazität dem Letztverbraucher zugeteilt, von dem aus es über den Handel als dessen Wiederbezugsrecht zur Industrie und von dieser als Nachweis über erfolgte Verkäufe an die Wirtschaftskontrollstellen zurückfließt. Damit ist die Gewähr dafür gegeben, daß keine Zwischenstufe der Wirtschaft auf Kosten der Verbraucher Lager halten kann; denn sonst müßte der betreffende Betrieb zum Erliegen kommen.
In Bayern ist das durchlaufende Bezugsrecht bereits eingeführt bei Möbeln, Parkett, textiler Bekleidung, Eisen und Metallen, Schuhen und Treibriemen, Seifen und Waschmitteln, Treibstoffen und Tabakwaren. Bei weiteren lebenswichtigen Arikeln ist die Einführung des durchlaufenden Bezugsrechts durch unseren Parteifreund Dr. *Semler* auf bizonaler Grundlage in Vorbereitung.

(Bravo!)

Sämtliche Zweige der gewerblichen Wirtschaft melden - so habe ich Ihnen gesagt - den Wirtschaftskontrollstellen durch den sogenannten Industriebericht ihre laufende Produktion. Diese Unterlagen dienen als Grundlage für Planung und Verteilungsmaßnahmen. Es kommt so wesentlich darauf an, daß die Industrieberichte richtig sind, da sonst eine ordentliche Planung und eine gerechte Verteilung nicht möglich ist. Ich habe daher am 24. November 1947, also einen Monat, nachdem ich das Bayerische Wirtschaftsministerium übernommen hatte, angeordnet, daß im Bereiche des Leders, der Textilien und von Glas und Keramik alle gemeldeten Warenbestände überprüft werden.
Damit Sie sich ein Bild machen können, wie diese Anweisung aussieht, verlese ich Ihnen einige Sätze aus einer solchen Anweisung:

> Die Versorgung mit Roh- und Hilfsstoffen ist gegenwärtig und auch in absehbarer Zeit so unzureichend, daß selbst der vordringlichste Bedarf an Verbrauchsgütern aus der laufenden Produktion nicht gedeckt werden kann. Die Bevölkerung Bayerns leidet an einem geradezu unvorstellbaren Mangel an Spinnstoffwaren, Bekleidung, Schuhen und Haushaltsgeräten. Zur Linderung dieser Not müssen daher die Warenbestände der Industrie und des Handels herangezogen werden.
> Sie werden daher angewiesen, unverzüglich Ihr Hauptaugenmerk dem Abbau und der Überprüfung der Bestände bewirtschafteter Waren in der Textil- und Bekleidungswirtschaft zuzuwenden und dabei wie folgt zu verfahren:
> 1. Sämtliche Firmen der Textil- und Bekleidungsindustrie sind unverzüglich auf den Beschluß des Arbeitsausschusses Textil und Bekleidung des Länderrats Stuttgart hinzuweisen, wonach die Betriebe den Umfang einer Vier-Wochen-Produktion nicht überschreiten dürfen.
> 2. Die Firmen sind anzuweisen, die Mengen der Vier-Wochen-Produktion zu errechnen und der Landesstelle binnen acht Tagen zu melden.
> 3. -

- und das ist das Entscheidende -

> Der über eine Vier-Wochen-Produktion hinausgehende Lagervorrat ist innerhalb von vier Wochen unter Beachtung der Bewirtschaftungsvorschriften auszuliefern.

Es kommen dann weitere Bestimmungen über die technische Durchführung dieser Anweisung.

Darüber hinaus habe ich ebenfalls am 24. November 1947 ein scharfes Vorgehen gegen nichtgemeldete, also schwarze Warenlager angeordnet.

(Bravo-Rufe.)

Ich bin überzeugt, daß Sie diese Maßnahmen draußen schon zu spüren bekommen haben. Endlich wurden mit Entschließung meines Ministeriums vom 22. September - also zwei Tage, nachdem ich mein Amt übernommen hatte - und am 9. Januar 1948 die Regierungswirtschaftsämter angewiesen, den Ausweichlagern gewerblicher Betriebe ihr besonderes Augenmerk zu widmen.
Liebe Parteifreunde! Diese Maßnahmen können nicht gesteigert werden, wenn sie sich nicht überschlagen sollen, und sind in ihrer Schärfe von ähnlichen Maßnahmen anderer Länder in keiner Weise übertroffen worden, obwohl ich der einzige nichtsozialistische Wirtschaftsminister der Doppelzone bin.

(Beifall.)

Es muß daher einmal mit aller Deutlichkeit festgestellt werden. Ich habe am 20. September 1947 mein undankbares Amt übernommen. Die Gewerkschaften werden nicht behaupten wollen, daß es bis dahin keine Warenhortungen gegeben hat.

(Sehr richtig!)

Ich frage deshalb: Warum haben sie nicht vor dem 20. September meinen sozialistischen Vorgänger [*Rudolf Zorn*] angegriffen? Warum schwieg man damals, obwohl nichts geschah?

(Beifall und Bravo-Rufe.)

Ich bin weiterhin davon überzeugt, daß die Zeitungen diese Maßnahmen in großen Schlagzeilen gebracht hätten, wenn sie von meinem sozialistischen Vorgänger erlassen worden wären.

(Erneuter lebhafter Beifall.)

Da sich ein CSU-Minister zu diesen energischen Maßnahmen entschloß, schwieg man sie tot.

(Pfui-Rufe.)

Wie haben nun, meine lieben Parteifreunde, die Gewerkschaften auf diese Maßnahmen reagiert? In ihrer Antwort an die Bayerische Staatsregierung haben sie erklärt:

> Für die Erfassung der industriellen und gewerblichen Güter für den täglichen Bedarf hat das Wirtschaftsministerium wohl neuerdings Anordnungen erlassen.

(Hört!)

> Aber es hat auch hier wiederum nicht alles getan, um die Durchführung sicherzustellen.

Die Gewerkschaften haben zum Beispiel verlangt, daß die zulässigen Kompensationen der Kontrolle durch die Betriebsräte unterstellt werden,

(Heiterkeit.)

und haben dazu eingehende Vorschläge gemacht.

> Dem hat das Ministerium nicht stattgegeben. Die im November 1947 eingeleiteten Maßnahmen, auf die sich die Staatsregierung beruft, sind geradezu geeignet, der Warenhortung bei Industrie und Handel den größten Vorschub zu leisten.

(Zurufe: Unerhört!)

Meine lieben Parteifreunde! Diese Antwort ist widerspruchsvoll, unbegreiflich und außerordentlich billig.

(Zurufe: Gemein! - Dumm!)

Was haben zunächst die Kompensationen mit der Warenhortung zu tun? Aber übersehen wir diesen Gedankenfehler! Daß sie notwendig sind und daß das von meinem Ministerium angeordnete Verfahren bezüglich der Kompensationen, die ja in diesem Zusammenhang gar nichts zu tun haben, sachlich richtig und zweckmäßig ist, können die Gewerkschaften nicht bestreiten. Sie können es schon um deswillen nicht, weil sie der gleichzeitig von meinem Ministerium aus erfolgten Regelung der Sachwertabgabe an die Arbeitnehmer mit zugestimmt haben.

(Heiterkeit.)

Und was fordern sie nun? Sie fordern, daß die Betriebsräte zur Kontrolle der Kompensationen eingeschaltet werden.

(Zuruf: Zum Schieben!)

Ich will mich gar nicht auf die Bestimmungen des Kontrollratsgesetzes über die Rechte und Pflichten der Betriebsräte zurückziehen, die es fraglich erscheinen lassen, ob eine solche Kontrolle durch den Betriebsrat überhaupt zulässig ist. Das Entscheidende ist folgendes: In der Praxis ist eine solche Kontrolle durch die Betriebsräte sehr wenig zweckmäßig, weil nämlich die Betriebsräte eine hervorragende Kompensationsfreudigkeit an den Tag legen, wenn es sich um die Beschaffung von Lebensmitteln, Schuhen und Textilien usw. für die Arbeiter handelt.

(Zustimmung. - *Krempl*: Der Schieber in Schwandorf hat allein 300 Zentner Mehl selber gefressen!)

Wir machen in der letzten Zeit sogar die Wahrnehmung, daß sich manche Betriebsräte in harmonischer Gleichgesinnung mit ihrem Unternehmer gegen die Überprüfung der gemeldeten Warenbestände und gegen den Abzug der festgestellten Übermengen wenden.

(Hört, hört! - Schriftführer *Blum*: Und die Gewerkschaften, Herr Minister!)

Hier zeigt sich mit Deutlichkeit der Unterschied zwischen Theorie und Praxis, zwischen Wirklichkeit und Propaganda!

(Sehr richtig!)

Die Behauptung, daß die Maßnahmen meines Ministeriums geradezu geeignet seien, der Warenhortung bei Industrie und Handel Vorschub zu leisten, ist entweder wider besseres Wissen oder aber aus einer erschreckenden Ignoranz aufgestellt.

(Zuruf: Aus Dummheit!)

Beides ist gleich bedauerlich. Ist es ein Handeln wider besseres Wissen, dann muß man mit tiefer Sorge für die zukünftige deutsche Entwicklung erfüllt werden, handelt es sich aber um Unwissenheit, dann muß man bei der Bedeutung, die den Gewerkschaften zukommt, und bei ihrer weitgehenden Einflußmöglichkeit auf den wirtschaftlichen Ablauf der Geschehnisse geradezu erschrecken.

(Sehr richtig!)

Sie haben vorhin den Wortlaut meiner Anordnungen gehört; ich habe es deshalb nicht

nötig, die Unsinnigkeit der Gewerkschaftsbehauptung zu beweisen. Sie liegt so offensichtlich auf der Hand, daß jedes Wort überflüssig ist.

(Sehr richtig!)

Ich glaube aber, liebe Parteifreunde, daß in diesem Zusammenhang ein anderes Wort notwendig ist. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß der arbeitende Mensch ein Teil der Wirtschaft ist und daß seine Interessen im Organismus der Wirtschaft geschützt werden müssen. Die Gewerkschaft als berufene Vertreterin des arbeitenden Menschen hat deshalb eine bedeutungsvolle Aufgabe, die vom Staat anerkannt und gefördert werden muß. Der arbeitende Mensch ist aber immer nur ein *Teil* der Wirtschaft, und die Gewerkschaft ist und bleibt eine Interessenvertreterin.

(Sehr richtig!)

Sie ist es ebenso, wie der industrielle Fach- und Berufsverband. Beide bieten vielversprechende Möglichkeiten und können bei richtiger Einordnung in das Ganze von Staat und Wirtschaft Gutes stiften. Aber man kann ihnen aber keinen schlechteren Dienst erweisen, als wenn man ihnen Funktionen zuweist, die sie selbst und das Ganze notwendigerweise korrumpieren müssen.

(Sehr richtig!)

Überläßt man nämlich die Wirtschaftslenkung den Korporationen, dann haben wir in der Wirtschaftspolitik nichts anderes als das, was der Lynch-Justiz im Strafrecht entspricht. Wenn die Regulierung des Wirtschaftsprozesses den Korporationen - den Gewerkschaften oder den industriellen Verbänden - überlassen wird, so wird sie zu einer bewußt politischen Entscheidung,

(Sehr gut!)

die man nicht an staatsfremde Instanzen delegieren kann, ohne den Staat selbst aufzulösen.
Wir müssen deshalb alle Forderungen ablehnen, die geeignet sind, die Wirtschaft an eine der Korporationen auszuliefern.

(Sehr richtig!)

Würden wir solchen Forderungen nachgeben, so müßte das zwangsläufig zur Wiederkehr des allmächtigen Staates führen, der sich in der einen oder anderen Vereinigung eine außerordentliche Bastion schafft, durch die er seinen Willen tief in die private Wirtschaft hineinträgt.

(Zuruf: Totalitär!)

Meine lieben Parteifreunde! Gestatten Sie mir zum Schluß nur noch einige wenige Feststellungen zu unserer augenblicklichen Lage in Bayern. Die Kohlenlage ist ohne Zweifel besser als im Vorjahre. Die Industrie ist besser bevorratet als im Vorjahre; auch der Hausbrand ist besser gestellt als damals. Und ich möchte darauf hinweisen, daß wir jüngst durch die Verwaltung für Wirtschaft die Mitteilung erhalten haben, daß unser Anspruch wegen der Kopfzahl-Berechnung der bayerischen Haushalte anerkannt wurde und daß wir zusätzlich 35.000 Tonnen Braunkohle zugewiesen erhalten haben.

(Bravo-Rufe.)

Wir müssen abwarten, ob sie auch tatsächlich versandt werden.

(Heiterkeit.)

Hier möchte ich einen grundsätzlichen Irrtum der Bevölkerung aufklären: Die Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt ist nur für die Verteilung der Kohle zuständig, für den Versand waren es bisher alliierte Stellen; in Zukunft soll es die deutsche Kohlenbergbauleitung sein. Ich hoffe, daß die deutsche Kohlenbergbauleitung unsere bayerischen Rechte als die des revierfernsten Gebietes anerkennt und dafür Sorge tragen wird, daß wir die zugeteilte Kohle auch tatsächlich erhalten.
Nun gestatten Sie mir noch ein Wort zur Schuhverteilung; denn ich weiß, daß das unsere Verbraucher am meisten interessiert. Ich mache folgende Feststellung: In den Monaten Oktober 1947 bis Januar 1948 einschließlich sind 1.680.757 Bezugsmarken für Lederschuhe, also für Straßen- und Arbeitsschuhe, ausgegeben worden.

(Bravo-Rufe.)

Die letzten Verteilungen werden sich im Laufe der nächsten zwei bis drei Wochen in der Bevölkerung auswirken. Ich stelle fest, daß dieser Betrag fast genauso hoch ist, als der in den neun Monaten, die dem Oktober 1947 vorausgegangen sind.

(Zurufe: Hört, hört! - Wie unter den Sozialdemokraten!)

Ich möchte zum Schluß noch eine kleine Bemerkung zu den Beständen aus den amerikanischen Armeelagern machen. Es wurden bisher zugewiesen: 25.600 Wollmäntel, 100.000 Wolldecken, 5200 Windblusen, 10.000 Baumwollunterhosen und 3000 Wollunterhosen. Das war der Anfang; und ich habe die Hoffnung - diese Hoffnung muß sich erfüllen, wenn die gemeldeten Ziffern über die bereits abgeschlossenen Kontrakte richtig sind -, daß dieser Strom sich verbreiten wird und daß wir in absehbarer Zeit in der Lage sein werden, aus diesen Beständen dem Normalverbraucher etwas zukommen zu lassen.

(Bravo!)

Ich möchte feststellen, daß die amerikanische Militärregierung für Bayern Wert darauf legt, daß diese Waren nicht an Sonderbedarfsträger innerhalb des Landes Bayern, sondern an den Normalverbraucher ausgegeben werden.

(Beifall.)

Meine lieben Parteifreunde! Es gäbe zu all diesen Dingen noch eine ganze Menge zu sagen; ich will es infolge der vorgeschrittenen Zeit unterlassen. Noch ist die arme, ausgehungerte und gequälte Bevölkerung Deutschlands und auch Bayerns vom Arbeitswillen beseelt; noch besitzen unsere Unternehmer Initiative; noch sind wir entschlossen, mit letzter Kraft ans Werk zu gehen. Ich glaube, Ihnen dargelegt zu haben, daß wir alles, was von deutscher Seite geschehen konnte, getan haben. Wir können aber die Krisis nicht beseitigen, wenn wir vom Ausland nicht die nötige Hilfe bekommen. Diese Hilfe zeichnet sich im Marshall-Plan ab. Wir sehen im Marshall-Plan das Bestreben, in den besetzten Ländern nicht Kolonialpolitik zu treiben, sondern sie in den europäischen Wiederaufbau einzugliedern.

(Bravo-Rufe.)

Aber es könnte sein, daß dieser Marshall-Plan erst wirksam wird, wenn unsere Kraft erschöpft ist; es könnte sein, daß die Kraft der troisième force - wie man sie in Frankreich bezeichnet -, das heißt die Kraft jener Menschen, die sich gegen den Ansturm von rechts und links stemmen, erschöpft sein könnte, bevor die segensreiche Wirkung eines solchen Planes eintritt. Wir wollen deshalb hoffen, daß dies nicht geschieht. Wir

jedenfalls sind entschlossen, unsere ganze Kraft aufzuwenden, um unserem armen, gequälten Volk Erleichterung zu verschaffen.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke unserem Parteifreund Dr. *Seidel* nicht nur für die Worte, die er gesprochen hat, sondern auch für die Arbeit, die er geleistet hat.

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Wir wissen, daß kein Wirtschaftsminister und kein Direktor für Wirtschaft Lorbeeren verdienen kann. Wir wissen, wie schwer ihre Arbeit ist. Wir versprechen ihnen unsere Hilfe und unsere Unterstützung.
Bevor wir in die Debatte eintreten, darf ich folgenden Antrag verlesen lassen.
Dr. *Schedl*:

Die Landesversammlung wolle beschließen:
Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern gibt der Erwartung Ausdruck, daß alle Siegermächte in Anerkennung des natürlichen Menschenrechts auf Freiheit und der Bestimmungen des internationalen Rechts die seit langen Jahren, drei Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation, noch in Unfreiheit gehaltenen deutschen Kriegsgefangenen freigeben.

(Allgemeiner Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn sich kein Widerspruch erhebt, darf ich annehmen, daß dieser Antrag einstimmig angenommen wurde. - Ich darf ferner folgenden Antrag verlesen lassen.
Dr. *Schedl*:

Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern hält die gleichheitliche Sicherung der demokratischen Grundrechte in allen Teilen Deutschlands für eine unbedingte Voraussetzung des Aufbaues der deutschen Demokratie. Deshalb billigt die Landesversammlung die von den Vertretern der Union in Berlin eingenommene Haltung und versichert die CDU der Ostzone und ihre Vorsitzenden *Jakob Kaiser* und *Ernst Lemmer* der besonderen Sympathie.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist kein Widerspruch erhoben; ich stelle fest, daß dieser Antrag einstimmig angenommen ist. - Unter Bezugnahme auf einen Beschluß des Landesausschusses und aufgrund einer Aussprache, die ich jetzt gerade noch mit Ministerpräsident *Ehard* gehabt habe, bringe ich folgenden Antrag ein:
Dr. *Schedl*:

Die Landesversammlung wolle beschließen:
Jugendarbeit und Sportbetreuung werden zusammengefaßt und, wenn möglich, einem Staatssekretär im Kultusministerium unterstellt.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf hierüber abstimmen lassen. Wer enthält sich? - Wer ist gegen den Antrag? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

(Bravo-Rufe.)

Es wurde dann auf der Versammlung ein weiterer Antrag gestellt, den ich zu verlesen bitte.
Dr. *Schedl*:

Referat des Herrn Landesvorsitzenden Dr. *Müller* drucken und den Kreisverbänden bald zugehen lassen,

(Zurufe: Alle drei!)

desgleichen das des Herrn Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* und des Herrn Wirtschaftsministers [*Hanns Seidel*]. *Detsch*, Rosenheim.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag ist von einem oberbayerischen Vertreter gestellt worden. Ich glaube, das freut uns alle ganz besonders.

(Bravo!)

Darf ich über den Antrag abstimmen lassen? Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

(Zurufe: Dr. *Semlers* Rede dazu! *Semler* fehlt noch! *Semler* soll noch sprechen!)

Dr. *Schedl*:

Die Landesversammlung beauftragt den Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, die Frage zu prüfen, ob der am 23. Januar 1948 durchgeführte Generalstreik politisch neutral war oder ob hier nicht deutliche Anzeichen darauf hinweisen, daß einseitig parteipolitische Ziele verfolgt wurden.

(Sehr richtig! Bravo!)

Der Landesvorsitzende wird gebeten, entsprechende Maßnahmen vorzubereiten, um in Zukunft zu verhindern, daß eine Organisation, die politisch neutral sein muß, nicht zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht wird.

(Sehr richtig!)

Gegebenenfalls ist die Gründung einer christlichen Gewerkschaft umgehend vorzubereiten.

(Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich über den Antrag ohne Debatte abstimmen lassen? Wird eine Debatte gewünscht?

(Zurufe: Nein, nicht nötig!)

Es wird keine Debatte gewünscht. Ich darf abstimmen lassen. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist bei zwei Enthaltungen angenommen.
Dr. *Schedl*:

Die Landesversammlung erwartet von der Staatsregierung, besonders vom Herrn Kultusminister [*Alois Hundhammer*], daß alle Schritte unternommen werden, die geeignet sind, unsere bewährte, organisch gewachsene Schulorganisation zu erhalten.
Dr. *Barth*.

(Sehr richtig! Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich abstimmen lassen? Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist gegen eine Stimme angenommen.

(Bravo!)

Ich darf dann feststellen, daß hier keine Anträge mehr vorliegen. Dagegen liegen noch zehn Wortmeldungen vor.

(Zuruf: *Semler* soll sprechen!)

Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung! Einem allgemeinen Wunsche der Versammlung Ausdruck gebend, stelle ich den Antrag, Herrn Dr. *Semler* für einige Sätze das Wort zu erteilen.

(Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich erteile Dr. *Semler* das Wort.

Dr. *Semler* (mit stürmischem Beifall begrüßt): Meine lieben Parteifreunde! Als ich in Erlangen gesprochen hatte, haben einige unserer Freunde vorgeschlagen, ich möchte meine Rede hier auf der Landesversammlung wiederholen. Liebe Freunde, eine solche Rede wiederholt man nicht.

(Sehr richtig!)

Wer meine Rede mitangehört hat

(Zuruf: Ein bißchen lauter!)

und wer sie gelesen hat, dem muß eines klar geworden sein, daß diese Rede nicht um eines billigen Glanzes Willen gehalten wurde.

(Zustimmung und Beifall.)

Ich habe gesprochen zu dem Kreis unserer führenden Männer der Partei. Ich habe geglaubt, in einem geschlossenen Kreis zu sprechen.

(Sehr gut!)

Ich habe zu ihnen gesprochen und in Sonderheit zu den zwei Männern, die unsere Partei in den folgenden Tagen in den wichtigen Verhandlungen in Frankfurt vertreten sollten, unserem Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] und unserem Landesvorsitzenden. Ich habe gesprochen, nicht um Kritik zu üben, ich habe gesprochen aus der großen Sorge heraus, daß es bald nun nicht mehr weitergehen könnte,

(Zuruf: Als Deutscher!)

und ich habe gesprochen als der Mann, der mit Ihrem Vertrauen auf den Posten in Frankfurt berufen wurde und verantwortlich sein soll - allen Deutschen in beiden Zonen - dafür, daß unsere Wirtschaft nicht zusammenbricht.

(Sehr richtig! Beifall.)

Wenn ich einiges gesagt habe, was vielleicht für einen vertrauten Kreis, niemals aber für die Öffentlichkeit sich eignet, und wenn ich mit diesen Worten jemanden verletzt haben sollte, dann habe ich das getan, was jeder anständige Mensch daraufhin tut: Ich habe mich entschuldigt. Ich habe mich bei General *Clay* entschuldigt, und ich sage das öffentlich.

Aber was habe ich gesagt? Sie haben eben einen sehr, sehr eingehenden Bericht über die Lage unserer Wirtschaft erfahren, und ich habe wie Sie sehr aufmerksam zugehört. Ich habe nicht feststellen können, daß das, was ich in Erlangen sachlich gesagt habe, sich von dem unterscheidet, was unser Bayerischer Wirtschaftsminister [*Hanns Seidel*] heute gesagt hat.

(Beifall.)

Und wenn ich Anklage erhoben habe, so nicht in Verkennung dessen, was wir bekommen haben, vor allem nicht in Verkennung der großen Hilfe, die wir Amerikas privaten Menschen verdanken.

(Beifall.)

Und was ich da gesagt habe, ist in den Zeitungen allerdings unterschlagen worden.

(Pfui-Rufe. - Zuruf: Das Positive hat man nicht geschrieben in den Zeitungen, parteiische Presse!)

Ich habe nicht aufhetzen wollen. Ich weiß zu gut, was wir auch uns selber aus unserer Gesinnung heraus schuldig sind. Ich habe gesagt, daß wir für alles das zu haften haben, was die deutsche Vergangenheit leider der Welt zugefügt hat, daß wir zu haften haben für den Krieg, daß wir uns dessen bewußt sind und das nicht vergessen wollen. Auch das hat kein Mensch gebracht.

(Pfui-Rufe!)

Nein, aus reiner, größter Sorge um unser Dasein war das diktiert, was ich in Erlangen gesagt habe, aus keinem anderen Grunde. Hier war kein Komplott zwischen Dr. *Müller* und mir geschmiedet. Wir sahen keine große Ehre darin, hier Besatzungsmächte anzugreifen. Ein halbes Jahr lang habe ich mich ehrlich bemüht, in täglicher Verhandlung für uns das zu erreichen, was wir haben mußten, und erst in der letzten Sekunde, im letzten Augenblick, wo wir jetzt unmittelbar vor dem Aufflackern des großen Feuers und des Elends stehen, habe ich in einem Kreis verantwortlicher Männer meine Meinung offen ausgedrückt. Ich habe den Arbeiter in Schutz genommen, denn es ist nicht wahr, daß er sich um die Arbeit drückt. Ich habe den Bauern in Schutz genommen, denn es ist nicht wahr, daß er seine Lebensmittel verschiebt. Ich habe den Unternehmer in Schutz genommen, denn es ist nicht wahr, daß der Unternehmer lieber kompensiert, als daß er im ordentlichen Geschäftsverkehr seine Geschäfte macht.

(Sehr richtig!)

Das habe ich gesagt.

Ich habe nur eine Hoffnung: Wie man auch meine Rede beurteilen mag, auch draussen in der Welt - vielleicht war sie nicht klug - eines hat sie hoffentlich erreicht, daß bei uns und daß draußen die Menschen nachgedacht haben

(Zuruf: Das haben sie!)

und sich vielleicht bewußt geworden sind, daß uns nun in dieser letzten Minute geholfen werden muß. Und wenn das zu dem Erfolg beiträgt, dann freue ich mich, daß ich diese Worte gebraucht habe.

(Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Dr. *Semler*. Ich darf hier auf die Rede Bezug nehmen, die ich heute gehalten habe und auf meine dort abgegebene Stellungnahme. Es ist mir unmöglich, ich bedauere es, dadurch, daß die Akustik überanstrengt ist, nun nochmals zu schreien. Selbst meine Freunde von Oberbayern müssen mir also infolgedessen etwas nachsehen, wenn ich etwas leiser spreche.

Es wurde noch ein Antrag eingebracht von Bamberg-Stadt. Ich bitte, ihn zu verlesen.

Dr. *Schedl*:

> Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union am 24./25. Januar 1948 wählt den Landesvorsitzenden in Abweichung des § 45 ausnahmsweise diesmal statt auf die Dauer eines Jahres auf die Dauer von 18 Monaten.

Begründung: Die ordentliche Landesversammlung, welche die Wahl des Landesvorsitzenden für die Dauer eines Jahres vornimmt, tagt jeweils im Winter. Auf dem Gebiete der Beheizung, des Raumes, der Ernährung, der Unterkunft, des Transportes sowie der Beleuchtung stehen der Landesversammlung im Winter angesichts der Notlage unseres Volkes wesentlich größere Hemmnisse entgegen als im Sommer. Ja, sie könnte bei einem außerordentlich strengen Winter sogar unmöglich gemacht werden. Durch die einmalige Verlängerung der Wahlzeit wird es ermöglicht, daß die jeweilige ordentliche Landesversammlung in die Sommerzeiten mit ihren wesentlich günstigeren Vorbedingungen fällt.
Die Landesversammlung vom 24./25. Januar 1948 in Marktredwitz wolle gleichzeitig beschließen, daß analog dieser einmaligen verlängerten Wahldauer für den Landesvorsitzenden auch die Wahldauer zu den Organen der Orts-, Kreis- und Bezirksverbände verlängert wird.
Gez. *Hergenröder*, Vorsitzender des Kreisverbandes Bamberg der Christlich-Sozialen Union, Delegierter zur Landesversammlung

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dazu darf ich folgende Erklärung abgeben: Es wäre, wenn man den Antrag einbringen wollte, zweckmäßiger gewesen, ihn vor der Wahl einzubringen,

(Sehr richtig!)

und zwar deswegen, weil sonst Bedenken bestehen könnten, daß eine Amtsdauer nach einer vollzogenen Wahl zugunsten des Gewählten verlängert wird.
Ostwald: Zur Geschäftsordnung! Ich darf dazu bemerken, daß ich geglaubt habe, daß der Antrag im Sinne des Vorstandes gelegen hat. Ich habe vorhin beim Vorsitzenden von Oberfranken nachgefragt. Er wußte auch nichts davon. Ich hatte geglaubt, daß dieser Antrag von Dr. *Barth*, Oberfranken, heraufgegeben wurde. Wir haben zweifelsfrei angenommen, daß der Antrag bereits vor der Wahl Dr. *Müllers* in den Händen des Vorstandes gewesen ist.
Hergenröder: Der Antrag ist bereits vor acht Tagen schriftlich bei der Landesleitung und beim Landesvorsitzenden eingereicht worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe ihn leider nicht gesehen!
- Er ist außerdem allen Kreisverbänden vor der Wahl schriftlich zugestellt worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn der Antrag an alle Kreisverbände gestellt würde, würde mein Einwand entfallen. Ich habe ihn leider nicht gelesen.
Hergenröder: Das Datum, an welchem er auf die Post gegeben worden ist, ist auf dem Antrag vermerkt.

(Zuruf: Stimmt nicht!)

Dr. *Schedl*: Am 15. Januar 1948.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird möglich sein, daß wir tatsächlich eine günstigere Zeit für die ordentliche Landesversammlung heraussuchen müssen.
Hergenröder: Darf ich meinen Antrag noch einmal begründen. Wir müssen damit rechnen, daß die Not unseres Volkes bis zum nächsten Winter nicht behoben ist. Wenn wir nicht außerordentlich günstige Witterungsverhältnisse hätten, könnte es sein, daß die Durchführung einer Landesversammlung im Winter überhaupt in Frage steht. Nehmen Sie nur an, wir hätten heute vielleicht 25 bis 30 Grad Kälte.

(Zuruf: Und 30 Zentimeter Schnee!)

und weiß Gott welche Schneeverhältnisse.

Ich würde die Landesversammlung bitten, diesem Antrag zuzustimmen. Denn Sie haben dann die Wahl des Vorsitzenden und der sonstigen Organe ja nur ein einziges Mal auf 18 Monate verlängert und haben von diesem Zeitpunkt ab die Möglichkeit, Ihre Landesversammlungen jeweils in den Sommer hinein zu verlegen. Sie können dann die Ferienzeit mit anderen Unterbringungsmöglichkeiten, mit anderen Ernährungsmöglichkeiten, mit anderen Tagungsmöglichkeiten ausnützen. Wir können im Sommer bis 22 Uhr tagen und noch bei Licht heimfahren, während wir hier im Winter außerordentlichen Schwierigkeiten begegnen.
Ich bitte deshalb die Landesversammlung, meinem Antrag zuzustimmen.

(Sehr richtig! - Zuruf: Ich würde den Antrag stellen, daß der Antrag der Landesvorstandschaft überwiesen wird.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das hat keinen Sinn, das ist unmöglich. Legitimiert ist nur dieses Gremium, ist nur die Landesversammlung.

(Zuruf: Abstimmen!)

Denn sie ist die höchste gesetzgebende Institution.
Ich darf für mich die Erklärung abgeben: Ich würde die Ermächtigung nur dann persönlich akzeptieren, wenn mittlerweile die Verhältnisse so sind, daß ich mit gutem Gewissen die Verlängerung der Amtsdauer vertreten kann, das heißt also, deutsch gesagt, wenn nicht durch einen Landesausschuß eventuell ein Mißtrauensvotum eingebracht würde. Ich müßte zur Vorbedingung machen, daß ich ein Mißtrauensvotum des Landesausschusses eventuell beachte für den Fall, daß man nicht mehr mit meiner Politik einverstanden sein sollte und dann eine neue Landesversammlung einberufen würde.
Zu dieser Erklärung halte ich mich persönlich für verpflichtet.
Darf ich dann darüber abstimmen lassen?

(Zustimmung.)

Der Antrag ist bekannt. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Ich bitte zu zählen. 16. In diesem Falle muß ich um die Gegenprobe bitten. Wer ist für den Antrag? Wir müssen die Zahlen feststellen.
Dr. *Schedl*: Ich bitte die Stimmzähler, in Funktion zu treten.

(Zuruf: Es ist die Mehrheit!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist die weitüberwiegende Mehrheit. In diesem Falle könnte bezweifelt werden, ob die Versammlung noch beschlußfähig ist. Es ist festgestellt worden, daß die Versammlung beschlußfähig ist. Damit darf ich wohl die Feststellung treffen - auch im Einverständnis mit denen, die dagegen gestimmt haben -, daß der Beschluß mit weitüberwiegender Majorität gefaßt wurde. Wird das bezweifelt? Es wird auch von denen anerkannt, die dagegen gestimmt haben.
Es liegt noch ein Antrag vor. Ich bitte, ihn zu verlesen. Ich bitte um Ruhe.
Dr. *Schedl*:

> Die Bayerische Staatsregierung wird gebeten, bei den Besatzungsmächten dafür einzutreten, daß aus den aus unseren Exporten zur Verfügung stehenden Devisen sofort Mittel zur Beschaffung von Fett freigegeben werden.
> Antrag *Ott*, Augsburg

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich abstimmen lassen? Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Dr. *Schedl*: Es folgt ein weiterer Antrag:

Der Kreisverband München-Land bittet die Landesversammlung zu beschließen, daß

1. der Landesausschuß einen Ausschuß einsetzt, der prägnante Leitsätze zur Währungsregelung aufstellt und diese zur Aufklärung der Bevölkerung vor der Gemeindewahl veröffentlicht;
2. daß für jeden Kreis ein Landtagsabgeordneter als verantwortlicher Vertreter eingeteilt wird, sofern er nicht einen eigenen Vertreter bei den Landtagswahlen erhalten hat;
3. daß die Parteileitung und die Bezirksverbände den nachgeordneten Organen und Verbänden Themen zur Diskussion stellen, um die Ansicht dieser Organe und der Mitglieder in wichtigen Fragen zu erforschen und so die politische Willensbildung zu fördern.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich dazu erklären: Ich bitte, diesen Antrag zurückzunehmen, und zwar deswegen, weil bereits innerhalb der Partei ein eigener Währungsausschuß besteht, der sehr aktiv arbeitet. Auf der anderen Seite eignen sich Währungsfragen nicht zur Diskussion in der Öffentlichkeit. Ich wäre infolgedessen dankbar, wenn der Antrag zurückgenommen würde. Ist der Antragsteller hier?
Dr. *Ammann*: Die Mitgliedschaft hat ausdrücklich gebeten, daß diese Frage in prägnanter Form allgemein beantwortet werde, weil sie diese Frage ganz besonders beunruhigt und sie daher eine Klärung und Stellungnahme der CSU hierzu wünscht. Ich möchte ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich zur Abkürzung der Debatte, weil wir am Schlusse sind, folgendes feststellen: Der Währungsausschuß der Union ist sehr aktiv. Es gehören dazu Leute wie der frühere Reichskanzler *Luther*, wie Dr. *Schniewind*, wie der Zentralbankdirektor *Grasmann*, drei wirkliche Fachleute. Sie arbeiten zusammen mit dem Währungsausschuß in Frankfurt. Aber wir müssen davon ausgehen: Währungsfragen dürfen nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden, weil niemand im Volk einen Vorteil aus einem Sonderwissen ziehen darf.
Dr. *Ammann*: Darf ich dazu sagen: Wir wollen Leitsätze darüber, was die Union denkt. Wir wollen nicht haben, daß ein Vorteil entsteht. Wenn aber Bedenken seitens der Landesversammlung für den Punkt 1 bestehen, dann werde ich es vertreten, daß ich diesen 1. Punkt zurückziehe und unseren Mitgliedern erkläre, warum Bedenken seitens der Landesversammlung bestehen. Ich bitte aber, die Punkte 2 und 3, die getrennt davon sind, noch eimal zur Diskussion bzw. zur Abstimmung zu stellen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der 1. Punkt ist zurückgezogen. Ich halte es für notwendig, daß hier keinerlei Bindungen eingegangen werden. Ich könnte es nicht vor dem Volk verantworten, daß irgendeine Gruppe irgendwelche Vorteile zieht. Und, lieber Freund *Ammann*, es kommt doch dazu! Man muß daran denken, daß der Bauer, wenn man ihm das bekannt gibt, eventuell vielleicht doch noch weniger ablieferungsfreudig sein könnte. Wir wissen, welche Bedeutung die Währungsfrage bei manchen Leuten hat. Es würde zu Unausgeglichenheiten führen. Infolgedessen halte ich es für besser, diesem Antrag nicht stattzugeben.
Dr. *Ammann*: Ich bin voll und ganz damit einverstanden und ziehe den Punkt 1 zurück. Ich werde das bei den Mitgliedern meines Orts- und Kreisverbandes vertreten.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich über den Punkt 2 abstimmen lassen. Ich bitte, ihn zu verlesen.
Dr. *Schedl*:

Die Landesversammlung wolle beschließen, daß für jeden Kreis ein Landtagsabgeordneter als verantwortlicher Vertreter eingeteilt wird, sofern er nicht einen eigenen Vertreter bei den Landtagswahlen erhalten hat.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dieser Antrag hat mit Währung speziell nichts zu tun.

(Dr. *Ammann*: Gar nichts!)

Dann darf ich darüber abstimmen lassen. Der Antrag ist ohne weiteres zu vertreten. Wer enthält sich? Zwei Enthaltungen! Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist bei zwei Enthaltungen einstimmig angenommen.
Ich bitte, den letzten Punkt zu verlesen.
Dr. *Schedl*:

Die Landesversammlung wolle beschließen, daß die Parteileitung und Bezirksverbände den nachgeordneten Verbänden und Organen Themen zur Diskussion stellen, um die Ansicht dieser Organe und der Mitglieder in wichtigen Fragen zu erforschen und so die politische Willensbildung zu fördern.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich den Antrag ohne Diskussion zur Abstimmung stellen? Ich bitte um Ruhe. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Bevor wir dann in die Diskussion treten, darf ich aus Gründen der Loyalität unter Bezugnahme auf Erklärungen, die im Hinblick auf die Presse abgegeben worden sind, folgendes Schreiben der DENA verlesen lassen.
Dr. *Schedl*:

Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten und Justizminister Dr. *Josef Müller*, München, Justizministerium, Holbeinstr. 11, München, 22. Januar 1948

Sehr geehrter Herr Dr. *Müller*!

Zur Ihrer telefonischen Anfrage, in welchem Umfange die DENA den Bescheid der Bayerischen Staatsregierung an die Gewerkschaft weitergegeben hat, teile ich Ihnen mit, daß weder von uns noch von unserer Zentrale wesentliche Kürzungen vorgenommen wurden.

(Zuruf: Wesentliche!)

Wir haben lediglich den Anfang und das Ende des Schreibens der Bayerischen Staatsregierung zusammengefaßt und anschließend die sieben Punkte gebracht. Zu Ihrer Information lege ich Ihnen eine Kopie des Textes bei, wie er von unserer Zentrale an die Zeitungen weitergegeben wurde. Es ist selbstverständlich, daß bei der bestehenden Papierknappheit

(Lachen und Heiterkeit.)

verschiedene Zeitungen nur eine Kurzfassung bringen konnten.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
Ihr, Unterschrift.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf hierzu feststellen: Ich habe das Ganze durchgesehen, es trifft zu, daß die DENA - und das ist wichtig im Hinblick auf die Neutralität der Nachrichtenagenturen - ihrerseits tatsächlich keine wesentliche Kürzung vorgenommen hat, sondern nur rein stilistische Zusammenfassungen.
Dagegen dürfen wir hier feststellen: Bei Anerkennung dieser neutralen Haltung müssen wir nochmals darauf verweisen, daß man von einem Teil der bayerischen Presse wirklich mehr Unabhängigkeit und Neutralität hätte erwarten dürfen.

(Zuruf eines Pressevertreters: Nennen Sie doch die Zeitungen!)

Denn ein Teil dieser Presse ...

(Zurufe: Alle, Schwäbische Landeszeitung, Frankenpost, SPD!)

Es wird sich bei anderer Gelegenheit einmal die Möglichkeit [er]geben, dieses Thema zu behandeln.

(Zuruf: *Frenzel*!)

Denn wir wollen gerecht sein und unsererseits Gerechtigkeit erwarten.

(Zustimmung.)

Darf ich damit dieses Thema abschließen. Es hat sich dann zur Abgabe einer Erklärung Parteifreund *Euerl* zu Wort gemeldet. Ich darf jetzt vielleicht nur Erklärungen abgeben lassen und alle Reden zurückstellen. Wir haben jetzt nach meiner Uhr kurz vor 15 Uhr. Einige Freunde brechen schon auf. Ich würde darum bitten, daß Sie nicht aufbrechen. Wenn Sie einverstanden sind, dann tagen wir längstens noch eine Viertelstunde. Halten wir doch diese Viertelstunde gemeinsam aus. Ich werde versuchen, alles zu kürzen, und ich bitte alle die, die jetzt reden, ihrerseits darauf Rücksicht zu nehmen, daß das Ganze noch bis zum letzten Augenblick zusammenhalten soll.

(Sehr gut!)

Ich darf Sie also bitten, sich lediglich auf zwei oder drei Minuten zu begrenzen. Dann können wir sogar noch eher fertig werden.

(Zuruf Dr. *Rinke*: Ich bitte dringend, daß die Flüchtlinge endlich zu Wort kommen.)

Euerl: Der heutige Verlauf der Landesversammlung war für uns alle ein Erlebnis.

(Sehr richtig!)

Wir haben uns seinerzeit zusammengeschlossen in dem Gedanken, das christliche Wollen und das christliche Wirken in der Politik fort- und durchzusetzen. Die evangelischen Vertreter in der Christlich-Sozialen Union stehen nach wie vor zu diesem Gedanken und werden unerbittlich daran festhalten.

(Bravo!)

Es ist notwendig, daß wir jetzt in der Zeit der Not, daß wir jetzt, wo der politische Kampf auf Hochtouren läuft, zusammenstehen und zusammenhalten in einem einigen und großen Willen.
Daß gerade der Generalstreik, der durchgeführt worden ist, nicht ein Streik war, um dem Volk zu helfen, sondern um die politischen Leidenschaften aufzupeitschen und zu erschüttern, geht aus einem Plakat hervor, das in Nürnberg am Freitag früh angeschlagen worden ist, mit der Überschrift "Eierausgabe". Und dann folgt eine Reihe von katholischen Anstalten in Eichstätt, die Eier bevorzugt zugewiesen erhalten ha-

ben. Es wurde auf diesem Plakat verschwiegen, daß die Werkküchen, die Krankenhäuser, die Kinderheime und sonstige Anstalten solche Eier zugewiesen bekommen haben. Es sollte lediglich auch hier wieder gerade im protestantischen Franken eine Spaltung in die Union getragen werden. Ich habe bereits veranlaßt, daß ein Gegenplakat, das die Dinge aufklärt, angeschlagen wird.

(Beifall.)

Wir haben es heute erlebt, daß wir einig sind in Idee und im Gedanken und daß wir die Christlich-Soziale Union auch hindurchretten wollen durch die Not unseres Volkes zum Segen unseres Volkes.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe. Meine lieben Freunde, es handelt sich darum, daß ich eigentlich noch gern das Referat eines Flüchtlingsvertreters hätte halten lassen.

(Vielfache Zustimmung.)

Ich würde aber vorschlagen, damit ja alle noch beisammen bleiben und nicht der eine oder andere davonläuft, daß wir heute kurze Erklärungen unseres Parteifreundes *Schütz* hören. In der Landesausschußsitzung im Februar wird eigens ein Referat unserer Flüchtlingsfreunde vorgesehen. Sind Sie damit einverstanden? Dann bitte ich *Schütz*, das Wort zu ergreifen.

Schütz: Geschätzter Parteitag, liebe Parteifreunde! Dr. *Rinke* und ich hatten uns vorgenommen, in dieser kritischen Stunde auch für unseren Sektor heute einmal ein ganz offenes Wort zu sagen.

(Bravo!)

Die Kürze der Zeit macht es wiederum unmöglich. Ich muß mich also auf eine ganz kurze Erklärung beschränken. Ich wollte im Anschluß an das, was Dr. *Rinke* vorher sagen wollte, drei Gedanken in den Vordergrund stellen. Ich wollte erstens zwei oder drei Sätze zu der grundsätzlichen politischen Situation der Flüchtlinge sagen. Ich wollte zweitens drei ganz aktuelle Tagesfragen, die uns berühren, anführen und ich wollte drittens ein Wort zu der Organisation der Flüchtlinge in der Union sagen.

Ganz kurz grundsätzlich zum Politischen. Liebe Freunde! Es ist nämlich nicht so, daß sich die Union bloß mit den gewiß außerordentlich bedeutungsvollen Ereignissen auseinandersetzen müßte in Oberbayern und Niederbayern, nennen wir es offen, von der Bayernpartei her. Der Parteivorsitzende hat in seiner Rede eine Redewendung gebraucht, die den Nagel auf den Kopf trifft, nämlich: Die nichtlizenzierte Partei der Verbitterten ist die stärkste Partei im Lande.

(Sehr richtig!)

Ich halte es für eine außerordentlich große politische Entscheidung, wenn die Union nicht ein Ventil schafft, um diese nichtlizenzierte Partei und ihre Anhänger in die Reihen der legalen politischen Front einzugliedern.

(Sehr richtig!)

Liebe Freunde! Ich kann nur in Schlagworten sprechen und deshalb wird alles etwas massiv. Ich bedauere das. Ich habe im Zusammenhang mit der letzten Regierungsbildung dem Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] und zwei anderen Mitgliedern des Kabinetts erklärt, ich würde es ablehnen, in der Union mitzuarbeiten, wenn die Union die Flüchtlingsfragen und alles, was damit zusammenhängt, zunächst und zuerst nur vom Standpunkt des Stimmengewinns betrachten würde.

(Sehr richtig!)

Die Flüchtlingsfrage ist nicht zuerst eine Frage der Wählerstimmen, sie ist im letzten - nehmen Sie es mir nicht übel - eine Frage um Sein oder Nichtsein der süddeutschen und der westdeutschen Staaten überhaupt.

(Sehr richtig!)

Die Flüchtlinge neben dem Landtag, die Flüchtlinge nicht im Senat, die Flüchtlinge nicht im Gewerkschaftsrat, die Flüchtlinge überall daneben!

(Sehr richtig!)

Und das alles legitimiert mit einer demokratischen Verfassung!
Liebe Freunde! Zwei Millionen Menschen ohne Sprecher in einem demokratischen Staat, das widerspricht den demokratischen Grundsätzen.

(Mehrfache Zustimmung.)

Die lizenzierten Parteien stehen vor der Entscheidung: Wollen sie diesen Zustand legitimieren, oder wollen sie ihn beseitigen?

(Zuruf: Beseitigen!)

Liebe Freunde! Wer so, wie ein dünner Kreis unserer Parteifreunde, Sonntag für Sonntag sich in ebenso großen Versammlungen wie dieser mit den Vertriebenen Aug in Aug auseinandersetzen muß, der weiß, wie schwer es ist,

(Sehr richtig!)

diese Menschen bei Hoffnung und Zuversicht zu erhalten.

(Sehr gut!)

Wir tagen hier in Marktredwitz. Fragen Sie mich nicht, mit welcher inneren Beklemmung ich in diese Stadt gefahren bin, in diese Stadt, wo man bei gutem Wetter die Staufenburg von Eger sieht, die Heimat, die wir verlassen mußten. Liebe Freunde, helfen Sie uns mit, nämlich durch Ihre praktische Arbeit, den Zustand des Danebenstehens zu beseitigen.
Zweitens: Drei aktuelle Dinge, drei neuralgische Punkte hat das Flüchtlingsproblem: die Bauernfrage, die Beamtenfrage und die Wohnungsfrage. Es gibt noch ein oder zwei Dutzend andere Dinge, aber die drei sind die entscheidenden. 120.000 Flüchtlingsbauern leben in Bayern. Wenn Sie alle Bodenquellen ausschöpfen, die uns zur Verfügung stehen, können vielleicht 15.000 angesiedelt werden. Fragen Sie die anderen 100.000, die vom Bauern über Nacht zum Bettler geworden sind, was das für diese Menschen bedeutet.

(Sehr richtig!)

Nicht unsere Proleten, die wir mit ins Land gebracht haben, sind die für den Radikalismus anfälligsten, sondern die Gruppen, die vor ein paar Monaten in ihrer Heimat noch tatsächlich etwas dargestellt haben.

(Sehr richtig!)

Ich weiß, daß Bayern und die anderen Länder den Boden nicht auf einem Cyklotilapparat vervielfältigen können, daß er seine Grenzen hat. Mit um so größerer Leidenschaft müssen wir dafür einstehen, daß der zur Verfügung stehende Boden nicht hintenherum anders verteilt wird. Wer das legitimiert und deckt, liebe Freunde, der treibt die Leute in die Verzweiflung und nimmt uns die Legitimation, vor die Leute

hinzutreten und zu sagen: Es ist alles getan, was getan werden konnte, so daß keinem Menschen mehr zu tun übrig blieb. Wenn Sie uns nicht helfen, daß wir diese Erklärung mit sauberem Gewissen abgeben können, schneiden Sie uns das Wort ab, mit unseren eigenen Leuten in Zukunft überhaupt noch zu reden.

(Zustimmung.)

Das gleiche gilt in ähnlicher Form von der Beamtenfrage, das gleiche auch vom Wohnungsproblem. Ich weiß ganz genau, wir haben nur noch einen Bruchteil von den Wohnungen, die wir hatten, und wir haben zwei Millionen Menschen mehr, die wir in dem Bruchteil unterbringen müssen.

(Zuruf: Nürnberg und Weltgewissen!)

Es gibt nur zwei Wege. Bauen ist der erste. Wir wissen, wie klein die Möglichkeiten sind, diesen Weg zu beschreiten. Der zweite aber ist - und ich kann es niemand ersparen, Freunde - teilen! Etwas anderes bleibt gar nicht übrig.

(Sehr richtig!)

Mich haben die Ausführungen unseres sehr geehrten Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] gewiß außerordentlich erbaut. Aber mich hat es zutiefst geschmerzt, als ich über die Heimatvertriebenen nur ein einziges Wort hörte, nämlich in der Kategorie derer, die das Land überfremden. Das war ein Schmerz für mich. Liebe Freunde, Sie werden diesen Schmerz verstehen, wenn Sie sich in unsere Lage versetzen. Wachen Sie und helfen Sie mit, daß wir nicht zu den Elementen gehören, die das Land überfremden. Helfen Sie uns doch mit, daß wir Einheimische werden.

(Lebhafter Beifall.)

Niemand wünscht das mehr als wir selbst. Wenn Sie das wollen, liebe Freunde, müssen Sie entschieden, eindeutig und bis zur letzten Konsequenz auch in den eigenen Reihen den Leuten entgegentreten, die sich diesen Bestrebungen oft mit einem sehr legalen Gesicht, aber doch auch mit einem kalten Herzen entgegenstellen.

(Sehr richtig!)

Zur Organisation sage ich kein Wort. Ich hoffe, daß wir in der Landesausschußsitzung ausführlich darüber reden können. Auch dazu gibt es viel zu sagen.
Zum Schluß ein einziges Wort noch: In diesem Jahre werden es 600 Jahre, daß die Deutsche Universität in Prag als die erste deutsche Universität im Abendland erstand. "Die Fahnen sind - das Band ist zerrissen - zwar schwarz, rot und gold, Gott selbst mag es wissen, was er hat gewollt." Die Prager Universität rüstet unter anderen Fahnen und Bändern zu ihrem Jubeltag. Es wird kein einziger von denen dabei sein, für die durch 600 Jahre diese Universität bestand. Ich fürchte mich schon vor dem Tag, wo wir in der Zeitung lesen müssen, daß an diesem schmerzlichen Tag, wo jeder Deutsche aus Böhmen, Mähren und Schlesien in tiefster Trauer das Haupt verhüllen wird, Vertreter deutscher Universitäten, wahrscheinlich jenen schmerzlichen Tag noch verschönern helfen werden.

(Zuruf: Pfui!)

Liebe Freunde! Helfen Sie uns in diesem Land, daß wir die 600-jährige Tradition dieses Hauses an der Moldau nicht begraben müssen, dem ganz Mitteleuropa, das ganze Abendland soviel verdankt.

Liebe Freunde! Und einen anderen Jubeltag feiern wir in den nächsten Tagen, den 80. Todestag *Stifters*, jenes Mannes, dessen Wittiko, dessen Bote zu den anderen Völkern den Tod erlitt, weil er verkannt wurde, weil ihn die anderen nicht hören wollten, weil er Frieden reden wollte, wo die anderen Haß predigten, und dessen Hochwald auf der letzten Seite von der Heimat nichts anderes übrig blieb wie rauchende Ruinen. Dieser *Stifter* starb vor 80 Jahren, weil er selbst Hand an sein Leben legte, in der Erkenntnis, daß seine Mission im böhmischen Raum zerbrach, daß seine Stimme zur Versöhnung der Völker überhört wurde.

Lassen Sie sich von diesem sterbenden *Stifter* vom Böhmischen und vom Bayerischen Wald herüber, vom Arber, vom Rachel und vom Lusen nur das eine Wort sagen: Vernehmen Sie die Stimme derer, die zu Ihnen gekommen sind, die Ihnen die Hand reichen und Sie blutenden Herzens bitten: Helfen Sie uns mit zu überwinden den Begriff, daß wir hier das Land überfremden, daß wir Fremde wären. Wir möchten hier daheim sein, weil wir entweder irgendwo daheim sein oder verzweifeln müssen. Ein *Stifter* konnte verzweifeln und die Weltgeschichte ging ihren Gang weiter. Aber wenn zwei Millionen Menschen in Ihrem Bayerland verzweifeln müßten, dann würde die Geschichte dieses Landes mit oder ohne Bayernpartei eine andere Farbe erhalten.

(Sehr richtig!)

Alles andere erspare ich mir. Die Arbeitsgemeinschaft der Union der Ausgewiesenen hatte ebenfalls eine Entschließung vorbereitet, die diese Gedanken beinhaltet. Soll ich sie zur Verlesung bringen?

(Zustimmung.)

Die Christlich-Soziale Union betrachtet die Frage der Heimatvertriebenen als eines der Hauptprobleme, dem sich Deutschland nach dem Zusammenbruch gegenüber sieht. Unser Rechtsempfinden gebietet uns, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Ausweisung unserer deutschen Brüder und Schwestern aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat den elementarsten Grundsätzen des Natur- und Völkerrechts widerspricht

(Bravo!)

und daß hierzu eine Wiederherstellung des alten Rechtszustandes erfolgen muß, wenn nicht der Glaube an eine neue, bessere Weltordnung endgültig zerbrechen soll.

(Sehr richtig!)

Nachdem jedoch das Scheitern der Londoner Konferenz die Verwirklichung unserer Erwartungen in die Ferne gerückt hat, ist es mehr denn je unsere Aufgabe, die Eingliederung der Heimatvertriebenen in das politische und wirtschaftliche Leben des Landes mit allen Mitteln zu beschleunigen. Jedem einzelnen von uns, insbesondere den in der Union, in den kommunalen Körperschaften, im Staatsdienst, in der Wirtschaft oder wo auch immer Tätigen erwächst hierdurch die unabweisbare Pflicht, an dieser Aufgabe tatkräftig mitzuarbeiten, einer Aufgabe, die nicht zuletzt der Erhaltung des sozialen Friedens dient und damit im wohlverstandenen Interesse aller Bewohner dieses Landes liegt.

Für unsere Arbeit in den kommenden Monaten scheinen drei Probleme besonders hervor: Die unbefriedigende, zum Teil menschenunwürdige Unterbringung der Ausgewiesenen muß durch eine noch straffere Erfassung des vorhandenen Wohnraums

(Bravo!)

sowie durch Ermutigung und Förderung aller vernünftigen Bauvorhaben verbessert werden. Die Fertigstellung absichtlich unvollendet gelassener Neubauten hat notfalls unter Anwendung behördlichen Zwanges zu erfolgen.

(Beifall.)

Der Einbau der Angehörigen des öffentlichen Dienstes muß im Rahmen des Flüchtlingsgesetzes und unter Beachtung der einzelnen Besoldungsgruppen durchgeführt werden. Desgleichen ist die Eingliederung der gewerblichen und freien Berufe in das Erwerbsleben unter Überwindung aller selbstsüchtigen Regungen, insbesondere des Konkurrenzneides, vorzunehmen.
Das nach Durchführung der Bodenreform zur Verfügung stehende Land muß unverzüglich gerecht auch an die Flüchtlingsbauern zur Verteilung kommen.

(Zuruf: Alles!)

Wir wissen, daß angesichts der allgemeinen deutschen Not unsere Arbeit Stückwerk bleiben wird. Um so notwendiger ist, den Heimatvertriebenen durch Stärke unseres Einsatzes und die Art, wie wir ihnen von Mensch zu Mensch gegenübertreten, die Überzeugung zu übermitteln, daß alles nur Mögliche geschieht, um ihnen eine menschenwürdige Existenz wieder gewinnen zu helfen.

Alles andere beim Landesausschuß.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke *Schütz*.
Zu einer kurzen Erklärung für die Schlesier erhält Parteifreund *Rinke* das Wort. Ich bitte um Ruhe.
Dr. *Rinke*: Ich werde mich sehr beeilen. Liebe Parteifreunde! Freund *Schütz* hat im Drange der Geschäfte etwas vergessen. Es ist inzwischen ein freudiges Familienereignis in der Union eingetreten. Wir haben im Laufe der letzten Woche die Union der Ausgewiesenen aus der Taufe gehoben.

(Beifall.)

Damit haben wir für die Ausgewiesenen die Phalanx geschaffen, die alle unsere Wünsche vorwärtstragen wird, mögen sie hier in Bayern liegen oder mögen es Wünsche bezüglich der Grenzfragen sein.

(Bravo!)

Sie wissen, daß wahrscheinlich noch im Laufe dieses Jahres außer den Kreistags- und Gemeindewahlen Landtagswahlen stattfinden dürften.

(Widerspruch.)

Die SPD hat das in der Presse ganz offen angekündigt.

(Zuruf: Wir sind nicht die SPD!)

Die SPD hat es angekündigt. Durch einen Volksentscheid sind die Dinge möglich. Wie sind wir für diese Wahl gerüstet? Wir haben das unsere getan durch die Gründung und die Organisation der Union der Ausgewiesenen. Das weitere liegt jetzt bei Ihnen.

(Sehr richtig!)

Worte haben wir genug gehört. Nun wollen wir Taten sehen.

(Bravo!)

Der Zustand ist der, daß die Tür zum bayerischen Haus, zu dem wir auch Eingang finden wollen, nicht ganz geöffnet ist. Bis jetzt ist nur ein Spalt geöffnet und durch diesen Spalt reicht man uns Almosen heraus.

(Widerspruch.)

Wir wollen aber als Gleichberechtigte, als gleichberechtigte Mitglieder und Bewohner des bayerischen Hauses Eingang finden, nicht nur im Interesse der Ausgewiesenen, sondern vor allem im Interesse der Union und im Interesse des Bayerischen Staates und des bayerischen Volkes.
Wenn wir von Rechten sprechen, so sind wir auch von unseren Pflichten überzeugt. Sie dürfen überzeugt sein, daß wir es mit unseren Pflichten gegenüber dem Bayerischen Staat, dem bayerischen Volk und der Union genauso ernst nehmen wie die Altbayern. Wir werden uns von keinem Altbayern in unserer Pflichterfüllung unserem Bayernlande gegenüber übertreffen lassen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe. Ich glaube, daß mein Freund *Rinke* mit Bezugnahme auf Altbayern wohl die Erscheinung der Bayernpartei gemeint hat.
Ich darf jetzt einem Altbayern, nämlich unserem Parteifreund *Lang*, das Wort geben.
Abgeordneter *Lang*: Bayerische Männer und Frauen! Wenn am Schlusse der heutigen Tagung ein einfacher Bauer hier einige Worte spricht, so halte ich das für zweckmässig, zweckmäßig deshalb, weil wir christlichen Bauern und Bäuerinnen durch unsere Wählermassen das Rückgrat der Christlich-Sozialen Union sind und bleiben wollen.

(Beifall.)

Die Ausführungen des Vertreters der Ausgewiesenen veranlassen mich, bei dieser Gelegenheit doch auch einen Appell an unsere christlichen Bauern in Bayern zu richten, daß wir von uns aus freiwillig den Lastenausgleich vorwegnehmen und uns bereit erklären, wo immer es möglich ist, Land zur Verfügung zu stellen.

(Beifall.)

Es ist unsere Aufgabe, in unseren Organisationen dafür zu wirken.
Vielleicht darf ich ein weiteres Stichwort hier hereinwerfen: Unseren christlichen Bauern in Bayern geht es genauso wie den christlichen Arbeitern in Bayern. Wir sind mit unseren unpolitischen, überparteilichen Organisationen nicht immer zufrieden. Wir können nicht zufrieden sein, denn es besteht die ungeheure Gefahr, daß unsere weltanschauliche Ausrichtung auf dem Lande durch diese Verwässerung getrübt und gefährdet wird. Wir waren damals, als wir unsere weltanschaulichen Organisationen auf dem Lande hatten, besser daran als heute,

(Zuruf: So ist es richtig!)

und der Zug der Zeit wird dahin führen, daß wir auf diesem Gebiete wieder aufholen.

(Sehr richtig!)

Ein weiteres Wort möchte ich an Sie richten als ein Abgeordneter von der südlichsten Grenze des Bayernlandes, wo die Bayernpartei heute Kundgebungen abhält. Da möchte ich die Christlich-Soziale Union bitten, auf dem Lande einen Aufklärungs- und Werbefeldzug zu veranstalten.

(Beifall.)

Wir Bauern sind doch schon so klug zu erkennen, was hier eigentlich gespielt wird. Gehen wir hinaus in unsere Dörfer, und sagen wir es ihnen, daß es darum geht, die Christlich-Soziale Union zweitrangig zu machen, sie zur zweiten Partei zu machen. Das ist doch im Grunde genommen das Ziel aller dieser Herren da unten oder da oben.

(Zuruf: *Hoegner*!)

Jawohl, es ist ein alter Traum *Hoegners*, die Christlich-Soziale Union um einen Rang zurückzudrängen. Wenn wir das unseren Bauern sagen, werden sie immun sein. Wenn wir sie weltanschaulich aufklären, dann haben wir viel getan.

Und noch ein Wort an unsere Normalverbraucher: Die Bauern sitzen heute auf der Anklagebank, ich sage unschuldig auf der Anklagebank. Man macht uns verantwortlich für die Not des Volkes. Ich habe in diesen Tagen bei der Herfahrt im Eisenbahnabteil soundso oft hören müssen, daß diese Verbrecher, die Bauern, aufgehängt gehören. Ist das der Dank für das, was wir getan haben?

(Sehr richtig!)

Wir sind nicht schuld an den heutigen Zuständen.

(Sehr richtig!)

Wir klagen jene an, die schon nach dem Zusammenbruch durch ihre Maßnahmen die heutigen Verhältnisse verschuldet haben. Es ist nicht die CSU-Regierung, wie man heute sagt. Wenn man damals, vor zwei Jahren, die Produktionssteigerung propagiert hätte, anstatt von Schweinemord als der Grundlage der Fetterzeugung zu reden, oder wenn man damals nicht von Viehbestandsverminderung gesprochen hätte, wenn man damals alles ganz anders aufgezogen hätte, wäre unsere Lage heute eine wesentlich andere.

Ich möchte nun an Sie, die Normalverbraucher in der Christlich-Sozialen Union, die Bitte richten: Seid so gut und wirkt hier aufklärend in der Bevölkerung. Wir werden der Union, das sage ich abschließend, die Treue halten, wir christlichen Bauern. Wir fordern aber auch von Euch Treue. Treue um Treue!

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bevor ich in der Debatte weiterfahre, darf ich über die Resolution, die Ihnen vorhin Parteifreund *Schütz* vorgelegt hat, abstimmen lassen. Die Resolution ist bekannt. Wer enthält sich? Wer ist gegen die Annahme dieser Resolution? Damit ist die Resolution einstimmig angenommen.

Zu einer sachlichen Feststellung hat das Wort erbeten der Parteifreund *Michel*. Ich bitte *Michel*, nur kurze sachliche Feststellungen zu treffen. Ich darf davon ausgehen, daß noch fünf Minuten bis halb sind. Punkt halb wird geschlossen.

Abgeordneter *Michel*: In meiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter möchte ich nun doch mitteilen, daß der Bayerische Staat rund 240 Millionen Mark im Jahr für die Flüchtlingshilfe ausgibt und daß auch in der Wirtschaft etwas getan wird. Um einige Zahlen zu nennen: 70% der Fabrikation in der Herdherstellung sind für Flüchtlinge vorweg beschlagnahmt.

(Dr. *Rinke*: Das war einmal!)

Auf dem Sektor des Schulwesens sind vom Kultusministerium 5000 Flüchtlinge als Volksschullehrer eingestellt worden, weit mehr, als den Flüchtlingen anteilsmäßig zustehen, dazu über 1000 Mittelschullehrer, die Flüchtlinge sind.

(*Schütz*: Genau 760!)

Es sind über 1000 Flüchtlinge.

(Dr. *Rinke*: Das Kultusministerium ist der große Lichtblick!)

Der Bayerische Landtag, die bayerische Volksvertretung, die Christlich-Soziale Union im Bayerischen Landtag tun das Bestmögliche für die Flüchtlinge. Sie dürfen davon überzeugt sein, daß wir uns der Verantwortung, die uns übertragen ist, voll und ganz bewußt sind, wenn auch vielleicht nicht sehr viele Flüchtlingsabgeordnete im Bayerischen Landtag vertreten sind.

(Zuruf: Sie haben eine Ahnung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf die Debatte über das Flüchtlingswesen dadurch schließen, daß ich den Appell aufnehme, den Parteifreund *Lang* als oberbayerischer Bauer vor allem an alle Bauern gerichtet hat. Ich erkläre namens der Christlich-Sozialen Union: Wir erwarten von allen unseren Mitgliedern und unseren Wählern, daß sie in aktiver Tat den Flüchtlingen helfen und sich freiwillig bereit erklären, wenigstens so viel zu geben, daß alle diese Menschen im wahrsten Sinne des Wortes den Boden unter die Füße bekommen. Wir werden uns nächstens im Landesausschuß im einzelnen darüber unterhalten, wie die Politik der Union in dieser Weise aktiviert werden kann.
Ich darf fragen, ob eine weitere Debatte in der Landesversammlung gewünscht wird. Es ist das nicht mehr der Fall. Dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, bitte ich Sie, sich nur noch einen Augenblick zu gedulden. Es obliegt mir als neugewähltem Landesvorsitzenden jetzt die Aufgabe, Ihnen allen zu danken, nicht nur für das Erscheinen, sondern auch für die Mitarbeit in dieser Landesversammlung. Wir haben wirklich gearbeitet. Und mögen die Diskussionen manchmal scharf gewesen sein, es ist dabei ein positives Ziel erreicht worden, daß nämlich eine Willensklärung in der Union eingetreten ist, eine Willensklärung dahin, daß wir alle zusammenhelfen wollen, daß wir fertig werden wollen mit allen Problemen dieser schweren Zeit.
Ich bitte Sie alle, wenn Sie heimkehren: Tragen Sie den Geist des Positiven, der positiven Arbeit und Mitarbeit hinaus aufs ganze Land. Lassen Sie diesen Geist wirken, damit der Geist der Union, der Geist des Christentums sich durchsetze im Volk. Stehen wir Mann an Mann, stehen wir nicht nur im Wahlkampf zusammen, stehen wir zusammen gegenüber allem, was sich an Schwierigkeiten bildet. Wir wollen und wir müssen mit der Not der Zeit fertig werden.
Ich habe erklärt, das Christentum ist die Religion des Optimismus. Wir wollen nicht verzweifeln, wir wollen unserem Volke helfen. Unser Christentum ist Dienst am Volk. Ich danke Ihnen allen für diesen Dienst. Ich danke denen, die hier mitgewirkt haben. Ich danke vor allem nochmals unseren Marktredwitzer Freunden

(Beifall.)

und der ganzen Marktredwitzer Bevölkerung.

(Bravo!)

Ich verabschiede mich jetzt von Ihnen allen bis zur nächsten ordentlichen Landesversammlung, wobei ich einschalten darf, daß sie nach den Weisungen der Militärregierung in einem Jahr sein müßte, daß es also auf jeden Fall zu dem Beschluß, der gefaßt wurde, notwendig sein wird, im entsprechenden Zeitpunkt eine neue Willenserklärung der Militärregierung für eine eventuelle Verlängerung der Amtsdauer einzuholen. Bis zu dieser Landesversammlung, wahrscheinlich aber schon vorher, wenn große

Entscheidungen zu treffen sein werden, verabschiede ich mich mit dem Gruß, der in unserer Heimat immer üblich war, Grüß Gott!
Ich schließe damit die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

Schluß der Versammlung um 15.33 Uhr.

Nr. 32

Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 28. und 29. Februar 1948 in Regensburg

Tagesordnung:[1]
1. Politische Aussprache
2. Satzungsänderung
3. Neuwahlen
4. Sonstiges

Anwesend:[2] Ankermüller, Bartel, Barth, Birkl, Böck, Boehlke, Breidbach, Butterhof, Centmayer, B. Dötsch, Donsberger, Donderer, Eberhard, Ebner, Eggensberger, Ehard, Eichhorn, Emmert, Euerl, Fackler, H. Fink, F. Fischer, H. Fischer, J. Fischer, M. Fischer, Gamperl, Geiger, Grasmann, Hagn, Hassel, H. Haunhorst, Haußleiter, Heinlein, Heiszler, Heubl, Hoechstetter, Höhenberger, Horlacher, Hort, Hundhammer, Imler, Jahn, Kahn, Karpf, Klytta, K. Köhler, Krehle, Kroll, K.A. Kroth, Krüger, Kübler, Lacherbauer, Lallinger, A. Lang, C. Lang, Liedig, Lingmann, Luksch, von Luschka, Mayr, H. Meier, Meyer-Spreckels, Mikolaschek, J. Müller, Muhler, Nerreter, Ostwald, Ott, Pfeiffer, Pflaum, Hans Pflüger, Heinr. Pflüger, Piechl, Pieterek, Prechtl, von Prittwitz-Gaffron, Probst, Rathgeb, Reichstein, Rindt, Rinke, Rüttger, Sattler, F.L. Sauer, F. Schäfer, K. Schäfer, F. Schäffer, Schedl, Schlögl, G. Schmid, K. Schmid, A.W. Schmidt, Schrott, A. Schubert, Schütz, Sedlmayr, Seidel, Sporer, K. Staudinger, F.J. Strauß, R. Stücklen, Sühler, O. Thomas, Weinkamm, Wilhelm, K. Wimmer, F. Wittmann, Zehner

ACSP, CSU-Landesausschüsse

Die Sitzung wird nach einer durch die verspätete Ankunft der Hauptzüge bedingten Verzögerung um 11.55 Uhr unter dem Vorsitz des Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Dr. *Josef Müller*, eröffnet.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich eröffne die Landesausschußsitzung der Christlich-Sozialen Union. Die Einberufungen sind rechtzeitig ergangen. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß keine Einwendungen wegen Versäumnissen aus formalen Gründen erhoben werden. Ich begrüße Sie alle, die Sie erschienen sind, mit einem herzlichen Grüß Gott. Ich begrüße die Vertreter der amerikanischen Militärregierung und alle Ehrengäste. Ich begrüße alle Freunde aus dem ganzen Land und danke Ihnen allen für das Erscheinen.

Bevor ich selbst spreche, bitte ich das Wort erteilen zu dürfen dem Vertreter des Kreisverbandes Regensburg, Oberstadtschuldirektor *Staudinger*.

Staudinger: Liebe Parteifreunde! Ich habe den ehrenvollen Auftrag, Sie im Namen des Kreisverbandes Regensburg auf das herzlichste zu begrüßen. Wir freuen uns, daß Sie zu uns nach Regensburg gekommen sind. Wir wünschen der heutigen Tagung einen großen Erfolg. Möge endlich einmal der Boden geschaffen werden, auf dem mit aller

---

[1] Laut Wortlaut des Protokolls, vgl. S. 1556. Die Reihenfolge der Themen wurde dem tatsächlichen Sitzungsverlauf angepaßt.

[2] Laut Anwesenheitsliste, ergänzt anhand des Protokolltextes. In fünf Fällen ist die Anwesenheit nicht zweifelsfrei bescheinigt; diese Personen wurden nicht aufgenommen. Die Delegierten des Bezirksverbands Oberbayern - R. Berger, A. Braun, Geiselberger, Jaeger, Montgelas, Stiller und Weixler - blieben der Sitzung fern.

Klarheit unsere Ideen vertreten werden können. Möge die Grundlage geschaffen werden, daß wir arbeiten können zum Nutzen der Partei, aber auch zum Segen unseres Volkes.
Das ist der Wunsch, den ich hiermit im Namen des Kreisverbandes zum Ausdruck bringen möchte.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Oberstadtschuldirektor *Staudinger*, ich danke dem Kreisverband Regensburg nicht nur für die Worte der Begrüßung, sondern auch für alle Arbeit, die in Vorbereitung dieser Tagung geleistet wurde. Wir wissen, wieviel Arbeit für jeden einzelnen, wieviel Arbeit für den Bezirksverband an der Vorbereitung einer solchen Tagung hängt. Wir hoffen, daß sich diese Arbeit und diese Mühe für uns alle und vor allem für den Kreisverband Regensburg lohnt.
Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Wir tagen in Regensburg, einer Stadt einer alten Tradition. Es war einmal eine freie Reichsstadt. Die Freiheit hat hier gelebt, die Freiheit wurde von hier ins ganze deutsche Land hinausgetragen. Diese Stadt hat ein Schicksal hinter sich und hat deutsches und bayerisches Schicksal erlebt. Von hier aus wurden nicht nur die Befehle hinausgegeben, die damals der Reichstag im Mittelalter beschlossen hat, von hier aus wurde Kultur ins ganze Land hinausgetragen und weit die Donau entlang.
Dieser Strom verbindet die Völker, er ist auch in Bayern kein Trennungsstrich und kein Äquator, sondern wir wissen, daß wir uns alle zwischen Nord und Süd die Hand reichen über diesen Strom hinweg. Nichts trennt uns, nichts darf uns in Bayern trennen. Und wenn an Ereignisse von heute von manchen die Hoffnung geknüpft wird, von manchen außerhalb Bayerns, daß vielleicht mit unseren Entwicklungen auch bayerisches Schicksal dadurch entschieden werden könnte, daß Nord und Süd auseinanderklaffen, diese Hoffnung wird auf alle Fälle enttäuscht werden.

(Bravo!)

Wir wollen immer und überall zeigen, daß wir Bayern sind, ob wir nördlich oder südlich der Donau wohnen. Und wenn wir da und dort vielleicht eine andere Konzeption haben, wenn die Menschen nicht gleich geraten sind, so besagt das nichts. Bayern ist zu einer Einheit geworden, seitdem es in Napoleons Zeiten zusammengebracht wurde. Die Zeiten gehen rasch vorüber. Manches, was heute wichtig erscheint, ist morgen und übermorgen unwichtig geworden.

(Sehr richtig!)

Wir dürfen auch nicht verkennen, wenn wir Entscheidungen von weittragender Bedeutung treffen: Es geht nicht nur um den Augenblick. Der Augenblick ist rasch vorüber. Es geht um die Geschichte unserer Heimat, um die Geschichte unseres Vaterlandes, um die Geschichte der Menschheit. Wenn wir heute hier in Regensburg tagen, so empfinden wir die Bedeutung des letzten Satzes, daß heute in dieser Zeit Geschichte gemacht und Geschichte erlebt wird, wenn wir von hier aus östlich schauen und wenn wir die Entwicklung beachten, die östlich des Bayerischen und Böhmerwaldes gegenwärtig vor sich geht. Es trennen uns in dieser Hinsicht keine Grenzen. Die Grenzen sind in der modernen Entwicklung nicht mehr von der gleichen Bedeutung wie früher. Auch Gebirge trennen uns nicht mehr. Was dort in dem Lande östlich des Bayerischen und Böhmerwaldes vor sich geht, berührt auch unser eigenes Erleben und wird es in der Zukunft berühren. Mit ernster Sorge betrachten wir die Entwick-

lung dort, und wir hoffen nur, daß unsere christliche Kultur dort bestehen kann. Ich darf es hier ruhig aussprechen: Trotzdem wir noch nicht ganz drei Jahre vom Kriege entfernt sind, die Gegensätze zwischen den Völkern haben sich verwischt, und wir fühlen mit den Menschen, die dort den Kampf für die christliche Kultur austragen werden, als Brüder in Christo.

(Sehr richtig!)

Wir wollen das nicht vergessen, wenn wir heute und morgen hier diskutieren und wenn wir uns vielleicht auseinandersetzen. Kleinigkeiten dürfen uns nicht daran hindern, daran zu denken, daß es in der heutigen Zeit um große Auseinandersetzungen geht und gehen wird, um die Auseinandersetzung hie christliches Kulturdenken, hie kollektivistisches Denken. Wir werden, gleichgültig wo wir stehen, als Christen uns behaupten.

Seit der Marktredwitzer Tagung habe ich gerade das Zusammenleben der christlichen Politiker in Luxemburg miterleben können. Es war ein wirkliches Erlebnis, zu beobachten und auch mitzuwirken bei dem Treffen der christlichen Politiker und der Vertreter der christlichen Parteien in Luxemburg. Man war vielleicht am ersten Abend noch so gestimmt, daß man befürchtete, daß doch Dissonanzen bestehen könnten, die uns doch nicht zu wirklicher Zusammenarbeit kommen lassen. Noch wurde am ersten Abend über ein vorbereitetes Referat diskutiert, das sich mit der Kriegsschuldfrage befaßte und in dem darauf hingewiesen wurde, daß Deutschland die Verantwortung für zwei Kriege zu übernehmen hätte. Aber schon die Aussprachen vor Beginn der Tagung und erst recht während der Tagung haben gezeigt, daß auch wir christlichen Politiker weiter sind. Noch kaum drei Jahre nach dem Kriege war die Gemeinschaft christlichen Denkens schon so stark geworden, daß wir ganz klar erkennen konnten: Die christlichen Parteien Europas werden zu gemeinsamem Wirken im christlichen Geist zusammenwachsen, und wir werden darüber hinaus zusammenhelfen, um Europa als Föderation zu schaffen.

Wir sehen dabei nicht nur die Probleme des Geistigen, sondern auch die Situation von heute. Wir empfinden unsere Situation als die härteste. Aber bei den Aussprachen hat sich gezeigt, daß in jedem Lande das Erlebnis der schaurigen Kriegs- und der Nachkriegszeit, aber auch der Hitlerzeit so stark geworden ist, daß kein europäisches Volk mehr gegen ein anderes europäisches Volk stehen will. Die Völker Europas müssen sich einen, um die christliche Kultur, die von Europa hinausgetragen wurde, zu behaupten und nochmals zu erneuern, oder Europa wird das Schicksal des alten Griechenlands in der Zeit seiner Aufspaltung in Kleinstaaterei erleiden.

Vergessen wir das auch für uns hier nicht, vergessen wir es auch nicht, wenn wir heute das Verhältnis Bayerns zum übrigen Deutschland betrachten. Wenn heute das Land östlich des Bayerischen und Böhmerwaldes eine andere Konzeption verwirklichen würde, wenn dort der kollektivistische Geist siegen würde, dann würde ein Großteil Deutschlands unmittelbar gefährdet sein und es wären rasch Brücken geschlagen zwischen den Gebieten, die heute in der Auseinandersetzung stehen, in denen sich unsere Brüder von der Christlich-Demokratischen Union mit Not behaupten, von der Zone, die von Rußland besetzt ist, und dem Land, das eine kommunistische Verfassung verwirklichen würde.

Wenn aber diese Entwicklung eintreten würde, dann meine lieben Freunde, würden auch Reden im Zirkus Krone über ein selbständiges Bayern nichts mehr nützen.

(Zustimmung und Beifall.)

Denn Bayern kann dann keine Insel der Glücklichen bleiben, wenn die geistige und materielle Not zum Zusammenbruch Deutschlands führt.

(Sehr richtig!)

Die Reden sind leichthin gehalten, und es ist so schön, historische Vergleiche zu bringen. Es ist so leicht zu sagen, wir wollen den gleichen Status, den heute Österreich hat. Denn unsere Geschichte ist mindestens genauso alt.
Gerade solche Reden erinnern an die Kleinstaaterei im alten Griechenland.

(Sehr richtig!)

Gerade in einer solchen geistigen Haltung ist die griechische Kultur, die vorher noch tragend gewesen war, zusammengebrochen. Wenn wir in die neueste Geschichte zurückgehen, können wir sagen, meine lieben Freunde: Deutsch-Österreich als selbständiges Land konnte nicht leben und nicht sterben. Als *Hitler* 1938 vorgedrungen ist, war ein Widerstand unmöglich. Noch Tage vorher glaubte man von Österreich, es könne sich selbst behaupten, und Tage nachher war eine Welle über Österreich hinweggegangen. Wenn wir den Separatismus, der im Zirkus Krone vorgetragen wurde, in Bayern verwirklichen würden, dann müßten wir das gleiche Schicksal für Bayern befürchten.

(Sehr richtig!)

Gerade deswegen wollen wir als Bayern darauf hinwirken, daß wir nicht in die Isolierung gehen. Wir wollen uns als Bayern in Deutschland behaupten. Wir wollen dafür sorgen, daß Bayern wirklich ein lebensfähiges Glied in diesem Deutschland, das wachsen wird, wird. In dieser Hinsicht wollen wir auch von dieser Tagung aus dafür sorgen, daß Klarheit geschaffen wird.

(Sehr richtig! Hoffentlich!)

Die Union ist nicht als separatistische Partei begründet worden. Die Union wollte nicht die Abspaltung von den christlichen Brüdern außerhalb Bayerns. Wir werden auch nicht zulassen, daß der Separatismus in Bayern siegt.

(Sehr richtig!)

Klare Fronten bringen eine klare Entscheidung. Ich glaube mich verpflichtet, das hier aussprechen zu müssen, damit jeder erkennt, worum es heute letzten Endes geht. Ich habe in Marktredwitz auf die Gefahren des Hungernationalismus hingewiesen. Auch der Partikularchauvinismus, um mein altes Wort aufzunehmen, wächst aus dem Hunger heraus in besonderer Weise.
Ich anerkenne wirklich das Gefühlsleben, das im einzelnen wächst. Ich anerkenne, daß der Heimatbegriff, daß die bayerische Heimattreue etwas Edles ist. Wir alle lieben Bayern. Wir lieben es mindestens genauso wie diejenigen, die heute ein politisches Geschäft daraus machen wollen, daß sie immer und immer nur so tun, als ob Bayern allein in der Welt wäre.

(Sehr richtig!)

Bayern bleibt Bayern treu und die Christlich-Soziale Union wird sich in der Treue zu Bayern von niemandem übertreffen lassen.

(Bravo!)

Aber die Christlich-Soziale Union sorgt auch dafür, daß Bayern einen entsprechenden Platz in Deutschland bekommen wird.

(Beifall.)

Proteste allein schaffen keine Geltung, sondern nur aktives Mitwirken beim Aufbau Deutschlands wird dafür sorgen, daß Bayern sich und seine Rechte zur Geltung bringen kann.

(Sehr richtig!)

Wer sich ausschließt, verliert.
Wir werden dafür sorgen, daß diese Politik mehr noch, als es bisher geschehen ist, auch jetzt in Frankfurt durchgesetzt wird. Wir wissen alle, Frankfurt, die Bizone, ist ein sehr ernstes und schwieriges Problem für uns geworden. Die Anfangszuckungen sind zweifelsohne verständlich. Aber die Gegensätze, die in und um Frankfurt aufgetreten sind, bedeuten mehr als Anfangszuckungen. Mit ernster Sorge beobachten wir häufig, wie auch dort nicht immer die nötige Klarheit herrscht. Hier sei festgestellt: So klar unsere Front für uns als Föderalisten in der Union gegen Separatismus ist, so klar ist unsere Front gegen den Zentralismus.

(Beifall.)

Die Zentrale muß so stark sein, daß sie mit der Not von innen und außen bei den zentralen Maßnahmen, die zur Behebung der Not ergriffen werden, fertig werden kann. Aber nie und nimmer wird die Zentrale allein mit der Not fertig werden, wenn nicht alle zusammenwirken, um die Not zu bekämpfen. Sollte Frankfurt glauben, allein die Not zu beheben, sollte es glauben, nur durch Gesetze und Befehle die Not beheben zu können, so wäre das eine große Täuschung. Nur dann, wenn alle deutschen Länder den Kampf gegen die Not aufnehmen, nur dann, wenn die Gesetze so sind, daß sie die deutschen Länder durchführen können, nur dann werden wir der Not Herr werden. Es muß die Ausgewogenheit gefunden werden zwischen der Notwendigkeit zentraler Maßnahmen und der Selbständigkeit der einzelnen Länder in der Behebung der wirtschaftlichen und geistigen Schwierigkeiten.
Es geht ja heute nicht nur etwa um den materiellen Zusammenbruch, der moralische Zusammenbruch unseres Volkes ist in vieler Hinsicht noch viel größer als der materielle. Aber der moralische Zusammenbruch kann nie und nimmer durch die Zentrale behoben werden. Wir, die wir die christliche Kultur verwirklichen wollen, wissen, daß der Zentralismus kulturverflachend gewirkt hat. Gerade aus dieser Erfahrung heraus wollen wir auch dafür sorgen, daß unsere bayerische Kultur leben kann. Wir wollen dafür sorgen, daß die Werte dieser bayerischen Kultur, die eine christliche Kultur ist, ganz Deutschland zugute kommen.

(Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei den einzelnen Maßnahmen, die in Frankfurt jetzt zu ergreifen sind, wird von großer Bedeutung sein, was Frankfurt, was die Bizone aus sich selbst machen wird. Wir haben immer und immer wieder betont, die Bizone ist ein Provisorium, wir wollen sobald wie möglich die deutsche Wirtschaftseinheit schaffen, weil wir ohne sie eben zusammenbrechen. Und wenn Deutschland zusammenbricht, so wird der Zusammenbruch angesichts der zentralen Lage Deutschlands in Europa Wellen schlagen über ganz Europa hinweg. Deutschland ist das zentrale Problem für Zentraleuropa, und aus Deutschland heraus wird sich vielleicht entscheiden, ob Pläne für die Sanierung der Weltnot und vor allem der europäischen Not verwirklicht werden können.
Ich habe das letzte Mal in Marktredwitz betont, der Schlüssel zum Marshall-Plan liegt im Ruhrgebiet, dort, wo das wirtschaftliche Leben pulsiert. Dort muß sich beweisen,

ob wir fähig sind, eine Wirtschaftsordnung wieder so zu schaffen, daß jedes dieser zentralen Gebiete in seiner Produktivität ganz Europa zugute kommt. Wenn es uns aber nicht gelingt, diese Wirtschaftsnot zu beheben, wenn wieder Wirtschaftskrisen von dem Ausmaße der Krisen vor 1933 eintreten, dann, meine lieben Freunde, nützen auch schöne Worte nichts. Wie nahe glaubten wir uns vor 1933, noch in der Zeit *Brünings*, der endgültigen Lösung, und 100 Meter vor dem Ziel haben die Nerven versagt, weil die Auswirkungen der Deflationszeit, weil die Zeit der Arbeitslosenkrise dazu beigetragen hat, daß das Kollektiv der Masse zur Diktatur hingesteuert wurde.
So wollen wir nie vergessen: Durch Paragraphen, durch Statuten allein kann nicht Leben geschaffen werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß auch die entsprechende Existenzbasis entsteht, damit auch die geistige Haltung der Völker bewahrt werden kann. Noch sind wir in unserer wirtschaftlichen Entwicklung nicht weitergekommen. Noch haben wir einen Lebensstandard von 1550 Kalorien,

(Heiterkeit.)

die zum Teil nur Papierkalorien, keine effektiven Kalorien sind.

(Sehr richtig!)

Noch hoffen wir, daß wenigstens in den nächsten Monaten uns die Hilfe [zuteil] wird, daß unserem Volk Fett gegeben werden kann oder daß andere Lebensmittel hergeschafft werden.
Es geht dabei um sehr ernsthafte Auseinandersetzungen. Ich darf hier nochmals betonen, um zum aktuellen Problem zu sprechen: Wenn andere Parteien, wenn gerade die SPD in den letzten Tagen geglaubt hat, daß es uns im Falle *Semler* etwa um parteipolitische Geschäfte gegangen wäre, oder wenn man gar von einer Niederlage gesprochen hat, meine sehr verehrten Damen und Herren, uns ging es nicht um die Parteipolitik, und wir empfinden auch diesen Ausgang nicht als Niederlage.

(Sehr richtig!)

Wir empfinden ihn deshalb nicht als Niederlage, weil wir als Deutsche ein deutsches Wort offen sprechen wollten von Demokraten zu Demokraten über unsere wirkliche Situation.

(Sehr richtig!)

Es wäre sicher besser gewesen, wenn die Worte so formuliert worden wären, es wäre besser, wenn sie in der Zukunft immer so formuliert würden, daß man immer weiß, daß es wirklich nur um reale Dinge geht. Aber wir beachten dabei auch: Wenn das demokratische Wort gesprochen wird, dann muß es so gesprochen werden, daß dabei nicht ein Appell an die nationalen Instinkte entsteht.
Mit banger Sorge betrachten wir das Anwachsen des Nationalismus,

(Sehr richtig!)

und jedes Wort, das heute gesprochen wird, muß unter diesem Gesichtspunkt auf die Waagschale gelegt werden. Denn wir als Christen wissen, daß der Instinktnationalismus eine Gefahr ist für reales Denken, für die reale Verwirklichung unserer christlichen Kultur. Denn der Instinktnationalismus täuscht die Menschen hinweg über ihre wirkliche Lage, und er führt leicht zu expansivem Denken und Handeln. Wir bekämpfen jede Expansionsgefahr, wir bekämpfen sie deswegen, weil wir wissen, daß die Expansionsgefahren dann, wenn sie von uns nicht bekämpft werden, wenn sie innerhalb

aller europäischen Länder wieder wachsen würden, daß sie dann auch unser Schicksal in Europa besiegeln würden.

(Sehr richtig!)

Wir haben genug von zwei Kriegen in einer Generation. Einen dritten Krieg wollen wir uns und unseren Kindern ersparen.

(Zustimmung und Beifall.)

Meine lieben Freunde! Die Worte, die heute in den öffentlichen Versammlungen gesprochen werden, lassen in dieser Hinsicht manchmal an Klarheit zu wünschen übrig. Man hat manchmal das Empfinden, als ob wir bei allen Diskussionen doch zu stark in einer gewissen Nervosität drin wären, daß jeder seine eigenen Probleme als die dringendsten Probleme der Zeit ansieht. Und wenn wir heute erleben, wie schwer sich unsere junge Demokratie tut, wenn wir heute die Tonart verfolgen, die manchmal in den Auseinandersetzungen angeschlagen wird, so möchte man manchmal sagen: Ja, vergessen denn diese Leute, daß das Volk draußen für diese Auseinandersetzungen, für diese Streitereien keinen Sinn hat?

(Sehr richtig!)

Das Volk will Brot und Arbeit, und es will, daß die Menschen, die Verantwortung übernommen haben, in erster Linie daran denken und nicht in erster Linie daran, ob einer etwas mehr oder weniger Macht und Geltung hat.

(Beifall und wiederholte Zustimmung.)

Ich darf jetzt zu dem aktuellen Thema übergehen, das uns in dieser Tagung auch beschäftigen wird. Die Haltung, die ich Ihnen soeben gesagt habe, hat mich dazu bestimmt, daß ich, als Herr Staatsrat Dr. *Schäffer* auf der Bezirkstagung Oberbayern die schweren, massiven Angriffe gegen mich vorgetragen hat, geschwiegen habe, weil wir nicht durch eine Stellungnahme in der Presse zu diesen Angriffen den Eindruck einer kleinlichen Streiterei entstehen lassen wollten.

(Bravo.)

Ich weiß, daß damit die Gefahr entstand, daß man sagen konnte, er schweigt, und wer schweigt, hat Unrecht und gesteht Unrecht ein.
Ich habe es bedauert, hören zu müssen, daß gestern und vorgestern auch Herr Staatsrat *Schäffer* einen ähnlichen Schluß aus meiner Haltung gezogen hat.

(Widerspruch.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wäre mir nicht schwer gefallen, Stellung zu nehmen, und ich war auch wirklich stark versucht zu antworten. Aber ich habe mir dabei erklärt: Wenn ich Stellung nehme, so kann ich das nur tun vor einem entscheidenden Gremium unserer Partei. Eine Diskussion in der Presse bringt keine Klärung.

(Sehr richtig!)

Nur dort, wo ich mich zu verantworten habe, dort stehe ich Rede und Antwort. Lieber lasse ich es mir gefallen, daß ich angegriffen werde. Ich habe innerhalb der zwei bis drei Jahre, ich habe in der vergangenen Zeit ebensoviel Angriffe mitgemacht.
Es wird mir vorgeworfen, daß in der Politik der Union, für die ich wesentlich mitverantwortlich war, keine christliche Linie befolgt worden sei.

(Unruhe.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war bereit - und das sind nicht leere Worte, das habe ich durch die Tat bewiesen -, für meine christliche Überzeugung in den Tod zu gehen und den Galgentod zu sterben. Ich habe das erlebt. Zweimal wurde ich zur Hinrichtung hingeführt. Ich glaube, wer ein solches Erlebnis hinter sich hat, der reift in sich und weiß, daß er für das Christentum nicht nur das Leben einzusetzen hat, sondern, wenn es gilt, sein Alles, seine ganze materielle Existenz und die Ehre. Denn nur, wenn es um das Letzte, wenn es um den Inhalt des Christentums geht, ist es möglich, alles preiszugeben.

Ich habe gerade diesen Vorwurf als den bittersten Vorwurf empfunden, den es überhaupt gibt, als den bittersten Vorwurf deswegen, weil derjenige, der diesen Vorwurf vorgetragen hat, vielleicht nicht empfinden kann und konnte, was es in Anbetracht der christlichen Überzeugung bedeutet hat. Alles, was ich auch während des Krieges getan habe, habe ich um meiner christlichen Überzeugung willen getan. Aber er hat es vielleicht nicht empfunden, was es heißt, dafür jahrelang im Gefängnis und KZ zu sein und nicht nur einige Wochen, und was es bedeutet, lange Monate hindurch die Fesseln zu tragen und alle Schikanen durchzumachen, was es dann bedeutet, den Weg zur Hinrichtungsstätte, den Weg zum Galgen zu gehen.

Ich darf mir dazu Worte ersparen. Nur dann würde ich sprechen, wenn man mir mit einem realen Beweise und nicht nur mit leichtfertig hingeworfenen Worten nachweisen würde,

(Jawohl! Das ist es!)

wo ich unchristlich war oder wo die Linie der Christlich-Sozialen Union verlassen wurde.

(Sehr richtig!)

Wenn ein politischer Gegner das machen würde, dann würde ich das als Konkurrenzkampf ansehen. Wenn aber in der Zeit der schwersten Kämpfe, die wir auf hoher Ebene zu bestehen haben, in der Zeit von beginnenden Wahlauseinandersetzungen aus den eigenen Kreisen heraus solche Worte hingeworfen[3] werden, dann, meine lieben Freunde, kann ich nur sagen: Wohin führt es, wenn in diesem Augenblick eine Partei, die eine wirkliche christliche Bewegung geworden ist und werden will, von innen heraus ausgehöhlt und unterminiert wird.

(Sehr richtig! Hinauswerfen!)

Ich bitte, nicht bei einer ernsthaften, schwierigen Auseinandersetzung auch durch Zurufe ein Urteil zu fällen, das ernsthaft überlegt werden muß.

(Sehr richtig!)

Ich bitte, solche Zwischenrufe zu unterlassen.

Die Vorwürfe, die mir sonst noch gemacht wurden, darf ich, um den Eindruck der Streiterei zu vermeiden, nur ganz kurz beantworten. Wünschen Sie weitere Klärung, ich stehe restlos zur Verfügung. Ich möchte nur immer und immer wieder vermeiden, daß der Eindruck des Streites zwischen zwei Menschen entsteht. Es soll einer angreifen, wenn er es will. Ich werde nicht streiten, ich werde kein Wort mehr sagen, als zur unbedingten Verteidigung notwendig ist.

[3] In der Vorlage: "hingewiesen".

Die Angriffe, die vorgetragen wurden, waren noch auf das Persönliche abgestellt. Herr Staatsrat *Schäffer* hat in dieser Bezirksversammlung erklärt:

> Es waren Leute unserer Richtung, *Stegerwald* und Dr. *Josef Müller*, die in Frankfurt damals gegen mich Stimmung gemacht haben, im Herbst 1945. Als ich in jenen Tagen vor meinem Rücktritt einmal die neue Liste des Kabinettes erhalten habe, hat die Liste so geheißen: Ministerpräsident *Stegerwald* oder Dr. *Josef Müller*, Stellvertretender Ministerpräsident und Leiter der Staatskanzlei ein Kommunist. Und so ging die Liste weiter. Dr. *Hoegner* hat damals erklärt, er könne mit Dr. *Müller* nicht verhandeln, weil Dr. *Müller* ja den Kommunisten so weitgehende politische Versprechungen gemacht habe, daß er dadurch in die schwierigste Lage gekommen sei. In der Nacht hat Dr. *Müller* mit Dr. *Kroth* telefoniert, ihm alles mitgeteilt, und am nächsten Tag waren die Verhandlungen gescheitert, und es ist damals überhaupt kein Mann aus der CSU als Minister, sondern Dr. *Baumgartner* als Fachminister übernommen worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lesen Sie das Protokoll des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union vom Frühjahr 1946 in Bamberg und Sie finden die gleichen Angriffe. Sie finden die Antworten darauf, Sie finden die Klärung. Ich habe damals Stellung genommen, und nach meiner Wahl hat Dr. *Schäffer* eine Loyalitätserklärung abgegeben. Jetzt, nach zwei Jahren, werden die gleichen Angriffe mit der gleichen Massivität aufgenommen, als ob innerhalb der zwei Jahre die Zeit stehengeblieben wäre.

(Sehr richtig.)

Die Union hat sich in den zwei Jahren so weit entwickelt, daß sich keiner von uns mehr mit diesen alten Dingen beschäftigt hätte, und man wird auch im Volk - das habe ich mir erklärt, als die Angriffe vorgetragen wurden - dafür kein Verständnis haben, daß zwei Jahre ganz einfach gestrichen werden.
Ich darf aber, um nicht der sachlichen Feststellung auszuweichen, dazu erklären: Ich war im Jahre 1945 einige wenige Tage in Frankfurt, aber nicht, um Verhandlungen zu führen. Ich wurde damals von einem Offizier des Interalliierten Hauptquartiers von Capri über Paris nach Frankfurt gebracht, weil ich in Südtirol befreit und von dort aus nach Capri gebracht worden war. Ich sah damals in Frankfurt zum ersten Mal Deutschland wieder, und Sie dürfen mir glauben, daß ich in Frankfurt überhaupt noch [nicht] gewußt habe, wer Bayerischer Ministerpräsident ist. Denn weit war ich von der Heimat weg, ich hatte keinen Kontakt mit meiner Familie, hatte seit September 1944 überhaupt nichts von der Familie gehört. Und da beschäftigt einen wirklich alles andere eher als diese aktuelle Politik und als das, was sich damals ereignet hatte. Erst als ich nach München zurückkam, hörte ich davon, traf ich den einen oder anderen. Aber ich kam dann nicht mehr nach Frankfurt und hatte auch keinerlei Kontakt bis zu der Zeit der Entscheidungen mit Frankfurt.
Ich weiß heute ungefähr, wer damals von amerikanischer Seite Einfluß auf die seinerzeitige Regierungsbildung genommen hat. Ich darf dazu erklären: Ich habe den Mann, der diesen Einfluß auf die Regierungsbildung, wie sie vorgenommen wurde, genommen hat, bis zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht getroffen gehabt.
Ich darf ferner dazu feststellen: Es hat mir leid getan, daß ein Toter, unser Freund *Stegerwald*,

(Sehr richtig! Pfui!)

jetzt in dieser Weise hineingezogen wird. *Stegerwald* und ich trafen uns sicherlich nicht lange nach meiner Rückkehr, und zwar mehr oder minder durch Zufall - ich kannte ihn bis dahin noch gar nicht -, als er von Würzburg, wo er Regierungspräsident geworden war, nach Rothenburg fuhr und ich dort zum ersten Mal meine Familie gemeinsam mit Freunden traf.
Wir haben uns damals über das unterhalten, was werden soll, und ich habe ihm bei dieser Gelegenheit die Idee der Christlich-Sozialen Union, die in mir im Gefängnis gereift war, gerade in der Zeit, als ich die Fesseln getragen habe, vorgetragen, habe ihm die Notwendigkeit klargestellt der Einigung der christlichen Bekenntnisse und der christlichen Menschen zu gemeinsamer Verteidigung der christlichen Kultur.

(Sehr richtig!)

Ich habe mich gefreut, daß er, als einer aus der alten Zeit, mit mir einig war darüber, daß es notwendig geworden war, einen neuen Weg im politischen Leben zu gehen und nicht mehr bei den alten Parteien anzufangen. Ich habe mich gefreut, daß er sich von der Tradition der alten Parteien lösen und daß er mit mir zusammenwirken wollte, um diese Christlich-Soziale Union zu schaffen.
Es mag vielleicht dem einen oder anderen, der damals die Gründung eines Bayerischen Volksbundes beabsichtigte, unsympathisch gewesen sein, daß gerade *Stegerwald*, ein Mann aus der Arbeiterbewegung, den neuen Weg mitging. Aber, meine lieben Freunde, die Idee hat sich durchgesetzt, die Christlich-Soziale Union ist geworden. Auch die Menschen, die damals den Bayerischen Volksbund gründen wollten, sind in die Christlich-Soziale Union gegangen. Sie sollen dann doch nicht immer beim A anfangen, sondern sie sollen sich doch auch entschließen, im Alphabet allmählich weiterzufahren. *Stegerwald* hat, soweit mir bekannt geworden ist, nur einmal die Gelegenheit gehabt, sich in Frankfurt zu unterhalten, und zwar deshalb, weil er von einem Offizier der Militärregierung von Würzburg nach Frankfurt zu einer Aussprache gebracht wurde. Meine lieben Freunde, es wurde Staatsrat *Schäffer* damals zum Ministerpräsidenten bestellt. Ich nehme an, daß auch er von Offizieren zu einer Aussprache geholt wurde. Auch *Stegerwald* konnte sich dieser Aussprache nicht versagen, so wie die Verhältnisse waren, und er mußte auch die Gelegenheit zu einer Aussprache haben. Von Intrigen war bei einem so reifen Mann, wie es Herr *Stegerwald* war, keine Rede und wir wissen, wie Intrigen kamen. Denn er wurde dann ja auch das Opfer einer Intrige. Suchen wir doch nicht immer den Gegner in den eigenen Reihen,

(Sehr richtig!)

sondern sehen wir, daß jeder der gleichen Gefahr ausgesetzt war und ausgesetzt ist.
Ich darf dann zu der Regierungsbildung nach der Entlassung des Herrn Staatsrats *Schäffer* als Ministerpräsidenten übergehen. Meine lieben Freunde! Staatsrat *Schäffer* wurde von der Militärregierung eingesetzt. Es haben sich dann, nach meinem Empfinden sogar zu rasch, Parteien gebildet und bilden müssen.

(Sehr richtig!)

Sie wissen, das Tempo sollte langsamer gehen, und ich mache heute angesichts dessen, was wir erleben, gar keinen Hehl daraus, daß ich 1945 bei Unterhaltungen mit Leuten der Militärregierung noch die Auffassung vertreten habe, daß es gescheiter wäre, einige Jahre eine gesteuerte Demokratie zu schaffen, mit der klaren Übernahme der Verantwortung durch die Militärregierung, und daß man dann zur freien De-

mokratie sich weiterentwickeln sollte, weil dann die Demokratie vielleicht mehr Bestand hätte als bei nicht abgegrenzten Verantwortungen.

(Sehr richtig!)

Aber ausgelöst durch die Entwicklung in Berlin und in der russischen Zone durch die Bildung der Parteien haben dann auch die Amerikaner eine rasche Bildung der Parteien zugelassen, und wir haben dann auch unsere Union geschaffen. Ich habe damals, nach einem zunächst vergeblichen Versuch, bei einem zweiten Versuch mit Staatsrat *Schäffer* eine Aussprache gehabt. Staatsrat *Schäffer* ging damals davon aus, daß er an die Spitze der Christlich-Sozialen Union treten sollte, weil sie die Deckung für die Regierung abgeben sollte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da habe ich allerdings widersprochen, und zwar deswegen, weil ich der Auffassung war, daß die Partei, die im Entstehen begriffen war, nicht eine nachträgliche Verantwortung für eine durch die einmarschierte Truppe gebildete Regierung übernehmen sollte.

(Sehr richtig!)

Denn die Partei mußte aus sich selbst heraus wachsen, in Unabhängigkeit zur Militärregierung; und der von der Militärregierung bestellte Ministerpräsident benötigte auch nicht diese Partei. Man konnte es der späteren Entwicklung überlassen.
Bei der Bildung bzw. Neubildung der Regierung sollte dann eine Vorklärung stattfinden. Damals war Botschafter *Murphy*, der politische Berater von General *Clay* bzw. von *Eisenhower*, der damals noch Höchstkommandierender war, zu Aussprachen mit verschiedenen Leuten in München. Er hat sich auch mit mir unterhalten ebenso wie mit anderen Leuten, die aus den Parteien herausgewachsen waren. Er wollte etwas wissen über das Werden der Parteien und wollte dann durch weitere Aussprachen eine Regierungsbildung vorbereiten. Jedes Wort könnte Ihnen hier wiedergegeben werden, das damals gesprochen wurde.
Wenn ich mich hingedrängt hätte, wäre es etwas anderes gewesen. Aber es kam ein Offizier und hat mich von meinem Büro aus unmittelbar zu Botschafter *Murphy* hingefahren, ebenso wie die Leute von anderen Parteien hingebracht wurden. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollen Sie in einem solchen Moment dann sagen: Ich verweigere eine Aussprache. Jeder muß sich dann in einem solchen Moment unterhalten können. Dieses Recht kann einem niemand nehmen, denn jeder hat das gleiche Recht.
Bei dieser Aussprache kam es zu keinerlei Entscheidung. Es wurde lediglich vorgeklärt. Es sollten weitere Aussprachen in der darauffolgenden Woche folgen. Bei der Vorklärung gingen wir nur davon aus, wie die Verhältnisse waren. Unsere Christlich-Soziale Union war im Wachsen, war aber noch nicht organisch gebildet. Auf der anderen Seite, und das darf nicht verkannt und vergessen werden, auch nicht angesichts der Feststellungen des Herrn Dr. *Hoegner*, stand noch die SPD in einer Arbeitsgemeinschaft mit der kommunistischen Partei,

(Sehr richtig!)

und sie haben immer nur als Arbeitsgemeinschaft gehandelt und verhandelt.

(Hört, hört!)

Die Trennung hat sich später vollzogen.
Ich habe sogar bei einer bestimmten Gelegenheit, als ein Freund von uns eine Vorlage bei der Militärregierung vorgelegt hat, bei der die Union irgendwie miterwähnt

worden war, klar dagegen Stellung genommen, daß die Union nicht gekoppelt werden kann mit dieser Arbeitsgemeinschaft, weil ich es unter keinen Umständen etwa zu einer antifaschistischen Blockbildung kommen lassen wollte.

(Zustimmung.)

Ich glaube, mittlerweile hat sich gezeigt, was diese Antifa-Blöcke bedeutet haben.
Als die Regierungsbildung durchbesprochen wurde, mußte man davon ausgehen, daß noch keinerlei Wahlen gewesen waren, daß man noch nicht den geringsten Überblick über die Kräfteverhältnisse für die einzelnen Parteien haben konnte, sondern daß alles gefühlsmäßige Schätzung war. Und wenn Sie sich erinnern, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann haben sehr viele Leute damals die kommunistische Partei in ihrem Bestande wesentlich überschätzt. Ich bin dieser Überschätzung nicht gefolgt, aber in den Vorschlägen habe ich der ungefähren Entwicklung dadurch Rechnung getragen, daß ich die Meinung vertreten habe, daß bei einer Regierungsbildung die Minister - man sprach von acht - halb zu halb verteilt werden sollten und daß die Union den Ministerpräsidenten stellen sollte. Das entsprach ungefähr den Verhältnissen. Zu jedem Minister sollte dann ein Staatssekretär aus der anderen Gruppe kommen.
Kann jemand deswegen bei diesen Verhältnissen Vorwürfe machen? Es war ein billiger und vernünftiger Vorschlag, und es wäre besser gewesen, er wäre durchgeführt worden, als daß die Regierung *Hoegner* dann so gebildet wurde, wie sie dann wirklich ausgesehen hat. Denn ich glaube, wenn wir uns erinnern, keiner von uns war davon dann wesentlich begeistert.
Es war auch so, daß, während Botschafter *Murphy* noch verhandelte, aus dem Hauptquartier in Frankfurt die ganze Verhandlung durch die Nominierung des Herrn Dr. *Hoegner* überholt wurde. Diese Nominierung war wohl im wesentlichen auf Absprachen zurückzuführen, die vorher in der Schweiz stattgefunden hatten, und auf Fühlungnahmen, die in der Zeit der letzten Emigration noch genommen worden waren.
Konkret wurde nur über einen - und das sage ich auch frei - Mann gesprochen, und das war der damals etwa in Betracht kommende Kultusminister. Nicht von uns aus, sondern von allen möglichen Seiten aus wurde als ein Mann, der die Fähigkeiten zur Übernahme dieses Amtes haben würde, unser Freund Stadtpfarrer Dr. *Muhler* genannt. Hier konnte man, weil es sich um einen Geistlichen handelte, nicht von vorneherein frei alles schleifen lassen und warten. Denn es mußte klargestellt werden, ob er eventuell die Genehmigung seiner kirchlichen Behörde bekommen würde. Es war aber so, daß gerade *Muhler* bei den Linkskreisen, auch bei den Kommunisten und bei den Sozialdemokraten, trotz seiner klaren Haltung einen guten Namen hatte, weil er von ihnen als Mann restlos anerkannt wurde. Denn er ist für die Wahrheit ins Gefängnis und ins KZ gegangen. Er hatte sich geweigert, als er als erster von der Kanzel herab gegen die Greuel in Dachau Stellung genommen hatte, seine Informatoren zu nennen, und hat dadurch Kommunisten vor Schwerstem bewahrt. Diese männliche Haltung wurde so anerkannt, daß man damals festgestellt hatte, ein Mann mit solchem Schicksal wird auch von uns anerkannt, auch wenn er das geistliche Gewand trägt. *Muhler* wird das jederzeit bestätigen, und ich darf feststellen, daß kaum eine Besprechung von mir geführt wurde, bei der nicht Dr. *Muhler* anwesend war. Die letzte Besprechung wurde bei Oberbürgermeister *Scharnagl* geführt, bei der unser Freund *Krehle* anwesend war, ich glaube, auch noch *Horlacher* und einige andere, die das ohne weiteres bestätigen können. Kein Wort wurde gesprochen, das damals der Union abträglich gewesen wäre oder ihr heute abträglich sein könnte.

Wenn von einem Telefongespräch mit Dr. *Kroth* von der kommunistischen Partei die Rede ist, so kann ich Ihnen nur sagen: Meine lieben Freunde, man sieht, wie solche Dinge gehandhabt werden.

(Dr. *Horlacher*: Immer das gleiche!)

Denn dieses Gespräch wurde nachts geführt. Ich wurde nachts angerufen, und ich habe am Telefon kurz Stellung genommen, denn Sie werden mir zutrauen, daß ich am Telefon keine Vereinbarungen von weittragender Bedeutung eingehe. Ich habe selbst am nächsten Tag bei unseren Besprechungen wegen der Regierungsbildung das ganze Gespräch erwähnt, und heute wird aus der Mücke ein Elefant gemacht, obwohl ich die Mücke selbst hingegeben habe. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für eine solche Praxis habe ich kein Verständnis.

(Dr. *Horlacher*: Besonders jetzt, wenn man nach zwei Jahren noch den alten Mist bringt!)

Herr Dr. *Schäffer* hat dann erklärt, ich habe Gründe angegeben für seine Entfernung aus dem öffentlichen Leben durch die amerikanische Militärregierung. Ich darf hiezu sagen: Außer den offiziell bekanntgegebenen Gründen weiß ich keine Gründe. Dr. *Schäffer* erklärt hier:

> Dann war als Zeuge u.a. der Dr. *Josef Müller* genannt im Belastungsschreiben der Militärregierung für eine kleine Angelegenheit. Aber er war als solcher Zeuge genannt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schon diese Formulierung beweist viel. Wenn Herr Dr. *Schäffer*, der in dieser Hinsicht sicherlich nicht gerade wohlwollend ist, davon spricht "in einer kleinen Angelegenheit", dann war es sicher keine Todsünde. Der Nachteil ist nur der, und das hat man jetzt gemerkt: Nicht nur in der deutschen Presse, sondern darüber hinaus in der Presse des Auslandes wird dann das "in einer kleinen Angelegenheit" weggelassen, und es wird dort behauptet, ich habe durch Denunziation behauptet, ich habe durch Denunziation beigetragen, daß Dr. *Schäffer* entfernt würde. Diese Formulierungen müssen wirklich auf die Waagschale gelegt werden. Was sollte und was konnte in dieser Hinsicht überhaupt gesagt werden.
Ich wurde jetzt auch im Spruchkammerverfahren von Herrn Dr. *Schäffer* zu den damaligen Vorgängen gehört, und zwar deswegen, weil ich der Militärregierung eine Niederschrift des früheren Ministerpräsidenten Dr. *Held* über die Entwicklung in Bayern im Jahre 1933 gegeben hatte. Sie alle können in der Bayerischen Rundschau von Ende Mai des ersten Jahrganges diesen Artikel nachlesen, die Überschrift heißt: "Ministerpräsident *Held* diktiert einen dokumentarischen Bericht." Ich wurde damals von dem General *Donavan*, der zur Vorbereitung der Nürnberger Prozesse kurze Zeit in Nürnberg war, über die Entwicklung gefragt, und zwar nicht etwa zur Belastung von irgend jemandem, sondern um ein klares Bild zu gewinnen über die eigentlichen Kriegsverbrecher, über *Frick* und über die Leute, die im Jahre 1933 das Unglück über Deutschland gebracht hatten. Ich fühlte mich als Bayer dazu verpflichtet. Diesen Bericht hat *Held* unmittelbar nach dem 9. März 1933, als ich ihn damals, nachdem er aus seiner Wohnung gehen mußte, in meiner Wohnung aufgenommen hatte, in der Unglücksnacht als historischen Bericht niederdiktiert, um darzutun, daß ihn und Bayern an dieser Entwicklung keine Schuld traf, sondern daß *Hindenburg* sein Wort gebrochen hatte, nach Bayern keinen Reichskommissar zu schicken, und daß man ein Gesetz zur Bekämpfung kommunistischer Umtriebe anwandte, um nach Bayern einen Reichskommissar zu schicken.

Wenn dabei Dr. *Schäffer* miterwähnt ist, so habe ich das Empfinden, daß er nicht schlecht dabei wegkommt, im Gegenteil. Und ich habe Dr. *Schäffer* damals, als ich den Bericht übergeben hatte, sogar noch die Möglichkeit gegeben, seinerseits einen Ergänzungsbericht zu schreiben, der auch übergeben wurde. Als die Militärregierung mich bat, habe ich die beiden Berichte übergeben, nicht mehr. Wenn ich aber hier Bayern zu vertreten und zu verteidigen habe, um von ihm jeden Makel für diese Unglückstage zu nehmen,

(Hört!)

dann muß jeder, der in der Geschichte mitgewirkt hat, eben damit rechnen, daß sein Name genannt wird. Wie oft muß ich es mir heute gefallen lassen, daß ich für irgendwelche Maßnahmen verantwortlich gemacht werde. Das gehört in einer Demokratie zum Politiker, nur in der Diktatur kann einer verlangen und durchsetzen, daß er immer nur im hellsten Lichte erscheint.

Ich darf dann hierzu nur noch die eine Feststellung treffen: Auch das alles wurde auf der Landesversammlung in Bamberg verhandelt, und unser Parteifreund Dr. *Rinke*, der unser Vertreter für die Flüchtlinge ist und der die ganzen Verhältnisse kannte, weil er damals bei der Militärregierung beschäftigt war, hat in Bamberg eine ganz klare Erklärung abgegeben, die er heute wiederholen kann, eine Erklärung, die dahin ging, daß von der Union kein Belastungsmaterial geliefert wurde und daß ich mich gegenüber der Militärregierung sogar geweigert habe, irgend etwas Belastendes über Herrn Dr. *Schäffer* auszusagen.

(Hört, hört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man darf eben den anderen, auch den Parteifreund, nicht immer nur als schlechten Kerl ansehen, dem man alles zutraut! Und es wird etwas nicht wahrer, wenn es immer wieder wiederholt wird.

(Sehr richtig!)

Man traut mir offenkundig manches zu, denn Dr. *Schäffer* hat mich weiter wegen eines Gesprächs mit *Baumgartner* angegriffen. Sie wissen, daß Dr. *Baumgartner* aus der Union ausgeschieden war. Dr. *Schäffer* behauptet nun:

> Dann wurde ihm
>
> - *Baumgartner*, und zwar nach seinem Ausscheiden, nachdem er bei der Bayernpartei war -
>
> von *Müller* der Vorschlag gemacht: Veranlassen Sie doch den Staatsrat *Schäffer*, ein Aufnahmegesuch in die Bayernpartei zu machen! Wenn er dieses Aufnahmegesuch gemacht hat, dann wirken Sie dahin, daß dieses Aufnahmegesuch abgelehnt wird. Und wenn es abgelehnt ist, dann kann ich sagen: Den Lückenbüßer mache ich nicht, der Mann ist für die CSU unmöglich geworden.

Zu dieser Plauderei darf ich folgendes feststellen: *Baumgartner* hat mir am 26. Januar 1948 folgendes Schreiben geschickt:

> Sehr geehrter Herr Landesvorsitzender, lieber Freund *Müller*!
>
> Nach reiflicher Überlegung habe ich mich entschlossen, aus der Christlich-Sozialen Union auszutreten und der Bayernpartei beizutreten. Wenn auch in verschiedenen Fragen unsere Ansichten über die Methoden, uns für unser Land Bayern einzuset-

zen, auseinandergehen, so bist Du mit mir sicher der Überzeugung, daß dies kein Grund ist, nun einen persönlichen Kampf gegeneinander zu führen. Ich lehne dies ab und werde auch in der Bayernpartei keinen persönlichen Kampf gegen Dich bei Deiner außerordentlichen Arbeitsüberlastung dulden.
Mit freundlichen Grüßen
Dein *Baumgartner*

Ich habe dieses Schreiben *Michael Horlacher*, als er zu mir kam, gezeigt, und zwar deswegen - das sage ich ganz ehrlich -, weil ich mich über *Baumgartner* vielleicht manchmal schon geärgert, aber ebensooft schon gefreut habe. Und ich habe *Horlacher* dabei gesagt: Es sieht *Baumgartner* völlig gleich, er hat ja schon einmal den Ausdruck "Totengräber" gebracht, und wir standen dann nachher wieder freundschaftlich zusammen, und hier hat er eine Haltung gezeigt, die - ich möchte sagen - mir wirklich gefallen hat. Und *Michael Horlacher* hat mir den Vorschlag gemacht, er ruft *Baumgartner* an. Meine Damen und Herren, vielleicht kann man, wenn man in dieser Hinsicht vom Christentum und vom christlichen Menschen spricht, von mir sagen, ich bin so etwas [wie] ein vorbeigelungener Asket.

(Große Heiterkeit.)

Ich habe mich insoferne über *Baumgartner* gefreut und habe dann *Michael Horlacher* auf seinen Vorschlag sofort mit einem Ja geantwortet und gesagt: Gut, in Gottes Namen, feiern wir halt mit dem *Sepp Baumgartner* jetzt den Abschied als Parteifreunde!

(Sehr richtig!)

Es war nichts anderes, als eine Abschiedsfeier von Leuten, die bis zu dem Moment Parteifreunde gewesen waren und dann Parteigegner wurden. Denn ich sehe in einem politischen Gegner nie und nimmer einen persönlichen Feind,

(Sehr richtig!)

das kann ich praktisch gestehen.

(Dr. *Horlacher*: Nicht so, wie es in der Union ist! - Heiterkeit.)

Die Wirkung war - Sie kennen *Baumgartner* genauso wie ich -, daß uns *Baumgartner* aus lauter Freude eine sehr schöne Bowle hingestellt hat. Wir haben uns gemütlich unterhalten. *Baumgartner* hat dann gesagt, wir wollen englische Demokratie vorleben,

(Hört!)

daß sich also auch die Gegner immer wieder zusammensetzen und nüchtern und vernünftig miteinander reden können und sich nicht über die Ohren hauen! In seiner Begeisterung hat er mir sogar das Bekenntnis abgelegt, daß er mich bei der Reichspolitik unterstützen würde.

(Andauernde Heiterkeit.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, glauben Sie ja nicht, daß in solchen Unterhaltungen nur konspirative Pläne geschmiedet worden wären! Wir drei haben wirklich nicht an eine Konspiration, sondern wir haben miteinander an Spaß gedacht, und es sind vielleicht Töne gewechselt worden, wie sie nur zwischen wirklich guten Freunden gewechselt werden, wenn man sich gegenseitig über etwas, was geschehen war, die Meinung sagt.
Bei dieser Gelegenheit hat *Baumgartner* Begründungen dafür gegeben, warum er so rasch den Sprung über den Graben gemacht hat, und bei diesem Anlaß hat auch die

Tatsache eine Rolle gespielt, daß Herr *von Aretin* überraschend eine telegraphische Einladung zu einer Landesausschußsitzung der Bayernpartei hinausgegeben hatte. *Baumgartner* sagte mir, bei dieser Sitzung hätte eigentlich Staatsrat *Schäffer* zum Vorsitzenden gewählt werden sollen

(Hört, hört! Oho!)

und er sei ihm zuvorgekommen. Das ist eine Darstellung, die wir bestimmt ohne weiteres beeidigen könnten. Ich wollte das nicht glauben, gerade mit Rücksicht auf die Gespräche, die noch in Marktredwitz gegangen waren. Da hat *Baumgartner* zum Beweis erklärt, *Schäffer* habe ihm am 7. Januar einen Brief geschrieben,

(Dr. *Horlacher*: Einen handschriftlich geschriebenen Brief!)

daß er sich für die Bayernpartei entschieden habe.

(Hört, hört! Oho!)

Er hat sogar beigefügt, und das hat er dreimal wiederholt: Dieser Brief ist handschriftlich geschrieben gewesen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, glauben Sie, daß man dann noch eine Diskussion darum führt: Jetzt mußt Du *Schäffer* veranlassen, daß er sich an Euch wendet, wenn das schon vorher gesagt wird - und das kann nicht abgestritten werden -, wenn *Baumgartner* erklärt, *Schäffer* habe vorher schon den Brief geschrieben, und dann allerdings beifügt, man habe nur nicht die notwendige Gegenliebe gehabt, weil *Schäffer* dort erster Vorsitzender werden wollte, und deswegen habe man ihn veranlaßt, *Schäffer* zuvorzukommen.

(Hört!)

Diese Erklärung wurde von mir noch in der Nacht, als wir wegfuhren, in einer Aktennotiz schriftlich niedergelegt - die Aktennotiz kann ich ohne weiteres verlesen, wenn man auf Einzelheiten eingehen will -, und zwar deswegen, weil wir beide, *Michael Horlacher* und ich, einigermaßen überrascht waren über die Erklärungen, die hier abgegeben wurden.
Es hat mir Herr Staatsrat *Schäffer* dann weiterhin den Vorwurf des Intrigantentums gemacht, indem er behauptet:

> *Baumgartner* hat sich darüber beklagt, daß *Müller* sogar Material gegen ihn - es hat sich um eine schwarze Sau in Veitshöchheim gehandelt - *Schlange-Schöningen* gibt und daß er einen Mann in seinem Ministerium beauftragt hat, gegen ihn Material zu sammeln.

(Dr. *Horlacher*: Wir haben aber von der schwarzen Sau nichts gekriegt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, über diese Frage wurde schon einmal eine Diskussion auch zwischen *Sepp Baumgartner* und mir geführt. Sie wissen, wie leicht heute Behauptungen in bezug auf den einen oder anderen, der im öffentlichen Leben tätig ist, aufgestellt werden. Hier kam eine Mitteilung über eine Ministersau, wie sie im Volksmund genannt wurde.

(Heiterkeit.)

Ich habe diese Mitteilung völlig korrekt zur Stellungnahme und zur Aufklärung an das Landwirtschaftsministerium weitergegeben, vollkommen korrekt; auch Staatsekretär *Lacherbauer* hat das Ganze gekannt und mitgewirkt, daß das auch anerkannt werden mußte. Aber ich darf hier erklären: Auch wenn in der Presse irgendeine Darstellung

oder eine Behauptung kommt, sei es Ruhpolding oder sonst etwas, dann sind wir eben von Amts wegen verpflichtet, das dem Staatsanwalt zur Untersuchung hinüberzugeben, weil wir nie und nimmer auch nur einen Makel bestehen lassen können. Aber wir würden uns hüten, das etwa groß zu erörtern. Es muß dann geklärt sein und damit fertig! So hat sich auch niemand um diese schwarze Sau gekümmert.
Wenn dabei von *Schlange-Schöningen* gesprochen wird und wenn das jetzt auch in manchen Versammlungen eine Rolle spielt, so wissen wir ja, daß unser Freund *Sepp Baumgartner* seit dem letzten Jahr immer eine besondere Vorliebe für *Schlange-Schöningen* hat und daß dieses Thema ihn ernsthaft beschäftigen wird, es beschäftigt auch uns ernsthaft

(Sehr richtig!)

und wir haben auch da unsere Sorgen. Aber es kommt ganz darauf an, wie man diese Sorgen behandelt.
Ich muß das nun auch in diesem Zusammenhang sagen, auch wenn es dann an anderer Stelle erwähnt werden könnte und sollte: Wenn die Zusammenarbeit gerade mit dem Direktorium für Ernährung und Landwirtschaft in Frankfurt immer wieder als Notwendigkeit betont wird, so wäre es auch in der Vergangenheit notwendig gewesen, hier zu besserer Zusammenarbeit zu gelangen. Die Schuld lag sicher sehr stark an Frankfurt, vielleicht aber auch nicht *nur* bei Frankfurt, und unser Freund *Sepp Baumgartner* ist nun einmal manchmal etwas beweglich im Geist. Ich wurde damals, als der Kartoffelkrieg entstanden war, von ihm veranlaßt - er hat mit mir gesprochen -, doch zu sehen, daß *Schlange-Schöningen* zu der bekannten Aussprache nach Bayern kommt. Die Aussprache in der Bayerischen Staatskanzlei war auch auf Wunsch und im Interesse von *Baumgartner.* Am Ende dieser Aussprache stand eine Pressekonferenz, und aus den Protokollen der Konferenz und aus den damaligen Pressekommentaren ist ersichtlich, daß - woran man auch in den Versammlungen der Bayernpartei gelegentlich denken könnte - Dr. *Joseph Baumgartner* damals sogar, zu *Podeyn* gerichtet, das Wort gesprochen hat: Mein Freund *Podeyn*!

(Hört, hört!)

Da muß man halt, wenn man jemanden schon als Freund behandelt, nachher sehen, daß man auch in der Unterhaltung etwas gelockerter wird. Das gleiche ist bei *Semler* der Fall gewesen. Man schließt an Silvester und am Neujahrsmorgen noch Freundschaft und schwört Schwüre, und drei Tage darauf wird der Angriff vorgetragen! Und jetzt wird sogar die Union noch dafür verantwortlich gemacht, daß sie wegen des Preußen *Semler* eine Regierungskrise entstehen lassen würde! Ich verstehe manches, gerade in gelockerter Politik, aber irgendwo muß man dann doch auf einer bestimmten, vernünftigen Ebene bleiben.
Zu dem Vorwurf, ich hätte veranlaßt, daß gegen *Baumgartner* Material gesammelt wurde, darf ich sagen: Es ist kein Wort daran wahr. *Baumgartner* hat damals, als wir in freundschaftlichem Verkehr einen etwas rauhen oder herzlichen Ton miteinander angeschlagen haben, nachdem er mich zum Totengräber gemacht hatte und ich ihm gesagt hatte, daß er dann ein Sargträger geworden sei, zur Begründung seiner Haltung auch schon ähnliche Gerüchte wiedergegeben. *Baumgartner* hat jetzt dazu Stellung genommen, nachdem ich ihn auf diese Angriffe des Herrn Dr. *Schäffer* hingewiesen hatte, er sagt:

> In Deinem Schreiben vom 16. Februar 1948 teilst Du mir mit, daß Ministerpräsident a.D. Staatsrat *Fritz Schäffer* in der Bezirksversammlung Oberbayern am 14. Februar als einen der Gründe für meinen Rücktritt angegeben hat, Du habest in

meinem Ministerium einen Mann beauftragt, Material gegen mich zu sammeln. Staatsrat *Fritz Schäffer* hat in letzter Zeit mehr, als mir lieb ist, meine Person in die zwischen ihm und Dir schwebenden Auseinandersetzungen hineingezogen. Ich wünsche dies nicht und habe ihm dies auch ausdrücklich untersagt.
Dieser fraglichen Angelegenheit selbst liegt folgender Tatbestand zugrunde:
Am 29. November 1947 mittags erschien in meinem Ministerzimmer Regierungsrat *Schneller* von meinem Ministerium, der mich aufmerksam machte, ich möchte vor Dr. *Josef Müller* vorsichtig sein. Dr. *Josef Müller* hat, wie er mir erklärte, Rechtsanwalt *Berthold* gegenüber geäußert: "Sie haben doch einen Freund im Landwirtschaftsministerium, einen gewissen Regierungsrat *Schneller*; könnte mir dieser nicht laufend Material gegen Dr. *Baumgartner* liefern?" Daraufhin habe ich während einer Fraktionssitzung einmal mit Dir über diese Sache gesprochen. Du hast es sofort in Abrede gestellt. Mit Rechtsanwalt *Berthold* bist Du dann in Verbindung getreten. Dieser hat Dir einen Brief geschrieben, woraus zu entnehmen ist, daß das Ganze ein Irrtum ist. Ganz geklärt ist die Angelegenheit nie geworden, weil ich den Eindruck hatte, daß Rechtsanwalt *Berthold*, wie es bei solchen Sachen meistens ist, letzten Endes nicht mehr bei der Stange bleibt. Auch ich habe mit Rechtsanwalt *Berthold* nochmals Rücksprache genommen und habe den unbedingten Eindruck, daß die Angelegenheit ein Irrtum war.
Selbstverständlich haben solche Dinge bei meiner Verstimmung vor meinem Rücktritt mitgespielt. Direkten Anlaß zu meinem Rücktritt hat aber diese Angelegenheit nicht gegeben.
Ich bitte Dich daher, wie ich auch Staatsrat *Schäffer* gebeten habe, meine Person bei den zwischen Euch schwebenden Meinungsverschiedenheiten völlig aus dem Spiel zu lassen.
Freundlichen Gruß
Dein *Baumgartner*

Rechtsanwalt *Berthold*, den ich, weil ich wirklich darüber verwundert war, daß überhaupt eine solche Diskussion entstehen konnte, um Stellungnahme gebeten habe, hat mir bereits am 11. Dezember 1947 folgendes mitgeteilt:

Lieber Freund!

Wie ich erfahren habe, soll ich oder *Schneller* behauptet haben, daß Du mich oder *Schneller* gebeten hättest, Dr. *Baumgartner* zu überwachen oder ähnliches.
Selbstverständlich ist an dieser Angelegenheit kein wahres Wort,

(Hört!)

und Du hast Dich nie mir gegenüber derartig geäußert.
Die Herkunft dieses Gerüchts ist mir rätselhaft. Ich kann es mir nur so erklären, daß ich vielleicht einmal in einer größeren Gesellschaft bei mir etwa gesagt habe: "Für den Justizminister ist *Schneller* ein wichtiger Mann." Damit meinte ich, daß *Schneller* als Beauftragter für die Wirtschaftsverbände einen großen Einblick in da und dort herrschende Korruptionszustände hat und, da die Verbände ein eigenes Strafverfahren haben, auch mehr oder weniger eingreifen kann.
Ich habe sowohl *Schneller* wie andere Herren schon mehrmals darauf aufmerksam gemacht, daß bei den Verbänden aufgrund gewisser Vorkommnisse eine schärfere Überwachung und laufende Überprüfung zweckmäßig erscheinen wird.
Mit besten Grüßen!
Dein *Berthold*

Sie ersehen daraus, wie haltlos ein solches Gerücht ist, welche furchtbaren Rückwirkungen aber eine solche Tratscherei haben kann, wenn der Vorwurf des Denunziantentums, wenn ein so weitgehender Vorwurf, als ob ich als Parteivorsitzender oder als Kollege in der Regierung gegen einen Parteifreund Überwachungsmaßnahmen durch einen seiner Beamten angeordnet habe, dann in die deutsche Presse übergeht und dort zum Kampf gegen mich von außen her benützt wird.

(Pfui!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann nur sagen: Es gibt heute keine größere Gefahr für eine gute, vernünftige Arbeit in der Demokratie, und zwar innerhalb einer Partei und im Verhältnis der Parteien, als die verfluchte Flüsterpropaganda, die noch aus dem Dritten Reich heraus lebt.

(Sehr gut! Sehr richtig!)

Ich darf mich dann - das sind wohl die wichtigsten Punkte - nur noch zum Vorwurf der Postenjägerei äußern. Es gibt bei den Verhandlungen, die ich jetzt auch im Verhältnis zu anderen Parteien zu führen habe, keinen unangenehmeren Vorwurf, als den hier gemachten, daß ich, um Außenminister zu werden, bayerische Interessen preisgeben würde. Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch befindet sich unser Vaterland in einem solchen Schicksal, daß wir nicht wissen, ob und wann irgend jemand Außenpolitik machen soll, und noch müßte jeder Mensch, der nicht von irgendwelchen Vorstellungen geblendet ist, davon ausgehen, daß der arme Mann, der dann die Außenpolitik zu machen hat, wissen muß, welche Situationen er vorfinden wird und wie das deutsche Volk ihn eines Tages behandeln wird, und wenn er sich für dieses Volk aufgeopfert hätte. Ich glaube, daß kein nüchterner, kein vernünftiger Mensch sich vom Ehrgeiz treiben lassen dürfte, dieses Amt unter allen Umständen anzustreben, denn es gibt wohl kein schwierigeres Amt, als im Rahmen der Außenpolitik die Nazi- und die Kriegszeit zu liquidieren.

(Sehr richtig!)

Infolgedessen darf ich auch von mir sagen: Schon dieser grundsätzliche Standpunkt würde mich abhalten. Man unterstellt mir hier politische Ziele, die ich nicht verfolge. Ich habe einmal Verhandlungen geführt, und ich habe, gerade weil in Bamberg von Staatsrat *Schäffer* schon ähnliches angedeutet wurde, darauf hingewiesen, daß ich es seinerzeit dem Generaloberst *Beck*, dem führenden Mann der Militäropposition, abgelehnt habe, überhaupt nur in eine Übergangsregierung zu gehen, und daß ich ihn gebeten habe, mir, wenn es wirklich zu Friedensverhandlungen käme und wenn sie beendigt seien, dann einen Platz zu geben, auf dem ich wenigstens das Gefühl haben konnte, ein Mensch zu sein; und das war kein Platz innerhalb einer Regierung. Ich würde nicht daran denken, dieses Ziel anzustreben. Aber nie und nimmer würde ich - das ist ein bitterer Vorwurf - bayerische Interessen preisgeben für irgendein persönliches Ziel.

(Bravo-Rufe und Zustimmung.)

Und ich darf manchem hier sagen: Ich liebe meine bayerische Heimat so, daß die Herrschaften mich nicht so rasch losbekommen, wie sie es sich vielleicht einbilden!

(Beifall.)

Es wird, um mich loszubekommen, dann immer und immer wieder gerne das Thema des Zusammenspiels mit den Kommunisten und mit Moskau aufgenommen.

(Ha, Ha!)

Ich darf jetzt vielleicht noch dazu sagen, damit Sie sich ungefähr ausmalen können, wie heute so etwas wächst: Unmittelbar nach dieser berühmten Rede wurde ich von Berlin aus von einer Auslandszeitung angerufen, und ich wurde im Hinblick auf eine Bemerkung, die im Anschluß an die Ereignisse in der CSU im Tagesspiegel stand, aufgefordert, doch zu den Beziehungen zu Rußland, zu Karlshorst Stellung zu nehmen. Ich mache keinerlei Hehl daraus; was ich tue, kann jeder wissen. Nichts geschieht etwa im Hintergrund und nichts geschieht hinter dem Rücken der Besatzungsmacht, mit der wir hier zusammenarbeiten.

Erstens der Vorwurf des Zusammenspiels mit den Kommunisten! Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, die Linie der Union im Kampf gegen jeglichen Kollektivismus ist so klar, daß niemand daran zweifeln kann, daß wir uns heute und in der Zukunft in klarster Kampffront gegenüberstehen.

Denn die Vorstellung des christlichen Persönlichkeitsideals verträgt sich nicht mit der kommunistisch-kollektivistischen Vorstellung. Aber glauben Sie, daß diese Gegensätzlichkeiten etwa dazu führen müßten, daß man blind wie ein Stier immer nur gegen diese angenommene Gefahr losgeht, eine angenommene Gefahr deswegen, weil der Kampf nicht etwa jetzt mit der relativ kleinen kommunistischen Partei ausgetragen wird. Glauben Sie, daß es zum Erfolg führen würde, wenn man hier immer nur mit Worten den Kampf austrägt? Es ist viel wichtiger, durch eine gewisse Dynamik, durch eine evolutionäre soziale Entwicklung dafür zu sorgen, daß dann, wenn der Endkampf ausgetragen wird, nicht der Nationalkommunismus,

(Sehr richtig!)

sondern die christlichen Kulturwerte siegen werden.

(Sehr richtig!)

Der Kampf wird nach alten Methoden und nach alten Parteivorstellungen ausgetragen.

(Sehr richtig!)

Damals in der alten Zeit haben sich die alten Parteien von der Dynamik der nationalsozialistischen Bewegung überrollen lassen. Mit alten Parteien würde uns auch der Nationalkommunismus überrollen können.

(Sehr richtig!)

Hier geht es darum, wirklich auch in jeder Weise den Kampf zu erkennen und den Kampf zu führen, aber nicht nur durch leere Schreierei. Denn leicht könnte dann durch eine Überbetonung einer Gefahr die andere Gefahr, die auch 1933 gesiegt hat, uns überholen.

Wir wollen nicht vergessen, daß der Nationalsozialismus mit der Überbetonung der kommunistischen Partei in ihrer Gefahr groß geworden ist. Denn immer und immer wieder wurde dieses Schlagwort in der Propaganda herausgezogen. Dadurch hat man sich zum Teil das knieweiche Bürgertum herangeholt und hat es dann in die nationalsozialistische Bewegung und in die Diktatur hineingepreßt.

(Wiederholte Zustimmung.)

Deswegen wollen wir alle Gefahren erkennen und wollen Front machen gegen jeden Radikalismus von links und von rechts, wenn ich ausnahmsweise einmal alte Begriffe übernehmen darf.

(Sehr richtig!)

Es scheint uns so, als ob vor 1933 manche Politiker immer nur nach links geführt und es versäumt haben,

(Sehr richtig!)

zur rechten Zeit auch einmal eine Front gegen rechts zu beziehen.

(Erneute Zustimmung.)

Es scheint uns so, als ob gerade dadurch die Harzburger Front gefördert worden wäre, die dann dazu geführt hat, daß Herr *Hitler* als Reichskanzler und dann als Reichspräsident die ganze Macht übertragen bekommen hat.

(Zustimmung.)

Denn er kam ja nicht hoch durch das Volk, sondern durch einen Staatsstreich von oben, einen Staatsstreich, der von rechts her geführt worden war,

(Sehr richtig!)

wobei man glaubte, man könnte mit dem Mann der nationalsozialistischen Arbeiterbewegung die breite Masse von links für die Ziele von rechts einfangen.

(Dr. *Horlacher*: So war es!)

Nationalismus, aber auch Partikularchauvinismus hat sich dann gepaart mit diesem Radikalkapitalismus.
Das war die Grundlage für unsere Entwicklung, und wir werden aus den Fehlern der Vergangenheit lernen.

(Sehr gut!)

Ich hätte das Thema nie und nimmer aufgegriffen, weil wir endlich einmal mit dieser Vergangenheit Schluß machen müssen. Aber wenn man schon glaubt, die alte Zeit und alte Register ziehen zu müssen, dann wollen wir jenen Menschen auch zeigen, daß wir nicht gewillt sind zurückzugehen, sondern daß wir uns einen Weg nach vorwärts suchen.

(Bravo-Rufe.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur ein Vorwurf sei erwähnt. Die anderen Vorwürfe sind, glaube ich, nicht so, daß ich darauf eingehen müßte. Das ist der Vorwurf der persönlichen Diktatur in der Union.

(Dr. *Kroll*: Zum Lachen!)

Jemand, der bei Oberbayern mit dabei war, hat nachher das Wort geprägt: In seiner schwächsten Viertelstunde war *Müller* selber nicht versucht, so diktatorisch vorzugehen, wie auf dieser Bezirksversammlung Oberbayern vorgegangen worden ist.

(Zahlreiche zustimmende Zurufe. *Haußleiter*: Oberbayerisches Ermächtigungsgesetz.)

Wie ich gewählt wurde, war immer für jeden Gelegenheit, mir alle meine Sünden vorzurechnen. Das ist, glaube ich, manchmal reichlich geschehen. Nachher wurde in geheimer Wahl entschieden. Nie und nimmer habe ich jemand zugemutet, sich coram publico für oder wider mich zu bekennen.

(Hört, hört!)

Denn ich gehe davon aus, daß es jedem unbenommen sein muß

(Dr. *Horlacher*: Zu wählen!)

zu wählen, wen er will.

Der einzige Grundsatz, der von mir in den ganzen Auseinandersetzungen immer durchgehalten wird, ist der Grundsatz der Demokratie, der Verantwortlichkeit.

(Sehr gut!)

Und diesen Grundsatz halte ich auch nur deswegen durch, weil ich aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt habe und weil ich der Auffassung bin, daß die Parteien vor 1933 deswegen überspielt wurden, daß die Weimarer Demokratie auch deswegen überholt wurde, weil nicht genügend Demokraten da waren, die bereit waren, mit der letzten Verantwortung anzutreten.

(Sehr richtig!)

Ich habe die Stunde des Zusammenbruchs als junger Mensch erlebt, und ich denke auch heute noch an die Stunden des 9. März 1933, die vom Ministerpräsidenten *Held* geschildert wurden. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe damals mit den Freunden, mit *Held*, auch während des Mittags noch darüber gesprochen, daß man im Notfall lieber durch einen Schießbefehl zehn Menschen riskieren muß, als daß nachher Tausende zu Tode gingen. Es wurden aber nicht nur Tausende, sondern Millionen. Ich stehe immer auf dem Standpunkt: Durch weiches Ausweichen, durch leichte Kompromisselei wird nie und nimmer ein ernsthafter Kampf zu beginnen sein.

(Sehr richtig! Auch heute!)

Derjenige, der die Verantwortung übernimmt, muß restlos dastehen und wenn er dafür an die Wand geht.

(Erneute Zustimmung.)

Das habe ich in meiner ganzen Haltung gezeigt, und diesen Standpunkt halte ich immer durch. Das hat nichts zu tun mit Diktatur, sondern hier geht es nur darum: Es hat keinen Sinn zu glauben, daß ein Mann, der Verantwortung trägt, es jedem recht machen kann.

(Sehr richtig!)

Nur scheinbar wird es allen recht gemacht, aber letztlich zahlt das Volk für eine schwache Politik derer, die die Verantwortung tragen.

(Sehr richtig!)

Das ist keine Politik starker Worte. Ich habe diese Haltung in der Tat auch eingenommen. Es geht auch in unserer Partei nur darum: Wenn einer die Verantwortung übertragen bekommen hat, dann soll er sie tragen, und zwar restlos. Er muß auch die Verantwortung für seine Mitarbeiter übernehmen. Geteilte Verantwortung bedeutet in diesem Falle nie volle Verantwortung, weil dann jeder letztlich der Verantwortlichkeit ausweicht.

(Sehr richtig!)

Sie sollen einen wählen und sie sollen einen zur Rechenschaft ziehen können. Paßt er nicht, dann hat er abzutreten und ein anderer übernimmt die Verantwortung. Aber eine Verantwortung, die vermengt wird, wird die Partei gefährden.

(Wiederholte Zustimmung.)

Gerade bei einer so großen und starken Partei ist es notwendig, daß er verantwortlich ist und daß die ganze Partei verantwortlich ist für das, was geschieht. Das war auch

der Grund, warum wir auch immer den Wunsch gehabt haben, daß die Union durch eine Übernahme der Verantwortlichkeit in der Regierung auch hier hilft, eine klare Demokratie zu schaffen.
Diesen Standpunkt werde ich immer durchhalten. Er hat nichts zu tun mit einer Diktatur. Im Gegenteil, ich glaube, wenn ich mein Gewissen erforsche, so kann ich manchmal eher sagen, daß ich da oder dort vielleicht zu gutmütig war

(Sehr richtig! Leider!)

und manches habe schleifen lassen, um nicht dem einen oder anderen wehe zu tun.

(Zuruf: Zum Nachteil des Volkes!)

Aber ich darf Ihnen sagen, diese Sünde habe ich eingesehen.

(Bravo!)

Die Sünde des Vorwurfs der Diktatur kann ich nicht anerkennen.

(Sehr gut!)

Es möchten dann aber vielleicht andere beweisen, welche Vorstellungen sie von der Demokratie haben, und zwar nicht nur durch Worte, sondern durch die Tat.
Meine lieben Freunde! Damit habe ich mich vor Ihnen gerechtfertigt. Ich war verpflichtet, Ihnen diese Rechtfertigung zu geben. Sie können und müssen darüber entscheiden, ob Ihnen das genügt. Es gibt wohl keinen schwereren Vorwurf, als den Vorwurf charakterloser Gesinnung und Haltung. Ich werde immer und immer mein Gewissen erforschen, um festzustellen, ob und wo ich charakterlos war als Mensch und auch als Ihr Parteivorsitzender. Bitte sorgen Sie aber dafür, daß auch die Christlich-Soziale Union in Bayern den Beweis für Charakterfestigkeit erbringt.
Man spricht manchmal davon, daß vielleicht durch den einen oder anderen Schritt Verluste eintreten können. Ich will Ihrer Entscheidung nicht vorgreifen und habe ihr nicht vorgegriffen. Bedenken Sie aber eines: Nichts tötet sicherer als der Vorwurf der Feigheit.

(Sehr richtig!)

Eine Entscheidung müssen Sie treffen, so oder so.

(Zuruf: Wir fordern sie!)

Ich treffe die Entscheidung für mich, nachdem Sie Ihre Entscheidung getroffen haben. Ich würde meine Seele verraten, wenn ich mir sagen müßte: Ich habe um der Taktik willen die Anständigkeit geopfert.

(Mehrfache Zustimmung.)

Auch die Union darf nicht um der Taktik willen die Charakterfestigkeit aufgeben. Helfe uns Gott, daß wir die richtige Entscheidung treffen. Es ist vielleicht nicht die Schlußentscheidung, sondern nur eine Vorentscheidung. Aber sind Sie sich darüber klar: Diese Vorentscheidung ist bedeutsam für die Christlich-Soziale Union in Bayern, sie ist für unsere ganze bayerische Heimat bedeutsam, sie ist für Deutschland bedeutsam, und sie ist auch bedeutsam dafür, ob die christliche Kultur wirklich verwirklicht werden kann oder ob eine Vermengung eintritt mit Ressentiments, die die Durchsetzung der christlichen Kultur und eine geistige Erneuerung gefährden.
Entscheiden Sie in Gottes Namen nach bestem Wissen und Gewissen über alles, was Ihnen heute für die Christlich-Soziale Union vorgelegt wird. Entscheiden sie über die Christlich-Soziale Union. Gott gebe es, daß wir einen guten Ausweg finden.

(Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

Ich gebe die Tagesordnung bekannt:

1. Satzungsänderung
2. Neuwahlen
3. Politische Aussprache
4. Sonstiges

Erhebt sich ein Widerspruch gegen die Tagesordnung?
Staatsminister *Krehle*: Meine lieben Parteifreunde! Ich halte den Zeitpunkt und die Situation, in der wir stehen, für so ernst, daß ich Ihnen empfehlen würde, daß, bevor wir den Punkt 1 und 2 der Tagesordnung behandeln, die anwesenden Mitglieder der Landesvorstandschaft zusammentreten und zu dem Konfliktstoff Stellung nehmen, daß wir mit anderen Worten unsere dreckige Wäsche hier nicht vor aller Öffentlichkeit waschen, sondern daß sich die Landesvorstandschaft mit der Frage befaßt und dann dem Landesausschuß die entsprechenden Vorschläge unterbreitet.
Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Vorschlag des Freundes *Krehle* stellt eine Unmöglichkeit dar.

(Sehr richtig!)

Der Herr Parteivorsitzende hat mit Recht darauf hingewiesen, daß wir jetzt eine Haltung beziehen müssen, die Klarheit und die Festigung der Union als eine echte demokratische Partei bedeutet.

(Sehr richtig!)

Das sind fundamentale Grundsätze, von denen man nach reiflicher Überlegung nicht abweichen kann. Das bedeutet nicht, daß nicht die eine oder andere Gruppe Anträge stellen kann, das bedeutet nicht, daß Anträge nicht beraten werden können, aber es kann nicht bedeuten, daß jetzt die Beschlüsse von Marktredwitz nicht durchgeführt werden.

(Sehr richtig!)

Es wäre ein Hohn auf die Demokratie, ein Hohn auf die mit großer Majorität in Marktredwitz gefaßten Beschlüsse, wenn das damit beauftragte Organ - das ist der Landesausschuß - hier nur einen Schritt zurückweichen würde.

(Sehr richtig!)

Das wäre der Untergang der Union.
Wenn man schon in der Union etwas in Anspruch nehmen will, was ich aus meiner anderen Tätigkeit in der Schweiz in der moralischen Aufrüstung mitbringe und worauf wir uns auch stellen müssen, nämlich eine inspirierte Demokratie zu sein, dann hat sich jeder in der Union den Entscheidungen zu unterwerfen, gleichgültig, wie sie ausfallen.

(Sehr richtig!)

Es ist unsere Aufgabe, die Person hinter die Sache zu stellen. Wenn einer von uns einmal nicht mehr gewählt wird, dann liegt gar nichts daran. Einem echten Demokraten ist das gleichgültig. Das ist eine Frage der Entscheidungen. Es liegt in den Händen der zuständigen Organe der Union, wer gewählt wird. Wer gegen die Landesleitung etwas unternimmt, muß sich innerhalb der Satzungen der Union halten.

(Sehr richtig!)

Es ist ganz ausgeschlossen, daß wir in einer demokratischen Partei auch nur einen Moment den Zustand einreißen lassen könnten, als ob jemand seine Diktatur dadurch ausüben kann, daß er sich von der Satzung entfernt.

(Mehrfache Zustimmung.)

Die Satzungen sind der Rahmen, in dem wir arbeiten müssen. Denn was dem einen recht ist, ist dem anderen billig, was der eine fordern kann, kann auch der andere fordern. Was dem einen Bezirksverband recht ist, ist dem anderen billig.

(Sehr gut!)

Der andere Bezirksverband kann genausogut Anträge stellen, die außerhalb der Satzungen liegen. Auch gegen solche Anträge würde ich mich mit genau demselben Recht zur Wehr setzen.
Und dann noch etwas, liebe Freunde! Nichts hat mich so sehr erschüttert, als daß hier mit ziffernmäßigen Vorrechnungen Entscheidungen in der Union herbeigeführt werden sollen, hinter denen die Ziffern zurückweichen und durch die die neuen politischen Machtkämpfe in die Union hineingetragen werden. Das wollen wir nicht mehr haben. Sind wir uns ehrlich: Es ist genau dasselbe wie damals in Erlangen, wo wegen der Parteizeitung gefragt worden ist: Wie verhält es sich mit den Einnahmen und Ausgaben? Da hat man bloß wissen wollen, ob der *Ochsensepp* dabei etwas verdient. Das ist doch die Sache. Genauso stecken hinter den Entscheidungen auf diesem Gebiet, an schönen Paragraphen aufgehängt, andere Ziele, gegen die wir uns zur Wehr setzen müssen. Und da sage ich Euch, liebe Freunde, eines: Es wird doch niemand geben, der mich nicht als Bayern ansieht oder leugnen wollte, daß ich ein Föderalist bin. Wenn einer das leugnen wollte, müßte er sich fürs Narrenhaus anmelden. Aber das möchte ich dazusetzen: Wir sind nicht mehr die Fortsetzung irgendeiner alten Partei!

(Beifall.)

Wer das nicht einsieht, ist entweder arterienverkalkt oder hat die zwölf Jahre des Nationalsozialismus verschlafen.

(Erneuter Beifall.)

Ich sage ehrlich: Liebe Freunde, selbst wenn ich in Entscheidungen einer früheren Partei mitgewirkt habe und nachträglich einsehe, daß diese Entscheidungen falsch waren, bekenne ich das als Politiker, weil man aus der Geschichte lernen muß. Es sind früher viele Fehlentscheidungen getroffen worden. Ich erinnere nur an das berühmte Wort, das zum Schluß in sehr ungeschickter Weise hineingeworfen worden ist und wogegen wir uns im Wahlkampf gegen die Nazis kaum haben wehren können. Im letzten Moment bringt einer an führender Stelle das Wort von der Mainlinie. Damit war es draußen aus, besonders in den fränkischen Versammlungen.

(Hört, hört!)

Solche Erinnerungen möchte ich nicht mehr haben, wie ich auch nicht solche wählen würde, mit deren Namen solche Erinnerungen verbunden sind.

(Bravo!)

Das ist unser gutes demokratisches Recht, und das lassen wir uns nicht nehmen.
Wie sieht es jetzt aus? Früher war die Bayerische Volkspartei eine Minderheitspartei, weil es ihr nicht gelungen ist, über den engeren Anhängerkreis hinauszuwachsen. Der

Union ist das gelungen. Die Union ist keine altbayerische und keine fränkische Partei, sie ist eine bayerische und eine deutsche Partei.

(Lebhafter Beifall.)

Das sind Unterschiede, die klar erkannt werden müssen.
Kein Vorwurf hat mich im Herzen so schwer getroffen, wie die Anspielungen des kommunistischen Verdachtes, in dem der *Ochsensepp* stehen soll. Glauben Sie mir, jede Partei in Deutschland wäre froh, einen Mann zu besitzen, der mit Stiernackigkeit auch gegenüber der russischen Besatzungsmacht für unsere christlichen Brüder und Schwestern in der Ostzone eingetreten ist.

(Starker Beifall.)

Dafür gebührt ihm das besondere Vertrauen. Der ist ein Schweinehund, der das Vertrauen in unseren Parteiführer auf diesem Gebiet auch nur in einem Augenblick zu untergraben versucht.

(Sehr richtig, ein Schuft!)

So liegen die Dinge, liebe Freunde! Das ist ein christlicher Standpunkt. Das christliche Abendland können wir nicht verteidigen

(Sehr richtig!)

wenn wir bloß an einer Stelle hängen bleiben.

(Zuruf: Altbayern!)

Wir sind eine bayerische und eine christliche Partei und außerdem kommt noch hinzu, daß wir den gesamten Querschnitt Bayerns betrachten müssen.
Es ist der Union gelungen, die beiden großen Konfessionen, Katholiken und Protestanten, in einer christlichen Linie zu vereinigen.

(Vielfache Zustimmung.)

Daran muß festgehalten werden. Es können infolgedessen an den Spitzen der Parteigremien nur Leute stehen, die das Durchschnittsvertrauen dieser beiden großen Konfessionen genießen. Das ist einmal so und kann gar nicht anders gemacht werden. Wenn einer daherkommt und will die Zahl der Vertreter mit dem Lineal ausrechnen, so sage ich ihm: In meinem Herzen gibt es kein Linealchristentum. Man kann nicht Ziffern hernehmen, um hierdurch andere Dinge zu erreichen.

(Zuruf: Ist das zur Geschäftsordnung?)

Im übrigen werde ich rein sachlich nachweisen, daß das auch nicht stimmt, was uns bisher vorgetragen worden ist. Es kann jeder Prüfung standhalten und einmal gesondert gemacht werden. Es wird sich herausstellen, daß vieles von dem, was uns mitgeteilt worden ist, Milchmädchenrechnungen gewesen sind. Darauf werden wir im einzelnen noch eingehen. Wer würde es heute, liebe Freunde, wagen, differenzierte Vertretungen in der Union zu schaffen, wo unsere Freunde in Franken an den Ostgrenzen Bayerns bereits einen Kampf auf Leben und Tod zu führen haben, ob sich unsere christliche Weltanschauung oder eine andere durchsetzt? In weiter entfernten Gebieten läßt es sich oft bequem leben. Um so heißer wird das Leben in den Gebieten des Brennpunktes. 90 eingeschriebene Parteimitglieder, die mir in diesen Brennpunkten 10.000 Wähler herbringen, in den Brennpunkten, wo um die Meinungen gekämpft wird, sind genauso wertvoll wie 500 Mitglieder in einem anderen Bezirk, wo es sich leichter leben läßt.

(Beifall!)

Da muß das Gleichgewicht hergestellt werden. Ich stelle deswegen folgendes fest: Kein Bezirksverband kann Forderungen stellen.

(*Haußleiter*: Mindestforderungen! - *Sporer*: Wo bleibt die Demokratie?)

Ein Bezirksverband kann Anträge stellen, die zur Beratung stehen,

(Sehr richtig!)

Forderungen kennt kein demokratisches Organ in unserer Partei. Anträge müssen wir beraten. Wir sind aber auch verpflichtet, die Beschlüsse der Parteiversammlung in Marktredwitz durchzuführen. Das bitte ich, unter allen Umständen zu tun. Dann bleibt es immer noch unbenommen, ob der eine oder andere noch einen Antrag stellen will, den wir dann behandeln können oder auf später verweisen lassen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf vielleicht die Diskussion darüber abkürzen, denn wir haben 13.50 Uhr. Um 14 Uhr ist das Mittagessen angesetzt. Es steht der Antrag *Krehle*, die Landesvorstandschaft soll inzwischen tagen. Der Landesvorstand hat schon getagt. Ich darf hier vielleicht *Krehle* auf folgenden Umstand hinweisen: Ich glaube, man würde kein Verständnis dafür haben, daß von dem Gremium jetzt die Hälfte losgelöst wird. Denn die Landesvorstandschaft besteht aus 56 Mitgliedern, der Landesausschuß aus 125. Anwesend sind zur Zeit 97 Personen, wobei ich darauf hinweise, daß von Oberbayern als einziger Repräsentant offensichtlich nur Staatsrat Dr. *Schäffer* erschienen ist.

(Dr. *Hundhammer*: Nein, stimmt nicht!)

Und *Schäfer*, Ingolstadt, während die anderen nicht gekommen sind. Die Beschlußfähigkeit ist also bei weitem dadurch gegeben, daß rund 100 Leute da sind. Aber jetzt die Hälfte abzuspalten, erscheint nicht zweckmäßig. In der Öffentlichkeit wird dadurch nur der Eindruck erweckt, als ob die andere Hälfte von der richtigen Diskussion ausgeschlossen würde und nicht die endgültigen Entscheidungen treffen kann. Es könnte allzuleicht der Eindruck entstehen, als ob eine Absonderung zu getrennter Entscheidung nur durchgeführt wurde, um den Kleistertopf besonders vorzunehmen. Darum kann es sich nicht handeln. Ich habe erklärt, die Entscheidung fällt so oder so und fällt vom gesamten Landesausschuß. Ich darf vielleicht, wenn sich kein Widerspruch erhebt, den Antrag ...

Lang: Ich will einen Geschäftsordnungsantrag stellen, und zwar aus folgendem Grund. Ich bin erschüttert über all die Dinge, die wir schon im Verlaufe der heutigen Tagung zu hören bekamen. Sie wiederholen sich jetzt immer wieder, bald in dieser und bald in jener Form.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, jeder von uns ist heute nach Regensburg mit der einen vorgefaßten Meinung gekommen, noch einmal einen Versuch zu unternehmen, daß die Union eine Union werden kann.

(Zuruf: Jetzt nicht mehr!)

Wer hieher gekommen ist, um ein Scherbengericht zu halten, der, glaube ich, ist fehl am Platz.

Ich möchte zum Antrag des Kollegen *Krehle*, von dem auch ich glaube, daß das Gremium zu groß ist, Stellung nehmen. Es sollen Entscheidungen fallen. Jeder einzelne

von uns ist dazu aufgerufen worden. Da müßte man eigentlich das ganze Gebiet von einem kleineren Gremium noch einmal sachgemäß - das ist mein Antrag - prüfen lassen.

(Zuruf: Nein!)

Ich stelle aus diesem Grunde folgenden Antrag:

Der Landesausschuß wolle beschließen:
Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* soll ein aus sieben Mitgliedern bestehender Schlichtungsausschuß

(Mehrfacher Widerspruch, Zuruf: Sprechen lassen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
Lang:

die Lage innerhalb der CSU klären und positive Vorschläge für eine echte Einigung ausarbeiten. Dem Ausschuß soll niemand angehören, der selbst an den Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit beteiligt war.
Dem Ausschuß sollen angehören: 1. Der Ministerpräsident, 2. ein Vertreter des Landesvorstandes, der selbst nicht an der öffentlichen Diskussion beteiligt war, 3. ebenso ein Vertreter des Bezirskverbandes Oberbayern, eine Frauenvertreterin, ein evangelischer fränkischer Vertreter und noch zwei weitere Vertreter, am besten je einer aus Schwaben und Franken.

(Zuruf: Aus Niederbayern!)

Der Ausschuß wird die an der Auseinandersetzung beteiligten Personen hören, insbesondere die Herren

- die Herren mögen entschuldigen, wenn ich Orden und Ehrenzeichen beiseite lasse -

Dr. *Josef Müller*, Dr. *Hundhammer*, Dr. *Pfeiffer*, Staatsrat *Schäffer* und Abgeordneter *Haußleiter*. Andere Persönlichkeiten können noch nach freiem Ermessen herangezogen werden.
Der Landesausschuß möge sich bis auf 17 Uhr vertagen, damit diese Siebener-Kommission ihm ein Bild und Vorschläge unterbreiten kann.

Wir, die wir hierher gekommen sind, sind politische Normalverbraucher, und wir hören immer bloß eine Seite, bald die, bald jene. Nun soll uns dieser siebenköpfige Ausschuß ein Bild mit positiven Vorschlägen unterbreiten, damit endlich einmal Friede und Einigkeit in unsere Partei kommt.

(Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Barth* hatte sich zuerst zur Geschäftsordnung gemeldet.
Dr. *Barth*: Der Vorschlag, den Ihnen Freund *Lang* aus München gemacht hat, verschiebt nur eine Entscheidung, die seit Marktredwitz nicht mehr zu verschieben ist. Denn entweder wir verfahren entsprechend demokratischen Prinzipien und halten uns dann aber auch gebunden an Beschlüsse, die mit auf den Weg gegeben sind, oder aber wir werden - verzeihen Sie diesen Ausdruck - zu einer Schwatzbude, die zwar die Landesversammlung, das oberste Gremium, entscheiden läßt, aber hinterher sagt: Götz von Berlichingen, wir fangen von vorne an.

So kommen wir nicht weiter. Wir haben von Marktredwitz her den Auftrag bekommen, und zwar mit einer sehr großen Mehrheit beschlossen, die Satzung in der dort vorgenommenen Änderung nun endgültig zu verbescheiden. Das ist unsere Aufgabe, sonst nichts. Deswegen hat der Bezirksverband Oberfranken in seiner vorgestrigen Sitzung den Antrag gestellt, den ich im Umdruck verteilen ließ, der Landesausschuß möge den Auftrag erfüllen - ich gebe es nur kurz wieder, um Zeit zu sparen - und die Beschlüsse von Marktredwitz endgültig verbescheiden.
Zum anderen! Wir bereiten uns auf die Wahl vor, und das heißt, wir sammeln selbst die Gedanken, mit denen wir an das Volk herangehen wollen, wenn es zum eigentlichen Wahlkampf kommt. Es ist selbstverständlich, daß wir draußen auf jene Informationen usw. warten, die nun einmal nur die Zentrale geben kann, das heißt eben München. Es ist nun etwas von München gekommen, aber von einer solchen Art, wie wir es eigentlich nicht erwartet hatten. Denn wenn wir geglaubt hatten, wir erfahren etwas - ich spreche von uns Oberfranken -, was wir den Leuten in unseren Industriestädten und Dörfern, was wir den Bauern sagen können angesichts ihrer heutigen und ihrer bald ganz anders gearteten Nöte, die in naher Zukunft kommen werden. Statt dessen bekamen wir die Mitteilung des Bezirksverbandes Oberbayern, gezeichnet Dr. *Schäffer*, daß die Beschlüsse der obersten Parteigremien von dem Bezirksverband nicht mehr anerkannt werden. Es ist eigentlich dann müßig, hier zu sprechen, bevor wir nicht eine Erklärung des Herrn Staatsrats *Schäffer* haben, ob dieser Beschluß heute eigentlich gültig sein soll oder nicht, ob er aufrecht erhalten wird oder nicht.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Barth*, darf ich einen Moment unterbrechen. Nur zur Geschäftsordnung! Wir haben jetzt 14 Uhr. Ich würde bitten, diese Diskussion vielleicht nachmittags zu behandeln und nur zum Antrag *Krehle* und Antrag *Lang* zu sprechen: Soll die Landesvorstandschaft aus dem Landesausschuß herausgezogen werden bzw. soll ein Gremium von sieben Leuten tagen. Alles andere am Nachmittag. Entschuldige, auch dieser Antrag.
Dr. *Barth*: Ich komme darauf zurück.
Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung! Ich mache darauf aufmerksam, daß hier ein logischer Lapsus passiert, wenn wir jetzt nämlich abstimmen lassen, so herrscht Unklarheit darüber, ob Oberbayern bzw. der Bezirksverband Oberbayern mitabstimmt oder nicht. Der Bezirksverband Oberbayern hat sich aufgrund der Beschlüsse vom 14. Februar 1948 außerhalb der Satzungen gestellt. Insoferne ist er zunächst nicht mehr beteiligt an den Beschlüssen des Landesausschusses, von denen er in einer geradezu unverantwortlichen Weise erklärt hat, daß er sie nicht anerkennt. Ich frage: Kann man jemand mitabstimmen lassen in einem Beschluß, von dem er von vorneherein erklärt, daß er ihn nicht anerkennt? Was ist das für ein Verfahren?
Es muß daher an den Herrn Bezirksvorsitzenden die Frage gerichtet werden, ob er sich noch auf dem Boden dieser Beschlüsse aufhält oder nicht. Hält er sich noch auf dem Boden dieser Beschlüsse auf, hat er kein Stimmrecht mehr. Er ist im besten Falle Kraft des christlichen Gemütes, das wir haben, Gast in diesem Saale.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Es zeigt sich, daß wir jetzt doch in eine Diskussion kommen, die eigentlich doch schon in die Sache geht. Wir

haben 14 Uhr. Für 14 Uhr ist Mittagessen angesetzt. Ich schlage vor, wir machen eine Pause, sonst kommt eine abrupte Abstimmung.

(*Fackler*: Ich hätte zwei Sätze zur Geschäftsordnung!)

Fackler, entweder alle oder keiner. Wenn wir jetzt unterbrechen, können wir nachher die Debatte über alle die Punkte, die offen gelassen worden sind, vornehmen und wir können dann konkret abstimmen.
Wir unterbrechen die Sitzung, Fortsetzung 15.15 Uhr pünktlich.

Die Sitzung wird um 14.05 Uhr unterbrochen.
Die Sitzung wird um 15.48 Uhr wiederaufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Wir setzen die Debatte fort. Ich darf Ihnen vorschlagen, daß Sie jetzt unter Vorbehalt der Umstellung der einzelnen Punkte die Tagesordnung genehmigen, damit diese Formalität jetzt erledigt wird. Erhebt sich ein Widerspruch?

(*Sporer*: Zuerst müssen wir wissen, was umgestellt wird.)

Es kommt darauf an, daß die Tagesordnung als solche genehmigt wird. Ich habe ausdrücklich gesagt: Unter Vorbehalt der Umstellung. Wir müssen eine Basis wiedergewinnen. Erhebt sich ein Widerspruch gegen die Genehmigung der Tagesordnung unter Vorbehalt der Umstellung der einzelnen Punkte? Es ist das nicht der Fall, so daß die Tagesordnung als solche genehmigt ist. Damit ist eine Basis gefunden.
Wir haben damit geendet, daß eine Reihe von Geschäftsordnungsanträgen gestellt war. Ich darf gleichzeitig aber auch klarstellen, daß zum Teil schon zur Sache gesprochen wurde. Es liegen fünf Wortmeldungen vor. Die Reihenfolge war nicht festzustellen, weil die Wortmeldungen in der Mittagspause vorgelegt worden sind, so daß ich bitte, sich nicht zu beschweren, wenn nicht der Reihenfolge nach verfahren wird. Sie ist nicht festzustellen.
Ich darf Ihnen aber, bevor Sie die Debatte fortsetzen, vorschlagen, nachdem wir schon in die Behandlung des Themas hineingegangen sind, daß Ihnen noch der Briefwechsel zwischen dem Herrn Staatsrat *Schäffer* und dem Landesvorstand verlesen wird, damit dieses Thema auch einmal erledigt wird. Wenn der Briefwechsel verlesen ist, setzen wir die Debatte fort. Bitte, beginne mit der Verlesung des Briefwechsels.
Dr. *Schedl*:

München, den 14. Februar 1948.
An den ersten Landesvorsitzenden der CSU in Bayern, Herrn Staatsminister Dr. *Josef Müller*, München, Gedonstr. 4.
Sehr geehrter Herr Landesvorsitzender!

Die heutige Bezirksversammlung des Bezirksverbandes Oberbayern hat mich zum ersten Vorsitzenden anstelle des Herrn Staatsministers Dr. Dr. *Hundhammer* gewählt, der zurückgetreten ist. Die Bezirksversammlung Oberbayern hat gleichzeitig den in Abschrift beiliegenden Beschluß gefaßt.
Ich darf bitten, die Verhandlungen möglichst bald zu beginnen, und schlage hiefür vor Mittwoch, den 18. Februar nachmittags 17 Uhr in den Räumen der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes Oberbayern, München, Trogerstr. 54/2.
Ich habe veranlaßt, daß meine Rede, mit der ich den Vorschlag an die Bezirksversammlung, der dann zu dem in Abschrift beiliegenden Entschluß führte, begrün-

dete, wörtlich im Stenogramm festzuhalten ist. Ich werde eine Abschrift dieses Stenogramms Ihnen zuleiten, sobald ich dieses in Händen habe. Ich hoffe, daß dies bis Dienstag, den 17. Februar 1948 der Fall sein wird.
Mit ergebenen Grüßen!
gez. *Fritz Schäffer*, erster Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern der CSU in Bayern

Anlage
Beschluß der Bezirksversammlung Oberbayern der CSU vom 14. Februar 1948:

1. Der erste Vorsitzende des Bezirksverbandes wird ermächtigt und beauftragt, mit der Landesleitung der CSU im Namen des Bezirksverbandes Oberbayern und aller seiner Kreisverbände sofort in Verhandlungen über das künftige Verhältnis des Bezirksverbandes Oberbayern zur Landesleitung einzutreten.
   Für diese Verhandlungen stellt der Bezirksverband Oberbayern folgende Mindestforderungen auf:
   a) Die Parteisatzungen sind dahin zu ändern, daß jede Sicherheit gegen ein persönliches Regiment innerhalb der Partei gegeben ist; die Parteileitung muß sich verpflichten, sofort jedes persönliche Regiment abzustellen.
   b) Die Parteisatzungen sind dahin zu ändern, daß die Mitglieder und Wähler der Partei nach Zahl und Stärke zur Geltung kommen und daß die Politik der Partei nach demokratischen Grundsätzen von der Mehrheit der Wähler und Mitglieder bestimmt wird, die in den Kreisverbänden und Bezirksverbänden organisiert sind.
   c) Der Bezirksverband Oberbayern erhält [ein] eigenes Mitteilungsblatt mit eigener Redaktion und eigenen Finanzen (Einnahmen und Ausgaben). Er stellt seine bezahlten Arbeitskräfte selbst an (im Bezirk und Kreis), besoldet sie und entläßt sie, sie sind nur den Weisungen des Vorstandes der Parteiorganisation unterstellt, in deren Bezirk ihr Arbeitsgebiet liegt, der Bezirksverband verwaltet seine Einkünfte bis auf weiteres selbst.
2. Solange diese Verhandlungen nicht zu einem von der Bezirksversammlung Oberbayern gebilligten Ergebnis geführt haben, erklärt sich der Bezirksverband Oberbayern durch Beschlüsse der Landesleitung, des Landesausschusses und der Landesversammlung für nicht gebunden, er erkennt insbesondere Weisungen des ersten Landesvorsitzenden und Erklärungen, die er im Namen der CSU abgibt, für sich nicht an.
   Der erste Vorsitzende des Bezirksverbandes führt diese Verhandlungen allein. Tagungen des Landesausschusses und der Landesversammlungen werden nur beschickt, wenn er oder eine Bezirksversammlung Oberbayern dies anordnet.
3. Der erste Vorsitzende wird beauftragt, sofort mit den Vorsitzenden der übrigen Bezirksverbände in das Benehmen zu treten und ihnen Überzeugung und Entschluß des Bezirksverbandes Oberbayern mitzuteilen, daß eine innere Reform der CSU Voraussetzung für das Verbleiben der Wählerschaft und der Organisation des Bezirksverbandes Oberbayern innerhalb der CSU ist.
   Der erste Vorsitzende wird ersucht, sich zu bemühen, die Verhandlungen zu einem guten Ergebnis zu führen. Erscheint dies aussichtslos, so ist er ermächtigt, alle notwendigen vorbereitenden Schritte sonst zu tun und der nächsten Bezirksversammlung bestimmte Vorschläge zu unterbreiten.
   Diese soll in vier Wochen von ihm einberufen werden.

17. Februar 1948.
Herrn Vorsitzenden des Bezirksverbandes der Christlich-Sozialen Union in Bayern Staatsrat a.D. *Fritz Schäffer* München. Durch Boten.

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsitzender!

Ihr Schreiben vom 14. Februar 1948 ist mir heute, den 17. Februar 1948, mittags 12 Uhr zugegangen. Ich habe Ihr Schreiben sofort dem heute tagenden Landesvorstand zugeleitet. Er wird hierzu Stellung nehmen. Mit Unionsgruß! gez. *Müller.*

Christlich-Soziale Union in Bayern. Der Landesvorstand. München, den 17. Februar 1948.
Herrn Staatsrat a.D. *Fritz Schäffer*, erster Vorsitzender des Bezirksverbandes der Christlich-Sozialen Union, München, Trogerstraße.

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsitzender!

Ihr an den Landesvorsitzenden gerichtetes Schreiben vom 14. Februar 1948 ist in der heutigen Sitzung des Landesvorstandes vorgelegt worden.
Die Ziffer 2. des Beschlusses der Bezirksversammlung Oberbayern am 14. Februar 1948 setzt bedauerlicherweise den Landesvorsitzenden außerstande, unmittelbar mit Ihnen Verhandlungen zu führen, da die Bezirksversammlung Oberbayern auf Ihren Antrag hin beschlossen hat, Weisungen und Erklärungen, die der Landesvorsitzende im Namen der Christlich-Sozialen Union in Bayern abgibt, nicht anzuerkennen. Obwohl dieser Beschluß gegen die Satzungen der Christlich-Sozialen Union in Bayern verstößt, gibt Ihnen der Landesvorstand Gelegenheit, die Beschlüsse der Bezirksversammlung Oberbayern im Einverständnis mit dem Landesvorsitzenden und im Gesamtinteresse der Christlich-Sozialen Union vorzutragen und zu begründen.
Der Landesvorstand erachtet es aber als notwendig, daß vor der Besprechung das durch den vereidigten Landtagsstenographen aufgenommene Protokoll ungekürzt an die Unterzeichneten, die vom Landesvorstand beauftragt sind, übermittelt wird. Der Landesvorstand wird Ihnen nach Zugang des Protokolls umgehend einen Termin der in den Räumen der Landesgeschäftsstelle vorgesehenen Besprechung vorschlagen.
Wir machen Sie gleichzeitig darauf aufmerksam, daß die am 28./29. Februar 1948 in Regensburg stattfindende Landesausschußsitzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern zu den Beschlüssen der Bezirksversammlung Oberbayern Stellung nehmen wird.
Mit Unionsgruß!
gez. *Sedlmayr*, gez. Dr. *Muhler*

18. Februar 1948 Sch/Str.
An die Landesvorstandschaft der Christlich-Sozialen Union in Bayern z.Hd. Herrn Staatssekretär *Lorenz Sedlmayr*, München, Paul-Heyse-Str. 2-4.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Ich bestätige den Empfang des Schreibens vom 17. Februar 1948.
Das Protokoll über die Sitzung der Bezirksversammlung Oberbayern vom 14. Februar 1948, das nur in ganz beschränkter Zahl von Abschriften zur Verfügung steht, liegt zur Einsichtnahme in den Geschäftsräumen des Bezirksverbandes Oberbayern

auf. Dies ist dem Büro des Herrn Landesvorsitzenden in der Gedonstr. 4 bereits mitgeteilt worden, bevor ich Ihr Schreiben vom 17. Februar 1948 erhielt.
Ich entnehme Ihrem Schreiben, daß der Herr Landesvorsitzende es ablehnt, die gewünschte Besprechung mit mir zu halten. Ich bedauere dies. Der Bezirksverband Oberbayern hat mich ermächtigt, mit der Landesleitung der CSU zu verhandeln. Unter Landesleitung der CSU ist entweder der Landesvorsitzende oder ein für solche Verhandlungen satzungsgemäß zuständiges Organ zu verstehen. Ich nehme an, daß Ihr Schreiben vom 17. Februar 1948 im Namen der Landesvorstandschaft an mich gerichtet ist. Die Geschäftsführende Vorstandschaft im Sinne des § 53 der Satzung könnte ich nicht als zur Führung solcher Verhandlungen ermächtigt betrachten. Sie ist nach den Satzungen nur ein geschäftsführendes Organ, hier handelt es sich um grundsätzliche, das Leben der CSU betreffende Fragen.
Unter der Annahme, daß ich mit Ihnen als Vertreter der Landesvorstandschaft (§ 49 der Satzung) spreche, muß ich noch um Auskunft über die Bedeutung folgenden Satzes aus Ihrem Schreiben vom 17. Februar 1948 ersuchen; er lautet:
"Obwohl dieser Beschluß gegen die Satzungen der Christlich-Sozialen Union in Bayern verstößt, gibt Ihnen der Landesvorstand Gelegenheit, die Beschlüsse der Bezirksversammlung Oberbayern im Einverständnis mit dem Landesvorsitzenden und im Gesamtinteresse der Christlich-Sozialen Union vorzutragen und zu begründen."
Ich darf darauf hinweisen, daß der Beschluß des Bezirksverbandes Oberbayern vom 14. Februar 1948 dahin lautet, daß ich beauftragt und ermächtigt bin, mit der Landesleitung der CSU im Namen des Bezirksverbandes Oberbayern und aller seiner Kreisverbände in Verhandlungen über das künftige Verhältnis des Bezirksverbandes Oberbayern zur Landesleitung einzutreten. Ich nehme an, daß der vorerwähnte, aus dem Schreiben vom 17. Februar 1948 zitierte Satz diese Verhandlungen im Sinne dieses Beschlusses beginnen und einleiten soll. Zur Vorbereitung dieser Verhandlungen übersende ich Ihnen Abschrift des Protokolls über die Tagung der Bezirksversammlung Oberbayern vom 17. Februar 1948, wobei ich bemerke, daß dieses Protokoll in keiner Weise korrigiert ist.
Ich darf weiterhin auf Ziffer 2 Absatz 2 des Beschlusses Oberbayerns vom 14. Februar 1948 hinweisen.
Mit Unionsgruß!
gez. *Fritz Schäffer*, erster Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern der CSU in Bayern
N.S.: Das übersandte Protokoll ist auch zur Einsicht für Herrn Landesvorsitzenden Dr. *Müller* bestimmt. d.o.

Christlich-Soziale Union in Bayern. Der Landesvorstand. München, den 24. Februar 1948.
Herrn Staatsrat a.D. *Fritz Schäffer*, erster Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern der Christlich-Sozialen Union, München.

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsitzender!

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 18. Februar 1948 und ebenso den Empfang des Protokolls über die Sitzung der Bezirksversammlung Oberbayern vom 14. Februar 1948.
Über die uns übermittelten Anträge des Bezirksverbandes Oberbayern kann weder der Herr Landesvorsitzende noch der Geschäftsführende Landesvorstand noch die Landesvorstandschaft Entscheidungen zur Sache treffen. Die Anträge des Bezirks-

verbandes Oberbayern erstreben eine Änderung der Beschlüsse des höchsten Parteiorgans, der Landesversammlung von Marktredwitz. Diese Beschlüsse können durch kein anderes Parteigremium abgeändert werden. In Marktredwitz erhielt der Landesausschuß den Auftrag und die Vollmacht, die Reform der Satzungen nach bestimmten Richtlinien im einzelnen auszuarbeiten.
Manche der Anregungen und Anträge des Bezirksverbandes Oberbayern decken sich mit den in Marktredwitz beschlossenen Richtlinien zur Satzungsänderung.
Sowohl der Geschäftsführende Landesvorstand wie die Landesvorstandschaft können also nur über das weitere formale Vorgehen der Behandlung der Anträge des Bezirksverbandes Oberbayern Beschluß fassen. Nach § 53 ist die Beratung solcher dringenden Angelegenheiten Sache des Geschäftsführenden Landesvorstandes, insbesondere dann, wenn es sich nur um Fragen der weiteren Prozedur handelt. Da also die Vorbereitung der Beschlußfassung in Landesausschuß und Landesversammlung Sache des Geschäftsführenden Landesvorstandes ist und da eine Einberufung der Landesvorstandschaft angesichts der bereits erfolgten Einberufung des Landesausschusses als des nächsthöheren Organes als überholt erscheint, dürfen wir Ihnen nochmals eine Aussprache mit dem Geschäftsführenden Landesvorstand vorschlagen, und zwar für Mittwoch, den 25. Februar 1948, abends 20 Uhr in der Landesgeschäftsstelle Paul-Heyse-Str. 2-4. Ein heute nicht anwesendes auswärtiges Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes wird telegraphisch eingeladen. Eine kurzfristige Einladung der Landesvorstandschaft wäre unseren Parteifreunden deshalb schlecht zumutbar gewesen, weil diese nicht gleichzeitig in einer Woche an einer Landesvorstandschaftssitzung in München und an einer Landesausschußsitzung in Regensburg teilzunehmen in der Lage sind.
Wir glauben, in der Aussprache zwischen Ihnen und dem Landesvorstand eine Möglichkeit zu finden, in demokratischer Weise Anregungen, Anträge und Wünsche des Bezirksverbandes Oberbayern vor den zuständigen Gremien der Partei vorzutragen und zu vertreten.
Mit Unionsgruß!
gez. *Sedlmayr*

München, den 25. Februar 1948, Herrn Staatssekretär *Lorenz Sedlmayr*, München, Paul-Heyse-Str. 2-4.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Ihr Schreiben vom 24. Februar 1948, das im Namen des Landesvorstandes der CSU in Bayern an mich gerichtet ist, habe ich erhalten.
Ich entnehme diesem Schreiben, daß der Geschäftsführende Landesvorstand eine Besprechung mit mir für Mittwoch, den 25. Februar, abends 20 Uhr in der Landesgeschäftsstelle Paul-Heyse-Str. 2-4 vorschlägt und daß diese Besprechung zum Gegenstand haben soll "nur das weitere formale Vorgehen der Behandlung der Anträge des Bezirksverbandes Oberbayern" und daß der Geschäftsführende Landesvorstand selbst erklärt, daß er zu einer sachlichen Beratung sich nicht für befugt erachtet und es sich bei der Besprechung nur um Fragen der weiteren Prozedur handle.
Ich stimme mit dieser Stellungnahme des Geschäftsführenden Landesvorstandes insofern überein, als die Geschäftsführende Landesvorstandschaft - vorausgesetzt, daß ihr Aufgabengebiet überhaupt schon entsprechend der Satzung durch die Landesvorstandschaft umrissen worden wäre - ganz bestimmt nicht die Aufgabe haben soll, politische Fragen irgendwelcher Art zu behandeln und zu entscheiden. Sie würde ja sonst ein politisches Büro und kein geschäftsführendes Büro sein.

Ich nehme also an, daß Gegenstand der Besprechung vom Mittwoch, dem 25. Februar, nach der eigenen Überzeugung des Geschäftsführenden Landesvorstandes nur sein kann und soll eine Aussprache über die weitere Prozedur, also darüber, in welcher Form denn weitergegangen werden will.
Ich habe Ihnen bereits durch Herrn Staatsminister *Krehle* persönlich sagen lassen, welchen Vorschlag für diese Prozedur ich mache. Ich bemerke außerdem, daß die Landesvorstandschaft (aber - [sic!]

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte den nächsten Absatz zu verlesen.
Dr. *Schedl*:

Ich bedauere, daß bisher alle meine Vorschläge, in eine sachlich ruhige Besprechung zu kommen, abgelehnt worden sind.
Für Mittwoch, den 25. Februar 1948, ist nun eine Besprechung mit dem Geschäftsführenden Landesvorstand angesetzt, die wieder nur Fragen der Prozedur zum Gegenstand hat, die bei gutem Willen keine Rolle spielen sollten. Trotzdem ich über diese Verhandlungsführung enttäuscht bin, und trotzdem ich die personelle Zusammensetzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes in Rechnung ziehen muß und trotzdem die im § 53 der Satzung vorgesehene Bestimmung der Aufgaben der Geschäftsführenden Landesvorstandschaft durch die Landesvorstandschaft bis heute meines Wissens nicht erfolgt ist, dieses Gremium also ein satzungsmäßig umrissenes Aufgabengebiet überhaupt noch nicht hat, bin ich bereit, zusammen mit dem Geschäftsführer des Bezirksverbandes Oberbayern, Herrn *Röhrl*, zu der Besprechung am Mittwoch, den 25. Februar 1948, um 20.15 Uhr zu kommen, um zu beweisen, daß ich den guten Willen zu einer Beilegung der Angelegenheit habe, soweit dies mit meinem Gewissen verantwortet werden kann.
Ich muß, da ich inzwischen über die Stellungnahme von einzelnen Mitgliedern des Geschäftsführenden Landesvorstandes unterrichtet worden bin, die zeigt, daß diese Mitglieder die Situation und die Beweggründe des Bezirksverbandes Oberbayern vollkommen verkennen, ausdrücklich betonen, daß ich an einer Aussprache nur so lange teilnehmen kann, als sie in ruhigen und würdigen Formen geschieht und den Rahmen nicht übersteigt, der in Ihrem Schreiben vom 24. Februar für diese Besprechung selbst gezogen ist.
Ich bemerke außerdem noch, daß ich keinen Wagen zur Verfügung habe und deshalb der Besprechung nur so lange beiwohnen kann, daß ich die Straßenbahn noch rechtzeitig erreiche.
Ich treffe pünktlich um 20.15 Uhr ein. Ich nehme an, daß die Herren der Geschäftsführenden Landesvorstandschaft dieses gegenwärtige Schreiben vorher unter sich in meiner Abwesenheit besprechen.
Mit Unionsgruß!
gez. *Schäffer*, Staatsrat a.D., erster Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern der CSU in Bayern

Der Landesvorstand. München, den 25. Februar 1948.
Herrn Staatsrat a.D. *Fritz Schäffer*, erster Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern, München.

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsitzender!

Im Anschluß an unsere Besprechung vom 25. Februar 1948 dürfen wir Ihrem Wunsche entsprechend die Meinung des Landesvorstandes folgendermaßen festhalten:
Der Landesvorstand der Christlich-Sozialen Union in Bayern legt den größten Wert

auf den sachlichen Ausgleich der mit dem Bezirksverband Oberbayern entstandenen Auseinandersetzung. Insbesondere ist der Landesvorstand der Überzeugung, daß in der Stunde der tiefsten Not unseres Volkes alle persönlichen Differenzen hinter der sachlichen Zusammenarbeit zurückzustehen haben. Der Landesvorstand ist der Überzeugung, daß die verbindende Kraft der christlichen Idee sich als stärker erweisen sollte als persönliches Mißtrauen und die aus alten persönlichen Auseinandersetzungen hervorgehenden Meinungsverschiedenheiten einzelner an verantwortlicher Stelle stehender Männer. Als demokratisches Organ ist der Landesvorstand jedoch verpflichtet, sich im Rahmen der von den Gremien der Partei geschaffenen demokratischen Satzungen der Christlich-Sozialen Union zu halten. Würde der Landesvorstand Verstöße gegen diese Satzungen hinnehmen, billigen und zulassen, dann würde der Landesvorstand selber das von der Landesversammlung für die Partei gegebene Recht brechen.

Der Bezirksverband Oberbayern der Christlich-Sozialen Union in Bayern hat sich insbesondere durch Ziffer 2 Absatz 1 der Beschlüsse der Bezirksversammlung vom 14. Februar 1948 außerhalb der Union gestellt. Wir müssen darauf hinweisen, daß dieser Beschluß für die Kreisverbände der Christlich-Sozialen Union innerhalb des Bereiches des Bezirksverbandes rechtsunwirksam ist. Die organisatorische Einheit ist aufgrund der gegenwärtigen Rechtslage für den Aufbau der Parteien der Kreisverband. Der Bezirksverband ist lediglich eine Unterorganisation des Landesverbandes. Die Mitgliedschaftsrechte hat das einzelne Mitglied. Über dieses Mitgliedschaftsrecht kann der Bezirksverband nicht verfügen.

So wichtig der Ausgleich der Auseinandersetzungen uns allen ohne Unterschied ist, ebenso wichtig ist es jedoch, erst wieder die Rechtsbasis zu schaffen, auf der wir gemeinsam innerhalb der Gremien der Union miteinander die sachlichen Verhandlungen führen können. Deshalb bedauern wir, feststellen zu müssen: Solange der Bezirksverband Oberbayern sich selbst außerhalb der Statuten der Christlich-Sozialen Union gestellt hat, ist eine Verhandlung mit ihm über die Sache selbst innerhalb der Gremien der Union nicht möglich.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

gez. *Sedlmayr*, gez. *Muhler*

Haußleiter: Zur Geschäftsordnung!

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zu diesem Punkt, zu dieser Korrespondenz, als Vorstandsmitglied? - Denn es haben sich andere gemeldet.

Haußleiter: Jawohl!

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf aber vielleicht vorher noch eine Mitteilung machen, die ich für notwendig erachte, um noch die Auswirkungen deutlich zu machen. Der Bezirksvorsitzende von Oberbayern, Herr Staatsrat *Schäffer*, hat nach der Sitzung ein Schreiben an Herrn *Konrad Adenauer*, den Zonenvorsitzenden der CDU der englischen Zone, gerichtet, er hat dabei eine Abschrift der Beschlüsse des Bezirksverbandes überreicht

(Zuruf: Unerhört!)

und Herrn *Konrad Adenauer* gegenüber noch ausdrücklich betont, daß Dr. *Josef Müller* nicht ermächtigt ist, im Namen der Christlich-Sozialen Union in Bayern Erklärungen abzugeben.

(Entrüstete Zurufe. *Haußleiter*: So schädigt man Bayern!)

Diese Erklärungen könnten vom Bezirksverband nicht anerkannt werden. Infolgedessen wünsche Herr Staatsrat *Schäffer*, zu allen Besprechungen eingeladen zu werden.

(Oho!)

Ich halte mich als Landesvorsitzender [für] verpflichtet, auch auf diesen Umstand hinzuweisen, um dadurch klarzumachen, daß wirkliche Entscheidungen getroffen werden müssen, sonst ist es nicht möglich, bei Verhandlungen, die für die Union von Bedeutung sein können, die Union wirklich entsprechend zu vertreten.
Ich darf dann *Haußleiter* als Mitglied des Vorstandes, der bei diesem Briefwechsel mitgewirkt hat, das Wort geben.
Haußleiter: Meine Damen und Herren! Ich glaube, der Briefwechsel bedarf einer kurzen Erklärung, damit wir ganz genau wissen, an welchem Punkt der gemeinsamen Debatte wir stehen und wo wir fortzufahren haben.
Der Bezirksverband Oberbayern hat erklärt, daß Erklärungen des Landesvorsitzenden und Beschlüsse des Landesausschusses und der Landesversammlung für ihn nicht bindend seien. Nun meine ich - und das war die Frage, die wir schon während der Verhandlung an Herrn Staatsrat *Schäffer* gestellt haben -, müßte eine Frage vor allen anderen Verhandlungen geklärt werden: Sind die Forderungen des Bezirksverbandes Oberbayern wirklich Mindestforderungen, das heißt behält der Bezirksverband Oberbayern den gegenwärtigen Status, in dem er de facto außerhalb der Union steht, bei, wenn diese Mindestforderungen nicht angenommen werden? Denn dann, meine Damen und Herren, würde sich das Verfahren vereinfachen, dann könnten wir nicht verhandeln, weil ja Verhandlungen zur Herabsetzung dieser Mindestforderungen keinen Sinn hätten, sondern wir würden dann über die Mindestforderungen des Bezirksverbandes Oberbayern mit Ja und Nein abstimmen.
Bevor wir aber abstimmen können, muß eine zweite Frage eindeutig geklärt werden: Wird eine Entscheidung, die hier fällt, vom Bezirksverband Oberbayern akzeptiert oder nicht? Gilt die Erklärung des Bezirksverbandes Oberbayern, daß er Beschlüsse des Landesausschusses und der Landesversammlung nicht annehmen werde, auch für den jetzt tagenden Landesausschuß? Ich glaube, wir können nur so verfahren, daß wir den Herrn Staatsrat bitten, diese Frage zu beantworten. Ich darf meinen Standpunkt begründen: Wenn der Herr Staatsrat sagt, daß die Beschlüsse dieses Landesausschusses für Oberbayern nicht gültig seien, dann hat meiner Ansicht nach Oberbayern auch für diesen Landesausschuß den Standpunkt beibehalten, daß es de facto außerhalb der Christlich-Sozialen Union steht, einen Standpunkt, der durch die Erklärung unterstrichen worden ist, die Herr Staatsrat *Schäffer* an Herrn Dr. *Adenauer*, den Zonenvorsitzenden der englischen Zone, gegeben hat.
Wir haben die Fragen, die ich hier stelle, an den Herrn Staatsrat in unseren Verhandlungen gestellt. Der Herr Staatsrat hat erklärt, er könne darauf keine Antwort geben, da es darauf ankomme, ob er die Beschlüsse, die gefaßt würden, Oberbayern zur Annahme empfehlen könne. - Ich glaube, ich gebe seine Antwort so etwa richtig wieder. - Meine Damen und Herren, wenn wir so verfahren - und so hat sich der Landesvorstand entschlossen -, dann besteht die Christlich-Soziale Union als Partei de facto nicht mehr, dann befindet sie sich in voller Auflösung. Denn dann kann jeder Bezirksverband erklären, er nehme nur die Beschlüsse an, die mit seinem Standpunkt übereinstimmen. Das bedeutet die Auflösung der Christlich-Sozialen Union in einzelne Bezirksverbände. Ich möchte sagen, daß dann, wenn Oberbayern nicht willens ist, Beschlüsse, die hier gefaßt werden, anzuerkennen, meiner Ansicht nach Oberbayern

auch nicht die Berechtigung besitzt, bei der Fassung dieser Beschlüsse mitzuwirken, daß es dann in dieser Versammlung den Status des Gastes hätte. Wir können also die Verhandlungen nur weiterführen, wenn der Herr Staatsrat nun erklärt, ob Oberbayern die Beschlüsse, mit denen es sich außerhalb der Christlich-Sozialen Union gestellt hat, beibehält oder ob es diesen Teil der Beschlüsse zurücknimmt.
Selbstverständlich hat Oberbayern - das möchte ich ausdrücklich sagen, weil auch darüber irrtümliche Erklärungen abgegeben worden sind - jederzeit das Recht, im Rahmen der Christlich-Sozialen Union auf demokratische Weise in den demokratisch gewählten Gremien Anträge zu stellen, das ist das Recht von Oberbayern. Nicht aber hat es, solange es Mitglied ist, das Recht zu erklären, daß Beschlüsse dieser Gremien für Oberbayern nicht bindend seien. Wenn es die Beschlüsse nicht anerkennt, ist es nicht mehr Mitglied.
Wir können also in der Gesamtverhandlung nur fortfahren, wenn klargestellt wird, ob Oberbayern im Rahmen der Satzungen zu verfahren gewillt ist oder ob es die Satzungen für sich bereits außer Kraft gesetzt hat.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte noch um Ruhe.
Meine Damen und Herren, ich darf zur Rechtslage noch folgendes bemerken - denn das muß klargestellt werden, bevor wir debattieren: Die Rechtsbasis der Partei war die Erlaubnis der Militärregierung zunächst zur Gründung von Kreisverbänden. Es ergaben sich damals schon Diskussionen, die sich zum Teil bei der Gründung von Bezirksverbänden ziemlich auswirkten, weil die Militärregierung vor allem in Oberpfalz-Niederbayern bestimmte Bedenken gegen die Gründung von Bezirksverbänden hatte. Sie behandelte die Bezirksverbände - wenn ich mich so ausdrücken darf - als quasi-Kreisverbände. Es wurde dann die Ermächtigung zur Gründung des Landesverbandes erteilt, und zwar wurde sie damals von der Militärregierung mir erteilt. Nach Erteilung dieser Ermächtigung mußten aufgrund der gegebenen Weisung alle Kreisverbände dann eigens um die Aufnahme in den Landesverband nachsuchen, sie wurden einzeln aufgenommen, und zwar durch Aufnahmeerklärung von mir als dem Vollmachtsträger für die Landespartei und durch Genehmigung der Militärregierung.
Es bestehen also nach diesem Gesichtspunkt Landesverband und Kreisverband als die Träger der Parteiorganisation. Der Bezirksverband wurde mit der Schaffung unserer Statuten dann noch als organisatorische Zwischenstufe dazwischengeschaltet, weil es sich mit Rücksicht auf die Wahlen, auf die Aufstellung von Kandidaten und aus sonstigen Gründen notwendig erwiesen hat, Bezirksverbände zu schaffen.
Es kann also demnach ein Bezirksverband selbst überhaupt nicht geschlossen Mitglieder aus der Union herausführen. Die Mitgliedschaft hat jedes einzelne Mitglied.

(Sehr richtig!)

Es wäre rechtlich höchstenfalls noch denkbar, daß ein einzelner Ortsverband - aber dann durch einstimmigen Beschluß aller Mitglieder - aus der Christlich-Sozialen Union ausscheiden würde, weil das dann ein gemeinsamer Willensakt wäre, der alle binden würde. Aber noch nicht einmal durch Majoritätsbeschluß könnte ein einzelner Ortsverband ausscheiden. Es ist notwendig, daran festzuhalten, und zwar deswegen, weil zum Wesen der Demokratie immer der Schutz der Minderheit gehört. Sie sehen ja gerade im Falle Oberbayern, daß einzelne Kreisverbände sich davon nicht betroffen fühlen.
Wenn einzelne Kreisverbände ihr Verhältnis zur Union irgendwie ändern wollten, dann wäre hier noch die Auswirkung nur nach den Statuten zu beurteilen. Es würde

nach den Statuten, die für alle bindend in der Landesversammlung angenommen worden sind, auch durch die Vertreter der Kreisverbände, in diesem Fall das Vermögen an den Landesverband fallen, und man könnte dann die einzelnen Mitglieder durch solche Beschlüsse höchstens zum Ausscheiden anhalten, aber man kann nicht alle Mitglieder hinausführen. Das zur Klarstellung für uns und auch für den Bezirksverband Oberbayern!
Nun möchte ich, bevor ich das Wort weitergebe, aufgrund der Anregung, die gegeben wurde, fragen, ob Herr Staatsrat *Schäffer* das Wort wünscht.
Staatsrat a.D. *Schäffer*: Ich habe mich vorher gemeldet.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es kommt nicht auf die Geschäftsordnung an, wir wollen sachliche Arbeit leisten.
Staatsrat a.D. *Schäffer*: Meine Wortmeldung ist natürlich nicht zu verwechseln mit der Wortmeldung zur politischen Aussprache, um die ich gebeten habe.
Ich nehme nur geschäftsordnungsmäßig zu den Anträgen Stellung:

1. Die anwesenden Mitglieder des Bezirksverbandes Oberbayern wollen, weil die Frage des Stimmrechts aufgeworfen ist, vermeiden, daß weitere Debatten entstehen und daß Zeit verloren wird. Sie erklären, daß sie sich in Punkt 1 und 2 an der Abstimmung und auch an den Aussprachen nicht beteiligen. Dann braucht die Frage des Stimmrechts nicht aufgeworfen zu werden.
2. Wenn die Satzungen heute in der satzungsmäßigen Form angenommen werden, dann sind sie natürlich satzungsmäßig legale Bestimmungen neu geworden. Welche Rückwirkung das dann für den Bezirksverband Oberbayern hat, ist politisch eine ganz andere Frage.
3. Ich habe in der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes bereits erklärt und war mit dem Herrn Landesvorsitzenden einig: Über die Zugehörigkeit zur Partei hat das einzelne Mitglied zu entscheiden. Das war meine Meinung.

(Sehr richtig!)

Die einzelne Organisation kann den Migliedern höchstens etwas empfehlen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann dürfen wir in der Debatte fortfahren. Ich darf nach den Wortmeldungen *Fackler* das Wort geben.
Fackler: Vor der Mittagspause hat unser Parteifreund Staatsminister *Krehle* die Anregung gegeben, daß der Landesvorstand sich mit der Situation beschäftigen soll. Diese Anregung ist nicht nur eine persönliche Meinung unseres Parteifreundes *Krehle*, sondern basiert auf einem einstimmigen Beschluß des Bezirksverbandes München und der Delegierten, die zur heutigen Landesausschußsitzung gekommen sind. Weil wir uns die Aufgabe gestellt haben, als Bezirksverband München Mittler in den Differenzen zu sein.
Wir sind der Meinung, daß derartige Differenzen nicht durch die Auf- oder Abwicklung juristischer Zwirnsfäden gelöst werden können, sondern nur dadurch, daß sich vernünftige Menschen an einen Tisch setzen und nach den Grundregeln des gesunden Menschenverstandes suchen, diese Differenzen auszugleichen. Bei der Atmosphäre, die bei einem Teil des Landesausschusses gegen alles, was irgendwie nach Südbayern riecht, besteht, ist keine Aussicht, daß heute in irgendeiner Form eine eingehende und gute Sachbehandlung dieser Differenzen in diesem Gremium sofort gesichert ist. Wenn maßgebende Leute aus allen Kreisen, die in der Landesvorstandschaft vertreten sind, sich hier mit diesen Fragen beschäftigen, dann wird und muß es möglich sein, die Union beisammenzuhalten. Das, glaube ich, müßte doch eigentlich der Wunsch aller sein, die heute hier versammelt sind.

Ich möchte aber nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß Freund *Krehle* diesen Antrag auch nicht nur als Bezirksvorsitzender von München gestellt hat, sondern daß *Krehle* auch der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der Christlich-Sozialen Union ist, und wenn ein zweiter etwas weiter gehender Antrag von Parteifreund *Lang* gestellt worden ist, so möchte ich feststellen, daß es sich bei Parteifreund *Lang*, der hier als Delegierter für München ist, gleichzeitig auch um den Vorsitzenden des Werkvolks handelt, also eine Organisation, deren Einstellung zum politischen Geschehen uns auch nicht einerlei sein kann.
Alle diese Dinge bitte ich Sie, meine Damen und Herren, wirklich zu bedenken und sich des Ernstes der Situation bewußt zu werden. Man kann nicht einfach mit Zwischenrufen und gehässigen Bemerkungen über derartige Meinungsverschiedenheiten hinweggehen, sondern muß sich bemühen, den Dingen auf den Grund zu gehen. Denn wie im organischen Leben ist es auch im politischen Leben: Es hat jede Wirkung ihre Ursache, und es müssen Ursachen vorhanden sein, die die gegenwärtigen und schon so lange andauernden Spannungen in der Union verursacht haben.

(Zuruf: Es fragt sich nur, wo!)

Um eines möchte ich noch einmal dringend bitten: Daß nach dem, was heute vormittag und auch jetzt noch durch den Schriftwechsel geschildert worden ist, Gelegenheit gegeben wird, daß Parteifreund Staatsrat *Schäffer* ebenfalls ausführlich seinen Standpunkt darlegen kann, und zwar ohne daß er von gehässigen Zwischenrufen unterbrochen wird.

(Teilweise Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf hier feststellen: Es wäre ohne weiteres Gelegenheit gewesen, daß Herr Staatsrat *Schäffer* jetzt seinen Standpunkt dargelegt hätte. Es wird keinesfalls das Wort dafür genommen. Ich glaube, der Eindruck kann nicht entstehen.

(Staatsrat a.D. *Schäffer*: Ich kann das gleich machen!)

Bitte, ohne weiteres!

(Zwischenrufe.)

Dann bitte ich jetzt Herrn *Schäffer*, das Wort zu ergreifen.

(Zuruf: Soll damit die politische Aussprache eröffnet werden?)

Ich halte das nicht für eine politische Aussprache, denn sonst müßte ich ja zunächst über die Geschäftsordnungsanträge entscheiden lassen. Aber ich möchte keinesfalls, daß irgendwie die Gelegenheit versäumt würde, Herrn Staatsrat *Schäffer* das Wort zu geben.
Staatsminister *Krehle*: Damit wäre mein Antrag hinfällig. Ich hätte aber dann gebeten, daß über meinen Antrag abgestimmt wird. Wir treten jetzt bereits in die Behandlung der ganzen Frage ein. Ich stelle fest, daß das eine Unkorrektheit des Vorsitzenden ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren, dann darf ich darüber abstimmen lassen: Soll ich Herrn Staatsrat *Schäffer* das Wort erteilen, oder nicht?

(Staatsminister *Krehle*: Bitte über meinen Antrag abzustimmen!)

Dann lasse ich abstimmen.
Verzeihung, wenn ich vorher etwas die Geschäftsordnung verletzte. Meine Damen und Herren, es wurde der Vorwurf gemacht, Herrn Staatsrat *Schäffer* würde nicht die

Gelegenheit gegeben. Ich habe ausdrücklich gesagt: Die Gelegenheit wird gegeben. Dann hätte ich gebeten, Einspruch einzulegen.
Aber ich darf jetzt auf Wunsch über den Antrag *Krehle* abstimmen lassen.

(Wortmeldung Staatsminister Dr. *Pfeiffer*.)

Zur Sache?

(Staatsminister *Pfeiffer*: Jawohl, vor der Abstimmung zur Tagesordnung! Ich habe mich als erster nach der Pause zum Wort gemeldet.)

Meine Damen und Herren, allen können Sie es nie recht machen! Zuerst ist der Vorwurf erhoben worden, daß Staatsrat *Schäffer* nicht das Wort gegeben werde, jetzt wird da gerade festgestellt, daß man die Geschäftsordnungsdebatte hätte weiterführen sollen. Ich darf jetzt, um Klarheit zu schaffen, eine Abstimmung über den Antrag *Krehle* herbeiführen, auch um hier klar zu sein, damit ja kein Einwand erhoben wird, stelle ich fest: Erhebt sich ein Widerspruch dagegen, daß ich jetzt über den Antrag *Krehle* abstimmen lasse? - Bitte, Dr. *Pfeiffer*, zu dieser Frage!
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Zu dieser Frage! Es stehen zwei Anträge zur Debatte, und es ist noch nicht geklärt, in welcher Reihenfolge die Tagesordnung endgültig durchgeführt werden soll. Es geht durcheinander: Die Sachdebatte, die politische Aussprache mit mehreren ziemlich langen Reden und die Frage, ob ein anderer Weg beschritten werden soll, um rascher zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Diese letztere Frage, ob ein anderer Weg beschritten werden soll, gipfelt in zwei Anträgen, dem Antrag *Krehle*, der ein größeres Gremium vorsieht, das sich praktisch wenig vom Landesausschuß unterscheidet und wobei tatsächlich der Eindruck entstehen muß, es wird eine Hälfte rein willkürlich von der Aussprache ausgeschlossen, und dem Antrag *Lang*, daß man die Dinge innerhalb der nächsten drei, vier Stunden vor ein kleines Schiedsgericht, vor einen Schiedsausschuß bringen und dann dem Landesausschuß das Ergebnis vortragen soll, denn die Debatte wird, wenn sie hier longo et lato durchgeführt wird, viel mehr Klippen aufweisen, als in einem engen Kreis mit Berichterstattung an das Plenum. Diese zwei Fragen stehen zur Debatte, und dazu, zu dem Antrag *Lang*, wollte ich einige Worte sagen, die ich bitte, anfügen oder im Rahmen der Rednerliste vorbringen zu dürfen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich muß jetzt Klarheit schaffen, denn sonst gehen die Debatten ewig um die Geschäftsordnung, wie immer, und wir kommen nicht weiter.
Eines steht fest: Es muß, damit absolut demokratisch verfahren wird, Herr Staatsrat *Schäffer* die Gelegenheit zum Sprechen bekommen.

(Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Sehr richtig!)

Zweitens steht fest: Es besteht die Möglichkeit, daß dann, wenn nur Geschäftsordnungsanträge behandelt werden, die Gelegenheit zum Sprechen nicht mehr ohne weiteres gegeben ist. Infolgedessen halte ich es - wobei ich annehme, daß Herr Staatsrat *Schäffer* selbst die Situation entsprechend würdigen kann - für notwendig, daß zunächst einmal Staatsrat *Schäffer* Gelegenheit gegeben wird, sich zu äußern. Er kann, wenn er will, ja in Teilen verfahren. Auf diese Weise würde man allen gerecht werden und würde dann nicht den Eindruck aufkommen lassen, als ob durch Geschäftsordnungsabstimmungen zum Schluß keine demokratische Entscheidung fallen würde.
Darf ich *Horlacher* das Wort zu dieser Frage, ob jetzt über den Antrag *Krehle* und über den Antrag *Lang* abgestimmt werden soll, das Wort geben.

Dr. *Horlacher*: Zur Abstimmung über den Antrag *Krehle* und den Antrag *Lang* bitte ich, folgendes ausführen zu dürfen:
Zur Satzungsänderung ist nur eine Landesversammlung zuständig und sonst niemand.

(Zuruf.)

Nein, das ist nichts anderes. Zur Satzungsänderung ist nur eine Landesversammlung zuständig. Deswegen stelle ich jetzt bestimmte Anträge. Da muß Klarheit geschaffen werden, sonst hängen wir uns an unserer eigenen Demokratie auf,

(Heiterkeit.)

sonst geben wir ja unsere eigene Demokratie preis.
Die Landesversammlung von Marktredwitz - ich bitte, sich daran zurückzuerinnern - hat mit großer Mehrheit die Satzungsänderungsbeschlüsse angenommen und hat den Landesausschuß beauftragt, diese Frage hier zur Entscheidung zu bringen. Dazu sind wir zuständig. Deswegen stelle ich den Antrag:

1. Nach der Debatte des Herrn *Schäffer* wird darüber Beschluß gefaßt, daß die Landesausschußsitzung hier die Anträge, die von Marktredwitz herübergekommen sind, zur Erledigung bringt.
2. besteht dann die Möglichkeit, daß die Anträge von Oberbayern, wenn sie überhaupt als Anträge formuliert werden - wobei alles heraus muß, womit man sich außerhalb der Satzungen stellt -, dann an das zuständige Organ unserer Partei überwiesen werden.

Dafür ist dann wieder eine Landesausschußsitzung zuständig; es muß dann in den Bezirksverbänden entsprechend vorbereitet werden, ob sie überhaupt geneigt sind, solchen neuen Satzungsänderungen ihre Zustimmung zu erteilen. Das kann auch nicht von einem Gremium unter Vorsitz des Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*] gemacht werden. Ich spreche es hier im Namen vieler Freunde offen aus: Wir lehnen es ab, daß hier ein Vertreter der Staatsregierung, insbesondere der Herr Ministerpräsident, in diese Frage eingeschaltet wird.

(Sehr richtig!)

Denn die Frage steht ja hier auf einem ganz anderen Blatt. Hier handelt es sich darum, festzustellen und zu prüfen, ob die Anträge von Oberbayern wegen angeblich nicht genügender Berücksichtigung einzelner Bezirksverbände überhaupt berechtigt sind oder nicht. Ob sie berechtigt sind, das ist eine Frage, bei der ich selber sehr im Zweifel bin. Ich habe das statistische Material durchgearbeitet, das ist eine Frage, die nach sachlichen Gesichtspunkten entschieden werden muß.
Der nächste Punkt - die Frage der Leitung der Partei - ist dann durch klare Beschlüsse von Erlangen und Marktredwitz zur Entscheidung gebracht. In Erlangen ist einstimmig beschlossen worden, daß wir an einem verantwortlichen Landesvorsitzenden, der von der Landesversammlung gewählt wird, festhalten. Einstimmig mit Stimmen von *Hundhammer*, *Pfeiffer* usw.! Es war niemand, der dagegen war. Zweitens ist einstimmig beschlossen worden, daß zwei Stellvertreter gewählt werden. Diese Beschlüsse sind durch die Landesversammlung in Marktredwitz mit überwältigender Mehrheit angenommen worden. Und ich kann hier wohl im Auftrage vieler Freunde aus dem ganzen Lande sagen: Wir haben es satt bis oben rauf, immer wieder die Führungsfrage der Partei zu erörtern!

(Zuruf: Wir auch!)

Diese klaren Beschlüsse sind vorhanden, bei denen *Pfeiffer* mitgestimmt hat.

(Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Aus einer falschen Interpretation heraus!)

Die falsche Interpretation ist den Herren hintennach erst eingefallen! Die Interpretation ist damals ganz klipp und klar sowohl von mir wie von anderen Rednern dargelegt worden, und dann ist darüber abgestimmt worden. Es ist niemand da, der sich über diese Frage bezüglich der Motive irgendwie im Zweifel war.

Ich bitte, nach diesen Anträgen zu verfahren. Denn das ist nach den Satzungen nur möglich; etwas anderes ist gar nicht zulässig.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren, weichen wir der ersten Entscheidung nicht aus! Ich lasse jetzt über den Antrag *Krehle* abstimmen.

Staatsminister *Krehle*: Ich bin bereit, meinen Antrag zurückzustellen, bis Staatsrat *Schäffer* gesprochen hat.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Krehle* stellt seinen Antrag zurück, bis Staatsrat *Schäffer* gesprochen hat.

(Bravo-Rufe.)

Lang: Ich stelle meinen Antrag zurück.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Lang* stellt seinen Antrag zurück, bis Staatsrat *Schäffer* gesprochen hat. Dann brauche ich im Moment keine Geschäftsordnungsdebatte und keine Geschäftsordnungsabstimmung durchführen.

Ich erteile Staatsrat *Schäffer* das Wort.

Schäffer: Meine lieben Freunde und meine lieben Gegner innerhalb der CSU, Ihr alle, die Ihr mich kennt und mich richtet, und Ihr vielen, die Ihr mich nicht kennt und die Ihr mich doch richtet und die Ihr über mich ein Urteil fällt und auch Antrag stellt, ohne mich bisher gehört und vielleicht auch ohne mich bisher verstanden zu haben! Ich darf zu Euch einmal über meine Beweggründe sprechen, ich darf zu Euch einmal sprechen, was das wirkliche Ziel meines Vorgehens gewesen ist.

Ich bedauere, daß ich in diesem Falle genötigt bin, zuerst auf persönliche Momente einzugehen, die ich hoffentlich möglichst ruhig und möglichst sachlich erörtern kann. Es ist heute gesagt worden, daß ich gestern und vorgestern in Reden, die ich gehalten habe, den Eindruck erweckt habe, als ob das bisherige Schweigen des Herrn Landesvorsitzenden den Schluß zulasse, daß er die Angriffe oder angeblichen Angriffe, die ich gegen ihn erhoben hätte, zugestehe. Ich glaube, daß die Landesausschußmitglieder von Niederbayern hier sind und daß sie noch ganz genau die Erinnerung an meine Rede haben, die ich gestern in Plattling gehalten habe. Sie werden mir bestätigen, daß ich gestern über diese persönlichen Angriffe überhaupt nicht gesprochen habe, daß hernach nur eine Aufforderung an mich, darüber zu reden, von Herrn Dr. *Schedl* gekommen ist. Ich konnte gestern nicht mehr erwidern, weil die Versammlung wegen der abgehenden Züge abgebrochen werden mußte. Ich kann also unmöglich den Eindruck erweckt haben oder haben erwecken wollen, daß das bisherige Schweigen des Herrn Landesvorsitzenden von mir als eine Zustimmung gedeutet würde.

Wer bei der Versammlung in Starnberg, die vorgestern gewesen ist, dabei war, muß bestätigen, daß ich in meinen Ausführungen auf die persönlichen Dinge bewußt gar nicht mehr eingegangen bin und daß ich erst, als ein Redner meine Darstellungen anzweifelte, erklären mußte, daß das, was ich wirklich gesagt habe, meine Überzeugung ist und daß ich dafür Wort für Wort einstehe. Diese Erklärung habe ich in Starnberg abgegeben. Ich muß sie abgeben, wenn man meine Darlegungen bezweifelt.

Ich kann allerdings nur das vertreten, was ich gesagt habe. Ich habe heute das Manuskript dieser Rede noch einmal ganz genau durchgesehen. Es findet sich keine einzige

Stelle darin, in der ich mit Bezug auf den Herrn Landesvorsitzenden etwa seine christliche Gesinnung oder seine christliche Linie irgendwie bezweifelt hätte. Es findet sich allerdings eine Stelle, in der ich davon gesprochen habe, daß eine Partei, die den Namen christlich übernommen hat, damit eine Verpflichtung übernimmt, nämlich die Verpflichtung, daß auch die Methoden des Kampfes untereinander und gegen den Feind mit Mitteln geführt werden müssen, die ein Christ verantworten kann,

(Sehr richtig!)

daß, wenn eine Partei ihren Namen durch die Kampfmethoden gefährdet, das kein allgemeines großes Unglück ist, daß es aber ein großes Unglück ist, wenn etwa durch den Parteikampf der Name christlich geschädigt werden sollte.

(Sehr richtig!)

Das habe ich ausgeführt. Was ich zu den Methoden, die sich in diesem Falle auf die Jahre 1946 bis zum Jahr 1948 während der Zeit meiner politischen Abwesenheit bezogen haben, gemeint habe, darüber werde ich im Laufe der heutigen Ausführungen noch sprechen.

Was nun die Dinge betrifft, die ich in Bamberg schon erwähnt habe, wie der Herr Landesvorsitzende ganz richtig ausgeführt hat, und die ich bei meinen Ausführungen vor dem Bezirksverband Oberbayern wieder erwähnt habe, so stelle ich dazu fest: Es ist dabei erstens einmal von jemandem gesprochen worden, der damals eine eigene Partei namens Bayerischer Volksbund gründen wollte. Das wird wohl mein Freund *Kübler* sein. Wir haben uns einmal nicht über eine andere Partei unterhalten, sondern wir haben in Landau, als wir zusammen die CSU gründeten und als wir als die alten, früheren Gegner vom Bayerischen Bauernbund und der Bayerischen Volkspartei, die in jener Gegend früher sehr harte Kämpfe geführt haben, uns die Hand gereicht haben, um die neue Partei zu machen, auch über den Namen gesprochen. Dieser Name war damals innerhalb der Satzungen der Partei noch gar keine feststehende Tatsache. Damals bestanden im bayerischen Land verschiedene Kreisverbände mit den verschiedensten Namen. Wir haben damals gesagt, der Name Bayerischer Volksbund, der schon vorher von dem Kreisverband in Dachau gewählt worden war, sei uns draussen sympathischer und klarer als der neue Name Christlich-Soziale Union. Denn dieser Name Bayerischer Volksbund zeigt gerade in diesen Gegenden, daß sich hier alte Richtungen neu als ein einheitliches Ganzes zusammengefunden haben.

Als dann später die Namensgebung innerhalb der Partei erfolgte, habe ich zwar auch erklärt, daß mir ein anderer Name sympathischer wäre, ich habe aber gleichzeitig erklärt, daß ich gegen den Namen Christlich-Soziale Union nichts zu erinnern habe. Seit dieser Zeit haben wir mit meiner Zustimmung den Namen Christlich-Soziale Union. Das war eine Namensfrage, über die vor jeder Taufe eines Kindes und bei jedem Gebären gesprochen wird. Ich habe in Bamberg erwähnt - und nicht zum ersten Mal in Bamberg, sondern schon früher, die Münchner wissen es, als wir im Saale des Landwirtschaftsministeriums bei der ersten Geburtstaufe beieinander gewesen sind und als damals schon die Frage des Vorsitzenden aufgeworfen worden ist - und ausdrücklich erklärt, daß ich den Vorsitzenden nicht anstrebe, daß ich aber Bedenken hatte gegen den jetzigen Herrn Landesvorsitzenden, weil er nun einmal - das habe ich damals schon ganz offen erklärt - in der Zeit, als ich Bayerischer Ministerpräsident war, ohne mich zu verständigen, mit anderen Gruppen und anderen Parteien an der Bildung einer neuen Regierung zusammengearbeitet hat. Es ist verständlich, daß ich erwähne, daß ich das, ich möchte sagen, als einen persönlichen Affront empfinde, wenn ausge-

rechnet der Mann, der gegen einen Parteifreund und Gesinnungsfreund bei einer neuen Regierungsbildung mitgewirkt hat, ohne ihn zu verständigen, der neue Vorsitzende wird.
Ich habe später aber auch das Opfer gebracht, weil in der jungen Christlich-Sozialen Union die Göttin Eris sozusagen schon an der Wiege des Kindes gestanden war, zuzustimmen, daß derselbe Mann der Vorsitzende des geschäftsführenden, geschäftsvorbereitenden Ausschusses geworden ist. Ich habe gehofft, durch dieses Opfer - es war ein Opfer für mich - dazu beizutragen, daß die Göttin Eris sich wandelt.
Wer die Verhältnisse und die Geschichte kennt, wie sie dann nach diesen Wochen vor sich gegangen sind bis hin zum Bamberger Tag, wer sich an den Bamberger Tag noch erinnert - und ich sage, für mich ist das eine der beschämendsten und häßlichsten Erinnerungen, die ich habe -, der weiß, wie lange es gedauert hat, bis ich damals zu einem ruhigen Wort gekommen bin. Ich habe dann damals, als ich die bisherige Entwicklung schilderte, in ganz ruhigen Ausführungen auch das wieder geschildert. Ich habe vielleicht Einzelheiten gar nicht erwähnt. Ich habe vielleicht gar nicht erwähnt, daß ich damals, als die Besprechungen mit *Murphy* stattfanden, diesem gesagt habe: Das ist ja alles nur mehr Schein, das ist ja alles schon erledigt; mein Freund und Kabinettskollege *Rattenhuber* ist ja vorgestern beim Herrn Regierungspräsidenten *Stegerwald* in Würzburg gewesen und hat von *Stegerwald* bereits erfahren, daß das neue Kabinett in der und der Form aufgestellt werden wird und daß das alte Kabinett zu gehen hat. Ich muß sagen: Die Schilderung, die ich damals gegeben habe, bleibt heute noch bestehen, und der Herr Parteivorsitzende hat in Bamberg meine sachlichen Schilderungen nicht bestritten, so wenig er sie heute sachlich bestritten hat.
Ich habe trotz aller Erfahrungen in Bamberg hernach eine Erklärung abgegeben, die eine Loyalitätserklärung gewesen ist, aber nicht gegenüber einer Person, sondern gegenüber dem Gedanken der CSU. Ich habe damals, nachdem die Bamberger Tagung so geendet hatte, die Erklärung abgegeben, daß ich an dem Gedanken der CSU innerlich so hänge, daß meine Mitarbeit trotz allem, was ich bisher erfahren habe, der CSU nach wie vor bleibt. Ich habe gehofft, daß diese Erklärung, die auch ein Opfer gewesen ist, beitragen könnte, den Frieden zu gestalten. Wer in Bamberg damals dabei war, weiß, daß nach dieser Erklärung noch auf der Tagung aber gleich wieder gewisse Vorbehalte und Angriffe gemacht worden sind, die dann auch sehr bald darauf in der Presse erschienen sind. Ich habe dann diese Presseangriffe später wieder gefunden. Ich komme darauf an anderer Stelle zurück.
Es ist nicht richtig - ich betone es ausdrücklich -, daß der Streit darum gegangen sein könnte, daß ich einen Führungsanspruch erhoben hätte. Ich habe einmal allerdings, bevor überhaupt Verhandlungen über die Parteibildung begonnen haben, mit einem Herrn gesprochen, der, glaube ich, hier ist. Ich habe damals gesagt, wir wollen eine neue Partei gründen und wir wollen in dieser Partei insbesondere die beiden Konfessionen miteinander sammeln. Sie gelten im Lande als der prominente Vertreter der Protestanten. Damals war die Verkehrsverbindung so, daß man sich den Mann in München suchen mußte, weil ja Telefon und Post usw. noch sehr schlecht funktionierten. Deswegen schlage ich vor, so habe ich gesagt, daß Sie und ich, der ich den alten Namen von der früheren Zeit von der katholischen Seite her habe - was allerdings ein falscher Begriff war - zusammen den Aufruf zur Gründung und Sammlung einer neuen Partei machen.
Das war das einzige Mal, wo ich sozusagen hervorgetreten bin. Ich wollte damit aber nur der Öffentlichkeit dartun, daß sich die beiden Konfessionen in diesen beiden Namen miteinander gefunden hätten.

Ich muß dann noch einmal auf die Frage dieser Regierungsliste zurückkommen. Es ist richtig, der Name Dr. *Muhler* als Kultusminister ist ebenfalls auf der Liste gestanden, die ich erhalten habe. Ich habe davon bisher nicht gesprochen, aber es stimmt. Ich habe diese Liste damals aus dem Lager der SPD heraus erhalten. Das sage ich auch. Es war die Liste, die mit den vorbereitenden Maßnahmen zum Sturz des damaligen Kabinettes zusammenhing und von der ich erwähnt habe, daß auf ihr *Stegerwald*, Dr. *Josef Müller*, stellvertretender Ministerpräsident ein KPD-Mann und Kultusminister Dr. *Muhler* vertreten waren.
Die Mitglieder der CSU, die damals bei der Frage der Regierungsbildung des Kabinetts *Hoegner* im Sechser-Ausschuß gewesen sind, müssen sich auch an das Protokoll erinnern, das damals über die Verhandlungen geführt worden ist. Ich hatte damals den Auftrag, zusammen mit Dr. *Semler* mit Dr. *Hoegner* zu verhandeln. Es ist richtig und es ist meines Wissens zu Protokoll gegeben und muß noch in den Akten stehen, daß uns Dr. *Hoegner* damals erklärt hat, er betrachte Herrn Dr. *Müller* nicht als verhandlungsfähig, weil Dr. *Müller* den Kommunisten so weitgehende Zugeständnisse in der Frage der Regierungsbildung gemacht habe, daß er, Dr. *Hoegner*, darüber jetzt in die größten Schwierigkeiten komme. Ich bitte, in den Akten nachzusehen. Ich mußte pflichtgemäß als Verhandler zusammen mit Dr. *Semler* diese Erklärung dem Ausschuß mitteilen.
Am nächsten Tag sollten die Verhandlungen durchgeführt werden und in der Nacht ist das Telefongespräch Dr. *Kroth*/Dr. *Müller* oder Dr. *Müller*/*Kroth* gewesen. Jeder, der an den Verhandlungen beteiligt war, weiß, daß am nächsten Morgen die ganze Basis, auf der wir verhandelt hatten und der zufolge die neue CSU nach Vorschlag Dr. *Hoegners* Innenministerium und Kultusministerium behalten hätte, gebrochen war und eine Beteiligung der CSU in Form eines Ministers auf den Ansturm der KPD hin überhaupt nicht mehr möglich gewesen ist.
Nun darf ich über die Gründe meiner Entfernung sprechen. Es ist am besten, ich lese das Aktenmaterial in aller Ruhe vor. Ich habe die Anklageschrift oder das Anklagematerial, das die Militärregierung der Spruchkammer gegeben hat, hier in Händen. Ich lese es ganz ruhig vor. Es heißt in einem Passus:

> *Schäffer* hat viel Aufhebens von seiner erlittenen Verfolgung zur Zeit der Nazis gemacht. Tatsächlich war er nur bei zwei Gelegenheiten belästigt worden

- was übrigens falsch ist -

> einmal im Jahre 1933, als er zum Braunen Haus gebracht wurde

- das war wegen dem Schießbefehl -

> und für eine kurze Zeit in Stadelheim festgehalten wurde

- das war eine andere Sache.

> Für diese Maßnahme entschuldigte sich jedoch *Ritter von Epp*, Reichsstatthalter für Bayern, indem er diese Maßnahme als Eigenmächtigkeit untergeordneter Dienststellen bezeichnete, die er aufs schärfste mißbillige. Klammer: Aussage des Dr. *Josef Müller*, stellvertretender Leiter der Christlich-Sozialen Union in Bayern.
> Nach dem Putsch am 20. Juli 1944 verbrachte *Schäffer* mehrere Wochen in Dachau, wo ihm jedoch eine bevorzugte Behandlung zuteil wurde, wie das bei früheren politischen Führern, gegen die die Nazis keine Absicht hatten, der Fall war. Klammer: Aussage des *Albert Roßhaupter*, Arbeitsminister.

Ich habe in dem Fall Dr. *Müller* in meiner Rede in München ausdrücklich bemerkt, daß er zwar unter den Aussagenden genannt ist, daß es sich aber nur um eine Kleinigkeit handelte. Ich habe hier ausdrücklich differenziert. Ich habe den Fall *Roßhaupter* dagegen als viel bösartiger betrachtet, weil der Fall *Roßhaupter* auf eine Sache zurückgeht, die ich jedem Deutschen zum Vorwurf mache, nämlich auf einen persönlichen Gegensatz, den es deshalb gegeben hat, weil *Roßhaupter* entgegen der Verpflichtung, die wir uns damals im Kabinett gegeben hatten, und entgegen der Weisung, die die Militärregierung selbst gegeben hatte, eine rein persönliche Sache und Angelegenheit hinter dem Rücken des Ministerpräsidenten [*Fritz Schäffer*] in der Militärregierung zu seinen Gunsten hat entscheiden lassen. Das war sozusagen der Anfang, warum eine Feindschaft mit *Albert Roßhaupter* aufgetaucht ist. Ich habe hier eine gewisse Quittung darüber erhalten, die ich als bösartig empfunden hatte.
Und nun zu den anderen Fällen. Der Fall *Baumgartner*! Meine Herren, ich darf Sie daran erinnern, daß meine sogenannte politische Rehabilitierung am 26. Januar 1948 erfolgt ist. Ich darf nun meine Gespräche und meine Unterhaltungen und Vereinbarungen mit Dr. *Baumgartner* in aller Ruhe und im Zusammenhang schildern.
Dr. *Baumgartner* hat mich einmal Anfang Dezember angerufen und mich zu sich gebeten. Diejenigen, die sich an die ersten Zeiten der CSU erinnern, wissen, daß Dr. *Baumgartner* mir eigentlich nicht sonderlich freundlich gegenübergestanden ist. Aber ich habe, als ich ihn später traf, doch sofort wieder das frühere Verhältnis hergestellt. Ich habe auch das alte Du mit ihm weitergeführt. *Baumgartner* rief mich an, und ich dachte mir: Na, da wird etwas los sein, weil er an mich denkt.
Ich kam zu ihm, und er erzählte mir, er habe vor, sein Ministeramt niederzulegen, aus manchen sachlichen Gründen und aus manchen Gründen, die auch mit der CSU zusammenhängen. Dabei bezeichnete er als Grund, daß, ohne daß er es wußte, unser Parteivorsitzender mit *Schlange-Schöningen* viele Besprechungen und Unterredungen gehabt habe, über die er, der an sich zuständige Landwirtschaftsminister, nicht informiert worden sei. Er habe den Eindruck, daß das in dem Kampf, in den er nun einmal mit *Schlange-Schöningen* geraten war, nicht zur Stärkung seiner Position beigetragen habe. Er hat mir auch erzählt, daß in einer persönlichen Angelegenheit die berühmte schwarze Sau, die heute schon erwähnt worden ist, die schwarze Sau von Veitshöchheim bei *Schlange-Schöningen* gegen ihn als eine Art Beschuldigung vorgebracht worden sei. Er hat lachend hinzugefügt, das sei ganz falsch, denn diese schwarze Sau sei zwar tatsächlich geschlachtet worden, aber von einem Verwandten des *Schlange-Schöningen* selbst und er habe selbst die Untersuchung in diesem Falle eingeleitet.
Dr. *Baumgartner* erzählte mir auch - und er hat es ja in dem Brief, den der Herr Landesvorsitzende vorgelesen hat, ausdrücklich wieder geschrieben -, geklärt sei die Sachlage noch nicht, auch nicht durch die Erklärung von Dr. *Berthold*. Er hat mir damals erzählt, daß dieser Regierungsrat *Schneller* beauftragt worden sei, ihn zu überwachen und Material gegen ihn zu sammeln. Ich habe in dem Gespräch zu Dr. *Baumgartner* dann gesagt: Ich bitte Sie, warten Sie ab, überlegen Sie sich Ihren Rücktritt als Landwirtschaftsminister. Es ist zum mindesten Ihre Ehren- und Gewissenspflicht, bevor Sie einen solchen Schritt tun, sich mit Ihrem Chef, das heißt mit dem Herrn Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*], rechtzeitig auszusprechen, um von ihm die Erklärung zu erhalten, ob er diesem Rücktritt zustimmen kann oder nicht.
Er hat dann weiter davon schon damals gesprochen, daß er Zweifel habe, ob er in der CSU bleiben könne oder nicht, auf deutsch, ob er der Bayernpartei beitrete. Ich habe ihm dann gesagt, und, meine lieben Freunde, das ist die Überzeugung, aus der heraus

ich handle: Das Schlimmste ist, wenn die CSU Mann für Mann und Stück für Stück auseinanderläuft. Das darf nicht sein.

(Sehr richtig!)

Der Block, der in der CSU ist, soll beisammenbleiben, und er soll mir das Versprechen geben, daß er nicht einzeln handelt, daß er, bevor er einen Schritt tut, noch einmal mit mir spricht. Ich könne jetzt einen Entscheid, ob ich jetzt ins politische Leben zurückkehre, noch nicht treffen. Ich müsse abwarten. Aber ich würde ihm versprechen, bevor ich irgendeinen entscheidenden Schritt tue, auch mit ihm zu reden. Denn nur, wenn Mann gegen Mann und Wort gegen Wort gestellt wird, nur dann kann ich den anderen auch an sein Wort binden.
Ich habe mein Wort gehalten. Dr. *Baumgartner* hat allerdings seinen Entschluß gefunden, ohne mit mir irgendwie Fühlung zu nehmen. Er hat Mitte Januar noch mit mir gesprochen und damals noch gesagt, für ihn sei die Zeit eines Entschlusses noch gar nicht gekommen. Er müsse zuerst seine wirtschaftliche Existenz neu gründen. Er müsse den Professor in Weihenstephan erst sicher haben. Erst dann könne er wieder in die politische Laufbahn zurückkehren.

(Unruhe und Bewegung im Haus.)

Nun, meine lieben Freunde: Daß ich je an Dr. *Baumgartner* - ich sage *je*, ob es am 7. Januar war oder an einem anderen Tag, das spielt gar keine Rolle - einen Brief geschrieben hätte, ich wolle der Bayernpartei beitreten oder ich fordere ihn auf, der Bayernpartei beizutreten, ist bestimmt unwahr. Ich kann das auch dokumentarisch beweisen.

(Hört, hört!)

Denn ich habe ihm später, am 9. Februar 1948, geschrieben, nachdem Anfang Februar Dr. *Hundhammer* zu mir gekommen war und mich gefragt hatte, wie es nun mit mir stünde, ob ich ins politische Leben zurückwolle oder nicht. Ich habe Dr. *Baumgartner* schon deswegen geschrieben, weil ich wissen wollte, wie es eigentlich dazu gekommen ist, daß er mir gegenüber sein Wort nicht halten konnte. Der Wortlaut des Briefes ist folgender:

> 9. Februar 1948.
> Unserer seinerzeitigen Verabredung entsprechend möchte ich Dir mitteilen, daß ich noch in dieser Woche entscheidende Entschlüsse fassen muß und wohl nicht mehr länger warten kann. Vielleicht kannst Du mich anrufen.
> Mit besten Grüßen
> Dein

Hier ist also der Beweis. Ich hebe von allen Briefen, die ich schreibe, Abschriften auf, ich bin gewitzigt. Ich habe infolgedessen auch diese Abschrift. Hier ist also der Beweis, daß ich bis zum 9. Februar 1948 zugewartet habe, daß ich bis zum 9. Februar 1948 irgendeinen Entschluß überhaupt nicht getroffen habe. Der Mann, der mich zu einem Entschluß bewogen hat, ist mein Freund Dr. *Hundhammer* gewesen. Nicht in dem Sinne, daß ich nicht vorher schon die Möglichkeiten überlegt hätte. Aber es war der Moment, wo ich nun das Abwarten nicht mehr durchführen konnte.
Auf diesen Brief hin kam Dr. *Baumgartner* zu mir. Ich habe ihn dann gefragt, wie es denn gekommen sei, daß er am 26. oder 27. Januar - ich glaube, es war der 26., der

Tag, an dem Marktredwitz gewesen ist - der Bayernpartei beigetreten sei, ohne mich vorher oder auch nachher überhaupt nur zu verständigen. Er schilderte es als eine Zwangslage. Es habe damals auch Differenzen gegeben, über die in der Presse berichtet worden war. Es ist die Geschichte "*Knott-Kettner*" gewesen, oder wie sie heißen. Damit diese Differenzen der jungen Partei nicht schaden, sei er rasch geholt worden und habe sich entschließen müssen, eine Art Direktorium mitzubilden. Da habe er seinen Beitritt zur Bayernpartei erklärt und am nächsten Tag seinen Austritt aus der CSU.

Bei diesem Gespräch, das vor zwei Zeugen stattgefunden hat, hat er mir dann auch das erzählt, was mir eine Überraschung gewesen ist. Er hat mir erzählt, daß bei der Bowle, die in der Nacht vom 27. Januar, ich glaube zwischen 22 und 2 Uhr, hat er zu mir gesagt, getrunken worden sei, man sich, nachdem der erste Teil des Gespräches abgelaufen war, im zweiten Teil des Gespräches mit mir beschäftigt und ihm zuerst erzählt habe, ich hätte Material gegen ihn gesammelt. Ich habe ihm gesagt: Lieber *Baumgartner*, Du weißt, daß ich gegen keinen Menschen Material sammle und gegen keinen Menschen Material habe, weil ich das nicht will. Du weißt, daß mir einmal ein Brief, der für Dich äußerlich [sic!] unangenehm schien, in die Hand gegeben worden ist, und Du weißt, daß ich dann mit Dir über diesen Brief unter vier Augen gesprochen habe, weil ich nämlich das für die einzig richtige Methode halte,

(Sehr richtig!)

wenn ich über jemand etwas Ungünstiges erfahre, mit ihm persönlich zu sprechen.

(Bravo!)

Glück mit diesem Verfahren habe ich, liebe Freunde, offen gestanden wenig gehabt. Ich habe auch in einem anderen Fall, der in München noch eine große Rolle spielt, ein solches sogenanntes Material erhalten und mit dem Nächstbeteiligten dann gesprochen, um ihm einen Weg zu nennen, den ich an seiner Stelle in dieser Situation tun würde und gemacht hätte. Ich habe mir dadurch einen schweren Feind zugezogen. Bei dieser Gelegenheit hat er mir dann weiter erzählt, daß im Anschluß daran zu ihm gesagt worden sei, er möge mich doch bewegen, mich für die Bayernpartei anzumelden. Er möge dann dafür eintreten, daß ich von der Bayernpartei abgelehnt würde. Dr. *Müller* habe zu ihm gesagt: Dann kann ich sagen, den Lückenbüßer mache ich nicht, das heißt dann sitzt *Schäffer* zwischen allen Stühlen. Ich habe Dr. *Baumgartner* ausdrücklich vor den beiden Zeugen gefragt: Kann ich das verwerten? *Baumgartner* hat mir erwidert: Du kannst es verwerten.

(Hört!)

Nun weiter! Ich habe hier nur diese Notiz: Reichsaußenminister *Beck*. Entschuldigen Sie, mein Gedächtnis verläßt mich. Aber von Oberst *Beck* weiß ich nichts. Ich habe bestimmt nie darüber gesprochen. Ich habe allerdings einmal eine allgemeine Redewendung gebraucht, weil ich weiß, daß unser Herr Landesvorsitzender einmal es als seinen Wunsch ausgesprochen hat, wenn er ein Ziel habe, möge er am liebsten Reichsaußenminister sein. Ich weiß das.

(Zuruf: Bei welcher Gelegenheit?)

Ich kann auch den Namen nennen. Die Redewendung habe ich allgemein gemacht: Wenn man den Wunsch hat, Reichsaußenminister zu werden, so darf man darüber natürlich nicht die Aufgabe, die einem jetzt gestellt ist, die Aufgabe Bayern, hintansetzen.

Was die Frage der Überbetonung der Kommunistengefahr anbelangt und was darüber gesagt worden ist, so brauche ich nicht darauf einzugehen. Aber wenn man dabei erwähnt hat, daß es andere Leute gäbe, die früher, sagen wir mit links, nie eine Verbindung gefunden hätten und die infolgedessen den Nationalismus, der dann zu *Hitler* und zur deutschen Katastrophe geführt hat, gestärkt hätten, so darf ich Ihnen nur eines erzählen:
Es gab im Jahre 1930 im Bayerischen Landtag einen, der die Idee gehabt hat, man müßte diese Zeit noch rechtzeitig benützen, um auf einem legalen Weg der nationalsozialistischen Bewegung einen legalen Damm entgegen[zu]setzen. Dieser Mann hat damals mit den sozialdemokratischen Führern *Timm*, *Endres* und *Dill* gesprochen und hat ihnen gesagt: Heute sind die Mandatsziffern noch so, daß SPD, Bauernbund und Bayerische Volkspartei zusammen die Zweidrittelmajorität im Bayerischen Landtag haben. Ich schlage Euch vor, eine Koalition zu machen und diese Koalition möge sofort eine Änderung des Wahlrechtes in dem Sinne durchsetzen, daß die Kreise, die jetzt die Hauptträger der jungen Bewegung sind, sagen wir einmal, möglichst beschränkt und die vernünftigeren, ruhigen Kreise in ihrem Wahlrecht gestärkt werden.
Ich wollte damals das aktive Wahlalter auf 25 Jahre heraufsetzen und das passive Wahlalter auf 30 oder 35 Jahre. Ich habe ihnen das vorgeschlagen, weil ich damit gehofft habe, legal in Bayern einen Damm zu errichten. Ich weiß, daß man historische und geschichtliche Bewegungen dadurch nicht aufhalten kann. Aber was ich wollte, war, zu dieser neuen Blockbildung zu kommen, weil ich in dieser Stunde der Überzeugung war, daß diejenigen, die die Demokratie in der rechtlich legalen Form erhalten wollen, die früheren Unterschiede vergessen und zusammenstehen müssen. Der Abgeordnete, der das vorgeschlagen hat, war ich. Ich habe einige Tage darauf dann von dem alten *Timm* die Antwort erhalten: Das geht nicht, das widerspricht unseren Doktrinen, worauf ich ihm gesagt habe: Dann werden Eure Doktrinen am Leben bleiben, und Ihr werdet sterben, ich kann das nicht ändern.
Und nun weiter! Was nun die Personendiktatur in der Union und das von mir angeblich verlangte Ermächtigungsgesetz - in geheimer Wahl und Abstimmung - betrifft, so darf ich Ihnen vielleicht aus dem Protokoll die entsprechende Stelle verlesen. Ich habe laut Protokoll gesagt:

> Jetzt möchte ich etwas ganz Außergewöhnliches vorschlagen und tun. Bevor ich Euch meine Vorschläge sage, möchte ich zuerst wissen, wie Ihr glaubt, daß in Euren Kreisverbänden die Bevölkerung wirklich steht. Ich möchte wissen, wie ist es in den einzelnen Kreisverbänden, wird mein Name, wenn er als der des Vorsitzenden des Bezirksverbandes Oberbayern erscheint, den Zusammenhalt für die CSU bringen, wird er das Abwandern der Wähler in andere Parteien verhindern und wird er damit den Bestand der CSU retten?

Darüber habe ich eine offene Antwort von den einzelnen Kreisverbandsvorsitzenden verlangt, als Stimmungsbild, wie die Bevölkerung in den einzelnen Kreisverbänden steht, ob die Möglichkeit gegeben ist, die CSU zusammenzuhalten und die CSU zu retten. Ich werde Ihnen später erklären, warum ich diese Frage gestellt habe und warum ich diese Frage in jener Stunde als Voraussetzung für notwendig gehalten habe. Die Wahl selbst erfolgte mit Stimmzetteln und war vollkommen geheim.
Was nun den vorerwähnten Schießbefehl betrifft, so muß ich folgendes sagen: Am 9. März 1933 war ich, ich glaube den ganzen Tag mit vielleicht einer Stunde Mittagspause, mit Herrn Dr. *Held* beisammen. Ich weiß noch ganz genau, wie schwer das Ringen

mit den Nationalsozialisten *Röhm*, *Himmler*, *Wagner* und so fort gewesen ist. Ich weiß, wie wir darum gerungen haben, um den Entschluß: Sollen wir den sogenannten Schießbefehl geben oder nicht. Dr. *Hundhammer* und ich und außerdem Dr. *Stützel* sind ja auch für diesen Schießbefehl zum Teil im KZ gewesen. Du (zu Dr. *Hundhammer* gewendet) warst im KZ, und Dr. *Stützel* und ich sind in derselben Nacht ins Braune Haus geschleppt worden, weil man uns nicht mit Unrecht als diejenigen erklärt hat, die für den Schießbefehl eingetreten sind.

(Dr. *Hundhammer*: Ein Telefongespräch war abgelauscht worden.)

Nun darf ich folgendes feststellen, weil ich es gestern von anderer Seite gehört habe und weil es heute durchgeklungen ist. Damals war die Situation in Bayern so, daß die auf Seiten der Bayerischen Volkspartei stehende sogenannte Bayernwacht zahlenmässig der SA mindestens gleich, an Geist und innerer Geschlossenheit aber überlegen gewesen ist. Es war damals am 9. März bereits dafür gesorgt, daß die Bayernwacht, ich möchte sagen, aufrufbereit dagestanden hat.

Wir hatten als staatliche Macht die Landespolizei. Die Landespolizei, das wußten wir alle, wird dann und nur dann funktionieren, wenn die Reichswehr nicht gegen die Landespolizei steht. Denn dazu konnte ich die Landespolizei nie bringen, daß sie etwa auf die Reichswehr geschossen hätte. Deswegen lag die Entscheidung jener Stunde bei der Frage: Welche Haltung wird die deutsche Reichswehr einnehmen? Darum ist die Debatte gegangen. Diese Frage habe ich seinerzeit aufgeworfen.

Ich habe dann darauf gedrängt, daß der Landeskommandant - das wäre *Leeb* gewesen, der war an diesem Tag verreist - und an seiner Stelle der stellvertretende Landeskommandant *Wäger* geholt worden ist. Ich habe *Wäger* gesagt: Nach § 17 des Reichswehrgesetzes - ich glaube, es war dieser Paragraph - kann die Landesregierung die Reichswehr aufrufen, wenn eine Gefährdung der Landesregierung, eine Gefährdung der Gesetze im Lande gegeben ist. Wird die Reichswehr diesem Aufruf der Bayerischen Landesregierung heute folgen? Er hat mir gesagt: Nach den Schilderungen, die Sie mir geben, sind die Voraussetzungen für das Eintreten der Reichswehr an der Seite der Bayerischen Landesregierung gegeben. Sie wissen aber doch auch die politischen Umstände. - Inzwischen war ja *Adolf Hitler* Reichskanzler geworden. Ich muß, bevor ich einen solchen Schritt tue, natürlich in Berlin anfragen.

Wäger hat telefonisch in Berlin angefragt. Er kam dann nach einigen Stunden und sagte zu Dr. *Held* und mir gemeinsam: Ich habe den Auftrag zu erklären, daß sich die Reichswehr in innerpolitische Angelegenheiten Bayerns nicht einmischen darf.

Das war also die Absage auf unsere Anfrage. Ich ging dann mit ihm hinaus und habe ihn unter der Tür gefragt: Haben Sie etwa noch eine andere Weisung, die Sie mir nicht sagen dürfen? Er sah mich an. Ich wußte ganz genau, wie ich daran war. Er hatte natürlich eine andere, weitergehende Weisung. Wer von Euch hätte es nun in dieser Situation verantwortet, wenn er rechnen muß, daß die Reichswehr an der Seite der SA aufmarschieren wird, einen nutzlosen, sinnlosen Kampf der Bayernwacht und der Landespolizei, die bestimmt nicht gegen die Reichswehr vorgeht, noch hervorzurufen und damit unnütz Blut zu vergießen, wo später ein selbständiges Land mit einer eigenen Regierungsgewalt, Österreich, den Nationalsozialisten doch binnen 24 Stunden erlegen ist? Das war die Situation, und das war der Schießbefehl.

Eines möchte ich noch feststellen: Der Abgeordnete, der das Wort Mainlinie gesprochen hat, ist der *Schäffer Fritz* nicht gewesen.

(Dr. *Horlacher*: So!)

Der Abgeordnete, der das Wort Mainbrücke gesprochen hat, der gesagt hat, der Main und das Land am Main ist die Brücke zwischen Nord und Süd, der bin ich gewesen. Und der bin ich noch acht Tage vor der Wahl vom 5. März gewesen, als ich in Frankfurt mit Prälat *Kaas* zusammen gesprochen habe, habe ich dieses Wort von Würzburg in Frankfurt noch einmal wiederholt. Das ist das, was ich zu diesen Dingen zu sagen habe.

Und nun grundsätzlich meine Beweggründe und grundsätzlich mein Handeln. Liebe Freunde! Ob Ihr es mir glaubt oder nicht: Ich habe einmal vor wenigen Wochen einem hohen amerikanischen Militär gegenüber gesagt: Man kann im politischen Leben vielleicht Fehler machen. Ich glaube nicht, daß es irgendeinen großen Staatsmann gibt, dessen Biographie man schreiben könnte, ohne nicht auch Fehler zu erwähnen, die er in taktischer oder sonstiger Beziehung gemacht hat. Aber wenn ich einen Stolz habe, dann ist es nicht die Behauptung, daß ich keinen Fehler gemacht hätte, sondern es ist die Behauptung, daß ich in meinem ganzen politischen Leben bewußt nie eine Unwahrheit gesprochen habe. Darauf bin ich stolz.

Und nun will ich Euch meine Haltung erklären. Wenn einer glaubt, daß ich heute aus politischem Ehrgeiz oder sonstigem Trieb gehandelt habe, so möchte ich ihn zunächst einmal nur vernünftig fragen: Wie kann ein Mann, dem die höchste Autorität des Landes, die Besatzungsmacht, brieflich und schriftlich bescheinigt hat, daß er ein Amt nicht bekleiden darf, etwa in das politische Leben zurückkehren, um einen Posten, um ein Amt zu erhalten? Es ist ja ganz ausgeschlossen. Im Gegenteil! Daß ich diesen Brief erhalten habe, hat mir meinen Entschluß insoferne erleichtert, als ich mir gesagt habe: Selbst der Böswilligste kann heute nicht annehmen, daß mich die Ehrsucht und der Ehrgeiz nach einem Amte leiten könnte. Denn wenn ich ihn selbst hätte, ich könnte ihn ja nicht befriedigen, weil ich nicht darf.

Freund *Hundhammer* weiß, als er mich fragte, ob ich mich für den Wirtschaftsrat in Frankfurt wählen ließe, habe ich ihm gesagt: Wenn Ihr in der Fraktion darüber abstimmt, ist es mir ganz angenehm, aber bevor ich eine Annahmeerklärung abgebe, müßte ich zuerst zur Militärregierung hinausgehen und müßte es sagen, weil ich auch nicht so töricht wäre, daß ich um eines persönlichen Ehrgeizes willen einen Konflikt zwischen meinem Volke und der Militärregierung oder einer anderen Macht hervorrufen möchte.

Ich handle also auch nach der Richtung pflichtgemäß. Nun hätte ich auch rein menschlich sagen können: Was soll ich für einen Grund haben? Mir ist es im Jahre 1946 und 1947 vielleicht besser gegangen als früher, ich habe ein ruhigeres Leben gehabt. Männliche Erben habe ich überhaupt nicht mehr. Ich wüßte also nicht, warum ich irgendwie noch nach Posten streben sollte. Und ein Grund, den ich ein andermal erwähnt habe: In meiner Familie ist es so üblich, daß man nicht weit über 60 Jahre alt wird. Ich habe infolgedessen gar keine Aussicht, noch viele Lebensjahre an politischen Ehrgeiz hinzuhängen. Aber etwas anderes habe ich: Bis zum letzten Tag meines Lebens möchte ich dem folgen, was mir mein Gewissen gebietet. Ich bin früher im politischen Leben gestanden, und - ob man es glauben will oder nicht - es gibt in unserer bayerischen Heimat nördlich und südlich der Donau noch viele Kreise, die mich kennen und die sagen: Was man ihm auch nachreden will: Gewonnen und einen persönlichen Vorteil hat er in der Politik nicht gehabt und nicht angestrebt.

(Sehr richtig!)

Was er getan hat, das hat er vertreten als Mann seiner Überzeugung und um der Sache willen. Deswegen gibt es noch Kreise im politischen Leben und unter der Wählerschaft, bei denen mein Name etwas gilt.

Nun ist es so: Was man hier erhält, ist gewissermaßen ein Pfund, mit dem der Mensch, der Christ nach seiner Überzeugung wuchern muß, das er dann, wenn er es für notwendig hält, einzusetzen hat. Als mich Dr. *Hundhammer* fragte, ob ich wieder ins politische Leben zurückkehren wolle, habe ich das als eine Stimme empfunden, die mir sagte: Jetzt mußt Du mit diesem Pfunde wuchern, jetzt mußt Du es einsetzen für einen Zweck, den Du für gut hältst und den Du gewissermaßen als eine Pflicht empfindest.

Ich hatte vorher einmal bei der amerikanischen Militärregierung auf die Frage: Betreiben Sie Ihre Rehabilitierung, um ins politische Leben zurückzukehren - es war zwei Monate vorher gewesen - erklärt: Nein, deshalb nicht, aber auch deshalb nicht, weil ich heute nicht recht weiß, was ein aufrechter deutscher Mann im politischen Leben überhaupt für eine Aufgabe erfüllen kann, was für eine Aufgabe er überhaupt vor sich sieht. Ich habe ihnen dann gesagt: Wenn ich eine Aufgabe vor mir sehe, dann ist es die, meinem Volk die Wahrheit zu sagen, ihm zu sagen, was seine einzige politische Aufgabe sein kann.

Ein besiegtes Volk hat andere Aufgaben als ein Volk, das seine freie Willensbildung hat. Ein besiegtes Volk muß ganz anders denken. Was ich heute immer als den größten Fehler empfinde, ist die Tatsache, daß in unserer Politik anscheinend ganz vergessen wird, daß wir ein besiegtes Volk sind und daß wir ganz andere Aufgaben haben. Die einzige politische Aufgabe, die ich sehe, ist die, ein Vertrauensverhältnis zwischen Bevölkerung des besetzten Gebietes und der Besatzungsmacht herzustellen, wie ich gerade einem Herrn der amerikanischen Militärregierung gegenüber sagte. Ein Vertrauensverhältnis besteht nie zwischen einem Herren und einer Kolonialbevölkerung, sondern nur zwischen zwei Nationen gleicher Kulturhöhe, die sich gegenseitig Menschenrecht und Menschenwürde zuerkennen und die gegenseitig in diesem Geiste miteinander sprechen und handeln wollen. Das ist die Aufgabe, die ich vor mir sehe.

Ich habe von der ersten Stunde an dieser Aufgabe dienen wollen, als ich im Jahre 1945 das Amt des Ministerpräsidenten übernahm. Ich übernahm es am 28. Mai. Ich war in den Wochen vorher absichtlich nicht in München. Denn als ich einen kurzen Besuch damals im Münchner Rathaus machte, fand ich die Gänge voll von Menschen, die alle geglaubt hatten, jetzt sei die Stunde, wo sie ans Ruder kommen müßten. Hier habe ich mich meines Volkes etwas geschämt und bin deshalb wieder in mein Bauerndorf hinausgegangen und habe gewartet, bis ich gerufen werde. Und als ich dann gerufen wurde, habe ich mich zur Verfügung gestellt, nicht für das Amt des Ministerpräsidenten, sondern für das Amt eines Richters, nachdem mir einer der Herren gesagt hatte: Haben Sie doch Vertrauen, wir sind alle Kinder des gleichen Gottes.

Als ich diese Worte damals gehört hatte, hatte ich das Vertrauen, daß ein Zusammenarbeiten, das Schaffen eines Vertrauensverhältnisses wirklich möglich sei, und das ist die Voraussetzung, die ich erkenne. Eine Gefühlspolitik oder gar eine Protestpolitik halte ich für das Törichtste, was ein besiegtes Volk tun kann. Ich erinnere an einen Vers, der in einem Gedicht von *Geibel* steht, wo der Besiegte zum Sieger sagt: "In Deinen Händen ist die Macht, wer einem Sieger widerspricht, der widerspricht mit Unbedacht."

Aber etwas anderes verlange ich. Ich verlange, daß jeder, der sein Volk vertritt gegenüber der Besatzungsmacht, das als Mensch von Ehre und Würde tut. Man hat dem deutschen Volk im Auslande vorgeworfen, daß es im Siege brutal und in der Niederlage würdelos sei. Der einzige Weg, den wir haben, um wieder geachtet unter den Nationen zu stehen, ist der Weg, daß wir in Würde handeln und damit auch Achtung ge-

winnen, daß infolgedessen die Männer, die ihr Volk vertreten, dies nur aus ihrem Gewissen heraus tun und daß sie immer offen die Wahrheit sagen, ob es ihnen nützt oder schadet, ob ihre Stellung dadurch gestärkt wird oder nicht.
Ich habe damals erklärt: Wenn ich heute im politischen Leben stehen würde und wenn ich ein Demagoge wäre, dann würde ich ja die Möglichkeit haben zu sagen: Jetzt ist bewiesen, daß alle Vorwürfe, die gegen mich erhoben wurden, haltlos und unbegründet sind. Ich habe offen und aufrecht auch in jenen Stunden gesprochen, in denen ich sah, daß Maßnahmen geplant sind, die dem Vertrauensverhältnis zwischen Besatzungsmacht und Bevölkerung nicht dienen, sondern ihm schaden.
Hierher gehörte in jener Zeit die Frage der Denazifizierung. Was ich damals gesagt und geschrieben habe, halte ich heute noch voll aufrecht und würde es gewissensmässig heute noch vertreten. Aber ich möchte nie in die Lage kommen, daß ich mit dieser Stellungnahme Demagogie treiben müßte und dann sozusagen der Mittelpunkt der Unzufriedenheit im Lande werden würde. Denn letzten Endes haben wir und unsere Besatzungsmacht alle einen gemeinsamen Gegner, und niemand darf durch Demagogie ein Feuer anzünden, an dem der gemeinsame Gegner seine Suppe kochen kann.

(Sehr richtig!)

Deshalb lehne ich die Demagogie genauso ab, wie eine falsche Protest- und Gefühlspolitik. Aber was ich verlange, ist die Würde.
Das ist mein Standpunkt gewesen, und von diesem Standpunkt aus überlegte ich mir: Hast du denn eine besondere politische Aufgabe? Ich bin Mitgründer der CSU gewesen. Ich habe der CSU etwas geopfert, was mir lieb und teuer gewesen ist. Das war der Name der Bayerischen Volkspartei. Freunde, Ihr mögt über die Bayerische Volkspartei sagen, was Ihr wollt, und ich freue mich, daß *Horlacher* in den letzten zwei Abenden, wo er als mein Gegner auftrat, immer betonte, daß der Kampf, den die Bayerische Volkspartei gegen den Nationalsozialismus in den Jahren nach 1929 geführt hat, konsequent, folgerichtig und ehrenhaft gewesen ist.

(Dr. *Horlacher*: Aber erst nach 1929!)

Ich bin im Jahre 1929 Parteivorsitzender der Bayerischen Volkspartei geworden. Vom Jahre 1929 ab trage ich eine Verantwortung dafür. Ein jeder muß gestehen, daß die Bayerische Volkspartei das letzte Bataillon und die letzte Kompanie gewesen ist, die auf dem Schlachtfelde stand, als die braunen Wellen über Deutschland hinweggegangen sind.
Nun war meine Überzeugung die: Selbst wenn ich das opfere, dann nur in dem Sinne, daß die neue Partei Unterschiede nach alten Parteigruppen überhaupt nicht kennen darf. Das war zum Beispiel in der Stunde, in der ich in Landau an der Isar mit *Kübler* zusammen die neue Partei aus der Taufe gehoben habe. Landau an der Isar war doch früher für uns, ich möchte sagen, das Hauptkampffeld des kleinen Bruderkrieges, und *Kübler* und ich sind die gewesen, die in manchen Versammlungen einander so laut widersprochen haben, daß die Fensterscheiben ins Klirren gekommen sind. Aber das eine muß man sagen: Wir haben uns gegenseitig damals den Handschlag gegeben, alles Alte zu vergessen und in dem neuen Sinn zusammenzuarbeiten. Wir haben uns beide gegenseitig immer daran gehalten und die Gruppen, die hinter uns gestanden sind, auch. Das wollte ich.
Und nun ein Zweites! Ich habe vor einigen Tagen einen Brief aus Mittelfranken erhalten, in dem mir mit banger Frage geschrieben wurde: Ja, wenn Sie jetzt wieder im politischen Leben stehen, wie stellen Sie sich denn zu dem kleineren Bruder in der

CSU, zu unseren evangelischen Brüdern. Ich habe zurückgeschrieben, daß mich keine Anfrage innerlich eigentlich so schmerzlich berühren kann als diese. Kommen wir denn in unserer Heimat und Deutschland über das konfessionelle Mißtrauen nie mehr hinaus? Wir müssen doch endlich darüber hinauskommen. Ich erinnere mich an die Stunde, als Dr. *Heim* damals seinen ersten Werberuf ins Land gehen ließ und gesagt hat: Die beiden Kirchen gehen den Weg nach Golgatha gemeinsam. Der Ruf ist damals leider Gottes verhallt.
Wir haben dann die Nazizeit erlebt und müssen uns ehrlich gestehen, daß der konfessionelle Gegensatz und das konfessionelle Mißtrauen von *Hitler* auch ausgenützt worden sind und daß viele auch deshalb in sein Lager gegangen sind. Wir sollten nach dem Jahre 1945 davon endlich gelernt haben.

(Sehr richtig!)

Aber daß ausgerechnet die Frage an mich gekommen ist, an mich, der ich in der Bayerischen Volkspartei - das werden meine alten Freunde wissen - sogar als etwas unzuverlässig gegolten hatte, weil ich nämlich Waffenstudent gewesen bin, weil ich der Sohn einer protestantischen Mutter bin, die ihre Kinder allerdings in vorbildlicher christlicher Weise katholisch erzogen hat, weil das ihre Pflicht gewesen ist. Ich komme aus einer Familie, von der ich sagen kann, daß der Geist der Toleranz in dem Hause so selbstverständlich gewesen ist, daß ich erst später als alter Mann gemerkt habe, welches seltene Glück ich in meiner Jugendzeit dadurch erlebt habe. Und ausgerechnet an mich tritt man mit der Frage heran, ob nicht der evangelische kleinere Bruder im Lande durch mich etwas zu fürchten hätte! Ich glaube, wenn jemand sich darauf berufen könnte, daß er nach seiner ganzen Natur, seiner ganzen Vergangenheit und seiner ganzen politischen Vergangenheit berufen wäre, sich als Symbol des Geistes der Toleranz und des Geistes der Versöhnung hinzustellen, wäre es vielleicht ich.
Das waren also die beiden Motive, warum ich damals der Gründung der CSU innerlich so zugestimmt habe: Weil ich die Überbrückung dieser früheren Gegensätze, das Verschmelzen zu einer Partei wollte, weil ich die Kräfte in unserer bayerischen Heimat ohne Unterschied der Konfessionen zusammenfassen wollte. Denn das Reich war damals zerbrochen, und nur die Heimat war uns geblieben, und die Heimat war der Baustein, auf dem wir die neue deutsche Zukunft, ein neues Deutschland, wie es dann auch heißen mag, wiederaufbauen wollen und aufbauen müssen.
Herr Ministerpräsident Dr. *Ehard* hat ja auf einer Tagung in Marktredwitz oder in Erlangen schon ein Wort von mir erwähnt: "Es ist leicht, über Föderalismus und Separatismus theoretisch zu reden. Das kann man bei allen möglichen Gelegenheiten und in allen möglichen Modulationen. Das Entscheidende ist, wenn die Stunde der Versuchung an einen Mann herantritt." Es war kurze Zeit, nachdem ich das Amt des Ministerpräsidenten übernommen hatte, in jener Zeit, als es außer Bayern in Deutschland überhaupt noch keinen Staat gegeben hat, als an mich von einer mächtigen Stelle die Frage gerichtet wurde, ob ich denn wünschte, daß Bayern ein vollkommen selbständiger Staat, das heißt in bezug auf Deutschland ein autonomer, von Deutschland getrennter Staat würde. Ich gab damals zur Antwort: Ich will das Unglück Deutschlands nicht vergrößern. Ich glaube, wer das in jener Stunde, in einer Stunde der Versuchung, gesagt hat, der wird dadurch nicht betroffen, wenn in näherer oder weiterer Beziehung auf seinen Namen Reden gegen die Gefahr des Separatismus in Bayern und Deutschland gehalten werden. Der hat sich in einer Stunde der Versuchung bewährt, und wer sich bewährt hat, der braucht einem Verdacht nicht mehr ausgesetzt zu wer-

den. Das sind so ungefähr die Grundsätze, von denen ich bei der Gründung der CSU ausgegangen bin.
Nun meine ganz kurze Geschichte! Als ich mit Dr. *Hundhammer* sprach, ob ich wieder in die Politik und ob ich wieder in die CSU zurückkehren wolle, war das ja nicht das letzte der Gespräche, die in den Wochen vor meiner Rehabilitierung, als das Spruchkammerurteil bekannt wurde, mit politischen Leuten geführt worden sind. Es ist ganz natürlich, daß die verschiedensten Leute, darunter auch sehr törichte, bei mir gewesen sind und mich gefragt haben, ob ich mich und meinen Namen für irgendeine Richtung zur Verfügung stelle. Ich habe das hauptsächlich benützt, um mich einmal zu vergewissern, ob die Eindrücke, die ich als stiller Beobachter und Beschauer im Lande über die Stimmung des Landes gewonnen habe, richtig waren.
Nun erinnere ich an ein kleines Vorkommnis von gestern, von Plattling. Da war am Vormittag eine lange Debatte über das Prinzip: Die Christlich-Soziale Union muß eine Mehrheitspartei bleiben, sie muß die Mehrheit im Lande behalten und ausbauen. Deswegen Nord und Süd und so fort. Danach sprach ein Junger, dessen Namen ich gar nicht weiß; er war der Vertreter der Arbeitnehmerschaft und scheint einen sehr klaren Blick zu haben. Er sprach nur ein paar Sätze und sagte: Ich habe so den Eindruck, die Herren haben eine Entwicklung verschlafen. Wißt ihr denn nicht, was im Lande und bei der Wählerschaft vor sich geht?

(Sehr richtig!)

Seht ihr denn nicht, daß ihr von Mandaten redet, deren Stütze und Unterlage ihr gar nicht mehr habt?

(Sehr richtig!)

Das ist die Frage, und diese Frage brennt mir auf den Fingernägeln. Wer mich verstehen will, muß wissen, daß ich nicht nach dem handle, was wir uns wünschen, was wir in einem Gremium, in dem wir beieinander sitzen, als ewig und unveränderlich hinnehmen, sondern daß ich mich bemüht habe, die Dinge so zu sehen, wie sie sind. In der Demokratie, wo die Wählerschaft entscheidet, muß ich wissen, wie die Stimmung der Wählerschaft ist.

(Sehr richtig!)

Ich habe neulich im Anschluß an die Versammlung in Niederbayern einzelne Mandatare gefragt: Wenn ihr die Landtagswahl-Ziffern vom letztenmal hernehmt, wieviel Prozent glaubt ihr, daß ihr heute noch bekommen würdet, wenn wir heute zur Wahl gegangen wären, oder sagen wir einmal vor drei Wochen, vor dem 14. Februar, denn dann liegen entweder die Verhältnisse anders oder die Augen sehen anders. Ich sage Euch ganz ruhig: Da, wo die große Masse der Wähler ist, wird die CSU mit einem Prozentsatz von 30, 40% Verlust sicher zu rechnen haben.

(Widerspruch.)

Ich will Euch das auch begründen. Ihr müßt nur einmal an Zeiten denken, von denen wir auch heute reden sollten. Wir haben vielleicht in den Jahren 1922, 1923, dann im Jahr 1930 uns auch darüber hinweggetäuscht und gesagt: Das Versammlungsbild ist ja noch keine Wahl, bis zur Wahl verändert sich noch manches. Das Versammlungsbild war schon ein Stimmungsbarometer. Ich kann einzelne Versammlungsbilder wiedergeben. In Vilshofen fanden an einem Tag drei Versammlungen statt: Eine Versammlung der SPD, eine Versammlung der CSU und eine Versammlung der neuen Bay-

ernpartei. Es war in der Versammlung der SPD - Redner Staatssekretär *Gentner* - eine Besucherzahl von ungefähr 48 Personen; in der Versammlung der CSU, in der ein niederbayerischer bäuerlicher Abgeordneter sprach, eine Besucherzahl von etwa 150, und als *Baumgartner* in der Versammlung der Bayernpartei sprach, eine Besucherzahl von mehreren Tausenden.

(Zuruf: Sensation! - Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe.
Schäffer: Meine Herren, Sie wollen's nicht glauben. Das Augenverschließen hilft vor einer Entwicklung nichts! Die Entwicklung der Dinge geht über Sehende, aber noch mehr über Blinde hinweg!

(Sehr gut! - *Haußleiter*: Kämpfen Sie doch gegen die Bayernpartei!)

- Ganz richtig. Das hat gestern auch Dr. *Schedl* unserem Freund *Kübler* gesagt; kämpfen Sie gegen die Bayernpartei! Ich will dagegen kämpfen. Ich muß mir deshalb überlegen, was die Ursachen sind, und ich muß erstreben, die Ursachen zu vermeiden. Und damit kommen wir jetzt auf das, was für uns entscheidend ist.

(Zuruf: Auf die Punkte!)

- Ja, auf die Punkte. - Ihr könnt denken, wie Ihr wollt, aber das eine wißt Ihr: Die Delegierten der CSU wählen nicht den Bayerischen Landtag, den Bayerischen Landtag wählen die Wähler der CSU.

(Sehr gut!)

Deshalb muß ich die Wähler der CSU haben und zusammenhalten.
Soweit ich in den eineinhalb Jahren herumgehört habe, soweit ich meine Landsleute kenne - und ich glaube, sie zu kennen -, und soweit ich Briefe empfange, ist der Tenor in allem: Wir sind über keine Partei so enttäuscht worden, wie über die CSU.

(Widerspruch. - Gelächter.)

Ich sage, was ich aus der Tiefe der Bevölkerung höre.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe. Ich bitte aber auch den Herrn Redner, daran zu denken, daß wir in absehbarer Zeit im Wahlkampf stehen.

(Richtig!)

Schäffer: Ja, gerade weil ich daran denke! Die Wahrheit tut vielfach weh. Aber eine Entwicklung zu hemmen ist nur möglich auf dem Weg der Erkenntnis der Wahrheit. Wenn ich früher vor der Gefahr der braunen Welle gewarnt habe, bin ich manchmal genauso angegriffen worden; auch da hat man gerne die Augen verschlossen.

(Widerspruch.)

Ich kann nur sagen, was ich höre und was ich sehe, Ihr könnt ja dann vielleicht auch einmal Herren von anderen Bezirksverbänden hören, ob die nicht ein ähnliches Bild haben.
Nun ist heute das Bild noch so: Die Pflanze ist noch jung und sie ist ja noch gar nicht ausgewachsen. Wir stehen jetzt noch in der Zeit, wo eine Organisation dieser Bayernpartei nicht entstanden ist, wo die Landeszulassung nicht gegeben ist, aber bestimmt in kurzer Zeit gegeben wird; wir haben also noch Zeit, einen Damm aufzurichten und das zusammenzuhalten und zu retten, was wir retten wollen.

(Bravo!)

Das ist die Frage.

Und nun habe ich die Überzeugung: Es gibt für unsere bayerische Heimat keine grössere Gefahr, als daß die Unzufriedenheit sich unorganisiert dadurch äußert, daß Parteien, die politische Verantwortung tragen wollen, ihre Wähler verlieren und die Wähler in ein Sammelbecken ohne richtige Führung laufen und Bayern dann wieder dem Gespött und der Blamage der Welt preisgegeben ist.

(Sehr richtig!)

Aus dieser Überzeugung handle ich. Ich handle aus der Überzeugung, daß ich das Entstehen der Bayernpartei, wenn sie nur ein Sammelbecken der Unzufriedenen bleibt, wenn sie keine Führung erhält, als Gefahr für unser Land empfinde. Ich möchte infolgedessen, daß die CSU das Vertrauen der Wähler wiedergewinnt und daß sie die Zeit bis zu den nächsten Wahlen ausnützen kann, um zu sagen: Ihr könnt uns gestärkt, neu gestärkt die Stimme wieder geben!
Das war der Grund, warum ich Dr. *Hundhammer* nach kurzer Überlegung gesagt habe: Ich glaube, daß mein Name ein Abdämmen gegenüber der Bayernpartei bedeuten würde. Ich glaube, daß viele Elemente ihre Entscheidung davon abhängig machen und sagen: Wenn *Schäffer* wieder in die CSU geht, wollen wir in der CSU bleiben.

(Gelächter.)

Das könnt Ihr vielleicht nicht beurteilen, aber wer in meiner Heimat herumfragt, wird das bestätigen müssen. Jedenfalls meine innere Überzeugung und mein Motiv ist es gewesen.
Ich habe nicht nur das Persönliche auseinanderzusetzen; ich muß auch die sachliche politische Entwicklung beleuchten, um zu sagen, warum denn die Leute unzufrieden sind. Das ist keine Frage des Verschuldens irgendeiner Partei; das ist vielfach die Frage einer notwendigen Entwicklung. Die Leute sind in erster Linie auch in der Hoffnung gerufen worden, eine bayerische föderalistische Partei zu haben. Die Entwicklung ist anders gegangen. Geben wir es doch zu: Es ist doch heute so, daß wir unter einer Art Militärdiktatur stehen, daß der größte Teil der Gesetze gar nicht von uns gemacht wird.

(Richtig!)

Der wesentliche Inhalt eines Volkslebens ist ja immer die Geldbewilligung und die Verausgabung der Gelder gewesen. Wer hat denn heute die Steuern zu bestimmen? Macht für uns nicht der Kontrollrat die Steuern von einer zentralen Stelle aus? Wie ist es denn mit dem sogenannten Verfassungsleben? Was in Frankfurt, in der bizonalen Ebene, entstanden ist, ist ja kein deutsches Gesetz. Es ist von der Militärregierung, von der Besatzungsmacht uns befohlen, und zwar in einem Sinn, wie er nicht zum Ausdruck gekommen wäre, wenn die einzelnen deutschen Staaten und Länder nach freiem Willen hätten entscheiden können.
Wir brauchen nur daran zu denken, daß die Zwangswirtschaft jetzt auch in Händen von Frankfurt ist und daß Frankfurt nach meinem Dafürhalten, weil die Zwangswirtschaft alt wird und krank wird, Gefahr läuft, das Heilmittel darin zu suchen, die Zwangswirtschaft bis ins Extrem, bis in die kleinsten Einzelheiten auszubauen,

(Sehr richtig!)

statt darüber nachzudenken, ob nicht die Zeit gekommen wäre, einfach deswegen, weil der Gegenstand der Zwangswirtschaft in vielen Zweigen fehlt, ein neues System zu schaffen.

So wird bei uns in der Bevölkerung, die nur nach der Wirkung und nicht nach den Zusammenhängen fragt, der Gedanke erweckt: Wir haben eine bayerische Partei gewählt und von den Interessen, die wir in einem Staat verankert sehen wollen, ist immer weniger übriggeblieben. Da setzt nun die Agitation und die Unzufriedenheit ein, und verantwortlich wird dafür der gemacht, der nach außen, wenn auch nicht nach innen, die Verantwortung trägt; und das ist zur Zeit als Mehrheitspartei die CSU.
Dann darf aber die CSU nicht den Fehler begehen, daß sie in ihren eigenen Mitteilungsblättern und so fort immer vor dem sogenannten partikularen Chauvinismus oder Separatismus warnt, weil sonst die Leute den Gedanken schöpfen, dieses Zurückdrängen eines übertrieben föderalistischen Gedankens - in Gänsefüßchen gesetzt -, der mit dem Wort Partikularchauvinismus gemeint sein muß, würde von unserer Partei gewollt. Man muß der Bevölkerung gegenüber sagen, was die Wahrheit ist, wo die Grenze gegenüber dem Befohlenen und wo die Möglichkeit des eigenen Tun und Handelns ist. Man soll aber der Bevölkerung gegenüber nicht so tun, als wenn man selbst in der eigenen Heimat einen Kampf führt gegen einen Separatismus, den es in Bayern nun einmal nicht gibt,

(Widerspruch.)

und gegen einen partikularen Chauvinismus, den es auch nicht gibt. Man müßte in der eigenen Partei einen Kampf dagegen führen und davor warnen, sonst wird man für eine Entwicklung, für die man gar nicht verantwortlich ist, auch verantwortlich gemacht.
Das ist die eine Seite. Und nun die andere Seite! Da werde ich mich schwerer tun, aber ich bitte, daran zu denken, daß ich in den Jahren 1946 bis 1948 an keiner Tagung der Partei beteiligt gewesen bin und daß ich von den inneren Parteikämpfen in dieser Zeit vollkommen unbehelligt gewesen bin. Aber das muß man doch zugestehen, daß, wenn von der Christlich-Sozialen Union gesprochen worden ist, der ich damals nicht angehörte, bei den Wählern am meisten gesprochen worden ist über die inneren Gegensätze, über die inneren Streitigkeiten,

(Sehr richtig!)

über die Tagungen, die auch sehr häufig tumultuarisch gewesen sind,

(Zuruf: Eichstätt!)

wo sich dann viele über Regiekünste und sonstiges beschwert haben. Und was bei den Wählern dann gesagt worden ist, war: Das sind keine Methoden und keine Erscheinungen, die in einer Partei sein sollten, die den stolzen Namen Christlich-Soziale Union trägt.

(Zuruf: Warum ist es geschehen?)

Das ist nun einmal eine Tatsache, bei der ich mein Alibi erbringen kann, weil ich ja nicht dabei gewesen bin.
Diese Tatsachen habe ich gefunden; diese Tatsachen haben in der Wählerschaft mitgespielt. Und nun mußte ich mir überlegen: Haben diese Tatsachen einen berechtigten Grund, kann die CSU gerettet und erhalten und damit für die Zukunft die Garantie gegeben werden, daß sich diese Erscheinungen nicht wiederholen, und kann infolgedessen den Wählern gesagt werden: Bleibt bei der CSU?
Nun muß ich sagen: Wir haben nun einmal die verschiedenen Gremien, die vor den Wähler treten, verschieden aufgebaut. Der Landtag und die Landtagsfraktion ist aus

den Wahlkreisen mit der Mehrheit der jeweiligen Wähler gewählt. Hier ist also das demokratische Mehrheitsprinzip zum Durchbruch gekommen, hier sind die Landschaften - wenn ich so sagen darf - zum Durchbruch gekommen. So ist der Grundcharakter der Fraktion durch das Wahlsystem festgelegt, aufgrund dessen sie geschaffen worden ist.
In den Gremien, wie das, in dem wir hier beieinandersitzen, ist der Grundcharakter ein anderer.

(Sehr richtig!)

In diesen Gremien ist - ob man das Regionalprinzip oder sonst etwas heißt, spielt keine Rolle - nicht die Mehrheit der Mitglieder für die Zahl der Vertreter entscheidend, sondern es ist ein ganz anderes System geschaffen worden, und hier kommen die Gegensätze. Jetzt denken Sie, bitte, doch einmal, Sie seien so ein kleiner Wähler der CSU gewesen; Sie haben die CSU in dem Vertrauen gewählt, daß eine CSU-Regierung gebildet wird. Was geschieht dann im ersten Moment? Es entsteht ein Gegensatz zwischen Partei und Fraktion, der sich in der Fraktion fortsetzt, der die Fraktion in zwei Teile teilt, von denen dann der eine Teil gegen den anderen stimmt. Das Ergebnis ist, daß andere Parteien, wie *Loritz* und die SPD, einen Einfluß bei der Regierungsbildung gewinnen und gewinnen müssen, so daß der Wähler sagt: Hätte ich doch gleich lieber SPD gewählt als CSU!

(Sehr richtig! - *Haußleiter*: Die Fraktion hat die Koalition beschlossen!)

Die Ursache davon ist der innere Spalt in der Maschine der Partei und der Fraktion, die nach dem Mehrheitswillen aufgebaut ist.
Nun denken Sie weiter daran: Als wir in die Wahlen zur Nationalversammlung gingen, haben wir den Wählern bestimmte Versprechungen gemacht. Wir haben in den Wahlversammlungen erzählt, daß wir für zwei Grundprinzipien eintreten wollten: Erstens soll, um die Gefahr der sogenannten parlamentarischen Autokratie etc., um die Staatsallmacht zu bekämpfen, in Bayern der Staatspräsident geschaffen werden.

(Widerspruch.)

Wir haben's erzählt. Wir haben zweitens erzählt, daß wir, um den Gedanken der grossen Partei zu verankern und zu sichern, das Prinzip der Mehrheitswahl durchsetzen.

(Sehr richtig!)

Was ist geschehen? Wir haben ein Listenwahlrecht; wir haben also etwas anderes, obwohl wir bei innerer Geschlossenheit das Mehrheitswahlrecht hätten durchsetzen können.
Ich bin aus allem, was ich gesagt habe, der Überzeugung, die Grundursachen lagen darin, daß ein fester, geschlossener Wille, die Einigkeit, die Übereinstimmung der Parteigremien gefehlt hat.

(Zuruf: Die war ja da!)

Und ich bin deshalb der Überzeugung, daß es notwendig ist, diese Übereinstimmung der Parteigremien zu schaffen.

(Richtig!)

Nun sage ich Euch - und Ihr, die Ihr Zwischenrufe macht und mir Euer Mißfallen zeigt, unterstützt mich in dieser Überzeugung: Es will keiner, der im Besitz ist, irgend

etwas aufgeben; es will niemand eine Position, die er erobert hat - ich rede nicht von einer Person -, aufgeben um des Ganzen und um des Gedankens willen, damit der Sache wirklich zu dienen. Das ist eine allgemeine Erscheinung. Ich muß Euch als meine Überzeugung sagen: Wenn die innere Fehlkonstruktion, dieser Widerspruch auf der einen Seite in der Bildung des Mehrheitswillens, wie er sich bei der Wahl ausdrückt, und auf der anderen Seite in der künstlichen Konstruktion des Aufbaus unserer Partei sich nicht ändert, dann werden auch beim besten Willen einzelner Persönlichkeiten diese Gegensätze immer wieder auftauchen und die CSU wird einen geschlossenen, einheitlichen Willen nach außen hin nicht präsentieren. Und wenn die CSU das nicht tut, dann kann sie das Vertrauen der Wählerschaft nicht finden. Was die Wählerschaft will, ist eine Klarheit und eine grundsatzfeste Linie. Mit Taktik kann man einzelne Situationen überwinden. Aber mit Taktik kann ich nicht jahrelang Politik machen; mit Taktik kann ich nicht einen neuen Staat aufbauen; mit Taktik kann ich insbesondere nicht eine Politik und Agitation treiben, wie das deutsche Volk in allen Teilen es haben will.

(Sehr richtig!)

Es ist heute das Wort von der notwendigen Wirtschaftseinheit des deutschen Volkes gesprochen worden. Wir wünschen sie alle; aber wir sollten doch begreifen, daß wir in den vier Zonen nicht maßgebend sind, ob die deutsche Wirtschaftseinheit kommt oder nicht, sondern daß andere Mächte über die deutsche Wirtschaftseinheit zu entscheiden haben. Wir sollten uns auf das einstellen, was wir wirklich leisten können. Wenn wir uns die deutsche Zukunft erhalten wollen, dann müssen wir verhindern, daß das deutsche Volk auch geistig und seelisch nach Zonen auseinanderfällt. Dann müssen wir verhindern, daß man in der französischen Zone französisch, in der britischen britisch, in der amerikanischen amerikanisch und in der russischen Zone russisch denkt.

(Dr. *Horlacher*: Das wissen wir doch alle!)

Dann müssen wir erreichen, daß wir in allen vier Zonen

(Zuruf: Fünf Zonen!)

deutsch denken, und dann müssen wir wissen, daß deutsches Denken und christliches Denken eine Einheit sein sollte.

(Sehr richtig!)

Schade, daß viele von Euch in den relativ kurzen Monaten, in denen ich für die CSU sprechen durfte, meine Reden nicht angehört haben; sie wären erstaunt gewesen, wie wenig ich in meinen Reden über die sogenannte Politik gesprochen habe, wieviel ich davon gesprochen habe, daß die politische Aufgabe von heute eine grundsätzlich andere ist, wie in allen früheren Zeiten, daß wir uns heute nicht mit den politischen Themen, über die wir nicht entscheiden können, beschäftigen dürfen, sondern daß wir, wie es ein großer Inder seinem Volke gegenüber getan hat, suchen müssen, in dem ganzen deutschen Volk ein einheitliches Ethos, ein waffenloses, gewaltloses Ethos aufrechtzuerhalten, der dieses große Land befreit hat und der auch Deutschland allein den Weg in die Zukunft öffnen könnte.
So habe ich gesprochen, und das wollte ich, daß [dies] aus all der Propaganda und der Werbearbeit der CSU nach wie vor herausklingt.
In dieser Überzeugung habe ich den Vorsitz in Oberbayern übernommen und meinen Freunden folgendes gesagt: Wenn ich in der CSU arbeiten will, dann will ich nicht

mehr unter den Umständen arbeiten, unter denen ich bis zur Bamberger Tagung und nach der Bamberger Tagung bis zu meinem Abschuß gearbeitet habe, dann will ich nicht der sein, der immer in kleine Opposition führt [sic!] und dann immer als Störenfried bezeichnet wird, dann will ich Klarheit haben.

(Zuruf: Wir auch!)

Ich halte es jetzt für die letzte Stunde.

(Sehr richtig!)

Nachdem wir die neue Partei bei uns erstehen sehen,

(Zuruf: Welche?)

die Bayernpartei, muß die CSU bis zur entscheidenden Stunde der Landeszulassung dieser Partei wieder sagen können: Ich bin durch eine innere Reform gegangen, ich bin nicht die CSU, von der Ihr sagt - ob mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt -, sie habe Euch enttäuscht, sie habe den Zielen nicht so gefolgt, wie Ihr es gern gehabt und gewünscht hättet. Wenn ich das nicht sagen kann, dann sehe ich keine Erfolgsmöglichkeit einer Arbeit in Euren Reihen.
Jetzt bitte ich, mich einmal ruhig anzuhören. Ich habe nun einmal die Überzeugung gehabt, daß ich auf dem Wege der einfachen Antragstellung in Eurem Gremium eine solche innere Reform nicht erreichen kann. Ich muß, wenn ich meine Sprache einrichte, auch an das Gehör des anderen denken. Wenn ich weiß, der andere hat ein feines Gehör, dann kann ich leise sprechen. Wenn ich weiß, daß der andere schwerhörig ist, dann muß ich laut sprechen.

(Zuruf: Nicht in der Öffentlichkeit!)

Ich habe infolgedessen mit großer Klarheit meine Gedanken ausgesprochen. Ich habe ganz offen gesagt: Meine Zweifel, die Parteigremien von der Richtigkeit meiner Überzeugung überzeugen zu können, sind sehr groß, die Möglichkeiten, innerhalb des Gremiums durchzudringen, wenn nicht der Ernst der Lage, so wie ich es sehe, zum Bewußtsein kommt, sind sehr klein. Ich bin gezwungen, um das Leben des Patienten nach meiner Überzeugung zu erhalten, einen außerordentlichen Schritt zu tun.

(Zuruf: Und die Folgen?)

Ich bin gezwungen, Euch ganz ehrlich zu sagen: Wenn Ihr die Gefahr verkennt und die Augen verschließt, dann hilft mir alle organisatorische Betätigung in meinem Kreise nichts, dann wird die Wählerschaft meines Kreises sehr bald in anderen Lagern stehen.
Ich habe mich für verpflichtet gehalten, das zu sagen, Ihr, die Ihr glaubt, daß diese Gefahren in Eurer Gegend noch nicht so stark seien, seid nicht zu sicher. Auch die braune Gefahr ist lokal entstanden und hat dann plötzlich wie ein Wildfeuer um sich gefressen. Wir wissen, daß die Bayernpartei heute darauf rechnen kann, daß viele, viele Menschen ohne klares Ziel, Menschen, die nur unzufrieden mit unserer Zeit und der Entwicklung sind, in diesem Lager zusammenlaufen. Glaubt es mir doch, wenn ich es sage.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Ich hoffe, daß, wenn es gelingt, in der CSU einen neuen Geist und einen neuen Namen zu prestieren [sic!],

(Zuruf: Einen neuen Vorsitzenden!)

es dann auch möglich ist, diese Gefahr abzudämmen, und wenn das Wildwasser nicht gestoppt werden kann, es doch zu einem Mühlbach zu machen, der auf der politischen Bühne wirklich werktätig eingesetzt werden kann.
Das ist mein Wille. Verzeiht mir, daß ich die Methode wählen mußte, von der ich allein hoffen konnte, daß Sie bei Euch gehört wird. Ich habe den Weg nehmen müssen, der mir notwendig erschien. Aber das Ziel, das bitte ich mir zu glauben, ist letzten Endes die Erhaltung und Rettung der CSU. Ich habe es gestern schon einem gesagt: Jeder von Euch, der es will, bekommt von mir notariell mit Brief und Siegel bestätigt, daß ich gar keine Führerstellung bei Euch annehmen werde. Darum geht es mir nicht. Es geht mir darum, daß ich die Wählerschaft der CSU auch der CSU erhalten kann, und wenn außerordentliche Zeiten sind, muß ich das auch auf außerordentlichem Weg erreichen. So habe ich gestern denen in Niederbayern gesagt, und so sage ich es heute dem ganzen Gremium.
Es gibt nur einen Weg, daß wir endlich einmal über persönliche Leidenschaften hinwegkommen - und mögt Ihr uns zehnmal als Rebellen oder Revolutionäre oder dergleichen bezeichnen, die wir in einer Herzens- und Gewissensnot einen außerordentlichen Schritt getan haben -, daß wir endlich einmal die Möglichkeit haben, uns mit Euch auszusprechen. Ich habe lediglich diesen Weg gewählt, um zu einer gegenseitigen ernsten Aussprache zu kommen.
Wenn etwa Oberbayern oder München zusammenbricht, dann wird der übrige Bau der CSU in Bayern auch nicht mehr der Bau einer Mehrheitspartei sein.

(Sehr gut!)

Wir müssen versuchen, was wir können, um die Wählerschaft in diesen Landesteilen aufzuhalten. Das ist das Ziel, das ich vor mir habe. Kann man weniger verlangen, als daß man im Endergebnis - das ist der erste Schritt - doch wenigstens dazu kommt, einmal an einem Tisch zu sitzen und in aller Ruhe die Dinge miteinander zu besprechen.

(Zuruf: Das hätte man vorher machen können!)

Das hätte ich vorher eben nicht machen können, weil meine Stimme, wenn ich nicht einen Lautverstärker angewandt hätte, überhaupt nicht zu Gehör gekommen wäre.

(Lebhafter Widerspruch.)

Und wenn Ihr sagt, ich hätte es vorher machen können, dann streitet darüber nicht, dann ist es jetzt die höchste Zeit, es zu machen.

(Bravo!)

Ich schlage Euch das vor, was ich gewollt habe und was ich gestern auch den Niederbayern erklärt habe. Mein Versuch, zu einer Aussprache mit dem Landesparteivorsitz zu kommen, ist gescheitert. Bitte nicht zu sagen, weil ich geschrieben habe: In den Geschäftsräumen des Bezirksverbandes Oberbayern! Ich wäre überall hingegangen, bin ja später auch in die Geschäftsstelle der Landeszentrale gegangen.

(Unruhe.)

Man braucht doch nur einmal einen Gegenvorschlag zu machen.

(Sehr richtig!)

Ich habe dann also den Versuch gemacht, den Vorschlag, daß mit der Landesvorstandschaft gesprochen wird, wobei die Landesvorstandschaft ja aus sich heraus, ich

möchte sagen, einen Unterausschuß für die Arbeit einsetzen kann, damit ich die Vorschläge, wie sie uns vorschweben, auch konkretisieren und dort besprechen kann. Alles abgelehnt! Ich habe dann mit dem Geschäftsführenden Vorstand gesprochen. Der Brief ist heute verlesen worden. Ich bitte, den letzten Satz dieses Briefes - das ist das Entscheidende - doch zu lesen. In diesem letzten Satz des Briefes heißt es, daß, solange sich Oberbayern außerhalb der Satzungen stellt, mit ihm Verhandlungen nicht möglich sind.

Jetzt will ich Euch einmal sagen: Wenn verlangt wird, daß die Bezirksversammlung Oberbayern ihre Beschlüsse zurückzieht und ich hätte den besten Willen, das zu tun, wieviel Zeit würde es beanspruchen? Ich kann keine Erklärung abgeben. Ich bin nicht der Diktator, von dem Ihr sprecht. Ich gehe in meine Bezirksversammlung.

(Zuruf: Sie sind ermächtigt!)

Ich berufe meine Bezirksversammlung ein, die Leute, die mich gewählt haben.

(Zuruf: Wo sind die Delegierten?)

Die Delegierten Oberbayerns sind rechtlich heute vertreten. Ich muß ihnen dann sagen: Ihr müßt mit den Kreisverbänden reden. Das dauert lange Zeit. So lange können wir die Dinge unmöglich hinziehen lassen. Wer eine Einigung will, der muß doch den Vorschlag, den ich gemacht habe, annehmen, daß man sich jetzt zusammensetzt und sachlich über das Problem spricht.

Was Ihr heute für Satzungen annehmt, das ist uns gleichgültig. Nehmt sie an, sie sind satzungsmäßig. Aber damit wir in Oberbayern den Wählern gegenüber sagen können, wir werben wieder mit neuer Kraft und neuer Freude für die CSU, weil wir die Überzeugung haben, eine Krankheit, die nach unserer Überzeugung besteht, ist nun überwunden, aus einer Krise ist die Gesundung geworden, gibt es nur den einen Weg, daß wir einmal über die persönlichen Gegensätze und Leidenschaften hinweggehen und ruhig und sachlich aus der gegebenen Situation mit dem guten Willen zu einem gegenseitigen Zusammenarbeiten kommen.

Ich möchte nur mit dem einen Satz schließen: Was ich will, ist das Zusammenhalten der Wählerschaft der CSU. Mir ist die Wählerschaft wichtiger als der einzelne Delegierte. Ich will die Wählerschaft der CSU zusammenhalten. Dazu müssen die Delegierten der CSU wieder den Weg zueinander finden. Ich biete Euch die Hand. Wenn Ihr die Hand annehmt,

(Beifall und Widerspruch.)

kann das Schicksal der CSU wirklich gesunden. Wenn Ihr die Hand ablehnt, dann sehe ich keinen Weg mehr. In Eure Hand

(*Schwägerl*: Bedingungslos!)

und in Euer Echo ist das Schicksal der CSU gelegt.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren, ich darf vielleicht kurz darauf antworten. Auf Einzelheiten werde ich nicht eingehen, zumal nicht auf die persönlichen Einzelheiten. Denn ich möchte nicht, daß diese Tagung von persönlichen Streitereien ausgefüllt wird. Eines darf ich von vorneherein feststellen: Wäre die Tonart auf der Tagung der Christlich-Sozialen Union Oberbayerns die gleiche gewesen wie jetzt,

(Sehr richtig!)

dann wäre der Widerhall nicht nur in der bayerischen Presse, sondern auch in der deutschen und in der Weltpresse ein anderer gewesen.

(Erneute Zustimmung.)

Das Motto der Rede in Oberbayern aber war gekennzeichnet durch den Satz:

> Seid Ihr aber, wenn die Frage so ist und die CSU nur auf dem Weg in ihrem jetzigen Bestand und ihrer jetzigen Stärke erhalten werden kann, dann auch bereit, mit mir auch einen offenen Kampf gegen die Landesleitung auf Biegen oder Brechen aufzunehmen,
>
> (Hört, hört!)
>
> nicht um die CSU zu spalten, sondern um sie zu erhalten?

Und dafür stürmischer Beifall! Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Kampf vor der Presse, vor der Öffentlichkeit auf Biegen oder Brechen aufgezogen, bedeutet etwas anderes wie das, was uns heute vorgeschlagen ist.

(Sehr richtig!)

Wenn ich die ganze Rede auf mich wirken ließ - und ich bin gelegentlich schwerhörig, aber nicht immer -, dann darf ich vielleicht meinen Eindruck so festhalten: Ich erkenne an, daß der Wille bei unseren Parteifreunden in Oberbayern stark ist, Rücksicht zu nehmen auf die gegenwärtigen Vorgänge, vor allem in diesem Bereich Rücksicht zu nehmen auf die Entwicklung der Bayernpartei oder zur Bayernpartei. Es wird von vornherein unterstellt, daß das ein sehr wesentliches bestimmendes Moment ist. Ich unterstelle auch, daß in vielen Kreisen eine gewisse Angst vor künftigen Wahlen besteht. Hierzu darf ich feststellen: Eine Partei ist nicht um ihrer selbst willen da, und wenn wir durch unsere Politik nicht das Vertrauen des Volkes hätten, dann soll das Volk gegen uns entscheiden und wir haben die Entscheidung anzuerkennen.

(Sehr richtig!)

Glaubt aber nicht, daß die Entscheidung anders wird, wenn die Partei in sich zerbröckelt deswegen, weil sie keine klare Linie hat gegenüber den Leuten, die abwandern. Wenn sich die Leute nicht zwischen uns und zwischen der anderen Partei entscheiden können, dann wollen wir veranlassen, daß sie die Entscheidung treffen.

(Sehr gut!)

Denn dann ist die klare Linie gefunden, und das Volk wird eine Partei anerkennen, die eine klare Linie hat. Und wenn wir für den gegenwärtigen Moment Verluste für die Christlich-Soziale Union haben, wenn eine andere Partei entsteht, so mag dies sogar in mancher Hinsicht gewisse Vorteile haben. Aber wir werden um so größere Verluste haben, je mehr wir vor einer inneren Klärung zurückweichen.

(Sehr gut!)

Ferner: Wir vergessen immer, daß unser Volk zur Hälfte verarmt ist und daß zwischen 22 und 25% Flüchtlingswähler da sind, die nicht nach Ressentiments und Sentiments aus alter Vergangenheit heraus wählen, sondern die die Partei wählen, die bereit ist, die Nöte zu überwinden. Und hier gilt eines: Wir dürfen nicht nur immer den Leuten in der Not zumuten, daß sie christliche Geduld üben, sondern wir müssen auch an unsere Leute in Oberbayern appellieren, daß das christliche Gebot der Nächstenliebe in der praktischen Politik befolgt wird.

(Sehr richtig!)

Wenn vielleicht mancher dort bei der Bayernpartei landet, dem das Wort sozial in unserem Namen nicht entspricht, meine lieben Freunde, geben wir ihm den Abschied, warten wir nicht darauf, daß er Abschied nimmt.

(Sehr richtig!)

Unsere Politik wird nur dann Erfolg haben, wenn wir instandgesetzt sind, eine solche innere Stärke und Schlagkraft zu gewinnen, daß wir in der Tagespolitik bei jedem praktischen Gesetz unseren sozialen Willen durchsetzen.

(Mehrfache Zustimmung.)

Während Herr Dr. *Schäffer* gesprochen hat, dachte ich zum Teil an die Distanz zwischen seiner Rede und den Gegenwartsaufgaben für unsere Union, und zwar für die Christlich-Soziale Union in Bayern und die Christlich-Demokratische Union innerhalb der Bizone. Morgen um diese Zeit soll ich bereits in Frankfurt sein. Dort werden Entscheidungen getroffen, die auf eine gewisse Zeit für die Union bestimmend sind, aber darüber hinaus für das ganze Volk innerhalb der Bizone und vielleicht noch weitergehend. Und hier wird uns die Arbeitskraft genommen, wenn innerhalb der eigenen Kreise immer die Streitereien angehen um die Vergangenheit.

(Sehr richtig!)

Es ist etwas Schönes um eine große Tradition, und die Tradition als solche wirkt in uns Deutschen stark auf uns. Das ist in unserer alten Welt in Europa vielleicht überall so. Wir sind vielleicht gerade durch die Tradition in dem Aufbau einer wirklichen europäischen Konzeption belastet. Wir sind belastet auch bei uns in Deutschland und in Bayern, zusammenzuwachsen und uns durchzusetzen. Was nützen uns dann immer fünfzehnhundert Jahre in der Erinnerung zurück, wenn mittlerweile die Gegenwart über uns hinweggeht.

(Sehr richtig!)

Die Tradition macht die Toten nicht lebend, aber sie kann die Aktivität der Lebenden tot machen.

(Zuruf: Verpflichten!)

Und deswegen, meine lieben Freunde, wollen wir nicht immer an alte Vergangenheit denken. Wir können die Vergangenheit nur beachten, um aus ihr zu lernen, aber wir können nicht immer von der Vergangenheit sprechen und uns an die Vergangenheit anlehnen. Um die alte Zeit zu überwinden, haben wir ja die Christlich-Soziale Union als neue, junge Partei geschaffen. Deswegen lehnen wir auch die Anlehnung an die Tradition der Bayerischen Volkspartei ab. Nicht weil wir etwa die Bayerische Volkspartei oder unsere Freunde aus der Bayerischen Volkspartei verachten oder kritisieren. Ich war auch in der Bayerischen Volkspartei, genauso wie Herr *Schäffer*, genauso wie Herr *Horlacher*. Aber es ist offensichtlich ein Unterschied in den Menschen. Diese Zeit ist abgeschlossen. Im Jahre 1933 und schon vorher ist eine Bewegung, die aus der Not heraus entstanden war und die diktatorisch gesteuert wurde, über diese alten Kräfte hinweggegangen. Parteien, die sich nur an alte Programme und alte Erinnerungen anklammern, werden auch in der Gegenwart versagen und sich nicht behaupten können.

Wir wollen gerade auch insoferne eine Klarstellung zu den Männern gewinnen, die in Bayern diese Bayernpartei weitergestalten wollen. Kein Teufel weiß noch, was aus ihr

werden wird. Warten wir doch einmal ab, wie lange es dauert, bis dort einmal die Gegensätze zwischen Monarchisten und Republikanern nicht nur im kleinen Kreis, sondern auch in der Öffentlichkeit ausgetragen werden. Warten wir doch einmal ab, ob dort nicht der Versuch gemacht wird, aus der Bayernpartei durch gewisse monarchische Kreise, die dahinterstehen, einen Bayerischen Heimat- und Königsbund zu gestalten, oder ob nicht vielleicht von anderen der Versuch gemacht wird, wieder eine Art Bayerische Volkspartei daraus zu machen oder was sonst daraus entstehen wird.
Wenn ich schon aus der alten Zeit etwas lernen will, dann darf ich an die Zeit erinnern, als Deutschland im Jahre 1870 entstand. In dieser Zeit gab es neben dem Zentrum als Weltanschauungspartei die Patriotenpartei. In manchen Teilen standen Männer von der gleichen Haltung nebeneinander. In einem Kreis, den ich gerade im Auge habe, haben Geistliche für beide Parteien kandidiert. Beide wurden sogar gleichzeitig für beide Parteien gewählt, soweit ich flüchtig weiß. Wie lange hat es gedauert und die Patriotenpartei war überwunden, überrollt, weil sich die Weltanschauungspartei durchgesetzt hatte. Ich bin der Überzeugung, daß gerade angesichts der Tatsache, daß sich in unserer Zeit zwei Weltanschauungen gegenüberstehen, auch hier die Weltanschauungspartei sich durchsetzen wird.

(Sehr richtig!)

Sie wird sich durchsetzen, wenn man nicht immer ängstlich jeden einzelnen und die Ziffern betrachtet, wenn es ihr gelingt, die Armen zu erfassen, den Armen zu helfen und die Jugend richtig zu führen.

(Sehr richtig!)

Darum geht es uns in der Christlich-Sozialen Union bei dieser Klarstellung jetzt. Wir würden jeden Verlust bedauern, der eintritt. Aber die Verluste werden uns nicht irremachen an einer klaren Linie der Christlich-Sozialen Union.

(Bravo!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit nicht der Eindruck entsteht, daß ich durch diese grundsätzlichen Ausführungen das Persönliche und persönliche Vorwürfe übertönen wollte, darf ich nur zwei Punkte herausnehmen, die vielleicht noch nicht ganz hundertprozentig klargestellt sind und die mich schwer treffen würden. Denn ich werde mir nicht den Vorwurf der Charakterlosigkeit oder der Unanständigkeit machen lassen, Dr. *Schäffer*. *Schäffer* hat davon gesprochen, daß ich ihm in einer Kleinigkeit in seinem Verfahren geschadet hätte. Ich habe heute früh schon klargestellt: Allgemein ist die Bayerische Rundschau vom Jahre 1946 bekannt. Sie können dort den dokumentarischem Bericht des Ministerpräsidenten *Held* nachlesen, der Ihnen vorgelegt worden ist. Daraus sind bestimmte Rückschlüsse aus der Tatsache *Held* gezogen worden. Niemand von uns ist es eingefallen, Rückschlüsse daraus zu ziehen. Herr *Schäffer* kommt dabei auch wirklich gar nicht schlecht weg, wenn man es liest. Sie wissen aber, was überall geschieht, wie Worte ausgelegt werden, wie die Verfahren über jeden hinweggehen.
Als ich im Verfahren des Herrn *Schäffer* vor der Spruchkammer gehört wurde, habe ich sogar das ausdrücklich festgestellt, ich glaube wesentlich zu seinen Gunsten, das muß er feststellen, daß hier ein Irrtum von Seiten irgendeines Berichterstatters der Militärregierung vorliegt. Ich habe auch die einzelnen Tatsachen klargestellt. Ich habe noch dazu, um hundertprozentig Klarheit zu haben, weil es sich um das Verfahren

handelt, an die Militärregierung von Bayern selbst unter dem 29. November 1947 geschrieben und habe folgendes mitgeteilt:

> Vor kurzem wurde ich vom Generalkläger beim Sonderministerium zu einer Aussage im Spruchkammerverfahren gegen den früheren Ministerpräsidenten *Fritz Schäffer* aufgefordert. Ich habe bei dieser Gelegenheit festgestellt, daß sich in den Akten eine Stellungnahme der Militärregierung befindet (Beilage zu dem Schreiben vom 25. März 1947), die etwa lautet: *Schäffer* hat viel Aufhebens von den seinerzeit erlittenen Verhaftungen zur Zeit des Nationalsozialismus gemacht. Tatsächlich war er nur bei zwei Gelegenheiten belästigt worden: Einmal im Jahre 1933, als er zum Braunen Haus gebracht wurde und für eine kurze Zeit in Stadelheim festgehalten wurde. Für diese Maßnahme entschuldigte sich jedoch Ritter von *Epp*, Reichsstatthalter von Bayern, indem er diese Maßnahme als Eigen-mächtigkeit untergeordneter Dienststellen bezeichnete, die er aufs schärfste mißbillige.
> Ich habe daraufhin dem Generalkläger das in Abschrift beigefügte Schreiben zugeleitet. Aus diesem Schreiben ergibt sich, daß die seinerzeitige Feststellung der Militärregierung nicht genau war. Herr *von Epp* hat am 10. März 1933 die Mißbilligung gewisser Vorfälle nicht Herrn *Schäffer* gegenüber und nicht mit ausschließlicher Bezugnahme auf den Fall *Schäffer* ausgesprochen. Es handelt sich auch nicht um eine Aussage, die ich gemacht hatte, sondern um eine von mir übergebene Niederschrift des früheren Ministerpräsidenten Dr. *Held*.

Ich darf hier vielleicht, weil leider Gottes wieder das alte Thema von Bamberg aufgenommen wird - es handelt sich nicht um eine zweiseitige Angelegenheit, sondern um eine einseitige -, direkt an Herrn *Rinke*, der in Bamberg schon eine Erklärung abgegeben hat, die Frage richten: Welche Erklärung habe ich in Bamberg zu diesem Thema abgegeben? Denn nach dieser Erklärung ist für mich dieser Satz erledigt, es sei denn, es wird die Behandlung weiter gewünscht.
Dr. *Rinke*: Ich habe in Bamberg die Erklärung abgegeben, daß ich von keinem Mitglied der CSU belastendes Material gegen ein anderes Mitglied der CSU erhalten habe.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich Sie vielleicht noch auf die weitere Erklärung hinweisen, die Sie in Bamberg gerade in bezug auf mich abgegeben haben?
Dr. *Rinke*: Diese Erklärung habe ich nicht in Bamberg abgegeben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann bitte ich, sie jetzt abzugeben.
Dr. *Rinke*: Ich habe die Erklärung abgegeben, daß insbesondere von Dr. *Müller* kein belastendes Material gegen *Schäffer* abgegeben worden ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann ist dieser Punkt erledigt.
Meine Damen und Herren! Es wird nicht anders, wenn es in ähnlicher Tonart weitergeht. Ich würde vorschlagen, auch in der Diskussion nicht die Vergangenheit reden zu lassen. Wir haben ganz andere Sorgen, und wir werden, wenn wir weiterarbeiten, diese Sorgen noch im Auge behalten müssen.
Zur Diskussion hat sich zunächst Herr Dr. *Horlacher* gemeldet.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Wäre nicht über die Anträge abzustimmen?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zunächst ist gesprochen worden, und jeder hat Gelegenheit zur Stellungnahme. Denn ich habe dafür gesorgt, daß ein demokratischer Ausgleich durchgeführt wird.
Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Damen und Herren! Ich bin sonst nicht gewohnt, Reden zu halten, in denen ich den Ich-Standpunkt allzu weit in den Vordergrund rücke.

Das ist mir zuwider. Ich bin gewohnt, meistens nur das zu vertreten, zu dem ich von anderen Organisationen oder Organen beauftragt bin. Aber diesmal muß ich eine Ausnahme machen. Ich nehme jetzt auch das Recht für mich in Anspruch, die Verhältnisse so zu beleuchten, wie ich sie sehe.
Ich darf wohl auch sagen, daß ich um keinen Tag früher oder später ins politische Leben eingetreten bin wie der Herr *Schäffer*, sondern zu genau derselben Zeit. Ich hatte allerdings nicht so viel zu sagen wie Herr *Schäffer*, sondern war auf das beschränkt, was mir an Fachgebieten zugewiesen war. Ich war jahrelang der Spitzenkandidat für die Wahlkreise Oberbayern und Schwaben und wurde meistens sehr rasch aufgestellt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
- Ich habe mir allerdings in meinen Versammlungen die Freiheit herausgenommen, auch meine eigene Meinung zu sagen, die auch damals nicht immer mit der Meinung des Herrn *Schäffer* übereingestimmt hat. Ich will darauf nicht mehr näher eingehen. Die Geschichte hat mir Recht gegeben. Ich darf nur an das seinerzeitige Zwischenspiel mit der *Papen*-Regierung erinnern und die unterschiedlichen Haltungen, die sich dort ergeben haben. Ich habe gesehen, wohin das führt und bin in der Diskussion draußen in den großen Versammlungen meine eigenen Wege gegangen - zum Nutzen der Bayerischen Volkspartei - und bin von der Meinung der Parteileitung abgewichen. Aber eines war der Unterschied von heute gegen früher. Eines ist in der Partei vermieden worden, und das ist die Krankheit der Union: Den persönlichen Kampf hat es nicht gegeben. Das ist der gewaltige Unterschied. Der persönliche Kampf ist eine Eigentümlichkeit der Union seit ihrer Geburtsstunde. Ich war damals auch dabei, wie wir darum gerungen haben, daß wir letzten Endes den Namen Christlich-Soziale Union durchgebracht haben, auch gegen die unterschiedlichen Meinungsäußerungen, die von anderer sehr maßgebender Seite aus früherer Zeit vertreten wurden, weil wir der Meinung gewesen sind, daß wir nicht mehr dort fortfahren können, wo wir 1933 aufgehört haben. Das ist der wesentliche Unterschied.
Was muß die Union jetzt tun, um die Verhältnisse wieder in die Hand zu bekommen? Sie muß Klarheit in ihren eigenen Reihen schaffen und dafür sorgen, daß sich alle dem Mehrheitswillen der Union unterordnen

(Sehr richtig!)

und daß alle in einer Marschkolonne hinter dem mit großer Mehrheit gewählten Landesvorsitzenden marschieren.

(Bravo!)

Das ist die Aufgabe der Union, wenn einmal ein Landesvorsitzender mit 87% Majorität gewählt worden ist und ein solches Parteigremium gesprochen hat. Wenn man gesehen hat, mit welcher Begeisterung seinerzeit das Wahlergebnis in Marktredwitz von der sehr großen Versammlung aufgenommen wurde, dann hatte man das Gefühl in sich: Die Partei ist in sich gefestigt.

(Sehr richtig!)

Sie ist dann bloß wieder auseinandergebrochen durch das Dazwischentreten - ich will jetzt gar keine Namen nennen - von Verhältnissen, die wir nicht verursacht haben.

(Sehr richtig!)

Jedenfalls steht das eine fest: Wir wollen unter gar keinen Umständen den Eindruck entstehen lassen, so schön manche programmatische Erörterungen des Herrn *Schäffer*

sind, mit denen wir gewiß doch oft alle miteinander einverstanden sind, als wenn der Weg der Union bisher kein richtiger gewesen wäre. Es ist unsere Aufgabe, wenn wir unsere eigene Achtung nicht verlieren wollen, die Arbeit, die der Landesvorsitzende der Partei geleistet hat, anzuerkennen.

(Sehr richtig!)

Wenn das einmal Allgemeingut all derer wird, die auch momentan nicht einverstanden sind, dann sind wir über dem Berg. Wenn einmal, wie ich in Marktredwitz ausgeführt habe, das Geraune, die Flüsterpropaganda, der *Müller* sei zentralistischer gesinnt usw., aufhört und wenn jeder die Verpflichtung in sich fühlt für die Union als Mann einzutreten, dann haben wir die Dinge vollständig in der Hand, und wer dann noch nicht einsieht, daß dann etwas Neues entsteht, der tut mir leid.
Der Unionsgedanke ist so umfassend gegenüber einer alten Parteiformation, daß wir schlechte Politiker sein müßten, wenn wir unserem Volk in dieser entscheidenden Stunde nicht das beibringen würden, was die Stunde erfordert. In dieser Beziehung habe ich gar keine Angst, und keiner wird mir nachsagen können, daß meine Versammlungen, wenn ich draußen spreche, vielleicht schwach besetzt sind. Das ist bei mir meistens nicht der Fall. Ich habe jetzt Anforderungen vorliegen von allen größeren Orten, insbesondere des fränkischen Gebietes. Ich werde dort meine ganze Kraft einsetzen,

(Bravo!)

weil ich der Überzeugung bin, daß nicht bloß in Altbayern, sondern insbesondere auch in Franken die Entscheidung zugunsten der Union fallen wird.

(Zustimmung und Beifall.)

Das ist unsere Aufgabe, und da müssen wir zusammenarbeiten, da müssen wir die Dinge sehen, wie sie sind, da müssen wir den Blick für ganz Bayern haben und dürfen nicht von einem Gesichtspunkt aus urteilen.
Es hat sich doch manches gegen früher geändert. Wer das nicht sieht, muß im Denken stehengeblieben sein. Wenn ich bloß daran denke, was für Verhältnisse sich jetzt draußen durch das Dazwischentreten einer neuen Parteiorganisation und durch die Tatsache ergeben, daß sich draußen bis zum letzten Dorf eine ungeheure Zahl von Heimatlosen und Flüchtlingen befindet. Hier ist es unsere Aufgabe, mit aller Wucht dafür einzutreten, daß die Flüchtlinge an die Seite der Union treten und den gemeinsamen Kampf für die gemeinsame christliche Auffassung führen.

(Beifall.)

Wenn Ihr das nicht tut, dann dürft Ihr die Union gestalten, wie Ihr wollt, wenn Ihr Euch bloß nach dem richtet, was andere tun, dann werden wir das Ziel verlieren.

(Sehr richtig!)

Hier muß der Kampf einsetzen. Das wird jeder vernünftige Mensch einsehen. Es darf da keinen Gegensatz zwischen Einheimischen und Flüchtlingen geben, sonst kommen Zustände heraus, die wir alle miteinander nicht wünschen. Hier ist die Aufgabe der Union, auch in den Gemeindewahlen dazwischenzutreten und dafür zu sorgen, daß eine einheitliche Stimmung zwischen Einheimischen und Flüchtlingen herbeigeführt wird.

(Sehr gut!)

Das kann die andere Formation in diesem Umfang gar nicht tun. Das kann gar nicht in Frage kommen. Die Dinge müssen hier so betrachtet werden, wie sie tatsächlich liegen.
Eines kommt noch hinzu. Ich weiß das aus meiner eigenen Familie, von meinen eigenen Kindern. Liebe Freunde, täuscht Euch nicht! Die Jugend hat eine ganz andere Gesinnung, Herr *Schäffer*, als Sie sich das vorstellen.

(Lebhafter Beifall.)

Wir werden in diesem Wahlkampf, liebe Freunde von der Jungen Union, Euch das Rüstzeug mit auf den Weg geben. Wir werden gerade in diesem Wahlkampf wie Stahl und Eisen zusammenstehen mit den modernen, fortschrittlichen Anschauungen, die die Jugend durch das Zusammenstehen aller deutschen Stämme aus dem letzten Weltkrieg mit nach Hause bekommen hat.

(Erneuter starker Beifall.)

Da werden die alten Anschauungen verblassen. Täuschen Sie sich nicht. Machen Sie unserem Vorsitzenden nicht den Vorwurf zentralistischer Gesinnung. Es ist das ein hereingetragener Vorwurf, weil Ihnen die Person des Vorsitzenden nicht paßt.

(Sehr richtig!)

Wie ich das gesehen habe, habe ich mir gesagt: Lieber Michael, jetzt ist es Zeit, mit den Flügeln der Union aufzuräumen.

(Bravo.)

Es bleibt vielleicht dann noch ein Flügel übrig, und wenn sich der nicht einordnet, dann bricht er ab. Aber wir sind dann wenigstens in der Union ein einheitliches Gebilde und brauchen nicht immer da und dort auf Flügel Obacht zu geben. In der Union ist ja Platz für jede Mitarbeit.

(Sehr richtig!)

Der Herr *Schäffer* als Bezirksvorsitzender von Oberbayern hat die Gelegenheit, in dieser Eigenschaft seine Meinung, seine Stimmung, seine Ansichten bei jedem Gremium der Partei zur Geltung zu bringen. Er hat erklärt, er wünscht nichts weiter. Also gut, so lassen wir die Zeiten von früher bestehen und machen das gemeinsame Gelöbnis, daß die gemeinsame Politik unterstützt wird.

(Bravo!)

Warum soll das nicht gehen? Hat nicht der Herr Ministerpräsident *Ehard* und hat nicht der Herr *Pfeiffer* erklärt, daß er mit der Stellungnahme von Dr. *Josef Müller* in Frankfurt am Main restlos d'accord und einverstanden gewesen ist?

(Hört, hört! Bravo! Dr. *Pfeiffer*: An einem bestimmten Tag; es waren drei Tage; sonst nicht!)

Dann, Herr *Pfeiffer*, suchen Sie sich noch mehr glückliche Tage heraus, wo Sie einig gehen.

(Beifall.)

Bei vernünftigem Zusammenarbeiten wird das auch geschehen.
Ich habe selber beobachtet, was in Frankfurt vor sich geht. Was draußen behauptet wird, sind Hirngespinste. Man muß es der Bevölkerung einmal sagen, daß wir bei der

Konstruktion von Frankfurt - da können die anderen in den Versammlungen reden, was sie wollen - nicht die sind, die die Konstruktion geschaffen haben.

(Sehr richtig!)

Der Ministerpräsident [*Hans Ehard*] konnte sich ja bloß so beiläufig, wie die Österreicher sagen, dazu äußern.

(Heiterkeit.)

Die Besatzungsmächte haben die Proklamation erlassen. Vor uns liegt die Aufgabe, dieses Gebilde lebendig zu machen.
Ich möchte endlich einmal damit Schluß gemacht haben, daß unser Parteivorsitzender immer wegen seiner angeblich anderen Haltung diffamiert wird.

(Zuruf: Wie in Eichstätt!)

Wir haben doch wiederholt miteinander über diese Dinge gesprochen. Meine lieben Freunde, lassen wir das beiseite, was früher einmal war.

(Zuruf: Aha!)

Täuschen wir uns nicht darüber - der *Ochsensepp* wird das bestätigen: In einem waren wir uns immer einig gewesen, erstens in einem anständigen persönlichen Verkehr, der bei der anderen Seite schon oft schwer zu vermissen ist, und zweitens in der grundsätzlichen Haltung, in den Grundlinien der Union. Das andere waren vorübergehende Erscheinungen.

(Heiterkeit.)

Es kommt noch hinzu - Herr *Schäffer*, ich kann Ihre Neugierde nicht befriedigen - im Falle *Baumgartner* habe ich mehr Wissen, als Sie glauben.

(Sehr richtig!)

Wir werden noch eines schönen Tages darauf zurückkommen. Was in dieser Beziehung erzählt wurde, sind meistens nicht ganz richtige und schiefe Darstellungen. Aber Ihr kennt mich, daß ich oft sehr schweigsam bin

(Große Heiterkeit.)

und nicht rede. Ich könnte auch hier reden, weil ich die Dokumente der Militärregierung gerade im Falle *Schäffer* da habe. Ich unterlasse das

(Anhaltende Unruhe.)

aus guten Gründen, weil ich all die Dinge nicht mehr auffrischen will. Man soll den alten Mist erledigt sein lassen.
Ich möchte nur das eine konstatieren, daß hier die Begründungen der Militärregierungen ganz andere sind, als wie immer erzählt wird. Ich will mich nur darauf beschränken, aber ich bitte, das jetzt endlich wirklich ruhen zu lassen. Ich möchte nur eines dazusetzen, und das weiß die ganze Landtagsfraktion: In dem Augenblick, wo sich Mitglieder der Landtagsfraktion gegen die persönliche Ehre des Herrn Dr. *Müller* gewandt haben, bin ich aufgestanden

(*Haußleiter*: Das ist richtig!)

und habe die Opposition, die damals zum Teil meine Freunde waren, niedergekämpft, weil ich mir sage: Man kann stehen, wie man will, aber objektiv müssen die Dinge betrachtet werden. Das ist auch gut so.

Jede andere Partei wäre froh, wenn sie einen Mann hätte, der unter der nationalsozialistischen Zeit soviel gelitten hat.

(Sehr richtig!)

Und dadurch allein schon sollte jedem der Mund versperrt werden, daß nicht immerzu geraunt und Gerüchte herumgetragen werden, um das Vertrauen in die Partei zu untergraben. Liebe Freunde aus Oberbayern, unterlassen wir das, und wir werden sehen, der Gesundungsprozeß in der Union ist durch eine anständige Haltung der Unionsmitglieder ganz von selber herbeizuführen.

(Bravo!)

Jetzt kommen die schweren Geschütze. Herr *Schäffer*, wir kennen uns ja von früher her. Ich brauche darauf nicht näher einzugehen. Ich weiß, wie die Dinge hier zu werten sind. Ich habe das statistische Material der Wählerziffern und Wählerstimmen vor mir. Sie haben das Auseinandergehen zwischen Fraktionsmeinung und der Partei geschildert. Ja, liebe Freunde, von dem kann ich auch nicht ausgehen. Denn sonst müßte das gleiche Verhältnis der eingeschriebenen Wähler zu den wirklichen Wählern von Haus aus vorhanden sein. Das ist nicht der Fall. Da ist ein Unterschied in den einzelnen Wahlkreisen und Bezirken. Aber der Unterschied ist im ganzen nicht so groß. Wir drehen uns hier im Kreise und kein Mensch weiß im einzelnen, was eigentlich dahintersteckt. Ich will Euch einmal die Rechnung aufmachen. Da werdet Ihr sehen, daß es gar nicht der Mühe wert ist, das als einen wesentlichen Gesichtspunkt anzusehen.
Ich habe hier - erschrecken Sie nicht - einmal die Wahlbezirke zusammengezählt, die die meisten eingeschriebenen Mitglieder der Union haben. Ich habe Oberbayern, Niederbayern und Schwaben zusammengerechnet, wobei auch ein Teil dieser Gebiete über die Donau hinüberragt. Deswegen lohnt es sich gar nicht, in diese Sezierung der Verhältnisse einzutreten. In den südlichen Bezirken haben wir 829.000 Unionswähler, und in den nördlichen Bezirken, von denen noch ein Teil von den südlichen Bezirken von oben genommen ist, haben wir 764.000.

(Zuruf: Na also!)

Lohnt es sich denn, daß wir wegen der Ausschlachtung der paar Deputierten überhaupt darüber reden? Wobei wir den Verhältnissen sogar Rechnung getragen haben, daß die Bezirke, die mehr eingeschriebene Mitglieder haben, berücksichtigt werden sollen!
Jetzt kommen dann die eingeschriebenen Mitglieder: Da haben wir in den südlichen Bezirken, von denen auch ein Teil wieder nach Norden zu rechnen ist, 46.836 eingeschriebene Mitglieder. Und wieviel Mitglieder haben wir in den nördlichen Bezirken? 35.343 eingeschriebene Mitglieder. Wenn man dann den Teil, der von Süden über die Donau nach Norden ragt, zu den nördlichen Bezirken noch hinzuzählt, so gleicht sich das aus. Es stehen dann 42.000 gegen etwa 39.000. So wird das Verhältnis sein. Das sind die Streitpunkte.
Jetzt kommt dann noch die Einwohnerzahl dazu. Da haben die südlichen Bezirke 4,7 Millionen Einwohner und die nördlichen 4,3 Millionen, wobei ich noch einen Teil wegrechnen muß, so daß beide etwa über die gleiche Einwohnerzahl verfügen, nur mit dem Unterschied, daß da droben die Parteiverhältnisse der anderen Parteien ganz andere sind wie im südlichen Teil Bayerns, daß da droben unsere Leute um ihre Anschauung jetzt und in der Zukunft noch stärker kämpfen müssen wie im Süden.

(Sehr richtig!)

Deswegen müssen wir unsere Tätigkeit dorthin verlegen, wo sie absolut notwendig ist, nach Oberbayern und in die fränkischen Gebiete. Wenn das geschieht, wird das, was uns der Herr *Schäffer* prophezeiht hat, nicht eintreten. Ich sage Euch ganz offen, mir hat es in der Seele weh getan, vor einer öffentlichen Sitzung der Union derartige Spekulationen in die Zukunft zu machen.

(Sehr richtig!)

Das mag zutreffen oder nicht, das will ich dahingestellt sein lassen. Kein Mensch weiß das. Aber derjenige, der seine eigene Kraft von vorneherein aufgibt, wird sie von vorneherein verlieren.

(Bravo!)

Da müssen wir das Zutrauen zu uns selbst haben und das tun, was in der Union jetzt notwendig ist, nämlich die Einigkeit über alles stellen, nicht eine weiche und feige Einigkeit, die nur vor den Entscheidungen zurückweicht, sondern eine klare Linie, an der unsere Leute in den meisten Bezirken Bayerns ihre helle Freude haben. Das ist unsere Aufgabe.

(Bravo!)

Das andere muß mitgerissen werden.
Wer will denn eine Satzung ändern? Herr *Schäffer*, Niederbayern hat gesagt: Mit den Deputierten, wie sie verteilt sind, ist Niederbayern zufrieden. Das haben sie gestern eigens erklärt. In der Oberpfalz ist es genauso, ebenso in Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und Schwaben. Ja gibt es denn dann noch einen Grund für den Streit? Glaubt Ihr denn, wenn Oberbayern ein paar Dutzend mehr bekommt, daß dadurch eine andere Entscheidung bezüglich der Gestaltung der Union fallen wird? Die Entscheidung der Union bezüglich ihrer Gestaltung muß durch uns fallen, damit wir miteinander einmal erkennen - das ist auch Demokratie -, was die heutigen Zeitverhältnisse erfordern. Das ist das Wesentliche. Wir dürfen nicht stehenbleiben, sondern müssen sehen, was um uns herum vorgeht. Wir müssen die Lage der Jugend sehen, der Flüchtlinge, wir müssen erkennen, was an der Ostgrenze Bayerns geschieht, wo die Ausstrahlungen von anderer Seite auf Bayern treffen.

(Sehr richtig!)

Liebe Freunde! Wenn ich Euch einen Rat geben darf. Er mag radikal klingen: Geht über diese Satzungsänderungsanträge, soweit sie nicht von Marktredwitz vorgeschrieben sind, zur Tagesordnung über und widmet Euch den Sachaufgaben, und die anderen, die momentan noch nicht ganz einverstanden sind, sollen sich einreihen. Es ist höchste Zeit für sie, damit sie den Anschluß für die Zukunft nicht verpassen.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Zu den Zahlen, die gegeben wurden, möchte ich folgendes beifügen: Gerade angesichts der Tatsache, daß durch die Pressedebatte der Eindruck entstehen konnte, als ob die Partei in ihren inneren Verhältnissen nicht richtig demokratisch durchgegliedert sei, habe ich folgendes feststellen lassen. Ich darf jetzt bitten, es zu verlesen:
Dr. *Schedl*: Die Bezirksverbände München und Oberbayern haben ca. 20% der Unionswähler, ca. 23% der Bevölkerung und ca. 30% der Unionsmitglieder. Die beiden Bezirksverbände München und Oberbayern stellen 30% der Fraktionsmitglieder im

Landtag, 27,5% der Stimmen in der Landesversammlung, 40% der Stimmen im Landesausschuß und 60% der Stimmen in der Landesvorstandschaft, und zwar ohne Berücksichtigung der Marktredwitzer Beschlüsse. Nach den Marktredwitzer Beschlüssen kommen insgesamt 18 Delegierte neu in die Landesversammlung, von denen sechs aus dem Raum München- Oberbayern stammen, also wiederum 33 1/3%.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist dabei zu beachten, daß unsere Freunde in München nicht daran denken, daß sie leider ungefähr die gleiche organisatorische Stärke erzielt haben - sie ist etwas besser - wie Nürnberg-Fürth, das Beispiel, auf das man gern hinweist. Ich darf aber fortfahren lassen. Als nächster Redner hat sich *Haußleiter* gemeldet.
Haußleiter: Meine Damen und Herren! Ich habe in den letzten Tagen sehr viele besorgte Briefe aus dem fränkischen Bereich bekommen, Briefe von Ortsverbandsvorsitzenden, die zurücktreten, Briefe von Mitgliedern, die austreten. Es war fast immer das gleiche, was in ihnen stand. Es hieß: Wir haben uns mit 80, mit 85% der Stimmen zu einem bestimmten politischen Kurs in der Union entschlossen. Nun werden wir plötzlich diffamiert, als seien wir Leute, die blind einem Führer folgten, als seien wir Nationalsozialisten, als ließen wir ein Politbüro zu. Glaubt man uns denn als Mitglieder der Union nicht, daß wir Demokraten sind und daß es die Leute unseres Vertrauens sind, die wir wählen? Oder sind es nur solche, die darüber enttäuscht sind, daß man sie nicht als Führer gewählt hat?

(Heiterkeit. - Zurufe: Hört, hört! - Dr. *Pfeiffer*: So ein Kindergarten!)

Nun möchte ich eines sagen: Woher kam denn diese Bewegung? Mir schien sie bis zu einem gewissen Grade durchaus verständlich, und zwar auf folgende Weise: Wir hatten uns in der Union zusammengefunden, Menschen aus den verschiedensten Bereichen, Menschen aus allen Parteien, Männer, die nie in der Politik aktiv gewesen waren und die in den letzten zwölf Jahren erkannt hatten, daß es notwendig sei, etwas Neues zu bauen, damit nicht noch einmal der Terror der Unanständigen stärker sei als die anständigen Menschen. Da sind wir zusammengetreten in den ersten Gremien der Partei. Keiner hat den anderen gekannt und da ging es wild auf. Wir wußten ja kaum, wer gegen wen focht. Was bedeutete uns Jüngeren der Name des Staatsrats Dr. *Schäffer*? Und auch den Dr. *Müller* haben wir nicht gekannt. Wir haben sie uns angesehen, und wir waren auch ein wenig leidenschaftlich in Bamberg. Ich erinnere mich an den Freund *Strauß*, wie er hochgebraust ist, und ich möchte auch nicht im Protokoll nachlesen, was ich damals gesagt habe als Anfänger in der politischen Diskussion in Bayern.
Dann haben wir uns langsam kennengelernt. Freunde, wir haben gesehen: Keiner ist so bös, wie er auf den ersten Blick erscheint. Der eine ist manchmal ein wenig heftig, und der andere ist stiller, einer gleicht aus, und einer versucht, die Entwicklung vorwärts zu treiben, und letztlich ist jeder notwendig, weil wir ja nicht zu viele, sondern zu wenige Männer haben, die heute wirklich Arbeit leisten können.
So ist der Sachverhalt. Wir sind allmählich zusammengewachsen, wir haben uns gerauft; die einen sagten Koalitionsregierung und die anderen sagten Unionsregierung. Herr Staatsrat Dr. *Schäffer* hat sich vielleicht in diesem Punkt über die getäuscht, die Unionsregierung sagten, und über die, die Koalitionsregierung sagten.

(Sehr richtig!)

Es war nämlich die *Partei*, die die Unionsregierung wollte, weil sie sagte: Wer mit Mehrheit das Vertrauen des Volkes bekommt, muß die Verantwortung auf sich neh-

men, die ihm auferlegt wird, und es war die Fraktion, die die Koalition wollte. In dieser Kritik habe ich mit Dr. *Schäffer* übereingestimmt.
Gut, beides hat - gehen wir doch den Gründen nach, meine Freunde! - deshalb auseinandergeklappt, weil man in der Parteiarbeit draußen an der Front Aktivisten braucht und weil man in die Fraktion den erfahrenen alten Politiker gewählt hat. Das sind Temperamentsunterschiede, das sind Generationsunterschiede, hier oder dort! Das muß man einmal aussprechen. Das klappt nicht wegen verschiedener Statuten auseinander, sondern das hat auseinandergeklappt im Rahmen eines ganz natürlichen Wachstumsprozesses.
Nun wurde die Koalition nach Eichstätt gekündigt. Wir waren in Eichstätt ein wenig temperamentvoll gewesen. Herr *Schumacher* hat unser Temperament nicht richtig einkalkuliert. Es war halt eine deutliche Aussprache. Er hat übersehen, daß die Tatkraft der Ideen in der Union so stark ist, daß wir dann, wenn wir in die Arbeit gestellt werden, die Arbeit auch leisten, die uns auferlegt wird. Deshalb haben wir dann die Unionsregierung gebildet und haben uns stärker zusammengefunden. Die, die in Bamberg sich anschrieen und Sie zueinander sagten, sagen in diesem Rahmen längst Du zueinander. Wir hatten uns gemeinsam geschlossen hinter diese Unionsregierung gestellt, und der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] hat den Herrn Parteivorsitzenden zu seiner Wahl beglückwünscht. Soweit ist der Prozeß ein Prozeß des Zusammenschmelzens gewesen.
Der Herr Dr. *Schäffer* hat leider diesen Wachstumsprozeß nicht miterlebt. Das ist die Katastrophe des 14. Februar 1948, meine Freunde! Denn dann kam er an, und dann hat er über die unterdessen geeinte Partei riesengroß von neuem aufgerichtet die alten, längst vergessenen Schatten von Bamberg. Das ist der Sachverhalt. Da haben wir nun neu erlebt, wie in den Protokollen der Vergangenheit gekramt worden ist und wie die alten Bezichtigungen von damals von neuem emporgewachsen sind, die alten Zeugen in diesem Raum noch einmal aufstehen mußten: Schatten, längst überholt durch einen Wachstumsprozeß.
So ist der Weg gewesen; so muß diese Auseinandersetzung, die entstanden ist, erklärt und verstanden werden. Ich hätte gewünscht, daß Staatsrat Dr. *Schäffer*, wenn er zurückkehrte, nicht mit einer inneren Kritik an der Union gekommen wäre, daß er vielleicht mit positiven Vorschlägen zu der Arbeit gekommen wäre, die wir zu leisten haben. Dann hätte jeder von uns gesagt: Seht, da ist ein Mann, der Positives, Neues zur Arbeit in einem Winter des Hungers und des Elends zu sagen hat! Nehmt ihn; wir brauchen ihn hier in Frankfurt und dort! Wir suchen ja Männer, die etwas an sachlicher Arbeit leisten können.
Statt dessen hat er eines gesehen, meine Freunde; das hat er richtig beobachtet.

(Dr. *Horlacher*: Den *Ochsensepp*!)

Er hat gesehen, daß die Kritik an der Union draußen stark ist; er hat gesehen, daß die Bayernpartei kommt. Das hat er alles ganz genau beobachtet, ganz genau geschildert und uns gut beschrieben. Aber die Gründe dafür hat er nicht richtig erkannt. Und das ist mein schwerer Vorwurf, den ich ihm zu machen habe, meine Freunde. Jede Partei, die in einem Hungerwinter, im Tiefpunkt der Krise, die Verantwortung zu tragen hat, wird Wähler verlieren, sie kann arbeiten, wie sie will.

(Sehr richtig!)

Wenn dann ein Amokläufer kommt und gegen die Partei loslegt in dem Augenblick, in dem sie zusammenstehen soll wie nie zuvor, dann, meine Freunde, müssen wir die

Partei gegen ihn verteidigen mit der ganzen Schärfe, mit der wir bisher für unsere Ideen gekämpft haben.

(Beifall.)

Das ist der Sachverhalt. Wer, meine Freunde, gibt einem von uns das Recht zu sagen: Ich bin ein besserer Christ als Du?

(Sehr richtig!)

Daran erkennt man nicht den Christen; das ist Pharisäertum und nichts anderes.

(Sehr richtig!)

Auch das muß einmal klar und deutlich gesagt werden.
Da hat mich eines am meisten erschüttert: Herr Dr. *Schäffer* hat einmal eine Parallele gezogen zwischen der Bayernpartei und der NSDAP. Er hat gesagt: Wie damals die NSDAP rasch gewachsen ist, genauso kann heute sich das Feuer wieder verbreiten. Ich bin in diesem Augenblick am meisten erschrocken, denn noch in Starnberg hat er die Bayernpartei als eine verbündete Partei bezeichnet

(Hört, hört!)

und durch Bundesgenossenschaft mit solchen Lebenswogen, die man als gefährlich empfindet, erreicht man nicht, daß sie in ihre Dämme zurückgetrieben werden.

(Sehr richtig!)

Das sollten wir aus den letzten zwölf Jahren gelernt haben.
Und nun noch eine Parallele! Sehen Sie, der Herr Staatsrat hat uns gut erklärt, wie er die NSDAP damals eindämmen wollte - ich möchte sagen - durch Paragraphen, durch Änderung des Wahlrechts, durch Heraufsetzung des Wahlalters. Durch Heraufsetzung des Wahlalters hätte man die SA nicht vor dem Marschieren bewahrt und uns nicht gegen sie geschützt!

(Sehr richtig!)

Da mußten die sozialen Ursachen der Revolution erkannt werden, das innere Geheimnis des Kollektivismus, die Massen der abhängig gewordenen Menschen, der total abhängigen Menschen, die erst die Voraussetzung für den totalen Staat sind. Da muß tiefer angegriffen werden, als mit Heraufsetzung des Wahlalters.
Nun sieht er wieder eine gefährliche Bewegung. Und was macht er? Änderungsanträge zu den Statuten der CSU,

(Heiterkeit.)

Änderungsanträge von neuem! Wieder soll mit Paragraphen die neue, wieder drohende Revolution aufgehalten werden! Und da unterscheidet sich die Jugend von ihm, da gehen wir den anderen Weg! Da, nicht in konfessionellen Unterschieden, nicht in persönlichen Differenzen, liegt unsere Kritik an ihm. Anders sehen wir die Dinge. Einmal stand er an verantwortlicher Stelle, einmal hat er meiner Ansicht nach die Entwicklung nicht richtig erkannt und ist gescheitert. Daraus entspringt nicht das Recht, sich pharisäisch über die erhaben zu fühlen, die nun in schwerster Stunde Verantwortung auf sich genommen haben. Da müßte man ein wenig zurückhaltender sein; das wäre besser.
Ein anderes muß dazu auch noch gesagt werden. Meine Freunde, sehen Sie, die Art von Politik, die er gemacht hat, als er wieder eingriff, und die er empfiehlt, scheint mir

eine falsche zu sein, und ich sage: Ihr dürft ihr nicht folgen. Was war das für ein Verfahren? Ein paar Wochen vor der Wahl die eigene Partei in dieser Form anzugreifen und ihr in den umstrittensten Gebieten die Chance auf Erfolg ganz restlos zu zerschlagen!

(Zustimmende Zurufe.)

Wer das macht, ist kein Politiker, dem wir heute folgen dürfen.
Ich lese seine Vorschläge zur Frankfurter Politik; die CSU soll Zünglein an der Waage sein

(Ha, ha!)

und soll nicht etwa mit der CDU zusammengehen. Ja will denn der Herr Dr. *Schäffer*, mit *Schumacher* gegen *Adenauer* zusammengehend, den Föderalismus in Deutschland durchsetzen?

(Zuruf: Wie bei der Wahl *Hindenburgs*!)

Das ist doch die Frage, die wir an ihn zu stellen haben.
Er kennt das Frankfurter Parkett zu wenig. Ich wünschte, er würde es genauer kennen. Aber eines sage ich mir, meine Freunde, und das sind meine klaren Gründe: Er hat die sozialen Ursachen der Revolution 1933 nicht gesehen, und er sieht die sozialen Ursachen der kommenden Bewegung, der kommenden Revolution nicht, und deshalb kann er sie nicht aufhalten. Deshalb halte ich alles, was er hier als Heilmittel empfiehlt, mehr für Gift wie für Arznei.

(Sehr gut!)

Mit den alten Statuten haben wir die absolute Majorität errungen. Ich fürchte, die Diskussion über die neuen Statuten, wie sie Herr Dr. *Schäffer* entwickelt, beraubt uns der letzen Hoffnungen, für die nächste Zeit den Kampf wirklich durchzustehen. Da müssen wir Entscheidungen treffen; da müssen wir klare Entscheidungen treffen, meine Freunde. Nicht die alten Fehler machen, nicht mit Paragraphen Revolutionen eindämmen! Ans Werk gehen! Neue Lösungen, die Ursachen der Revolution beseitigen! So geht man vor, wenn man wirklich Politik macht.
Er hat vor 1933 Fehler gemacht. Falsch ist es, es ihm heute in der Form vorzurechnen, in der das oft geschieht. Wir alle sind irrende Menschen. Das eine aber sage ich Ihnen: Wachsam sind wir dort, wo einer nichts gelernt hat und wo einer so wie Herr Dr. *Schäffer* die alten Fehler von einst klar und offenkundig vor aller Augen wiederholt. Da liegt die Schwäche. Und da müssen wir fragen: Wie stehen die Dinge? Wollen Sie innerhalb der Möglichkeiten, die für Sie bestehen, mitarbeiten, dann müssen Sie sich auf den Boden der Satzungen stellen! Wollen Sie das nicht tun, wollen Sie, wie ein Märtyrer getrieben von einem meiner Ansicht nach gar nicht berechtigten Sendungsgefühl, die Partei plötzlich auf den Kopf stellen, die Einheit sprengen, die wir hatten? Dann können wir nicht mit ihm gehen, dann müssen wir die Trennungslinie ziehen, scharf und klar. Entweder Herr Dr. *Schäffer* fügt sich ein oder, Herr Dr. *Schäffer* trennt sich. Das scheint mir die notwendige Entscheidung von Regensburg zu sein!

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Lorenz*] *Sedlmayr*: Nächster Redner: *Karl Schmid*!
Karl Schmid: Meine lieben Parteifreunde, nachdem nun die Größen der Partei ge-

sprochen haben, ist es vielleicht gut, wenn ein ganz einfacher Mann und Mitglied der CSU ein Wort sagt;

(Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Ich habe mich gemeldet!
- Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Dafür kommt der *Horlacher* dreimal dran; die andern kommen überhaupt nicht dran. Wenn bloß die reden, die passen, dann ist natürlich alles verständlich!)

und manchmal ist das Wort gar nicht so schwer, auch nach all diesen Ausführungen, die wir jetzt gehört haben. Das eine Wort heißt doch nur: Kehren wir doch jetzt zurück zum gesunden Menschenverstand!
Was verlangt er denn von uns? Doch gar nichts anderes, als daran zu denken, daß in dem Augenblick die Wähler der CSU in ganz Bayern mit banger Sorge nach Regensburg schauen und horchen, was denn heute bei dieser Tagung des Landesausschusses herauskommen wird. Da glaube ich, daß nun der gesunde Menschenverstand uns eines gebietet; das ist ein einfaches Wort: Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo das entscheidende Wort zur Einigung gesprochen werden muß. Es brauchen doch bloß diese beiden Teile, die beiden hervorragenden Männer, sich zusammensetzen wie zwei Parteifreunde und sich aussprechen, und vielleicht noch einer dazu als Mittler, vielleicht nicht unser Ministerpräsident *Ehard*, sondern unser Parteimitglied *Ehard*. Die Männer sollen sich gegenseitig erklären, was sie wollen, und sich sagen: Einen Strich unter die Vergangenheit und einen Blick in die Zukunft, die vor uns steht! Ungeheuer ist die Aufgabe. Wie kann man da noch einen Augenblick zögern und sich gegenseitig mit all diesen vergangenen Dingen belasten? Einigkeit ist notwendig, Zusammenhalten ist notwendig,

(Sehr richtig!)

und nichts anderes kann uns über die kommenden Aufgaben hinüberführen.
Drum möchte ich den Wunsch aussprechen, daß dieser Tag nicht vergehen möge, ohne daß sich bis morgen diese drei Männer, die ich mir jetzt nur so gedacht habe - *Müller, Schäffer, Ehard* -, zusammensetzen und eine Aussprache, eine klare, ehrliche, eine politische und eine christliche Aussprache miteinander pflegen, sich in ihren Zielen klar werden, einen Strich unter die Vergangenheit ziehen und ein Gelöbnis des Zusammenhaltens, der Einigkeit, der Treue für die Zukunft geben. Wir gehen dann geschlossen mit ihnen, und die Union ist gefestigt und kann die Aufgaben in der Zukunft meistern!

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nächster Redner: Dr. *Pfeiffer*.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Meine Damen und Herren, ich bin in die Debatte über den oberbayerischen Beschluß von heute vor 14 Tagen in der Öffentlichkeit mehr hineingezogen worden, als ich vielleicht verdient habe, denn ein anwesender Pressevertreter hat aus einer Reihe von ziemlich sarkastischen Bemerkungen eines ungefähr einstündigen Referats, die ich gemacht habe, eine einzelne Bemerkung in besonders prägnanter Fassung herausgegriffen und verbreitet.
Wer aber meine verschiedenen Referate in dieser Sache in den letzten Monaten gehört hat, der wird vielleicht zugeben, daß ich geradezu mit Leidenschaftlichkeit für die Erhaltung des Unionsgedankens und für die Einheit der Partei eingetreten bin, um eine schlagkräftige große Partei in Bayern zu haben; und ich weiß, daß auch Zuhörer in der Sitzung von heute vor 14 Tagen diesen Eindruck unbedingt hatten. Wer mich in

Nürnberg gehört hat, wer mich in München gehört hat, wer mich in Freising, in Erlangen, in Marktredwitz gehört hat, der weiß, daß ich versuche, mit jeder Faser meines politischen Ethos dem Unionsgedanken zu dienen. Und gerade weil das der Fall ist, muß ich sagen: Ich habe aus der Beobachtung der heutigen Aussprache den Eindruck, daß doch ein Teil der Mitglieder des Landesausschusses den Ernst der Situation nicht vollständig verstanden hat.

(Oho!)

Ich habe auch eines betont: Ich kämpfe für die Einheit der Union. Vor allen Dingen möchte ich einmal das sagen: Damit wird der Verständigung der Weg nicht gebahnt, daß Herr *Haußleiter* von pharisäerhaften Bemerkungen des Herrn *Schäffer* spricht.

(Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Dazu fehlt ihm doch die Qualifikation!)

Dadurch wird sie nicht erleichtert, daß man von einem merkwürdigen Sendungsgefühl spricht. Es wird ihr auch nicht damit gedient, daß man spricht, wie wenn Irrtümer der Vergangenheit so riesengroß gewesen wären, daß sie alles gegenüber den ganz prominenten Tugenden der Gegenwart überwiegen würden.

(Sehr gut!)

Es wird der Weg auch nicht erleichtert, wenn man gönnerhaft sagt, daß Herr *Schäffer* in einem Abschnitt seiner Tätigkeit ja ganz ordentlich gearbeitet habe. Meine Damen und Herren, wer die Situation vom Mai 1945 bis in den Herbst 1945 miterlebt hat wie ich, der ich nicht mit schnellen Füßen in die Dinge hineingesprungen bin, der weiß ganz genau, welch gigantische Arbeit damals auf einem Trümmerfeld geleistet worden ist.

(Sehr richtig!)

Zweieinhalb Jahre später ist es mühelos, mit einer Kritik zu kommen und das unter die Lupe zu nehmen, weil nicht alles soviel schöner gegangen ist, als man es vielleicht zweieinhalb Jahre selber machen würde. Das nur nebenbei, weil Gerechtigkeit Gerechtigkeit sein muß.

Ich darf in dem Zusammenhang auch noch bemerken, daß kürzlich in einer ernsthaften Beratung, bei der ich das Wort ergriffen habe, gesagt wurde: Mit Dr. *Müller* und Dr. *Pfeiffer* seien in Eichstätt zum gleichen Gegenstand die beiden Gruppen innerhalb dieser Körperschaft zu Wort gekommen. Meine Damen und Herren, ich möchte ausdrücklich betonen: Ich spreche nicht als Angehöriger einer Gruppe. Ich spreche mit der Überzeugung, die sich in meinem Gehirn, vor meiner Verantwortlichkeit und vor meinem Gewissen gebildet hat. Ich bin weder ein Mann *Müller* noch ein Mann *Schäffer* noch ein Mann *Hundhammer*, sondern ich bin eine Einzelperson und spreche aus meiner Verantwortung in meinem Namen. Infolgedessen bitte ich, auch das, was ich Ihnen zu sagen habe, aus diesem Geist heraus aufzufassen.

Ich höre, daß unser Freund *Horlacher* ein Freund des Humors auch in der Darstellung der Dinge ist. Ich höre ihn sehr gerne, habe ihn schon oft gehört und habe manche Rede von ihm gehört. Es ist manchmal ganz amüsant, wenn er den starken Bombardon bläst;

(Heiterkeit.)

das tut er ja mit besonderer Vorliebe. Inhaltlich betrachtet ist es manchmal auch ganz nett, wenn er so das Weihrauchfäßlein schwenkt, hin und her, her und hin,

(Heiterkeit.)

und wenn er innerhalb dieser Weihrauchwolken, die sich für alle Nasen ganz angenehm auswirken,

(Andauernde Heiterkeit.)

dann versucht, ein Götterbild zu zaubern oder zu umschreiben.

(Dr. *Horlacher*: Oder ein schönes Liedchen dazu zu pfeiffen!)

Aber eine Rede habe ich von ihm nicht gehört, die wahrscheinlich ganz interessant gewesen wäre; das war die Rede vom 30. August 1947 in Eichstätt,

(Sehr richtig!)

und zwar die Vormittagsrede: Das ist jene unterbliebene Rede, die dann am Nachmittag durch eine ganz andere Rede ersetzt worden ist. Das ist jene Rede, wegen deren Unterbleiben mir ein Vorwurf erwachsen ist, weil ich eine falsche Voraussetzung hingezaubert hatte. In jener Nacht, als die Dinge so arg kritisch standen, war ein Verständigungsvorschlag entstanden; und da habe ich am frühen Morgen *Horlacher* und einige Freunde drum herum davon verständigt, daß man im Laufe des Tages mit einer Verständigung rechnen dürfe. Deswegen ist dann die Rede *Horlachers* unterblieben, die unter dem Motto angekündigt wurde: Heute wird der *Müller Sepp* geschlachtet.

(Anhaltende Heiterkeit.)

Und ich habe dann direkt Vorwürfe bekommen, weil die Sache nicht unmittelbar so weitergegangen ist, wie ich es aufgrund von Gesprächen, die in der Nacht gewesen waren, vorausgesagt habe. Dann ist die Rede nicht gehalten worden. Die Rede vom Kampf spielt im klassischen Altertum bekanntlich eine große Rolle. Statt dessen wurde dann am Nachmittag die Rede vom Weihrauch gehalten, und es war in ihr das groteske Bild enthalten, daß man als Hebamme dabeigestanden ist.
Meine Damen und Herren, ich habe das Verlieblichen von schwierigen Situationen nicht übermäßig gern. Ein humorvolles Wort erleichtert manchmal die Situation. Damals ist aber ein bißchen viel verlieblicht worden, und was damals verlieblicht wurde, das hat sich inzwischen zu den ernsten, polypenartigen Wucherungen innerhalb der Union ausgewachsen.
Ich habe in den folgenden Monaten eine starke Mißstimmung bei einem Teil unserer Kreis- und Bezirksverbände sich entwickeln sehen.

(Zuruf: Künstlich!)

Ich habe mich zum Wortführer gemacht in dem Versuch, zu mahnen, zu beschwören, einen inneren Ausgleich herbeizuführen. Ich habe das in Erlangen getan; ich habe das in Marktredwitz getan; ich bin dann in die Satzungskommission gegangen und habe mich bemüht, immer wieder darzutun, daß es nicht so ist, wie vorhin geschildert wurde, daß es sich bei der Sache um Satzungsfragen oder, wie Freund *Horlacher* heute gesagt hat, um ein Linealchristentum oder eine Linealvertretung und derartige Dinge handelt. Nein, es handelt sich um eine starke innere Mißstimmung innerhalb der Kreise der Union und um das Bemühen, der Konstruktion der Union grundsätzlich eine andere Gestalt und einen etwas veränderten Inhalt zu geben.

(Sehr richtig!)

Daran, daß die Dinge gerade jetzt, wo wir in sechs Wochen Wahltag haben, zur Entscheidung kommen, ist nicht schuld, daß man nun der Union und der offiziellen Lei-

tung Schwierigkeiten machen will, sondern daran ist eben die Art der Behandlung dieser Fragen schuld, daß man sie nur als Satzungsfragen und nur nach formalrechtlichen Gesichtspunkten behandelt hat, die unglückseligerweise das Ergebnis hat, daß sie gerade in diese Zeit fällt.
Ich muß nun einmal ganz offen aussprechen: Es geht meiner Meinung nach nicht, daß man, wenn man innerhalb einer Partei derartige Probleme zu lösen hat, immer mit dem Appell, daß die Situation die Einigkeit der Partei erfordert, versucht, den Kampf eines Teiles der Parteimitglieder um ihr gutes Recht zu ihren Ungunsten lahmzulegen;

(Oho!)

und es ist wirklich die Überzeugung von einem bedeutenden Teil der Parteimitglieder, daß sie um ihr gutes Recht kämpfen.

(Zuruf: Nur von Oberbayern!)

- Dann immerhin von Oberbayern.
Nun möchte ich Ihnen einmal folgendes sagen: Selbstverständlich hat dieser Landesausschuß hier den Auftrag von der Landesversammlung, heute die Satzungen fertigzustellen. Ganz klar und unbestritten! Dabei darf ich bemerken, daß wir wieder wie sooft und wie immer die Situation haben, ein paar Stunden, ehe man darüber abstimmen soll, erst die schriftliche Vorlage in die Hand zu bekommen. Das ist eine bedeutende Erschwerung, und diese Technik bedeutet für die Mitglieder einer Körperschaft immer, daß sie auf eigenes Prüfen und auf eigenes Denken verzichten und einfach der Autorität Vollmacht geben, die ihnen das Schriftstück hinlegt.

(Sehr richtig!)

Auf diesem Gebiete wäre noch einiges zu sagen; und das ist einer der Gründe, aus denen heraus eine sarkastische Bemerkung von mir zu verstehen ist.
Der Landesausschuß kann die Aufgabe erfüllen und handelt dabei gemäß seinem Auftrag und vollkommen im Zusammenhang mit und im Rahmen der Satzung. Er kann die Satzung in der Form annehmen, wie sie ihm vorliegt; das ist dann absolut korrekt im Rahmen der Satzungen. Es wäre aber auch möglich - und das hat *Schäffer* versucht, darzutun -, daß es sich bei der ganzen Sache doch um ein sehr wichtiges politisches Problem innerhalb der Partei handelt. Die Mehrheit der Redner hat sich bisher in dem Sinn ausgesprochen, daß man heute eine Entscheidung suchen oder treffen müsse, die dann letzten Endes - wie es *Haußleiter* ausgesprochen hat - bedeutet, daß z.B. *Schäffer* ausscheiden muß, daß man sich von *Schäffer* trennen muß.

(Zurufe: Der hat sich getrennt! - Einzuordnen!)

Gut, sagen wir, daß er sich einzuordnen oder auszuscheiden hat. Wenn *Schäffer* sich heute einem Beschluß des Landesausschusses, der nicht eine echte Einigung ermöglicht, einordnet, dann treten eben jene Folgen ein, die er umrissen hat und die er vermeiden wollte. Denn täuschen Sie sich darüber nicht: Wenn es zu einer Spaltung der Partei kommt, dann wird es nicht so sein, daß der Bezirksverband Oberbayern vollständig austritt. Das kann er nicht; der satzungsgemäße oder der rechtliche Zustand ist heute absolut zutreffend in mehreren doktordissertationsähnlichen Ausführungen richtig umrissen worden. Etwas anderes aber ist, daß das, was Sie zu einem großen Teil in der Gefährlichkeit negieren, ja in allen Bezirksverbänden der Partei festzustellen ist, wie aus einer ganzen Reihe von Briefen und Mitteilungen ersichtlich ist.

(Zurufe: Woher? - Ist die Landesversammlung nicht ordentlich gewählt?)

- Ich habe nicht von der Landesversammlung gesprochen.

(Zuruf: Überhaupt, sind wir kein gewähltes Gremium?)

Ich sage nur: Diese Gefahrenpunkte, von denen ich spreche, werden in allen Bezirksverbänden auftreten, wie aus einer Reihe von Mitteilungen persönlicher und schriftlicher Art ersichtlich ist. Mehr habe ich nicht gesagt. Sie können ja die Probe aufs Exempel machen.

Nun wird diese Gefahr von einem bedeutenden Teil, von den meisten Rednern, die heute gesprochen haben, als sehr klein oder so hingestellt, daß man darüber hinweggehen kann und daß man die Verluste, die der Partei dadurch entstehen, durch Entschlossenheit werde überwinden können. Gott stärke ihr Vertrauen in diese These und gebe Ihnen, die Sie sich dieser Entwicklung mit diesem Optimismus gegenüberstellen, recht! Es gibt, meine Damen und Herren, eine Reihe von gefühlsmäßigen Umständen, welche im Rahmen der Agitation anderer Parteien gegen uns ausgewertet werden können, die eine natürliche Wirkung haben. Es gibt eine Reihe von verstandesmäßigen Überlegungen, die man zu Angriffen gegen die CSU formen kann. Auf Einzelheiten gehe ich bewußt nicht ein, weil ich mich nicht dem Vorwurf aussetzen will, daß jemand, der wie ich die Dinge beobachten kann, nun Formungen und Übersichten gibt, die unserer Arbeit schädlich sein können.

Ich sage Ihnen aber in aller Form: Dann, wenn man sich heute nur auf das Formale, Rechtliche stützt und wenn man solche legale Entscheidungen herbeiführt, die man mit den Satzungen vollkommen decken und verteidigen kann, wenn man heute solche Entscheidungen herbeiführt, ohne den letzten großen Versuch zu machen, die Gründe, welche zu der Sachlage geführt haben, zu untersuchen und eine staatsmännische Bereinigung herbeizuführen, dann ist Regensburg ein tragischer Tag nicht nur für uns als CSU geworden, sondern für die ganze Situation in der Bizone, für die ganze Situation der Anhänger eines christlichen Staatsaufbaues in Deutschland.

(Zuruf: Wegen Satzungsfragen!)

Nein! Sehen Sie, das ist der fundamentale Irrtum, daß Sie glauben, es handelt sich um Satzungsfragen. Dabei handelt es sich um Fragen tiefster Prinzipien.

(Zuruf: Was sind das für Prinzipien?)

Solange Sie der Meinung sind, daß so ernsthafte Leute, wie die es sind, die dieses Problem studieren, Korinthenkackerei wie ein Feuerwehrverein treiben, zeigen Sie ein Mißverständnis der wirklichen Situation. Wenn Sie mich mit Ihren Anträgen, der ich um die Einheit und echte Bereinigung der Union kämpfe, heruntersetzen, wie es in Oberfranken geschieht, dann werden Sie in den Wochen, die vor uns stehen, riesige Lorbeeren ernten.

Deswegen habe ich heute diesen Antrag von München sehr unterstützt, weil ich glaube, daß jeder sprechen darf, der eine dafür und der andere dagegen, während man in einem so großen Gremium nicht zu präzisen Vereinbarungen kommen kann.

(Dr. *Kroll*: Um welche Prinzipien handelt es sich denn?)

Es handelt sich erstens darum, daß die Partei als solche in sich föderativ aufgebaut wird.

(Dr. *Kroll*: Ist sie!)

Und zweitens, daß das politische Gewicht entsprechend der Leistung richtig verteilt wird. Denn was der Herr Dr. *Horlacher* an Zahlenmaterial vorgeführt hat, geht am Problem vorbei, weil die Themenstellung eine ganz andere gewesen ist.

In den Satzungen steht nicht Südbayern und Nordbayern, in den Satzungen steht pro Kreisverband, und wenn Sie die Kreisverbände nehmen in der Liste, wie sie vom kleinsten bis zum stärksten ist, ist das Bild ein vollkommen anderes, als es der Herr Dr. *Horlacher* dargeboten hat.

(Dr. *Horlacher*: Das sind formale Dinge!)

Nein, das sind sie nicht.

(Dr. *Kroll*: Was geschieht mit der Macht? Wie will man sie gebrauchen? Darüber wollen wir etwas wissen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe, es geht auch mit Ruhe.

(*Schwägerl*: Wozu will man sie gebrauchen?)

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Nach dem gesunden Menschenverstand und der politischen Anständigkeit und innerhalb des Bewegungsraumes, den das Parteiprogramm jedem einzelnen Delegierten gibt. Etwas anderes zu supponieren in einer Prinzipienfrage wäre eine grobe Beleidigung für diese Leute, welche um diese Prinzipien kämpfen.

(Dr. *Kroll*: Wir bedauern die Kraft, mit der um diese formalen Dinge gekämpft wird, Herr Staatsminister!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde vorschlagen, jetzt keine Diskussion zu führen, der nächste Redner ist sowieso Parteifreund *Kroll*. Infolgedessen kann man seinen Standpunkt dann sowieso hören.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Dann kann man darauf Antwort geben.
Das ist das zweite. Das dritte ist, daß in der Art der Willensbildung in den Spitzen der Partei sich zwei Auffassungen gegenüberstehen. Das vierte ist eine stark betonte bayerische Note für die Bedürfnisse des Bayerischen Staates, damit er die ihm gesetzten Aufgaben, nicht zumindest z.B. die Aufgabe der Flüchtlingsfürsorge, auch erfüllen kann. Das fünfte ist, daß das föderalistische Prinzip, von dem ich fordere, daß es im Aufbau der Partei zum Ausdruck kommt, auch in der Reichspolitik in Erscheinung tritt, soweit es über die Grenzen Bayerns hinausgeht.

(Dr. *Kroll*: Ist das nicht geschehen?)

Das ist meines Erachtens z.B. nicht geschehen.

(Zuruf: Wo denn? - Dr. *Kroll*: Herr Staatsminister, Sie machen doch selbst die Politik. Sie wissen doch, was möglich ist!)

Herr Dr. *Kroll*, ich darf darauf hinweisen: Man weiß seit 7. Januar, daß eine Umformung des Wirtschaftsrates kommt. In diesen Auseinandersetzungen, in den Vorberatungen hat sich der Präsident des Wirtschaftsrates, Herr Dr. *Erich Köhler*, als schärfster Zentralist

(Sehr gut!)

an der Seite des Sozialisten Herrn *Dahrendorf* erwiesen. Er hat in der Aussprache mit den Vertretern der Generale, sogar mit dem Wortführer der Länderregierungen, dem Ministerpräsidenten Dr. *Ehard*, voll remisiert. Man hat vorher schon erkannt, daß dieser Mann auf dem Boden des Zentralismus steht.
Nun wurde er mit Unterstützung der Fraktion von der Fraktion der CDU mit Zustimmung der bayerischen Mitglieder dieser Fraktion wieder vorgeschlagen mit der

Begründung, daß eben kein anderer da war. Wenn ich am 7. Januar weiß, daß diese Frage kommt und die Benennung der neuen Abgeordneten erfolgt im Laufe des Monats Februar, dann setze ich mich mit den Vertretern der britischen Zone zusammen und sehe, daß ein geeigneter Mann da ist, dem nicht diese Auffassung anhaftet.

(Vorsitzender [*Josef Müller*]: Theorie und Praxis!)

Bitte, wenn man Zeit genug und diese Vollmachten hat, wie sie der Zonenvorsitzende der britischen Zone und der Vorsitzende der CSU hat, dann ist auch dieses Problem zu lösen, wenn man es rechtzeitig in Angriff nimmt.
Ich nehme aus der jüngsten Politik noch die andere Sache, die Sache *Schlange-Schöningen*. *Schlange-Schöningen* ist gewählt worden. Er hat sich als ein außerordentlich schwieriger Gegenspieler für Bayern erwiesen. Wer hat in Wirklichkeit in seinem Amte die uns peinlichen Dinge behandelt? Der sozialistische Ministerialdirektor *Podeyn*. Man hat mit dem Namen eines Mannes, der von der CDU gewählt worden ist, die sozialistische Politik des Herrn Dr. *Podeyn* durchgeführt.

(Hört, hört!)

Und wenn Herr *Schlange-Schöningen* wiedergewählt wird, der sich nicht trennen will von Herrn Dr. *Podeyn*, nützt alle Dazwischenschaltung von irgend jemand aus Bayern gar nichts, sondern dann entsteht ein neuer Affront für unsere Bauern und für unser Bayerisches Landwirtschaftsministerium, der uns politisch wieder außerordentlich schaden wird.
So, ich mache darauf aufmerksam, daß man mit formalen rechtlichen Entscheidungen heute die Sache fertig machen kann. Ich befürchte aber, daß dann die Dinge weiterwachsen in einer Art und Weise, daß die heute getriebene Pro-Juristerei und Gesetzesfunde vielleicht einmal einen großen historischen Wert haben wird, aber nicht jenen großen politischen Erfolg, den wir neu formen müssen, indem wir in einer weisen Führung der Partei zu einer inneren Reinigung kommen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf zur formalen Abwicklung der Tagesordnung bekanntgeben, daß wir jetzt noch bis kurz nach 20 Uhr tagen werden. Ich habe eben feststellen lassen, daß wir heute abend noch tagen können. Ich bin der Auffassung, nachdem wir beisammen sind, wollen wir arbeiten. Infolgedessen habe ich darum bitten lassen, daß wir von 21 bis 22 Uhr hier tagen können. Wir fahren dann morgen früh fort.
Ich darf vielleicht jetzt so vorgehen, daß ich meinerseits noch kurz beantworte, was *Pfeiffer* gesagt hat, und daß dann *Kroll* spricht. Ich weiß nicht, wie lange er sprechen wird.

(Dr. *Kroll*: Sehr kurz, wie immer!)

Ich bitte, hierzubleiben und nicht wegzugehen, sonst hören wir gleich auf.
Ich darf jetzt zu den sachlichen Auseinandersetzungen in der Rede *Pfeiffers* folgendes bemerken: Es ist selbstverständlich, daß aus der Partei heraus immer wieder Kritik an Einzelmaßnahmen geübt werden wird. Das kann niemand verhindern. Wenn *Pfeiffer* selbst Parteivorsitzender wäre, ginge es ihm bestimmt nicht anders.

(Dr. *Pfeiffer*: Ich will es auch nicht werden! - Dr. *Horlacher*: Oberdirektor in Frankfurt! Dr. *Pfeiffer*: Das ist kein christlicher Gedanke!)

Ihr seid doch zwei!

Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union hat vor kaum einem Monat getagt. Wenn es ein längerer Zeitabstand wäre, könnte man sagen, man muß sofort wieder feststellen, ob sich mittlerweile die Stimmung innerhalb der Partei im ganzen Lande geändert hat. Was ich aber zu meinem Bedauern feststellen mußte, war die Tatsache, daß dort mit 87% Majorität, also mit einer Majorität gewählt worden ist, bei der eine Stimmrechtsänderung keine wesentliche Rolle gespielt hätte - es hätte vielleicht 5% ausmachen können -, und trotzdem ein so massiver Angriff vorgetragen worden ist, der angesichts dieser Tatsache bestimmt eine Schädigung der Partei war.

(Sehr richtig!)

Das steht bestimmt fest.

(Zuruf: Vor den Wahlen!)

Daran kann niemand etwas ändern, und ich hätte lieber die Zeit auf die Vorbereitung der Wahl angewandt als auf die Abwehr solcher Kämpfe.

(Zuruf: Von Oberbayern!)

Und das ist der große, große Nachteil in der Politik unserer Partei. Deswegen trete ich im gegenwärtigen Stadium für eine Klärung ein, weil sonst niemand Parteipolitik machen kann, es sei, wer er wolle.
Ich darf ferner feststellen: *Pfeiffer* hat zu den Satzungsanträgen die Wendung gebraucht, daß dann die ganzen Satzungen so angenommen werden müßten, wie sie eben hingelegt würden. Er hat dabei offenkundig auch gemeint, wie sie von mir hingelegt würden.

(Dr. *Pfeiffer*: Nein, das habe ich nicht gesagt.)

Auf die Satzungen hat mein Parteifreund *Pfeiffer* mehr Einfluß genommen als ich.

(Dr. *Pfeiffer*: In einem früheren Stadium!)

Sie mögen es bedauern oder nicht. Vielleicht wäre es ein Vorwurf, den Sie mir machen könnten, daß ich die Erfahrungen als Parteivorsitzender nicht mehr ausgewertet habe. Aber angesichts der Tatsache des Mißtrauens, daß eine persönliche Stellung ausgewertet werden könnte, habe ich an den Tagungen des Satzungsausschusses nicht teilgenommen, sondern habe es dem von Ihnen in Erlangen gewählten Satzungsausschuß überlassen, die Satzung zu gestalten. Es wurde dann das Material vorbereitet. Man möge innerhalb des Satzungsausschusses klären, wie es ausgewertet wurde. Gegenwärtig ist es so, soweit ich gehört habe, daß Herr Dr. *Pfeiffer* mitgeteilt hat, daß er nur die Rechte Oberbayerns wahrgenommen hätte und der jetzt gewählte Vorsitzende darauf Einfluß nehmen könne.
Meine lieben Freunde, hier wird der Ausschuß berichten und dann mag dazu Stellung genommen werden, wie der Ausschuß gearbeitet hat. Ich verstehe immer den Kampf in einer Partei um das Recht der einzelnen Gruppe. In einer so großen Partei gibt es Gruppen, wir mögen es bedauern oder nicht. Im Gegenteil, ich bedauere es nicht, ich halte es für gut, weil darin eine gewisse Dynamik liegt.

(Sehr richtig!)

Ich muß als Vorsitzender nur darauf achten, daß das Recht der Minderheit geschützt ist. Die Minderheit kann sich in keinem Gremium darüber beschweren, daß sie nicht zu Wort kam. Sie brauchen hier nur die Praxis anzusehen. Ich glaube, ich habe Freund

Hundhammer lange nicht angegriffen und habe mich sehr brav verhalten. Aber eines darf ich dabei bemerken: Ich glaube, daß bei uns der Vorstand viel mehr beisammen war als meinetwegen in der Fraktion. Es soll darin kein Angriff liegen.

(Dr. *Hundhammer*: Aber die Fraktion war ständig beisammen!)

Gerade gesprochen!
Ich darf auch darauf hinweisen, daß bisher von jedem Bezirk Einladungen an mich zur Teilnahme an Bezirksversammlungen ergangen sind, nur nicht von Oberbayern. Es wäre vielleicht nicht unzweckmäßig gewesen, auch da nach dem Verfahren zu handeln: Audiatur et altera pars! Selbst wenn dieser altera pars einem nach dem Gesicht und nach dem Wachstum nicht gefällt.

(Dr. *Horlacher*: Weil *Hundhammer* so schön ist!)

Da kann ich nicht konkurrieren.

(Dr. *Hundhammer*: Du kannst Dir ja auch einen Vollbart wachsen lassen!)

Es gelingt mir nicht.
Nun die Auseinandersetzungen zwischen unserem Freund *Pfeiffer* und mit dem Freund *Michel Horlacher*, jetzt auch angewandt auf unseren Fall, den wir jetzt behandeln, auf das Verhältnis zum Staatsrat *Schäffer*. Es hätte mir wirklich nichts ausgemacht, ob er mich in die Trogerstraße einlädt oder nicht, wenn nicht diese Versammlung, noch dazu in der Publizität, vorausgegangen wäre. Denn ich glaube, jeder, der das letzte Jahr miterlebt hat, wird sagen müssen: Im Moment der Entscheidung, als es sich damals um die Bildung der Unionsregierung gehandelt hat, da war ich sofort mit jedem beisammengesessen, um innerhalb der Partei den Frieden herzustellen. Das ging sogar soweit, daß man sich damals zu so vielen Burgfriedensverträgen beglückwünschen konnte. Ich glaube, es kann sich keiner beschweren, daß ich nicht meine Burgfriedensverträge gehalten hätte, auch nicht mein Freund *Alois Hundhammer*, für den ich ganz gern gelegentlich meine Puppe mit hingehalten habe wie für jeden anderen auch.
Dazu darf vielleicht noch eines bemerkt werden: Wenn *Anton Pfeiffer* gesagt hat, daß in Eichstätt die Absicht bestand, mich zu schlachten, meine lieben Freunde, ich bin nun einmal so kräftig geraten, daß es nicht leicht gelingen wird, mich zu schlachten.

(Dr. *Pfeiffer*: Das wollte der *Michel Horlacher*!)

Es war schon früher einmal eine Situation gegeben, in der mich jemand schlachten wollte. Es war der Zeitpunkt, in dem das Entnazifizierungsgesetz geschaffen wurde.

(Zuruf: Aha!)

Damals habe ich Stellung genommen gegen dieses Gesetz in der Art und Weise wie es geschaffen wurde. Ich habe dem Parteivorstand einen offenen Brief vorgelegt, den ich an General *Muller* richten wollte. Damals stand große Opposition mir gegenüber, auch von Freunden, mit denen ich jetzt durch dick und dünn gehe. Auch als diese Sitzung stattfand, hat einer der Freunde hoch und feierlich erklärt: Heute wird der *Ochsensepp* geschlachtet.
Es ist nicht gelungen. Ich habe daraus nur den einen Schluß gezogen: Ich habe nachher den Brief, den ich offiziell einreichen wollte, als Entwurf doch übergeben, und ich glaube, die Partei wird es nicht zu bedauern haben, wenn einmal dieses Problem gründlich dem Volk in der Behandlung durch die Partei und den Parteivorsitzenden

vorgeführt wird. Gerade das mag ein Beweis dafür sein, daß es notwendig ist, manchmal mit Verantwortung Entscheidung zu treffen. Wenn ich dann allerdings einen Fehler mache, der die Partei schädigt, dann bin ich bereit, sofort abzutreten. Aber solange ich die Verantwortung habe, werde ich die Verantwortung wahrnehmen gegenüber jedermann.
Es ist dann eine staatsmännische Bereinigung des Konfliktes, wie er jetzt besteht, empfohlen worden. Lieber Freund *Anton Pfeiffer*, ein offenes Wort: Ich schätze staatsmännische Tugenden. Aber wenn man jetzt die staatsmännische Bereinigung erwartet, dann wäre es vielleicht auch staatsmännisch gewesen, nicht, vor der Öffentlichkeit zumal, der Partei den Vorwurf zu machen, sie sei eine Kombination zwischen Politbüro und Führer, wir folgen Dir-Bewegung.

(Dr. *Pfeiffer*: Ich bin bereit, allerlei dazu zu sagen. Dr. *Horlacher*: Das war ein schlechtes Lied, das der *Pfeiffer* gesungen hat!)

Wenn so etwas hingeworfen wird, so führt das dazu, daß sich andere des Vorwurfs bedienen. Ich glaube, unser Freund *Pfeiffer* war anwesend, als im Landtag die SPD, als ich im Falle *Semler* das Pult betrat, mir zurief: Politbüro-Bewegung. Ich war hart versucht - ich habe mich wirklich bezähmen müssen -, mich umzudrehen und meinem Freund *Anton Pfeiffer* zu sagen: Siehst Du, *Anton*, so rasch gelingt es Dir, selbst die Gegner zu gewinnen, wenn Du einen so kräftigen Ausdruck prägst.

(Zuruf: Bis er wieder umfällt.)

In der ganzen Rede ist eines angeklungen, was eine ernsthafte Kritik sein könnte. Das ist die Kritik an der Politik der CSU in Frankfurt gerade in diesen Tagen.

(Zuruf: Das stimmt!)

Hierzu muß mit Ernst Stellung genommen werden. Vor der Wahl des Präsidenten des Wirtschaftsrates, Dr. *Erich Köhler*, wurde nicht nur bei uns, sondern auch in der englischen Zone Kritik laut an Dr. *Köhler*. Ich habe ein Schreiben bekommen aus der englischen Zone. Ich wurde auch vom Zonenvorsitzenden [*Konrad Adenauer*] davon verständigt, daß er dieses Schreiben bekommen hatte. Es sah so aus, als ob die Kritik dazu führen würde, daß Dr. *Köhler* nicht mehr wiedergewählt werden sollte.
In der Fraktionssitzung der CDU/CSU war es aber so, daß ich der einzige war, der Kritik geübt hat, und daß aus der englischen Zone heraus keine Kritik geübt wurde, ebensowenig wie aus den anderen süddeutschen Ländern heraus. Es wäre also eine leere Demonstration gewesen, wenn unsere Freunde von der CSU die einzigen gewesen wären, die dagegen gestimmt hätten. Ich habe nicht einseitig gehandelt. Wir waren an diesem Abend innerhalb der CSU allein beisammen und haben allein die ganzen Probleme durchgedacht. Ich habe sogar von da aus in Anwesenheit von *Elmenau* noch Ministerpräsident *Ehard* angerufen. Er hat dann auch bei diesem Telefongespräch die Situation richtig erkannt und beurteilt. Er hat mir bei diesem Telefongespräch nicht zum Ausdruck gebracht, daß wir hier etwa differieren würden. Wir konnten nur feststellen, daß wir beide einer Meinung über diese Entwicklung waren, auch mit Bezug auf die Rückwirkungen und unsere persönliche Einstellung gegenüber der Entwicklung in Frankfurt.
Aus diesem Grunde habe ich dann mit *Köhler* sehr ernsthaft die Situation besprochen, und ich habe es für besser gehalten, statt einer leeren Demonstration ein Bekenntis des Präsidenten des Wirtschaftsrates zu einer föderalistischen Politik zu erhalten. *Köhler* hat dann seinerseits in der Fraktion die Erklärung abgegeben, die er nachher

auch der Presse gegenüber als verpflichtend abgegeben hat. Ich verlese sie Ihnen. Es ist die Niederschrift aus dem Protokoll:

In der heutigen Sitzung der CDU/CSU-Fraktion

- das ist am 23. Februar 1948 -

erklärte der Präsident des Wirtschaftsrates Dr. *Erich Köhler*, daß er als politisch Verfolgter den Zentralismus mit besonderer Schärfe ablehnen müsse, da es ihm klar sei, daß der Zentralismus ein Vorläufer der Diktatur sei. Nicht nur staatspolitisch, sondern auch kulturell und persönlich bekenne er sich mit der CDU/CSU zum Föderalismus, der der Ausdruck des Persönlichkeitswertes sei. Immer habe er während seiner Amtsführung betont, daß der Wirtschaftsrat nur ein Provisorium sei, das für die deutsche Verfassung nicht präjudizierend angesehen werden dürfe. Die Entscheidung über eine künftige deutsche Verfassung sei aus einem von Volkswahlen hervorgehenden Parlament vorzubereiten.
Dr. *Köhler* bezog sich auf eine früher gemachte Ausführung, in der er betont habe, daß das neue Deutschland sich von den Ländern her aufbaue. Er habe die Schaffung des Länderrates als einen Fortschritt gegenüber dem Exekutivrat begrüßt. Denn in ihm sei die Autorität der Ministerpräsidenten unmittelbar vorgesehen. Im Exekutivrat seien zu seinem Bedauern nicht immer erste Kräfte eingesetzt gewesen. Er habe schon im Herbst empfohlen, daß die Ministerpräsidenten oder [vertreten] durch einen Fachminister im Exekutivrat zu Wort kommen sollten. Auf besonderen Wunsch des Vorsitzenden des Exekutivrates habe er, Dr. *Köhler*, sich vor den Generalen für die Zulassung der Stellvertretung im Exekutivrat eingesetzt, da damit eine Einschaltung der Fachminister der Länder und eine nachdrückliche Wahrung der Länderinteressen am besten gewährleistet sei.
In seiner Erwiderung betonte der Stellvertreter des Bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. *Josef Müller*, daß Dr. *Köhler* zur Frage des Föderalismus ein klares Bekenntnis abgelegt habe. Er, Dr. *Müller*, möchte jedoch einen Vorbehalt machen. Nicht durch die Volksvertretung allein würde die deutsche Verfassung geschaffen werden können. Auch die deutschen Länder müßten im Rahmen eines Kongresses daran mitwirken.

(Sehr richtig!)

Er, Dr. *Müller*, lege Wert darauf, daß die Erklärung Dr. *Köhlers* der Öffentlichkeit bekannt würde. Ein Eingreifen des Präsidenten des Wirtschaftsrates in die Exekutive solle künftig nicht mehr stattfinden.

Nachdem Dr. *Pfeiffer* auf den Vorsitzenden der CDU in der englischen Zone Bezug genommen hat, darf ich hierzu noch bemerken: Dr. *Adenauer* hat an der Tagung nicht teilgenommen, da seine Frau sehr schwer krank ist. Es waren zwar noch andere Landesvorsitzende dort, aber wer anwesend war, kann Ihnen gegenüber feststellen, daß nahezu die ganze Verantwortung für die Politik, die dort gerade beschlossen wurde, parteimäßig gesehen auf mir lastete. Für mich kam es darauf an, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die CDU/CSU ihre Geschlossenheit in Frankfurt behält und nicht durch leere Demonstrationen die Politik der CDU/CSU gefährdet wird. Es kam mir darauf an, den Versuch zu unternehmen, unsere föderalistische Linie durch aktives Mitwirken klar durchzusetzen.

(Sehr richtig!)

Das ist viel wichtiger als eine leere Demonstration, die in alter Zeit im Simplizissimus einmal wie folgt dargestellt wurde: Es wurde gezeigt, daß der Bayerische Ministerpräsident dem Bayerischen Gesandten, der nach Berlin fuhr, noch nachlief und ihm, während der Zug bereits abfuhr, zurief: Auf jeden Fall sind Sie dagegen. Der Gesandte fragte zurück: Ja wogegen? Der Ministerpräsident schreit ihm nach: Das werden Sie in Berlin schon sehen.
So kann man keine Politik machen, Politik kann nur dadurch gestaltet werden, daß man ein gewisses Schwergewicht für Bayern herstellt. Es kommt nun darauf an, darauf zu achten - und darüber habe ich keinen Zweifel gelassen -, daß *Köhler* seine Erklärung auch befolgt und sich daran hält. Und dafür werde ich sorgen.
Ich darf vielleicht in diesem Zusammenhang - ich dachte ursprünglich, man könnte rascher fertig werden und die Frankfurter Politik morgen gründlicher behandeln - von vorneherein auch sagen: Es wurde von Oberbayern aus z.B. das Verlangen gestellt, daß die CSU eine eigene Fraktion bilde. Meine sehr verehrten Damen und Herren, welcher Schaden ist nicht nur für Bayern, sondern für Deutschland dadurch eingetreten, daß sich die Bayerische Volkspartei damals auf die Seite gestellt hat.

(Sehr gut!)

Denken Sie an die Zeit *Brünings*, denken Sie daran, daß uns die Bayerische Volkspartei damals den Herrn *Hindenburg* beschert hat. Ich gehe nicht in die Vergangenheit zurück, aber eine solche Politik würde ich nicht mitmachen, sondern ich will dafür sorgen, daß die CDU/CSU ihrerseits eine wirklich klare christliche Politik macht und eine föderalistische Politik gestaltet. Ich will dafür sorgen, daß wir in dieser Partei mit allen Freunden zusammenwirken, die der gleichen geistigen Auffassung sind. Wir tun uns in der Fraktion auch um so leichter, als dort auch die Niedersächsische Landespartei, jetzt Deutsche Partei genannt, mitarbeitet. Es ist das eine rein föderalistische Partei, die in Niedersachsen entstanden ist. Hier werden wir dafür sorgen, daß wir uns wirklich durchsetzen können.
Ich darf vielleicht noch auf das Problem *Schlange-Schöningen* eingehen. Dieses Problem ist sehr kurz zu behandeln. Die Debatte über ihn ist noch nicht abgeschlossen. Ich habe in der Fraktion darüber berichtet. Wir hatten eine gemeinsame Besprechung mit dem Ministerpräsidenten, mit Staatsrat *Niklas*, mit Dr. *Horlacher* und mit dem Landwirtschaftsminister *Schlögl*, um uns hier abzustimmen, weil ich sehr genau weiß, wie schwierig die Probleme sind. Ich werde es auch nicht so machen, wie es damals geschah, als Dr. *Baumgartner* dann in der Öffentlichkeit nach den Aussprachen mit *Schlange-Schöningen* seine Freundschaft zu diesem und zu *Podeyn* betont hat und drei Tage nachher das Schießen wieder losging.
Für mich und für Sie stellt sich das Problem ungefähr folgendermaßen dar: Wir alle kennen die Unzufriedenheit mit *Schlange-Schöningen*. Es wäre nicht schwer gewesen, *Schlange-Schöningen* zu stürzen. Er hat vielleicht eine schwache Majorität in der Fraktion. Es hing in diesem Fall viel von unseren Stimmen der CSU ab. Ich bin aber dabei davon ausgegangen: Wenn ich jemand stürze, muß ich klar wissen, wer der Nachfolger wird. Denn eine Vabanque-Politik mache ich nicht. Ferner: Jeder, der an dieser Stelle steht, hat damit zu rechnen, daß er am nächsten Tag die größten Schwierigkeiten hat. Denn wir sind ja am Tiefpunkt unserer Ernährungskrisis. Hier kann man keine großen Risiken eingehen. Denn in diesem Augenblick kann durch ein übergroßes Risiko alles gefährdet werden. Denken sie an das Ruhrgebiet, denken Sie daran, daß eine Explosion des Ruhrgebietes durch Massenstreiks uns alle ins Unglück mit hineinreißt.

(Sehr richtig!)

Schlange-Schöningen hat unter Betonung dieses Gesichtspunktes an *Podeyn* festgehalten, gerade deswegen, weil er sagt, er brauche den Einfluß *Podeyns* auf die Gewerkschaften, um eine vernünftige Politik gestalten zu können.
Wir haben in der letzten Zeit, als wir unseren Landwirtschaftsminister bestellt haben, ebenfalls erklärt, daß wir keinen Mann haben wollten, der nicht das Vertrauen der Bauernschaft und des Bauernverbandes habe, und keinen Mann, gegen den sofort die Gewerkschaften stehen. Denn wenn dann die Zuckungen angehen wegen dieser Angriffe, dann leiden wir ja alle, dann leidet ja das ganze Volk darunter. Es wäre dann noch dazu so gewesen, daß nicht etwa ohne weiteres unser Kandidat gewählt worden wäre, sondern es wären dann höchstwahrscheinlich noch zwei andere Männer als Kandidaten dagewesen. Wir hätten dann nicht gewußt, ob es der Nachfolger unbedingt besser macht und ob er den ganzen Apparat von heute auf morgen umstellen kann, und zwar jetzt innerhalb dieser Krisis.
Aus diesem Grunde habe ich nach eingehenden Besprechungen mit meinen Freunden, nach telefonischer Verständigung auch mit unseren Freunden hier und im gemeinsamen Zusammenwirken mit einem Mann, der sicher auch bei unserer Landwirtschaft ein großes Ansehen hat, mit Dr. *Hermes*, der ein sehr ernster, erfahrener Fachmann ist und der für die Beibehaltung *Schlange-Schöningens* eingetreten ist, den Vorschlag gemacht, zwischen *Schlange-Schöningen* und *Podeyn* unseren Staatsrat *Niklas* vom Bayerischen Landwirtschaftsministerium zu stellen, damit auf diese Weise ein vernünftiger Ausgleich gefunden wird und durch Staatsrat *Niklas* die Interessen Bayerns im Direktorium der Landwirtschaft berücksichtigt werden. Es tauchte dann die Frage der Kombination in der Form auf, daß zwei Säulen gebildet würden, Ernährung und Landwirtschaft, wobei *Podeyn* die Ernährung und *Niklas* die Landwirtschaft hätten. Dabei habe ich noch ausdrücklich den Vorbehalt gemacht, der anerkannt wurde, daß dann aber *Niklas* die Koordination des Direktoriums in den Länderministerien durchführen müßte.
Wir haben dann ausdrücklich noch einmal über etwas sehr, sehr wichtiges gesprochen, worauf es mir auch noch besonders ankam. Das Volk hat nämlich kein Interesse an parteipolitischen Spielereien, sondern daran, daß es etwas zu essen hat. Ich habe den Vorschlag gemacht, daß sich dann Herr *Schlange-Schöningen* unter allen Umständen verpflichten müßte, mit uns gemeinsam dafür einzutreten, daß das differenzierte Getreideverteilungssystem wieder beseitigt würde. Das liegt nicht in seiner Macht, sondern darüber entscheiden die Amerikaner und Engländer. Aber er hat sich verpflichtet, bei diesen darauf hinzuwirken, daß diese Strafbestimmungen aus der Zeit des Kartoffelkrieges wieder beseitigt würden. Meine lieben Freunde, wenn ich das in der Praxis erreiche, dann haben wir für unser Volk so viel getan, daß man für diese Zeit die Entscheidung vertreten kann, um so mehr, als in einigen Monaten, wenn dann wirklich noch die französische Zone dazukommt, ja neuerdings die ganzen Besetzungen überprüft werden müssen.
So sind die nüchternen Tatsachen, und so mußte und kann Politik gestaltet werden. Ich darf aber *Pfeiffer* sagen, es hätte bestimmt kein Bedenken dagegen bestanden, wenn er an der Fraktionssitzung teilgenommen, wenn er die Situation mitberaten und auch dort seine Ratschläge der Fraktion gegeben hätte. Ich glaube, ich kann diese Politik vertreten. In der Fraktionssitzung am kommenden Samstag und Sonntag werden dann noch endgültige Entscheidungen fallen. Unser Freund Dr. *Michel Horlacher* wird noch mit hinfahren. Er ist bestimmt nicht von vorneherein ein erklärter intimer Anhänger *Schlange-Schöningens*, sondern er wird sicherlich auch den bayerischen Stand-

punkt wahrnehmen. Auch unser Landwirtschaftsminister [*Alois Schlögl*] wird dort sein, ebenso Staatsrat *Niklas*, der als Kandidat in Betracht kommt und von uns bestimmt anerkannt wird. Es wird dafür gesorgt werden, daß eine Entscheidung gefunden wird, die allen gerecht wird, die vor allem darauf abgestellt sein muß, daß nicht viele Worte gemacht werden, sondern daß unserem Volk in der Ernährung geholfen wird.
Mit dieser Erklärung darf ich schließen. Wir haben jetzt 20.20 Uhr, Fortsetzung 21.15 Uhr.

(*Sporer*: Was soll am Abend noch gesprochen werden?)

Am Abend wird weiterberaten.

Die Sitzung wird um 20.18 Uhr unterbrochen.
Die Sitzung wird um 21.50 Uhr wiederaufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir setzen die Debatte fort. Ich darf als ersten Redner unmittelbar im Anschluß an die Erklärungen von Parteifreund *Pfeiffer* und meine Erklärungen über Frankfurt Dr. *Schlögl* das Wort geben, der von Frankfurt kommt und eine kurze Mitteilung machen wollte.
Staatsminister Dr. *Schlögl*: Meine geehrten Damen und Herren! Wie bereits mitgeteilt, komme ich geradewegs von Frankfurt. Sie wissen, daß ich unmittelbar nach meiner Vereidigung als Landwirtschaftsminister sofort in die Höhle des Löwen gefahren bin, um die schwebenden Fragen in Besprechung mit den Beteiligten zu beseitigen. Man mag zu Frankfurt stehen, wie man will, man mag Frankfurt ablehnen oder zustimmen; eines steht für mich fest: Als Minister ist es meine Aufgabe, eine loyale Politik zu treiben, weil ich sonst immer den kürzeren ziehe. Die Macht ist nun einmal in die Hände von Frankfurt gelegt.
Ich kann Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, daß ich mich in allen wesentlichen Punkten mit *Schlange-Schöningen* geeinigt habe.

(Bravo!)

Damit die Einigung auch wirklich der Öffentlichkeit bekannt wurde, wurde ein gemeinsames Communiqué, das beide Teile bindet, veröffentlicht. Außerdem wurde vereinbart, daß noch ein Protokoll der langen Aussprache ausgefertigt wird. Dieses Protokoll wird auch von uns angefertigt und dann nach Frankfurt geschickt.
Das ist meine Erklärung, die ich abgeben möchte. Ich würde persönlich tief bedauern, wenn die CSU in Frankfurt unsere Abmachungen dadurch wieder zunichte machen würde, daß *Schlange-Schöningen* nicht als Direktor für Ernährung und Landwirtschaft wiedergewählt wird, zumal, wenn es gelingt, *Niklas* miteinzubauen.

(Beifall.)

Dr. *Kroll*: Meine lieben Parteifreunde! Es fällt schwer, im Verlaufe des heutigen Nachmittags oder Abends den roten Faden wiederaufzunehmen. Denn im Zuge der vielen Diskussionen oder Klärungen müssen wir uns jetzt wieder zu dem grundsätzlichen Gesprächsstoff zurückfinden, den wir hier zu behandeln haben, und das ist die Frage, die uns eigentlich durch den Fall *Schäffer* bzw. durch die Rede des Herrn Staatsrats gegeben ist. Ich habe mich gefreut über eine Tatsache, und zwar über die, daß es zwar nicht durch die Rede des Herrn Staatsrats, wohl aber im Laufe der Diskussion möglich war, das zu erfahren, was sachlich eigentlich gemeint ist. Sie erinnern sich der Diskussion, die vorhin stattfand, in welcher der Herr Staatsminister *Pfeiffer*

nicht nur das formelle Spiel immer wieder in den Vordergrund schob, sondern in welchem er auch einige Erklärungen abgab, was eigentlich an dieser Politik so furchtbar falsch ist, die die Union inzwischen getrieben hat.
Ich habe den Zuruf gemacht: Herr Staatsminister [*Anton Pfeiffer*], Sie sind selbst an dieser Politik führend beteiligt und haben gehört, daß zwei Vorwürfe gemacht wurden, die sich herauskristallisierten. Das war die Wiederwahl *Köhlers*, die jetzt geklärt ist, und die Wiederwahl oder Bestätigung *Schlange-Schöningens*. Die Dinge sehen sich zuerst oft anders an. Wenn man konkret zupackt, zerrinnen die Einwände in nichts. Und darum geht es ja. Wir können nicht nur um Zahlen streiten und darum, wie viele Wahlberechtigte der eine Bezirksverband hat und wieviele er nicht hat, sondern wir müssen wissen, was will man eventuell mit der neugewonnenen Macht, die man bekommen kann, sachlich eigentlich erreichen. Und das, was man sachlich erreichen will, ist sehr schwer zu überschauen.
Aber hier gleich ein Vorschlag, der von der Union allgemein akzeptiert wird, damit überhaupt einmal der Boden einer Diskussion, ein verbesserter Boden gefunden wird: Wir machen den Vorschlag, daß der Herr Staatsminister *Pfeiffer*, der ja ohnehin schon als führender Kopf an dieser Politik beteiligt ist, in die Oberführung geht, das heißt den Oberdirektor in Frankfurt persönlich übernimmt und damit die Garantie bietet, daß endlich der Föderalismus dort einzieht, wo er noch nicht eingezogen ist.
Aber ich komme zurück auf die Rede des Herrn Staatsrats *Schäffer*. Wenn man den äußeren Rahmen betrachtet, in dem sich die Dinge abspielen, so ist das hier zweifellos eine Aula - ich will nicht sagen, daß es ein Theater ist, in dem wir uns befinden. Aber zweifellos haben wir etwas erlebt, was einem Satyrspiel gleicht. Nur ist bisher eigentlich der Titel dieses Spiels noch nicht ausgesprochen worden. Aber ich will Ihnen nicht verschweigen, ich erblicke alles, was sich hier heute abgewickelt hat, unter dem Thema "Der Arzt als Mörder", ein Spiel in verschiedenen Szenen und verschiedenen Akten. Das ist der Titel. Es kommt einer, der sagt, er wolle die Union retten und gibt ihr praktisch den Dolchstoß. So ist die Situation gewesen. Was ist von Herrn Staatsrat *Schäffer* vor allen Dingen angekreidet worden, wenn wir von den historischen Rudimenten, von denen wir gar nichts wissen wollen, einmal absehen? Was interessiert uns? Es ist angekreidet worden, daß die Union nicht einig ist, daß es viele Dissonanzen gibt. Ich will nicht die Frage aufwerfen, wer immer wieder die Dissonanz erzeugt. Das wird sich nachher von selbst herausstellen. Aber auf einen Punkt möchte ich aufmerksam machen:
Es ist von keinem der Redner bisher darauf hingewiesen worden, daß bisher nicht die Partei praktisch die entscheidende Politik gemacht hat, sondern daß die Politik vom Kabinett *Ehard* gemacht wird, hinter dem wir alle stehen und hinter dem auch der Herr Staatsrat *Schäffer* zu stehen vorgibt. Wenn man aber erklärt, daß man mit dieser Politik nicht einverstanden ist, dann greift man ja nicht den Landesvorsitzenden an, sondern den Ministerpräsidenten und sein Kabinett. Und das muß in aller Deutlichkeit ausgesprochen werden. Denn die Politik wird nicht allein von der Landesversammlung gemacht, die Politik wird in der Fraktion und in der Regierung gemacht. Und wer ist letztlich draußen verantwortlich? Die Regierung, das Kabinett *Ehard*, von dem wir glauben, daß es den Verhältnissen entsprechend die denkbar bestmögliche Politik gemacht hat. Das muß gesagt werden, damit überhaupt deutlich wird, ich möchte sagen, wie verworren die ganzen Angriffe sind, die hier vorgetragen wurden.
Und nun eines: Was gefällt denn den Wählern nicht oder was hat ihnen mißfallen? Immer wieder konnte man das eine hören: Der viele Streit hat ihnen mißfallen, die

Tatsache, daß die einzelnen Gruppen gegeneinander standen und daß es nicht möglich war, so viel Christlichkeit aufzubringen, daß untereinander sozusagen eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen werden konnte. Es hat das sehr lange Zeit gedauert. Hier möchte ich gleich einschalten: Es ist ja gar nicht wahr, daß die entscheidende Dissonanz aufgetreten ist im Auseinanderbrechen zwischen Landesversammlung und Fraktion allein. Die Fraktion selbst ist ja einmal in einer historischen Stunde auseinandergefallen, als es galt, ein Kabinett auf die Beine zu stellen. Damals war der Spalt auch in der Fraktion, und es war nicht etwa so, daß die Fraktion geschlossen dastand. Es ging damals um das Koalitionskabinett. Wir wollen nicht sagen, daß wir Recht behalten haben, weil die Koalition nicht gehalten hat. Aber eines ist sicher: Es hat unendliche Mühe gekostet, um die Einigkeit herzustellen. In dem Augenblick aber, als die Koalition zerbrochen war und als es galt, ein Unionskabinett auf die Beine zu stellen, ist es möglich gewesen, diese Einigkeit wirklich herzustellen.
Ich möchte es so ausdrücken: Ich glaube, es ist weder Dr. *Müller* noch Dr. *Hundhammer* damals leicht geworden, sich einander die Hände zu geben. Aber die Tatsache ist vorhanden, daß diese Einigung im ganzen bayerischen Volk auf das lebhafteste begrüßt wurde und daß diese Einigung damals die Rettung der Union bedeutet hat. Und nun glaubten wir, einen Zustand erreicht zu haben, bei dem dieses Kabinett wirklich arbeitsfähig ist und arbeiten kann. Und was geschieht? Der Herr Staatsrat *Schäffer* bekommt die Möglichkeit, politisch tätig zu sein, und das erste, was er tut, ist ein massiver Angriff auf die Union. Er erklärt, daß er mit diesem Landesvorsitzenden und mit der Partei in diesem Zustand nicht mehr arbeiten kann. Er weist darauf hin, daß im Lande Unzufriedenheit herrscht.
Herr Staatsrat, ich will Ihnen das eine sagen: Dieser Tag heute ist ein Rückschritt gegenüber Erlangen, es ist ein Rückschritt gegenüber Marktredwitz. Daß es zum Rückschritt geworden ist, ist allein auf die Art und Weise Ihres neuerlichen Eingreifens in die Politik zurückzuführen. Wären die Dinge anders gemacht worden, hätte man sich genauso mit der anderen Seite geeinigt, wie das der Herr Minister *Hundhammer* getan hat, hätte man sich von vorneherein auf eine friedliche Linie begeben, wären die Dinge anders gekommen.
Das eine möchte ich sagen, und ich bitte, es nicht übelzunehmen. Aber die Art und Weise des politischen Auftretens hat etwas mit mangelndem Fingerspitzengefühl zu tun. Denn Tatsache ist, daß dieses Auftreten von der Presse groß aufgemacht wurde, daß der neuen Dissonanz in der Union breitester Raum gegeben wurde, daß man sich mit Behagen darauf gestürzt hat: Nun ist wieder die ersehnte Uneinigkeit da, eine neue Chance für die Union auseinanderzubrechen. Der Arzt ist als Mörder aufgetreten. So ist die Situation. Das wissen alle draußen im Lande und niemand[em], Herr Staatsrat, können Sie weismachen, daß es ein kluges Auftreten war, selbst wenn die sachlichen Ziele, die Sie verfolgen sollten, voll und ganz zu billigen wären.
Aber nun zu den sachlichen Zielen selbst. Worum handelt es sich? Ich habe vorhin gesagt, es war außerordentlich schwer herauszubekommen, was denn nun sachlich geändert werden soll. Herr Staatsrat, ich bedauere, daß in Ihrem ganzen Referat nicht zwei konkrete Punkte aufgezählt sind, was Sie politisch, sachlich ändern wollten. Wo ist eine Stellungnahme vielleicht zum Flüchtlingsproblem, zur Siedlungsfrage, zu den tausend Dingen, die uns heute auf den Nägeln brennen, wo ist heute eine Stellungnahme zum Exportproblem oder zu den Dingen, die heute wirklich wichtig sind, wo ist eine Stellungnahme zu der Art und Weise, wie man vielleicht die Produktion an Lebensmitteln erhöhen könnte, oder zu den Fragen, zu denen es wichtig wäre, im Zusammenhang mit Frankfurt Stellung zu nehmen.

Das ist deshalb nicht so ganz einfach, weil Sie selbst zugeben mußten, daß der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] und auch der Herr Staatsminister *Pfeiffer* nicht in der Lage waren, den Föderalismus gegenüber einem Diktat der amerikanischen Militärregierung sicherzustellen. Und der Herr Staatsminister *Pfeiffer* ist ja sozusagen der Genius, der hier das Kabinett sozusagen zu beflügeln scheint und immer wieder, ich möchte sagen, das Reservoir an Föderalismus darstellt, wenn wir anderen einmal zentralistisch entgleisen sollten. Herr Staatsrat, mit Ihrer Methode werden Sie auch nicht weiterkommen, als es diese beiden vorzüglichen Exponenten des Föderalismus gebracht haben.

(Beifall.)

Aus diesem Grunde kann ich nur das eine sagen: Wir hätten es begrüßt, wenn nicht nur in Historie gemacht worden wäre, sondern wenn uns klipp und klar gesagt worden wäre: Punkt eins, das muß geändert werden, in der sachlichen Politik, nicht in den Satzungen - denn die Satzungen verhüllen bei dieser Diskussion die Politik mehr als sie aufzeigen -, Punkt zwei, Punkt drei, das wollen wir sachlich ändern, das streben wir an. Vielleicht ist es aber so, daß man nach einer ganz bestimmten Macht strebt, um sachliche Dinge, die man vielleicht beabsichtigt, nicht auszusprechen. Fast scheint es so, als seien die Worte manchmal da, um die Gedanken zu verbergen. Denn es ist so außerordentlich schwer, hinter die Gedanken zu kommen, die hier eigentlich immer wieder nicht ausgesprochen werden. Es war ja mühevoll, Herrn Staatsminister *Pfeiffer* dahin zu bringen, daß er uns wenigstens das Problem *Köhler* erörtert und vorgetragen hat.

Die Situation aber, die Sie, Herr Staatsrat, auch kennen, ist die, daß wir praktisch von einem Diktat zum anderen schreiten. Der Herr Kultusminister [*Alois Hundhammer*], der gewiß nicht im Verdacht steht, ein Feind des Gymnasiums zu sein und ein Mann, der sich sozusagen den Neuerungen verschließt, mußte sich einer Schulreform beugen, für die er persönlich gar nicht die Verantwortung übernehmen kann. So ist es auch in den anderen Dingen. Da kommt es darauf an, daß wir die Fronten klar erkennen und zu den sachlichen Dingen Stellung nehmen, uns aber nicht hinter Formalien verbergen, um vielleicht einen Angriff auf die Partei selbst vorzunehmen.

Ich erachte das, was geschehen ist, nur in seinen Auswirkungen als einen ganz schweren Angriff gegen die Union. Ich muß schon sagen, ein Arzt, der so operiert, daß der Patient beinahe mit 99% darunter zu sterben scheint, ist nach meinen Begriffen nicht fähig, als Arzt zu fungieren, wenn er die Schritte nicht ändert.

Ich komme hier auf das Entscheidende: Der Bezirksverband Oberbayern hat sich nicht als in der Defensive befindlich gegen eine Maßnahme gewehrt. Im außerpolitischen Sprachgebrauch hätte man sagen können, er ist in die Aggression gegangen. In der Verteidigung befinden sich die anderen, angegriffen hat der Bezirksverband Oberbayern. Der Bezirksverband Oberbayern hat sich ganz klar außerhalb der Satzungen gestellt. Wie sollen wir weiter verhandeln, was soll überhaupt geschehen? Wir wünschen gar nicht Krach. Herr Staatsrat, wir sind die letzten, und besonders die jüngere Generation hat nur den einen Wunsch, daß uns die Alten mit diesem Krach in Ruhe lassen mögen.

(Beifall.)

Wir wünschen nur, daß endlich Friede eintritt, aber nicht ein Friede von 14 Tagen, den wir benutzen, um neue Waffen zu schmieden.

Seit Jahren verfolge ich dieses Spiel. Worum geht es immer wieder? Es geht immer wieder darum, daß eine Atempause geschöpft wird, daß die größten und stärksten

Kräfte nicht darauf verwandt werden, vielleicht in sachlichen Auseinandersetzungen mit dem echten parteipolitischen Gegner zu stehen, sondern die Waffen innerhalb der Union gegeneinander zu stellen. Das ist der Grund, warum die Wähler verzweifeln. Aus diesem und keinem anderen Grunde.

(Beifall.)

Das erste Gebot, das wir hier aufrichten müssen, ist dieses: Diese Methoden, sich Gehör zu verschaffen, indem ich den Hammer nehme und dem anderen gewissermaßen das Trommelfell einschlage, müssen aufhören.

(Sehr gut!)

Wir müssen zu den Methoden zurückkehren, die im Rahmen der Satzungen, im Rahmen der Union vorgesehen sind und sachliche Auseinandersetzungen bedeuten. Und das ist als erstes erforderlich, wenn das Gespräch fortgeführt werden soll, daß der Beschluß des Bezirksverbandes Oberbayern aufgehoben wird, damit überhaupt ein Boden der Diskussion geschaffen wird. Im anderen Falle ist jede Verhandlung unmöglich, und zwar deshalb, weil ich mir ja schließlich den Zugang zum anderen nicht dadurch erzwingen kann, daß ich mit dem geladenen Revolver vor ihn hintrete und sage: Gib her, was ich will - das ist natürlich dann Demokratie -, oder aber ich verzichte darauf, mit Dir überhaupt zu verhandeln.
So geht es unmöglich. Wir sind die letzten, die Krieg führen wollen. Aber wir sind diejenigen, die einmal diesen unsagbaren und unleidlichen und die Union schädigenden Krieg beendet wissen wollen, ein für allemal.

(Beifall.)

Und darum formuliere ich die Bedingung, die einzig und allein möglich ist, um das Gespräch fortzusetzen. Heben Sie, Herr Staatsrat *Schäffer*, im Benehmen mit Ihrem Bezirksverband diese unseligen Beschlüsse, die weiß Gott nicht von staatsmännischer Klugheit zeugen, auf, und dann haben Sie den Boden zur Diskussion, und dann, ich bitte Sie, schlagen Sie jene Methoden ein, die die Union kurieren und nicht töten. Dann kann es zu einer Einigung kommen.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, ich wäre dankbar, wenn wir uns jetzt in der weiteren Diskussion konzentrieren könnten. Es liegen jetzt ungefähr noch ein Dutzend Wortmeldungen vor. Ich möchte aber, daß Wortmeldungen von Leuten dabei sind, deren Worte wirklich gehört werden müssen. Ich möchte nicht darauf verzichten, daß jeder etwas sagen kann, aber ich wäre dankbar, wenn das "etwas" möglichst kurz gesagt würde.
Während der Rede Dr. *Krolls* haben sich jetzt gemeldet Dr. *Pfeiffer* und Dr. *Hundhammer*. Wenn die Versammlung damit einverstanden ist - ich möchte annehmen, daß es sich um sachliche Beantwortung von sachlichen Ausführungen von Dr. *Kroll* handelt -, dann würde ich gern, damit wir auch unsere Willensbildung konzentrieren, so vorgehen, daß ich den anderen Rednern vielleicht diese beiden Redner vorwegnehmen würde, sofern es sich um kurze Feststellungen und nicht um eine längere Debatte handelt.

(Dr. *Pfeiffer*: Ich bin in wenigen Minuten fertig!)

Dann darf ich, wenn die Freunde einverstanden sind, Dr. *Pfeiffer* bevorzugt das Wort geben, bevor die anderen Redner weiterreden.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß die Reden des heutigen Tages sehr gut stenographisch aufgenommen sind, denn sie werden einstens eine Geschichtsquelle für die weitere Entwicklung sein.

(Sehr richtig!)

Ich für meine eigene Person erlebe heute das interessante Schauspiel, daß zu Beginn der Sitzung ein Ausschlußantrag gegen mich überreicht wird, wobei - wie üblich, muß ich sagen - die besondere Liebenswürdigkeit angewendet wird, daß dieser Antrag veröffentlicht, aber mir nicht mitgeteilt wird. Genauso hat in Nürnberg-Fürth die Junge Union einen Ausschlußantrag mit Rücktrittsforderungen usw. veröffentlicht, einen Tag, ehe ich dort gesprochen habe, es aber nicht, wie es sonst unter Kulturmenschen üblich ist, der Mühe wert gefunden, mir diesen Beschluß zuzustellen.

(Zuruf: Christliche Nächtenliebe!)

Es sind mir also zwei interessante Dokumente zugegangen: Im einen Fall ein Ausschlußantrag, im anderen Fall der Vorschlag einer Erhebung auf die höhere Ebene als Oberdirektor. Im ganzen Zusammenhang, meine Damen und Herren, empfinde ich selbstverständlich - ich darf nicht sagen, den Vorschlag, sondern das was Herr Dr. *Kroll* hier gesagt hat -, als eine grobe Taktlosigkeit

(Sehr richtig!)

und als eine mir persönlich gegenüber gemachte und nicht verdiente - nein, ich darf es nicht aussprechen -; als nicht gebührlich. Außerdem ist die Art der Formulierung, daß ich der Genius sei, der das Kabinett im Punkte Föderalismus zu beflügeln scheint, eine sehr wilde Geistreichigkeit.

(Dr. *Horlacher*: Das ist eine Lobrede!)

Denn ich darf doch immerhin in der bayerischen Politik auf eine ehrenvolle Geschichte und Arbeit zurückblicken

(Sehr gut!)

und darauf, daß ich in Bayern eingesperrt gewesen bin, als der Herr Dr. *Kroll* in Bayern noch gar nicht erfunden gewesen ist.

(Dr. *Kroll*: Aber Herr Staatsminister, das ist doch nur etwas Gutes, der Genius des Föderalismus!)

Dann darf ich noch weiter sagen: Herr Dr. *Kroll* hat auch eine nicht zutreffende Darstellung über die Schwierigkeiten gegeben, die Ziele zu erkennen, um die es sich handelt. Ich glaube, Herr Dr. *Kroll* ist doch in Erlangen gewesen, Herr Dr. *Kroll* ist doch in Marktredwitz gewesen. Da habe ich das, was er glaubte, aus mir an Formulierungen herauszuholen, das, worum es sich handelt, doch sehr, sehr deutlich ausgesprochen: Daß es sich nicht um eine Satzungskritisiererei handelt, sondern daß es sich bei der ganzen Sache um viel ernstere politische Probleme handelt. Wenn Sie es bisher nicht begriffen haben, kann ich Ihnen nur sagen, was ich gesagt habe; ich kann nur wieder das gleiche sagen.

(Dr. *Kroll*: Nur die Formalien sind besprochen worden; die Ziele wurden genannt, ohne daß sie im einzelnen bekanntgegeben wurden.)

Das habe ich in Marktredwitz getan, das habe ich in Erlangen getan, und wenn Sie es nicht erkannt haben, kann ich Ihnen dabei nicht helfen.

Sie sagen, Sie haben mühsam die Sache *Köhler* und *Schlange-Schöningen* herausbekommen. Sagen Sie etwas, dann wird es geklärt! Haben Sie es nicht gemerkt, daß ich mich bemüht habe, nicht eine aneinandergereihte Kritik über die letzten zwei Jahre zu geben, daß ich keinerlei Verschärfungen wollte? Es stand ja auch gar kein Vertrauen für den Parteivorsitzenden zur Debatte, sondern ich habe versucht, in einer Bündelung die letzten Spitzen, um die es sich handelt, zu geben. Wenn ich in die Kritik eingehen wollte, Herr Dr. *Kroll*, dann könnte ich natürlich nicht in fünf Minuten das sagen, was ich an Grundsätzlichem vorzubringen hätte.
Schon allein der Zustand, in dem wir stehen, diese großen Dissidien, um die es sich handelt: Sind denn die ein Nichts? Sie sagen, das muß man erst herausstellen können und das zerflattert dann, wenn es genannt wird. Ich sage über Dr. *Erich Köhler* ganz offen: Wenn jemand am 7./8. Januar in Polemik mit dem Wortführer der Länder so stark zentralistische Politik macht und dann vier Wochen später eine so verwaschene Erklärung abgibt, so ist das für mich keine Lösung dieser Frage,

(Sehr richtig!)

das ist eine Faute-de-mieux-Lösung. Das gebe ich zu, das kann sein. Ich habe nur dagegen den Einwand, daß man nicht gesorgt hat, nicht zu einer Faute-de-mieux-Lösung zu kommen.

(Dr. *Horlacher*: Sei froh, daß Du nicht dabei warst!)

Darüber bin ich todfroh, das sage ich ausdrücklich.
Dann spricht Herr Dr. *Kroll* wieder so nebenbei, ganz elegant darüber hinwischend, von Worten, die die Gedanken verbergen sollen, und es sei mühevoll, den Staatsminister *Pfeiffer* dahin zu bringen usw. Ich bin hier der Parteifreund *Pfeiffer*. Ich bin hier kein Staatsminister. Ich befinde mich in einem Kreis, in dem einer genau der gleiche ist wie der andere. Darum möchte ich ganz dringend gebeten haben. Aber ich sage Ihnen ganz offen: Wenn Sie so reden, daß Worte die Gedanken verbergen sollen, so ist das doch eine glatte Beleidigung!

(*Haußleiter*: "Politbüro" war auch eine Beleidigung!)

- Lieber Freund *Haußleiter*, ich kann Ihnen darüber, was Politbüro bedeutet, und über den Grundsatz "Führer, wir folgen Dir" eine Enumeration machen!

(Vorsitzender [*Josef Müller*]: Also bitte, los!)

Also gut, dann reden wir davon.
Politbüro! An der Spitze steht bei dem Begriff des Politbüros der Umstand, daß der Parteivorsitzende sich vorbehält, in jede Sitzung, einschließlich denen der Landtagsfraktion, einen besonderen Beauftragten, der selbst gar nicht Mitglied der Fraktion ist, zu schicken, der zur Berichterstattung an ihn verpflichtet ist.

(Gelächter. - Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer ist das, bitte?)

Das wißt Ihr alle miteinander; das ist unser Freund *Strauß*.

(Entrüstung.)

Bitte, das ist doch so!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich feststellen: *Strauß* ist Mitglied des Landesvorstandes. Von der Fraktion wurde ausdrücklich zugestimmt, daß die Mitglieder des Landesvorstandes an Fraktionssitzungen teilnehmen können.

(Dr. *Strauß*: Aber Dr. *Pfeiffer*!)

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Das geht gar nicht gegen Sie persönlich!

(Dr. *Strauß*: Aber Dr. *Pfeiffer*! Von 100 Fraktionssitzungen war ich in dreien anwesend!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn das nicht geschehen würde, würde man sagen: Die Partei versagt und hat keinen Kontakt mit der Fraktion. Das ist kein Politbüro.

(Dr. *Strauß*: Ich bin doch kein Kommissar eines *Stalin*!)

Dann vermeidet man solche Ausdrücke, die an die kommunistische Organisation anklingen!

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Dann legt die Satzung fest, daß die von unten herauf gewählten Funktionäre in soundso viel Organen der Partei zwar anwesend sein dürfen, aber nicht mit stimmberechtigt sind.

(Dr. *Strauß*: Ich bin nicht dem *Ochsensepp* sein Sklave, auch nicht sein Beauftragter, der für ihn in den Versammlungen herumschleicht!)

- Das habe ich auch nicht gesagt! Ich bitte, die Worte so zu lassen, wie ich sie sage.

(Dr. *Strauß*: Das sind Zweideutigkeiten!)

Ich bitte, die Worte so zu lassen, wie ich sie sage.

(Zuruf: Politbüro!)

Der Begriff Politbüro setzt sich aus einer ganzen Reihe von einzelnen Dingen zusammen.

(Zuruf: Wir sind keine Kommunisten!)

Ich habe gar nicht von Kommunisten geredet.

(Dr. *Horlacher*: Er hat ja poliertes Büro gemeint!)

Nein, das habe ich bestimmt nicht gemeint, Herr Dr. *Horlacher*.

Das eine ist, daß der Parteivorsitzende sich das Recht vorbehalten hat, in jede Sitzung einen nicht zur betreffenden Körperschaft gehörenden Beauftragten zu senden.

(Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zur Herstellung der Verbindung zwischen Parteivorstand und Fraktion!)

Eine zweite Tatsache, die in dieser Richtung geht, ist, daß die von unten gewählten Vertreter zwar in den öffentlichen Körperschaften, in soundso viel Organen der Partei anwesend sein können mit beratender Stimme, aber nicht mit bestimmender Stimme. Bitte auch den neuen Satzungsentwurf in dieser Richtung anzusehen!

(Dr. *Horlacher* und *Haußleiter*: Das waren ja doch Vorschläge von Oberbayern! - Heiterkeit.)

Ich komme nicht mehr mit.

(Unruhe.)

Nein, ich habe diese Besprechungen genau mitgemacht.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Eine weitere Maßnahme in dieser Richtung ist dann, daß die Kreisgeschäftsführer vom Parteivorsitzenden angestellt und instruiert werden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wie in den Statuten beschlossen!

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Ja, ja; das ist das, was in den Statuten beschlossen ist.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie bekommen keine politischen Instruktionen.

Ich darf, damit nicht wieder Phantasien in die Öffentlichkeit kommen, feststellen, daß aus parteiorganisatorischen Gründen, nicht bloß aufgrund der Landesversammlung, die Parteigeschäftsführer vom Vorstand bestellt werden. Ich darf hierzu weiter feststellen, daß den Parteigeschäftsführern gegenüber immer wieder ausdrücklich erklärt wird, sie haben keine Politik zu machen, sondern nur die Organisation aufzubauen. Es wird kein Geschäftsführer feststellen können, daß er irgendwann eine politische Weisung bekommen hat oder daß er etwa zur politischen Berichterstattung verpflichtet wurde.

(*Schwägerl*: Im Einverständnis mit den Kreisvorsitzenden!)

Ich würde bitten, Dr. *Pfeiffer*, daß wir weiterkommen. Wir haben ja nicht die Möglichkeit, uferlos zu debattieren. Ich wäre infolgedessen darum dankbar; denn soviel weißt Du auch, daß der Vorwurf der Kombination von Politbüro mit Führer, wir folgen Dir-Bewegung mit solchen Dingen nicht zu begründen ist. Wenn schon, dann sage ich lieber: Du bist Kommunist, und du baust eine Partei so auf, als daß ich wie die Katze um den heißen Brei herumgehe und in der Öffentlichkeit einen solchen Eindruck entstehen lasse.

(Beifall. Staatsminister Dr. *Hundhammer*: *Müller*, laß doch einmal Dr. *Pfeiffer* reden!)

Dr. *Pfeiffer* kann aussprechen. Aber es kommt dann wieder ein falscher Eindruck.
Ich darf noch einmal ausdrücklich feststellen: Der Satzungsentwurf Oberbayern stellt in § 22 fest, daß die Satzung bestehen soll - und dann sind ausdrücklich, wie es Herr *Pfeiffer* uns vorwirft, die gewählten Verteter dabei ausgenommen.

(Hört, hört!)

Wenn der Vertreter von Oberbayern gegen den Antrag Oberbayerns auftritt, ist es für uns ganz interessant; aber es bringt uns sachlich nicht weiter.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Hierzu darf ich bemerken, daß in der Satzungskommission eine zweite Lesung vorgesehen war, damit man diese Dinge, wenn sie besprochen werden, noch einmal erörtern kann; und diese hat nicht stattgefunden. Es war infolgedessen auch keine endgültige Stellungnahme dazu nötig.
Ich bin gerne bereit, auf den weiteren Teil dieser Ausführungen zu verzichten, aber Du willst haben, daß ich das ausspreche.

(Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gerne!)

Ich habe nichts von Kommunismus gesagt, nicht das allergeringste von Kommunismus!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Politbüro, das weiß doch jeder, soll an die Organisation der kommunistischen Partei anklingen. Sonst gebraucht doch ein Mann mit bestimmten Geistesgaben nicht diesen Vergleich!
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Danke für das liebenswürdige Kompliment, das ich hiermit quittiere. Aber ich habe das Wort Politbüro mit den anderen zusammen nicht im Hinblick auf Kommunismus betrachtet, sondern im Hinblick auf das System, daß eine politische Zentralstelle überall ihre Beauftragten hat und daß die von unten her gewählten Vertreter dieser Überwachung der Zentralinstanz unterstehen. Das war ganz klar und eindeutig der Sinn meiner Ausführungen.

(Zuruf: Das konnte man aber auch anders verstehen!)

Nicht eine Andeutung, als wie wenn ich das in der Richtung auf Kommunismus unterschreiben würde!

Das andere, was ich gesagt habe, geht darauf zurück, daß eine Reihe von Vorgängen und Vorfällen einfach automatisch in irgendeinem Zusammenhang eingetreten sind. Dazu gehört z.B., daß in den Körperschaften, die getagt haben, die Entscheidungen, ohne daß schriftliche Vorlagen da waren, unter Verzicht auf die selbständige Stellungnahme einfach kurzer Hand gefällt worden sind. Zum Beispiel haben wir jetzt in Eichstätt erlebt, daß uns ein sehr wichtiges Programm, ein Wirtschafts- und Sozialprogramm, in einer nicht gerade sehr eindrucksvollen Weise verlesen worden ist; dann ist darüber abgestimmt worden, und es ist angenommen worden.

(*Haußleiter*: Die anderen haben dagegen gestimmt; es war ganz demokratisch!)

Ja, das ist aber keine Methode, eine Sache in einer Körperschaft durchzugehen, ohne daß von ihr Kenntnis genommen wird. Bloß darauf ist doch zurückzuführen, daß dieser Vorschlag - in diesem Fall war es der Parteivorsitzende - einfach angenommen worden ist.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dazu darf ich feststellen: Erstens ist damals abgestimmt worden; zweitens ist nachher noch ein Vertrauensvotum ausgesprochen worden. Was haben wir jetzt in diesem Gremium davon, wenn wir uns ewig über alte Diskussionen und alte Abstimmungen unterhalten und nicht zur praktischen Arbeit kommen?

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Bitte, ich bin gefragt worden, aus welchen Gründen ich diesen Ausdruck angewendet habe. Er hat sich bei mir aufgrund von Erfahrungen gebildet, die naturgemäß auf eine gewisse Zeit zurückgehen; und darauf muß ich eingehen.

In das gleiche Gebiet gehört es, daß die Namen von 22 Rednern, die für eine Aussprache zu Wort gemeldet waren, einfach annulliert werden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das kommt in jeder Versammlung vor, und wenn es heute und morgen so weitergeht, dann werden am Schluß vielleicht auch noch 22 Redner übrigbleiben.

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Also gut, ich will den Weg frei machen, indem ich keine weiteren Ausführungen mache. Ich mache aber noch einmal erneut darauf aufmerksam, daß die Probleme viel ernster und wichtiger sind, als sie offensichtlich von der Mehrzahl der Redner hier bisher genommen worden sind, und daß ich für meine Person die Rede, die der Herr Vorredner [*Gerhard Kroll*] gehalten hat, als eine ganz ausserordentliche Erschwerung der Gesamtsituation betrachte.

(Teilweise Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren, ich muß dazu eine Erklärung abgeben, denn es ist tatsächlich sehr ernst. Ich nehme die Debatte sehr ernst, auch wenn ich nicht alles mit sturem Ernst durchsetze und durchführen will. Dr. *Pfeiffer*, ich nehme z.B. die Erklärung der Kombination von Politbüro mit Führer-Bewegung ausserordentlich ernst, wenn sie von einem Mann mit dem Namen Dr. *Pfeiffer* ausgesprochen wird, der erstens in der Partei verankert ist, zweitens Staatsminister ist und die Staatskanzlei hat,

(Sehr richtig!)

weil dann der politische Gegner es auswerten kann.

(Dr. *Horlacher*: Und Ministerkollege!)

Jedem kann einmal ein Wort entgleiten, das er nachher in der Formulierung nicht mehr wahrhaben will; und ich hätte es vielleicht für die ganze Aussprache für besser

und für zuträglicher gehalten, wenn Herr Dr. *Pfeiffer* einfach erklärt hätte: Diesen Ausdruck würde ich heute nicht mehr gebrauchen. Denn es läßt sich nicht darüber hinwegreden, besonders wenn man dann den Vergleich gebraucht, daß - mit Zustimmung der Fraktion nach eingehender Diskussion - genehmigt wurde, daß die Mitglieder des Landesvorstandes an den Fraktionssitzungen teilnehmen können und daß Dr. *Strauß* dreimal dort war. Da kann man nie und nimmer sagen, daß Dr. *Strauß* etwa ein Beobachter des Politbüros in der Fraktion sei

(Dr. *Pfeiffer*: So habe ich [es] nicht gesagt!)

oder ein Beobachter des Parteivorsitzenden. Aber aus dem wird dann der Ausdruck Politbüro angewandt. Wir wollen keine Haarspalterei haben, sondern einmal den Sinn herausfinden.

Zweitens darf ich sagen: Der Ausdruck Führer, wir folgen Dir-Bewegung klingt mindestens genau so an, und zwar deswegen, weil man sehr wohl weiß, daß man damit auch in anderen Kreisen gerne den Akzent bekommen möchte, als ob hier eine Anlehnung an die damalige Zeit gerade in der Zeit durchgeführt würde, in der für die Partei ernsthafte Diskussionen auf anderer Ebene durchgeführt werden müßten.

Ich darf, um die Gefahr noch weiter aufzuzeigen, aber darauf hinweisen, daß in dieser Versammlung des Bezirksverbandes Oberbayern nicht nur dieses Wort von Herrn Dr. *Pfeiffer* über die Kombination von Politbüro und Führer, wir folgen Dir-Bewegung ausgesprochen wurde, sondern daß sich offenkundig dieser Geist dann auch weiter ausgewirkt hat; denn Herr Staatsrat *Schäffer* stellt in seiner Rede dann fest:

> Wenn Sie einmal eine Lebensgeschichte von *Stalin* und *Molotow* lesen, dann können Sie sehen, wie man politische Parteien aufzieht, um zu einer Diktatur zu kommen,
>
> (Oho!)
>
> man läßt wohl unten wählen, aber man läßt Deputierte wählen, die Ihnen möglichst [von] irgendeine[r] Parteistelle mit einem Vorschlag, der immer mit Nachdruck verbunden ist, vorgeschlagen werden. Der Deputierte stimmt dann in der Deputiertenversammlung so, wie es von oben her gewünscht wird, und berichtet nach unten so, wie es im Augenblick gerade paßt. Das heiße ich ein lügenhaftes System.
>
> (Empörte Zurufe: Unerhört! Allerhand! - *Haußleiter*: Der Arzt als Mörder!)

Die Diskussion um unsere Partei hat, weil dann immer noch die Zusammenarbeit mit dem Kommunismus, die Beziehungen mit den Russen dazukamen, zweifelsohne den Eindruck erwecken sollen, als ob unsere Partei nach einem solchen Vorbild aufgebaut sei und nach solchen Methoden arbeite.

(Pfui-Rufe.)

Deswegen, Herr Dr. *Pfeiffer*, wollte ich gerne eine Klarstellung hören; und ich bedauere, daß die Klarstellung nicht so erfolgt ist, daß das auch in der Öffentlichkeit ein für allemal auch von Ihnen weggewaschen wurde. Deshalb halte ich mich für verpflichtet, die so formulierten Aussprüche und Ausdrücke von Ihnen im Namen der Christlich-Sozialen Union hiermit offiziell zurückzuweisen.

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Nächster Redner ist Parteifreund *Nerreter*. - Er ist nicht da. Dann darf ich das Wort dem Parteifreund *A. W. Schmidt* geben.

(Zuruf: Dr. *Hundhammer*!)

- Darf ich auch diese Wortmeldung weglegen? Es sind Meldungen, die vorhin eingegangen sind. Nächster Redner ist Dr. *Strauß*.
Dr. *Strauß*: Ich möchte zunächst feststellen, daß ich hier nicht als Beauftragter des Herrn Parteivorsitzenden [*Josef Müller*] spreche,

(Bravo-Rufe, Heiterkeit.)

sondern daß ich mich freiwillig zu Wort melde, ohne unter einem inneren oder äußeren Drucke zu stehen. Ich nehme Herrn Dr. *Pfeiffer* seine Worte nicht übel; aber ich muß trotzdem sagen, daß diese Form der Darstellung, Herr Dr. *Pfeiffer*, wiederum - ich sage es wieder auf oberbayerisch, denn diese Sprache spreche ich unter allen Mundarten am besten, in denen ich sonst schweigen möchte - Anlaß gibt zu einem Geraune und einem Getrietsche, weil dadurch einige Persönlichkeiten - und ich hoffe allmählich eine zu werden, auch in Ihren Augen - zu Befehlsempfängern und Kurieren eines Parteivorsitzenden degradiert werden. Und für diese Rolle bin ich mir zu gut, weil ich das nicht wert bin!

(Bravo!)

Ich bin mit Einverständnis der Fraktion zur Teilnahme an den Fraktionssitzungen zugelassen worden. Ich habe leider wenig Zeit, daran teilzunehmen; ich interessiere mich als Politiker - verzeihen Sie das arrogante Wort -, als politisch interessierter Parteifreund für die Fraktionssitzungen, um dann auch draußen sprechen zu können. Ich habe in ganz Bayern bisher gesprochen, und man soll das uns nicht so schwer machen, indem man uns innerhalb der Partei die niedrigsten Verdächtigungen insinuiert und unterschiebt. Dadurch macht man es uns unmöglich, draußen mit voller Begeisterung reden zu können, wie wir es in den nächsten Wochen wieder werden tun müssen.
Ich bin darüber genauso empört, als jemand in der Fraktion, als man mich vor kurzem, als ich im Vorschlag für Frankfurt genannt wurde, einen Zentralisten geheißen hat. Ich habe den Herrn *Donsberger* gebeten, mir dafür einen Beweis zu liefern, denn bei den fünf Sitzungen in Frankfurt, bei denen ich bisher dabei war, habe ich das Gegenteil bewiesen, indem ich als einziges bayerisches Fraktionsmitglied in Frankfurt das Maul aufgemacht habe, die Abgeordneten zu einer Gruppe zusammengefaßt habe, eine Sitzordnung für uns allein erzwungen habe und als einziger von den Bayern oben gegen *Köhler* und gegen *Schlange-Schöningen* gesprochen habe, was der Freund Dr. *Müller* beweisen kann. Als einzigen Gegenbeweis hat mir heute *Donsberger* gesagt: Wer heute in der Jungen Union führend tätig ist, das ist ein Zentralist.

(Pfui-Rufe.)

Es waren Leute dabei, die das sagen können.

(Zuruf: Das ist der Dank der Union für den Einsatz der Jungen!)

Ich möchte noch einmal betonen: Man soll es uns durch den Streit und den Krach, der jetzt hereingetragen worden ist, bei den kommenden Auseinandersetzungen nicht so schwer machen und uns noch die Lust daran verderben, wiederum vor die Öffentlichkeit hinzutreten und für die Union zu sprechen. Denn als junge Menschen wollen wir mit ganzem und ungeteiltem Herzen für etwas sprechen und nicht im Hintergrund die bange Sorge haben, welch neuer Anschuß daraus erwächst, nicht von der KPD und SPD, sondern von den eigenen Parteifreunden.

(Sehr richtig!)

Wir wollen der Frage, was wir draußen sprechen sollen, auch gerade deshalb nähertreten, weil heute gesagt worden ist: Die Wähler wandern ab. Wir stellen das auch fest. Wir stehen vor der Frage, wohin die Wähler abwandern. Sie wandern vielleicht ab zur SPD, besonders aus Flüchtlingskreisen, die sich noch nicht entschieden haben, vielleicht deswegen, weil wir noch nicht ein klares soziales Profil in eindeutig erkennbarer Weise nach außen bisher gezeigt haben.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, es ist für uns notwendig, dieses klare soziale Profil einmal nach außen hin unverkennbar zur Schau zu tragen und auch durchzusetzen.

(Bravo-Rufe.)

Wenn gerade in den Kreisen, die heute die besitzlosen sind, einmal erkannt sein wird, wohin sie der Marxismus und die SPD-Planwirtschaft führt, dann bleibt nur der Weg für uns. Wenn aber unsere Wähler abwandern, dann gründen sie einen Neubürgerbund; dann haben wir den Saustall, daß wir in Bayern nie mehr zusammenkommen. Wohin wandern die Wähler ab? Sie wandern ab zur Bayernpartei. Das hat heute Herr Staatsrat *Schäffer* gesagt. Er hat gesagt, er will diese Bewegung eindämmen. Ich glaube dabei nur eines: Ich sage es in aller Offenheit. Ich habe neulich in Aibling, ich habe auch in Kolbermoor und Vagen im Landkreis Aibling gegen die Bayernpartei gesprochen, mir ist in der Diskussion von Parteifreunden gesagt worden, es sei ihnen nahegelegt worden, nicht gegen die Bayernpartei zu sprechen,

(Hört!)

es sei ihnen nahegelegt worden, sich mit der Bayernpartei auf guten Fuß zu stellen und mit ihr zusammenzuarbeiten.

(Hört!- Zurufe: Neue Harzburger Front! - Von wem? Den Namen aussprechen!)

Wenn Staatsrat *Schäffer* in Starnberg sagte, die Bayernpartei sei eine - ich glaube, ich zitiere wörtlich - uns wesensverwandte Partei, dann möchte ich hier nur einmal etwas Grundsätzliches sagen: Die Bayernpartei ist eine von uns sehr verschiedene Partei!

(Bravo-Rufe.)

Ich habe das in Starnberg auch angeführt. Die Menschen, die in der Bayernpartei stehen, irregeführt von einem Amokläufer - wie es richtig geheißen hat -, diese Menschen sind uns wesensverwandt, aber sie sind verhetzt und sind irregeführt worden. Und wir fragen: Was hat der Bezirksverband Oberbayern bisher getan, um diese Menschen vor dem Absprung in die Bayernpartei zurückzuhalten?

(Sehr richtig!)

Ich frage hier in aller Namen, ohne eine Taktlosigkeit begehen zu wollen, im Sinne der parteilichen Freundschaft gerade Dr. *Hundhammer*: Warum hat noch kein prominenter Redner vom Bezirksverband Oberbayern jemals nach außen hin klar und deutlich ein Bekenntnis gegen die Bayernpartei abgelegt? Es wäre für uns draußen, die wir wirklich an der Front stehen und die wir nichts von parteilichen Streitigkeiten wissen wollen, für uns, für die ein Mann wie *Schäffer*, ein Mann wie *Hundhammer*, ein Mann wie *Müller* gleich lieb sind, wenn sie in einer Bewegung mit uns zusammenarbeiten, von unvorstellbarem Werte gewesen, wenn gerade von diesen Männern draußen in klarer Weise gegen die Bayernpartei unter deutlicher Absetzung ihrer und unserer Ziele gesprochen worden wäre,

(Sehr gut!)

wenn z.B. in Garmisch, wo die Bayernpartei in zwei Kundgebungen einen tiefen Einbruch erzielt hat, bei denen leider keine Diskussion für uns möglich war, weil es Kundgebungen waren, anschließend von einem Mann, der einen Namen hat in Bayern, gerade in Oberbayern, wie Sie, Herr Minister Dr. *Alois Hundhammer*, einmal eine Gegenarbeit gekommen und wenn einmal in Garmisch den Leuten von der Bayernpartei in klarer Weise die Meinung gesagt worden wäre!
Man soll sich in Oberbayern nicht beschweren, wenn die Herrschaften zur Bayernpartei abwandern. Sie wandern nicht deswegen ab, weil wir vielleicht in der Regierungspolitik oder in der Parteipolitik unfähig sind; sie wandern nicht deswegen ab, weil wir gerade jetzt nach dem *Haußleiterschen* Vorschlag drei Delegierte und nach dem *Pfeifferschen* Vorschlag vier Delegierte in die Landesversammlung schicken könnten. Das interessiert meine Bauern nicht.

(Sehr richtig!)

Aber es interessiert sie das eine, daß ihnen im vergangenen Herbst von der Gendarmerie das Vieh und die Kartoffeln aus den Ställen geholt worden sind, und zwar im Auftrag von Dr. *Baumgartner*. Dr. *Baumgartner* hat den Auftrag auch von oben gehabt, aber heute geht er hinaus und hetzt die Bauern gegen seine eigenen Maßnahmen von damals auf. Das ist eine gefährliche Politik und Taktik. Er soll doch zugeben: Wir müssen das Vieh abliefern, weil es die amerikanische Militärregierung befohlen hat. Aber er soll es nicht zuerst ausführen lassen, und dann aus der Regierung *Ehard* austreten und ihr in den Rücken fallen. Für uns ist deshalb ein klarer Kampf gegen die Bayernpartei und ein klares Absetzen von der Bayernpartei notwendig. Es liegt grossenteils nur daran, daß bei uns nicht in einer eindeutigen und klaren Weise Aufklärung gegen die Ziele der Bayernpartei getrieben wird. Denn wenn man sich mit einer Partei identifiziert, wenn man sich mit ihr als wesensverwandt erklärt, dann soll man sich nicht wundern, wenn die Wähler aufgrund des ihnen besser klingenden Titels zur Bayernpartei abwandern.
Es sind deshalb bei uns heute klare Entschlüsse und klare Beschlüsse notwendig. Und ich glaube, Herr Staatsrat *Schäffer*, wenn Sie uns helfen wollen, diesen Wildbach, von dem Sie heute gesprochen haben, in ruhige Bahnen zu lenken und einzudämmen, dann wäre das erste heute eine Loyalitätserklärung auch von Ihnen, die in zwei Punkten bestehen müßte: Der eine dieser beiden Punkte wäre eine Erklärung, daß der Bezirksverband Oberbayern, dem ich selbst angehöre und dem ich auch weiterhin mit meinen vollen Kräften innerhalb der parteilichen Arbeit dienen möchte, der Bezirksverband Oberbayern, der ja Sie mit überwältigender Mehrheit ermächtigt und beauftragt hat, in seinem Namen allein zu handeln, seine Beschlüsse von damals, soweit sie den Bezirksverband außerhalb der Satzungen der Union stellen, jetzt aufheben würde.

(Sehr gut!)

Damit wäre eine Verhandlungsbasis geschaffen, die dem Geist der Einigkeit, von dem heute gesprochen worden ist, am weitesten und leichtesten Bahn brechen würde.
Und zweitens müßten die Äußerungen von Ihnen, die Sie im Hofbräuhaus am 14. Februar gemacht haben, von Ihnen klargestellt werden, in denen Sie dem Sinne nach oder vielleicht wörtlich wie unter Parteifreunden - ich gebe dann gerne Rechenschaft in der Öffentlichkeit oder auch unter vier Augen - ganz genau und angeblich bei Unterredungen mit Parteifreunden gesagt haben, daß Sie gar nicht mehr daran dächten, unter einem Mann wie *Müller* weiterhin in der Partei zu arbeiten,

(Hört!)

daß Sie sich höchstens noch gleichberechtigt neben ihm in der Partei betätigen könnten. Wir haben den Führungsstreit in der Partei, nicht weil es um Ihren Namen oder um den Namen *Müller* geht! Wir haben es vollkommen satt. Wir wollen draußen arbeiten, wir wollen Wähler gewinnen, wir wollen die Leute über die Bayernpartei aufklären, aber uns nicht mehr streiten, ob zwei Männer gleichberechtigt nebeneinander stehen oder ob Sie neben dem *Müller* oben oder ob Sie eine Stufe weiter unten in der Partei stehen. Ich glaube, wenn es um das christliche Gewissen, um die Durchsetzung der christlichen Front in Bayern und Deutschland geht, dann geht es nicht um die Frage: Wer ist der Obere und der Untere? Dann geht die Frage ausschließlich und allein um Ziele. Denken Sie daran, Herr Staatsrat *Schäffer*, daß ein Politiker, wenn er nach vielen langen Jahren, nach zwölf Jahren und mit kurzer Unterbrechung nach weiteren zwei Jahren zurückkehrt, dann leicht zum Zerstörer derjenigen Politik werden kann, der er einst gedient hat; und ich glaube kaum, daß Sie in die Geschichte der Union als Zerstörer derselben eingehen wollen.

Ich möchte Sie, Herr Staatsrat, deshalb gerade in diesen zwei Punkten bitten: Aufhebung der Beschlüsse, soweit sie außerhalb der Satzungen liegen, und eine klare Loyalitätserklärung Ihrerseits, daß es Ihnen nicht darum geht, gleichberechtigt daneben oder darüber zu stehen, sondern daß Sie sich auch nach den sachlichen Verhandlungen einfügen, so daß wir aufgrund dieser Verhandlungen dann überhaupt erst mitsammen wieder reden können.

Ich glaube auch, Herr Staatsrat, daß Sie eines erkennen: Daß draußen in Oberbayern wohl ein großer Teil der Leute, die Sie von früher her kennen, heute auf Ihren Namen horcht und daß dadurch Ihre Entscheidung wohl weitgehend eine Entscheidung vieler Menschen sein wird, daß aber inzwischen auch eine Generation herangewachsen ist, die nichts wissen will von persönlichem Streit, der es nur um das Entweder-Oder geht. Entweder sie wird nationalistisch werden, oder wir werden sie zu christlichen Menschen erziehen. Und da wird unter Umständen Ihr Beispiel dafür maßgebend sein. Wenn Ihr Beispiel den Streit als Zeichen Ihres Christentums zum Ausdruck bringt, dann wird sie nicht mehr zu uns kommen; an Ihnen wird es liegen, uns fällt die Aufgabe zu. Machen Sie uns die Taktik nicht so schwer, Herr Staatsrat!

(Beifall.)

Sie könnten eine Bewegung einleiten, die unheilvoll wäre. Sie würden dann zum Zerstörer der christlichen Politik in Bayern werden, trotz bestem Willen, ein Michael Kohlhaas der bayerischen Politik!

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich in Abweichung von der Rednerliste, auf der Dr. *Hundhammer* für später gemeldet ist, ihm das Wort erteilen, nachdem er apostrophiert worden ist? Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann weiche ich von der Rednerliste ab.

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal auf die wirklich strittigen Probleme zurückgreifen. In dem letzten Teil der Debatte hatte man in etwa den Eindruck, daß eine Reihe von Leuten sich berufen fühlte, einem Mann - ich habe keinen anderen Ausdruck - die Leviten zu lesen, Leute, die in ihrer politischen und Lebenserfahrung ein gutes Stück

(Zuruf: Danke!)

unter dem Mann stehen, um den hier die Debatte geht. Das darf hier schon festgestellt werden.

Welches sind denn die wirklich strittigen Probleme? Worum geht es denn? Es geht nicht - das ist ein Irrtum, das möchte ich dem letzten Redner sagen - um einen Führungsanspruch. Es steht fest, daß *Schäffer* nicht die Absicht hat, in die Führung der Partei etwa in der Weise einzutreten, daß er an Stelle von *Josef Müller* zum Parteivorsitzenden gewählt werden wollte. Er will auch nicht in die Parteivorstandschaft, sei es nun ein dreigliedriges Gremium von Gleichberechtigten, wie Oberbayern es ursprünglich verlangt hatte, oder in eine Parteivorstandschaft mit einem ersten, zweiten und dritten Vorsitzenden. *Schäffer* will nicht zweiter und dritter Vorsitzender werden.
Die wirklichen Probleme, um die es geht, sind andere. Das ist zunächst einmal die Frage: Von wem, aus welchem Gremium und aus welchen Kreisen heraus soll der Wille der Partei gebildet werden? Wir haben heute den Zustand, daß der Wille in der Landesversammlung und der Wille hier im Landesausschuß durch eine Minderheit von Parteimitgliedern gebildet wird. Wenn Sie die Vertreter im einzelnen nachprüfen, Namen für Namen, so entfallen - Herr Dr. *Pfeiffer* hat das ausgerechnet -, ich glaube, ca. 30% der Parteimitglieder auf Oberbayern. Wenn Sie dann meinetwegen die Parteimitglieder von Niederbayern, die starken Mitgliederzahlen von Schwaben dazunehmen, haben Sie mehr als die Hälfte der Mitglieder, aber bedeutend weniger als die Hälfte der Vertreter in den Gremien. Als krassestes Beispiel ist der Bezirk Traunstein angeführt worden, der ca. 1500 oder 1300 Mitglieder hat und zwei Vertreter für die Landesversammlung stellt, während der Stadtkreis Nürnberg keine 1000 Mitglieder hat und 15 Vertreter für die Landesversammlung stellt.

(Zuruf: Wie ist es in München?)

Oder ein anderes Beispiel, das mir aus Oberfranken mitgeteilt wurde. Der Bezirk Coburg z.B. hat eine Stimmenzahl von, ich glaube, 1000 Wählern aufgebracht und zwei Vertreter in der Landesversammlung, Bamberg hat 20.000 Wähler und auch zwei Vertreter.

(Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gott sei Dank!)

Dieses Mißverhältnis zwischen stimmberechtigten Kreisen, die sehr viele Stimmen aufbringen, und Stimmbezirken, die unverhältnismäßig weniger Stimmen haben, das Mißverhältnis zwischen Bezirken, die - wie Oberbayern - allein einen sehr hohen Prozentsatz, nahezu 30% der Mitglieder haben, und Bezirken, die bloß 2,5 oder 3% der Gesamtmitgliederschaft stellen und die doch nach demselben Schlüssel vertreten sind, ist einer der Kernpunkte. Und was von Oberbayern aus verlangt oder beantragt worden ist und was die ganze Zeit umkämpft wird, ist, daß in der Stärke der Vertretungen in den einzelnen Parteigremien, abgesehen von einer Grundvertretung mit ein oder zwei Stimmen, auf die Stärke der Mitgliederzahlen Rücksicht genommen würde, die in einem Bezirk bestehen, oder auf die Wählerzahlen, die in einem Bezirk aufgebracht werden. Wenn hier ein Ausgleich geschaffen würde, würde ein wesentlicher Gesichtspunkt des ganzen Kampfes und Streites beseitigt sein. Ich glaube, es wäre schon auch wert, wenn diejenigen, die hier nach den alten Parteisatzungen die beati possidentes der Stimmenmehrheit sind, sich überlegen würden, ob sie nicht im Interesse der Einheit der Union ihrerseits eine gerechte Verteilung annehmen sollten, statt immer nach den anderen, nach der Minderheit zu schlagen, die sich um eine billige und gerechte Vertretung entsprechend ihrer finanziellen und zahlenmäßigen Leistung bemüht und die darum kämpft.
Ein zweites, was ich hier gleich in diesem Zusammenhang sagen möchte, betrifft die Frage, inwieweit die Abgeordneten, die Fraktion, in der Partei und deren Willensbil-

dung Einfluß haben sollen oder nicht. In den Satzungen, die wir heute erst bei Beginn der heutigen Sitzung in die Hand bekommen haben und die wir hier annehmen sollen, finde ich die Bestimmung, daß der Landesversammlung die Mitglieder des Landesausschusses angehören sollen. Das wären in Zukunft für die Landesversammlung noch ganze drei offizielle Vertreter der Landtagsfraktion.

(Hört!)

Das ist auch wieder eines der Beispiele, die zeigen, wie hier Satzungen aufgebaut sind, die wir nicht für richtig halten. Es ist nicht so, daß die Fraktion so gewissermaßen bloß zu einem ausführenden Organ gegenüber den Parteiinstanzen werden soll. Die Abgeordneten sind die gewählten Vertreter des Volkes und sollen eigentlich doch die wirklichen Willensträger der politischen Meinung sein.

(Sehr richtig!)

Wenn man aber in der Landesversammlung, in diesem Gremium von 450 oder 500 Mitgliedern, und im Landesausschuß, der heute zwar am Abend hier nur noch sehr teilweise vertreten ist, der Fraktion mit ihren 104 Abgeordneten offiziell nur noch drei Vertreter einräumt, wie es im § 16 steht ...

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Hundhammer*, ich glaube, ich darf unterbrechen. Ich werde darauf aufmerksam gemacht - ich kenne den Entwurf noch nicht -, daß das nicht der Wahrheit entspricht. Ich bitte, die Stelle des Entwurfes zu verlesen, damit die Frage geklärt wird.

Dr. *Schedl*: § 16 lautet:

> Die Organe des Landesverbandes haben folgende Zusammensetzung:
> 1. Die Landesversammlung. Die Landesversammlung besteht aus je zwei Delegierten der Kreisverbände ...

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich noch einmal unterbrechen. Wir reden aneinander vorbei. Wir kommen morgen sowieso in die Diskussion. Es ist nicht der offizielle Entwurf des Ausschusses, den Du verliest, sondern das ist ein Entwurf, der von der Jungen Union eingereicht, aber nicht offiziell vom Ausschuß übernommen wurde. Im Ausschuß - deswegen kenne ich die Diskussion sehr genau - hätten wir uns wahrscheinlich gar nicht auseinandergeredet. Vom Ausschuß wird dieser Standpunkt nicht vertreten, und ich persönlich - ich darf das zur Abkürzung der Debatte dazwischen hinein vermerken - würde diese Auffassung auch nicht vertreten haben, im Gegenteil. Es kam von anderer Seite die Anregung, ob man die Leute im Landesausschuß belassen sollte. Ich habe sofort dagegen Stellung genommen. Ich glaube, wir könnten uns heute diese Diskussion ersparen und sie in die Beratung über die Satzungen verlegen. Denn da werden wir sehr rasch merken, wie man dazu steht.

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Uns ist nur dieser einzige Entwurf in die Hand gedrückt worden. Wir haben keinen anderen zu Gesicht bekommen. Es ist darauf nicht vermerkt, daß es ein Entwurf der Jungen Union ist.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der andere wird Paragraph für Paragraph verlesen. Dieser ist offenkundig von der Jungen Union verteilt worden. Der offizielle Entwurf hingegen ist nicht weiter verteilt worden, weil ihn sonst nicht alle bekommen hätten, um so mehr, als in der Landesversammlung schon darüber gesprochen wurde. Der Entwurf wird im einzelnen verlesen werden. Denn eine so wichtige Bestimmung wäre in der Landesversammlung zu beschließen gewesen. Wir brauchen uns darüber nicht zu unterhalten.

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Uns ist nur dieser einzige Entwurf in die Hand gedrückt worden, ohne daß auf ihm selber vermerkt oder daß gesagt worden wäre, es sei ein Sonderentwurf.
Im übrigen, *Müller*, darf ich technisch sagen: Ich würde begrüßen, wenn die Redner - nicht wie es vorhin bei Dr. *Pfeiffer* war - und ich ungestört ihre Meinung vortragen könnten. Ich möchte es vermeiden, daß die ganze Sache auf die Art eines Zwiegespräches abgestellt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gern, aber wir müssen in der Arbeit weiterkommen. Infolgedessen möchte ich offenkundige Unrichtigkeiten berichtigen.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Ich möchte, gerade weil es ein Entwurf der Jungen Union ist, aufzeigen, wie falsche Wege gegangen werden. Es ist nicht möglich, die Fraktion, die Abgeordneten, die die eigentlichen Repräsentanten sein sollen, auf eine ihnen nicht zukommende Rolle zurückzuschieben. Äußerlich ist das in Marktredwitz dadurch zum Ausdruck gekommen, daß man die Abgeordneten in die letzte Ecke hinten vor die Türe gesetzt hat.
Es kommt noch etwas Zweites hinzu. Bei der Vertretung der Regierung, wie sie in den Satzungen vorgesehen ist, ist mir gegenüber vorhin schon darauf hingewiesen worden, wie man sich diese denkt. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß den Regierungsmitgliedern hier eine ähnliche, ich möchte beinahe sagen, subalterne Rolle zugedacht ist, wenigstens den Staatssekretären, die überhaupt hinausgestellt werden.

(Dr. *Lacherbauer*: Obwohl sie Vollmitglieder der Regierung sind!)

Obwohl sie Vollmitglieder der Regierung sind!

(Dr. *Lacherbauer*: Und auch nicht weniger arbeiten!)

Das ist die falsche Auffassung, die hier zum Ausdruck kommt. Sie kommt auch zum Ausdruck zum Teil in einer Tonart, in der hier gesprochen worden ist, die mir nicht richtig und zweckmäßig erscheint.
Ich muß dann noch auf die grundsätzliche Frage zurückkommen: Soll die ganze Verhandlung hier darauf hinauslaufen, daß man *Schäffer* und seine Freunde bei dieser Gelegenheit nun einmal endgültig aus der Partei hinausbringt, oder darauf, daß eine Einigung und ein Zusammenhalt erzielt wird. Es ist wahr, *Müller*, ich muß das hier feststellen, man hat vielleicht nicht ganz mit Unrecht den Eindruck, daß manche der Redner des heutigen Tages darauf abzielen, *Schäffer* und seine Freunde endgültig aus der Union hinauszudrängen. Dieser Eindruck ist erweckt worden.

(Zuruf: Den haben wir alle!)

Das ist ein bedauerlicher Eindruck.
Wenn wir uns jetzt in die gegenwärtige Lage versetzen und von dem absehen, was heute am Vormittag durch Herrn Dr. *Müller* und am Nachmittag durch Staatsrat *Schäffer* über die Vergangenheit gesagt worden ist, wenn wir in die Zukunft einen Blick hineinwerfen und uns fragen, vor welcher Situation wir stehen, so müssen wir zu dem Schluß kommen: Wir stehen vor der Situation, daß in Bayern entweder die Kraft der christlichen Geistesrichtung in zwei oder vielleicht sogar noch in drei Gruppen zersplittert wird oder daß wir das Ganze so zusammenfassen, wie wir es jetzt augenblicklich ein Jahr lang in der Regierung tun. Wenn wir unsere Kräfte zersplittern, dann kann vielleicht erreicht werden, daß in der Wahl verschiedene Wege gegangen werden, daß man sich dann aber im Parlament bei der Arbeit doch zusammenfindet und sagt: All die bürgerlichen Gruppen, meinetwegen der verbleibende Rest der

CSU, die Bayernpartei, eine dritte auftretende gesonderte Gruppe, greifen zusammen und bilden miteinander eine Regierung. Man kann die Meinung vertreten: Die Bayernpartei wird als eine bürgerliche Partei trotz allen Kampfes der CSU in Zukunft näher stehen als etwa die Sozialdemokratie, die in ihrer ganzen Stellung letzten Endes doch von der radikaleren, von der SED-Seite beherrscht wird.
Deswegen ist es auch nicht ganz von der Hand zu weisen, wenn von manchen Leuten der Bayernpartei gesagt wird oder wenn sie selber die Meinung hat, es würde besser sein, wenn sich CSU und Bayernpartei weniger radikal bekämpfen würden, als meinetwegen CSU und Kommunistische Partei oder CSU und SED [sic!]. Ich spreche es offen aus: Nach meinem Dafürhalten müssen sich die Parteien, die rechts von der Sozialdemokratie stehen, letzten Endes doch noch in einer näheren Gemeinschaft fühlen als CSU und SPD. Das sollte nach meinem Dafürhalten auch im politischen Kampf in Zukunft in allen Fällen gelten.

(Zuruf: Sollte!)

Das wäre der eine Weg, der gegangen werden könnte: Geschlossene Gruppen, bei den Wahlen verschiedene Parteien und dann doch ein Zusammengreifen, so daß dadurch die christliche Richtung letzten Endes doch auf christlichem Boden steht.

(*Sedlmayr*: Wobei sie alle miteinander vielleicht Mandate verlieren!)

Wobei sie alle miteinander vielleicht Mandate verlieren.
Wir hätten noch den anderen Weg, der der an sich idealere wäre, daß die CSU als die große, geschlossene und damit außerordentlich kräftige Partei und Fraktion bestehen bleibt, als die sie jetzt im Landtag vertreten ist. Dieser letztere Weg wäre naturgemäß der bessere. Denn wir haben als CSU Aufgaben nicht nur im Lande Bayern, sondern müssen auch die Vorkämpfer des christlichen politischen Gedankens im öffentlichen Leben in Deutschland überhaupt sein.

(Zustimmung.)

Die anderen in den anderen deutschen Ländern, die an sich schon durch ihre Situation in die Minderheit gedrängt sind, sehen auf Bayern, sie wollen sich an Bayern aufrichten, sie wollen sich auf Bayern stützen.

(Sehr gut!)

Die Zerschlagung dieses Vorkämpfers, dieses Prellbockes ist eine Maßnahme mit aussergewöhnlich weittragenden Folgen, unter Umständen für die ganze deutsche Politik.

(Sehr richtig!)

Deswegen bedauere ich die etwas intransigente Haltung, die in der Diskussion heute hier zum Ausdruck gekommen ist. Daß man auf der anderen Seite bereit und gewillt ist, nicht alles zu zerschlagen, mögen Sie daraus ersehen, daß *Schäffer* hierher gegangen ist und sich trotz des Kampfes an der Diskussion beteiligt hat und daß er hiergeblieben ist, das möchte ich ausdrücklich sagen, trotz der Tonart, die heute vielfach ihm gegenüber angeschlagen worden ist. Wenn einmal früher oder auch noch vor kurzer Zeit ein Kampf geführt worden ist, so muß man jetzt in diesem Augenblick und in diesem Stadium, wenn man wirklich den Weg zueinander finden soll, auf eine ganz sachliche Debatte um die wirklichen Probleme zurückfinden.
Es ist an sich meine Meinung, daß es der idealere Weg wäre, heute doch zu versuchen, daß die Union als Ganzes bleibt und damit ihre Wähler und ihre Stärke behält.

Seien Sie sich darüber absolut im klaren, wenn Männer mit einem im ganzen Lande hochangesehenen Namen aus den Reihen der CSU herausgehen, dann geht mit ihnen ein sehr beträchtlicher Teil der Wähler mit, ohne daß deswegen viel Propaganda gemacht wird.

(Zuruf: Es gehen sehr viele Hoffnungen verloren!)

Es gehen sehr viele Hoffnungen verloren. Das ist auch richtig. Auch das bedeutet eine Schwächung der Position, die nicht zu unterschätzen ist. Deswegen sage ich, man müßte jetzt doch aufhören,

(Zuruf: Man hätte nicht anfangen sollen!)

wenn man den Willen hat, beisammenzubleiben. Wenn man nicht den Willen hat, beisammenzubleiben, dann soll man in der Tonart fortfahren, die heute zeitweise hier angeschlagen worden ist.

(Anhaltende Unruhe.)

Jetzt ist es an der Zeit -
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ruhe, Ruhe, nochmals Ruhe!
eine sachliche Debatte darüber zu führen, ob man einen Weg finden kann. Ich glaube, es könnte ein Weg gefunden werden. Denn ein paar schwierige Steine des Anstoßes, die früher vorhanden waren, sind beiseite geräumt. Es war einmal darum gegangen, ob *Schäffer* oder *Müller* der Vorsitzende in der Partei sein soll. *Müller* ist zum Vorsitzenden gewählt, und *Schäffer* macht ihm diesen Platz nicht streitig. *Schäffer* will auch nicht in die dreigliedrige Parteivorstandschaft hinein. Der Punkt, um den der Kampf geht und in dem eine Remedur und Änderung notwendig sein wird, ist die zahlenmässige Zusammensetzung der Vertretungen im Landesausschuß und in der Landesvorstandschaft in einer stärkeren Anlehnung an die Mitglieder- und an die Wählerzahlen. Man hat hier gesagt: Stärkere, schärfere Töne gegen die Bayernpartei! Meine lieben Freunde! Sie wissen, wir haben oft Klage darüber geführt, daß im Organ der Union zeitweise ein Kampf und eine Tonart gegenüber den eigenen Leuten angeschlagen worden ist, die schärfer und unerfreulicher war, als der Ton gegenüber den gegnerischen Blättern.

(Zuruf: Das war einmal!)

Wenn man in diesen Überschriften von den Bajuwaren und ähnlichen Dingen geschrieben hat, so war das in den Blättern der Union zweifellos ein Mißgriff. Es ist auch nach meinem Dafürhalten ein Mißgriff, wenn in den Blättern der Union, vor allem im zweiten Organ, Leute ihre Elaborate ablegen können, die nicht in unseren Reihen Mitglieder sind. In den Organen der Union soll die Politik nur von wirklichen Anhängern der Union und von ihren Freunden gemacht werden. Es ist - ich habe das in einer Aussprache mit Herrn *Mauerer* kürzlich festgestellt - in den letzten paar Monaten in der Beziehung durchaus besser geworden. Das stelle ich gern fest. Aber wenn von der Seite her ein solcher Kampf gegen diejenigen geführt wird, die innerhalb unserer Partei das Bayerische stärker betonen,

(Zuruf: Außerhalb!)

so muß ich sagen: Ich bedauere das, und ich glaube, man hat damit einen Teil unserer Leute an die Bayernpartei herangedrängt.
Und hier möchte ich schon eines feststellen, *Müller*: Es ist heute gesagt worden, man solle nicht soviel von den vergangenen 1500 Jahren sprechen. Ich bin der Meinung:

Der Kern der Kraft für unser bayerisches Volk liegt in unserem Zusammengehörigkeitsgefühl, in dem ständigen zähen Festhalten an unserer Heimat und unserem Staatsgedanken, sei es schon bei Karl dem Großen, sei es schon in der Merowingerzeit und in den späteren Generationen herauf bis 1870, 1918 und 1948. Das war ein Segen für das ganze deutsche Volk. Denn wenn wir Bayern im ganzen Reichseinheitstopf aufgegangen wären, ich glaube, dem deutschen Volk würde in der heutigen Zeit ein wertvolles Aktivum fehlen.

(Sehr richtig!)

Deswegen ist dieser Gedanke doch auch heute in unserer Gegenwart noch wertvoll und soll nicht verlorengehen. Aber die Hauptaufgabe ist für uns heute, in die Zukunft zu sehen. Wir sehen alle die großen Gefahren, die vor unseren Toren und vor unseren Türen stehen. Ihnen gegenüber können wir nur mit großen und kräftigen Gruppen standhalten. Deswegen soll eine Partei wie die Union nicht einen sehr beachtlichen Teil von sich stoßen wollen.

(Zuruf: Sie haben sich selber ausgeschlossen!)

Sie soll heute nicht glauben, leicht auf die verzichten zu können und zu sollen, die nun einmal vielleicht einen stärkeren bodenständigen Gedanken verkörpern, vielleicht eigenwillig sind, aber letztlich innerhalb der Union um nichts Unbilliges kämpfen. Denn es ist nicht unbillig zu verlangen, daß man entsprechend der Stärke der Beitragsleistung, der Mitglieder- und der Wählerziffern in allen einzelnen Gremien der Partei Einfluß hat. Die größere Achtung im Volk und bei den Wählern haben doch die Leute, die grundsatztreu sind wie *Schäffer* - das wird ihm niemand bestreiten -, größeres Ansehen als Menschen, die allzu leicht geneigt sind, heute so und morgen anders aufzutreten.

(Sehr gut!)

Ich komme zum Schluß. Wir sind ja in einer sehr vorgerückten Stunde. Ich möchte schließen mit der Mahnung: Denken Sie daran und bemühen Sie sich, die große Kraft, die eine große Partei, ja eine einzigartige Partei in Bayern haben kann, nicht leicht[sinnig] auseinanderbrechen zu lassen. Ich bin der Meinung, wir werden uns - ich habe das als Fraktionsvorsitzender immer gesagt - auf alle Fälle bemühen, über alle Zwistigkeiten hinweg der Regierung, dem Ministerpräsidenten *Ehard* möglichst für die vier Jahre der jetzigen Wahlperiode den notwendigen Rückhalt zu geben.

(Sehr gut!)

Wir haben im Kabinett und im Ministerium ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten, die sonst in der Partei bestanden haben, ebenso wie im Ministerrat reibungslos und sachlich zusammengearbeitet, und es ist gelungen, in der Fraktion im Verlaufe des letzten halben Jahres, insbesondere seit wir die Regierung aus unserer Partei heraus allein gebildet haben, der Regierung einen festen Rückhalt zu geben und damit dem Ministerpräsidenten ein sicheres Auftreten in der Öffentlichkeit zu ermöglichen, zum Segen Bayerns, zum Segen überhaupt des föderalistischen Gedankens und der christlichen Politik im Staate. Das möchte ich auf alle Fälle als Aktivum möglichst lange dem Bayerischen Staat erhalten.

(Zuruf: Wir auch! Warum seid Ihr dann herausgelaufen?)

Ich glaube, dieses geschlossene Zusammenhalten der Fraktion würde wesentlich erleichtert werden, wenn alle dazu beitragen wollten, die Partei zusammenzuhalten und sie nicht leicht[sinnig] in die Brüche gehen zu lassen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf gerade zu letzterem feststellen: *Hundhammer* hat ein Thema berührt, das wirklich für uns sehr wichtig ist. Sicher waren früher starke Meinungsverschiedenheiten vorhanden, sie haben sich in der Zeit der Koalitionsregierung auch im Mitteilungsblatt widergespiegelt. Das mag von vorneherein zugegeben und erklärt werden. Aber man wird auch feststellen, daß, seitdem die Unionsregierung besteht, die Zusammenarbeit, wie Du selbst festgestellt hast, wesentlich vernünftiger und besser geworden ist. Aber bei einem so kleinen Raum ist es schwer, eine Partei wirklich durchzuarbeiten, und dem sollte das Organ eigentlich dienen. *Hundhammer*, wenn Ihr die gleichen Worte im Bezirksverband Oberbayern gesprochen hättet,

(Sehr richtig!)

dann wäre viel Unglück vermieden worden. Aber es geht ja in diesem Falle nicht um mich als Person, sondern es geht um die Partei und um die Möglichkeit, die Partei im entscheidenden Moment richtig zu führen. Und da ist ein Angriff, wie er damals gegen den Parteivorsitzenden vorgetragen worden ist, ein Angriff gegen die Partei. Ich darf aus dem Protokoll verlesen, was damals gerade zu dem Thema erklärt wurde, das Du aufgeworfen hast, zur Frage der Parteiführung. Staatsrat *Schäffer* hat erklärt:

> Ich bin gar nicht gekränkt und gar nicht beleidigt. Aber es handelt sich um eine rein politische Frage. Wenn Ihr mich als Vorsitzenden wählt, wenn Ihr wollt, daß ich den Bezirksverband Oberbayern vertrete, wollt Ihr dann, daß ich das unter dem Kommando, unter dem persönlichen Regiment des Herrn Dr. *Josef Müller* mache?
>
> (Zurufe: Nein, niemals!)
>
> Wenn Ihr das nicht wollt, dann müßt Ihr eine Entscheidung treffen.
>
> (Unruhe. - Zuruf: Zweierlei Sprache!)

Wir hören Worte, die einander außerordentlich widersprechen. Hier die Verlautbarung im Bezirksverband Oberbayern, die in der Öffentlichkeit bekannt wurde, hier eine Erklärung, die wiederum in der Öffentlichkeit bekannt wird. Was gilt nun? Und deswegen wollen wir in der Union eine Klarstellung im Sinne der Union erreichen.
Es geht bestimmt uns allen - das gebe ich ruhig zu -, Euch von Oberbayern wie uns hier, nicht darum, daß wir durch eine formale Entscheidung eine Spaltung vollziehen. Es ist eine Entscheidung, die ich, wenn sie leichtsinnig vorgenommen würde, vor meinem Gewissen nicht vertreten könnte. Ich weiß von Dir, daß Du Deine Entscheidungen gewissensmäßig immer durcharbeitest und durchdenkst. Du darfst auch uns bestimmt zutrauen, daß wir unser Gewissen in diesem Falle auch prüfen. Aber hier geht es auch um den Einsatz der Schlagkraft der Christlich-Sozialen Union nach außen. Die Schlagkraft darf dadurch nicht gefährdet werden, daß sich z.B. ein Bezirksverband außerhalb der Union stellt. Denn sonst kann das jeder Bezirksverband machen, und die Union ist eben gelähmt. Dann kann man auch keine Regierung mehr zusammenhalten, dann kann man auch keinen Kleistertopf für Politik verwenden. Das hätte keinen Sinn mehr. Dann muß man eben weitergestalten. Und das wollen wir gar nicht

im Kampfe machen, sondern wir wollen es in aller Ruhe durchdenken, um vor uns gegenseitig bestehen zu können.

(Sehr richtig!)

Ich habe erzählt, wie *Baumgartner* und ich unserem Temperament entsprechend auseinandergegangen sind. Ich möchte dafür sorgen, daß auch die ernsten Männer - und es handelt sich um sehr ernste Männer, die eine solche Entscheidung treffen - sie dann vor sich und ihrem Gewissen verantworten können.
Du hast ein Wort gesprochen, das mir von allem, was Du gesagt hast, am wenigsten gefallen hat. Es klang in der Formulierung bestimmt so. Du hast vom verbleibenden Rest der CSU gesprochen, der dann mit der Bayernpartei zusammenwirken könnte. *Hundhammer*, es ist unsere selbstverständliche Pflicht und Schuldigkeit, für die Union dafür zu sorgen, daß nicht etwa nur am Schluß ein verbleibender Rest als Christlich-Soziale Union da ist, sondern da werden wir dann dafür sorgen, daß das, was weggeht, ein Splitter bleibt und daß keine Spaltung vollzogen wird. Wenn ein Splitter dann zur Bayernpartei kommen sollte, dann mag die Entwicklung beweisen, wie die Entscheidung in der Zukunft fallen wird. Wir werden deswegen die Menschen von der Bayernpartei auch nicht als unsere Feinde ansehen.
Ich kann mich nicht mehr in den Begriff, der aus der alten Zeit genommen worden ist, von bürgerlich und nicht bürgerlich zurückdenken.

(Sehr richtig!)

Bei einer solchen Verarmung, wie sie heute für uns alle besteht, was besagt da noch der alte Begriff bürgerlich? Es ist mir das einmal vorgeworfen worden. Aber wenn wir nachdenken, so müssen wir sagen: Was einmal schönes, gutes Bürgertum war, gibt es doch heute nicht mehr. Wir möchten nur dafür sorgen, daß möglichst viele Menschen aus dieser verarmten Masse einmal wieder freie Bürger eines Volkes und eines Staates sein könnten.

(Sehr gut!)

Aber die alten bürgerlichen Parteibegriffe sind durch die Entwicklung der Not überholt.

(Dr. *Hundhammer*: Aber es gibt Parteien, die sich näher stehen, und es gibt die SED, die uns fern steht!)

Darüber ist kein Zweifel. Aber wir wissen auch, wie es heute in allen Parteien gärt und daß sich Umwandlungen vollziehen. Wir haben unsere internen Auseinandersetzungen, die SPD hat genauso ihre internen Auseinandersetzungen. Ich glaube nicht, daß ein Parteisystem, wie es entstanden ist, nun immer so hält, wie es im ersten Moment gewachsen ist.
Keiner von uns kann Prophet sein. Wir wollen nur für uns dafür sorgen, daß unsere Christlich-Soziale Union, wie ich auch da betone, eine Volksbewegung im guten Sinn des Wortes ist, getragen von den christlichen, sozialen und demokratischen Elementen. Dafür stehen wir und setzen wir uns restlos ein, ohne Kompromisselei nach der einen Seite und auch nicht nach der anderen Seite des gefühlsmäßigen Patriotentums. Denn der Kulturbegriff liegt höher als jeder andere Begriff, gerade von unserem Standpunkt der christlichen Kultur aus.
Es ist da vielleicht notwendig, damit wir auch da einig gehen und keine falschen Formulierungen vornehmen, um das Wort von den 1500 Jahren bayerischer Tradition zu

streifen: *Hundhammer*, in diesem Punkt unterscheiden wir uns, und das braucht für die Partei gar nicht schlecht zu sein. Ich habe Dir immer wieder gesagt, ich bin an und für sich, trotzdem ich etwas rundlicher geraten bin, mit einer gewissen Dynamik veranlagt, und ich möchte immer vorwärts gehen, und gerade das Christentum soll uns die geistige Erneuerung schaffen und uns für die Zukunft arbeiten helfen. Du bist wirklich auf diesem altbayerischen Boden gewachsen und stärker konservativ. Insoferne ist das vielleicht ein Unterschied zwischen Franken und Altbayern. Diesen Unterschied müssen wir auch für uns alle berücksichtigen. Der Franke ist etwas aufgeschlossener, rascher, liberaler, er geht rascher vorwärts. Der Altbayer ist konservativer. Zwischen beiden ist in der nachnapoleonischen Zeit eine wunderbare Bindung gelungen. Dieses Beispiel zeigt uns, wie rasch die Geschichte weiterschreitet. Denn dieses Franken, das mit Altbayern so zusammengewachsen ist, war vor rund 140 Jahren ein Geschenk Napoleons an Altbayern.

(Zuruf: Auch Schwaben!)

Mit Schwaben war es das gleiche. Und trotzdem sind wir alle zusammengewachsen und miteinander Bayern geworden.
Und deswegen möchte ich auch vorwärts gehen, weil ich auch da überzeugt bin, daß die zwei Kriege in einer Generation die Menschen vernünftiger gemacht haben. Ich möchte von Bayern aus mit Deutschland in eine europäische Föderation hineinwachsen.

(Dr. *Hundhammer*: Das wollen wir auch!)

Das gleiche wollt Ihr. Es kommt darauf an, daß Ihr vielleicht das Bayerische stärker beachtet in der Betonung. Hier ist ein Unterschied zu anderen Leuten, wenn z.B. *Baumgartner* in seiner Rede am letzten Sonntag von gleicher Selbständigkeit wie Österreich spricht, in der Betonung von Selbständigkeit, so daß Deutschland aufgelöst wäre, während wir geschlossen hineinkommen wollen.
Dazu kommt meine besondere Vorstellung, daß ich sage: Wenn ein Teil Norddeutschlands hinausgleitet, gleitet er nicht nur aus Deutschland hinaus. Deswegen möchte ich gerade von unserem festen Bayern aus den Rückhalt geben, daß die Menschen dort nicht ins Gleiten kommen. Das glaubte ich sagen zu müssen, damit wir uns verstehen, ganz gleichgültig wie die Entscheidungen fallen, damit wir als Freunde voreinander bestehen können.
Zu dem Statutenmäßigen brauche ich im Augenblick nicht Stellung zu nehmen. Hier sind gewisse Irrtümer unterlaufen. Denn gerade da widersprecht Ihr Euch etwas. Ihr habt von Oberbayern aus tatsächlich den Vorschlag gemacht, daß die Doppelmandate gestrichen werden.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Es wurde verlangt, daß die Abgeordneten in der Landesversammlung bleiben sollen, doch man hat mich ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Im Landesausschuß sollten keine sein.
Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Aber in der Landesversammlung sollten die Abgeordneten bleiben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das können wir morgen machen. Das brauchen wir heute nicht zu entscheiden. Da gibt es verschiedene Gesichtspunkte. Ein Gesichtspunkt ist vor allem der: Gerade wenn ich an die Dynamik der Partei denke, trete ich dafür ein. Ich will Landtagsabgeordnete in der Landesversammlung erhalten. Hier ist darauf zu achten, daß die Politik der Partei durch die Mandatsträger nicht gelähmt wird. Aber hier muß man genau überlegen, ich möchte fast sagen, hier muß man manchmal mit

dem Fingerspitzengefühl die Entwicklung der Zukunft ahnen. In dieser Frage werden wir uns nicht auseinanderreden, während wir in den grundsätzlichen Fragen vielleicht doch irgendeine Entscheidung treffen müssen, die dann die Klarheit schafft für die Politik der Union.
Ich darf aber fortfahren. Meine lieben Freunde! Es ist mittlerweile 23.30 Uhr geworden. Es sind noch neun Redner gemeldet. Alle Redner kommen nicht mehr zu Wort.

(Dr. *Hundhammer*: Heute nicht mehr!)

Ich möchte auch bitten, wenn nicht ein Antrag gestellt wird, daß jetzt keine Abstimmung vorgenommen wird, sondern daß wir morgen früh pünktlich beginnen und ohne Debatte morgen früh die Abstimmung vornehmen, so daß die Debatte heute restlos zu Ende geführt wird.
Ich darf die Wortmeldungen verlesen, damit vielleicht der eine oder andere dann auf das Wort verzichten kann. Als nächster Redner hat sich *Barth* gemeldet. *Barth* wird wahrscheinlich den Antrag Oberfranken begründen wollen. Das darf ich zurückstellen bis morgen, wo der Antrag Oberfranken zur Aussprache steht. Dann hat sich Parteifreund *Eichhorn* gemeldet. Parteifreund *Eichhorn* ist so in der Partei verwachsen, daß ich, weil er einer der Mitbegründer ist, unter allen Umständen möchte, daß er zu Worte kommt. Es ist nur die Frage, ob er jetzt oder später sprechen soll. Ich bitte, es vorzumerken. Die anderen Redner sind: *Josef Fischer*, *Butterhof*, *Hagn*, *Lallinger*, (?) und *Rinke*. Wird gewünscht, daß wir, nachdem es 23.30 Uhr geworden ist, heute schließen und morgen früh beginnen? Der Gottesdienst für die Katholiken im Dom ist um 8 Uhr, der evangelische Gottesdienst um 8.30 Uhr. Vor 9.30 Uhr können wir nicht anfangen. Darf ich vorschlagen 9.30 Uhr? Ich werde höchstens zehn Minuten warten und dann eröffnen. Ich bitte aber alle, sich zu bemühen, schon Punkt 9.30 Uhr hierzusein. Wenn wir baldigst beginnen, werden wir fertig werden.
Ich möchte mich bemühen, bis 14 Uhr zu Ende zu kommen. Mit aller Anstrengung, auch eventuell durch Kürzung der Redezeit, wenn Sie zustimmen. Denn der Großteil der Freunde muß am Nachmittag abreisen. Um 16 Uhr gehen die Züge. Ich habe morgen abend in Frankfurt in der CDU/CSU-Fraktion die entscheidende Sitzung für die Bestellung der Mandatsträger in Frankfurt, so daß ich mich bemühen muß, spätestens um 15 Uhr wegzukommen.
Wir beginnen also morgen, wenn es irgend möglich ist, um 9.30 Uhr spätestens um 9.40 Uhr. Ich danke. Gute Nacht!

Die Sitzung wird um 23.26 Uhr auf Sonntag, den 29. Februar vertagt.
Die Sitzung wird um 10.00 Uhr wiederaufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Debatte wird fortgesetzt. Bevor ich einem der hier gemeldeten Redner das Wort erteile, gebe ich das Wort Dr. *Anton Pfeiffer* zur Abgabe einer Erklärung.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Meine Damen und Herren! Die demokratische Meinungsbildung geschieht durch Rede und Gegenrede. Es ist daher keine Schande, wenn man sich am Schlusse einer Aussprache gescheiter vorkommt als am Anfange. Ich habe beim Überdenken der gestrigen Vorgänge und der gestrigen Debatte empfunden, daß durch einen Teil meiner Ausführungen eine Versteifung in der bereits gelockerten Lage eingetreten ist. Das tut mir sehr leid. Das war nicht meine Absicht. Das spreche ich hier in aller Offenheit aus. Sie werden verstehen, daß ich durch Einwirkungen, die von Ihnen wohl zum größten Teil mindestens erahnt, wenn nicht unmittelbar erfühlt

werden können, in meinen Ausführungen, die den Weg für weitere Verständigung verbreitern sollten, etwas abgedrängt worden bin in eine Richtung, die ich selber gar nicht wollte. Das stelle ich in aller Form fest.
Zu dem Komplex selber brauche ich nichts zu sagen. Eines tut mir ausgesprochenermaßen leid, daß sich unser Freund *Strauß* durch einen Teil meiner Ausführungen vielleicht persönlich angegriffen fühlen konnte. Das wollte ich nicht. Das habe ich gestern schon gesagt. Ich betone es heute noch einmal. Denn gerade auf seine weitere Arbeit setze auch ich große Hoffnungen im Interesse der gemeinsamen Sache der Union.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir setzen die Debatte fort. Meine lieben Freunde! Es sind, wie ich gestern am Schluß festgestellt habe, noch ungefähr, ich glaube, fast 13 Wortmeldungen da.

(Schluß der Rednerliste!)

Ich würde vorschlagen, daß ich diese ganzen Wortmeldungen weglegen darf,

(Widerspruch.)

daß wir mit Wortmeldungen neu beginnen.

(Weiterer Widerspruch.)

Dann werden Sie alle 13 zu Wort kommen lassen müssen, und wenn es so weitergeht wie gestern, werden wir am Schlusse debattiert und keine Entschließung gefaßt haben.

(Sehr richtig!)

Infolgedessen muß ich vorschlagen zu kürzen. Die Wortmeldungen sind gestern unter dem Eindruck der gestrigen Debatte vorgenommen worden. Ich wäre der Auffassung, daß wir heute neu beginnen. Erhebt sich ein Widerspruch dagegen? Es kann sich jeder neu melden, und wir können uns darüber unterhalten.
Erhebt sich ein Widerspruch gegen die Wortmeldungen? Es sind gemeldet: *Butterhof*, *Hagn*, *Lallinger*, *Fischer*

(Zuruf: Soll sprechen!)

Gamperl, *Rinke*, *Eichhorn*, *Lang*,

(Dr. *Horlacher*: Der *Eichhorn* soll sprechen!)

Georg Schmid, *Barth*. Ich würde vorschlagen, wir konzentrieren uns darauf, daß äußerstenfalls noch fünf Redner zur Debatte sprechen. Dann ist wirklich reichlich Gelegenheit zur Aussprache gewesen. Dann kann sich niemand darüber beklagen, daß nicht gründlich gesprochen worden wäre.
Da Dr. *Eichhorn* einer der Mitbegründer der Union war und bei ihrem Aufbau sehr viel geleistet hat für die Zusammenarbeit der evangelischen mit den katholischen Freunden, halte ich es für eine Selbstverständlichkeit, ihm als einem unserer Senioren, wenn ich so sagen darf, das Wort zu erteilen. Ich würde ferner vorschlagen, daß unser Freund *Hagn*, der seine Oppositionsreden gegen mich immer sehr temperamentvoll hinlegt, auch die Gelegenheit bekommt, seinerseits eine gute, aber kräftige und sehr kurze Oppositionsrede zu halten. Einverstanden, *Hagn*?

(*Hagn*: Jawohl!)

Dr. *Gamperl*: Zur Geschäftsordnung! Ich finde es nicht in Ordnung, daß der Landesvorsitzende auswählt, wer spricht und nicht spricht.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bitte, aber dann werden wir endlos sprechen. Ich wollte gerade vorschlagen, daß, da gestern von der Oberpfalz noch niemand gesprochen hat, ein Redner von der Oberpfalz spricht. Denn eine Reihe von Rednern wiederholen sich.

(Zuruf: Es soll von jedem Bezirksverband einer sprechen!)

Damit kannst Du auch einverstanden sein, *Gamperl*. Es wird *Eichhorn* sprechen und dann von jedem Bezirksverband einer, wobei ich bitte, mir jeweils die Namen zu nennen. Aber damit sind die Wortmeldungen von gestern erledigt. Erhebt sich ein Widerspruch?

(Zurufe: Nein!)

Dann sind die Wortmeldungen von gestern erledigt.

(Zuruf: Eine Frau und ein Vertreter der Flüchtlinge soll sprechen!)

Es werden also sprechen die Redner von den Bezirksverbänden, *Eichhorn* von den evangelischen Freunden, ein Vertreter der Flüchtlinge und eine Frau.

(Dr. *Horlacher*: Kurze Erklärungen!)

Ich bitte, jeweils kurze Erklärungen abzugeben und keine langen Redensarten.
Lang: Zur Geschäftsordnung! Ganz kurz! Ich finde diese Methode nicht ganz in Ordnung. Da hätte man gestern Mittag um 16 Uhr schon die Redezeit begrenzen können. Wir haben bis 24 Uhr die eine Meinung gehört. Jetzt wollen wir die Gegenmeinung hören. Wir wollen zu einer Entscheidung kommen, und ich bitte, daß die Wortmeldungen in der eingereichten Reihenfolge berücksichtigt werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann werden Sie heute nachmittag um 15 Uhr mit der Debatte aufhören. Es müssen Beschlüsse gefaßt werden, da hilft alles nichts. Reden haben wir gestern von jeder Seite gehört.

(Zuruf: Beschränkung der Redezeit!)

Bevor wir lange herumdebattieren, möchte ich feststellen: Es ist vorhin beschlossen worden, daß die Wortmeldungen von gestern erledigt sind. Es ist so gemacht worden, daß für heute neue Wortmeldungen vorzunehmen sind. Es melden sich infolgedessen die einzelnen Redner der Bezirksverbände. Ich bitte, auf den Zettel jeweils zu schreiben, um welchen Bezirksverband es sich handelt. Anschließend meldet sich eine Frau und ein Flüchtlingsvertreter sowie ein Vertreter der Arbeitnehmerunion. Einverstanden?

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ein Vertreter der Jungen Union!)

Staatssekretär *Lacherbauer*: Soll zu einem Antrag gesprochen werden? Man weiß überhaupt nichts.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, die Anträge so einzureichen, daß mit dem ersten Redner die Anträge verlesen werden können.
Staatssekretär *Lacherbauer*: Wir wissen nicht, wozu gesprochen werden soll.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird in Fortsetzung der Debatte von gestern gesprochen. *Lacherbauer*, redest Du für den Bezirksverband München? Wir haben gerade vereinbart, daß von jedem Bezirksverband einer spricht, vorher spricht *Eichhorn*. Darf ich *Eichhorn* das Wort erteilen?
Dr. *Eichhorn*: Staatsrat *Schäffer* hat gestern bei der Erwähnung der Konfessionen ein Toleranzbekenntnis abgelegt. Ich habe keinerlei Veranlassung, an seiner Toleranz zu

zweifeln, wenn auch allerdings der Begriff Toleranz aus einer Zeit stammt, der wir ferne stehen und der falsche Toleranz meint. Aber Staatsrat *Schäffer* ist weithin nicht bloß bei den Evangelischen der Vertreter der Bayerischen Volkspartei, natürlich nicht der Bayerischen Volkspartei so wie sie war, aber doch weithin der Traditionen, die wir Evangelischen und mit uns ein großer Teil der sonstigen zur Union gestoßenen und noch anderer Leute, die die Union als neue Partei wünschen und wollen, nicht vertreten. Er ist ein Gegner dieses Kreises im sachlichen Sinne, zugegeben. Aber wir empfinden ihn nun als zu einem Flügel gestoßen, der für uns peripherisch, wenn ich mich so ausdrücken darf, sehr schwer tragbar ist.

Das drückt sich nun im kleinen, harmlosen Sinn in einer Satzungsänderung aus, die ich als Lappalie erklären könnte, wenn sie nicht einen tiefen Hintergrund hätte. Verstehen Sie einmal, wenn ich ein wirkliches Wort zum Protestantismus spreche. Wir können die Politik des Kultusministeriums weithin nicht akzeptieren. Ich erwähne nur die beiden neuen Universitäten. Das genügt wohl. Dazu stößt nun der aktive, der gute Politiker *Schäffer*, und seine erste Tat ist ein Antrag, der ja doch wohl von ihm ausgeht, wenn auch die Luft vorbereitet war, ein Antrag, in dem etwas geschieht, was für die Union und für die weite Außenwelt eine absolute Unmöglichkeit ist. Das hat nun mit Protestantismus und mit Demokratie alten Stils nichts zu tun, sondern es ist eine Tatsache und ich sehe schon, daß sich auf diesem Gebiet gestern eine gewisse tätige Reue gezeigt hat. Denn die Anträge von damals und die gestrige Rede und das, was heute Herr Dr. *Pfeiffer* vor Ihnen erklärt hat, sind ein Einschwenken. Ich würde dieses Einschwenken ungeheuer begrüßen,

(Bravo!)

wenn es dauerhaft wäre, aber nur dann.

(Dr. *Horlacher*: Das ist die Gefahr!)

Ich habe mitgearbeitet in der Zeit, meine Damen und Herren, wo man im ganz kleinen Kreis, der die Münchner Union getragen hat, nicht wußte, wo man tagen soll. Einmal tagte man in der Trogerstraße, dann tagte man in der Gedonstraße, dann ging das nicht mehr, dann tagte man in meinem Arbeitsbüro als neutralem Platz. Später zog man um zum Rechtsanwalt *Schefbeck*. So war die Union aufgezogen, und damals war schon der Gegensatz *Schäffer-Müller* vorhanden. Inzwischen hat sich alles mögliche andere ereignet. Diese Konstellation aber ist geblieben. In der Union hat es noch keine vier ruhigen Wochen gegeben. Immer ging es aus von persönlichen Dingen, die allerdings einen prinzipiellen sachlichen Hintergrund hatten. Es war nie ein reiner Personenstreit. Das will ich gerne zugeben. Aber es war dauernd Streit. Sachliche Arbeit wurde nur in einem Bruchteil der Zeit geleistet, meist im letzten Augenblick noch ein bißchen.

So geht es wirklich nicht. Darum muß ich leider sagen: Eine neue Verkleisterung dieser Sache geht nicht mehr.

(Sehr richtig!)

Die eine Möglichkeit wäre: Es wird mit gutem Willen und auf lange Dauer Schluß gemacht mit dem Streit, und es bleiben nur sachliche Auseinandersetzungen, die aber kurz und unpersönlich sein müssen. Denken Sie doch einmal: Wir heißen christlich. Weithin in unseren Kreisen beider Konfessionen und bei allen sonst klar denkenden Menschen glaubt es niemand mehr.

(Richtig!)

Wir heißen sozial. Was tun wir denn Soziales?

(Zuruf: Nichts, das ist der Grund!)

Wir lassen uns Gesetze vorschreiben oder machen sie selber, deren Vollziehbarkeit für das Volk Null ist, ohne daß wir nun

(Widerspruch. - Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!)

... So versteht das Volk unser ganzes Tun einschließlich Regierung als unsozial.
Denn der Mann aus dem Volk kann nicht verstehen, daß immer wieder etwas kommt und keinerlei Erfolg erreicht wird.
So stehen wir vor einer ganz großen Krisis, vor einer ganz großen; und das darf nicht sein. Ich bitte Sie wirklich herzlich als der Älteste dieses Kreises, und ich bitte nach jeder Richtung sagen zu dürfen: Schließen wir einmal einen endgültigen Frieden, einen ganz echten Frieden, ohne persönlichen Ehrgeiz, ohne allzu starke Betonung der Grenzen, die noch bleiben werden, die auch sein müssen in einer Partei und Arbeit, so daß es sichtbar wird für unsere Wähler und für unser Volk. Wir wollen doch nicht - es ist ja gestern schon halb zurückgenommen worden - erklären, daß irgendein Verständnis unter unseren Wählern für Paragraphen der Satzungen besteht, daß deswegen die Gefahr einer Differenz zwischen den Wählern und der Parteiorganisation vorhanden ist. Unseren Wählern ist das ganz gleichgültig,

(Sehr richtig!)

ob von dem Bezirksverband soundso ein, zwei oder drei Vertreter kommen; das interessiert da und dort nur einen einzelnen Politiker. Für viele von uns ist dahinter doch die Tendenz zu fürchten, daß auf dieser Basis ein weiterer Vorstoß erfolgt, der uns in neue große Schwierigkeiten personeller und sachlicher Art bringt.
Ich bitte Sie wirklich recht herzlich: Arbeiten Sie von Anfang an mit! Geben Sie doch diese unsachlichen und zerstörenden Dinge auf, die verflucht nach dem Verfall der Bürgerlichkeit aussehen! Bürgerlichkeit nicht in dem eigentlichen Sinn; denn wir wollen nicht eine Bürgerpartei sein. Aber de facto zeigen wir das Bild eines beginnenden Zerfalls. So kann man nicht regieren und so kann man nicht Parteipolitik machen, eine Christliche-Soziale Union kann es am allerwenigsten.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich darf Freund *Eichhorn* sagen, ich schätze gerade seine Stellungnahme und seine Erklärungen. Um eines bitte ich hier in der Debatte. Ich darf es ruhig sagen. Sie werden es gestern alle gefühlt haben - ich glaube, ich kann von uns allen reden. Wir wollen uns bemühen, die Regierung aus der Diskussion heraus zu lassen, und ich würde bitten, auch daran festzuhalten. Wir entscheiden hier einen internen Vorgang innerhalb der Partei. Wir werden vielleicht, wenn es gewünscht wird, in einer weiteren Landesausschußsitzung uns mit den Problemen befassen, die aufgezeigt worden sind, die also die praktische Arbeit der Union, vor allem ihrer Regierung, betreffen; denn ich möchte dafür sorgen, daß wir jetzt alles in möglichst weitem Rahmen immer besprechen. Aber lassen wir hier diese Themen außerhalb der Diskussion, und erschweren wir uns die Behandlung der an und für sich schon schweren Probleme nicht weiter!
Ich darf dann vielleicht als Kavalier einer der Damen das Wort erteilen. Haben sich die Frauen darüber geeinigt, wer reden soll?

(Dr. *Hundhammer*: Frau *Zehner* war doch gestern schon gemeldet!)

Nach der Wortmeldung allein gilt es nicht; die Damen müssen sich einigen. - Die Damen schlagen vor, daß zwei Frauen sprechen. Darf ich von dem Grundsatz abweichen; wir sind Kavaliere. Aber ich würde bitten, daß uns das Sprechen von zwei Damen durch die Kürze erleichtert wird. Ich darf dann vielleicht zuerst Frau *Zita Zehner* das Wort geben.

Darf ich Ihnen allen einen Vorschlag machen, damit wir wirklich bis um 11 Uhr zu einer Entscheidung kommen. Wenn ein Redner länger als vier Minuten spricht, werde ich ihm das Zeichen geben, daß ich mich erhebe. Spricht er länger, werde ich ihn nach fünf Minuten unterbrechen. Einverstanden? -

Frau *Zehner*: Ich sehe und fühle mich verpflichtet, als katholische Frau und Bayerin hier in diesem Saale das Wort zu ergreifen. Ich bin kein Neuling im politischen Leben und auch im Leben innerhalb der katholischen Organisationen; denn vor dem Jahre 1933 habe ich einen ganz großen Kampf gekämpft gegen alle liberalen Organisationen, die sich gegen alles gewandt haben, womit wir als christliche Frauen einverstanden waren. Ich habe mich draußen auch stets gegen den Nationalsozialismus gewendet und auch hier die Konsequenzen getragen; denn ich habe im Jahre 1933 meine Existenz deshalb verlieren müssen und bin auch hinter Schloß und Riegel gesessen.

Ich will für meine Worte, die ich hier ausspreche, keinen Beifall haben und will nur ganz nüchtern aus tiefbewegtem Herzen heraus das sagen, was ich als katholische Frau zu Ihnen sagen muß. Als ehemalige katholische Bauerstochter hänge ich an dem, was mir meine fromme Mutter mit auf den Weg gegeben hat; und ich sehe hier in diesem Kreise diese Grundlagen gefährdet.

(Zurufe: Oho!)

Ich sehe, wenn wir so uneinig, wie wir heute und gestern sind, auseinandergehen, einen Bruderkampf vor mir, der unverantwortlich ist. Denn hinter uns steht die gähnende Not, die Not, die die Frauen zum allergrößten Teil mitempfinden müssen: Verlust des Mannes, Verlust des Sohnes, hungernde und frierende Kinder und die Frauen, die täglich in ihren Familien nicht wissen, was sie ihrem Gatten mit auf den Weg geben sollen! Eine Not, die für uns untragbar ist, steht hinter uns. Wir haben es schon einmal erlebt, daß ein Mann mit seinem Anhang uns in ein ganz furchtbares Elend geführt hat. Meine lieben Männer, hören Sie deshalb heute auf die versöhnende Stimme einer Frau!

Eine Frage muß ich stellen: Mit welchem Vorsatz kamen wir eigentlich hierher? Um diesen Kampf zu führen, der uns trennt, oder um uns wieder zusammenzufinden? Ich hätte gewünscht, daß manche harten Worte, die gestern gefallen sind, nicht ausgesprochen wären,

(Sehr gut!)

denn wir dürfen uns nicht trennen.

Um was handelt es sich eigentlich, um was gekämpft wurde? Um ein Recht, das hergestellt werden soll, um eine Gleichberechtigung, wie es eigentlich in der Verfassung festgelegt ist! Darum, daß eben die Stimmen auf die Wähler verteilt werden sollen, die wir haben. Ich meine, wenn der gute Wille auf allen Seiten da wäre, müßte man sich doch gegenseitig entgegenkommen.

Liebe jungen Freunde, zu Ihnen möchte ich auch ein Wort sprechen. Werden wir im politischen Leben nicht zu leidenschaftlich! Denn Sie dürfen sicher sein, daß man dann nicht mehr das Rechte sieht und auch nicht mehr klar und gerecht urteilen kann. Der Beifall, der gestern da und dort gegeben wurde, hat mich als Frau innerlich auf

das tiefste erschüttert. Wir Frauen wollen die Männer einig sehen. Glauben Sie mir folgendes: Ich habe mich als katholische Frau neben einem Betrieb mit 18 Angestellten im Jahre 1945 dem öffentlichen Leben zur Verfügung gestellt. Und warum? Erstens, um die Not mit lindern zu helfen, das war mein Grundzug. Und zweitens, um die zwölf Jahre gottloser Erziehung, die wir hinter uns haben, wieder mit überbrücken zu helfen. Und was sagen heute nach zweieinhalb Jahren Tätigkeit der Union die Frauen, die Verantwortung auf sich genommen haben? Man kann nicht mehr mittun; der stete Streit lähmt unsere Kraft.

(Sehr richtig!)

Und verzeihen Sie mir auch das harte Wort, wenn es vielleicht da und dort hart aufgefaßt würde: das ist ja überhaupt keine christliche Partei mehr! Und die Frauen überlegen sich, ob sie überhaupt noch einmal wählen sollen. Meine lieben Männer, überlegen Sie sich: 60% der Stimmen liegen in den Händen der Frauen!
Übersehen wir gemeinsam die Stunde der Gefahr nicht! Ich bitte Sie herzlich und innig: Finden wir uns auf einer Basis, wo wir uns einigen können! Einmal hatten wir es in der Hand, eine große christliche Partei zu sein. Machen wir uns auch draußen des Vertrauens würdig, das uns das christliche Bayernland entgegengebracht hat!

(Bravo-Rrufe und Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Frau *Meyer-Spreckels* hat das Wort.
Frau Dr. *Meyer-Spreckels*: Liebe Freunde! Meine Herren und meine Damen! Ich werde nichts wiederholen, was schon gesagt worden ist, von dem ich einen Teil selbstverständlich unterschreibe. Ich möchte mich ganz kurz fassen. Wenn ich hier stehe, so spreche ich im Namen der Frauen der Union insofern, als ich die zweite Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen und außerdem als einzige Frau im Geschäftsführenden Landesvorstand bin. Ich bitte Sie, meine Herren, um Ihre offenen Ohren und um Ihre aufnahmebereiten Herzen! Das ist mir die Hauptsache.
Wir Frauen der Union erwarten uns trotz der Schwere, die aus einigen Meinungsverschiedenheiten in diesen Verhandlungen liegt, ja gerade wegen der Schwere der daraus erwachsenden Konsequenzen äußerste Selbstbeherrschung. Wir erwarten, daß die Würde der Form der Lauterkeit der Motive entspricht. Wir dürfen doch nicht, wie das anderswo in der Politik der Fall ist, der Tummelplatz dämonischer Verzerrungen, von Ehrgeiz und von Machtinitiative überlagerter Minderwertigkeitskomplexe werden! Nicht wir, nicht die Christlich-Soziale Union! Wir dürfen auch kein Sprungbrett sein für persönliche Vorteile. Wir möchten - und das erwarten wir Frauen der Union -, daß um der Sache willen gekämpft wird, nicht um der Personen willen.
Wir wissen, daß die Zugehörigkeit zur Christlich-Sozialen Union nicht eine Parteibuchangelegenheit oder ein Unterschreiben von gewissen Grundsätzen, nur das Unterschreiben ist, sondern wir wissen, daß es eine Verantwortung und ein Bekenntnis ist. Dieses Bekenntnis liegt in dem Namen, den die Männer und Frauen, die die Christlich-Soziale Union begründet haben, gewagt haben, uns zu geben, nämlich Christlich-*Soziale* Union. Denken Sie daran: Was heißt dies *Sozial*? Ich sehe ein Symbol, und ich möchte es dauernd vor uns, vor unser aller geistiges Auge hingestellt wissen: Das Symbol des Sozialen, das Antlitz unseres notleidenden Volkes mit hervorstehenden Backenknochen, mit eingefallenen Wangen, mit hohlen Augen der Leere, der Verzweiflung, in denen die Irre liegt. Wir dürfen dieses Gesicht nicht wieder finsterer machen - und das tun wir, wenn wir nicht richtig arbeiten -, sondern wir müssen es aufhellen; sonst wird es einstmals über uns richten.

Das zweite Symbol, das wir über uns gestellt haben, ist das größte Wagnis; es ist das Wagnis, daß wir das christliche Kreuz über uns gestellt haben. Und dieses Namens müssen wir würdig sein! Wir Frauen erwarten, daß in den Erörterungen absolute Sachlichkeit zur Auswirkung kommt. Ob ich nun in der einen Frage einen föderativen Organismus im eigenen und entsprechend dann auch im weiteren Bereich von Staat und Kreis, der nach Individualitäten, nach gewachsenen Einheiten mißt, oder ob ich eine weitgehend dezentralisierte, aber doch Einheitsorganisation anstrebe - denn ich mache den Unterschied zwischen Organ, Organismus und Organisation -, die dann nur nach Zahlen zählt, das ist eine politische Überzeugungsfrage, sollte aber kein Nützlichkeitsprinzip und keine Machtfrage sein.

(Sehr richtig!)

Ganz entsprechend ist es mit der zweiten Frage, die für uns zur Debatte steht, nämlich der Frage der Einzelverantwortlichkeit. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Einzelverantwortlichkeit eine demokratische Angelegenheit ist, weil sie die Verantwortung, die eigentlich oben in der Demokratie steht, voll zur Auswirkung kommen läßt. Geteilte Verantwortung halte ich nicht mehr für Verantwortung. Sehen Sie, wenn ich ein Ganzes teile, weiß ich nicht, ob sich so ein Teil wieder eidechsen- oder salamanderartig zu einem Ganzen auswachsen kann; sondern wir haben Teile, die dann nicht mehr eigentlich Verantwortung sind.

So möchte ich nur schließen mit den Worten: Wir Frauen der Union und die Frauen aus dem Lande, wir erwarten von jedem, die wir hier sind, daß wir über uns und in uns und durch uns verwirklicht sehen und immer vor Augen haben diese zwei Symbole, das leidende Angesicht unseres Volkes - messen Sie bitte einen Teil der Worte, die hier gesprochen worden sind, an der Not die draußen ist! - und das christliche Kreuz, das wir nicht zur Blasphemie degradieren dürfen und dessen wir uns würdig zeigen müssen. Freunde, wir wollen beweisen, daß wir der Symbole, die in unserem Namen liegen, würdig sind!

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich als nächstes die Arbeitnehmergruppe vorschlagen. Wer spricht für die Arbeitnehmergruppe? - *Heinrich Krehle*!

Staatsminister *Krehle*: Meine lieben Freunde! Ich habe gestern den Antrag gestellt, daß diese Dinge nicht öffentlich erörtert werden sollen. Es ist in der Zwischenzeit geschehen. Es ist da und dort etwas mit Schärfe vorgetragen worden; aber im großen und ganzen konnten wir doch beobachten, daß auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden ist, die Einheit der Union wiederherzustellen. Ich möchte Sie alle bitten, die von allen Seiten dargereichten Hände zu erfassen, um die Einheit unserer Partei zu retten.

(Bravo-Rufe.)

Vergessen Sie dabei nicht, in welche Situation Sie die christliche Arbeitnehmerschaft bringen würden, wenn wir auseinanderfielen! Ich glaube eine Berechtigung zu haben, für die gesamte christliche Arbeitnehmerschaft zu sprechen. Wir müßten uns in diesem Falle überlegen, was wir in Zukunft würden tun können. Übersehen Sie nicht die gewerkschaftliche Situation, in der wir uns befinden! Wir müssen, wenn wir Durchschlagskraft haben wollen, wenn wir unseren Einfluß auch in der Gewerkschaftsbewegung sichern wollen und aus der Gewerkschaftsbewegung eine wirklich neutrale Be-

wegung machen wollen, wenigstens auf der politischen, auf der weltanschaulichen Ebene einig sein.

(Sehr gut!)

Darum bitte ich Sie, geben Sie dem Bezirksverband Oberbayern eine Chance! Es hat niemand schärfer wie gerade ich den Schritt von Oberbayern verurteilt. Ich habe das auch bezüglich der Art, wie es gemacht worden ist, unserem Parteifreund *Fritz Schäffer* gegenüber ganz deutlich zum Ausdruck gebracht. Aber es ist an den ganzen Dingen etwas dran. Ich glaube, wenn Sie die Möglichkeit schaffen, daß vielleicht auf dem Boden des Vorschlags, den der Herr Ministerpräsident [*Hans Ehard*] in Marktredwitz gemacht hat, ein Gespräch zustande kommt, daß dann einer späteren Landesausschußsitzung oder Landesversammlung ein entsprechender Vermittlungsvorschlag gemacht wird, so geben Sie Oberbayern damit die Möglichkeit, leichter auf den Boden der satzungsgemäßen Situation zurückzukehren. Und ich bin davon überzeugt, daß auch dort der Wille dazu vorhanden ist.

Ich glaube nicht, daß ich in den Verdacht komme, trennen zu wollen. Ich bin weder ein *Müller*-Anhänger noch ein *Schäffer*-Anhänger, sondern ich bin immer den normalen, vernünftigen Weg gegangen und hoffe, ihn auch in Zukunft gehen zu können. Aber über eines müssen wir uns für die Zukunft klar sein: Wir dürfen nicht nur immer vom Sozialen reden, sondern es ist Zeit, daß die Forderungen unserer christlichen Sozialpolitiker nun endlich in die Tat umgesetzt werden.

(Beifall.)

Wenn es uns nicht gelingt, auf diesem Gebiet das Unsere zu tun, dann wird die Geschichte über uns hinweggehen.

Meine lieben Freunde, ich zweifle - das sage ich Ihnen ganz offen -, trotzdem unser Freund *Baumgartner* auf einer anderen politischen Ebene steht, nicht an seinem guten sozialen Willen; aber ich habe doch das Gefühl, daß neben bestimmten Ressentiments die Abwanderung in die Bayernpartei auch durch gewisse soziale Aspekte bestimmt ist.

(Sehr richtig!)

Wie wollen wir denn die Flüchtlingsfrage lösen, die uns auf den Fingernägeln brennt,

(Sehr richtig!)

wenn wir in dieser Form Politik machen wollen, das heißt mit anderen Worten, wenn wir nur für die alteingesessenen Bürger Politik machen und die Neubürger links liegen lassen wollen? Die Lösung der Flüchtlingsfrage ist für uns als Arbeitnehmer erstens eine Frage unserer Schicht, denn der Großteil der Flüchtlinge, die zu uns gekommen sind, werden ihr Brot mit ihrer Hände Arbeit verdienen müssen. Auf der anderen Seite sehen wir als Arbeitnehmer die Gefahr, daß wenn die Eingliederung der Flüchtlinge in unser Volk nicht gelingt, hier ein fünfter Stand aufsteigt, der dieser deutschen Arbeiterschaft eine gewisse Konkurrenz machen will und machen wird, weil er um jeden Preis wird arbeiten müssen, um sein Brot zu verdienen und seine Familien zu ernähren.

Also, meine lieben Freunde, überbrücken wir diese Kluft, die zwischen uns bestanden hat! Ich glaube, die Auffassungen gehen gar nicht so weit auseinander. Ermöglichen Sie dem Bezirksverband Oberbayern seine Rückkehr auf den satzungsgemäßen Boden! Und ich möchte bitten, daß wir uns heute auf einer Linie einigen, die es auch un-

serem Parteifreund *Schäffer* ermöglicht, hier vor der Landesausschußsitzung eine Erklärung abzugeben, daß Oberbayern zu uns zurückgefunden hat.

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Für die Handwerker spricht *Schmid Karl*. Aber kurz!
Schmid Karl: Meine lieben Parteifreunde, ich möchte für die Gruppe des Handwerks zu dieser Frage auch einige Worte sagen. Wir sind die Gruppe, die mit allen Ständen des Volkes zusammenarbeitet, und wir sind immer der ausgleichende und der zusammenführende Teil, weil wir nun einmal, so wie jetzt unsere Situation ist, alle zusammengehören und einer auf den anderen angewiesen ist. Meine lieben Parteifreunde, nach dieser Nacht der gestrigen Aussprache und nach dem, was wir heute gehört haben, ist doch, wie ich es gestern in kurzen Worten gesagt habe, die einzige, die dringendste und die fruchtbarste[4] Aufgabe, jetzt die Einigung zustandezubringen; und sie ist möglich.
Ich habe in der Weltgeschichte viel herumgelesen, aber ich habe noch nie ein Kapitel gefunden, wo man durch Zerfall, durch Uneinigkeit irgend etwas Gutes hätte schaffen können, sondern nur durch Einigkeit und Zusammenhalten

(Sehr richtig!)

sind die Gegensätze immer überwunden worden. So möchte ich auch die Worte unterstreichen, die eben Kollege *Krehle* an Sie gerichtet hat, daß eine Brücke gebaut werden, daß die Trennung vermieden werden muß, daß Oberbayern wieder zu uns zurückkehren kann. Wir haben in München uns ja die Aufgabe gestellt, die Brücke zwischen den beiden Teilen zu bilden; wir wollen sie sein und wir wollen vermitteln. Drum möchte ich Sie dringend bitten, daß wir jetzt das eine Ziel vor Augen haben: Wir müssen uns einigen. Denn wenn wir das nicht tun, dann ist nicht auszudenken, was hinter dieser Trennung stehen wird. Denken wir bloß daran: Kann man heute nicht sagen, in Europa rauchen schon die Flammenzeichen! Und was wollen wir da tun? Auseinanderfallen, statt zusammenzustehen wie ein Felsklotz und uns den Dingen entgegenstellen! Das ist doch unsere Aufgabe.
Also, meine lieben Parteifreunde, wollen wir vor dieser Aufgabe die Frage so lösen! Die Brücke muß gebaut werden. Einig müssen wir sein; sonst würden wir vor der Geschichte wahrhaftig eine ungeheure Schuld auf uns laden!

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Für die Flüchtlinge spricht Parteifreund *Rinke*.
Rinke: Liebe Freunde, wir Flüchtlinge hatten eigentlich nicht die Absicht, uns in den Streit unserer Adoptiveltern, wie ich die Einheimischen bezeichnen möchte, einzumengen. Sie werden dafür Verständnis haben. Aber allmählich platzt uns auch der Papierkragen! Wir möchten zu den Dingen schon einmal Stellung nehmen.
Freund *Strauß* hat gestern mit Recht erwähnt, daß die Junge Union endlich Schluß mit der Behandlung von Bagatellen machen will und daß sie wünscht, daß man endlich dazu übergeht, praktische Arbeit zu leisten. Diese Ansicht deckt sich hundertprozentig mit der der Ausgewiesenen. Was wir bisher an Landesausschußsitzungen und sonstigen Sitzungen der Union zu hören bekamen, das waren kleine und kleinste Angelegenheiten; das war ein Streit um Satzungen, manchmal nur um Paragraphen und

[4] In der Vorlage: "furchtbarste".

Teile von Paragraphen; das war ein Streit um Prinzipien, die gar keine Prinzipien waren, sondern Selbstverständlichkeiten. Aber um die Lebensfragen des bayerischen und deutschen Volkes, vor allem um die Lebensfrage und das Zentralproblem der heutigen Zeit, um die Flüchtlingsfrage, hat man sich herumgedrückt. Darüber müssen wir uns klar sein. Wie oft haben Freund *Schütz* und ich und andere uns zu Wort gemeldet. Wir sind nicht zu Wort gekommen; und wenn wir zu Wort gekommen sind, sind wir zum Schluß zu Wort gekommen, in den letzten zwei bis drei Minuten, als der Saal halb gefüllt war. So geht es nicht.
Sehr verehrter Herr Staatsrat *Schäffer*, ich kenne ihre geistigen Fähigkeiten, und Sie wissen, daß ich Sie schätze. Aber wenn Sie gestern die Bayernpartei, dieses lächerliche Gebilde, als Sturmflut bezeichnet haben, so ist das in unseren Augen eine Regenwelle, die nichts bringt. Eine Sturmflut ist die drohende Gefahr einer eigenen Flüchtlingspartei, Herr Staatsrat *Schäffer*; diese Flut kann noch über Sie kommen, die müssen Sie beachten! Wir müssen hier als Freunde unter Freunden prophylaktische Maßnahmen beraten, um diese Sturmflut einzudämmen. Wir haben jetzt noch nicht den ersten Ziegelstein gefunden, um diesen Damm zu bauen. Wir müssen endlich daran gehen, diese Sturmflut, die stärkste Sturmflut, die Bayern und dem bayerischen Volke droht, endlich einzudämmen. Und, Herr Staatsrat *Schäffer*, Ihre Forderungen - sie mögen noch so berechtigt sein, in der Form lehnen wir sie ab - sind klein und häßlich gegenüber den größten Lebensfragen, die eigentlich zu beantworten wären.

(Sehr richtig!)

Liebe Freunde, wir nennen uns eine christliche und eine soziale Partei; das Spitzenproblem auf dem sozialen Gebiet ist doch das Flüchtlingsproblem. Gehen wir endlich an diese Aufgabe heran! Man sagte bereits, wir sind in einem Kreis von Freunden. Ich stelle keine Forderungen, ich stelle keine Anträge; nur die einzige Forderung stelle ich, daß wir uns endlich einmal im Kreis von Freunden unser Herz ausschütten können. Mehr wollen wir zunächst gar nicht. Wir wollen uns mit Euch beraten, wie wir nun zusammen die nötigen Maßnahmen schaffen; mehr wollen wir nicht. Mit Ihnen zusammen, nicht wir allein! Wir haben unsere Heimat verloren; wir haben eine politische Heimat in der Union gefunden. Nehmen Sie uns nicht auch noch diese Heimat!

(Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, es muß ein Weg gefunden werden. Denken Sie immer an die große Not der Ärmsten der Armen! Man ist noch nicht an diese Not herangetreten. Dann wird Oberbayern - davon bin ich fest überzeugt - von allein seine Forderungen zurückschrauben und sie in eine Form bringen, wie es sich im parlamentarischen Leben gehört. Ich stelle, wie gesagt, keine Forderung, ich stelle keinen Antrag; aber ich habe aber eine herzliche Bitte an Sie, Herr Staatsrat *Schäffer*, und an Oberbayern: Denken Sie an uns, und ich bin überzeugt, Sie werden Ihre Anträge in eine Form bringen, in der auch wir sie annehmen können!

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Für die Junge Union spricht *Butterhof*.
Butterhof: Meine Damen und Herren, Sie werden sich vielleicht gewundert haben, daß mit wenigen Ausnahmen kein Vertreter der Jungen Union hier das Wort ergriffen hat. Wir haben uns den Streit angehört, und wir haben daraus die Konsequenzen gezogen.

Der Herr Staatsminister *Pfeiffer*, der heute in dankenswerter Weise seine Stellungnahme gegenüber unserem Freund *Strauß* klargestellt hat, die wir sonst als eine weitere schwere Belastung hätten empfinden müssen, hat an die Adresse der Jungen Union in Nürnberg die Frage gerichtet, wo wir denn 1945 gewesen seien, als es gegolten habe, unter schwierigen Verhältnissen die junge Demokratie aufzubauen. In Nürnberg hat man darüber gesprochen, und hier muß ich eine Antwort darauf geben: Wir waren hinter den Stacheldrähten in den Kriegsgefangenenlagern eines Krieges, an dem wir jedenfalls nicht schuld waren.

(Bravo!)

Wir sind hinter diesen Stacheldrähten gesessen, haben an Zuhause gedacht und haben daran gedacht, wie die Demokratie aussehen soll, in der wir eines Tages leben wollen. Und da kann ich nur sagen: Sie wird anders aussehen müssen, als wir sie hier praktiziert bekommen.

(Beifall.)

Es ist dort auch gesagt worden, vor 1933, als wir - Herr Staatsminister *Pfeiffer* und die anderen Herren aus der alten Politik - ernsthafte Politik betrieben haben, da sei die Junge Union in Formationen marschiert, von denen man heute nicht mehr gerne spricht.

(Zurufe: Hört! Unerhört!)

Hier liegt eine Diffamierung nicht nur der Jungen Union, hier liegt eine Diffamierung aller jener jungen Leute vor, die man früher schon einmal als Amnestiegewinnler bezeichnet hat.

(Sehr richtig!)

Wissen Sie, es fällt uns schwer. Wir jagen tagaus, tagein draußen herum und suchen, junge Menschen zu gewinnen; wir trennen uns von unseren Familien und reisen draussen herum, um das aufzubauen, worin wir uns vollkommen einig sind, ich glaube, auch mit Herrn Staatsminister *Pfeiffer*, nämlich das Interesse für die Politik, das Interesse für einen staatlichen Aufbau, der wirklich in die Zukunft weist.

Wenn man uns dann die Grundlagen unserer Arbeit dadurch stört, daß man uns quasi als Nazis bezeichnet, dann weiß ich nicht mehr, wie wir weiterarbeiten sollen. Kann eine derartige Äußerung überhaupt im Sinne unserer Arbeit in der Christlich-Sozialen Union sein? Das muß ich ernsthaft fragen.

Und noch ein Wort zu der Situation hier: Es ist viel von goldenen Brücken gesprochen worden, die man bauen müsse, damit unsere Freunde aus Oberbayern herüberkommen und sich wieder auf den satzungsmäßigen Boden stellen können. Ich bin eben darauf aufmerksam gemacht worden, wenn ich im Namen der Jungen Union spräche und ich würde mich gegen das Kleistern wenden, dann soll ich ausdrücklich bemerken, daß gewisse Kreise der Jungen Union nicht dahinterstünden. Ich muß diese Kreise genau bezeichnen. Es ist die Junge Union Oberbayerns, und es sind die Vertreter der Stadt München. Ich spreche natürlich gegen das Kleistern. Denn weder die Oberbayern noch die übrige Union hat irgendein Interesse daran zum Kleistern. Kleistern bedeutet, etwas darüberkleben, einen Bruch verdecken. Das kann kein Mensch wollen. Was wir wollen können, ist eine wirkliche Konsolidierung der Union, also kein Kleistern sondern ein Klären.

Und hier stelle ich fest: Es brauchen gar keine Brücken gebaut zu werden. Die Brükken sind da. Man muß nur die Überwindung aufbringen, allgemein gültige Grundsätze

auch in der praktischen Politik zu praktizieren, sich also auf den Boden der Satzungen zu stellen, die uns gemeinsam sind.

(Sehr richtig!)

Ich weiß nicht, ob es eine so schwere Zumutung ist an den Bezirksverband Oberbayern, wenn man ihn tatsächlich darum bittet, seine anerkannt satzungswidrigen Beschlüsse vom 14. Februar zu annullieren und sich mit uns auf den Boden der Unionssatzung zu stellen. Das ist eine ganz natürliche Forderung, aber eine Forderung, auf deren Beachtung vor allem die junge Generation mit großem Interesse sehen wird. Denn hier sieht sie einen Prüfstein dafür, ob man es wirklich ernst meint mit dem, was man uns angeblich beibringen muß, demokratisches Denken.

(Sehr richtig! Ausgezeichnet!)

Wir haben ein sehr gesundes Empfinden dafür - darauf möchte ich hinweisen, um Irrtümer auszuschließen -, wo sich jemand korrekt benimmt und wo er das nicht tut. Deshalb ist für uns von der Jungen Union die Sachlage ganz klar. In dem Augenblick, in dem Oberbayern seine satzungswidrigen Beschlüsse zurücknimmt, kann verhandelt werden,

(Sehr richtig!)

vorher nicht.

(Erneute Zustimmung.)

Wenn man teilweise den Versuch macht, hier so zu argumentieren, daß man sagt: Nicht der Mörder, sondern der Ermordete war schuld daran, so sind das Spiegelfechtereien, auf die niemand hereinfallen wird.

Und wenn Herr Staatsminister *Pfeiffer* gestern gesagt hat: Hoffentlich werden die Reden hier genau protokolliert, dann kann ich nur sagen: Ja, hoffentlich ist das der Fall. Denn eines Tages wird man in dem Protokoll von Regensburg nach den Verantwortlichen suchen, die daran schuld sind, daß eine großartige Idee, ein wirklicher Fortschritt in unserem Jahrhundert, die Idee der Christlich-Sozialen Union verloren gegangen ist aus Streitigkeiten, die am Wesentlichen vorbeigehen. Man wird genau untersuchen, wer dann die Schuldigen gewesen sind. Wir jungen Menschen werden uns nicht darunter befinden. Denn wir wollen eines: Klarheit und Aktionsfähigkeit.

Ich werde im Laufe der weiteren Verhandlung noch einen Antrag einbringen, nicht zu diesen Punkten. Aber es muß weitergegangen werden. Das Aktionsprogramm ist eine für uns alle verbindliche Grundlage. Es muß jetzt ausgebaut werden zu prägnanten Vorschlägen zu den einzelnen Punkten. Wir brauchen exakte, greifbare Dinge, die wir in der Politik realisieren wollen und können. Um das zu erreichen, brauchen wir eine innere Einheit der Christlich-Sozialen Union, und wir brauchen eine aktionsfähige Parteiführung.

Abschließend darf ich noch sagen: Heute morgen ist der Landesrat der Jungen Union beisammen gewesen und hat sich darüber Gedanken gemacht, wie wir zu den Nürnberger Äußerungen des Herrn Staatsministers *Pfeiffer* stehen. Ich muß hier auftragsgemäß mitteilen, daß wir diese Diffamierung nicht nur der Jungen Union, sondern der jungen Generation weithin nicht auf uns sitzen lassen werden, sondern daß wir hier auf dem Wege über das Parteischiedsgericht vorgehen werden.

(Unruhe. - Widerspruch, dann lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! Meine lieben Freunde! Wir sind gestern davon ausgegangen, daß klare Linien gegenüber bestimmten Tendenzen gezo-

gen werden müssen, daß nämlich die klare Abgrenzung gegenüber der Bayernpartei erfolgen muß, eine klare Stellungnahme gegen Zentralismus wie gegen Separatismus. Das Problem der Generationen ist ein Problem, das organisch behandelt werden muß. Ich habe gerade auch jetzt mit Staatsminister *Pfeiffer*, unserem Parteifreund, kurz einige Worte gewechselt. Ich würde vorschlagen, bevor die Junge Union einen Schritt unternimmt, soll eine Aussprache mit Parteifreund *Pfeiffer* in der Jungen Union stattfinden. Es bleiben dann beiderseits alle Erklärungen und Schritte vorbehalten. Darf ich davon ausgehen? Ihr könnt dann immer noch tun, was Ihr wollt. Ich würde vorschlagen, vorher wird der Landesrat Parteifreund *Pfeiffer* zu einer Aussprache einladen.

(*Butterhof*: Jawohl, zuerst verhandeln!)

Gut, einverstanden. Damit glaube ich, annehmen zu können, daß Parteifreund *Pfeiffer* zu dieser Aussprache bereitsteht vor dem entsprechenden Gremium der Jungen Union und daß dort der Weg zu einer Klärung gefunden wird.

(Dr. *Pfeiffer*: Ich bin dazu bereit!)

Ich danke.
Bevor ich jetzt den Vertretern der Bezirksverbände das Wort erteile, darf ich den Antrag verlesen lassen, der von einer Reihe von Vertretern von Bezirksverbänden eingereicht wurde.
Dr. *Schedl*:

> Der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union in Bayern stellt fest, daß ein Teil der von der Bezirksversammlung Oberbayern am 14. Februar 1948 gefaßten Beschlüsse gegen die Satzungen der Christlich-Sozialen Union in Bayern verstößt. Er verurteilt dieses Vorgehen als parteischädigend. Dadurch, daß Herr Staatsrat a.D. *Schäffer* in seiner Eigenschaft als erster Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern außerdem in einem an den Zonenvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union der britischen Zone gerichteten Brief die Legitimation des Landesvorsitzenden bestritten hat, die Christlich-Soziale Union nach außen zu vertreten, hat er namens des Bezirksverbandes Oberbayern das Ansehen der Partei und das Ansehen des Landes Bayern in einer für die politische Stellung und Bedeutung Bayerns entscheidenden Stunde schwer beeinträchtigt.
> Wer den satzungswidrigen Beschlüssen des Bezirksverbandes Oberbayern Folge leistet, hat sich damit von selber außerhalb der Christlich-Sozialen Union in Bayern gestellt. Zur Wiederherstellung satzungsgemäßer Zustände innerhalb des Bezirksverbandes Oberbayern wird der Landesvorstand beauftragt, unverzüglich eine Erklärung der einzelnen Kreisverbände Oberbayerns bezüglich ihres Verhältnisses zur Christlich-Sozialen Union in Bayern herbeizuführen und gegebenenfalls den Bezirksverband neu zu organisieren.
> Unterschriften: Dr. *Barth*, Bezirksvorsitzender Oberfranken, Dr. *Gamperl*, Bezirksvorsitzender Oberpfalz, *Miltenberger*, geschäftsführender Bezirksvorsitzender Unterfranken, *Euerl*, Bezirksverband Nürnberg-Fürth, *Karl Sigmund Mayr*, Bezirksverband Mittelfranken, *Martin* und Dr. *Fink* für Augsburg, *Boehlke* für Schwaben, *Strauß* für Oberbayern

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dann den Rednern der Bezirksverbände das Wort erteilen. Vielleicht darf ich mit München beginnen und da meinem Freund *Hagn* das Wort geben.

Hagn (München): Wir sind von München mit der großen Erwartung gekommen, um bei den berechtigten Forderungen Oberbayerns zu vermitteln. Mit einer gewissen Bitternis erfüllt es uns, daß in gewissen Kreisen so wenig Verständnis dafür da ist, daß diese Forderungen Oberbayerns berechtigt sind. Ich habe gestern, wie ich hereingekommen bin, selbst in meinen eigenen Ohren gehört, wie man sagte: Nachgegeben wird nicht, gekleistert wird auch nicht, d.h. entweder oder.
Meine Damen und Herren! Wenn Sie glauben, wie einzelne Redner dargetan haben, daß man einen altbewährten Parteifreund wie unseren Minister *Pfeiffer* einer kurzen Leitung bezichtigen kann, so grenzt das schon einigermaßen an Schießbudenmanieren.

(Zuruf: Zur Sache!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Hagn*, sei so gut, das ist ein bißchen kräftig.
Hagn: Das gehört zu meinen Ausführungen. Die anderen haben bestimmt nicht mit leichten Worten gesprochen. Ich möchte diese leichten Worte auch nicht wiederholen. Denn auch das Wort Schweinehund ist hier nicht am Platze,

(Sehr richtig!)

wenn man voriges Jahr dafür eingetreten ist, den Landesvorsitzenden unter allen Umständen abzuschlachten, um dann jetzt die anderen als Schweinehunde zu bezichtigen. Wenn eine Satzungsänderung vorgenommen werden soll, so möchte ich feststellen, daß nicht im Hintergrund die Absicht vorhanden ist, man möchte den Landesvorsitzenden absägen. Meine Damen und Herren! So ist das nicht gemeint.
Die Absicht des Bezirksverbandes Oberbayern geht ja dahin, die Satzungen so demokratisch aufzubauen, wie es im Staatsleben und auch in der Partei notwendig ist. Ich bin selbst einer von denen gewesen, die 1945 in München herumgelaufen sind, um die alten, bekannten, noch lebenden Parteipolitiker zusammenzusuchen, um ein Provisorium zu schaffen und die Partei einigermaßen auf die Füße stellen zu können. Wenn dann in der provisorischen Absicht, die Partei zu erstellen, Satzungen herauswachsen, die den heutigen Zuständen oder Verhältnissen innerhalb der Partei nicht mehr Rechnung tragen, so ist es nur mehr als berechtigt, daß man auch den Wünschen einer Gruppe von Bezirksverbänden, die im wesentlichen die Träger der Union waren, einigermaßen entgegenkommt. Es geht nicht an, daß diese Männer dann als Mörder usw. bezeichnet werden. Das gehört nicht in dieses Gremium herein.
Ich möchte in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen des Parteifreundes *Eichhorn* von heute früh streifen. Ich lehne diese Ausführungen grundsätzlich ab. Ich möchte nicht mein eigenes Nest beschmutzen, nachdem ich von Montag bis Samstag ununterbrochen im Dienst der Union stehe, und zwar ehrenamtlich. Ich protestiere dagegen, daß hier derartige Ausführungen gemacht wurden.
Meine Damen und Herren! Um was geht es eigentlich? Warum hat denn *Schäffer* diesen Vorstoß gemacht? Er hat die Gefahr heraufkommen sehen, die bereits akute Formen angenommen hat. Ich erinnere an die Ausführungen unseres hochverehrten Herrn Ministerpräsidenten in Marktredwitz, der die berechtigten Forderungen Oberbayerns erkannt und mit einem Vermittlungsvorschlag eingegriffen hat, der brüsk abgelehnt wurde. Der vorhergehende Vorschlag des Parteifreundes *Pfeiffer*, der mit 210 gegen 198 abgelehnt worden ist, war ja fast schon zur Annahme reif gewesen. Den Vermittlungsvorschlag von Ministerpräsident *Ehard* hat man bewußt abgemurkst und hat dazu die Mittagspause eingeschaltet. Von daher läuft wie ein roter Faden die Verbitterung der Oberbayern und auch der Münchner; denn man hat hier einer Sache

nicht Rechnung getragen, die bei gutem Willen einigermaßen hätte ausgeglichen werden können.
Wollen wir uns doch ehrlich sein: Was wäre in Südbayern, in Niederbayern und teilweise in Schwaben passiert, wenn unser alter Parteifreund *Schäffer* den Lockungen der Bayernpartei nicht widerstanden hätte?

(Heiterkeit. - Widerspruch.)

Meine Damen und Herren! Ich sage nur eines: *Schäffer* bringt in Südbayern einen Namen mit. Es hätte passieren können, daß ein gewaltiger Bergrutsch innerhalb der CSU gekommen wäre.

(*Rinke*: So dumm ist *Schäffer* nicht, daß er dorthin geht.)

Darauf möchte ich im besonderen aufmerksam machen. Ich bin ihm dafür dankbar. Er wird es bestätigen können; denn als ich am Radio gehört habe, daß sich *Schäffer* wieder in die CSU-Politik eingeschaltet hat, habe ich ihn antelefoniert und ihm das mit einem herzlichen Vergeltsgott quittiert, weil ich die Gefahr sehe, die in Oberbayern, Niederbayern und teilweise in Schwaben hätte entstehen können, würde *Schäffer* zur Bayernpartei gestoßen sein.

(Anhaltende Unruhe.)

Aus diesem Grunde können wir es uns nicht leisten, noch dazu wo die rote Flut an unseren Grenzen steht, den Riß zu vertiefen, sondern wir müssen versuchen, unter allen Umständen die Brücke zu benützen, die unser Freund *Hundhammer* gestern in ausserordentlich geschickter und feiner und taktvoller Weise - den anderen gegenüber gemessen - gemacht hat. Den besten Vorschlag dazu hat unser Parteifreund *Lang* gemacht, daß man unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten [*Hans Ehard*], der ja der Leidtragende der ganzen Situation ist, mit dem vorgeschlagenen Gremium

(Unruhe.)

diese leidliche Angelegenheit aus der Welt schafft.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich Oberbayern bitten.
Schäffer: Ich bitte, am Schluß der Bezirksverbände sprechen zu können.

(Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bitte! Dann Schwaben!
Fischer Josef (Schwaben/Augsburg): Wenn ich heute im Namen der Bezirksverbände Schwaben und Augsburg zu Ihnen spreche, so muß ich vorausschicken, daß mir die langen Plädoyers der Betroffenen zu lange waren, daß wir in die Debatte eingetreten sind, ohne eigentlich die Beweiserhebung durchgeführt zu haben. Ich habe schon oft den Ansatz dazu gehört und glaubte, nun könne ich es fassen, was uns eigentlich drängt. Aber es ist nichts übriggeblieben. Es ist zu wenig, was man aufführen kann, das uns angeblich trennt. Ich bin auch nicht für die Verbindung und für die Verkleisterung, sondern dafür, daß wir uns einmal klar darüber werden, wo unsere Meinungen auseinandergehen und wo sie zusammengebracht werden können.
Die Wähler und unsere Mitglieder haben absolut kein Verständnis dafür, daß sich eventuell fünf Personen, wenn es hoch geht, um die Union streiten,

(Sehr richtig!)

sondern die Bevölkerung und unsere Mitglieder haben ein brennendes Interesse daran, daß die Dinge einmal klar ausgesprochen werden. Wenn dann kein Weg zusammenführt und man wirklich auseinandergeht, dann müssen die Gründe so sein, daß beide Parteien vor das Volk und vor unsere Mitglieder hintreten können und sagen: Das trennt uns, und weil *die* nicht nachgeben, haben wir dazu eine Berechtigung.
Diese Berechtigung hier herauszuarbeiten, ist versäumt worden. Ich bin sogar überzeugt, wir können es in diesem großen Kreis gar nicht. Was hat Oberbayern verbrochen, was ist überhaupt schuld daran, daß wir in den letzten zwei Jahren nicht so zusammenkommen konnten, daß die Bevölkerung und unsere Wähler und Mitglieder mit unserem Verhalten zufrieden sein konnten? Es ist nicht ein Verlangen nach Einförmigkeit, aber es muß doch so sein, daß wir hier eine Meinungsbildung herausarbeiten können, von der dann die Bevölkerung sagen kann: Ja, da machen wir mit.
Es wird soviel von den Gründern der Christlich-Sozialen Union gesprochen. Ich bin nicht der Meinung, daß die Christlich-Soziale Union von einzelnen wenigen Personen gegründet wurde.

(Sehr richtig!)

Diese einzelnen Personen beschränken sich ja auf ganz kleine Kreise. Ich möchte sie nicht als Debattierklubs bezeichnen, aber in ihrer Bedeutung waren sie nicht viel mehr. Ein geradezu unvorstellbarer Vorgang, ich möchte sie fast die Vorsehung nennen, hat die Christlich-Soziale Union geschaffen. Keine Männer waren bekannt, kein Programm, und da ist das einmalige Ereignis eingetreten, daß sich eine Partei in wenigen Wahlen hingestellt hat, vor der die Welt aufgehorcht hat.

(Zustimmung.)

Das war ein einmaliger Vorgang. Und wir bemühen uns nun zwei Jahre mit viel Anstrengung, dieses Gebilde, das wir geschaffen haben, wieder zu zerstören. Da ist der Punkt, wo unsere Mitglieder und Wähler nicht mehr mitgehen, wo sie einfach kein Verständnis mehr haben. Deshalb wollen wir doch einmal versuchen, ob es uns heute gelingt, in diesem Kreis ein Gremium zu bestellen, das diesen Dingen auf den Grund geht.
Man sagt, es stimmt mit dem Christlichen nicht. Das muß dann herausgestellt werden. Ich sehe die Aufgabe einer christlichen Partei darin, daß sie den einzelnen Menschen, den Christen die Gewissensfreiheit und den Kirchen die Arbeitsmöglichkeit garantiert und freigibt. Alles andere ist dann Aufgabe des einzelnen und der Kirchen, aber nicht der politischen Parteien.

(Mehrfache Zustimmung.)

Wo sind die Unterschiede in der sozialen Auffassung? Wer sagt wirklich, ich will nicht mittun, daß die Notstände unserer Zeit gemildert werden? Wo ist der Mann, der dies sagen wollte? Wo sind hier die Unterschiede? Das muß einmal herausgearbeitet werden.
Wo sind die, die im Staatspolitischen nicht sagen wollen, daß sie zusammenarbeiten können und daß sie hier noch eine Zielsetzung haben? Wo sind die Unterschiede zu denen, die nur sagen: Hier unser Bayern oder möglichst noch Oberbayern? Der Ministerpräsident [*Hans Ehard*] hat einmal in einer großen Rede herausgearbeitet, daß wir eine bayerische und deutsche Partei sind und der ganze Saal hat ihm zugestimmt.
Wo sind also die Unterschiede? Alle, die heute und gestern gesprochen haben, sagten, daß sie auch der Union dienen wollen. Ich sehe als Zwecksetzung der Union und ihres

Namens an, daß hier eine tolerante und friedliche Zusammenarbeit und gegenseitige Achtung der Konfessionen stattfindet. Wer will diese Achtung nicht? Daß sie von *Müller* gewollt wird, ist außer Zweifel. Aber Staatsrat *Schäffer* hat selbst ausdrücklich bestätigt, daß er dasselbe will.
Nun frage ich mich, ja ich fasse mich fast an den Kopf: Was ist es denn eigentlich, das uns trennt? Das muß endlich einmal herausgearbeitet werden können.

(Sehr richtig!)

Nun sage ich im Namen des Bezirksverbandes Augsburg und Schwaben - trotzdem ich von der Delegation, die zu führen ich die Ehre habe, nicht ganz unterstützt werde, aber wir sind uns keine feindlichen Brüder, sondern wir haben hier Meinungsverschiedenheiten in der Prozedur: das Vorgehen am 14. Februar in München durch den Bezirksverband Oberbayern war weit über das Ziel hinausgeschossen.

(Zustimmung.)

Das Vorgehen des Bezirksverbandes Oberbayern, durch Staatsrat *Schäffer* selbst als eine Gewaltmaßnahme bezeichnet, um sich Gehör zu verschaffen, ist damit mißlungen.

(*Haußleiter*: Ein Marsch zur Feldherrnhalle, eine Erpressung!)

Ich gehe sogar weiter und sage: Diese Punkte müssen einer nach dem anderen geklärt werden, hier ist Beweis zu erheben.
Nun hat sich herausgestellt, daß das eine nicht so schlimm gemeint war und daß das andere überhaupt fallen gelassen wird. Mit dem, was hier übriggeblieben ist, kann ich nicht vor meine Wähler und Mitglieder treten und sagen: Das ist der Grund, warum wir nicht zusammenkommen können.

(Sehr gut!)

Da muß mehr übrigbleiben.
Und nun sage ich noch etwas Weiteres: Ich sage dem Herrn Staatsrat *Schäffer*, daß ich die von ihm entgegengestreckte Hand nehme und ihn in allen rechtlichen Forderungen unterstütze.

(Bravo!)

Nun wollen wir die Debatte doch am besten durch eine Erklärung des Staatsrat *Schäffer* beenden, der ja bevollmächtigt ist, der dann erklärt, daß hier die Dinge wieder bereinigt werden. Wir können jetzt nicht einen endgültigen Schlußstrich ziehen, aber wir können die Voraussetzungen schaffen, daß ein anderes Gremium die Dinge weiterverfolgt.
Es ist für mich und viele meiner Freunde absolut klar, daß die Frage der demokratischen Vertretung und die Möglichkeit der Willensbildung innerhalb der Partei nach demokratischen Grundsätzen gegeben sein muß, obwohl es viele Beispiele gibt, in Amerika, in der UN usw., wo die Stimmen nach Territorien oder nach Ländern verteilt sind. Wenn das der Grund sein soll, daß die Christlich-Soziale Union nicht arbeitsfähig ist, dann wird das geändert und Schwaben und Augsburg leiht dazu seine Unterstützung.
Dann möchte ich noch eine weitere Möglichkeit andeuten. Ich habe, obwohl ich noch nicht zu der älteren Generation gehöre, ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Fischer*, ich bitte zu konzentrieren!

Fischer Josef: mehrmals die Vorbereitungen zu den Präsidentschaftswahlen in Amerika aus der Ferne mitgemacht. Ich habe gesehen, daß die Vorbereitungen schon Jahre vorher angelaufen sind, daß sie parteipolitisch mit aller Schärfe, menschlich aber mit großer Fairneß geführt werden.
Und wenn nun eine geradezu scharfe Opposition in unseren Reihen vorhanden sein sollte, ich möchte nicht den Zeitpunkt erleben, so sehr ich mich nach der arbeitsfähigen Union sehne, daß wir ein einförmiger Haufen wären, sondern es sollen hier tatsächlich verschiedene Meinungsbildungen und Auffassungen zum Segen unseres Volkes zum Ausdruck kommen. Es muß schon etwas in der CSU wirksam sein, aber ich möchte doch wünschen, daß wir auch diese Spielregeln anwenden.
Wenn man mit der jetzt herausgestellten Spitze nicht einverstanden ist und man will niemand anders an den Platz hinsetzen, dann weiß ich nicht, was das andere bedeuten soll.

(Sehr richtig!)

Wir müssen hier schon einmal grundlegend vorgehen. Es ist kein Verbrechen, auch keine Schande und auch nicht unerhört, wenn eine Gruppe aus uns hervortritt und sagt: Wir sind mit der Führung nicht einverstanden, wir wollen das anders haben, wir wollen, daß *der* fällt. Dann soll sich der andere in den nächsten ein- oder eineinhalb Jahren herausstellen, soll durch seine eigene Leistung zeigen, daß er führen kann, und dann bestimmt die nächste Landesversammlung, wer diesen Platz einnimmt. Das ist ein ganz sauberes und klares Verfahren. Und während dieser Zeit werden wir dafür Sorge tragen, wenigstens werde ich die ganze Kraft meines von mir vertretenen Bezirksverbandes einsetzen, daß einer gewissen Minderheit Gerechtigkeit wird.
Nun bitte ich Sie, meine Freunde, zu bedenken: Wenn wir ins Land hinausgehen, haben wir sehr viele Schwierigkeiten, die uns entgegentreten werden. Seien wir davon überzeugt, daß wir mit all dem, was wir heute bestens fertigbringen können, die Schwierigkeiten nicht beheben können. Die Bayernpartei wird scharf angefaßt werden müssen.

(Sehr richtig!)

Wir werden sie aber nicht mit Satzungsänderungen und auch nicht dadurch bekämpfen, daß wir einig sind, sondern

(Zuruf: Schluß!)

diese Partei muß durch das Wegräumen der Voraussetzungen, d.h. durch das Zufriedenstellen der unzufriedenen Menschen, wenigstens durch die Inanspruchnahme und die Ausschöpfung aller Möglichkeiten, die auf diesem Gebiet liegen, erledigt werden. Das ist aber das, was wir heute noch nicht fertiggebracht haben.
Es ist unverständlich, daß es immer noch Menschen gibt, die glauben, daß wir keine junge und neue Partei sind. Denn wenn wir das nicht wären, müßten wir auch nicht alle Kinderkrankheiten mitmachen. Ich bitte Sie nun aber doch, den Prozeß des Werdens einer wirklichen politischen Partei, mit der man arbeiten kann, zu beeinflussen. Denn im Herzen unserer Mitglieder und Wähler ist dieser Prozeß längst abgeschlossen. Mit der ersten Willensbildung, mit der sie uns ihr Vertrauen gegeben haben, war für sie die Partei sozusagen fix und fertig. Nun erwarten sie von dem Gebilde, daß auch ihr Vertrauen erfüllt wird. Es ist im wesentlichen eine Vertrauensfrage, die wir gegenüber unseren Mitgliedern und Wählern erfüllen müssen. Und da bitte ich schon, daß diejenigen, die sich zur Opposition zählen, alles tun, um ihr Recht zu bekommen,

aber nicht das Vertrauen zwischen der Christlich-Sozialen Union und den Wählern zu zerstören.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich glaube, ich darf hier nochmals an jeden Redner den Appell richten, sich auf höchstens fünf Minuten zu konzentrieren.

(Zuruf: *Fischer* hat für zwei Bezirksverbände gesprochen!)

Ich habe *Fischer* das Wort nicht abgeschnitten, weil unsere schwäbischen Freunde gestern so brav waren, daß sie sich kaum an der Diskussion beteiligt haben, so daß ich um Verständnis bitte, wenn *Fischer* eine so lange Redemöglichkeit gehabt hat.
Ich darf Niederbayern bitten zu sprechen. Wer spricht für Niederbayern?
Donderer (Niederbayern): Verehrte Frauen und Herren! Wenn der Herr Vorredner die Zeit überschritten hat, so wollen wir das gutmachen. Niederbayern hat in einer Bezirksversammlung am Freitag zu der ganzen Angelegenheit Stellung genommen und in einer Entschließung niedergelegt, wie es sich dazu stellt. Im übrigen kann ich voll und ganz das unterschreiben, was Ihnen der Vorredner aus Augsburg vorgetragen hat.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf vielleicht die Entschließung von Niederbayern verlesen lassen.
Fischer Josef: Noch eine kleine Erklärung! Ich habe mit lauter Drängen den Schluß vergessen. Der Schluß ist, daß von der Erklärung, die der Bezirksvertreter von Oberbayern abgibt, selbstverständlich erwartet werden muß, daß zugegeben wird, daß über das Ziel hinausgeschossen wurde, daß er sich auf den Boden der Satzungen stellt, die gültig sind, und daß wir von da aus weiterarbeiten können, um eine neue Willensbildung zu ermöglichen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zu einer Erklärung eine Erklärung!
Dr. *Fink* (Augsburg): Darf ich zu der Erklärung von *Fischer* sagen: Ich war überrascht, daß Parteifreund *Fischer* als Bezirksvorsitzender von Schwaben und Augsburg eine Erklärung abgegeben hat, zu der [er] zumindest nicht autorisiert war.
Fischer Josef: Ich werde sie vertreten.
Dr. *Fink*: Sie können es vertreten. Ich möchte keine Schärfe hineinbringen. Es ist richtig, wenn man im Zuge einer Diskussion zu anderen Erkenntnissen kommt. Ich decke mich mit Ihrer Auffassung mit der Voraussetzung, die im Nachsatz gebracht worden ist, denn die Vorstandschaft Augsburg hat einstimmig beschlossen:

> Der Bezirksvorsitzende wird beauftragt, Herrn Staatsrat *Schäffer* mitzuteilen, daß er das Vorgehen des Bezirksverbandes Oberbayern schärfstens mißbilligt. Der Bezirksverband Augsburg ist nicht gewillt, Herrn Staatsrat *Schäffer* bei diesen Bestrebungen zu unterstützen.

Das ist der einstimmige Beschluß der Vorstandschaft von Augsburg. Wenn sich in der Diskussion andere Gesichtspunkte ergeben, die ich durchaus würdige, so erkenne ich das an und stimme in dieser Frage auch mit *Fischer* überein. Aber wesentlich an der Erklärung des Bezirksvorsitzenden von Augsburg und Schwaben ist hier die Tatsache, daß wir es nur tun können, wenn die entsprechende Erklärung des Staatsrats *Schäffer*, daß er sich der Satzung unterstellt, abgegeben wird. Diese Erklärung halte ich für angebracht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es sind offenkundig in Schwaben bestimmte kleine Dissonanzen aufgetreten, die ich am liebsten hier bereinigt sehen möchte. Infolgedessen

will ich *Rathgeb* für zwei Sätze das Wort geben. Wir wollen sehen, daß innerhalb der Bezirksverbände die Ordnung aufrechterhalten wird.
Rathgeb: Nachdem Schwaben den ganzen Tag geschwiegen hat, möchte ich etwas sagen, allerdings nur ganz kurz. Gestern ist verschiedentlich davon gesprochen worden, daß die Bayernpartei eine wesensverwandte Partei sei. Das möchte ich als Schwabe energisch bestreiten.

(Sehr richtig!)

Ich möchte die Union ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß das Programm der Schwabenpartei [sic!] und zugleich die Aktion *Schäffer* in Bayern mehr oder weniger einen Staatsnotstand hervorgerufen hat. Wenn in Bayern bajuwarische Methoden angewandt werden, dann wird der Bayerische Staat auseinanderbrechen.

(Jawohl!)

Ich bin nicht der Ansicht, daß dies geschehen soll. Ich möchte die herrlichen Ausführungen, die Dr. *Müller* und unser Kultusminister Dr. *Hundhammer* gestern über unser Bayernland gemacht haben, aufs wärmste unterstützen. Ich möchte dazu bemerken, daß Bayern als Staat gerade von unserem Standpunkt der Christlich-Sozialen Union aus erhalten werden muß. Rechnen wir uns aus: Wenn die Bayernpartei stark werden sollte, wenn die Union auseinanderfallen sollte, dann ist es aus mit einer christlichen Politik in Bayern,

(Sehr richtig!)

dann ist es aus mit einer aktiven christlichen Politik in Deutschland. Und wer hat es verschuldet? Fragen wir uns das einmal! Verschuldet hat es unser ehemaliger Parteifreund Dr. *Baumgartner* und unser Parteifreund Dr. *Schäffer*.

(Zuruf: Letzterer nicht!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
- Ich möchte hier aber ausdrücklich bestätigen, daß Staatsrat *Schäffer* 1933 in Würzburg nicht von einer Mainlinie, sondern von einer Mainbrücke gesprochen hat. Ich war damals junger Redakteur dort. Möge er auch heute die Kritik, die hier geboten wird, dazu benützen, daß er zurückfindet zur Union und mit uns dafür arbeitet, daß die Union das bleibt, [als] was sie für Bayern gedacht ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf die Entschließung Niederbayern verlesen lassen.
Dr. *Schedl*:

> Willenskundgebung. Die zwischen dem Bezirksverband Oberbayern und der Landesleitung der Union aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten sind geeignet, die Einheit der Union ernstlich zu gefährden und dadurch die Arbeit der Partei, die einzig und allein dem Wohle des Volkes zu dienen hat, zu lähmen. Die Bezirksversammlung Niederbayern verlangt, daß ein Zwist innerhalb der Union unter allen Umständen verhindert wird. Sie verlangt, daß in kürzester Frist eine Aussprache über die strittigen Punkte stattfindet und daß das Ergebnis dieser Aussprache dem satzungsgemäßen Parteigremium raschest zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf als nächstem Redner dem Sprecher der Oberpfalz, Parteifreund *Gamperl*, das Wort erteilen.
Dr. *Gamperl* (Oberpfalz): Meine lieben Parteifreunde! Seit über zwei Jahren schleicht sich durch unsere Partei eine Unstimmigkeit hindurch, die für uns von größtem Scha-

den war und bis heute ist. Nachdem gestern schon soviel gesprochen wurde, können wir uns heute ganz kurz fassen. Die, sagen wir einmal, temperamentvollen Entschlüsse des Bezirksverbandes Oberbayern haben uns in die schwierige Lage gebracht, daß hier in unserer Mitte Oberbayern mitberät und mitbeschließt, obwohl es sich ausdrücklich bereits außerhalb der Union gestellt hat. Es steht fest, daß man die Satzungen dort nicht mehr anerkennt. Bis heute, bis zur Stunde ist kein Widerruf dieses Beschlusses und insbesondere der Ziffer 2 erfolgt. Wenn hier die Union nicht stark bleibt, dann wird sie nach innen und außen eine lächerliche Figur sein.
Es geht nicht an, daß ein Teil der Union sich selbst Gesetze macht. Die Gesetze sind allgemein beschlossen, anerkannt und gültig - ich denke an die Statuten - und müssen deswegen auch überall durchgeführt werden. Wir wissen es wohl, warum man in Oberbayern und München plötzlich einen so panischen Schrecken bekommen hat.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
- Es ist die Bayernpartei.

(*Krehle*: Wir Münchner haben keinen Schrecken bekommen!)

Aber wissen Sie auch, wodurch man die Bayernpartei herangezüchtet hat? Zwei Jahre lang hat man ununterbrochen gegen die eigenen Reihen geschossen.

(Sehr richtig!)

Zwei Jahre lang hat man die Union in den eigenen Reihen schlecht gemacht.

(*Haußleiter*: Gestapo-Protokolle!)

Zwei Jahre hat man ununterbrochen vorgesagt: Die Vorstandschaft und die Führung der Union taugt nichts, sie verrät Bayern. Da ist es kein Wunder, wenn in Oberbayern und München die Kreise andere Wege suchen,

(Zuruf: Unverschämtheit!)

weil man sie dauernd darüber benachrichtigt hat, daß in Bayern kein bayerischer Kurs gesteuert wird.

(*Krehle*: Kollege *Gamperl*, kennen Sie die Münchner Entschließung?)

Zwei Jahre geht das durch unsere Reihen. Ich bin seit dieser Zeit bei der Partei. Aber was folgt daraus? Gehen wir diesen Kurs weiter, dann kommen die gleichen Gefahren auch für den Norden von Bayern.

(Sehr richtig!)

Bisher ist es uns gelungen, in der Oberpfalz, in Oberfranken, in Mittelfranken, in Unterfranken, zum großen Teil in Schwaben diese furchtbaren Kämpfe innerhalb der eigenen Reihen hintanzuhalten. Wir sind nicht willens, durch ein Nachgeben gegenüber den Oberbayern uns in die gleiche Situation hineinmanövrieren zu lassen.

(Zustimmung und Beifall.)

Es ist nun an der Zeit, meine Damen und Herren, daß Herr *Fritz Schäffer* endlich das Wort spricht, das wir brauchen, daß er nämlich zur Union gehört und daß er bereit ist, die Satzungen der Union anzuerkennen. Solange das nicht geschehen ist, so lange können wir keine Brücke bauen, wenn wir uns nicht als Mehrheit unter die Minderheit beugen wollen.

(Erneute Zustimmung.)

Wir haben ein Beispiel erlebt. Es war der Staatsminister Dr. *Hundhammer*, der gestern ausdrücklich einen so versöhnenden Ton angeschlagen hat. Wir haben heute die

Erklärung von Dr. *Pfeiffer* gehört, der wahrscheinlich nicht leichten Herzens das Gestrige eingerenkt hat.
Nun frage ich Herrn Staatsrat *Schäffer*: Sind Sie nicht in der Lage, den gleichen Weg zu gehen, anzuerkennen, daß das bisherige falsch war? Gehen Sie diesen Weg, wenn Ihnen die Union am Herzen liegt, und die Brücke ist gebaut. An Ihnen liegt es, die Brücke zu bauen und zu gehen. Man wirft uns ständig vor, die Oberbayern kämen nicht richtig zum Zuge. Wissen Sie auch, daß die Wähler in der Union von Oberbayern etwa 20% ausmachen, daß die Bevölkerung 23% in Bayern beträgt und daß ca. 30% dem Fraktionsausschuß angehören, 27% der Stimmen sind in der Landesversammlung und 40% im Landesausschuß, ca. 60% sind in der Landesvorstandschaft.

(Widerspruch.)

Ich denke, man kann nicht sagen, daß die Oberbayern oder Münchner dauernd ins Hintertreffen kommen. Aber selbst wenn das der Fall ist, steht ihnen jederzeit zu, satzungsgemäß um dieses Recht zu kämpfen. Dieses Recht haben wir noch nie jemand bestritten. Aber wir dulden nicht, daß ein Bezirksverband für sich eigene Gesetze macht, sonst machen wir sie für uns auch, und wenn es nicht anders geht, sind wir in der Union gezwungen, über diesen Beschluß von Oberbayern zur Tagesordnung überzugehen und das zu tun, was notwendig ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Mittelfranken! Wer spricht für Mittelfranken? Parteifreund *Mayr*?
Karl Sigmund Mayr-Fürth (Mittelfranken): Verehrte Parteifreunde, meine Damen und Herren, es fällt mir ungewöhnlich schwer, hier zu sprechen. Ich wollte gestern nacht noch mit dem Zug wegfahren, so innerlich verletzt fühlte ich mich, ebenso wie andere, über das, was man hier erleben muß.
Als der Vorstoß des Herrn Staatsrats *Schäffer* uns durch Presse und Rundfunk bekannt wurde, waren wir mit Bestürzung erfüllt. Wir sagten uns: Wie ist so etwas möglich? Es gibt doch um unsere oberbayerischen Freunde herum auch verantwortliche Parteifreunde, die irgendwelche vorbeugenden Maßnahmen hätten treffen können, um diesen klaren, um diesen furchtbar parteischädigenden Angriff niederzuhalten. Warum ist das nicht geschehen? Liebe Freunde, man kann auch durch ein Stillschweigen, durch ein Versäumnis Fehler machen. Und setzt man Fehler gleich Schuld, so gibt es auch hier Mitschuldige für das, was geschehen ist.
Ich mache gar nicht allein die Person des Herrn Staatsrats *Schäffer* verantwortlich, sondern auch all die Personen, die um ihn herumstehen, vor allem auch denjenigen, der ihn gerufen hat. Denn der, der ihn gerufen hat, hat ihm wahrscheinlich die Richtung gezeigt.

(Sehr richtig!)

Liebe Freunde, wir fragen uns in Mittelfranken, und gerade in Mittelfranken, wo der Unionsgedanke in der fairsten und aufrichtigsten Weise durchlebt wird, wie das alles möglich ist. Wir haben uns gefragt - und verzeihen Sie mir, daß ich als jüngster Vorsitzender eines Bezirkes es sage: Haben unsere Parteifreunde Ihre Arbeit auch auf dem Gebet aufgebaut, aus der Demut, zu der wir Christen verpflichtet sind?

(Lebhafter Beifall.)

Wir haben Parteifreunde, zu denen wir mit größter Verehrung aufsehen. Ich denke an unseren Herrn Ministerpräsidenten Dr. *Ehard*. Er hat sich in Franken ein derartiges Ansehen geschaffen, wie vielleicht seit vielen, vielen Jahren kein Politiker mehr. Herr

Ministerpräsident, ich frage Sie, erlauben Sie das einem jungen Politiker: Warum haben Sie das soweit kommen lassen? Die Frage hätte ich auch an andere zu richten, aber ich muß sie an ihn stellen. Sie sind uns der Mann, dem immer wieder unsere größte Verehrung gezeigt und geschenkt wird.

(Bravo!)

Liebe Freunde, wie ist es in Mittelfranken? Ein Teil sagt: Lieber *Mayr*, wir wollen verhandeln, wir wollen die Union nicht auseinanderfallen lassen. Denn wir wissen, daß auch da Fehler gemacht werden, Fehler in der Organisation. Manche Klagen des Herrn Staatsministers *Pfeiffer* sind berechtigt. Ich muß das auch bestätigen. Es ist also nicht so, daß die Kritik nicht berechtigt sei. Aber das Vorgehen als solches können wir nicht billigen,

(Sehr gut!)

das können wir nicht für gut heißen. Dieser Weg hätte anders gegangen werden müssen, die Grundeinstellung des Herrn Staatsrats *Schäffer* muß eine andere sein.

(Sehr richtig!)

Der größere Teil unserer Mitglieder sagt aber: Wir sind des unchristlichen Streitens in der Christlich-Sozialen Union müde. Schaffen Sie nicht sehr rasch klare Verhältnisse, dann zerfällt die Union da, wo sie im Kampfe steht, da, wo sie von der Sozialdemokratie erdrückt wird, da, wo eine Bezirksregierung steht, die uns überhaupt nicht zum Zuge kommen läßt, eine Regierung, gegen die wir verzweifelt kämpfen,

(Lebhafter Beifall.)

eine Mittelbehörde, die uns so drückt. Und wir bekommen in unserem Kampf gegen diese Mittelbehörde kaum eine Unterstützung, weder von der Landesgeschäftsführung noch von der Parteileitung noch von unseren Parteifreunden, die in der Regierung sitzen,

(Zuruf: Noch vom Innenministerium!)

überhaupt von niemandem.

(Zuruf: Vollkommen allein!)

Liebe Freunde, in Mittelfranken stehen heute Leute, die, wenn Sie nicht bald klare Verhältnisse schaffen, des Kampfes müde sind. Sie können nicht mehr. Und wenn dann von Zerfallserscheinungen gesprochen worden ist, so ist das wahr. Diese Zersetzungserscheinung wird sich von München ausbreiten und wird [ihren] schlimmsten und ernstesten Niederschlag in den Industriegebieten Mittelfrankens finden.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf auch dazu sagen: Ich bitte, immer beim Thema zu bleiben. Die Frage Regierung Mittelfranken ist eine Frage, die ernsthaft diskutiert werden könnte. Es ist aber nicht zweckmäßig, es im Rahmen dieser Diskussion zu tun - sonst müßte ich eine Erklärung abgeben und erst recht den Innenminister veranlassen, ein Erklärung abzugeben. Das können wir unter allen Umständen bei nächster Gelegenheit tun. Alle diese Dinge will ich möglichst bald vor eine neue Landesausschußsitzung bringen. Heute muß das draußen bleiben, sonst kommt die Klärung nicht zustande.

Ich darf Parteifreund *Euerl* bitten, für Nürnberg/Fürth zu sprechen.

Euerl (Nürnberg/Fürth): Liebe Parteifreunde, ich glaube, alle, die wir hier im Saale sind, haben an der Christlich-Sozialen Union mitgebaut und sie mitgegründet. Denn

während in München über die Gründung der Christlich-Sozialen Union verhandelt worden ist, sind wir in Nürnberg beisammengesessen und haben uns mit Oberfranken verbündet und haben die Fragen über die Bildung der Christlich-Sozialen Union besprochen und gelöst. Es kann also keiner von uns beanspruchen, daß gerade er das meiste für die Union getan hat und sie ihm besonders ans Herz gewachsen ist. Sie ist unser aller Kind, und wir sind alle in die Union hineingewachsen und hineingeboren, und aller Schmerz ist es, wenn die Union irgendwie Schaden leiden würde.
Eines aber müssen wir feststellen: Wir sind in die Union von beiden Seiten mit dem Standpunkt der Gleichberechtigung und der gleichen Geltung hineingegangen. Es ist niemals die Rede davon gewesen, daß man darnach fragen soll und fragen will: Sind hier mehr Mitglieder oder dort, sondern man hat die Schwierigkeiten gesehen, die aus der sonderbaren Struktur entstehen und aus ihr erwachsen. Und wenn nun der Bezirksverband Oberbayern sich mit seinen Mindestforderungen an die Öffentlichkeit und an die Union gewendet hat, dann müssen wir aus unserem christlichen Gewissen und aus unserer Verantwortung heraus sagen: Wir lassen uns mit solchen Forderungen nicht erpressen.

(Sehr richtig!)

Denn nichts anderes ist es als eine Erpressung, wenn ich vor die Union hintrete und verlange, daß meine Forderungen von vorneherein ohne jede Verhandlung erfüllt werden müssen.
Meine lieben Parteifreunde, ich habe im vorigen Jahr in Eichstätt das Wort gesagt: Macht es uns jungen Politikern nicht so schwer, in der Politik zu bleiben. Wir müssen hinter jedes Wort, das ein Teil unserer Parteifreunde sagt, ein Fragezeichen setzen und können es nicht mehr als ein ehrliches Manneswort anerkennen.

(Hört, hört!)

Das ist etwas, meine lieben Parteifreunde, was uns innerlich tief schmerzt und erschüttert. Wenn wir innerhalb der Union uns nicht mehr vertrauen können, dann kann unsere Arbeit auch nicht zum Erfolg und nicht zum Segen führen.
Meine verehrten Parteifreunde! Wenn wir genau wüßten, daß es bei der Forderung um einige Sitze und um einige Stimmen mehr oder weniger sein Bewenden hätte, dann würden wir ohne weiteres sagen: Gut, habt diese Stimmen.

(Sehr richtig!)

Aber wir wissen nicht, was hinter dieser Forderung steht, ob nicht eines Tages aus dieser Situation, die geschaffen worden ist, eine Kraftprobe kommt, die die Union nicht vertragen kann.

(Erneute Zustimmung.)

Und da, mein lieben Freunde, machen wir unter keinen Umständen mit.
Es wird heute davon gesprochen: Einigkeit um jeden Preis. Meine lieben Freunde, nein, nicht Einigkeit um jeden Preis, sondern Einigkeit um der Wahrheit und des Rechtes willen. Als wir in Marktredwitz geflickt hatten, da bin ich heimgegangen mit einem schlechten Gewissen und habe mir gesagt: Die Flickerei hält nicht, und es hat gestimmt. Wenn wir heute wieder flicken, sind wir in vier Wochen wieder soweit wie heute. Darum, wenn wir heute beisammen sind und nach dem Grund und der Wahrheit suchen wollen, wollen wir es restlos machen. Dann wollen wir dieses Mal vor unsere Mitglieder hintreten und ihnen sagen können: Nun ist die Union entweder einig

oder sie ist zerbrochen. Aber dann trifft die Schuld diejenigen, die immer wieder die Gutmütigkeit und das Vertrauen der anderen ausgenützt haben.

(Sehr richtig!)

Meine lieben Parteifreunde, wenn ich nun vielleicht mit als jüngster Politiker zu Ihnen spreche, dann tue ich es aus einem Herzen voll innerer Sorge und voll innerer Wehmut. Wir haben unsere Freunde in den fränkischen Gebieten gebeten und haben sie fast gezwungen, sie sollen uns ihr Vertrauen in der Union schenken. Wir wollen vor unseren Freunden nicht als Lügner und Verführer stehen,

(Sehr richtig!)

sondern als Männer der Union, die aus der Politik mit einem guten und reinen Gewissen hervorgehen.
Und so möchte ich an den Herrn Staatsrat *Schäffer* drei Bitten stellen:

1. Erklären Sie uns, daß Sie auf den Boden der Satzung zurückkehren wollen,
2. daß Sie es mit Ihrer Mitarbeit ehrlich meinen, und
3. daß Sie sich auf die Beschlüsse von Marktredwitz stellen und nur auf ehrlichem und geradem Weg versuchen

(Widerspruch von Dr. *Hundhammer*.)

eine Änderung der Satzung durchzuführen.

Dr. *Pieterek* (Unterfranken): Auch Unterfranken hat sich in langen Kämpfen immer wieder zur Politik des gesunden Menschenverstandes bekannt und darnach gehandelt. In der ganzen Entwicklungsgeschichte der Union haben unsere Vertreter mit wohl dem weitesten Weg und damit den größten Bemühungen es auf sich genommen, ehrlich dazu beizutragen, daß die Meinungsbildung in der Union auf demokratischem Wege durchgeführt wird. Die Zeit drängt mich, nur ganz kurz und sachlich auf die Mitunterschrift zu dem bereits vorgelegten Antrag hinzuweisen. Die Dinge sind für uns ganz klar. Wenn Herr Staatsrat *Schäffer* meinte, eine besondere Lautstärke einschalten zu müssen, um sich für seinen Verband Gehör verschaffen zu können, so sind wir gern bereit, davon Kenntnis zu nehmen. Wir sind aber auf der anderen Seite ebenso entschlossen, eine echte Klärung herbeizuführen. Unter echter Klärung verstehe ich nicht die Kämpfe, die wir seit zwei Jahren um Dinge führen, von denen wir genau wissen, daß noch irgend etwas im Hintergrund steht oder stehen könnte, sondern wir meinen, daß heute alles sehr klar gesagt ist und wir auch bereit sind, wieder an dieser Willensbildung teilzunehmen und daß wir in Unterfranken uns auf demokratischer Grundlage dorthin stellen bzw. unsere Politik so betreiben, wie sie dem Geiste der Union aufgrund der Mehrheitsbildung entspricht.
Es geht uns darum, daß wir nicht von hier weggehen und ein unbestimmtes Gefühl haben, wie es mein Vorredner aus Marktredwitz gehabt haben will. Wir glaubten wirklich, in Marktredwitz eine echte Einigung herbeigeführt zu haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Euerl* hat von Eichstätt, nicht von Marktredwitz gesprochen.
Pieterek: Er sprach von Marktredwitz. - Leider haben wir uns darin getäuscht. Wir wollen aber heute nicht mehr getäuscht werden!

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bevor die letzten zwei Redner das Wort bekommen, darf ich vielleicht bitten, draußen darauf aufmerksam zu machen, daß nach dem letzten

Redner, Parteifreund *Schäffer*, die Entscheidung fallen wird, so daß alle zurückkehren möchten.
Es hat sich noch Parteifreund *Prechtl* zu Wort gemeldet. Aber ich bitte es hier sagen zu dürfen, ich kann nicht davon abweichen, daß jetzt nur noch die Bezirksvertreter sprechen und dann die Entscheidung fällt; sonst dauert die Debatte bis morgen, und wir weichen der Entscheidung aus. Es spricht jetzt noch Parteifreund *Barth* für Oberfranken.
Dr. *Barth*: Meine lieben Freunde, ich habe gestern die Rede des Herrn Staatsrats *Schäffer* mit einer tiefen Bewegung angehört; denn es war die Rede eines erfahrenen Politikers und eines Mannes, der sich im letzten Abschnitt seines Lebens weiß. Ich habe sie mit dem Respekt angehört, der einem jüngeren Menschen und Politiker zusteht. Aber darüber konnte ich eines nicht vergessen, daß nämlich 1945, solange der Herr Staatsrat noch regieren durfte, diese Streitigkeiten um Satzungen - andere meinen, es seien wesentlichere Dinge als nur Satzungsstreitigkeiten - begannen, daß sie nach seinem erzwungenen Abgang in der Union nicht erloschen und daß sie nun heute durch den Beschluß des Bezirksverbandes Oberbayern mit einer Wucht vorgetragen wurden, die beinahe einmalig ist, besonders angesichts der Tatsache, daß dieser Angriff, dieser Vorstoß sechs Wochen vor der Wahl kam. Diese sechs Wochen würden die Gelegenheit geben, sich über wirklich wesentliche Dinge zu unterhalten, nämlich über das, was wir hören, die wir Tag für Tag draußen stehen und zu denen die Leute kommen und sagen: Was habt Ihr von der Union denn geleistet? Die wir uns mit den Angriffen täglich auseinandersetzen müssen, wie sie es ja beispielsweise an dem Streiktage in Bemerkungen über die unfähige Regierung usw. gehört haben. Da kommt dieser Vorstoß.
Das erinnert mich als Historiker - Kriege sind immer besonders geeignet, hellsichtig zu machen - an eine Situation, die England nach der französischen Revolution erlebt hat, als breite Bürgermassen verlangten, politische Rechte zu bekommen. Das englische Volk war damals reif genug, in dieser Krisis der napoleonischen Auseinandersetzung zu sagen: Wahlrecht hin und Wahlrecht her; jetzt geht es um wesentliche Dinge! Wären wir in dem bescheideneren innerpolitischen Rahmen, um den es bei uns und hier in Bayern geht, nicht verpflichtet gewesen mit einer ähnlichen politischen Reife zu überlegen und zu handeln? Die Frage stellen, heißt sie beantworten.
Welches wären denn die wesentlichen Punkte gewesen, über die man eigentlich hätte sprechen müssen, heute und gestern, sechs Wochen vor der Wahl? Um uns brennt es; das sind die Fragen der Siedlung, die Frage, wie wir die Flüchtlinge eingliedern können - das sind diejenigen, auf die wir neben den Arbeitern mit ihren Sorgen unsere Zukunft setzen müssen, meine Freunde -, die Frage des Reallohns und die Frage der wirtschaftlichen und politischen Eingliederung der handarbeitenden Bevölkerungsteile in ihren Betrieb und damit in das politische Gesamtleben. Darüber hätten wir sprechen müssen. Eine Parteirevolution kann mitunter sehr nützlich sein, aber es muß um wesentliche Dinge gehen. Wenn die Oberbayern gekommen wären und uns gesagt hätten: Ihr seid dem Volk schuldig geblieben, was es von euch hören will, dann hätten wir gesagt: Jawohl, ihr habt recht; wir haben geschlafen. Aber so haben wir nur gehört: Ihr habt uns um einige Delegiertensitze meinetwegen betrogen.
Wenn wir in Marktredwitz glaubten, eine endgültige Klärung mit jenem Kompromiß geschaffen zu haben, der eine Delegiertensteigerung für die mitgliederstarken Verbände zuließ - uns in Oberfranken ist es wahrhaftig übelgenommen worden, daß dieser Vorschlag von uns kam -, dann müssen wir schon sagen: Wie kommt das? Welches ist denn der tiefere Grund, der dahintersteckt?

Diese Frage lenkt die Erinnerung wieder zurück an die Zeiten unserer Anfänge, als das Volk zu uns kam, meine Freunde, voller Vertrauen, daß wir den Weg in eine neue Zukunft weisen würden. Als die Union in ihren Kreisverbänden schon überall im Entstehen begriffen war - der Kreisverband Coburg war damals schon gegründet -, da erhielt ich eine Vervielfältigung des Herrn Staatsrats *Schäffer* betreffend Parteigründung. In dieser Vervielfältigung stehen einige Sätze, die den Sinn des Vorstoßes Oberbayerns klarmachen können. Ich lese nur weniges vor; es kommt da in dem Begleitschreiben der Vorschlag:

> Wenn der Name Christlich-Soziale Union gewählt wurde, würde sich daher wohl empfehlen, als Untertitel Bayerischer Volksbund zu nehmen.

(Zurufe: Mhm!)

Was sollen wir damit in Franken machen, meine Freunde? - Am Schluß der Satz:

> daß bei der staatlichen Neuordnung unseres zerschlagenen Vaterlandes die Verwaltung der deutschen Länder grundsätzlich in den Händen der eigenen Landeskinder liegen muß.

Das ist datiert vom 30. Oktober 1945, zu einer Zeit, in der in Bayern schon Hunderttausende von Ostflüchtlingen aus der Kriegszeit saßen und als nach Bayern bereits die ununterbrochenen Züge mit den Vertriebenen rollten.
Und das lenkt die Erinnerung zurück an die Märztagung in Bamberg, als der Herr Staatsrat *Schäffer* - er hat das Wort auch gestern wieder gebraucht - von der Nationalversammlung in Bayern sprach und als er davon sprach, das Ziel müsse die volle staatliche Souveränität sein. Meine Freunde, ich bin nicht Jurist; ich brauche also einem Juristen, auch dem Herrn Staatsrat nicht auseinanderzusetzen, was seit alten Zeiten der Inhalt des Souveränitätsrechts ist: Das ius pacis. Das ius belli, das Kriegführungsrecht, haben wir sowieso nicht. Und welcher Staat der Welt wird denn mit Bayern Frieden schließen wollen? Das ist der tiefere Sinn, und da fällt es uns in Franken schwer, mitzugehen. Denn hier liegen Grenzen der politischen Auffassung; ich will nicht sagen, sie sind generationsbedingt.
Es ist eine grundsätzlich andere Linie, und sie kommt nun zum Durchbruch in jenem Vorstoß des Bezirksverbandes Oberbayern, den der Herr Staatsrat nun mit seiner Ermächtigung durchgeführt hat. Hier muß ein klarer Strich gezogen werden. Wir haben kein Verständnis für endlose und immer wieder aufgewühlte Satzungsfragen. Gerade wir oben an der Grenze werden von drüben in einer Weise infiltriert, von der man sich in München und vielleicht auch in den Kreisen der Staatsregierung nicht die Vorstellung macht, wie wir sie praktisch Tag um Tag haben.

(Sehr richtig!)

Wir haben jetzt bereits aus der Tschechei eine neue Probe in den Flüchtlingen bekommen, die nun zu uns herüberkommen.
Wenn uns Männer kommen und sagen: Schafft Grundlagen für die Not unserer Zeit; Ihr seid auf einem falschen Wege! Dann sind wir jederzeit bereit, unser Versäumnis einzusehen. Aber wenn wir gerade in unserem bedrängten Grenzwinkel einige Wochen vor der Wahl einen Stoß in den Rücken bekommen, der uns nahezu umwirft, dann müssen wir schon sagen: Entweder - oder! Werdet Politiker in dem tiefsten Sinn des Wortes, oder wir wollen unsere Wege gehen, die wir vor Gott und unserem Gewissen für notwendig halten! Denn das ist unsere feste Überzeugung in all dieser Not,

daß auch unser Volk ein Schöpfungsgedanke Gottes ist und daß wir gerade als christliche und soziale Union eine Aufgabe erfüllen müssen, die wir uns durch Satzungsstreitigkeiten nicht verdunkeln und hinauszögern lassen wollen.
Das ist das, was ich im Namen Oberfrankens zu sagen habe.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Staatsrat *Fritz Schäffer* hat das Wort.
Schäffer: Meine Damen und Herren! Ich möchte im Gegensatz zu den Herren Vorrednern nicht eine Rede halten, sondern versuchen, Ihnen in Thesen eine Erklärung abzugeben.
Erstens: Ich erinnere mich nicht, daß ich, wie der Herr Vorredner gerade gesagt hat, von einer staatlichen Souveränität gesprochen hätte.

(Dr. *Barth*: In Bamberg, sagte ich. Gestern Stichwort: Nationalversammlung!)

Ich weiß nicht; in Bamberg habe ich davon überhaupt nicht gesprochen.

(Dr. *Barth*: In Bamberg, im März 1946!)

Ich kann mich an den einzelnen Ausdruck aus dem Jahre 1946 nicht erinnern. Wer mich aber kennt, weiß, was ich unter dem Begriff des Staates Bayern verstehe: Keinen vom Reich getrennten Staat, aber den Staat, der Bayern heute ist, mit eigener Lebensmöglichkeit. Ich habe seinerzeit, im Jahre 1945 vielleicht, und zwar bevor die Satzung beschlossen war, allerdings vorgeschlagen, neben dem Wort Christlich-Soziale Union das Wort Bayerischer Volksbund als Untertitel hinzuzusetzen, nachdem dieses Wort in verschiedenen damals bereits gegründeten Kreisverbänden schon als Hauptname gewählt gewesen ist, und zwar in solchen Kreisverbänden, die sich als erste konstituiert hatten.
Ich möchte nun zweitens feststellen: Es handelt sich heute nicht um reine Satzungsfragen. Eine Satzung einer Partei ist dasselbe wie die Verfassung eines Staates: Ein Grundgesetz.

(Sehr richtig!)

Die Wirkungen dieser Verfassung und die Wirkungen der Satzung sind die Wähler. Um die einzelnen Satzungsparagraphen kümmern sie sich nicht; aber um das Leben, um das System, das sich aufgrund dieser Satzungen, dieser Verfassung einer Partei dann bildet, um diese Auswirkungen kümmern sie sich.
Ich möchte dazu nur wieder eine Feststellung treffen: Es handelt sich einmal um keinen Personenstreit. Wenn ich in meiner Rede vom 14. Februar von dem Kommando, dem ich mich nicht unterstellen kann, gesprochen habe, so ist das eine prinzipielle Frage, die von dem Namen *Müller* vollkommen getrennt ist. Ich kann in einer demokratischen Partei eine Kommandogewalt eines einzelnen grundsätzlich nicht als richtig anerkennen.

(Zuruf: Wir auch nicht!)

Ich muß in einer demokratischen Partei dahin trachten, daß der Vertreter der Partei erst spricht und Erklärungen abgibt, wenn er mit den satzungsmäßigen Organen der Partei vorher Fühlung genommen hat.
Ich stehe also auf dem Grundsatz: Ich bin zur Mitarbeit mit jedem Landesvorsitzenden bereit; ich wünsche aber und halte es für notwendig, daß die Erklärungen, die er im Namen der Partei abgibt, vorher durch das satzungsmäßige Organ der Partei, das zuständig ist, gedeckt worden sind. Das ist mein prinzipieller Grundsatz. Wenn es ein Büro gibt, das in dringlichen Angelegenheiten entscheidet, wünsche ich dieses Büro so

zusammengesetzt, daß es - wenn man den Ausdruck Flügel gebraucht - der Flügelbildung innerhalb der Partei paritätisch entspricht.

(*Haußleiter*: Dem Mehrheitswillen in der Partei!)

Es muß der Minderheitsflügel auch vertreten sein.

(Sehr gut!)

Ich bin weiterhin der Meinung, daß das Übergewicht in der Willensbildung der Partei in erster Linie auf den gewählten und auf den von den Wählern heraus geschaffenen Organen beruht. Das sind die beiden Hauptgrundsätze, die ich sozusagen für das Verfassungsleben unserer Partei garantiert haben möchte. Im einzelnen kann man dann über die Paragraphen sprechen, die nicht für das große Gremium, sondern nur für die Ausarbeitung durch einzelne Personen geeignet sind.
Drittens: Verhältnis zur Bayernpartei. Hier ist mir das Wort "wesensverwandt" übelgenommen worden.

(*Haußleiter*: Verbündet haben Sie gesagt!)

- Auch "verbündet", meinetwegen. - Ich stelle folgendes fest: Die Wählermassen, die die Bayernpartei heute hat und morgen umfassen wird, sind großenteils Männer und Frauen, die früher CSU gewählt haben.

(Zuruf: Richtig, aber nicht vor dem 14. Februar!)

- Nein, die Bayernpartei und die Bewegung der Bayernpartei hat sich schon vor dem 14. Februar gerührt. - Richtig ist das eine, daß diese Bewegung vielleicht in Südbayern zuerst aufgeflammt ist und wir diese Gefahr - Gefahr vom parteipolitischen Standpunkt aus - zuerst gesehen haben. Jeder Bezirksverband verlangt, daß seine Interessen und seine Lebensgrundlagen möglichst beachtet werden. Und die Bayernpartei ist nicht in einer Zeit entstanden, in der ich politisch tätig gewesen bin. Wenn die Unzufriedenheit, die die Grundlage für die Bayernpartei ist, entstanden ist, so ist diese Unzufriedenheit in den Jahren entstanden, in denen ich nicht politisch tätig gewesen bin.

(Gelächter.)

Das ist eine Tatsache.
Nun sage ich folgendes: Ich bin in meinem Leben nie ein reiner Parteipolitiker gewesen; und ich glaube, wir haben alle Verantwortung über die Grenzen und den Rahmen unserer Partei hinaus gegenüber dem gesamten Volke. Ich will nicht den Zustand wieder sehen, daß in der Dorfgemeinde - nehmen wir einmal ein Beispiel - die zwei Nachbarn, die im selben Lebensverhältnis stehen, sich als Feinde gegenüberstehen, wie wir das in früherer Zeit gesehen haben; ich darf daran erinnern: Bayerische Volkspartei und Bauernbund. Ich möchte einen Bruderzwist zwischen Männern und Frauen, die aus demselben Lebenskreis stammen, nach Möglichkeit vermieden haben.

(Bravo!)

Das ist der Grundsatz, nach dem ich handle. Ich glaube, daß ich, wenn ich gestern den Ausdruck Wildwasser gebraucht habe, damit nach keiner Seite eine Diffamierung ausgesprochen, sondern lediglich betont habe, daß es sich um eine vorläufig - ich möchte sagen - ohne Führung entstandene Parteigründung handelt; das Wort Bewegung will ich nicht gebrauchen.

(Zuruf: Nur durch Herrn *Hoegner* instruiert!)

- *Hoegner*; na ja, ich weiß nicht. - Und ich möchte dahin wirken, daß wir den Bruderzwist in unserer Wählerschaft nach Möglichkeit vermeiden können.

(Bravo-Rufe.)

Ich muß noch eine Feststellung machen: Als ich das Bild der Christlich-Sozialen Union vor mir hatte, habe ich dringend gewünscht, daß die alten Parteiunterschiede in der CSU verschwinden. Ich habe aus der Rede von Herrn Dr. *Eichhorn* den Eindruck, daß diese Gegensätze nicht verschwunden sind

(Sehr gut!)

und daß es sich noch gegen eine besondere Seite richtet.
Nun die Haupterklärung, die Sie wünschen! Da kann ich nur das wiederholen, was ich im Geschäftsführenden Vorstand schon ausgedrückt und was ich gestern in meiner Rede gesagt habe: Ich habe die Ermächtigung vom Bezirksverband Oberbayern zu verhandeln. Ich habe eine weitere Ermächtigung, ohne die Bezirksversammlung zu handeln, nicht. Ich habe deshalb im Geschäftsführenden Vorstand erklärt, ich will den Weg zu satzungsmäßigen Verhältnissen möglichst rasch zurückfinden. Ich habe daher den konkreten Vorschlag gemacht, es möchte, nachdem die Verhandlungen mit dem Herrn Parteivorsitzenden nicht möglich waren, möglichst rasch ein anderes satzungsmäßiges Organ - ich habe die Landesvorstandschaft vorgeschlagen - möglichst noch vor dem Landesausschuß mit mir sprechen, damit wir zu einer Verhandlungsgrundlage kommen, die dem zuständigen Gremium vorgelegt wird und die dann den Weg zum satzungsmäßigen Leben der Union eröffnet.

(Frau Dr. *Meyer-Spreckels*: Zuerst muß Oberbayern zurück in die Union!)

Es war im Geschäftsführenden Vorstand schon ein Beschluß gefaßt, daß die Landesvorstandschaft gestern vormittag um 8 Uhr eingeladen und daß über diese Gedanken dort gesprochen werden sollte. Wenn das geschehen wäre, hätten wir uns vielleicht zwei Tage erbitterter Debatte ersparen können.

(Dr. *Horlacher*: Das war kein Beschluß, das war wieder ein Schreiben!)

Dieser Beschluß, der jedenfalls von einem Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes, das mir den Brief geschrieben hatte, als Beschluß aufgefaßt worden ist, ist dann in seiner Abwesenheit aufgehoben worden. Ich stelle nur die Tatsache fest, daß, wenn diesem Beschluß entsprochen worden wäre, gestern vormittag zwischen 8 und 10 Uhr wahrscheinlich schon die Verhandlungsbasis gefunden worden wäre, die mich ermächtigt hätte, unter Umständen noch weitergehende Erklärungen abzugeben.
Ich würde dringend bitten, das, nachdem es unglückseligerweise bisher nicht dazu gekommen ist, möglichst nachzuholen. Dann ist in wenigen Tagen für Oberbayern der Weg zurück geöffnet.

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir stehen jetzt vor der Entscheidung.
Ich möchte es mir ersparen, auf die Ausführungen des Herrn Staatsrats *Schäffer* noch einzugehen. Über die Parteibildung bestanden die Zweifel. Ich habe hier ein Schreiben, das damals noch für den Bayerischen Volksbund von Staatsrat *Schäffer* hinausgegeben worden ist. Aber die alten Zeiten stehen hier nicht zur Entscheidung, sondern es steht der neue Weg in [die] Zukunft zur Entscheidung.

Wir sind uns gestern darüber klar geworden, es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß wir mit Unklarheit von hier weggehen.

(Sehr richtig!)

Wir haben gestern - das ist die Meinung, die sich nahezu bei allen anderen Bezirksverbänden gezeigt hat - festgestellt: Das Vorgehen des Bezirksverbandes Oberbayern würde, wenn es Vorbild für andere Bezirksverbände wäre, zur Selbstauflösung der Union führen.

(Sehr richtig!)

Es muß - und hier trage ich die Meinung des Vorstandes vor, der darüber entschieden hat, denn ich habe mich bei dieser Entscheidung wesentlich zurückgehalten - daran festgehalten werden, daß jedes Organ der Union nur innerhalb der von der Landesversammlung als dem entscheidenden Gremium der Union bestimmten Satzungen zu handeln hat.

(Sehr richtig!)

Ein Handeln außerhalb der Verfassung bedeutet nach normalen Begriffen eine Revolte; und die Partei ist um ihrer selbst willen gezwungen, hier eine klare Entscheidung herbeizuführen, damit in der Zukunft solche Lösungen vermieden werden.

(Sehr richtig!)

Das bedeutet nicht, daß einem einzelnen Bezirksverband hier ein Unrecht geschehen soll. Der Bezirksverband hat, wenn eine Entscheidung getroffen ist, die Möglichkeit, seinerseits dann durch Aufhebung des Beschlusses zurückzukehren. Persönliches steht völlig außerhalb.

Ich will jetzt nicht nochmals auf die Niederschrift des Bezirksverbandes Oberbayern eingehen und hier darauf hinweisen, daß die heutigen Erklärungen davon abweichen; es interessiert uns nicht. Wir haben bei der Regierungsbildung gezeigt, daß Dissonanzen persönlicher Art unter vernünftigen Leuten rasch zu überwinden sind. Staatsrat *Schäffer* ist ein vernünftiger Mann, und ich würde mich dabei auch vernünftig zeigen.

Das würde hier nicht entschieden zu werden brauchen. Dazu bräuchten wir auch kein Vermittlungsgremium, sondern zwei Männer setzen sich in einem solchen Falle zusammen. Wenn sie wollen, vereinbaren sie dann einen Abend, und dann spricht man sich aus. Das steht nicht zur Debatte. Dafür braucht man auch nicht ein einzelnes Gremium; denn ein solches Gremium würde für mich untragbar sein. Ich bin ja von Ihnen als Parteivorsitzender gewählt. Ich kann nicht erst ein Mittelgremium zwischen einen Parteifreund und mich stellen. Habe ich unrecht gehandelt, dann hat der Parteifreund das Recht, das Schiedsgericht anzurufen, und ich muß vor das Schiedsgericht gehen wie jeder andere. Habe ich nach meinem Gewissen recht gehandelt, dann kann ich mich mit ihm aussprechen, oder Sie müssen dann, wenn eine Versammlung über das Vertrauen entscheidet, über mich entscheiden. Die satzungsmäßige Möglichkeit ist ohne weiteres gegeben, ein Vertrauens- oder ein Mißtrauensvotum herbeizuführen. Alle diese Dinge stehen außerhalb der Debatte.

Es handelt sich um einen Klärungsprozeß innerhalb der Union, nämlich dafür zu sorgen, daß kein einzelnes Organ satzungswidrig, also verfassungswidrig, handeln und das Recht, das sich die Union selbst gegeben hat, brechen kann. Es handelt sich aber darüber hinaus um eine politische Entscheidung, die Staatsrat *Schäffer* mit Recht aufgezeigt hat; das ist die politische Entscheidung der klaren Grenzziehung zu anderen Par-

teien. Es gäbe nichts Gefährlicheres, als wenn die Union in sich selbst zerbröckeln würde, ohne daß sie diese Gefahr erkennt, daß sie dadurch in sich zerbröckeln würde, daß - um es konkret zu sagen - eine Bayernpartei in der Union die Politik der Bayernpartei machen würde.

(Sehr richtig!)

Es geht darüber hinaus darum: Wir machen als Föderalisten Front gegen den Zentralismus; wir machen aber eine ebenso klare Front gegen den Separatismus.

(Zustimmende Zurufe.)

Verwaschenheiten gelten nicht, das sind wir unserem Volk schuldig. Hier müßte selbst ein Interesse der Union an ihrem eigenen Bestand zurücktreten. Hier müßten Klärungen eintreten, die eine Entwicklung, wie sie vor 1933 war, verhindern würden.

(Sehr richtig!)

Herr Staatsrat *Schäffer* hat etwas die alte Zeit gestreift. Die Union ist eine neue Partei geworden; das zeigt sich immer wieder, auch bei diesen Debatten, bei dem Ringen um einen Willen, um den Gesamtwillen der Union. Aus der Vergangenheit unserer bayerischen Heimat wollen wir nur eines lernen:

(Bravo!)

Auch damals ist es vielleicht versäumt worden, klare Fronten gegen bestimmte Männer in Bayern zu ziehen, die damals eine bayerische nationalistische Politik gemacht und sie mit der nationalistischen Politik auf deutscher Ebene gekoppelt haben.
Man braucht nur die Namen *Kahr* und einige andere zu nehmen und Vorgänge *Ludendorff-Hitler* daneben zu setzen. Diese Entwicklung wird von uns aus gesehen nicht mehr ermöglicht. Je klarer wir auch in unserer jetzigen Stellungnahme sind, desto klarer wird die Politik unseres bayerischen Heimatlandes sein, desto klarer fällt auch hier eine Entscheidung für Bayern und für Deutschland.

(Zustimmung.)

Ich bitte jetzt, den Antrag nochmals zu verlesen, der gestellt wurde. Ich nehme an, daß sämtliche anderen Anträge durch diesen überholt, zumindest überlagert sind. Sie erübrigen sich, wenn dieser Antrag angenommen ist. Ich bitte, den Antrag zu verlesen.
Dr. *Schedl*:

> Der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union in Bayern stellt fest, daß ein Teil der von der Bezirksversammlung Oberbayern am 14. Februar 1948 gefaßten Beschlüsse gegen die Satzungen der Christlich-Sozialen Union in Bayern verstößt. Er verurteilt dieses Vorgehen als parteischädigend. Dadurch daß Herr Staatsrat a.D. *Schäffer* in seiner Eigenschaft als erster Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern außerdem in einem an den Zonenvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union der britischen Zone [*Konrad Adenauer*] gerichteten Brief die Legitimation des Landesvorsitzenden bestritten hat, die Christlich-Soziale Union nach außen zu vertreten, hat er namens des Bezirksverbandes Oberbayern das Ansehen der Partei und das Ansehen des Landes Bayern in einer für die politische Stellung und Bedeutung Bayerns entscheidenden Stunde schwer beeinträchtigt.
> Wer den satzungswidrigen Beschlüssen des Bezirksverbandes Oberbayern Folge leistet, hat sich damit von selber außerhalb der Christlich-Sozialen Union in Bayern gestellt.

Zur Wiederherstellung satzungsgemäßer Zustände innerhalb des Bezirksverbandes Oberbayern wird der Landesvorstand beauftragt, unverzüglich eine Erklärung der einzelnen Kreisverbände Oberbayerns bezüglich ihres Verhältnisses zur Christlich-Sozialen Union in Bayern herbeizuführen und gegebenenfalls den Bezirksverband neu zu organisieren.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir stimmen ab.
Fischer Heinz (Münchberg): Zur Geschäftsordnung! Meine lieben Parteifreunde! Der Landesvorsitzende hat wohl in sehr klaren Worten die entscheidende Stunde, die jetzt vor uns steht, geschildert. Ich stelle daher seitens der Jungen Union Frankens den Antrag, über diesen Beschluß namentlich offen abzustimmen.
Lang: Zur Geschäftsordnung! Meine Damen und Herren! Mein Antrag, den ich gestern früh eingebracht habe, ist damit nicht überholt. Ich ersuche, meinen Antrag vorzubehandeln. Denn mein Antrag geht nach meiner Auffassung weiter als dieser Antrag.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dieser Antrag ist der weitergehende Antrag. Darf ich hier die Meinung der Versammlung einholen? Ich stelle fest, daß der Antrag der Vertreter der Bezirksverbände der weitergehende Antrag ist. Wer ist gegen diese Feststellung?
Lang: Ich bitte, meinen Antrag mit Anhang zu verlesen, damit die Versammlung entscheiden kann.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Welchen Antrag?
Lang: Den ich eingebracht habe, auch schriftlich.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann bitte ich den Antrag von *Lang* zu verlesen. Ich bitte also Platz zu nehmen.
Dr. *Horlacher*: Zu dem Antrag *Lang*!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Aber nur zu dem Antrag *Lang*!
Dr. *Horlacher*: Die Annahme des Antrages *Lang* halte ich aus folgenden Gründen für unmöglich. Erstens: Zuerst muß Klarheit geschaffen werden, daß das satzungswidrige Verhalten des Bezirksverbandes Oberbayern zurückgewiesen wird. Zweitens steht es, wenn die Satzungsmäßigkeit wiederhergestellt ist, Oberbayern frei, sich in entsprechender satzungsgemäßer Weise mit Anträgen an die zuständigen Organe der Partei zu wenden und diese haben mit den Organen, die der Partei zur Verfügung stehen, das weitere zu veranlassen. So ist der satzungsgemäße Weg. Ich will der Person des Herrn Ministerpräsidenten nicht nahe treten. Er hat sich in die inneren Angelegenheiten der Partei in diesem Punkt nicht von vorneherein einzumischen.
Ministerpräsident Dr. *Ehard*: Ich habe mit keinem Wort ...
Dr. *Horlacher*: Herr Ministerpräsident, das ist ja der Antrag. Unser Verhältnis wird dadurch nicht getrübt, wie ich überhaupt nichts gegen die Regierung habe. Ich möchte haben, daß die Regierung aus diesen Dingen vollständig herausbleibt.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich möchte sehen, daß das geschieht. Aus diesen Gründen bin ich gegen den Antrag *Lang*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, den Antrag *Lang* zu verlesen.
Dr. *Schedl*: Antrag.

Der Landesausschuß wolle beschließen:
Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* soll ein aus sieben Mitgliedern bestehender Unterausschuß die Lage innerhalb der CSU klären und positive

Vorschläge für eine echte Einigung ausarbeiten. Dem Ausschuß soll niemand angehören, der selbst an der Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit beteiligt war.
Dem Ausschuß sollen angehören:
1. Ministerpräsident Dr. *Ehard*,
2. ein Vertreter des Landesvorstandes, der selbst nicht an der öffentlichen Diskussion beteiligt war,
3. ein Vertreter des Bezirksverbandes Oberbayern,
4. eine Vertreterin der Frauen,
5. ein evangelischer Vertreter aus Franken,
6. ein Vertreter aus Schwaben,
7. ein weiterer Vertreter aus Franken.

Der Ausschuß wird die an der Auseinandersetzung beteiligten Personen hören, insbesondere die Herren:
Staatsminister Dr. *Josef Müller*,
Staatsminister Dr. *Hundhammer*,
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*,
Staatsrat *Fritz Schäffer*,
Abgeordneter *August Haußleiter*,
und nach freiem Ermessen noch andere Parteifreunde.
Die zu hörenden Personen sind über die gleichen Fragen zu befragen. Als Anlage liegt ein Vorschlag zur Fragestellung bei.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich bedauere, daß *Lang* jetzt am Schlusse noch eine Geschäftsordnungsdebatte veranlaßt hat dadurch, daß dieser Antrag nochmals kam. Wenn wir diesem Antrag stattgeben würden, hätten wir die ganze gestrige Debatte, die dazu dienen sollte, in gelockerter Weise eine Klärung zu schaffen, nicht gebraucht. Wir waren uns alle darüber klar. Ich glaube, es war das Gute an der Debatte, daß der Ministerpräsident als Mitglied der Regierung außerhalb der Debatte geblieben ist.

(Zurufe: Schluß, abstimmen!)

Ich lasse infolgedessen darüber abstimmen. Ich habe vorhin schon mit der Abstimmung begonnen. Ich stelle fest: Durch die Abstimmung über den Antrag der Vertreter der Bezirksverbände ist der Antrag *Lang* überholt. Wer ist gegen diese Feststellung? 13 sind dagegen. Wer ist für die Feststellung? Ich bitte, sich zu überzeugen, daß das die weitaus überwiegende Mehrheit ist. Wer enthält sich? 14 haben sich enthalten. Ich glaube, wir brauchen diejenigen, die für die Feststellung waren, nicht zu zählen. Es war die weit überwiegende Mehrheit.
Wir kommen zur Abstimmung zu dem Antrag der Bezirksverbände.

(Dr. *Pfeiffer*: Ist dazu eine Erklärung möglich? Nur ein Satz!
- Weiterer Zuruf: Es wurde gestern erklärt, daß Oberbayern bei den Abstimmungen nicht mitwirkt. Ich habe gerade festgestellt, daß Staatsrat *Schäffer* mitgewirkt hat.)

Herr Staatsrat *Schäffer*, ich möchte absolut satzungsmäßig handeln. Satzungsmäßig ist es wohl so, damit ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß durch Ihren Beschluß die Frage zweifelhaft sein kann, ob Sie mitstimmen können oder nicht. Wollen Sie dazu vielleicht noch ganz kurz die Feststellung von gestern wiederholen oder Ihre Meinung ausdrücken?

Schäffer: Ich habe gestern die Erklärung abgegeben: Um eine Debatte über diese Frage zu vermeiden, erklärt Oberbayern, daß es sich der Stimme enthält.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, es kann allgemein anerkannt werden, daß eine Stimmenthaltung Oberbayerns nicht satzungswidrig gewertet wird. Damit ist klargestellt, daß hier die Satzungen beachtet sind. Ich lasse dann über den Antrag abstimmen. Es ist namentliche Abstimmung gewünscht worden. Da die namentliche Abstimmung auch von einem einzelnen gewünscht wird, wenn sie hier von der Jungen Union gewünscht wird, wird sie durchgeführt.

(Bravo!)

Bevor verlesen wird, bitte ich feststellen zu dürfen, daß ich glaube, im Sinne aller zu handeln, wenn ich mich als Landesvorsitzender in diesem Falle nicht an der Abstimmung beteilige. Der Herr Ministerpräsident wird wahrscheinlich eine gleiche Erklärung abgeben.

(Zustimmung von Ministerpräsident Dr. *Ehard*.)

Auch der Herr Ministerpräsident *Ehard* beteiligt sich nicht an der Abstimmung.

(Dr. *Pfeiffer*: Ich glaube, die Kabinettsmitglieder überhaupt nicht!
Dr. *Hundhammer*: Das kann jeder machen wie er will!)

Euerl: Wie wird abgestimmt?
Staatssekretär *Lacherbauer*: Mit Ja und Nein und mit Enthaltung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird mit Enthaltung, mit Ja oder Nein gestimmt. Soll der Antrag nochmals verlesen werden? Nein, es ist nicht notwendig. Dann beginnt die Abstimmung.

(Zustimmung, Zuruf.)

Die Verlesung wird nochmals gewünscht. Dann wird nochmals verlesen. Ich bitte um Ruhe. Ich bitte, dafür zu sorgen, daß alle Stimmberechtigten hereinkommen.
Dr. *Schedl* verliest den Antrag der Bezirksverbände noch einmal.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Abstimmung beginnt. Ich bitte zu verlesen, Landesvorstandschaft, Staatsregierung.

(Zuruf *Sporer*: Es wird geheim abgestimmt? Widerspruch.)

Es wird namentlich abgestimmt. Ich erkläre zu dem Einwand *Sporer*, damit keine Bedenken bestehen, ausdrücklich: Das Verlangen nach namentlicher Abstimmung ist das weitestgehende Verlangen. Infolgedessen wird ihm stattgegeben, da es von einer entsprechenden Gruppe gestellt wird.
(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.
Während der Abstimmung erklärt Staatsrat *Schäffer* auf Anfrage, daß er die Vollmachten für Oberbayern habe.
Nach Schluß der Abstimmung.) Dürfte ich bei der Wichtigkeit der Abstimmung jetzt zwei Freunde bitten, die Überprüfung vorzunehmen. Darf ich vielleicht *Rathgeb* und *Sedlmayr* bitten. Würdet Ihr so gut sein, die Überprüfung noch einmal durchzuführen?
Hagn: Zur Abstimmung! Ich habe die Befürchtung, daß Stimmen abgegeben wurden, die keiner übertragen hat. Ich möchte als Stichprobe die Übertragung der Stimme *Weinkamm* von Augsburg sehen.
Dr. *Schedl*: Meine Damen und Herren, dazu folgende Erklärung: Wer hier vorne unter den Delegierten sitzt, hat einen Delegiertenausweis.
Der Delegiertenausweis wird nur ausgehändigt gegen Nachweis der schriftlichen Stimmübertragung. Der einzige Parteifreund, der diesen meines Wissens nicht vorge-

legt hat, ist Parteifreund *Mayr*. Er hat ihn aber. Ich habe ihn von hier aus bei der Abstimmung gesehen. Ich bitte ihn, diesen Ausweis noch abzugeben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit ist das als ordentlich festgestellt. Bitte, wollen die beiden Freunde noch die Auszählung überprüfen. Sie haben alle die Stimmabgabe beobachtet. Ich bitte, hierzubleiben, bis das Resultat bekannt ist. Ich darf Parteifreund *Pfeiffer* das Wort geben zu einer kurzen Erklärung.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Für meine Person - ich glaube aber im Namen einer Reihe von Freunden zu sprechen, die in der gleichen Lage sind - habe ich zu erklären: Ich bin grundsätzlich für die baldigste Rückführung des Bezirksverbandes Oberbayern in den Rahmen der Parteisatzungen.

(Bravo!)

Der Antrag, der vorlag und der in der Form dann in der Debatte ziemlich in den Hintergrund getreten ist, enthält aber eine große Reihe von Punkten, unter denen sich einzelne befanden, denen man hätte zustimmen können, andere, denen ich unter gar keinen Umständen habe zustimmen können. Durch diese Mischung glaube ich, daß der Antrag die Situation mehr belastet als erleichtert.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Anton*, wir wollen nicht mehr in die Debatte eintreten.

(*Haußleiter*: Man muß wissen, warum man abgestimmt hat.)

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Das ist der Grund, warum ich dafür gestimmt habe, ihn abzulehnen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir wollen in keine Debatte eintreten. Die Abstimmung ist abgeschlossen, die Entscheidung ist gefallen. Ich bitte um Ruhe für technische Bekanntgaben.
Dr. *Schedl* gibt eine Aufklärung bezüglich des Quartiergeldes sowie einen Hinweis zur Erlangung von Zulassungskarten für die Heimfahrt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich darf ausdrücklich feststellen: Wir werden heute noch Wahlen vorzunehmen haben. Infolgedessen bitte ich alle Freunde hierzubleiben. Wir werden uns in der Zeit sehr kürzen müssen, damit wenigstens die zwei Hauptpunkte erledigt werden. Es ist vorgesehen, daß gerade auch mit Rücksicht auf die Wahlen, wenn es irgendwie geht, im März noch eine Landesausschußsitzung stattfindet, die sich mit anderen Themen, vor allem mit den wichtigen Arbeiten der Partei befassen muß. Wenn es irgendwie möglich ist, wird diese Sitzung gehalten werden. Aber heute muß das dringendste erledigt werden. Der Auftrag, den wir in Marktredwitz bekommen haben, muß durchgeführt, die Satzungen müssen heute beschlossen und die Wahlen müssen vorgenommen werden.
Ich bitte um Ruhe und darum, die Plätze einzunehmen. Ich gebe das Abstimmungsresultat bekannt:
An der Abstimmung waren beteiligt 109 Stimmberechtigte. Mit Ja haben gestimmt 68, mit Nein 18, 23 haben sich enthalten.
Meine lieben Freunde! Wir sind uns alle über die Bedeutung der Abstimmung im klaren. Ich bitte jetzt nur die Freunde von Oberbayern, daß sie sich auch ihrerseits völlige Klarheit über den Weg verschaffen, den wir so gehen wollen, daß wir wirklich von der Freundschaftsbasis ausgehen, die zwischen uns bestanden hat und die auch zwischen uns bleiben möge. Wir haben Verständnis für vieles. Ich bitte alle Freunde aus Oberbayern, auch Verständnis zu haben für die Notwendigkeiten der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

Damit ist auch der Punkt Politische Aussprache abgeschlossen, wenn sich kein Widerspruch erhebt.

(Dr. *Strauß*: Ich bitte ums Wort zu einer persönlichen Bemerkung!)

Zu einer persönlichen Bemerkung hat Parteifreund *Strauß* das Wort.

Dr. *Strauß*: Eine persönliche Bemerkung! Herr Staatsminister *Pfeiffer* hat gestern mit mir eine kleine persönliche Differenz gehabt. Ich habe meine Meinung anschließend gesagt. Herr Staatsminister *Pfeiffer* war so freundlich und unvoreingenommen, heute morgen die Sache beizulegen.

Ich möchte hier als Mitglied der Jungen Union vor aller Öffentlichkeit erklären, daß ich dem Staatsminister *Pfeiffer* nichts nachtrage und daß ich mich in derselben Weise wie bisher als seinen politischen Freund betrachte. Wenn er hier säße, würde ich ihm jetzt öffentlich die Hand geben. Er ist leider nicht da, deshalb kann ich es nicht tun.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Er ist einen Moment hinausgegangen.

Meine lieben Freunde, darf ich vorschlagen, jetzt den 1. Punkt der Tagesordnung zu behandeln "Satzungsänderung": Wie ich gehört habe, könnte sich die Möglichkeit ergeben, daß vorgeschlagen wird, daß zuerst die Neuwahlen durchgeführt werden. Meine lieben Freunde, es hat keinen Sinn, die Satzungsänderungen nicht zu beschließen, nachdem wir den gebundenen Auftrag haben, im Februar diese Landesausschußsitzung zu halten und hier die Satzungsänderung zu beschließen. Infolgedessen müßten zuerst die Satzungsänderung beschlossen und dann die Neuwahlen durchgeführt werden. Wir können dann nur überlegen, ob wir eventuell noch etwas auf eine weitere Landesausschußsitzung übertragen.

Bei den Satzungsänderungen darf ich auf eines hinweisen: Die Satzungen wurden von der Landesversammlung beschlossen. Wir haben in der Landesversammlung ausdrücklich festgestellt, daß noch keine Bestimmung getroffen ist, die eine qualifizierte Majorität für eine neue Satzungsänderung vorsehen würde. Ich schlage Ihnen vor, daß wir auch heute noch nicht eine solche Bestimmung in die Satzungen aufnehmen,

(Sehr richtig!)

so daß auf diese Weise die Möglichkeit besteht, daß dem Willen von Parteifreunden jederzeit in einer neuen Landesversammlung Rechnung getragen werden kann, wenn ein Abänderungswille besteht. Sie kennen die Meinungsverschiedenheiten um die Stimmberechtigung. Ich habe mich absichtlich bisher nicht damit befaßt, meinerseits Stellung zu nehmen. Ich werde aber dem Landesvorstand den Vorschlag unterbreiten, daß vielleicht diejenigen, die sich bis jetzt besonders damit befaßt haben, einmal von [der] Landesvorstandschaft zu einer Besprechung zusammengeholt werden, damit man dort einmal versucht, nach Recht und Gerechtigkeit eine Kalkulation durchzuführen, und zwar in bezug auf die satzungsmäßigen und die politischen Auswirkungen, so daß wir dann für die Zukunft eine bessere Debattegrundlage bekommen.

Ich schlage vor: Lassen Sie es heute draußen, erschweren Sie nicht die Diskussion damit, sondern behalten sie das der weiteren Klärung vor.

Darf ich fragen, ob die Parteifreunde, die im Satzungsausschuß beteiligt waren, damit einverstanden sind, daß der Landesgeschäftsführer, der auch dabei war, den Bericht erstattet und die Satzungen dann verliest?

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Zur Geschäftsordnung! Bei der Beratung über so wichtige Dinge wie es Satzungsfragen sind, würde ich es für sehr richtig halten, wenn uns die Satzungen schriftlich in die Hand gegeben würden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann bitte ich, jetzt die Satzungen auszugeben.[5]

[5] Der Text des Änderungsentwurfes findet sich im Anhang, Dok. Nr. XXII, S. 1825ff.

Staatsminister Dr. *Hundhammer*: Außerdem möchte ich hier doch geschäftsordnungsmäßig beanstanden, daß uns die Satzungen nicht vorher zugeschickt worden sind. Satzungen, über die man sprechen und entscheiden soll, sollte man nicht erst unmittelbar bei Beginn der Abstimmung in die Hand bekommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der derzeitige Landesgeschäftsführer hat dazu das Wort.
Dr. *Schedl*: Schon in Marktredwitz ist beanstandet worden, daß der Änderungsentwurf nicht rechtzeitig zugestellt worden ist. Das ist an sich vollkommen richtig. Aber ich habe mich nach Erlangen bemüht, noch in der gleichen Woche, in der wir getagt haben, den Satzungsausschuß zusammenzurufen. Ich habe Rücksprache genommen mit Herrn Minister Dr. *Pfeiffer*. Wir hatten den Termin vereinbart. Herr Dr. *Pfeiffer* rief daraufhin an, er könne zu diesem Zeitpunkt von Frankfurt nicht zurück sein, worauf ich, um ja nicht den Vertreter Oberbayerns auszuschalten, einen späteren Zeitpunkt vereinbart hatte. Unglücklicherweise war damals Länderrat, bei dem auch wieder prominente Persönlichkeiten waren. Die Sitzung mußte daher noch einmal verschoben werden. Der Satzungsausschuß konnte daher erst unmittelbar vor der Landesversammlung seine Arbeit beenden.
Wenige Tage vor der Versammlung kann man das Material nicht mehr wegschicken, weil die Gefahr besteht, daß die Post zu lange dauert.

(Dr. *Hundhammer*: Sie hätten den Entwurf ebensogut wie die Junge Union gestern verteilen können!)

Diese Entwürfe sind in Marktredwitz verteilt worden. Der Satzungsausschuß hat sich in der Zwischenzeit noch einmal getroffen. Das ist richtig. Aber ich habe gestern die Entwürfe nicht verteilt, damit zum Zeitpunkt der Beratung wirklich jeder Delegierte einen Entwurf hat, weil sonst, wie die Erfahrung zeigt, viele die Entwürfe als Notizblätter benützen, und dann zur Beratung die Entwürfe nicht mehr vorhanden sind. Aus diesem Grunde habe ich mit der Verteilung bis zur Beratung gewartet.
Butterhof: Ich bitte festzustellen, ob aus dem oben durch die Abstimmung zustande gekommenen Beschluß nicht zu folgern ist, daß die an den Beschlüssen der Bezirksversammlung Oberbayern Beteiligten, solange sie nicht eine entsprechende Erklärung abgegeben haben, hier nicht mehr mitwirken können.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Staatsrat *Schäffer* hat gestern dazu schon Stellung genommen. Ich nehme an, daß die Erklärung, daß sich Oberbayern der Stimme enthält, auch hier gilt. Ich würde bitten zu warten, welche Beschlüsse die Bezirksversammlung Oberbayern faßt und schlage dem Ausschuß vor, daß die Enthaltung des Bezirksverbandes Oberbayern zur Kenntnis genommen und daß aus dieser Haltung kein satzungswidriges Verhalten abgeleitet wird.
Haußleiter: Zur Geschäftsordnung! Wir haben beschlossen, daß diejenigen, die bei dem satzungswidrigen Beschluß von Oberbayern mitgewirkt haben, sich selber außerhalb der Union gestellt haben, d.h. sie sind de facto nicht mehr Mitglieder der Union. Das gilt für alle, die dabei mitgewirkt haben.

(Dr. *Lacherbauer*: Das ist ein Bockmist!)

Nun möchte ich vorschlagen, daß wir diese Frage nicht diskutieren, daß aber aus der Tatsache, daß wir sie jetzt nicht klären, keine Rechtsfolgen abgeleitet werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf nochmals erklären: Wir stellen ohne lange Geschäftsordnungsdebatte fest: Aus dem Verhalten Oberbayerns heute werden von keiner Seite Einwendungen gegen die Abstimmung erhoben.
Haußleiter: Auch keine Rechtsfolgen abgeleitet!

Vorsitzender [*Josef Müller*]: ... keine Einwendungen erhoben und keine Rechtsfolgen abgeleitet. Darf ich Ihre Zustimmung annehmen, und damit auch die ausdrückliche Zustimmung Oberbayerns? Das ist beschlossen.
Staatssekretär Dr. *Lacherbauer*: Nicht zu *der* Sache! Meine Damen und Herren, ich bin gewohnt, die Dinge ernst zu nehmen und ich muß leider sagen: Nachdem ich diese so schwerwiegende Urkunde erst jetzt in die Hand gedrückt bekommen habe - die Gründe, warum sie so spät gekommen ist,[6] sind plausibel, aber sie ändern nicht die Situation -, bin ich leider nicht in der Lage, an der Abstimmung über die Satzungen teilzunehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das wird zur Kenntnis genommen. Ich habe ausdrücklich erklärt: Es gibt auch nachher noch eine Gelegenheit mitzuwirken. Aber wir müssen heute unser Mandat erledigen.
Ich bitte, jetzt mit der Verlesung zu beginnen. Die Verteilung ist vorgenommen.
Haußleiter: Zur Geschäftsordnung! Ich glaube ebenfalls wie *Lacherbauer* nicht, daß wir in der Lage sind, nach einmaligem Zuhören den ganzen Komplex zu klären. Ich schlage folgendes Verfahren vor:
Allein diejenigen Satzungsänderungen [sind] zu diskutieren, die in Marktredwitz beschlossen worden sind - das sind zwei wesentliche Punkte - und die die Voraussetzung für die abzuhaltenden Neuwahlen sind. Das ist möglich, weil es die Tatbestände von Marktredwitz sind. Ich schlage weiter vor, die anderen Einzelheiten zu überweisen. Das scheint mir das richtige Verfahren. So kommen wir rasch zu klaren Ergebnissen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich folgenden Ausweg vorschlagen: Mit Rücksicht darauf, daß wir unser Mandat durchführen müssen, halten wir zwei Lesungen im Landesausschuß: Erste Lesung heute, zweite Lesung im nächsten Landesaussschuß. Bei der ersten Lesung wird nach dem Vorschlag *Haußleiter* verfahren.

(Dann ist die Wahl nicht gültig!)

Wir werden dann feststellen, daß die Wahlen auf jeden Fall aufgrund der ersten Lesung gültig sind.

(Zuruf: Das geht nicht!)

Haußleiter: Ich schlage nochmals vor, nur die Grundsatzpunkte von Marktredwitz, die dort angenommen worden sind, in ihrer endgültigen Formulierung hier zu bestätigen. Es sind zwei Punkte: Es ist die Feststellung, daß die Zahl der Vertreter für je volle 500 Mitglieder um einen Vertreter erhöht wird,
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
- es ist ferner der Beschluß, daß neben den Landesvorsitzenden zwei Stellvertreter treten. Diese beiden Punkte beschließen wir heute in ihrer endgültigen Formulierung. Die übrigen Einzelheiten überweisen wir an den nächsten Landesausschuß.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Als Mitglied des Satzungsunterausschusses stelle ich fest, daß bei der letzten Beratung der Satzungsunterausschuß nicht vollständig war. Ich schlage vor, einen permanenten Satzungsunterausschuß einzusetzen, der die Satzung noch einmal überarbeitet. Über die grundsätzlichen Fragen möchte ich wie Haußleiter abstimmen.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich stimme dem bei. Bis dahin ist auch die Frage Oberbayern geklärt, und wir können dann direkte Entscheidungen treffen.

[6] In der Vorlage: "sind".

Ich lasse über den Antrag *Haußleiter* abstimmen. Der Antrag ist bekannt. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag *Haußleiter*? Damit ist der Antrag *Haußleiter* einstimmig angenommen. Jetzt werden die wesentlichen Punkte verlesen.
Dr. *Schedl*: Der eine wesentliche Punkt betrifft den § 44.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, auf jeden Fall alle stimmberechtigten Vertreter hereinzuholen, damit die Stimmfähigkeit nicht bezweifelt werden kann.
Dr. *Schedl*: Der § 44 befaßt sich damit, daß eine Änderung in der Art der Delegierung zur Landesversammlung nach dem Beschluß von Marktredwitz vorgesehen ist. Die bisherige Fassung des entscheidenden Teiles in Buchstabe a des § 44 lautet:

> Die Landesversammlung ist das oberste politische Organ der Christlich-Sozialen Union in Bayern. Sie besteht aus:
> a) je zwei stimmberechtigten Vertretern der Kreisverbände.

Das müßte nach dem Marktredwitzer Beschluß jetzt wie folgt lauten:

> § 44 a) je zwei stimmberechtigten Vertretern eines jeden Kreisverbandes bis zu 500 Mitgliedern; für je weitere volle 500 Mitglieder entsendet jeder Kreisverband einen weiteren stimmberechtigten Vertreter, jedoch nicht mehr als insgesamt zwei zusätzliche stimmberechtigte Vertreter.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich lasse darüber abstimmen. Wer enthält sich? Eine Enthaltung. Wer ist gegen diesen Antrag? Niemand ist dagegen. Der Antrag ist bei einer Enthaltung einstimmig angenommen.
Darf ich vielleicht Parteifreund *Liedig* bitten, heraufzukommen und mitzuhelfen.
Dr. *Schedl*: Die nächste Änderung, die vom Satzungsausschuß vor den Marktredwitzer Beschlüssen vorgenommen wurde! Die Beschlüsse von Erlangen sind hier verschiedenartig ausgelegt worden. Die Beschlüsse müßten als § 54 a jetzt vorläufig eingefügt und es müßte dort festgestellt werden, daß zwei Stellvertreter des Landesvorsitzenden vom Landesausschuß zu wählen sind.
Der Antrag von Marktredwitz lautet in Punkt 1:

> An einem von der Landesversammlung gewählten Landesvorsitzenden wird festgehalten.

Das ist der bisherige § 53. In § 54 a heißt es dann jetzt:

> § 54 a) Es werden durch den Landesausschuß zwei Stellvertreter des Landesvorsitzenden gewählt.

Das wäre die Kernfrage.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich darüber abstimmen lassen? Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Dann ist dieser Paragraph in der vorgetragenen Fassung einstimmig angenommen. Hast Du Dich enthalten, *Schmid Karl*?

(*Schmid Karl*: Nein!)

Darf ich Euch fragen (zu *Liedig* gewendet): Ist sonst noch irgend etwas zu den Satzungen zu beschließen? Dann sind die bisherigen Satzungen insoweit geändert. Die endgültige Beschlußfassung wird einer der nächsten Landesausschußsitzungen vorbehalten.
Fischer Josef: Ich möchte doch noch einmal überprüfen, ob man aufgrund der jetzt gültigen Satzung auch ordnungsgemäß Kandidaten aufstellen kann.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jawohl, das ist möglich.

Darf ich den Antrag stellen:

Die bisher geltenden Satzungen werden mit den soeben beschlossenen Änderungen angenommen und in Kraft gesetzt.

(Jawohl.)

Wer enthält sich?

(*Liedig*: Vorläufig in Kraft gesetzt!)

Vorläufig in Kraft gesetzt! Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen.
Ich stelle nochmals ausdrücklich fest: Eine der nächsten Landesausschußsitzungen wird sich dann mit der endgültigen Fassung der Satzungen befassen. Ich will nicht sagen, daß es die nächste Landesausschußsitzung sein wird. Denn bei der nächsten Landesausschußsitzung möchte ich unter allen Umständen, daß wir bestimmte konkrete Probleme der Politik endgültig besprechen und durcharbeiten und uns nicht immer nur mit Satzungen befassen.

(Sehr richtig!)

Dann kommt der Punkt 2 "Neuwahlen". Ich bitte alle Stimmberechtigten, die draußen sind, hereinzuholen. Was ist zu wählen?
Dr. *Schedl*: Es sind jetzt zunächst die zwei stellvertretenden Landesvorsitzenden zu wählen. Darf ich um Wahlvorschläge bitten?
Köhler (Starnberg): Als zweiten Vorsitzenden würde ich den Herrn Dr. *Horlacher* vorschlagen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Als zweiten stellvertretenden Vorsitzenden? Es gibt keinen zweiten und dritten Vorsitzenden, sondern zwei stellvertretende Vorsitzende.
Köhler: Als einen der Stellvertreter würde ich vorschlagen Herrn Dr. *Horlacher*, und zwar aus dem Grunde, weil er das Fränkische und das Bayerische in hervorragender Weise verbindet. Weiter ist *Horlacher* ja der Mann, der in unserer Parteiarbeit immer und von Anfang an an vorderster Stelle gestanden hat, und drittens weil er das größte Verständnis bei unserer Bauernschaft hat und gerade wegen der Gefahr der Bayernpartei der geeignete Mann ist.
Frau *Meyer-Spreckels*: Ich möchte *Haußleiter* vorschlagen als Stellvertreter, ob als ersten oder zweiten weiß ich nicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es sind beide gleichberechtigt nebeneinander. Als einen der beiden gleichberechtigten, weil wir ganz selbstverständlich wegen der Parität der Konfessionen einen evangelischen Vertreter haben müssen.
Dr. *Kroll*: Meine lieben Parteifreunde! Als Vertretung für Oberfranken möchte ich mich nicht in den Vorschlag der südlichen Bezirke einmengen, für die wohl unser Freund *Michel Horlacher* vorgeschlagen wurde. Zu einem Punkt aber möchte ich etwas sagen: Wir brauchen in der Vorstandschaft Leute, die in jeder Form aktiv sind, das politische Leben wirklich gestalten und Zeit und Mühe darauf verwenden, um die Dinge durchzuführen. Ich glaube sagen zu können, daß *Haußleiter* wohl wie kein zweiter aktiv in der Union tätig ist und daß wir es ihm schuldig sind, ihm den gebührenden Platz in der Vorstandschaft jetzt auch zu erwählen.
Rathgeb: Ich möchte vorschlagen, daß unter den Stellvertretern ein Flüchtling mit gewählt wird. Wir wissen, was die Flüchtlinge in den kommenden Wahlen für uns bedeuten.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Rathgeb*, es handelt sich um die zwei Stellvertreter des Landesvorsitzenden, nicht um Vorschläge zur Landesvorstandschaft.
Rathgeb: Ja, ich verstehe. Ich stehe aber nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ein Stellvertreter des Landesvorsitzenden ein Flüchtling ist und der zweite womöglich *Haußleiter*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Vorschlag?
Rathgeb: Dr. *Rinke*.
Lang: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte *Krehle* vorschlagen. Ich glaube, die Arbeitnehmerseite, die sehr stark in der Union vertreten [ist] und eine sehr starke Wählerschaft darstellt, müßte Berücksichtigung finden durch einen Vorsitzenden, und zwar in der Person des Herrn Staatsministers *Krehle*.

(Sehr richtig!)

Schmid Karl (München): Ich wollte den gleichen Vorschlag machen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der gleiche Vorschlag! *Haußleiter* hat sich noch gemeldet.
Haußleiter: Meine lieben Freunde! Es ist vielleicht ein wenig abwegig, wenn ich mich in eine Debatte einschalte, in der ich genannt bin. Ich möchte nicht für mich selbst sprechen, sondern für einen anderen. Bedenken Sie bitte die Lage. Herr Staatsrat *Schäffer* hat sehr ernstlich vom Sturzbach der Bayernpartei gesprochen. Es gibt eine Möglichkeit, den Sturzbach aufzuhalten. Das ist der Appell an die gesunde Vernunft des bayerischen Landvolkes.
Sie kennen mich als einen Mann, der immer für unsere Arbeitnehmervertreter eingetreten ist. In der Lage, in der wir uns heute befinden, muß ich Ihnen sagen: Angesichts der Gesamtstimmverhältnisse, wie sie bestehen, müssen wir einen Bauern, einen Bauernvertreter an die exponierteste Stelle setzen, damit eine Lawine verhindert ist. Das ist der Grund, weshalb ich Sie bitte, daß Sie an unseren Parteifreund *Horlacher* als Stellvertreter denken. Es ist ein entscheidender Vorgang. Bitte, wir müssen unsere Arbeiterfreunde in der Arbeitnehmerunion voranbringen. In meinem Stimmkreis habe ich einen jungen Arbeiter als Vorsitzenden. Aber ich glaube, Parteifreund *Krehle* würde auch zustimmen: Hier ist die akute Gefahr abzufangen, da muß taktisch gehandelt werden. Parteifreund *Horlacher* muß eine gefährliche Welle in seinem Raume abfangen. Deshalb bitte ich Sie angesichts der gesamten Zusammensetzung der Wählerschaft der Union und angesichts der augenblicklichen Lage: Geben Sie unserem Parteifreund *Horlacher* Ihre Stimme.
Staatsminister *Krehle*: Meine lieben Freunde, es wäre nicht notwendig gewesen, daß jemand für mich das Wort ergreift. Es ist für mich als Mitglied der Staatsregierung unmöglich, diese Last auf mich zu nehmen.

(Sehr richtig!)

Ich bin bereit, in den Parteivorstand als Vertreter der Arbeitnehmergruppe mit hereinzugehen. Aber ich kann nicht die Belastung des Vorsitzenden auf mich nehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich meinerseits eine Erklärung abgeben: Meine lieben Freunde! Es war bisher so, daß der Landesvorsitzende das Recht hatte, seine Vertreter zu bestellen. Ich habe es immer so gehalten, daß ich es in Übereinstimmung mit dem Willen des Landesausschusses gemacht habe. Ich möchte jetzt vorschlagen, daß Sie auch ähnlich handeln, daß wir ohne große Debatte um Satzungen versuchen, eine Verständigung zu erzielen. Ich würde mich sonst nicht einmischen, wenn wir nicht im Augenblick die besondere Situation in Bayern hätten.
Ich darf hier sagen: Es gibt wenige in der Union, die sich so gut verstehen, wie sich Freund *Krehle* und ich seit der Gründung der Union und auch bei der Verwirklichung

ihres Programms verstanden haben. Und deswegen kann ich gerade in bezug auf das, was *Krehle* gesagt hat, noch eines beifügen: Ich habe mir schon einmal Gedanken darüber gemacht, daß er sehr intensiv in die Arbeit miteingebaut wird. Es wird auch die Zeit kommen, wo wir noch aktiver in der Politik werden. Denn ich werde nie und nimmer an dieser Stelle mitmachen, wenn die Entwicklung bzw. die Tendenz bestehen sollte, aus der Union etwa eine Rechtspartei, eine bürgerliche Partei oder dergleichen zu machen. Für mich ist die Union wirklich eine Union und keine Schemenpartei. Deswegen werde ich auch unter allen Umständen dafür sorgen, daß die Flüchtlinge richtig hereingeführt werden, daß sich die Arbeiter wirklich in der Union zu Hause fühlen, daß in der Union keine Trennung nach Land und Stadt eintritt.
Aber für den Augenblick hat *Haußleiter* das Richtige gesagt. Für den Augenblick ging es darum, klare Front zu beziehen, vor allem auch gegen die Bayernpartei. Die Fronten laufen vor allem durch das flache Land draußen. Nehmen Sie bitte darauf Rücksicht. Man hat oft Kombinationen vorgenommen und Betrachtungen darüber angestellt, ob *Horlacher* jetzt vielleicht etwas zu schwunghaft wieder zu mir gestoßen ist.
Man hat Betrachtungen darüber angestellt, was vielleicht dahinter sein könnte. Meine lieben Freunde, ich fühle mich verpflichtet, Ihnen in aller Offenheit und Ehrlichkeit zu sagen, welche Vereinbarung zwischen *Horlacher* und mir getroffen ist, seitdem wir wieder in aktivster Zusammenarbeit zusammengehen. Wir haben vereinbart, daß wir alles aufbieten werden, jeder nach seiner Seite, um zu verhindern, daß aus der Union etwa wieder eine Bayerische Volkspartei werden könnte, aber um auch zu verhindern, daß wieder eine Deutschnationale Partei entsteht.

(Sehr richtig!)

Ich gebe Ihnen das ganz klar bekannt, damit Sie wissen, was der wirkliche Hintergrund ist. Persönliches, sonstige Interessen spielen keine Rolle, sondern seitdem wir gesehen haben, daß da Tendenzen bestehen könnten, haben wir beschlossen, wieder zusammenzustehen und zusammenzuhelfen. Ich wäre dankbar, wenn Sie Ihrerseits das auch achten und Ihrerseits darauf Rücksicht nehmen würden, daß wir diesen Weg weitergehen. Sie können ja dann später auch weitere Erwägungen anstellen.
Darf ich damit die Debatte schließen und zur Abstimmung schreiten. Die Abstimmung wird durch geheime Wahl vorgenommen. Ich darf bitten, die Stimmzettel zu verteilen. *Krehle*, darf ich Deine Erklärung als Verzicht ansehen, so daß der Name *Krehle* wegfällt? - *Schmid* hat dazu das Wort.
Schmid Georg (Regensburg): Darf ich zur Ablehnung *Krehles* noch sagen: Gerade er würde den Kontakt mit der Arbeitnehmergruppe herstellen. Auch die Flüchtlingsgruppe könnte in der Person von *Krehle* vertreten sein.

(Staatsminister *Krehle*: Es ist unmöglich, daß einer alles macht!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird für beide Vertreter gleichzeitig abgestimmt.

(*Schmid Georg*: Dann schlage ich *Sedlmayr* vor!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde meinerseits dazu bitten, unter allen Umständen daran zu denken, daß beide Konfessionen in der Spitze vertreten sein müssen, daß also unter allen Umständen ein evangelischer Vertreter mitgewählt wird.

(*Rinke*: Beide Namen?)

Zwei Namen auf einen Zettel! Wer übertragene Stimmen hat, gibt zwei Stimmzettel bzw. soviel Stimmen ab, als er übertragen hat.

Frau Dr. *Probst*: Ich stelle den Antrag, daß jetzt nicht abgestimmt wird. Die Abstimmung soll verschoben werden, weil wir nicht mehr beschlußfähig sind.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird die Beschlußfähigkeit bezweifelt. Es sind aber, Frau *Maria Probst*, soviel Stimmen übertragen, daß die Beschlußfähigkeit feststehen dürfte. Ich bitte alle Stimmberechtigten, sich zu setzen, und die nicht Stimmberechtigten zurückzutreten. Ich bitte, dann vielleicht erst abzuzählen und nachher festzustellen, wer eine übertragene Stimme hat.
Dr. *Schedl*: 68.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Und jetzt bitte [ich] festzustellen, wer übertragenes Stimmrecht hat.
Dr. *Schedl*: Wer hat Zusatzstimmen, und zwar eine zweite Stimme? - 75. Wer hat eine dritte Stimme?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sind meine beiden Stimmen mitgezählt?

(*Haußleiter*: Sie sind mitgezählt!)

Das sind dann also rund 80. Damit ist die Beschlußfähigkeit gegeben.
Ich bitte, dann zur Abstimmung zu schreiten. Vorgeschlagen sind *Horlacher*, *Haußleiter*, Dr. *Rinke*. Ferner wurde *Sedlmayr* als Vorschlag genannt, infolgedessen muß ich ihn auch verlesen. Die Abstimmung beginnt. Ich bitte die Namen zu verlesen.
(Der Namensaufruf beginnt.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, laut zu verlesen. Es sind ja die Stimmübertragungen da; infolgedessen muß jeder Name vernehmbar vorgelesen werden.

(Dr. *Kroll*: Kann man in zwei Gruppen arbeiten?)

Dr. *Schedl*: Meine Damen und Herren, jeder, der mehrere Stimmen hat, wird so oft aufgerufen, wie er Stimmen hat. Ich bitte, jeweils einen Stimmzettel abzugeben; sonst können wir nicht durchkommen. In zehn Minuten sind wir dann durch. Es sind zwei Blocks eingeteilt, jeweils nach der Sitzordnung, die einen links und die anderen rechts.
(Die Namen werden verlesen.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, zu genehmigen, daß unsere Freunde *Karl Schmid*, *Lorenz Sedlmayr* und *Köhler* als Wahlausschuß fungieren.
Darf ich feststellen, ob alle verlesen sind? Haben alle abgestimmt? - Dann ist die Abstimmung geschlossen. Es wird ausgezählt.
Darf ich Ihnen während der Auszählung folgenden Vorschlag machen: Wir wollen die Neubestellung der Vorstandsmitglieder, nachdem wir ja jetzt am Ende der Tagung sind, bis zur nächsten Landesausschußsitzung zurückstellen.

(Zurufe: Nein!)

Gut, dann wird abgestimmt.
Dr. *Schedl*: Meine Damen und Herren, es handelt sich um folgendes: Es müssen ja erst noch die Satzungsänderungen erweisen, ob sich nicht die Vorstandschaft nach anderen Grundsätzen zusammensetzt wie heute. Wenn heute neu gewählt wird, muß das nächste Mal wieder neu gewählt werden.

(Staatsminister *Krehle*: Das steht doch fest! Der Ministerpräsident, der Landtagspräsident, der Fraktionsvorsitzende und die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften treten automatisch zum Vorstand; dann sind, glaube ich, noch fünf Vorschläge zu machen.)

Wir müssen nach den alten Satzungen neu wählen und das nächste Mal nach den neuen Satzungen wieder wählen.

Frau Dr. *Probst*: Meine Herren, ich bin generell der Meinung, daß wir die gesamten Wahlen aus Gründen der Fairneß zurückstellen. Ich habe auch Bedenken, diese beiden Stellvertreter jetzt hier zu wählen. Wir sind nicht mehr vollzählig.

(Zuruf: Warum denn?)

Wir wollen die Frage Oberbayern erst geklärt sehen, um dann gemeinsam die Wahl vorzunehmen. Das ist ein Gebot der Fairneß.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Auf jeden Fall *kann* abgestimmt werden. Wir haben festgestellt, daß rund 80 stimmberechtigte Vertreter da sind.
Aber die andere Frage ist, ob man nun Vorstand und Vorstandschaft wählen soll. Meine lieben Freunde, ich hätte selbst bestimmte Bedenken; denn ganz gleichgültig, wie jetzt die Entscheidung Oberbayern ausfällt, auch wenn neu durchorganisiert werden müßte, muß auf jeden Fall Oberbayern entsprechend berücksichtigt werden, so oder so. Dann müssen eben die neuen Männer berücksichtigt werden; denn die Partei bleibt.
Infolgedessen hielte ich es für zweckmäßig, wenn man sich jetzt diese Debatte ersparen könnte. Ich möchte nichts, was auch nur das Gefühl zuließe, als ob eine Minderheit nicht berücksichtigt wäre, durchführen.

(Sehr richtig!)

Dr. *von Prittwitz und Gaffron*: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte doch darauf hinweisen, daß etwas geschehen muß, damit die Mitglieder des Landesausschusses soviel Disziplin haben, wenigstens die Tagesordnung zu erledigen, ehe sie sich zu ihrem sicher wohlverdienten Essen begeben. Es geht ja nicht an, daß das Programm bei jeder einzelnen Sitzung deswegen nicht erledigt wird, weil einige unserer Kollegen einfach Reißaus nehmen. Ich glaube, daß die Anwesenden dagegen wirklich einmal protestieren müssen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bin völlig mit *Prittwitz* einverstanden. Ich habe vorhin ausdrücklich gebeten und darauf hingewiesen, daß Wahlen vorgenommen werden, und ich bedauere sehr, daß dieser Hinweis nicht genügt hat. Wir werden das nächste Mal dafür sorgen, daß unsere Freunde dableiben. Es wird dann alles von vorneherein abgekürzt; ich werde eben das nächste Mal die Debatte nicht so laufen lassen wie heute, sondern werde sie abkürzen. Aber wenn Sie die Debatte nicht so durchführen, wie sie durchgeführt wurde, entstehen daraus die Vorwürfe, daß nicht jeder zu Wort kam und das wichtige dann am Schluß behandelt wurde. Das nächste Mal muß dafür gesorgt werden, daß alle bis zum Schluß dableiben, oder es muß von vorneherein schon ein Widerspruch eingelegt werden, wenn ich erkläre, daß bis 14, 14.30 Uhr durchgetagt wird, wie das gestern geschehen ist. Aus dem Grund wird das bekanntgegeben.
Fischer Heinz (Münchberg): Zur Geschäftsordnung! Meine Damen und Herren, ich kann mich den Ausführungen meines Vorredners Herrn *von Prittwitz* nur anschliessen. Wir von der jungen Generation müssen einmal sehen, daß auch tatsächlich etwas geschieht. Wir haben festgestellt, daß der Landesausschuß noch beschlußfähig ist; wir könnten es nicht verstehen, wenn man nun aus irgendwelchen Gefühlsmomenten heraus diese Wahl wieder hinausschieben würde. Wenn die anderen Herren es nicht mehr für notwendig gefunden haben, bis zum Schluß der Sitzung dazubleiben, dann haben sie auch kein Recht, daran Kritik zu üben.

(Sehr richtig!)

Aus diesem Grunde spreche ich mich dafür aus, daß die zusätzlichen zehn Vertreter zur Landesvorstandschaft noch gewählt werden.
Hort: Zur Geschäftsordnung! Es wurde vorhin als Grund dagegen angegeben, daß sich neue Vorschläge ergeben werden. Wir haben vorhin die Satzung mit den Änderungen von Marktredwitz vorläufig beschlossen. Ich sehe also keinen Grund, warum wir die Wahlen nicht vornehmen sollen.
[Ein] Redner der Jungen Union: Ich beantrage im Namen der jüngeren Generation, daß wir zum Schutz der Minderheit auf die Wahlen verzichten; denn wir legen Wert darauf, daß auch der Bezirksverband Oberbayern daran vollberechtigt teilnimmt.

(Sehr richtig!)

Staudinger: Ich schließe mich den Ausführungen meines Vorredners an. Ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß wir unter allen Umständen die Wahl zurückstellen müssen, und zwar bis zu dem Zeitpunkt, in dem die Verhandlungen mit Oberbayern abgeschlossen sind.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde dann vorschlagen, daß wir jetzt als nächsten Punkt lediglich die Neuwahl des Schiedsgerichts vornehmen, denn das muß jetzt unbedingt noch gewählt werden, weil es in der Zwischenzeit fungieren muß. Ich werde mir vorbehalten, nach dieser Wahl einen Antrag zu stellen.
Fink: Eine andere Wahl ist ebenfalls heute vorzunehmen. Als *Semler* nach Frankfurt gegangen ist, ist einer der wichtigsten Ausschüsse, der Wirtschaftspolitische Ausschuß, unbesetzt geblieben. Es liegen aber aus dem ganzen Land soviel Anträge und Anregungen vor; ich kann diese Ausschußarbeit nicht von Monat zu Monat verschieben. Das ist nur eine ganz kurze Sache.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Einverstanden, *Fink*. Ich bitte, hier gleich den Antrag stellen zu dürfen - darüber brauchen wir sicher nicht in geheimer Wahl abzustimmen:

Zum Vorsitzenden des Wirtschaftspolitischen Ausschusses wird Parteifreund *Fink* gewählt.

Wer enthält sich? - Wer ist gegen diesen Antrag? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Die Wahlen für die anderen Ausschüsse brauchen wir nicht vorzunehmen; da ist kein vordringlicher Fall gegeben. Beim Wirtschaftspolitischen Ausschuß dagegen ist die Dringlichkeit vorhanden. Die Gründe sind bekannt.
Jetzt bitte ich, die Neuwahl des Schiedsgerichts vorzunehmen. Bitte die alten und dann die neuen Namen zu verlesen.
Dr. *Schedl*: Meine Damen und Herren! Bisher war Vorsitzender des Landesschiedsgerichts Herr Staatsminister Dr. *Hagenauer*; sein Stellvertreter Landgerichtspräsident *Frank*. Herr *Frank*, der Stellvertreter, ist gestorben. Herr Dr. *Hagenauer* ist als Minister Mitglied der Landesvorstandschaft und kann aufgrund der Schiedsordnung kein Schiedsrichter mehr sein. Es wird vorgeschlagen als Vorsitzender Parteifreund *Eggensberger*, als Stellvertreter Parteifreund *Lades*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es müssen Volljuristen sein. - Ich bitte nur umzutauschen: *Lades/Eggensberger*. Ich habe in dem Fall ausdrücklich unsere schwäbischen Freunde mit dem Vorschlag berücksichtigen wollen.

(Zuruf: Ich schlage Dr. *Nerreter* vor!)

Nerreter ist schon als Beisitzer vorgeschlagen. Ich halte den Vorschlag für sehr gut.

(Zuruf: Darf ich unterbrechen: Ich bin Vorsitzender von Mittelfranken ...)

Sehr richtig, aber als zweiten Grund müssen wir jemanden haben, der rasch zu erreichen ist, Ich darf also als Vorsitzenden *Lades* vorschlagen. Ich bitte, das zu protokollieren; denn darüber müssen wir abstimmen.
Ich darf dazu bemerken: *Lades* ist ein junger, sehr tüchtiger Freund von der evangelischen Seite und ist im Kultusministerium tätig. Er arbeitet sehr intensiv innerhalb der Jugend mit. Er ist aber andererseits wirklich ein gereifter Mann; er ist Jurist, und zwar [ein] ausgezeichneter Jurist.
Als Stellvertreter *Eggensberger*. Er sitzt hier und ist bekannt. Er ist ein schwäbischer Freund und Advokat, so wie ich.
Dr. *Schedl*: Dann kämen die juristischen Beisitzer. Bisher Dr. *von Miller* und Dr. *Weinkamm*; neuer Vorschlag: Dr. *von Miller* und Dr. *Weyh*, da ja Dr. *Weinkamm* als Mitglied des Wirtschaftsrats in Frankfurt wahrscheinlich nicht die Zeit aufbringt, zu den Sitzungen zu erscheinen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Auch hier ist ein Münchner und einer von auswärts vorgesehen.
Dr. *Schedl*: Für die Stellvertreter der juristischen Beisitzer war der alte Vorschlag Dr. *Eichhorn* und Dr. *Ankermüller*. Dr. *Eichhorn* ist Mitglied der Landesvorstandschaft, Herr Minister Dr. *Ankermüller* ebenfalls; infolgedessen muß hier eine Neubesetzung erfolgen. Vorschlag: Parteifreund Dr. *Nerreter* und Parteifreund *Schefbeck*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Nerreter*, da kannst Du herein, und zwar deswegen, weil Du da Stellvertreter bist; und wenn es sich um ein Urteil handelt, das nicht aus Deinem Bereich kommt, kannst Du ohne weiteres mitwirken.
Dr. *Schedl*: Dann kämen die Laienbeisitzer. Da waren bisher die Herren *Hanfstaengl* und *Imler* tätig. Bei beiden bestand kein Grund, eine Veränderung vorzunehmen. Es wird vorgeschlagen: *Hanfstaengl* und *Imler*.
Die Vertreter waren bisher *Staudinger* und Dr. *Arnold*. Es werden vorgeschagen *Staudinger* und *Bartel*. *Bartel* ist ja ein Flüchtling.

(Zuruf: Baron *Manteuffel*!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bitte, völlig einverstanden.

(Zuruf: Er ist auch Jurist! - *Schwägerl*: Ich schlage *Kugler* vor!)

Das hat gar keinen Sinn; beim Schiedsgericht müssen die Leute leicht erreichbar sein, oder es muß ein Flüchtling hereinkommen. Die Vorschläge sind wirklich überlegt. Ich darf also jetzt die Stimmzettel verteilen lassen.

(Zuruf: Namen nochmals verlesen!)

Ott: Ich stelle die Anfrage, ob bei diesen Vorschlägen auch Personen aus den Kreisverbänden Oberbayerns berücksichtigt sind, damit nicht später Vorwürfe kommen, man hätte auch die Kreisverbände Oberbayerns und deren Mitglieder berücksichtigen sollen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Schefbeck* ist Abgeordneter von Oberbayern,

(Zurufe.)

Miller und *Hanfstaengl* sind ja auch von München.
Ich darf vielleicht vorschlagen: Ich verlese die ganze Liste, und Sie stimmen mit Ja oder Nein.

(Zustimmung.)

Ich lasse die Liste noch einmal verlesen.
Dr. *Schedl*:

> Vorsitzender: Dr. *Lades*; stellvertretender Vorsitzender: *Eggensberger*; juristische Beisitzer: Dr. *von Miller*, Dr. *Weyh*; stellvertretende juristische Beisitzer: Dr. *Nerreter*, *Schefbeck*; Laienbeisitzer: *Hanfstaengl*, *Imler*; stellvertretende Laienbeisitzer: *Staudinger*, Baron *von Manteuffel*

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wegen Einhaltung aller formalen Bestimmungen frage ich nochmals ausdrücklich: Wird ein anderer Vorschlag gemacht? Wenn kein anderer Vorschlag gemacht wird, können wir mit Ja oder Nein abstimmen; sollte ein anderer Vorschlag gemacht werden, müßte mit Listen abgestimmt werden. - Ich stelle fest, es wird kein anderer Vorschlag gemacht, so daß die Abstimmung mit Ja oder Nein rechtswirksam sein wird.
Wir stimmen jetzt mit Ja oder Nein über die vorgelesene Liste ab. Die Abstimmung beginnt. Ich bitte zu verlesen.
(Der Namensaufruf wird vorgenommen.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, während der Abstimmung die Ordnung einzuhalten.
(Die Abstimmung wird vorgenommen.)
Sind alle Namen verlesen? Haben alle abgestimmt? Dann erkläre ich die Abstimmung für geschlossen. Ich bitte, die Auszählung vorzunehmen und dabei das Wahlkomitee mitzuwirken.
Ich darf folgenden Antrag stellen:

> Die Ergänzungswahlen zur Landesvorstandschaft werden zurückgestellt bis zur nächsten Landesausschußsitzung. Das Mandat der bisherigen vom Landesausschuß gewählten Vertreter der Landesvorstandschaft wird verlängert bis zur nächsten Landesausschußsitzung, spätestens bis 1. Mai 1948.

Damit ist eine klare Rechtslage geschaffen.
Haunhorst: Über diesen Antrag kann nur geheim abgestimmt werden, denn er würde praktisch eine Neuwahl oder Wiederwahl der zehn Vertreter bedeuten. Er wäre nach unseren bisherigen Satzungen sonst satzungswidrig.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Eine Mandatsverlängerung ist nicht satzungswidrig. Es ist ein klarer Antrag. Er ist gekoppelt mit der Zurückstellung der Wahl bis zur nächsten Landesausschußsitzung.
Ich darf über den Antrag abstimmen lassen. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Drei sind dagegen. Damit ist der Antrag gegen drei Stimmen angenommen.
Jetzt erhält *Fink* das Wort zu einer Antragstellung.
Fink: Der Wirtschaftspolitische Ausschuß hat sich bisher zusammengesetzt aus Vertretern der Bezirksverbände, die sehr wahllos gewählt waren. Ich beabsichtige, den Wirtschaftspolitischen Ausschuß sehr zu aktivieren und neu zu berufen. Ich bitte um Zustimmung zu folgendem Antrag:

> Der Wirtschaftspolitische Ausschuß ist durch den Vorsitzenden neu zu berufen. Die Vertreter waren durch die Bezirksverbände benannt. Dem Ausschuß gehören in Zukunft neben Vertretern von Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft Vertreter der Flüchtlinge, der Frauen, der Jungen Union, der Arbeitnehmerschaft und der Verbraucher an.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag ist bekannt.

Staatsminister *Krehle*: Darf ich dazu etwas sagen. Meine lieben Freunde! Wir haben bis jetzt eine klare Scheidung zwischen dem Sozialpolitischen Ausschuß und dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß. Wir haben unsere Meinung jeweils getrennt gebildet. Wir sind in Fragen, die wirtschaftlicher Art waren und beide Teile berühren, zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetreten. Ich glaube, man sollte diese Praxis beibehalten.
Fink: Ich habe keine Bedenken. Ich glaube, das würde sich nicht gegen diesen formulierten Antrag wenden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Man kann so sagen:

> wird vom Vorsitzenden des Wirtschaftspolitischen Ausschusses im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses ...

Fink: Das wird etwas zu schwerfällig.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gut, einverstanden. *Heinrich* [*Krehle*], ich glaube, es bestehen keine grundsätzlichen Bedenken.
Der Antrag ist bekannt. Ich lasse über den Antrag abstimmen. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Jetzt darf ich das Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden bekanntgeben. Es haben erhalten: *Haußleiter* 62 Stimmen, *Horlacher* 61 Stimmen. Dann kommen Splitterstimmen: *Pfeiffer* drei, *Rinke* sechs, *Schäffer* zwei, *Meyer-Spreckels* zwei, *Sedlmayr* sechs, *Krehle* eine, Frau Dr. *Probst* eine, *Euerl* zwei, *Schlögl* eine. Abgegeben wurden 82 Stimmen, wie ich feststelle.
Damit sind *Haußleiter* und *Horlacher* als Stellvertreter des Landesvorsitzenden gewählt. Ich frage, ob sie die Wahl annehmen.
Dr. *Horlacher*: Ich darf dazu folgendes bemerken: Ich nehme die Wahl an, obwohl ich in meinem sonstigen Berufsleben Wahlen, bei denen sich soviele Stimmen zersplittern, nicht annehme. Ich tue das jetzt ausnahmsweise mit dem Bemerken, daß es mir ganz gleichgültig ist, ob ich bei der nächsten Wahl wieder gewählt werde oder nicht. Ich stehe da auf absolut demokratischem Standpunkt. Wenn ich nicht mehr gewählt werde, tun Sie mir bloß einen Gefallen. Ich habe nicht den Ehrgeiz, mehr Posten auf mich zu nehmen. Aber in der jetzigen Situation der Union halte ich es für meine Pflicht, diese Wahl anzunehmen, weil der Herr Landesvorsitzende entsprechende Unterstützung und entsprechende loyale Zusammenarbeit braucht, so daß die Union ein einheitliches Gesicht in ihrer Gesamtvertretung bekommt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich *Haußleiter* bitten, sich zu äußern.
Haußleiter: Meine Damen und Herren! In einem Punkte möchte ich mich meinem Vorredner *Horlacher* anschließen: Ich nehme die Wahl nur in diesem Zeitpunkt an, und zwar aus einer bestimmten Überlegung. Wir gehen in eine ernste Krise hinein. Ich glaube, eins für mich sagen zu dürfen: Es waren katholische Parteifreunde, die mich an einem Morgen unmittelbar vor Wahlen nach Kulmbach holten und sagten: Hier ist noch keine Union, helfen Sie uns, die Union zu bauen. Ich glaube, in meiner Arbeit eines bewiesen zu haben, daß ich versucht habe, nicht Sprecher einer Gruppe, sondern der Union als solcher zu sein.
Ich glaube, ein zweites sagen zu müssen: In dem Schrecken des Krieges haben wir uns eines eingebrannt bis ins Herz, und daher kommt meine ganze Stellung und die Schärfe, mit der ich sie manchmal vertrete: Die alten Fehler dürfen nicht wiederholt werden, damit nicht eine neue Katastrophe über uns hereinbricht.

Nur in diesem Sinne bitte ich Sie, mich als Sprecher einer klaren Richtung zu bestätigen, wenn ich die Wahl annehme. Ich möchte haben, daß wir neue Wege gehen, um alte Fehler zu vermeiden, neue Wege in der sozialen Politik, neue Wege im Zusammenfassen aller derer, die mit lebendigem Herzen auf dem christlichen Boden der sozialen Union stehen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke den beiden Freunden für die Bereitschaft, das Amt zu übernehmen. Meine lieben Freunde! Man mag auch darüber wieder diskutieren, eines darf ich sagen: Die Entwicklung hat gezeigt, daß wir drei uns, seitdem wir jetzt zusammenwirken, sehr gut verstehen und daß wir durch Arbeit zusammengewachsen sind. Wir werden weiterarbeiten. Bei uns gibt es keinen Rangstreit. Es waren Grundsätze, um die es sich gehandelt hat, als wir die verantwortliche Demokratie behauptet haben. Aber bei uns wird nicht gestritten werden, sondern wir werden für die Christlich-Soziale Union arbeiten.

Es haben für die vorgeschlagenen Mitglieder des Landesschiedsgerichts - ich gebe jetzt das Abstimmungsergebnis über das Schiedsgericht bekannt - gestimmt: 77 Stimmberechtigte. Davon haben 65 mit Ja in unveränderter Weise gestimmt, drei mit Ja mit einzelnen Bemerkungen, fünf mit Nein, vier Enthaltungen. Damit sind die vorgeschlagenen Mitglieder des Landesschiedsgerichts gewählt. Dieser Punkt ist abgeschlossen.

Ich darf Ihnen dann vorschlagen, daß damit der Punkt Satzungsänderungen beendet wird. Der Punkt Neuwahlen ist beendet, ebenso der Punkt Politische Aussprache.

Ich frage an: Wünscht jemand das Wort zum Punkt Sonstiges?

Haußleiter: Zur Geschäftsordnung! Der Kulturpolitische Ausschuß muß neu konstituiert werden. Ich schlage als Vorsitzenden vor den bisherigen Vorsitzenden Parteifreund *Muhler* und als Vorsitzenden des Kunstausschusses unseren Parteifreund *Köhler*.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie haben den Antrag gehört.

Zum Vorsitzenden des kulturpolitischen Ausschusses wird wiedergewählt Parteifreund Dr. *Emil Muhler*, zum Vorsitzenden des Kunstausschusses Parteifreund *Köhler*.

Darf ich darüber abstimmen lassen? Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wünscht noch jemand das Wort zum Punkt Sonstiges? Es ist das nicht der Fall.

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Es obliegt mir zunächst, bevor ich schließe, allen zu danken, die hier mitgearbeitet haben. Ich danke vor allem unseren Freunden von Regensburg für die Vorbereitung dieser Tagung, ich danke Ihnen dafür, daß sie alles so gut vorbereitet haben, daß wir, glaube ich, feststellen können, wir sind alle zufrieden. Ich danke Ihnen für die Mitarbeit.

Es waren entscheidungsvolle Stunden für die Christlich-Soziale Union in Bayern. Wir sind nicht zurückgeschreckt vor der Ziehung der klaren Linie nach außen und nach innen. Denn wir wollten dadurch die Christlich-Soziale Union stärken und nicht schwächen. Es liegt aber an uns, liebe Freunde, daß dieses Ziel erreicht wird. Es sind Freunde von uns gegangen. Es mag sein, daß Freunde gehen. Wir hoffen es nicht. Wir wollen glauben, daß sie sich im letzten Augenblick doch entschließen können, wieder in der Union zu arbeiten. Aber *wir* wollen ein fester Stamm bleiben. Wir wollen die Union halten, daß sie jedem Sturm trotzen kann. Gebe Gott uns allen die Kraft, daß es uns gelingt, die Ziele der Christlich-Sozialen Union in Bayern, in Deutschland und darüber hinaus durchzusetzen. Gott segne die Christlich-Soziale Union.

Ich schließe die Landesausschußsitzung der Christlich-Sozialen Union mit einem herzlichen Grüß Gott an Euch alle und an alle Freunde im Lande. Ich danke.

Schluß der Landesausschußsitzung 13.57 Uhr.

Anhang

Programmatik

Nr. I

Rundschreiben Karl Scharnagls, 10. August 1945

München, den 10. August 1945[1]

Verehrter Herr!

General Eisenhower hat in seiner Proklamation betont, daß nunmehr auch wieder eine örtliche politische Betätigung zugelassen werden soll. Wenn es auch unklar ist, wie die Auswirkung dieser Ankündigung werden wird, so wird sie doch aktiven politischen Kreisen Veranlassung geben, eine Tätigkeit zu entfalten. Diese wiederum zwingt auch andere Kreise, aus der bisher beachteten Reserve herauszutreten. Meines Erachtens müssen die bisherigen Formen politischer Betätigung der Parteien verschwinden. Sie sind nicht nur ihrer Vielzahl wegen, sondern vor allem ihrer beengten Zielsetzung wegen überholt und in Zukunft unmöglich. Unser Volk muß sich unbedingt darauf einstellen, lediglich zwei oder drei Gruppen verschiedener politischer Meinungen zu bilden und durch diese Gruppen seinen politischen Willen kund zu tun und zu bestätigen. Dabei bin ich persönlich der Überzeugung, daß auch wenigstens augenblicklich selbst zwischen diesen wenigen Gruppen die grundsätzlichen Unterschiede sich nur auf einige, aber sehr wesentliche Gesichtspunkte beschränken werden, daß sich im allgemeinen eine verhältnismäßig weitgehende Übereinstimmung ergeben wird. So werden alle diese Gruppen staatspolitisch auf ausgesprochen demokratischer Grundlage sich bilden. Sie werden in sozialer Hinsicht die volle Ebenbürtigkeit und Gleichberechtigung der Arbeiterschaft und der Förderung von deren wirtschaftlicher und kultureller Stellung erstreben und sie werden in wirtschaftlicher Hinsicht gezwungen sein, den in unserem Vaterlande gegebenen Notwendigkeiten der Betreuung von Landwirtschaft, des Mittelstandes und der möglichen industriellen Wirtschaft Rechnung zu tragen. Als wesentlicher Unterschied wird in Erscheinung treten die weltanschauliche Grundsatzlegung. Übereinstimmend wird man den Gedanken vertreten, daß die geistige Krankheit, die der Nationalsozialismus hervorgerufen hat, geheilt werden muß durch geistige Führung der breitesten Volksmassen, durch eine gefestigte Weltanschauung. Meines Erachtens kann für eine politische Gruppe, die hoffentlich den Hauptteil der Bevölkerung erfassen kann, diese Führung nur durch eine positive christliche Weltanschauung erfolgen. Diese Gruppe muß sich daher bewußt und entschieden zu einer christlichen Staats- und Gesellschaftsordnung bekennen und dieses Bekenntnis, so weit wie möglich, praktisch werden lassen. Unter Ausschluß aller sogenannten klerikalen Einflüsse - um ein altes Schlagwort zu gebrauchen - soll in der Erziehung wie im öffentlichen Leben, der christliche Gedanke und der christliche Einfluß ausschlaggebend sein müssen. Die Rechte der Kirchen, wie sie durch Konkordat oder Verträge festgelegt sind, sind zu achten und sind maßgebend

[1] Das Rundschreiben wandte sich an etwa 60 Personen und findet sich, teilweise in Abschrift und mit leichten inhaltlichen Varianten in zahlreichen Nachlässen. Als Vorlage diente eine von Scharnagl unterschriebene Fassung aus dem ACSP, NL Müller 1.

für das öffentliche Leben. Die Anerkennung dieses Grundsatzes wird auch von allen jenen Volkskreisen erwartet werden können, die für sich persönlich eine freiere Einstellung zu den religiösen Bekenntnissen gelten lassen wollen. Denn die Beziehung des einzelnen erwachsenen Menschen zur Religion soll und muß ihm freigestellt bleiben. Von der weiteren Gruppe nun, die sich um die politische Führung des Volkes bewirbt, wird anzunehmen sein, daß sie eine derartige positive Stellungnahme zur christlichen Weltanschauung nicht einnehmen wird; für sie wird Religion nach wie vor Privatsache bleiben. Wiederholte Gespräche, die ich mit Angehörigen der früheren sozialdemokratischen Partei nach dieser Richtung geführt habe, haben mir die Richtigkeit dieses Gegensatzes in der Auffassung als einen oder vielmehr als *den* wesentlichen Unterschied in der großen Gruppierung der politischen Gesichtspunkte erkennen lassen. Ein weiterer Unterschied wird noch in wirtschaftlicher Hinsicht bestehen. Er wird aber augenblicklich nicht stark in die Erscheinung treten können. Ich bin der Meinung, daß man wieder für eine möglichst freie Wirtschaft eintreten muß, ohne in die Extreme der liberalen Wirtschaftsordnung zu verfallen. Augenblicklich und für die nächste Zeit wird aber mit manchen Bindungen zu rechnen sein, so daß weder diese meine Auffassung noch eine Betonung einer mehr sozialistischen Wirtschaftsauffassung praktische Bedeutung haben wird.

Hinsichtlich der großen politischen Gesichtspunkte wird wiederum augenblicklich und in nächster Zeit die Frage der Reichs- bzw. Staatenbildung keine ausschlaggebende Rolle spielen können. Ich bin überzeugt, daß der Großteil der Bevölkerung sich weder nach einem zentral geleiteten Reiche, wie wir es in den letzten zwölf Jahren hatten, sehnt, noch nach einer absoluten Selbständigkeit Bayerns. Der föderative Gedanke wird meines Erachtens in beiden Gruppen daher die Grundlage der staatspolitischen Orientierung sein können und sein müssen.

Man wird bei der Schaffung einer Gruppe, die politische Führung beansprucht, unmöglich ein Programm aufstellen können, das zu sehr in Einzelheiten sich ergeht. Es handelt sich darum, die großen Gesichtspunkte, die einigen können, herauszustellen und alles zu vermeiden, was zersplittert und aufteilt.

Da hinsichtlich der Festlegung der Grundsätze und Richtlinien neue Wege gegangen werden müssen, so muß dies unbedingt auch hinsichtlich des Namens einer politischen Gruppe geschehen.

Sämtliche Namen der früheren Parteien sind unmöglich und müssen verschwinden. Sie sind belastet durch die Vergangenheit und sind beengt durch die früheren Programme. Wie ich gehört habe, ist im Rheinland bzw. in Westfalen eine Gruppierung unter dem Namen "Deutsche Demokratische Bewegung" wirksam. Ich könnte mir bei uns eine solche denken unter dem Namen "christliche Demokraten" oder "Christliche Demokratische Volksbewegung". Ich gebe Ihnen diese Gedanken zur Erwägung anheim. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir kurz mitteilen wollten, ob Sie bereit wären, an einer solchen Gruppierung auf der skizzierten Grundlage großzügiger Zusammenfassung aller Berufskreise und aller Schichten unseres Volkes mitzuwirken. Da es dringend notwendig ist, rasch zu einer Klärung zu kommen, so wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihre Meinung in aller Kürze bis Montag, den 13. August 1945, mitteilen könnten.

Mit freundlichem Gruß
[gez.] Scharnagl
(Dr. Scharnagl)

Nr. II

Programmatische Überlegungen Eugen Rindts, 31. August 1945

Gedanken zu dem Programm einer christlich-politischen Partei in Bayern[1]

Eine solche Partei müßte unter anderem eintreten:

I.

Auf dem Gebiet der internationalen Politik für:

1. die politisch-militärische Neutralitätserklärung Bayerns und des Reiches für ewige Zeiten,
2. den Grundsatz der Weltöffentlichkeit bei allen internationalen Verträgen und Maßnahmen, die eine aktive Beteiligung Bayerns oder des Reiches erforderlich machen,
3. den organischen Ausbau des internationalen Menschenaustausches hinsichtlich des Reiches wie auch des Ausländer-Fremdenverkehrs vor allem in Bayern im Zeichen einer ehrlichen Werbung um das Verständnis der Welt für eine neue Epoche christlicher Friedens- und Aufbaupolitik in Deutschland.

II.

Auf dem Gebiet der staatspolitischen Ordnung für:

4. den föderalistischen Reichsaufbau unter der Führung Bayerns,
5. einen Staat der freien körperschaftlichen Selbstverwaltung aller untergeordneten Verwaltungseinheiten und des berufständigen Aufbaus,
6. einen Staat der größten Verwaltungseinfachheit und des Freiseins von jedem Bürokratismus,
7. eine starke und zielbewußte Staatsgewalt als Ausfluß der gottgegebenen Pflicht des Volkes zur Selbsterhaltung, Selbsterziehung und Aufwärtsentwicklung,
8. die rechtswirksame Amtsverantwortlichkeit eines jeden Vertreters des Staates oder des Volkes vor dem Volk, auch in bezug auf falsche oder übertriebene Versprechungen, auf Verschleierungen oder sonstige Irreführungen,
9. die Schaffung und Erhaltung einer wahren Rechts- und Wohlfahrtsordnung als die Hauptaufgabe des Staates.

III.

Auf dem Gebiet der Rechtsordnung des Volkes für:

10. das gleiche Recht und die gleichen Pflichten für alle, ohne Ansehen der Person, des Standes und der religiösen oder politischen Zugehörigkeit,
11. eine umfassende Gesetzesreform, besonders auf sozialer und arbeitsrechtlicher Ebene, entsprechend den Normen des Naturrechts und der christlichen Lebens- und Gemeinschaftsauffassung,

[1] Der Text des Entwurfs und ein hier nicht berücksichtigtes Begleitschreiben Rindts an Pfeiffer, 31. August 1945, in: BayHStA, NL Pfeiffer 41.

12. den - vollkommenen - Rechtsschutz des einzelnen und der innerstaatlichen Gemeinschaften in allen Fragen des Lebens, des - lebensnotwendigen - Eigentums und der sonstigen - unerläßlichen - Wohlfahrt, vor allem auch dem Staat gegenüber,
13. den vollkommenen Rechtsschutz des Volkes und des Staates vor solchen Elementen und Absichten, die den Bestand, die Ruhe und Ordnung oder die Entwicklung der Gesamtheit gefährden,
14. die allgemeine Religions-, Gewissens- und Redefreiheit, soweit nicht die Rechte des einzelnen (Ziffer 12!) oder des Volkes (Ziffer 13!) entgegenstehen,
15. das Bestimmungsrecht der Eltern über den weltanschaulichen Charakter der Schulen,
16. einen unabhängigen Richterstand, der von allen die Unbestechlichkeit des Urteils gefährdenden Bindungen befreit ist,
17. eine Anwendung der staatlichen Gewalt ausschließlich nach den Gesetzen des Naturrechts und der christlichen Moral,
18. einen Strafvollzug im Sinn einer strengen, aber gerechten Erziehung zur Wiedereingliederung in die werteschaffende Volksgemeinschaft.

IV.

Auf dem Gebiet der Wohlfahrtsordnung des Volkes für:

19. das Recht und die Pflicht eines jeden, im Rahmen der Gemeinschaft werteschaffende Arbeit zu leisten,
20. die Zuteilung der durch den Staat vermittelten Wohlfahrtsgüter vor allem nach sozialen Gesichtspunkten,
21. die Schaffung von organischen und damit politisch gesunden Arbeitsgrundlagen, in erster Linie auch durch die Einführung einer Arbeitszeit für den Arbeiter, die - ausgehend vom Achtstundentag - den Kräfteverbrauch der einzelnen Gruppen und Zweige unter Zubilligung des entsprechenden Vollverdienstes berücksichtigt,
22. die Schaffung eines Arbeitseinkommens, das in jedem Fall zur Deckung der Lebensnotwendigkeiten wie auch der berechtigten Lebensansprüche ausreicht und einen wenigstens bescheidenen Wohlstand und die Sicherung des Alters verbürgt,
23. die Gestaltung von Erwerbslosensätzen, die letzten Endes den einzelnen bei unverschuldeter totaler Arbeitsunfähigkeit (Invalidität) nicht schlechter stellen als den in gleichen Lebensumständen befindlichen Vollerwerbsfähigen,
24. die vordringliche Fürsorge für die geistige und körperliche Gesundheit des Volkes, auch durch besondere Betonung der Charakterbildung an den Schulen und durch die Erstellung ausreichender und gesunder Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse,
25. die größtmögliche Verwurzelung der Familien in Grund und Boden durch gesteigerte Pflege des Siedlungs- und Nutzgartenwesens,
26. eine umfassende Förderung des geistigen und kulturellen Lebens und die Erschließung dieser Wohlfahrtsgüter für alle,
27. die Förderung aller technischen Findungen [sic!] der Arbeits- und Lebenserleichterung, auch hinsichtlich der hausfraulichen Tätigkeit, mit dem Ziel, sie allen je nachdem entweder einzeln oder doch genossenschaftlich erwerbbar zu machen,
28. den Aufbau aller Vorbildungsschulen nach den Leitsätzen der leichteren Berufsfindung, Berufslenkung und Berufsförderung,

29. staatliche Maßnahmen, vor allem wirtschaftlicher Natur, um die Fortbildung und Endausbildung der Berufe dort sicherzustellen, wo die Tragfähigkeit des einzelnen notwendigerweise überschritten wird,
30. eine weitgehende Unterstützung der Existenz- und Familiengründung durch den Staat, besonders auch bei den freien geistigen Berufen.

Augsburg, den 31. August 45
[gez.] Dr. Rindt

Nr. III

Aufruf der Bayerischen Christlich-Sozialen Union München, September/Oktober 1945

Bayerische Christlich-soziale Union[1]

Das deutsche Volk steht vor der Aufgabe, den schwersten Zusammenbruch seiner Geschichte zu überwinden und wieder eine feste staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Grundlage für seine Zukunft zu gewinnen.
Die diktatorischen Regierungssysteme haben völlig versagt und abgrundtiefe Not über ihre Völker und die ganze Welt gebracht. - Der vom Nationalsozialismus in Deutschland errichtete Staat ist zerbrochen, seine Gedankenwelt als Trug entlarvt. Die deutsche Heimat liegt in Schutt und Asche. Jeder Versuch zum Wiederaufbau wird nicht an alte Formen anknüpfen dürfen, sondern unter Besinnung auf die Grundwerte unseres Volkstums ein neues Gemeinschaftsleben für alle Deutschen gestalten müssen. Nur im verantwortungsbewußten, opferbereiten Zusammenstehen aller, in friedlicher und freiheitlicher Gestaltung des Staatslebens kann die Rettung gefunden werden. Auf diesem Wege werden wir uns, wenn auch unter großen Mühen und Opfern, wieder in die Höhe arbeiten können. Voraussetzung ist, daß wir unser öffentliches Leben aufzubauen lernen auf dem Gedanken der echten Demokratie, das heißt, der verantwortlichen Mitbestimmung jedes Mannes und jeder Frau innerhalb der deutschen Schicksalsgemeinschaft.
Wir sind der Überzeugung, daß Hand in Hand mit allen staatlichen Maßnahmen die Erziehung zu jener Freiheit gehen muß, die im Christentum, der Lebensquelle aller gesunden Kultur, wurzelt. Wir wollen auch nicht vergessen, daß in den letzten zwölf Jahren vor allem das Christentum den Kämpfern, die unter Einsatz von Gut und Blut den dämonischen Gewalten der nationalsozialistischen Gedankenwelt Widerstand leisteten, Halt und Stärke gab. Viele haben in diesem Kampf aus ihrer christlichen Überzeugung heraus ihr Leben dafür geopfert, daß ihrer deutschen Heimat das Kulturgut des christlichen Abendlandes erhalten blieb.
Daran wollen wir uns heute erinnern, wenn wir Weg und Maßstab für unsere fast unlösbar erscheinende Aufgabe suchen. Der feste Wille zum Aufbau der Heimat und der mutige Glaube an den gesunden Kern in unserem Volk müssen die Stimmung der Verzweiflung und Beschämung ablösen. Unser Volk wird selbst dieser schwersten aller Aufgaben gewachsen sein, wenn es seiner inneren Kraft vertraut und sich restlos abwendet von den nationalsozialistischen Irrlehren, dem militaristischen Macht- und Größenwahn und allen Methoden des Terrors und der Gewalt.
Wir erstreben ein in Freiheit lebendes Deutschland, das sich von aller imperialistischer Gewaltpolitik freimacht und seine Aufgabe in der Welt in der Mitarbeit am kul-

[1] Das gedruckte Faltblatt, undatiert, ungezeichnet, ohne Angabe der Auflagenhöhe, findet sich in verschiedenen Nachlässen, z.B. BayHStA, NL Pfeiffer 41. Es handelt sich offenbar um den in den Protokollen vom 17. September und 11. Oktober 1945 erwähnten Aufruf, dessen Drucklegung vor dem 11. Oktober erfolgt sein dürfte (Verbot des Attributs "Bayerisch" durch die Militärregierung, vgl. Dok. Nr. 3, S. 8).

turellen Fortschritt und in der Wohlfahrt der Menschheit sieht. Mit diesen Zielen vor Augen schließen wir uns zur

Bayerischen Christlich-Sozialen Union

zusammen.
Der Name soll besagen,
daß wir uns immer als Kinder unserer bayerischen Heimat fühlen wollen,
daß wir das Christentum wieder als die Grundlage unseres Kulturlebens anerkannt wissen wollen,
daß wir die Aufgaben der Zukunft nur im Rahmen einer wahrhaft sozialen Gemeinschaft als lösbar betrachten
und daß wir den Zusammenschluß aller Aufbauwilligen erstreben.

Die Zeit verlangt von uns die Durchführung folgender dringendster Aufgaben:

1. *Schaffung einer gesunden Grundlage für das öffentliche Leben unseres Volkes.*
   Dazu ist notwendig, die Reinigung Bayerns vom Nationalsozialismus durch gerechte äußere Maßnahmen und durch erzieherische Einwirkung auf Geist und Moral unseres Volkes, Ausschaltung der politisch Schuldigen aus jeder Einflußmöglichkeit, Bestrafung der kriminell Schuldigen, vor allem der politischen Verleumder, Denunzianten und Spitzel, Widerruf der ungerechtfertigten Ausstellungen [sic!], Beförderungen und Bereicherungen, rücksichtslose Überprüfung aller, die sich durch das nationalsozialistische Regime Vorteile verschafft oder sich in seinem Geist aktiv betätigt haben, auch wenn sie formal außerhalb der Partei standen. - Angehörige unseres Volkes, die zwar Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen waren, aber weder sich aktiv politisch betätigt noch persönliche Vorteile für sich erstrebt haben, sollen deswegen von der Teilhabe am künftigen öffentlichen Leben nicht ausgeschlossen sein.
2. *Erhaltung des Reiches* in neuer Gliederung auf gebiets- und kräftemäßig ausgeglichener bundesstaatlicher Grundlage, innerhalb dessen Bayern als geschlossenes staatliches Gebilde sich in freier Entfaltung seiner kulturellen Kräfte auswirken kann.
3. *Aufbau einer öffentlichen Verwaltung* auf der Grundlage der Sauberkeit, der Dienstbereitschaft am Volke und des fachlichen Könnens ihrer Glieder. Unter Anerkennung althergebrachter und dem bayerischen Volk vertrauter Einrichtungen muß das Volk in verantwortlicher Mitarbeit möglichst weitgehend zur Selbstverwaltung herangezogen werden.
4. *Setzung einer Rechtsordnung*, die sich gründet auf Gerechtigkeit und Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz. Länger als ein Jahrzehnt haben in Deutschland Willkür und Gewalt geherrscht. Das Volk soll wieder Vertrauen gewinnen dürfen zu Richter und Gesetz.
   Der Schutz des einzelnen gegen ungerechtfertigte Machtansprüche des Staates muß ebenso gewährleistet werden wie der Schutz des Gemeinwesens gegen Übergriffe des einzelnen. Das gesamte Gerichtswesen, einschließlich einer unabhängigen Verwaltungsgerichtsbarkeit, wird alsbald wieder aufzubauen und mit Männern zu besetzen sein, die im Geiste der neuen sozialen Gemeinschaft das hohe Gut des Rechts zu verwalten berufen sind.
5. *Festigung der Volksgemeinschaft* aus wahrer sozialer Gesinnung ohne Rücksicht auf Stand, Herkommen oder Vermögen. Im Denken und Handeln soll künftig wirklich das Gemeinwohl stets den Vorrang haben vor dem persönlichen Erfolgsstreben des einzelnen.

Das gemeinsam erduldete Leid verpflichtet jedes Glied der Gemeinschaft, die erlittenen Schäden mitzutragen und nach besten Kräften an ihrer Beseitigung mitzuwirken.

Es ist Ehrenpflicht des deutschen Volkes, trotz unserer Verarmung, den Alten und Invaliden, Witwen und Waisen, vor allem aber auch unseren Kriegsversehrten und allen anderen Opfern des Krieges den notwendigen Lebensunterhalt zu sichern.

Unsere heimgekehrten Soldaten erwarten, zur tätigen Mitarbeit am Wiederaufbau der Heimat in erster Linie herangezogen zu werden.

Die Wiedereingliederung in den früheren Beruf, die Überführung in anderweitige Berufe, Ausbildung und Schulung der jungen, bisher beruflich noch nicht tätigen Soldaten für den Einsatz im Zivilleben, erfordern rasche, durchgreifende praktische Maßnahmen und verständnisvolle Bereitschaft aller übrigen Glieder des Volkes, unseren heimgekehrten Soldaten in ihrer oftmals schwierigen Lage zur Seite zu stehen.

6. *Aufbau des kulturellen Gemeinschaftswesens* auf der Grundlage der christlichen Ethik und der Freiheit der religiösen Bekenntnisse.

   Nicht Weltanschauungskämpfe, sondern gegenseitige Achtung und Duldung, auch entgegengesetzter Überzeugungen, werden unserem notleidenden Volk die innere Gesundung erleichtern.

   Die durch den Nationalsozialismus beseitigte Freiheit in Kunst, Wissenschaft, Lehre und Schrifttum soll sobald wie möglich wiederhergestellt werden. Presse und Rundfunk müssen ausschließlich im Dienste der Wahrheit stehen.

7. *Pflege der Familie* als der Grundlage jedes gefestigten Gemeinschaftslebens.

   Zu den dringendsten Aufgaben auf diesem Gebiet gehört die baldige Lösung des Evakuiertenproblems. Auch ist es notwendig, alle Anstrengungen aufzubieten, um die über das ganze Reichsgebiet versprengten unzähligen Angehörigen auseinandergerissener Familien wieder zu vereinigen und ihnen ein vorläufiges Unterkommen zu besorgen.

   Auch in der Zukunft werden kinderreiche Familien auf besonderen Schutz durch die Allgemeinheit rechnen dürfen.

8. *Jugenderziehung* im Geiste der christlichen Nächstenliebe, der sozialen Gesinnung und der Treue zur Heimat.

   Entwicklung eines Schulwesens, welches dem Bestimmungsrecht der Eltern über die Erziehung ihrer Kinder Rechnung trägt, und Entwicklung eines Lehrerstandes, welcher der verantwortungsvollen Aufgabe der Jugenderziehung in der Schule gerecht zu werden vermag.

9. *Schaffung eines Sozialrechtes* im gleichen Rang mit dem Staatsrecht und dem Privatrecht.

   Angesichts der Verarmung des deutschen Volkes und der Zerrüttung der deutschen Wirtschaft gewinnt die Arbeit jedes schaffenden Deutschen künftig größere Bedeutung denn je zuvor. Das Recht auf Arbeit bedingt entsprechende Gestaltung der Arbeitsbedingungen und gesetzlichen Schutz der schaffenden Menschen.

   Als Sachwalter der Arbeiterschaft ist den *Gewerkschaften* die ihnen gebührende Stellung wieder einzuräumen, damit sie ihre Aufgabe, die Arbeiterschaft wirtschaftlich zu unterstützen und zu vertreten und mit allen anderen Ständen und Gliederungen unseres Volkes zu verbinden, voll erfüllen können.

10. *Lenkung der Wirtschaft durch den Staat* nach den Interessen der Gesamtheit des Volkes, Beseitigung unzeitgemäßer, der vergangenen liberalen Wirtschaftsepoche

angehörender Einrichtungen, aber Anerkennung und Schutz des Privateigentums sowie Förderung der Privatinitiative im Rahmen der vom Staat festgelegten Grenzen.

Wird danach die freie Wirtschaft als die für unsere Verhältnisse auch künftig geeignete Wirtschaftsform anerkannt, so ist dadurch doch nicht das Recht des Staates ausgeschlossen, Wirtschaftsbetriebe in die öffentliche Hand zu überführen, wenn dies aus Gründen des Gemeinwohls geboten ist.

11. *Erhaltung einer gesunden, leistungsfähigen Landwirtschaft*, die die unbedingte Voraussetzung ist für die Sicherung der Ernährung unseres Volkes, Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung, gerechte Regelung der Ablieferung und Verteilung, Schutz für den Bauern und seinen Hof, auskömmliches Entgelt für seine Leistungen.
12. *Wiederingangsetzung von Gewerbe und Industrie, Handel und Verkehr* aufgrund langfristiger Planung und unter Einsatz aller verfügbaren Hilfsmittel durch den Staat.

    Die Pflege des seit jeher in unserer bayerischen Heimat bodenständigen Gewerbes und die Entwicklung einer leistungsfähigen Industrie werden in erster Linie der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs zu dienen haben. Gleichzeitig soll eine leistungsfähige Exportindustrie wieder aufgebaut werden, um die Einfuhr solcher Güter zu ermöglichen, die für die Lebenshaltung des Volkes auf die Dauer nicht mehr entbehrt werden können.

    Im Rahmen des Wiederaufbaues der zerstörten Städte steht das *soziale Wohnungsbauprogramm* im Vordergrund.

    Durch richtige Planung des Arbeitseinsatzes kann und muß der großen Gefahr einer Arbeitslosigkeit begegnet werden.

    An Stelle des zerrissenen deutschen Wirtschaftsgefüges wird so rasch wie möglich ein neues System des Güteraustausches treten müssen, um eine gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Waren sicherzustellen. Handel und Verkehr müssen für diese Aufgaben zu einer besonderen Anstrengung aufgerufen werden.
13. *Wiederherstellung eines gesunden Geldwesens.*

    Ordnung und Sparsamkeit im Staatshaushalt, Regelung der öffentlichen Verschuldung, Schaffung einer stabilen Währung und durchgreifende Reorganisation des Bankwesens.

    Oberster Grundsatz für alle auf diesem Gebiet zu treffenden Maßnahmen muß bleiben die Vermeidung jeglicher Inflation, möglichste Schonung des kleinen Sparers und die Sicherung der Wertbeständigkeit für den neu erarbeiteten Entgelt des schaffenden Menschen.

    Die Bedürfnisse des Staates für den Wiederaufbau der Heimat und die Erfüllung seiner sozialen Verpflichtungen machen auf lange Zeit hinaus eine hohe *steuerliche Belastung* der Bevölkerung notwendig. Die gerechte Verteilung dieser Lasten bedingt die stärkere Heranziehung der wirtschaftlich leistungsfähigeren Kreise der Bevölkerung.
14. *Baldige Wiederherstellung friedlicher Beziehungen zu den anderen Völkern* mit dem Ziel der Zusammenarbeit für einen dauernden und gerechten Weltfrieden auf der Grundlage der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung.

Auf dieser Grundlage wollen wir gemeinsam die Arbeit aufnehmen. Wir müssen erkennen, daß vieles, was früher als trennend empfunden wurde, seine Bedeutung verlo-

ren hat. Heute kommt es nur auf die *Ehrlichkeit des Willens* und auf die *Entschlossenheit zum Handeln* an.
Entscheidend wichtig wird die Mitarbeit der *deutschen Frauen* sein, die in den abgelaufenen schweren Kriegsjahren bewiesen haben, daß sie treu und hilfsbereit auf jedem Platz, auf den sie gestellt wurden, ihre Pflicht und mehr als diese zu tun bereit waren.
Was wir vor uns sehen, ist ein langer, dornenvoller Weg, der uns selbst und vor allem unsere Kinder und Kindeskinder wieder in eine schönere Zeit in der deutschen Heimat führen soll.
Was wir brauchen, das ist der *Wille*, nicht zu verzweifeln und im Vertrauen auf Gottes Hilfe alle unsere Kräfte einzusetzen für unser Volk und unsere Heimat.

Nr. IV

Die zehn Punkte der Christlich-Sozialen Union, 31. Dezember 1945[1]

Eingedenk der unheilvollen parteipolitischen Zersplitterung der Vergangenheit, haben sich Männer und Frauen aller Berufsstände aus einst getrennten politischen Lagern zu einer machtvollen Sammelbewegung zusammengeschlossen, deren Ziel es ist, die aus tausend Wunden blutende Heimat im Geiste des Christentums und einer wahren sozialen Gesinnung wieder aufzurichten.

Folgende Grundsätze sollen die Leitsterne ihres Handelns sein:

1. Wiederaufbau des Zerstörten mit dem Fleiß unserer Hände und der Kraft unserer Herzen, Brot für die Hungernden, Heime für die Obdachlosen, großzügige Hilfe für die Entwurzelten und die unschuldigen Opfer des Krieges und Terrors.
2. Verwirklichung christlicher Grundsätze in Erziehung, Wirtschaft und Öffentlichkeit, echte Toleranz und volle Freiheit der christlichen Bekenntnisse.
3. Schaffung eines freien demokratischen Staatswesens auf der Grundlage der Selbstverwaltung und der Selbstverantwortlichkeit des einzelnen.
4. Ausmerzung der letzten Spuren nationalsozialistischen Denkens, gerechte Bestrafung der wirklich Schuldigen. Wiedergutmachung für die vom Dritten Reich verübten Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten.
5. Wiederherstellung des Rechtsstaates, Trennung von Verwaltung und Justiz, Gleichheit aller vor dem Gesetz, rücksichtslose Bekämpfung der Korruption.
6. Soziale Gerechtigkeit, gleichmäßige Verteilung der Lasten und Opfer des Krieges, gleiche Möglichkeiten für alle ohne Rücksicht auf Geburt, Stand und Vermögen, Hilfe für die Invaliden, Rentner, Kranken und Arbeitslosen.
7. Rückkehr zur privaten wirtschaftlichen Initiative und Verantwortlichkeit unter Aufsicht des Staates, Achtung vor dem Privateigentum, gerechte Löhne und stabile Preise, Ordnung des Finanzwesens, Schaffung eines neuen Sozialrechts und Förderung der gewerkschaftlichen Gliederungen.
8. Reform unseres Erziehungswesens im Geiste der Demokratie und der christlichen Grundsätze, Freiheit der Forschung und Lehre, der Kunst und des Schrifttums im Rahmen des Gemeinwohls.
9. Föderative Neugestaltung des Reiches, Stärkung der Verantwortlichkeit der Länder und Selbstverwaltungskörper, Pflege der besonderen Belange unserer bayerischen Heimat.
10. Überwindung des Machtgedankens durch den Geist christlicher Duldung und abendländischer Gesinnung, Bereitschaft zur Mitarbeit an allen Aufgaben internationaler Friedensgestaltung im Interesse der Sicherung unserer nationalen Zukunft und der Wiederherstellung unseres Ansehens in der Welt.

Unser Ruf ergeht an alle, die guten Willens sind.

Ihr Landsleute in den Fabriken und Kontoren, ihr Arbeiter auf Baustellen und Trümmerstätten, ihr Handwerker und Kaufleute, ihr Bauern unserer bayerischen Heimat,

[1] Anlage I zu einem Rundschreiben des Vorläufigen Landesausschusses vom 31. Dezember 1945 (vgl. Dok. Nr. XII). Das Rundschreiben nebst Anlagen wurde als Broschüre in einer Auflage von 30.000 Exemplaren gedruckt, ein Exemplar in: ACSP, NL Arnold 4.

Beamte, Lehrer, Juristen, vor allem ihr heimkehrenden Soldaten, die ihr euch ein neues Dasein zimmern wollt, auch ihr, Flüchtlinge und Heimatlose, nicht zuletzt aber ihr bayerischen Frauen, die ihr soviel Schweres tapfer ertragen habt, ihr alle sollt mithelfen, daß unsere schöne Heimat bald wieder aus dem Schutt und Elend, das Hitler hinterlassen hat, neu erstehen kann.

Sammelt Euch um die Fahne der Christlich-Sozialen Union!

Nr. V

Aufruf der Christlich-Sozialen Union, 31. Dezember 1945

An alle![1]

1. Die Christlich-Soziale Union ist keine Partei, die da fortfährt, wo 1933 aufgehört wurde. Sie ist eine *neue Partei*. Eine Partei ohne belastende Tradition, ohne alte programmatische Bindungen. Eine Partei, die auf dem Boden der *jetzigen Zeit* steht. Eine junge Partei, geboren aus unserer Zeit und berufen für unsere Zeit.
2. Die Christlich-Soziale Union bezieht aus der Vergangenheit des bayerischen Parteiwesens lediglich das *Positive*. Dieses Positive ist der *Erfahrungsschatz* einiger aufrechter und unverzagter Führer, Aktivisten und Mitglieder aus den Lagern *verschiedener politischer Parteien*. Diese Männer haben auf früher verfochtene politische Sonderziele verzichtet. Sie sehen untereinander nicht mehr das Trennende, sondern das Verbindende. Und *geeint* und *gesammelt* dienen sie heute unter der Christlich-Sozialen Union dem größeren Ziel: dem Ziel der *allgemeinen Wohlfahrt* unseres Landes.
3. Die Christlich-Soziale Union vertritt *nicht* die *Sonder*interessen *einer* Schicht, *einer* Klasse, *eines* Standes, *einer* Konfession. Denn erstens muß jede *einseitige* parteiliche Förderung *eines* Teiles der Bevölkerung zu einer unverantwortlichen Benachteiligung *anderer* Volksteile führen. Zweitens sind aber *alle* Schichten, *alle* Klassen, *alle* Stände, *alle* Konfessionen in Not. Vernunftgemäß kann also das Gebot der Stunde *nur* lauten, den Willen *aller* Glieder unseres Volkskörpers im Allgemeininteresse *aller* Bayern zu machtvoller Geltung zu bringen: den Willen der Stadtleute wie Landleute, der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, der Handwerker wie Künstler, der Gelehrten wie Studenten, der Christen und Nichtchristen, der Alten wie Jungen.
4. Die Christlich-Soziale Union wird die Vertretung der Volkswünsche nach dem Grad der Dringlichkeit vornehmen. Unbeirrt wird sie ihre Aufbauarbeit da anfangen, wo die *Not* am *größten* ist. Die Fragen der *Ernährung*, der *Wohnungsbeschaffung* und der *Beschäftigung* sind die brennendsten.
5. Die Christlich-Soziale Union wird außerdem *sofort* folgende Aufgaben zu lösen haben: Schaffung einer gesunden Grundlage für das *öffentliche Leben*, Aufbau einer *öffentlichen Verwaltung*, Setzung einer *Rechtsordnung*, Festigung der *Volkskameradschaft*, Aufbau des *kulturellen* Gemeinwesens, Schutz der *Familie*, *Jugenderziehung*, Schaffung eines *Sozialrechtes*, Lenkung der *Wirtschaft*, Erhaltung und berufsständige Förderung einer *gesunden und leistungsfähigen Landwirtschaft*, Wiederingangsetzung von *Gewerbe*, *Industrie*, *Handel* und *Verkehr*, Wiederherstellung eines gesunden *Geld*wesens, baldige Erreichung friedlicher Beziehungen zu *anderen Völkern*.
6. Die Christlich-Soziale Union tritt für eine *soziale Gesinnung* ein. Gleiches Recht für alle! Aber auch: Gleiche Pflichten für alle! Gemeinsam erduldetes Leid ver-

[1] Anlage II zum Rundschreiben vom 31. Dezember 1945, vgl. S. 1713, Anm. 1.

pflichtet jedes Glied unserer Schicksalsgemeinschaft, an der Beseitigung der erlittenen Schäden nach besten Kräften mitzuarbeiten. Und dies ohne Rücksicht auf Stand, Abstammung oder Vermögen. Dem persönlichen Streben nach Erfolg soll nichts in den Weg gelegt werden. Trotzdem muß sich dieses persönliche Streben dem *Gemeinwohl* unterordnen.

7. Die Christlich-Soziale Union erkennt das *christliche Sittengesetz* als die Grundlage unserer Kultur an. Schon aus diesem Grunde wünscht sie Frieden unter den Konfessionen und ihrem Verhältnis zum Staat. Die Christlich-Soziale Union findet im Christentum den sinnfälligen Ausdruck für das, was uns allen Not tut: Glaube an die Menschenwürde und Menschenrechte, Glaube an die Gerechtigkeit, Glaube an Sitte und Anstand. Glaube an Ordnung und Glaube an Glück. Es liegt im christlichen Denken, auch andere religiöse Überzeugungen zu achten, deshalb wird auch jener seinen Weg zur Christlich-Sozialen Union finden, der sich nicht zum Dogma der christlichen Kirche bekennt.

Wer will, daß alle Stände und Klassen Schutz und Hilfe und Förderung erhalten,
Wer will, daß alle Stände und Klassen sich selbst nach eigenem Willen regieren und nicht von einer Interessengruppe regieren lassen,
Wer will, daß alle Stände und Klassen sich mit wahrer sozialer Gesinnung und beseelt von dem Gedanken des christlichen Sittengesetzes einsetzen für eine neue, bessere Zukunft unseres Volkes und unserer Heimat,

Wer dies alles will, der reihe sich ein in die

Christlich-Soziale Union.

Nr. VI

Programmentwurf Eugen Rindts zur Vorlage vor dem Landesausschuß der CSU am 4. Oktober 1946

Entwurf R.

Das Grundsatzprogramm der *Christlich-Sozialen Union in Bayern*[1]

Das deutsche Volk steht vor der Aufgabe, den schwersten Zusammenbruch seiner Geschichte zu überwinden und wieder eine feste staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Grundlage für seine Zukunft zu erringen.
Die bis an die Wurzeln des Seins gehende Zerrüttung unseres öffentlichen und privaten Lebens, die uns der Nationalsozialismus als Erbe hinterlassen hat, ist im Letzten verursacht durch die Abwendung von der göttlichen Ordnung, in der jeder einzelne und jedes Volk von allem Anfang an steht.
Unser Wollen und Handeln muß daher für den Aufbau und für alle Zukunft von vorneherein und absolut nach den ewigen Gesetzen dieser Ordnung ausgerichtet sein; einer Ordnung, die ihren höchsten und umfassenden Ausdruck in der Lehre des Christentums gefunden hat.
Die Krönung des Christentums ist die praktische Nächstenliebe, die wahrhaft soziale Tat.
Aus dieser Erkenntnis heraus haben wir in Bayern die

Christlich-Soziale Union

gegründet als die politische Tatgemeinschaft aller, die sich bekennen zur ewigen Gültigkeit des christlichen Sittengesetzes und zu einem aus ihm erwachsenen Menschheitsideal. Wir wollen durch geschlossene und zielbewußte Zusammenarbeit jenen Beitrag für Wiederaufstieg und bleibende Wohlfahrt unseres Volkes leisten, die dem christlichen Menschen unserer Heimat zukommt.
Aufgrund der gemeinsamen Weltanschauung und angesichts der grenzenlosen Not wie auch angesichts der immer gleichen Quelle aller Kraft und Wahrheit verfechten wir im klaren Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit vor Gott und dem Volk die folgenden Ziele. Wir versprechen, uns für ihre Verwirklichung ohne jeden Eigennutz einzusetzen.

I. Staatliche Ordnung

1. Der Staat ist der gottgewollte Ordnungszustand eines Volkes:
   Wir fordern den christlichen Rechts-, Sozial- und Kulturstaat!
   Nur in ihm wird allgemeine Sicherheit, bleibender Wohlstand und wahrer Fortschritt verwirklicht.

[1] Der Entwurf wurde hektographiert und an die Mitglieder des Landesausschusses versandt, die ihn am 4. Oktober berieten. Ein Exemplar findet sich im ACSP, CSU-Landesausschüsse, Anlage zum Protokoll der Sitzung des Landesausschusses am 4. Oktober 1946.

2. Die staatliche Obrigkeit ist die bevollmächtigte Trägerin des Volkswillens:
   Wir vertreten den demokratischen Staat!
   Wir kämpfen gegen jede Art von Diktatur eines einzelnen, einer Partei oder einer Klasse. Wir kämpfen gegen Staatsbürokratismus und Staatsallmacht.
3. Jedes Volk ist eine organisch gewordene Sendungs-, Schicksals- und Interessengemeinschaft:
   Wir treten ein für die Einheit und Unteilbarkeit Deutschlands!
   Wir kämpfen gegen jede Form von Separatismus. Wir wenden uns gegen jede Absplitterung deutscher Gebiete.
4. Der Staatsaufbau hat sich auf den natürlichen Gegebenheiten eines Volkes zu vollziehen:
   Wir fordern den föderativen Aufbau Deutschlands auf bundesstaatlicher Grundlage!
   Wir kämpfen gegen Unitarismus und Zentralismus. Wir vertreten die starke Staatspersönlichkeit jedes Bundeslandes. Wir fordern in jedem Bundesland größtmögliche Selbständigkeit der nachgeordneten Verwaltungskörperschaften.
5. Gesunde und befriedete Berufsstände sind die tragenden Säulen von Wirtschaft, Wohlfahrt und Kultur:
   Wir fordern eine zweite unpolitische Kammer vor allem zur Interessenvertretung der einzelnen Berufsstände!
   Wir lehnen eine ausschließlich parteigebundene Volksvertretung ab.
6. Die Lösung der Staatsaufgaben entscheidet über Gegenwart und Zukunft unseres Volkes:
   Wir fordern den rechten Mann am rechten Platz!
   Wir kämpfen gegen jeden Dilettantismus. Wir vertreten den Grundsatz: Für das Volk sind die Besten gerade gut genug.

II. Rechtsordnung

1. Der Mensch ist nach göttlichem Willen ins Leben gerufen:
   Wir vertreten das Anrecht eines jeden auf ein menschenwürdiges Dasein!
   Wir bejahen den Anspruch jedes einzelnen auf ausreichende Arbeit, Nahrung, Kleidung und Wohnung, auf Familiengründung und sorgenfreies Alter.
2. Der Mensch ist als Ebenbild Gottes von hoher Würde:
   Wir verlangen die Ehrfurcht vor der Unverletzlichkeit von Person und Heim!
   Niemand darf verfolgt, verhaftet oder festgehalten werden, außer aufgrund der allgemein gültigen Gesetze. Jedem Angegriffenen müssen alle Möglichkeiten der Rechtfertigung zu Gebote stehen.
3. Die menschliche Willensfreiheit ist eine Tatsache der göttlichen Ordnung:
   Wir vertreten die Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, des Handelns und der Berufswahl, des Zusammenschlusses und der Religionsausübung!
   Nur am christlichen Sittengesetz und am Gemeinwohl findet die menschliche Freiheit ihre Grenzen.
4. Mann und Frau sind in ihrer Würde ebenbürtig:
   Wir fordern die rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter!
   Die Arbeit der Hausfrau kommt der Berufsarbeit des Mannes gleich.
5. Jeder Stand und jeder Beruf ist notwendig für das Ganze:
   Wir verlangen die rechtliche und soziale Gleichstellung aller Stände und Berufe!
   Wir kämpfen gegen Klassenhaß und Standeshochmut! Wir kämpfen gegen die Bevorzugung bestimmter Stände und Berufe.

6. Die Grundrechte der Menschen beruhen auf göttlichem Willen und sind allgemeingültig:
   Wir wollen den deutschen Staatsraum als Freistatt für alle sehen, die in Mißachtung der Menschenrechte verfolgt sind!
   Die in der Vergangenheit so oft verletzten Menschenrechte sollen in dem neuen Staat besonderen Schutz und Rückhalt finden.
7. Jedes Gesetz geht in seinen Normen auf das dem Menschen eingeborene Naturrecht zurück:
   Wir verlangen eine bleibende Ausrichtung aller Gesetze nach den Richtsätzen der Gerechtigkeit!
   Wir kämpfen gegen Rechtsverdrehung und Rechtswillkür! Wir vertreten ein christliches Straf- und Zivilrecht! Wir wollen ein christliches Sozial- und Arbeitsrecht!
8. Der Richter ist der Künder allgemein gültiger Rechtsnormen:
   Wir verlangen einen unabhängigen Richterstand!
   Wir lehnen den politischen Richter ab. Wir verneinen eine gelenkte Justiz.
9. Strafvollzug ist Sühne:
   Wir fordern einen Strafvollzug im Sinne einer strengen und gerechten Erziehung mit dem Ziel der Wiedereingliederung in die wertschaffende Volksgemeinschaft!
   Wir lehnen die dauernde Brandmarkung eines Bestraften nach Verbüßung der Strafe ab.

III. Sozialordnung

1. Die Familie ist die Urzelle und Quelle des Volkes:
   Wir fordern weitgehende staatliche Unterstützung der Existenz- und Familiengründung bei allen Ständen und Berufen!
   Staatsbeihilfen, tragbare Löhne und Gehälter und bevorzugte Arbeitsvermittlung für Jungvermählte sollen diesen Zwecken dienen.
2. Gesunde Familien sind die Vorbedingung für ein blühendes Volk:
   Wir verlangen umfassende und bleibende Maßnahmen des Staates für die Volksgesundheit, vor allem für gesunde Wohnungen!
   Wir bekämpfen die lichtlosen Hinterhöfe. Wir fordern größtmögliche Verwurzelung der Familien in Grund und Boden, vor allem durch eine umfassende Siedlungspolitik.
3. Die seelisch gesunde Familie ist die Quelle der moralischen Kraft eines Volkes:
   Wir fordern größtmögliche staatliche Garantie gegen jede Auflockerung und Zerrüttung des Familienlebens!
   Wir vertreten das Recht des Ungeborenen auf Leben. Wir lehnen die Lehre und Praxis der freien Liebe ab. Wir sind gegen die Erleichterung der Ehescheidung.
4. Überdurchschnittliche Begabung verpflichtet den Menschen zu besonderer Leistung im Leben:
   Wir verlangen staatliche Förderung von besonders Begabten!
   Wir verneinen das Bildungsvorrecht der begüterten Stände. Wir vertreten den Grundsatz "Freie Bahn dem Tüchtigen!"
5. Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert:
   Wir fordern die Gestaltung eines Arbeitseinkommens, das wenigstens einen bescheidenen Wohlstand und die Sicherung des Alters verbürgt!
   Wir bekämpfen jede Verproletarisierung. Wir bejahen eine entsprechende Beteiligung der Arbeitnehmer am Reinertrag des Unternehmens. Wir fordern eine ausreichende allgemeine Altersversorgung.

6. Sozialversicherte sind keine Almosenempfänger des Staates:
Wir fordern eine auskömmliche Sicherung des Lebens aller, die durch Krankheit, Unfall, Alter oder als Kriegsversehrte nicht mehr arbeiten können!
Wir wenden uns gegen die Hungerrente. Wir wollen eine fortschrittliche Weiterentwicklung unseres Sozialrechtes schaffen.
7. Hilfe für die Bedürftigen ist ein Gebot der christlichen Nächstenliebe und eine Gemeinschaftspflicht des Volkes:
Wir fordern eine Wohlfahrtspflege, die dem Bedürftigen den notwendigen Lebensunterhalt gewährt!
Der Anspruch hierauf ist rechtlich zu sichern, denn der Unterstützungsempfänger ist kein Mensch zweiter Klasse.

IV. Wirtschaftsordnung

1. Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck; sie muß dem Wohl des einzelnen und der Gesamtheit dienen:
Wir fordern eine staatlich gelenkte Wirtschaft!
Wir lehnen die Planwirtschaft als Ausfluß eines kollektiven Geistes ab. Wir kämpfen gegen den Wirtschaftsliberalismus und treten ein für freie Entfaltung der Einzelpersönlichkeit im Rahmen des Gemeinwohls.
2. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind für die Wirtschaft in gleicher Weise wichtig:
Wir verlangen ein angemessenes Mitbestimmungsrecht der Arbeitgeber bei der Lenkung der Wirtschaft und ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Produktionsverhältnisse, vor allem in bedeutenden Betrieben!
Wir verneinen jedes Willkürrecht des Unternehmers.
3. Für Bayern ist der Klein- und Mittelbetrieb die Grundlage einer gesunden Wirtschaft:
Wir verlangen eine besondere Förderung des Klein- und Mittelbetriebes in Landwirtschaft, Handwerk und Industrie!
Wir lehnen den wirtschaftlichen Großbetrieb ab, soweit er nicht für das Gemeinwohl unbedingt notwendig ist.
4. Das Recht auf Eigentum ist ein Naturrecht; Eigentum verpflichtet gegenüber der Gemeinschaft:
Wir fordern den Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums!
Wir kämpfen gegen die Aufhebung des Eigentums durch Kollektivierung oder allgemeine Sozialisierung. Wir bekämpfen den schrankenlosen Eigentumserwerb. Wir vertreten die Verstaatlichung und Zwangsenteignung gegen Entgelt als letzten Ausweg dort, wo es das Gemeinwohl fordert.
5. Die Steuerpolitik muß sozial, gerecht und wirtschaftsfördernd sein:
Wir fordern in der Steuerpolitik die Durchführung des Grundsatzes einer sozialen Tragbarkeit und wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit!
Die Steuer darf den Anreiz zur Mehrleistung und notwendigen Arbeitsbeschaffung nicht unterbinden.

V. Kulturordnung

1. Der innere Wert eines Volkes zeigt sich in seiner Kultur:
Wir wollen die Verwirklichung christlicher Grundsätze im Kulturschaffen unseres Volkes!
Wir treten ein für die Förderung und Pflege bodenständiger Kulturwerte.

2. Alle Erziehung dient der Lebensertüchtigung und Höherentwicklung des Menschen:
   Wir fordern die Erziehung der Jugend zu einem angemessenen Beruf, zu Charakterstärke und sozialer Gesinnung, zur Ehrfurcht vor Gott und dem Menschen!
   Wir verlangen vor allem auch die Erziehung zur Achtung vor dem Alter und dem anderen Geschlecht. Die weibliche Jugend soll eine besondere Vorbereitung auf den Beruf der Mutter und Hausfrau erhalten.
3. Die Eltern haben das ausschließliche Erziehungsrecht über ihre Kinder; das Erziehungsrecht des Staates ist ein übertragenes Recht:
   Wir verlangen die unbedingte Achtung des Staates vor dem Willen der Eltern hinsichtlich der Schulerziehung ihrer Kinder!
   Die Konfessionsschule muß überall dort eingeführt werden, wo die Eltern sie wünschen.
4. Die Güter der Kultur sind von Natur aus Gemeinbesitz:
   Wir fordern die Erschließung der Kulturgüter für das ganze Volk!
   Es gibt kein Vorrecht einzelner Klassen auf Teilnahme am kulturellen Leben. Wir erstreben eine bleibende Vertiefung der Volksbildung durch großzügigen Ausbau von Volksschulen.
5. Die Wissenschaft ist frei, ihr Streben nach Wahrheit ihre einzige Richtschnur:
   Wir fordern die universell verwurzelte hochstehende Fachwissenschaft und deren umfassendes Fruchtbarwerden für das Leben des Volkes!
   Wir lehnen jede Form einer tendenziösen Wissenschaft ab.
6. Die Kunst ist frei. Die Normen der Wahrheit, Schönheit und Sittlichkeit sind ihre einzigen Grenzen:
   Wir fordern eine Kunst der freien Schöpferkraft und der sittlichen Tiefe!
   Wir wollen keine zweckgebundene Kunst, wir lehnen jede Oberflächlichkeit und Verzerrung ab.
7. Religion soll der tragende Pfeiler jeglicher Rechts-, Sozial- und Kulturordnung sein:
   Wir fordern die freie Religionsausübung und den unbedingten Frieden des Staates mit den christlichen Kirchen und den anderen Religionsgemeinschaften!
   Wir bejahen das Recht des Staates auf Abschluß von Konkordaten. Wir verwerfen eine Trennung von Kirche und Staat. Wir fordern die Unabhängigkeit und den staatlichen Schutz der Geistlichen aller Konfessionen in der Ausübung ihres Berufes.

VI. Zwischenstaatliche Ordnung

1. Die Völker sind organische Teile der Menschheit. Sie sind aufgrund ihrer Eigenart zur Erfüllung besonderer Aufgaben im Rahmen des Ganzen berufen:
   Wir treten ein für den Frieden unter den Völkern und die Gleichberechtigung aller Nationen!
   Wir lehnen jede internationale Verflachung nationaler Eigenwerte ab. Wir bekämpfen Nationalismus und Militarismus.
2. Im Rahmen der Völkerfamilie ist Europa eine übernationale Sendungs-, Schicksals- und Interessengemeinschaft:
   Wir treten ein für die Schaffung einer europäischen Konföderation zur geschlossenen Wahrung und Weiterführung christlich-abendländischer Kulturtradition!
   Wir erstreben die wirksame Befriedung Europas als Beitrag zum dauerhaften Frieden der Welt.

3. Kein Land Europas kann in Zukunft für sich allein bestehen:
Wir treten ein für die Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion!
Wir fordern den Abbau der Zollschranken zwischen den einzelnen Staaten Europas.

Nr. VII

Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern, 31. Oktober 1946

Das Grundsatzprogramm der Christlichen-Sozialen Union in Bayern[1]

Das deutsche Volk steht vor der Aufgabe, den schwersten Zusammenbruch seiner Geschichte zu überwinden und wieder eine feste staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Grundlage für seine Zukunft zu erringen.
Die bis an die Wurzeln des Seins gehende Zerrüttung unseres öffentlichen und privaten Lebens, die uns der Nationalsozialismus als Erbe hinterlassen hat, ist letztlich verursacht durch die Abwendung von der göttlichen Ordnung, in der jeder einzelne und jedes Volk von allem Anfang an steht.
Unser Wollen und Handeln muß daher für den Aufbau und für alle Zukunft nach den ewigen Gesetzen dieser Ordnung ausgerichtet sein; einer Ordnung, die ihren höchsten und umfassenden Ausdruck in der Lehre des Christentums gefunden hat.
Die Krönung des Christentums ist die tätige Nächstenliebe, die wahrhaft soziale Tat. Wir bekennen uns zu ihr ohne Unterschied der Konfession und der Stände.
Aus dieser Erkenntnis heraus haben wir in Bayern die *Christlich-Soziale Union* gegründet als die politische Tatgemeinschaft aller, die sich bekennen zur ewigen Gültigkeit des christlichen Sittengesetzes und zu einem aus ihm erwachsenen Menschheitsideal. Wir wollen in zielbewußter Zusammenarbeit den entscheidenden Beitrag für Wiederaufstieg und dauernde Wohlfahrt unseres Volkes leisten.
Verbunden durch gemeinsame Weltanschauung und gemeinsame Not und angesichts der immer gleichen Quelle aller Kraft und Wahrheit versprechen wir in vollem Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit vor Gott und dem Volk, uns für die Verwirklichung folgender Ziele ohne jeden Eigennutz einzusetzen.

I. *Staatliche Ordnung*

1. Der Staat ist nach Wesen und Aufgabe der gottgewollte Ordnungszustand eines Volkes:
   Wir erstreben den Staatsaufbau auf christlicher Grundlage.
   Nur in einer Ordnung, die von christlichem Geist beseelt ist, wird allgemeine Sicherheit, bleibender Wohlstand und Fortschritt verwirklicht.
2. Träger und Vollzieher des Volkswillens sind die vom Volk bestellten staatlichen Organe.
   Wir bekennen uns zum demokratischen Staat.
   Wir kämpfen gegen jede Art von Diktatur eines einzelnen, einer Partei oder einer Klasse. Wir kämpfen gegen Staatsbürokratismus und Staatsallmacht.

[1] Das Programm wurde nach seiner Annahme durch den Landesausschuß am 31. Oktober 1946 in unbekannter Auflage gedruckt, ein Exemplar findet sich im IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel. Ein Abdruck erfolgte bereits in: Ossip K. Flechtheim, Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung, Berlin 1963, Bd. 2, S. 213ff.

3. Jedes Volk ist eine organisch gewordene Lebensgemeinschaft:
   Wir treten ein für die *Einheit und Unteilbarkeit Deutschlands!*
4. Der Staatsaufbau hat sich auf den natürlichen Gegebenheiten eines Volkes zu vollziehen:
   Wir fordern den *föderativen* Aufbau Deutschlands auf *bundesstaatlicher Grundlage.* Wir lehnen jeden Militarismus und Zentralismus ab. Wir treten ein für die Staatspersönlichkeit jedes Bundeslandes. Wir fordern in jedem Bundesland größtmögliche Selbständigkeit der nachgeordneten Verwaltungskörperschaften.
5. Gesunde und befriedete Berufsstände sind die Voraussetzung für das Gedeihen von Wirtschaft und Kultur:
   Wir bejahen eine *zweite unpolitische Kammer,* vor allem auch zur Interessenvertretung der Berufsstände!
   Eine ausschließlich parteigebundene Volksvertretung lehnen wir ab.
6. Die Lösung der Staatsaufgaben entscheidet ausschlaggebend über Gegenwart und Zukunft unseres Volkes:
   Wir fordern den rechten Mann am rechten Platz!
   Wir kämpfen gegen die Unfähigkeit auf allen Gebieten der staatlichen Verwaltung. Wir treten ein für ein sachgemäß vorgebildetes Berufsbeamtentum.

II. *Rechtsordnung*

1. Der Mensch ist nach göttlichem Willen ins Leben gerufen:
   Wir vertreten das Anrecht eines jeden auf ein *menschenwürdiges Dasein.*
   Wir bejahen den Anspruch jedes einzelnen auf ausreichende Arbeit, Nahrung, Kleidung und Wohnung, auf Familiengründung und ein sorgenfreies Alter.
2. Der Mensch ist als Ebenbild Gottes von hoher Würde:
   Wir verlangen die Ehrfurcht vor der Unverletzlichkeit der Person.
   Niemand darf verfolgt, verhaftet oder festgehalten werden, außer aufgrund der allgemein gültigen Gesetze. Jedem Angegriffenen müssen alle Möglichkeiten einer raschen Rechtfertigung zu Gebote stehen. Das Heim des Menschen soll seine Freistatt sein.
3. Die menschliche Willensfreiheit ist eine Tatsache der göttlichen Ordnung.
   Wir vertreten die *Freiheit der Meinungsäußerung* in Wort und Schrift, die Freiheit des *Handelns* und der *Berufswahl,* die Freiheit des *Zusammenschlusses* und der *Religionsausübung!*
   Nur am christlichen Sittengesetz und am Gemeinwohl findet die menschliche Freiheit ihre Grenzen.
4. Mann und Frau sind in Wort und Aufgabe ebenbürtig:
   Wir fordern die *rechtliche* und *soziale Gleichstellung der Geschlechter.*
   Die Arbeit der Hausfrau kommt der Berufsarbeit des Mannes gleich.
5. Jeder Stand und Beruf ist notwendig für das Ganze:
   Wir verlangen die rechtliche und soziale Gleichstellung aller Stände und Berufe!
   Wir kämpfen gegen Klassenhaß und Standeshochmut sowie gegen die Bevorzugung und den Vormachtsanspruch irgendwelcher Bevölkerungsschichten.
6. Das Bewußtsein von Recht und Unrecht ist dem Menschen von Natur aus gegeben:
   Wir verlangen in der Gesetzgebung die Beachtung der *Grundsätze des Naturrechts.* Wir vertreten eine Reform des Straf- und Zivilrechts in diesem Sinne. In gleicher Weise muß das Sozial- und Arbeitsrecht neu gestaltet werden.

7. Der Richter ist der Künder allgemein gültiger Rechtsnormen:
   Wir verlangen einen *unabhängigen Richterstand*!
   Wir lehnen den politischen Richter ab. Wir verneinen eine gelenkte Justiz.
8. Strafvollzug ist Sühne:
   Wir fordern einen Strafvollzug im Sinne einer strengen und gerechten Erziehung mit dem Ziel der Wiedereingliederung in die werteschaffende Gemeinschaft!
   Wir lehnen die dauernde Brandmarkung eines Bestraften nach Verbüßung der Strafe ab.

III. *Sozialordnung*

1. Die Familie ist die Urzelle und Quelle des Volkes:
   Wir fordern weitgehende *staatliche Unterstützung* der *Existenz- und Familiengründung* bei allen Ständen und Berufen!
   Staatsbeihilfen, ausreichende Löhne oder Gehälter und bevorzugte Arbeitsvermittlung für alle, die eine Familie zu ernähren haben, sollen diesen Zwecken dienen.
2. Gesunde Familien sind die Vorbedingung für ein entwicklungsfähiges Volk:
   Wir verlangen umfassende Maßnahmen des Staates für die *Volksgesundheit*, vor allem den Bau *gesunder Wohnungen*!
   Wir bekämpfen die Mietskasernen und die lichtlosen Hinterhöfe.
   Wir treten ein für die Verwurzelung der Familie in Grund und Boden, besonders durch eine umfassende Siedlungspolitik.
3. Die seelisch gesunde Familie ist die Quelle der moralischen Kraft des Volkes:
   Wir fordern jeglichen nur möglichen staatlichen Schutz des Familienlebens.
   Wir verteidigen das Recht des Ungeborenen auf Leben. Wir lehnen alle Lehren und Maßnahmen ab, die geeignet sind, einen sittlichen Verfall herbeizuführen.
   Wir sind gegen die Erleichterung der Ehescheidung.
4. Der innere Reichtum eines Volkes beruht nicht zuletzt auf den Begabungen seiner Glieder.
   Wir verlangen staatliche Förderung der *überdurchschnittlich Begabten*!
   Wir verneinen das Bildungsvorrecht der begüterten Stände. Für die Stellung des einzelnen in der Gemeinschaft sollen allein Charakter und Leistung entscheiden.
5. Jede ehrliche Arbeit hat den gleichen sittlichen Wert und verdient angemessenes Entgelt. Männer und Frauen erhalten für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn.
   Wir fordern die Gestaltung eines Arbeitseinkommens, das wenigstens einen bescheidenen Wohlstand ermöglicht.
   Wir bekämpfen jede Verproletarisierung. Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reingewinn ihres Unternehmens.
6. Die Sozialversicherung soll im weitesten Umfang gegen die Wechselfälle des Lebens schützen.
   Wir fordern die Sicherung des Lebens aller, die infolge *Krankheit*, *Alter* oder als *Versehrte* nicht mehr arbeiten können!
   Sozialversicherte sind keine Almosenempfänger des Staates: Wir wenden uns gegen die Hungerrente!
   Hilfe für die Bedürftigen ist eine Gemeinschaftspflicht des Volkes:
   Wir fordern eine Wohlfahrtspflege, die dem Bedürftigen den *notwendigen Lebensunterhalt* gewährt!
   Der Anspruch hierauf ist rechtlich zu sichern.

IV. *Wirtschaftsordnung*

1. *Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck; sie muß dem Wohl der Gesamtheit wie des einzelnen dienen:*
   Wir anerkennen das Recht des Staates, die Wirtschaft nach Gesichtspunkten des *Gemeinwohls* zu lenken!
   Wir lehnen die Planwirtschaft als Ausfluß eines kollektivistischen Denkens ab.
   Wir kämpfen gegen den Wirtschaftsliberalismus und treten ein für freie Entfaltung der Einzelpersönlichkeit im Rahmen [ihrer] sozialen Pflichten.
2. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind für die Wirtschaft in gleicher Weise wichtig:
   Wir verlangen ein angemessenes *Mitbestimmungsrecht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer* bei der Lenkung der Wirtschaft, ein *Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer* bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Produktionsverhältnisse. Bei Betrieben von erheblicher Bedeutung sollen die Arbeitnehmer einen *unmittelbaren Einfluß auf die Leistung und Verwaltung* durch geeignete Vertreter ausüben.
   Wir verneinen jede Willkür und Einseitigkeit von Interessengruppen innerhalb der Wirtschaft.
3. *Für Bayern ist der Mittelstandsbetrieb die Grundlage einer gesunden Wirtschaft:*
   Wir verlangen eine *besondere Förderung des Klein- und Mittelbetriebes in Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Gewerbe* und *Industrie* und dessen Schutz gegen Auflösung und Aufsaugung.
   Soweit der wirtschaftliche Großbetrieb sich entwickelt und besteht, darf er unter keinen Umständen zu einem selbstsüchtigen und kapitalistischen Profitunternehmen ausarten.
4. Das Recht auf Eigentum ist ein natürliches Recht, auf dessen Erfüllung alle Anspruch haben; Eigentum verpflichtet gegenüber der Gemeinschaft:
   Wir erwarten, daß alle Möglichkeiten geschaffen werden, um jedermann zu einem *sittlich berechtigten Eigentum* kommen zu lassen.
   Wir treten für die Erfüllung der *Gemeinschaftspflicht* ein, allen jenen zu neuem Eigentum zu verhelfen, die ohne eigene Schuld ihr bisheriges Eigentum verloren haben.
   Wir verlangen den Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums.
   Wir lehnen die Aufhebung des Eigentums durch Kollektivierung oder allgemeine Sozialisierung ab.
   Wir bekämpfen den rücksichtslosen Eigentumserwerb.
   Wir vertreten die Überführung von Privat- in Gemeineigentum gegen angemessene Entschädigung dann, wenn es das Gemeinwohl fordert.
5. Die Steuerpolitik muß sozial, gerecht und wirtschaftsfördernd sein:
   Wir fordern in der *Steuerpolitik* die Durchführung der Grundsätze *sozialer Tragbarkeit und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit.*
   Die Steuer darf den Anreiz zur Mehrleistung nicht unterbinden.

V. *Kulturordnung*

1. Der innere Wert eines Volkes zeigt sich in seiner Kultur:
   Wir bekennen uns als Bayern zu Deutschland als dem Land einer wertereichen Kultur und treten ein für die organische Weiterentwicklung und Pflege des *deutschen Kulturschaffens auf der Grundlage christlich-abendländischen Geistes.*

Vor allem durch seine Kultur muß das deutsche Volk die Achtung der Völker und seinen alten Platz im Kreise der Nationen wieder gewinnen. Gerade in Zeiten der Not ist daher die Pflege der Kultur eine wichtige staatspolitische Aufgabe.

2. *Die Religion muß der tragende Pfeiler jeder Kulturordnung sein.*
   Wir fordern die *Freiheit der Religionsausübung* und den unbedingten *Frieden des Staates mit den christlichen Kirchen und den anerkannten Religionsgemeinschaften.*
   Wir verwerfen die Trennung von Kirche und Staat, aber auch jede Art von Staatskirchentum. Wir verlangen die Anerkennung der Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts und den Schutz der Geistlichen aller Konfessionen in der Ausübung ihres Amtes.
3. Alle Erziehung dient der Höherentwicklung und Lebensertüchtigung des Menschen.
   Wir fordern die *Erziehung der Jugend* zur Ehrfurcht vor Gott und seiner Schöpfung, zu Charakterstärke und sozialer Gesinnung, zu selbständigem Denken und zu körperlicher Leistungsfähigkeit.
   Wir verlangen eine Lehrerbildung, die diese Ziele sicherstellt.
4. Das Kind hat einen Anspruch auf Erziehung: die Eltern haben ein Erziehungsrecht und eine Erziehungspflicht. Das Erziehungsrecht des Staates ist ein übertragenes Recht.
   Wir verlangen die unbedingte Achtung des Staates vor dem Willen der Eltern hinsichtlich der Schulerziehung ihrer Kinder. Wir bekennen uns zum eigenen Recht der Kirchen auf einen angemessenen Einfluß in der Erziehung der Jugend.
   Wir stehen ein für die *Konfessionsschule.*
   In Gemeinschaftsschulen dürfen die religiösen Gefühle Andersgläubiger nicht verletzt werden.
5. Die Wissenschaft ist frei, das Streben nach Wahrheit ihre einzige Richtschnur. Ihr Ziel ist Erkenntnis und Dienst am Leben.
   Wir fordern die universell verwurzelte *hochstehende Fachwissenschaft* und deren umfassendes Fruchtbarwerden für das Leben des Volkes.
   Wir erwarten, daß die einzelnen wissenschaftlichen Fachgebiete sich auf ihre gemeinsamen Grundlagen besinnen. Die Gefahr einer allzu großen und frühen Spezialisierung auf Kosten einer umfassenden Allgemeinbildung ist auch im gesamten Erziehungswesen zu bannen.
6. Die Kunst gedeiht nur in der Freiheit. Sie bedarf des lebendigen Anschlusses an die großen Werke der Vergangenheit und muß auch im Erziehungswesen als wichtiger Lebenswert gelten.
   Wir bekennen uns zu einer *Kunst der freien Schöpferkraft.*
   Wir kämpfen gegen Schmutz und Kitsch.
   Wir verlangen die Aufgeschlossenheit von Gesetzgebung und Verwaltung für die freie Entwicklung der schöpferischen Kräfte unseres Volkes.
7. Die Güter der Kultur sind von Natur aus Gemeinbesitz und sollen allen zugängig sein.
   Wir fordern die *Erschließung der Kulturgüter für das ganze Volk*! Die Teilnahme am kulturellen Leben darf kein Vorrecht einzelner sein.
   Wir fordern den freien Zutritt aller entsprechend Begabten zu den höheren Schulen, den Universitäten und Akademien. Wir erstreben eine bleibende Vertiefung der Volksbildung durch großzügigen Ausbau von Volkshochschulen.

VI. *Zwischenstaatliche Ordnung*

1. Die Völker sind organische Teile der Menschheit. Sie sind aufgrund ihrer Eigenart zur Erfüllung besonderer Aufgaben im Rahmen des Ganzen berufen:
   Wir treten ein für den Frieden unter den Völkern und die Gleichberechtigung aller Nationen.
   Wir lehnen jede Verflachung der Eigenwerte der Völker ab. Wir bekämpfen Nationalismus und Militarismus.
2. Im Rahmen der Völkerfamilie ist Europa eine übernationale Lebensgemeinschaft.
   Wir treten ein für die Schaffung einer *europäischen Konföderation* zur gemeinsamen Wahrung und Weiterführung der christlich-abendländischen Kultur!
   Wir erstreben die wirksame Befriedung Europas als Beitrag zum dauerhaften Frieden der Welt.
3. Kein Land Europas kann für sich allein bestehen:
   Wir treten ein für die Schaffung einer *europäischen Wirtschafts- und Währungsunion*!
   Wir fordern den Abbau der Zollschranken zwischen den einzelnen Staaten Europas.
   Wir wollen als Partei mit Parteien ähnlicher Zielsetzung anderer Länder Erfahrungen austauschen, um damit das Vertrauen der Völker zueinander zu fördern.

Möge Gott unserem Volk die Gnade und Kraft geben, aus der tiefen Not herauszufinden, in der dieses Programm geboren wurde. Der Erreichung dieses Zieles dient die Arbeit der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

Nr. VIII

Programmentwurf August Haußleiters zur Vorlage vor dem Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union am 4. Oktober 1946

Programm der Christlich-Sozialen Union in Bayern[1]

Die Christlich-Soziale Union in Bayern ist eine neue und eine junge Partei, die sich zur gesellschaftlichen Entwicklung unseres Jahrhunderts bekennt. Sie tritt ein für die volle Gleichberechtigung aller schaffenden Stände. Sie bejaht den sozialen Fortschritt in einem Staat, der Arbeiter, Bauern und Bürger in einer organischen Einheit umfaßt. Angesichts der Ruinen unserer Städte, erschüttert von der sittlichen Entartung und dem seelischen Verfall, die sich mitten in unserem Volke offenbarten, stellen wir jedoch fest: Jede Gesellschaftsordnung, die den göttlichen Urgrund der Schöpfung verläßt, führt zwangsläufig in Chaos und Untergang.
Darum soll in Zukunft als unabdingbares Grundgesetz über all unserem politischen und sozialen Handeln die Verpflichtung des Menschen vor Gott stehen. Inmitten einer unglücklichen und von Unruhe erfüllten Welt wollen wir den Neuaufbau unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens unter die Leitschnur des christlichen Sittengesetzes stellen. Auf seinem Boden bekennen wir uns zu den ewigen und unveräußerlichen Rechten des Menschen, zu seiner Würde und zu seiner Freiheit, die ihm Gott verliehen hat.
In treuer Liebe zu unserer bayerischen Heimat, im Bekenntnis zu unserem bayerischen Staat, gemeinsam mit den Enterbten des Zweiten Weltkrieges, die unsere neuen, gleichberechtigten Mitbürger sein sollen, im selbstverständlichen Willen zur wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands, haben wir uns das nachfolgende Programm gegeben:

1. Wir bekennen uns zur Würde und zur Freiheit der menschlichen Persönlichkeit. Wir wenden uns mit aller Leidenschaft gegen die Vermassung des Menschen und ebenso gegen die Vergottung des Staates. An der Würde und an den unveräußerlichen Rechten der Person findet die Macht des Staates ihre Grenzen. Die Freiheit des Menschen hat ihren Rechtsgrund in der Verantwortlichkeit seines Gewissens vor Gott.
2. Als Christen wissen wir, daß der Mensch seinen Wert und sein Gewicht durch seine unsterbliche Seele erhält. Wir glauben weiter, daß Gott in der Schöpfung das Zusammenwirken und nicht die Trennung seiner Geschöpfe will. Wir glauben an ein gemeinsames Reich des Geistes unter den Menschen. Darum lehnen wir jede Art von Rassentheorie, und insbesondere die antisemitische, als schmachvollen Rückfall in eine überwundene Barbarei mit Entschlossenheit ab.
3. Die Familie ist die Urzelle von Staat und Gesellschaft. Ihre natürlichen Rechte sind uns heilig. Mann und Frau haben in der Ehe grundsätzlich die gleichen bür-

[1] Der Entwurf wurde hektographiert und an die Mitglieder des Landesausschusses versandt, die ihn am 4. Oktober berieten. Ein Exemplar findet sich im ACSP, CSU-Landesausschüsse, Anlage zum Protokoll der Sitzung des Landesausschusses am 4. Oktober 1946.

gerlichen Rechte und Pflichten. Der Staat stellt die werdende Mutter wie das keimende Leben unter seinen Schutz. Der kinderreichen Familie gilt seine besondere Sorge. Die Erziehung der Kinder ist ebenso ein Recht wie eine Pflicht der Eltern.

4. Die Form der Schule wird durch den Willen der Erziehungsberechtigten bestimmt. In der Verwässerung und Verflachung der christlichen Erziehung erblicken wir eine der Ursachen für den sittlichen Verfall unseres Volkes. Darum sehen wir in der Bekenntnisschule die Voraussetzung einer echten sittlichen Bildung. Der Grundsatz der Toleranz soll über aller Erziehung stehen; die Gefühle Andersgläubiger dürfen nicht verletzt werden. Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach in den Schulen. Auch die Gemeinschaftsschulen sollen auf christlichem Boden stehen.
5. Die Schule soll Wissen vermitteln; ebenso aber soll sie die Kinder erziehen und bilden. Unsere Jugend soll zu freien, aufrechten und gesellschaftlich sicheren Menschen erzogen werden; nur mit demokratischen Menschen läßt sich ein demokratischer Staat gestalten. Gesunde Liebe zur Heimat soll sich mit echtem Verständnis für fremde Völker und fremde Kulturen verbinden. Wir wollen, daß unsere Kinder zu wahrhafter Menschlichkeit und zur Achtung der geistigen Welt erzogen werden. Wir lehnen jede Übersteigerung des nationalen Gefühls ebenso ab wie die oberflächliche Halbbildung der Vergangenheit. Als wichtigste Aufgabe erscheint uns darum eine vertiefte Bildung unseres Lehrernachwuchses.
6. Unbekümmert um Stand und soziale Stellung der Eltern ist jede echte Begabung staatlich zu fördern. Kein Stand und keine Klasse darf ein Privileg zum Besuch der höheren Schule besitzen. Im humanistischen Gymnasium sehen wir einen wesentlichen Träger echter Bildung; wir fordern seine Erhaltung. Angesichts der vom Nationalsozialismus gerissenen Bildungslücken liegt uns die Erwachsenenbildung auf Volkshochschulen besonders am Herzen.
7. Aus den Familien bauen sich die Gemeinden auf, deren Selbstverwaltung wir fordern und deren finanzielle Grundlagen gesund erhalten werden müssen. Den vom Volke gewählten Selbstverwaltungskörperschaften soll in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken ein breites Feld verantwortlichen Wirkens eingeräumt werden. Der Bereich der Staatsverwaltung beginnt erst dort, wo es sich um die Wahrnehmung übergeordneter hoheitlicher Aufgaben handelt.
8. Die Union bekennt sich voller Liebe zum bayerischen Volk und Staat. Wir sind Föderalisten aus Überzeugung und Erfahrung. Jede Form von Zentralismus lehnen wir ebenso ab wie einen unfruchtbaren Separatismus, der unser bayerisches Volk zur politischen Vereinzelung und zur wirtschaftlichen Verkümmerung führen würde. Der deutsche Bundesstaat soll aus dem freiwilligen Zusammenschluß der einzelnen Länder erwachsen. Die deutsche Bundesverfassung soll die staatliche Eigenständigkeit der Länder bejahen und auf ihr aufbauen.
9. Die Union tritt für die verantwortliche Bindung der Abgeordneten an ihren Wahlkreis ein. Sie befürwortet die Errichtung einer zweiten Kammer, deren beratende Stimme im Parlament gehört werden soll. Sie lehnt den schrankenlosen Parlamentarismus ab und fordert die Bildung arbeitsfähiger Regierungen. Sie bekennt sich zum Mehrparteiensystem als einem System mehrerer großer, in der Regierung wie in der Opposition verantwortlicher Parteien. Als umfassende Sammelpartei aller derer, die sich zu ihrer christlichen und sozialen Ideenwelt bekennen, lehnt die Union insbesondere den Fraktionszwang ab, der naturnotwendig zur Bildung von

Splitterparteien führt. Bindend sind für sie die Abstimmungen im Parlament, bei denen jeder Abgeordnete der Stimme seines Gewissens zu folgen hat.

10. Die Union lehnt die Diktatur und den Kollektivismus in allen Erscheinungsformen ab. Sie will Klassenkampf und Klassenhaß in einer sozialen, von christlicher Nächstenliebe getragenen Demokratie überwinden. Demokratie ist mehr als eine Staatsform. Sie bedeutet eine Lebenshaltung, die zur Grundlage die Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit hat und die dem einzelnen Menschen Freiheit im Denken und Handeln gewährleistet. Solche wahre Demokratie bleibt sich bei der Ausübung des Mehrheitswillens stets der Rechte der Minderheit bewußt. Sie umfaßt alle Schichten des Volkes in gleicher Verpflichtung und gleicher Berechtigung. Nur für die Gegner der Demokratie können die Rechte der Demokratie eingeschränkt werden.
11. Die Union tritt für eine Rechtsordnung [ein], die sich auf die Gleichheit aller vor dem Gesetz und auf Gerechtigkeit gegen jedermann gründet. Die Richter sind nur ihrem Gewissen und dem Gesetz unterworfen. Der Schutz des einzelnen gegen ungesetzliche Rechtsangriffe des Staates muß genauso gewährleistet sein wie der Schutz der Gesamtheit gegen Übergriffe des einzelnen. Die Polizei soll Hüterin der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung sein. Sie darf nicht wieder als Vollstreckerin staatlicher Willkür mißbraucht werden.
12. Die Union bejaht das Berufsbeamtentum. Bei der Auswahl der Beamten soll das fachliche Können und nicht die Parteizugehörigkeit entscheiden. Wer jedoch der Demokratie ablehnend gegenübersteht, kann nicht in ihr Beamter sein. Die unkontrollierte Herrschaft einer selbstherrlichen Verwaltungsbürokratie wird von der Union nachdrücklichst abgelehnt.
13. Das Eigentum ist ein Naturrecht des Menschen und vom Staate zu schützen. Es verpflichtet gegenüber der Gemeinschaft. Sein Mißbrauch darf der sozialen Wohlfahrt nicht zuwiderlaufen.
14. Der wirtschaftliche Liberalismus gehört ebenso wie die sozialistische Planwirtschaft einem vergangenen Jahrhundert an. Die liberalistische Wirtschaft führt zur Wirtschaftskrise und zu Wirtschaftschaos. Die Planwirtschaft führt ebenso naturnotwendig zum Kollektivismus, der stets totalitär und militant ist, und zur Selbstherrlichkeit der Staatsbürokratie. Der Staat soll nicht selber wirtschaften. Er soll anregen, fördern und die wirtschaftliche Betätigung des einzelnen in den Grenzen halten, die durch das Gemeinwohl gezogen sind.
15. Der frei schaffenden Persönlichkeit ist die Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Kräfte zu gewährleisten. Wer den Menschen der notwendigen wirtschaftlichen Freiheit beraubt, zerstört gleichzeitig die Grundlagen seiner politischen Freiheit. Nicht anonyme Mammutbetriebe, sondern zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe sollen künftig der Volkswirtschaft das Gepräge geben. Der Staat soll sich darum die besondere Pflege der Klein- und Mittelbetriebe in Handwerk, Handel, Industrie und Gewerbe angelegen sein lassen. Sie sind die Grundlage des sozialen Aufstiegs aus unselbständiger Arbeit zu einer selbständigen und einer selbstverantwortlichen Existenz. Leistungsfähige Genossenschaften werden berufen sein, die wirtschaftliche Entwicklung des Mittelstandes zu sichern.
16. Die Wirtschaft bedarf der planvollen Lenkung, die zweckvoll von den Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung getragen wird. Die Arbeitnehmerschaft ist gleichberechtigter Träger des Wirtschaftslebens. Ihr ist daher in allen Gremien der Wirtschaftslenkung ein entsprechender Einfluß einzuräumen.

17. Die Union fordert die Verstaatlichung der Bergwerke und der sonstigen Grundstoffindustrie sowie der Monopolbetriebe, soweit die Verstaatlichung im Interesse der Allgemeinheit liegt. Die Banken als Treuhänder des gesamten Geldwesens werden unter staatliche Überwachung gestellt.
18. Der Klein- und Stadtrandsiedlung ist ganz besonderes Augenmerk zu widmen. Die Bereitstellung von Siedlungsland soll nach jährlichen Planungen erfolgen. Das Ziel muß sein, jeder Familie die Schaffung eines eigenen Heims auf eigener Scholle mit ausreichendem Gartenland zu ermöglichen. Die Union bejaht deshalb eine Boden[re]form, die der Struktur der bayerischen Landwirtschaft angepaßt ist. Sie lehnt alle aus rein propagandistischen Gründen auf diesem Gebiete unternommenen Experimente ab.
19. Die Erhaltung eines lebensfähigen Bauernstandes ist eine Existenzfrage für unser Volk. Den landwirtschaftlichen Erzeugnissen wird der gerechte Preis gewährleistet. Die landwirtschaftliche Erzeugung ist durch Bereitstellung von Maschinen und Düngemitteln, durch ständige Verbesserung der Bodenkultur und durch Modernisierung der Betriebe unablässig zu steigern. Das ländliche Berufsschulwesen, die landwirtschaftlichen Fachschulen und die hauswirtschaftlichen Schulen sind planmäßig auszubauen. Der Landflucht muß durch Bereicherung des Dorflebens und durch eine zweckvolle Sozialpolitik entgegengewirkt werden. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist zu fördern.
20. Durch ein neues Arbeitsrecht soll die Würde des schaffenden Menschen im Wirtschaftsleben bestätigt werden. Der Betrieb soll aus einem Herrschafts- in ein Gemeinschaftsverhältnis umgewandelt, die Arbeitnehmerschaft soll aus der Rolle der Abhängigen in die der bewußt Mitwirkenden erhoben werden. Bezahlte Feiertage und bezahlter Urlaub sollen dem Arbeitnehmer Erholung und Entspannung ermöglichen. Die Leistungen der Sozialversicherung sollen erhöht werden. Sie ist in die Selbstverwaltung der Arbeitnehmerschaft zu überführen. Mann und Frau sind bei gleicher Leistung grundsätzlich gleich zu entlohnen.
21. Der freie Zusammenschluß aller Schaffenden ist eine Voraussetzung für eine geordnete Entwicklung in Staat und Gesellschaft. Die Union tritt daher für ein freies Koalitionsrecht ein. Zwangsmitgliedschaft jeder Art wird abgelehnt. Die Union tritt für volle Freizügigkeit der Arbeitnehmerschaft und für freie Berufswahl ein.
22. In der Sorge für die Enterbten des Zweiten Weltkrieges, für die Kriegsopfer des Hitlerkrieges, für die Ausgewiesenen, Flüchtlinge, Ausgebombten und Obdachlosen ist unser ganzes Volk auf eine entscheidende Probe gestellt. Die Union tritt ein für einen allgemeinen und gerechten Lastenausgleich, durch den die materiellen Opfer des Krieges möglichst gleichmäßig auf die Schultern der Volksgesamtheit verteilt werden. Sie fordert, daß die ganze Kraft unseres Volkes dafür eingesetzt wird, Wohnungen, Brot und Arbeit für die neuen Bürger unseres Landes zu schaffen. Wir werden dabei vor einschneidenden Maßnahmen nicht zurückschrekken. Es ist eine sittliche Pflicht der Gemeinschaft, sich der Kriegsversehrten und Kriegshinterbliebenen anzunehmen. Die lebendige Kraft des christlichen Ethos wird sich an der Überwindung des erdrückenden Nachkriegselends unseres Volkes erweisen.
23. Die Wissenschaft ist frei. Die Wahrheit ist ihre einzige Richtschnur. Auch die Kunst soll frei sein. Die Union ist weit offen für alles lebendige Kunstwollen. Im Schulwesen soll die Kunst nicht nur Unterrichtsgegenstand sein, sondern als Lebenswert angesehen werden. Wissenschaft und Kunst sind für die wahre Achtung

unseres Volkes in der Welt seit je von ausschlaggebender Bedeutung gewesen. Darum hat der Staat sie selbst in Notzeiten planmäßig zu fördern. Kunst und Wissenschaft sind die erste Brücke zu den Völkern der Welt.

24. Gewissens- und Religionsfreiheit sind Grundrechte jeder Person.
25. Am Irrweg des Nationalsozialismus haben wir erfahren, daß alle rein menschlichen Ordnungsbegriffe brüchig und hinfällig sind. In der Bindung an Gott und der Verpflichtung unseres Gewissens sehen wir die einzige Gewähr für wahre Freiheit. Als die wesentliche Grundlage unserer Kultur erkennen wir das Christentum. Kirche und Staat müssen darum freundschaftlich zusammenarbeiten und sollen sich nicht gegenseitig mit Mißtrauen begegnen. Ihre Aufgaben überschneiden sich nicht, sondern sie ergänzen sich. Die Religionsverträge müssen gehalten werden. In einer tiefgreifenden inneren Erneuerung sehen wir die erste Voraussetzung einer besseren sozialen und politischen Ordnung unseres Volkes. Deshalb rufen wir den Geist lebendigen Christentums in der Seele unseres Volkes wach und vertiefen ihn mit der ganzen Kraft, die wir in der Verfolgungszeit neu aus Opfer und Martyrium gewonnen haben.
26. Der Friede unter den Konfessionen muß erhalten bleiben und gefördert werden. Dieser Friede wird nicht dadurch gesichert, daß man die Unterschiede verharmlost und verwischt, sondern dadurch, daß man in klarer Erkenntnis der Eigenart jedes Bekenntnisses einander Achtung und Rücksicht entgegenbringt. Die Union bekennt sich zur völligen Gleichberechtigung der Konfessionen im öffentlichen Leben und verwirklicht in den eigenen Reihen die gute Kameradschaft aller, die auf dem Boden der christlichen Ideenwelt stehen.
27. So wie wir den Parteienhaß und gelben Neid im Innern ablehnen, ebenso wenden wir uns mit aller Entschiedenheit gegen den Krieg und gegen den Völkerhaß nach außen. Wir glauben, daß das Schicksal der Menschheit heute unteilbar ist und daß es für sie nur einen gemeinsamen Fortschritt oder einen gemeinsamen Untergang geben kann.
28. Wir glauben, daß ein friedlicher und freiheitlicher deutscher Bundesstaat sich wieder ehrenvoll einordnen wird in die abendländische Staaten- und Kulturgemeinschaft. Grundlage dieser Gemeinschaft wird das Recht und ein gerechter Friede sein. Durch friedliche Aufbauarbeit und durch geistige Leistung wollen wir mitwirken an der Neugestaltung eines besseren, durch die gleichen Ideale geeinten Europa. Wir glauben, daß am Ende dieses Weges die Freiheit unseres Volkes und der gesicherte Friede unseres Erdteils inmitten der freien Gemeinschaft der Völker der Erde stehen wird.

Dieses unser Programm ist entstanden in der Notzeit unseres Volkes nach dem Zusammenbruch aller seiner Ordnungen und nach einem Irrweg, der es an den Rand des völligen Unterganges geführt hat. Wir lehnen hierin die extremen Lösungen ab und suchen mit vollem Bewußtsein den inneren Ausgleich. Im Ringen um die neue soziale Welt unseres Jahrhunderts wollen wir die ewigen Werte bewahren, ohne die eines Volkes Wohlfahrt nicht gedeihen kann. Es wird mit Sicherheit die Stunde kommen, in der die Not unser Volk von neuem gefährden wird durch falsche Hoffnungen und trügerische Verführungen aller Art. Wir sind jedoch entschlossen, die hier aufgezeigte Neugestaltung unseres Staates als einer wirklichen Demokratie im Zeichen der Freiheit, des Friedens und des Rechts mit unserer Kraft bis zur Überwindung aller inneren und äußeren Not durchzuführen.

Nr. IX

Die dreißig Punkte der Union, 31. Oktober 1946

Die dreißig Punkte der Union.
Richtlinien der Christlich-Sozialen Union in Bayern
zur Überwindung der inneren und äußeren Not unseres Volkes[1]

Die nachfolgenden dreißig Punkte zeigen, auf welchem Wege und aus welchem Geiste heraus die Christlich-Soziale Union in Bayern an die Lösung der Aufgaben herangehen will, vor die sie sich in vollem Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit angesichts der inneren und äußeren Not unseres Volkes gestellt sieht.
Diese "*dreißig Punkte der Union*" beruhen auf dem "*Grundsatzprogramm der Union*", das sie erläutern und im einzelnen begründen. Sie geben zugleich die Antwort auf die brennenden Fragen, die heute unser Volk vordringlich bewegen.
"*Grundsatzprogramm*" und "*die dreißig Punkte der Union*" geben gemeinsam das klare und umfassende Bild des politischen Wollens der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

Die Christlich-Soziale Union in Bayern ist eine neue und eine junge Partei, die sich zum sozialen Fortschritt unseres Jahrhunderts bekennt. Sie tritt ein für die volle Gleichberechtigung aller Schaffenden in einem Staat, der alle Stände in organischer Einheit umfaßt.
Angesichts der Ruinen unserer Städte, erschüttert von der sittlichen Entartung und dem seelischen Verfall, die sich mitten in unserem Volke offenbarten, stellen wir fest: Jede Gesellschaftsordnung, die den göttlichen Urgrund der Schöpfung verläßt, führt zwangsläufig in Chaos und Untergang.
Darum soll in Zukunft als Grundgesetz über all unserem politischen und sozialen Handeln die Verpflichtung des Menschen vor Gott stehen. Inmitten einer unglücklichen und von Unruhen erfüllten Welt wollen wir den Neuaufbau unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens auf den festen Boden des christlichen Sittengesetzes stellen. In treuer Liebe zu unserer bayerischen Heimat, im Bekenntnis zu unserem bayerischen Staate, gemeinsam mit den Enterbten des Zweiten Weltkrieges, die unsere neuen, gleichberechtigten Mitbürger sein sollen, im selbstverständlichen Willen zur wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands, haben wir uns nachstehende Richtlinien zur Überwindung der inneren und äußeren Not unseres Volkes gegeben:

1. Wir bekennen uns zur Würde und zur Freiheit der menschlichen Persönlichkeit. Wir wenden uns daher mit aller Kraft gegen die Vermassung des Menschen und ebenso gegen die Vergottung des Staates. An den unveräußerlichen Menschenrechten, die uns von Gott verliehen sind, findet die Macht des Staates ihre Gren-

[1] Das Programm wurde nach seiner Annahme durch den Landesausschuß am 31. Oktober 1946 in unbekannter Auflage gedruckt, ein Exemplar findet sich im IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel. Ein Abdruck erfolgte bereits in: Berberich, Die historische Entwicklung, S. 182-190.

zen. Wachsam und ohne Furcht wollen wir die Freiheit verteidigen, unbekümmert darum, ob es einzelne oder Organisationen sind, die sie bedrohen.

2. Als Christen wissen wir, daß der Mensch seinen Wert und sein Gewicht durch seine unsterbliche Seele erhält. Wir glauben weiter, daß Gott in der Schöpfung das Zusammenwirken und nicht die Trennung seiner Geschöpfe will. Wir glauben an ein gemeinsames Reich des Geistes unter den Menschen. Darum lehnen wir jede Art von Rassenhaß ab. Aller Antisemitismus richtet sich zwangsläufig gegen den geschichtlichen Ursprung wie gegen das Wesen des Christentums. Denn wir sehen hinter der äußeren Verschiedenheit der Menschen stets die Gleichheit ihres göttlichen Auftrages. Darum bekennen wir uns zu einer wahrhaften Menschlichkeit, die wir auch im politischen Raume verwirklichen wollen.
3. Die Familie ist die Urzelle jeder Gemeinschaft. Ihre natürlichen Rechte sind uns heilig. Mann und Frau haben in der Ehe grundsätzlich die gleichen bürgerlichen Rechte und Pflichten. Wir werden nachdrücklich darauf achten, daß der Staat die werdene Mutter wie das keimende Leben unter wirksamen Schutz nimmt. Der kinderreichen Familie gilt unsere besondere Sorge, insbesondere in der Beschaffung des notwendigen Wohnraums. Die Erziehung der Kinder ist ebenso ein Recht wie eine Pflicht der Eltern.
4. Die Arbeit der Hausfrau ist der Berufsarbeit des Mannes und jeder anderen Berufsarbeit gleichgestellt. Denn dies ist der erste und ursprüngliche Beruf der Frau, Hausfrau und Mutter zu sein. Doch erkennen wir die neuen Tatsachen an, die auf diesem Gebiete vom Krieg und von der wirtschaftlichen Entwicklung der Gegenwart geschaffen worden sind. Der Frau soll jede Stellung und jedes Amt offen stehen, zu denen sie die sachlichen und charakterlichen Voraussetzungen mitbringt. Bei gleichem Verantwortungsbereich und gleicher Leistung steht ihr die gleiche Entlohnung zu wie dem Mann. Ist die Frau die Ernährerin der Familie, so hat sie ein Vorzugsrecht auf Lohnarbeit; die erwerbstätige Mutter bedarf des besonderen Schutzes von Gemeinde und Staat. Am politischen Schicksal unseres Volkes soll die Frau lebendigen Anteil nehmen.
5. Die Form der Schule wird durch den Willen der Erziehungsberechtigten bestimmt. In der Verwässerung und Verflachung der christlichen Erziehung erblikken wir eine der Ursachen für den sittlichen Verfall unseres Volkes. Darum sehen wir in der Bekenntnisschule die Voraussetzung einer echten sittlichen Bildung. Der Grundsatz der Toleranz soll über aller Erziehung stehen; die Gefühle Andersgläubiger dürfen nicht verletzt werden. Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach in den Schulen. Auch die Gemeinschaftsschulen sollen auf christlichem Boden stehen.
6. Die Schule soll Wissen vermitteln; ebenso aber soll sie die Kinder erziehen und bilden. Unsere Jugend soll zu freien, aufrechten und gesellschaftlich sicheren Menschen erzogen werden; nur mit demokratischen Menschen läßt sich ein demokratischer Staat gestalten. Gesunde Liebe zur Heimat soll sich mit echtem Verständnis für fremde Völker und fremde Kulturen verbinden. Wir wollen, daß unsere Kinder zu wahrhafter Menschlichkeit und zur Achtung der geistigen Welt erzogen werden. Wir lehnen jede Übersteigerung des nationalen Gefühls ebenso ab wie nationale Würdelosigkeit; endlich wollen wir Deutschen hierin den rechten Weg eines ruhigen inneren Gleichgewichts gehen. In der oberflächlichen Halbbildung der Vergangenheit und im Mangel an wahrer geistiger Sammlung sehen wir eine Wurzel vielen Unheils. Als wichtigste Aufgabe erscheint uns darum eine ver-

tiefte Bildung unseres Lehrernachwuchses. Gesunden Sport, der zur Selbstzucht erzieht, bejahen wir; militärischen Drill lehnen wir ab. Unsere Jugend soll wandern, aber nicht marschieren.

7. Unbekümmert um Stand und soziale Stellung der Eltern ist jede echte Begabung staatlich in ihrer Entwicklung zu fördern. Kein Stand und keine Klasse darf ein Vorrecht zum Besuch der höheren Schule besitzen; mit diesem Grundsatz ist Ernst zu machen. Staatliche Beihilfen müssen für arme begabte Schüler in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Im humanistischen Gymnasium sehen wir einen wesentlichen Träger echter Bildung. Der Staat hat mit Rat und Tat die freie Berufswahl und die Berufsausbildung zu fördern. Das berufliche Fortbildungswesen ist auszubauen. Vordringlich sind Sonderlehrgänge für Kriegsversehrte. Eine umfassende Umschulung aller einst in der Kriegsindustrie eingesetzten Kräfte für die andersartigen Aufgaben des friedlichen Aufbaus ist durchzuführen. Angesichts der vom Nationalsozialismus hinterlassenen Bildungslücken liegt uns die Erwachsenenbildung auf Volkshochschulen besonders am Herzen.
8. Gegen die tiefgreifende sittliche Verwahrlosung der heranwachsenden Jugend sind entschlossene Maßnahmen durchzuführen. Wir treten ein für ein Jugendschutzgesetz, das unsere Jugend vor Schund und Schmutz aller Art bewahrt, die Quellen der Verführung ausschaltet und die Ehrbarkeit in unserem öffentlichen Leben wiederherstellt und sichert. Die Beseitigung der moralischen Nachkriegsfolgen erwarten wir jedoch nicht zuerst von Polizeimaßnahmen, so notwendig sie sein mögen, sondern von der inneren Erneuerung unseres Volkes, die unsere Jugend zu einer recht verstandenen Selbstverantwortung, Selbstdisziplin und Selbstzucht hinführen soll.
9. Aus den Familien bauen sich die Gemeinden auf, deren Selbstverwaltung wir fordern und deren finanzielle Grundlagen gesund erhalten werden müssen. Angesichts der allgemeinen Not ist einem gerechten Ausgleich der Fürsorge- und Soziallasten ein besonderes Augenmerk zu widmen. Den Gemeinden sollen keine Aufgaben zugemutet werden, deren Finanzierung nicht gleichzeitig sichergestellt wird. Den vom Volk gewählten Selbstverwaltungskörperschaften soll in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken ein breites Feld verantwortlichen Wirkens eingeräumt werden. Wir treten für einen demokratischen Aufbau von unten ein und lehnen darum auch jeden innerbayerischen Zentralismus ab. Die untere Instanz soll jeweils alle ihr gemäßen Aufgaben verantwortlich erfüllen. Der Bereich der Staatsverwaltung beginnt erst dort, wo es sich um die Wahrnehmung übergeordneter hoheitlicher Aufgaben handelt.
10. Die Union bekennt sich voller Liebe zum bayerischen Volk und Staat. Wir sind Föderalisten aus Überzeugung und Erfahrung. Den zentralistischen Einheitsstaat lehnen wir ebenso ab wie einen unfruchtbaren Separatismus, der unser bayerisches Volk zur politischen Vereinzelung und zur wirtschaftlichen Verkümmerung führen würde. In einer einseitigen wirtschaftlichen Belastung Bayerns würden wir eine Erschwerung des gemeinsamen Weges zur Wirtschaftseinheit Deutschlands sehen. Der deutsche Bundesstaat, den wir anstreben, soll aus dem freiwilligen Zusammenschluß der einzelnen Länder erwachsen. Die deutsche Bundesverfassung soll die staatliche Eigenständigkeit der Länder bejahen und auf ihr aufbauen. Die gegenwärtige unheilvolle Aufspaltung Deutschlands in Einzelzonen erscheint uns als Gefahr für die friedliche Entwicklung unseres Volkes. Wir können nicht verschweigen, daß wir in einer gerechten Regelung der deutschen Ostgrenzen eine der entscheidenden Grundlagen eines wahren europäischen Friedens erblicken.

11. Die Union tritt für die verantwortliche Bindung der Abgeordneten an ihren Wahlkreis ein. Sie befürwortet sowohl in den Ländern wie im deutschen Bundesstaat die Errichtung einer zweiten Kammer, deren Stimme im Parlament gehört werden soll. Sie will die Gefahren eines überspitzten Parlamentarismus vermeiden und fordert die Bildung arbeitsfähiger Regierungen. Sie bekennt sich zum Mehrparteiensystem als einem System großer, in der Regierung wie in der Opposition verantwortlicher Parteien. Als umfassende Sammelpartei aller derer, die sich zu ihrer christlichen und sozialen Ideenwelt bekennen, lehnt die Union insbesondere den Fraktionszwang ab, der erfahrungsgemäß zur Bildung von Splitterparteien führt. Bindend sind für uns die Abstimmungen im Parlament, bei denen jeder Abgeordnete der Stimme seines Gewissens zu folgen hat.
12. Die Union lehnt die Diktatur und den Kollektivismus in allen Erscheinungsformen ab. Demokratie ist für uns mehr als eine Staatsform: Sie ist eine Lebenshaltung, die zur Grundlage die Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit hat. Solche wahre Demokratie bleibt sich bei der Ausübung des Mehrheitswillens stets der Rechte der Minderheit bewußt. Nur für die Gegner der Demokratie können die Rechte der Demokratie eingeschränkt werden. Dazu bedürfen wir der besonderen Wachsamkeit. Für jede Demokratie besteht die Gefahr der Selbstaufhebung, indem aus Angst vor der Diktatur die Freiheit beseitigt wird. Noch gefährlicher sind jene Demagogen, die unter dem Deckmantel der Demokratie ihre Alleinherrschaft zu errichten versuchen. Zwischen beiden Gefahren liegt die wahre politische Freiheit, für die wir uns einsetzen.
13. Wir vertreten die Gleichheit aller vor dem Gesetz und fordern Gerechtigkeit gegen jedermann. Der Schutz des einzelnen gegen ungesetzliche Rechtsangriffe des Staates muß genauso gewährleistet sein wie der Schutz der Gesamtheit gegen Übergriffe des einzelnen. Die Polizei soll Hüterin der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung sein; sie muß zur Erfüllung ihrer Aufgaben befähigt sein. Gegen den Schwarzhandel muß mit Tatkraft durchgegriffen werden. Wir fordern den Schutz unserer Dörfer und Städte gegen Plünderung und Bandenunwesen. Rechtsunsicherheit führt zur Untergrabung des Staatswesens. Die Polizei darf niemals wieder als Vollstreckerin staatlicher Willkür mißbraucht werden. Das politische Spitzelwesen und Denunziantentum lehnen wir mit Nachdruck ab. Gesinnungsterror ist mit echter Demokratie unvereinbar.
14. Die Union bejaht das Berufsbeamtentum. Bei der Auswahl der Beamten soll die Tüchtigkeit und nicht die Parteizugehörigkeit entscheiden. Wer sich als Gegner der Demokratie erweist, kann nicht in ihr Beamter sein. Der Machtanspruch einer selbstherrlichen Verwaltungsbürokratie wird von der Union bekämpft und abgelehnt. Der Beamte ist Diener der Allgemeinheit und nicht Herr des einzelnen Staatsbürgers. Er soll volksnahe, höflich und entgegenkommend sein. Er soll es verstehen, sich unbürokratisch den örtlichen und zeitlichen Verhältnissen anzupassen, und er soll sich in seinem Bereich verantwortlich fühlen. Die militaristische Tonart lehnen wir auch auf dem Büroschemel ab.
15. Der unbegrenzte Wirtschaftsliberalismus gehört ebenso wie das marxistisch-sozialistische Planwirtschaftsprogramm einem vergangenen Jahrhundert an. Die rein liberalistische Wirtschaft führt zur Wirtschaftskrise und zum Wirtschaftschaos. Die dogmatische Planwirtschaft führt ebenso naturnotwendig zum Kollektivismus und zum Staatskapitalismus, der stets totalitär und expansiv ist. Die Union ist entschlossen, den mittleren Weg zwischen doktrinärem Liberalismus

und doktrinärem Sozialismus zu gehen. Die Stunde ist reif zum Ausgleich und zur Synthese. Zwischen dem Machtanspruch des übermächtigen einzelnen und der Herrschaft einer übermächtigen Staatsbürokratie liegt die Zone der Freiheit. Der Staat soll die Wirtschaft anregen, fördern und die wirtschaftliche Betätigung des einzelnen in den Grenzen halten, die durch das Gemeinwohl gezogen sind.

16. Nicht anonyme Mammutbetriebe, sondern zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe sollen künftig der Volkswirtschaft das Gepräge geben. Der Staat soll sich darum die besondere Pflege der Klein- und Mittelbetriebe in Handwerk, Handel, Industrie und Gewerbe angelegen sein lassen. Sie bieten die Möglichkeit sozialen Aufstiegs aus unselbständiger Arbeit zu einer selbständigen und selbstverantwortlichen Existenz. Die Gewährung von Personalkrediten durch die öffentliche Hand ist weitgehend zu fördern. Wir setzen uns ein für die Entwicklung leistungsfähiger Genossenschaften, die berufen sind, den Mittelstand wettbewerbsfähig zu erhalten.
17. Die starke Erhöhung der Einwohnerzahl unseres Landes durch den Zuzug von Millionen neuer Bürger zwingt uns zum Aufbau hochqualifizierter Friedensindustrien, wenn wir unausdenkliches und dauerndes Massenelend vermeiden wollen. Diese neuen Industrien dürfen nie wieder zur Basis von Aufrüstung und Kriegsindustrie werden; deshalb treten wir für jede geeignete Kontrolle und Überwachung ein. Um nicht zu verhungern, müssen wir exportieren. Wir müssen an die ganze Erfindungskraft unseres Volkes appellieren, um auf schmalster Rohstoffbasis solche Waren zu erzeugen, die der Weltmarkt abnimmt. Wir wollen nicht Kostgänger der übrigen Welt sein, sondern uns selbst den eigenen Lebensunterhalt verdienen. Jede Form überlieferter Volkskunst und handwerklicher Kunst wollen wir bewahren und fördern. Massenarbeitslosigkeit muß zum inneren Chaos und damit zu einer Gefährdung des europäischen Friedens führen; sie muß mit allen Mitteln vermieden werden. Wir werden auf lange Jahrzehnte ein armes Volk sein; wir werden gleichzeitig ein fleißiges Volk sein müssen. Das friedliche Aufbauwerk, das wir durchführen wollen, kann nur gelingen, wenn die Not unser Volk nicht zu gewaltsamen Lösungen verführt und wenn unsere friedliche Aufbauarbeit den Weg zu einem besseren Leben für unsere Kinder und Enkel bereiten kann.
18. Die Wirtschaft bedarf der sinnvollen Lenkung, an der die aus den Kreisen der Berufsverbände gewählten Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft teilnehmen sollen. Der Arbeitnehmerschaft ist in allen Gremien der Wirtschaftslenkung ein entsprechender Einfluß einzuräumen. Im Rahmen der gelenkten Wirtschaft bejahen wir die private Initiative als wesentliche Antriebskraft des schaffenden Menschen.
19. Wenn die Rücksicht auf die Allgemeinheit es fordert, sollen für die Allgemeinheit lebenswichtige Produktionsmittel, Großbanken und Versicherungsunternehmen gegen angemessene Entschädigung in Gemeineigentum überführt werden. Eigentum an Bodenschätzen und an wichtigen Kraftquellen, an Verkehrseinrichtungen und Unternehmen der Energieversorgung soll in der Regel Körperschaften oder Genossenschaften öffentlichen Rechtes zustehen. Besonders wenden wir uns gegen den Zusammenschluß von Unternehmungen zum Zwecke der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht.
20. Die Arbeitnehmerschaft ist gleichberechtigter Träger des Wirtschaftslebens. Durch ein neues Arbeitsrecht soll die Würde des schaffenden Menschen im Wirtschaftsleben bestätigt werden. Das Arbeitsverhältnis soll aus einem Herrschafts- in ein Gemeinschaftsverhältnis umgewandelt werden. Not und Arbeitslosigkeit

dürfen nicht zur Ausbeutung des schaffenden Menschen ausgenützt werden; die Arbeitskraft ist gegen Gesundheitsschädigung und Betriebsgefahren zu schützen. Die Arbeitnehmerschaft soll aus der Rolle der Abhängigen in die der bewußt Mitwirkenden erhoben werden; sie soll in Unternehmen von erheblicher Bedeutung einen unmittelbaren Einfluß auf die Verwaltung der Betriebe erhalten. Bezahlte Feiertage und bezahlter Urlaub sollen dem Arbeitnehmer Erholung und Entspannung ermöglichen. Die Leistungen der Sozialversicherung sollen vor jedem Absinken bewahrt werden. Der Arbeitnehmerschaft ist in der Sozialversicherung der notwendige Einfluß zu sichern.

21. Der freie Zusammenschluß aller Schaffenden ist eine Voraussetzung für eine geordnete Entwicklung in Staat und Gesellschaft. Die Union tritt daher für Vereinigungsfreiheit ein. Zwangsmitgliedschaft jeder Art wird abgelehnt. Die Union fordert volle Freizügigkeit der Arbeitnehmerschaft und freie Berufswahl im Rahmen der gegenwärtigen Notwendigkeiten. Die Befehlsgewalt des Staates über den einzelnen in der Wirtschaft darf nicht wiederkehren; das System der Dienstverpflichtungen, das zur Auflösung der Familien führte, lehnen wir nachdrücklich ab. Der schaffenden Persönlichkeit ist die Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Kräfte zu gewährleisten. Wer den Menschen der notwendigen wirtschaftlichen Freiheit beraubt, zerstört gleichzeitig die Grundlagen seiner politischen Freiheit.
22. Die Erhaltung eines lebensfähigen Bauernstandes ist eine Existenzfrage für unser Volk. Den landwirtschaftlichen Erzeugnissen wird der gerechte Preis gewährleistet. Die krassen Mißverhältnisse zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen und der industriellen Erzeugnisse sind auszugleichen. Die landwirtschaftliche Produktion ist durch Bereitstellung von Maschinen und Düngemitteln, durch ständige Verbesserung der Bodenkultur und durch Modernisierung der Betriebe unablässig zu steigern und zu intensivieren. Der Wiederherstellung des landwirtschaftlichen Maschinenparks ist besonderes Augenmerk zuzuwenden. Das ländliche Berufsschulwesen, die landwirtschaftlichen Fachschulen und die hauswirtschaftlichen Schulen sind planmäßig auszubauen. Vordringlich ist die Gewinnung geeigneter Arbeitskräfte für die Landwirtschaft. Der Landflucht muß durch Bereicherung des Dorflebens und durch eine zweckvolle Sozialpolitik entgegengewirkt werden. Die Altersversorgung der Landarbeiter ist auszubauen. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist zu fördern.
23. Die Steuerpolitik soll unter den Grundsätzen der Sozialpolitik stehen. Die Steuern sollen nicht den Unternehmungsgeist und den Arbeitswillen des einzelnen abwürgen. Sie sollen nach dem Einkommen gestaffelt sein, und sie sollen die Bildung von Riesenvermögen in einer einzelnen Hand verhindern. Durch Verbrauchssteuern soll vor allem der nicht lebensnotwendige Bedarf belastet werden. Die Geldordnung soll im Zeichen der sozialen Gerechtigkeit stehen. Finanz- und Sachwerte sollen in angemessenem gegenseitigen Verhältnis zur notwendigen Bereinigung der Währung herangezogen werden. Der Schutz des kleinen Sparers und der Sozialversicherungen liegt uns besonders am Herzen. Das Vermögen der Nutznießer des Nationalsozialismus, der Kriegs- und Nachkriegsgewinnler ist in besonderem Maße zur Wiedergutmachung zu erfassen.
24. In der Sorge für die Enterbten des Zweiten Weltkrieges, für die Ausgewiesenen, Flüchtlinge, Ausgebombten und Obdachlosen ist unser ganzes Volk auf eine entscheidende Probe gestellt. Die Union tritt für einen allgemeinen und gerechten Lastenausgleich ein, durch den die materiellen Opfer des Krieges möglichst

gleichmäßig auf die Schultern der Volksgesamtheit verteilt werden. Gerade weil die Union das Privateigentum bejaht und als ein Naturrecht des Menschen ansieht, muß sie das verlorene Eigentum der Flüchtlinge und Ausgebombten als gleichberechtigt ansehen. Die Union fordert, daß die ganze verfügbare Kraft unseres Volkes dafür eingesetzt wird, Wohnungen, Brot und Arbeit für die neuen Bürger unseres Landes zu schaffen. Wir werden dabei vor einschneidenden Maßnahmen nicht zurückschrecken. Für den Aufbau der neu zu schaffenden Friedensgüterindustrie sollen alle Fähigkeiten unserer Neubürger und ihr überliefertes Können eingesetzt werden. In umfassender Planung soll die Ansiedlung mit den zu schaffenden Arbeitsmöglichkeiten verbunden werden. Die berechtigten Pensions- und Rentenansprüche der Neubürger sollen erfüllt werden. Mit Ernst aber weisen wir darauf hin, daß auch die ganze Kraft unseres Volkes nicht ausreichen wird, die Millionenzahl der Ausgewiesenen und Flüchtlinge für den Verlust ihrer Heimat zu entschädigen; wir fühlen uns darum verpflichtet, vor aller Welt um des christlichen Gewissens willen die Fürsprecher ihrer unausdenklichen Not zu sein.

25. Das durch Zerstörungen und Flüchtlingsstrom ins Unerträgliche gesteigerte Wohnungselend untergräbt die Moral, löst die Familien auf und führt zur Verzweiflung. Im Kampf gegen die Wohnungsnot unterstützen wir jede Form von Selbsthilfe und lehnen jeden Bürokratismus mit Schärfe ab. Die Herstellung von Baumaterial genießt gemeinsam mit der Steigerung der Lebensmittelerzeugung den Vorzug vor jeder anderen Produktion. Baugenossenschaften sind zu fördern; modernste Bauformen sind zu entwickeln. Bodenwucher muß verhindert werden. Wir treten ein für eine Auflockerung der Städte. Der Klein- und Stadtrandsiedlung ist besonderes Augenmerk zu widmen. Die Bereitstellung von Siedlungsland soll nach jährlichen Planungen erfolgen. Das Ziel muß sein, jeder Familie die Schaffung eines eigenen Heims auf eigener Scholle mit Gartenland zu ermöglichen. Die Union bejaht deshalb eine Bodenreform, die der Struktur der bayerischen Landwirtschaft angepaßt ist. Sie lehnt alle aus rein propagandistischen Gründen auf diesem Gebiete unternommenen Experimente ab. Der Wiederaufbau der zerstörten Städte Bayerns ist mit Tatkraft durchzuführen; dabei sind in Sofortmaßnahmen die unvergänglichen Kulturdenkmäler unseres Landes vor der völligen Zerstörung zu bewahren.

26. Es ist eine sittliche Pflicht der Gemeinschaft, sich der Opfer, der Versehrten und der Hinterbliebenen der nationalsozialistischen Katastrophenpolitik anzunehmen. Die Wiedergutmachung des Unrechts, das denen zugefügt wurde, die Widerstand leisteten, muß ein Anliegen des ganzen Volkes sein. In allen staatlichen und privaten Betrieben sind ausreichende Arbeitsplätze für die Versehrten zur Verfügung zu stellen. Für die Arbeitsunfähigen und Hinterbliebenen ist eine ausreichende Versorgung zu sichern. Die lebendige Kraft des christlichen Ethos wird sich an der Überwindung des erdrückenden Nachkriegselends unseres Volkes erweisen.

27. Die Wissenschaft ist frei; die Wahrheit ist ihre einzige Richtschnur. Nur solche freie Forschung wird dem Fortschritt dienen können und helfen, die Lebensgrundlagen unseres Volkes in friedlicher Arbeit zu verbessern. Die Union unterstützt alles lebendige Kunstschaffen. Im Schulwesen soll die Kunst nicht nur Unterrichtsgegenstand sein, sondern als Lebenswert angesehen werden. Wissenschaft und Kunst sind für die wahre Achtung unseres Volkes in der Welt seit je von ausschlaggebender Bedeutung gewesen; sie sind die erste Brücke zu den Völkern der Welt. Darum hat der Staat sie auch in Notzeiten planmäßig zu fördern. Volkskunst und ihre Überlieferung sind besonders zu pflegen.

28. Am Irrweg des Nationalsozialismus haben wir erfahren, daß alle rein menschlichen Ordnungsbegriffe brüchig und hinfällig sind. In der Bindung an Gott und in der Verpflichtung unseres Gewissens sehen wir die einzige Gewähr für wahre Freiheit. Als die wesentliche Grundlage unserer Kultur erkennen wir das Christentum. Kirche und Staat müssen darum freundschaftlich zusammenarbeiten und sollen sich nicht gegenseitig mit Mißtrauen begegnen. Ihre Aufgaben überschneiden sich nicht, sondern sie ergänzen sich. Eine Verkirchlichung der Politik lehnen wir ebenso ab wie eine Politisierung der Kirche. Die Religionsverträge müssen gehalten werden. In einer tiefgreifenden inneren Erneuerung sehen wir die erste Voraussetzung einer besseren sozialen und politischen Ordnung unseres Volkes. Deshalb rufen wir den Geist lebendigen Christentums in der Seele unseres Volkes wach und vertiefen ihn mit der ganzen Kraft, die wir in der Zeit der Verfolgung neu aus Opfer und Martyrium gewonnen haben.
29. Der Friede unter den Konfessionen muß erhalten bleiben und gefördert werden. Dieser Friede wird nicht dadurch gesichert, daß man die Unterschiede verharmlost und verwischt, sondern dadurch, daß man in klarer Erkenntnis der Eigenart jedes Bekenntnisses einander Achtung und Rücksicht entgegenbringt. Die Union bekennt sich zur völligen Gleichberechtigung der Konfessionen im öffentlichen Leben und verwirklicht in den eigenen Reihen die gute Kameradschaft aller, die auf dem Boden der christlichen Ideenwelt stehen.
30. So wie wir den Haß, den Neid, die Mißgunst und die Rachsucht im eigenen Volke bekämpfen wollen, ebenso verurteilen wir mit aller Entschiedenheit den Haß zwischen den Völkern, der zum Kriege führt. Wir glauben, daß das Schicksal der Menschheit heute unteilbar ist und daß es für sie nur einen gemeinsamen Fortschritt oder einen gemeinsamen Niedergang geben kann. Wir glauben, daß ein friedlicher und freiheitlicher deutscher Bundesstaat sich wieder ehrenvoll einordnen wird in die abendländische Staaten- und Kulturgemeinschaft. Grundlage dieser Gemeinschaft wird das Recht und ein gerechter Friede sein. Durch friedliche Aufbauarbeit und durch geistige Leistung wollen wir mitwirken an der Neugestaltung eines besseren, durch die gleichen Ideale geeinten Europa. Wir glauben, daß am Ende dieses Weges die Freiheit unseres Volkes und der gesicherte Friede unseres Erdteils inmitten der freien Gemeinschaft der Völker der Erde stehen wird.

Diese unsere Richtlinien zur Überwindung der inneren und äußeren Not unseres Volkes sind entstanden nach einem Irrweg, der unser Volk an den Rand des Untergangs geführt hat, und nach dem Zusammenbruch all seiner Ordnungen. Wir suchen darin mit vollem Bewußtsein den inneren Ausgleich. Wir lehnen die doktrinären Lösungen der Vergangenheit ab. Wir gehen neue und lebendige Wege, auf denen die Jugend uns folgen wird. Die bayerische Verfassung, die wir schufen, hat einen wesentlichen Teil unserer grundsätzlichen Forderungen erfüllt. Jetzt gilt es, diese Grundsätze in die Wirklichkeit zu überführen, sie im Alltag zu erproben und mit Leben zu erfüllen. Wir wenden uns gegen alle, die von neuem die Not unseres Volkes ausnützen wollen, um es durch falsche Hoffnungen und durch Verführungen aller Art zu gefährden. Wir sind entschlossen, die hier aufgezeigte Neugestaltung unseres Staates mit unserer ganzen Kraft durchzuführen und auf christlichem Boden eine wahre Demokratie im Zeichen der Freiheit, des Friedens und des Rechtes zu errichten.

Nr. X

Wirtschafts- und Sozialprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern, 31. August 1947

Das Wirtschafts- und Sozialprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern. Grundgedanken zu einem System der wirtschaftlichen Leistungssteigerung, des gerechten Lastenausgleichs und sozialen Arbeitsfriedens.[1]

Im Mittelpunkt des Wollens der Union steht der Mensch und die Sicherung seiner Grundrechte im Rahmen der heute in Deutschland gegebenen Möglichkeiten. Wir verstehen darunter:

Sicherung einer menschenwürdigen Existenz für Alle, Recht auf Arbeit, freie Arbeitswahl, gerechte Entlohnung der Leistung, Entwicklungs- und unbehinderte Aufstiegsmöglichkeit der individuellen Begabung, Schutz des Privateigentums, soweit nicht Interessen der Allgemeinheit entgegenstehen.

Wir glauben, daß diese Ziele nicht durch Ideologien allein oder durch politische Schlagworte zu erreichen sind, sondern nur durch nüchternes Denken und harte Arbeit verwirklicht werden können.

Wir lehnen gleicherweise grundsätzlich ab den doktrinären Sozialismus ebenso wie den Monopol- und Staatskapitalismus, weil sie beide zwangsläufig zu einer Übersteigerung der Bürokratie und damit zu einer Entpersönlichung der wirtschaftlichen und sozialen Verantwortung und zur Unterdrückung der Freiheit führen. Die Fehlschläge einer solchen Politik hat die jüngste Vergangenheit innerhalb und außerhalb Deutschlands klar genug erwiesen.

Auch die schematische Planwirtschaft als Allheilmittel und Endzweck wird aus den gleichen Gründen von uns abgelehnt, insbesondere unsere derzeitige Form der staatlichen Befehlswirtschaft, die wirklichkeitsfremd und abseits der praktischen volkswirtschaftlichen Bedürfnisse den wirtschaftlichen Wiederaufbau mehr hemmt als fördert.

Wir sind uns darüber klar, daß in solchen Katastrophen- und Notzeiten planende und lenkende Maßnahmen des Staates unerläßlich sind. Wir sind aber ebenso davon überzeugt, daß der Nachdruck solcher Maßnahmen auf die *Steigerung der Produktion* gerichtet sein muß, ohne die jeder Versuch einer gerechten Verteilung zum Scheitern verurteilt ist.

Es wird alles darauf ankommen, die heute völlig unzureichende Produktion zu steigern und hierfür die uns verbliebenen Produktionskräfte möglichst wirkungsvoll einzusetzen. Diese Produktionskräfte finden wir in unserer *Landwirtschaft*, in den *vorhandenen Industrie-* und *handwerklichen Anlagen*, unserem *geistigen Kapital*, unserem *technischen Können* und unserer *gelernten Arbeit*.

Die erste Aufgabe der Wirtschaftspolitik in Deutschland besteht nicht darin, Ideologien und Programmen nachzujagen, sondern den *materiellen Notstand des Volkes zu über-*

[1] Das Programm wurde zur Vorlage vor der Landesversammlung am 30. und 31. August 1947 zur Verteilung an die Delegierten hektographiert. Ein Exemplar findet sich im ACSP, CSU-Landesversammlungen, Anlage zum Protokoll der Landesversammlung am 30. und 31. August 1947.

winden, das heißt *ausreichende Ernährung, Bekleidung* und *Wohnung* für Alle und in angemessenem Umfange Verbrauchsgüter zu schaffen. Eine Demokratie ist nicht möglich, wenn die Menschen keinen Ausweg aus dem Elend und keine feste Basis für die Zukunft ihrer Kinder sehen, wenn sie ständig ihre Kräfte in sinn- und aussichtslos erscheinenden Bemühungen um das tägliche Brot erschöpfen müssen und dadurch stumpf und egoistisch werden.
In unserem augenblicklichen Zustand kommt es daher nicht darauf an, einen Streit über Bodenreform oder Sozialisierung auszutragen, sondern *mehr Nahrungsmittel, mehr Kohle* und *Eisen* und *mehr Verbrauchsgüter zu erzeugen*, und dies auf dem schnellsten und rationellsten Wege.
Man kann vom Menschen, sei er Arbeitnehmer, Bauer oder Unternehmer, nicht verlangen, daß er auf die Dauer Leistung ohne entsprechende Gegenleistung erbringt. Alle staatlichen Bewirtschaftungsmaßnahmen und Strafen gegen Kompensationen, Schwarzmarktgeschäfte, Schwarzarbeit usw. werden vergeblich sein, solange Menschen zur Sicherung ihrer Existenz in berechtigter Notwehr zu handeln glauben.
Die *zweite* damit zusammenhängende *Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist die Schaffung von Sparkapital* zur *Wiedervermehrung unserer volkswirtschaftlichen Substanz*, das heißt von Gebäuden, Maschinen, Werkzeugen, landwirtschaftlichen Geräten usw. Nur durch die Ergänzung und Vergrößerung unserer zerstörten und im Kriege verbrauchten Produktionsapparatur kann unsere durch den Zustrom der Ausgewiesenen ungewöhnlich vergrößerte und auf engem Raum zusammengedrängte Bevölkerung erhalten, der wirtschaftliche und technische Fortschritt gewährleistet und der Wiederanschluß Deutschlands an die Weltwirtschaft ermöglicht werden. Die deutsche Wirtschaft kann sich nicht allein erhalten; bei ihrer Abhängigkeit von der Einfuhr an Nahrungsmitteln und Rohstoffen und dem Zwang zur Ausfuhr von Fertigerzeugnissen muß sie immer mit der Entwicklung der anderen Länder und des *Weltmarktes* Schritt halten, wenn das Volk nicht untergehen will.

Dies kann aber nur durch Förderung der privaten Initiative, des persönlichen Verantwortungsbewußtseins, des Arbeits- und Sparwillens erreicht werden.

Nicht durch eine weitere Vermehrung der Bürokratie, sondern nur durch eine Befreiung der wirtschaftlichen Kräfte von allzu starrem staatlichen Zwang kann die so *dringend notwendige volkswirtschaftliche Leistungssteigerung* bewirkt werden. Wir müssen in unserer künftigen Demokratie wieder dazu kommen, daß der einzelne Staatsbürger nicht den Staat in anonymer Kollektivität für sich denken und handeln läßt, sondern selbstverantwortlich, jedoch in vernünftiger und freiwilliger Einordnung in das Gemeinwohl, sein politisches und wirtschaftliches Schicksal gestaltet.
An die Stelle der staatlichen und privaten Wirtschaftsbürokratie muß daher im Rahmen des Möglichen wieder eine wirkliche *wirtschaftliche Selbstverwaltung* treten. Solange auf eine Rohstoff- und Warenbewirtschaftung nicht verzichtet werden kann, muß danach getrachtet werden, das Bewirtschaftungssystem so zu gestalten, daß nicht die Bürokratie, sondern der Kunde selbst die Entscheidung über den Warenfluß trifft.
Als Anreiz für volkswirtschaftlich höhere Leistungen müssen selbstverständlich seitens der Staatsgewalt die notwendigen Voraussetzungen, insbesondere ein *gesundes Währungssystem*, ein *arbeits- und produktionsförderndes* Steuersystem anstelle des heutigen, den Arbeits- und Sparwillen erstickenden, geschaffen werden. Dann wird auch in der Gesamtwirtschaft das ökonomische Prinzip einer rationellen Produktion und richtigen Kalkulation wieder zur Geltung kommen.

Nur auf der Grundlage der Wiederherstellung der Produktivität der Wirtschaft ist die *Aufstellung eines umfassenden Sozialprogramms* möglich und sinnvoll. Die Union setzt sich ein für *ausreichenden Schutz der Arbeit*, eine der *Leistung entsprechende Entlohnung, Gewinnbeteiligung und Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den sie berührenden Fragen* sowie die Erreichung einer sozialen Frieden schaffenden Existenzgrundlage für alle Arbeitenden.
Nur die Wiederherstellung der ökonomischen Grundvoraussetzungen und eine hohe wirtschaftliche Leistungssteigerung kann die *Durchführung eines gerechten und sozialen Lastenausgleichs* ermöglichen. Es ist auch für die Ausgewiesenen und Kriegsbeschädigten wichtiger, nach ihren Fähigkeiten und Leistungen wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet zu werden, als unproduktive Almosenempfänger zu bleiben. Auch die Arbeitsunfähigen können von der Gemeinschaft mitgetragen werden, wenn die gesamte Volkswirtschaft wieder in Gang gebracht ist.
Der geldliche und Sachwertlastenausgleich ist hiervon nur ein Teil, und zwar der weniger umfangreiche Teil. Er ist in erster Linie ein Finanzproblem des Staates. Viel wichtiger ist es, den *Flüchtlingen* die Möglichkeit zum Neuaufbau ihrer Existenz, also die produktive Eingliederung in die werteschaffende Arbeit in jeder Weise zu erleichtern und entgegenstehende bürokratische Hemmungen und Beschränkungen der Freizügigkeit zu beseitigen.
Erst wenn alle diese Voraussetzungen erfüllt sind, wird der Deutsche wieder frei vom täglichen Kampf um die nackte Existenz und dadurch in der Lage sein, an den kulturellen Werten der Nation und Welt teilzunehmen. Auch wird erst dann der Durchbruch zu wahrhaft demokratischer Gesinnung und die Eingliederung Deutschlands in die Nationen der Welt wieder möglich sein.
Die Christlich-Soziale Union stellt den sozialistischen, aber auch extrem liberalistischen Wirtschaftsideen ein *System der wirtschaftlichen Leistungssteigerung, des gerechten Lastenausgleichs und sozialen Arbeitsfriedens* gegenüber, ein System also, das Leistungswirtschaft und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet und damit genügend Anreiz und zugleich Befriedung für Unternehmer und Arbeitnehmer geben soll.
Das Wirtschafts- und Sozialprogramm der Union enthält im einzelnen folgende Programmpunkte:

1. Die Landwirtschaft

In der Erhaltung und Förderung der Landwirtschaft sieht die Union ihre erste und wichtigste Aufgabe, denn ohne die Wiederherstellung des früheren hohen Standes der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugung, ja sogar eine Intensivierung über diesen hinaus, ist auch die Lösung unseres Ernährungsproblems nicht denkbar. Auch wenn Deutschland wieder in den Weltmarkt eingegliedert sein wird, müssen unserer Landwirtschaft, als Voraussetzung für die notwendige Leistungssteigerung, die erforderlichen Produktionsmittel und ein ausreichender Ertrag für ihre Arbeit gesichert werden. Dazu ist die Wiederherstellung eines gesunden Verhältnisses zwischen Agrarkosten und Agrarerlösen, die ausreichende Versorgung mit Arbeitskräften, billigen Düngemitteln, Maschinen, Geräten und ausreichendem Wohnraum für die landwirtschaftlichen Arbeiter notwendig.
Bei der Bodenreform muß darauf geachtet werden, daß eine sinnvolle Vermehrung der Klein- und Mittelbetriebe erfolgt, bei denen der Einsatz der Familienangehörigen eine Aktivierung der menschlichen Arbeitskraft für die landwirtschaftliche Produktion ermöglicht. Andererseits müssen die bei Bodenreformen erfahrungsgemäß auftreten-

den Gefahren einer Verminderung der Gesamtproduktion nach Menge und Güte, die wir uns in unserer derzeitigen Lage keinesfalls leisten können, vermieden werden. Auf dem durch die Bodenreform, die Rückführung früheren Wehrmachtsgeländes usw. freiwerdenden Boden sollen in erster Linie bäuerliche Flüchtlingsfamilien angesiedelt werden.
Die Union setzt sich für den Schutz des deutschen Waldes und baldige Beendigung des derzeitigen Raubbaues an unseren Holzbeständen ein. Die hohen Exporte an Rohholz und die Verwendung des Holzes für Heizzwecke müssen auf ein tragbares Maß zurückgeführt werden; holzsparende Bauweisen, der Ersatz von Holz durch andere Werk- und Brennstoffe sollen weitestgehend gefördert werden.

2. Grundstoff- und Großindustrien

Die Union hält eine staatliche Kontrolle der wichtigsten Grundstoffindustrien und der Energiewirtschaft im Interesse der Allgemeinheit für notwendig. Sie lehnt jedoch eine schematische Sozialisierung in der Form einer Überführung in die öffentliche Hand oder an die Gewerkschaften ab, weil die Unternehmerinitiative, insbesondere in den Wirtschaftszweigen, in denen der technische und wirtschaftliche Fortschritt noch im Flusse ist, nicht durch bürokratische Organisation ersetzt werden kann. Auch bei den Grundstoff- und Schlüsselindustrien muß dafür gesorgt werden, daß die staatliche Einflußnahme in einer Form erfolgt, die nicht die wirtschaftliche Lebendigkeit und Rentabilität erdrückt. Die Union sieht daher als zweckmäßigste Form für Großbetriebe, soweit sie unter öffentlicher Kontrolle stehen sollen, die Errichtung gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen unter Beteiligung der öffentlichen Hand an, die je nach den Verhältnissen durch die Länder oder Gemeindeverbände bzw. Gemeinden repräsentiert sein kann.
Die gleichen Grundsätze gelten für die Reform des Großbank- und Großversicherungswesens, wobei der Gedanke von uniformen Zwangsversicherungen als dem demokratischen Prinzip widersprechend abgelehnt wird. Auch hier soll der Vielfalt der Unternehmerinitiative und der mittleren Betriebe, soweit nicht bank- oder versicherungstechnische Gründe dagegen sprechen, freier Spielraum gelassen werden.
Durch die Einführung des machtverteilenden Prinzips sollen in Zukunft alle wirtschaftlichen Machtzusammenballungen und jede mit dem Gemeinwohl unverträgliche Beherrschung wesentlicher Wirtschaftszweige durch Staat, Privatpersonen oder wirtschaftliche Gruppen, das heißt Kartelle oder Konzerne grundsätzlich verhindert werden.
Im übrigen steht die Union auf dem Boden des Privateigentums, das nur insoweit eingeschränkt werden soll, als das öffentliche Interesse dies erfordert.

3. Klein- und Mittelbetriebe

Auf das Nachdrücklichste soll der Klein- und Mittelbetrieb in Handwerk, Industrie und Handel gefördert werden, soweit nicht ausschlaggebende, technische und wirtschaftliche Vorteile für den Großbetrieb sprechen. Die Klein- und Mittelbetriebe müssen jedoch zu höherer Wirtschaftlichkeit gebracht werden, was durch arbeitsteilige Spezialisierung, genossenschaftlichen Zusammenschluß und ähnliche Formen der Gemeinschaftsarbeit und Gemeinschaftshilfe geschehen kann. Eine Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe fördert die Krisenfestigkeit, das soziale Zusammengehörigkeitsgefühl von Arbeitgeber und Arbeitnehmer und erleichtert die Seßhaftmachung der Betriebsangehörigen, insbesondere der Flüchtlinge, die eine der wichtigsten

Grundlagen einer gesunden Familienbildung und damit eines organischen Aufbaus des Volkes darstellt.
Eine gesunde Streuung des Klein- und mittleren Gewerbes über das flache Land ermöglicht auch die wünschenswerte engere Verbindung von Gewerbe und Landwirtschaft und vermeidet gefährliche Zusammenballungen der Industrie in den ausgebombten Großstädten mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Krisengefahr und periodischen Arbeitslosigkeit. Auf diese Weise kann am raschesten eine menschlich und wirtschaftlich einigermaßen befriedigende Eingliederung der Flüchtlinge, Ausgewiesenen und Ausgebombten in die Volkswirtschaft und das Gesamtleben des deutschen Volkes erreicht werden. Hier ist eine vorausschauende und langfristige staatliche Lenkung unentbehrlich.

4. Neusiedlung

Die Notwendigkeit einer staatlichen Planung gilt insbesondere auch für das Wohnungs- und Siedlungsprogramm. Für die Beseitigung der Wohnungsnot der Ausgewiesenen und Ausgebombten müssen alle Kräfte eingesetzt und alle vorhandenen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Stadtrandsiedlungen sollen gefördert werden, die genossenschaftliche Hilfe soll ausgebaut, städtische und ländliche Bodenreform und Flurbereinigung diesen Zwecken dienstbar gemacht werden.
Endziel dieser Siedlungspolitik soll die Förderung der Bodenständigkeit und Krisenfestigkeit, insbesondere des Arbeiters, die Möglichkeit zum Erwerb eines eigenen Heimes, eigenen Grundbesitzes und dadurch die Schaffung zusätzlicher Ernährung durch eigene Arbeit sein.

5. Selbstverwaltung der Wirtschaft

Im Sinne der Demokratisierung der Wirtschaft ist die Selbstverwaltung der Wirtschaft weitgehendst zu fördern. Die Lenkungsaufgaben der Wirtschaft sollen soweit als möglich den Selbstverwaltungsorganen übertragen werden. Der Staat soll nur dann die Bearbeitung wirtschaftlicher Aufgaben übernehmen, wenn dafür Unternehmungen und Selbstverwaltungseinrichtungen nicht vorhanden oder nicht dazu in der Lage sind. In den Selbstverwaltungskörperschaften sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Weise vertreten sein.

6. Die wirtschaftliche Seite der Entnazifizierung

Die bisherige Durchführung des Entnazifizierungsgesetzes hat sowohl auf wirtschaftlichem wie auf moralischem Gebiet außerordentliche Schwächen gezeigt. Die Unsicherheit, Langsamkeit und Ungleichheit in der Durchführung des Gesetzes hat auch in wirtschaftlicher Hinsicht große Schäden mit sich gebracht. Die Union vermag nicht das Säuberungsgesetz als geeignetes Mittel für eine gerechte Vermögensumschichtung anzuerkennen. Die Union legt daher Vorschläge zu einer Änderung des Gesetzes vor.

7. Außenhandel

Die hinter uns liegenden schweren Nachkriegsjahre haben gezeigt, daß Deutschland in seinen heutigen Grenzen aus eigener Kraft nicht lebensfähig ist. Die Wiedereinschaltung Deutschlands in die Weltwirtschaft und die Wiederbelebung des deutschen Außenhandels ist infolge der wirtschaftlichen und geographischen Lage Deutschlands unerläßliche Voraussetzung einer Wiedergesundung. Die zukünftige Außenwirtschaft

muß mehr denn je auf die Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln und die Ausfuhr von Fertigwaren abgestellt werden. Es ist notwendig, die Besatzungsmächte davon zu überzeugen, daß eine weitere Ausfuhr der wenigen im Lande vorhandenen Rohstoffe die gesamte deutsche Wirtschaft gefährdet und einen Wiederaufbau unmöglich macht. Nur eine stark vermehrte Ausfuhr hochveredelter Fertigwaren kann die zur Zeit nur durch ausländische Kredite gesicherte Ernährung und Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft wieder mehr und mehr auf eigene Füße stellen und zu einer Eingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft führen. Unerläßliche Voraussetzung dafür ist die Anbahnung unmittelbarer Beziehungen zwischen Exporteur und Importeur, ebenso wie die Möglichkeit eines geschäftlichen Reiseverkehrs ins Ausland. Die Union wird, soweit es in ihrer Macht steht, diese Überzeugung auch gegenüber den Besatzungsmächten immer wieder zum Ausdruck bringen.
Eine staatliche Lenkung des Außenhandels ist notwendig, solange die Knappheit an ausländischen Devisen und damit an ausländischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln anhält.
Alle Bestrebungen der europäischen Völker zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit wird die Union, als auch im Interesse Deutschlands liegend, in jeder ihr möglichen Weise unterstützen.

8. Verhältnis zu den Besatzungsmächten

Die Union weiß, daß der vom Nationalsozialismus hinterlassene Zusammenbruch so vollständig ist, daß - insbesondere unter Berücksichtigung der bisher nicht erreichten wirtschaftlichen Einheit Deutschlands - ohne Hilfe der Besatzungsmächte ein Weiterleben großer Teile der deutschen Bevölkerung und damit auch die praktische Verwirklichung der Wiedergutmachungspflicht nicht möglich ist. In dankbarer Würdigung der bisher auf Teilgebieten geleisteten Hilfe der Besatzungsmächte sieht sich die Union verpflichtet, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Zerreißung des deutschen Wirtschaftsgebiets und die zusammenhanglose Demontage in den verschiedenen Zonen, zusammen mit den übrigen wirtschaftlichen Engpässen, eine solche Desorganisation der Wirtschaft verursacht haben, daß unsere Bevölkerung noch auf Jahre hinaus zur Erhaltung ihrer einfachsten Lebensvoraussetzungen der ausländischen Hilfe bedarf. Die Union wird daher alles tun, um im Rahmen des Marshall-Hilfsplanes und der Hoover-Vorschläge mitzuarbeiten und das Verständnis der Besatzungsmächte für die vordringlichen Notwendigkeiten zur Verhinderung eines Zusammenbruchs zu vertiefen.

9. Währungsreform, Kriegslastenausgleich und Steuerreform

Die Union sieht in der Durchführung der Währungsreform die Voraussetzung für die Rückführung unseres gesamten wirtschaftlichen und sozialen Lebens auf eine gesunde Basis und für den Beginn des wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Sie fordert eine Währungsreform, die den notwendigen harten Eingriff baldmöglichst durchführt und durch Heranziehung nicht nur des Geld-, sondern auch des Sachbesitzes das Gerechtigkeitsprinzip wahrt. Neben der Beseitigung des Geldüberhanges und des Schwarzen Marktes muß dabei die Bereinigung der Kriegsschadens- und Kriegsfolgenansprüche auf dem Wege des gerechten Lastenausgleichs erfolgen. Dabei müssen die kleinen Sparer besonders berücksichtigt sowie sozialpolitische Vorkehrungen getroffen werden, daß die Arbeitsunfähigen, die Klein- und Sozialrentner nicht in ein würdeloses Dasein als Almosenempfänger des Staates gestoßen werden. Dieser Lastenausgleich soll in erster

Linie der Beseitigung der allerdringlichsten Not dienen. Es ist unerläßliche Notwendigkeit, den noch erhaltenen Sachbesitz zu Gunsten derer, die im und durch den Krieg alles verloren haben, zu belasten.
Hand in Hand mit der Währungsreform muß eine Reform des Preissystems sowie eine Reform unseres derzeitigen unerträglichen Steuersystems gehen, das jegliche private Initiative und den Anreiz zur Arbeit erstickt. Ein produktionsförderndes Steuersystem muß dem Arbeitenden die Freude an der Arbeit erhalten, eine ausreichende Existenzgrundlage für sich und seine Familie gewährleisten und darüber hinaus den Sparwillen fördern und neue Kapital- und Vermögensbildung ermöglichen. Denn ein modernes Steuersystem darf nicht die berechtigte Vorsorge des einzelnen für sein Alter und seine Familie zunichte machen und muß vor allem den Erhaltungs- und Neuinvestitionsbedarf der Wirtschaft sicherstellen.
Der Sparwille der Bevölkerung, vor allem in der Form des Zwecksparens, verdient stärkste Förderung. Zum Aufbau von Flüchtlingsexistenzen sollen langfristige Kredite gegeben werden.

10. Förderung der wissenschaftlichen Forschung

Nachdem Deutschland in den letzten zehn Jahren durch eigenes Verschulden von der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung der Welt nahezu völlig abgeschnitten war, ist die Förderung der wissenschaftlichen und technischen Forschung, soweit sie friedlichen Zwecken dient, einer der wichtigsten Beweise unseres Lebenswillens und unserer Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit unseren Nachbarvölkern. Die Union wird daher die wissenschaftliche Forschung, die dem Wiederaufbau und der Vertiefung unseres wirtschaftlichen und kulturellen Lebens dient, in jeder Weise unterstützen.

11. Die staatliche Sozialpolitik

Die Union, die die Lebensfragen der deutschen Gegenwart und Zukunft aus ihrer christlichen Einstellung heraus betrachten will und muß, erachtet die Lösung der wirtschaftspolitischen Fragen nur für möglich, wenn sie von einer wahrhaft sozialen Wirtschaftsgesinnung getragen ist. Wirtschafts- und Sozialpolitik müssen als ein geschlossenes Ganzes betrachtet werden. Die Union bekennt sich zum Prinzip der sozialen Gerechtigkeit als einer ersten Voraussetzung zum Wiederaufbau der Wirtschaft und einer Wiedergesundung des Lebens unseres Volkes.
Die heutigen sozialen Fragen lassen sich nicht durch klassenkämpferische Ideen bewältigen. Mit dem wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenbruch des Marxismus ist auch die Lehre vom Klassenkampf ad absurdum geführt. Es ist Aufgabe der Sozialpolitik, die Interessen aller Arbeitenden wahrzunehmen, einen sozialen Arbeitsfrieden zu schaffen und allen ein menschenwürdiges Dasein zu sichern. Die Union bekämpft die Proletarisierung und betrachtet es als eine der wichtigsten Aufgaben der staatlichen Sozialpolitik, der Vermassung aktiv entgegenzuwirken und den Menschen als freie Einzelpersönlichkeit zu schützen und zu fördern.

12. Die Arbeitskraft, ihr Schutz und ihre Förderung

Die Arbeit und die menschliche Arbeitskraft ist unser wertvollstes Gut, schon weil sie der wichtigste Produktionsfaktor jeder Wirtschaft ist. Nur durch entschlossene und zielbewußte Zusammenarbeit aller Glieder des Volkes können wir wieder zu einem bescheidenen Wohlstand kommen. Der Schutz der Arbeitskraft ist daher unerläßlich.

Bei dem Mangel an gelernten Arbeitskräften ist es notwendig, die qualifizierten geistig und körperlich Arbeitenden an der richtigen Stelle einzusetzen. Es ist jedoch angebracht, die staatliche Arbeitslenkung wieder auf ein Maß zurückzuführen, das dem Arbeitswilligen im Rahmen des Möglichen freie Berufswahl, Freizügigkeit und freie Entfaltungsmöglichkeit gewährt. Wir betonen das Recht auf Arbeit und die aus dem Recht entspringende Pflicht zur Arbeit.
Der Berufserziehung und Berufsausbildung muß größte Sorgfalt gewidmet werden. Allen jungen, tüchtigen Menschen sollen die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten gegeben werden. Die Begabten sollen besondere Förderung erfahren. Eine sinnvolle Betreuung der Engpaßberufe ist notwendig.
Die staatliche Gesetzgebung hat durch Ausgestaltung der Arbeiterschutzgesetzgebung und des Betriebsrechts, einer lebendigen und nicht mechanisierten Sozialversicherung, durch steuerliche Maßnahmen und Ermöglichung kollektiver Arbeitsverträge für die Erhaltung und Förderung der Arbeitskraft und eines gesunden Familienlebens zu sorgen.
Kultur- und Bildungseinrichtungen für die Arbeiter sind zu schaffen und zu fördern.
Es müssen Maßnahmen getroffen werden, den Flüchtlingen, Ausgebombten und Heimkehrern die Möglichkeit einer berufsrichtigen Einordnung in das Wirtschaftsleben zu geben. Wenn dies nicht möglich ist, muß für Umschulung und ähnliche geeignete Maßnahmen zur Gewinnung eines neuen Berufes gesorgt werden.
Auch dem Landarbeiter muß Pflege zukommen.
Wichtigste Voraussetzung eines wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufstiegs ist die Hebung der Arbeitsmoral. Alle Arbeitsfähigen werden hierzu aufgerufen. Nur durch Produktionsmehrung, Leistungssteigerung und Arbeitsethos wird es möglich sein, Elend und materielle Not zu überwinden.

13. Das Arbeitseinkommen

Die Gestaltung des realen Arbeitseinkommens muß die angemessene Lebenshaltung des Arbeitenden mit seiner Familie gewährleisten. Gleichzeitig muß die individuelle Leistung des Arbeitenden in Lohn und Gehalt ihren Ausdruck finden. Die vorgesehene Steuerreform muß diesen Forderungen Rechnung tragen. Lohn- und Steuerpolitik müssen berücksichtigen, daß der Arbeitende auch wieder individuell sparen und Rücklagen für sein Alter, die Erziehung seiner Kinder usw. machen kann.

14. Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer

Die Möglichkeiten und Formen, in denen der Arbeitnehmer außer seinem Lohn auch einen Anteil am Gewinn des Unternehmens erhalten kann, sind außerordentlich vielfältig und müssen daher genau geprüft werden. Es soll dafür Sorge getragen werden, daß Gewinnanteile des Betriebes für betriebliche Sozialfonds verwandt werden. Wenn auch unsere Preis-, Lohn- und Steuerpolitik in absehbarer Zukunft bei den Unternehmungen große Gewinne überhaupt nicht erwarten lassen, so dürfte doch für eine Anzahl von Unternehmungen auch jetzt schon die Möglichkeit gegeben sein, insbesondere für die treue Stammarbeitnehmerschaft soziale Hilfeleistungen, z.B. durch billige Mieten, zu gewähren.

15. Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer

Den Arbeitnehmern ist ein Mitbestimmungsrecht im Betriebe in den sie betreffenden Fragen einzuräumen. Darüber hinaus sollen die Arbeitnehmer in entscheidenden, das

Leben des Betriebs betreffenden Angelegenheiten gehört werden. Die Arbeitnehmer bzw. ihre betrieblichen Vertreter sollen mit den Produktionszielen des Betriebes vertraut gemacht und dadurch instandgesetzt werden, ihren Anteil an der Förderung des Betriebes zu leisten. Auf die abgestufte Verbundenheit der Arbeitnehmer mit dem Betrieb, entsprechend der Betätigungsart und der Dauer des Arbeitsverhältnisses, ist in der Frage des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer Rücksicht zu nehmen. Um die Mitwirkung der Arbeiter sinnvoll zu gestalten, ist eine entsprechende Aus- und Fortbildung erforderlich.
Den Arbeitnehmern soll ein angemessenes Mitbestimmungsrecht in der Selbstverwaltung der Wirtschaft eingeräumt werden.

16. Die Gewerkschaften

Die Union anerkennt die hohe Bedeutung der Gewerkschaften und fordert die Arbeitnehmer zum Beitritt in die Gewerkschaften auf. Diese müssen jedoch eine parteilich und konfessionell neutrale Organisation der Arbeitnehmer sein. Die Union lehnt aus ihrer sozialen Einstellung, im Interesse der Arbeitnehmer selbst, den Gewerkschaftskapitalismus ab, weil er ebenso untragbar ist wie der Staatskapitalismus.

17. Verhältnis zur internationalen Sozialpolitik

Die Union bekennt sich zur Idee der engen Verbundenheit der internationalen Sozialpolitik. Sie ist sich darüber im Klaren, daß Deutschland auch in der Sozialpolitik nicht isoliert denken und handeln kann, sondern sich in die Verhältnisse außerhalb unserer Grenzen einfügen muß. Die Union begrüßt daher alle Bestrebungen, die geeignet sind, die enge Verbindung zwischen den arbeitenden Menschen Deutschlands und der Welt wiederherzustellen.

18. Wissenschaftliche Ausarbeitung und praktische Verwirklichung des Sozial- und Wirtschaftsprogramms

Die Union ist sich bewußt, daß die komplizierten und schwierigen wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Zusammenhänge einer Volkswirtschaft nicht durch Parteiprogramme, sondern nur durch gründliche wissenschaftliche Untersuchungen und internationale Vergleiche geklärt und erfolgreich gemeistert werden können. Deshalb setzt sich die Union für eine gründliche Bearbeitung der von ihr aufgeworfenen Probleme durch anerkannte Sachverständige und Ausschüsse ein.
Die *praktische Verwirklichung* wird auf dem Wege der Zusammenarbeit von Sachverständigenausschüssen aus Regierung, Wirtschaft und Wissenschaft gesucht werden müssen.

Organisation und Satzung

Nr. XI

Rundschreiben des Vorbereitenden Ausschusses der Christlich-Sozialen Union München, 25. November 1945

Vorbereitender Ausschuß der
Christlich-Sozialen Union München

München, den 25. November 1945

Verehrter Freund![1]

Der Ausschuß der Christlich-Sozialen Union in München hat in voller Einigkeit die Arbeiten zur Anmeldung der Partei in München beendet.
Bisher war die Bildung einer politischen Partei nur für den einzelnen Stadt- und Landkreis zugelassen.
Nunmehr wird auch die Bildung einer allgemeinen Landesorganisation der Partei zugelassen werden. Es wird vor allem notwendig werden, daß aus dem ganzen Land Vertreter des Gedankens einer Sammelpartei sich treffen, um einheitliche Organisation, einheitliche Leitung und einheitliche Statuten zu bestimmen und gemeinsam in die politische Arbeit einzutreten. Der Ausschuß der Christlich-Sozialen Union München hat daher die nachstehenden Herren, die besonders enge Verbindung mit den Kreisen außerhalb Münchens haben, ersucht, die nötigen Vorarbeiten zu leiten:

1. D. Dr. Wilhelm Eichhorn, München 23, Drescherstr. 8, Tel. 30 7 23
2. Dr. Michael Horlacher, München, Türkenstr. 16
3. Dr. Alois Hundhammer, München 9, Arnpeckstr. 3, Tel. 40 6 38
4. Staatssekretär Krehle, München, Staatsministerium für Arbeit, Tel. 370 641
5. Dr. Carl Lacherbauer, München, Isabellastr. 11
6. Dr. W. v. Miller, München, Deutsches Museum - Verwaltungsbau, Tel. 42 3 67
7. Dr. Josef Müller, München, Gedonstr. 4, Tel. 30 2 84
8. Fritz Schäffer, Staatsrat a.D., München, Trogerstr. 36, Tel. 42 4 96
9. August Schwingenstein, München, Färbergraben 23, Tel. 42 0 61

An die gleichgesinnten Freunde im ganzen Bayernland ergeht nun folgende Bitte:

1. Wo dies noch nicht geschehen ist, bildet, bitte, sofort für jeden Landkreis eine *Organisation* und teilt dies uns in München mit; teilt es auch möglichst bald den Gesinnungsfreunden in den Hauptstädten Eures Regierungsbezirkes mit. Als Anschrift für die verschiedenen Regierungsbezirke soll dabei gelten:
   a) Regierungsbezirk Oberbayern: Rechtsanwalt Dr. Otto Schefbeck, München, Sendlingerstr. 48/II r
   b) Regierungsbezirk Niederbayern: Steuerberater Dr. Holzner, Landshut, Landstr. 114/II

[1] Das Rundschreiben findet sich in verschiedenen Nachlässen, als Vorlage diente das Exemplar im ACSP, NL Arnold 4.

c) Regierungsbezirk Oberpfalz: Dr. Schedl, Regensburg, Fröhliche Türkenstr. 2
d) Regierungsbezirk Schwaben: Dr. Rindt, Augsburg, Schießgrabenstr.
e) Regierungsbezirk Mittelfranken: Rechtsanwalt Dr. Nerreter, Nürnberg, Hohenlohestraße 39
f) Regierungsbezirk Oberfranken: Dr. Gerhard Kroll, Bamberg, Markusstr. 15
g) Regierungsbezirk Unterfranken: Dr. Kaspar Dürr, Würzburg, Bohnsmühlenstr. 16

Wir legen ein kurzes Merkblatt dafür bei, wie die Gründung einer Partei in den einzelnen Stadt- und Landkreisen vor sich zu gehen hat. Wir legen gleichzeitig einen Fragebogen bei, den wir auszufüllen und an die Geschäftsstelle: *Rechtsanwalt Dr. Schefbeck, München, Sendlingerstr. 48/II r*, abzusenden bitten.

2. Es soll möglichst bald in München ein Kreis von Gesinnungsfreunden aus dem ganzen Land zusammentreten, der
   a) Programm und Satzung endgültig festlegen soll,
   b) eine vorbereitende Landesvorstandschaft wählen soll und in dieser wieder
   c) dafür Sorge tragen soll, daß in jedem Regierungsbezirk möglichst eine Vorstandschaft samt Sekretariat gegründet werden kann.

Bei den heutigen Verkehrsverhältnissen wird es notwendig sein, bei der ersten vorbereitenden Besprechung die Zahl der Teilnehmer zu beschränken. Wir schlagen daher vor, daß von jedem der vorgenannten Regierungsbezirke etwa fünf Freunde nach München kommen, die im Benehmen mit der Geschäftsstelle in der Hauptstadt des Regierungsbezirkes ausgewählt werden. Wir bitten, daß uns möglichst bald ein Vorschlag zugeht, damit die Einladung von München aus erfolgen und, wenn es gewünscht wird, für Nachtquartier gesorgt werden kann.

Unser Gedanke einer großen Sammel- und Volkspartei aller Kreise, die von dem Grundgedanken christlicher Kultur und des christlichen Sittengebotes ausgeht, hat im ganzen Land Widerhall gefunden. Da es bisher nicht erlaubt gewesen ist, eine Landesorganisation zu bilden, sind allerdings verschiedene Namen für dieselbe Partei im ganzen Land gewählt worden. Unsere Aufgabe muß es sein, *als einheitliche, geschlossene Partei* im ganzen Land aufzutreten und alle Freunde aus allen Konfessionen, Landesteilen und Berufen zur tätigen Mitarbeit für das Wohl unseres Bayernlandes aufzurufen. Soweit Gründungen noch nicht durchgeführt sind, bitten wir die Einheitlichkeit auch im Namen durch die Bezeichnung "Christlich-Soziale Union" herauszustellen.

Für den vorbereitenden Ausschuß
D. Dr. W. Eichhorn
Dr. W. von Miller

Nr. XII

Rundschreiben des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union, 31. Dezember 1945

Christlich-Soziale Union
Vorläufiger Landesausschuß

München, den 31. Dezember 1945

Lieber Parteifreund![1]

Die kurze Zeitspanne bis zur Gemeindewahl am 27. Januar 1946 ermöglicht es nicht mehr, die Organisation der Christlich-Sozialen Union in schlagkräftiger Weise bis in die kleinste Gemeinde hinein aufzuziehen. Falls in Ihrer Gemeinde noch kein örtlicher Vertrauensmann aufgestellt sein sollte, wenden wir uns an Sie mit der freundlichen Bitte, für die bevorstehende Gemeindewahl dieses Amt zu übernehmen und die damit verbundenen Arbeiten, insbesondere Aufstellung und Einreichung des Wahlvorschlages der Union in der dortigen Gemeinde durchzuführen. Wir nehmen an, daß Sie diese Arbeit gern übernehmen werden, und sagen Ihnen im voraus herzlichen Dank.
Vorab teilen wir Ihnen noch folgendes mit:
Zum vorläufigen Landesvorsitzenden der Union wurde am 17. Dezember Herr Rechtsanwalt Dr. Josef Müller gewählt. Die Mitglieder des vorläufigen Landesausschusses sind die Herren Dr. Eichhorn, Dr. von Eicken, Dr. Horlacher, Dr. Hundhammer, Dr. Lacherbauer, Krehle, Dr. von Miller, Schäffer, Schwingenstein, Steber. Das Generalsekretariat befindet sich gegenwärtig noch im Büro des Herrn Dr. von Miller, München, Deutsches Museum, Telephon 4 23 94. Demnächst bezieht das Generalsekretariat eigene Büroräume in München, Herrnstraße 6.
Um die Organisation so schnell wie möglich zu vervollständigen, bitten wir Sie, soweit dies noch nicht geschehen ist, umgehend dem Generalsekretariat und den zuständigen Kreissekretariaten Namen und Adressen der örtlichen Vertrauensleute und Parteivorsitzenden mitzuteilen. Die Anschriften der Kreisorganisationen sind:
Oberbayern: Dr. Schefbeck, München, Sendlinger Straße 48/2.
Niederbayern: Dr. Holzner, Landshut, Landstraße 114/2.
Oberpfalz: Dr. Schedl, Regensburg, Fröhliche-Türken-Str. 2.
Schwaben: Bürgermeister Kaifer, Augsburg-Neusäß, Gartenstr. 22F.
Mittelfranken: Geschäftsstelle der Christlich-Sozialen Union, Nürnberg, Gibitzenhofstraße 138.
Unterfranken: Dr. Kaspar Dürr, Würzburg, Bohnsmühlstr. 16.
Oberfranken: Anton Hergenröder, Bamberg, Obere Königstr. 35, Telephon 17 71.

Dieses Schreiben geht an eine sehr große Zahl von Vertrauensleuten hinaus, so daß es durchaus möglich ist, daß an einem Ort zwei Schreiben gleichen Inhalts an ver-

[1] Das Rundschreiben nebst Anlagen wurde als Broschüre in einer Auflage von 30.000 Exemplaren gedruckt. Ein Exemplar findet sich z.B. im ACSP, NL Arnold 4.

schiedene Adressaten gelangen. Wir bitten in diesem Falle um entsprechende Abstimmung.

Der vorläufige Landesvorsitzende der Christlich-Sozialen Union
Dr. Josef Müller

Folgende Anlagen sind beigefügt[2]:
Anlage I-III: 3 Textvorschläge für Werbeplakate und Flugblätter.
Anlage IV: Überblick über die Wahlbestimmungen.
Anlage V: Bestimmungen der Militärregierung über politische Werbung.

[2] Von den Anlagen wurden die Anlagen I und II als Dokument Nr. IV und Nr. V sowie die Anlage V in Dokument Nr. XIV (Anlage 1) in diesem Anhang berücksichtigt.

Nr. XIII

Vorläufige Satzung der Christlich-Sozialen Union, 8. Januar 1946

Satzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern[1]

1. Name

In Bayern bildet sich eine politisch-demokratische Organisation mit dem Namen *Christlich-Soziale Union in Bayern.*
Gründungsmitglieder sind die Unterzeichneten. Sitz ist München.

2. Zweck

Die Christlich-Soziale Union in Bayern setzt sich die Aufgabe, am Wiederaufbau und der politischen Verwaltung des Staates Bayern und später an der demokratischen Gestaltung des politischen Lebens in Deutschland nach den Grundsätzen ihres Parteiprogramms mitzuarbeiten.
Hierzu wirbt sie Mitglieder und schult sie im Sinne ihres Programms

a) durch öffentliche Versammlungen,
b) durch Konferenzen und Sprechabende,
c) durch Herausgabe politischen Schrifttums,
d) durch Aufstellung und Unterstützung von Vertretern für die öffentlichen Selbstverwaltungskörperschaften im Rahmen der Bestimmungen der Militärregierung.

3. Mitgliedschaft

Mitglied kann, soweit die Gesetze und die Anordnungen der Militärregierung keine Einschränkung bestimmen, jede volljährige unbescholtene männliche und weibliche Person werden, die die Voraussetzungen des aktiven Wahlrechts erfüllt und sich zum Programm bekennt.
Der Mitgliedsbeitrag beträgt monatlich eine Reichsmark.

4. Organisation

Die Christlich-Soziale Union in Bayern baut sich auf aus den für die einzelnen Regierungsbezirke gebildeten Kreisverbänden, die ihrerseits sich aus den für die einzelnen kreisunmittelbaren Städte und Bezirke gebildeten Bezirksverbänden zusammensetzen.
Organe der Christlich-Sozialen Union in Bayern sind:

a) die Landesversammlung:
Sie setzt sich zusammen aus je einem Vertreter aller Landkreise und kreisunmit-

[1] Anlage zum Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 8. Januar 1946; ACSP, CSU-Landesausschüsse. Die vorläufige Satzung diente zur Vorlage bei der Militärregierung zur Anmeldung der CSU auf Landesebene. Der Lizenzierungsantrag selbst konnte nicht ermittelt werden. Die Satzung wurde in der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 8. Januar 1946 einstimmig angenommen und in Kraft gesetzt und mit Schreiben des gleiches Datums (Dokument Nr. XIV) von der Militärregierung genehmigt.

telbaren Städte Bayerns. Landkreise und kreisunmittelbare Städte über 50.000 Einwohner entsenden für je angefangene 50.000 Einwohner einen Vertreter. Die Vertreter bestimmt der betreffende Kreisverband der Christlich-Sozialen Union.
Die Landesversammlung trifft Entscheidungen von grundsätzlicher Wichtigkeit. Sie wählt den Vorstand und den Landesausschuß. Sie entscheidet mit einfacher Mehrheit, doch bedürfen Beschlüsse auf Auflösung der Partei, Änderung der Satzungen und des Programms der Zweidrittelmehrheit.
Der erste Vorsitzende hat die Landesversammlung jedes Jahr mindestens einmal, und zwar im Februar, ferner auf Aufforderung von zwei Kreisverbänden einzuberufen. Die Ladung hat schriftlich zu erfolgen und ist mindestens drei Wochen vor Versammlungstermin zur Post zu geben.

b) Landesvorstandschaft:
Sie besteht aus:
dem ersten und zweiten Vorsitzenden,
sieben Beisitzern, von denen zwei als dritter und vierter Vorsitzender den ersten und zweiten Vorsitzenden bei Verhinderung vertreten, so daß stets zwei Vorsitzende amtieren,
einem Kassier,
einem Stellvertretenden Kassier,
einer Frauenvertreterin,
einem Jugendvertreter,
dem Landessekretär als Schriftführer.
Der erste Vorsitzende leitet die Union und vertritt sie nach außen. Er beruft Landesausschuß und Landesversammlung ein. Er hat im Rahmen der von der Gesamtvorstandschaft gezogenen Richtlinien zu handeln.
Die Aufgabe der übrigen Vorstandsmitglieder ergibt sich aus ihren Ämtern.
Die Gesamtvorstandschaft hat der erste Vorsitzende mindestens einmal im Monat einzuberufen. Die Gesamtvorstandschaft ist für eine ordnungsgemäße Kassenführung verantwortlich.
Der Generalsekretär wird von der Gesamtvorstandschaft berufen. Er führt die Bürogeschäfte und den Schriftverkehr der Union.

c) Landesausschuß:
Er besteht aus der Gesamtvorstandschaft und 21 Vertretern. Jeder Kreisverband bestellt drei Vertreter. Der erste Vorsitzende beruft nun regelmäßig viermal im Jahr ein. Er lädt hierzu schriftlich mindestens drei Wochen vor Versammlungstermin.
Der Landesausschuß berät und unterstützt die Landesvorstandschaft und gibt Richtlinien für die politische Arbeit der Partei.

Nr. XIV

Genehmigungsschreiben der Militärregierung zur Bildung der Christlich-Sozialen Union in Bayern auf Landesebene, 8. Januar 1946

Übersetzung[1]

Militärregierung für Bayern
APO 403

AG 000.11 OMGB 5 8. Januar 1946

Betrifft: Vorläufige Genehmigung des Gesuches von Dr. Josef Müller und anderer zur Bildung der Christlich-Sozialen Union in Bayern und vorläufige Erlaubnis zur politischen Betätigung innerhalb Bayerns.

An: Die Bürgen der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

1. Gemäß den Richtlinien des Hauptquartiers der Streitkräfte der Vereinigten Staaten in Europa vom 23. November 1945 über die "Verwaltung der Militärregierung in der US-Zone Deutschlands" wird Ihnen hiermit zur Kenntnis gebracht, daß ich vorläufig das Gesuch Dr. Josef Müllers und anderer zur Bildung der Christlich-Sozialen Union in Bayern mit Sitz in München genehmige und eine vorläufige Erlaubnis für die politische Betätigung innerhalb Bayerns erteile nach folgenden Richtlinien.
2. *Politische Betätigung:*
   a. Die Partei der Christlich-Sozialen Union in Bayern wird hierdurch bevollmächtigt, Wahlvorschläge zu unterbreiten und eine Kandidatenliste in jeder Gemeinde Bayerns aufzustellen.
   b. Gemäß den Richtlinien des Hauptquartiers der US-Streitkräfte in Europa, betreffend die Verwaltung der Militärregierung in der US-Zone in Deutschland vom 27. August 1945, umfaßt die politische Betätigung folgendes:
      1. Öffentliche Versammlungen und öffentliche Diskussionen sind erlaubt nach Einreichung gesonderter Gesuche bei den örtlichen Stellen der Militärregierung mit Angabe des Ortes, der Zeit und des Zweckes der Versammlung und den Namen und den Adressen aller Redner, die auf der Versammlung sprechen sollen.
      2. Parteifunktionäre, Redner oder Personen, die außerhalb der US-Besatzungszone wohnen, müssen zu diesem Zweck, bevor eine Genehmigung erteilt werden kann, über die zuständige Militärregierung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa, gemeldet werden.
      3. Die Aufforderung zur Mitgliedschaft und die Sammlung von Geldern für Ausgaben und die Verteilung von Schriften ist erlaubt.

[1] Anlage zum Protokoll der Sitzung des Vorläufigen Erweiterten Landesausschusses am 8. Januar 1946; ACSP, CSU-Landesausschüsse. Das Genehmigungsschreiben findet sich dort auch im englischen Wortlaut.

3. *Halbmonatlicher Bericht der Bürgen oder Repräsentanten der Partei:*
Bürgen, Parteifunktionäre oder Repräsentanten von zugelassenen Parteien müssen der Intelligence Branch der Militärregierung für Bayern einen eidesstattlichen halbmonatlichen Bericht übergeben, der die Quellen aller erhaltenen Geldmittel und ihren Verwendungszweck enthält.[2]
Der eidesstattliche Bericht muß weiterhin folgendes enthalten:
   a. Ungefähre Angabe der während dieser Zeit geworbenen Mitglieder.
   b. Bericht über jeden der Militärregierung für Bayern, Intelligence Branch, vorgeschlagenen Wechsel in den Richtlinien der Partei, ihrer Satzung und ihren sonstigen Bestimmungen.
4. *Gebrauch von Nachrichtenmitteln durch zugelassene deutsche politische Parteien:*
Sie können von der Presse, Veröffentlichungen und anderen Nachrichtenmitteln nur in Übereinstimmung mit den Anordnungen der Nachrichten-Kontroll-Abteilung Gebrauch machen, die festlegen, daß niemand Veröffentlichungsmittel ohne eine von der Militärregierung über DISCC (District Information Services Control Command) erteilte Lizenz anwenden darf. Anordnung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung Nr. 2, betreffend Nachrichtenmittel durch zugelassene deutsche politische Parteien, die der Christlich-Sozialen Union die Lizenz erteilt, Handzettel, Plakate usw. herauszugeben, ist zu Ihrer Kenntnisnahme und Beachtung als Anlage 1 beigefügt. Die Bürgen und Parteifunktionäre der Christlich-Sozialen Union müssen gleichfalls den örtlichen Militärregierungen und der Militärregierung für Bayern, Intelligence Branch, Exemplare über alle gedruckten und verteilten Schriften zukommen lassen.
5. Die obengenannte politische Betätigung unterliegt folgenden Anordnungen:
   a. Wenn durch die örtliche Militärregierung oder die Militärregierung für Bayern festgestellt wird, daß eine politische Versammlung undemokratisch oder den alliierten Zielen feindlich sei, oder nachteilig für die militärische Sicherheit und die Aufrechterhaltung der Ordnung sei, wird die Erlaubnis für solch eine Versammlung verweigert.
   b. Alle politischen Versammlungen, die durch die örtliche Militärregierung oder die Militärregierung für Bayern erlaubt sind, sollen der Öffentlichkeit sowie der US-Militärpolizei und den Offizieren der Militärregierung zugänglich sein.
   c. Alle Unterlagen über die Organisation der politischen Parteien[3] müssen der Militärregierung auf Verlangen zur Einsicht zur Verfügung gestellt werden.
6. Deutsche Aufmärsche, militärischer oder politischer, ziviler oder sportlicher Natur sind verboten.
7. Die Annahme oder das Tragen von Parteiuniformen, von Abzeichen oder Armstreifen wird hiermit verboten. Bei Übertreten dieser Anordnung wird die Genehmigung zurückgenommen.
8. Diese Genehmigung ist eine vorläufige und wird an die Militärregierung für Deutschland, US-Zone, Hauptquartier der Streitkräfte der Vereinigten Staaten in

[2] In der Vorlage: "enthalten".
[3] In der Vorlage fehlt das Wort, in der englischen Fassung heißt es: "All political records of political party organizations ..."

Europa, weitergeleitet, wo sie erneut überprüft wird zur endgültigen Genehmigung oder deren Widerruf.
gez.: Walter J. Muller
Brigade-General

Für die Richtigkeit der Übersetzung:
(H. Haunhorst)

Abschrift
Anlage Nr. 1
Militärregierung - Deutschland
Nachrichtenkontrollanweisung Nr. 2

Gebrauch von Nachrichtenmitteln durch zugelassene politische deutsche Parteien

1. Hierdurch wird jeder genehmigten deutschen politischen Partei die Zulassung erteilt, innerhalb des ihr gestatteten Tätigkeitsbereichs Handzettel und Plakate unter den folgenden Bedingungen zu veröffentlichen und zu verteilen:
   a. Der Druck muß von einem registrierten Drucker ausgeführt werden, und wenn ein gewerbsmäßiger Verbreitungsagent beschäftigt wird, muß dieser gleichfalls ordnungsgemäß registriert sein.
   b. Vor der Verbreitung müssen drei Kopien jeder solchen Veröffentlichung bei der örtlichen Militärregierung, bei der die betreffende Partei eingetragen ist, abgeliefert werden.
   c. Die Zahl der von einer politischen Partei monatlich veröffentlichten Handzettel darf nicht mehr als 10% der Bevölkerungszahl im Zulassungsbereich betragen. Handzettel dürfen nicht größer sein als 15,25 : 21,5 cm. Die Zahl der von einer politischen Partei monatlich veröffentlichten Plakate darf nicht mehr als 1% der Bevölkerungszahl im Zulassungsbereich betragen. Plakate dürfen nicht größer sein als 61 : 43 cm. Sie dürfen nur an den dafür bestimmten Stellen angebracht werden.
   d. Handzettel und Plakate, die von politischen Parteien gemäß dieser Anweisung veröffentlicht werden, dürfen folgendes Material umfassen:
      1. Zeit und Ort politischer Versammlungen.
      2. Namen der Sprecher und Parteifunktionäre.
      3. Offiziell vertretene Parteigrundsätze, Proklamationen, Parolen und Programme oder Auszüge aus ihnen.
      4. Aufforderungen, einer Versammlung beizuwohnen oder die betreffende Partei zu unterstützen.
   e. Handzettel und Plakate, die unter diesem Paragraphen veröffentlicht werden, dürfen nicht enthalten:
      1. Lokale oder Weltnachrichten.
      2. Anzeigen.
   f. Jeder Handzettel und jedes Plakat muß klar die fördernde Partei, die für die Veröffentlichung verantwortlich zeichnenden Parteimitglieder, deren Anschriften, den herstellenden Drucker und die Zahl der gedruckten Exemplare angeben.

2. Zugelassene politische Parteien, die Monatsschriften, Bücher, Broschüren oder andere Veröffentlichungen, für die in Paragraph 1 keine Zulassung gewährt ist, zu verlegen wünschen, müssen eine oder mehrere Vertreter ernennen, die für diese Literatur verantwortlich sind. Diese Vertreter können sich an das zuständige Nachrichtenkontrollamt mit der Bitte um Zulassung wenden, gemäß den Bestimmungen der Nachrichtenkontrollvorschrift No. 1.
3. Eine zugelassene politische Partei ist eine deutsche politische Partei, die von der Militärregierung die Erlaubnis erhalten hat, in einem bestimmten Bezirk tätig zu sein.
4. Bei Verletzung einer der vorhergehenden Bestimmungen kann die Zulassung einer Partei, Handzettel und Plakate zu veröffentlichen, zeitweilig widerrufen oder aufgehoben werden, und die Person oder Personen, die für die Veröffentlichungen der Partei verantwortlich sind, unterliegen nach Ermessen eines Militärgerichts den gesetzlichen Strafen.

Nr. XV

Satzungsänderung, 29. März 1946

Vorläufiger Landesvorsitzender
Dr. Josef Müller 29. März 1946

An die
Militärregierung für Bayern
z. Hd. Herrn Major Vacca
München
Tegernseerlandstraße

Betrifft: Christlich-Soziale Union[1]

Die Landessatzung der Christlich-Sozialen Union, die der Militärregierung bei der Anmeldung vorgelegt wurde, kann erst in Kraft treten, wenn eine Landesversammlung zusammentreten und wählen kann. Dies ist im Augenblick noch nicht möglich, weil der organische und demokratische Aufbau der Kreis- und Ortsverbände noch nicht restlos abgeschlossen ist.
Es müssen aber für die Christlich-Soziale Union schon jetzt Entscheidungen getroffen werden, die voraussetzen, daß der die Entscheidung Treffende das Vertrauen der Mehrheit der Union genießt. Um diese Notwendigkeit zu sichern, hat der vorläufige Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union am 8. Januar 1946 beschlossen, zum 31. März 1946 einen aus dem ganzen Land beschickten erweiterten Landesausschuß nach Bamberg einzuberufen und ihm die Entscheidung über den grundsätzlichen Aufbau zu übertragen. Der Tagungsort Bamberg war in der vorausgehenden Sitzung des erweiterten Landesausschusses vom 8. Januar 1946 festgelegt worden.
Aufgrund einer Rücksprache des vorläufigen Landesvorsitzenden bei der Militärregierung hat der vorläufige Landesausschuß seinen Antrag wie folgt abschließend formuliert:

1. Bei der Sitzung des erweiterten Landesausschusses haben die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Ober-, Mittel- und Unterfranken je fünf Stimmen. Ferner werden als Bezirksverbände anerkannt und sind stimmberechtigt die Christlich-Soziale Union in München mit fünf Stimmen, in Nürnberg mit fünf Stimmen und in Augsburg mit drei Stimmen.
   (Angekündigt ist ein Antrag der Christlich-Sozialen Union Würzburg auf deren Anerkennung als Bezirksverband mit zwei Stimmen Stimmrecht.)
   Weiter sind stimmberechtigt die bisherigen Mitglieder des vorläufigen Landesausschusses:
   Dr. Müller, Dr. von Miller, Dr. Eichhorn, Krehle, Schwingenstein, Dr. Lacherbauer, Schäffer, Hundhammer, Steber, Dr. Horlacher, Dr. von Eicken.

[1] Anlage zum Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946, ACSP, NL Müller 10/1.

Schließlich haben Stimmrecht die der Union angehörenden Mitglieder der Bayerischen Regierung:
Dr. Baumgartner, Helmerich, Dr. Pfeiffer, Krehle, Ehard.

2. Dr. Josef Müller wird in Bestätigung des Beschlusses des vorläufigen Landesausschusses vom 17. Dezember 1945 durch den erweiterten Landesausschuß als Landesvorsitzender bestätigt.
3. Zur Unterstützung des Landesvorsitzenden bis zum Zusammentritt der Landesversammlung wird ein Arbeitsausschuß bestellt, bestehend aus den bisherigen Mitgliedern des vorläufigen Landesausschusses, den Kabinettsmitgliedern der Union und je einem von den Bezirksverbänden benannten Vertreter.
4. Der bisherige erweiterte Landesausschuß tagt in Zukunft bis zur Bestellung eines Landesausschusses durch die Landesversammlung als der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union.

Über diese Anträge wird der erweiterte Landesausschuß in Bamberg in geheimer Abstimmung beschließen.

gez. Dr. Josef Müller

Übersetzung
Militärregierung in Bayern
APO 403 29. März 1946

An den Vorläufigen Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union
Herrn Dr. Josef Müller
München
Gedonstraße

AG 000 12 (OMGB-5)

Betrifft: Abänderung der Statuten der Christlich-Sozialen Union[2]

1. Ihr Gesuch vom 29. März 1946 an die Militärregierung (Major Vacca) um Abänderung der Statuten der Christlich-Sozialen Union (Abschrift Anlage 1) ist sorgfältig geprüft worden.
2. Wenn die darin enthaltenen Punkte ordnungsgemäß den offiziell bestimmten Vertretern des Erweiterten Landesausschusses vorgelegt und von der Mehrheit anerkannt werden, hat die Militärregierung keine Einwendungen zu erheben.
3. Die Anerkennung erfolgt durch geheime Abstimmung.

Für den Chef der Militärregierung
gez. Peter Vacca
Major MI
Branch Chief of Intelligence

1 Anlage
Tel. Munich Military 3348/3055

[2] Anlage zum Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946 (dort auch der englische Text), ACSP, NL Müller 10/1. Die Satzungsänderung wurde am 30. und 31. März 1946 angenommen.

Nr. XVI

Satzungsentwurf mit den von der ersten ordentlichen Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union am 17. Mai 1946 beschlossenen Änderungen

Satzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern[1]

A) Name, Sitz und Aufgabe

§ 1

Name und Sitz

Die "Christlich-Soziale Union" ist eine politische Partei. Sie führt den Namen "Christlich-Soziale Union in Bayern", hat ihren Sitz in München und soll in das Vereinsregister eingetragen werden.

§ 2

Aufgabe

1. Aufgabe der Christlich-Sozialen Union (im folgenden kurz "Union" genannt) ist der politische Zusammenschluß aller auf dem Boden der christlichen Kulturauffassung, der Demokratie und des sozialen Verantwortungsbewußtseins stehenden Staatsbürger mit der Aufgabe, die im Programm der Union festgelegten Ziele mit den Mitteln einer politischen Partei im öffentlichen Leben zur Geltung zu bringen.
2. Zu diesem Zweck
   a) wirbt sie Mitglieder,
   b) sammelt sie Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben,
   c) veranstaltet sie Versammlungen, Lehrgänge und sonstige Zusammenkünfte zur Verbreitung und Vertiefung ihrer politischen Grundsätze,
   d) gibt sie Zeitschriften, Zeitungen und sonstiges politisches Schrifttum heraus,
   e) stellt sie Kandidaten für die politischen Wahlen auf.

B) Mitgliedschaft

§ 3

Voraussetzungen

Mitglieder der Union können alle ehrbaren, wahlberechtigten Männer und Frauen werden, die sich zum Programm der Union bekennen und keiner anderen politi-

[1] Der Satzungsentwurf wurde mit den von der Landesversammlung beschlossenen Änderungen am 17. Mai 1946 in Kraft gesetzt, in den folgenden Monaten jedoch u.a. wegen verschiedener Einwände der Militärregierung noch verändert und schließlich zuerst vom Landesausschuß am 4. Oktober und dann von der Landesversammlung am 14. und 15. Dezember 1946 in der veränderten Form verabschiedet (Dok. Nr. XVII, S. 1783ff.). Von der Satzung des 17. Mai 1946 kursieren verschiedene Varianten, die sich zwar als "in der am 17. Mai 1946 in München stattgefundenen Landesversammlung beschlossen" ausgeben (z.B. IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel, "Satzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern" mit dem entsprechenden § 74), die aber bereits Änderungen enthalten, die erst nach dem 17. Mai vorgenommen wurden. Hier wird daher der Wortlaut des Textes des Satzungsentwurfes wiedergegeben, wie er vor der Landesversammlung der CSU am 17. Mai 1946 (Dokument Nr. 18) verlesen wurde. Die von der Landesversammlung an diesem Tag beschlossenen Änderungen sind in Fußnoten vermerkt.

schen Partei angehören. Vorübergehendes Ruhen des Wahlrechts wegen kurzfristigen Zuzuges steht der Aufnahme nicht im Wege, ebensowenig jugendliches Alter, wenn der Antragsteller das 17. Lebensjahr vollendet hat.

§ 4

Erwerb

1. Die Aufnahme in die Union kann jederzeit bei dem für den Wohnsitz des Bewerbers zuständigen Ortsverband beantragt werden. In Ausnahmefällen kann der Aufnahmeantrag auch bei einem Kreis- oder Bezirksverband eingebracht werden, der die Aufnahme bei einem Ortsverband veranlaßt. Der Aufnahmeantrag ist schriftlich zu stellen. Gleichzeitig sind die Satzungen, das Programm und die Schiedsgerichtsordnung der Union schriftlich anzuerkennen.
2. Über die Aufnahme entscheidet die Ortsvorstandschaft.
3. Der Beitritt wird erst mit der Aushändigung der Mitgliedskarte wirksam.
4. Lehnt die Ortsvorstandschaft die Aufnahme ab, so kann der Bewerber die Entscheidung der Kreisverbandsvorstandschaft anrufen. Gegen diesen Entscheid ist Berufung bei der Bezirksvorstandschaft zulässig.
   In grundsätzlichen Fragen kann gegen die Entscheidung der Bezirksvorstandschaft die Landesvorstandschaft angerufen werden. Diese beschließt endgültig.
5. Bei Ortswechsel soll das Mitglied seine Umschreibung zum neuen Ortsverband herbeiführen.

§ 5

Rechte

Jedes Mitglied hat das Recht

a) das Programm der Union mitzugestalten und auf die politische Arbeit Einfluß zu nehmen,
b) die Rechenschaftsberichte der Organe und Vertreter der Union zu prüfen,
c) an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen,
d) bei der Aufstellung von Bewerbern für Wahlen mitzuwirken.

Diese Rechte können nur innerhalb der Einrichtungen und auf den Tagungen der Union wahrgenommen werden. Nur Mitglieder können ein Amt oder eine Kandidatur in der Union übernehmen.

§ 6

Pflichten

Jedes Mitglied hat die Pflicht, sich an den Aufgaben der Union zu beteiligen, die Grundsätze der Union zu vertreten, sich für ihre Ziele einzusetzen und den Mitgliedsbeitrag zu entrichten.

§ 7

Verlust der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch
   a) Austritt,
   b) Streichung,
   c) Ausschluß.
2. Ein Mitglied kann jederzeit durch schriftliche Erklärung bei dem Ortsverband, bei dem es als Mitglied geführt wird, austreten. Es hat jedoch keinen Anspruch auf Rückerstattung von Beiträgen.

3. Ein Mitglied kann durch Beschluß seiner Ortsverbandsvorstandschaft gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung schuldhaft mit mindestens sechs Monatsbeiträgen im Rückstand geblieben ist.
4. Ein Mitglied kann durch Beschluß des Schiedsgerichts ausgeschlossen werden, wenn es
   a) gegen die guten Sitten verstoßen hat,
   b) wegen einer ehrenrührigen Handlung verurteilt ist,
   c) den Grundsätzen oder den Satzungen der Union bewußt entgegengearbeitet hat,
   d) gegen die Parteidisziplin erheblich verstoßen hat,
   e) bewußt unwahre Angaben im Aufnahmeantrag gemacht hat.
5. Das Schiedsgerichtsverfahren wird von der Vorstandschaft des Ortsverbandes beantragt. Es kann auch von den Vorstandschaften des Kreis-, Bezirks- oder Landesverbandes beantragt werden, wenn[2] das Mitglied Mandatsträger ist oder diesen Gliederungen als Vertreter oder gewähltes Mitglied angehört.
6. Der Ausschluß wird dem Mitgliede durch den Vorsitzenden seines Ortsverbandes schriftlich mitgeteilt.

§ 8

Streitigkeiten

Streitigkeiten unter Mitgliedern, die das Parteiinteresse berühren, sind nach der Schiedsordnung einem Ehrengericht vorzulegen. Antragsberechtigt ist jedes einzelne Mitglied.

C) Gliederung der Union

§ 9

Übersicht

Die Union gliedert sich in

I. Ortsverbände
II. Kreisverbände
III. Bezirksverbände
IV. den Landesverband

I. Ortsverbände

§ 10

Bereich

Die Mitglieder einer oder mehrerer Ortschaften einer politischen Gemeinde oder eines Stadtteils gleicher Größenordnung bilden einen Ortsverband.

§ 11

Aufgaben

Die Ortsverbände haben die Aufgabe

a) Das Gedankengut der Union in Wort und Schrift unter der Bevölkerung zu verbreiten und unablässig für die Ziele der Union zu werben,

[2] Der folgende Halbsatz wurde laut Beschluß der Landesversammlung am 17. Mai 1946 gestrichen und wie folgt neu formuliert: "wenn ein wichtiger Grund vorliegt."

b) das Verständnis für die Politik der Union unter den Mitgliedern zu pflegen, ihr politisches Interesse zu fördern und sie zur Teilnahme an der praktischen Politik zu befähigen,
c) Kandidaten für die örtlichen Wahlen aufzustellen,
d) die politischen Grundsätze der Union in den gemeindlichen Selbstverwaltungskörperschaften ihres Bereichs zu vertreten,
e) die Mitgliederliste zu führen,
f) die Beiträge einzuziehen.

§ 12

Organe

Die Organe der Ortsverbände sind:
1. die Mitgliederversammlung,
2. die Vorstandschaft,
3. ein nach Bedarf zu bildender Beirat,
4. nach Bedarf zu bildende Ausschüsse.

§ 13

Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung beschließt über:
   a) die Wahl der Vorstandschaft,
   b) die Wahl der Kassenprüfer,
   c) die Jahresrechnung und Entlastung der Vorstandschaft,
   d) die Höhe der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,
   e) die den Mitgliedern der Vorstandschaft in besonderen Fällen zu erstattenden Barauslagen und Verdienstausfälle,
   f) die Aufstellung der Kandidaten für die kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften ihres Bereichs,
   g) die Wahl von Vertretern zum Kreisverband,
   h) sämtliche das Interesse des Ortsverbandes berührenden Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung,
   i) die Grundsätze der örtlichen Kommunalpolitik.
2. Der Vorsitzende ist verpflichtet, im 1. Quartal eines jeden Geschäftsjahres eine Hauptmitgliederversammlung einzuberufen. Die Einladung hat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen zu erfolgen.
3. Weitere Mitgliederversammlungen können nach Bedarf anberaumt werden.
4. Eine Mitgliederversammlung ist unverzüglich einzuberufen, wenn dieses von mindestens einem Drittel aller Mitglieder unter Angabe der Gründe schriftlich bei der Vorstandschaft beantragt wird, oder wenn es sonst das Interesse des Ortsverbandes erfordert, oder wenn der Bezirksvorstand oder der Landesvorstand es verlangen.

§ 14

Vorstandschaft

1. Die Ortsvorstandschaft besteht aus mindestens drei Mitgliedern, und zwar
   a) dem Vorsitzenden,
   b) zwei weiteren Mitgliedern.[3]

[3] Die Landesversammlung am 17. Mai 1946 nahm einstimmig folgenden Antrag zur Abänderung dieser Bestimmung an, ohne diesen Beschluß redaktionell umzusetzen: "In die Vorstandschaft jedes

2. Die Vorstandschaft wird für ein Jahr gewählt, sie ist ehrenamtlich tätig.
3. Die Inhaber von Mandaten zu den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften, dem Bezirkstag oder den Parlamenten und die Angehörigen der höheren Organisationsstufen der Union haben, sofern sie im Bereich der Ortsverbände ansässig sind, Sitz und Stimme in der Vorstandschaft, Ausnahmen hiervon § 15, Abs. 3.

§ 15

Beirat

1. Sofern die Größe des Ortsverbandes oder andere Umstände es zweckmäßig erscheinen lassen, kann die Mitgliederversammlung beschließen, der Vorstandschaft einen Beirat zuzuordnen.
2. Der Beirat soll berufsständisch gegliedert sein und insbesondere Vertreter der Landwirtschaft, des gewerblichen Mittelstandes, der Industrie, der freien Berufe, des kulturellen Sektors, der Arbeiterschaft, der Beamtenschaft sowie der Frauen und der Jugend enthalten.
3. Die Mitglieder, die Vertreter der Union in den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften im Bereich des Ortsverbandes sind, gehören dem Beirat an. Sie scheiden in diesem Falle, wenn sie nicht gewählte Vorstandsmitglieder sind, bis auf den Fraktionsführer oder einen sonst von ihnen zu benennenden Vertreter, aus der Vorstandschaft aus. § 14, Abs. 3 ist insoweit nicht auf diesen Personenkreis anzuwenden.
4. Bestehen im Bereich des Ortsverbandes Ausschüsse für besondere Aufgaben, so gehören die Obleute dieser Ausschüsse ebenfalls dem Beirat an.
5. Die Stärke des Beirats und die Anzahl der aus den einzelnen Berufsständen zu wählenden Mitglieder beschließt die Mitgliederversammlung. Die Wahlperiode beträgt ein Jahr. Der Ortsvorsitzende ist gleichzeitig Vorsitzender des Beirats.
6. Der Beirat hat die Aufgabe, die Vorstandschaft zu unterstützen und sie in allen politischen Fragen zu beraten. Die Vorstandschaft ist verpflichtet, den Beirat in allen politischen und organisatorisch bedeutsamen Fragen zu hören. In dringenden, eilbedürftigen Fällen, insbesondere solchen gemäß § 13 Abs. 1 Ziffer f - i, kann der Beirat an die Stelle der Mitgliederversammlung treten, doch ist dieser nachträglich innerhalb von sechs Wochen über die gefaßten Beschlüsse zu berichten.

§ 16

Ausschüsse

1. Aufgaben
   Zur Bearbeitung besonderer Aufgaben vor allem auf den Gebieten der Kultur-, Wirtschafts- und Kommunalpolitik oder zur Pflege der Belange der dem Ortsverband angehörenden Frauen und der Jugend, kann die Mitgliederversammlung die Errichtung besonderer Ausschüsse beschließen.
2. Ausschußmitglieder
   An den Arbeiten der Ausschüsse können alle Mitglieder teilnehmen, die daran interessiert sind.

Orts-, Kreis- und Bezirksverbandes ist je ein Vertreter der Jugend zu wählen, in die Landesvorstandschaft drei Vertreter, in den Landesausschuß fünf, in die Landesversammlung für jeden Bezirksverband zwei Vertreter."

3. Obleute
   Die Ausschüsse wählen sich aus ihrer Mitte einen Obmann. Der Obmann lädt die Mitglieder des Ausschusses im Einvernehmen mit dem Ortsvorsitzenden zu Versammlungen ein, leitet diese und unterrichtet die Ortsverbandvorstandschaft über die Ergebnisse der Ausschußtätigkeit. Die Obleute gehören dem Beirat an.
4. Die Ortsausschüsse wählen Vertreter zu den entsprechenden Ausschüssen des Kreisverbandes.

§ 17

Auflösung

Der Ortsverband wird aufgelöst:

a) durch Beschluß der Mitgliederversammlung,
b) durch Beschluß der Landesvorstandschaft.

§ 64 dieser Satzung gilt entsprechend.

§ 18

Geschäftsordnung

§§ 58 - 70 dieser Satzung gelten entsprechend.

II. Kreisverbände

§ 19

Bildung von Kreisverbänden

Die Ortsverbände eines Landkreises oder einer kreisunmittelbaren Stadt bilden einen Kreisverband.

§ 20

Aufgaben der Kreisverbände sind:

a) Aufbau der inneren und äußeren Organisation der Union innerhalb des Kreises, Werbung für ihre Ziele in Wort und Schrift,
b) Beteiligung am öffentlichen politischen Leben des Kreises,
c) Errichtung von Ausschüssen für die verschiedenen Bereiche des kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens,
d) Aufstellung von Kandidaten für die kommunalen Selbstverwaltungsorgane der zuständigen Kreisinstanz,
e) Vorschlag von Landtagskandidaten,
f) Wahl von Delegierten für die höheren Organisationsstufen der Union,
g) Unterstützung und Beratung der Ortsverbandsvorstände,
h) Unterrichtung und Schulung der Mitarbeiter.

§ 21

Organe der Kreisverbände sind:

a) die Kreisverbandsversammlung,
b) die Kreisverbandsvorstandschaft,
c) der Beirat des Kreisverbandes,
d) die nach Bedarf zu bildenden Arbeitsausschüsse,
e) das Schiedsgericht.

§ 22

Die Kreisverbandsversammlung besteht [aus]:

a) je zwei in geheimer Wahl von den angeschlossenen Ortsverbänden gewählten Vertretern,
b) den im Gebiet des Kreisverbandes ansässigen Mandatsträgern zu den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften der Kreisinstanz des Bezirkstages sowie der Parlamente,
c) den im Gebiet des Kreisverbandes ansässigen Mitgliedern der übergeordneten Organisationsstufen der Union.

§ 23

Aufgaben der Kreisverbandsversammlung sind:

a) Wahl der Kreisverbandsvorstandschaft und des Beirats,
b) Wahl der Ausschußvorsitzenden,
c) Aufstellen von Kandidaten für die kommunalen Selbstverwaltungsorgane der Kreisinstanz,
d) Nominierung von Landtagskandidaten,
e) Wahl von Vertretern zu übergeordneten Organisationsstufen der Union,
f) Aufstellen von Richtlinien für die politische Tätigkeit innerhalb des Kreises nach Maßgabe der Beschlüsse der Landesvorstandschaft,
g) Entgegennahme und Genehmigung des Haushaltungsvoranschlags und der Jahresrechnung,
h) Entlastung des Vorstandes,
i) Festsetzung der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,
k) Beschlußfassung über sämtliche das Interesse des Kreisverbandes berührenden politischen und organisatorischen Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung,
l) Beschlußfassung über die den Mitgliedern der Vorstandschaft in besonderen Fällen zu erstattenden Barauslagen und Verdienstausfälle,
m) Wahl von zwei Kassenprüfern.

§ 24

Einberufung

1. Die Kreisversammlung tritt mindestens halbjährlich einmal, sonst nach Bedarf zusammen. Sie ist vom Kreisvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von acht Tagen einzuberufen.
2. Die Kreisversammlung ist einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder das schriftlich unter Angabe der Gründe bei der Kreisvorstandschaft beantragt, oder wenn der Bezirksvorstand oder der Landesvorstand es verlangen.

§ 25

Kreisvorstandschaft

1. Die Kreisvorstandschaft besteht aus:
   a) dem Vorsitzenden,
   b) mindestens vier weiteren Mitgliedern,
   c) dem Vorsitzenden der Kreistags- (Stadtrats-) Fraktion,
   d) den im Kreisgebiet ansässigen Mitgliedern des Bezirkstags, den Landtagsabge-

ordneten und Mitgliedern der Vorstandschaften der höheren Organisationsstufen der Union.[4]

2. Die Vorstandschaftsmitglieder zu 1. und 2. werden von der Kreisversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt. Sie sind ehrenamtlich tätig.

§ 26

Kreisbeirat

1. Aufgaben:
   Der Kreisbeirat berät und unterstützt die Kreisvorstandschaft bei der Durchführung der dem Kreisverbande gestellten Aufgaben. Die Vorstandschaft ist verpflichtet, den Beirat in allen politisch und organisatorisch bedeutsamen Fragen zu hören. In dringenden, besonders eilbedürftigen Fällen (§ 23, Abs. c, d, e, l, k) kann der Beirat an die Stelle der Kreisversammlung treten; jedoch ist diese nachträglich innerhalb von sechs Wochen über die gefaßten Beschlüsse zu unterrichten.

Zusammensetzung

2. Der Kreisbeirat wird von der Kreisversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt. Er soll berufsständisch gegliedert sein und insbesondere aus Vertretern der Landwirtschaft, Arbeiterschaft, des Handels und Gewerbes, der Industrie, des kulturellen Sektors, der freien Berufe, der Beamtenschaft sowie der Frauen und der Jugend bestehen.
   Dem Kreisbeirat gehören ferner an:
   die Vorsitzenden der Ausschüsse und die Mitglieder der Kreistags- (Stadtrats-) Fraktion.
   Der Vorsitzende des Kreisverbandes übt gleichzeitig den Vorsitz im Kreisbeirat aus.

§ 27

Kreisausschüsse

1. Die Kreisverbände können für kulturelle, kommunalpolitische, wirtschaftliche und sonstige Sonderaufgaben Ausschüsse errichten.
2. Mitglieder:
   a) Die Ausschußvorsitzenden werden von der Kreisversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt.
   b) Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den Ausschußvorsitzenden aufgrund von Vorschlägen der Ortsvorstandschaften berufen.
3. Aufgaben:
   Die Ausschüsse tagen nach Bedarf. Sie haben die Aufgabe, das politische Wollen der Union zu verbreiten und zu vertiefen, die politische Tätigkeit der Union durch Bereitstellen von Unterlagen anzuregen, die Mitglieder über den politischen Weg der Union zu unterrichten und sie immer wieder zur Mitarbeit anzuregen. Die Vorsitzenden berichten der Kreisvorstandschaft über das Ergebnis der Ausschußtätigkeit.

[4] Hinzu kam laut Beschluß der Landesversammlung am 17. Mai 1946 ein Jugendvertreter, vgl. S. 1766, Anm. 3.

§ 28

Schiedsgericht

Jeder Kreisverband hat ein Schiedsgericht zu errichten. Besetzung, Zuständigkeit und Verfahren des Schiedsgerichts richten sich nach der vom Landesverband beschlossenen Schiedsordnung.

§ 29

Auflösung

Der Kreisverband wird aufgelöst:

1. Durch Beschluß der Landesvorstandschaft. § 63 Abs. 2 dieser Satzung gilt entsprechend.
2. Er gilt als aufgelöst, wenn die Zahl der angeschlossenen Ortsverbände unter 3 - drei - gesunken ist.

§ 30

Geschäftsordnung

§§ 57 - 69 gelten entsprechend.

III. Bezirksverbände

§ 31

Bildung von Bezirksverbänden

Der Landesverband gliedert sich in folgende Bezirksverbände: Oberbayern, Niederbayern, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Oberpfalz, Schwaben und München.[5]

Städten mit mehr als 150.000 Einwohnern kann auf Antrag die Stellung eines Bezirksverbandes durch den Landesausschuß gewährt werden.

§ 32

Aufgaben:

Aufgaben des Bezirksverbandes sind:

a) Durchführung der politischen Beschlüsse des Landesverbandes,
b) Unterstützung und Beratung der Kreis- und Ortsverbände bei Durchführung ihrer Aufgaben,
c) politischer und organisatorischer Erfahrungsaustausch mit den Kreisverbänden,
d) Festigung und Ausbau der Organisation innerhalb des Bezirksverbandes,
e) Förderung der planmäßigen Werbung für die Ziele der Union,
f) Veranstaltung von politischen Ausbildungslehrgängen,
g) Aufstellen von Wahlvorschlägen für die Landtagswahlen.

§ 33

Organe:

Organe des Bezirksverbandes sind:

1. die Bezirksversammlung,
2. die Bezirksvorstandschaft,

[5] Laut Beschluß der Landesversammlung am 17. Mai 1946 wurden Nürnberg-Fürth und Augsburg als Bezirksverbände anerkannt. Der Satz lautete nun: "... Schwaben, München, Nürnberg-Fürth und Augsburg."

3. der Bezirksständerat,
4. nach Bedarf zu bildende Arbeitsausschüsse,
5. das Schiedsgericht.

§ 34

Bezirksversammlung

Die Bezirksversammlung besteht aus:

a) je zwei Vertretern der angeschlossenen Kreisverbände, die in geheimer Wahl zu wählen sind,
b) den im Gebiet des Bezirksverbandes ansässigen Landtagsabgeordneten und Angehörigen der Organe des Landesverbandes,
c) den Mitgliedern der Bezirkstagsfraktion,
d) bei städtischen Bezirksverbänden ferner aus den Mitgliedern der Stadtratsfraktion.

§ 35

Aufgaben

Aufgaben der Bezirksversammlung sind:

a) Wahl der Vorstandschaft,
b) Wahl der Mitglieder des Bezirksständerates,
c) Wahl der Mitglieder der Ausschüsse,
d) Wahl der Kassenprüfer,
e) Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag, die Jahresrechnung und die Entlastung der Vorstandschaft,
f) Beschlußfassung über die Höhe der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,
g) Beschlußfassung über die den Vorstandsmitgliedern im besondern zu erstattenden Barauslagen und Verdienstausfälle.
h) Aufstellen von Wahlvorschlägen für den Landtag,
i) Wahl von Vertretern zur Landesversammlung, zum Landesausschuß und zur Landesvorstandschaft,
k) Aufstellen von Richtlinien für die politische und organisatorische Tätigkeit innerhalb des Bezirksverbandes nach Maßgabe der Beschlüsse des Landesverbandes,
l) Beschlußfassung über sämtliche das Interesse des Bezirksverbandes berührenden politischen und organisatorischen Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung.

§ 36

Einberufung

1. Die Bezirksversammlung tritt mindestens halbjährlich, außerdem nach Bedarf zusammen. Sie wird vom Bezirksvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen einberufen.
2. Die Bezirksversammlung ist einzuberufen, wenn ein Drittel der angeschlossenen Kreisverbände dies schriftlich unter Angabe der Gründe beim Bezirksvorsitzenden beantragt oder wenn die Landesvorstandschaft es verlangt.

§ 37

Bezirksvorstandschaft

1. Die Bezirksvorstandschaft besteht aus:
   a) dem Vorsitzenden,
   b) mindestens sechs weiteren Mitgliedern,
   c) den im Bereich des Bezirksverbandes gewählten Landtagsabgeordneten der Union,
   d) den im Bereich des Bezirksverbandes ansässigen Mitgliedern der Landesvorstandschaft,
   e) dem Vorsitzenden der Bezirkstagsfraktion, bei städtischen Bezirksverbänden dem Vorsitzenden der Stadtratsfraktion.[6]
2. Die Vorstandsmitglieder zu a) und b) werden von der Bezirksversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt. Sie sind ehrenamtlich tätig.
3. Die Bezirksvorstandschaft soll mindestens vierteljährlich zusammentreten, sie wird im übrigen nach Bedarf vom Bezirksvorsitzenden berufen. Die Einladung hat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen zu erfolgen.
   Die Sitzung ist einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder der Bezirksvorstandschaft dies schriftlich unter Angabe der Gründe beim Bezirksvorsitzenden beantragt oder wenn die Landesvorstandschaft es verlangt.

§ 38

Bezirksständerat

1. Der Bezirksständerat besteht aus je einem Vertreter
   a) der Landwirtschaft,
   b) der Arbeiter,
   c) der Industrie,
   d) des Handwerks,
   e) des Handels,
   f) des Geld- und Kreditwesens,
   g) der freien Berufe,
   h) der Angestellten,
   i) der Beamten,
   k) der Hausfrauen,
   l) der Ausgewiesenen und Flüchtlinge.
2. Die Mitglieder des Bezirksständerates werden auf Vorschlag der Bezirksvorstandschaft von der Bezirksversammlung gewählt.
3. Der Bezirksvorsitzende führt gleichzeitig den Vorsitz im Bezirksständerat.
   Der Bezirksständerat wählt aus seiner Mitte einen stellvertretenden Vorsitzenden.
4. Der Bezirksvorsitzende beruft den Bezirksständerat nach Bedarf schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von acht Tagen zu Sitzungen ein. Er tritt im übrigen regelmäßig gleichzeitig mit der Bezirksversammlung zusammen.
5. Der Bezirksständerat hat die Aufgabe, alle Fragen zu beraten, die die Interessen der in ihm vertretenen Berufsstände betreffen. Er kann seine Anträge dem Be-

[6] Hinzu kam laut Beschluß der Landesversammlung am 17. Mai 1946 ein Jugendvertreter, vgl. S. 1766, Anm. 3.

rufsständerat der Landesvorstandschaft oder der Bezirksversammlung vorlegen. Im letzten Fall beschließt die Bezirksversammlung über die Anträge unter stimmberechtigter Zuziehung der Mitglieder des Bezirksständerats.

§ 39

Ausschüsse

1. Die Bezirksversammlung kann zur Behandlung von Sonderaufgaben und von Fachfragen die Errichtung von Ausschüssen beschließen.
2. Die Vorsitzenden der Ausschüsse werden auf Vorschlag der Bezirksvorstandschaft von der Bezirksversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt.
3. Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den Ausschußvorsitzenden aufgrund von Vorschlägen der Kreisverbände berufen.
4. Die Ausschüsse werden nach Bedarf von den Vorsitzenden berufen. Sie haben die Aufgabe, die politische Zielsetzung zu vertiefen und ihre Tätigkeit durch Bereitstellen von Unterlagen anzuregen. Die Vorsitzenden berichten dem Bezirksvorstand über das Ergebnis der Ausschußtätigkeit.

§ 40

Schiedsgericht

Für das beim Bezirksverband zu bildende Schiedsgericht gelten die Bestimmungen der von der Landesvorstandschaft beschlossenen Schiedsordnung.

IV. Landesverband

§ 41

Organe

Organe des Landesverbandes sind:

a) die Landesversammlung,
b) der Landesausschuß,
c) die Landesvorstandschaft,
d) die geschäftsführende Landesvorstandschaft,
e) der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft,
f) die Arbeits- und Organisationsausschüsse.

§ 42

Landesversammlung

Die Landesversammlung ist das oberste politische Organ der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

Sie besteht aus:

a) je zwei stimmberechtigten Vertretern der Kreisverbände,
b) den Mitgliedern der Landesvorstandschaft,
c) den Mitgliedern des Landtages, soweit sie der Union angehören,
d) den Mitgliedern des berufständischen Rates der Landesvorstandschaft,
e) fünf[7] Vertretern der Frauen und fünf[8] Vertretern der Jugend.

[7] Laut Beschluß der Landesversammlung am 17. Mai 1946: "zehn".

[8] Laut Beschluß der Landesversammlung am 17. Mai 1946: "für jeden Bezirksverband zwei Vertreter", vgl. S. 1766, Anm. 3.

§ 43

Aufgaben:

Die Landesversammlung wählt den Landesvorsitzenden für die Dauer eines Jahres. Ihr obliegt ferner die Beschlußfassung über:

a) die Satzung und deren Änderungen,
b) das Programm,
c) die Richtlinien der Politik,
d) die Schiedsordnung,
e) die Auflösung der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

§ 44

Einberufung:

Die Landesversammlung tagt einmal im Jahr. Sie wird mit einer Frist von 14 Tagen vom Landesvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen.

Eine außerordentliche Landesversammlung muß in derselben Weise einberufen werden:

a) auf Beschluß der geschäftsführenden Landesvorstandschaft,
b) auf Antrag von mindestens fünf Bezirksverbänden.

§ 45

Landesausschuß

Zur Entlastung der Landesversammlung wird ein Landesausschuß gebildet. Er besteht aus:

a) der Landesvorstandschaft,
b) dem berufsständischen Rat der Landesvorstandschaft,
c) je fünf Vertretern der Bezirksverbände,
d) der Vorstandschaft der Landtagsfraktion,
e) drei Vertretern der Frauen und drei[9] Vertretern der Jugend, die der Landesausschuß auf Vorschlag der Landesvorstandschaft wählt.

§ 46

Aufgaben

1. Dem Landesausschuß obliegt die Beschlußfassung über alle im Laufe des Geschäftsjahres auftretenden politischen Fragen von grundsätzlicher oder weittragender Bedeutung, die der Landesversammlung nicht vorgelegen haben.
2. Insbesondere hat der Landesausschuß folgende Aufgaben:
   a) die Wahl der Landesvorstandschaft,
   b) die Wahl der Vorsitzenden der Arbeits- und Organisationsausschüsse,
   c) die Zustimmung zu den Landtagswahlvorschlägen der Bezirksverbände,
   d) die Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes,
   e) Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag, Jahresrechnung und die Entlastung der Landesvorstandschaft,
   f) Festsetzung der Beiträge,
   g) Besetzung des Landesschiedsgerichtes,
   h) Beschlußfassung über organisatorische Fragen,
   i) Wahl von zwei Kassenprüfern.

[9] Laut Beschluß der Landesversammlung am 17. Mai 1946: "fünf", vgl. S. 1766, Anm. 3.

3. Der Landesausschuß tritt mindestens zweimal im Jahre zusammen. Im übrigen kann er nach Bedarf vom Landesvorsitzenden berufen werden. Die Einladungen erfolgen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen. Der Landesausschuß muß einberufen werden, wenn dies mindestens von einem Drittel seiner Mitglieder schriftlich unter Angabe der Gründe bei der Landesvorstandschaft beantragt wird.

§ 47

Landesvorstandschaft

Die Landesvorstandschaft besteht aus:

a) dem Landesvorsitzenden,
b) zehn vom Landesausschuß für die Dauer eines Jahres zu wählenden Mitgliedern,
c) je einem von den Bezirksverbänden zu wählenden Vertreter,
d) den Mitgliedern der Staatsregierung, soweit sie der Union angehören,
e) der Vorstandschaft der Landtagsfraktion,
f) der Vorstandschaft des berufsständischen Rates,
g) zwei Vertretern der Frauen und
h) zwei[10] Vertretern der Jugend, die der Landesausschuß auf Vorschlag der Landesvorstandschaft wählt.

§ 48

Aufgaben

Zu den Aufgaben der Landesvorstandschaft gehören insbesondere:

a) Beschlußfassung über die Durchführung der von der Landesversammlung und dem Landesausschuß beschlossenen Politik,
b) Anstellung des Landesgeschäftsführers,
c) Wahl eines geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes,
d) Überwachung der Kassenführung,
e) Überwachung der politischen Tätigkeit der Unterverbände der Union,
f) Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften und sonstigem politischen Schrifttum,
g) Veranstaltung von Lehrgängen und Arbeitsgemeinschaften zur Schulung von Mitarbeitern und zur Vertiefung der politischen Grundsätze der Union,
h) Anstellung von Bezirks- und Kreisgeschäftsführern,
i) Erlaß einer Besoldungsordnung und Dienstanweisung für die Angestellten der Union,
k) Anstellung eines Revisors.

§ 49

Die Landesvorstandschaft tritt mindestens vierteljährlich zusammen. Sie wird vom Landesvorsitzenden schriftlich mit einer Frist von sieben Tagen unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Bei außerordentlichen Anlässen kann die Einberufung auch kurzfristig erfolgen. Sie muß erfolgen, wenn das mindestens von einem Drittel [ihrer] Mitglieder schriftlich unter Angabe der Gründe beim Landesvorsitzenden beantragt wird.

Die Landesvorstandschaft verteilt ihre Ämter selbst, sie muß jedoch mindestens ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied und einen Schatzmeister bestellen.

[10] Laut Beschluß der Landesversammlung am 17. Mai 1946: "drei", vgl. S. 1766, Anm. 3.

§ 50

Berufsständischer Rat der Landesvorstandschaft

1. Der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft besteht aus je zwei Vertretern der katholischen und evangelischen Geistlichkeit sowie je zwei Vertretern
   a) der Landwirtschaft,
   b) der Arbeiter,
   c) der Industrie,
   d) des Handwerks,
   e) des Handels,
   f) des Geld- und Kreditwesens,
   g) der freien Berufe,
   h) der Angestellten,
   i) der Beamten,
   k) der Hausfrauen,
   l) der Ausgewiesenen und Flüchtlinge.

Wahl der Mitglieder

2. Die Mitglieder des berufsständischen Rates werden auf Vorschlag der geschäftsführenden Vorstandschaft von der Landesvorstandschaft gewählt. Bei den Vorschlägen sollen die Wünsche der der Union angehörenden Mitglieder der berufsständischen Organisation[en] (Bauernverband, Gewerkschaften usw.) sowie die Anregungen der jeweils in Betracht kommenden Ausschüsse berücksichtigt werden.

Einberufung

3. Der Landesvorsitzende beruft den berufsständischen Rat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen zu Sitzungen ein. Die Sitzungen werden vom Landesvorsitzenden geleitet. Der berufsständische Rat wählt aus seiner Mitte eine aus drei Mitgliedern bestehende Vorstandschaft.

Aufgabe

4. Dem berufsständischen Rat obliegt die Wahrnehmung aller Aufgaben, die die Interessen der in ihm vertretenen Berufsstände berühren. Der berufsständische Rat leitet seine Anträge zur Beschlußfassung an die Landesvorstandschaft; die Landesvorstandschaft beschließt in diesen Fällen unter stimmberechtigter Hinzuziehung der Mitglieder des berufsständischen Rates.
   Antragsberechtigt sind der berufsständische Rat insgesamt und die Vertreter der einzelnen Berufsstände gemeinsam.

§ 51

Geschäftsführende Vorstandschaft

1. Zu ihrer Entlastung und zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebes wählt die Landesvorstandschaft aus ihrer Mitte eine aus sieben Mitgliedern bestehende geschäftsführende Landesvorstandschaft. Art und Umfang der Aufgaben der geschäftsführenden Landesvorstandschaft bestimmt die Landesvorstandschaft.
2. Die geschäftsführende Landesvorstandschaft wird nach Bedarf vom Landesvorsitzenden mit einer Frist von zwei Tagen einberufen. Sie muß einberufen werden, wenn es von mindestens drei Mitgliedern schriftlich unter Angabe der Gründe beim Landesvorsitzenden beantragt wird. In besonders dringenden Fällen kann der Landesvorsitzende die Einberufungsfrist herabsetzen.

§ 52

Landesvorsitzender

Der Landesvorsitzende führt die Geschäfte der Union und vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich. Seine Vertretungsbefugnis ergibt sich aus dieser Satzung. Der Landesvorsitzende wird von der Landesversammlung für die Dauer eines Jahres mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Er kann sich vermöge schriftlicher Vollmacht durch jedes Mitglied der geschäftsführenden Landesvorstandschaft vorübergehend für einen Teilbereich seiner Aufgaben vertreten lassen. Für den Fall einer vorzeitigen Erledigung des Landesvorsitzes hat die geschäftsführende Landesvorstandschaft bis zur Neuwahl unverzüglich einen vorläufigen Vorsitzenden aus ihrer Mitte zu berufen. Die Genehmigung des Landesausschusses ist innerhalb von vier Wochen nachzuholen. Der Landesvorsitzende kann jederzeit an allen Sitzungen, Versammlungen und sonstigen Zusammenkünften der Organe aller Verbände der Union stimmberechtigt teilnehmen.

§ 53

Arbeits- und Organisationsausschüsse

1. Der Landesausschuß kann nach Bedarf die Bildung von Arbeits- und Organisationsausschüssen beschließen.
2. Die Arbeits- und Organisationsausschüsse beraten die Landesvorstandschaft in den politischen Fachfragen, für die sie gebildet sind.
3. Die Geschäfte der Arbeits- und Organisationsausschüsse werden von einem Vorsitzenden und einem stellvertretenden Vorsitzenden geführt, die vom Landesausschuß für ein Jahr gewählt werden.
4. Die Mitglieder der Arbeits- und Organisationsausschüsse werden von den Bezirksverbänden gewählt. Jeder Bezirksverband kann drei sachverständige Vertreter entsenden. Die Vorsitzenden können weitere fünfzehn sachkundige Mitglieder im Einvernehmen mit der Landesvorstandschaft berufen.
5. Die Arbeits- und Organisationsausschüsse werden nach Bedarf von den Vorsitzenden berufen. Sie regeln ihre Angelegenheiten selbst.

§ 54

Der Landesgeschäftsführer

Der Landesgeschäftsführer ist der Leiter der Geschäftsstelle des Landesverbandes. Er erledigt seine Aufgaben nach den Weisungen des Landesvorsitzenden und nach Maßgabe der von der Landesvorstandschaft beschlossenen Dienstanweisung. Er kann an allen Sitzungen und Versammlungen der Organe der Union teilnehmen.

§ 55

Schiedsgericht

Für das vom Landesausschuß zu bildende Schiedsgericht gelten die Bestimmungen der Schiedsordnung.

§ 56

Auflösung

Die Union wird aufgelöst

a) durch Beschluß der Landesversammlung,

b) durch Eröffnung des Konkursverfahrens über ihr Vermögen,

c) durch Entziehung der Rechtsfähigkeit (§ 43 BGB),
d) im Falle des § 73 BGB.

D) Beiträge

§ 57

Die zur Durchführung der Aufgaben der Union erforderlichen Mittel werden durch Aufnahmegebühren, Mitgliederbeiträge, Sammlungen und Spenden aufgebracht. Die Finanzgebarung der Union wird durch ein gesondertes, vom Landesausschuß zu beschließendes Finanzstatut im einzelnen geregelt.

E) Allgemeine Bestimmungen

§ 58

Geschäftsbetrieb

1. Die Geschäfte der Ortsverbände, Kreisverbände, Bezirksverbände und des Landesverbandes werden von den Vorstandschaften geführt. Diese sind dabei an die Beschlüsse und Richtlinien der Organe gebunden, von denen sie gewählt sind. Die Unterverbände haben darüber hinaus die politischen, organisatorischen und sonstigen Beschlüsse des Landesverbandes zu beachten.
2. Die Vorstandschaften verteilen ihre Ämter selbst. Sie haben jedoch mindestens einen zweiten Vorsitzenden und einen Schatzmeister aus ihrer Mitte zu wählen.
3. In besonderen Fällen kann von den Vorstandschaften zur Unterstützung des Vorsitzenden ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied bestellt werden. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied ist ehrenamtlich tätig. Es erhält seine Aufgaben vom Vorsitzenden und ist an dessen Weisungen gebunden.

§ 59

Geschäftsführer[11]

1. Die Landesvorstandschaft stellt für in der Regel zwei oder mehr Kreisverbände und für jeden Bezirksverband einen Geschäftsführer an. Die Geschäftsführer führen die Bezeichnung Kreis- bzw. Bezirksgeschäftsführer.
2. Die Anstellung erfolgt auf Vorschlag der betroffenen Kreis- oder Bezirksvorstandschaften. Kommt eine Verständigung über den ersten und gegebenenfalls auch einen zweiten Vorschlag nicht zustande, ist die Landesvorstandschaft berechtigt, von sich aus einen Geschäftsführer einzusetzen.
3. Das Recht, Geschäftsführer anzustellen, einzusetzen und abzuberufen, steht lediglich der Landesvorstandschaft zu.
4. Das Gehalt der Geschäftsführer wird vom Landesverband getragen, die sonstigen Kosten der Geschäftsstellen werden von den Verbänden aufgebracht, für die sie errichtet sind.
5. Die Aufgaben der Geschäftsführer werden durch eine von der Landesvorstandschaft beschlossene Dienstanweisung geregelt.

[11] Zu Paragraph 59 wurde am 17. Mai 1946 folgender Änderungsbeschluß gefaßt, ohne diesen Beschluß redaktionell umzusetzen: In § 59 sollte es heißen: "Das Recht, Geschäftsführer anzustellen, einzusetzen und abzuberufen, steht der Landesvorstandschaft im Einvernehmen mit den Vorstandschaften der Kreis- und Bezirksverbände zu. Kommt ein Einvernehmen nicht zustande, entscheidet die Landesvorstandschaft mit Zweidrittelmehrheit endgültig."

6. Die Geschäftsführer unterstehen der Dienstaufsicht des Landesvorsitzenden. Der Landesvorsitzende kann dieses Recht auf das geschäftsführende Vorstandsmitglied oder auf den Landesgeschäftsführer delegieren. Die Geschäftsführer sind an die politischen Weisungen der Landesvorstandschaft und der Vorsitzenden, für deren Bereich sie eingesetzt sind, gebunden.
7. Die Geschäftsführer nehmen an allen Sitzungen und Versammlungen der Organe der Verbände ihres Anstellungsbereiches teil.

§ 60

Vertretung nach außen

1. Die Ortsverbände, Kreisverbände, Bezirksverbände und der Landesverband werden gerichtlich und außergerichtlich von ihren Vorsitzenden vertreten.
2. Rechtsverbindliche Willenserklärungen und politische Erklärungen von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung müssen vom Vorsitzenden und einem weiteren Vorstandsmitglied unterschrieben sein. Finanzielle Verpflichtungen bedürfen außerdem der Genehmigung des Schatzmeisters.

§ 61

Buchführung und Kassenprüfung

1. Alle Verbände der Union sind zur ordnungsgemäßen Buchführung verpflichtet.
2. Die Kassen- und Rechnungsführung jedes Verbandes ist am Schlusse eines Geschäftsjahres und außerdem mindestens halbjährlich noch einmal von zwei Kassenprüfern und dem Vorsitzenden oder einem von ihm zu benennenden Vertreter sachlich und formal zu prüfen.
3. Die Kassenprüfer werden von den Organen, die jeweils die Vorstandschaften wählen, für ein Jahr gewählt. Sie dürfen den Vorstandschaften nicht angehören.
4. Die Landesvorstandschaft kann die Kassen- und Rechnungsführung aller Unterverbände jederzeit unangemeldet durch einen von ihr bestellten Revisor prüfen lassen.
5. Über alle Kassen- und Rechnungsprüfungen ist eine Niederschrift zu fertigen, die von den Prüfern, den Vorsitzenden und dem Schatzmeister zu unterschreiben ist. Die Niederschrift ist zehn Jahre bei den Akten aufzubewahren.
6. Über das Ergebnis der Kassen- und Rechnungsprüfungen ist der nächsten Mitgliederversammlung zu berichten. Ernstere Beanstandungen sind unverzüglich der Landesvorstandschaft zu melden. Die Meldepflicht obliegt - unabhängig voneinander - den Kassenprüfern und dem Vorsitzenden.

§ 62

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 63

Finanzgebarung

Für die Finanzgebarung der Verbände der Union gelten die Bestimmungen des vom Landesausschuß beschlossenen Finanzstatuts.

§ 64

Abstimmungen, Auflösung

1. Alle Organe der Union fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende. Die Organe sind beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist. Wird Beschlußunfähigkeit festgestellt, so ist innerhalb von vier Wochen eine weitere Versammlung anzuberaumen, die dann mit einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen beschließen kann.
2. Auflösungsbeschlüsse können nur gefaßt werden, wenn
   a) beim Ortsverband mindestens drei Viertel aller Mitglieder anwesend sind und davon zwei Drittel der Auflösung zustimmen,
   b) beim Landesverband mindestens drei Viertel aller Mitglieder der Landesversammlung anwesend sind und davon zwei Drittel der Auflösung zustimmen.
3. Wird die Anwesenheit von drei Vierteln der Mitglieder bei der ersten Versammlung nicht erreicht, so kann eine zweite Versammlung berufen werden, die dann mit der einfachen Mehrheit der Erschienenen beschließt.
4. Im Falle der Auflösung gelten die letzten Vorstandsmitglieder als Liquidatoren, sofern nicht bei den Ortsverbänden die Mitgliederversammlung, bei den Kreisverbänden die Kreisversammlung und beim Landesverband die Landesversammlung andere Liquidatoren wählt. Für die Tätigkeit, Vergütung und Verantwortung der Liquidatoren gelten die Bestimmungen über den Vorstand entsprechend.
5. Bei Auflösung eines Ortsvereins geht das Vermögen auf den Kreisverband über. Das Vermögen aufgelöster Kreisverbände geht auf die Bezirksverbände über, das Vermögen aufgelöster Bezirksverbände gilt als an den Landesverband übertragen. Bei Auflösung des Landesverbandes geht das Vermögen der Union je zur Hälfte an die Caritas und an die innere Mission.

§ 65

Anträge in Landesangelegenheiten

1. Anträge können stellen:
   a) zur Landesversammlung jeder Kreis- und Bezirksverband, ferner die Landesvorstandschaft, die geschäftsführende Landesvorstandschaft und der Landesvorsitzende,
   b) zum Landesausschuß jeder Kreis- und Bezirksverband, ferner die Landesvorstandschaft, die geschäftsführende Landesvorstandschaft und der Landesvorsitzende,
   c) zur Landesvorstandschaft und zur geschäftsführenden Landesvorstandschaft jedes Mitglied dieser Organe, ferner der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft und die Vertreter der einzelnen Berufsstände gemeinsam. Wünschen Ortsverbände oder Mitglieder Anträge zu stellen, so müssen sie sich an einen Antragsberechtigten wenden.
2. Den Organen der Unterverbände gegenüber ist jeweils jeder Teilnehmer antragsberechtigt.
3. Die Anträge sind so zeitig zu stellen, daß sie noch in die mitzuteilende Tagesordnung aufgenommen werden können. Spätere Anträge sind nur zulässig, wenn sie sich erst aus der Versammlung selbst ergeben oder von der Mehrheit der Versammlung zugelassen werden.

§ 66

Teilnahmeberechtigung

1. Die Verhandlungen der Landesversammlung sind jedem eingeschriebenen Mitglied als Gast gegen Vorweis der Mitgliedskarte nach Verfügbarkeit des Raumes zugänglich. Wortmeldungen von Gästen sind durch ein Versammlungsmitglied anzubringen und bedürfen der Zustimmung der Versammlung.
2. Die Verhandlungen aller anderen Organe sind nur den satzungsmäßigen Teilnehmern zugänglich, die sich auf Verlangen legitimieren müssen. Durch Mehrheitsbeschluß können Gäste zugelassen werden.

§ 67

Wahlen

Die Aufstellung der Repräsentanten und Kandidaten der Union ist stets in schriftlicher geheimer Abstimmung durchzuführen. Sie gilt, soweit nicht gesetzlich anders bestimmt ist, für ein Jahr. Es entscheidet einfache Mehrheit, bei Bedarf erfolgt Stichwahl. Bewerber für die Wahlen sind so zeitig bekanntzugeben, daß sich die Wahlberechtigten vorher ein Urteil über sie bilden können. Jeder Stimmberechtigte ist berechtigt, Bewerber vorzuschlagen.

§ 68

Niederschriften

1. Über die Sitzungen und Versammlungen der Organe aller Verbände der Union sind Niederschriften zu fertigen.
2. Die Niederschriften sind nach Genehmigung vom Vorsitzenden und mindestens drei Teilnehmern zu unterschreiben.
3. Die Niederschriften sind mindestens zehn Jahre bei den Akten aufzubewahren.

§ 69

Aufsicht

1. Die Landesvorstandschaft hat ein Aufsichtsrecht über die Geschäftsführung und die Politik sämtlicher Unterverbände der Union.
2. Die Landesvorstandschaft kann aus ihrer Mitte ein Mitglied mit der Ausführung dieser Aufsicht beauftragen
3. Das mit der Aufsicht beauftragte Mitglied der Landesvorstandschaft kann von den Organen der Unterverbände der Union sämtliche Unterlagen anfordern und alle Auskünfte verlangen, die zur Ausübung dieses Rechtes erforderlich sind. Es kann ferner an sämtlichen Sitzungen, Versammlungen und sonstigen Zusammenkünften innerhalb der Union stimmberechtigt teilnehmen.

§ 70

Wirtschaftliche Beteiligung

1. Die Verbände der Union können keine wirtschaftlichen Beteiligungen und keine Fusionen irgendwelcher Art eingehen. Sie dürfen sich auch selbst nicht wirtschaftlich betätigen.
2. Ausnahmen kann die Landesvorstandschaft beschließen.

Nr. XVII

Satzung der Christlich-Sozialen Union vom 4. Oktober 1946, mit den Abänderungsbeschlüssen vom 28. und 29. Februar 1948

Satzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern (Fassung vom 4. Oktober 1946), durch Militärregierung von Bayern am 29. Oktober 1946 genehmigt[1]

A. Name, Sitz und Aufgabe	§§ 1-2
B. Mitgliedschaft	§§ 3-8
C. Gliederung der Union	§§ 9-53
I. Ortsverbände	§§ 9-18
II. Kreisverbände	§§ 19-30
III. Bezirksverbände	§§ 31-42
IV. Landesverband	§§ 43-59
D. Beiträge	§ 60
E. Allgemeine Bestimmungen	§§ 61-74
Geschäftsbetrieb	§ 61
Geschäftsstellen	§ 62
Vertretung nach außen	§ 63
Buchführung und Kassenprüfung	§ 64
Geschäftsjahr	§ 65
Finanzgebarung	§ 66
Abstimmungen	§ 67
Anträge	§ 68
Teilnahmeberechtigung	§ 69
Wahlen	§ 70
Niederschriften	§ 71
Aufsicht	§ 72
Wirtschaftliche Beteiligungen	§ 73
Änderungen	§ 74
Inkrafttreten	§ 75

A) Name, Sitz und Aufgabe

§ 1

Name und Sitz

Die "Christlich-Soziale Union" ist eine politische Partei. Sie führt den Namen "Christlich-Soziale Union in Bayern", hat ihren Sitz in München und soll in das Vereinsregister eingetragen werden.

§ 2

Aufgabe

1. Aufgabe der Christlich-Sozialen Union (im folgenden kurz "Union" genannt) ist der politische Zusammenschluß aller auf dem Boden der christlichen Kulturauffassung, der Demokratie und des sozialen Verantwortungsbewußtseins stehenden

[1] Gedruckte Fassung der Satzung (Broschüre) z.B. in: IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel. Die gegenüber der Fassung vom 17. Mai 1946 veränderten Formulierungen der Satzung vom 4. Oktober sind kursiv gesetzt, um die Änderungen transparent zu machen, Streichungen sind durch "[-]" vermerkt. Diese Satzung trat nach Zustimmung der Landesversammlung der CSU am 14. und 15. Dezember 1946 in Kraft und behielt Gültigkeit bis zur Landesausschußsitzung am 28. und 29. Februar 1948. Die im Februar 1948 gefaßten Beschlüsse zur Abänderung der Satzung sind in Fußnoten vermerkt.

Staatsbürger mit der Aufgabe, die im Programm der Union festgelegten Ziele mit den Mitteln einer politischen Partei im öffentlichen Leben zur Geltung zu bringen.

2. Zu diesem Zweck
   a) wirbt sie Mitglieder,
   b) sammelt sie Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben,
   c) veranstaltet sie Versammlungen, Lehrgänge und sonstige Zusammenkünfte zur Verbreitung und Vertiefung ihrer politischen Grundsätze,
   d) gibt sie Zeitschriften, Zeitungen und sonstiges politisches Schrifttum heraus,
   e) stellt sie Kandidaten für die politischen Wahlen auf.

B) Mitgliedschaft

§ 3

Voraussetzungen

Mitglieder der Union können alle ehrbaren, wahlberechtigten Männer und Frauen werden, die sich zum Programm der Union bekennen und keiner anderen politischen Partei angehören. Vorübergehendes Ruhen des Wahlrechts wegen kurzfristigen Zuzuges steht der Aufnahme nicht im Wege, ebensowenig jugendliches Alter, wenn der Antragsteller das 17. Lebensjahr vollendet hat.*

§ 4

Erwerb

1. Die Aufnahme in die Union kann jederzeit bei dem für den Wohnsitz des Bewerbers zuständigen Ortsverband beantragt werden. In Ausnahmefällen kann der Aufnahmeantrag auch bei einem Kreis- oder Bezirksverband eingebracht werden, der die Aufnahme bei einem Ortsverband veranlaßt. Der Aufnahmeantrag ist schriftlich zu stellen. Gleichzeitig sind die Satzungen, das Programm und die Schiedsgerichtsordnung der Union schriftlich anzuerkennen.
2. Über die Aufnahme entscheidet die Ortsvorstandschaft.
3. Der Beitritt wird erst mit der Aushändigung der Mitgliedskarte wirksam.
4. Lehnt die Ortsvorstandschaft die Aufnahme ab, so kann der Bewerber die Entscheidung der Kreisverbandsvorstandschaft anrufen. Gegen diesen Entscheid ist Berufung bei der Bezirksvorstandschaft zulässig.
   In grundsätzlichen Fragen kann gegen die Entscheidung der Bezirksvorstandschaft die *der* Landesvorstandschaft angerufen werden. Diese beschließt endgültig.
5. Bei Ortswechsel soll das Mitglied seine Umschreibung zum neuen Ortsverband herbeiführen.

§ 5

Rechte

Jedes Mitglied hat das Recht

a) das Programm der Union mitzugestalten und auf die politische Arbeit Einfluß zu nehmen,

---

* *Außerdem ist nicht aufnahmefähig, wer nach den Bestimmungen des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus*
1. in die Kategorie I oder II eingereiht ist,
2. sich während einer bestimmten Frist bewähren muß, für die Dauer dieser Frist.

b) die Rechenschaftsberichte der Organe und Vertreter der Union zu prüfen,
c) an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen,
d) bei der Aufstellung von Bewerbern für Wahlen mitzuwirken.
Diese Rechte können nur innerhalb der Einrichtungen und auf den Tagungen der Union wahrgenommen werden. Nur Mitglieder können ein Amt oder eine Kandidatur in der Union übernehmen.

§ 6

Pflichten

Jedes Mitglied hat die Pflicht, sich an den Aufgaben der Union zu beteiligen, die Grundsätze der Union zu vertreten, sich für ihre Ziele einzusetzen und den Mitgliedsbeitrag zu entrichten.

§ 7

Verlust der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch
   a) Tod,
   b) Austritt,
   c) Streichung,
   d) Ausschluß.
2. Ein Mitglied kann jederzeit durch schriftliche Erklärung bei dem Ortsverband, bei dem es als Mitglied geführt wird, austreten. Es hat jedoch keinen Anspruch auf Rückerstattung von Beiträgen.
3. Ein Mitglied kann durch Beschluß seiner Ortsverbandsvorstandschaft gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung schuldhaft mit mindestens sechs Monatsbeiträgen im Rückstand geblieben ist.
4. Ein Mitglied kann durch Beschluß des Schiedsgerichts ausgeschlossen werden, wenn es
   a) gegen die guten Sitten verstoßen hat,
   b) wegen einer ehrenrührigen Handlung verurteilt ist,
   c) den Grundsätzen oder den Satzungen der Union bewußt entgegen gearbeitet hat,
   d) gegen die Parteidisziplin erheblich verstoßen hat,
   e) bewußt unwahre Angaben im Aufnahmeantrag gemacht hat.
5. Das Schiedsgerichtsverfahren wird von der Vorstandschaft des Ortsverbandes beantragt. Es kann auch von den Vorstandschaften des Kreis-, Bezirks- oder Landesverbandes beantragt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.
6. *Im ersten Schiedsgericht muß ein oder mehrere Mitglieder des Ortsverbandes, dem das betreffende Mitglied angehörte, mit Sitz und Stimme vertreten sein. Das Schiedsgericht muß sich aus unparteiischen Richtern und Beisitzern zusammensetzen.*
7. Der Ausschluß wird dem Mitgliede durch den Vorsitzenden seines Ortsverbandes schriftlich mitgeteilt.
8. *Gegen die Entscheidung des ersten Schiedsgerichtes ist Berufung beim Schiedsgericht des Landesverbandes gestattet. Die Berufung gilt als frist- und formgerecht eingereicht, wenn sie innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung des Ausschlusses schriftlich eingebracht wird. Das Schiedsgericht des Landesverbandes beschließt endgültig.*

§ 8

Streitigkeiten

Streitigkeiten unter Mitgliedern, die das Parteiinteresse berühren, sind nach der Schiedsordnung einem *Schiedsgericht* vorzulegen. Antragsberechtigt ist jedes einzelne Mitglied.

C) Gliederung der Union

§ 9

Übersicht

Die Union gliedert sich in

I. Ortsverbände
II. Kreisverbände
III. Bezirksverbände
IV. den Landesverband

I. Ortsverbände

§ 10

Bereich

Die Mitglieder einer oder mehrerer Ortschaften einer politischen Gemeinde oder eines Stadtteils gleicher Größenordnung bilden einen Ortsverband.

§ 11

Aufgaben

Die Ortsverbände haben die Aufgabe

a) Das Gedankengut der Union in Wort und Schrift unter der Bevölkerung zu verbreiten und unablässig für die Ziele der Union zu werben,
b) das Verständnis für die Politik der Union unter den Mitgliedern zu pflegen, ihr politisches Interesse zu fördern und sie zur Teilnahme an der praktischen Politik zu befähigen,
c) Kandidaten für die örtlichen Wahlen aufzustellen,
d) die politischen Grundsätze der Union in den gemeindlichen Selbstverwaltungskörperschaften ihres Bereichs zu vertreten,
e) die Mitgliederliste zu führen,
f) die Beiträge einzuziehen.

§ 12

Organe

[-] Organe der Ortsverbände sind:

1. Die Mitgliederversammlung,
2. die Vorstandschaft,
3. ein nach Bedarf zu bildender Beirat,
4. nach Bedarf zu bildende Ausschüsse.

§ 13

Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung beschließt über:
   a) die Wahl der Vorstandschaft,
   b) die Wahl der Kassenprüfer,

c) die Jahresrechnung und Entlastung der Vorstandschaft,
d) die Höhe der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,
e) die den Mitgliedern der Vorstandschaft in besonderen Fällen zu erstattenden Barauslagen und Verdienstausfälle,
f) die Aufstellung der Kandidaten für die kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften ihres Bereichs,
g) die Wahl von Vertretern *zur Kreisversammlung,*
h) sämtliche das Interesse des Ortsverbandes berührenden Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung,
i) die Grundsätze der örtlichen Kommunalpolitik.

2. Der Vorsitzende ist verpflichtet, im 1. Quartal eines jeden Geschäftsjahres eine Hauptmitgliederversammlung einzuberufen. [-]
3. Weitere Mitgliederversammlungen können nach Bedarf anberaumt werden.
4. Eine Mitgliederversammlung ist unverzüglich einzuberufen, wenn dieses von mindestens einem Drittel aller Mitglieder unter Angabe der Gründe schriftlich bei der Vorstandschaft beantragt wird, oder wenn es sonst das Interesse des Ortsverbandes erfordert, oder wenn der Bezirks*verband* oder der Landesvorstand es verlangen.
5. *Die Hauptmitgliederversammlung und alle weiteren Mitgliederversammlungen sind schriftlich mit einer Frist von einer Woche und unter Angabe der Tagesordnung einzuberufen. Sie sind ferner unter Wahrung der Frist und Angabe der wichtigsten Verhandlungspunkte (Wahlen) in den "Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union" oder in einer im Bereich des Ortsverbandes verbreiteten Tageszeitung anzuzeigen. In kleinen, ländlichen Ortsverbänden kann die öffentliche Bekanntgabe statt durch die "Mitteilungen" oder durch die Zeitungen in der ortsüblichen Weise (Ausruf, Anschlag) erfolgen.*

§ 14

Vorstandschaft

1. Die Ortsvorstandschaft besteht aus mindestens drei Mitgliedern und zwar
   a) dem Vorsitzenden,
   b) zwei weiteren Mitgliedern.[2]
2. Die Vorstandschaft wird für ein Jahr gewählt, sie ist ehrenamtlich tätig.
3. Die Inhaber von Mandaten zu den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften, dem Bezirkstag *und dem Landtag sowie* die Angehörigen der höheren Organisationsstufen der Union haben, sofern sie im Bereich der Ortsverbände ansässig sind, Sitz und Stimme in der Vorstandschaft, Ausnahmen hiervon § 15, Abs. 3.

§ 15

Beirat

1. Sofern die Größe des Ortsverbandes oder andere Umstände es zweckmäßig erscheinen lassen, kann die Mitgliederversammlung beschließen, der Vorstandschaft einen Beirat zuzuordnen.

[2] Der von der Landesversammlung am 17. Mai 1946 gefaßte Beschluß, einen Jugendvertreter hinzuziehen ("In die Vorstandschaft jedes Orts-, Kreis- und Bezirksverbandes ist je ein Vertreter der Jugend zu wählen, in die Landesvorstandschaft drei Vertreter, in den Landesausschuß fünf, in die Landesversammlung für jeden Bezirksverband zwei Vertreter.", vgl. S. 1766, Anm. 3), fand keinen Eingang in die gedruckte Fassung der Satzung vom 4. Oktober 1946; der entsprechende Beschluß wurde jedoch von der Landesversammlung am 14. Dezember 1946 erneuert, vgl. S. 842.

2. Der Beirat soll berufsständisch gegliedert sein und insbesondere Vertreter der Landwirtschaft, *der Arbeiterschaft,* des gewerblichen Mittelstandes, der Industrie, der freien Berufe, des kulturellen Sektors, [-] der Beamtenschaft sowie der Frauen und der Jugend enthalten.
3. Die Mitglieder, die Vertreter der Union in den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften im Bereich des Ortsverbandes sind, gehören dem Beirat an. Sie scheiden in diesem Falle, wenn sie nicht gewählte Vorstandsmitglieder sind, bis auf den Fraktionsführer oder einen sonst von ihnen zu benennenden Vertreter, aus der Vorstandschaft aus. § 14, Abs. 3 ist insoweit nicht auf diesen Personenkreis anzuwenden.
4. Bestehen im Bereich des Ortsverbandes Ausschüsse für besondere Aufgaben, so gehören die Obleute dieser Ausschüsse ebenfalls dem Beirat an.
5. Die Stärke des Beirats und die Anzahl der aus den einzelnen Berufsständen zu wählenden Mitglieder beschließt die Mitgliederversammlung. Die Wahlperiode beträgt ein Jahr. Der Ortsvorsitzende *übt auch den Vorsitz im Beirat aus.*
6. Der Beirat hat die Aufgabe, die Vorstandschaft zu unterstützen und sie in allen politischen Fragen zu beraten. Die Vorstandschaft ist *gehalten,* den Beirat in allen politisch und organisatorisch bedeutsamen Fragen zu hören. [-]

§ 16

Ausschüsse

1. Aufgaben
   Zur Bearbeitung besonderer Aufgaben vor allem auf den Gebieten der Kultur-, Wirtschafts-, *Sozial-* und Kommunalpolitik oder zur Pflege der Belange der dem Ortsverband angehörenden Frauen und der Jugend, kann die Mitgliederversammlung die Errichtung besonderer Ausschüsse beschließen.
2. Ausschußmitglieder
   An den Arbeiten der Ausschüsse können alle Mitglieder teilnehmen, die daran interessiert sind.
3. Obleute
   Die Ausschüsse wählen sich aus ihrer Mitte einen Obmann. Der Obmann lädt die Mitglieder des Ausschusses im Einvernehmen mit dem Ortsvorsitzenden zu Versammlungen ein, leitet diese und unterrichtet die Ortsverbandvorstandschaft über die Ergebnisse der Ausschußtätigkeit. Die Obleute gehören dem Beirat an.
4. Die Ortsausschüsse *benennen* Vertreter zu den entsprechenden Ausschüssen des Kreisverbandes.

§ 17

Auflösung

1. Der Ortsverband wird aufgelöst:
   a) durch Beschluß der Mitgliederversammlung,
   b) durch Beschluß der Landesvorstandschaft.
   § 67 dieser Satzung gilt entsprechend.
2. *Gegen den Auflösungsbeschluß der Landesvorstandschaft kann schriftlich Berufung beim Schiedsgericht des Landesverbandes eingelegt werden. Die Berufung gilt als frist- und formgerecht eingelegt, wenn sie innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung des Auflösungsbeschlusses eingebracht wird und von mindestens einem Viertel der Mitglieder des aufgelösten Ortsverbandes unterschrieben ist.*

Gegen den Entscheid des Schiedsgerichts ist innerhalb von vier Wochen nach Zustellung Einspruch bei der nächsten Landesversammlung zulässig. Der Einspruch muß von mindestens einem Viertel der Mitglieder des aufgelösten Ortsverbandes unterschrieben sein. Die Landesversammlung entscheidet endgültig.

§ 18

Geschäftsordnung

§§ 61-73 dieser Satzung gelten entsprechend.

II. Kreisverbände

§ 19

Bildung von Kreisverbänden

Die Ortsverbände eines Landkreises oder einer kreisunmittelbaren Stadt bilden einen Kreisverband.

§ 20

Aufgaben der Kreisverbände sind:

a) Aufbau der inneren und äußeren Organisation der Union innerhalb des Kreises, Werbung für ihre Ziele in Wort und Schrift,
b) Beteiligung am öffentlichen politischen Leben des Kreises,
c) Errichtung von Ausschüssen für die verschiedenen Bereiche des *politischen,* kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens,
d) Aufstellung von Kandidaten für die kommunalen Selbstverwaltungsorgane der zuständigen Kreisinstanz,
e) Vorschlag von Landtagskandidaten,
f) Wahl von *Vertretern* für die höheren Organisationsstufen der Union,
g) Unterstützung und Beratung der Orts*vorstandschaften,*
h) Unterrichtung und Schulung der Mitarbeiter.

§ 21

Organe

Organe der Kreisverbände sind:

a) die Kreis[-]versammlung,
b) die Kreis[-]vorstandschaft,
c) der Beirat des Kreisverbandes,
d) die nach Bedarf zu bildenden Arbeitsausschüsse,
e) das Schiedsgericht.

§ 22

Die Kreis[-]versammlung besteht aus:

a) je zwei in geheimer Wahl von den angeschlossenen Ortsverbänden gewählten Vertretern,
b) den im Gebiet des Kreisverbandes ansässigen Mandatsträgern zu den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften der Kreisinstanz, des Bezirkstages sowie der Parlamente,
c) den im Gebiet des Kreisverbandes ansässigen Mitgliedern der übergeordneten Organisationsstufen der Union.

§ 23

Aufgaben der Kreis[-]versammlung sind:

a) Wahl der Kreis[-]vorstandschaft und des Beirats,
b) Wahl der Ausschußvorsitzenden,
c) Aufstellen von Kandidaten für die kommunalen Selbstverwaltungsorgane der Kreisinstanz,
d) Nominierung von Landtagskandidaten,
e) Wahl von Vertretern zu übergeordneten Organisationsstufen der Union,
f) Aufstellen von Richtlinien für die politische Tätigkeit innerhalb des Kreises nach Maßgabe der Beschlüsse *des Landesvorstandes,*
g) Entgegennahme und Genehmigung des Haushaltsvoranschlags und der Jahresrechnung,
h) Entlastung des Vorstandes,
i) Festsetzung der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,
k) Beschlußfassung über sämtliche das Interesse des Kreisverbandes berührenden politischen und organisatorischen Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung,
l) Beschlußfassung über die den Mitgliedern der Vorstandschaft in besonderen Fällen zu erstattenden Barauslagen und Verdienstausfälle,
m) Wahl von zwei Kassenprüfern.

§ 24

Einberufung

1. Die Kreisversammlung tritt mindestens halbjährlich [-], sonst nach Bedarf zusammen. [-]
2. Die Kreisversammlung ist einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder das schriftlich unter Angabe der Gründe bei der Kreisvorstandschaft beantragt, oder wenn der Bezirksvorstand oder der Landesvorstand es verlangen.
3. *§ 13 Abs. 5 gilt entsprechend.*

§ 25

Kreisvorstandschaft

1. Die Kreisvorstandschaft besteht aus:
   a) dem Vorsitzenden
   b) mindestens vier weiteren Mitgliedern
   c) dem Vorsitzenden der Kreistags- (Stadtrats-) Fraktion
   d) den im Kreisgebiet ansässigen Mitgliedern des Bezirkstags *sowie* den Landtagsabgeordneten und Mitgliedern der Vorstandschaften der höheren Organisationsstufen der Union.[3]
2. Die Vorstands[-]mitglieder zu *a.* und *b.* werden von der Kreisversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt. Sie sind ehrenamtlich tätig.

§ 26

Kreisbeirat

1. Aufgaben:

Der Kreisbeirat berät und unterstützt die Kreisvorstandschaft bei der Durchführung

[3] Der Beschluß der Landesversammlung am 17. Mai 1946 einen Jugendvertreter hinzuzuziehen, fand keinen Eingang in die gedruckte Fassung der Satzung vom 4. Oktober, vgl. S. 1787, Anm. 2.

der dem Kreisverbande gestellten Aufgaben. Die Vorstandschaft ist *gehalten,* den Beirat in allen politisch und organisatorisch bedeutsamen Fragen zu hören. [-]

2. Zusammensetzung:

Der Kreisbeirat wird von der Kreisversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt. Er soll berufsständisch gegliedert sein und insbesondere aus Vertretern der Landwirtschaft, Arbeiterschaft, des Handels und Gewerbes, der Industrie, des kulturellen Sektors, der freien Berufe, der Beamtenschaft sowie der Frauen und der Jugend bestehen.

Dem Kreisbeirat gehören ferner an:

die Vorsitzenden der Ausschüsse und die Mitglieder der Kreistags- (Stadtrats-) Fraktion.

Der Vorsitzende des Kreisverbandes übt gleichzeitig den Vorsitz im Kreisbeirat aus.

§ 27

Kreisausschüsse

1. Die Kreisverbände können für kulturelle, kommunalpolitische, wirtschaftliche und sonstige Sonderaufgaben Ausschüsse errichten.
2. Mitglieder:
   a) Die Ausschußvorsitzenden werden von der Kreisversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt.
   b) Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den Ausschußvorsitzenden aufgrund von Vorschlägen der Ortsvorstandschaften berufen.
3. Aufgaben:

Die Ausschüsse tagen nach Bedarf. Sie haben die Aufgabe, das politische Wollen der Union zu verbreiten und zu vertiefen, die politische Tätigkeit der Union durch Bereitstellen von Unterlagen anzuregen, die Mitglieder über den politischen Weg der Union zu unterrichten und sie immer wieder zur Mitarbeit anzuregen. Die Vorsitzenden berichten der Kreisvorstandschaft über das Ergebnis der Ausschußtätigkeit.

§ 28

Schiedsgericht

Jeder Kreisverband hat ein Schiedsgericht zu errichten. Besetzung, Zuständigkeit und Verfahren der Schiedsgerichte richten sich nach der vom Landesverband beschlossenen Schiedsordnung.

§ 29

Auflösung

Der Kreisverband wird aufgelöst:

1. Durch Beschluß der Landesvorstandschaft. [-]
2. Er gilt als aufgelöst, wenn die Zahl der angeschlossenen Ortsverbände unter 3 - drei - gesunken ist.
3. *§ 17 Abs. 2 und § 67 Abs. 4-5 dieser Satzung gelten entsprechend.*

§ 30

Geschäftsordnung

§§ 61-73 gelten entsprechend.

III. Bezirksverbände

§ 31

Bildung von Bezirksverbänden

Der Landesverband gliedert sich in folgende Bezirksverbände: Oberbayern, Niederbayern, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Oberpfalz, Schwaben, München, Nürnberg-Fürth und Augsburg.

Städten mit mehr als 150.000 Einwohnern kann auf Antrag die Stellung eines Bezirksverbandes durch den Landesausschuß gewährt werden.

§ 32

Aufgaben:

Aufgaben des Bezirksverbandes sind:

a) Durchführung der politischen Beschlüsse des Landesverbandes,
b) Unterstützung und Beratung der Kreis- und Ortsverbände bei Durchführung ihrer Aufgaben,
c) politischer und organisatorischer Erfahrungsaustausch mit den Kreisverbänden,
d) Festigung und Ausbau der Organisation innerhalb des Bezirksverbandes,
e) Förderung der planmäßigen Werbung für die Ziele der Union,
f) Veranstaltung von politischen Ausbildungslehrgängen,
g) Aufstellen von Wahlvorschlägen für die Landtagswahlen.

§ 33

Organe:

Organe des Bezirksverbandes sind:

1. die Bezirksversammlung,
2. die Bezirksvorstandschaft,
3. der Bezirksständerat,
4. nach Bedarf zu bildende Arbeitsausschüsse,
5. das Schiedsgericht.

§ 34

Bezirksversammlung

Die Bezirksversammlung besteht aus:

a) je zwei Vertretern der angeschlossenen Kreisverbände, die in geheimer Wahl zu wählen sind,
b) den im Gebiet des Bezirksverbandes ansässigen Landtagsabgeordneten und Angehörigen der Organe des Landesverbandes,
c) den Mitgliedern der Bezirkstagsfraktion
d) bei städtischen Bezirksverbänden ferner aus den Mitgliedern der Stadtratsfraktion.
e) *je drei Vertretern der Frauen und Jugend, die auf Vorschlag der Bezirksvorstandschaft von der Bezirksversammlung hinzugewählt werden.*

§ 35

Aufgaben

Aufgaben der Bezirksversammlung sind:

a) Wahl der Vorstandschaft,
b) Wahl der Mitglieder des Bezirksständerates,

c) Wahl der *Vorsitzenden* der Ausschüsse,
d) Wahl der Kassenprüfer,
e) *Wahl von fünf Vertretern zum Landesausschuß,*
f) *Wahl von je einem Vertreter der Frauen und der Jugend*
a) *zur Landesversammlung,*
b) *zum Landesausschuß,*
g) *Wahl eines Vertreters zur Landesvorstandschaft,*
h) *Beschlußfassung über den Haushaltsvorschlag, die Jahresrechnung und die Entlastung der Vorstandschaft,*
i) *Beschlußfassung über die Höhe der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,*
k) *Beschlußfassung über die den Vorstandsmitgliedern in besonderen Fällen zu erstattenden Barauslagen und Verdienstausfälle,*
l) *Aufstellen von Wahlvorschlägen für den Landtag,*
m) *Aufstellen von Wahlvorschlägen für den Bezirkstag bzw. Stadtrat in den großstädtischen Bezirksverbänden,*
n) *Aufstellen von Richtlinien für die politische und organisatorische Tätigkeit innerhalb des Bezirksverbandes nach Maßgabe der Beschlüsse des Landesverbandes,*
o) *Beschlußfassung über sämtliche das Interesse des Bezirksverbandes berührenden politischen und organisatorischen Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung.*

§ 36

Einberufung

1. Die Bezirksversammlung tritt mindestens halbjährlich, außerdem nach Bedarf zusammen. Sie wird vom Bezirksvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen einberufen.
2. Die Bezirksversammlung ist einzuberufen, wenn ein Drittel der angeschlossenen Kreisverbände dies schriftlich unter Angabe der Gründe beim Bezirksvorsitzenden beantragt oder wenn die Landesvorstandschaft es verlangt.

§ 37

Bezirksvorstandschaft

1. Die Bezirksvorstandschaft besteht aus:
a) dem Vorsitzenden,
b) mindestens sechs weiteren Mitgliedern,
c) den im Bereich des Bezirksverbandes gewählten Landtagsabgeordneten der Union,
d) den im Bereich des Bezirksverbandes ansässigen Mitgliedern der Landesvorstandschaft,
e) dem Vorsitzenden der Bezirkstagsfraktion, bei städtischen Bezirksverbänden dem Vorsitzenden der Stadtratsfraktion,
f) *dem stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksständerates.*[4]
[-]

[4] Der Beschluß der Landesversammlung am 17. Mai 1946, einen Jugendvertreter hinzuziehen, fand keinen Eingang in die gedruckte Fassung der Satzung vom 4. Oktober, vgl. S. 1787, Anm. 2.

2. Die Bezirksvorstandschaft soll mindestens vierteljährlich zusammentreten, sie wird im übrigen nach Bedarf vom Bezirksvorsitzenden berufen. Die Einladung hat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen zu erfolgen.
Die Sitzung ist einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder der Bezirksvorstandschaft dies schriftlich unter Angabe der Gründe beim Bezirksvorsitzenden beantragt oder wenn die Landesvorstandschaft es verlangt.

§ 38

Bezirksständerat

1. Der Bezirksständerat besteht aus je einem Vertreter
   a) der Landwirtschaft,
   b) der Arbeiter,
   c) der Industrie,
   d) des Handwerks,
   e) des Handels,
   f) des Geld- und Kreditwesens,
   g) der freien Berufe,
   h) der Angestellten,
   i) der Beamten,
   k) der Hausfrauen,
   l) der Ausgewiesenen und Flüchtlinge.
2. Die Mitglieder des Bezirksständerates werden auf Vorschlag der Bezirksvorstandschaft von der Bezirksversammlung gewählt.
3. Der Bezirksvorsitzende führt gleichzeitig den Vorsitz im Bezirksständerat.
   Der Bezirksständerat wählt aus seiner Mitte einen stellvertretenden Vorsitzenden.
4. Der Bezirksvorsitzende beruft den Bezirksständerat nach Bedarf schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von *zehn* Tagen zu Sitzungen ein. Er tritt im übrigen regelmäßig gleichzeitig mit der Bezirksversammlung zusammen.
5. Der Bezirksständerat hat die Aufgabe, alle Fragen zu beraten, die die Interessen der in ihm vertretenen Berufsstände betreffen. Er kann seine Anträge dem Berufsständerat der Landesvorstandschaft oder der Bezirksversammlung vorlegen. Im letzten Fall beschließt die Bezirksversammlung über die Anträge unter stimmberechtigter Zuziehung der Mitglieder des Bezirksständerats.

§ 39

Ausschüsse

1. Die Bezirksversammlung kann zur Behandlung von Sonderaufgaben und von Fachfragen die Errichtung von Ausschüssen beschließen.
2. Die Vorsitzenden der Ausschüsse werden auf Vorschlag der Bezirksvorstandschaft von der Bezirksversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt.
3. Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den Ausschußvorsitzenden aufgrund von Vorschlägen der Kreisverbände berufen.
4. Die Ausschüsse werden nach Bedarf von den Vorsitzenden berufen. Sie haben die Aufgabe, die politische Zielsetzung *der Union* zu vertiefen und ihre Tätigkeit durch Bereitstellen von Unterlagen anzuregen. Die Vorsitzenden berichten *der Bezirksvorstandschaft* über das Ergebnis der Ausschußtätigkeit.

§ 40

Schiedsgericht

Jeder Bezirksverband hat ein Schiedsgericht zu errichten. Zuständigkeit, Besetzung und Verfahren richten sich nach der von der Landesversammlung beschlossenen Schiedsordnung.

§ 41

Geschäftsordnung

§§ 60-72 gelten entsprechend.

§ 42

1. *Der Bezirksverband kann nur durch Beschluß der Landesvorstandschaft aufgelöst werden.*
2. *§ 17 Abs. 2 und § 67 Abs. 4-5 dieser Satzung gelten entsprechend.*

IV. Landesverband[5]

§ 43

Organe

Organe des Landesverbandes sind:

a) die Landesversammlung,
b) der Landesausschuß,
c) die Landesvorstandschaft,
d) die geschäftsführende Landesvorstandschaft,
e) der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft,
f) die Arbeits- und Organisationsausschüsse.

§ 44

Landesversammlung

Die Landesversammlung ist das oberste politische Organ der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

Sie besteht aus:

a) je zwei stimmberechtigten Vertretern der Kreisverbände,[6]
b) den Mitgliedern der Landesvorstandschaft,
c) den Mitgliedern des Landtages, soweit sie der Union angehören,
d) den Mitgliedern des berufständischen Rates der Landesvorstandschaft,
e) *je einem von jedem Bezirksverband zu wählenden Vertreter der Frauen und der Jugend.*

§ 45

Aufgaben:

Die Landesversammlung wählt den Landesvorsitzenden für die Dauer eines Jahres. Ihr obliegt ferner die Beschlußfassung über:

a) die Satzung und deren Änderungen,
b) das Programm,

---

[5] Durch die Hinzufügung der neuen Paragraphen 41 und 42 ist die Zählung der Paragraphen gegenüber der Fassung vom 17. Mai 1946 um zwei verschoben.

[6] Paragraph 44 a) wurde laut Beschluß des Landesausschusses am 28. und 29. Februar 1948 folgendermaßen geändert: "*a) je zwei stimmberechtigten Vertretern eines jeden Kreisverbandes bis zu 500 Mitgliedern; für je weitere volle 500 Mitglieder entsendet jeder Kreisverband einen weiteren stimmberechtigten Vertreter, jedoch nicht mehr als insgesamt zwei zusätzliche stimmberechtigte Vertreter.*"

c) die Richtlinien der Politik,
d) die Schiedsordnung,
e) die Auflösung der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

§ 46

Einberufung:

1. Die Landesversammlung tagt einmal im Jahr. Sie wird mit einer Frist von 14 Tagen vom Landesvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. *Sie ist außerdem fristgerecht in den "Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union" bekanntzumachen.*
2. Eine außerordentliche Landesversammlung muß in derselben Weise einberufen werden:
   a) auf Beschluß der geschäftsführenden Landesvorstandschaft.
   b) auf Antrag von mindestens fünf Bezirksverbänden.

§ 47

Landesausschuß

Zur Entlastung der Landesversammlung wird ein Landesausschuß gebildet. Er besteht aus:

a) der Landesvorstandschaft,
b) dem berufsständischen Rat der Landesvorstandschaft,
c) je fünf Vertretern der Bezirksverbände,
d) der Vorstandschaft der Landtagsfraktion,
e) *je einem von jedem Bezirksverband zu wählenden Vertreter der Frauen und der Jugend.*

§ 48

Aufgaben

1. Dem Landesausschuß obliegt die Beschlußfassung über alle im Laufe des Geschäftsjahres auftretenden politischen Fragen von grundsätzlicher oder weittragender Bedeutung, die der Landesversammlung nicht vorgelegen haben.
2. Insbesondere hat der Landesausschuß folgende Aufgaben:
   a) die Wahl der Landesvorstandschaft,
   b) die Wahl der Vorsitzenden der Arbeits- und Organisationsausschüsse,
   c) *die Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes,*
   d) *Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag, die Jahresrechnung und die Entlastung der Landesvorstandschaft,*
   e) *Festsetzung der Beiträge und Beschlußfassung des Finanzstatuts,*
   f) *Besetzung des Landesschiedsgerichts,*
   g) *Beschlußfassung über organisatorische Fragen,*
   h) *Wahl von zwei Kassenprüfern,*
   i) *Wahl der Mitglieder des berufsständischen Rates* (§ 52 *Abs.* 2).

Der Landesausschuß tritt mindestens zweimal im Jahre zusammen. Im übrigen kann er nach Bedarf vom Landesvorsitzenden berufen werden. Die Einladungen erfolgen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen. Der Landesausschuß muß *in der gleichen Weise* einberufen werden, wenn dies mindestens von einem Drittel seiner Mitglieder schriftlich unter Angabe der Gründe bei der Landesvorstandschaft beantragt wird.

§ 49

Landesvorstandschaft

Die Landesvorstandschaft besteht aus:

a) dem Landesvorsitzenden,
b) zehn vom Landesausschuß für die Dauer eines Jahres zu wählenden Mitgliedern,
c) *zwei Vertretern der Frauen und*
d) *zwei*[7] *Vertretern der Jugend, die der Landesausschuß auf Vorschlag der Landesvorstandschaft wählt.*
e) je einem von den Bezirksverbänden zu wählenden Vertreter,
f) den Mitgliedern der Staatsregierung, soweit sie der Union angehören,
g) der Vorstandschaft der Landtagsfraktion,
h) der Vorstandschaft des berufsständischen Rates,

§ 50

Aufgaben

Zu den Aufgaben der Landesvorstandschaft gehören insbesondere:

a) Beschlußfassung über die Durchführung der von der Landesversammlung und dem Landesausschuß beschlossenen Politik,
b) Anstellung des Landesgeschäftsführers,
[-]
c) Überwachung der Kassenführung,
d) Überwachung der politischen Tätigkeit der Unterverbände der Union,
e) Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften und sonstigem politischen Schrifttum,
f) Veranstaltung von Lehrgängen und Arbeitsgemeinschaften zur Schulung von Mitarbeitern und zur Vertiefung der politischen Grundsätze der Union,
[-]
g) Erlaß einer Besoldungsordnung und Dienstanweisung für die Angestellten der Union,
h) Anstellung eines Revisors.

§ 51

Zusammentreten

Die Landesvorstandschaft tritt mindestens vierteljährlich zusammen. Sie wird vom Landesvorsitzenden schriftlich mit einer Frist von sieben Tagen unter Angabe der Tagesordnung einberufen.

Bei außerordentlichen Anlässen kann die Einberufung auch kurzfristig*er* erfolgen. Sie muß erfolgen, wenn das mindestens von einem Drittel [ihrer] Mitglieder schriftlich unter Angabe der Gründe beim Landesvorsitzenden beantragt wird.

[-]

§ 52

Berufsständischer Rat der Landesvorstandschaft

1. Der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft besteht aus je zwei Vertretern der katholischen und evangelischen Geistlichkeit sowie je zwei Vertretern
   a) der Landwirtschaft,
   b) der Arbeiter,

[7] Der Beschluß der Landesversammlung am 17. Mai 1946, "drei" Jugendvertreter hinzuzuziehen, fand keinen Eingang in die gedruckte Fassung der Satzung vom 4.Oktober 1946, vgl. S. 1787, Anm. 2.

c) der Industrie,
d) des Handwerks,
e) des Handels,
f) des Geld- und Kreditwesens,
g) der freien Berufe,
h) der Angestellten,
i) der Beamten,
k) der Hausfrauen,
l) der Ausgewiesenen und Flüchtlinge.

Wahl der Mitglieder

2. Die Mitglieder des berufsständischen Rates werden auf Vorschlag der geschäftsführenden Vorstandschaft *vom Landesausschuß* gewählt. Bei den Vorschlägen sollen die Wünsche der der Union angehörenden Mitglieder der berufsständischen Organisationen (Bauernverband, Gewerkschaften usw.) sowie die Anregungen der jeweils in Betracht kommenden Ausschüsse berücksichtigt werden.

Einberufung

3. Der Landesvorsitzende beruft den berufsständischen Rat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen zu Sitzungen ein. Die Sitzungen werden vom Landesvorsitzenden geleitet. Der berufsständische Rat wählt aus seiner Mitte eine aus drei Mitgliedern bestehende Vorstandschaft.

Aufgabe

4. Dem berufsständischen Rat obliegt die Wahrnehmung aller Aufgaben, die die Interessen der in ihm vertretenen Berufsstände berühren. Der berufsständische Rat leitet seine Anträge zur Beschlußfassung an die Landesvorstandschaft; die Landesvorstandschaft beschließt in diesen Fällen unter stimmberechtigter Hinzuziehung der Mitglieder des berufsständischen Rates.
Antragsberechtigt sind der berufsständische Rat insgesamt und die Vertreter der einzelnen Berufsstände gemeinsam.

§ 53

Geschäftsführende Vorstandschaft

1. *Zur Entlastung der Landesvorstandschaft, zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebes und zur Beratung dringender Angelegenheiten bildet der Landesvorsitzende aus der Mitte der Landesvorstandschaft eine aus sieben Mitgliedern bestehende geschäftsführende Landesvorstandschaft.* Art und Umfang der Aufgaben der geschäftsführenden Landesvorstandschaft bestimmt die Landesvorstandschaft.
2. Die geschäftsführende Landesvorstandschaft wird nach Bedarf vom Landesvorsitzenden mit einer Frist von *mindestens* zwei Tagen einberufen. Sie muß einberufen werden, wenn es von mindestens drei Mitgliedern schriftlich unter Angabe der Gründe beim Landesvorsitzenden beantragt wird. In besonders dringenden Fällen kann der Landesvorsitzende die Einberufungsfrist herabsetzen.

§ 54[8]

Landesvorsitzender

Der Landesvorsitzende führt die Geschäfte der Union und vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich. Seine Vertretungsbefugnis ergibt sich aus § 63 dieser Satzung.

[8] Der Landesausschuß am 28. und 29. Februar 1948 beschloß, der Satzung folgenden Paragraphen 54 a) hinzuzufügen: "§ 54a) *Es werden durch den Landesausschuß zwei Stellvertreter des Landesvorsitzenden gewählt.*"

1. Der Landesvorsitzende wird von der Landesversammlung für die Dauer eines Jahres mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Er kann sich vermöge schriftlicher Vollmacht durch jedes Mitglied der geschäftsführenden Landesvorstandschaft vorübergehend für einen Teilbereich seiner Aufgaben vertreten lassen.
2. Für den Fall einer vorzeitigen Erledigung des Landesvorsitzes hat die [-] Landesvorstandschaft bis zur Neuwahl unverzüglich einen vorläufigen Vorsitzenden aus ihrer Mitte zu berufen. Die Genehmigung des Landesausschusses ist innerhalb von vier Wochen nachzuholen. [-]

§ 55

Arbeits- und Organisationsausschüsse

1. Der Landesausschuß kann nach Bedarf die Bildung von Arbeits- und Organisationsausschüssen beschließen.
2. Die Arbeits- und Organisationsausschüsse beraten die Landesvorstandschaft in den politischen Fachfragen, für die sie gebildet sind.
3. Die Geschäfte der Arbeits- und Organisationsausschüsse werden von einem Vorsitzenden und einem stellvertretenden Vorsitzenden geführt, die vom Landesausschuß für ein Jahr gewählt werden.
4. Die Mitglieder der Arbeits- und Organisationsausschüsse werden von den Bezirksverbänden gewählt. Jeder Bezirksverband kann drei sachverständige Vertreter entsenden. Die Vorsitzenden können weitere fünfzehn sachkundige Mitglieder im Einvernehmen mit der Landesvorstandschaft berufen.
5. Die Arbeits- und Organisationsausschüsse werden nach Bedarf von den Vorsitzenden berufen. Sie regeln ihre Angelegenheiten selbst.

§ 56

Der Landesgeschäftsführer

Der Landesgeschäftsführer ist der Leiter der Geschäftsstelle des Landesverbandes. Er erledigt seine Aufgaben nach den Weisungen des Landesvorsitzenden und nach Maßgabe der von der Landesvorstandschaft beschlossenen Dienstanweisung. Er kann an allen Sitzungen und Versammlungen der Organe der Union *beratend* teilnehmen.

§ 57

Schiedsgericht

Der Landesverband hat ein Schiedsgericht zu errichten. Zuständigkeit und Verfahren richten sich nach der von der Landesversammlung beschlossenen Schiedsordnung. Über die Besetzung beschließt der Landesausschuß.

§ 58

Auflösung

Die Union wird aufgelöst

a) durch Beschluß der Landesversammlung,
b) durch *Erklärung des Konkurses durch ein zuständiges Gericht,*
c) durch Entziehung der Rechtsfähigkeit (§ 43 BGB),
d) im Falle des § 73 BGB.

§ 59

§§ 61-73 *gelten entsprechend.*

D) Beiträge

§ 60[9]

Die zur Durchführung der Aufgaben der Union erforderlichen Mittel werden durch Aufnahmegebühren, Mitgliederbeiträge, Sammlungen und Spenden aufgebracht. Die Finanzgebarung der Union wird durch ein gesondertes, vom Landesausschuß zu beschließendes Finanzstatut im einzelnen geregelt.

E) Allgemeine Bestimmungen

§ 61

Geschäftsbetrieb

1. Die Geschäfte der Ortsverbände, Kreisverbände, Bezirksverbände und des Landesverbandes werden von den Vorstandschaften geführt. Diese sind dabei an die Beschlüsse und Richtlinien der Organe gebunden, von denen sie gewählt sind. Die Unterverbände haben darüber hinaus die politischen, organisatorischen und sonstigen Beschlüsse des Landesverbandes zu beachten.
2. Die Vorstandschaften verteilen ihre Ämter selbst. Sie haben jedoch mindestens einen zweiten Vorsitzenden und einen Schatzmeister aus ihrer Mitte zu wählen.
3. In besonderen Fällen kann von den Vorstandschaften zur Unterstützung des Vorsitzenden ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied bestellt werden. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied ist ehrenamtlich tätig. Es erhält seine Aufgaben vom Vorsitzenden und ist an dessen Weisungen gebunden.

§ 62

Geschäftsführer

1. *Zur Sicherung eines reibungslosen Geschäftsbetriebes kann die Landesvorstandschaft in den Bezirken und Kreisen Geschäftsstellen errichten. Diese haben rein verwaltungsmäßigen Charakter und sind nicht berechtigt, sich in die politischen inneren Angelegenheiten der Verbände einzumischen.*
2. *Das Personal der Geschäftsstelle wird durch die Landesvorstandschaft angestellt und bezahlt.*

§ 63

Vertretung nach außen

1. Die Ortsverbände, Kreisverbände, Bezirksverbände und der Landesverband werden gerichtlich und außergerichtlich von ihren Vorsitzenden vertreten.
2. Rechtsverbindliche Willenserklärungen und politische Erklärungen von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung müssen vom Vorsitzenden und einem weiteren Vorstandsmitglied unterschrieben sein. [-]
3. *Für das Eingehen finanzieller Verpflichtungen gelten die Bestimmungen des Finanzstatuts.*

§ 64

Buchführung und Kassenprüfung

1. Alle Verbände der Union sind zur ordnungsgemäßen Buchführung verpflichtet.

[9] Durch Hinzufügung des neuen Paragraphen 59 (und vorher der Paragraphen 41 und 42) ist die Zählung gegenüber der Fassung vom 17. Mai um drei verschoben.

2. Die Kassen- und Rechnungsführung jedes *Unter*verbandes *sowie des Landesverbandes* ist am Schlusse eines Geschäftsjahres und außerdem mindestens halbjährlich noch einmal von zwei *unabhängigen, geprüften* Kassenprüfern und dem Vorsitzenden oder einem von ihm zu benennenden Vertreter sachlich und formal zu prüfen.
3. Die Kassenprüfer werden von den Organen, die jeweils die Vorstandschaften wählen, für ein Jahr gewählt. Sie dürfen den Vorstandschaften nicht angehören.
4. Die Landesvorstandschaft kann die Kassen- und Rechnungsführung aller Unterverbände jederzeit unangemeldet durch einen von ihr bestellten Revisor prüfen lassen.
5. Über alle Kassen- und Rechnungsprüfungen ist eine Niederschrift zu fertigen, die von den Prüfern, d*em* Vorsitzenden und dem Schatzmeister zu unterschreiben ist. Die Niederschrift ist zehn Jahre bei den Akten aufzubewahren.
6. Über das Ergebnis der Kassen- und Rechnungsprüfungen ist der nächsten Mitgliederversammlung zu berichten. Ernstere Beanstandungen sind unverzüglich der Landesvorstandschaft zu melden. Die Meldepflicht obliegt - unabhängig voneinander - den Kassenprüfern und dem Vorsitzenden.

§ 65

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 66

Finanzgebarung

Für die Finanzgebarung der Verbände der Union gelten die Bestimmungen des vom Landesausschuß beschlossenen Finanzstatuts.

§ 67

Abstimmungen, Auflösung

1. Alle Organe der Union fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. *Jeder stimmberechtigte Vertreter muß seine Stimmberechtigung durch schriftliche Vollmacht des von ihm vertretenen Organs der Partei nachweisen. Mit Zustimmung des vertretenen Organs kann ein stimmberechtigter Vertreter im Falle dringender Verhinderung seine Stimme durch schriftliche Vollmacht auf einen von ihm namhaft zu machenden Vertreter fallweise übertragen. Zur Beschlußfassung ist die Beschlußfähigkeit der Organe erforderlich.* Bei Stimm[en]gleichheit entscheidet der Vorsitzende. Die Organe sind beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist. Wird Beschlußunfähigkeit festgestellt, so ist *gleichzeitig ein Termin zu beschließen, zu dem eine neue Versammlung frühestens nach Ablauf einer Woche und innerhalb von vier Wochen einzuberufen ist, die dann mit einfacher Stimmenmehrheit beschließen kann.*
2. Auflösungsbeschlüsse können nur gefaßt werden, wenn
   a) beim Ortsverband mindestens drei Viertel aller Mitglieder anwesend sind und davon zwei Drittel der Auflösung zustimmen,
   b) beim Landesverband mindestens drei Viertel aller Mitglieder der Landesversammlung anwesend sind und davon zwei Drittel der Auflösung zustimmen.
   c) *Wird die Anwesenheit von drei Viertel der Mitglieder bei der ersten Versammlung nicht erreicht, so beschließt diese einen Termin, zu dem eine neue Versammlung*

frühestens nach Ablauf einer Woche und innerhalb von vier Wochen einzuberufen ist, die dann mit einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen über die Auflösung beschließt.

3. Im Falle der Auflösung gelten die letzten Vorstandsmitglieder als Liquidatoren, sofern nicht bei den Ortsverbänden die Mitgliederversammlung, bei den Kreisverbänden die *Bezirks*versammlung und beim Landesverband die Landesversammlung andere Liquidatoren wählt. Für die Tätigkeit, Vergütung und Verantwortung der Liquidatoren gelten die Bestimmungen über den Vorstand entsprechend.
4. *Im Falle der Auflösung durch Beschluß der Landesvorstandschaft kann dieser zugleich die Liquidatoren bestellen.*
5. Bei Auflösung eines Orts*verbandes* geht das Vermögen auf den Kreisverband über. Das Vermögen aufgelöster Kreisverbände geht auf die Bezirksverbände über, das Vermögen aufgelöster Bezirksverbände gilt als an den Landesverband übertragen. Bei Auflösung des Landesverbandes geht das Vermögen der Union je zur Hälfte an die Caritas und an die innere Mission.

§ 68

Anträge in Landesangelegenheiten

1. Anträge können stellen:
   a) zur Landesversammlung jeder Kreis- und Bezirksverband, ferner die Landesvorstandschaft, die geschäftsführende Landesvorstandschaft und der Landesvorsitzende,
   b) zum Landesausschuß jeder Kreis- und Bezirksverband, ferner die Landesvorstandschaft, die geschäftsführende Landesvorstandschaft und der Landesvorsitzende,
   c) zur Landesvorstandschaft und zur geschäftsführenden Landesvorstandschaft jedes Mitglied dieser Organe, ferner der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft und die Vertreter der einzelnen Berufsstände gemeinsam. Wünschen Ortsverbände oder Mitglieder Anträge zu stellen, so müssen sie sich an einen Antragsberechtigten wenden.
2. Den Organen der Unterverbände gegenüber ist jeweils jeder Teilnehmer antragsberechtigt.
3. Die Anträge sind so zeitig zu stellen, daß sie noch in die mitzuteilende Tagesordnung aufgenommen werden können. [-]
4. *Anträge die, ohne im unmittelbaren Zusammenhang mit den Verhandlungsgegenständen zu stehen - erst während einer Sitzung oder Versammlung eingebracht werden, werden zwar entgegengenommen, doch entscheidet die Versammlung, ob sie sofort oder erst zu einem späteren Termin beraten werden sollen.*

§ 69

Teilnahmeberechtigung

1. Die Verhandlungen der Landesversammlung sind jedem eingeschriebenen Mitglied als Gast gegen Vorweis der Mitgliedskarte nach Verfügbarkeit des Raumes zugänglich. Wortmeldungen von Gästen sind durch ein Versammlungsmitglied anzubringen und bedürfen der Zustimmung der Versammlung.
2. Die Verhandlungen aller anderen Organe sind nur den satzungsmäßigen Teilnehmern zugänglich, die sich auf Verlangen legitimieren müssen. Durch Mehrheitsbeschluß können Gäste zugelassen werden.

§ 70

Wahlen

Die Aufstellung der Repräsentanten und Kandidaten der Union ist stets in schriftlicher geheimer Abstimmung durchzuführen. Sie gilt, soweit nicht gesetzlich *etwas anderes* bestimmt ist, für ein Jahr. Es entscheidet einfache Mehrheit, bei Bedarf erfolgt Stichwahl. Bewerber für die Wahlen sind so zeitig bekanntzugeben, daß sich die Wahlberechtigten vorher ein Urteil über sie bilden können. Jeder Stimmberechtigte ist berechtigt, Bewerber vorzuschlagen.

§ 71

Niederschriften

1. Über die Sitzungen und Versammlungen der Organe aller Verbände der Union sind Niederschriften zu fertigen.
2. Die Niederschriften sind [-] vom Vorsitzenden und mindestens drei Teilnehmern zu unterschreiben.
3. Die Niederschriften sind mindestens zehn Jahre bei den Akten aufzubewahren.

§ 72

Aufsicht

1. *Die Landesvorstandschaft hat das Recht, den Geschäftsbetrieb und die Kassenbücher aller Unterverbände der Union zu überprüfen, damit der Geschäftsbetrieb dieser Verbände entsprechend den Anordnungen des Landesausschusses durchgeführt wird.*
2. Die Landesvorstandschaft kann aus ihrer Mitte ein Mitglied mit der Ausführung dieser Aufsicht beauftragen
3. Das mit der Aufsicht beauftragte Mitglied der Landesvorstandschaft kann von den Organen der Unterverbände der Union sämtliche Unterlagen anfordern und [-] Auskünfte verlangen, die zur Ausübung dieses Rechtes erforderlich sind. [-]

§ 73

Wirtschaftliche Beteiligung

1. Die Verbände der Union können keine wirtschaftlichen Beteiligungen und keine *wirtschaftlichen und politischen* Fusionen, *gleich welcher* Art, eingehen. Sie dürfen sich auch selbst nicht wirtschaftlich betätigen.
2. Ausnahmen kann die Landesvorstandschaft beschließen.

§ 74

Änderungen

Änderungen dieser Satzung können nur von der Landesversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit beschlossen werden.

§ 75

Inkrafttreten

1. *Diese Satzung ist in der am 17. Mai 1946 in München stattgefundenen Landesversammlung beschlossen und durch den am 4. Oktober 1946 in München zusammengetretenen Landesausschuß in dieser überarbeiteten Form angenommen worden. Sie tritt sofort in Kraft und ist jedem Mitglied auszuhändigen.*
2. *Bereits bestehende Satzungen der Orts-, Kreis- und Bezirksverbände werden hierdurch aufgehoben.*

Nr. XVIII

Genehmigung der Satzung der Christlich-Sozialen Union durch die Militärregierung, 29. Oktober 1946

Übersetzung
Die Militärregierung für Bayern
AG 000.1 MGBGB 29. Oktober 1946

An den
Vorsitzenden der
Christlich-Sozialen Union
München
Paul-Heyse-Str. 2-4

Betrifft: Die Satzungen der Christlich-Sozialen Union.[1]

1. Die Militärregierung hat keine Einwendung gegen die Satzung[en] der Christlich-Sozialen Union vom 17. Mai 1946 in der überarbeiteten Form, wie sie vom Landesausschuß am 4. Oktober 1946 angenommen wurden und hier mit einem Brief vom 11. Oktober 1946, unterschrieben von Dr. Müller, Landesvorsitzenden der Union, vorgelegt wurden.
2. Die Militärregierung ist der Ansicht, daß die Satzungen jetzt die notwendigen Erfordernisse der Demokratie erfüllen, und daß sie einen ganz entschiedenen Schritt darstellen im Fortschritt zu demokratischem Denken und Handeln. Wir hoffen, daß durch ihre Anwendung die Union ein positiver demokratischer Ausdruck des Volkswillens wird.
3. Im Zusammenhang mit den Satzungen ordnet die Militärregierung an, daß sie zur endgültigen Annahme der nächsten Landesversammlung vorzulegen sind, die gemäß den darin enthaltenen Bestimmungen zu wählen ist.
4. In der Anlage hierzu wird ein Exemplar der Satzungen zurückgereicht, in dem jede Seite von Oberstleutnant Burns gezeichnet ist. Dieses Exemplar sehen wir als das Belegexemplar der Satzungen der Union an.

Der Kommandeur der Militärregierung für Bayern
gez. Albert C. Schweizer
WD Civilian
Chief, Civil Administration Division

Für die Richtigkeit der Übersetzung:
(H. Haunhorst)

[1] ACSP, NL Müller 2.

Nr. XIX

Schiedsordnung der Christlich-Sozialen Union, 6. Dezember 1946

Schiedsordnung der Christlich-Sozialen Union in Bayern[1]

I. Aufgabe des Schiedsverfahrens

§ 1

Im Schiedsverfahren werden entschieden:

a) Streitigkeiten zwischen Mitgliedern der Union, die das Parteiinteresse berühren (§ 8 der Satzung).

b) Anträge auf Ausschluß eines Mitgliedes aus der Union (§ 7,4 der Satzung). Solche Anträge können auf folgende Gründe gestützt werden:
   1. Verstoß gegen die guten Sitten,
   2. Verurteilung wegen einer ehrenrührigen Handlung,
   3. bewußtes Entgegenarbeiten gegen die Grundsätze oder die Satzungen der Union sowie erhebliche Verstöße gegen die Parteidisziplin,
   4. bewußt falsche Angaben im Aufnahmeantrag.

II. Organisatorischer Aufbau

§ 2

In jedem Kreisverband wird ein Kreisschiedsgericht bestellt (§ 28 der Satzung). Die Kreisversammlung wählt einen Vorsitzer und einen Vertreter. Vorsitzender und Vertreter *sollen* die Fähigkeit zum Richteramt haben.
Das Kreisschiedsgericht wird in jedem Einzelfall gebildet, in dem jede der beiden beteiligten Parteien dem Schiedsrichter einen Beisitzer benennt. Ist Antrag auf Ausschluß eines Mitglieds gestellt, gilt der Antragsteller (Mitglied oder Organ der Union) als Partei in diesem Sinn. Verweigert der Antragsgegner die Benennung eines Beisitzers, wird dieser durch den Vorsitzer bestimmt. Das Kreisschiedsgericht wird stets in der Besetzung mit einem Vorsitzer und zwei benannten Beisitzern tätig. Im Ausschlußverfahren soll mindestens ein Mitglied des Kreisschiedsgerichts Mitglied des Ortsverbandes sein, dem das auszuschließende Mitglied angehört.

§ 3

In jedem Bezirksverband wird ein Bezirksschiedsgericht bestellt (§ 40 der Satzung). Die Bezirksversammlung wählt einen Vorsitzer und zwei Beisitzer, ferner für jeden der Genannten einen Vertreter. Die Vorsitzer *müssen*, die Beisitzer *sollen* die Fähigkeit zum Richteramt haben. Das Bezirksschiedsgericht wird stets in der Besetzung mit einem Vorsitzer und zwei Beisitzern tätig.

[1] Als Broschüre gedruckt, IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel. Die Schiedsordnung wurde vom Landesausschuß der CSU am 6. Dezember 1946 beraten und vorläufig verabschiedet und trat nach Zustimmung der Landesversammlung am 14. und 15. Dezember 1946 in Kraft.

§ 4

Der Landesausschuß wählt das Landesschiedsgericht (§ 57, § 48,2 f der Satzung).
Das Landesschiedsgericht besteht aus einem Vorsitzer und vier Beisitzern. Für jeden der Genannten wird ein Vertreter gewählt. Vorsitzer und zwei Beisitzer sowie deren Vertreter müssen die Fähigkeit zum Richteramt haben. Das Landesschiedsgericht wird stets in der Besetzung mit einem Vorsitzer, zwei Beisitzern mit der Befähigung zum Richteramt und zwei weiteren Beisitzern tätig.

§ 5

Die Amtsdauer der gewählten Schiedsrichter beträgt jeweils ein Jahr. Die Bestellung erfolgt in geheimer Wahl. Die Schiedsrichter müssen Mitglieder der Union sein und durch ihre Persönlichkeit die Gewähr für unparteiische und sachkundige Behandlung der Schiedsfälle geben. Sie sind vor Aufnahme ihres Amtes vom Vorsitzenden des wählenden Verbandes durch Handschlag zur unparteiischen und gewissenhaften Wahrnehmung ihres Amtes zu verpflichten.

§ 6

Die Schiedsrichter können wegen Befangenheit abgelehnt werden oder sich selbst ablehnen, wenn ein Grund vorliegt, der geeignet ist, Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit eines Schiedsrichters zu rechtfertigen. Bestehen Zweifel, entscheidet das Schiedsgericht der nächsthöheren Instanz, bei Zweifel hinsichtlich Besetzung des Landesschiedsgerichts die geschäftsführende Landesvorstandschaft.

§ 7

Kein Schiedsrichter darf Mitglied des Vorstandes der Union für den Bereich sein, für den das Schiedsgericht zuständig ist. Die Schiedsrichter sollen am Gerichtsort wohnhaft sein.

§ 8

Die gewählten Vorsitzer und Beisitzer bilden eine Kammer, die gewählten Vertreter eine weitere Kammer. Die Arbeitsverteilung zwischen den beiden Kammern muß vor der Aufnahme der Tätigkeit geregelt sein.
Die Zusammensetzung der Kammern darf nur geändert werden, wenn im Einzelfall Kammermitglieder wegen Behinderung oder Befangenheit ersetzt werden müssen.

III. Inhalt der Entscheidungen

§ 9

Jedes Schiedsgericht kann folgende Entscheidungen treffen:
a) Erklärung, daß Zwangsmaßnahmen nicht angebracht seien,
b) Verwarnung,
c) Ruhen aller oder einzelner Rechte aus Mitgliedschaft oder Ämtern für eine gewisse Frist.
   Diese Entscheidung kann vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung zu Beginn des Verfahrens einstweilig verfügt werden.
d) Ausschluß aus der Union.

Die Entscheidungen werden mit Stimmenmehrheit getroffen. Stimmenthaltung ist unzulässig.

§ 10

Die Entscheidung muß unter zusammenfassender Darstellung und Würdigung des Sachverhalts begründet werden.
Sie muß die Belehrung über das Einspruchsrecht enthalten. Den Parteien ist sie schriftlich zuzuleiten.

IV. Verfahren

§ 11

Das Schiedsgericht wird nur auf schriftlichen Antrag tätig. Dieser Antrag kann von jedem Parteimitglied und jedem Organ der Union (Antragsteller) gegen jedes Mitglied (Antragsgegner) gestellt werden. Abschrift ist vom Antragsteller der für den Antrag zuständigen Ortsvorstandschaft zuzuleiten.
Der Antrag muß den Antragsgegner und das ihm zur Last gelegte Verhalten so bezeichnen, daß das Schiedsgericht zweifelsfrei feststellen kann, welche tatsächlichen Vorgänge es untersuchen und aufklären soll.

§ 12

Anträge auf Ausschluß eines Mitgliedes kann die Vorstandschaft eines Verbandes der Union, dem der Antragsgegner angehört, durch schriftlichen Eintritt als Antragsteller übernehmen.

§ 13

Mitglieder, die unehrenhaften Verhaltens beschuldigt werden, können das Verfahren gegen sich selbst beantragen.
In diesem Fall gelten sie selbst als Antragsgegner, die zuständige Ortsvorstandschaft als Antragsteller. Die Orts- oder Kreisvorstandschaft kann, wenn ein solcher Antrag unterbleibt, ihrerseits den Antrag unter Fristsetzung fordern und nach Fristablauf das Ausschlußverfahren wegen Verstoß gegen die Parteidisziplin einleiten.

§ 14

Für die Durchführung des Verfahrens ist der Vorsitzer zuständig und verantwortlich. Für formale Arbeiten kann er sich eines Schriftführers bedienen.

§ 15

Das Schiedsgericht hat zunächst die Schlichtung des Streitfalles durch einen Beauftragten zu versuchen, der nach Möglichkeit einen Schiedsvergleich herbeizuführen und hierüber eine Niederschrift zu fertigen hat.

§ 16

Das Schiedsgericht kann offensichtlich unbegründete Anträge ohne Verhandlung ablehnen. Die Bestimmungen über Rechtsmittel gelten auch für diesen Fall.

§ 17

Wird der Antrag weder als offensichtlich unbegründet abgelehnt, noch durch Schiedsvergleich geregelt, ist das Schiedsverfahren durchzuführen. Die Form des Verfahrens bestimmt in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften der Zivilprozeßordnung das

Schiedsgericht. Es kann Zeugen hören und Beweise erheben. Nichtmitglieder sollen nur gehört werden, wenn dies für die Entscheidung von wesentlicher Bedeutung ist. Stets müssen Antragsteller und Antragsgegner gehört werden.
Im Ausschlußverfahren muß dem Antragsgegner Gelegenheit zur persönlichen Äußerung gegeben werden.

§ 18

Antragsteller und Antragsgegner können sich des Beistandes eines Mitgliedes der Union bedienen.

§ 19

Das Schiedsverfahren ist mit jeder möglichen Beschleunigung durchzuführen. Den Parteien können Fristen gesetzt werden.

§ 20

Verzögert ein Schiedsgericht die Verhandlungen über Gebühr oder führt es ein Verfahren unter offensichtlichen erheblichen Verstößen gegen diese Schiedsordnung durch, kann das Schiedsgericht der nächsthöheren Instanz Frist für die Entscheidung bzw. für Abhilfe setzen und nach ergebnislosem Ablauf das Verfahren an sich ziehen. Seine Entscheidung gilt als solche zweiter Instanz.

§ 21

Alle Beteiligten sind zur vertraulichen Behandlung der Verhandlungen verpflichtet.

§ 22

Das Schiedsgericht *muß* die Vorstandschaft seiner Instanz, es *kann* andere Organe der Union gutachtlich, insbesondere über politische Hintergründe und Auswirkungen des Einzelfalles hören.

§ 23

Über alle Verhandlungen sind Niederschriften zu fertigen und von den Schiedsrichtern zu unterschreiben.

§ 24

Die Beteiligten dürfen die ordentlichen Gerichte, soweit deren Zuständigkeit gegeben ist, erst angehen, wenn das Schiedsgericht rechtskräftig entschieden hat.
Das Schiedsgericht kann aber vorher den Rechtsweg zulassen oder seinerseits die Verhandlung aussetzen, bis ein Verfahren vor den öffentlichen Gerichten entschieden ist.

V. Zuständigkeit

§ 25

Auseinandersetzungen innerhalb eines Kreisverbandes entscheidet in erster Instanz das Kreisschiedsgericht. Es ist für alle Entscheidungen zuständig, bei denen Antragsteller und Antragsgegner dem gleichen Kreisverband angehören.

§ 26

Alle anderen Auseinandersetzungen entscheidet in erster Instanz das Bezirksschiedsgericht. Soweit Parteien beteiligt sind, die verschiedenen Bezirken angehören, ist das Schiedsgericht des Bezirksverbandes des Antragsgegners maßgebend.

§ 27

Ist in einer Großstadt der Verband der Union als selbständiger Bezirksverband anerkannt, so können durch Beschluß der Bezirksversammlung für diesen Bereich Kreis- und Bezirksschiedsgerichte vereinigt werden. In diesem Fall sind Vertreter in der erforderlichen Anzahl zu wählen. Die Beisitzer müssen nicht die Befähigung zum Richteramt haben.

§ 28

Die Landesvorstandschaft oder eine Bezirksvorstandschaft als Antragsteller kann aus triftigen Gründen einen Fall auch dann in erster Instanz vor das ihr zugeordnete Schiedsgericht ziehen, wenn nach diesen Bestimmungen ein untergeordnetes Schiedsgericht zuständig wäre.

VI. Rechtsmittel

§ 29

Für jeden Fall bestehen zwei Instanzen:
Ist zunächst das Kreisschiedsgericht befaßt, entscheidet auf Einspruch eines Beteiligten das Bezirksschiedsgericht endgültig.
Ist das Kreisschiedsgericht erster Instanz für den Ausschluß eines Mitgliedes, so kann auf Einspruch einer der Parteien die Entscheidung des Landesschiedsgerichts angerufen werden. Dieses beschließt endgültig (§ 7,8 der Satzung).
War das Bezirksschiedsgericht erste Instanz, entscheidet auf Einspruch das Landesschiedsgericht.
Das Landesschiedsgericht als erste Instanz (im Ausnahmefall des § 29) entscheidet endgültig.

§ 30

Bei Einverständnis der Parteien kann unter Überspringung der ersten Instanz sofort die Einspruchsinstanz angegangen werden, die dann endgültig entscheidet.

§ 31

Das Bezirksschiedsgericht als Einspruchsinstanz kann wegen grundsätzlicher Bedeutung eines Falles den weiteren Einspruch zum Landesschiedsgericht zulassen.
Es hat diesen weiteren Einspruch stets zuzulassen, wenn auf Ausschluß eines Mitgliedes erkannt ist.

§ 32

Der Einspruch ist binnen zehn Tagen nach Empfang der Entscheidung schriftlich bei dem Schiedsgericht einzulegen, dessen Entscheidung angefochten wird.

§ 33

Die Akten der Schiedsgerichte sind fünf Jahre aufzubewahren.

§ 34

Soweit diese Schiedsordnung Einzelfragen nicht regelt, treffen die Schiedsrichter eine billige Regelung aus dem Geist der Schiedsordnung. Im Zweifel kann die Auslegung durch die geschäftsführende Landesvorstandschaft angefordert werden, die dann verbindlich ist.

§ 35

Diese Schiedsordnung gilt als Bestandteil der Satzung. Sie ist von jedem Mitglied der Union beim Eintritt unterschriftlich als verbindlich anzuerkennen.

Nr. XX

Finanzstatut der Christlich-Sozialen Union in Bayern, mit rückwirkender Geltung ab 1. Januar 1947 beschlossen am 3. Januar 1948

Der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union hat in seiner am 3. Januar 1948 stattgefundenen Sitzung folgendes Finanzstatut gemäß §§ 48, 60 und 66 der Satzung der Christlich-Sozialen Union beschlossen:[1]

§ 1

Finanzierung der Aufgaben

1. Die zur Durchführung der Aufgaben der Christlich-Sozialen Union in Bayern (im folgenden kurz "Union" genannt) erforderlichen Mittel werden durch Mitgliederbeiträge, Aufnahmegebühren, Sammlungen und Spenden aufgebracht.
2. Grundlage der Finanzierung sind die Mitgliederbeiträge.

§ 2

Mitgliederbeiträge

1. Die Mitgliederbeiträge werden durch die Ortsverbände oder durch die Kreisverbände, soweit keine Ortsverbände bestehen, erhoben.
2. Die Zahlung der Beiträge wird durch Beitragsmarken, die auf die Rückseite der Mitgliedskarte zu kleben und durch Datumstempel zu entwerten sind, quittiert.
3. Die Beitragsmarken werden vom Landesverband herausgegeben. Die Bezirksverbände fordern den Bedarf ihrer Kreisverbände beim Landesverband an. Die Kreisverbände statten ihre Ortsverbände mit Beitragsmarken aus.
4. Es ist den Unterverbänden nicht gestattet, selbst Beitragsmarken herzustellen.

§ 3

Höhe und Fälligkeit der Mitgliederbeiträge

1. Die Mitgliederbeiträge werden in der Regel monatlich erhoben.
2. Der Jahresbeitrag wird vom Landesausschuß festgesetzt.
3. Die Ortsvorstandschaften bzw. Kreisvorstandschaften, soweit keine Ortsverbände bestehen, können die Beiträge in besonderen Fällen auf Antrag herabsetzen, stunden oder erlassen.
   Ungeachtet dessen haben die Ortsverbände jedoch die Beitragsanteile an den Kreis-, Bezirks- und Landesverband für jedes Mitglied auf der Basis des Jahresgrundbeitrages abzuführen. Hiervon abweichende Regelungen müssen mit dem Kreis-, Bezirks- oder Landesverband vereinbart werden.

§ 4

Abrechnung und Abführung von Beitragsanteilen

1. Die Ortsverbände haben jeweils bis zum 10. Januar, April, Juli und Oktober mit den Kreisverbänden über die im vorhergegangenen Vierteljahr veräußerten Bei-

[1] IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel.

tragsmarken abzurechnen und gleichzeitig einen Beitragsanteil von 90 Teilen des Grundbeitrages per Monat und Mitglied an den Kreisverband zu überweisen.

2. Die Kreisverbände haben jeweils bis zum 17. Januar, April, Juli und Oktober mit den Bezirksverbänden über die im vorhergegangenen Vierteljahr umgesetzten Beitragsmarken abzurechnen und gleichzeitig pro Monat und Mitglied zu überweisen:
   a. an die Geschäftsstelle des Kreisverbandes 35 Teile des Grundbeitrages (1947 = 30 Teile),
   b. an den Bezirksverband 10 Teile des Grundbeitrages.
3. Die Bezirksverbände haben jeweils bis zum 24. Januar, April, Juli und Oktober mit dem Landesverband über die im vorhergegangenen Vierteljahr umgesetzten Beitragsmarken abzurechnen und gleichzeitig pro Monat und Mitglied an den Landesverband 45 Teile des Grundbeitrages zu überweisen (1947 = 50 Teile).
4. Bei den Bezirksverbänden München, Augsburg, Nürnberg erfolgt die Sonderregelung durch die Bezirksverbände im Benehmen mit ihren Kreisverbänden.

§ 5

Umlagen, Sammlungen

1. Die Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände können für besondere Zwecke Umlagen erheben und Sammlungen durchführen.
2. Die Erhebung von Umlagen und Veranstaltung von Sammlungen ist jedoch nur in Übereinstimmung mit der Landesvorstandschaft gestattet.

§ 6

Aufnahmegebühren

1. Die Ortsverbände bzw. Kreisverbände, soweit keine Ortsverbände bestehen, können die Erhebung einer Aufnahmegebühr von neueingetretenen Mitgliedern beschließen.
2. Die Aufnahmegebühr verbleibt den Ortsverbänden. Über ihren Empfang ist auf der Vorderseite der Mitgliedskarte durch Eintragen des Betrages und Unterschrift zu quittieren.

§ 7

Legitimation

1. Die Mitglieder legitimieren sich gegenüber den Verbänden und Organen der Union durch die Mitgliedskarte.
2. Die Legitimation gilt nur dann als erbracht, wenn die Mitgliedskarte in allen Teilen ausgefüllt und über den zuletzt fälligen Betrag quittiert ist.

§ 8

Haushaltsführung

1. Die Kreis- und Bezirksverbände sowie der Landesverband decken ihren Finanzbedarf durch die gemäß § 4 abzuführenden Beitragsanteile.
2. Sie sind zur ordnungsgemäßen Buchführung verpflichtet.
3. Die Verwaltung des Vermögens steht den Schatzmeistern zu.
4. Die Orts-, Kreis- und Bezirksverbände sowie der Landesverband können vermögensrechtliche Verpflichtungen nur im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfä-

higkeit eingehen. Für vereinsrechtliche Nachteile, die der Union und ihren Unterverbänden aus der Nichtbeachtung dieser Vorschrift entstehen, haften die Mitglieder der Vorstandschaften, die die Verpflichtungen eingegangen sind, einzeln und insgesamt.

5. Die Vorstandschaften beschließen, bis zu welchem Betrage der Schatzmeister Rechtsgeschäfte, die den Verband der Union, für den sie gewählt sind, vermögensrechtlich verpflichten, selbständig abschließen kann. Alle Rechtsgeschäfte und vermögensrechtlichen Willenserklärungen, die diesen Betrag überschreiten, müssen zuvor von der Vorstandschaft mit Dreiviertelmehrheit beschlossen sein. Sie bedürfen außerdem der Unterschrift des Vorsitzenden, des Schatzmeisters und eines weiteren Vorstandsmitgliedes.

§ 9

Haushaltsplan

1. Die Kreis- und Bezirksverbände sowie der Landesverband haben zu Beginn eines jeden Geschäftsjahres einen Haushaltsplan aufzustellen, der genaue Angaben über Herkunft und Höhe der Einnahmen sowie Höhe und Zweck der Ausgaben enthalten muß.
2. Die Haushaltspläne sind nach dem Kontenplan der Landesgeschäftsstelle zu gliedern. Bei den Kreis- und Bezirksverbänden sind mindestens die Hauptgruppen dieses Kontenplanes vorzusehen:
   - I. Einnahmen:
     1. aus Aufnahmegebühren, Beiträgen und Umlagen von:
        a. Kreisverbänden,
        b. Bezirksverbänden,
        c. Fraktionen,
        d. Mitgliedern,
     2. aus Vertrieb von Plakaten, Zeitschriften und Flugblättern,
     3. aus geleisteter Werbung und Mitarbeit für die Unions-Presseorgane,
     4. aus Spenden von:
        a. unmittelbaren Spendern,
        b. Kreisverbänden als Ausgleich für nicht geleistete Beitragszahlungen,
        c. Unterorganisationen der Union,
        d. Sammlungen,
     5. aus Darlehen (Kreditgewährungen),
     6. sonstigen Einnahmen.
   - II. Ausgaben:
     1. Personalkosten:
        a. Gehälter,
        b. Honorare,
        c. Aufwandsentschädigungen,
        d. Vorschüsse,
        e. Sozialabgaben,
        f. erstattete Auslagen und Aufwandsentschädigungen an Mitglieder der Vorstandschaften gemäß §§ 13, 23 und 35 der Satzungen.
     2. Raumkosten:
        a. Mieten,
        b. Heizung, Beleuchtung, Reinigung,

c. Instandhaltung,
d. sonstige Raumkosten.

3. Kosten für Werbung und Reise:
   a. Werbedrucksachen,
   b. Plakate, Zeitschriften und Flugblätter,
   c. Rednerhonorare,
   d. Wahlpropaganda,
   e. Repräsentationskosten,
   f. Reisespesen.
4. Kosten des Wagenparks:
   a. Fahrzeugbeschaffung,
   b. Wartung,
   c. Betriebsstoff,
   d. Ersatzteile,
   e. Garagenmiete,
   f. Kraftfahrzeugsteuer, Kraftfahrzeugversicherung.
5. Allgemeine Verwaltungskosten:
   a. Porto,
   b. Telefon- und Telegrammgebühren,
   c. Kosten des Geldverkehrs und Zinsen,
   d. Zeitschriften, Zeitungen und Bücher,
   e. Bürobedarf,
   f. Schreib- und Übersetzungsarbeiten,
   g. Fahrtkosten und Frachtkosten,
   h. Versicherungsprämien ohne Kfz-Versicherungen,
   i. Anschaffung von Büromaschinen und Möbeln, Miete für Büromaschinen und Möbel,
   k. Abschreibungen,
   l. außerordentliche Aufwendungen,
   m. sonstige Verwaltungskosten,
   n. Zinsen,
   o. Rückzahlung von Darlehen.

6. Der Haushaltsplan ist der nach §§ 23, 35 und 48 der Satzung zuständigen Versammlung zur Beschlußfassung vorzutragen und nach Genehmigung vom Vorsitzenden, Schatzmeister und Geschäftsführer zu unterschreiben.
7. Die Haushaltspläne der Kreis- und Bezirksverbände sind innerhalb einer Woche nach Genehmigung in Abschrift dem Landesverband zur Kenntnis zu bringen.

§ 10

Jahresrechnung

1. Die Orts-, Kreis- und Bezirksverbände sowie der Landesverband haben am Schluß jeden Geschäftsjahres eine Jahresrechnung zu erstellen.
2. Die Gliederung der Jahresrechnung muß der des Haushaltsplanes entsprechen (§ 9 des Finanzstatuts, Absatz 2).
3. Die Jahresrechnung ist der nach §§ 33, 23, 35 und 48 der Satzung zuständigen Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen und nach Genehmigung vom Vorsitzenden, Schatzmeister und Geschäftsführer zu unterschreiben.
4. Die Jahresrechnung ist innerhalb einer Woche nach Genehmigung in Abschrift dem Landesverband zur Kenntnis zu bringen.

5. Die Entlastung des Vorstandes und des Schatzmeisters obliegt der Mitgliederversammlung.
6. Die Entlastung des Landesvorstandes und des Landesschatzmeisters obliegt dem Landesausschuß.

§ 11

Kassen- und Rechnungsprüfung

1. Für die Kassen- und Rechnungsprüfung gelten die Bestimmungen des § 64 der Satzung.

§ 12

Auflösung

1. Bei einer etwaigen Auflösung der CSU in Bayern bestimmt der Landesausschuß über die Verwendung des Vermögens.
2. Bei Auflösung von Orts- oder Kreisverbänden geht deren Vermögen auf den Landesverband über.

§ 13

Finanzausschüsse

1. Den Schatzmeistern der Kreis- und Bezirksverbände sowie des Landesverbandes sind Finanzausschüsse zur Seite zu stellen. Im Finanzausschuß des Landesverbandes ist dem verantwortlichen Leiter der Landesgeschäftsstelle Sitz und Stimme einzuräumen.
2. Den Vorsitz führen die Schatzmeister.
3. Die Finanzausschüsse haben die Aufgabe, die Schatzmeister zu beraten und zu unterstützen, insbesondere aber bei der Sicherstellung der Finanzierung der Aufgaben und Einrichtungen der Union tatkräftig mitzuwirken.
4. Die Schatzmeister legen die Empfehlungen der Finanzausschüsse ihren Vorstandschaften zur Beschlußfassung vor.

§ 14

Gemeinsame Kreisgeschäftsstellen

1. Wird für mehrere Kreisverbände eine gemeinsame Kreisgeschäftsstelle errichtet, so bestellen die beteiligten Kreisvorstandschaften aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Schatzmeister, denen die Leitung der Kreisgeschäftsstelle und die Überwachung der Finanzgebarung obliegt.
2. Die Bestellung erfolgt für jeweils ein Geschäftsjahr.
3. Die beauftragten Vorsitzenden und Schatzmeister sind an die gemeinsamen Beschlüsse der beteiligten Kreisvorstandschaften gebunden.
4. Die Kreisgeschäftsführer haben die Weisungen der beauftragten Vorsitzenden und Schatzmeister nach den Bestimmungen ihrer Dienstordnung auszuführen.

§ 15

Inkrafttreten

1. Dieses Finanzstatut tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1947 in Kraft.
2. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Nr. XXI

Vorschläge des Bezirksverbandes Oberbayern zur Satzungsänderung, 23. Dezember 1947

Christlich-Soziale Union in Bayern
Bezirksverband Oberbayern
Trogerstr. 54/2

München, den 23. Dezember 1947

An die
Mitglieder des Landesausschusses

Betrifft: Satzungsänderung[1]

Beilagen: Antrag des Bezirksverbandes Oberbayern

Der Bezirksverband Oberbayern der Christlich-Sozialen Union hat bei dem Herrn Landesvorsitzenden den beiliegenden Satzungsänderungsantrag eingereicht und vorgeschlagen, daß derselbe bei der kommenden Landesausschußsitzung behandelt wird. Ich übermittle Ihnen diesen Antrag zu Ihrer Unterrichtung und bemerke hierzu:

Der Antrag zielt in erster Linie auf eine stärkere Berücksichtigung der demokratischen Grundsätze in der Parteisatzung und damit im Parteileben ab.

Zunächst erscheint es notwendig, in den verschiedenen Stufen des Parteiapparates an die Stelle des *einen* Vorsitzenden ein mehrköpfiges Gremium zu setzen, im Antrag "Vorstand" genannt. Auf die §§ 14, 25, 37 und 54 wird verwiesen.

Grundsatz einer demokratischen Körperschaft muß es ferner sein, daß die Mitglieder über das Geschick dieser Körperschaft entscheiden. Deshalb ist es notwendig, sicherzustellen, daß der Wille der Mitglieder möglichst vollkommen zum Ausdruck kommt.

Der Wille der Mitglieder findet bisher bei der Bildung der Kreis-, Bezirks- und Landesversammlung nur einen ungenügenden Ausdruck, weil die Mitgliederstärke der Verbände bei der Zusammensetzung der Kreis-, Bezirks- und Landesversammlungen völlig unberücksichtigt bleibt. Es erscheint daher notwendig, die §§ 22, 34 und 44 so zu ändern, daß zwar jeder Unterverband vertreten ist, aber gleichzeitig seine Mitgliederstärke zur Geltung kommt.

Ebenso verlangen die demokratischen Grundsätze, daß in den Organen der Partei der Wille der *gewählten* Vertreter maßgebend ist. Nach den zur Zeit geltenden Bestimmungen ist eine so große Zahl von Personen stimmberechtigt, die nicht aufgrund ihrer Wahl, sondern aufgrund einer Funktion, die sie innehaben, stimmberechtigt sind, daß dieser Grundsatz erheblich beeinträchtigt ist. In den §§ 22, 25, 34, 37 und 47 des Satzungsänderungsentwurfes ist daher vorgesehen, daß bestimmte Personen in den Parteiorganen lediglich Sitz, aber keine Stimme haben.

Um unverfälschte Abstimmungsergebnisse zu sichern, erscheint es auch notwendig, das mehrfache Stimmrecht einzelner Delegierter zu beseitigen. Ebenso ist es geboten, der Stimmrechtshäufung im Wege der Stimmrechtsübertragung vorzubeugen.

[1] BayHStA, NL Pfeiffer 533, hektographiertes Exemplar.

Diesen Zielen dienen die vorgeschlagenen Änderungen zu § 67, soweit sie die Einschaltung eines weiteren Satzes nach Satz 2 und nach Satz 3 des Absatzes 1 betreffen.
Um die Landesvorstandschaft, die bisher infolge ihrer großen Mitgliederzahl (über 40) viel zu ungefüge war und daher kaum zusammentrat, arbeitsfähig zu machen, ist es notwendig, deren Mitgliederzahl wesentlich zu vermindern (§ 49 des Entwurfes). Bei der Bedeutung dieses Organs erscheint es auch notwendig, § 51 der Satzung dahin zu ändern, daß die Landesvorstandschaft mindestens alle zwei Monate zusammentreten muß.
Die Einrichtung einer geschäftsführenden Landesvorstandschaft, wie § 53 der Satzung festlegt, entspricht nicht demokratischen Grundsätzen, weil es sich nicht um ein gewähltes, sondern um ein vom Landesvorsitzenden berufenes Gremium handelt. Auf diese Einrichtung kann künftig verzichtet werden, weil der Landesvorstand bereits ein mehrköpfiges Gremium darstellt.
Dem Grundsatz der Dezentralisierung, der zugleich eine demokratische Forderung ist, dienen die vorgeschlagenen Änderungen der §§ 4 und 17 der Satzung und des neuen § 62, Absatz 2 und 3 des Entwurfs.
Die übrigen Änderungen entspringen zum Teil praktischen Bedürfnissen, zum Teil sind sie auch lediglich redaktioneller Art und so fort, so daß auf eine Erläuterung in diesem Zusammenhang zunächst verzichtet werden kann.

Dr. Dr. A. Hundhammer
1. Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern
der Christlich-Sozialen Union in Bayern

Anlage

Antrag des Bezirksverbandes Oberbayern der Christlich-Sozialen Union in Bayern
für die Änderung der Satzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern

§ 1

Hinter "München" ist ein Punkt zu setzen, das nachfolgende "und" ist zu streichen. An seiner Stelle ist zu setzen: "die Landesvorstandschaft".

§ 4, Absatz 4

Neufassung: Lehnt die Vorstandschaft die Aufnahme ab, kann der Bewerber die Entscheidung der Kreisvorstandschaft anrufen, lehnt ein städtischer Kreisverband die Aufnahme ab, kann der Bewerber die Entscheidung der Bezirksvorstandschaft anrufen.

§ 10

Neufassung: Die Mitglieder einer oder mehrerer Ortschaften einer politischen Gemeinde oder eines Stadtteiles gleicher Größenordnung sollen einen Ortsverein bilden. Solange kein Ortsverein gebildet ist, muß eine Ortsobmannschaft gebildet werden.

§ 13, Absatz 2

Vor "Vorsitzende" ist einzufügen: "erste".

§ 14

Neufassung des Absatz 1: Die Ortsvorstandschaft besteht in der Regel aus mindestens fünf Mitgliedern:

a. dem ersten, zweiten und dritten Vorsitzenden, einem Schriftführer und einem Kassier (Ortsvorstand)
b. dem Fraktionsvorsitzenden des Gemeinde- bzw. Stadtrates und dem ersten Bürgermeister, gegebenenfalls dem zweiten Bürgermeister, wenn diese CSU-Angehörige sind,
c. zwei weiteren Mitgliedern.

Absatz 2: ist zu streichen.

Änderung des Absatz 3: Die Worte "und Stimme" sind zu streichen.

§ 15, Absatz 5, § 16, Absatz 3

Satz 3: Statt "Ortsvorsitzende" ist zu setzen: "1. Vorsitzende der Ortsvorstandschaft".

§ 17

Neufassung: Der Ortsverein wird durch Beschluß der Mitgliederversammlung aufgelöst. Dabei sind die Bestimmungen des § 67, Absatz 2 a und c zu beachten.

§ 18

zu streichen.

§ 19

Die Ortsvereine eines Landkreises oder Stadtkreises sollen sich zu einem Kreisverband zusammenschließen.

§ 22

Neufassung: Die Kreisversammlung besteht aus:

a. mindestens je einem stimmberechtigten Vertreter der angeschlossenen Ortsvereine. Ortsvereinen mit mehr als 100 Mitgliedern steht für je 100 Mitglieder ein Delegierter zu. Verbleibt bei der Teilung der Gesamtmitgliederzahl durch 100 ein durch diese Zahl nicht mehr teilbarer Rest, der größer ist als 33, steht dem Kreisverband auch hierauf ein Delegierter zu.
b. dem Vorsitzenden der Kreistagsfraktion in Landkreisen bzw. dem Vorsitzenden der Stadtratsfraktion in Stadtkreisen,
c. den im Gebiet des Kreisverbandes ansässigen Mandatsträgern zu den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften des Kreises, des Bezirkes und des Parlaments sowie den im Gebiet des Kreisverbandes ansässigen Mitgliedern der höheren Organisationsstufen der Union.

Die unter c aufgeführten Vertreter haben kein Stimmrecht.

§ 23, Buchstabe h

Statt "Vorstands" ist zu setzen "Vorstandschaft".

§ 25

Neufassung: 1. Die Kreisvorstandschaft besteht aus:

a. dem ersten, zweiten und dritten Vorsitzenden, zwei Schriftführern und zwei Kassieren (Kreisvorstand),
b. dem Vorsitzenden der Kreistagsfraktion in Landkreisen, der Stadtratsfraktion in Stadtkreisen,

c. mindestens vier weiteren Mitgliedern,
d. den im Kreisgebiet ansässigen Mitgliedern des Bezirkstags, des Landtags und der Vorstandschaften der höheren Organisationsstufen der Union.

Die unter d aufgeführten Vertreter haben kein Stimmrecht.

§ 25, Absatz 2

zu streichen (siehe § 14, Absatz 2).

§ 26, Absatz 2, letzter Satz

Vor Vorsitzende ist einzufügen: "erste".

§ 29

Neufassung: Der Kreisverband wird aufgelöst:
1. durch Beschluß der Landesvorstandschaft.
2. Er gilt als aufgelöst, wenn die Zahl der angeschlossenen Ortsvereine unter drei sinkt.
3. Gegen den Auflösungsbeschluß der Landesvorstandschaft kann schriftlich Berufung beim Schiedsgericht des Landesverbandes eingelegt werden. Die Berufung gilt als frist- und formgerecht eingelegt, wenn sie innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung des Auflösungsbeschlusses eingebracht wird und von mindestens einem Viertel der angeschlossenen Ortsvereine unterschrieben ist. Gegen den Entscheid des Schiedsgerichtes ist innerhalb von vier Wochen nach Zustellung Einspruch bei der nächsten Landesversammlung zulässig. Der Einspruch muß von mindestens einem Viertel der angeschlossenen Ortsvereine unterschrieben sein. Die Landesversammlung entscheidet endgültig.

§ 30

zu streichen.

§ 34

Neufassung: Die Bezirksversammlung besteht aus:
a. mindestens einem stimmberechtigten Vertreter jeden Kreisverbandes. Kreisverbänden mit mehr als 250 Mitgliedern steht für je 250 Mitglieder ein Delegierter zu. Verbleibt bei der Teilung der Mitgliederzahl durch 250 ein durch diese Zahl nicht mehr teilbarer Rest, der größer ist als 125, steht dem Kreisverband auch hierauf ein Delegierter zu.
b. dem Vorsitzenden der Bezirkstagsfraktion bzw. der Stadtratsfraktion in städtischen Bezirksverbänden,
c. den im Gebiet des Bezirksverbandes ansässigen Landtagsabgeordneten und Angehörigen der Organe des Landesverbandes,
d. den Mitgliedern der Bezirkstagsfraktion bzw. in städtischen Bezirksverbänden der Stadtratsfraktion.

Die unter c und d aufgeführten Vertreter haben kein Stimmrecht.
Befinden sich unter den gewählten Delegierten keine Vertreter der Frauen und der Jugend, hat die Bezirksversammlung nach den Vorschlägen der Bezirksvorstandschaft je einen Vertreter hinzuzuwählen. Der Jugendvertreter darf das 28. Lebensjahr nicht vollendet haben.

§ 35

Änderung:

Buchstabe e: Wahl der Vertreter zum Landesausschuß,

Buchstabe f: Wahl je eines Vertreters der Frauen und der Jugend zur Landesversammlung. Der Jugendvertreter darf das 28. Lebensjahr nicht vollendet haben.

Buchstabe l: Aufstellen der Wahlvorschläge für den Landtag unter Zusammenfassung der bindenden Vorschläge der Kreisversammlungen gemäß § 23 Buchstabe d.

§ 36

Neufassung:

1. Die Bezirksversammlung tritt mindestens halbjährlich, außerdem nach Bedarf zusammen. Sie wird vom Bezirksvorstand schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens 14 Tagen einberufen. Der Bezirksvorstand hat die Einberufung einer Bezirksversammlung mindestens vier Wochen vor deren Zusammentritt anzukündigen, sofern nicht eine besondere Dringlichkeit vorliegt, und die Delegierten zur Einreichung von Anträgen innerhalb einer Frist von zehn Tagen aufzufordern.

§ 37, Absatz 1

Neufassung: 1. Die Bezirksvorstandschaft besteht aus:

a. dem ersten, zweiten und dritten Vorsitzenden, zwei Schriftführern und zwei Kassieren (Bezirksvorstand),
b. dem Vorsitzenden der Bezirkstagsfraktion, bei städtischen Bezirksverbänden dem Vorsitzenden der Stadtratsfraktion,
c. dem stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksständerates,
d. mindestens sechs weiteren Mitgliedern,
e. den im Bereich des Bezirksverbandes gewählten Landtagsabgeordneten der Union,
f. den im Bereich des Bezirksverbandes ansässigen Mitgliedern der Landesvorstandschaft.

Die unter e und f aufgeführten Vertreter haben kein Stimmrecht.

§ 41

zu streichen.

§ 42, Absatz 2

Neufassung: § 29, Absatz 3 gilt entsprechend.

§ 43

Änderung:

d. der Landesvorstand,
g. Schiedsgericht.

§ 44

Änderung: a. mindestens einem stimmberechtigten Vertreter jeden Kreisverbandes. Kreisverbänden mit mehr als 250 Mitgliedern steht für je 250 Mitglieder ein Delegierter zu. Verbleibt bei der Teilung der Mitgliederzahl durch 250 ein durch diese

Zahl nicht mehr teilbarer Rest, der größer ist als 125, steht dem Kreisverband auch hierauf ein Delegierter zu.

§ 45

Änderung: Satz 1: Die Landesversammlung wählt den Parteivorstand.

§ 46, Absatz 1

Neufassung:

1. Die Landesversammlung tagt jährlich einmal. Sie wird vom Landesvorstand mit einer Frist von mindestens 14 Tagen unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Mindestens einen Monat vor dem Zusammentritt der Landesversammlung hat der Landesvorstand den Delegierten deren Einberufung schriftlich anzukündigen und sie dabei aufzufordern, Anträge innerhalb zehn Tagen einzureichen.

Absatz 2: Bei a. ist das Wort "geschäftsführender" zu streichen.

§ 47 c

c. Neufassung:

[c.] mindestens einem Vertreter jeden Bezirksverbandes. Bezirksverbänden mit mehr als 2000 Mitgliedern steht für je 2000 Mitglieder ein Delegierter zu. Verbleibt bei der Teilung der Mitgliederzahl durch 2000 ein durch diese Zahl nicht mehr teilbarer Rest, der größer ist als 1000, steht dem Bezirksverband auch hierauf ein Delegierter zu.

Die unter b und d aufgeführten Vertreter haben kein Stimmrecht.

Befinden sich unter den Delegierten nicht mindestens je drei Vertreter der Frauen und der Jugend, hat der Landesausschuß bis zu dieser Zahl nach den Vorschlägen der Landesvorstandschaft Vertreter der Frauen und der Jugend hinzuzuwählen. Die Vertreter der Jugend dürfen das 28. Lebensjahr nicht vollendet haben.

§ 48, Absatz 2, Satz 2

Statt "zweimal": "dreimal".

Hinter Satz 3 ist einzufügen: "mindestens drei Wochen vor dem Zusammentritt des Landesausschusses hat der Landesvorstand dessen Einberufung den Delegierten schriftlich anzukündigen und sie dabei aufzufordern, Anträge innerhalb einer Woche einzureichen".

Letzter Absatz, Änderung: Statt "Landesvorsitzenden" ist zu setzen: "Landesvorstand".

§ 49

Neufassung: Die Landesvorstandschaft besteht aus:

a. dem Landesvorstand,
b. zehn von den Bezirksverbänden zu wählenden Vertretern zur Landesvorstandschaft,
c. einer vom Landesausschuß zu wählenden Vertreterin der Frauen,
d. einem vom Landesausschuß zu wählenden Vertreter der Jugend; dieser darf das 28. Lebensjahr nicht vollendet haben,
e. einem der Union angehörenden Mitglied der Staatsregierung, das von den Unionsmitgliedern der Staatsregierung bestimmt wird. Stellt die Union den Ministerpräsidenten, gehört dieser der Landesvorstandschaft an.

f. dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion,
g. einem der Union angehörenden Mitglied des Landtagspräsidiums, das von den der Union angehörenden Mitgliedern des Landtagspräsidiums bestimmt wird. Stellt die Union den Landtagspräsidenten, gehört dieser der Landesvorstandschaft an.
h. dem Vorsitzenden des berufsständischen Rates.

§ 51

Änderung, Satz 1: Statt "vierteljährlich": "alle zwei Monate".
In Absatz 1, Satz 2, und in Absatz 2, Satz 2, ist anstelle "Landesvorsitzende" zu setzen: "Landesvorstand".
In Absatz 2 ist hinter "beantragt wird" anzufügen: "oder wenn es ein Mitglied des Landesvorstandes verlangt."

§ 52

Änderung: In Absatz 2, Satz 1, ist "geschäftsführenden" zu streichen und vor das Wort "Vorstandschaft" zu setzen: "Landes".
In Absatz 3 ist anstelle "vom Landesvorsitzenden" zu setzen: "vom ersten Landesvorsitzenden".

§ 53

zu streichen.

§ 54

Neufassung:
1. Der Landesvorstand besteht aus dem ersten, zweiten und dritten Landesvorsitzenden, zwei Schriftführern und zwei Kassieren.
2. Der Landesvorstand führt die Geschäfte der Union und vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich.
3. Die Landesvorstandschaft erläßt eine Geschäftsordnung für den Landesvorstand.
4. Der Landesvorstand muß mindestens alle 14 Tage zu einer Sitzung zusammentreten.
5. Scheidet ein Mitglied des Landesvorstandes vorzeitig aus, hat die Landesvorstandschaft unverzüglich aus ihrer Mitte vorläufig ein Mitglied in den Landesvorstand zu entsenden. Bei der nächsten Landesausschußsitzung hat dieser die endgültige Regelung für die Zeit bis zu einer ordnungsgemäßen Neuwahl zu treffen.

§ 56

Anstelle "Landesvorsitzenden" ist zu setzen: "Landesvorstand".

§ 59

zu streichen.

§ 61

An die Stelle des Absatz 2, Satz 2 tritt: "Der erste Vorsitzende wird im Falle seiner Verhinderung durch den zweiten Vorsitzenden und bei dessen Verhinderung durch den dritten Vorsitzenden vertreten."
Absatz 3 ist zu streichen.

§ 61 a

neu: "Die Mitglieder aller Organe der Union sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten lediglich Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit entstandenen baren Auslagen."

§ 56 und § 62 der Satzung

zu streichen. An ihre Stelle tritt:

1. Beim Landesverband wird eine Landesgeschäftsstelle unter der Leitung eines Landesgeschäftsführers unterhalten. Der Landesgeschäftsführer und die sonstigen Kräfte der Landesgeschäftsstelle werden von der Landesvorstandschaft angestellt und besoldet.
2. Jeder Bezirksverband hat eine Bezirksgeschäftsstelle zu unterhalten. Der Bezirksgeschäftsführer wird von der Bezirksvorstandschaft im Einvernehmen mit der Landesvorstandschaft angestellt. Dem Bezirksverband obliegt auch die Besoldung des Bezirksgeschäftsführers und der erforderlichen Hilfskräfte. Die Landesvorstandschaft kann leistungsschwachen Bezirksverbänden einen Beitrag zur Deckung der Unkosten der Bezirksgeschäftsstelle bewilligen.
3. Die Errichtung von Kreisgeschäftsstellen ist Aufgabe der Kreisverbände. Die Anstellung der Kreisgeschäftsführer erfolgt durch die Kreisvorstandschaft im Einvernehmen mit der Bezirksvorstandschaft. Den Kreisverbänden obliegt die Besoldung der Kreisgeschäftsführer und allenfallsiger Hilfskräfte. Die finanziellen Verpflichtungen der Kreise gegenüber dem Bezirks- und Landesverband werden durch die Leistungen des Kreises für die Kreisgeschäftsstelle nicht berührt.

§ 62 a

Die Landesvorstandschaft erläßt eine Dienstanweisung für die Landesgeschäftsstelle, einheitliche Dienstanweisungen für die Bezirks- und die Kreisgeschäftsstellen und eine verbindliche Gehaltsordnung für sämtliche in der Union beschäftigten hauptamtlichen Kräfte.

§ 63

Änderung: In Absatz 1 ist zu setzen anstelle "Vorsitzenden" das Wort: "Vorstandschaften".
In Absatz 2 ist einzufügen vor "Vorsitzenden": "ersten".

§ 64,[2] Absatz 2, 5, 6

Vor "Vorsitzenden" ist jeweils zu setzen: "ersten".

§ 67

Änderung: In Absatz 1 ist nach Satz 2 einzufügen: Jeder stimmberechtigte Vertreter verfügt nur über eine Stimme, auch wenn er mehrere Funktionen bekleidet, von denen jede einzelne ihm ein Stimmrecht gewährt.
Nach Satz 3 ist einzufügen: Stimmrechtübertragungen sind nur an den Vertreter eines benachbarten Gebietes zulässig. Niemand kann im Wege der Stimmrechtübertragung mehr als eine Stimme vertretungsweise übernehmen.

[2] In der Vorlage: "65", doch besteht § 65 der geltenden Satzung nur aus einem Satz. Dies gilt auch für § 66, es muß also § 64 gemeint sein.

Im Anschluß an den bisherigen Absatz 1 anfügen: In der Landesversammlung ist nur abstimmungsberechtigt, wer einen ordnungsmäßigen auf den Namen lautenden Delegiertenausweis in Händen hat. [...][3]
Bei namentlichen Abstimmungen ist bei Abgabe des Stimmzettels der Delegiertenausweis vorzuzeigen. Aufgrund einer Stimmrechtsübertragung kann nur abstimmen, wer die Stimmrechtsübertragung durch den Delegiertenausweis des Vertretenen und eine ordnungsgemäße Vollmacht des Vertretenen, die mit der Zustimmung des vertretenen Organs versehen ist, nachweist.
In § 67, Absatz 1, Satz 5 ist vor "Vorsitzende" zu setzen: "erste".

§ 68, Absatz 1

Buchstabe a und b: Statt "Geschäftsführende Landesvorstandschaft und der Landesvorsitzende" ist zu setzen "der Landesvorstand".
Buchstabe c, zu streichen: "der geschäftsführenden Landesvorstandschaft".

§ 70, Satz 1

Die Organe der Union werden stets in schriftlicher, geheimer Abstimmung gewählt. Ebenso ist bei der Aufstellung von Kandidaten und so fort zu verfahren.
Änderung Satz 2: Alle Organe werden, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist, für zwei Jahre gewählt. Die Amtsdauer endigt auch vor Ablauf dieser Zeit, wenn in der Zwischenzeit eine Neuwahl stattfindet. Die neuen Organe übernehmen ihr Amt, wenn nicht etwas anderes beschlossen wird, mit dem Tag der Wahl.

§ 70 a

neu: Die Fristen für Einladungen und so fort im Sinne der §§ 13, 24, 36, 38, 46, 48 und 51 beginnen mit dem Tag der Aufgabe zur Post. Für die Berechnung des Fristablaufs gelten die Vorschriften des BGB entsprechend.

§ 71, Absatz 2

Vor "Vorsitzenden" ist einzufügen: "ersten".

[3] In der hektographierten Vorlage ist eine Zeile abgeschnitten, die auch in anderen Exemplaren (ACSP, NL Arnold 4) fehlt.

Nr. XXII

Satzungsänderungsentwurf des Satzungsausschusses der Christlich-Sozialen Union, Februar 1948

Satzungsänderungsentwurf, bearbeitet von dem in Erlangen [3./4. Januar 1948] vom Landesausschuß gewählten Satzungsausschuß unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Landesversammlung in Marktredwitz [24./25. Januar 1948][1]

§ 3

Letzter Satz: Streiche 17. Lebensjahr, setze dafür 18. Lebensjahr.
Fußnote: Streiche "außerdem ist nicht aufnahmefähig", setze dafür: "Nicht aufnahmefähig ist, wer"

§ 4

Ziffer 1, letzte Zeile: Streiche "Schiedsgerichtsordnung", setze dafür "Schiedsordnung".
Ziffer 2, neue Fassung: Über die Aufnahme entscheidet nach Stellungnahme der zuständigen Ortsvorstandschaft die Vorstandschaft des Organs oder der überörtlichen Gliederung der Union, an die der Aufnahmeantrag gerichtet ist. Die Stellungnahme der zuständigen Ortsvorstandschaft hat zwei Wochen nach Eingang der Mitteilung über die Stellung des Aufnahmeantrags zu erfolgen. Wird in der vorgesehenen Frist keine Stellungnahme gegeben, so wird Zustimmung angenommen.
Ziffer 4, neue Fassung: Lehnt die Vorstandschaft des Orts-, Kreis- oder Bezirksverbandes oder der Arbeitsgemeinschaft, bei der die Aufnahme beantragt wurde, den Antrag ab, so kann die Entscheidung bei der Vorstandschaft des nächsthöheren Organs oder der nächsthöheren Gliederung bis zur Landesvorstandschaft beantragt werden, die zu schriftlicher Entscheidung verpflichtet sind. Die Landesvorstandschaft entscheidet endgültig.

§ 5

Streiche letzter Satz. Neu letzter Satz: Nur Mitglieder können ein Amt oder eine Kandidatur in der Union oder für die Union übernehmen.
3. Absatz neu: Jedes Mitglied der Union genießt gegenüber Dritten den Schutz der Partei, insbesondere dann, wenn es wegen seiner Mitgliedschaft in der Union, wegen seiner Betätigung für die Union oder wegen der Führung eines Parteiamtes oder eines öffentlichen Amtes ungerechtfertigten Angriffen ausgesetzt ist.

§ 7

Ziffer 8 neue Fassung: Gegen die Entscheidung des ersten Schiedsgerichtes ist Berufung nach der Schiedsordnung gestattet.

[1] BayHStA, NL Pfeiffer 41, hektographiertes Exemplar. Der Landesausschuß vom 28. und 29. Februar 1948 faßte zwei Beschlüsse zur Satzungsänderung, die in Dok. XVII, S. 1795, Anm. 6, und S. 1798, Anm. 8, festgehalten sind.

C

Streiche Gliederung der Union, setze dafür: C Aufbau der Union

§ 9

Neue Fassung Übersicht:
Die Union gliedert sich:
a. gebietsmäßig in:
   I. Ortsverbände,
   II. Kreisverbände,
   III. Bezirksverbände.,
   IV. den Landesverband.
b. nach Arbeitsgemeinschaften in:
   I. Die Arbeitsgemeinschaft Junge Union,
   II. Die Arbeitsgemeinschaft Frauen der Union,
   III. Die Arbeitsgemeinschaft der Union der Ausgewiesenen,
   IV. Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer in der Union,
   V. Die Arbeitsgemeinschaft für Handel, Gewerbe und Industrie in der Union,
   VI. Die Arbeitsgemeinschaft der Bauern in der Union.

Die Arbeitsgemeinschaften wählen ihre Vertreter in den Organen der Union selbst. Die Satzungen der Arbeitsgemeinschaften sind vom Landesausschuß zu genehmigen und den Satzungen der Union als Anlage beizufügen. Die Bildung neuer Arbeitsgemeinschaften bedarf der Genehmigung des Landesausschusses.

§ 10

Zusatz: Zur Gründung eines Ortsverbandes ist eine Mindestzahl von sieben Mitgliedern erforderlich.

§ 12

Ziffer 5 neu einfügen:
5. die nach Bedarf zu bildenden Arbeitsgemeinschaften.

§ 13

Ziffer 1, Litera g neue Fassung:
g. die Wahl von zwei Vertretern zur Kreisversammlung,
Ziffer 1, Litera k neu einfügen:
k. einem nach Bedarf zu bildenden Beirat,
Ziffer 1, Litera l neu einfügen:
l. die nach Bedarf zu bildenden besonderen Ausschüsse und wählt deren Vorsitzende,
Ziffer 4: Streiche in der ersten Zeile "unverzüglich", setze dafür: binnen 14 Tagen.
Streiche 2. Zeile "einem Drittel", setze dafür: "einem Viertel".
Ziffer 5, zweiter Satz ändern in: Sie können ferner ... angezeigt werden. In kleinen ...

§ 14

Ziffer 3, neue Fassung: Der Vorsitzende der Gemeinderatsfraktion, die Vorsitzenden der örtlichen Arbeitsgemeinschaften, soweit diese mindestens sieben Mitglieder haben, haben Sitz und Stimme in der Vorstandschaft. In Städten mit mehreren Ortsver-

bänden hat in jeder Ortsvorstandschaft jeweils einer der im Bereich des Ortsverbandes wohnhaften Stadträte Sitz und Stimme.

§ 15

Ziffer 2: Streiche in der letzten Zeile die Worte: "und der Jugend".
Ziffer 3: Streiche Satz 2 und 3.
Ziffer 4: Ersetze das Wort "Obleute" durch das Wort: "Vorsitzende".

§ 15 a

Neu: Arbeitsgemeinschaften

In den Ortsverbänden bilden sich die Arbeitsgemeinschaften nach ihren Satzungen.

§ 16

Ziffer 1, Streiche: "oder zur Pflege ... Jugend", [Ziffer 1 lautet dann:] ... Sozial- und Kommunalpolitik kann die ...
Ziffer 3, Streiche: Obmann, setze dafür Vorsitzender:

3. Vorsitzende

Die Ausschüsse wählen ... einen Vorsitzenden. Der Vorsitzende ... der Ausschußtätigkeit.

Die Vorsitzenden gehören dem Beirat an.

§ 17

Ziffer 1, Litera b neu:

b. Wenn die Zahl der Mitglieder unter sieben sinkt.

Litera b alt wird Litera c.

§ 20

Litera h neue Fassung:

h. politische Unterrichtung und Bildung der Mitarbeiter,

§ 21

Litera d neue Fassung: d. die Arbeitsgemeinschaften der Union
Litera e neue Fassung: e. die nach Bedarf zu bildenden Arbeitsausschüsse
Litera f neue Fassung: f. das Schiedsgericht.

§ 22

Litera b streichen. Neue Fassung:

b. den Mitgliedern der Kreisvorstandschaft.

Litera c streichen. Neue Fassung:

c. Je zwei Vertretern der Arbeitsgemeinschaft Junge Union, der Arbeitsgemeinschaft der Frauen und der Arbeitsgemeinschaft der Ausgewiesenen, ferner je ein Vertreter der übrigen Arbeitsgemeinschaften.

§ 23

Litera 1 streichen. Neue Fassung:

1. Beschlußfassung über die Grundsätze der Politik der Union im Kreistag bzw. Stadtrat.

Litera m ist alt Litera l: m. Beschlußfassung ... und Verdienstausfälle,
Litera n ist alt Litera m: n. Wahl von zwei Kassenprüfern.

§ 24

Ziffer 3 neue Fassung:

3. Die Kreisversammlung ist schriftlich mit einer Frist von einer Woche unter Angabe der Tagesordnungen einzuberufen und ferner unter Angabe der wichtigsten Punkte der Tagesordnung (Wahlen) in den Mitteilungen der Union oder einer im Bereich des Kreisverbandes erscheinenden Tageszeitung anzuzeigen.

§ 25

Ziffer 1 streichen. Neue Fassung:

1. Die Kreisvorstandschaft besteht aus:
   a. dem Vorsitzenden und zwei Stellvertretern,
   b. mindestens vier weiteren Mitgliedern,
   c. dem Vorsitzenden der Kreistags- (Stadtrats-) Fraktion,
   d. dem der Union angehörenden Landtagsabgeordneten bzw. Landtagskandidaten des Kreises,
   e. den Vorsitzenden der im Kreise bestehenden Arbeitsgemeinschaften.

Ziffer 3 neu:

3. Die Kreisvorstandschaft tritt mindestens einmal im Vierteljahr zusammen.

§ 26

Ziffer 2, 2. Satz: Neue Fassung:

Er soll berufsständisch gegliedert sein und insbesondere aus Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie, des kulturellen Lebens, der freien Berufe und der Beamtenschaft der Union bestehen.

Ziffer 2, Absatz 2: Neue Fassung:

Dem Kreisbeirat gehören ferner an: Die Vorsitzenden der Ausschüsse und die Mitglieder der Kreistags- (Stadtrats-) Fraktion sowie die im Kreisverband ansässigen Mitglieder der höheren Organisationsstufen der Union. Der Vorsitzende des Kreisverbandes übt gleichzeitig den Vorsitz im Kreisbeirat aus.

§ 27

Ziffer 2, Litera b: Neue Fassung:

b. Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den Ausschußvorsitzenden aufgrund von Vorschlägen der Ortsvorstandschaften und der Arbeitsgemeinschaften der Union berufen.

§ 33

Neue Fassung:

Organe des Bezirksverbandes sind:

a. die Bezirksversammlung,
b. die Bezirksvorstandschaft,
c. die Arbeitsgemeinschaften der Union,
d. nach Bedarf zu bildende Arbeitsausschüsse,
e. das Schiedsgericht.

§ 34

Litera b streichen. Neue Fassung:
b. den Mitgliedern der Bezirksvorstandschaft.
Litera c streichen. Neue Fassung:
c. je drei Vertretern der Jungen Union, je zwei Vertretern der übrigen Arbeitsgemeinschaften.
Litera d: Streichen.
Litera e: Streichen.

§ 35

Litera b: Streichen.
Litera c alt wird Litera b: b. ...
Litera d alt wird Litera c: c. ...
Litera e alt wird Litera d: d. ...
Litera f: Streichen.
Litera g alt wird Litera e: e. ...
Litera h alt wird Litera f: f. ...
Litera i mit o alt werden Litera g. mit m.

§ 36

Ziffer 1, letzte Zeile streichen: "von zehn Tagen". Setze dafür: "von 14 Tagen".

§ 37

Litera a neue Fassung:
a. dem Vorsitzenden und zwei Stellvertretern,
Litera c:
c. je einem Vertreter der Arbeitsgemeinschaften der Union,
Litera d streichen. Alt e wird Litera d:
d. dem Vorsitzenden der Bezirkstags- (Stadtrats-) Fraktion ...
Litera f streichen.
Ziffer 2 neu:
2. Die Vorsitzenden der Ausschüsse nehmen an den Sitzungen mit beratender Stimme teil.
Ziffer 2 alt wird Ziffer 3:
3. Die Bezirksvorstandschaft soll ... verlangt.

§ 38

Wird gestrichen.

§ 39

Ziffer 3: neue Fassung:
3. Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den Ausschußvorsitzenden aufgrund von Vorschlägen der Kreisverbände und der Arbeitsgemeinschaft der Union berufen.

§ 43

Litera d: neue Fassung:
d. der Landesvorstand.

Litera e alt streichen. Neue Fassung:
e. die Arbeitsgemeinschaften
Litera g neu:
g. das Landesschiedsgericht.

§ 44

Litera a: Neue Fassung:
a. je zwei stimmberechtigte Vertreter eines jeden Kreisverbandes bis zu 500 Mitgliedern; für je weitere volle 500 Mitglieder entsendet jeder Kreisverband einen weiteren stimmberechtigten Vertreter, jedoch nicht mehr als insgesamt zwei zusätzliche stimmberechtigte Vertreter.
Litera d streichen.
d. zwei Vertretern der Jungen Union, je einem Vertreter der übrigen Arbeitsgemeinschaften jeden Bezirksverbandes.
Litera e streichen.

§ 45

Litera d: neue Fassung:
d. die allgemeinen Richtlinien der Politik für die Partei und ihre Vertreter in Landtag und Regierung.

§ 47

Litera c alt wird Litera a:
a. je fünf Vertreter der Bezirksverbände
Litera a alt wird Litera b:
b. der Landesvorstandschaft
Litera b alt streichen.
Litera c neu:
c. zwei Vertretern der Jungen Union und je ein Vertreter der übrigen Arbeitsgemeinschaften jeden Bezirksverbandes
Litera d alt streichen.
Litera e alt streichen.

§ 48

Litera b neu:
b. Die Wahl der beiden Stellvertreter des Landesvorsitzenden.
Litera b alt mit h alt werden Litera c mit i.
Litera i alt streichen.

§ 49

Litera b neu:
b. den beiden Stellvertretern des Landesvorsitzenden
Litara b alt wird Litera c: c. zehn vom Landesausschuß ...
Litera c alt streichen.
Litera d alt streichen.
Litera e alt streichen.
Litera d neu:
d. dem Vorsitzenden jedes Bezirksverbandes

Litera e neu:

e. den Staatsministern, soweit sie der Union angehören.

Litera f streichen.

Litera g alt wird Litera f: f. der Vorstandschaft der Landtagsfraktion.

Litera g neu:

g. vier Vertretern der Jungen Union, je zwei Vertretern der übrigen Arbeitsgemeinschaften der Union.

Litera h streichen:

h. den Mitgliedern des Landesvorstandes (§ 53) soweit diese nicht schon aus anderem Grunde Mitglieder der Landesvorstandschaft sind,

Litera i neu:

i. dem Landtagspräsidenten, sofern dieser der Union angehört, andernfalls ein der Union angehörendes Mitglied des Landtagspräsidiums, das von den der Union angehörenden Mitgliedern des Landtagspräsidiums gewählt wird.

§ 50

Litera f: Ersetze "Schulung" durch f. ... zur politischen Bildung von Mitarbeitern ...

§ 52

streichen.

§ 53

alt streichen. Neue Fassung:

1. Zur Entlastung der Landesvorstandschaft, zur Vereinheitlichung des Geschäftsbetriebes und zur Beratung dringender Angelegenheiten bildet der Landesvorsitzende einen aus Mitgliedern [sic!] bestehenden Landesvorstand, darunter je eine Frau, ein Ausgewiesener und ein Vertreter der jungen Generation, ferner gehören die beiden Stellvertreter des Landesvorsitzenden dem Landesvorstand an. Art und Umfang der Aufgaben des Landesvorstandes bestimmt die Landesvorstandschaft.

§ 55

Ziffer 4 einfügen:

4. ... von den Bezirksverbänden sowie den Arbeitsgemeinschaften gewählt. Jeder Bezirksverband kann drei sachverständige Vertreter, jede Arbeitsgemeinschaft auf Landesbasis drei sachkundige Vertreter entsenden. Die Vorsitzenden ... im Einvernehmen mit dem Landesvorstand.

§ 61

Ziffer 2, neue Fassung:

[2.] Sie haben jedoch, soweit in den Satzungen vorgesehen, zwei Stellvertreter, ferner Schatzmeister und Schriftführer aus ihrer Mitte zu wählen.

Ziffer 3 streichen.

§ 62

Ziffer 2 neue Fassung:

2. Die Geschäftsführer werden durch den Landesvorstand angestellt und bezahlt.

§ 64

Ziffer 2 neue Fassung:

2. Vom Kreisverband aufwärts ist die Kassen- und Rechnungsführung mindesten am Schluß eines jeden Geschäftsjahres von zwei unabhängigen, geprüften Kassenprüfern und dem Vorsitzenden oder einem von diesem zu benennenden Vertreter sachlich und formal zu prüfen.

Ziffer 4 ersetze: "Die Landesvorstandschaft" durch: "Der Landesvorstand".

§ 67

Ziffer 1 neue Fassung:

1. Alle Organe fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

Ziffer 2 neue Fassung:

[2.] Zur Beschlußfassung ist die Beschlußfähigkeit der Organe erforderlich. Sie sind beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte ihrer satzungsmäßigen Mitglieder anwesend ist. Wird Beschlußunfähigkeit festgestellt, so ist gleichzeitig ein Termin zu beschließen, zu dem eine neue Versammlung frühestens nach Ablauf einer Woche und spätestens innerhalb von vier Wochen einzuberufen ist, die dann mit einfacher Stimmenmehrheit beschließen kann.

Ziffer 3 neue Fassung:

[3.] Jeder stimmberechtigte Vertreter muß seine Stimmberechtigung durch schriftliche Vollmacht des von ihm vertretenen Organs der Partei nachweisen. Mit Zustimmung des vertretenen Organs kann ein stimmberechtigter Vertreter im Falle dringender Verhinderung seine Stimme durch schriftliche Vollmacht auf einen von ihm namhaft zu machenden Vertreter fallweise übertragen.

Vorschlag Junge Union:

"Jeder Stimmberechtigte kann nur über eine Stimme verfügen auch wenn er kraft seiner Ämter mehrfaches Stimmrecht haben würde. Auch auf dem Wege der Stimmübertragung kann niemand mehr als eine Stimme wahrnehmen."

Alt § 67, Ziffer 2-5 wird neu § 67 a, Ziffer 1-4.

§ 68

Ziffer 1, Litera a: Einfügung nach "Bezirksverband": a. ... Bezirksverband, jede Arbeitsgemeinschaft, ferner ...

Litera b, Einfügung nach "Bezirksverband": b. ... Bezirksverband, jede Arbeitsgemeinschaft, ferner ...

Litera c neue Fassung:

c. zur Landesvorstandschaft und zum Landesvorstand jedes Mitglied dieser Organe, ferner die Arbeitsgemeinschaften auf Landesbasis. Wünschen Ortsverbände oder Mitglieder Anträge zu stellen, so müssen sie sich an einen Antragsberechtigten wenden.

Ziffer 2 neue Fassung:

[2.] Den Organen der Unterverbände gegenüber ist jeweils jeder stimmberechtigte Teilnehmer antragsberechtigt.

§ 69

Ziffer 2 neue Fassung:

[2.] Die Verhandlungen aller anderen Organe der Union auf Landesbasis sind nur den satzungsgemäßen Teilnehmern zugänglich, die sich auf Verlangen legitimie-

ren müssen. Durch Mehrheitsbeschluß können Sachverständige zugezogen und Gäste zugelassen werden.

Ziffer 3 neu:

[3.] Die Mitglieder der höheren Organisationsstufen der Union und die der Union angehörenden Träger öffentlicher Mandate können an den Sitzungen der unteren Organe bzw. der Organe, innerhalb deren Bereich sie gewählt und ansässig sind, mit beratender Stimme teilnehmen.

Kurzbiographien der erwähnten Personen

Als die Veröffentlichung von Protokollen der Führungsgremien der CSU im Institut für Zeitgeschichte in Angriff genommen wurde, stand von vornherein fest, daß auf eine Kommentierung, die über textkritische Anmerkungen hinausgeht, verzichtet werden sollte. Zugleich beschloß man jedoch, die Dokumentation möglichst weitgehend zu erschliessen, um ihre Benutzbarkeit zu erleichtern. Dabei war nicht nur an ein Personen- sowie an ein Sach- und Ortsregister gedacht, sondern auch daran, die in den Quellen erwähnten Personen biographisch zu annotieren. Zunächst ging es lediglich darum, die wichtigsten Informationen - korrekte Schreibweise von Vor- und Familiennamen, Lebensdaten, Beruf, politische Tätigkeit zwischen 1945 und 1948 - zu ermitteln; im Laufe der Recherchen konnten jedoch immer mehr Daten gesammelt werden, so daß wir mehr und mehr dazu übergingen, regelrechte Kurzbiographien zu erstellen, die alle für den beruflichen und politischen Werdegang relevanten Angaben enthalten, soweit diese zu erheben waren.
Das Register umfaßt circa 740 Personen, die in Einleitung, Protokollen und im Anhang Erwähnung fanden.[1] Davon konnten 576 mit mehr oder weniger ausführlichen Biogrammen versehen werden, was einer Quote von etwa 75 Prozent entspricht. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß lediglich Personen biographisch erfaßt wurden, die im 20. Jahrhundert in Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft hervortraten; Staatsmänner des 18. und 19. Jahrhunderts, Philosophen oder Schriftsteller, deren Werke von führenden CSU-Politikern herangezogen wurden, um ihren Reden Glanz und größeres Gewicht zu verleihen, fanden im Personenregister, nicht aber im biographischen Anhang Berücksichtigung. Von den 576 Kurzbiographien entfallen 374 auf Mitglieder der CSU, wobei die politische Führungselite der Partei ebenso vertreten ist wie Funktions- und Mandatsträger auf lokaler Ebene. 91 Biogramme beziehen sich auf mehr oder weniger prominente Persönlichkeiten der bayerischen Zeitgeschichte, die nicht der CSU angehörten. Dieser Personenkreis umfaßt zum einen Politiker aus der Zeit der Weimarer Republik, insbesondere die führenden Männer der BVP, aus der Zeit des Nationalsozialismus und vor allem aus der Nachkriegsära. Da sich die Führungsgremien der CSU wiederholt mit den politischen Gegnern und den Konkurrenzparteien in Bayern auseinandersetzten, finden sich im biographischen Anhang auch die Spitzenpolitiker von SPD, KPD, FDP und WAV. Zum anderen umfaßt dieser Personenkreis Angehörige der Ministerialbürokratie und der Hochschulen, Vertreter der Wirtschaft, Repräsentanten der großen christlichen Konfessionen und die führenden Journalisten Bayerns.
Die Protokolle spiegeln zwar hauptsächlich innerparteiliche und innerbayerische Probleme wider, greifen jedoch immer wieder über diesen Bezugsrahmen hinaus. So enthält der

[1] Die Erstellung des Personenregisters durch EDV erwies sich im Laufe des Projekts als eine mögliche Fehlerquelle, da zum einen Bedienungsfehler nicht gänzlich ausgeschlossen werden konnten und zum anderen zunächst lediglich die Nachnamen erfaßt wurden. Ob sich mehrere Personen hinter einem Namen verbargen, ließ sich somit nicht auf Anhieb feststellen; bei der Erarbeitung des biographischen Anhangs wurden zwar alle Zweifelsfälle so sorgfältig wie möglich überprüft, es besteht jedoch die Möglichkeit, daß es in Ausnahmefällen zu Irrtümern gekommen ist. Nach Abschluß des Manuskripts stellte sich heraus, daß die in den Fußnoten der Einleitung genannten Personen nicht im Index erfaßt wurden. Dies konnte noch korrigiert werden, es war jedoch nicht möglich, den biographischen Anhang dementsprechend zu vervollständigen: So entfallen im einzelnen die Biogramme für Max Gerstl, Donald R. Heath, Reuter, James W. Riddleberger und Franz Xaver Stadelmayer.

biographische Anhang auch Informationen über 74 mehr oder weniger prominente Persönlichkeiten deutscher Politik sowie über 21 Politiker der vier Besatzungsmächte und anderer europäischer Staaten. Bei ersteren fällt auf, daß häufig Repräsentanten der Weimarer Republik und des nationalsozialistischen Staates sowie Vertreter des Widerstandes gegen das Dritte Reich in den Protokollen erwähnt wurden. Dies verweist sowohl auf die Auseinandersetzung über das Ende der ersten deutschen Demokratie und den Aufstieg des Nationalsozialismus, die in der CSU zwischen Sommer 1945 und Frühjahr 1946 besonders mit Blick auf die Rolle der BVP heftig geführt wurde, sowie auf die wiederholten Versuche Josef Müllers, seine stets umstrittene Position in der Partei durch die Betonung seiner Aktivitäten im Widerstand gegen die NS-Diktatur zu stärken. Die 16 Biogramme von Angehörigen des Besatzungsapparates stammen vorwiegend aus den Reihen der amerikanischen Militärregierung. Deren Erfassung erwies sich dabei als äußerst schwierig. Einerseits waren die Angaben in den Protokollen in mehreren Fällen falsch oder irreführend, so daß nicht einmal die korrekte Schreibweise des Nachnamens ermittelt werden konnte. Andererseits fluktuierte das Personal der Militärregierungen vor Ort so stark, daß sich meist weder in den OMGUS-Akten noch in den zuständigen Archiven die notwendigen Daten erheben ließen.[2]

Das Frageraster, das den Recherchen zugrunde lag, zielte sowohl auf die wichtigsten biographischen Informationen als auch auf politische Erfahrungen und Orientierungen sowie auf die Tätigkeit in Parteien. Neben den genauen Lebensdaten sollten auch der Geburtsort[3] und die Religionszugehörigkeit erfaßt werden, um Aussagen über die konfessionelle Bindung und - angesichts der vergleichsweise geringen Mobilität in den ländlichen Regionen Bayerns - die regionale Verteilung der Gründergeneration der CSU zu erhalten. Derartige Informationen gewinnen vor allem vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen katholischen und evangelischen Christen in der bayerischen Unionspartei einerseits und den Spannungen zwischen den drei großen Traditionszonen Bayerns[4], der altbayerischen, der fränkischen und der schwäbischen Traditionszone, andererseits an Bedeutung. Weiterhin galt es, nach Ausbildung und beruflichem Werdegang zu fragen; um Brüche in den einzelnen Biographien, z.B. durch politische Einflüsse oder Kriegsteilnahmen, transparenter zu machen, wurde dabei gleichermaßen Wert auf alle Lebensabschnitte gelegt. In diesem Zusammenhang versuchten wir auch, etwas über das Schicksal der Mitbegründer der CSU während der NS-Zeit in Erfahrung zu bringen. Da das Spektrum der Erfahrungen von Mitläufertum, mehr oder weniger starker Anpassung an das Regime bis zu aktivem Widerstand und politischer Verfolgung reichte, erwies sich dieses Unterfangen als schwierig. Von Mandatsträgern selbst verfaßte Kurzportraits sind meist nicht frei von Selbststilisierungen; Nachrufe auf Politiker auf lokaler und regionaler Ebene, die in einschlägigen Presseorganen publiziert wurden, erwiesen sich in dieser Hinsicht ebenfalls nicht immer als zuverlässig. Trotz solcher Vorbehalte wurden auch nicht zweifelsfrei zu verifizierende

[2] Auch die Aufstellung über das Personal der amerikanischen Militärregierung, die im Rahmen des OMGUS-Handbuchs erarbeitet worden ist, gab nicht immer oder nur unvollkommen Auskunft über Namen, Dienstgrad und Aufgabenbereich der fraglichen Offiziere. Christoph Weisz (Hrsg.), OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949, München 1994.

[3] Sofern diese Orte in Bayern liegen, ist zum besseren Verständnis auch der entsprechende Regierungsbezirk angegeben; lediglich bei den Städten, die Sitz einer Bezirksregierung sind (München, Landshut, Regensburg, Augsburg, Ansbach, Bayreuth und Würzburg), sowie bei Nürnberg wurde darauf verzichtet.

[4] Vgl. dazu Alf Mintzel, Regionale politische Traditionen und CSU-Hegemonie in Bayern, in: Dieter Oberndörfer, Karl Schmitt (Hrsg.), Parteien und regionale Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1991, S. 125-178.

Angaben über das Schicksal der Mitbegründer der CSU während des Dritten Reiches in die Kurzbiographien aufgenommen.
Am ausführlichsten sollten die politischen Aktivitäten der in den Protokollen erwähnten Personen für die Zeit nach 1945 dokumentiert werden. Was die Funktions- und Mandatsträger der bayerischen Unionspartei betrifft, finden sich in den Kurzbiographien Angaben zu ihren Ämtern in der Partei auf Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesebene, zu ihren Ämtern in Regierung und Verwaltung sowie zu ihren Mandaten in Gemeinde- und Stadträten, Kreis- und Bezirkstagen, im Bayerischen Landtag und im Bundestag. Ämter und Mandate auf lokaler und regionaler Ebene konnten aber nur insoweit erfaßt werden, als es die Aktenlage und die Auskünfte, die von den entsprechenden Archiven und Behörden zu erhalten waren, zuließen. Systematisch dokumentiert sind dagegen Mitgliedschaften im geschäftsführenden Landesvorstand - dem Nervenzentrum der Partei - und im Landesvorstand der CSU[5] sowie im Bayerischen Landtag und im Bundestag.[6]
Umfang, Form und Schwerpunkte der Kurzbiographien folgen keinem einheitlichen Schema. Die in den Protokollen erwähnten Personen wurden vielmehr nach Herkunft, Wirkungskreis und parteipolitischer Bindung in vier Kategorien eingeteilt: Mitglieder und Funktionsträger der CSU, Angehörige der politischen und gesellschaftlichen Elite Bayerns, mehr oder weniger prominente Politiker der anderen deutschen Länder sowie Spitzenpolitiker aus Deutschland, den vier Besatzungsmächten oder anderen europäischen Staaten. Da sich die vorliegende Dokumentation primär mit der Entwicklung der CSU und Problemen der bayerischen Nachkriegsgeschichte befaßt, erschien es sinnvoll, den Politikern der CSU und der politischen und gesellschaftlichen Elite Bayerns, soweit sie nicht dieser Partei angehörte, am meisten Aufmerksamkeit zu widmen. So enthalten die Kurzbiographien von Mitgliedern und Funktionären der bayerischen Unionspartei alle relevanten Informationen, die zu ermitteln waren. Die Führungsspitze der Partei und untergeordnete Funktions- und Mandatsträger wurden dabei prinzipiell gleich behandelt, wobei sich die Biogramme der wichtigsten Persönlichkeiten auf die wesentlichen Fakten konzentrieren, während bei weniger bekannten CSU-Politikern die erhobenen Daten möglichst vollständig präsentiert werden. Die politischen Gegner der CSU in Bayern, Journalisten in Presse und Rundfunk sowie Angehörige der bayerischen Ministerialbürokratie und Professoren an den Hochschulen Bayerns wurden in ähnlicher Weise biographisch annotiert; allerdings sind die Angaben weniger ausführlich und konzentrieren sich auf die Jahre 1945-1948.
Bei Kurzbiographien von mehr oder weniger prominenten Politikern der CDU, Mitgliedern der außerbayerischen Konkurrenzparteien und Vertretern der verschiedenen Militärregierungen in Deutschland wurde auf die Angabe der genauen Lebensdaten ebenso verzichtet wie auf Angaben zu Herkunft, Konfession und beruflichem Werdegang. Der eindeutige Schwerpunkt dieser Kurzbiographien liegt auf der politischen Tätigkeit, wobei Parlamentsmandate, Ministerämter und führende Positionen in Parteien so systematisch wie möglich erfaßt wurden. Weiterhin erschien es sinnvoll, die wichtigsten Entscheidungsträger der deutschen und der internationalen Politik, die - von Ausnahmen abgesehen - ohnehin selten im Mittelpunkt der Debatten in den Führungsgremien der CSU standen, nur

[5] Diesbezügliche Informationen wurden den Positionstableaus bei Alf Mintzel, Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972, Opladen 1975, S. 677-730, entnommen, wobei eigene Quellenrecherchen in Einzelfällen Korrekturen notwendig machten.

[6] Die Land- und Bundestagsabgeordneten der CSU bis 1962 finden sich systematisch aufgelistet bei Thomas Schlemmer, Krisenjahre der CSU. Die Christlich-Soziale Union bis zum Beginn der Ära Ehard, unveröffentlichte Magisterarbeit, München 1993, S. 269-277 und 279-282.

kursorisch zu behandeln. Dafür sprach neben arbeitsökonomischen Gründen vor allem die Tatsache, daß sich entsprechende Informationen, die über die hier präsentierten Angaben hinausgehen, ohne Probleme einschlägigen Lexika und Nachschlagewerken entnehmen lassen, während man Daten über wesentliche Teile der Gründergeneration der CSU nicht ohne größeren Aufwand erheben kann. Die dadurch entstehende Differenz zwischen der Ausführlichkeit der Kurzbiographien und der politischen Bedeutung der annotierten Persönlichkeiten wurde bewußt in Kauf genommen.

Die Personen, die in den Protokollen Erwähnung finden, lassen sich grob in drei Gruppen einteilen: Erstens, die Mitglieder der vorläufigen Gründungs- und Führungsgremien der CSU, des Landesausschusses und des Landesarbeitsausschusses, die in von den Bearbeitern rekonstruierten Anwesenheitslisten zu den hier veröffentlichten Sitzungsprotokollen erfaßt sind, zweitens, die Delegierten zu den Landesversammlungen der bayerischen Unionspartei, soweit sie sich zu Wort meldeten, und, drittens, alle Personen, die darüber hinaus in Redebeiträgen, Anträgen, Kandidatenlisten usw. angesprochen wurden. Trotz dieser eher zufälligen Zusammensetzung ist ein großer Teil der Führungselite der bayerischen Unionspartei zwischen 1945 und 1948 in dem vorliegenden biographischen Anhang erfaßt. So sind alle 10 Politikerinnen und Politiker, die zwischen 1946 und 1948 dem geschäftsführenden Landesvorstand angehörten, biographisch annotiert,[7] von den ca. 60 Mitgliedern des Landesvorstands fehlen nur drei;[8] auch über die acht Angehörigen des Vorstands der CSU-Fraktion im ersten Bayerischen Landtag, die zu den wichtigsten Entscheidungsträgern der Partei zählten, konnten Kurzbiographien angelegt werden.[9]

Die Sammlung biographischer Daten erwies sich vor allem in den Fällen als schwierig, in denen die fraglichen Personen nicht zur Führungselite der bayerischen Unionspartei zählten und auch sonst keine wichtigen Ämter in Staat und Gesellschaft bekleideten. Landesausschuß und Landesversammlung der CSU setzten sich ja zu einem großen Teil aus Delegierten der Bezirks- und Kreisverbände zusammen, die häufig nur vor Ort einen gewissen Bekanntheitsgrad besaßen und die in der besonderen Situation der ersten Nachkriegsjahre nach einem raschen Aufstieg oft bald wieder in der Versenkung verschwanden. Aus diesem Grund erschöpfte sich die Auswertung der einschlägigen Literatur und der biographischen Nachschlagewerke wie Munzinger-Archiv oder Wer ist Wer? relativ rasch. Wichtige Anhaltspunkte für weitere Recherchen ergaben sich dagegen bei der Durchsicht von Quellenbeständen im ACSP, im BayHStA und im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte. Insbesondere die Korrespondenzakten aus Nachlässen lieferten in vielen Fällen korrekte Namensschreibweisen, fehlende Vornamen sowie Angaben über Beruf und parteipolitische Aktivitäten von Gründungsmitgliedern der bayerischen Unionspartei auf lokaler und regionaler Ebene. Alle weiteren Daten konnten nur noch durch schriftliche Anfragen an staatliche, kommunale und private Archive, an Verwaltungsbehörden wie Standes- und Einwohnermeldeämter sowie an Familienangehörige oder - in Ausnahmefällen - an die betreffenden Personen selbst erhoben werden. Trotz der Kooperationsbereitschaft, mit der unser Ersuchen um Auskunft in den meisten Fällen aufgenommen wurde, war dieses Verfahren überaus zeit- und kostenintensiv. Oft war es mit einer Anfrage pro Person nicht

[7] Vgl. die Übersicht bei Mintzel, CSU, S. 678-685.

[8] Vgl. die Übersicht im Handbuch politischer Institutionen und Organisationen 1945-1949, bearb. von Heinrich Potthoff in Zusammenarbeit mit Rüdiger Wenzel, Düsseldorf 1983, S. 246f.

[9] Zur Wahl des Fraktionsvorstands und zu den Auseinandersetzungen zwischen Parteiorganisation und CSU-Fraktion zwischen 1946 und 1950 vgl. das auf der Basis bislang weitgehend unbekannter Quellen geschriebene Kapitel bei Schlemmer, Krisenjahre, S. 122-217, insbesondere S. 137-158.

getan, und um alle gewünschten Informationen zu erhalten, mußten in Einzelfällen bis zu zehn verschiedene Institutionen bemüht werden; dieser Briefwechsel füllt mittlerweile vier Aktenordner.

Wenn die hier präsentierten biographischen Daten für weitere Forschungen ausgewertet werden, gilt es, mehrere Faktoren zu beachten, die sich aus Problemen ergeben, mit denen wir bei unseren Recherchen konfrontiert waren. Zum einen führten falsche Namensschreibweisen in den Protokollen die Nachforschungen ebenso immer wieder in die Irre wie ungenaue oder unrichtige Angaben zur beruflichen und politischen Tätigkeit.[10] Auch erwies es sich als schwierig, Personen mit häufig auftretenden Familiennamen, die gleich oder ähnlich geschrieben werden, korrekt zu identifizieren.[11] Aus diesem Grund besteht die Möglichkeit, daß trotz sorgfältiger Prüfung aller zur Verfügung stehenden Informationen Kurzbiographien erstellt wurden, die nicht zu der entsprechenden Person passen, die in den Protokollen Erwähnung findet. Zum anderen ergaben unsere Nachforschungen zu ein und derselben Biographie wiederholt Angaben, die zum Teil erheblich von einander abwichen. Da sich nicht immer ermitteln ließ, welche Angabe die richtige war, entschieden wir uns in diesen Fällen stets für die Information, die am gesichertsten erschien. Persönliche Auskünfte der betreffenden Personen oder von ihren Angehörigen rangierten dabei vor Auskünften von Archiven, Einwohnermelde- und Standesämtern und vor Angaben aus einschlägigen Handbüchern. Was die Daten betrifft, die der Literatur entnommen wurden, so gaben wir im Zweifelsfall Spezialstudien jeweils den Vorzug vor allgemeinen Nachschlagewerken.[12]

Im Laufe der Recherchen entwickelte sich der biographische Anhang immer mehr zu einer Sammlung personenbezogener Daten, die nicht nur zur Erschließung der vorliegenden Dokumentation beitragen, sondern auch Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen sein können. Wenn der hier erfaßte Personenkreis nach systematischen Gesichtspunkten erweitert wird, lassen sich beispielsweise Analysen zu gruppenbiograhischen Aspekten der Geschichte der CSU durchführen, die ebenso interessante Ergebnisse versprechen wie die Untersuchung generationsspezifischer Karrieremuster oder der politischen Sozialisation der Führungselite der bayerischen Unionspartei. Schon jetzt legen die hier präsentierten biographischen Materialien eine Revision bisheriger Interpretationen nahe. So scheint die blosse Mitgliedschaft von Mitbegründern der CSU in der ehemaligen BVP ihre Stellung in den parteiinternen Führungs- und Flügelkämpfen nicht präjudiziert zu haben, wie oft unterstellt wird; entscheidend dürfte eher gewesen sein, welche Position sie in der 1933 untergegangenen BVP bekleidet hatten. Weiterhin gilt die CSU mit Blick auf die konfessionelle Struktur ihrer Mitgliederschaft auch in der Ära Müller als dominant katholische Partei; betrachtet man jedoch den Anteil evangelischer Christen in den Führungsgremien der Partei

[10] In bestimmten Fällen, z.B. bei der Debatte über die Kandidaten der CSU für die Verfassunggebende Landesversammlung im Mai 1946 (Dok. Nr. 18, S. 328-340), erschien es sinnvoll, Angaben aus den Protokollen zu übernehmen, auch wenn sie nicht oder nicht vollständig zu verifizieren waren. Ansonsten wurde darauf verzichtet, wenn Zweifel bestanden.

[11] Die Kurzbiographien von Jakob Detsch, Ludwig Dötsch und Max Schell wurden aufgenommen, auch wenn deren Anwesenheit bei den hier dokumentierten Tagungen von Landesausschuß und Landesversammlung der CSU nicht zweifelsfrei geklärt werden konnte.

[12] Für die Kurzbiographien ehemaliger Abgeordneter des Reichstags zwischen 1918 und 1933 vgl. Martin Schumacher (Hrsg.), M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945, Düsseldorf 1991; für die Abgeordneten des Bayerischen Landtags vgl. Peter Jakob Kock, Der Bayerische Landtag 1946-1986, Bd. 1: Chronik, Bamberg 1986.

und setzt diesen in Beziehung zum Anteil der evangelischen Christen in der CSU und zum Prozentsatz der protestantischen Bevölkerung Bayerns, dann dürfte sich ein differenzierteres Bild ergeben. Überdies fällt auf, wie viele Gründungsmitglieder der CSU in irgendeiner Form mit dem nationalsozialistischen Staat in Konflikte geraten waren; welche Auswirkungen die Erfahrung politischer Verfolgung auf die frühe Geschichte der bayerischen Unionspartei hatte, ist jedoch bisher nicht untersucht worden. Die Beantwortung dieser und anderer Fragen, die sich aus der vorliegenden Dokumentation ergeben, führt möglicherweise dazu, die Gründungsgeschichte der CSU neu zu bewerten und die innovativen Potentiale dieser Partei - wie der Historiker Hermann Mau - stärker zu gewichten als die restaurativen: Der spätere Generalsekretär des Instituts für Zeitgeschichte notierte im März 1946 nach Gesprächen mit Josef Müller und Friedrich Wilhelm von Prittwitz-Gaffron überrascht: "Weitaus die erfreulichsten Eindrücke in politischer Hinsicht habe ich gerade dort gehabt, wo ich es am wenigsten erwartet hätte: bei der Christlich-Sozialen Union. Man ist von der Ferne allzu leicht geneigt, sie als Neuauflage der Bayerischen Volkspartei zu sehen und in ihr den Mittelpunkt aller separatistischen Bestrebungen zu vermuten. In Wirklichkeit verhält es sich damit sehr anders."[13]

Thomas Schlemmer

[13] Hermann Graml, Zur Frage der Demokratiebereitschaft des deutschen Bürgertums nach dem Ende der NS-Herrschaft. Hermann Maus Bericht über eine Reise nach München im März 1946, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Miscellanea. Festschrift für Helmut Krausnick zum 75. Geburtstag, Stuttgart 1980, S. 149-168, hier S. 161.

Adenauer, Konrad

1876-1967, Jurist und Politiker, 1917-1933 und 1945 Oberbürgermeister von Köln, 1949-1963 Bundeskanzler, 1951-1955 auch Bundesaußenminister, 1950-1966 Bundesvorsitzender der CDU.

Agartz, Viktor

1897-1964, Wirtschaftswissenschaftler, Gewerkschafter und Politiker, 1946/1947 Mitglied des Zonenbeirats der britischen Besatzungszone, Februar 1946-Januar 1947 Generalsekretär des Zentralamts für Wirtschaft der britischen Besatzungszone in Minden, Januar-Juli 1947 Vorsitzender des Verwaltungsrats und des Verwaltungsamts für Wirtschaft der Bizone in Minden, 1946/1947 MdL (SPD) in Nordrhein-Westfalen, 1947/1948 MdWR (SPD), 1957 aus der SPD, 1960 aus der IG Druck und Papier ausgeschlossen.

Albert, August

Geb. 11.11.1882 in Konstantinopel, gest. 4.9.1951 in München, Direktor des Labors für angewandte Chemie in München, seit 1946 ordentlicher Professor für angewandte Chemie an der TH München und deren Prorektor, 1946 stellvertretender Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses und Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen.

Albert, Martin

Geb. 5.1.1909 in Neumarkt/Opf., Schlosserlehre, dann Werkmeister in der Rundfunkindustrie, während des Dritten Reiches politisch verfolgt und im KL Dachau inhaftiert, Gerichtsverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat. - 1945 SPD-Vorsitzender in Nürnberg, 1946/1947 Landessekretär der bayerischen SPD, 1946-1958 MdL (SPD), 1947 Sekretär der SPD-Landtagsfraktion, seit 1948 Redakteur, dann Werbeberater.

Albrecht, Lisa

Geb. 27.5.1896 in Hamburg, gest. 16.5.1958, Quäkerin, Sport- und Gymnastiklehrerin, seit 1914 SPD-Mitglied, 1926-1928 Frauensekretärin der SPD in der Provinz Brandenburg, 1928-1933 Parteisekretärin der SPD für die Provinzen Brandenburg und Posen-Westpreussen, nach 1933 politisch verfolgt und mehrmals verhaftet, 1943 Übersiedlung von Berlin nach Mittenwald. - Nach 1945 Angestellte der amerikanischen Militärregierung in Garmisch-Partenkirchen, Gemeinderätin (SPD) und stellvertretende Bürgermeisterin von Mittenwald, Kreisrätin (SPD) in Garmisch-Partenkirchen, 1946-1949 stellvertretende Vorsitzende der bayerischen SPD, Landesfrauensekretärin der bayerischen SPD, Vorsitzende des Frauenausschusses beim Landesvorstand der bayerischen SPD, 1947-1958 Mitglied des Parteivorstands der SPD, Vorsitzende des Frauenausschusses beim Parteivorstand der SPD, Vorsitzende des Kommunalpolitischen Beirats bzw. Ausschusses beim Parteivorstand der SPD, 1949-1958 MdB (SPD) und Mitglied des Bundestagspräsidiums, Mitglied des deutschen Rats der Europäischen Bewegung, Mitglied der Parlamentarischen Gesellschaft und diverser Frauenvereinigungen.

Allwein, Max

Geb. 18.12.1904 in München, gest. 20.11.1977, Jurastudium in München, 1935 große juristische Staatsprüfung, aus politischen Gründen nicht als Rechtsanwalt zugelassen, seit 1936 in der Versicherungsbranche, beim Heer und bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank tätig, seit 1937 Rechtsgutachter bei der Wehrkreisverwaltung München, Teil-

nahme am Zweiten Weltkrieg. - 1945 Notar in Bad Tölz, Mitbegründer der CSU in Bad Tölz, Vorsitzender des CSU-Orts- und Kreisverbands Bad Tölz, 1949 Übertritt zur BP, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (bis 1949 CSU, dann Freie Parlamentarische Vereinigung und Freie Fraktionsgemeinschaft).

Altmeier, Peter

1899-1977, Politiker, 1945 Mitbegründer der Christlich-Demokratischen Partei Hessen-Nassau und deren Vorsitzender, 1947-1966 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Rheinland-Pfalz, Mitglied des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, 1946/1947 Abgeordneter der CDU in der Beratenden Landesversammlung und 1947-1971 MdL (CDU) in Rheinland-Pfalz, 1947-1969 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1948-1967 auch Minister für Wirtschaft und Verkehr.

Ammann, Erwin

Geb. 22.10.1916 in Würzburg, kath., Berufsschule für Elektrotechnik, Telegraphenbau- und Fernmeldetechnik in Nürnberg, Studium der Ingenieurwissenschaften, Jugendführer in der katholischen Jugendbewegung, nach 1933 vorübergehend verhaftet, schied wegen beruflicher Benachteiligung auf eigenen Wunsch aus seiner Stellung bei der deutschen Reichspost aus, 1941-1945 Luftwaffeningenieur. - Mitbegründer der CSU und der JU in Unterfranken, zeitweise Vorsitzender der JU in Unterfranken, 1945/1946 bei der Regierung von Unterfranken tätig, 1946/1947 Stadtrat (CSU) in Würzburg, 1946-1950 MdL (CSU), 1947-1952 Landrat in Ochsenfurt, 1952-1972 Landrat in Karlstadt, 1972-1984 Landrat des Main-Spessart-Kreises.

Ammann, Franz Xaver

Geb. 2.7.1903 in München, kath., Sohn der langjährigen BVP-Landtagsabgeordneten Ellen Ammann, seit 1920 BVP-Mitglied, Mitglied der Bayernwacht, 1922-1927 Studium an der TH München, 1929-1934 Assistent und Promotion zum Dr. Ing., 1934-1945 in der Industrie tätig, im Juni 1945 von amerikanischen Truppen aus Thüringen in die US-Zone zwangsevakuiert. - Seit 1946 bei der Bayernwerk AG, seit 1954 Vorstandsmitglied der Heizkraft AG München, 1959 Direktor bei den städtischen Elektrizitätswerken München, Kraftwerksabteilung, 1962-1968 Direktor des Fernheiznetzes der städtischen Elektrizitätswerke München, seit 1946 CSU-Mitglied, von 1946 mit Unterbrechungen bis in die siebziger Jahre Vorsitzender des CSU-Ortsverbands Gräfelfing, dann Ehrenvorsitzender, 1952-1978 Gemeinderat (CSU) in Gräfelfing und Vorsitzender der CSU-Fraktion, 1950 Kandidat (CSU) für die Landtagswahl.

Andre, Josef

1879-1950, Gewerkschafter und Politiker, 1907-1933 MdL (Zentrum) in Württemberg, 1919/1920 MdVNV (Zentrum), 1920-1928 MdR (Zentrum), Kontakte zu Widerstandskreisen, nach dem 20. Juli 1944 verhaftet. - Mitbegründer der CDU in Nordwürttemberg und 1946/1947 deren Vorsitzender, 1945/1946 Wirtschaftsminister bzw. Minister ohne Geschäftsbereich in Württemberg-Baden, 1946-1950 MdL (CDU) in Württemberg-Baden.

Ankermüller, Willi

Geb. 18.3.1901 in Neustadt an der Saale/Ufr., gest. 7.7.1986 in Pullach/Obb., kath., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Würzburg, 1925 Promotion zum Dr. jur., 1927 juristische Staatsprüfung, anschließend Geschäftsführer des Stadtjugendamts Schwein-

furt und Rechtsanwalt in Schweinfurt, BVP-Mitglied, nach 1933 vorübergehend verhaftet, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1945 Landrat in Hofheim und Mitbegründer des CSU-Kreisverbands Hofheim, 1946 Landrat in Neustadt an der Saale, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1966 MdL (CSU), Januar-September 1947 Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium, September 1947-1950 Bayerischer Innenminister, 1957/1958 Bayerischer Justizminister, Vorsitzender des Koordinierungsausschusses der CSU-Landtagsfraktion und der CSU-Landesgruppe, 1947-1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes, seit 1950 wieder als Rechtsanwalt tätig, Mitglied verschiedener Aufsichtsräte.

Anspach, Ernst

1913, Jurist und Bankier, vor 1933 SPD-Mitglied, 1936 Emigration in die USA, 1936-1943 Finanzberater, seit 1943 bei der US-Armee. - 1945 Stabsoffizier der Rechtsabteilung der 6. Armeegruppe in Heidelberg, seit Juni 1945 bei der Special Branch, 1946-1949 Abteilungsleiter bei OMGUS, 1949-1952 politischer Berater des Direktors der amerikanischen Militärregierung für Hessen, 1948-1952 zugleich Dozent in München, Marburg und Frankfurt am Main, 1952 Teilhaber einer Investmentfirma in den USA.

Anzenhofer, Karl

Geb. 24.3.1909, kath., Elektroingenieur und Berufsschullehrer, 1930-1936 Bezirksleiter und stellvertretender Diözesanleiter des Katholischen Jungmännerverbands. - 1945 im Führungskreis der Katholischen Jungen Mannschaft, 1946 Mitbegründer des CSU-Ortsverbands München-Milbertshofen, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV sowie für Kommunal- und Landtagswahlen, Mitglied im Dienstag-Club.

Aretin, Anton Freiherr von

Geb. 15.8.1918 in München, gest. 12.6.1981, kath., Sohn Erwein von Aretins, Jurastudium in München, Prag und Lausanne, 1941 1. juristisches Staatsexamen, 1941-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1946 CSU-Mitglied in München, 1947 Übertritt zur BP, Vorsitzender des BP-Kreisverbands Niederbayern und Mitglied des Landesvorstands der BP, 1949-1953 MdB (bis 1952 BP), 1950/1951 MdL (BP), 1952 aus der BP ausgeschlossen.

Aretin, Erwein Freiherr von

Geb. 19.9.1887 in Bad Kissingen/Ufr., gest. 24.5.1952 in München, kath., Studium der Astronomie und Kunstgeschichte in München, Leipzig und Göttingen, Promotion zum Dr. phil, 1913/1914 Assistent an der Sternwarte Wien-Ottakring, 1914-1919 Dienst bei den Maltesern, 1924-1928 Leiter des Ressorts Innenpolitik der "Münchner Neuesten Nachrichten", 1924-1928 Vorsitzender des BHKB, politischer Berater des bayerischen Kronprinzen Rupprecht, nach 1933 mehrmals vorübergehend verhaftet, seit 1939 Schreib- und Redeverbot. - 1945 als Berater der Bayerischen Regierung vorgesehen, trat dieses Amt jedoch nicht an, 1950 Mitglied der Landesleitung des BHKB, 1950 als Teilnehmer der Gründungsversammlung der Bayerischen Königspartei in München genannt, seit September 1949 Herausgeber der "Münchner Allgemeinen Zeitung", Präsident der Genossenschaft katholischer Edelleute in Bayern, Mitglied des deutschen Rats der europäischen Bewegung, 1948 2. Präsident des Deutschen Katholikentags in Mainz.

Arnold, Wilhelm

Geb. 14.10.1911 in Nürnberg, gest. 12.12.1983 in Würzburg, kath., Studium der Psychologie in München, 1935 Promotion zum Dr. phil., 1948 Habilitation, 1943-1945 Psy-

chologe bei der Wehrmacht, dann Tätigkeit im Arbeitsamt. - 1945-1951 Leiter der Berufsberatung Nürnberg, 1951-1953 Chefpsychologe der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, seit 1953 ordentlicher Professor für Psychologie an der Universität Würzburg, Mitbegründer der CSU in Nürnberg, 1946 Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, 1952-1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1968-1974 MdS.

Balling, Karl August

Geb. 17.10.1909 in Trappstadt/Ufr., gest. 3.11.1947, kath., Syndikus und Abteilungsleiter, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946/1947 Kreisrat (CSU) für den Landkreis München-Land und Vorsitzender der CSU-Kreistagsfraktion.

Banzer, Georg

Geb. 22.5.1894 in Altmannstein/Ndb., gest. 5.5.1975, kath., Bankkaufmann, vor 1933 BVP-Mitglied und Geschäftsführer der BVP in Bamberg, nach 1933 vorübergehend verhaftet, anschließend beim Caritasverband in Regensburg beschäftigt, seit 1939 NSDAP-Mitglied, Übernahme in die Wehrmacht, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Oberstleutnant). - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 als Mitarbeiter in der CSU-Landesgeschäftsstelle mit technischen und organisatorischen Aufgaben betraut, Vorsitzender des CSU-Ortsverbands Altmannstein, Mitarbeit im Familienbetrieb (Gemischtwarenhandel, landwirtschaftliches Lagerhaus), den er später gemeinsam mit seiner Ehefrau leitete.

Bartel, Hans

Geb. 22.1.1886 in Hermsdorf (heute Tschechische Republik), gest. 4.6.1956 in Dinkelsbühl/Mfr., nach Besuch der Hochschule für Versicherungswissenschaft Versicherungsvertreter in Mährisch-Schönberg, 1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919-1938 Mitglied der DCSVP, seit 1920 Mitglied des Parteivorstands, Bezirksparteivorsitzender für Nordböhmen, 1925-1929 Abgeordenter der CSR-Nationalversammlung (DCSVP), Stadtrat und stellvertretender Bürgermeister in Mährisch-Schönberg, 1938 Eintritt in die Sudetendeutsche Partei, Aufnahmeantrag in die NSDAP wurde abgelehnt. - Nach 1945 Aussiedlung in die US-Zone, Geschäftsführer des CSU-Kreisverbands Dinkelsbühl, Flüchtlingsamtsleiter von Dinkelsbühl, Kreisrat in Dinkelsbühl, Mitbegründer der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Mittelfranken.

Barth, Georg

Geb. 21.2.1902 in Ingolstadt/Obb., ev., nach Studium und Promotion Gymnasiallehrer. - Nach 1945 kommissarischer Leiter eines Gymnasiums in Bamberg, Mitbegründer der CSU in Oberfranken, 1947/1948 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberfranken, 1947/1948 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Bauer, Hermann

Geb. 4.2.1905 in Ansbach, gest. 15.4.1983 in München, kath., 1923 Studium der Philosophie und Geschichte in Augsburg, 1923-1927 Jurastudium in München, Berlin und Würzburg, Staatsexamen und Promotion, 1931-1933 Rechtsanwalt in Schrobenhausen, BVP-Mitglied, im April 1933 Stadtrat (BVP) in Schrobenhausen, nach 1933 zweimal vorübergehend verhaftet, beruflich benachteiligt, 1940-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Oberzahlmeister). - Oktober 1945-Dezember 1946 Stadtrechtsrat in Regensburg, seit 1948 Rechtsanwalt in München, 1946 MdVLV (CSU).

Baumeister, Leonhard

Geb. 25.10.1904 in Steinekirch/Schw., gest. 19.8.1972, kath., Mitarbeit im landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern, 1922-1929 Vertreter verschiedener Firmen, seit 1929 wieder Landwirt im elterlichen Betrieb, den er 1933 übernahm, führte überdies ein Geschäft. - Nach 1945 CSU-Mitglied, Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands Schwaben, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1954 MdL (CSU).

Baumgartner, Joseph

Geb. 16.11.1904 in Sulzemoos/Obb., gest. 21.1.1964 in München, kath., 1925-1929 Studium der Philosophie, Geschichte und Volkswirtschaft in München, 1929 Promotion zum Dr. rer. pol., Volontär beim Oberbayerischen Christlichen Bauernverein, 1929-1933 2. stellvertretender Generalsekretär der Bayerischen Christlichen Bauernvereine, seit 1933 Angestellter beim Allianz-Versicherungskonzern, 1942 wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz verhaftet, 1942-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1945 Personalreferent beim Amt für Ernährung und Landwirtschaft in München, Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1946 Vorsitzender des Agrarpolitischen Ausschusses der CSU, 1946-1948 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Oktober 1945-Januar 1948 und 1954-1957 Bayerischer Landwirtschaftsminister, 1954-1957 auch stellvertretender Ministerpräsident, Mitglied des Ernährungs- und Landwirtschaftsrats der Bizone, im Januar 1948 Übertritt zur BP, 1948-1952 und 1953-1959 BP-Vorsitzender, 1957 Bundesvorsitzender der Föderalistischen Union, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1962 MdL (bis 1948 CSU, anschließend fraktionslos bzw. Freie Parlamentarische Vereinigung, seit 1950 BP), 1949-1951 MdB (BP), Mitbegründer des BBV und seit 1949 Mitglied in dessen Präsidium, 1950-1959 Honorarprofessor für Agrarpolitik an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Weihenstephan.

Beck, Ludwig

1880-1944, Berufsoffizier (Generaloberst), 1933-1938 Chef des Truppenamts im Reichswehrministerium bzw. des Generalstabs des Heeres, 1938 Rücktritt aus Protest gegen die Politik Hitlers, führendes Mitglied des militärischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, nach dem Scheitern des Attentats am 20. Juli 1944 zum Selbstmord gezwungen.

Behrisch, Erich Arno

Geb. 6.6.1913 in Dresden, gest. 16.9.1989 in Hof/Ofr., Schriftsetzer, schriftstellerisch tätig, Mitglied des Buchdruckerverbands, der SDAJ und der SPD, nach 1933 Emigration in die Tschechoslowakei, dort Grenzarbeit für die SPD, später weitere Emigration nach Schweden, dort publizistisch und gewerkschaftlich tätig, u.a. beim Internationalen Transportarbeiterverband, wegen angeblicher Sabotage vier Jahre im Zuchthaus, anschließend Emigration nach Dänemark. - Nach 1945 Rückkehr nach Deutschland, 1946-1949 MdL (SPD), 1949-1961 MdB (SPD), 1946/1947 stellvertretender Vorsitzender der bayerischen SPD, Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Hof, Mitglied des Bezirksvorstands Franken der bayerischen SPD, bis 1961 Chefredakteur der "Oberfränkischen Volkszeitung" und Geschäftsführer der Oberfränkischen Verlagsanstalt in Hof, 1961 Austritt aus der SPD, später Mitglied der Deutschen Friedensunion, deren Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen und langjähriges Direktionsmitglied.

Bender, August

Geb. 9.8.1911 in Kleinostheim/Ufr., gest. 15.8.1986, kath., Bankkaufmann und Buchhalter, vor 1933 in der katholischen Jugendbewegung aktiv, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. -

Seit 1945 Sparkassendirektor in Marktheidenfeld, Mitbegründer der CSU, bis 1972 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Marktheidenfeld, bis 1972 Kreisrat (CSU) in Marktheidenfeld und bis 1970 Vorsitzender der CSU-Kreistagsfraktion, 1954-1974 Bezirksrat (CSU) für Unterfranken.

Bender, Reinhard

Kath., Leiter des Standesamts Füssen, Vorsitzender des CSU-Ortsverbands Füssen, 1946 Delegierter zum Landesausschuß der CSU für den Bezirksverband Schwaben.

Berberich, Ludwig

Geb. 23.2.1882 in Biburg/Obb., gest. 6.6.1965, kath., Studium der kath. Theologie und der Kirchenmusik, seit 1919 Domkapellmeister in München, 1921-1952 Professor für Kirchenmusik an der Staatlichen Hochschule für Musik, päpstlicher Geheimkämmerer mit dem Titel Monsignore. - 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Berger, Rupert

Geb. 10.2.1896 in Traunstein/Obb., gest. 9.2.1958 in Traunstein/Obb., kath., Angestellter der Ortskrankenkasse Traunstein, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Mitbegründer der BVP, Vorsitzender der BVP in Traunstein und Führer der Bayernwacht, entging nach 1933 seiner Verhaftung vorübergehend durch Flucht, stellte sich jedoch in Regensburg freiwillig, anschließend mehrere Monate im KL Dachau, fristlose Kündigung seiner Stellung bei der Ortskrankenkasse Traunstein, pachtete ein kleines Kolonialwarengeschäft, auf das Angehörige der SA im Februar 1934 einen Sprengstoffanschlag verübten, Aufgabe des Geschäfts, verließ Traunstein unter Zwang, anschließend Gastwirt in Regensburg und Landshut, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU in Traunstein, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1958 MdL (CSU), 1946-1952 Oberbürgermeister von Traunstein, 1952-1958 Stadtrat (CSU) in Traunstein.

Bergsträsser, Martin

Geb. 22.4.1902 in Niederlösnitz/Sachsen, ev., Physiker und Prokurist, Mitbegründer der CSU in Würzburg, 1945/1946 Mitglied des Vorstands des CSU-Kreisverbands Würzburg.

Berthold, Fritz Josef

Geb. 25.4.1909, gest. 1981, Jurist, während des Zweiten Weltkriegs Angestellter im Generalgouvernement, später als Freiwilliger bei der Wehrmacht, seit 1943 in Frankreich, Kontakte zur Résistance. - Nach 1945 Rechtsanwalt in München, Rechtsvertreter Joseph Baumgartners, auch für die BP tätig, 1959 im Zusammenhang mit dem Spielbankenprozeß verhaftet, 1963 rehabilitiert.

Bevin, Ernest

1881-1951, britischer Gewerkschaftsführer und Labour-Politiker, 1940-1945 Arbeitsminister, 1945-1951 Außenminister.

Beyerle, Josef

1881-1963, Jurist und Politiker, 1919-1933 Vorsitzender des Zentrums in Württemberg, 1923-1933 Justizminister, 1928-1930 zugleich Wirtschaftsminister in Württemberg, 1924-1933 MdL (Zentrum) in Württemberg, 1934-1945 Richter. - Nach 1945 Landesdirektor der Justiz, 1946 MdVLV (CDU) in Württemberg-Baden, 1946-1951 Justizminister in Württemberg-Baden, seit 1949 auch stellvertretender Ministerpräsident.

Bezzel, Dieter

Geb. 11.12.1905 in Wald/Mfr., ev., Studium der ev. Theologie in Erlangen und Tübingen, Stadtvikar in Neustadt bei Coburg, 1934 Pfarrer in Illertissen, 1939-1964 Pfarrer in München. - 1945 als evangelischer Vertreter an der Gründung der CSU beteiligt, 1960 Kirchenrat, 1964 Pfarrer und Dekan in Würzburg, 1972 in den Ruhestand versetzt.

Bickleder, Karl

Geb. 21.10.1888 in Mausham/Ndb., gest. 4.2.1958 in Mallersdorf/Ndb., kath., bis 1908 im elterlichen und anderen landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt, 1909-1945 in bischöflichen Diensten als Verwalter wirtschaftlicher Unternehmungen in Straubing, seit 1942 bischöflicher Wirtschaftsrat, 1919-1933 BVP-Mitglied, Vorsitzender der BVP in Straubing, 1933 Stadtrat (BVP) in Straubing, 1933 MdR (BVP), nach 1933 vorübergehend verhaftet. - Mitbegründer der CSU in Straubing, 1945-1948 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Straubing, 1945 Oberbürgermeister von Straubing, 1946-1958 Stadtrat (CSU) in Straubing, 1945-1958 Landrat in Straubing, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 und 1954-1958 MdL (CSU), 1948 Mitbegründer der Wohnungsbaugenossenschaft für den Landkreis Straubing GmbH und bis 1958 Mitglied in deren Aufsichtsrat.

Birkl, Rudolf

Geb. 27.11.1918 in Hof/Ofr., kath., 1938-1945 Wehrdienst und Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Leutnant). - Studium der Medizin, dann Studium der Geschichte und Soziologie, 1949 Promotion zum Dr. phil., 1949-1956 politischer Redakteur und stellvertretender Chefredakteur beim "Hofer Anzeiger" und beim "Zeitungsring Oberfranken", 1956-1958 Landtagskorrespondent in München, 1958-1979 Pressereferent im Bayerischen Finanzministerium, Mitbegründer der CSU in Hof, Mitbegründer der JU in Bayern und in Deutschland, Mitglied des ersten Landesrats der JU in Bayern, 1946-1948 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, 1952-1955 Stadtrat (CSU) in Hof, seit 1953 kommissarischer Fraktionsvorsitzender, Mitglied des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise, Mitglied des Internationalen Presseclubs München und seit 1990 dessen stellvertretender Vorsitzender, Mitglied des Vereins Landtagspresse und des Bayerischen Presseclubs, zeitweise Lehrbeauftragter an der Bayerischen Beamtenfachschule und an der Bayerischen Verwaltungsschule.

Blaser, Kurt

Geb. 28.4.1912 in Landsberg am Lech/Obb., gest. 28.4.1991, ev., Studium der ev. Theologie in Erlangen, München und Halle, anschließend Pfarrer in Alsleben an der Saale, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg als Luftwaffenoffizier. - Mitbegründer der JU in Hof, 1946 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Hof, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1960-1962 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Bayreuth-Stadt, 1960-1990 Stadtrat (CSU) in Bayreuth, nach 1945 Jugendpfarrer und Religionslehrer in Hof, 1946-1957 Religionslehrer in München, daneben Zweitstudium der Psychologie und Philosophie, Promotion zum Dr. phil., 1957-1977 Dozent an der Pädagogischen Hochschule in Bayreuth.

Blum, Léon

1872-1950, französischer Politiker, 1902 Mitbegründer, 1916 Generalsekretär, 1921 Vorsitzender der französischen sozialistischen Partei, 1936/1937 und 1938 Ministerpräsident, nach der Besetzung Frankreichs bis 1945 in mehreren deutschen KL. - 1946/1947 erneut Ministerpräsident.

Blum, Ludwig

Kaufmann in München, Vorsitzender eines CSU-Ortsverbands in München, 1946-1950 Mitglied des Vorstands des berufsständischen Rats der CSU, 1948-1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der CSU für Handel, Handwerk, Gewerbe und Industrie.

Böck, Toni

Geb. 18.6.1915 in München, kath., Kaufmann, 1934-1936 Diözesanführer im Katholischen Jungmännerverband (Sturmschar) in München, Arbeitsdienst, 1937 zum Wehrdienst eingezogen, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Nach 1945 Aufbau eines Sozialbüros in München, 1948-1951 Landesleiter der Katholischen Jungen Mannschaft, 1951 Geschäftsführer des Diözesanrats der Katholiken und des Landeskomitees der Katholiken in Bayern, 1949-1984 Stadtrat (CSU) in München, Mitglied im Dienstag-Club.

Böcker, Bernhard

Geb. 17.8.1887 in Seppenrade/Westfalen, gest. 21.8.1971, kath., Schneider, Vorsitzender des Christlichen Bekleidungsarbeiterverbands, vor 1933 Zentrums-Mitglied und Stadtverordneter in Köln, nach 1933 entlassen und vorübergehend arbeitslos, wiederholt verhaftet, Hilfsarbeiter bei Ford in Köln, anschließend Angestellter. - Mitbegründer der CSU in Aschaffenburg, öffentlicher Ankläger bei der Spruchkammer Aschaffenburg, später leitender Sachbearbeiter beim Landesarbeitsamt Nürnberg, seit 1946 Arbeitsgerichtsrat beim Arbeitsgericht Würzburg und Aschaffenburg.

Boehlke, Friedrich

Geb. 19.2.1889 in Augsburg, gest. 21.1.1968 in Augsburg, kath., kaufmännischer Angestellter, Mitglied der Vorstände der CSU-Bezirksverbände Augsburg und Schwaben und zeitweise deren Kassenprüfer.

Bogendörfer, Otto

Geb. 1.4.1895 in Fürth/Mfr., gest. 27.7.1966, ev., vor 1933 Prokurist in der Holzbranche, zeitweise in Spanien tätig, 1933 Rückkehr nach Deutschland, wegen regimekritischer Äußerungen vorübergehend verhaftet und aus seiner Stellung entlassen, mehrere Jahre arbeitslos, dann selbständiger Steuerberater, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Nach 1945 Gutachter in Entnazifizierungsfällen, Mitbegründer der CSU in Eschenbach/Opf., 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, Anfang der 50er Jahre aus der CSU ausgetreten.

Bolz, Eugen

1881-1945, Jurist und Politiker, 1912-1918 und 1920-1933 MdR (Zentrum), 1919/1920 MdVNV (Zentrum), 1913-1933 MdL (Zentrum) in Württemberg, 1919-1924 Justizminister und 1924-1933 Innenminister in Württemberg, 1928-1933 Württembergischer Staatspräsident und Vorsitzender des Staatsministeriums, Verbindungen zum Widerstand des 20. Juli 1944, im Dezember 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 23.1.1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Bonhoeffer, Dietrich

1906-1945, ev. Seelsorger und Theologe, nach 1933 Emigration und bis 1935 Pfarrer in London, nach seiner Rückkehr Übernahme des Priesterseminars der Bekennenden Kirche in Finkenwalde, seit 1939 mehrmals im Auftrag der Militäropposition gegen Hitler Ver-

handlungen mit Großbritannien, 1940 Lehr-, Predigt- und Publikationsverbot, 1943 verhaftet, im April 1945 im KL Flossenbürg hingerichtet.

Boßlet, Albert

Geb. 23.1.1880 in Frankenthal/Pfalz, gest. 29.10.1957 in Würzburg, kath., 1903-1910 Mitarbeiter bei den Kirchenbauämtern Köln, Saarbrücken, Stuttgart und München, seit 1910 Architekt in Landau/Pfalz, 1915-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919-1926 Referent für Wohnungs- und Siedlungswesen im Bayerischen Sozialministerium, anschliessend freischaffender Architekt in München, Regensburg und Würzburg, seit 1928 Professor der bildenden Künste. - 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Bräu, Lorenz

Geb. 4.2.1916 in Kellerhof, Gemeinde Bruck/Opf., gest. 16.4.1983, kath., Landwirt, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg bis zu seiner Freistellung. - Mitbegründer der CSU, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1948-1956 Gemeinderat (CSU) in Bruck, 1952-1960 Kreisrat (CSU) in Roding, 1952 Kandidat (CSU) für den Bezirkstag der Oberpfalz.

Brand, Erich

Geb. 3.6.1892 in Aeschach/Schw., gest. 22.11.1986 in Hamburg, ev., 1943-1946 Kaufmann in Dießen, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Brand, Ludwig

Geb. 1.4.1893, Steuerinspektor, Dezember 1945 Mitbegründer der CSU in Aichach, 1946 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Aichach und Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, Delegierter zum Landesausschuß der CSU, im Herbst 1946 aus der CSU ausgetreten.

Brand, Paul

Geb. 3.5.1897 in Dinkelsbühl/Mfr., gest. 30.4.1969, kath., Kaufmann und Fabrikant, 1946 MdVLV (CSU).

Brandl, Otto

Geb. 17.1.1900 in Rosenheim/Obb., gest. im Februar 1980, kath., zunächst Bankbeamter, dann Journalist, Chefredakteur bei der "Katholischen Sonntagszeitung", Rosenheim, Mitarbeiter beim "Rosenheimer Anzeiger" und beim "Rosenheimer Tagblatt". - 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zum Stadtrat in Rosenheim ernannt.

Brandner, Johann

Geb. 27.8.1902 in Auerbach/Ndb., gest. 21.6.1991 in Dingolfing/Ndb., kath., Betonfacharbeiter und Fuhrunternehmer, 1921-1933 im Ruhrgebiet beschäftigt, seit 1922 gewerkschaftlich organisiert, Arbeiterfunktionär, vier Jahre lang Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Duisburg, nach 1933 mehrere Monate in Haft, dann Arbeiter in München, 1942 eingezogen zur Organisation Todt. - Nach 1945 Bürgermeister der Gemeinden Schiefweg und Waldkirchen, 1946 Landrat in Wolfstein, 1946-1950 MdL (CSU).

Braun, Alois

Geb. 9.6.1882 in Freising/Obb., gest. 16.12.1963, Lehrer, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, vor 1933 BVP-Mitglied, nach 1933 mehrmals vorübergehend verhaftet, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Major und Kommandeur der Panzerabwehrersatzabteilung 7

in München-Freimann), 1945 Mitglied der Freiheitsaktion Bayern. - Mitbegründer der CSU in Freising und 1948-1956 deren Ortsvorsitzender.

Braun, Josef

Geb. 11.3.1892 in Maierhof, Gemeinde Stubenberg/Ndb., gest. 6.4.1971, kath., nach Volks- und Fortbildungsschule in der Landwirtschaft tätig, 1912-1914 Militärdienst, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende erneut in der Landwirtschaft tätig, seit 1932 Bauer in Roßbach, Gemeinde Stubenberg. - Nach 1945 Bürgermeister von Stubenberg, Kreisrat (CSU) in Pfarrkirchen und Mitglied des Kreisausschusses, 1952 stellvertretender Landrat in Pfarrkirchen, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 und 1954-1966 MdL (CSU).

Braun, Otto

1872-1955, Buchdrucker und Politiker, 1913-1918 und 1921-1933 MdL (SPD) in Preußen, 1919/1920 MdVNV (SPD) und 1920-1933 MdR (SPD), 1918-1921 Preußischer Landwirtschaftsminister, 1920-1932 mit kürzeren Unterbrechungen in den Jahren 1921 und 1925 Preußischer Ministerpräsident, nach 1933 Emigration in die Schweiz.

Breidbach-Bürresheim, Freifrau Maria Anna von, gen. von Riedt

Geb. 30.9.1888 in Satzvey/Rheinland, kath., 1948 Delegierte zum Landesausschuß der CSU.

Brenner, Eduard

Geb. 4.10.1888 in München, gest. 17.1.1970 in Oberaudorf am Inn/Obb., ev., 1907-1912 Studium in München und Würzburg, 1912 Promotion, SPD-Mitglied, Lektor für Anglistik an der Universität Erlangen, 1927-1933 Professor für England- und Amerikakunde an der Hindenburg-Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg, 1927-1929 Leiter der deutsch-englischen akademischen Austauschstelle in London, 1925-1933 Direktor der Volkshochschule Nürnberg, nach 1933 entlassen, Vortragsreisen in die USA. - 1945-1947 Rektor der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg, seit 1946 Professor für amerikanische Kulturgeschichte und 1946-1948 Rektor der Universität Erlangen, 1946-1950 Stadtrat (SPD) in Nürnberg und Mitglied des Kulturausschusses des deutschen Städtetags, 1950-1954 Staatssekretär im Bayerischen Kultusministerium, Vorsitzender des bayerischen Landesverbands für freie Volksbildung.

Brentano, Heinrich von

1904-1964, Jurist und Politiker, Mitbegründer der CDU in Hessen, 1946-1949 MdL (CDU) in Hessen, 1947-1949 Vorsitzender des Verfassungsausschusses der Arbeitsgemeinschaft von CDU/CSU, 1948/1949 MdPR (CDU), 1949-1964 MdB (CDU), 1949-1955 und 1961-1964 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1955-1961 Bundesaußenminister.

Briner, Robert

1885-1960, schweizerischer Jurist und Politiker, nach Jurastudium in Zürich und Berlin zunächst im Justizdienst tätig, 1919-1935 Leiter des Jugendamts des Kantons Zürich, 1935-1951 Mitglied des Regierungsrats in Zürich, 1935-1943 Polizei- und Militärdirektor, 1943-1951 Leiter der Erziehungsdirektion, Mitglied der Demokratischen Partei und zeitweise deren Präsident.

Brüning, Heinrich

1885-1970, Gewerkschafter und Zentrums-Politiker, 1930-1932 Reichskanzler, 1931/1932 auch Reichsaußenminister.

Brumberger, Josef

Geb. 27.5.1890 in Leibelbach/Mfr., gest. 31.8.1971, kath., Mitarbeit im landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1915 schwer verwundet und aus dem Heer entlassen, 1918 Übernahme des elterlichen Anwesens, vor 1933 BVP-Mitglied und 1932 Kandidat für die Landtagswahl in einem oberfränkischen Wahlkreis, 2. Bürgermeister von Lammelbach, 1933 und 1944 vorübergehend verhaftet. - August 1945-1971 Bürgermeister von Lammelbach, Mitbegründer des BBV und dessen Vorsitzender im Landkreis Feuchtwangen, stellvertretender Präsident des BBV Mittelfranken, Mitglied der Kreisbauernkammer Mittelfranken, Aufsichtsratsvorsitzender der Raiffeisenkasse Herrieden und Vorsitzender der Baywa-Lagerhausgesellschaft Herrieden, 1948-1966 Kreisrat (CSU) in Feuchtwangen und 1952-1966 Mitglied des Kreisausschusses, 1946 MdVLV (CSU), 1950 MdL (CSU).

Bühner, Eustach

Geb. 22.12.1885 in Waldberg/Ufr., gest. 26.6.1949, kath., 1907-1912 Studium der Medizin in Würzburg und München, Promotion zum Dr. med., 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Truppenarzt, seit 1919 praktischer Arzt in Waldberg, als Gegner des Nationalsozialismus in der BVP engagiert, nach 1933 mehrmals verhaftet. - Mitbegründer der CSU und Kreisrat (CSU) in Neustadt an der Saale, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1949 MdL (CSU).

Burges, Bernhard

Geb. 17.8.1910, gest. 6.11.1989, kath., nach 1945 zunächst Berufsberater im Arbeitsamt Landshut, dann dessen Direktor, Mitbegründer von CSU und JU in Donaueschingen, 1956-1963 Stadtrat (CSU) in Landshut, 1957 Kandidat auf der CSU-Landesliste für die Bundestagswahl.

Burns, Paul

Oberstleutnant, 1946-1948 Leiter der Political Activities Branch, der Civil Service Branch und amtierender Leiter der Field Operations Branch der amerikanischen Militärregierung in Bayern.

Busch, Martin

Geb. 18.8.1907 in Waldershof/Opf., gest. 11.11.1967 in München, kath., Jurist und Volkswirt, nach 1933 als Gegner des Dritten Reiches in Bad Kreuznach inhaftiert. - 1945 von den amerikanischen Militärbehörden als Treuhänder einer Bekleidungsfabrik eingesetzt, Landrat in Wunsiedel, Kemnath und Nabburg, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, später beim Filmverleih in München tätig.

Butterhof, Franz Xaver

Geb. 7.12.1914 in Bamberg/Ofr., gest. 27.7.1989 in Schwäbisch Hall, Maler in Nürnberg, CSU-Mitglied, Mitbegründer der JU in Bayern, seit 1947 Mitglied in deren Vorstand, 1947/1948 Bundessekretär der JU Deutschlands, 1949-1952 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1948-1952 Landrat in Beilngries.

Byrnes, James Francis

1879-1972, US-amerikanischer Politiker (Demokratische Partei), 1945-1947 Außenminister.

Canaris, Wilhelm

1887-1945, Berufsoffizier (Admiral), 1935-1944 Chef des militärischen Geheimdienstes im OKW, im militärischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus aktiv, nach dem 20. Juli 1944 verhaftet, im April 1945 im KL Flossenbürg hingerichtet.

Caspar, Karl

Geb. 13.3.1879 in Friedrichshafen, gest. 22.9.1956 in Brannenburg am Inn/Obb., kath., Studium an den Kunstakademien in Stuttgart und München sowie Auslandsstudien in Frankreich und Italien, seit 1918 Professor, 1922-1937 und 1946-1949 Professor an der Kunstakademie München, seit ihrer Gründung Mitglied der Bayerischen Akademie der Schönen Künste. - 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Centmayer, Hans

Geb. 21.12.1903 in Obermaxfeld/Obb, ev., Landwirtschaftsschule in Neuburg an der Donau, Gutsverwalter und -inspektor in Nord- und Westdeutschland, 1940-1956 Pächter des Gutes Wildbad bei Rothenburg ob der Tauber, das er dann erwarb und bis 1968 führte. - 1946-1966 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Rothenburg ob der Tauber, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946-1950 MdL (CSU), Bezirksrat (CSU) für Mittelfranken, Mitglied der Landesbauernkammer, Präsidiumsmitglied des BBV, Vorsitzender der Fachschulabsolventen in Bayern, Gründer und Vorsitzender der Molkereigenossenschaft Rothenburg ob der Tauber.

Chrambach, Erich

Geb. 10.12.1888 in Dresden, gest. 14.11.1957 in Deggendorf/Ndb., ev., während des Dritten Reiches in der bayerischen Heimatbewegung aktiv. - 1945/1946 Landrat in Deggendorf, seit 1948 BP-Mitglied, 1950 an führender Stelle Mitbegründer des BHKB.

Churchill, Sir Winston

1874-1965, britischer Politiker (Liberale bzw. Konservative Partei), 1940-1945 und 1951-1955 Premierminister.

Clay, Lucius Dubignon

1897-1978, US-amerikanischer General, 1945-1947 stellvertretender Militärgouverneur, 1947-1949 Militärgouverneur in Deutschland und Befehlshaber der US-Landstreitkräfte in Europa, 1961/1962 persönlicher Beauftragter Präsident Kennedys im Range eines Botschafters während der Berlin-Krise.

Clusius, Klaus

Geb. 19.3.1903 in Breslau, gest. 28.5.1963 in Zürich, 1930 Privatdozent an der Universität Göttingen, 1934 außerordentlicher Professor an der Universität Würzburg, 1936 ordentlicher Professor in München, seit 1947 Professor an der Universität Zürich und Direktor des Physikalisch-Chemischen Instituts der Universität, 1961 Ehrendoktorwürde der TH Hannover.

Dahm, Else

Geb. 16.10.1888 in Lodz/Polen, gest. 1.12.1970 in München, ev.-ref., später ev.-luth., nach Kurzausbildung als Krankenschwester bei den Johannitern im Ersten Weltkrieg Leiterin eines Lazaretts, 1938-1958 Leiterin des Deutschen Evangelischen Frauenbundes in München. - Mitbegründerin der CSU in München, 1946 in den Vorstand des CSU-Bezirks-

verbands München gewählt, 1946 stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses Frau und Familie der CSU.

Dahrendorf, Gustav

1901-1954, kaufmännischer Angestellter, Journalist und Politiker, 1928-1933 MdBü (SPD) in Hamburg, 1932/1933 MdR (SPD), Verbindungen zum Widerstand des 20. Juli 1944, vom Volksgerichtshof zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. - 1945/1946 Mitglied des Berliner Zentralausschusses und des Vorstands der SPD, SPD-Delegierter im Zentralen Blockausschuß, Präsident des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands und Vizepräsident der deutschen Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie (SBZ), im Februar 1946 Übersiedlung nach Hamburg, 1946/1947 MdBü (SPD) in Hamburg, 1947-1949 MdWR (SPD) und dessen Vizepräsident.

Debus, Karl

Geb. 10.9.1891 in Leistadt bei Dürkheim, gest. 29.9.1957 in Regensburg, kath., Studium und Promotion zum Dr. phil., 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, zunächst Redakteur bei Wirtschaftszeitschriften, dann bei der Tageszeitung "Der Rheinpfälzer" in Landau und in einem Münchner Verlag, Redakteur bei "Neues Reich" und "Schönere Zukunft" in Wien, seit 1928 Chefredakteur des "Regensburger Anzeigers", während des Dritten Reiches vorübergehend arbeitslos, dann wissenschaftlicher Assistent in Kaufbeuren, 1938-1945 Angestellter beim Finanzamt Fürstenfeldbruck. - Nach 1945 Chefredakteur und Lizenzträger der "Mittelbayerischen Zeitung", 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Deggendorfer, Emanuel

Geb. 21.8.1876 in Moorenweis/Obb., gest. 16.5.1953 in Nürnberg, nach Ende des Militärdienstes in landwirtschaftlichen Betrieben tätig, Besuch der Gendarmerieschule in München, seit 1898 bei der Gendarmeriekompanie von Unterfranken, seit 1900 bei der Schutzmannschaft Nürnberg (zuletzt Wachtmeister), Übernahme in den Verwaltungs- und Staatsdienst, Tätigkeit im Einwohneramt der Stadt Nürnberg, vor 1933 BVP-Mitglied, 1925-1933 Stadtrat (BVP) in Nürnberg. - Nach 1945 Leitung des Einwohneramts, Mitbegründer der CSU in Nürnberg, 1946 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Nürnberg-Fürth, 1946-1948 Stadtrat (CSU) in Nürnberg und Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1946-1948 Mitglied des Aufsichtsrats des Großkraftwerks Nürnberg.

Dehler, Thomas

Geb. 14.12.1897 in Lichtenfels/Ofr., gest. 21.7.1967 in Streitberg/Ofr., kath., Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Jurastudium in Würzburg, Freiburg i.Br. und München, Promotion zum Dr. jur., seit 1924 Rechtsanwalt in München und Bamberg, 1926-1933 Vorsitzender bzw. Vorstandsmitglied der DDP/StP in Bamberg, Kontakte zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus, 1938 und 1944 verhaftet, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1945 Landrat in Bamberg, bis 1947 Generalstaatsanwalt und bis 1949 Präsident des OLG Bamberg, Mitbegründer und 1946-1956 Vorsitzender der bayerischen FDP, 1946 MdVLV (FDP), 1946-1949 MdL (FDP), 1948/1949 MdPR (FDP), 1949-1967 MdB (FDP), 1949-1953 Bundesjustizminister, 1953-1957 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, 1954-1957 Bundesvorsitzender der FDP, 1960-1967 Vizepräsident des Deutschen Bundestags.

Deku, Maria

Geb. 18.3.1901 in Düsseldorf, gest. 19.4.1983, kath., vor 1933 Zentrums-Mitglied und in der katholischen Frauenbewegung engagiert, kam im letzten Kriegsjahr nach Bayern. - Regierungsreferentin in Regensburg, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1948 MdL (CSU).

Deku, Rudolf

Geb. 14.10.1896 in Düsseldorf, gest. 21.1.1977, kath., verheiratet mit Maria Deku, Jurastudium in Bonn, Münster, Marburg und Köln, 1920 Referendarsexamen und Promotion zum Dr. jur., 1920/1921 Referendar am Amtsgericht Ratingen und am Landgericht Düsseldorf, im Dezember 1921 auf eigenen Antrag beurlaubt, im Februar 1923 aus dem Justizdienst entlassen, 1920-1923 als Geschäftsführer, juristischer Hilfsarbeiter und Syndikus tätig, 1923-1933 Syndikus der Stadtwerke Krefeld, 1926-1933 Lehrer für öffentliches und privates Recht an der Verwaltungsschule Linker Niederrhein, 1933-1945 in verschiedenen Stellungen in der freien Wirtschaft tätig, zuletzt als kaufmännischer Direktor, vor 1933 Zentrums-Mitglied und in der katholischen Jugendbewegung engagiert. - 1946/1947 Landrat in Sulzbach-Rosenberg, im September 1947 vom Bayerischen Innenministerium vom Dienst suspendiert, 1947-1953 Oberkreisdirektor in Aachen.

Detsch, Jakob

Geb. 3.3.1886 in Wunkendorf/Ofr., gest. 14.1.1967 in Rosenheim/Obb., kath., Kaufmann, Mitbegründer der CSU, 1945-1951 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Rosenheim.

Detsch, Josef

Geb. 7.8.1916 in Bobingen/Schw., kath., Sohn von Jakob Detsch, Kaufmann, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU in Rosenheim, bis 1948 Vorsitzender der JU in Oberbayern, Jugendvertreter für den CSU-Bezirksverband Oberbayern, 1957-1975 stellvertretender Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Rosenheim, 1946-1952 und 1965-1967 Stadtrat (CSU) in Rosenheim, 1950 Kandidat (CSU) für die Landtagswahl.

Dill, Hans

1887-1973, bis 1912 Porzellanmaler, dann SPD-Parteisekretär in Nürnberg, Würzburg und München, 1919-1927 Redakteur der "Münchener Post", seit 1927 SPD-Bezirksparteisekretär Franken in Nürnberg, 1919-1932 MdL (SPD), 1930-1933 MdR (SPD), 1933 Emigration in die Tschechoslowakei, dort seit Ende 1936 Angestellter bei der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der CSR und illegal für die SOPADE tätig, im November 1938 Emigration nach England, im Juni 1939 nach Kanada. - 1966 Rückkehr nach Deutschland.

Dinkelbach, Heinrich

1891-1967, Manager in der Eisen- und Stahlbranche, 1909-1926 bei Thyssen, seit 1926 bei den Vereinigten Stahlwerken, 1936-1946 ordentliches Mitglied in deren Vorstand, vor 1933 Zentrums-Mitglied, seit 1938 NSDAP-Mitglied. - Seit 1946 im Vorstand der Treuhandverwaltung der North German Iron and Steel Control, 1949-1954 Mitglied der Stahltreuhändervereinigung.

Döppert, Konrad

Geb. 26.11.1882 in Kitzingen/Ufr., gest. 24.8.1975 in Kitzingen/Ufr., ev., Fabrikant, nach 1945 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Kitzingen-Stadt und -Land, stellvertretender Bürgermeister von Kitzingen.

Dörpinghaus, Bruno

1903, Hotelier, Ingenieur und Politiker, vor 1933 Zentrums-Mitglied. - Mitbegründer der CDU in Hessen, 1945/1946 Landesgeschäftsführer der CDU Hessen, 1946-1951 General-

sekretär der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, bis 1951 Herausgeber des CDU-Informationsdienstes "Union in Deutschland", 1951-1968 Hilfsreferent im Auswärtigen Amt.

Dötsch, Berta

Geb. 29.6.1898 in Buchhof, gest. 29.2.1970, kath., Redakteurin und Hausfrau, Mitbegründerin der CSU in Niederbayern, seit 1946 Frauenvertreterin des CSU-Bezirksverbands Niederbayern.

Dötsch, Ludwig

Geb. 3.1.1886 in Regenstauf/Opf., gest. 13.11.1967, kath., verheiratet mit Berta Dötsch, Lehre und Meisterprüfung als Schriftsetzer und Buchdrucker, Buchdruckereibesitzer und Verleger der "Bayerischen Waldzeitung", vor 1933 BVP-Mitglied, 1933 vorübergehend verhaftet, August-Dezember 1935 in Stadelheim inhaftiert, Entzug der Lizenz als Schriftleiter, 1936 Einstellung der "Bayerischen Waldzeitung", November/Dezember 1944 wegen Verweigerung der Teilnahme am Volkssturm in Haft. - Mitbegründer der CSU in Niederbayern, Vorsitzender der CSU in Zwiesel, im April 1945 von den amerikanischen Militärbehörden als Bürgermeister von Zwiesel eingesetzt, anschließend kurzzeitig Landrat in Regen, 1949-1968 Herausgeber und Redakteur der "Bayerischen Waldzeitung".

Dohnanyi, Hans von

1902-1945, Jurist, seit August 1939 Mitarbeiter der Abwehr, führendes Mitglied des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, arbeitete unter anderem mit dem ebenfalls bei der Abwehr eingesetzten Josef Müller zusammen, im April 1943 verhaftet, im April 1945 im KL Sachsenhausen hingerichtet.

Dollinger, Werner

Geb. 10.10.1918 in Neustadt an der Aisch/Mfr., ev., Studium der Wirtschafts- und Staatswissenschaften in Nürnberg, Frankfurt am Main und München, 1940 Diplomkaufmann, 1942 Promotion zum Dr. rer. pol., 1943-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Nach 1945 im elterlichen Großhandel tätig, dann Mitinhaber einer Dampfziegelei, Mitbegründer der CSU, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, seit 1957 Mitglied des Landesvorstands und seit 1961 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands bzw. Präsidiums der CSU, seit 1964 stellvertretender CSU-Vorsitzender, seit 1970 ehrenamtlicher Vorsitzender des Wirtschaftsbeirats der Union e.V., seit 1975 Vorsitzender des EAK der CSU und stellvertretender Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU, 1946-1964 Stadtrat (CSU) in Neustadt an der Aisch, 1946-1948 und 1952-1964 Kreisrat (CSU), 1953-1990 MdB (CSU), seit 1953 Mitglied des Vorstands der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1957-1961 und 1969-1976 stellvertretender Vorsitzender, 1961/1962 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe, 1956-1958 Mitglied der Generalversammlung der EGKS, 1962-1966 Bundesschatzminister, November/Dezember 1966 auch Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1966-1969 Bundespostminister, 1982-1987 Bundesverkehrsminister, 1948-1962 Vorsitzender des Industrie- und Handelsgremiums in Neustadt an der Aisch, 1952-1963 Vorsitzender des Bayerischen Tonindustrieverbands im Bezirk Mittelfranken, 1953-1962 2. Vorsitzender der Landesvereinigung des bayerischen Lebensmittelgroßhandels, bis März 1987 Mitglied des Verwaltungsrats der Kreditanstalt für Wiederaufbau, seit 1965 Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, seit 1971 Mitglied der Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland.

Donderer, Karl

Geb. 28.6.1884 in Waldstetten/Schw., gest. 18.7.1976, kath., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1905-1908 Kameralpraktikant in Höchstädt an der Donau, Marktoberdorf und Augsburg, 1909-1912 königlicher Rentamtssekretär in Zusmarshausen, 1913/1914 königlicher Finanzrechnungskommissär bei der Kreisregierung in Speyer, 1915 Rentamtsassessor in Passau, 1948-1952 Oberregierungsrat und Finanzamtsvorsteher in Passau, vor 1933 BVP-Mitglied, 1920-1924 und 1928-1932 MdL (BVP). - Mitbegründer der CSU in Passau und Kreisvorsitzender der CSU, 1945/1946 2. Bürgermeister von Passau, 1952-1964 Landrat in Wegscheid.

Donhauser, Anton

Geb. 19.9.1913 in München, gest. 10.2.1987 in München, kath., nach Maurerlehre Besuch der höheren Technischen Staatslehranstalt für Hoch- und Tiefbau und Weiterbildung zum Bauingenieur, 1939 Sonderreifeprüfung an der Wirtschaftshochschule, 1942 Ingenieur-Examen an der TH Danzig, seit 1938 gehobener bautechnischer Beamter bei der Reichsbahn, 1940-1944 bei der Bauinspektion der Reichsbahn in den besetzten osteuropäischen Staaten, Mitglied der Freiheitsaktion Bayern, im April 1945 in Abwesenheit zum Tode verurteilt. - 1945 von der Reichsbahndirektion München als technischer Reichsbahn-Oberinspektor beurlaubt und Mitarbeiter des BRK, seit 1947 Landesgeschäftsführer und Generalsekretär des BRK, zunächst CSU-Mitglied, 1947 Übertritt zur BP, 1948-1950 stellvertretender BP-Vorsitzender, nach einem Schiedsgerichtsverfahren 1950 Übertritt zur BHKP, 1952 erneut CSU-Mitglied, 1949-1955 MdB (bis 1950 BP, 1950-1952 fraktionslos, 1952-1955 CSU), 1955 Verlust der Immunität als Abgeordneter, mehrere Strafverfahren und Verurteilungen.

Donsberger, Josef

Geb. 23.2.1898 in Höchstädt an der Donau/Schw., gest. 20.3.1963, kath., 1911-1914 Steinmetzlehre, 1915-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Besuch kaufmännischer Kurse an der oberbayerischen Invalidenschule, hörte 1927/1928 Vorlesungen über bürgerliches Recht, Arbeits- und Wirtschaftsrecht und Volkswirtschaft an der Handelshochschule Nürnberg, 1920-1922 Beamtenanwärter bei der Eisenbahndirektion Augsburg, anschließend bis 1933 beim Bayerischen Eisenbahnerverband, zuletzt Bezirksleiter, 1920-1933 BVP-Mitglied, nach 1933 entlassen und bis 1938 arbeitslos, dann bis 1946 Angestellter bei verschiedenen Unternehmen. - Mitbegründer der CSU in Nürnberg, 1946-1950 und 1952-1962 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946-1958 MdL (CSU), seit 1946 Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, 1946/1947 Leiter des Katholischen Volksbüros Nürnberg, Mitbegründer der Beamtenorganisation in Bayern, seit 1950 2. Landesvorsitzender des Bundes Bayerischer Beamtenverbände, Mitglied des Aufsichtsrats der Sebaldus-Verlag GmbH.

Dorn, Walter L.

1894-1961, Historiker, 1940-1944 Mitarbeiter des Coordinator of Information, später des OSS, 1945/1946 persönlicher Berater im Hauptquartier Eisenhowers, 1946/1947 persönlicher Berater für Entnazifizierungsfragen bei General Clay.

Dürr, Kaspar

Geb. 18.1.1891 in Oberschwarzach, gest. 30.9.1967 in Würzburg, kath., Studium der Volkswirtschaft, 1922 Promotion zum Dr. rer. pol., vor 1933 Sekretär, dann Landessekre-

tär des Volksvereins für das Katholische Deutschland, seit 1933 Rechnungsführer beim bischöflichen Ordinariat in Würzburg, später Rechnungsrat in der Finanzkammer und (ehrenamtlicher) Vorstandsvorsitzender des St. Bruno-Werkes (Fränkische Wohnungsgenossenschaft m.b.H). - Mitbegründer der CSU in Würzburg und 1945/1946 deren Kreisvorsitzender, 1946 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Unterfranken, gleichzeitig mit der Suspendierung des Kreisverbands Würzburg durch die amerikanische Militärregierung im Juni 1946 seiner Ämter enthoben, 1952-1966 Stadtrat (CSU) in Würzburg und 1953-1956 Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion.

Eberhard, Rudolf

Geb. 1.11.1914 in Nürnberg, ev., 1935-1939 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1. juristische Staats- und Diplomprüfung für Volkswirte, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Hauptmann). - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1953-1968 Mitglied des Landesvorstands (1965-1968 als Gast) und 1954-1964 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1954-1964 stellvertretender Vorsitzender der CSU, Vorsitzender des EAK der CSU, nach 1945 zunächst Nebenbeamter am Landratsamt Kronach und Ebermannstadt, seit November 1946 kommissarischer Amtsvorstand, 1947-1957 Landrat in Ebermannstadt, 1957-1964 Bayerischer Finanzminister, seit 1958 stellvertretender Ministerpräsident, 1964-1970 Präsident, dann Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Staatsbank, 1948-1954 Bezirksrat (CSU) für Oberfranken, 1950-1974 MdL (CSU), 1951-1957 stellvertretender Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und des Landessynodalausschusses, bis 1957 stellvertretender Vorsitzender des Landkreisverbands Bayern, Vorsitzender des Fremdenverkehrsverbands Nordbayern und des Landesfremdenverkehrsverbands Bayern, Präsident der deutschen Zentrale für Fremdenverkehr.

Eberle, Anton

Geb. 3.9.1907 in Offingen/Schw., gest. 28.6.1973 in Rosenheim/Obb., kath. getauft, seit 1947 alt-kath., nach Studium der kath. Theologie 1931 Priesterweihe, 1931-1944 Kaplan, Expositus Pfarrer und Aushilfspriester in Gersthofen, Augsburg, Meitigen, Witzighausen, Tutzing und Starnberg, 1936 Präses des Katholischen Arbeitervereins Meitingen, im April 1944 freiresigniert. - 1947 Übertritt zur alt-katholischen Kirche, alt-katholischer Pfarrer für Südostbayern, 1963 zum Dekan für Bayern ernannt, 2. Bürgermeister in Eichenau, 1952-1972 Stadtrat (SPD) in Rosenheim, als Heilpraktiker tätig.

Eder(er), Hans

Geb. 26.11.1880 in Cham/Opf., gest. 17.9.1966 in Cham/Opf., kath., Schneiderlehre, nach Übernahme des elterlichen Betriebs Landwirt in Cham, Vorsitzender der Bezirksbauernkammer Cham, seit 1929 ehrenamtlicher Vorstand des Chamer-Heimat-Zeitungs-Vereins und ehrenamtlicher Redakteur der "Chamer Heimatzeitung", 1928-1932 MdR (BBMB/ Deutsche Bauernpartei), nach 1933 Verbot der "Chamer Heimatzeitung". - Nach 1945 Vorsitzender des BBV im Landkreis Cham, Mitglied des Vorstands des BBV Oberpfalz und des erweiterten Landesvorstands, CSU-Mitglied, 1946-1954 MdL (CSU).

Eggensberger, Franz Xaver

Geb. 24.2.1899 in Gmeinschwenden/Schw., gest. 17.11.1977, kath., nach Jurastudium und Promotion zum Dr. jur. Rechtsanwalt in Dillingen an der Donau, nach 1933 dreimal verhaftet, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer und juristischer Beirat der

Bayerischen Heimatpartei, dann CSU-Mitglied, 1948-1951 stellvertretender Vorsitzender des Landesschiedsgerichts der CSU, 1946-1966 Stadtrat (CSU) in Dillingen und zeitweise Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1948-1952 stellvertretender Bürgermeister, 1956-1960 3. Bürgermeister von Dillingen.

Ehard, Hans

Geb. 10.11.1887 in Bamberg/Ofr., gest. 18.10.1980 in München, kath., Jurastudium in München und Würzburg, 1912 Promotion zum Dr. jur., 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Staatsprüfung für den bayerischen Justiz- und Verwaltungsdienst, im September 1919 als Staatsanwalt in das Bayerische Justizministerium berufen, nach dem gescheiterten Hitler-Putsch im November 1923 Untersuchungsführer und Anklagevertreter im Hitler-Prozeß, 1925 in das Reichsjustizministerium abgeordnet, 1931-1933 Ministerialrat im Bayerischen Justizministerium, 1933-1945 Senatspräsident am OLG München, vor 1933 BVP-Mitglied. - Mitbegründer der CSU, seit 1946 Mitglied des Landesvorstands und 1949-1965 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1949-1955 CSU-Vorsitzender, 1945/1946 Staatssekretär im Bayerischen Justizministerium, 1946-1954 und 1960-1962 Bayerischer Ministerpräsident, 1962-1966 Bayerischer Justizminister, 1947-1949 Mitglied des Rats der Ministerpräsidenten des Länderrats der US-Zone, 1948/1949 Mitglied und zeitweise Vorsitzender des Länderrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, 1950/1951 und 1961/1962 Bundesratspräsident, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1966 MdL (CSU), 1954-1960 Präsident des Bayerischen Landtags.

Eichhorn, Wilhelm

Geb. 5.7.1879 in Kleinhaßlach/Mfr., gest. 20.3.1957 in München, ev., 1921-1951 Mitglied des Vorstands der Bayerischen Landwirtschaftsbank in München (seit 1971 Münchner Hypothekenbank), 1951-1957 Mitglied in deren Aufsichtsrat und 1954-1956 Aufsichtsratsvorsitzender, Mitbegründer der CSU in München, am 11.10.1945 zu einem der beiden Vorsitzenden des vorbereitenden Ausschusses der CSU in München gewählt, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1946-1951 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946/1947 Präsident, 1947-1950 Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.

Eicken, Hans Hermann von

Geb. 18.11.1895 in Kehl am Rhein, ev., Studium in Breslau, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1916-1920 in französischer Kriegsgefangenschaft, 1921 Promotion zum Dr. jur., bis 1923 (Ausweisung aus polnisch Oberschlesien) Verkaufschef der Friedenshütte, dann Abteilungsleiter eines Münchner Markenartikelsyndikats, 1929-1934 Bezirksdirektor der Schweizerischen Lebensversicherungs- und Rentenanstalt, 1934-1945 Bezirksdirektor der Nürnberger Lebensversicherungs AG, seit 1945 in deren Vorstand. - Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1946 Mitglied des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der CSU und des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, Berater der Fraunhofer-Gesellschaft in Wirtschaftsfragen.

Eirainer, Isidor

Geb. 18.9.1900 in Großhartpenning/Obb., gest. 26.11.1976, kath., Landwirt, vor 1933 Mitglied der Bayerischen Christlichen Bauernvereine, Vorstandsmitglied des bayerischen patriotischen Bauernvereins Tuntenhausen, Vorstandsmitglied des Verbands katholischer Jungbauern, in mehreren landwirtschaftlichen Genossenschaften tätig, Mitglied der Kreis-

bauernkammer Oberbayern, BVP-Mitglied und Mitglied des Wirtschaftsbeirats der BVP, 1933 MdL (BVP), im Juni 1933 kurzzeitig im KL Dachau. - Mitbegründer der CSU, 1961-1963 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Bad Aibling, 1946 Kreisobmann des BBV in Bad Aibling, seit 1957 stellvertretender Präsident des BBV Oberbayern, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, Gemeinderat (CSU) in Vagen, Kreisrat (CSU) in Bad Aibling und Mitglied des Kreisausschusses, 1952-1965 MdS.

Eisenhower, Dwight David

1890-1969, US-amerikanischer General und Politiker (Republikanische Partei), 1942 Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, 1943 Oberbefehlshaber der alliierten Truppen für die Invasion Frankreichs, 1945 Militärgouverneur in Deutschland, bis 1948 Chef des Generalstabs, 1950-1952 Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, 1953-1961 Präsident.

Elhardt, Heinrich

Geb. 19.4.1880, gest. 13.1.1958, ev., Konditormeister, Obermeister der Bäcker- und Konditorinnung München, Vorsitzender des Verbands des bayerischen Konditorenhandwerks, Mitbegründer und Aufsichtsratsvorsitzender der Konditoreinkauf AG, 1946 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, zuvor Mitglied des vorläufigen Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, 1945/1946 Stadtrat (CSU) in München, 1946 MdVLV (CSU).

Elmenau, Johannes von

Geb. 26.11.1906, Jura- und Geschichtsstudium in München und Berlin, 1931 Referendarexamen, Mitglied der Studentenorganisation der BVP, 1931-1939 Verwaltung des familieneigenen Besitzes, anschließend bei Banken tätig, 1939-1945 Vermögensverwalter, seit 1941 bei der Reichsvereinigung Kohle tätig. - Ende 1945 Eintritt in die Bayerische Staatskanzlei, Referent für Fragen des Länderrats und der Bizone, 1946 stellvertretender Generalsekretär des vorbereitenden Verfassungsausschusses in Bayern, 1947-1949 Ministerialrat in der Direktorialkanzlei des Verwaltungsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets und stellvertretender Bevollmächtigter Bayerns beim Vereinigten Wirtschaftsgebiet, Juni-Oktober 1949 dort kommissarischer Bevollmächtigter Bayerns, 1949 Referent im Bundeskanzleramt, 1949-1974 Ministerialbeamter im Bayerischen Kultusministerium, zuletzt Ministerialdirigent, 1964-1972 Leiter des Hochschulausschusses der ständigen Kultusministerkonferenz der Länder, Staatskommissar für den Wittelsbacher Ausgleichsfonds, Mitglied der Aufsichtsgremien zahlreicher wissenschaftlicher Institutionen.

Emmert, Heinrich

Geb. 1901, gest. 16.2.1974, nach Besuch der Realschule kaufmännische Lehre in Nürnberg, anschließend als Werkstudent bei M.A.N., Besuch der Handelshochschule und Abschluß mit Diplom, Kaufmann in Köln, Berlin, Dresden und Hamburg, zuletzt Verkaufsdirektor, seit 1935 wieder in Bayern tätig. - 1946-1950 MdL (CSU).

Emnet, Wilhelm

Geb. 1.11.1876 in Schifferstadt/Pfalz, Jurastudium, 1. und 2. juristische Staatsprüfung, zunächst Regierungsassessor im Bayerischen Innenministerium, 1906-1916 im bezirksamtlichen Dienst, dann Regierungsrat und Oberregierungsrat in Regensburg, 1926 in das Bayerische Kultusministerium berufen, seit 1927 Ministerialrat, bis 1941 hauptsächlich als Referent für kirchliche Angelegenheiten tätig, dann aus politischen Gründen entlassen. - 1945

in das Bayerische Kultusministerium zurückberufen, zum Staatsrat ernannt, 1948 in den Ruhestand versetzt.

Endres, Fritz

1877-1963, Kupferschmied, 1901-1911 Ortsverbandsvorsitzender des Süddeutschen Eisenbahnerverbands, 1911-1918 Arbeitersekretär der Freien Gewerkschaften Würzburg, 1918/1919 Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbands Würzburg, 1912-1918 und 1920-1933 MdL (SPD), 1919/1920 MdVNV (SPD), 1919/1920 zunächst Bayerischer Justizminister, dann Innenminister, nach 1933 mehrfach verhaftet.

Engelhardt, Hans

Geb. 1.8.1907 in Schwabach/Mfr., gest. 9.10.1985 in Bad Godesberg, kath., Jurastudium in Berlin, Erlangen und München, 1929 Promotion, 1932 Staatsprüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst, 1932-1936 Notariatsassistent in Kempten und Nürnberg, anschließend Syndikus einer Baugesellschaft in München, 1939-1943 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1943-1945 amerikanische und französische Kriegsgefangenschaft. - Bis 1948 juristischer Angestellter bzw. Beamter am Landratsamt Schwabach, 1948-1956 Landrat in Hilpoltstein, seit 1956 Leiter der Zentralabteilung im Bundesministerium für Atomfragen.

Englert, Rudolf

Geb. 19.4.1890 in Lohr am Main/Ufr., gest. 1.8.1965, kath., Lehre als Koch und Konditor und Besuch einer Hotelfachschule, anschließend Koch, Küchenmeister und Küchendirektor im In- und Ausland, vor 1933 Zentrums-Mitglied, nach 1933 mehrfach von der Gestapo verhört und von einem Sondergericht zu neun Monaten Haft verurteilt, 1937 Übernahme einer Feinkostfabrik in Landau/Pfalz. - Mitbegründer der CSU, 1945 mehrere Monate Bürgermeister von Lohr am Main, Herbst 1945-1958 Landrat in Lohr am Main, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Ensslin, Wilhelm

Geb. 9.12.1885 in Aalen, gest. 8.1.1965, ev., 1904-1910 Geschichtsstudium in Tübingen, Berlin, München und Straßburg, Promotion zum Dr. phil., 1910-1930 Kandidat für das höhere Lehramt, wissenschaftlicher Hilfslehrer, Oberlehrer, Studienrat und Oberstudienrat in Bromberg, Frankfurt am Main und Marburg, 1923 Habilitation im Fach Alte Geschichte, bis 1929 DVP-Mitglied, Privatdozent und außerordentlicher Professor in Marburg, 1930-1936 ordentlicher Professor in Graz, 1936-1943 ordentlicher Professor in Erlangen, seit 1943 ordentlicher Professor in Würzburg. - Im Juli 1948 von der Spruchkammer Erlangen-Stadt als vom Befreiungsgesetz nicht betroffen erklärt, 1952 emeritiert.

Epp, Franz Ritter von

1868-1946, Berufsoffizier (Generalleutnant) und Politiker, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 mit dem Freikorps Epp an der Zerschlagung der Münchner Räterepublik beteiligt, zunächst BVP-Mitglied, seit 1928 NSDAP-Mitglied, 1928-1945 MdR (NSDAP), im März 1933 Reichskommissar, dann seit April 1933 Reichsstatthalter in Bayern, nach 1945 von der amerikanischen Besatzungsmacht interniert.

Erber, Peter

Geb. 14.11.1904 in Ebersbach/Ofr., kath., Jurastudium, 1931 2. juristisches Staatsexamen, Promotion zum Dr. jur., seit 1931 Rechtsanwalt in Nürnberg, BVP-Mitglied, seit 1933

im Staatsdienst, zunächst Staatsanwalt, 1934-1945 Amtsgerichtsrat in München und Kiel, aus politischen Gründen nicht befördert. - 1945 als Landgerichtsdirektor am Wiederaufbau der Justiz in Kiel beteiligt, seit März/April 1946 im Bayerischen Justizministerium, dann in der Bayerischen Staatskanzlei, 1947 Mitarbeiter Anton Pfeiffers im Ministerium für Sonderaufgaben, 1949-1969 Generalsekretär des Bayerischen Landespersonalamts, CSU-Mitglied.

Erzberger, Matthias

1875-1921, Journalist und Politiker, 1903-1918 und 1920/1921 MdR (Zentrum), 1919/1920 MdVNV (Zentrum), Oktober/November 1918 Staatssekretär ohne Geschäftsbereich, im November 1918 Mitglied der deutschen Waffenstillstandskommission, 1919 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1919/1920 Reichsfinanzminister, im August 1921 Opfer eines Attentats.

Etterer, Hans

Geb. 7.6.1918 in Erbendorf/Opf., gest. 1.5.1990 in Singen, kath., seit 1936 Berufssoldat, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Seit 1947 Angestellter beim Arbeitsamt Kemnath, 1946/1947 Jugendvertreter für den CSU-Bezirksverband Oberpfalz, Geschäftsführer des CSU-Kreisverbands Weiden.

Euerl, Alfred

Geb. 11.2.1897 in Nürnberg, gest. 19.4.1970 in Nürnberg, ev., Lehre in einer Anwaltskanzlei, Besuch einer kaufmännischen Fortbildungsschule und einer Fachschule für Rechtsanwaltsgehilfen, dann in verschiedenen Nürnberger Anwaltskanzleien und Firmen tätig, 1923-1962 bei der Fränkischen Überlandwerk AG in Nürnberg, vor 1933 in der kirchlichen Jugend- und Männerarbeit engagiert, 1934-1959 Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Mitglied des Landes-Synodalausschusses, wegen seines Protests gegen die Verhaftung Pastor Niemöllers selbst wiederholt von der Gestapo verhaftet. - Mitbegründer der CSU in Nürnberg, 1946-1952 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Nürnberg-Fürth und bis zu seinem Tod Mitglied des Bezirksvorstands, 1946/1947 und 1958-1967 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946-1948 Stadtrat (CSU) in Nürnberg, 1946-1966 MdL (CSU) und 1958-1966 Mitglied des Ältestenrats, Mitglied im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks.

Fackler, Franz Xaver

Geb. 20.10.1895 in München, gest. 23.9.1963 in München, kath., Bäckerlehre, 1915-1917 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1917 bei der AOK Wolfstein tätig, seit 1919 Bezirksleiter der Christlichen Gewerkschaften in München, seit 1923 Sachbearbeiter im Arbeitsamt München, 1926 Betriebsratsvorsitzender, nach 1933 mehrmals verhaftet, 1939-1944 Untersuchungshaft wegen Mitgliedschaft in einer monarchistischen Widerstandsgruppe, 1944 vom Volksgerichtshof zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. - Nach 1945 Übernahme einer Reklamefirma, Mitbegründer der CSU in München, Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, 1949/1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946-1963 Stadtrat in München und seit 1949 Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1950 Kandidat (CSU) für die Landtagswahl.

Fahy, Charles

1892, US-amerikanischer Jurist und Politiker, 1914-1933 Rechtsanwalt, seit 1933 bei verschiedenen Regierungsbehörden tätig, 1941 zum stellvertretenden Justizminister ernannt. -

1945 Berater der US-Delegation auf der Konferenz von San Francisco, 1945/1946 juristischer Berater und Leiter der Rechtsabteilung von OMGUS, 1946 juristischer Berater im Außenministerium, 1946/1947 Mitglied des Rechtsausschusses der Generalversammlung der UNO und Repräsentant der USA in der Generalversammlung der UNO.

Falkner, Ernst

Geb. 24.2.1909 in München, gest. 27.10.1950, Jura-, Geschichts- und Philosophiestudium in München und Freiburg i.Br., Promotion zum Dr. phil., anschließend Journalist, 1932 Beitritt zum BHKB und Mitbegründer einer monarchistischen Hochschulgruppe an der Universität München, nach 1933 mehrfach vorübergehend verhaftet, seit 1938 Honorarkonsul der Dominikanischen Republik in Bayern, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, Kontakte zu Widerstandskreisen. - 1945 von den amerikanischen Militärbehörden als Landrat in Bogen, später als geschäftsführender Regierungspräsident von Niederbayern/Oberpfalz eingesetzt, im Oktober 1945 entlassen, 1946 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Niederbayern, 1946 Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, trat im Januar 1948 zusammen mit Joseph Baumgartner von der CSU zur BP über, bis 1950 Landesgeschäftsführer bzw. Generalsekretär und Schatzmeister der BP, Mitbegründer des parteieigenen Bayernverlags und der "Bayerischen Landeszeitung", 1949/1950 MdB (BP).

Faltermeier, Josef

Geb. 13.12.1882 in Laberweinting/Ndb., gest. 2.2.1956, kath., nach Besuch der Volks- und Fortbildungsschule Mitarbeit auf dem elterlichen Hof, Militärdienst, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, anschließend Landwirt in Tiefbrunn, vor 1933 Mitglied der BVP und ihres Landesausschusses, Bezirksobmann der Bayerischen Christlichen Bauernvereine, Mitglied der Kreisbauernkammer Oberpfalz, nach 1933 vorübergehend verhaftet. - Mitbegründer und Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Regensburg-Land, Kreisrat (CSU) in Regensburg, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU), Vorsitzender der Bezirksbauernkammer Regensburg-Land, ehrenamtlicher Leiter des Ernährungsamts A in Regensburg, Vorsitzender des BBV in Regensburg, Mitglied des Aufsichtsrats der Milchwerke und der Zuckerfabrik Regensburg.

Faulhaber, Michael von

Geb. 5.3.1869 in Klosterheidenfeld/Ufr., gest. 12.6.1952 in München, kath., 1892 Priesterweihe, Studium in Würzburg und Rom, 1895 Promotion zum Dr. theol., 1899 Habilitation und Privatdozent an der Universität Würzburg, 1903-1910 ordentlicher Professor für kath. Theologie in Straßburg, 1910-1917 Bischof von Speyer, 1917-1952 Erzbischof von München und Freising, seit 1921 im Range eines Kardinals.

Feistle, Anton

Geb. 22.5.1892 in Oberknöringen/Schw., gest. 11.4.1963, kath., vor 1933 Redakteur, April-Juni 1933 Stadtrat (BVP) in Vilsbiburg, im Juni 1933 für mehrere Wochen verhaftet. - 1945 von den amerikanischen Militärbehörden als 1. Bürgermeister von Vilsbiburg eingesetzt, amtierte bis 1946, 1946 MdVLV (CSU).

Felder, Josef

Geb. 24.8.1900 in Augsburg, kath., zunächst kaufmännische und technische Ausbildung, dann Journalist, 1924-1933 Redakteur der "Schwäbischen Volkszeitung", Mitglied der SDAJ und seit 1920 der SPD, Vorsitzender der SPD in Augsburg, 1930-1933 Stadtrat

(SPD) in Augsburg, 1932/1933 MdR (SPD), im März 1933 untergetaucht, vorübergehende Flucht nach Österreich und in die Tschechoslowakei, im Juni 1934 Rückkehr nach Deutschland, im November 1934 verhaftet und bis Januar 1936 in verschiedenen Gefängnissen und im KL Dachau inhaftiert, anschließend bis 1945 Hauptbuchhalter einer Münchner Textilfirma. - Seit 1946 Lizenzträger und Chefredakteur des "Südost-Kuriers", 1955-1957 Chefredakteur des "Vorwärts", 1957-1969 MdB (SPD).

Fendt, Franz

Geb. 24.10.1892 in München, gest. 1.1.1982 in München, nach seiner Ausbildung zum Lehrer an Volks- und Berufsschulen tätig und in der Jugendarbeiterbildung engagiert, seit 1927 Studium der Staatswissenschaften und Promotion zum Dr. oec. publ., vor 1933 Mitglied der SPD und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. - Im Juli 1945 zum Regierungsdirektor und Leiter des oberbayerischen Schulwesens berufen, 1945/1946 Bayerischer Kultusminister, seit 1950 Rektor der Hochschule für politische Wissenschaften in München.

Ficker, Ludwig

Geb. 14.10.1904 in München, gest. 10.12.1947, seit 1919 Gewerkschaftsmitglied, seit 1929 KPD-Mitglied, 1933 als Schienenleger in München wegen seiner Parteizugehörigkeit entlassen, illegal für die KPD tätig, während einer Versammlung festgenommen, jedoch nach kurzer Zeit wieder freigelassen, im Frühjahr 1934 Emigration in die Schweiz, Aufenthalte in Frankreich, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei, mehrmalige illegale Rückkehr nach Deutschland, 1942 in Basel festgenommen und inhaftiert, Flucht und illegale Rückkehr nach Deutschland, erneut im Widerstand tätig. - 1945/1946 Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium, 1946 MdVLV (KPD), 1947 MdWR (KPD) und als Schriftführer Mitglied in dessen Präsidium, 1947 Vorsitzender der KPD in Bayern.

Figl, Leopold

1902-1965, österreichischer Agraringenieur und Politiker, 1945 Staatssekretär in der Regierung Renner, Landeshauptmann von Niederösterreich, Mitbegründer der ÖVP und bis 1951 deren Obmann, 1945-1953 Bundeskanzler, 1953-1959 Außenminister, 1959-1962 Präsident des Nationalrats, 1962-1965 Landeshauptmann von Niederösterreich.

Fink, Hugo

Geb. 30.8.1910 in Karlsruhe, gest. 5.6.1986 in Augsburg, kath., Studium der Philosophie und der Staats- und Wirtschaftswissenschaften in Heidelberg und Freiburg i.Br., nach dem Staatsexamen in der Industrie und der öffentlichen Verwaltung tätig. - Seit 1946 CSU-Mitglied und Mitglied des Vorstands der CSU-Bezirksverbände Augsburg und Schwaben, 1945-1952 in der bayerischen Wirtschaftsverwaltung tätig, seit 1949 Oberregierungsrat, seit 1952 Stadtrat (CSU), Kultur- und Wirtschaftsreferent sowie Stadtrechtsrat in Augsburg, 1954-1974 MdL (CSU), 1966-1970 Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium.

Fischer, Franz

Geb. 3.3.1889 in Kadeltshofen/Schw., gest. 16.8.1962, Studium in München, Abschluß als Dipl.-Ing., 1918-1945 im bautechnischen Staatsdienst tätig. - Seit Juni 1945 Leiter der Obersten Baubehörde im Bayerischen Innenministerium, 1947-1950 im Range eines Staatssekretärs, 1951-1954 im Range eines Ministerialdirektors, 1947-1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

Fischer, Heinz

Geb. 26.11.1919 in Breslau, gest. 19.11.1973 in Erlangen/Mfr., ev., 1939 Abitur, dann nach vier Semestern Medizinstudium zur Luftwaffe eingezogen. - Mitbegründer der CSU, 1947-1949 Geschäftsführer des CSU-Kreisverbands Münchberg, 1949 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1949 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands Oberfranken, Bezirksobmann der JU in Oberfranken, 1948-1950 Stadtrat (CSU) in Münchberg, seit 1948 Kreisrat (CSU) in Münchberg, 1945 medizinischer Gehilfe am Krankenhaus Hof, ehrenamtliche Betreuung von Flüchtlingen und Vertriebenen, seit 1949 im Landratsamt (Flüchtlingsamt) Münchberg beschäftigt, später Verlagskaufmann.

Fischer, Josef

Geb. 2.9.1906 in Dießen/Obb., gest. 8.1.1975, kath., Schreinerlehre, seit 1923 in Augsburg in der Industrie tätig, seit 1930 kaufmännischer Angestellter, BVP-Mitglied, seit 1925 Mitglied der katholischen Arbeiterbewegung und der Christlichen Gewerkschaften, Betriebsrat. - Mitbegründer der CSU im Stadt- und Landkreis Augsburg, 1947-1949 Vorsitzender der CSU-Bezirksverbände Augsburg und Schwaben, 1949-1964 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Augsburg, 1947-1964 Mitglied des Landesvorstands der CSU, im Oktober 1945 Mitglied des Stadtbeirats Augsburg, 1946-1948 Stadtrat (CSU) in Augsburg, seit 1954 Bezirksrat (CSU) für Schwaben, später Bezirkstagspräsident, 1946-1950 MdL (CSU), 1947-1952 Arbeitsgerichtsrat, 1952-1972 Direktor bei Haindl-Papier.

Fischer, Margarete

Geb. 12.12.1902, 1946 Frauenvertreterin des CSU-Bezirksverbands Nürnberg-Fürth, 1948 Delegierte zum Landesausschuß der CSU.

Fischer, Wilhelm

Geb. 26.3.1904 in Fürth/Mfr., gest. 21.10.1951, kaufmännischer Angestellter, bis 1930 Landessekretär der Reichszentrale für Heimatdienst, dann freier Mitarbeiter der sozialistischen Tagespresse, seit 1918 SPD-Mitglied, seit 1919 gewerkschaftlich organisiert, 1934 sieben Monate in Schutz- und Untersuchungshaft, 1935-1940 Prokurist in einem Exportbetrieb, 1940-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und Kriegsgefangenschaft. - 1945 Leiter des Ernährungsamts Fürth-Stadt, seit 1948 Referent für das Wohlfahrts-, Gesundheits- und Jugendfürsorgewesen in Fürth, Vorsitzender der SPD in Ober- und Mittelfranken, Mitglied des Parteivorstands der SPD, 1946 MdVLV (SPD), 1946-1949 MdL (SPD), 1949-1951 MdB (SPD).

Försch, Konrad

Geb. 24.3.1893 in Thüngersheim/Ufr., Packer, KPD-Mitglied, 1936 nach Versuch, die KPD in Würzburg illegal weiterzuführen, verhaftet, Konzentrationslagerhaft. - 1945 Leitung des Arbeitseinsatzes ehemaliger Nationalsozialisten in Würzburg, persönlicher Beauftragter von Sonderminister Heinrich Schmitt für den Regierungsbezirk Unterfranken.

Franckenstein, Georg von und zu

Geb. 20.8.1898 in Nördlingen/Schw., gest. 27.3.1965, kath., 1916-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Studium in Würzburg und an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim, landwirtschaftlicher Praktikant auf mehreren Gütern, anschließend Verwaltung des land- und forstwirtschaftlichen Familienbesitzes, den er 1931 übernahm, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer des BBV, seit 1945 Landrat in Scheinfeld, 1946

Kandidat (CSU) für die VLV, 1950-1965 MdL (CSU), Präsident der Gesellschaft für Fränkische Geschichte, Vorsitzender der Genossenschaft katholischer Edelleute in Bayern.

Frank, Albert

Geb. 1874 in Altomünster/Schw., 1902 Eintritt in die richterliche Laufbahn in München, 1906-1909 Amtsrichter in Vohenstrauß, seit 1909 Amtsrichter in München, 1922 Amtsgerichtsrat, 1924 Amtsgerichtsdirektor, 1928 Amtsgerichtspräsident, 1933-1939 Präsident des Landgerichts München II, Vorsitzender des Landesverbands Bayern des Reichsbundes der höheren Beamten, Vorsitzender des Bayerischen Richtervereins. - 1946 bis zu seinem Tod im Jahre 1947 oder 1948 stellvertretender Vorsitzender des Landesschiedsgerichts der CSU.

Frankl, Franz-Xaver

Geb. 6.11.1907 in Landshut, gest. 28.8.1954, kath., Angestellter, vor 1933 Mitglied der BVP und der Bayernwacht. - Delegierter zum Landesausschuß der CSU, 1946/1947 Stadtrat in Landshut, 1947 als Leiter des Wirtschaftsamts Landshut entlassen.

Frentzel, Heinz

1921, Journalist, 1945-1947 Regierungsinspektor im Thüringischen Volksbildungsministerium, Redakteur für Innenpolitik und Kultur beim Thüringischen Landessender, Oberregierungsrat und Pressechef der Thüringischen Landesregierung, seit 1948 politischer Kommentator beim Süddeutschen Rundfunk (Radio Stuttgart), seit 1949 bei RIAS Berlin.

Frenzel, Curt

Geb. 24.12.1900 in Dresden, gest. 30.1.1970, ev., 1922-1927 Aushilfslehrer, nebenbei journalistisch tätig, vorübergehend freier Journalist in Paris, seit 1928 politischer Redakteur und seit 1931 stellvertretender Chefredakteur der "Volksstimme Chemnitz", 1933 mehrere Monate in Haft, von der Pressearbeit ausgeschlossen, seit 1936 Sachbearbeiter und Reiseführer in einem Reisebüro, 1942-1944 dienstverpflichtet. - SPD-Mitglied, seit 1945 Mitherausgeber und Chefredakteur der "Schwäbischen Landeszeitung" (seit 1959 "Augsburger Allgemeine"), 1946-1949 Vorsitzender der DENA, 1949 beteiligt an der Gründung der Deutschen Presseagentur, Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Presseagentur, Vorstandsmitglied des Verbands Bayerischer Zeitungsverleger, seit 1949 zahlreiche Funktionen im Verband Deutscher Zeitungsverleger.

Freundl, Otto

Geb. 13.11.1912 in Waldsassen/Opf., gest. 17.3.1982, kath., 1925-1928 kaufmännische Lehre, anschließend im elterlichen Geschäft tätig und kaufmännischer Angestellter in Freiburg i.Br., seit 1928 in der katholischen Jugendbewegung engagiert, die er nach 1933 in der Form von Heimatabenden weiterzuführen versuchte, 1936 Fortbildung an einer Handelsschule in München, 1937-1940 leitender Angestellter in einem Rundfunkunternehmen, seit 1940 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU in Waldsassen, 1946-1948 und 1966-1972 Landrat, 1948-1966 stellvertretender Landrat in Tirschenreuth, 1946-1970 MdL (CSU).

Frick, Wilhelm

1877-1946, Jurist und Politiker, seit Anfang der zwanziger Jahre NSDAP-Mitglied, 1924-1945 MdR (Nationalsozialistische Freiheitspartei, dann NSDAP), 1928-1945 Vorsitzender der NSDAP-Reichstagsfraktion, 1930/1931 Thüringischer Innenminister, 1933-1943 Reichs-

innenminister, 1943-1945 Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichsprotektor von Böhmen und Mähren. - 1946 in Nürnberg hingerichtet.

Fritzsche, Hans

1900-1953, Journalist, NSDAP-Mitglied, 1933 Leiter des Nachrichtenwesens in der Presseabteilung des Reichspropagandaministeriums, 1938 Leiter der Abteilung deutsche Presse im Reichspropagandaministerium und beim Presseamt der Reichsregierung, 1942 Wechsel zur Abteilung Rundfunk im Reichspropagandaministerium und Generalbevollmächtigter für die politische Organisation des Großdeutschen Rundfunks. - 1946 im Nürnberger Prozeß von der Anklage auf Kriegsverbrechen freigesprochen, 1947 Spruchkammerverfahren, bis September 1950 in Haft.

Fröhlich, Valentin

Geb. 20.3.1888 in Herzogenaurach/Mfr., gest. 3.5.1964, kath., nach juristischen und volkswirtschaftlichen Studien Promotion zum Dr. oec. publ., dann beim Oberbayerischen Christlichen Bauernverein und in der Zentralgenossenschaft in Regensburg tätig, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, BVP-Mitglied, 1928-1933 MdL (BVP), Vizepräsident des Oberfränkischen Christlichen Bauernvereins, seit 1931 als Schriftführer Vorstandsmitglied der Bayerischen Christlichen Bauernvereine, Vizepräsident der Kreisbauernkammer Oberfranken und Mitglied der Bayerischen Landesbauernkammer, Herausgeber des "Fränkischen Bauernblattes". - Nach 1945 Landrat in Herzogenaurach, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1947-1949 MdS.

Frommknecht, Otto

Geb. 17.11.1881 in Grünenbach/Schw., kath., 1901-1905 Studium des Bauingenieurwesens in München, Mitglied der katholischen Studentenverbindung Vindelicia, seit 1909 Eisenbahnbeamter, 1914-191 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1919 BVP-Mitglied, bis 1924 Vorsitzender der BVP in Obermenzing, Mitglied des Wirtschaftsbeirats der BVP, 1919-1924 Bürgermeister von Obermenzing, bis 1930 Gemeinderat in Obermenzing, 1920-1922 Landesleiter der Technischen Nothilfe Bayern, 1939 vom Volksgerichtshof wegen antinationalsozialistischer Tätigkeit zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt und aus dem Staatsdienst entlassen. - 1945 wieder eingestellt und mit der Leitung des Reichsbahn-Baustabs der Reichsbahndirektion München beauftragt, 1947 Bayerischer Staatsminister für Verkehr und Post, 1947-1950 Bayerischer Verkehrsminister, Januar-August 1947 Mitglied des Verwaltungsrats für Verkehr der Bizone, 1947-1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

Frühwald, Konrad

Geb. 5.6.1890 in Roßbach/Mfr., ev., Landwirt, 1920-1933 Mitglied der Kreisbauernkammer Mittelfranken und 1930-1933 deren Präsident, 1925-1933 Mitglied der Bayerischen Landesbauernkammer, 1928-1932 und 1933 MdL (Deutsch-Nationale Front). - Mitbegründer des BBV und Mitglied in dessen Präsidium, seit 1947 MdS, 1949-1957 MdB (FDP).

Fuchs von Bimbach und Dornheim, Freiherr Hans

Geb. 16.1.1886 in Berlin, gest. 21.5.1963 in Volkach/Ufr., kath., Offizier und Gutsbesitzer, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Gamperl, Georg

Geb. 21.4.1898 in Aresing/Obb., gest. 13.9.1966 in Regensburg, kath., 1916-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Angehöriger des Freikorps Oberland, 1931 Promotion

zum Dr. phil., 1938 Staatsexamen als Nahrungsmittelchemiker, 1937 an der Staatlichen Chemischen Untersuchungsanstalt in München, seit 1938 bei der Allgäuer Alpenmilch AG in Bießenhofen tätig, vor 1933 BVP-Mitglied, 1933-1936 Emigration nach Österreich, 1943-1947 Direktor der Chemischen Untersuchungsanstalt in Regensburg. - Mitbegründer der CSU in der Oberpfalz, 1947-1949 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberpfalz, 1946-1949 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

Gans, Richard

Geb. 7.3.1880 in Hamburg, Physiker, 1903-1908 Privatdozent in Tübingen, 1908-1911 außerplanmäßiger Professor in Tübingen, 1911/1912 Professor in Straßburg, 1912-1925 Professor in La Plata/Argentinien, 1925-1935 Professor in Königsberg. - 1946 Professor in München, seit 1947 erneut Professor und Direktor des Instituts für Physik in La Plata/ Argentinien.

Gassenmeyer, Hermann

Geb. 11.6.1918 in Nürnberg, ev., Medizinstudium und Promotion zum Dr. med., anschließend praktischer Arzt, nach 1945 Jugendvertreter und 1973-1978 Vorsitzender des Gesundheitspolitischen Arbeitskreises für den CSU-Bezirksverband Nürnberg-Fürth.

Gaßner, Alfons

Geb. 7.12.1923 in München, kath., seit 1942 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, Flucht aus russischer Kriegsgefangenschaft, im April 1945 Mitglied der Freiheitsaktion Bayern. - Mitbegründer der BHKP, 1946/1947 und seit 1966 CSU-Mitglied, 1947-1966 BP-Mitglied, Mitglied des Landesvorstands der BP, stellvertretender Vorsitzender und 1958-1966 Vorsitzender der BP in Niederbayern, seit 1961 stellvertretender Landesvorsitzender der BP, 1950-1966 und 1969-1974 MdL (bis 1966 BP, dann CSU), 1949, 1954 und 1959 Mitglied der Bundesversammlung, 1952-1966 Kreisrat (BP) in Vilshofen, 1946-1950 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, bis 1963 Werbeleiter eines niederbayerischen Industrieunternehmens, seit 1968 Organisationsbeauftragter eines Versicherungsunternehmens für Niederbayern.

Gaulle, Charles de

1890-1970, französischer General und Politiker, 1944 Chef der provisorischen Regierung Frankreichs, 1945/1946 Ministerpräsident, 1958-1969 Staatspräsident.

Geiger, Hugo

Geb. 1.4.1901 in Furth im Wald/Opf., gest. 8.7.1984, kath., Studium der Mathematik, Physik, Pädagogik und Volkswirtschaft, 1927/1928 Lehrer für Mathematik und Physik in Würzburg, 1929-1946 bei der Allianz-Lebensversicherungs-AG in Stuttgart, Berlin und München tätig, zuletzt Vorstandsmitglied. - 1947-1950 und 1952-1959 Mitglied des Landesvorstands sowie 1952-1959 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1949/1950 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, 1952-1959 Landesschatzmeister der CSU, 1947-1950 Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium, 1950-1953 MdL (CSU), 1953-1961 MdB (CSU), 1958-1961 MdEP, Vorsitzender mehrerer Aufsichtsräte.

Geiselberger, Hans

Geb. 18.7.1894 in Neuhaus am Inn/Ndb., gest. 22.6.1957, kath., Studium der Volkswirtschaft und der Medizin in München und Würzburg, Promotion zum Dr. rer. pol., Teil-

nahme am Ersten Weltkrieg, Gesellschafter, später Besitzer der Druckerei Gebrüder Geiselberger, vor 1933 BVP-Mitglied und Sekretär der BVP-Reichstagsfraktion, nach 1933 vorübergehend verhaftet, 1945 von einem SS-Standgericht zum Tode verurteilt. - Mitbegründer und seit März 1946 Vorsitzender der CSU im Landkreis Altötting, seit 1946 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, Stadtrat (CSU) und Kreisrat (CSU) in Altötting.

Gentner, Hans

Geb. 26.1.1877 in Pegnitz/Ofr., gest. 24.8.1953, ev., Landwirt, SPD-Mitglied, Bürgermeister von Pegnitz, Mitglied des Bezirkstags und des Bezirksausschusses sowie der Bezirksbauernkammer, 1912-1920 und 1928-1933 MdL (SPD), nach 1933 wiederholt verhaftet. - Nach 1945 erneut Bürgermeister von Pegnitz, 1946/1947 Staatssekretär im Bayerischen Landwirtschaftsministerium, 1946 MdVLV (SPD), 1947-1953 MdS, seit Dezember 1946 Präsidiumsmitglied des BBV.

Gerathewohl, Fritz

Geb. 31.1.1896 in Dresden, gest. 18.11.1956, ev., 1918 Mitbegründer des Deutsch-Nationalen Studentenbundes, 1919 bis Ende der zwanziger Jahre DDP-Mitglied, 1924 ausserplanmäßiger Lektor, 1929 planmäßiger Lektor für Sprechkunde und Rhetorik an der Universität München, Lehrbeauftragter an der Technischen Hochschule und der Staatlichen Akademie für Tonkunst. - 1946 als Lektor entlassen, 1951 wieder eingestellt, 1952 Lektor für Sprechkunde und Sprecherziehung, 1953 beamteter Lektor an der Universität München, am Aufbau der CSU auf Landesebene beteiligt, als Abteilungsleiter im Landessekretariat der CSU zuständig für die Redner-Schulung und den Redner-Dienst der CSU.

Gerstner, Max

Inhaber eines Zigarrengeschäfts in München, Vorsitzender eines CSU-Ortsverbands in München, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Gessner, Herbert

Geb. 14.5.1920 in München, konfessionslos, kurzzeitiges Maschinenbaustudium, danach Studienverbot, 1939-1944 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, zeitweise bei einem Strafbataillon, im Dezember 1944 desertiert und Anschluß an die Freiheitsaktion Bayern. - 1945/1946 politischer Kommentator bei Radio München, Rücktritt im Zuge einer Affäre, die er durch heftige Angriffe auf die Entnazifizierungspolitik der Bayerischen Staatsregierung selbst ausgelöst hatte, Übersiedlung in die SBZ, seit 1947 beim Berliner Rundfunk und beim Deutschlandsender.

Gick, Johann

Geb. 16.5.1896 in Memmelsdorf/Ofr., gest. 6.10.1966, kath., Schneider und Landwirt, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1918 Mitglied eines Soldatenrats, 1924-1933 BVP-Mitglied, 1924-1933 Bürgermeister von Memmelsdorf, seit 1924 Bezirksrat (BVP) in Bamberg, seit 1924 Rechner des Raiffeisenverbands, 1927 Mitbegründer des Caritasverbands in Memmelsdorf, nach 1933 seiner Ämter enthoben und vorübergehend verhaftet, in kirchlichen Einrichtungen sowie als Kleinlandwirt, Raiffeisenrechner, Fleischbeschauer und Hilfsmesner tätig, 1944 zum Volkssturm eingezogen. - Nach 1945 CSU-Mitglied, Vorsitzender und Ehrenvorsitzender des CSU-Kreisverbands Bamberg-Land, 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zum Bürgermeister von Memmelsdorf ernannt, 1946-1966

gewählter Bürgermeister von Memmelsdorf, 1966 2. Bürgermeister von Memmelsdorf, Kreisrat (CSU) für Bamberg-Land und zeitweise Vorsitzender der CSU-Kreistagsfraktion, 1946 Beisitzer in der Spruchkammer Bamberg.

Gierl, Andreas

Geb. 14.2.1898 in Amberg/Opf., Volksschullehrer, Schulleiter und Schulrat, Mitglied der CSU in Roding.

Glockner, Hermann

Geb. 23.7.1896 in Fürth/Mfr., gest. 11.7.1979, kath., 1915-1918 Wehrdienst und Studium der Philosophie in München, Erlangen und Heidelberg, 1919 Promotion zum Dr. phil., 1924 Habilitation, 1924-1930 Dozent, 1930-1933 außerordentlicher Professor an der Universität Heidelberg, 1933-1949 ordentlicher Professor an der Universität Gießen und Direktor des Philosophischen Seminars, 1935-1937 Dekan der Philosophischen Fakultät. - 1949 in den Ruhestand versetzt, 1951-1964 außerordentlicher Professor, 1964 ordentlicher Professor an der TH Braunschweig.

Glum, Friedrich

Geb. 9.5.1891 in Hamburg, gest. 14.7.1974 in München, kath., Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, 1920 Promotion zum Dr. jur. und Dr. sc. pol., 1920-1923 Regierungsassessor im Preußischen Innenministerium, 1920-1937 Generalsekretär der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft, 1923-1937 Privatdozent und außerordentlicher Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Berlin, anschließend am Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, 1939-1945 Grundstücks- und Finanzmakler. - Nach 1945 Berater der amerikanischen Militärregierung, seit 1946 CSU-Mitglied, seit 1946 als Ministerialdirigent in der Bayerischen Staatskanzlei zuständig für Verfassungs-, Wirtschafts- und Finanzrecht, im Juli 1948 beurlaubt, seit 1949 Lehrbeauftragter an der Universität München, 1953/1954 Gastdozent an der Universität Tulane und an der Johns Hopkins University in Washington.

Goebbels, Joseph

1897-1945, Politiker, seit 1926 Gauleiter von Berlin und Brandenburg, seit 1929 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1928-1945 MdR (NSDAP), 1932/1933 MdL (NSDAP) in Preußen, 1933-1945 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda.

Gögler, Hermann

1887-1964, Jurist und Politiker, 1921-1936 Referent im Württembergischen Wirtschaftsministerium, von den Nationalsozialisten entlassen und seit 1937 Leiter der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Württembergs. - Nach 1945 CDU-Mitglied, zunächst Ministerialdirektor, dann 1946-1951 Staatssekretär im Staatsministerium von Württemberg-Baden, Mitglied des Länderrats der US-Zone und des Exekutivrats der Bizone, Mitglied des Ellwanger Kreises.

Goldhammer, Bruno

Geb. 10.2.1905 in Dresden, gest. 1971, Journalist und Politiker, KPD-Mitglied, bis 1932 politischer Redakteur in Chemnitz und Parlamentsberichterstatter in Dresden, 1933-1945 Emigration in die Tschechoslowakei und in die Schweiz, dort während des Zweiten Weltkriegs interniert. - 1945/1946 Sekretär im Landesvorstand der KPD in Bayern, 1947 Übertritt in die SBZ, wo er höhere Ämter im Informationswesen bekleidete, 1950 Opfer der Säuberungen im Zuge der Noel-Fields-Affäre, 1956 rehabilitiert.

Goldschagg, Edmund

Geb. 11.10.1886 in Freiburg i.Br., gest. 7.2.1971, kath. getauft, seit 1920 konfessionslos, Studium der Volkswirtschaft, Geschichte und Sprachen in München, Berlin und Heidelberg, anschließend Volontär bei der "Chemnitzer Volksstimme", Teilnahme am Ersten Weltkrieg und französische Kriegsgefangenschaft, seit 1919 SPD-Mitglied, 1920-1927 Nachrichtenredakteur bei den politisch-parlamentarischen Nachrichten, der "Sozialistischen Korrespondenz" und dem "Sozialdemokratischen Pressedienst" in Berlin, 1927-1933 politischer Redakteur bei der "Münchener Post", 1933 vorübergehend verhaftet, nach kurzer Arbeitslosigkeit Korrektor im Buchdruckereigewerbe, während des Zweiten Weltkriegs Angestellter beim Wirtschafts- und Ernährungsamt Freiburg-Land. - Seit 1945 einer der Lizenzträger und Herausgeber der "Süddeutschen Zeitung", 1945-1951 Chefredakteur der "Süddeutschen Zeitung", Gesellschafter beim Süddeutschen Verlag.

Gonella, Guido

1905-1982, italienischer Rechtsphilosoph und Politiker, Mitbegründer der Democrazia Cristiana, 1950-1953 als Parteisekretär führender Politiker der Partei, seit 1950 wiederholt mit der Leitung verschiedender Ministerien beauftragt.

Grasmann, Max

Geb. 20.6.1889 in Tokio, gest. 9.3.1977 in München, kath., 1909-1913 Kriegs- und Artillerie-Ingenieurschule, 1908-1920 Militärdienst als Artillerie-Offizier (zuletzt Hauptmann), 1919-1921 Jura- und Volkswirtschaftsstudium in Würzburg und München, 1921 Promotion zum Dr. jur. et rer. pol., 1921 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim Bayerischen Industriellen-Verband, 1921/1922 Angestellter bei den Siemens-Schuckert Werken, 1923-1936 Geschäftsführer bzw. Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Industriellen-Verbands, 1937-1947 Direktor der Industrieabteilung der Bayerischen Versicherungsbank/Allianz Versicherungs AG. - 1945-1948 Stadtrat (CSU) in München, 1946 1. Beisitzer des Finanzausschusses der CSU, 1946 Schatzmeister des CSU-Bezirksverbands München und Mitglied des Bezirksvorstands, 1946-1948 Landesschatzmeister der CSU, 1946-1948 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1947-1955 Präsident der Bayerischen Landeszentralbank, Mitglied des Zentralbeirats der Bank Deutscher Länder, Mitglied und Vorsitzender zahlreicher Aufsichtsräte, Japanischer Generalkonsul in München.

Grieser, Andreas

Geb. 31.3.1868 in Bliedesheim/Saarland, gest. 18.10.1955, 1902-1909 Amtsrichter und Oberamtsrichter, 1915/1916 Oberbürgermeister in Würzburg, bis 1932 Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium, 1932/1933 Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium, 1933-1945 Ministerialdirektor im Ruhestand. - 1945/1946 Landrat in St. Ingbert/Saarpfalz, 1947-1950 Staatssekretär im Bayerischen Arbeitsministerium, 1947-1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

Gröber, Franziska

Geb. 14.3.1897 in Aichach/Schw., gest. 27.5.1952, kath., Verkäuferin, betrieb seit 1919 zusammen mit ihrem Mann ein Kolonialwarengeschäft in Augsburg, vor 1933 BVP-Mitglied, seit 1920 Mitglied des Katholischen Frauenbundes, 1932 2. Vorsitzende, 1945 Vorsitzende des Ortsvereins Augsburg-Pfersee. - 1946 2. Vorsitzende, 1948 Vorsitzende des Katholischen Frauenbundes in Augsburg, Mitbegründerin der CSU, 1949-1952 Mitglied

des Landesvorstands der CSU, Mitglied des Vorstands der CSU-Bezirksverbände Augsburg und Schwaben, 1952 Stadträtin (CSU) in Augsburg, 1946-1950 MdL (CSU), Mitglied des Ausschusses des Diözesankatholikentags und der Katholischen Aktion.

Grötsch, Heinrich

Geb. 11.4.1888 in Waldmünchen/Opf., gest. 16.9.1969 in Cham/Opf., kath., Spengler, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Gromer, Georg

Geb. 5.3.1883 in Kimratshofen/Schw., gest. 23.10.1952, kath., Studium der Philosophie und kath. Theologie in München, 1906 Priesterweihe, anschließend als Seelsorger tätig, 1908 Promotion zum Dr. theol., 1913-1941 Studienprofessor in Neuburg an der Donau, seit 1906 Zentrums-Mitglied, 1918-1933 BVP-Mitglied, seit 1925 Stadtrat (BVP) in Neuburg an der Donau, 1933 und 1944 vorübergehend verhaftet. - Nach 1945 CSU-Mitglied, seit 1945 erneut Stadtrat in Neuburg an der Donau, 1945-1947 kommissarischer Schulrat, 1946 Kreisrat (CSU) in Neuburg an der Donau, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1952 MdL (CSU).

Gronwald, Karl

Geb. 1906, ev., Volkswirt, 1928/1929 im evangelischen Konsistorium der Kirchenprovinz Schlesien tätig, 1929-1933 Sozialreferent beim DNVP-Landesverband Pommern, 1934-1939 wechselnde Positionen in der privaten Wirtschaft, während des Zweiten Weltkriegs Hauptmann bei der Wehrmachtsverwaltung. - 1945/1946 Angestellter der Landesleitung der CSU, Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Bayern, 1946/1947 im Zentralamt für Wirtschaft in Minden, 1948/1949 in der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt am Main, 1949-1971 im Bundeswirtschaftsministerium tätig.

Groß von Trockau, Otto Philipp Freiherr

Geb. 10.11.1890 in Würzburg, gest. 21.2.1957, kath., Forst- und Landwirt, nach 1945 CSU-Mitglied, Delegierter zur Landesversammlung der CSU für den Kreisverband Pegnitz.

Güttler, Josef

Geb. 25.3.1895 in Augsburg, gest. 30.3.1975 in Burgebrach/Ofr., kath., Landwirt und Bäckermeister, 1915-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, vor 1933 BVP-Mitglied, in der katholischen Burschen- und Jungbauernbewegung in Oberfranken engagiert, seit 1925 Mitglied der Bezirksbauernkammer, Vorstandsmitglied des Oberfränkischen Christlichen Bauernvereins, 1928/1929 Bezirksrat (BVP), in Bamberg, 1929-1933 Gemeinderat (BVP) in Burgebrach, 1933 MdL (BVP), nach 1933 dreimal verhaftet, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1945-1948 Gemeinderat (CSU) und 2. Bürgermeister von Burgebrach, 1946-1972 Kreisrat (CSU) für Bamberg-Land, 1948-1972 stellvertretender Landrat in Bamberg, 1948-1958 1. Bürgermeister von Burgebrach, seit 1946 Vorsitzender des CSU-Ortsverbands Burgebrach, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, nach 1945 Geschäftsführer der Raiffeisenkasse Burgebrach.

Guttenberg, Erich Freiherr von

Geb. 27.2.1888 in Augsburg, gest. 1.12.1952 in Erlangen/Mfr., kath., seit 1906 Offizierslaufbahn, 1912 ans Kriegsarchiv nach München abkommandiert, 1913 verabschiedet und - durch Teilnahme am Ersten Weltkrieg unterbrochen - Geschichtsstudium in Marburg,

Würzburg und München, 1925 Promotion zum Dr. phil., 1922 erneut am Kriegsarchiv, 1924-1935 Staatsarchivrat, 1935/1936 ordentlicher Professor für Mittlere und Neuere Geschichte in Gießen, 1936-1952 ordentlicher Professor in Erlangen, Mitvorstand des Historischen Seminars, Direktor des Instituts für fränkische Landesforschung, Leiter der Gesellschaft für fränkische Geschichte.

Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu

Geb. 23.5.1921 in Weisendorf/Mfr., gest. 4./5.10.1972, kath., Gymnasium in Würzburg, Kolleg in Feldkirch/Tirol und St. Blasien/Schwarzwald, seit 1938 Wehrdienst, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Oberleutnant), seit 1944 in Kriegsgefangenschaft. - Nach seiner Rückkehr Übernahme des elterlichen Familienbesitzes (Land- und Forstwirtschaft, Weinbau, Kurbetriebe), Mitbegründer der CSU, 1946 Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, 1946-1972 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Stadtsteinach, 1957-1972 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands Oberfranken, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1948-1952 und 1962-1972 Kreisrat (CSU), 1952-1957 Landrat in Stadtsteinach, 1957-1972 MdB (CSU), außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, 1967-1969 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1961-1972 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Mitglied des BBV und diverser Fachverbände der Land- und Forstwirtschaft, des Weinbaus und des Fremdenverkehrs.

Haas, Joseph

Geb. 19.3.1879 in Maihingen/Schw., gest. 30.3.1960 in München, kath., nach Besuch des Lehrerseminars in Lauingen Volksschullehrer in Augsburg und München, 1903-1907 Privatschüler von Max Reger, 1907/1908 Besuch des Konservatoriums Leipzig, 1911-1921 Lehrer für Komposition am Konservatorium Stuttgart, 1921-1945 Professor an der Staatlichen Akademie für Tonkunst in München. - 1946-1950 Präsident der Staatlichen Hochschule für Musik in München, seit 1930 Mitglied der Preußischen Akademie der Künste, seit 1948 Mitglied der Bayerischen Akademie der Schönen Künste, seit 1949 Präsident des Berufsverbands deutscher Komponisten, 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Hafenbrädl, Centa

Geb. 3.5.1894 in Übersee am Chiemsee/Obb., gest. 29.12.1973, kath., Besuch einer Handelsschule und 1916-1918 einer sozialen Frauenschule in München, anschließend Bezirkssekretärin der katholischen bayerischen Standesvereine, 1921 Referentin im bayerischen Arbeitsministerium für den Aufgabenbereich Frauen in der Industrie, 1923 Bankpraktikum, 1924-1931 Korrespondentin, Organisatorin und Prokuristin im Münchner Reisebüro Siemer, 1931-1943 Leitung des Reisebüros Mittag in Düsseldorf, 1943-1945 Amtliches Bayerisches Reisebüro in München, vor 1933 BVP-Mitglied. - 1945 im städtischen Wohlfahrtsamt München tätig und Leitung der Münchner Nothilfe zur Linderung des Nachkriegselends, seit 1946 CSU-Mitglied, 1946 stellvertretende Schriftführerin und Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, Frauenvertreterin für den CSU-Bezirksverband München, Schatzmeisterin der Frauen-Union, 1955-1967 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1947-1970 Stadträtin (CSU) in München, Mitglied des Vorstands des Caritasverbands und Verwaltungsbeirätin zahlreicher städtischer und caritativer Institutionen, nach der Währungsreform Mitbegründerin des Progreß-Reisebüros in München, bis 1959 Leiterin der Münchner Niederlassung des Düsseldorfer "Handelsblatts".

Hagemann, Walter

Geb. 16.1.1900 in Euskirchen/Rheinland, kath., Studium der Geschichte, Philosophie, Germanistik und Volkswirtschaft in Münster, München, Leipzig und Berlin, 1921 Promotion, 1923-1927 Weltreisen, 1927-1933 Auslandsredakteur, 1934-1939 Chefredakteur der "Germania". - 1945/1946 Herausgeber der "Neuen Zeitung", 1946 stellvertretender Vorsitzender des Presseausschusses der CSU, 1946 Honorar- und 1948 außerordentlicher Professor an der Universität Münster und Direktor des Instituts für Publizistik.

Hagenauer, Ludwig

Geb. 8.3.1883 in Retzbach/Ufr., gest. 20.7.1949, kath., 1908-1911 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1912 Promotion, anschließend Anwalt in Würzburg, 1919-1945 Staatsanwalt und Richter, 1918-1933 BVP-Mitglied. - Mai-September 1945 kommissarischer Vizepräsident der Polizeidirektion München, Oktober-Dezember 1945 kommissarischer Präsident des Landgerichts München, Dezember 1945-Januar 1947 Generalstaatsanwalt, 1947 Staatssekretär im Bayerischen Justizministerium, 1947-1949 Bayerischer Staatsminister für Sonderaufgaben, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1946-1948 Vorsitzender des Landesschiedsgerichts der CSU, 1947-1949 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

Hagenauer, Wilhelm

Geb. 15.6.1915 in Laufen, kath., Mitglied der CSU in Garmisch-Partenkirchen, Delegierter zum Landesausschuß der CSU.

Hagn, Hans

Geb. 6.1.1899 in München, gest. 7.10.1949, Feinmechanikermeister, aktives Mitglied der Christlichen Gewerkschaften, Vorsitzender des Zentralverbands der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen in München, BVP-Mitglied, nach 1933 vorübergehend beruflich benachteiligt, dann Aufbau eines feinmechanischen Betriebs. - Seit Dezember 1946 im Vorstand des CSU-Bezirksverbands München, 1945-1947 Stadtrat (CSU) in München, 1946-1949 MdL (CSU).

Hahn, Elisabeth

Geb. 19.11.1901 in München, gest. 4.12.1987 in Tutzing/Obb., kath., 1920 Staatsexamen als Erzieherin und kleines Sprachlehrerinnenexamen in Englisch, 1921 in Französisch, 1922-1925 Erzieherin, 1925-1928 Ausbildung zur Bibliothekarin, anschließend in München in diesem Beruf tätig, seit 1925 Leiterin der Münchner Kinderlesestuben, 1928 staatliche Anerkennung als Wohlfahrtspflegerin, Mitglied des Katholischen Frauenbundes, 1929-1934 Fachreferentin an der Sozial-Caritativen Frauenschule des Katholischen Deutschen Frauendienstes, seit 1930 Mitarbeit beim Volksbund für das Deutschtum im Ausland, 1933 in den Innendienst versetzt (Volkskundliches Archiv), bis 1933 redaktionelle Mitarbeit bei verschiedenen Zeitschriften, seit 1934 Redeverbot, verdeckt regimekritische Vorträge unter Pseudonym, 1939 Versetzung an das Wohlfahrtsamt, 1941 aus gesundheitlichen Gründen als Bibliotheksobersekretärin in den Ruhestand versetzt, Kontakte zum Widerstand, Verbindungen zu Fritz Schäffer und Thusnelda Lang-Brumann. - 1946 Vorsitzende des Ausschusses Frau und Familie der CSU, 1947 Mitbegründerin der Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der CSU, 1946-1947/1948 Mitglied des Landesvorstands der CSU, bis 1947 hauptamtliche Mitarbeiterin der CSU, 1946 Kandidatin (CSU) für die VLV, Kreisrätin (CSU) in Starnberg, 1948 Rückzug aus der aktiven Politik, 1948 Mitbegründe-

rin der Hausfrauenvereinigung, bis 1957 deren Landesvorsitzende und Mitglied in deren Bundesvorstand, Redakteurin der Zeitschrift "Frauen an der Arbeit", Geschäftsführerin der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundung.

Haiger, Heinrich

Geb. 25.5.1877 in Kammerstein/Mfr., gest. 8.8.1953, ev., Landwirt, 1907 Übernahme des elterlichen Hofes, seit 1896 Mitglied im Landwirtschaftlichen Verein Bayern, Mitglied im bayerischen Landwirtschaftsrat, 1908-1919 Distrikt- bzw. Bezirksrat in Schwabach, 1908-1933 Bürgermeister von Kammerstein, 1919-1932 MdL (DNVP), 1931-1933 Mitglied des engeren Vorstands der AOK, Kirchenvorstand in Kammerstein, Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche Bayerns. - Mitbegründer der CSU im Landkreis Schwabach, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1952 Kreisrat (CSU) in Schwabach, 1946-1952 1. Bürgermeister von Kammerstein, Leiter des Ernährungsamts A in Roth, Landesökonomierat, Mitbegründer des BBV.

Halder, Franz

1884-1972, Berufsoffizier (Generaloberst), 1938-1942 Chef des Generalstabs des Heeres, nach Differenzen mit Hitler entlassen, Kontakte zum militärischen Widerstand, nach dem 20. Juli 1944 verhaftet. - 1946-1961 Leiter des Kriegsgeschichtlichen Forschungsamts (Historical Division) der US-Armee.

Halifax, Edward Frederick, 1st Earl of

1881-1959, britischer Politiker (Konservative Partei), 1938-1940 Außenminister, 1941-1946 Botschafter in Washington.

Hamacher, Hedwig

Geb. 24.2.1907 in München, gest. 1.1.1989 in München, Sekretärin, Januar 1946-September 1947 in der CSU-Landesgeschäftsstelle tätig, seit Mai 1946 in Josef Müllers persönlichem Büro.

Hanfstaengl, Edgar

Geb. 8.7.1883 in München, gest. 11.4.1958 in München, ev., Studium der Rechtswissenschaften und der Kunstgeschichte in Leipzig und München, Verleger, 1919 Mitbegründer der DDP, 1932 Kandidat (DDP/StP) für die Landtagswahl. - Nach 1945 Engagement für die CSU, 1945-1952 Stadtrat (CSU) in München, 1946 Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen.

Harnier, Adolf

1903-1945, 1934 zum kath. Glauben konvertiert, BVP-Mitglied, Mitglied des BHKB und Mitglied in dessen Kreisausschuß für die Oberpfalz, seit 1936 Rechtsanwalt in München, führendes Mitglied des bayerisch-monarchistischen Widerstands, 1939 verhaftet, zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, bei Kriegsende im Zuchthaus Straubing inhaftiert, starb unmittelbar nach seiner Befreiung.

Hart, Gottfried

Geb. 12.2.1902 in Garstadt/Ufr., gest. 5.4.1987, kath., selbständiger Kaufmann und Inhaber eines landwirtschaftlichen Lagerhauses, im November 1945 Mitbegründer der CSU im Landkreis Haßfurt, 1945-1948 1. Bürgermeister von Haßfurt, seit 1946 Kreisrat (CSU) und stellvertretender Landrat in Haßfurt, 1946 MdVLV (CSU).

Hassel, Hans

Geb. 13.2.1900 in Windsheim/Mfr., gest. 8.2.1952 in Fürth/Mfr., Ingenieur, seit 1922 bei AEG in Nürnberg. - Mitbegründer der CSU in Nürnberg, 1946-1952 Stadtrat (CSU) in Nürnberg und seit 1948 Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, Mitglied des Wirtschaftspolitischen Ausschusses und des Presseausschusses des CSU-Bezirksverbands Nürnberg-Fürth.

Hassell, Ulrich von

1881-1944, Diplomat, 1932-1938 Botschafter in Rom, 1938 abberufen und in den Ruhestand versetzt, führendes Mitglied des Widerstands, nach dem 20. Juli 1944 verhaftet, am 8.9.1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Hatzinger, Max

Geb. 4.4.1904 in Grafrath/Obb., gest. 27.4.1982, kath., 1926 Besuch der Sozialen Volkshochschule des Katholischen Werkvolks in Kochel, seit 1927 Diözesansekretär des Katholischen Werkvolks in München, nach 1933 Weiterführen der Versammlungstätigkeit im Untergrund, heimliche Verbreitung der Predigten Kardinal Faulhabers, 1937 vorübergehend verhaftet, 1940-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und Kriegsgefangenschaft. - Seit November 1945 erneut Diözesansekretär des Katholischen Werkvolks (jetzt KAB), Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen, Mitglied des Vorstands der Landesversicherungsanstalt Oberbayern, 1946 Kandidat (CSU) für Landtagswahl, Vorsitzender eines CSU-Ortsverbands in München, Arbeitervertreter im Kulturpolitischen Ausschuß der CSU, 1947/48 und 1954-1964 Stadtrat (CSU) in München, 1949 als Kandidat der katholischen Arbeiterschaft für die Bundestagswahl vorgeschlagen, lehnte jedoch ab, Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer beim CSU-Landesausschuß, 1953 Bezirksvorsitzender der CSA Oberbayern.

Hauck, Georg

Geb. 24.5.1904 in Glattbach/Ufr., gest. 24.10.1978, Dreher, seit 1939 Vorarbeiter, seit 1942 Drehermeister, vor 1933 Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbands. - 1945 von den amerikanischen Besatzungsbehörden zum Bürgermeister von Glattbach ernannt, 1946 und 1948 durch Wahl bestätigt, Mitglied des BGB, seit 1945 CSU-Mitglied, seit 1946 Kreisrat (CSU) für Aschaffenburg-Land, 1946-1950 MdL (CSU).

Haugg, Pius

Geb. 16.5.1905 in Donauwörth/Schw., gest. 6.6.1978, kath., 1929 2. Staatsexamen als Altphilologe in München, anschließend Tätigkeit als Hauslehrer, Musikstudium, seit 1934 Leiter einer Gutsverwaltung, in dieser Eigenschaft Auseinandersetzungen mit der Gauleitung Mainfranken und 1937/1938 Gefängnishaft, Opernsänger in Rudolstadt und Beuthen, 1943-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1946-1948 Assessor am Progymnasium Donauwörth, Schulrat in Donauwörth, 1946/1947 Leiter der Singschule Augsburg, seit 1948 im Vorstand des schwäbischen Kulturrings, Mitbegründer und Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Donauwörth-Stadt und -Land, 1946-1949 Stadtrat (CSU) und stellvertretender Bürgermeister in Donauwörth, 1946-1950 MdL (CSU).

Haunhorst, Hanswolf

Geb. 19.3.1921, ev., wegen "politischer Unzuverlässigkeit" im Dritten Reich vom Studium ausgeschlossen, vor Kriegsausbruch kurzes Gaststudium in Paris, Verbindungen zum Wi-

derstand, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg als Offizier. - Mitbegründer der CSU und der JU in Bayern, Sprecher des Parlaments der JU in Bayern, 1949 Mitglied des Deutschlandrats der JU, seit 1946 in der Landesgeschäftsstelle der CSU für die Verbindung zu den Besatzungsmächten zuständig, 1949 Mitglied des Landesvorstands der CSU, seit 1952 CDU-Mitglied, zeitweilig Mitglied des Medienausschusses der CDU, nach 1945 zunächst für den Rundfunk und für die Nachrichtenagentur Reuter tätig, seit 1950 Mitarbeiter im Reorientation Program der US-High Commission, seit 1952 Pressereferent der US-Botschaft und freier Korrespondent des "Time Magazine", seit 1961 bei der Deutschen Welle in Bonn tätig, zuletzt als Studioleiter, dann Chefredakteur einer Zeitschrift, Rundfunkkommentator und freier Journalist.

Haunhorst, Hans-Anna

Geb. 20.5.1883 in Hückeswagen, 1902-1906 Jurastudium in Bonn, Straßburg und Berlin, 1906 1. juristische Staatsprüfung, 1907 Promotion zum Dr. jur., 1907-1909 Referendar in Berlin, 1909 Eintritt in den diplomatischen Dienst des Deutschen Reiches, im Februar 1911 Dienstantritt an der Gesandtschaft in Tokio, im Februar 1912 in das Auswärtige Amt zurückberufen, schied im Juli 1913 auf eigenen Wunsch aus dem diplomatischen Dienst aus.

Haußleiter, August

Geb. 5.2.1905 in Nürnberg, gest. 8.7.1989 in München, ev., Studium der ev. Theologie und Philosophie in Erlangen, vor 1933 Mitglied der DVP, 1928-1940 Redakteur des "Fränkischen Kuriers" in Nürnberg, nach Konflikten mit Gauleiter Julius Streicher entlassen, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und Kriegsgefangenschaft. - Nach 1945 Lehrer in Neudrossenfeld, Mitbegründer der CSU in Kulmbach, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1954 MdL (bis 1949 CSU, dann DG), 1947 als Militarist aus dem Bayerischen Landtag ausgeschlossen, erhielt sein Mandat jedoch 1948 durch einen Beschluß des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes zurück, 1946/1947 und 1948/1949 Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, 1946-1949 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1948/1949 stellvertretender Vorsitzender der CSU, im September 1949 Austritt aus der CSU, im Januar 1949 Mitbegründer der Deutschen Union, im November 1949 Gründung der DG, 1965 Eingliederung der DG in die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher und deren stellvertretender Vorsitzender, 1979 Europa-Wahlbündnis zwischen der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher, der Grünen Aktion Zukunft und der Grünen Liste Umweltschutz, März-Juni 1980 Vorstandsmitglied der Partei Die Grünen, Leiter der Wochenzeitung "Die Grünen", 1986 erneut MdL (Die Grünen).

Heim, Georg

1865-1938, Realschullehrer, 1897-1912 MdR (Zentrum), 1897-1911 MdL (Zentrum), 1898 Stadtrat in Ansbach, Mitbegründer der Bayerischen Christlichen Bauernvereine, Direktor der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft bayerischer Bauernvereine, 1919/1920 MdVNV (BVP), 1920-1924 MdR (BVP), 1920-1925 Präsident der bayerischen Landesbauernkammer, 1927 Niederlegung seiner Parteiämter, 1932 Austritt aus der BVP, 1933 Aufgabe aller restlichen Ämter.

Heiszler, Ladislaus

Geb. 9.2.1916 in Passau/Ndb., kath., 1935 Abitur, bis 1938 Diözesanjugendführer in Passau, zunächst Studium an der philosophisch-theologischen Hochschule Passau, dann

Studium der Physik und Promotion in München. - Nach 1945 zunächst für die amerikanische Militärregierung tätig, dann Geschäftsführer des CSU-Kreisverbands Passau, Delegierter zu Landesausschuß und Landesversammlung der CSU, Geschäftsführer beim Kreisjugendring München bzw. beim Bayerischen Jugendring, bis 1956 Jugendsozialarbeit bei der Caritas, 1956-1981 bei Siemens tätig.

Held, Heinrich

1868-1938, Journalist und Politiker, 1899 Chefredakteur des "Regensburger Morgenblattes" bzw. seit 1910 des "Regensburger Anzeigers", 1907-1933 MdL (Zentrum, seit 1919 BVP), 1924-1933 Bayerischer Ministerpräsident, nach 1933 kurzzeitige Emigration in die Schweiz.

Held, Josef

Geb. 10.6.1902 Regensburg, gest. 30.9.1964 in Regensburg, kath., Sohn Heinrich Helds, Studium und Promotion zum Dr. jur. et rer. pol., bis 1932 Rechtsanwalt in München, seit 1932 Hauptgeschäftsführer des "Regensburger Anzeigers", seit 1938 auch dessen Hauptgesellschafter, während des Dritten Reiches Entzug der Verlagsrechte und Verbot der Zeitung. - 1951 Initiator der Bayerischen Volksaktion, Herausgeber des "Tagesanzeigers" in Regensburg.

Held, Philipp

Geb. 2.12.1911 in Regensburg, kath., Sohn Heinrich Helds, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, Erlangen und Berlin, 1. und 2. juristische Staatsprüfung in München, anschließend Assessor und Amtsgerichtsrat an den Amtsgerichten Lindau und Freising, 1940-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1945 zuerst Regierungsrat im Landratsamt Freising, seit 1948 Landrat in Freising, 1954-1974 MdL (CSU), 1966-1974 Bayerischer Justizminister, 1972-1974 stellvertretender Ministerpräsident, 1952-1966 Vorsitzender des Landkreisverbands Bayern, 1953-1960 Vizepräsident und 1960-1966 Präsident des deutschen Landkreistags.

Held, Walter

Geb. 13.1.1897 in Hattersheim am Main/Hessen, gest. 27.11.1967, kath., Neffe Heinrich Helds, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1915 Abitur in Straßburg und volkswirtschaftliche Studien an der dortigen Universität, 1917 schwer verwundet entlassen, danach bis 1920 Praktikum auf größeren Gütern, Studium der Volkswirtschaft in Frankfurt am Main, 1925 Direktor der Bavaria Schiffahrts- und Speditions-AG, Beauftragter der Bayerischen Regierung für Schiffahrts- und Verkehrstarifwesen auf mehreren Konferenzen, seit 1926 Mitglied der BVP und des Wirtschaftsbeirats der BVP, nach 1933 politisch verfolgt. - 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU).

Heller, Vitus

Geb. 3.5.1882 in Tauberrettersheim/Ufr., gest. 18.10.1956, kath., zunächst im landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern tätig, Weiterbildung durch sozial- und volkswirtschaftliche Kurse an der Zentrale des Volksvereins für das Katholische Deutschland in Mönchengladbach, Sekretär des Volksvereins für das Katholische Deutschland, nach 1918 Herausgeber der Wochenzeitung "Das Neue Volk" und des "Programms des christlichen Sozialismus", 1920 Mitbegründer der Christlich-Sozialen Partei (Bayerisches Zentrum), später Christlich-Soziale Reichspartei, nach 1933 mehrmals vorübergehend verhaftet, nach seiner Entlas-

sung in einer Verchromungswerkstätte tätig. - Mitbegründer der CSU in Unterfranken, 1946-1952 Stadtrat (CSU) in Würzburg, 1948 zum Flüchtlingsamtsleiter berufen.

Hellmuth, Otto

1896-1963, Zahnarzt und Politiker, 1927-1945 Gauleiter von Mainfranken, 1928-1933 MdL (NSDAP), 1933-1945 MdR (NSDAP), seit 1934 Regierungspräsident von Unterfranken. - 1947 von einem amerikanischen Militärgericht zum Tode verurteilt, später zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe begnadigt, 1955 aus der Haft entlassen.

Helmerich, Michael

Geb. 6.4.1885 in Amberg/Opf., gest. 8.6.1974 in München, kath., Buchdruckerlehre, anschließend Schriftsetzer und Buchdrucker, seit 1911 bei der Bayerischen Staatseisenbahn, seit 1912 Mitglied der Christlichen Gewerkschaften, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919/1920 Sekretär beim Bayerischen Eisenbahnerverband, seit 1920 wieder bei der Eisenbahn, 1924-1927 volkswirtschaftliche Studien an der Universität München, 1924-1930 Vorsitzender des Hauptbeamtenrats bei der Reichsbahn, Gruppenverwaltung Bayern, und Mitglied des Hauptbeamtenrats der Reichsbahn in Berlin, seit 1930 Vorsitzender des Bayerischen Eisenbahnerverbands, seit 1920 BVP-Mitglied, 1930-1933 MdR (BVP), nach 1933 aller Ämter enthoben und mehrmals vorübergehend verhaftet, disziplinarische Verfolgungen und Strafversetzungen. - Nach 1945 zuerst als Personalvertreter bei der Reichsbahndirektion München tätig, 1946 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Februar-Dezember 1946 Bayerischer Verkehrsminister, anschließend bis zu seiner Pensionierung Ministerialrat und Abteilungsleiter im Bayerischen Verkehrsministerium, 1946 Mitglied des Verwaltungsrats für Verkehr der Bizone, 1946 MdVLV (CSU), 1950-1966 MdL (CSU).

Herding, Wilhelm

Geb. 24.9.1879 in Bamberg/Ofr., gest. 11.8.1970 in Bremen, ev., zunächst Studium der ev. Theologie und kurze Zeit Vikar, 1903 auf eigenen Wunsch aus dem kirchlichen Dienst ausgeschieden und Studium der Mathematik und Physik in Erlangen, Greifswald, München und Kiel, 1906 Eintritt in den Schuldienst, 1917 Promotion, 1921-1945 an der städtischen Mittelschule in Falkenburg/Pommern tätig und deren langjähriger Konrektor, vor 1933 DVP-Mitglied, während des Dritten Reiches in der Bekennenden Kirche engagiert. - 1945 Flucht aus Pommern, 1945-1949 Lehrer für Mathematik und Physik in Erlangen, Mitbegründer der CSU in Erlangen, 1946-1948 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Erlangen.

Hergenröder, Anton

Geb. 4.4.1910 in Bamberg/Ofr., kath., Eisengroßhändler, Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Bamberg-Stadt, 1948-1976 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberfranken, seit 1949 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Oberbürgermeister von Bamberg, Präsident des Bezirkstags von Oberfranken, Aufsichtsratsvorsitzender des Überlandwerks Oberfranken AG.

Hermes, Andreas

1878-1964, Agrarfachmann und Politiker, 1920-1922 Reichslandwirtschaftsminister, 1921-1923 Reichsfinanzminister, 1924-1928 MdL (Zentrum) in Preußen, 1928-1933 MdR (Zentrum), Kontakte zum Widerstand des 20. Juli 1944, 1944 verhaftet und vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. - Mitbegründer der CDU in Berlin und der SBZ und Juni-September 1945 deren Vorsitzender, 1947-1949 MdWR (CDU), 1948-1954 Präsident des DBV.

Herrigl, Eugen

Geb. 20.3.1884 in Lichtenau/Baden, gest. 18.4.1955 in Garmisch-Partenkirchen/Obb., ev., 1904-1908 Theologiestudium und Staatsexamen, 1909-1913 Studium der Philosophie, 1913 Promotion, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1922 Habilitation und bis 1924 Privatdozent für Philosophie in Heidelberg, 1924-1929 Professor in Tokio, 1929-1948 ordentlicher Professor für systematische Philosophie in Erlangen, 1937-1939 Dekan der Philosophischen Fakultät, seit 1938 NSDAP-Mitglied, 1938-1944 Prorektor, 1944/1945 Rektor der Universität Erlangen. - Mai-Dezember 1945 von den amerikanischen Militärbehörden erneut als Prorektor eingesetzt, 1946 entlassen, im Juni 1948 wieder zum ordentlichen Professor in Erlangen ernannt und gleichzeitig in den Ruhestand versetzt.

Heubl, Franz

Geb. 19.3.1924 in München, kath., 1943-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Nach 1945 Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft in München, 1947 1. juristische Staatsprüfung und Promotion zum Dr. jur., 1948 Generalsekretär des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee, 1950 2. juristische Staatsprüfung, 1950-1960 im Bayerischen Kultusministerium tätig, zuletzt als Regierungsdirektor, Mitbegründer der CSU, Mitglied im Dienstag-Club, 1946 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, seit 1947 stellvertretender Landesvorsitzender der JU Bayern, 1950-1952 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, 1946-1948 und seit 1955 Mitglied des Landesvorstands sowie 1959-1963, 1967/1968 und seit 1970 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands bzw. Präsidiums der CSU, 1970-1989 stellvertretender Vorsitzender der CSU, 1952-1955 Stadtrat (CSU) in München, 1953-1990 MdL (CSU), 1958-1962 Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, 1978-1990 Präsident des Bayerischen Landtags, 1960-1962 Staatssekretär und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, 1962-1978 Bayerischer Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter Bayerns in Bonn, Mitglied des Bundesrats, im Oktober 1990 vom Bayerischen Ministerpräsidenten Streibl zum Sonderbeauftragten für die Regionen Europas ernannt.

Heurich, Fridolin

1879-1960, Gewerkschafter und Politiker, 1919-1933 MdL (Zentrum) in Baden. - Mitbegründer der CDU, 1945-1953 Oberbürgermeister von Karlsruhe, 1946-1951 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Nordbaden, 1946-1952 MdVLV bzw. MdL (CDU) in Württemberg-Baden.

Heydrich, Reinhard

1904-1942, 1932 Chef des SD, 1933 Leiter der bayerischen politischen Polizei, seit 1936 Chef des SD und der Sicherheitspolizei im Deutschen Reich, 1939-1942 Leiter des Reichssicherheitshauptamts, 1941/1942 Reichsprotektor für Böhmen und Mähren, erlag im Juni 1942 einem Attentat.

Hielscher, Erwin

Geb. 19.12.1898 in Halle an der Saale/Thüringen, gest. 16.6.1971, Banklehre, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1916 im Bankgewerbe, wiederholt mit industriellen Rationalisierungs- und Organisationsaufgaben betraut, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - SPD-Mitglied, 1945/1946 Ministerialrat im Bayerischen Finanzministerium, 1946-1964 Stadtkämmerer in München, Stadtrat (SPD) in München, 1947/1948 stellvertretender Vorsitzender der Sonderstelle Geld und Kredit in Bad Homburg, 1947-1961 MdS.

Hilpert, Werner

1897-1957, Politiker, vor 1933 Vorsitzender des Zentrums in Sachsen, 1939-1945 im KL Buchenwald. - Mitbegründer der CDU in Hessen und mehrere Jahre deren Vorsitzender, November 1945-Januar 1947 stellvertretender Ministerpräsident und Minister ohne Geschäftsbereich bzw. seit Oktober 1946 Minister für Wirtschaft und Verkehr in Hessen, 1947-1951 stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister in Hessen, 1946 MdVLV in Hessen, 1946-1952 MdL (CDU) in Hessen, 1949 MdB (CDU).

Himmler, Heinrich

1900-1945, Diplom-Landwirt, 1929-1945 Reichsführer-SS, seit 1936 auch Chef der Deutschen Polizei, 1930-1945 MdR (NSDAP), seit 1939 Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, 1943-1945 Reichsinnenminister, nach dem 20. Juli 1944 Oberbefehlshaber des Ersatzheeres und Chef der Heeresrüstung, 1945 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Weichsel, im April 1945 aller Ämter enthoben, im Mai 1945 Selbstmord.

Hindenburg und Beneckendorff, Paul von

1847-1934, Berufsoffizier (Generalfeldmarschall) und Politiker, 1916-1919 Chef der Obersten Heeresleitung, 1925-1934 Reichspräsident.

Hirschmann, Josef

Geb. 4.7.1887 in Häuselstein/Opf., gest. 8.3.1971, kath., Landwirt, Teilnahme am Ersten Weltkrieg und französische Kriegsgefangenschaft. - Nach 1945 Vorsitzender des BBV im Landkreis Neumarkt/Opf., 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, seit 1948 stellvertretender Landrat in Neumarkt/Opf.

Hitler, Adolf

1889-1945, NSDAP-Politiker, 1933-1945 Reichskanzler, 1934-1945 Reichspräsident.

Hoechstetter, Joseph

Geb. 24.1.1884 in Zwiesel/Ndb., gest. 10.6.1953, kath., Banklehre, 1907 Beamtenanwärter bei der Reichsbankstelle Görlitz, 1909-1927 in verschiedenen Funktionen als Beamter bei der Reichsbank tätig, 1928-1933 Direktor bei der Reichsbank in Ulm, 1934-1936 Direktor bei der Reichsbank in Leipzig, 1936-1939 2. Vorstandsbeamter bei der Reichsbank in Saarbrücken, 1939/1940 1. Vorstandsbeamter bei der Reichsbank in Wiesbaden, 1940-1942 1. Vorstandsbeamter bei der Reichsbank in Saarbrücken, im Oktober 1942 aus politischen Gründen seiner Stellung enthoben und an die Reichsbank nach Berlin versetzt, vor 1933 Mitglied des Zentrums. - 1945-1947 Leiter der Reichsbankhauptstelle Nürnberg, 1947 als Bankdirektor in die Landeszentralbank von Bayern übernommen, 1948 zum Treuhänder des Eigentums der Commerzbank in Bayern ernannt, CSU-Mitglied, 2. Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Nürnberg-Fürth, Delegierter zum Landesausschuß der CSU.

Hoegner, Wilhelm

Geb. 23.9.1887 in München, gest. 5.3.1980 in München, kath., Jurastudium in Berlin, Erlangen und München, 1911 Promotion zum Dr. jur., 1917 große juristische Staatsprüfung, seit 1919 SPD-Mitglied, 1920-1933 Staatsanwalt und Richter in München (zuletzt Landgerichtsrat), 1924-1932 und 1933 MdL (SPD), 1930-1933 MdR (SPD), im April 1933 aus dem Staatsdienst entlassen, Emigration nach Österreich und in die Schweiz. - Nach 1945 Senatspräsident am OLG München, Ernennung zum Staatsrat, 1946/1947 Vor-

sitzender der bayerischen SPD, September 1945-Dezember 1946 Bayerischer Ministerpräsident und zugleich Justizminister, Dezember 1946-September 1947 Bayerischer Justizminister und stellvertretender Ministerpräsident, 1950-1954 Bayerischer Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident, 1954-1957 erneut Bayerischer Ministerpräsident, 1946 MdVLV (SPD), 1946-1970 MdL (SPD), zeitweise Vorsitzender der SPD-Fraktion und Vizepräsident des Bayerischen Landtags, 1961/1962 MdB (SPD).

Höhenberger, Fritz

Geb. 15.10.1911 in Augsburg, kath., Kaufmann, vor 1933 Mitglied des Katholischen Jungmännerverbands, nach 1933 arbeitslos und mehrmals verhaftet. - Mitbegründer der CSU in Schwaben, Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Friedberg, bis 1951 Vorsitzender der JU Bayern, 1952-1955 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Schwaben, 1948-1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1954-1958 MdL (CSU), Bezirksrat für Schwaben, Vizepräsident der Vereinigung Christlicher Politiker Europas, Kreisvorsitzender des BRK in Friedberg, Vorsitzender des BRK-Bezirksverbands Schwaben, 1958 aus der CSU ausgeschlossen.

Höhne, Max

Geb. 22.12.1884 in Rudolstadt/Thüringen, gest. 19.5.1965 in München, ev., Bildhauer, bis 1933 Vorsitzender des Reichswirtschaftsverbands der bildenden Künstler Deutschlands und Mitglied des Reichswirtschaftsrats. - 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Höltermann, Arthur Ernst

Geb. 1906 in Pirmasens, Elektromonteur, seit 1924 Inhaber eines eigenen Betriebs, seit 1924 Mitglied der SPD und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. - 1945 Mitglied der SPD-Führungsgruppe beim Aufbau der Stadtverwaltung in München, Leiter des Verkehrsdezernats, Dezember 1946-Mai 1947 Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Sonderaufgaben, dann Staatsbeauftragter für Brennstoffragen.

Hönekopp, Willi

Geb. 12.3.1907 in Bonn, kath., Gewerbelehrer, seit 1936 in Erlangen ansässig, Übernahme eines Malergeschäfts und im Kunsthandwerk tätig, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und amerikanische Kriegsgefangenschaft. - 1946 Stadtrat (CSU) in Erlangen und Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1948-1952 Landrat in Erlangen, nach 1945 zunächst Fachlehrer an der Berufsschule Erlangen, später wieder im Kunsthandwerk tätig, 1953 Gründung eines Kaufhauses in Bubenreuth, Dozent für Emaillearbeiten an der Volkshochschule Erlangen und beim Freizeitamt Erlangen, Gründer des Studios "Kunst aus dem Feuer" in Bubenreuth.

Holy, Max

Geb. 1894 in München, Eisenbahnarbeiter in Feldmoching, KPD-Mitglied, 1930-1932 Leiter der Roten Hilfe Bayern, nach deren Aufteilung Leiter des Bezirks Südbayern, zeitweise Mitglied der KPD-Bezirksleitung Südbayern, im April 1933 verhaftet. - 1945/1946 Chef der Personalabteilung im Bayerischen Staatsministerium für Sonderaufgaben, im April 1946 von der amerikanischen Militärregierung entlassen, seit 1946 im Landessekretariat der KPD in Bayern.

Holzer, Ernst

Geb. 15.10.1920, kath., Arzt, zum Kreis der katholischen Hochschulseelsorge gehörig, 1943 als Student aus politischen Gründen verhaftet. - Nach 1945 Mitbegründer der Katho-

lischen Hochschulgemeinde und Mitglied der Katholischen Jungen Mannschaft, Mitbegründer des CSU-Ortsverbands München-Obersendling, 1946 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, im Dezember 1946 zum 3. Vorsitzenden des CSU-Bezirksverbands München gewählt, 1946-1966 Stadtrat (CSU) in München.

Holzner, Sebastian

Geb. 31.3.1894, gest. 12.7.1952, kath., nach Studium und Promotion Steuerberater, im Dezember 1945 Mitbegründer und Vorsitzender der CSU für den Stadt- und Landkreis Landshut.

Hoover, Herbert

1874-1964, US-amerikanischer Politiker (Republikanische Partei), 1917/1918 Leiter des Ernährungsamts, 1921-1928 Handelsminister, 1929-1933 Präsident.

Horlacher, Michael

Geb. 18.1.1888 in Pottenstein/Ofr., gest. 12.10.1957 in Bad Tölz/Obb., kath., 1907-1913 Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft in München, 1913 Promotion zum Dr. rer. pol., bis 1916 Hilfsarbeiter beim Bayerischen Statistischen Landesamt, dann wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim Statistischen Reichsamt in Berlin und bei der Bayerischen Lebensmittelstelle, 1917/1918 Redakteur für Fragen der Volkswirtschaft bei der "Münchner-Augsburger Abendzeitung", Direktor der Bayerischen Landesbauernkammer, Mitglied des deutschen Landwirtschaftsrats und Vertreter Bayerns bei der Zentrale der deutschen Bauernvereine in Berlin, 1920-1924 MdL (BVP), 1924-1933 MdR (BVP), 1933 aller Ämter enthoben und vorübergehend verhaftet, 1944 KL Dachau. - Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1946-1957 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1948-1952 stellvertretender Vorsitzender der CSU, Staatskommissar für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen im Bayerischen Landwirtschaftsministerium, 1946 MdVLV und deren Präsident, 1946-1950 MdL (CSU) und dessen Präsident, seit März 1947 Vertreter Bayerns im parlamentarischen Rat des Länderrats der US-Zone, 1949-1957 MdB (CSU), Mitglied des Präsidiums des BBV, seit Mai 1947 1. stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Bauernverbände, 1945 Direktor des Bayerischen Raiffeisenverbands, 1948 stellvertretender Präsident des deutschen Raiffeisenverbands in den Westzonen, seit November 1948 geschäftsführender Präsident des Bayerischen Raiffeisenverbands, stellvertretender Vorsitzender der Bayerischen Raiffeisen-Zentralkasse und der Bayerischen Warenvermittlung landwirtschaftlicher Genossenschaften.

Hort, Sepp

Geb. 27.6.1924 in Holzkirchen/Obb., kath., 1942-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Seit 1946 Mitglied von CSU und JU in Bayern, Mitglied und Sprecher des Vorstands des JU-Kreisverbands Miesbach, 1947-1949 hauptamtlicher Mitarbeiter der CSU-Landesgeschäftsstelle als geschäftsführender Landessekretär der JU in Bayern, seit 1948 Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der CSU für Handel, Handwerk, Gewerbe und Industrie, seit 1950 verschiedene Tätigkeiten in der Industrie, seit 1965 leitender Mitarbeiter der Firma Bölkow, seit 1970 Geschäftsführer von Messerschmitt-Bölkow-Blohm und 1978-1988 stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung, seit 1988 freiberuflicher Industrieberater.

Huber, Karl

Geb. 28.1.1899 in Eppishausen/Schw., gest. 18.2.1976 in Fürstenfeldbruck/Obb., kath., Prokurist und Kaufmann, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU, 1948-1964 Vorsitzender des CSU-Ortsverbands Fürstenfeldbruck, 1948-1966 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Fürstenfeldbruck, dann dessen Ehrenvorsitzender, 1946-1976 Stadtrat (CSU) in Fürstenfeldbruck, Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1956-1960 2. Bürgermeister von Fürstenfeldbruck, 1946-1976 Kreisrat (CSU), Vorsitzender der CSU-Kreistagsfraktion, 1947/1948 Landrat, 1966-1972 stellvertretender Landrat in Fürstenfeldbruck, langjähriges Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse Fürstenfeldbruck.

Huber, Kurt

1893-1943, Musikwissenschaftler und Philosoph, 1917 Promotion, 1920 Habilitation, seit 1926 außerordentlicher Professor an der Universität München, Mitglied der Widerstandsgruppe Weiße Rose, 1943 verhaftet und vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, am 13.7.1943 hingerichtet.

Huber, Sebastian

Geb. 4.4.1903 in Gmain, Gemeinde Schwindkirchen/Obb., gest. 7.12.1973, kath., Landwirtschaftsschule in Mühldorf und St. Ottilien, anschließend Landwirt, später auch Gastwirt, vor 1933 Mitglied der BVP, der Bayerischen Christlichen Bauernvereine und Vorsitzender des Katholischen Jungbauernverbands, 1933 vorübergehend verhaftet. - Mitbegründer der CSU im Landkreis Mühldorf, 1945-1951 Bürgermeister von Schwindkirchen, Kreisrat (CSU) in Mühldorf, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1970 MdL (CSU), Mitbegründer und bis 1951 Obmann des BBV in Mühldorf.

Hugenberg, Alfred

1865-1951, 1890 Mitbegründer des Alldeutschen Verbands, 1909-1918 Vorsitzender der Friedrich Krupp KG, Aufbau eines eigenen Presse-Konzerns, seit 1928 Vorsitzender der DNVP, 1919/1920 MdVNV (DNVP), 1920-1945 MdR (DNVP, seit 1933 als Gast NSDAP), 1933 Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister im Kabinett Hitler, im Juni 1933 zum Rücktritt gezwungen. - Nach 1945 im Entnazifizierungsverfahren als Entlasteter eingestuft.

Hundhammer, Alois

Geb. 25.2.1900 in Moos/Obb., gest. 1.8.1974 in München, kath., Klosterschule in Scheyern, Dom-Gymnasium in Freising, nach dem Abitur Militärdienst und Studium der Philosophie, Geschichte, Staatswissenschaft und Volkswirtschaft in München und Budapest, 1923 Promotion zum Dr. phil., 1925 Promotion zum Dr. oec. publ., 1923-1927 Referent für Volkswirtschaft bei der Kreisbauernkammer Oberbayern, 1927-1933 stellvertretender Generalsekretär der Bayerischen Christlichen Bauernvereine, 1932/1933 MdL (BVP), nach 1933 vorübergehend verhaftet, Inhaber einer Schuhreparaturwerkstätte und eines Schuhgeschäfts, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und bis Herbst 1945 amerikanische Kriegsgefangenschaft. - Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1946-1970 mit einer kurzen Unterbrechung im Jahr 1948 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, seit 1946 Mitglied des Landesvorstands und 1952-1960 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU) und Vorsitzender der CSU-Fraktion, 1946-1970 MdL (CSU), 1946-1951 Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, 1951-1954 Präsident des Bayerischen Landtags,

seit März 1947 Mitglied des Parlamentarischen Rats des Länderrats der US-Zone, 1946-1950 Bayerischer Kultusminister, 1957-1969 Bayerischer Landwirtschaftsminister, 1964-1969 zugleich stellvertretender Ministerpräsident.

Huth, Friedrich

Geb. 19.11.1892 in Michelbach/Ufr., gest. 20.4.1980 in Michelbach/Ufr., kath., Landwirt, bis 1912 auf dem elterlichen Hof, 1912-1914 Militärdienst, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1920 Bezirksobmann des Unterfränkischen Christlichen Bauernvereins, 1920-1925 Vorsitzender und Geschäftsführer der Bezirksbauernkammer, 1925 Mitglied der Kreisbauernkammer Unterfranken und der Landesbauernkammer, 1921 Übernahme des elterlichen Betriebes, Besuch kaufmännischer Kurse, Ökonomierat, 1925 stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender des Creolitvereins Alzenau, 1928 Mitglied des Bezirkstags und des Bezirksausschusses Alzenau, 1930-1933 MdR (BVP), nach 1933 mehrfach vorübergehend verhaftet. - Seit 1945 Bürgermeister von Michelbach, Landrat in Alzenau, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU).

Ibler, Franz

Geb. 19.9.1876 in Amberg/Opf., gest. 19.12.1959, kath., nach Besuch der Realschule in Amberg und Freising Militärdienst, 1896 Aspirant bei der bayerischen Staatseisenbahn, seit 1905 in Amberg tätig, 1946 zum Reichsbahnamtmann ernannt, 1918 Mitbegründer der BVP und mit der Geschäftsleitung der BVP in Amberg-Stadt und -Land beauftragt, 1919-1933 Stadtrat (BVP) in Amberg, im Juni 1933 vorübergehend verhaftet. - Mitbegründer des CSU-Kreisverbands Amberg-Stadt und -Land und 1948/1949 dessen Vorsitzender, seit 1945 erneut Stadtrat (CSU) in Amberg, zwei Jahre Wohnungsreferent von Amberg, 1948/1949 2. Bürgermeister von Amberg.

Imler, Hans

Geb. 6.3.1889 in Dudweiler, gest. 3.12.1976 in Augsburg, kath., seit 1912 Gewerkschaftssekretär, 1915 Vorsitzender des Kartells der Christlichen Gewerkschaften in Augsburg, seit 1916 Mitglied des Landesausschusses des Zentrums in Bayern, 1919-1933 Mitglied des Landesausschusses der BVP, 1919-1933 Stadtrat (BVP) in Augsburg, 1921-1933 2. Vorsitzender der BVP in Schwaben, Tätigkeit in Konsum- und Baugenossenschaften und konfessionellen Vereinen, 1933 aller öffentlichen Ämter enthoben, 1933-1946 Leiter eines Heimes der Caritas. - 1945 Beirat, seit 1946 Stadtrat (CSU) in Augsburg und bis 1948 Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1946 MdVLV (CSU).

Jaeger, Richard

Geb. 16.2.1913 in Berlin, kath., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, Berlin und Bonn, 1936 Referendarexamen, 1939 Assessorexamen, 1948 Promotion zum Dr. jur., in den dreißiger Jahren zuerst im Kartellverband der katholischen Studentenvereine Deutschlands, dann im Hochschulring des Katholischen Jungmännerverbands tätig, 1940 Gerichtsassessor am Amtsgericht Weilheim/Obb., 1943 Amtsgerichtsrat, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Seit 1946 CSU-Mitglied und Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1946 hauptamtlicher Mitarbeiter im Landessekretariat der CSU, Mitglied im Dienstag-Club, seit 1947 stellvertretender Vorsitzender der JU in Bayern, 1963-1968 2. Landesschriftführer, 1968-1970 1. Landesschriftführer der CSU, seit 1952 Mitglied des Landesvorstands, seit 1963 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands bzw. Präsidiums der CSU, 1947/1948 Regierungsrat und persönlicher Referent

Alois Hundhammers im Bayerischen Kultusministerium, 1948 1. Bürgermeister, 1949 Oberbürgermeister von Eichstätt, 1949-1980 MdB (CSU), 1953-1965 und 1967-1976 Vizepräsident des Deutschen Bundestags, 1965/1966 Bundesjustizminister, 1984 Leiter der deutschen Delegation bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf, seit 1957 Präsident der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, Mitglied der Deutsch-Chinesischen Gesellschaft, im Mai 1987 zum Präsidenten der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestags gewählt.

Jaenicke, Wolfgang

Geb. 17.10.1881 in Breslau, gest. 5.4.1968 in Lenggries/Obb., ev., 1900-1904 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg i.Br., Berlin und Breslau, Promotion zum Dr. jur., 1919-1930 Regierungspräsident in Breslau, 1930-1933 Regierungspräsident in Potsdam, 1930-1932 MdR (DDP/StP), nach 1933 in den einstweiligen Ruhestand versetzt. - Im Dezember 1945 zum Staatskommissar für das Flüchtlingswesen in Bayern ernannt, 1947-1950 Staatssekretär für das Flüchtlingswesen, 1952-1954 Botschafter in Pakistan, 1954-1957 Botschafter beim Vatikan.

Jahn, Walter

Geb. 1886, gest. 1959, Wirtschaftsprüfer, Mitbegründer der CSU im Landkreis Sonthofen, mit dem Aufbau der Partei in Schwaben beauftragt, 1948-1952 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Sonthofen.

Jörg, Josef

Geb. 14.11.1874 in Groß-Auheim am Main, kath., Studium in Würzburg, Berlin und Bonn, Promotion zum Dr. jur. und Dr. phil., anschließend Journalist. - Nach 1945 Landrat in Hammelburg, 1946 MdVLV (CSU), Dozent an der Universität Würzburg.

Kaas, Ludwig

1881-1952, kath. Theologe und Politiker, seit 1917 Berater des päpstlichen Nuntius Pacelli, 1918-1924 Professor für Kirchenrecht, 1919/1920 MdVNV (Zentrum), 1920-1933 MdR (Zentrum), 1928-1933 Vorsitzender des Zentrums, nach 1933 im Vatikan tätig.

Käss, Friedrich

Geb. 3.7.1910 in München, gest. 6.2.1984, kath., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, 1932-1935 juristischer Vorbereitungsdienst, 1935 Assessorexamen, 1937-1941 bei der Reichsbahnverwaltung tätig, seit 1941 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg bei der Feldeisenbahn (zuletzt Leutnant), Kriegsgefangenschaft. - 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, zeitweise in der CSU-Landesgeschäftsstelle tätig, seit 1949 als Referent im Bundesfinanzministerium vor allem mit Fragen des Lastenausgleichs befaßt, 1956-1975 Präsident des Bundesausgleichsamts.

Kahn, Karl

Geb. 3.3.1900 in Absberg/Mfr., kath., Studium der Geschichte und Volkswirtschaft in München, Mitglied der christlichen Studentenkorporation Rhätia, 1921-1924 Vorsitzender des Jungbayern-Ringes (BVP), seit 1926 als Redakteur in Bayern tätig, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und bis 1946 in britischer Kriegsgefangenschaft. - Geschäftsführer der CSU-Kreisverbände Regensburg-Stadt und -Land, seit 1947 Geschäftsführer des CSU-Bezirksverbands Oberpfalz, 1949-1957 MdB (CSU), stellvertretender Vorsitzender einer Baugenossenschaft in Regensburg.

Kahr, Gustav Ritter von

1862-1934, Jurist und Politiker, 1920/1921 Bayerischer Ministerpräsident, 1923/1924 Generalstaatskommissar in Bayern, bis 1930 Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes, 1934 im Zusammenhang mit dem sogenannten Röhmputsch ermordet.

Kaifer, Albert

Geb. 25.3.1893 in Hafenhofen/Schw., gest. 23.1.1962 in Göggingen/Schw., kath., Bäkkergeselle in Augsburg, München und Köln, seit 1911 Mitglied der Christlichen Gewerkschaften, 1913-1918 Wehrdienst und Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1920-1924 bei der Eisenbahn beschäftigt, 1924-1933 Sekretär des Bayerischen Eisenbahnerverbands in Weiden und Regensburg, Vorstandsmitglied des Zentralwohlfahrtsamts der Reichsbahn in Rosenheim und Mitglied des Hauptbetriebsrats beim Reichsverkehrsministerium bzw. der Reichsbahngesellschaft, 1928-1931 Vorsitzender der AOK Weiden, 1924-1933 BVP-Mitglied, nach 1933 wiederholt verhaftet und bis 1935 arbeitslos, seitdem Geschäftsführer bei der Missions-Verkehrs-Arbeitsgemeinschaft. - Mitbegründer der CSU und Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Augsburg-Land, 1949-1952 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Schwaben, 1949-1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1945-1948 Bürgermeister von Neusäß, 1946-1948 Kreisrat (CSU) in Augsburg, 1948-1962 Landrat in Augsburg, seit 1954 Bezirksrat (CSU) für Schwaben, 1958 Bezirkstagspräsident, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1954 MdL (CSU), Vorsitzender des BRK-Kreisverbands Augsburg-Land, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Augsburg.

Kaiser, Adam

Geb. 23.4.1900 in Hammelburg/Ufr., gest. 10.12.1987, kath., Bruder von Jakob Kaiser, Buchbindermeister, 1923 Übernahme des elterlichen Geschäfts in Hammelburg, 1920-1933 BVP-Mitglied, vor 1933 Stadtrat (BVP) in Hammelburg, 1933 vorübergehend verhaftet, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Oberzahlmeister), Kontakte zum Widerstand des 20. Juli 1944, Januar-April 1945 in Berlin-Moabit inhaftiert. - 1946-1948 Bürgermeister von Hammelburg, 1948-1970 Landrat in Hammelburg, Mitbegründer der CSU in Hammelburg, 1962-1966 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Hammelburg, Vertreter der Landkreise in der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU.

Kaiser, Fritz

Geb. 29.4.1901 in Forchheim/Ofr., gest. 20.12.1966 in Forchheim/Ofr., kath., kaufmännischer Angestellter, später Holzarbeiter in Forchheim, vor 1933 BVP-Mitglied. - Mitbegründer der CSU in Forchheim, 1946 MdVLV (CSU), nach 1945 zunächst bei der Spruchkammer, dann beim Arbeitsamt Forchheim beschäftigt.

Kaiser, Jakob

1888-1961, Gewerkschafter und Politiker, 1933 MdR (Zentrum), Kontakte zu Widerstandskreisen, 1938 mehrere Monate inhaftiert, seit Juli 1944 in Berlin untergetaucht. - Mitbegründer der CDU in Berlin und der SBZ, Dezember 1945-Dezember 1947 deren Vorsitzender, Mitglied des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, 1950-1958 stellvertretender CDU-Vorsitzender, 1948/1949 MdPR (CDU), 1949-1957 MdB (CDU), 1949-1957 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen.

Kalbskopf, Otto

Geb. 14.12.1872 in Münchberg/Ofr., gest. 27.1.1954, ev., Kaufmann und Fabrikbesitzer, 1909-1913 Gemeindebevollmächtigter, seit 1913 Magistratsrat, 1919-1921 Stadtrat in

Münchberg. - Nach 1945 Vorsitzender der CSU Münchberg, seit 1946 Kreisrat (CSU) in Münchberg und Vorsitzender der CSU-Kreistagsfraktion, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Karpf, Hugo

Geb. 17.1.1895 in Wüstenzell/Ufr., kath., Schneidergeselle, 1912-1915 Wanderjahre, aktiv in der kat7holischen Gesellen- und Arbeitervereinsbewegung, 1915-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1918/1919 britische Kriegsgefangenschaft, 1922-1933 Angestellter des Verbands Christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgewerbes, seit 1924 auch Mitglied des Zentralvorstands, 1932/1933 MdR (BVP), nach 1933 entlassen, 1933-1939 als Hilfsarbeiter und Zuschneider in einer Kleiderfabrik tätig, 1939-1945 zur Wehrmachtsverwaltung eingezogen. - Mitbegründer der CSU in Aschaffenburg und deren Vorsitzender, 1946 MdVLV (CSU), 1947-1949 MdWR (CSU), als Schriftführer Mitglied des Präsidiums, 1949-1957 MdB (CSU), als Schriftführer Mitglied des Präsidiums, 1945-1949 Sekretär beim BGB, Ortsausschuß Aschaffenburg, Mitglied des Hauptvorstands der Gewerkschaft Textil/Bekleidung, Ehrenvorsitzender der CSU Aschaffenburg, Richter am Bundesarbeitsgericht.

Kastner, Josef

Geb. 14.3.1904 in Marktredwitz/Ofr., gest. 1.1.1959 in Bamberg/Ofr., kath., nach Banklehre Besuch der kaufmännischen Fortbildungsschule Marktredwitz, nach Ableistung der Kaufmannsgehilfenzeit in Privatbetrieben tätig, 1929 Wechsel zur Arbeitsverwaltung, seit 1929 Stadtrat (BVP) in Marktredwitz, seit 1939 Regierungsamtmann bei der Arbeitsverwaltung im Generalgouvernement. - Im Januar 1947 von der Spruchkammer für entlastet erklärt, seit 1947 stellvertretender Leiter des Arbeitsamts Bayreuth, Vorsitzender der CSU Marktredwitz, 1948-1959 Stadtrat (CSU) in Marktredwitz und 2. Bürgermeister der Stadt, 1958 MdL (CSU).

Keegan, Charles E.

1893-1966, US-amerikanischer Kommunalpolitiker (New York, Demokratische Partei), Finanz- und Immobilienmakler, Mai-September 1945 Chef der amerikanischen Militärregierung in Bayern.

Keil, Wilhelm

1870-1968, Journalist und Politiker, 1900-1933 MdL (SPD) in Württemberg, 1910-1918 und 1920-1932 MdR (SPD), 1919/1920 MdVNV (SPD), 1921-1923 Arbeits- und Ernährungsminister in Württemberg. - 1946-1952 MdL (SPD) in Württemberg-Baden und dessen Präsident.

Keller, Louis Joseph Comte de

1896, französischer Diplomat, 1925 Attaché am Konsulat in Nürnberg, 1928 Attaché an der Gesandtschaft in München, 1933 Mitglied der französischen Delegation beim Völkerbund, anschließend Deutschland-Referent im Außenministerium, 1938 Konsul in Leipzig, 1941 Botschaftssekretär in Athen, in der französischen Widerstandsbewegung engagiert. - 1945 französischer Geschäftsträger in Prag, 1947-1950 Generalkonsul in München, 1950 versetzt nach Dakar.

Kempner, Robert M.

1899, Jurist, 1928-1933 Justitiar der Polizeiabteilung im Preußischen Innenministerium, 1933 Emigration, Einbürgerung in die USA, 1939-1942 Lehrtätigkeit an verschiedenen

Hochschulen und Akademien, politischer und juristischer Berater im US-Kriegs- bzw. Justizministerium. - 1945 Mitglied des Stabs des amerikanischen Hauptanklägers bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, seit 1949 Jurist in Deutschland und den USA.

Kern, Ernst

Geb. 3.2.1882 in Kleinhaslach/Mfr., ev., seit 1900 im Dienst der evangelischen Landeskirche, seit 1932 Pfarrer in Nürnberg, seit 1933 NSDAP-Mitglied. - 1946 von der Spruchkammer Nürnberg I wegen Denunziation als NS-Aktivist verurteilt, 1947 im Berufungsverfahren in die Gruppe der Minderbelasteten eingestuft, im Juni 1947 Aufhebung des Urteils der Berufungskammer, im Dezember 1947 von der Berufungskammer Nürnberg II als Mitläufer eingestuft, ein Widerspruch der Special Branch im Februar 1948 blieb folgenlos.

Kiefer, Josef

Geb. 7.4.1905 in München, gest. 19.11.1977, kath., Buchbindermeister, seit 1929 Inhaber einer Verlagsbuchbinderei, 1925 Mitbegründer und Vorsitzender der Junghandwerkergruppe, 1929-1933 Vorstandsmitglied der Buchbinder-Innung München/Oberbayern, 1928-1933 BVP-Mitglied, nach 1933 seiner Ämter enthoben. - Mitbegründer der CSU, 1946 stellvertretender Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses der CSU, 1967/1968 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1958-1961 Stadtrat (CSU) in München, 1962-1970 MdL (CSU), 1946-1956 Obermeister der Buchbinder-Innung München/Oberbayern, seit 1947 Landesinnungsmeister, seit 1959 Bundesinnungsmeister des deutschen Buchbinderhandwerks, seit 1946 Vorstandsmitglied der Handwerkskammer für Oberbayern und Mitglied des Präsidiums des Bayerischen Handwerkstags, seit 1948 Mitglied des Rundfunk- und seit 1956 des Verwaltungsrats des Bayerischen Rundfunks.

Kienitz, Erwin von

Geb. 5.11.1906 in Duisburg, gest. 22.9.1948, ev. getauft, seit 1924 kath., zunächst Jurastudium in Freiburg i.Br. und Paris, dann Studium der kath. Theologie in München, 1930 Promotion zum Dr. theol., 1931 zum Dr. jur., nach Priesterweihe 1931 zunächst Kaplan und Jugendseelsorger in den Münchner Stadtteilen Solln, Milbertshofen und Harlaching, 1933 zum Domvikar ernannt und als Notar (später mit dem Titel Kanzleirat) am Diözesangericht für München und Freising tätig, Habilitation, aus politischen Gründen nicht zum Privatdozenten ernannt, 1940 Schreibverbot, 1943 zum Mitglied des Domkapitels der Erzdiözese München und Freising gewählt. - Mitbegründer der CSU, im Oktober 1945 Ernennung zum Vizeoffizial und Leiter des Metropolitangerichts, 1946 Honorarprofessor für Staatskirchenrecht und kirchliche Verwaltungspraxis in München, Leiter des 1948 gegründeten Katholischen Volksbüros.

Klein, Emil

Geb. 3.12.1905 in Oldenburg, kath., Kaufmann, seit 1923 Bankbeamter, 1925 Prokurist, seit 1929 Mitinhaber einer Revisionskanzlei, seit 1920 Mitglied der NSDAP und der SA, seit 1928 Führer der HJ in München, dann in Südbayern, seit 1932 HJ-Führer "Hochland", Obergebietsführer der HJ, 1936-1945 MdR (NSDAP), 1933 Adjutant des Bayerischen Innenministers Adolf Wagner, bis 1945 Stabsleiter im Bayerischen Kultusministerium. - 1945-1948 interniert, 1950 von der Spruchkammer als Hauptschuldiger eingestuft und zu 3 Jahren Arbeitslager, Vermögenseinzug und 10 Jahren Berufsbeschränkung verurteilt.

Klemm, Otto

Geb. 3.2.1893, 1945-1949 Oberregierungsrat bei der Regierung von Unterfranken.

Klenk, Wilhelm

Geb. 4.12.1912 in Bad Wimpfen/Württemberg, ev., Mechaniker und Monteur, Juli-Dezember 1946 hauptamtlicher Kreisgeschäftsführer der CSU für die Landkreise Uffenheim und Scheinfeld, Januar 1947-August 1948 hauptamtlicher Geschäftsführer des CSU-Kreisverbands Uffenheim, seit Januar 1946 Vorsitzender des CSU-Ortsverbands Uffenheim, Februar-November 1946 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Uffenheim, im Frühjahr 1946 kurzzeitig kommissarischer Landrat in Uffenheim, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946-1948 Stadtrat (CSU) in Uffenheim, 1946-1948 Kreisrat (CSU) in Uffenheim.

Kluge, Hans Günther von

1882-1944, Berufsoffizier (Generalfeldmarschall), Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Generalstabsoffizier, nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs Oberbefehlshaber von Armeen und Heeresgruppen, Juli/August 1944 Oberbefehlshaber der Westfront, Kontakte zur Militäropposition gegen Hitler, ohne eindeutig Stellung zu beziehen, beging am 19.8.1944 Selbstmord.

Klytta, Waldemar

Geb. 15.6.1897 in Königshütte/Oberschlesien, gest. 3.2.1975 in Augsburg, kath., Delegierter zum Landesausschuß der CSU, 1947 Vorsitzender des Bezirksflüchtlingsausschusses der CSU-Flüchtlingsorganisation in Schwaben, 1948 Flüchtlingsvertrauensmann.

Knappe, Karl

Geb. 11.11.1884 in Kempten/Schw., gest. 20.3.1970 in München, Besuch der Kunstakademie in München, Bildhauer, Entwurfzeichner für Mosaik und Glasmalerei, 1925 Professor, 1930-1939 Dozent für Plastik an der TH München, Mitglied der Bayerischen Akademie der Schönen Künste, Ehrenmitglied der Akademie der bildenden Künste. - 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Knoeringen, Waldemar von

Geb. 6.10.1906 in Rechetsberg/Obb., gest. 2.7.1971 in Höhenried/Obb., kath., 1919-1922 Lehre bei der AOK Rosenheim-Land, Tätigkeit im Krankenversicherungswesen, später Bibliothekar im Arbeiterbüchereiwesen sowie Leiter des Arbeiter-Kulturkartells Rosenheim, seit 1926 SPD-Mitglied, Funktionär der SDAJ München, 1933 Emigration nach Österreich, 1934 in die Tschechoslowakei, 1938 nach Frankreich und 1939 nach England. - 1946 MdVLV (SPD), 1946-1970 MdL (SPD), 1946-1962 stellvertretender Vorsitzender bzw. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, 1949-1951 MdB (SPD), 1947-1963 Vorsitzender der bayerischen SPD, Mitglied des SPD-Parteivorstands, 1958-1962 stellvertretender Vorsitzender der SPD.

Knothe, Wilhelm

1888-1952, kaufmännischer Angestellter und Politiker, seit 1906 SPD-Mitglied, seit 1920 Parteisekretär in Wetzlar, Stadtverordneter (SPD) und Kreisrat (SPD) in Wetzlar, nach 1933 illegal für die SPD tätig, 1934 verhaftet, 1935 zu zwei Jahren Zuchthaus und zehn Monaten Gefängnis verurteilt, 1944 erneut verhaftet, Flucht aus dem Frankfurter Polizeigefängnis. - Seit 1945 Vorsitzender der hessischen SPD, 1946/1947 stellvertretender SPD-Vorsitzender und bis 1952 Mitglied des Parteivorstands der SPD, 1946 MdVLV (SPD) in Hessen und Vorsitzender der SPD-Fraktion, seit 1946 MdL (SPD) in Hessen, 1949-1952 MdB (SPD).

Koch, Edmund

Geb. 10.11.1914 in Adorf/Vogtland, ev., Angestellter, nach 1945 Berufsberater und Betreiber einer Leihbücherei, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Im Oktober 1945 Mitbegründer der CSU in Weiden und deren 2. Schriftführer, 1946 2. Vorsitzender des Ortsverbands Nr. 6 in Weiden, 1947 Kreisobmann der JU Weiden und Mitglied des Vorstands des CSU-Kreisverbands Weiden, 1946-1948 Stadtrat (CSU) in Weiden, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1948 aus CSU und JU ausgeschieden.

Köhler, Erich

1892-1958, Volkswirt und Politiker, 1919-1933 Geschäftsführer von Arbeitgeberverbänden in Kiel, vor 1933 DVP-Mitglied. - Mitbegründer der CDU, 1946-1949 stellvertretender Vorsitzender der CDU in Hessen, 1946 MdVLV (CDU) und MdL (CDU) in Hessen, 1947-1949 Präsident des Wirtschaftsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, 1949-1957 MdB (CDU), 1949/1950 Bundestagspräsident.

Köhler, Karl

Geb. 1906 in Regensburg, kath., Studium an der TH in München und an der Akademie der bildenden Künste in München, Maler, Professor und Seminarleiter für Kunstpädagogik. - Mitbegründer der CSU in Starnberg, an der Gründung weiterer Ortsverbände der CSU beteiligt, im Dezember 1945 Mitbegründer des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, Mitbegründer des Kulturpolitischen Ausschusses der CSU und zeitweilig dessen stellvertretender Vorsitzender, Vorsitzender des Kunstausschusses der CSU, 1948 Initiator und Organisator des Pädagogischen Kongresses der CSU in Rothenburg ob der Tauber, 1948 Begründer und Vorsitzender des Gautinger Kreises der CSU, Ehrenvorsitzender des CSU-Ortsverbands Gauting, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946 Kreisrat (CSU) in Starnberg.

Koenig, Joseph

Geb. 14.12.1907 in Birnbaum/Posen, kath., Studium in Breslau, 1933 Promotion zum Dr. rer. pol., 1931-1933 Assistent an der Universität Breslau, 1924-1927 Mitglied im Bund Neudeutschland, danach im Verband der wissenschaftlichen katholischen Studentenvereine Unitas, 1929-1933 Ortsvorsitzender der Windthorstbünde in Breslau, 1934-1936 im Landesfinanzamt in Breslau tätig, 1936-1939 bei der Reichsgruppe Handel in Berlin, 1939-1946 Prokurist der Ausfuhrgesellschaft der deutschen Brauwirtschaft. - Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, zeitweise Beauftragter für Flüchtlingsfragen in der CSU-Landesleitung, 1946-1950 Wirtschaftsredakteur des "Münchner Merkur", seit 1950 im diplomatischen Dienst, 1950/1951 und 1954-1956 im Auswärtigen Amt in Bonn tätig, 1951-1954 Wirtschaftsreferent an der Botschaft in Rom, 1956-1960 Konsul in Windhoek, 1960-1966 außerordentlicher Botschafter auf Zypern, 1966-1970 ständiger Vertreter des Leiters der Botschaft in Irland, Generalkonsul in Rotterdam.

Konrad, Adolf

Geb. 1.3.1880 in Rheinzabern/Pfalz, kath., bis 1906 Schlosser und Monteur, anschliessend Bezirksleiter des Christlichen Metallarbeiterverbands für Bayern und Vorstandsmitglied des Christlichen Metallarbeiterverbands Deutschlands, Vorsitzender des Bezirkskartells der Christlichen Gewerkschaften in Nürnberg, Landesvorsitzender des DGB in Bayern, 1919-1933 MdL (BVP). - Nach 1945 CSU-Mitglied und Delegierter zu Landesausschuß und Landesversammlung der CSU.

Kopf, Hinrich Wilhelm

1893-1961, Verwaltungsbeamter und Politiker, 1945 Oberpräsident der Provinz Hannover, 1946-1955 und 1959-1961 Ministerpräsident von Niedersachsen, 1957-1959 Innenminister von Niedersachsen, 1946-1961 MdL (SPD) in Niedersachsen.

Kothmann, Fritz

Geb. 29.1.1887 in Haidengrün/Ofr., gest. 20.11.1958, ev., Landwirt und Hausweber, vor 1933 im agrarpolitischen Bereich aktiv. - Nach 1945 Bürgermeister von Haidengrün, stellvertretender Kreisobmann des BBV, leitende Funktion in der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Bayreuth, 1946 und 1956 in den Kreistag von Naila gewählt (zunächst CSU, dann Freie Wählergemeinschaft), 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, Kreisvorsitzender der CSU, 1949-1952 Kassier und 1952-1958 Schriftführer beim Kreisverband Naila des Bayerischen Gemeindetags.

Krapp, Lorenz

Geb. 18.12.1882 in Bamberg/Ofr., gest. 21.5.1947 in München, kath., Jurastudium in Tübingen, München und Würzburg, 1905 1., 1909 2. juristisches Staatsexamen, 1909 Promotion zum Dr. jur. et rer. pol., seit 1910 Amtsanwalt in Pirmasens, seit 1911 3. Staatsanwalt in Kaiserslautern, 1915-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1918 Amtsrichter in München und Arnstein, seit 1920 Staatsanwalt in Bamberg und Coburg, 1922-1930 zuerst Oberregierungsrat im Bayerischen Justizministerium, dann Staatsanwalt in München, während dieser Zeit abgestellt zum Auswärtigen Amt in Berlin, seit 1923 Geheimer Justizrat und Leiter der Abteilung Italien der Vertretung des Deutschen Reiches am deutsch-italienischen Schiedsgerichtshof, 1924-1930 überdies Vertreter des Reichsfinanzministeriums (Reichsausgleichsamt) in Rom und 1926-1930 Richter am deutschen Konsularobergericht in Kairo, 1930 Oberstaatsanwalt, 1931-1933 Präsident des Landgerichts Bamberg, am 1.8.1933 in den Ruhestand versetzt, 1918-1933 BVP-Mitglied, seit 1934 zunächst 2., dann 1. Vorsitzender des Gesamtkirchensteuerausschusses der katholischen Kirche in Bayern. - Mitbegründer der CSU in Bamberg, 1946 Ersatzmann im Landesschiedsgericht der CSU, 1946 MdVLV (CSU) und Vorsitzender des Verfassungsausschusses, im Mai 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zunächst zum Berater für den Wiederaufbau der Gerichte des OLG Bamberg, dann im Dezember 1945 zum Präsidenten des OLG Bamberg ernannt, 1947 zum Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes berufen.

Kraus, Engelbert

Geb. 16.7.1901 in Holzhausen/Ufr., gest. 14.5.1974, kath., seit 1917 Praktikant und Verwalter auf verschiedenen Gütern, 1926-1934 bei der Regensburger Zentralgenossenschaft tätig, 1934 aus politischen Gründen entlassen, vor 1933 BVP-Mitglied, 1934-1945 Lagerhausverwalter in Würzburg. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1962 MdL (CSU), Gemeinderat (CSU) in Rimpar, Kreisrat (CSU) in Würzburg und Vorsitzender der CSU-Kreistagsfraktion, seit 1948 1. Bürgermeister von Rimpar.

Kraus, Hans

Geb. 22.4.1879 in Unterafferbach/Ufr., gest. 30.5.1952 in München, kath., Studium der Philosophie, Volkswirtschaft und Rechtswissenschaften in Würzburg und München, Promotion zum Dr. oec. publ., in den bayerischen Staatsdienst übernommen und über 40 Jahre in der bayerischen Finanzverwaltung tätig, vor 1933 BVP-Mitglied. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946-1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1945 Ministerialdirek-

tor in der Bayerischen Staatskanzlei, Juli-Dezember 1946 Staatssekretär und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, 1946-1950 Bayerischer Finanzminister, 1945-1949 Verbindungsmann zum Länderrat der US-Zone in München, 1946/1947 Mitglied des Verwaltungsrats des Gemeinsamen Deutschen Finanzrats der Bizone.

Krehle, Heinrich

Geb. 21.1.1892 in München, gest. 16.10.1969 in München, kath., Schreinerlehre, Weiterbildung an einer Handwerkerzeichenschule, 1909-1912 Schreinergehilfe auf Wanderschaft in Deutschland und der Schweiz, seit 1909 in der christlichen Gewerkschaftsbewegung und der konfessionellen Standesvertretung engagiert, 1912-1918 Militärdienst und Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1918-1920 britische Kriegsgefangenschaft, 1920-1922 Schreinergehilfe in München, 1922-1930 Geschäftsführer des Zentralverbands Christlicher Holzarbeiter, 1930-1933 Landessekretär der Christlichen Gewerkschaften Bayerns, zugleich Geschäftsführer des DGB, nach 1933 aller Ämter enthoben und vorübergehend arbeitslos, 1934-1939 Angestellter beim katholischen Kirchensteueramt und bei der Reichsfinanzverwaltung, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU und des BGB, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1946 Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses und stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der CSU, seit 1947 Vorsitzender der CSA, 1946-1949 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, 1946-1957 Mitglied des Landesvorstands und 1952-1955 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1945/1946 Stadtrat (CSU) in München, 1946 MdVLV (CSU), 1948-1958 MdL (CSU), 1945-1947 und 1950-1954 Staatssekretär im Bayerischen Arbeitsministerium, 1947-1950 Bayerischer Arbeitsminister.

Krempl, Josef

Geb. 1.3.1886 in Schwandorf/Opf., gest. 11.3.1971, kath., Studium der Philosophie in Limburg an der Lahn, Aufenthalte in Frankreich und Italien, 1910 Redakteur der "Schwandorfer Volkszeitung", als Dolmetscher Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1918/1919 Mitglied eines Freikorps, 1912-1923 Mitglied des Gemeindekollegiums bzw. Stadtrat (BVP) in Schwandorf, 1923 Kandidat (BVP) für die Reichstagswahl, 1926 Gründung einer eigenen Tageszeitung, nach 1933 zweimalige Flucht nach Italien, 1934 vorübergehend verhaftet, bis 1937 als Redakteur tätig, 1943-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1945 kurzzeitig 3. Bürgermeister von Schwandorf, 1948-1952 Stadtrat (CSU) in Schwandorf, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU), Ehrenpräses der Kolpingfamilie.

Kroll, Gerhard

Geb. 20.8.1910 in Breslau, gest. 10.11.1963, kath., 1929-1934 Studium der Staatswissenschaften und der Volkswirtschaft in Breslau, Wien und Berlin, nach der Promotion Eintritt in das Berliner Institut für Konjunkturforschung, Volontär bei Siemens & Halske, anschliessend Stipendiat der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, 1929-1938 Studium der Philosophie und Religionsphilosophie in Berlin, Verzicht auf Habilitation aus politischen Gründen, 1938-1942 Statistiker bei verschiedenen Wirtschaftsgruppen, 1943-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU in Bamberg, 1946 Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, 1946/1947 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberfranken, 1946/1947 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946-1948 Landrat in Staffelstein, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946-1950 MdL (CSU),

1948/1949 MdPR (CSU), 1949-1951 Geschäftsführer bzw. Generalsekretär des heutigen IfZ in München, seit Januar 1951 Chefredakteur der Zeitschrift "Neues Abendland".

Kronthaler, Josef

Geb. 4.3.1889 in Gündlkofen/Ndb., gest. 19.3.1976 in Augsburg, kath., Schreinerlehre, 1905 Gesellenprüfung, bis 1914 sechs Jahre in der Schweiz, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1907 Mitglied einer christlichen Standesorganisation, seit 1919 hauptamtlicher Mitarbeiter des Christlichen Holzarbeiterverbands, BVP-Mitglied, Mitglied des Kreistags für Niederbayern (BVP), 1928 vom Christlichen Holzarbeiterverband nach Augsburg versetzt, 1933 entlassen, seit 1934 beim katholischen Friedhofsamt angestellt und dort bis 1959 tätig. - Nach 1945 Mitglied des Stadtbeirats Augsburg, 1946-1960 Stadtrat (CSU) in Augsburg, seit 1946 Vorsitzender eines Kreisverbands der CSU in Augsburg, 1947 Organisationsleiter der CSU-Bezirksverbände Augsburg und Schwaben.

Kroth, Alfred

Geb. 10.3.1912 in München, gest. 29.6.1978 in München, Jurist, KPD-Mitglied, nach 1933 vermutlich von der KPD mit dem Auftrag in die NSDAP eingeschleust, Informationen aus der Umgebung des NS-Oberbürgermeisters von München zu beschaffen. - 1945 städtischer Rechtsrat in München und Leiter des Ernährungsamts, im Herbst 1945 von der Militärregierung entlassen, im Sommer 1945 von der Spruchkammer als entlastet eingestuft, 1948/1949 MdWR (KPD).

Kroth, Karl August

Geb. 12.10.1893 in Bendorf bei Koblenz, gest. 11.1.1980, kath., Studium der Germanistik, Philosophie, Kunstgeschichte und Musik, Promotion zum Dr. phil., bis 1945 Werbeleiter bei Opel/Rüsselsheim und Fichtel & Sachs/Schweinfurt. - Mitbegründer der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1949/1950 MdL (CSU), nach 1945 erneut als Werbeleiter tätig.

Krüger, Klara

Geb. 19.5.1898 in Breslau, gest. 27.11.1986 in Hof/Ofr., ev., seit 1943 in Hof ansässig, Journalistin und Redakteurin bei der "Frankenpost" und beim "Hofer Anzeiger", Delegierte zum Landesausschuß der CSU, 1946-1952 und 1955-1966 Stadträtin (CSU) in Hof.

Kubel, Alfred

1909, Kaufmann und Politiker, 1946 Ministerpräsident Braunschweigs, 1946-1948, 1950/1951 und 1957-1959 Niedersächsischer Wirtschaftsminister bzw. Minister für Wirtschaft und Verkehr, 1948-1950 Niedersächsischer Arbeitsminister, 1951-1955 und 1965-1970 Niedersächsischer Finanzminister, 1959-1965 Niedersächsischer Landwirtschaftsminister, 1970-1976 Ministerpräsident von Niedersachsen, 1946-1975 MdL (SPD) in Niedersachsen.

Kübler, Konrad

Geb. 15.5.1884 in Simbach am Inn/Ndb., gest. 30.10.1974 in Ruhpolding/Obb., Buchdrucker, Weiterbildung durch Fach- und Volkshochschulkurse, seit 1911 Verleger und Redakteur des BBB-Organs "Landauer Volksblatt", später Präsident des Verbands der Bauernbundpresse, vor 1933 Mitglied des BBB, 1919-1933 Stadtrat und Mitglied des Bezirksrats in Landau an der Isar, Mitglied des Kreistags für Niederbayern, Mitglied der Reichsleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, nach 1933 Ausschluß aus der Berufsorganisation der Journalisten und Verleger, Berufsverbot, 1933/1934 im KL Dachau, 1944 im KL Flossenbürg. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946-1949 Mitglied des Landesvorstands

der CSU, 1946-1949 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Niederbayern, 1945-1950 Landrat in Landau an der Isar, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU) und dessen Vizepräsident, im September 1949 Mitglied der ersten Bundesversammlung in Bonn, Mitglied der Industrie- und Handelskammer München und der Landesleitung des BRK.

Kuhmann, Alfred

Geb. 31.5.1911 in Ebern/Ufr., gest. 1.6.1980, kath., Jurastudium und Promotion zum Dr. jur., 1945 Gerichtsassessor, 1946 Staatsanwalt, Mitbegründer der CSU in Nürnberg und Schriftführer im vorläufigen Vorstand, 1946 Vorsitzender des Parteigerichts, später des Bezirksschiedsgerichts der CSU Nürnberg-Fürth, Vorsitzender eines Kreisverbands der CSU in Nürnberg, 1949/1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946-1948 Stadtrat (CSU) in Nürnberg.

Kurz, Andreas

Geb. 29.5.1894 in Gufflham/Obb., gest. 31.12.1976, kath., bis 1914 in der Landwirtschaft tätig, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 zunächst Krankenpfleger, Weiterbildung an verschiedenen Fachschulen, seit 1922 zuerst Sekretär des Christlichen Nahrungsmittelverbands, anschließend Diözesansekretär des Caritasverbands Würzburg, 1924 Diözesansekretär der Katholischen Arbeitervereine der Diözese Würzburg, seit 1929/1930 Stadtrat (BVP) in Würzburg, 1932/1933 MdL (BVP), nach 1933 vorübergehend verhaftet und aller Stellungen und Ämter enthoben, neue Existenz als Kaufmann in Würzburg und München. - Mitbegründer der CSU, Schatzmeister des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, 1950-1958 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946-1958 MdL (CSU).

Lacherbauer, Carl Hannsjörg

Geb. 23.6.1902 in München, gest. 30.3.1967, kath., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, der Volkswirtschaft und Geschichte in München, 1928 Promotion zum Dr. jur., 1929 große juristische Staatsprüfung, 1929-1945 Gerichtsassessor, Staatsanwalt und Amtsgerichtsrat in München. - Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1947/1948 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1953 Übertritt zur BP, 1954-1956 stellvertretender Vorsitzender der BP, Stadtrat in München, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1958 MdL (bis 1953 CSU, dann BP), 1955-1957 Vorsitzender der BP-Fraktion, 1945/1946 kommissarisch 3. Bürgermeister von München, 1947/1948 Staatssekretär im Bayerischen Justizministerium, seit 1949 Notar in Bad Tölz.

Lades, Heinrich

Geb. 4.7.1914 in Nürnberg, gest. 4.8.1990 in Erlangen/Mfr., ev., Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft in Erlangen, München und London, große juristische Staatsprüfung und Promotion zum Dr. jur., 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, Kontakte zum militärischen Widerstand und zur Freiheitsaktion Bayern. - Seit 1946 CSU-Mitglied, 1948 zum Vorsitzenden des Landesschiedsgerichts der CSU gewählt, 1966-1972 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Mittelfranken, 1966-1972 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1945-1948 Referent im Bayerischen Kultusministerium, 1948-1950 Abteilungsleiter im Bayerischen Landesjugendamt, 1950-1957 Referent im Bundesinnenministerium, 1957-1959 als Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen verantwortlich für den Bundesjugendplan, zuletzt Ministerialrat, 1959-1972 Oberbürgermeister von Erlangen, 1966-1982 Bezirksrat (CSU) für Mittelfranken und 12 Jahre Vorsitzender der CSU-Bezirkstagsfraktion, Vorsitzender des BRK-Kreisverbands Er-

langen, Mitglied des Kuratoriums der Evangelischen Akademie Tutzing und des Stifterverbands für die deutsche Wissenschaft.

Laforet, Wilhelm

Geb. 19.11.1877 in Edenkoben/Pfalz, gest. 14.9.1959 in Würzburg, kath., 1896-1900 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München und Berlin und Promotion zum Dr. jur., 1904 Assessorexamen, seit 1908 im bayerischen Verwaltungsdienst, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1918 Vorstand des Bezirksamts Ochsenfurt, 1922-1927 Referent für Gemeindefragen (zuletzt Ministerialrat) im Bayerischen Innenministerium, seit 1927 Professor für deutsches und bayerisches Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Würzburg, 1918-1933 BVP-Mitglied. - 1945 als bayerischer Vertreter in den von der amerikanischen Militärregierung eingesetzten Ausschuß für Verwaltungsrecht in Heidelberg berufen, Sachverständiger im Vorbereitenden Verfassungsausschuß für Württemberg-Baden, 1946-1949 MdL (CSU), 1949-1953 MdB (CSU).

Lallinger, Wilhelm

Geb. 30.4.1917 in Regen/Ndb., kath., Oberregierungsrat, 1946 Schriftführer des CSU-Kreisverbands Roding, Delegierter zum Landesausschuß für den Bezirksverband Oberpfalz.

Lamla, Ernst

Geb. 21.11.1888 in Berlin, ev., Studium der Physik in Berlin, 1912 Promotion, seit 1918 Assistent an der Universität Berlin, 1924 zum Oberstudiendirektior, 1927 zum Oberschulrat ernannt, 1932 Vizepräsident des Provinzialschulkollegiums Magdeburg, seit 1933 freier Physiker. - 1947 Honorarprofessor an der Universität Göttingen, 1947-1954 Direktor des Max-Planck-Gymnasiums in Göttingen.

Lang, Andreas

Geb. 30.10.1896 in Burggen/Obb., gest. 28.11.1948, kath., Landwirt, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende in verschiedenen Gutsbetrieben und auf dem elterlichen Hof tätig, den er 1924 übernahm, 1920-1945 bei der Raiffeisenkasse Burggen, Vorstand einer Milchverwertungsgenossenschaft, 1932 Kandidat (BVP) für die Reichstagswahl, bis 1934 Kreisrat in Schongau, 1933 Vorsitzender der BVP im Landkreis Schongau, nach 1933 vorübergehend verhaftet. - Mitbegründer der CSU, 1946-1948 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946-1948 MdL (CSU) und Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, bis 1948 stellvertretender Landrat in Schongau.

Lang, Carl Peter

Geb. 2.7.1901 in Rodalben/Pfalz, gest. 25.10.1968, kath., nach Besuch der Volksschule Arbeiter in einer Schuhfabrik, Mitglied des Katholischen Arbeitervereins und der Christlichen Gewerkschaften, 1925/1926 Schüler an der Sozialen Volkshochschule Leohaus in Kochel, 1926 zunächst Sozialbetreuer in der Landesblindenanstalt, dann Bezirkssekretär der Katholischen Arbeitervereine für München, insbesondere mit der Jugendarbeit betraut, 1927 Mitarbeiter in der Verbandszentrale der Katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Zahlmeister). - Nach 1945 Mitarbeit beim Wiederaufbau des Süddeutschen Verbands, 1947-1959 Vorsitzender des Katholischen Werkvolks (Süddeutscher Verband katholischer Arbeitnehmer), seit 1946 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, 1951 Mitglied des Landesvorstands der CSU, seit 1949 bei der Landesversicherungsanstalt Oberbayern tätig, Be-

förderung zum Regierungs- und Oberregierungsrat, seit 1956 Direktor und Vorsitzender der Geschäftsführung der Landesversicherungsanstalt Oberbayern.

Lang, Hugo

Geb. 3.12.1892 in Rottenburg an der Laaber/Ndb., gest. 1.6.1967 in München, kath., 1911 Eintritt in die Benediktinerabtei St. Bonifaz in München, Studium der kath. Theologie in München, 1925 Promotion zum Dr. theol., 1916 Priesterweihe, 1916-1951 Pfarr- und Akademieseelsorger sowie Religionslehrer an Volks- und Realschulen und Rundfunkprediger. - Nach 1945 am Aufbau der Volkshochschule München beteiligt, seit 1946 Honorarprofessor für Enzyklopädie der Theologie an der Universität München, seit 1951 Abt der Benediktinerklöster St. Bonifaz und Andechs, Geistlicher Rat, 1953 Gastprofessor an der Theologischen Fakultät der Universität Salzburg, Teilnehmer an Sitzungen des Ellwanger Kreises der CDU/CSU.

Lang-Brumann, Thusnelda

Geb. 15.4.1880 in Augsburg, gest. 10.6.1953 in München, kath., höhere Mädchenschule, Lehrerinnenseminar und Universität, Lehrerin an einer Volksschule, dann an einer höheren Mädchenschule und einer sozialen Frauenschule in München, 1920-1933 MdR (BVP), 1920-1924 Stadträtin (BVP) in München. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1950-1953 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1947 Mitinitiatorin der Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der CSU und bis 1953 deren Vorsitzende, 1946 Kandidatin (CSU) für die VLV, 1948/1949 MdWR (CSU).

Langenfaß, Friedrich

Geb. 8.7.1880 in Hohenaltheim/Schw., gest. 5.2.1965 in München, ev., Studium der ev. Theologie und Philosophie in Göttingen, Leipzig und Greifswald, anschließend in der Seelsorge tätig, seit 1910 Pfarrer in Rothenburg ob der Tauber, 1920-1950 Pfarrer in München, seit 1930 Stadtdekan von München, 1925-1941 und seit 1946 Redakteur der evangelischen Kulturzeitschrift "Zeitenwende", 1933 Ehrendoktorwürde der Universität Erlangen. - Nach 1945 Mitbegründer der CSU, Mitbegründer der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, nach seiner Pensionierung 1950 in der evangelischen Publizistik aktiv, 1953 Mitbegründer des Zentralarchivs für evangelische Publizistik an der Universität Münster, 1960 Gründung der Friedrich-Langenfaß-Stiftung der Geschichtsschreibung der evangelischen Presse.

Lebsche, Max

Geb. 11.9.1886 in Glonn/Obb., gest. 22.9.1957 in München, kath., Studium der Medizin in München, Promotion zum Dr. med., 1928 Direktor der chirurgischen Poliklinik der Münchner Universität, nach seiner Habilitation Privatdozent bzw. außerordentlicher Professor an der Universität München, 1930 Gründung der Maria-Theresia-Klinik in München, seit 1919 BVP-Mitglied, 1936 vom Universitätsdienst suspendiert. - 1946 Chefarzt des Caritas-Krankenhauses in München-Fürstenried, 1947 ordentlicher Professor an der Universität München, seit 1951 erneut leitender Chirurg an der Maria-Theresia-Klinik, im Oktober 1945 Mitbegründer und Vorsitzender der BHKP, 1950 Neugründung der BHKP und bis 1957 deren Vorsitzender.

Leeb, Wilhelm Ritter von

1876-1956, Berufsoffizier (Generalfeldmarschall), 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, in die Reichswehr übernommen und vor 1933 Landeskommandant der Reichswehr

in Bayern, 1942 als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord an der Ostfront entlassen und aus der Wehrmacht ausgeschieden. - 1945 von den Alliierten verhaftet, 1948 in Nürnberg zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Lehmer, Max

Geb. 21.3.1885 in Erding/Obb., gest. 26.3.1964, zunächst Studium der Forstwirtschaft, dann der Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft, 1910 Promotion zum Dr. rer. pol., seit 1912 Leiter des elterlichen Geschäfts, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Mitbegründer der BVP, vor 1933 Stadtrat (BVP) und 1. Bürgermeister von Erding. - Nach 1945 erneut 1. Bürgermeister und Landrat in Erding, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU).

Lehr, Robert

1883-1956, Jurist und Politiker, 1924-1933 Oberbürgermeister von Düsseldorf, vor 1933 DNVP-Mitglied, seit 1934 Kontakte zum Widerstand. - 1945 Oberpräsident der Nordrheinprovinz, Mitbegründer der CDU in der Nordrheinprovinz und deren stellvertretender Vorsitzender, 1946-1950 MdL (CDU) in Nordrhein-Westfalen, 1948/1949 MdPR (CDU), 1949-1953 MdB (CDU), 1950-1953 Bundesinnenminister.

Leicht, Johann

1868-1940, kath. Theologe und Politiker, 1893 Priesterweihe, 1893-1899 Kaplan in Ebermannstadt und Erlangen, Pfarrverweser in Unterleinter, 1899 Domvikar und Domprediger, 1915 Domkapitular, 1931 Domdekan in Bamberg, päpstlicher Hausprälat, 1906/1907 Bezirkspräses, 1913 Diözesanpräses der Katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, 1913-1918 und 1920-1933 MdR (bis 1918 Zentrum, dann BVP), 1919/1920 MdVNV (BVP), 1920-1933 Vorsitzender der BVP-Reichstagsfraktion, 1933 vorübergehend verhaftet.

Lemmer, Ernst

1898-1970, Gewerkschafter und Politiker, 1922-1933 Generalsekretär des Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsringes Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, 1924-1932 und 1933 MdR (DDP/StP). - Mitbegründer der CDU in Berlin und der SBZ, Dezember 1945-Dezember 1947 deren 2. Vorsitzender, Mitglied des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, 1946-1949 MdL (CDU) in Brandenburg, 1950-1970 MdA (CDU) in West-Berlin, 1952-1970 MdB (CDU), 1956/1957 Bundespostminister, 1957-1962 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, 1964/1965 Bundesvertriebenenminister.

Lenz, Karl

Geb. 28.1.1892 in Illertissen/Schw., gest. 25.12.1960, kath., Studium der Land- und Volkswirtschaft in München, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1920 Staatsexamen für das höhere landwirtschaftliche Lehramt, dann Assessor an einer Landwirtschaftsschule, 1922 Promotion zum Dr. Ing., bis 1939 Landwirtschaftsdirektor, 1924-1933 MdL (BVP), 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Nach 1945 Landrat in Laufen, dann Oberregierungsrat bei der Siedlungsbehörde, Landrat in Memmingen, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1950-1954 MdL (CSU).

Lenz, Otto

1903-1957, Jurist und Politiker, vor 1933 Zentrums-Mitglied, Kontakte zum Widerstand des 20. Juli 1944, Verteidiger Josef Müllers vor dem Reichskriegsgericht, 1945 vom

Volksgerichtshof zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. - Mitbegründer der CDU in Berlin und der SBZ, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, 1951-1953 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1953-1957 MdB (CDU).

Lenzenhuber, Ferdinand

Geb. 16.3.1920 in Bibertal-Bühl/Schw., kath., kaufmännischer Angestellter, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1947/1948 Geschäftsführer der CSU-Kreisverbände Neu-Ulm und Illertissen, nach seiner Entlassung im Zuge der Währungsreform weiterhin ehrenamtlich tätig, 1949-1961 Mitarbeiter der CSU-Geschäftsstelle des Bundeswahlkreises Dillingen/Günzburg/Neu-Ulm.

Lex, Hans Ritter von

Geb. 27.10.1893 in Rosenheim/Obb., gest. 26.2.1970 in München, kath., Jurastudium in München, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 an den Kämpfen gegen die Münchner Räterepublik beteiligt, 1921 Staatsprüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst, 1921-1923 und 1927-1932 im Bayerischen Kultusministerium tätig, 1923-1927 Landrat in Rosenheim, 1919-1933 BVP-Mitglied, 1932/1933 MdR (BVP), seit 1930 Anführer der Bayernwacht München, später Landesführer der Bayernwacht, nach 1933 vorübergehend verhaftet, Herbst 1933-1945 im Reichsinnenministerium tätig. - 1945 Berater der amerikanischen Militärregierung, CSU-Mitglied, 1946 Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, zunächst in das Bayerische Kultusministerium berufen, dann Wechsel in das Bayerische Innenministerium, 1949-1960 Staatssekretär im Bundesinnenministerium, 1961-1967 Präsident des DRK.

Lichti, Philipp

Geb. 5.7.1881 in Au in der Hallertau/Obb., gest. 5.11.1958, mennonitisch, nach Besuch der Landwirtschaftsschule Besitzer des Gutes Herrlehof bei Donauwörth. - Nach 1945 Präsident des BBV in Schwaben, 1953-1958 MdS, Vorsitzender des Verbands bayerischer Zuckerrübenbauer, Vorsitzender bzw. Mitglied diverser Aufsichts- und Verwaltungsräte von Unternehmen des landwirtschaftlichen Bereichs, Ehrendoktorwürde der TU München.

Liedig, Franz

Geb. 2.2.1900 in Hünfeld/Hessen, gest. 31.3.1967 in München, Berufssoldat, Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Marineoffizier, nach 1918 Offizier in Freikorps, Jurastudium und Tätigkeit als Rechtsanwalt in Berlin, 1938/1939 Beteiligung an den Umsturzplänen der militärischen Opposition, Verbündeter und Mitwisser von Admiral Canaris und Hans Oster, 1939-1943 deutscher Militärattaché in Sofia und Athen, 1943 als Verbindungsoffizier der Marine in das Führerhauptquartier versetzt, erneut im Widerstand gegen das NS-Regime aktiv, 1944 verhaftet, u.a. zusammen mit Josef Müller in den KL Buchenwald und Flossenbürg. - Kam 1945 zusammen mit Josef Müller nach München, Mitbegründer der CSU, 1946/1947 Landesgeschäftsführer der CSU, Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen, 1948 Landesschatzmeister der CSU, 1946-1950 Mitglied des Landesvorstands und 1947-1950 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU.

Lill, Georg

Geb. 9.8.1883 in Würzburg, gest. 27.6.1951, kath., Studium der Geschichte, Archäologie, Philosophie und kath. Theologie in Würzburg, Studium der Kunstgeschichte in München, Berlin und Wien, 1907 Promotion zum Dr. phil., 1908-1910 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim Landesamt für Denkmalpflege, Mitarbeit bei der Kunstdenkmälerinventarisierung

Bayerns, 1911-1915 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Kunstauktionshauses Helbig, 1915-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1919 Kustos beim Bayerischen Nationalmuseum, seit 1920 dort Hauptkonservator, 1924 Professor, seit 1928 Direktor des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege. - 1945 als Bayerischer Kultusminister im Gespräch, 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU, 1946 MdVLV (CSU).

Lippl, Alois Johannes

Geb. 21.6.1903 in München, gest. 8.10.1957 in Gräfelfing/Obb., kath., Bankangestellter, Studium der Germanistik, Theaterwissenschaft, Kunstgeschichte und Musikwissenschaften, Autor und Regisseur bei Theater, Rundfunk und Film. - 1946-1948 Präsident des Bayerischen Jugendrings, 1948-1953 Intendant des Bayerischen Staatsschauspiels, Vorsitzender des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks, 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Lobinger, Alfred

Geb. 21.5.1894 in Polling/Obb., gest. 5.6.1979, kath., Lehre als Spediteur in München, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1922 Gründung eines eigenen Speditionsunternehmens in Passau. - Mitbegründer und Vorsitzender der CSU in Passau, 1945-1953 Stadtrat (CSU) in Passau, 1946 kurzzeitig Oberbürgermeister bzw. 2. Bürgermeister von Passau.

Lohbauer, Josef

Geb. 16.8.1911 in Büchlhof/Opf., gest. 22.8.1970 in Büchlhof/Opf., kath., Landwirt, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Loritz, Alfred

Geb. 24.4.1902 in München, gest. 14.4.1979 in Wien, kath., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, 1926 Staatsexamen und Zulassung als Rechtsanwalt, 1928-1932 Mitglied der Reichspartei des deutschen Mittelstands (Wirtschaftspartei), 1932 aus der Partei ausgeschlossen, nach 1933 Kontakte zu mehreren Widerstandsgruppen, 1939 Ausschluß aus der Anwaltskammer und Flucht in die Schweiz. - Mitbegründer und Vorsitzender der WAV, 1946 MdVLV (WAV), 1946-1950 MdL (WAV), seit März 1947 Mitglied des Parlamentarischen Rats des Länderrats der US-Zone, 1949-1953 MdB (bis 1951 WAV, anschließend fraktionslos), 1946/1947 Bayerischer Staatsminister für Sonderaufgaben.

Loßmann, Julius

Geb. 24.4.1882 in Glan-Münchweiler/Pfalz, gest. 29.3.1957 in Nürnberg, Schuhmacher, 1910 Gründung eines eigenen Geschäfts in Nürnberg, Mitglied im Gesellenausschuß der Regierung von Mittelfranken, seit 1912 Vorstandsmitglied der SPD in Nürnberg, nach dem Ersten Weltkrieg Parteisekretär der SPD, 1927 Mitglied im Kreistag für Mittelfranken, 1933 Stadtrat (SPD) in Nürnberg, März 1933-Februar 1944 im KL Dachau. - Nach 1945 von den amerikanischen Militärbehörden in den Stadtbeirat von Nürnberg berufen, 1946 Stadtrat (SPD), seit Dezember 1949 Bürgermeister in Nürnberg.

Ludendorff, Erich

1865-1937, Berufsoffizier (General der Infanterie) und völkisch-nationaler Politiker, 1916-1918 Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, 1918/1919 vorübergehende Emigration nach Schweden, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1924-1928 MdR (Nationalsozialistische Freiheitspartei), 1925 Kandidat für das Amt des Reichspräsidenten.

Luschka, Felix Max Edler von Sellheim

Geb. 4.3.1885 in Bielitz (heute Polen), gest. 10.2.1968, Jurastudium in Wien, Promotion zum Dr. jur., seit 1909 bei der steiermärkischen Statthalterei, vier Jahre Gutsbesitzer im Hultschiner Ländchen, im politischen Verwaltungsdienst in Troppau tätig, seit 1910 Mitglied der Christlich-Sozialen Volkspartei, Mitbegründer der DCSVP in Mähren-Schlesien, seit 1924 Stadtrat in Troppau, 1920-1938 Abgeordneter der CSR-Nationalversammlung (DCSVP), 1938 Anschluß an die Sudetendeutsche Partei. - Nach 1945 CSU-Mitglied im Bezirksverband Unterfranken, später Oberregierungsrat in Konstanz.

Luther, Hans

1879-1962, Jurist und Politiker, 1918-1922 Oberbürgermeister von Essen, 1922/1923 Reichsernährungsminister, 1923-1925 Reichsfinanzminister, 1925/1926 Reichskanzler, 1930-1933 Reichsbankpräsident, vor 1933 zeitweilig DVP-Mitglied, 1933-1937 Botschafter in den USA.

Mack, Georg

Geb. 15.5.1899 in Auerbach/Mfr., gest. 12.10.1973, ev., im landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern tätig, den er nach dem Ersten Weltkrieg übernahm, Gründung eines landwirtschaftlichen Lagerhauses, vor 1933 Kreisrat und Mitglied der Bezirksbauernkammer, nach 1933 für die evangelische Kirche engagiert und vorübergehend verhaftet. - Seit 1945 Bürgermeister und stellvertretender Landrat in Ansbach, Kreisrat (CSU) in Ansbach und Bezirksrat (CSU) für Mittel- und Oberfranken, Mitbegründer der CSU im Raum Ansbach, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1970 MdL (CSU), Vizepräsident des bayerischen Gemeindetags, Vizepräsident des deutschen Getreide-, Futter- und Düngemittelhandels, Ehrenpräsident des Landhandelsverbands Bayern und Vorsitzender des Aufsichtsrats der Vereinigten Landwarenkaufleute "Lagerland".

Maderer, Andreas

Geb. 11.5.1891 in Schirmdorf/Opf., gest. 5.7.1959, kath., Studium der Philosophie, Mathematik und Physik, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1920/1921 Lehramtsexamen für Mathematik und Physik, dann Studienassessor in Marktredwitz, 1926 Studienrat, vor 1933 BVP-Mitglied und Vorsitzender der BVP im Bezirk Marktredwitz-Wunsiedel, nach 1933 wegen politischer Betätigung gegen die NSDAP vorübergehend verhaftet und nach Deggendorf versetzt, während des Dritten Reiches nicht befördert. - 1945 von den amerikanischen Militärbehörden als Bürgermeister von Deggendorf eingesetzt, 1945 Oberstudienrat und Leiter einer Oberschule in Deggendorf, 1947 Oberstudiendirektor, Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Deggendorf, 1946-1950 MdL (CSU).

Maier, Anton

Geb. 6.6.1892 in Radelkofen/Ndb., gest. 25.9.1966, kath., zunächst Studium der kath. Theologie, dann Journalist ("Isar-Zeitung"), Verleger und Druckereibesitzer in Dingolfing, vor 1933 an führender Stelle im Generalsekretariat der BVP tätig, nach 1933 vorübergehend verhaftet, 1941 Verbot der "Isar-Zeitung". - Nach 1945 erneut Herausgeber der "Isar-Zeitung", Mitbegründer der CSU in Dingolfing, Orts- und Kreisvorsitzender der CSU, Landrat in Dingolfing, 1946 MdVLV (CSU), 1948-1950 MdL (CSU).

Maier, Reinhold

1889-1971, Jurist und Politiker, 1932/1933 MdL (DDP/StP) in Württemberg, 1932/1933 MdR (DDP/StP), 1930-1933 Württembergischer Wirtschaftsminister und Bevollmächtigter

Württembergs beim Reichsrat. - 1945-1953 Ministerpräsident von Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1951 zugleich Finanzminister, 1953 Justizminister, 1946-1964 MdL (DVP bzw. FDP) in Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1953-1956 und 1957-1959 MdB (FDP), 1957-1960 Bundesvorsitzender der FDP.

Manteuffel-Szoege, Georg Heinrich Baron von

Geb. 7.3.1889 in Montreux/Schweiz, gest. 8.6.1962, ev., Schulbesuch in Kurland, 1909 Abitur in Riga, 1909-1913 Studium der Volkswirtschaft, Philologie und Geschichte in Halle und Heidelberg, Promotion zum Dr. phil., bis 1914 beim Kurländischen Kreditverein tätig, 1915 Sekretär bei der Delegation der Kurländischen Ritterschaft in Berlin, 1918/1919-1920 Freiwilliger in der Stoßtruppe der Baltischen Landwehr, Abgeordneter im Baltischen Nationalausschuß, 1920-1939 Verwaltung des Familienbesitzes in Ostpolen und Lehrbeauftragter an der Universität Berlin, 1940-1942 im Auswärtigen Amt, dann wieder auf dem Familienbesitz in Ostpolen. - Nach 1945 Übersiedlung nach Bayern, zuerst Kleinbauer, später Treuhänder eines größeren Besitzes, Vorstandsmitglied des Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern, Mitglied des Beirats beim Staatsbeauftragten für das Flüchtlingswesen in Bayern, Vorsitzender des Beirats bei der Arbeitsgemeinschaft deutscher Flüchtlingsverwaltungen, seit 1950 Präsident des Hauptamts für Soforthilfe in Bad Homburg, 1958-1962 Mitglied des Präsidiums des Bundes der Vertriebenen, 1950-1962 Vorsitzender der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft, 1953-1962 MdB (CSU).

Marshall, George Catlett

1880-1959, US-amerikanischer General und Politiker, 1938/1939 stellvertretender Generalstabschef der US-Armee, 1939-1945 Generalstabschef, 1945/1946 Sonderbotschafter in China, 1947-1949 Außenminister, 1950/1951 Verteidigungsminister, 1953 Träger des Friedensnobelpreises.

Martin, Rudolf

Geb. 13.2.1916 in Augsburg, kath., Studium der Volks- und Betriebswirtschaft in Nürnberg und Berlin, Promotion, nach 1933 im Widerstand aktiv und vorübergehend verhaftet, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU in Augsburg und 1947 Mitbegründer der JU in Schwaben, seit 1945 Schatzmeister der CSU Augsburg, an der Ausarbeitung des Parteiprogramms der CSU in Schwaben und des Grundsatzprogramms der CSU vom Dezember 1946 beteiligt, mehrere Jahre Vorsitzender der Mittelstandsgruppe der CSU in Schwaben, beruflich nach 1945 zunächst Treuhänder für mehrere Betriebe, später freiberuflich tätig.

Marx, Franz

Geb. 26.1.1903 in Köln, gest. 25.12.1985, Maschinenschlosser, seit seiner Lehrzeit gewerkschaftlich organisiert, 1923-1933 Jugendleiter der Matallarbeiterjugend in München, 1933 im KL Dachau inhaftiert, 1934 Werkstättenmeister bei den Bayerischen Motorenwerken, jedoch aus politischen Gründen entlassen, seit 1937 bei Ford in Köln beschäftigt. - 1945 Mitglied und Bezirkssekretär der SPD in Köln, 1946 Rückkehr nach Bayern, Mitglied des Landesvorstands der bayerischen SPD, Vorsitzender der SPD in München, 1946-1949 MdL (SPD), 1949-1972 MdB (SPD).

Marx, Wilhelm

1863-1946, Jurist und Politiker, seit 1894 Landrichter in Elberfeld, 1921 Landgerichtspräsident in Limburg, 1899-1921 MdL (Zentrum) in Preußen, 1910-1918 und 1920-1932

MdR (Zentrum), 1919/1920 MdVNV (Zentrum), 1922-1928 Vorsitzender des Zentrums, 1923-1925 und 1926-1928 Reichskanzler, 1925 Kandidat für das Amt des Reichspräsidenten.

Maslowski, Peter

Geb. 25.4.1893 in Berlin, gest. 24.4.1983 in Sommerhausen/Ufr., konfessionslos, Studium der Geschichte und Philosophie in Berlin, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Schriftsteller und Redakteur für Zeitungen der KPD, in der Weimarer Republik dreimal aus politischen Gründen in Haft, 1924 und 1928-1930 MdR (KPD), 1933 Flucht nach Polen, im August ausgebürgert, 1934 Emigration nach Frankreich, Redakteur der "Zukunft" in Paris und Gesellschafter des Carrefour-Verlages, 1939-1941 interniert, von Mitgliedern der Résistance befreit und bis August 1944 untergetaucht. - 1945 Rückkehr nach Deutschland, Herausgeber und Chefredakteur der "Neuen Presse" in Coburg.

Mathäser, Hans

Geb. 18.2.1902 in München, kath., Lehrer, nach 1945 CSU-Mitglied und Delegierter zur Landesversammlung der CSU für den Kreisverband Schongau.

Mauerer, Josef H.

Geb. 6.10.1910 in Innernzell/Ndb., gest. 11.3.1983 in München, Journalist und Rundfunkredakteur, 1946-1949 Pressechef der CSU, u.a. Lizenzträger der "Bayerischen Rundschau", 1950-1957 Chefredakteur der "Bayerischen Staatszeitung", seit 1957 leitender Redakteur beim Bayerischen Rundfunk, 1971-1975 Leiter der Abteilung Politik beim Bayerischen Rundfunk.

Mayr, Karl Sigmund

Geb. 3.5.1906 in Nürnberg, gest. 28.6.1978 in Nürnberg, ev., Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, 1946 Mitbegründer der CSU im Stadt- und Landkreis Fürth, 1946-1952 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Mittelfranken, 1950-1953 stellvertretender Landesvorsitzender der CSU, 1955-1957 2. Landesschatzmeister der CSU, 1946-1953 und 1955-1957 Mitglied des Landesvorstands sowie 1950-1953 und 1955-1957 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1948/1949 MdPR (CSU).

McNarney, Joseph T.

1893-1972, US-amerikanischer General, vor Beginn des Zweiten Weltkriegs Chef der Abteilung für Kriegsplanung im Generalstab, 1941 Leiter der Reorganisation des Generalstabs, 1944 Stellvertreter des britischen Feldmarschalls Alexander in Italien. - 1945 Nachfolger Eisenhowers als Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa, gleichzeitig Gouverneur der US-Zone und Mitglied im Alliierten Kontrollrat, 1947 leitender Delegierter der USA im Militärausschuß der UNO.

Meier, Heinrich

Geb. 2.5.1898 in Nürnberg, gest. 31.8.1972, ev., nach Besuch der Handelshochschule Kaufmann und Prokurist. - Seit 1945 im Verwaltungsdienst, leitender Verwaltungsangestellter bei der Gemeinde Georgensgmünd, Mitbegründer der CSU in Georgensgmünd, 1953-1965 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Schwabach, 1946-1966 Kreisrat (CSU) in Schwabach und seit 1960 Vorsitzender der CSU-Kreistagsfraktion, Mitglied des Kreisausschusses, seit 1952 stellvertretender Landrat in Schwabach, seit 1953 Bezirksrat (CSU)

für Mittelfranken, Delegierter zum Landesausschuß der CSU, 1950 Kandidat (CSU) für die Landtagswahl, 1954-1958 und 1961/1962 MdL (CSU).

Meinzolt, Hans

Geb. 27.10.1887 in Bächingen/Schw., gest. 1967, ev., Jurastudium in Erlangen und Berlin, Promotion zum Dr. jur., Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919/1920 Assessor beim Bezirksamt Sulzbach, 1920-1930 Regierungs-, dann Oberregierungsrat im Bayerischen Kultusministerium, 1930-1932 Landrat in Kirchheimbolanden/Pfalz, 1933-1945 Oberkirchenrat und Vizepräsident des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenrats in München, 1934 vorübergehend entlassen, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1946 Mitglied des Landesvorstands der CSU, später parteilos, im Juni 1945 zum Staatsrat ernannt, 1945/1946 und 1954-1957 Staatssekretär im Bayerischen Kultusministerium, 1947-1959 Präsident der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche Bayerns, seit 1948 Honorarprofessor an der TH München, 1955 Ehrendoktorwürde der Universität Erlangen.

Meiser, Hans

Geb. 16.2.1881 in Nürnberg, gest. 8.6.1956 in Nürnberg, ev., Studium in München, Erlangen, Berlin und Halle, 1904 theologische Aufnahmeprüfung in Ansbach, 1905-1910 Vikar in Weiden, Haßfurt und Würzburg, 1911-1915 Geistlicher beim Landesverein für Innere Mission in Nürnberg, Redakteur der "Blätter für Innere Mission", 1915-1922 Pfarrer in München, 1922-1928 Direktor des evangelisch-lutherischen Predigerseminars in Nürnberg, 1928-1933 Oberkirchenrat in München, 1933-1955 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, 1934 aus politischen Gründen kurzzeitig abberufen, jedoch nach Widerstand und Protesten der Gemeinden wieder eingesetzt. - 1949-1955 leitender Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands.

Meisner, Michael

Geb. 5.11.1904 in Würzburg, kath., Rechtsanwalt, Juli 1945-1949 Landrat in Würzburg, im Sommer 1946 auch Oberbürgermeister von Würzburg, Mitglied der Wählergemeinschaft Wiederaufbau Würzburg, seit 1949 Verleger und Mitinhaber des Mainpresse-Verlags sowie Herausgeber der "Main-Post".

Meissinger, Karl August

Geb. 30.4.1883 in Gießen, ev., 1902-1912 Studium der ev. Theologie, Philosophie, Germanistik, Geschichte und orientalischen Sprachen, 1923-1933 im höheren Schuldienst in Frankfurt am Main, nach 1933 entlassen, seitdem freier Schriftsteller. - 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU, seit 1945 führendes Mitglied der Una-Sancta-Bewegung, seit 1947 Vorsitzender des Instituts für Reformationsforschung, München.

Meixner, Georg

Geb. 26.7.1887 in Ebensfeld/Ofr., gest. 28.10.1960 in Bamberg/Ofr., kath., 1906-1910 Studium der kath. Theologie und der Philosophie in Bamberg, 1910 Priesterweihe, danach in der Seelsorge tätig, seit 1919 Landessekretär des katholischen Pressevereins in Bayern und Redakteur des Sonntagsblattes "Sonntagsfriede" in Nürnberg, 1923 Leiter des St. Otto Verlages, Redakteur beim "Bamberger Volksblatt", 1932/1933 MdL (BVP), nach 1933 Rückzug aus der aktiven Politik, 1937 aus politischen Gründen seiner Ämter enthoben, in der Seelsorge tätig, seit 1941 Domkapitular in Bamberg. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1951-1958 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU,

1946-1958 MdL (CSU), 1951-1958 Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, Chefredakteur und Herausgeber des "Bamberger Volksblattes", Vorstand des erzbischöflichen Seelsorgeamts und Diözesanpräses des Katholischen Werkvolks in Bamberg, päpstlicher Hausprälat.

Melchner, August

Geb. 2.11.1899 in München, gest. 10.11.1967, kath., nach Besuch der Handelshochschule Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. - Mitbegründer der CSU und 1945-1949 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands München-Land, 1945-1948 2. Bürgermeister von Unterhaching, 1946 MdVLV (CSU), 1949/1950 MdL (CSU), Vorsitzender des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Bayern und stellvertretender Vorsitzender des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Düsseldorf.

Messmer, Josef Eduard

Geb. 7.2.1907 in Saarbrücken, gest. 21.6.1961, kath., Bankangestellter, vor 1933 Finanzberater der Deutschen Kolpingfamilie in Köln, nach 1933 im Widerstand, 1939 verhaftet. - Zunächst Mitglied der BHKP, dann bis November 1946 CSU-Mitglied, 1947 Ministerialrat und Leiter der Abteilung VI (Internierungs- und Arbeitslager) im Bayerischen Staatsministerium für Sonderaufgaben, 1948 von Joseph Baumgartner mit der Sammlung von Spendengeldern für die BP beauftragt.

Meyer-Spreckels, Elisabeth

Geb. 29.10.1890 in Dresden, gest. 25.5.1974, ev., Studium der Chemie, Physik und Mathematik, Leistungsstipendium an der Frauenuniversität Bryn-Mawr, Pennsylvania/ USA, 1915 Staatsexamen für Nahrungsmittelchemie, 1916 Promotion zum Dr. phil., Assistentin am Chemischen Institut der TH Dresden, 1916-1918 am Chemischen Institut der Stadt Dresden und 1918-1922 am Chemischen Institut der Universität Halle, 1922 Heirat und Ende der akademischen Laufbahn. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946-1951 Mitglied des Landesvorstands und 1946-1950 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1947 Mitbegründerin der Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der CSU und deren stellvertretende Vorsitzende, 1948 stellvertretende Vorsitzende der Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, 1946 MdVLV (CSU), Mitwirkung im politischen Beirat des Bayerischen Staatsministeriums für Sonderaufgaben, 1948-1952 Stadträtin (CSU) in Fürth und Vorsitzende der CSU-Stadtratsfraktion, 1951-1967 Landesvorsitzende des Deutschen Evangelischen Frauenbundes in Bayern, Mitglied des Deutsch-Amerikanischen Beratenden Ausschusses, zeitweise in dessen Vorstand, Mitglied des International Council for Christian Leadership, stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und deren Ehrenmitglied, 2. Vorsitzende der Dachorganisation der protestantischen Frauenverbände in Bayern, Mitglied des Vorstands der Inneren Mission Fürth, 1960 auf Einladung der US-Regierung sechsmonatige Informations- und Studienreise in die USA.

Michel, Franz

Geb. 27.5.1908 in Landsberg am Lech/Obb., gest. 25.9.1989 in München, kath., kaufmännische Ausbildung, danach Tätigkeit in verschiedenen Firmen, Gründung einer Eisenwarengroßhandlung, 1939-1944 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU im Landkreis Landsberg, Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Landsberg, 1949/ 1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946-1958 MdL (bis 1956 CSU, dann fraktionslos), 1956 aus der CSU ausgeschlossen.

Miesgang, Georg

Geb. 2.4.1920 in München, gest. 3.7.1987, kath., Arbeitsdienst und Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1947 Jurastudium in München, juristische Staatsprüfung, anschließend für eine Versicherungsgesellschaft tätig, seit 1949 beim Bayerischen Rundfunk, Rechtsanwalt in München und seit 1961 in Burghausen, 1946 Geschäftsführer des CSU-Bezirksverbands Oberbayern und Geschäftsführer der CSU-Landtagsfraktion, 1952 Kandidat für das Amt des 1. Bürgermeisters von Burghausen, 1966-1984 1. Bürgermeister von Burghausen, 1984-1986 Stadtrat (CSU) in Burghausen, seit 1966 Kreisrat (CSU) in Altötting, seit 1972 Mitglied des Vorstands des Bayerischen Städtetags und seit 1971 Mitglied in dessen Hauptausschuß, seit 1972 Obmann der kreisangehörigen Mitglieder des Bayerischen Städtetags für den Bezirk Oberbayern, Mitglied des Verwaltungs- und Rechtsausschusses und des Ausschusses für Umweltschutz im Bayerischen Städtetag, seit 1973 Vorsitzender des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, seit 1982 Mitglied des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks, stellvertretendes Mitglied im Bezirksplanungsbeirat für Oberbayern.

Mikolaschek, Paul

Geb. 18.6.1908 in Groß-Strehlitz/Oberschlesien, kath., 1922-1926 Lehre als Maschinenbauer, 1926-1928 Gesellenjahre, dann Weiterbildung an der Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung, Arbeitersekretär der Katholischen Arbeiter- und Männervereine in Gleiwitz, vor 1933 Mitglied der Windthorst-Bünde und des Zentrums, Kreisvorsitzender in Groß-Strehlitz und Bezirksvorsitzender in Oberschlesien, nach 1933 in kirchlichen Kreisen engagiert. - Nach 1945 Vorsitzender der Union der Vertriebenen im Bezirk Oberfranken, Stadtrat (CSU) in Forchheim und 1966-1978 Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, Leiter der Außenstelle Forchheim des Arbeitsamts Bamberg.

Miller, Walther von

Geb. 17.2.1894 in München, gest. 16.9.1978 in München, kath., Sohn Oskar von Millers, Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, 1921 Promotion zum Dr. jur. et rer. pol., Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende zunächst in der Industrie tätig, seit 1925 Rechtsanwalt und juristischer Berater des Ingenieurbüros Oskar von Miller GmbH in München. - Mitbegründer der CSU und 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, am 11.10.1945 zu einem der beiden Vorsitzenden des vorbereitenden Ausschusses der CSU in München gewählt, seit Oktober 1945 Stadtrat (CSU) in München, 1949-1956 2. Bürgermeister von München.

Miltenberger, Hermann

Geb. 30.3.1900 in Ochsenfurt/Ufr., gest. 27.11.1968, kath., nach dem Ende des Ersten Weltkriegs Berufssoldat, zuletzt in der Verwaltung des Würzburger Standortlazaretts tätig, vor 1933 BVP-Mitglied, 1933 aus seiner Stellung ausgeschieden und in Würzburg als Mesner tätig, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg als Sanitätsoffizier, amerikanische Kriegsgefangenschaft. - 1945 bei der Regierung von Unterfranken angestellt, seit 1946 Geschäftsführer des Regierungsbezirks Unterfranken, Mitbegründer der CSU in Würzburg und Unterfranken, Schatzmeister des CSU-Bezirksverbands Unterfranken, Mitglied der Bundesversammlung.

Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch

1890-1986, sowjetischer Politiker, 1921-1957 Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, 1926-1957 Mitglied des Politbüros der KPdSU, 1930-1941 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare, 1939-1949 und 1953-1956 Außenminister.

Montgelas, Gräfin Anna Maria Gabrielle (Amia)

Geb. 7.6.1908 in München, gest. 12.4.1970, kath., Ausbildung in Rechnungswesen und Betriebsführung, seit dem Zweiten Weltkrieg Leitung des familieneigenen Gutsbetriebs in Egglkofen. - Mitbegründerin der CSU, 1956-1960 Kreisrätin (CSU) in Vilsbiburg, 1961-1967 Bezirksvorsitzende der Frauenunion Niederbayern.

Morgenthau, Henry

1891-1967, US-amerikanischer Politiker, 1931 von Roosevelt zum Präsidenten des beratenden Landwirtschaftsausschusses für den Staat New York berufen, 1933 zunächst Vorsitzender des Federal Farm Board, dann Unterstaatssekretär im Schatzamt, 1934-1945 Finanzminister.

Mostar, Gerhart Hermann

1901, Lehrer, Redakteur und Schriftsteller, 1933-1945 Emigration, seine Bücher waren in Deutschland verboten und wurden verbrannt. - Nach 1945 Schriftsteller und Radio-Kommentator, 1962 Mitglied des PEN-Zentrums der Bundesrepublik Deutschland.

Motzet, Josef

Geb. 19.7.1889 in Ingolstadt/Obb., gest. 1.2.1952 in Ingolstadt/Obb., kath., Eisenbahnarbeiter, später Reichsbahnbeamter, vor 1933 BVP-Mitglied, März-Juni 1933 Stadtrat (BVP) in Ingolstadt. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 2. Vorsitzender und Geschäftsführer des CSU-Kreisverbands Ingolstadt, 1946-1952 Stadtrat (CSU) in Ingolstadt.

Müller, Hans

Geb. 25.6.1884 in Trier, gest. 19.4.1961, kath., Studium der Rechts- und Finanzwissenschaften sowie der Nationalökonomie in Bonn, Freiburg i.Br. und München, 1910 Promotion zum Dr. jur. et rer. pol., 1911 Gerichtsassessor, 1912 Stadtassessor im Verwaltungsdienst, 1913-1918 Regierungsassessor bei der preußischen Finanzverwaltung, 1919-1926 Vorsteher der Finanzämter Mühlheim an der Ruhr und Düsseldorf, 1927-1933 Präsident der Oberfinanzdirektion Karlsruhe, 1933-1945 Reichsrichter beim Reichsfinanzhof. - 1945-1951 Staatsrat und Staatssekretär im Bayerischen Finanzministerium, 1951-1955 Leiter des Bundesfinanzhofes, 1946-1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

Müller, Heinrich

1900, SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei, nach dem Ersten Weltkrieg bei der bayerischen politischen Polizei, NSDAP-Mitglied, 1939-1945 Chef des Amts IV (Gestapo) im Reichssicherheitshauptamt, Schicksal bei Kriegsende ungeklärt.

Müller, Josef

Geb. 27.3.1898 in Steinwiesen/Ofr., gest. 12.9.1979 in München, kath., 1916/1917 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919-1923 Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft in München, 1925 Promotion zum Dr. oec. publ., 1927 juristisches Assessorexamen, danach Rechtsanwalt in München, BVP-Mitglied, nach 1933 wiederholt vorübergehend verhaftet, bis 1939 juristischer und wirtschaftlicher Berater kirchlicher Kreise, 1939 als Offizier zur Abwehr einberufen, führte im Auftrag der Militäropposition Verhandlungen mit der englischen Regierung durch Vermittlung des Vatikans, im April 1943 verhaftet, vom Reichskriegsgericht von der Anklage des Hochverrats freigesprochen, dennoch weiterhin in verschiedenen Gefängnissen und KL in Haft. - 1945 von amerikanischen

Truppen befreit, Mitbegründer der CSU, am 17.12.1945 Vorsitzender des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, am 8.1.1946 vorläufiger Landesvorsitzender der CSU, 1946-1949 Landesvorsitzender der CSU, 1946-1960 und 1963-1968 Mitglied des Landesvorstands sowie 1946-1949 und 1963-1965 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1946 Vorsitzender des Staatspolitischen Ausschusses und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, 1952-1960 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, seit März 1947 Mitglied des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, seit März 1947 Mitglied des Parlamentarischen Rats des Länderrats der US-Zone, 1947-1952 Bayerischer Justizminister, 1947-1950 stellvertretender Ministerpräsident, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1962 MdL (CSU), 1960 Kandidat der CSU bei der Münchner Oberbürgermeisterwahl.

Muhler, Emil

Geb. 21.4.1892 in München, gest. 19.2.1963 in München, kath., Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Studium der kath. Theologie, Philosophie und Volkswirtschaft in München, Innsbruck und Berlin, 1919 Priesterweihe, 1923 Promotion zum Dr. oec. publ., seit 1919 Kaplan in Dachau, seit 1924 Stadtpfarrer in München, erzbischöflicher Dekan, päpstlicher Hausprälat, Honorarprofessor an der Universität München, BVP-Mitglied, 1930-1933 Stadtrat (BVP) in München, nach 1933 mehrfach verhaftet. - Mitbegründer der CSU, 1946-1963 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1946 Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses der CSU, 1947-1963 MdS.

Muller, Walter J.

1895-1967, US-amerikanischer General, 1944/1945 Stabschef der 3. US-Armee, 1945-1947 Direktor der amerikanischen Militärregierung für Bayern (OMGBY).

Murphy, Robert Daniel

1894-1978, US-amerikanischer Diplomat, 1943/1944 US-Bevollmächtigter in Algerien, Mitglied des Alliierten Rats für Italien, 1944 diplomatischer Berater Eisenhowers im Range eines Gesandten. - 1945-1949 Vertreter des State Department in Deutschland, 1949 Botschafter in Belgien, 1952 Botschafter in Tokio, 1953 stellvertretender Staatssekretär für UN-Angelegenheiten, 1954-1959 stellvertretender Unterstaatssekretär für politische Angelegenheiten im State Department.

Nassarow, P.F.

Oberstleutnant/Oberst und Chef der Abteilung/Referat Politische Parteien bei der Verwaltung für Propaganda und Zensur (später Verwaltung für Informationen) der SMAD.

Naumann, Johann Wilhelm

Geb. 9.7.1897 in Köln, kath., kurzzeitig Studium der Philosophie, Geschichte, Volkswirtschaft und Literaturwissenschaft, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1920 Redakteur und Verlagskaufmann, seit 1928 Redakteur der "Neuen Augsburger Zeitung", nach 1933 zunächst Verlagsangestellter, dann Vertreter, vorübergehend arbeitslos, seit 1937 Sekretär der päpstlichen Missionswerke. - 1945 Lizenzträger der "Schwäbischen Landeszeitung" in Augsburg sowie 1946-1951 Herausgeber und Chefredakteur der Zeitschrift "Neues Abendland", seit 1948 Lizenzträger, Herausgeber und Chefredakteur der "Augsburger Tagespost", 1945-1949 Vorsitzender des Vereins Bayerischer Zeitungsverleger, 1946-1949 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Verlegerverbände der US-Zone, 1947 Mitbegründer des Bundes deutscher Föderalisten.

Nawiasky, Hans

Geb. 24.8.1880 in Graz, gest. 11.8.1961 in St. Gallen, kath., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Wien und Berlin, seit 1903 im österreichischen Staatsdienst, 1910 Habilitation, dann Privatdozent, 1913 Titularprofessor, 1914 zum außerordentlichen Professor berufen, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1922-1933 Professor an der Universität München, 1928-1930 Mitglied des Verfassungsausschusses der Länderkonferenzen, seit 1932 Vertreter Bayerns beim Staatsgerichtshof, 1933 aus dem Staatsdienst entlassen und Emigration in die Schweiz, Professor an der Handelshochschule St. Gallen. - Nach 1945 erneut Professor in München, 1946 als Berater maßgeblich an der Entstehung der bayerischen Verfassung beteiligt, 1947/1948 Teilnehmer an Tagungen des Ellwanger Kreises, 1948 Sachverständiger für den Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee.

Neckermann, Adalbert

Geb. 9.7.1890 in Schneppenbach/Ufr., gest. 4.11.1970, kath., Studium der Forstwissenschaft in München, Teilnahme am Ersten Weltkrieg und zweijährige Kriegsgefangenschaft, nach seiner Entlassung in den bayerischen Staatsdienst übernommen und in Ansbach, Heroldsberg, Augsburg und Lauterecken tätig, 1938-1949 Forstmeister und Leiter des Forstamts Kleinwallstadt, 1944/1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer und Vorsitzender der CSU im Landkreis Obernburg am Main, seit 1946 Kreisrat (CSU) in Obernburg am Main, 1946 MdVLV (CSU), im Dezember 1948 Austritt aus der CSU, dann BP-Mitglied, 1949 Kandidat (BP) für die Bundestagswahl, seit 1949 Leiter des Forstamts Aschaffenburg.

Nell-Breuning, Oswald von

1890-1991, kath. Theologe und Sozialwissenschaftler, seit 1911 Mitglied des Jesuitenordens, 1921 Priesterweihe, Studium der kath. Theologie, Volkswirtschaft und Sozialwissenschaften, seit 1928 Dozent an verschiedenen Hochschulen, 1931 maßgeblich an der Formulierung der Enzyklika "Quadrogesimo anno" beteiligt, 1936-1945 Schreib- und Publikationsverbot. - 1949-1965 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium.

Nemitz, Fritz

Geb. 29.3.1892 in Lauenburg/Pommern, kath., Studium der Kunstgeschichte, Germanistik und Philosophie in München, Prag, Berlin und Rostock, 1922 Promotion zum Dr. phil., bis 1932 Kunstkritiker bei "Das Kunstblatt" und bei der "Täglichen Rundschau" in Berlin, dann beim "Berliner Tageblatt". - 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU, seit 1948 bei der "Süddeutschen Zeitung", Korrespondent der "Welt" und der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

Nentwig, Georg

Geb. 12.11.1906 in Kreuzburg/Oberschlesien, kath., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg i.Br. und Breslau, 1930 1. juristische Staatsprüfung, 1934 große Staatsprüfung für den Jusitz- und Verwaltungsdienst, 1934-1938 Gerichtsassessor, 1933 SA-Anwärter, seit 1936 bei der Wehrmachtsjustiz, 1938 Kriegsgerichtsrat, Oberkriegsgerichtsrat, 1943 Oberfeldrichter, amerikanische Kriegsgefangenschaft. - 1946-1948 Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle der CSU, Geschäftsführer des Landesflüchtlingsausschusses beim Landesvorstand der CSU, 1948 Abteilungsleiter im Bayerischen Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen, 1949 stellvertretender Leiter des Landeszuzugsamts, 1949 Ober-

regierungsrat, 1955 vom Bayerischen Innenministerium in das Bayerische Arbeitsministerium versetzt und zum Regierungsdirektor befördert, zuletzt Senatspräsident am Bayerischen Landessozialgericht.

Nerreter, Paul

Geb. 5.2.1905 in Nürnberg, gest. 20.4.1981, ev., zunächst Studium der Forstwissenschaft, dann Jurastudium in München und Erlangen, 1927 1. juristische Staatsprüfung, 1930 2. juristische Staatsprüfung und Promotion zum Dr. jur., danach Rechtsanwalt in Nürnberg, 1933-1935 SA-Mitglied, 1935 aus der SA ausgeschlossen, 1937-1945 Wehrdienst und Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU in Nürnberg und Mittelfranken, 1946 Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, 1951-1958 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 Landrat in Uffenheim, 1948/1949 Stadtrat (CSU), Kreisrat (CSU) und stellvertretender Landrat in Feuchtwangen, 1949-1951 Landrat in Rothenburg ob der Tauber, 1951-1954 Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium, 1954-1958 MdL (CSU), Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und Vorsitzender des Rechtsausschusses der Synode, Mitglied des Hauptausschusses des Evangelischen Hilfswerks, 1954-1968 Rechtsanwalt in München.

Neuhäusler, Johannes

Geb. 27.1.1888 in Eisenhofen/Obb., gest. 14.12.1973 in München, kath., Studium der kath. Theologie in Freising und München, 1913 Priesterweihe, anschließend als Priester in der Seelsorge und als Präses Katholischer Gesellenvereine tätig, 1918-1933 Generalsekretär des Ludwig-Missions-Vereins in Bayern, Mitbegründer des Missionsärztlichen Instituts in Würzburg, 1932 Domkapitular in München-Freising, seit 1933 Referent für kirchenpolitische Angelegenheiten bei Kardinal Faulhaber, 1941-1945 in verschiedenen Gefängnissen und KL inhaftiert. - seit 1947 Weihbischof, Titularbischof von Calydonien, 1955 Dompropst, 1956-1972 Propst des Metropolitankapitels in München, 1968-1972 Regionalbischof der Region Nord des Erzbistums München und Freising, 1947 Ehrendoktorwürde der Universität München.

Neumann, Ferdinand

Geb. 24.4.1911 in Konnersreuth/Opf., kath., Schneiderlehre, Abitur auf dem zweiten Bildungsweg, dann Studium der Philosophie, im März 1939 aus politischen Gründen verhaftet, bei Kriegsbeginn entlassen und bis 1945 dienstverpflichtet. - Nach 1945 Betriebsleiter in Neusorg, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946-1950 MdL (CSU).

Niemöller, Martin

1892-1984, ev. Seelsorger und Theologe, U-Boot-Kommandant im Ersten Weltkrieg, 1931-1937 Pfarrer in Berlin-Dahlem, führendes Mitglied der Bekennenden Kirche, 1937 verhaftet, 1938 zu sieben Monaten Festungshaft verurteilt, nach seiner Entlassung erneut verhaftet und bis 1945 in mehreren KL. - 1947-1964 Präsident der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Hessen-Nassau, 1948-1955 Mitglied des Rats der EKD, 1961-1967 Mitglied des Weltkirchenrats.

Nientimp, Hans

Geb. 12.11.1884 in Stenern/Rheinland, gest. 7.4.1947 in Rehau/Ofr., kath., Studium in Münster und Kiel, 1911-1913 Sekretär des Zentrums, 1913/1914 und seit 1919 Verbandssyndikus, 1914/1915 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1915-1918 Kriegsgefangenschaft,

seit 1919 Stadtverordneter (Zentrum) in Bochum, seit 1926 Stadtverordnetenvorsteher, 1924-1930 MdR (Zentrum), April 1933-März 1934 in Haft, vorübergehend stellungslos, dann Vertreter und Arbeiter, seit 1942 Kaufmann, im August 1944 nach Rehau überwiesen. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946/1947 Stadtrat (CSU) in Rehau.

Niklas, Wilhelm

Geb. 24.9.1887 in Traunstein/Obb., gest. 12.4.1957 in München, Studium der Agrarwissenschaft, Tiermedizin und Volkswirtschaft in München, Promotion, Approbation als Tierarzt, Diplomlandwirt, 1913 Assistent an der tierärztlichen Fakultät und Vorstand des Tierzuchtamts in Traunstein, 1915 Referent im Bayerischen Innenministerium, 1916-1925 Ministerialrat im Reichsernährungsministerium, anschließend Ministerialdirigent im Bayerischen Landwirtschaftsministerium, nach 1933 aus politischen Gründen entlassen und bis 1945 Leiter verschiedener Gutsverwaltungen. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1949-1953 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Staatsrat und März-Dezember 1946 Staatssekretär im Bayerischen Landwirtschaftsministerium, 1948/1949 stellvertretender Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebiets seit 1948 Mitglied des Verwaltungsrats der Kreditanstalt für Wiederaufbau, 1949-1953 Bundesernährungsminister, 1951-1953 MdB (CSU), Mitbegründer des BBV, seit 1947 ordentlicher Professor und Direktor des Instituts für Tierzucht der Universität München.

Nirschl, Josef

Geb. 24.2.1901 in Deggendorf/Ndb., gest. 9.1.1985, kath., Elektroinstallateur, Betriebsmonteur in Deggendorf, Fortbildung an der staatlichen Elektrofachschule in Köln, Mitglied des Katholischen Gesellenvereins, auf Wanderschaft in Deutschland, Österreich, Holland und der Tschechoslowakei, 1923 Meisterprüfung, Gründung eines Unternehmens in Deggendorf, 1936 Ingenieur-Examen in Berlin, 1926-1933 Vorsitzender des Verbands niederbayerischer Elektrofirmen, 1933 aller Ehrenämter enthoben, 1939-1943 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, im November 1944 vom Volksgerichtshof wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, Haft in den Zuchthäusern München-Stadelheim und Straubing, Flucht während des Todesmarsches nach Dachau im April 1945. - Nach 1945 Stadtrat (CSU) und Kreisrat (CSU) in Deggendorf, 1946-1950 MdL (CSU), stellvertretender Präsident der Handwerkskammer von Niederbayern.

Nostitz, Gottfried von

1902, Diplomat, seit 1927 im Auswärtigen Amt, 1930-1933 Attaché in Belgrad, 1934-1938 Legationssekretär in Wien, 1940-1945 Konsul in Genf, im Widerstand gegen den Nationalsozialismus aktiv. - 1953-1957 Botschaftsrat in Den Haag, seit 1957 Generalkonsul in Sao Paulo, dann Botschafter in Chile.

Nothaft, Alfons

Geb. 13.2.1901 in Deggendorf/Ndb., gest. 13.4.1978, kath., Zeitungsverleger und Buchdruckerei-Besitzer, 1945 vorgesehen als Mitglied des Presseausschusses der CSU.

Nüssel, Adam

Geb. 17.4.1897 in Hohenknoden/Ofr., gest. 25.9.1962, ev., Besuch der Landwirtschaftsschule in Wunsiedel, Landwirt, 1916-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, in der Weimarer Republik als wirtschaftspolitischer Vertreter im bäuerlichen Verbandswesen tätig, nach 1933 mehrmals vorübergehend verhaftet. - 1945 Bürgermeister, Kreisrat und Vorsit-

zender des Kreistags, Landrat in Bayreuth, Vorsitzender der Molkereigenossenschaft Bayreuth, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU).

Oefele, Armin Freiherr von

Geb. 10.4.1909 in La Brenta/Sumatra, kath., Studium der kath. Theologie, 1938 Priesterweihe, seit Juli 1938 Studienurlaub, 1940 Kooperator und Religionslehrer an der staatlichen Meisterschule für Keramik und an der Kreisackerbauschule. - Seit 1946 CSU-Mitglied, seit Januar 1946 Aushilfspriester in Landshut, Mai-Juli 1948 Pfarrprovisor in Landshut, ca. 1950 Aufgabe des Priesterberufes, später Rechtsanwalt (Dr. jur.) im genealogischen Verein.

Oesterle, Joseph

Geb. 14.4.1899 in Weißensberg/Schw., gest. 31.8.1959 in München, kath., 1917-1920 Teilnahme am Ersten Weltkrieg und Lazarettaufenthalt, anschließend Studium und 1924 Promotion zum Dr. oec. publ., 1925-1933 stellvertretender Generalsekretär der BVP, seit 1934 Vorstand der Verlagsanstalt Buch- und Kunstdruckerei Manz AG, 1939-1944 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Seit 1946 Präsident des Bayerischen Landesamts für Vermögensverwaltung, 1953-1957 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1949-1959 MdB (CSU).

Olbricht, Friedrich

1888-1944, Berufsoffizier (General der Infanterie), Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Regimentsadjutant und Generalstabsoffizier, Übernahme in die Reichswehr, 1926 in die Heeresstatistische Abteilung des Truppenamts berufen, 1933 Stabschef einer Infanteriedivision, 1935 Stabschef des IV. Armeekorps, 1938-1940 Kommandeur der 24. Infanteriedivision, als Chef des Allgemeinen Heeresamts im Oberkommando des Heeres führend am Attentat des 20. Juli 1944 beteiligt, am Abend des 20. Juli 1944 in Berlin erschossen.

Ortloph, Klement

Geb. 21.5.1890 in München, gest. 24.9.1973 in Regensburg, kath., Kreisackerbauschule in Triesdorf, anschließend Praktikant in landwirtschaftlichen Betrieben, 1907-1919 Mitglied der Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz in München, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende Bezirksackerbaumeister in Ingolstadt und Verwalter der Güter Holzen und Nannhofen, seit 1920 Mitglied der Bezirksbauernkammer Ingolstadt, 1924-1933 Bezirksgeschäftsführer des BBMB, Chefredakteur der "Regensburger Allgemeinen Zeitung", seit 1933 freiberuflicher Steuer- und Wirtschaftsberater. - Mitbegründer der CSU, 1946 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberpfalz, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1958 MdL (CSU), Vorsitzender des landwirtschaftlichen Landesschulbeirats.

Osborne, Sir Francis D'Arcy Godolphin

1884, britischer Diplomat, 1931-1935 Botschafter in Washington, 1936-1947 Botschafter beim Vatikan.

Oster, Achim

Geb. 20.2.1914 in Dresden, gest. 2.3.1983 in Dachau/Obb., ev., Sohn Hans Osters, 1933 Offiziersanwärter bei der Reichswehr, 1942 Ausbildung zum Generalstabsoffizier, 1944 Generalstabsoffizier im Stab der 1. Panzerdivision, nach dem 20. Juli 1944 dieses Postens enthoben, bei Kriegsende 1945 Major und Regimentskommandeur. - Nach Entlassung aus

amerikanischer Kriegsgefangenschaft 1946-1948 Sekretär in der Landesgeschäftsstelle der CSU, 1948/1949 Geschäftsführer beim Sozialen Helferring in Augsburg, 1950 Volontär in der kaufmännischen Abteilung des "Münchner Merkur", dann Referent bei der Dienststelle Blank und Referatsleiter im Bundesverteidigungsministerium, 1956 als Oberstleutnant in die Bundeswehr übernommen, nach einem Truppenkommando 1957-1963 Militärattaché in Madrid, 1960 Beförderung zum Oberst, 1964/1965 im Stab der 12. Panzerdivision, 1965 Korps-Artilleriekommandeur 2, 1966/1967 Brigadegeneral beim Kommando der alliierten Streitkräfte Europa-Mitte, 1968-1971 stellvertretender Kommandeur des NATO-Defence-College, 1971-1973 Generalmajor und Befehlshaber des Wehrbereichskommandos IV.

Oster, Hans

1888-1945, Berufsoffizier (Generalmajor), seit 1933 im Reichswehrministerium tätig, Chef der Zentralabteilung der Abwehr und Stabschef der Abwehr unter Admiral Canaris, führendes Mitglied des militärischen Widerstandes gegen das NS-Regime, nach dem 20. Juli 1944 verhaftet und im April 1945 im KL Flossenbürg hingerichtet.

Ostermaier, Josef

Geb. 10.12.1877 in Wolznach/Obb., gest. 23.1.1962 in München, Autodroschkenbesitzer, Vorsitzender des Landesverbands für Kraftdroschken- und Mietautounternehmen Bayerns, Vorsitzender der Innung und Genossenschaft der Droschkenunternehmer Münchens, 1925-1933 Stadtrat (BVP) in München. - Nach 1945 CSU-Mitglied und 2. Vorsitzender eines Münchner Ortsverbands, 1947/1948 Stadtrat (CSU) in München.

Ostwald, Bernhard

Geb. 4.4.1886 in Essen, gest. 17.2.1969, kath., Kaufmann, nach 1945 Besitzer einer Schuhfabrik in Rehau, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1952-1958 Landrat in Rehau.

Ott, Anton

Geb. 25.8.1912 in Augsburg, kath., kaufmännische Lehre und Weiterbildung zum Bilanzbuchhalter und Helfer in Steuersachen, 1948 vereidigter Buchprüfer, 1964 Wirtschaftsprüfer, vor 1933 in der katholischen Jugendbewegung engagiert, 1940-1945 Kriegseinsatz in der Augsburger Industrie. - Mitbegründer der CSU, 1946-1948 Vorsitzender der JU Augsburg-Schwaben, 1968-1972 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Augsburg, 1968-1972 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1965-1972 MdB (CSU), 1948-1951 Gemeinderat (CSU) in Haunstetten, seit 1952 Stadtrat (CSU) in Augsburg und seit 1961 Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1974 Austritt aus der CSU.

Papen, Franz von

1879-1969, Berufsoffizier und Politiker, 1921-1928 und 1930-1932 MdL (Zentrum) in Preußen, 1933-1945 MdR (DNVP, dann NSDAP), 1932 Reichskanzler, 1933/1934 Vizekanzler, 1934-1938 Gesandter bzw. Botschafter in Wien, 1939-1944 Botschafter in Ankara. - 1946 im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß freigesprochen.

Papstmann, Hans

Geb. 15.8.1896 in Kronach/Ofr., gest. 31.12.1950, kath., Lehre als Schirrmacher, anschließend in verschiedenen rheinischen und badischen Städten tätig, aktive Mitarbeit in Gesellen- und Arbeitervereinen, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach 1918 Gründung eines eigenen Geschäfts, BVP-Mitglied und Ortsvorsitzender der Bayernwacht. - Mitbe-

gründer und Kreisvorsitzender der CSU in Kronach, Landrat in Kronach, 1946 MdVLV, 1946-1950 MdL (CSU).

Patton, George Smith

1885-1945, US-amerikanischer General, 1942 Teilnahme an der alliierten Landung in Nordafrika als Befehlshaber der 1. US-Armee, 1943 Teilnahme an der alliierten Landung in Sizilien als Befehlshaber der 7. US-Armee, 1944 seines Kommandos enthoben, 1944/1945 als Befehlshaber der 3. US-Armee Teilnahme an der Besetzung Deutschlands. - 1945 Militärgouverneur in Bayern, im Herbst abberufen und Oberbefehlshaber der 15. US-Armee.

Petersen, Rudolf H.

1878-1962, Überseekaufmann, 1945/1946 Bürgermeister von Hamburg, CDU-Mitglied, Vorsitzender des Außenhandelsbeirats beim Bundeswirtschaftsministerium, Vizepräsident der Handelskammer Hamburg.

Pfeiffer, Anton

Geb. 7.4.1888 in Rheinzabern/Pfalz, gest. 20.7.1957 in München, kath., seit 1907 Studium der neueren Philologie, Volkswirtschaft, Staatswissenschaften und Geschichte in München und Erlangen, 1910 und 1911 Lehramtsprüfung in englischer und französischer Philologie, 1913 Promotion zum Dr. phil., danach Tätigkeit im höheren Schuldienst, zuletzt Oberstudienrat, 1918-1933 Generalsekretär der BVP, 1928-1933 MdL (BVP), 1919-1927 Begründer und Herausgeber der Zeitschrift "Politische Zeitfragen", nach 1933 vorübergehend verhaftet, 1934-1945 im Schuldienst. - Mitbegründer der CSU, 1946-1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 Vorsitzender des Organisations- und Werbeausschusses, stellvertretender Vorsitzender des Informationsausschusses und Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, Oktober 1945-Juli 1946 und Dezember 1946-1950 Staatssekretär und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Juli-Dezember 1946 Bayerischer Staatsminister für Sonderaufgaben, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU), 1948/1949 MdPR (CSU) und Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, seit 1945 Sonderbeauftragter Bayerns beim Länderrat der US-Zone, seit April 1947 Mitglied des Verwaltungsrats des Deutschen Büros für Friedensfragen, im August 1948 Vorsitzender des Verfassungskonvents auf Herrenchiemsee, 1950/1951 Generalkonsul in Brüssel, 1951-1954 Botschafter in Belgien.

Pfeuffer, Adolf

Geb. 16.4.1875 in Schernau/Ufr., gest. 8.4.1956, ev., Landwirt, seit 1912 Bürgermeister von Schernau, Vorsitzender des Bezirkstags Kitzingen, Kreisrat für Unterfranken, Landesökonomierat, Vorsitzender der Bezirksbauernkammer Kitzingen, Mitglied der Kreisbauernkammer Unterfranken und der Landesbauernkammer, Mitglied mehrerer landwirtschaftlicher Vereine und Interessenverbände, 1928-1932 MdL (DNVP). - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 MdVLV (CSU), seit 1946 Landrat in Kitzingen.

Pflaum, Richard

Geb. 21.3.1884 in Augsburg, gest. 14.4.1951, ev., Verleger, 1906-1914 in England tätig, bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs Rückkehr nach Deutschland, 1918 Mitglied des Bayerischen Provisorischen Nationalrats, 1919 Gründung des Richard-Pflaum-Verlags in München, vor 1933 Herausgeber der Wochenzeitung "Welt am Sonntag". - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946-1949 Mitglied des Landesvorstands der CSU, im Januar 1946 Vorsitzender

des Informationsausschusses der CSU, 1946 2. Vorsitzender, nach der Absetzung Schäffers im April 1946 bis Dezember 1946 geschäftsführender Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, 1946-1949 Stadtrat (CSU) in München.

Pfleger, Franz Josef

Geb. 31.8.1872 in Pressath/Opf., gest. 4.2.1964 in Weiden/Opf., kath., 1891-1895 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, 1896 Promotion zum Dr. oec. publ., 1898 2. juristische Staatsprüfung, seit 1899 Rechtsanwalt in Weiden, 1900-1944 in einer eigenen Kanzlei, 1944 aus politischen Gründen zwangsweise in den Ruhestand versetzt, 1912-1918 und 1924-1933 MdR (bis 1918 Zentrum, dann BVP), nach 1933 politisch verfolgt, 1933 und 1944 vorübergehend verhaftet. - Im Mai 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zum kommissarischen Oberbürgermeister von Weiden berufen, 1946-1948 gewählter Oberbürgermeister von Weiden, 1946 MdVLV (CSU).

Pflüger, Heinrich

Geb. 4.6.1908 in München, gest. 9.5.1968, kath., 1922-1925 Lehre im elektrotechnischen Handwerk und bis 1939 in seinem Beruf tätig, seit 1922 in der katholischen Jugendbewegung engagiert, danach im katholischen Arbeiterverband und bei den Christlichen Gewerkschaften, als Mitglied des monarchistischen Widerstandes in Bayern 1939 verhaftet und 1944 vom Volksgerichtshof wegen Hochverrats zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. - Nach 1945 bei der KZ-Betreuungsstelle München des BRK, 1946-1949 im Bayerischen Innenministerium (Staatskommissariat für politisch Verfolgte), 1949-1952 Vizepräsident des Bayerischen Landesentschädigungsamts, 1946 Mitbegründer des CSU-Ortsvereins in München-Milbertshofen, 1946/1947 Mitglied des Landesvorstands der CSU, seit 1953 Geschäftsführer des CSU-Bezirksverbands München, 1958-1968 MdL (CSU).

Philippi, Harry

Landwirt und Bankdirektor, 1942 verhaftet, 1944 im KL Buchenwald. - Nach 1945 zeitweilig Vorsitzender des Vereins der Verfolgten des Nationalsozialismus in Starnberg, öffentlicher Ankläger bei der Spruchkammer Starnberg.

Piechl, Josef

Geb. 14.9.1889 in Riedern/Obb., gest. 18.8.1961 in Mainburg/Ndb., kath., bis 1909 im landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern tätig, 1912-1921 Staatsbeamter, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1921 Landwirt und Hopfenkaufmann, Bezirksrat in Mainburg, 1928-1932 MdL (BBMB), 1932/1933 MdR (Deutsche Bauernpartei), nach 1933 verhaftet und im Herbst 1933 vorübergehend untergetaucht. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1961 MdL (CSU), seit 1945 Landrat in Mainburg, Vorsitzender des Verbands deutscher Hopfenpflanzer und des Hopfenpflanzerverbands Hallertau, 2. Vorsitzender des europäischen Hopfenbaubüros, 2. Präsident des BBV in Niederbayern.

Piechler, Arthur

Geb. 31.3.1896 in Magdeburg, gest. 10.3.1974 in Landau an der Isar/Ndb., kath., Besuch der Akademie für Tonkunst in München, seit 1921 Konzertorganist, seit 1925 Domorganist in Augsburg, seit 1932 Kapellmeister der Basilika St. Ulrich und des Augsburger Oratorienvereins. - Seit 1945 Direktor des Augsburger Konservatoriums, 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Pieterek, Hubert

Geb. 17.7.1912, kath., Studium der Tiermedizin und Promotion zum Dr. med.vet., Direktor des Schlachthofes in Würzburg, seit 1946 CSU-Mitglied und 1948 Delegierter zum Landesausschuß der CSU für den Bezirksverband Unterfranken.

Pittroff, Claus

Geb. 13.6.1896 in Stammbach/Ofr., gest. 2.12.1958, ev., Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919-1933 Volksschullehrer in Bad Berneck, 1919-1924 DDP-Mitglied, seit 1924 SPD-Mitglied, Stadtrat (SPD) und Führer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Bad Berneck, 1933 verhaftet und aus dem Schuldienst entlassen, seit 1935 Teilhaber einer Lebensmittelgroßhandlung in Nürnberg. - April-September 1945 Bürgermeister von Schwaig bei Nürnberg, 1945/1946 und 1948-1952 Landrat in Bayreuth, 1946 MdVLV (SPD), 1946-1958 MdL (SPD), 1946/1947 Staatssekretär im Bayerischen Kultusministerium.

Pius XI. (Achille Ratti)

1857-1939, kath. Priester, 1918 als apostolischer Visitator nach Polen entsandt, 1919-1921 apostolischer Nuntius in Warschau, 1921 zum Kardinal und Erzbischof von Mailand ernannt, 1922-1939 Papst.

Pius XII. (Eugenio Maria Giuseppe Pacelli)

1876-1958, kath. Priester, 1917 zum päpstlichen Nuntius in München ernannt, seit 1924 gleichzeitig Nuntius in Berlin, Ernennung zum Kardinal, seit 1930 Kardinalstaatssekretär und Leiter der päpstlichen Diplomatie, 1939-1958 Papst.

Pix, Georg

Geb. 30.1.1901 in Greding/Mfr., kath., Journalist, 1924-1928 Referent in der bayerischen amtlichen Pressestelle in München, 1928-1933 Redakteur beim "Bayerischen Kurier", dem Zentralorgan der BVP, in München, nach 1933 aus dem Beruf verdrängt, Tätigkeit in der Landwirtschaft, 1941 Übernahme des technischen Verlags "Bezugsquellennachweis der deutschen Industrie", 1943-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer und Vorstandsmitglied der CSU in Landshut, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, seit 1946 Lizenzträger, Mitherausgeber und Chefredakteur der "Isar-Post" in Landshut, Vorsitzender des Bayerischen Journalistenverbands.

Planck, Max

1858-1947, Physiker, 1918 Nobelpreis für Physik, 1930-1937 Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

Plonner, Josef

Geb. 15.2.1920 in Altötting/Obb., kath., nach Besuch der Oberrealschule Lehre bei der Bayerischen Vereinsbank, 1940 zur Wehrmacht eingezogen und Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1946 Schriftführer des CSU-Kreisverbands Rosenheim, 1946-1949 Mitarbeiter in der CSU-Landesgeschäftsstelle, anschließend als Bankangestellter, Vertreter und Angestellter tätig.

Podeyn, Hans G.

1894, Lehrer, kaufmännischer Angestellter und Politiker, 1924-1933 MdBü (SPD) in Hamburg, 1928 Vorsitzender der SPD-Fraktion. - 1945 Senatsdirektor beim Landeswirtschaftsamt Hamburg, 1946 Abteilungsleiter im Zentralamt für Ernährung und Landwirt-

schaft der britischen Besatzungszone in Hamburg, 1947 Abteilungsleiter im Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft der Bizone, 1947-1949 Generalreferent für Ernährungsfragen und stellvertretender Direktor in der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, 1949 Generalreferent im Bundesernährungsministerium, 1949-1954 in verschiedenen Funktionen bei der deutschen ERP-Mission in Washington tätig, 1954-1959 Botschafter in Pakistan.

Pöhlmann, Karl Christoph

Geb. 6.8.1902 in Marktredwitz/Ofr., gest. 30.10.1964, ev., Lehre in einer Maschinen- und Schleifscheibenfabrik, Abschluß an einer kaufmännischen Berufsschule, seit 1933 Angestellter, 1935-1940 Funktionär der NSV. - Mitbegründer und Vorsitzender der CSU in Marktredwitz, 1946-1948 1. Bürgermeister von Marktredwitz, Leiter der Lohnbuchhaltung eines Industriebetriebs.

Pölnitz, Götz Freiherr von

Geb. 11.12.1906 in München, gest. 9.11.1967 in Erlangen/Mfr., kath., nach Geschichtsstudium und Promotion seit 1935 Privatdozent an der Universität München, seit 1936 Direktor des Fugger-Archivs, Augsburg, seit 1942 an der Universität Erlangen. - Seit 1952 außerplanmäßiger Professor an der Universität München, seit 1954 ordentlicher Professor an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Dillingen, seit 1961 ordentlicher Professor an der Universität Erlangen-Nürnberg, seit 1964 ordentlicher Professor und 1964/1965 Gründungsrektor an der Universität Regensburg, Mitglied der Historischen Kommission und der Kommission für Bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

Pongratz, Joseph

Geb. 4.8.1889 in Furth im Wald/Opf., gest. 16.9.1978 in Eschlkam/Opf., Studium der kath. Theologie, 1915 Priesterweihe in Regensburg, 1915/1916 Kooperator in Gottfrieding, 1916-1918 Kooperator in Großmehring, 1918-1923 Kooperator und Religionslehrer in Weiden, 1923-1933 Kooperator und Diözesansekretär der Katholischen Arbeitervereine in Straubing, 1925-1933 Vorsitzender der Baugenossenschaft Arbeiterwohl in Straubing, 1930-1933 Stadtrat in Straubing, 1933-1956 Pfarrer in Eschlkam, seit 1933 politisch verfolgt, Prozeß wegen Veruntreuung 1934 eingestellt, 1935 wegen Sabotage des Winterhilfswerks verwarnt, entging wenige Monate vor Kriegsende der drohenden Verhaftung durch Flucht. - 1946-1948 Landrat in Kötzting, später Kreisrat und stellvertretender Landrat in Kötzting, seit 1951 Delegierter zum Landesausschuß der CSU für den Bezirksverband Niederbayern.

Prechtl, Wolfgang

Geb. 10.9.1893 in Trausnitz/Opf., gest. 15.8.1964 in Pattendorf/Ndb., kath., Studium der Philosophie und kath. Theologie in Regensburg, 1907 Priesterweihe, zuerst in der Seelsorge tätig, 1914/1915 Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Feldgeistlicher, seit 1920 Studienprofessor für kath. Religionslehre in Regensburg, Diözesanpräses der Katholischen Gesellenvereine, 1924-1933 Stadtrat (BVP) in Regensburg, 1928-1933 MdL (BVP), nach 1933 vorübergehend verhaftet und seiner Stellung enthoben, Administrator der Spitalstiftung Pattendorf. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU), 1945-1958 Landrat in Rottenburg an der Laaber.

Preis, Karl Sebastian

Geb. 13.11.1884 in Auerbach, gest. 9.5.1946 in München, 1908 Staatsprüfung für den Dienst in der Bayerischen Finanzverwaltung, seit 1914 im Finanzreferat der Stadt München tätig, seit 1917 SPD-Mitglied, seit 1918 Vorstand des Stadtsteueramts München, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebeamten, seit 1920 berufsmäßiger Stadtrat (SPD) in München, 1926-1933 Leiter des Wohnungs- und Siedlungsreferats in München, nach 1933 entlassen. - 1945 von der amerikanischen Militärregierung zum Leiter des Referats für Wohnungs- und Siedlungswesen in München ernannt, 1946 Regierungsflüchtlingskommissar.

Prittwitz-Gaffron, Friedrich Wilhelm von

Geb. 1.9.1884 in Stuttgart, gest. 1.9.1955 in Tutzing/Obb., ev., 1902-1906 Jurastudium in Bonn und Berlin, 1906 1. juristische Staatsprüfung, 1907 Promotion zum Dr. jur., Eintritt in den preußischen Justizdienst, 1908 Anwärter für den auswärtigen Dienst und der Botschaft in Washington zugeteilt, 1910 Dienstantritt im Auswärtigen Amt, 1911 diplomatisches Examen, 1911 zum Legationssekretär ernannt und bis 1914 an der Botschaft in St. Petersburg, 1914 kurzzeitig Teilnahme am Ersten Weltkrieg, im Dezember 1914 vom Heeresdienst zum Auswärtigen Amt kommandiert und politischer Berater im Großen Hauptquartier, seit Juli 1917 Vertreter des Auswärtigen Amt in der Reichskanzlei, 1918 zum Legationsrat ernannt, nach Kriegsende Referent für innere Politik im Auswärtigen Amt, Mitglied der DDP/StP, 1920 Konsul in Triest, 1921-1927 Botschaftsrat an der Botschaft in Rom, 1927-1933 Botschafter in Washington, nach 1933 Rücktritt und in den Ruhestand versetzt, in den folgenden Jahren Wirtschaftsberater. - Mitbegründer der CSU, 1946 Vorsitzender des Arbeitsausschusses der CSU für Fragen Zwischenstaatlicher Beziehungen, seit Februar 1947 Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, 1950/1951 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1954 MdL (CSU) und 1950/1951 stellvertretender Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, seit 1948 deutscher Vertreter im Rat der Europäischen Interparlamentarischen Union, 1950 Mitglied der Internationalen Diplomatischen Akademie in Genf, Vorsitzender der Münchner Gesellschaft für Auslandskunde.

Probst, Maria

Geb. 1.7.1902 in München, gest. 1.5.1967 in Bonn, kath., 1921-1923 an der deutschen Botschaft in Paris, 1925-1930 Studium der Germanistik und der Geschichte in Freiburg i.Br., Zürich und München, 1930 Promotion zum Dr. phil. - Nach 1945 Lehrerin in Hammelburg, seit 1946 in der Redaktion der "Bayerischen Rundschau" in München, Mitbegründerin der CSU in Hammelburg, seit 1946 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946-1949 MdL (CSU) und Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, 1949-1967 MdB (CSU), 1965-1967 dessen Vizepräsidentin, 1958-1967 MdEP, Mitglied des Hauptvorstands des Verbands der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands, Mitglied des Präsidiums der Europäischen Frauenunion.

Prottengeier, Johann

Geb. 31.12.1881 in Offenhausen/Mfr., gest. 3.4.1970, ev., Landwirt und Bauwarenhändler, vor 1933 Mitglied des Landbunds. - Mitbegründer der CSU, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1947 Bürgermeister von Offenhausen, Kreisrat (CSU) in Nürnberg.

Prüschenk, Josef

Geb. 26.10.1908 in Kirchenthumbach/Opf., gest. 21.11.1966, kath., Höhere Handelsschule in Bayreuth und kaufmännische Ausbildung im elterlichen Kalkwerk, dessen Gesamtleitung er zusammen mit seinem Bruder 1940 übernahm, vor 1933 BVP-Mitglied. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU), im April 1945 von den amerikanischen Militärbehörden als 1. Bürgermeister von Eschenbach eingesetzt, seit 1945 Landrat in Eschenbach.

Radek, Karl

1885-1939 (?), Politiker, seit 1904 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei des Königreiches Polen und Litauen, Tätigkeit als Journalist, 1905 Teilnahme an der russischen Revolution, 1918 am Aufbau der KPD beteiligt, 1920 aus Deutschland ausgewiesen, 1923 Mitglied des Präsidiums der KOMINTERN, erneute Deutschland-Aufenthalte, 1927 als Anhänger Trotzkis verbannt, 1937 als Opfer einer Säuberungswelle nach Sibirien deportiert.

Ramelsberger, Ludwig

Geb. 6.8.1899 in Passau/Ndb., gest. 22.1.1965, kath., kaufmännische Lehre, 1917/1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, anschließend kaufmännischer Angestellter, Buchhalter und Prokurist in Industriebetrieben, 1929-1935 Zweigstellenleiter der Bank für Landwirtschaft und Gewerbe in Griesbach, 1935 Direktor und Vorstandsmitglied dieser Bank, 1944/1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU in Vilshofen und deren Kreisvorsitzender, Stadtrat (CSU) und Kreisrat (CSU) in Vilshofen und Vorsitzender der CSU-Fraktionen, 1946-1948 2. Bürgermeister von Vilshofen, 1953-1965 MdL (CSU), Dekanatsvorsitzender der Katholischen Aktion und Mitglied des Diözesansteuerausschusses in Passau.

Rathgeb, Caspar

Geb. 13.7.1900 in Dalkingen/Württemberg, gest. 20.10.1983 in Neu-Ulm/Schw., kath., Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft in München, 1928 Examen als Diplom-Volkswirt, 1929 Promotion, seit 1929 Assistent beim Verband der Bayerischen Industriellen, dann Volontär, seit 1931 Redakteur, später stellvertretender Chefredakteur des "Fränkischen Volksblatts" in Würzburg, vor 1933 BVP-Mitglied, Mitglied des Vorstands des Katholischen Männervereins Würzburg, 1936 nach Presseprozeß entlassen und Berufsverbot, seit 1939 im Baufach in Augsburg tätig, während des Zweiten Weltkriegs Dienst bei der Flugabwehr in Augsburg. - Seit 1945 Leiter des Ernährungsamts Augsburg, Mitbegründer der CSU in Kempten, Herausgeber der Zeitung "Der Allgäuer" in Kempten.

Rattenhuber, Ernst

Geb. 4.8.1887 in München, gest. 16.11.1951 in München, Hochschule für Landwirtschaft und Brauerei in Weihenstephan, 1910 Diplomlandwirt, Übernahme des elterlichen Besitzes in Englschalking bei München, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende Krongutverwalter bayerischer Prinzen, 1936 zur Wehrmacht eingezogen, landwirtschaftlicher Berater des Befehlshabers im Wehrkreis XIII und ab 1944 im Wehrkreis VII, Kontakte zum militärischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, vor dem Volksgerichtshof wegen defätistischer Äußerungen angeklagt, das Verfahren verzögerte sich jedoch bis Kriegsende. - 1945 Wiederaufbau der genossenschaftlichen Milchversorgung Münchens, Mai-September 1945 von den amerikanischen Militärbehörden ernannter Leiter des Landesamts für Ernährung und Landwirtschaft, bis September 1945 de facto im Range

eines Kabinettsmitglieds, im Juli 1945 zum Staatsrat ernannt, Mitbegründer des BBV und der CSU, 1949 MdWR (CSU), 1949-1951 Bayerischer Bevollmächtigter beim Bund, Mitglied des Vorstands der Vereinigung der Arbeitgeberverbände, stellvertretender Vorsitzender der Arbeitgeberverbände in Bayern.

Rattler, Georg

Geb. 8.9.1908 in Nürnberg, gest. 4.12.1984, kath., Fernmeldemechaniker, Delegierter zum Landesausschuß der CSU für den Bezirksverband Nürnberg-Fürth, 1946-1948 Stadtrat (CSU) in Nürnberg, öffentlicher Kläger an der Spruchkammer Nürnberg II.

Raum, Hans

Geb. 1.11.1883 in Hilpoltstein/Mfr., gest. 20.10.1976 in Freising/Obb., kath., seit 1921 außerordentlicher Professor für Acker- und Pflanzenbau an der Hochschule für Landwirtschaft und Brauerei in Weihenstephan, seit 1926 ordentlicher Professor an der TH München, 1946 MdVLV (CSU).

Reese, Robert A.

1945 Executive Officer (Oberstleutnant) bei der amerikanischen Militärregierung in München, 1946-1947 Direktor der Internal Affairs and Communications Division der amerikanischen Militärregierung in München.

Reichstein, Willy

Geb. 9.12.1915 in Breslau, gest. 22.8.1978, nach Abitur und Arbeitsdienst Studium der Medizin, 1942 Staatsexamen, Promotion zum Dr. med., 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg als Sanitätsoffizier. - Seit 1947 praktischer Arzt in Landau an der Isar, seit 1948 Stadt- und Kreisrat (zunächst CSU, seit 1950 BHE) in Landau an der Isar, zwei Jahre stellvertretender Landrat in Landau an der Isar, 1948-1950 Delegierter zum Landesausschuß der CSU für den Bezirksverband Niederbayern, 1950 Austritt aus der CSU und Mitbegründer des BHE, 1953-1957 MdB (GB/BHE), 1958-1962 MdL (zunächst GB/BHE, dann FDP).

Reiser, Adolf

Geb. 11.12.1907 in Aidling/Obb., kath., Schreiner und Kaufmann, Mitbegründer und Vorsitzender der CSU in Wolfratshausen, 1946-1965 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, 1948-1952 Kreisrat (CSU) in Wolfratshausen.

Reitzner, Richard

Geb. 10.8.1893 in Einsiedel bei Marienbad (heute Tschechische Republik), gest. 11.5.1962, nach Besuch der Lehrerbildungsanstalt als Lehrer tätig, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1920 in der Arbeiterbewegung engagiert und Mitglied der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei, Mitarbeiter der Arbeitersportinternationale und Ämter in der Gemeinde- und Bezirksverwaltung, 1938-1946 Emigration nach Großbritannien, Leiter der Flüchtlingsfürsorge der Sudetendeutschen in London. - Seit August 1946 in Bayern, 1947/1948 stellvertretender Staatssekretär für das Flüchtlingswesen in Bayern, 1948/1949 stellvertretender Vorsitzender der bayerischen SPD, 1948/1949 Mitglied des Flüchtlingsausschusses beim Parteivorstand der SPD, 1949-1962 MdB (SPD).

Reuter, Georg

Geb. 24.6.1902 in Rotthausen bei Essen, Schlosser, 1923-1925 Geschäftsführer des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Gelsenkirchen, 1925-1927 dessen Bezirksleiter

im Rheinland, 1927-1933 Sekretär und Vorstandsmitglied des Gesamtverbands der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, nach 1933 wiederholt verhaftet. - 1946-1949 Generalsekretär des BGB, 1947-1949 MdWR (SPD), 1949-1959 stellvertretender Vorsitzender des DGB und Leiter der Hauptverwaltung Organisation und Werbung, Mitglied des Generalrats des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, bis 1952 Geschäftsführer der Bund-Verlag GmbH.

Riedel, Georg

Geb. 10.11.1900 in Selb/Ofr., gest. 18.7.1980 in Rehau/Ofr., ev., kaufmännische Lehre, anschließend sechs Jahre Angestellter in der Porzellanindustrie in Selb, 1926 Prokurist einer Tuchwarenfabrik, Teilnahme am Ersten und Zweiten Weltkrieg. - Seit 1947 wirtschaftlicher und steuerlicher Berater von Industrie-, Handels- und Handwerksbetrieben, 1946-1952 Stadtrat (CSU) in Nördlingen, Kreisrat in Nördlingen, Bezirksrat für Schwaben, 1946 MdVLV (CSU), 1959-1962 MdL (CSU), 1962 Austritt aus der CSU.

Rief, Max

Geb. 7.9.1893 in St. Gallen, gest. 22.4.1980, kath., Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende Studium der Volkswirtschaft und des Staats- und Verwaltungsrechts in München und Tübingen, 1921 Promotion zum Dr. rer. pol., 1921-1929 Angestellter, seit 1930 selbständiger Möbelkaufmann in Regensburg, vor 1933 BVP-Mitglied, nach 1933 vorübergehend verhaftet, 1943 Geschäftsstillegung, 1943 zum Instandsetzungsdienst der Luftschutzpolizei eingezogen. - 1945 Referent für Wohnungs- und Siedlungswesen und 1946 Leiter des Landessiedlungsamts bei der Regierung von Niederbayern/Oberpfalz, Mitbegründer der CSU in Regensburg, Ende 1946 Übertritt zur WAV, 1946 MdVLV (zuerst CSU, dann WAV), 1946-1950 MdL (bis 1949 WAV, dann verschiedene parlamentarische Gruppierungen).

Riemer, Franz Josef

Geb. 16.9.1919 in Graz/Österreich, kath., 1936-1939 Steuerinspektor, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1945 Stadtkämmerer in Günzburg, Mitbegründer der CSU in Günzburg.

Rindt, Eugen

Geb. 7.4.1907 in München, gest. 24.6.1979, Studium in München und Innsbruck, Promotion zum Dr. phil., 1933 Hilfsarbeiter in einer Desinfektionsanstalt, 1934-1938 freier Schriftsteller, dann Angestellter der Stadtverwaltung Augsburg, seit 1939 aktiv im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, 1942-1945 bei der Organisation Todt, Repressionen des NS-Regimes ausgesetzt. - Mitbegründer der CSU in den Kreisen Augsburg-Stadt und -Land, 1946/1947 Vorsitzender der CSU-Bezirksverbände Augsburg und Schwaben, 1946-1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU) und stellvertretender Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, Leiter des Landessiedlungsamts Schwaben, 1948 Gründer des überparteilichen Sozialen Helferrings in Bayern.

Rinke, Walter

Geb. 5.1.1895 in Kattowitz, gest. 21.5.1983 in Rottach-Egern/Obb., kath., Ausbildung am Lehrerseminar in Myslowitz, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919-1922 Studium der Volkswirtschaft in Breslau und Würzburg, 1922 Promotion zum Dr. rer. pol., 1923-1934 im Versicherungswesen tätig, zuletzt Direktor der Oberschlesischen Pro-

vinzialversicherungsanstalten in Ratibor, 1919-1933 Zentrums-Mitglied, 1934 in den Ruhestand versetzt, Tätigkeit im privaten Versicherungswesen in Breslau, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und bis Juli 1945 in russischer Kriegsgefangenschaft. - 1946 bayerischer Ministerialrat, Ende 1952 im Ruhestand, seit 1946 CSU-Mitglied, 1946-1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1953-1957 MdB (CSU), 1946 Mitbegründer der Vereinigung der Schlesier in München, Mitbegründer des Hauptausschusses für Flüchtlinge und Ausgewiesene in Bayern, 1950-1954 Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien.

Riss, Josef

Geb. 30.7.1883 in Todtenweis/Obb., gest. 9.4.1958, Landwirt, arbeitete auf dem elterlichen Anwesen, das er 1908 übernahm, 1911-1933 Bürgermeister von Todtenweis, 1913 Mitglied des Distriktsrats, BVP-Mitglied, 1919-1933 Bezirksrat (BVP) in Aichach, 1926 Kreisrat (BVP) für Oberbayern, 1926 Mitglied der Kreisbauernkammer Oberbayern, 1927-1933 Vorsitzender der Bezirksbauernkammer Aichach, seit 1927 stellvertretender Vorsitzender der Flurbereinigungsgenossenschaft Todtenweis. - Nach 1945 erneut Bürgermeister von Todtenweis, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU).

Robertson, Sir Brian

1896-1974, britischer General, 1933 Mitglied der britischen Militärmission bei der Genfer Abrüstungskonferenz, aus dem aktiven Dienst ausgeschieden, 1939 reaktiviert und Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1945-1947 stellvertretender Militärgouverneur, 1947-1949 Militärgouverneur in Deutschland, 1949/1950 Hoher Kommissar in der Bundesrepublik Deutschland, seit März 1950 Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte im mittleren Osten, 1953 Abschied vom aktiven Dienst, 1953-1961 Präsident der staatlichen Transportkommission.

Röder, Karl

Geb. 23.3.1894 in Kulmbach/Ofr., gest. 3.4.1953. ev., Hauptlehrer, bis 1932 Mitglied der DDP/StP, bis März 1933 Vorsitzender des Bezirkslehrervereins Kulmbach, im Mai 1933 strafversetzt, März-August 1943 wegen "staatsfeindlicher Äußerungen" in Untersuchungshaft in Fürth und Bayreuth, im August 1943 Freispruch. - 1945-1947 Landrat in Kulmbach, 1948-1953 Landrat in Münchberg, 1946/1947 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Kulmbach-Stadt und -Land.

Röhm, Ernst

1887-1934, Berufsoffizier und Politiker, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Mitglied des Freikorps Epp, NSDAP-Mitglied, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1924 Reorganisation der SA, 1925 nach Differenzen mit Hitler Rücktritt als Chef der SA, 1928-1930 militärischer Berater in Bolivien, 1931-1934 Stabschef der SA, 1933 Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Bayerischer Staatsminister, am 1.7.1934 erschossen.

Röhrl, Wilhelm

Geb. 4.3.1921 in München, kath., während der NS-Zeit in der verbotenen katholischen Jugendbewegung aktiv, 1938-1945 Arbeitsdienst und Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Nach Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft Studium der Philosophie und Volkswirtschaft, 1950 Diplom-Volkswirt, seit 1946 CSU-Mitglied, 1948-1957 Geschäftsführer der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag und verantwortlicher Redakteur der "CSU-Corre-

spondenz", ehrenamtlicher Geschäftsführer des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, 1958-1978 MdL (CSU), 1957-1970 im Bayerischen Wirtschaftsministerium tätig, zuletzt Ministerialrat und Referatsleiter für innerdeutschen Handel und stellvertretender Referatsleiter für Außenwirtschaft.

Roosevelt, Franklin Delano

1882-1945, US-amerikanischer Politiker (Demokratische Partei), 1913-1921 Unterstaatssekretär im Marineministerium, Gouverneur des Staates New York, 1933-1945 Präsident.

Rosenberg, Alfred

1893-1946, Schriftsteller und Politiker, seit 1919 NSDAP-Mitglied, 1930-1945 MdR (NSDAP), 1933 Leiter des außenpolitischen Amts der NSDAP, 1934 Beauftragter Hitlers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP, seit 1941 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete. - 1946 im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß zum Tode verurteilt und am 16.10.1946 hingerichtet.

Roßhaupter, Albert

Geb. 8.4.1878 in Pillnach/Opf., gest. 14.12.1949 in Nannhofen/Obb., kath., Lackierergehilfe, seit 1897 SPD-Mitglied, 1907-1933 MdL (SPD), 1909 Geschäftsführer der Gewerkschaft des Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals, 1913 Redakteur der "Schwäbischen Volkszeitung" in Augsburg, seit 1921 Redakteur des "Bayerischen Wochenblattes", 1915-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1918/1919 bayerischer Minister für militärische Angelegenheiten, nach 1933 mehrmals verhaftet. - 1945-1947 Bayerischer Arbeitsminister, Oktober 1945-Dezember 1946 zugleich stellvertretender Ministerpräsident, 1946 MdVLV (SPD) und Vorsitzender der SPD-Fraktion, 1948/1949 MdPR (SPD).

Roth, Hans

Ev., kaufmännischer Direktor in Erlangen-Bruck, Mitbegründer der CSU in Erlangen und 1946 deren Kassier, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Rothermel, Fridolin

Geb. 26.11.1895 in Oberrohr/Schw., gest. 6.10.1955 in St. Dizier/Frankreich, kath., 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919-1921 Studium der Volkswirtschaft in München, 1921 Promotion zum Dr. oec. publ., 1923 Landwirt und Bürgermeister in Bayersried-Ursberg, seit 1924 Mitarbeit in landwirtschaftlichen Genossenschaften und Verbänden, 1932/1933 MdL (BVP) und MdR (BVP), nach 1933 vorübergehend verhaftet. - 1945 Leiter des Ernährungsamts in Krumbach, 1946 Landrat in Krumbach, Mitbegründer des BBV und 1946-1955 dessen 1. Präsident, 1948 Mitglied des Präsidiums, 1954/1955 Präsident des DBV, zugleich Vizepräsident des Verbands der europäischen Landwirtschaft, 1946 MdVLV (CSU), 1947-1955 MdS, Mitglied des Vorstands der Raiffeisen-Zentralkasse und der Bayerischen Versicherungsbank.

Rucker, Eugen

Geb. 18.10.1900 in Höchstädt/Schw., kath., Studium in München und Erlangen, Promotion zum Dr. rer. pol., Besitzer der "Steinindustrie Dr. Rucker" in Regensburg. - Mitbegründer der CSU in Regensburg und deren Vorstandsmitglied, 1946 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberpfalz, 1946/1947 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1945-1954 Präsident der Katholischen Aktion in Bayern, Mitglied mehrerer Aufsichtsräte.

Rupprecht, Kronprinz von Bayern

Geb. 18.5.1869 in München, gest. 2.8.1955 in Leutstetten/Obb., kath., Sohn König Ludwigs III. von Bayern und Kronprinz, 1889-1891 Studium in München und Berlin, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, genoß nach dem Sturz der Monarchie in Bayern das Ansehen eines "heimlichen Königs", 1939-1945 Aufenthalt in Italien, im November 1945 Rückkehr nach Bayern.

Sattler, Dieter

Geb. 2.2.1906 in München, gest. 9.11.1968 in Rom, kath., Studium der Architektur in München, 1929 Diplom, 1931 Promotion, 1929-1939 freischaffender Architekt, ergänzende volkswirtschaftliche Studien in Berlin, nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs kurzzeitig Soldat, seit 1940 Betreuung kriegswichtiger Bauwerke. - 1945-1947 erneut freier Architekt, Mitglied des Kunstausschusses der Stadt München, seit 1946 Vorsitzender des Berufsverbands der Architekten und Bauingenieure in München, 1947-1950 Staatssekretär für die Schönen Künste im Bayerischen Kultusministerium, 1947-1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, seit November 1950 Präsident des Deutschen Bühnenvereins, später auch des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks, 1952 Botschaftsrat und Kulturreferent bei der deutschen Botschaft in Rom, 1959 Ministerialdirektor und Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt, 1966-1968 Botschafter beim Vatikan.

Sauer, Franz Ludwig

Geb. 1.10.1893 in Binsfeld, gest. 28.3.1950, kath., nach Besuch der Landwirtschaftsschule Gutspraktikant und Verwalter in Westfalen, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Heirat in einen landwirtschaftlichen Betrieb mit Getreidemühle, 1926-1933 Obermeister der Müllerinnung, Mitglied der Bezirks-, Kreis- und Landesbauernkammer, Mitbegründer der BVP und deren Vorsitzender in einem unterfränkischen Landkreis, Mitglied des Landesvorstands der BVP, nach 1933 zweimal vorübergehend verhaftet, Stillegung der Mühle. - Mitbegründer und Vorsitzender der CSU im Landkreis Karlstadt, 1946-1949 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946-1949 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Unterfranken, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU), Bürgermeister von Binsfeld, Kreisvorsitzender des BBV.

Sauer, Fritz

Nach Jurastudium Staatsanwalt in Bamberg, 1945 Mitbegründer der CSU in Bamberg, 1946 als Kandidat (CSU) für den Bayerischen Beratenden Landesausschuß abgelehnt.

Schachtner, Richard

Geb. 5.2.1902 in Landshut, gest. 30.8.1961, kath., 1922-1927 Studium der Betriebswirtschaft in München, Frankfurt am Main, Königsberg und Berlin, Examen als Diplom-Kaufmann, Mitglied des Katholischen Männervereins Berlin, 1929-1933 Zentrums-Mitglied und Schriftführer im Ortsverein Berlin-Mahlsdorf, 1928-1931 wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Statistischen Reichsamt, anschließend in leitender Funktion Statistiker bei der Reichsrundfunkgesellschaft und seit 1936 bei der Reichsgruppe Luftfahrtindustrie bzw. seit 1939 bei der Messerschmitt AG. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946-1948 Mitarbeiter der CSU-Landesgeschäftsstelle, Abteilung Finanzen, Buchhaltung, Statistik, 1948/1949 Landesschatzmeister der CSU, 1959-1961 2. Landesschatzmeister der CSU, 1961 Landesschriftführer der CSU, 1948-1950 und 1959-1961 Mitglied des Landesvorstands, 1948/1949 und 1959-1961 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1946

an das Bayerische Statistische Landesamt berufen, Landeswahlleiter, 1960/1961 Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamts.

Schäfer, Franz

Geb. 6.1.1899 in Ingolstadt/Obb., gest. 18.12.1973 in Ingolstadt/Obb., kath., Lehre als Dachdecker, 1916 Gesellenprüfung, 1917-1920 Teilnahme am Ersten Weltkrieg und französische Kriegsgefangenschaft, nach seiner Rückkehr bis 1925 bei der Reichsbahn tätig, 1927 Meisterprüfung im Dachdeckerhandwerk und Aufbau eines eigenen Geschäfts, seit 1920 Mitglied der Christlichen Gewerkschaften und der BVP, 1933 Stadtrat (BVP) in Ingolstadt, nach 1933 vorübergehend verhaftet. - Mitbegründer der CSU in Ingolstadt und 1945-1954 deren Vorsitzender, 1947-1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, September/Oktober 1945 2. Bürgermeister von Ingolstadt, 1946-1966 Stadtrat (CSU) in Ingolstadt und Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946-1950 und 1958-1962 MdL (CSU), Kreishandwerkermeister und Vorstandsmitglied der Handwerkskammer für Oberbayern, 2. Vorsitzender des oberbayerischen Arbeitgeberverbands, Beisitzer beim Obersten Finanzgericht München, Steuerausschußmitglied beim Finanzamt Ingolstadt, bis 1958 Vorstandsmitglied der AOK Ingolstadt.

Schäfer, Karl

Geb. 12.8.1912 in Obereschenbach/Ufr., kath., nach Besuch des Gymnasiums 1931 kaufmännische Lehre, 1940-1946 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und Kriegsgefangenschaft. - Seit 1946 CSU-Mitglied, seit 1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1952-1977 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Nürnberg-Fürth, 1952-1954 Stadtrat (CSU) in Nürnberg, 1954-1978 MdL (CSU), Vorsitzender der Deutschen Jugendkraft in Bayern.

Schäffer, Fritz

Geb. 12.5.1888 in München, gest. 29.3.1967 in Berchtesgaden/Obb., kath., Jurastudium in München, 1915/1916 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1916 große juristische Staatsprüfung, 1917 im Bayerischen Innenministerium tätig, 1918 Bezirksamtsassessor in Kelheim, 1920 in das Bayerische Kultusministerium berufen, zuerst Regierungsrat, dann Oberregierungsrat, Vorsitzender des BVP-Kreisverbands München, 1929-1933 Vorsitzender der BVP, 1920-1933 MdL (BVP), 1931-1933 als Staatsrat mit der Führung der Geschäfte des Bayerischen Finanzministeriums beauftragt, nach 1933 mehrmals vorübergehend verhaftet, Rechtsanwalt in München. - Mai-September 1945 Bayerischer Ministerpräsident, Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, Januar-April 1946 Vorsitzender des Ausschusses der CSU für Verwaltungsaufbau und Staatsfinanzierung sowie stellvertretender Vorsitzender des Staatspolitischen Ausschusses der CSU, März/April 1946 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, Mai 1946-Januar 1948 durch eine Anordnung der Militärregierung von jeder politischen Betätigung ausgeschlossen, Februar-September 1948 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, Parteischiedsgerichtsverfahren und Austritt aus der CSU, 1949 erneut CSU-Mitglied, 1949-1961 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1949-1957 Bundesfinanzminister, 1957-1961 Bundesjustizminister, 1949-1961 MdB (CSU), 1949-1953 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe.

Schäffer, Hans

Geb. 16.12.1897 in Sulzbach-Rosenberg/Opf., gest. 28.6.1974, Schlosserlehre, seit 1912 Dreher bei der Maxhütte, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Scharnagl, Karl

Geb. 17.1.1881 in München, gest. 6.4.1963 in München, kath., Höhere Handelsschule und Bäcker- und Konditorlehre, übernahm das elterliche Geschäft in München, seit 1911 MdL (Zentrum, dann BVP), Stadtrat in München, 1925-1933 1. Bürgermeister von München, nach seinem Rücktritt im März 1933 erneut im Bäckerhandwerk tätig, 1944 vorübergehend verhaftet. - Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1946 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses der CSU für Verwaltungsaufbau und Staatsfinanzierung, 1945-1948 erneut Oberbürgermeister von München, 1948/1949 2. Bürgermeister von München, 1946 MdVLV (CSU), 1947-1949 MdS, Ehrendoktorwürde der Universität München, Mitbegründer der Columbus-Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit.

Schedl, Otto

Geb. 10.12.1912 in Sinzing/Opf., kath., Studium der Philosophie, Psychologie, Publizistik, Volkswirtschaft sowie der Literatur- und der Kunstgeschichte in Regensburg, München und Würzburg, 1941 Promotion zum Dr. phil., 1937-1940 Mitarbeiter des "Regensburger Anzeigers", 1940-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Nach kurzer Kriegsgefangenschaft erneut journalistisch tätig, Mitbegründer und Organisator der CSU in Regensburg und im Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 1947/1948 Landesgeschäftsführer der CSU, 1947 Mitglied im Vorstand der JU Bayern, 1955-1972 Mitglied des Landesvorstands und 1967/1968 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1955-1972 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberpfalz, 1948-1957 Landrat in Neumarkt/Opf., 1957-1970 Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, 1970-1972 Bayerischer Finanzminister, 1969-1972 zugleich stellvertretender Ministerpräsident, 1950-1974 MdL (CSU).

Schefbeck, Otto

Geb. 25.9.1900 in Straubing/Ndb., gest. 10.4.1972, 1920-1924 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München und Tübingen, 1927 Staatsprüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst, 1928-1930 im Bayerischen Landwirtschaftsministerium, Abteilung Landessiedlung, tätig, seit Oktober 1930 Rechtsanwalt in München. - Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1948-1951 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU) und Mitglied des Landtagspräsidiums.

Schell, Karl

Geb. 31.7.1912 in Bamberg/Ofr., gest. 29.6.1988, kath., Friseur, später Berufssoldat, im spanischen Bürgerkrieg bei der Legion Condor eingesetzt, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1946/1947 Ermittler bei der Spruchkammer Lichtenfels, dann als Kraftfahrer bei einer Zeitung in Lichtenfels beschäftigt, Vertrauensmann der CSU in Schney, 1946 Delegierter zum Landesausschuß der CSU.

Schell, Max

Geb. 27.12.1914 in Lichtenfels/Ofr., kath., Bruder von Karl Schell, vor 1933 Mitglied der katholischen Jugendbwegung Quickborn, 1937-1945 Wehrdienst und Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Oberleutnant). - Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft in München und Erlangen, 1948 1. und 1952 2. juristische Staatsprüfung, seit 1954 Leiter des Postamts Bamberg, seit April 1963 Referent, dann Unterabteilungslei-

ter bei der Oberpostdirektion Nürnberg, zuletzt Leitender Oberpostdirektor, Mitbegründer der CSU, 1946 als Versammlungsredner für die CSU tätig, Mitbegründer der JU in Oberfranken, bis 1957 stellvertretender Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Lichtenfels, 1951-1957 Vorsitzender des CSU-Ortsverbands Lichtenfels, Delegierter zu Landesausschuß und Landesversammlung der CSU, Kadidat (CSU) für Kreistags- und Landratswahlen.

Schieckel, Horst[14]

Geb. 20.2.1896 in Dresden, Jurastudium, 1. und 2. juristisches Staatsexamen, Promotion zum Dr. rer. pol., vor 1933 Grundbuch- und Vollstreckungsrichter an Arbeitsgerichten und Oberversicherungsämtern in Dresden und Leipzig, Lehrer an der Betriebsräte- und Volkshochschule Dresden, 1934 entlassen, 1938 Übersiedlung nach Bayern, während des Zweiten Weltkriegs Leiter des Ernährungs- und Wirtschaftsamts Wolfratshausen, 1942 nach Konflikten mit den zuständigen NS-Stellen entlassen, bis 1945 bei der Wirtschaftsgruppe Baugewerbe in Berlin tätig. - Nach 1945 zunächst im Versicherungsamt München beschäftigt, seit August 1945 Leiter der Abteilung für Sozialversicherung und Arbeiterfürsorge im Bayerischen Arbeitsministerium, seit 1946 im Range eines Ministerialrats.

Schiefer, Gustav

Geb. 17.7.1876 in Fautspach/Württemberg, gest. 19.5.1956 in München, konfessionslos, Schreinergeselle, 1908 Mitbegründer der Münchner Ortskrankenkasse, 1918-1933 geschäftsführender Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in München, 1924-1933 Stadtrat (SPD) in München, nach 1933 im Widerstand. - Seit 1946 stellvertretender Vorsitzender des BGB, 1950-1953 stellvertretender Landesvorsitzender des DGB in Bayern, 1945-1952 Stadtrat (SPD) in München, 1946 MdVLV (SPD), 1947-1954 MdS.

Schinagl, Hannes

Geb. 1899 in München, kath., Verlagskaufmann, seit 1913 im katholischen Jugendverein Kolping engagiert, seit 1919 BVP-Mitglied, in den zwanziger Jahren Geschäftsführer des Friedensbundes Deutscher Katholiken in München, 1933 aus seinem Beruf verdrängt. - Mitbegründer der CSU und Vorsitzender der CSU im Münchner 9. Stadtbezirk, Mitglied im Dienstag-Club.

Schinnerer, Adolf

Geb. 25.9.1876 in Schwarzenbach an der Saale/Ofr., gest. 30.1.1949 in Ottersheim/Obb., Maler und Graphiker, Schüler an der Akademie Karlsruhe, Mitbegründer der Neuen Sezession München, 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Schirmer, Carl

1864-1942, Schlosser, 1896/1897 Sekretär der Katholischen Arbeitervereine, Mitbegründer der Christlichen Gewerkschaften und des Bayerischen Postverbands, Mitarbeiter und Redakteur bei verschiedenen Zeitungen, 1899-1907 MdL (Zentrum), 1907-1918 und 1920-1928 MdR (Zentrum, seit 1920 BVP), 1919/1920 MdVNV (BVP).

[14] Die korrekte Schreibweise des Familiennamens konnte erst nach Abschluß des Manuskripts der Protokolle ermittelt werden; auf S. 706 daher fälschlich "Schickel".

Schlange-Schöningen, Hans

1886-1960, Agrarfachmann und Politiker, 1921-1928 MdL (DNVP) in Preußen, 1924-1932 MdR (zunächst DNVP, dann Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft und Deutsches Landvolk), 1931/1932 Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichskommissar für die Osthilfe, Kontakte zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus. - Mitbegründer der CDU, 1947-1950 Direktor für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, 1949/1950 MdB (CDU), 1950 Generalkonsul in London, 1951-1955 deutscher Geschäftsträger in London, seit 1953 im persönlichen Rang eines Botschafters.

Schlögl, Alois

Geb. 4.4.1893 in Pleinting/Ndb., gest. 27.9.1957 in München, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München und Erlangen, Promotion zum Dr. rer. pol., 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1920 journalistisch tätig, zunächst in der Redaktion der "Bayerischen Volkszeitung", 1922 Vorsitzender des Christlichen Bauernvereins in Passau, 1925 Direktor des Niederbayerischen Christlichen Bauernvereins sowie Herausgeber und Hauptschriftleiter des "Niederbayerischen Bauern", 1932/1933 MdL (BVP), nach 1933 Wirtschafts- und Steuerberater, 1941-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1948-1954 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1948-1954 Bayerischer Landwirtschaftsminister, 1948/1949 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses des Länderrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1957 MdL (CSU), Mitbegründer des BBV, 1945-1948 Generalsekretär des BBV.

Schmid, Andreas

Geb. 25.9.1900 in Röthenbach an der Pegnitz/Mfr., gest. 24.3.1985, private Handelsschule und kaufmännische Lehre in Nürnberg, 1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Umschulung zum Werkzeugdreher. - Mitbegründer der CSU und Gemeinderat (CSU) in Röthenbach an der Pegnitz, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU), Treuhänder einer Spiralfederfabrik.

Schmid, Karl

Geb. 20.9.1883 in Jettingen/Schw., gest. 31.5.1954, kath., Buchbinderlehre, anschließend in Württemberg, im Rheinland und in München tätig, Meisterprüfung, 1912 Geschäftsgründung in München, Mitglied des Katholischen Gesellenvereins, 1930-1933 Stadtrat (BVP) in München, 1933 MdL (BVP), 1933 vorübergehend verhaftet, 1944 zwei Monate im KL Dachau. - Seit 1945 CSU-Mitglied, 1946 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, 1946-1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1954 MdL (CSU) und 1946-1950 Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, 1945-1954 Präsident der Handwerkskammer von Oberbayern, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Handwerkskammern, Mitglied in Aufsichtsgremien verschiedener Organisationen des Handwerks.

Schmideder, Franz

Geb. 18.9.1902 in Nürnberg, kath., seit 1946 Delegierter zur Landesversammlung der CSU für einen Nürnberger Kreisverband.

Schmidt, August Wilhelm

Geb. 1902, Versicherungskaufmann bei der Versicherungsgesellschaft Allianz, Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1945/1946 Landesgeschäftsführer der CSU, 1946 stellvertretender Vorsitzender des Organisations- und Werbeausschusses der CSU, 1946 und 1948-1955 Mitglied der Landesvorstands und 1948-1953 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU.

Schmitt, Franz August

Geb. 11.10.1894 in Darmstadt, kath., Studium in Heidelberg und München, Promotion zum Dr. oec. publ., praktische Arbeit in landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben, als Syndikus tätig, Mitarbeit am Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Herausgeber der Zeitschrift "Der Deutsche Süden", BVP-Mitglied, vor 1933 Geschäftsführer und Schriftführer des Wirtschaftsbeirats der BVP, vor 1933 Stadtrat (BVP) in München. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 Vorsitzender des Finanzausschusses der CSU, legte dieses Amt im Dezember 1946 nieder, 1947 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands München-Bogenhausen.

Schmitt, Hanns

Geb. 7.9.1909 in Erlangen/Mfr., Diplom-Volkswirt und Dr. rer. pol., Vorsitzender des CSU-Ortsverbands und des CSU-Kreisverbands Sulzbach-Rosenberg, Mitglied des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der CSU und des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, im Oktober 1947 Rücktritt von allen Parteiämtern.

Schmitt, Heinrich

Geb. 6.10.1895 in Waldbüttelbrunn/Ufr., gest. 13.8.1951 in München, konfessionslos, Dreher, seit 1913 SPD-Mitglied und Gewerkschafter, Betriebsratsvorsitzender der Leuna-Werke, 1928-1930 MdR (KPD), bis 1933 Generalsekretär der Internationalen Gummiarbeiter-Organisation, 1933 Emigration, 1934 illegale Gewerkschaftsarbeit im Ruhrgebiet und im Rheinland, 1935 verhaftet und 1937 vom Volksgerichtshof zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1937-1945 in Haft. - 1945/1946 Bayerischer Staatsminister für Sonderaufgaben, 1946 MdVLV (KPD), 1947-1949 MdS, 1947 Austritt aus der KPD.

Schmitt, Kurt

1886-1950, Wirtschaftsfachmann und Politiker, nach Promotion zum Dr. jur. seit 1913 beim Allianz-Versicherungskonzern tätig, seit 1921 Generaldirektor des Allianz-Versicherungskonzerns, seit 1933 Bevollmächtigter Preußens beim Reichsrat, 1933-1935 Reichswirtschaftsminister, Generaldirektor der Münchner Rückversicherungsgesellschaft. - 1947 von der Spruchkammer Starnberg als minderbelastet eingestuft, 1948 von der Berufungskammer Oberbayern entlastet.

Schneider, Georg

1892-1977, kaufmännischer Angestellter und Politiker, Mitbegründer der CDU in Leipzig, 1946/1947 Generalsekretär der CDU in Thüringen, im Dezember 1947 ausgewiesen 1953-1965 MdB (CDU), 1948-1960 Mitglied des Hauptvorstands der Deutschen Angestelltengewerkschaft, seit 1951 deren stellvertretender Bundesvorsitzender, Vorstandsmitglied der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Mitglied des Hauptvorstands der CDU-Sozialausschüsse.

Schniewind, Otto

1887-1970, Ministerialbeamter und Bankier, 1919-1922 im Reichsschatzministerium, 1922-1925 Mitglied des Chefkabinetts der Diskontgesellschaft, 1925-1928 im Preußischen Handelsministerium, seit 1927 Ministerialrat, 1928-1931 Finanzberater der persischen Regierung in Teheran, seit 1931 wieder im Preußischen Handelsministerium, 1933 Staats- und Reichskommissar an der Berliner Börse, seit 1935 als Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium, 1937 in das Direktorium der Reichsbank berufen, 1938 von diesem Amt zurückgetreten, seit 1938 Privatbankier in München, Kontakte zum Widerstand, nach dem 20. Juli 1944 verhaftet und bis Kriegsende im KL Ravensbrück. - Im Juli 1947 zum Direktor der Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets gewählt, lehnte die Wahl ab, seit 1948 Mitglied des Verwaltungsrats der Kreditanstalt für Wiederaufbau, 1948/1949 Leiter des Büros für die Koordinierung der Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Fragen des Marshall-Plans.

Schnitzer, Alois

Geb. 16.7.1900 in Mindelheim/Schw., gest. 4.8.1988, kath., Küfermeister, später Weingroßhändler in Traunstein, Mitglied des katholischen Jugendbundes und des Katholischen Gesellenvereins, Mitglied der Bayerischen Einwohnerwehr und des Bayerischen Heimatschutzes, 1933 Stadtrat (BVP) in Traunstein, 1935 wegen unerlaubten Besitzes militärischer Waffen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, 1944 KL Dachau. - Mitbegründer und Oktober/November 1945 Vorsitzender der CSU im Stadt- und Landkreis Traunstein, Geschäftsführer des CSU-Kreisverbands Traunstein, Stadtrat (CSU) in Traunstein.

Schnurr, Max

Geb. 1911, gest. 1973, kath., Kaufmann und Jurist, nach 1945 Treuhänder, 1930-1938 hauptamtlicher Diözesansekretär des Katholischen Jungmännerverbands in München, Mitbegründer der CSU.

Schregle, Hans

Geb. 1890, kath., Studium der Kunstgeschichte und Germanistik, Gymnasiallehrer, Promotion, SPD-Mitglied, nach 1933 von Erlangen nach Ansbach strafversetzt. - Im April 1945 von den amerikanischen Militärbehörden als Oberbürgermeister von Ansbach eingesetzt, im Oktober 1945 zum Regierungspräsidenten von Ober- und Mittelfranken berufen.

Schrott, Hans

Geb. 31.5.1891 in Neunaign/Opf., gest. 7.6.1978, kath., Gymnasiallehrer für Germanistik und neue Sprachen zuerst in Regensburg, dann in Weiden, 1925 Promotion zum Dr. phil., vor 1933 BVP-Mitglied und Ortsvorsitzender der BVP in Weiden, 1920 mit dem Vorsitz des Katholischen Männervereins Weiden betraut. - Im Oktober 1945 Mitbegründer der CSU in Weiden, seit Januar 1946 Vorsitzender, später Ehrenvorsitzender der CSU in Weiden, Mitglied des Vorstands des CSU-Kreisverbands Weiden und Delegierter zur Bezirksversammlung, Dezember 1945-1956 Oberstudiendirektor und Leiter der Oberrealschule bzw. des Kepler-Gymnasiums in Weiden.

Schubert, Alfons

Geb. 23.10.1900 in Würzburg, gest. 14.12.1987 in Würzburg, kath., Uhrmacher, seit 1928 selbständiger Kaufmann. - Mitbegründer der CSU in Würzburg, 1946-1948 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Würzburg, Delegierter zum Landesausssschuß der CSU für den Bezirksverband Unterfranken.

Schütz, Hans

Geb. 14.2.1901 in Hemmehübel (heute Tschechische Republik), gest. 24.1.1982 in München, kath., Schreinerlehre, Fortbildung an der Sozialen Volkshochschule in München, 1920 Gewerkschaftssekretär, 1921 Geschäftsführer des Christlichen Textilarbeiterverbands im Sudetenland und Herausgeber der Monatsschrift "Sudetendeutsche Arbeit", 1923-1938 Vorsitzender des Gesamtverbands der sudetendeutschen Christlichen Gewerkschaften, 1935-1938 Abgeordneter der DCSVP im tschechoslowakischen Parlament, nach 1938 Berufswechsel, 1941-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und amerikanische Kriegsgefangenschaft. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 Vorsitzender des Landesflüchtlingsausschusses der CSU, 1947 Vorsitzender der Union der Vertriebenen, in den sechziger Jahren Vorsitzender der CSA, 1946-1951 und 1962-1968 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 sozial- und volkspolitischer Referent der kirchlichen Hilfsstelle für Heimatvertriebene in München, 1948/1949 MdWR (CSU), 1949-1963 MdB (CSU), 1950-1962 Vertreter der CDU/CSU-Fraktion beim Europarat in Straßburg, 1962-1964 Staatssekretär im Bayerischen Arbeitsministerium, 1964-1966 Bayerischer Arbeitsminister, Vorsitzender der Sudetendeutschen Ackermanngemeinde.

Schulz, Heinrich

Geb. in Zeil am Main/Ufr., gest. 12.7.1977, kath., kaufmännischer Angestellter, nach 1945 Journalist, Mitbegründer des CSU-Kreisverbands Haßfurt, im Mai 1946 zum Geschäftsführer und zum Schriftführer des CSU-Kreisverbands Haßfurt bestellt, seit 1947 2. Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Haßfurt.

Schumacher, Kurt

1895-1952, Politiker, 1924-1931 MdL (SPD) in Württemberg, 1930-1933 MdR (SPD), 1933-1943 im KL, 1944 erneut vorübergehend verhaftet. - 1946-1952 SPD-Vorsitzender, 1949-1952 MdB (SPD) und Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

Schwägerl, Hans

Geb. 29.7.1901 in Waldsassen/Opf., gest. 24.9.1973 in Rehau/Ofr., kath., kaufmännische Lehre in einer Porzellanfabrik in Marktredwitz. - Nach 1945 selbständiger Kaufmann und Inhaber einer Porzellanhandlung. - Mitbegründer der CSU, 1946 Schriftführer und Vorstandsmitglied der CSU in Marktredwitz, langjähriger Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Wunsiedel und dessen Ehrenvorsitzender, 1946 MdVLV (CSU), 1950 MdL (CSU), 1946-1948 und 1972/1973 Kreisrat (CSU) in Wunsiedel, 1948-1973 Stadtrat (CSU) in Marktredwitz, 1959/1960 2. Bürgermeister von Marktredwitz.

Schwalber, Josef

Geb. 19.3.1902 in Fürstenfeldbruck/Obb., gest. 16.8.1969, kath., Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft in München, 1927 Promotion zum Dr. oec. publ., 1928 Staatsexamen für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst, 1929-1945 Rechtsanwalt in Dachau, bis 1933 Stadtrat (BVP) und Bezirksrat (BVP) in Dachau, 1933 vorübergehend verhaftet, 1943-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU, 1947-1952 Mitglied des Landesvorstands der CSU, stellvertretender Landrat, dann Landrat in Dachau, 1945-1947 1. Bürgermeister von Dachau, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU), 1948/1949 MdPR (CSU), 1947-1950 Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium, 1951-1954 Bayerischer Kultusminister.

Schwappacher, Friedrich

Geb. 5.7.1885 in Bamberg/Ofr., gest. 8.3.1979 in Bad Reichenhall/Obb., Kaufmann und Kurdirektor, Geschäftsführer der CSU-Kreisverbände Berchtesgaden und Bad Reichenhall, Schriftführer des CSU-Kreisverbands Bad Reichenhall.

Schwarzer, Rudolf

Geb. 3.3.1879 in Koritschau/Österreich, gest. 26.2.1964 in München, kath., nach Schreinerlehre Fortbildung an einer Fachschule und bis 1905 in seinem Beruf tätig, seitdem Gewerkschaftssekretär, 1899-1901 Militärdienst, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende Vorsitzender im Süddeutschen Verband katholischer Arbeitervereine, 1918/1919 MdL (BVP), 1919/1920 MdVNV (BVP), 1920-1933 MdR (BVP), 1933 und 1944 vorübergehend verhaftet, 1944 KL Dachau, bis 1945 in der eigenen Immobilienfirma tätig. - Mitbegründer der CSU in München und Vorsitzender eines Ortsverbands, 1945-1948 Stadtrat (CSU) in München, langjähriges Mitglied und 1945-1949 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Witwen- und Waisenkasse des Reichs- und Staatsdienstpersonals der Allgemeinen Lebensversicherungs AG.

Schweiger, Andreas

Geb. 20.1.1878 in Ismaning/Obb., gest. 17.1.1953, kath., Metzgermeister, Gast- und Landwirt, 1919-1933 Gemeinderat (BBB) in Ismaning. - Nach 1945 Ortsbeauftragter für Landwirtschaft in Ismaning und Leiter des Ernährungsamts A für München-Land, 1946 2. Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberbayern und 2. Vorsitzender des BBV in Oberbayern, 1946-1952 1. Bürgermeister von Ismaning.

Schweizer, Albert Charles

1900-1949, US-amerikanischer Architekt und Stadtplaner, seit 1943 Mitglied der European Civil Administration Division (Captain bzw. Major), 1945 Administration Officer im Regierungsbezirk Schwaben, dann Chief Administrator für die Local Military Governments, 1946-1949 Direktor der Civil Administration Division der amerikanischen Militärregierung in Bayern, 1949 Direktor der Political Affairs Division beim Landeskommissar für Bayern.

Schwend, Karl

Geb. 30.5.1890 in Bayreuth, gest. 24.2.1968 in München, kath., zunächst Laufbahn als Berufsoffizier, 1911 Leutnant, Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Kompaniechef und Bataillonskommandeur, nach Kriegsende Jura- und Geschichtsstudium in München, Mitbegründer der BVP, 1920-1933 Chefredakteur der "Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz", Vorsitzender des Landesverbands der Bayerischen Volksparteipresse, zusammen mit Anton Pfeiffer Schriftleiter der "Politischen Zeitfragen", nach 1933 vorübergehend stellungslos, seit 1937 Aufbau des Werkschutzes bei den Dornier-Werken und bis 1945 deren 1. Sicherheitsbeauftragter, seit 1940 NSDAP-Mitglied. - Seit Mai 1947 in der Bayerischen Staatskanzlei tätig, Leiter der Abteilung Innenpolitik, seit 1948 stellvertretender Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, 1949-1954 Leiter der Bayerischen Staatskanzlei im Range eines Ministerialdirektors, 1952-1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1958 Generalsekretär der Akademie der bildenden Künste in München.

Schwingenstein, August

Geb. 9.3.1881 in Memmingen/Schw., gest. 5.11.1968 in Hausham/Obb., kath., nach dem Ersten Weltkrieg Verlags- und Schriftleitung des "Iller-Roth-Günzboten" in Illertissen,

dann Journalist im Bayerischen Landtag und Gründer der Pressestelle des BBMB, seit 1919 für diese Partei tätig, nach 1933 entlassen und 1935 vorübergehend verhaftet, erwarb 1939 von der Verlagsanstalt Manz in München deren Romanverlag, Kontakte zu Widerstandskreisen. - Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1946 stellvertretender Vorsitzender des Agrarpolitischen Ausschusses der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1948 MdL (CSU), 1945-1952 Lizenzträger und Mitherausgeber der "Süddeutschen Zeitung".

Sedlmayr, Lorenz

Geb. 7.4.1887 in Moorenweis/Obb., gest. 14.2.1971, kath., Buchbindergehilfe, 1907/1908 Weiterbildung an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Elberfeld, seit 1911 Verbandssekretär des Graphischen Zentralverbands in Köln, 1916-1919 Stadtverordneter (Zentrum) in Köln, danach in München tätig, seit 1921 Schriftleiter der Verbandszeitung des Bayerischen Postverbands, Post- und Telegraphenbeamter, 1927-1933 Redakteur der "Deutschen Post", 1928-1933 Vorstandsmitglied des Reichsbeamtenbeirats des Zentrums. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 3. Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, 1946-1950 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1948 Mitinitiator des Wirtschaftsbeirats der Union e.V., seit 1950 Mitherausgeber des "Bayernkurier", 1946 MdVLV (CSU) und deren Vizepräsident, Januar-September 1947 Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium, 1947-1950 Staatssekretär im Bayerischen Verkehrsministerium, 1948/1949 Vorsitzender des Ausschusses für Post- und Fernmeldewesen des Länderrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, Mitglied des Vorstands der Fachgruppe Post im BGB.

Seelos, Gebhard

Geb. 13.3.1901 in München, gest. 18.12.1984 in Seehausen/Obb., kath., nach kaufmännischer Lehre Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, Diplom-Volkswirt, Promotion zum Dr. jur., 1925 Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1927-1931 Attaché und Legationssekretär an der Botschaft in Madrid, 1931-1935 Vizekonsul in Sidney, 1935-1937 Legationssekretär an der Botschaft in Warschau, anschließend im Auswärtigen Amt tätig, 1939 Konsul in Lemberg, 1940-1942 Gesandtschaftsrat in Kopenhagen, 1944 aus politischen Gründen entlassen, bis 1945 Angehöriger einer Dolmetscherkompanie, Kontakte zum bayerischen Widerstand. - 1945-1949 Bayerischer Bevollmächtigter beim Länderrat in Stuttgart, seit 1947 Mitglied des Exekutivrats und Bayerischer Bevollmächtigter beim Vereinigten Wirtschaftsgebiet in Frankfurt, zum Staatsrat ernannt, seit 1949 BP-Mitglied, 1949-1951 MdB (BP) und Vorsitzender der BP-Fraktion, 1952 aus der BP ausgeschlossen, Rückkehr in den diplomatischen Dienst, 1953-1955 Generalkonsul in Istanbul, 1955-1958 Gesandter bzw. Botschafter in Portugal, 1958-1961 Botschafter in Griechenland, 1962-1966 Botschafter in Brasilien.

Seidel, Hanns

Geb. 12.10.1901 in Schweinheim/Ufr., gest. 5.8.1961 in München, kath., Studium der Rechtswissenschaften, Volkswirtschaft und Germanistik in Würzburg, Freiburg i.Br. und Jena, 1929 Promotion zum Dr. jur., anschließend Rechtsanwalt in Aschaffenburg, seit 1932 BVP-Mitglied, nach 1933 Konflikte mit dem NS-Regime, kurzzeitige Emigration, 1940-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU in Aschaffenburg, 1947-1961 Mitglied des Landesvorstands und 1955-1961 Mitglied des geschäftsführenden

Landesvorstands der CSU, 1955-1961 Landesvorsitzender der CSU, 1945-1947 Landrat in Aschaffenburg, September 1947-1954 Bayerischer Wirtschaftsminister bzw. seit 1952 Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, 1948/1949 Mitglied im ERP-Ausschuß des Länderrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, Oktober 1957-Januar 1960 Bayerischer Ministerpräsident, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1961 MdL (CSU).

Seifried, Josef

Geb. 9.5.1892 in München, gest. 8.7.1962 in München, kath., Tätigkeit im Zeitungswesen, seit 1919 leitende Funktionen in der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung in Südbayern, 1928-1933 MdL (SPD), nach 1933 vorübergehend verhaftet und aus politischen Gründen verfolgt. - 1945 aktiv am Wiederaufbau der Gewerkschaften und der SPD in Bayern beteiligt, Stadtrat (SPD) in München, 1946 MdVLV (SPD), 1946-1950 MdL (SPD), 1948 MdPR (SPD), 1946/1947 Bayerischer Innenminister.

Semler, Johannes

Geb. 16.12.1898 in Hamburg, gest. 31.1.1973 in München, ev., Studium der Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft in Freiburg i.Br., Kiel und Berlin, 1. und 2. juristische Staatsprüfung, Promotion zum Dr. jur., Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1924 Rechtsanwalt in Hamburg und Rechtsberater verschiedener wirtschaftlicher Unternehmen, 1930-1946 Vorstandsmitglied der Deutschen Warentreuhandgesellschaft AG in Hamburg, in deren Aufsichtsrat er 1947 gewählt wurde, 1932 Ernennung zum öffentlich bestellten Wirtschaftsprüfer, seitdem Berater namhafter Industrieunternehmen und Mitglied bzw. Vorsitzender in verschiedenen Aufsichtsräten. - Mitbegründer der CSU, 1946 Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der CSU, 1946/1947 Mitglied des Landesvorstands der CSU, von Landesbischof Meiser autorisierter Vertreter der evangelischen Interessen in der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1947 MdWR (CSU), August 1947-Januar 1948 Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, wegen Angriffen gegen die Wirtschafts- und Ernährungspolitik der Alliierten seines Amtes enthoben, 1950-1953 MdB (CSU), Mitglied der deutschen Delegation der Beratenden Versammlung des Europarats und Mitglied des europäischen Verfassungsausschusses, Vizepräsident des deutschen Rats der europäischen Bewegung, seit 1953 erneut als Wirtschaftsberater tätig.

Severing, Carl

1875-1952, Schlosser und Politiker, 1907-1912 und 1920-1933 MdR (SPD), 1919/1920 MdVNV, 1919-1933 MdL (SPD) in Preußen, 1920-1926 und 1930-1932 Preußischer Innenminister, 1928-1930 Reichsinnenminister. - 1947-1950 MdL (SPD) in Nordrhein-Westfalen.

Simpfendörfer, Wilhelm

1888-1973, Lehrer und Politiker, 1929-1933 Mitglied des Reichsvorstands des CSVD, 1930-1933 MdR (CSVD) und Vorsitzender der CSVD-Reichstagsfraktion. - Mitbegründer der CDU in Nordwürttemberg, 1946-1960 MdVLV (CDU) bzw. MdL (CDU) in Württemberg-Baden und Baden-Württemberg, 1946/1947 Kultusminister in Württemberg-Baden, 1953-1958 Kultusminister in Baden-Württemberg, 1948-1958 Vorsitzender der CDU Nordwürttemberg.

Söllner, Alwin Karl

Geb. 21.2.1914 in Hof/Ofr., ev., Schriftsetzer, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, Geschäftsführer des CSU-Kreisverbands Hof.

Speicher, Rosine

Geb. 4.3.1884 in Wolframs-Eschenbach/Mfr., gest. 2.2.1967 in Erlangen/Mfr., kath., seit 1919 politisch aktiv, Kandidatur in der Rheinpfalz für den Land- und Reichstag, 1920/1921 Stadträtin (SPD) in Ludwigshafen, im Januar 1921 Austritt aus der SPD und der SPD-Stadtratsfraktion, im Februar 1921 Aufgabe des Stadtratsmandats, 1921 in Nürnberg Gründung der "Nürnberger Hausfrauenzeitung", 1924 Vorsitzende des Nürnberger Hausfrauenbundes, nach 1933 mehrfach vorübergehend verhaftet und politisch verfolgt, Übersiedlung nach Wien. - 1946 Delegierte zum Landesausschuß der CSU, wieder Vorsitzende des Hausfrauenbundes in Nürnberg, 1962 Rücktritt und Ehrenvorsitz, 1945-1957 Herausgeberin der "Frauenwelt".

Sporer, Ludwig

Geb. 8.4.1884 in München, gest. 6.1.1963, Architekt und Diplomingenieur, nach dem Ersten Weltkrieg mit der Kraftfahrtausbildung und der Organisation des Fahrschulwesens in Bayern betraut, April-Juli 1933 Stadtrat (BVP) in München. - Leitete die Neugründung des ADAC ein, 1946-1948 Präsident, 1948-1963 Ehrenpräsident des ADAC, nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, 1946-1948 Stadtrat (CSU) in München.

Spreti, Karl Graf von

Geb. 21.5.1907 auf Schloß Kapfing bei Landshut, gest. April 1970, kath., 1930-1934 Studium der Architektur in München, Ulm und Berlin, anschließend Architekt im In- und Ausland, vor 1933 Mitglied der volkskonservativen Bewegung, später der BVP, 1939/1940 und 1944/1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und amerikanische Kriegsgefangenschaft. - Nach seiner Entlassung Architekt in Lindau am Bodensee, CSU-Mitglied, seit 1947 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Lindau, seit 1948 Stadtrat (CSU) in Lindau, 1949-1956 MdB (CSU), 1953-1956 Delegierter beim Europarat, 1956 Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1956-1959 Botschafter in Luxemburg, 1959-1963 auf Kuba, 1963-1965 in Jordanien, 1965/1966 im Auswärtigen Amt in Bonn tätig, 1966-1968 Botschafter in der Dominikanischen Republik, 1968-1970 in Guatemala, am 31. März 1970 von Guerillas entführt und am 5. oder 6. April 1970 ermordet.

Staab, Otto

Geb. 1895 im Elsaß, gest. 26.9.1960 in Nürnberg, kath., Lehrer, später Rektor und Schulrat, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1946-1948 Stadtrat (CSU) in Nürnberg, Mitglied in den Ausschüssen für Beamte und Angestellte sowie für kirchliche Angelegenheiten und Schule der CSU in Nürnberg, Spruchkammerbeisitzer, Vorsitzender der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit.

Stalin, Josef Wissarionowitsch

1879-1953, sowjetischer Politiker, 1917-1923 Volkskommissar für Nationalitätenfragen, seit 1922 Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, nach dem Tod Lenins 1924 dessen Nachfolger in der Leitung der Partei, Vorsitzender des Ministerrats der Sowjetunion.

Stang, Georg

Geb. 20.2.1880 in Amorbach/Ufr., gest. 10.5.1951, kath., Studium der klassischen Philologie und Geschichte in Würzburg, 1902/1903 Staatsexamina für das höhere Lehramt,

Gymnasiallehrer in Amorbach, Hof, Würzburg und München, 1917/1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1912-1933 MdL (bis 1918 Zentrum, dann BVP), 1919-1929 stellvertretender Vorsitzender der BVP-Landtagsfraktion, 1929-1933 Präsident des Bayerischen Landtags, Ehrendoktorwürde der Universität Würzburg, nach 1933 mehrmals vorübergehend verhaftet. - Seit 1945 Landrat in Kaufbeuren, 1946-1951 MdL (CSU), 1950/1951 dessen Präsident, nach 1945 Oberstudiendirektor am Wilhelmsgymnasium in München.

Staudinger, Karl

Geb. 27.8.1878 in Regensburg, gest. 6.2.1964 in Regensburg, kath., Lehrer, 1912-1924 Stadtrat in Regensburg, 1935-1942 Mitglied im NS-Lehrerbund. - Seit Juli 1945 Leiter des städtischen Wohnungsamts in Regensburg, 1949 von einer Regensburger Spruchkammer als vom Befreiungsgesetz nicht betroffen erklärt, 1947-1949 Oberstadtschulrat in Regensburg, Mitglied des Kulturpolitischen Ausschusses der CSU, 1946-1956 Stadtrat (CSU) in Regensburg.

Steber, Franz

Geb. 1904, gest. 1983, kath., 1922-1926 Landessekretär der Katholischen Jungmännervereine in Bayern, seit 1926 Mitarbeiter im Jugendhaus Düsseldorf, der Zentrale des Katholischen Jungmännerverbands, vor 1933 Reichsführer der Sturmschar, 1937 vom Volksgerichtshof zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. - Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1946-1948 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 Vorsitzender des Jugendausschusses der CSU, Mitbegründer der JU in Bayern und in Deutschland, 1947 Mitglied des Vorstands der JU Bayern, 1945 Mitbegründer der Katholischen Jungen Mannschaft in München, 1949 Direktor des Bayerischen Jugendsozialwerks, 1955-1965 Sozialreferent im Jugendhaus Düsseldorf.

Stegerwald, Adam

Geb. 14.12.1874 in Greußenheim/Ufr., gest. 3.12.1945 in Würzburg, kath., Schreinerlehre, Besuch der gewerblichen Fortbildungsschulen in Stuttgart und München, 1900/1901 und 1903-1905 volkswirtschaftliche und staatswissenschaftliche Studien in München und Köln, 1899 Mitbegründer des Zentralverbands Christlicher Holzarbeiter und bis 1903 dessen Vorsitzender, seit 1908 internationaler Sekretär der Christlichen Arbeiterorganisationen, 1902-1929 Leiter des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften und 1919-1929 Leiter des christlich-nationalen DGB, 1916 in die Führung des Kriegsernährungsamts und 1917 in das Preußische Herrenhaus berufen, 1919-1921 MdL (Zentrum) in Preußen, 1919/1920 MdVNV (Zentrum), 1920-1933 MdR (Zentrum), 1929 Vorsitzender der Zentrumsfraktion, 1919-1921 Preußischer Minister für Volkswohlfahrt, April-November 1921 Preußischer Ministerpräsident, 1929/1930 Reichsverkehrsminister, 1930-1932 Reichsarbeitsminister, Ehrendoktorwürde der Universität Bonn, 1944 vorübergehend verhaftet. - Mitbegründer der CSU in Würzburg, 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zum Regierungspräsidenten von Unterfranken ernannt.

Stegerwald, Wilhelm

Geb. 16.5.1916 in Köln, kath., Sohn Adam Stegerwalds, humanistisches Gymnasium und höhere Handelsschule, anschließend bei der "Terra" Spar- und Lebensversicherungs AG tätig, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, nach schwerer Verwundung Mathematikstudium. - Nach 1945 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Füssen, 1945/1946 Leiter der AOK-Verwaltungsstelle Füssen, stellvertretender Vorsitzender der Spruchkammer Füssen, Kreisrat

(CSU) in Füssen, 1946-1948 Landrat in Neumarkt/Opf., 1946-1949 MdL (CSU), Wechsel in den diplomatischen Dienst und an der deutschen Botschaft in Südafrika tätig.

Stein, Erwin

1903, Jurist und Politiker, 1933 Staatsanwalt und Richter im hessischen Justizdienst, 1943-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und Kriegsgefangenschaft. - 1945 Rechtsanwalt und Notar in Offenbach, 1946-1951 MdL (CDU) in Hessen, 1947-1950 Hessischer Kultus- und seit 1949 Justizminister, 1950-1971 Richter am Bundesverfassungsgericht.

Stein, Otto

Geb. 10.7.1893 in Würzburg, gest. 25.9.1980, nach 1945 zunächst CSU-Mitglied, nach innerparteilichen Querelen jedoch bald wieder ausgetreten und Mitglied der Wählergemeinschaft Wiederaufbau Würzburg, 1946-1966 Stadtrat in Würzburg, 1952-1956 3. Bürgermeister von Würzburg.

Steltzer, Theodor

1885-1967, Offizier und Politiker, 1907-1909 Studium der Volkswirtschaft, 1909-1918 Berufsoffizier, 1920-1933 Landrat in Rendsburg, seit 1939 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, Mitglied des Kreisauer Kreises, im Januar 1945 verhaftet und wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilt. - Mitbegründer der CDU, 1945-1947 Ober- bzw. Ministerpräsident von Schleswig-Holstein.

Stiller, Walter

Geb. 1.2.1914 in Graslitz (heute Tschechische Republik), gest. 12.12.1991, nach 1945 CSU-Mitglied, Geschäftsführer des CSU-Kreisverbands Wasserburg und Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, Delegierter zum Landesausschuß der CSU, im April 1947 zum Vorsitzenden des Bezirksflüchtlingsausschusses Oberbayern gewählt, Kreisrat (CSU) in Wasserburg.

Stock, Jean

Geb. 7.6.1893 in Gelnhausen/Hessen, gest. 13.1.1965 in Aschaffenburg/Ufr., konfessionslos, Buchdruckermeister, seit 1911 Mitglied des freigewerkschaftlichen Buchdruckerverbands und SPD-Mitglied, 1917 Übertritt zur USPD, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1918 Arbeitersekretär der Freien Gewerkschaften, seit 1919 Stadtrat in Aschaffenburg, 1920-1924 MdL (SPD bzw. USPD), 1922-1933 Geschäftsführer der "Aschaffenburger Volkszeitung", 1933 Gründung einer eigenen Druckerei, nach 1933 mehrfach vorübergehend verhaftet. - 1945 Oberbürgermeister und Landrat in Aschaffenburg und Alzenau, seit 1946 erneut Stadtrat (SPD) in Aschaffenburg, im Dezember 1945 zum Regierungspräsidenten von Unterfranken ernannt, 1946 MdVLV (SPD), 1946-1962 MdL (SPD), 1946-1950 Vorsitzender und 1950-1958 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, 1947-1949 Mitglied des Parlamentarischen Rats des Länderrats der US-Zone und dessen Schriftführer, 1948/1949 MdPR (SPD).

Strathmann, Hermann

Geb. 30.8.1882 in Opherdicke/Westfalen, gest. 30.11.1966 in Erlangen/Mfr., ev., Studium der ev. Theologie in Tübingen, Halle und Bonn, 1910 Habilitation und Inspektor des theologischen Stiftes in Bonn, 1910-1915 Privatdozent an der Universität Bonn, 1915/1916 außerordentlicher Professor an der Universität Heidelberg, 1916 ordentlicher Professor an der Universität Rostock, 1918 ordentlicher Professor für ev. Theologie an der Uni-

versität Erlangen, 1915-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Feldgeistlicher , 1919/ 1920 MdL (Bayerische Mittelpartei), 1920-1933 MdR (bis 1924 Bayerische Mittelpartei, bis 1930 DNVP, dann CSVD). - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946/1947 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946-1950 MdL (CSU), der Bayerische Verfassungsgerichtshof erkannte aufgrund eines Einspruchs der amerikanischen Militärregierung im September 1947 Strathmann das Mandat ab, hob seine Entscheidung jedoch im März 1949 wieder auf, 1946 von seiner Lehrtätigkeit suspendiert, 1947 entlassen, 1948 rehabilitiert und im selben Jahr emeritiert.

Straub, Johannes

Geb. 18.10.1912 in Ulm, kath., Studium der klassischen Philologie und Geschichte in Tübingen und Berlin, Mitglied im Windthorst-Bund und in der Studentenorganisation des Zentrums, Promotion und Habilitation in Berlin, 1943 Dozent an der Universität Berlin, 1944 außerordentlicher Professor, 1946 ordentlicher Professor für Alte Geschichte an der Universität Erlangen, 1953 ordentlicher Professor an der Universität Bonn.

Strauß, Franz Josef

Geb. 6.9.1915 in München, gest. 3.10.1988 in Regensburg, kath., 1936-1941 Studium der klassischen Philologie, Germanistik, Geschichte, Archäologie und Volkswirtschaft in München, 1. und 2. Staatsexamen für das höhere Lehramt, 1943 Studienrat, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Oberleutnant), April-Juni 1945 amerikanische Kriegsgefangenschaft. - Mitbegründer der CSU in Schongau, 1946 stellvertretender Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Schongau, 1946-1988 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands bzw. Präsidiums der CSU, 1948-1952 Generalsekretär der CSU, 1952-1961 stellvertretender Vorsitzender, 1961-1988 Vorsitzender der CSU, 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zum stellvertretenden Landrat in Schongau ernannt, 1946-1948 Landrat in Schongau, Jugendreferent im Bayerischen Kultusministerium, 1948 Oberregierungsrat im Bayerischen Innenministerium und Leiter des Bayerischen Landesjugendamts, 1948/1949 MdWR (CSU), 1949-1978 MdB (CSU), 1953-1957 und 1963-1966 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und zugleich stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1953-1955 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1955/1956 Bundesminister für Atomfragen, 1956-1962 Bundesverteidigungsminister, 1966-1969 Bundesfinanzminister, 1978-1988 MdL (CSU), 1978-1988 Bayerischer Ministerpräsident, 1980 Kanzlerkandidat der CDU/CSU.

Strauß, Walter

1900-1976, Jurist und Politiker, 1928-1935 Referent im Reichswirtschaftsministerium, 1935 zwangsweise in den Ruhestand versetzt. - Mitbegründer der CDU in Berlin, 1946/ 1947 Staatssekretär im Hessischen Justizministerium, 1947/1948 stellvertretender Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, 1948/1949 Leiter des Rechtsamts des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, 1948/1949 MdPR (CDU), 1949-1963 Staatssekretär im Bundesjustizministerium, 1963-1970 Richter am Europäischen Gerichtshof.

Streicher, Julius

1885-1946, Lehrer und Politiker, 1919 Mitbegründer der Deutsch-Sozialen Partei, seit 1921 NSDAP-Mitglied, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1923-1945 Herausgeber des von ihm gegründeten "Stürmer", 1925-1940 Gauleiter in Franken, 1924-1932 MdL (NSDAP), 1932-1945 MdR (NSDAP). - 1946 im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß zum Tode verurteilt und am 16.10.1946 hingerichtet.

Strenkert, Paul

Geb. 9.1.1899 in Oedheim/Württemberg, gest. 1.12.1989, kath., 1913-1930 Bergmann im Steinsalzbergbau, Weiterbildung an der christlichen Gewerkschaftsschule und 1928/1929 an der Katholischen Sozialen Volkshochschule, Teilnahme am Ersten und Zweiten Weltkrieg, Kriegsgefangenschaft, seit dem Ersten Weltkrieg in der katholischen Jugend-, Arbeiter- und der christlichen Gewerkschaftsbewegung engagiert, seit 1918 Mitglied des Zentrums bzw. der BVP, 1932/1933 Stadtrat (BVP) in Kempten, 1930-1933 Arbeiter- und Diözesansekretär in der Diözese Augsburg, nach 1933 vorübergehend verhaftet und seiner Stellung enthoben. - Mitbegründer der CSU, 1952-1967 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1945-1962 erneut Stadtrat (CSU) in Kempten, 1950-1966 MdL (CSU), 1957-1962 Staatssekretär im Bayerischen Arbeitsministerium, 1962-1964 Bayerischer Arbeitsminister, 1946-1957 Arbeiter- und Diözesansekretär in der Diözese Augsburg, nach 1945 beteiligt am Aufbau der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen sowie an der Gründung des BGB und des DGB, 1950-1957 Mitglied im Vorstand der Landesversicherungsanstalt Schwaben in Augsburg und Vorstandsvorsitzender der AOK Kempten, 1953 und 1957 Präsident des Allgäuer Katholikentags, 1958 Vizepräsident des 78. Deutschen Katholikentags in Berlin.

Stücklen, Georg

Geb. 24.7.1875 in Nürnberg, gest. 5.3.1956 in Heideck/Mfr., kath., Schlosser, als Geselle in verschiedenen Werkstätten tätig, Meisterprüfung, 1898 Übernahme einer Schlosserei, 1915-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1922-1933 Bürgermeister von Heideck, nach 1933 vorübergehend verhaftet und bis 1945 unter Polizeiaufsicht. - Mitbegründer und Kreisvorsitzender der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU) und dessen Alterspräsident, 1945-1948 Bürgermeister von Heideck, stellvertretender Landrat und Kreisrat (CSU) in Hilpoltstein.

Stücklen, Richard

Geb. 20.8.1916 in Heideck/Mfr., kath., Sohn Georg Stücklens, Lehre im Elektrohandwerk und Gesellenprüfung, anschließend Studium der Ingenieurwissenschaften (Elektrotechnik), 1936 zum Arbeitsdienst eingezogen, bis 1942 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, dann in der Elektroindustrie dienstverpflichtet, 1944 Abschluß des Studiums (Elektroingenieur) und Abteilungsleiter in einem Betrieb der AEG in Freiberg/Sachsen. - Mitbegründer der CSU und der JU Mittelfranken, seit 1950 Mitglied des Landesvorstands sowie 1953-1955 und seit 1967 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands bzw. Präsidiums der CSU, 1949-1990 MdB (CSU), 1953-1957 stellvertretender Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und der CDU/CSU-Fraktion, 1966-1976 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1976-1979 und 1983-1990 Vizepräsident des Deutschen Bundestags, 1979-1983 Bundestagspräsident, 1957-1966 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen.

Stürmann, Josef

Geb. 1906 in Münster, gest. 1.1.1959, kath., Studium der Philosophie und Psychologie, 1928 Promotion zum Dr. phil., seit 1932 wissenschaftlicher Assistent (Psychologie) an der Universität München, vor 1933 Landesleiter der katholischen Studentenschaft der BVP, nach 1933 Habilitationsverbot und wiederholt vorübergehend verhaftet, 1944 KL Dachau, Mitglied des monarchistischen Widerstandes in Bayern, 1933-1945 in kaufmännischen Berufen tätig. - 1948-1950 MdL (CSU), 1945/1946 geschäftsführender Präsident des BRK,

1947 Habilitation, im selben Jahr zum Universitätsdozenten und außerplanmäßigen Professor für Philosophie an der Universität München ernannt, 1957 beamteter außerordentlicher Professor in München.

Stützel, Karl

1872-1944, Jurist und BVP-Politiker, nach Jurastudium und Promotion im bayerischen Staatsdienst tätig, 1920 Ministerialrat im Staatsministerium für soziale Fürsorge, Bayerischer Staatskommissar für das Hilfswerk Oppau, 1924-1933 Bayerischer Innenminister.

Sturm, Joseph

Geb. 5.2.1888 in Thürnthenning/Ndb., gest. 24.9.1962 in Greßlsbach, kath., seit 1914 Landwirt in Greßlsbach, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Mitglied der Bezirksbauernkammer Dingolfing, Bezirksobmann der Bayerischen Christlichen Bauernvereine, seit 1919 Gemeinderat in Thürnthenning, seit 1928 Bezirksrat in Dingolfing, 1932/1933 MdR (BVP), 1933 und 1944 vorübergehend verhaftet, 1944 Arbeitseinsatz in einer Landshuter Fabrik. - 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zum Bürgermeister von Thürnthenning ernannt, Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Gründungspräsident des BBV, 1946-1962 Kreisrat (CSU) in Dingolfing, 1947-1962 MdS.

Sühler, Adam

Geb. 25.3.1889 in Lindau/Ofr., gest. 27.1.1964, ev., 1903-1905 Landwirtschaftsschule in Wunsiedel, 1907-1910 Militärdienst, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Übernahme des elterlichen Hofes, den er bis 1952 bewirtschaftete, stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Landbundes, 1928-1932 MdL (Bayerischer Landbund), 1925 1. Bürgermeister von Lindau/Ofr., Mitglied der Bezirksbauernkammer Kulmbach-Land und der Kreisbauernkammer Oberfranken, ehrenamtliches Mitglied des Finanzgerichts und des Oberbewertungsausschusses beim Landesfinanzamt Nürnberg, 1922-1928 Sachverständiger der Steuerkommission der Bayerischen Landesbauernkammer, Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrats, nach 1933 aller Ämter enthoben. - Seit 1945 CSU-Mitglied, 1946-1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1949 MdL (CSU) und Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, 1950-1963 MdS, 1952-1958 als Schriftführer Mitglied des Senatspräsidiums, 1958-1961 Vertreter des Senats im Rundfunkrat, September 1947-1950 Staatssekretär im Bayerischen Landwirtschaftsministerium, nach 1945 erneut Bürgermeister von Lindau/Ofr., 1947 Landrat, 1946-1958 Präsident, später Ehrenpräsident des BBV in Oberfranken.

Temmel, Andreas

Geb. 26.10.1891 in Steinach/Ndb., gest. 5.12.1949, kath., Bankbeamter, vor 1933 BVP-Mitglied. - 1945 von den amerikanischen Militärbehörden als Oberbürgermeister von Straubing eingesetzt, Mitbegründer der CSU in Straubing und Kassier des CSU-Kreisverbands Straubing, Direktor der Gewerbebank Straubing.

Thierfelder, Franz

Geb. 24.4.1896 in Deutschenbora/Sachsen, gest. 23.4.1963 in Dachau/Obb., ev., Fürstenschule in Meißen und Studium in Leipzig, Promotion zum Dr. phil. und Dr. rer. pol., 1923-1926 politischer Redakteur in Beuthen, Kattowitz, Goslar und Dresden, seit 1926 Referent bei der Deutschen Akademie in München, 1931-1937 deren Generalsekretär, 1937 Rücktritt aus politischen Gründen, bis 1945 freier Schriftsteller, Veröffentlichungs-

verbot, 1943 Vermögen durch die Gestapo beschlagnahmt. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 stellvertretender Vorsitzender des Jugendausschusses der CSU, 1946 MdVLV (CSU), kommissarischer Generalsekretär der Deutschen Akademie in München, Syndikus der Universität München und der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, außerordentliches Mitglied der Historischen Kommission in München, 1949/1950 Referent im Hessischen Kultusministerium, 1951-1960 Generalsekretär des Stuttgarter Instituts für Auslandsbeziehungen.

Thomas, Georg

1890-1946, Berufsoffizier (General der Infanterie), Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende in die Reichswehr übernommen, 1935 Chef der Amtsgruppe Wehrwirtschaftsstab im Oberkommando des Heeres, 1939-1942 Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts, nach dem 20. Juli 1944 wegen angeblicher Kontakte zum Widerstand verhaftet und bis Kriegsende in Haft.

Thomas, Otto

Geb. 12.6.1907 in Erbendorf/Opf., gest. 2.8.1973, kath., 1922-1925 Schreinerlehre, 1925-1936 Geselle, dann Meisterprüfung, seit 1938 selbständiger Gewerbetreibender im Möbelfachhandel, 1940/1941 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1945-1953 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Neustadt an der Waldnaab, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, nach 1945 freiberuflicher Werksvertreter, 1953 Aushilfsangestellter, 1960-1963 Angestellter beim Ausgleichsamt Neustadt an der Waldnaab, 1964-1970 Angestellter beim Landkreis Neustadt an der Waldnaab.

Timm, Johannes

Geb. 13.4.1866 in Schashagen/Holstein, gest. im Dezember 1945, Schneiderlehre, 1891-1898 Angestellter bei der Berliner Filiale des Deutschen Schneider- und Schneiderinnenverbands, seit 1898 Arbeitersekretär in München, seit 1911 Geschäftsleiter des Arbeiter- und Gewerkschaftssekretariats München und Vorsitzender des Gewerkschaftsvereins München, 1904-1919 Vorsitzender des Bezirks Südbayern der SPD, 1905-1933 MdL (SPD) und zeitweise Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, 1918/1919 Bayerischer Justizminister, 1920-1931 Leiter der Landesabteilung Bayern der Reichszentrale für Heimatdienst. - 1945 an der Wiedergründung der SPD in Bayern beteiligt.

Tresckow, Henning von

1901-1944, Berufsoffizier (Oberst), Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende Börsenmakler, 1924 Eintritt in die Reichswehr, nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs Generalstabsoffizier bei verschiedenen Verbänden, führendes Mitglied der Militäropposition gegen den Nationalsozialismus und Planer mehrerer Attentate, beging nach dem Scheitern des Attentats am 20. Juli 1944 Selbstmord.

Trettenbach, Martin

Geb. 13.11.1891 in Kempten/Schw., gest. 30.10.1971, kurzzeitig Besuch der Handelshochschule in München, bis 1933 Geschäftsführer einer Landkrankenkasse und des Landesverbands der bayerischen Landkrankenkassen, vor 1933 BVP-Mitglied und Mitglied des Wirtschaftsbeirats der BVP, nach 1933 entlassen, bis 1941 Vertreter der Firma Kaut-Bullinger & Co. in München, später Geschäftsführer des Reichsverbands der Betriebskrankenkassen. - Mitbegründer und bis 1950 Kreisvorsitzender der CSU in Pfaffenhofen an

der Ilm, 1952-1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, bis 1949 Stadtrat (CSU) in Pfaffenhofen an der Ilm, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU), Geschäftsführer des Landesverbands der Betriebskrankenkassen in Bayern.

Ulrich, Fidelis

Geb. 22.9.1876 in Fürth/Mfr., gest. 5.8.1958, kath., Glasarbeiter, 1910-1912 Mesner der Kirche St. Heinrich in Fürth, 1912-1938 und während des Zweiten Weltkriegs Mesner an der Stadtpfarrkirche Zu unserer Lieben Frau in Fürth, 1899 Mitbegründer und Vorsitzender des Katholischen Werkvolks in Fürth, Leiter des Katholischen Arbeitervereins, 1901 Mitbegründer des Christlichen Keramik-Arbeiterverbands und dessen Vorsitzender in Fürth. - Mitbegründer der CSU in Fürth, Armenrat, Laienrichter und Jugendpfleger in Fürth, Vorsitzender des Bezirksfürsorgeverbands.

Vacca, Peter

Intelligence Offizier (Major), 1945-1947 Leiter der Intelligence Branch der amerikanischen Militärregierung in Bayern, 1947-1949 Leiter der Intelligence Division bzw. der Intelligence Branch der amerikanischen Militärregierung in Württemberg-Baden.

Voretzsch, Ernst-Arthur

Geb. 13.8.1868 in Lucka/Sachsen-Altenburg, gest. 17.5.1965, ev., 1889-1892 Jurastudium in Göttingen und Berlin, 1892 Kammergerichtsreferendar, 1893/1894 juristischer Vorbereitungsdienst, 1893 Promotion zum Dr. jur., 1895 Regierungsreferendar, 1898 Regierungsassessor, 1899 Aspirant im höheren Konsulardienst im Auswärtigen Amt, 1901 am Generalkonsulat in Kalkutta, seit April 1904 Vizekonsul, 1904 im Auswärtigen Amt, 1905 Vertreter des Generalkonsuls in Kristiania, seit Mai 1905 Vizekonsul beim Generalkonsulat in Kapstadt und mit der kommissarischen Leitung der Geschäfte des Konsulats Johannesburg beauftragt, 1906 zum Konsul in Hongkong ernannt, Dezember 1913-März 1914 vertretungsweise mit der Leitung des Konsulats Triest beauftragt, 1915 im Generalkonsulat Shanghai, 1916 mit der Leitung des Konsulats Hankau beauftragt, 1917 Rückkehr nach Deutschland, im Juni 1917 Vertreter des Generalkonsuls in Kristiania, 1917 Generalkonsul, 1917-1920 verschiedene Ämter bei der deutschen Vertretung in Kristiania, im September 1920 Gesandter in Lissabon, im April 1928 Botschafter in Tokio, im Dezember 1933 wegen Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand getreten. - Mitbegründer der CSU in Mittelfranken, 1946 Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1958 Ehrendoktorwürde der Universität Erlangen.

Vorhölzer, Robert

Geb. 13.6.1884 in Memmingen/Schw., gest. 28.10.1954 in München, kath., 1904-1908 Architekturstudium in München, 1910/1911 wissenschaftlicher Assistent an der TH München, 1911/1912 Regierungsbaumeister und Anwärter für den höheren Dienst bei der Eisenbahndirektion München, 1913-1919 Eisenbahnassessor bei den Eisenbahndirektionen München und Augsburg, 1916-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919/1920 Direktionsrat bei der Reichsbahndirektion Augsburg, 1920-1930 Oberpostbaurat bei der Oberpostdirektion München, 1930-1935 ordentlicher Professor an der TH München, 1935 in den einstweiligen Ruhestand versetzt, seit 1939 Professor an der Kunstakademie Istanbul. - November 1945-1952 ordentlicher Professor für Baukunst an der TH München, 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Wackerl, Josef

Geb. 3.3.1900 in Ottmarshart/Obb., gest. 6.1.1947 in Prittlbach/Obb., kath., seit 1927 Landwirt in Prittlbach. - 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zum Bürgermeister von Prittlbach ernannt, 1946 durch Wahl bestätigt, Mitglied der CSU in Dachau, 1946/1947 Delegierter zum Landesausschuß der CSU.

Wäger, Alfred

1883-1956, Berufsoffizier (General der Infanterie), 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 in die Reichswehr übernommen, seit Oktober 1931 Oberst und Chef des Stabs der 7. (bayerischen) Division, seit April 1934 Generalmajor und Kommandant von Regensburg, 1938 als Generalleutnant Kommandeur des Kommandostabs Oberrhein, 1939 Kommandeur des XXV. Armeekorps, 1939-1941 Kommandeur des XXXIV. Armeekorps, im August 1942 ausgeschieden.

Wagner, Adolf

1890-1944, Bergwerksdirektor und Politiker, seit 1923 NSDAP-Mitglied, seit 1924 MdL (Völkischer Block bzw. NSDAP), seit 1933 MdR (NSDAP), 1928 Gauleiter für die Oberpfalz, seit 1929 Gauleiter für München/Oberbayern, seit 1933 Bayerischer Innenminister, seit 1936 Bayerischer Kultusminister und stellvertretender Ministerpräsident.

Warmuth, Karl

Geb. 7.11.1903 in Freising/Obb., gest. 30.1.1954 in Freising/Obb., kath., Buchdruckermeister und Druckereibesitzer, 1920 Mitbegründer des katholischen Studentenbundes Amicitia, BVP-Mitglied, 1930-1933 Stadtrat (BVP) in Freising, 1933 vorübergehend verhaftet. - Mitbegründer der CSU in Freising und 1946-1948 deren Ortsvorsitzender, 1946-1954 Stadtrat (CSU) in Freising und zeitweise Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1947-1951 2. Bürgermeister von Freising.

Wechs, Thomas

Geb. 6.3.1893 in Bad Oberdorf/Schw., gest. 21.7.1970 in Augsburg, nach Studium der Architektur im Reichspostministerium tätig, seit 1922 freischaffender Architekt in Augsburg (Kirchenbauten, Wohnungs- und Städtebau), in den dreißiger Jahren führender Kirchenbaumeister in der Diözese Augsburg. - Nach 1945 Baureferent bei der Regierung von Schwaben, dann wieder Kirchenbaumeister, 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Wegner, Franz

Geb. 6.11.1916 in Würzburg, kath., seit 1933 Direktor der Fränkischen Gesellschaftsdruckerei und des Echter Verlags, 1945 als Mitglied des Presseausschusses der CSU vorgesehen.

Weig, Josef

Geb. 10.2.1891 in Schönbrunn/Opf., gest. 7.11.1963, kath., Bauer und Gutsbesitzer, vor 1933 BVP-Mitglied, 1937 aus politischen Gründen von einem Sondergericht in Nürnberg verurteilt und mehrere Monate inhaftiert. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, Gemeinderat (CSU), im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen (Raiffeisen) und in Berufsverbänden engagiert.

Wein, Karl

Geb. 15.7.1899 in Donauwörth/Schw., gest. 4.6.1969 in Cham/Opf., kath., Schriftsetzer, Besitzer einer Druckerei und eines Bürobedarfshauses, journalistische Tätigkeit beim in der elterlichen Druckerei hergestellten "Chamer Tagblatt", vor 1933 BVP-Mitglied, 1933 vorübergehend verhaftet, 1934 Einstellung des "Chamer Tagblatts", Mitglied einer Widerstandsgruppe, Einberufung zur Luftschutzpolizei und zur Wehrmacht. - 1945 von den amerikanischen Militärbehörden als 2. Bürgermeister von Cham eingesetzt, CSU-Mitglied, 1946-1952 Kreisrat (CSU) in Cham, 1946-1960 Stadtrat (CSU) in Cham, Mitglied im Presseausschuß der CSU, Mitbegründer des Industrie- und Handelsgremiums in Cham, Mitglied der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Regensburg, Mitglied des Vorstands einer gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft in Cham, 1953-1969 Vorstandsvorsitzender der AOK Cham.

Weinkamm, Otto

Geb. 13.2.1902 in Aschaffenburg/Ufr., gest. 27.1.1968 in Augsburg, kath., 1921-1926 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften sowie der Wirtschaftswissenschaften in München, 1926-1928 Referendarzeit, 1928 große Staatsprüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst, seit 1929 Rechtsanwalt, später Fachanwalt für Steuerrecht in Augsburg, 1930-1933 Stadtrat (BVP) in Augsburg, nach 1933 vorübergehend verhaftet, 1942-1945 Dienst bei der Luftnachrichtentruppe in Augsburg. - Mitbegründer der CSU in Augsburg, in der Folgezeit auch Vorstandsmitglied der CSU in Augsburg, 1957-1961 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Schwaben, 1957-1961 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1945-1952 hauptamtlicher Wirtschaftsreferent in der Augsburger Stadtverwaltung, im Juni 1946 Wahl zum Oberbürgermeister von Augsburg, die Bestätigung durch die amerikanische Militärregierung erfolgte jedoch nicht, 1947-1949 MdWR (CSU), 1953-1957 MdL (CSU), 1957-1965 MdB (CSU), 1959-1966 MdEP, 1950-1952 Staatssekretär im Bayerischen Justizministerium, 1952-1954 Bayerischer Justizminister.

Weinzierl, Georg

Geb. 5.12.1896 in Sinzing, Schlosserlehre, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende Schlosser im Reichsbahn-Ausbesserungswerk Ingolstadt, 1925 als Schlossermeister Gründung eines eigenen Betriebs, 1927-1933 BVP-Mitglied, 1939-1941 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Im Januar 1946 Mitbegründer des CSU-Kreisverbands Eichstätt und bis 1947 dessen Vorsitzender, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU), 2. Bürgermeister von Eichstätt, 1945-1947 mit der Leitung der Kreishandwerkerschaft betraut, Obermeister der Schlosserinnung, Vorstandsmitglied der Handwerkskammer Mittelfranken.

Weiskopf, Heinrich

Geb. 18.10.1889 in Augsburg, gest. 1986, ev., 1908 Militärdienst, seit 1919 Studium in München, Berlin und Würzburg, 1913 Promotion zum Dr. jur. et rer. pol., 1919 große juristische Staatsprüfung, anschließend Assessor in der Bayerischen Finanzverwaltung, 1920 Regierungsrat am Landesfinanzamt Nürnberg, stellvertretender Amtsvorsteher in Hersbruck, 1926-1931 Vorsteher des Finanzamts Kulmbach, dann Fachanwalt für Steuerrecht in Kulmbach, nach 1933 Aberkennung des Titels Fachanwalt für Steuerrecht, gegen Ende des Zweiten Weltkriegs zum Volkssturm eingezogen. - Nach 1945 wieder als Anwalt zugelassen, 1946 Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Kulmbach-Stadt, seit 1968 dessen Ehrenvorsitzender, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946-1952 und 1956-1972 Stadtrat (CSU) in Kulmbach.

Weismantel, Leo

Geb. 10.6.1888 in Obersinn/Ufr., gest. 16.9.1964 in Rodalben/Pfalz, kath., 1908-1914 Studium der Philologie, Philosophie, Naturwissenschaften und Geographie in Würzburg, 1914 Promotion zum Dr. phil., bis 1919 Studienrat in Würzburg, anschließend freier Schriftsteller in München, 1924-1928 MdL (Freie Vereinigung), 1928 Gründer der "Schule der Volkschaft" in Marktbreit, 1936 nach deren Schließung erneut freier Schriftsteller, 1939 und 1944 in Gestapo-Haft. - 1945-1947 kommissarischer Schulrat in Gemünden, 1947-1951 Professor am Pädagogischen Institut in Fulda, dann in Jugenheim an der Bergstraße.

Weixler, Franz Peter

Geb. 31.8.1899 in München, gest. 23.4.1971 in Bad Reichenhall/Obb., kath., nach Besuch der Realschule Studium der Bankwissenschaft an der Handelshochschule Berlin, 1917/1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Mitglied im Freikorps Epp, 1922-1924 Leiter der Börsen- und Effektenabteilung bei der Creditbank für Industrie und Landwirtschaft in Berlin, 1924-1926 Direktor der Reichsbundbank AG in Berlin, 1926-1930 Mitinhaber der Baukommandite Weixler & Co. in Berlin, 1930-1936 Direktor der Filiale der Preußischen Landespfandbriefanstalt in München, 1937 aus politischen Gründen entlassen, 1937-1939 stellungslos und als Fotograf und Schriftsteller tätig, vor 1933 im katholischen Vereinswesen engagiert, Mitglied der Christlichen Gewerkschaften, Mitglied der BVP und des Wirtschaftsbeirats der BVP, 1933 Anwärter der NSDAP und der allgemeinen SS, im März 1934 ausgeschlossen, Mitglied verschiedener Widerstandsgruppen, 1934 Verhaftung und Einleitung eines Sondergerichtsverfahrens, das aufgrund einer Amnestie eingestellt wurde, 1939-1941 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, aus politischen Gründen aus der Wehrmacht entlassen, degradiert und als "wehrunwürdig" eingestuft, 1943 erneut vorübergehend verhaftet, Januar 1944-April 1945 in Haft und wegen Wehrkraftzersetzung und Verstoß gegen das Heimtückegesetz angeklagt. - Mitbegründer und Vorsitzender der CSU in Krailling, Delegierter zu Landesausschuß und Landesversammlung der CSU.

Werkmeister, Leopold

Geb. 30.6.1889 in München, gest. 26.5.1966 in Amberg/Opf., kath., Landwirtschaftsrat, 1934-1946 Direktor der Landwirtschaftsschule Münchberg bzw. der Landwirtschaftsstelle Münchberg, im November 1945 mit der vorläufigen Führung der Amtsgeschäfte des Landrats in Münchberg betraut, im Februar 1946 seines Amtes enthoben.

Wetzel, Georg

Geb. 26.7.1915 in Forchheim/Ofr., kath., 1930-1933 kaufmännische Lehre in einem Baugeschäft und dort bis 1934 als Angestellter tätig, dann vorübergehend stellungslos, vor 1933 in der Bayernwacht engagiert, während des Dritten Reiches als politisch unzuverlässig eingestuft und beruflich benachteiligt. - Mitbegründer der CSU in Forchheim, Dezember 1945-März 1946 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Forchheim, Stadtrat (CSU) in Forchheim und mehrere Jahre Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1966-1972 3. Bürgermeister von Forchheim, 1954-1962 Bezirksrat (CSU) für Oberfranken, nach 1945 zunächst einige Jahre im Landratsamt Forchheim tätig, dann bis 1980 im elterlichen Geschäft.

Weyh, Robert

Geb. 9.11.1900 in Schmalkalden, gest. 1.4.1986, ev., Jurist, 1946-1957 Rechtsanwalt in Riedenburg, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1948 juristischer Beisitzer des Landesschiedsgerichts der CSU.

Wildenauer, Eduard

Geb. 30.4.1920 in Regensburg, kath., seit 1931 Mitglied im Bund Neudeutschland. - Nach 1945 CSU-Mitglied in Karlstadt, Stadtrat in Bamberg.

Wilhelm, Josef

Geb. 13.2.1919, nach Studium der Medizin und Promotion zum Dr. med. praktischer Arzt in Pfullingen, als Student 1947/1948 Vorsitzender der JU in Erlangen, März-Juni 1948 3. Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Erlangen.

Wimmer, Thomas

Geb. 7.1.1887 in Siglfing/Obb., gest. 18.1.1964 in München, kath., Schreinerlehre in Erding, 1903 Übersiedlung nach München, dann Wanderschaft nach St. Gallen und Winterthur, 1904 Rückkehr nach München und bis Kriegsausbruch in einer Möbelfabrik tätig, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1918-1933 Mitarbeiter des Arbeitsamts München, 1925-1933 Stadtrat (SPD) in München, nach 1933 mehrmals verhaftet. - Im August 1945 zum 3. Bürgermeister von München ernannt, 1946 2. Bürgermeister von München, 1948-1960 Oberbürgermeister von München, 1946 MdVLV (SPD), 1946-1958 MdL (SPD), Vorsitzender des Bezirks Südbayern der SPD.

Winkler, Martin

Geb. 15.2.1885 in Amberg/Opf., gest. 30.5.1959, kath., Jurastudium in München und Erlangen, 1910 Promotion zum Dr. jur., anschließend Studium der Volkswirtschaft in München, nach seiner Übersiedlung nach Schnaittenbach in Landwirtschaft und Industrie tätig, 1918-1928 Geschäftsführer, BVP-Mitglied, 1919-1933 Vorsitzender des Bezirkstags Amberg, Gemeinderat in Schnaittenbach, 1933 seiner Ämter enthoben und vorübergehend verhaftet, während des Zweiten Weltkriegs Führung eines landwirtschaftlichen Gutes. - Mai 1945-1958 Landrat in Amberg, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU).

Winkler, Wilhelm

Archivrat, Mitbegründer der CSU, 1946-1949 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Ebersberg.

Wittmann, Franziska

Geb. 28.12.1885 in Vohburg, gest. 12.11.1982 in Augsburg, kath., Volksschullehrerin, bis 1933 Leiterin der städtischen Berufsschule für Mädchen in Augsburg, 1919-1933 Stadträtin (BVP) in Augsburg, nach 1933 vorübergehend verhaftet, 1934 in den Ruhestand versetzt. - 1945 Direktorin der Hauswirtschaftlichen Berufsschule, der städtischen Haushaltungsschule und der Frauenfachschule in Augsburg, 1945 Mitglied des Stadtbeirats in Augsburg, 1946-1948 Stadträtin (CSU) in Augsburg und Stadtschulrätin.

Wittmann, Julian

Geb. 8.1.1891 in Buchberg/Opf., gest. 17.8.1951, kath., Studium der Philosophie in Eichstätt, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Erlangen, 1921 Promotion zum Dr. jur., 1923 juristische Staatsprüfung, dann Syndikus einer Fabrik in Burgkunstadt, 1924-1943 Rechtsanwalt in Burgkunstadt, seit 1928 BVP-Mitglied, Vorsitzender des Bezirkstags Lichtenfels, nach 1933 zweimal vorübergehend verhaftet. - 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zum stellvertretenden Bürgermeister von Burgkunstadt ernannt, seit Juli 1945 Bürgermeister von Lichtenfels, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1951 MdL (CSU).

Wölfel, Johann

1902-1944, Jurist, Rechtsanwalt in Bamberg, 1944 vom Volksgerichtshof wegen Wehrkraftzersetzung und Feindbegünstigung zum Tode verurteilt und am 3.7.1944 hingerichtet.

Wohleb, Leo

1888-1955, Gymnasiallehrer und Politiker, 1931-1934 Mitglied des Badischen Staatsrats, 1934-1945 Direktor des Gymnasiums Baden-Baden. - Mitbegründer und 1946-1948 Vorsitzender der CDU in Südbaden, 1946 Leiter des Badischen Kultusministeriums, Präsident des Staatssekretariats, Präsident der Beratenden Landesversammlung, 1947-1952 Staatspräsident von Baden, 1952-1955 Botschafter in Lissabon.

Wolf, August

Geb. 27.8.1883 in Heidenfeld/Ufr., gest. 1.3.1961, kath., Landwirt, vor 1933 Mitglied der Bayerischen Christlichen Bauernvereine und der BVP, 1925-1935 Bürgermeister von Heidenfeld, 1935 auf Anweisung der NSDAP-Kreisleitung abgesetzt, Schöffe am Landgericht Schweinfurt. - 1945-1948 erneut Bürgermeister von Heidenfeld, seit 1946 Kreisrat (CSU) in Schweinfurt, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Wutzlhofer, Hans

Geb. 2.4.1893 in Kelheim/Ndb., gest. 24.4.1969 in Heigenbrücken/Ufr., kath., Studium der Philosophie, Staatswissenschaften und Kunstgeschichte in Regensburg, Würzburg, München und Erlangen, Promotion zum Dr. phil., vor 1933 bei Finanzbehörden und Verlagen tätig, 1924-1933 Geschäftsführer der BVP im Regierungsbezirk Oberpfalz, nach 1933 mehrfach in Haft und vorübergehend arbeitslos, 1935 Direktor einer Buch- und Verlagsdruckerei, aus politischen Gründen entlassen, übernahm 1936 Hotel und Gaststätte der Schwiegereltern in Heigenbrücken, Kontakte zum Widerstand, stand unter strenger Bewachung und entging 1944 knapp einer erneuten Verhaftung. - Mitbegründer der CSU im Landkreis Marktheidenfeld und in Unterfranken, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU), im Juli 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zum Landrat in Marktheidenfeld berufen und 1946 durch Wahl im Amt bestätigt, Verzicht wegen seiner Berufung zum stellvertretenden Generalsekretär des Länderrats der US-Zone in Stuttgart, 1948 Leiter der Dienststelle Bayern beim Parlamentarischen Rat, dann mit der Führung der laufenden Verwaltung der bayerischen Vertretung beim Bund beauftragt, staatlicher Bäderkommissar für die Staatsbäder Bad Kissingen, Bad Bocklet und Bad Brückenau, trat 1953 in den Ruhestand.

Zahn, Josef Alois

Geb. 20.4.1888 in Tirschenreuth/Opf., gest. am 17.1.1965 in Tirschenreuth/Opf., kath., Bankier, 1917 Übernahme der Privatbank des Vaters, die er bis 1962 leitete, vor 1933 Mitglied der Christlich-Sozialen Einigung. - Im Mai 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zum Bürgermeister von Tirschenreuth ernannt, Bürgermeister bis 1948, CSU-Mitglied, 1946 MdVLV (CSU), 1952-1956 Betrieb eines Garn- und Textiliengroßhandels.

Zehner, Zita

Geb. 8.11.1900 in Rannungen/Ufr., gest. 10.9.1978, kath., während des Ersten Weltkriegs auf dem elterlichen Anwesen tätig, seit 1919 Ausbildung zur Wirtschaftslehrerin an der Hauswirtschaftsschule Aschaffenburg, dem Lehrerinnenseminar in Bamberg und dem Wirtschaftslehrerinnenseminar in Landshut, seit 1927 Mitglied des Katholischen

Frauenbundes, Vertreterin der Bäuerinnen in verschiedenen Kreisbauernkammern, nach 1933 entlassen, 1935 vorübergehend verhaftet, Aufbau eines Lebensmittelgroßhandels mit Teigwarenfabrikation in München. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1950-1968 Mitglied des Landesvorstands und 1955-1968 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der CSU, 1945-1947 Stadträtin (CSU) in München, 1946-1970 MdL (CSU), betrieb in den sechziger Jahren eine kleine Pension in Fischbachau-Birkenstein.

Zentner, Wilhelm

Geb. 21.1.1893 in Pforzheim/Baden, gest. 7.3.1982, kath., Studium in Heidelberg und München, Promotion zum Dr. phil., Schriftsteller und Musikwissenschaftler, Dozent an der Staatlichen Hochschule für Musik in München, 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Ziebell, Jürgen

Geb. 3.7.1906 in Berlin, Rechtsanwalt, SPD-Mitglied, 1946 Ministerialdirektor und maßgeblicher juristischer Berater Heinrich Schmitts im Bayerischen Sonderministerium, im Dezember 1946 von seinem Amt suspendiert.

Ziegler, Franz

Geb. 23.6.1899 in Lingau (heute Tschechische Republik), gest. 27.12.1949, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Prag, 1925 Promotion zum Dr. jur., 1925-1930 Rechtsanwaltsanwärter in Mies, Marienbad, Pilsen und Prag, seit 1930 Rechtsanwalt in Lingau, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1945 nach der Besetzung des Gebiets durch die US-Armee zunächst Landrat und Bürgermeister in Mies, nach seiner Ausweisung aus dem Sudetenland Gerichtsvorstand und Oberamtsrichter in Cham, Januar-November 1947 Stellvertreter des Bayerischen Staatssekretärs für das Flüchtlingswesen, seit Dezember 1947 Rechtsanwalt in München, 1948/1949 MdL (zunächst CSU, dann fraktionslos bzw. Freie Parlamentarische Vereinigung und Freie Fraktionsgemeinschaft), 1949 MdB (BP).

Ziegler, Helmut

1921, Angestellter, Mitbegründer der CDU in Baden, 1948-1955 Bundessekretär der JU Deutschlands, 1955-1970 beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und 1973-1987 in der CDU-Bundesgeschäftsstelle tätig.

Zimmermann, Ludwig

Geb. 11.3.1895 in Schachten/Hessen, gest. 25.3.1959 in Riffan bei Meran, ev., Geschichtsstudium, seit 1926 Studienrat in Marburg, 1931 Habilitation und bis 1935 Privatdozent, seit 1933 NSDAP-Mitglied, seit 1935 außerordentlicher Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Erlangen, seit 1938 ordentlicher Professor in Erlangen. - Im November 1945 entlassen, 1950 erneut außerplanmäßiger, seit 1954 ordentlicher Professor.

Zitzler, Georg

Geb. 8.12.1903 in Amberg/Opf., gest. 24.5.1986, kath., Maschinenbauer, Weiterbildung in Arbeitsrecht und Sozialpolitik, Vertrauensmann des Christlichen Metallarbeiterverbands, seit 1928 dessen Sekretär in Regensburg, BVP-Mitglied, nach 1933 mehrmals verhaftet, nach seiner Entlassung Bezirksdirektor einer Versicherung. - Mitbegründer der CSU, 1945 in den Beirat der Stadt Regensburg berufen, 1946-1978 Stadtrat (CSU) in Regensburg,

1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946-1950 MdL (CSU), 1948-1952 Oberbürgermeister von Regensburg, 1954-1974 Bezirksrat (CSU) für die Oberpfalz.

Zorn, Rudolf

Geb. 24.12.1893 in Kempten/Schw., gest. 21.1.1966, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München und Promotion zum Dr. jur., Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Assessor bei den Bezirksregierungen von Schwaben und Oberbayern, 1926 Bezirksamtmann von Lichtenfels, 1927 1. Bürgermeister von Ludwigshafen-Oppau, SPD-Mitglied, 1933 aus politischen Gründen entlassen, zunächst als Sprachlehrer und Repetitor tätig, dann in der sächsischen Tabakindustrie. - 1946 Präsident des bayerischen Landesamts für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung, Dezember 1946-September 1947 Bayerischer Wirtschaftsminister, Januar-Juni 1951 Bayerischer Finanzminister, 1946/1947 Mitglied des Verwaltungsrats für Wirtschaft der Bizone, 1949/1950 und 1951-1964 geschäftsführender Direktor bzw. Präsident des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbands.

Zürrlein, Hermann

Geb. 21.3.1920 in Rimpar/Ufr., gest. 23.4.1991, kath., Rechtsanwalt, seit 1946 CSU-Mitglied, 1965-1991 Stadtrat (CSU) in Würzburg, 1972 Kandidat bei der Würzburger Oberbürgermeisterwahl, 1972-1978 2. Bürgermeister von Würzburg.

Zwicknagl, Max

Geb. 6.7.1900 in Rott am Inn/Ndb., gest. 10.1.1969 in Rott am Inn/Ndb., kath., Studium der Volkswirtschaft in München und Würzburg, 1924 Promotion zum Dr. rer. pol., BVP-Mitglied, 1924-1927 Syndikus des Wirtschaftsbeirats der BVP und der Deutsch-Österreichischen Handelskammer in Wien, seit 1927 Guts- und Brauereibesitzer, 1930 Kreisrat (BVP) in Wasserburg am Inn. - CSU-Mitglied, 1946 Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1948 MdL (CSU), 1948/1949 MdWR (CSU), 1952/1953 Leiter der Dienststelle für besondere Aufgaben beim Bundesernährungsministerium, 1956-1962 Konsul in Innsbruck.

Sach- und Ortsregister

Das Sach- und Ortsregister erfaßt alle Orte, Regionen, Länder und Sachverhalte, die in den Protokollen zur Sprache kommen. Nicht aufgenommen wurde jedoch das Schlagwort Bayern; das Land wird so häufig erwähnt, daß dies wenig hilfreich erschien. In den Protokolltexten differierende Bezeichnungen und Umschreibungen gleicher Sachverhalte, Institutionen, Organisationen wurden unter einem Stichwort zusammengefaßt; Institutionen, Zeitungen usw. finden sich jeweils unter ihrer korrekten Bezeichnung, sofern eine eindeutige Zuordnung möglich war. Schwierig war dies insbesondere hinsichtlich der vorläufigen Führungsgremien der CSU, die vor der Verabschiedung der Parteisatzung uneinheitlich bezeichnet wurden und nicht immer eindeutig identifizierbar waren. Zweifelsfälle sind unter dem Stichwort "Landesleitung der CSU, vorläufige" zusammengefaßt, alle übrigen Einträge finden sich unter den korrekten Bezeichnungen der betreffenden Gremien.

Die alphabetische Ordnung des Registers wurde an zwei Stellen unterbrochen. Für die Ordnung der Unterpunkte des Stichwortes "Geschichte (Betrachtungen und Rückblicke)" erschien eine chronologische Einteilung sinnvoll; die unter "Satzung der CSU" aufgenommenen Unterpunkte orientieren sich an der Gliederung und Paragraphennummerierung der Satzung in der Fassung vom 4. Oktober 1946 und folgen ihrer Ordnung. Inhalte einzelner Paragraphen über dieses relativ grobe Raster hinaus wurden aufgeschlüsselt und unter den entsprechenden Stichworten vermerkt, wenn sich Diskussionen daran entzündeten. Soweit die Satzung nicht besprochen, sondern lediglich vorgelesen wurde, erscheinen die entsprechenden Seitenangaben unter dem Sammelbegriff "Satzungsverlesung" ohne weitere inhaltliche Unterteilung.

In den Protokollen erwähnte einzelne Kreis- und Ortsverbände sind in der Regel unter den Ortsnamen zu finden, Diskussionen über diese Verbände als Organisationseinheiten finden sich unter "Kreisverbände" bzw. "Ortsverbände der CSU". Dabei ist zu beachten, daß nach der Tradition der BVP die Kreisverbände zunächst häufig als Bezirksverbände (und diese umgekehrt als Kreisverbände) bezeichnet wurden, das Register hingegen der seit der Satzung vom 17. Mai 1946 geltenden Nomenklatur folgt. Einzelne Kreisverbände, die in den Sitzungen zum Thema erhoben wurden, erhielten ein eigenes Stichwort.

Das Register enthält Querverweise, die entweder zu einem alternativen Stichwort führen oder auf weiter zu beachtende Begriffe hinweisen. Die Querverweise benennen jeweils nur das Hauptstichwort, es empfiehlt sich also gegebenenfalls, die Unterstichworte auf exaktere Differenzierungen zu prüfen.

Ältestenrat der CSU 1191f., 1199, 1201f., 1217, 1221
Ärztekammer (→ Berufs- und Interessenverbände) 445
Agrarpolitik (s. Landwirtschaft)
Aichach 23, 32
Akademien (→ Universitäten und Hochschulen) 561, 697
- Akademie der Bildenden Künste 454
- Akademie der Wissenschaften 1108
Aktivisten (s. Entnazifizierung)
Alliierte (s. Besatzungsmächte)
Alpenverein 407f.
Altbayern 74, 121, 209, 493, 511, 578f., 801, 853, 923, 951, 1064, 1311f., 1360, 1411, 1416, 1437, 1449, 1528, 1602, 1647
Altdorf 339, 1240
Altötting 1328
Alzenau 339, 520
American Press Club 402
Amerika (→ Vereinigte Staaten von Amerika) 1462
Angestellte (s. Arbeiter und Angestellte)
Ansbach 82, 338, 365, 649, 658, 1155, 1372
Antisemitismus (s. Programmatik der CSU)
Anwaltskammer 749
Arbeit (→ Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische) 434, 445, 792, 925, 928, 936, 996, 1070, 1177f., 1185, 1187, 1338f., 1344, 1406f., 1467, 1505f., 1517, 1539
Arbeiter und Angestellte (→ Arbeitsgemeinschaften der CSU; Flügel und Gruppierungen in der CSU) 22, 37, 89, 92, 219, 326, 394, 441ff., 525, 527, 550f., 553, 560f., 570f., 577, 589, 687, 693, 696, 707f., 733f., 736, 768, 775, 820, 822f., 878, 885, 887, 927ff., 933, 936f., 941, 943, 946, 1008, 1089f., 1132, 1167, 1180, 1305, 1341, 1344, 1456, 1505, 1511f., 1517, 1528, 1542, 1655f., 1674, 1690f.
Arbeitgeber/Unternehmer 219, 442, 550, 570, 577, 707, 715, 885, 929, 1511, 1517
Arbeitsausschüsse der CSU (s. Parteiausschüsse der CSU)
Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU (s. CDU/ CSU, überzonaler Zusammenschluß)
Arbeitsgemeinschaften der CSU 1181, 1190, 1196, 1211, 1259, 1291, 1300, 1303f., 1315, 1321,

1323, 1326, 1374, 1379, 1381, 1393, 1405ff., 1416f., 1419, 1462, 1692
- der Arbeitnehmer (Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft, CSA) 1181, 1291, 1304, 1322, 1406f., 1572, 1650, 1655f., 1690f.
- der Ausgewiesenen (Union der Ausgewiesenen, UdA, bzw. der Vertriebenen, UdV) 1181, 1291, 1304, 1321ff., 1326, 1405f., 1523, 1525f., 1528, 1691
- der Bauern 1181, 1291, 1407
- der Frauen (Frauenarbeitsgemeinschaft, FAG) 780, 1162, 1181, 1189, 1291, 1304, 1321ff., 1326, 1405, 1654f.
- für Handel, Handwerk, Gewerbe und Industrie 1181, 1291, 1321f., 1406f.
- Junge Union (s. dort)

Arbeitslosigkeit 441, 445, 733, 756, 928, 946, 1073, 1503
Arzberg 1453
Aschaffenburg 23, 125, 339, 662
Asien 111, 1091
Associated Press 785, 796
Atheismus 106, 178, 1137
Aufbau, Der 1104
Augsburg 14, 26, 31, 35, 204, 212, 238, 358, 425, 427, 454, 520, 538, 595, 652, 665, 674, 759, 777f., 781, 796f., 961, 996, 1026, 1028, 1030, 1050, 1052, 1086, 1116, 1155, 1238, 1330, 1519
Außenhandel/Export 403, 1334, 1338f., 1343, 1345f., 1361, 1364, 1502, 1506, 1519, 1626
Außenministerkonferenz, Londoner 1225, 1333f., 1347, 1351, 1368, 1476, 1483, 1526
Außenpolitik, bayerische/deutsche 198f., 202, 232, 404, 434, 443, 504, 512, 704, 752f., 879, 891, 906, 930, 1472, 1475, 1551

Bad Aibling 1636
Bad Berneck 1332
Bad Brückenau 339
Bad Honnef 1419
Bad Kissingen 339
Bad Mergentheim 387
Bad Neustadt an der Aisch 339
Bad Neustadt an der Saale 339, 777f.
Bad Reichenhall 494
Bad Tölz 117, 330
Baden 441, 885, 935, 1401, 1457ff.
Bamberg 23, 26, 31, 34, 38, 41, 45–49, 56f., 62, 69, 79, 103, 114, 140, 145f., 158, 178f., 185f., 198f., 206, 213, 231, 235, 251, 292, 297, 299, 311, 321, 337, 355, 358, 408ff., 427f., 431, 444f., 454, 462, 490, 498, 507f., 516ff., 530, 533, 602, 659, 684ff., 688, 1049, 1161, 1460, 1517f., 1541, 1546, 1551, 1576f., 1594, 1600, 1607f., 1639, 1675f.
Bamberger Denkschrift (Gerhard Kroll) 1049
Bamberger Tagung der CSU (s. Landesausschuß, Erweiterter Vorläufiger der CSU)
Bamberger Zeitung (s. Fränkischer Tag)
Banken und Versicherungen 36, 225, 239, 245, 275, 279, 438, 441, 552, 555, 572, 757, 1255, 1504, 1520
Basler National-Zeitung 195, 213
Bauern (→ Arbeitsgemeinschaften der CSU; Bevölkerung; Flügel und Gruppierungen in der CSU; Landwirtschaft) 22, 92, 203, 205, 253, 344, 428, 452, 491f., 494, 498f., 525, 544, 551, 553, 569, 577, 647, 662, 667, 685, 693, 696, 715, 719, 724ff., 747, 766–769, 775, 827, 878, 880, 885, 887, 942, 948, 972, 987, 1008, 1053, 1089f., 1167, 1180, 1343, 1397, 1407, 1517, 1520, 1524, 1527–1530, 1617, 1623, 1637, 1653, 1689, 1691
Bauernpartei 77, 125, 205f., 493, 495, 499
Bayerische Heimat- und Königspartei 29f., 32, 52, 134f., 143, 153, 193, 195f., 201f., 206ff., 220f., 229ff., 234f., 250, 262, 508
Bayerische Rundschau 29f., 120, 123, 181, 185ff., 195, 407, 430, 1251, 1256f., 1259, 1270f., 1545, 1599
Bayerische Staatsregierung (s. Staatsregierung, Bayerische)
Bayerische Volkspartei (BVP) 23, 39, 45, 53, 82, 113, 115, 117, 119, 121f., 125f., 128, 130f., 135, 141, 160f., 163, 198, 204f., 251f., 413, 499, 696, 760, 888, 943, 974, 1034, 1059, 1116, 1236, 1492, 1582f., 1586f., 1601, 1622, 1677
- Abgrenzung/Identifizierung der CSU 7f., 40, 53, 74, 76, 78f., 81, 106, 112f., 122, 126, 131, 135f., 161f., 164, 167f., 195, 198, 205, 344, 426f., 499, 760, 974, 1004f., 1059, 1087, 1216, 1255, 1408, 1492f., 1557, 1576, 1598, 1601, 1651, 1691
- ehemalige BVP-Mitglieder in der CSU 112f., 122, 888, 1116, 1493, 1599
- und Nationalsozialismus 53, 81, 113, 117, 141, 165, 195, 253, 404, 974f., 1034, 1557, 1582f., 1586
- lokale Neugründungen nach 1945 23

Bayerischer Anzeiger 164
Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund (BBMB) 123, 125, 251f., 385, 696, 1576, 1571, 1677
Bayerischer Bauernverband (→ Flügel und Gruppierungen in der CSU) 34, 38f., 41f., 77, 119, 124f., 142, 173f., 179, 194, 205, 219, 249, 251ff., 334f., 352, 402, 489–493, 495f., 498, 503, 551, 554, 566, 576, 583, 687ff., 691f., 765ff., 788, 855, 973, 977, 1010, 1026, 1070, 1180f., 1211, 1214, 1291, 1623
Bayerischer Beratender Landesausschuß (auch "Bayerische Beratende Landesversammlung", "Vorparlament") 25, 27, 29–32, 35, 360, 385, 387f., 397f., 490f., 1027
Bayerischer Heimat- und Königsbund 206, 1599
Bayerischer Landtag (s. Landtag, Bayerischer)
Bayerischer Senat (s. Senat, Bayerischer; Verfassung, Bayerische)
Bayerischer Staatsanzeiger 221, 226f.

Bayerischer Volksbund 23, 1542, 1576, 1675f., 1678
Bayernpartei 1172f., 1387, 1426, 1437, 1439, 1447, 1463, 1465, 1473, 1489, 1491f., 1523, 1526, 1528f., 1535f., 1546–1549, 1579ff., 1588ff., 1594, 1597ff., 1602, 1609, 1636ff., 1642f., 1646f., 1656, 1658, 1661, 1663, 1666, 1668f., 1677, 1680, 1689ff.
Bayernwacht 82, 1583
Bayreuth 214, 220, 337f., 388, 426f., 591, 1373
Beamte, Beamtentum 33, 36, 82, 92, 196, 221, 223, 227f., 239, 268, 272, 275, 279, 332, 364, 372, 383, 446, 474, 499, 504, 560ff., 587, 597, 677, 714, 794, 920, 936, 945, 972, 976, 984, 996, 1000, 1028, 1180, 1398, 1524–1527
Beamtengesetz 221, 227f., 819
"Befreiungsgesetz" (s. Entnazifizierungsrichtlinien und -gesetz)
Belgien 865, 906, 1103, 1337
Benzinzuteilung 23, 190, 522f., 691, 744f., 1251f., 1280
Berlin 33f., 135, 193, 198, 200f., 219, 232, 258, 260, 311, 314, 397, 399f., 403ff., 417, 443, 456, 465, 470, 476–480, 482, 489, 491–494, 496f., 505f., 510–513, 543f., 547, 601, 657, 754f., 759, 794, 882, 905, 910f., 949, 1036, 1040, 1061, 1067, 1088, 1104f., 1109, 1167f., 1174, 1178, 1208, 1211f., 1229, 1259, 1351f., 1371, 1373, 1398–1401, 1409, 1440, 1469, 1472, 1501, 1514, 1543, 1552, 1583, 1622
Berufs- und Interessenverbände (→ einzelne) 180, 219, 551–554, 557, 566, 569f., 573f., 582, 788, 1090, 1512, 1528, 1550
Berufsständischer Beirat der CSU (→ Satzung der CSU) 781–785, 787f., 1332
Berufswahl und -ausbildung 734ff., 1103
Berufungskammern (s. Spruchkammern)
Besatzungsmacht, amerikanische (→ Entnazifizierungsrichtlinien) 4, 17, 21, 37, 70, 88ff., 94, 110f., 116, 119, 141, 158ff., 171f., 180, 190, 193f., 196–199, 207f., 212, 227, 232, 235, 244, 250, 310f., 315, 361, 363f., 372f., 379ff., 390, 393, 395–401, 403, 405, 407ff., 414, 416, 424, 428, 440ff., 455, 464f., 467, 470, 482f., 497, 515, 522f., 529, 542, 567, 576, 599f., 653ff., 658f., 661ff., 666, 744f., 773, 812, 825, 832, 879, 883, 916, 927, 949, 957, 988, 995, 1010, 1035f., 1061, 1063, 1088f., 1101, 1106, 1150f., 1154, 1159, 1167f. 1173, 1193, 1221, 1230, 1357f., 1361, 1376, 1397, 1402, 1434, 1469, 1476, 1484, 1486, 1490, 1503, 1506, 1513, 1516, 1545f., 1584ff., 1599f., 1604, 1616, 1619, 1621, 1623, 1627, 1637
- Bildungs- und Erziehungswesen 1105, 1109, 1131, 1133, 1627
- CSU und 79, 101, 103, 119, 199f., 202f., 230ff., 243, 317, 319, 375ff., 396–399, 401, 403f., 409–412, 417, 464f., 467, 470, 475, 507–510, 650, 662, 767f., 796, 801, 803f., 807, 809f., 811f., 825, 879ff., 898, 943, 1022, 1338–1341, 1344f., 1352, 1354, 1356f., 1359, 1361, 1377, 1397, 1463f., 1468, 1473, 1475, 1487, 1489, 1552, 1585
- Parteipolitik (→ Parteilizenzierung) 8f., 85, 89, 126f., 185, 229ff., 260f., 380, 392–396, 464, 520, 522, 535, 592, 744, 804, 837, 839, 1249, 1256, 1431, 1481, 1531, 1542f., 1568
- - Bayerische Heimat- und Königspartei (BHKP) 30, 207f., 229f.
- - Bayerische Volkspartei (BVP) 113, 141, 160
- - Christlich-Soziale Union (CSU, → Reaktionsvorwurf gegen die CSU) 23, 32, 46, 69, 73f., 78f., 84, 100, 103ff., 107, 142, 159, 200, 203f., 212, 216f., 230, 236, 242, 260, 285, 303, 331ff., 335f., 376f., 379–382, 384f., 387f., 398–402, 410ff., 425, 430, 458ff., 464, 494, 501, 506, 508ff., 520f., 531, 592, 618f., 647, 774f., 793f., 801f., 804, 806f., 809f., 812, 846, 904, 910f., 957, 1008, 1086, 1147, 1431, 1468, 1481, 1530, 1533, 1570
- - - Satzungsgenehmigung 38, 44f., 69f., 75f., 79, 83, 101, 167, 170, 176f., 217, 266, 292f., 321, 356, 373–377, 380f., 388, 412, 433, 507, 515, 519, 521, 530, 535f., 599–604, 609, 617–624, 626–629, 631, 670, 672, 835ff., 839–842, 847–851, 855f., 1221
- - Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 832
- - Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 832
- Presse und Medien 14, 24, 27, 185, 227, 430, 499, 592, 1169f., 1259, 1269f., 1272f.
- Staatsregierung, Bayerische 110f., 130, 137f., 204, 395f., 468, 475, 648, 785, 793f., 802, 816, 818, 828, 910, 925, 1541–1544, 1577, 1579
- Verfassung, Bayerische 32, 196, 555f., 569f, 573, 723, 1590
- Wahlen und Wahlrecht 23f., 31f., 182, 326, 328, 332, 365, 368, 392, 459, 647f., 670, 685ff., 744, 746, 793, 809, 987
- Wirtschaftspolitik 439, 556, 569f., 573, 1325, 1338f., 1341f., 1348, 1468, 1502f., 1506, 1512f., 1516
Besatzungsmacht, britische 33f., 198, 202, 317, 405, 1068, 1101, 1272, 1335f., 1340ff., 1344, 1364, 1487–1490, 1616, 1621, 1623
Besatzungsmacht, französische 33, 199, 202, 541, 901, 1008, 1101, 1335, 1364
Besatzungsmacht, sowjetische 405, 506, 544, 1088, 1334, 1347, 1351f., 1366f., 1400, 1465, 1472, 1543, 1552, 1558
Besatzungsmächte (→ Kontrollrat, Alliierter) 129, 199ff., 207, 375, 434, 478, 480, 497, 512, 752ff., 792, 900, 906, 936, 953, 975, 1090, 1093, 1096, 1105, 1193, 1334, 1337, 1339, 1348, 1350, 1353, 1355ff., 1362f., 1365, 1476ff., 1490, 1514, 1519, 1593, 1604
- CSU und (→ Entnazifizierungskritik in der CSU) 434, 437, 441, 752f., 792, 866, 880, 900, 906,

944, 975, 1339–1343, 1347, 1352f., 1356, 1359, 1363, 1473f., 1476f., 1517
- Sozial- und Wirtschaftspolitik 434, 436ff., 441, 443, 555, 715, 916, 1069f., 1088, 1336, 1340–1344, 1468, 1502–1505, 1507, 1513, 1590, 1593, 1623
Besatzungsrecht 190, 381, 441, 654f., 1357, 1469, 1478, 1511, 1568, 1570
Besatzungsstatut 1476
Besatzungszonen (→ Bizone; Zonengrenzen) 33, 111, 180, 191, 197f., 258, 260, 313f., 434, 466, 479f., 541ff., 712, 885, 1038, 1061, 1068, 1091, 1108, 1151, 1168, 1193, 1297, 1333ff., 1353, 1369, 1401, 1419, 1471, 1501f., 1593
- amerikanische 51, 179, 197, 258, 261, 314, 440, 442, 445, 475, 481, 483, 542, 544, 547, 592, 793, 833, 975, 1016, 1036, 1087f., 1097, 1151, 1153, 1156, 1167, 1174, 1176f., 1344, 1350, 1358, 1364, 1368f., 1458, 1490, 1502, 1516, 1593
- britische 191, 258, 314, 371, 446, 542, 551, 634, 669, 831ff., 885, 975, 1062, 1087, 1092, 1097f., 1168, 1174, 1176ff., 1272, 1335, 1344, 1350, 1364, 1370, 1397, 1483, 1490, 1502, 1516, 1569f., 1593, 1617, 1620f.
- französische 252, 541, 666, 1168, 1174, 1207, 1333, 1335, 1364, 1435, 1458, 1502, 1593, 1623
- sowjetische 111, 191, 258, 260, 371, 405, 441, 446, 477ff., 505f., 512, 531, 533, 542, 544, 547, 592, 736, 869, 1067, 1088, 1091, 1168, 1174, 1265, 1297, 1333f., 1339, 1347, 1350ff., 1354ff., 1358, 1364ff., 1372f., 1398–1401, 1440, 1442, 1448, 1471ff., 1502, 1514, 1535, 1543, 1558, 1593
- Westzonen 111, 1091, 1297, 1333f., 1347, 1349, 1355f.
Betriebsräte 441, 1067, 1511
Bevölkerung 8, 53, 55, 106, 113, 180, 205, 242, 262, 313, 348, 366, 435, 482, 500, 536, 539, 594, 676, 703, 767, 814, 816, 820, 824, 826, 876, 920f., 928, 931f., 975, 985, 1019, 1025, 1045, 1090f., 1096f., 1140, 1144, 1345, 1396, 1513, 1585f., 1670
- ländliche 49, 250, 301, 308, 312, 342, 499, 769, 827, 885, 942f., 968, 973f., 1097, 1690
Bewirtschaftung (→ Benzinzuteilung; Ernährung und Ernährungslage; Papierzuteilung) 833, 1099f., 1347, 1466, 1503ff., 1507–1513, 1517, 1590
Bezirksverbände der CSU (→ Satzung der CSU; Kreisverbände Bamberg, Regensburg, Würzburg) 21, 23, 26, 36–41, 44f., 47, 55ff., 65f., 68ff., 73–77, 84ff., 93, 97f., 100f., 103, 105, 108f., 148, 152, 163, 176, 181f., 189f., 203, 206, 211, 213–216, 228, 255ff., 266, 288, 290, 293f., 296, 304, 309, 327ff., 351–356, 374f., 377, 382, 386, 407, 409, 413f., 417–421, 423f., 428, 431, 433f., 436, 444, 516, 520ff., 524f., 530f., 536, 549, 595, 599, 602, 626f., 635, 640, 642, 644f., 648, 670, 672ff., 684, 686–694, 743f., 747, 763, 765, 775–780, 809, 814f., 821, 853, 861, 962, 976, 980ff., 987, 990, 1000, 1008, 1033, 1038f., 1050, 1058f., 1062, 1094, 1157, 1160, 1162, 1220, 1231, 1234f., 1237, 1239–1244, 1246, 1248ff., 1252ff., 1256f., 1262f., 1266f., 1269, 1275, 1277–1282, 1287, 1290, 1298, 1303, 1306, 1312, 1323, 1326, 1331, 1428, 1442, 1447, 1481, 1518, 1520f., 1534, 1557–1560, 1563, 1569f., 1574, 1589, 1605, 1613f., 1619, 1625, 1645, 1650, 1652, 1661ff., 1677, 1679, 1681ff., 1696
- Vorsitzende 36, 47, 54, 62, 84, 98, 109, 161, 216f., 237, 252, 293, 303, 332, 335, 380, 432, 500, 503, 516, 643, 672, 691, 744, 775f., 808, 815, 962, 981, 983, 1000, 1267, 1270, 1297, 1303, 1481
Bezirksverband Augsburg der CSU 29, 37–40, 44, 55f., 66, 70, 72, 84, 86, 166, 206, 213, 218, 292, 295ff., 300, 504, 520, 538, 595, 630, 645, 692, 699, 820f., 842, 996, 1045, 1276, 1278, 1282f., 1323, 1661, 1663, 1665ff.
Bezirksverband Mittelfranken der CSU 23, 29f., 37, 44, 55f., 61, 66, 70, 72, 75, 84, 86, 183, 212, 224, 291, 332, 338f., 343, 347, 352ff., 425ff., 457, 519f., 594f., 600, 645, 648, 685, 818, 1000, 1004, 1252, 1262, 1265, 1323f., 1444, 1606, 1661, 1669ff., 1694
Bezirksverband München der CSU 23, 29f., 37f., 40, 43f., 55f., 63, 65f., 70f., 74, 76, 80, 83–86, 88, 97f., 103f., 106, 108f., 119, 122, 144, 149, 173, 175, 177, 186, 190, 193ff., 206, 212, 216, 224, 300, 322, 328ff., 352, 354f., 425, 516, 520, 525, 528, 530ff., 534, 595, 599, 645, 673, 759, 763, 776, 780f., 819, 842, 849, 897, 899, 904, 986, 990f., 1157, 1240, 1255, 1268, 1276, 1278, 1282f., 1419, 1446, 1560, 1571f., 1595, 1606f., 1615, 1639, 1650, 1657, 1659, 1661f., 1669f.
Bezirksverband Niederbayern der CSU 23, 25f., 29, 37f., 40, 44, 55f., 63, 66, 68–71, 73–76, 82ff., 86, 99, 101, 103, 108, 139, 144, 149, 153, 178, 212, 224, 291, 296, 329, 331ff., 336f., 352ff., 425, 436, 520, 595, 645, 674, 687–690, 817f., 991, 994f., 1005, 1269, 1323, 1325, 1481, 1560, 1570, 1575, 1588f., 1595, 1606, 1639, 1667f.
Bezirksverband Nürnberg-Fürth der CSU 29f., 37–40, 44, 55f., 61, 66f., 70, 72, 84ff., 193f., 206, 293f., 296f., 328, 332, 339, 347, 353, 427, 500, 520, 593, 595, 600, 602, 619, 645, 797, 818, 903, 911, 1005, 1240, 1276, 1278, 1280, 1282f., 1323f., 1445f., 1607, 1629, 1661, 1671
Bezirksverband Oberbayern der CSU (→ Revolte, Oberbayerische) 23, 25f., 29f., 37ff., 41, 43f., 55f., 66, 69ff., 77f., 82ff., 86, 91, 108, 119, 125, 149, 173, 178, 212, 224, 235, 237, 241, 261, 292, 300, 329f., 337, 352f., 423ff., 430, 520, 595, 645, 673, 691, 694f., 699, 763, 782, 814f., 842, 897–900, 904f., 958, 960, 983, 985f., 1003, 1005, 1161, 1187, 1266, 1284, 1291, 1322,

1319, 1321–1324, 1379ff., 1385, 1390f., 1410, 1412f., 1416f., 1419, 1421ff., 1426f., 1437ff., 1444, 1447ff., 1460, 1515, 1517, 1539, 1541, 1549, 1553, 1559f., 1562, 1576, 1582, 1593, 1603, 1605ff., 1611, 1614, 1619, 1622, 1632, 1634, 1636f., 1639, 1647, 1656f., 1659, 1663, 1670, 1682f., 1686f., 1694f.
Bezirksverband Oberfranken der CSU 23, 29f., 37, 44, 48, 55f., 66, 70, 72f., 82, 84, 86, 96, 102f., 145f., 182, 212, 214, 216, 224, 263, 291, 300, 304, 329, 332, 337f., 352f., 360, 425–429, 457, 460, 519f., 529, 533f., 592, 594f., 635, 645, 685f., 693, 798, 812, 815, 818, 884, 963, 1000f., 1003, 1124, 1209, 1262, 1265, 1280, 1323, 1372, 1391, 1439, 1444, 1518, 1561, 1606, 1615, 1639, 1648, 1661, 1669, 1674, 1676, 1689
Bezirksverband Oberpfalz der CSU 23, 25f., 29, 35, 37, 44, 55f., 66, 70, 72, 75, 84, 86, 96, 144, 212f., 216f., 224, 291, 293f., 296, 303, 328f., 332–337, 353f., 380, 425, 431, 436, 520, 595, 620, 643, 645, 686f., 689f., 694, 761, 780, 818, 842, 1000f., 1049, 1242, 1252, 1265, 1269, 1322f., 1444, 1449, 1570, 1606, 1650, 1661, 1668f.
Bezirksverband Schwaben der CSU 23, 29f., 37, 44, 55f., 66, 70, 72, 84, 86, 94, 144, 154, 166, 193, 216, 224, 263, 295, 300, 328f., 331, 352, 425, 520, 538, 589f., 595, 630, 645, 687, 689ff., 696, 698f., 760, 820f., 842, 995, 998, 1045, 1129, 1252, 1262, 1265, 1323, 1444, 1447, 1460, 1560, 1606, 1639, 1661, 1663, 1665–1669, 1682, 1694
Bezirksverband Unterfranken der CSU 23, 29f., 37, 44, 55f., 67, 70, 72f., 84, 86, 212, 224, 328, 339f., 379, 381f., 417, 429, 457, 520, 595, 645, 691f., 718, 819, 821, 842, 1000, 1007, 1010, 1129, 1242, 1286, 1323, 1444, 1606, 1661, 1669, 1673
Bildung (s. Akademien; Besatzungsmacht, amerikanische; Programmatik der CSU; Schule und Erziehung; Universitäten und Hochschulen; Verfassung, Bayerische; Volkshochschulen)
Bizone (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet, → Bewirtschaftung; einzelne Institutionen; Ernährung und Ernährungslage; "Hühnerfutterrede") 832f., 885, 975, 1062, 1087f., 1090, 1092, 1167, 1171, 1174ff., 1182f., 1191, 1203, 1354ff., 1364f., 1440, 1456, 1483ff., 1499, 1502, 1506, 1510, 1513, 1537, 1549, 1598, 1608, 1610, 1615f., 1622, 1624, 1626, 1629, 1635, 1648, 1694f.
- Direktoren und Verwaltungsämter 1062, 1098f., 1179f., 1191, 1203, 1349, 1355
- - personelle Besetzung 792, 821, 1088, 1176–1180
- - Verwaltungsamt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1088, 1097, 1100, 1177, 1179, 1549, 1579, 1617, 1622–1625, 1630, 1635
- - Verwaltungsamt für Wirtschaft 1100, 1176–1180, 1333, 1335ff., 1339, 1342, 1344, 1347, 1349, 1356, 1375, 1458, 1507, 1509, 1512, 1514ff., 1625
- Neuordnung 1487–1491, 1516, 1537, 1590, 1598, 1604, 1609f., 1616, 1621, 1625, 1627
- Organisation und Aufbau 832, 1037f., 1068, 1087, 1092, 1176f., 1604, 1625
Bodenreform 43, 407, 417, 454, 498, 528, 726, 1067, 1088, 1524f., 1527
Böhmen 1139, 1525f., 1533f.
Bogenhausen (München) 740
Bolschewismus 89, 91, 122, 133, 950, 1364
Bolschewismusgefahr 24, 88, 106, 110f., 122, 133, 178, 505, 1265, 1435
Bonn 1398
Brand (bei Marktredwitz) 1453
Brasilien 1107f.
Bremen 828, 1091
Bruck (Oberpfalz) 334
Buchenwald 132, 1369
Büchenbach 1274
Büchlhof (Oberpfalz) 334
Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) 225, 240
Bund deutscher Mädel (BDM) 1154
Burghausen 1327f.
Burgkunstadt 36
Burglengenfeld 333

Capri 89, 126, 132, 147, 161, 1541
Care-Pakete 1339, 1341, 1486, 1505, 1517
Caritas 344, 347, 378, 382
Caux 1310
CDU/CSU ("Reichsunion") 497, 875f., 1168, 1351, 1354, 1368ff., 1458, 1472ff., 1609, 1620ff.
CDU/CSU, überzonaler Zusammenschluß ("Reichsunion") 8, 31, 33ff., 51, 135f., 162, 177f., 186, 193, 197–201, 203, 221, 232f., 245, 247, 252, 258–262, 313ff., 371, 405, 423, 477ff., 497, 506, 515, 519, 541–545, 1012, 1180, 1291, 1378, 1399ff., 1408, 1440, 1458, 1471
- Arbeitsausschüsse 542, 544, 1371
- föderative Struktur 201, 233, 404, 477, 479, 542, 544, 1471, 1494
- Interzonenrat und Arbeitsgemeinschaft 31, 33ff., 200, 259, 542f., 755, 1177, 1179, 1284, 1369–1372, 1471, 1494
- Parteiname 186, 200, 542
- Programm 186, 197f., 542
- Zentrale 34, 186, 189, 198, 200f. 232f., 404
CDU/CSU, US-Zone 31, 33f., 51, 179, 185f., 193, 197, 199ff., 203, 221, 232, 247, 258–262, 313ff., 543
Cham 14, 33, 333f., 336
Chile 1306
Christentum (→ Programmatik der CSU; Selbstverständnis der CSU) 22, 82, 94, 106f., 178, 231, 233, 253, 309, 312f., 316, 324, 344–347, 349, 415f., 428, 447, 449, 462, 499, 526, 533, 537f., 545, 547, 590, 592, 638, 666f., 675, 678, 681, 711ff., 717, 719, 739f., 748, 755, 766, 784, 791, 799, 804, 820f., 826, 835, 860, 865, 867, 869,

871, 874, 877, 887, 890, 893f., 905, 907, 917, 929, 941, 951, 976, 979, 1004, 1021, 1030ff., 1042, 1059, 1078ff., 1093, 1102, 1117f., 1123f., 1128–1131, 1133, 1136ff., 1144, 1166, 1178, 1182f., 1230, 1259, 1369, 1373f., 1400, 1409f., 1439, 1441, 1445, 1462f., 1469, 1472, 1479, 1530, 1535, 1537f., 1549, 1552, 1555, 1558, 1576, 1585, 1593, 1597, 1602, 1609, 1626, 1629, 1638, 1641f., 1644, 1646, 1653, 1655, 1664, 1668, 1670
Christlich-Demokratische Parteien in Europa (→ Christliche Union Europas) 539, 865, 871, 1353, 1474, 1535
- internationale Zusammenarbeit 538, 698, 724, 871, 1435, 1474f., 1535
- Italien 701ff.
- Österreich 885
Christlich-Demokratische Union (CDU) 186, 189f., 314, 478f., 542, 874, 1049, 1061, 1179, 1182, 1397, 1457, 1471, 1610, 1616f.
- amerikanische Besatzungszone 258, 314, 541f., 544, 1177, 1598
- Berlin und sowjetische Besatzungszone 33f., 135, 186, 189, 198, 200f., 258, 260, 314, 404f., 417, 478ff., 491f., 506, 511f., 541–544, 546f., 754f., 759, 1061, 1178, 1351, 1365ff., 1373, 1397–1401, 1440, 1442, 1472, 1514, 1558
- Berliner Parteitag 1946 (→ CDU/CSU, überzonaler Zusammenschluß) 186, 189, 193, 198, 258, 260, 314, 404f., 477–480, 491ff., 496f., 505
- britische Besatzungszone 258, 314, 541f., 634, 1062, 1177f., 1397, 1568f., 1598, 1617, 1620f., 1661, 1680
- französische Besatzungszone 541, 1435
- Hessen 34, 258, 831ff., 951, 1369, 1402, 1457f.
- Lindau 1435
- Pfalz 199
- Rheinland-Pfalz 1419
- "Saarpfalz" 775
- Südbaden 1457ff.
- Württemberg-Baden 258, 542, 1397ff., 1401
Christliche Union Europas (→ Christlich-Demokratische Parteien in Europa) 232f., 258, 260ff.
Christlicher Volksdienst 340
Coburg 23, 117f., 147f., 160f., 181, 307, 337, 348, 362, 383, 394, 447, 449, 460, 531, 579, 811, 1361, 1639, 1675
Coburger Neue Zeitung 1105
Counter Intelligence Corps (CIC) 39, 158, 244, 501

Dachau 23, 39, 330, 1330, 1544, 1576, 1578
Dänemark 906
Danzig 141, 372
Deggendorf 14, 382
Delegiertenschlüssel 25, 37–40, 43ff., 47, 55ff., 59–64, 66–70, 73–87, 100f., 204, 206, 218, 224, 291f., 295ff., 300, 780, 843f., 849, 853f., 1288ff., 1296, 1298f., 1302, 1305, 1307–1312, 1314f., 1318ff., 1379–1382, 1384, 1391, 1404f., 1409–1417, 1420f., 1425–1434, 1436–1450, 1452, 1557f., 1563, 1574, 1593, 1604–1607, 1615f., 1625, 1637, 1639, 1643f., 1652, 1662, 1665, 1672, 1674, 1687f.
Demokratie 42, 54, 69, 75, 82, 88, 91, 94, 103, 108, 120, 126f., 134, 138, 142, 151, 168f., 180, 218, 231, 242f., 253, 262, 286ff., 290, 311f., 317, 319, 324, 348f., 359, 361, 363, 375, 380, 393, 398, 409, 438, 450, 461ff., 472f., 475, 480, 486, 498, 518, 540, 548, 560, 563, 567f., 590f., 593, 602, 634, 639, 673, 675, 683, 686, 688f., 691f., 695f., 702f., 705, 712ff., 717f., 757, 763f., 768, 772, 786, 790, 792, 795, 798f., 803ff., 808, 811f., 816, 818, 824, 826f., 829, 831, 835f., 839–843, 851f., 854ff., 867, 870, 874, 880f., 890, 899, 906, 915, 920f., 929f., 933, 935, 942f., 945f., 949f., 953f., 959, 965ff., 976, 978, 981, 987, 989f., 998, 1004, 1009, 1020, 1022, 1024f., 1050, 1059, 1062f., 1069, 1071–1074, 1079, 1087, 1089, 1121, 1132, 1134, 1145, 1164–1171, 1180, 1182f., 1186f., 1193, 1211, 1222, 1226, 1259, 1310, 1352f., 1359, 1363, 1365, 1376, 1381, 1391, 1405, 1433, 1445, 1456, 1463, 1465, 1470, 1472, 1475, 1477f., 1480, 1489, 1524, 1539, 1542f., 1551, 1554ff., 1570, 1574, 1628, 1651, 1655, 1659f., 1662, 1673
Demontage (s. Industrie)
Deutsche Allgemeine Nachrichten-Agentur (DANA) 140f., 232f., 258–263, 314, 378, 385f., 391, 785, 793f., 802, 1029
Deutsche Arbeitsfront (DAF) 394
Deutsche Einheit (s. Staatsaufbau, deutscher künftiger)
Deutsche Nachrichten-Agentur (DENA) 1454, 1521f.
Deutsche Partei (DP, s. Niedersächsische Landespartei)
Deutsches Museum München 256, 372
Deutsches Reich (s. Deutschland; Geschichte)
Deutschland (→ Staatsaufbau, deutscher künftiger; Weststaatsgründung) 8, 17, 22, 24, 34, 37, 51, 78, 126, 128f., 197f., 200, 228, 250, 253, 258ff., 312, 314ff., 318, 323f., 371, 397, 415, 434, 437f., 453f., 477–480, 482, 496f., 506, 511f., 518, 533, 537ff., 542, 547, 551, 557, 587, 592, 634, 653, 663, 679, 684, 706, 713, 722, 730, 734, 743, 750, 791, 793, 795, 797, 811, 825f., 829, 836, 852, 859, 865f., 871, 873–877, 879–882, 884ff., 888, 892, 898, 900, 905f., 916f., 944, 949ff., 955, 960, 963, 973ff., 977, 981, 991, 1001, 1012, 1016, 1025, 1028, 1033, 1038, 1045, 1063, 1074ff., 1078, 1082, 1088ff., 1092, 1108, 1117, 1144, 1168, 1172, 1174f., 1178f., 1207, 1226, 1230, 1233, 1284, 1296, 1302, 1336, 1338ff., 1343, 1345, 1348, 1350f., 1353, 1364f., 1373, 1376, 1378, 1399, 1401, 1403, 1419, 1423, 1441, 1459, 1461, 1463f., 1466f., 1472, 1474, 1476ff., 1491, 1493–1496, 1501–1504, 1526, 1537, 1551, 1555, 1587, 1593, 1642, 1647, 1668

- deutsches Volk (Deutsche) 21f., 48ff., 133, 180, 242f., 253, 293, 317, 319, 325, 375, 398, 434, 457, 478–482, 484, 486, 496f., 512, 542, 584, 592, 650, 660, 669, 675, 701, 709, 712, 750, 755, 767, 791, 795, 824, 867, 871, 892, 935, 942, 945, 975, 998, 1068, 1081, 1130, 1142, 1152, 1226, 1301, 1310, 1344, 1350f., 1361, 1399ff., 1409, 1476–1479, 1513, 1585, 1593, 1658
- Grenzen 242f., 435, 542, 709, 713, 753f., 1333
- territoriale Verluste (→ Ostgebiete, ehemalige deutsche) 141, 199ff., 203, 232, 242f., 314, 434, 676, 704, 709ff., 774f., 1226
- Wiedereingliederung in Europa und die Welt 244, 314–319, 434, 471, 512, 684, 717, 1065

Deutschlandlied 472
Deutschlandpolitik (s. Besatzungsmächte)
Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 529, 831, 974, 1691
Dießen 330
Diktatur 81, 178, 243, 319, 510, 675, 713f., 804, 867, 976, 1016f., 1022, 1071ff., 1354, 1376, 1538, 1546, 1621
- "Führerprinzip" in der CSU 217, 290, 617, 849, 1620, 1630, 1632ff.
- Vorwurf diktatorischer Bestrebungen in der CSU 41, 44, 78, 84, 103f., 108, 142, 168, 172, 214f., 253, 377, 380, 384, 462, 507, 618ff., 764–767, 808, 840, 850, 881, 893, 986, 1023, 1093, 1190f., 1196, 1203, 1250, 1310, 1553ff., 1557, 1582, 1634

Dillingen 14
Dingolfing 36, 382, 645, 929
Dinkelsbühl 339
Displaced Persons (DP) 1469f.
Document Center, Berlin 1109
Donauföderation 200, 885f., 901, 1008, 1370
"Drittes Reich" (s. Geschichte)

Ebermannstadt 337, 426
Ebern 339
Ebersberg 1266
Egerland 1139
Eichenau 1113
Eichstätt 339, 834ff., 846, 864, 872, 910, 932, 938, 954ff., 965, 967, 986, 992, 994, 1011, 1022, 1025, 1029, 1045, 1052, 1061, 1086, 1090f., 1093, 1161, 1163, 1224, 1226, 1232, 1284, 1286, 1289, 1295, 1299, 1303, 1313, 1326, 1328, 1331, 1361, 1375, 1377, 1387, 1391, 1422, 1438, 1445, 1460f., 1482, 1522, 1591, 1604, 1608, 1612, 1619, 1633, 1672f.
Eigentum (s. Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische)
Ellwangen 1363, 1368f., 1374
Ellwanger Kreis 1363, 1368–1372, 1374
Eltershausen 164
Emskirchen 1274
Energieversorgung 198, 480, 1037, 1067, 1070f., 1151, 1336, 1338, 1340–1344, 1361f., 1505ff., 1512, 1518
- Kohle 138f., 402, 480, 775, 831, 1037, 1070f., 1080f., 1336, 1340–1344, 1347, 1502, 1505ff., 1512f.

Entnazifizierung (→ einzelne Institutionen; Internierung; Parteigenossen; Spruchkammern; Treuhandwesen und Vermögensverwaltung) 21, 24, 31, 72, 87, 113, 183, 189, 193f., 197, 255, 310, 316, 361, 372f., 381, 387, 411, 417, 423f., 450, 456, 459f., 469–472, 491, 501, 508, 599f., 641f., 649, 654f., 670, 751, 758, 801, 814, 828, 916, 920, 972, 976f., 996, 1040f., 1072, 1101, 1106, 1109, 1121, 1127, 1216f., 1265, 1372f., 1463, 1545, 1586
- Amnestien 653, 658, 665, 669, 1035f., 1040, 1042, 1155, 1659
- Denunziantentum 36, 310, 325, 398, 470, 657, 714, 828, 843, 896, 898, 1152
- Instrumentalisierung, politische 109, 141, 158, 160, 196, 213, 310f., 325, 361–364, 373, 382f., 400, 403f., 456, 470, 472, 485f., 812, 884, 995, 1001, 1041, 1151, 1260, 1372
- Kategorien und Sühnen 94, 395, 424, 465, 481, 483–487, 527, 535, 603, 649–653, 657–661, 664, 666–668, 754–758, 800, 897, 1150–1156, 1167
- Militärgerichtshof, Internationaler (s. dort)

Entnazifizierung einzelner Gruppen und Personen
- CSU-Mitglieder und -Abgeordnete 31, 36f., 94, 159, 217, 244, 372f., 377, 392, 460, 501, 506, 649, 757, 812, 897f., 995
- Kreisverband Viechtach 371, 382, 385, 423, 425f., 457, 459, 495
- Kreisverband Würzburg 371, 373, 377–385, 387, 389, 391, 423, 425f., 429, 457ff., 461, 495, 506
- Josef Müller 658, 749, 767f., 772f., 793–798, 800ff., 804–807, 810ff., 815, 862f., 883f., 891, 894–900, 902–907, 917, 949, 957, 959, 1004, 1480, 1604, 1669
- Öffentlicher Dienst 18, 31, 82, 197, 483, 665, 975, 1106, 1109
- Fritz Schäffer (s. Fall Schäffer)
- Wirtschaft 18, 424, 483, 665, 757, 1152

Entnazifizierungskritik der Parteien 310, 359f., 392–397, 463f., 466f., 470, 527, 654, 662, 751, 755, 814, 830, 989, 1152, 1168
- an der CSU 244, 387, 394f., 397ff., 401, 456, 464, 466, 491, 655, 662
- in der CSU 17f., 36f., 244, 246, 325, 359, 393f., 398ff., 464, 642, 648ff., 652–662, 665–669, 755, 757, 960, 1150ff., 1154ff., 1167f., 1619

Entnazifizierungsausschüsse 17f., 37, 72, 1150
Entnazifizierungsrichtlinien und -gesetz 17, 24, 484, 659, 916, 1149f., 1187f.
- Direktiven der amerikanischen Besatzungsmacht 17f., 32, 113, 1150f., 1154
- "Befreiungsgesetz" 17f., 32, 35, 37, 182, 187, 191, 244, 246, 319, 360, 363, 371, 393–404,

463–468, 481–488, 527, 535, 603, 648, 655f., 658–662, 665–669, 714, 755, 757, 884, 888, 897f., 920, 960, 1035f., 1042, 1149–1154, 1156, 1167f., 1260, 1480, 1619
- Militärgesetz Nr. 8 18, 37, 484, 662
Entschädigung/Lastenausgleich 178, 449, 683, 716, 935, 1067, 1183, 1185, 1187, 1189, 1225f., 1468, 1528, 1530
Erbendorf 334
Erding 330
Erlangen 84, 186, 208, 338, 343, 347, 354, 390, 762, 798, 988, 1022, 1112, 1161, 1229, 1274, 1284, 1330, 1374, 1377f., 1390f., 1396, 1404, 1407, 1409, 1411ff., 1419–1425, 1428ff., 1467, 1516f., 1522, 1557, 1574, 1587, 1612f., 1618, 1626, 1629, 1686, 1688
"Ermächtigungsgesetz" (s. Geschichte)
Ernährung und Ernährungslage 22, 90, 178, 434, 756, 792, 826ff., 885, 889, 892, 922, 925, 946, 996, 1015, 1069f., 1086–1092, 1095–1099, 1151f., 1177, 1179, 1207, 1334, 1336, 1338f., 1341, 1345, 1350, 1358f., 1363, 1385f., 1434, 1447, 1454–1457, 1463, 1465–1470, 1483–1487, 1500ff., 1504, 1507f., 1518f., 1529, 1538f., 1549, 1608, 1622ff., 1626, 1637
- Bewirtschaftung 197, 826f., 885, 1087, 1091f., 1097, 1179, 1334, 1338f., 1358, 1468, 1483ff., 1507f., 1520, 1623, 1637
- bizonale Lebensmittelerfassung und -verteilung 1087f., 1090ff., 1097, 1179, 1338f., 1358, 1483–1486, 1508, 1623
Erziehung (s. Schule und Erziehung; Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische)
Eschenbach (Oberpfalz) 334, 761
Europa (→ Wirtschaft) 23f., 91f., 110f., 198f., 253, 434, 464, 547, 587, 632, 698, 713, 734, 865, 867, 870f., 874, 876, 900f., 938, 1001, 1045, 1077–1080, 1102, 1137, 1226, 1340, 1342f., 1350, 1352, 1357, 1364f., 1369, 1435, 1462, 1467, 1474, 1476f., 1479, 1494f., 1501ff., 1513, 1525, 1535, 1537, 1539, 1598, 1657
- europäische Integration 199, 434, 538, 698, 701, 704, 724, 730, 871, 876, 900, 1078, 1083, 1350, 1356, 1364, 1376, 1474, 1494f., 1535, 1598, 1647
Evakuierte (s. Flüchtlinge, Evakuierte und Vertriebene)
Exekutivrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1068, 1088, 1167, 1176, 1179, 1355, 1621

Fall Schäffer 39, 41, 43, 46f., 87, 109ff., 113f., 116–121, 123ff., 137f., 140f., 146f., 158–161, 163f., 167f., 186, 193ff., 211ff., 230, 250, 310f., 389, 394, 401, 410, 427, 457, 809, 811f., 1402, 1541, 1545f., 1578, 1584, 1586, 1588, 1594, 1599f., 1604, 1674
- Coburger Rede 117f., 147, 160f., 394
- Denunziationsvorwurf 39, 117f., 141, 158ff., 213, 311, 1545f., 1599f.
- Entlassung als Ministerpräsident 111, 137f., 311, 456, 812, 1541f., 1597f.
- Schäffer-Horlacher-Konflikt 47, 116–120, 124f., 158, 160f., 168, 195, 1601
- Schäffer-Müller-Konflikt (s. Führungsstreit in der CSU)
- Schäffer-Pix-Konflikt 47, 119f., 124, 140, 157–160, 163, 165, 167
Familie (→ Programmatik der CSU) 540, 642, 702, 791, 876, 928, 953, 1102
Faschismus 110, 705, 1079
Feuchtwangen 204, 212, 339
Finanzstatut der CSU (→ Parteifinanzierung und -finanzen der CSU) 206, 228f., 241, 407, 417–422, 429f., 608, 612, 764, 1229–1234, 1249, 1257, 1262–1269, 1271, 1273–1283, 1332
Flossenbürg 23, 132, 461, 529
Flüchtlinge, Evakuierte und Vertriebene (→ Arbeitsgemeinschaften der CSU; Entschädigung/Lastenausgleich; Programmatik der CSU; Staatssekretariate; Wähler; Wahlrecht) 22, 31ff., 48, 144, 179, 187, 189, 191, 208, 225, 344, 434, 442, 449, 499, 533, 545, 579, 715, 726, 744f., 750, 753f., 756, 814, 888, 891, 900, 926, 939, 970, 977, 996, 1011, 1015, 1037, 1067, 1080, 1087, 1090, 1108f., 1113, 1150, 1166, 1181, 1198, 1216, 1226, 1239f., 1253, 1372f., 1496, 1503ff., 1525, 1602, 1606, 1616, 1626
- in der CSU 144, 443f., 533, 689, 691ff., 696, 745, 753, 780, 782, 887ff., 894f., 942, 986, 1000, 1010ff., 1216, 1226f., 1238, 1240f., 1258, 1280, 1372, 1406, 1431, 1449, 1522, 1657f., 1691
- Integration 32f., 178, 180, 190f., 366, 444, 446ff., 496, 499, 592, 716, 751, 875, 920, 926, 934f., 941, 1010, 1080, 1110, 1115, 1138f., 1374, 1405f., 1470, 1524–1530, 1656, 1658f.
- Isolation 33, 190
- rechtliche Gleichstellung 180, 183, 444–446, 500, 527, 1208
- Vertretung in Partei und Staat 180f., 225, 239, 301, 444, 448, 689, 692, 694, 696, 780–784, 788, 887, 934, 942, 946, 987, 1010, 1012, 1297, 1307, 1319, 1321ff., 1326, 1417, 1448, 1450, 1523ff., 1530, 1546, 1650, 1658, 1689ff., 1695f.
- Vertriebenengruppen (s. einzelne)
Flüchtlingsgesetz 443, 445f., 936, 1527
Flüchtlingsorganisationen 180, 933f., 1011f.
Flüchtlingspartei 32f., 179, 1010, 1173, 1658
Flügel und Gruppierungen in der CSU (→ Arbeitsgemeinschaften der CSU; Fraktion der CSU) 230, 246, 376, 433, 461, 479, 488, 498, 509, 524, 537, 577, 591, 635, 695, 765, 773, 783, 785, 790, 795, 799–802, 804, 806, 835f., 843, 850, 872, 882, 979, 983, 988, 990, 992, 994, 999f., 1003f., 1012, 1018, 1020, 1023f., 1026, 1033, 1039f., 1042f., 1045f., 1050f., 1054, 1062, 1087, 1116, 1136, 1170f., 1197, 1200ff., 1224, 1270, 1405, 1426, 1462, 1603, 1612, 1618, 1626, 1651, 1664, 1677

- Altbayerischer Flügel (auch "Opposition"; "rechter Flügel"; "Schäffer/Hundhammer-Flügel") 38, 88f., 105, 121, 123, 161, 212, 216, 250, 253, 310, 456, 493, 578f., 800, 805–809, 814f., 853, 879, 881, 899–902, 904, 949, 951, 982, 985, 999, 1002, 1004, 1006, 1020, 1026f., 1051, 1093, 1117, 1192, 1194, 1200ff., 1215, 1225, 1446, 1641, 1656, 1666
- Arbeiter und Angestellte 48, 94, 125, 297f., 306, 426, 496, 525f., 531, 545, 695, 767, 788, 820, 900, 915, 929, 933, 1089, 1181, 1258, 1305, 1406, 1572, 1588, 1656, 1690f.
- - Vertretung in den Gremien 40, 70, 101, 173f., 223, 225, 239, 297ff., 306, 330, 332, 577, 687, 692, 763f., 772, 789, 820, 878, 931, 987, 1305, 1319, 1321f., 1690f., 1696
- Bauern 38f., 48, 77, 123, 125, 171, 179, 194, 250–253, 297f., 306, 333f., 402, 426, 428, 433, 450, 489–496, 498f., 525, 527, 573, 695, 725f., 765–768, 820, 1089, 1181, 1188, 1291, 1321, 1407, 1528f., 1589
- - Vertretung in den Gremien 22, 34, 39f., 101, 173f., 179, 203, 205, 223, 226, 239, 297ff., 305, 330, 332, 503f., 577, 687, 691ff., 763, 765, 769, 788, 878, 987, 1196, 1205, 1321f., 1689ff., 1696
- Fränkischer Flügel 38, 80f., 105, 121, 123, 216, 250, 253, 290, 402, 452, 488, 493, 496, 498, 578, 587f., 594f., 813, 853, 990, 1003, 1005, 1008, 1048, 1051, 1162, 1423, 1437, 1439, 1444, 1446, 1449, 1560, 1690
- Frauen 22, 26, 47, 174, 182f., 257, 297ff., 435, 639, 696, 749, 780, 821, 893, 938, 1162ff., 1181, 1198f., 1372f., 1405, 1650, 1653ff., 1682
- - Vertretung in den Gremien 35, 172ff., 217, 223, 225f., 239, 297ff., 328ff., 332, 338f., 352f., 414, 432, 435, 503, 644f., 692, 694, 771, 773f., 777f., 780, 782, 785, 787, 838, 946, 1196, 1297, 1307, 1321ff., 1332, 1405, 1417, 1560, 1654, 1696
- Jugend (→ Junge Union) 26, 47, 53, 80, 88, 93ff., 99f., 102, 130, 161, 194, 199, 257, 300, 321, 392, 450, 525f., 577, 589f., 669f., 691, 693, 695, 718, 730, 747, 749f., 779f., 783, 797f., 805, 822ff., 836, 842, 851f., 854, 896–900, 903f., 911, 915, 935f., 1022, 1026, 1083f., 1121ff., 1211, 1241, 1300f., 1405, 1609, 1635, 1653, 1659f., 1672, 1693ff.
- - Vertretung in den Gremien 34, 172ff., 194, 217, 223, 225, 300, 328, 332, 414, 432, 503, 585, 644f., 692f., 695f., 764, 771, 773f., 776–780, 782f., 785, 787ff., 838, 842, 946, 1022, 1196, 1307, 1321f., 1332, 1415, 1417, 1696
- Katholiken (→ Konfessionen) 48, 80ff., 226, 237, 239, 306, 337, 339, 346f., 353, 757, 873, 910, 1027, 1030, 1117, 1393, 1411, 1522, 1649, 1651, 1697
- - Vertretung in den Gremien 276, 284, 300, 306, 427, 758–763, 780–783, 787
- Konservative/Sozialisten 42, 106f., 132, 136, 145, 309, 315, 479, 555, 803
- Mittelstand 48, 93, 306, 767, 1181f., 1657
- - Vertretung in den Gremien 101, 332, 504, 577, 1321f., 1696
- Monarchisten (s. Monarchisten in der CSU)
- Müller-Gruppe (auch "linker Flügel") 88f., 432, 808f., 879, 904, 992, 1002, 1020, 1026f., 1093, 1194, 1200ff., 1209, 1656
- Protestanten (→ Konfessionen) 14, 45, 48, 73f., 78–82, 123, 164, 183, 238, 306, 337, 339, 346f., 413, 426ff., 488, 534, 565, 756f., 781f., 873, 910, 1027, 1030f., 1117, 1158, 1522f., 1587, 1649ff., 1682, 1695
- - Vertretung in den Gremien 34, 74, 80, 204, 353, 427ff., 543, 758–763, 779–784, 787, 1058f., 1202, 1411, 1560, 1689, 1691
- Stände 25f., 48, 112, 204f., 435, 450, 546, 696, 767, 769, 779f., 783, 949, 1012, 1089, 1192, 1206, 1305
- - Vertretung in den Gremien 101, 144, 198, 203ff., 216f., 223, 225f., 239, 288, 297–300, 306, 328ff., 332, 338, 404, 692f., 769, 779, 783f., 789, 838, 987, 1191, 1697

Föderalismus (→ CDU/CSU, überzonaler Zusammenschluß; Staatsaufbau, deutscher künftiger) 24, 132f., 135, 197, 201f., 204, 212, 310, 313, 477, 482, 491f., 537, 712, 759, 826, 881f., 888, 900, 905, 949, 975, 981, 1074, 1077f., 1082, 1088, 1175, 1241, 1295, 1299, 1301, 1303, 1305f., 1308, 1312, 1365, 1376, 1416, 1439, 1459, 1489, 1496, 1537, 1557, 1587, 1590f., 1610, 1615, 1620, 1622, 1625f., 1629, 1644, 1655, 1680

Forchheim 190f., 337, 1274

Forstwesen 561, 1090, 1095, 1337

Fragen der Zeit 753

Fraktion der CSU
- Bayerischer Landtag (1946–1948) 204, 345, 432, 502, 581, 590, 694, 696, 766, 772f., 786, 805, 823, 831, 834, 844, 850, 898, 902, 914–917, 919, 922f., 925f., 929, 932, 935, 939, 945, 947ff., 951, 953–958, 960f., 963, 966–970, 983–986, 988, 992, 994f., 1000, 1002, 1004, 1006–1009, 1023f., 1027f., 1030, 1033, 1037ff., 1042ff., 1047f., 1050, 1052, 1054, 1064ff., 1093f., 1119, 1121, 1127f., 1160, 1162, 1182, 1184, 1189ff., 1205–1208, 1215ff., 1221f., 1225, 1246, 1249, 1258, 1269, 1295, 1303, 1307, 1310, 1320, 1322–1326, 1329f., 1379, 1381, 1383, 1402, 1405, 1410–1413, 1416ff., 1426, 1460, 1480, 1520f., 1530, 1584, 1589, 1591f., 1604, 1608, 1619, 1625f., 1630f., 1634f., 1639–1642, 1644f., 1670
- - Vertretung in den Parteigremien 278, 432f., 608f., 1160, 1222f., 1303, 1305, 1307, 1320, 1322–1326, 1329, 1379, 1381, 1383f., 1411f., 1414, 1416ff., 1426, 1460, 1639ff., 1647, 1692

- - Vorsitz 898, 922, 925, 945, 951, 964f., 984, 1006, 1033, 1049, 1196, 1216, 1222, 1225, 1257, 1297, 1324, 1418, 1644, 1692
- - Zusammensetzung 204, 345, 693, 772f., 932
- Verfassunggebende Landesversammlung (1946) 328f., 354, 414, 447, 451, 473, 498, 502f., 516, 526ff., 531f., 548ff., 552, 554–560, 564–571, 573–578, 580–592, 595ff., 645–649, 653, 656, 687f., 694, 762, 794, 803, 807, 813f., 844, 902, 904f., 948, 980, 1128, 1142
- - Zusammensetzung 328f., 585f., 591f., 687
- Verhältnis von Partei und Fraktion 515f., 519, 533, 548, 557, 559, 567ff., 575ff., 589–592, 807, 809, 834, 844, 902, 914, 919, 925, 932f., 947ff., 954ff., 958, 961, 963f., 986, 1042, 1046f., 1058, 1093, 1119, 1205, 1213, 1216f., 1219, 1305, 1592, 1605, 1626, 1630f., 1634f., 1639ff., 1647

Fraktion der FDP 1119, 1173

Fraktion der SPD 549f., 555f., 560, 562, 564, 566f., 578ff., 585f., 588, 595, 750, 811f., 870, 905, 923f., 980, 983f., 986, 988, 1031, 1038, 1620

Fraktionszwang 470, 498, 567f., 575–578, 582, 584, 586, 588f., 593–597, 713, 834, 917, 922, 939, 951, 979f., 992, 1033

Fränkische Volksstimme, Mitteilungsblatt der CSU 32

Fränkischer Tag, Bamberg 109, 120, 226

Franken 3, 40, 49, 81, 101f., 121, 133, 143, 154, 173, 198, 201, 205, 208, 212, 326, 337, 361, 467, 474, 488, 498, 511, 516, 525, 578f., 587ff., 593ff., 641, 670f., 695, 745, 750, 756, 760, 763, 772, 777, 780f., 783, 790, 813, 830, 835, 853, 873, 896, 904, 923, 935, 971, 982, 990, 995, 1004, 1008, 1023, 1027, 1030, 1039, 1043, 1048, 1051, 1059, 1064, 1123, 1130, 1138, 1172, 1241, 1262, 1305, 1311f., 1327, 1360, 1410–1413, 1416, 1437, 1439, 1446f., 1449, 1458, 1467f., 1523, 1558, 1560, 1602, 1607, 1647, 1670, 1673, 1675, 1681f.

Frankenpost 1105, 1141, 1372, 1522

Frankfurt am Main 30, 34, 111, 201, 793, 911, 1068, 1086, 1088, 1097f., 1171, 1175f., 1179f., 1182, 1189, 1191, 1203, 1220, 1284, 1333, 1335f., 1347–1350, 1354ff., 1358, 1364, 1381, 1409, 1440, 1459, 1483ff., 1487–1491, 1499, 1507, 1513, 1516, 1520, 1537, 1541f., 1544, 1549, 1584, 1590, 1598, 1603f., 1608, 1610, 1617, 1620ff., 1624ff., 1635, 1648, 1686, 1694f.

Frankreich 133, 657, 755, 865, 901, 1008, 1103, 1335, 1357, 1370, 1435, 1468, 1507, 1513

Frauen (→ Arbeitsgemeinschaften der CSU; Flügel und Gruppierungen in der CSU) 22, 299, 353, 435, 499, 590, 640, 893, 928, 938, 1198, 1373, 1406, 1653, 1655

Freie Demokratische Partei (FDP, auch "LDP", "Demokraten", → Fraktion der FDP) 40, 212, 236, 382, 394ff., 424–427, 429f., 472f., 717, 750f., 795–798, 818, 820–823, 828f., 831ff., 887, 925, 929, 943, 981ff., 1066, 1115, 1155, 1176, 1447

Freiheitsaktion Bayern (FAB) 94

Freising 844, 846f., 850, 852, 857, 1204, 1330, 1381, 1482, 1612

Fremdenfeindlichkeit in der CSU (→ Preußenfeindlichkeit) 32f., 35, 190f., 447, 500, 528f., 531ff., 679, 1106, 1108f., 1135, 1138f., 1208, 1496, 1525f., 1675

Friedensregelung, künftige 134, 200f., 247, 434, 480, 752f., 816, 825, 866, 878f., 918, 923, 926, 931, 938, 1065, 1078, 1080, 1225f., 1297, 1365, 1399, 1467

Friedenswahrung 318, 434, 512f., 560, 565, 698, 713, 755, 869, 871, 877f., 890, 916, 1078, 1080, 1226, 1467

Führungsstreit in der CSU (→ Diktatur; Kultur, politische in der CSU) 5, 8, 40f., 47, 81f., 86ff., 91f., 95, 102, 106, 110, 112, 114, 116, 119, 122, 129, 131, 141, 143, 149, 161, 163f., 168, 183, 202, 1539, 1543, 1576f., 1584, 1595, 1607, 1637f., 1643, 1645
- Führungsanspruch Schäffers 40, 91, 109, 122, 131, 158, 161, 163, 1543, 1576f., 1584, 1639, 1643
- Kommunismusvorwurf gegen Müller 88ff., 106, 111, 127, 132, 136, 1465, 1551f., 1558, 1631–1634
- Müller/Schäffer-Konflikt 10ff., 41, 47, 58f., 62, 87f., 96, 106f., 110ff., 118ff., 123f., 129–132, 136f., 139–142, 145f., 148f., 202, 310, 1539–1546, 1548–1551, 1553ff., 1568, 1575–1581, 1599f., 1611, 1619, 1637f., 1645, 1651, 1676, 1679
- Spionagevorwurf gegen Müller 128f., 153

Fürsorgewesen 425

Fürstenfeldbruck 886, 897

Fürth 338, 648, 779, 781, 783, 1093f., 1099, 1144, 1147, 1274, 1278, 1330, 1446

Füssen 890

Fulda 1352

Furth im Wald 336

Garmisch-Partenkirchen 232ff., 258, 260ff., 330, 1637

Geheime Staatspolizei (Gestapo) 175, 202, 410, 657, 749, 795, 797f., 806, 810, 883f., 891, 1113, 1669

Geld- und Kreditwesen (s. Banken und Versicherungen; Währung; Währungsreform)

Gemeinde- und Stadträte 87, 431, 450, 607, 653, 759, 946, 985, 1162

Gemeinden 561, 1302, 1343, 1526

Gemünden 339

Generalsekretär der CSU (s. Landesgeschäftsstelle der CSU)

Generalstreik (in Bayern 1948) 1379, 1381, 1395, 1398, 1402, 1464f., 1472, 1486f., 1500f., 1506, 1515, 1521f., 1674

Genfer Konvention 927
Genossenschaften 438, 554f., 561, 584, 726, 1067, 1098
Germania 14
Gerolzhofen 339
Geschäftsordnung 66ff., 71, 84f., 100, 102, 109, 114ff., 129, 167, 185, 217, 240, 286, 289, 320f., 519, 532, 536, 584, 593, 595, 602, 609, 625-629, 642, 693, 776ff., 841, 848f., 852, 908f., 913f., 918, 954, 1094, 1185ff., 1190, 1218f., 1222, 1431-1434, 1436ff., 1452f., 1450f., 1572, 1574f., 1678
- Geschäftsordnungsdebatten 57-65, 148, 150, 176, 516ff., 692, 912ff., 965, 1144-1149, 1157, 1232f., 1294, 1403, 1420, 1429, 1443, 1450, 1573ff., 1682
Geschichte (Betrachtungen und Rückblicke) 22, 58, 141, 198, 200, 242f., 287, 324, 346, 477f., 511, 560, 565, 592, 635, 675, 702, 709, 713, 730, 754f., 804, 830, 865, 867, 870, 873, 875, 881, 888, 915, 931, 946, 950, 963, 974, 1034, 1075f., 1082, 1092f., 1136f., 1165, 1210, 1352, 1366, 1376, 1462, 1470, 1478, 1495, 1534, 1536, 1557, 1598, 1601, 1627, 1643f., 1646, 1657f.
- Antike und Mittelalter 345, 730, 875, 1078, 1366, 1462, 1470, 1534ff., 1644
- Französische Revolution 58, 60, 388f., 1381, 1674
- 19. Jahrhundert und Kaiserreich 200, 830, 876, 886, 891, 1075f., 1495f., 1534, 1599, 1644, 1647, 1674
- Weimarer Republik (→ Weimarer Verfassung) 49, 53, 106, 117, 125f., 128, 135, 163f., 200, 204, 218, 362, 462, 482, 548, 641, 665, 696, 795, 822, 830, 973ff., 1024f., 1028, 1052, 1074, 1076, 1208, 1263, 1362, 1369, 1455f., 1462, 1465, 1496, 1501ff., 1538, 1553, 1582, 1586, 1588, 1601, 1609f., 1622, 1680
- NS-"Machtergreifung" 141f., 195, 250, 253f., 372f., 404, 653, 659, 893, 951, 1545, 1553f., 1582f.
- NS-Zeit (→ Konzentrationslager; Nationalsozialismus; NSDAP; Widerstand gegen den Nationalsozialismus) 49, 52ff., 81, 127, 129, 141f., 175, 202, 242, 317, 324, 362, 373, 389, 394, 463, 470, 482, 640, 658, 663, 665, 772, 805, 865, 874, 891, 906f., 1104, 1168, 1369, 1496, 1536, 1544f., 1553, 1557, 1578, 1683f.
Gesellenvereine, katholische 87, 385, 589, 1114
Gesellschaftsordnung (→ Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische) 9, 540, 577, 679, 792, 877, 929, 1072, 1074, 1164, 1166f., 1171f., 1183, 1189, 1463
Gesundheit und Gesundheitswesen (→ Ärztekammer; Sozialversicherung) 442, 446, 653, 946, 1065, 1091f., 1103, 1105, 1112, 1523
Gewerkschaften 14, 36, 181, 187, 214, 219f., 251, 329, 333, 339, 489, 496, 531, 544, 551, 554, 561, 577, 687, 788, 820, 933, 1010, 1070, 1088, 1180f., 1214, 1398, 1406, 1464, 1466, 1473f., 1485ff., 1501, 1506ff., 1510ff., 1515, 1521, 1524, 1623, 1655
- christliche 820, 1406, 1515
Göttingen 1107, 1138
Graz 885
Griesbach 190
Großbritannien 33, 200, 231, 234, 317, 371, 386, 413, 451, 567, 634, 755, 829, 881, 951, 967, 1028, 1071, 1103, 1110f., 1210, 1342, 1501, 1506f., 1549, 1674
Gründung der CSU (1945 - Januar 1946, → Vorbereitende Ausschüsse der CSU) 3-6, 24, 49, 130f., 135, 256, 323, 548, 865, 872, 904, 1059, 1202, 1211, 1360, 1460, 1493, 1576f., 1586ff., 1607, 1662, 1664, 1672, 1675f., 1678, 1690
Gründungsaufrufe der CSU 3, 5f., 1478
"Gründungsväter" der CSU 41, 45, 78, 116, 486, 1209, 1211, 1648f., 1664
Gründungsversammlung der CSU 5, 7-12, 21-26, 85, 130, 238, 285
Günzburg 36
Gunzendorf 29
Gunzenhausen 82, 212, 339, 353, 1426

Haager Konvention 1476
Haidhof 1482
Hamburg 551, 1272
Hammelburg 340, 360f.
Handelskammer (→ Berufs- und Interessenverbände) 566
Handwerkskammer (→ Berufs- und Interessenverbände) 329, 445, 566, 583
Hannover 496, 511, 1177, 1370, 1461, 1472
Harlaching (München) 661
"Harzburger Front" 113, 1034, 1553, 1636
Haßfurt 340, 1423, 1425, 1451
Hauptstadt, künftige deutsche (auch: "Reichshauptstadt") 198, 200f., 232, 311, 456, 511, 548, 905
Heideck 339
Heppenheimer Verfassungsausschuß 1371
Herrlehof 30
Hersbruck 339, 520
Herzogenaurach 1274
Hessen 30, 34, 197, 258, 441f., 483, 485, 511, 537, 647, 785, 823, 831-834, 882, 951, 978, 1048, 1103f., 1208, 1369, 1402, 1457f.
Heßdorf 1274
Hilpoltstein 212
Hiltpoltstein 1446
Hitlerjugend (HJ) 587, 664, 712, 1115, 1154
Hochland-Bote 261
Höchstädt 520
Hof 190, 214, 337f., 531, 579, 1155, 1328, 1372
Hofheim 340, 520
Holzkirchen 899
Hubertshöhe (bei Roßbach) 334
"Hühnerfutterrede" 1333-1350, 1354, 1360f., 1363, 1375, 1377, 1467, 1506, 1515ff., 1538, 1549

Humanismus 36, 866, 1102, 1128, 1131
Humanitarismus 1079
Illertissen 960
Industrie 219, 552f., 561, 653, 682, 693, 706, 709, 715f., 719, 721, 725, 734, 885, 996, 1008, 1098f., 1334, 1336ff., 1340–1344, 1396f., 1447, 1449, 1501ff., 1505, 1507–1512, 1696
- Demontage und Kriegsproduktion 422, 434, 715, 739, 1334, 1339ff., 1502f.
- Entflechtung 709, 869, 1073, 1182, 1406, 1466
Industrieplan 1069, 1341f.
Inflation 1166f., 1265, 1504
Information Control Division (ICD) 1270
Informations- und Rednerdienste der CSU 14, 24, 117, 182, 185, 187, 195, 205, 231, 234, 257, 308, 444, 526f., 749, 762
Ingolstadt 29, 66, 330, 425, 491, 750, 848, 1012, 1239f., 1559
Innere Mission 190, 347
Innungen (→ Berufs- und Interessenverbände) 219, 758
Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1501
Interessenverbände (s. Berufs- und Interessenverbände)
Internationalismus 730
Internierung 42, 487, 665, 1140
Isar-Post 52, 56, 120, 158, 160, 162, 186, 384ff., 389–392, 490, 773, 793f., 796, 802, 805, 1028
Italien 701ff., 865, 1468, 1507

Jalta (s. Konferenz von Jalta)
Journalisten (s. Presse)
Journalistenverband (→ Berufs- und Interessenverbände) 386, 390
Juden 711, 740, 1104
Jugend (→ Flügel und Gruppierungen in der CSU; Junge Union) 18, 35ff., 53, 93f., 450, 524–527, 579, 587, 589, 669, 705, 711f., 714ff., 734, 742f., 766, 798, 806, 822f., 829, 851, 875, 877, 896, 915, 935, 982, 975, 1001, 1022f., 1029, 1032, 1077, 1087, 1102, 1110, 1126, 1142, 1198, 1350, 1362, 1409, 1441, 1470f., 1475, 1514, 1599, 1603, 1606, 1659f.
Junge Union 779f., 787, 793, 819, 821ff., 836, 872, 883, 896, 898f., 1027, 1083ff., 1181, 1196, 1198, 1212, 1245, 1251, 1253, 1282, 1291f., 1294f., 1300, 1304, 1306f., 1321ff., 1390, 1405, 1416, 1440, 1471, 1603, 1629, 1635, 1640f., 1650, 1658ff., 1681, 1683, 1685f., 1694, 1696
Justiz (→ Programmatik der CSU; Recht/Rechtsbewußtsein; Verfassung, Bayerische) 187, 440, 1208, 1342, 1469

Kapitalismus 243, 319, 545f., 571, 869, 929, 1029, 1069, 1406, 1464, 1553
Karlshorst 1088, 1465, 1552
Karlstadt 36, 340, 858
Kassel 1352
Katholiken/Katholizismus (→ Flügel und Gruppierungen in der CSU; Konfessionen) 7, 23, 48, 50, 79, 426, 448, 499, 542, 757, 761ff., 782, 872f., 1021, 1027, 1030, 1106, 1112f., 1117, 1324, 1370f., 1577, 1687, 1653f.
Kaufbeuren 890
Kempten 398, 401, 498
Kirchen (→ Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische) 14, 180, 205, 213, 235, 315, 341–346, 349, 351, 398, 426, 453f., 472, 498, 554, 561, 563, 565, 648, 652, 656, 660, 664, 667, 693, 702, 760, 762, 970, 1079, 1113, 1118, 1123, 1137, 1152f., 1329, 1664
- Erziehungsaufgabe 36, 970, 1123
- Geistliche in Staats- und Parteiämtern 212f., 216ff., 221, 226, 235–239, 255, 293, 300, 305, 329, 331, 339–351, 472, 686, 693, 760
- katholische 235, 238, 342, 345, 350f., 652, 762, 831, 906f., 928, 938, 970, 1112f., 1118, 1522, 1587
- und Nationalsozialismus 652, 655f., 664, 667, 1153, 1587
- protestantische 128, 213, 235–238, 341, 345, 350f., 499, 532, 564f., 648f., 656, 659, 760, 762, 970, 1059, 1113, 1117f., 1159, 1587
- Verhältnis von Staat und Kirche 344, 454, 1117f.
Kirchenthumbach 334
Kirchenverträge 565, 1113
Kitzingen 340, 692
Klerikalismus 236, 472
Kochel 408
Köln 186, 1062, 1272, 1398
Königshofen 340
Königstein im Taunus 542
Kötzting 212, 235
Kolbermoor 1636
Kollegiatsspitze (s. Satzung der CSU)
Kollektivismus 122, 131, 178, 313, 316, 319, 544, 547, 577, 682, 713, 715, 728, 752, 979, 1071–1074, 1077, 1079, 1462f., 1468, 1535, 1552, 1609
Kommunismus 127, 131, 133, 348, 379, 462, 510, 537, 713, 716, 950, 1000, 1088, 1352, 1441f., 1463, 1535, 1552, 1631, 1634
Kommunismusgefahr 52, 88f., 106, 207, 505, 532, 547, 587f., 595, 900, 982, 1006, 1447f., 1535, 1552, 1582, 1663
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 8, 22, 37, 54f., 89f., 94, 106, 121f., 127, 137, 139f., 164, 189, 197, 207f., 212f., 216, 234, 243, 249, 252, 290, 310, 315, 349, 359ff., 364ff., 373, 378, 388, 390f., 398, 400, 403, 416, 424ff., 428f., 448f., 456, 462, 466f., 498f., 527, 585, 587, 594, 623, 649, 653, 662f., 665, 704, 717, 734ff., 754, 819, 821ff., 828f., 831f., 887, 900, 930, 989, 997, 1025, 1155, 1176, 1359, 1439, 1474f., 1543ff., 1552, 1632, 1635
- Mitglieder in Regierung und Verwaltung 43, 88ff., 111, 137, 139, 469, 499, 665, 971f., 1011
- Regierungsbeteiligung 54, 110f., 136f., 139, 822f., 1541, 1543, 1578

- Verhältnis zur CSU 195, 213, 383, 394f., 466, 469, 807f., 1122f.
- Verhältnis der CSU zur KPD 43, 53, 110f., 178, 189, 195, 365, 461, 505, 734f., 752, 1642
- vor 1933 117, 164, 461f., 1544, 1552

Kompensation 1098, 1100, 1341, 1344, 1510f., 1517

Konferenz von Jalta 1339, 1357

Konfessionen (→ einzelne; Flügel und Gruppierungen in der CSU) 7, 75, 82, 106, 128, 142f., 204, 212f., 341, 426f., 472, 480, 499, 542, 589, 646, 660, 675, 692f., 804, 941, 970, 1079, 1106, 1112f., 1139, 1493, 1650
- Einigung der Konfessionen 7, 50, 73, 90, 143f., 204f., 217, 238, 542f., 756f., 761, 763, 767, 804f., 872f., 887, 1007, 1027, 1030f., 1117, 1125, 1159, 1191, 1522f., 1542, 1558, 1577, 1587, 1649, 1665
- Konfessionskampf 106, 212, 428
- Vertretung in Partei und Staat 34, 74, 112, 142, 144, 204, 212, 237, 275, 305f., 337f., 346f., 427ff., 757, 761-764, 781ff., 1112, 1158, 1411, 1689, 1691

Konservatismus/Konservative 144, 309, 791, 1079

Kontrollrat, Alliierter 191, 227, 258, 399, 406, 438, 440-443, 483, 501, 904, 916, 938, 1017, 1067f., 1167, 1335, 1344, 1346, 1476, 1478, 1511, 1590

Konzentrationslager 23, 37, 88f., 115, 132, 349, 461, 529, 653, 668, 755, 795, 801, 1351, 1369, 1540, 1544, 1578, 1583

Kraft durch Freude (KdF) 870

Krailling 66

Krankenkassen (s. Gesundheit und Gesundheitswesen)

Krankenversicherung (s. Sozialversicherung)

Kreise 80f., 258, 426, 429, 560, 652, 987, 995, 1520f.
- Landkreise 37, 75, 82, 197, 327f., 368, 426, 596, 803
- Landkreisordnung 365ff.
- Stadtkreise 44, 75, 327, 367

Kreisgeschäftsführer der CSU (s. Satzung der CSU)

Kreistage und Kreisräte 256, 343, 365-368, 946, 984, 1035, 1162

Kreisverbände der CSU (→ Satzung der CSU) 23, 25f., 29, 31, 36, 38ff., 56, 64, 69, 72, 78, 102f., 104f., 121, 182, 204, 212f., 215f., 228, 235, 238, 250, 257, 266, 293f., 327-333, 335, 353, 355f., 374, 377, 417-421, 429ff., 433f., 444, 448, 520ff., 524ff., 648, 672f., 686-692, 694, 747, 762, 775f., 803, 809, 844, 846, 861, 976, 990, 999, 1064, 1093, 1162, 1220, 1234f., 1237-1246, 1248-1254, 1256ff., 1262f., 1265f., 1269f., 1275, 1277-1283, 1298, 1302f., 1312, 1315, 1328, 1379-1384, 1411, 1414ff., 1430, 1433, 1445, 1515, 1518, 1563, 1568, 1570f., 1576, 1582, 1613, 1616, 1632, 1639, 1661, 1675f., 1681

Kreisverband Bamberg der CSU 56, 206, 292

Kreisverband München der CSU 7f., 10-13, 76

Kreisverband Regensburg der CSU 44, 56, 64, 68, 75, 206, 218, 291f., 296, 407f., 780

Kreisverband Viechtach der CSU (s. Entnazifizierung einzelner Gruppen und Personen)

Kreisverband Würzburg der CSU (→ Entnazifizierung einzelner Gruppen und Personen) 44, 56, 64, 68, 70, 292, 1242, 1276

Krieg (s. Weltkrieg)

Kriegsgefangene und Heimkehrer 212, 407, 451, 482, 892, 916, 926, 938f., 953, 1028, 1166, 1198, 1200, 1224, 1357, 1366ff., 1374, 1470f., 1514, 1659

Kriegsopfer und Hinterbliebene 178, 180, 500, 545, 657, 705, 875, 1189

Kriegsverbrechen/Kriegsverbrecher (→ Militärgerichtshof, Internationaler) 1150, 1545

Kriegsversehrte 82, 95, 174, 178, 180f., 187, 407, 450, 656, 668, 717, 739, 875, 938, 1015, 1036, 1189

Kronach 218, 337, 1446

Kulmbach 207, 337f., 426f., 531, 829, 1109, 1127, 1697

Kultur, politische in der CSU 42, 51f., 57-61, 63, 65, 67f., 86f., 90f., 94, 98f., 101, 105, 114ff., 146, 148f., 161f., 165f., 169ff., 186, 213, 246, 286, 334, 412f., 488, 506, 684, 691, 693, 695f., 724, 790, 799-803, 805ff., 811, 841f., 851f., 854f., 860, 863, 889, 891f., 896, 914, 932, 955, 958, 960, 966, 1007, 1014, 1020, 1026, 1129, 1145, 1162f., 1183, 1198, 1591, 1604, 1628f., 1642f., 1654
- Beobachter, parteifremde in Parteisitzungen 99, 116, 261, 516, 592
- Diskretion/Indiskretion über Parteiinterna 232, 409-414, 458, 461f., 515ff., 530, 803, 911f., 914, 1214, 1268
- Vorwurf nationalsozialistischer Methoden 38, 114f., 202, 214, 851, 855, 1025, 1553
- Zulassung der Parteiöffentlichkeit zu Parteisitzungen 57-61, 64f., 67f., 97-100, 102, 104f., 114ff., 169, 183, 407, 413, 515-518, 592, 790, 911-914, 1332
- Zwischenfall Messmer 47, 86-97, 107, 155ff., 213, 409-412, 462, 507, 509, 530f., 909

Kulturgemeinschaft, christlich-abendländische 23f., 93, 133, 537, 539, 684, 698f., 704, 706, 724, 884, 1079f., 1352

Kulturpolitik (→ Einzelbereiche; Kirchen; Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische) 312, 341, 348f., 371, 414f., 453f., 471f., 503, 537, 539, 791, 1102ff., 1136, 1156f., 1302

Kulturszene, zeitgenössische bayerische 1113f., 1139

Kunst (→ Programmatik der CSU) 453f.

Länderrat der amerikanischen Besatzungszone 34, 258, 440f., 455, 483, 485, 505, 515, 519, 916, 975, 1036f., 1086-1089, 1151, 1153f., 1167, 1174, 1368, 1458, 1490, 1509, 1686

Länderrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1621
Landau 385, 425, 1576, 1586
Landesarbeitsausschuß der CSU (auch "Landesleitung", "Parteileitung", Parteivorstand, → Landesleitung, vorläufige der CSU) 40f., 43, 45ff., 108, 143, 148, 152, 162f., 165, 175, 177, 181f., 185f., 189, 193, 205, 211, 213, 218, 221, 223, 244, 263, 342, 371, 423f., 433, 500–504, 508, 530, 543, 602, 625ff., 629, 631f., 645, 809
Landesausschuß der CSU (→ Satzung der CSU) 38, 108, 110, 145, 152, 154, 167, 170–174, 185f., 205f., 211, 218, 263, 308f., 329, 355, 357ff., 374, 409, 411, 421, 423, 430, 432, 515f., 532, 599, 601, 620, 623f., 626, 636, 641f., 671ff., 765f., 771, 781, 789, 835f., 846f., 852, 857f., 953, 960f., 1061, 1200, 1204, 1212, 1215, 1220ff., 1225f., 1248, 1266, 1281, 1283f., 1289, 1370, 1379, 1387, 1407, 1409, 1427, 1429, 1451f., 1519f., 1523, 1530, 1533, 1559, 1563, 1566, 1569, 1670, 1688, 1690, 1692
Landesausschuß, Erweiterter Vorläufiger der CSU 34f., 37f., 41, 43ff., 47, 69f., 76, 80, 104f., 151f., 175, 179, 185, 297, 308, 358, 409, 602, 1541, 1546, 1551, 1576f., 1600, 1607f., 1675f.
Landesausschuß, Vorläufiger der CSU 17, 19, 21, 27, 29ff., 34f., 39ff., 43f., 47, 55f., 59, 65, 67–70, 73f., 76f., 84, 86, 96, 111, 118f., 124, 142f., 147, 151f., 321
Landesgeschäftsstelle der CSU (→ Satzung der CSU) 13, 31, 35, 47, 78, 97, 121, 185, 188, 193, 206, 211f., 216, 219, 221, 224, 226, 228, 246f., 255ff., 309, 371f., 408, 414, 417, 419, 421, 429f., 444, 497, 515, 519f., 522f., 526, 646f., 671, 744, 1093, 1157f., 1206, 1216, 1237, 1241, 1243, 1246, 1248f., 1251–1257, 1259ff., 1264–1269, 1276f., 1279, 1284, 1287, 1291–1295, 1306, 1321, 1332, 1374, 1381, 1387f., 1456, 1564, 1566, 1595, 1671, 1685f.
- personelle Besetzung 13, 212, 390, 392, 396f., 404, 423f., 500, 528f., 531f., 534, 1093, 1206, 1216
- Sekretariat München 13ff., 256
Landesleitung der CSU 764, 844, 885, 889, 894, 960, 995, 1032, 1064, 1085, 1092f., 1187, 1205, 1213, 1223, 1250f., 1256, 1282, 1284, 1287, 1290, 1292, 1329, 1380, 1383, 1387, 1430f., 1518, 1520f., 1556, 1561, 1563, 1565, 1597, 1613f., 1668 f., 1671
Landesleitung, vorläufige der CSU (unter wechselnden Bezeichnungen, → Landesarbeitsausschuß der CSU; Landesausschuß, vorläufiger der CSU; Vorbereitende Ausschüsse der CSU) 40f., 103f., 119, 165, 194, 214ff., 220, 248, 263, 319, 337f., 341, 347, 353, 368, 383, 386, 388, 391f., 428, 431, 434, 436, 438, 440, 447ff., 517f., 522, 524, 527, 532f., 558, 576, 684, 687, 794, 807, 809f.
Landesschatzmeister der CSU (s. Parteifinanzierung und -finanzen der CSU)
Landesstelle für Feinmechanik und Optik 657
Landesstelle Papier 745
Landesverband der CSU (→ Landesleitung, vorläufige; einzelne Organe, Gremien und Verbände; Parteiausschüsse der CSU; Satzung der CSU) 51, 79, 105, 212, 233, 257, 276, 327ff., 331, 335–338, 354, 356f., 374, 382, 417, 419ff., 429ff., 458, 520f., 534, 672, 849, 1234f., 1238, 1240–1244, 1246, 1248, 1262f., 1275–1279, 1281, 1283, 1298, 1303, 1568, 1570f.
Landesversammlung der CSU (→ Satzung der CSU) 13, 37ff., 41, 45, 47, 68ff., 73, 75, 98–103, 105, 108f., 145f., 148f., 151f., 175–178, 185ff., 193, 201, 206, 211, 214, 221, 228, 238, 240, 242, 244, 246f., 254f., 262f., 266, 306f., 327, 374, 376, 388, 397, 402, 407f., 423, 432f., 448, 464, 490, 494, 503, 516, 530, 538, 547, 581, 601f., 617f., 620, 623f., 628, 631, 636, 641, 673, 742, 748, 751, 776, 778f., 787, 824, 831, 834f., 842, 846, 851, 855, 863, 910, 925, 932f., 954, 962, 976, 994, 1022f., 1025, 1037, 1061, 1085, 1188, 1201, 1204, 1231, 1285, 1288, 1294, 1307, 1313, 1326–1332, 1374, 1377, 1385f., 1388f., 1392, 1395, 1404, 1421f., 1452–1455, 1460, 1518f., 1559, 1563, 1566, 1569, 1574, 1614f., 1625, 1629, 1633, 1639ff., 1666, 1670, 1684, 1688
Landesvorsitzender der CSU (→ Satzung der CSU) 250f., 308f., 323f., 331, 342, 346, 350, 352, 366, 371, 375, 387, 389, 396f., 401, 412, 423f., 428, 457, 461, 478f., 489, 491, 494f., 509, 515, 518f., 522, 533f., 549, 558, 572, 579, 581, 591, 595, 601, 619f., 653, 687, 748, 751f., 762–766, 773, 786, 790, 793, 796f., 800, 802, 806ff., 810, 813, 815f., 854f., 858, 862, 864, 873, 877, 881, 885, 889f., 893ff., 897, 899f., 908, 910, 933, 952, 955, 957ff., 966, 968, 986, 989, 1007, 1023, 1033, 1051, 1055, 1061, 1063, 1094f., 1121, 1157, 1169, 1173, 1180, 1188, 1190, 1195f., 1203f., 1210–1220, 1223f., 1229, 1255, 1265f., 1270, 1289, 1291, 1297, 1338, 1354, 1379, 1381, 1387, 1392, 1408, 1481, 1498ff., 1515, 1517ff., 1530, 1533, 1551, 1553ff., 1562, 1565, 1569, 1576f., 1594f., 1601ff., 1608, 1618, 1626, 1630–1633, 1635, 1643, 1645, 1662, 1666, 1676, 1678f., 1683, 1690, 1697
- Wahl 47, 87, 91, 99f., 102–105, 108, 122, 143, 147, 150f., 161, 835f., 839, 872, 878, 884, 886, 888, 890, 893ff., 897, 903f., 908ff., 1386f., 1395, 1402f., 1453, 1459, 1461, 1479–1482, 1496, 1498ff., 1516–1519, 1553, 1601, 1618
Landesvorsitzende, Stellvertretende der CSU 1689–1692, 1697
Landesvorsitzender der CSU, vorläufiger (bis März/Mai 1946) 19, 21, 26, 30, 38, 45, 62, 70, 77f., 88, 101, 112, 122f., 148, 152f., 176ff., 182, 187, 195, 200, 216, 233, 238, 241f., 245, 247, 252, 255f., 259, 262, 288, 308, 320, 323, 1541, 1576
- Bestätigung/Wahl 40f., 43, 45, 47, 101, 122f.,

143, 145ff., 149–153, 163, 169, 177, 187, 249, 254ff., 308, 318, 320–324, 1541
Landesvorstandschaft der CSU (→ Satzung der CSU) 358f., 374, 417, 420f., 432, 670ff., 763f., 768, 771, 773f., 777–790, 803, 808, 814f., 834, 839, 848, 861, 864, 888, 896, 902, 953, 1012, 1014, 1058ff., 1187, 1204, 1206, 1220, 1231, 1244, 1254, 1276, 1281f., 1294, 1332, 1361, 1392, 1556, 1559, 1564–1567, 1571, 1573, 1595f., 1607, 1670, 1678, 1683, 1685, 1690, 1693f., 1696
Landesvorstandschaft, geschäftsführende der CSU (auch "Landesvorstand", "Landesleitung", →Landesleitung der CSU; Satzung der CSU) 696, 764, 768, 773, 779, 786f., 789f., 808, 834, 848, 863, 901, 907, 910, 914, 919, 932, 946, 1062, 1160, 1192, 1210, 1214, 1216, 1233, 1281, 1291, 1294, 1327, 1331, 1460, 1480, 1518f., 1559–1562, 1564–1569, 1571, 1596, 1619, 1631f., 1634, 1654, 1661, 1678f., 1681f., 1685, 1690, 1692f.
Landräte 31, 36, 212f., 218, 236, 238, 339f., 341, 343, 359, 362–365, 367f., 380, 382, 459, 591, 652, 691f., 832, 890, 984, 1001, 1028, 1031, 1035, 1040, 1208
- Wahl 31, 196, 213, 227f., 365, 367f., 380, 382, 394, 459
Landsberg am Lech 946
Landshut 56, 120, 124, 352f., 371, 383–392, 495, 688–691, 1028, 1482
Landshuter Zeitung (→ Isar Post) 160
Landtag, Bayerischer (→ Fraktion der CSU, FDP und SPD) 196, 213, 218, 228, 235, 341, 590, 596f., 686, 691, 748, 773, 785, 791, 802, 816, 818ff., 823, 827, 834, 878, 887f., 891, 915ff., 922f., 927f., 931, 939, 944, 946, 960, 962f, 966–969, 981, 984, 987, 993–996, 1007, 1009f., 1017f., 1023, 1027, 1029, 1033, 1039, 1044, 1053, 1064–1067, 1086f., 1089, 1094ff., 1103, 1112, 1119, 1173f., 1177, 1205f., 1210, 1215, 1217, 1269, 1300, 1363, 1391, 1405, 1417, 1524, 1530, 1589, 1591f., 1620
- Ältestenrat 1096f.
- Landtagspräsidium 1095f., 1196, 1222, 1297, 1305, 1325, 1418, 1460, 1692
- vor 1933 25, 49, 117, 161, 202, 693, 918, 1582
Landwirtschaft (→ Bodenreform; Bizone; Ernährung und Ernährungslage) 14, 78, 90, 219, 223, 226, 239, 252, 414, 432, 492f., 503, 510, 552, 554, 556, 560, 563, 569f., 583, 630, 682, 693, 709, 716, 719, 721, 724ff., 826f., 885, 918, 942, 1041, 1069f., 1086f., 1089–1092, 1095, 1097–1100, 1179, 1188, 1207, 1334, 1338, 1344, 1397, 1449, 1486, 1501, 1505, 1507f., 1623
- Betriebsmittel 716, 725, 1090, 1099ff., 1338, 1507
Langfuhr 373
Lastenausgleich (s. Entschädigung/Lastenausgleich)
Lauf 339
Laufen 30, 330, 425, 1266, 1269
Leipzig 450, 1178, 1372
Liberaldemokratische Partei (LDP, s. Freie Demokratische Partei)
Liberalismus 714f., 868, 978, 982, 1079f., 1126, 1653
- Wirtschaftsliberalismus (→ Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische; Wirtschaftsordnung) 472, 571, 682, 714f., 869, 943, 978, 1073, 1464
Lichtenfels 337
Lindau 197, 666, 774, 1435
Linksblockbildung 394, 579
Löhne und Lohnpolitik (→ Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische) 915f., 927f., 1345, 1503ff., 1511, 1674
Lohr 340
London 198, 1011, 1225, 1333f., 1342, 1347, 1351, 1368, 1473, 1475f., 1526
Ludwigshafen 199
Luxemburg 1353, 1474, 1535

Mähren 1525
Mai-Feiertag 35f.
Main-Post, Würzburg 24
Mainbrücke/-linie 1557, 1583f., 1668
Mainburg in der Hallertau 662
Manchester Guardian 1466
Marburg 1370
Marktheidenfeld 23, 340
Marktredwitz 358, 759, 1327–1332, 1379, 1395f., 1412f., 1453, 1455, 1482, 1518, 1524, 1530, 1535ff., 1548, 1556, 1559ff., 1566, 1574, 1581, 1587, 1601, 1602, 1606f., 1612f., 1626, 1629, 1641, 1656, 1662, 1672ff., 1684, 1686ff., 1694
Marshall-Plan 1339, 1366, 1467f., 1474, 1513, 1537
Marxismus 415, 538, 540, 544f., 574, 703f., 708, 714, 748, 833, 979, 1000f., 1030, 1058, 1072, 1171, 1176, 1179, 1475, 1636
Materialismus 106, 178, 309, 379, 415, 428, 540, 869, 982, 1059, 1072, 1102, 1136, 1138, 1161, 1179
Maxhütte 334
Mecklenburg 529
Meinungsfreiheit (s. Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische)
Mellrichstadt 340, 520
Menschenrechte 679, 1074
Miesbach 161, 168, 899
Militärgerichte 36, 382, 385, 460, 654
Militärgerichtshof, Internationaler 141, 803, 1151, 1356f., 1362, 1545
Militarismus 243, 319, 481, 483, 676, 698, 707, 714, 722, 729ff., 751, 756, 885, 1016, 1149, 1152
Militaristen in der CSU 88, 362, 364, 382, 459
Militärpolizei (MP) 1469
Militärregierung (s. Besatzungsmächte)

Miltenberg 340
Minden 833, 1176, 1347
Ministerien, Bayerische (→ Regierungsbildung 1946/47) 138f., 226, 474, 930, 975, 1008, 1034, 1037, 1040f., 1046, 1086, 1089, 1114, 1156, 1225, 1418
- Arbeit (und Soziales) 442, 700, 796, 820f., 921, 924f., 931, 941, 948, 982, 984, 990, 1048, 1225, 1578
- Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 43, 89f., 924f., 931, 934, 955, 975, 1070, 1085-1091, 1094ff., 1098-1101, 1120, 1146, 1188, 1548, 1550f., 1576, 1579, 1617, 1622ff., 1637
- Finanzen 924, 972, 984, 990, 1347
- des Innern 137, 445f., 684, 796, 924, 926, 931, 934, 937, 941, 952, 955, 972, 977, 982, 990, 993f., 996, 1000, 1028, 1032, 1035f., 1040, 1048, 1051, 1056, 1059, 1225, 1381, 1671
- Justiz 135, 440, 796, 924, 1048, 1225, 1344, 1469, 1521, 1548, 1550
- Kultus 35f., 138, 474, 796, 924, 931, 934, 937, 940f., 955, 982, 995, 1028, 1058f., 1101f., 1105, 1107-1113, 1115f., 1119f., 1122-1128, 1131-1135, 1138-1141, 1144, 1146, 1157-1160, 1173, 1184, 1194, 1362, 1471, 1514f., 1529f., 1544, 1578, 1627, 1644, 1651
- für Sonderaufgaben (→ Entnazifizierung) 197, 360, 362f., 395, 399f., 403, 416, 466, 468ff., 481, 485-488, 649-655, 658-663, 665-669, 755, 767f., 796, 818, 823, 828, 830, 924f., 949, 960, 969, 983, 988f., 995, 1000f., 1005, 1035f., 1041f., 1133, 1149, 1153f., 1156, 1480, 1600
- Verkehr 17, 24, 743, 924, 1041
- Wirtschaft 219, 474, 515, 599, 671f., 771, 796, 924f., 931, 933f., 940, 955, 972, 977, 982, 984, 990f., 993f., 996, 1000, 1012, 1028f., 1035f., 1040f., 1048f., 1051, 1056, 1110, 1177, 1225, 1387, 1395, 1403, 1509ff., 1514ff.

Ministerpräsident, Bayerischer (→ Regierungsbildung) 139, 227, 401, 446, 586, 588, 785, 794, 802, 926, 934, 970, 980, 982, 1007, 1024, 1035, 1086, 1196, 1222, 1297, 1304, 1418
- Hans Ehard 981, 1008f., 1015, 1019, 1024, 1029, 1037, 1039, 1041f., 1053, 1055, 1059, 1061-1065, 1082ff., 1092, 1107, 1114ff., 1118, 1146, 1162f., 1124, 1265, 1284, 1316, 1325, 1329, 1338, 1354, 1357, 1375, 1381, 1395, 1402f., 1482, 1485, 1491, 1497f., 1514f., 1574, 1579, 1620, 1622, 1625, 1644, 1663, 1681, 1683, 1692
- Wilhelm Hoegner 25, 31f., 35, 361, 366, 393f., 399f., 402, 438f., 468f., 474f., 483, 588, 785f.
- Fritz Schäffer 87, 110, 117, 130, 456, 475, 1497, 1541ff., 1576, 1579, 1585, 1587, 1612, 1674

Ministerpräsidentenkonferenzen 828, 1067ff., 1082, 1084, 1339f., 1487-1491
Ministerrat, Bayerischer 307, 442, 820, 970ff., 975, 1038, 1086f., 1089, 1644
Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer (s. Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische)
Mitglieder der CSU 9, 74, 81, 84, 101, 108, 112, 179, 206, 212, 228-231, 591, 1092, 1239, 1250, 1258, 1279f., 1300, 1304, 1360, 1383f., 1558, 1568, 1570, 1607, 1663f., 1666
- ehemalige Mitglieder anderer Parteien 34, 74, 79f., 112f., 122, 236, 238, 473, 529, 769, 888, 1030ff., 1116, 1493, 1586, 1599

Mitgliederwerbung der CSU 212, 214, 221f., 431, 524f., 1256, 1258f., 1265f., 1427, 1447f.
Mitgliederzahl der CSU 75, 78, 81, 94, 100, 189, 212, 214, 284, 407, 425, 590f., 967, 1237, 1240, 1250, 1252f., 1255f., 1258, 1262f., 1265, 1269, 1279f., 1298, 1305, 1307f., 1312, 1315, 1318, 1382, 1387, 1391, 1410f., 1414f., 1427, 1430, 1436, 1447f., 1558, 1604, 1606, 1639, 1643f., 1672
Mitläufer (s. Entnazifizierung)
Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union 101, 186, 430, 444f., 464, 490, 498, 563, 565, 604, 607, 844, 865, 1170, 1205, 1215, 1217, 1257, 1270, 1591, 1643, 1645
Mittelbayerische Zeitung, Regensburg 120, 164, 917
Mittelfranken 82, 457, 520, 595, 649, 667, 744, 803, 879, 1031f., 1155, 1671
Mittelstand (→ Arbeitsgemeinschaften der CSU; Flügel und Gruppierungen in der CSU) 92, 219, 550, 554f., 560, 563, 577, 583, 682, 708f., 719, 721, 734, 1008, 1182, 1406f., 1466, 1502
- Handel 552, 560, 682, 709, 721, 823, 936, 1406, 1509ff.
- Handwerk 187, 329, 446, 551, 554f., 561, 577, 583, 682, 709, 721, 734f., 767, 823, 936, 1114

Mittenwald 954
Monarchie 208, 231f., 234f., 508, 584
Monarchisten in der CSU 134, 208f., 231, 508
Monarchistische Bestrebungen in Bayern (→ Bayerische Heimat- und Königspartei) 134, 207ff., 1599
Moosburg 333, 662
Morgenthau-Plan 1353, 1502
Moskau 505, 1351, 1472, 1551
Münchberg 36, 338, 1681, 1693
München 3, 5, 7f., 10-14, 23, 27, 29ff., 39, 41, 43, 45, 48, 58f., 62f., 68, 72f., 76, 78, 80ff., 84, 88, 99, 102f., 108f., 111, 114f., 119ff., 130, 135, 140, 149, 151, 157, 160, 172, 183, 185f., 189f., 193ff., 197, 201, 206, 208, 211f., 218, 221, 224, 229, 241, 255, 258, 263, 329f., 333, 358, 362f., 371, 373, 380, 390, 407, 410f., 413, 415, 425f., 432, 454, 485, 492, 503f., 515f., 520, 526ff., 532f., 551, 594f., 634, 654f., 659ff., 666ff., 671, 693, 695, 740, 746f., 757, 759, 763, 771f., 777f., 782f., 786, 835, 846, 849, 865, 894, 897, 899, 904, 921, 934, 960, 971, 983, 986, 990, 991, 995, 1031, 1067f., 1082, 1084, 1097, 1106, 1108, 1111, 1114, 1116, 1155, 1163,

1187, 1192, 1239ff., 1244, 1250, 1255, 1263, 1283, 1327–1331, 1363, 1370f., 1377, 1380, 1386, 1403, 1439, 1445, 1447, 1460, 1465f., 1482, 1520, 1541, 1543, 1561f., 1564–1567, 1576ff., 1581, 1585, 1607, 1612, 1651, 1662, 1665, 1669, 1672, 1675, 1695f.
Münchner Mittag 1043
Münchner Neueste Nachrichten (MNN) 4

Nabburg 1482
Nagen 1455
Naila 23, 338, 520, 798
Nationalismus 49, 128, 472, 497, 698, 707, 729ff., 754f., 775, 829, 877, 901, 906, 974, 981f., 1016, 1077f., 1132, 1166f., 1172, 1350, 1352, 1359, 1362, 1401, 1462, 1468, 1472f., 1477f., 1495, 1536, 1538, 1553, 1582, 1638, 1680
Nationalsozialismus (→ Geschichte; NSDAP; Neonazismus; Parteigenossen; Widerstand) 31, 52f., 88, 94, 117, 155, 164, 180, 202, 242ff., 301, 379, 394, 397, 433, 482, 499, 548, 651, 666, 675, 705, 715, 733, 754, 758, 767, 795, 800, 812, 825, 829, 869, 873, 916, 935, 942, 944, 958, 974, 978, 1008, 1022, 1024, 1066, 1081, 1115, 1117, 1130, 1138, 1142, 1166, 1207, 1210, 1230, 1352, 1361, 1364, 1400, 1441, 1447, 1457, 1462, 1491, 1503f., 1551f., 1557, 1578, 1586f., 1589, 1594, 1598, 1600, 1653f.
- Aktivitäten nach Kriegsende 310, 455f.
- Verantwortung für die Machtübernahme 49, 483, 585, 659, 663f., 667, 740, 752, 768f., 875, 893, 1089, 1094, 1097, 1168, 1463, 1485
- Verfolgte und Opfer 352, 388, 653, 657, 659, 663, 667f., 705, 716, 779, 954, 1605, 1653
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 32, 82, 117, 234, 372f., 378, 382, 398, 404, 428, 459, 473, 481, 485, 487, 649, 657f., 660, 663, 665, 668, 790, 831, 874, 1059, 1154, 1167, 1609
Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) 1154
Nationalsozialistisches Kraftfahrer-Korps (NSKK) 653
Naturrecht 679f., 700, 732, 1074
Nauheim 794
Neonazismus 482ff.
Neu-Ulm 1225
Neue Zeitung 14, 314, 384, 461, 469, 489, 495, 746, 814
Neufahrn 1482
Neumarkt (Oberpfalz) 120, 334, 459
Neunburg 694
Neusäß 23
Neusorg/Fichtelgebirge 334
Neuss 1343
New York Times 246
Niederbayern 82, 112, 120, 139, 208, 238, 489, 689, 760, 994f., 1027, 1155, 1250, 1413, 1523, 1663
Niederlande 128, 865, 906
Niedersachsen 1622
Niedersächsische Landespartei 1176, 1622
Nordbayern 81, 106, 135f., 164, 216, 408, 416, 426f., 531, 644, 763, 830, 835, 885, 898, 903, 982, 1005, 1045, 1059, 1319, 1397, 1410, 1427, 1440, 1449, 1534, 1583, 1605, 1616, 1669
Norddeutschland 33, 135f., 201, 480, 510, 551, 755, 791, 875, 972, 975, 1139, 1174f., 1179, 1207, 1343, 1370, 1376, 1397, 1584, 1647
Norwegen 127, 906, 937
Nouvelles de France 1435
Nürnberg 14, 23, 26, 31, 34, 72, 81, 85, 113, 115, 141, 204, 235, 237, 362, 411, 415, 426f., 460, 476, 499, 520, 526, 595, 619, 649, 656, 668, 777f., 797, 1005, 1155, 1161, 1171, 1316, 1327, 1330, 1373, 1389, 1446, 1482, 1525, 1545, 1612, 1639, 1659f., 1672
Nürnberger Prozesse (s. Militärgerichtshof, Internationaler)

Oberbayerisches Volksblatt, Rosenheim 98
Oberbayern 26, 77, 144f., 190, 235, 251, 425, 506, 575, 647, 666, 756, 985, 996, 1003, 1027, 1155, 1413, 1427, 1439, 1447, 1449, 1523, 1601, 1606, 1635, 1637f., 1663, 1669
Oberfränkisches Volksblatt, Mitteilungsblatt der CSU in Oberfranken 402, 490
Oberfranken 48, 82, 106, 207, 209, 415, 427, 457, 490, 520, 526, 531, 592, 595, 795, 798, 1002, 1031, 1049, 1363, 1372f., 1444, 1455, 1561, 1672
Obernburg 340
Oberndorf 520
Oberpfalz 14, 75, 96, 120, 201, 237, 372, 431, 459, 525, 744, 761, 1027, 1045, 1155, 1250, 1413
Observer 310, 455f., 464, 496
Ochsenfurt 340
Österreich 200, 408, 455, 865, 885f., 906f., 1008, 1075, 1435, 1536, 1583, 1604, 1647
OMGBY/OMGUS (s. Besatzungsmacht, amerikanische)
Ortsverbände der CSU (→ Satzung der CSU) 23, 69, 212, 257, 266, 326f., 374, 377, 417–421, 433, 448, 521f., 536, 644, 673, 778, 782, 1234–1238, 1240, 1244ff., 1248, 1262f., 1269, 1278–1282, 1298f., 1518, 1570, 1607
Ostgebiete, ehemalige deutsche 48, 179f., 190, 199ff., 417, 434, 449, 753f., 891, 936, 993, 1175, 1207, 1333f., 1338, 1501f., 1593

Papierzuteilung 522, 745, 1169, 1251, 1257, 1259, 1521
Paris 1541
Parsberg 387
Parteiarchiv der CSU 257, 371
Parteiaufbau der CSU, zentraler/dezentraler (→ Diktatur) 214–217, 284, 289ff., 374f., 621, 843
Parteiausschlußverfahren (s. Schiedsgericht; Schiedsgerichtsordnung der CSU)

Parteiausschüsse (Arbeits- und Parteiausschüsse) der CSU (→ Vorbereitende Ausschüsse der CSU) 21, 25, 29ff., 35, 41, 43, 49, 61f., 65, 80, 97, 103, 124, 130, 144, 153, 182f., 187, 190, 201, 211, 219, 246f., 256f., 358, 371, 374, 414, 423, 432–436, 451, 454f., 472, 499, 503, 541, 582, 632, 634, 645, 715, 725, 788f., 961, 1012ff., 1043, 1046f., 1189, 1251, 1253, 1392, 1694
- Agrarpolitischer Ausschuß 25, 724f., 1097, 1188
- Ausschuß Frau und Familie 25, 35, 71, 173, 182f., 434f.
- Ausschuß zur Gestaltung des Regierungsprogramms 431–433
- Ausschuß für Rednerschulung 25
- Ausschuß für Verwaltungsaufbau und Staatsfinanzierung 25, 206, 450
- Ausschuß für (Fragen) Zwischenstaatliche(r) Beziehungen 25, 247, 432ff., 512, 1225
- Finanzausschuß 25, 229, 419, 764, 1248
- Flüchtlingsausschuß (Landesflüchtlingsausschuß) 434, 443–449, 515, 519, 595, 894f., 1011
- Informationsausschuß 25
- Jugendausschuß 25, 41, 450
- Kulturpolitischer Ausschuß 25, 183, 435, 453ff., 499, 645f., 1013, 1698
- Kunstausschuß 454, 1698
- Organisations- und Werbeausschuß 25
- Personalausschuß 185, 219
- Presseausschuß 14, 185, 1014, 1206
- Sozialpolitischer Ausschuß 25, 181f., 185, 219, 436, 440–443, 549, 1187, 1697
- Staatspolitischer Ausschuß 25, 206, 251, 409, 413ff., 454, 537, 541, 543, 1013, 1037
- Verfassungsausschuß 251, 450–453, 488, 497
- Währungsausschuß 1520
- Wirtschaftspolitischer Ausschuß (Wirtschaftsbeirat) 25, 181f., 185, 187, 219, 434–440, 443, 471, 515, 519, 549, 553, 558, 568f., 571ff., 582f., 644f., 719, 779, 1012, 1188, 1253, 1694, 1696f.

Parteien, politische 22, 74, 88, 99, 112, 121, 161, 205, 212, 325, 359, 366, 413, 479, 535, 575f., 634, 687, 709f., 737, 758, 874, 966, 1029, 1062, 1068, 1087, 1169, 1255, 1352f., 1418, 1494, 1597ff., 1634, 1646
- bayerische und deutsche (→ einzelne) 21, 24, 38, 50, 54, 108f., 180, 190, 197, 214, 216, 236, 285, 290, 309, 311, 344, 365, 444, 455, 458, 461ff., 470, 526, 560, 567, 585, 640, 652, 657, 689, 716, 745f., 748, 751, 753, 772f., 795, 814, 836f., 839, 878, 887, 893, 925f., 930, 950, 954f., 971, 977, 1019, 1029, 1050, 1082, 1165, 1168, 1173, 1193, 1270, 1361, 1439, 1454f., 1464, 1475, 1486, 1490, 1500, 1524, 1605, 1646, 1679f.
- Weimarer Parteien 53, 112f., 125, 127, 161, 373, 545, 769, 1024, 1074, 1117, 1542, 1552, 1554, 1646

Parteiensystem (→ Regierungs- und politische Systeme des Auslandes) 111, 118f., 121, 132, 950, 1066, 1365

Parteifinanzierung und -finanzen der CSU (→ Finanzstatut der CSU; Satzung der CSU) 9, 206, 371, 377, 417, 421, 429ff., 1206, 1216, 1236, 1240, 1249–1283, 1296, 1298, 1383, 1415
- Bausteine der CSU 371, 377, 407, 1251, 1257, 1265, 1267
- Mitgliederbeiträge 182, 418, 421, 608, 1216, 1234ff., 1238ff., 1242f., 1249f., 1254ff., 1263, 1266f., 1269, 1277, 1279ff., 1283, 1296, 1298, 1383, 1415
- Spenden 420ff., 429, 1236, 1246, 1251, 1257, 1264f., 1267, 1383f., 1415

Parteigenossen (Pg., → Entnazifizierung) 32, 94, 237, 378, 382, 390, 392, 394, 396, 404f., 415, 423, 425, 447, 465, 527, 642, 650, 652f., 656ff., 660f., 664–668, 752, 757f., 798, 888, 893, 996, 1031, 1041, 1109, 1154, 1239, 1659
- ehemalige in der CSU 9, 82ff., 88, 94, 194, 234, 310, 372f., 378, 382, 389–392, 396, 424, 456, 458ff., 500, 506, 652
- ehemalige in der Landesgeschäftsstelle der CSU (s. dort)

Parteilizenzierung 7–11, 51, 79, 1010, 1460, 1542, 1570, 1589, 1594

Parteiname der CSU 7–10, 21, 23, 31, 54, 90, 112, 200, 260, 285, 308, 315, 478, 494, 542, 571, 711, 791, 793, 800, 864f., 890f., 1020, 1042, 1576, 1586, 1591, 1601, 1654, 1658, 1675f.
- als Verpflichtung 60ff., 558, 696, 792f., 803, 863, 890, 1576, 1651f., 1654

Parteiorganisation der CSU (→ Landesleitung, vorläufige; einzelne Organe, Gremien und Verbände; Parteiausschüsse; Satzung der CSU) 9, 54, 59ff., 107, 196, 216, 378, 515, 518f., 521f., 601, 616, 671f., 685, 763, 773, 850, 861, 968, 1039, 1206, 1269, 1405, 1407, 1593, 1613, 1652
- Aufbau und organisatorische Probleme 13f., 21, 23, 25ff., 44f., 51, 60, 68f., 75, 77ff., 81ff., 101, 108, 110, 126f., 130, 142–145, 159, 175, 177, 187, 206, 212f., 215f., 221, 256f., 261, 284, 288, 304, 307ff., 331, 369, 371, 374, 377f., 444, 448, 454, 461f., 515, 519–522, 533, 616, 632, 673, 763ff., 769, 773f., 853, 856, 962, 1021, 1190, 1236, 1252, 1261, 1460

Parteipresse (→ einzelne Organe; Besatzungsmacht, amerikanische) 14, 21, 24, 27, 101, 131, 141, 182, 185f., 257, 299, 371, 430, 491, 493, 499, 591ff., 817, 1086f., 1089, 1091f., 1124, 1170, 1205f., 1215, 1246, 1251, 1256f., 1259, 1261, 1263, 1266, 1269, 1271ff., 1297, 1347, 1557, 1563, 1643

Parteischulung 407f., 450, 531
- Rednerschulung 13f., 231, 257, 449, 524ff., 528, 747

Parteivorsitzender der CSU (s. Landesvorsitzender der CSU)

Parteivorstand der CSU (s. Landesvorstandschaft der CSU)
Partikularismus 587, 829, 981f., 1017, 1074, 1077, 1082, 1088, 1092, 1172, 1174, 1207, 1473, 1496, 1536, 1591
Passau 23, 112, 387f., 425, 447, 848, 985
Patriotenpartei 1599
Pegnitz 338, 415
Pfaffenhofen 330
Pfalz 199, 774f., 1075
Plankenhammer (bei Floß) 334
Plattling 29, 42, 128, 153, 160, 689, 768, 994, 1575, 1588
Polen 32, 922, 1333
Polizei 714, 991, 1037, 1041, 1455, 1469
Pommern 935
Potsdamer Konferenz 1501
Präsidialspitze (s. Satzung der CSU)
Prag 1525
Presse (→ einzelne Zeitungen und Agenturen; Besatzungsmacht, amerikanische; Parteipresse) 13f., 21, 24, 31, 87, 123, 131, 140, 162, 165, 182, 185, 199, 227, 248, 299, 315, 345, 364, 371, 405, 426, 446, 459, 461, 463, 467, 497, 500, 543, 547, 561, 563, 584, 604, 660, 669, 699, 748, 772, 785, 793, 807, 823, 828, 830, 832f., 844, 850, 885, 910, 915, 974, 978, 995, 1000, 1028ff., 1034, 1044, 1086, 1091, 1096, 1098, 1111, 1135, 1153, 1169, 1177, 1199, 1259, 1329, 1333, 1342, 1352, 1363, 1366f., 1415, 1435, 1464, 1496, 1505, 1525, 1527f., 1539, 1545, 1548, 1577, 1581
- amerikanische 110, 121f., 195, 246, 384, 392, 402, 416, 1104, 1159
- ausländische 139, 310, 364, 371, 402, 463, 592, 1088, 1435, 1474, 1545, 1552, 1597
- bayerische 226, 384, 489f., 494, 499, 510, 1522, 1597
- britische Besatzungszone 371
- französische Besatzungszone 252
- sowjetische Besatzungszone 371, 1088, 1372
Presse und CSU 24, 41, 43, 110, 118–121, 158ff., 164, 232f., 243, 258–261, 310, 364, 376, 382, 384, 386f., 389–392, 402, 445, 456, 459, 490f., 495, 592, 785f., 793–797, 800ff., 810, 816, 884, 898, 917, 978, 984f., 1009f., 1021f., 1062, 1082, 1088, 1104, 1107, 1113, 1140f., 1207, 1370, 1372, 1413, 1422, 1447, 1453f., 1456f., 1473f., 1501, 1517, 1521, 1551f., 1597, 1606, 1611, 1626, 1670
- Beeinflussung CSU-naher Redakteure 384–391, 494f., 510
- Pressevertreter in Parteisitzungen 232, 260ff., 431, 481, 489, 495, 599, 911, 1230, 1274, 1313, 1391, 1447, 1454, 1456, 1459, 1522
- Verhältnis der CSU zur Presse 27, 41, 232f., 261ff., 384–387, 494f., 592f., 794, 818, 821, 824, 916f., 947, 969, 1033, 1140, 1169f., 1370ff., 1500f., 1510, 1517, 1521f.
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der CSU (→ Parteischulung; Wahlkampf) 14, 24, 27, 185, 190, 194, 233, 256f., 371f., 377, 407, 489f., 493, 545, 592, 699, 704, 741, 744, 748, 822, 832, 947, 1170, 1206, 1246f., 1250–1254, 1256f., 1259, 1271, 1273, 1297, 1373, 1454, 1528
- Rundfunkreden 190, 194, 739, 749, 772, 792, 812, 814, 941, 1087, 1352, 1375
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Regierung Ehard 1029, 1091, 1096, 1098, 1501
Pressefreiheit 165f., 169
Pressegesetz 818
Presserundschau 371, 699
Preußen 32f., 163, 200, 202, 311, 313, 456, 478, 492, 511f., 528, 532, 833, 892, 974, 1008, 1074f., 1092, 1135, 1207, 1215f., 1496
Preußenfeindlichkeit 33, 202, 512, 528, 532f., 973, 1473, 1495f.
Programmatik der CSU (→ Programme der CSU; Selbstverständnis der CSU; Sammlungsgedanke) 3, 7–10, 22, 49f., 54, 94, 107, 134, 178, 182, 187, 205, 242–245, 286, 315ff., 319, 375, 435, 538, 540f., 700f., 874–878, 1479, 1493–1497, 1601
- Flüchtlinge 247, 674, 716, 872
- Gleichberechtigung von Mann und Frau 639f., 678, 681, 700, 868
- Kriegsgefangene 247
- Kulturordnung 453f., 538f., 630, 632f., 681, 683f., 697f., 716f., 722f., 732, 867, 870, 1124f.
- - Schule, Erziehung, Bildung 22, 454, 680, 684, 697f., 706, 710, 712, 722f., 733–736, 739, 868
- - - Schulart 646, 697, 710, 723, 748
- Rassenhaß 638, 711, 739ff.
- Rechtsordnung 440, 630, 640, 677ff., 713f., 728f., 732f., 867f.
- Sozialordnung 242f., 316, 319, 539, 546f., 630, 640, 682, 704–708, 711f., 715ff., 719ff., 724ff., 728, 731f., 736, 739, 867ff., 872, 947f., 969f.
- Staatsaufbau (s. Staatsaufbau, bayerischer; Staatsaufbau, deutscher künftiger; Verfassung, Bayerische)
- Staatsordnung 197f., 242f., 316, 318f., 539, 630, 632, 637ff., 675ff., 684, 704, 709–713, 717, 729, 737, 748, 774f., 867, 870, 1092f.
- - Ablehnung der Diktatur 243, 319, 639, 675, 713, 867
- ständische Prinzipien 345, 540, 550, 552, 557f., 675, 677ff., 695, 768, 868, 877
- Wirtschaftsordnung 219, 242f., 245, 247, 319, 435–438, 440, 471, 488, 538f., 550f., 630, 632, 638, 682f., 700f., 708f., 715f., 719–722, 724ff., 867, 869, 969f., 982, 1189
- - Arbeit und Entlohnung 22, 677, 679ff., 700, 731f., 868
- - Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer 682, 708, 719f., 722, 870, 929f.
- - Privateigentum 22, 187, 242, 319, 471, 683, 716, 869f., 872, 935

- - Sozialverpflichtung des Eigentums 243, 319, 541, 564, 683, 870
- Zwischenstaatliche Ordnung 247, 630, 632, 698, 701, 704, 706f., 715, 724, 727, 729ff., 736, 867, 871
Programmatik deutscher und europäischer Parteien 315, 539, 634f., 701–705, 1171
Programmatik der SPD 254, 315f., 634, 638, 866, 941, 969f., 974, 978, 981f., 984f., 993, 1028f., 1059, 1171
Programme der CSU (→ Gründungsaufrufe der CSU) 44, 130, 134f., 153, 193, 196f., 212, 219, 241, 246, 253, 315, 371, 413, 425, 428, 438ff., 471, 526, 528, 533f., 546, 565, 571, 590f., 671, 673, 695, 725, 748f., 752f., 764f., 769, 771, 773f., 791, 818, 820, 865, 881, 895, 905, 931, 949, 1045, 1116, 1369, 1664, 1691
- Die Fünf-Punkte der CSU (1946) 221, 242–251, 254, 318ff., 489f., 497f., 500, 512
- Die Dreißig-Punkte der Union (auch "Aktions-" oder "Sofortprogramm", 1946) 537f., 590, 630, 632ff., 674f., 698f., 704f., 711–718, 725f., 735–738, 740–743, 748, 774, 835f., 865f., 871f., 936, 969f., 974, 981f., 984f., 993, 1024, 1029, 1053, 1124, 1126, 1243, 1460f., 1660
- Grundsatzprogramm (1946) 186f., 219, 255f., 316, 358, 537f., 540, 590, 599f., 630, 632–634, 646, 674f., 699, 704f., 711, 713f., 717–720, 724f., 726ff., 730ff., 735–738, 740, 742f., 748, 752ff., 764, 766f., 770, 774f., 791, 818, 835f., 866–871, 895, 936, 969, 993, 1026f., 1029, 1143, 1460f., 1616
- Wirtschafts- und Sozialprogramm (1947) 1183, 1185–1189, 1197, 1203, 1633
Programmvorbereitungen 13f., 26, 43, 144, 182, 186, 190, 455, 515, 519, 541, 628, 630, 632, 634f., 642–646, 724f., 735, 738, 741
Protestanten/Protestantismus (→ Flügel und Gruppierungen in der CSU; Konfessionen) 7, 23, 48, 50, 79f., 204, 426–429, 448, 488, 499, 542ff., 756–763, 781f., 872f., 960, 994, 1003, 1021, 1027, 1030, 1058f., 1104, 1106, 1112f., 1117, 1158f., 1324, 1370f., 1523, 1577, 1587, 1651
Puch 886

Radikalisierungsgefahr und Revolutionsangst 33, 136, 145, 449, 480, 547, 587, 662, 792, 875, 927, 950, 1006, 1025, 1152, 1166, 1352, 1464ff., 1470, 1478, 1491f., 1497, 1513, 1524, 1609f.
- Linksradikalismus 1465, 1553
- Rechtsradikalismus 52, 1465, 1553
Ratibor 217
Reaktionsvorwurf gegen die CSU 195f., 207, 213, 219, 243, 246, 310f., 364, 388, 391, 413, 456, 461, 479, 500, 508, 825, 974f., 991f., 1111, 1182
- innerhalb der CSU 80f., 89, 195, 231, 248, 377, 383, 390f., 403f., 461, 477, 500, 826, 902, 904, 1092
- seitens der Militärregierung 207, 248, 364, 379, 389, 592, 904
- seitens anderer Parteien 195, 469, 808
Recht/Rechtsbewußtsein 50, 108, 915, 1466, 1469f.
Rechtsordnung (s. Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische)
Regensburg 14, 23, 29, 44, 56, 65, 68, 75, 89, 91, 96, 120f., 126, 164, 203, 206, 235, 291f., 296, 331–334, 336, 358f., 372, 407f., 425, 450, 600, 668, 671, 686f., 689f., 746, 760ff., 777–780, 783, 902, 904, 924, 1155, 1161, 1327, 1482, 1533f., 1559, 1564, 1566, 1610f., 1615, 1660, 1691, 1698
Regensburger Anzeiger 119, 160
Regierung Ehard (1946ff., → Regierungsbildung 1946/47) 961, 963f., 971–975, 977, 982–985, 990f., 993, 995–1004, 1007–1011, 1015, 1019f., 1023ff., 1029ff., 1033, 1036–1041, 1043–1060, 1065–1068, 1080, 1082, 1085f., 1091f., 1096, 1098, 1102, 1115, 1145, 1160, 1169, 1173f., 1176, 1193f., 1223f., 1230, 1286, 1300, 1343f., 1372f., 1385f., 1395, 1402f., 1405, 1431, 1438ff., 1455f., 1461, 1464, 1473, 1483, 1486, 1489, 1491, 1499ff., 1510, 1515, 1519, 1521, 1529, 1607f., 1625f., 1629, 1637, 1641, 1644f., 1652, 1671, 1674f., 1681ff.
- Partei und Regierung Ehard 961, 963, 1015, 1018ff., 1024, 1046, 1056, 1066, 1093, 1118, 1124, 1140, 1145, 1169, 1193f., 1223f., 1286, 1500, 1608, 1625, 1644, 1681f.
- Personalpolitik 970–973, 976f., 984, 1003, 1011, 1035, 1049, 1052, 1059, 1160
- Regierungserklärung 1002, 1039, 1058
Regierung Hoegner (1945/46, → Regierungsbildung 1945/46) 111, 139, 196, 227f., 365, 438ff., 445f., 463, 470, 474f., 483, 501f., 648, 746, 809, 830, 889, 910f., 927, 945ff., 949, 951, 1002, 1025, 1037, 1040, 1086, 1512
- Beteiligung der CSU 18f., 21, 24, 129, 137, 196, 400, 439, 475, 501f., 889, 1037, 1086, 1541, 1578
- Beteiligung der KPD 43, 88, 90, 137, 1578
- Kritik der CSU 36, 47, 62, 219, 400f., 438ff., 447, 947, 951
- Personalpolitik 31f., 36, 43, 183, 185, 212, 944, 951f., 1040
Regierung Schäffer (1945, → Fall Schäffer; Regierungsbildung 1945/46) 25, 110f., 131, 138, 1543, 1577ff.
Regierung, Bayerische (s. Staatsregierung, Bayerische)
Regierungen, außerbayerische
- amerikanische 803, 906, 1078, 1357
- (süd-)badische 1458
- britische 128, 200, 371, 387, 906f., 1340
- französische 199, 1370
- hessische 785, 823, 831–834, 951, 978, 1048, 1103f., 1369
- österreichische 885

- sowjetische 1351, 1472, 1551f.
- württemberg-badische 818, 823, 833, 967f., 975, 978, 1111, 1368f., 1398
Regierungs- und politische Systeme des Auslandes
- Großbritannien 119, 204, 206, 218, 232, 234, 386, 413, 451, 538, 567, 634, 818, 829, 881, 951, 967, 989, 1150, 1210, 1489, 1549
- Schweiz 452, 829, 886, 1306
- Sowjetunion 1072
- USA 42, 434, 452, 479, 512, 562, 567, 619, 634f., 643, 791, 842, 848, 881, 1150, 1210, 1221, 1255, 1306, 1415, 1489, 1665f.
Regierungsbezirke, bayerische 19, 26, 38, 81, 325ff., 560, 573, 652, 887, 1053, 1296, 1412, 1604f.
- Mittelfranken 26, 325, 332, 365, 383, 416, 425f., 1671
- Niederbayern 26, 31, 291, 325, 331f., 336, 425, 691, 1570, 1605
- Oberbayern 26, 325f., 424, 1605
- Oberfranken 26, 325, 332, 365, 383, 416, 424ff.
- Oberpfalz 26, 291, 325, 331f., 336, 425, 691, 1570
- Schwaben 26, 325, 425, 1605
- Unterfranken 26, 325, 379f., 429, 474
Regierungsbildung in Bayern (1945/46) 111f., 136–139, 395, 1541–1545, 1576ff.
Regierungsbildung in Bayern (1946/47) 396, 596, 648, 785, 802f., 805, 874, 884, 914, 917, 957, 959, 963ff., 978, 997–1001, 1025, 1042, 1045, 1133, 1405, 1438, 1461, 1500, 1523, 1555, 1619, 1626, 1679
- Koalitions-/Alleinregierung der CSU 50, 131, 136, 196, 204, 587, 597, 750, 752, 796f., 814–824, 827–831, 833f., 921–926, 929–933, 935, 937, 940f., 943ff., 947, 950ff., 954ff., 967ff., 976f., 979, 982–985, 989, 992f., 1002ff., 1023ff., 1030, 1033, 1037f., 1050, 1058, 1065f., 1091, 1137, 1173, 1592, 1607f., 1626
- Ministerpräsidentenkandidatur 786, 793f., 796f., 800f., 949, 952, 958, 966f., 969, 979, 984, 986, 988, 990, 992, 1002f., 1006f., 1023f., 1028, 1049, 1127, 1141f.
- Regierungsarbeit und -programm, Vorüberlegungen 311f., 407, 414f., 431–434, 436, 439, 471ff., 475, 502ff., 540, 581, 630, 751, 792, 818f., 822, 824f., 827–831, 835f., 875, 889, 896, 917, 919–927, 929–939, 943, 946–949, 969f., 975f., 977, 981f., 984, 993ff., 1002, 1008, 1011f., 1014–1018, 1021–1024, 1028f., 1032, 1038f., 1041, 1043f., 1050, 1053, 1058, 1065f., 1223
- Regierungsübernahme durch die CSU 50f., 139f., 312, 394, 414, 431, 439, 471, 475, 488, 501f., 769, 805
- Verteilung der Ministerien 796f., 819f., 921, 924f., 931ff., 937, 940ff., 948f., 970–973, 977, 979, 982, 984f., 989ff., 993–996, 1000, 1002, 1005, 1009, 1011f., 1020, 1028, 1031, 1035f., 1047–1054, 1056–1060, 1115f., 1133, 1544
Regierungspräsidenten (→ Regierungsbezirke) 29, 196, 228, 365, 474, 1060, 1671
Rehau 23, 337, 693, 797f.
Reichskriegsgericht 397
Reichspartei des deutschen Mittelstands (Wirtschaftspartei) 750
Reichsunion (s. CDU/CSU, überzonaler Zusammenschluß)
Rentenversicherung (s. Sozialversicherung)
Reparationen 823, 891, 928, 936, 1342, 1364, 1503
Revolte, Oberbayerische 1533, 1539, 1549, 1553, 1555ff., 1561–1574, 1594–1597, 1611, 1613ff., 1618f., 1624–1628, 1631f., 1637f., 1644ff., 1649, 1651, 1656–1662, 1664f., 1667–1676, 1678–1687, 1693f.
Revolutionsangst (s. Radikalisierungsgefahr und Revolutionsangst)
Rhein/Ruhrgebiet 199, 201, 203, 232, 434, 480, 511, 885, 1088, 1108, 1340f., 1467, 1476, 1537, 1622
Rheinland-Pfalz 1419
Rheinland 480
Riedenburg 333, 761
Roding 36
Rohstoffe und Rohstoffwirtschaft 831, 926, 1037, 1070, 1090, 1097, 1110, 1336, 1347, 1363, 1501f., 1506–1509
Rom 198, 906, 1462, 1470
Rosenberg 694
Rosenheim 14, 41, 66, 118, 253, 304, 803, 806, 1113, 1433, 1515
Roßbach 334
Roth 86
Rothenburg 263, 339, 1132, 1327, 1542
Rottalmünster 447
Ruhpolding 1549
Rumänien 865
Rundfunk 21, 24, 27, 190, 194, 231, 248, 382, 467, 469, 490, 492, 739, 748f., 772, 793, 812, 814, 916, 941, 947, 974, 992, 1009, 1030, 1034, 1087, 1091, 1111–1115, 1140, 1206f., 1342, 1352, 1372f., 1375, 1453, 1670
Rußland (→ Sowjetunion) 1470

Saargebiet 141, 199, 434, 480
Sachsen 1502
Sammlungsgedanke (→ Selbstverständnis der CSU) 7–10, 12, 22f., 26, 42, 48, 50–53, 73, 77, 79f., 92, 101, 130, 132, 135f., 144f., 196, 205, 308, 537, 540, 757, 761, 764, 767, 769, 805, 821, 879, 887, 900, 962, 1021, 1065, 1396, 1399, 1460, 1493, 1542, 1577
Satzung der CSU (→ Ältestenrat der CSU; Arbeitsgemeinschaften der CSU; Besatzungsmacht, amerikanische; Delegiertenschlüssel; Flüchtlinge, Evakuierte und Vertriebene; Flügel und Gruppierungen in der CSU; Fraktion der CSU; Kirchen; Parteiaufbau der CSU; Revolte, Oberbayerische; Staatsregierung, Bayerische; Stimmrecht, vorläufi-

ges) 9ff., 26, 30, 38, 41, 43ff., 51, 54, 61, 69f., 79, 104, 118, 129, 151, 154f., 170, 176, 187, 193, 195, 203f., 211, 228, 247, 255, 263, 286, 288, 306f., 309, 321, 331, 355, 357, 371, 382, 392, 412, 417, 433, 459, 504, 507f., 510, 530, 535f., 599–602, 765f., 808, 835f., 847, 859, 864, 911f., 991, 1223, 1229f., 1232f., 1238, 1264, 1283–1286, 1386, 1388, 1390, 1392, 1395, 1402f., 1460f., 1492, 1533, 1609f., 1630f., 1666, 1698
- Name, Sitz und Aufgabe (§§ 1–2) 264, 285, 301, 603, 837
- Mitgliedschaft (§§ 3–8) 221f., 264f., 292f., 303f., 355ff., 535, 603, 837, 844
- Ortsverbände (§§ 9–18) 218, 223, 264, 266f., 298, 300, 373, 603ff., 779, 837f., 842, 844, 1296ff., 1303, 1425
- Kreisverbände (§§ 19–30) 214–217, 223f., 264, 266f., 269, 287, 298, 300, 304, 356f., 373, 381, 521, 605f., 616, 623, 837f., 842f., 1296f., 1302f., 1385, 1418, 1425, 1451
- Bezirksverbände (§§ 31–42) 217f., 223ff., 264, 266f., 272, 287, 291f., 294–301, 356f., 381, 521, 606f., 614, 616f., 620, 625, 629, 837f., 842f., 1296f., 1303, 1307, 1312, 1384, 1416, 1570
- Landesverband (§§ 43–59) 218f., 264, 276, 280, 356f., 373, 611, 613, 837f., 843, 845, 1203, 1296f., 1640
  - Landesvorsitz 198, 205, 217, 225, 276, 285, 289f., 305f., 374ff., 609f., 616f., 619ff., 625–629, 838–841, 843, 845, 848–851, 853–856, 1093, 1190f., 1195f., 1199, 1203ff., 1209–1213, 1219–1222, 1288–1291, 1293, 1296f., 1299–1304, 1306–1311, 1314, 1317ff., 1379, 1381, 1385, 1389, 1391, 1404, 1408f., 1413, 1417, 1420–1425, 1459, 1563, 1574, 1639, 1666, 1688
  - Landesgeschäftsführer 240, 610, 839
  - Landesausschuß 225f., 276, 288, 290, 292, 297, 299, 301, 375, 522, 535f., 608f., 611, 624, 838ff., 843f., 849, 851, 853, 856, 1014, 1191, 1196, 1199, 1222, 1283, 1291, 1297, 1304, 1306, 1308, 1311, 1314, 1318f., 1381, 1391, 1393, 1404, 1409, 1416f., 1419–1425, 1427, 1640, 1643, 1647, 1688
  - Landesversammlung 217, 225f., 276, 286f., 289f., 297, 299, 305f., 374ff., 535f., 607f., 611, 616, 624, 631, 838ff., 842–846, 848f., 856, 1196, 1199, 1222, 1291, 1297, 1304, 1306ff., 1311, 1314, 1318ff., 1379f., 1383f., 1391, 1404, 1408f., 1415, 1420, 1422–1426, 1459, 1574, 1639ff., 1666
  - Landesvorstandschaft 205, 215, 217f., 225f., 237, 276, 285, 288, 300, 302, 374f., 522, 608ff., 617, 619, 621f., 625–629, 778f., 787, 838ff., 842–845, 849, 851, 856, 1205, 1221f., 1297, 1302, 1305, 1307, 1314, 1318, 1320, 1404, 1415ff., 1424, 1643, 1692
  - Landesvorstandschaft, geschäftsführende 215, 217, 276, 373, 609f., 616f., 620ff., 625, 627, 629, 631, 838ff., 845, 848, 851, 853, 856, 1196f., 1199, 1205, 1221f., 1297, 1304f., 1307, 1311, 1417f., 1424, 1459
  - Berufständischer Rat der Landesvorstandschaft 226, 235, 239, 275, 297f., 300f., 345, 525f., 608, 838f., 1304
  - Arbeits- und Organisationsausschüsse 145, 240, 276, 838
- Beiträge (§ 60) 224, 241, 254, 1234
- Allgemeine Bestimmungen (§§ 61–74) 228f., 264, 611–615, 839
  - Geschäftsstellen 237, 240f., 287ff., 302f., 521f., 612, 616f., 621ff., 627, 845, 1240
  - Geschäftsführer, Anstellung 214–217, 237, 286, 288f, 302f., 428, 520ff., 612, 616, 618, 621ff., 627, 845, 1631f.
  - Finanzen (→ Finanzstatut der CSU) 223, 241, 535, 612f., 616f., 844ff., 1234
  - Abstimmungen und Anträge 241, 301, 613f., 623, 839
    - Stimmrechtsübertragung 613, 623, 672, 1298ff., 1381, 1384f., 1418
    - Stimmhäufung 1293, 1298f., 1301, 1303, 1381, 1384, 1391, 1418

Satzung, Vorläufige (8. Januar 1946) 9, 21, 23, 37–40, 45, 56, 68ff., 74ff., 83f., 97f., 101, 103f., 108, 151, 167, 171f., 176f., 321, 377, 1576
- Verbindlichkeit/Gültigkeit 37f., 45, 56, 59, 68f., 75f., 79, 108

Satzungsänderung (→ Revolte, Oberbayerische) 286, 290ff., 305ff., 374f., 377, 601, 616, 618, 624, 628f., 839, 846, 857f., 1685

Satzungsausschuß/-kommission 847, 1212, 1221, 1232f., 1264f., 1284f., 1287–1290, 1292–1295, 1307ff., 1311–1315, 1318–1326, 1379–1384, 1388ff., 1685

Satzungsverlesung 264–284, 306, 603

Satzungsvorbereitungen 38, 41, 43f., 51, 79, 101f., 144, 193, 221, 263f., 288

Schatzmeister der CSU (s. Finanzstatut der CSU; Parteifinanzen und -finanzierung der CSU)

Scheinfeld 339

Schiedlitz 372

Schiedsgericht der CSU 25, 29f., 43f., 92f., 97, 114, 116, 118, 124f., 160, 168, 185, 200, 218, 222, 302, 304, 576, 611, 767f., 771, 773ff., 777f., 803, 805, 861–864, 888f., 901, 907, 991, 994f., 1045, 1199, 1258, 1332, 1392, 1660, 1679, 1694ff., 1698
- Vorläufiges 47, 154ff., 162f., 165ff., 170f., 173f., 307, 336, 384, 386–391, 413

Schiedsgerichtsordnung der CSU 43, 97, 118, 124, 154f., 221f., 357, 533, 603, 611, 768, 771, 773–776, 835f., 838, 859–864, 936, 1395, 1402ff.
- vorläufige 154–157, 167–172, 307f., 354–357, 775

Schlesien 200, 211, 217, 782, 935, 1501, 1525, 1527

Schlesier 191, 782, 1011, 1525, 1527
Schnaittenbach 334
Schöneberg 1368–1371
Schönsee 372
Schongau 36, 330, 501, 783
Schule und Erziehung (→ Besatzungsmacht, amerikanische; Kirchen; Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische; Volkshochschulen) 36, 435, 453, 640, 702, 734ff., 931, 969f., 982, 1067, 1090, 1092, 1102–1105, 1109–1113, 1122ff., 1126f., 1130–1133, 1135ff., 1140, 1142ff., 1160, 1208, 1302, 1362, 1515, 1529, 1651
- Schulart 970, 982, 1113, 1123, 1128
- Schulreform 1103, 1122, 1125ff., 1130ff., 1136, 1140, 1627
- Züchtigungsrecht (auch "Prügelstrafe") 1110f., 1122f., 1130, 1135f., 1140
Schutzstaffel (SS) 94, 459, 481, 658, 1031f., 1150
Schwabach 339
Schwaben 95, 143, 202, 238, 452, 652, 696, 760, 797, 835, 996, 1039, 1064, 1139, 1155, 1241, 1398, 1413, 1447, 1601, 1647, 1663, 1668
Schwabhausen 807
Schwäbische Landeszeitung, Augsburg 796f., 824, 1522
Schwandorf 95, 107, 333, 501, 1482, 1511
Schwarzer Markt 665, 714, 917, 941, 946, 975, 1028, 1041, 1070, 1096f., 1099f., 1110, 1260, 1343f., 1453, 1484, 1505, 1507f., 1511, 1548f.
Schweden 1110, 1342
Schweinfurt 23, 29, 340, 649, 653ff., 674, 1322, 1379
Schweiz 403, 416, 451, 455, 580, 829, 906, 1103, 1106f., 1111, 1306, 1363, 1435, 1491, 1544
Sebaldus-Verlag 14, 426
Selbstverständnis der CSU (→ Parteiname der CSU; Programmatik der CSU; Sammlungsgedanke) 539, 545, 571, 695, 705, 860, 865, 1042, 1408, 1467, 1500, 1558, 1646, 1664
- christliche Weltanschauungspartei 9, 74, 80, 82, 128, 315, 324, 346, 499, 537., 539, 621, 630, 791, 800, 868, 872, 979, 1203, 1408, 1440, 1500, 1664
- neue/junge/moderne Partei 7f., 22, 40, 54, 80, 125f., 131, 144, 159, 161, 164, 284, 290, 309, 312, 323, 479, 495, 533, 694f., 711f., 769, 843, 865, 871, 1171, 1405, 1408, 1411, 1439, 1471, 1598, 1651, 1666, 1680
- politische Bewegung 54, 68, 94, 126f., 136, 865, 874, 1461f., 1471, 1500, 1646
- Sammel- und Volkspartei 112, 540, 713, 821, 836, 872, 1021, 1258, 1396, 1577, 1587
Senat, Bayerischer (→ Verfassung, Bayerische) 760, 1524
Sendungsbewußtsein, bayerisches 24, 34, 133, 200, 415, 537, 825, 884f., 1137, 1143, 1376, 1491, 1537, 1642, 1644
Separatismus 133, 231, 242f., 313, 371, 477, 479, 676, 712, 774, 791, 805, 811, 826, 1017, 1088, 1092, 1494, 1536f., 1587, 1591, 1661, 1680
- separatistische Bewegungen und Bestrebungen 135, 201f.
Siedlung 414, 432, 503, 680, 724, 726, 1397, 1524f., 1626, 1674
Simplizissimus 1622
Sonthofen 29
Sophienthal 426
Sowjetunion 133, 462, 1072, 1216, 1258, 1306, 1352, 1367, 1400, 1472, 1507, 1552, 1634
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) (→ Programmatik der SPD; Fraktion der SPD) 8, 22, 32f., 52, 89, 103, 106, 108, 122, 136, 163f., 208f., 212ff., 219, 233, 243, 247, 249, 252ff., 324, 349, 359ff., 365f., 375, 378f., 382, 388, 398, 401, 403, 408, 424ff., 429, 437, 439, 441, 444f., 447ff., 451, 455f., 467, 493, 499, 501, 506, 525f., 531, 534, 545f., 549f., 563, 565, 572, 578, 585, 593ff., 623, 647, 649, 653, 662f., 687, 689, 695, 717, 745, 747, 751, 754ff., 785, 811f., 814, 832, 870, 887, 898ff., 905, 938, 942, 945, 949, 979, 1009, 1011, 1027, 1030, 1043, 1088, 1094, 1115f., 1155, 1161, 1170, 1176–1180, 1182, 1191, 1256, 1262, 1335, 1348, 1372, 1398, 1447, 1461, 1510, 1513, 1527, 1578, 1588f., 1616f., 1636, 1646, 1671
- Arbeitsgemeinschaft der SPD/KPD 1543
- Mitglieder in Regierung und Verwaltung 36, 227, 363, 368, 379, 499, 833, 935, 971f., 977, 993f., 997, 1010ff., 1028, 1032, 1035f., 1040f., 1046, 1048, 1060
- Personalpolitik 415ff., 442, 449, 457, 474, 580, 588, 591f., 750, 816, 818f., 821f., 827, 830, 832, 921, 931, 934, 937, 1031, 1040, 1060
- Regierungsbeteiligung 110f., 137, 139, 588, 751, 786, 796f., 814, 816–824, 826–832, 921, 923–926, 929ff., 933, 935, 937f., 940ff., 945, 947, 951f., 967, 969f., 972, 976f., 979, 982ff., 988–991, 993ff., 997, 1000, 1002, 1009, 1024, 1028, 1031, 1035f., 1046–1050, 1061, 1066f., 1115, 1300, 1461, 1541, 1543, 1578, 1592
- Sopade 1472
- Tagungen und Parteitage 186, 496, 923, 938, 1171
- Verhältnis zur CSU (→ Reaktionsvorwurf gegen die CSU) 53, 164, 195f., 213, 248, 310, 363, 382f., 394f., 415, 427, 455, 493, 579, 586, 588, 750, 811, 866, 924f., 952, 954, 1088, 1170, 1461, 1473, 1475, 1538
- Verhältnis der CSU zur SPD 53, 55, 111, 178, 186, 258, 364, 415f., 427f., 456f., 497, 501, 538, 579ff., 586, 588, 748, 750, 816f., 821f., 824, 826, 828ff., 882, 924, 941, 951, 991, 1000, 1049, 1059, 1171, 1178f., 1376, 1472–1475, 1642
- vor 1933 33, 117, 163, 974, 1028, 1030, 1582
- Zusammenarbeit mit der CSU 414ff., 428, 466, 473ff., 496, 526, 549, 555, 562, 579f., 597, 750f., 812, 816f., 824, 930f., 984
Sozialethik, christliche 22, 32, 51, 309, 315, 541

Sozialisierung (→ Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische) 315, 438, 497f., 572, 574, 683, 700, 708, 719f., 828, 831, 1067, 1072, 1151, 1188f., 1340
Sozialismus 33, 178, 233, 260, 309, 313, 316, 436, 540, 545f., 574, 714ff., 754, 791, 833, 870, 900, 943, 946, 948, 950, 1000, 1072, 1079, 1352, 1475
- christlicher (aus christlicher Verantwortung) 182, 309, 540f., 544–547, 1000, 1093
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 54, 531f., 579, 592, 819, 821, 830, 905, 923, 982, 1364, 1400, 1439, 1447f., 1475, 1642, 1646
- Vereinigung von SPD und KPD zur SED 89, 94, 111, 499, 531, 1475
Sozialistische Internationale 233, 260, 538, 871, 1474
Sozialordnung (s. Gesellschaftsordnung; Programmatik der CSU; Programme der CSU; Verfassung, Bayerische)
Sozialpolitik (→ Einzelbereiche) 182, 312, 316, 346, 349f., 371, 414, 432, 471, 477, 503, 539, 725, 792, 821, 939, 943, 970, 1467
Sozialversicherung 22, 181, 187, 440–443, 681, 706, 721, 736, 1036, 1090, 1112
- Krankenversicherung 22, 441f., 1036
- Rentenversicherung 22, 442
Special Branch 197, 362f.
"Speisekammergesetz" 1485
Spenden (s. Parteifinanzierung und -finanzen der CSU)
Spiegel, Der 1370
Sport 407, 1470f., 1514
Spruchkammern 72, 191, 197, 361, 392f., 395f., 400, 465ff., 469, 483f., 486ff., 517, 527, 535, 649f., 652–657, 659f., 662–669, 758, 800, 812, 883, 897, 906, 959, 1000, 1035f., 1105, 1150, 1152–1156, 1480, 1578, 1588, 1600
- Besetzung 37, 182, 185, 187, 197, 359–365, 393ff., 399f., 465, 487, 650, 653f., 656f., 662, 1152, 1155f.
Staat, Bayerischer 312, 442, 496, 712, 724, 730, 774, 1017, 1039, 1075, 1270, 1529, 1616, 1668, 1676
Staatsaufbau der deutschen Länder 201, 511
Staatsaufbau, bayerischer (→ Verfassung, Bayerische) 200f., 511
- föderale Struktur 197, 201, 310, 456
- Münchner Zentralismus 197, 201
Staatsaufbau, deutscher künftiger (→ Programmatik der CSU; Verfassung, deutsche künftige) 33f., 178, 181, 193, 198, 200ff., 205, 248, 312, 414, 432, 464, 475f., 478, 491f., 496, 515, 519, 579, 684, 706, 722, 730, 775, 825, 829, 880ff., 884, 888, 900, 903, 931, 944, 949, 975, 1037f., 1050, 1065, 1088, 1174f., 1226, 1348, 1353, 1356, 1363, 1365, 1459, 1514, 1547, 1593, 1610, 1615
- Bayerns Stellung im Reich 9, 32, 133ff., 177, 200, 202, 242, 250–253, 312f., 316, 318, 417, 453, 480, 505, 510ff., 564, 586f., 713, 750, 792, 811, 825f., 879, 882f., 885f., 892, 894, 903, 906, 981, 1172, 1207, 1489, 1491f., 1494–1497, 1499, 1536f., 1587, 1616, 1647, 1675f.
- Deutsche Einheit ("Reichseinheit") 135, 181, 201f., 231, 242, 251, 313, 476, 480, 490, 497, 512f., 542, 676, 709, 753, 774, 791, 825f., 829, 867f., 879, 892, 894, 975, 1067, 1174, 1207, 1226, 1334, 1347, 1351f., 1355f., 1372, 1399, 1456, 1475ff., 1647
- föderale Struktur 197, 200f., 242, 258, 314, 319, 477, 490, 497f., 510ff., 538, 543f., 548, 564, 587, 676, 791, 809, 811, 816, 868, 876, 1012, 1016, 1074–1077, 1083, 1092, 1207, 1409, 1494f., 1616, 1621f.
- - Stellung der Länder im Reich 197, 200ff., 242, 245, 313, 319, 453, 510ff., 564, 676, 791, 876, 891, 905, 1016f., 1076f., 1092, 1207, 1356, 1621, 1675
- Gefahr des Einheitsreiches 135, 181, 201, 242, 250f., 253, 313, 476, 490, 510, 537, 712
- Wirtschaftseinheit 181, 187, 190, 200, 247, 480, 490, 497, 511, 712, 825, 876, 879f., 918, 1038, 1065, 1067f., 1226, 1334f., 1348, 1475, 1501, 1537, 1593
Staatshaushalt und -finanzen (→ Steuern) 1143, 1490
Staatskanzlei, Bayerische 111, 139, 393, 469, 984, 989, 1107, 1499, 1541, 1633
Staatspräsident (s. Verfassung, Bayerische)
Staatsregierung, Bayerische (→ Geschichte; Ministerien, Bayerische; Ministerpräsident, Bayerischer; Regierung Ehard, Hoegner, Schäffer; Regierungsbildung in Bayern; Staatskanzlei, Bayerische; Staatssekretariate, Bayerische) 24, 31, 182, 197, 226f., 332, 368, 438, 1035
- Regierungsmitglieder 197, 949
- - aus der CSU 45, 65, 186, 196, 227f., 413, 438, 469, 501f., 792, 946, 949, 951, 1037, 1061ff., 1083f., 1086f., 1093, 1118, 1120, 1124, 1173, 1230, 1315f., 1325, 1327, 1329, 1369, 1385f., 1397, 1523, 1574, 1683
- - - Vertretung in den Gremien der CSU 41, 44, 47, 56, 70, 84ff., 148, 152, 206, 321, 373f., 432f., 503, 515, 519, 799, 815, 889, 918, 1196, 1205, 1222, 1297, 1304f., 1307, 1381f., 1416ff., 1641, 1692
Staatssekretariate, Bayerische 111, 137, 139, 393, 469, 924f., 971, 975, 984, 995f., 1003, 1009, 1020, 1028, 1034f., 1048ff., 1105, 1118, 1159, 1544, 1641
- für das Bauwesen 830, 926, 937f., 1035
- für das Flüchtlingswesen 444, 446, 449, 830, 926, 934, 937, 942, 984, 989f., 1011, 1037
- - Flüchtlingskommissare 31, 449, 934, 1011f.
Stadelheim 1578, 1600
Stadtsteinach 338, 798
Stände (→ Flügel und Gruppierungen in der CSU; Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische)

48, 112, 204f., 540, 550–554, 557f., 566, 767, 769, 877f., 887, 918, 987, 1089f., 1132, 1167, 1305, 1396f., 1496, 1657
Staffelstein 338
Starnberg 330, 669, 1575, 1609, 1636, 1689
Steierer, Der 885
Steuern 683, 716, 722, 946, 1070, 1108, 1270, 1346f., 1362, 1466ff., 1490, 1505, 1590
Stimmrecht, vorläufiges in der CSU (→ Delegiertenschlüssel) 43f., 47, 55f., 59–65, 67f., 71ff., 76f., 80, 85, 103ff., 263, 275, 293f., 320f., 351, 602, 625f., 628, 673f., 742
- Delegiertenbestellung 70–73, 101, 103f., 107, 293f.
Straßburg 141
Straubing 23, 36, 368
Streik (s. Generalstreik in Bayern 1948)
Studenten 450, 453, 798, 899, 1022, 1107ff., 1127, 1135, 1245, 1282
Sturmabteilung (SA) 31, 459, 481, 658, 1583, 1609
Stuttgart 34, 179, 185f., 198f., 201, 232f., 250f., 258, 260ff., 441, 454, 483, 515, 519, 754, 826, 975, 1087f., 1458, 1490, 1509
Sudetendeutsche 31ff., 48, 179, 449, 690, 745, 782, 888, 1011, 1431
Sudetenland 689, 1139, 1431
Südbayern 73, 135, 208, 372, 394, 408, 644, 759, 763, 772, 835, 873, 879, 898, 982f., 1005, 1039, 1041, 1138, 1265, 1312, 1332, 1397, 1427, 1440, 1449, 1534, 1571, 1583, 1605, 1616, 1663, 1677
Süddeutsche Zeitung 15, 24, 27, 120f., 131, 376, 384, 445, 489, 495, 557, 565, 785, 862, 897, 899, 969, 987, 1022, 1028, 1069, 1096
Süddeutschland 200, 202, 258, 480, 510, 512, 755, 826, 832, 875, 956, 975, 1076, 1087, 1174, 1207, 1213, 1344, 1370, 1376, 1524, 1584
Südost-Kurier 1086
Südtirol 1541
Sulzbach 694, 1452

Tagesspiegel, Berlin 1552
Tegernsee 456
Telegraf, Berlin 489
Thüringen 48, 1366
Tiefbrunn (bei Moosham) 333
Tirol 455
Tirschenreuth 334, 689
Totalitarismusgefahr 106, 178, 492, 1072f., 1082, 1462f.
Traunstein 330, 1443, 1445, 1446, 1639
Treuhandwesen und Vermögensverwaltung 18, 187, 407, 439, 483f., 767
Tschechoslowakei 190, 198, 372, 434, 1337, 1675

Uffenheim 82, 86, 339, 368, 403, 431, 1030, 1031, 1032
Ungarn 128, 865, 885
Union-Dienst (s. Informations- und Rednerdienste der CSU)
Unitarismus (→ Staatsaufbau, deutscher künftiger) 202, 242, 250, 476f., 479, 676, 791, 825f., 891, 1016, 1074, 1092, 1496
Unitarismusvorwurf in der CSU 200, 250f., 253, 375, 476, 492, 497, 791
United Nations Organization (UNO) 1306, 1665
United States of America (s. Vereinigte Staaten von Amerika)
Universitäten und Hochschulen (→ Akademien; Studenten) 390, 450, 454, 561, 659, 698, 762, 798, 1103, 1105–1109, 1112, 1132, 1135, 1138, 1140, 1143, 1161, 1525, 1651
- Personalpolitik 1105–1108, 1112, 1161
Unterfranken 37, 237, 457f., 520, 623, 1031
Unternehmer (s. Arbeitgeber/Unternehmer)
Unternehmerverband (s. Berufs- und Interessenverbände)

Vagen 1636
Vatikan 906
Veitshöchheim 1548, 1579
Vereinigte Staaten von Amerika 317, 402, 464, 483, 562, 567, 619, 634, 643, 791, 804, 842, 848, 881, 1071, 1078, 1103, 1168f., 1210, 1255, 1306, 1338f., 1357, 1361, 1366, 1462, 1468, 1473, 1475, 1503, 1506, 1517, 1665f., 1685f.
Verfassung, Bayerische (→ Verfassunggebende Landesversammlung, Bayerische; Verfassungsausschuß der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung; Verfassungsausschuß, Bayerischer Vorbereitender) 32, 203–207, 227, 231, 387, 398, 402, 425, 463, 490, 493, 496, 515f., 519, 526, 592f., 632, 637, 645, 693, 714f., 717, 720, 750, 752, 791, 817, 830, 856, 894, 902, 905, 930, 945, 949f., 1005, 1029, 1034f., 1044, 1065, 1112f., 1118, 1143, 1296, 1369, 1524, 1590
- Bayerns Stellung im Reich (s. Staatsaufbau, deutscher)
- Bildung und Schule 563, 723, 734, 753, 970, 1102, 1110, 1117, 1127f., 1142, 1144, 1160
- Gesetzgebung 561f., 566
- - Notstandsgesetzgebung 561
- Grundrechte und -pflichten 22, 560, 563ff., 714
- Landtag 205, 342, 345, 550, 560ff., 566, 573, 966, 1416f.
- Präambel 560, 565, 592
- Senat 205f., 237, 342, 345, 452, 473, 549–552, 554f., 560–563, 566, 574, 578, 584, 596, 677, 708, 736f., 762, 811, 813
- Sozialisierung 437f., 555ff., 572, 574
- Sozial- und Wirtschaftsordnung 415f., 436f., 548f., 551–557, 560, 563ff., 567–575, 578, 582f., 595, 708f., 721, 723f., 734, 753, 811, 824, 870, 928, 948, 953, 969f., 1102, 1110, 1117, 1127f., 1142, 1144, 1160
- Staatsordnung 196, 417, 452, 557, 560–563, 566, 596f., 638, 692
- Staatspräsident 414, 416f., 451ff., 473, 488,

498f., 528, 534, 549f., 558f., 561, 566f., 577–581, 584–589, 594ff., 703, 807, 813, 840, 882, 980, 1046, 1128, 1142, 1592
- Staatsregierung 561, 566, 967, 971, 1119, 1210, 1418
- - Stellung des Ministerpräsidenten 452, 561f., 586, 967, 970, 1035, 1119, 1210
- Verfassungsgerichtshof 560, 562
- Verfassungsvorbilder (s. Weimarer Verfassung; Regierungssysteme, ausländische)
- Wahlsystem 204f., 316, 414, 451f., 473, 559, 561f., 586, 596, 811, 813, 828, 887, 1592f.
- Zweikammersystem 204ff., 213, 237, 342, 345, 414, 451ff., 473, 762
Verfassung, deutsche künftige (→ Staatsaufbau, deutscher künftiger) 201, 205, 313f., 315, 512f., 548, 550, 905, 1016f., 1038, 1077, 1363, 1369–1372, 1621
- Zweikammersystem 314f., 548, 905, 1016f., 1077
Verfassung, Hessische 831
Verfassunggebende Landesversammlung, Bayerische (→ Fraktion der CSU; Fraktion der SPD; Fraktionszwang) 29, 45, 186f., 237f., 255f., 328, 334, 341, 414f., 435, 443, 446, 451, 474, 498, 559, 563, 566, 570, 575, 582, 584, 586, 596, 645f., 653, 693, 753, 780, 811, 814, 818ff., 828, 878, 898, 901, 904, 928, 948, 1013, 1027, 1031, 1128, 1310, 1592
Verfassungsausschuß der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung 415, 474, 550, 553f., 556f., 559, 563, 565f., 568ff., 589, 645, 647, 670, 694, 902, 1128
Verfassungsausschuß, Bayerischer Vorbereitender 193, 197, 203, 463
Verkehrswesen 197, 552, 1070, 1334f., 1337f., 1507, 1518
- Eisenbahn 197, 756, 1091, 1336ff., 1341, 1398, 1453, 1490
Vertriebene (s. Flüchtlinge, Evakuierte und Vertriebene)
Verwaltung, Bayerische 33, 311, 414, 432, 435, 451, 499, 503, 560, 562f., 676f., 697, 832, 837f., 971, 973, 993, 1020, 1040, 1090, 1109, 1208, 1301
Viechtach 371, 382f., 385, 423, 425ff., 457, 459, 495
Vilsbiburg 14, 120, 688ff.
Vilshofen 1588
Völkerrecht 1090, 1476, 1504, 1514, 1526
Völkischer Beobachter 133, 463
Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA) 373
Volksgerichtshof 659
Volkshochschulen 640, 698
Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden 1366, 1475
Volkswacht 120
Volkszählung 211
Vorbereitende Ausschüsse der CSU (August bis Dezember 1945, → Gründung der CSU) 3ff., 15, 149, 153, 308f., 1270, 1577
- für München 5, 15, 24, 76, 111, 114, 119f., 1654
- - Vorstand 5, 7, 9–12

Wähler 61, 101, 112f. 179, 205, 250, 284, 298, 328, 576, 588f, 591, 594f., 685, 687, 747, 758, 920f., 967, 993, 996, 999f., 1008, 1025, 1028, 1038f., 1045, 1049, 1051, 1117, 1252f., 1256, 1262, 1298, 1493, 1582, 1588f., 1608, 1636, 1666f., 1677, 1690
- Flüchtlinge, Vertriebene, Evakutierte 32f., 190f., 426, 443–450, 496, 527, 689, 772, 887, 894, 942, 987, 1010, 1173, 1523f., 1597, 1636, 1689
- Frauen 174, 298, 435, 696, 893, 938, 1162, 1654
- Protestanten 426ff., 499, 758, 873, 995, 1004
Währung 212, 314, 414, 432, 442, 503, 716, 875, 892, 975, 1070, 1263, 1504f.
Währungsreform (→ Inflation) 24, 437, 441, 449, 734, 825, 875, 918, 931, 975, 1038, 1098, 1132, 1166, 1237, 1263, 1265ff., 1278, 1343–1347, 1349, 1362, 1397, 1415, 1468, 1520
Wahlen in Bayern (→ Besatzungsmacht, amerikanische) 27, 29, 103, 108, 142f., 162, 183, 185, 187, 211, 214, 288, 293, 330, 348, 369, 378, 457, 522, 581, 726, 794, 932, 947, 954ff., 966, 1021, 1064, 1260, 1415, 1570, 1593, 1597, 1664
- Aufstellung von Kandidaten 29, 31f., 45, 162, 186f., 204, 211, 217, 221, 255f., 277, 324–340, 343, 350–354, 362, 377, 425, 427, 506, 585, 623, 648, 652, 670, 684–696, 758–763, 773, 809, 966, 986f., 1256, 1258, 1263, 1570
- Bezirkstagswahlen 29, 368, 1267
- Gemeindewahlen (1946) 21–24, 27, 31, 139, 308f., 325f., 362, 1021, 1030, 1260
- Gemeindewahlen (1948) 1266, 1287, 1372, 1377, 1500, 1520, 1527f., 1561, 1589f., 1602, 1610, 1613, 1618, 1635, 1674f., 1689
- Kreistagswahlen 29, 75, 84, 182, 257, 361, 365, 1527
- - Stadtkreise 29, 45, 108, 139, 143, 309, 327, 339, 425, 429
- - Landkreise 29, 35f., 75, 82, 108, 143, 211ff., 309, 325f., 379, 1267
- Landtagswahlen 33, 211, 276, 330, 588, 599f., 636, 640, 647f., 670f., 673, 684–696, 743–754, 756–763, 765f., 768–773, 785, 793ff., 797f., 805, 809ff., 814, 817, 843f., 878ff., 887, 892f., 895, 897, 929, 931, 987, 989, 1025, 1030, 1038, 1051, 1064, 1087, 1242, 1251, 1520f., 1527, 1588f., 1592
- Verfassunggebende Landesversammlung 29, 45, 162, 187, 219, 324–340, 343, 351–354, 358, 362, 371, 414, 423–427, 429, 431, 443ff., 447f., 452, 460, 463, 468, 476, 502, 506, 578, 584, 744, 807, 1251, 1592

- Wahlprüfung 325, 361ff., 378, 457
Wahlen in der CSU 171f., 204, 331, 433, 517, 536, 582, 601, 632, 670, 672, 674, 1014, 1220, 1229ff., 1307f., 1326, 1332, 1379, 1533, 1556, 1684, 1687, 1689, 1692ff., 1698
Wahlergebnisse der CSU 49f., 75, 194ff., 212f, 257, 297, 308f., 324, 348, 359f., 366, 382, 413, 424–429, 478, 480, 523, 528, 667, 771f., 797, 827, 831, 872, 878, 880, 882f., 937, 943, 978, 1008, 1030, 1410ff., 1588, 1605f., 1639, 1670
Wahlgesetz 23f., 29, 31f., 187, 211, 213, 325–328, 332, 337, 392, 647f., 670, 684–688, 691, 694, 746, 758, 761, 1263
Wahlkampf (→ Parteischulung) 27, 51, 140, 162, 168, 179, 182, 212, 216, 256f., 309, 328, 335f., 363, 372, 375, 378, 395, 416, 423, 425f., 429ff., 435, 445, 451, 455, 458, 463, 472, 476, 515, 517, 519, 522–528, 538, 547, 566, 590, 599, 619, 621, 635ff., 643, 646ff., 669, 673, 695, 704f., 726, 741, 743–754, 756–760, 762, 767, 769, 771f., 774f., 779, 791, 793, 795ff., 805ff., 810f., 814, 863ff., 872, 874, 877, 880, 882, 891, 893, 895, 897, 905, 934, 939, 945, 948, 987, 1005, 1010, 1015, 1030, 1236f., 1239f., 1251, 1256, 1259, 1261, 1305, 1377, 1383, 1398f., 1414, 1454f., 1530, 1540, 1561, 1589, 1603, 1635
Wahlkreise 325–328, 336–339, 352, 359, 452, 562, 594, 684, 686–690, 693f., 696, 743, 759, 766, 797, 828, 945, 967, 987, 1296, 1381, 1592, 1601, 1605
Wahlrecht (→ Besatzungsmacht, amerikanische) 31f., 94, 182, 187, 206, 227, 325, 348, 350, 392, 445, 758f., 771, 830
- Flüchtlinge, Evakuierte und Vertriebene 182, 445, 527
Wahlsystem (→ Verfassung, Bayerische) 33, 185, 187, 204, 326ff., 771, 986, 1592
Wahlversammlungen 103, 371f., 435, 446, 448, 524–527, 532, 596, 636, 643, 647, 669, 746–749, 753, 791, 797, 898, 989, 996, 1592
Waldershof (bei Marktredwitz) 1453
Waldmünchen 333
Waldsassen 1138
Washington 1071
Washingtoner Abkommen 1506
Wasserburg 330
Wegscheid 745, 1208
Wehrmacht 141, 456, 1150
Weiden 333f., 761
Weihenstephan 330, 1580
Weimarer Republik (s. Geschichte)
Weimarer Verfassung (→ Geschichte) 205, 218, 452f., 492, 548, 701, 840f., 891, 1024, 1065, 1075ff., 1083, 1210, 1365, 1553
Weißenburg 82, 339
Weltanschauung, christliche (→ Selbstverständnis der CSU) 9, 73, 89ff., 153, 259, 444, 538, 937, 1125, 1178, 1351
Weltkrieg I. 34, 730, 877, 917, 938, 1348, 1352, 1472, 1539
Weltkrieg II. 34, 316f., 551, 560, 565, 659, 665, 705, 730, 829, 877, 906f., 916, 922, 935, 938, 996, 1066, 1071, 1080, 1091, 1110, 1125, 1152, 1163ff., 1189, 1336, 1339, 1348, 1352, 1361, 1470, 1472, 1504, 1517, 1539ff., 1602, 1659, 1697
Weltwirtschaft 315, 471, 1065, 1071, 1353
Westfalen 450
Weststaatsgründung 1335, 1348, 1350, 1352f., 1355f., 1365, 1476, 1488, 1491, 1623
Widerstand gegen den Nationalsozialimus 49, 53, 90f., 110, 113, 127ff., 175, 228, 410, 518, 529, 659, 749, 772, 795, 800f., 896, 906f., 974, 1477, 1480, 1551
Wiederaufbau (→ Wirtschaft) 9, 197, 204, 242, 312ff., 474f., 478f., 487, 585, 656, 666, 717, 751, 814, 817, 819, 854, 888, 916, 926, 935, 939, 950, 954, 975, 995, 1018, 1020, 1156, 1336f., 1339, 1363, 1373, 1376, 1399, 1461, 1464, 1477, 1493, 1503, 1513
Wien 198
Wiesbaden 541, 1339f.
Winterthur 1106
Wirtschaft (→ Bewirtschaftung; einzelne Institutionen; Energieversorgung; Ernährung und Ernährungslage; Industrie; "Hühnerfutterrede"; Landwirtschaft; Programmatik der CSU; Programme der CSU; Rohstoffe und Rohstoffwirtschaft; Verfassung, Bayerische; Weltwirtschaft) 18, 24, 33, 203f., 286, 312–315, 346, 348, 352, 366, 371, 414, 432, 434, 436–439, 441, 443, 465, 467, 471, 477, 480, 484, 496, 503, 537, 558, 569, 583f., 596, 677, 733, 754, 757, 792, 823f., 830, 832f., 875f., 918, 920, 933, 938–941, 943, 953, 966, 969f., 972, 977, 982, 993f., 996, 1000, 1006, 1014, 1036, 1041, 1067f., 1074, 1098f., 1121, 1143, 1150, 1152, 1154f., 1167, 1176–1179, 1225, 1261, 1333ff., 1342, 1346, 1354, 1356, 1360f., 1363ff., 1369, 1377, 1406, 1463, 1474, 1477, 1500f., 1505, 1512, 1516, 1526, 1529, 1537, 1590, 1593
- Europa 199, 314, 871, 1342ff., 1354, 1364, 1502, 1513, 1538
- - europäische Wirtschafts- und Währungsunion 698, 871, 876, 1343f.
- Wiederaufbau 50, 138, 219, 314, 402, 437, 439, 465, 471, 475, 546, 550–553, 666, 931, 935, 950, 954, 977, 1016, 1071, 1176, 1338, 1353, 1396f., 1464
- wirtschaftsfördernde Maßnahmen 139, 219, 366, 403, 435, 437–440, 465f., 480, 551ff., 715, 792, 826, 833, 933, 939, 974f., 1009, 1016, 1041, 1066, 1068–1071, 1098ff., 1176, 1182, 1336–1339, 1341–1348, 1350, 1363f., 1396f., 1406, 1464, 1466–1469, 1502, 1504–1507, 1509–1513, 1537f., 1590
- Wirtschaftslage 437, 443, 475, 776, 825, 917f.,

932f., 936, 946, 993, 1041, 1065, 1068–1071, 1087, 1091, 1093, 1099f., 1166, 1334–1338, 1340–1344, 1348, 1353, 1359, 1463f., 1466, 1468, 1475, 1501–1510, 1512, 1516, 1538
- - Alltag 189, 256f., 296, 322, 430, 448, 454, 465, 523, 663, 665, 743ff., 757, 915, 917, 1087, 1098, 1104, 1110, 1112, 1328, 1331, 1341ff., 1386, 1419
Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) 213, 378ff., 416, 424f., 427, 429, 457f., 462f., 527, 587, 662, 748–751, 818, 820ff., 828f., 831, 930, 948, 983, 989, 1025, 1035, 1155, 1176, 1465
- Regierungsbeteiligung 821, 925, 929, 938, 983, 993ff., 1000, 1036, 1041, 1046, 1066, 1115, 1132ff., 1592
Wirtschaftseinheit, deutsche (s. Staatsaufbau, deutscher künftiger)
Wirtschaftsordnung (→ Liberalismus; Programmatik der CSU; Programme der CSU; Verfassung, Bayerische) 50, 219, 314, 436–439, 443f., 546, 548, 550, 552ff., 556f., 563, 569ff., 573f., 577f., 583f., 703, 706, 714f. 719f., 833, 869, 928f., 936, 977, 1000f., 1041, 1070–1073, 1093, 1348f., 1369, 1406, 1463f., 1466, 1504, 1512, 1538
- Lenkung 550, 572, 869, 978, 1072f., 1364, 1466, 1512
- Planwirtschaft 219, 243, 550, 556, 563, 569ff., 573, 682, 700, 714, 869, 931, 978, 982, 1071ff., 1364, 1466, 1636
- Selbstverwaltung 219, 437, 550f., 553f., 556f., 563, 572ff.
Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1068, 1176f., 1179, 1335, 1339, 1347f., 1355, 1488, 1490, 1584, 1616f., 1620f., 1623, 1630, 1635, 1695
Wissenschaft (→ Programmatik der CSU) 453, 916, 1138
Wohnung und Wohnungsbau 212, 407, 472, 660f., 665, 677, 680, 716ff., 726, 925, 996, 1035, 1041, 1067, 1526f.
Wohnungsnot 212, 665, 668, 717, 996, 1005, 1151, 1165, 1524–1527
Wunsiedel 337, 358, 361, 759, 798, 1327, 1330, 1395, 1453, 1457
Württemberg-Baden 258, 483, 485, 511, 537, 647, 1154, 1208, 1458
Württemberg 34, 197, 441, 543, 818, 823, 833, 885, 935, 967f., 975, 978, 1111, 1343, 1368f., 1397ff., 1435
Würzburg 14, 44, 56, 65, 68, 70, 72, 85, 182, 292, 307, 340, 367f., 371, 373, 377–385, 387, 389, 391, 425ff., 429, 454, 457ff., 461, 495, 506, 623, 1109, 1155, 1161, 1242, 1276, 1542, 1577, 1584, 1668

Zentralismus 34, 197, 201, 242, 311, 313, 456, 477, 479, 492, 512, 547, 621, 676, 712, 816, 832f., 876, 891, 931, 975, 1016, 1074, 1083, 1092, 1207, 1241, 1305, 1364, 1376, 1471, 1489, 1494, 1496, 1537, 1616, 1621, 1630, 1635, 1661, 1680
- Berliner 482, 511
Zentrum 53, 113, 163, 1176, 1599
Zonengrenzen 197, 315, 480, 497, 511, 542, 918, 1066
Zürich 1106

Personenregister

Das Personenregister wurde mittels EDV erstellt und umfaßt alle Personen, die in Einleitung, Protokollen und Dokumenten zu Programmatik, Organisation und Satzung der CSU Erwähnung finden. Die Personen sind nur auf den Seiten ausgewiesen, auf denen sie namentlich genannt sind. Bei Wortbeiträgen oder Reden, die sich über mehr als eine Seite erstrecken, erscheinen die Redner daher nur mit der Seitenangabe im Register, die den Beginn ihrer Ausführungen einleitet. Personen des gleichen Nachnamens wurden in allen Zweifelsfällen im Text auf ihre Identität hin geprüft und im Register, das neben den Nachnamen in der Regel auch die Vornamen enthält, getrennt ausgewiesen, soweit ihre eindeutige Zuordnung möglich war. In den Fällen, in denen dies nicht gelang, sind die Seitenangaben hinter dem betreffenden Nachnamen zu finden, der somit mehrere Personen umfassen kann und daher kursiv gesetzt wurde. Personen, die nicht biographisch annotiert werden konnten, sind durch Asteriskus gekennzeichnet. In Ausnahmefällen war es nicht möglich, die Nachnamen zweifelsfrei zu verifizieren; solche Namen wurden in der Schreibweise der Vorlage in das Register aufgenommen, ohne daß dies zusätzlich vermerkt wird. Sofern weitere Angaben wie Ort oder Funktion aus den entsprechenden Dokumenten zu ermitteln waren, sind diese in Klammern vermerkt.

Abeghian* (OMGBY, Public Relations Branch) 771, 794, 812
Adenauer, Konrad LIX, 186, 198, 201, 233, 258, 542, 1062, 1088, 1177, 1181f., 1335, 1369, 1397, 1419, 1474, 1568f., 1610, 1620f., 1680, 1841
Agartz, Viktor 832, 1176, 1841
Albert, August 25, 423, 1013, 1841
Albert, Martin 120, 467, 1841
Albrecht* (Leiter der Landesstelle Bayern für Feinmechanik und Optik) 657
Albrecht, Lisa 900, 1841
Alledag* (Frauenvertreterin für den CSU-Bezirksverband Oberbayern) 961
Allwein, Max 330, 1061, 1094, 1186f., 1190, 1841
Altmeier, Peter 1419, 1842
Amann* (Kunstausschuß der CSU) 454
Ammann, Erwin 47, 85, 152, 423, 599, 671, 691f., 718, 771, 778, 780, 903f., 961, 1842
Ammann, Franz Xaver 1520, 1521, 1842
Andre, Josef 1397ff., 1842
Ankermüller, Willi LVIII, 154, 167, 170, 365ff., 671, 682, 777f., 836, 841f., 855-859, 929, 932, 944, 961, 989, 1028, 1055, 1229, 1242, 1250, 1317, 1381, 1455, 1533, 1695, 1842
Anspach, Ernst XXV, XLVII, 1843
Anzenhofer, Karl 329, 1843
Aretin, Anton Freiherr von LIV, LXIX, 229, 302, 305f., 515, 528, 536, 594, 599, 671, 759, 763, 961, 1054, 1548, 1843
Aretin, Erwein Freiherr von 229, 1843
Arnold, Wilhelm 21, 23, 30, 47, 66, 85, 92f., 147, 185, 193, 208, 221f., 227, 235, 291, 293f., 318, 338, 371, 390, 423, 425, 515, 534, 546, 582, 593f., 645, 658, 671, 705, 722, 727f., 733f., 736, 738f., 742, 777f., 903, 1695, 1843
Balling, Karl August 913, 920, 922, 924, 959, 1844
Banger* 294
Banzer, Georg 121, 1844
Bartel, Hans 1099, 1101, 1226, 1229, 1402, 1431, 1533, 1695, 1844
Barth, Georg XLI, LXI, LXXIX, LXXXI, 47f., 60, 66, 72, 85, 102, 147-151, 182, 185, 193, 202, 207, 320-323, 337, 361, 371f., 377, 383, 392, 460, 812, 1229, 1265, 1322f., 1326, 1360f., 1371f., 1515, 1518, 1533, 1560f., 1648f., 1661, 1674, 1676, 1844
Bauer 14, 659
Bauer, Hermann 290, 295ff., 336, 357, 1844
Baumeister XIX, XXI, 3, 5f., 912f., 919
Baumeister, Leonhard 671, 766ff., 1845
Baumgartner, Joseph IX, XXII, XXXV, LIV, LIX, LXVII, LXIX, LXXVIII, XCII, 5f., 25, 29f., 35ff., 44, 47, 57, 67, 70, 84, 139, 150, 193f., 241, 252f., 257, 259, 262, 290, 292, 296, 300, 305ff., 318, 320ff., 328, 339f., 372, 385, 412, 414, 432, 503ff., 771, 785f., 795, 812, 815, 854, 863f., 961, 963, 980, 987f., 997f., 1009, 1070, 1083, 1085, 1088f., 1094ff., 1098-1101, 1115f., 1120ff., 1130, 1141f., 1146f., 1179f., 1187f., 1190f., 1194, 1206, 1218, 1498, 1541, 1546-1550, 1579ff., 1589, 1604, 1622, 1637, 1646f., 1656, 1668, 1762, 1845
Beck, Ludwig 127, 129, 529, 906f., 1551, 1581, 1845
Beer* 1121
Behrisch, Erich Arno 811, 1845
Bender, August 961, 1845
Bender, Reinhard 599, 671, 1846
Bengel* 371
Berberich, Ludwig 454, 1846
Berger, Norbert* 599, 771, 961, 1028

Berger, Rupert 330, 515, 599, 671, 771, 1229, 1533, 1846
Bergmann, Karl* 671, 710, 734, 759, 762, 771, 1057
Bergsträsser, Martin 47, 67, 167, 380, 458, 1846
Berthold, Fritz Josef 1550, 1579, 1846
Bevin, Ernest 371, 1846
Beyerle, Josef 1369, 1846
Bezzel, Dieter 4, 1847
Bickleder, Karl 21, 23, 42, 961, 1026, 1847
Birkl, Rudolf 780, 787ff., 961, 1229, 1533, 1847
Bismarck, Otto von V, 876, 891, 1076, 1496
Blaser, Kurt 30, 47, 66, 85, 211, 214, 216f., 337f., 350, 1847
Blum, Léon 134, 1847
Blum, Ludwig 599, 625, 1395, 1419, 1460, 1498, 1511, 1848
Böcht* (Frauenvertreterin für den CSU-Bezirksverband Niederbayern) 66, 71
Böck, Toni 423, 1229, 1533, 1848
Böcker, Bernhard 21, 23, 1848
Boehlke, Friedrich 47, 66, 85, 211, 423, 515, 599, 671, 771, 961, 1229, 1533, 1661, 1848
Bogendörfer, Otto 334, 1848
Bolz, Eugen 1369, 1848
Bonhoeffer, Dietrich 127, 1848
Boßlet, Albert 454, 1849
Bräu, Lorenz 334, 1849
Brand, Erich 330, 1849
Brand, Ludwig 21, 23, 343, 362, 365, 1849
Brand, Paul 339, 1849
Brandl, Otto 14, 1849
Brandner, Johann 47, 66, 71, 85, 515, 536, 545, 599, 621, 625, 627f., 632, 643f., 647, 1849
Braun 1131, 1156, 1410f., 1420, 1422f., 1427, 1429f.
Braun, Alois 961, 1134, 1138, 1229, 1533, 1849
Braun, Josef 1379f., 1850
Braun, Otto 163, 1850
Breidbach-Bürresheim, Anna Maria Freifrau von 1229, 1533, 1850
Brenner, Eduard 1161, 1850
Brentano, Heinrich von 1369, 1371, 1850
Breuer* 581
Briner, Robert 1106, 1850
Brückl* (CSU-Kreisverband Kitzingen) 692
Brüning, Heinrich XII, 135, 164, 461, 822, 1538, 1622, 1850
Brumberger, Josef 339, 1851
Bühner, Eustach 47, 67, 339, 1851
Burges, Bernhard 47, 66, 85, 1851
Burns, Paul LVf., LXVIII, 507, 535, 601, 618f., 622, 673, 1256, 1804, 1851
Busch, Martin 47, 66, 85, 211, 337, 364, 423, 671, 766, 1851
Butterhof, Franz Xaver LXXXI, 515, 599, 771, 797, 864, 896, 961, 1120f., 1123f., 1229, 1242, 1280, 1295, 1300, 1322, 1324, 1440, 1533, 1648f., 1658, 1661, 1686, 1851
Byrnes, James Francis XXVI, 753, 906, 1851

Canaris, Wilhelm 127, 410, 1852
Caspar, Karl 454, 1852
Centmayer, Hans 339, 961, 1229, 1533, 1852
Chadweek* (Leutnant, amerikanische Militärregierung Würzburg) 380ff., 458f.
Chrambach, Erich 382, 1852
Churchill, Sir Winston 91, 1852
Clark, Delbert* 1104
Clay, Lucius Dubignon XXV, 393, 395, 486, 883, 910f., 986, 988, 1036, 1088, 1154, 1173, 1338, 1358, 1476, 1487f., 1516, 1543, 1852
Clemens, Hans* 371
Clusius, Klaus 1106f., 1852

Dahm, Else 25, 47, 66, 71, 85, 211, 423, 599, 671, 961, 1852
Dahrendorf, Gustav 1616, 1853
Debus, Karl 14, 66, 334, 1853
Deggendorfer, Emanuel 185, 339, 423, 1853
Dehler, Thomas 750, 797, 823, 983, 1115, 1853
Deku, Maria 21, 23, 26, 35, 66, 172ff., 211, 334, 352, 407, 423, 694, 771, 937ff., 942, 961, 1028, 1853
Deku, Rudolf 1028, 1854
Demmler* (Stadtrechtsrat) 668
Detsch 47, 66, 85, 304, 1515
Detsch, Jakob, 1854
Detsch, Josef 515, 599, 771, 803, 806, 897, 1854
Dietrich* (CSU-Bezirksverband Nürnberg-Fürth) 1229, 1237, 1240, 1280, 1282, 1316, 1323
Dill, Hans 1582, 1854
Dinkelbach, Heinrich 1340, 1854
Dittrich, Konrad* LXI, 599
Döhl* 767
Döppert, Konrad 47, 67, 85, 211, 423, 771, 961, 1854
Dörpinghaus, Bruno 29f., 542, 1854
Dötsch, Berta 599, 771, 1229, 1533, 1855
Dötsch, Ludwig, 1855
Dohnanyi, Hans von 127, 906f., 1855
Dollinger, Werner 339, 1855
Donavan* (General) 1545
Donderer, Karl LXXXI, 387f., 848, 1229, 1533, 1667, 1856
Donhauser, Anton LXIX, 3, 1856
Donsberger, Josef 211, 407, 411, 423, 515, 545, 597, 599, 671, 736, 771, 961, 1187f., 1229, 1274, 1294, 1322-1325, 1533, 1635, 1856
Dorn, Walter L. XXVIf., 17, 393, 1168, 1856
Dürr, Kaspar 47, 67, 72, 85, 182, 185, 189, 211f., 221, 237f., 240, 318, 339f., 368, 377f., 380, 382, 391, 458, 1752f., 1856

Eberhard, Rudolf 1229, 1533, 1857
Eberle, Anton 1113, 1857
Eberling* 11
Ebner, Hans* 1229, 1533
Eder(er), Hans 26, 333, 335, 337, 1857
Eggensberger, Franz Xaver 1229, 1533, 1694ff., 1857

Ehard, Hans LXI, LXV, LXVIIf., LXXIX, LXXXI, LXXXIV, XCII, 17, 44, 47, 57, 70, 84, 185, 193, 197, 211, 238, 328ff., 352-355, 371, 390, 398f., 401f., 404, 483, 559, 671, 700, 732, 746, 796f., 961, 963, 981ff., 987, 990f., 1001ff., 1006f., 1010, 1014f., 1020, 1023ff., 1027, 1029, 1037, 1039-1042, 1044f., 1047-1053, 1055f., 1062f., 1081-1085, 1100ff., 1107, 1114f., 1118ff., 1125, 1127, 1138, 1141ff., 1144ff., 1158, 1162, 1173, 1175, 1190, 1192, 1200ff., 1205, 1209, 1211ff., 1220-1225, 1229f., 1265, 1284, 1286, 1315f., 1325, 1327f., 1332, 1338, 1354, 1359f., 1362, 1366, 1370, 1375f., 1379ff., 1387, 1395, 1397, 1402f., 1409, 1425f., 1431, 1433, 1436-1441, 1443f., 1446, 1450, 1453, 1455, 1481f., 1496ff., 1500, 1514ff., 1523, 1525, 1533, 1560, 1574, 1579, 1587, 1603f., 1608, 1611, 1616, 1620, 1625, 1627, 1637, 1644, 1656, 1662ff., 1670, 1681ff., 1762, 1858
Eichhorn, Wilhelm XXII, XXXI, XXXIII, LXXX, 5, 10, 14, 21, 24, 27, 29, 31-36, 39-45, 56, 67, 70, 73f., 78, 80, 84ff., 123, 185, 189, 190f., 193, 201, 204, 211, 213, 215, 217, 221, 225-228, 230f., 233f., 236-241, 245ff., 249, 300, 339f., 345, 347, 350-353, 371ff., 376f., 382, 389, 391, 402, 407, 413, 416, 599, 626, 642, 651, 659, 661, 671, 755, 759, 761, 777ff., 781, 783ff., 788, 1202, 1229, 1238, 1533, 1648ff., 1652, 1662, 1678, 1695, 1751ff., 1761, 1858
Eicken, Hans Hermann von XIX, 3ff., 11, 17, 17, 27, 29, 44, 56, 67, 70, 84, 86, 185, 189, 193, 195, 200, 211, 221f., 225, 227-231, 233f., 238f., 242-245, 248f., 251, 301, 303, 358, 407f., 410f., 413f., 423f., 476, 500, 515, 519, 532ff., 536, 544f., 547, 558f., 571, 582, 595, 626, 636, 647, 649, 661, 665, 669, 912, 933, 955, 1753, 1761, 1858
Eirainer, Isidor 330, 1858
Eisenhower, Dwight David XXV, XXVI, 1543, 1703, 1859
Elhardt, Heinrich 211, 329, 515, 759ff., 1859
Elmenau, Johannes von 31, 1620, 1859
Emmert, Heinrich LXI, 1158, 1229, 1322f., 1326, 1379, 1389, 1533, 1859
Emnet, Wilhelm 1104, 1859
Endres, Fritz 1582, 1860
Endrulat* (Journalist, SPD) 164
Engelhardt, Hans 599, 625, 645, 1860
Engels, Friedrich* 703
Englert, Rudolf 340, 1860
Ensslin, Wilhelm 1112, 1860
Epp, Franz Ritter von 1578, 1600, 1860
Erber, Peter 599f., 648, 662, 1860
Erzberger, Matthias 128, 1861
Etterer, Hans 47, 66, 85, 423, 515, 599, 771, 961, 1861
Euerl, Alfred LXI, LXXXI, 47, 67, 85, 348f., 423, 433, 488, 499, 515, 599, 636, 671, 718, 723, 733, 753, 771, 783, 818, 908, 961, 1005ff., 1157f., 1160, 1229, 1244, 1522, 1533, 1661, 1671, 1673, 1683, 1697, 1861

Fackler, Franz Xaver XVIIIf., 3, 5, 175, 423, 515, 518, 593f., 599, 622, 671, 961, 1229, 1244, 1316, 1319, 1321, 1533, 1562, 1571, 1861
Fahy, Charles 483f., 1861
Falkenberg* (Landrat in Viechtach) 459f.
Falkner, Ernst XL, 21, 26, 29, 31, 47, 56, 66, 68, 71, 73, 76, 83, 85, 98, 100f., 103f., 139, 144, 153, 156f., 167, 185, 189, 193, 195, 202, 208f., 211f., 221f., 225f., 228, 230, 237f., 240, 246, 275, 293, 300f., 331, 354, 368, 371, 377, 447, 508, 599, 1862
Faltermeier, Josef 333, 1862
Faulhaber, Michael von V, 238, 1862
Faust* 771
Feistle, Anton 14, 1862
Felder, Josef LXVf., 1862
Felsenthal, Leonhard* 494
Fendl* 385
Fendt, Franz 984, 990, 1111, 1863
Ficker, Ludwig 315, 1863
Figl, Leopold 408, 885, 1863
Fink 932f., 954f.
Fink, Hugo LVIII, 599, 645, 674, 771, 796, 856, 961, 1012, 1055, 1229, 1533, 1661, 1667, 1694, 1696f., 1863
Fischer* (Herausgeber der Fränkischen Volksstimme) 32
Fischer, Franz 1035, 1533, 1863
Fischer, Heinz 1083ff., 1229, 1533, 1681, 1693, 1864
Fischer, Josef LXXXI, LXXXIV, 211f., 423, 425, 504, 515, 599, 648, 652, 671, 691, 746, 766f., 771, 961, 1229, 1238f., 1274, 1533, 1648f., 1663, 1665ff., 1688, 1864
Fischer, Margarete 1229, 1533, 1864
Fischer, Wilhelm 415, 1864
Fißlthaler, Franz* 507, 599
Fleckenstein* (Schriftsteller, CSU-Kreisverband Garmisch-Partenkirchen) 260, 301, 330
Försch, Konrad 417, 1864
Franckenstein, Georg von und zu 339, 359, 361, 365f., 1864
Frank, Albert 777f., 1694, 1865
Frankl, Franz-Xaver 423, 599, 671, 1865
Frantz, Konstantin* 1078
Frentzel, Heinz 1207, 1865
Frenzel, Curt 1522, 1865
Freundl, Otto 349, 1865
Frick, Wilhelm 141, 1545, 1865
Fritzsche, Hans 657, 1866
Fröhlich, Valentin 337, 1866
Frommknecht, Otto 1229, 1428, 1866
Frühwald, Konrad 667, 1866
Fuchs* 4
Fuchs von Bimbach und Dornheim, Hans Freiherr 339, 1866
Fuhrig* 1084

Gamperl, Georg LXXXI, 332, 335, 371f., 385, 403, 407, 423, 515, 599f., 620f., 623f., 643, 648, 668, 671, 691, 759, 761, 767, 771, 779, 783, 785, 788, 818, 961, 1000, 1059, 1229, 1235, 1245, 1430, 1443, 1449, 1533, 1649, 1650, 1661, 1668f., 1866
Gans, Richard 1107, 1867
Gassenmeyer, Hermann 47, 85, 423, 429, 599, 669, 1867
Gaßner, Alfons 599, 671, 761, 768, 961, 998, 1867
Gaulle, Charles de 199, 1867
Geibel, Emanuel* 1585
Geiger, Hugo 1069, 1229, 1533, 1867
Geiselberger, Hans 211, 215, 292, 295f., 299, 423f., 431, 433, 502, 504, 515, 582f., 599, 623f., 628f., 640f., 771, 813f., 914, 1229, 1236, 1243, 1278f., 1314, 1317, 1319, 1330, 1332, 1421f., 1432, 1533, 1867
Geisner* (CSU-Kreisverband Gunzenhausen) 1426
Gentner, Hans 1589, 1868
Gerathewohl, Fritz 21, 24f., 47, 95, 152, 193, 195, 221f., 225, 231, 234, 238, 240, 371f., 402, 407f., 423, 515, 524, 531, 538, 599, 633f., 643, 646, 671, 674, 699, 722, 724, 727-731, 733, 735, 740ff., 746f., 751, 753, 762, 1868
Gerlin* (CSU-Kreisverband Erlangen) 762
Gerstl, Max* IX
Gerstner, Max 329, 1868
Gessner, Herbert 739, 1036, 1114, 1372, 1868
Gick, Johann 686, 1868
Gierl, Andreas 47, 66, 85, 1869
Glockner, Hermann 1112, 1869
Glonner* (CSU-Jugendvertreter) 780, 787f.
Glum, Friedrich 556, 1869
Goderski, Walter Josef* 941, 961, 1026, 1053
Goebbels, Joseph XL, 98, 944, 1869
Gögler, Hermann 1368f., 1869
Goethe, Johann Wolfgang von* 804
Goldhammer, Bruno XXVII, 394f., 1869
Goldschagg, Edmund 899, 1870
Gonella, Guido 701, 703, 1870
Graemer* 371, 407f.
Grasmann, Max IX, XIff., XV, XVIIf., XXII, LXXIII, 11, 25, 407, 423, 515, 556f., 671, 746, 771, 779, 783, 785, 788, 790, 961, 1229, 1233ff., 1237f., 1244f., 1266, 1268, 1275f., 1278, 1280, 1282f., 1520, 1533, 1870
Grieser, Andreas 1229, 1870
Gröber, Franziska 671, 771, 961, 1870
Grötsch, Heinrich 334, 1871
Gromer, Georg 760, 1871
Gronwald, Karl 211, 214f., 217, 221f., 224ff., 228, 235-238, 240, 248, 254, 263f., 276, 299, 301ff., 305, 344, 348, 350, 361, 371, 373, 377, 384, 390, 396, 403ff., 407, 421, 529, 531-536, 538, 540f., 634, 1871
Groß von Trockau, Otto Philipp Freiherr 359, 1871
Grothe* (Staatsrat, KPD) 111
Güttler, Josef 337, 1871
Gugelweid* (CSU-Bezirksverband Schwaben) 961
Guttenberg, Erich Freiherr von 1112, 1871
Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu 338, 1872

Haas* (Regensburg) 761
Haas, Josef 454, 1872
Haaser, Otto* 336
Haecker, Johannes* 771
Hafenbrädl, Centa 515, 771, 1872
Hagemann, Walter 14, 25, 27, 1873
Hagenauer, Ludwig 25, 29, 35, 43, 97, 124, 154, 167, 170, 218, 222, 355, 777f., 1101, 1149, 1156, 1229, 1694, 1873
Hagenauer, Wilhelm 599, 1873
Hagn, Hans LXXXI, 515f., 528, 532, 771, 912, 1133f., 1381, 1533, 1648f., 1661f., 1683, 1873
Hahn, Elisabeth 25, 35, 47, 66, 71, 85, 173f., 182, 297f., 329ff., 352f., 407, 414, 423, 435, 449, 500, 515, 599, 771, 780, 785, 787, 961, 1873
Haiger, Heinrich 339, 1874
Halder, Franz 127, 907, 1874
Halifax, Edward Frederick 198, 906, 1874
Hamacher, Hedwig 185, 193, 1874
Hanfstaengl, Edgar 433, 777f., 1695f., 1874
Harnier, Adolf 749, 1874
Hart, Gottfried 340, 1874
Hassel, Hans 1229, 1533, 1875
Hassell, Ulrich von 906f., 1875
Hatzinger, Max 674, 927, 929, 1875
Hauck, Georg 936, 1875
Haugg, Pius 423, 515, 599, 671, 961, 1875
Haugh* (Sonthofen) 29
Haunhorst, Hanswolf J. LIV, LVI, LXI, 515, 535, 567, 576, 592, 599, 602, 619f., 634, 671, 746, 771, 794, 805, 1212f., 1220, 1229f., 1322, 1533, 1696, 1759, 1804, 1875
Haunhorst, Hans-Anna 771, 803, 1876
Haußleiter, August L, LXI, LXV, LXXIIIf., LXXVI, LXXIXff., LXXXIII, 47, 66, 80, 85, 106, 164, 177, 179, 182, 211f., 219, 290, 292, 295, 337, 371ff., 388-392, 398, 407, 413, 415f., 423, 426, 488, 499, 502, 515, 526f., 530-533, 546f., 575, 580, 586, 589, 592f., 595, 599, 628, 630-639, 641-644, 671, 674, 685f., 688, 693f., 698f., 704, 706, 709ff., 718f., 722, 724f., 727, 730, 735, 737-742, 748, 753, 762, 771, 790, 806, 813, 815, 824, 829, 832, 860, 863, 866, 871f., 900, 905, 907, 910, 918f., 922, 933, 957ff., 961, 964f., 980f., 988f., 991, 1024, 1026, 1029, 1033, 1040, 1044, 1049, 1051ff., 1055f., 1059, 1082, 1084, 1120, 1124, 1127-1134, 1141, 1143, 1158, 1220, 1229, 1241, 1274, 1287f., 1292f., 1295, 1307-1310, 1312ff., 1317, 1319, 1373, 1379, 1388, 1423, 1426, 1429, 1438, 1444, 1448-1451, 1533, 1553, 1559f., 1568f., 1589, 1592, 1604, 1607, 1612,

1614, 1630f., 1633f., 1637, 1665, 1669, 1677, 1682, 1684, 1686-1692, 1697f., 1729, 1876
Heath, Donald R.* XLVII
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich* 638
Hegelweiser* (CSU-Bezirksverband Oberpfalz) 66
Heim, Georg 42, 205, 251, 1587, 1876
Heinlein, Alfons* 1229, 1533
Heiszler, Ladislaus 1229, 1533, 1876
Held 47, 66, 72, 85, 164, 173, 193, 209, 806
Held, Heinrich 106, 125, 135, 141f., 1545, 1554, 1582f., 1599f., 1877
Held, Josef 14, 1877
Held, Philipp 5, 1877
Held, Walter 211, 296, 332f., 694f., 1877
Heller, Vitus 378f., 1877
Hellmuth, Otto 380, 458, 1878
Helmerich, Michael XXII, 3, 5, 44, 47, 57, 67, 70, 84, 138, 185, 189f., 211, 318, 328, 333, 337, 371, 375, 391, 396, 407, 410f., 423f., 599, 671, 743, 771, 961, 1762, 1878
Hemmeter, Walter* 195
Herding, Wilhelm 47, 66, 84, 1878
Hergenröder, Anton 350, 1518, 1753, 1878
Hermes, Andreas 506, 1623, 1878
Herold* (Frauenvertreterin für den CSU-Bezirksverband Nürnberg-Fürth) 343, 364, 367, 961
Herrigl, Eugen 1112, 1879
Heubl, Franz 13, 47, 65f., 71, 85, 99, 423, 515, 771, 780, 787ff., 1229, 1533, 1879
Heurich, Fridolin 1401, 1879
Heydrich, Reinhard 772, 1879
Hielscher, Erwin 984, 990, 1879
Hilpert, Werner 198, 543, 771, 785, 823, 831, 833f., 1368ff., 1402, 1457f., 1880
Himmler, Heinrich 142, 772, 1583, 1880
Hindenburg und Beneckendorff, Paul von 49, 126, 1545, 1610, 1622, 1880
Hirschmann, Josef 334, 1880
Hitler, Adolf XXV, 38, 81, 119, 128f., 133, 141, 208, 301, 317, 325, 395, 397, 433, 463, 470, 548, 657, 663, 713, 812, 851, 855, 869, 873-876, 891, 906f., 916, 1074, 1091f., 1104, 1168, 1226, 1340, 1353f., 1361, 1400, 1462, 1477, 1493, 1536, 1553, 1582f., 1587, 1680, 1714, 1880
Hoechstetter, Josef 1229, 1533, 1880
Hoegner, Wilhelm XXVIIff., 18, 21, 24, 31, 35, 43, 111, 132, 136f., 139, 207, 219, 234, 258, 310f., 361, 366, 387f., 393-396, 398-402, 414ff., 428, 436ff., 440, 451f., 455f., 466-470, 473ff., 483, 485f., 491, 496, 498, 502, 556, 566, 570, 578ff., 586ff., 592, 647, 651, 660, 662, 710, 750, 785f., 796, 816, 821, 829f., 832, 924, 949, 952, 961, 963, 982f., 986f., 1006, 1023, 1025, 1045, 1051ff., 1128, 1133, 1143, 1161, 1171, 1455, 1529, 1541, 1543f., 1578, 1677f., 1880
Höhenberger, Fritz 961, 1229, 1533, 1881
Höhne, Max 454, 1881
Höltermann, Arthur Ernst 661, 669, 1881
Hölzl, Hans* 599
Hönekopp, Willi 47, 84f., 91, 97, 762, 961, 1057, 1229, 1316, 1330, 1881
Holy, Max 197, 360, 362, 1881
Holy, Rudolf* 197
Holzer, Ernst 47, 66, 71, 85, 100, 115, 165f., 306, 423, 504, 507, 771, 779f., 783, 787, 822f., 961, 1056, 1881
Holzmann* (Vorsitzender des Presseausschusses der CSU) 21f., 25, 47, 85ff., 150, 152, 183, 211, 321, 324f., 327f., 361, 423, 515, 746
Holzner, Sebastian 384f., 391f., 671, 689, 771, 1751, 1753, 1882
Hoover, Herbert 1503, 1747, 1882
Horlacher, Michael XXI, XXXf., XXXIII-XXXVII, XLI, XLIIIff., LI, LIII, LIX-LXII, LXIVff., LXXIII, LXXVIIIff., 5f., 10f., 13, 17ff., 21, 23-27, 29ff., 33-47, 56, 60, 63, 65, 67f., 70f., 78f., 82, 84ff., 100, 103f., 114, 116-120, 122, 124f., 129, 144, 146f., 149ff., 153, 155-158, 160, 164, 167-174, 176-179, 185, 193-196, 200, 203-207, 211, 214, 216ff., 221, 223f., 240f., 243-254, 259, 262f., 286f., 289, 292, 297f., 301ff., 306f., 318, 321f., 329, 333-337, 341f., 344, 351ff., 361ff., 371, 374, 384f., 389-392, 394, 397, 402ff., 407, 411ff., 423f., 431, 433, 439, 452, 464, 468, 476f., 479, 493, 495, 500-505, 507, 509, 512, 553-557, 569f., 582, 587, 626, 671, 684-689, 691f., 695f., 724ff., 738, 742ff., 747, 750, 752, 754, 765f., 768f., 771, 779, 783, 785f., 788, 790, 799f., 803, 805f., 809ff., 815, 824, 829, 832, 834, 841, 851, 858f., 886, 892, 900, 909f., 913-916, 919, 921f., 927, 929, 932f., 935f., 938ff., 942, 945f., 948-954, 956f., 959ff., 963ff., 973, 976f., 980f., 983f., 987f., 999, 1001ff., 1007, 1009, 1013, 1020, 1025ff., 1029f., 1045ff., 1052ff., 1082, 1085f., 1094ff., 1099, 1101, 1116, 1118f., 1129, 1141, 1146ff., 1157, 1175, 1180f., 1189f., 1192, 1202, 1206, 1209, 1213ff., 1219, 1229, 1236-1239, 1241ff., 1273, 1275-1278, 1280-1283, 1289f., 1292, 1310, 1313f., 1316-1320, 1322ff., 1330, 1338, 1374, 1379f., 1384, 1386, 1390, 1404, 1407, 1410f., 1421ff., 1426f., 1429, 1436, 1440, 1442f., 1449ff., 1460, 1479, 1481f., 1496ff., 1533, 1544f., 1547f., 1553, 1556, 1573f., 1583, 1586, 1593, 1598, 1600, 1608, 1611ff., 1615ff., 1619f., 1622f., 1629ff., 1633, 1649ff., 1678, 1681, 1689-1692, 1697, 1751, 1753, 1761, 1882
Horstmann* (München) 13f.
Hort, Sepp 898f., 1533, 1694, 1882
Huber 1134f.
Huber* (Maler, Kunstausschuß der CSU) 454
Huber, Karl 897, 912, 1883
Huber, Kurt 394, 659, 1883
Huber, Sebastian 259, 330, 1883
Hugenberg, Alfred 141, 1883
Hundhammer, Alois IV, XXIIf., XXXI, XXXIII, XXXVff., XLf., XLIII, XLVIIIf., LIIf., LV,

LVIIf., LXIIf., LXVff., LXIXf., LXXIXf., XCI, 11, 21, 23, 25ff., 29, 31, 33-39, 41, 43f., 47, 56, 66-71, 83-86, 88, 90ff., 96, 99f., 102f., 123f., 134, 137, 146f., 153, 185, 189f., 193ff., 202f., 208f., 211, 213, 215-218, 221-226, 231, 235, 237, 288ff., 304f., 322, 330, 371, 376f., 382, 390ff., 396f., 404, 407, 409-412, 423f., 430, 432f., 451, 488, 500, 503ff., 508, 510, 515, 545, 559, 563f., 567-572, 574ff., 581, 588, 599f., 610, 614, 616-621, 623, 625-629, 631, 642, 645-648, 661, 663f., 671, 674, 690, 693ff., 723, 739, 741f., 771, 776, 780-785, 805-816, 824, 840, 849-853, 856f., 859, 881-884, 892, 898-906, 908f., 918, 922, 934, 941, 945, 957ff., 961, 963ff., 974, 982f., 985f., 988, 996, 999, 1002ff. 1006, 1023, 1027f., 1050ff., 1054, 1058, 1101f., 1104, 1107, 1111ff., 1116, 1118-1141, 1143f., 1146ff., 1156, 1158-1162, 1173, 1181, 1184, 1194f., 1202, 1208, 1213, 1217, 1222, 1224, 1229, 1251, 1253, 1257, 1265ff., 1269, 1273, 1276, 1283, 1291f., 1294f., 1313, 1316, 1319-1323, 1325, 1329f., 1362, 1370, 1388, 1391, 1402, 1419f., 1423, 1425, 1430, 1433, 1437, 1451f., 1455, 1460, 1481, 1498, 1515, 1533, 1559f., 1562, 1574, 1580, 1583ff., 1588, 1590, 1600, 1611f., 1619, 1626ff., 1632, 1634, 1636ff., 1640f., 1645-1648, 1652, 1663, 1668f., 1673, 1682f., 1685f., 1751, 1753, 1761, 1817, 1883

Huth, Friedrich 339, 1884

Ibler, Franz 599, 1884

Imler, Hans 47, 66, 72, 85, 211, 599, 671, 692, 694, 771, 777f., 961, 1229, 1533, 1695f., 1884

Jäger 946, 953, 1424, 1431

Jaeger, Richard 31, 35, 189, 193, 221, 227f., 515, 1144, 1146, 1156, 1229, 1322, 1533, 1884

Jaenicke, Wolfgang 446, 449, 934, 1011f., 1885

Jahn, Walter 47, 66, 85, 211, 599, 671, 706, 721, 730, 739, 1229, 1533, 1885

Jörg, Josef 339f., 1885

Kaas, Ludwig 1584, 1885

Käss, Friedrich 3, 5, 13, 17, 35, 37, 189ff., 193, 203, 211, 217, 231, 293f., 302, 304, 307, 321, 327, 331f., 337, 340, 352, 354f., 357, 366, 1229, 1275, 1291, 1317, 1320, 1322, 1885

Kahn, Karl 371f., 599, 1229, 1316f., 1331, 1533, 1885

Kahr, Gustav Ritter von 457, 584, 1680, 1886

Kaifer, Albert 21, 23, 295, 771, 961, 1753, 1886

Kaiser, Adam 360, 1886

Kaiser, Fritz 337, 599, 671, 771, 961, 1886

Kaiser, Jakob 135, 198, 258, 260, 314, 405, 477, 479, 491f., 510, 542-545, 547f., 758f., 1061, 1181, 1351, 1366f., 1369, 1373, 1398-1401, 1472, 1474, 1514, 1886

Kalbskopf, Otto 338, 1886

Karpf, Hugo 21, 23, 30, 47, 67, 85, 124, 211, 215, 339, 515, 599, 662, 671, 758, 771, 952, 961, 1229, 1533, 1887

Kaschnik* 211, 217

Kastner, Josef 1454, 1456, 1887

Katzler von* 47, 152

Keegan, Charles E. IV, 1887

Keil, Wilhelm 1398, 1887

Keim, Walter*[1] 219

Keller, Louis Joseph Comte de 1101, 1887

Kempner, Robert M. 803, 1887

Kern, Ernst 656f., 1888

Kettner, Josef* 1581

Kiefer, Josef 25, 1888

Kienitz, Erwin von XVII-XX, XXII, 3, 1888

Klein, Emil 1115, 1888

Klemm, Otto 379, 1888

Klenk, Wilhelm 47, 66, 85f., 339, 349, 368, 423, 431, 515, 599, 643, 671, 771, 781, 961, 1030, 1032, 1889

Klug* 36

Kluge, Hans Günther von 127, 1889

Klytta, Waldemar 1229, 1533, 1889

Knaab* (CSU-Bezirksverband Nürnberg-Fürth) 599

Knappe, Karl 454, 1889

Kneipp, Sebastian* 350

Knoeringen, Waldemar von 984, 989, 1889

Knothe, Wilhelm 1171, 1889

Knott, Georg* 1581

Koch* (Ministerialdirektor) 367

Koch, Edmund 334, 515, 771, 1890

Köhler, Erich 1616, 1620ff., 1625, 1627, 1630, 1635, 1890

Köhler, Karl 211, 330, 407, 423, 453, 500, 599, 669, 671, 674, 732, 771, 1013, 1140, 1229, 1237, 1533, 1689, 1692, 1698, 1890

Koenig, Joseph 43, 47, 157, 167, 170f., 179f., 185, 189ff., 193, 423, 443, 449, 515, 1890

Kokorin, Wassilij* 89, 132f.

Kolb, Georg* 338

Konrad 339

Konrad, Adolf 14, 47, 66, 92f., 96f., 113, 599, 914, 934, 939, 961, 1033, 1054, 1890

Kopf, Hinrich Wilhelm 551, 1891

Kothmann, Fritz 338, 1891

Krapp, Lorenz 170, 337, 1891

Kraus, Engelbert 340, 515, 599, 1229, 1242, 1288, 1329, 1891

Kraus, Hans 961, 1891

Krehle, Heinrich IX, XIIf., XIX, XXXIII, LXXVIIIf., LXXXI, 3, 5, 11, 13, 17f., 25, 27, 31-35, 39ff., 43f., 47, 56f., 59, 67, 70, 84ff., 125, 136, 138ff., 148, 185, 193, 211f., 221, 226f., 238,

[1] Die korrekte Schreibweise des Familiennamens konnte erst nach Abschluß des Manuskripts der Protokolle ermittelt werden; auf S. 219 daher fälschlich "Kain".

249, 307, 318-322, 328f., 371, 403, 407f., 414, 423, 425, 432, 440, 500, 503, 595, 599f., 626, 642, 645, 648, 671, 674, 708, 720, 722f., 727f., 731, 771f., 776f., 788, 819ff., 908f., 961, 990, 1085, 1188, 1229, 1279, 1329f., 1455, 1533, 1544, 1556, 1559, 1561, 1567, 1571-1575, 1655, 1657, 1669, 1690ff., 1697, 1751, 1753, 1761f., 1892
Krempl, Josef 47, 66, 85, 95, 106, 142, 156, 170, 176, 211, 296, 333f., 350, 423, 425, 501, 504, 599, 641f., 958, 1124, 1134, 1511, 1892
Kreying* (Frauenvertreterin für den CSU-Bezirksverband Oberfranken) 599
Kroll, Gerhard XLI, LXI, LXXIXf., 21, 23, 47, 57, 60f., 63-66, 73, 85, 93, 102, 105, 109, 157, 179, 181, 185, 189, 193, 195, 198, 201, 203, 205, 211, 216, 218, 290, 303f., 318, 337f., 345-348, 350f., 360, 402, 404, 414, 427, 432, 490f., 493, 498, 503, 505, 515, 533, 545, 567f., 590, 593, 595, 599, 623, 635f., 641f., 645f., 657, 666, 771, 781, 795, 797, 810, 818, 863, 881-884, 942, 950f., 961, 963ff., 1001, 1004, 1006, 1012, 1044, 1048, 1051ff., 1055ff., 1099f., 1134, 1136, 1143, 1185, 1209, 1212f., 1229, 1293, 1322ff., 1326, 1332f., 1363, 1372, 1379, 1391, 1443, 1448, 1450, 1452, 1468, 1482, 1506, 1516, 1533, 1553, 1560f., 1615ff., 1624, 1628ff., 1633, 1689, 1692, 1752, 1892
Kronthaler, Josef 331, 961, 996, 998, 1893
Kroth, Alfred 1541, 1545, 1578, 1893
Kroth, Karl August LXI, LXIII, 21, 23, 29, 47, 67, 85, 211, 340, 371, 377f., 380ff., 391, 423, 458, 599, 610, 645, 649, 653, 671, 674, 771, 961, 1148, 1229, 1322, 1379f., 1404, 1533, 1893
Krüger, Klara 771, 961, 1229, 1372f., 1533, 1893
Kubel, Alfred 1176, 1893
Kübel* (CSU-Bezirksverband Mittelfranken) 47, 86
Kübler, Konrad LXI, 66, 71, 211, 214, 354, 363, 388, 423, 425, 431, 493, 499, 515, 575, 583, 585, 599, 642, 645, 690, 771, 777, 817f., 823, 888f., 896, 939, 961, 991, 995, 1114, 1229, 1240f., 1322-1326, 1446, 1481, 1533, 1576, 1586, 1589, 1893
Künzel* 367
Kugler, Martin* 364, 1695
Kuhmann, Alfred 211, 1894
Kurz, Andreas 515, 517, 961, 1084, 1192, 1221, 1460, 1894

Lacherbauer, Carl Hannsjörg XXXIII, XL, 17f., 21, 26f., 31f., 34-37, 39f., 42-45, 47, 56, 66f., 70, 84ff., 97, 104f., 108, 119, 124, 150f., 171, 185, 189, 191, 193f., 196, 203, 207f., 329, 423, 515, 517f., 528, 599, 626, 761, 771, 776f., 788, 809, 1095, 1146, 1205f., 1212, 1220f., 1229, 1424, 1533, 1548, 1641, 1650, 1683, 1686f., 1751, 1753, 1761, 1894
Lades, Heinrich 1694ff., 1894
Laforet, Wilhelm 189, 1895
Lallinger, Wilhelm 1229, 1242, 1533, 1648f., 1895
Lamla, Ernst 1107f., 1895
Lang 14, 1649f.
Lang, Andreas 771, 961, 1229, 1528, 1530, 1533, 1895
Lang, Carl Peter LXXIX, 1229, 1533, 1559ff., 1572-1575, 1663, 1681f., 1690, 1895
Lang, Hugo 1369f., 1896
Lang-Brumann, Thusnelda LXI, 172ff., 211, 298f., 329f., 352f., 407, 414, 423, 432, 503, 599, 645f., 674, 1162, 1164, 1323, 1896
Langbehn, Julius* 886
Langenfaß, Friedrich 5, 1896
Lebsche, Max 200, 207, 1896
Leeb, Wilhelm Ritter von 1583, 1896
Lehmer, Max 330, 366, 1897
Lehner, Philomena* 423, 771, 961
Lehr, Robert 551, 1897
Lei* 1438
Leibniz, Gottfried Wilhelm* 804
Leicht, Johann 106, 1897
Leierseder* 689
Leininger* (Würzburg) 378
Lemmer, Ernst 1351, 1367, 1373, 1399, 1401, 1472, 1514, 1897
Lenz, Karl 30, 211, 322, 330, 423, 425, 506, 1897
Lenz, Otto 314, 1398f., 1401, 1897
Lenzenhuber, Ferdinand 599, 1898
Lex, Hans Ritter von 119, 141, 206, 211, 221ff., 225, 228, 240f., 243, 246, 253f., 318, 371, 376, 390, 391f., 402, 404, 407, 414, 417, 420, 423, 432, 450, 497, 500, 502f., 694, 1013, 1898
Lichti, Philipp 30, 1898
Liedig, Franz 371, 515, 519f., 534, 542, 597, 599f., 602, 610f., 614, 616, 622, 625-630, 632, 645, 671f., 686, 720-726, 729f., 732ff., 736f., 743, 746, 753, 761, 771, 774-778, 781, 784f., 787ff., 793, 814f., 850f., 872, 897, 909, 911ff., 955, 960f., 998, 1055, 1057, 1061, 1216, 1260, 1533, 1688f., 1898
Lill, Georg 329, 454, 1898
Lingmann, Friedel* 771, 961, 1229, 1533
Lippl, Alois Johannes 454, 1899
Lobinger, Alfred 21, 23, 42, 47, 66, 71, 85, 211, 423, 425, 771, 848, 1899
Lochner* 5
Lohbauer, Josef 334, 1899
Loritz, Alfred 416, 526f., 555, 562, 748-751, 825f., 829, 831, 929, 938, 961, 963, 983, 993ff., 1000f., 1005, 1023, 1025, 1041f., 1045, 1051, 1115f., 1133f., 1143, 1311, 1465, 1592, 1899
Loßmann, Julius 467, 1899
Ludendorff, Erich 457, 1680, 1899
Luksch, Josef* 1229, 1533
Luschka, Felix Max Edler von Sellheim 1229, 1377, 1533, 1900
Luther, Hans 1520, 1900

Mack, Georg 47, 66, 72, 85, 338, 599, 771, 778, 784, 813, 961, 1900
Maderer, Andreas 382f., 1900
Maier 201
Maier, Anton 36, 211, 382, 459f., 515, 590, 645, 929, 1900
Maier, Eugen* 14
Maier, Johann* 47, 92, 95
Maier, Michael* 330
Maier, Reinhold 818, 1900
Manteuffel-Szoege, Georg Heinrich Baron von 1695f., 1901
Mark* 810
Marshall, George Catlett 1339, 1366, 1467f., 1474, 1513, 1537, 1747, 1901
Martin* (Bayerische Versicherungskammer) 36
Martin, Rudolf 193, 211, 221, 228, 238, 249, 423, 515, 589, 599, 645, 671, 674, 728, 736f., 764, 771, 781, 787, 860, 872, 961, 1054f., 1661, 1901
Marx, Franz 821, 1901
Marx, Karl* 703, 928
Marx, Wilhelm 49, 126, 1901
Maslowski, Peter 1104f., 1141, 1902
Mathäser, Hans 1429, 1902
Mauerer, Josef H. 193, 211, 515, 599, 1216, 1229, 1269ff., 1643, 1902
Mayr, Karl Sigmund LXXXI, 338, 599f., 648, 659, 671, 779, 781, 783ff., 788, 961, 1004, 1094, 1144, 1147, 1158, 1229, 1235, 1278, 1281, 1324, 1533, 1661, 1670f., 1684, 1902
McNarney, Joseph T. 773, 793f., 801, 807, 1036, 1902
Meier, Heinrich 1229, 1533, 1902
Meinzolt, Hans 1058, 1104, 1158f., 1903
Meiser, Hans 213, 237, 341, 407, 565, 648, 649, 656, 659, 760, 1903
Meisner* (Justizrat, Würzburg) 379
Meisner, Michael 379f., 457, 1903
Meissinger, Karl August 454, 1903
Meixner, Georg 235, 686, 693, 696, 760, 953, 1202, 1903
Melchner, August 330, 1904
Messmer, Josef Eduard XXXIX, XL, 47, 87f., 91, 93, 95, 409-412, 462, 507, 509, 530f., 895, 909, 1904
Meyer-Spreckels, Elisabeth LXXIII, LXXXI, 339, 352, 354, 515, 589, 599, 643, 771, 780, 785, 787f., 790, 918, 961, 1229, 1330, 1533, 1654, 1678, 1689, 1697, 1904
Michel, Franz 301, 961, 1124, 1225, 1426, 1443, 1481, 1498, 1529, 1904
Michel, Konrad* 671
Miesgang, Georg 47, 66, 174, 515, 599, 668, 671, 673, 1905
Mikolaschek, Paul 1229, 1533, 1905
Miller, Walther von XXX-XXXIII, 9ff., 13, 17, 21, 23, 27, 29, 31f., 35, 38-42, 44, 47, 56, 67, 70, 84ff., 140, 185, 193, 211, 221, 225, 246, 330, 350, 352ff., 371, 390, 599, 777f., 1695f., 1751ff., 1761, 1905
Miltenberger, Hermann 1661, 1905
Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 806, 1372, 1465, 1634, 1905
Montgelas, Gräfin Anna Maria Gabrielle (Amia) 1229, 1533, 1906
Moor* (Major, amerikanische Militärregierung in der Oberpfalz) 686f.
Morgenthau, Henry 1353, 1502, 1906
Mostar, Gerhart Hermann 1139, 1906
Motzet, Josef 221, 1906
Müller* (Münchner Neueste Nachrichten) 4
Müller, Hans 1229, 1906
Müller, Heinrich 142, 1906
Müller, Josef (Ochsensepp) IV, IX-XIII, XV-XIX, XXIff., XXVII-LXII, LXIV-LXVIII, LXX-LXXVI, LXXVIII-LXXXII, LXXXIV, XCff., XCVf., 3ff., 10f., 13, 15, 17ff., 21-27, 25, 27, 29-48, 55-74, 76, 79, 81-89, 91, 93-107, 109-112, 114-120, 122f., 146f., 149-158, 160f., 163-183, 185ff., 189, 191, 193-196, 198, 200-208, 211, 213, 215-219, 221-226, 229-240, 245-255, 257-263, 275, 284f., 286f., 289, 291-309, 318, 320, 322f., 327-341, 346, 348-354, 357-368, 371ff., 377, 382-392, 396ff., 401-405, 407f., 409-417, 423f., 429-433, 436, 438, 449f., 454, 461, 468, 488ff., 491-496, 499-509, 507, 511ff., 515-519, 524, 528-531, 533f., 535f., 539, 542, 544, 546f., 558f., 564, 567f., 570f., 574ff., 582f., 585, 588-597, 599f., 602, 610f., 616-629, 631-635, 640-649, 651, 661, 669-672, 671, 674f., 684-691, 693f., 696-699, 701, 707, 709ff., 718, 720-733, 735-739, 741ff., 746, 749f., 753ff., 758-761, 763-769, 771, 775-789, 790, 793-801, 803-824, 830f., 833ff., 841f., 846f., 849ff., 854-860, 862, 864, 871f., 878, 881-884, 888-891, 893f., 896-905, 907-911, 914, 922, 952f., 957ff., 961, 963ff., 973f., 976, 981, 983-991, 995, 997f., 1000-1007, 1009f., 1012ff., 1020, 1024, 1026ff., 1030, 1032, 1034, 1040, 1043f., 1046, 1048-1057, 1059ff., 1081-1085, 1093-1096, 1099ff., 1116, 1118-1121, 1123ff., 1127-1134, 1136, 1138f., 1141, 1143f., 1146-1149, 1156-1162, 1164, 1181, 1184-1190, 1192, 1194-1197, 1199-1206, 1208-1213, 1218-1226, 1229, 1229ff., 1233f., 1236f., 1239ff., 1243ff., 1249f., 1258, 1264, 1267, 1269, 1272, 1274-1284, 1286ff., 1290, 1294f., 1300, 1306, 1312, 1314-1317, 1319-1326, 1329-1333, 1341, 1344, 1348, 1359-1362, 1365, 1369, 1371, 1373, 1375ff., 1379f., 1385-1391, 1393, 1395f., 1398f., 1401f., 1410ff., 1417, 1419-1431, 1434-1438, 1440-1443, 1445f., 1450-1454, 1456, 1458f., 1466, 1480, 1482, 1498ff., 1514-1523, 1527-1530, 1533f., 1541, 1545f., 1548, 1550, 1553, 1559-1562, 1564f., 1567f., 1570-1573, 1575, 1578f., 1581, 1589, 1596, 1600-1604, 1606f., 1611ff., 1616f., 1621, 1624, 1626, 1628, 1630-

1633, 1635-1641, 1643, 1645, 1647-1652, 1654-1658, 1660-1663, 1665, 1667-1671, 1673, 1676, 1678, 1681-1698, 1751, 1753f., 1757, 1761f., 1804, 1816, 1906
Müller, Josef Maria* 423, 515
Münter* (CSU-Bezirksverband Nürnberg-Fürth) 211
Muhler, Emil IX, LXXIII, 5, 25, 47, 114f., 126, 137, 183, 235ff., 407, 409f., 414, 416, 423, 432, 453, 503, 515, 599, 779, 781, 783, 785, 788, 790, 872, 877f., 881-884, 886, 888f., 891, 893, 897-901, 903ff., 907ff., 1013, 1028, 1192, 1200ff., 1206, 1209, 1212f., 1218f., 1229, 1460, 1533, 1544, 1564, 1568, 1578, 1698, 1907
Muller, Walter J. 392f., 396-399, 401ff., 801f., 1619, 1759, 1907
Murphy, Robert Daniel XXVff., 138, 1543f., 1577, 1907
Mutzbauer* 1229, 1240

Naemendig* 259
Nassarow, P.F. 1367, 1907
Naumann, Johann Wilhelm 14, 1907
Nawiasky, Hans 554f., 580, 592, 1908
Neckermann, Adalbert 340, 671, 696f., 729, 731, 1908
Neidlinger* (CSU-Bezirksverband Schwaben) 211
Nell-Breuning, Oswald von 1093, 1908
Nemitz, Fritz 454, 1908
Nentwig, Georg 671, 753, 894, 934, 961, 1012, 1908
Nerkenschlager* (CSU-Bezirksverband Oberbayern) 26
Nerreter, Paul 21, 23, 26, 29, 31, 47, 60, 63, 66, 72, 81, 84ff., 91, 96f., 116, 145, 147, 150, 156, 169, 181, 193, 204-208, 211f., 216, 339, 347, 351-354, 383, 1032, 1146, 1229, 1276, 1360, 1533, 1634, 1694ff., 1752, 1909
Neuhäusler, Johannes 235, 1480, 1909
Neumann, Ferdinand 334, 423, 515, 599, 671, 961, 1044, 1052f., 1909
Neuner* (ev., Fabrikant) 338
Nickl* 259
Niemöller, Martin 127, 1909
Nientimp, Hans 599, 1909
Niklas 11
Niklas, Wilhelm 1622ff., 1910
Nirschl, Josef 771, 778, 784, 813, 961, 1910
Nostitz, Gottfried von 906, 1910
Nothaft, Alfons 13f., 1910
Nüssel, Adam 337, 1910

Öfele, Armin Freiherr von 385, 1911
Oesterle, Joseph 13f., 1911
Olbricht, Friedrich 127, 1911
Ortloph, Klement 21, 23, 26, 47, 66, 85, 185, 189, 193, 211f., 318, 332, 335, 599, 645f., 771, 792, 799, 813, 897f., 952, 956-959, 1911
Osborne, Sir Francis D'Arcy Godolphin 906, 1911
Oster, Achim 528f., 1911
Oster, Hans 127, 529, 906f., 1912
Ostermaier, Josef 958, 1912
Ostermeier 11
Ostwald, Bernhard 337, 407, 423, 515, 671, 685, 693, 696, 707, 720ff., 771, 778, 782, 784, 788f., 797, 813, 815f., 823f., 884, 961, 1229, 1518, 1533, 1912
Ott, Anton 47, 94f., 300, 423, 515, 671, 693f., 734, 741, 771, 778, 781, 784, 805, 822, 842, 857, 961, 1229, 1519, 1533, 1695, 1912

Papen, Franz von 1601, 1912
Papstmann, Hans 337, 1912
Patton, George Smith XXIII-XXVIII, 110, 1913
Pauker* 407
Pestalozzi, Johann Heinrich* 1111
Petersen, Rudolf H. 551, 1913
Pfeiffer, Anton III, IX-XIV, XVI-XXII, XXIX, XXXI, LIII, LXI-LXV, LXVII, LXXX, XCII, 17, 25, 32, 44, 47, 57, 67, 70, 84, 112, 130, 148, 185ff., 193, 195-198, 201f., 206, 211, 213, 218, 227, 229, 322, 328, 333, 337, 395, 401, 416, 423, 431, 468ff., 481, 488, 491, 527, 600, 648-655, 658-663, 665-669, 739, 750, 949, 961, 964f., 969, 971, 983, 986, 1013, 1024, 1034, 1040, 1042f., 1048, 1054, 1116, 1127, 1141f., 1188, 1229, 1231ff., 1235f., 1241, 1243, 1261, 1265, 1283f., 1286ff., 1290-1295, 1300, 1306, 1312ff., 1317, 1319, 1322ff., 1326, 1328, 1368f., 1371f., 1379f., 1382, 1385, 1387f., 1391, 1393, 1407, 1409, 1412, 1417, 1421ff., 1425-1434, 1436, 1445, 1450f., 1455, 1480, 1498, 1533, 1560, 1573ff., 1603, 1607, 1611f., 1616-1621, 1623ff., 1627-1635, 1637, 1639, 1641, 1648, 1651, 1659-1662, 1670f., 1682-1686, 1697, 1762, 1913
Pfeuffer, Adolf 340, 692f., 766, 768, 1913
Pflaum, Richard LVIII, 25, 30, 47, 65f., 71, 74, 79, 85, 185f., 189, 193, 198, 200, 211f., 221, 318, 329, 334, 371, 377, 515f., 528, 530f., 534, 671, 746, 759, 762, 771, 782f., 849, 936, 961, 1014, 1160, 1229, 1533, 1913
Pfleger, Franz Josef 14, 333, 1914
Pflüger 1156
Pflüger, Hans* 515, 528, 594, 771, 1229, 1533
Pflüger, Heinrich 779, 783, 785, 788, 1229, 1533, 1914
Pfluger* 599
Philippi, Harry 669, 1914
Piechl, Josef 211, 259, 302, 318, 599, 643, 648, 662f., 771, 781ff., 961, 980, 1026, 1229, 1533, 1914
Piechler, Arthur 454, 1914
Pieterek, Hubert LXXXI, 1229, 1533, 1673, 1915
Pike* (Captain, amerikanische Militärregierung Viechtach) 459
Pittroff, Claus 982, 1058f., 1124, 1915
Pius XI. (Achille Ratti) 928, 1915
Pius XII. (Eugenio Maria Giuseppe Pacelli) 90, 238, 938, 1915

Pix, Georg XLI, XLIII-XLVI, 13, 17, 46f., 119f., 124, 140f., 157-167, 384-391, 494f., 510, 805, 895, 1028, 1915
Planck, Max 1138, 1915
Plonner, Josef 599, 771, 1061, 1063, 1134, 1160, 1915
Podeyn, Hans G. 1549, 1617, 1622f., 1915
Pöhlmann, Karl Christoph 1395, 1916
Pölnitz, Götz Freiherr von 1112, 1916
Pongratz, Joseph 235, 238, 1916
Prechtl, Wolfgang 235, 238, 342, 347, 350, 671, 709f., 714, 723, 753, 760, 771, 778, 961, 1057, 1125, 1139, 1229, 1533, 1674, 1916
Preis, Karl Sebastian 234, 1917
Preysing, Gustav Graf von* 771, 961
Prittwitz-Gaffron, Friedrich Wilhelm von XXXVIIIf., XLVIf., 25, 47, 86f., 148, 167, 174, 179, 183, 221, 234, 236, 247f., 250f., 253f., 262, 318, 329, 337f., 342, 352ff., 404, 407, 414, 416f., 423, 432f., 451, 500, 503, 505, 512f., 515, 559, 564f., 671, 709, 729, 732, 944, 949, 951, 974, 1013, 1146, 1157, 1202, 1225, 1229, 1371, 1533, 1693, 1917
Probst, Maria IX, 515, 599, 671, 674, 738, 771, 821, 893, 961, 1055, 1229, 1280, 1297, 1315, 1320ff., 1325, 1533, 1692f., 1697, 1917
Prottengeier, Johann 339, 1917
Prüschenk, Josef 334, 423, 450, 761, 1918
Purves, Pierre M.* LVI, 507, 1086

Radek, Karl 1463, 1918
Rätsch* (SPD) 398
Ramelsberger, Ludwig 47, 66, 85, 1918
Rathgeb, Caspar 1533, 1668, 1683, 1689f., 1918
Rattenhuber, Ernst 1577, 1918
Rattler, Georg 211, 423, 515, 599, 1919
Raum, Hans 330, 1919
Reese, Robert A. VIff., 392-395, 397, 399, 508, 1919
Reichstein, Willy 1229, 1533, 1919
Reiser, Adolf 26, 47, 66, 85, 961, 1919
Reitzner, Richard 984, 989f., 1011, 1919
Rendle* 913
Reschke* (DANA) 140
Retting* 599
Reuter* IX
Reuter, Georg 1180, 1467, 1473, 1486f., 1506, 1508, 1919
Reznizek* (Flüchtlingsvertreter im CSU-Bezirksverband Unterfranken) 692
Riddleberger, James W.* XLVII
Riedel, Georg 599, 666, 771, 961, 1920
Rief, Max 193, 204, 334, 1920
Riemer, Franz Josef 36, 1920
Rindke* 41
Rindt, Eugen XIX, LXI, 21, 23, 29, 31, 35f., 47, 64ff., 72, 83, 85, 105, 166, 171, 193, 195, 202f., 206, 211, 221, 226f., 231, 237-240, 248ff., 263, 293, 295, 318, 322, 331, 515f., 536, 541, 544f., 593, 599, 628ff., 632-639, 641-645, 671, 674, 698, 701, 704f., 708, 711, 714, 716-719, 723f., 726-730, 736, 760, 771, 782, 787, 789, 802, 810, 820, 846, 856, 858, 865, 871, 904, 956, 961, 1043, 1045, 1048ff., 1052, 1054-1057, 1229, 1235f., 1308f., 1312ff., 1316f., 1322f., 1326, 1331, 1365, 1374, 1379, 1390, 1392f., 1426, 1443, 1446, 1453, 1455, 1460, 1533, 1705, 1707, 1717, 1752, 1920
Rinke, Walter LXXXI, 47, 158ff., 185, 189, 191, 193, 211, 221, 231, 234, 236, 371, 407, 410, 423, 501, 771, 780-784, 788, 941, 961, 1010, 1012, 1021, 1156, 1184, 1219, 1229, 1234, 1297, 1321, 1323, 1460, 1522f., 1527-1530, 1533, 1546, 1600, 1648f., 1657, 1663, 1690ff., 1697, 1920
Riss, Josef 330, 1921
Robertson, Sir Brian 1487f., 1921
Röder, Karl 771, 788, 961, 1921
Röhm, Ernst 1583, 1921
Röhrl, Wilhelm 771, 1567, 1921
Roosevelt, Franklin Delano XXV, 1168, 1922
Rosenberg, Alfred 711, 1922
Roßhaupter, Albert XXVII, 234, 556, 586, 796, 984, 990, 1578f., 1922
Roth, Hans 338, 1922
Rothenbücher, Heinz* 25
Rothermel, Fridolin 47, 66, 85, 211, 241, 259, 423, 515, 599, 1922
Rucker, Eugen 26, 778f., 788, 857, 1922
Rüttger, Margarete* 1229, 1533
Rupprecht, Kronprinz von Bayern 92, 207, 234, 1923

Sattler, Dieter 1229, 1533, 1923
Sauer 259
Sauer, Franz Ludwig 47, 67, 85, 211, 214, 340, 407, 416, 423, 429, 431, 452, 515, 599f., 623, 670f., 691, 746, 769, 771, 819, 821, 961, 968, 972, 1007-1010, 1229, 1533, 1923
Sauer, Fritz 29, 31, 1923
Schachtner, Richard 1229, 1249f., 1257, 1265f., 1923
Schädel* 761
Schäfer, Franz 29, 47, 66, 85, 185, 189, 193, 195, 203, 208, 211, 221, 330, 371, 373, 407, 413, 423, 425, 504, 515, 599, 771, 848, 961, 1127, 1229, 1239f., 1533, 1559, 1924
Schäfer, Karl 1229, 1533, 1924
Schäffer, Fritz IV-XVII, XIX-XXXIII, XXXV-XLIX, LIff., LV, LVIII, LX, LXVI-LXXXIV, XCIII, 5, 10f., 17ff., 21, 23, 25ff., 35-47, 55-67, 70f., 74, 76-79, 81, 83-88, 91f., 96-99, 102-109, 114ff., 119ff., 123-126, 128-132, 136, 137-142, 147ff., 153ff., 157-161, 163-167, 171, 175f., 186f., 190f., 193ff., 202, 206, 211ff., 216, 250, 310f., 389, 394, 401, 410, 427, 456, 475, 809, 811f., 1402, 1497f., 1533, 1539, 1541ff., 1545f., 1548-1551, 1559-1565, 1567ff.,

1571-1575, 1578f., 1581, 1583, 1589f., 1598-1601, 1603-1612, 1614, 1619, 1624ff., 1628, 1634, 1636-1639, 1641-1645, 1650f., 1656ff., 1661ff., 1665, 1667-1671, 1673-1676, 1678ff., 1682f., 1686, 1690, 1697, 1751, 1753, 1761, 1924
Schäffer, Hans 334, 1924
Schantz* 259
Scharf* (Riedenburg) 761
Scharnagl, Karl IXff., XIV, XVIf., XIX-XXII, XXVIII-XXXII, XCII, 5, 7, 10-13, 15, 25, 34, 112, 130, 136, 139f., 189, 193, 207f., 329, 379, 387, 407, 449, 505, 515, 546, 593, 1544, 1703f., 1925
Schedl, Otto LXI, 332f., 371f., 407, 417, 423, 431, 515, 599, 647, 671, 690, 719, 746, 1160, 1187, 1225, 1229, 1269, 1274, 1277, 1291, 1295, 1303, 1320, 1323, 1325ff., 1329f., 1332, 1373, 1379, 1388f., 1403, 1433, 1453, 1456, 1481f., 1514f., 1517-1521, 1533, 1562, 1567, 1575, 1589, 1606, 1640, 1661, 1668, 1680f., 1683f., 1686, 1688f., 1692, 1694ff., 1752f., 1925
Schefbeck, Otto 13, 17, 19, 330, 1651, 1695f., 1751ff., 1925
Schell, Karl 599, 1925
Schell, Max, 1925
Schieckel, Horst[2] 706, 1926
Schiefer, Gustav 553, 1926
Schinagl, Hannes 211, 1926
Schinnerer, Adolf 454, 1926
Schirmer, Carl 42, 1926
Schlageter, Albert Leo* 1463
Schlange-Schöningen, Hans 1088, 1097, 1548f., 1579, 1617, 1622-1625, 1630, 1635, 1927
Schlögl, Alois XIIf., XIX, XXXIVf., XLI, XLV, LIf., LVIII, 3, 13f., 29, 41f., 47, 67, 119, 161, 173, 211, 217, 221, 241, 251ff., 259, 285, 297ff., 308, 318, 321, 329, 332, 352f., 371, 384f., 388, 391f., 397, 404, 488, 492, 495f., 498, 505, 512, 553ff., 599f., 666, 671, 685f., 688-696, 724ff., 750, 768, 841, 851, 854f., 857f., 862f., 878, 884, 891, 900, 903, 905f., 908, 961, 987f., 1002, 1043f., 1053, 1056, 1099, 1116, 1130, 1146ff., 1181, 1188, 1215, 1217, 1459, 1533, 1622, 1624, 1697, 1927
Schmid, Andreas 339, 1927
Schmid, Georg* 1229, 1533, 1649, 1691
Schmid, Karl LXI, LXXXI, 11, 329, 583, 886, 900, 961, 1229, 1533, 1610, 1657, 1688, 1690, 1692, 1927
Schmideder, Franz 911, 1927
Schmidt* (CSU-Bezirksverband Mittelfranken) 961
Schmidt, August Wilhelm 21, 25, 27, 29, 31ff., 35, 43, 47, 99, 185, 189f., 211, 221, 226-229, 246, 256, 295, 350-353, 371f., 376f., 386, 423, 429, 500f., 507, 671, 729, 771, 790, 1229, 1245, 1259, 1278, 1329, 1533, 1634, 1928
Schmitt, Franz* 340
Schmitt, Franz August LI, LII, 25, 211, 407, 409f., 417, 421, 423, 429ff., 599, 1928
Schmitt, Hanns 1452, 1928
Schmitt, Heinrich 17f., 183, 197, 234, 360, 362f., 395, 399f., 403, 469, 483, 527, 662, 669, 1000, 1042, 1928
Schmitt, Kurt 669, 1928
Schneider, Georg 1366, 1928
Schneider, Josef* 38
Schneider, Reinhold* 1137
Schneller* (Regierungsrat im Bayerischen Landwirtschaftsministerium) 1550, 1579
Schniewind, Otto 1520, 1929
Schnitzer, Alois 1443-1446, 1929
Schnurr, Max XIX, XXII, 3, 5, 1929
Schregle, Hans 365, 383, 416, 474, 1929
Schrott, Hans 292, 771, 961, 1049, 1053, 1229, 1533, 1929
Schubert* (Jugendvertreter für den CSU-Bezirksverband Oberfranken) 961
Schubert, Alfons 599, 771, 1229, 1242, 1533, 1929
Schütz, Hans 689f., 887f., 1012, 1229, 1323, 1523, 1527, 1529, 1533, 1658, 1930
Schulz, Heinrich 1423, 1425, 1451, 1930
Schumacher, Kurt 132, 244, 247, 253f., 311, 324, 401, 456, 538, 579, 669, 695, 745, 753f., 758, 816, 832, 866, 905, 931, 977, 1177f., 1181, 1376, 1472f., 1475, 1608, 1610, 1930
Schwägerl, Hans 361, 515f., 599, 671, 745, 759, 961, 1229, 1278, 1322f., 1327f., 1330, 1332, 1596, 1616, 1632, 1695, 1930
Schwalber, Josef 322, 330, 1063, 1229, 1930
Schwanke* 373
Schwappacher, Friedrich 599, 1931
Schwarzer, Rudolf IX, XXI, 5, 408, 911, 1120f., 1931
Schweiger, Andreas 38, 47, 66, 85, 125, 241, 259, 318, 1931
Schweizer, Albert Charles 31, 507, 673, 1804, 1931
Schwend, Karl XIII, XCII, 14, 1931
Schwiegk* 1482
Schwingenstein, August XXXIII, 11, 14, 25, 27, 29, 31, 35, 43f., 47, 56, 67, 70, 84ff., 118, 160f., 211, 221, 241, 254, 259, 263, 318, 329, 331, 352, 423, 431, 495, 497, 504, 691, 771, 785f., 790, 1751, 1753, 1761, 1931
Sedlmayr, Lorenz LXXIII, 65f., 70f., 211, 329, 599, 645, 671, 674f., 682, 684f., 697f., 719, 721, 725, 732, 759, 771f., 779, 783, 785, 788, 790, 820, 860, 864, 872, 894, 909-914, 918ff., 941, 946, 954, 961, 1050, 1229, 1533, 1564, 1566, 1568, 1610, 1642, 1683, 1691f., 1697, 1932

[2] Die korrekte Schreibweise des Familiennamens konnte erst nach Abschluß des Manuskripts der Protokolle ermittelt werden; auf S. 706 daher fälschlich "Schickel".

Seelos, Gebhard 1176, 1932
Seidel, Hanns IV, 339f., 363, 859f., 1028, 1201, 1229, 1272, 1295, 1313, 1321, 1343, 1387, 1395, 1403, 1455, 1500, 1514ff., 1533, 1932
Seifried, Josef 18, 36, 446, 591, 684, 796, 941, 1040, 1933
Seitz* 1229, 1322
Semler, Johannes XIX, XXII, XXXIX, 3, 5, 25, 48, 87, 111, 137, 167, 176, 183, 211, 219, 329, 337f., 351, 371, 407, 413f., 423, 430, 432f., 435, 503, 515, 531, 534, 545, 548, 557ff., 561, 567f., 570-573, 575, 577, 581-584, 596, 599, 623ff., 674, 700, 771, 779, 783ff., 788, 961, 984, 1012, 1179, 1188, 1229, 1315, 1332f., 1341, 1348ff., 1354, 1358, 1360f., 1363, 1375, 1377, 1398, 1407, 1458, 1467, 1473, 1481, 1506f., 1509, 1515ff., 1538, 1549, 1578, 1620, 1694, 1933
Seutter von Lötzen, Wilhelm* 175
Severing, Carl 163, 1933
Sichart* (Jugendvertreter für den CSU-Bezirksverband Niederbayern) 961
Simpfendörfer, Wilhelm 543, 1933
Söllner, Alwin Karl 48, 55f., 338, 1933
Specht* (KPD) 121, 311
Speicher, Rosine 48, 62, 67, 85, 114f., 173f., 211, 407, 411, 423, 499, 515, 595, 599, 638, 640, 656, 1934
Sporer, Ludwig XXII, 48, 61, 64, 66, 71, 85, 129, 172, 193, 423f., 507, 515f., 518, 599, 671, 726f., 732-735, 739ff., 749f., 754f., 759-762, 764f., 846, 848f., 852, 883, 1189, 1229, 1235, 1274, 1428, 1533, 1559, 1562, 1624, 1683, 1934
Spreti, Karl Graf von 1435, 1934
Staab, Otto 211, 423, 499, 515, 671, 741, 771, 961, 1934
Stadelmayer, Franz Xaver* IX
Stadler* 599
Stalin, Josef Wissarionowitsch 1631, 1634, 1934
Stang, Georg 25, 693, 696, 890, 912f., 918, 920, 952, 959, 983, 1229, 1330, 1934
Staudinger, Karl 26, 777f., 904, 1229, 1533f., 1694ff., 1935
Steber, Franz 11, 13ff., 18, 25, 27, 31, 34-37, 42ff., 48, 56, 67, 70, 84ff., 120, 174, 185, 193, 211, 221, 329, 404, 407, 423, 432, 450, 503, 505, 515, 626, 645, 670, 780, 787ff., 961, 1229, 1753, 1761, 1935
Stegerwald, Adam XII, XVI, XXVIII, XCIII, 137f., 379, 1541f., 1577f., 1935
Stegerwald, Wilhelm 48, 66, 72, 85, 211, 771, 1935
Stein, Erwin 1369, 1936
Stein, Otto 379f., 1936
Steltzer, Theodor 551, 1936
Stifter, Adalbert* 1526
Stiller, Walter 599, 1229, 1533, 1936
Stock, Jean 379, 429, 474, 1936
Straimer* XIX
Strathmann, Hermann 338, 340, 343, 347f., 354, 599, 637, 639, 642, 644, 661, 762, 961, 1059, 1936
Straub, Johannes 1112, 1937
Strauß, Franz Josef LXXIII, 36, 48, 93f., 146, 148, 157, 211, 501, 779, 783, 785, 788, 790, 886, 946, 948, 961, 978, 983, 1013, 1040, 1049, 1055, 1217, 1229, 1460, 1533, 1607, 1630f., 1634f., 1649, 1657, 1659, 1661, 1685, 1937
Strauß, Walter 1457f., 1937
Streicher, Julius 362, 1937
Strenkert, Paul 599, 1938
Stücklen 48, 66, 85, 515, 599
Stücklen, Georg 211, 339, 423, 1938
Stücklen, Richard 211, 371, 671, 1229, 1533, 1938
Stürmann, Josef 130, 515, 517f., 599, 627, 633f., 645, 651, 656, 660, 671, 727, 738, 741, 759, 1938
Stützel, Karl 1583, 1939
Sturm, Joseph 259, 1939
Sühler, Adam 337, 599, 624, 647, 670, 771, 961, 1205, 1229, 1533, 1939
Surbak* 199

Temmel, Andreas 21, 23, 26, 1939
Thierfelder, Franz 25, 329, 331, 352, 423, 670, 1939
Thoma, Ludwig* 145
Thomas, Georg 127, 1940
Thomas, Otto LXIII, 334, 1229, 1379, 1385-1387, 1450, 1452, 1533, 1940
Thwaites* (englischer Generalkonsul) 1101
Timm, Johannes 1582, 1940
Tortz* 322
Trapeter* 689
Treppesch, Franz* 13
Tresckow, Henning von 129, 1940
Trettenbach, Martin 330, 671, 1940

Ulrich, Fidelis 48, 67, 85, 423, 515, 599, 671, 771, 961, 1941

Vacca, Peter 4, 21, 23, 69, 137, 372, 380f., 392, 396, 460, 506, 810, 1761, 1941
Vogl* 193, 515, 599, 771
Vollmann, Albert* 960
Voretzsch, Ernst-Arthur von 179, 185, 338, 515, 599, 629, 644, 961, 974, 1059, 1941
Vorhölzer, Robert 454, 1941

Wackerl, Josef 599, 771, 807, 961, 1942
Wäger, Alfred 1583, 1942
Wagner* (CSU-Kreisverband Starnberg) 671
Wagner, Adolf 1583, 1942
Wagner, Alois* 14
Waldmüller* (Eichstätt) 211
Warmuth, Karl L, LI, 211, 423, 431, 501, 504, 515, 582, 593, 596, 599, 624f., 631, 771, 783, 842, 847f., 850, 852, 858, 1942

Weber, Peter* 338
Wechs, Thomas 454, 1942
Weger* (Jugendvertreter für den CSU-Bezirksverband Niederbayern) 961
Wegner, Franz 14, 1942
Weig, Josef 334, 1942
Wein, Karl 14, 1943
Weinberger* (CSU-Bezirksverband Niederbayern) 48, 66, 85
Weinkamm, Otto 48, 66, 85, 154, 167, 170, 211, 515, 599, 671, 674, 729, 771, 777f., 961, 998, 1000, 1056, 1229, 1533, 1683, 1695, 1943
Weinzierl 259, 920
Weinzierl, Georg 48, 66, 85, 211, 339, 423, 515, 599, 671, 771, 961, 1943
Weiskopf, Heinrich 170, 338, 1943
Weismantel, Leo 454, 1132, 1140, 1944
Weiss/Weiß* (CSU-Bezirksverband München) 48, 65f., 71, 515, 961
Weiß* (Vilsbiburg) 689
Weixler, Franz Peter 13, 1229, 1373, 1533, 1944
Werkmeister, Leopold 36, 1944
Wetzel, Georg 367, 1944
Wetzelsberger* (Kunstausschuß der CSU) 454
Weyh, Robert 333, 1695f., 1944
Wieser, G.* (CSU-Bezirksfrauenvertreterin) 211, 423
Wildenauer, Eduard 858, 935, 1134, 1138f., 1438, 1945
Wilhelm, Josef 1225, 1229, 1533, 1945
Willke* 515, 671, 738
Wimmer, Karl* 1229, 1533
Wimmer, Thomas 315, 1945
Winkler, Martin 334, 1945
Winkler, Wilhelm 358, 1945
Wittmann 241, 259
Wittmann, Franziska 423, 599, 663, 671, 696, 771, 961, 1229, 1533, 1945
Wittmann, Julian 337, 599, 1945
Wölfel, Johann 659, 1946
Wohleb, Leo 1457f., 1946
Wolf, August 340, 1946
Würz* 1162
Wutzlhofer, Hans 21, 23, 340, 1946

Zahn, Josef Alois 334, 1946
Zehner, Zita LXXXI, 1229, 1533, 1652f., 1946
Zentner, Wilhelm 454, 1947
Ziebell, Jürgen 669, 767f., 984, 988-991, 1004, 1028, 1947
Ziegler, Franz 33, 782, 1947
Ziegler, Helmut 1457ff., 1947
Zimmermann, Ludwig 1112, 1947
Zitzler, Georg 29, 333, 1947
Zobel, Otto* 261, 899, 949, 954
Zöller* 48, 82
Zorn, Rudolf 972, 1510, 1948
Zülein* (Jugendvertreter für den CSU-Bezirksverband Mittelfranken) 961
Zürrlein, Herrmann 961, 1948
Zwicknagl, Max 330, 671, 706, 961, 1006, 1055, 1186, 1189, 1426, 1432, 1948